image
not
available

4° Eph. pol. 59 (1848,1/6

Digitized by Google

<36602415090011

<36602415090011

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK

Mit Posämtern ersterem Beförderungsgrund wird die Deutsche Zeitung etc. Für England bei Hrn. Cramer u. Kmp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. übereseeischen Länder werden man sich an H. H. Alexandre Strasbourg 29 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Der Pränumerationspreis beträgt den Quartal, Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Postvereinsgebiets Baden fl. 12. 28 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 1. Heidelberg, Samstag 1. Januar 1848.

## Übersicht.

Rücksichtlich auf das Programm der Deutschen Zeitung. — **Von der Donau** (die flüchtigen Jesuiten in Wien). **Berlin** (Strasford Canning erwartet. Die allgemeine Militärpflicht. Weihnachtsmarkt. Königsworte. Seine 60jährigen Amtsjubiläum). **Aus d. Prov. Brandenburg** (zur Charakteristik des Ministers v. Rochow). **Magdeburg** (kirchliche Vorgänge; die reformirten Gemeinden und die neue evangelische). **Stettin** (Cholerafälle). **München** (die Sendung Ötingen Wallerstein nach Würzburg noch immer ein Geheimniß). **Hannover** (Erklärung des Grafen v. Wedel in Betreff des Kutscher-Duvrieres). **Aus Baden** (der Gesetzentwurf über die Landwehr).

**Schweiz.** Heidelberg. Die sogenannte konservative Politik der Karlsr. Zeit. in Bezug auf die Schweiz. Baumgartner angeblich zur Theilnahme an der Schweizer Konferenz eingeladen. Die Luzerner Gesandtschaft in Bern. Liberale Großrathswahlen in Waggis. — **Niederland.** Das Gerücht wegen Abtretung der Insel St. Martin nicht bestätigt. Surinam.

**Großbritannien.** Cobden's Friedenspredigt. Die Bestheidigungsanstalten des Landes Gegenstand lebhafter Journalbesprechung. Spectator über die beendigte Parlamentssitzung.

**Frankreich.** Die Thronrede. Feier der heil. Geistmesse in der Kapelle der Pairskammer. Verzweifelte Lage Ihrer Kaiserl. — **Italien.** Livorno. Fortwährende Gährung in Neapel und Sizilien. Kriegerische Zurüstungen in Genua. Gerücht von ernstlichen Unruhen in Parma.

**Datum der Börsen.** Frankfurt 30., Wien 26., Berlin 27., Amsterdam 27., Paris 28., Madrid 21. Dezember.

---

### Heidelberg, 1. Januar.

Die Deutsche Zeitung hat ihr erstes halbes Jahr zurückgelegt; eine zu kurze Frist, als daß in ihr der Charakter und Umfang ihrer Tendenzen der ganzen Breite nach hätte entwickelt werden können, als daß man ihre Leistungen mit ihren Versprechungen bereits messen dürfte, als daß man von ihrer Gegenwart schon auf ihre Zukunft schließen könnte. So wenige Zeit reicht nicht hin, die tauglichen Kräfte nur zu erforschen, geschweige sie anzuziehen; sie reicht nicht hin, nur den nöthigen Boden für eine erste Aussaat von Wirkungen zu gewinnen; der Raum ist zu eng, die Bewegung der Zeit zu geeing gewesen, als daß die Ansichten, die das Blatt vertreten will, sich nach allen oder auch nur nach vielen Seiten hin hätten darlegen können.

Trotz allem dem wehren wir natürlich Niemanden, mit uns Rechnung zu halten, so frühe und bald er sich versucht fühlt: hat man doch schon nach dem ersten Quartal des Blattes ein Buch darüber geschrieben, fast so umfangreich wie das Blatt selbst, hat man doch von seinen Lebenswandlungen erzählt, faß noch ehe es ein Leben hatte, und wir haben es uns gefallen lassen. Wir selbst aber wollen es nicht unterlassen, am Beginne des neuen Jahres auf unsern Ausgang zurückzublicken und mit uns Rath zu halten, wieweit uns selber das Blatt auf der ersten kleinen Strecke seines Ganges den in Aussicht gestellten Richtweg eingehalten zu haben scheint.

Wir begnügen uns, in Bezug auf die äußern Schicksale des Blattes unsern Freunden zu sagen, daß die Aufnahme desselben über Erwartung günstig war. Unter so versprechenden Auspizien ist wohl selten eine Zeitung, vielleicht selbst in Frankreich und England nicht, ins Leben getreten. Mehr als die quantitative Verbreitung derselben war ihre Vertheilung befriedigend: man hat sich in unserer nächsten Umgebung willig darein gefunden, kein Lokalblatt in ihr zu sehen; als ein gemeinsam vaterländisches Blatt hat es vielmehr eine fast gleichmäßige Ausbreitung in alle Theile des Vaterlandes erfahren und, was uns mehr als Alles freute, es hat sich schnell den Weg unter die abgeschnittenen Deutschen selbst in Rußland und in der österreichischen Monarchie gefunden. Mehr aber wieder als die Vertheilung war die Art der Aufnahme erfreulich: sie bewies uns, daß wir ein Bedürfniß — nicht befriedigt, aber erkannt hatten. Die lächerlichen Vorurtheile gegen die Professorenzeitung verschwanden gleich bei ihrem Erscheinen mit dem Spitznamen selbst. Man las uns, dessen können wir uns freudig rühmen; man erkannte die gute Absicht und Gesinnung, und die herzliche Ausmunterung, die uns selbst aus Leserkreisen zu Theil ward, auf die wir kaum gerechnet hatten, war uns Lohn und Ersatz für jede Anstrengung und jeden Verdruß.

Wir hatten die Absicht ausgesprochen, ein Blatt in einem bestimmten politischen Charakter zu gründen und um eine offen aufgepflanzte Fahne die Meinungen in Deutschland zu versammeln. Dieses aufgestellte Zeichen, wir brauchten den Ausdruck schon einmal, ist gesehen worden. Es hat sich auf allen Seiten und Parteien die Bewegung eingestellt, welche wir nach der ausgesprochenen Devise, die auf eine große, eine entschiedene, aber gesetzliche Reformation der deutschen Dinge lautete, erwarten mußten. Revolutionäre und Reaktionäre haben gegen das neue Element in der Presse revoltirt und reagirt; diese Stellung hatten wir uns selber bezeichnet. Sie ist eine richtige Mitte genannt worden; wir wollen den Popanz nicht scheuen, den man aus diesen Namen gemacht hat, indem man ihm einen andern Begriff unterschob und die nothwendige Relation des Begriffs verwischte. Es gibt stagnirende Zeiten, wo selbst die Extreme erlahmen und wo die Mitte kann freilich noch viel unrichtiger ist, als die Extreme; es gibt dagegen kritische Zeiten voll extremer Gefahren, wo es Pflicht ist, die Mitte zu halten, und Muth, sie mit der handelnden Energie zu halten, die von fauler Schwäche der grade Gegensatz ist. Was uns angeht, so denken wir zu beweisen, ja in einzelnen Fällen schon bewiesen zu haben, daß unsere richtige Mitte, von dem, was man darunter gewöhnlich meint und verpönt, von der unrichtigen Halbheit, um die ganze Weite des Horizontes verschieden ist.

Wir setzten uns zum Hauptzweck, das Gemeingefühl und den Einheitsinn der deutschen Nation zu unterhalten und zu stärken. Mit diesen Bestrebungen sind wir bald auf wunde Stellen gestoßen, und die Erfahrung hat uns sehr betrosten gemacht, daß der Stammgeist und Stammhaß in unsern größern Staaten bei weitem nicht in dem Maße überwunden ist, wie es scheinen, wie es sein sollte. Wir haben Österreich gegenüber die Vernachlässigung des deutschen Elements und die verschuldete Abnahme des deutschen Einflusses, wo ihn Österreich im Auslande vertreten soll, beklagt, und dies, wenn uns nicht alle Selbstheurtheilung abgeht, in einem Tone, der von unserer Achtung, unserer Anhänglichkeit, unserer besten Meinung — aber eben deßhalb auch von unserer Unbefangenheit für Österreich Zeugniß geben mußte: wir haben dafür ein absolutes Verbot von Seiten der Regierung erlitten und auch wohl auf Seite einiger Regierten Empfindlichkeit gefunden. Wir haben Preußen gegenüber, und auf Anlaß der wichtigsten Thatsache des Jahres, die Thatsache der Verfassungsformen in Deutschland zum Zwecke der deutschen Einheit nothwendig geglaubt; Sachen und Grundsätze stellten uns allerdings dort in eine offene Opposition; aber wie entschieden sie gefährt sein mochte, sie konnte nicht anständiger geführt werden, als es namentlich gleich in unsern ersten Nummern geschah. Ob es wahr ist, daß gleichwohl damals schon das Schicksal unserer Zeitung in Preußen in Frage stand, wissen wir nicht. Wir glauben es um so weniger, als wir die Empfindlichkeit, die sich darin ausgesprochen hätte, mit der Würde der Regierung eines großen Staates nicht vereinbar, ja bei dem Fortschritte, den die Freiheit der Presse faktisch bereits gemacht hat, in Deutschland auf die Dauer für unmöglich halten. Auffallender aber, als uns diese krankmüthige Empfindlichkeit gewesen wäre, war uns die maßlose Gehässigkeit, mit der ein Theil der preußischen Presse und gegenüberstreten, uns Absichten und Tendenzen, Sinn und Gefühle verkehren und verkehrt durfte. Durfte, sagen wir. Denn daß sie es that, kann das Werk weniger unverbesserlichen Diensteiferer sein, und wäre an und für sich so auffallend nicht. Wohl aber hätte dieser ganze unerquickliche Auftritt, nicht um unseres Blattes, sondern um der Sache, um unserer Ehre und unseres guten Namens

Digitized by Google

vor dem Ausland willen, die allgemeine Entrüstung der Presse herausfordern müssen, falls in der That kein Stammunterschied uns mehr trennte, und wir in allen Theilen Deutschlands solidarisch für unsere Einheit und Einigkeit und gegen jede feindselige Störung derselben stehen wollten. Wir thun diesem entrüsteten Scheu gegen unsere angeblichen preußen-feindlichen Gesinnungen vielleicht zuviel Ehre an, wenn wir ihm die Wirkung zuschreiben, daß die verfassungstreuen Männer in Preußen wohl durch einige und zwar ihrer ersten Koryphäen, aber sonst im Allgemeinen nicht mit der verbreiteten Thätigkeit sich an unserem Blatte betheiligt haben, wie es wohl in der Natur und Lage der Sache schien. Diese Thatsache wollten wir nicht verhehlen, wäre es auch nur, um unsern Gegnern am Rhein und Spree eine Neujahrsfreude zu machen.

Eigen berührt es uns, wenn wir in unserm Programm den Abschnitt über Äußere Politik nachlesen. Wie vorsichtig und bescheiden haben wir dort das Wagniß angekündigt, in Ermangelung diplomatischer Verbindungen und Begünstigungen die Ansichten einer großdeutschen Volkspolitik gegen die feingesponnene Staatskunst der höheren Kreise geltend zu machen! Auf diesem Gebiete sollten wir wohl Selbstgefühl geworden sein. Denn es ist wahr, gegen unsere schlicht einfache Art zu sehen, haben die stolzesten Blätter Europas in der letzten Angelegenheit, die die Augen Aller nach der Schweiz richtete, eine traurige Rolle gespielt. Wir wollen dennoch bescheiden bleiben. Wir wollen zwar, um uns selbst und die braven Schweizer nicht unbillig zu kränken, nicht soweit gehen, daß wir uns mehr Glück als Verstand in dieser Sache zuschreiben; dagegen wollen wir auch großmüthig ununtersucht lassen, ob die hohe Politik der Cabats und der Times bei Mal mehr Unverstand oder mehr Unglück gehabt habe.

Wir haben in einigen leitenden Artikeln die deutsche Bundesverfassung, ihre Lücken und Widersprüche berührt und, als in einer offenstehen Frage, bei einer entstandenen Kontroverse über eine gemeindeutsche Vertretung uns neutral gehalten. Selbst dieses bloße Antrühren dieser Fragen scheint Besorgniße erregt zu haben. Darüber können wir beruhigen. Wir halten dies nicht für eine geeignete Zeit, diese Punkte besonders zu treiben. Nur aus dem Weg gehen wollten wir ihnen auch nicht.

Welche Erfahrungen haben wir aber machen müssen in Bezug auf das Verfassungsprinzip, zu dem wir uns bekennen! Wenn man sich in Deutschland für die konstitutionelle Monarchie erklärt, wo weit die meisten Staaten Verfassungen besitzen, wo innerhalb dieser konstitutionellen Staaten sich tägliche Sorgen um die Verfassung drehen, wo das Volk sich mehr oder weniger in die periodische Gewöhnung der ständischen Staatsbewegung schon eingelebt hat, wo sich der politische Trieb der Massen mit dieser Staatsform zufrieden erweist, wo sich Interesse und Eifer für dieselbe neuerdings wieder in Baiern, in Darmstadt, in Hannover zu heben beginnt, wo in Kurhessen, zehn Jahre nach dem Verfassungsbruch in Hannover, bei Beamten und Militär eine ruhige und selbstverstandene Anhänglichkeit an die Verfassung gefunden ward, wenn man sich in einem solchen, nicht allein den Formen, sondern auch dem Geist und Leben nach dem konstitutionellen Prinzip angehörigen Lande eben für dieses Prinzip erklärt, so sollte man denken, es müsse dies eher eine Trivialität scheinen, als ein auffallendes Bekenntniß. Gleichwohl hat man uns in der preußischen Presse aus diesem in der Bundesverfassung sanktionirten Prinzip gleichsam ein Verbrechen gemacht, und man nennt dort fortwährend mit einer Dreistigkeit der Sophistik, die nur feinen Menschen eigen ist, die konstitutionelle Staatsweisheit, die das praktische Mehr für sich hat, eine „doktrinäre!“ Fast die gesammte deutsche Presse, die Presse von zwanzig konstitutionellen Staaten, hat von dieser seltsamen Polemik seltsamerweise keine Notiz genommen. Der Grund ist, daß zwischen der Praxis und der Theorie, zwischen dem instinktiven Staatsleben und dem Reflex desselben in dem Bewußtsein der politischen Presse in Deutschland nur eine sehr lockere Verbindung besteht. Trotz dem daß die Masse der Nation nicht über diese Staatsform hinaus will, ja vielfach noch Mühe hat, sich erst zu ihr zu erheben, so sind die jungen Inhaber und Wortführer der Presse und der Politik meist in ihren Neigungen über sie hinausgetreten; und wenn ihnen die Verhältnisse zwar nicht erlauben, die Monarchie in irgendeiner Gestalt offen zu bekämpfen, so glückt es doch mehr und mehr, Sympathien und Interessen für alle bestimmten Staatsformen durch Gleichgültigkeit zu ersticken, dafür aber den Sinn deste wacher zu erhalten und deste mehr zu schärfen für jede unbestimmte Bewegung, aus der die ungeformte Zukunft entspringen soll. Wie weit diese Indifferenz gegen Staatsformen in den Köpfen nicht allein unserer jungen Bewegungsmänner geht, darüber liegen uns manche merkwürdige Aktenstücke vor. Sehr wohlwollende und selbst politisch parteilose Freunde haben es gleichsam als selbstverstanden vorausgesetzt, wir selbst fühen die konstitutionelle Staatsform nur als einen Durchgangspunkt an. Sie mochten sich dazu durch unser Schwärgen nach dieser kommunistischen und sozialistischen Seite des Antikonstitutionalismus hin verleiten lassen. Man kann aber nicht Alles zu Einer Zeit, und in einem Tageblatte praktischer Politik knüpft man gern an vorliegende Thatsachen an. Diese wiesen uns zuerst auf unsere absolutistischen Gegner. Es ist aber auch schwer, jene Seite zu bekämpfen, da sie selten einen offenen Anlaß bietet, da sie nirgends eine feste Standarte und Lager hat und selten nur zu einem deutlichen Ausspruche kommt. Man könnte leicht scheinen mit Schatten zu kämpfen; aber diese Schatten üben gleichwohl ihre große stille Gewalt. Wenn es ihnen gelingen sollte, den bis jetzt ungeirrten Instinkt der Nation zu verwirren, die Geister gegen alle Verfassung und verfassungsmäßige Monarchie in Gleichgültigkeit abzustumpfen, kann mögen die Absolutisten zusehen, wie sie nach untergrabenem Verfassungsthrone den monarchischen Sinn noch erhalten wollen! Die Verblendung, mit der man aus bloßer Konnivenz für eine ganz zufällige Staatsansicht, gegen uns und unsere wahrhaft erhaltenden Grundsätze eifert und jenen Männern der blinden Bewegung in die Hand arbeitet, beweist uns mehr als Alles die politische Urtheilslosigkeit unserer höheren Beamtenwelt, und treibt uns zu der bittern Überzeugung, daß es in diesen Regionen keine Staatsmänner gibt.

In Bezug auf die Zollvereinsfrage trafen wir in eine Zeit lebhafterer Diskussion. Die Freihandelspartei, von den Vorgängen in England ermuthigt, hob das Haupt zuversichtlicher als sonst. Wir fürchten nicht, daß dies die Nation in ihrem Gange irre; man wird selbst in England bald erfahren, daß in der Aufhebung der Zölle auch keine Panacee liegt für die üblen Folgen der unnatürlich gesteigerten Industriehöhe dieses Landes. Wir bleiben bei unsern ausgesprochenen Grundsätzen, bieten aber gern die Hand, sie in einem verhältnißlichen Gleise zu vertreten, der Annäherung und Verständigung günstigt. Uns ist es mit der wahren Handelsfreiheit ein Ernst, uns ist die Anempfehlung von Schutz- und Unterscheidungszöllen, als eines Mittels zu gegenseitiger Freiheit zu gelangen, kein Vorwand. Aber es ist uns ebenso Ernst mit dem Gedeihen des Zollvereins und wir sehen in diesem keinen Widerspruch. Hat doch der englische Handelsminister Gladstone selbst in einem Aldemzuge, indem er das Freihandelssystem anpries, billigend gesagt, die frühern britischen Gesetzgeber hätten im Schutzsystem nur einen temporären Sporn für eine in der Kindheit befindliche Industrie mehr als eine dauernde Wohlthat erkannt. In diesem Falle sind wir selbst. Einer solchen Erziehung bedarf jede junge Thätigkeit; wir haben allen Glauben, daß die unsere nicht so lange dauern und nicht so einscharendende Mittel nöthig haben wird, wie die englische. England mag und muß jetzt dem Satze folgen, daß der Handel seine Politik gestalten müsse und nicht die Politik den Handel. Bei unsern werdenden politischen Verhältnissen muß die Politik, wo es sich um allgemeine vaterländische Zwecke handelt, wie den Bund, wie den Zollverein, auch von dem Opfer verlangen dürfen. Auf der großen Grundlage der Freiheit gedeiht jede menschliche Anstrengung am besten; aber daß die Anstrengungen eines Volkes gemeinsam seien, bedarf diese Freiheit in allen Gebieten der Opfer und Einschränkungen. Und so schaaren sich die freisten Geister gern um eine Volksfriche und fügen sich unter monarchisches Regiment, weil sie das Wohl des Ganzen und die Einheit und Gemeinsamkeit seiner Entwickelung unter diesen Formen zumeist geschaert sehen. Die ewige Verunnst mag für individuelle Religionsübung, mag für Republik und Freibandel sprechen. Ihr gegenüber steht in letzterer Beziehung die virtuosenhafte Geschicklichkeit mit der einzigen Erfahrung, die die Anmaßungen der Abstraktionen dämpft: daß es nie ein politisch mächtiges Volk gegeben hat, das zu seiner Macht auf dem Wege des Freihandels gelangt wäre.

Wie polemisch der Eindruck sein mag, den unser Blatt im Allgemeinen gemacht hat, so haben wir doch streng nach unsern leitenden Ansichten bei jeder Gelegenheit, — und so unter Anderem dem Betrieb eines gemeinsamen Wasserrechts gegenüber — unsere große Bereitwilligkeit zu dankbarer Anerkennung alles Fordernden, Heilsamen und Wohlgemeinten gezeigt. Wie gerne hätten wir das auch der Vorlage des badischen Landwehrgesetzes gegenüber getban! In den kirchlichen Angelegenheiten freilich kam es sonderbaererweise wie in andern Fra-

Digitized by Google

gen so, als ob unser Progeamm halb prophetisch geschrieben gewesen wäre, nur um gegen noch ungeborne Dinge im Voraus Opposition zu machen. In unserer Polemik gegen die kirchlichen Vorgänge in Preußen haben wir übrigens bis auf wenige Kurchsichtige die ganze Nation im Rücken. Diesen wir es aufrichtig ohne irgendeinen Hinterhalt aussprechen? Unpolitischer Maßregeln schienen uns wie genommen worden als diese. Geschichter könnte keine Saat des Mißvergnügens und der Aufregung mit Vorsatz ausgestreut werden, als durch das Verletzen und Aufstacheln der Gemüther in religiösen Dingen, in denen jeder Einzelne mit seinem eigensten Wesen zu Rathe geht und den Gedanken der Freiheit am unverkünzerlichsten und unmittelbarsten von Gott in seine Seele gelegt fühlt.

Wir hatten uns wir im kirchlichen so im weltlichen Staate gegen Bevorrechtigung der Stände erklärt; wir bekannten uns zu dem Einen und einfachen Staatsbürgerthume, wir sprachen uns für eine Gegenwägung und Gleichstellung aller Stände im Staate aus. Wir hatten gesündert, der Feudalismus auf der Einen Seite und der kommunistische und sozialistische Liberalismus auf der andern lehne sich gegen diesen großen Grundsatz auf. Es war deutlich zu bemerken, daß der preußische Landtag auf den Stand der Meinungen in dieser Beziehung einen auffallenden Einfluß übte. Die feudalistische Ansicht erlitt unter dem Adel selst einen Stoß, und dies wirkt bereits in andere Adelskorporationen anderer Länder weiter; die Vordringlichkeit der sozialistischen Lehrern war eine Weile sichtlich gehemmt, wir es in jedem Momente einer großen praktischen Bewegung im Staate der Fall sein wird. Von dieser Erschütterung beider Seiten durch das konstitutionelle Prinzip sucht man sich in einem gewissen Kreise zu erholen durch eine neue Doktrin, die sich gleichsam an den verbündeten mittlern Ständen des Adels und Bürgerthums zu rächen sucht durch die Betreibung eines engen Bundes zwischen Absolutismus und Proletariat. Es ist dies eines der merkwürdigsten Beispiele, auf welche Abwege die Gedanken der Menschen gerathen, wenn ein großer Staat nicht fortwährend und offen mit großen Objekten beschäftigt ist, wenn die öffentlichen Bedürfnisse durch Aufsdeuck, durch Zensur und Mangel an freien Instituten in künstlichem Schweigen erhalten werden, wenn nicht diese lautsprechenden Bedürfnisse und Interessen des Ganzen, sondern die Grillen der Einzelnen, die durch Stellung und Einfluß begünstigt sind, die Staatsideen und Handlungen bestimmen und leiten. Gegen jene gesährlichen Machinationen haben wir einen offenen, eigentlich einfeitigen Kampf eingeleitet, da man auf der andern Seite kaum scheint der Bestrebungen gewährig werden zu wollen, die man doch so systematisch ausgebildet in der Doktrin aufgeführt hatte. So gesellt sich zu den vielen schleichenden Übeln der Zeit, ihrer größten Gefahr, noch ein neues, von Oben künstlich geschaffenes, in der besremdendsten Weise hin zu. Gegen Kommunismen, Sozialismen, Republikaner, gegen die Gewalt der blinden Agitation, gegen die geistige unsaßbare Macht einer vielfach verderbten und verderblichen Literatur haben wir einen Minenkampf voll furchtbarer Gefahren zu kämpfen: wenn irgend etwas die kritische Natur der Zeit ausmacht, so sind es diese unterirdischen Operationen. Diese dunkeln Gestalten und Triebwerke der Zeit ans Licht zu zwingen, wäre die eigentliche Aufgabe einer großen antirevolutionären Staatsschrift. Haben nur geschehen durch die Begründigung und Förderung der offenten und freiesten Ordnungen und Formen des Staaten. So hätte denn wohl jede staatsmännische Regierung in Deutschland Anderes zu thun, als eben jene heimlichen Agenten durch ein neugeschaffenes noch zu vermehren.

In einigen wesentlichen Beziehungen sind wir hinter unseren Versprechungen zurückgeblieben. Was wir uns vorsetzten, für die Anregung des öffentlichen Geistes in Deutschland zu manchen von dem Sozialismus angreregten Projekten mitzuwirken, ist die jetzt ungeschehen geblieben; für keine Thätigkeit gehört aber auch mehr ein erst sicher errungener Boden des Vertrauens und des Einflusses. Auch unsere Absicht, das Gebiet der Literatur in einem gewissen Umfange zu versolgen, mußte unausgeführt bleiben. Noch ist unser Raum zu eng, und es ist übrigens ganz in unserem Sinne gewesen, daß die einlaufenden Beiträge mehr auf das streng Politische hindrängten. Wir haben manchmal Klage hören müssen über diese keineswegs professoremmäßige, sondern nur allzu ausschließlich politische Haltung unseres Blattes; wir wollen aber nicht glauben, daß wir uns selbst das Armenzeugniß geben möchten, unter so vielen kurzweiligen und mannigfaltigen Blättern nicht Eines von brafferem politischen Inhalte ertragen zu können.

Es schrint uns, wir dürfen mit unserer Konsequenz, mit unserer Treue gegen uns selbst zufrieden sein; hinter dieser ersten Anforderung an ein Tendenzblatt meinen wir nicht zurückgeblieben zu sein. Vielleicht in der Form des Vorgetragenen werden viele wohlmeinende Menschen am Meisten finden, daß wir das Verfprochene nicht streng eingehalten haben. Aber eine matte Haltung hatte freilich nie in unserer Absicht gelegen; unsere Mäßigung sollte vor allen Dingen in den Sachen und Zwecken gesucht werden. Aber auch in den Formen, schrint uns wohl, haben wir sie nicht verkümmert. Von Seiten unserer Förderer und Gönner ist uns mündlich und schriftlich darüber so gut wie keine Klage zugekommen. Unsere Korrespondenz ist noch keineswegs geschlet, wie sie sein sollte, und nicht überall im Systeme. Es ist unmöglich, daß sie das in so kurzer Zeit sein könnte. Wir mögen in ihr absichtlich nicht alle individuelle Farbe vertilgen. Wer aber all Das überfahe, was in diesem halben Jahre an uns, die Redaktion einer moderaten Professorenzeitung, an die man das Schlimmste nicht einmal geglaubt haben wird, eingegangen und was von uns in Folge unserer Selbstzensur zurückgelegt werden ist, wie vielen Pessimistischer, wie ganz wrnigrs allzu Optimistischer wir zu beseitigen hatten, der würde uns um unserer Mäßigung willen loben, und würde zugleich einen Blick voll Belehrung in die eigentlichen Stimmungen derer thun, die sich der öffentlichen Dinge bei uns mit warmem Herzen annehmen. Was aber unsere leidenden Artikel angeht, so wird wohl Niemand Klage über Mangel an Anstand zu führen und Niemand unsere Versprechungen verletzt gefunden haben. Sollte es doch sein, so verweisen wir auf die Stelle unseres Programms, wo wir es ablehnen, ein übermenschliches zu versprechen, da wo uns feemder linglimpf reize. Dann lese man die Artikel unserer offiziellen und nicht offiziellen Organe neben den unsrigen, und man wird uns vielleicht sogar zugestehen, daß wir über unser Versprechen hinaus, wenn nichts Übermenschliches geleistet, doch die verzeihlichsten menschlichen Bewegungen mit Ruhe bemeistert haben.

**Öhrreich.** Von der Donau berichtet die Allg. Z.: Ein Theil der bei Gelegenheit der letzten Schweizer Wirren vertriebenen Jesuiten hat in Wien gastliche Aufnahme und eine Zufluchtsstätte gefunden. Es kamen ihrer 42 an der Zahl ganz erschöpft und hülflos an, indem sie all ihr Hab und Gut zurücklassen und binnen drei Mal 24 Stunden über die Gränze zu kommen gezwungen waren. Zu ihren ersten Aufenthalte wurde ihnen vorläufig der Palast der Erzherzogin Maria Anna auf dem Kahlenberge nächst Wien angewiesen.

**Preußen.** Berlin, 26. Dez. Der mit einer Spezialkommission in den Schweizerangelegenheiten beauftragte englische Gesandte Sir Stratford Canning wird, bevor er seine Reise nach Konstantinopel fortsetzt, noch in unserer Stadt erwartet, um wahrscheinlich unserer, immer mehr der englischen Auffassung der Schweizerfrage sich zuneigenden Regierung den wahren Stand der Dinge in der Schweiz und die Vereinbarungen mitzutheilen, welche er mit den Schweizer Radikalen hinsichtlich ihres ferneren mäßigen Verfahrens getroffen hat. Auf seiner Weiterreise nach dem Orient wird er abschtlich Wien nicht berühren. (Weserz.)

** Berlin, 24. Dezember. Ihr schlechter * Korrespondent (Nr. 172) hat in seiner Betrachtung über die moderne Donquixterei, mit Hülfe der Maßen die wachsende Macht des gebildeten Mittelstandes brechen zu wollen, eine Äußerung unterlaufen lassen, die mich zum Widerspruch reizt. Als „frommen Wunsch“ stellt er u. A. auf: den Wegfall „der höchst ungleichen und ungerechten Belastung für das Volk, daß gerade jenem Theil desselben die rüstigsten Arbeitskräfte für mehrere Jahre entzogen werden, der fast nur seine Arme zum Unterhalt besitzt.“ Die Worte beziehen sich auf die durch die Landwehrordnung begründete allgemeine Militärpflicht. Freilich fallen sämmtliche staatsbürgerliche Pflichten dem Armen schwerer, als dem Reichen. So kann auch nicht gesagt werden, daß der einjährige Freiwilligendienst, welcher die Regel bildet, mehr noch die dreijährige Dienstzeit der Linsenwilligen für die untern Volksklassen manchen drückenden Übelstand verbeiführt. Am keinen Preis möchte dennoch unser Land die kostbare Perle missen, welche die glorreichen Stifter der Landwehr in seine Krone gefügt, als sie im Staube lag, obwohl die einstellende Fassung dieses Kleinod dem Volke sofehr entfremdet hat, daß ein militärischer Schriftsteller mit Recht von ihr aussagen konnte: „Verflogen ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben!“ Wohin zielt der Korrespondent? Sollen die ärmern Klassen nicht in den Waffen geübt werden, um ihrem Gewerb und Erwerb nicht entzogen zu werden?

Digitized by Google

Ist die Wehrverfassung des Mittelalters so anziehend, der gemäß die Streitfähigen und Wehrhaften das Land vertheidigten, und die übrige Bevölkerung wehrlos, jene Feuerfrei, diese dienstfrei waren, dagegen Steuern zahlten? Doch der Correspondent hat den Weltfreiden im Auge. Frommer Wunsch! Die Schweizer behütet schon das tägliche Leben vor Erschlaffung und Verweichlichung. Wir Deutsche müssen Mann für Mann wehrhaft sein und wehrhaft bleiben. Weder der Reiche darf von den Mühen, noch der Arme von den Ehren, im Volksheer Dienste zu leisten, ausgeschlossen sein. Darum lassen Sie mich trennen, was ich Ihrem Correspondenten bestreite, und was ich ihm zugebe. Nicht außhören sollen sämmtliche Volkskassen, auch nicht die ärmern, mit ihren Arbeitskräften der vaterländischen Fahne zu dienen; aber die Kosten für das stehende Heer mögen von ihrer außerordentlichen Höhe herabgesetzt und der Unterschied zwischen der Mannschaft besser gehoben werden, nicht blos im Heer während der Dienstzeit arbeiten, sondern auch für das Heer während der Lebenszeit im Schweiße seines Angesichts sich mühen zu müssen.

S Berlin, 24. Dezbr. Der Berliner Witz spielt seit dem Landtag häufig ins Politische. Auf dem Weihnachtsmarkt hat er sich gegar, was den Ver. Ständen verwehrt ist, in die auswärtigen Angelegenheiten gemischt. Dreizehn Buden geradeüber dem Dom tragen in Fahnen und Schildern den Namen „Eidgenossenschaft", „Eidgenossen, Kanton Nr. 1—13." Die Roth der theuern Zeit diktirte den Inhabern jenen Namen; doch der 13. Kanton gewährt einen tiefern Blick in diese Mißwirthsch. Da sieht man auf verschiedenen Schildern Inschriften, wie: „der Sündenbund ist auf den Hund", „Bern? Gern!" „Hoburg Klapperpuppen" ꝛc. Außerdem begegnen Dreiseln, wie „Bantoffeln à la reine anglaise", „Zerrano bringt seine Isabella", „Baierische Reitpferde", „Federmesser à la Proslin", „Thiersische Pfeife, nach der alle Abgeordneten tanzen". Den kundigen Inländer mußten die Neuenburger Klapperpuppen zumeist anziehn, seitdem er in der offiziellen Zeitung im Inlande die Neuenburger Angelegenheit, und außerhalb die deutschen Bundesstaaten abgedruckt findet. — Wenn Sie in Zeitungen lesen, daß einem Schriftchen, dessen Titel ich sogleich nennen will, innerhalb der preuß. Staaten die Portofreiheit bewilligt sei, so gönnen Sie dieser Erwähnung keinen Raum. Ihre Angabe als Verleumdung zu Kempeln, habe ich zwar nicht das geringste Recht, ausgenommen mochten mir die Achtung vor den Behörden meiner Heimath zuspricht. Sicher wird die Pr. Allg. Z. jene Nachricht berichtigen; möge sie dieselbe der Berichtigung würdigen! Das Büchelchen heißt: „Königsworte in Volksliedern. Unserm Landesvater von Gottes Gnaden ein Hosianna aus der Lutherpforte". Wäre der Verfasser nicht ein sonst verdienter und achtbarer Mann, bei Lesung dieses Titels könnte man versucht werden, ihm eine strafsüchtige Verspottung dessen zuzutrauen, den er in einem dieser Lieder den „Salomo" nennt. Die Reden unsers Königs sind hier in den trivialsten Reimstücken travestirt. Das Exemplar kostet einen Sgr.; es enthält Text und Noten. Wer 10 Exemplare kauft, erhält die Reden des Königs (in Prosa) und noch ein Buch, das man aus einer Liste sich aussuchen darf. Der eifrige Verfasser soll 30,000 Exemplare an die Schulen der Monarchie vertheilt haben. Und ein solches Unternehmen könnten die Behörden durch Ertheilung der Portofreiheit privilegirt haben? Ein „Hosianna", nicht dem Sohne Davids, sondern dem gegenwärtigen Landesherrn, sollte portofrei versandt werden?

** Berlin, 25. Dez. Am 28. d. feiert der greise Präsident des Rhein. Revisions- und Kassationshofs, Sethe, hier sein 50jähriges Amtsjubiläum. Ein so seltnes Fest spricht für sich selbst. Doch Berufstreue pflegt der Staat zu lohnen. Ein vorzüglicher Jurist, wie der Jubilar, findet rühmende Anerkennung unter den Juristen aller Länder und Rechte. Aber dieser ehrwürdige Richter hat eine Saat gesät, welche den Dank des deutschen Volks erntet! Was den Stolz des deutschen Richterstandes ausmacht, er war und ist ein unbeugsamer, unantastbarer, probehaltiger, goldreiner Charakter! In Berlin, in Preußen wurde Sethe zum eigentlichen Repräsentanten echter richterlichen Ehrenhaftigkeit. In einer Zeit politischer Wiedergeburt, wie die Gegenwart, wo das Streben und Sehnen einer für Staat und Volk begeisterten Jugend immer eifriger wird, Lebensstellungen einzunehmen, welche mit den Geschicken des Vaterlandes und den Wendungen derselben in nächste, möglichst unmittelbare Berührung bringen, wo der thatkräftige Menschenschlag des aufwagsenden Geschlechts, wie in vielen deutschen Staaten erschlickt (z. B. auch in Schleswig-Holstein), nur immer die Ständeversammlung als Ziel vor Augen hat, da droht die Gefahr, daß die parlamentarische Laufbahn die gesammte Kraft des Landes abserbire und jede Thätigkeit anderer Art, deren der Staatsorganismus dringend bedarf, dem Ehrgeiz Höherer Naturen unzulänglich und unfruchtbar erscheine. Dr.hhalb verlohnt es sich um so mehr, aus engen Berufskreisen leuchtende Beispiele hervorzuheben, die da lehren, daß Bürgertronen auch anderwärts, denn auf der Rednerbühne erworben werden, und daß, wer auch der „höchsten politischen Ehren" in seiner Heimath niemals theilhaft ward, wie dieser Jubelgreis, in preisender Anerkennung seiner Volksgenossen den Ruf und Höchsten Nachruhm sich zu eigen macht, dem Vaterland zur Ehre zu gereichen! — Von den Tugenden und Verdiensten des Veteranen genügt es, den einen Zug aufzuspüren, wie nämlich Sethe es war, der, als der Fortbestand des Schwurgerichts in den preuß. Rheinlanden wankend geworden, und der vormalige König zur Prüfung des wahren Gehalts und Werthes dieser Institution, welche langsam, aber sicher dem das Volk der Deutschen entgegen wandelt, eine Immediat-Justizkommission niedersetzte, vorzugsweise den alle Zweifel gänzlich beseitigenden Entscheid herbeiführte und als Mitglied jener Kommission, woran wohl nicht mehr zu zweifeln ist, das in der That klassische Gutachten verfaßte, dessen praktischer Erfolg die Erhaltung des rhein. Gerichts, und dessen theoretische Bedeutsamkeit in der gelehrten Welt Bewunderung selbst bei Gegnern gefunden. Ehre es im Richterstande die Feldmarschallswürde, sie müßte jetzt zum 60jährigen Jubelfest, allein für die Eine gewonnene Schlacht, welche das Vorbringen des Inquisitionsprozesses über den Rheinstrom zurückgeschlagen, dem edeln Greise der Feldherrnhalle überreicht werden. Sethe, wem Ehre gebührt!

* Aus der Provinz Brandenburg, Ende 1847. Die Persönlichkeit des verstorbenen Ministers v. Rochow wird einseitig beurtheilt. Den Meisten gilt er als ein Bureaukrat par excellence. Nachfolgender Brief, wenn auch in einer Privatangelegenheit geschrieben, ist für innre und äußre Stellung des Schreibers so bezeichnend, daß der zunächst Betheiligte sich aufgefordert fühlt, ihn, als Beitrag zur Charakteristik des Verblichenen, der deutschen Presse zur Veröffentlichung anheim Stellen zu lassen. Hr. v. Rochow schreibt im Jahre 1825: „Wegen Ihrer Angelegenheit habe ich seitdem Tänze gebadt; vorzüglich haben mir Szenen mit Sch. Gattgehabt, der sich Gottlob selbst in einen solchen Gewebe von Lügen verstrickt hatte, und dem er nicht anders, als durch, wenngleich theilweise Gewährung Ihrer Wünsche heraus konnte. Bei diesen Lügen konnte ich Ihnen niemals schreiben, wie ihr Sache stand, an den Ort nicht zu schreiben, konnte ich Ihnen mit gutem Gewissen nicht rathen, weil die Verzweigung hatte, daß es der Sache gar Nichts heißen würde, wenn Sch. nicht wollte. Der Mann hatte sich herausgetragen und obenein eine unangenehme Kabinetsorder für Sie erstrahlt. Daß die Sache die gegenwärtige Wendung genommen hat, verdanken Sie allein dem Kronprinzen. — Seit zwei Monaten rennre ich diesen täglich daran, daß es zur Publikation der Landtagsabschiede die höchste Zeit sei. Er schwört jedes Mal, keine Ministerialeffusion vorübergehen zu lassen, in welcher er nicht die Minister aufordere, mit ihren Berichten auf die Anträge der Stände sich zu beeilen; da dies nun aber gar Nichts fruchtet, und die Zeit der Adresse des Kronprinzen herannaht, so drang ich von Neuem mit Vorstellungen in ihn, daß er sich in der Thronrede ebenfowenig wie im Patente selbst irgend etwas über die Landtagsabschiede publizirt wären. Ich unterstand mich daher, den Entwurf zu einer Kabinetsorder vorzulegen, in welchem der König das Staatsministerium scharfen und bemessenen Befehl ertheilte, den fraglichen Gegenstand nunmehr ungesäumt einzureichen. Durch des Grafen L. Gefälligkeit ist des Königs Vollziehung dieser Kabinetsorder erfolgt, drei Wochen sind aber verstrichen und noch kein Erfolg. Sie sehen, daß bei der hier obwaltenden Lethargie, wenn viele noch einige Jahre fortdauern, Alles sich auflösen muß. Der Staat ging unter dem Kanzler auf systematischem Wege dem Verderben entgegen, tritt stückr er am Faulfieber, jetzt stückt er am Faulfieber! Viel schlimmer, denn damals kannte man seinen Feind und dessen Kriegsplan, und der Feind war Jemand, den man hassen durfte und den zu packen und anzugreifen nicht Hochverrath war. Ein Jeder thue indeß, was er in seinem eignen Kreise vermag, und lasse davon nie ab."

* Magdeburg, 24. Dez. Unsre kirchlichen Verhältnisse, weit entfernt, durch die Sonderung der Unzufriedenen geschlichtet zu sein, drohen nun erst recht verwickelt zu werden. Denn die aus der Staatskirche Geschiedenen umfassen keineswegs die ganze Summe der Unzufriedenen, sondern unzufrieden mit der Staatskirche sind recht gut fünfen Achtel der ganzen Bevölkerung, und was seit Uhlich's Suspension geschehen ist, konnte sie nicht zufriedner machen. Die andern rationalistischen Geistlichen sind bei ihrer freiern Weise in Predigt und Liturgie verblieben, und das Publikum faßt bied als schreiende Ungerechtigkeit von Seite des Konsistoriums, gemäß der Regel: Was dem Einen Recht ist, das ist dem Andern billig. Heut hat das Konsistorium in einer Zeitungsbeilage eine Antwort veröffentlicht, welche es an einige altgläubige, nicht genannte Bürger gerichtet hat, die demselben ihre Zustimmung zu seinen Maßregeln ausgedrückt hatten; diese Antwort ist aber in einem so pietistischen Tone abgefaßt, daß er nur die weite Kluft zwischen dem religiösen Bewußtsein der Stadt und

Digitized by Google

der kirchlichen Behörde von Neuem aufrecht werden mußte. Dazu kommt, daß Uhlich's Nachfolger von der Behörde bereits wegen seiner Irrgläubigkeit verwarnt worden ist. Das Kirchenregiment ist allerdings in fataler Lage. Will es auf dem betretenen Wege weiter schreiten, so reizt es die Stadt immer mehr auf; will es sich mit Uhlich's Beseitigung begnügen, so bringt es sich als muthlos, inkonsequent und ungerecht um alle Reputation. Dazu kommen nun noch die Bewegungen in den reformirten Gemeinden der Stadt, welche sich — es ist dies auch ein Zeichen der verwirrten kirchlichen Zustände Preußens — der frühern Union nicht angeschlossen haben. Diese Reformirten, aufgeweckt durch die bisherigen Vorgänge, halten Berathungen, um sich gegen Aehnliches, wie es der Katharinengemeinde widerfahren ist, sicher zu stellen, und in diesen Tagen hat die größeste der drei reformirten Gemeinden in einer Gemeindeversammlung beschlossen, daß sie sich das apostolische Symbolum für Taufe und Konfirmation um keinen Preis aufdrängen lassen werde. Aber auch die neue unabhängige Gemeinde ist noch nicht im Reinen. Dieselbe hat sich stets auf gesetzlichen Boden gehalten. Mit dem Kirchenregiment hat sie Nichts mehr zu thun; mit den andern Behörden ist sie nie in Konflikt gekommen. Das Oberlandsgericht hat Fürsorge getragen, daß für die Austrittserklärungen ein besonderer Richter bestellt, und daß genügender Raum und ausreichende Zeit für das gerichtliche Bedürfniß so vieler Tausende ermittelt worden ist; die Regierung hat das Gesuch der Gemeinde um Staatsgenehmigung gleich, sowie es eingegangen war, zur Berathung gezogen und beantwortet an die Ministerien gelangen lassen; die Gemeinde selbst ist möglichen Weitläufigkeiten dadurch zuvorgekommen, daß sie in ihrer Eingabe erklärt, sie wolle vorläufig zufrieden sein, blos als geduldete Gemeinde anerkannt zu werden, damit sie nur erst zu berechtigter Gottesverehrung gelange, und als Anfangszeit für Letztere hat sie das Weihnachtsfest bezeichnet, gewiß ein billiger Wunsch, da endlich zu Gesang und Predigt zusammenkommen zu können. Aber das Christfest ist gekommen, ohne daß von Berlin ein Bescheid eingegangen ist. Auch das Gesuch um den Mitgebrauch städtischer Kirchen, wozu die betreffenden Gemeinden sammt Geistlichen und Patronen längst ihre Zustimmung gegeben, ist noch ohne Bescheid, ohne daß man sagen könnte, daß Raum und Zeit für solchen Mitgebrauch fehle. In dieser Beziehung genügt die Erwähnung des einzigen Umstandes, daß in Uhlichs früherer Kirche das Abendmahl im Laufe eines ganzen Vierteljahres erst ein einziges Mal zu Staude gekommen ist. — Die neue Gemeinde sieht sich also immer noch zum Abwarten angewiesen, und darf in ihren Zusammenkünften weiter Nichts thun, als daß ein Aeltester Geschäftliches mittheilt und darauf Uhlich über einen Satz aus den Gemeindegrundsätzen spricht. Auch darin liegt etwas Auffallendes, weil in derselben Kirche, wo dies Nachmittags geschieht, am Vormittage die Deutschkatholiken, die sich bekanntlich weigern vom Patent Gebrauch zu machen, öffentlichen Gottesdienst halten. — Wir setzen also hier eine Gemeinde sammt Geistlichen, welche sich nach dem Gesetze, welches eben für ihren Fall erlassen ist, genau und pünktlich richtet. Wir haben gesehen, daß der König auf dies Gesetz als auf ein Zeichen großer religiösen Freiheit, die er eben dadurch gewährt habe, hingewiesen hat. Wir haben früher in einer veröffentlichten Kabinetsorder an Uhlich gesehen, daß derselbe, wenn er als Diener seiner Lehre gemäß dem Patent vom 30. März eine Wirksamkeit gewinnen könne, von jeder Anfechtung vollkommen sicher sein solle. Wie soll man sich nun erklären, daß dessenungeachtet Tausende von loyalen Unterthanen noch des ersten Rechtes einer religiösen Gemeinschaft, nämlich ihren Kultus zu üben, entbehren? Es fehlt nicht an Stimmen, welche die Erklärung darin finden wollen, daß der Gesetzgeber der Absicht gewesen sei, die vorausgesetzlich wenigen unzufriedenen Elemente aus der Kirche zu fördern, um dann eine gereinigte Landeskirche zu haben, keineswegs aber gesonderte freie Gemeinden zu bilden. Da dies nun aber unerwarteter Weise geschehe, da das christliche Volk aufstehe, so setze man darauf Verlegenheiten entsprungen, welche eine rasche Beseitigung solcher Angelegenheit unthunlich mache. Wie dem auch sei, so ist es wohl unmöglich, die hiesige Gemeinde noch lange warten zu lassen. Sie ist so groß, daß sich mit jeder Woche die Inkonvenienzen eines Zwischenzustandes häufen müssen; man braucht nur daran zu denken, wie viele Kinder in einer Gemeinde von zweitausend Familien namentlich das Licht der Welt erblicken, also auf die Taufe warten. Gerade aber die Unmöglichkeit, zur alten Taufformel Ja zu sagen, ist einer der Gründe, welche den Austritt aus der Staatskirche veranlaßt haben, also zur Taufe gemäß ihrer Ueberzeugung haben alle diese Familien das offenbare Recht. Beiläufig mag hier erwähnt werden, daß jetzt in unserer Pfarrkirche schwerlich noch eine einzige Taufe vollzogen wird, bei welcher die hier üblichen tiefen Taufzeugen alle Ja sagten. Ein Theil schweigt; man sagt, es sei schon vorgekommen, daß sämmtliche Zeugen geschwiegen haben.

Stettin, 18. Dez. Vor einigen Tagen sollen sich die ersten Cholerafälle in unserer Stadt gezeigt haben, doch in so milder, wenig gefährlicher Form, daß dadurch die Nichtachtung, mit der man den europäischen Wanderer dies Mal aufgenommen, wohl als gerechtfertigt erscheint. (Börs.-N. v. D.)

**Baiern.** München, 27. Dez. Dem Gerücht über den Zweck der Sendung des Fürsten von Wallerstein nach Würzburg war in der Allg. Zeit. aufs Bestimmteste widersprochen worden; ein anderer Korrespondent berichtigt nun auch diesen Berichtiger, sagt aber nicht, was der eigentliche Zweck der Reise war.

**Hannover,** 27. Dez. Unsere Leser werden sich der Wahlanekdote erinnern, die einer unser hannoverschen Korrespondenten mitgetheilt und später in der Köln. Z. ihre Bestätigung gefunden hatte; ein vornehmer Herr sollte seinen vormaligen Kutscher dreistlich aufgefordert haben, sich um eine Deputirtenstelle zu bewerben. Geh. Rath Graf v. Wedel gibt nun in der hannoverschen Z. eine Erklärung, worin er versichert, er sei in der ganzen Erzählung so unverkennbar bezeichnet, als wenn sein Name aufgeschrieben wäre. Er theilt den Sachverhalt und den Brief mit. Daraus geht hervor, daß Geh. Rath v. Wedel an seinen ehemaligen Kutscher allerdings einen Brief geschrieben, worin er ihn aufforderte, sich um eine Abgeordnetenstelle zu bewerben; nur hielt der Graf in Abrede, daß er denselbe mit dem Empfehlungsschreiben in der Hand sich um eine Deputirtenstelle beworben habe. Auch sei der ehemalige Kutscher ein wohlhabender und durchaus achtbarer Mann, den seine Gemeinde zum Vorsteher gewählt hat.

Aus **Baden,** 30. Dezbr. Wir haben in unserm letzten Briefe uns im Allgemeinen über die Vorzüge einer volksthümlichen Wehrverfassung ausgesprochen, ohne uns in die Detailreihung des Entwurfs einzulassen, den die Regierung der diesjährigen Ständeversammlung vorlegen will. Inzwischen ist dieser Entwurf seinem Inhalte nach bekannt geworden. Derselbe unterscheidet zwischen Linie und Landwehr, setzt wie bisher durch das Konskriptionssystem die Linie auf zu vierjährigem statt zu sechsjährigem Dienste aus und weist die aus der Linie entlassenen Pflichtigen, sowie die zurückgestellten Altersklassen der Landwehr zu. Die Landwehr soll zunächst zur Vertheidigung der Landesregierungen, zum Schutz im Innern und zum Besatzungsdienst verwendet werden, doch können ihre ersten Aufgebote auch als Verstärkung der Linie im Kriege dienen. — Den Erwartungen, die man von der angekündigten Vorlage hegte, ist damit in keiner Weise entsprochen; der Entwurf steht einem neuen Konskriptionsgesetze viel ähnlicher, als einem Gesetz über eine Wehrverfassung; denn wie die Konskription die Grundlage des ganzen Entwurfs bildet, so ist auch eine der schlimmsten Schattenseiten des Konskriptionswesens die erkaufte und käufliche Stellvertretung für die Linie beibehalten und damit wie bisher der vaterländische Kriegsdienst als eine Last auferlegt, die sich wohl der reiche Mann, aber nicht der arme Steuerpflichtige erleichtern kann, der das Gepräge der Ungleichheit und Unbilligkeit so vom ersten Anfang an aufgedrückt ist. Die Früchte einer Wehrverfassung — Erweckung und Belebung des vaterländischen Gemeingefühls, Pflege des angeborenen aber nicht geübten Waffensinnes, Beseitigung des militärischen wie des bürgerlichen Zunftgeistes und dabei eine wirkliche Wehrhaftigkeit des Heimathlandes: diese Früchte werden durch Konskriptionsgesetze auch nicht einmal annähernd erreicht, wohl aber die Scheidewand zwischen Herr und Volk vergrößert, der gegenseitige Mißmuth gesteigert und dem Lande neue materielle Opfer auferlegt ohne die getroffen ideellen Vortheile. Wir glauben zwar nicht, daß Deutschland, solange es zwischen Frankreich und Rußland in der Mitte liegt, der stehenden, stets gerüsteten, stets schlagfertigen Truppenmacht entbehren oder sie sich durch Milizen ersetzen kann, aber daß gegen den auswärtigen Feind unsre jetzt bestehende Kriegsmacht in ihrer Stellung für sich und in ihrem Verhältniß zum Volke ebensowenig ausreicht, diese Ueberzeugung kann man um so unbedingter aussprechen, als sie eine ziemlich populäre geworden ist und sich in dem Mißmuth gegen die stehenden Heere ebensogut ausspricht wie in dem Ruf nach einer andern Militärverfassung. Darum sollte das stehende Heer sich auf die breite Grundlage eines wehrhaften und waffengeübten Volkes stützen und in der allgemeinen Waffentüchtigkeit eine Hülfe finden, die ihr aller eigne Mechanismus nie geben kann; drum sollte der oft und mit Recht ge-

Digitized by Google

tabelte Müßiggang wie das stille Spiel verschwinden und durch die Arbeit einer ernsten und allgemeinen Kriegsübung ersetzt werden. Aber freilich! Vermindernng der stehenden Truppen, Begränzung der Schranken eines militärischen und zivilen Kostengesetzes, allgemeine Bewaffnung und Waffenübung u. s. w., das gilt in vielen Kreisen noch als die gefährlichste Ausfaat der gewaltsamen Revolution, und man hat kein Bedenken, das sonderbare Geständniß abzulegen, daß ohne jenen Müßiggang und jenes Spiel, ohne jenen Kostengesetz, ohne jene Waffenunmündigkeit des Volkes Thron und Monarchie ernstlich gefährdet seien? Man muß mit allen Kräften darauf hinwirken, daß solche Vorurtheile weichen, und zwar womöglich ehe die rasch hereinbrechende Gefahr durch Schaden die Lehre allzu kostbar macht.

## Schweiz.

* Heidelberg, 1. Jan. Die Deutsche Zeitung hat sich jüngst gefallen lassen müssen, von der Allg. preuß. Zeit. über den wahren Sinn einer Volkspolitik belehrt zu werden, jetzt wird sie von einem andern halboffiziellen Blatte, der Karlsr. Zeit., über den wahren Begriff der Freiheit unterrichtet; dort ward dem Organ des konstitutionellen Fortschritts mit drohendem Fingerzeig das Proletariat entgegengehalten, hier wird ihm eine Freiheit angepriesen, die mit der Anarchie Hand in Hand gehen muß. Die Karlsr. Z. nimmt von einem Artikel der Deutschen Z., der sich gegen patriarchalische und politizistische Bevormundung ausgelassen hatte, den gesuchten Anlaß, auf die Schweizergeschichten zurückzukommen und die Deutsche Z. über den wahren Begriff der Freiheit zu belehren. Zu den von Euch gepriesenen Freiheiten, so lautet das Räsonnement des Karlsr. Blattes, gehört auch die Religionsfreiheit; in der Schweiz wird diese Religionsfreiheit jetzt mit Füßen getreten, also werdet Ihr Freunde der Freiheit Euch selber antreu, wenn ihr die jetzige Wendung der Dinge in der Schweiz mit Eurem Beifall begleitet. Die Hauptsache bei diesem Räsonnement, den Beweis des Mittelgliedes, bleibt uns die Karlsr. Z. jetzt wie früher schuldig; sie sagt uns nicht, wo die Tagsatzung die Religionsfreiheit der 7 Kantone mit Füßen getreten, wo sie irgendeine Konfession beschränkt, zum Abfall vom alten Glauben verführt oder gedrängt, wo sie Kultus und Dogma in ihrem guten Rechte verkürzt hat. Gleichwohl vergleicht sie die jüngste eidgenössische Exekution mit — den Dragonnaden Ludwigs XIV. und sucht es hierin schließlich dem Öfter. Beob. zuvorzuthun, der auch meinte, den Mund recht voll nehmen sei sogut als Gründe vorbringen. Solange aber die Karlsr. Z. mit diesen Gründen hinter dem Berge hält, muß sie sich gefallen lassen, daß man ihre Parallele als eine schlechte Nachahmung verlacht und sie selber eines unbefangenen Urtheils für unfähig hält. Denn man kann dem Grundsatze der Freiheit mit voller Treue angehören, ohne deßhalb zu den anarchischen Konsequenzen der Karlsr. Z. zu gelangen. Nicht um die Religionsfreiheit zu kränken, sondern um sich selber den bedrohten Einheit zu wahren, griff die Tagsatzung zu den Waffen; nicht um den sieben Kantonen den heidelberger Katechismus statt des römischen aufzudrängen, sondern um die eidgenössische Verfassung vor Anarchie und innerer Auflösung zu schützen, betrat sie nach geduldigen und langmüthigen Vermittelungsversuchen den ihr zustehenden Weg der gesetzlichen Exekution. Und daran hätte sie die „Freiheit" der Karlsr. Z. hindern sollen? Ein Bundesstaat soll sich in aller Ruhe auflecken, unterwühlen, langsam zerstören lassen, ohne zu den Waffen der Selbsterhaltung zu greifen, und das Alles nue aus Liebe zur Freiheit? Wir wissen nicht, wie die Karlsr. Z. darüber denkt; nach ihrem Vergleich mit den Dragonnaden haben wir von ihrem Urtheil keine große Berehrung, daß sie aber so offen der Anarchie das Wort reden sollte, glauben wir, abgesehen von ihrer halboffiziellen Stellung, schon deßhalb nicht, weil sie sich früher in weit andern Sinne geäußert. Als z. B. im vergangenen Sept. gegen die Redner der bekannten Offenburger Versammlung eine Untersuchung eingeleitet und die beabsichtigte Zusammenkunft in Donaueschingen verboten ward, da war die Karlsr. Z. von jenem glühenden Eifer für schrankenlose Freiheit nicht beseelt, sie berufte sich vielmehr, Untersuchung und Verbot in einem eignen Artikel unter der Firma „Bedrohung des allgemeinen Wohles" zu rechtfertigen. Demnach ist entweder eine Offenburger Versammlung in den Augen der Karlsr. Z. für die Existenz Badens viel bedrohlicher, als der Sonderbund für die Eidgenossenschaft es wäre, oder die Karlsr. Z. leidet an einer bedauerlichen Inkonsequenz und mißt mit zweierlei Maß, für Karlsruhe anders als für Bern. Es wurde schon früher der Karlsr. Z. bemerkt, daß es ein wohlfeiler Muth ist, weit „hinten in der Türkei" den nationalen Eckart zu spielen, während man das Nahe und Nächstliegende vorsichtig umgeht. Wir möchten noch eine weitere unmaßgebliche Bemerkung zum Nutz und Frommen der Karlsr. Z. hinzufügen. So wie uns diejenigen Volksfreunde die widerwärtigsten sind, die jetzt in vornehmen offiziellen Blättern ihr Wesen treiben und durch Kokettiren mit dem großen Haufen den wankenden Bau des Absolutismus zu stützen meinen, so haben wir ein tiefes Mißtrauen gegen die Freiheitsfreunde, die das Prinzip der Freiheit nicht weit genug fassen und die Thatsachen, nicht eng und peitzenmäßig genug denken können. Dort in den Alpen, drüben über dem Ozean schrankenlose, unendliche Freiheit, hier zwischen Rhein und Neckar hübsch bei der Polizei geblieben — das ist die Freiheitstheorie der modernen Reineke, die nur nicht so fein sind, wie der alte. Um aber zum Schlusse noch ein Mal auf unsere oft angeschobene Stellung zu den Schweizer Dingen zurückzukommen, so wollen wir hier einen Satz hierschreiben, den wir die Karlsr. Zeitung und alle ähnlichen Blätter um der Gerechtigkeit willen nun auch bitten mit recht gesperrten Lettern aufzunehmen und zu kommentiren: wenn die Tagsatzung oder die radikalen Stände Bern, Waadt, Genf wirklich alle die edlen Absichten entwickeln werden, die man ihnen unterlegt, wenn sie die Religion unterdrücken, die gemäßigten Regierungen in der östlichen und nördlichen Schweiz stürzen, die Kantonalsouverainetät unterdrücken, die Eine Republik proklamiren werden, so werden wir gegen diesen radikalen Sonderbund, gegen diese Art Freiheit, mit ganz derselben Energie zu Felde ziehen wie gegen den verschiedenen in Luzern.

Aus Konstanz, 21. Dez., meldet der „Tagesherold": Heute erhalten wir die zuverlässige Nachricht, daß der Altlandammann Baumgartner in St. Gallen von der Gesandtenkonferenz der Großmächte in Neuenburg die Einladung erhalten habe, an den dortigen Verhandlungen in den Angelegenheiten der Schweiz Theil zu nehmen. Zugleich wurde beigefügt, daß Herr Landammann Baumgartner auch entschlossen sei, unverzüglich dieser Einladung zu folgen. Wir geben diese Nachricht unverbürgt; denn wir können den hohen Mächten nicht so viel Ungeschick zutrauen, daß sie ihr Vermittlungsgeschäft an der Hand von Aposteln beginnen wollen, deren Namen die ganze liberale Schweiz mit Entrüstung nennt. Aber freilich die Hartter, Baumgartner, Siegwart, Schleuniger u. s. w., das sind die lautern Quellen, aus denen die konservativen Großmächte ihre Berichte der Schweizerverhältnisse schöpfen!

Bern. Auch die Luzerner Gesandtschaft, Dr. Steiger und Plazid Meier, ist nun hier.

— Als Aspiranten oder Kandidaten für die schweizerische Geschäftsträgerstelle in Paris (wofern sie nämlich fortbestehen soll und darf) nennt man 1) elrg. Oberst Rilliet-Konstant, dermalen in Bivis, und 2) Dr. Joseph Hyazinth Bartmann (Bruder des jetzigen Präsidenten der provisorischen Regierung in Wallis), dermalen in Paris. (Bern. Ztg.)

Basel. Der französische Gesandte ist in Begleitung des zweiten Gesandtschaftssekretärs heute nach Neuenburg abgereist, soll aber bis künftigen Montag wieder hierher zurückkehren. (Basl. Z.)

Luzern. Gestern fanden in Weggis die Großrathswahlen — die das erste Mal wegen Uneednung nicht vorgenommen werden konnten — Statt. Auch hier wurde liberal gewählt.

## Niederland.

Die „Nieuwe Rotterdam'sche Courant" erklärt das durch französische Zeitungen verbreitete Gerücht von Unterhandlungen zwischen Frankreich und Holland wegen Abtretung des niederländischen Theiles der westindischen Insel St. Martin an die Franzosen für grundlos. — Dasselbe Blatt will aus sicherer Quelle wissen, daß die Regierung die Absicht habe, die Kolonie von Surinam dem Handel aller Nationen freizugeben.

## Großbritannien.

London, 26. Dez. Die Häupter der Freihandelslehre, ein Cobden, ein Villiers u. s. w. sind zugleich auch entschiedene Gegner alles Kriegswesens und Soldatenwesens und verfechten in ihren öffentlichen Reden, daß mit der Ausdehnung des Freihandels über den Erdkreis auch der Krieg für immer abgeschafft sein werde. So jüngst erst Cobden, als er an Stelle des doppelt gewählten Villiers, der sich für Wolverhampton entschieden hat, den Wählern von Süd-Lancashire Hrn. Henry, einen der größten Fabrikanten, empfahl. In der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede äußerte Cobden: „Er wünsche, daß die Häfen Großbritannieus, ohne Beengung durch Differential-

Digitized by Google

zölle, allen Völkern zu freier Ein- und Ausfuhr geöffnet werden möchten. Dies würde eine zuverlässigere Bürgschaft für einen allgemeinen dauernden Wolkfrieden sein, als alle jene kostspieligen Heere, die, eine unproduzirende Masse, nur am Marke des Volkes zehrten. England möge den Mächten ein gutes Beispiel geben und zu einer theilweisen Entwaffnung schreiten, es möge seine Diplomaten auswenden, um die Höfe zu einer gleichen Maßregel zu veranlassen, statt sich über fürstliche Heirathen oder Einladungen zu einem diplomatischen Festmahl hin und her zu zanken" u. s. w. Diese Friedenspredigt Cobdens konnte in eine für ihre Wirkung ungünstigere Zeit kaum fallen, da gerade gegenwärtig alle Blätter mit Betrachtungen über mangelhafte Vertheidigungsanstalten und die Mittel, England in eine möglichst uneinnehmbare Festung zu verwandeln, angefüllt sind. Ein berühmt gewordener, von den Journalen veröffentlichter und mit Celäuternngen versehener Brief, angeblich von Wellington selbst, hat hierzu hauptsächlich Anstoß gegeben. In diesem Briefe heißt es unter Anderm: Das wohlgerüstete Frankreich könne plötzlich große Truppenmassen auf Dampfschiffen nach England hinüberwerfen, Englands Küsten seien schlecht vertheidigt, schlechter als im Jahr 1803, wo Napoleon einen solchen Plan im Kopfe trug, England habe ein möglichst unbedeutendes Heer, und sein Volk sei das unfriedgerichteste, welches sich denken lasse, trotzdem aber geizten die Kaufleute mit jedem Shilling, den sie zur Instandsetzung der Landvertheidigungsanstalten und zur Vermehrung des Heeres hergeben sollten, ohne zu bedenken, wie unverwahrt und unbeschützt ihre Reichthümer einem verwegenen Eroberer daliegen; diese Kaufleute und Börsenmänner sollten doch zu bedenken, daß ein paar Pfund nicht übel verwandt würden, wenn man sie zum Schutze von Millionen hergebe. Die Blätter der verschiedensten Farbe spotten weidlich über Cobdens Glauben an den bevorstehenden Allerweltsfrieden und an das tausendjährige Reich; sie weisen auf die verwickelte Lage Europas und der Welt, auf die überall angehäuften Brandstoffe hin, auf den einer unvermeidlichen Fäulniß entgegensiechenden Orient, auf die innern Gährungen in der Schweiz und Italien und die Stellung beider Länder zu den Nachbarmächten, auf Frankreich, das sich immer noch mit Eroberungsgedanken trage und sie zum Theil in Nordafrika schon verwirklicht, dessen Monarch in hohen Jahren stehe, das einen Prinzen besitze, der ja selbst den Gedanken einer Eroberung Englands durch eine Dampfflotte nähre, auf den stets unsichern Zustand der pyrenäischen Halbinsel, auf Rußland einerseits, welches mit heißhungrigen Blicken auf Beutestücke im Orient und Mittelasien lauere, und auf Nordamerika andrerseits, welches bekanntlich sein Gelüst nach Kanada und den westindischen Kolonien nicht mehr verläugne und durch die Eroberung Mexikos bewiesen habe, daß es wisse, seine ehrgeizigen und gewinnsüchtigen Anwandlungen auch zur That werden zu lassen, auf die ganze gespannte und gewitterhafte Schwüle in der politischen Atmosphäre überhaupt, die sich jeden Augenblick zu entladen drohe. Bekanntlich hat Lord Russell für die nächste Sitzung im Februar, diese Wolkage wie die Wünsche eines großen Theils des englischen Volks berücksichtigend, Maßregeln angekündigt, deren Annahme eine bedeutende Verstärkung der Vertheidigungsanstalten des Landes zur Folge haben würde.

Der Spectator sagt in einer Betrachtung über die zu Ende gegangene außerordentliche Parlamentssitzung: daß ihre Resultate an sich betrachtet zwar ziemlich gleich Null wären, daß aber der Gesammtcharakter des neuen Hauses der Gemeinen in nicht gewöhnlichem Grade Einsicht und praktischen Geschäftssinn offenbare, Eigenschaften, welche bei der Wiedereinsetzung der Session zu recht nützlichen Ergebnissen führen können. Die neuen Mitglieder, meint der Spectator, hätten sich wider Erwarten recht zart und rücksichtsvoll benommen; Hr. Disraeli habe nicht vorgeschlagen, daß Lord Palmerston um einen Kopf kürzer gemacht werde, und selbst der grimmige Chisholm Anstey habe seine tödtliche Motion in Betreff der auswärtigen Politik bis nach den Ferien verschoben, selbst Lord Palmerston noch einmal eine Weihnachtsmahlzeit rinnehmen könne; Baron Lionel v. Rothschild, dasjenige Mitglied, dessen Erscheinung das meiste Aufsehen erregt haben würde, sei gar nicht einmal erschienen; Hr. Disraeli, jetzt zu einem Geschäftsexpräsentanten erhöht, sei noch immer Verfasser des Tancred und Mitglied für das reformirte Jndia; Hr. Beargud O'Connor habe vergeblich die Repeal vorgeschlagen, dagegen seine Bill, um auf seinem Landsitze O'Connorville (einem nach chartistischen Grundsätzen errichteten Gute) das Pächterrecht zu sichern u. s. w. In solchen Aufspielungen gefällt sich einmal der britische Humor. Die toristische Post gibt zwar zu, daß das jetzige Unterhaus im Grunde des Herzens vielleicht rechtschaffener sei als das frühere, aber äußerlich gewähre es leider auch einen viel ungehobelteren und ungeschliffenern Anblick. Ein echtes Volksparlament, ein wahres Unterhaus sollte vielleicht noch ungeschliffener aussehen. Gibt doch selbst ein O'Connor fast weniger darauf, daß er ein Volksfreund und Chartist, als daß er der Sprößling einer der Himmel weiß wie lange untergegangenen irischen Königsfamilie ist!

## Frankreich.

Paris, 28. Dez. Der Landtag wurde heute vom Könige mit der nachfolgenden Thronrede eröffnet: „Meine Herren Pairs, meine Herren Abgeordneten! Jndem ich Sie wieder um mich versammelt sehe, fühle ich mich glücklich, daß ich nicht mehr die Leiden zu beklagen brauche, welche die Thrurung auf unser Vaterland gehäuft hatte. Frankreich hat diese Leiden mit einem Muthe ertragen, den ich nicht ohne eine tiefe Bewegung betrachten kann. Nie ist unter solchen Umständen die öffentliche Ordnung und die Freiheit des Verkehrs so allgemein aufrecht erhalten worden. Der unerschöpfliche Eifer der Privatwohlthätigkeit hat unsere gemeinschaftlichen Bemühungen unterstützt. Unser Handel, Dank seiner langen Thätigkeit, ist von der Krisis, die sich in andern Ländern fühlbar machte, nur schwach berührt worden. Wie nähern und dem Ende dieser Prüfungen. Der Himmel hat die Arbeiten des Volkes gesegnet und reichliche Ernten führen überall den Wohlstand und die Sicherheit zurück. Ich wünsche mir dazu mit Jhnen Glück. Jch rechne auf Jhre Mitwirkung, um die großen öffentlichen Arbeiten zu Ende zu führen, die, indem sie die Wege eines raschen und leichten Verkehrs über das ganze Land ausbehnten, neue Quellen des Wohlstandes eröffnen sollen. Während diesem feuchtbaren Unternehmen fortwährend genügende Hülfsmittel zugewendet werden, werden wir Alle mit genauer Sparsamkeit über der guten Verwendung des öffentlichen Einkommens wachen, und ich habe das Zutrauen, daß in dem gewöhnlichen Staatsbudget, das Jhnen demnächst vorgelegt wird, die Einnahmen die Ausgaben decken werden. Der Entwurf eines besondern Gesetzes wird Jhnen vorgelegt werden, um den Preis des Salzes zu vermindern und die Brieftaxe zu erleichtern, soweit dies mit dem guten Stande unserer Finanzen verträglich ist. Gesetzesvorschläge über den öffentlichen Unterricht, das Gefängnißwesen, unsere Zolltarife werden Jhren Berathungen untergelegt werden. Andere Gesetzesvorschläge werden Jhnen mitgetheilt werden über verschiedene wichtige Gegenstände, namentlich über die Gemeindegüter, die Leihhäuser, das Hypothekenwesen, die Benutzung der Spartassen zu neuen Verbesserungen in der Lage der arbeitenden Klassen. Es ist mein beständiger Wunsch, daß meine Regierung unter Jhrer Mitwirkung daran arbeite, zu gleicher Zeit die Sittlichkeit und den Wohlstand des Volks zu entwickeln. — Meine Verhältnisse zu allen fremden Mächten gehen mir das Vertrauen, daß der Weltfriede gesichert ist. Jch hoffe, daß die Fortschritt der allgemeinen Zivilisation sich überall in Uebereinstimmung zwischen den Regierungen und den Völkern und ohne Störungen der innern Ordnung und der guten Verhältnisse der Staaten zu einander erfüllen wird. — Ein Vorgang hat das Glück der Schweiz getrübt. Meine Regierung hatte sich mit den Regierungen Englands, Oesterreichs, Preußens und Rußlands verständigt, um diesem benachbarten und befreundeten Lande eine wohlwollende Vermittelung anzubieten. Die Schweiz wird, wie ich hoffe, erkennen, daß die Achtung der Rechte Aller und die Aufrechthaltung der Grundlagen des schweizerischen Eidgenossenschaft einzig und allein ihr die dauerhaften Bedingungen des Glückes und der Sicherheit sichern können, die Europa ihr durch die Verträge verbürgen wollte. — Meine Regierung hat, in Übereinstimmung mit der der Königin von England, Maßregeln ergriffen, die endlich dazu führen sollen, unsere Handelsverhältnisse an den Ufern des Plata wiederherzustellen. Der berühmte Fetdherr (ehef illustre), der lange und ruhmvoll in Algier den Oberbefehl führte, hat von seinen Mühen ausruhen gewünscht. Jch habe meinem vielgeliebten Sohne, dem Herzoge von Aumale die große und schwierige Aufgabe, dieses feanzösische Gebiet zu regieren, anvertraut. Jch denke mit Vergnügen daran, daß unter der Leitung meiner Regierung und mit Hülfe der muthvollen Ausdauer des hochherzigen Heeres, das ihn umgibt, seine Wachsamkeit und seine Hingebung, die Ruhe, die gute Verwaltung und das Wohlsein unserer Niederlassung sichern werden. — Meine Herren! Je weiter ich im Leben vorrücke, desto eifeiger widme ich alle Kraft und alle Thätigkeit, die Gott mir gegeben und erhalten hat, dem Dienste Frankreichs, der Sorge für seine Jnteressen, seine Würde, sein Glück. Mitten in der Bewegung, die feindliche oder blinde Leidenschaften anfschüren, stärkt und

Digitized by Google

hält mich die Überzeugung: daß wir in der konstitutionellen Monarchie, in der Einigkeit der großen Staatsgewalten die geschicktere Mittel besitzen, um alle diese Hindernisse zu überwinden und allen moralischen und materiellen Interessen unseres theuren Vaterlandes zu genügen. Halten wir in übereinstimmung mit der Charte fest an der gesellschaftlichen Ordnung mit allen ihren Bedingungen. Verbürgen wir uns in übereinstimmung mit der Charte für die öffentliche Freiheit und ihre fortwaernde Entwicklung, so werden wir den Generationen nach uns das uns anvertraute Gut unverletzt übergeben, und sie werden uns segnen, daß wir das Gebäude gegründet und vertheidigt haben, unter dessen Schutze sie frei und glücklich leben werden."

Der König wurde bei seinem Eintritt in die Kammer von der außerordentlich zahlreichen Versammlung mit einem stürmischen Beifalle empfangen, wie er ihm seit Jahren nicht zu Theil geworden war. Die Thronrede selbst fand sowohl bei der Kammer als bei der übrigen Zuhörerschaft eine ziemlich kühle Aufnahme, wie denn das bei der Unbedeutendheit ihres Inhalts kaum anders möglich war. Bemerkenswerth sind eigentlich nur die nichtssagenden Redensarten, mit welchen von der Schweiz gesprochen wird, und die eben durch ihre Leere zur Genüge bestätigen, daß das Kabinet der Tuilerien jene Angelegenheit als erledigt betrachtet, ohne es bis jetzt gestehen zu wollen. Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, daß, glaubwürdigen Angaben zufolge, das französische Ministerium die Note vom 8. d. M., durch welche es Preußen und Österreich zu einer Konferenz eingeladen, bereits wieder zurückgenommen hatte, als die HH. Radowitz und Colloredo, welche der ihnen entgegengeschickte Kurier verfehlt hatte, in Paris eintrafen.

Zum ersten Male seit der Restauration hat gestern in der Kapelle der Pairskammer als Vorspiel zur Eröffnung der Kammer eine heilige Geistmesse mit Musik Statt gefunden, die der Erzbischof von Paris selbst feierte. Alle Pairs waren durch ein Runkscheiben eingeladen worden, aber nur etwa ein Drittel erschien.

Unverbürgten Nachrichten aus Marseille zufolge, soll Abdel-Kader bei einem Versuche, sich durch die Marokkaner hindurchzuschlagen, gescheitert sein und sich in einer verzweifelten Lage befinden. Zwei seiner Brüder sollen dem General La Moricière ihre Unterwerfung angeboten haben.

### Italien.

* Livorno, 22. Dez. Die englische Flotte hat gestern unsere Rhede verlassen, angeblich um nach dem Golf von Spezia zu segeln, wahrscheinlich aber um theilweise die sizilianischen Gewässer zu besuchen. Ein Dampfboot ist zurückgeblieben. Die Nachrichten von Neapel und Sizilien sind immer noch sehr unsicher. Bald ist das Volk auf diesem oder jenem Punkt Meister, bald soll es den Truppen gelungen sein, die Aufstände zu zerstreuen. Gewiß ist, daß die Unzufriedenheit aufs Höchste gesteigert wird, und sich Soldaten und Bürger feindlich gegenüberstehen. Der König, der mit bourbonischem Starrsinn jede Konzession verweigert, vertraut auf die Madonna und seine Polizei, ist aber dabei gesangen in seinem eigenen Palast voll Angst und Schrecken. Von dem Fortgang der Dinge in Sizilien erwartet man täglich Nachrichten. — In Piemont gestalten sich die Dinge immer besser, man spricht sogar davon, daß Karl Albert am 10. Januar die Konstituirten proklamiren und sich entschiedener als bisher an die Spitze der italienischen Bewegung stellen werde. In Genua bemüht man alle Festungswerke. Heute ist hier auch der Befehl von Florenz eingetroffen, die verschiedenen Forts zu rüsten und Pferde für mehrere Artillerien zu kaufen, und zwar, wie es heißt, in Folge einer Aufforderung von Seite Karl Alberts. In Parma soll es zu sehr ernstlichen Auftritten gekommen sein, seitdem die verhaßte Herzogin dem noch gehaßteren Erbherzog von Lucca den Platz geräumt hat.

### Handels- und Börsennachrichten.

Frankfurt, 30. Dez. Oberr. Met. 103½ P. — 2½% 51½. Bankaktien pro ult. 1929 G. — 500 fl. Loose von 1834 157½ 250 fl. Loose von 1839 — G., Preußen. Köln-Minden 94½ P. 94½ G. — Baiern. Ludwigs-Berbach 85⅞ P. 85⅝ G. Württemberg. 3½% Obltg. 86 G. — Geldsorten: Neue Louisd'or 11 fl. 6 kr. — Fred'or 9 fl. 47 kr. — ditto Preuß. 9 fl. 55 kr. — Holl. 10 fl. Stücke 10 fl. — kr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 32 kr. Engl. Souvereigns 12 fl. 3 kr. — Laubthaler ganze 2 fl. 43½ — Preußische Thaler 1 fl. 44⅞ kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Wien, 26. Dez. 3% Met. 104¼ — Bankaktien 1614 — 500 fl. Loose 157 — 250 ditto 113⅜ — Nordbahn 154½ — Wien-Gloggnitz 112 — Mailand-Venedig 94½.

Berlin, 27. Dez. 3½% Staats-Sch. 91¾ Prämien-Scheine 90¼ Pom. Loose 500 fl. 79 — ditto 300 fl. 98¼ Ludwigs-Berbach — Frd.-W.-Nordb. 61¼ — Kln-Minden 95¾.

Amsterdam, 27. Dez. 2½% Integrale 55¹¹/₁₆ — 4% von 1844 85½ 4% Russ. b. Hope — ditto bei Stieglitz — 5% Span. Akt. 14⅜ 3% inländ. 24¹³/₁₆ 4% Port. 22 2½% öst. Met. 50.

Paris, 28. Dez. 3% 75 f. 50. 5% 17. Bankaktien 3200. Die französische Bank hat den Diskonto auf 4% hinabgesetzt.

Madrid, 21. Dez. 3% Schuld 27⅝. — 5% ditto 15¼.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

**Wichtige Neuigkeit besonders für Juristen!**

[1] Im Verlage von G. Fröbel in Rudolstadt erscheint mit Beginn des Jahres 1848:

Monatsblatt für Musterung und praktisches Studium der neuesten

**juristischen Literatur.**

Ein unentbehrliches Hülfsmittel, besonders für vielbeschäftigte Praktiker, Theoretiker, angehende Juristen, Buchhändler und Bibliothekare.

Redigirt von

**Oscar Albert Walther,**

Stadtsyndikus zu Rudolstadt.

Jährlich 1 Band von 12 Monatheften à 5 Ngr. nebst Sach- und Schriftsteller-Register.

Das Nähere besagt der in allen Buchhandlungen gratis zu habende Prospectus.

[2] Durch alle Postanstalten und Buchhandlungen ist zu beziehen die jeden Montag erscheinende:

**Allgemeine Auswanderungszeitung.**

Redigirt von

Dr. Püttner, C. M. v. Rosa und J. G. Streckfuß.

Mit Karten, Pläne n und Illustrationen.

Preis quartalicher 14 gGr. oder 1 fl. 3 kr.

Verlag von G. Froebel in Rudolstadt. — Leipzig, bei F. G. Beyer.

NB. Probeblätter werden auf Verlangen gratis geliefert. Vom 1. Jahrg. sind komplete Exempl. noch vorhanden.

[3] In dem Verlage von Scheitlin und Zollikofer in St. Gallen ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Allgemeine Theologie**

enthaltend

die theologische

**Enzyklopädie und Apologetik**

von

**Joseph Burkard Lu,**

Professor der Theologie, Chorherrn und Mitglied des Erziehungsrathes in Luzern.

gr. 8. 25 Bogen. 2 fl. 45 kr. oder 1 Thlr. 21 Ngr.

Wir übergeben hiemit den Studirenden und den wissenschaftlich Gebildeten unter der katholischen Geistlichkeit ein Werk, das durch seine Reichhaltigkeit, die sich über das ganze Feld der Theologie erstreckt, und durch die Tiefe und Klarheit, in der es den alten Stoff den heutigen Anforderungen der neuen wissenschaftlichen Fortschritte in principieller Durchführung und Vollendung vermittelt, sich den klassischen Schriften der Kirche in jeder Beziehung würdig anreiht.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter ordnen Bestellungen an auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Cox. Oxwr u. Kamp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. übrigen Länder werden man sich an Hr. A. Mercadier Strasbourg 28 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.0.; durch die Post bezogen um Antrag des Großherzoglichen Baden fl. 1.12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 2. Heidelberg, Sonntag 2. Januar 1848.

## Übersicht.

**Louis Philipp.** — **Berlin** (Bodelschwingh und Eichmann. Königl. Bescheid an die Umgestimmten unter den 40 Bauern). **Elberfeld** (die mangelhafte Vertretung der Deutschen im Auslande). **Aus Baiern** die Deutschheit des Fürsten v. Leiningen). **Osnabrück** (Adresse an Uhlich). **Heidelberg** (der praktische Standpunkt in Sachen der Preßfreiheit). **Kassel** (die Petitionen und Beschwerden wegen Beschränkung der Religionsübung. Abg. Gunkach †. **Geh. Kabinetsrath Koch** scheidet offiziell aus dem Staatsdienst). **Rostock** (die mecklenburgischen Ritratories).

**Schweiz.** **Bern.** Steiger. Die Schweizer Gesandtschaft. Lage in Wallis. Konflikt in Freiburg. **Chur.** Die Militärverwaltung in der Schweiz.

**Großbritannien.** Zeitungsstürre. **Morn. Chr.** über die französische Politik. Ulster, das irische Paradies.

**Frankreich.** Zeitungsmeinungen über die Eröffnung des Landtags. Zwei kriminalfälle. — **Spanien** Madrid. Kabinetskrise. Generalamnestie von Afrika ernannt. — **Italien.** **Rom.** Die reaktionäre Partei in Toskana und Rom gegen die Bürgergarde. Ableben des Diario di Roma. Beschlüsse der Konsulta über Veröffentlichung ihrer Verhandlungen. Die päpstliche Allokution. Wachsender Einfluß des Jesuitismus. **Florenz.** Aufschlüsse über die letzten Verhandlungen der drei Legaltaaten in Modena. Parma. Die staatsrechtlichen Verhältnisse des Herzogthums.

**Jonische Inseln.** **Korfu.** Das britische Beherrschungssystem im Freistaat der sieben Inseln.

**Amerika.** **Vereinigte Staaten.** Die Gelüste der Nordamerikaner nach Westindien und Kanada. Nordamerikas zukünftige Weltstellung. Faustrechtlicher Vorgang in der deutschen Kolonie in Texas.

**Datum der Börsen.** Frankfurt 31., Wien 27., Berlin 28., Paris 29., London 27., Madrid 23. Dezember.

---

### Heidelberg, 2. Januar.

Das Genie Louis Philipps hat eine merkwürdig assimilirende Kraft. Alle Talente, die in sein staatsmännisches Bereich kamen, erlagen durch ihn einer Zerfezung und Abnuzung. Das größere Genie konsumirte die kleinen von Kasimir Perrier bis Guizot. Schon an sich hat das Abstrakte, das immer Gleiche, die Idee der höchsten Gewalt, ein Übergewicht über das Konkrete, über das Veränderliche oder die einzelnen Modalitäten der Macht. Louis Philipp hat aber auch seine Modalität, in soweit sein System von dem Allgemeinen, von den wesentlichen Grundlagen der Nation sich absondert und eine konkret dynastische Richtung verfolgt. In dieser Richtung und deren Grenzen aber wirft Louis Philipps Genie unverkennbar, konsumirend für Alles, was in diesen Kreis eingeht. Der Zwiespalt zwischen dem Konkreten und dem Allgemeinen, zwischen dem Dynastischen und dem Nationalen ist zugleich so groß, daß die abgenutzten Talente auch nach einer Rückkehr in das nationale Universum sich nie wieder erfrischen, nie wieder ein nationaler Gegensatz gegen Louis Philipp werden, also in der Opposition ihm nichts Erhebliches mehr anhaben können. — Damit im Zusammenhang steht die Nothwendigkeit untergeordneter Katastrophen. Eben weil das System Louis Philipps nicht aus der nationalen Allgemeinheit schöpft, ist es zeitweise nationalen Gegensätzen ausgesezt, die als das Höhere es nicht überwinden, die es durch Aufopferung einzelner dynastischen Gelüste, einzelner Staatsmänner nur beschwichtigen kann. Dabei zuweilen wie der Blitz aus blauer Luft der Schlag auf diese Häupter fällt, unverhofft und unverdient, während sie grade ihre eigenstes Selbst, ihre besten Kräfte dem System hingaben. —

Wielange aber das System selbst diesen höheren Gegensätzen Widerstand leisten wird, liegt noch außer der Berechnung; genug daß es in dem Gegensatz des Nationalen zugleich den Gegensatz des Bleibenden wider sich hat.

Neuerdings hat Louis Philipp das System des Verbrauchens seiner Staatsmänner kühn erweitert, hat es auch auf seine Bundesgenossen ausgedehnt und hierdurch deren selbstständiges Ansehen sichtbar geschwächt. Das empfindet jezt Österreich, von welchem es früher wenigstens nicht offenbar war, ob es für die Interessen seines Systems nicht gewisse Interventionen doch noch wagen würde, oder ob es aus Mangel an finanzieller Macht oder nur aus Mangel an Überzeugung von der Nüglichkeit, oder gar aus Zustimmung mit gewissen Forschritten, der Intervention sich enthielte. — Durch die Provokation eines Bündnisses mit Frankreich ist es jezt entschieden und klar, daß die Überzeugung Österreichs mit den benachbarten Reformen keinesswegs übereinstimmt, daß es an dem entschlossenen Willen, dawider in den Kampf zu gehen, nicht fehlte, und nur der Mangel an Macht zur Passivität verurtheilt. Ob Louis Philipp ähnlich wie bei seinen Staatsmännern, für den Fall, daß das Größere entzing, eventuell für weitere Plane mindestens die Schaustellung der Machtschwäche des Bundesgenossen von Anfang an mit in Berechnung zog — wird die Zukunft, vielleicht auf italienischem Boden ausweisen.

Hat Louis Philipp durch den Verrath an Österreich, für künftige eventuelle Kombinationen der Mächte einen ominösen Sieg gewonnen, und das Europäische Einflußverhältniß Frankreichs relativ zu Österreich bedeutend höher hingestellt, so ist dieser zur Zeit noch nicht zu ermessende Sieg mit einer opferlosen Mystifikation und Verhöhnung durch England vielleicht nicht zu theuer erkauft. Denn das Einfluß- oder Theilungsobjekt auf diesem Punkte, nämlich an beiden Seiten der Alpen, war bisher weniger zwischen Frankreich und England als zwischen Frankreich und Österreich der ewige Zankapfel, so daß hier das höhere Interesse Frankreichs nur darauf ging, Österreich kampfunfähig zu stellen und dessen gezwungene Passivität zur Europäischen Anerkennung zu bringen.

Die englische Schlappe wird Louis Philipp mit manchem Andern verschmerzen, als eine von den Dornen an seiner dynastischen Rose. Wäre Louis Philipp mehr Frankreich und nicht weit mehr Haupt seiner Dynastie, so würde Niemand, auch England nicht, mit solchen Dornen ihn zu necken wagen. Kluger Weise aber hat Louis Philipp seine dynastischen Projekte, sein System doch soweit gemäßigt, daß die Kluft zwischen ihm und Frankreich sich nicht bis zum Unüberschreitlichen erweitern, in wahrhaft Europäischen Fragen und Konflikten ihn mit seinem Frankreich nicht kampfunfähig machen kann. Gegen Entlassung einiger Minister und Aufnahme populärer Namen behält es Louis Philipp weder alle ausnahmsartigen Gesetzen doch in der Macht, sich mit der vollen Zustimmung beider Kammern des Reichs und dem Enthusiasmus der Nation zu umgeben, also aktiv jeden nationalen Kampf zu bestehen.

Durch den Verrath Louis Philipps ist dem heutigen Österreich das Aufsichen von Bundesgenossen ferner verleidet und selbst unmöglich gemacht, weil immer nur zu seinem Schaden das Passive mit dem Aktiven sich verbindet. Denn ähnlich Louis Philipp hat auch Österreich sein konkretes System, welches nicht in der natürlichen Allgemeinheit des Volks wurzelt, sondern die dynastischen Interessen in ultramontane Treibhäuser verpflanzte. Wegen nöthiger totalen Übersiedelung dieser Interessen wird es Österreich unendlich schwerer als Louis Philipp, auf den Mutterboden der Nation zurückzukehren und durch Assimation von vereinigten Reichsländern in Wien das verlorne Europäische Terrain wieder zu erobern. — In der ungeheuern neuern Entwickelung der Staaten, die jezt größere Armeen im Frieden als früher im Kriege unterhalten und überdies noch zu allgemeiner Landwehr hinneigen, ist jeder Zusammenstoß ein massenhaft nationaler, und jede überwiegend antinationale Richtung ein Gang des Todes, eine Unmög-

Digitized by Google

lichkeit geworden. Es wird sich fragen, wie weit die aktiven Europäischen Mächte es treiben, wie bald Oesterreich den letzten Anstoß erhalten wird, sich endlich mit sich selbst zu vereinigen, und auf dem Reichstage zu Wien den Doppeladler über den gallischen Hahn aufzurichten.

**Preußen.** Berlin, 25. Dez. Nach der Magdeb. Z. taucht das Gerücht wieder auf, Hr. v. Bodelschwingh werde sein Portefeuille an Hrn. Eichmann abgeben, zu dessen Ernennung zum Minister des Innern sei bereits unterzeichnet. v. Bodelschwingh weiß das Gerücht dabei wiederum eine andere hohe Stellung an, die ihm namentlich Gelegenheit geben würde, seine parlamentarischen Talente zu entfalten.

Berlin, 27. Dez. Man wird sich erinnern, daß schon vor mehreren Wochen verschiedene Blätter das Gerücht brachten, man gehe damit um, die 40 Unterzeichner der „Bauernadresse" gerichtlich zu vernehmen und sie zum Widerrufe zu veranlassen. Die Allg. preuß. Z. bestätigt jetzt durch Mittheilung einer Eingabe an den König, worin die Mehrzahl der Unterzeichner erklärte, sie hätten den Inhalt der Schrift nicht genau gekannt, sie seien durch Vorspiegelungen dazu veranlaßt worden, die in der Adresse ausgesprochenen Gesinnungen seien ihnen fremd und sie hätten den König um Verzeihung wegen ihrer Unvorsichtigkeit; denn, heißt es, wir sind weit davon entfernt, solche Gesinnungen zu hegen, wie die Verstellung sie ausspricht, im Gegentheil sind wir mit Gut und Blut Ew. Königl. Maj. treu ergeben, wir erkennen auf das Dankbarste die Segnungen an, welche Allerhöchstdero landesväterlicher Huld und besonders in Beziehung auf den Bauernstand und zu Theil werden läßt, wir erkennen es gewiß dankbar an, daß Ew. Kön. Majestät in der bedrängten Zeit dieses Jahres Steuererlasse zu bewilligen geruhten, die Salzpreise ermäßigten und uns jede Unterstützung angedeihen ließen, welche sich mit der Staatsverwaltung nur vereinbaren ließ. Es ist hierauf folgender Allerhöchster Bescheid ergangen: „Aus der von Ihnen und andern bäuerlichen Grundbesitzern des kempliner Kreises eingereichten Vorstellung vom 16. d. M. habe Ich mit Befriedigung ersehen, daß sich dieselben von dem Inhalte einer unehrerbietigen Denkschrift lossagen, welche der Rittergutsbesitzer von Holzendorff-Wietmannsdorf unter ihrer Mitunterschrift eingereicht hat. Indem Ich an der Aufrichtigkeit der in der Vorstellung enthaltenen Versicherung der Treue und Ergebenheit nicht zweifle und den Bittstellern daher für das Vergangene gern Verzeihung angedeihen lasse, muß Ich die Warnung hinzufügen, daß dieselben sich in Zukunft der Theilnahme an Schriften, deren Inhalt sie nicht kennen oder verstehen, zu enthalten haben, weil Wiederholungsfälle ihnen ernstliche Unannehmlichkeiten bereiten könnten. In dem vorliegenden Falle aber Versteht um so mehr gehoben gewesen, als ihre Theilnahme an einer an Meine Person gerichteten Eingabe von einem Manne verlangt wurde, dem die politischen Ehrenrechte im gesetzlichen Wege entzogen sind. Charlottenburg, 28. Nov. 1847. (gez.) Friedrich Wilhelm."

Elberfeld, 24. Dez. Wir haben zu unserm Bedauern wahrgenommen, daß unsere Presse seit einiger Zeit nachgelassen hat, eine für unsere Nationalinteressen überhaupt, namentlich aber für Handel und Industrie höchst wichtige Angelegenheit zu besprechen. Wir meinen eine wirksame Vertretung der Deutschen im Auslande. In Spanien bleibt es noch immer bei dem öfters beklagten Übelstande. Dort haben sich England und Frankreich durch die bald wieder angeknüpften diplomatischen Beziehungen für ihren Handel Vortheile zu verschaffen gewußt, deren wir entbehren, weil die Anerkennung der Regierung dieses Landes immer noch nicht ausgesprochen ist, obwohl dieses fremde Monopol an dem Fait accompli gewiß Nichts ändern wird. Und so muß sogar die Politik, welche den Westen der Welt von dem Osten trennt, dazu beitragen, um uns Deutsche, die wir uns lieber zu der westlichen Richtung als zu der östlichen bekennen, selbst in unserem eigenen Weltheile zu benachtheiligen. Jenseit des Ozeans aber mangelt uns eben so fast aller und jeder Schutz. Wer von Deutschland aus unter seinem Namen eine überseeische Versendung macht, legt sein Interesse willenlos in die Hände seiner Korrespondenten und ist lediglich auf deren Billigkeit angewiesen. Daß ihm sein gutes Recht werde, wenn Mißverständnisse oder Streitigkeiten entstehen, darauf kann er keine Rechnung machen. England hat dagegen an allen Punkten der Welt, wo nur ein Stück englisches Zeug zu Markt gebracht werden kann, für den kräftigsten Schutz seiner Bürger gesorgt. In der That, die Organisation eines deutschen Konsularwesens für den Zollverein ist so wichtig, daß dieselbe den Regierungen nicht warm genug empfohlen werden kann, und es sollten namentlich die Handelskammern diesen Gegenstand bis zu seiner Erledigung zu stehenden Artikeln ihrer Jahresberichte und außerdem zum Inhalte besonderer Eingaben machen. Man wird einwenden, daß zu einer wirksamen Beschützung dieser Art gerade der Nerv derselben, die Marine, fehle. Richtig! Aber sind erst die erwähnten Institute ins Leben getreten, so wird sich auch das Bedürfniß einer Flotte fühlbar machen. Und wenn das Bedürfniß wirklich vorhanden ist, so findet sich am ersten seine Befriedigung; denn das Bedürfniß ist der Vater, worin eine Einrichtung wurzeln muß, wenn sie von Nutzen und von Dauer sein soll. (Köln. Z.)

**Aus Baiern.** Die Denkschrift des Fürsten von Leiningen, welche die Allg. Zeitung vor einigen Tagen publizirt hat, und woraus die Blätter jetzt Auszüge mittheilen, ist dasselbe Aktenstück, welches die Deutsche Zeitung im August v. J. (Nr. 57. Beilage) zuerst veröffentlicht hat.

**Hannover.** Osnabrück, Dez. Die Bremer Z. berichtet: Kurz vor den Festtagen ist die nachfolgende von einigen hundert Bürgern unterzeichnete Adresse an Ulrich nach Magdeburg abgegangen, die diesem verehrten Manne bestenfalls eine kleine Festfreude bereitet haben wird. Zur Wiedigung derselben ist noch zu bemerken, daß von den Unterzeichnern etwa hundert dem Bauernstande angehören, eine gleiche Zahl dem Stande der Handwerker, Fabrikanten, Künstler, Ökonomen, Gastwirte u. s. w. und die übrigen dem der Gelehrten, Angestellten u. s. w. Die evangelischen Senatoren und Bürgerrepräsentanten haben sämmtlich unterzeichnet, die acht Kirchenräthe und Diakonen zu St. Marien ebenfalls sämmtlich, die zu Katharinen theilweise, die von der ganzen Bürgerschaft aus ihrer Mitte gewählten Kommissarien zur Berathung der Verfassungsangelegenheit ebenfalls sämmtlich; von den Vorstehern der Laischaften und Zünfte 27; von den Advokaten 8; von Gymnasial- und andern öffentlichen Lehrern 14; von den Beamteten 17; u. s. w. Es heißt in der Adresse unter Anderm: Wir, in großer Mehrzahl Männer des Gewerbestandes, Ungenen und wollen uns nicht anmaßen, ein wissenschaftlich begründetes Urtheil in Ihrer Sache zu geben; aber das haben wir lange und klar erkannt und dürfen es aussprechen, daß der, wissenschaftlicher Forschung allein zuständige, leider! in die Gemeinde, in's Volk übertragene Streit um Dogmen der unseligste ist, nicht mehrend die Liebe, nicht fördernd das wahre Heil, aber hinderlich der Seelsorge, dem nächsten und schönsten Berufe eines Dieners des Evangeliums, dem er vor Allem Zeit und Kraft widmen soll. Und auch das wollen wir hier als unsere wahre, innige Überzeugung frei und offen bekennen, daß die symbolischen Bücher wohl als Bekenntnißschriften und Zeugnisse der Anschauungsweise einer frühern Zeit, nicht aber als maßgebend für alle künftigen gelten dürfen, und daß, wenn man in unsern Tagen, bei dem gewonnenen Standpunkte der Aufklärung, die Beziehung eines Obersten an den Ausspruch der Anerkennung ihres ganzen buchstäblichen Inhalts als göttliche Wahrheit knüpfen will, dieses Wollen, aus welcher irdischen Höhe dasselbe auch komme, ein unverständiges ist, nur geeignet, den Aberglauben zu fördern und, was schlimmer noch ist, die Heuchelei, die Sie mit Recht die schwerste aller Sünden nennen.

*** Heidelberg, 2. Jan. In der Nummer 349 der Karlsr. Zeit. tadelt ein praktischer Rechtsgelehrter die bisherigen badischen Kammerverhandlungen als „unpraktisch" und sucht statt ihrer „Deklamationen" vielmehr „praktische" Vorschläge für ein neues Preßgesetz zu machen. Strenge Kritik alles Öffentlichen ist heilsam. Es fragt sich nur, ist hier der Tadel gegründet? und sind die neuen Vorschläge praktischer, als das Getadelte? Uns scheinen jene Verhandlungen im Wesentlichen ganz praktisch. Sie waren fürs Erste darin praktisch, daß sie unermüdlich und auch in den schwierigsten Zeiten unerschütterlich für Baden und für Deutschland die hier klarer Erkenntniß und die Gesinnung für das Recht und für die Unentbehrlichkeit wahrer Preßfreiheit, sowie die Überzeugung von den unvermeidlichen und unerträglichen Rechtsverletzungen und Verderblichkeiten jener Art von Zensurreinrichtung zu erwecken und zu erhalten suchten. So bewirkten sie 1831 die einstimmige Überzeugung der Regierung und der ersten wie der zweiten Kammer, daß nur die Preßfreiheit und nicht ihre Vernichtung — die Zensur — heilsam und durch die Grundverträge des Bundes wie des Landes geheißigt sei, daß sie, ihrer eigenen Erklärung nach, „bloß provisorischen Ausnahmemaßregeln" von Karlsbad höchstens durch einen ausnahmsweisen, vorübergehenden Nothstand entschuldigt werden, niemals aber die wesentlichsten, grundvertragsmäßigen Rechte der souveränen Regierungen und der freien Bürger der deutschen Nation über Menschenalter hinaus rechtsgültig vernichten könn-

Digitized by Google

ten. Sie bewirkten das badische Preßgesetz. Auch als 1833 in traurigster Reaktionszeit die Regierung gegen ihre eigene am Bundestag standhaft vertheidigte Überzeugung von der vollen Rechtlichkeit dieses ganzen Gesetzes seine Zensurfreiheit aller Schriften unter 20 Bogen den Verschlüssen und dem Andringen der Bundesgewalt zu Gunsten jener provisorischen Ausnahmsbeschlüsse provisorisch opfern zu müssen glaubte, sprach bekanntlich die Kammer nach Mittermaier's Bericht aus: daß dieses „zu Recht" nicht habe geschehen können, sodaß für jede etwaige, auch nur provisorische Änderung des verfassungsmäßigen Preßgesetzes Zustimmung der Kammern und erwirkte von Seite der Regierung die Zusicherung einer Gesetzvorlage über die Preßverhältnisse. Auch als auf dem letzten Landtage die zweite Kammer ihre Forderungen erneuerte, und als nun abermals beide Kammern vereint die Wiederherstellung der Preßfreiheit vom Thron erhalten, da sprach die zweite Kammer noch in der Schlußsitzung des Landtages gegen den Widerspruch nur Einer oder einiger Stimmen, die in der damaligen Motion (von Peter) und dem Bericht (von Welcker) urkundlich begründeten Rechtsansprüche und die rechtliche Erwartung des Landes aus, daß die Regierung, falls ihre Bemühungen für die allgemeine, bundesgesetzliche Verwirklichung der Preßfreiheit einen baldigen Erfolg nicht bewirken könnten, unser verfassungsmäßiges Preßgesetz, wenigstens thatsächlich etwaiger gemeinschaftlichen Änderungen, wiederum in seine vollständige Wirksamkeit trete. Diese Überzeugungen hält auch bei aller dankenden Anerkennung für die wohlwollenden Erklärungen der letzten Thronrede die Landesreste fest. Sie erklärt die an die Stelle unseres „verfassungsmäßigen" Rechts getretenen Provisorstände für „unerträglich." Da nun aber diese Überzeugungen in den erwähnten Aktenstücken urkundlich und unumstößlich begründet sind, so war es sicherlich praktisch, sie und namentlich das geheiligte Verfassungsrecht in einer ebenso schwierigen als wichtigen Angelegenheit stets fest und klar zu halten. Sie bildetem offenbar die stärkste Waffe nicht etwa bloß gegen, sondern auch für die Regierung. Sie begründeten die stärkste Vertheidigung des ersten und wesentlichsten aller öffentlichen Rechte gegenüber den verschiedensten politischen Ansichten, Neigungen und Interessen, die hier am Wenigsten eine freiwillige politische Vereinigung ihre verschiedensten Parteien und Regierungen hoffen lassen. (Schluß folgt.)

**Kurhessen.** Kassel, 28. Dez. Die hiesige Zeitung enthält heute die offizielle Anzeige, daß von Sr. kön. Hoh. dem Kurfürsten dem Geheimen Kabinetsrath und Mitglied des Gesammtstaatsministeriums Geheimerath Koch die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst bewilligt werden ist.

** Kassel, 26. Dezember. Bei der dermaligen kurhessischen Ständeversammlung sind verschiedene Eingaben eingelaufen, welche Beschwerden über Beschränkungen in der Freiheit des Gewissens und der Religionsübung enthalten; so von den Mitgliedern einer freien protestantischen Gemeinde in Marburg, von den Taufgesinnten in Oberhessen, von den Deutsch-Katholiken in Hanau, die alle um Schutz in ihren gesetzlichen Rechten, um Verwendung bei der Staatsregierung wegen Gestattung kirchlicher Privatgemeinschaft, um gesetzliche Anwendung seiner Zivilakte für Geburt, Ehe und Tod bitten. Fast wäre die Ständeversammlung Folge gebend einem Antrage des für die Prüfung der Eingaben bestehenden landständischen Ausschusses, zur Tagesordnung übergegangen. Nur mit einer Stimme Mehrheit wurde beschlossen, die Sache erst noch durch den für Rechtsfragen bestellten Ausschuß prüfen zu lassen, weil der Eingabenausschuß in das Materielle der Sache gar nicht eingegangen war. Der Antrag, die Angelegenheit dem Ausschuß für Gegenstände des Kultus zu überweisen, weil auch Einwirkung der Gesetzgebung von den Nachsuchenden angesprochen sei, wurde vom Präsidium nicht zur Abstimmung gebracht. — Noch ist der Stellvertreter des verstorbenen Abgeordneten der Universität in die Ständeversammlung nicht eingetreten, und schon hat dieselbe wieder durch den Tod des Deputierten Gundlach ein freisinniges Mitglied verloren. Die Zulassung des Barons v. Watz haben die Landstände auch noch nicht in Berathung, so daß, einschließlich Wippermanns, jetzt vier Plätze in der Kammer offen sind.

Rostock, 25. Dez. Der Köln. Z. wird geschrieben, alle Wünsche und Hoffnungen zur Besserung unserer politischen Verhältnisse scheitern an unserem seit auf seinen Vorrechten bestehenden Adel. Von Ludwigslust und Schwerin ausgehend, bildet sich unter dem Adel ein Anlieferverein, welcher jeder Verfassungsänderung offen entgegentreten will, um durch dieselbe nicht in seinen erworbenen und angemaßten Rechten gestört zu werden, zu welchen als eine Hauptsache die Steuerfreiheit gehört, die unsere Rittergutsbesitzer genießen, wodurch es ihnen möglich wird, jede Konkurrenz der Bauern zu beseitigen. Das unangenehmste bei der Angelegenheit ist, daß dem Adel sich die bürgerlichen Gutsbesitzer anschließen, da auch ihre Vorrechte bei jeder Reform zum großen Theile verloren gehen. Nur die wenigen Städte sind für die Reform; doch ist ihre Vertretung zu gering, da nur 44 Städte und 500 Gutsbesitzer die Ständekammer bilden. Wismar die zweite Stadt des Landes, ist nicht vertreten, da sie erst nach Einführung der jetzigen Verfassung eine mecklenburgische Stadt wurde, oder besser von Schweden an Mecklenburg verpfändet ward, ohne bis heute eingelöst werden zu können.

### Schweiz.

Bern, 28. Dez. Gestern sah ich Hrn. Dr. Steiger. Das Unglück, welches in den letzten Jahren über ihn ergangen ist, hat ihn nicht gebeugt: rüstig und munter in seiner äußern Erscheinung, ist ihm die Milde und Freundlichkeit seines Wesens geblieben. Er blickt mit Zuversicht in die Zukunft und hofft das Beste für das Vaterland. Heute Abend wird die Gesandtschaft von Schwyz erwartet. Es ist erfreulich, daß sie, außer der Erklärung des Rücktritts von dem Sonderbund und daß der Kanton Schwyz den Tagsatzungsbeschluß bezüglich der Austreibung der Jesuiten auch für sich verbindlich hält, auch die Ermächtigung mitbringt, an den Verhandlungen über ein Zollkonkordat Antheil zu nehmen. Nicht so erfreulich ist, daß sie bezüglich der Bundesrevision erklären soll, der Kanton Schwyz betrachte den 1815 abgeschlossenen Bundesvertrag von 1815 als einen zwischen zweiundzwanzig selbständigen Kantonen abgeschlossenen Vertrag, der ohne allseitiges Einverständniß sämmtlicher Kontrahenten nicht abgeändert werden könne. Nur unter Wahrung dieses Grundsatzes ist die Gesandtschaft angewiesen, an Verhandlungen über Bundesrevision Antheil zu nehmen, mit den übrigen Urkantonen deßwegen Konferenzen abzuhalten und der Regierung zu referieren. — Die provisorische Regierung von Wallis hat durch einen förmlichen Beschluß den tüchtigen Mönchen von St. Bernhard anbefohlen, sofort ins Kloster zurückzukehren und innerhalb 8 Tagen Alles wieder an Ort und Stelle zu bringen, was zum Nachtheil des Hospizes und des Staates fortgeführt worden ist. Auch diejenigen Mitglieder der Weltgeistlichkeit, deren Benehmen zu den Widerstand gegen die Tagsatzung beigetragen, müssen eine Steuer von 50,000 Fr. zahlen. Die erwiesene Schuld des Kantons beträgt 1,402,550 Frks., während nur 2045 Fr. in der Kasse sind. Schon hat die Regierung Hand ans Werk gelegt, auf die bauerhafteste Weise für die Hebung des so arg niedergedrückten Volkes zu sorgen; sie hat nämlich die HH. Abbé, Claerts und Staatschreiber de Sons beauftragt, beförderlichst einen Organisationsentwurf des gesammten Unterrichtswesens auszuarbeiten. Hr. Choeherr Andrè Derivaz, das Haupt der klerikalischen Partei, hat sich gestüchtet und von Evian geschrieben, daß er die provisorische Regierung nicht anerkenne, daß er protestire gegen die Auflage von 10,000 Fr., die ihn getroffen, sowie gegen das Inventar, das in seinem Stift aufgenommen wurde. Hr. Adrian von Cocten, der Anfangs in Sitten, nachher auf sein Ehrenwort in seinem Hause gefangen gehalten wurde, ist am 24. wieder seiner Haft entlassen worden, um an den früher kassirten Wahlen von Sidders wieder Theil nehmen zu können. Aber weder in Sidders, wo er das erste Mal gewählt worden ist, noch im Wahlkreis Gradetsch fiel die Wahl auf ihn, sondern auf zwei Liberale. Der Gr. Rath ist am 26. zusammengetreten. Als Hauptfragen liegen vor: Trennung des Kantons und Ausschluß der Magistrate und öffentlichen Beamteten aus dem Gr. Rath, die zum Widerstand gegen die Beschlüsse der Tagsatzung aufgestachelt haben. Von den Verhandlungen ist bei uns noch Nichts bekannt. — In Freiburg ist die Regierung bereits in hellem Konflikt mit dem Bischof. Die provisorische Regierung hat sich nämlich genöthigt, einige katholische Gemeindevorsteher wegen politischer Umtriebe und Hetzereien zu entfernen und zu verweisen. Dagegen opponiert nun der Bischof, verweigert die Bestätigung der getroffenen Maßregeln und hat sich deßhalb an den Papst gewendet. Die Regierung soll aber nicht gesonnen sein, sich einschüchtern zu lassen. In einer einer ersten Sitzungen nach dem Neujahr wird der Gr. Rath die Stellung des Staats gegenüber dem Klerus gesetzlich ordnen. — Da mehrere Gesandte übers Neujahr nach Hause verreist sind, so wird kaum vor dem 8. Jan. die nächste Tagsatzungssitzung sein.

Wallis. Einem Schreiben von dort entnimmt die N. Z. Z., daß der Große Rath am 27. d. zusammengetreten und Hrn. Peter Torrent, Advokat, zum Präsidenten des Gr. Rathes gewählt hat. —

Digitized by Google

Die eidg. Repräsentanten beantragen beim Vorort Rebuktion der etwa 4500 Mann zählenden Okkupationstruppen.

☄ Chur, 23. Dez. Es sind über den kurzen und unblutigen Kampf der Eidgenossenschaft gegen die Sonderbundsstände der Schilderungen schon so viele erschienen, daß das Interesse an dieser Lektüre so ziemlich erschöpft ist. Ein Punkt ist indessen noch nie einläßlich besprochen worden, ich meine die Militäradministration. Ich habe mir Mühe gegeben, darüber Notizen zu sammeln, und theile Ihnen hier einige Resultate mit; sie mögen dazu dienen, Ihre allgemeinen Betrachtungen über das eidg. Wehrwesen zu ergänzen. Die Verpflegung einer größern Armee ist in den neuern Zeiten, da bei der Kriegsführung den Grundsätzen der Humanität etwas mehr als seüher Rechnung getragen wird, keine kleine Aufgabe. — Napoleon selbst hat nicht verschmäht, sich um die zerrissenen Schuhe seiner Truppen zu bekümmern. — Seit den Burgunderkriegen hat die Schweiz keine so große Truppenmacht auf den Beinen gehabt, wie im vorigen Monate; man kann wohl behaupten, sie habe noch nie so kömische Rüstungen gemacht. — Aus den letzten Ereignissen hat man die Überzeugung gewonnen, daß die Schweiz im Fall der Noth mit eigenen Mitteln und mit größtentheils eigenen Erzeugnissen eine Armee von 140,000 Mann längere Zeit beisoden und unterhalten kann, ein Faktum, das bis jetzt immer in Abrede gestellt wurde. Die $12^1/_4$ Stände allein hatten mit Inbegriff der in vielen Kantonen mobil gemachten Landwehr über 100,000 M. auf den Beinen. Das Kriegskommissariat bietet einen hochwichtigen Geschäftskreis dar, in welchem unendlich viel geleistet werden muß, und das in der Regel der Ablagerungsplatz aller Verantwortlichkeit für jegliche ihm noch so fremden Fehler und Mißgriffe sein muß. Ich erinnere nur an den Freischaarenzug, dessen Mißlingen großen Theils der mangelhaften Verpflegung zugeschrieben wird. Unmittelbar vor Eröffnung des Feldzugs war von der 3. Tagsatzung an die Stelle eines Oberkriegskommissärs ein Mann berufen worden, der recht eigentlich für den Posten geschaffen schien. Bürgermeister Abys hatte als erster Gesandter des Standes Graubünden kräftig zu dem Exekutionsbeschlusse mitgewirkt; er war mehr als Irgendjemand geeignet, bei der Exekution selbst der Militäradministration vorzustehen. Auch seine politischen Gegner rühmen einstimmig seine außerordentliche Thätigkeit, seine praktischen Kenntnisse, die bewundernswürdige Leichtigkeit, mit der er arbeitet. — Der neue Oberstkriegskommissär war übrigens nicht neu in seiner Sphäre; er hatte sich in holländischen Diensten theoretisch und praktisch dazu befähigt, und seine große Erfahrung kam der Eidgenossenschaft sehr zu Statten. Was Dufour als Taktiker, das ist Abys als Administrator. Viele Umstände hatten sich vereinigt, um die Aufgabe der Administration zu erschweren. Der Verwaltungsstab zählte eine ungenügende Anzahl Offiziere; die Heerverpflegung mit allen ihren Dependenzen (Truppen, Pferde, Fuhrwesen, Spitäler ꝛc.) war fast durchgängig neu zu organisiren. Während der Generalstab schon am 21. Okt. in Dienst berufen worden war, trat der Oberstkriegskommissariat erst am 24. Okt. zugleich mit dem Dekret, welches die Macht von 50000 M. auf die Beine rief, in Aktivität. Nur unbedeutende Vorarbeiten konnten diesem Ruf vorangehen. In 8 — 10 Tagen sollten die Truppen von allen Seiten her auf bestimmte Punkte hinrücken, und man hatte kein Roth Getreide weder für Mann noch für Pferd; Heu noch bei dem Vorgut im Innern und der drohenden Haltung der Nachbarstaaten schlechte Aussichten, um zu einigermaßen erheblichen Vorräthen zu gelangen. Die Regierungen von Zürich und Bern stellten auf dankenswerthe Weise ihre Getreide- und Mehlvorräthe dem Kommissariat zur Verfügung, und es wurden vorläufig durch Anlegung von mehreren bedeutenden Hauptmagazinen in Bern, Zürich, Lausanne, Solothurn und Aarburg die Hauptsorgen beseitigt. Man schloß Lieferungskontrakte, verbindlich bloß für die Lieferanten, mit viertägiger Aufkündigung frei für die Kriegsverwaltung. Spitäler und Ambulanzen wurden organisirt, und nach den Befehlen des Oberbefehlshabers Alles so geordnet, daß drei Tage nach beschlossener Marschroute die ganze Armee mit hinreichender Naturalverpflegung und selbst mit Erfrischungen (Wein und Branntwein) konnte versehen und unterhalten werden. Die 4 Divisionen Burkhard, Donats, Ziegler und Gmür hatten ihre Magazine in Bern, Aarburg, Zofingen, Aarau und Zürich; in Lausanne war die Hauptniederlage für die Division Rilliet, die gegen Freiburg marschiren sollte. Einige Ankäufe im Osten und Westen der Schweiz gaben die Gewißheit, daß man für einen Feldzug von 20 Tagen (was ungefähr 1 Mill. Rationen betragen mochte) geschaffen sei. Die Hafervorräthe für die Pferde mußten von Außen bezogen werden, da in Bern und Aargau noch wenig Waare gedroschen, und so zu sagen fast Nichts zu Markte gebracht worden war. Die einzige Thatsache, daß am 7. Nov., als die franz. Zollerhöhung auf Zerralien eintrat und Ausfuhrhemmnisse von Seite der deutschen Bundesstaaten befürgt wurden, die eidg. Magazine bereits gefüllt waren, spricht hinlänglich für die Thätigkeit, die in der Verwaltung herrschte. Unterdessen wurde der Kommissariatsstab durch eine Menge neuer Ernennungen komplettirt, die Bureaux eingerichtet, die administrativen Anordnungen für die Magazine der mit unter ohne Voranzeige heranrückender Korps getroffen, mit dem Oberfeldarzt das Nöthige wegen der Spitalanstalten verabredet und mit dem Oberkommandanten die Grundzüge der unerläßlichsten Leistungen für den Verpflegungsdienst festgesetzt. — Eine bedeutende Schwierigkeit bot die Aufbringung der bei so großen Massen nöthigen Transportmittel für Gepäck und Proviant dar. In den Kantonen Waadt, Bern, Aargau, Solothurn und Zürich wurden Fuhrwerke aus den entlegensten Gegenden herbeigeschafft und blieben mitunter oft mehrere Tage bei ihren Korps. Die Bäckereien in Bern, Lausanne, Aarau, Aarburg und Zürich unterbleiten die eidg. Magazine mit gewaltigen Vorräthen. Diejenigen in Bern steigerten ihre Werkfamkeit so, daß sie täglich bei 40,000 Pf. Brod lieferten. Zudem hatte jede Division ihre Feldmagazine. Verdoppelte Anstrengungen wurden erfordert, als zu den cesklich aufgebotenen 50,000 M. durch nachträglichen Beschluß noch die Landwehr kam, die in wenigen Tagen ebenfalls auf 40,000 M. stieg. Diese Anordnungen erfordern selbst in großen Staaten bei vollständig ausgebildeter Militärorganisation Zeit und Anstrengungen; für die Schweiz war die Aufgabe eine äußerst schwierige, und es bedurfte einer ausgezeichneten Leitung, um Alles auch nur mittelmäßig zu Stande zu bringen. (Schluß folgt.)

## Niederland.

Einem Brief aus Utrecht entnehmen wir vorläufig die Nachricht, daß, laut der Staatszeitung vom 28. Dez., ein partieller Ministerwechsel stattgefunden hat, indem der Finanzminister Hr. van Hall entlassen und durch Hrn. van Rappard, Mitglied der ersten Kammer und Präsident des Gerichtshofes in Gelderland, ferner Hr. Lavarrag, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, durch den gegenwärtigen Minister des Innern, Hrn. van Randwyk, endlich dieser durch den Hrn. van der Heim, bisher Gouverneur der Provinz Süd-Holland, ersetzt worden ist. Näheres über dieses Ereignis, welches an der Amsterdamer Börse die Kurse herabgedrückt hat, morgen.

## Großbritannien.

London, 27. Dez. Die englischen Journale von diesem Datum sind nicht blos an hervorspringenden Thatsachen, die überhaupt gegenwärtig nicht sehr reichlich wachsen, sondern auch an anziehenden politischen Räsonnements außerordentlich arm; selbst der eine zeitlang in den Blättern unvermeidliche Name Hampden's wird kaum noch erwähnt; dagegen füllen sie die leeren Räume mit langen Betrachtungen über den Zustand der Wehrlosigkeit, in welchem sich die Küsten Englands, gegenüber Frankreich und dem Prinzen von Joinville — der jedoch auf den Lorbeeren seiner Spazierfahrten zur See und seiner Autorschaft als Verfasser einer ansehnlichen Beschreibung der Kriegsdampfschiffe bereits ausruht — angeblich befinden sollen. Das M. Chr. bringt ferner eine Betrachtung über die bevorstehende Sitzung des französischen Landtags, worin, wie sich denken läßt, der Politik Guizots oder seines Herrn und Meisters keine Schmeichelcien gesagt werden. Das Organ des Lords Palmerston erkennt einen weitgreifenden Bruch zwischen den Sympathien des französischen Volks und den Tendenzen der Regierung, es verzweifelt aber an einer Heilung derselben, an einer Ausgleichung der Antipathien vermittelst der Kammern, solange die Regierung in Frankreich eine rein persönliche ist, solange es gleichgiltig bleibt, ob Guizot von seinem Herrn den Umständen zum Schlachtopfer gebracht wird, und Thiers oder Mole das ihm entwundene Ruder ergreifen. Jede der fünf Mächte, äußert das M. Chr., befinde sich in der ihr gebührenden Stellung, natürlich England vor Allen, dann aber auch Österreich und Rußland, insofern diese nicht anders handelten, als aber ihrem ganzen Systeme nach von ihnen erwarten könne, ferner Preußen, das mit der ihm eigenen preiswürdigen Ruhe und Mäßigung fortschreite und sogar einen Versuch zur Einführung einer Konstitution gemacht habe, ohne sie jedoch recht zu verstehen und für die Stärkung seines Ansehns nach Außen daraus den gehörigen Vortheil zu ziehen; Frankreich allein befinde sich in einer falschen und schiefen Stellung, in die es durch die volksfeindliche Politik seiner

Digitized by Google

Leiter gebracht worden. Dies hier vom M. Chr. behandelte überaus ergiebige Kapitel wird ohne Zweifel von den englischen Blättern bei Gelegenheit der französischen Thronrede noch schärfer beleuchtet werden.

Jemehr man gewohnt ist, aus Irland nur Trübseliges und Jammervolles zu hören, um so mehr verdient erwähnt zu werden, daß uns soeben die Provinz Ulster als ein wahres Paradies, wennauch nicht menschlicher, doch mindestens irländischer Glückseligkeit geschildert wird, und zwar in einer Rede des Lord Dufferin, welche derselbe bei einem Festmahl hielt, das in der Stadt Killeleagh Hrn. Robert Heron, einer Magistratsperson dieses Distriktes, in den letzten Tagen des Dezembers gegeben wurde. Nachdem der Redner das übrige Irland als einen wahren Sündenpfuhl dargestellt und namentlich die jüngere Menschenbrut bedauert hatte, die in dieser Hölle aufwachse, rühmte er an der Provinz Ulster, daß man hier wenigstens ruhig nach Hause gehen könne, ohne mit einer Pistole bewaffnet zu sein, und dagegiebete seine Zuhörer namentlich durch folgende schmackhafte Stelle: „Hier (in Ulster) schießt man nicht auf Magistratspersonen, man gibt ihnen ein Mittagessen." Diese Anspielung auf die kulinarische Glückseligkeit der Provinz Ulster, oder wenigstens ihrer Lords und Magistratspersonen, riß denn auch die Versammelten zu den „erschütterndsten" Beifallsrufen hin.

## Frankreich.

Paris, 29. Dez. Die heutigen Blätter finden so wenig Stoff zu ihren Bemerkungen in der Thronrede, daß sie sich viel weniger mit dem Inhalte derselben als mit den Äußerlichkeiten der Landtagseröffnung beschäftigen. Ein wichtiger Punkt ihrer Erörterungen ist das Aussehen des Königs. Er steahlte von Gesundheit und Kraft, er sprach mit vollst und fester Stimme sagen die Einen; er zeigt sich ihnfällig zum Erbarmen, der Athem drohte ihm jeden Augenblick auszugehen, seine Rede war kaum hörbar, versichern die Andern. Da wir diese kläglicher Personaldeschreibung schon seit wenigstens zehn Jahren regelmäßig in dem National und einigen verwandten Blättern wiederfinden, so scheint es uns nicht gerade rathsam, aus denselben Folgerungen auf die Lebenskraft Louis Philipp's zu ziehen.

In dem auf die Schweiz bezüglichen Satze der Thronrede bemerkt man eine Lücke oder einen Sprung, der dadurch erklärt wird, daß hinter der Erwähnung des Vermittlungsvorschlages der fünf Mächte ursprünglich die Worte eingeschoben geworfen: „diese Vermittlung ist durch die Beendigung des Krieges unnöthig geworden." Auf den Wunsch der HH. Radowitz und Colloredo, denen man die Thronrede oder doch den die Schweiz betreffenden Satz derselben vorgelegt hatte, sollen diese Worte am Morgen des gestrigen Tages gestrichen sein, zu spät, als daß die stylistische Wiederherstellung des verstümmelten Satzes noch hätte vor sich gehen können. Daß ungeachtet dieser Diskretion der Thronrede die Vermittlung oder das Einschreiten in der Schweiz nicht bloß unnöthig, sondern auch unmöglich geworden, ist nichtsdestoweniger gewiß.

Großes Aufsehen macht heute die gestern erfolgte Verhaftung des Notars Dutreden, eines sehr reichen und angesehenen Mannes, der seit 22 Jahren im Besitz einer zahlreichen und hochstehenden Kundschaft war und ein sehr glänzendes Haus führte. Zahlreiche Fälschungen, Unterschlagungen anvertrauter Gelder, Vertrauensmißbrauch sind die gegen ihn erhobenen Anklagen, die durch den ersten Schritt der Untersuchung und die Beschlagnahme seiner Papiere als erwiesen anzunehmen sind.

Ein anderes gerichtliches Ereigniß, das gleichfalls großes Aufsehn macht, betrifft leider einen Deutschen. Schon mehrmals war es vorgekommen, daß junge Frauenzimmer, einer gewissen lockern Welt angehörig, unter dem Vorwande der Einführung bei einem reichen Gönner an abgelegene Orte gelockt, dann mißbraucht und zuletzt ausgeplündert wurden. Zwei dieser Fälle waren in den letzten Tagen zur Anzeige gebracht und von den Zeitungen besprochen worden, als vorgestern unter ganz ähnlichen Verwänden bei einer Schauspielerin ein junger Mensch erschien, auf dessen Person die von den Blättern mitgetheilte Beschreibung des Urhebers jener Frevelthaten vollkommen paßte. Die Schauspielerin hatte die Geistesgegenwart, den angeblichen Kammerdiener des unbekannten Liebhabers auf eine andere Stunde zu bestellen, wo derselbe dann von der löblichen Polizei in Empfang genommen wurde. Mit den früher mißhandelten Frauenzimmern konfrontirt, wurde der Verhaftete sogleich als der Thäter erkannt, und es stellte sich heraus, daß er Philipp Müller heißt und in Nassau geboren ist.

## Spanien.

Madrit, 23. Dez. Das Kabinet, das sich endlich durch den schließlichen Eintritt des Hrn. Beltran de lis nis Finanzministerium ergänzt hat, scheint schon wieder durch innere Zerwürfnisse erschüttert zu sein. Man spricht sogar davon, daß der General Narvaez und Hr. Sartorius bereits ihre Entlassung eingereicht haben. Die öffentliche Meinung verhält sich diesen Gerüchten gegenüber sehr gleichgiltig. — Zum Beweis, daß die Regierung den afrikanischen Bestrebungen Spaniens, und also auch ohne Zweifel den von Frankreich beanspruchten Tschafarinischen Inseln, eine besondere Sorgfalt widmen will, hat sie in der Person des D. Antonio Ros de Olano einen Generalkapitän derselben ernannt, und sie also einem spanischen Militärdistrikt (es gibt deren im ganzen Lande 14) an Bedeutung gleichgestellt.

## Italien.

† Rom, 20. Dez. Die Bildung der Nationalgarde, die im Kirchenstaate und in Toskana mit so großer Begeisterung begrüßt worden und fortgesetzt wurde, war und ist der reaktionären Partei, die über ganz Italien ihre sichtbaren und unsichtbaren Netze spannt, ein großer Stein des Anstoßes. Jetzt, wo sich der unschätzbare Werth der Volksbewaffnung so glänzend in der Schweiz ans Licht gestellt hat, verdoppeln sich die geheimen Anstrengungen, sie da zu lähmen, wo sie bereits ins Leben trat, und dort unmöglich zu machen, wo sie die Wünsche des Volkes dringend verlangen. Wenn der König beider Sizilien von einem solchen Institut Nichts hören will, wenn sein Statthalter in Palermo bei den dort stattgefundenen Aufregungen die um Bildung der Civica bittenden Bürger so lange hinhielt, bis er durch Verstärkung aller Posten und Vorsichtigung der ultima ratio die Stadt wieder eingeschüchtert hatte, dann aber den bittstellern lachend antwortete: er werde nicht so närrisch sein, den Bürgern Waffen in die Hände zu geben — so wundert und dies Verfahren keinesweges. In einem Lande, wo man dem Volke nicht traut, weil man weiß, daß man kein Vertrauen nicht verdient, wo fremde Söldlinge es bewachen, kann von einer Bürgerwehr die Rede sein. Daß man in Sardinien die Civica verschmähte, findet man nicht so auffallend, weniger vielleicht, weil das sardinische Heer wohl disziplinirt und zahlreich ist, als weil der König den Weg der Reformen betreten hat. Im Österreichischen Italien, in Modena und Parma, wird, solange die gegenwärtigen Verhältnisse Bestand haben, eine Volksbewaffnung gar nicht denkbar sein. Fühlte man dies mit Schmerz, so fand man doch einigen Trost, daß wenigstens im Kirchenstaate und in Toskana die Volksbewaffnung mit raschen Schritten ihrer Vollendung entgegenging, daß die Regierungen sie hier kräftig unterstützten, und so im Sinne und Geiste des Volkes vorgingen. In neuester Zeit beginnt man auch hier andern Sinnes zu werden. In Toskana, wo gesetzlich eine bürgerliche Gleichheit herrscht, wie kaum in einem andern Staate Italiens, ist es außerordentlich aufgefallen, daß die Regierung die die zuthenden Wahlen der Oberoffiziere der Civica ausschließlich auf Personen von Adel gelenkt hat. Die Bürger Toskanas fühlen sich verletzt, und in der That ist die Zurücksetzung der Bürgerlichen bei einer Volksbewaffnung eine Maßregel, zu der nur die Gegner des neuen Instituts den wohlwollenden Großherzog bereden konnten. Im Kirchenstaate sind die Zeichen des Mißtrauens noch deutlicher. Ich will jetzt, wo das Diario di Roma sein erwünschtes Adsterben mit Ende des Jahres anzeigt, keinen besondern Nachdruck darauf legen, daß dieses offizielle Organ der Regierung erst unlängst in einem offiziellen Aktenstücke des Konsulta, wo von eifriger Förderung der Nationalwehr die Rede war, das Wort „Nationalwehr" in „Stadtwehr" umzufälschen wagte; der Skandal, den dies erregte, war so groß, daß das Blatt, wie sich jetzt zeigt, keine gesährliche Existenz damit einbüßte. Es gibt noch deutlichere Zeichen, wie sehr die Feinde des Fortschritts dem neuen Institut an's Leben gehen. Ihren eigenen Warnungen, Bedenken und Einblasungen hat die Regierung jetzt so viel Ehre gegeben, daß man kleine Künste nicht scheut, um die nationale Wehranstalt um Gehalt und Hoffnung zu bringen. Offiziere und Kadetten der Linie, die sich einige Städte als Exerziermeister ausdaten, erheischen keinen oder nur einen Urlaub mit Suspendirung ihrer Gage, was sie außer Stand setzt, dem Ruf der Bürger Folge zu leisten. In Bologna verzögert man die durch das organisch Regulament vorgeschriebene Bildung eines Disziplinarraths der Bürgergarde. Durch diese Zögerung müssen, wie man wohl bemerkt, und der Festsinn ausspricht, die nachlässigen und schlechten Glieder der Civica in ihrem pflichtwidrigen Verhalten bestärkt, die eifrigen und rechtschaffenen entmuthigt werden, weil die von jenen vernachlässigten Dienste diesen

Digitized by Google

zur Last fallen und ihre Leistungen verdoppeln. Setzt die Regierung diese ganz unerwartete und bitter getadelte Politik fort, so wird sie den Glauben aufbringen, daß sie plötzlich alle Furcht vor einer unberufenen Intervention in Furcht vor dem eigenen Volke verwandelte. Doch Pius IX. hat sich schon oft übergangt, daß die ihm aufgedrungenen Sorgen keinen Halt im Leben haben. Er wird auch jetzt die Absicht seiner dienstfertigen zweideutigen Freunde erkennen und mißtrauische Schritte aufgeben, die die Anhänglichkeit der Bürger vermindern, und es wieder dahin bringen können, daß der päpstliche Thron, wie noch unter der vorigen Regierung, da ist der Gefahr allein auf fremde Streitkräfte zu stützen vermöchte. — Was das neue Regierungsorgan betrifft, das mit Neujahr das Diario ablösen soll, so hegt man die gerechte Erwartung, daß es sich von den Einflüssen, die das Diario beherrschten und der Regierung große Verlegenheiten bereiteten, in gegenwender Weise freihalten werde.

* Rom, 20. Dez. Die Zeichen einer Reaktion sind hier nicht zu verkennen. Der Advokat Lunati, welcher sich in der zur Abfassung des Preßgesetzes niedergesetzten Kommission befand, ist aus derselben ausgeschieden, und der Papst hat ihn ausschreiben lassen. Vorher hat er dem vorsitzführenden Prälaten, Mons. Amici, erklärt, die Presse müsse nothwendig frei sein, und es müsse ein Repressivverfahren eingeleitet werden. Darauf scheint man nicht haben eingehen wollen. Nochmals hat eine Sitzung ohne diesen Mann der Opposition stattgehabt, das Resultat derselben ist aber zur Zeit noch nicht bekannt. Viel verspricht man sich nicht davon. Unterdessen hat einer der provisorisch angestellten Zensoren, Cerroti, ebenfalls abgedankt. Man soll sogar damit umgegangen sein, den Florentiner „Alba" fürderhin den Zutritt in den päpstlichen Staaten zu versagen. — Über die Beschlüsse der Consulta wegen Veröffentlichung ihrer Diskussionen und Deliberationen habe ich folgende merkwürdige Details in Erfahrung gebracht. Gleich zu Anfang hatten sich einige Consultoren, unter diesen Mastai und Bannutelli, der Publizität im Allgemeinen entgegenzustellen gesucht, Als die Frage dennoch Fuß faßte, bemerkte auch der Präsident Kard. Antonelli, man möge sich erinnern, daß der Papst den Wunsch geäußert habe, und zwar vor den versammelten Consultoren selbst, — die Verhandlungen möchten geheim bleiben. Hierauf erwiderte Indes Minghetti, daß er vorerst die Überzeugung hege, daß jene Äußerung des Papstes nicht zum Ausdruck einer definitiven Entschlusses, sondern eben nur einer flüchtig aufgetauchten Meinung sei. Dann aber dürfe selbst ein solcher Wunsch des Landesherrn auf die Meinung der Consulta keinen Einfluß ausüben. Die Consulta müsse in ihren Beschlüssen durchaus unabhängig und frei sein. Ob das Gouvernement von denselben Gebrauch machen oder sie verwerfen wolle, habe freilich einen anderen Grund. Dazu aber seien sie nicht berufen worden, Wünschen Gehör zu geben, sondern aufrichtig gemeinten Rath zu ertheilen. Als nun zur Abstimmung geschritten werden sollte, suchte der Advokat Benedetti eine Entartung des Beschlusses dadurch einzuleiten, daß er als Ausweg angab, man möge für die Veröffentlichung der Deliberationen allein stimmen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Die Abstimmung erfolgte rasch mit 21 gegen 4 Stimmen. Während derselben ließ sich zwar eine Stimme vernehmen, es scheine, man habe sich nicht Regenschaft abgelegt, worüber man eigentlich stimme. Welche Bedeutung dieselbe hatte, sah man erst nachher ein. Als Benedetti Abends im Cirrolo Romano, den Versammlungsort der liberalen Aristokratie, erschien, wurde er arg hergenommen. Man mag ihn von der Ungeschicklichkeit seines Vorschlags bald und halb überzeugt haben. In der nächsten Versammlung trug er selbst darauf an, ihn zu modifiziren und auch für die Veröffentlichung der Protokolle zu stimmen. Trotz der Stimmen, die Nichts dagegen vernehmen ließen, die die bereits erfolgte Abstimmung gelten machten, wurde auch diese beschlossen. — Arbeiten, die ihrer würdig waren, hat jedoch die Consulta die jetzt von der Staatssekretairie nicht erhalten.

Rom, 23. Dez. Der Inhalt der Allokution, mit welcher Pius IX. das geheime Konsistorium vom 17. eröffnet hat, läßt sich kurz dahin angeben, daß er sich mit der Beilegung der kirchlichen Differenzen in Spanien zufrieden erklärt, mit Rußland Nichts zu Stande gebracht zu haben verschert, von dem Anfinnen, der französischen Geistlichkeit die gallikanischen Traditionen zu billigen, Nichts wissen will, die Indifferenz in Religionssachen für verderblich und für einen aus einer falschen Bewerthung der Amnestie erwachsenen Mißverstand erklärt, über die in Rom selbst stattgehabten Freudenbezeigungen über den Ausgang des Sonderbunds hier wiederholt seinen Schmerz an den Tag legt, den Bürgerkrieg mit grellen Farben schildert und die Resultate der Missionen dem Himmel dankend lobt, auch alle Patriarchen, Erzbischöfe und Bischöfe zur Eintracht ermahnt und zum Bekehrungseifer anspornt, damit nach Beseitigung aller Irrlehren Ein Hirt und Eine Heerde werde. — Merkwürdig ist, daß der Paragraph, welcher sich in verblümten Ausdrücken auf Rußland bezieht, auch der Zeitungsschreiber gedenkt, und daß auf übertriebene Zeitungsberichte auch bei der Beurtheilung des Schweizerbürgerkriegs mehr Rücksicht genommen wird, als auf erhärtete Thatsachen. So soll nun auch die Demonstration vom 3. durchaus nichts Anderes als Jubel über den Schweizerbürgerkrieg kund gegeben haben, während sie doch in der That nur gegen die Jesuiten gerichtet gewesen ist. Von dem eigentlichen Sinn der Demonstration wird also durchaus Umgang genommen, und man läßt den Papst die Sache ebenso hinstellen, wie es den Gesetzkreisen des Jesuitismus, die sich hier von Tag zu Tag mehren, am genehmsten erscheint. Im Ganzen enthält auch diese Stelle nichts Neues, indem das Diario di Roma diese Auffassungsweise des Papstes bereits schon einige Male zu Markte gebracht hatte.*) Die päpstlichen Blätter fahren trotzdem fort zu erklären, daß der Schweizerbürgerkrieg kein Religionskrieg gewesen sei, und daß die Religion also auch nicht größeren Schaden dabei habe erleiden können, als in Polen und Griechenland, wird allerwärts mündlich wiederholt. Darüber aber, daß Pius IX. in die Gewalt der Jesuiten gerathen sei, macht man sich auch keine Illusionen mehr. Man hat nur darin Ehre gethan, von ihm Dinge zu erwarten, die kaum in seiner Gewalt stehen; denn der Papst ist wie der bemerkte Zeus. Gegen die Ära des Kirchenregiments vermag auch Pius IX. Nichts.

† Florenz, 21. Dez. Während das Wiener Kabinet in der Westfrage die Verwicklungen von Ferrara zu seinen Gunsten löste, führte es in Modena einen Schlag gegen Rom, Piemont und Toskana, der viele herrliche Hoffnungen um Blüthe und Frucht bringt. Das Wiener Kabinet hat Rache genommen, daß die Regierungen der Legaßtaaten in der Proklamation des Zollbundes Österreich gänzlich übergingen. Hören Sie, wie sein man am esterischen Hofe zu Werke ging. Bekanntlich weilten dort Bevollmächtigte der drei Legaßtaaten, um den Herzog zum Beitritt zu der Zelleinigung zu bewegen. Der toskanische Bevollmächtigte hatte insbesondere die Mission, eklatante Genugthuung für die bei der Okkupation von Zivigzano unserer Regierung, wie ganz Toskana zugefügten Unbilden zu verlangen. Da nun von der Ausgleichung dieses leidigen Streites, der in ganz Italien den größten Unwillen erregt hatte, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Modena und den drei Höfen abhing, so schlossen sich die Bevollmächtigten des Papstes und Karl Alberts dem Vertreter Toskana's an, und betrieben gemeinschaftlich die Beilegung der Zwistes über Zivigzano. Das medenesische Kabinet, inspirirt vom Cerzherzog, dem Onkel des Herzogs, und dem österreichischen außerordentlichen Abgesandten, Baron v. Neumann, war zwar keineswegs geneigt, die von Toskana geforderte Genugthuung zu geben, ertheilte aber, am Ende die aufgeregte Angelegenheit so leicht als möglich beizulegen, gemeinschaftliche Bedeutungen und Winke, daß dies bloß dieser Zankapfel über Zivigzano dem Beitritte zur Lega im Wege stehe. Dies wirkte wie ein Zauber. Die Abgeordneten der drei Höfe, die im Grunde vorzugsweise den Beitritt Modenas zur Lega vermitteln sollten, wandten sich nun selbst an unsern Großherzog mit der beigenden Bitte, die Satisfaktion, die er zu verlangen wollte Recht habe, aufzugeben und dagegen die von Modena angebotene Genugthuung (momentaner Rückzug der Esterser aus Zivigzano zum Behufe regelrechter Übergabe!) anzunehmen, weil dann das modenesische Kabinet ans Dankbarkeit sich um so lieber zum Beitritt zur Lega entschließen werde. Diese Aussicht bestimmte einzig und allein unsere Regierung, von ihren Ansprüchen abzuweichen und den dürftigen, ja, in Betreff der unzulänglichen öffentlichen Beurtheilung einer solchen Preisgebung

*) Die Allg. Z. enthält in einer Korrespondenz aus Rom noch folgende Angaben über einige der interessanteren Punkte dieser Allokution: der Papst bemerkte in Bezug auf Rußland, daß die jetzt durchaus kein Resultat auf dem Wege der gestrigenen Unterhandlungen erzielt worden sei. Die Journale (quodam ephemeridem scriptorem) hätten zwar das Gegentheil berichtet, er, der Papst, könne indeß bis dahin durchaus Nichts melden, als daß er von der festen Hoffnung getragen werde, daß der liebe Gott gnädig auf die Kinder der Kirche herabschauen möge. Dann folgt eine klagende Stelle gegen die Verbindung falscher Toleranz (indifferentia), deren man auch Pius IX. habe beizählen wollen. Diejenigen, welche aus der Amnestie so Etwas hätten folgern wollen, seien in starrem Irrthum befangen. Wer selig werden wolle, möge zur Säule und Grundfeste der Wahrheit, der Kirche, kommen.

Digitized by Google

Fivizzano's segar höchst bedenklichen modernesischen Antrag anzunehmen. Bald zeigte sich, wie sehr man sich getäuscht hatte. Als Fivizzano regelrecht an Modena überliefert war, trat der Schein vor der Wirklichkeit zurück, und man entdeckte, daß der Beitritt zur Lega Nichts als eine diplomatische Kostspiele war! Das Publikum fühlte das Unwürdige dieser Politik, an welcher seine schönsten Hoffnungen scheiterten, und suchte den Abgesandten der Lega seine Theilnahme, wie zum Trostе, an den Tag zu legen. Die Jugend drängte sich zur Messe, die Monsignor Corboli Bussi am Tage seiner Abreise (12. Dcz.) las; als er abreiste, grüßte das Volk, in dichten Spalieren den Gesandten erwartend, mit ehrerbietigem, aber, wie der Besitzer berichtet, beredtem Schweigen. Dragoner sprengten in Eile vor die Stadt, wo eine Volksmasse den Abgeordneten des Papstes erwartete, Andere blieben zurück zum Schutze der Regierung. Vor dem Thor mußte der Wagen, aufgehalten durch das dichtgedrängte Volk, langsam fahren. Der Ruf: es lebe Pius IX.! es lebe Monsignor Corboli, die italienische Lega, die Unabhängigkeit Italiens! war ein unzweideutiges Verdammungsurtheil der ersterwähnten Politik. Der Herzog soll das Gewagte des Spiels eingesehen und nachträglich über die der Lega so lästige Länderscheibe von Massa und Carrara gute Worte gegeben haben — Worte, deren Hohlheit die nächste Zeit bewähren wird, Worte, auf die man weder in Modena, noch hier das mindeste Gewicht legt.

Über Parma berichtet Alfred v. Reumont in der Allg. Z. über die staatsrechtlichen Verhältnisse des Herzogthums: Beim Wiener Kongreß verständigte man sich dahin, daß die Erzherzogin es auf Lebenszeit erhalten, die Bourbonen einen einstweiligen Ersatz in Lucca finden sollten. Im Jahr 1817 trat Spanien diesem Vertrage bei, der auch heute maßgebend geblieben ist, unter Annahme der im Jahr 1844 angenommenen Änderungen, gemäß welchen die toskanische Großfuchs Pontremoli bei dem Tode Marie Luisens mit Parma und Piacenza vereint, dagegen Guastalla an Modena kommen sollte, welches hinwieder auf gewisse ihm zugehachte toskanische Landestheile verzichtete. Wie die Verhältnisse sich in Folge der Abdankung Karl Ludwigs als Herzogs von Lucca neuerdings gestaltet haben, ist bekannt, in die Erinnerung muß aber zurückgerufen werden, daß im Fall des Aussterbens des bourbonischen Zweiges Parma an Österreich kommen würde, Piacenza an Sardinien. So bestimmte schon der Aachener Friede von 1748. Das Besatzungsrecht in Piacenza ist Österreich zugestanden, solange die spanischen Bourbonen regieren werden; seit drei Jahrhunderten hat das habsburgische Haus sich dieses wichtigen Punktes jedes Mal, wo's anging, zu versichern gesucht.

### Jonischen Inseln.

○ Korfu, 20. Dcz. Die Jonischen Inseln werden, wie es scheint, von der europäischen Politik wenig beachtet, und dennoch verdient der Freistaat der 7 Inseln, welcher sich durch seine klassischen Erinnerungen, durch seine liebenswürdige Bevölkerung, die italienische Bauart und die englische Ordnung auszeichnet, wohl einige Aufmerksamkeit. Man wundert sich, warum die Griechen so wenig Sympathie für die Engländer haben, und warum der englische Gesandte Lyons der Gegenstand des allgemeinen Hasses in Athen ist. Die Veranlassung ist das Verfahren der Engländer gegen den Freistaat der 7 Inseln. Durch den Fall der Oligarchie Venedigs der Universalmonarchie Napoleon's anheimgefallen, von den Engländern nicht ohne Mithülfe der Einwohner erobert, ward der Freistaat der 7 Inseln unter englischen Schutz gestellt. Der Wiener Kongreß verstand darunter einen Schutz gegen die Übermacht der Türkei und der Russen, welche längst Absichten auf Griechenland gehabt hatten, und den Einwohnern ward ihre Verfassung und eigne Verwaltung gewährleistet; ein englischer Oberkommissär sollte lediglich die Verhältnisse zwischen der englischen Besatzung und der Landesregierung vermitteln; aber der Erfolg ist gewesen, daß diese Inseln sich in einem Zustande der Bedrückung befinden, welche sie den Zustand von Malta, das eine England ganz unterworfene Kolonie ist, bereiten läßt. Dazu schreigt Europa, weil die lustige Bevölkerung der Jonischen Inseln nicht gewußt hat, die allgemeine Sympathie für sich einzunehmen, um so mehr, als die englischen Oberkommissäre sich sicherer Mittel zu bedienen gewußt haben, die alles Aufsehen vermeiden und den Machthabern viele Stimmen zuwenden. Die Konstitution ist jetzt ohnedies zu einem Mittel herabgesunken, den Einfluß der englischen Machthaber immer mehr zu befestigen. Die Bedrückungen hatten unter Howard Douglas einen hohen Grad erreicht; er ward nach mancher Beschwerde abgerufen und durch Makenzie ersetzt, der nicht die schroffen Formen von Jenem hatte; allein dieser ward bald wahnsinnig, und der jetzige Lord Ober-Kommissär Seaton, gegen welchen man persönlich Nichts sagen kann, setzt das englische Bedrückungssystem der Jonier fort. Von allen den durch einen patriotischen Jonier, Mastorkis, zur Sprache gebrachten Beschwerdepunkten ist noch keiner erledigt; z. B. ist auch die einheimische Presse in so hohem Grade beschränkt, daß keine andere Buchdruckerei existiren darf, als die des englischen Oberkommissärs, dergestalt, daß, wenn Jemand Etwas drucken lassen will, was, obgleich wahr, den Gewalthabern mißfällt, man sich dazu der in Malta erscheinenden Zeitungen bedienen muß. Alle schweren Ämter sind mit Engländern besetzt, deren Gehalte auf hohe englische Weise bestimmt sind; drei Beispiele hat gewirkt, auch die sonst genügsamen Inländer werden mitunter hoch besoldet, und die Aussicht auf solche Vortheile macht, daß man in den Volksversammlungen sich leicht zu Vermehrung der Abgaben bestimmen läßt. Diese, zwar nur in indirekten Abgaben bestehend, sind sehr hoch, indem auf den Kopf gegen 7 Thlr. kommen, mithin höher, als in den meisten deutschen Staaten, selbst höher, als in Preußen. Es müssen nämlich alle Landesprodukte bei der Ausfuhr 20 Proz. Geld bezahlen; eine ungeheure Abgabe für den Landmann, die in dem fünften Theile des Reinertrags aller Erzeugnisse besteht. Dagegen müssen alle eingehenden Waaren mit 7—10 Proz. verzollt werden; da nun die Inseln ohne alle Industrie sind, müssen von manchen Kleidungsstücken ein paar Thaler bezahlt werden. Da nun alles Getreide entweder aus Odessa oder Sizilien bezogen werden muß, und hier kein Getreide wächst, so ist ersichtlich, wie drückend die Abgabe für die hiesige nicht reiche Bevölkerung ist. Die venetianischen Befestigungen der Stadt Korfu sind zum Theil geschleift worden, damit die Stadt sich selbst nicht mehr vertheidigen kann; dagegen ist auf der benachbarten, die Stadt beherrschenden Insel eine starke englische Festung angelegt worden. Der Vertheidiger der hiesigen Rechte, der edle Mastorkis, hat durch seine Bürgertugenden und seine Gelehrsamkeit selbst seine Feinde besiegt; man hat ihn zwar nicht wieder angestellt, allein er bezieht ein mäßiges Gehalt, um die Inschriften von Korkyra zu bearbeiten, welche die englische Regierung herausgeben will. Vielleicht, daß endlich einmal Europa Gelegenheit finden wird, auch auf die Festhaltung der Jonischen Konstitution zu dringen, wenn England bei andern Gelegenheiten sich des Wiener Kongresses zu seinem Vortheil bedienen will. Die Vergangenheit und die Gegenwart dieser herrlichen Inseln verdienen eine größere Aufmerksamkeit, als die paar Stunden, welche ihnen gewöhnlich ein nach Griechenland Reisender schenkt.

### Amerika.

Wie sich voraussehen ließ, sind die Klagen der westindischen Kolonisten und die Forderungen der sog. „Loyal West India League" in den Ver. Staaten nicht unbemerkt geblieben; die nordamerikanischen Journale vergleichen diese die westindischen Inseln durchziehende Bewegung mit derjenigen, welche der Unabhängigkeitserklärung der Ver. Staaten-Republik vorhergieng, und sagen ähnliche Bewegungen in Kanada, den französischen Inseln ꝛc. voraus. Um sich von den Deklamationen der nordamerikanischen Blätter in dieser Angelegenheit einen ungefähren Begriff zu machen, möge eine folgende Stelle aus dem New-York-Sun angeführt sein: „Diese Sprache," sagt genannte Blatt, „führen jetzt die Bewohner des britischen Westindiens, eine Sprache, welche auch auf die spanischen und französischen Besitzungen des Archipelagus einen erschütternden Einfluß üben und England für seine Perlen des Meeres zittern machen muß. Brave Westindier! sie werden sich nicht länger mehr dieser abscheulichen Unterdrückung beugen. Sie verbinden ihren Ruf mit dem der Jungfrau unter den Antillen, der schönen Insel Kuba, und fordern, daß das Blut in den äußersten Gliedern gepflegt werde wie das im Herzen. Seit unserer ruhmwürdigen Revolution gab es keine so wichtige Bewegung in der westlichen Hemisphäre. Es ist ein Flügelschlag, ein Zeichen, daß sie sich aus den Klauen des britischen Löwen befreien wollen, und wenn erst Westindien und Mexiko von den Armen der Ver. Staaten umfaßt sind, wird auch Kanada um Erlaubniß bitten, mit umfaßt zu werden."

Bei solcher unter der Bevölkerung vorherrschenden Stimmung ist, wie mehreren deutschen Blättern versichert wird, wohl zu glauben, daß die Rede Henry Clays diesem 70jährigen Staatsmann mehr Gegner als Freunde gemacht hat. So bereiten sich allmählich in Nord- und Mittelamerika Dinge vor, deren Rückschläge die europäische Staatskunst in nicht sehr ferner Zeit empfindlich spüren dürfte. Die demo-

Digitized by Google

kratischen Grundsätze Nordamerikas haben von Anfang an ihren Einfluß auf das alte Europa bewährt und sich mächtiger und organischer wirkend bewiesen, als alle noch so künstlichen Gegenminen des Aristokratismus und Absolutismus. Nordamerika wird aber auch als politische Macht sehr bald im Rathe der Staaten mitbestimmend auftreten, seine Gold- und Silberschätze, die es mit Mexiko erwirbt, werden den Gold- und Silberschätzen des Urals und Sibiriens das Gleichgewicht halten, seine Flotten, welche in Folge der Besitznahme der Häfen Mexikos und Kaliforniens, der herrlichsten Häfen der Welt, wie Gewächse aus dem Meeresboden emporschießen müssen, den Flotten Englands die Spitze bieten; ohnehin haben John Bull und Vetter Jonathan mehr Sympathien zu einander als sie selbst ahnen oder zugeben wollen, sie werden einen Kampf auf Tod und Leben mit einander auswechseln, weil sie fühlen, daß sie zu einander gehören, daß die Vernichtung des einen die Vernichtung des andern sein würde, daß ihr Bestand, ihre Wohlfahrt auf Gegenseitigkeit beruht. Es kann Niemanden entgehen, daß sich in England die Bevölkerung wie das Parlament und die Gesetzgebung immer mehr demokratisirt, daß ein ähnlicher Geist auch die übrigen Völker Europas in immer höherm Grade erfassen und durchdringen wird, jemehr Nordamerika an Land und Volk, und dadurch an Schwerkraft, an Druck auf Europa gewinnt, je größer die Fläche ist, die es der Auswanderung und dadurch dem Rückflusse seiner Ideen und Grundsätze nach Europa bietet. Nordamerika wird sich aber Mexiko schwerlich entgehen lassen; der Yankee weiß zu rechnen und betreibt selbst den Ruhm kaufmännisch. „Wir kennen", sagte neulich der New-Yorker Herald, „wir kennen den Preis des Zuckers, den Preis des Eisens, den Preis der Baumwolle, den Preis der Kartoffeln — aber wir fragen, was wird der Preis des Ruhms sein?" Den 6. Dezbr. sollte sich der Kongreß versammeln, die nächste Post wird mithin die wichtige Präsidentenbotschaft bringen.

Leider scheint es in der deutschen Kolonie in Texas ziemlich unordentlich und faustrechtlich herzugehen. Ein gewisser Hr. Schubert hatte den Direktor der Gesellschaft, Hrn. Spieß, auf irgendeine Weise aus dessen Gute verdrängt, worauf Letzterer beschloß, sich wieder mit Gewalt der Farm zu bemächtigen. Nächtlicherweile zog sie Spieß mit den Seinigen in den Außengebäuden des Gehöftes fest. Früh Morgens trat einer von Hrn. Schubert's Freunden, Kapitän Sommer, aus dem Wohnhause, um sich in der Galerie zu ergehen, als eine Kugel ihn traf und fast augenblicklich tödtete. Auf einen zweiten Deutschen, der sich mit einer Doppelflinte auf den Platz begab, wurden acht bis zehn Schüsse, doch ohne Wirkung, abgefeuert, während er seinerseits einen der Angreifenden, einen Landschaftsmaler Rohrdorf, durch einen Schuß tödlich verwundete. In dem hitzigen Gefecht, welches hierauf folgte, wurden die Angreifer mit Verlust eines Gefangenen in die Flucht geschlagen. Hr. Spieß ist seitdem spurlos verschwunden. Frühere Vorgänge und dieser beweisen, daß sich die Deutschen in Texas für ihr gebundenes Philisterleben, das sie in Deutschland geführt, durch Unbändigkeiten weiblich zu entschädigen wissen. Der Deutsche nimmt aber auch kein gesetzliches Bewußtsein in die Fremde mit, aber leider desto häufiger einen Groll gegen das Gesetz.

### Handels- und Börsennachrichten.

Frankfurt, 31. Dez. Oesterr. Met. 103 P. — 2½% 51¾. Bankaktien pro ult. 1915 G. — 500 fl. Loose von 1834 156½ 250 fl. Loose von 1839 — G., Preußen. Köln-Minden 94¾ P. 94¾ G. — Bairen. Ludwigs-Berbach 86¼ P. 85¾ G. Wirtemberg. 3½% Oblig. 86¼ G. — Geldsorten: Neue Louisd'or 11 fl. 6 kr. — Ferd'or 9 fl. 47 kr. — ditto Preuß. 9 fl. 53 kr. — Holl. 10 fl. Stück 10 fl. — kr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 32 kr. Engl. Souvereigns 12 fl. 3 kr. — Landthaler ganze 2 fl. 43½ — Preußische Thaler 1 fl. 44⅝ kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Wien, 27. Dez. 5% Met. 104 — Bankaktien 1614 — 500 fl. Loose 157 — 250 ditto 113¾ — Nordbahn 154½ — Wien-Gloggnitz 112 — Mailand-Venedig 92¾.

Berlin, 28. Dez. 3½% Staats-Sch. 91¾, Prämien-Scheine 90¼, Poln. Loose 500 fl. 79 — ditto 300 fl. 100 Ludwigs-Berbach — Rhein.-W.-Nordb. 61 — Kln-Minden 95¾.

London, 27. Dez. Die schon vor einigen Tagen von den Bankdirektoren angezeigte abermalige Herabsetzung des Diskonto auf 5% hat zu keinem Steigen der Papiere Veranlassung gegeben. Konsols schließen heute zu 85¾, neue 3½% zu 86⅛, Bankaktien zu 187—189, mex. zu 18½, holl. 4% zu 85½. — Aus Barbadoes ist die Nachricht eingetroffen, daß die westindische Bank ihre Zahlungen am 1. Dez. eingestellt hat.

Paris, 29. Dez. 3% 75 f. 60. 5% 115 f. 95 Bankaktien — Madrid, 22. Dez. 3% Schuld 27½. — 5% ditto 15½.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[4]²

MEDICAL, INVALID & GENERAL LIFE ASSURANCE SOCIETY.

**Lebensversicherungs-Gesellschaft für Gesunde und Kranke,**

LONDON, Pall Mall No. 25.

**Verwaltung für Deutschland in Frankfurt a. M. — Kapital: 6 Millionen Gulden.**

Gesunde Leben werden von dieser Gesellschaft zu billigeren Prämien versichert, als von den meisten anderen Kompagnien. Gestützt auf sehr ausführliche statistische Berechnungen, versichert die Gesellschaft auch kranke oder nicht völlig gesunde Personen. Die Versicherten können sich bei dem Gewinn der Gesellschaft nach ihrer Wahl betheiligen oder nicht, oder selbst im ersteren Falle nie zu Nachzahlungen angehalten werden. Die bei ihr Versicherten können zu jeder Zeit des Jahres von einem Theil Europas zum andern reisen. Die Prämien für Reisende außer Europa sind besonders billig gestellt. Officieren ist diese Gesellschaft vorzüglich zu empfehlen, weil sie unter dem Ausdruck „activen Dienst" nur den Dienst in Kriegszeiten dem Feind gegenüber versteht. Policen, die bereits ein Jahr in Kraft waren, werden durch Duell und Selbstmord nicht annullirt, auch wenn sie auf das eigene Leben gestellen sind. Der Prospektus erklärt ausführlich die Vortheile von Lebensversicherungen und Rentenankäufen im Allgemeinen und im Besonderen bei dieser Gesellschaft. Derselbe wird auf dem Bureau der Gesellschaft in Frankfurt am Main, sowie von sämmtlichen Kompagnien und Agenten gratis verabfolgt.

*Joh. Albert Varrentrapp,*
General-Agent.

**Verzeichniß der bereits ernannten Hauptagenten und Agenten.**

Altenburg Herr F. W. Barth sen. Bautzen Hr. H. J. Linde. Bremen Hr. Wilh. Alberfeldt. Carlsruhe Dr. Wilh. Peter. Cassel Hr. Ludw. Fenner. Coburg Hr. C. G. Arpel. Darmstadt Hr. Dr. Hallwachs, Hofgerichtsadv. und Aubitrar. Dresden Hr. Jul. Kockel. Eisenach Hr. G. Brandt jun. Freiberg i. S. Herren Bührer und Komp. Gotha Hr. C. G. Meymüller. Hanau Hr. Karl Sippel. Heidelberg Hr. Ld. S. Walz. Heilbronn Herren L. Hächer und Meißner. Jena Hr. Th. Voigt. Leipzig Hr. Otto Schmidt. Lübeck Hr. Joh. Wilh. Coltenau. Mannheim Hr. C. A. Neumer. Rastad Hr. Th. Wagner. Rudolstadt Hr. G. Fröbel. Stuttgart Hr. Herm. Adamsaam. Ulm Hr. Wilh. Kiepert. Wiesbaden Hr. M. J. Frenkel. Zürich Herren Bille und Haremeyer. Zwickau Hr. C. A. Schiedroan.

[5] Bei Fr. Bassermann in Mannheim ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

**Die Entstehungsgeschichte des Jesuitenordens** nebst einem Schlußwort über die **Neuen Jesuiten**
nach den Quellen dargestellt von
**Dr. Friedrich Kortüm,**
Professor der Geschichte an der Universität zu Heidelberg.
Preis 18 Sgr. 1 fl. rhein.
Ein Beitrag zur gründlichen Beurtheilung der neuesten Zeitereignisse!

16]²

**Ersuchen.**

Ich bitte meine auswärtigen Freunde, Briefe, die sie in privaten und persönlichen Angelegenheiten an mich richten, von solchen die die Deutsche Zeitung betreffen, durch einen gezeigneten Zusatz („an eigenen Hand", oder dergl.) unterscheiden zu wollen.

Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die „Deutsche Zeitung an. Für England den Herr. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeischen Länder werden man sich an G. A. Alexandre Strasburg 28 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Postexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 28 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 3. Heidelberg, Montag 3. Januar 1848.

## Übersicht.

**Würtembergische Briefe.** VIII. Die Preßfrage. **Wien** (Immediatgesuch der Israeliten um Staatsbürgerliche Emancipation). **Von der Elbe** (die Schweiz und der Österreich. Beobachter). **Berlin** (Plan einer obersten Centralbehörde für evangelischer Kirchenangelegenheiten; Bodelschwingh Kommissarius für den vereinigten ständischen Ausschuß; Beginn der Arbeiten desselben. Die Cholera). **Vom Rhein** (preußisches Document in der Rheinschiffahrtsfrage). **München** (die neue Censurinstruktion an die Kreisbehörden erlassen). **Hannover** (Die neue Civil-Proceß-Ordnung). **Heidelberg** (der praktische Standpunkt in Sachen der Preßfreiheit [Schluß]). **Bremen** (Andree's Abschiedsworte an seine Leser).

**Schweiz.** Bern. Gegenwärtiger Bestand der eidgenössischen Truppen. Beschlüsse des Gr. Raths in Wallis im liberalen Sinn. Boss le Comte nach Neuenburg. Chur. Die Militärverwaltung in der Schweiz (Schluß). — **Niederland.** Utrecht. Das Ausscheiden des Finanzministers v. Hall. Der neue Ministerstand amtlich. Der Armengesetzentwurf. Veröffentlichung des Budgets der Stadt Amsterdam.

**Großbritannien.** Eine nähere Kennzeichnung der Times aus Wien. Coparterre's Aufwartung, Brougham's Beurlaubung bei der Königin. Dr. Pampden's Wahl zum Bischof von Hereford vollzogen.

**Frankreich.** Sanzet Präsident der Kammer; Wahlen in den Abtheilungen; leidenschaftliche Preßdebatte; Entwurf einer neuen Note an die Tagsatzung; eine Note Österreichs über Italien; der Bankerott Ouvrehons. — **Italien.** Rom. Der Papst und Cardinal Ferretti's „Strupel". Der Herzog von Modena und der Zollverein.

**Handel.** Frankfurt. Monats- und Jahresabrechnung. Mannheim. Berichtigung dr. das Eitlinger Etablissement.

**Beilage.** De l'Italie dans ses rapports avec la liberté et la civilisation moderne, par André Louis Maxzini. Zur Erwiderung auf einen Artikel Car one's „Pius IX. und die Germanen."

**Datum der Börsen.** Frankfurt 31., Wien 27., Berlin 28., Paris 30., London 28., Madrid 24. Dezember.

---

### Würtembergische Briefe.
### VIII.

Ein triftiger Grund legt es nahe, den Inhalt dieses Briefes auf aktenmäßige Thatsachen zu beschränken und die Reflexion zwischen die Zeilen zu verweisen.

Das würtembergische Gesetz vom 30. Januar 1817 hob alle Censur auf, mit Ausnahme eines Vorbehaltes für die Regierung: „in außerordentlichen, namentlich in Kriegszeiten, eine Censur, jedoch nur auf die Dauer der außerordentlichen Umstände und nur für Zeitungen und für diese mit von Zeitschriften anzuordnen." Würtemberg übte die Preßfreiheit zwei und drei Viertel Jahre, ohne daß man von sonderlichem Mißbrauche zu hören bekam. Der zwischen dem König und den Ständen am 25. September 1819 zu Stande gekommene Verfassungsvertrag bestätigte die Preßfreiheit noch einmal ausdrücklich, indem der §. 28 lautet: „die Freiheit der Presse und des Buchhandels findet in ihrem vollen Umfange Statt, jedoch unter Beobachtung der gegen den Mißbrauch bestehenden oder künftig zu erlassenden Gesetze." Da mit dem Abschlusse des Verfassungsvertrages die Mission der konstituirenden Versammlung beendigt war, so wurde sie am gleichen Tage aufgelöst. Fünf Tage nachher, am 1. Okt. 1819 erging eine königl. Verordnung, sonach in Folge einstimmig gefaßten Bundesbeschlusses vom 20. Sept. die Censur provisorisch wieder eingeführt und die hiefür erforderliche Anstalt getroffen wurde. Auch der Bundesbeschluß vom 16. Aug. 1824, welcher die Censur auf unbestimmte Zeit erstreckte, wurde durch k. Verordnung vom 14. Sept. d. J. verkündigt.

Die Landtage seit 1833 nahmen sich, gestützt auf den Verfassungsparagraphen, der Preßfreiheit nachdrücklich an, während die Regierung ebenso beharrlich die Kompetenz der Landstände für diese Bundesangelegenheit bestritt. Hervorzuheben ist in dieser Hinsicht besonders die Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 5. Nov. 1833. In derselben machte der Regierungskommissär, Staatsrath v. Hartmann, geltend: die Regierung habe, indem sie den Bundesbeschlüssen von 1819 und 1824 zustimmte, Nichts gethan, als wozu sie durch ihre bundesmäßigen Pflichten und durch den oben citirten Vorbehalt des Preßgesetzes von 1817, betr. die außerordentlichen, namentlich Kriegszeitläufte, berechtigt gewesen sei. Würtemberg habe jedoch nicht versäumt, auf Beendigung des außerordentlichen Zustandes hinzuwirken. In dieser Beziehung wurde das würtemb. Votum in der Bundestagssitzung vom 26. April 1832 mitgetheilt, lautend wie folgt: „Selbst das eigene Interesse der übrigen Bundesstaaten für Beseitigung eines fortdauernden Anlasses zu Unzufriedenheit und Aufreizungen Übelgesinnter wird dazu rathen, daß von Seite der Bundesversammlung auf endliche Erfüllung jener Zusicherung Bedacht genommen und daß bieju nicht nur allgemeine Aussichten forthin gegeben, sondern eine Zeitbestimmung ausgesprochen werde, nach deren Ablauf, soweit man sich nicht über die gleichförmigen Verfügungen selbst am Bundestage vereinigen könnte, jedem Bundesstaate überlassen bliebe, die von ihm nach seinen Verhältnissen am angemessensten erachteten Vorkehrungen über Freigebung der Presse, verbunden mit ausgiebigen und streng einzuhaltenden Vorsehungen gegen Preßmißbräuche, zu treffen. Zu einer Vereinigung über ganz gleichförmige Verfügungen in allen Bundesstaaten ist bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse und der Ansichten der einzelnen Regierungen ebensowenig eine Aussicht, als hievon die Bundesgesetze die Sache selbst abhängig machen wollten."

„Dürfte dies schon durch den Art. 18 der Bundesakte angedeutet gefunden werden: „die Bundesversammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Preßfreiheit beschäftigen", so drückt sich hierüber noch deutlicher der Art. 65 der Schlußakte aus, indem derselbe diesen Gegenstand mit andern der fernern Bearbeitung der Bundesversammlung mit dem Beisatze vorbehält: „um durch gemeinschaftliche Übereinkunft zu möglichst gleichförmigen Verfügungen darüber zu gelangen."

„Nicht sowohl die Verfügungen selbst, als die Herbeiführung möglichster Gleichförmigkeit der von den einzelnen Regierungen über diese unstreitig zu ihrer inneren Verwaltung gehörige Angelegenheit zu treffenden Verfügungen wird als Gegenstand der Beardeitung und der Berathung der Bundesversammlung zu betrachten und daher auch in dieser Beziehung der Antrag gerechtfertigt sein, daß die Bundesversammlung sich unverweilt mit der Herbeiführung einer Vereinigung über möglichst gleichförmige Verfügungen über Preßfreiheit durch Bezeichnung gewisser der Anwendung und weiteren Ausführung jedes einzelnen Bundesstaates nach Maßgabe seiner inneren Verfassungs- und Gesetzgebungsverhältnisse anhrimzugebenden Grundsätze zu beschäftigen habe, jedenfalls aber auszusprechen wäre, daß die Wirksamkeit der nun seit 13 Jahren fortbestehenden provisorischen Beschlüsse über Preßbeschränkungen mit dem laufenden Jahr oder auch früher für diejenigen Bundesstaaten erlöschen solle, deren Regierungen noch vor dessen Ablauf auf eine den abgerredet werdenden Grundsätzen entsprechende Weise Vorsehung gegen Preßmißbräuche getroffen haben werden."

Auch wurde nach der Erklärung des Regierungskommissärs noch in derselben Landtagssitzung „eine für diesen Zweck ernannte Kommission ersucht, sich mit der der Bundesversammlung im 18. Art. der Bundesakte zugewiesenen Aufgabe, der Herbeiführung gleichförmiger Verfügungen über die Presse, mit möglichster Beschleunigung zu beschäftigen"; die Regierung habe auch spätherhin die Erfüllung dieser Aufgabe wiederholt beim Bundestage betrieben und bereits auf Vorarbeiten für das neue Preßgesetz ihren Bedacht genommen.

Als in derselben Sitzung der Abg. Römer auf der Ersetzung von Censurkosten auch für die nächsten drei Finanzjahre folgerte: „daraus ginge also hervor, daß wir in drei Jahren die Censur noch haben werden", erklärte Staatsrath v. Hartmann: „davon kann keine Rede sein."

Digitized by Google

Gleichwohl gerieth die Sache, wie es scheint, ins Stocken. Denn auf die in jener Sitzung beschlossene Bitte an die Regierung um Zurücknahme der Preßfreiheit antworteten dem wieder zusammengetretenen Landtage ein Geheimerathsschreiben vom Febr. 1836, also zwei Jahre später, mit kurzen Worten: daß die Regierung wegen ihrer Bundespflichten jener Bitte nicht stattgeben wisse. Dennoch kehrten die Landtagsbitten um Preßfreiheit, wenn auch ohne Antwort zu erhalten, regelmäßig wieder, und innerhalb der Abgeordnetenkammer selbst griff die Überzeugung von der Befugniß der Regierung, die Konstitution auch in diesem Punkte zu reinterpretiren, dergestalt um sich, daß auf dem Landtage von 1839 ein Abgeordneter, der unsres Wissens seit 30 Jahren niemals eine vom Regierungsstyle abweichende Ansicht geäußert hatte, der kürzlich verstorbene Staatsrath v. Gmelin, die Erklärung gab, nach seinem Dafürhalten sei die Regierung nicht gehindert, für innere Verhältnisse die Preßfreiheit einzuführen.

Nachdem die Abgeordnetenkammern von 1839 und 1842, letztere einstimmig, die Bitten um Verwirklichung der Preßfreiheit wiederholt hatten, kam es zu heftigem Kampfe auf dem Landtage von 1845, den die Opposition wieder beschickt hatte. Es regnete gegen den Ministertisch mit Beispielen, wie die Censur Dinge, welche mit der Ruhe und Sicherheit der Bundesstaaten in keinerlei sichtbarem Zusammenhang standen, zu unterdrücken pflege. Hatte, nachdem der erste Landtag von 1833 „wegen seiner Weigerung, eine Motion Paul Pfizer's mit verdientem Unwillen zurückzuweisen", aufgelöst worden war, ein Ministerialerlaß vom 23. März 1833 alle und jede Besprechung von Landtagssachen in öffentlichen Blättern untersagt, so war hierin ein politisches Motiv; jetzt aber berief man sich, abgesehen von den einzelnen Censurstrichen, darauf, daß die Censur in neuerer Zeit z. B. Alles gestrichen hatte, was über den Rücktritt des Finanzministers v. Herdegen oder über die Suspension des Professors Bischer in Tübingen gedruckt werden sollte; ja, die Censur ließ einmal Nichts mehr über die in Stuttgart hingerichtete Giftmischerin Ruthardt passiren. Das Ergebniß der oft sehr bitteren Debatte, an welcher die katholischen Abgeordneten noch besonders wegen der über einige baierische Blätter verhängten Nachensur Antheil nahmen, war, daß der Antrag des Abg. Duvernoy, Se in den letzten drei Finanzjahren wieder verrechnete Ausgabe von je 1500 fl. für Censurkosten nicht anzuerkennen, mit 59 gegen 28 Stimmen angenommen wurde. Und selbst diese 28 Stimmen, abgegeben von 4 ritterschaftlichen Abgeordneten, 16 Staatsdienern, sämmtlichen 5 anwesenden evangelischen Generalsuperintendenten, den 2 anwesenden katholischen Würdenträgern und einem Gemeindebeamten, hatten nicht für die Censur, sondern nur dahin gestimmt, es sollen die fraglichen Kosten dies Mal zwar noch bewilligt, dabei aber die bestimmte Erwartung ausgesprochen werden, daß dieser Posten von nun an verschwinde. Über etwaige Unterhandlungen beim Bundestage wurde von den Regierungskommissären so wenig Etwas mitgetheilt, wie seit 12 Jahren, nur daß der Minister v. Schlayer die Bemerkung fallen ließ, man sei nicht unthätig gewesen.

Auf dem außerordentlichen Landtage von 1847, der sich mit der Frage, ob jenem Kammerbeschlusse von 1845 gemäß die Staatskasse sich die für Censurkosten verausgabten 4500 fl. von dem Minister des Auswärtigen ersetzen ließ, noch nicht zu beschäftigen hatte, zeigte der Abg. Römer, aus Anlaß eingegangener Petitionen an, daß bei dem nächsten ordentlichen Landtage der Antrag auf Einberufung des Staatsgerichtshofes von ihm werde gestellt werden, um eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob der Minister noch würtemb. Staatsrechte die Censur wirklich fortsetzen dürfe.

---

**Österreich.** Wien, 26. Dez. Die hiesige Israelitengemeinschaft ist bei Sr. Maj. dem Kaiser in einem Immediatbittgesuch um Staatsbürgerliche Emanzipation eingekommen, welches vom Menschen signirt, d. h. angeordnet werden ist, daß der Gegenstand von den betreffenden Behörden in Berhandlung zu nehmen und allerhöchsten Orts ein geeigneter Vorschlag darüber zu unterbreiten sei. Die Bittsteller haben daher ihr Gesuch hauptsächlich auf drei Punkte: nämlich Aufhebung der Judensteuer, Abschaffung der Aufenthaltstaxe und Verleihung der Meister- und Bürgerrechte gerichtet. Die Landesregierung soll, dem Vernehmen nach, die Eingabe im Ganzen günstig begutachtet haben, und es ist wahrscheinlich, daß wesentliche Erleichterungen für die Juden hier erfolgen werden, wiewohl in Bezug auf den dritten Punkt vorerst nur die Gewährung von Meister-, nicht aber von den eigentlichen Bürgerrechten zu gewärtigen steht, die auf einen starken Widerstand in der öffentlichen Meinung stoßen würden. (Allgem. K.)

3 Von der Elbe. Die letzte Erklärung des „österreichischen Beobachters" gegen die Schweiz ist dankenswerth, insofern dadurch gemäß der altanerkannten entschiedenen Aufrichtigkeit des österreichischen Kabinets die Sache endlich bei dem wahren Namen genannt wird. Die früheren Manifeste des Wiener Regierungsorganes gaben sich mit Pathos den Anschein, als kämpften sie für die Freiheit, d. i. für die Kantonalsouveränetät und für die Schwächeren gegen die übermächtige Partei. Da nun hierbei der merkwürdige Umstand obwaltete, daß Österreich zum Schutze gerade derjenigen Kantone auftrat, die einst in sehr radikaler Weise der habsburgischen Herrschaft in der Schweiz ein Ende gemacht, so konnte solcher Eselmuth leicht imponiren und wohl auch bei manchen Denkern, der unter Freiheit noch die alte deutsche Freiheit, d. h. den zersplitternden Separatismus, den sonderbündlerischen Hochverrath am Gesammtvaterland verstand, Anklang finden. Die tiefer Blickende mußte freilich jenen österreichischen Freiheitsproklamationen gegenüber ernsthaft fragen, ob denn Österreich ebenso eifrig für die Kantonalfreiheit auftreten würde, wenn zufällig die liberalen Kantone in der Minderzahl wären und sich durch einen Sonderbund gegen die retrograde Mehrheit schützen wollten? Obwohl nun diese gewiß sehr nahe liegende Frage meines Wissens nicht öffentlich ausgesprochen worden ist, so hat sie der österreichische Beobachter dennoch mit dankenswerther Offenherzigkeit mit einem zornigen Nein beantwortet. Er verlündet unverhohlen, daß sein Kabinet das, was in der Schweiz geschehen, nicht deßhalb verdammt, weil dadurch die Kantonalsouveränetät verletzt worden, sondern weil die liberale Tagsatzung gesiegt hat, in welchem Siege der österreichische Beobachter den Anfang einer Revolution sieht, die zur Zerreißung aller menschlichen und göttlichen Ordnung führen soll. Deßhalb schleudert der österreichische Beobachter, der feitherige Lobredner der Friedenspolitik, dem schweizerischen Friedensschlusse eine heftige Kriegsertklärung entgegen. Während alle Welt sich freut, daß der Schweizerkampf so rasch und so glücklich geendet, und während gerade das vielbedrängte Österreich alle Ursache hätte, sich über die glückliche Beseitigung dieser verhängnißvollen Schweizerfrist innig zu freuen, scheint der österreichische Beobachter darauf hinzuarbeiten, daß ein Kampf, der bisher lediglich ein Schweizerkampf war, erst jetzt zu einem europäischen Kampfe gemacht werde. Jeder aufrichtige Freund Österreichs muß einsehen, daß ein solcher Kampf für den Kaiserstaat den größten Theil des Unheils herbeiführen würde, welchen der sonst einer so optimistischen Politik huldigende österreichische Beobachter jetzt so pessimistisch vor der durch den Schweizerfrieden so glücklich vollbrachten Beseitigung derselben Kampfes fürchtet. Es ist daher eine Pflicht des Patriotismus und der Humanität, den Versuch zu machen, den leidenschaftlichen österreichischen Beobachter, mit welchem allein wir es hier zu thun haben, zu besserer Einsicht und zu friedlichen Gefühlen zu bewegen. Und wie könnte man dies besser, als wenn man ihn an einige ganz lehren seines ehemaligen Mentors erinnert, dessen Abgang in der österreichischen Regierungspresse noch immer nicht ersetzt ist. Dieser Beobachter noch die Schriften Friedrich v. Gentz', er wird daraus lernen, selbst ein irriges System wenigstens mit glücklichem Takte zu vertreten, und er wird namentlich der Schweiz gegenüber die Grundsätze einer wahren Politik erkennen. Der ältere Beob. stellt bekanntlich den Grundsatz auf, die Schweiz genieße die Wohlthat der Neutralität nur so lange, als sie den von den Großmächten diktirten Bundesvertrag aufrecht erhält, und sie dürfe diesen gegen den Widerspruch einzelner Kantone und ohne Mitwirkung der Großmächte nicht reformiren. Dem widerspricht Gentz. Als im Jahre 1813 auch die Schweiz befreit wurde, verfaßte Gentz, der eben vom Kaiser Alexander als der „Retter Europas" mit einem Orden geschmückt und als derjenige gepriesen worden, der einer wahrhaften völkerrechtlichen Politik wieder Eingang verschafft, die Erklärung der Alliirten. Die Schweiz hatte damals eine von Frankreich diktirte Verfassung, war ebenfalls neutral erklärt, in der That aber von Frankreich beherrscht. Da schrieb nun Gentz im Namen der Alliirten: „Wahre Neutralität kann ohne den Besitz wahrer Unabhängigkeit nicht bestehen. Die angebliche Neutralität eines von fremdem Willen geleiteten Staates ist für ihn selbst ein Wort ohne Bedeutung, für seine Nachbarn ein zweischneidiges Schwert. Daß dies das Verhältniß ist, in welchem sich gegenwärtig die Schweiz befindet, ist eine Wahrheit, die Niemand bezweifeln kann. Eine Neutralitätserklärung, aus diesem Boden entsprossen, verliert allen rechtlichen Anspruch auf den Namen, mit welchem sie sich schmückt. In

Digitized by Google

Bezug auf die Schweiz selbst ist der beste Sinn, den man ihr beilegen kann, der, daß zur Vermeidung einiger augenblicklichen Aufopferungen die bisherige politische Lage des Landes aufrecht erhalten, das heißt, die Schweiz zur fortdauernden Entbehrung alles dessen, was ihr am theuersten sein muß, zur immerwährenden Unmündigkeit und zur immerwährenden Knechtschaft verdammt werden soll. — Bei einer so untergeordnet entstandenen und so locker zusammengefügten Verfassung würde der Widerspruch einzelner Kantone in einer Angelegenheit von so großem Gewichte sogar als ein unmittelbarer Schritt zur faktischen Auflösung der ganzen Bundeskonstitution betrachtet werden müssen. Die vollkommenste Unabhängigkeit dieses Landes, die erste Bedingung seiner eigenen glücklichen Existenz, ist (aber) zu gleicher Zeit eines der ersten politischen Bedürfnisse des ganzen europäischen Staatensystems. Wenn (daher) die Schweiz in eine Lage versetzt sein wird, die es ihr möglich macht, die Grundlagen ihres künftigen Föderativsystems in der von ihr selbst zu wählenden Form, ohne alle Rücksicht auf fremden Einfluß anzuordnen, dann werden die verbündeten Mächte ihr Werk als vollendet betrachten." — Die Anwendung dieser weisen Citate auf die Gegenwart und Zukunft der Schweiz überlasse ich billig dem öfterreichischen Bord, dessen Redakteur ja bekanntlich ein Schüler von Gentz ist. An diesen Redakteur schrieb Gentz im Jahre 1831 über die „Allgemeine Zeitung" folgendes: „Ich weiß nicht mehr, was ich von der Allgemeinen Zeitung denken soll. Sonst war das herrschende Bestreben derselben auf Beruhigung der Gemüther und Erhaltung des Friedens, dieses ersten Bedürfnisses, dieser wesentlichen Gemeingutes aller europäischen Staaten, gerichtet. Heute lautet es anders. Fast in jedem Statte erschienen Artikel, worin Grundsätze, welche den allgemeinen Krieg längst herbeigeführt hätten, und wenn sie zum Unglück der Welt den Sieg davon tragen sollten, unausbleiblich herbeiführen würden, mit allen Künsten sophistischer Beredsamkeit als einzig konsequent und weise dargestellt werden. Ich kenne die Quelle dieser Artikel und bedaure recht aufrichtig, daß man an dem leidenschaftlichen Verfasser derselben einen nützlichen Mitarbeiter gefunden zu haben glaubt. Der Schaden, den sie in Hinsicht auf die Eintracht zwischen den großen Mächten, auf die Beruhigung der Gemüther und auf den öffentlichen Kredit bereits gestiftet haben, ist unermeßlich." — Ist es nicht, als ob der selige Gentz diese Worte aus dem Grabe heraus über die Kriegsartikel des österreichischen Beobachters spreche? Schließlich noch eine besonders zu beherzigende gute Lehre von Gentz für den öfter. Brob. Im Jahre 1831 vertheidigte Gentz ein unumschränktes Interventionsrecht, aber nur für den Fall, daß die eigene Sicherheit oder gar die eigene Existenz eines Staates durch Ereignisse in einem Nachbarstaate bedroht wäre. Daß selbst bei diesem Interventionsrecht gibt Gentz die gute Lehre: „Es versteht sich von selbst, daß das an sich unbeschränkte Recht der Intervention in seiner Anwendung auf einzelne Fälle stets durch Rücksichten der Klugheit und wahren Politik modifizirt werden muß."

**Preußen.** Berlin, 27. Dez. Der Weserz. wird berichtet: Ein Plan, von dessen Vorhandensein bereits mehrere Male andeutungsweise Einiges verlautete, der Plan nämlich, für die oberste Leitung der evangelischen Kirchenangelegenheiten noch eine oberste Centralbehörde derselbst zu errichten, scheint nunmehr seiner Verwirklichung schnell entgegenzugehen. Wenigstens hören wir, daß der desfallige Plan bereits vollständig festgestellt, und auch ganz in einem Sinne gehalten sein soll, daß seine Genehmigung bei den nach dieser Seite hin gegenwärtig vorherrschenden Ansichten nicht zweifelhaft sein dürfte. Es wird uns mit Bezug auf denselben hinzugefügt, daß diese oberste neu zu schaffende geistliche Zentralbehörde von dem Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten unabhängig bleiben und zu demselben etwa in einem ähnlichen Verhältnisse stehen solle, wie die gegenwärtigen Konsistorialpräsidenten zu den Oberpräsidenten. Diese Konsistorialpräsidenten würden hiernächst unmittelbar von dieser Behörde ressortiren, so daß damit also die Organisation des Kirchenwesens nach Oben hin ihren Gipfelpunkt erhalten würde. Die Behörde selbst dürfte wesentlich an das in Rußland bestehende „heilige Synod" erinnern, wie denn auch die Einrichtung dieser Behörde für die oberste Leitung der gesammten griechischen Kirche in Rußland bei dem hier angedeuteten Plane unmittelbar vorgeschwebt haben soll.

Berlin, 30. Dez. Die „Allg. Preuß. Ztg." enthält die amtliche Nachricht, daß von Sr. Maj dem König der Staats- und Kabinetsminister von Bodelschwingh zum königl. Commissarius für die bevorstehende Versammlung des Vereinigten ständischen Ausschusses ernannt worden ist. Dasselbe Blatt berichtet: Die zur Vorberathung des Entwurfs des neuen Strafgesetzbuches berufene Abtheilung des Vereinigten ständischen Ausschusses hat unter dem Vorsitz des Landrathes Grafen von Schwerin auf Puhar, welcher dem durch Unwohlsein verhinderten Staatsminister Grafen von Arnim einstweilen substituirt ist, heute ihre Arbeiten begonnen. — Zur Berichtigung bei der hiesige Zeitung mitgetheilten Verzeichnisses der Mitglieder dieser Abtheilung ist zu bemerken, daß, statt der verhinderten Mitglieder, des Landraths von Uechtritz und des Handelskammerpräsidenten Camphausen, der Kreditinstitutsdirektor, Freiherr von Gaffron und der Kommerzienrath Höffer durch den Landrathsmarschall dazu einberufen sind.

Die in der „Börsenhalle" enthaltene und auch ihr in das heutige Stück der hiesigen „Vossischen Zeit." übergegangene Nachricht aus Tilsit, daß daselbst mehrere Cholerafälle vorgekommen seien, entbehrt jeder amtlichen Bestätigung. Indem wir dies zur Beruhigung unserer Leser anzeigen, fügen wir hinzu, daß wir — wenn wirklich die asiatische Cholera unsere Grenze erreichen oder sich ihr auch nur unmittelbar nahen sollte — vollständige und genaue Notizen erhalten und nicht säumen werden, solche unverzüglich mitzutheilen. So berichtet die „Allg. Pr. Z."

Berlin, 29. Dez. Von einem hohen hier vorgekommenen Zusammenstoß der Literatur und Polizei Ihnen Nachricht zu geben, fühle ich mich durch das Bedeutsame des Ereignisses bewogen. Wenige Tage vor dem Weihnachtsfest wurde hier ein neues Gedicht von dem bekannten Dichter Titus Ullrich, dem Verfasser des 1845 erschienenen lyrisch epischen Epos, „Das hohe Lied", mit Beschlag belegt. Der Titel der neuen lyrisch epischen Dichtung ist „Victor", der Inhalt, soweit ich ihn aus einer Einsicht in das Manuskript vor dem Druck kennen lernte, die entgegensetzende Darstellung der Philanthropie und Misanthropie in zwei Charakteren, deren Leben geschildert wird. Aber die Ansehen und Rufnahe Victor's an das Volk, aus Dunkelheit und Elend sich zu erheben, schienen der Berliner Polizei ein Stein des Anstoßes zu sein, obwohl das Gedicht ohne jeden lokalen Boden in großen Theils erdichteten Verhältnissen sich bewegt, und auch die politische Aufwallung nur als das Symptom einer besondern Seelenstimmung kurz vor des Helden Untergang erscheint. Am meisten auffallend ist die Art der Beschlagnahme. Das Buch sollte bei dem hiesigen Buchhändler August v. Schröter erscheinen. Da es den Umfang von 20 Bogen überschreitet, war es ohne Censur gedruckt worden und, der Vorschrift gemäß, wurde am 20. Dez., dem Tage vor der drakhtäglichen Ausgabe, ein Exemplar dem Polizeipräsidium eingereicht. Dies geschah um Mittag. Abends um 7 Uhr erschien der Polizeirath Hoffleicher in der Wohnung des Verlegers, ihn zu verpflichten, daß er kein Exemplar vor Genehmigung der Polizei ausgebe, und ihn für den nächsten Tag auf das Polizeipräsidium zu bescheiden. Hr. v. Schröter ging jene Verpflichtung ein. Dennoch erfuhr er am folgenden Tage, als er sich mit dem Verfasser nach dem Polizeipräsidium begeben hatte, daß, ohne ihn zu benachrichtigen, man bereits sämmtliche Exemplare von dem Drucker und von den Buchbindern abgeholt und in polizeilichen Gewahrsam gebracht habe. Nur 13 Exemplare fehlten an der Auflage und mußten noch herbeigeschafft werden. Man hatte also den Verleger von der Beschlagnahme seines Eigenthums gar nicht unterrichtet, ihn nicht dabei zugegen sein lassen, ja selbst daß er sie am folgenden Tage erhalte, verbandte er zunächst einem Exemplar, da er ein anderes Exemplar als bad der Polizei überlandte im Polizeizimmer liegen sah. Der Dichter wird auf schriftlicher Vermittlungsvorschlag, zu denen untergeordnete Polizeibeamte ihm Hoffnung machten, schwerlich eingehen, sondern wahrscheinlich sofort sein Recht beim Oberconsurgerichte verfolgen, ohne dessen Entscheidung glücklicher Weise bei uns kein Buch vernichtet werden darf, und das nicht unter dem Eindruck der Polizeifurcht steht. Preußen sollte sich eines solchen Verfahrens schuldig machen in einem Augenblick, wo sogar in Baiern die Censur für innere Angelegenheiten theilweise abgeschafft: worden, wo kaum erst der Großherzog von Baden in seiner Thronrede der zu erfoffenden Preßfreiheit (!) seine Unterstützung zugesagt?

* Vom Rhein, 31. Dez. Wir haben seiner Zeit die Eingabe mitgetheilt, welche die Rubrorter Kaufleute und Kohlenverbesitzer unterm 19. August d. J. an die Rheinschiffahrts-Zentralkommission zu Mainz in Betreff verschiedener die Rheinschiffahrt hindernden und beschwerenden Verhältnisse gerichtet haben, und sind heute im Stande, die darauf ertheilte Antwort hier folgen zu lassen. Dieselbe bespricht so allgemeine und wichtige Anliegen der Rheinschiffahrt, daß sie den Lesern dieser Zeitung nicht unwillkommen sein dürfte. Un-

Digitized by Google

mittelbar rührt sie von dem preußischen Rheinschiffahrtsinspekter, Hrn. Buyle, her, der sie im Namen des preußischen Bevollmächtigten, Hrn. Oberst-R. v. Pommer-Esche, erstellt, da die Kommission, unter Hinweisung auf Art. 95 und 102 der Rheinschiffahrtsakte, geglaubt hat, die direkte Verhandlung mit den Antragstellern ablehnen zu müssen. Im Allgemeinen verdienen die Gesinnungen, zu welchen Preußen sich in dieser wichtigen Sache bekennt, namentlich auch die von ihm gestellten Bedingungen zur Ermäßigung des Rheinzolls, volle Anerkennung, wenn auch manche Erwägungen und Hinaussschiebungen unerfreulich sind und nicht Alles in der Antwort genügend begründet erscheint. So ist z. B. zur raschern Abfertigung der Schiffe an den Rheinzollämtern das doppelte Beamtenpersonal gewiß unnöthig, eine mäßige Hülfe zu diesem Zwecke würde vollkommen ausreichen, ohne die Beamten „zu Sklaven zu machen“. Ferner ist nicht abzusehen, warum nicht auf den Rheinzollämtern ebenfogut wie auf der Post, den Eisenbahnen u. s. w. früh und spät sowie Sonntags gearbeitet werden sollte, und die etwaige Vermehrung der Kosten, die damit verknüpft sein möchte, könnte gegen den allgemeinen Vortheil nicht in Betracht kommen. Überhaupt aber liefert die fortwährende Beiläßigung der Schiffahrt auf unsern Strömen, lediglich zum Vortheil der Konkurrenz des fremden Verkehrs, einen sehr traurigen Beleg zu der Energie und dem Eifer unserer Regierungen, die Wohlfahrt ihrer Völker zu fördern. Ein halbes Friedensjahrhundert wird vielleicht vergehn, ohne daß Deutschland sich solcher gemeinschädlichen Fesseln endlich haben wird — Fesseln und Hemmnisse, die zu beseitigen ihrem ernsten bestimmten Willen so leicht wäre. Doch wir lassen das Mosentliche des Bescheids selbst folgen: „In Betreff der Aufhebung des Steuermannes- oder Lootsenzwanges ist die Berlin. Hrn. Bevollmächtigten der Antrag mehrmal und sehr dringend gestellt worden. Die Verhandlungen darüber ziehen sich schon durch die Sitzungen mehrerer Jahre hindurch, noch ist es aber nicht gelungen, die übrigen Uferstaaten zu bewegen, die freie und unbedingte Schiffahrt des preußischen Lootsenzwanges einzuführen. Ein Mittel, sie dazu zu zwingen, gibt es nicht, weil sie nach Art. 58 der Konvention die Berechtigung zur Ausübung des Zwanges haben. Die preußische Regierung darf ebenfogut den Steuermannszwang nach Art. 60 der Konvention gegen Unterthanen anderer Uferstaaten nicht ausüben, solange derselbe für Preußen selbst nicht besteht, und wird ihn auch niemals wieder einführen. Dagegen kann ich die Versicherung geben, daß Preußen unermüdet dahin wirkt, daß der Zwang allgemein aufgehoben und das Fahrwasser durch Baaken bezeichnet werde. Eine Regulirung und Verminderung des Steuermannslohnes haben die HH. Bevollmächtigten der Rheinuferstaaten in Erwägung genommen. Die gänzliche Aufhebung des Baatgeldes in Holland ist ebenfalls mehrmal ohne Erfolg von dem Hrn. Bevollmächtigten beantragt und wird ohne Abhülfe erneuerlich noch darauf hingewirkt werden. Wenn Hr. Wohlgeboren behaupten, daß in Holland von größern Fahrzeugen doppelte Baatkosten erhoben werden sind, wenn würde ich ganz ergebenst bitten müssen, mir die Beweise liefern zu wollen, damit ich sogleich eingeschritten vermag.“

Auf die Korrektion der Rheingewässer in Holland und die Anlage eines Leinpfades längs der Rhein-Waal-Gewässer hat Preußens auf diplomatischem Wege hingewirkt, und damit endlich einmal der Zustand der Fahrbarkeit des Rheins und die Mittel, welche dazu erforderlich sind, den Rhein in einen beser fahrbaren Zustand zu versetzen, erkannt werden, ist Seitens des preuß. Hrn. Bevollmächtigten eine abgemessene Erwartsäußerung beantragt worden, worüber die übrigen Uferstaaten ihre Erklärung abzugeben sich vorbehalten haben.“ Die Bermehrung der Sicherheitshäfen am Rhein, heißt es weiter, sei Gegenstand der Aufmerksamkeit sämmtlicher Rheinuferstaaten geworden. Preußen betheilige diese Frage durch seinen Antrag auf 10,000 Thaler für die Anlage eines solchen Hafens bei Fobsenz angewiesen werden. In Köln seien zwei neue Hafenanlagen im Projekt, ihre Ausführung jedoch wegen der großen Kosten noch zweifelhaft. Die Verzollerung des Hafens von Emmerich sei beantragt worden. Auch Kaffau habe die Absicht, den Hafen von Rheydheim zu zu verbessern, daß er von großen Schiffen und auch von Dampfschiffen benutzt werden kann.

Preußen hat eine nicht unbedeutende Ermäßigung des Rheinzolles unter folgenden Bedingungen in Vorschlag gebracht: 1) Eine allseitige Vereinbarung über die Paxentsteuer und die Straßenbauschlagsbeiträge, sowie Regulirung des Lootsenwesens. Wer in irgendeinem der Uferstaaten Paxentsteuer bezahlt, soll in keinem andern nochmals zur Zahlung einer solchen angehalten werden können. 2) Ermäßigung des Rheinzolles oberhalb Straßburg. Unbedingter Erlaß des Rheinzolles zwischen der Lauter und Straßburg. Gänzlicher Erlaß des niederländischen Rheinzolles und des droit de Navigation der Zölle auf dem Wasserwege des Rheins in gleicher Weise wie auf dem Rhein. 3) In Frankreich — Gleichstellung der Flagge der deutschen Uferstaaten mit der niederländischen nach dem Vertrage vom 25. Juli 1840, sowohl hinsichtlich der Einfuhr nach Frankreich als bei Benutzung des Pfälzinger-Kanals. 4) In Niederland — außer dem Vorbemerkten — Betreiung der zollvereinsländischen, den Rhein befahrenden Seeschiffen von der Verpflichtung, sich mit Rheinschifferpatent zu versehen; Anlegung von öffentlichen Entrepots in Rotterdam.

Die Verhandlungen hierüber sind nicht zum Ziele gelangt und werden die Hh. Bevollmächtigten im Wege der Korrespondenz das Weitere sich unterzeichnet mittheilen.

„Über die Abfertigungszeit bei den Rheinzollämtern ist die Bekanntmachung vom 8. Januar 1847 erlassen und in dem Düsseldorfer Amtsblatt Nr. 3 1847 zu lesen. Diese Abfertigungszeit wird genügen, wenigstens will es mir hart erscheinen, jeden Tag von Morgens 6 bis Abend 8 Uhr und sogar des Sonntags, mit Ausnahme der Kirchenstunden, die Expedition von Schiffspapieren zu verlangen. Ohne die Besorgung durch ein doppeltes Personal würden die Zolldemanten dadurch vollständig zu Sklaven werden, und ein doppeltes Personal angestellen dürfte durch den jetzigen Verkehr noch keineswegs als gerechtfertigt erscheinen. Wegen fürzerer Besorgung der Rheinzollämter in Koblenz und Emmerich habe ich bereits Anregung gethan, und auch daß die Landung am rechten Ufer bei Koblenz gestattet werden möge. Über die etwa für die Sicherheit der jetzigen Schiffahrt zu beschränkende Größe der Flöße liegen noch keine bestimmten Anhalte vor, wenn wünsche ich Ew. Wohlgeboren nähere Botschäfte darüber bennen zu lernen. Die Berdffentlichung der Verhandlungen der Rheinschiffahrt-Zentralkommission in Mainz wäre auch nach meiner Ansicht wünschenswerth, sie würde den Beweis liefern, wie kräftig Preußens auf Begünstigung aller Verkehrungen der Schiffahrt und des Handels hingewirkt wird; sie würde ferner zeigen, welcher der Staaten diesem Bestreben entgegen ist, und durch die Öffentlichkeit der Presse manche nützliche Einwirkung auf die Hemmungen hervorrufen. Daß die gesammte hochbetrauerte Krankheitszeit der Jahr ein hauptsächliches Interesse an der Rheinschiffahrt hat, wird sichertich von keinem der Rheinuferstaaten verkannt werden, und soviel unter den verwickelten und komplizirten Umständen es irgend möglich ist, wird preußischer Seits unablässig dahin gewirkt werden, daß selbe gestend zu machen. Köln, 19. Dezbr. Der Rheinschiffahrtsinspektor gez. Buyle.“

**Baiern.** München, 30. Dez. Wie wir hören, sagt der Ründ. Korresp., ist die erwartete Censurinstruktion bereits an die Kreisregierungen erlassen. Ob dieselbe veröffentlicht wird, wissen wir nicht; wünschenswerth, ja nothwendig dürfte dies allerdings erscheinen.

** **Hannover**, 29. Dez. Heute ist endlich die vom ganzen Lande geforderte Civilprozessordnung in der 1. Abtheilung der Gesetzsammlung erschienen und damit eine Hoffnungen und Befürchtungen, in Beziehung auf das Gesetz, ein Ende gemacht. Wo anders sollte es wohl im deutschen Vaterlande noch möglich sein, ein solches Gesetz zu publiziren, das von seiner Geburt bis jetzt außer von seinem Verfasser (Justizrath Backmeister) nur Tadel und heftige Anfeindungen erlitten hat. Das von der Wissenschaft schon lange für unhaltbar erkannte Prinzip der Heimlichkeit und Schriftlichkeit erhält im Königreiche Hannover eine neue Stütze, während wir rings um uns die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, als ein Palladium des erwachten freiern Volksgeistes ersehen sehen. Der Trost, daß dies Gesetz nicht lange Bestand haben könne, ist bei unserer über alle Maßen langsamen Gesetzgebungsmaschine ein sehr schwacher, umsomehr als der politische Fortschrittsgeist in unserm Lande Fortschritts so tiefe Wurzeln geschlagen hat, wie man hin und wieder, durch die neuesten unabhängigen Wahlen verleitet, auswärts zu glauben scheint. Das Verlangen nach unbedingter Öffentlichkeit im Ständesaal, in den Gerichtszimmern und bei den Gemeindeberathen steht leider im Lande noch vereinzelt da, und nur wenige Männer sind geneigt, thatsächlich geltend zu machen, was sie längst als gut erkannten. So schlummern manche schöne Anträge der Stände in den Archiven und hoffen vergeblich auf endliche Erlösung! Bekanntlich war das publicirte Gesetz ein Hauptgegenstand der ländischen Debatte in der letzten Sitzung des gottlob verschiedenen Landtags, die Ständische Kommission brachte in ihrem Berichte darauf Mängel zum Vorschlag, die ein mündliches Schlußverfahren bezweckten, aber gleich nach Eröffnung der Debatte erklärte Hr. Backmeister, als Organ des Justizministeriums, daß die Regierung auf diese Mündlichkeit nicht eingehen werde, und somit war das Heer der Beamten in der Kammer natürlich gegen dieselbe. Aber auch ein Theil der Opposition sprach sich mit Recht gegen diese Vorschläge, als halbe, aus, so daß sich endlich der Vertheidiger derselben, Dr. Wachsmuth 1. entschloß, diese fallen zu lassen und dem wackern Kämpfer in der II. Kammer, Dr. Sandvoß, beizuspringen, wodurch mehr als ein Mal das Schicksal des Gesetzes sehr zweifelhaft wurde. Sandvoßens Schlußrede auf Verwerfung des Gesetzes, Vorlage eines neuen Entwurfs, auf Öffentlichkeit und Mündlichkeit basirt, und Redaktion der Gesetze wird stets ein Meisterstück parlamentarischer deutschen Berdfamkeit bleiben, aber was nutzen alle Gründe denen, die sichen vorher wußten, wie sie stimmen würden, was das offene Darlegen aller Blößen und Mängel des schriftlichen Verfahrens? das Gesetz mußte um jeden Preis angenommen werden. Was heißen alle Petitionen faß sämmtlicher Advokaten, was das ungünstigste Gutachten des höchsten Gerichts? der Entwurf sollte Gesetz werden und ist es geworden. Zwar waren es nur sehr, sehr wenige Stimmen, die sich den l. Beamten und Geistlichen angeschlossen hatten, aber sie genügten, um die Majorität zu erzwingen. Indessen das steht fest, daß das Volk, wo es sich äußern konnte, sich entschieden gegen das Gesetz aufgelprochen hat, und daß man dreist behaupten kann, es sei dieses Gesetz einzig und allein ein

Digitized by Google

Werk der königl. Beamten. Mit dem 1. Mai 1848 wird es mit Ausschluß der Provinz Ostfriesland und Lingen (deren Vertreter Besse, v. d. Heyde, Stromei, Heyl u. m. A. trotzdem dafür stimmten) bei allen Gerichten in Kraft treten und ohne Zweifel Verwirrungen genug herbeiführen. Sagte doch Dr. Wachsmuth, der von Anfang an sich mit diesem Gesetze beschäftigte, er sei nach den Konferenzbeschlüssen nicht mehr im Stande, durchzudringen, wie viel weniger werden zweier Richter und Advokaten es möglich machen können, das Gesetz anzuwenden. Für Letztere wird es indessen unbezweifelt eine Quelle erhöhten Einkommens sein, wenn auch einige unter ihnen, durch das glücklich beseitigte Prokuratorenwesen, Verluste erleiden. Ferner gibt uns diese Publikation den Beweis, daß der jetzige Chef des Justizministeriums, Hehr. v. Scheele, ebensowenig, wie sein Vater der bekannte Minister, die Bahn des zeitgemäßen Fortschritts betreten wird, und daß die bürgerlichen Referenten gegen unsere adligen Bureaukratie Nichts unternehmen werden, leidet keinen Zweifel, da sie in einer Beziehung mit dem Adel gleiches Interesse haben, in der bureaukratischen Bevormundung des Volkes. Was vorschlägt da die freiwillige Unterordnung der bürgerlichen Intelligenz unter den altbannoverschen Adel? In Beziehung auf das Preßgesetz muß der nächsten Ständerversammlung noch eine neue Tarordnung vorgelegt werden; hoffen wir, daß dann die zweite Kammer nochmals das moralische Gewicht ihres Ansehens in die Waagschale lege, und das ausspreche, was jeder unabhängige Hannoveraner in seinem Bewußtsein trägt. Da Sandvoß von Goslar wieder einstimmig zum Vorsteher gewählt ist, so steigert sich unsere Hoffnung zur Gewißheit, und seine Worte finden dies Mal sicherlich einen fruchtbareren Boden.

**Baden.** *** Heidelberg, 3. Jan. (Schlz.) Auch in einem zweiten Hauptpunkte schienen uns die bisherigen Verhandlungen des badischen Landtags praktisch; darin nämlich, daß sie das beste Preßgesetz zu Stande brachten, welches, wenn man absieht vom Schwurgericht, bis jetzt in Europa, sicher aber das Beste, welches in Deutschland gemacht wurde, ein Preßgesetz, welches die vollständige rechtliche Preßfreiheit gewährte und, wir der Staatsminister v. Türkheim noch dessen Verstümmelung feierlich in der zweiten Kammer erklärte: „der Regierung auch selbst in der bewegtesten Zeit vollkommen genügte, um Preßmißbräuche zu zügeln und zu unterdrücken". Sogar nachdem 1833 die Krone des Gesetzes, die Censurfreiheit der Schriften unter 20 Bogen zerstört wurde, ist es ein Gegenstand des Neides der Freiheitsfreunde aller andern deutschen Länder, so daß es doch wahrlich das Unpraktischste von der Welt wäre, wenn die badischen Landstände, statt an diesem von allen drei Zweigen der Gesetzgebung vereinbarten Gesetz möglichst festzuhalten, mit unserem praktischen Rechtsgelehrten ganz davon absehen und eine ganz neue, so ungleich viel schlechtere Preßgesetzgebung ausklügeln wollten. Jenes allerdings große Lob wird begründet durch die ganze Sicherung eines gerechten politischen und gerichtlichen Verfahrens in Preßsachen und durch die eben so gerechten als humanen und einfachen polizeilichen und gerichtlichen Strafbestimmungen. Hier aber wollen wir nur drei wesentliche Punkte sorausheben, die nach diesem Preßgesetze noch jetzt in Baden praktisch sind, den übrigen deutschen Ländern aber fehlen. Wir rechnen hierher das allen Bürgern zustehende Recht, ohne ein beliebiges Entheißen, Verweigern oder Entziehen einer Regierungskonzession, bei mäßigen Kautionsleistungen, Zeitungen und Zeitschriften herauszugeben und zu redigiren, sie auch selbst zu verlegen oder bei Verlagshandlungen, die ebenfalls keiner Konzessionsertheilung und Entziehung unterworfen sind, verlegen zu lassen. Wir rechnen ferner hieher die Sicherung der Schriftsteller, Herausgeber und Verleger, daß keine Schrift irgend einer Art anders unterdrückt werden kann, als durch gerichtliches Erkenntniß, und daß polizeiliche Beschlagnahmen, wenn sie nicht in Folge gerichtlich erkannter Strafvorzeige bestätigt werden, in der kurzen Frist von drei Tagen von selbst ihre Wirkung verlieren. Nicht minder gehört hieher der Grundsatz unseres Preßgesetzes, daß für die Verfasser, Herausgeber, Verleger, Drucker und Verbreiter strafrechtlich verfolgter Druckschriften nur eine successive und subsidiäre Verantwortlichkeit stattfindet. Die Natur der Sache und die Erfahrung bestätigen es, daß neben der Censurfreiheit diese drei Rechte wesentliche Bestandtheile wirklicher Preßfreiheit sind. Wie kann man auch wohl von einem Verfassungsrecht der preßfreien Gedankenmittheilung aller Staatsbürger da sprechen, wo die Gewalt jedem von ihnen für den wesentlichsten Theil derselben, für die politische, den Mund beliebig verschließen, und die Zeitungspresse nur Regierungsorganen überliefern kann? Es ist dies eine Censur der Personen, eine allgemeine willkürliche Unterdrückung ihrer Gedankenmittheilung, noch verletzender als die Censurunterdrückung ihrer einzelnen Aeußerungen. Es scheint und eine wahre Beleidigung für verständige Bürger und Völker, solche Vereichthung gerade der wesentlichsten Preßfreiheit für die Staatsbürger noch Preßfreiheit zu nennen. Es ist aber auch eine gefährliche Täuschung, zu glauben, das deutsche Volk sei heute noch auf dem Standpunkt, sich beliebig die Unwahrheit zur Wahrheit stempeln zu lassen. Dasselbe gilt von beliebiger Polizeiunterdrückung der Schriften und Zeitungen. Es verbindet sich dabei noch die Möglichkeit willkürlichen Vermögensnehmens mit der Unterdrückung der Mittheilungen. Gleich vernichtend für wahre Freiheit wirkt es, wenn diejenigen, welche, wie Verbreiter oder Verkäufer, Verleger und Drucker, mechanisch bei Druckschriften mitwirken, die sie genau zu kennen und zu beurtheilen in der Regel weder Zeit noch Geschick besitzen, auch kann, wenn der bekannte Verfasser für die öffentliche Gesinnung hinreichend bürgt, Kriminalprozesse riskiren sollen, während unser Preßgesetz dieses nur dann für nothwendig erklärt, wenn ihnen der Mangel eines bekannten hasthaften Vormannes die besondere Pflicht auferlegt, die Schrift selbst zu prüfen. Es gibt in Deutschland ein Land, in welchem trotz der Karlsbader Beschlüsse alle Flugschriften censurfrei blieben; und in demselben Lande ist dennoch mehr als in fast allen andern Ländern alle freie Meinungsäußerung durch Flugschriften unterdrückt. Denn wiederholt sahen sich hier plötzlich und unerwartet Verkäufer, Drucker, Verleger und Mitwirker von Schriften, die sie für unschuldig gehalten hatten, zugleich mit den genannten Verfassern, als Mitschreiber angeblicher schweren Verbrechen, schweren Kriminalprozessen und Strafen überliefert. Kein kräftiger Schriftsteller findet seitdem in diesem Lande noch Drucker und Verleger für seine Flugschriften, deren Wohlthätigkeit nur er selbst, nicht aber jene mechanischen Gehilfen der Mittheilung richtig zu würdigen verstehen. Gegenwärtig erwacht täglich mehr in allen Theilen unseres deutschen Volks das Bedürfniß nach wirklicher Staatsbürgerfreiheit, wie sie die freien gesitteten Nationen der Erde bereits besitzen. Täglich klarer wird zugleich auch dem Volksbewußtsein die heilig: Treuspflicht der Regierungen, ihm diese Freiheit endlich in dem Sinne ehrlich zu gewähren, wie sie ihm vor mehr als einem Menschenalter vor und nach der blutigen Rettung der Throne von allen Fürsten urkundlich zugesichert wurde, und wie sie treulich erfüllt werden muß, wenn in den neuen Gefahren neue Zusagen noch irgend Glauben finden sollen. Täglich deutlicher und empfindlicher wird dem immer heller erwachenden politischen und rechtlichen Bewußtsein des Volkes die Nichtigkeit und Unehrlichkeit und das Beleidigende der Scheingründe und Täuschungen, womit eine treulose, den Fürsten und Völkern verderbliche Reaktionspolitik die armseligsten Brustbilder, ja allzuoft das gerade Gegentheil wahrer Freiheit und eines wirklichen Rechtszustandes als für und Deutsche genügend darstellen möchte. Nicht minder bedeutungsvoll endlich für besonnene Staatsmänner und Bürger ist die wachsende Volksansicht, daß nur die bisherige Nichterfüllung dieser wohlbegründeten Rechte so mannigfache und große Gebrechen unserer Zustände, so unnatürliche und unwürdige polizeiliche Hemmungen und Unterdrückungen der freien Bewegungen und Besterbungen und der edelsten Freuden freier Völker, so große Mängel und Gefahren für unsere nationale Sicherheit, Macht und Ehre verschulde, und daß Nichts in der Welt eine längere Verhüllung der Wahrheit, Nichts eine längere Vorenthaltung der Treue — dieser wesentlichsten Grundlage der Gegentreue — in unsern heutigen Verhältnissen rechtfertigen und gefahrlos machen kann. Möchte man also dem deutschen Volke vor allen andern die treue gegenseitige Rechtsachtung in Beziehung auf dasjenige Recht bewähren, welches die Grundlage und Bürgschaft, welches das praktischste Mittel für alle übrigen Rechte ist in Beziehung nämlich auf die Freiheit der Wahrheit.

**Bremen**, 31. Dez. Die Bremer-Zeitung bringt heute einen größeren Aufsatz über deutsche Politik, womit Dr. Andree von seinen Lesern Abschied nimmt. Derselbe tritt heute von der Redaktion ab, um, wie er sagt, sich einer weniger aufreibenden, dem Geiste mehr Sammlung gewährenden Thätigkeit zuzuwenden. Die Leser, so schließt er, werden es ihm glauben, daß er sich nach Erholung und einiger Ruhe sehnt, nachdem er das best Jahrzehnd seines Lebens hindurch politische Zeitungen unter Censur redigirt hat; sie werden aber schwerlich eine Ahnung davon haben, welche Opfer und Entsagungen die Leitung eines politischen Blattes für einen Mann von Selbstständigkeit und Gesinnung nothwendig im Gefolge hat. — Dem Gerüchte, daß die Weserzeitung in Preußen werde zugelassen werden, wird im Nürnb. Korrsp. widersprochen.

Digitized by Google

## Schweiz.

Bern, 30. Dez. Auf kein Fest im ganzen Jahr werden bei uns so große Vorbereitungen gemacht, als auf den Neujahrstag. Französische Sitte hat ihn zum eigentlichen Familienfest geschaffen, und das Christfest wird nur in der Kirche gefeiert. Alles beschenkt sich am Neujahrstage, und Freude herrscht überall. Für den Handelsverkehr ist hat er die Bedeutung, daß an ihm die Jahresrechnungen ausgestellt werden, überhaupt Alles zum möglichen Abschluß gebracht wird. Große Beklommenheit herrschte deßwegen an vielen Orten, weil Väter, Verwandte ꝛc. noch im Feld stehen. Aber der Vorort hat gestern wieder eine bedeutende Truppenreduktion vorgenommen, so daß noch auf Neujahr viele Milizen den Ihrigen wiedergegeben sind. Es bleiben nur noch in Luzern 6, in Schwyz 2, Uri 1, Zug 1, Wallis 3, Freiburg 3 Bataillone mit Spezialwaffen, so daß die eidg. Armee nur noch 16 Bataillone mit Spezialwaffen auf den Füßen hat. Aus Unterwalden sind alle Besatzungstruppen zurückgezogen worden. Man tadelt von mancher Seite, daß nicht alle Truppen entlassen und die so hart bedrängten Kantone erleichtert werden. Wenn man aber bedenkt, wie viel Führungsstoff noch an einzelnen Orden verhanden ist, welche Umtriebe noch fortwährend besonders von Geistlichen gemacht werden, so wird man die Maßregeln des Vororts in jeder Beziehung billigen müssen. — In Wallis ist der Gr. Rath, der zugleich Verfassungsrath ist, am Morgen des 27. Dez. zusammengetreten. Nach dem üblichen Gottesdienst nahm er Kenntniß von den Protokollen der Wahlversammlung vom 16. d., sowie von einem Antrag der prov. Regierung, diejenigen Mitglieder, welche zum Widerstand gegen die Beschlüsse der Tagsatzung in Bezug auf den Sonderbund aufgereizt haben, aus dem Schooß des Gr. Raths auszuschließen. Diese beiden Gegenstände wurden an eine Kommission gewiesen und die Sitzung auf den Nachmittag verschoben. Nach Prüfung der Vollmachten nahm dann der Gr. Rath dem Prinzip nach den Ausschluß der von der prov. Regierung als schuldig erkannten Deputirten an. Es sind ihrer 4, nämlich die HH. Zen, Walther v. Conches, Paul Remain Roten und Elias Ritelas Roten. Diese Bürger sind unsäßig erklärt, im gegenwärtigen Gr. Rath Sitz zu nehmen. Hierauf schritt die Versammlung zur Wahl der definitiven Bureaux. Die Vorschläge der liberalen Partei: Alttagsrath Torrent, Präsident; Jen-Kuffiner, gewesener Präsident des Staatsraths, erster Vizepräsident; Advokat Pottiet, zweiter Vizepräsident; Advokat Ribordy, franz. Sekretär; Alex. Allet, Staatssekretär der abgetretenen Regierung, deutscher Sekretär — wurden angenommen. Die definitive Wahl des Staatsraths und die Ernennung des Tagsatzungsgesandten wurde auf die nächste Sitzung verschoben. An der Million, welche auf den 20. d. dar bezahlt werden sollte, haben die jetzt die Kantone Uri, Zug, Schwyz, Unterwalden ihren Antheil ganz bezahlt. Wallis hat 80,000 Fr. gegeben; Luzern und Freiburg haben noch Nichts bezahlt. — Der Bischof von Wallis ist noch bei 12000 Fr. der prov. Regierung schuldig; das Kloster von St. Bernhard hat noch Nichts bezahlt, und die Abtei von St. Moriz ist dahei stehen geblieben, Titel anzubieten, die auf Hypotheken, besonders im Kanton Waadt verschert sind. — Die waadtländische Gesandtschaft ist bei ihrer Ankunft in Lausanne, wo sie das Neujahr zubringen will, von einer sehr großen Volksmasse mit Jubel empfangen worden. Ein Fackelzug mit Musik begleitete sie nach Haus. Daß es an Reden nicht gefehlt hat, versteht sich von selbst.

Chur, 24. Dez. (Schluß.) So kam der Tag (10. Nov.) heran, an dem es auf Freiburg los ging. Nach Befehl mußte jeder Mann der dahin bestimmten drei Divisionen Lebensmittel für zwei Tage mit sich nehmen; für zwei andere Tage wurden Rationen folgleich nachgeführt und für die folgenden Zassungen Staationen bezeichnet. Bei jeder Division waren ein Oberbramter und bei jeder Brigade ein paar Gehülfen des Kommissariats ausschließlich für diesen Dienst bestimmt, wodurch die Verpflegung so ziemlich geregelt werden konnte, besonders da, wo die Führer der Truppen durch eigene Dispositionen etwas nachhalfen. Da aber die Kommissariatsoffiziere mit wenigen Ausnahmen von einem solch großartigen und ausgedehnten Wirkungskreise noch gar keine Anschauung, viel weniger alse Praxis haben konnten, so verlor sich natürlich Mancher im Detail und hatte die liebe Noth, seine obnehin bezahlreichen Truppen zu befriedigen. Kaum war es in Freiburg fertig (Einnahme am 12. Nov.; den 14. nach Bern), so wurde schon am 15. nach Aarau aufgebrochen und Alles für die weit größere und wichtigere Operation auf diese Linie beordert. Auf den 21. sollten alle Divisionen vorzurücken im Stande sein. Der Verpflegungsplan war ungefähr der gleiche, wie bei Freiburg, nur daß die Ausdehnung auf eine längere Dauer des Feldzuges geößere Massen von Proviant und Fourrage erforderte. Die Magazine von Bern bis Aarau, welche alle Vorräthe auf vier Tage bereit halten mußten, lieferten nach der so schnellen Besitznahme von Luzern, das als Hauptetappenplatz bestellt wurde, ihre Anhäufungen ab, so daß bei der bald eintretenden Reduktion der eidgenössischen Armee man für viele Tage die Bäckereien einstellen mußte. In den Sonderbundskantonen hätte die große Anzahl von Truppen ohne Naturalverpflegung durch das Kommissariat gar nicht erfüren können. Es ist begreiflich, daß bei den mangelhaften Vorbereitungsanstalten und der ungewohnten großen Konzentrirung der Truppen der Verwaltung keine Zeit zu langer Überlegung blieb. Es mußte rasch und entschieden gehandelt werden, und die Praxis überspraug natürlich mehr als einmal die regelmentarische Theorie; Vieles wurde geradezu improvisirt, die massenhaften Bewegungen der Armee erheischten eine ebenso massenhafte Entwickelung im militt. Haushalte. — Sowie für den Verpflegungsdienst und alle dazu gehörigen Fächer eine nach Umständen möglichst geordnete Vorsorge waltete, so waren auch im Verein mit dem Kriegsrathe von der vorörtlichen Behörde zeitige Einleitungen für die Besoldung der Armee und für die Bezahlung der Lieferanten gemacht worden. Die Truppen, welche bei ihrem Aufbruch aus der Heimath für ungefähr 10 Tage Löhnung zum Voraus empfingen, wurden nachher durch den Kriegszahlmeister immer auf 10 Tage mit Vorschüssen versehen. Wohl hat sich bei den Bewegungen vom 10. bis 14. Nov. gegen und bei Freiburg der Übelstand ergeben, daß es nicht möglich gemacht werden konnte, den Korps ihre Gelder sicher zukommen zu lassen, bis man sie wieder an einem festen Aufenthalte wußte. Man durfte es nicht wagen, auf einzelnen Stationen Zahlmeister zu etabliren, bei denen die Korps ihre Gelder hätten abholen können, weil es immerhin möglich gewesen wäre, einzelne Offiziere oder kleine Detachements deßwegen herumirren zu lassen. — Die für die Schweiz enormen Summen des Geldbedarfs wurden ziemlich leicht aufgebracht und mehr zur Bequemlichkeit als zur Ausbilfe der Zahlmittel, Kassenscheine kreirt, die 5 Prozent Zinsen tragen und drei Monate nach Ausstellung bei der eitgen. Kasse eingelöst werden. Es sind für nicht völlig 300,000 Fr. solcher Scheine ausgegeben worden, und es hat damit ein Ende, da jetzt die Rückzahlungen der Sonderbundskantone erscheinen und die Kassen wieder füllen. Zu muß mich für einstweilen auf diese Allgemeinheiten beschränken; der Generalbericht der Militäradministration wird wahrscheinlich noch vollständigere und interessantere Data liefern, die ich Ihnen seiner Zeit mittheilen werde. Die gemachten Erfahrungen, die gewonnenen Einsichten in einzelne Mängel der Verwaltung, vor Allem aber das anerkannt organisatorische Talent des Oberstkriegskommissärs dürgen uns dafür, daß die Militärorganisation der Schweiz auch in diesen Zweige einen großen und wichtigen Schritt vorwärts machen wird. — Was wir nicht Alles dem Sonderbund zu verdanken haben werden!

Hr. Beis-le-Comte hat sich am 28. mit seinem Sekretär, Graf Reinhard, ebenfalls nach Neuenburg begeben, dem Vernehmen nach aber nur auf einige Tage. Gleichzeitig ist der andere Sekretär, der bei ihm in Basel war, Graf d'Kreourt, nach Freiburg im Berlogau, ohne Zweifel zur russischen Gesandtschaft abgegangen. (Nat.-Z.)

Luzern, 28. Dez. In der Gegend von Hochdorf, in der Gemeinde, wo der bekannte Leu lebte, wird, wie die Schw. Nat. Z. berichtet, eine Ergebenheitsadresse an den Kaiser von Österreich unter den Bauern zur Unterschrift herumgeboten. Es scheint ein Mittel zur Provokation fremder Intervention zu sein.

## Niederland.

Nachdem wir aus unserer Utrechter Korrespondenz, vom 28. Dez., das den Austritt des Hrn. van Hall aus dem Finanzministerium betreffende Thatsächliche mitgetheilt haben, lassen wir hier den weiteren Inhalt des Briefes folgen: Dieser Ministerwechsel, welcher bei der erwarteten Revision des Grundgesetzes überall einen tiefen Eindruck gemacht hat, und welchem mehrere Berathungen und Zusammenkünfte der Minister seit den letzten 14 Tagen vorhergingen, wird von Einzelnen einem Zwiespalt zugeschrieben, welcher unter den Ministern über die öffentlichen Arbeiten, die in Folge des vom König in der Thronrede gegebenen Versprechens unternommen werden sollen, ausgebrochen sei. Die Minister, Hr. van Hall ausgenommen, erklärten sich bereit, dazu eine Summe von 6 Mill. Gulden zu verwenden; dagegen soll Hr. van Hall behauptet haben, daß die gegenwärtige Lage unserer Finanzen eine derartige Ausgabe nicht gestatte.

Digitized by Google

Andere, deren Ansicht mehr Wahrscheinlichkeit für sich hat, behaupten hingegen, daß diese Meinungsverschiedenheit sich auf die Ausdehnung der Revision unseres Grundgesetzes bezogen habe. Es ist bekannt, daß Hr. von Hall, ehemals eind der Häupter der Opposition und einer der Hauptmitarbeiter am Handelsblatte, am Meisten unter den Ministern einer Revision im liberalen Sinne zugethan war. Derselbe soll sich für ein bewegenes Ministerium, an deren Spitze er zu stehen verlangte, ausgesprochen haben. Bedeutungsvoll wenigstens ist, daß gerade Hr. von Rappard als einer der größten Aristokraten in diesem Lande und durch seine antiliberalen, autokratischen Grundsätze bekannt, an dessen Stelle getreten ist, und daß Hr. von der Heim, der in dieser Hinsicht den Hrn. von Rappard wo möglich noch übertrifft, mit der mehrmals seine Vorliebe für den Absolutismus ausgesprochen hat, ebenfalls als Minister erwählt wurde. Hr. von Rappard, dem früher bereits das Portefeuille der Justiz und des Innern angeboten worden, hat sich zwar vielfach, namentlich aber als Rechtsgelehrter ausgezeichnet, aber von seiner Geschicklichkeit in der Finanzverwaltung niemals die geringste Probe abgelegt, wogegen man Hrn. von Hall die Wiederherstellung unserer Finanzen verdankt. Sein Ausscheiden muß deßhalb Jeden befremden in einer Zeit, wo die völlige Wirkung seiner finanziellen Maßregeln noch nicht eingetreten ist. Dieser Ministerwechsel ist überhaupt eine sehr üble Anzeige dafür, daß die Revision des Grundgesetzes in keinem liberalen Sinne auffallen und sich auf unbedeutende Modificationen beschränken wird. Bei den gegenwärtigen Neigungen, bei der Meinungsverschiedenheit innerhalb und außerhalb der Kammern spielt die Regierung ein höchst gewagtes Spiel und könnte sich wohl an dem abgetretenen Finanzminister einen sehr gefährlichen Feind geschaffen haben, der gewiß in den Oppositionsreihen willkommen geheißen werden wird. Hr. von Hall soll übrigens die ihm angeblich angebotene Erhebung in den Grafenstand ausgeschlagen haben. — Der Armengesetzentwurf fand bei den vorläufigen Berathungen in den Sectionen der zweiten Kammer eine sehr ungünstige Aufnahme, sowohl was die ihm zu Grunde liegenden Prinzipien, als die Redaction des Entwurfes betrifft. — Die Verwaltung der Stadt Amsterdam hat ihr jährliches Budget vor Kurzem veröffentlicht. Es ergibt sich daraus, daß die jährlichen städtischen gewöhnlichen und außerordentlichen Einkünfte 2,603,465 Gulden, die Ausgaben 2,572,580 Gulden betragen, auf eine Bevölkerung von 243000 Einwohner, ungefähr ein Vierzehntel der Gesammtbevölkerung der Niederlande. Aus dieser Angabe erhellt, welche bedeutende Summen außer den schweren Abgaben für Staats- und Provinzialkassen die Einwohner bloß für die Gemeindeverwaltungen jährlich bezahlen müssen. — Die Stadt Zwolle, Hauptstadt der Provinz Overyssel, ist vor etlichen Tagen dem von Amsterdam gegebenen Beispiele öffentlicher Rechnungsablage gefolgt. Wir hoffen, daß auch andere Städte Gleiches thun werden, damit auch dieser dunkle Winkel eines so wichtigen Zweiges der Finanzverwaltung künftig in ein helleres Licht gesetzt werde. — Eine königl. Verordnung vom 16. April 1847 gestattet den Gemeindeverwaltungen nicht bloß, daß sie ihre Budgets zur allgemeinen Bestätigung auf der Kanzlei niederlegen, sondern auch in den Blättern zur öffentlichen Kenntniß bringen dürfen.

### Großbritannien.

London, 28. Dez. Die Times enthalten in ihrer gestrigen Nummer eine kleine aber „pikante“ Korrespondenz aus Wien vom 18. Dez., worin dem Kaiser eine sehr schwache Rolle gegen seine Gemahlin und gegen die Neophyten Hurter und Laxe, eine eben so schwache Rolle dem Fürsten Metternich gegen den Erzbischof von Wien, mit dem er tägliche Zusammenkünfte habe, und gegen die Jesuiten angedacht wird. Dieser Korrespondenz zufolge regiren nicht der Kaiser, nicht einmal Fürst Metternich, sondern eben die Kaiserin, die sich auf's Lebhafteste für das Schicksal der ehemals sonderbündischen Kantone interessire, und die genannten beiden Herren im Bunde mit den Jesuiten den österreichischen Kaiserstaat. „Das österreichische Kabinet“, beginnt die Korrespondenz, „scheint entschlossen, zwangsweise in den innern Angelegenheiten der Schweiz einzuschreiten; der offizielle Artikel des österreichischen Beobachters in der Nr. vom 17. Dez. kommt ziemlich einer Kriegserklärung nahe und hat hier in Wien ein ungemessenes Erstaunen erregt nicht nur unter der hohen Aristokratie, sondern auch unter den Freunden und Kämpen des Fürsten Metternich, welche an eine so ingrimmige Sprache Seitens des Staatskanzlers wenig gewöhnt sind.“ Gewisse starke Partien dieser Korrespondenz müssen wie ihrem Schicksale überlassen; die Köln. Z. deutet sie in Nr. 364 mit folgenden Worten an: „Die heutigen Times hören in Wien das Gras wachsen. Der Kaiser wird geleitet von der Kaiserin, diese von Hurter und andern Jesuitenfreunden. Fürst Metternich ist schwach an Körper und Geist, und, auf das Heil seiner Seele bedacht, fällt er täglich mehr in die Hände der Geistlichkeit.“ Wenn übrigens, was man denn doch, wenn auch nicht aus Glaubens-, doch aus Vernunftgründen bezweifeln muß, dieser Korrespondent mit seiner aus „unzweifelhafter Quelle“ geschöpften Versicherung Recht haben sollte: daß nämlich Graf Colloredo und General Radowitz den Auftrag hätten, jener das Kabinet von Berlin, dieser wieder das der Tuilerien zu einer förmlichen Kriegserklärung gegen die eidgenössische Mehrheit aufzufordern, so muß man gestehen, daß diese Gesandtschaft den Namen einer „auserordentlichen“ mit Recht verdient. Jedenfalls gehört kein Übermaß von Klugheit dazu, um einzusehen, daß man Ludwig Philipps gerade dann am wenigsten gewiß ist, wenn man seiner gewiß zu sein glaubt.

Einiges Aufsehen hat es erregt, daß, wie die Post meldet, den 28. Dez. Nachmittags der Herzog und die Herzogin von Victoria in Begleitung des Obersten Wylde, der Königin von England in Schloß Windsor einen Besuch abstatteten, nachdem sich Vermittags der Herzog von Broglie bei der Königin beurlaubt hatte, um sich sofort nach London und von da nach Paris zu begeben.

Die Angelegenheit des Dr. Hampden, die ohne dessen Schuld und Zuthun die englischen Journale eine Zeitlang so langweilig machte, ist nun faktisch entschieden, indem das Kapitel von Hereford ihn am 28. Dez. zum Bischof gewählt, mithin die auf ihn gefallene königl. Ernennung bestätigt hat. Der starr orthodoxe Dechant von Hereford, der sehr ehrw. John Merewether, suchte zwar mit seinen Protestationen gegen diese Ernennung Himmel und Erde zu bewegen, indem er „Angesichts Gottes“ erklärte, so zu reden, zu handeln und zu protestiren, „um den Fortschritten des Unglaubens, der Religionsspötterei und der Wellluft Einhalt zu thun“, fand jedoch unter allen Domherrn und Stiftsherren nur einen, der mit ihm gegen die Wahl stimmte.

### Frankreich.

Paris, 30. Dezbr. Die Kammer der Abgeordneten schritt gestern zur Wahl ihres Präsidenten. Hr. Sauzet, dessen Wiederernennung zu diesem Amte, welchem er seit fünf oder sechs Jahren vorsteht, das Ministerium für eine Kabinetsfrage erklärt hatte, wurde mit 227 Stimmen gewählt; der Kandidat der Opposition, Hr. Odilon Barrot, erhielt nur 105 Stimmen, und 31 Stimmen zersplitterten sich auf die HH. Dupin, Dufaure und einige Andere. Es ist so gut wie gewiß, daß auch die übrigen Mitglieder des Vorstandes der Kammer, die Vicepräsidenten und Sekretäre, ganz nach dem Sinne der Regierung gewählt werden, das heißt aus der Mitte der ministeriellen Partei, bis auf einen der Sekretäre, den man nach einem sehr passenden Herkommen der Opposition zuzugestehen pflegt.

Wen den neun Abtheilungen der Kammer haben acht ihre Vorsitzer gleichfalls aus der ministeriellen Mehrheit gewählt; in der neunten Abtheilung, in welcher die Opposition siegte, erhielt der Kandidat derselben, Hr. Thiers, nur eine einzige Stimme mehr als sein Mitbewerber, ein ziemlich dunkler Mann Namens Duprat.

Die numerische Übelegenheit der ministeriellen Partei, welche von vornherein nicht zweifelhaft war, hat sich in allen diesen Wahlen so entschieden offenbart, daß die Opposition in den heftigsten Unmuth darüber ausbricht. „Wer gegen das Ende der Restauration der Eröffnung eines Landtags beigewohnt hat, sagt der Siècle, in der Zeit, als Bittele noch von seinen Dreibundert umringt war, der weiß eben so gut wie wir, was gestern vorgegangen ist. Es war dasselbe Schauspiel, derselbe vergoldete Sessel, derselbe sammtene Thronhimmel; Uniformen, Höflinge, Beamtete, zasagende Abgeordnete, Nichts fehlte, nur daß die weißen durch dreifarbige Fahnen ersetzt sind, daß die Königin Marie Amalie den Platz der Herzogin von Angoulême eingenommen hat, daß wir statt des Herzogs von Bordeaux, des „Wunderkindes“, ein anderes Kind sehen, welches an den Fehlern seiner Umgebungen ebenso unschuldig ist, und dem die Junker unserer rotten boroughs mit derselben Zuversicht die Zukunft verbürgen. Wir gestehen indessen, daß doch noch einige andere Verschiedenheiten obwalten; der König ist höher bei Jahren, die Minister sind besser zum Ränkespielen geschult, man spricht in einem weniger hohen Tone, die Formen sind gemeiner, es herrscht weniger Anmaßung, man hat weniger Bedenklichkeiten, und die Ernüchterung ist in jeder Hinsicht tiefer.“

„In dieser Lage der Sachen erräth sich leicht, wie sehr die Opposition durch das gewaltige Gespenst der Neuropalisten in der Er-

Digitized by Google

## Literatur.

**De l'Italie dans ses rapports avec la Liberté et la Civilisation moderne, par André Louis Massini. 2 Vol. Leipzig 1847.**

Dies ist ein Werk, welches wir bei den jetzigen Bewegungen in Italien der Aufmerksamkeit des Publikums empfehlen. Wenn der Verf. desf. auch nicht der unermüdliche Chef der „Giovine Italia" seidst ist (dieser heißt Giuseppe Mazzini), so theilt er doch mit demselben so ziemlich die Ansichten von der gegenwärtigen Lage und den Bedürfnissen Italiens und die Erwartungen von der Zukunft. Eine kritische Besprechung der Theorien des Verf., die sich zuweilen sehr von der Praxis entfernen und gar zu metaphysisch behandelt sind, würde dem Zweck der Deutschen Zeitung nicht entsprechen und überhaupt wohl wenig Nutzen stiften, da für Italien jetzt nicht die Zeit der Theorie ist. Wir um so wichtiger halten wir es dagegen, gerade das mehr Praktische in dem Buch, das mehr auf die thätige Entwickelung der neuesten Zeit Bezügliche in kurzer Übersicht mitzutheilen. Denn einmal gründen sich die Urtheile des Verf. auf eine lange politische Erfahrung und eine genaue Kenntniß der oft entgegengesetzten Zwecke, Bestrebungen und Irrthümer in den verschiedenen Parteien und gehei-men Gesellschaften, die jetzt mit neuer Regsamkeit hervorteten. Wir erhalten dadurch doch einigermaßen einen Faden durch das Labyrinth der äußern Erscheinungen, die dem Unkundigen zuweilen in gar keinem Zusammenhang zu stehen scheinen, und, was wohl eben so wichtig ist, die Kenntniß der innern Entwickelung wird uns mit mehr Gerechtigkeit und Billigkeit die äußern Erscheinungen beurtheilen lassen, wenn wir die ungeheuren Schwierigkeiten kennen lernen, die sich einer erfolgreichen Entwickelung entgegenstellen, und die der Verf. sehr scharfsinnig und schlagend angezeigt hat, wenn wir sehen, wie das italien. Volk schwere Jahrhunderte nicht vergessen, sondern eigentlich wegräumen muß, um eine Ordnung begründen zu können, wie es mit eigener Hand seinem Herzen manche Wunden schlagen, seinem Gefühl und Charakter, seiner ganzen Natur, einer langen Gewohnheit des Lebens von manchen Seite wehe thun muß, um sich für die Lehren der Gegenwart einen empfänglichen Boden zu schaffen. Dann hat aber dieses Buch unserer Ansicht nach auch eine historische Bedeutung. Es wird gewiß in Italien nicht ganz ohne Wirkung bleiben, es ist der Ausdruck der Gesinnungen und Meinungen einer zahlreichen und jetzt sehr thätigen Partei in Italien, und manche spätere Erscheinungen werden sich dann aus den in dem Werk gegebenen Aufschlüssen erklären lassen. Was aber die Gesinnung des Verfassers und seinen eifrigen Willen für die Ehre und das Wohl seines Landes betrifft, so können wir diese nicht besser, als durch seine folgenden Worte charakterisiren: „Was ich vedhaft durch dieses Werk von meinen Landsleuten verlange, ist, daß sie mit aller Macht daran arbeiten, das Land aus der Gleichgiltigkeit gegen jede ernste Idee zu reißen und es mit Eifer und Muth zu den Kämpfen des modernen Gedankens und der Wissenschaft zu erwecken. Ich möchte lieber sehen, daß der Geist des ital. Volkes in alle Tiefen des Zweifels, in die Unruhen und Schrecken einer zu gewaltsam emanzipirten Vernunft versenkt wäre, als daß er über einen Vergnügungen, in einem passiven und trägen Glauben einschlicfe und Augen und Herz den großen Mißgeschicken der Menschheit und des Vaterlandes verschließe. Die Hauptsorge für uns Italiener ist, uns auf der Höhe der Ideen, Bedürfnisse, Interessen des Jahrhunderts zu zeigen, durch Geist und Herz zu arbeiten, nicht an der Bekämpfung der Fortschritte, Gedanken, der Wissenschaft, Freiheit, Zivilisation unserer Zeit im Namen einer Zivilisation, und einer Glaubens, die für immer erloschen sind, sondern, daß wir uns durch unsre Einsicht und Thätigkeit würdig machen, nach dem Maß unserer Kräfte an dem großen Werk des Aufbaues Theil zu nehmen, welches Europa vor unsern Augen vollbringt. Empfangen wir unsre Geschichte als eine große Lehre, aber setzen wir sie nicht an die Stelle der Wissenschaft. Betrauen wir nicht von den Thaten, die nicht mehr sind, von den Monumenten und Erinnerungen der Vergangenheit den Geist der Wahrheit, das Wort des Lebens. Suchen wir nicht unter dem kalten Staub der zerwitterten Jahrhunderte das belebende Feuer des Gedankens und des ewigen Lebens der Menschheit und der Welt."

Das Buch besteht aus zwei Abtheilungen. Die erste ist ganz theoretisch und handelt von der Natur und dem Charakter des italienischen Volkes, wie sie sich in der Geschichte entwickelt haben, von seiner innigen Verbindung mit der zeitlichen Kirche, von seiner Stellung zu den andern Völkern und seiner Mission für die allgemeine Geschichte Europas, von den auf dies Alles zu gründenden Erwartungen für die Zukunft, von den Mitteln zu seiner Regeneration und den Schwierigkeiten, die sich derselben entgegensetzen. Der Verfasser gibt gleich von vornherein zu erkennen, daß er der demokratischen Partei angehört, welche eine völlige Veränderung der bisherigen Regierungs- und ganz besonders der Kirchenverhältnisse zur Bedingung einer besseren Entwickelung des Volkes macht. Wie sollen uns, wie schon gesagt, in keine Bekämpfung der Ansichten des Verf. ein. Wer im Stand ist, die Übertreibungen, an die Onade jeder Parteisucht eigen sind, auszuscheiden, der wird den Kern gesunder und treffender Wahrheiten herauszufinden wissen.

Wenn der Verf. zuerst Italien an sich betrachtet, wie es in den jetzigen Zustand gekommen ist und warum es sich gegen die neueren Regungen sträubt, so findet er das Hinderniß der Regeneration in der innigen Verschmelzung seiner Geschicke mit denen der Kirche, in dem völligen Aufgehen aller Lebensthätigkeit gegenüber der geistlichen Macht und dadurch in dem Mangel an moralischer Kraft seit dem innern und äußern Verfall der Kirche. „Es ist leicht zu sagen, daß ein Volk frei ist, sobald es will. Wissen aber Alle die, welche das sagen, wie sich diese moralische Kraft des Willens bildet? Wenn ein Volk klassisch ist, so kommt dies daher, daß das Bedürfniß frei zu sein, immer dort fehlt, wo die Idee der Freiheit nicht besteht. Um aber diese Idee in den Geist eines niedergedrückten Volkes zu bringen, genügt es nicht, die Freiheit auf eine allgemeine und abstrakte Art zu predigen, genügt es nicht, sie durch Gewalt, durch Verschwörungen und bewaffnete Insurrectionen einzuführen; sondern das Bedürfniß, der Freiheit muß aus dem innersten Leben, aus dem Gedanken und der Handlung dieses Volkes hervorgehen, sie muß ein Recht, eine wirkliche Macht werden, mit seiner moralischen und logischen Natur wesentlich verbunden. Wenn daher ein Volk in seinem Geist, in der wirklichen Thätigkeit seiner Existenz, in dem Begriff, den es von den herrschenden Rechten hat, nicht mehr die logischen Elemente findet, die seine fortschreitende Moralität bilden, so ist es verfallen. Die Ursache von der traurigen Rolle Italiens seit drei Jahrhunderten liegt also nicht allein in dem üblen Willen der Regierungen, der Fremdherrschaft, nicht allein in den feindseligen Bestimmungen der europäischen Diplomatie, noch in seiner geographischen Lage; sondern die Grundursache von dem Unglück Italiens muß man in der zugleich geistlichen und zeitlichen Macht suchen, welche, von einer traditionellen Nothwendigkeit getrieben, seit Jahrhunderten auf den italienischen Gedanken und Willen einen verderblichen, rückschreitenden Einfluß ausübt. Den allgemeinen Eroberungen der neuern Zivilisation gegenüber erscheint die Macht des römischen Hofes nur als eine geistige und moralische Tyrannei, welche langsam und insinuativ, ohne es zu wissen, vielleicht ohne es zu wollen, das erste Volk Europas zum letzten Volk gemacht hat. Hierin liegt die Hauptfrage, denn das Problem der italienischen Freiheit ist viel mehr als ein politisches Problem, mehr als eine Sache der Regierungen und Parteien, es ist eine große historische und philosophische Frage, die man nie lösen kann, ohne vorher auf die logische und historische Quelle des öffentlichen Rechts, des Gedankens und der Zivilisation in Italien zurückzugehen."

Kein Land in Europa hat die Einflüsse, Traditionen, den Geist und Charakter des Alterthums und Mittelalters fester in sich aufgenommen und ausschließender in sich bewahrt als Italien. Daher rührt die Adneigung gegen gewisse geistige und politische Umwälzungen, welche der Volksinstinkt und noch mehr die religiösen und traditionellen Einflüsse unter der Bevölkerung ausüben. Das Volk ist durch seine Natur und Geschichte zur Unbeweglichkeit der Geistesformen geneigt und daher am geeignetsten, den Begriff der Wahrheit und Ordnung nach dem katholischen Dogma und nach den absolutistischen Doktrinen der Kirche anzunehmen und zu bewahren. Dies erklärt, wie der Katholizismus und das Papstthum grade nur in Italien entstehen, sich entwickeln und mit solcher Energie, Einheit und Macht mitten unter den verschiedenen Geschicken des Volks herrschen konnten. Alle religiösen und politischen Probleme, alle moralischen und historischen Thatsachen, die sich an die Gegenwart und Zukunft Italiens knüpfen, finden ihren ersten Grund in dem Ansehen und Einfluß, den die Päpste und die Doktrinen des römischen Hofes von jeher auf den Nationalcharakter, die Sitten und die traditionellen, politischen und sozialen Institutionen Italiens ausgeübt haben. Die Religion, Kunst, Literatur, Presse, Geschichte, Alles wird in Italien von dem Katholizismus repräsentirt und geht in der Kirche auf. Denn die Kirche hat in dem Rom der Cäsaren, in den Hallen des Kolisä-

Digitized by Google

und und Kapitols den Boden gefunden, der für die Macht und Größe des Vatikans geeignet war, und auch die moralischen und politischen Traditionen, aus welchen später das Recht und die Suprematie der Nachfolger Peters hervorgehen sollten. Hierin liegt das Geheimniß aller Geschicke Italiens. In dem Italien der Vergangenheit, des Mittelalters mußten wir die logische Erklärung, den historischen Grund seiner vergangenen idealen Größe und seiner gegenwärtigen politischen Nullität suchen.

Die Kirche hat in einem großen Theil des Mittelalters, solange sie ihrem Ursprung treu und an Ideen, Tugenden und Einfluß reich war, ihre hohe Mission edel und würdig erfüllt. Sie war allein im Besitz der Wahrheit und Ordnung und hatte also allein das legitime Recht, der Welt ihre Gesetze aufzuerlegen. Sie hat zuerst das Licht des Evangeliums, die christliche Tugend, die Bedingung aller wahren Zivilisation, verbreitet. Ihr Irrthum war, daß sie die evangelische Wirkung in eine ausschließende Form zwängen und so festhalten wollte, daß sie die Möglichkeit eines logischen Fortschritts des Christenthums läugnete. Sie verlor dadurch ihre beherrschende Macht, ihre Mitwirkung bei der geistigen Entwicklung der Völker, versetzte sich selbst in einen starren Zustand der Unbeweglichkeit und bekämpfte jede geistige Bewegung. Als sie aber erst, durch den Ehrgeiz und die zügellose Habsucht einiger ihrer Oberhäupter getrieben, ihre Übermacht benutzen wollte, um zu weltlichen Zwecken die Schwäche und Unwissenheit der Völker auszubeuten, verzichtete sie ganz auf ihr schönstes Privilegium, verläugnete ihre geistige, evangelische Mission und versiel in den untergeordneten moralischen Zustand. Mit der Kirche mußte auch Italien fallen, denn beide sind innig mit einander verbunden. Italien war lange das Schlachtfeld bei dem Kampf der päpstlichen und kaiserlichen Herrschaft und konnte dadurch zu keiner Einheit, zu keinem Nationalsinn gelangen. Als die Kaiser bezwungen waren und den Triumph der Kirche anerkennen mußten, verband sie sich mit ihnen gegen die Völker. Und wenn schon vor diesem Sieg der Kirche, zu den blühendsten Zeiten der Republiken und Päpste die italienische Zivilisation keinen bemerkenswerthen Einfluß auf den öffentlichen Geist der Völker ausgeübt hat, wenn dort keine nationale Idee, kein Prinzip von öffentlicher Ordnung, kein Begriff von Fortschritt, keine soziale Einrichtung aufkommen konnte, so kam Italien nach jenem Sieg in den Zustand, den der Verfasser so schildert: „So hat in seiner Geschichte kein Monument, keine Institution, keine große Erinnerung, die seinem Geist das Bild der nationalen Einheit und Unabhängigkeit, einen großen politischen Gedanken aufrufe. Das Wenige, was das Volk von seiner Vergangenheit weiß, was es von seinen Monumenten begreift, redet ihm von Nichts als von Autorität und Macht, von blindem Glauben und passivem Gehorsam. Überall Priester und Könige, nirgends Gesetzgeber und Völker; überall die despotische Gewalt der Menschen, nirgends die Herrschaft des freien Glaubens und der Idee; überall Ungleichheit und Privilegien einiger Kasten, nirgends billige Vertheilung der Rechte und Pflichten; überall Bevölkerungen und Städte, nirgends ein Vaterland und Volk. — Italien kann niemals Reformen beginnen, nie einen fühnen Schritt auf dem Weg dieses Jahrhunderts thun, ehe es vorher die Bande zerrissen hat, die es durch eine lange historische Kette an das Rom der Cäsaren und der Päpste knüpfen. Und doch ist das Papstthum noch das Mächtigste, Nationalste, Populärste in Italien; wenn der Papst nur der Bischof von Rom wäre, so wäre Italien längst die Beute der Fremden geworden."

Wenn in Italien vom Katholizismus die Rede ist, so handelt es sich ebensosehr von dem religiösen Glauben der Massen, als von der Natur und dem intellektuellen und moralischen Charakter der Nation. Wenn man Italien einen andern Glauben, eine Denkart aufdrängen wollte, die nicht mit den Prinzipien und Doktrinen der Kirche eng verbunden wären, die sich nicht zum Theil auf die Scholastik des Mittelalters gründeten, so wäre das ein unlogisches Unternehmen, das nirgends Unterstützung fände. Wenn man aber in Italien die Freiheit der Rede, die religiöse, die demokratische Freiheit wie in Frankreich einführen wollte, so würde dies den vollständigen Untergang derselben herbeiführen. Denn Beides wäre durch die wirklichen Bedürfnisse der Nation nicht gerechtfertigt. Eine solche Revolution würde das Land in Elend, Anarchie und Bürgerkrieg stürzen, ohne ein einziges derjenigen Resultate zu erzielen, die allein diese rückschreitenden Bevölkerungen auf den Weg einer wirklichen Freiheit und des wahren Fortschritts führen könnten. Bei dem jetzigen Zustand der Dinge ist es unmöglich, zu glauben, daß Italien durch seine eignen Kräfte die Unabhängigkeit und nationale Einheit erlangen könnte, die es für den Fortschritt des übrigen Europa empfänglich machen. Keine der Parteien und Doktrinen, die um die moralischen und politischen Zustände im Streit liegen, bietet eine Wahrscheinlichkeit des Erfolges. Man wird die Geschicke des Landes nicht mit einigen administrativen Reformen verändern. Auf der andern Seite werden die revolutionären Versuche, die keine Stütze in der Meinung und den Bedürfnissen der Massen haben, die Übel nur vermehren. Der Verfasser ruft daher seinen Landsleuten zu: „Seit bemahre uns davor, daß wir von Neuem in diese schönen Träume, in diese großherzigen Täuschungen verfallen, welche von jeher unsre Hoffnung und unsren Glauben verrathen haben. Seien wir bereit, alle intellektuellen Fortschritte, alle gesetzlichen und friedlichen Verbesserungen zu unterstützen. Denn wenn sie auch keine Veränderung in den öffentlichen Institutionen des Landes hervorbringen, so sind sie doch der Weg des Übergangs, der Vorbereitung, um später die hohen politischen und sozialen Eroberungen zu machen, welche die Zukunft der ganzen Zivilisation Europas vorbehält. Aber mißtrauen wir allen jenen Theorien, die sich nicht an den gesunden Verstand, sondern an die Verurtheile, Leidenschaften und egoistischen Interessen der Parteien richten."

Die zweite Abtheilung des Werks behandelt die Zwecke und Bestrebungen der verschiedenen Parteien, ihre Mittel, ihre Irrthümer und Kämpfe, die Stellung Italiens neben den verschiedenen Mächten und seine Zukunft. Italien war am Ende des 18. Jahrhunderts mit seiner Schwäche zwischen den moralischen Einfluß Frankreichs und den materiellen Österreichs gestellt. Der Verfasser geht breite genauer durch, wobei er der administrativen Ordnung und dem materiellen Wohlstand in den österreichischen Provinzen volle Gerechtigkeit widerfahren läßt. Der moralische Einfluß Frankreichs, die revolutionären Ideen des 18. Jahrhunderts drangen langsam durch und setzten sich den Anmaßungen des römischen Hofes, den Jesuiten, den feudalen Privilegien gegenüber fest. Aber dieser fremde Einfluß wird niemals mächtig genug sein, um die Natur, die Neigungen, den Charakter und Glauben, das ganze nationale Leben der Italiener zu ändern. Der Geist der Kirche, die Traditionen des Mittelalters und des klassischen 16. Jahrhunderts sind zu tief in die Natur der Italiener verwachsen; diese haben daher allen intellektuellen Bewegungen, allen politischen Kämpfen einen instinktartigen Widerstand entgegengesetzt, sind seit den Kriegen der Reformation aufrichtig aller Bewegungen des Gedankens und der Zivilisation gehlieben und haben noch immer eine unbesiegbare Antipathie gegen Alles, was nicht mehr oder weniger mit der katholischen und hierarchischen Form des Begriffs von Recht, Ordnung und sozialem Leben übereinstimmt. Dies ist der Hauptgrund der Stillstandsbereits, welche Italien in der neuern Geschichte spielt, des retrograden Geistes, der es immer unter der politischen Herrschaft einer fremden Macht hält. Wenn daher Italien zerrissen und unterworfen ist, so muß man nicht immer die Päpste oder Österreich, Frankreich oder Bonaparte anklagen. Die Italiener haben, wie jedes einst große verfallene Volk, an der Idee ihrer einstigen Größe, an ihrem Glauben und ihrer Poesie und Kunst fest; beide machen den Hauptzug in dem italienischen Charakter aus, und der Katholizismus ist ebensowohl die absolute Religion als die absolute Kunst.

An dieser Natur des italienischen Volkes mußte natürlich auch die Thätigkeit der verschiedenen Parteien scheitern, die nach und nach aufzutauchen und unterder unterdrückt wurden oder sich noch nebeneinander regen. Die Kritik dieser Thätigkeit der Parteien, ihrer Tendenzen und ihrer Fehler bildet die zwei wichtigsten Kapitel in diesem Werk. Sie voraussetzlich und die gegenwärtige Lage Italiens, die wahren Bedürfnisse des Volks, den Stand und das Maß seiner politischen Bildung, die Kräfte der verschiedenen Volksklassen, immer in Bezug auf das Gelingen oder Mißlingen des Parteieinflusses, und gibt uns so die besten Aufschlüsse über den möglichen Erfolg der jetzigen Bestrebungen.

Seit der Revolution von 1789 und dem Einfall der französischen Armeen befand sich Italien zwischen zwei liberalen Parteien, der sogenannten nationalen und der demokratischen oder französischen Partei. Die letztere wird mit ihren Tendenzen später betrachtet. Die nationale Partei mußte daran scheitern, daß sie eine todte Idee wieder beleben, dagegen die lebendigen Ideen jener Epoche bekämpfen wollte. Sie begriff nicht die Wichtigkeit des napoleonischen Werkes, aus Italien ein Königreich zu machen, und verhinderte durch ihre Isolirung die Vereinigung aller Parteien zur Fortsetzung jenes Wer-

Digitized by Google

tes, zur Einheit in der Organisation, Gesetzgebung, Verwaltung und dem öffentlichen Unterricht. Sie hatte die unglückliche Idee, eine für immer abgethane Vergangenheit zu erwecken, die alten fürstlichen und lehnsherrlichen Traditionen des Mittelalters auszugraben, um daraus die Grundlage der Einheit und Nationalität des neuen Italiens zu machen. Sie wollte die alten Republiken wiederherstellen und vergaß, daß die leidenschaftliche Energie und der hohe Geist jener Republiken längst verloren waren, daß drei Jahrhunderte des schimpflichen Friedens und der Knechtschaft selbst den Wunsch nach Freiheit und Nationalität, den Begriff der Bewegung und des Fortschritts in den Massen verwischt hatten. An demselben Mangel an solidem praktischen Ideen scheiterten auch die Insurrektionen von Neapel und Piemont 1820 und 21. Der Verfasser sagt im Allgemeinen über solche vereinzelte Parteiunternehmungen die wichtigen Worte: „In Italien hat man leider immer unrichtiger Weise geglaubt, daß es, um das Land zu regenerieren, genügte, zu verschwören, sich mit geheimen Gesellschaften einzulassen, sich an die Spitze einer Partei zu stellen, die aus einigen Hunderten kühner, aber an Zahl schwacher jungen Leute bestünde. Ein Volk, das in mehrere Staaten getrennt noch unter der Herrschaft der Priester und Mönche steht, das man zuweilen durch Wunder, Rosenkränze und Indulgenzen regiert, das gar keine Idee von der Natur und den Gränzen der politischen Macht und von dem Werth der daran geknüpften Rechte und Interessen hat; das sich durch seine Einsicht nicht über die traditionelle und unglückliche Macht der äußerlichen Thatsachen erhebt, das keine Idee von Fortschritt hat, durch ein instinktmäßiges und sinnliches Dasein ganz materiell geworden ist, nicht die Kraft hat, einen Blick weder auf die Vergangenheit noch auf die Zukunft zu werfen: ein solches Volk ist moralisch und materiell unfähig, irgend einer wahrhaft liberalen Idee zur Stütze zu dienen. Man mag alle Tage das Gegentheil predigen, aber solange dieses Volk nicht geistig und sittlich regenerirt ist, bleibt es immer durch Instinkt, Tradition und Nothwendigkeit die Stütze des geistlichen, aristokratischen und monarchischen Despotismus!“

So mußten also die Unternehmungen der Karbonari 1820 und noch später noch 1830 untergehen, auch schon deßwegen, weil diese sich so ganz in der Natur ihres Volks und der Richtung unserer Zeit verrechneten und den religiösen, politischen und sozialen Zustand der Italiener ganz umstürzen wollten, um ihre utopischen Träume von einer römischen oder spartanischen Republik zu verwirklichen und die heißen Tugenden eines Cato und Brutus heraufzuschwören. Sie mußten untergehen, und auch ihre jetzige Regsamkeit findet keine Unterstützung, obgleich sie ihren Ideen durch das wirksame Mittel der Rund Verbreitung gehen konnten. Denn sie fühlen unter ihren Reihen die bedeutendsten Dichter Italiens, wie Alfieri, Parini, Foskolo, Leopardi, Niccolini, welche alle, von übertriebenem und einseitigem Patriotismus beherrscht, in ihren poetischen Werken sich bestreben, den engen und tyrannischen Grundsätzen und Leidenschaften eines großartigen, poetischen aber verbrauchten und ungeeigneten Republikanismus Kredit zu verschaffen.

So mußten auch die revolutionären Unternehmungen in den dreißiger Jahren untergehen, und so erklärte sich, wie im Gegensatz zu den heftigern Parteien eine neue sich bilden konnte, die sogenannte historische oder reformistische Partei, an deren Spitze Gioberti und Balbi stehen. Diese Partei besteht aus der liberalen Aristokratie und den Mittelklassen, sie nähert sich den Interessen der katholischen und absolutistischen Partei, und ihre Tendenz ist, die demokratische und industrielle Zivilisation des liberalen Europa mit den Grundsätzen von Autorität und Despotismus zu verschönen, auf welchen alle nationalen Institutionen, alle legitimen Regierungen, der Glaube, die Traditionen und Gefühle des italienischen Volks beruhen. Sie verlangen Unabhängigkeit vom Ausland, gesetzliche und bürgerliche Freiheit, und widersetzen sich zugleich der Freiheit des Denkens und der Presse. Sie wollen die absolute Macht des Papstes und der Kirche soweit ausdehnen, daß sie aus ihm den geistigen Richter, den Diktator des Gedankens in ganz Europa, das Oberhaupt der Zivilisation der Welt machen, und verdammen doch zugleich alle übertriebene Anmaßungen der Kirche gegen die Unabhängigkeit des Staats. Ihr Theil gegen diese Partei hat sich wieder aus dem Mittelstand, aus Theilen der bonapartistischen und Karbonaripartei eine andre, die konstitutionelle Partei gebildet, welche die bürgerlichen Interessen, die des Eigenthums, der Industrie und der Wissenschaft vertritt und ihrer Natur nach bis zu einem gewissen Grad gemäßigt und konservativ ist. Diese Partei hat am meisten den materiellen Fortschritt und die bürgerliche Freiheit befördert, aber es mangelt ihr, wie allen Mittelklassen, trotz ihrer schätzenswerthen Eigenschaften, ihrer Intelligenz und Geschicklichkeit, an Erhebung und Kraft; sie ist zum größten Theil ohne Vorurtheile und ohne Prinzipien, ohne zu viel Laster, aber auch ohne Leidenschaften und Charakter. Dagegen ist sie durch ihre überhandnehmende Geldmacht und deren Folgen in Gefahr, nicht nur dem Fortschritt und dem wahren Volksinteresse hinderlich, sondern auch, wie schon in den meisten übrigen Ländern, den anderen Ständen verhaßt zu werden.

(Schluß folgt).

## Zur Erwiderung auf einen Artikel Carové's: „Pius IX. und die Hermesianer.“

Die Leser der Allgemeinen Zeitung erinnern sich wohl noch eines Aufsatzes, den vor einigen Wochen in Nr. 300 der Beilage zu diesem Blatte Hr. Dr. Carové unter der Überschrift „Pius IX. und die Hermesianer“ veröffentlicht hat. Obgleich ich meinerseits nicht finde, daß dieser Artikel, der bart genug über die sogenannten Hermesianer urtheilt, eine Entgegnung foedree, so sind doch andere mir befreundete Männer darüber anderer Meinung, und auf ihren Wunsch geschieht es, daß ich daran gebe, dem gelehrten Hrn. Verfasser hier einige Bemerkungen mit Freimüthigkeit entgegenzustellen.

Vor Allem, was beredtigt ihn, in den katholizismus eine Ansicht von der Unfehlbarkeit des Papstes hineinzutragen, die dem Katholizismus nicht wesentlich ist? Er drückt sich wiederholt so aus, als müße ein Katholik, um Katholik zu sein und zu bleiben, den Papst für persönlich unfehlbar halten, und zwar nicht bloß in Glaubenssachen, d. h. in Beziehung auf die geoffenbarte christliche Heilslehre, sondern auch noch in dem Urtheil über thatsächliche Dinge, wie diejenigen, die in der hermesischen Angelegenheit in Betracht kommen. Aber nicht einmal das Erste gilt für ein Dogma bei den wohl unterrichteten Katholiken, selbst nicht bei den strengsten, so Vermint, dessen Regula fidei in so allgemeinen und hohen Ausdrücken steht, erklärt §. 4 denjenigen, der jenes Erste zu einem Dogma stempeln wollte, für einen Neuerer und strafwürdigen Menschen (novator ipse foret et censura perculendus, quippe novi dogmatis inventor). Noch entschiedener sprechen sich darüber aus Graf Leop. Stolberg und Andere. Und was das Zweite betrifft, so sagt Bellarmin (de Rom. Pontifice lib. IV. cap. 2): das bei solchen thatsächlichen Dingen „der Papst sogar mit einer allgemeinen Kirchenversammlung irren könne“, und er führt dieses nicht etwa als seine Privatmeinung an, sondern als Etwas, worüber „Alle einverstanden seien“. Verhält es sich aber so, so beruht das Raisonnement des Hrn. Carové faß seinem ganzen Inhalt nach auf einer willkührlichen, unstatthaften Voraussetzung und stürzt daher zusammen, sobald ihm diese Voraussetzung entgegen ist.

Es ist ferner zu bemerken, daß seine Darlegung der hermesischen Ansichten theils von ungenauer Anführung der Belegstellen Zeugniß gibt, theils eine nicht geringe Verwirrung der Begriffe beurkundet. Zum Beweise Folgendes.

Hr. Carové berichtet von Hermes: „er glaubte die kirchliche Lehre zum ersten Mal zu einem wissenschaftlichen System gestaltet und „„eine Grundveste der (katholischen) Religion und Moral““ aufgeführt zu haben, „„welche von der Vernunft und Gott bestehe““. Der Berichterstatter setzt die Versicherung hinzu: „dies seine (des Hermes) eigenen Worte“. Aber ich halte mich trotz dieser Versicherung für berechtigt, die Genauigkeit und Treue der Relation zu läugnen, und stelle es für's Erste dem Referenten anheim, zu sagen, wo denn die Worte zu lesen sind.

Hr. Carové berichtet ferner: „So gelangte Hermes zu der bis in seinen Tod festgehaltenen „„Überzeugung, daß in der Wissenschaft (auch in der theologischen) keine Autorität Etwas gelte, sondern in ihr nur das unerschütterlich feststehe, was durch absolute Nöthigung der theoretischen und praktischen Vernunft gestützt sei.““ — Ich muß erstlich bezweifeln, daß diese Worte, gerade so gestellt, irgendwo bei Hermes vorkommen; der Berichterstatter hat wiederum nicht die Genauigkeit gehabt, den Ort näher zu bezeichnen. Ich behaupte zweitens, daß das, was Hr. Carové hineinlegt oder auch herausbringt, weder hineingelegt noch herausgebracht werden kann. Es gibt bekanntlich in der Theologie sehr verschiedene Autoritäten. Etwas Anderes ist die Autorität Christi oder des in ihm sich offenbarenden Gottes, sowie auch die Autorität der von Christus gestifteten Kirche in ihrem Lehramte, etwas Anderes die Autorität der in der theologischen Wissenschaft mehr oder weniger hervorragenden Gelehrten, welche man auch kurzweg theologische Autorität zu

Digitized by Google

nennen pflegt. Was behauptet denn nun Hermes? Läugnet oder bekreitet er irgendwo die Autorität Christi und seiner Kirche? Im Gegentheil, er beweist sie als eine unfehlbare, erkennt ihre Unfehlbarkeit, wie das in seiner ganzen Dogmatik von Anfang bis zu Ende vor Augen liegt, im vollsten Maße an. Aber die Autorität der Gelehrten, die ihm freilich eine fehlbare, weil bloß menschliche. Und woran nun Hermes, lediglich mit Beziehung auf diese, weiter behauptet, daß derjenige, der um die Theologie als Wissenschaft sich wahrhaft verdient machen oder auch zur eigenen wissenschaftlichen Erkenntniß und Ueberzeugung gelangen wolle, sich selbst über die Methode Rechenschaft geben, selbst zu den Quellen gehen, selbst prüfen, selbst die Beweise aufbauen und vollenden müsse, statt sich mit fremden Autoritäten (der Gelehrten) zu begnügen, ist das etwas Unkatholisches? Ich habe diesen Punkt ausführlicher behandelt in meiner Schrift: „der Hermesianismus und Joh. Petrone, sein römischer Gegner" S. 18, worauf ich der Kürze wegen verweise. So ist also Nichts mit dem, was Hr. Carove durch eine seitsame Verwirrung der Begriffe herausbringt, daß das Verhalten des Hermes nicht in Einklang stehe mit dem von den gelehrten wie ungelehrten Katholiken stets festgehaltenen Grundsatze: zu glauben, was und weil es die Kirche zu glauben vorhalte. Gerade zu diesem Grundsatze bekannt sich auch Hermes und beweist, daß es vernünftig sei, daran festzuhalten, weil die Vernunft fordere, einer durch göttliche Verheißung und durch göttlichen Einfluß unfehlbaren Autorität sich schlechthin zu unterwerfen.

So ist merkwürdig, zu welchem Resultate Hr. Carove durch seine Studien über den Hermesianismus gekommen ist. Er sagt: „Der Hauptirrthum des Verfassers (Hermes) und seiner Jünger bestand darin, daß sie das, was sie Vernunftentheitigung nannten, an die Stelle der Autorität des kirchlichen Lehramtes setzen zu können meinten, ohne mir erkannt, mich so auszudrücken, ist noch mehr als Verwirrung der Begriffe, ist eine reine Fiktion. So durchsichtig was Hermes nicht, und so durchsichtig sind auch seine Jünger nicht, daß sie nicht einsehen sollten, wer die Vernunftentheitigung und also auch die Autorität der Vernunft an die Stelle der Autorität des kirchlichen Lehramtes setze, sage sich so ipso vom Katholizismus vollständig los. Aber was Hermes verstand sich die Sache so: Die Vernunft, deren Autorität in ihrer Sphäre anerkannt werden muß, ist die einzige Führerin, die Gott dem Menschen von Geburt aus mitgab. Nun aber fordere die Vernunft, auf deren Stimme in unserm Innern wir hören sollen, im Diablick auf die unabweislichen Thatsachen der Geschichte auch eine äußere, positive, und zwar eine unfehlbare, weil göttliche, Autorität in Christus, resp. in seiner Kirche angerkennen. Auf diese Weise ist es also die Vernunft, die zum Glauben an die Wahrheit der von Christus geoffenbarten Heilslehre hinführt, und die Unterwerfung unter die Autorität Christi, sowie auch unter die von ihm eingesetzte Autorität der Kirche (in ihrem Lehramte) ist nicht blind, sondern wohl begründet und vernünftig, wie sie es sein soll. Gerade so Pius IX. in dem bekannten Rundschreiben. Ist aber in dieser Darstellung der Gedanken auch nur eine Spur von dem angetroffen, was Hr. Carove behauptet?

Ich wende mich zu einem andern Punkte. Hr. Carove nimmt an, daß „Anhänger des Hermes das unzweideutige Rundschreiben des jetzigen Papstes vom 9. Nov. v. J. öffentlich gewaltsam gerettet" und „verdreht" haben. Aber wo ist der Beweis? und was wird der Beweis? Um ihn zu führen, müßte man bestimmte Sätze jener Rundschreibens angeben und zeigen können, daß sie von irgend einem sogenannten Hermesianer, etwa von Braun oder dem Unterzeichneten, auf welche vorzüglich die Vermuthung des Hrn. Carove zu fallen scheint, gewaltsam gedreht worden. Dies läßt sich jedoch auf keine Weise darthun, auch nicht bei einem einzigen Satz. — Oder darf man etwa in folgender Art argumentiren: Gregor XVI. hat die Schriften des Hermes in den Index gesetzt; es ist mithin unmöglich, daß die Grundsätze in dem Rundschreiben des jetzigen Papstes vom 9. Nov. mit denen des Hermes übereinstimmen; die Hermesianer aber behaupten diese Uebereinstimmung: sie thun also dem Rundschreiben Pius IX. Gewalt an? Das ist eine unrichtige Kreise der Argumentation. Ob die Grundsätze, die Pius in seinem Rundschreiben ausspricht, mit denen des Hermes übereinstimmen oder nicht, dieses zu entscheiden gibt es einen andern Weg, welcher der einzig sichere und zulässige ist. Man hat die betreffenden Quellen selbst ohne vorgefaßte Meinung sorgfältig zu vergleichen. Kann die wissenschaftliche Kritik auf diesem Wege die wirkliche Uebereinstimmung beweisen, was folgt? Es folgt dann freilich noch nicht, was Einige, aber gewiß keine Hermesianer, überall geschlossen und öffentlich ausgesprochen haben, daß der jetzige Papst approbire, was sein Vorgänger verworfen, und das also Beide in ihrer Lehre sich widersprechen, wohl aber ist dann ein Grund mehr gegeben für die Annahme, daß Gregor XVI. über den Thatbestand irregeleitet worden. Diese Annahme ist auch keineswegs unkatholisch, wie aus dem bereits oben Gesagten hervorgeht. Wollte man aber sagen, die hermesische Lehre sei nicht endhielt zur Kenntniß des apostolischen Stuhles gelangt, so müßte man wenigstens auf eine Widerlegung der von mir und Anderen vorgebrachten Argumente sich einlassen und nicht der bloßen Versicherungen stehen bleiben; Perrone z. B. der Qualifikator in der hermesianischen Sache, hat bei einer kurzen und durchaus klaren Stelle des Hermes nicht weniger als eine sechsfache Korruption angebracht, und wer meinen Beweis dafür (in der angezogenen Schrift „der Hermesianismus" u. s. w.) für unhaltbar oder falsch erklären wollte, der müßte überhaupt dem Zeugnisse der Augen und allem gesunden Verstande widersprechen. Es ist nicht zu sagen, wie das Geschäft des Ränkelns und Verdrehens in der hermesianischen Angriegenheit noch immer auf das Wackerste fortgetrieben wird, und zwar nicht bloß in Deutschland, sondern auch außerhalb, namentlich in französischen Zeitblättern. So ist es hieher gehöriger Artikel im Ami de la religion vom 21. Sept. d. J. von Anfang bis zu Ende fast Nichts als ein Gewebe, aus Hirngespinnsten und Lügen zusammengesetzt.

Der päpstliche Erlaß vom 25. Juli an den Erzbischof von Köln hat vielfältig in Deutschland, besonders in der Rheinprovinz, großes Staunen erregt. Hr. Carové theilt dieses Staunen nicht, noch die Bedenken, die ein öffentliches Blatt in einem mir unbekannten Artikel hervorgehoben hat. Der Punkt, worauf es ankommt, ist folgender: ob der päpstliche Erlaß genügend motivirt sei. Um dies bejahen zu können, müßte die Schuld der gemeinen Hermesianer feststehen und in ordentlichem Rechtswege erwiesen sein. Ist dies der Fall? Der Erzbischof von Köln hat in der Sache keine Untersuchung vorgenommen, ja in der Zeit, wo das Gericht sich verbreitete, daß er damit umgehe, eine Maßregel gegen die Hermesianer zu provoziren, dieses Gerücht für durchaus unwahr erklärt und versichert, daß er an die Provozirung einer solchen Maßregel nicht denke. Hat denn nun Rom ohne ihn gehandelt? Wie ist überhaupt die ganz unerwartete Maßregel zur Wirklichkeit geworden? ... Ich will an diesem Orte nicht weiter darauf eingehen; aber noch Einen zu sagen möge mir verstattet sein. Wenn Männer, denen treue Schmid irgendwie nachgewiesen ist, die auch nicht im Geringsten zuvor gehört worden sind, der Unverschämtheit, vermeintlicher Verdrehung des Päpstlichen Rundschreibens, absurder und verkehrter Auslegung, abenteuerlicher Erdichtung, ja sogar des Betruges öffentlich beschuldigt werden, so wird man es sehr begreiflich finden, daß diese Männer sich mit dem tiefsten Schmerz erfüllt finden, und daß nicht allein sie selbst, sondern auch Andere, die das Eingreine in seiner allgemeinen Bedeutung erfassen, zu ernsten Betrachtungen veranlaßt werden. Ich selbst theile diesen Schmerz, und will auch nicht verhehlen, daß die Erwägung des ganzen Vorganges meinem Gemüth nicht geringe Besorgnisse verschiedener Art einflößt. Was mich in dieser Lage der Dinge noch aufrichtet und meine Besorgnis hinsichtlich der Gegenwart und der zukünftigen Zustände mildert, ist die festgehaltene Ueberzeugung von dem väterlichen Wohlwollen, der Gerechtigkeitsliebe, der Seelengröße Pius' IX.; denn einem Fürsten, der diese Eigenschaften besitzt — und das Herr Dr. Carové trägt ihn Bedenken, sie in Pius anzuerkennen — kann da, wo er unverdiente Wunden ohne sein Wissen und Wollen geschlagen hat, die Genugthuung zu heilen und dadurch auch die ihm zugewendete Verehrung und Liebe und das Vertrauen noch zu stärken, nicht abgehen. Breslau, 29. Nov. 1847. Dr. Elvenich.

Verantwortlicher Redakteur G. Gerwinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Dort u. Kopp., 71 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. übrigen Länder werden man sich an G. L. Mayenne Strasbourg 29 Brandgasse, Paris 33, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Buchdruckereien besorgt das Groß. Bad. Hofbuch. Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 4. Heidelberg, Dienstag 4. Januar 1848.

## Übersicht.

**Würtembergischer Briefe.** IX. Verschiedenes. — **Wien** (Graf Benst v. Pilsach. Beabsichtigte Ernennationen bei den Zollämtern. Die Verbächtigung liberaler Schriftsteller soll systematisch betrieben werden. Graf Depm und die Polizeihofstelle. Die Jesuiten auf dem Kahlenberge). **Innsbruck** (der kriegshetzende Artikel des Österr. Beobachters). **Berlin** (der Polenprozeß). **Breslau** (Bekanntmachung wegen Erleichterung des Grenzverkehrs mit teinenem Garn zwischen Preußen und Österreich). **Leipzig** (Robert Blum's Ernennung zum Stadtrath auch vom Ministerium verworfen). **Hannover** (die Stifter für adelige Fräulein. Nothwendigkeit einer freien Synodal- und Presbyterialverfassung). **Karlsruhe.** **Kassel** (der Landstände und die Censur). **Bremen** (Dr. Loevenfen aus Kiel übernimmt die Redaktion der Bremer Zeitung). **Schleswig Holstein** (Beispiel dänischer Billigkeit).

**Schweiz. Bern.** Aufhören der Berner Volkszeitung. Sonderbündische Menschenliebe. Prof. Steitler. Verminderung der Truppen. **Wallis.** Der päpstliche Nuntius und die neue Regierung. Drei Defrete der provisorischen Regierung. Unterwalden. Der Kanton geräumt.

**Großbritannien.** Graf Harrowby †. Maßregeln gegen plündernde Eisenbahnarbeiter. Eintrad der französischen Thronrede und Urtheile über diese.

**Frankreich.** Weitere Vorstandswahlen der Deputirtenkammer. Tod der Prinzessin Adelaide. — **Spanien.** Ministerkrise. Rücktritt Cipartero's. — **Italien.** Rom. Die Allokution des Papstes. — **Griechenland.** Memorandum der griechischen Regierung an die fünf Großmächte. — **Amerika.** Eröffnung des Kongresses. Ein Witz zum Sprecher des Repräsentantenhauses gewählt. Nachrichten aus Mexiko.

**Literatur.** De l'Italie dans ses rapports avec la liberté et la civilisation moderne, par André Louis Mazzini (Schluß.)

## Würtembergische Briefe.

### IX.

Im „Schwäb. Merkur" hat uns kürzlich ein Scholarch mit souveräner Geringschätzung als einen Atheisten und Ignoranten bezeichnet, weil wir den würtembergischen Volksschulen eine größere Sorgfalt für den sittlichen Menschen, weniger Theologie, und mehr Rücksicht für die Bedürfnisse des heutigen Lebens, kurz die Mittel wünschten, um aus der heranwachsenden Generation brauchbarere Staatsbürger zu machen, als es, vermöge einer sehr unpassenden Erziehung, die früheren Geschlechter sein konnten. Daß es noch immer so viele Menschen gibt, die dies nicht einsehen, beweist eben die Richtigkeit des Gesagten; denn was der Volksschule fehlt, das mangelt proportionsmäßig auch unsern Gelehrtenschulen. Ist der Bauer nicht faul, die Krankheiten seines nachlässig behandelten Viehs einer allen Hexe von Nachbarin auf den Kopf zu geben, so spuken sich Hunderte unserer „Honoratioren" nach den Ursachen der schlechten Zeitläufte da zu fahnden, wo es am wenigsten Kopfverdrechen und Selbstüberwindung kostet. Bricht in Ulm oder Stuttgart ein Straßentumult aus, so hat man schon zu viel von den Mühlrieren der Pariser Kommunisten im Schnaps. Merkur gelesen und ihr würtembergische Glückseligkeit zu lange in ihrer herkömmlichen Strahlengloriole bewundert, als daß man nicht jene Ereffe für Eiterungen eines fremden, nur durch Übelgesinnte vermittelten Giftstoffes erklären sollte. Und selbst Viele, die in der Oppositian stehen, denen es ehrlich um Reformen zu thun ist, beschäftigen sich viel zu wenig mit Geschichte und Kritik, als daß sie nicht durch die Schreckgebilde, welche man, wie die Löwen und Schlangen der „Zauberflöte", vor ihnen dessilren läßt, manchmal doch wieder bedenklich gemacht würden. Hätten wir das Glück gehabt, von Jugend auf nicht bloß zu Bauern und Pfarrern, Schneidern und Rechtsgelehrten herangezogen, sondern gleichzeitig als künftige Staatsbürger belehrt zu werden, hätte man uns weniger detaillirt mit dem Land Kanaan, dafür aber mit unserm Vaterlande, mit seinen Gesetzen und Einrichtungen bekannt gemacht, hätte man unsre Theilnahme geweckt für Alles in unsrer Umgebung, was sie verdient und bedarf, so wüßte unsre große Mehrheit über die Bedrängniß unsrer Tage Bescheid, wir hätten die Kraft des Urtheils und des Handelns den rohen Gewalten entgegenzusetzen, mit welchen ihr methodisch angefammelte Masse von Menschen ohne Bildung, ohne Besitz, ohne Familienglück und ohne Vaterlandsliebe den Staat bedroht. So aber, was haben wir für Mittel, um jene verwilderten Kräfte für die Kultur zu werben? Überall nur Beklemmenheit und gewaltthätige Angst, Widerspruch gegen die bodigsten Wahrheiten, weil man vor der Tragweite ihrer Folgerungen erschrickt.

Wenn und die Betrachtung des zum Herkommen gewordenen Systems in Würtemberg zu der Annahme bestimmt, daß der bevorstehende Landtag nur wenige Reformen von tiefgreifender Bedeutung zu berathen vorfinden wird, so hoffen wir dennoch, daß die Verhandlungen dieses Landtags dem öffentlichen Geiste des Landes entsprechen werden, daß der Landtag das Volk ansprechen und über Vieles verständigen wird; weniger durch das, was er beschließt und redigirt, als was er offenbart und zu denken gibt. Aus hunderl Anlässen in der Debatte wird es dem Volke einleuchten, daß die uns nach dem Abgrund reißende Noth nicht mit Redensarten sich bewegen, daß eine finanzielle Krisis von dem Umfang und der Stärke der heutigen weder durch doppelten Papierverbrauch der Kanzleien, noch durch geschraubtes Rathschlagen in erklusiven Zirkeln, weder durch gute noch durch schlechte Worte sich überwältigen läßt. Vielen, sehr Vielen sogenannter Gebildeten, die sich nie mit geschäftlichen Studien, überhaupt nicht mit dem Nachdenken über den Zusammenhang der menschlichen Dinge plagen mochten, trat die wilde hungerige Physiognomie der letzten Zeit so unerwartet unter die Augen, als wäre sie der Kopf der großen Sperschlange. Wie unendlich schadet man sich mit einer harten Censur girich der würtembergischen, welche das, was sie verbirgt, auch zu verrathen glaubt! Wird doch der Gedanke, dem man sein ehrliches Recht unter der Sonne genommen, deßwegen nicht ungeboren, wohl aber fleigt er hinab aus der Öffentlichkeit zu jener unterirdischen Konspiration der Geister, wo die Minen des Hasses weiter und gefährlicher laufen, als oben die Wege eines offenen Angriffes. Gewiß ein engherziger neuer Rath, welcher etwa hofft, dem Würtemberger das freie Wort, das man vor dreißig Jahren schon als politische Nothwendigkeit ihm zugestanden, durch die Gewöhnung des nachkommenden Geschlechts an Censurstärke wieder rathehrlich machen zu können!

Allein man fürchtet bei uns die Presse weniger für die großen politischen Fragen, als für die Ruhe der Persönlichkeiten. Würtemberg ist eines derjenigen deutschen Länder, wo das Grauen vor den Indiskretionen der Öffentlichkeit, der Widerwille, vor allem Volk auf dem Forum zu stehen, sich nicht mehr als Vadegast von Wildbad oder Carnsstadt, sondern als Zielscheibe für einen vielleicht ganz unverdienten rohen Angriff gedruckt in den Zeitungen zu lesen, nach Umständen sogar irgendeinem hergelaufenen Journalisten, den ein ungeheurer Abstand auch selbst von der letzten der zehn vaterländischen Rangstufen trennt, Rede stehen zu müssen, noch außerordentlich lebhaft ist. Nicht als ob der Würtemberger den Skandal haßte: er reibt sich vergnügt die Hände, wenn man ihm Anzüglichkeiten aus der Ständekammer erzählt, oder wenn sich Zwei tüchtig in den Journalen zanken; über solcher Kurzweil vergißt er mitunter selbst die Partei und die Wahrheit, aber selbst vom Streite ergriffen, selbst von der Öffentlichkeit hin und her gezerrt zu werden, davon ist der Würtemberger nun gar kein Freund. Diese große Unbekanntschaft mit dem Staatsbürgerlichen Theil seiner Pflichten bewirkt denn auch, wie überall, wo die Bildung fehlt, daß Leicht- und Abergläude es sich bequem machen. Wie wenige Würtemberger gibt es, die ihre Verfassung, ihre Gesetze kennen! Wir oft kam es noch in den 30er Jahren vor, daß Wahlmänner bei Abgeordnetenwahlen auf den König stimmten! Durfte doch einmal gar, nach der Mittheilung des Grafen Degenfeld in der

Digitized by Google

Kammer, ein Beamteter den Beschluß des Königs bestätigen, mit der Drohung, es stehen 30 000 Mann Oesterreicher an der Grenze, die einmarschiren, wenn Römer gewählt werde!

Noch viel schlimmer als ein anderer Nachtheil jener Scheu vor öffentlichem Handeln, nämlich das Liegenbleiben so mancher Reform aus Mangel an wirkthätiger Unterstützung. Es ist allerdings ein oft sehr undankbares Geschäft, Agitation mit Leuten zu verbinden, die erfahrungsmäßig den Weg von der Einsicht zum Entschlusse, vom Privatüberzeugnent zu politischer Thätigkeit so schwer zu finden wissen, ihn so ungern gehen.

Beispielsweise führen wir die schreiende Ungleichheit der Besteuerung an. Ein vornehmer Beamteter, ein reicher Pensionär oder Partikulier genießt alle Annehmlichkeiten Stuttgarts, die Gastlatenen leuchten ihm von der Oper heim, seine Equipage verdeckt das kostbare Pflaster, die städtischen Wasserleitungen spenden auch ihm den Bedarf, er ist und trinkt wohlfeil, weil die Stadt sich gegen das Anfaufen sträubt, zu dem vorderhiesigen Octroi zu greifen, der Preis seiner Wohnung wird durch keine Miethsteuer erhöht, und was leistet er mit seiner Familie und Dienerschaft hiefür der Stadt? Jährlich 2 fl., nicht mehr und nicht weniger als der geringste, anderswo eingebürgerte, aber in Stuttgart wohnende Taglöhner auch, während die Stadtgemeinde jährlich 60,000 fl. auf ihre Bürger umlegen muß, um das Defizit ihres Etats zu decken. Viele einzelne Schritte sind, und zwar umsonst, geschehen; aber noch immer nicht hat die allgemeine Bewegung sich auf diese Privilegien geworfen, weil man sich eben nicht an eine entschlossene Handhabung öffentlicher Rechte und Pflichten wagt, aus Furcht anzustoßen, mißliebig bekannt zu werden. Oder, während die deutsche Presse, so oft irgendwo Forstdiener auf fliehende Wildschützen feuren, mit geschlegener Entrüstung auf diese Barbarei des Gesetzes zurückkommt, verhallen solche „von Rechtswegen" nachgesandte Schüsse in unsern wärtemb. Wäldern beinahe lautlos.

Die Art, wie man die württembergische Abgeordnetenkammer zusammengesetzt hat, beweiset, daß auch dort der Landvolk eigentlicher Volkswünsche durch die Majorität mit mehr Schwierigkeiten zu kämpfen hat, als anderswo. Die Censur hatte in ihrer Art nicht Unrecht, als sie eine Zeitlang das Wort Volksabgeordneter regelmäßig tilgte. Denn neben den Abgeordneten der Landesbezirke tagen in der zweiten Kammer 13 Vertreter die Ritterschaftskorporationen. Zählt auch der württembergische Erbadel in und außerhalb der Matrikel schwerlich über dritthalbtausend Köpfe, alse nur ungefähr $^1/_{200}$ der Bevölkerung, so sind wir doch keineswegs gegen die Vertretung des großen Grundbesitzes; nur gehört er, wie in Baden, in die erste Kammer. Außerdem aber stimmen in der zweiten Kammer die von der Regierung auf Lebenszeit ernannten sechs evangelischen Generalsuperintendenten, der katholische Landesbischof, ein Mitglied des Domkapitels, der älteste katholische Dekan und endlich noch der von der Regierung ernannte Universitätskanzler. Somit verhalten sich zu den eigentlich vom Volk gewählten Stimmen die übrigen wie 1 zu 3. Unter den Volksabgeordneten befindet mehr als ein Drittel aus Staatsdienern, ein Verhältniß, das sonst noch stärker zu sein pflegte. Die Volksmahlen finden in der Weise Statt, daß auf je 7 Bürger einer Gemeinde ein Wahlmann kommt. Zwei Drittel derselben werden aber nicht gewählt, sondern bestehen aus den Höchstbesteuerten; nur das letzte Drittel wird durch die übrigen Steuerkontribuenten ernannt. Diese Wahlmänner schreiten dann zu der durch den Oberamtmann persönlich geleiteten Wahl. Ein Beziel mit großer Einwohnerzahl wird auf diese Art nicht stärker vertreten, als der geringste; Stuttgart mit gegen 50,000 Einwohnern sendet nur fünen Abgeordneten, wie Ellwangen mit 3300.

Daß verschiedene Theile dieses Kammersystems, wozu noch das Verbot, die Plätze im Saal nach der politischen Farbe zu wählen, kommt, sehr wesentlich zu Gunsten des konservativen Elements beitragen müssen, liegt auf der Hand. Und doch wagt man es, die gegenwärtige Kammer deßhalb, weil unter 93 Votanten 10 Rechtsanwälte sind, als eine Advokatenkammer zu schildern, gerade wie jedes Mal, wenn man einen gesäbelichen Kampf voraussieht, Trauermiene darüber gemacht wird, daß die Angriffe der Opposition dem Lande so entsetzlich viel Geld kosten, während der gesammte landständische Etat (eingerechnet die Verwaltung der Staatsschuldenzahlungskasse, die Kosten der permanenten Ausschüsse und Kanzleien) noch nicht ein Hundertstel des Staatsbudgets ausmacht! Und als ob überhaupt mit dem freien Wort gesellschaft werden dürfte, selbst in seinem Afyl, während es brauchen gegen die ungemeinen Lohnfedern zu schweigen gezwungen ist!

Wir glauben wir Verhältnisse soweit zu kennen, daß wir nicht erwarten, man werde Ansichten im Geiste der Anfragen irgend berücksichtigen, da, wo man sie ungern hört. Ist schon Alles dagewesen! mit diesem Trost wird man sie vergessen. Wird es doch selbst auf dem Landtage kaum anders gehen. Wenn dort die Opposition, die Argumente der Reth in der Hand, den Ministerien, dem süe den Zeitgeist so abgeneigten Justizdepartement, der Zehent- und Gültenwirthschaft, den vielschreibenden und vielregierenden Bureaus des Innern, der Censurstrenge und den Gesandtschaftskosten im Departement des Auswärtigen z. B. badische Fortschritte vorhält, so wird man ihr entgegnen: nicht Alles, was gleiße, sei Gold. Die Reth sei nicht sprachfisch württembergisch, sondern allgemein und den Mitteln einer einsichtigen Regierung überlegen; übrigens habe man durch bedeutende Unterstützungen von Staatswegen, durch Aufmunterung der Gewerbe, gewissenhaftes Zurathhalten der Gebrechte das Mögliche gethan. Die Vorlage mehrerer Gesetzprozentwürfe beweise am Besten, daß die Regierung sich auf dem Wege des besonnenen Fortschrittes anhaltend fortbewege, allerdings ohne sich von den lärmenden Forderungen Unberufener zu leichtsinnigen Experimenten, doppelt gewagt in einer so kritischen Zeit, hinreißen zu lassen. Wenn auch die Regierung ihren Bundespflichten sich weder entziehen könne, noch werde, so dürfte doch kein Unbefangener ihr das Zeugniß versagen, daß sie es wohl mit dem Volke meine.

Die Opposition wird allerdings auf dem kommenden Landtage weniger leichtes Spiel haben, als Ihr Drucker, der in meinem 6. Briefe den 3jährigen Etat für das Departement des Auswärtigen von 873,000 fl. rasch auf 92,000 fl. ermäßigte. Aber es wäre auch ein Patriotismus von sehr mittelmäßigem Werthe, der sich für Erfolge nur dann anstrengen möchte, wenn sie sich sogleich im Regierungsblatt äußern. Zu Zeiten ist es viel richtiger, auf die Köpfe, als auf die Gesetze zu wirken. Die Wahrheit fordern wir vom Landtage, gleichviel, ob man, ob wiederholte, ob sie bleibligt oder nicht. Ihrliche Konsequenz währt am Längsten; und man wird ihr Andenken feiern, wenn die brauchtesten Phrasen der Feigheit lange verschollen sind. Lamartine sagt so schön: La courage est la première des eloquences: car c'est l'éloquence du caractère.

---

**Österreich.** † Wien. Die Abberufung des Grafen Senft v. Pilsach, unseres Gesandten in München, und seine gleichzeitige Ernennung zum k. k. Staatsminister hatte in den höhern Kreisen der Gesellschaft nicht wenig Aufsehen erregt. Wer die Klagen kennt, zu welchen der Graf bei dem Streite des Ministeriums Abel durch seine auffallende Gefälligkeit Veranlassung gab, der sieht in dieser plötzlichen Beförderung des in seiner Stellung am Münchner Hofe nicht länger haltbaren Gesandten eine vielbeutige Demonstration. Wenn ich Ihnen in meinem letzten Schreiben von kriegerischen Rüstungen berichtete, deren Umfang dienstfertige Geister noch die ins Lächerliche übertreiben (man spricht von Millionen von Stückkugeln in einer einzigen Gießerei!), so will ich Ihnen heute über neue Streitmittel gegen die Presse einige Aufschlüsse geben. Nicht zufrieden mit dem bisherigen klemmlichten Apparat unserer Bücherpolizei, ist jetzt im Plane, an drei Seiten unserer Grenzen bei den Zollämtern Censurstationen zu errichten, damit die Bücherballen, die bisher von der Grenze an die Revisionsämter im Innern des Landes instradirt wurden, gleich an den Marktplätzen der Monarchie unterstucht werden können. Die Ausführung dieses Planes würde unser Tarif-Cenzurunkrop noch mehr verstärken und könnte vielleicht mit einem Schatten von Erfolg nur bei bereits in Wien abgeurtheilten Schriften ausgeführt werden, wenn man anders die dichten Phalangen unserer Zollwachen nicht noch mehr verdichten wollte. Bei neuen Schriften wäre dieses den geistigen Verkehr mit unsern deutschen Brüdern noch mehr behindernde System so lange ganz unausführbar, als unsere Censoren, trotz aller trefflichen Gesinnungsproben, in ihrem politischen Junktionen dem höchsten Mißtrauen der obersten Censurstelle so ausgesetzt sind, daß sie eigentlich nicht Richter, sondern, wie es in den Denkwürdigkeiten der österreichischen Censur heißt, bloße Gutachter sind. Während die Ausführung dieses Planes noch schwebt, wurde die deutsche Presse in Ungarn, die bisher etwas leidlicher als die österreichische war, durch geheime Instruktion auf gleichen Fuß mit der letztern gesetzt. Dies geschieht von Seite der Polizei, während der Erzherzog Pala-

Digitized by Google

in am ungarischen Reichstage die Bereitwerung gab, daß, in Folge einer bereits beim Beginn des Reichstags an die k. Statthalterei gelangten Verordnung, Seine Majestät, den Zeitungen eine freiere Censur gestattet habe. Es liegt hierin ein abermaliger Kreuzung gegen das deutsche, obwohl so vielen Beträngnissen ausgesetzte Element in Ungarn, der mit dem tiefsten Schmerz erfüllt. Wir wollen sehen, wie die Magyaren, deren liberale Partei Preßfreiheit anstrebt, diese neue Bewegung des geistigen Lebens ihrer Landesgenossen aufnehmen werden. Sie mögen bedenken, daß dort, wo der Preßzwang in was immer für einer Richtung aufhaudt, die Freiheit des geistigen Lebens überhaupt gar nicht denkbar ist, daß daher der Krieg gegen die deutsche Presse die Achtung der ungarischen, bisher sehr bevorzugten, nach sich ziehen müsse. Noch merkwürdiger ist Folgendes. Man hat hören, um den Artikeln der Regierungspublicisten Glauben zu verschaffen, wie die böhmischen Stände in ihrer im Mai d. J. an den Thron gerichteten Bitte um Censurmilderung ausdrücklich angaben, oft genug seine Zustucht in radikale Blätter des Auslandes, besonders englische genommen, aus welchen sie dann in Kiefernder Uebersetzung in die Wiener Zeitung und andere Blätter des Inlandes übergingen; so will man jetzt auch deutsche liberale, ja radikale Blätter zu diesem Zweck benützen. Ein bekannter österreichischer Schriftsteller, der zuerst gegen, dann für, dann wieder gegen die Regierung schrieb, hat abermals den Beschluß gefaßt, die Farbe zu wechseln. Dieser edle Mann hat zur Einleitung eines vortheilhaften Rückzuges den Plan entworfen, unsere liberalen Schriftsteller in der deutschen liberalen Presse systematisch zu verdächtigen. Der Mann soll nun Beweise vorgelegt haben, daß er über mehrere entschieden liberale deutsche Blätter, ja sogar, mirabile dictu! über ein radikales disponiren könne. Da es ihm aus einer oder der andern Periode seiner wechselvollen Publicistik an literarischen Anknüpfungen nicht fehlte, da er zuletzt in der That Einiges in liberale Blätter lieferte, so kann es ihm an einigen hölischen Anschriften von verlegenen Redaktionen liberaler Blätter gar nicht fehlen, und diese bilden nun ohne Zweifel die Beweise seiner anziehenden Verbindungen. Als Bundesgenossen dieses die freisinnige Maske tragenden Projektmachers nennt man einen hiesigen Kleidermeister, der schon seit langer Zeit, um aus seiner beschränkten Stellung herauszukommen, mit wohlberechneter Hindeutung auf seine Person, großmuthvolle skandalöse Berichte aus Wien in ein norddeutsches Blatt sandte und nun plötzlich die Saiten umstimmte. Ich melde Ihnen dies, um durch Ihr Organ die deutsche Zeitungspresse aufmerksam zu machen, mit welcher Vorsicht man Korrespondenzen aus unserm schönen Vaterlande aufnehmen müsse. — Das in letzter Zeit verbreitete Gerücht, Graf Dyhrn sei zum Vicepräsidenten der Polizeihofstelle ernannt, hat sich, wie voraussichtsvoll war, keineswegs bestätigt. Graf Sedlnitzki hat seit einer langen Reihe von Jahren gegen die systemmäßige Besetzung der Stellung eines Vicepräsidenten protestirt, ist eifersüchtig auf seinen ungetheilten Einfluß und wird ihn, so groß, so mächtig seine Gegner am Hofe und selbst in den Ministerien sind, fortan zu behaupten wissen, da der Fürst Staatskanzler entschieden auf seiner Seite steht. — Der Sieg der wackern Eidgenossen macht uns nachträglich auch Kummer und Sorgen. Die aus der Schweiz vertriebenen Jesuiten ziehen in dichten Schaaren nach Oesterreich. Die in Wien angelangten Väter, es sind ihrer nicht weniger als 42, wurden auf dem Kahlenberge, im Palais des Erzherzogin Maria Anna, einquartirt. Im Winter werden sie dort nicht behelligt werden, aber wenn der Lenz den Schnee geschmolzen hat, und die Wiener wieder, wie alljährlich, die reizenden Gegenden des Kahlenberges zahlreich besuchen, dann dürften die frommen Väter außer den Pfeilen des sarkastischen Witzes, die man nun auf ihre hohe Stellung abschmeißt, noch anderes Ungemach zu dulden haben. Selbst unbedingte Anhänger der Regierung bedauern, daß man durch freundliche Aufnahme der verhaßten Gäste den Widerstreit mit der öffentlichen Meinung so rücksichtslos herausfordert. In ihren Augen tragen die in Innsbruck, Prag und Grätz kundgegebenen Volksstimmungen einen so ernsten Charakter, daß man im Interesse des konservativen Systems ähnlichen Ausbrüchen, wenigstens in der Hauptstadt, auch die kleinste Veranlassung mit größter Sorgfalt entgiehen sollte.

* Innsbruck, 28. Dez. Der Artikel des österreichischen Beobachters über die Antwort „der radikalen Mehrheit der Schweizer Tagsatzung" hat uns wahrhaft erschreckt. Also Krieg, von neuem Krieg, der nur so lange aufgeschoben bleibt, „als es Oesterreich, Preußen und Frankreich gefallen wird, ihre Duldung zu erstrecken." Wenn schon das abgemessene, rückhaltige, geheimnißvolle Organ der österreichischen Staatskanzlei so zornig, drauend und offen spricht, welche Noten müssen nicht schon gewechselt, welche Geschütze im schwerfamen Kabinet gefaßt, welche Kräfte in Bereitschaft gesetzt sein? Oder sollten wir uns täuschen, wenn wir einen seitenden Artikel jenes mit der Staatsraths-sektion des Außern so eng verbundenen Journals als maßgebend in Sachen der Diplomatie annehmen? Bei der Furcht, die man dem vor dem Radikalismus, bei dem guten Glauben, den man vor allen vorgeblichen Reihen der Beschränktheit des Volkes und der Freisinnung des Jesuitismus hegt, waren wir, offen gestanden, schon längst verwundert, Oesterreich trotz der täglich wachsenden, von guten Freunden sicherlich treu berichteten Gefahr einer bewaffneten Unterdrückung des Sonderbundes so ruhig und passiv zu sehen. Die ungarischen Grenadiere, die czechischen Dragoner, die Linie aus dem unterthänigen Lande ob und unter der Ens, Steiermark, Kärnthen und Krain, zu selbst die tiroler Jäger lassen sich gegen Italiener, Franzosen oder Russen so willen- und gesinnungslos führen, als gegen ihre Brüder deutschen Stammes, ja vielleicht selbst gegen die leiblichen und ihre Väter, Dank der Gesinnung, die sie allen Fragen des öffentlichen Lebens und denen über ihr eigenes Gut und Blut seine hält. Nicht so ganz jenen Zweifels voar und lebig möchte die Lust Preußens sein eine Reise von so ungewisser Rückkehr anzutreten, um für die bereits abgezogene Neutralität Neuenburgs einzustehen oder Herrn Siegwart-Müller zur verlornen Präsidentschaft des Sonderbundes zu helfen, am allerwenigsten läßt sich aber jetzt noch annehmen, daß die drohende Miene Gottes so ernst gemeint sei, als sie erscheint. Welches aus die wahren Absichten des französischen Kabinets in Betreff der gemeinschaftlichen Intervention gewesen sein mögen, ob eine Betämpfung des Radikalismus oder, wie die ministerielle Revue des Deux Mondes herausklügeln will, eine Paralysirung des österreichischen Absolutismus, sie sind durch Lord Palmerston, dem die Kurzsichtigkeit des Herzogs von Broglie zu Hilfe kam, vereitelt, wir befinden uns nachgerade auf dem Punkte, wo kein Friede mehr zu bekämpfen, keine schwache Kantonalsouveränetät zu unterstützen, kein Konservatorer, kein Jesuit zu halten ist, ja Schutz weder erfleht noch gewünscht wird. Dessenungeachtet ist ein emeritirter, neu gestemmelter Landsknecht auf den klugen Einfall gekommen, den Fall noch ein Mal vor den Richterstuhl des europäischen Völkerrechts zu bringen. Europa wird jetzt entscheiden, sagt er, ob es dem radikalen oder dem katholischen Sonderbund das politische Vorrecht der Neutralität ferner gewähre. Europa kann aber hierüber nicht mehr entscheiden, der katholische Sonderbund verathmet, indeß England die Note redigirte; die ihm das Leben fristen sollte, und Oesterreich wird die schon breit gehaltene Entscheidung seiner Pikett und Hurter im k. k. Staatsarchive zum einigen Gedächtniß niederlegen. Frankreich, das Frankreich der Julivisage, schlägt seine Schlachten nicht, wegegen die Nation Namens der Freiheit ihr Veto einlegt, Frankreich vergießt sein Blut nicht für Stöcklinge der Jesuiten, die es selbst aus seinen Marken bannte, Frankreich schändet seinen Namen nicht mit dem Blutsieck einer für ihre Befreiung von römischer Knechtschaft fechtenden Nation, es drückt sich nicht selbst ein Kainsmahl auf. Mag der österreichische Beobachter immerhin die Welt belehren, der Kampf in der Schweiz sei ein Krieg gegen das Christenthum, gegen Jesu, „die an Gott glauben", er wird damit nur Heiterkeit erregen, so im Westen wie im Norden, zumeist aber in der Schweiz, wo man weiß, von wem die Geschichten mit den zerrissenen Kruzifixen u. s. w. erfunden sind.

**Preußen.** Berlin, 30. Dez. Die hiesigen Blätter berichten, die Akten im Polenprozesse werden nicht vor Mitte Februar an den zweiten Richter gelangen. Viele der Angeklagten haben sicher die königliche Gnade angerufen, und, wie verlautet, soll die Sache sehr gut stehen.

Breslau, 30. Dez. Unser Amtsblatt enthält eine Bekanntmachung, um den Grenzverkehr mit seinenem Garn zwischen Preußen und Oesterreich zu erleichtern. Rohes Garn, das zum Bleichen über die Grenze und gebleicht zurückgeht, ist zollfrei, eben so auf der Grenze, von Leobschütz bis Sohrau, die aus rohem Garn gewebte und zurückgehende Leinwand.

**Sachsen.** Leipzig, 31. Dez. Noch ganz kurz vor dem Jahresschluß lief die Ministerialentscheidung wegen der Wahl Blum's zum Mitgliede des Stadtraths ein. Sie lautete, wie voraussichtlich war, abschlägig; das Ministerium trat den Gründen der Kreisdirection durchweg bei, reachtete sich auch, wie es in der Verordnung hieß, einer weitern Begründung seines Verfahrens um so mehr für überhoben, als Hr. Blum selbst in dem von ihm eingereichten Rekurse Grund-

Digitized by Google

sätze und Ansichten entwickelt habe, welche dessen Unfähigkeit zum Eintritt in ein Kollegium, das Obrigkeit und Organ der Staatsgewalt sei, offenkundig an den Tag legten. Welche Grundsätze dies sind, wird man bald Gelegenheit haben zu vernehmen, da die angezogene Retuesschrift im Druck erscheinen soll. Die Censur hatte ihr zwar das Imprimatur versagt, auch die Kreisdirektion diesen Strich bestätigt, allein das Ministerium hat dieselbe zum Druck gelassen, wie es scheint in der Absicht, daß deren Veröffentlichung weit mehr Hun. Blum selbst als der Regierung Schaden bringe. Bald nach Neujahr wird nun also eine Wahl an Blum's Stelle Statt finden. Die beiden Kandidaten, welche an erster Stelle dabei in Frage kommen, sind der prakt. Arzt Dr. Lippert sen. und der Musikschuldirektor Löwe, Beide von ebenso entschieden liberaler Gesinnung als Blum und daher ebenfalls nicht gerade personne gratas, gegen die aber etwas Faktisches, woraus man sich, wie bei Blum wenigstens, mit einem Schein von Recht berufen könnte, nicht einmal vorliegt. Hier würde also eine abermalige Zurückweisung nur den Beweis liefern, daß wirklich bloß die abweichende politische Gesinnung es ist, welche die Regierung zu einem solchen Verfahren bestimmt.

** **Hannover**, 29. Dez. Gleich nach der Prozeßordnung bringt Nr. 69 der 1. Abth. der Gesetz-Samml. eine Klosterordnung für die 5 Jungfrauenstiftter im Fürstenthum Kalenberg, die vom Könige vollzogen ist. Daraus ersieht man, daß diese Fundationen rein von der Gnade der zeitl. Regenten abhängen, selbst die zuständigen Wahlen und Präsentationen zu Pfarreien ꝛc. „wollen wir den Konventen belassen", also war es auch vielleicht nicht nöthig. Überhaupt geht durch diese ganze Ordnung ein eigenthümlich wülkürlicher und religiöser Hauch, der dem auffallen muß, der diese Institute kennt. Wie freuen uns, daß solche Institute für unverheirathete Frauenzimmer bestehen, da sie ihnen ein sicheres Asyl sein sollen, indessen wissen wir, wie die reichen Pfründen vertheilt werden. In diesen Damenstiftern nur dieses Fürstenthums haben 41 adelige Fräulein die Plätze inne, das Fürstenthum Lüneburg und Osnabrück haben ebensoviele, und es ergibt sich daraus, daß, selbst bei dem zahlreichen hannoverschen Adel, doch fast Jeder eine oder mehrere Töchter versorgt hat, solange sich sie sich verheirathen. Hören wir nun, daß diese in der Regel jungen Mädchen sich (§ 37 ꝛc.) einer „stillen, christlich tugendsamen Lebenswandels zu befleißigen haben", daß sie „in ihrer Kleidung, sowohl im Kloster als außerhalb deffelben, alles Übermaß und Aufsehen zu vermeiden" haben, daß sie sich erinnern mögen, „daß die Klöster Übungsschulen christlicher Gottesfurcht sein sollen, in Folge dessen die regelmäßige Theilnahme an dem öffentl. Gottesdienst von selbst als Pflicht erkennen sollen, und daß öftere gemeinschaftliche Feier des heil. Abendmahles einem christl. Klosterkonvente Bedürfniß sein werde", so kann man sich eines unschuldigen Lächelns nicht erwehren. Doch dies nur beiläufig; wir möchten gerne diese Gelegenheit benutzen und wiederholt darauf aufmerksam machen, wie wünschenswerth es wäre, wenn diese reichen Klöster einmal auch als bisher unter die öffentliche Aufsicht gezogen würden, damit eine zweckgemäßere, richtigere Benutzung erzielt würde. Die staatsgrundgesetzlichen Stände haben auch diesen Gegenstand mehrfach in Betracht gezogen und derzügliche Anträge gemacht, die im Wesentlichen dahin zielen, die Stifter auf ihren ursprünglichen Grund, für Kirche und Schule zu wirken, zurückzuführen. Aber die frühere Regierung that auch in dieser wie in manchen andern Beziehung zu wenig, um die staatsgrundgesetzlichen Ideen im Volke einzubürgern, und so kam es, daß nur ein Mannsstift einer Reorganisation unterzogen wurde, nämlich das Stift St. Bonifacii in Hameln. König Wilhelm IV. erließ am 17. März 1836 eine Urkunde, wonach das Stift aus 11 Präbenden bestehen sollte, von denen das Dekanat und 4 Kanonikate nur an Geistliche und Schullehrer verliehen werden dürften. Indessen bis jetzt hat nur der Hofprediger Leopold das Dekanat erhalten, alle übrigen Kanonikate sind wiederum in die Hände der geistlichen Beamteten, Officiere ꝛc. übergegangen, wie dies in 9 Mannsstiftern überhaupt der Fall ist. Wir sollten meinen, gegen eine solche Vertheilung der geistlichen Güter müßte von Seite der Stände endlich einmal eingeschritten werden, um so mehr als diese Korporationen gerade in Beziehung auf die geistliche Vertretung der zweiten Kammer ein Einfluß sind. So wählte das Hamelnsche und Münstersche Stift wiederum den heiteren Kämpen gegen die Prozeß-Ordnung, Konsistorialrath Dr. Bauer, und die Lüneburger Stifter den Superintendenten Meyer. Abgesehen aber auch davon, so bedürften unsere Volksschullehrer und manche Geistliche wohl aus diesen Klostergütern zu ihren kärglichen Gehalten Zuschüsse, die ihnen mindestens eher auf diesem Kirchengute zukämen, als jungen Offizieren, die nach ihrem Abgange, wie kürzlich der Kanonikus Lieut. v. Kronenfeld, noch dazu mit Rentmeisterscharakter begnadigt werden. Mögen die nächsten Stände sich dieser gewiß nicht unwichtigen Angelegenheit annehmen, die so, wie sie ist, mit dem verunsittigen Zeitgeiste nicht mehr bestehen kann. Daß überhaupt das gesunkene kirchliche Leben unter dem alleinigen Regimente königlicher Konsistorien nicht gehoben werden kann, sieht Jedee ein, besonders wird sich das Ungenügende unserer Kirchenverfassung erst recht zeigen, wenn die Konflikte mit dem absoluten Kirchenregimente eintreten, wo die Gemeinden fast völlig rechtlos sind. Der Anfang ist in Osnabrück mit der Nichtbestätigung des Kandidaten Hirsche von Seite des Grafen Wedel als Minister der geistlichen Angelegenheiten gemacht, trotzdem daß das hiesige Konsistorium ihn zur Anstellung dringend empfohlen hatte. Auch in Stade zeigen sich einige Gelüste, die Kirche in die Gewalt des Staates zu bringen. Daher ist es wahrhaftig die höchste Zeit, daß diejenigen, welche solche bedauerliche Konflikte wie in Preußen bei uns vermeiden wollen, auf eine gute und freie Synodal- und Presbyterialverfassung hinarbeiten, wie denn auch die freie Predigerwahl, wo sie verloren ging, wieder errungen werden muß. Auch diese Frage wird von einer oder der andern Seite den Ständen zur zeitgemäßen Beantwortung vorgelegt werden.

**Baden.** Karlsruhe, 30. Dez. Dem Schwäb. Merk. wird geschrieben, der Staatsrath habe beschlossen, den drei durch die jüngsten Zahlungseinstellungen bedrohten Etablissements (der Zuckerfabrik zu Waghäusel, der Baumwollenspinnerei zu Ettlingen und der Kepserschen Maschinenfabrik) mit einer sehr ansehnlichen Summe zu Hülfe zu kommen, und deßhalb den Ständen demnächst eine Vorlage zu machen. Es würden dadurch die gemeinnützigen Anstalten aufrecht erhalten, es würden die Arbeiter nicht beodlos werden, und auch die Gläubiger würden minder große Verluste erleiden.

**Kurhessen.** **Kassel, 27. Dezbr. Die turhessische Landständ haben in Beziehung auf die Zensurverhältnisse einen Beschluß gefaßt, dessen Charakter sehr von der Richtung abzuweichen scheint, die sich jetzt jener Angelegenheit wegen in den Kammerverhandlungen von München, Karlsruhe und Darmstadt kundgegeben hat. „Die Freiheit der Presse und des Buchhandels wird in ihrem vollen Umfange stattfinden." An diesen Ausspruch der Verfassungsurkunde knüpft dieselbe eine Zeitbeschränkung mit den Worten: „Es soll jedoch zuvor gegen Preßvergehen ein besonderes Gesetz alsbald erlassen werden." Hinzugefügt wird dann: „Die Censur ist nur in den durch die Bundesgesetze bestimmten Fällen zulässig." Im Dezember 1831 wurde den Landständen durch den damaligen Minister Eggena ein im gesammten Staatsministerium berathener Gesetzentwurf vorgelegt, welcher sich nicht bloß mit Bestrafung von Preßvergehen befaßte, sondern das Verhältniß der Presse vollständig zu regeln bestimmt war. Derselbe beruhte im Ganzen auf freisinnigen Grundsätzen, beschränkte namentlich die Censur auf die zur Einreichung bei der deutschen Bundesversammlung bestimmten Reklamationen und Denkschriften, weil dies der einzige bundesgesetzliche Fall sei, für welchen, nach dem Bundestagsbeschlusse vom 15. Januar 1824, Censur nothwendig wäre. Die Landstände begehrten noch mancherlei Änderungen des Gesetzentwurfs. Darüber verlief die Zeit, bis Hassenpflug in das Ministerium trat. Derselbe bezweifelte, daß der Entwurf der Regierung mit den Bundesgesetzen im Einklang stehe, und legte den Landständen ein anderes Preßgesetz vor. Dieses wurde von den Landständen als verfassungswidrig verworfen, weil es die Censur über die Fälle der Bundesgesetzgebung hinaus erstreckte. Ein auf die Betrafung von Preßvergehen beschränktes Gesetz wurde vom Ministerium verweigert, bis diesen in das Jahr 1833 fallenden Begebenheiten haben die Verhandlungen über die Presse in der kurhessischen Ständeversammlung eigentlich ganz geruht. Dagegen begehrte das Ministerium im Jahre 1837 die Bewilligung von Gehalten für Censoren, was jedoch die Ständeversammlung ablehnte. Im Jahre 1843 erneuerte sich dieses Verlangen, aber ebenfalls ohne Erfolg, so manche Stimme auch dafür in der Ständeversammlung zur Unterstützung des Vorschlags laut wurde, so sehr sich der Regierungskommissär bemühte, demselben Anerkennung zu verschaffen. Auf dem Landtage von 1846 möglichte der Versuch, die Bewilligung von Gehalten für Censoren zu erlangen so sehr, daß derselbe ohne alle Diskussion zurückgewiesen wurde. Im Gegentheil wurden jetzt Ausgaben, die für die Censurverwaltung stattgefunden hatten, sehr ernsthaft von Seite der Landstände angegriffen, indem darin eine Verwendung des Staatseinkommens erblickt wurde, welche den Zwecken

Digitized by Google

widerstreite, für die daselbe bestimmt gewesen sei. Ja es kamen Anträge auf Beseitigung aller Zensur, über welche jedoch wegen Auflösung der Ständeversammlung kein Beschluß gefaßt werden konnte. Die in Folge dieser Auflösung neu berufene Ständeversammlung hat nun jetzt Besoldungen für die Censoren ausgesetzt und zur Bewilligung der dafür begehrten Geldmittel sich bereit erklärt. Es wird dermalen kaum noch Etwas in Kurhessen gedruckt; gegen die daraus sich ableitende geringfügige Beschäftigung der Censurbehörde wurde jedoch geltend gemacht, daß dieselbe sehr durch die Prüfung der anderwärts, also mit der Censur eines deutschen Bundesstaates oder gesetzlich censurfrei, gedruckten Schriften in Anspruch genommen werde, demnach durch Nachcensur! Die Vertreter der Regierung haben auf diesen Beschluß nicht im Mindesten eingewirkt; Keiner derselben hat während der Discussion das Wort genommen. Erst als dieselbe geschlossen und die Abstimmung erfolgt war, erklärte der Vorstand vom Ministerium des Innern, daß die Censur ein nothwendiges Attribut des obrigkeitlichen Amtes sei und solange fortbestehen müsse, als es überhaupt noch verderbliche Schriften gebe, die aber ihren Gegenstand von selbst verlierr, wenn diese erst aufhören würden.

**Bremen**, 1. Jan. Vom heutigen Datum an führt Dr. Lorenzen aus Kiel an Andreä Stelle die Redaktion der Bremer Zeitung.

**Schleswig-Holstein**, 24. Dez. Die Weserz. theilt folgenden die dänische Billigkeit bezeichnenden Zug mit: Ein interessantes Beispiel, wie die Rechtsgleichheit zwischen den deutschen Herzogthümern und dem dänischen Königreich verstanden wird, bietet eine an sich sehr geringfügige Thatsache. Es ist nämlich jetzt ein Beschluß gefaßt, wie die Ausbeuten der vor Kurzem beendeten naturwissenschaftlichen Expedition der „Galathea“ zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark getheilt werden sollen. Bei einzelnen oder mehreren Exemplaren von einer Art soll die erste Auswahl das Privatkabinet S. k. Maj. in Kopenhagen haben, die zweite Auswahl das Nationalmuseum in Kopenhagen, die dritte die Universität in Kopenhagen, und sollte dann noch ein gutes oder überhaupt nur ein Exemplar übrig bleiben, so soll viertens dann auch die Universität zu Kiel keineswegs vergessen werden. Für diejenigen Ihrer Leser, welche die finanzielle Belastungsfrage der Herzogthümer nicht studirt haben sollten, kann dieses Vertheilungsprinzip als Norm und Maß dienen. Denn ungefähr nach demselben Prinzipe wird mit den Finanzen verfahren. Zur Expedition der „Galathea“ trugen die Herzogthümer $^2/_5$, Dänemark $^3/_5$ bei, und von der Ausbeute erhalten jene, wenn Exemplaer genug vorhandenn sind, das schlechteste Viertheil, wo nicht gar Nichts.

## Schweiz.

○ **Bern**, 31. Dez. Mit dem scheidenden Jahre hat auch die „Berner Volkszeitung“ ihr Ende erreicht. Mit ihr hört ein Hauptorgan der konservativen Partei auf. Die Redaktion erklärt in der letzten Nummer ihres Blattes, sie halte es im Interesse der von ihr und ihren Mitarbeitern verfochtenen Grundsätze, sie jetzt abzutreten, und die große und eindringlichste Lehrerin der Menschen — die Erfahrung — allein reden zu lassen. „Wir weeden aber“, fährt sie fort, „eingedenk, daß Gott nur demjenigen hilft, der sich selbst nicht verläßt, — Jeder in seinem Kreise fort und fort nach redlicher Überzeugung und nach besten Kräften zum Wohle eines Landes mitzuwirken streben, dem durch Abstammung wie mit ganzer Seele angehören.“ Das größte Unglück für die Eidgenossenschaft erblickt sie in der „aus der Fremde heimlich und öffentlich eingeschleppten Irreligiosität, welche das Herzblut des Schweizervolkes täglich mehr zu vergiften droht.“

— Als einen „Nachtrag aus dem Sonderbundshimmel“ nennt der Berner Zeitung aus Sitten geschrieben: „Um die Mitte Oktobers hielt der Pfarrer von Orsieres in seiner Wohnung eine Art von Konferenz (conciliabule), an welcher Mehrere (z. B. Offsierer) sowohl als Geistliche Theil nahmen. Veranlassung bildete die Gefahr, worin Wallis sich jetzt befinde, und der Zweck des Beisammenseins war Berathung der Mittel zur Abwehr dieser Gefahr. Als nun bezüglich des zweiten Punktes Niemand recht herauswollte mit der Sprache, da eröffnete der Seelenhirt von Orsieres selbst: seines Erachtens müsse recht durchgreifend verfahren werden, und er mache demnach den Vorschlag, bei nächster Gelegenheit Alles, was in Wallis nur irgendwie radikal oder liberal sei, ohne Gnad' und Barmherzigkeit über die Klinge springen zu lassen; diese Maßregel müsse jedes Individuum beiderlei Geschlechts treffen, das seden Zahre und darüber alt sei. — Nicht alle Konferenzler theilten jedoch des Hrn. Pfarrers Ansicht, und einer (ein Offizier) äußerte bald nachher, von Unruhe ergreinigt, gegen einen Uneingeweihten, das Gewissen erlaube ihm nicht länger, dieses höllische Vorhaben der Welt zu verschweigen, noch viel weniger zur Ausführung Hand zu bieten. Der Name dieses Pfarrers ist François Joseph Biser, und er, weiland klerikaler Großrathssuppleant, gehört in ein geistliches Korps, nämlich unter die „chanoines réguliers du grand St. Bernard et du Simplon.“ Daß dieser Herr und seine Genossen seit der Auflösung des Sonderbundes landesflüchtig ist, versteht sich von selbst. — Am 28. d. wurden die eidg. Repräsentanten in den Großen Rath von Wallis eingeführt und hielten zwei französische und eine deutsche Rede. Eine aus 9 Mitgliedern zusammengesetzte Kommision soll das von der provisorischen Regierung entworfene Verfassungsprojekt vorberathen. Professor Siettler, welcher an der hiesigen Hochschule für das schweizerische Staatsrecht angestellt ist, wurde wegen eines Anstlags an das schwarze Brett, „daß er das Bundesrecht nicht mehr lese, da dasselbe gewaltsam zerissen worden“, vom Reg.-Rath in seinem Amte eingestellt und den Gerichten überwiesen. Das Amtsgericht von Bern hat ihn nun freigesprochen, aber zu den Kosten verurtheilt.

**Bern**, 31. Dezbr. Nächster Tage sollen sämmtliche in der Schweiz aufgestellte eidgenössische Truppen auf 10,000 Mann reducirt werden.

**Wallis**. Auch der päpstliche Nuntius anerkennt die neue Ordnung im Wallis. Er apostrophirt im diesfallsigen Schreiben das Personal der provisorischen Regierung per „illustrissimi“, nennt die Vorgänge, welche den Umschwung der Dinge hier herbeiführten und begleiteten, „des faits que jn ne qualiserai point“ und wünscht dem Kanton Wallis sont ce qui peut contribuer à son véritable bien. Die provisorische Regierung hat drei neue Dekrete erlassen. Das eine betrifft das Kloster auf dem St. Bernhard. Die Mönche werden aufgefordert, dahin zurückzukehren. Alles verschleppte Gut solle zurückgebracht werden. Die Schuldner des Klosters dürfen ohne Bewilligung der Regierung keine Zahlung leisten. Das zweite Dekret erklärt null und nichtig alle Handlungen des Centralgerichtes und weist dessen Mitglieder an, die erhaltenen Emolumente der Staatskasse abzuliefern. Durch das dritte Dekret wird das Offizierkorps leiber eing. Kontingente aufgelöst. In der kürzesten Zeit sollen diese Kontingente reorganisirt werden. Die übrigen Truppenkorps, Landwehr u. s. w. bleiben einstweilen aufgelöst.

**Unterwalden**. Letzten Mittwoch haben die eidg. Okkupationstruppen den Kanton verlassen, ebenso die eidg. Repräsentanten.

## Großbritannien.

**London**, 29. Dez. In einem Alter von 85 Jahren starb den 26. Dez. der Graf v. Harrowby, der in früheren Jahren eine politische Rolle spielte und als Freund William Pitts zu den höchsten Ämtern gelangte. Für uns Deutsche ist sein Andenken dadurch Interesse, daß er 1805 als außerordentlicher Gesandter nach Berlin geschickt wurde, mit dem Auftrage, das preußische Kabinet zu einem Bündniß mit Rußland und Österreich gegen Napoleon zu überreden. Die Niederlage der Russen und Österreicher bei Austerlitz durchschnitt jedoch diesen Plan. Sein Titel war der eines Earl of Harrowby und Viscount Sandon.

Die zu Tausenden außer Beschäftigung gesetzten Eisenbahnarbeiter drohen, einen Theil Englands in ein zweites Irland zu verwandeln; namentlich drgehen sie in und um Liverpool die ärgsten Räubereien und Ausschweifungen. Die obeigetheilten Personen dieser Stadt hielten deßhalb am heutigen Tage eine geheime Sitzung, um über die Mittel zu berathen, jedenzeit und an jedem gefährdeten Punkte bewaffnete und bereitene Mannschaft zur Hand zu haben.

Bereits ergehen sich mehrere Journale über die französische Thronrede, natürlich jedes seinem politischen Standpunkte gemäß. Der Globe meint: die Rede Ludwig Philipps habe, wie an der Börse, so überhaupt wenig Eindruck gemacht, sie sei so ausgefallen wie man erwartet; das meiste Aufsehen erregt unter den Einschlägen die gegen die Reform-Zwecessen gerichtete Stelle, da jeder mit Fernblick Begabte erkenne, daß das Gefühl, welches sich in diesen Festmahlen ausspreche und sich so reißend schnell über das Land verbreite, von den wichtigsten Folgen begleitet sein werde, namentlich wenn man ihm unklug Widerstand zu leisten versuchen sollte, statt dieser bedauernen politischen Strömung gesetzlich nachzugeben und sie in ein verfassungsmäßiges Bett zu leiten. Auch die Times enthalten einen übrigens nicht sehr bedeutenden Artikel über die Rede des Königs, wobei das Blatt schließlich bemerkt: Niemand könne mehr als Sie G. Canning

Digitized by Google

geeignet sein, die Rolle eines Vermittlers in der Schweiz durchzuführen und dahin zu wirken, daß die Kriegscontributionen ermäßigt, eine allgemeine Amnestie erlassen und Eintracht und vorsöhnliches Verhalten zwischen beiden Parteien wiederhergestellt würden. Über diese Gegenstände werde eine Zweifel auf der Brücke der parlamentarischen Verhandlungen ein sehr heftiger Kampf gegen Guizot entbrennen, und obschon man nicht sagen könne, daß das Ministerium von unmittelbarer Auflösung bedroht wäre, dürfe man doch so dreist sein, zu behaupten, daß das Cabinet nach nie einer Session, welche so viele Grundfragen von Aufsicherheit und Gefahr enthalte, entgegengegangen sei.

**Frankreich.**

Paris, 31. December. Die weitern Vorstandswahlen in den Deputirtenkammern sind, wie sich voraussehen ließ, ganz im Sinne des Ministeriums ausgefallen. Zu Vicepräsidenten wurden der erwannt die HD. Signon, Lepelletier d'Aulnay, Dugeaud und D. Delessert. Der National nennt die Wahl des Marschalls Bugeaud eine Drohung, und die Wahl des Herrn Delessert eine Protestation gegen den Gedanken jedweder politischen Reform. Die drei ministeriellen Kandidaten für die Secretärsstellen, die HD. Oger, Buffières und Saglio erhielten bei der ersten Umfrage sogleich die erforderliche Stimmenmehrheit; bei der Wahl des vierten Secretärs theilten sich dagegen die Stimmen zwischen drei Oppositionsmännern, den HD. Jacrosse, Monier de la Sizeranne und Havin. Bei der heutigen Berathung der Wahl wird das Stimmenmehr ohne Zweifel auf Hrn. Jacrosse fallen, zu dessen Gunsten Hr. Monier de la Sizeranne bereits förmlich auf seine eigene Anwartschaft verzichtet hat.

Der Moniteur enthält die unerwartete Anzeige: „der Zustand der Prinzessin Adelaide, Schwester des Königs, die seit einigen Tagen unwohl war, ist in der letzten Nacht so schlimm geworden, daß jede Hoffnung der Genesung aufgegeben werden muß. J. K. H. hat in Gegenwart des Königs und der Königl. Familie die Sakramente der Kirche empfangen."

Das J. d. D. fügt in seiner zweiten Auflage die Nachricht von dem bereits erfolgten Tode der Prinzessin hinzu, der Morgens um halb drei Uhr erfolgte. Mit dem Ableben der Schwester Louis Philipp's, die eine sehr strenge Hausthüterin war und sehr gut zu rechnen verstand, fällt wiederum ein ungetheures Vermögen an die Kinder des Königs.

**Spanien.**

Die Madrider Blätter wissen von Nichts zu sprechen, als von der neuen Kabinetskrisis, welche dadurch verlängert zu werden scheint, daß die HD. Mon und Pidal, auf die man gerechnet hatte, sich entschieden weigern, in das Ministerium zu treten. Das Gewisse an der Sache ist, daß mit und ohne die HD. Mon und Pidal, mit einem progressistischen oder mit einem „gemäßigten" Ministerium unglücklicher Weise immer die Regierung fehlt. Die Regierung im konstitutionellen Spanien hat an dem Tage aufgehört, wo Espartero fiel. Im Laufe des Januar erwartet man Espartero in Madrid zurück, wir bezweifeln indessen, daß er dort jemals wieder eine politische Rolle spielen wird, und so seit wir übergeugt sind, daß Spanien bei der längern Dauer der Regentschaft des Herzogs de la Victoria seine Rechnung gefunden haben würde, so wenig glauben wir daran, daß es für ihn möglich und für Spanien wünschenswerth sei, daß er jemals wieder zu einer bedeutenden Stellung gelange.

**Italien.**

Rom. In der schon erwähnten Allocution des Papstes sind ein paar Stellen von ganz besonderem Interesse, namentlich die, worin der Sprecher seine eigne kirchliche Stellung bezeichnet; hierüber haben in unserm Vaterlande doppeltes Interesse, da die kosmopolitische Gutmüthigkeit der Deutschen sich zu leicht verleiten läßt, den liberalen Regenten des Kirchenstaates und den Nachfolger Gregors VII. mit einander zu vermischen. Nachdem der Papst verschiedene Mal, wie doch er die Übertieferungen der heil. römischen Kirche hatte, beklagt er sich darüber, daß viele Feinde der katholischen Wahrheit darauf ausgingen, ihre Ungeheuer von Meinungen der Lehre Christi gleichzustellen oder mit ihr zu vermengen und so jenes gottlose System der religiösen Indifferenz mehr und mehr auszubreiten suchen. „Ganz neuerlich sind, mit Empörung erwähne ich es, (horrendum dictu) Leute gefunden worden, welche Unserm Namen und Unserer apostolischen Würde die Schmach angethan haben, Uns gleichsam für Theilhaber ihrer Thorheit und Förderer jenes verrutten Systemes auszugeben. Aus einigen Anordnungen zur Erhöhung der bürgerlichen Wohlfahrt im Kirchenstaate, welche gewiß nichts Religionswidriges enthielten, haben sie schließen wollen, wir dächten so wohlwollend von jeder Menschengattung, daß wir nicht allein die Kinder der Kirche, sondern auch alle Übrigen, soweit sie auch von der katholischen Einheit entfernt sind, für theilhaftig an dem ewigen Leben hielten; es schien uns vor Schrecken Worte, um gegen diese neue und so arge Kränkung gegen Uns unsern Abscheu auszusprechen. Wir lieben zwar aus unserm innersten Herzen alle Menschen, doch nicht anders, als in der Liebe Gottes und Unsers Herrn Jesu Christi, der gekommen, um zu suchen und zu retten, was verloren war, der für Alle gestorben ist, der alle Menschen will selig werden und zur Erkenntniß der Wahrheit kommen lassen, den seine Jünger ausgesandt in alle Welt, um das Evangelium aller Kreatur zu predigen, indem er verkündigte, daß, die da glauben und getauft sind, selig werden, die nicht glauben, verdammt sind. Drum sollen die kommen, die selig werden wollen, zur Säule und Grundfeste der Wahrheit, welche die Kirche ist, herkommen zu der wahren Kirche Christi, welche in den Bischöfen und dem römischen Papste die ununterbrochene Nachfolge des apostolischen Ansehens enthält." — Über die Schweiz äußert er sich in ähnlichem Sinne; er beklagt den Krieg, sowohl wegen des vergossenen Blutes und des Bruderkampfes und der schrecklichen, langwierigen und verbitterten Zerwürfnisse, als auch wegen der Nachtheile, welche der katholischen Sache zugefügt werden sind und noch werden zugefügt werden, endlich auch wegen der beklagenswerthen Sakrilegien, welche in ersten Zusammenstoße stattgefunden haben. — Den Vorwurf Mißtrauens hätte der Papst gewünscht, einen guten Ausgang verkünden zu können, den ihm einige Zeitungsschreiber bereits gemeldet hätten. (Wenn gleichzeitig der russische Czar dem Grafen Bludoff die diamantenen Insignien des Andreasordens ertheilt, weil er die Unterhandlungen mit dem römischen Hofe zu dem ihm vorgezeichneten gedeihlichen Ziele geführt habe, so muß dies entweder auf einem Irrthum beruhen oder die russische Politik war nicht darauf gefaßt; das Beste zu thun. Vater so bald und unbequem der Welt die Wahrheit verkündigen werde. In ähnlicher Weise sind auch die russischen Generale im Kaukasus decorirt worden; zum Glück hielt aber Schamyl seine Allocutionen, wodurch das Verdienst jener Auszeichnung sehr compromittirt werden können.)

**Griechenland.**

* Athen, 23. Dec. Memorandum der Regierung Sr. griechischen Maj. an den Präsidenten der fünf Großmächte:

„Ihr Benehmen zu rechtfertigen in der Angelegenheit, wegen welcher ihre Beziehungen zu Griechenland schwebend bleiben, hat die k. p. Pforte eine Note an den Stellvertreter der fünf Mächte gerichtet. Es ist Recht und Pflicht der Kön. Reg., auch ihrerseits sich zu erklären. Sowohl Anfangs Stillschweigen beachtend, als auch heute sprechend, hatte dieselbe weder, noch hat sie einen andern Zweck als den, die Beilegung einer bedauerlichen Differenz zu erleichtern, und die Mächte wohlzig beschützen. Die Thatsachen allein können ein billiges Urtheil über die gegenseitigen Erklärungen hervorrufen. Die Regierung beschränkt sich daher darauf, zu berichten den Vorfall sowohl, als was sie gethan zur Aufrechthung; diese einfache Aufzählung der Thatsachen fügt sie mit amtlicher Schreiben. Ihre Amtlichkeit, ihrer Kommentar bunte, wenn auch unwillkürlich, gegen den Zweck laufen: die Verstümmung. — Die Regierung hegt stets die rieke Überzeugung, daß die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei, wie sie die Wiche immer gewollt haben, auch durch die wahren Interessen der Königreiche gebieterisch erheischt werden. Diese Beziehungen wiederherzustellen, war das lovalste Einvernehmen allein wirksam; sie zu befestigen, hatten beide Regierungen von ihrem Willen unabhängige Schwierigkeiten zu überwinden; sie mußten sich zu diesem Zwecke fern und über den Leidenschaften halten, welche ihren Vorbild fanden in der Dynna unpolitischer und gefährlicher Gereiztheit. — Von dieser Idee durchdrungen, betrachtete die Reg. des Königs den osmanischen Gesandten in Athen nicht als den Stellvertreter, mit welchem die Regierung des Sultans theilte, sie erblickte gerne diesen Gesandten bestimmt, mitzuwirken zur Beschwichtigung der Antipathien und Vorurtheile, zur Anerkennung von Bändern gegenseitigen Interesses zwischen den Völkern, Ländern, welche ihre beide Regierungen vertraten. Während der ganzen Dauer der Anwesenheit des Hr. Musturus in Athen glaubte die Reg. des Königs, daß derselbe den Charakter und die Höhe seiner Sendung erkenne. Später, als aus Bewegungsgründen, die den Pflichten seiner Stellung fremd, zu offenen die Aufgabe außer Augen zu verlieren begann, die ihm sein Hof amtlich und ohne Zweifel amtlichig als Zweck seiner Sendung bezeichnet, und als die guten Verhältnisse beider Regierungen darunter zu leiden Gefahr liefen, hat die Reg. des Königs mit Vertrauen die k. Pforte aufmerksam gemacht, in der Überzeugung, daß sie, in ihrer Billigkeit und alle Interessen genau erwägend, Abhülfe zu treffen, nicht zögern werde. Es war unvermeidlich, diese Umstände zu erwähnen, damit der Zusammenhalt, von dem heute die Rede, die richtige Würdigung finde. Oberstlieut. Karaiskos, vom Ministerium Maurokordatos im April 1844, sechs Tage nach dessen Bildung, zum Adjutanten des Königs ernannt, begehrte im verg. Januar vom König Urlaub auf einige Wochen nach Konstantinopel. Oberstlieut. Karaiskos hat Familienverhältnisse als Grund seines Gesuches an und bringt denselben durch einen Brief eines Gemeinden, des Arztes des Großvezirs Reschid-Pascha, der ihm gerathen, nach Konstantinopel zu gehen und ihn versprach, daß das Wohlwollen, das er dort finden werde, ihm dazu verhelfen werde, einige Konzessionen in Makedonien zu

Digitized by Google

rückgerhalten, welche eine Familie besessen hatte. Oberstlieut. Karatassos war im Jahr 1841 in Unruhen verwickelt, welche an den Grenzen Thessaliens ausgebrochen; er wäre damals präventiv verhaftet worden, allein von nun an war sein Athmen in allen Gliedern eigenthümlich und regelmäßig gewesen, so daß nur die Regierung sein Gemüth ordnen, ihm den Urlaub zu verweigern, der durch dringende Anliegen begründet, durch die Gewährleistung eines Mannes, bekannt des Wohlwollens des ersten Vertrauensträgers der Krone sich zu erfreuen, nun kann sagen, gerechtfertigt war. Es darf hier nicht übergangen werden, daß die wichtigen Verhandlungen der Oberstlieut. Karatassos in Athen nicht mit geringen Personen stattfanden, welche die h. Pforte und die Minister in Athen als die fähigsten zu Unterhandlungen betrachteten, welche sie mannigfach zu beunruhigen schienen. Zugen wir schließlich hinzu, daß nie früher der Eingang in das osmanische Reich den 1841 Bloßgestellten verweigert worden war, daß Hr. Musturus vielmehr vor Kurzem die Pässe verschiedener in diese Kategorie fallenden Personen nicht hatte, namentlich den eines nach Makedonien auswandernden Mannes, von dem er wußte, daß ihn die Nähe seines hohen Kabinets als das Ziel seiner mahdevollsten geheimen Sunden bezeichnete. Offenbar hatte die Regierung aber unrichtig noch vertraulich sie geringste Besorgniß, zu vermuthen, daß Verhaltungsregeln der h. Pforte bestunden, welche das Visa der Pässe dieser oder jener Klasse von Individuen verböten; ähnliche Verhaltungsregeln wurden ihr niemals mitgetheilt und später hat sich erwiesen, daß die osmanischen Kundgebungen keine bestimmte Verhaltungsregeln enthielten. Wäre daher weder von Seite der Athenischen Gesandtschaft, noch von Konstantinopel. Der König hat demnach angemessen gefunden, den begehrten Urlaub zu ertheilen, der Paß wurde von der sonnyestlichen Gesandtschaft, nachdem er die Zeugniß um 24. Januar, dem Tage der Absort des Dampfboots nach Konstantinopel, erschien Karatassos in der Kanzlei der osmanischen Gesandtschaft, besselben bitten zu lassen. Ein Beamteter der Gesandtschaft, nachdem er die Bestelle seines Chefs eingeholt, ertheilte die Bitterung des Passes. Der Dragoman, Hr. Aristarchi, aber ohne Argwohn, erwartete eine Erklärung. Kreuno erschien ein Sekretär der Gesandtschaft beim Minister-präsidenten, ihm zu sagen, daß Hr. Musturus, weil er seiner gegen Hrn. Karatassos berichtet, besselben Paß nach vor Kurzem nicht ausgefertigt, nicht ausfertigen könne, die Stellung des Oberstlieutenants bei dem König sei das Paßt seiner Führung, die so habe Bürgschaft müsse jenes Hinderniß haben, und wenn Hr. Musturus auf diese Weise die Bitterung des Passes begründe, er der Billigung seiner Regierung gewiß sein könne. Der Minister-präsident erwiderte, daß Karatassos in Betracht zu ziehen nicht ermangeln werde. Der Sekretär des osmanischen Gesandtschaft entfernte sich mit dem Versprechen, den andern Tag die Antwort des Hrn. Musturus zu überbringen. Es war aber der Mühe werth, daß Hr. Musturus den Minister-präsidenten sprach; es mußte ihm um so mehr anliegen, als ein Hofball, wozu er eingeladen, Abends stattfinden sollte. Der König erkundigte sich vor seinem Eintreten um den Stand der Angelegenheit, welche ihr Gegenstand sei. Der Minister-präsident überreichte erhaltene Bericht an den König, der, das Benehmen (le procede) unpassend findend (peu convenable), bei Hrn. Musturus angekommen, diesem sagte: „Ich hätte gezieamt, mein Herr, daß der König um seine Bürgschaft mehr Achtung verdienten, als Sie gegenüber, Sie, der Sie gegen Ihren Souverain, der mir zu sagen, keinesweges den Charakter der Beleidigung tragen, sowegen den der Bedauerns (regret). Hr. Musturus erwiderte Nichts, blieb ungefähr zwei Stunden auf dem Ball, besprach sich mit verschiedenen als Abrapprosentirten befannten Personen und entfernte sich ohne Erklärung mit seinem Minister-präsidenten, worin er zum ersten Male von einem Besuche seines Hofes sprach, die Pässe der im Jahr 1841 Bloßgestellten nicht zu visiren. Mit dem ersten nach Konstantinopel abgehenden Dampfboot der Minister-präsident sich meldet, den Vorfall ergänzen, der h. Pforte durch den griechischen Geschäftsträger Erläuterungen zu geben, die geeignet waren, dieselbe über das Benehmen des Hrn. Musturus aufzuklären, und diese Erläuterungen durch das Vorgefallene zu belegen. Die Regierung zu geben, daß die Gesinnungen des Königs und seiner Regierung nicht von der Art seien, Verdacht oder Empfindlichkeit (susceptibilités) zu veranlassen. Mit derselben Gelegenheit sandte Hr. Musturus seiner Regierung eine an Hrn. Kolettis gerichtete Note, in welcher der Vorfall mit den tadelnden Farben schilderte, und der Pforte das Schicksichen vorbergen wird durch die Versicherung, daß von seiner Seite am 24. ein Schritt geschehen sei. In dieser Note gelobigt zum ersten Male amtliche Erwähnung der Verhaltungsregeln, der Hr. Musturus von seiner Entfernung vom Hofballe sich

sen Natur, Bedürfnisse, Interessen nicht verstanden, darnach seine Mittel verkehrt gewählt und daher seinen Zweck bis jetzt immer verfehlt hat. Er setzte in den Massen im Allgemeinen revolutionäre Gefühle und Leidenschaften voraus, die in der That niemals in Italien existiren konnten, während seine Ansichten und Doktrinen von dem größten Theil seiner eigenen Partei nicht verstanden noch getheilt wurden. So lange eine gewisse Exaltation dauerte, ließ man sich leicht zu dem Kampf der Träume und Täuschungen des Herzens führen, aber so bereit man zu den zeitweiligen Demonstrationen der Sympathie oder Abneigung, der Liebe oder des Hasses war, mit derselben Leichtigkeit fiel man in die vollständigste Kälte und Gleichgiltigkeit zurück. Die Partei fehlte schon in ihrem Hauptmittel, die Ideen und Grundsätze der Massen zu ihren Zwecken verzudeuten. Dies war das in Marseille gegründete Journal, La Giovine Italia, ein Journal, das weder gezwungen noch verstanden wurde, das eine Sprache redete, die wohl feurige Geister und leidenschaftliche Einbildungen entzünden, aber nicht wahre Grundsätze und wahre Überzeugungen hervorbringen konnte. Dies widerfuhr auch dem „Jungen Italien“: die Jugend entzündete sich, sie wäre fähig gewesen, unter Absingung patriotischer Hymnen zum Sieg oder Tod zu gehen; aber wenn man nach der Anregung des Kampfes die meisten dieser muthigen Vertheidiger der Freiheit und des Vaterlandes gefragt hätte, was sie gethan wissen wollten, um die eroberte Freiheit dauerhaft und stark zu machen, so hätte keiner auf eine vernünftige und positive Art die praktischen Forderungen der Lage anseinanderlegen können.

Mit demselben Scharfsinn, womit der Verfasser die Vergangenheit der Italiener, die Grundlage ihres Charakters die davon abzuleitenden Bedingungen und Schwierigkeiten ihrer politischen und moralischen Erhebung, ihre Bedürfnisse und Wünsche und die daraus entspringenden Tendenzen der verschiedenen Parteien gemustert hat, mit demselben Scharfsinne betrachtet er zuletzt auch die jetzige Lage Italiens, den neuen Aufschwung von Oben und die Hoffnungen, die sich für die Zukunft fassen lassen. So sehr er dem jetzigen Papste und dessen Tendenzen volle Gerechtigkeit widerfahren läßt, so sieht er doch zu hoch, um in den allgemeinen Jubel ohne Bedingung einzustimmen und nun Alles für gewonnen zu halten. Er betrachtet Alles, was jetzt geschieht, als einen Übergang zu einem allgemeinen bessern Zustand, der möglicher Weise nachhaltige gute Folgen haben kann. Denn er unterschreibet sehr wohl den Papst an sich mit seinen Tugenden und seinem guten Willen von der Kirche, als deren Oberhaupt, in deren Sinn und nach deren unabänderlicher Natur jener handeln muß. „Die Kirche kann sich nicht wesentlich reformiren, kann den Verstand und die Gewissen nicht frei geben, kann dem Fortschritt nicht huldigen, ohne sich selbst zu zerstören, ohne die dsterische Kette der Prinzipien und Ideen zu brechen, die sie an eine längst verschwundene moralische und politische Vergangenheit knüpft.“ Nur Menschen ohne Grundsätze und Glauben können ernstlich behaupten, daß der Katholizismus und das Papstthum sich nach und nach den liberalen und reformistischen Ideen und Institutionen dieses Jahrhunderts bequemen könnten, daß ein Papst, der in Hinsicht auf das geistige Dogma und das Grundprinzip der weltlichen Macht nur der ergebene Diener der apostolischen Kirchentraditionen und der unveränderlichen Grundsätze des römischen Hofs ist, auch nur den Gedanken nähren könnte, ein als liberaler und philosophischer Reformator eine Rolle zu spielen.“

Über Pius IX. gibt dann der Verf. sein Urtheil so: „Ich will gern glauben, daß der neue Papst einen bestimmten und starken Geist, einen Willen zu großen Dingen, ein tugendhaftes, dem Wohl seiner Unterthanen aufrichtig ergebenes Herz hat. Er wird einen großen Einfluß auf Italien haben, nicht nur durch das, was er selbst thut, sondern mehr durch das, was er die Italiener thun lehrt. Aber ich glaube auch, daß Pius IX. einer der praktischsten, positivsten, fähigsten Geister ist, der nach dem rechten Werth zu bemessen weiß, was die wahren Gefühle und Bedürfnisse und die lebendigen Kräfte seines Volkes sind. Alle Thaten seiner Regierung beweisen, daß er sich keine Täuschungen über den Einfluß macht, den das Papstthum und die Kirche in unsern Tagen auf Italien und Europa noch haben können. Pius IX. ist weit entfernt, sich die Gefahren zu verbergen welche die Kirche und die weltliche Regierung Roms bedrohen. Alle seine Pläne, Reformen und Worte verkünden einen eben so geschickten als klugen Papst, einen Souverän, der das Bedürfniß fühlt, seine schwankende Macht durch die moralische Kraft, die Liebe und die aufgeklärte Meinung der Völker zu befestigen. Aber während er ganz den Forderungen und Bedürfnissen des Jahrhunderts nachzugehen scheint, während er sich ganz bereit zeigt, alle moralischen und civilen Fortschritte, deren das Papstthum fähig ist, zu begünstigen, ist er doch weit entfernt, als Souverän und als Chef des Katholicismus, als oberste Autorität in der Ordnung der Gedanken und der Wissenschaft, wie in der Ordnung der politischen Rechte, sich über die Schranken hinaussetzen zu lassen, die ihm durch seine eigene Lage gezogen sind. Ein Papst kann durch seine Weisheit und seine Tugenden sein Land vortrefflich regiren, er kann sittlich ganz vorurtheilsfrei sein, den materiellen Wohlstand seines Volkes begründen, segar eine vollständige bürgerliche Freiheit und Gleichheit möglich machen. Aber über die bürgerliche Ordnung, über die individuellen Rechte und die rein äußerlichen und materiellen Interessen hinaus wird ein Papst niemals weder ein Prinzip noch ein Werkzeug der Freiheit, Civilisation und des Fortschritts sein“.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

---

[8] Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen, in Heidelberg durch Winter und Mohr, in Karlsruhe durch Bielefeld, Braun, Holzmann und Rüdrcke:

# Geschichte des ersten preußischen Reichstags

von **Karl Biedermann.**

31¾ Bogen. gr. 8. eleg. brosch. 2 Thlr.

Im Augenblick des Zusammentritts des Ver. Ausschusses dürfte ein Rückblick auf den Ver. Landtag und eine Betrachtung der Stellung jener Versammlung zu dieser, wie solches das obige Werk enthält, von doppeltem Interesse sein.

---

## Bekanntmachung.

Die Ankunft und Abfahrt der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres in folgender Weise statt:

**I. Ankunft** von **Mainz** täglich zur Mittagszeit, im Anschluß an den um 2 Uhr 20 M. Nachmittags von Mannheim nach Offenburg, Kehl (Straßburg) abgehenden Eisenbahnzug X.

**II. Abgang** nach **Mainz** täglich 1 Uhr, Nachmittags.

Die Fahrten am Samstag, Dienstag, Mittwoch und Freitag schließen sich unmittelbar an jene nach **Rotterdam**, und die Fahrten am Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach **London** an.

Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Großh. Eisenbahn, so wie umgekehrt auf den Hauptstationen der Großh. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 31. Oktober 1847.

**Großh. Post und Eisenbahn-Amt**

19]* **Eberlin.**

---

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim. — Druck von **G. Mohr** in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. übereinlen Länder werden man sich an Hr. A. Alexandre Corvisigny 28 Boulevard des Capucines, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Groß. Bad. Hofbuchdruckerei in Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.30, durch die Post bezogen am Anfang des deutschen Zeitungsjahres Baden fl. 12. 24 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 5.** **Heidelberg,** Mittwoch 5. Januar **1848.**

## Übersicht.

**Die kirchliche Reform und ihre Gegner. I.** — Aus Mittelschlesien (Grundsteuerverhältnisse in Preußen). **Halle** (Wahlsiegen einer günstigen Wendung des Krachinger'schen Prozesses). Aus Baiern (die neue Censurverordnung). Aus Schwaben (die Orthodoxie, das Volksschulwesen, die gute Presse). **Leipzig** (Theatercensurstreich im dänischen Interesse). **Hannover** (die Civilgerichts-Ordnung; die neue Organisation der Lüneburgischen Provinzial-Landschaft; Graf Bocholz Erklärung über seinen Austritt). **Heidelberg** (Hamburgs Presse und Deutschlands nationale Handelspolitik). **Kassel** (Verkündigung des Gesetzes über einstweilige Forterhebung der Steuern. Kommission zur Ausarbeitung der Verfassungsänderungen). **Darmstadt** (Ständischer Aufruf für den Bessersehenden). Aus dem Waldeck'schen (Was bei unserer Bureaukratie eine kurze Zeit heißt). **Meckenburg** (Landtagsabschied; Reformer und Antireformer).

**Schweiz.** Bern. Abschwörung der letzten Ereignisse auf die Parteien. Zürich. Verhandlungen des Gr. Raths.

**Großbritannien.** Das konservative Element im russischen Nationalismus und umgekehrt. Der Standard und die französische Thronrede. Ludwig Philipps Glück.

**Frankreich.** Folgen des Todes der Prinzessin Adelaide. Wie die Nachricht vom Einreißen der Österreicher in Modena aufgenommen wird. Advel-Kader angeblich in Toulon angekommen. **Italien.** Parma. Vorfälle nach dem Tode der Herzogin. Herzog Karl Ludwig. Baron v. Neumann.

**Griechenland.** Athen. Die griechische Regierung verstellt sich zur Genugthuung. Der Aufstand in Patras. Memorandum der griechischen Regierung an die fünf Großmächte. (Schluß).

**Handel.** Börsenbericht aus Frankfurt.

**Beilage. Griechenland.** Athen. Note Lord Palmerstons, betreffend das griechische Regierungssystem. Memorandum der Pforte an die Repräsentanten der fünf Großmächte.

## Heidelberg, 5. Januar.

Die Anregung des kirchlichen Kampfes erscheint immer mehr als eine der höheren Lebensregungen im Organismus der Gesellschaft, für deren Hervortreten keine einzelne Richtung und Partei im Schooß derselben in Anspruch genommen werden kann, die eben ihre Geltung erringen, wenn die Zeit erfüllt ist, wenn der frühere Bestand sich überlebt hat, und eine neue Lebensgestaltung Bedürfniß geworden ist.

Eine kirchliche Organisation und Reform ist aber Bedürfniß, nicht bloß um der unmittelbaren religiösen Zwecke selbst willen, sondern auch deßhalb, weil nur durch die Anregung und Lebenskraft, welche einer das religiöse Bedürfniß befriedigenden Kirche inwohnt, die sittliche Gesinnung und Thatkraft hervorgerufen werden kann, ohne welche die deutsche Nation ihre organischen Lebensgestaltungen auch auf dem nationalen und politischen Gebiet durchzuführen nicht im Stande wäre. Daher, wenn schon keine einzelne Partei diesen Kampf angeregt hat, kann der Liberalismus doch nur dadurch, daß er in denselben hineingezogen werden mußte, aus derjenigen Einseitigkeit befreit werden, die sich auch an ihm, wie an einer jeden Parteistellung eine gute Zeit her bemerklich gemacht hat. Wie übel aber eine solche Betheiligung des Liberalismus an der kirchlichen Bewegung aufgenommen wird, das hat ganz besonders ein vor einiger Zeit erschienener Artikel in der Allg. Zeitung (Beilage Nr. 247 u. f. gezeigt) der, obschon dem Liberalismus nicht abhold, doch die Genehmigung desselben für die Bestrebungen einer freien, religiösen und kirchlichen Gestaltung aufs Ernstlichste beklagen zu müssen glaubt, und dabei von einer Anschauung der kirchlichen Bewegung ausgeht wie sie sich nur aus einer totalen Verkennung der Entwicklung der Kirche und ihrer Aufgabe erklären läßt.

„Der deutsche Liberalismus hätte durch große Tugenden und Talente, unter welche aber die antikirchliche Agitation nicht gehörte, noch und noch Erfolge errungen. Warum er nun unter so günstigen Konstellationen eine gute Sache entehren und gefährden wolle durch den gewiß unbesonnenen Kampf gegen das Heilige? wo in den alten Bekenntnissen, die man jetzt mit so blinder Hitze angreife, auch nur die geringste Gefahr für die Freiheit liege?" — Wir haben hier ganz dieselbe Betrachtungsweise, welche regelmäßig wiederkehrt, wenn man für eine Sache, für deren Vertheidigung in ihr selbst die haltbaren Gründe nicht vorhanden sind, weiter greift und Gesichtspunkte hereinzieht, von denen es sich zunächst gar nicht handelt. Seit wann fällt denn das Heilige, der Kern und Inbegriff eines wahren Christenthums, Alles, was dem Menschen und der gesammten Menschheit ihre Würde und Bestimmung sicherstellt, in Eins zusammen mit den alten Bekenntnissen der christlichen Kirche? Gibt es denn außerhalb dieser Bekenntnisse absolut keine christliche Wahrheit, keinen Weg zur Heiligung? Nun freilich es ist äußerst bequem, in solchem Zirkel sich zu bewegen, und dadurch seine Stellung zu sichern, daß man die Geltung, die anerkanntermaßen einem höhern Begriffe zukommt, ohne Weiteres für einen untergeordneten, besten Berechtigung ja gerade in Frage steht, in Anspruch nimmt. Erst setzt man das Heilige an und für sich, dann die Bekenntnisse, dann das Staatskirchenthum, das aus diesen Bekenntnissen erwachsen ist, und so muß am Schlusse der Kampf gegen das Staatskirchenthum „ein Kampf gegen das Heilige" sein! Nun denn, so entgegnen wir offen und ehrlich: in den alten Bekenntnissen zunächst liegt freilich keine Gefahr für die Freiheit, wohl aber bestimmt in einer auf diese Bekenntnisse sich stützenden Staatskirche, sobald diese sich, wie die Erfahrung zeigt, zu einer willigen Dienerin des Polizeistaats hergibt. Dieses Verhältniß kann aber nur von solchen übersehen werden, denen das Wesen, der Begriff und das Recht der evangelisch protestantischen Kirche zusammenschrumpft auf die Stipulationen des westfälischen Friedens.

Ebensowenig ist unsere Wissens je vom Liberalismus vorausgesetzt worden, „die Kirche müsse immer illiberal sein". Nicht die Kirche überhaupt, wohl aber ein gewisser Begriff von Kirche, den man freilich von gewissen Seiten her für alle Kirchen voraussetzen, und in welchen man alles kirchliche Leben einschränken möchte. Wenn z. B. die katholische Kirche geschichtlich bewiesen hat, daß sie es wohl verstehe, weltlicher Tyrannei gegenüber der Völkerfreiheit zur Seite zu stehen", so gilt dies vorzugsweise vom Mittelalter, wo die Kirche und ihr Wirkungskreis mit den nationalen Verhältnissen aufs Innigste verwachsen war. Andererseits aber hat auch die Kirchengeschichte der Blätter gar viele aufzuweisen, auf denen offenkundig zu lesen steht, wie oft die Kirche im Bunde mit dem Absolutismus gestanden oder auch an dessen Stelle ihre eigene Despotie gesetzt hat. Ist aber die „evangelische Freiheit in Holland, der Schweiz, England und Amerika die Wurzel der bürgerlichen Freiheit" geworden, nun so folgt eben daraus, daß Kirche und Kirche zweierlei sein, und weder die evangelische noch die bürgerliche Freiheit da gedeihen kann, wo die Kirche das edelste Gut des Christenthums, die Freiheit des Geistes die Grundbedingung alles religiösen sittlichen und nationalen Lebens, vernichtet.

---

**Preußen.** ** Mittelschlesien im Dez. Ein Artikel „aus Westfalen im Okt." in Nr. 118 Ihrer Zeit. bringt die Dringlichkeit eines allgemeinen Grundsteuerkatasters von Neuem zur Sprache. Es ist dieses ein Lieblingsthema der Westfalen und Rheinländer, und es ist ihnen nicht zu verdenken. Ihnen ist erst in diesem Jahrhundert durch die französische Occupation eine neue, sehr beträchtliche Grundsteuer auferlegt worden, und sie dürfen hoffen, bei einer gleichmäßigen Repartition aller jetzt unter verschiedenen Namen vom Grund und Boden zu zahlenden Abgaben im ganzen Staat bedeutend erwägt zu werden. Die Sache hat aber sehr ihre zwei Seiten. Wir Schlesier sind am ersten in der Lage, unparteiisch darüber urtheilen zu können, da, nach den angestellten Berechnungen, bei einer solchen Ausgleichung Schlesien im Ganzen nicht höher belastet werden würde,

Digitized by Google

als es jetzt ist. — Die schlesische Grundsteuer beruht auf einem schon unter der österreichischen Herrschaft angefangenen und in den Vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts durchgeführten allgemeinen Kataster. Von dem damals ermittelten Reinertrage wurden die Rittergüter mit 28½%, die Rustikalgrundstücke mit 34% und die geistlichen Güter mit 50% zur Grundsteuer herangezogen. Dabei war damals ermittelte Reinertrag niedriger war als der heutige sein würde, liegt in der Natur der Sache. — Demungeachtet sind alle solche Grundstücke, welche keinen Wald enthalten — der damals sehr wenig Werth hatte — und welche der Güte des Bodens wegen zu einem hohen Körnerertrage veranschlagt wurden, auch nach heutigen Begriffen hoch herangezogen. Anfangs war die Grundsteuer veränderlich, aber die vielen Kosten und die große Mühwaltung der beständigen Abänderungen brachte es bald dahin, daß sie fixirt wurde. Eine solche Grundsteuer ist aber nur für die ersten Besitzer zur Zeit der Steuereinführung eine wirkliche Steuer; sie wird für jeden spätern Erwerber des Grundstücks, der sie sich natürlich beim Kauf oder bei der Erbschaft vom Erwerbswerthe abrechnet, eine mit übernommene Reallast des Grundstücks. Nun sind seit einem Jahrhunderte die schlesischen Grundstücke, mit jener Grundsteuer belastet, aus einer Hand in die andere gegangen, und jeder neue Erwerber hat sie von seinem Vorgänger nur als eine, auf dem Grundstücke haftende, unkündbare Hypothek übernommen. Die geistlichen Güter sind theils verkauft, theils zu Dotationen verwendet — beides der Zeitverhältnisse wegen zu sehr mäßigen Preisen — theils noch im Besitze des Staates. — Wenn es nun Gerechtigkeit, wenn jenen Besitzern ein Theil ihrer Grundsteuer abgenommen und den Rittergütern und Rustikalgütern zugelegt werden sollte, um die Theorie einer gleichen Besteuerung durchzuführen? — Wäre dies etwas Anderes, als dem Einen einen Theil seines Eigenthums nehmen, um es dem Andern zu schenken? — Die im Prinzip liegende Ungleichheit in der Besteuerung der Dominien und Rustikalgrundstücke hat sich übrigens durch ein anderes faktisches Verhältniß wenigstens theilweise ausgeglichen. In jenem Steuerkataster nämlich sind die den Dominien durch die Privilegien der Handwerkzünfen, des Brennerei- und Brauerei-Bebars und manche andere Rechte erwachsenen, oft sehr beträchtlichen Revenuen mit zum Reinertrage des Ritterguts gezogen. Diese Rechte wurden später ohne Entschädigung aufgehoben, für diese Revenuen müssen die Dominien jetzt gleiche Steuer zahlen, wie Bürger und Bauern; dagegen ist der betreffenden Steuerquote nicht abgerechnet werden, und diese möchte die Differenz von 5½% zwischen der Dominial- und Rustikalgrundsteuer ziemlich mahe kommen. Wenn übrigens Ihr Korrespondent aus Westfalen meint, es bezahlten große Rittergüter hier nur wenige Thaler, während kleine Bauernhöfe das Doppelte an Grundsteuer entrichten, so müssen wir dieses als einen Irrthum bezeichnen, bis er uns durch Thatsachen das Gegentheil beweist; oder er müßte denn ein Rittergut in der Wüste mit einem Bauerngut in einem Eldorado zum Vergleich zusammengestellt haben. Denn wenn es Gegenden gibt, wo 1 Morgen 50 Thlr. Ertrag gibt, und andere wo er 10 Sgr. bietet, so müßte allerdings ein kleiner Hof von 12 Morgen in derjenigen Gegend nach strenger Gerechtigkeit das Doppelte an Grundsteuer zahlen, als hier ein Rittergut von 900 Morgen. — Wir sind übrigens bereit, thatsächlich an Ort und Stelle ganz das Gegentheil nachzuweisen: daß es nämlich Rustikalgrundstücke gibt, welche gar keine Grundsteuer zahlen; wahrscheinlich, weil sie erst nach Anlage des Katasters von dem Dominium abgezweigt, und die Übertragung der betreffenden Grundsteuerquote damals versäumt worden. Nicht viel anders steht es mit der Grundsteuerausgleichung zwischen den verschiedenen Provinzen. Schlesien hat wie zum Jahre 1814 eine viel höhere Grundsteuer gehabt als alle übrigen Provinzen der Monarchie, und, so viel uns bekannt geworden, hat die Provinz nie darauf gedrungen, daß ihre Grundsteuer mit der der übrigen Provinzen ausgeglichen werden möge. — Es war eine in der eroberten Provinz theils vorgefundene, theils ihr mit der Eroberung aufgelegte Steuer. — Trotz dieser Steuerungleichheit ist Schlesien so gut preußisch geworden, wie irgend eine andere Provinz. 1814 traten neue Provinzen zum Staat. Theils waren es alte preußische Bestandtheile, welche mit den alten, nicht durch den Krieg verlorenen Provinzen gleiche Abgaben und gleiche Verfassung gehabt hatten; theils waren es neue Erwerbungen, welche mit den unter den vorhergehenden Regierungen bestehenden Lasten und Lasten an Preußen übergingen. Jenen war durch die Grundherrschaft, unter welche sie nicht durch ihre Schuld gefallen (viele derselben bewahrten selbst unter deren Druck dem alten Vaterlande unerschütterliche Treue), gegen welche sie aber zu schützen der Staat zu schwach gewesen war, in der Grundsteuer eine neue Last aufgelegt worden. Es wäre also bei der Wiedervereinigung mit den alten Provinzen nicht mehr als natürlich, billig und gerecht gewesen, das Mehr an Lasten, welches ihnen durch das Unglück aufgebürdet worden war, mit den alten Brüdern gemeinschaftlich auszugleichen. — Wenn dieses gleich damals geschah, als in den verloren gewesenen Provinzen der bei Weitem größte Theil derjenigen Grundbesitzer noch lebte, welchen die neue Steuer zuerst aufgelegt worden, sowie in den alten Provinzen derjenigen, welche gleichzeitig steuerfrei geblieben waren, so war es nur ein Akt der Gerechtigkeit und Billigkeit. Recht klar tritt dieses Verhältniß zwischen der Altmark auf dem linken Elbufer gegen die übrigen Marken auf dem rechten hervor, in welchen durch die sechsjährige Trennung die höchste Ungleichheit der Lasten entstanden war. Andere verhielt es sich aber mit den neu erworbenen Landestheilen; diese konnten einen gleichen Rechts- und Billigkeitsanspruch nicht erheben. Der neue Erwerber hatte keine Verpflichtung, ihren Lasten abzunehmen, zu welchen sie schon vor der Besitznahme gegen ihre bisherigen Landesherren verpflichtet waren. Hier konnten nur Gründe der Humanität und der Politik für eine Ermäßigung sprechen, insofern die Bedürfnisse des Staats eine solche zuließen. Diesen neu erworbenen Provinzen aber Steuern abzunehmen, um sie den alten, durch jene Kräfte sie am Ende doch erworben waren, aufzulegen, wäre völlig ungerecht gewesen. — Überdem gewannen die neuen Provinzen im Allgemeinen dadurch, daß sie von kleinen zerspliterten, durch Zollschranken in ihrem Verkehr gehemmten Territorien, wie sie vor der Revolution gewesen, jetzt zusammenhängende Theile eines großen deutschen Staats wurden. Daß ihnen dieses anderweiten Ersatz gewährte, hat wohl seit 1815 der Erfolg gelehrt. — Setzen wir aber auch diesen Unterschied gänzlich bei Seite, und räumen wir ein, daß eine allgemeine gleiche Vertheilung der Grundsteuer gleich nach dem Kriege als Maßregel einer humanen verständigen Politik gerechtfertigt erschienen wäre, so hätte sie aber auch gleich damals ausgeführt werden müssen, denn nur dann, wenn sie der Einführung der Grundsteuer so nahe wie möglich auf dem Fuße folgte, war sie, wie schon oben entwickelt, eine wirkliche Ausgleichung geschehenen Unrechts. Ganz anders stellt sich aber die Sache jetzt, nachdem bald 40 — 50 Jahre, also mehr als die Durchschnittszeit, welche man für eine Generation oder für Besitzveränderungen rechnet, verflossen sind, nachdem sich also nur noch sehr sehr geringe Anzahl von Grundstücken in den Händen der damaligen Besitzer befindet. Denn, wie schon oben bei Schlesien bemerkt, diejenigen, welche seitdem gekauft, haben Grund und Boden um den Kapitalbetrag der Grundsteuer wohlfeiler bezahlt, diejenigen, welche geerbt, in der Erbschaft so viel billiger angenommen. Den Letztern könnte man sagen: aber die Familie ist im Ganzen um so viel ärmer geworden! Das ist wahr, aber durch die jetzige Ausgleichung würde man nicht der Familie ihren Verlust ersetzen, nur dem jetzigen Besitzer eine Erleichterung für einen Verlust gewähren, den er gar nicht oder nur zum sehr kleinen Theil selbst gehabt hat. Derselbe oder, welche ganze Familien in der Vorzeit gehabt, kann der Staat nicht ausgleichen. Wo sollte er da aufhören? wie viele sonst mächtige und blühende Familien sind durch allgemeine oder besondere Unglücksfälle herunter gekommen? — (Schluß folgt.)

Halle, 28. Dez. Der D.-B.-A.-Zeit. wird geschrieben: Krackrügge's Prozeß in Erfurt kann eine günstige Wendung erhalten, da v. Ehrenberg's Tochter in dem gegen Dr. Schrader in Weimar anhängig gemachten Prozeß eidlich Krackrügge's Aussage bestätigt hat, und die Weimarschen Gerichte ihre Akten nach Naumburg und Berlin gesandt haben. In Weimar und Erfurt ist eine ansehnliche Summe für Krackrügge und seine Familie gesammelt worden.

Baiern, 1. Jan. Nachdem der erste Jubel über die neue Censurverordnung verhallt ist, gewinnt doch die ruhigere Betrachtung des wahren Werthes der neuen Bestimmung allmählich Eingang. Die Allg. Zeit. bemerkt bei Gelegenheit der neu erlassenen Censurinstruction: Der alte Rekursinstanzengang (an die königl. Kreisregierung und das königl. Ministerium) ist beibehalten und noch die Berufung an den königl. Staatsrath beigefügt. Die Errichtung eines Obercensurgerichts — wie es in Preußen sich bewährt hat, und wie es eben jetzt auch in Österreich in beschränkterem Maße eingeführt wird — würde der Presse mehr Beruhigung und Sicherheit gewährt haben. Die Lösung einer beanstandeten Aufnahme wäre rascher, da nur Eine Behörde darüber entscheide, welche durch die Zahl und die Eigenschaf-

Digitized by Google

ten ihrer Mitglieder — höherer Justiz- und Verwaltungsbeamtete — die meisten der nöthigen Garantien böte. Muß ein gestrichener Artikel vier Instanzen durchlaufen, in denen er überall als ein außer dem gewöhnlichen Geschäftskreis liegender unbequemer Gast erscheint, so ist er, ehe er das letzte Stadium erreicht hat, unbedingt veraltet, abgesehen davon, daß in vier Instanzen ein sicherer Geist der Auslegung sich viel langsamer und mühsamer bildet, als in einer mit richterlicher Autorität und Unabhängigkeit versehenen Behörde. So lange wir kein Repressivgesetz mit Aufhebung der Censurschranken erhalten, muß ein wohlorganisirtes Censurgericht für die Presse ein so sehnlicher Wunsch sein, als für die Behörden, die alle einen Schrecken davor haben, von der Last und Verantwortlichkeit der Censurübung berührt zu werden.

**Würtemberg.** * Aus Schwaben, Ende Dez. Während die Entwicklung der Sache Uhlich's und der Magdeburger Protestanten wohl allerwärts in Deutschland mit gespannter Theilnahme aufgenommen wird, läßt sich in Würtemberg merkwürdig wenig Interesse dafür wahrnehmen, worüber man sich, bei einiger Bekanntschaft mit unsern kirchlichen Zuständen, nicht eben groß zu verwundern Ursache hat. Diejenige Fraktion unserer gebildeten Klasse, welche eine Einwirkung auf die öffentliche Meinung hervorzubringen vermöchte, ist bei der bekannten kirchlichen Stabilität in Würtemberg und seit dem adstergehen Auftreten anderes Pietismus allem Kirchlichen so entfremdet, daß sie auch für eine Bewegung, wie sie durch Uhlich hervorgerufen worden, keinen Sinn hat. So bleiben denn alle freieren Regungen innerhalb der Kirche selbst vereinzelt und bei der Gebrücktheit von Oben und der herrschenden Indifferenz der Gemeinden gegen alle kirchlichen Lebensfragen auf sich beschränkt. Die staatskirchliche Orthodoxie unter der Aegide des Konsistoriums und mit dem sich foreizenden Pietismus liebäugelnd, benützt indessen jede Gelegenheit, das große Wort zu führen. So hat der Ausschuß des Hauptvereins der G.-A.-Stiftung auf Veranlassung des Kirchenrathes für diesesser am Abendmahlsfeste ein Publikandum an die evangelischen Gemeinden des Landes unter vorher erlangter Approbation von Seite des Konsistoriums erlassen, welches an einer Stelle kirchlicher Stabilität so trefflich charakterisirt, daß dieselbe ihren Lesern nicht vorenthalten bleiben solle: „Ob der Verein", heißt es in dieser Stelle, „wirklich von Gott berufen sei, diese Wirksamkeit in der bisherigen Weise, namentlich in der Verbrüderung mit den vielen gleichnamigen Vereinen im übrigen Deutschland fortzusetzen, ist leider eine Zeitlang zweifelhaft gewesen, da von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht worden war, ihn loszureißen von seinem Zusammenhange mit der bestehenden kirchlichen Ordnung und von seiner Wurzel im Bekenntniß unseres Herrn Jesu Christi. Es schien, als habe Gott sein Angesicht vor uns verborgen (!) und wolle seine Hand abziehen von dem zu hohem Bau eines Liebeswerkes, der kein Fundament im Glauben hätte. Aber seine Gnade hat sich zu uns geneigt, und nicht bloß unserem würtembergischen Verein die Einigkeit eines schriftmäßigen Bekenntnisses bewahrt, sondern auch unserm Einverständniß mit anderen glaubensverwandten Vereinen die Wirkung ertheilen, daß wir an dem Gesammtverein als einem kirchlichen Bund evangelischer Christen für ihre bedrängten Glaubensgenossen festhalten und auf die fernere Leitung diesen vertrauen dürfen, dem wir ihn auch jetzt und für die Zukunft mehr als je anbefehlen müssen." So thön vermißt sich eine Partei zu sprechen, als habe sie den ausschließlichen Anspruch auf die Gnade von Oben und hat auch nicht von ferne eine Ahnung davon, wie der Dedmantel der höhern Autorität, den sie ihrer Parteiansicht umwirft, doch nur als der durchsichtete Mantel eines innerlich unwahren Pharisäerthums erkannt werden müsse. Man vergleiche mit dem obigen Aktenstück die Verhandlungen der Darmstädter Versammlung und das Gegebnis derselben! Aber freilich der Orthodoxie, auch wo sie ein innerlich unwahres Spiel treibt, muß Alles zum Besten dienen! Man glaube indessen nicht, daß das obige Aktenstück allenthalben im Lande publicirt worden ist. Eine Anzahl gesinnungstüchtiger Geistlichen hat sich dazu nicht verstanden und ist bei der Ankündigung des Kirchenopfers lediglich bei den Vereinszwecken stehen geblieben, ohne sich bei diesem pharisäischen Übergriffe zu betheiligen. Indessen der größere Theil der evangelischen Geistlichkeit Würtembergs huldigt dem herrschenden System, und ein neuerer Zeugniß davon hat kürzlich die Berathung einer Dözese gegeben, welche die Frage, ob der evangelischer Geistliche Deutschathwilken als Taufpathen zulassen dürfe, aus dem Grunde verneint hat, weil dieselben ja das apostolische Glaubensbekenntniß verwerfen. Das Wesen der Taufe ruht somit in den Augen dieser Männer nicht sowohl in der Aufnahme in die Gemeinschaft eines christlichen Lebens, als vielmehr in der Zustimmung zu einem Bekenntnisse, welches, wie jedes kirchliche Bekenntniß, ein gewisses Verhältniß von Glauben und Wissen in sich schließt und darum auch nie etwas Anderes sein kann, als ein Zeugniß des Glaubens in der Form des durch wissenschaftliche Entwicklung bedingten Erkennens zu einer gewissen Zeit. Es ist freilich viel einfacher und auch sicherer, von diesen Verhältnissen unserer Symbole abzusehen und über die Nothwendigkeit und Zulässigkeit auf Seite der Staatskirchenbehörde worauf das sogenannte apostolische Bekenntniß als ein integrirender Theil der Taufformel durch bloße Einführung der Agende vorgeschrieben ist, sich keine weiteren Gedanken zu machen, ja es selbst gänzlich zu vergessen, daß wir in Würtemberg dreißig Jahre lang eine Taufformel ohne das apostolische Bekennntniß gebabt haben. Stebt es aber so, nun so sollte man wenigstens konsequent sein und es sich und der Welt zur Anerkennung bringen, daß während jener dreißig Jahre ein namhafter Theil der evangelischen Bevölkerung die christliche Taufe nur auf eine unvollständige und ungenügende Weise empfangen habe.

(Schluß folgt.)

**Sachsen.** ○ Leipzig, 1. Jan. Ich muß Ihnen ein hübsches Pröbchen von unserer Theatercensur mittheilen. In der neuen Oper von Schmidt: „Prinz Eugen" (die, beiläufig gesagt, hier durch ihr ekelerregendes deutsches Wesen gefällt) kommt z. B. auch ein Lied vor — eine Art Rheinlied — worin allen Feinden Deutschlands, die nach deutschem Wein, deutschen Mädchen oder deutschen Ländern lüstern sind, die Zähne gewiesen werden. Natürlich spielen darin Russen und Franzosen die Hauptrolle — und diese hatte der Censor auch passiren lassen. Allein einen Vers, worin den Dänen das Gleiche angesagt ward, hatte er gestrichen! Ist das nicht eine sehr liebenswürdige Rücksicht gegen unsere guten Freunde in Dänemark? Und Sie müssen wissen, daß die Theatercensur nicht etwa in den Händen eines wirklichen Regierungsbeamteten liegt, sondern einer Mitglieds unseres Stadtraths, des Hrn. Dr. Demuth, der aber freilich Titularregierungsrath und Inhaber verschiedener Orden ist, darunter auch des erst unlängst erhaltenen sächsischen Civilverdienstkreuzes. Da darf man sich schon nicht wundern, daß der Mann Rücksichten nimmt.

*** **Hannover**, 30. Dez. Am gestrigen Tage ist die Civilproceß-Ordnung publizirt worden, die vom 1. Mai k. J. an in Kraft treten soll, eine der schlimmsten legislatiuen Früchte des letzten Landtages; an der Publikation des Gesetzes ward um so mehr geweifelt, als die Stände den urspränglichen Regierungsentwurf nach ihre Änderungen und Zusätze wo möglich noch verschlechtert hatten. Wie man hört, hatten sich die gewichtigsten und kompetentesten juristischen Stimmen, namentlich auch aus dem Oberappellationsgericht, gegen die Publikation dieses Gesetzes, erhoben. Dennoch ist sie erfolgt, ohne Zweifel weil man von Oben herab zu der Überzeugung gekommen ist, daß von einer künftigen Ständeversammlung kein Gesetz dieser Art zu erlangen sein wird, das so sehr den Ansichten und Wünschen der Regierung und so wenig den Verderungen der Zeit und der öffentlichen Meinung entspricht, als das vorliegende, nun vom 1. Mai 1848 an in Kraft tretende Gesetz. — Die lebhpreiende Mittheilung, welche Ihr Blatt v. 29. v. M. über die neue Organisation der Lüneburgischen Provinziallandschaft bringt, wird bei Allen, welche die Verhältnisse kennen, etwas Kopfschütteln erregen. Was dort gewährt worden, ist ein Minimum, das wahrlich nicht der Rede werth; jeder Ritter hat eine Stimme, der gesammte Bauernstand des ganzen Fürstenthums zusammen aber nur acht Stimmen! Daß möchte man den ganzen Artikel für Ironie halten, zumal wenn erwähnt wird, wie der Landschaftsdirektor von Hodenberg erklärt habe, daß sein Gefühl durch das ungebührliche Übergewicht des Adels verletzt werde! Wer da diesen Herrn und dessen Tendenz kennt, muß das für Satyre halten. Weil wir aber einmal von Satyre reden, wollen wir bei diesem Kapitel einer originellen Erklärung gedenken, welche vor einigen Tagen von dem Verweser des Ministeriums der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten in der „Hannov. Zeitung" veröffentlicht worden und die einigermaßen die „Deutsche Zeitung" und eine Hannoversche Korrespondenz derselben angeht. In dieser war erklärt worden, wie einer der jetzigen provisorischen Minister seinen frühern Kutscher aufgefordert habe, sich um eine Depurirtenstelle zu bewerben. Die Nachricht war auch von andern Blättern mitgetheilt, zum Theil mit Ergänzungen, die namentlich darüber keinen Zweifel ließen, daß der Graf Wedel, gegenwärtig mit Leitung des Ministeriums der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten betraut, den Einfall gehabt habe, seinen frühern Kutscher in die zweite Kammer der Ständeversammlung zu bringen. Graf Wedel

Digitized by Google

hat sich denn auch in jener Erklärung dazu bekannt, und zwar in so origineller Weise, daß man Anfangs vielfach die Vermuthung äußern hörte, die Hannov. Zeitung sei mit jener Einsendung muthlßirt worden. Das ist aber nicht der Fall, sie rührt wirklich vom Grafen Wedel her. Hätte Graf Wedel sich damit begnügt, auf die vortreffliche Qualifikation hinzuweisen, die sein früheres Ausüben durch Grundbesitz, Wertrauen seiner Gemeinde, Kenntniß des ländlichen Verhältnisse s. w. zu der Deputirtenstelle beißt, so wäre die Sache zwar immer charakteristisch genug, aber doch wenigstens äußerlich geschickter gemacht, und das frühere Verhältniß als Domestik des Grafen Wedel wäre dann in den Hintergrund getreten. Aber nein, Graf Wedel fordert den Mann zur Bewerbung um die Deputirtenstelle auf, nicht trotzdem daß derselbe früher sein Kutscher und Kammerdiener, sondern weil er dies gewesen, weil er als Kammerdiener seinem Herrn genau kennen gelernt und dadurch erfahren, daß das allgemeine Geschrei von der Schlechtigkeit der höhern Stände unwahr sei! Deßhalb passe er sich zum Deputirten! — Die Wahlen zum Landtag sind bis auf einige wenige, obwohl ein unbedeutende, d. h. im Voraus mit Sicherheit zu bestimmende, sämmtlich vorgenommen. Über den Charakter der Wahlen und den danach etwa zu ermessenden des Landtags sprechen wir uns wohl in einem spätern Bericht ausführlicher aus.

**Baden.** ** Heidelberg. Wäre es nicht bereits ein durch tausend Beispiele aus dem Privat- und öffentlichen Leben erwiesener Satz, daß in einem Kampfe über einen rein objektiven Streitpunkt der Unterliegende, um sich zu verschanzen oder besser, um doch seinem Gegner Etwas anzuhaben, gegen dessen ruhig erörterte Gründe ihm alle Sophistik zu Schanden geworden ist, zu Persönlichkeiten greift,

— „Wissen sie nun Vernünftiges Nichts mehr drauf zu erwidern,
Schicken sie's Einem geschmind in das Gewissen hinein" —

so würde das Auftreten des Rheinischen Beobachters und neuerdings auch des Hamburger „unparteiischen" Korrespondenten ihn außer Zweifel stellen. Beim Rheinischen Beobachter ist man diese Polemik schon seit lange in einer Weise gewohnt, daß ich an eine verehrliche Redaktion der Deutschen Zeitung die Bitte richten muß, von seiner Existenz in Zukunft doch nicht die geringste Notiz mehr zu nehmen; die Presse an der Elbe hat aber eine zu ehrenvolle Vergangenheit, als daß man schon jetzt mit Aufgeben aller Hoffnung, wenn auch nicht auf eine andere Richtung, so doch auf anständige ritterliche Waffen, sie einer schwelgenden Verachtung hingeben dürfte. Es wäre eine zu langweilige, feuchtlose Arbeit gewesen, hätte man alle mit I" (Dr. Datow?) unterzeichneten Artikel des „Hamburger Korrespondenten" über die handelspolitischen Fragen der Zeit in ihrer bewußten Sophistik und unbewußten logischen Mohlgiftet geklegen wollen; sie teugen zusehr das Gepräge der Partei, als daß durch eine ruhige Erörterung ihnen gegenüber Etwas bewirkt worden wäre. Ich habe Ihnen meine Ansicht über die Stellung unserer Seestädte zum Binnenlande in Ihren Blättern vom 23. und 24. Dez. ausgesprochen. Die Sache ist so einfach. Daß der Anfang einer nationalen Handelspolitik sie Deutschland schwer sein und Opfer kosten muß, läugnet Niemand; daß Schutzzölle Konsumentenbesteuerung in sich schließen, ist sonnenklar und wird von Keinem bestritten; dagegen daß ohne diese anfänglichen Opfer Deutschland die seinem ihm gebührenden Platz unter den Völkern einnehmen wird, kann nur von einem solchen Kaufmanne in Abrede gestellt werden, welcher im Gefühle der eigenen Insallibilität allein von seinem Comptoirbock aus den Gang der Geschicke beurtheilt. Soweit ist doch selbst die eben sonst nicht blöde „gute Presse" nicht gegangen, daß sie, wie heute das C. G. C. unterzeichnete Referat von Kupfer's Manuskript über die Differentialzölle thut, den „Kantönligeist" offen als Fahne vor aller Welt wehen läßt und von „den Phantasien deutscher Einigkeit" mit der stolzesten Wegwerfung spricht. Und doch hat dieses arme „einige Deutschland" dem geldvollen Hamburg seine Liebe in einer so erhebenden „einigen" That gezeigt. Wenn Hamburg es nicht einsehen will oder kann, daß nur durch ein inniges Anschmiegen an die Brust des Gesammtvaterlandes seine Zukunft gesichert wird, wenn es ein englisches Lob der deutschen Liebe vorgiebt, so mag es das thun und sehen, wirrweit es mit seiner Politik reicht. Hamburg ist eine souveräne Republik. Wenn es aber dann über das Weichbild seiner Stadt hinaus in die deutschen Angelegenheiten mit dreinreden will, in einer Weise, daß es Bremen, welches seinen Vortheil besser versteht, nicht allein in seinen öffentlichen Organen, sondern auch in seinem „ersten Bürger" auf die gehässigste Art verdächtigt, dann darf es sich nicht wundern, wenn das so verachtete Deutschland über es „einig" sein Urtheil in Ausdrücken kundgibt, wie sie der parlamentarische Ton nur eben erlaubt. Ich bin kein Freund „von der morschen Krücke kranker Regierungen", ich verlange auch nicht, wie Niebuhr, eine aristokratische Preßfreiheit — ich will sie für Alle; aber in der Handhabung der Censur vermag ich keine Konsequenz zu sehen, welche heute einen Aufruf zur Besserlsammlung streicht, das Buch „Hamburg und die Hamburger" überall streng verfolgt und morgen in dem ersten Organe der Stadt den Mann über Schwerterhaut des Jesuitismus zu zerren erlaubt, welchen Deutschland unter die Obersten seines Volkes rechnet, und von dem es täglich klarer wird, wie gut jetzt Hamburg berathen wäre, wenn es ihn einst, dem heißen Wunsche der Klugen in der Dreißigermesstadt gemäß, an die Spitze seiner Angelegenheiten zu stellen vermocht hätte!

**Kurhessen.** ** Kassel, 28. Dez. Es ist jetzt seit dem Tode des Kurfürsten Wilhelm II. das erste Gesetz zur Verkündigung gekommen. Dasselbe trägt alle durch die Verfassungsurkunde vorgeschriebenen äußern Formen an sich. Der Titel des Landesherrn weicht jedoch von dem in diesem Staatsgrundgesetz und seitdem sortwährend gebrauchten ab, indem derselbe in jenem Gesetz Kurfürst und souveräner Landgraf von Hessen genannt wird. So lautete der Entwurf des Gesetzes, welcher den Landständen zur Beschlußnahme mitgetheilt wurde; sie wurde daselbst von diesen ohne Bemerkung angenommen. Durch das erlassene Gesetz ist die einstweilige Forterhebung der bisherigen Steuern bis zum 30. Juni 1848 angeordnet. Zufolge der Verfassungsurkunde haben die Landstände für Ausbringung des ordentlichen und außerordentlichen Staatsbedarfes durch Verwilligung von Abgaben zu sorgen. Die Auflagen für den ordentlichen Staatsbedarf, insofern sie nicht ausdrücklich bloß für einen vorübergehenden und bereits erreichten Zweck bestimmt waren, dürfen nach Ablauf der Verwilligungszeit noch sechs Monate forterhoben werden. Die erste Finanzperiode umfaßte die Jahre 1831 bis 1833; im Juni 1834 war noch kein neues Finanzgesetz zu Stande gekommen; spät war daselbst an die Ständeversammlung gelangt, langsam von dieser beraberiet; es nahte sich eine Zeit, in welcher verfassungsmäßig keine Steuer erhoben werden durfte. Der damalige Finanzminister „Meisterlin war darüber in großer Verlegenheit. Bei den Landständen, die ihn gern im Amte sahen, kam zu jener Zeit die Idee in Anregung, diejenige Frist von sechs Monaten, während welcher ohne landständische Verwilligung die bisherigen Steuern zufolge der Verfassungsurkunde forterhoben werden dürfen, durch ein Gesetz zu verlängern. Meisterlin ergriff diesen Gedanken, der dann zur Ausführung gebracht wurde. Seitdem ist von solchem Mittel häufig Gebrauch gemacht worden, aber doch niemals in einer Ausdehnung, wie während der jetzigen Finanzperiode. Dieselbe geht mit dem Jahre 1848 zu Ende, und bis in diesen Mitte, bis zu dem Zeitpunkte, wo schon die Landtagswahlen für eine neue Periode beginnen, kann der Finanzhaushalt in einem provisorischen Zustande bleiben. Zur Deckung des ordentlichen Staatsbedarfs wäre die Forterhebung sämmtlicher Steuern, die nun bis zum 30. Juni k. J. zugestanden ist, nicht einmal nöthig gewesen. Denn wenn auch im nächsten Jahre die Erhebung der direkten Steuern ganz eingestellt würde, reichen doch die übrigen Einnahmen mit den in den Jahren 1846 und 1847 wirklich erhobenen Steuern und den aus früheren Finanzperioden vom Ministerium disponibel gestellten Überschüssen mehr als hinlänglich aus, bis zu jenem Zeitpunkte diejenige Summe zu bestreiten, welche nach dem jüngsten Finanzgesetze vom Jahre 1843 für den ordentlichen Etat ausgesetzt war. Jener enthält auch der damals festgesetzte außerordentliche Etat gewisse Beträge, die noch fortgezahlt werden müssen, dagegen begreift aber der ordentliche Etat verschiedene Ausgaben, die bloß für einen weitergehenden, bereits erreichten Zweck bestimmt waren und nach Ablauf der mit dem Jahre 1845 beendigten Finanzperiode ferner nicht ohne eine etwa hinzutretende neue Verwilligung bestritten werden können. Beide Gattungen werden sich ziemlich ausgleichen. Doch selbst wenn man diese Ausgleichung unbeachtet läßt und jene noch fortdauernden Ausgaben des außerordentlichen Etats als dermalen zum ordentlichen Staatsbedarfe gehörig ansieht, würden die vorhandenen Mittel nicht bloß ausgereicht haben, den letztern bis zum 30. Juni k. J. vollständig zu bestreiten, sondern hätten noch einen Überschuß gelieferl, selbst wenn die Forterhebung der direkten Steuern für das nächste Semester nicht zugestanden wäre. Die Landstände hatten übrigens, ehe dieses geschah, die Bearbeitung des Budjets für die laufende Finanzperiode sast ganz vollendet; soviel bekannt ist, war nur die Feststeyung der Civilliste unerledigt geblieben, die Berathung darüber aber auf die nächste Sitzung im neuen Jahre bestimmt worden, so daß dem Anschein nach

Digitized by Google

nur etwa für einen Monat desselben die provisorische Forterhebung von Steuern erforderlich gewesen wäre. Und der Wahl einer längeren Frist könnte man fast schließen, daß über jenen Berathungsgegenstand weit ausscheidende Verhandlungen erwartet würden. Möglich könnte dieses allerdings werden, wenn die Landstände denselben in Verbindung mit den angekündigten Modifikationen der Verfassung brächten, da, wie man vernimmt, erst jetzt eine Commission zu deren Ausarbeitung durch den Staatsrath Bickel, den Oberappellationsrath Münscher und den Regierungsrath Schröder ernannt ist. Unter diesen wird freilich eine solche Uebereinstimmung der politischen und religiösen Gesinnung herrschen, daß schwerlich sich eine Meinungsverschiedenheit derselben kund geben wird, demnach auf eine rasche Erfüllung des ihnen gewordenen Auftrags sich rechnen läßt.

Darmstadt, 31. Dez. In der Großh. Hessischen Zeitung ist ein von 37 Mitgliedern unserer zweiten Ständekammer unterzeichneter Aufruf zur Betheiligung an dem Besserfonds durch Beiträge erschienen.

Δ Aus dem Waldeckischen, 26. Dez. „Ueberblickt man bei uns die Reihe der nützlichen Verändrerungen in den letzten 16 Jahren, so ist kaum abzusehen, wie neben ihnen noch mehr hätte geschehen sollen. Es geschah in der kurzen Zeit Alles, was geschehen konnte." So ungefähr gloßirt die Redaction der hiesigen landwirthschaftlichen Vereinsblätter ein ihr zum Druck eingesendetes Gutachen über Abschaffung des Mühlenbanns, worin das gedankenlose Zaubern mit der Aufhebung und Ablösung der Feudallasten etwas breit gerügt war. Wir können uns bis heute der Vermuthung nicht erwehren, daß diese selbstgefällige Weisheit des Glossators aus einer höhern Schichte durchgesickert sei und deßhalb einen so spezifisch konservativen Beigeschmack habe. Diese Sprache ist nun gerade nicht neu und unerhört, eh sie aber klug sei, wollen wir dahingestellt sein lassen. Wenn eine Regierung in 16 Jahren keine Zeit findet zur Vorlage einer umfassenden Ablösungsordnung, wenn noch bis auf den heutigen Tag zahlose Naturalprästationen, lästige und unsinnige Meinungsdoctrinen den Aufschwung der bäuerlichen Wirthschaften niederhalten, keine Freizügigkeit im Innern besteht, und sinnlose Beschränkungen der Veräußerungsfähigkeit des Grundeigenthum entwerfen, dann sollte man doch solchen Unterlassungssünden gegenüber mit dem Ausposaunen der eigenen Rührigkeit nicht so voreilig sein. Wenn in 16 Jahren Nichts geschehen zur Andahnung eines halbaren Steuersystems, zur gerechtern Vertheilung der Grundsteuer, zur Erleichgung der Exemtionslast, zur Vorbereitung einer einheitlichen Finanzverwaltung, zur Revision des absoluten Zunftwesens, zur einfach verständigen Organisation der Behörden in Staat und Gemeinde, zur Wiedererweckung und Kräftigung des kränkelnden Bürgersinnes durch eine zeitgemäße Gemeindeordnung, zur Reform der überaus mangelhaften Gerichtsverfassung, des Civil- und Strafprozesses, dann sollte man doch solchen Thatsachen gegenüber nicht die Stirne haben, die kümmerliche legislative Friedersel der letzten Zeit optimistisch in den Himmel zu erheben. Des Staatsgrundgesetzes gar nicht zu gedenken, das ein Werk der Noth, der Eile und der politischen Halbreife ohne lebenskräftige Verbindung mit dem Volke daseht, und dessen Reform vom ganzen Lande so laut, so einstimmig verlangt ist, daß man wahrhaftig die Politik nicht begreift, die hier auf das schöne Vorrecht der Initiative verzichten konnte. Oder glaubt vielleicht der Glossator, eine so totale, kurz durchgreifende Umbildung sei über die finanziellen Kräfte des kleinen Landes hinausgegangen? Dann möge er sich doch ja nicht auf die lahmen Nachzügler der öffentlichen Entwicklung berufen, dann möge er vielmehr lange und ernstlich darüber nachdenken, was Preußens Staatsmänner von 1807 bis 1815 nach dem furchtbarsten Unglück trotz der völligen Erschöpfung des Staats, trotz des Verfiegens der gewohnten Hilfsquellen und trotz aller äußern Drangsale in rascher Folge für die innere Reform gethan haben. Man würde nur nicht den Verhältnissen paß, wofür sich in der eignen Indolenz ein genügender Erklärungsgrund finden läßt. Wenn es in den obern Regionen der Staatsleitung nicht an Ideen fehlt, nicht an begeisterter gemüthvollen Hingebung an die öffentlichen Interessen und vor Allem nicht an jener charaktervollen Energie, die überall die Verheißung der Zukunft für sich hat — dann werden auch die großen Resultate nicht auf sich warten lassen, und wären durch die Stürmen der Verschleppung und der Selbstzersaumsig die zu beseitgenden Hindernisse noch so hoch aufgethürmt, als sie bei uns je waren. Leider hat aber die offizielle Welt in vielen deutschen Kleinstaaten bei ihrem Stillleben, bei ihrem schreibseligen Schlendrian alle Jugend und Spannkraft des Geistes längst eingebüßt und sich gewöhnt, in der Regel mit etwas Routine und pflichtschuldigem Diensteifer auszureichen. Deßhalb darf man sich auch nicht wundern, wenn sie es nicht vermag, über das Ziel, dem die ganze bisherige Entwicklung mit Nothwendigkeit zufreedt, sich zur Klarheit zu erheben. Der heiße Fortschrittsdrang fällt ihr unbeschreiblich lästig und sie begreift sehr schwer, wie die Leute sich noch für etwas Anderes erwärmen können, als für die Anstellung eines Sohnes oder eine Besoldungsstraße. Weil sie die Macht, die durch die Geschichte geht, nicht verspürt, so sperrt und sträubt sie sich gegen jede Konzession an die Zeit, und nur dann, wenn die kritischen Stachein, welche die öffentliche Meinung durch das bequeme Polster des bergebrachten Praxis treibt, gar zu empfindlich schmerzen, nur dann ist mit Sicherheit auf Genehmigung einer Kommission zur Prüfung der ungestümen Wünsche und Beschwerden zu rechnen. Daß nun der Weg von da bis zum wirklichen Handeln noch sehr lang ist, weiß der Erfahrene längst; aber der seichte Altagsliberalismus ohne Takt und ohne Ausdauer läßt sich leicht beschwichtigen. So wird Zeit gewonnen, die Dinge bleiben wie sie sind, und die Büreaukratie kann nun wieder eine gute Zeit ruhig und ungeneckt die unentbehrliche Partie im Klub spielen.

† Mecklenburg, 26. Dez. In dem Landtagsabschiede, mit welchem der diesjährige Landtag zu Sternberg am 22. d. M. geschlossen worden ist, gibt sich unverkennbar dieselbe Mißstimmung auf Seite der Regierung zu erkennen, welche bereits vom ganzen Lande her, soweit dieses nicht in die Stände selbst aufgeht, in Beziehung auf die Thätigkeit und Vertretung der letzteren laut geworden. Wenn auch hinsichtlich der Münzveränderung zum Behuf der Einführung des 14 Thalerfußes eine Vereinbarung zwischen Regierung und Ständen endlich erreicht ist, so bleibt doch vorläufig jede Aussicht auf eine solche bei der viel wichtigeren Eisenbahnangelegenheit verloren, nachdem die Regierung zum dritten Male mit dem Versuch, die Stände zu irgendeiner, wennauch nur nemineller, Unterstützung zu bringen gescheitert ist. Erwägt man die selbst von der Mehrzahl der Stände anerkannte Gemeinnützlichkeit der Eisenbahn für das Land, das dringende Bedürfniß ihrer baldigen Vollendung und die bei der längeren Verzögerung unvermeidlichen großen Verluste, so muß die ständische Hilfsverweigerung ganz unbegreiflich erscheinen, wenn man nicht von der Voraussetzung ausgeht, daß die Berathungen und Beschlußnahmen unserer Landstände vornehmlich durch die Rücksicht auf das allgemeine Landeswohl geleitet würden. Statt dessen überwiegt bei den Einen, die vorzugsweise den Adelsstand und die alte Adelsgesinnung von Mecklenburg zu vertreten meinen, ein unglaublich dornierts Vorurtheil gegen jede Neuerung und deren unberechenbare Folgen, bei den Anderen das baare egoistische Interesse von Stadt gegen Stadt, von dem einen Landestheil gegen den Anderen; und diese widerwärtigen Beweggründe haben hier allein den Ausschlag gegeben. — Die bei dem Landtage eingegangenen Refermpetitionen und darauf bezüglichen Adressen an Vogge-Reggow aus den Städten haben zum Theil entgegengesetzte Erklärungen von Seite der Bürgermeister derselben Städte auf dem Landtage hervorgerufen. Einige von diesen verweisen ihre Bürger auf den ordnungsmäßigen Weg für dergleichen Anträge durch Vermittelung des Magistrats, was bei diesen Herren, welche den Magistrat meist selbst in Händen haben, fast wie Hohn klingt; ja, der Bürgermeister der kleinen Stadt Kröpelin hatte sogar die Unverschämtheit, seine Mitbürger, die ihm ihre Petition zur Uebereichung an die Stände zuschicken, mit Untersuchung wegen unbefugten Petitionirens zu bedrohen!

## Schweiz.

** Bern, 30. Dez. Es stellt sich, je länger, je deutlicher heraus, daß die letzten Ereignisse und der Sieg der Eidgenossenschaft über den Sonderbund eine wesentliche Veränderung in der Stellung der Parteien in der Schweiz herbeigeführt haben. Sowie vor jener für die Zukunft unseres gemeinsamen Vaterlandes ohne allen Zweifel entscheidenden Krisis die Ansichten und Meinungen aufs Schroffste einander entgegenstanden und das unselige Parteiwesen einen Grad erreicht hatte, — der jeden vaterländisch gesinnten Schweizer mit Schmerz und Betrübniß erfüllen mußte, so sind jetzt noch glücklich überstandener Krisis die vielen Parteiungen wie durch einen Zauberschlag verschwunden, und es gibt gegenwärtig wirklich nur noch zwei Parteien in der Schweiz, eine eigentössische und eine uneidgenössische. Die sogenannte konfessionelle Partei ist durch die Macht der Ereignisse vollständig aufgelöst, die radikale Partei ist zur nationalen geworden, und die verschiedenen in der Mitte liegenden Nuancen haben jeden Anhaltepunkt und alle Bedeutung verloren. Aus dieser Verschmelzung der

Digitized by Google

Parteien, zu welcher die Haltung des Auslandes gegenüber der Schweiz nicht wenig beigetragen hat, können nur gute Früchte hervorgehen, und es steht zu erwarten, daß jetzt, wo es sich zunächst darum handelt, die Gefahr einer fremden Intervention abzuwenden, alle vaterländisch gesinnten Männer sich die Hand zur Versöhnung bieten, den innern Hader vergessen und ihre Kräfte zu Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des gemeinsamen Vaterlandes vereinigen werden. In dieser Beziehung verdient der Beschluß, den die Versammlung der Aktionäre der Berner Volkszeitung (welche bis dahin als das Organ der sogenannten konservativen Partei galt) in den jüngsten Tagen gefaßt hat, nämlich das Blatt mit Ende Jahres eingehen zu lassen, alle Anerkennung. Möchte er anderwärts Nachahmung finden.

* Zürich, 30 Dez. Am Schlusse des alten Jahres muß ich doch noch mit ein paar Worten der letzten Versammlung des Zürcherischen Gr. Rathes gedenken; zwar sind in letzter Zeit die kantonalen Interessen gegen die der Eidgenossenschaft überhaupt mehr denn je in den Hintergrund getreten; allein allmählich wendet man sich doch wieder den ersteren zu, und die eben erwähnten Großrathsbeschlüsse sind in der That für das innere Leben eines der bedeutendsten und einflußreichsten Kantone wichtig genug, um ausdrücklich auf dieselben aufmerksam zu machen. Der wichtigste Berathungsgegenstand betraf eine gänzliche Revolution in dem innern Haushalte unserer Republik, Berkurater Beschluß stellte nämlich den Antrag, daß bis dahin herrschenden Kollegialsystems das Departementalsystem bei unseren regierungsräthlichen Behörden einzuführen und vorläufig eine Kommission zur Prüfung dieses Antrags niederzusetzen. Unsere Regierung bestand nämlich bis jetzt aus 13 (früher gar aus 17) Mitgliedern, welche sich in verschiedene Sektionen theilten; die Besoldung ist bei Allen gleich spärlich, nicht so hoch, daß eine Familie in Zürich anständig davon leben könnte, trotzdem aber ist die eigentliche Arbeit höchst ungleich vertheilt; es gibt Regierungsräthe, die 6 — 8 Mal soviel arbeiten, wie Andere ihrer Kollegen, und doch nicht mehr Gehalt dafür beziehen, als eben diese auch. Zudem ist das Kollegialsystem bei Administrationsbehörden ein höchst schwerfälliges; nur wo ein wirklich verantwortlicher Chef den verschiedenen Sektionen vorsteht, da kann man einer prompten Ausführung der erlassenen Befehle, eines raschen Ineinandergreifens aller Geschäfte versichert sein. St. Gallen, welches am Frühesten das Departementalsystem bei sich einführte, wurde seitdem stets als ein wahres Muster in Beziehung auf den Gang seiner Verwaltung gepriesen, und mehrere andere Kantone beeilten sich, diesem glänzenden Beispiele zu folgen. So nun auch Zürich. Das Bedürfniß dieser Reform war längst allgemein anerkannt, und Dr. Brändli hat das Verdienst, durch seinen klaren, lichtvollen Vortrag der öffentlichen Stimmung Worte geliehen zu haben. Die Kommission wurde niedergesetzt mit dem Auftrag, in der nächsten Großrathssitzung Bericht zu erstatten und die nöthigen Anträge zu stellen. Die nächste Veranlassung zu dieser Motion mochte der Umstand sein, daß ein Regierungsrath wegen Krankheit seinen Abschied genommen, und daß die fernere Resignation von noch 1 oder 2 Mitgliedern der Regierung in Aussicht steht. Wahrscheinlich wird die Zahl der Regierungsmitglieder von 13 auf 9 herabgesetzt und die Besoldung der Letztern als Chefs ihrer Departements um ein Bedeutendes erhöht werden. (Schluß morgen.)

## Großbritannien.

London, 30. Dez. Wer die englischen Journale der verschiedensten Färbungen — durch sie jedoch stets eine und dieselbe nationale Grundfarbe hindurchschimmert — mit einiger Aufmerksamkeit durchliest, wird unter anderen für uns bedrohlichen Wahrnehmungen auch auf die stoßen: daß, was bei uns als radikal und destruktiv gelten würde, in England zu einem Mittel und Werkzeug des erhaltenden und bewahrenden, der Zerstörung entgegenarbeitenden staatlichen Prinzips gemacht wird. Die torystischen wie die chartistischen, die aristokratischen wie die demokratischen, die antiministeriellen wie die ministeriellen, die weltlichen wie die geistlichen Zeitblätter begegnen sich doch in der Tendenz, die wahren Anliegen des Landes, nicht aber die einseitigen Interessen der Regierung und der Bureaukratie ungeschminkt zur Sprache zu bringen und das Volk als solches, das Land als großbritannisches Land zu vertreten, nicht aber als einen, welchem nach rechts und links Anstoß zu nehmen und zu befürchten hätte, daß durch, daß es sein eigenes Interesse wahrnimmt, bei diesem oder jenem Hofe anzustoßen und bald dem Czaar, bald der hohen Pforte mißfällig zu werden. In englischen Blättern, die, natürlich im englischen Sinne, für Organe der Regierung gelten, findet man, nicht selten sogar in übertriebenen Farben, Schilderungen der Bandenstände, die, über deutsche Verhältnisse in deutschen Blättern gegeben, für das betreffende Journal Censurstriche ohne Zahl, Postdebitentziehung, Verbot, Unterdrückung, für den Redacteur Anklagen auf Majestätsbeleidigung und Versuche zur Aufreizung der Massen, für den Verfasser Amtsentsetzung, Ausweisung aus dem Ständesaal u. s. w. zur Folge haben würden. Bei uns dünkt sich ein konservatives Blatt, ein sogenanntes Regierungsorgan, recht konservativ zu sein, wenn es beschönigt, was häßlich ist, in die Farben des Lichts kleidet, was schwarz ist, verdächtigt und mißdeutet, was die Wahrheit ist, verschweigt und verheimlicht, was offen zu Tage liegt. Dieses Konservatismus ist nicht zu rathen, aber er kann auch Andern nicht rathen, am Wenigsten denen, welchen er nützen zu wollen sich den heuchlerischen Anschein gibt. Aufrichtigkeit, Geradherzigkeit und ungeschminkte Wahrheitsliebe sind die Tugenden Englands, ebensosehr aus seiner Verfassung heraus-, als in sie hineingewachsen. Es gibt auch in England eine Korruption, und leider eine starke, aber sie ist noch fast Sitteneinfalt gegen das, was als Korruption andernwärts heimlich umschleicht.

Ludwig Philipp hat auch in England noch seine Freunde, und zwar gerade unter den Tories, die jede Gelegenheit benutzen, den mit Reformen kühn vorangeschrittenen und auch anderhalb Englands, in allen Theilen der Welt, die Rechte und Freiheit der Völker gegen selbstherrische Eingriffe mehr oder minder deutlich in Schutz nehmenden Whigs den Spiegel der konservativen, reformgegnerischen Politik Ludwig Philipp's zu gefälliger Nachachtung vorzuhalten. Unter andern macht auch der Standard dem Gefühl der Bewunderung für die in der Thronrede des Königs der Franzosen enthaltenen Herrlichkeiten und Glückseligkeiten Luft, für alle jene schönen Redensarten von Wohlfahrt, himmlischem und irdischem Segen und dem tausendjährigen Reich des allgemeinen Weltfriedens, dessen Anfänger und Vollender jener Mann ist, der allerdings mit einer Meisterschaft sonder Gleichen die Landesverfassung wirkungslos und zu einer Handhabe seiner Alleinherrschaft zu machen wußte, ohne sie doch formell zu verletzen und ihre Bestimmungen umzustoßen. Der Standard meint: diese Thronrede müsse die Brust jedes Franzosen mit Stolz, Dankbarkeit und Zufriedenheit erfüllen; jeder Franzose müsse einsehen, daß, wenn Frankreich vom Pauperismus (der doch weder in den großen Städten, noch auf dem Lande fehlt), von Hungersnoth und übertriebener Theuerung befreit geblieben, das französische Volk dies, wenigstens negative, Glück einzig und allein den Anordnungen und Mühwaltungen des Königs zu danken habe, wodel denn der Standard freilich vergißt, daß es auch in Frankreich an Arbeitseinstellungen und Theuerungsemeuten und andern bedenklichen Zeichen einer bedrängten Zeit nicht gefehlt hat. Der Standard ist jedoch nicht so erzpolaristisch, daß er nicht auch das Glück und die Wohlfahrt der nordamerikanischen Republik seinem Frankreich und die Vereinigten Staaten, meint er, hätten beide große Kriege geführt, jenes in Algier, diese in Mexiko, und beide befänden sich im blühendsten Zustande; ja, er äußert nöthigenfalls genug, daß jedes Land glücklich wäre, wenn es nur nicht nach den Grundsätzen regirt würde, nach denen Großbritannien seit so und so viel Jahren regirt worden wäre. Die Schlußstelle der Thronrede erfüllt den Standard mit Rührung, die bei der Nachricht vom Tode der Prinzessin Adelaide sich jedenfalls noch steigern wird, wie es überhaupt merkwürdig erscheint, daß selbst die erschütterndsten Familienunfälle, welche Ludwig Philipp treffen und getroffen haben, daß Attentate und andere Schrecknisse stets in eine Zeit fielen, wo sie seiner Dynastie in anderer Form zum Glück anschlugen, indem Rührung, Schonung und Rücksicht ihm die Zweifelhaften gewannen, bei Andern das Oppositionsfeuer absägten. Das Ableben seiner Schwester, so schmerzhaft es dem alten Könige sein mag, ist doch immer noch im günstigsten Zeitpunkt für seine politischen Zwecke eingetreten — beim Beginn der Kammersitzung.

## Frankreich.

Paris, 1. Jan. Der König ist durch den Tod seiner Schwester, die ihm mit grenzenloser Hingebung zugethan war, auf das Aeußerste angegriffen. Als sich die Abgeordneten heute in Masse aus dem Palaste Bourbon in die Tuilerien begaben, um dem Monarchen ihr Beileid zu bezeugen, konnte er vor Thränen kein einziges Wort vernehmen. Die gewöhnlichen Neujahrsfeierlichkeiten sind sofort abbestellt. — Das Vermögen der Prinzessin Adelaide vertheilt sich kraft testamentarischer Verfügung auf die Herzoge von Nemours und Montpensier und den Prinzen Joinville. Der Herzog von Aumale geht leer aus,

Digitized by Google

weil er durch die Erbschaft des Fürsten von Condé ohnehin außerordentlich reich ist.

Einen höchst widerwärtigen Eindruck macht die Nachricht vom Einrücken der Österreicher in Modena. Hr. Guizot soll dieselbe mit einem heftigen Ausbruche des Zorns aufgenommen haben. Allein was ist zu machen? Die französische Regierung wird und kann keinen Einspruch erheben gegen einen Übereinkunft, kraft deren ein selbständiger Fürst fremde Truppen in sein Land aufnimmt. Von dieser Seite her wird dem Herzog von Modena nur Unklugheit vorgeworfen. „Es wird bald aus sein mit der Unabhängigkeit der ital. Fürsten, sagt das J. d. D., wenn sie bei jeder kleinen innern Schwierigkeit immer sogleich eine auswärtige Kriegsmacht anrufen wollten.“ Die Opposition wird die Sache indessen nach gewohnter Weise durch eine andere Brille ansehen, und es sollte uns gar nicht wundern, wenn sie die Vorgänge in Modena für einen Kriegsfall ausgäbe.

Die Angabe der „Presse“, daß die Tagsatzung die Abberufung des Hrn. Bois-le-Comte verlangt habe, wird durch die Regierungspresse in amtlicher Weise widersprochen.

Aus Marseille wird unterm 29. v. M. geschrieben, Abdel Kader sei auf dem Dampfschiffe Asmodée in Toulon angekommen, nachdem er sich der längern Gegenwehr gegen die Marokkaner unfähig, dem Herzog v. Aumale ergeben. Diese Angabe, obgleich sie in einem fast amtlichen Tone mitgetheilt wird, bedarf jeden Falls der Bestätigung.

## Italien.

Parma, im Dec. Parma ist jetzt die Stadt, auf die alle Blicke aller Patrioten in Italien mit Spannung haften. Indessen bieten die auf den Tod der Herzogin folgenden Vorgänge ihrem Ende erfreuliche Aussicht. Aus der Alba schöpfen wir einige Nachrichten über die dortigen Zustände. Gleich nach erhaltener Kunde vom Tode der Herzogin eilten zahlreiche Bürger in das Café Vergo am Platze, um dort zu berathen, was nun zu thun sei. Man war nämlich allgemein der Ansicht, die Mission des Ministeriums habe mit dem letzten Athemzuge der Herzogin ihre Endschaft erreicht, und die Verwaltung gebühre, bis die neue Regierung vom Lande Besitz genommen, von Rechtswegen (?) dem Podesta und den Anziani, die, aufgefordert von einer Deputation, sich sofort ins Gemeindehaus begaben. Am folgenden Tage erklärte das Ministerium in einer öffentlichen Kundmachung, daß es die Zügel der Regierung im Namen des neuen Fürsten beibehalte. Ein Plakat der Polizei bedrohte die Renitenten mit den schwersten Strafen, die Regierung erhielten Befehl, keine Volksgruppen zu dulden und nach dreimaliger Aufforderung auf sie zu feuern. Der Podesta aufgefordert, das Amtsgebäude zu übergeben, verweigerte dies Anfangs, fügte sich aber zuletzt mit der zu Protokoll gegebenen Erklärung, daß er dieß der Gewalt weiche. Die Bürger unterzeichneten ein Aktenstück, worin sie gegen Mißbräuche der Polizei, des Ministeriums und des Gouverneurs protestirten. Zwei Kompagnien waren aus dem Kastell gerückt, um Truppen und Gendarmen, die die Straßen besetzt hielten, zu verstärken, und die Bürger, die von einem Interregnum träumten, einzuschüchtern, was vollkommen gelang. Über die Bahn, welche der neue Herzog einschlagen wird, schwanken die Meinungen. Sollte er in Parma wie in den letzten Momenten seiner Regierung in Lucca die verhängnißvollen Worte wiederholen: „Ich werde nie nachgeben“, so bleibt ihm freilich Nichts, als der Schutz der österreichischen Bajonnete, um sich in einem Lande zu halten, das, österreich an altvergärten Krebsschäden, umfassender Reformen ohne Zeitverlust bedarf. Baron v. Neumann soll sich von Modena in Eile nach Parma begeben haben. Es wird sich bald zeigen, ob er etwa für Karl Ludwig andere Rathschläge hat, als für den Herzog von Modena.

## Griechenland.

* Athen, 23. Dec. Memorandum der Regierung St. griechischen Maj. an den Präsidenten der fünf Gesandte: (Schluß.)

Dieser Schritt, welcher, wenn der Sultan sich hätte bereitwigt halten können, als Genugthuung konnte betrachtet werden, die Berufung an die wahren Interessen beider Länder, triumphirte nicht über eine leider tiefe Eingenommenheit; wenn auswärtige durch die Abberufung des diplomatischen Vertreters gut und durch die Anordnung von Zwangsmaßregeln (Bel. 9). Währenddem sich diese zutrug, schlug eine der Großmächte, die eifersüchtigst Wächterin des europäischen Friedens, aus rigorem Antrieb, im Interesse der Pforte sowohl, als im Interesse Griechenlands und in so vielen andern solidarischen Interessen eine Art der Ausgleichung vor. Fürst Metternich machte unterm 10. und 11. Mai die folgenden Vorschläge: „Es erkläre Griechenland der Pforte, daß es jeden Gesandten, sei er auch Hr. Musturus, mit der dem Stellvertreter einer beleidigten Macht gebührenden Achtung empfangen werde, sobald er mit den im Briefe des Sultans ausgesprochenen Gesinnungen übereinstimmenden Verhaltungsregeln kömm. Es mache sich die Regierung des Königs verbindlich, bei seiner Ankunft hiefür Ermessensmomente auf eine die Würde des Königs und des Landes nicht verletzende Weise das Bedauern auszudrücken über das was eine unangenehme Verwicklung herbeigeführt. Die Pforte betrachte sich als zufrieden gestellt durch diese Erklärung, sende einen Musulmann an die Stelle des Hrn. Musturus, oder wenn sie auf die Nachkehr des Hrn. Musturus Werth legt, so könne sie ihn nur für kurze Zeit senden.“ Die Regierung des Königs, die meinen und wohlwollenden Absichten des Fürsten Metternich zuvorgeeng, entsagte der Verwahrung gegen die Rückkehr des Hrn. Musturus und nahm den 21. Mai den Vorschlag des Vermittlers an. Die griechische Regierung glaubte, es müsse schwierig sein, Aufnahme dieser Vorschlag in Konstantinopel finden werde. Eine erste Nachricht erwies sie darüber am 29. April durch den österreichischen Gesandten in Athen, der ihr vom Übergehen des Internuntius vom 25. April mittheilte. Als Hr. Koletti daraus erlaß, daß in Konstantinopel Zweifel obschwebten über die Annahme von Seite der griechischen Regierung, erneuerte er die Zusicherung durch einen Brief an den Fürsten Metternich vom 10. Mai (Bel. 10). Diese wiederholte Erklärung der griechischen Regierung, sowie die mit einer Note des Fürsten Metternich vom 8 Mai, die den 20. dem österreichischen Gesandten in Athen zukam. Der Doppelvorschlag ist so abgefaßt (es ist nützlich die amtlich mitgetheilte Stelle wörtlich anzuführen): „Wir kennen den Rath, den ich gleichzeitig der Pforte und dem Kabinet von Athen gegeben; mein Rath war folgender: Die griechische Regierung eröffne dem Divan, daß sie mit aller ihm gebührenden Achtung jeden Abgeordneten des Sultans empfangen werde, sei es selbst Hr. Musturus. Die Pforte betrachte sich als befriedigt durch diese Erklärung und schicke Hrn. Musturus nicht wieder nach Athen, oder wenn sie ihn wieder schickt, so sei es nicht, um dort zu bleiben.“ „Ich habe in Erwiderung auf diese doppelte Eröffnung einen Brief des Großvezirs erhalten, welcher die Annahme meines Vorschlages enthält. Dieser Brief Reschid Pascha's überreichen, spricht mir Graf Stürmer seine Überzeugung aus, daß der Sultan zufriedengestellt durch die so abgefaßte Erklärung des Athener Kabinets, Hrn. Musturus gar nicht mehr schicken werde. Hr. Koletti's feinerseits spricht mir einen Brief, der seine vollkommene Billigung meines Verfahrens einschließt. Die Briefe der beiden Minister sind mir, die eine 24 Stunden nach dem andern, zugekommen; es ist klar, daß ich somit die Frage für gelöst betrachten mußte.“ Diese erste und einzige Anfrage, welche der Pforte wurde durch die Antwort des Fürsten Metternich an Hrn. Koletti vom 22. Mai bestätigt (Bel. 11). Den Brief überschickend, fügt der österreichische Gesandte von Athen die Nachricht hinzu, daß die Pforte auf der Rückberufung des Hrn. Musturus bestehe, und den Wunsch, die Frage durch die Dauer des Verbleibens des Hrn. Musturus in Athen der direkten und konfidentionellen Verständigung der Kabinett von Wien und Konstantinopel anheimzustellen. Die Regierung des Königs erhielt diese Mittheilung am 1. Juni. Wenn auch bedauernd, daß die Pforte den Vorschlag des Fürsten Metternich, Hrn. Musturus nicht zu schicken, nicht gebührend schätze; wenn auch bedauernd, daß trotz der Hoffnung einer freundschaften Lösung, welche sie im Geiste des Internuntius erstehen machte, die Pforte wiederum auf der Rückkehr eines zur Aufrechthaltung der feindlichen Gesinnungen wenig geeigneten Agenten bestand; wenn auch sich nicht verheimlichend den ernsten Übelstand einer solchen Rückkehr, zu die Gefahren, welche die entsprungen könnten: hat es das griechische Regierung, nichtsdestoweniger für eine Pflicht gehalten, treu zu bleiben ihrer Österreich gegebenen Zusage, und die Absicht achtend, welche Österreich die Äußerung der Bedingungen des Vergleichs eingab, einsagte sie der Vorausbestimmung der Dauer des Verbleibens des Hrn. Musturus zu Griechenland, entsagte einem feierlichen Zugeständniß des Pforte zu Bedingungen des begrenzten Verbleibens, einem Zugeständniß, welches im ersten Vorschlag die Bedingung verpflichtigen Griechenlands zur Rückkehr des Hrn. Musturus nach Athen war. Die Regierung des Königs ging noch weiter: sie willigte ein, selbst den Ausdrücken der Bedingung zu entsagen, durch welche Pforte wollte die Regierung des Königs alle möglichen Plänen ihrer verschulichen Gesinnung geben; sie hielt es überdieß für ihre Pflicht, durch volles Vertrauen die wohlwollende Vermittelung, welche Österreich ihr anbot, zu erleichtern und zu erwidern. Den 6. Juni sandte der Minisferpräsident einen Brief an Ali Effendi (Bel. 12) dem Fürsten Metternich, begleitet von der wiederholten Versicherung seines Wunsches, mit dem osmanischen Staate Beziehungen ernster und wohlwollender Freundschaft wiederanzuknüpfen. Die Antwortsdepesche vom 28. Juni an General Protesch billigte Fürst Metternich den Sinn des Briefes des Hrn. Koletti an Ali Effendi, schickte ihn zurück, einige Änderungen in der Abfassung empfehlend, und rieth zur unmittelbaren Übertragung von Athen nach Konstantinopel. In derselben Depesche theilte der Minister Fürst Metternich die Wendung der an Herrn Musturus bei seiner Rückkehr zu richtenden Worte, sowie die Etiquettspunkte, die zwischen ihm und den türkischen Gesandten in Wien ausgemacht worden. Gleichzeitig setzte der österreichische Gesandte das Athener Kabinet in Kenntniß, daß in meinem neuen Briefe vom 22. Juni der Großvezier den Fürsten Metternich benachrichtigte, daß die Pforte die Bedingungen, welche der Vermittler vorgeschlagen, annehme, sowie die vielleicht in den Depeschen des Athener Kabinets vom 18. und 22. Mai enthalten. — Der Vergleich schien demnach zu Stande gekommen, dies war auch die Überzeugung des Stellvertreters Österreichs in Konstantinopel am Tage nach dem Empfangen des Briefes Hrn. Koletti's (Bel. 13.) welcher am 2. Juli von Athen ausgefertigt worden. Dieser Protokoll theilte der Reg. des Königs folgende Stelle einer Depesche des Grafen Stürmer vom 8. Juli mit: „Ich habe mit Befriedigung ersehen, daß die griech. Reg. in vollem Umfange den Rath unserer Pforte befolgt hat. Was die Besorgniß betrifft, die Sie mir aussprechen, die Antwort Ali Effendi's möchte etwas Kompromittierendes für die Reg. des Königs enthalten, bitte ich Sie, M. ganz ruhig zu sein, ich werde Sorge tragen, daß bei der Abfassung der Antwort Alles entfernt werde, was der Wiederherstellung der guten Beziehungen schaden könnte.“ — Mit dem Dampfboot vom 18. Juli erhielt die Reg. des Königs die Antwort Ali Effendi's (Bel. 14.) Sie war in verbindlichen Ausdrücken geschrieben, sagte, Alles sei glücklich ins Reine gebracht, aber endigte mit einer Forderung, von der Seitens des Vermittlers gegen die Reg. des Königs niemals die Rede

Digitized by Google

## Griechenland.

Foreign office, 4. Okt. Herr! Ich habe Ihren Bericht, vom 4. Okt. Nr. 154 empfangen, welcher die Abschrift eines Briefes des griech. Ministers des Äußeren, Herrn Glarakis einschloß, die Beschwerden der griechischen Regierung enthaltend, daß der Konsul, Ihrer Maj. in Prevesa, Hr. Sondrez, ungeeignet handelnd, den General Grivas unterstützt habe. Ich trage Ihnen auf, Hrn. Glarakis zu sagen, daß nach der Meinung der Regierung Ihrer Maj., die griechische Regierung keinen Grund hatte, sich über das Verfahren des Hrn. Sondrez in der vorliegenden Angelegenheit zu beschweren, und daß die Aufstellung des Hrn. Glarakis keineswegs gegründet erscheint, als habe während seines Aufenthaltes in Prevesa General Grivas sich damit beschäftigt, einen neuen Angriff gegen die griechische Regierung und den König von Griechenland vorzubereiten, weil General Grivas nichts dergleichen während seines Aufenthaltes in Prevesa unternommen, noch irgend etwas diesem Zwecke Entsprechendes gethan, sondern weil im Gegentheil die Ursache der Verlangerung seines Aufenthaltes in Prevesa die war, mit den türkischen Behörden zu unterhandeln über den inneren Theil des osmanischen Reichs, wohin er und sein Gefolge sich begeben wollten. Als aber darüber beschlossen war, ging er nach Janina ab. — Hr. Glarakis wird wohlthun, wenn er sich in Zukunft ungegründeter Anklagen gegen die Regierung Ihrer Maj. und Ihre Beamte enthält; er möge einsehen, daß durch solche Mittel unmöglich die Beziehungen zwischen der britischen und griechischen Regierung angenehmer werden können für die griechische Regierung. — Was den General Grivas betrifft, hat weder dessen frühere politisches Benehmen, noch seine politische Tendenz denselben im Geringsten dem Wohlwollen der britischen Regierung empfohlen. Und wenn die Regierung Ihrer Maj. ihm einige Sympathie gezeigt, so hat sie es allein deßhalb gethan, weil derselbe ein Opfer der Tyrannei und der Ungerechtigkeit war. — Über die Widerwärtigkeiten und Aufstände in Griechenland sprechend, sagt Hr. Glarakis, daß die griechische Regierung den geraden Weg gehe und daß sie beabsichtige, denselben einzuhalten. Die Regierung Ihrer Maj. hat diese Erklärung mit größtem Bedauern vernommen. Das System, welches die griechische Regierung eine geraume Zeit befolgt, und das sie ferner zu befolgen entschlossen zu sein heute selbst sagt, ist ein System der Ungesetzlichkeit und der Bestechung (Korruption), der Gewalt, der Ungerechtigkeit und der Tyrannei, welches die griechische Nation überall unterdrückt und erbittert, wo das Wirken der Werkzeuge dieses Systems sich fühlbar macht und zuletzt als natürliche Folge zu offenem Aufstande herausfordert. Es ist bemerkenswerth, daß diese Aufstände andgingen von Personen, die nicht zur Opposition gegen die Regierung gehörten, sondern im Gegentheile zu denjenigen, welche noch vor Kurzem die Minister anerkannt und gekräftigt hatten, von denen also diejenigen ihrer schlechten Administration herzuz worten waren, aber als sie zuletzt selbst die Bitterkeit des Unterdrückungssystems fühlten, durch welches die Regierung mit ihrem Beistande die Uebrigen beherrschte, die Waffen ergriffen, sich der Tyrannei zu widersetzen, die sie als unerträglich erkannten. — Die Regierung Ihrer Maj. hoffte, daß dieses gottlose Regierungssystem mit dem Tode eines Ministers endigen würde, der als oberstes Organ der Ausführung desselben, allgemein als dessen Erfinder betrachtet wurde. Aber da Hr. Glarakis heute sagt, daß man es unabänderlich forstehen wolle, so ist klar, daß dieses System aus andern Einflüssen hervorgegangen und aufrecht erhalten werde, welche die Wohlfahrt der griechischen Nation anfeinden und feind sind den wahren Interessen des Königs von Griechenland. Und wird dadurch offenbar, daß Hr. Kolettis nur ein einfaches Werkzeug war, obwohl mit denselben Willen, welches diese Einflüsse anwandten zur Ausübung ihrer verderblichen Politik. — Wenn die griechische Regierung den Aufständen zuvorzukommen wünscht, so erhalte sie die Ordnung und die Ruhe und kräftige die Industrie im griechischen Königreich. Diesen Zweck wird sie wahrlich nicht erreichen durch willkürliche Verhaftungen, noch durch Gewalt und Ungesetzlichkeit, noch durch Plünderung und Verheerung ganzer Provinzen, wie es neulich in Cuboa der Fall war. — Zur Wiederherstellung der Ruhe und Entfaltung der Wohlfahrt in Griechenland führt ein andrer Weg als der, welchen seit geraumer Zeit die griechische Regierung verfolgt. Die Gesetze müssen in Kraft gesetzt werden durch Unparteilichkeit und Gesetzlichkeit; die Richter müssen ernannt werden von den Gelüsten und der verderbten Parteilichkeit parteieinehmender Minister; die Gerechtigkeit rasch und gleich vertheilt werden zwischen Bürgern und Bürgern, zwischen dem Fürsten und dem Unterthan; die Abgaben ohne Unterschied der Person aufgelegt und redlich erhoben, und die Einnahmen treu und sparsam für den öffentlichen Dienst, und nur für den öffentlichen Dienst, verausgabt werden; die Presse nicht gefesselt werden durch ungesetzliche Beschlagnahmen und Verfolgungen; die Gemeinde- und Abgeordneten-Wahlen frei bleiben; die Kammer keine Satyre auf die stellvertretenden Versammlungen werden durch die Auflösung Jedes, der sich nicht herbeiläßt, blind den Befehlen der Minister des Systems zu gehorchen. Wenn die griechische Regierung erlaube, daß die Konstitution eine Wahrheit sei, wenn sie selbst die Gesetze achtete und die Übrigen verpflichtete, ihnen sich zu unterwerfen, wenn sie die Personen und das Eigenthum sicherte, wenn sie irgend die Industrie ermunterte durch die Sicherung der Früchte der Arbeit eines Jeden und des Ertrags seines Kapitals, in einem Worte, wenn die Minister Griechenlands ihre höchste und wichtigste Pflicht erfüllten, wie es die Minister der konstitutionellen Souveräne sollen, ohne von fremden korruptiven Einflüssen sich beherrschen zu lassen, und wenn sie allein auf das Wohl des Landes absehen, dann würden sie bald gewahren, daß keine Aufstände mehr vorkommen, sie zu stürzen, und sie würden keinen Anlaß mehr haben, durch diplomatische Vorstellungen an fremde Höfe griechische Flüchtlinge zu verfolgen, welche auf fremder Erde eine Freistatte suchen gegen den Despotismus und die Ungerechtigkeit, die sie in ihrem Vaterlande ertragen. — Nichten sie amtliche Abschrift der gegenwärtigen Note an Hrn. Glarakis. Unterz. Palmerston.

Memorandum der Pforte an die Repräsentanten der fünf Großmächte. Nach fast zweimonatlichem Schweigen hat die griechische Regierung den Repräsentanten der fünf Höfe zu Athen ein Memorandum übermacht, als Antwort auf das der Pforte vom 21. Aug., aber dies ist keine kategorische Antwort, sondern eine Wiedergebung von Behauptungen, welche schon nach ihrem richtigen Werthe geschätzt worden sind. Das Kabinet von Athen hatte bisher gethan, wenn es sich beschränkt hatte auf die Mittheilung aller die Differenz, welche uns beschäftigt, betreffenden Aktenstücke, ohne eine Auslassung und ohne sie mit einem Kommentare zu begleiten, geeignet, das Ziel zu entfernen, das zu erreichen wichtig ist. — Treu der Linie der Mäßigung, welche sie sich von Anbeginn dieser wichtigen Differenz gezogen, hat sich die hohe Pforte stets angestrengt, jeder erbitternden Polemik sich zu enthalten; und wenn wir uns genöthigt sehen, hier einige Thatsachen wieder herzustellen, einige Unrichtigkeiten zu berichtigen, einige Irrthümer zu widerlegen, so geschieht dies zu dem einzigen Zwecke, den guten Glauben der Kabinete, an welche der Bericht der griechischen Regierung gerichtet ist, zu unterstützen, wenn dies nöthig wäre, in der richtigen Würdigung seines Inhaltes.

— Gleich im Eingang und im ganzen Laufe seines Memorandums richtet das Kabinet von Athen gegen Hrn. Musturus, den Kaiserlichen Gesandten, Klagen, Anklagen, unverdiente Angriffe, dahin zielend, das frühere Benehmen dieses Ministers zu verschwärzen, und ihn dargestellen als ein Hinderniß der Aufrechthaltung der guten Beziehungen zwischen beiden Landern. — Während eines Zeitraums von 7 Jahren, die er zu Athen residirt, hat Hr. Musturus, obgleich beständig in eine dornige von Schwierigkeiten strotzende Lage versetzt, den Beweis der vorsichtigsten Gesinnung zu liefern gewußt, während er zugleich treu die ihm auferlegten Pflichten erfüllte. Diesem Geiste der Versöhnung des Hrn. Musturus verdankt man großentheils, daß einem drohenden Bruche vorgebeugt wurde zur Zeit der friedlichen Angriffe, mitten im Frieden, auf Pforte, Italienen und Makedonien, zur Zeit der Bildung propagandischer Gesellschaften, zur Zeit von so vielen andern beklagenswerthen Vorfallen, welche amtliche und wiederholte Schritte von Seite der Pforte bei den drei Höfen nöthig machten. Die Berichte des Hrn. Musturus an seine Regierung waren von demselben Geiste durchdrungen: niemals begehrte darin die hohe Pforte Irgendetwas, das nicht zum Zweck gehabt hatte: die Konsolidirung und Befestigung eines guten Einverständnisses, das den legitimen Interessen beider Ländern gleich nützlich; niemals entnahm sie denselben irgendeine Vorliebe für eine der Parteien, welche Griechenland theilen. Zu Anerkennung dieses ehrenvollen Benehmens hat Se. M. der König von Griechenland Hrn. Musturus unter dem Ministerium, dem Hr. Kolettis vorstand, das Kreuz des Großkomthurs vom Erlöserorden ertheilt. Später gab dieser Premierminister indirekt der Pforte zu verstehen, daß es wünschenswerth

Digitized by Google

wäre, Hrn. Musſurus durch einen Muſelmann zu erſetzen, in der Vorausſetzung vielleicht, daß ein Osmane, der die griechiſche Sprache nicht verſteht, in Athen einem Manne zu vergleichen, der weder ſieht noch hört. Ein ſolcher Beweggrund erſchien der h. Pforte um ſo minder giltig, ſich der loyalen Dienſte eines treuen Beamteten zu berauben, als ſie bisher weder einen Einwurf gemacht hatte gegen die Ernennung zum Poſten eines Stellvertreters Griechenlands in Konſtantinopel von Individuen, die in dieſer Hauptſtadt ſelbſt geboren, dort Verwandte und zahlreiche Verbindungen hatten, noch gefordert hatte, daß ſie erſetzt würden durch Perſonen, welche auf griechiſchem Boden gebürtig. Aber die h. Pforte würde eine ernſte Anmerkſamkeit geſchenkt haben der Prüfung jeder gegen ihren Repräſentanten gerichteten Beſchuldigung, wenn dieſe anſtatt vag, auf genaue und einzelne Art wäre geformelt geweſen. Wir ſchließen mit der Erklärung, daß die h. Pforte, allein befugt, das Benehmen ihrer Beamteten zu beurtheilen, ſtets zufrieden war mit dem des Hrn. Muſſurus, daß ſie ihm bei jeder Gelegenheit ihre hohe Billigung zu erkennen gegeben, und daß ſie Recht hat, jeden gegen ihn gerichteten Angriff als einen gegen ſie ſelbſt gerichteten Angriff zu betrachten. Prüfen wir nunmehr, welches das Benehmen des Hrn. Muſſurus war bei Gelegenheit des Zwiſchenfalles, von dem es ſich heute handelt. Der Oberſt Zamis Karataſſos beſchlägte in Epirus den Feldzug, welcher 1841 gegen den Berg Athos gerichtet war, um Makedonien zum Aufſtand zu bringen, von wo er gebürtig. Als er 1844 zum Adjutanten des Königs ernannt wurde, hat Hr. Muſſurus auf Befehl der h. Pforte Hrn. Triſtipi, dem damaligen Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, den tiefen und peinlichen Eindruck ausgeſprochen, den dieſe Ernennung auf die Regierung S. k. M. machen müßte. Dieſe Mittheilung war für die griechiſche Regierung ein hinreichender Wink ſowohl über die Meinung, welche die hohe Pforte von dieſem Individuum habe, als über die Unſchicklichkeit, ihm zu erlauben, in der Hauptſtadt des Reichs zu erſcheinen, und über das Benehmen, das unſer Abgeordneter in einem ſolchen Falle zu beobachten hatte. Die griechiſche Regierung hält heute an der Hervorhebung des Umſtandes feſt, daß dieſe Ernennung unter dem Miniſterium Maurokordatos Statt gefunden; aber dieſer Umſtand hat keinen Werth in den Augen der h. Pforte, und es iſt nicht ihre Sache, ihn in Betracht zu ziehen. Man ſagt, der Hrn. Zamis Karataſſos nach Konſtantinopel ertheilte Urlaub ſei auf den Brief eines Bekannten geſtützt, eines Arztes in Dienſten Sr. H. des Großveziers. Nach der Abreiſe des Hrn. Muſſurus von Athen hat einer der Chefs der Legation zu Konſtantinopel uns allerdings zum erſten Mal von einem ſolchen Briefe geſprochen. Über die Sache gefragt von Reſchid Paſcha, der darauf hält, daß ein an ſeine Perſon gerichteter Akt ſich nur mit den Pflichten ſeines Standes zu beſchäftigen habe, ſchwur dieſer, daß er Zamis Karataſſos weder geſehen noch gekannt habe, noch mit ihm in Briefwechſel geſtanden. Aber wenig kömmt darauf an, ob dieſer Brief je exiſtirte; es iſt möglich, daß ein Privatmann, unbekannt mit den Vorgängen des Hrn. Zamis Karataſſos und den Beſchlen, welche der Abgeordnete der h. Pforte in Athen in Bezug auf ihn hatte, ihm auf einen ſeiner Briefe geantwortet und ſeinen freundlichen Beiſtand verſprochen hat. Iſt dies ein Argument, auf das man ſich bei den großen Höfen ſtützen kann? Und da die griechiſche Regierung das Bedürfniß fühlte, ſich zuvor zu vergewiſſern, ob Hr. Zamis Karataſſos in Konſtantinopel zugelaſſen würde, warum hat man ſich nicht lieber an die h. Pforte gewendet, ſei es durch den Kanal ihres Stellvertreters in Athen, ſei es durch den der griechiſchen Legation in Konſtantinopel, anſtatt eine ernſtliche Bedeutung auf den Brief eines einfachen Privatmannes zu legen die zu dem Punkte, deuſelben als eine Bürgſchaft anzuführen, ſogar nachdem die adelswürdige Aufführung ſeines Verfaſſers *) dieſem Ungnade zugezogen. Hr. Zamis Karataſſos erſchien bei der kaiſ. Geſandtſchaft, ſeinen Paß viſiren zu laſſen, am Tage der Abfahrt des Packetboots nach Konſtantinopel ſelbſt; es ſagte, er habe Eile nach dem Piräus zu gehen, um ſich einzuſchiffen. Hr. Muſſurus, der im Bette war, ließ ihm durch ſeinen Sekretär ſagen, er bedauere, ſeinem Verlangen nicht entſprechen zu können, weil er in dieſer Hinſicht die beſtimmteſten Befehle von ſeiner Regierung habe; allein da es ſich um einen Adjutanten des Königs handle, ſo bitte er ihn, ſeine Abreiſe zu verſchieben, bis er um neue Befehle nachgeſucht. Gleich darauf ging Hr. Muſſurus, von ſeinem Sekretär begleitet, Hrn. Kolettis zu beſuchen. Der Gendarme an der Thüre ſeines Hauſes ſagte dem Sekretär, der Hrn. Muſſurus vorausgeſetzten: Hr. Kolettis ſei mit allen den Seinigen ausgegangen, Hochzeiten und Kindtaufen beizuwohnen, und daß er die Stunde ſeiner Rückkehr nicht beſtimmen könne, aber glaube, er werde ſehr ſpät nach Hauſe kommen. Auf die Empfehlung ſeines Chefs begab ſich der Sekretär am ſelben Abend zu Hrn. Kolettis, der ihr genau dieſelbe Erklärung wiederholte, die ſchon Hrn. Karataſſos gegeben worden. Der Freimuth, die Zuvorkommenheit und Bereitwilligkeit, welche Hr. Muſſurus bei dieſer Gelegenheit bewieſen, zeugen laut für die verſöhnlichen Geſinnungen, die er in der Erfüllung ſeiner Pflichten ſtets an den Tag gelegt. Jeder Andere an ſeiner Stelle, mit Recht darüber aufgebracht, daß kein vorläufiger Schritt weder bei der h. Pforte, noch bei ihrer Legation in Athen geſchehen war, ehe ein Individuum mit Vorgängen, wie die des Zamis Karataſſos, der Legation ſich vorſtelle, die Bifirung ſeines Paſſes nach Konſtantinopel zu verlangen, hätte ſich berechtigt geglaubt, ſich ſtreng an die Befehle der h. Pforte zu halten, ohne die Verweigerung ſeines Viſas mit irgend einer Erklärung zu begleiten, ohne ſich zu erbieten, die Befehle ſeiner Regierung nachzuſuchen, ohne ſich die Mühe zu geben, zu Hrn. Kolettis zu gehen, ohne ihm ſeinen Sekretär zu ſchicken. Gleichwohl hat man ſich nicht hinreichend befriedigt geglaubt durch die Rückſichten, welche Hr. Muſſurus gezeigt. Man ſagt, daß er das Beſtehen von Befehlen der h. Pforte erſt nach dem Vorfall auf dem Balle anführte; aber welchen andern Beweggrund hätte Hr. Muſſurus anführen können, als den einzigen wahrhaften: das Beſtehen von Befehlen der h. Pforte? Wenn dieſe Befehle nicht beſtanden, wie hätte er wagen können, ja erklären in ſeiner amtlichen Note an Hrn. Kolettis, und bevor der Vorfall zur Kenntniß der h. Pforte gebracht war, daß ſie beſtimmt und förmlich ſeien? Übrigens, hat man Hrn. Muſſurus Gerechtigkeit widerfahren laſſen, als das Beſtehen dieſer Befehle ſowohl durch die angeführte Note als auch durch unſern Brief an Hrn. Kolettis beſtätigt war? Man behauptet, Hr. Muſſurus habe die Päſſe mehrerer diesgeſtellten Perſonen viſirt, namentlich den eines Mannes, der durch ein großes Kabinet als Haupt des makedoniſchen geheimen Bundes bezeichnet iſt. Die Befehle der h. Pforte betrafen nur die Häupter, welche mit Bifiren auf im Angeſicht der ganzen Welt, an der Spitze der Heeresmacht gegen Kreta, Theſſalien und Makedonien ſtanden. Hr. Muſſurus hat niemals den Paß irgendeines Individuums viſirt, das in dieſe Kategorie gehört, noch den irgendeiner Perſon, von der er wußte, daß ſie verſächtig oder wirklich Mitglied eines gehrimen Bundes ſei; aber er war nicht in der Lage, alle Namen der Mitglieder und Häupter der geheimen Geſellſchaften zu kennen. Es wäre anders, wenn die griech. Regierung gegen dieſe Verſchwörer mit Strenge verfahren wäre, und es iſt von Bedeutung, zu bemerken, daß die h. Pforte nicht für nöthig hielt, Hrn. Muſſurus die vertrauliche Note des vorerwähnten großen Kabinets mitzutheilen, welche unter Andern die Namen einiger Förderer von Wirren aufführte. Man wirft ein, daß Hr. Muſſurus die fraglichen Verhaltungsmaßregeln der griechiſchen Regierung nicht mitgetheilt, aber wir antworten, er mußte ſo handeln, da die Schicklichkeit heiſchte, nur davon Gebrauch zu machen, wenn der Fall eintrat. — Endlich ſagt man, zu wiſſen, daß die osmaniſchen Konſuln keine Verhaltungsregeln erhalten im Einklang mit denen der kaiſerl. Legation; aber es iſt dieſe Legation ſelbſt, welche ſeiner Zeit und wiederholt dieſe Inſtruktionen den Konſuln der h. Pforte in Griechenland ertheilt hat, und es iſt unmöglich, daß die griechiſche Regierung das Gegentheil entdeckt habe. — Außerdem konnte die griechiſche Regierung, ſelbſt eiferſüchtig auf die Hingebung ihrer Beamteten, unmöglich nicht vorſehen, wenn ſie auch das Nichtbeſtehen von Inſtruktionen der h. Pforte vorausſetze, daß es Hrn. Muſſurus unmöglich war, den Paß eines Individuums zu viſiren, das öffentlich bekannt iſt, an der Spitze eines in Friedenszeit gegen das osmaniſche Reich unternommenen Feldzugs geſtanden zu haben, ohne den ſtrengſten Tadel, die ſtrengſte Mißbilligung ſeines Hofes ſich zuzuziehen. — Man verſichert, daß die Geſinnungen Hrn. Zamis Karataſſos beim Könige eine Bürgſchaft ſeiner Führung ſei. Die Funktionen, welche Hr. Zamis Karataſſos bei Sr. Majeſtät erfüllt, konnten nicht hinreichen, Hrn. Muſſurus zu ermächtigen, peremtoriſche Befehle zu überſchreiten und ſeine Pflicht zu verletzen. Indeſſen erbot ſich, gerade aus Achtung für dieſe Funktionen, Hr. Muſſurus, neue Befehle ſeiner Regierung einzuholen. Übrigens iſt es nicht die Gegenwart des Hrn. Zamis Karataſſos, ſei es in Makedonien, ſei es an

*) Liebeseintrigue in Reſchid's Parem.

Digitized by Google

einem andern Punkte des Reichs, welche der kaiserlichen Regierung zuwider sein konnte, sondern die moralische Wirkung, welche sie auf das Gemüth der Bevölkerungen würde hervorgebracht haben, die man zu verführen strebt. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, hätte der Rang, welchen heute Hr. Zamis Karatassos bekleidet, weit entfernt, eine Bürgschaft zu sein, den Verräthern die Gelegenheit geboten, sein Erscheinen in der Hauptstadt des Reichs, unter den Augen Sr. kais. Majestät als einen Triumph darzustellen, zu dem sich die kaiserliche Regierung selbst hergeliehen. — Man beschreitet, daß Hr. Musfurus nach der Verweigerung des Visa sich zu Hrn. Kolettis begeben habe. Man sagt, daß Hr. Kolettis, bald heimgekehrt, zahlreiche Besuche empfangen, mit Ausnahme dessen des Herrn Musfurus, daß dieser seine Karte zurückgelassen, keinen Brief geschickt, eine Unterredung zu verlangen. Hr. Kolettis war abwesend als Hr. Musfurus, sein Sekretär voraus, zu ihm ging; dieser Abgesandte durfte nicht ein zweites Mal hingehen. Wenn er in Geschäften zum Minister kam, hatte er nicht die Gewohnheit, eine Karte zu hinterlassen; er hinterließ sie nur bei Etikett-Besuchen, und niemals hatte er sich im Voraus eine Unterredung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten bereitet. — Indessen gesetzt man, daß der Sekretär am selben Abend zu Herrn Kolettis kam, ihm die einzige Erklärung mitzutheilen, die Hr. Musfurus ihm zu geben hatte; und wir glauben, man konnte damit zufrieden sein. Aber man sagt, der Sekretär habe versprochen, den andern Tag eine Antwort des Hrn. Musfurus zu bringen. Die Sache ist die, daß dieser Beamtete seinem Chef Nichts von einem solchen Versprechen gesagt hat, und daß er Hrn. Kolettis keines geben konnte, weil er wußte, daß die Befehle, welche Hrn. Musfurus leiteten, peremtorisch sein. Aber selbst vorausgesetzt, daß der Sekretär Hrn. Kolettis nicht recht verstanden hätte, oder vergessen hätte, sein Begehren Hrn. Musfurus mitzutheilen, würde Hr. Kolettis nicht besser gethan haben, anstatt den Tag über zu Hause zu bleiben, um diese vorgebliche Antwort abzuwarten, Jemand zum Stellvertreter des Salons zu schicken, ihn an das vom Sekretär gegebene Versprechen zu erinnern? Allein er that keinen Schritt, weder heute Hr. Zamis Karatassos sich der kaiserlichen Gesandtschaft vorstellte, noch nach den Erläuterungen, die ihm durch den Sekretär gegeben worden. — Das war das Benehmen des Herrn Musfurus vor dem Vorfall auf dem Balle; das Obige reicht hin, zu beweisen, wer von beiden, der kaiserliche Abgeordnete oder der griechische Minister bei dieser Gelegenheit die Schicklichkeit beobachtete, und sich besser durchdrungen zeigte von dem hohen Zweck seines Mandates. Den andern Tag begab sich Hr. Musfurus auf den Ball, zu dem er auf Befehl des Königs eingeladen war. Auf ihn zurretend in der Mitte des diplomatischen Kreises, sagte ihm Se. Majestät ganz folgende Worte: „Ich hatte gehofft, daß der König von Griechenland mehr Respekt verdiene, als Sie gezeigt, mein Herr.“ Und Sie zog sich unmittelbar zurück, ohne ihm eine Antwort zu erlauben. Die griechische Regierung behauptet, daß diese Worte keineswegs den Charakter einer Beleidigung haben, sondern den eines Bedauerns. Wir überlassen es jedem Unparteiischen zu beurtheilen, ob es eine empfindlichere Beleidigung geben kann, als einen Vorwurf ab irato an einen Abgesandten gerichtet durch den Souverän, bei dem er beglaubigt ist, in Gegenwart der Repräsentanten ganz Europas, der Minister und Würdenträger dieses Souverans, der Ausdruck der Gesellschaft seiner Hauptstadt. Die hohe Pforte berachtet diesen Vorwurf um so ernster, als er auf ihren Stellvertreter, der seine Pflicht gethan, den Verdacht wälzt, an Ehrfurcht gegen ein gekröntes Haupt es haben ermangeln zu lassen. — Obgleich auf das Äußerste verletzt in seiner Eigenschaft als Stellvertreter seines erhabenen Gebieters, blieb Hr. Musfurus, anstatt unmittelbar den Ball zu verlassen, wie es die hohe Pforte gewünscht hätte, während ungefähr zwei Stunden, in der Absicht, dem König die Gelegenheit zu bieten, ihm etwas sagen zu lassen, was die Frage ebnen konnte. Er that noch mehr; er suchte Hrn. Kolettis auf und befragt sich mit ihm über den Vorfall, dessen Gegenstand er so eben gewesen, um einer Erklärung den Weg zu öffnen, die ihn minder beleidigend für den Repräsentanten des Sultans hatte machen können. Gleichwohl ist dieses Übermaß von Gefälligkeit von seiner Seite in Athen nicht billig gewürdigt worden, und scheint ihm heute als Verbrechen aufgebürdet zu werden. Es ist von Bedeutung, hervorzuheben, daß während der Zeit die Hr. Musfurus auf dem Balle blieb, er Sorge trug, mit keinem Griechen seiner Bekanntschaft über das Vorgefallene zu sprechen, und daß sie ausserdem, die als der Opposition angehörig bekannten Personen zu vermeiden. — Den andern Tag

übergab Hr. Musfurus Hrn. Kolettis eine amtliche Note, in der er mit gewissenhafter Genauigkeit alle auf den unangenehmen Zwischenfall bezüglichen Umstände auseinandersetzte. Die ganze Schwere der Verletzung, welche seinem amtlichen Charakter zugefügt worden, aussprechend, zeigte er in dieser Note Klugheit genug, den Souverän aus dem Spiele zu lassen und gleich im Ursprung die Ebenung des Zwischenfalles zu erleichtern, indem er die Worte Sr. Maj. der Unterlassung Hrn. Kolettis zuschrieb, Sie von den durch den Sekretär überbrachten Erläuterungen in Kenntniß zu setzen. — In der Unmöglichkeit, an Ort und Stelle die in der Note des Hrn. Musfurus berichteten Umstände und Thatsachen zu bestreiten, vermied Hr. Kolettis eine direkte Antwort. Er erfand eine andere Ausklunft: er richtete an Hrn. Argyropulos eine Depesche, in welcher er die Thatsachen nach seiner Weise erzählte, ohne gleichwohl die Schwere der dem Abgesandten des Sultans zugefügten Beleidigungen mindern zu können. Er datirte diese Depesche vom Tage des Empfangs der Note des Hrn. Musfurus selbst, um glauben zu machen, sie sei vor dem Empfange verfaßt, und aus diesem Grunde antworte er nicht kategorisch, während sie erst mit dem Paketboot, das in 6 Tagen abging, nach Konstantinopel abgefertigt werden sollte, und Hrn. Musfurus, als die Stelle einer Antwort vertreitet, erst am Abend vor dem Abgang des Paketboots mitgetheilt wurde. Wir glauben diesen Umstand als sehr bezeichnend hervorheben zu müssen. Beim Empfang der Berichte von Athen hat die hohe Pforte lebhaft die Schwere der ihrem Repräsentanten widerfahrenen Beleidigung gefühlt, während sie zugleich vollkommen seine Weigerung, den Paß des Hrn. Zamis Karatassos zu visiren, billigte, sowie sein ganzes Benehmen in einer für ihn so unerwarteten als peinlichen Lage. Der Sultan mußte in dem vom Könige seinem Abgesandten gemachten Vorwurf einen Affront erblicken, welcher ihn blutig verletzt hat (blessé au vif) und dessen Spur schwer zu verwischen ist. Alle fremden Legationen haben das gute Recht der Pforte anerkannt, und erst nach der Einholung ihrer Ansichten hat man sich zu der ohne Zweifel sehr legitimen und gemäßigten Genugthuung entschieden, welche S. kais. Maj. durch Ihre Sanktion gebot hat. Sie bestand in einem Briefe, den uns Hr. Kolettis schreiben sollte, ausdrücken im Namen des Königs die Bedauernis dessen, was sich zugetragen, sowie in einem Besuche, den er Hrn. Musfurus machen sollte, ihm dieselbe Bedauernis mundlich auszudrücken und ihm die Versicherung zu geben, daß er vom Könige mit demselben Wohlwollen wie früher würde empfangen werden. — Dieser Beschluß wurde zur Kenntniß der griechischen Regierung gebracht durch einen Brief, den wir an Hrn. Kolettis richteten und der durch ein kaiserliches Dampfboot nach dem Piräus abgefertigt wurde. In diesem Briefe trugen wir Sorge, Ihn. Kolettis in unzweifelhaften sowohl von dem Bestehen von Instruktionen über die Verweigerung des Visa der Pässe für die Individuen und der Kategorie des Hrn. Zamis Karatassos, als auch von der vollen und ganzen Billigung des Benehmens des Hrn. Musfurus in dieser Angelegenheit, und von dem strengen Tadel, den er sich zuziehen würde, wenn er sein Visa bewilligte auf Rückkehr auf die Funktionen, die Hr. Zamis Karatassos beim König erfüllte, und wenn er endlich die Befehle nicht beobachtete, welche ihm anserlegten, seine Pässe zu verlangen und mit seiner ganzen Gesandtschaft hieher zurückzukehren, sobald binnen drei Tagen nach der Ankunft des Dampfboots die griechische Regierung nicht vollkommen den Verlangen der hohen Pforte genügen würde. Unser Brief wurde durch den Legationssekretär Hrn. Kolettis selbst eingehändigt. Das Athener Kabinet hatte von verschiedenen Gesinnungen Beweis liefern sollen, indem es diese neue Gelegenheit benützte, dem unangenehmen Zwischenfall ein Ziel zu setzen und auf diese Weise die zwischen beiden Ländern bestehenden Beziehungen vor jeder Beeinträchtigung zu bewahren. Aber es ist anders gekommen: Hr. Kolettis, der erklärt hatte, die Verantwortlichkeit der an unsern Abgesandten gerichteten Vorwürfe auf sich zu nehmen, hat sich hinter seinen Souverän gestellt, als es sich darum handelte, die Ehre und die Würde der kaiserlichen Regierung wieder herzustellen. Der König hat dem Sultan einen Brief geschrieben, der, ferne davon, den Charakter einer Genugthuung zu tragen, voll ungerechter Reminiszenzen gegen einen Repräsentanten ist, dessen ehrenvolles Benehmen Se. kaiserliche Majestät stets gebilligt hat. Erst am Abend des dritten Tages nach Ankunft des Dampfboots hat Hr. Kolettis durch einen einfachen Gerichtsboten Hrn. Musfurus Abschrift seiner Antwort auf unsern Brief übersendet, begleitet von einer No-

Digitized by Google

tig ohne Unterschrift. Diese Antwort, welche dieselbyn Retriminationen gegen unsern Repräsentanten vorbrachte, sprach förmlich die Weigerung der verlangten Genugthuung aus, und Hr. Musurus besaß sich, den Empfang anzuzeigen. Den andern Tag ließ dieser Abgesandte, gemäß den bestimmten Befehlen seiner Regierung, durch den Legationssekretär selbst Hrn. Koletti seine amtliche Note überreichen, in welcher er, sein letzthaltes Bedauern aussprechend, für sich und seine Gesandtschafts Pässe begehrte. Hr. Koletti nahm dieses Begehren mit Bereitwilligkeit und entschiedener Freudbezeigung auf und übersandte sie Hrn. Musurus wieder durch einen Gerichtsboten dessen Pässe, begleitet mit einer Note, in welcher er sein Bedauern ausdrückte, seine Bemerkung machte. Den Tag darauf ja sehr früher Stunde verließ Hr. Musurus den Piräus, nachdem er Hrn. Koletti seine Abschiedsschrift hinterlassen. — Wir haben für nützlich erachtet, alle diese Einzelheiten zu berichten, die in ihrem Memorandum die griechische Regierung, darauf bestehend unsern Abgesandten anzugreifen und auf ihn die Folgen ihrer eigenen Handlungen zurückzuwerfen, bemerkt, daß ein aufrichtiger Wunsch der Versöhnung diesem Repräsentanten gezeigt hatte, Athen nicht zu verlassen und dort neue Befehle zu erwarten, obgleich wir schon Hrn. Koletti, wie oben gesagt, in Kenntniß gesetzt hatten von den bestehlen, die Hr. Musurus in dieser Hinsicht erhalten und die provisorisch waren. — Die neue Phase, in welche der Zwischenfall soeben eingetreten in Folge der Wendung, welche ihm die griechische Regierung gegeben, weit entfernt diesen Ausgleichung zu erleichtern, war geeignet, seine Schwere zu vermehren. Gleichwohl hab der Sultan auf den Brief des Königs eine der freundschaftlichen Antworten, in welcher er aussprach, daß er der Würde beider Kronen angemessen finde, die Lösung dieser Frage der Weisheit der betreffenden Kabinete anheimzustellen, um Alles zu entfernen, was dahin zielen könnte, seine Gefühle der Freundschaft und Achtung für die Person Sr. Maj. des Königs von Griechenland in den Rechtsstreit zu ziehen (à mettre en cause). Durch diese Antwort verlor die Frage an ihrer Schwere und hörte auf zwischen beide Souveräne gestellt zu sein. Andererseits richteten wir an den griechischen Geschäftsträger eine Note, ihn einzuladen, seine Regierung in Kenntniß zu setzen, daß wenn sie binnen einem Monat nicht einwillige, ihr Bedauern durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Hrn. Musurus bei seiner Rückkehr nach Athen ausdrücken zu lassen, und ihn mit der dem Abgesandten des Sultans gebührenden Achtung zu empfangen, die h. Pforte sich in die prinzliche Nothwendigkeit versetzt sähe, ihre Beziehungen zu griechischen Legation in Konstantinopel zu unterbrechen. Das Kabinet von Athen befahl Hrn. Argyropulos der h. Pforte mitzutheilen, daß es niemals in die Rückkehr des Hrn. Musurus einwilligen werde, allein daß es bereit sei, mit Achtung jeden andern osmanischen Vertreter zu empfangen, und nach Konstantinopel einen Minister zu senden mit dem Auftrage, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß unangenehme Verhältnisse die vorübergehende Beeinträchtigung der guten Beziehungen zwischen beiden Ländern herbeigeführt hätten, mit andern Worten die kaiserliche Regierung zu beglückwünschen über eine Lösung, welche den Charakter getragen hatte einer Griechenland gewahrten Genugthuung. Endlich zog die griechische Regierung vor, ihren Geschäftsträger zu Konstantinopel zurückzuberufen, als die schwer verletzte Ehre einer befreundeten Nachbarmacht wiederherzustellen. Die Weigerung der griechischen Regierung, nicht allein ihr Bedauern Hrn. Musurus aussprechen, sondern selbst einzuwilligen in dessen Rückkehr nach Athen, erschwerte mehr und mehr die Differenz. Man forderte von der kaiserlichen Regierung nichts Geringeres, als den Heterismen gewonnene Sache zu geben, deren Kühnheit im Laufe zu halten schwierig wäre, sobald sie sähen, daß unser Vertreter bestraft worden, weil er gemäß den Befehlen seiner Regierung den Eingang in das Reich einem ihrer Häupter verboten, das öffentlich als solches bekannt ist, und dies, während man die Achtung zur Schau trug, mit der man fortfuhr zu Athen Hrn. Zamis Karatassos zu umgeben, und man zum Adjutanten des Königs den General Hadji Chrisso ernannte, den Vorsteher der thrako-bulgarofreundschaften Heterie, um noch deutlicher die Gesinnungen an den Tag zu legen, den denen man gegen das türkische Reich zu Athen beseelt ist. Nunmehr gezwungen, die ihrer Würde schuldige Wiedergutmachung zu verfolgen, hat die hohe Pforte beschlossen, den griechischen Konsuln das Exequatur zu entziehen, und den griechischen Schiffen die der eingebornen Flagge vorbehaltene Küstenschifffahrt zu untersagen. — Während dieser Vorgänge ließen mehrere der großen Kabinette Europas der griechischen Regierung den Rath zukommen, das gerechte Verlangen der h. Pforte zu respectiren, der kaiserliche Hof von Oesterreich besonders verwendete seine guten Dienste (bons offices) dieses Ergebniß herbeizuführen. Aus Nachgiebigkeit (déference) für diesen Hof hat die h. Pforte die Anwendung der beschlossenen Maßregeln vertagt, und in unserem Memorandum vom 21. Aug. haben wir einen gedrängten aber treuen Bericht erstattet sowohl über das gegenseitige Benehmen der beiden Regierungen während der Vermittelung, als auch über die Weigerung des Kabinets von Athen, Hrn. Musurus dem Winke des Vermittlers gemäß den Ausdruck seines Bedauerns zu übermachen: eine Weigerung, welche die h. Pforte in die peinliche Nothwendigkeit versetzt hat, zur Anwendung der obenerwähnten Maßregeln vorzuschreiten. — Anstatt kategorisch auf unsere Auseinandersetzung zu antworten, hat die griechische Regierung in ihrem Memorandum eine Menge uberflüssiger Einzelheiten entgegengesetzt, die zu keinem Schlusse führen, und einige Ausdrücke aus Briefen des Fürsten Metternich und des Grafen Stürmer an Hrn. v. Prokesch beigefügt, die nur Muthmaßungen und Hoffnungen enthalten und in der That weiter nichts anzeigen, als den Wunsch, ein beklagenswerthes Zerwürfniß ausgeglichen zu sehen. Wir hätten gewünscht, unsererseits in der Lage zu sein, den Citationen des griechischen Memorandums Ausdrücke entgegenzusetzen aus den Depeschen des Fürsten Metternich an den Grafen Stürmer und aus denjenigen, welche dieser Internuntius an seinen Hof gerichtet; aber im Sinne, ohne Zweifel von Zartgefühl (delicatesse) und Anpartheilichkeit, die wir achteten, hat dieser Letzte sich darauf beschränkt, und dieselben vorzusetzen, ohne uns Abschrift mitzutheilen. Indessen halten wir darauf, hier einige unläugbare Thatsachen festzustellen, die man, dem griechischen Memorandum glaubend, in Zweifel ziehen könnte, und über deren Wahrhaftigkeit wir uns auf das Zeugniß des Grafen Stürmer berufen, des würdigen Stellvertreters seines erhabenen Hofes, in diesen ehrenvollen Charakter wir volles Vertrauen setzen. — Zuerst hat niemals die h. Pforte darauf Hoffnung gemacht, daß sie, befriedigt durch die Erklärung der griechischen Regierung, mit aller ihm gebührenden Achtung jenen Abgesandten der Pforte zu empfangen, sei es auch Hr. Musurus, nicht mehr auf der Rückkehr des Letzteren bestehen würde. Niemals hat sie eine Bedingung gemacht aus der Dauer der Anwesenheit des Hrn. Musurus zu Athen, im Gegentheil haben wir immer erklärt und erklären noch, daß sie niemals einwilligen wird, diesen Beamten abzurufen, insofern diese Abrufung den Charakter einer Ungnade trüge, die er sich zugezogen, weil er seine Pflicht gethan, oder die die Folge sein sollte der ersten Differenz. Die h. Pforte nahm die Vermittelung des kaiserlichen Hofes von Oesterreich bedingungswreise an. Hier die Grundlagen, über die wir mit dem Grafen Stürmer übereingekommen, in Gegenwart des Gesandten von England während der Konferenz, welche am letzten 31. Mai an der h. Pforte stattgefunden: Hr. Koletti richte an uns einen Brief, in welchem er das Bedauern der griechischen Regierung über den Zwischenfall des Balles aussprechend, die Versicherung gebe, daß Hr. Musurus empfangen würde mit der Achtung, die dem Abgesandten des Sultans gebührt. Anstatt des Besuches, welchen die h. Pforte ursprünglich als Titel der Genugthuung begehrte, rücke Hr. Koletti in denselben Brief einen Satz ein, durch welchen er uns ermächtigt, Hrn. Musurus sein Bedauern auszudrücken über jenen selben Zwischenfall, und sich versichert, daß er mit Vergnügen in Athen wiedersehe. Wenn binnen einem Monat dieser Brief uns nicht zugekommen, solle die Vermittelung Oesterreichs als brendigt betrachtet werden. Das griechische Memorandum thut keine Erwähnung dieses Arrangements, während dasselbe zur Kenntniß aller Legationen zu Konstantinopel gebracht worden war und gewißlich die griechische Regierung allein es nicht ignoriren konnte. Der Gesandte der h. Pforte zu Wien hat uns Nichts geschrieben über das, was zwischen dem Fürsten Metternich und ihm ausgemacht worden, sei es wegen der Wendung der an Hrn. Musurus bei seiner Rückkehr nach Athen zu richtenden Worte, sei es wegen einiger anderer Etiquettepunkte, von denen das griechische Memorandum spricht. Außerdem ist unser Gesandter nicht dazu ermächtigt gewesen, und bis zu diesem Augenblick wissen wir nicht, in welchen Ausdrücken die fragliche Anrede bestimmt worden ist. (Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oppenheim, 70 Bernerstreet London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. übereseeische Länder werde man sich an G. L. Alexander Greenhorn 76 Boulevard St. Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Quartalpränumeration besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt täglich 5 fl. 24 kr. Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 24 kr. Für Bayern noch der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 6. Heidelberg, Donnerstag 6. Januar 1848.

## Übersicht.

Die kirchliche Reform und ihre Gegner. II. — Düsseldorf (Campshausen angeblich nicht nach Berlin). Aus Mittelschlesien (Grundsteuerverhältnisse in Preußen [Schluß]). Baiern (Bestimmungen der neuen Censurverfassung). Aus Schwaben (die Orthodoxie, das Volksschulwesen und die sog. gute Presse [Schluß]). Hannover (Ritterschaftliche Wahlen der Fürstenthümer Calenberg und Grubenhagen). Hanau (Auflösung des Turnvereins).

Schweiz. Vom Neckar. Eine warnende Stimme. Zürich. Die Verhandlungen des Gr. Raths (Schluß). — Niederland. Eröffnung des Beerfest mit Sturmlaun für alle Flaggen. — Belgien. Vertagung der Kammer. Beeinwissung der retrograden Presse.

Großbritannien. Verstärkung der Vertheidigungsanstalten an der Küste und in den Kolonien. Schutzrede der Times für die englische Verfassung gegen den Nationalrat. Adreise Espartero's.

Frankreich. Adreslader gefangen in Toulon. — Spanien. Ministerwechsel. — Portugal. Ein neues Ministerium Saldanha. — Italien. Der Österr. Beobachter über die Ferrarester Angelegenheit. Vom. Sämmtliche Reaktionen gegen die römischen, der Festiner gegen die österr. Censurpolizei. Neapel. Volksbewegungen; Verhaftungen; Mißmuth des Königs; die beiden Mintos.

Griechenland. Memorandum der Pforte an die Repräsentanten der fünf Großmächte. (Schluß).

Vers. Staaten v. Nordamerika. Die Präsidentenbotschaft.

Datum der Börsen. Frankfurt 4. Jan., Berlin 31. Dec., Wien 31. Dec., Amsterdam 1. Jan., Madrid 24. Dec.

---

Heidelberg, 6. Januar.

Die Freiheit des Geistes, welche keine untergeordnete, willkürliche, negirende und antikirchliche ist, sie ist der Preis, welchen die Reform auf dem kirchlichen Gebiete retten und sicherstellen will, und zwar keineswegs bloß für die Minderzahl einiger gebildeten Klassen, sondern ganz entschieden für die Masse des Volks. Nichts klingt wahrlicher in unsern Tagen, wo der nationale Geist einen kräftigern Anlauf als je genommen hat, als jenes vornehme Absprechen über die Bildungsfähigkeit des Volkes, jene Meinung, welche auch in religiöser und sittlicher Bildung von Distinktion wissen will, das gemeine Volk aber, dem die Höhe der sittlichen Bildung unzugänglich sei, auf den Autoritätsglauben der Kirche oder „die alte Pietät" verweisen zu können glaubt. Im Grund genommen heißt das gar nichts Anders, als die Gemeinsamkeit der christlichen Wahrheit, die eben die Göttlichkeit des Christenthums ausmacht, anzuzweifeln. Zudem dürfte man in unsern Tagen wohl erwarten, daß man auch vom Volke keinen andern Autoritätsglauben mehr verlangt, als einen solchen, der auf der eigensten innersten Überzeugung von der Wahrheit beruht, und wenn man dem Volke „seine alte Pietät" nehmen kann, so wird diese kaum Etwas mehr sein, als eine blinde Furcht vor einer höhern Macht. Darum bleibt keine Wahl, als die alte und die neue Pietät auf die höchste Macht zu gründen, der sich kein Mensch entziehen kann, und das ist die geistige Macht des Christenthums und der Sittlichkeit, die Macht „der Wahrheit", die den Menschen „recht frei macht."

Wie nothwendig aber diese Forderung ist, zeigt eben der Bildungsgang, den man der Masse des Volkes am Wenigsten mehr verschließen kann. Die Bildung der höheren Klassen ist es, die mit allen ihren Licht- und Schattenseiten sich auch dem Volke mittheilt, und dieses in seinen Anschauungen und seiner Denkweise bestimmt. Und wenn ein wirklich irreligiöser und sittenloser Unglaube, wenn da und dort selbst ein atheistischer Anflug ins Volk gedrungen ist, so hat man die Quelle davon eben in den Klassen der Gesellschaft von Distinktion zu suchen, ein Übelstand, der aber ganz gewiß bereits weit mehr beseitigt wäre, wenn die Kirche mehr auf die innere Kraft der Wahrheit und weniger auf den äußern Autoritätsglauben gebaut, wenn sie statt einer vorzugsweise nur dogmatischen Haftung den Bedürfnissen der Subjektivität Rechnung getragen, den Glauben in der freien Aneignung der göttlichen Wahrheit gegründet und die Tiefe ihres Dogma's in der Objektivität der Liebe fürs Leben bewährt haben würde. So hat man, was ein Bedürfniß der Wissenschaft war, zu der Irreligiosität eines ungläubigen Gemüthes festgemacht und eine Menge Gebildeter dahin getrieben, daß sie mit dem historischen Zweifel auch den Glauben an die Wunderkraft des Geistes von Oben hinweggeworfen haben, und nun auch vor dem Volk ihre materialistische Gleichgiltigkeit gegen das religiöse und sittliche Leben überhaupt zur Schau tragen.

Gerade die letzteren, weil vorurtheilsfreien, Freunde der Kirche stimmen darin zusammen, daß das enge Bündniß zwischen dem Staatskirchenthum und der pietistischen Orthodoxie das Allerschlimmste gewesen ist, was in unsern Tagen der Kirche begegnen konnte, indem gerade dadurch die freien Elemente, welche die Kirche für ihre innere nothwendig werdende Reform nimmermehr entbehren kann, mehr und mehr mit Ungunst angesehen und, je wie es fällt, verdächtigt, verfezert und verlogt werden, indem so die Neugestaltung auf dem Boden des kirchlichen Lebens, statt aus einer ruhigen organischen Entwicklung hervorzugehen, immer mehr nur das Ergebniß eines den Sieg sich erringenden heftig entbrannten Kampfes werden wird. Mögen immerhin die Vorsteher des Staatskirchenthums diesen Kampf einen antikirchlichen nennen; wenn der Sieg gewonnen ist, wird es am Tage liegen, wie wenig eine Kirche ihrer Aufgabe in dieser unserer Zeit gewachsen war, welche einerseits sich an äußerlich giltiger Kirchlichkeit glaubte festhalten zu können, und, um die Staatsgewalt für sich zu haben, mit Excellenzen und Diplomaten liebäugelt; welche aber andrerseits die Anmaßungen einer despimmten Partei sich gefallen lassen soll, welche allein die Kirche bilden will, und zu diesem Zwecke mit einem hierarchischen Fanatismus vorschreitet, in welchem sie sich freilich ihre eigene Grube gräbt. Zudem beweist der Pietismus seine totale Unfähigkeit zur Umgestaltung des kirchlichen Lebens darin am Offenbarsten, daß er an die Stelle eines giltig freien Glaubens und einer allseitigen verstehenden Liebe, deren Begeisterung die gesammte Gemeinschaft des sittlichen, socialen und nationalen Lebens durchdringen möchte, eine exclusive Glaubensheiligkeit und Symbolgläubigkeit setzen zu können meint, daß er durch seine finstere Weltanschauung die Gemeingeistigkeit mit einer Gleichgiltigkeit und Verachtung gegen das Weltliche erfüllt, in der nothwendig die vornehmsten Pflichten und Anforderungen des kirchlichen und staatsbürgerlichen Lebens verabsäumt werden müssen. Aber wahrlich nicht dadurch wird der Korruption und Verwilderung der Gesellschaft vorgebeugt, daß man alle antikirchlichen Bestrebungen der Zeit in Bausch und Bogen mit dem antireligiösen zusammenwirft, und durch eine derartige Argumentation Boden zu gewinnen sucht für den dermaligen Bestand der kirchlichen Dinge. Damit mag man die Unkundigen gewinnen, die geneigt sind, den jedesmaligen Bestand der Kirche mit den wahren und unvergänglichen Interessen der Religion und der Sittlichkeit selbst zu verwechseln. Oder wie? ist etwa die Reformation eines Luther und Zwingli nicht antikirchlich gewesen? Und daß der berühmte Artikel der Augsb. Allg. Zeit. in eine solche unbegreifliche Verwechslung einzugehen vermocht hat, das fordert eine ernste Rüge. Wer jede antikirchliche Bestrebung mit den antireligiösen, also auch unsittlichen, Richtungen einer Zeit zusammenwirft, sadet eben damit den Schein auf sich, daß es ihm nicht sowohl um die Wahrheit, als zunächst nur darum zu thun sei, die kirchlichen Gebrechen und Mißstände, gegen welche die Be-

Digitized by Google

wegung gerichtet ist, dadurch in Schutz zu nehmen, daß insbesondere wird, mit dem Verlangen nach einer andern Gestaltung und Belebung der Kirchensymbole wolle dem Volke auch die wahrhafte Autorität des göttlichen Wortes und Geistes genommen werden. Bei den ersten Anlauf mag man sich hiervon einigen Erfolg versprechen; aber man hüte sich, daß die Masse sich nicht wider diejenigen umkehre, von denen sie geführt wird. Das Volk, wo seine religiöse Bildung nicht verwahrlost ist, hängt nirgends an den alten Bekenntnissen, die es gar nicht versteht, sondern an der uralten ewigen Wahrheit des Evangeliums selbst, und darum hält auch der religiöse Volksgeist Alles auf den innigen und nothwendigen Zusammenhang zwischen der lauteren Frömmigkeit und einem sittlichen Leben. Das aber, wenn dem Volke für sein Christenthum fehlt, sind die volksthümlichen Institutionen und Organe, welche die Gaben und Kräfte der Gemeinde in eine gesunde, geordnete Wechselwirkung setzen, Gesetz und religiöse Wahrheit mit der Sitte des Lebens in Einklang bringen, und so der Wahrheit und Liebe, der Gerechtigkeit und Gewissenhaftigkeit, mit Einem Wort dem christlichen Gemeingeist Bahn brechen. Weil aber Staat und Kirche bis jetzt für die Herstellung solcher Organe Nichts gethan haben, darum greift die Korruption reißend um sich, das Christenthum wird unter der Masse immer mehr zum Schein und zu einem Wahn, und das um so mehr, als die Orthodoxie und Pietisterei nur zu häufig der Heuchelei Thür und Thor nicht zu verschließen mag, und dann neben der exclusiven Heiligkeit jener Glaubigen die Ausbrüche einer tiefen sittlichen Verdorbenheit gar zu grell abstechen.

**Preußen.** Die Düsseld. Z. bemerkt: Überraschend kommt fast Allen die Nachricht, daß der Landtagsdeputirte Camphausen zu Köln auf einmal behindert ist, zu den Verhandlungen des Landtagsausschusses nach Berlin zu kommen.

** Aus Mittelschlesien, im Dezember. (Schluß.) Der Staat kann nicht alles Unrecht vergangener Jahrhunderte wieder gut machen. Er muß den vorhandenen oder nach großen allgemeinen Katastrophen übernommenen Besitzstand anerkennen. Für diesen politischen Erfahrungssatz sprechen viele Begebenheiten in der Geschichte. Hätte der Staat auf einer tabula rasa ein neues Grundsteuersystem zu errichten, so wäre gewiß der Grundsatz einer allgemeinen Katastrirung nach gleichen Grundsätzen und einer Besteuerung des Reinertrags von Grund und Boden nach gleichem Prozentsatz richtig. Aber wo keine tabula rasa ist, kann der Staat eine solche nicht erst mit Gewalt herstellen, um ein neues Gebäude darauf aufzuführen. Durch eine Grundsteuer, welche einmal zur Reallast geworden, hat der Staat gewissermaßen einen Antheil an dem Grundeigenthum erworben, welcher ihm durch die Steuer verzinst wird. Wenn bisher in verschiedenen Provinzen nicht nach derselben Skala im Verhältniß zu dem ganzen Reinertrage von Grund und Boden der Provinz flattfindet, so ist das fast ebenso, als wenn der Staat in einer Provinz mehr Domänen hat, als in der andern. — Aus dem Gesichtspunkte des Staates erscheint der Satz ganz richtig und gerecht: ein jeder Bezirk muß zu den Lasten des Staates nach Verhältniß seiner Kräfte gleich viel beitragen, und wenn diese Beiträge in verschiedenen Steuerarten geschehen, als durch Revenuen der Domänen, durch Grundsteuer, Gewerbesteuer u. s. w., so muß jede einzelne wieder nach jenem Verhältniß gleich vertheilt sein. Wenn nun aber andere, in frühern Zeiten durch historische Entwickelung wohlerworbene Rechte bestehen, wenn der Staat in einigen Provinzen mehr, in andern weniger Eigenthum besitzt, dessen Revenuen er zu den Staatslasten zu verwenden hat; so ist es klar, daß jene theoretische Gleichheit unausführbar, wenigstens in Prari höchst ungerecht sein würde. Wir glauben hiernach dargethan zu haben, daß eine Ausgleichung der Grundsteuer ohne Entschädigung der höher zu Besteuernden eine Ungerechtigkeit wäre. Sollte sie gerecht ausgeführt werden, so müßten diejenigen, welche höher besteuert werden sollen, ein Kapital, dessen Zinsen der Steuererhöhung gleich sind, ausgezahlt erhalten, und die in der Steuer Herabzusetzenden müßten ein nach gleicher Weise zu berechnendes Kapital herauszahlen. Was würde aber dadurch bewirkt werden? Nichts als eine formelle Ausgleichung und die ungeheuren Kosten eines Katasters. Wir geben indessen zu, daß es in vieler Beziehung eine Wohlthat für ein Land ist, ein richtiges, vollständiges Kataster zu besitzen. Wenn dadurch auch spätere Taxationen nicht überflüssig gemacht werden, denn auch der Bodenertrag ändert sich mit steigender Kultur, so gibt es doch eine sichere Grundlage für das Hypothekenwesen, für Kauf und Verkauf, Erbschaftstheilungen u. s. w. Wir glauben, daß da wir schon durch ganz Preußen eine sehr richtige geodätische Triangulirung und viele genau gemessene Feldflurен besitzen, die Kosten eines allgemeinen Katasters nicht höher kommen würden, als die Summe aller der Kosten, welche jetzt für vereinzelte Vermessungen und Taxationen zersplittert, aber oft doppelt und dreifach ausgegeben werden. Ein richtiges Kataster bleibt deßhalb immer ein wünschenswerthes Ziel. Wenn wir übrigens der Meinung derer sind, welche an die Stelle aller directen Steuern eine einzige, eine Einkommensteuer, nach einem gerechten Vertheilungsmaßstabe setzen möchten, so müßten unsere Erachtens vorher alle jetzt bestehenden Abgaben von Grund und Boden abgelöst gemacht und abgetöst werden. Um hierbei die Steuerpflichtigen zu erleichtern und ob ihnen möglich zu machen, sich die erforderlichen Ablösungskapitalien zu verschaffen, würden wir vorschlagen, die Grundsteuer mit dem zwanzigfachen Steuerbetrage, also nach dem Zinsfuße von 5% abzulösen. Die Grundbesitzer würden sich dann auf die Ablösungskapitalien leicht zu einem billigeren Zinsfuße von 3½ bis 4% verschaffen können, weil diese mit Recht zur ersten Hypothek vor allen solchen eingetragenen Schulden zu stehen kommen würden. Und die Zinsen von diesem Kapital würden ihnen weniger kosten als die jetzige Grundsteuer. Die auf solche Weise dem Staate zufließenden Kapitale würden natürlich nur zur Tilgung der Staatsschulden verwendet werden. Freilich würde eine solche Operation nur in einem Staate mit ausgebildeter auf sichern Rechtsboden ruhenden Verfassung ausführbar sein; denn in einem absoluten Staate würde sich Jeder hüten, die Grundsteuer abzulösen, weil er Gefahr liefe, nächstens mit einer neuen Grundsteuer willkürlich belegt zu werden.

**Baiern,** 1. Jan. In den neuen Censurinstruktionen, welche die bekannte Verordnung vom 16. Dez. ergänzen, heißt es unter Andern: 1) Da die Presse über innere Angelegenheiten unter den in der Verordnung vom 16. Dez. enthaltenen Ausnahmen keiner Censur unterliegt, in Folge dieser Bestimmung aber voraussichtlich Artikel erscheinen werden, welche Erwiderungen der Betreffenen veranlassen müssen, so erwächst der betreffenden Redaktion aus der Aufnahme der Anschuldigung die Obliegenheit, auch der Erwiderung des Beschuldigten ihre Spalten zu öffnen. 2) Die Censurfreiheit sind foctan wie bisher vollständig, und zwar dreifach, vorzuiegen. 3) Gegen Abstriche steht den Redaktionen die Berufung an die k. Regierung, K. d. J., gegen die Regierungsentscheidung an das Ministerium des Innern und von diesem die Beschwerde an den Staatsrath offen. 4) Die Censur darf fremer keine Artikel ändern, auch ist sie zu theilweisen Abstrichen nur in so fern berechtigt, als eine Redaktion ausdrücklich erklärt, partielle Abstriche den totalen Abstrichen einzelner Artikel vorzuziehen.

**Würtemberg.** * Aus Schwaben, Ende Dez. (Schl.) Irmehr das herrschende System der Bureaukratie und Clerus wenigstens in einer äußerlich stabilen Richtung vereinigt, desto bedrohender sind die offenkundigen Anzeichen davon, welche Einräumungen auf Kosten der nothwendigsten Reformen, ja selbst der heiligen Sache der Wahrheit gemacht werden. So gibt in Würtemberg eine fremde Formel, welche es anzeigt, was für ein Gewicht auf Dasjenige gelegt würde, was in hohern Regionen sie günstig oder ungünstig angesehen wird, die Formel: „es geht", oder: „es geht nicht"! Die jüngste Zeit hat in einer ganzen Reihe von Erscheinungen aus Licht gestellt, an welchen beklagenswerthen Übelständen unser Volksschulwesen leidet; wie wenig von Seite eines aufs Kümmerlichste besoldeten Schulcheverstandes geistlicher werden könne; wie der Mangel an tüchtigen Lehrern und Schulzeichnungen bereits so überhand genommen, daß junge Leute von 18 Jahren noch vor Abschluß ihrer Bildungszeit verwendet werden müssen; wie ungenügend der ganze seitherige Unterrichts- und Bildungs-Rahmen unserer Volksschule den Anforderungen der Zeit gegenüber sei, welche auf der Grundlage eines lebendigen sittlich erbenden Christenthums vor Allem eine vaterländische Volksbildung verlangt, die der Jugend zum Verständniß der Mutterssprache und zur Aneignung gemeinnützliger Kenntnisse fürs Leben verhilft; ja, wie ohne Einführung der Fortbildungsschule für die Jugend die Organisation der Volksschule auf halbem Wege stehen geblieben sei. Die Zeichen der Zeit haben sich auf dreierlennde Weise daran wieder geltend gemacht, daß allenthalben im Lande die Männer der Schule und Volksbildung freiwillig und aus eigenem Antrieb zusammengetreten sind, um ihre Erfahrungen und Übergungen in Betreff einer Reform des Volksschulwesens zur Kenntniß der Regierung und der Stände zu bringen, da von einer Revision des Volksschulgesetzes in der Kammer

Digitized by Google

verlautet hat. Gleichwohl soll sich föderem Bernehmen nach die Vorlage der Regierung auf einige wenige Punkte beschränken, und sofort die unumgängliche Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform des Volksschulwesens am Tage liegt, so dort man bereits die Alles abmachende Formel wieder: „So geht nicht!“ Dabei aber geht fort und fort die seit den letzten Jahren wahrzunehmende, nun aber wahrhaft erschreckende Begünstigung der sogenannten guten Presse. Den unzweifelhaften Nachweis, welche Bewandtniß es mit dieser Güte hat, liefert die Ulmer Chronik, „das liberal-konservative Blatt“, „das Organ der redlichen Mitte“. Da ist nur Eine Stimme unter allen unabhängigen und redlichen Freunden des Vaterlandes über die bedenkliche Geschäftigkeit und Niederträchtigkeit, womit dieses Blatt jedes gesinnungstüchtige Streben mit Koth bewirft, offene Denunciation treibt und das Urtheil des Volkes auf eine Weise korrumpirt, von der man in Würtemberg seither keinen Begriff gehabt hat. Selbst das neuerschienene liberal-konservative Blatt in Stuttgart, die süddeutsche politische Zeitung, hat sich unverhohlen gegen ein solches Treiben ausgesprochen, in dem richtigen Gefühl, daß bei einer solchen Presse selbst gegen notorische Unsittlichkeit keine Garantie mehr gegeben ist. Diese Ulmer Chronik ward öffentlich als Ministerialblatt bezeichnet: man kaume, aber das würtembergische Staatsministerium hat diese Bezeichnung nicht bestätigt. Während es deßhalb vielleicht eine Zahl der dem Beziehungsbeamtenstand Angehörigen für ihre schuldige Pflicht erachten mag, dieses würdige Blatt mit gebührender Befriedigung und mit Eifer zu lesen, wenden sich unsere höheren wahrhaft gebildeten Beamteten mit Entrüstung von demselben ab; und wenn es mehr als ein bloßes Gerücht sein sollte, daß der Redakteur dieser Ulmer Chronik, dem neuerstens die Concession zur Herausgabe für seine Person ertheilt worden sein soll, Aussicht habe, in den Staatsdienst zu treten, so dürfte die öffentliche Meinung durch die einstimmige Indignation aller ehrenhaften Staatsdiener eine sehr bedeutende Unterstützung erhalten. Auch das ist eine sehr erheiternde Wahrnehmung, daß die Herausgeber der „süddeutschen Worte“, dieses Organs der streng pietistischen dogmatischen Stabilität und zugleich des politischen Absolutismus, die Fürsprecher des Sonderbundes und des Siegwart-Jesuiten-Regiments — daß diese Heiligen, die für Gottes Ehre kämpfen und ihr alleinseligmachendes Kirchtein, sich nunmehr in denselben Bestrebungen der Denunciation und Verdächtigung mit dem Redakteur der Ulmer Chronik begegnen, der in Würtemberg und anderwärts seiner Zeit wegen seiner Betheiligung an dem Justanbekommen des berüchtigten Buches: „Die Selbstauflösung des Protestantismus“, keine denunciatorische Notorietät erlangt hat. Dieses für Würtemberg so verhängnißvolle Jahr scheidet; — möge das neue, das uns den Zusammentritt der Stände bringt, nicht wieder neue Täuschungen bringen für die Hoffnungen auf durchgreifende Reformen, auf welche die sozialen Zustände des Landes immer entschiedener hindrängen! —

**Hannover**, 30. Dez. Vergestern war hier die Ritterschaft der Fürstenthümer Calenberg und Grubenhagen Behufs der Wahl von 8 Deputirten zur ersten Kammer versammelt. Die Wahl fiel auf die HH. v. Alten (zu Linden), Graf Alten (Major a. D.), zwei HH. v. Bock, Landrath v. Klenke, v. Hugo, Oberforstmeister v. Reden und Amtsassessor v. Strahlenheim. Die Wahl ist früheren Wahlen dieser Ritterschaft gegenüber bedeutsam, da sie zeigt, daß auch diese Korporation, gleich so vielen zur zweiten Kammer wählenden Korporationen, das Bedürfniß empfunden hat, möglichst unabhängige Männer zu Deputirten zu wählen, eine Wahlung, die bisher eben bei der Calenberg-Grubenhagenschen Ritterschaft sich noch viel weniger gezeigt hat als bei den Ritterschaften der anderen Provinzen. (H. C.)

**Kurhessen**. Hanau, 3. Jan. Nach der Verschcerung des Frankf. J. ist der Turnzeeein durch höheren Befehl aufgelöst.

## Schweiz.

** Vom Neckar, 31. Dec. Die Verhältnisse der Schweiz scheinen mie bedenklicher und schwieriger zu werden, als Ihre Mittheilungen von dort es durchscheinen lassen. Es handelt sich mit jedem Tage mehr darum, ob die liberalen Männer besonders der östlichen Schweiz dem Zuge des rubelosen Radikalismus gewachsen bleiben, der den Westen agitirt, oder ob es diesem gelingen sollte, die besonnene Mehrheit, die jetzt in der Tagsatzung und mehreren Kantonalregierungen das Ruder führt, in eine Minderheit zu bringen; ob die Dinge dahin führen werden, daß, nach Ihrer Auffassung der Sache, die bisher in dem großen Kampfe vereinigte Kraft und Mäßigung in ihrem Bunde beharren, oder ob sich derselbe unter innern und äußern Einflüssen lösen und trennen werde. In dem ersten Momente des Hochgefühls, welches die glücklich durchgeführte Sache verlieh, war die Tagsatzung großmüthig und auf die große moralische Wirkung des Geschehenen vertrauend. Diese Stimmung hat aufgehört; ich will aus der Ferne nicht untersuchen, ob die einzelnen Verhältnisse so waren, daß sie hat aufhören müssen, noch weniger der Tagsatzung zur Last legen, was von den neuen Regierungen in den Kantonen gegen Recht und Billigkeit, gegen politische und gewöhnliche Klugheit geschieht wird. Es schreit eben, daß Gerechtigkeit nicht die Sache der Demokratien sei, und schon die Republiken des Alterthums haben dies bewiesen. Die es hier im Reiche mit der Schweiz gut meinen, bedauerten die letzten Schritte der Kommissäre in einzelnen Kantonen, bedauerten, daß es nicht bei dem anfänglichen Entschlusse bleiben konnte, die Regierungen der Usurpation bestehen zu lassen, indem es eine Inkonsequenz scheine, Regierungen für ungeeignet zum Verkehr mit der Tagsatzung zu erklären, mit welchen der kommandirende General unterhandelte und die Tagsatzung Abkünfte abschloß. Bei der schonenderen Behandlung der unterworfenen Kantone war es unvermeidlich, daß nach beendigter Occupation die Machinationen der Besiegten und der Fremden ihr verderbliches Spiel begannen; je weniger schonend diese Behandlung, je greifer der Umschwung im Innern der Kantone sein wird, desto mehr wird ferner natürliche Gegenschlag, unter nachsichtiger Hilfe und Hehlung, zu einer scharfen Reaktion werden. Die Angriffen sind da, daß durch Gemunterungen und Anerbietungen von Außen her eine Restauration der Sonderbündelei erstrebt wird; und es ist nur natürlich, daß der Groll der Besiegten, der Zorn und Schmerz der in ihren politischen und religiösen Gefühlen Verletzten für diese frevelnden Einflüsse zugänglich sind. Den wie vielen und welchen Seiten her diese erstrebt werden, ist kein Geheimniß; man sammelt ja selbst in Deutschland Geldmittel. Um so nothwendiger schien es, daß die Kommissäre in den Kantonen grade dazu ihren amtlichen und persönlichen Einfluß, ihre nähern Verhältnisse zu den neuen „liberalen“ Regierungen und zu der tragirenden Partei hätten benutzen sollen, wenigstens das Schreffste des Unbilligen, das, was dem Rechtsgefühl derer, welche die üblen Gewohnheiten des Parteiregimentes in der Schweiz nicht kennen, mehr als dem Schweizer selbst gehässig ist, zu verhüten. Wohl hat die niedergeworfene Partei ebenso gehandelt und die innere Geschichte der Schweiz ist eine fortgesetzte Reihenfolge solcher Unbilden, welche sich jedwede Partei, wenn sie obsiegte, zu Schulden kommen ließ, und wenn sie unterlag, gefallen lassen mußte. Die fremden Mächte können daraus auch keinen Vorwand, vielweniger ein Recht herzuholen, gegen die Schweiz als solche zu verfahren; allein wenn man bedenkt, daß noch jetzt, und Allen zum Trotz, was die Tagsatzung soweit irgend ihr Werk reichte, ausgesprochen und bewiesen hat, der Kampf als gegen die katholische Kirche, gegen den katholischen Glauben gerichtet verfahren und beurtheilt wird, — wie die Altcantonalen Alles und von Anfang an darauf angelegt haben, daß diese Lüge durchdringe, — so ist es wohl im Interesse der Schweiz selbst nicht zuviel von der Klugheit erwartet, daß man dies Mal mehr als je Alles aufbiete, der Parteileidenschaft in ihrem blinden Eifer energisch zu begegnen. Dabei muß man freilich dem Umstande Rechnung tragen, daß die Kantonalsouveränetät gerade hiebei der Tagsatzung für direkte Einwirkung Schranken setzt, die nur im Zusammenwirken der besonnenen Männer, welche in der Liebe zum gesammten Vaterlande ihre Parteirücksichten zu beschwichtigen vermögen, überwunden werden können. Auf der Kenntniß von der Wucht gerade dieser Rücksichten beruht aber im Westen, als Furcht, für seien der Bund der Zustände in dem Maße, daß, wie die Elemente da liegen, eine geordnete, normale Entwickelung — wenigstens zweifelhaft sei, und daß im minder unaufrichtigen Falle Alles stehwerke gehen werde. Lord Stratford, dessen Berichte die Gebarung in den occupirten Kantonen auch nicht überall loben, gibt sich Mühe, eine gemäßigte mittlere Partei zu bilden. Dies wäre die rechte Rolle für Preußen gewesen, und es hätte sie würdig übernehmen und eher als jeder Andere zu Dank erfüllen können, ohne im Geringsten zudringlich zu sein. Wiederholt bietet der „Götter Gunst“ diesem Kabinete die allerwünschenswerthesten Chancen. In unserm Falle hätte es nur für die vernünftige und gesunde Sache laut so viel thun müssen, als andere für die unvernünftige thaten. Es hätte sich nicht vornehm von der Tagsatzung zurückziehen, sondern mit freundschaftlichem guten Rath den Regierungen beistehen müssen, sein Gesandter brauchte nicht über das Unglück der Schweiz zu weinen, und er hätte zur rechten Zeit mehr ausgerichtet, als vielleicht jetzt noch Stratford auszurichten vermag. Aber es ist zu vermuthen, daß dieses Kabinet, welches an den

Digitized by Google

Schweizerdingen eigentlich doch nur im Wohlmeinen betheiligt sein kann, die Schweizersachen immer nur durch die Brillen neuenburgischer Kammerherren oder gar eines einzelnen Mannes vom Übel gesehen hat. Wer Gelegenheit gehabt hat, den General Dufour und dessen Generalstab, überhaupt die tüchtigen Männer, welche als Kriegsobersten, als Offiziere aus den verschiedenen Kantonen unter die Waffen getreten, zu sehen und kennen zu lernen, mußte die Hoffnung gewinnen, welche jetzt auch die Times aussprechen, daß durch eine Mittelpartei eine patriotische Vermittelung werde gebildet werden, welche auf den Gang der eidg. Angelegenheit im Großen und Ganzen einen wohlthätigen Einfluß üben konnte, und in sich schon üben mußte. Zu der Gunst des Glückes, welche die Schweiz bis zur Niederlegung der Empörung überhaupt genossen hat, zählte gewiß diese Möglichkeit als das Heilsamste. Es ist zu hoffen, daß jene Männer dieser neuen Mission nicht weniger Werth beilegen und nicht weniger entschieden und tüchtig sich widmen werden, als der militärischen, die sie so rühmlich bewährt; eine aber die Verhältnisse, welche den Erfolg bedingen, sind leider nicht gleich, es sind nicht militärische geordnete Bataillone, deren Führung sie übernehmen und es ist nicht das eidgenössische Kreuz am Arme, welches die Massen disciplinirte. Und das mag der Grund sein, aus welchem man fürchtet, auch Dufour und die andern würden mit Aufhören ihres militärischen Kommandos in ihre alte Stellung, die Meisten in die der konservativen Opposition ihrer Kantone zurücktreten und in Schweizerparteiweise — abwarten, bis der Radikalismus durch die Übertreibung, vor der er sich nicht bewahren kann, die Massen selbst, die ihm jetzt folgen, von sich stieße. — Wir möchten aber jene Männer mahnen, auch jetzt das Vaterland nicht zu verlassen und vor Allem dessen mögliche Geschicke den Augen der zu bedenken, während sie in jener zuwartenden Stellung der Opposition dem vorbeugenden Übel ebenso unmächtig entgegenstehen, wie früher, eben so zur Unthätigkeit verdammt sein werden, wie früher, — jetzt aber nach Innen und Außen ein rettendes Übergewicht in die schwankenden Schalen legen und jedenfalls, wenn auch nicht Alles erreichen, doch das Beste, was möglich ist, wirken werden. Wir rechnen und hoffen noch immer darauf, daß sie sich in dem vertrauenden Verhältnisse, in welchem sie jetzt nothwendig zu den Massen stehen und als sich selbst auf die Männer der abweichenden und entgegengesetzten Richtung erstreckt, jetzt umsoweniger dem Vaterlande entziehen werden, als neuerdings Nachrichten verlautbaren, nach welchen die großen Mächte wirklich bei dem Projekte einer Vermittelung, der eine „Interventionen" im Hintergalte liege, beharren wollen. (Schluß folgt.)

* **Zürich**, 30. Dez. (Schluß.) Die zweite Frage, für unsern Kanton von fast gleicher Bedeutung, betraf die Seminarverhältnisse. Als der Schöpfer und Lenker unsers Volksschulwesens, der verdienstvolle Seminardirektor Scherr, im J. 1839 dem Septembersturme weichen mußte, als der Lehrerstand, seines treuen Hüters beraubt, brauchlos furchtlos und unverbrossen dem hereinbrechenden Unwetter die Stirne bot, da suchte man nach einem Mittel, um wenigstens bei der folgenden Generation diesen selbständigen, für die Freiheit begeisterten Sinn, den Scherr so sorgsam gepflegt, mit allem Eifer auszurotten, und man glaubte dieses Mittel in dem Convikte gefunden zu haben. Die Seminaristen sollten in diesem Convikte unter steter Aufsicht und Bevormundung leben, aller Zleiß ward aufgeboten, um ja der selbständigen Entwicklung der jungen Leute, von der die Scheinheiligkeit nur Böses erwarten zu können vorgibt, entgegenzutreten. Der Erfolg entsprach den Erwartungen nicht; der Geist des Seminars Nr. 1 (wie man das Scherr'sche Seminar gern im Gegensatz zu dem seines Nachfolgers Bruhi bezeichnet) war zu mächtig, als daß er plötzlich hätte vertilgt werden können; die älteren Zöglinge, die Traditionen von früherhin übten einen so mächtigen Einfluß aus, daß alle Mittel, die von dem Septemberregiment eingeschlagen wurden, um den jugendlichen Trotz und Schulmeisterübermuth — wie man es nannte — zu brechen, in das gerade Gegentheil sich verkehrten. Nach langem Streit ging endlich die Lehrerschaft, und mit ihr das Seminar, siegreich aus diesem Kampfe hervor; die alten Nebel verschwanden, das Septemberregiment stürzte zu Boden, die Stellung des Seminardirektors Bruhi wurde immer unhaltbarer, bis er endlich, dieses einsehend, aus eigenem Antriebe seine Entlassung einreichte. Jetzt, da die Sonne wieder heiter und klar erglänzt, hätte man glauben sollen, auch jenes Überbleibsel einer traurigen Zeit, das Convict, werde schleunig wieder beseitigt werden, zumal da fast der gesammte Lehrerstand sich entschieden dagegen ausgesprochen hat; man war deßhalb um so erstaunter, als bei der Berathung des Gesetzentwurfes über Reorganisation des Seminars das Convict, wenn auch in etwas beschränkterer Weise, mit ziemlich bedeutender Mehrheit beibehalten wurde. Noch mehr aber erstaunte man über den unmittelbar darauf folgenden Beschluß, der neue Seminardirektor solle, statt mit Lebenslänglichkeit, nur auf eine Dauer von je 6 Jahren gewählt werden. Der nächste Grund gegen diese Bestimmung ist: die tüchtigen Seminardirectoren sind nicht so häufig, als daß man hoffen könnte, unter dieser Bedingung tüchtige Vorsteher zu erhalten; ein entfernterer, aber noch wichtigerer Grund dagegen liegt darin, daß mit dieser Bestimmung der reste Schritt zur Aufhebung der Lebenslänglichkeit sämmtlicher geistlichen und Schulstellen gegeben wäre. Bisher waren alle diese Stellen lebenslänglich; will man das nicht, will man Wahlen auf eine bestimmte Zeit, wie in Baselland, gut; es lassen sich Gründe dafür und dagegen aufführen; aber soviel möge man sich klar machen: eine derartige Ausnahme wird keine isolirte Erscheinung bleiben, spricht sich die öffentliche Meinung, je nach dem Resultate, dafür aus, so werden auch die Pfarrer und Lehrer künftighin dieser Bestimmung sich unterziehen müssen. Es ist übrigens höchst wahrscheinlich, daß bei der zweiten definitiven Berathung des Seminargesetzes sowohl das Convict wegfällt, als die Lebenslänglichkeit der Seminardirectorsstelle beibehalten werden wird. — Bei den Erneuerungswahlen in den Erziehungsrath fielen die HH. Rahn-Escher und Hofmeister als Repräsentanten des frühern Septemberthumes weg und wurden durch Liberale ersetzt; bei dem Talent und den Kenntnissen des Ersteren ist es zu bedauern, daß er sich durch eigene Schuld in eine Stellung versetzt hat, die der Gr. Rath nicht ignoriren zu dürfen glaubte; Hr. Obergerichtspräsident Finsler jedoch, ebenfalls ein Ultraconservativer, wurde trotzdem und trotz seiner alljährlich gesteigerten und „bedaurmartigen" Genügungen mit geringer Mehrheit wiedergewählt, und zwar nur auf beigenstoße Verwendung eines abwesenden hochgestellten Liberalen.

### Niederland.

Die Regierung hat sich endlich veranlaßt gesehen, zu Gunsten der Kolonie Surinam eine entschiedene Maßregel zu ergreifen. Durch königl. Beschluß vom 17. Dez. wird der Handel und die Schiffahrt mit dieser Kolonie, vom 1. Mai 1848 an, allen Völkern geöffnet, „mit welchen das Königreich der Niederlande in Freundschaft lebt"! Doch glaube man nicht, daß Solches für die fremde Flagge unter denselben Bedingungen geschehe, wie für die nationale, nur das unbedingte Ausschlußsystem wird aufgegeben. Vielmehr beruht der mit dem 1. Mai 1848 einzuführende Tarif von Ein- und Ausgangszöllen auf dem Grundsatz, daß die fremden Schiffe und ihre Ladungen, gerade wie in Java und Madura, mit doppelt so hohen Abgaben belastet werden, als diejenigen sind, welche die niederländischen einrichten.

Während des Jahres 1847 sind in Amsterdam 2754 Seeschiffe angekommen, die meisten aus St. Petersburg 215, aus Riga 158, aus Hamburg 160, Altona 33, Bremen 161, Emden 39, Leer 23, Danzig 94, Königsberg 54, Stettin 58, Memel 34, aus Archangel 61, Odessa 49, London 110, Hull 59, Sunderland 98, Bordeaux 31, Havana 18, New-Castle 127, New-York 20, aus Java 114 große Schiffe, aus Surinam 51. Das gibt ein ungefähres Bild von dem Handelsverkehr der niederländischen Hauptstadt.

### Belgien.

**Brüssel**, 31. Dez. Die Repräsentantenkammer hat in ihrer gestrigen Sitzung das Kriegsbudget mit 61 Stimmen gegen 10 angenommen. Da die Kammer hierauf erklärte, sich bis auf den 18. Januar vertagen zu wollen, verlangten die Minister provisorische Credite, welche auch gleich und einstimmig bewilligt wurden. — Die retrograde Presse ist durch die letzten Verfälle in der Kammer theils zum Schweigen, theils zur wildesten Verzweiflung gebracht. Die feinen Taktiker der Partei aber greifen zu einer Waffe, welche ihnen oft gute Dienste geleistet, zur Verbreitung von Gerüchten, deren Unwahrheit sie selbst besser als Jemand kennen. Gestern z. B. war von dem Austritte eines Ministres die Rede, heute ist die Zahl auf zwei herangewachsen. Nicht blos Hr. Deydt soll austreten, sondern auch der Minister der öffentlichen Arbeiten, Hr. Frere, wird sich zurückziehen, und zwar, wie diese Herren wissen wollen, weil „Hr. Rogier Hrn. Frere als zu furchtsam betrachtet". Daß alle diese Insinuationen so viele Verläumdungen als Worte enthalten, versteht sich von selbst. Wir

Digitized by Google

bedauern aber eine Partei, welche zu solchen Mitteln greifen muß, um zu beweisen, daß sie überhaupt noch existirt. (Köln.Z.)

## Großbritannien.

London, 31. Dez. Einige Aufmerksamkeit erregen die umfassenden Vertheidigungsanstalten, die auf Befehl der Regierung längs der Kanalküste schleunig ins Werk gerichtet werden sollen. Das große Arsenal in Woolwich soll mit möglichster Eile Geschütze von schwerem und schwerstem Kaliber, fürs erste 267, liefern, die für Portsmouth, Gravesand, Tilbury, die Insel Guernsey u. s. w. bestimmt sind, aber auch die Vertheidigungswerke der Kolonien, die Punkte Gibraltar, Malta, Hongkong sollen aufsehnlich verstärkt werden.

Der National hatte neulich einen Angriff auf die britische Verfassung gemacht und, ziemlich sinnlos, die Veranlassung hierzu aus der Opposition der hochkirchlichen Partei des Sir R. Inglis und der Bischofsdamt gegen die beantragte Emancipation der Juden hergenommen — als ob für diese Opposition einer starren Partei die britische Verfassung verantwortlich gemacht werden könnte! Die Times weisen diesen schlecht motivirten Angriff des National mit Ruhe und Würde zurück; sie fragen, ob denn alle jene stürmischen, seit einem Jahrzehnd und länger wiederholten Deklamationen des National hätten verhindern können, daß die französische Konstitution Nichts weiter mehr sei, als das bewußtlose Werkzeug Hrn. Guizots, und dieser seinerseits ein Werkzeug des selbsterwählten Königs der Franzosen? Es würde zu weit führen, sagt dieses Blatt, alle Fußtritte namhaft zu machen, die sich die französische Verfassung von Oben her habe gefallen lassen, man brauche jedoch nur zwei Vorfälle aus neuester Zeit anzuführen, um darzuthun, wie die Polizei in Frankreich mächtiger sei als die Verfassung: das Verbot der Namenstagsfeier des Fürsten Czartoryski und die Ausweisung des Russen Bakunin. Jeder Engländer würde vor Scham erröthen und seine zornige Stimme erheben, wenn ein solches Verfahren je in England vorkäme, aber die britische Verfassung mache solche Ungeheuerlichkeiten glücklicherweise unmöglich.

London, 1. Jan. Gestern ist General Espartero von Southampton nach St. Sebastian abgereist, und zwar an Bord eines spanischen Dampfschiffes.

## Frankreich.

Paris, 2. Jan. Alle kleinen Interessen des Tages sind durch die Bestätigung der Nachricht von der Unterwerfung Abdel-Kader's zum Schweigen gebracht. Der Mann, welcher mit einem eisernen Sinne und einer gerechten Sache der Kriegsmacht des gewaltigen Frankreichs 15 Jahre lang Schach geboten hat, ist als Gefangener in der Quarantäne zu Toulon, und bald werden wir, wie es scheint, das empörende Schauspiel erleben, ihn, den stolzen König der Wüste, den letzten Helden eines schlaffen Jahrhunderts, zu Paris im Triumphe aufgeführt zu sehen. Freilich nicht mit gefesselten Händen an den Wagen des Siegers gekettet, sondern wie ein lebendiges Wunder aus fremdem Himmelsstrich vom Palast zum Theater, von Salon zu Salon geschleppt, der Neugier der Gaffer aus der vornehmen Gesellschaft preisgegeben, den lüsternen Blicken der galanten Frauenwelt zur Schau gestellt, zu der erbärmlichen Rolle eines „Löwen des Tages" herabgewürdigt. Ich weiß nicht, ob Jugurtha, sein ruhmvoller Ahnherr, unter der barbarischen Faust der römischen Henkersknechte nicht größer endete, als Abdel-Kader im Besitze einer französischen Pension.

Für die Regierung ist die Unterwerfung des Emirs gerade in dem Augenblick, wo die Kammern zusammengetreten sind, ein Ereigniß von der größten Bedeutung. Man könnte darin eine neue Einwirkung des glücklichen Sternes sehen, unter dem Louis Philipp seit 17 Jahren die Regierung führt. In demselben Augenblicke, wo er die Schwester verliert, die ihm als treuer Schutzgeist zur Seite stand, liefert, ihm nicht das Verdienst der französischen Waffen, sondern ein günstiger Zufall, den geschworenen Feind der französischen Herrschaft in Afrika in die Hände.

Hier die näheren Umstände, welche das Ereigniß begleitet haben. Der Herzog von Aumale selbst meldet, daß Abdel-Kader, von den marokkanischen Kabylen angegriffen und geschlagen, aus der Ebene der Malwia durch die Truppen des Kaisers verdrängt, von dem größten Theile der Seinigen, die sich bereits auf französisches Gebiet begeben hatten, verlassen, sich nach dem Stamme der Beni-Snassen, aber General Lamoricière hatte seine Absicht errathen und ihm bereits den Weg durch eine Abtheilung Spahis versperrt. Nach einem kurzen Scharmützel zwischen Abdel-Kaders Reitern und den Spahis rückte Lamoricière mit seinem Bujvolk heran und Abdel-Kader, wohl einsehend, daß Alles verloren sei, schickte zwei Reiter mit dem Anerbieten sich zu ergeben, wenn man ihn nach Alexandria oder St. Jean d'Acre bringen wolle. Diese Bedingung ward angenommen und von Lamoricière schriftlich ratifizirt, und bei dem Marabut von Sidi Brahim, wo Abdel-Kader einst die Abtheilung des Obersten Montagnac überfiel und schlug, übergab er sich dem Obersten Montauban als Gefangener. Er ward hierauf nach Nemours zum Herzog Aumale gebracht, der die von Lamoricière geschlossene Übereinkunft bestätigte und der in seinem Berichte die feste Zuversicht ausspricht, die Regierung werde diese Übereinkunft genehmigen. Abdel-Kader ward nun mit seiner Familie nach Oran gebracht, was einen sehr ungünstigen und schmerzlichen Eindruck auf ihn machte. Demungeachtet übergab der Emir dem Prinzen von Aumale sein Pferd als Zeichen der Unterwerfung. Die ganze Deira hatte sich gleichzeitig unterworfen und stand bereits unter dem Schutze der Truppen des Obersten Mahon. Auch die Beider Abdel-Kaders hatten sich bereits bei Lamoricière gestellt und den Aman empfangen. — Man glaubte Anfangs, daß die Regierung Abdel-Kader einige Tage in Oran und einige Tage in Algier verweilen lassen wolle, um die Eingebornen von dem Ende seiner Herrschaft zu überzeugen, und daß er dann erst nach Toulon gebracht werden sollte, um von dort nach Ägypten eingeschifft zu werden. Der Ministerrath war gestern und vorgestern versammelt, es soll in demselben die Ansicht vorherrschen, daß die Übereinkunft nicht zu bestätigen sei, da Abdel-Kader von Ägypten aus jeder Zeit nach Algier zurückkehren und unter etwaigen kritischen Verhältnissen von England als Maschine benutzt werden könnte. Man soll in Vorschlag gebracht haben, Abdel-Kader auf einer der Antillen eine anständige Existenz zu gründen, ihn jedoch stets zu überwachen. Die Entscheidung der Regierung wird übrigens bald bekannt werden, da die Sache dringend ist. Wir fügen einen Brief aus Toulon hinzu, der von der Überfahrt und Ankunft Abdel-Kaders spricht. Toulon, 30. Dezember. Abdel-Kader ist als Gefangener auf unserer Rhede. Die Dampffregatte Asmodée geht in diesem Augenblicke vor Anker und hat den Emir am Bord. In der Nacht vom 22. auf den 23. Dezbr. ergab er sich einem französischen Vorposten von 20 Spahis, dessen Kommandant Ben Kenia dann als Dermittler zwischen dem Emir und dem herannahenden General Lamoricière diente und die Konvention abschloß. Der Emir schickte dem General sein Siegel, da er des regnerischen und stürmischen Wetters wegen nicht schreiben konnte; aus gleicher Ursache am Schreiben gehindert, schickte ihm Lamoricière seinen Säbel und ließ ihm sagen, sein Leben sei sicher. Nach mehreren Hin- und Herfendungen erfolgten Abdel-Kader bei dem französischen Vorposten, wo ihn der Oberst Montauban empfing. Von Sid Brahim ward er nach Dschemma Ghazuat (Nemours) zu dem Herzoge von Aumale gebracht, hier verkaufte er seine Pferde, seine Waffen, sein Gepäck und bezeichnete die von seinen Leuten, die ihm folgen sollten. Er wurde nun auf dem Solon nach Oran gebracht, wo er am 25. um 4 Uhr Morgens eintraf und um 10 Uhr Vormittags schon auf dem Asmodée mit 92 Personen seiner Familie und seines Gefolges eingeschifft ward. Bei seiner Einschiffung schrieb er einen Dankſagungsbrief an den Herzog von Aumale, worin er seine Erkenntlichkeit für die ihm gewordene gute Behandlung aussprach und ließ zugleich den Prinzen seine schwarze Stute, die ihn gewöhnlich im Gefechte trug, übergeben. Abdel-Kader blieb während der ganzen sehr stürmischen Überfahrt in seiner Kajüte, an der Seekrankheit leidend und erschien nur ein Mal auf eine Stunde auf dem Verdecke. Er ist von mittlerer Größe, seine Physiognomie hat mehr etwas Mystisches, Schwärmerisches, als einen kriegerischen Ausdruck. Seine Gesichtsfarbe hat nicht die Reinheit, die man sonst bei Arabern von vornehmer Abkunft findet, sein Gesicht trägt kleine Flecken, die Backenknochen zu sein schreinen. Sein Bart ist sehr schwarz aber nicht dicht, seine Tracht höchst einfach. Der Oberst Beaufort Adjutant des Prinzen und der Kommandant Lamoricière Rousseau begleiten ihn. Es scheint bestimmt, daß der Telegraph bereits den Befehl gebracht hat, Abdel-Kader nach einigen Tagen Ruhe nach Paris zu schicken, wo dann über sein ferneres Schicksal entschieden werden wird; jedenfalls scheint die Regierung den Augenblick noch nicht für geeignet zu halten, um des Emirs Wunsch, seine Tage auf muselmännischer Erde zu beschließen, schon jetzt zu erfüllen. — Heute Abend wird der Emir mit seiner Begleitung ausge-

Digitized by Google

schifft und nach dem Lazareth gebracht, wo eine Reihe von Zimmern für ihn in Bereitschaft gesetzt wird. Sein Gefolge besteht größtentheils aus Frauen und Kindern; unter den Männern ist auch sein Schwager, Hadji Mustapha Ben-Zami, der die Niederwerfung der französischen Gefangenen von Sidi Brahim leitete, und sein Kalifa, Kaddour Ben-Allal.

## Spanien.

Madrid, 26. Dec. Die Kabinetskrisis ist vorläufig beendigt und das Ministerium zusammengesetzt wie folgt: General Narvaez Präsident des Ministerraths ohne Portefeuille; General Figueras Kriegsminister; Hr. Beltran de Lys Finanzminister; Hr. Sartorius Minister des Innern; Hr. Arrazola Justizminister; Hr. Bravo Murille Minister des Unterrichts; Hr. Roca de Togores Marineminister.

## Portugal.

Den 18. Dez. hat das zuletzt improvisirte, bedeutungs- und ruhmlose Ministerium seine Entlassung eingereicht, worauf ein neues Ministerium gebildet wurde, an dessen Spitze Saldanha steht. Die übrigen Minister sind fast sämmtlich Männer ziemlich oder ganz unbekannten Namens und wie es scheint Geschöpfe Cabrals, Grafen von Thomar. Die Deputirtenwahlen sind beendet und alle im Cabralistischen Sinne (oder Seide) ausgefallen; daher die Abdankung des frühern Ministeriums. Eine Sibelherrschaft und eine Hofschranzenwirthschaft wie in Spanien!

## Italien.

Der Österreich. Beob. äußert sich über die Schlichtung der Ferrarenser Angelegenheit in folgenden Worten: „Die wiederholten Vorstellungen des römischen Hofes nahmen theils ihren Ausgangspunkt von der Protestation, welche der Kardinal Consalvi am 12. Juni 1815 gegen den Artikel 103, sowie gegen verschiedene andere Bestimmungen der Schlußakte des Wiener Kongresses eingelegt hatte, theils stützten sie sich auf die Betrachtung der schwierigen Zeitverhältnisse, deren Druck schwer auf der Regierung des Kirchenstaats lastete. Die Frage zerfiel sonach in zwei Elemente, den Rechtspunkt nämlich und die Konvenienz, wie sie aus der Rückwirkung der Zeitumstände auf die Lage des einen, wie des andern Hofes hervorgehen mußte. Bei der Beurtheilung des Rechtspunktes war es vor Allem nothwendig, den Artikel 103 der Schlußakte, auf welchem das österreichische Besatzungsrecht in Ferrara beruht, sowie den praktischen Werth der dagegen eingelegten Protestation des Kardinals Consalvi in Erwägung zu ziehen. Während die volle Gültigkeit des Artikels 103 von keiner der Mächte, welche die Kongreßakte unterzeichnet hatten, in Zweifel gezogen wurde, hatten dieselben über den praktischen Werth der Protestation des Kardinals Consalvi bereits im Jahre 1815 ihr Urtheil dadurch ausgesprochen, daß sie solche einfach zu den Akten legten. Unter diesen Verhältnissen konnte für den kaiserlichen Hof keine Rede davon sein, auf die Erörterung der Rechtsfrage sich einzulassen. Dagegen war der Kaiser, seinen unwandelbaren Gesinnungen gegen das Oberhaupt der Kirche getreu, sehr geneigt, dem heil. Vater persönlich jeden nur möglichen Beweis von Willfährigkeit zu geben, vorausgesetzt, daß das Recht dabei unangetastet blieb. Diese Gesinnung des Kaisers wurde dem heil. Vater, welcher in einem eigenhändigen Schreiben diese Angelegenheit Sr. Maj. bringend an das Herz gelegt hatte, zu erkennen gegeben. Die Feststellung der Bedingungen, unter welchen indeß die Aufgabe gelöst werden konnte, gehörte ihrer Natur nach in den Bereich der Militärbehörden, und diesen wurde dieselbe daher auch von der kaiserlichen Regierung anvertraut, mit der ausdrücklichen Weisung, die Willfährigkeit für die Wünsche des heil. Vaters bis zu den äußersten Grenzen auszudehnen, die zu welchen die Sorge für die Sicherheit und den regelmäßigen Dienst der kaiserlichen Truppen zu gehen erlauben würde. Die dem k. k. Generalkommando im lombardisch-venetianischen Königreiche für seine Handlungsweise gegebene Richtung hat eine Verabredung zur Folge gehabt, vermöge welcher päpstlicher nach Ferrara zu ziehende Linientruppen die bisherige Hauptwache und drei Thore der Stadt besetzen werden. Das vierte in der Nähe der von kaiserlichen Truppen besetzten Citadelle und der in der Stadt befindlichen Quartiere derselben gelegene Po-Thor wird stets offen gehalten und für jetzt von gar keiner Truppe besetzt sein. Auf diese Weise ist eine Angelegenheit geschlichtet worden, welche in andern Zeiten niemals zu einer Streitfrage erwachsen sein würde, welche aber, unter dem Einflusse der in Italien herrschenden Gährung, von dem Partheigeist begierig ergriffen worden war, um womöglich Zwietracht zwischen zwei Gewalten zu säen, in deren Einigkeit und innigem Verband die festeste Bürgschaft der gesellschaftlichen Ordnung ruht. Diese verderbliche Absicht ist durch die hohe Mäßigung und den versöhnlichen Geist des kaiserlichen Hofes, welche die römische Regierung ausdrücklich dankbar anerkannt hat, vereitelt worden."

Rom, im Dez. Die Redakteren des Contemporaneo, der Bilancia, Altrea, Unione und noch sechs anderer Blätter hatten der zur Abfassung eines neuen Gesetzes zur Regulirung der Preßverhältnisse niedergesetzten Kommission eine Eingabe überreicht, worin die wachsenden Bedrückungen der Presse geschildert werden und Abhilfe verlangt wird. Darin heißt es, daß man der römischen Presse alle Lebensthätigkeit abschneide, daß das Verfahren der Censur im grellen Gegensatze zu dem Gesetze vom 15. März stehe. Klagen über drückende Dauer des Arrest, gehäufte Instruktionen, Unbeständigkeit und Mannigfaltigkeit der Ansichten der Schriftrichter in Rom und den übrigen Städten, sowie über Unterdrückung einfacher Notizen und zur Tagesgeschichte gehörender Nachrichten geben Zeugniß von dem bedeutenden Rückschritt, den die Regierung in der letzten Zeit gemacht hat. Die Bittsteller halten ihre Klagen für um so tiefer begründet, als Mons. Morandi in einem eigenen Edikte, und darauf Pius selbst, versprechen hatte, die in dem Gesetze vom 15. März gewährte Freiheit zu erweitern. „Wir können nicht begreifen", heißt es in diesem Aktenstück, „warum man im Lichte der weit vorgeschrittenen Bildung, bei der großen Freiheit, deren sich die Presse andrer Staaten ohne allen Nachtheil erfreut, gerade die rein. Presse so mager, so farbles machen muß."

Der projectirte Zeitungsstempel würde, zur Ausführung gebracht, die Journalistik gänzlich tödten. „Geheimes Gesetz", heißt es am Schluße, „und streng an der Ordnung haltend, erklären wir vor Ihnen und vor der ganzen Welt, daß wir nicht ermüden werden, jedes schickliche Mittel anzuwenden, um jener anständigen Freiheit bei Mittheilung der Ideen theilhaft zu werden, die bei unserem und der benachbarten Staaten Fortschritt eine Nothwendigkeit geworden ist" u. s. w. Während man auf diese Weise in der Weltstadt gegen die Übergriffe der römischen Schriftrichter protestirt, erhob sich in Bologna der so ruhige und bedächtige Fürst vor 16. Dez. mit größter Entrüstung gegen die hohe österreichische Censurpolizei und den von ihr gegen die römischen und toskanischen Blätter geschleuderten Bannstrahl. Nicht sie das Verbot, als nehmen die Italienischen Krücken, an die man es hing, erregen den gebarnischten Unwillen des Fürsten. In jener Verordnung wird nämlich die römische und toskanische Presse als zügellos bezeichnet und bemerkt, daß das eine Folge der Anarchie sei, in welche diese Staaten versunken wären. Hierin nun steht das Blatt eine Verläugnung der gesunden Vernunft, eine Verhöhnung der Wahrheit, sowie eine Beschimpfung der Völker und Regierungen. Es begreife sehr wohl, daß der österreichischen Polizei die römische Presse ein Stein des Anstoßes sei, aber derlei Beschuldigungen seien unerträglich. Die Behauptung, die Blätter im Kirchenstaate verdankten ihre Brwiesfältigung der herrschenden Anarchie, sei widersinnig. Als ob das Herausgeben eines Blattes eine leichte Sache sei, die Jeder nach Laune unternehmen könne! Die österreichische Polizei thue, als ob man dazu weder eine Concession von Seite der Regierung, noch Cautionsbestellungen bedürfe; als ob im Kirchenstaat und in Toskana die Parteiwuth die Regierungen vernichtet habe. Andere Ausdrücke sind zu scharf, um sie wiederzugeben. Solche Artikel wären, wenn man auch die Saiten zehnfach herabstimmte, in Rom selbst unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich. Daß sie auch in der Provinz Bedeutung haben, wird man nicht verkennen.

Neapel, 20. Dezbr. Der Allg. Z. wird geschrieben: Die Verhaftungen dauern fort, und die Gebitterung steigert sich. Verhaftet sind unter Anderen in den letzten Tagen der junge Prinzipe Caracciolo di Torella, Prote, Sabriano, S. Donato; mehrere junge Literaten, Advokaten und Professorensöhne. Sämmtliche Studenten der Provinzen, 6000 an der Zahl, haben Prozeß verfassen müssen, und die Universität ist bis auf Weiteres geschlossen — nicht etwa der Weihnachtferien wegen! Die ebengenannten Prinzipini haben übrigens an keinem Tumulte Theil genommen; sie sitzen ist im Gefängniß zu S. Francesco wegen ihrer liberalen Gesinnungen. Sie empfingen dort gestern und vorgestern an 300 Besuche. Die Haft ist also nicht streng. Die Principessa Torella hat in einer Audienz den König dringendst in mütterlichen Worten um Freilassung ihres Sohnes. Trotz der Anstalten, welche bei dem Militär zum ernsten Gebrauch der Waffen ge-

Digitized by Google

treffen sind, fängt seit acht Tagen das eigentliche Volk an, unruhig zu werden. Dieses ist in unsern Augen von viel größerer Wichtigkeit als die exaltirte Nachäfferei norditalienischer Bewegungen von Seite des neapolitanischen jungen Adels. Die Soldaten haben große Kampflust an den Tag gelegt, und wäre Statella nicht so menschenfreundlich besonnen gewesen, so hätte eine dichte Schaar Husaren Alles auf dem Toledo niedergeritten und niedergesäbelt. Viele unschuldige und harmlose Leute empfingen Säbelhiebe, z. B. der reformirte Pfarrer des vierten Schweizerregiments, der Advokat de Martino, welcher mit seinen Akten zur Instruktion eines Gnadier über die Straßen wanderte ꝛc. Der verwundete Gendarm ist gestorben, und ein Polizeikommissär liegt noch hart darnieder. Der König soll sehr aufgebracht sein, und es wird nicht wenig dazu gehören ihn zu beschwichtigen. Brüche jetzt die Cholera aus — die Geipve rafft sehr viele Menschen hinweg — so wäre ein allgemeiner Aufstand der zahllosen unteren Volksmasse zu befürchten. Die düstersten Stimmung des Königs ist es wohl zuzuschreiben, daß der Sohn des Lords Minto, welcher hier mit einem Begleiter, Namens Elliot, eintraf, bis jetzt noch nicht vom König empfangen worden, was er — obschon nicht mit diplomatischem Charakter bekleidet — gewünscht haben soll. Es stellt sich übrigens immer mehr heraus, daß englische Waffen und englische Munition überall in Sicilien Eingang gefunden. Mag England sich so weißbrennen wie es will, dies Factum liegt auf offener Hand: es ist thörichter denn zu zweifeln, daß England, was das Königreich beider Sicilien betrifft, im Trüben fischen wollte und noch fischen will. Nachschrift. 1200 Mann der Civica sind zur Aufrechthaltung der Ruhe beeidigt worden, und werden morgen diese Funktion antreten. Die Universität ist polizändig geschlossen. Sogar die Studenten aus der nächsten Nachbarschaft, z. B. Caserta, sind fortgeschickt. Die Kaffeehäuser in den Quartieren von Mercato, Carmine ꝛc. sind auf Befehl der Polizei geschlossen. Der König sagt: „erst wolle er jede Unordnung bewältigen, dann verzeihen.“ Die Erscheinung des jungen Minto, eines Marineofficiers, hat zu der Verwechselung mit seinem Vater Veranlassung gegeben. Dieser Irrthum und dabei die pöpliche Abreise des vom König nicht empfangenen englischen Gesandten — der junge Minto ist auch nur hier — wird wahrscheinlich in vielen italienischen Journalen figuriren. Seeacapriola hatte gleich bei seiner Ankunft eine zweistündige Unterredung mit dem König. Majo in Palermo hat sich — aller Intriguen ungeachtet — so fest und ehrenwerth benommen, daß man sein Bleiben nicht ungern sehen würde.

## Griechenland.

Foreign office, 4. Oktober. (Schluß.) Dies sind die Thatsachen, die wir im Interesse der Wahrheit zu bezeichnen für nöthig erachtet haben. Es ist demnach bewiesen, daß die katserliche Regierung sich nicht bezwingen konnte mit dem Streite, den uns Herr Koletti geschrieben, weil er nicht übereinstimme mit den Grundlagen, über die wir hier mit dem Stellvertreter Österreichs übereingekommen waren, insofern er den Ausdruck des persönlichen Bedauerns an Hrn. Mussurus nicht einschloß, eine wesentliche Bedingung, welche den Grund der begehrten Genugthuung ausmachte. Die Einwilligung der griechischen Regierung, Hrn Mussurus zu empfangen, ohne auf der begrenzten Dauer seiner Anwesenheit in Athen zu bestehen, eine Einwilligung, welche sie in ihrem Memorandum als ein bedeutendes Zugeständniß darstellt, hat keineswegs diesen Character in den Augen der Pforte, sie beweist im Gegentheil, daß alle gegen dieses Abgesandten gerichteten Beschuldigungen, alle gegen seine Rückkehr nach Athen gemachten Anstrengungen keinen andern Zweck hatten, als den auszuweichen, ihm eine persönliche Genugthuung zu gewähren und der kaiserl. Regierung ein Opfer aufzulegen, die Verläugnung und Absetzung eines Agenten, der Nichts gethan als treu seine Befehle ausführen. — Auch haben wir in unserer Antwort an Hrn. Koletti die Unmöglichkeit für die h. Pforte bezeichnen müssen, einzuwilligen in die Rückkehr des Hrn. Mussurus nach Athen, bevor wir von der griechischen Regierung einen Brief empfangen, der uns vernächtigte, diesem Abgesandten den Ausdruck ihres Bedauerns zu übermachen. Unsere Antwort wurde in allen Stücken vom Fürsten Metternich gebilligt, der sich bereite, nach Athen zu schreiben, die griechische Regierung einladend, unserm billigen Begehren Recht widerfahren zu lassen. Gleichwohl hat das Kabinet von Athen, nachdem diese Artikel des Vermittlers in den ersten Tagen des August ihm förmlich mitgetheilt worden, wie es selbst in seinem Memorandum zugesteht, gegen alle Erwartung sich geweigert, derselben nachzukommen; obgleich es, nach seinem eigenen Eingeständniß, den 10. desselben Monats durch das Mittel des Grafen Stürmer in Kenntniß gesetzt war, daß, wenn es sich nicht beeilte, uns den Ausdruck persönlichen Bedauerns an Hrn. Mussurus zu übersenden, die Vermittelung Österreichs als gerndigt betrachtet würde, und die schon angekündigten Maßregeln in Ausführung gebracht würden. Indessen hat die h. Pforte diese Ausführung erst am 21. befohlen, als sie die Überzeugung gewonnen hatte, daß das griechische Ministerium sich weigere, der Ansicht des Vermittlers nachzukommen. — In seinem Memorandum scheint das griechische Kabinet zu erklauen, daß in dem Vorschreiben zu dem Maßregeln die h. Pforte nicht gewartet hatte, bis es die Antwort auf seine nach Wien gerichteten Briefe erhalten; aber es hätte fühlen sollen, daß sie nicht gehalten war, ihr Benehmen dem Briefwechsel unterzuordnen, welchen es noch anknüpfen zu sollen glaubte, nachdem sie es benachrichtigt hatte, daß die Vermittlung Österreichs als beendet betrachtet worden sei. Sie war um so mehr interessiret, dem Aufschube, dem es nicht abgelassen entgegenzuitzen, ein Ziel zu stecken, als es in die Eröffnungsrede an die Kammer einen Absatz eingeschaltet, der sich auf die Differenz bezog und geeignet war, neue Verwicklungen hervorzurufen. — Nachdem wir unsere Antwort auf das griechische Memorandum gerndet, halten wir es für unsere Pflicht, auszusprechen, daß dieses Aktenstück unter dem Gesichtspunkte des Gedankens, der dessen Abfassung diktirt hat, von hoher Wichtigkeit in den Augen der h. Pforte ist; sie schöpft daraus die Überzeugung, daß das Kabinet von Athen entschlossen ist, auf der Weigerung der von der kaiserl. Regierung reklamirten Genugthuung zu verharren. Wir fühlen tiefes Bedauern anzukündigen, daß die h. Pforte sich in der traurigen Nothwendigkeit befindet, die ihr gebührende Genugthuung durch neue Maßregeln zu verfolgen, welche, obgleich wirksamer, deßhalb nicht minder legitim und nicht minder verträglich mit ihrer Würde sein werden. Die h. Pforte, 4/16. Nov. 1847.

## Amerika.

Am 30. Dez. lief das Packetschiff Albburton mit der Präsidentenbotschaft in Liverpool ein. Sie ist ein weitläufiges Aktenstück, welches im Morn. Chr. den Raum von mehr als sieben mit kleiner Schrift gedruckten Riesenspalten einnimmt. Worauf man am Meisten gespannt war, ist derjenige Theil derselben, welcher die Absichten des Präsidenten in Betreff Mexikos entwickelt. Nachdem der Präsident bemerkt, daß Mexiko bei den frühren Friedensunterhandlungen nicht wie ein Besiegter, sondern wie ein Sieger aufgetreten, und, unverschämt genug, sogar noch einen Theil von Texas zurückgefordert habe, eine Forderung, wodurch der Abbruch der Friedensunterhandlungen nothwendig geworden, fährt Präsident Polk fort: „Neumexiko und beide Californien sind jetzt in unserm unbestrittenen Besitz und sind es seit vielen Monaten gewesen, da aller Widerstand von Seite Mexiko's innerhalb ihrer Grenzen aufgehört hat. Es gewährt mir Befriedigung, daß sie nie an Mexiko zurückfallen werden. Stimmt der Kongreß hierin mit mir überein, und daß sie von den Vereinigten Staaten als Entschädigung erhalten werden müssen, so sehe ich keinen vernünftigen Grund, warum wir nicht die bürgerliche Zuteidsklein und die Gesetze der Vereinigten Staaten sogleich über sie ausdehnen sollen“ Indem der Präsident hiernach auf das übergeht, was jetzt zu thun sei, erklärt er sich entschieden für eine kräftige und offensive Fortsetzung des Krieges, indem dies das einzige Mittel sei, einen ehrenvollen Frieden zu erhalten. Es sei nie seine Absicht gewesen, Mexiko für die Dauer zu erobern oder die Unabhängigkeit der Republik zu vernichten; aber ehe der Friede geschlossen sei, dürfe das mexikanische Gebiet nicht geräumt werden. Zu diesem Zweck müsse man die Rüstungen vergrößern. Es wird daher nöthig sein, eine Anleihe zu machen von 17—18½ Mill. Dollars, wenn der Krieg bis zum 30. Juni 1849 geendigt ist; sollte er aber bis zum 30. Juni 1849 noch fortdauern, dann würde eine neue Anleihe von 20½ Mill. Dollars nöthig sein. Die Finanzen sind im blühenden Zustande, und der Präsident empfiehlt, bei dem jetzigen Finanzsystem zu beharren. In keinem Zeitraum ist der Gesammtausf so groß gewesen, wie jetzt; im vorigen Jahre sind über 20 Mill. Dollars geprägt worden, und da das meiste fremde Geld in New-York eingeht, macht der Präsident den Vorschlag, in dieser Stadt eine Münze zu errichten.

Zu erwähnen ist endlich noch eine Stelle, worin gesagt ist: man werde nie dulden, daß irgendeine europäische Macht durch An-

Digitized by Google

legen einer neuen Kolonie, zu der die Ver. Staaten ihre Einwilligung verlagt, auf dem nordamerikanischen Kontinent festen Fuß zu fassen suche. Dieses Prinzip hatte Präsident Monroe bereits im J. 1824 aufgestellt.

### Handels- und Börsennachrichten.

Frankfurt, 4. Jan.. Oesterr. Met. 103¼ P. — 2½% 52. Bankaktien pro ult. 1926 G. — 500 fl. Loose von 1834 156⅛ 250 fl. Loose von 1839 — G., Preußen, Köln-Minden 85⅞ P. 95½ G. — Baiern, Ludwigs-Berbach 87½ P. 87⅞ G. Würtemberg. 3½% Oblig. 87¼ G. — Großherzog. Neue Louisd'or 11 fl. 6 kr. — Frd'or 9 fl. 47 kr. — ditto Preuß. 9 fl. 54 kr. — Souv. 10 fl. Stücke 9 fl. 59 kr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 31 kr. Engl. Souvereigns 12 fl. — kr. — Laubthaler ganze 2 fl. 43¼ — Preußischer Thaler 1 fl. 44⅞ kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Wien, 31. Dez. 5% Met. 103½ — Bankaktien 1615 — 500 fl. Loose 156½ — 250 ditto 112½ — Nordbahn 143 — Wien-Glogauer 109½ — Mailand-Venedig 87½.

Berlin, 31. Dez. 3½% Staats-Sch. 91½ Prämien-Scheine 90⅜ Poln. Loose 500 fl. 79 — ditto 300 fl. 89 Ludwigs-Berbach — Frd.-W.-Nordb. 59½ — Klu-Minden 95.

Amsterdam, 1. Jan. 2½% Intregrale 55⅝ — 4% von 1844 65½ — 3% ditto 67¼ — 4% Ausl. bei Hope — ditto bei Stieglitz 66⅝ — 5% Span. Active 15¼ — 3% ditto inländ. 15¼ — 4% Portugiesische 23⅞ — 2½% Lastr. Met. 49⅞.

Madrid, 24. Dez. 3% Schuld 27½. 5% ditto 15½. 4% 15¼.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.


## Für Freunde des Fortschritts!

[11] Beim Beginn eines neuen Quartals empfehlen wir die in unserm Verlage erscheinende Zeitschrift

# Der Leuchtthurm

auf das angelegentlichste. Die mit jedem Quartale steigende Theilnahme des Publikums enthebt uns jeder weitern Anpreisung, wie machen indeß wiederholt auf den Leuchtthurm als eine jener wenigen Zeitschriften aufmerksam, die mit rücksichtslosem und ernsten Freimuth für die Sache des Fortschritts kämpfen.

Wo immer auch ein Unrecht geschehen, eine Verhöhnung, eine Rechtsverletzung, eine Ungerechtigkeit einer Beamtenwillkür — der Leuchtthurm will sie ans Tageslicht stellen, will sie beleuchten, erörtern und die Urheber mit allen dem zu Gebote stehenden Mitteln zur Rechtschaft ziehen. Und wie er auf der einen Seite seine Fragen der Politik und der Noth des alltäglichen Lebens unberührt läßt, wie er Alles das in den Bereich seiner Besprechung zieht, was jetzt die Gemüther von Hoch und Niedrig bewegt, so weiß er auch auf der andern Seite wieder aus leicht verständlicher Weise zu belehren, das politische Bewußtsein zu wecken, anzuregen und zu ermuthigen.

Der Leuchtthurm erscheint acht dem Bedürfnisse, die „Laterne", regelmäßig alle 14 Tage und bringt monatlich das vortrefflichste ausgeführt

## Portrait eines freisinnigen Zeitgenossen und eine gute politische Carricatur.

Der Preis per Quartal ist nur 24 Neugroschen.

Wir lassen schließlich noch den Inhalt des 1. Heftes folgen:

Nr. 1: Der Sohn des Sonderbündlers. — Ein sprudelnder Bürgermeister oder wie man Popularität wird. — Die Soldaten, was sie sind und was man ihnen zu halten. — Daguerreotypen aus Oesterreich: der Hof und die Aristokratie. — Preußische Censur und Bureaugeschichten. — Deutsche Zustände im Jahr 1847. — Dr. Hecker. Charakterstik von Zabel. — Deutsches Volks- und Stadtleben in Briefen! Berliner Spiegelbilder. — Republikanische Briefe. — Mecklenburger Weihnachtsbilder. — Oesterreichische Depeschen. — Umschau in Deutschland. — Kunst und Literatur Album.

Mit 2 Kunstblättern: Portrait Dr. Hecker's. — Auswanderungsgründe.

Braunschweig, 23. Dez. 1847.

Fr. Keil & Comp.

[12]³ Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen, in Heidelberg durch Winter und Mohr, in Karlsruhe durch Bielefeld, Braun, Holzmann und Nöldeke

# Geschichte des ersten preußischen Reichstags

von Karl Biedermann.

31¾ Bogen. gr. 8. eleg. brosch. 2 Thlr.

Im Augenblick des Zusammentritts des Ver. Ausschusses dürfte ein Rückblick auf den Ver. Landtag und eine Beleuchtung der Stellung jener Versammlung zu dieser, wie solches das obige Werk enthält, von vorzeitem Interesse sein.

[13]² Bei Frd. Bassermann in Mannheim ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Die Entstehungsgeschichte des **Jesuitenordens** nebst einem Schlußwort über die **Neuen Jesuiten**

nach den Quellen dargestellt von

Dr. **Friedrich Kortüm,**

Professor der Geschichte an der Universität zu Heidelberg.

Preis 18 Sgr. 1 fl. rhein.

Ein Beitrag zur gründlichen Beurtheilung der neuesten Zeitereignisse!

## Ersuchen.

Ich bitte meine auswärtigen Freunde, Briefe, die sie in privaten und persönlichen Angelegenheiten an mich richten, von solchen die die „Deutsche Zeitung" betreffen, durch einen geeigneten Zusatz („zu eigener Hand", oder dergl.) unterscheiden zu wollen.

Gervinus.


Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter Deutschlands nehmen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Nordwestliche Länder wende man sich an C. L. Alexander Strasburg 28 Brandgasse, Paris 25, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Geschäftsbuch. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.) und die Post beliebt noch im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Engelgen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 7. Heidelberg, Freitag 7. Januar 1848.

## Übersicht.

**Die kirchliche Reform und ihre Gegner.** III. — **Wien** (Strenge gegen Zeitungen). **Berlin** (Krankheit des Grafen Arnim). **Magdeburg** (die gemeindebildende Kraft des Rationalismus; gute Wirkung der öffentlichen Stadtverordnetensitzungen). **Vom Rhein** (rheinpreußische Seerheberei). **Baiern** (Beschlagnahme). **Dresden** (Eindruck der Verweisung des Blumschen Rekurses; Auflösung der liberalen Presse). **Braunschweig** (Antrag auf Oeffentlichkeit). **Heidelberg** (Fall des Hauses Haber in Folge eines angeblichen Rothschild'schen Ränkespiels). **Kassel** (die vorgeschlagenen Veränderungen der Verfassung). **Hamburg** (Antrag auf freie Presse).

**Schweiz.** Vom Neckar. Eine warnende Stimme. (Schluß.) Bern Die Adresse Michelet's und Quinet's. Die Bundesreform. K. Pfyffer. Die Aargauer Freiämtler.

**Großbritannien.** Kommission für Untersuchung und Bewährung der Küste; Verstärkung der Flotte; vom Neuem ansehnliche Bankrotte; ultratorystische Ansicht über den König der Wechselmäkler.

**Frankreich.** Beriegenheit der Regierung wegen der mit Abdel-Kader abgeschlossenen Kapitulation. Vorlegung der Gesetzentwürfe über Post- und Salzsteuerreform. Vom Oberrhein. Die Ausfälle der Ultramontanen gegen die Wahlreformpartei; England und Frankreich. — **Italien.** Fiorenz. Plötzliche Förderung der Nationalwehr. Eindruck der Nachrichten aus Parma und Modena. Auftregung der Bürger. Die Gazetta und ihre Berufungsquelle. Missionen an die Höfe von Turin und Parma. Erklärung der österr. Regierung. Rom. Finanznoth; Pius' IX. Jahrestag.

**Polen.** Warschau. Schaefe Maßregeln gegen zu ausgedehnten Gebrauch der Reisefreiheit. Gewaltsame Austreibungen.

**Amerika.** Nachrichtliches aus der Präsidentenbotschaft.

**Datum der Börsen.** Frankfurt 5. Jan., Berlin 31. Dec., Wien 31. Dec., Amsterdam 2., Paris 3., London 1. Jan., Madrid 27. Dec.

### Heidelberg, 7. Januar.

Der gestrige Artikel fordert, daß der Liberalismus die kirchliche Frage von einem höhern Standpunkte aus auffassen solle; wir haben vergebens auch nur nach der Andeutung eines solchen gesucht. Oder sollte das dieser geforderte höhere Standpunkt sein, daß man die Herstellung der Würde der evangelischen Kirche von der Durchführung eines Glaubenszwanges an die einmal formulirten Bekenntnisse erwarte? Man nehme uns nicht übel, das scheint uns nicht weniger naiv als oberflächlich. Denn das ist ja eben die Streitfrage. Und wenn eine Zahl achtungswerther Vorkämpfer für sich und die ihnen Gleichgesinnten Freiheit vom Symbolzwang anfrtebt, so heißt das, wie unser Gegner meint, noch lange nicht die alten Bekenntnisse umstürzen. Das angeführte Beispiel von England ist aber gerade für den kirchlichen Fortschritt, denn England hat ja gerade der Intoleranz seiner Staatskirche die Freiheit abkämpfen müssen, und zwischen Religionsfreiheit und Toleranz gibt es kein drittes; denn Duldung ist nur der geringere Grad von dieser, und jede Anmaßung des Staates, über die Christlichkeit seiner Staatsbürger zu entscheiden, ist ebensowenig mit den Grundsätzen der katholischen als der wahren protestantischen Kirche vereinbar, sondern bloß ein Dogma der russisch-griechischen Kirche, dessen Konsequenzen der Gegner in den Zuständen der russischen Ostseeprovinzen sich zur Anschauung bringen mag.

Ja der Liberalismus, wenn er seinen Beruf erkennt, wird sich auf den höhern Standpunkt für die kirchliche Bewegung zu stellen wissen. Dieser aber ist die Geltung des Princips einer organischen Gestaltung des Lebens, wie im politischen und nationalen, so im kirchlichen Gebiet.

Nach ihren verschiedenen Principien fassen der Katholicismus und Protestantismus die Ausführbarkeit des kirchlichen Organismus grundverschieden auf. Jener will und muß nach seinem Begriff von Kirche, die in ihrer Erscheinung auch ihrer Idee entsprechen muß, ausschließend sein: wer nicht seiner Kirche angehört, ist auch nicht der wahre Christ. Anders der Protestantismus, der sich zu seinem Ideal, der unsichtbaren Kirche, nur in ein Verhältniß der Annäherung setzt und deßhalb die sichtbare Erscheinung der Kirche von dem, was sie sein und werden soll, unterscheidet. Den Weg zum höhern Ziel findet der Protestantismus im Glauben, der subjektiven Aneignung des göttlichen Geistes; daher seine Weltherrschaft, sein heiliges Anrecht auf Glaubensfreiheit, weil wider seine Überzeugung und seinen Willen Niemand glauben kann. Das Band der Gemeinschaft, welches aber Alle, auch die im Glauben auf verschiedenen Stufen stehen, vereinigt und organisch belebt, ist die Berufung zum allgemeinen Priesterthum aller Christen, welche zu ihrer Verwirklichung keineswegs einen Symbolzwang, wohl aber eine organische Kirchenverfassung bedarf.

Daraus folgt aber weiter, daß die organische Kirchenverfassung des Protestantismus auch eine autonomische sein wird. Dem setzt sich dennoch das Landes-Episkopat in alle Wege entgegen, und daher der Widerspruch von Seite des bisherigen Staatskirchenthums, dessen Waffenführung und Verwirrung der Begriffe und Geschtspunkte wir in Vorstehendem aufdecken, dessen Unhaltbarkeit wir aber noch weiter daran nachweisen können, daß nur die Autonomie einer organisch frei sich entwickelnden evangelischen Kirche, nicht aber die bisherige staatliche Kirchenregierung vor dem Zerfall des kirchlichen Lebens bewahren kann.

Weder die Symbol- noch die Kultusfrage kann im Protestantismus eine Erledigung finden, solange wir keine aus den Gemeinden und der kirchlichen Gesellschaft hervorgegangenen Organe haben, und nur solchen berechtigten Organen kann es gelingen, jede christliche Richtung innerhalb der Kirche sicherzustellen. Wie Niemand dem Symbolgläubigen diesen seinen Glauben nehmen will, so soll auch Niemand zu diesem Glauben gezwungen werden, wenn er in demselben keine Befriedigung findet und doch ein evangelischer Christ sein will. Wer aber diese evangelische Freiheit nicht zuerkennen will, sondern auf die Stipulationen des westfälischen Friedens oder auf die Calixtopapie rekurriet, nun der ist eben ein Staats-Christ. Wenn dann aber ferner die pietistische Partei in ihren Hauptvorführern sich gegen eine organische Kirchenverfassung verwahrt, so erklärt sich das zur Genüge aus dem hierarchischen Fanatismus, dem sie verfallen sind, und diese können nichts Konsequenteres thun, als sich baldmöglichst der ultramontanen Partei den katholischen Kirche einverleiben, der sie ähneln, wie ein Haar dem andern.

---

**Österreich.** Wien, 30. Dez. Die Augsb. Abendz. berichtet: Unsere Staatsregierung schreint gegen die deutsche Tagespresse mit eisener Strenge verfahren zu wollen. Vom Neujahr an ist die „Breslauer Zeitung" und der „Nürnberger Correspondent" durchaus verboten; für den Besitz eines Exemplars der „Grenzboten" muß eine Strafe von 350 fl. erlegt werden, und auf die „Allgemeine Zeitung" kann man sich nur mehr auf ein halbes Jahr, nicht aber mehr ein ganzes Jahr wie früher zum voraus bei der Post abonniren.

**Preußen.** Berlin, 1. Jan. Nach dem Arnim schreint fürs Erste an den Kanzlerposten nicht Theil nehmen zu können, wenigstens berichtet die D. A. Z.: Es sind wieder Nachrichten aus Boitenburg über das Befinden des Staatsministers Grafen von Arnim eingetroffen, welche leider noch keine Aussicht auf eine baldige Wiederherstellung des Kranken gewähren.

Berlin, 1. Jan. Die Aktien in der Adreße der 40 Bauern sind noch nicht geschlossen; als Entgegnung auf den jüngst mitgetheilten Artikel der Allg. Preuß. Z. bringt die Mannh. Abendz. folgende Erklärung: Die Königl. Preuß. Staatszeitung theilt, wie ich soeben aus der „Deutschen Allgemeinen" sehe, eine Immediatvorstellung der 33 brandenburgischen Bauern mit, worin gesagt ist, daß sie die Adresse der 42 an den König nur soweit verständen, „als Hr. Holzendorff und sein Förster Heder" ihnen darauf mitgetheilt hatten. — Man wird diesen Aufsatz ganz zu würdigen wissen, wenn ich mit Bezug auf die gerichtlichen Verhandlungen hierüber erkläre, daß ich so wenig mit 33 als auch nur mit 10 Unterzeichnern der Adreße gesprochen,

Digitized by Google

daß diese unter den Gemeinden circulirt hat, daß ich gar keinen Förster in meinem Dienste habe und daß die 33 Petenten — wie Viele derselben mir mitgetheilt, und wie aus der Anlage *) erhellt — nur aus Furcht eine ihnen vorgelegte Bittschrift an den König unterzeichnet haben. Sie wurden mit Festungsstrafe und mit Amtsentsetzung (soweit als sie Ortsvorsteher im Amte waren) bedroht, worüber ich, nachdem dies geschehen, bei dem Kreislandrathe gegen den Sammler der Unterschriften eine Denunciation eingereicht. Daß diese unter den obwaltenden Umständen erfolglos bleiben mußte, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Langenorla, 1. Januar 1848. v. Holzhendorff.

* Magdeburg, 1. Jan. Ein Bürger unserer Zeit, der seine Stadt lieb hat und nicht über den Aufgaben des allgemeinen Lebens stumpf geworden ist, kann sich am Anfange eines neuen Jahres der Frage nicht entschlagen: wie wird meine Stadt ihre Aufgabe der Mitarbeit an den großen Wecken der Zeit auffassen? Was wird sie im vorliegenden Jahre dafür thun? Und Bürger einer Stadt, groß und regsam wie Magdeburg, dürfen wohl insbesondere diese Frage stellen. Grund aber zu einer günstigen Antwort muß zunächst aus dem vergangenen Jahre hergenommen werden können. Da schreint es nun allerdings, daß unser nächste Vergangenheit und nicht solchen Grund darbiete. Unser Handel blüht zwar, und unser Handelsstand ist sehr lebhaft, aber der Handelsstand anderer Städte gibt ihm Schutz, daß er sein Geschäft nicht großherzig zu erfassen weiß; man sagt ihm Krämergeist nach. Unter den Deputirten auf dem Landtage, die hervorragendst geleistet haben, werden die Magdeburgischen Namen nicht genannt; jedoch hat der eine an der Rechtsverwahrung Theil genommen und festgehalten. Magistrat und Kirchenvorstände haben offenbar die Erwartungen nicht erfüllt, welche das protestantische Deutschland von ihnen hegte; ein Vierteljahr ist vergangen, seitdem das Kirchenregiment mit Ublichs Amtsentheilung so harte Eingriffe in die protestantische Freiheit gethan hat, und sie haben nichts weiter zu thun gewußt, als daß sie jetzt einer ersten Bitte an den König die zweite folgen lassen. Tausende der Bürger haben sich zwar dem Kirchenregiment nicht gebeugt, aber sie sind ihm gewichen, indem sie aus der Staatskirche geschieden sind. So schloß das alte Jahr; was dürfen wir nun vom neuen hoffen? — Vielleicht doch mehr, als die bisherigen Vorgänge versprechen. Jene zahlreiche neue Gemeinde, die allerdings bis heut noch keine Staatsgenehmigung erhalten hat, die sich noch nicht einmal zu kirchlicher Feier, zu kirchlichen Handlungen versammeln darf, sie trägt doch wohl Keime in sich, welche eine große Entwicklung versprechen. Abgesehen davon, daß, wie die deutsche Zeitung schon mehrmals hervorgehoben, sich die neue Gemeinde aus dem Volke gebildet hat, und daß sie das ganze christliche Material beibehält, nur mit Verbehalt voller Freiheit zur Verarbeitung desselben, so ist hier zum ersten Male im Großen ein Beweis geführt, an freien Mitgliedern, an freien Seiten mit großer Bestimmtheit gezweifelt werden ist, nämlich daß der Nationalismus eine gemeindebildende Kraft besitzt. Hier hatten wirklich Tausende religiöser Menschen zu einer Gemeinde eng zusammen und lassen sich selbst dadurch nicht ermüden, daß ihnen das kirchliche Leben vorenthalten wird; und wer die Elemente dieser Gemeinde beobachtet, der kann nicht zweifeln, daß sich bei ihrer Gottesverehrung, ihrem Abendmahl, ihren Wochenbetstunden ein frisches kirchliches und außerdem in ihrem Zusammenhalten ein kräftiges Gemeindeleben entwickeln wird. Die Theologen und Politiker, welche in unserm Staate das Wort führen, haben, wie sie deß kein Hehl hatten, offenbar darauf gerechnet, daß es genüge, die rationalistischen Zweige vom Stamm der Kirche abzuschneiden, um sie verdorren zu machen; jetzt fangen sie an zu merken, daß über diesen Experimenten gar wohl der Stamm der Staatskirche verdorren könnte, während die Zweige in frischem Boden ein frisches Leben gewinnen. In Magdeburg ist und wird der Beweis geführt, ein Mal, daß der Rationalismus im Volke Wurzel geschlagen hat, und zum Andern, daß er hier (wenn auch nicht bei den Theologen und Gebildeten) wirkliches Leben, also Thatkraft besitzt. Es muß zugestanden werden, daß es den bisherigen freien Gemeinden noch nicht hat gelingen wollen, den Alltäglichen Achtung abzunöthigen, ebenso wie sie im deutschen Volke noch wenig Anerkennung zu finden scheinen. Darum war es sehr nöthig, daß in Magdeburg geschah, was geschehen ist. Die Klage der Krone können nun nicht mehr sagen, daß der Nationalismus im Lande keine Berücksichtigung verdiene, weil er nur Redensarten habe, aber weder Innigkeit noch Hingebung an seine Sache. Sollte jetzt, was allerdings nicht wahrscheinlich ist, die Regierung der freiern Richtung in der Landeskirche Concessionen machen, so entspringen diese sicherlich aus der Besorgniß, daß die Magdeburgischen Vorgänge bedeutende Nachfolge gewinnen werden. Petitionen und Adressen konnten solche Wirkung nimmermehr hervorbringen. — Die Öffentlichkeit unserer Stadtverordneten-Sitzungen bewährt sich als eine gute Schule, zum Theil für Kräfte, die bisher noch nicht im Dienst des Gemeinwohls standen. Die Bürgerschaft, die sehr zahlreich zugegen ist, lernt die Männer kennen, welche die Stadt gebeauchen kann, und hat auch schon bei ihren letzten Wahlen verstanden, neue tüchtige Elemente in den Kreis ihrer Vertreter hereinzuziehen. So hat auch die neue Landstandswahl, an die Stelle des einen Ausscheidenden, wohl den geeigneten Mann getroffen. Nehmen wir hierzu die Erfahrung, zu welcher besonders der Rathstand des vergangenen Jahres durch die gemeinnützigen Vereine, die er hervorrief, gebolfen hat, nämlich daß der Gemeinsinn in der Bürgerschaft offenbar im Wachsen ist; nehmen wir die andre wichtige Erfahrung von der großen Besonnenheit hinzu, welche bisher alle Scheitte der neuen Gemeinde, dieser Volksgemeinde von Tausenden, geleitet hat, so möchte Magdeburg doch wohl ein Recht haben, mit guter Hoffnung in das Jahr 1848 einzutreten. Alles ist jetzt gespannt auf die Entscheidung der beiden Ministerien, des Innern und des Kultus, über die Stellung, welche der Staat der neuen Gemeinde zuweisen wird. Seit dem 11. Dez. liegt diese Sache in Berlin; ungeachtet die pünktliche Erfüllung des königlichen Gesetzes, des Patents vom 30. März, nachgewiesen war, haben die Provinzialbehörden dennoch nicht gewagt oder nicht vermocht, auch nur eine vorläufige Ermächtigung zu kirchlichem Leben auszusprechen.

* Vom Rhein, 1. Jan. Eines der wichtigsten und bedeutendsten Unternehmen, dessen Verwirklichung wir in diesem Jahre entgegenhicken, ist die Gründung einer rheinischen Seerhederei mit ihrem Hauptausgangspunkt in dem aufblühenden Ruhrort. Der Vorsteht des Unternehmens, klar abgefaßt und die wesentlichen Punkte, die dasselbe zu einem nationalen machen, hervorhebend, ist bereits gedruckt und zahlreich verbreitet. Auch an den nöthigen Geldmitteln wird es nicht fehlen und das Unternehmen in's Leben treten, sobald eine günstige Antwort auf eine Immediat-Eingabe an den König eingetroffen wird, in welcher das Komité der Rhederreigesellschaft (das Mitglieder aus Ruhrort, Kreseld, Viersen, Gladbach, Rhendt und Mesel zählt), für den directen rheinischen Seeverkehr gewisse Begünstigungen in Anspruch nimmt — Begünstigungen übrigens, die nur billig sind, und deren sich die Rhederei aller übrigen festsahrenden Völker fortwährend in weit höherm Grade erfreute. Gerade diese Anträge bringen die Frage über Einführung eines Differentialzollsystems, nur in anderer Gestalt, wieder in Anregung, ja sie werden dieselbe vielleicht der Entscheidung zuführen, wenn es, wie wir aus mehreren Anzeichen hoffen müssen, der preußischen Regierung gefällt, darauf einzugehen. Es lautet nämlich der Hauptantrag des Komités dahin: der Seerhederei-gesellschaft möge die Fakultät gewährt werden, „daß die von derselben auf eigenen Schiffen aus den transatlantischen Erzeugungsländern direkt einzuführenden Hauptartikel, namentlich Kaffee, Zucker, Tabak, Reis und Thran, einen Rabatt von 20 Prozent des Eingangszolls auf eine angemessene Reihe von Jahren genießen und ihre Güter von der Zahlung des holländischen droit aux und des Rheinoktroi's befreit bleiben sollen." Zweifelsohne wird dieser letztere Hülfte des Antrags sogleich bewilligt werden, da unsemehr als Preußen in dieser Hinsicht ohne Rückfprache mit andern Vereinsstaaten handeln kann. Zahlt doch das kleine Belgien den von Holland auf der Schelde erhobenen Tonnengeld an alle nationalen und begünstigten Schiffe zurück! Um Millionen in einem nationalen Unternehmen zu wagen, um der deutschen Industrie neue Absatzwege nach den überseeischen Ländern zu erschließen, um vom Rhein aus mit Zollvereinsschiffen alle Meere zu befahren, verlangt die rheinische Rhederreigesellschaft keine direkte Bau- oder Ausrüstungsprämie, sondern nur zeitweise einen Theil des gesetzlichen Schutzes, den alle übrigen seefahrenden Völker ihrer Schiffahrt sort und fort widerfahren lassen. Die übrigen Vereinsstaaten aber, dessen sind wir gewiß, werden dem Unternehmen diese Unterstützung um so lieber zukommen lassen, als darin ein mächtiges Motiv für die Nordseestaaten liegt, sich dem deutschen Handelsverein anzuschließen, um auch für ihre direkte Schiffahrt mit den überseeischen Ländern der gleichen Vortheile wie die rheinische Seerhederei theilhaft zu werden. Schiffahrtsschutz allein

*) Ew. Hochwohlgeboren berichte ich gehorsamst, daß vor einigen Tagen der Lehrschulze Schiermeister zu mir gekommen ist und mich überbracht hat, daß in unserm Bereiche an den König Majestätsbeleidigungen enthalten, auf welche Festungsstrafe erfolgt. Ich habe mich bewogen gefunden, mein Wort unter der Petition zurückzunehmen, und mich zu unterzeichnen unter einer Bittschrift, die der Hr. Schiermeister mir vorlegte, um nicht in Strafe gezogen zu werden. Bietmannsdorf, 26. Nov. 1847. Dürre.

Digitized by Google

kann auf die Dauer nicht verweigert werden, und die Zollvereinsregierungen müssen, wie es in dem obengenannten Prospekt heißt, dahin gelangen, daß sie die directe Einfuhr aus den außereuropäischen Häfen begünstigen, um: 1. die Kosten der Vereinsländer zu schonen; 2. dem Seehandel dieser Länder die Konkurrenz mit dem Seehandel der Niederländer zu erleichtern; 3. dadurch diese Bestrebungen zum Anschluß an den Zollverein zu vermindern; 4. um die heimische Industrie zu heben; 5. um endlich Mittel der Abwehr und Wege zu gewinnen, mit andern Seehandel treibenden Völkern vortheilhafte Verträge herbeizuführen. Wir fügen noch einen wichtigen Grund hinzu, der die Erlassung einer deutschen Schifffahrtsakte mit der Zeit unumgänglich macht, den nämlich, daß die auswärtigen Seehandelsinteressen überhaupt unsern Regierungen die Gründung einer deutschen Kriegsmarine immer mehr zur Pflicht machen werden. Wir lassen dieser Tage im Amsterdamer Handelsblatt ein auch für Deutschland sehr beherzigenswerthes Geständniß. Das Organ des niederländischen Handels spricht von der ungeheuern Regsamkeit und thätigen Natur des britischen Handels, beklagt, das Gleiche nicht von dem niederländischen Handel rühmen zu können. Den Grund davon fand es aber keineswegs in dem holländischen Charakter, den man mit Unrecht oft der Trägheit zeihe, und in der That, hat Niederland nicht zu andern Zeiten die glänzendsten Beweise von Thatkraft und Unternehmungsgeist gegeben? Es fand ihn vielmehr in den Verhältnissen, die den Niederländer häufig zur Schläfrigkeit und Unthätigkeit verdammen. Zu diesen Umständen rechnet es vornehmlich einen, der noch in höherm Maße von Deutschland gilt, und der im holländischen Munde jedenfalls bedeutsam klingt: „Niederland kann darum, sagt das Handelsblatt, in Handel und Schifffahrt außer Europa mit den Engländern und Franzosen nicht wetteifern, weil der Seehandel dieser beiden Nationen durch zwei Stützen gehalten und gehoben wird, deren wir entbehren, nämlich durch zahlreiche Konsuln, die zugleich mit einem diplomatischen Charakter bekleidet sind, und durch Kriegsgeschwader, welche allen Völkern Achtung vor der britischen und der französischen Nationalflagge einflößen." Wie, sollten denn diese beiden so wesentlichen Stützen der deutschen Schifffahrt und dem deutschen Seehandel nie zu Gute kommen? Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß, solange wir zu keiner gemeinsamen deutschen Handelspolitik, die Mehr und Schutz im Großen verleiht, vorwärtsgehen, solange Deutschlands Schiffahrt und Handel nur Brücke und Stückwerk zeigt, und der Hamburger Senat einen solchen Zustand der Zerrissenheit und Schwäche als das deutschnationale System preist, dazu wenig Hoffnung vorhanden ist. Diese Hoffnung dürfen wir erst an dem Tage fassen, wo ein gesammtdeutscher Handelsverein in's Leben tritt, und eine deutsche Bundesflagge sich über die Meere entfaltet mit der Aufschrift: Einigkeit gibt Macht.

**Baiern.** Der Fränk. Merkur schreibt vom 31. Dez.: „Sochen ist die heute eintreffende Nummer der „Weser-Zeitung" vom 29. Dec. mit Beschlag belegt worden. So fängt die neue Aera der Presse an zu tagen!"

**Sachsen.** * Dresden, 1. Jan. Das Ministerium des Innern hat also den Rekurs der Stadtverordneten zu Leipzig gegen R. Blum's Nichtbestätigung verworfen. Bei meiner jüngsten Anwesenheit daselbst habe ich mich davon überzeugt, daß durch diesen Schritt Leipzig vollends für die Regierung verloren ist. Durch ihn enthüllt die unselige Politik des 12. August ihren Schlußstein. Die entschiedene Partei der Liberalen kann sich nur Glück wünschen über den Beschluß, den ihr die falsche Energie der Regierung, hinter welcher sich Furcht und Schwäche verbirgt, geleistet hat. Blum ist ein politischer Charakter, wie ihn wenige Städte des Vaterlandes besitzen, vielleicht keine, er ist aber für Leipzig, um mich eines Kristotelischen Ausdrucks zu bedienen, Maß und Meister der Freiheit. Um ihn konzentrirten sich alle Bestrebungen der Liberalen, an ihn hielten sie sich heraus. Es ist natürlich, daß er dem Volk ferner gerückt worden wäre als Stadtrath, daß er ihm als Märtyrer jetzt näher steht. Durch die Nichtbestätigung Blum's sind auch die Halben zur Entschiedenheit gedrängt worden, die unglückseligen Zwistigkeiten zwischen den beiden Heerlagern der Liberalen unter Blum und Biedermann sind ausgeglichen, die Opposition hat ihr kompaktes Lager bereits unter den Stadtverordneten, und nicht lange mehr wird der kräftige Klingee einsam im Stadtrathe stehen. Schade, daß freundschaftliche Bemühungen, die schwankenden Abgeordneten Haase und Brockhaus zum Rücktritt zu bewegen, auf Hindernisse, die vielleicht höher datiren, gestoßen sind, und daß der Kaufmannsstand aus Mangel an Capacitäten doch wieder den Parteiler Pappe wählen wird. — Im Augenblick nimmt auch die liberale Presse wieder einen neuen Aufschwung. Die Zukunft der Staatsbürgerzeitung, wenigstens die nächste, ist gesichert, dagegen wird der von Fleurencourt redigirte, von der Kristokratie unterstützte Verfassungsfreund eingehen. Die liberale Provinzialpresse erhält in der neuerdings freisinnig redigirten Anneise einen starken Zuwachs, und dem Dresdner (Regierungs-) Tagblatte tritt ein anderes, das entschiedene Morgenblatt entgegen. — Endlich ist auch die Kreisdirektion gegen die unglaublich schlechte Finanzwirthschaft der Residenz energisch eingeschritten, und der Stadtrath wird künftig wenigstens das Angreifen der Vermögenszuschüsse der Stadt und das Schuldenmachen lassen müssen.

**Braunschweig**, 30. Dez. In der letzten Stadtverordnetenversammlung ist der Antrag auf Oeffentlichkeit gestellt und angenommen worden.

**Baden.** # Heidelberg, 5. Jan. Der Fall der drei Frankfurter Bankhäuser stellt sich, nachdem die nähern Umstände desselben bekannt geworden sind, als die Wirkung eines Ränkespiels dar, dessen Hauptfäden die HH. Rothschild in Händen haben. Das Haberseher Haus, bekannt durch die großartigen gewerblichen Unternehmungen, die es theils unmittelbar gegründet hat, theils mittelbar unterstützt, war seit Jahren ein wirksamer Beförderer der südbadischen Industrie, welche sich in neuester Zeit so glänzend und großartig entwickelt hat. Das Haus Haber stützte sich bei seinen Unternehmungen vorzugsweise auf die Rothschild'sche Geldmacht, deren Chef in Frankfurt ihm als Verwandter und vieljähriger Geschäftsfreund der HH. Haber jeder Zeit Vorschub geleistet hatte. Wenn nun Hr. Rothschild dem Hause Haber plötzlich, ohne allen Grund, in einem dringenden Augenblicke den so lange gewährten Kredit aufkündigte, auf den Haber allen Vorgängen nach rechnen konnte und mußte, der ihm sogar noch in letzter Zeit ausdrücklich für die Zukunft zugesichert war, so konnte es nur in der unzweideutigen Absicht geschehen, dieses Haus zum Falle zu bringen. Aber der Schlag war weiter gezielt, und er ging von einer andern Hand aus als die ihn zu führen schien. Mit dem Hause Haber aber durch dasselbe sollten die Fabriken in Wagbäusel und Ettlingen und die Keßler'sche Maschinenfabrik in Karlsruhe gestürzt werden, welche zwar nicht dem Haus Rothschild, aber dessen guten Freunden in England schon lange ein Dorn im Auge waren. Hr. Lionel Rothschild wartet darauf, daß sich ihm die Pforten des Parlaments öffnen, und es würde recht arig sein, wenn er die Vernichtung von drei großartigen gewerblichen Anstalten Deutschlands als Mittel in die britische Kegelbahnvertheidigung mitbringen könnte. Leider wird dieser schöne Plan doch mißlingen. Die badische Regierung hat sich, wenn wir gut unterrichtet sind, schon bereit erklärt, dem Haberschen Hause und den von demselben abhängigen Fabriken nachdrücklich unter die Arme zu greifen, sei es durch einen direkten Geldvorschuß, oder durch die Bürgschaft für ein zu machendes Anlehen. Dem Hause Rothschild aber mit Deutschland, werden hoffentlich zunächst die deutschen Regierungen für seine guten Absichten die gebührende Rechnung tragen.

**Kurhessen.** △ Kassel, 31. Dez. Die Kurhessen können sich freuen, daß die Zeit der Gerichte vorüber ist. Wie so sonderbar! Sie hätten von Anfang an durch eine einzige bestimmte Erklärung weggeschlagen werden können, und mehr als einer halben Million Menschen hätte man manche Sorge und Beklommenheit ersparen können. Es war doch keine Kleinigkeit, kein gleichgiltiger Klatsch, kein liberales oberflächliches Raisonniren, das man seinem Schicksal ruhig überlassen konnte, sondern es handelte sich um die Ruhe Aller, um die Ruhe der Hundertausende, die dem väterlichen Wohlwollen und der Fürsorge der kurhessischen Regierung übergeben sind. „Da hätte man Viel zu thun, wollte man den Zeitungsschreibern überall entgegentreten", mag Mancher mit zwealtiger Meinung von der erhabenen Stellung der kurhessischen Regierung denken. Nicht überall ist es nöthig — hier war es gewiß nöthig, wenn eine Regierung die Aufrechthaltung der Gemüthsruhe Aller, das Bewahren vor peinigenden Zweifeln und vor fernen Mißtrauen von dem Kreis ihrer Pflichten nicht ausgeschlossen glaubt. Wäre es wahr, daß man eine Zeitung daran gedacht hat, die kurhessische Verfassungsurkunde nicht fortbestehen zu lassen, so wird zugleich sicher, daß von einem gewissen Zeitpunkte an nach gemachten Erfahrungen dieser Plan entschieden aufgegeben ward und man sich entschloß, nur auf dem gesetzlichen Wege innerhalb der Normen, welche die Verfassung darbietet, zu einem gewünschten Ziele fort zu streben. Wir wissen nicht mit Bestimmtheit, was für Resultate durch diplomatischen Verkehr herbeigeführt wurden, aber über die Ansicht der Presse in allen ihren Organen hat sich Jedermann bündig vergewissern können. Die Ansichten der ausländischen Presse waren voraussehen, nicht aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen jener famose Artikel des Journal des Débats, der sich über die kurhessische Regierung in einer ganz politzirwidrigen Weise ergeht. Auch der Janus des Hrn. Huber sprach sich in derbster Weise für die Unfreeht-

Digitized by Google

haltung des Status quo in jeder Weise aus und wies daraus hin, daß ein Umsturz der kurhessischen Verfassungsurkunde noch viel traurigere, noch weit weniger zu rechtfertigen wäre, als jenes beklagenswerthe Ereigniß in einem Nachbarstaate, welches den konservativen Interessen den empfindlichsten Schlag in der neuen Zeit versetzt habe. So sprach denn auch der Herr Landtagskommissär in der Ständeversammlung von böswilligen verleumderischen Gerüchten, womit es, wenn uns unser Logik nicht täuscht, zugab, daß, wenn die Gerüchte begründet wären, die gegenwärtigen Thaten böswillige u. s. w. seien. Den Gerüchten gegenüber haben sich Fakta eingestellt; es ist eine Kommission niedergesetzt worden, bestehend aus den bekannten drei Herren: Bickel, Münscher und Schröder, welche die in der Erwiderung des Kurfürsten auf die Konvolenz der Landstände genehmten Modifikationen der Verfassungsurkunde berathen sollen. Durch die Zusammensetzung dieser Kommission ist, gleichviel ob beabsichtigt oder zufällig, das erreicht worden, daß man ziemlich gewiß sein kann, die Kommission werde alle Punkte ihrer Uebelt mit voller Einstimmigkeit feststellen; wir wüßten nicht, wo sich ein Differenzpunkt in der Dreimännerkommission über religiöse, politische und rechtliche Ansichten vorfinden sollte. Lange hat man geglaubt, jene „Modifikationen" der Verfassungsurkunde würden hauptsächlich Erbfolgeverhältnisse zum Gegenstande haben, da der präsumtive Thronfolger nach dänischem Königsgesetz wie nach der kurhessischen Verfassungsurkunde weder aufseiten Dänemarks noch außerhalb Kurhessen regieren darf. Allein es hat sich von Anfang an bedünkt, daß, wenn überhaupt in den Modifikationen eine Rücksicht genommen werden solle auf den wahrscheinlichen Nachfolger des jetzigen Kurfürsten, die enorme Verschiedenheit des absolutistischen dänischen Königsgesetzes und der freisinnigen kurhessischen Konstitution zu weiterer Maßnahme hindrängen werde. Unter dem 30. Dez. bringt denn nun auch wirklich die Frankfurter Oberpostamtszeitung einen kurzen Artikel, welcher in bestimmter Weise erklärt: während man im Allgemeinen Nichts über die Arbeiten jener Kommission vernehme, sei es gewiß, daß man den Fortbestand des Einkammersystems in Kurhessen nicht mehr wolle, und daß entweder die drei Kurien wieder auftreten sollten oder doch eine erste Kammer errichtet werden solle. Wenn wir uns auch von Anfang an auf diesbezügliche Vorschläge gefaßt gemacht hatten, so sind wir doch über diesen erstaunt. Man wird sich erinnern, daß die Sache auch schon Gegenstand der Überlegung war, ehe mit der Konstitution das Einkammersystem in Kurhessen eingeführt wurde. Wenn schon damals sehr überwiegende Gründe für das Einkammersystem sprachen, so sprechen heutzutage noch ganz andere Verhältnisse mit, da es sich nicht um die erste Einführung des einen oder des andern Systems handelt, sondern um die Abänderung des einen in das andere, nachdem jenes eine längere Reihe von Jahren bestanden hat. Wir können absolut nicht einsehen, auf welche Weise man die Einführung des Einkammersystems in Kurhessen als vorhandenen Bedürfnissen des Landes begründen wollte, wenn dieser Grund nur auf das Bestehen desselben in andern Ländern, selbst in dem benachbarten Hessen Darmstadt, Baden ꝛc. wird doch gerade denjenigen nicht als ein triftiger Grund erscheinen, welche so oft darauf hingewiesen haben, daß sich Verfassungen nicht nach einer allgemeinen Schablone, nach einem systematisch fertigen Gerüste aufbauen lassen, sondern naturwüchsig aus den speziellen Verhältnissen und Bedingungen des einzelnen Landes hervorgehen müssen. Und es kann doch, scheint es, mit wirklichem Ernste nur an das Zweikammersystem und nicht an die drei Kurien gedacht werden, deren Institution allen Grund und Boden in Kurhessen verloren hat, weßhalb wie auf sie gar keine Rücksicht nehmen wollen. Haben andere kleinere deutsche Länder ein stärkeres aristokratisches Element in der Verfassung durch die Existenz einer ersten Kammer, so wird in Kurhessen dieses um so weniger vermißt, als hier mittelbare Wahlen eingeführt sind, die Urwahl gar nicht, wie etwa in Baden den Landtagsabgeordneten betrifft, sondern nur die Wähler bestellen. Es wird selbst äußerst schwierig sein, die Leute aufzufinden, welche in der ersten Kammer sitzen sollen — wir meinen nicht, daß die Bestimmung derselben der kurhessischen Regierung große Schwierigkeit machen werde, sondern allen denjenigen, welche die Analogie anderer Länder ins Auge fassen. Denn schwerlich gibt es ein Land in Deutschland von ziemlich gleichem Umfang mit Kurhessen, in welchem von einem Herrenstand im landständischen Sinne so wenig die Rede sein könnte, als hier, Darmstadt keinesmegs ausgenommen. Und die wenigen Standesherren müßten noch außerdem in Person erscheinen, dazu etwa der Bischof von Fulda, der höchste protestantische Geistliche, der Vertreter der Landesuniversität; dieser geringen Anzahl ließe sich freilich durch eine große Anzahl von ernannten Oberhausliern abhelfen. — — Wo eine erste Kammer, ein Oberhaus, nicht ein bloßer Schatten in der Bundesvertretung, nicht ein bloßes Werkzeug gegen alle Maßregeln des Landtages, welche der Regierung nicht genehm sind, sein soll, da muß ein von der Regierung unabhängiger Herrenstand existiren, und dem widerspricht gar nicht, daß der Herrenstand recht konservativ sei. Einem Lande wie England, hat das Oberhaus den größten Segen gebracht, weil es ein wirkliches Oberhaus ist mit selbstständigen Intentionen und Gesinnungen, weil dort die Macht der vorhandenen Verhältnisse so naturgemäß durchgeschlagen hat, daß das Oberhaus eine faktische Einwirkung nur da hat, wo sie sachlich begründet und heilsam ist. In Kurhessen läßt sich die Einführung einer ersten Kammer nicht einmal damit begründen, daß hier, wie man hier in diplomatischen Kreisen so oft von Baden behauptet, ein Zaum, ein Palliativ gegen das ungezügelte Andrängen des dritten Standes zu gewinnen sei; die Geschichte der landständischen Verhandlungen in Kurhessen ist seit einer Reihe von Jahren eine Geschichte landständischer Mäßigung. Würde eine erste Kammer bei den vorhandenen Verhältnissen eingeführt, so läßt sich mit ziemlicher Gewißheit voraussehen, daß, wie immerhin die Masse der Landeseinwohner über diese und jene Frage in den landständischen Verhandlungen gesinnt sein möge, kein einmüthiger Beschluß der beiden Kammern zu Stande kommen werde, welcher mit den Intentionen des zweifelligen Ministeriums nicht übereinstimmte. Trotz der starken Vertretung der kurhessischen konservativen Partei in dem gegenwärtigen Landtage hat er doch zum ersten Male das Konferenzgehalt bewilligt! — läßt sich mit Zuversicht erwarten, daß bei den von der Verfassungsurkunde geforderten Stimmverhältnissen für Modifikationen der Konstitution die Freunde des bisherigen Bestandes derselben ihre Ansicht durchsetzen *).

**Hamburg**, 31. Dez. Nicht nur die völlige Aufhebung der Censur für Besprechung innerer Verhältnisse ist in der letzten Bürgerschaftsversammlung (vom 25. Nov.) wieder lebhaft verlangt worden, sondern es ist auch in sämmtlichen fünf Kirchspielen ein Antrag gestellt worden des Inhalts: „Die Bürgerschaft erwartet zuversichtlich, ein edler Rath werde den Hamburgischen Bundestagsgesandten dahin instruiren, daß er auf Verwirklichung der in Art. 18 der deutschen Bundesakte dem deutschen Volk versprochenen allgemeinen Verfreiheit nach Kräften hinwirke."

## Schweiz.

** **Vom Neckar**, 31. Dec. (Schluß.) In dieser Lage der Dinge und Stimmungen ist Eines tröstlich, und ein Anderes wieder zu bedauern, das Erstere, die jetzige staatsklage Mehrheit in der Tagsatzung. In dieselbe oder vielmehr in die Siebneerkommission brachte, durch die Neuenburgerfrage und durch James Fazy's Eintritt angeregt, Spaltung einzudringen, und mehrere verschiedenen Richtungen auseinandergetrieben. Es begannen drei Elemente um das Palmat zu streiten: 1) das **wälsche**, 2) das **bernische**, 3) das **eidgenössische**, in der Poetel Burree repräsentirt, bisher und disjetzt die stegereiche. In der Neuenburger Frage traten 1 und 3 zusammen; als aber Fazy eintrat und seine socialistisch propagandistischen Theorien vortrug, schieß sich der überhaupt oft und viel bekannte Präsident Ochsenbein wieder den östlichen Gesandten an, und so wurden jene Theorien stark zurückgewiesen, so daß Fazy die Tagsatzung verlassen und sich nach Hause begeben hat, wo er nun in seinem Journal aufführt, daß die jetzige Tagsatzung unfähig sei, die ihr durch den Sieg geworbene Aufgabe zu lösen, daß sie sich durch Erschöpfung mit neuen Schäften und dem Volke erst stärken müsse. Vorlaufig kann man neue Agitationen und neue Wahlen der Völkerschaften und Gesetzen Räthe, dann dürfte er sich an dem gesunden Sinn besonders im deutschen Theile verrechnen. Dieser will entschieden Ruhe und besonnene Entwickelung in der Eidgenossenschaft. Dies, daß das eidgenössische Element sich stark gebunden erwiesen und gezeigt hat, daß die propagandistische Tendenz beseitigt ist, ist das Tröstliche. Drucy hat in dieser

*) Wie die Köln. Z. berichtet, werden die beantragten Abänderungen der Verfassung wahrscheinlich in Folgendem bestehen: 1) Statt der bisherigen einen Kammer sollen zwei Kammern eingeführt werden. 2) Die Ernennverleihung der Minister soll aufgehoben werden. 3) Die Landsteine sollen zwar das Recht der Verwilligung, resp. Verweigerung der Steuern behalten, jedoch nur im Allgemeinen, wogegen die Verwendung lediglich dem Ermessen der Staatsregierung anheim fällt. Von dem Rechte der Stände, die Verwendung der Steuern zu dem bestimmten Zwecken zu verlangen, würde also danach nicht die Rede sein können. 4) Erhöhung der bisherigen fünfjährigen Militärdienstzeit auf zehn Jahre. 5) Die auf Grund der §. 140 der Verfassungsurkunde und der beiden Gesetze vom 27. Febr. 1831, die Bildung und Verwaltung des Staatsschatzes und des kurfürstlichen Hauschatz betreffen, bisher bestandene Theilung der Kassenkasse an der Verwaltung des Staats- und Hausschatzes soll aufgehoben werden.

Digitized by Google

Verhandlung sich ganz unbetheiligt gehalten. Es ist, wie wir glauben, in diesem lobhaften Staatsmanne politische Einsicht, die ihn hier von Hitz scheid, und politische Klugheit, die ihn bestimmte, still zu schweigen und der Majorität nicht zu widersprechen. In wieweit die Berner Partei auch hier mit der eidgenössischen einverstanden ist, wird sich bald zeigen; Manche glauben, die entschiedenen Dränger in derselben seien für die Partei der Wälschen und dann kann es freilich leicht geschehen, daß die fortgetretenen ungeschickten und drohenden Bewegungen des Auslandes dieser Fraktion im Kanton Bern und sonach vermittelst der sogenannten Volksvereine in weiterer Verbreitung über die Schweiz das Uebergewicht verschaffen, für die Schweiz die größte Gefahr, für das Ausland zu gar keinem Nutzen, das zu spät erkennen dürfte, wie freventlich es dem „dunklen unterirdischen Blühen" so und mehr als alles Andere in die Hände gearbeitet hat, wenn die Lohe, die es zum Ausbruche gerschürt, über die Schweiz und in Süden und Westen weiter zusammenschlägt. Das ist neben jenem Tröstlichen aber zu bedauern, daß die für die Bundesrevision niedergesetzte Kommission seit Monaten dafür gar Nichts gethan hat, die Spannung der Kriegslust vorschlagend, Rath mit den Grundsätzen wenigstens der neuen Bundesverfassung aufzurichten, sie hätte dann freilich schon vor dem Executionszuge berathen, wenigstens vorbereitet sein müssen. So ist die Sache nun verschoben, und wenn die Tagsatzung jetzt sich vertagen sollte, auch dadurch wieder der ultraradikalen Partei ein großer Vorwand gegeben, aber Schlaffheit zu klagen und gegen die eidgenössischen, die besonnenen Elemente den Haß aufzuregen. Zugleich ist zu fürchten, daß für die Feststellung jener Grundsätze in der Tagsatzung selbst die günstigste Zeit verstrichen ist, welche offenbar die war, als sie in sester gesammelten Einigung, das Land in zur Besonnenheit zwingender Spannung, die unruhigen Geister in Unsicherheit, vor dem Angriff der Aufgabe Rand, die in Luzern vollendet ward. Wie jene Zeit und Haltung aber der rechte Moment gewesen, zeigt sich gerade jetzt, wo so unerwartet als unbegreiflich der Oberr. Beobachter seinen drohenden Artikel in die Gährung geschleudert hat, an dem man zweifelt, ob der gänzliche Mangel an auch nur gewöhnlicher Klugheit oder der Frevel der Form mehr defremden mag. Oder sollte es wirklich ein Manifest von 1792 sein? Dann wäre wenigstens das erfreulich, daß es sich keine deutsche Macht, wie damals, hat in die Feder diktiren lassen.

**Bern**, 3. Jan. Auch die Hrn. Michelet und Quinet haben jetzt eine Adresse an die Tagsatzung gerichtet; dieselbe ist insofern von Interesse, als auch diese beiden Jesuitenfresser zur Mäßigung rathen und die Hoffnung aussprechen, die fliegende Partei werde von dem Vorrecht des Vergessens Gebrauch machen. Ein „Schreckensregiment, sagen sie, erscheint uns als eine steile Treppe, wo man, sobald man die erste Stufe hinabgestiegen ist, auch noch über alle andern hinunterzusteigen muß, und die unterste ist der Abgrund. Im Namen der Brüderschaft steigt nicht die erste Stufe hinab! Wenn irgendwelche partielle Reaktion ausbrechen sollte, so wird der souveräne Rath, so weise im Gebrauche der Kraft, dieselbe Weisheit zeigen, um vor deren Mißbrauch sich zu hüten. Die Nationateinheit, die Ihr suchet und wollet, wäre gefährdet, nicht minder als die Humanität, durch jede partielle Gewaltthätigkeit.

**Bern**, 2. Jan. Durch die Auffassung des Sonderbundes hat die Tagsatzung die negative Seite ihrer Aufgabe gelöst; mit der Revision des Bundesvertrags beginnt nun ihre schöpferische Thätigkeit. Die Nothwendigkeit derselben wird nun auch von konservativer Seite eingesehen, und selbst an den Urkantonen sind die ernsten Lehren der letzten Zeit nicht spurlos vorübergegangen. Das Princip für eine neue Bundesverfassung liegt in dem laut ausgesprochenen Wunsch der Mehrzahl des Schweizervolkes: nicht eine Einheitsrepublik will man; der Grundsatz der Kantonalsouveränetät wurzelt zu tief im Volksbewußtsein und ist in der 500jährigen Geschichte der Schweiz zu fest begründet. Man will einen Staatsorganismus, welcher eine möglichst freie und individuelle Entwicklung der einzelnen Kantone zuläßt, aber eine oberste Bundesgewalt an die Spitze stellt, welche die nöthige Kraft hat, um wichtige Gesammtinteressen des Bundes gegenüber den Sonderinteressen einzelner Bundesglieder zu schirm und im Nothfall zu vertheidigen. Die Ansichten, wie sie bis jetzt in der liberalen Presse laut geworden sind, stellen hauptsächlich folgende Punkte auf, die in den neuen Bundesvertrag aufgenommen werden müßten: 1) Genauere Bestimmung der Kantonalsouveränetät und der Bundesgewalt. Der Kantonalsouveränetät müßten entzogen werden alle Beschränkungen der Religions- und Preßfreiheit, der Transport-, Durchgangs- und Verkehrsfreiheit zwischen einzelnen Kantonen, die Aufnahme fremder religiöser Orden und Körperschaften. 2) Freies Niederlassungsrecht jedes Schweizers im ganzen Schweizerland. 3) Größere Centralisation und Uebereinstimmung im Heerwesen. 4) Allgemein polizeiliche Bestimmungen. 5) Allgemeine Handelsgesetzgebung. 6) Gleichheit der verschiedenen Kantonsbürger vor den Gerichten. 7) Allgemeine Grenzzollentrichtungen. 8) Ein oberster Bundesgerichtshof. 9) Streichung von §. 12 des jetzigen Bundesvertrags, welcher die Klöster garantirt. 10) Billiges Repräsentationsverhältniß der Kantone auf der Tagsatzung. In Bezug auf den letzten Punkt ist die Instruktion wichtig, welche der in den letzten Tagen versammelte Gr. Rath von Aargau einem Deputirten gegeben hat. Dieselbe lautet: „Der Aargauer Gr. Rath erblickt schon nach Auslage der Verfassung in der schweizer. Eidgenossenschaft einen Bundesstaat, welcher die Bürger der Bundesgenossenschaft zu Einem Volke erhebt und in einem Volksstaat sammelt. Hieraus zieht der Gr. Rath, treu der Verfassung und den Wünschen einer großen Anzahl der gebildetsten Schweizer den Schluß, daß auch das Gesammtvolk in der Bundesbehörde angemessen und wenigstens so vertreten sei, daß die Minderheit nicht als Mehrheit sich geltend machen könne, und die Mehrheit nicht stets vom hemmenden Gutdünken der Minderheit abhängig bleibe. In gerader Entwicklung dieser Anschauungsweise spricht der Aargauische Gr. Rath das Recht einer volksgemäßern Vertretung im Bunde für das Aargauische Volk als ein gleich der Volkssouveränetät unverjährbares aus und ihr herfließendes Urrecht an, und erachtet in mäßiger Weise, daß bei der Vertretung der Bundesglieder im Bunde wenigstens die Rücksicht zu den Grundlagen der im Jahr 1814 durch ungesetzliche Umstürze in vielen Kantonen zu Fall gebrachten wahrhaft vermittelnden Vermittlungsurkunde statistische, wodurch in zeitgemäßer Anwendung und Entwicklung jener Grundlagen auch allen Halbkantonen zum unmittelbaren natürlichen Stimmrecht verholfen werden könnte *). Der Aargauische Gr. Rath spricht diese seine Ansicht offen aus, und ersucht sein Mitglied, Hrn. Reg. Rath und Obrst Frei, welcher sich in der Bundesrevisionskommission, deren Mitglied er ist, mit diesen Gegenständen mitberathend zu befassen haben wird, von dieser Eröffnung an Act und Stelle gutkundend Gebrauch zu machen." — Daß Dr. Kasimir Pfyffer die Wahl zum Obergerichtspräsidenten in Luzern ablehnte, hat in den liberalen Kreisen Aufsehen gemacht und ihm vielfältigen Tadel zugezogen, daß er in dieser Zeit der Krisis dem Vaterland seine Kraft entziehe. Wie nun versichert wird, hat er sich zu diesem Schritt nur aus dem Grund entschlossen, weil er als Großrichter noch längere Zeit im Dienste der Eidgenossenschaft verweilen muß und als Advokat die Vertheidigung der im zu revidirenden Luzernvogt angeklagten Männer führen wird. Spüre dürfte er sich wieder den politischen Zuständen und besonders der durch die Sonderbundsregierung vernachlässigten Gesetzgebung seines Kantons widmen. Indessen ist das Obergericht auch ohne Hrn. Pfyffer mit wissenschaftlich gebildeten Juristen und tüchtigen Geschäftsleuten besetzt und ohne Zweifel werden auch die Untergerichte in ähnlichem Sinne bestellt werden. — Aus dem Kanton Aargau hatten sich vor dem Ausbruch des Sonderbundkrieges eine große Zahl Freiämtler in den Kanton Luzern begeben, und ein förmliches Komite zur Revolutirung des Freiamts in Aargau gebildet. Nun hat die Aargauer Regierung den bekannten Repomuk Schleuniger und alle übrigen Mitglieder des in Luzern bestandenen Freiämterkomite's und 157 mitlitpflichtige Bürger auf den Bezirk Muri, welche zu den Sonderbundstruppen getreten, im Amtsblatt zum Behuf ihrer Einbringung ausgeschrieben.

**Luzern**, Am 2. Jan. fanden die Wahlen in den Stadtrath von Luzern Statt. Gewählt wurden die HH. Felix Balthasar, Joh. Berchtold, alt Kassirer Gloggner, Julius Salzmann, Fürsprech Stocker, Fürsprech Winkler, Vital Kopp, Maurermeister Ernst, Kaspar Huwy, (sämmtlich liberal). Zum Präsidenten wählte man sodann Hrn. Felix Balthasar. — Unter den Gewählten sind drei, die an dem Freischarenzug betheiligt waren.

## Großbritannien.

**London**, 1. Jan. Das Jahr hat mit seinen für die kaufmännische Welt günstigen Ereignissen angefangen; unter andern machte das Haus Cottswerth, Powell und Dyer, welches nach Südamerika und Westindien handelt, mit 350000 Pfund, das Haus Durand und M'Kenzie mit 70,000 Pf. Bankerott. Die Krise scheint mit neuen Schlägen wieder ihren Anfang zu nehmen. Hr. Cotesworth genoß das größte Vertrauen, er war Direktor der Londoner Assekuranze sel-

*) §. 28 der Vermittlungsurkunde, welche Napoleon der Schweiz gab, lautet nämlich: die Kantone, deren Bevölkerung hunderttausend übersteigt: Bern, Zürich, Waadt, St. Gallen, Aargau und Bünden, haben jeder zwei Stimmen auf der Tagsatzung.

Digitized by Google

schaft, der k. preußischen Dampfpaketbootfahrtgesellschaft, der westindischen Dockkompagnie, auch im Jahr 1842 Direktor der englischen Bank.

Neulich wurde in diesen Blättern erwähnt, daß der König der Franzosen noch in England seine Freunde habe, und zwar unter den Tories; hierunter sind jedoch nur die gemäßigten verstanden, nicht die eingefleischten, alten Tories, nicht jene, die durch ihr Organ, die Morning-Post, mit Bezug auf Ludwig Philipp erklären lassen: was könne das für ein Königthum sein, welches von Wechselmäklern und Straßenbuben eingesetzt worden!

Ein Beweis für die große Aufmerksamkeit, welche man auf die Befestigung und Vertheidigung der Küstenlinien, namentlich gegen Frankreich hin verwendet, sind die Arbeiten einer zu diesem Zweck ernannten Kommission, welche aus den beiden Obersten Harding und Colzhoun und dem Major Sandom zusammengesetzt ist. Diese Herren haben bereits die Ost-, West- und Südküsten Englands in Augenschein genommen und jeden Ort untersucht, wo ihrer Meinung nach im Falle eines Krieges eine feindliche Flotte zu landen versuchen könnte. Die Kommission hat außerdem erfahrene Seemänner zu Rath gezogen, kurz, man will Nichts unterlassen, um England gegen jeden feindlichen Überfall zu decken. Es ist klar, daß alle diese Vorkehrungen und Vertheidigungsanstalten nicht sowohl auf die unmittelbare Gegenwart, als vielmehr auf den immer näher rückenden Moment berechnet sind, wo die beiden Augen in Frankreich sich schließen, und welche der Weltfeide gestellt ist. Wie bedeutend die Rüstungen Englands gegen einen jetzt noch unsichtbaren Feind sind, erkennt man aus folgenden Zahlenangaben: auf den Werften Englands sind im gegenwärtigen Augenblicke nicht weniger als 75 Kriegsschiffe, hierunter 20 Linienschiffe, 15 Fregatten, 25 Korvetten und 15 Dampffregatten im Bau begriffen. Frankreich besitzt, einem englischen Journal zufolge, im Ganzen nur 15 Kriegsdampfschiffe ersten und zweiten Rangs, während es, nach der Berechnung desselben Blattes, deren 50 und dazu 25 große Schleppschiffe nöthig hätte, um einen Überfall gegen England mit Erfolg ausführen zu können. Die Königin Victoria kann also noch ruhig schlafen, und, wenn sie nichts Besseres zu thun hat und der Rh. Beobachter und der Janus ihre Einwilligung dazu geben, „am Strande Muscheln lesen.“ Sonst enthalten die englischen Zeitungen nichts Neues von allgemeinem Interesse.

## Frankreich.

Die Pariser Blätter vom 3., welche wir heute vorgen theils sehr verspäteten Einkerfrens nur flüchtig durchlaufen konnen, sprechen beinahe von Nichts als von Abdel-Kader. Ein Adjutant des Herzog von Aumale hat gestern weitere Depeschen des Statthalters von Algier überbracht und ist sogleich von Hrn. Guizot und vom König empfangen worden. Der Herzog von Aumale besteht nachdrücklich auf der Erfüllung der von ihm dem Emir gegebenen Zusage, daß er nach Ägypten oder Syrien gebracht werden solle. Die Regierung schint hinschtlich dieses Versprechens in großer Verlegenheit zu sein. Ihre Organe erwähnen desselben bis jetzt eigentlich gar nicht, und noch weniger wagen sie es, eine Stimme darüber abzugeben. Soll man Abdel-Kader entlassen, und damit die Vortheile seiner Unterwerfung aus den Händen geben, oder soll man auf Kosten der Ehre Frankreichs eine immerhin ehrenvolle, aber daraus nicht weniger rechtsgiltige Kapitulation brechen? Für den Kabinett der Tuilerien mag diese Doppelfrage ihre Schwierigkeiten haben; eine Politik, die auf Achtung Anspruch macht, würde nur eine einzige Antwort für möglich erkennen. Es ist wahrscheinlich, daß man zuvörderst versuchen wird, durch Überredung zu erlangen, daß der Emir auf Ägypten und Syrien verzicht und wenigstens vorläufig in Frankreich bleibe. Was weiter geschehen wird, wenn Abdel-Kader fest bleibt, wir zu erwarten steht, darüber wollen wir einstweilen unsere Ansicht vorbehalten.

In der Sitzung der Kammer vom 3. wurden die beiden in der Thronrede angekündigten ökonomischen Gesetzvorschläge eingereicht. Der die Salzsteuer betreffende Entwurf setzt den Preis des Salzes im Großhandel auf 27 Cent. das Kilogramm, und im Kleinhandel auf 30 Cent. herunter. Der Entwurf der Postreform stellt vier Zonen auf, von denen die erste 10, die zweite 20, die dritte 40 Stunden und die vierte alle Entfernungen über 40 Stunden begreift, und für die der Portosatz des einfachen Briefes auf 2, 6, 8 und 10 Sous festgestellt ist. Bei dieser Taxe wird das französische Porto noch immer das höchste in Europa bleiben, nächst dem deutschen natürlich, so wie es bis zur Ausführung der auf dem Postkongresse getroffenen Verabredungen bestehn.

* Oberrhein, 31. Dezbr. Sollte wirklich die Wahrreform und die durch sie angeregte Bewegung in der Thronrede des Königs der Franzosen unter den blinden und feindseligen Leidenschaften verstanden sein, so kann man wohl sagen: der Wurfel ist gefallen! Der Parteikampf wird geschlossener geführt werden als bisher. Die Sprache der Oppositionsblätter, welche von jener Deutung ausgehen, ist in der That verwegen. Sie nennen jene Worte eine stupide Unbesonnenheit, freilich Niemand als den Ministern die Verantwortlichkeit dafür zuschiebend. Ihr Ausfalle stimmen, wie es scheint, mit der Haltung ihrer Partei in der Kammer während der Eröffnungsrede überein; sie sprach sich in dem kalten, selbstbewußten Benehmen des Deputirten aus. Längnen läßt es sich nicht, die Worte sind beleidigend für die Partei; sie sind zugleich ein Beweis, daß jeder Verkehr, jeder Wunsch, nachzugeben, abgeschnitten sind. Sie überraschen, weil noch immer einige Hoffnung, sich durch theilweise Konzessionen zu nähern, zu selbst von ministerieller Seite genährt werden ist. Allerdings könnte der Übermuth des Hrn. Guizot, aufgereizt durch viele Unannehmlichkeiten, die Schweizergeschichten, die neuesten Nachrichten aus Rom, aus Madrid, vor Allem Englands Brutbynen, die Verdrießung der harten Worte sein. Namentlich beklagt sich die ministerielle Presse seit Palmerston's Schraubungsform Amerika einer Intervention in Orthrien auf eine Weise ihrer Bundesgenossin, die tiefen Kummer in Herzen verrieth. Jede Schattenseite in der Politik dieses Staates wird nun hervorgezogen und das Frankenvolk damit getröstet, daß es jenseit des Kanals noch weit schlimmer aussieht, als in der volle et glorieuse France. So demüthigt die finanzielle Krisis schon Monate lang das großbritannische Reich, während Frankreich mit Riesenschritten sich erhebt; so überragt Irlands Schreckbild alle politischen Wünsche und Größen; sogar das Kapland ist seinem Untergange nahe: Millionen sind dahin, und ein Schreckbrodt hält die einst blühende Kolonie zusammen. In der Sklavenemancipation will eine ministerielle Revue nicht einmal mehr einen tiefern Machiavellismus sehen; nein, sie ist durch Nichts herbeigeführt worden, als durch eine fehmvolade und unfeitige Philanthropie! Und von diesem Volke nimmt der Gallier jetzt die Sitte der Zweckessen, die Manieren des Marktalles an! Und beim Glase will der Franke jetzt Politik treiben, vom Dunste des Champagnerts läßt er sich zum Redner inspiriren! Alles dieses ist herb, findet Gredl im Gemüthe an. Begreiflich ist es in Zeitschriften, aber in einer Thronrede! Soll denn das Volk in Verschwörungen seine Wünsche offenbaren oder in Flugschriften, in beleidigenden Zeitungsartikeln oder gar im Straßenauflauf! Geschieht dies nicht weit friedlicher in solchen Zweckessen, wo das Wort frei gesprochen wird, aber auch nur Messer und Gabel zur That hervor liegen. Allerdings warnt die Reden und Toaste einige Mal die Grenzen überspringend; dafür aber wurde doch auch wieder so manches Gefährliche und zwar in fröhlicher, doch keineswegs betrübigender Rede vorgetragen! Es mag aber wohl Tiefres unter jenem Unwuthe liegen, als die ernergische Kriegserklärung gegen die Reformbankette. Mit England ist die Regierung, wenigstens das Ministerium, zerfallen; man weissagt jenem Lande eine allgemeine Umwälzung als Frucht der jetzt befolgten Richtung.*) Preußen ist in den Konstitutionskampfe begriffen, Österreich durch Italien entwaffnet; nur Rußland steht isolirt und in voller Energie.

*) Das M. Chr. hat, wie auch in unserer Zeitung schon mehrmals erwähnt worden, bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingedeutet, daß bei der Politik Englands fortan keineswegs engherzig und einseitig an die übrigens schon hinlänglich bekannten Bestimmungen der Verträge von 1815 zu halten, sondern ihnen eine weitere, den Interessen der Völker umfassende Auslegung zu geben gedacht; und erst noch vor Kurzem, als es die Eröffnung der französischen Kammern besprach, hob es mit trübigen Worten hervor, daß in Europa eine neue Ordnung von Bestrebungen und Richtungen begonnen habe, ein neuer Kreis politischer Ereignisse sich anknüpft um die Gegenungen politischer Freiheit und nationaler Unabhängigkeit, der bereits Länder ergriffen, von denen man dies am Wenigsten erwarten konnte, und seit Langem seien die Grundlagen, auf denen der Weltfriede beruhe, nicht so schwankend gewesen als jetzt. Dieser schwankende und gefahrdrohende Zustand werde dadurch hervorgebracht und gefördert, daß Österreich und Rußland dieser neuen Welt voll Geburtswehen in gewohnter ewig starren, Frankreich aber in gänzlich falscher Stellung gegenüberstünden, weil letzteres englischerseits eine bloße dynastische Kabinetspolitik, und nicht wie England eine antirichige Bolkspolitik befolge. Ohne diesen Berschiedungen des M. Chr. mehr Gewicht beizulegen, als sie vielleicht verdienen, und ohne behaupten zu wollen, daß England, um den Völkern zu ihren Rechten zu verhelfen, in entschiedenen Augenblicke seinen eigenen Frieden auf's Spiel setzen würde, muß man doch sagen, daß es die veränderte Lage Europas und den durch seine Völker wehenden Geist mit gewohntem praktischen Blick begriffen und sich geschickt in den Besitz des moralischen Einflusses zu setzen gewußt hat, welchen in Folge der Ereignisse von 1830 Frankreich auf die Völker und deren Geschicke auszuüben zu wollen schien. Jemehr sich Frankreich den Kabinetten beständig, umsomehr entfremdete es sich die Völker; bei England scheint der Fall ein umgekehrter zu sein; es ist wohl nicht schwer zu sagen, auf welcher Seite der Gewinn und Charakterfestere zu sein verspricht. Die Stellungen der Kabinette wechseln, die Bedürfnisse der Völker bleiben dieselben. A. d. R.

Digitized by Google

bedenkliche Tage, wenn wirklich Frankreich bei der zunehmenden physischen Schwäche seines Herrschers eine Änderung bevorsteht, welche mit so vielfachen Gefahren umringt ist! Der König mit seiner Thätigkeit und Kraft hat das Schicksal des Reichs mit sich identifizirt; eine Nachricht von Unwohlsein, so oft schon widerlegt, stürzt immer wieder auf allen Börsen die Fonds, und wirklich stehen Alle, welche Partei sie angehören mögen, mit Bangigkeit dem entscheidungsvollen Augenblicke entgegen, wo ihn das große Gesetz der Natur abrufen wird. Sollte aber jenes Abstehen der parlamentarischen Reformpartei, das nicht ohne Berechnung so auffallend sich ausspricht, nicht mit ähnlichen Besorgnissen zusammenhängen und einer gewissen auswärtigen Macht als Versöhnungswort entgegengerufen werden, weil man mit der entente cordiale am Ende ist? Es wäre somit das letzte Wort eines fehrenzhinjährigen Strebens, die revolutionären Ströme einzudämmen, der letzte Siegesruf der gewonnenen Stabilität.

## Italien.

† Florenz, 28. Dez. Unterrichtet von dem bevorstehenden Einmarsche österreichischer Truppen in Modena, strebte die Regierung den schlimmen Eindruck, den ein solches Ereignis hier machen mußte, von Vornherein zu mildern. Daher mußte General Cialmi, der zum Kommandanten der Civica ernannt, bisher kein Wort von sich hören ließ, in einer Notifikation die Bürgergarde aufs Freundlichste anreden, daher die rasche Bestätigung der Guardia universitaria in Pisa und Siena, die Wahl ihrer Offiziere aus den Reihen der Professoren und Doktoren der beiden Universitäten, ferner die bis zeit verzögerte Wahl der höhern Officiere der Civica, dieser Hauptstadt und in Livorno und zwar jetzt aus der Reihe der Bürgerlichen. Dessenungeachtet erregte die Nachricht von der Einrückung der österreichischen Truppen in Parma und Modena eine bedeutende Aufregung. Man verfaßte Bittschriften, worin der Großherzog um Waffen und Vertheidigungsmaßregeln gegen die Österreicher ersucht wurde, und debattirte in den Kaffeehäusern. Am Abend des folgenden Tages (26.) erhitzten sich die Gemüther noch mehr. Man zog mit Fahnen zum großherzoglichen Palast, um Waffen zu verlangen. Rathgeber Bürger warfen sich in bedeutender Zahl vorm hohen Schwarm entgegen, um ihn zurückzuhalten. Endlich erschien der Minister Marquese Ridolfi und beschwichtigte theils auf der Straße, theils im Kaffe Libretico den gährenden Haufen. Die Gazzetta vom 28. war offenbar darauf berechnet, die noch aufgeregten und durch das bisherige Zögerungssystem in Verdrießlichkeit bringenden Nationalwehr zum Mitwirken geneigten Gemüther zu beruhigen. Außer Bestimmungen über die rasche Ausbildung von 1800 Mann zur Verstärkung des Linienmilitärs, der authentischen Auslegung einiger dunklen Stellen des organischen Statuts der Bürgergarde, angeschärften Verfügungen, die der Civica selbst zustehenden Wahlen der Graduirten minder zeitraubend zu gestalten und Zwistigkeiten zwischen den Garden verschiedener Gemeinden vorzubeugen, enthielt dieß Nummer noch andere Nachrichten, die in einer ruhigeren Zeit mit großem Dank aufgenommen worden wären. Dahin gehört ein Motuproprio über zeitgemäße Verbesserungen in der Justiz und Verwaltung von Lucca und die Mittheilung, daß der Großherzog den Commenthur Giulio Martini abermals als außerordentlichen Gesandten an den Hof von Turin entsendet habe, weil die grundsätzlich geschlossene Lega Doganale die Beziehungen und Interessen der drei Staaten, die sie geschlossen, immer inniger gestalten. An diese erfreuliche Nachricht reihte sich, in dieser Nachbarschaft kaum unangenehm, eine andere, der zu Folge der Großherzog es doch für angemessen gehalten habe (da pure stimato opportuno), seinen Kammerer Can. Gaetano Giorgini an den Hof von Parma zu senden, um den Herzog Karl Ludwig zu seinem Regierungsantritte zu beglückwünschen. Die wichtigste Mittheilung folgte nun im nichtsoffiziellen Theile. Hier heißt es: „In einem Augenblicke, wo die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Thatsache gerichtet ist, daß in Modena und Parma österreichische Truppen erschienen, ist es uns angenehm, verkünden zu können, daß dies keinerlei Befürchtung (preoccupazione) erregen könne und dürfe. Nach zuverlässigen und officiellen Nachrichten weiß die Regierung, daß sich bloß ein Detachement Husaren nach dem Tode der Herzogin Marie Luise nach Parma begeben hat, einzig und allein, um die Leiche der Fürstin, ihrem letzten Willen gemäß, als Ehrenwache nach Wien zu geleiten.“ Von den in Modena aufgetretenen Truppen wird gesagt, sie seien ganz ordnungsmäßig (in tutta regolarità) in die österreichischen Staaten marschirt, weil der Souverän dieses Herzogthums selbst, veranlaßt durch einige Volksauftritte und in der Absicht, mit desto mehr Nachdruck die öffentliche Ruhe aufrecht zu erhalten, diesen Wunsch dem Militärgouverneur in Mailand geäußert habe. Die österreichische Regierung habe neuerdings die positive, bereits früher aus freiem Antrieb gegebene Erklärung wiederholt, sie wolle sich stets der militärischen Intervention, in was immer für einem italienischen Staatsgebiete, enthalten, solange nicht der betreffende legitime Herrscher direkt ihre Hilfe anfuche. Dieser Trost bringt die vorangehenden, so wohlwollend gruppirten Mittheilungen um Gehalt und Wirkung. Erfährt man doch, daß zur entschiedenen Intervention der Fremden, in was immer für einem Staatsgebiete Italiens, weiter Nichts erforderlich ist, als ein fürstlicher Wunsch, der vielleicht nächstens in Neapel oder sonstwo auf der schönen Halbinsel geäußert werden wird!

* Rom, 25. Dez. Der lang erwartete Finanzbericht Mons. Morichini's ist endlich im Druck erschienen und gibt nicht blos die tröstliche Nachweisung, daß das jährliche Deficit, welches man auf 600,000 Scudi angeschlagen hatte, 1,200,000 Scudi beträgt, sondern daß auch durchaus keine Aussichten auf eine beträchtliche Verminderung desselben vorhanden sind. Mons. Morichini mag sich alle Mühe gegeben haben, es kleiner erscheinen zu lassen, allein die Summe, welche auf dem Voranschlag von 1848 erschient, ist so wenig ermäßigt, daß es sich sehr fragt, ob die Ausgaben sie nicht überschreiten werden. Die Staatsschuld beträgt zwischen 37 u. 40 Millionen und muß bei der gegenwärtigen Verwaltung sehr bedeutend erachtet werden. Die vor einiger Zeit durch die Allg. Zeit. gegebene Versicherung, es sei augenblicklich keine Geldnoth vorhanden, ist aber so wenig begründet, daß im Gegentheil seit der Zeit sichtliche Verlegenheit eingetreten ist. Vor etwa 10 Tagen konnte man von Seite des Gouvernements nicht einmal die Gelder für die laufenden Ausgaben auftreiben und mußte sich, wie in anderen Fällen, mit einer Anleihe bei der Heiligengeistbank zu helfen suchen.

* Rom, 28. Dec. Gestern war S. Giovanni und also Pius IX. Namenstag. Schon am Vorabend desselben hatte der theure Landesherr mit einem Fackelzug begrüßt werden sollen. Das grundlose Sturm- und Regenwetter, welches seit einigen Tagen andauerte, hatte es nicht dazu kommen lassen. Gestern Mittag hatten sich zahlreich Offiziere der Civica auf Monte Cavallo, versteht sich in Uniform, eingefunden, ohne daß es jedoch zu irgend einer weitern Freundenbezeigung gekommen wäre. Obwohl der Tag endete, wie er begonnen hatte und ein starkes Gewitter sich über Rom zusammenzog, so setzte sich dennoch etwa eine Stunde nach Sonnenuntergang ein Fackelzug von Piazza del Popolo aus nach Monte Cavallo in Bewegung. Man sah indeß dem Ganzen deutlich an, daß es etwas Gezwungenes und Gemachtes hatte. Eröffnet wurde der Zug zwar von einer Reihe junger Leute, die den Ton seit einiger Zeit anzugeben pflegen, dann aber folgte ein großer Haufe gemeinen Gesindels, von dem kein Einziger im Stande gewesen wäre, eine Fackel aus seiner eigenen Tasche zu bezahlen. Was sonst herzerhebend zu wirken pflegte, blieb daher dies Mal, mit Ausnahme der heiligen Handlung des Segens, weit hinter einem Theaterfeste zurück. Wer schreien, Brüllen und Zischen konnte der Papst kaum zu Worte kommen; er mußte mit Gewalt die Segensformel anstimmen und sich durch das Respondsorium unterstützen lassen, um nur dem Lärm ein Ende zu machen. Trotz des Gelärms wußte er auch dies Mal mit seiner liebenswürdigen Grazie dem Ganzen noch einen schönen Abschluß zu leihen. Demonstrationen, wie diese, sind ihres ursprünglichen Sinnes, ihrer wahren Bedeutung völlig verlustig gegangen, indem der Kern der Bevölkerung an derselben keinen thätigen Antheil nimmt, und das Ganze sich zuletzt in hohles Ceremonienwesen, dessen wir hier ohnehin schon zu viel haben, auszuleben droht.

## Polen.

Warschau, 28. Dec. Der Schles. Zeit. wird geschrieben: Wie heilig bei uns das bloß Formelle gehalten, und mit wie großer Strenge die bloße Verletzung der Form bestraft zu werden pflegt, davon gibt uns wieder Zeugniß ein neuer Erlaß des Administrationsraths. Es ist bekanntlich den Grenzbewohnern unsers Landes erlaubt, mit bloßen auf 8 Tage giltigen Legitimationskarten sich jenseit der Grenze, jedoch nicht weiter als 3 Meilen, zu begeben. Wie es sich jedoch von selbst versteht, haben sich die mit dergleichen Legitimationskarten versehenen Personen nicht immer streng an die vorgeschriebene Entfernung von 3 Meilen von der Grenze gehalten; sie benutzten ihre Karten oft, um nach Posen und andern Städten im Innern Preußens zu reisen. Diesem Mißbrauche soll nun nach einem Beschlusse des Administrationsrathes streng gesteuert und die ganze Strenge der Paßgesetze gegen den Contravenienten in Anwendung gebracht werden. Diese schreiben nämlich für den Mißbrauch des Pas-

Digitized by Google

ses vor: Einsperrung in ein öffentliches Gefängniß von 3 Monaten bis zu einem Jahre.

Die Posener Zeit. berichtet: Aus der benachbarten Grenzstadt Peisern ist uns folgende Mittheilung zugegangen: „Seit einiger Zeit hat man in den polnischen Zeitungen, und von diesen ging die Nachricht in andere Blätter über, daß in diesem Jahre wegen der in Rußland herrschenden Cholera keine Rekrutirung stattfinden würde. Man suchte durch diese Gerüchte das Volk zu täuschen, um der Beute desto gewisser zu sein, und wirklich gelang es auch. Die Militärpflichtigen, die sich sonst durch die Flucht einem grausamen Schicksale zu entziehen suchten, blieben dies Mal in ihrer Heimath, in der Zuversicht, wenigstens noch ein Jahr am traulichen Herde ihrer Eltern und Verwandten zu verleben. Ruhig legte sich Jeder am Abend des 17. Dezbrs. nieder, aber schrecklich war das Erwachen. Um 12½ Uhr, als Alles im tiefen Schlafe lag, erschien der Bürgermeister der Stadt, von Magistratspersonen und Polizeimannschaften begleitet, vor den Wohnungen der Unglücklichen. Es wurde gepocht und die innerhalb des Hauses sich befindenden Opfer erkannten nun ihre Täuschung. Vergebens war die Hoffnung, zu entkommen, denn das Haus war von Schergen umstellt, welche die Unglücklichen in Empfang nahmen. Unser Städtchen, wo ich Augenzeuge dieser traurigen Scene war, hat insgesäht 3000 Einwohner. Aus dieser Zahl wurden 20 Personen (Christen und Juden) ausgehoben. Unter ihnen befanden sich zwei Judenknaben, die schon in den dreißiger Jahren Heben, Familienväter, die gar nicht mehr militärpflichtig sind; trotzdem wurden sie von ihren Frauen und Kindern weggeführt."

### Amerika.

Der Eingang der Präsidentenbotschaft hat etwas so Charakteristisches, daß wir uns nicht versagen mögen, ihn mitzutheilen. Er lautet: „Mitbürger vom Senate und vom Hause der Stellvertretenden! Die jährliche Zusammenkunft des Kongresses ist jedesmal ein Ereigniß von Bedeutung; um über das allgemeine Wohl zu berathen, treten die von ihren Landsleuten gewählten Abgeordneten der Staaten und des Volks zusammen. Nachdem unsere Republik fast drei Viertel Jahrhunderte lang frei und unabhängig bestanden, ist die Frage, ob der Mensch zur Selbstregierung befähigt sei, gelöst. Das Ergebniß unserer bewundernswürdigen Verfassung widerlegt aufs Volksthümlichste die Behauptung, welche von Leuten in andern Staaten aufgestellt wird: daß einige wenige Begünstigte zum Herrschen geboren, die Menschen der Masse nach aber nur mit Gewalt zu regiren sind. Unser Volk ist einer willkürlichen oder erblichen Bevormundung nicht unterworfen; unsere Verfassung macht und zu unseren eigenen Herrschern." Etwas Bedeutungsvolleres hat auch eine Stelle, worin gesagt wird: der Staatssekretär habe einen Überschlag der Kosten vorgelegt, welche die Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit dem päpstlichen Stuhl erfordern würden; seiner, des Präsidenten, Meinung nach sei ein solcher Verkehr höchst wünschenswerth, sowohl in Betracht der wichtigen Ereignisse, die im Kirchenstaate stattfinden, als in Betracht der Handelsvortheile, die daraus für Nordamerika erwachsen könnten. Man erkennt hieraus einmal, daß die Regierung der Vereinigten Staaten überall, wo es angeht, in Europa ihre diplomatischen Fäden anzuknüpfen sucht, sodann, daß Nordamerika über eine Unzahl von Vortrefflichen Gesandte, wenn auch nicht über das Vortrefflichste Kostenpunkt, hinaus ist. Um so dürftiger erscheint der Witz, den sich das Morn. Chr. erlaubt, wenn es den Präsidenten Volk seiner (herkömmlich) überlangen und übergründlichen Botschaft wegen einen Professor nennt.

### Handels- und Börsennachrichten.

Frankfurt, 5. Jan. Oesterr. Met. 103¼ Pf. — 2½% 52. Bankaktien pro ult. 1926 G. — 500 fl. Loose von 1834 156½ 250 fl. Loose von 1839 — G., Preußen. Köln-Minden 95¾ Pf. 95½ G. — Baiern. Ludwigs-Berbach 87⅝ Pf. 87½ G. Würtemberg. 3½% Oblig. 87⅛ G. — Geldsorten: Neue Louisd'or 11 fl. 6 kr. — Fr'dor 9 fl. 47 kr. — bitte Preuß. 9 fl. 54 kr. — Holl. 10 fl. Stücke 9 fl. 58 kr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 31 kr. Engl. Souvereigns 12 fl. — kr. — Kaiserl. ganze 2 fl. 43½ — Preußische Thaler 1 fl. 44½ kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Berlin, 31. Dez. 3½% Staats-Sch. 91¾ Prämien-Scheine 90¾ Poln. Loose 500 fl. 79 — bitte 300 fl. 99 Ludwigs-Berbach — Frd.-W.-Nordb. 59½ — Kln-Minden 95.

Wien, 31. Dez. 5% Met. 103¼ — Bankaktien 1615 — 500 fl. Loose 156½ — 250 bitte 112½ — Nordbahn 143 — Wien-Gloggnitz 109½ — Mailand-Venedig 87½.

Amsterdam, 2. Jan. 2½% Integrale 55¼ — 4% von 1844 — — 3% bitto — — 4% Russ. bei Hope — bitte bei Stieglitz — — 5% Span. Active 15 — 3% bitto inländ. 25½ — 4% Portugiesische — — 2½% Oesterr. Met. —

Paris, 3. Jan. 3% 73 f. 15. 5% 116 f. 95. Bankaktien 3220.

London, 1. Januar. Konsols zu 85. 3% zu 84⅞ und ⅛. 3½% zu 86—89. Span. 3% zu 29.

Madrid, 27. Dez. 3% f. 47. 5% 15¾. 4% 15¼.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

**Wichtige Neuigkeit besonders für Juristen!**

[14] Im Verlage von G. Fröbel in Rudolstadt erscheint mit Beginn des Jahres 1848:

**Monatsblatt für Musterung und praktisches Studium der neuesten juristischen Literatur.**

Ein unentbehrliches Hülfsmittel, besonders für vielbeschäftigte Praktiker, Theoretiker, angehende Juristen, Buchhändler und Bibliothekare.

Redigirt von

**Oscar Albert Walther,**

Stadtsyndikus zu Rudolstadt.

Jährlich 1 Band von 12 Monatheften à 5 Ngr. nebst Sach- und Schriftsteller-Register. Das Nähere besagt der in allen Buchhandlungen gratis zu habende Prospektus.

[15] Durch alle Postanstalten und Buchhandlungen ist zu beziehen die jeden Montag erscheinende:

**Allgemeine Auswanderungszeitung.**

Redigirt von

Dr. Büttner, C. M. v. Aus und J. G. Strechfuß.

Mit Karten, Plänen und Illustrationen.

Preis quartaliter 14 gGr. oder 1 fl. 3 kr.

Verlag von G. Froebel in Rudolstadt. — Leipzig, bei F. G. Beyer.

NB. Probeblätter werden auf Verlangen gratis geliefert. Vom 1. Jahrg. sind komplete Exempl. noch vorhanden.

[16] In der Zehnder'schen Verlagsbuchhandlung in Baden (Kanton Aargau) ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Die Geschichte der Einführung der Nuntiatur in der Schweiz und ihre dargelegte Politik** in authentischen Aktenstücken. Deutsch bearbeitet und herausgegeben von Dr. Ludw. Snell. gr. 8. eleg. brosch. Preis 1 fl. oder 18 Ngr.

[17] In der Cröcker'schen Buchhandlung zu Jena ist folgende wichtige Schrift erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

**J. F. Fries, Politik oder philosophische Staatslehre.** Herausgegeben von E. F. Apelt. Preis 1⅔ Rthlr.

Neues interessantes ethnographisches Werk!

[18] In der Arnold'schen Buchhandlung in Dresden und Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

**Der Kaukasus**

und das Land der Kosaken

in den Jahren 1843—1846

von

**Dr. M. Wagner.**

Erster Band.

8. brosch. 1 Thaler 10 Ngr.

Wir empfehlen dieses Werk nicht allein Naturforschern, Liebhabern von Reisebeschreibungen und Freunden von Naturschilderungen, sondern auch Militärs, welche über die kaukasischen Kriegsereignisse vieles Neues darin finden werden.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oser z. Emp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. übereinischen Länder wende man sich an G. A. Klinckwort Strasburg 29 Brandgasse, Porte 25, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 5.15.; wenn die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 8. **Heidelberg**, Samstag 8. Januar **1848.**

## Übersicht.

**Die Vereinigten Ausschüsse.** I. — **Von der gallizischen Grenze** (Radetzki auf der polnischen Nordbahn). **Aus Österreich und Preußen**; die Besprechungen der Regierung; die Reform des Gesetzes über Verbrechen und ihre Hoffnungslosigkeit). **Berlin** (Gerücht über bedenkliche Erkrankung des Kaisers von Rußland). **Königsberg** (Universitätsberathungen über Zulassung der Juden und Katholiken zu den Lehrstühlen). **Breslau** (Antwort des Magistrats auf die Vorstellung der dortigen Gemeinde). **Aus Westpreußen** (Beleuchtungs-Sammlung). **Aus dem Fichtelgebirg** (Nachcensur in Würzburg). **Ulm** (erfolgreiche Deputation beim König). **Karlsruhe** (Tagesordnung der zweiten Kammer für den 10. Januar). **Kassel** (Wippermann's Angelegenheit). **Frankfurt** (Verhandlungen der gesetzgebenden Versammlung über Expropriationen). **Bremen** (Präsident Pall gegen England. Ungehörigkeiten in Betreff der Bremer-Newyorker Dampfschifffahrt).

**Schweiz.** Zürich. Die Bundesrevision. Eidgenössisches Kriegsgericht. Bern. Treiben der Geistlichkeit in den katholischen und Sonderbundskantonen. Luzern. Beschluß an Oberst Ziegler. Gemeindeverhältnisse. Jurg. Verfassungsarbeiten.

**Großbritannien.** Die Noth in Schottland.

**Frankreich.** Das Budget für 1849. Wahl der Arrondissementscommissionen. Erklärung Guizot's in Bezug auf Adelsschaden. Michelet's Vorlesungen geschlossen. — **Spanien** Madrid. Budget. Thurig in Madrid. Lage Katalonien's. — **Italien.** Florenz. Tröster Einbruch der Intervention der Österreicher in Modena und Parma. Verhalten der Regierung. Die Civica in Lucca. Ibrahim Pascha. Ferrara. Turin. Erscheinung eines Kultusministeriums des öffentl. Unterrichts. Aufschwung der Presse; Erbitterung der Bischöfe gegen die neuen Censurverordnungen; Haß gegen die Jesuiten und Österreich. Rom. Entwerfung einer Judenjagd.

**Amerika.** Ein nordamerikanischer Gesandter für Deutschland soll in Frankfurt a. M. residiren. Dr. v. Tschudi, Redakteur der Newyorker Schnellpost, †. Merikanische Friedenskommission.

Zur Verständigung in der badischen wörtemb. Eisenbahnfrage.

### Heidelberg, 8. Januar.

Die Ausschüsse der preußischen Provinzialstände sind auf den 17. Jan. nach Berlin zusammenberufen. Schon beginnt die vorberathende Abtheilung ihre Thätigkeit. Und bis jetzt konnte man nicht einig werden darüber, ob vor 6 Monaten die Wahlen der Ausschüsse zu verweigern oder zu vollziehen gewesen, ob mit oder ohne Reservation zu wählen war, endlich ob unter der rheinischen Verwahrung oder dem altpreußischen Vorbehalt. Wir sind nicht gewillt, auf diese Streitfrage weiter einzugehen. Aber aus den mehr oder weniger sticholtigen Gründen, welche jede dieser Schattirungen für sich anzuführen gewußt hat, womit sehr nachhaltigen Anklang im Lande gefunden, entnehmen wir eine Überzeugung, welche für die nahe bevorstehende praktische Entscheidung heilsamer ist, als jenes rückschauende Für und Wider — die Überzeugung, daß eine Spaltung der preußischen Opposition nicht stattfindet. — Der freilich beklagenswerthe Mangel einer übereinstimmenden Handlungsweise bei den Ausschußwahlen ist auf Ursachen zurückzuführen, welche tief in deutscher Eigenthümlichkeit wurzeln und ebenso deutlich das gegenwärtige Stadium des preußischen Verfassungslebens charakterisiren. Gewöhnlich wird ein Streit um Principien für schwierig gehalten: über diese pflegen wir Deutsche weit eher und zu vereinigen; ein gemeinsamer Zweck stellt sich uns leichter heraus, weil wir ja vorherrschend Theoretiker sind. Aber — sobald es die Wahl der Mittel gilt, wodurch der erkannte Zweck erreicht werde, sobald die praktischen Erörterungen über dieses Zweckmäßige, jenes Unzweckmäßige beginnen — da stehen die Gesinnungsgenossen in alle zweiundreißig Winde auseinander, da schlägt Jeder einen besondern Weg als besonders empfehlenswerth vor, und höchst selten Sämmtliche Einen und denselben ein! Die jesuitische Gleichgültigkeit gegen die Beschaffenheit der zu wählenden Mittel ist unsrer Volksnatur schnurstracks entgegen, sobald sie vielmehr geneigt ist, eigensinnig den Zweck preiszugeben einem Mittel zu Liebe. Die Männer des preußischen Landtags erwiesen sich als deutsche Naturen! Die gesammte Opposition war und ist darüber einig, daß zu jedem Gesetz über Personenrecht und Eigenthum ein der Publikation vorhergehender Beirath, und zur Veränderung oder Erhöhung der Steuern, sowie zum Abschluß jedweder Anleihe die Zustimmung des Ver. Landtags unentbehrliches Erforderniß der Gesetzmäßigkeit sei, daß folglich Beirath und Zustimmung der Reichsstände weder durch Ausschüsse, noch durch Provinzialstände jemals ersetzt werden. Abweichungen entstanden erst über der Auswahl der zweckmäßigsten Mittel, diese Rechte wahrzunehmen, von deren Unverbrüchlichkeit die ganze Opposition sich erfüllt war und ist. Solange noch die Provinzen gemeinsam tagten, wich die deutsche Halsstarrigkeit einem weisen Nachgeben, und wir sahen die ritterlichen 138 Unterzeichner einer Erklärung der Rechte mit dem Grafen Schwerin einen andern Weg zu demselben Ziel einschlagen. Kaum aber war Behufs der Ausschußwahlen die imposante Versammlung in acht Elemente zerlegt, da machte die trotzige Vielköpfigkeit, jener Independentismus der Individualitäten sich mit aller Macht geltend, der über Deutschland solch unsäglichen Unheil verhängt hat. Nicht mit Unrecht, wenn auch dütter angefrindet darob, nannte Dincke den Ausfall der Wahlen „buntscheckig". Uns sollte nicht wundern, wenn ein Berliner Abraham a Sta. Clara den Ausgang des „brüderlichen" Landtags mit der Sprachverwirrung am Babylonischen Thurmbau in „Comparation" gesetzt hätte. Die Opposition verstand sich nicht mehr; Abgeordnete beklagten peinlich die Trennung von politischen Freunden. Und doch keine Spaltung? Dennoch. Den Jammer und die Schmach, welche sonst im Gefolge solcher germanischen Abweichungen in der Wahl der Wege eintraten, daß Männer, die dasselbe wollen, nur in verschiedener Weise, sich deßhalb verfeinden und heftiger bekämpfen, als den gemeinsamen Widersacher, hat uns die preußische Opposition erspart. Sie fühlte, sie zeigte sich einig im letzten Augenblick. Auch das Volk würdigte dies Zusammenhalten. Auf einem Feste zu Ehren von Abgeordneten, welche mit Vorbehalt gewählt, wurde den Verweigernden der Wahlen ein Hoch gebracht. Die Meinungsverschiedenheit bestand und besteht nur in Anbetracht der Frage, welche von den Zwei sten, am würdigsten und zweckmäßigsten die unantastbaren Landesrechte aufrecht halte. Achtundfünfzig, welche den Wahlen sich entzogen, antworten hierauf: „durch Wahlverweigerung". Altpreußen: „durch Wahlen unter dem Vorbehalt, nur die Strafgesetzentwurf berathen zu wollen, weil derselbe kein ständisches Gutachten mehr erfordere." Rheinländer durch besondere Verwahrung gegen jederlei Zumuthung eines Rechts an die Ausschüsse, welches den Reichsständen zukomme. Durch Niederlegung des Mandats in Folge des Landtagsabschieds der Abgeordnete v. Barbeleben, in Folge der Einberufung die Abgeordneten v. Beckerath und Müller. Endlich diesenigen von der Opposition, welche schlechterdings wählten, dadurch, daß sie erschienen und, wenn auch nicht durch ein Gelübde bei der Wahl, so doch durch die zu Recht bestehenden Verfassungsgesetze aus Friedrich Wilhelms III. Zeit in Eid und Gewissen genommen, sich jeder verfassungswidrigen Thätigkeit der Ausschüsse sowohl enthalten, als widersetzen, also keinerlei Ausübung reichsständischer Befugnisse durch den Ausschuß dulden werden. — — Solcher unabsehbaren Zerfetzung in zahllose Fraktionen that im parlamentarischen Leben nur ein geordnetes Parteiwesen Einhalt. Aber das, was die Birginität des ersten preußischen Landtags ausmachte, ließ es zu Bindungen dieser Art nicht kommen. Das idealische Gemälde, welches in enthusiastischer Weise Sanken am 17. Mai mit parlamentarischen Farben entwarf, von einer Ständeversammlung, wie sie die Geschichte nicht gekannt habe, stellte die edle Natur des treuherzigen Sprechers zwar in helles Licht, paßte jedoch vielleicht mehr für einen Landtag vor dem Ständenfall und für Minister, die nicht unter der Erfindung leiden und regieren. Theilte sich doch nicht dasselbe Parlament in zwei streng geschiedene Lager? Ist der Gegensatz von Whig und Tory jemals ein solcher gewesen, als hier zwischen Rechtspartei und der Sondenpartei, zwischen denen, für welche „Recht trotz dem Recht bleiben muß", und Jenen, welche von keinem andern Rechte wissen wollen, als von einem Rechte der Krone, über jedes noch so heilige Recht des Landes nach Gutdünken zu verfügen? Denn Tory und Whig waren immer von dem erbabenstem Stolz auf Rechte durchdrungen. Hatten nicht doch Besprechungen, Vorberathungen, Verabredungen stattgefunden?

Digitized by Google

War nicht ein großer und fast immer drückender Theil der Abgeordneten im Wesentlichen einverstanden und entgegengesetzter Ansicht mit Andern, fast durchgehends mit den selben Andern? Dennoch, wie gegen unwürdigen Verdacht verwahrten Bincke u. A. sich feierlich dagegen, einer „Partei" beigezählt zu werden. Als ob der schöne Ruhm, welchen Graf Schwerin jedem andern vorzog, „ein unabhängiger Abgeordneter zu sein", durch ein geordnetes Parteiwesen beeinträchtigt würde! Erdaulich ist freilich der Anblick eines parlamentarischen Rottenmeisters mit seinem Troß von Abgeordneten nicht, die gleich angehängten Nullen in allen Abstimmungen seinen Schwerk bilden. Diese Karrikatur mit Kamerad schaften, Ränken, Subordination und Kommando flößten manchen ernsthaften Staatsmann unüberwindlichen Ekel vor allem Parteiwesen ein. Und doch, die parlamentarische Unschuld, wonach vereinzelt wie vor Troja gekämpft, zu jeder Debatte die Rollen von Freund und Feind wie beim Spiel ausgetheilt werden, und politische Wahrhaftigkeit noch nicht zu festen innigen Bündnissen verbrüdert, sie führt zu solcher Verwirrung wie bei den Ausschußwahlen! War damals Ein hervorragender Character auf dem Landtag, unangefochten von Mißgunst und Eifersucht, unterstützt durch das Zutrauen Vieler und die Achtung Aller, frei von der seichsten Scham davor, als ein Erster unter seinen Gleichen, d. h. als Führer einer Partei zu gelten, und durch diese kleinliche Kreisbarkeit, Idiosynkrasien, Unverträglichkeit und Launen der großen Sache zum Opfer, so wurde die Opposition niemals in die nicht unzweideutige Lage versetzt, welche die Widersacher „Spaltung" nennen, so würde sie nicht bloß, wie jetzt, gemeinsamen Zweck verfolgt, sondern auch zu diesem Zweck die gemeinsamen Mittel ergriffen haben.

**Oesterreich.** Wien, 2. Jan. Ein Korrespondent der Allg. Zeit. stellt die in diesem und in andern deutschen Blättern mitgetheilte Nachricht von der Ankunft der Schweizer Jesuiten in Wien entschieden in Abrede; man muß abwarten, wie die Berichterstatter, die jene Nachricht brachten, ihre Aussage vertreten werden.

* Von der galizischen Grenze, 20. Dec. Der österreichische Beobachter gab in seiner Nummer vom 7. Dec. ein erschöpfendes Verzeichniß der von der Anklage auf Hochverrath durch die preußische Justiz entbundenen Polen. Wird der Beobachter uns nicht eines Tages mit Aufschlüssen über das Schicksal Jener überraschen, die unter der Last einer gleichen Anklage um dieselbe Zeit vor den Schranken der österreichischen Justiz standen? Es ist in der That schmerzlich denkwürdig, daß man sich in Oesterreich täglich von Tage, Poetscherist und Entwicklung des Polenprozesses in Berlin aus den öffentlichen Blättern unterrichten konnte, während zehnfache Scheidewände jeden Aufschluß über die im Lande selbst einer gleichen Anklage Unterworfenen, jede Einsicht in das Getriebe der Verschwörung, ihre Führer und Opfer sorgfältig abschnitten. Man nenne das nicht eine nothwendige Folge des Geheimverfahrens, das sich seiner Natur nach scheu vor dem Lichte zurückziehen muß. In Preußen bestand dieses Verfahren auch, allein man sah ein, daß dieser Prozeß zu tief ins Leben des Staates greife, zu sehr die öffentlichen Interessen berühre, um ihn wie eine gewöhnliche halspeinliche Procedur hinter Schloß und Riegel zu verweisen. Man brachte in Preußen der öffentlichen Meinung ein Opfer, entsagte dem alten System, gegen das sich bisher die gebildete Welt vergebens aufgelehnt, und stellte die heilige Themis ins Licht der Oeffentlichkeit, damit man ihr Walten sehe und richte. In Oesterreich hätte man mehr Ursache gehabt, hierin die Initiative zu ergreifen oder wenigstens das Beispiel Preußens, das keine Sonnenferne von uns entlegen ist, mit größtem Eifer nachzuahmen. Gegen die preußische Regierung stürmten nämlich in der Polensache keine Anklagen, wie gegen die österreichische. Man fühlte damals in Wien das Gewicht dieser Anklagen so tief, daß die Ritter, welche für die Regierung ihre Lanzen einlegten, feierlich und wiederholt die officielle Versicherung gaben, die Resultate der eingeleiteten Untersuchung würden seiner Zeit der Welt die erschöpfendsten Aufschlüsse über jene Verleumdungen geben. Nun ist der Monsterprozeß lange zu Ende, ohne daß uns bisher die im Interesse der Regierung selbst gewünschten Aufschlüsse zu Theil wurden. Werden wir sie erhalten, oder enthielt etwa der lakonische Ausspruch aus den Akten, den man zufolge Vorschrift des Gesetzes nach der Hinrichtung Mieskowski's und Kapuzinski's der Welt mittheilte, die ganze Summe der versprochenen Aufschlüsse, die ganze Wucht der von der Regierung versprochenen Rechtfertigung? Daß man diesem magern Aktenstücke keine solche Wirkung beilegt, beweisen fortwährende Wiederholungen jener Anklagen, die in der Zwischenzeit und noch jetzt in ehrenwerthen Organen der Presse auftauchen. Doch wenden wir uns von der Unterlassung eines Schrittes, den die Regierung zwar zugagte, dem man im Lande mit Sehnsucht entgegensah, der aber, von keinem Gesetze vorgeschrieben, von den auf ihr eigenes Interesse vor Mit- und Nachwelt verpflichteten Staatsmännern nicht absolut gefordert werden kann. Auch auf die unterlassene Veröffentlichung der Unschuldigen, die so lange Zeit unter der Last einer furchtbaren Anklage im Kerker schmachteten, wollen wir weiter kein Gewicht legen, da derlei unselige Opfer der Justiz nach dem österreichischen Gesetzbuch über Verbrechen (§. 448) nur das Recht haben, eine gerichtlich bestätigte Abschrift des lossprechenden Urtheils zu fordern. Dagegen muß es im Interesse der ganzen Monarchie gelegt werden, daß man sich in einer so bedauerlichen, den eigenen Leumund, die eigene Ehre betreffenden Sache nicht einmal streng an jene Oeffentlichkeit gebunden hielt, die doch das Gesetz unbedingt zur Pflicht macht. „Wenn das Urtheil auf längere als fünfjährige Kerkerstrafe lautet", heißt es im Strafgesetzbuch, §. 451, „so muß die Ankündigung gleichfalls" (wie bei Urtheilen auf Todesstrafe) „öffentlich, an einem dazu bestimmten Gerichtstage, mit Verführung des Verurtheilten in Fesseln auf ein vor dem Gerichtshause errichtetes Gerüst, und mit wohl vernehmlicher Ablesung des Urtheils durch den Gerichtsschreiber geschehen". Uber diese Öffentlichkeit ist man ganz hinweggegangen. Wie viele der Angeklagten, zu schwerem Kerker über 5 Jahre verurtheilt, mußten auf den Spielberg, ohne von ihren Landsleuten ein Zeichen des Mitleids als einzigen, als letzten Trost mitnehmen zu können! Man hat sich mit der Mittheilung des Urtheils innerhalb der Mauern des Kriminalgebäudes begnügt, und den Verurtheilten nicht einmal den von dem eisernen Gesetze vergönnten letzten Blick auf die Welt erlaubt, bevor ihre bereits in langer, nicht wie in Preußen menschenfreundlich erleichterten Haft begonnene Strafe in einem andern Kerker festgesetzt werden sollte. Vergebens harrte das Publikum, das die Vorschrift des Gesetzes aus der Praxis bei Dieben, Betrügern u. s. w. kennt, vor dem Gerichtshause auf die Vorführung der Verurtheilten, unter welchen manche Freund, manche nahverwandte Seele, von der man so lange Zeit geschieden war. In stiller Nacht, während das Publikum in Schlaf versunken war, rollten die verschlossenen Wagen mit den Verurtheilten und ihren Wachen in die unbekannte Ferne! Darin liegt nicht bloß ein greller Contrast gegen das in Preußen eingehaltene Verfahren, sondern eine Abweichung von dem Gesetze, die hier und in einer Zeit, die so sehr auf Entwicklung des Rechtes dringt, doppelt schmerzlich auffällt. Unter diesen Verhältnissen können wir nicht hoffen, daß die seit beinahe dreißig Jahren im Werke befindliche Reform unseres Kriminalgesetzbuches einer günstigen Lösung näher geführt sei.

**Preußen.** Berlin, 2. Jan. Die Köln. Zeit. berichtet: Man versichert, daß der Kaiser von Rußland seit einigen Tagen an einem Gallenfieber (Morbus biliosus) sehr erkrankt ist. Es ist dies ein Übel, von dem Se. Maj. schon früher oft zu leiden gehabt und das bekanntlich in Rußland gefährlich ist. Ja hoffe, Ihnen Morgen in dieser Beziehung Näheres mittheilen zu können.

Königsberg, 29. Dec. Kurz vor Weihnachten hat die Königsberger Universität darüber berathen, ob ihr Statut in dem Sinne abgeändert werden dürfe, daß fortan auch Katholiken und Juden zu ihren Lehrstühlen zugelassen werden sollen. Doch hat erst die philosophische Facultät ihr Gutachten und zwar dahin abgegeben, daß eine solche Zulassung unbedenklich sei. Nur zwei ihrer Mitglieder, die Historiker Drumann und Voigt, haben gegen diesen Beschluß protestirt. Sie haben ihr abweichendes Votum dadurch motivirt, daß die geistige Richtung anderer Juden und Katholiken eine wissenschaftliche Kritik gar nicht gestatte, und daß Personen, welche von den Lehren ihrer Kirchengemeinschaften abgefallen wären, den festen Grund der Wissenschaft nur zu untergraben vermöchten. (K. Z.)

Breslau, 31. Dec. Auf die Vorstellung, welche die hiesige Bürgerschaft wegen der kirchlichen Angelegenheiten an den Magistrat erlassen, hat Letzterer am 24. Dec. eine Antwort gegeben, worin es (nach dem Berichte des Ründ. Korr.) heißt: Durchdrungen von der Überzeugung, daß die evangelische Kirche nach Veranlassung und Zweck der Reformation, aus der sie hervorgegangen, unter Leitung der reinen, aus der heil. Schrift geschöpften Erkenntniß göttlicher Lehre und Heilswahrheit berufen ist, die Freiheit vor äußerer Herrschaft menschlicher Satzung in Religionssachen zu wahren, haben auch wir die Zerwürfnisse und Spaltungen nur mit Schmerz bemerken können, welche in der evangelischen Landeskirche in den letzten Jahren dadurch hervorgerufen worden sind, daß mit Aufhebung jenes Grundprinzips der Reformation die Gewissen durch einseitiges Festhalten und Gel-

Digitized by Google

trudmachen von Symbolen und Bekenntnißschriften beschwert und beunruhigt werden, welche, wenn auch für ehrwürdige, doch immer nur für menschliche Zeugnisse von der Glaubensauffassung der Vorzeit zu erachten und nach der heiligen Schrift selbst zu prüfen und zu beurtheilen sind. In diesem Sinne haben wir auf die uns aus den evangelischen Gemeinden unseres Konsistorialbezirks bekannt gewordenen Klagen und Besorgnisse bereits früher unsere Bitten unserm allergnädigsten Könige, als Schirmherrn der evangelischen Kirche, vorgetragen und erst ganz neuerlich wieder, schon im Empfang Ihrer Erklärung vom 28. Nov. l., im Einverständnisse mit der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Se. Maj. zu bitten, zur Wiederherstellung des kirchlichen Friedens die baldmöglichste Einführung der verheißenen, auf freie Gemeindevertretung mitbegründeten Verfassung der evangelischen Landeskirche verordnen, bis dahin aber den Konsistorien anbefehlen zu wollen, daß Kirchenregiment im Geiste evangelischer Freiheit zu verwalten. Hienach müssen wir entschieden wünschen und rathen, daß Sie der Allerhöchsten landesväterlichen Fürsorge vertrauen und in der evangelischen Landeskirche unsfomehr treu ausharren mögen, als des Königs Majestät selbst Allerhöchstihrer Überzeugung wiederholt dahin zu erkennen gegeben haben, daß der Kirche nicht durch Anordnungen des Kirchenregiments zu helfen sei, sondern daß sie nur durch sich selbst erbaut werden könne, als es ja der Geist ist, welcher über den Buchstaben von Symbolen und Formeln zu erheben vermag und als ganz namentlich, wie in unsern Stadtkirchen die geistlichen Ämter besetzt sind und von den Dienern am göttlichen Worte verwaltet werden, keine der verschiedenen, in der evangelischen Kirche vorhandenen Richtungen und Bedürfnisse ohne Befriedigung bleiben darf. Wir aber werden, wie Sie ebenfalls vertrauen mögen, unsern Vorfahren in der reformatorischen Zeit nachstehend, nicht ablassen, nach Pflicht und Gewissen für das Wohl und den Fortbestand der unserm Patronate und unserer Konsistorialen Fürsorge übergebenen evangelischen Gemeinden bemüht zu sein und mit unserm Stadtkonsistorium über den theuern unveräußerlichen Errungenschaften der Reformation zu wachen. Breslau, 24. Dec. 1847. Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt. (Gez.) Pinder, Bartsch, Jüttner.

** Aus Westpreußen. In der Königsberger Zeitung ist ein Aufruf erschienen, welcher die Erinnerung an das Judenfest der Königsberger Universität für eine Sache der Gegenwart, für die Beförderung der Studirenden, für die Beseelung der Studirenden, für die Beseelung der Studirenden, für die Beseel

das nöthige Gebäude auf dem Wege der Expropriation und gegen eine Entschädigung zu erhalten, deren Minimum und Maximum (L. 8. und L. 32 für die OR.) so festgesetzt wäre, daß der Morgen Landes innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht über 5000 L. käme. Ob nun diese Maximalschätzung eine richtige ist, das können wir freilich nicht beurtheilen. Wir sollten es denken, da von solchen Lagen die Rede ist, die, wie die Natur der Sache es von selbst ergibt, sich nicht an den Promenaden oder den großen Landstraßen befinden. Aber eine Minorität in der Kommission und, wie es schien, eine an Mehrheit grenzende Anzahl von Mitgliedern der gesetzgebenden Versammlung wollte von gar keinem Maximalsatze wissen und die ganze Garantie des Staats darin finden, daß die Abschätzung einer sog. Jury statt wie bisher bei von beiden Theilen in gleicher Anzahl gewählten und vom Staate mit einem Obmann versehenen Kommissionen übergehen werde, was offenbar so ziemlich auf dasselbe hinauskäuft. Und man glaube nicht, daß es gerade das Privatinteresse sei, welches sich so dem allgemeinen Wohl entgegenstellte; nein, es war größtentheils die löbliche, aber kleinbürgerliche Furcht, um des Besten des Ganzen willen in einzelnen Fällen Einzelnen zu nahe zu treten, der beschränkte Begriff von der Souverenität des einzelnen Bezirkes entgegen der Souverenität des Staates, der Gedanke, daß der Theil nothwendig so groß sein müsse wie das Ganze, mit einem Worte die mittelalterlichen Ideen, welche sich selbst freisinniger Männer da durchkreuzen, wo sein großes Staatsleben ist und sein kann. Der Held des Tages war Dr. Reinganum, der mit der höchsten Klarheit auseinanderlegte wie der Staat gar nicht gehackt werden könne, wenn er das Recht, das er hier in Anspruch nimmt, nicht besäße, und wie man früher auf administrativem Wege Gebäude ohne alle Entschädigung für öffentliche Zwecke an sich zog. Er zeigt, wie Städte gar nicht angelegt werden könnten, wenn man z. B. in Nordamerika so kleinliche Bedenken tragen wollte. Er berief sich auf das Beispiel anderer Städte (wie z. B. Leipzigs und Bremens). Er verringte schlagenden Witz mit überzeugender Schärfe der Wahrheit. Ihn unterstützte kräftig und beredt Hr. Schöff Müller. Aber eine große Mehrzahl teat mehr oder minder heftig entgegen, und die Grundbesitzer werden wohl gegen die Staatslehrer, wenn auch nicht Recht haben, doch Recht behalten.

Y **Bremen**, 2. Jan. In einem Paragraphe über von dem Präsidenten der Ver. Staaten an den Kongreß gerichteten Botschaft befindet sich eine Stelle, die Ihnen bei der überlangen Ausdehnung dieses Dokuments leicht entgehen könnte, und die doch, nicht bloß speziell für unsre freie Stadt, sondern auch für ganz Deutschland von Bedeutung ist. Diese Stelle betrifft eine jener insolenten Maßregeln, welche sich England öfter als billig gegen andere Völker erlaubt, um den internationalen Verkehr zu hindern und zu erschweren, zum Trotz aller jener schönen Redensarten, worin man uns verspricht, daß fortan der Weltverkehr freigegeben sein solle, wie Wasser, Luft und Licht, die uns Gott sei Dank bis jetzt noch keine Regierung nehmen oder besteuern konnte, abgesehen etwa von der englischen Fenstersteuer verrufenen Namens und Andenkens. Die Stelle lautet im Wesentlichen: „Die zwischen Bremen und den Ver. Staaten eingerichtete Postdampfschifffahrt habe auf allen Zwischenstationen und in Bremen selbst Seitens der Postverwaltung das freundlichste Entgegenkommen gefunden, als aber das erste nach Bremen bestimmte Dampfschiff bei seiner ersten Fahrt in Southampton angelegt, habe das dortige britische Postamt, gewisse Bestimmungen in Anwendung bringend, von den Briefen und Packeten das doppelte Postgeld erhoben, in der deutlichen Absicht, die britische Dampfschifflinie zu begünstigen; wenn das so fortgehe, werde aller weiteren Beförderung von Briefen ꝛc. durch amerikanische Dampfboote allmälig ein Ende gemacht werden und die britischen Dampfschiffe ein Monopol darauf erhalten. Niedrigere Taxe verlange nichts als billige Gegenseitigkeit, darauf werde und müsse die Regierung bestehen. Die nordamerikanischen Gesetze machten keinen Unterschied zwischen britischen oder nordamerikanischen Schiffen, welche Briefschaften nach nordamerikanischen Häfen brächten; man dürfe mithin verlangen, daß England auch keinen Unterschied mache. Der nordamerikanische Gesandte habe diese Angelegenheit bereits bei der großbritannischen Regierung anhängig gemacht und sei jetzt mit der Einleitung von Anordnungen beschäftigt, durch die der Zweck gleichmäßiger Behandlung auch für die Bremer Linie erreicht werden solle. Solle er jedoch zu diesem Ziele nicht gelangen, und solle England auf den von ihm getroffenen unbilligen und ungerechten Maßregeln bestehen, so würde es nothwendig sein, den Generalpostmeister zu Gegenmaßregeln zu ermächtigen, durch welche England gezwungen würde, die Bremer Linie mit der Ueberpovler ganz auf denselben Fuß bezüglich des Postgelds zu setzen." Es handelt sich hier um ein Lebensprinzip für die nordamerikanisch hanseatische Dampfschifflinie; wir müssen aber unser Geschick mit aller Selbstvertrauung in die Hände der nordamerikanischen Regierung legen, indem wir auch bei dieser Gelegenheit abermals aufs bitterste empfinden, daß wir in dieser Hinsicht machtlos sind und unsererseits der nordamerikanischen Regierung in Verfolgung ihrer löblichen Absichten keine nachdrückliche diplomatische oder anderweitige Unterstützung gewähren können.

## Schweiz.

Δ **Zürich**, 3. Jan. Man wartet in Bern nur auf die völlige Rekonstituirung der Sonderbundskantone und auf die Erledigung der baherigen Kostenfragen, um alsdann die Kommission, welche für Bundesrevision aufgestellt ist, mit je einem Gesandten jedes Sonderbundskantons zu vereollständigen und zu den Beratbeiten übergehen zu können. Durch die neuesten Ereignisse hat die Frage der Bundesrevision einen bedeutenden Schritt vorwärts gethan, indem gegenwärtig alle Kantone über die Nothwendigkeit derselben einig sind, während sich vorher die Sonderbündler selbst gegen diesen Satz mit aller Macht sträubten. Materiell ist freilich dadurch noch nicht viel gewonnen und wenn die Debatte einmal ins Detail eingehen wird, so dürften vielleicht sogar die kleinern Kantone in der bisherigen Zwölfermajorität schwanken. Dennoch darf das Uebergehen zu den allgemeinen Bewußtsein, daß Etwas geschehen müsse, als Fortschritt und Bürgschaft dafür bezeichnet werden, daß Etwas geschehen wird. Auch darin liegt ein großer Gewinn, daß man sich über das Organ, durch welches die Revision vor sich gehen soll, geeinigt hat. Während früher die radikale Partei stets Eriedigung dieser Frage durch einen eidgenössischen Verfassungsrath, oft sogar durch einen nach der Kopfzahl gewählten Verfassungsrath verlangt hat, ist man jetzt allseitig damit einverstanden, daß diese Berathung der Tagsatzung vorbehalten bleiben müsse. — Die Presse beginnt nun, freilich bis jetzt noch in schwachen Versuchen, die neuen Bundesformen zu debattiren. Ob die Reform eine totale oder partielle bleiben soll, ist zur Stunde noch ungewiß; über diese Frage, welche seit Jahren immer allen Instruktionsbehörden vorgelegt wurde, hat sich noch nicht eine Stimme hören lassen. Wenn es uns erlaubt ist, in dieser Beziehung zu prognostiziren, so glauben wir uns mit ziemlicher Sicherheit dahin aussprechen zu können, daß die Revision nur eine partielle, freilich dennoch eine umfassende bleiben werde, und zwar werden es muthmaßlich diplomatische Rücksichten sein, welche hier den Entscheid geben. Damit dürfte denn auch entschieden sein, daß § 12. der bisherigen Bundesverfassung, welcher die Gaeantie der Klöster und Stifter betrifft, in unverändertem oder wenigstens nur modisicirter Form fortbestehen bleibe. Die große Schwierigkeit bei der Bundesreform liegt bekanntlich in der Frage, wie lassen sich die einander widersprechenden Ansprüche der Kantonalsouverenität mit den Forderungen einer in jedem Bundesleben nothwendigen Centralgewalt vereinigen und auf eine zugleich grundsätzliche, den Bedürfnissen der Neuzeit anpassende und doch dem historischen Recht nicht allzusehr widerstreitende Weise befriedigen? Im innigsten Zusammenhang mit dieser Frage steht dann diejenige des Repräsentationsmodus. Wir verlangen vor Allem nun eine principielle Lösung dieser Frage. Es wäre sehr betrübend, wenn der gegenwärtige so günstige, vielleicht binnen Jahrzehnden nie mehr so vortheilhaft wiederkehrende Zeitpunkt versäumt würde, wenn man dem Schweizervolke zum Dank für seine ehrenhafte Haltung und den von ihm geleisteten Beweis, daß es der Freiheit und des eidgenössischen Namens würdig sei, ein mattes diplomatisches Gebräu vorsetzen und die tiefen Schäden in seinem Organismus mit einem Schönpflästerchen bedecken wollte. Wir können deßhalb nicht umhin, uns schon von vornherein gegen eine zweite Auflage der von Napoleon uns aufgedrungenen und ein uns Bewußtsein des Volkes gedrungene Mediationsverfassung zu verwahren; nach jener Verfassung hatte jeder Kanton über 100000 Seelen 2 Stimmen, alle andern bloß eine — eine so prinzipienlose, beständigen Eifersüchteleien und Intriguen aller Art Vorschub leistende Einrichtung, wie sie zwar allerdings Napoleon, nie aber dem Schweizervolk genehm gewesen sein konnte.

**Zürich.** Das eidg. Kriegsgericht in Zürich besteht aus folgenden Mitgliedern: Großrichter Oberst Dr. Kasimir Pfyffer, Oberstlieutenant Benz in Zürch, Kavallerieinspektor Reiser von Bisegg, Kanton Thurgau, Hauptmann Schindler von Glarus, Oberstlieutenant Abraham Giezendanner, Kanton St. Gallen, Oberstlieutenant Heinrich Peßlasgi von Zürich, Unterlieutenant Haberstich, Kanton Aargau, Unterlieutenant Bucher, Kanton Zürich und Kavallerieschwadronschefs Wild, Kanton Zürich. Gerichtsschreiber: Prokurator Funk.

⊃ **Bern**, 3. Januar. Der größte Feind, mit dem es die

Digitized by Google

neue Regierung in den ehmaligen Sonderbundskantonen zu thun hat, ist die Geistlichkeit. Obgleich der Nuntius in einem höflichen Schreiben die Regierung von Wallis anerkannt hat, so haben doch der Bischof von Sitten, der Vorsteher des Klosters von St. Bernhard von Mesta aus Protestationen an den Hr. Rath geschickt, worin sie sich gegen die jetzige Ordnung der Dinge und namentlich gegen die Aufhebung der geistlichen Immunitätern, gegen die den religiösen Korporationen, sowie der Weltgeistlichkeit aufgelegte Kontribution, die Säkularisation der Pfründen, deren Kollatur die Klöster hatten, aufs Entschiedenste verwahren. Im Kanton Freiburg will der Bischof die aufreizenden Geistlichen nicht zum Schweigen bringen, aber auch die Berufung derselben durch die Regierung nicht anerkennen, weßwegen er sich an den Papst gewendet hat. Die Regierung von Luzern hatte in ihrer ersten Proklamation die Erwartung ausgesprochen, daß die Seelenhirten ihre Pflichten künftig treuer erkennen und die Regierung in ihrem Streben, das Glück des Volkes zu fördern, unterstützen werden. Gleichzeitig ward ein Schreiben an den Hochw. Herrn Bischof erlassen, in welchem die Erwartung ausgesprochen wurde, er werde durch einen ernsten Hirtenbrief die Pfarrer sowie die gesammte Kantonsgeistlichkeit vor dem Mißbrauch der Kanzel und des Beichtstuhls, vor Umtrieben und Wühlereien, deren sich so viele Priester schuldig gemacht und das Landesunglück dadurch herbeigeführt haben, warnen. Statt des erwarteten Hirtenbriefes erschien nun ein kurzes, nichtssagendes Briefchen des Bischofs an seinen Kommissär M. Kaufmann in Luzern, in welchem die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Kantonsgeistlichkeit jene Fehler, worüber geklagt werde, sich nicht wieder zu Schulden kommen lasse. Ohne weitere Bemerkungen theilt der Hr. Kommissär das bischöfliche Schreiben den Dekanen zur Abfassung eines Rundschreibens an die Pfarrer mit, und damit wäre also die Sache nach der Ansicht des Bischofs abgethan. Es ist schon früher in diesen Blättern mitgetheilt worden, wie an sehr vielen und gerade den fanatisirten Orten, nachdem nun den Leuten die Schuppen von den Augen gefallen sind, ganze Gemeinden ihre Pfarrer nicht mehr anerkennen wollen und auf Abberufung dringen. Auch das macht die Regierung dem Bischof bekannt und trägt darauf an, daß diese Geistlichen, die so sehr ihre Pflichten außer Acht gelassen, die so großes Unglück verschuldet haben, wirklich abberufen werden möchten. Der Erfolg war kein anderer, als daß der Hr. Bischof in einem kurzen höflichen Schreiben gebeten hat, diese Pfarrer an ihren Stellen zu lassen, da er die Übergewung habe, daß sie künftig keinerlei Ursache zu dergleichen Beschwerden mehr geben werden. Daß damit die Sache nun abgethan sei, scheint weder im Willen der Regierung noch der betreffenden Gemeinden zu liegen. Es sind überall Verbäre über die Umtriebe, deren sich diese Geistlichen schuldig gemacht haben, aufgenommen worden, und man wird auf deren Entfernung fest bestehen. Was für Leute wir in der protestantischen Geistlichkeit unsers Kantons haben, beweist folgende Thatsache. Pfarrer Fasnacht von Jegenstorf, seiner Zeit Dekan, hielt am 14. Nov., also am Tage, wo die eidgenössischen Truppen in Freiburg einzogen und alle Gemüther in der größten Spannung waren, eine Predigt, worin er die unglückliche Lage des Vaterlandes mit den grellsten Farben schilderte, fremde Interventionen in Aussicht stellt, den Eintritt von Verdienstlosigkeit, Verarmung, Hunger und Elend verkündet, das Elend der Familien, den Tod der Väter, Gatten, Söhne und Brüder, den Jammer der Wittwen und Waisen ausmalt, und als die Ursache dieser schwarzen Zukunft die jetzt herrschende freisinnige Partei anklagt, die durch ihr gottloses Treiben den Bürgerkrieg heraufbeschworen hätte, da sie sich lieber mit der Polizei als mit der Bibel beschäftigt hätte, ganz in Unglauben lebte ꝛc. Es war eine Predigt zu Gunsten des Sonderbunds, im süßen Vorgefühl, daß Jesuiten und Aristokraten wieder ihr Haupt erheben und siegen werden. Einige entrüstete Zuhörer klagen vor Gericht. Der Hr. Pfarrer wird aufgefordert, seine Predigt einzusenden. Zwei Lehrer, die als brave Männer bekannt sind und auch als Zeugen vernommen worden waren, erhalten die schriftliche Predigt zum Vergleich mit der mündlich gehaltenen und erklären nun mit Namensunterschrift in den Zeitungen, der Hr. Pfarrer habe der Behörde eine Predigt eingereicht, deren Hauptinhalt in grellem Gegensatz zu der mündlich gehaltenen stehe.

Luzern. Eine Gesellschaft von Frauenzimmern der Stadt hat dem Hrn. Oberst Ziegler als Anerkennung seiner loyalen Gesinnungen und eifrigen Pflichterfüllung eine schöne Blumenvase zum Geschenk gemacht.

Die Gemeinderathswahlen sind an mehreren Orten konservativ ausgefallen.

Zug. Die engere Kommission des Verfassungsrathes ist mit ihren Arbeiten zu Ende. Dieser erste Entwurf hat jedoch noch die Effektkommission und den Verfassungsrath zu durchwandern. Es soll dieser erste Entwurf sich von jedem Extrem ferne halten.

## Großbritannien.

London, 3. Januar. Den Glasgow Chronicle zufolge nimmt in den schottischen Fabrikdistrikten die Noth unter der außer Arbeit gesetzten Bevölkerung auf eine wahrhaft beunruhigende Weise überhand, nicht blos in den Städten, sondern leider auch auf dem Lande. Ein oder zwei Wochen, sagt dies Journal, wäßten diese bedauernswerthen Leute wohl ihr Dasein hinzufristen, indem sie ihre Effekten springen ließen und auf Kredit lebten, bis er erschöpft sei, wenn aber die Arbeitslosigkeit und mit ihr die Noth Monate lang anhalte, wie dies leider jetzt in vielen Familien der Fall sei, so hätte dieser äußerste Grad der Entblößung, wenn er auch in Etwas durch die Hülfe der Armenspermanstalten gelindert werde, auf die leidliche sowohl, als auf die geistige und sittliche Gesundheit des Volks den betrübendsten Einfluß. Seit so vielen Jahren wiederholen sich diese herzbrechenden Schilderungen und Klagen, und doch hat die europäische Menschheit, die schon in ihren innersten Gebeinen erzittert, wenn sie vernimmt, daß die Cholera in einer Entfernung von so und so viel hundert Meilen wieder ihr Vernichtungswerk beginnt, für diese in ihren Eingeweiden fortdauernd wüthende Pest der Noth noch kein Mittel gefunden, man weiß nicht ob aus Unfähigkeit oder aus Mangel an gutem Willen!

## Frankreich.

Paris, 4. Jan. In der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten legte der Finanzminister, Hr. Dumon, das Budget für 1849 vor, in welchem die Einnahme auf 1,383,469,360 Fr. und die „ordentlichen" Ausgaben auf 1,382,468,322 Fr. berechnet werden. Hiernach würde sich für das nächste Jahr ein Überschuß von mehr als einer Million herausstellen, aber es hinkt ein Posten von 135,528,000 Fr. „außerordentlicher" Ausgaben hintendrein, so daß sich der Überschuß zuletzt doch in ein Deficit von hundert und einigen dreißig Millionen verwandelt.

Nach der Sitzung versammelte sich die Kammer in den Abtheilungen, um die Mitglieder der Adreßkommission zu ernennen. Die sämmtlichen Mitglieder fielen auf Mitglieder der konservativen Partei. Hr. Guizot erklärte in seiner Abtheilung auf die bestimmteste und gerichtete Frage, daß die Regierung hinsichtlich des gegen Abdel-Kader einzuhaltenden Verfahrens noch nicht mit sich einig sei, und daß die Beroffentlichung der vom General Lamoricière mit dem Emir abgeschlossenen Übereinkunft keineswegs eine Bestätigung derselben sei. Man sagt übrigens, daß bereits Befehl gegeben sei, Abdel-Kader nach Paris zu bringen, und daß im Palaste Elysee Bourbon Wohnungen für ihn und sein Gefolge hergerichtet werden.

Die Vorlesungen des Hrn. Michelet sind wegen der Aufregung, die sie unter der Zuhörerschaft erregten, auf Befehl der Regierung geschlossen worden. Hr. Michelet veröffentlicht deßhalb ein Schreiben an den Vorstand des Collège de France, in welchem er diese Maßregel für Nichts weniger erklärt als für einen Staatsstreich, um comp d'état en trois coups — dessen beide erste Schläge die HH. Mickiewicz und Quinet getroffen haben, deren Vorlesungen seit längerer Zeit gleichfalls geschlossen sind.

## Spanien.

Madrid, 28. Decbr. Die Regierung hat dem Kongreß das Budget vorgelegt, demzufolge sich die Einnahmen auf 1,283,631,000 Realen und die Ausgaben auf 1,583,000,000 Realen belaufen. Zur Verminderung des sich hieraus ergebenden Deficits sollen in mehreren Zweigen der Verwaltung, der Erklärung des Ministeriums zufolge, möglichst beträchtliche Ersparnisse gemacht werden. — Hr. Isturiz, der spanischer Gesandte in London, ist in Madrid angekommen. Es heißt, er habe seine Entlassung gegeben, die indessen nicht angenommen sei. Die Nachrichten aus Catalonien stellen die baldige Wiederherstellung der Ruhe in dieser Provinz in Aussicht. Der bedeutendste Häuptling der Aufständischen, Marsal, unterhandelt mit dem Generalkapitän über die Bedingungen seiner Unterwerfung.

## Italien.

† Florenz, 30. Dez. Wie tief der Mißmuth über den Einmarsch der Österreicher in Modena und Parma die Gemüther erfüllt, bewies die für den 27. und 28. zur Wahl ihrer Leutenante und Unteroffiziere eingeladene Civica. Nur eine einzige Wahl konnte vorgenommen werden, die übrigen 24 blieben unerledigt, weil die Bürger sich entweder gar nicht oder in ungenügender Zahl an den beiden Versammlungstagen eingefunden hatten. Die heutige Gazzetta macht über diese Saumseligkeit milde Vorwürfe und weist zugleich die

Digitized by Google

Anklagen zurück, daß die Regierung der Bürgerwehr nicht hold sei. Der Großherzog seiner Seits fährt fort, diese ziemlich eingewurzelte Meinung thatsächlich zu bekämpfen. Soeben hat er die Organisirung der Civica auch in dem Gebiete von Lucca angeordnet. Das von dem Erbherzog gegebene Regulament wird aufgehoben und durch das toskanische ersetzt, die schon früher gewählten Offiziere werden bestätigt, um, wie es heißt, den Luccheſen ein neues Denkmal des großherzoglichen Wohlwollens zu geben. Indeſſen hat man jetzt keinen Sinn für ein Entgegenkommen, das im Hinblick auf die ehrene Politik der Höfe von Neapel und Modena zehnfachen Werth erhielte. Man hält Regierung und Land jetzt ebenſo hintergangen, wie in der Angelegenheit von Ischitano und die nationale Unabhängigkeit durch den Einmarſch der Öſterreicher in Modena und Parma ſehr bedroht. — Ibrahim Paſcha, der ſeit einiger Zeit in Piſa lebt, iſt mit zwei Söhnen und einem zahlreichen Gefolge hier eingetroffen. Gleich darauf beſuchte er den Großherzog, der dieſe Artigkeit gleichmäßig erwiderte. Auch den franzöſiſchen Geſandten überraſchte Ibrahim mit einem Beſuche. — Nach der Alba vom 25. iſt die Räumung der Stadt Ferrara Nichts als Schein und Täuſchung. Nach ihr hatten die Öſterreicher außer der Zitadelle auch eines der Stadtthore beſetzt.

* Turin, 2. Jan. Unſere Zuſtände entwickeln ſich immer günſtiger. Die vielfachen Beweiſe der Begeiſterung des Volkes über die neuen Geſetze wirken günſtig auf den Regenten. Die in den nächſten Tagen erſcheinenden, auf freiſinnigen Grundlagen gebauten Gemeinde- und Provinzialverwaltungsgeſetze werden gut wirken. Die Preſſe gedeiht unter dem Schutze des neuen Geſetzes, das, obwohl eigentlich eine Cenſurverordnung, dennoch einen guten Einfluß hat, weil die ernannten Cenſoren, allgemein geachtete Männer, ihre Stellung begreifen. Außer den in meinem letzten Briefe angekündigten neuen Zeitungen erſcheint nun noch eine neue: L'Opinione von dem Oberſten Durando (Verfaſſer eines beliebten Werkes über Italien) redigirt. Das neue Preßgeſetz hat ſchon zu Verwickelungen geführt. Da es fordert, daß alle Schriften ohne Ausnahme den ernennanten Cenſoren vorgelegt werden ſollen, ſo verlangt die Regierung, daß auch alle Bekanntmachungen, Hirtenbriefe und Inſtruktionen der Biſchöfe den weltlichen Cenſoren vorgelegt werden, um einer nachtheiligen, die Intereſſen des Staats verletzenden Einwirkung der Geiſtlichen vorzubeugen. Der Biſchof Charvaz von Pinerolo will ſich dieſer Anordnung nicht fügen und hat ſeine Entlaſſung genommen. Andere Biſchöfe proteſtiren. Der Haß gegen die Jeſuiten ſpricht ſich vielfach in Demonſtrationen zu Gunſten von Gioberti aus. Bei einem Feſte der Ausſtreue am 29 Dez. wurde der Antrag genehmigt, die Statue von Gioberti in Marmor verfertigen zu laſſen und der Univerſität zu ſchenken. Das geſtern ausgegebene erſte Blatt der Zeitung Concordia enthält einen ſehr kräftigen Aufſatz gegen die römiſche Cenſur, worin auf höchſt geiſtreiche Weiſe das willkürliche, ängſtliche und der Regierung ſchädliche Syſtem der Cenſoren, jedes freiſinnige Wort zu ſtreichen, lächerlich gemacht wird. Bedenklich ſcheiteln dagegen beſonnene Vaterlandsfreunde den Kopf über den erſten Artikel der Concordia, worin die Lombarden begrüßt und ermuntert werden. An Übertreibungen und leidenſchaftlichen Äußerungen gegen Öſterreich fehlt es dabei nicht. Man befürgt, daß ſolche feindſelige Angriffe nichts Gutes wirken, während man allerdings allgemein in Sardinien wünſcht, daß die Preſſe kräftig und ernſt das verderbliche Syſtem der Regierung in der Lombardei und ſeine Nachtheile ſchiltere.

Turin, 30. Dez. Die heutige Gazzetta bringt das kgl. Patent, wodurch ein eigenes Miniſterium für den öffentlichen Unterricht errichtet wird.

Rom, 28. Dez. Dieſer Tage kam ein Juſtizmord aus der Zeit Gregors XVI. an den Tag. Im Jahr 1844 wurde ein Brigadier der Gendarmerie, Sperampini, in Ravenna beim Eintreten ins Theater erſchoſſen. Viele Perſonen wurden daraufhin verhaftet und vor die Militärkommiſſion geſtellt, die zwei junge Leute wegen des Verbrechens zum Tod verurtheilte, welches Todesurtheil auch gegen beide vollzogen wurde. Der einigen Wochen ſtarb nun in Ravenna ein Schuhmacher, der kurz vor ſeinem Tode, durch Gewiſſensbiſſe gepeinigt, ſich als den Mörder des Brigadiers bekannte. Der hier wegen der reaktionären Verſchwörung im Gefängniß ſitzende Oberſt Freddi war zu der Zeit Präſident der Militärkommiſſion. (S. M.)

### Amerika.

* New-York, 15. Dez. Die Eröffnungsrede des Präſidenten ſpricht ſo für ſich ſelbſt, daß ich mich enthalte etwas Weiteres darüber zu ſagen. Die politiſchen Parteien ſtehen ſich in dieſem Kongreß beinahe ganz gleich, es wird deßhalb während dieſer Sitzung wenig geſchehen, der Krieg mit Mexiko wird der Hauptgegenſtand der Diskuſſionen ſein, die Oppoſition die Staatsregierung hart darüber angreifen, aber dennoch das Geld für die Fortführung deſſelben bewilligen. Der Krieg dürfte ſich noch ſehr in die Länge ziehen. Auf mehrfeitige Klage der Direktoren hier im Lande, daß wir nur an den Endpunkten Deutſchlands, Wien und Berlin, durch amerikaniſche Legationen vertreten wären, klagen, die durch einen Vorfall mit einem dieſigen deutſchen Bürger H. Glauth, während eines Beſuche in Frankfurt, hervorgerufen werden, hat der Präſident ſich entſchloſſen, die Stelle eines Miniſterreſidenten in Frankfurt a. M., mit einem jährlichen Gehalt von Sechstauſend Dollars an die Stelle des aufzuhebenden Konſulates zu ſetzen, welches ſich als ungenügend erwieſen hatte. In dem vom Staatsſekretär dem Kongreß zur Bewilligung übergandten Budget iſt dieſer Poſten ſchon aufgeführt; ſeine Verwilligung unterliegt wohl keinem Zweifel. In den das Budget begleitenden Motiven ſpricht ſich der Staatsſekretär ſehr günſtig für die Deutſchen in Amerika und Deutſchland ſelbſt aus; er bemerkt, daß da Deutſchland durch den Bund in Frankfurt repräſentirt wäre, die Achtung für daſſelbe — nämlich für Deutſchland — ſo wie auch das Intereſſe aller Mitbürger, deßhalb eine Repräſentation in Frankfurt erheiſche. Man begehrt für dieſe wichtige Stelle zwei Kandidaten, zwiſchen deren Wahl der Präſident noch ſchwanke, der Eine ein geborner Amerikaner, Oberſt Dudley Mann, früher Kongreßmitglied von Cincinnati, dann Konſul in Bremen und jetzt Spezialagent der amerikaniſchen Regierung in Deutſchland, der Andere Hr. Grund, ein geborner Öſterreicher, eine Zeitlang Konſul in Bremen, dann in derſelben Stellung in Antwerpen. Beiden verdankt die Regierung werthvolle Aufſchlüſſe über die deutſchen Zuſtände. Dieſen Morgen ſtand hier Hr. v. Eichthal, Gründer und Herausgeber der hieſigen Schnellpoſt, deſſen Verlaß allgemein bedauert wird. Wenn auch vielleicht einige ſeiner Korreſpondenzartikel mit etwas zu großen Farben die deutſchen Zuſtände ſchilderten, ſo war doch ſein Blatt über alle Lande das einzige, das uns ausführliche und ſchnelle Nachrichten von Deutſchland brachte, alle anderen deutſchen Zeitungen hier zu Lande widmen ſich hauptſächlich der Lokalpolitik und ſtehen im Dienſte der einen oder der anderen Partei. Hr. v. Eichthal hielt ſich aber von allem politiſchen Treiben entfernt und gab in ſeinem Wochenblatt nur ſolche amerikaniſche Nachrichten, welche auch das Ausland intereſſiren konnten. Auch als Menſch war von Eichthal höchſt achtenswerth, namentlich durch ſeinen Wohlthätigkeitsſinn und ſeine Humanität; ſein Verluſt dürfte daher in jeder Hinſicht ſchwer zu erſetzen ſein, ſofern auch zu wünſchen iſt, daß ſich ein tüchtiger und gebildeter Mann finden möchte, um das Wochenblatt in der bisherigen Weiſe fortzuſetzen. Gibt es doch genug talent- und geſinnungsvolle Männer, die ſich in ihrer deutſchen Heimath nicht mehr behaglich fühlen.

Die Berathungen des merikaniſchen Kongreſſes haben die Ernennung einer Kommiſſion zur Folge gehabt, welche beauftragt iſt, über den Frieden zu unterhandeln; da jedoch Hr. Triſt zurückgerufen worden, und General Scott, wie es ſcheint, nicht ermächtigt iſt, den Frieden abzuſchließen, haben ſich die merikaniſchen Friedensunterhändler umſonſt nach der Hauptſtadt demüht. Man glaubt, daß ſie ſich jetzt direkt nach Waſhington begeben werden.

### Zur Verſtändigung in der badiſch-württemb. Eiſenbahnfrage.

Stuttgart. Die höhere Anſchauungsweiſe, in welcher Ihr Blatt die Frage von den Anſchlüſſe der ſüdwerlichen Eiſenbahnen auffaßt, verpflichtet Ihnen Alle zum Danke, welche einſehen, daß der allgemeine deutſche Vortheil auch in dieſer Frage zugleich der Vortheil der einzelnen Staaten iſt, und daß ein Syſtem der Abſendung der Letzteren von einander im Verkehr und des Trachtens nach einem hierdurch bezweckten Alleinbeſitze deſſelben dem Staate, welcher ſich von ſeinem Nachbar abſchließen oder den Verkehr mit dieſem wenigſtens auf Umwege leiten und möglichſt erſchweren will, nicht weniger — unter Umſtänden ſelbſt mehr — ſchader, als dem Andern. Man wird es, wenn Baden, Würtemberg, Baiern und Öſterreich durch Eiſenbahnen verbunden ſein werden, welche die natürlichen Verkehrsſtrömungen in den kürzeſten Linien vermitteln, nicht mehr begreifen können, wie ſich je irgendwo ein Auge gegen die hieraus für Alle ſich ergebenden ausnehmenden Vortheile verſchließen konnte. Die Aktionäre Derjenigen in Baden, welche die Staatsmittel zum Bau einer Anſchlußbahn an Würtemberg verweigern, eine Privatbahn in dieſer Richtung über Bretten unterlagen und eine ſolche nur über Pforzheim, d. h. nur mit einem ſiebenſtündigen Umweg für den Waarenverkehr vom Rhein der geſtatten, in der That aber, da eine Pforzheimer Bahn auf Privatkoſten nicht wohl zu Stande kommen kann, lieber gar keinen Anſchluß an Würtemberg als einen ſolchen über Bretten bewirkt wiſſen wollen, dieſe Abſicht iſt

Digitized by Google

bekanntlich keine andere, als die, dem Waarenverkehr vom Rhein nach der Schweiz ausschließlich auf die badische Staatsbahn zu leiten. Diese Absicht ist nicht zu erreichen, und selbst wenn sie erreichbar wäre, so würde Baden sich durch die Abschließung vom Eisenbahnverkehr mit Würtemberg viel größere Vortheile entziehen, als welche für Baden durch den Alleinbetrieb des Durchfuhrverkehrs mit der Schweiz zu gewinnen ständen. Sie ist nicht erreichbar aus dem einfachen Grunde, weil die Schifffahrt von den holländischen Seeplätzen und von Köln bis Heilbronn, und die Schifffahrt von Köln, Mainz, Ludwigshafen und Mannheim bis Constadt in voller Blüthe ist, und weil diese Schifffahrt der würtemb. Neckarbahn, welche im J. 1846 zu Berg 655,944, zu Thal 529,671 Centner betrug, neben einem namhaften Theile der Ein- und Ausfuhr Würtembergs und einen Theiles von Baiern und des angrenzenden Österreichs, auch einen Theil des würtemb. Durchfuhrverkehrs mit der Schweiz vermittelt. Nun kaut aber bekanntlich Würtemberg eine Eisenbahn von Heilbronn bis Friedrichshafen. Heilbronn wird daher künftig für den würtemb. Ein-, Aus- und Durchfuhrverkehr dieselbe Rolle spielen, welche jetzt Mannheim für den badischen Verkehr dieser Art spielt, d. h. es wird die Güter stromwärts zu Schiff und landwärts auf der Eisenbahn beziehen und versenden, und dies mit Schweizer Durchgangsgütern ebenfowohl als mit Gütern des würtemb., badischen und österreichischen Verkehrs thun. Es unterliegt zwar keinem Zweifel, daß die unmittelbare Lage Mannheims am Rhein mit seinen Schlepp- und anderen größeren und zahlreichen Dampfbooten für den Durchfuhrverkehr günstiger ist, als die der neckaraufwärts gelegenen würtemb. Häfen, von welchen nur Heilbronn eine Dampfschifffahrt mit kleinen Booten besitzt, deren Waarentransport sich auf Eilgüter beschränkt. Allein immerhin bleiben, solange Mannheim keine Eisenbahnverbindung mit Würtemberg hat, Mannheim und die badische Eisenbahn die natürlichen Verkehrswege für den Durchfuhrverkehr mit der westlichen Schweiz, und dagegen die würtemb. Neckarbahnen mit der würtemb. Eisenbahn die natürlichen Verkehrswege mit der östlichen Schweiz, und eben kann, wenn Mannheim auf dem kürzesten Wege über Bretten in eine Eisenbahnverbindung mit Würtemberg käme, würden Mannheim und die badische Staatseisenbahn den würtemb. Neckarplätzen für den Durchfuhrverkehr mit der östlichen Schweiz gefährlich werden. In gleicher Weise gilt dies dem unendlich wichtigeren Ein- und Ausfuhrverkehr Würtembergs und seinem Verkehr mit den rückliegenden Theilen Baierns und Österreichs. Für diesen Hauptverkehr der würtemb. Neckarpläße haben letztere, wenn die Eisenbahn von Heilbronn und Canstadt nach Ulm und Friedrichshafen vollendet sein wird, von Mannheim und der badischen Staatsbahn wenig zu fürchten, solange die letztere ohne Anschluß an die würtemb. Eisenbahnen bleibt, oder wenn der Eisenbahnverkehr von Bruchsal aus nur mittelst eines siebenstündigen Umwegs über Karlsruhe und Pforzheim nach Würtemberg gelangen könnte. Dagegen werden Mannheim und die badische Staatsbahn als ein furchtbarer Mitbewerber der würtemb. Neckarbahnen nicht bloß für die Durchfuhr, sondern vorzüglich auch für die Ein- und Ausfuhr Würtembergs auftreten, sobald durch einen Anschluß über Brettern Mannheim in geraderster Linie mit Stuttgart, Ulm ꝛc. in Eisenbahnverbindung tritt. Diese Verhältnisse sind dem Heilbronner Handelsstande so wenig entgangen, daß von dort gegen einen Anschluß Würtembergs über Brettern stets der äußerste Widerstand ausgeht, der Heilbronner Abgeordnete sich bei den Ständen alle erfumliche Mühe gab, einen solchen zu verhindern, und man in Heilbronn am Allerliebsten gar keinen Eisenbahnanschluß an Baden sähe, wenn es nicht genug zu vermeiden wäre, einen solchen ausschließlich über Pforzheim den Vorzug gäbe — und warum? Aus keinem anderen Grunde, als, um die badische Mitbewerbung für Würtemberg und die rückliegenden Länder gründlich los zu werden, sobald die Eisenbahn von Heilbronn an die Donau und den Bodensee fertig sein wird. Dies wäre also das Ergebniß, welches Baden aus seiner Absonderung von den würtemb. Eisenbahnen oder aus seinem Herumführen des Anschlusses mit einem siebenstündigen Umweg über Pforzheim in der Hauptverkehrsrichtung zu ernten hoffen dürfte! Wir denken, es sei nicht zu verkennen. Gesetzt nun auch, was sehr zweifelhaft und jedenfalls nur zum Theil zu erlangen sein dürfte, — gesetzt, Baden erreiche dagegen wirklich das Ziel, dem würtemb. Nachbarstaate seinen bisherigen Waarenburchgang nach der östlichen Schweiz zu entziehen (den Transit nach der westlichen Schweiz hat und behält Baden ohnehin unter allen Umständen), so muß man diese Durchfuhr kennen, um zu wissen, wie wenig Baden damit gewonnen hätte, und wie geringfügig dieser Erwerb gegen den Schaden wäre, welchen Baden sich dagegen an seinem Verkehr nach Würtemberg und durch Letzteres nach Baiern dadurch zufügen würde, daß die natürliche Verkehrsströmung vom Rhein über Mannheim und Brettern nach dem Herzen Würtembergs gestört und soweit möglich dem Neckar, den würtemb. Neckarhäfen und den von letzteren ausgehenden würtemb. Eisenbahnen zugedrängt würde. Die ganze Spedition Friedrichshafens an Kaufmannsgütern beträgt (Memminger's Beschr. von Würtemb., 1841, S. 491) 75,000 Ctnr., Ein-, Aus- und Durchfuhr von allen Richtungen zusammengerechnet, und die Dampfschifffahrt dieses einzigen würtemb. Bodenseehafens könnte sich nicht erhalten, wenn sie nicht außerdem 120,000 Scheffel oberschwäbischen Getreides nach der Schweiz zu befördern hätte und einen Ertrag vom Personenverkehre beziehe.

Hieraus kann man leicht schließen, von welcher geringfügigen Bedeutung die Durchfuhr Würtembergs nach der Schweiz, verglichen mit der Ein- und Ausfuhr Würtembergs und seiner Durchfuhr nach Baiern und Österreich ist, und daß es eine übelberechnete Unnachbarlichkeit wäre, den Eisenbahnverkehr von Baden nach Würtemberg zu hemmen oder zu erschweren — um eine Eroberung an dem geringen Durchfuhrverkehr Würtembergs mit der Schweiz zu machen! Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß bei einem Eisenbahnanschlusse an Würtemberg, welcher den Verkehr des Unterrheins und Mannheims auf natürlichsten Wege über Brettern mit Stuttgart ꝛc. vermitteln würde, ein um's Vielfache (vielleicht 20 bis 30 Mal) größerer Waarenverkehr, als bei der würtembergischr Durchfuhrverkehr mit der Schweiz, sich auf der badischen Staatsbahn nach Würtemberg und von dahre kommend bewegen würde. Bedenkt man nun noch den ungeheuren Zufluß von Reisenden, dessen die badische Staatsbahn durch ihre Absonderung von der würtembergischen sich beraubt, so kann man sich des Erstaunens nicht enthalten über die Berechnung, welche sich einen Vortheil für das badische Sonderinteresse von dieser Abschließung sollte versprechen können. Denn in dem Umstande, daß Würtemberg bei einer solchen Absonderung auch verliert, kann doch wohl keine Entschädigung für die Nachtheile liegen, welche Baden aus seiner Abschließung erntet, es müßte denn nur eine gesunde Politik der deutschen Bruderstaaten sein, daß der Eine gern ein Auge gäbe, damit der Andere deren zwei verliere. Hätte Würtemberg nur den Handel seiner Neckarhäfen und den Ertrag seiner Eisenbahnstrecke zwischen Ludwigsburg und Heilbronn zu berücksichtigen, so könnte es allerdings die Mitbewerbung Mannheims und der badischen Staatsbahn, mithin die Eisenbahnverbindung beider Staaten, nicht wünschen. Würtemberg hat sichertich ein hehres Interesse, für den Handel und die Wasserverbindungen Heilbronns und Canstatts zu sorgen, und dies geschieht auch jedenfalls durch den Bau der Eisenbahn von Heilbronn bis Friedrichshafen, soweit es die geographischen Verhältnisse Heilbronns und Canstatts, welche nun einmal am Neckar und nicht am Rhein liegen, erlauben. Aber Würtemberg hat, wie jeder deutsche Staat, noch andere und höhere Belange in's Auge zu fassen: die allgemeinen Interessen seiner Staatsangehörigen und Deutschlands, und die Sicherheit des gemeinsamen Vaterlands gegen Außen, und diese höheren Rücksichten erheischen den Eisenbahnanschluß an Baden, theils überhaupt, theils in der geraden Richtung der Hauptverkehrsströmung vom Rheine her. Die deutschen Flüsse, und namentlich kleinere wie der Neckar, sind nicht das ganze Jahr schiffbar; auch ist die Verführung auf denselben langsamer als auf den Eisenbahnen. Es liegt also im Interesse Würtembergs und der rückliegenden Staaten, für die Bezüge und Versendungen ihrer Landwirthschaft, ihres Gewerbfleißes und ihres Handels aus und von dem Rheingebiete nicht auf die Alternative der Neckarschifffahrt und der gewöhnlichen Landstraßen eingeschränkt zu sein, sondern durch eine unmittelbare und die kürzeste Verbindung der würt. und badischen Staatsbahnen in jedem Theil des Jahrs und mit dem geringsten Zeitverluste ihren Verkehr bewirken zu können. Die Mitbewerbung Mannheims und der badischen Eisenbahn mit Heilbronn und mit der würt. Nordbahn für den Aus-, Ein- und Durchfuhrverkehr Würtembergs liegt ebendaher — zwar natürlich nicht im Interesse Heilbronns — wohl aber im allgemeinen Landesinteresse Würtembergs.

Abgesehen aber von diesem nächsten Landesinteresse, und den Blick auf die allgemeinen deutschen und europäischen Verkehrsinteressen gerichtet, liegt es natürlich nicht minder im Interesse Würtembergs, daß dieses durch Anknüpfen an seine Nachbarn, ein Glied in dem deutschen und mitteleuropäischen Eisenbahnnetze werde, und zwar vorzüglich in drei Hauptrichtungen: 1) in der Richtung nach den Nordseehäfen an den Mündungen der Schelde, des Rheins, der Weser und der Elbe, 2) in der Richtung von Paris nach Wien, und 3) in der Richtung vom Rheine nach Triest. Insbesondere muß Würtemberg, wie jeder deutschen Zollvereinsstaate daran gelegen sein, durch eine ununterbrochene Eisenbahnlinie mit den deutschen Hansestädten in Ver-

Digitized by Google

bindung zu kommen, welche bei dem mit Naturnothwendigkeit etwas früher oder später zu erwartenden Anschlusse der deutschen Nordseestaaten an den Zollverein und der davon unzertrennlichen Ausbildung eines deutschen Schifffahrtssystems, Haupt-, Ein- und Ausfuhrplätze des Zollvereins werden müssen. Diesen Zweck kann aber Würtemberg nur durch Anschluß an die Eisenbahnsysteme Badens und Baierns erlangen. Ferner erheischen alle geistigen und materiellen Interessen, welche von der Einführung des vom Dampfe bestrigten Personentransports abhängen, sowie die Rentabilität der würt. Eisenbahnen, daß letztere mit den badischen und bairischen in Verbindung kommen. Endlich müßte man blind gegen die ungeheuren Gefahren sein, welche dem deutschen Vaterlande und den südteutschen Staaten insbesondere aus dem Bau der französischen Eisenbahnen nach Straßburg im Fall eines Kriegs mit Frankreich drohen, wenn man die dringende Nothwendigkeit der Verbindung der südteutschen Staaten durch Eisenbahnen nicht einsähe. Gründe alle genug für Würtemberg, einen Anschluß der diesseitigen an die badische Staatsbahn, und zwar namentlich in der Richtung wünschen zu müssen, welche der großen Verkehrsströmung vom Rhein und Mannheim her entspricht, d. h. in der Richtung über Bretten. Nicht als ob Irgendjemand in Würtemberg einer Eisenbahn über Pforzheim entgegen sein oder dafür sich erklären dürfte, daß Würtemberg dem Bau einer solchen seine Mitwirkung versage. Aber daß mit einer Pforzheimer Bahn allein Würtemberg nicht gedient sein könne, möchte auch dem seither Gesagten klar sein. Weil dies nun aber das Interesse Würtembergs ist, folgt daraus etwa, daß es dem Vortheile Badens nicht entspreche? Gehen nicht vielmehr die Interessen beider Nachbarstaaten in allen und jeden dieser Punkte vollkommen Hand in Hand? Hat nicht Baden ganz dieselben Gründe und in gleichem Maße, zu dem Eisenbahnanschlusse, der Würtemberg zugesagt würde, die Hand zu bieten? Wir wenigstens gestehen, daß wir die Möglichkeit des Gegentheils nicht begreifen, und daß es uns scheint, als haben sich in Baden Manche über das Vorhandensein eines dortigen Sonderinteresse bei dieser Frage insofern vollkommen getäuscht, als ihnen über dem Streben nach einem kleinen und überdies zweifelhaften Vortheile, welcher sich über den Nachbarstaat erringen ließe, die sichere Einbuße unendlich wichtigerer Interessen für Baden aus dem Gesicht gekommen zu sein scheint.

Sie werden, nach dieser Aussührung, vielleicht erwarten, daß wir den Wunsch aussprechen, die großh. Regierung und die badischen Kammern möchten den Erbieten der Stadt Bretten, die Bahnstrecke von Bruchsal bis zur würt. Grenze auf ihre Kosten herzustellen, ihre Zustimmung ertheilen. Wir gestehen jedoch, hierüber anderer Meinung zu sein. Wir halten die Abweisung dieses Gesuches für eine höchst weise Verfügung, wenn auch vielleicht aus andern Gründen als denjenigen, welche zunächst dafür entschieden haben können. Wir würden es nämlich als einen der größten volkswirthschaftlichen, finanziellen und staatlichen Fehler halten, wenn die südteutschen Staaten dahin gehen könnten, wenn sie die Verbindungsglieder zwischen ihren Staatsbahnen nicht auf Staatsrechnung aufführen wollten. Diese Bahnstücke, welche die Staatsbahnen mehrerer deutschen Länder verbinden und auf den großen mitteleuropäischen Verkehrslinien liegen, sind die wichtigsten von allen. Sie als Staatsbahnen gehen, hieße die unermeßlichen Vorzüge des Systems der Staatsbahnen, welches die südteutschen Länder so glücklich waren, anzunehmen, zu einem großen Theil wieder Preis geben, hieße die Handelspulsadern derselben mit Privat- oder Körperschafts- und Leuten örtlichen Interessen unterbinden, hieße die Beschäftung, Erleichterung und Beförderung des Verkehrs aus den Händen der Staaten in die der Einzelinteressen geben. Was würde man von Baden und Würtemberg sagen, wenn sie, welche ihren Inneren ihrer Länder abgabenfreie Straßen verschaffen haben, die Verbindungsstraßen unter sich der Ausbeutung von Privatkunstunternehmern, Aktiengesellschaften oder Körperschaften überließen! Was würde man von Österreich oder Baiern, welche Staaten so glücklich sind, das Postwesen im Staatsbetriebe zu haben, denken, wenn sie diesen nur im Inneren ihrer Gebiete beidbehielten, ihre Postverbindungen unter einander aber einer Privat-, Aktien- oder Körperschaftsunternehmung als Eigenthum und zur Ausbeutung überträgen!

Die Möglichkeit für die deutschen Staaten, sich über Gleichstellung der Eisenbahnvortheile, über gleichförmige Behandlung des letzteren, über ein nützliches und wohlthätiges Ineinandergreifen der verschiedenen Staatsbahnen zu verständigen, dieses unendlich wichtige Verkehrsmittel im Interesse ihrer Völker, im Interesse Deutschlands und nach höheren nationalen Rücksichten leiten, ausbilden und vervollkommnen zu können, — dies Alles hängt davon ab, daß die Staaten die Verbindungen zwischen ihren Staatsbahnen nicht in dritte Hände geben. Es scheint uns dies so klar, daß es keiner weitern Nachweisung bedürfen sollte. Aber, wird man uns einwenden, die badischen Finanzen erlauben für jetzt nicht, weitere Staatsbahnen, als die große Rheinbahn zu bauen. Wir beschränken uns eines Urtheils hierüber, wiewohl wir gestehen, von den badischen Finanzen eine günstigere Ansicht zu haben, als daß der Bau einer Bahnstrecke von $2^1/_2$ Meilen unter so günstigen örtlichen Verhältnissen, wie die einer Bahn über Bretten sind, mit einem Aufwande (nach der Berechnung des badischen Oberingenieurs) von 1,292,100 fl. für dieselben eine unerschwingliche Schwierigkeit sein könnte, zumal wenn erwogen wird, wie ungeheuer der Ertrag der badischen Hauptstaatsbahn in allen Richtungen durch den Anschluß an Würtemberg zunehmen müßte.

Wir gehen jedoch davon aus, Baden wolle nun einmal diese Strecke auf seine Kosten nicht bauen. In diesem Falle scheint uns Nichts einfacher, als wenn der würt. Regierung der Vorthun von der würt. Grenze bis Bruchsal überlassen würde, sowie Würtemberg (wie können uns wenigstens das Gegentheil nicht denken) wohl keinen Anstand nehmen dürfte, als Erwiderung der badischen Regierung für den Fall, daß diese eine Pforzheimer Bahn bauen sollte, das Gleiche auf württ. Gebiete bis zur würt. Hauptbahn einzuräumen. Kommen ja doch alle Tage badische Postwagen mit badischen Conducteuren in deren Landesfarben, Wappen und Uniformen nach Stuttgart und wird. (tarifse) nach Karlsruhe, Heidelberg ꝛc., ohne daß es Jemand einfiele, einen Anstoß daran zu nehmen, und haben ja Baden, Hessen und Frankfurt einen gemeinschaftlichen Bahnhof auf der Main-Neckar-Bahn. Bei der gerissenen Eifersucht Deutschlands kann so ohne ein Zwingherrgefühl der Landeseinrichtungen (sind auf die Besitzung der Festungen hinaus) nichts Gemeinsames, Tüchtiges, Nationales zu Stande kommen.

Brauchen wir noch zu sagen, daß wir einen Spurwechsel zwischen den Hauptstaatsbahnen Badens und Würtembergs nicht zu rechtfertigen wüßten? Leider hat das Geschick gewollt, daß Baden, ohne daß darüber nach der Umstehungsgeschichte der badischen breiteren Spur Irgendjemand ein Vorwurf träfe, eine andere Spur als die allgemeine Deutschlands hat, und daß daher das ungeheuere Interesse des Waarenverkehrs, die Frachtwagen der Eisenbahnen auf die größten Strecken (wie z. B. von Offenbe, Hamburg oder Bremen bis Trieb) durchgehen lassen zu können, durch die breitere Spur der badischen Hauptbahn vereitelt wird, daß die letztere in der Mitte liegt. Diese Verschiedenheit der badischen Spur von der allgemeinen Deutschlands dürfte wohl keine bleibende sein, auch aus strategischen Gründen nicht, und weil sich im Fall eines Krieges das große badische Kapital an Dampf- und andern Bahnwagen nicht auf den übrigen deutschen Eisenbahnen in Sicherheit bringen läßt. Mag man übrigens von dieser Frage einer näheren oder ferneren Zukunft denken, wie man wolle, so halten wir es doch für unmöglich, daß Baden und Würtemberg ihrem Verkehr die Wunde schlagen und der Welt das Ärgernis — das uns Würtembergern als Schwabenstreich aufgebürdet würde — geben, auf der kurzen Strecke zwischen den Hauptstaatsbahnen der beiden Nachbarstaaten einen Spurwechsel eintreten zu lassen!

Mögen diese Zeilen aufgenommen werden, wie sie geschrieben sind, mit einer für das Wohl beider Nachbarstaaten gleich warm fühlenden deutschen Gesinnung. Wir viel Hader und Schaden, wie viele Schmähung und Demüthigung vor dem Auslande wäre Deutschland erspart worden, wenn die deutschen Staaten sich immer sorgfältig und unbefangen gefragt hätten, ob ihr Vortheil nicht zusammengehen könne, ehe sie Maßregeln ergriffen, mit welchen sie sich wechselseitig geschadet haben! Wohlwollen und Eintracht — und wir werden in Deutschland bedeutend weiter kommen sowohl an Zufriedenheit der Völker, als an Gründen derselben hierzu! Denn Nichts entfremdet die Völker den bestehenden Zuständen mehr, als ein feindseliges Verfahren der einzelnen deutschen Staaten gegen einander. Es hieße aber die Wahrheit verläugnen, wenn wir in Abrede stellen wollten, daß das Verfahren Badens in Eisenbahnsachen von allen Klassen in Würtemberg als ein solches mit einem Gefühle der Bitterkeit betrachtet wird, welches den deutschen Vaterlandsfreund mit schmerzlichen Betrachtungen erfüllt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England den Herr. Ewer u. Comp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. übereseeische Länder werden man sich an Hr. A. Bigonnet Straßburg 38 Buxtingasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt hierselbst fl. 10.) durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 24 kr. Für Ausgaben nach der Baum und Frankirungs Preise mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 9. Heidelberg, Sonntag 9. Januar 1848.

## Übersicht.

Die Vereinigten Ausschüsse, II. — Berlin (der Appellationspunkt im Polenprozeß; Dr. Freiberg und Hofrath Wedeke; die Cholera nicht in Lissa; Mierroslawski's Schwester; die Unabhängigkeit der Richter in Preußen). Breslau (die Distriktsentsagungsgesetzbuch). Vom Rhein (die Polizeiverordnung, betreff. fremde Industrien an Wochenfesten und sonstigen „Einkäufsmessen"). München (amtliche Bekanntmachung wegen Vollzugs des Eisenbahnanlehensgesetzes). Ludwigsburg (der gegen das Direktorium der Stuttgarter Rentenanstalt anhängige Rechtsstreit). Dresden (politische und bürgerliche Stellung der Juden). Neustadt (Entlassung des Polizeirichts in Betreff des Theaterbrandes). Kassel (die Bippermann'sche Legitimationsfrage vor den Ständen). Hanau (Konstitutionsfeier). Schwerin (Rostocker Adresse an Pogge). Oldenburg (das nordrussische Eisenbahnsystem auch in Emden verbessert). Koburg (Nachtrag zu einer Eingabe um Einführung landständischer Verfassung). Biedbaden (bedeutungsvolle Änderung im hohen Beamtenstreik). Solzwig-Holstein (die Prozesse gegen Olshausen, Forchhammer, Hedemann u. s. w.) Frankfurt a. M. (seine Bewaffnung, des dänischen Gesandten gegen die Aufrufe für Besetzer abgewiesen; der Erbprinz von Homburg + ; die Aufhebung des Turnvereins und das Konstitutionsfest zu Hanau). Bremen (die Weser-Zeitung).

Schweiz. Bern. Der Bischof von Chur. Gerüchte über Neuenburg. Adrian v. Gourten. Berathungen in Freiburg.

Großbritannien. Charakteristik der Jahresbotschaft des Präsidenten Polk; die dreiden Bettern.

Frankreich. Preßdebatte über die Gefangennehmung Abdel-Kaders. — Italien. Turin. Modena und Parma.

Türkei. Beilegung des griechisch-türkischen Zwistes. Mussurus geht nach Griechenland zurück. — Griechenland. Demüthigung vor der Pforte; Trotz gegen Großbritannien; neue Verwickelung mit diesem.

Deutschthum und Russenthum in den Ostseeprovinzen Rußlands.

Handel. Frankfurt a. M. Aktenes über die bairische Anrosstungsanleihe und Widerlegung fremder Gerüchte. Baukrott in Wien.

Datum der Börsen. Frankfurt 7., Berlin 4., Wien 3., Amsterdam 4., Paris 5. Jan., Madrid 29. Dec.

---

### Heidelberg, 9. Januar.

Mit ängstlicher Spannung sieht man in Preußen dem 17. Januar entgegen. Man gibt sich nicht Rechenschaft über das, was man besorgt. Der Gemüther hat sich aber ein unheimliches Gefühl bemächtigt. Aber ist es auch nicht Besangenheit in politischen Dingen, zu wähnen, Landerecht möchten so im ersten Gedränge verloren gehen? Denn dies ist so doch, in Worte gefaßt, der Sinn aller Bangigkeit und allen Kleinmuths in Preußen! Der bloße Zusammentritt der Ausschüsse, verlautet es, vergebe wohl gar den ausschließlichen Rechten des Vereinigten Landtags! Und wenn auch nicht schon der Zusammentritt, meinen Beherzere im Hinblick auf Camphausen, so doch Dieses oder Jenes, was die Versammlung vornehmen könnte; denn „die Mitglieder, welche mit Vorbehalt gewählt, seien in der Minderheit". — Was ist es eine schöne Sache um das gebildete Rechtsbewußtsein eines Volks! Dem sinkenden, dem verdunkelten, dem unentwickelten helfe die Presse und hebe das Bewußtsein freier Bürger; Recht werde nicht Unrecht der Nacht. Der Presse wahrer Beruf ist nicht das Besprechen und Bekritteln des unabänderlichen Geschehenen, nicht Vergangenes hinterher zu beklagen, sondern Hand anzulegen an Unvollendetes, schwebende Fragen mit zu beantworten, Unentschieden zu rathen, Strauchelnden beizuspringen und, wo besser Etwas unterbliebe, davor zu warnen. In bessern Tagen der Freiheit und der Weisheit wäre sie das Orakel der neuen Zeit. Heute gilt der Versuch, einen panischen Schreck auszutreiben. — Nun scheint es fast, als hätte die Haller'sche Doktrin mit ihrer privatrechtlichen Auffassung des Staats und des staatlichen Rechts nicht mehr, gleich dem Epheu bloß Gemäuer und Trümmer überwuchert, sondern auch in frischem Erdreich Wurzel geschlagen: woher stammt sonst die wunderliche Meinung, die preußischen Stände möchten dies Mal von der Regierung übers Ohr werden, als aus der Vermengung von öffentlichem und Privat-Recht? Der parlamentarische Kampf ist kein Civilprozeß! Mag sein in letzterem, daß wer die zehntägige Frist versterichen ließ, des Rechts auf Appellation verlustig gehe — das Staatsrecht eines großen Landes ist erhaben über aller Kasuistik. Wir haben es erlebt, daß deutsche Abgeordnete mit Widerwillen, mit Berachtung vom Rechte sprachen, und so wie sie es verstanden, als Tummelplatz advokatischer Sophismen, thaten sie wohl daran. Aber welcher argen Verkennung, welcher Herabwürdigung des öffentlichen Rechts machten sie sich schuldig! Man hat an Simons vielbesprochenem „Annehmen oder Ablehnen" getadelt, daß darin die Stufenbildung des gemeinen Wesens nach Grundsätzen von Schenkungen und Obligationen beurtheilt sei. Wohlan, so lege man an die jetzt schwebende Frage den Maßstab öffentlichen Rechts. — Die Regierung soll also damit umgehen, durch die bevorstehende Versammlung der Ausschüsse die Opposition zu kaptviren? Was spricht dafür? Was ist geschehen, das diese Vermuthung bestärkte? Das Einberufungsschreiben nennt als einzigen Gegenstand der Verhandlungen die Berathung des Strafgesetzbuchs. Dieses Gesetz hat bereits 1845 der damals noch kompetenten ständischen Behörde der Provinziallandtage zur Begutachtung vorgelegen. Gerade bei diesem Entwurf wurde die Erfahrung gemacht, daß mit den acht Landtagen, deren Gutachten sich dies Mal so sehr kreuzten, für die Mitwirkung bei der Landtagsgesetzgebung nicht auszukommen sei. Der Vereinigte Landtag dürfte daher keinen ausschließenden Anspruch haben auf Beirath zu dem Strafgesetz. Eine ständische Versammlung, welche dasselbe begutachtet, steht durchaus nicht im Widerspruch mit der preußischen Verfassung. Nun hält man solche legale Beschränkung für List. Worin bestünde denn die besondere Schlauheit? Ausschüsse sind an sich keineswegs ungesetzlich in Preußen; auch nicht verfassungswidrig, wenn man auch ihren Kreis schwer absteckt. Der Landtag hat auf den Wegfall derselben nicht angetragen. Die Mitglieder der Opposition, die, wie Schwerin, ohne Weiteres gewählt haben, konnten durch alle Zweifel und Lästerungen, welche man diesen Männern bald im Geist abbitten dürfte, mit Fug und Recht fragen, wie man zu der Vermuthung komme, daß sie in Ungesetzlichkeiten gewilligt, daß sie Ausschüsse gewählt, welche den Rechten des Vereinigten Landtags Eintrag thun. Solange die bevorstehende Versammlung nur das Strafgesetz berathet oder sonst eine gesetzliche Verhandlung vornimmt, solange sie nicht Rechte prätendirt, welche der centralständischen Versammlung gehören, haben die Stände den Boden des Rechts nicht verlassen. Vielleicht hätte die Regierung jene vermeintliche Nebenabsicht nämlich eine Anerkennung des im Patent vom 3. Februar für die Vereinigten Ausschüsse vorgezeichneten Rechtskreises erst dann (und auch dann nur theilweise), wenn die Stände jetzt Befugnisse auszuüben geneigt wären, welche die reichsständische Verfassung den Ausschüssen versagt. Schimmerte dafür eine leise Hoffnung, warum denn die Beschränkung auf den Strafgesetzentwurf? Dann konnte ja sonst ein Gesetz über Steuern, über Freiheit oder Eigenthum den Ausschüssen vorgelegt sein. — Wenn diese Mäßigung aber keine List, sondern Staatsklugheit wäre? Man verabscheut jeden Schein von Konzessionen; vielleicht fürchtet man ihn; vielleicht will Recht Man ist etwas gezagt, den Rechtskreis dieser Abgeordnetenversammlung, welche von den Provinziallständen gewählt ist, im Vergleich zu der Verordnung vom 3. Februar zu verengern, gemäß den Vorschlägen beider Kurien des ersten Landtags. Aber man will doch die Genugthuung nicht missen, eine Versammlung dieser Art eröffnet und geschlossen zu sehen, damit man von einer Erfahrung, worauf die königliche Botschaft hinwies, Nutzen ziehe. Diese Versammlung wird nun mit möglichster Schonung der Gewissensbedenken thatsächlich so beschränkt, wie die Opposition es zu Recht anerkannt wünschte. — Solchen Möglichkeiten setzt man in Preußen die Sprache der offiziellen Blätter entgegen. Aber was hieß sich die A. Pr. Z. nicht Alles vor Eröffnung des Landtags schreiben? Mit welcher Geringschätzung geschah in ihren Spalten damals Erwähnung der ältern Verfassungsgesetze, welche später Leben und Seele der von ihr abgedruckten Kammerverhandlungen ausmachten. Die jetzigen Redensarten über die Ausschüsse sind ebenso nichtssagend. — Die Bestimmungen des Patents

Digitized by Google

über die Ausschüsse sollen aber in Vollzug gesetzt werden. Auf Grund des Patents sollen die Ausschüsse sich versammeln. Den Rentekreis schreibt ihnen das Patent vor. Dieser alterirt die Rechte des Landtags. Sobald die Ausschüsse sich versammeln — — Wie? Versammelte sich nicht auch der Ver. Landtag auf Grund des Februarpatents? Willigte er durch Eröffnung von Verhandlungen schon in Alles, was das neue Gesetz im Widerspruch mit den unantastbaren ältern Grundgesetzen angeordnet? Wurde nicht gleich in die Adresse eine Verwahrung der Rechte aufgenommen, welche durch das Patent in Frage gestellt waren? Ebensowenig als der Ver. Landtag den ihm abgesprochenen reichsständischen Rechten irgend verzagt, werden auch jetzt die Landstände in den Ausschüssen zugesprochenen reichsständischen Rechte jener einzigen Versammlung, welche die reichsständische sein kann, dadurch rauben, daß sie Gegenstände verhandeln, welche kein Attribut des Ver. Landtags berühren. Durch Konstituirung der Ausschüsse wird in Vollzug gesetzt nur, was in Vollzug zu setzen möglich ist, also keine Verfassungsänderung, also keine Beeinträchtigung der centralständischen Versammlung. Im schlimmern Falle, daß die Regierung ausdrücklich die Bestimmungen der Februarverordnungen anerkannt wissen wollte, wird uns der beispiellose Anblick einer ständischen Versammlung zu Theil werden, welche sich gegen jede Erweiterung ihrer Rechte wehrt, einer Regierung, welche derselben allerhand kostbare Rechte zumuthet und einer Opposition, welche dies großmüthige Bestreben vereitelt! Endlich im schlimmsten Fall, wenn die Mehrheit sich verleiten ließe, Eingriffe zu wagen in den Rechtskreis der centralständischen Versammlung, wäre dadurch zwar die Gesundheit und Würde der Verfassung zerrüttet, aber dem nächsten Ver. Landtag, welcher auf Königswort spätestens 1851 eröffnet werden soll, nicht ein Titel von seinem guten Recht verschrt. — — Bei so nüchterner Betrachtung der Dinge, wo bleibt da der Aberglaube, daß, sobald die Ausschüsse erst beisammen sind, ihnen auch weder Willen und Gewissen die theuern Rechte des Landtags auflegen werden? Die Fordrihung des Rechts ist zwar verborgen, wie die der Sprache. Aber Keinem, der die Augen aufthut und offenhält, wächst das Recht über den Kopf. Mystisch ist es nur für Mystiker. —

**Preußen.** Berlin, 3. Jan. Die Voss. Z. berichtet: Im Polenproceß ist der Appellationspunkt nun definitiv geordnet. Der Staatsanwalt hat die Appellation, welche er vorlängst in Betreff sämmtlicher Anklagten gegen den ganzen Inhalt des ergangenen Erkenntnisses angemeldet hatte, gegenwärtig bei einem großen Theil derselben wiederum zurückgezogen. Er ist zunächst nun in Betreff derjenigen Angeklagten, welche ihrerseits appellirt haben und außerdem noch bei etwa 12 andern Angeklagten in der Appellation stehen geblieben. Unter diesen letztern zählt denselben sich namentlich v. Dombrowski, Mackiewicz und v. Bialoskorski. Bei ersterm gründet sich die Appellationsbeschwerde des Staatsanwalts wohl unzweifelhaft darin, daß er nur wegen Landesverraths zweiter Klasse bestraft worden, bei den beiden Andern darin, daß sie von der Anklage entbunden und nicht für schuldig erklärt worden sind. Außerdem verlangt der Staatsanwalt bei allen zur Appellation gelangenden Anklagen, deren etwa 100 sein werden, daß auf Hochverrath statt auf Landesverrath erkannt werde. Hiernach wird also in zweiter Instanz die Riesenarbeit im Februar d. J. von Neuem beginnen.

Berlin, 2. Januar. Der Rach. Z. wird geschrieben: Dr. Freiberg soll nach einem Gerüchte, dessen Zuverlässigkeit wir aber nicht verbürgen können, sich gestern gestellt und zu einem aufrichtigen Geständnisse entschlossen haben. Derselbe hatte übrigens schon als Haubtungslehrling sich Flecke, die sein Vater gütlich deckte, zu Schulden kommen lassen und aus diesem Grunde den Kaufmannsstand aufgegeben. Ohne je studirt zu haben, erwarb er sich später den Doktertitel und es ist ihm als Literat demungeachtet wedrer Talent noch Gewandtheit abzusprechen. Leider brachten ihm aber, wie dem Geheimen Hofrath Wedecke geheime Missionen so große Summen ein, daß sich beide an viele Ausgaben gewöhnten, die sie nach ihrer Entlassung nur durch unredliche Handlungen bestreiten konnten. — Ein Berner Blatt hatte außerdem vor einigen Tagen biographische Mittheilungen über Freiberg gebracht, welche die frühere sehr zweideutige Laufbahn dieses Mannes beleuchten.

Berlin, 3. Jan. Vieles Aufsehen macht soeben hier die Kunde, daß die Schwester des Hrn. v. Mieroslawski am letzten Tage des Jahres Berlin verlassen mußte, ohne ihren Bruder gesprochen oder auch nur gesehen zu haben. (Weserz.)

Berlin, 5. Jan. Die Allg. Preuß. Z. theilt zur Widerlegung der Gerüchte über die Cholera folgenden Erlaß des Tilsiter Landraths mit: Statt den sorgfältigsten Erkundigungen, Vernehmung des Kreisphysikus, mehrerer Aerzte, der Ortsbehörden, hat sich die ganzliche Unrichtigkeit dieser Anzeigen ergeben. Es sind bis jetzt weder in Tilsit, noch Umgegend Choleraerkrankheiten, weit weniger Sterbefälle vorgekommen. Es ergibt sich hiernach, daß diese Berichte zu den Unwahrheiten gehören, welche leider sehr oft verbreitet werden, um nur Neugierden mitzutheilen, wobei es sehr zu bedauern ist, daß in diesem Fall der Korrespondent die nachtheiligen Folgen übersehen hat. Sollte dem kann es sich nur selbst beimessen, wenn nach dem eingegangenen Antrage der Ortsbehörde die Untersuchung gegen ihn eingeleitet werden sollte.

Δ Berlin, 26. Dez. Als das vielberufene Buch von H. Simon erschien: die preußischen Richter und die Gesetze vom 29. März 1844, und als es gar in einer spätern Auflage vermehrt wurde mit einer Abhandlung: das Verhältniß des Gesetzes vom 17. Juli 1846 zu den Gesetzen vom 29. März 1844, das ist „die nachträglich vergrößerte Macht des Richters über das Volk, nach vorgängig vergrößerter Macht der Regierung über den Richter", da behaupteten viele unbefangene und selbst freisinnige Männer, das sei Unterdrückung; so weit könne und werde die preußische Regierung niemals gehen, daß sie das theuerste Unterpfand ihres eigenen Vertrauens im Volke, daß sie die Unabhängigkeit des Richterstandes in Frage stelle. Simon hatte aber doch weiter gesehen, als der vertrauensvolle Sinn der Bürger und der Beamteten, ihn hatten die Worte des Landtagsabschiedes vom 27. Febr. 1845 an die Rheinprovinz, daß die Gesetze vom 29. März 1844 „dieß das Verhältniß Unserer Behörden zu Uns" regulirten, daß also dem Richter sein wesentliches Verhältniß zum Volke geradezu abgesprochen wurde, gar zu sehr irre gemacht in seinem Vertrauen; er schrieb sein bekanntes Buch über jene Gesetze und nahm seinen Abschied aus dem preußischen Justizdienste. Mit besonderem Gewicht hatte er auf die unfreiwilligen Versetzungen und Pensionirungen hingewiesen und sich durch die Worte des Landtagsabschiedes, „daß man es hinsichtlich der ausgedehnten Strafversetzungs vorkommenden Versetzungen lediglich bei den bestehenden Einrichtungen habe bewenden lassen", keineswegs beruhigt gefühlt. Sollen wir ihm nun Unrecht geben, wenn wir in der merkwürdigen Kabinetsorder vom 30. Juli v. J., in Betreff des Dr. Löning, an das Oberlandsgericht zu Paderborn lesen: „daß der Gerichtshof Parteimeinungen des Tages Geltung verschaffe und Ansichten aussprechе, welche Andere der Gefahr richterlicher Bestrafung aussetzen würden. Ich will nun zwar in dem vorliegenden Falle von weiteren Maßregeln gegen diejenigen Mitglieder des Kollegiums, welche vorzugsweise verschuldet haben, daß die gerügten Gründe in die Entscheidungsgründe übergegangen sind, absehen" u. ? Simon hatte auch die Besorgniß der Gesetze vom 1844 hauptsächlich bei politischen Prozessen aufmerksam gemacht, und siehe da, jene Kabinetsorder erschreit und nennt es ein Beschuldigen, bei einem politischen Prozeß auch politische Gründe geltend zu machen, sie zeichnet sogar bei einem Beschlusse des ganzen Kollegiums die Fürsprecher jener Gründe als besonders schuldig heraus. Dazu kommen nun die Zwangsversetzungen mißliebiger Richter. Simon sagt: „die Versetzung ist in vier Fällen gegen ausgezeichnete Richter unter sehr bemerkenswerthen Umständen wider ihren Willen zur Anwendung gekommen. Wir müssen uns im Interesse dieser Richter des näheren Eingehens auf die betreffenden Verhältnisse enthalten." Hierdurch ist das öffentliche Mißtrauen in die Maßnahmen der Regierung von Neuem erwacht. Wenn während der Julisystemisirer Athen und der Ver. Landtage bei Verhandlung dieses Punktes die denkwürdigen Worte sprach: „ich muß aber vorweg erklären, daß die letzte Zeit wohl erwiesen haben wird, daß unser Richterstand sich durch jene Bestimmungen nicht im Mindesten hat irre machen lassen; denn ich sie sind Entscheidungen vorgekommen, die dem Gouvernement nicht beliebt waren, aber es hat sie ruhig hingehen lassen"; während dies also damals noch gesagt werden konnte, ist jetzt ein Fall eingetreten, wo das Gouvernement eine solche nicht beliebte Erscheinung nicht ruhig hat hingehen lassen, sondern Drohungen ausspricht gegen diejenigen Mitglieder eines Kollegiums, welche jene nicht beliebten Entscheidungsgründe, die man dirigens nicht einmal der Oeffentlichkeit mit übergeben hat, damit diese hätte selbständig urtheilen können, in das sprechrechte Erkenntniß gebracht haben. Ob man sich wohl auch im andren Falle gegen politischer Gründe erklärt haben würde, wenn diese etwa die Theorien des Hrn. v. Haller oder des Prof. Stahl vertreten hätten? Man muß, um das zu beurtheilen, einen einschlägigen Fall abwarten. Einstweilen ist aber zu den bisherigen Gründen des Mißtrauens noch

Digitized by Google

ein neuer getreten, ein Ereigniß, welches hier in allen betreffenden Kreisen die lebhafteste Sensation gemacht hat und folgender Maßen erzählt wird. Es sei dem Justizministerium angenmthet worden, eine Order zu erlassen, daß bei einer durch die Oberbehörde beantragten Pensionirung eines Richters von der betreffenden Behörde nur die Thatsache untersucht werden solle, d. h. ob der von der Oberbehörde Behufs der Pensionirung angeführte Grund richtig, nicht aber ob er ein wirklicher Grund für die Pensionirung eines Beamteten, eines Richters sei, ob es z. B. richtig sei, daß er zehn Kinder habe ꝛc. Gegen diese Anmuthung sollen sich indessen zwei der einflußreichsten Mitglieder des Justizministeriums erhoben und erklärt haben, lieber würden sie ihren Abschied nehmen, als solch eine Order unterzeichnen. Es wäre fast zu bedauern, wenn gerade diese beiden Männer, die Vertreter der rationellen Entwickelung unserer Justiz aus dem Ministerium scheiden; se mehr jedoch die Aussichten des Hrn. v. Voß, des neuen Konstitorialpräsidenten, der bisher im Hintergrunde gewirkt hatte, sich im Staat und in der Kirche geltend machen, um se mehr steht zu befürchten, daß die Partei des Fortschritts das Feld wird räumen müssen, denn Hr. v. Voß ist ein Ultra, wie ihn nur irgendein Land aufzuweisen hat, wenigstens werden bestimmte Aussprüche von ihm angeführt, wonach er den Adel allein für berechtigt hält, ganz wie Hr. v. Gerlach in Magdeburg u. A. Sprechen wir aber schließlich noch mit Simon die Überzeugung aus, „daß die Ehrenhaftigkeit der preußischen Richter auch durch die erwähnten Institutionen nicht sofort zu untergraben ist und vorhalten wird, bis der Spezialgerichtshof (das Kammergericht in Sachen des Hochverraths), bis dir Richterjury, bis die Gesetze vom 29. März wiederum den Wünschen des Volks genügen.

* Breslau, 3. Jan. Vor einigen Tagen wurde den Predigern der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinden von Seite des Polizeipräsidiums eröffnet, daß sie sich nach höherem Befehle alles geistlichen Verrichtungen, als Taufen, Trauungen, Begräbnisse u. s. w. zu enthalten hätten, widrigenfalls sie zu Strafe gezogen werden würden. Ronge, und nach ihm die Prediger Hoffrichter und Vogtherr haben zu Protokoll, daß sie sich dieser polizeil. Anordnung nicht unterwerfen, sondern nach wie vor in jeder Beziehung ihr geistliches Amt versehen würden. In der vorgestrigen Gemeindeversammlung haben die hiesigen Katholiken einmüthig beschlossen, welche der Prediger wegen Übertretung dieses Verbots treffen könnte, einzustehen und alle Garantie zu übernehmen. — Dem in der gestern mitgetheilten Antwort des Magistrats angeführten Beschlusse desselben wurde in einer geheimen Sitzung der Stadtverordneten ohne Discussion beigetreten.

Vom Rhein, 2. Januar. Die Weserz. theilt die früher erwähnte Polizeiverordnung mit, welche die fremden Inschriften betrifft; dieselbe lautet: „Des Königs Majestät haben auf Allerhöchst Ihrer jüngsten Reise durch die Rheinprovinz mißfällig bemerkt, daß mehrere gewerbliche Etablissements, Gasthöfe, Fabriken ꝛc. mit fremdsprachigen und sonstigen fremden Inschriften bezeichnet waren. Diese der Würde der Landessprache entgegenstehende Bezeichnung soll auf Allerhöchsten Befehl nicht mehr stattfinden und namentlich das Wort „Segrement" nicht mehr gebraucht werden, auch müssen alle Bezeichnungen in plattdeutscher Sprache ganz wegfallen. Diejenigen Inhaber von gewerblichen Etablissements ꝛc., welche dieselben noch mit derartigen Inschriften versehen haben, werden daher hiermit aufgefordert, dieselben durch deutsche, und zwar bis zu Ende dieses Jahres längstens, zu ersetzen. Alsdann wird eine Revision dieser Inschriften vorgenommen und werden allenfallsige Kontravenienten dem hiesigen Polizeigericht zur Bestrafung angezeigt werden. Im Dezember 1847. Königliche Polizeidirektion."

**Baiern.** = München, 6. Jan. Die königl. Staatsschuldentilgungscommission erließ unterm 2. Jan. (verspätetlich) durch die 1. Nummer des gestern erschienenen Regierungsblattes) eine Bekanntmachung, den Vollzug des Gesetzes über das Eisenbahnanlehen betreffend. Demnach sind die königl. Staatsschuldentilgungskassen angewiesen worden, baare Darlehen gegen 4% Verzinsung anzunehmen. Es folgen dann die nähern Bestimmungen, z. B. in Bezug auf den Inhalt der Urkunden, auf die Wirksamkeit dieser Bekanntmachung (dieser Wirksamkeit geht bis zum 31. März 1848, insofern die gesetzliche Darlehenssumme von 10½ Mill. Gulden nicht früher ausgebraucht werden sollte). — Vor Ihrestellung der bereits in Arbeit befindlichen Arrosirungsstempel wird der Vollzug vorstehender Bekanntmachung der Anlehen mit Arrosirung nicht verwirklicht, doch kann sich jeder Darlehensgläubiger schon jetzt anmelden. Im Regierungsblatte ist ein Urkundenformular beigebracht.

**Würtemberg.** * Ludwigsburg. Seiten hat wohl ein Civilproceß ein so ausgebreitetes Interesse erregt, als der zur Zeit bei unserer höchsten Instanz, dem königl. Obertribunale, gegen die Directoren der Stuttgartrr Rentenanstalt anhängige Rechtsstreit, durch welchen Klägerischer Seits, nämlich von Actionären der Anstalt, die Rückgabe der bezahlten Einlagen erlangt werden will. Bei mehr als 1,800,000 fl., welche die Einzahlungen betragen (ohne Abrechnung der von den Directoren gemachten Abzüge), bei einer Actienanzahl von rund 50,000 läßt sich jenes weit verzweigte Interesse leicht erklären. Der Klagegrund besteht einfach darin: die Directoren haben die Luft zum Actienmachen durch eine mit den Statuten der Anstalt ausgegebene bestimmte Erklärung geschaffen, daß an Renten soviel zu erwarten sei, als die ausgetheilte Wahrscheinlichkeitsberechnung angebe, während es sich nun nach den Proben öffentlich angestellter Mathematiker herausstellt, daß diese Wahrscheinlichkeitsberechnung ins Blaue hinein, ohne alle Erweislichkeit, große Zahlen enthält — Zahlen, welche unter Anderm 300 fl. jährliche Rente für eine Actie in Aussicht stellen, sogr dreihundert Gulden, die sich auf beiläufig 7 fl., wir wiederholen: sieben Gulden in Wirklichkeit vermindern. Man begreift kaum die Leichtgläubigkeit der vielen Actionäre, welche sich zu einer Betheiligung bei einer solchen Anstalt hatten hinführen lassen, wenn man nicht noch weiß, daß die Genehmigung der Statuten durch die höchste Staatspolizei nicht bloß eines, sondern mehrerer Staaten erfolgt und bei der Einladung zum Theilnehmen als Aushängschild benützt worden ist, ja, wenn man nicht weiß, wie die Autorität der Staatspolizei der Sache noch weiterm Vorschub geleistet hat. In München bewirkte ein dahin gereister Director der Rentenanstalt die Ertheilung zur Verbreitung der Actien in Königreich Baiern, wogegen der baierischen Rentenanstalt die gleiche Erlaubniß in Würtemberg ertheilt worden ist. In Würtemberg hat jedoch die baierische Anstalt keinen Eingang bei Einzelnen gefunden; in Baiern dagegen ist das Ministerium so weit gegangen, daß es für jeden Gerichtsbezirk einen Agenten der Anstalt bestätigt, das heißt mit anderen Worten: daß das Ministerium der Privatspekulation öffentlichen Glauben beilegte. So kommt es, daß die Anstalt in ihrer Heimath — Würtemberg — ohne weiteren Credit noch aus Baiern Einlagen bezieht. Freilich sind die Einlagen seit 1838 von mehreremal hundertausend Gulden dem Jahre nach nun bis auf etwa 30,000 fl. per Jahr herunter gesunken. Wie der Proceß noch enden mag, die Anstalt ihres Fortbehandes nicht wohl sicher. Berühmt wie die Directoren den Proceß, so hört die Anstalt natürlich auf; gewinnen sie ihn abrr, so fragt es sich, ob der Gewinn dauernd so groß sei, daß der erforderliche Aufwand bestritten werden könne. Der Gewinn besteht in Abzügen bestimmter Theile der Einlagen und im Zinsüberschusse. Vertheilt sich in Baiern, wie in Würtemberg die Unwahrscheinlichkeit der Wahrscheinlichkeitsberechnung, oder wird die bertige Staatspolizei darauf aufmerksam, so hören die Zuflüsse an neuen Einlagen, also auch der Gewinn davon auf, und vermindert sich der Zinsfuß, wie schon manchmal auch beim hohen Stande des Zinsfußes erlebt worden, so steht auch der Zinsüberschuß in Gefahr, obgleich die Directorrn zu gelegelt waren, sich, nach bereits ausgebrochenem Kampfe gegen ihr Institut, ½ Proz. Zuschuß für den Fall zusichern zu lassen, daß der Zinsfuß auf 4 Proz. sinkt. Die Vertheilung der kleinen Rente, welche unsere Rentenanstalt gewährt, mit der großen Rente der badischen Versorgungsanstalt führt der Letzteren bei und eine gar nicht unbedeutende Concurrenz zu, welche, aus der anhaltenden Dauer zu schließen, Haltbarkeit vermuthen läßt. Übrigens mag bei dem erweislichen Klagegrund gegen die Directoren der Stuttgarter Rentenanstalt die Frage nahe liegen: wie denn an die Möglichkeit zu glauben sei, daß sie den anhängigen Proceß gewinnen? Die Antwort geht dahin, daß die Beklagten geltend machen, nicht sie, sie sondern die Anstalt beklagt werden könne, mit anderen Worten: Sie Beklagten wollen, daß die Actionäre unter sich streiten und sie, die Beklagten, in Ruhe lassen. Es wird sich nun zeigen, wie der oberste Richter erkennt.

* Aus Sachsen, im Januar. In dem Augenblicke, wo ein großes Volk den Juden die letzte Stufe der bürgerlichen und politischen Geltung eröffnet, und wo nicht mit Krämerneid, sondern nur vom konfessionellen Standtpunkte aus gefochten wird, in einer Zeit, wo auch die deutschen Staaten Preußen, Oldenburg, Mecklenburg nachholen, was die Vergangenheit gegen rin unglückliches aber begabtes Volk verschuldet hat, bilden die sächsischen Juden mit einem verzeihlichen Neid auf ihre glücklicheren Brüder. Zwar hat man auch in Sachsen der Zeit einige Concessionen gemacht, die Juden dürfen überall wohnen, d. h. innerhalb Dresdens und Leipzigs, denn in anderen Städten läßt man sie nicht zu, sie dürfen Handwerker werden, aber nur im Verhältniß zu ihrer Anzahl, daher z. B. höchstens 47 in Dres-

Digitized by Google

den, und die Anzahl der zu einer Innung Zulassenden ist bis auf den Bruchtheil berechnet, und mit der Beschränkung, daß sie nur jüdische Lehrlinge halten, — sie dürfen ferner Grundbesitz haben, aber nur ein Haus und ein Gartengrundstück, und können Beides nicht vor einer bestimmten Reihe von Jahren veräußren, — sie dürfen Aerzte, Advokaten werden, aber Letzteres nur unter Dispens von der Regierung und mit Ausschluß des Notariats — sie dürfen Kaufleute werden, aber — nach dem Antrage des Leipziger Bürgermeisters Deutrich — mit Ausnahme des Detailhandels — kurz überall die jämmerlichsten, kleinlichsten Zugeständnisse. — v. Thielau hatte Recht, wenn er sagte, man wolle die Juden schwimmen lassen, aber sie sollen nicht ins Wasser gehn. Überdies sind ihnen verboten: das Apothekerwerben, die Schrämter auf Universitäten u. s. w. der Staatsdienst, die Officiersstellen und, was das Schlimmste ist, das aktive und passive Stadtrecht zu städtischen u. a. Aemtern ist ihnen gleich den Züchtlingen und Ehrberaubten entzogen. Und nach dieser sogenannten Emancipation will man die ferneren Zugeständnisse davon abhängig machen, welche Resultate die bisherigen Befreiungen gegeben haben. Leider ist auch nach den Äußerungen der Minister für diesen Landtag Wenig zu hoffen. Gibt es doch hier Mittel genug, sich auf leichte Weise popular zu machen! Ein bekannter Staatsmann, v. J., hat sogar dem englischen Gesandten zu dessen Verwunderung seine eigne über Russell Bill zu erkennen gegeben! Petitionen über Petitionen werden gegen weitere Emancipation einkommen, und derselbe gehässige, intolerante und krämerartige Sinn, welcher bei der Judenfrage auf dem preußischen Landtage die Sachsen so unvortheilhaft vor den übrigen Rednern auszeichnete, wird sich auch hier wieder geltend machen, um zu der Verweigerung des Rechts noch die schlimmere Bürde der Gehässigkeit zu fügen.

**Baden.** Bruchsal, 5. Jan. Die Karlsruher Zeitung schreibt: Man erinnert sich, daß nach der verhängnißvollen Katastrophe des Theaterbrandes in Karlsruhe eine Untersuchung eingeleitet wurde, um zu ermitteln, ob Spuren einer Verschuldung oder sträflichen Fahrlässigkeit des Dienstpersonals zu verfolgen seien. Von den Gerüchten, welche damals in Umlauf waren und zum Theil in öffentliche Blätter übergingen, hat sich schon in der Zwischenzeit manches als unbeglaubigt oder fabelhaft herausgestellt. In erfreuer Beziehung aber hat nun, in Folge der gepflogenen Untersuchung, das hiesige Hofgericht im Laufe des vorigen Monats das Erkenntniß gefällt, welches dahin lautet, daß die gerichtliche Untersuchung, wegen Mangels am Beweise des Thatbestandes eines gerichtlich strafbaren Vergehens zu beruhen habe.

**Kurhessen.** Kassel, 4. Jan. In der Kammer kam die Wippermannsche Legitimationsfrage abermals zur Sprache. Das Ministerium hielte dem Beschluß mit, daß das Resultat der von der Regierung zu Hanau geführten Untersuchung zwar keinen Grund zu einer weitern Beanstandung gebe, daß jedoch auf der Beanstandung beharrt werden müsse, weil Hr. Wippermann inzwischen in eine gerichtliche Untersuchung wegen Verleumdung und Beleidigung der Regierung und Anreizung zur Unzufriedenheit gezogen sei. Diese Mittheilung wurde dem Legitimationsausschuß überwiesen. Es ist kaum zu erwarten, daß die Kammer in dieser Angelegenheit ihr gutes Recht wahren wird; jedenfalls erreicht die Regierung inzwischen ihren Zweck, Hrn. Wippermann eine Zeit lang von der Kammer fern zu halten.

† Hanau, 6. Jan. Die Gerüchte, welche durch auswärtige Zeitungen über beabsichtigte Verfassungsveränderungen zu uns gelangten und die durch die von der Regierung beanstandete kirchliche Feier des Jahrestags der Verkündigung unserer Verfassung Bestätigung zu finden schienen, erregten in unserer Stadt den lebhaften Wunsch, die Anhänglichkeit der Bürger an die beschworne Verfassung auf unzweideutige Weise an den Tag zu legen. Es wurden deßhalb am gestrigen Tage, als dem Jahrestage der Verkündigung der Verfassung, in mehreren Gasthäusern dahier Abendfeiern veranstaltet, wozu die Bürger zahlreichst in Corpore Zeit unterzeichneten. Damit begnügte man sich aber noch nicht. Gegen halb sieben Uhr waren plötzlich die Häuser aller Bürger auf das Schönste und Glänzendste erleuchtet, nur die Wohnungen aller Angestellten blieben dunkel, während kein einziger unabhängiger Mann vom wohlhabendsten Fabrikherrn bis zum ärmsten Arbeiter herab es versäumte, seine Anhänglichkeit an die Landesverfassung durch Lichtzeichen an den Tag zu legen; es war heller Tag in den Straßen, durch welche die ganze Bevölkerung in dicht gedrängten Schaaren hin und her wogte. Die Haltung war eine ernste, der Würde der Feier angemessen. Laute Lebehoch ertönten der Verfassung, auch nicht das mindeste Anstößige fiel vor, Alles schien wie von Einer großen Idee ergriffen und war es auch. Die Illumination dauerte bis 9 Uhr. Am diese Zeit begannen die Essen, an welchen zusammen nahe an 600 Männer Theil nahmen. Bei denselben und in den Toasten gab sich ein eben so würdevolle Sinn, wie die entschiedenste Treue für Recht und Gesetz kund. Um aber zu beweisen, daß die verschiedenen Gesellschaften nur durch den Raum, nicht der Gesinnung und dem Geiste nach geschieden seien, wurden gegenseitig Deputationen abgeordnet und mit der größten Herzlichkeit empfangen, wobei sich der entschiedene Wille aussprach, daß man die Verfassung in allen ihrer Bestimmungen rein und ungetrübt erhalten wissen und daher stets streben wolle, den Geist derselben, Jeder in seinem Kreisen, immer mehr zu wecken und zu kräftigen. Möge diese unzweideutige Gesinnungsäußerung der gesammten Bürgerschaft der zweiten Stadt in dem Lande nach allen Seiten hin die richtige Würdigung finden und so die Früchte tragen, die Jeder, der es mit dem wahren Heile des Landes wohl meint, ihr wünschen muß.

**Schwerin**, 1. Jan. Fortwährend gehen noch immer bestimmende Adressen aus allen Städten an den Gutsbesitzer Pogge wegen seines Antrags auf Umänderung der Verfassung ein. So in diesen Tagen noch eine aus Rostock mit 500 Unterschriften, fast alle Professoren, Magistratsmitglieder, die angesehensten Kaufleute enthaltend. (O.P.A.Z.)

Von der Niederelbe, 1. Jan. schreibt die Weserz.: Der „Lübecker Bürgerfreund“ vom gestrigen Datum bringt uns in einem Schreiben aus Eutin die unangenehme Nachricht, daß auch dort die Feier des norddeutschen Sängerfestes für 1848, einer von Oldenburg aus eingetroffenen Resolution zufolge, nicht werde stattfinden dürfen. Wir hätten uns dessen von einer Regierung, die der allgemeinen Meinung nach bald die konstitutionelle Bahn einzuschlagen beabsichtigt, am wenigsten versehen. Jetzt soll man seine Blicke auf Bergedorf richten.

**Köthen**, 29. Dez. Im letzten Herbste vereinigten sich die einflußreichsten Bewohner der anhaltischen Herzogthümer zu einer Eingabe an ihre Fürsten, in welcher sie um Einführung der 1815 versprochenen landständischen Verfassung baten. Sie haben darauf noch keine Antwort erhalten. Nun verschärft man, daß Köthen deßhalb noch nicht gehuldigt habe. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

**Nassau.** = Wiesbaden. Der Schluß des Jahres war bei uns ein sehr bewegter durch viele wichtige Veränderungen, welche in den oberen Regionen unserer Beamtenwelt stattfanden und welche noch mehrere in den unteren Schichten der Bureaukratie nachsetzen sollen. Am Meisten Aufsehen macht die Ernennung des eben von dem Leipziger Wechselkongreß zurückgekehrten Geheimenraths Bolzbrecht zum Domänendirektor, da man seine neue Stelle für eine Art Sinecure, jedenfalls seine Versetzung für eine Remotirung ansieht, und man bisher gewohnt war, ihn für die Seele des Ministeriums anzusehen, ja, ihn sogar nicht ungern als künftigen Minister dachte, obgleich er in manchen Stücken den Erwartungen nicht entsprochen hatte, welche man in seinem Eintritt in das Ministerium in seinen früheren Jahren von ihm hegte, als er den allerhöchsten Regionen noch nicht so nahe gekommen war. Freilich wäre bei uns ein bürgerlicher Minister etwas Unerhörtes, aber Bolzbrecht besitzt ungewöhnliche Talente, als Jurist und als Verwaltungsbeamteter, und gilt für einen unabhängigen, geraden Charakter. Schlimm ist es nun, daß sich fast überall die Ansicht bilden konnte, gerade wegen dieses Unabhängigkeitssinnes sei er nach Oben mißliebig geworden. Andere wollen behaupten, den Domänen, welche in der letzten Zeit bereits bedeutende Verluste erlitten, drohten solche Anschnungen, daß man für dieselben gesichten könne, und ob eine so bedeutende Kraft in einem für den ganzen Staat so wichtigen Augenblick zur Verwaltung des Privatvermögens unsers Herzogs verwendet werden müsse. Daß in der Domänenverwaltung manche Veränderungen vorgenommen werden müssen, ist gewiß, und mit Vergnügt hat man in der letzten Zeit neuen Operationen zugesehen. Es ist daher zu hoffen, daß seine jetzige Stellung nur als ein kurzer Übergang zu einer einflußreichern anzusehen ist, und der Glaube nicht bestätigt wird, daß er mit Undank belohnt werde, nachdem er dem bezeichnen Hause wesentlich genützt und dem Gouvernement sogar den Ruf der Liberalität und des gemäßigten Fortschritts verschafft hatte. Wegen seiner Thätigkeit für die Ablösung der Zehnten ward er freilich von der Aristokratie mannigfach angefochten. Wie in jeder Bureaukratie bilden auch bei uns die Personalien einen Hauptpunkt der Verwaltungsthätigkeit; denn es ist gar süß, die Staatsdiener zu versetzen und Gehaltszulagen und Gratifikationen nach Gutdünken zu ertheilen oder zu verweigern. Dies Geschäft scheint man in oberster Stelle mehr in die Hände nehmen zu wollen. An Bolzbrachts Stelle ist ein junger Mann gekommen, welcher für einen guten Arbeiter und für sehr bescheiden gilt. Möge er

Digitized by Google

vor Allem die rechte Charakterfestigkeit beweisen! Bisher waren uns Metternich'sche Einflüsse und russische Sympathien in der Leitung unseres Staatswesens nicht fremd. Das Beste, was wir von dem neuen Jahr erwarten können, ist, daß unser Herzogthum den festen, gemessenen Weg des Fortschritts in allen Gebieten des Staatslebens einschlage, und daß ein einiger, fester Wille, frei von dem Wirrsal der Vielbestrebtheit, an der Spitze unseres Staates sich zeige, und zwar im Einklang mit den Grundsätzen des Jahrhunderts.

**Schleswig-Holstein**, 1. Jan. Das holsteinische Obergericht hat die im vorigen Jahre auf Anhalten des Oberfachwalters ausgesetzten Termine in Untersuchungssachen wider Oldhausen, Dr. Lorentzen, Biggers, Tiedemann und Rohwer jetzt wiederum zu Anfang März angesetzt. Es ist dringend zu wünschen, daß die Beendigung dieser Processe, welche beinahe über ein Jahr gedauert haben, ohne daß bisher ein Erkenntniß erfolgt ist, nicht durch die Krankheit des Oberfachwalters um ein Mertelsahr verzögert wird, zumal da bis zum Definitiverkenntniß doch noch geraume Zeit verstreicht, weil ja jedenfalls die Regierung oder die Angeklagten, vielleicht beide, gegen das Erkenntniß des Obergerichts appelliren werden, und die Entscheidungen des Oberappellationsgerichts nicht so rasch erfolgen können, wie gewünscht wird. In den Processen der HH. Oetker und Dr. Lorentzen, welche im August v. J. vom Obergericht verhandelt wurden, ist bisher noch, wie bekannt, vom Appellationsgericht kein Erkenntniß erfolgt. Die Sache des Ersteren soll freilich jetzt fortwährend sein, in der des Letzteren fehlt jedoch noch die Gegenerklärung des Oberfachwalters.

(Börsenh.)

* **Frankfurt**, 6. Jan. Heute ist hier die Nachricht von dem gestern zu Bonn erfolgten Tode des 17jährigen Erbprinzen Friedrich von Hessen-Homburg eingetroffen. Die Regierung dieses Ländchens steht nun nur noch auf 4 Augen, da bekanntlich der jüngere Bruder und jetzige Regierungsnachfolger des Landgrafen kinderlos ist. Bei dereinstigem Erlöschen der Dynastie aber fällt die Landgrafschaft dem Großherzogthum Hessen anheim. — Von Hanau geht uns die Nachricht zu, daß die Bürger dieser Stadt gestern ihr Konstitutionsfest mit besonderer Herzlichkeit gefeiert haben. (S. Hanau.) — Die Aufhebung des Turnvereins in Hanau soll keineswegs als isolirte Thatsache dastehen, vielmehr auf allgemeiner Verabredungen schließen lassen. Man erinnert sich, daß schon im vorigen Jahre von Anträgen am Bundestag gegen die Turnvereine die Rede war.

**Frankfurt** a. M., 28. Dez. Von Seite des dänischen Gesandten, v. Bechlin, wurde eine heftige Note wegen eines in den hiesigen Blättern erschienenen Aufrufs zu einer Beiseesteuerstiftung an den Senat gerichtet, jedoch seit und ablehnend beantwortet, da die Sache Beseiers eine deutsche sei, auch bezog man sich auf den bezüglichen §. 4 des Bundesvertrags. (Freib. Z.)

**Bremen**, 5. Jan. Die Weserzeitung gibt über die Gerüchte von ihrer Zulassung in Preußen heute eine ausführlicher Erklärung, auf die wir zurückkommen werden.

## Schweiz.

☽ **Bern**, 4. Jan. Einen weiteren Beitrag zur Charakteristik der kathol. Geistlichkeit in ihrem Verhalten gegenüber den gegenwärtigen Zuständen in der Schweiz liefert das Runtschreiben des Bischofs von Chur an die Geistlichkeit des Kantons Schwyz. Jeder, der die Sprache der Kurie versteht, wird in diesem Schreiben nichts Anderes als eine Aufmunterung zum Verharren auf dem betretenen Weg der Opposition gegen die jetzigen Behörden finden. — Über Neuenburg gehen hier abertel Gerüchte, die ich nicht nachverfolgen will; so viel ist gewiß, daß das Volk in sehr aufgeregter Stimmung ist, und die Regierung, in der Überzeugung, sich auf die Mitigen nicht verlassen zu können, sich einer Söldnertruppe angeworben hat. Morgen vielleicht Genaueres. Es ging auch das Gerücht, Graf Colloredo und Radowitz seien in Neuenburg eingetroffen. Bois le Comte ist mit seinem Secretär wieder nach Basel zurückgereist. — In Wallis hat Hr. Adrian von Curten der provisor. Regierung in einem sehr höflichen Schreiben gemeldet, daß er sein und seines sel. Vaters Kontingent von 2000 Fr. zur einen Hälfte sogleich, zur andern binnen 14 Tagen pünktlich verabfolgen lassen werde. — Der ehemalige eidg. Kanzler, Hr. Amrhyn, hat der jetzigen Regierung von Luzern seine Dienste angeboten. — Der Gr. Rath von Freiburg wird einen Gesetzesentwurf berathen, der die Rechte des Staates besonders der Kirche gegenüber kräftig wahrt und die Urheber des Aufruhrs gegen die Eidgenossenschaft mit behandelt. Nach dem bereits ausgearbeiteten Projekt hätten dieselben die 400000 Fr. unr vorschußweise zu bezahlen, die 10 Hauptschuldigen den Kanton auf 6 Jahre zu meiden und die übrigen Urheber des Sonderbundes mit jenen würden auf 10 Jahre im Aktivbürgerrecht eingestellt. Nach 2 Jahren könnte indessen die Strafe Einzelnen ganz oder theilweise erlassen werden.

Wir haben schon früher die Verhandlungen des Wiener Kongresses über die Schweiz mit den jetzigen Erklärungen der Diplomatie in eine Parallele gesetzt, die nicht zu Gunsten der letzteren ausfiel. Als Ergänzung dient eine schlagende Bemerkung, welche der Nürnberger Kurier in einem tüchtigen Aufsatz „das Recht der Schweiz" gemacht hat. Laut den „Konstitutionen der europäischen Staaten ꝛc. Leipzig 1825. Th. 4. S. 516" haben nämlich die hohen Verbündeten d. d. Freiburg, den 21. Dec. 1813 erklärt: „Der Zweck der verbündeten Souveräne ist, der Schweiz in Ansehung ihrer auswärtigen Verhältnisse dieselbe freie und vortheilhafte Stellung zu sichern, in welcher sie sich vor den Revolutionsstürmen befand, die vollkommenste Unabhängigkeit dieses Landes. Wie ihr ist aber der gegenwärtige Zustand der Dinge, in welchem die Schweiz aus einem freien Vereine für sich selbst bestehender Republiken zu einem unmächtigen, leidenden Werkzeug französischer Herrschaft herabgewürdigt war, durchaus unvertrüglich. Wenn diesem Übel gründlich abgeholfen, wenn die Integrität des schweizerischen Gebiets in seinen alten Grenzen auf allen Seiten weiter hergestellt und die Schweiz in eine Lage versetzt sein wird, die so viel möglich macht, die Grundlage ihres künftigen Föderativsystems auf der von ihr selbst zu wählenden Form ohne alle Rücksicht auf fremden Einfluß anzuordnen, dann werden die verbündeten Mächte ihr Werk als vollendet betrachten. Die innere Verfassung und Gesetzgebung der einzelnen Kantone und die Bestimmung ihrer wechselseitigen Verhältnisse ist eine reine Nationalangelegenheit der Schweizer, die ihrer eigenen Gerechtigkeit und Weisheit überlassen werden muß."

Die Interventionsfrage scheint sich ihrem letzten Stadium zu nähern; Guizot hat in den Bureaux der Kammer erklärt, die französische Regierung denke nicht daran, sich der Revision des Bundesvertrags, die ein Recht der Schweiz sei, zu widersetzen; die beiden Diplomaten, die Österreich und Preußen nach Paris geschickt hat, sind dadurch in eine eigenthümliche Lage versetzt. Was Hrn. v. Radowitz betrifft, so versichert ein Berliner Korrespondent der „Börsenhalle", man habe ihm nur ganz unbestimmte Verhaltungsmaßregeln nach Paris mitgegeben, man wolle die Ereignisse abwarten und „gegen Österreich und Frankreich in der Hinterhand bleiben".

## Großbritannien.

* **London**, 4. Jan. Das Abenteuerliche und halb Renommistische, welches sich zu der übrigens bewundernswürdigen Thätigkeit und der riesenen Energie des Amerikaners gesellt und ihn so sehr von dem Engländer unterscheidet, zeigt sich nicht nur bei dem großartigen Handelsmanne, nein, es kommt auch manchmal bei den ersten Staatsmännern des freien Westens zum Vorschein. Man lese die eben eingetroffene Botschaft des Präsidenten Polk und man gestehe, daß dieser Ausspruch nicht unrichtig ist. In wahrhaft gelungenem Styl, aber in einer Manier, die in der Kedheit ihrer Ausdrücke kaum ihres Gleichen hat, unterhält uns der gewaltige Präsident über die Ereignisse des vergangenen Jahres. Er schildert uns den Krieg mit Mexiko, er erzählt uns, wie es der Armee der Ver. Staaten gelungen ist, die feindlichen Truppen niederzuwerfen, wie das ganze Land in ihrer Gewalt sei, und wie es die amerikanische Ehre gebiete, nun auch noch weiter zu gehen und durch Einverleibung eines guten Stückes sich nur die Kriegskosten zu decken, sondern auch durch Einführung amerikanischer Sitten und Gesetze dem Eroberten einen Weg zu freier Entwicklung zu bahnen. Dann auf die Verhältnisse des eignen Landes übergehend, schildert er die Wohlfahrt, welche gute Ernten und eine weise Benutzung der Lage und der unerschöpflichen Hilfsquellen des Landes mit sich führten, wie steriere Handelsmaßregeln dem Staate eine um $8\frac{1}{2}$ Mill. Dollars größere Einnahme verschafften, wie die industriellen Unternehmungen überall einen neuen Aufschwung erfahren und die Schifffahrt eine Ausdehnung genommen, welche zu den kühnsten Hoffnungen berechtigt. Wenn man diesen unendlich langen Bericht gelesen hat, muß man nicht nur gestehen, daß die Vereinigten Staaten auch Neue eine gewaltige Strecke auf dem Wege ihrer Entwicklung zurückgelegt haben, sondern daß auch ihre Staatsmänner, daß ein Herr Polk diese Thatsachen zu ihrem eignen Ruhme trefflich zu benützen wissen. Weder das Eine noch das Andere soll und verdrießen. Als Deutsche haben wir es wohl am Wenigsten zu bedauern, daß Amerika einen solchen Aufschwung nimmt, denn wir viele Tausende, die vom Speffart kamen, vom Rhein oder aus dem Norden Deutschlands, werden Theil haben an dem Glücke der neuen Welt, an diesen

Digitized by Google

Regierungen, deren sie in der Heimath nicht theilhaft wurden! Ehrenfreundig können wir es Herrn Polk verdenken, daß er stolz auf die Ereignisse seiner Verwaltung ist; es muß eine Lust sein, so als einfacher Präsident an der Spitze einer großen Nation zu stehen, welche die Erde mit dem Klang ihres Namens erfüllt. Damit hat aber auch die Anerkennung so ziemlich ein Ende, denn wir können uns nicht einverstanden damit erklären, daß Hr. Polk neben dem großen Staatsmann zugleich auch die renommistische Natur des Yankee blicken läßt und die Völker Europas behandelt, als wären sie eben so viel Horden Irokesen. Nie werden die Vereinigten Staaten erlauben, daß Europäer neue Kolonien in Amerika gründen, rust Herr Polk aus. Wie, meint Herr Polk, daß er es schon jetzt mit der ganzen Welt aufnehmen könnte? Wie zweifeln daran. Jedenfalls sollte er in dem Vorgefühl der einstigen Größe seines Landes sich nicht zu solchen Übereilungen verleiten lassen. Sollte es auch einst wirklich dahin kommen, daß in jener, schon seit Jahrhunderten von Osten nach Westen fortschreitenden Weltentwicklung endlich Amerika als das herrschende Land der Welt dastünde, so werden doch immer die Völker des Westens gen Osten zurückschauen und gestehen müssen, daß ihnen das Beste ihrer Civilisation, und was sie an Kunst und Schönheitssinn besitzen, immer aus dem Osten kam. Doch vergessen wir über der Zukunft nicht die Gegenwart. Die gewaltigen wie die renommistischen Seiten der amerikanischen Entwicklung haben in der Jahresbotschaft des Präsidenten Volk neuerdings ihren klassischen Ausdruck gefunden, und die englische Presse ist auch bereits in schnöder Thätigkeit, das eben erschienene Dokument zu kritisiren. Wie die amerikanischen und englischen Handelsleute sich betrachten, wenn ein Steamer vor Liverpool stille hält, so beschauen sich auch nun die großen Männer beider Nationen beim Eintreffen dieses wichtigen Aktenstücks. Über die Keckheit in dem Tone der Präsidentendeschaft ist man einig, aber man läßt auch seinem Unmuthe in Betreff des Mexikanischen Krieges freien Lauf, als wenn es nicht gut wäre, daß ein morsches und verrottetes Reich endlich durch die thatkräftigen Amerikaner aufs Neue in die Weltbewegung hineingezogen würde*). Aber so sind die Briten. In manchen Sachen verschieden von den Amerikanern, gleichen sie ihnen doch wieder in vielen andern. „Beim Lichte besehen", sagten die Times vom 25. Dec., findet sich trotzdem eine große Familienähnlichkeit zwischen John Bull und Bruder Jonathan. Beide lieben wir das Geld; Beide lieben wir Gewalt; Beide machen wir auf die höchsten Attribute Anspruch, ohne uns viel darum zu kümmern, ob unsere Prätensionen der übrigen Welt gefallen oder nicht. Beide glauben wir uns berechtigt, die Eilenbogen stoßend einzusetzen und und durch den großen Haufen der Nationen zu drängen, wo nur immer eine Öffnung entsteht und die Rippen Anderer gleichschierweise weichen. Beide moralisiren wir ganz abstrakt, außer wenn ein ganz besonderer Umstand die Nothwendigkeit praktischer Ansichten gebietet. Beide ziehen wir der Prosperität die Segel auf, als wenn wir wüßten, daß es immer so bleiben würde. Beide machen wir wenigstens ein Mal im Jahre Halt und entwerfen einen sehr befriedigenden Bericht unserer Nationalangelegenheiten. Beide lassen wir uns durch ein klein wenig mehr Gewalt, durch einen kaum vergegenwärtigten Reichthum dazu verleiten, einen Sprung in die Zukunft hinaus zu machen, ohne vorher zu sehen, wohin wir springen oder zu berechnen, was es uns kosten wird. Yankee's und Britten gleichen sich in all diesem. Wir sachen über sie und sie sachen über uns."

*) Man hat auch in der Art, wie der mexikanische Krieg Seitens der Nordamerikaner begonnen und geführt wurde, Rechts als eitel Renommisterei oder wenn sämtliches erstickten wollen. Der Präsident sucht in seiner Jahresbotschaft diesen Vorwurf von Nordamerika abzuwenden, er weist nach, wie Mexiko wie seine Verträge gebrochen, wie es Jahre lang Eigenthum und Rechte und selbst die Person von Bürgern der Vereinigten Staaten verletzt, wie es jede Genugthuung, jeden Ersatz für solche Unbill den nordamerikanischen Friedensgesandten nicht angenommen, endlich seinen Truppen gestattet habe, auf nordamerikanischem Gebiete zu rauben und zu morden. Dadurch sei Nordamerika zum Kriege gerichtlich worden, aber es habe, obschon vergeblich, seine Friedensanträge immer wieder erneuert; und was habe es endlich als Entschädigung für so viele Mühen und Kämpfe, für so großen Verlust an Blut und Geld gefordert? Zwar weite Landstrecken, aber ein Gebiet, das saft gar nicht bebaut, fast gar nicht bevölkert sei ohne Schuld gewiß die Einfälle der Wilden sei, ein im Grunde verrottetes Gebiet, das eigentlich nur dem Namen nach der ohnehin schwachen und machtlosen Regierung zu Mexiko unterworfen gewesen, ein Gebiet endlich — um hierauf legte der Präsident einen besondern Nachdruck — auf dessen Besitz bereits fremde, nämlich europäische Nationen ihren lüsternen Blick gerichtet hätten; aber es müsse Grundsatz der Vereinigten Staaten sein — und er sei dies seit der Präsidentschaft Muncroe's im Jahre 1824 — keine fremde Macht auf dem nördlichen Kontinent Amerikas sich einnisten zu lassen. Jedenfalls hat ein höherer Geist als der bloßen Renommisterei die Nordamerikaner nach Mexiko getrieben und der Geist der Geschichte selbst, die Einigung des ganzen Amerikas und deren Rückwirkungen auf die Welt fordert des stillen Meeres und dieses des atlantischen Oceans werden dies darthun. A. d. R.

## Frankreich.

**Paris**, 4. Jan. Die Hilfsmittel der Redekunst und der Dialektik genügen dem Journal des Débats nicht, um die Gefangennehmung Abdel-Kaders zu feiern; es stimmt eine pindarische Dithyrambe an, um dieses Ereigniß würdig zu preisen. Das ministerielle Blatt steht darin eine unermeßliche That, in deren Glanz vor allen Andern der Herzog von Aumale sonnenhell leuchtet, deren Widersachen aber zugleich nicht bloß den General Lamoricière, sondern auch die Häupter aller der Staatsbauer und Kriegsobersten verkleinert, die seit 18 Jahren in Algerien den Befehl geführt haben. Unsre Spalten sind zu eng, sagt es, um alle Diejenigen zu nennen, welche an dem Ruhme jenes großen Ereignisses Theil haben, denn zahllos sind die bedeutenden Männer, von Bourmont herunter bis auf Bugeaud, die dasselbe eingeleitet, vorbereitet, möglich und zuletzt nothwendig gemacht haben. Freilich sind es, genau besehen, nicht eigentlich die französischen, sondern vielmehr die marokkanischen Massen, welche den Emir gezwungen, sich zu ergeben, allein ohne die Schlacht am Isly, ohne die Beschießung von Tanger, und ohne den darauf gefolgten Friedensschluß, der seiner Zeit so hart angegriffen, so bitter getadelt wurde, würde niemals das Einverständniß zwischen Frankreich und Marokko herbeigeführt worden sein, in dessen Folge Abdel-Kader sich gegenwärtig in Toulon befindet. So das Journal des Débats. Dieser überschwänglich richtigen Ansicht der Sache setzt die heutige „Presse" eine ziemlich nüchterne Prosa entgegen, die wohl geeignet ist, die Begeisterung der Leser des Hofblattes einigermaßen abzukühlen. Wo ist das Verdienst, fragt sie, wenn Frankreich den jungen Marabut, der ihm ohne andere Hilfsmittel als sein eigenes Genie 14 Jahre lang getrotzt hat, wenn es diesen endlich wie ein gefangtes Wild im Garn fängt? Und wenn es noch wirklich Frankreich wäre, das diesen zweideutigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen könnte! Aber man triumphirt über einen Sieg, den die Marokkaner davongetragen haben! „O Ihr Manen Ludwigs XIV. und Napoleons, erspredt ihnen", ruft sie „Presse" pathetisch hinzu. Was aber den Friedensschluß zu Tanger betrifft, welchen das Journal des Débats die Mitwirkung der Marokkaner zur Bekämpfung Abdel-Kaders heimsagt, so überschüttet die „Presse" diese kühne Behauptung mit schenungsiosem Spott. „Aberrrhaaan", sagt sie, „entschieden sich nicht eher zum Kriege, als bis Abdel-Kader selbst einen Krieg auf Leben und Tod gegen ihn begonnen hatte; er that seine Schaßkammer nicht früher auf, als bis Abdel-Kader ihn auf seinem Throne bedrohte. Die schöne Freundschaft, die aufrichtige Bundesgenossenschaft, die uneigennützige Mitwirkung! Wie dankbar müssen wir Muley Abderrhaman dafür sein, daß er sich nicht ruhig seine Krone, seine Schätze, und vielleicht seinen Kopf nehmen ließ, daß er sich vertheidigt hat, als er angegriffen wurde!"

Die Frage vom künftigen Schicksale Abdel-Kaders wird in einigen Blättern bereits lebhaft erörtert. Alle Stimmen sind einig darüber, die Bewilligung der Kapitulation durch General Lamoricière und den Herzog von Aumale zu tadeln; ob aber die Überreinkunft zu erfüllen sei oder nicht, darüber theilen sich die Ansichten. Es ist traurig, zu sagen, daß die Leute, welche die Worte Nationalehre, politische Tugend, bürgerliche Redlichkeit unaufhörlich im Munde führen, daß gerade diese es sind, welche die Stirne haben, zuerst rund heraus zu erklären, daß die Kapitulation nicht zu erfüllen sei. So namentlich der National, der Courrier Français, der Constitutionnel. Wir daggen nehmen es auf uns zu sagen, daß Frankreich sich entehrt, daß es sich der gerechten Verachtung der Welt preisgiebt, wenn es sich zu dem gegebenen Wort bricht. Dieses Wort hat unbedingt bindende Kraft, denn der General, der es gab, und der Statthalter, der es bestätigte, handelten ohne allen Zweifel innerhalb ihrer Befugniß. Ob dabei die Sanktion der Regierung ausdrücklich vorbehalten wurde oder nicht, ist völlig gleichgiltig. Schon in diplomatischen Verkehr gilt es als ein unfreiliger Satz, daß keine Regierung das Recht hat, die von ihren Bevollmächtigten innerhalb ihrer Vollmachten abgeschlossenen Verträge zu verwerfen, und dieses unabweisliche Princip ist doppelt giltig für ein Verhältniß wie das vorliegende. Die Gründe dafür sind handgreiflich. Wo die eine Partei den Vertrag erfüllt und unwiderruflich erfüllt hat, da ist es Verrätherei auf der andern Seite nur die Frage zu stellen, ob man seinerseits an die gestellten Bedingungen gebunden sei. Abdel-Kader war keineswegs ohne Rettung verloren. Der General Lamoricière selbst schreibt: „Der Emir hatte für sich die Dunkelheit, ein vielfach durchschnittenes Land und Wege, die unsere Streifrunden nicht kannten; die Flucht wäre ihm leicht gewe-

Digitized by Google

sen". Daraus erklärt es sich, daß der General Lamoricière in seinem Berichte weiter sagt: „ich war genöthigt, Bedingungen einzugehen, ich bin sie eingegangen", und ich habe die feste Hoffnung, daß Ew. Kön. Hoheit diesellben gutheißen wird, wenn der Emir sich auf mein Wort verläßt". Der Herzog von Aumale aber schreibt dem Kriegsminister: „Ich habe das Wort des Generals Lamoricière bestätigt, und ich hege die feste Zuversicht, daß die Regierung des Königs ihre Zustimmung geben wird". Und man spricht davon, das Wort des Staatsthatters zu brechen? Wenn das geschieht, so geschieht damit eine Infamie, die ihres Gleichen in der neuern Geschichte nur in den nichtswürdigsten Verrath des großen Kaisers Napoleon an Toussaint Louverture hat. Das Verfahren der Engländer gegen Napoleon selbst hier anzuziehen, wie einige Pariser Blätter es versuchen, ist wahrhaft lächerlich. Denn es hat noch Niemand zu behaupten versucht, daß der Einschiffung Napoleons auf dem Bellerophon Irgendetwas vorangegangen sei, das einer Kapitulation ähnlich gesehen.

## Italien.

Turin, 1. Jan. Dem Vernehmen nach wäre von Seite Oesterreichs dem Herzog von Modena angerathen worden, zur Verwelständigung des im Herzogthum benöthigten Militärdienstes ein neues Bataillon Infanterie zu errichten. Zugleich soll Oesterreich den Wunsch ausgedrückt haben, die der modenesischen Regierung bewilligte Aushilfsmannschaft baldmöglichst zurückzuziehen. Die Übernahme von Guastalla von Seite des Herzogs von Modena soll nach dem Vertrag von 1844 ohne alle Last — senza oneri — geschehen, wesßhalb der Zustand der dortigen Beamten als bloßgestellt erscheint, wenn die neue Regierung von Parma sich nicht auf irgend eine Art um das Loos derselben annehmen sollte. (A. Z.)

## Türkei.

Konstantinopel, 22. Dec. Die gestrige Nummer des hiesigen Journals verkündet die Beendigung des griechisch-türkischen Zerwürfnisses. Darnach hätte das griechische Kabinet Hrn. Perssiani, dem russischen Geschäftsträger in Athen, ein an den Reis-Effendi gerichtetes Schreiben übergeben, das die „Lacune", die der Brief von Kolettis noch gelassen, vollends ausfülle. Hr. Nekludoff, russischer Gesandtschaftssecretär in Athen, erhielt den Auftrag, besagtes Schreiben hieher zu überbringen, und kam vorigen Sonntag mit dem Lloyddampfboote hier an. Hr. Mussurus wird also nun wohl nächstens nach Athen zurückkehren? Man schreibt diese endlich erlangte Nachgiebigkeit Griechenlands hauptsächlich dem Drängen des russischen Kabinets zu.

Einer weitern Mittheilung der A. A. Z. zufolge hat sich die griechische Regierung herbeigelassen, dem Hrn. Mussurus durch den Reis Effendi ihr Bedauern über das bedauerliche Balkgezänk ausdrücken zu lassen (!), und sich bereit erklärt, jeden türkischen Abgesandten — wäre es auch Hr. Mussurus selbst — aufs Freundschaftlichste zu empfangen (!). Die Pforte säumte — sehr natürlich! — nicht, diese Befriedigung auszudrücken und hat Hrn. Mussurus Befehl ertheilt, sich zur Reise nach Griechenland anzuschicken.

## Griechenland.

* Soeben erhalten wir Briefe aus Athen vom 26. Dec., welche obige Nachrichten der A. A. Z. aus Konstantinopel vollkommen bestätigen, zugleich aber hinzufügen, daß die griechische Regierung, während sie gegen einen schwachen Gegner so sich demüthigt, einen um so höhern Ton gegen England anzunehmen sich bemüht. Sie hat die allerdings beleidigende Note Palmerstons in einer Weise erwidert, welche mit ihrer an Feigheit grenzenden Nachgiebigkeit gegen die Pforte sehr im Widerspruche steht. Hierzu kommt eine neue Verwicklung. Bei der Verfolgung der Aufständischen in Thessalien wurden Schüsse auf die englischen Barken gerichtet, auf die sie die Verfolgten geretlet hatten. Der Kommandant des englischen Dampfboots hat hiergegen eine Protestation eingesandt, welche von dem englischen Gesandten der griechischen Regierung mitgetheilt wurde, und von dieser in nicht sehr höflicher Weise abgefertigt worden sein soll. Es sind aus diesem Verfahren nur neue Demüthigungen für die schwache griechische Regierung vorauszusehen. Unsern Briefen zufolge stünde hinter all diesen Verwicklungen nicht Rußland, sondern namentlich Ludwig Philipp. Wenn sich die griechische Regierung auf die Zusage der Guizot'schen Politik verläßt, so wird sie sich ebenso verrechnen, als vorden Polen und jüngst noch der Sonderbund sich verrechneten. Morgen theilen wir die Briefe aus Athen, wie die beiden Antwortschreiben des Hrn. Glarakis auf die Palmerstonsche Note mit.

## Deutschthum und Russenthum in den Ostseeprovinzen Russlands.

Jakob Grimm hat kürzlich die Frage: was ist ein Volk? dahin beantwortet: ein Volk ist der Inbegriff von Menschen, welche dieselbe Sprache reden. Da können denn auch die 200,000 Deutschen in den Ostseeprovinzen, die unter das russische Scepter gerathen sind, sich als Theil des deutschen Volks betrachten, und sie thun es mit einer Innigkeit, von der man in Deutschland kaum eine Ahnung hat und zum Verdruß der Machthaber, die nicht mehr den Namen „deutsche Ostseeprovinzen" dulden wollen, sondern dafür „russische Ostseegouvernements" als officiell substituiren. Der Druck der letzten Jahre, zu Allem das unerhörte, empörende Auftreten der russischen Geistlichkeit in diesen Provinzen hat aber zum Trotze gezeigt, wie kräftig das deutsche Element ist, und es bedurfte vielleicht eines so schneidenden Drucks, um auch das Phlegma auszurütteln und die alles Recht hinopfernde Ruhe zu stören. Doch liegen nicht schon in diesen Worten zu große Hoffnungen? Die Zukunft der Ostseeprovinzen erscheint allerdings trüb genug. Wir glauben, Deutschland ladet eine Schuld auf sich, wenn es diese deutschen Länder wie einen verlorenen Posten oder als eine abgefallene Kolonie betrachtet und ihrem Schicksal glaubt überlassen zu müssen. Wir können keine Sympathien erwarten, wie sie für Holstein und Schleswig laut geworden sind, wir glauben nicht an die Möglichkeit, daß uns're Kunde durch Deutschlands Hilfe wieder ein Theil Deutschlands werde, aber daß das Band nicht ignorirt werde, welches deutsche Sprache und deutsche Gesittung und Gesinnung geknüpft hat, das muß unser heißer Wunsch sein. Deutsche Literatur und Wissenschaft gibt und die geistige Nahrung, deutsche Städteverfassung und ein Privatrecht deutschen Ursprungs bewahren wir mit ängstlicher Sorgfalt, der Hindlick auf die politische Entwickelung des Mutterlandes erfüllt uns mit Freude und Sehnsucht — aber die Mutter scheint kein Herz für uns zu haben. Vielleicht schließt Deutschland aus unserem Schweigen über unsere Verhältnisse und Leiden, daß wir gut russisch geworden, daß materielle Vortheile, die nicht ohne Berechnung von russischer Seite gehoben werden, uns zufrieden stellen über den Verlust der Selbstständigkeit und die getrickte Nationalität. So erzählen es allerdings flüchtige Reisende, die bei einer oder eine kurze Zeit verweilten und der ihrer Rückkehr nach Deutschland Gesehenes und Gehörtes niederschrieben, wobei sie denn auf der einen Seite nur zu oft, um Generelldur zu geben, in ein ungehöriges Generalisiren gerathen, auf der andern Seite halbrichtig ihren mitgetheilte Specialitäten durch eine starke Beimischung von Unrichtigkeit noch weiter entstellen. Diese Touristen verfallen namentlich in einen großen Fehler, sie sehen, wie von russischer Seite ganz planmäßig manche Mittel vorgeschrieben werden, um die Ostseeprovinzen zu entdeutschen und zu russificiren; darnach stellen sie das Prognostikon, es werde mit der Durchführung dieser Mittel unfehlbar bald der Zweck der russischen Politik erreicht werden; aber sie sollten, wozu sie freilich nicht so leicht im Stande sind, auch die Erfahrung fragen, ob denn die Mittel die gewünschte Wirkung haben. Es ist doch, um ein Bild zu gebrauchen, nicht selten der Fall, daß ein Jagdhund in gar zu großem Eifer an einem gehetzten Wilde vorbeischießt und dieses wieder Raum und Freiheit gewinnt. Dieses Bild ist hier sehr passend. Es ist noch nicht lange, daß das Studium der russischen Sprache auf den hiesigen Schulen und auf der Landesuniversität Dorpat nicht forcirt und das Russische ohne Widerwillen erlernt wurde; seit die neuen Maßregeln ergriffen sind, ist erst der Haß gegen russische Sprache und russisches Wesen allgemeiner und mit ihm, begreiflicherweise, das Bedürfniß, das Bewußtsein, in der deutschen Sprache und Literatur ein herrliches Schutz- und Trutzmittel gegen den wuchernden Slavismus zu besitzen. Wir glauben nicht, daß sobald eintreten werde, was Aurelio Buddeus in seinem Buche „Halbrussisches" mit Caffandrakrimme verhöhnt oder sogar als gegenwärtig annimmt: Dorpat sei eine an Rußland verlorene Stadt, nicht mehr eine Vertreterin der deutschen Wissenschaft. Wir glauben dies ebenso wenig, als daß vielerlei Unrichtige, das in seiner Schilderung von Dorpat sich findet, von irgend Jemanden, welcher politischen Farbe und Gesinnung er auch sei, der nicht blos durchgereist ist durch diese Universitätsstadt, geglaubt werden wird. Der Schreiber dieses Aufsatzes, von Jugend auf mit dem Verhältnissen Dorpats bekannt, hat bei einem wiederholten Aufenthalt in dieser Stadt mit großem Interesse die Veränderungen der Universität beobachtet und muß sich für einen mehr befähigten Beurtheiler derselben halten, als einen Touristen, dessen Quelle das Hörensagen ist. Was Hr. B. von der Hingebung der Dorpater Professoren zum Russenthum und ihrem Haschen nach russischer Gunst sagt, mag er an einigen Lehrern der Hochschule abgenommen haben, ist aber nur in einer

Digitized by Google

sehr beschränkten Weise für die Gegenwart wahr. Wir können ihm versichern, daß zu der Zeit, in der er Dorpat für ein „Bollwerk baltischen Deutschthums“ hält, unter dem Kuratorium des Fürsten Lieven und des Baron von der Pahlen, jenes Haschen weit größer war, als in den letzten Jahren, und wenn Hr. B. unsere Provinzen wieder mit seinem Besuch beehren wollte, so würde, wenn er einen freien Blick mitbrächte, der Augenschein ihn bald belehren, daß Dorpat nie eine solche wissenschaftliche Bedeutung gehabt, wie gerade jetzt, und daß dort die Ehre der deutschen Wissenschaft eben von Denen vertreten wird, welche die Herden dieser Hochschule sind. Die russische Regierung hat in den letzten Jahren sehr viel gethan, um die Universität Dorpat zu heben; aus einem im J. 1842 verliehenen Ergänzungsetat sind 7 neue Professuren eingerichtet und besonders die aus 10 Professoren bestehende medicinische Facultät, wie die Vertretung der Naturwissenschaften ist ausgezeichnet zu nennen. Daß die medicinischen und die Naturwissenschaften hier, wie an den russischen Universitäten vornehmlich patronisirt werden, dazu mag die Regierung aus Rücksicht auf materiellen Nutzen bestimmt werden; die Universität Dorpat hat dadurch Männer bekommen, welche die jetzt am Meisten fortschreitenden Wissenschaften in einer sehr würdigen Weise repräsentiren. Hätte Dorpat seinen eminenten Chirurgen Pirogoff behalten, so würden wohl wenig medicinische Facultäten in Deutschland mit der in Dorpat wetteifern können. Ein Schatt muß es dem Hrn. B. aufgedunden haben, was er ferner erzählt, daß nach den bekannten Ullmann-Makaischen Vergängen im J. 1842 man durch fast zwei Jahre die Sterne der Gesetzesübung in Bezug auf die Studentenpolizei verlassen, indem man die Meinung verbreitete, die abgetretenen Professoren seien deren unerbittliche Exekutoren gewesen. „Bis dahin, heißt es, war es unter Krafftstrom's Militärregiment z. B. unerhört, daß ein Duell strafsos geblieben; jetzt bemerkte man den Zweikampf kaum; die Uniformen durften offenstehend getragen, ja selbst bisweilen mit Civilkleidern vertauscht werden; die alten, bisher nur leise gesummten Studentenlieder Arndt's durchklangen ungestört die Gassen, sogar Verbindungen lauchten ungehindert von Neuem hervor“ — und diese ganze Milde nur um die leicht verbindbare Studentenfreiheit zu bestechen, die nun jubilirte und die neue Ordnung der Dinge feierte.

(Fortsetzung folgt.)

## Handels- und Börsennachrichten.

* Frankfurt a. M., 6. Jan. Nach den neuesten Nachrichten aus München ist die offizielle Kundmachung in Betreff einer Verfassungsänderung täglich zu erwarten. Der Staat gibt z. B. für 1000 fl. baar eine 4%ige Obligation pari und erhöht zugleich von einer mit präkonstirten alten Obligation zu 1000 fl. den Zinsfuß von 3½ auf 4%, wobei überdies der Besitzer 10% am Kurse der 3½%igen Oblig. gewinnt. Man ersieht daraus, daß dem Staate hiedurch, sowie durch einfache Abgabe von 4% Oblig. al pari viele Kapitalien zufließen werden, da das Publikum (besonders Bürger und Landleute) große Preislust zu inländischen Staatspapieren zum Beweisen zur Regierung hegt. Übrigens erweist diese Operation den Umstand von so bedeutlich verbreiteten Gerüchte von einem bereits im Voraus mit Bankierhäusern abgeschlossenen Anlehen. — Von Wien ging heute die Nachricht ein, daß das Handlungshaus Kaspar Cohn sel. Wittwe seine Zahlungen eingestellt hat.

Frankfurt, 7. Jan. Oesterr. Met. 103¾ B. — 2½% 53⅝. Bankaktien pro ult. 1838 G. — 500 fl. Loose von 1834 156½; 250 fl. Loose von 1839 — G., Preußen. Köln-Minden 94 B. 93¾ G. — Baiern. Ludwigs-Berbach 86½ B. 86¾ G. Würtemberg. 3½% Oblig. 88¼ G. — Geldsorten: Neue Louisd'or 11 fl. 6 kr. — Frz'or 9 fl. 47 kr. — ditto Preuß. 9 fl. 54 kr. — Holl. 10 fl. Stücke 9 fl. 58 kr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 31 kr. Engl. Souvereigns 12 fl. — kr. — Laubthaler ganze 2 fl. 43½ — Preußische Thaler 1 fl. 44½ kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Berlin, 4. Jan. 3½% Staats-Sch. 91⅞ Prämien-Scheine 90⅝ Poln. Loose 500 fl. 79 — ditto 300 fl. 99¼ Ludwigs-Berbach — Frd.-W.-Nordb. 58¼ — Köln-Minden 94¼ —

Wien, 3. Jan. 5% Met. 103⅞ — Bankaktien 1615 — 500 fl. Loose 156⅜ — 250 ditto 113 — Nordbahn 142 — Wien-Glogguitz 109 — Mailand-Venedig 86.

Amsterdam, 4. Jan. 2½% Integrale 54¹⁴⁄₁₆. 4% von 1844 84⅛ 3% ditto 66⅝ — 4% Russ. bei Hope — ditto bei Stieglitz 86⅛ 5% Span. Active 14¹⁰⁄₁₆ — 3% ditto inländ. 25⅛ — 4% Portugiesische 24⅝ 2½% Lrdr. Met 49¼

Paris, 5. Jan. 3% 75 f. 20. 5% 115. Bankaktien —

Madrid, 29. Dez. 3% 27¼. 5% 15⅜. 4% 15.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[19]

## Neues Abonnement auf die fliegenden Blätter.

### Auflage 20,000.

Vom 6. Band oder ersten Semester der fliegenden Blätter pro 1848 sind bereits Nr. 121 bis 124 erschienen. Wir bitten gefällige Bestellungen bei den resp. Buchhandlungen, Post- und Zeitungsexpeditionen bald möglichst zu machen, damit in der Zusendung keine Störung eintritt. Die fliegenden Blätter werden regelmäßig jede Woche hier ausgegeben und es wird von unserer Seite jede sich eröffnende Gelegenheit eines schnellern Versands benützt werden, um unsere verehrlichen Abonnenten zufrieden zu stellen.

Zugleich empfehlen wir die bisher erschienenen 5 Bände der fliegenden Blätter und zwar für den Band in sauber broschierten Exemplaren à fl. 3 36 kr. fl. 3 — kr. C.-M. oder Thlr. 2 — Agr. in elegant cartonnierten Exempl. à fl. 4. — kr fl. 3. 20 kr. C.-M. oder Thlr. 2. 7½ Ngr., in Leinwand gebundene Exempl. à fl. 4. 48 kr. fl. 4. — C.-M. oder Thlr. 2. 20 Ngr. und bemerken, daß diese Bände in sämmtlichen Buchhandlungen stets vorräthig sind.

München, im Januar 1848.

**Braun & Schneider.**

## Neue Zeitungen.

[20] Vom Neujahr 1848 an erscheinen bei Metzler in Stuttgart folgende zwei neue Zeitungen:

### Blätter für das Armenwesen.

Herausgegeben von der K. Württ. Centralleitung des Wohlthätigkeits-Vereins. Redigirt von Diakonus Leube. Wöchentlich ½ Bogen in 4. mit häufigen Beilagen. Preis des Jahrgangs 1 fl.

### Würtembergische Dorfzeitung.

Herausgegeben von Prälat G. E. Hafner. Wöchentlich 1 Bogen in 4. Preis des Jahrgangs 2 fl., des Halbjahrs 1 fl.

Zu beziehen durch jedes Postamt. Bei den Postämtern findet eine Erhöhung der obigen Preise für Porto statt, die sich nach der Entfernung von Stuttgart richtet.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. s. w. Commissions-Lager unter meinem Nahmen in Straßburg bei Buchhändler Treuttel, Quai de Salm 26 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Postexpedition besorgt das resp. Hrn. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.30, durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.12. 2 Kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 10. Heidelberg, Montag 10. Januar 1848.

## Übersicht.

**Die Vereinigten Ausschüsse. III. — Vom Rhein (der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches). — Posen (Abkonderung der Polen von den Deutschen). Aus Baiern (sittliches Gericht; Forstfrevler zum Besten; Hoffnungen des Landes vom Minsterium Wallerstein). Stuttgart (Kammerverhandlung hier; Ernteberichte; die Noth im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb). Von der Kinzig (Politischer Schlaf; Erwachen in Panau). Kassel (ungnädige Verfügungen von Offizieren; Dienstentheilung des zweiten Kommandanten der Hauptstadt; Baron v. Baig). Frankfurt a. M. (Erklärung M. A. v. Rothschilds und Söhne).**

**Schweiz. Bern.** Lage in Neuenburg. Unruhen im Jura. Aufruf Dufours. Die Presse in Unterwalden. Angelegenheiten in Wallis. Debatte der Regierung, Widerstand des Bischofs. Stratford Canning.

**Großbritannien.** Die Times über die letzten Ministerveränderungen und den bevorstehenden Kampf zwischen Hof- und Volkspartei in Holland. Bedenkliche Stimmung unter den westindischen Pflanzern.

**Frankreich.** Die französischen Errungenschaften in Algerien. **Italien. Rom.** Der Punkt im Verträge zwischen den Rägen des Sagro Collegio und den Forderungen des Volks. Das Motuproprio über die Reform der Ministerialverwaltung. Die Staatskonsulta.

**Griechenland.** Die Abbitte der griechischen Regierung bei der Pforte. Antwortschreiben des Hrn. Glaratis auf die Palmerston'sche Note, nebst Schreiben an die Großmächte. Der Aufstand in Patras und in Folge dessen neue Verwicklungen mit Großbritannien.

Deutschthum und Russenthum in den Ostseeprovinzen Rußland. (Forts.)

**Handel.** Börsenbericht aus Frankfurt. Manchester. Die Krisis des verflossenen Jahres. Großbritannien. Die von Rußell angekündigt beabsichtigten Aenderungen der Schiffahrtsgesetze.

### Heidelberg, 10. Januar.

In großen und ergreifenden Situationen, die keinen Zweifel mehr gestatten, daß ein bedeutender Augenblick erschienen, daß theure Volksgüter auf dem Spiele stehen, aber das Vaterland in Gefahr sei, da verlohnt es sich allenfalls auch für uns der Mühe, einer schwungvollern Erhebung des Gemüthes, einer wahrhaften Begeisterung in Handlungen und Reden, einer Art von Pathos Raum zu geben. Aber hart muß es kommen, bis der Deutsche sich ein emphatisches Wort, eine mehr als alltägliche That verzeiht. Politischer Unverstand zeigt sich vorzugsweise noch darin, daß entscheidende Momente verpaßt, daß wichtige Lagen des Staatslebens geringschätzig überseben werden, und Erschlaffung, Mißmuth und Langeweile da den Ton angeben, wo mit Energie, Wachsamkeit und Lebendigkeit Alles gewonnen wäre. Die Franzosen sind in dieser Beziehung kein Muster; sie stehen zwar stets in Flammen, reden fast immer in Effekte; doch ihr Feuer ist häufig Strohfeuer, und ihr Lamartine wurde den Deutschen und Italienern durch Überspanntheit albern und lächerlich. Als Schreckbild vor jeder glücklichern Wallung drohen uns Deutschen, furchtbarer als Bajonette, die Witzeleien und Spottreden der Spießbürger, die selten verstummen und auch der gediegensten Begeisterung auf dem Fuße folgen, wie dem preußischen Landtag die Berliner Witze! Daher werden alle Angelegenheiten möglichst nüchtern abgemacht, und es muß, wie gesagt, heiß hergehen, bis wir warm werden dürfen. Weil es nun gar Regel ist, daß in Deutschland seufzagen Befreiungskämpfe durch somnambule Romantik abgekühlt werden, pflegen die schönen Errungenschaften eines enthusiastischen Rausches sich kümmerlich zu verflüchtigen. Mit wahrer Begeisterung blicken wir deshalb hinüber nach dem Lande „rid und od der Eider", wo der Offne Brief eine so namenlose Leidenschaft für das Vaterland und gegen Fremdherrschaft anfachte. Denn zwar ließen die Landtage von Itzehoe und Schleswig im Jahre der Bedrängnis Nichts zu wünschen übrig: aber welche Riesenanstrengungen werden von den Dänen jetzt gemacht, um Nordschleswig zu erobern, und dauerhafter als mit Waffengewalt zu erobern. Dagegen die Patrioten in den Herzogthümern setzen ihnen nicht einmal das Wenige entgegen, was in ihrer Macht steht, dänischem Gelde deutschen Geist! Wobei? Weil die Sonntagskleider der Begeisterung in den Schrank gehängt sind! — Welche Mühe kostet es, das Vaterland für die große Wichtigkeit des durch Bremens Staatsmänner begründeten unmittelbaren Verkehrs mit der amerikanischen Union zu gewinnen! Zusehn und abwarten, das ist die deutsche Losung. — Nicht anders in Preußen. Die Provinzialstände waren bereits in Agonie; angesehene Männer verschmähten es, ferner gewählt zu werden, als der König den Ver. Landtag ins Leben rief. Nun erwachten alle Lebensgeister und die schwungreiche Beredsamkeit eines Beckerath erregte nicht Anstoß, wie sonst in den Tagen der Rüchternheit, sondern rief die Begeisterung und Freude. Doch schon die Verhandlungen über das Beschleunigkeitsgesetz matteten ab, bis die über Landrentenbanken und die Bewegung, welche die Deklaration der Rechte hervorrief, einen höhern Ton anschlugen. Die letzten Sitzungen litten an merklicher Erschlaffung, und jener Ausdruck der Sympathien für Schleswig-Holstein, sowie des Vertrauens auf Krone und Bund in dieser vaterländischen Sache, hervorvorirt durch den Grafen von Schwerin, verfehlte jeder Wirkung. — Es fragt sich heute, ob in der Versammlung der Ausschüsse nicht jene Schlaffheit und Gleichgiltigkeit überhandnehmen wird, welche den Deutschen eigen ist, solange es nicht an Haut und Knochen geht. Der Zweck dieser Zeilen ist, einen Weckruf auszugehn zu lassen und Jeweht die preußischen Stände an die Wichtigkeit der Situation zu erinnern, worin sie sich befinden, als auch zur Theilnahme für ihre Wirksamkeit die Landsleute zu ermuntern. Vor der Verkennung, vor der Geringschätzung des jetzigen Moments ist nicht sattsam zu warnen. Es stehen Fragen auf der Tagesordnung, welche den ganzen Ernst und die redlichste, regste Berufstreue der Abgeordneten in Anspruch nehmen, um einer segensreichen Lösung theilhaftig zu werden. Freunden des Vaterlandes wird echte Begeisterung und unermüdlicher Eifer in dieser Versammlung nicht eine Thorheit dünken! Die Stände haben einer zwiefachen bedeutungsvollen Aufgabe zu genügen, einmal die Rechte des Ver. Landtags in voller Integrität aufrecht zu halten und sodann ein Gesetz zu begutachten, das über Leben, Freiheit und Ehre von Millionen entscheiden soll. Ihr Gewicht in der letztern legislatorischen Arbeit ist nur ein moralisches. Ihr Beirath wird eingebolt und zwar zu einem schon berathenen Gesetz, nicht ihre Zustimmung. Dahlmann's alter Ausspruch, ein imponirender, gehaltvoller Beirath habe dieselbe zwingende Macht eines Veto, wie das Recht der Zustimmung, bestätige sich denn in der Haltung und Würde der Versammlung! Die meisten Mitglieder haben den ursprünglichen Entwurf mitberathen; sie werden aus dem neuen die Erfahrung schöpfen, daß die Regierung denjenigen Ansichten der Stände Gehör geschenkt, welche eine Richtung gebrachte Mehrheit von Provinzen übereinstimmen. Diejenigen, dagegen freilich, wo die Vota der acht Landtage sich widersprechen, das ihr zusagende Gutachten einer Provinz benutzt habe. Die Kraft der Überzeugung, welche der Wahrheit innewohnt, wird den Männern, welche das geläuterte Wesen des deutschen Strafrechts tiefer erkannten, sich mittheilen, sobald sie sich angelegen sein lassen, mit allen zu Gebot stehenden Waffen des Geistes, sonder Abspannung und Ermüdung für das einzusthen, was ihnen als der Würde des Staats, der Idee des Rechts, dem Zweck der Strafe und der persönlichen Freiheit angemessen und unentbehrlich erscheint. Wenn aber zwei Paragraphen des Entwurfs eine Deutung zulaßen, welche die junge Ständefreiheit des Berufenlandes im Kern zu ersticken vermöchte, wenach wenigstens in Zukunft ein Binde, Meyssen, Hagenow u. s. w. für einen politischen Akt nach Art der Wahlverweigerung „mit Gefängniß bis zu einem Jahr bestraft, und zugleich zur eignen Ausübung des Rechts für unfähig erklärt werden" könnten (da ja den Abgeordneten die Wahl der Ausschüße „nicht verwäge einer amtlichen Befugniß, sondern aus eignem Recht zusteht"), wenn diese Deutung auch nicht so handgreiflich wäre, als in den §§. 369 und 370, — da, däucht es uns, ist den Vertre-

Digitized by Google

tern der Rechte aus den Regionen der Schriftstellerschaft der Handschuh hingeworfen zum Kampf auf Tod und Leben der Verfassung! Sollen diese Paragraphen nicht stehen bleiben, bis ein neuer Stein, als des Rechtes Grundstein und der Deutschen Edelstein, den preußischen Ehrenschild von diesem Makel reinwasche, — so müssen die Ausschüsse durch das Übergewicht des Geistes ihrer Satzungen für eine civilistirte Regierung gradezegs unmöglich machen. — Andererseits winkt den Ständen ein schönes Ziel; selbst wenn ihre Gutachten bei dem Gesetze wenig, wie bei dem Judengesetz, oder gar nicht Berücksichtigung fänden, dienen dieselben als Materialien zum dereinigen deutschen Strafgesetz. Denn ein Muthergesetz für Deutschland könnte das preußische doch erst dann werden, wenn die ständischen Vota zeitgemäßere Berücksichtigung fänden, als bisher!

Am 17. Januar wird die preußische Notabelnversammlung der Vereinigten Ausschüsse eröffnet, also an dem ewig denkwürdigen Jahrestage des Staatsschuldengesetzes, welches weiland König Friedrich Wilhelm III. für unwiderruflich erklärt hat. Mögen die Stände durch das Interesse Andenkens an den Gründer der Verfassung, und an sein Werk sich stählen und stärken zum Schutz der öffentlichen und persönlichen Freiheit. Aber der zweite Tag wird die Regierung an den Sohn des großen Kurfürsten erinnern, welcher am 18. Januar nicht bloß die Königswürde seinem Hause übertrug, sondern das Sittengesetz des Suum cuique zur Devise der Hohenzollern erhob. „Jedem das Seine“: — also den Ausschüssen keinerlei Rechte der centralständischen, der reichsständischen Versammlung, welche der König im Hinblick auf das höhere Gesammtwesen, das weiland deutsche Reich „Vereinigter Landtag“ genannt hat, den Ausschüssen keinerlei Befugnisse, wie sie die Verordnung vom 3. Febr. zumutet und wie sie mit der preußischen Verfassung durchaus unverträglich sind! Eine Konfession in diesem Sinne, an das Suum cuique des Ahnherrn, wäre die königliche Feier des alten Krönungsfestes.

**Preußen.** ⁂ Vom Rhein, 5. Jan. Über den Entwurf eines neuen preuß. Strafgesetzbuches, zu dessen, wie es heißt, schließlicher Begutachtung der Ausschuß am 17. d. M. in Berlin zusammentritt, ist bis jetzt noch keine für jene Aufgabe berechnete Beurtheilung erschienen. Und doch war dies um so mehr nothwendig, als jener Entwurf eine Gestaltung und Bestimmungen gewonnen hat, die es vor Allem münschenswerth machen, daß er nicht sofort zum Gesetz erhoben, sondern noch ein Mal nach reiflicher sachkundiger Überlegung und Prüfung, wozu mehr Zeit gehört als bis jetzt vergönnt war, berathen und gesäubert werde. Sind freilich, wie wir nicht zweifeln, unter dem versammelten Ausschusse hinreichend Leute, die praktischen Verstand haben und bei ihrer Abstimmung keine persönlichen Nebenabsichten verfolgen, so dürfen wir versichert sein, daß der Entwurf dies Mal noch nicht zum Gesetz werde erhoben werden*). — Hier, wo man sich in den Kreisen, welche an den öffentlichen Dingen Theil nehmen, am 1. Januar mit dem Wunsche: „ein glückseliges Neujahr, langes Leben, Friede, Gesundheit und — ein anderes Strafgesetzbuch!“ begrüßte, ist man wohl zufrieden, daß der Minister v. Bodelschwingh und nicht einer der vorrätigen Juxjünglinge zum K. Kommissarius für den Ausschuß ernannt worden ist; wir kennen ihn hier als begründeten Münchnen und unsern und der Zeit Bedürfnissen, dem Vertrauen zugänglich und als den Mann, der auch nicht davor erschrickt, in höheren Sphären vorgefaßte Ansichten zu bekämpfen und der öffentlichen Stimmung Rechnung zu tragen, sobald es nun nicht die Presse betrifft, denn die nicht bloß lobende scheint dem Minister des Innern wirklich noch immer la bête noire zu sein.

Aus dem Großherzogthum Posen, 2. Jan. berichtet die Voss. Z. Die Verhältnisse unsers Großherzogthums beginnen schwieder in der polnischen Angelegenheit zu verwickeln. Zwar theilen wir noch nicht die Befürchtungen, welche man von Neuem für die nächste Zukunft hegt und zum Theil an sehr gewagte Behauptungen knüpft, auch ist, unseres Wissens, das Gerücht von der abermaligen Gefangennehmung eines polnischen Revolutionsemissärs nicht bestätigt worden, dennoch läßt sich ein in letzter Zeit vorgekommenes, mancherlei Mißvergnügen verbreitendes Faktum nicht ableugnen. Nämlich mehrere (Etliche sagen sogar die meisten) polnischen Gutsbesitzer haben beschlossen, ihre deutschen Beamten und Dienstleute zu entlassen und ihren Landsleuten

*) Wir werden in den nächsten Stücken eine Beurtheilung des in Rede stehenden Entwurfs bringen, die ihre Competenz in sich ausweisen und sich hoffentlich einige Beachtung verdienen wird. d. R.

im die Stellen verschaffen zu geben. Als gewiß wird das von einem der angesehensten polnischen Grafen erzählt (derselbe der zur Zeit der polnischen Bewegungen eine äußerst große Zahl grober Hemden hatte anfertigen lassen, um dieselben, wie er sagte, zu wohlfeilen Preise an arme Leute zu verkaufen), daß derselbe nicht nur selbst seinen deutschen Leuten gekündigt, sondern auch seine Familie und Freunde zu gleichem Schritt bewogen habe, eben wie derselbe, dem Gerüchte nach, sich vorgenommen hat, fernerr Nichts mehr bei deutschen oder jüdischen Kaufleuten zu kaufen. — Wenn dieses Abwenden der Polen von den Deutschen überhandnimmt, und etwa alle polnischen Gutsbesitzer, die noch faß $^2/_3$ der Gutsbesitzer unsers Großherzogthums bilden, den gegebenen Beispielen folgen, so dürfte sich, besonders bei der jetzigen theuern Zeit, bald ein Höchst nachtheiliger Einfluß dieses Entschlusses auf unsern Verkehr bemerklich machen, zumal schon die polnische Katastrophe eine sehr bedeutende Differenz in den Einnahmen der deutschen Kaufleute unsers Großherzogthums ergeben hat; und damals kauften doch wenigstens die frei gebliebenen Polen hin und wieder bei den Deutschen.

**Aus Baiern.** Die Vorgänge in Baiern sind sehr ernst und beklagenswerth, aber nicht so trostlos als sie in der Ferne erscheinen, und wenn sie auch in einigen andern Gegenden Deutschlands gradezu unmöglich wären, so ist doch auch Baiern ein deutsches Land und bewährt in den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen eine Gesinnung, die ihm gewiß einst zum Ruhme angerechnet werden wird. Wahr ist es, daß wir oft zu träumen glauben, was wir erleben, und daß wir Vieles für Täuschung halten müßten, wäre es nicht die Wahrnehmung Aller. Beklagenswerth ist es, Verhältnisse sich erneuern zu sehen, die man mit dem 18. Jahrh. für immer begraben glaubte; um so beklagenswerther, als die Rückwirkung davon auf das politische Gemeingefühl eine seiner feinsten Lebensnerven empfindlich verletzt. Denn es bedarf das monarchische Princip, ohne welches Deutschland, wie es ist, der größten Verwirrung und Schwäche anheimfiele, gegenüber den alseitigen Gefahren und Stürmen der Stütze persönlicher Achtung und Zuneigung. Wahr ist es, daß die öffentliche Sittlichkeit namentlich bei der Jugend gefährdet ist, und nicht ohne Grund haben öffentliche Blätter deßhalb Aufforderungen an den Rektor der Universität, Friedrich Thiersch, gerichtet, der bekannt ist als ein warmer Freund der Jugend und Schützer edler Sitten und als ein ganz entschiedener Widersacher jeder nicht ganz ehrenhaften Denk- und Handelsweise. Wahr ist es, daß das gesellige Leben, namentlich in der Hauptstadt, gestört und eine Spannung der Gemüther allgemein ist, als habe man nur Unangenehmes zu erwarten. Dagegen nun darf man die erfreuliche Thatsache hervorheben, daß das Urtheil über die beklagenswerthen Zustände ein ganz allgemeines ist, und daß das Volk, mit sehr wenigen Ausnahmen, bis in die höchsten Stellen eine Achtung gebietende Haltung zeigt. Die Wenigen, die schwach oder geblendet von der allgemeinen Meinung sich scheiden, sind gerichtet, erst in der Gesellschaft, die ihnen den Rücken zeigt, dann vom Schicksal, das sie zerstritt. Was würde der Mann, der das verhängnißvolle Patent ausgefertigt, jetzt darum geben, könnte er noch einmal zu der Stelle zurückkehren, auf der er ein solches Ereignis für eine „Kalamität für Baiern“ erklärte! Nun hat er sie selbst gebracht und gemeßt die Früchte des Baumes, den er gepflanzt. Und ein solches Loos traf ihn nicht allein. — Große erfreulich ist die Richtung, in der sich die eigentlich gestaltenden Elemente des Staatslebens bewegen. Es ist eine große und beruhigende Erscheinung, daß das Prinzip der Freiheit in beiden Kammern mit Entschiedenheit, selbst von denen vertreten worden, die noch vor Kurzem nur Vormundschaft und Zwang für heilsam hielten; und das Votum des Erbsichers von Reisach und die Denkschrift des Fürsten von Leiningen wiegen manch trauriges Erlebniß auf. Höchst erfreulich ist, daß wir in diesen Fragen keine politischen Parteien haben, und daß alle Fragen nach dem Gefühle des Rechts und nach bester Einsicht entschieden werden. Ist aber dies der Fall, und stärken sich diese immer mehr, so verlieren die Gefahren sehr viel von ihrer drohenden Physiognomie. Mit diesem Bewußtsein kann man auch ruhig der Thätigkeit des Ministeriums Wallerstein gegenüber stehen, obwohl mit einem Herrn gerechten Korrespondenten so großes Unheil daraus hervorgehen zu sehen. Gewiß ist es erfreulich (um in der letzten Tonart zu schließen), daß die Blätter Ihrer Zeitung, deren heftige Angriffe auf dieses Ministerium überall mit großer Begierde gelesen werden, nirgends in Baiern verboten worden sind, wenigstens nicht auf Befehl des Ministers Fürsten Wallerstein, dem politischer Verstand, Kenntniß der Zeit und ihrer Forderungen, Talent und Thätigkeit selbst vom Gegner zugestanden werden müssen, und daß somit die Zuschreibung einer Preßfreiheit für innere Angelegen-

Digitized by Google

heiten eine wahre und diese Preßfreiheit eine Errungenschaft des öffentlichen Geistes ist. *)

**Würtemberg.** ✠ Stuttgart, 7. Jan. Die plötzliche Verstärkung der Stuttgarter Garnison um mehrere hundert Mann, wodurch dem Lande ein Mehraufwand von beiläufig 4000 fl. jede Woche erwächst, bildet noch immer das Tagesgespräch im Publikum, welches diese ungewöhnliche Maßregel sich in keiner genügenden Weise zu erklären vermag, während von Seite der Behörden auch hier das gewohnte strenge Stillschweigen beobachtet wird. Mit steigender Sehnsucht erwartet man den bevorstehenden Landtag. Darüber kann wohl kaum noch ein Zweifel zurückbleiben, daß unter den Gegenständen, welchen unsre Volksvertretung ihre energische Theilnahme zuzuwenden hat, in erster Linie die alles frühere Maß weit hinter sich lassende Censurstrenge steht, von welcher nur freie Passage der von Dr. Elsner's „Ulmer Chronik" täglich hebitirten Schandthaten gegen die Reformpartei merkwürdig genug absticht. In solcher Weise kann es unmöglich fortgehen: die despotische Mißhandlung und Entwaffnung der unabhängigen Presse durch die Censoren schreit zu laut, der Abstand von bairischer Preßfreiheit und badischer Censurmilde ist zu grell und demüthigend, als daß nicht der Landtag seine ganze Kraft aufbieten müßte, um endlich einmal dieser systematischen Verkümmerung unsers ohnehin so schmächtigen Staatslebens zu steuern. Anlaß zur Erörterung dieser Verhältnisse wird, noch ehe es zur Berathung wegen der vom Landtag 1845 zum Ersatz eingeforderten, vom Geh. Rath aber einfach beharrten Censurkosten kommt, voraussichtlich schon die Antwort auf die Thronrede und dann eine beim ständischen Ausschuß eingelaufene Beschwerde darüber gereichen, daß die Ausübung der Censur des Beobachters einem Manne von solchen Meximen, wie die des Geheimen Legationsrathes v. Neurath überlassen bleibt, und daß das Geheimerathsbollegium ungeachtet des preußischen Vorganges sich weigert, die im Rekursweege freigegebenen Stellen eines Artikels jemals anders, als vermöge Wiederabdrucks des gesammten Artikels und ohne Bezeichnung der neu hinzugekommenen Stellen veröffentlichen zu lassen. Ginge der Landtag auseinander, ohne eine sehr bedeutende Erleichterung des herrschenden Preßzwanges erwirkt zu haben, müßten wir also abermals drei lange Jahre in solchen verkümmerten Zuständen zudauern, so ließe er den wichtigsten Theil seiner Mission unerfüllt, er verdiente mit Recht seinen Namen des vergeblichen, mit welchem man den von 1833 zu diskreditiren suchte, nachdem er aufgelöst worden war, und — gibt es Jemand, der wahren Vortheil von der Permanenz der jetzt waltenden Grundsätze hätte? — Wenn vor einigen Tagen ein Korrespondent der Karlsr. Zeit. auf einer Tour über den Schwarzwald und die schwäbische Alb nichts von der Noth bemerkt haben will, auf welche Ihr Blatt schon öfters hinwies, so ist jenes wohl erklärbar, da man die Noth eines Landes gewöhnlich nicht so im Vorüberfahren erkennt. Aber hat auch eine strenge Polizei den Straßenbettel reducirt, und sperrt die Censur manchem einzelnen Beweise der Noth den Weg zur Oeffentlichkeit, so liegt es doch für Jeden, wieder durch die bunte Oberfläche des Tages gen auf den Grund sieht, außer allem Zweifel, daß das Elend in einem noch nie dagewesenen Grade bei uns verbreitet, und daß es im Wachsen ist. Wer das Beispiel der einzelnen Erscheinungen nur als Ausnahmen will gelten lassen, dem stehen ja die in Ihrem Blatte, wie auch im Beobachter mitgetheilten, größtentheils amtlichen Zahlen zum Versuch der Widerlegung bereit. So wenig wir Grund haben, anzunehmen, daß jener Korrespondent der Karlsr. Z. anders als in gutem Glauben schrieb, so gewiß ist es doch, daß solche auf Beschwichtigung abzielende Artikel an der Wirklichkeit scheitern müssen. Die Noth ist da; und wenn es je gelingen sollte, die zur Abhilfe Berufenen in den nördlichen Willkommenen Glauben zu versetzen, daß es so dringend nicht doch sehr, so gewännen wir damit Nichts, als daß die Anstrengungen, deren man jetzt entbehren zu sein meint, sich zwar verspäten, aber auch verdoppeln müßten. Uebrigens wollen wir und nicht verhehlen, daß ein baldiger Wechsel des bisherigen Systems so unwahrscheinlich ist, als ein Wechsel desjenigen Beamteten, welche die allgemeine Stimmung vorzugsweise gegen sich haben: in dieser letzten Beziehung findet sich an einem Orte, wo man es kaum vermuthen sollte, in der Leipziger illustrirten Zeit. vom 1. Jan. bei ihrer europäischen Umschau, eine kurze Charakteristik der würtembergischen Regierung, welche jeder Personenkundige als treffend erkennen muß.

**Kurhessen.** Δ Von der Kinzig, 6. Jan. Gestern Abend fanden in Hanau große Demonstrationen zu Gunsten der dem Lande so lieb gewordenen und die bedrunstenden moralischen und materiellen Interessen aller Staatsbürger verbürgenden Konstitution Statt. Ein Theil der Häuser war festlich beleuchtet, mehrere Vereine bildeten sich schnell, wo bei festlichem Mahle die Verfassung gefeiert, die dem Lande dadurch gewordenen Wohlthaten in ergreifenden Reden dargestellt und einer der begeistertsten Redner recht eigentlich auf den Händen getragen wurde. Man munterte sich gegenseitig auf, an dem Erworbenen festzuhalten und auf jedem gesetzlichen Wege dahin zu wirken, daß es nicht im Sinne des Rückschritts verflacht, verdreht und zur Täuschung werde. Wenn in einem Lande nicht nur an genügenden, sondern selbst an schönsaven Gründen, die Hand an das Heiligthum des Grundgesetzes zu legen. Sterbend hat der verewigte Kurfürst dasselbe abermals sanktionirt und sich darauf berufen. Welchen gegründeten Vorwurf man den hessischen Landständen seit Jahren zu machen allerdings berechtigt sein mag, der kann gewiß nicht darunter sein, daß sie sich revolutionäre, faktiös oder auch nur liberal gezeigt hätten. Sie lassen sich zusammenrufen, um vor allen Dingen das Budget zu bewilligen und auseinanderzugehen, Personen oder Fragen, die der Regierung irgend mißfällig sind, fassen sie mit, wenn auch nicht zu lobender, doch der Regierung gewiß nicht unangenehmer Bereitwilligkeit aus ihrem Kreise oder dem ihrer Berathungen entfernt. Aussichten, die auf dem allgemeinen preußischen Landtage von der preußischen Regierung wenn auch nicht gebilligt, doch als vollkommen berechtigt anerkannt wurden, sind in unserer Ständeversammlung verpönt, die Censur steht in der schönsten Blüthe, und die Volksvertreter nehmen keinen Anstand, uns die nöthigen Gelder für dieses nationale Institut zu bewilligen. Der Damen der Gewissensfreiheit bleibt selbst von unsren Gedankstätten entfernt, und wie fern wir von dem gottlosen Gedanken sind — etwa nach dem Vorbilde der baierischen Regierung — unsere innern Angelegenheiten freier Besprechung zu überlassen, davon geben unsre hessischen Blätter den zwar traurig langweiligen, aber beredtesten Beweis. Auch Geldbragen, wie sie die Angelegenheit unseres angeblich zu 3½ Prozent berechneten Lotterieanlehens hervorrufen mochten, werden von unseren Abgeordneten mit „gehöriger Umsicht" verhandelt. Wie unser Gesandter am Bundestage in der hannöverschen und andern konstitutionellen Fragen Festimmt, haben wir uns nicht angemaßt zu beurtheilen oder nur mit unpassender Neugier ernstlich darnach zu fragen. Von unsren Schulen bleibt das Gift der Aufklärung fern, aus unserer Hochschule wird es mit allen Exorcismen ausgetrieben. Wir hatten es soweit gebracht, das Ideal des besten Staats zu verwirklichen, „von dem kein Mensch mehr spricht". Wir schliefen wie die Rose um Mitternacht, wie der unschuldige, sündenreine Säugling in der Wiege. Und nun hören wir auf einmal, wir wären durch unsere Verfassung zu Revolutionären geworden, wenn wir sie nicht ändertem, wäre „das Heil des Landes und des regierenden Hauses" gefährdet und der einbrechende Terrorismus werde uns und „unsere unschuldigen Kinder" verschlingen. Wenn wir so das Bischen Licht, das uns noch gelassen ist, zu Ehren unserer unschuldigen Verfassung gebrauchten — wer will uns darüber kadeln? Das Ausland, d. i. das Deutschland, das nicht länge der Fulda athmet, wohl schwerlich.

** Kassel, 7. Jan. Endlich haben die Landstände den morgenden Tag zur Berathung über die Legitimation des Hrn. v. Baltz als Abgeordneten der Stadt Kassel bestimmt. Es ist dies der nämliche Tag, an welchem vor 17 Jahren die Landstände die Verfassungsurkunde aus den Händen Kurfürst Wilhelms II. empfingen. Möge die Erinnerung dieses Ereignisses morgen nicht entschwunden sein! Es wird sich morgen um die Frage handeln, in wieweit die Sonderung des Volkes in verschiedene Stände und deren ausschließliche Vertretung durch Standesgenossen, gegen eine siebenzehnjährige Uebung, ein durchgreifender Grundsatz jener Verfassungsurkunde sei. — Einige thatkräftige Offiziere im besten Mannesalter sind aus der Linie zu den Garnisonskompagnien versetzt, von denen die eine einen Theil des Invalidencorps bildet und die Bestimmung hat, die Bergveste Spangenberg zu bewachen, welche als Staatsgefangniß gilt. Diese Offiziere waren noch am 6. Dec. v. J. bei der Eidesleistung des Militärs im Dienst. Sie sollen damals von Andern zumeist oder zuerst Zweifel darüber gehegt haben, ob der den Truppen angesonnene Eid mit dem auf die Verfassung geleisteten in Einklang zu bringen sei; allerdings unbe-

*) Was die Zulassung der beterssenden Nummern der D. Z. betrifft, so scheint man darin keineswegs konsequent zu sein; in München z. B. herrscht eine andere Praxis als in den übrigen Theilen des Landes, und, wir verschiedene Mittheilungen in unsern letzten Blättern beweisen, wurde in Franken unser Blatt nicht ein Mal, sondern sehr oft mit Beschlag belegt ohne von der Post nicht ausgeliefert. Wollten wir auch vergleichen Vorgänge als Nachweben des alten Systems dem neuen Ministerium nicht zurechnen, so scheinen uns doch keineswegs klare und schlagende Thatsachen genug vorzuliegen, um die Dinge so optimistisch anzusehen wie unser ehrenwerther Korrespondent thut.
A. d. R.

Digitized by Google

gründete Zweifel, weil die Zusicherung erfolgte, daß jener Militärrath neben dem Verfassungsgerichte bestehe. Der zweite Kommandant von Kassel ist dieser Funktion enthoben worden. Er soll derjenige General gewesen sein, welcher, wie gesagt wird, die Schilderung über die am 6. v. M. unter den Truppen herrschende Stimmung bestätigt habe.

Frankfurt a. M., 7. Jan. Die hiesigen Blätter enthalten folgende Erklärung: Mehrere auswärtige Blätter gefallen sich seit einiger Zeit darin, ihre Leser mit dem Mädrchen zu unterhalten, daß wie die Zahlungseinstellung des Hauses S. v. Haber und Söhne in Karlsruhe und Frankfurt durch einen gegen dasselbe geführten Schlag veranlaßt, demselben plötzlich den Kredit aufgekündigt und damit zugleich die unerdliche Absicht verbunden hätten, drei deutsche Fabriken der englischen Rivalität zu opfern. Wie haben hierauf einfach zu entgegnen: An dem Mißgeschicke jenes Hauses und an den Verlegenheiten der von ihm durch Wechselretrassirungen und Acceptationen unterstützten Fabriken tragen wie nicht die entfernteste Schuld. Das gedachte Haus hatte bei uns keine laufende Rechnung, außer für kleine Auszahlungen und Ueberhebungen, die es in unserem Auftrage zuweilen in Karlsruhe besorgte. Das Haus S. v. Haber und Söhne hatte sich niemals bei uns einen Kredit eröffnet; unmöglich wäre es also gewesen, ihm einen solchen aufzukündigen. Gegen die skrupellose Schmähungen schützt uns die Oeffentlichkeit, daß wir bis zum Verabrede der Zahlungseinstellungen mit größter Bereitwilligkeit Geschäftsbeziehungen zu dem gedachten Hause fortgesetzt haben, dessen Katastrophe aber durch die allgemeinen nachtheiligen Geldverhältnisse und die Kreditserschütterungen auf auswärtigen Handelsplätzen herbeigeführt ward. M. A. v. Rothschild und Söhne.

## Schweiz.

Bern, 5. Jan. Von den Gerüchten, als ob im Kanton Neuenburg bedenkliche Unruhen ausgebrochen seien, hat sich bis jetzt Nichts bestätigt, als daß die Regierung 2 Kanonen nach Lasagne und 1 nach Rochefort geschickt hat, um die dortige Bevölkerung im Schrecken zu erhalten. Der „Const. Neuch." bringt in seiner letzten Nummer Nichts, was Besorgnisse für die dortige Regierung erregen könnte. Dagegen haben im Bern'schen Jurabezirk schwere Unruhen stattgefunden, weil Landjäger im Dorfe Bemont einige der bekannten November-Deserteurs verhaften wollten. Die Regierung stand auf dem Punkt, den Ort militärisch besetzen zu lassen, versuchte es jedoch noch ein Mal mit Milde und schickte den Hauptmann Kernen als Kommissäe hin, um eine strenge Untersuchung einzuleiten. Das hiesige Kriegsgericht hat gestern zwei Brüder aus dem Emmenthal, welche sich während des Feldzugs des Todtschlagsversuchs schuldig gemacht haben, mit mildernder Berücksichtigung vorausgegangener Aufreizung zu drei Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt. Den eidgen. Truppen, welche gegenwärtig noch im Dienste bleiben müssen, hat der Oberbefehlshaber folgenden tröstlichen Tagesbefehl zugesandt: „Es ist dem Oberbefehlshaber nicht unbekannt, wie sehr die Truppen, welche noch unter den Waffen stehen, die Rückkehr in ihre Heimath wünschen, und er wird sein Möglichstes thun, um eine baldige Erlassung zu erwirken. Verschiedene Gründe verbindern, daß dieses sogleich geschehe. Sobald aber diese Hindernisse gehoben sein werden, was nicht mehr lange anstehen kann, wird er damit nicht säumen und die Verminderung stufenweise vornehmen. Der Oberbefehlshaber lobet daher alle Korps ein, sich in Geduld zu fassen und in dem tadellosen Betragen zu verharren, welches sie bis jetzt beobachteten; in Kurzem werden Alle ihren Familien zurückgegeben sein und dort die Ruhe finden, nach welcher sie sich sehnen und die sie verdient haben. Die besten Wünsche ihrer Führer und der Dank des Vaterlandes werden sie dorthin begleiten." — Unterwalden nid dem Walde hatte die traurige Berühmtheit erworben, bis 1844 der einzige Kanton der Eidgenossenschaft gewesen zu sein, der ohne ein öffentliches Blatt war. Mit beigtem Jahre unternahm es Hr. Melchior Joller, ein beschränktes Wochenblättchen für Nidwalden zu veröffentlichen. Kaum aber erschien deßen 13. Nr. so wurde dem jungen Pflänzchen vom Landrath ohne gemachten Prozeß der Todesstoß gegeben. Jetzt, nachdem der Sonderbund sein Ende erreicht hat, erscheint seit Neujahr in Stanz auch wieder ein „Nidwaldner Wochenblatt." — Nach den bisherigen Verhandlungen des Gr. Raths in Wallis läßt sich annehmen, daß dort der Fortschritt siegen wird, obgleich man allerwärts behauptet, daß, sobald die eidg. Truppen fort seien oder wenigstens bald nachher versucht werden dürfte, eine wiederholte Umgestaltung der Dinge zu erzielen. Der Gedanke einer Trennung des Kantons kam schon einmal im Gr. Rath zur Sprache, fand aber keinen Anklang. Der Große Rath besteht aus Männern, die Achtung einflößen und zu der Erwartung berechtigen, daß sie etwas Gutes und Dauerhaftes zu Stande bringen. Gegen die nach Italien verschleppten Effekten des St. Bernhard-Klosters hat die provisorische Regierung dem Sardinischen Gesandten Crotti di Costiglione in Lausanne geschrieben und von diesem mit umgehender Post die Zusicherung erhalten, daß er die Beschwerde unverzüglich seinem Hofe übermachen werde. Das Kloster soll sehr reich sein und nur allein im Laufe des letzten Sommers eine Million franz. Frk. baar auf die Seite geschafft haben. —

Bern, 6. Jan. Der Gr. Rath von Freiburg wird nächsten Montag den 10. Jan. ein ihm von der Regierung vorgelegtes Dekret berathen, welches der schrecklichen Finanzzerrüttung des Kantons möglichst abhelfen soll. Die wichtigsten Bestimmungen sind: 1) die Haupturheber und Anstifter des Sonderbunds und der Empörung gegen die Eidgenossenschaft, 31 an der Zahl, haben dem Staate als Entschädigung für die Kriegs- und Okkupationskosten die Summe von 1,200,000 Fr. zu entrichten. Die Bezeichneten haften solidarisch für die Summe. 2) Unter Bedingung der Bezahlung der genannte Summe, sowie unter einigen andern Beschränkungen (daß sie z. B. auf 10 Jahre in Ausübung ihrer polit. Rechte eingestellt und zur Bekleidung von öffentlichen Aemtern unfähig erklärt sind rc.) ist Amnestie für alle bis dahin begangenen politischen Vergehen und Verbrechen zugesprochen. 3) Das Kloster Port-Dieu, das notorisch und öffentlich thätigen Antheil an den letzten politischen Ereignissen genommen, wird aufgehoben. Sein auf $2^1/_2$ Mill. angeschlagenes Vermögen wird nach Abzug der Pensionen zu Abtragung der öffentlichen Schuld, zu Errichtung eines Kantonsspitals und zu Schulzwecken verwendet. 4) Eine außerordentliche Summe von 460,000 Fr. wird dem Haupt der Diöcese, sowie den religiösen Korporationen in Folge der Vertheilung auferlegt: dem Bischof 2,000 Fr.; dem Mannsklester zu Altenried 400,000 Fr.; dem Weiberkloster am Bisenberg in Freiburg 20,000 Fr.; den Ursulinnerinnen in Freiburg 20,000 Fr.; den Dominikanerinnen in Estifel 4000 Fr.; den Weiberklöster zus Visitarien in Freiburg 5000 Fr.; dem Weiberklöster in der magern Au in Freiburg 4000 Fr.; den Gottesträchtern bei Romont 2000 Fr.; den Augustinern in Freiburg 2000 Fr.; den Franziskanern 1000 F. 5) Alle Güter der Klostergesellschaften und des Bischofs werden sofort unter die direkte Aufsicht des Staates gestellt und bürgerlich verwaltet. Alle Güter der Weltgeistlichkeit werden unter bürgerliche Verwaltung in den Händen der Gemeinde und unter der Aufsicht des Staates gestellt. 6) Die sogenannte katholische Gesellschaft wird aufgelöst. 7) In Zukunft darf kein Geistlicher oder fremder Ordensbruder im Kanton eine Mission ausüben, sich dem öffentlichen Unterricht oder dem Privatunterricht in mehreren Familien zugleich widmen oder geistliche Funktionen ausüben ohne spezielle Erlaubniß des Staatsrathes. 8) Endlich wird den Gemeinden eine außerordentliche Steuer von 100,000 Fr. auferlegt. — Der Bischof von Freiburg hat an den Gr. Rath ein Schreiben gerichtet, worin derselbe in scharfen Worten sein Bedauern über die bisherigen Maßregeln der Regierung ausdrückt und gegen obiges Projekt, soweit es die Güter und die Immunitäten der Geistlichkeit betrifft, protestiert, ja sogar der Regierung mit den Bannstuch droht. — Hr. Bundespräsident Ochsenbein ist seit mehreren Tagen unwohl und nimmt keine Besuche an. Stratford Canning weilt noch immer in unserer Stadt und scheint sich ziemlich allseitig in den verschiedenen Klassen der Gesellschaft über die Ansichten in Beziehung auf Bundesreorisionen orientieren zu wollen. Viel nachunterdenken wird der Zurgelung geschrieben, daß dort das Neujahr eine alte politische Denne nochmals vorübergegangen sei; sie wollten den Gang der Ereignisse abwarten.

## Großbritannien.

London, 5. Jan. Die Times enthaltrn eine Korrespondenz aus Amsterdam vom 28. Dec., worin die Gründe für die Entlassung der Minister von Hall und de la Sarcaz etwas abweichend von den bis jetzt darüber umlaufenden Gerüchten angegeben sind. Beide, heißt es in jener Korrespondenz, hätten darauf gedrungen, daß der Art. 59 des Staatsgrundgesetzes, wonach der König allein die ostindischen Besitzungen regiert und über deren Einkünfte verfügt, abgeschafft werde; sie hätten ferner eine Ausdehnung der Ministerialeitern, Verantwortlichkeit der Minister u. s. w. gefordert, und obschon sie Konservative vom reinsten Wasser seien, diese Maßregeln als im höchsten Grade nothwendig und unvermeidlich dargestellt. Die andern Minister wären entgegengesetzter Ansicht gewesen, der König und die Prinzen des k. Hauses hätten sich, wie in solchen Fällen immer, auf die Seite derer gestellt, welche im Sinne des Hofes, nicht für die Sache des Volkes gesprochen, und so hätten beide genannte Minister ihre Ent-

Digitized by Google

lassung eingereicht und erhalten. De la Sarraz, bisheriger Minister des Außern, sei übrigens eine politische Null und habe während seiner Laufbahn Fehler auf Fehler begangen, wogegen nun Hall manche nützliche Finanzmaßregel durchgeführt habe; aber sein Gebäude sei noch nicht fertig und sein Nachfolger, van Rappard, gänzlich unfähig und kenntnißlos in finanziellen Angelegenheiten; seine jetzige hohe Stellung verdanke er allein seinem Ariſtokratismus. Die Korrespondenz ſchließt: in wenigen Tagen werde die zweite Kammer zusammentreten; dann werde der letzte Kampf, ein Kampf auf Leben und Tod zwiſchen einem unvernünftigen Konſervatismus und dem mächtigen Willen eines Volkes beginnen, welches zwar gedultig aber auch ſtolz ſei auf ſeine frühern Großthaten und Freiheitseinrichtungen. „Wenn die Schwalbe", heißt es ſchließlich, „längſt der Gegenſtand für die Aufmerkſamkeit des geſammten Europas war, ſo wird jetzt Holland ein nicht minder geeignet und edles Schauſpiel darbieten, ein Schauſpiel, welches für die, die ihre Mitbürger zu beherrſchen berufen ſind, nicht weniger anziehend und unterrichtend ſein wird. Europa wird Zeuge ſein eines Kampfes, den der einmüthige Wille einer Nation gegen die geheimen Ränke, Umtriebe und Kabalen gewiſſer ariſtokratiſcher, autokratiſchen und abſoluten, in konſtitutionellen Ländern gänzlich nicht zu ertragenden Gelüſte führen wird. Möge Wilhelm II., der Held von Quatrebras, den das Volk noch immer als ſeinen Befreier von Napoleons eiſernem Joche anzuſehen pflegt, noch zu rechter Zeit ſich bedenken und ſeinen Unterthanen die Rechte zugeſtehen, die ſie in Anſpruch nehmen; — wenn nicht, ſo geht der Krug ſo lange zu Waſſer, bis er bricht."

Den Nordamerikanern iſt nicht zu verargen, wenn ſie die Hoffnung nähren, daß ihnen die weſtindiſchen Kolonien Englands und ſo allmählich der ganze weſtindiſche Archipelagus u. ſ. w. früchtereife zufallen werden. Es ſcheint in der That namentlich auf Jamaica eine Bewegung unter den Kolonisten ſtattzufinden, welche für England nicht unbedenklich iſt; ein gewiſſer Groll, der ſich nicht ſowohl in den zahlreichen Meetings, in den Petitionen und Forderungen der Pflanzer, als in gewiſſen Randgloſſen kund gibt, womit ſie ihre Forderungen begleiten. Unter dem Einfluß der letztbeſchloſſenen Zuckergeſetze, ſagen ſie, koſte der Zucker von Jamaica 50 Proz. mehr als der in den Sklavenſtaaten erzeugte, ſie könnten mit dieſen nicht mehr konkurriren und hielten es für ihre Pflicht, feierlichſt Verwahrung einzulegen („machtlos wie ſie ſeien, um Widerſtand zu leiſten") gegen ein Verfahren, welches ſie um ihr Eigenthum und Exiſtenz bringen muß, ſich alſo drohe, daß ſie zuletzt mit ihren Familien den Wanderſtab ergreifen müßten, um nicht im Elend zu verkümmern. „Wir fühlen", ſetzen ſie ihren an das Parlament gerichteten Petitionen hinzu, „unſere Angelegenheit noch erſchwert durch die Betrachtung, daß die Beraubung einer getreuen und friedlichen Bevölkerung durch ein Parlament bewerkſtelligt wurde, in welchem ſie nicht vertreten iſt, daß die koſtſpieligen für die Freiheit dargebrachten Opfer zu einem ſo beklagenswerthen Ende führen, zum Ruin der britiſchen Zuckerkolonien und zur Vermehrung des Reichthums und der Wohlfahrt fremder Sklaveneigenthümer." Von der Erbitterung und dem Bewußtſein, daß ihr Schickſal von dem britiſchen rieſig unter dem Einfluß der Einkaufstaſche ſtehenden Parlament abhängig iſt, iſt der Schritt zu der Forderung eines eigenen unabhängigen Parlaments, und wenn dieſes nicht gewährt wird, zum Anſchluß an das mächtige Nordamerika, welches demnächſt das ganze weſtindiſche Meer mit gewaltigen Armen umſpannen dürfte, wohl nicht ſo groß, als er für jetzt noch ſcheinen mag.

## Frankreich.

**Paris**, 5. Jan. Vielſtimmiger und lauter als je erhebt ſich ſeit der Gefangennehmung Abdel-Kaders die Forderung, daß Algerien dem franzöſiſchen Staate vollſtändig einverleibt, daß das franzöſiſche Geſetz, die franzöſiſche Verwaltung, das politiſche Recht Frankreichs auf die afrikaniſche Eroberung aufgedehnt werde. Die unermeßlichen Schwierigkeiten eines ſolchen Unternehmens und das Gewagte deſſelben wird von den Stimmführern der Oppoſition nicht im Mindeſten berückſichtigt. Sie ſehen die Übelſtände einer protonſuariſchen Verwaltung, aber ſie ſind völlig blind für die Schwierigkeiten, um nicht zu ſagen die Unmöglichkeit, der förmlichen Aufnahme Algeriens in den franzöſiſchen Staatsverband. Dazu kommt die fortwährende Beſorgniß, der afrikaniſchen Beſitzungen noch nicht völlig ſicher zu ſein, ſo lange ſie nicht für einen integrirenden Beſtandtheil des einen und unth eilbaren franzöſiſchen Reiches erklärt ſind; als ob ein Wort dieſer Art Etwas vermöchte gegen die Macht unausbleiblicher Ereigniſſe!

Um jenes Verlangen zu unterſtützen verweiſt man auf die raſche Zunahme der europäiſchen Bevölkerung in Algerien, welche zumal in den letzten ſieben Jahren bedeutenden Zuwachs erhalten hat, ſo daß ſie ſich gegenwärtig auf 113,000 Köpfe beläuft. Sehr, welche Fortſchritte „die Koloniſirung" gemacht hat! ruft man aus. Eine Zahl von Hundert und zwölftauſend Franzoſen in Afrika verlohnt der Mühe, daß man endlich dazu ſchreite, die politiſche Verſchmelzung des „afrikaniſchen Frankreichs" mit dem europäiſchen zu bewerkſtelligen. In Nordamerika genügt die Hälfte dieſer Volkszahl zur Anerkennung eines neuen Staates, eines neuen Mitgliedes der Union, und Frankreich ſollte länger zögern, wenigſtens ein afrikaniſches Depaetement zu errichten!

Dieſe und ähnliche Redensarten klingen nun zwar recht gut ins Ohr, nur Schade, daß es um den Werth ihres Inhalts gleichwohl ſehr ſchlecht beſtellt iſt. Wir wollen nicht davon reden, daß mehr als die Hälfte der Europäer in Algerien gar nicht franzöſiſchen Urſprungs, ſondern aus Deutſchen, Italienern, Spaniern und Maltaſern zuſammengeſetzt iſt, und ſich alſo nicht allzuſehr für eine bürgerliche Organiſation nach franzöſiſchem Maßſtabe eignet. Wichtiger iſt es, den anderweitigen Eigenſchaften der europäiſchen Bevölkerung in Afrika nachzufragen. Bei dieſer Unterſuchung entdeckt man zunächſt, daß über 100,000 Köpfe derſelben in den Städten leben und ſo zu ſagen den Troß des Heeres bilden, auf das ſie durch ihre Gewerbe ſo gut wie ausſchließlich angewieſen ſind. Dieſe hundertauſend Menſchen haben alſo in gewiſſem Sinne eine bloß künſtliche Exiſtenz, ſie leben auf Koſten des franzöſiſchen Staatsſchatzes, und wenn es wahr iſt, daß die Beſeitigung Abdel-Kaders die Verminderung des Heeres um die Hälfte möglich machen wied, ſo wird zu gleicher Zeit die Hälfte dieſer bürgerlichen Bevölkerung brodlos werden und verſchwinden. Frankreich unterhält gegenwärtig in Afrika 108,000 Mann Truppen, welche ihm 120 Millionen koſten, und um dieſen Preis hat es die europäiſche ſtädtiſche Bevölkerung von der wie ſprechen. Aufrichtig geſagt, wir finden den Preis etwas hoch. Von den übrigen 13,000 Europäern bildet die größere Hälfte die Bevölkerung der unmittelbaren Umgebung der Hauptſtadt Algier auf welche ſie für den Verkauf der Erzeugniſſe des faſt ausſchließlich von ihr betriebenen Gaetenbaues angewieſen iſt. Man begreift, daß auch dieſe Gärtner größten Theils von dem Budget zehren, indem ſie auf den Abſatz ihrer Waaren nur bei ſolchen Bewohnern Algiers rechnen können die gleichfalls mittelbar oder unmittelbar Koſtgänger des Staatsſchatzes ſind. Jede Vermindeerung der Laſten, welche die afrikaniſche Eroberung dem Staatsſchatze auflegt, muß ſich alſo auch nach dieſer Richtung hin durch Verkürzung der Seitenzumittel der europäiſchen Bevölkerung fühlbar machen.

So bleiben denn etwa 6000 eigentliche Anſiedler übrig, faſt alle Bewohner von Dörfern, welche der Staat mit den größten Opfern gegründet hat, und deren Lebensfähigkeit bis jetzt ſehr zweifelhaft iſt. Kurz Alles was in Algerien bis jetzt geſchaffen wurde, die ſcheinbare Blüthe einzelner Gewerbe, die Reichthümer dieſes und jenes glücklichen Unternehmers, das Alles iſt von Frankreich mit ſchwerem baaren Gelde erkauft, das Alles wird in demſelben Maße verſchwinden, in welchem Frankreich ſein afrikaniſches Budget beſchränkt. Wenn die Franzoſen, welche da wohl thun auf ihre afrikaniſchen Staaten, wenn dieſe Herren bedächten, daß jene Thaten mit einer Million Soldaten und annähernd Milliarden Franken zu Stande gebracht ſind, wahrhaftig der Stolz würde ſich in tiefe Schaam verwandeln über die Winzigkeit der gewonnenen Ergebniſſe.

## Italien.

* Rom, 30. Dec. Man verſichert daß Kardinal Mai, welcher dem Papſt an ſeinem Namenstage die üblichen Glückwünſche im Namen des Sagro Collegio zu überbringen gehabt, in gleichem Auftrag auch die Erklärung abgegeben habe, daß die von Sr. Heiligkeit vorgenommenen Reformen großen Anſtoß erregten, und daß er ſich ermuthen möge, er ſei keineswegs unumſchränkter Monarch, ſondern Verweſter eines ihm anvertrauten und unveräußerlichen Gutes, das er gegen Eibeidleiſtung in Empfang genommen habe. Es wird ferner erzählt, daß der Papſt zur Antwort gegeben habe, er ſei froh, ſeine Unterthanen befreit und namentlich der Fremdenherrſchaft entriſſen zu haben. Uebrigens ſoll er ſich voll Unwillen zurückgezogen haben. Endlich fügt man noch hinzu, Kaed. Ferretti habe dem Abgeſandten des Kardinalkollegiums Beifall zugewinkt. Gleichzeitig hat nun auch der blinde und verwilderte Liberalismus einen Angriff auf den armen Papſt verſucht und in etwa 30 Forderungen den Umſturz alles Beſtehenden verlangt. Noch jetzt ſind dieſe handſchriftlich verbreiteten Artikel an den Straßenecken angeſchlagen, und es wird verſichert, daß der Papſt auch hievon den unglücklichſten Eindruck empfangen habe. Unterdeſſen iſt das Motuproprio über die gründliche Reform der Miniſterialorn-

Digitized by Google

waltung, welche mit dem 1. Jan. 1848 ins Leben treten soll, eben heute erschienen. Die Verordnung ist sehr ausführlich, und ihr Inhalt soll womöglich morgen nachgeholt werden. Das Wesentlichste besteht in der Kreirung einer ganzen Reihe von Ministerien, denen durchweg Prälaten vorstehen sollen. Der Kardinalpräsident des Conseils ist selbst ohne Portefeuille. Auch diesem Institut werden 24 Auditoren aggregirt werden, 12 geistliche und 12 weltliche. — Die Staatskonsulta hat gestern ihre vielfach diskutirte und in einzelnen Punkten leicht modifizirte Verfassung förmlich verlesen und definitiv mit 15 gegen 8 Stimmen angenommen.

## Griechenland.

* Athen, 26. Dec. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß in vielen und langen Ministerräthen unter Vorsitz des Königs beschlossen worden ist, der Pforte nachzugeben. Nach den Zeitungen hätten die Minister des Kriegs und der Marine, als alte Soldaten, die Ansicht vertheidigt, daß ein Krieg mit der Türkei den schlimmen Folgen der Abdikte vorzuziehen sei. Die HD. Kolokotronis und Korphiotakis hätten erklärt, das Ministerium sei es sich selbst schuldig, alsbald nach diesem demüthigenden Akt abzudanken. Die HD. Rigas Palamides und Glarakis hingegen hätten gerathen, den Winken der Großmächte sich zu fügen und die Dinge abzuwarten, die da kommen sollen. Wie dem auch sei, die Minister Griechenlands unterwarfen sich höherem, d. h. auswärtigem Entschlusse. Der Brief des Ministers des Äußern, welcher die persönliche Abbitte für Hrn. Musurus enthielt, wurde Hrn. Persiani übergeben und vor 14 Tagen durch Hrn. Rekiudoff, seinen Gesandtschaftssekretär, dem Hrn. Titeff nach Konstantinopel überbracht, mit der Bitte, denselben nicht eher zu übergeben, bis die Pforte ihre Maßregeln gegen die griechischen Konsuln und Schiffer zurückgenommen. Die wahren Räthe des Königs finden also diese Erledigung des Zwistes der Würde der Krone und Nation angemessen, nachdem in allen Zeitungen des Hofs und des Ministeriums acht Monate lang die selbermüthigsten Entschlüsse verkündet worden sind. — Während so die griechische Regierung einer nicht sehr furchtbaren Macht, gegen welche sie im Falle eines Kriegs gar manche Wechselfälle für sich gehabt hätte, nachgibt, stößt sie gegen eine Großmacht an, welche nicht nur Beschützerin, sondern auch Gläubigerin ist, und gegen welche eine Vertheidigung mit den Waffen gar nicht denkbar wäre. Gleichfalls äußeren Einflüssen und höherem Beschlusse sich unterwerfend, schreibt der Minister des Äußern an die Großmächte und an England die folgende Antwort auf die Note Lord Palmerstons: Athen, 17. Nov. 1847. Mein Herr! Der König hat mir befohlen, Ihnen Abschrift eines Briefes des Staatssekretärs des Äußern Ihrer großbritannischen Maj., welchen uns der britische Gesandte übersandt hat, mitzutheilen, mit der Bitte, denselben zur Kenntniß Sr. Maj. (Sr. kaiserl. Maj.) Ihres Souveräns zu bringen. — Lord Palmerston weiß eine von uns an ihn gerichtete Beschwerde zurück, aus dem Grunde, daß dieselbe nach den ihm zugekommenen Berichten ungerechtfertigt sei. Wir bedauern dies, da die in unserm Schreiben angeführten Thatsachen leider nur zu wahr sind. Gleichwohl hat die Regierung Ihrer brit. Maj. das Recht, anderer Ansicht zu sein, da sie überzeugt ist, daß unsere an sie gerichteten Berichte unrichtig seien. Aber Lord Palmerston hat sich nicht darauf beschränkt, dieselben in Abrede zu stellen und abzuweisen, sondern er hat die schwersten Beschuldigungen erhoben, Beschuldigungen, wie sie sowohl der Form, als dem Inhalt nach niemals eine Regierung gegen eine andere geschleudert hat. Was kann die Regierung des Königs thun? Sich rechtfertigen? Wenn auch hiezunter ihre Würde leiden müßte, sie versuchte es gleichwohl, sobald ihr die geringste Hoffnung bliebe, daß es ihr gelingen könnte, der Wahrheit den Sieg zu verschaffen. Aber die Erfahrung hat mehr als gehörend bewiesen, daß jeder dahinzielende Versuch umsonst ist. Ich bin daher vom König beauftragt, an das Zeugniß S. M. (S. kais. Maj.) Ihres Souveräns zu appelliren, welcher genaue Nachrichten von und besitzt. Ihre Regierung, mein Herr, wird sicherlich ihre guten Dienste dazu nicht verweigern, die Regierung Großbritannniens zu überzeugen, daß ihre Nachrichten unwahr, ihre Vermuthungen ungerecht sind, und daß ihre Anklagen Griechenland in offenbare Gefahr bringen. — Schwer ist die Aufgabe des Königs von Griechenland. S. Maj. hat ein Recht, auf den guten Willen Aller zu bauen. Was verlangt Sie jetzt für Ihre Regierung? Gerechtigkeit in der Beurtheilung in einem Augenblicke, wo sie von so vielen Schwierigkeiten umringt ist, Freiheit des Wirkens, wo sie so viele Sorgen hat. — Ich bin beauftragt, m. H! Ihnen Abschrift der Antwort zu übersenden, welche ich Befehl habe, dem englischen Gesandten auf seine Noten zu geben. Genehmigen Sie ꝛc. gez. S. Glarakis. — Athen, den 17/29 Nov. 1847. M. H! Ich habe dem König und seiner Regierung den Brief des Staatssekretärs des Äußern Ihrer großbritannischen Maj. unterbreitet, welchen Sie mir die Ehre erzeigt haben, als Antwort auf unsere legitimen Beschwerden mir zu übersenden. — In diesem Briefe hat sich Lord Palmerston nicht darauf beschränkt, eine Beschwerde und Bitte von uns zurückzuweisen, sondern Se. Excellenz hat die schwersten Anklagen in Form sowohl, als Inhalt gegen uns losgrissen. Keine dieser Anklagen ist unmittelbar durch die Thatsachen sowohl, als durch das Zeugniß der Regierung des Königs, die Aufgabe zu lösen, die sie übernommen. Aber da wir öfter und aufrichtig, doch immer umsonst, versucht haben, die englische Regierung eines andern zu überzeugen, so ist klar bewiesen, daß jede Erörterung, wenn sonst Nichts, doch unnütz wäre. In dieser unangenehmen Überzeugung hat der König beschlossen, in einer amtlichen Note an das Zeugniß der Regierungen zu appelliren, welche nicht minder wahre, noch minder genaue Nachrichten über die griechischen Angelegenheiten haben, als die Regierung Ihrer großbritannischen Maj. Was aber das Mitleid betrifft, welches Lord Palmerston Menschen zu schulden glaubt, die in Folge ihrer Missethaten eine Freistätte auf fremder Erde zu suchen gezwungen sind, was die Auslmanierung betrifft, welche die Rebellen in den zur Rechtfertigung des Aufstands angeführten Ursachen finden werden, was den Schutz betrifft, den sie, wenn nicht treffen, doch mindestens ihren Wirksamkeit versprochen werden, so wird Niemand in Abrede stellen, daß alles dieses eine große und unerwartete Gefahr für die Regierung des Königs von Griechenland enthält. Genehmigen Sie ꝛc., gez. S. Glarakis.

Über die abenteuerlichen Vorfälle in Patras und die daraus mit England sich ergebenden Verwickelungen, theilt unser Korrespondent folgende nähere Nachrichten mit: Der Hauptmann Merendites war mit 60 größtentheils gleich ihm amnestirten Anhängern und mit den aus den Gefängnissen befreiten Verbrechern am 10. Decbr. Herr von Patras. Er ließ unter Trompetenschall Verkündigungen ausrufen, durchritt in gallstreichender Paliksarmtracht die Straßen, pflanzte eine reichgestickte Fahne neben der Bataillonsfahne vor seinem Hauptquartier auf, mit der Inschrift: für Konstitution, Glaube und Unabhängigkeit! und bot 40 bis 60 Drachmen Monatssold Allen, die zu ihm stoßen würden. Aber es kam nur Gesindel, kein Bürger von Patras rührte sich. Merendites begann daher, auf seine Sicherheit bedacht zu sein, und nahm die Vermittelung der Konsuln von Großbritannien, Rußland, Österreich und Frankreich an, gegen eine Summe Geldes abzuziehen, die er auf 25,000 Thlr. festsetzte. Die Konsuln wollten 34,000 Drachmen geben, welche der Kassier in der ersten Nacht in das Haus des englischen Konsuln geflüchtet hatte und auf die Bitte der Bürger vorstreckte. Die Unterhandlungen zogen sich den ganzen 14. und den Montag bis 12. hinaus. Am 11. kam, wahrscheinlich vom englischen Konsul zu seiner Sicherheit herbeigerufen, ein englisches Kriegsdampfboot, an dessen Bord Merendites mit den meuterischen Soldaten aufgenommen werde sollte. Am 11. Abends sechs Uhr kam der als Präfekt funktionirende Sekretär mit einer Kompagnie Maineteneschützen und etwa 400 bewaffneten Bauern aus der Umgegend nach Patras zurück und begann ein Gefecht, worin mehrere der Räuber erschossen und noch in den Kähnen des englischen Dampfbootes verwundet wurden; zugleich stellte der Sekretär in gemessich barschem Style an den englischen Konsul und den Kommandanten des Dampfbootes das Begehren, die Verbrecher und das geraubte Geld auszuliefern. Dies geschah nicht, vielmehr landete der Kommandant des englischen Dampfbootes gegen die auf seine Kähne gerichteten Schüsse eine Peotestation, welche der hiesige englische Gesandte ohne weitere Bemerkung der griechischen Regierung zugehen ließ. Diese beeilte sich, nachdem sie den funktionirenden Sekretär zum Präfekten und Ritter des Erlöserordens ernannt, in einer Note zu antworten, die noch nicht publicirt worden, aber an Kürze und Energie die obige noch übertreffen soll. Liest man dazu den Moniteur grec und die Nationale, zwei unter dem Einflusse des Hrn. Rigas Palamides und der Protektion des Hrn. Piskatori gesteichenden Blätter, so hätte England nicht nur alle unsere äußeren Widerwärtigkeiten, sondern auch alle inneren Aufstände hervorgerufen. Man fragt sich im Publikum, wird Ludwig Philipp uns gegen die Empfindlichkeit Englands schützen? Hier sagen die Oppositionsblätter, es handle die Regierung unter den Einflüssen Frankreichs, Österreichs und Baierns. So viel lehrt der Erfolg, daß die Einmischung der Diplomaten bis jetzt jenseits und diesseits wenig Gutes gebracht hat.

Digitized by Google

## Deutschthum und Russenthum in den Ostseeprovinzen Russlands.

(Fortsetzung.)

In diesem Phantasiegebilde ist jeder Buchstabe unwahr. Kein Student hat Etwas von dieser 2jährigen Mühe verspürt, und so einfältig ist die russische Politik nicht: es hätte Niemanden einfallen können, daß jene Ehrenmänner Irgendetwas dazu beigetragen, ein Soldatenregiment in Dorpat zu verbreiten. Ebensalls unrichtig ist es, wenn B. erzählt, es seien nach jener Affäre neun Lehrstühle lange Zeit unbesetzt geblieben und zum großen Theile deßhalb, weil die ersten baltischen Gelehrten die ihnen angetragenen Professuren ausschlugen. Die meisten jener neun Professuren waren neu einzurichtende, eine Professur der angewandten Mathematik, eine zweite Professur der Chirurgie, eine zweite der Therapie u. s. w., deren Bakanz mit jenen Vorfällen gar nicht zusammenhängt, und an deren Besetzung mit inländischen Gelehrten man kaum denken konnte. Nur in Beziehung auf die Professur der Provinzialrechte ist es wahr, daß zwei sehr achtungswerthe inländische Juristen auf eine vorläufige Privatanfrage verneinend geantwortet haben. Pikant, aber unwahr ist es, was B. über die Universitätsbibliothek Dorpats sagt, daß sie, die einst das Geistesleben Deutschlands auf der baltischen Halbinsel einheimisch gemacht, jetzt nur noch mit solchen Werken bereichert werde, denen die russische Erlaubniß einen Eintritt gestatte, und daß den Professoren jede Mittheilung aus jedem Buche mit schwerster Strafe verpönt sei, falls Buch und Mittheilung nicht das russische Censurbureau passirten u. s. w. Es ist zu bedauern, daß das Werk des Hrn. Buddens durch so viele Unwahrheiten seinen Kredit verlieren muß, es hat so schöne Partien über Gegenstände, die der Verfasser zu beurtheilen im Stande war, die kurische Jagd, die Sitten der Letten, das Leben des Adels in Kurland und dgl. Aber es kann sich der Verfasser trotz unserer Einsprache trösten: Deutschland wird ihm Kredit schenken, solange noch in deutschen Zeitungen Nachrichten figurirten und geglaubt werden, wie die kürzlich in einer Zeitung enthaltene, die Universitäten Krakau, Bemberg und Dorpat seien aufgehoben. Das ist doch eine mehr als französische Geographie!

Die Mittel, welche die russische Regierung gebraucht, um die Ostseeprovinzen zu entdeutschen, liegen jetzt klar vor; früher war der Betrieb geheimer. Es sind diese Mittel zunächst dieselben, welche Napoleon gebrauchte „pour dépayser l'esprit allemand", hinzufügend: „ce qui est le premier but de ma politique." Rußland hat seit Jahren schon den Ostseeprovinzen die russische Sprache und russische Gesetze als eine Wohlthat aufgedrungen und zum Theil sein Ziel erreicht, aber die Zähigkeit der deutschen Natur und die Mangelhaftigkeit des Dargebotenen hat sehr hindernlich gewesen, denn die russische Sprache, deren Bildungsfähigkeit nicht zu bestreiten ist, ist eben noch nicht ausgebildet und die russische Literatur steht auf keiner hohen Stufe. Zum Theil sehr wahr ist es, was der bekannte russische Schriftsteller Bulgarin im August dieses Jahres in der „nordischen Biene" schrieb: „Früher brachte man auch russische Bücher zu den Jahrmärkten in Dorpat, Reval, Riga und Mitau, aber seitdem man in den hiesigen Lehranstalten angefangen, die russische Sprache fleißig zu lernen, und die neuen russischen Journale erklärt hatten, daß Alles, was in russischer Sprache geschrieben, bis die sie Sprache umgebildet — zu Nichts tauge, wurden russische Bücher nicht mehr dorthin gebracht. Das gute Altere ist schon gekauft, für das Neue bedankt man sich hier und sagt, daß man schon satt sei! — und so ist der Weg, auf dem die russische Literatur hierher wanderte, gänzlich mit Gras verwachsen." — Es ist auch von Einfluß gewesen, daß früher die russischen Lehrer, welche über die Schulen Liv-, Ehst- und Kurlands sich verbreiteten, meistens so ungebildet waren, daß von einem wissenschaftlichen Unterricht in der russischen Sprache nicht die Rede war. Nur Heiterkeit konnte es erregen, wenn ein Lehrer der russischen Sprache an einem hiesigen Gymnasium bedeutete, Schukowski sei ein viel größerer Dichter als Schiller, darum sei dieser nur Titularrath geworden, Schukowski wirklicher Staatsrath, also Excellenz. Schukowski ist übrigens eine Zierde der russischen Literatur und bedarf eines Lobredners nicht, am Wenigsten eines solchen. Das pädagogische Hauptinstitut in Petersburg hat nun die neueren Lehrer der russischen Sprache geliefert. — Seit dem Kurator des Univ. Dorpat in geheimer Instruktion, die uns aber bald bekannt wurde, eine kein Aufsehen erregende Russifizirung der Lehranstalten und die allmählliche Ausdehnung des Unterrichts in der russischen Sprache aufgetragen wurde, sind manche Befehle derselben Tendenz erlassen, von denen der letzte dahin lautet, daß Niemand in Dorpat als Student immatriculirt werden soll, der nicht über seine Kenntniß der russischen Sprache das erfe Zeugniß aufweisen kann. Buddens nimmt in seiner deutschen Auffassung diese No. 1 als ebenso ironisch mit „vollkommener Sprachfertigkeit," die Russen sind aber billigdenkende Diplomaten, die nichts Unmögliches wollen. — Die Einführung der russischen Sprache in unsern Landesbehörden hat bei der großen Ignoranz der Beamten in dieser Sprache noch nicht Statt haben können.

Was die Einführung russischen Rechts in den Ostseeprovinzen anbelangt, so sind wir allerdings seit vielen Jahren schon mit einer Masse Ukasen überschüttet worden und bei unserer deutschen Auffassung des Verhältnisses der Unterthanen zu den Staatsgesetzen sind viele solcher Gesetze hier getreu befolgt worden, die der Russe bei seiner freieren genialen Auffassung verletzen läßt. Die Handhabung der Gesetze in Rußland ist ganz eigenthümlich. Das russische Recht, wenn man diesen Ausdruck gebrauchen kann, besteht aus einer endlosen verworrenen Masse, zum Theil sich widersprechender Gesetze, und daher ist das quid juris schwer zu finden, aber man weiß sich zu helfen. Wenn Jemand eine gesetzliche Stütze gebraucht, so findet er unfehlbar einen ihm passenden Ukas; dieser wird geltend gemacht die Behörden, durch eindringliche materiell gestützte Bitten willig, bringen keinen entgegenstehenden Ukas zur Anwendung, und die Sache geht nach Wunsch. Talleyrand sagt von der Jurisprudenz: elle donne les armes pour et contre. Die in diesen Worten angedeutete Kunst kennt man in Rußland, und das ist eben die Jurisprudenz. Die Gerechtigkeit verlangt es jedoch, daß wir anerkennen, wie seit 1832 durch den Swod Sakonow, eine fast systematische Zusammenstellung des im eigentlichen Rußland giltigen Rechts ein bedeutender Fortschritt gebracht ist, und daß überhaupt die Gesetzgebungskunst, an der seit Peter I. so viele Kommissionen studirt und die Negation derselben herausgestellt haben, in neuerer Zeit in Petersburg sehr erkannt wird. Die Kodifikationsarbeiten beziehen sich auch auf die Ostseeprovinzen. Nach längerem Projektiren und Residiren ist auf Grundlage des in den Ostseeprovinzen bestehenden Rechts mit einer Zusammenstellung der Provinzialrechte 1845 der Anfang gemacht, indem 2 Bände derselben in deutscher Sprache erschienen sind, von denen der erste die Behördenverfassung, der zweite das Ständerecht umfaßt; der dritte soll das Privatrecht, der vierte eine Civilprocefordnung, der fünfte eine Strafprocefordnung enthalten. Das Kriminalrecht war auch Anfangs in den Plan aufgenommen, aber statt eines provinzialen Kriminalrechts ist, in deutscher Uebersetzung, dem 1. Mai 1846 an das neue allgemeine „Gesetzbuch der Kriminal- und Korrektionsstrafen" für die Ostseeprovinzen in Kraft getreten. Die Rothwendigkeit zwang dazu, diese Gesetze für uns in deutscher Sprache zu geben, aber die reine Form wurde uns nicht gegeben, und kann ein Amendement, das der russischstämmige Adel in das russische Original zurückgehen sollte, und daraus kann dann leicht eine gegen uns zu gebrauchende Masse geschmiedet werden. Auch übersehen wir es nicht, wie in der in Petersburg verfaßten Provinzialrechtssammlung an den Grundfesten unserer Verfassung und Einrichtungen gerüttelt ist.

Wenn nun dem einheimischen Recht in unseren Provinzen noch die Herrschaft gelassen ist, so wollen wir vertrauen, daß der neuerwachte Eifer für die Provinzialrechtswissenschaft noch mehr aufblühen werde, und hoffen, daß die einheimischen Gerichte erkennen mögen, wie sie in dem einheimischen Recht einen Schatz zu behandeln haben. In diesem Recht liegt, wie in der deutschen Sprache, das schönste Band, welches uns mit der civilisirten Welt, insbesondere mit Deutschland vereint. (Fortsetzung folgt.)

### Handels- und Börsennachrichten.

Δ Frankfurt a. M., 8. Jan. Die Börse eröffnete in der ersten Woche des neuen Jahres unter ungemein günstigen Auspicien. Die Abrechnung fur den letzten Monat des alten Jahres war über alle Erwartung gut vom Statten gegangen, und selbst die unglückliche Katastrophe, welche dem Platz in den letzten Tagen des Jahres heimgesucht, gab mittelbare Veranlassung, bemerkbare starke Baarsummen von auswärts zuzuwenden. So beispielsweise aus Köln, von wo das bei der Pfaffmanne'schen Affaire hart betheiligte Bankhaus Oppenheim dem Hause Gebrüder Bethmann sehr bedeutende Baarschaften mit dem Auftrage übermittelte, solche zur Eindeckung aller von ihm gezogen Wechsel gegen 4 Proc. Diskonto zu verwenden. Aehnliche Beträge jener Baarsummen wurden vorzugsweise auf sichersolche Staatspapieren angelegt, von denen beispielsweise die 4½ prozentigen württembergischen in wenigen Tagen um 1½ in die Höhe gingen, während die Bestzeitpapiere auf 4 Proc., Prolongationen auf 4½ Proc. gewichen waren. Indessen haben in den letzten Wochen demunbeachtete Gerüchte über den Gesundheitszustand eines großen nordischen Monarchen um so größere Besorgnisse erweckt, als der Chef eines bekannten Hauses, der mit Petersburg in vielseher Verbindung steht, deßhalb bedenklich zu sein scheint. Somit aber schließt die Woche mit zumeist weichenden Kursen aller der gangbaren Fondsgattungen.

* Manchester, 1. Jan. Wir wersen noch einen Rückblick auf die Krisis des verflossenen Jahrs. Beladen mit Eisenbahnverpflichtungen, deren

Digitized by Google

Betrag für 10 gute Jahre groß genug gewesen wäre, traten wir in eine Periode, auf deren Schwelle uns die Erkenntniß entgegenleuchtete, daß eine Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, nicht blos für uns, sondern auch bei unsern Landen auf dem Festlande, mit dem Mangel an Baumwolle um unsere industrielle Bevölkerung zu beschäftigen, zugleich vorhanden sei. Dies war etwas ganz Neues. Die Furcht vor Hungersnoth hatte sich und griff um sich; auf Frankreich und andern Gegenden unsere Augen gerichtet. Der Handel mochte außerordentliche Anstrengungen, um Surrogate der gewöhnlichen Lebensbedürfnisse aufzufinden und einzuführen. Gesetze wurden gegeben, um das Übel zu mildern, die Gebrauch der Zuckers wurde zum Brauen gestattet um die Gerste zu sparen, und Kartoffeln. Die Erfolgreich, daß alle Getreidearten noch höher im Preise stiegen wurden, veranlaßte Kapitalisten, Vorräthe von Reis und anderen Dingen aufzuhäufen. Aus solchen Anstrengungen zog man nun falscher Schlüsse auf den Verbrauch dieser Artikel. Eine ungeheure Einfuhr von Kolonialwaaren für den einheimischen und fremden Markt war die Folge. Man machte in fernen Ländern, welche nie früher Korn ausgeführt hatten, große Bestellungen von Weizen. Denn es herrschte die Ansicht, daß die Kornhöhen der Vereinigten Staaten sich in einem Grade erschöpft seien, daß auch dort Mangel und Theurung eintreten werde. Als nun früh im August Berichte aus Amerika anlangten, daß Verschiffungen von Mehlfrüchten im Werth von 3 Millionen Pfund Sterling Statt gefunden, mußte die Bestürzung der Spekulanten groß sein. Gierig griff man nun selbst den geringen Ernte ernte über den wahrscheinlichen Ertrag der Ernte auf dem Kontinent. Schnell sanken die Preise aller Getreidegattungen, und trotz der Ernte die ersten Zufuhren im Kornschiffe zu Wege. Gleich war damals verhältnißmäßig wohlfeil, aber es hieß schnell, als sich gezeigt, daß auch hier alle Surrogate für Korn in Preis eingeführten Produkten ein Preisabschlag bewirkte. Das Vertrauen war erschüttert; jede neue Zahlungseinstellung, die unmöglich unter welchen mehrere derselben stattfanden, vermehrte die Scheue. Die Gefahr, in Gefahr im Lande, die Bankote und die Verwaltung der Bank von England anwerfen, wird bald aus den Verhandlungen der hiezu niedergesetzten select committee klar werden. Also aber der Betrag der Verluste des Landes von 1846 auf 1847 gewesen, wollen wir versuchen, auch nicht annähernd Berechnungen stellen. In Eisenbahnen wurden angelegt 1846 — 47 und sind jetzt ertragslos 87,885,000 L.: an Zuland wurden getheilt 10,000,000 L.; die jährliche Einfuhr fremden Korns betrug in 15 Monaten, die der Getreideeinfuhr unter den neuen Gesetze in regelmäßige Zunahme sind, 33,000,000 Pf. Dies sind zusammen gegen 131 Mill Pfund dem produktiven Verkehr entzogen. Rechnet man hiezu ein Drittheil des auf 30 Mill. geschätzten Betrags der Bankrotte von Handelshäusern als wirklichen Verlust, also 10 Millionen, und den Ausfall in der Baumwollenmanufatur des 1847, gegen 1846 mit 9,219,862 Pfund (nach möglichst genauen Berechnungen), so kann man sich einen ungefähren Begriff von dem machen, was die Krise in England bedeuten wollte! wobei aber wohl zu bedenken ist, daß Vermehrung Auflagen keineswegs alle Einnahmsvermehrte von 1846 — 1847 umfaßt. Hat man doch den Verlust in Eisenbahnaktien und Fonds (Schatzkammerscheinen u. s. w.) allein auf 376,868,142 Pfund geschätzt!! Das ist nun freilich keineswegs voller und wirklicher Verlust: Besser sich die Zeit, so fliegen diese Papiere aufs Neue. Die Eisenbahnaktionäre werden wohl zu leiden haben, aber im Ganzen wird doch dadurch Geld in verhältnißmäßig kurzer Zeit verschmerzt sein. Wenn wir z. B. wissen, daß Reis während der Krise um den hohen Betrag der Fracht, den er gekostet hat, ihn herabringen, verkauft worden; daß fast alle Arten von Produkten um 30 bis 40 Prozent im Preise gestallen sind und mit ungeheuren Vorräthen jetzt verkauft werden — so fragen wir natürlich, ob denn diese Vorräthe Niemanden zu Gute kommen? Und die Antwort ist, daß sie den arbeitenden Klassen zum Gewinn zuschlagen, die dadurch wohlfeiler leben können, und, da sie im J. 1848, wie wir mit Zuversicht erwarten, Arbeit genug finden werden, um die Hoffnung haben, sich von Schulden frei zu machen, wie die letzten Jahre ihnen aufgeladen. Die landbauende Bevölkerung hat überhaupt im Jahre 1846 auf 1847 nicht gelitten; die sehr hohen Weizenpreise, welche sie 1846 und während der ersten 6 Monate 1847 übte, haben sie für den Preisabfall von 1846 mehr als entschädigt. Daß jetzt weite Distrikte in den ackerbauenden Distrikten siehlirt als früher, ist notorisch. Die Kleinhändler und Gewerbe sind von den Fallimenten, welche meist den Großhandel betrafen, verhältnißmäßig unberührt geblieben. Das war 1825 ganz anders; damals belief sich zwar die Zahl der fallenden Häuser nur auf halb soviel als 1847, allein die Reihen der in jenem Jahre stürzenden 120 Landbanken — die meist in einem sämmerlichen Zustande der Insolvenz waren — eirkulirten vorzüglich bei Kleinhändlern und Gewerbe, und trugen so die Krise in diese Verkehr. Mag es daher immerhin wahr sein, daß das Land nach dem Fall von 1825 sieben Jahre gebraucht habe, um sich wieder aufzurichten, — nach der Krise von 1847 wird es dem lange nicht soviel Zeit bedürfen, denn der Schlag, wie heftig er auch war, hat dies Mal weit weniger und weit widerstandsfähigere Glieder des Ganzen getroffen.

Großbritannien. Eine nordenstiche Zeitung will aus „sehr guter Quelle" wissen, Lord J. Russell werde Behufs Abänderung der Schiffahrtsgesetze beantragen, den Verkehr mit und aus transatlantischen Ländern, mit Einschluß der englischen Besitzungen, allen Flaggen völlig freizugeben, vorgestalt, daß dann z. B. ein bankrottes Schiff amerikanische Baumwolle, westindischen Zucker oder Jamaika-Rum unter denselben Bedingungen, ohne höhere Abgabe, nach jenem englischen Hafen bringen könnte, wie ein englisches Fahrzeug, während es zugleich englische Produkte so gut wie deutsche Waaren nach den englischen Kolonien führen dürfte. In Betreff des Verkehrs mit den europäischen Häfen werde eine so völlig uneingeschränkte Freiheit nicht Statt finden; vielmehr solle eine solche nur denjenigen Staaten eingeräumt werden, welche der englischen Flagge eine gleiche Vergünstigung zu Theil werden lassen, wie es z. B. die Dänischen schon gegenwärtig allen fremden Flaggen gegenüber thun. Es würde demnach die bisherige Reform vorausgesetzt, ein dermisches Schiff von Bremen aus die Erzeugnisse fremder Länder, Tabak, Kaffee, Zucker, russisches Getreide u. s. w. unbehindert nach England bringen können, was gegenwärtig bekanntlich unmöglich ist. (Köln. Z.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[21] 4

MEDICAL, INVALID & GENERAL LIFE ASSURANCE SOCIETY.

**Lebensversicherungs-Gesellschaft für Gesunde und Kranke,**

LONDON, Pall Mall No. 25.

**Verwaltung für Deutschland in Frankfurt a. M. — Kapital: 6 Millionen Gulden.**

Gesunde Leben werden von dieser Gesellschaft zu billigeren Prämien versichert, als von den meisten anderen Kompagnien. Gestützt auf sehr ausführliche statistische Berechnungen, versichert die Gesellschaft auch kranke oder nicht völlig gesunde Personen. Die Versicherten können sich bei dem Gewinn der Gesellschaft nach ihrer Wahl betheiligen oder nicht, aber selbst im ersteren Falle nie zu Nachzahlungen angehalten werden. Die bei ihr Versicherten können zu jeder Zeit des Jahres von ihren Theil Anrechte zum andern treten. Die Prämien für Reisereisen außer Europa sind besonders billig gestellt. Officieren ist diese Gesellschaft vorzüglich zu empfehlen, weil sie unter dem Ausdruck „activen Dienst" nur den Dienst in Kriegszeiten dem Feind gegenüber versteht. Polizei, die bereits ein Jahr in Kraft waren, werden durch Duell und Selbstmord nicht annullirt, auch wenn sie auf das eigene Leben geschlossen sind. Der Prospektus erklärt ausführlich die Vortheile von Lebensversicherungen und Rentenanstalten im Allgemeinen und im Besonderen bei dieser Gesellschaft. Derselbe wird auf dem Bureau der Gesellschaft in Frankfurt am Main, sowie von sämmtlichen Hauptagenten und Agenten gratis verabfolgt.

**Joh. Albert Varrentrapp,**

General-Agent.

**Verzeichniß der bereits ernannten Hauptagenten und Agenten.**

Altenburg Herr F. W. Baetz sen. Bautzen Hr. H. J. Linde. Bremen Hr. Wilh. Alexfeldt. Carlsruhe Hr. Wilh. Peter. Cassel Hr. Ludw. Fenner. Coburg Hr. C. G. Appel. Darmstadt Hr. Dr. Hallmachs, Hofgerichtsadv. und Advocat. Dresden Hr. Jul. Kockel. Eisenach Hr. G. Brandt jun. Freiburg i. B. Herren Bürer und Kamp. Gotha Hr. C. G. Bleymüller. Hanau Hr. Karl Spuet. Heidelberg Hr. Ld. S. Mayl. Heilbronn Herren L. Häcker und Meixner. Jena Hr. Zs. Voigt. Leipzig Hr. Otto Schmidt. Lübeck Hr. Joh. Wilh. Colsmann. Mannheim Hr. C. A. Renner. Rostock Hr. Th. Wagner. Rudolstadt Hr. G. Fröbel. Stuttgart Hr. Ferd. Adamslaam. Ulm Hr. Wilh. Kiepert. Wiesbaden Hr. M. J. Frenkel. Zürich Herren Bills und Haremeyer. Zwickau Hr. C. A. Schieferdecker.

**Bekanntmachung.**

Die Ankunft und Abfahrt der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres in folgender Weise Statt:

I. **Ankunft von Mainz** täglich zur Mittagszeit, im Anschluß an den um 2 Uhr 20 M. Nachmittags von Mannheim nach Offenburg, Kehl (Strasburg) abgehenden Eisenbahnzug X.

II. **Abgang nach Mainz** täglich 1 Uhr, Nachmittags.

Die Fahrten am Samstag, Dienstag, Mittwoch und Freitag schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten am Sonntag und Mittwoch anderen an die englischen Dampfboote nach London an.

Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Großh. Eisenbahn, so wie umgekehrt auf den Hauptstationen der Großh. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 31. Oktober 1847.

**Großh. Post und Eisenbahn-Amt**

**Eberlin.**

[22]16

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Den. Power u. Comp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Ueberseeische Länder wende man sich an C. L. Alexander Expedition 28 Boomgasse, Basel 25, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Insertionsgebühren beträgt das Gewöhnl. Bad. Publikum Heidelberg. Der Preis derselben beträgt 6 kr. für 1 Zeile und für jede Wiederholung um Anlang des Großherzogthums Baden 8, 12, 20 kr. Für Bayern wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 11. Heidelberg, Dienstag 11. Januar 1848.

## Übersicht.

Der Entwurf des preuß. Strafgesetzbuchs. L. — Berlin (Camphausen. Mieroslawski und seine Schwester. Angebliche Opposition gegen den Strafgesetzentwurf im Komite). Königsberg (Eingabe gegen das Strafgesetzbuch). Aus dem Pannoverschen (Charakteristik der Kammer). Karlsruhe (das Haberʼsche Fallissment und die drei Gewerbsanstalten. Eröffnung der Finanzministeriums an Lepteer). Heidelberg (die Wirkungen der Manufakturwaarenindustrie). Kassel (Hof. Bergk in der Kammer; Wippermann; Henkelʼs Anträge auf Reformen im Gerichtsverfahren). Braunschweig (Verbot der öffentlichen Aufrufe für Vieleicht). Schleswig-Holstein (Nekrolai Raben entlassen). Bremen (Aufklärungen der Wtsf. J. über ihre Verhältnisse zu Preußen).

**Schweiz.** Zürich. Die Waffen Zwingliʼs. Luzern. Verhaftungen. Ausschreiben gegen Siegwart.

**Großbritannien.** Nachrichten aus Ost- und Westindien. Der Brief Wellington's über mangelhafte Landesvertheidigung. Der neue Civilgouverneur für Malta.

**Frankreich.** Vorbereitungen zu den Adreßverhandlungen. Der König in Dreux. Der Prinz Joinville will nach Brasilien. Erteilung der Senzung der HH. Radowitz und Colloredo. Neuer Korruptionsskandal. Eine Anklage gegen den Kommunisten Cabet. — **Italien.** Mailand. Tumulte; Einschreiten des Militärs.

Deutschthum und Russenthum in den Ostseeprovinzen Rußlands. (Zostf.)

**Handel.** Hamburg. Rückschläge der Fallimente. Vereinbarung der deutschen Eisenbahnverwaltungen betr. die Beförderung der ostindischen Ueberlandpost über Triest.

**Datum der Börsen.** Frankfurt 9. Jan.

## Heidelberg, 11. Januar.

Das für die preußische Monarchie bestimmte Strafgesetzbuch, das schon seit mehreren Jahren Gegenstand vieler Besprechungen gewesen, ist in deren Folge einer neuen Prüfung unterworfen worden, und der aus derselben hervorgegangene jüngste Entwuf ist nun der Öffentlichkeit übergeben. Gewiß hatte die preußische Regierung bei dieser Mittheilung seinen andern Zweck, als den, die öffentliche Meinung zu hören, bevor der Entwurf zum Gesetze erhoben wird. Dadurch hat sich die Regierung den begründetsten Anspruch auf Dank erworben, und diesen kann man nicht besser als dadurch aussprechen, daß man frei und ohne Zagen die Bedenken äußert, welche gegen die eine oder die andere Bestimmung dieses Entwurfs sich erheben. Dies ist unsere Überzeugung und, von dieser geleitet, glauben auch wir, da es sich um eine deutsche Rechtspflege handelt, über den Entwurf Einiges sagen zu dürfen.

Der Entwurf sagt im §. 2, daß die preußischen Strafgesetze auch auf die im Auslande von preußischen Unterthanen begangenen Verbrechen anzuwenden seien; daß jedoch, wenn eine solche Handlung in den Gesetzen des Auslandes mit Strafe nicht bedroht ist, die preußischen Gesetze darauf nur dann angewandt werden sollen, wenn die Handlung entweder ein Verbrechen gegen den preußischen Staat enthält, oder in der Absicht, das preußische Gesetz zu umgehen, im Auslande vorgenommen ist.

Diese Bestimmung scheint nach der Theorie und der Praxis sehr bedenklich.

Alle Gesetze, also auch die Strafgesetze, gehen von der höchsten Staatsgewalt, in Preußen also vom Könige, aus; diese Gewalt des Königs ist auf die Grenze seines Landes beschränkt; jenseit dieser Grenzen sind deßwegen seine Gesetze keine Gesetze mehr, im Auslande ist es Jedem erlaubt, die Existenz, sowie den Inhalt der preußischen Gesetze zu ignoriren; auch haben und können diese Gesetze keinen anderen Zweck haben, als Ruhe, Ordnung, Sicherheit in dem Inlande, in dem Staate, für den sie gegeben sind, zu erhalten und den zu bestrafen, der durch Verletzung der Gesetze die Erreichung dieses Zweckes erschwert oder verhindert. So wie die Gewalt des Königs, so sind auch seine Gesetze auf die Grenzen des Staates beschränkt; jenseit dieser Grenzen können sie nicht verletzt werden, gerade weil sie jenseit der Grenze keine Gesetze sind. Können sie aber im Auslande nicht verletzt werden, so ist auch nach der Natur der Sache eine Strafe gar nicht denkbar.

Mit dieser nicht zu bestreitenden Ansicht steht es aber in Widerspruch, wenn der Entwurf des St.G.B. seinen Vorschriften, auch über die Grenzen des preußischen Staats hinaus, gesetzlich verbindende Kraft beilegt und den Preußen in China, in Texas, wie in Braunschweig wegen einer dort begangenen, nach preußischen Gesetzen strafbaren Handlung nach diesen preußischen Gesetzen bestraft wissen will.

Wenn der Preuße im Auslande ein Verbrechen gegen den preußischen Staat begeht, so muß das Gesagte allerdings eine Ausnahme erleiden, und diese ist auch vollkommen gerechtfertigt, denn der Preuße, an welchem Ende der Welt er sich immer aufhalten mag, bleibt Preuße und nie und nirgends darf er die Pflichten gegen sein Vaterland und gegen seinen Landesherrn vergessen, nie und nirgends ungestraft verletzen. Diese Ausnahme und die Gründe, welche solche nöthig machen, bestärken aber die Regel, für die wir uns erklärt haben *).

Im vorliegenden Entwurfe ist aber die oben angeführte Bestimmung ganz allgemein gefaßt; die Verfasser des St.G.B. müssen also auch die Überzeugung haben, daß diese ganz allgemeine Vorschrift ebenso allgemein und unbedenklich ausführbar sei? Unbedenklich kann der preußische Richter mit dem besten Erfolge eine Untersuchung gegen einen Preußen führen, der in Hannover oder Braunschweig gestohlen oder einen Menschen mißhandelt hat. Aber der Grundsatz des Entwurfs ist auch anwendbar auf den Preußen, der in Mexiko, in Calcutta ꝛc. ein gleiches Verbrechen begangen hat; wie wird der preußische Richter im Stande sein, die zum Urtheile nöthigen Beweise sich zu verschaffen? Er weiß vielleicht, daß der aus Mexiko heimkehrende Preuße dort einen Menschen ermordet hat, aber die Beweise fehlen, und der Mörder bleibt ungestraft. Ein Gesetz, das in einem Falle zur Anwendung kommt, in einem anderen ganz gleichen, vielleicht selbst viel wichtigeren Falle, unbeachtet bleibt und bleiben muß, ist aber kein gutes Gesetz; das Vertrauen in eine unparteiische Rechtspflege kann durch dasselbe erschüttert werden, und dieses zu vermeiden, liegt gewiß im Interesse jedes Staats.

Ein Grundsatz aber Gesetzgebungen ist es, daß kein Gesetz verbindende Kraft erhält als durch eine gesetzlich geschehene Publikation; die Verletzung eines nicht vorschriftmäßig publizirten Gesetzes kann also unmöglich gestraft werden. Das preußische Gesetz vom 3. April 1846 widerspricht diesen Grundsätzen und bestimmt im § 2 den Zeitpunkt, von dem ab das Gesetz an diesem oder jenem Orte verbindende Kraft haben soll, es beschränkt aber sehr zweckmäßig seine Bestimmungen auf das Inland.

Wir fragen nun, von welchem Zeitpunkte das St.G.B. verbindend und anwendbar werden soll auf die Handlungen eines Preußen im Auslande, von welchem Zeitpunkte das Gesetz, als dem Preußen im Auslande gehörig publicirt angesehen werden kann?

*) Wir wollen jedoch nicht läugnen, daß die Frage an sich bestritten ist, und daß auch die in dem Entwurfe angenommene Meinung ihre Vertheidiger findet. In Frankreich war diese Frage ein Gegenstand der lebhaftesten Diskussion, welche endlich mit der Fassung der Art. 5 und 7 der Strafprozeßordnung endigte. Nach dem ersten dieser Artikel kann der Franzose, der im Auslande ein Verbrechen gegen den französischen Staat begeht, z. B. das Staatssiegel nachmacht, falsche französische Münzen fabricirt oder Staatspapiere Kouponsweise anfertigt, in Frankreich vorfolgt und nach französischen Gesetzen gestraft werden. Ebenso kann nach dem zweiten Artikel der Franzose, der im Auslande ein Verbrechen gegen einen Franzosen verübt, in Frankreich nach französischen Gesetzen bestraft werden, wenn der durch das Verbrechen Beleidigte in Frankreich gegen den Thäter klagt. Im Jahre 1832 fand der Justizminister Martin du Nord sich veranlaßt, die Abänderung dieser Gesetze in Antrag zu bringen. Dadurch wurde der alte Streit wieder veranlaßt und mit gleicher Heftigkeit geführt. Die ausführliche Entwickelung der für und wider geltend gemachten Gründe findet sich in dem Traite de l'instruction criminelle par Faustin Hélie, im zweiten Bande S. 563. Der Vorschlag des Justizministers blieb aber auf sich beruhen, und die angeführten Gesetze bestehen noch heute.

Digitized by Google

Diese Frage finden wir allerdings dahin erörtert, und doch ist sie im höchsten Grade wichtig und folgenreich. Dies läßt sich aus der preuß. Gesetzgebung auf das Bestimmteste nachweisen.

Nach §. 23 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 geht die Eigenschaft eines preuß. Unterthans verloren, wenn der Preuße, der mit Erlaubniß der Behörden ins Ausland geht, binnen zehn Jahren nach Ablauf der in der Erlaubniß bestimmten Frist nicht zurückkehrt. Es ist daher leicht möglich, daß ein Preuße im Auslande 20 und mehr Jahre lebt, ohne seine Qualität als Preuße zu verlieren. Wie kann dieser Preuße die Gesetze kennen, die während dieser 20 Jahre in der preuß. Gesetzsamml. erschienen sind, wie können ihm diese Gesetze publicirt worden sein, und wie kann man ihn wegen einer in diesen ihm ganz unbekannten Gesetzen verbotenen Handlung bestrafen?

Die Kinder dieses Preußen, obgleich im Auslande geboren, erzogen und groß geworden, sind nach §. 2 desselben Gesetzes durch ihre Geburt preuß. Unterthanen, ohne Preußen jemals gesehen zu haben, und doch sollen sie wegen einer im Auslande begangenen, in preuß. Gesetzen mit Strafe bedrohten Handlung nach diesen Gesetzen bestraft werden, nach Gesetzen, deren Existenz sie nicht kennen, die in einer ihnen vielleicht ganz unbekannten Sprache geschrieben sind.

In Frankreich hat man Verhältnisse dieser Art nicht ganz übersehen, denn nach den in der Anmerkung oben wörtlich angeführten Bestimmungen ist die Anwendung der inländischen Gesetze nicht befohlen, sondern nur gestattet; das französische Gesetz spricht facultativ, will also die Umstände des speciellen Falles berücksichtigt sehen; der Entwurf des neuen St.G.B. spricht imperativ und bestätigt dadurch die obenhin schon dies als am Tage liegende Unausführbarkeit seiner unbeschränkten Vorschrift.

Das Gesetz vom 3. April 1846 sagt nicht, wann ein preuß. Gesetz im Auslande bindende Kraft haben soll. Soll nun die Bestimmung des §. 2 des Entwurfs beibehalten werden, so muß man entweder den Grundsatz aufgeben, nach welchem ein Gesetz nur nach gesetzlich geschehener Publikation zur Anwendung kommen darf, oder man müßte das Gesetz vom 3. April 1846 sehr wesentlich vervollständigen und bestimmen, von welchem Zeitpunkte an ein in der Gesetzsammlung erschienenes Gesetz in Paris, in Konstantinopel, kurz an jedem einzelnen Orte der Welt für den dort weilenden preußischen Unterthanen verbindlich sei; man müßte aber zugleich den gesetzlichen Weg angeben, auf dem dir im Auslande weilenden Preußen von den Gesetzen ihres Vaterlandes eine auch nur halb befriedigende Kenntniß erlangen könnten.

Ob dieses ausführbar sei, vermögen wir nicht zu beurtheilen.

Jene Bestimmung des §. 2 des Entwurfs des St.G.B. läßt sich nur erklären durch die Annahme, daß die Verfasser des Gesetzbuchs dessen Vorschriften als statuta personalia, wie die Gesetze über Volljährigkeit oder Minderjährigkeit, wollen gelten lassen, welche den nach dem Auslande gehenden Preußen nach allen Himmelsgegenden hin begleiten. Ob diese Gleichstellung eine ernste Prüfung aushalten wird, wollen wir nicht untersuchen, wir wollen vielmehr diese Gleichstellung als vollkommen richtig, als unbestreitbar voraussetzen. Alsdann lesen wir in dem §. 2 den Ausspruch des Königs, daß alle seine Unterthanen, die im Auslande verweilen, an die Beachtung der preuß. Gesetze gebunden bleiben, und daß sie bestraft werden sollen, wenn sie, wo es auch sei, eine in den preuß. Gesetzen verbotene Handlung vornehmen. Kein ausländischer Herrscher kann berechtigt sein, diesen Ausspruch des Königs von Preußen aufzuheben oder zu modificiren: kein ausländischer Herrscher kann den in seinem Gebiete verweilenden Preußen von der Pflicht gegen seinen Landesherrn, von der Pflicht, dessen Gesetze zu befolgen, entbinden. Daraus folgt aber ganz unbestreitbar, daß dir von einem Preußen im Auslande begangene, in den preuß. Gesetzen mit Strafe bedrohte Handlung gestraft werden muß, wenn auch diese Handlung nach den Gesetzen des Auslandes, in dem sie begangen wird, straflos bleibt, ja selbst dann, wenn diese Handlung im Auslande belohnt wird.

Etwas ganz Anders sagt aber der §. 2 des Entwurfs; er sagt, daß die von einem Preußen im Auslande begangene, nach preußischen Gesetzen strafbare Handlung auch in Preußen unbestraft bleiben soll, wenn nicht auch die Gesetze des Auslandes diese Handlung mit Strafe bedrohen, sofern in der Handlung nicht ein Verbrechen gegen den preußischen Staat enthalten ist.

Hiernach kann also dir klar ausgesprochene Absicht des Königs von Preußen durch einen ausländischen Gesetzgeber vereitelt, der an seine vaterländischen Gesetze gebundene Preuße kann von der Verpflichtung, diese Gesetze zu beachten, durch jeden ausländischen Gesetzgeber entbunden werden, der von dem Könige von Preußen seinen Unterthanen gegebene bestimmte Gesetz soll straflos bleiben, wenn irgendein ausländischer Gesetzgeber über die Strafbarkeit einer Handlung anderer Meinung ist.

Ohne uns über diese Resultate irgendeiner Aeußerung zu erlauben, wollen wir nur in wenigen Worten die Folgen dieser Resultate hervorheben.

Der Entwurf des St.G.B. verbietet unter Androhung einer namhaften Strafe den Beischlaf zwischen Stiefeltern und Stiefkindern; er bedroht ebenso mit harter Strafe die „widernatürliche Unzucht."

Aehnliche Vorschriften finden sich vielleicht in den Gesetzen anderer Staaten, gewiß ist es aber, daß der code pénal keine solche Vorschriften hat. Der Preuße, der eines dieser Verbrechen in Paris begeht, bleibt also auch in seinem Vaterlande unbestraft, weil es dem Gesetzgeber Frankreichs nicht angemessen scheint, der widernatürlichen Unzucht in seinen Gesetzen zu erwähnen; der Preuße wird aber bestraft, wenn er sich dieser Verbrechen in einer freien Stadt schuldig macht, in welcher Bürgermeister und Rath die Handlung für strafbar erklären. Erinnert man sich nun noch des Umstandes, der ganz unerfahrbar sehr häufig eintreten wird, daß die Gesetze des Auslandes Definitionen von Verbrechen geben, welche von den Definitionen des preuß. Rechts wesentlich abweichen, und daß hierdurch für den preuß. Richter, der die Verbrechen im Auslande strafen soll, Schwierigkeiten mancher Art entstehen, so wird man wohl anerkennen gemeint sein, daß der oben erwähnte Zustand, in welchem die preuß. Rechtspflege gedrängt wird, sein besonders befriedigender ist. Will man dieses auch übersehen und dem preuß. Richter die Verpflichtung auflegen, für die Sicherheit und Ordnung des Auslandes zu sorgen, anstatt diese Sorge den Richtern des Auslandes zu überlassen, so ist doch eine Vervollständigung des neuen Entwurfs nöthig, um ihn gegen den Vorwurf eines Mangels an Konsequenz zu schützen.

Wenn nämlich nach dem schon Gesagten dir in den preußischen Gesetzen mit Strafe bedrohte Handlung, im Auslande von einem Preußen begangen, straflos bleiben soll, weil die Gesetze dieses Auslandes die Handlung mit Strafe nicht bedrohen, so folgt doch ganz unbestreitbar auch dem dieser Bestimmung unterliegenden Grundsatze, daß dieser auch dann seine Anwendung finden muß, wenn die Handlung im Auslande zwar nicht straflos bleibt, aber mit gelinder als nach den preußischen Gesetzen geahndet wird, daß also die gelindere Strafe des Auslandes von dem preußischen Richter angewandt werden muß, daß folglich, wenn das Ausland die Handlung mit einer Geldbuße von 5 Thlrn., das preußische Gesetz sie mit mehrmonatlicher oder selbst mehrjähriger Freiheitsstrafe bedroht, die Geldbuße und nicht die Freiheitsstrafe anwendbar ist.

Das sagt aber der Entwurf nicht, von diesem Falle spricht er nicht; nach §. 2 muß also in dem eben angeführten Falle die Freiheitsstrafe ausgesprochen werden. — Dies ist uns unerklärbar. — Der früher angeführte Art. 7 der franz. Strafprocefordnung gestattet die Bestrafung eines Franzosen wegen einer gegen einen anderen Franzosen im Auslande begangenen Verbrechens nur, wenn der Thäter wegen dieses Verbrechens im Auslande nicht schon bestraft oder freigesprochen worden ist. Diese Vorschrift findet in allen Fällen Anwendung. Der neueste Entwurf des St.G.B. spricht im §. 4 von der im Auslande erfolgten Bestrafung oder Freisprechung nur in Beziehung auf die Verbrecher gegen den preußischen Staat und befiehlt gegen den im Auslande schon bestraften oder dort freigesprochenen Preußen eine neue Untersuchung und, nach deren Resultat, also auch eine neue Bestrafung. Wie es gehalten werden soll, wenn der Preuße im Auslande gegen einen andern Preußen ein Verbrechen verübt hat und deswegen im Auslande auch bestraft, oder er freigesprochen worden, darüber schweigt der Entwurf und, nach der Regel, exceptio firmat regulam in casibus non exceptis, ist es klar, daß der Preuße, obgleich im Auslande schon bestraft, im Vaterlande zum zweiten Male bestraft werden muß, wenn er einen Preußen im Auslande bestohlen oder mißhandelt hat, und diese Folgerung ist um so weniger zu bestreiten, als der sechste Titel des Entwurfs, welcher von den Gründen, die die Strafbarkeit ausschließen oder mildern, handelt, von einer früher schon erfolgten Verurtheilung oder Freisprechung Nichts sagt.

Eine andere Frage möge noch gestattet sein. Der §. 65 des neuesten Entwurfs sagt: „Bei Verbrechen, welche mit Todesstrafe bedroht sind, so wir gegen rechtskräftig erkannte Strafen, ist keine Verjährung zulässig."

Ganz abweichend hiervon bestimmt die franz. Strafprocessordnung

Digitized by Google

im Art. 637, daß die öffentliche Klage auf Bestrafung eines mit Todesstrafe bedrohten Verbrechers in zehn Jahren, vom Tage des Verbrechens, durch Verjährung erlischt. Wie wird es nun mit dem Verurtheilten gehalten werden, der in Paris einen andern Preußen ermordet, aber die Mittel gefunden hat, sich der Polizei zu entziehen, nach Offenbien gegangen ist und nach 11 Jahren heimkehrt? In Frankreich, wo er das Verbrechen verübte hat, ist er, wegen eingetretener Verjährung, gegen jede Strafe geschützt; soll nun in Preußen, auf Grund des franz. Gesetzes, von einer Untersuchung gegen ihn abstrahirt werden, oder soll auf das in Frankreich begangene Verbrechen das preuß. Gesetz anwendbar, also eine Bestrafung zulässig sein? Diese Frage finden wir nirgends beantwortet.

Nach allem bisher Gesagten würden wir das Wegstreichen des §. 2 des Entwurfs, mit Ausnahme dessen, was über Verbrecher gegen den preuß. Staat gesagt, für eine sehr große Verbesserung der St.G.B. halten. Soll aber der Grundsatz des §. 2 sowie wir ihn in dem Entwurfe lesen, dennoch beibehalten werden, so würde es doch im Interesse der Bewohner mancher preuß. Provinzen sehr nöthig und wünschenswerth sein, die Anwendung durch völlige Reciprocität zu bedingen, ihn also nur gegen die Angehörigen des Staates, dessen Gesetze mit den preuß. in dem hier fraglichen Punkte übereinstimmen, anzuwenden.

Frankreich bestraft, nach den früher angeführten Gesetzen, die im Auslande von Franzosen begangenen Verbrechen nur in sehr wenigen Fällen; die franz. Gesetze waren auch in der Rheinprovinz publicirt, sind aber durch die Verordnung vom 30. Juni 1826 aufgehoben. Was war die Folge? — Keine andere, als daß die Franzosen die preuß. Grenze überschritten, in Preußen Diebstähle aller Art begingen, die Wälder verwüsteten, beziehungsweise auch ein Haus in Brand steckten und nur darauf bedacht sein mußten, über die franz. Grenze zu kommen, um sich völliger Straflosigkeit zu erfreuen, während die Preußen, die in Frankreich sich eines Vergehens oder Verbrechens schuldig machten, auf Kosten des preuß. Staats verfolgt und bestraft werden müssen. Es ist schon bemerkt worden, daß Frankreich sein System nicht aufgeben will; soll Preußen sein bisheriges System gegen Frankreich dennoch festhalten? Anstatt diese Frage zu beantworten, beschränken wir uns auf die Bemerkung, daß die preuß. Regg. in weit wenigen wichtigen Fällen, dem Auslande gegenüber, die Anwendung ihrer Gesetze von der Reciprocität abhängig gemacht hat, wie dies namentlich in dem §. 7 der Verordnung vom 2. Mai 1823 (Ges. Sammlung S. 106) geschehen ist. (Die Forts. später.)

---

**Preußen.** Berlin, 5. Januar. Man sagt, es gehe sich im Innern der Kommission des ständischen Ausschusses eine wenn auch gemäßigte Opposition kund. Hrn. Camphausen's Abweisheit, obgleich durch die „Allg. Preuß. Ztg." als augenblicklich bezeichnet, hat Aufsehen erregt. Man glaubt in manchem Kreise, er habe seine Bedenken und Beschwerden nicht am Vorabende der Debatten so zu sagen Preis geben wollen. Andere erzählen, er halte Konferenzen mit den rheinischen Juristen. Genug, man beschäftigt sich damit und meint, Camphausen und Auerswald würden die Verhandlungen am Meisten leiten. (K. Z.)

Berlin, 6. Januar. Der Publicist berichtet: Tawera von Mieroslawski, seit mehreren Monaten mit dem General v. Mazurkiewicz, dem zu Paris wohnenden Centralsationsmitgliede des polnisch-demokratischen Vereins, verheirathet, kam Anfangs des vorigen Monats zu dem Zwecke hierher gereist, um ihren Bruder, Hrn. v. Mieroslawski, zu sprechen. Dem Wunsche konnte auch den in der Sache liegenden Gründen vom Gerichte ohne Weiteres nicht entsprochen werden. Frau von Mazurkiewicz suppliirte höheren Orts und erhielt denn auch wirklich die Genehmigung, sich mit ihrem Bruder, natürlich im Beisein eines Beamteten, unterreden zu dürfen. Das genügte ihr nicht, und sie ist vor wenigen Tagen nach Paris zurückgereist, ohne ihren Bruder gesprochen zu haben. Die einzige ihr gestellte Beschränkung war die Anwesenheit eines Beamteten bei der Unterredung, eine Beschränkung, welche durch das Gesetz vorgeschrieben, und durch den Gebrauch herkömmlich ist, namentlich wenn der Angeklagte ein zum Tod verurtheilter ist. Daß die Unterredung nicht länger als fünf Minuten habe dauern sollen, wie mehrere Journale gemeldet, ist eine reine Erfindung.

Die Weser-Zeitung berichtet: Ueber die bisherigen Berathungen des für den Strafgesetzentwurf zusammengetretenen Komités wird uns ein Bericht mitgetheilt, nach welchem dieser Entwurf auf eine bedeutende Opposition gestoßen ist, welche eine abermalige Umarbeitung erforderlich machen dürfte. Die Prügelstrafe ist bereits verworfen. Die Kommission hat sich mit einer Stimmenmehrheit von 2 Stimmen dafür ausgesprochen, daß diese Strafe unter den Strafbestimmungen des Entwurfs gestrigt werde. Auch gegen die Verschärfung der Strafen, z. B. der Todesstrafe, ist lebhafter Widerstand erhoben, die Entscheidung aber noch nicht getroffen.

Königsberg, 3. Jan. Wie die Bremerzeitung meldet, ist von Seite hiesiger Einwohner eine Eingabe an die Stadtverordneten gemacht worden, mit der Bitte, diese Körperschaft möge Alles, was in ihren Kräften stehe, thun, daß der neue Strafgesetzentwurf nicht zum Gesetz erhoben werde.

*** Aus dem **Hannoverschen**, 5. Jan. Seit nun zwei Monaten beschäftigt sich das Land mit den neuen ständischen Wahlen. Nach den auswärtigen Zeitungen sind sie bis auf wenige vollendet; nur die Hannoversche Zeit, beobachtet tiefes Stillschweigen über dieselben, indem sie sich gleich im Anfange eine überschüchtige Mittheilung der gesammten Wahlen bis dahin vorbehalten hat, daß diese schließlich beendigt seien. Aus einem so höchst sonderbaren Verfahren haben Viele gleich damals die Folgerung ziehen zu müssen geglaubt, daß von den einzelnen Wahlen bis zu deren formeller Zulassung noch eine weite Kluft liege, daß bei etwaigem unglücklichen Ausfall derselben die peinlichste, kleinlichste Prüfung der Vollmachten und der Formen eintreten, und das Streben dahin gerichtet sein würde, unter Verufung auf verfäumte Formen auch der kleinsten Art, durch Verweigerung von Urlauben, die mißliebigen Wahlen möglichst von vornherein zu beseitigen. Leider ist diese Befürchtung nicht getäuscht worden. Der Ausgang der neuen Wahlen ist bekannt. Das Charakteristische bei denselben ist im Allgemeinen, daß die Wahlkörperschaften, durch die Erfahrung auf die Nothwendigkeit einer gewissen Selbstständigkeit ihrer Vertreter hingewiesen, etwa anderthalb Dutzend unbedingt von der Regierung abhängiger und dabei bis auf die körperliche Abstimmung völlig nichtiger Mitglieder der frühern Ständeversammlung blos Mal ausgestoßen und an ihre Stelle unabhängige Männer aus der Mitte der Wahlkörperschaften, tüchtige Landwirthe, Bürger, städtische Beamtete, gewählt haben. Darunter denn auch einige Notabilitäten vom ersten Range (Bürgermeister Stüve, Syndikus Lang), welche das allgemeine Vertrauen des Landes besitzen, und die man von dem letzten Landtage nur mit Schmerzen ausgeschlossen sah. Außerdem aber haben fast alle wirklich hervorragenden Mitglieder der letzten Ständeversammlung, und zwar von beiden Seiten, auch jetzt wieder ihren Platz gefunden, — so außer den Schatzräthen Lehzen und Lang, die lebenslänglichen Mitglieder der zweiten Kammer sind, Justizrath Bacmeister, Hofrath Stemeel, Regierungsrath Hoppenstedt, Magistratsdirektor Sandvoß, Stadtrichter Brauke, Landrath Schwerz, Amtmann Bening u. s. w., und ohne Zweifel werden von Seiten des Klosterfonds, der Harzstädte, als unmittelbare Vertreter der Regierung Männer wie Geh. Kriegsrath Wedemeyer, Oberfinanzrath Bar, Generaldirektor Klenze und dergleichen geschickt werden. Auch der neue Personalstehand wird immer noch 20 bis 24 Namen enthalten, auf die die Regierung unbedingt rechnen kann; und sind für diejenigen, welche noch Beamtenthum und Anstellungen für gleichbedeutend ansehen, muß es zum Troste gereichen, daß wenigstens 36 Namen zu der Kaste der königlichen Diener oder ständischen Beamten zählen. — Dies Alles zusammengenommen, hat die Regierung, wenn sie mehr als eine Scheinvertretung will, wahrlich keine Ursache, sich über den Ausfall der Wahlen zu beklagen oder Sorgen zu machen. Es kann weder von einer rein oppositionellen, noch von einer Bauern-, noch von einer Advokaten-Kammer vernünftiger Weise die Rede sein, und was die Leistungen in dieser Beziehung bisher in den Tag hinein konstruirt hab n, ist die Frucht der unüberlegtesten, wenn nicht der geflissentlichen Überreibung. Für den ruhigen Beobachter halten sich die Wahlen in der rechten Mitte und sind, offenbar mehr als früher, aus dem Geiste und Zwecke der Verfassung hervorgegangen. Lediglich von der Regierung und von dem inneren Werthe ihrer Vorschläge wird es abhängen, ob sie in der neuen Kammer Opposition oder Zustimmung finden wird. Um so mehr ist es zu beklagen, wenn man schon jetzt davon hören muß, daß verschiedene Gewählte, und zwar gerade Männer von der höchsten Bedeutung, um ganz geringfügiger Formalitäten willen, zurückgewiesen werden sind, weil sie z. B. den durch §. 13 der Wahlordnung vorgeschriebenen 14tägigen Termin zur Erklärung über Annahme der Wahl angeblich um einige Stunden versäumt haben, oder weil sie den durch die königliche Verordnung vom 5. November 1841 vorgeschriebenen Verfassungseyd nicht gleichzeitig ablegen, wiewohl zur Vollziehung sich bereit erklärt haben! Es liegt auf der Hand, daß dergleichen bloße Ordnungsbestimmungen mit einiger Liberalität gehandhabt werden müssen, wie denn von einer ähnlichen Bestimmung, wonach ein Deputirter bei achtägiger Abwesenheit aus der

Digitized by Google

Ständeversammlung als resignirend anzusehen, noch niemals Gebrauch gemacht werden ist. Ein entgegengesetztes Verfahren ist offenbar nur geeignet, Mißtrauen und Erbitterung zu erregen und von vornherein Streit und Hader in die Ständeversammlung zu bringen. Und obendrein wird die Regierung mit solchen Maßregeln in der Sache selbst am Ende Wenig oder Nichts gewinnen, da in solchen Fällen, wie vorhin erwähnt worden, nur der Ersatzmann der in ähnlichem Geiste wie der Deputirte selbst gewählt ist, Bericht zu leisten braucht, um die Nothwendigkeit einer ganz neuen Wahl herbeizuführen und damit die Sache ganz wieder auf den früheren Standpunkt zu bringen. Welcher Lärm und welche Aufregung dann um Nichts! — Auch über das allzu eigenmächtige Verfahren einiger Wahlkommissarien könnte man ähnliche Klagen erheben, worauf vielleicht später zurückzukommen sein wird.

**Baden.** * **Karlsruh**, 9. Jan. Das Haus Rothschild ist mit einem förmlichen Widerspruch den Gerüchte entgegen getreten, daß es durch plötzliche Aufkündigung des Kredits das Bankhaus von Hader und Söhne zu Fall gebracht und damit drabsichtigt habe, zum Vortheil der englischen Fabrikthätigkeit der deutschen Industrie einen Schlag zu versetzen. Unterrichtete hatten jenem Gerüchte keinen Glauben beigemessen, Geschäftsleute, wenn auch mit den Verhältnissen, welche das Unglück herbeiführten, weniger bekannt, hatten für unwahrscheinlich gehalten, daß das Haus Rothschild in der angegebenen Weise verfahren sein könne; aber die erfreuliche Empfänglichkeit der Deutschen für Alles was die Entwicklung der Mittel zu Macht und Wohlstand berührt, verschaffte dem Gerüchte einen lieben Eingang in die Gemüther. Die gefüllenen Häuser als Opfer ihrer Anstrengungen für die deutsche Industrie erscheinen zu lassen, war die günstigste Wendung, welches ihrer Sache gegeben werden konnte; sie gewann ihnen die Sympathien des Volkes und war der beste Hebel, um Staatsmittel für sie in Bewegung zu setzen. Vor Allem aber gebührt der Wahrheit die Ehre, und man darf erwarten, daß die Regierung in den Vorlagen, welche sie den Ständen über diese Angelegenheit machen wird, die Wahrheit sagen werde.

Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Regierung, für die Wechsel- und Waarenforderungen an die Spinnerei zu Ettlingen, die Maschinenfabrik zu Beiertheim (Karlsruhe) und die Zuckerfabrik zu Waghäusel den Säumigen Aufschub anzubieten und die Bürgschaft für 4½ Zinsen zehn Jahre lang auf sich Stand zu übernehmen. Wir sind nicht der Meinung, daß Gewerbsanlagen, welche nicht auf eigenen Füßen stehen können, vom Staate mittelst Geldopfer, welche die Steuerpflichtigen zu tragen haben, betrieben werden sollen. Eine solche Staatstreibhausindustrie hat das vorige Jahrhundert schon gerichtet; statt die Hülfsquellen der Nation zu vermehren, erschöpft sie dieselben. Dagegen halten wir den Staat für verpflichtet, diejenigen durch Wissenschaft und Erfahrung bewährten Anstalten und Maßregeln zu treffen, welche dem Gedeihen der Gewerbsthätigkeit nothwendig und zuträglich, von Einzelnen aber nicht ins Werk zu richten sind. Dahin gehören z. B. Sicherheit des Rechts, der Person und des Eigenthums, Schutz für die freie Bewegung nützlicher Kräfte und gegen die geitweise Ueberlegenheit fremder Mitbewerbung, Sorge für die Beschränkung des Umlaufs und Verkehrs, insbesondere für ein gutes Transportsystem, Kreditanstalten u. s. w. In unserer bewegten und strebsamen Zeit steakt es sich schwer, wenn der rechte Augenblick für wichtige Eisenbahnlinien, für die Errichtung von Bankanstalten versäumt wird. Solche Unterlassungssünden haben wir in Baden zu beklagen, und es ist dann doppelt unangenehm, wenn neben schwerem Unglück vieler Familien die Steuerpflichtigen auch noch Millionen bezahlen sollen, um Schaden abzuwenden, den sie nicht verschuldet haben.

Wir können es übrigens nur billigen, wenn Regierung und Stände sich ernstlich mit der Frage beschäftigen: ob im öffentlichen Interesse Etwas und was geschehen soll, um die drei in Frage stehenden Gewerbsanlagen im Betrieb zu erhalten. Allein Niemand wird verlangen, daß der Staatsdruteel in ein Donaidenfaß geleert, oder daß überhaupt die Steuerpflichtigen vor den Riß gestellt werden sollen.

Nach unserer Ansicht wird es sich zuerst fragen: ob ein öffentliches Interesse vorhanden ist, welches verlangt oder wenigstens rechtfertigt, daß der Staat zur Erhaltung der drei Gewerbsanlagen, oder von einer oder zweien derselben in das Mittel trete. Sodann, wenn diese Frage bejaht wird: ob die zunächst Betheiligten, d. h. die Gläubiger und die Aktionäre, bereit sind — wie bei Cockerill in Belgien — die erforderlichen Opfer zu bringen, um die Anstalten mit Erfolg betreiben zu können. Nur wenn dies geschieht, glauben wir, daß ein Dazwischentreten des Staates mit Garantien zulässig wäre, welche die Betheiligten darüber beruhigen, daß die Opfer, die sie bringen, den erwarteten Erfolg haben, ohne die Steuerpflichtigen nach menschlicher Voraussicht in das Mitleiden zu ziehen. Dies sind die allgemeinen Gesichtspunkte, nach welchen, unserer unmaßgeblichen Meinung zufolge, die Vorschläge, welche die Regierung bringen wird, zu beurtheilen sein werden. Soll dagegen die Staatskasse ohne Weiteres herhalten, so machen wir darauf aufmerksam, daß dies nicht anders als auf Kosten dringenderer Bedürfnisse des Landes und einzelner Bezirke geschehen könnte, welche ohnehin, bei der Unzulänglichkeit der Ueberschüsse in Folge außerordentlicher Verwendungen in dem letzten Rothjahre, nicht in dem Maße befriedigt werden können, in welchem sie vorhanden sind.

Die dem Hause v. Hader gestattete zehnjährige Zahlungsfrist soll bis zum 18. d. erstreckt worden sein; in der Zwischenzeit wird daher die Verhandlung zwischen der Regierung und den Ständen zum Ziele geführt werden müssen. Daß die Verhandlungen öffentlich sein, halten wir im Interesse der Sache für geboten, da auch der leiseste Schein zu vermeiden ist, als ob Etwas vorginge, was das Licht zu scheuen habe. Die vorgestern angekündigte Einstellung der Zahlungen des Bankhauses Kusel hat neue Besürzung in der Residenz verbreitet; das Haus genoß großes Vertrauen und sein Fall wird lediglich den durch die vorhergegangene Katastrophe erlittenen Verlusten zugeschrieben.

**Karlsruhe**, 8. Jan. Die Mannh. Abendz. berichtet: Auf Befehl des Staatsministeriums hat das Finanzministerium gestern den Vertretern der Spinnerei Ettlingen, Maschinenfabrik Karlsruhe und Zuckerfabrik Waghäusel bezüglich auf ihre Eingabe vom 30. v. M. eröffnet, daß Se. Königl. Hoheit „je nach dem Ergebnisse der Untersuchung, welche durch die von dem Ministerium des Innern und jenem der Finanzen niedergesetzte Kommission über den finanziellen Zustand der erwähnten drei Fabriken vorgenommen wird, eine den Umständen entsprechende Vorlage an die Ständeversammlung machen lassen werden."

**Heidelberg**, 4. Januar. Über die Wirkungen der Manufakturein-dustrie liefert Hr. Sulzberger in seinen, vor Kurzem mit Bejiehung auf die Schweiz erschienenen Betrachtungen Mittheilungen, die auch einmal erfreulich lauten. Er besucht die menschlichen Wohnungen in Ländern, wo Nichts als Ackerbau betrieben wird, und in Ländern, wo auch Manufakturen blühen. Er tritt bei einem kleinen englischen Pächter ein und findet ein freundliches Häuschen, einen hübschen Garten, schöne Blumen und gut erhaltene Möbel darinnen. Ebenso wohnt der tüchtige Fabrikarbeiter mit seiner Familie in einem netten Haus und Hof, oder er hat doch seine eigene Hauswäsche, und die Wohnung ist von andern unter dem nämlichen Dache deutlichen getrennt. Im Innern finden wir ein zierlich möblirtes Zimmer, hübsche Vorhänge, eine Schlafkammer mit ordentlichen Betten, eine gut ausgestattete Küche. Die ganze Wohnung ist sorgfältig unterhalten und Alles in bauslichem Stande. Das Wertlagelleid des Mannes ist abgetragen, voll Kohlenstaub und Schmutz der Maschinen, am Sonntag aber vom feinsten schwarzen Tuche. Es ist ein Ehrenzunft für einen soliden englischen Arbeiter, das ganze Jahr hindurch kein Wirthshaus zu besuchen, dagegen desto besser zu Hause mit der ganzen Familie zu leben. Seine Nahrung ist kräftig, gesund und schmackhaft. Die Kinder sind von der Hausfrau selbst besorgt und alle Speisen werden in eleganter Eingenee oder glänzendem Zinn aufgetragen. Die Kinder sind reinlich gehalten, gut genährt, warm gekleidet und mit Liebe und Sorgfalt gepflegt, dabei aber schon frühzeitig zu strenger Arbeit angehalten und an den Ernst des Lebens gewöhnt. Ein solcher Fabrikarbeiter, z. B. ein geschickter mechanischer Spinner, erhält aber auch einen Wochenlohn von etwa 30 Gulden. Bei solcher soliden Lebensart muß natürlich die Bevölkerung physisch und moralisch gesund, kräftig und für jede Unterweisung geeignet werden. Die Größe des Gelobetrags der in England von den Gemeinden getragenen Armensteuern ist nur ein evidenter Beweis von dem unvergleichlichen Reichthum des Landes. Man vermag es eben die Armen sehr gut zu halten. Der Arme in England wohnt, speist, lebt und kleidet sich besser, als bei uns auf dem Kontinent der unterer Stand seiner großen Mehrzahl nach. Arbeitssiedlungen, Handelskrisen hat Lord John Russell jüngst im Parlament für unvermeidlich erklärt, auch bei der höchsten Umsicht und Vorsorge der Handelsgesetzgebung. Dann gehen solche drückende Verhältnisse dem Engländer, der nicht gewöhnt ist, Noth zu leiden oder gar Unrecht zu dulden, Anlaß zu vielem Lärm und Geschrei. Ein an Noth und Elend gewöhntes Volk erträgt dagegen in Stille und Geduld die Prüfungen, welche ihm die Zeit bringt, und wenn auch ausnahmsweise Hungersnoth und Verzweiflung ihm einen Schrei auspressen, so werden die Unverschämten, anstatt daß man ihnen durch Arbeitsschaft Verdienst bietet, mit Bajonetten und Censur zum Schweigen gebracht. Und dann wird dies Schweigen der in Druck und Elend Verkommenen wohl noch als Beweis der allgemeinen

Digitized by Google

Zufriedenheit und des soliden Wohlstandes gepriesen! Arbeitsstockung und Noth kommen also zeitweise überall vor, und nicht bloß als eigenthümliche Folge der Manufakturindustrie; nur sind namentlich die bloß Agrikulturindustrie treibenden Länder so sehr daran gewöhnt, daß man dort mit Resignation und Stille die Nothzeiten erträgt. England und Schottland nehmen jährlich mit Hülfe ihrer Maschinen eine halbe Milliarde Gulden für Waaren vom Auslande ein. Nach Ch. Dupin ißt der Bewohner Englands drei Mal mehr Fleisch, Butter und Brod als ein Bewohner des Kontinents. Die Dienstklassen der Bevölkerung haben 500 öffentliche Sparkassen, bei denen von mehr als 400,000 Einlegern die Summe von 200 Mill. Gulden deponirt ist. Der Lohn für Händearbeit steht in England 6 Mal höher als in den sogenannten Ackerbauländern; dabei sind die Preise der Kleiderstoffe billiger, die Lebensmittel aber kaum um 10 bis 15 Procent theurer als in den wohlfeilen Gegenden des Kontinents, wofür sie auch besser und kräftiger sind. Jeder Einwohner Englands verbraucht im Durchschnitt jährlich 25 Ellen bloß Baumwollenzeuge, auf dem Kontinent kommen nicht 5 Ellen auf den Mann; während hier noch vielleicht ein Viertel der Bevölkerung barfuß geht, sieht man in England Niemand, der nicht in Strümpfen, Schuhen oder Stiefeln einherschreitet. Kurz, unermeßbar sind die Segnungen und Früchte, welche die Arbeit mit der Denkkraft und der sittlichen Kraft verbunden trägt, und sie hat demjenigen Volke, das sie im ausgedehntesten Sinne mit Benützung der Erfindungen der Neuzeit in Anwendung brachte, eine nie gesehene Übermacht über alle übrigen verschafft. Muß aber anerkannt werden, daß eine möglichst ausgebildete Arbeit die Quelle der materiellsten, größtigen und materiellen Wohlfahrt der Völker sei, so geht daraus hervor, daß es keine höhere Pflicht der Regierungen geben kann, als die Arbeit in allen ihren verschiedenen Verzweigungen zu fördern, und es sollte, zumal in Betracht aller Zeitverhältnisse, der erste und oberste Grundsatz eines Volkes und seiner Regierung sein: Anregung, Schutz und Organisirung, Veredlung und Belohnung der Arbeit in allen ihren Verzweigungen. Auch in Deutschland wird die Wahrheit dieses Satzes wohl allmählich erkannt, leider aber wird derselbe nicht in dem Maße und dem Eifer ausgeführt, wie es sein sollte, und wie das in andern Ländern wirklich der Fall ist.

**Kurhessen.** ** Kassel, 8. Jan. Der Stellvertreter des verstorbenen Abgeordneten der Landesuniversität ist jetzt in die Ständerversammlung eingetreten; es ist Dr. Bergt, Professor der Philosophie; man kennt ihn eine freiere Richtung an. Seine Zulassung hatte einige Zögerung erlitten. Während seit Jahrhunderten der Abgeordnete der Universität, aus der Zahl der ordentlichen Professoren gewählt, ohne ministerielle Genehmigung an den Landtagen Theil genommen hatte, verlangte der Minister Hassenpflug zuerst im Jahre 1833 deren Einholung durch den Professor Jordan, weil ein solcher Staatsdiener sei, kein Staatsdiener aber nach den Vorschriften der neuen Verfassungsurkunde ohne Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde eine Landtagswahl annehmen dürfe. Die Ständeversammlung wurde aufgelöst, als sie diese Anordnung für unanwendbar auf den Abgeordneten der Universität erklärte. Inmittelst trat Hassenpflug mit der letzteren ein Abkommen, wonach einer Seits das Erfordernis, die Genehmigung zu erbitten, anerkannt, anderer Seits das Versprechen gegeben wurde, derselbe in allen Fällen zu ertheilen, wenn nicht etwa die Fakultät, welcher der Gewählte angehört, denselben als unabkömmlich schildern würde. Obwohl nun die philosophische Fakultät für die Dauer des Landtags den Professer Bergt, und zwar, wie man sagt, zu wiederholtem Male, abkömmlich erklärte, hat es doch lange gewährt, bis ihm die ministerielle Genehmigung ertheilt wurde, welche als die Bedingung seines Eintritts in die Ständeversammlung angesehen wurde. — Nach einer der Ständeversammlung durch die Landtagskommission gemachten Mittheilung hat sich die Voraussetzung ungegründet gezeigt, daß bei der am 11. Nov. v. J. in der Stadt Gelnhausen stattgefundenen Wahl Wippermanns Vornehmen vorgefallen seien; dagegen hat die Landtagskommission zeit dessen Zulassung bestritten, weil derselbe inquisitorisch in Untersuchung wegen angeblicher Verleumdung und Beleidigung der Regierung und wegen Erweckung von Unzufriedenheit gegen dieselbe gerathen sei. Einige Tage zuvor hatte das hiesige Obergericht auf Wippermanns Beschwerde entschieden, daß allein Indizien öffentlicher Beleidigung vorlägen und zwar in dieser Beziehung die Untersuchung zu Ende geführt, im Uebrigen aber eingestellt werden solle. Die Ständeversammlung wird nun zu entscheiden haben, ob, während der Untersuchung über die Beschuldigung öffentlicher Beleidigung, von Wippermann angenommen werden müsse, daß er wegen eines nach gesetzlichen Bestimmungen oder allgemeinen Begriffen entehrenden Vergehens vor Gericht gestanden habe, ohne von der Anschuldigung völlig frei gesprochen zu sein. — Durch den Deputirten Henkel ist die Frage wegen Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Gerichtsverfahren bei der Ständeversammlung angeregt. Henkel hat sich schon im Jahre 1834 dadurch ausgezeichnet, daß er durch eine Reihe von Anträgen eingelne grell in die Augen fallende Mängel des Civilprozesses zu entfernen suchte. Hassenpflug ergriff gern diese Gelegenheit, solchen auf offenbare Verschleifung der Prozesse hinwirkenden Mängeln des Verfahrens durch ein neues Gesetz abzuhelfen; aber im Ganzen ist dadurch sehr wenig gewonnen; ungeachtet so viele unnöthige Formen damals beseitigt wurden, werden jetzt doch nur wenige Rechtsstreitigkeiten rascher zu Ende geführt, als früher; manche andere zu jener Zeit getroffene Einrichtungen zeigten sich bald als unzweckmäßig. Aber die Hoffnung auf eine allgemeine bürgerliche Prozeßordnung, die schon in einem Landtagsabschiede von 1831 zugesichert war, wurde dadurch sehr in den Hintergrund geschoben. Jetzt hat Henkel abermals, unter dem Schlagwort von Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, in ganz konkreter Richtung einzelne prozessualische Vorschriften beantragt. Hiernach soll, unter Beibehaltung des bisherigen Civilprozesses, der Richter erster Instanz in gewissen Stadien des Verfahrens einen status causae et controversiae aufstellen und die Parteien zu mündlicher Erklärung darüber veranlassen. Bei den Kollegialgerichten höherer Instanz soll es dem Publikum frei stehn, gegenwärtig zu sein, wenn der Gerichtssekretär die von einem der Richter ausgearbeitete Relation vortieft und darüber eine Diskussion sich entspinnt. Im Kriminalverfahren scheint Henkel sich zwar zum Anklageprozeß mit Geschworengerichten und mündlicher Verhandlung hinzuneigen; doch meint er: „daß auch uns alle diese Garantien auf einMal zu Theil werden möchten, so hoch wagen sich meine Wünsche, bei den mir bekannten Ansichten unserer jetzigen Minister, nicht zu verlieren!“ Henkel will aber doch „wenigstens Etwas, wenigstens einen Anfang.“ Und worin besteht dies Wenige? Das Untersuchungsverfahren soll bleiben wie es ist. Der Referent des erkennenden Gerichts soll aber Relation und Votum in Gegenwart des Publikums verlangen, bei welcher Gelegenheit Angeklagte und Zeugen noch Bemerkungen über die Wahrheit der Thatsachen und Aussagen machen dürfen, um allenfalls nochmalige Vernehmung der Zeugen zu veranlassen. Das ist Alles! Das größte Gebrechen liegt darin, daß dem erkennenden Gerichte der Gang der Untersuchung völlig fremd bleibt, bis sie der Inquirent, der jenem Gerichte gar nicht angehört, vorschreift erachtet. Hiernach hätte vorzugsweise ein Augenmerk gerichtet werden sollen, wenn man nur Einiges ändern wollte. Doch wird überhaupt schwer zu helfen sein, wenn nicht ein ganz neues Werk aufgebaut wird, welches ebenfalls schon im Landtagsabschiede von 1831 zugesichert wurde.

**Braunschweig.** 7. Januar. ☉ Der hiesige Beseler-Verein hat das Schicksal des in Hannover bestehenden getheilt; der öffentliche Aufruf zu Beiträgen ist unterdrückt. Es besteht hier nämlich eine im Jahre 1839 erlassene Verordnung, welche im §. 1 bestimmt: „Alle durch öffentliche Blätter oder durch Sammlungen in den Häusern ergehenden Aufforderungen zur Leistung von Beiträgen zu Zwecken der Wohlthätigkeit oder zu andern gemeinschaftlichen Unternehmungen dürfen hinfüg der Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde und werden von dieser verbindert, solange jene Genehmigung nicht erwirkt ist.“ Wir geben den Text dieser Verordnung als Antwort auf einen in Nr. 352 der vorjährigen „Bremer Zeitung“ gegen unsern Beseler-Verein gerichteten, von einem bekannten hiesigen Juristen herrührenden Artikel und hoffen dadurch, den gemachten Vorwurf vollkommen beseitigt zu haben. — Um nun der angedeuteten Verhinderung der Sammlung zu begegnen, wurde die Genehmigung nachgesucht, worauf erst jetzt eine abschlägige Resolution erfolgt ist, „da eine unter Autorisation der Landesregierung zu diesem Zwecke veranstaltete Sammlung eine feindselige Demonstration derselben gegen eine Bundesregierung enthalten würde.“ Wir enthalten uns jeder Kritik dieses Bescheides, glauben aber aus der Fassung desselben, besonders aus der Unterstreichung der Worte „unter Autorisation“ die Hoffnung schöpfen zu dürfen, daß eine Sammlung für jenen Nationalzweck an und für sich keine Hemmung erfahren werde. So möge es den zahlreichen hiesigen Lesern dieser Zeit. zum Winke dienen, daß die Kaufleute H. Grasau und Karl Zwilgmeyer Beiträge für den Beseler-Fonds annehmen sich bereit erklärt haben, und der Advokat Hollandt jede auf den Beselerverein bezügliche Auskunft auf etwaige Anfragen ertheilen wird.

**Altona,** 4. Jan. Der hiesige „Merkur“ veröffentlicht heute nachstehende amtliche Nachricht: Schleswig-holstein-lauenburgische Kanzlei. „Unterm 31. Dec. v. J. haben Se. Maj. der König den Justizrath und Oberschadmalter im Herzogthum Holstein, Nikolai Raben,

Digitized by Google

auf dessen dürftigstes allerunterthänigstes Ansuchen, den seinem Amte als Oberstzeugwalter in Gnaden zu entlassen geruht.

Bremen, 5. Jan. Nach dem gestern erwähnten Berichte der Weserzeitung über ihre Zulassung in Preußen war im vorstossenen Herbst in Berlin an einflußreicher Stelle die Geneigtheit laut geworden, die Bremer Zeitungen wieder zuzulassen. Als deßhalb, so berichtet der Aufsatz, um jene Zeit der König der Deputation einer rheinischen Handelskammer die Versicherung gab, es solle in Sachen der Handelspolitik keiner Stimme das Gehör versagt werden, so glaubte die Weserzeitung das Recht zu haben, diesen Ausspruch auch zu Gunsten ihrer, schon um die Bedeutung Bremens willen, nicht unwesentlichen Stimme anwenden zu dürfen und richtete, anknüpfend an diese Willensmeinung des Königs, eine Angabe um die demnächstige Wiederzulassung der Weserzeitung in Preußen an das Ministerium des Innern zu Berlin. In der That erfolgte von einem der vortragenden Räthe, dem diese Angelegenheit übergeben war, eine schriftliche Antwort, in welcher sich die bereitge Geneigtheit zur Aufhebung des Verbots, die wir zu erwarten Ursache hatten, ebenso wie in den sich daran schließenden mündlichen Verhandlungen unverhohlen aussprach. Die Ansicht der Regierung über die Tendenz der Bremischen Blätter war offenbar eine andere geworden, man hatte Nichts gegen unsere Principien und die Behandlungsweise der Zeitfragen einzuwenden, man verwahrte sich förmlich gegen die Annahme, als ob man die Unabhängigkeit unserer Meinung anfechten möchte, man fand es eines Staates wie des preußischen unwürdig, die Debitterslaubniß gegen irgendwelche Concession gleichsam vertauschen zu wollen, eine Ansicht, welche von unserer Seite nur bekräftigt werden konnte. Wir sprachen es unverhohlen aus, daß nur im vollen Besitze unserer Unabhängigkeit und der freien Meinungsäußerung, welche keinerlei Schranken als die von der eigenen Ueberzeugung gebotenen anerkennt, uns die Wiedereröffnung der preußischen Grenzen überhaupt wünschenswerth erscheinen könnte. Daß wir und jemals wissentlich gegen die besser erkannte Wahrheit verstoßen hätten, wird uns Niemand weder bis jetzt noch auch für die Folge nachweisen können. Auf dieser Basis glaubten wir unsern Frieden mit der preußischen Behörde machen zu können, über dieselbe ging keine der direkt an uns gestellten Forderungen hinaus. Während freilich in dem Verkehr mit den Ministerialräthen der gerade Weg von keiner Seite verlassen wurde, machte man dennoch, wie es den Anschein hatte, von einer untergeordneten Seite der den Versuch, die Aufhebung des Verbots gegen einen Preis in Aussicht zu stellen, welchen wir nicht gewähren konnten. Man suchte für die von der Regierung befolbeten Korrespondenten einen Raum in der Weserzeitung zu gewinnen. Natürlich war auf dergleichen Anträge leicht die Antwort gefunden. Später, so versichert die Weserzeitung ferner, wurde die wirkliche Zusicherung gegeben, daß das Verbot aufhören solle; selbst auf die Frage, ob für die in Aussicht gestellte Erweiterung des Absapes die erforderlichen geschäftlichen Vorbereitungen getroffen werden könnten, erfolgte eine bejahende Antwort. Erst am 24. Dec. erhielt die Redaktion ein amtliches Schreiben aus Berlin vom 22. Dec., worin ihr bedeutet ward, die Aufnahme eines Berliner Korrespondenzartikels habe die Gewährung des Gesuches unmöglich gemacht, denn die in dem Artikel enthaltene Nachricht sei eine so „haarsträubende Tendenzlüge", daß sie als solche unmöglich habe verkannt werden können. Merkwürdiger Weise war dieser kurze Artikel, welcher die „Sistirung einiger Baukommissionen" betraf, gleichzeitig in einem preußischen Blatte (dem „Börsennachrichten der Ostsee") unter preußischer Censur gedruckt worden.

## Schweiz.

Zürich. Aus Luzern kam der N. Z. Z. vom 6. Jan. datirt folgende Anzeige zu: „Gestern Abend wurden von der hiesigen Standeskommission in Folge Beschlusses des Regierungsraths den HHn. RR. Bollier und Oberst Ziegler aus Zürich die Waffen Zwingli's zu Handen der Regierung des Kantons Zürich übergeben. Hr. Ziegler, welcher gestern nach Zürich zurückkehrte, nahm diese Waffen mit.

Luzern. Die neue Luzerner Zeit. meldet, daß am 5. d. Abends gemäß Schlußnahme der Regierung die HH. Alt-Schultheiß Rüttimann und die RR. Wendelin Kost, Emanuel Müller und v. Sonnenberg verhaftet worden seien.

Im gestrigen Kantonsblatt ist Hr. Schultheiß Siegwart wegen Landesverrathes und Verunreinigung eidg. Geiters und Hr. RR. Hautt wegen Verdachts des letztern Verbrechens zur Einbringung ausgeschrieben.

## Großbritannien.

London, 6. Jan. Die Nachrichten aus Westindien lauten fortdauernd düster und betrübend; dem Barbadoes Mercury zufolge scheinen alle Klassen wie gelähmt, der Handel lag vollkommen darnieder, die Arbeiten im Felde standen still, da die Pflanzer nicht im Stande waren, ihre Feldarbeiter zu bezahlen, die Wohlthätigkeitsanstalten kommten, da es ihnen an Mitteln fehlte, wenig Unterstützung gewähren, die Niedrigsten wie die Höchsten waren von der allgemeinen Kalamität mitbetroffen. Aehnliches hört man aus Kingston auf Jamaica. Die Zahlungseinstellung der westindischen Bank ist hiervon, wenn auch nicht die einzige, doch die unmittelbare Ursache.

Die neuesten ostindischen Zeitungen vom 1. Dec. stellen die politische Lage in Ostindien, Hongkong u. s. w. als befriedigend dar; die Stimmung der Chinesen hatte sehr von ihrer frühern Geneigtheit verloren; dagegen machten sich die Rückschläge der englischen Handelskrisis in Ostindien fühlbar; mehrere bedeutende Handelshäuser waren gestürzt. Sir John Davis, Statthalter von Hongkong, befand sich noch abwesend auf einer Expedition nach Kochinchina; er war sehr artig und höflich empfangen worden, aber in seinen Versuchen, mit dem Könige von Kochinchina Handelsbeziehungen anzuknüpfen, bis dahin, soviel man erfahren, vollkommen gescheitert.

Das M. Chr. veröffentlicht jetzt das Schreiben des Herzogs von Wellington, welches zu dem unendlichen journalistischen Lärm über mangelhafte Vertheidigung des Landes und zu den übrigschreienden Vorschlägen für Vermehrung des Heeres, Einführung einer Volkswehre u. s. w. den vorzüglichsten Anlaß gab, zum ersten Male vollständig. Wir denken darauf zurückzukommen, insofern die immer reichlicher fließenden Mittheilungen aus dem deutschen Vaterlande uns so viel Raum gewähren sollten, der Küstenvertheidigung Englands unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, während unsere Küstenlinien auch der kleinsten Seemacht offen und ungeschützt dalagen. Doch verdient die Bemerkung des Herzogs von Wellington eine Erwähnung: daß das stehende Heer Großbritanniens nicht hinreiche, um auch nur die zum Schutze der Werfte und Zeughäuser aufgeführten Festungswerke zu bemannen; ja, um auch nur 5000 M. auf die Beine zu bringen, würde man selbst die Schildwache vom Schlosse der Königin wegziehen müssen!

O'Terrall, der erste Civilgouverneur von Malta, ist dort mit seinen ernennlichen Freudenbezeugungen aufgenommen worden, wie man sie von dieser Inselbevölkerung erwarten durfte. England's kluge Politik hat den Wünschen der Malteser geschickt nachgegeben und den Militärgouverneur durch einen bürgerlichen ersetzt. Die Sachen bleiben darum doch dieselben.

## Frankreich.

Paris, 9. Januar. Die beiden Kammern beschäftigen sich noch immer mit den Vorbereitungen zu den Adreßverhandlungen, welche erst in einigen Tagen beginnen werden.

Der König mit dem größten Theile seiner Familie hat sich nach Dreux begeben, um der Beisetzung der Gebeine seiner verstorbenen Schwester in der Familiengruft beizuwohnen.

Vom Prinzen Joinville heißt es, daß er, unzufrieden mit dem Gange der öffentlichen Dinge, die Erlaubniß zu einer Reise nach Rio Janeiro zum Besuche der Familie seiner Gemahlin nachgesucht und erhalten habe.

Die Sendung der HH. Rabowitz und Colleredo scheint thatsächlich erledigt zu sein. Nach ihrer ersten Zusammenkunft mit Hrn. Guizot haben die beiden Bevollmächtigten der deutschen Höfe den Minister nicht wieder amtlich gesprochen, und wenn man dem Gerüchte glaubt, so ist alle Aussicht auf eine Verständigung über ernstliche Maßregeln gegen die Schweiz verschwunden.

Der „Commerce" bringt heute folgende Note: „Man sprach gestern Abend in den politischen Kreisen von einer durch die Rathskammer der Notare von Paris an diesem Morgen gefaßten Entschließung, die auf nichts Geringeres hinausgeht, als eine Untersuchung über Korruptionsfälle der höchsten Wichtigkeit zu veranlassen. Dies ist Alles, was wir heute sagen können. Man wird unsere Zurückhaltung begreifen, da es sich um Personen handelt, die solche Stellungen bekleiden, daß sie selbst der leiseste Zweifel nicht erreichen dürfte." Anderseits veröffentlicht der „National" Auszüge aus der gerichtlichen Denkschrift eines Hrn. Petit, der nachweist, wie er seit 1840 eine Rathsstelle am Rechnungshofe und 1844 die Einnahmsstelle in Corbeil von einem Hrn. Guizot allernächst stehenden Beamteten gekauft habe, — er belegt alle seine Angaben mit Beweisen, und ein Bair von Frankreich, ein Generaladvokat am Kassationshofe, ein Generaleinnehmer der Finanzen, ein Rath und zwei Referendare des Rechnungshofes

Digitized by Google

und redlich der Hrn. Guizot nachstehende Beamtete sind durch diese Denkschrift auf das Schwerste bloßgestellt.

Herr Cabet, der Chef der sogenannten icarischen Kommunisten, der bekanntlich mit einer Million seiner Anhänger nach Amerika auswandern und dort in ganz unbewohnten Gegenden, den auf seine sozialen Prinzipien gegründeten Staat Icarien gründen will, ist vorgestern von London zurückgekommen, wohin er sich begeben hatte, um einen großen Landstrich am Mississipi für seine Kolonie anzukaufen. Kaum hier angelangt, ward er durch einen Polizeikommissär überrascht, der alle seine Papiere in Beschlag nahm und ihm selbst einen Vorladungsbefehl vor den Untersuchungsrichter zustellte. Die beabsichtigte Auswanderung nach Amerika wird von der Behörde, theils als ein Deckmantel für revolutionäre Umtriebe, theils als Verleitung unmüthigen Icariern ihr Geld abzulocken, betrachtet. Hr. Cabet protestirt in einem an die Journale gerichteten Schreiben gegen diese Gewaltmaßregeln.

## Italien.

Mailand, 3. Jan. Am gestrigen Tage gab es hier unruhige Auftritte, die aber durchaus keinen politischen Charakter hatten, sondern durch den Muthwillen Einzelner veranlaßt wurden. Nach der Allg. Zeit. haben sich diese Scenen am 3. wiederholt, sodaß von der bewaffneten Macht Gebrauch gemacht werden mußte; am 4. blieb es ruhig. Die Veranlassung wird von demselben Blatte in folgender Weise berichtet: Am Mittag des 2. waren alle Straßen, besonders der Corso, von Menschen überfüllt, daß man sich kaum fortbewegen konnte, die wenigen Rauchenden wurden von der Masse verfolgt, angeschrien, gezwungen die Cigarren wegzuwerfen, worauf jedesmal ein großer Jubel erfolgte. Dies konnten sie mit den Italienern versuchen, doch die Deutschen ließen sich dergleichen Muthwillen nicht gefallen, und es setzte tüchtige Hiebe. Trotz alles Abwehrens der Polizei konnte dem Unfug nicht Einhalt gethan werden. Wenn einer vom Militär rauchte, wurde er von einer Masse Volk durch die Straßen verfolgt, ausgepfiffen, verhöhnt, sodaß selbst mehrere Verwundungen vorfielen. Als die Sache einen zu ernstlichen Charakter annahm, rückte eine Abtheilung Dragoner aus. Das Militär benahm sich musterhaft und schritt nur zur Nothwehr ein; obschon meist nur von der flachen Klinge Gebrauch gemacht wurde, ging es doch nicht ohne Verletzungen ab; gegen 20 Italiener wurden verwundet, darunter waren aber auch Solche, die sich unter sich selbst mit Messerstichen verletzt hatten. Vom Militär wurden ein Officier und zwei Kadetten verwundet.

## Deutschthum und Russenthum in den Ostseeprovinzen Rußlands.

(Fortsetzung.)

Der Weg, auf dem die Russificirung der Ostseeprovinzen begonnen hatte, die Angriffe auf Sprache und Recht schienen zu langsam zum Ziele zu führen, daher ist denn seit einigen Jahren ein anderes Mittel in Gebrauch gesetzt, welches, wenn Gott nicht hilft, alles Glück und alle Wohlfahrt der Provinzen untergraben muß; die Religion hat einen niedrigen Staatsdienst übernehmen müssen. Das Landvolk in den Ostseeprovinzen besteht aus Letten und Esthen, unterdrückten „Undeutschen", die seit Jahrhunderten von den das Land erobernden Deutschen in wahrer Sklaverei gehalten sind, und, nachdem längst in Deutschland der Bauernstand seine Selbständigkeit erhalten hatte, nur pro forma aus der Leibeigenschaft entlassen wurden, um im Stande der Freiheit nach Freiheit und Recht zu seufzen. Während die Stammverwandten der Letten in Preußen in die deutsche Nationalität übergegangen sind, sind die Letten hier, wie die Esthen, die zum finnischen Stamme gehören, starre, himwitternde Trümmer untergegangener Völker geblieben. Die Esthen kennen nicht mehr ihre Geschichte, ihre schönen Sagen aus der Vorzeit sind verklungen, nur wenige Greise erzählen noch von der Zeit, als die Väter und Herren unter den gebliebten Menschen im Lande wandelten; aber das wissen Alle, daß sie, einst die Herren des Landes, von den Deutschen unterdrückt und Jahrhunderte lang in einem Zustande gehalten sind, der allen Menschenrechten Hohn spricht; daher ist ihr Haß der Deutschen ziemlich allgemein. An dieser Stimmung und die klägliche Lage der Nationalen in den Ostseeprovinzen knüpfte Rußland seinen Operationsplan, um in diesen Nationalen durch Hinüberziehen derselben zum Russenthum den Deutschen Feinde am eigenen Heerde erstehen zu lassen, und in Livland ist dieser Plan zum Theil ausgeführt worden. Die Esthen wie die Letten gehörten bis vor wenigen Jahren mit wenigen Ausnahmen zur evangelischen Kirche; durch Versprechung weltlicher Vortheile gelang es, das arme Volk zur Apostasie zu verlocken, und es stellte sich eine Erscheinung dar, wie sie außerdem wohl kaum in der Geschichte aufzuweisen ist. Wo die Fäden des Spinngewebes beginnen, ist noch nicht ausgemittelt. Im J. 1841 ging ein Gerücht im Baltischen Livlande: wer sich anschreiben lasse, werde Eigenthum des „warmen Landes" erhalten. Das ganz baltische Gerücht bewog einen Theil des Landvolks, nach Riga zu strömen, um seine Neigung zum Paradiese kundzugeben. Dieser Anmuth legte sich wieder; es mußte die Heerstraße für den beabsichtigten Kreuzzug erst geebnet und ihr Stand gesetzt werden. Als Generalgouverneur stand an der Spitze der drei Provinzen ein alter, schwacher Mann, der aber doch ein Deutscher war und sich nicht als Werkzeug der griechischen Kirche gebrauchen ließ; er mußte erst beseitigt werden, kam in den Reichsrath in Petersburg, die Versorgungsanstalt für die höchsten, dienstunfähig gewordenen Beamten in Rußland, und an seine Stelle trat ein russischer Generallieutenant, Golowin, der keine Liebe zu den Provinzen hat, und der, während er nicht selten sich vollkommen als ein orthodoxer Satrap geriet, ganz abhängig ist von der russischen Geistlichkeit, zunächst von dem Bischof in Riga. Zu den Vorbereitungshandlungen gehört auch, daß im J. 1844 in der Stille Katechismen und Liturgien der griechischen Kirche ins Esthnische und Lettische überseßt und sodann in einer großen Anzahl von Exemplaren gedruckt wurden. Wenige ahneten damals, daß schon im folgenden Jahre das unglückselige Übertreten der Esthen und Letten zur griechischen Kirche in solcher Ausdehnung vor sich gehen werde. Es sind die Thatsachen dieses Gegenstandes in deutschen Blättern vielfach mitgetheilt; die treueste Schilderung findet sich in Zimmermann's Allgemeiner Kirchenzeitung (Augustheft 1847). Wie wollen daher nur das Neueste mittheilen, worauf hervorgeht, wie die griechische Kirche sich bereits in der bestehende Kirche in den Ostseeprovinzen substituirt glaubt. Schon im J. 1846 kam an sämmtlicher Landesbehörden Livlands die Mahnung, nicht mehr von einer russisch-griechischen, sondern nur von der „orthodoxen Kirche" zu sprechen, auch wurde es dem livländischen evangelisch-protestantischen Provinzialkonsistorium ernstlich verwiesen, daß es in einer Bescheidesschrift über die Machinationen der griechischen Geistlichen für diese den Namen Popen gebraucht habe, ein Name, dessen sich nur das gemeine Volk bediene, der die Würde der orthodoxen Prediger verlehe. Mit dieser Würde vertrug es sich aber sehr wenig, daß aus der Zahl der Nationalen solche Leute schnell und ohne Vorbereitung zu orthodoxen Predigern ungeformt wurden, deren Lebensweise bisher mehr als verdächtig gewesen und bei denen keine Neigung zur Buße und keinerlei kirchliche Richtung bemerkt worden war; mit jener Würde vertrug sich ebenso wenig das ganze Auftreten der griechischen Geistlichkeit, welches selbst von vielen Gliedern der griechischen Kirche als eine Entwürdigung und Besteckung dieser Kirche angesehen wurde. Selbst die gemeinen Russen betrachten diese Neugriechen esthnischen und lettischen Ursprungs nicht als zu sich und ihrer Kirchengemeinschaft gehörig, und unfehlbar wird also bei diesen Konvertirten eine neue Sekte zu den vielen, innerhalb der griechischen Kirche bestehenden hinzukommen, welche Sekten der russische Staat zu fürchten gesetzt Ursache hat. Die Konvertirten sehen ihren Übertritt zur griechischen Kirche nur als ein Mittel an, weltliche Vortheile zu erreichen, und meistens glauben sie nur einen neuen äußeren Ritus übernommen zu haben, ohne Änderung ihrer Religion, und daher geschrieben sie auch fortwährend, wie zuvor, die in ihrer Muttersprache geschriebenen Erbauungsbücher der protestantischen Kirche. Diese Häresie wird von den griechischen Geistlichen nicht beachtet, wo aber ein protestantischer Geistlicher seine Pflicht thut und seine Gemeindeglieder kräftig ermahnt, treu zu bleiben dem Glauben der Väter, da wird er als ein gefährlicher Gegner der orthodoxen Kirche denuncirt und nicht von seiner kompetenten Behörde über ihn geurtheilt, sondern von einer Kommission, die entweder aus Feinden der protestantischen Kirche besteht, oder doch unter dem Einflusse der griechischen Kirche ist. Gegen Beamte in Livland, die das Unwesen der russischen Geistlichen in ihren Bezirken nicht dulden wollen, wird gleichfalls außerordentlicher Weise verfahren. (Schluß folgt.)

## Handels- und Börsennachrichten.

Hamburg, 31. Dec. Von hier enthält die Allg. Zeit. Folgendes: Unsere Börse hat betrübende Neujahrsgeschenke erhalten, indem sie bei den Fallimenten in Stockholm und Frankfurt betheiligt ist. In ersterwannter Stadt hat das Haus Lanjow und Hief seine Zahlungen eingestellt, und die Forderung eines der ersten hiesigen Bankhäuser beträgt 50,000 MB. Bei

Digitized by Google

den drei Firmen, welche in Frankfurt zahlungsunfähig wurden, sind ebenfalls nur erste hiesige und Altonaer Häuser betheiligt; für welche Summen, dürfte man nicht, man spricht bei dem Altonaer von ½Million. Sollte dieses der Fall sein, so schadet es jenem Hause Nichts, da es viele Millionen besitzt.

Bekanntlich waren der in Hamburg abgehaltenen Versammlung der deutschen Eisenbahnverwaltungen von Seite des österreich. Lloyd Vorschläge gemacht worden, um den Transitverkehr über Triest zu heben. Diese Reisebüreaux sollen somit besonders Konduiteure begleiten zu lassen, welche also kann zur freien Fahrt in einem Wagen zweiter Klasse berechtigt sein sollen. 5. Die Eisenbahnverwaltungen bewilligen der Gesellschaft des Lloyd den Transport des Reisegepäcks, nach Maßgabe des Art. 4 zur Taxe, und ihrer Depresche und Packer. 6. Es vereinigen sich alle Eisenbahnen zu 7 Silbergroschen pr. deutsche Meile bis zum Betrage von 300 Pfr. oder den Zeitgenuß für jeden Reisenden, es sei, daß sich das Gepäck in Begleitung desselben befinde oder nicht. — Die betreffenden Verwaltungen verstehen sich zu dieser Bewilligung jedoch nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Gesellschaft des Lloyds auf alle und jede freie Beschädigungsvorfälle verzichte, und daß für alle Gepäckquantitäten, welche in gewisser, 3 monatlicher Periode die Durchschnittsmaximalbewilligung von 300 Pfd. pr. Reisenden überschreiten, eine Nachzahlung der gewöhnlichen Eisenbahntaxen für das Mehrgewicht durch die Lloydgesellschaft erfolge. Beschluß folgt.

Frankfurt, 9. Jan. Oesterr. Met. 103½ P. — 2½% 51⅞. Bankaktien pro ult. 1938 G. — 500 fl. Loose von 1834 156½ 250 fl. Loose von 1839 — G., Preußen. Köln-Minden 92¾ P. 92½ G. — Baiern. Ludwigs-Berbach 86⅞ P. 86¼ G. Württemberg. 3½% Oblig. 86¼ G. — Geldsorten: Neue Louisd'or 11 fl. 6 kr. — Fr'or 9 fl. 47 kr. — ditto Preuß. 9 fl. 54 kr. — Holl. 10 fl. Stücke 9 fl. 58 kr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 31 kr. Engl. Souvereigns 12 fl. — kr. — Landthaler ganze 2 fl. 43¼ — Preußische Thaler 1 fl. 44½ kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[23]⁴

# Caisse Paternelle.

## Uebersicht
## der Einzahlungen und Unterzeichnungen
im Monat Oktober 1847.

### Fonds der Vereine.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Die Vereine der Caisse Paternelle besaßen am 30 Sept. 1847: | | | |
| 764,359 Fr. in 3% Renten, angekauft für . . . . . | 18,939,485 Fr. | 77 C. | |
| Zuläufe im Oktober 1847: | | | |
| 4,977 „ in 5% Renten, angekauft für . . . . . | 114,422 „ | 45 „ | |
| 769,336 | Zusammen am 31 Oktober | 19,053,908 „ | 22 „ |
| 1,710 | Liquidirte Vereine | 41,774 „ | 68 „ |
| 791,046 Fr. | Totalsummen | 19,095,682 Fr. | 90 C. |

Der monatliche Kassenbestand der Vereine wird ermittelt durch das Protokoll der Verbindungen des Aufsichtsrathes und nach dem Kassenbuch, welches von dem königl. Kommissär geprüft und gehörig beglaubigt wird.

### Auszug aus dem Protokoll der Verhandlungen.

Sitzung vom 10. November 1847.

Man schreitet zur Verifikation der Rentenurkunden Nr. 7484 bis 7575, welche den Gesammtbetrag der Zuläufe im Monat Okt. bilden; der Betrag der angekauften Renten ist 4,977 Franken, angekauft für 114,422 Fr. 45 C.; der Etat wird mit der Unterschrift des Präsidenten und des Sekretärs versehen und dem gegenwärtigen Protokoll beigeheftet.

Der Sekretär, **A. Cornut.** Der Präsident, **Eugen Decamps.**

### Unterzeichnungen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Die Caisse Paternelle hat im Laufe des Monats Oktober empfangen: | | | |
| 494 | Unterzeichnungen im Betrage von . . . . . | 780,936 fl. 48 C. | |
| Früher 52,082 | „ „ „ „ . . . . | 68,045,799 | 65 |
| 52,576 | Zusammen am 31. Okt. | 68,826,736 | 13 |
| 78 | Liquidirte Vereine | 67,062 | 93 |
| 52,654 | Totalsummen | **68,893,799 fl.** | **06 C.** |

Für die Uebereinstimmung mit den Büchern:
Der Direktor der Caisse Paternelle,
**L. Merger.**

[24]³ In der Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

## Nachgelassene Schriften
von
## Ludwig Börne.

Herausgegeben von den Erben des literarischen Nachlasses.

Dritter und vierter Band.

Zusammen 46 Bogen, Preis 2 Thlr. 15 Ngr. oder fl. 4. rhein. = fl. 3. 20 fr. Conv.M.

Diese beiden Bände enthalten: 1. Briefe aus den Jahren 1824 bis 1829; 2. verschiedene Aufsätze. Briefe und Aufsätze von Börne dem gebildeten deutschen Publikum zu empfehlen, wäre überflüssig. Es geben die Entwicklung des innern und äußern Lebens an einem Lieblingscharakter der Nation in der hohen Vollkommenheit der Darstellung, welcher jede Form gerecht und die höchste Kunst das spurlose Mittel ist, die edelsten Gefühle und Gedanken für die edelsten Zwecke der Menschheit und des Staatsverbandes zu begeistern. —

Dieser dritte und vierte Band schließen sich den beiden ersten Bänden des Nachlasses von L. Börne an, welche die Jahre 1819 bis 1823 umfassen und in demselben Verlage zu dem nämlichen Preise erschienen sind.

[25]³ Bei Fr. Bassermann in Mannheim ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

## Die Entstehungsgeschichte des Jesuitenordens nebst einem Schlußwort über die Neuen Jesuiten
nach den Quellen dargestellt von
## Dr. Friedrich Kortüm,
Professor der Geschichte an der Universität zu Heidelberg.

Preis 18 Sgr. 1 fl. rhein.

Ein Beitrag zur gründlichen Beurtheilung der neuesten Zeitereignisse!

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Owen a. Comp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man 6d-en G. A. Brockhaus'sche Verlagshandlung 29 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Deutsche Zeitung wird hierher besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 24 kr. Für Ausländer wird der Betrag einer transatlantischen Postgebühr von 7 kr. (2 Sgr.) hinzugerechnet.

№ 12. Heidelberg, Mittwoch 12. Januar 1848.

## Uebersicht.

**Schleswig-Holstein.** — **Berlin** (der neue ständische Gesandte. Die Berliner gemeinnützige Baugesellschaft). **Magdeburg** (Verderbung des Konfektionen an die deutsche reformirte Kirche). **Köln** (Campshausen). **Königsberg** (Jury und Censur). **Aus Württemberg** (die württembergisch-deutsche Eisenbahnangelegenheit). **Hildesheim** (Oeffentlichkeit der Magistrats- und Stadtverordnetensitzungen vom König nicht genehmigt). **Donauwörth** (Bürgermeister Stiwer). **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen). **Mannheim** (Ehrenbürgerschaft). **Heidelberg** (Ehrenbürgerschaft). **Darmstadt** (die Kammer). **Gießen** (politische Willkürmaßregeln). **Frankfurt** (Berathungen der gesetzgebenden Versammlung).

**Schweiz. Zürich.** Die Aufgabe der schweizerischen Presse.

**Großbritannien.** Die Hinneigungen der katholischen Geistlichkeit Irlands. Abermals ein Wiener Brief der Times.

**Frankreich.** Diplomatische Aktenstücke in Bezug auf die Schweiz und Italien. Der Petitsche Handel. Mißgriffen beim preußischen Gesandten Baron Arnim-Boitzenburg an den Herzog von Aumale. — **Spanien. Madrid.** Antrag auf Ermächtigung zur Forterhebung der Steuern. Anklage gegen das Ministerium Salamanca. Die Amortisationskasse betreffend. **Santa Anna.** — **Italien.** Die „Rivista" über die Intervention der Oesterreicher. Besorgnisse und Rathschläge. Die Schweizertruppen in Neapel. **Mailand.** Die Vorgänge vom 2. Januar. **Livorno.** Aufregung über den Einmarsch der Oesterreicher in Modena. Lager bei Abetone. Nachricht aus Neapel. **Modena.** Angebliche Stärke der österreichischen Streitkräfte in Modena und Parma. Stimmung. Der Herzog von Parma.

Deutschthum und Russenthum in den Ostseeprovinzen Rußlands. (Schl.)

**Handel.** Vereinbarung der deutschen Eisenbahnverwaltungen betr. die Beförderung der ostindischen Ueberlandpost über Triest. (Schluß). Belgien. Vertrag hierüber mit dem österreichischen Lloyd.

**Datum der Börsen:** Frankfurt 10., Berlin 7., Wien 5., Amsterdam 7., Paris 7., Jan. Madrid 31., Dec.

### Heidelberg, 12. Januar.

Wieder ist ein Jahr verflossen, ohne daß in den Verhältnissen der Nordalbingischen Lande eine wesentliche Umwandlung eingetreten wäre. Seitdem die Regierung sich an die Spitze des dänischen Volks gestellt hat, un den deutschen Herzogthümern als Theilen eines dänischen Gesammtstaats den letzten Rest von Selbständigkeit zu rauben, ist keine Aenderung in dem System bemerkbar geworden. Zwar sind die politischen Bestrebungen des Gouvernements bisher gescheitert an dem gesetzlichen Widerstand des Volks, von dessen Seite die Neuunsstände-Versammlung und die darauf folgenden beiden Ständeversammlungen Zeugniß abgelegt haben; ebenso dürfte es nach allen Nachrichten, welche darüber in das größere Publikum gekommen, unbestreitbar sein, daß die deutschen Regierungen, und besonders die beiden deutschen Großmächte, in Uebereinstimmung mit der deutschen Nation die schleswig holsteinische Frage als eine deutsche hingestellt, das Recht der Herzogthümer anerkannt und deutlich genug die Ansicht ausgesprochen haben, daß die andern Großmächte nicht berufen wären, auf diese Verhältnisse einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Das hindert aber die dänische Regierung nicht, mit harter Konsequenz auf der betretenen Bahn fortzuschreiten, die Verwaltung des Landes zu handhaben, als wären die schleswigschen Provinzen und das holsteinische Nesselblatt nur noch herzdänische Antiquitäten. In den Sprachverhältnissen, in dem Unterrichtswesen, in Münz- und Eisenbahnsachen wird ausschließlich im vermeintlich dänischen Interesse regirt, das Wohl der Herzogthümer in unglaublicher Weise zurückgesetzt; die unabhängige Presse des Landes ist vernichtet, die Kieler Universität wird verödet, Volksversammlungen sind verboten, gesungen darf nicht mehr werden, politische Anklagen mehren sich noch immer. So hat die Regierung es dahin gebracht, daß es nach dem Schluß der schleswigschen Ständeversammlung in diesem Jahre still im Lande geworden ist; man hört fast nur die laute Thätigkeit der Polizei, welche emsig beschäftigt ist, den öffentlichen Geist des Volkes einzusargen, über den deutschen Theil der cimbrischen Halbinsel ein großes Leichentuch zu breiten.

Und welche Früchte erntet das Gouvernement von diesem Versuch, nach russischem Vorbilde ein deutsches Land zu danisiren? Die Regierung wird ertragen als eine Fremdherrschaft mit allen unglücklichen Folgen eines solchen Verhältnisses; von einem Vertrauen ist begreiflich nicht mehr die Rede; man leistet den Staatsbürgerlichen Gehorsam, weil dies Pflicht ist, die Stimmung wird immer bitterer, die ohnehin nur schwache Kraft der dänischen Monarchie ist völlig gelähmt. Die Schergen der Regierung werden lagen, daß Alles wohl stehe, weil nirgends der Aufruhr sein Haupt erheben habe, weil die Abgaben noch bezahlt würden; die Schleswig Holsteiner müssen es sich gefallen lassen, daß man ihre Achtung vor dem Gesetz, ihren Sinn für bürgerliche Ordnung in dieser Weise ausbeute, um über den wirklichen Stand der Dinge zu täuschen. Dem unbefangenen Beobachter kann es aber nicht entgehn, daß es nie schlimmer für die Intentionen der Regierung gestanden habe als gerade jetzt. Als im Sommer 1846 die dänische Regierung offen mit ihren Bestrebungen hervortrat, konnte es allerdings eine Zeit lang zweifelhaft scheinen, ob die Ruhe des Landes werde erhalten werden; daß dies der Fall war, ist allerdings zunächst dem ruhigen Temperament, der Besonnenheit des gebildeten und wohlhabenden Volks zuzuschreiben, vermehrt aber der bald gewonnenen Ueberzeugung, daß ganz Deutschland für das Recht der Herzogthümer gegen die, wie man meinte, durch Rußland und Frankreich unterstützte Richtung des Gouvernements einstehen werde; der Bundesbeschluß vom 17. Septbr. v. J, sowenig er auch alle Hoffnungen befriedigte, bestärkte die Herzogthümer in dieser Ueberzeugung. Nun drohte die Gefahr, welche nach traurigen Erfahrungen, die in Deutschland gemacht sind, dem ferne Stehenden groß erscheinen mußte, daß durch den bayarrichen Polizeibruch die Spannkraft des Volks erlahmen, der gesunde Geist befallen von Faulniß ergriffen werden möge. Dies ist bisher nicht der Fall gewesen, die Bevölkerung der Herzogthümer ist nicht gewichen von dem Standpunkt des gesetzlichen Widerstandes, den sie der Regierung gegenüber eingenommen hat; die Ueberläufer, die Denunciaten, die Apostel des Gesammtstaats, sofern sie sich bemerkbar gemacht haben, lassen sich an den Fingern herzählen, und selbst in den Dänisch redenden Distrikten haben die dänischen Propagandisten im Verein mit der Regierung, mit dem gangen Heer der dänischen Prediger und Schullehrer, der von der Regierung und aus der dänischen Kriegskasse subventionirten öffentlichen Blätter verhältnißmäßig nur geringe Erfolge erkämpft. Alle Stände und Klassen des Volks halten einmüthig zusammen, man ist eifrig bemüht, Zwiespalt zu vermeiden, welcher unter andern Umständen bei der Verschiedenheit der Ueberzeugungen und Interessen in manchen politischen und sozialen Fragen nicht ausbleiben, welcher im jetzigen Augenblick aber für das Land verderblich werden würde, und deßhalb von der dänischen Regierung sehnlich herbeigewünscht und im Stillen gefördert, von den dänischen Publicisten aber offen gepredigt wird. Es ist namentlich unwahr, daß die schleswig-holsteinische Ritterschaft zu der Besürchtung Veranlassung gebe, daß sie aus Sehnsucht nach den Ehren und Freuden des Hofs, in dem Streben, für die nachgeborenen Söhne einträgliche Aemter zu gewinnen, sich von der Landesfache abgewandt und in separate Unterhandlungen mit der Regierung sich eingelassen habe; eine solche Treulosigkeit kann man dem Adel nach dessen bisherigem ehrenhaften Verhalten mit Grund nicht zutrauen, es reden dafür keine Thatsachen, und eine viel besprochene Zollfestigkeit eines einzelnen Mitgliedes der Ritterschaft läßt eine solche Auslegung nicht zu. Außerdem genießt der anerkannte Führer des Adels, der Graf Reventlow zu Preetz, eine so ungetheilte Hochachtung, daß, solange er in seiner Stellung verbleibt, es als unbedingt angenommen werden muß, daß die Ritterschaft im unheilvollen Streben, ihre vermeintlichen Sonderinteressen zu fördern, einen Verrath an den Rechten und Interessen des Landes begehen könne. Und wer wollte dem Adel eine solche Treulosigkeit zutrauen? Die Stärke des Landes besteht darin, daß die nachhaltige Kraft bei der Demokratie, den Bürgern und Bauern ist, daß dort andere Zustände sind, als in den russischen Ostseeprovinzen, in denen die deutschen Herrengeschlechter neben der Ge-

Digitized by Google

lotenbevölkerung des platten Landes und wenige Städte auch schon verbreiteten und garantirten Rechten sich schon eine Beute der dänischen Gewalt des Eroberungsrechts geworden sind. Möge der Tod sich vom Lande trennen, so würde ein unvertilgbarer Haß des Volks sich gegen die Kriegsherren wenden, und letztere weiß sehr wohl, daß der Kampf für die schleswig-holsteinische Selbstständigkeit dadurch allerdings erschwert, verlängert werden könnte, daß aber am Ende der Sieg sich gegen Fremde und eingeborenen Adel neigen werde.

**Preußen.** Berlin, 5. Jan. Der Schles. Zeit. wird geschrieben: Die vor einigen Tagen erfolgte Herkunft des Grafen von Platen aus Kopenhagen als dänischer Gesandte am preuß. Hofe, wo seit dem Abgange des Grafen v. Reventlow Dänemark nicht mehr perpetuell vertreten wurde, erachtet man hier für politisch wichtig. Man glaubt nämlich, daß die dänische Regierung sich nun mit den deutschen Fürsten und somit auch mit der deutschen Bundesversammlung zu Frankfurt a. M. in Beziehung auf Schleswig-Holstein gänzlich verständigt habe. (Daß dies von einer Seite gewünscht wird, glauben wir gerne, daß aber die dänischen Wünsche ihrer Erfüllung so nahe sein sollen, das bezweifeln wir so lange, als es nicht in bestimmtester Weise officiell versichert wird.)

○ Berlin, 6. Jan. Die Bevölkerung Berlin's hat in den letzten Jahren durch die Niederlassung von Außen einen jährlichen Zuwachs von etwa 15,000 Menschen erhalten. Dieser ganz übermäßige Verhältniß wird dadurch noch bedenklicher, daß der größte Theil der Zuziehenden aus unbemittelten Gewerbsleuten und Handwerkern besteht, die, oft schon auf der letzten Schwelle der Verarmung stehend, der ersten Konjunktur zum Opfer fallen und dann das hiesige, bereits sehr zahlreiche Proletariat auf eine gefährliche Weise vergrößern. Die Stadtverordnetenversammlung berieth vor Kurzem über Repressivmaßregeln, welche die schon in mancher Hinsicht beschränkte Freizügigkeit nach der Residenz noch mehr zu beeinträchtigen drohen; von einer tiefen Einsicht in die Natur dieses Uebels und die zu seiner Abhilfe geeigneten Mittel wird ein Bericht geleitet, den kürzlich der Landbaumeister Hoffmann (Leiter der Bauten am neuen Museum) unter dem Namen „Berliner gemeinnützige Baugesellschaft" hierselbst gegründet hat. Die Aufgabe dieser Gesellschaft ist, den Uebeln abzuhelfen, welche den unbemittelten Klassen aus dem Mangel gesunder und geräumiger Wohnungen erwachsen, und gleichzeitig ihnen auch noch eine dritte Aussicht auf einen durch Fleiß und Sparsamkeit zu erzielenden Besitz zu gewähren. Von dem durch Aktienbeiträge (die Aktie à 100 Thlr.) zusammengebrachten Kapital werden in den lebhaftesten Gegenden der Stadt kleine Häuser mit gesunden, geräumigen und bequemen Wohnungen für Gegenstände kleine Leute gebaut und an diese zu mäßigen Preisen vermiethet. Der Ertrag jedes Hauses wird nach Abzug der Verwaltungskosten zu 6 pCt. berechnet. $^2/_3$ davon, also 4 pCt. erhalten die Aktionäre, das letzte Drittel wird zur Amortisation von Aktien zu Gunsten der Miether verwendet, dergestalt, daß das Anlagekapital jedes Hauses nach und nach durch Amortisation zurückbezahlt wird, und letzteres, soweit es betrifft ist, der Miethsgenossenschaft, welche es bewohnt, als gemeinschaftliches intellectuelles Eigenthum zufällt. Nach Verlauf von 30 Jahren wird dieses Eigenthum ein freies. Aber auch innerhalb dieser Zeit können die intellectuellen Antheile der einzelnen Miether realisirt werden. Dies geschieht durch den Reservefonds der Gesellschaft, welcher aus den jährlichen Beiträgen solcher Mitglieder gebildet wird, die sich bei dem Unternehmen nicht als Aktionäre betheiligen. Dieser Fonds findet die ausscheidenden Miether nach einer bestimmten, auf die Dauer ihrer Miethzeit basirten Taxe ab und tritt an ihre Stelle. In jedem Falle erwerben die kleinen Leute ein für ihre Verhältnisse nicht unbeträchtliches Eigenthum. Die Aussicht darauf flößt ihnen Sinn für Häuslichkeit, Ordnung und Fleiß, welcher noch lebhaft unterstützt wird durch die Behaglichkeit des eigenen Herdes und den sichtlich von Jahr zu Jahr wachsenden Ertrag. Vorbereitet wurde die Gründung dieses Vereins durch eine im Februar 1847 erschienene Broschüre von Landbaumeister Hoffmann, betitelt, „die Aufgabe einer Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft", welcher im April desselben Jahres eine andere Broschüre „Plan und Ausführung zur Bildung einer gemeinnützigen Baugesellschaft in Berlin" vom Geheimerath Schröer folgte. Sie arbeitete sich der Plan endlich bis zu den vom Kammergerichtsassessor Dr. Gäbler abgefaßten Statuten hindurch, wo er in voller Entwickelung und in der Fruchtbarkeit erscheint, die ihn wohrscheinlich noch mancherlei heilsame und der friedlichen Entwicklung unserer gesellschaftlichen Zustände förderliche Pläne und Erscheinungen entspringen lassen wird.

Aus der Allgemeinen Zeitung für Christenthum und Kirche aus Magdeburg geschrieben wird, hat das Konsistorium auch an die deutschreformirte Kirche die Forderung gestellt, daß bei ihr bei Taufen und Konfirmationen das Apostolikum gebraucht werde. Das Presbyterium habe diese Forderung zurückgewiesen.

**Köln**, 8. Jan. In mehreren Blättern begegnen wir Korrespondenzen aus Berlin, die von einem Aufstehen reden, welches der Entschluß des Abgeordneten von Köln, am Donnerstag der Versammlung des Vereinigten Ausschusses nicht beizuwohnen, dort allgemein erregt. Diese ganze Unterstellung, daß der Abgeordnete von Köln an den Berathungen des Vereinigten Ausschusses nicht Theil nehmen werde, beruht sicherem Vernehmen nach nur auf einem Mißverständnisse. Derselbe wohnte den vorbereitenden Berathungen, zu welchen er auch berufen war, nicht bei, wird sich aber nun in nächsten Tagen nach Berlin begeben. (Köln. Z.)

**Königsberg**, 3. Jan. Die freie Gemeinde steht nunmehr einer Katastrophe entgegen: Rupp ist wegen Austheilung des Abendmahls zu 100 Rthlr. Geldstrafe verurtheilt, und wird, da wahrscheinlich die Exekution fruchtlos bleiben wird, ins Gefängniß wandern müssen. Dasselbe Schicksal wird den Prediger Ender treffen, der seinem Urtheile wegen unbefugter Taufhandlungen entgegen sieht; Herr Ender hat dennoch gestern eine neue Taufe vollzogen. (Brem. Z.)

** **Aus Würtemberg.** Die neuesten Kundgebungen der badischen Presse über die Verständigung der beiden Nachbarländer in Eisenbahnsachen haben bei uns viel Freude gemacht. Dürfen wir hoffen, nach dem Schlusse des jetzigen badischen Landtags die früheren von 1845 und 46 vergessen zu können? Was man bei uns in der Sache thun kann, das ist: wiederholen, was 1845 hätte geschehen sollen, d. h. Würtemberg beschließe unter allen Umständen den Bau! Wäre dieser Beschluß gefaßt worden, so stünde jetzt eine Eisenbahn gebaut da bis an die Grenze bei Bretten. Und dann, Angesichts dieser Thatsache, würde Baden nicht die nahe Hand zum Anschluß unbedenklich reichen? Würde nicht die öffentliche Meinung unwiderstehlich drängen, das Aergerniß vor Deutschland und Europa zu vermeiden und die Lücke auszufüllen? Wir wollen indeß hoffen, daß ein solcher einseitiger Bau nicht nöthig sei. Sie verfichern uns ja freundnachbarlicher Gesinnungen, Sie theilen mit, daß Staatsrath Nebenius, der Mann, dem in Eisenbahnsachen ein Urtheil zukommt, erklärt habe, es müsse auf diesem Landtag Etwas für die badische Ostbahn geschehen. Wohlan! So wird es an der Zeit sein, zu fragen, daß Baden das Mittel in der Hand hat, selbst auf seiner so sehr gewünschten Pforzheimer Bahn bestehen zu dürfen. Man kehre zurück zu den altbergebrachten Verkehrswegen. Für den westöstlichen Verkehr ist dies die Pforzheimer Straße; für den nordsüdlichen (Ostende-Triest) aber war es in alter Zeiten die Heidelberg-Heilbronner Straße, mit welcher seit Eröffnung der badischen Eisenbahn erst die Brucksaler Straße konkurrirt. Man will beide Straßen, die nördliche und westöstliche, in eine Eisenstraße zusammendrängen. Wir, deren unendlich wichtiger Verkehr der vom Rhein ist ($^9/_{10}$ der Waarenzüge vom Unter-$^1/_{10}$ vom Oberrhein) können diesen Verkehr zwar auf die Bretterer Straße verweisen lassen, auf die Pforzheimer aber nicht. Lasse man das Justemilieu fallen, wie es 1845 die ständische Eisenbahnkommission unserer Kammer wollte, und Baden würde die Pforzheimer, Würtemberg die Heilbronn-Wieslocher Linie, Deutschland aber zwei Glieder der Weltlinien: Paris-Wien und Ostende-Triest erhalten. Wir kommen darauf zurück.

**Hannover.** Hildesheim, 6. Jan. Der von dem hiesigen wohllöblichen Gesammtmagistrate und Bürgervorsteherkollegium einstimmig gefaßte Beschluß, „ihre Sitzungen öffentlich zu halten und zu ihren Verhandlungen Zuhörer zuzulassen", ist zuverlässiger Mittheilung zufolge, von dem Könige nicht genehmigt worden. (Hild. Z.)

Aus Osnabrück, im Jan. Rücksichtlich des Eintritts des Bürgermeisters Stüve in die bevorstehende Ständeversammlung, wird der Brem. Z. mitgetheilt, daß demselben in diesen Tagen vom kgl. Kabinet eröffnet worden ist, daß, da derselbe die Anzeige von der auf ihn gefallenen Wahl nicht in der — im Jahre 1841 von der Regierung — vorgeschriebenen Form gemacht habe, das königl. Kabinet diese Anzeige als nicht vorhanden betrachte. Ob nun der zum Substituten erwählte Dr. Droppe als Abgeordneter unserer Stadt nach Hannover gehen, oder ob etwa derselbe resigniren und in einer neuen Wahl Stüve wieder gewählt werden, oder was sonst geschehen wird, muß die Zeit lehren.

Digitized by Google

**Baden.** * **Karlsruhe**, 10. Jan. Die erste Sitzung nach den Landtagsferien brachte verschiedene neue Gesetzentwürfe: das in der Thronrede angekündigte Wiesenkulturgesetz, einen Entwurf über die Pensionirung der Staatsdiener, welcher dem längst dringend gewünschten Wunsche auf Minderung des Pensionsaufwandes entsprechen soll, ein Gesetz zur Verbesserung der Gewerbsfreiheit und zuletzt ein Gesetzentwurf über Einführung der Kapitalsteuer. Schon auf dem vorigen Landtage war die Ansicht ausgesprochen worden, daß die Stände bald nicht mehr nöthig haben würden, die Besteuerung des bisher freien Einkommens aus Zinsen zu verlangen, indem die Umstände dahin führen würden, diesen Wunsch bald zu erfüllen. Doch wurde von Seite des Finanzministeriums erklärt, daß die Kapitalsteuer nicht die Erhöhung der Staatseinnahmen bezwecke, sondern daß, wenn dieselbe angenommen werde, andere Abgaben gemindert werden sollen. In diesem Sinne wird wohl auch die Kammer die Frage auffassen, und es wird sich dann nur darum handeln, ob nicht zuerst die Erleichterungen und dann die Deckung derselben durch die Kapitalsteuer zu berathen seien. Denn wird die Kapitalsteuer angenommen, ohne daß man sich früher über die Erleichterung ungerechter und drückender Lasten verständigte, so wäre der Hauptzweck offenbar verfehlt. — Nach der Tagesordnung begründete der Abgeordnete Bissing seine Motion auf eine Adresse, mit der Bitte um Vorlage eines Gesetzentwurfs, wodurch §. 42 der Gemeindeordnung aufgehoben und in den Gemeinden eine besondere Behörde zur Führung der Grund- und Unterpfandbücher aufgestellt werde. Der reif durchdachte Vortrag äußerte sich über die Mängel der bestehenden Einrichtung, indem die Gemeinderäthe, welche gegenwärtig zugleich Pfandgerichte sind, durch vielerlei Geschäfte in Anspruch genommen, dem für den öffentlichen Kredit so wichtigen Unterpfandswesen nicht die nöthige Sorgfalt widmen können; er begründete sodann den Vorschlag, besondere Pfandgerichte zu bestellen, auf deren Wahl und Zusammensetzung er sich näher einließ, und widerlegte am Schlusse einige Einwendungen, welche schon 1831 gegen die damalige Ansicht der zweiten Kammer erhoben worden waren. Sowohl von Seite der Regierungskommission (Justizminister-Präsident Tezner) als der Abgg. wurde der Gegenstand der Motion als sehr wichtig und einer Berathung würdig anerkannt. Gegen einzelne Vorschläge wurden jedoch Bedenken erhoben, die bei der einstimmig beschlossenen Berathung der Motion aufsbrechlicher zur Sprache kommen werden. Mehrere Abgeordnete, welche Bürgermeister sind oder waren, wie Reichenbach, Staud, Meier, Blankenhorn und Helbing, sprachen für die Berathung, indem eine Verbesserung des Unterpfandswesens jedenfalls nöthig sei. Junghanns bemerkte, daß die Regierung sich bereits mit einer Revision beschäftige; Perer glaubte, daß eine bessere Pfandbuchsinstruktion und die gesetzliche Einführung geordneter und vollständige Lager- oder Flurbücher der Aufstellung besonderer Behörden vorausgehen müßten. Brentano machte darauf aufmerksam, daß die Führung der Pfandbücher Rechtskenntnisse erfordere, und hierauf mehr als auf Vermögen der Pfandrichter gesehen werden solle, worauf Cheist Anlaß nahm, seine Ansicht anzuführen, daß kollegialische Pfandgerichte unpraktisch seien, und dahee für das Unterpfandswesen ein Rechtskundiger von der Gemeinde gewählt werden sollte, welcher verantwortlich, aber auch gut besoldet sein soll. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Begründung der Motion des Abg. Stösser auf Einführung von Schwurgerichten der nächsten Sitzung (Mittwoch, 12.) vorbehalten, wo auch der Abg. Cheist seinen Antrag auf Verschreibung für Landesangelegenheiten begründen wird. Die Sünde der Abgeordneten waren heute spärlich besetzt, und sollten sich etwas stärker erst nach Ankunft der Bahnzüge. Dagegen waren die Galerien sehr besucht; das Publikum schien eine Vorlage wegen Unterstützung der Fabriken, welche durch den Fall des Bankhauses v. Haber gefährdet sind, zu erwarten. Es kam aber keine Vorlage hierüber; man schrint damit noch nicht im Reinen zu sein.

**Mannheim**, 9. Jan. Die Besserlubskription ist hier geschlossen; H. v. Isstein zeigt im Namen des Komitées an, daß dieselbe 777 fl. 55 kr. betragen hat und diese Summe sofort nach Schleswig-Holstein an die geeignete Stelle abgehen wird.

* **Heidelberg**, 10. Jan. Die Unterzeichnung für den Besserfonds ist hier beendigt und die Listen liegen im Lokale der Redaktion der D. Z. zur Einsicht bereit. Wir haben bei diesem Anlasse die erfreuliche Erfahrung gemacht, daß auch in den gelehrten Kreisen Deutschlands jene oft geräzte Gleichgiltigkeit gegen große vaterländische Interessen geschwunden ist, und daß, wo es der nationalen Sache gilt, die gewöhnlichen Parteiunterschiede einem gemeinsamen Meeteifer für thatkräftige Unterstützung weichen. Es sind folgende Beiträge gezeichnet und von der Redaktion der D. Z. gesammelt worden:

| | | |
|---|---|---|
| Von Stuttgarter Hedelbergs | 1213 fl. | 39 kr. |
| Aus Weinheim (durch Hrn. Bender) | 29 „ | 24 „ |
| H. Stadtarzt Dr. Griesseisch in Karlsruhe | 7 „ | — „ |
| H. Knippenberg in Mannheim | 10 „ | — „ |
| Aus Gittingen (durch Hrn. G. Buhl) | 95 „ | 52 „ |
| H. Schunck in Mandesser *) | 50 „ | — „ |
| Aus Usingen in Nassau | 23 „ | — „ |
| | 1428 fl. | 55 kr. |

Für die Listen des Einsammelns zingen 14 fl. ab, es bliet also die Summe von 1414 fl. 55 kr., welche heute dem Bankierhaus Gebr. Zimmern übergeben wurde, um in Wechseln an die Adresse befördert zu werden, die uns aus Schleswig angegeben werden soll.

**Kurhessen.** Hersfeld, 5 Jan. Das Frankf. Journal meldet wieder einen auffallenden Akt politzrlicher Willkür in Kurhessen, eine Ausweisung, wie sie freilich in jüngster Zeit mehrmals verfügt wurden. Der Schreiber des Advokaten Victor, in einem benachbarten Dorfe heimathberechtigt und seit 14 Jahren in Hersfeld wohnhaft, ist — ausgewiesen und ihm die Abschrift des amtlichen Beschlusses verweigert worden!

**Hessen.** * **Darmstadt**, 8. Jan. Unsere Kammern werden nächstens wieder zusammentreten. Beide werden im Anfang einige ganz neue Fragen, besonders über die Legitimation einzelner Mitglieder zu entscheiden haben; wir wollen die vorzüglichsten hier zusammenstellen. 1) Die Verfassungsurkunde sagt §. 67: „Ohne Zustimmung der Stände kann keine Auflage ausgeschrieben werden". §. 69: „Die Auflagen dürfen nach Ablauf der Bewilligungszeit noch 6 Monate forterhoben werden, wenn die Ständeversammlung aufgelöst wird, oder wenn die ständischen Berathungen sich verzögern". Von Seite unserer Staatsregierung ist es eine sehr unlöbliche Sitte, die Kammern erst kurz vor dem Ablauf der Steuerbewilligungszeit wieder zusammentreten zu lassen; darum gewöhnlich im November oder December; aber wegen jenes §. 69 doch jedes Mal so frühe, daß man den Ständen die provisorische Steuerbewilligung anfinnen konnte. Dies Mal waren sie auch auf die Mitte Decembers einberufen, und man hätte ihnen das erwähnte Ansinnen auch noch vorbringen können. Zum ersten Male aber in der Verfassungszeit hat die Regierung, gestützt auf die obigen Schlußworte des §. 69, die Steuern auf sechs Monate während der Anwesenheit der Stände, ohne diese darum zu begrüßen, ausgeschrieben. Man wundert sich allgemein darüber und fragt nach dem Grunde: Kann eine Staatsregierung sagen, die ständischen Berathungen über einen Steuerrauschlag verzögeren sich, wenn sie den Kammern Nichts darüber vorgeschlagen hat? Kann ständischen Berathungen eine Schuld der Verzögerung beigemessen werden, wenn die Stände zu ihrem Zusammentritt eine landesherrliche Einberufung abwarten müssen? Warum ohne Noth sogleich einen Zankapfel hinwerfen? — 2) Die Verfassungsurkunde sagt im §. 52: „Die erste Kammer wird gebildet — — aus denjenigen ausgezeichneten Staatsbürgern, welche der Großherzog auf Lebenszeit dazu berufen wird. Diese Ernennungen sollen nicht über die Zahl von 10 Mitgliedern ausgedehnt werden". Hiernach sollte man denken, wer hiernach in die erste Kammer auf Lebenszeit berufen werde und eintrete, sei eben auf Lebenszeit berufen und könne mithin nicht beliebig seine lebenslängliche Berufung niederlegen. Auch war bisher eine solche Niederlegung nicht vorgekommen; im Gegentheil war Baron Mappes zu Mainz Mitglied der Kammer geblieben, obwohl Alter und Krankheit ihn viele Jahre lang hinderten zu erscheinen. Dies Mal zum ersten Mal haben drei Mitglieder kurz vor dem Zusammentritt der Kammern diese ihre Stelle niedergelegt, und die Staatsregierung hat ohne Weiteres Andere ernannt. Es fragt sich also, kann ein solchergestalt auf Lebenszeit Berufener seine Stelle in erster Kammer niederlegen? kann er es mit Zustimmung der Regierung? sollte er es können ohne Zustimmung der Kammer? Die Sache ist um so auffallender bei uns, da im Großherzogthum den Mitgliedern zweiter Kammer ein solches Recht durchaus nicht zusteht. 3) Zum ersten Mal seit Einsthung der Verfassung ist dies Mal ein Frhr. v. Riedesel in die zweite Kammer gewählt worden, und zwar von dem angesessenen Adel. Bei den alten hessischen Landständen zur Zeit der deutschen Reichsverfassung war das Haupt der Familie v. Riedesel als Erbmarschall Vorsitzender auf den kasselschen und darmstädtischen Landtagen. Zu Ehren dieser alten Einrichtung hat auch unserer Verfassungsurkunde §. 52 der Senior der Familie der Frhrn. v. Riedesel Sitz in der ersten Kammer mit dem Rechte, gleich den Standesherren in Verhinderungsfällen sich durch einen Agnaten, (zuerst durch den nächsten, wenn auch dieser verhindert, durch den folgenden u. s. w.)

*) Nicht Benache in London wie in Nr. 167 der D. Z. irrig angegeben war.

Digitized by Google

vertreten zu lassen. Es möchte unzweifelhaft sein, daß nach der Absicht der Verfassungsurkunde auf diese Weise die Familie v. Riedesel stets in der ersten Kammer repräsentirt sein sollte, und daß darum bisher eine solche Wahl zur zweiten Kammer niemals erfolgte, obgleich die Anzahl der in dieser Kammer von dem Adel zu Wählenden äußerst gering ist. Man ist dahin begierig, wie es mit der erwähnten Wahl jetzt gehalten werden wird. Es ist wahr, keine Stelle der Verfassungsurkunde spricht mit klaren und dürren Worten gegen die Giltigkeit dieser Wahl. Aber ein in die zweite Kammer eingetretenes Mitglied dieser Familie kann, wenn der Familienseniur durch Minderjährigkeit oder Kuratel abgehalten wird, nach §. 61 der Verfassungsurkunde von Rechtswegen zum Eintritt in die erste Kammer berufen sein, auch in anderen Verhinderungsfällen des Seniors dazu berufen werden. Vorzüglich aber möchte zu erwägen sein, daß, gleich der Familie v. Riedesel, auch die standesherrlichen Familien in der ersten Kammer durch ihre Häupter, durch die regierenden Standesherren vertreten sind, während nachgeborene Mitglieder dieser Familien mit Klaren und einfachen Worten nirgends von der Wählbarkeit in die zweite Kammer ausgeschlossen sind. Läßt man also ein nachgeborenes Mitglied der Familie v. Riedesel in diese Kammer eintreten, so sind dazu auch alle Nachgeborenen der standesherrlichen Familien (wenn sie den überhaupt nothwendigen Besitz an Grundeigenthum oder Besoldung oder in Staatspapieren haben) unzweifelhaft befähigt. Schwerlich im Sinne der Verfassungsurkunde. Ob zum Vortheil der zweiten Kammer? Wir haben mancherlei Ansichten darüber. (Forts. folgt.)

† Gießen, 7. Januar. Wie Sie wissen, wurde in unserer zweiten Kammer mit großer Majorität der Gagern'sche Zusatz zu der Antwortsadresse auf die Thronrede angenommen, worin von dem allgemeinen Mißbehagen die Rede war, welches in dem Lande über die Verwaltung, besonders der Polizei, herrsche. Die Verhandlungen über dieses Amendement zeigten, wie allgemein namentlich die Willkürlichkeit der Kreisräthe und deren Polizeigewalt als Wurzel vieler Uebel angesehen werde. Man sollte glauben, daß der mit so großer Majorität angenommene Ausdruck der Kammer auf unsere Polizeibeamteten einigen Eindruck gemacht und sie zur Besonnenheit ermahnt haben würde; — es scheint aber gerade das Gegentheil eingetreten. In Lauterbach läßt der Kreisrath Fröhlich ohne Weiteres den Stud. Fendt ostreiren und auf dem Schub nach Nidda bringen, weil derselbe sich geweigert hatte, auf Befehl das Städtchen zu verlassen; Kreisrath Seip, welchen Fendt hauptsächlich in seinen Artikeln mitgenommen hatte, ist genöthigt, den grundlos Verhafteten zu entlassen. Hier, in Gießen, erläßt der Kreisrath eine Verordnung, wonach am Sylvesterabende Liedelinge und Kinder sich nicht mehr nach 6 Uhr auf der Straße finden lassen dürfen, bei einer Strafe von 1—5 fl., wofür Eltern, Vormünder ꝛc. verantwortlich sind. Am Meisten aber hat die guten Bürger von Gießen dieses ꝛc. in einer Polizeiverordnung beunruhigt, da man nicht wissen kann, wer Alles unter die Kategorie eines solchen et caetera fiel. Jedenfalls ist dieses et caetera eine höchst dehnbare Bereicherung der legislatorischen Ausdrucksweise, die man dem Hrn. Kreisrath und Provinzialkommissär Prinz in Gießen verdankt. Ein wichtigeres Beispiel der Thätigkeit dieses hochgestellten Polizeibeamteten erleben wir so eben. In Folge der letzten Theuerung, während welcher das Beed in Gießen stets theurer noch war, als selbst in Darmstadt und Frankfurt, hat sich eine Aktienbäckerei gebildet, die großen Anklang, viele Theilnahme und natürlich mannigfache Besehdung von Seite der Bäcker fand. Es darf diese Aktienbäckerei nur an Aktieninhaber, nicht aber an Fremde verkaufen. In der jüngsten Zeit nun trat der Ingenieur der hiesigen Eisenbahnsektion als Aktionär in den Verein und schloß mit diesem einen Kontrakt ab, wonach der Verein das Beed zum Kostenpreis liefere, dessen der Ingenieur für seine Arbeiter bedurfte. Hierauf klage von Seite der Bäckerzunft an den Kreisrath: die Aktienbäckerei verkaufe, gegen ihre Statuten, an Fremde, an die Eisenbahnarbeiter; — die obere Polizei möge schleunigst einschreiten. Der Kreisrath überschickt diese Klage dem Vorstand der Aktienbäckerei mit dem Befehle, sich binnen drei Tagen dagegen zu verantworten, während dieser Zeit aber die Lieferung zu sistiren. Wie man hört, beträgt diese Lieferung zwischen 3—400 Laib Beed täglich — eine Quantität, die sich in einer kleinen Stadt, wie Gießen, nicht auf den Schub auftreiben läßt. Es hieß, mit andern Worten, die armen Arbeiter verurtheilen, während eines Tages wenigstens kein Beed zu essen. Auch soll die Aktienbäckerei dem Befehle keine Folge geleistet, sondern die Lieferung, in Behauptung ihres Rechts, fortgesetzt haben. Mit solchen Dingen hat die Polizeigewalt ihr neues Jahr begonnen. Ist es zu verwundern, wenn Anträge und Amendements, wie das Gagern'sche, lebhafte Zustimmung in der Kammer finden?

□ Frankfurt, 8. Jan. In der heutigen Sitzung unserer gesetzgebenden Versammlung kam der Gesetzesentwurf in Betreff der Anlegung von Gärten, Gebäuden und Straßen in den Stadtgemarkungen zur weiteren Berathung. Der Hauptpunkt indeß, die Anwendung der Expropriation zu Gunsten der neu anzulegenden Wege kam noch nicht vor. Es wurden Vorspreskämpfe geliefert, Fragen über Rothwege und den bis jetzt verlangten Zwischenraum zwischen den Anlagen und Gebäulichkeiten auf dem Felde (den Wich, so genannt von Weichen, weil ein Zurückliegen derselben auf mehrere Schuh verlangt ward) zur Sprache, wovon wie, was nur lokales Interesse hat, übergehen und nur über das berichten, was nicht ohne allgemeine Beziehungen ist. In dem Gesetzesvorschlage liegt es nämlich allgemein, dieser Zwischenraum, dieser sogenannte Wich brauche nicht mehr eingehalten zu werden. In der Diskussion zeigte sich indeß, daß es doch oft wahr ist, was unser Dichter sagt: Ein tiefer Sinn liegt in den alten Bräuchen. Gebäulichkeiten, hohe Einfeidungen, Staketen oder gar Mauern werfen natürlich einen bedeutenden Schatten, und daß dieser den Pflanzen im nachbarlichen Felde, welche viel Sonne erfordern, wie z. B. Weinfelder, bedeutenden Schaden thun, ist unbestreitbar und also vollkommen gerechtfertigt, daß sie nicht ans äußerste Ende der Feldbesitzung gelegt werden dürfen. Die praktischen Männer, welche dies mit Recht hervorhoben, hätten daraus den Schluß ziehen können, daß also das Eigenthumsrecht selbst, wie jedes Recht auf Erden, sein ganz unbedingtes sei, und wir wollen sehen, ob sich bei dessen erinnern, wenn die Expropriation zur Sprache kommt. Von der anderen Seite werden solche Intervalle, wenn die nahgelegenen Felder, wie unvermeidlich scheint, in nicht ferner Zukunft zur Stadt gezogen und in diese einverleibt werden, zu häßlichen, dudligen Abschnitten mitten in den Straßen, wie sich das auch in manchen unserer Stadtthelle, die auf diese Weise in früheren Zeiten herangezogen wurden, oft genug bei uns zeigt. Es wird also zwischen den näherund fernerliegenden Feldern unterschieden und die städtische Erziehung, die im Interesse einer gewissen Kultur Luft und Licht beschränkt und Schatten gibt, wo draußen Gottes Sonne leuchtet, nur Letzteren zu Theil werden. Eine andere Diskussion, die über die sogenannten Rothwege, bot auch Manches dar, was aber das Interesse der speziellen Frage hinausgeht. Noth kennt kein Gebot, ist ein altes Sprichwort, und darum will die Polizei, die so oft kein Gebot kennt, überall Noth sehen, um sich damit zu rechtfertigen. Auch die Feldpolizei hat das von ihrer Schwester, der Stadtpolizei, gelernt. Wird der Zugang zu einem, mitten zwischen anderen Besitzungen liegenden Felde durch erlaubte Einrichtungen auf jenes verhindert, so entsteht, das ist klar, das Bedürfniß eines Nothwegs zu diesem. Wie es damit zu halten sei, darüber ist sonderbarer Weise das römische Recht stumm, das nur für Grabstätten eine hierher gehörige Verfügung hat. Das französische Recht hat hierüber, wie es scheint, verschiedene Verfügungen aufgestellt. Es verordnet die Anlegung solcher Nothwege, jedoch auf Kosten derjenigen, die ihrer bedarf. Bei uns aber entschied bis jetzt die Feldpolizei, ohne alles weitere Gesetz, Kraft der jeder Polizei zukommenden Allmacht: Der Weg wird gemacht, und bezahlt wird Nichts dafür. Die Oeffentlichkeit hat heute dafür gesorgt, daß es so nicht bleibe und die Willkühr hoffentlich bald durch ein Gesetz gehoben werden wird.

## Schweiz.

† Zürich, 6. Jan. Einem Volke, das soeben erst mit Anspannung aller seiner Kräfte, aber doch ohne zu wanken, ohne weder links noch rechts zu blicken, die Hydra der Anarchie, welche sein edelstes Lebensmark zu vergiften trachtete, aufs Haupt schlug und vernichtete, einem solchen Volke mag es nicht verübelt werden, wenn es die mit seinem theuren Blut und Schweiß erworbenen Lorbeeren ein Wenig bech trägt; im Gefühle seiner eben erst erprobten Kraft, im lebendigen Gefühle der dadurch in den Augen der Nationen erlangten Achtung, im Gefühle der endlichen Emancipation von den Fesseln der „Neutralität", die wie ein schwerer Alp seit dem Wiener Kongreß auf Haupt und Gliedern der Eidgenossenschaft gelegen und alle ferneren Lebensregungen derselben mit List oder Gewalt unterdrückt — darf man es diesem biedern, tapferen Volke wohl verzeihen, wenn es das Gelüstete ein Wenig hoch einschlägt, wenn es dagegen auf die Ausgaben und Leistungen anderer Völker ein Wenig geringschätzig herabblickt. So sagt ein neues Blatt, die „Neue eidgen. Zeit.", in seiner Probenummer vom 1. dieses: „Wir sind frei und freuen uns unserer demokratischen Institutionen, aber unsere Umwohner? Sie ringen erst nach Freiheit, sie suchen erst die schweren Ketten zu sprengen, deren eiserned Gewicht die Schwingen ihrer Geister niederhält, sie suchen sich erst das zu erkämpfen, in dessen Besitz wir uns längst glücklich füh-

Digitized by Google

len". Zur befriedigenden Lösung der Aufgabe, dieses Ringen der Völker nach Entfesselung zu schildern und zu würdigen, verspricht dann die „Neue eidgen. Zeit.", die es gewiß herzlich wohl meint, weder Kosten noch Mühe zu scheuen. Die relative Wahrheit, die in obigem Satze liegt, will ich gewiß nicht ableugnen; Deutschland, selbst Frankreich besitzt manche freie Institution nicht, die der Schweiz zur Ehre gereicht; aber dürfen wir deßhalb sagen: das Streben unserer Nachbaren geht auf ein Ideal hin, das wir bei uns schon realisirt haben? Sind wirklich unsere sämmtlichen politischen und sozialen Institutionen, sind namentlich unsere religiösen Einrichtungen und Zustände überall (z. B. in der Waadt, vor Kurzem noch in Zürich, in den Sonderbundskantonen u. s. w.) so vollkommen, daß wir zu jenem stolzen Ausspruch berechtigt wären? Ich mache diese Einwürfe wahrlich nicht gegen die mir völlig unbekannte Redaktion jenes Blättchens, wohl aber gegen jene Ansicht selber, welche, wie mich eigene Erfahrung häufig genug überzeugt hat, in den Köpfen einer sehr großen Anzahl minder Mitdürger spukt. Jene dornirte Mittelmäßigkeit, die sich zuweilen in recht hohen Regionen bewegt, kann es nicht begreifen, daß einer wahrhaften politischen Befreiung eine Befreiung der Geister vorangehen müsse; irregeleitet von dem äußern Schein sieht sie nicht, welche Fortschritte das sprach-, stamm- und sinnverwandte Deutschland in dieser Befreiung schon gemacht hat und täglich noch macht; sie sieht nicht ein, welch' eine Gefahr der Schweiz droht, wenn dieselbe, statt ebenfalls rüstig vorwärts zu schreiten, sich mit Siegesfahnen einhüllen läßt und — zurückbleibt hinter den mit Mißleid und vernehmer Geringschätzung betrachteten Nachbarvölkern zurück bleibt. — Wir fürchten freilich nicht, daß jenes Resultat wirklich eintrete, wir vertrauen dem gesunden Sinn und Herzen des Volkes, daß es sich nicht von verderblichen Sirenengesängen irreführen lassen wird; allein einzelne Symptome jener Art sind doch nicht zu verkennen, und nach dem Grundsatz: „principiis obsta!" halten wir es für unsere Pflicht, gleich zu Anfang, solange die Zeit der Abhilfe noch nicht verstrichen, denselben entgegenzutreten. Was ist die große Aufgabe der Schweiz unter den gegenwärtigen Umständen? Ist es die, drüben das Lob des allerdings rühmlichst vollbrachten Heldenzuges zu singen, oder liegt sie auch noch etwas näher uns? Haben wir keine andere Aufgabe zu lösen? Dort sind sieben Kantone; vor Kurzem noch unsere Feinde in offenem Felde, sind sie nun in unserem eigenen Heerlager; aber werden sie darin bleiben? Werden die wie raffenden, unverbesserlichen Gegner nicht den ersten, den besten Moment erspähen und wahrnehmen, um das bethörte Volk in die alten Bande zu schlagen? Welch' eine schöne Aufgabe wäre es für die gesammte freisinnige eidgenössische Presse, ihren neuerworbenen Brüdern in jenen Kantonen mit Rath und That beizustehen, ihre Verfassungen, die dabei vorzunehmenden Veränderungen zu diskutiren, zu zeigen, welche Erfahrungen man im eigenen Kanton über diesen und jenen abweichenden oder übereinstimmenden Punkt schon gemacht. Sie sehen, ich verlange nur das Nahe und Erreichbare; als „praktischer" Schweizer werde ich mich wohl hüten, zu fordern, daß bei neuen Einrichtungen sich auf der „Höhe der Wissenschaft" halten, oder wie man sich in Berlin ausdrücken würde. Wie entspricht aber die schweizerische Presse diesem gewiß gerechten Verlangen? Hie und da finden wir mit Mühe einen spärlichen Bericht über die Arbeiten dieser oder jener „Verfassungsvorberathungskommissionen", und das ist buchstäblich Alles, von einer einläßlichen Diskussion darüber in der Presse ist keine Rede. Welch' eine schöne Aufgabe wäre es im gegenwärtigen Moment für die Presse, alle diese Bestrebungen von einem höhern Standpunkt aus aufzufassen, sie zu einem gemeinsamen Ziele hinzuleiten und so kräftigst auf unsere Hauptaufgabe, auf unsere nationale Stärkung und Einigung, ohne welche keine „Neutralität" und Garantien für die Zukunft, für unsere Existenz gibt, hinzuwirken. Wir erblicken, wie gesagt, Wenig oder Nichts von allem dem, jeder Kanton verfolgt isolirt seine Arbeit, als wenn er mit seinen nächsten Nachbarn und Freunden Nichts gemein hätte, als wenn nicht ihr Geschick durch unauflösliche Bande miteinander verknüpft wäre. Die gleiche Sorgfeuchtigkeit der Presse müssen wir in Beziehung auf ein höchst wichtiges Moment der nationalen Einigung anklagen, nämlich in Bezug auf den zu errichtenden schweiz. Zollverband, zu dessen Realisirung nie so günstige Auspicien sich zeigten wie eben jetzt: der erneuernde Vorgang des erwachenden Italiens, der Sturz des alten, jede Entwicklung der Industrie mit brachous ungünstigem Auge betrachtenden Regimentes in den Sonderbundkantonen, wohingegen die jetzige Regierung von Schwyz ihre Gesandtschaft außerordentlich beauftragte, an den Verhandlungen über den Zollverein Theil zu nehmen; — kurz, es steht nicht wirt mehr im Wege als, — freilich ein ziemlich gewichtiges Moment: der Dissens der westlichen und der östlichen Schweiz in dieser wie in noch mancher andern Frage; dort ein übertriebenes Freihandels-, hier ein Schutzzollsystem zur Hebung der nationalen Industrie mit sehr mäßigen Steuersätzen. Hier wäre es nun an der Presse, möglichst auf Verständigung hinzuwirken, zu zeigen, wie nicht nur ein Schutz der Industrie, wie auch Beseitigung der Hemmnisse des innern Verkehrs, wie auch Mittel zur Entwickelung größerer Kraft und Energie gegen das Ausland bezweckt werden, wenn dasselbe uns wieder ein Mal den Bredkorb höher zu hängen gewigt wäre, wie während der verflossenen Zeit der Theurung und Noth. Aber erfüllt die Presse diese ihre Aufgabe? Mit Ausnahme des von Hrn. Beyel redigirten „Monatsblattes des schweizer. Gewerbevereins" beschäftigt sich kein Blatt näher mit dieser so wichtigen Frage. — Und nun endlich gar die Bundesreviſion! Diese Frage, mit welcher sich sogar schon die letzte französische Thronrede befaßte, sollte man nicht glauben, sie müßte in Aller Munde sein, sie würde bis zum Ueberdruß in allen Blättern verhandelt? Kaum einige Andeutungen fangen nach und nach an in einigen Blättern, mager genug, darüber aufzutauchen; fühlt man denn aber nicht, wie unendlich wichtig es ist, daß diese Frage vor Allem mit der größten Vielseitigkeit, mit der größten Offenheit überall besprochen werde? Wie sollen sich die in Bern versammelten Gesandten ein getreues Bild von den Wünschen und Bedürfnissen ihrer eigenen Kantone, geschweige denn der entfernter stehenden, entwerfen können, wenn die Presse, mit wenigen Ausnahmen, fortfährt, sich möglichst wenig mit dieser für die Schweiz allerwichtigsten Frage zu beschäftigen? Die Institutionen allein werden es wahrlich nicht thun; die Bundesreviſionen muß nicht nur im Rechtsstaale zu Bern, sie muß in allen, in den obersten wie in den untersten Kreisen der Gesellschaft besprochen und verarbeitet werden; nur auf diesem Wege ist ein befriedigendes, ein dauerndes Resultat zu erzielen. Wenn aber die Presse dazu nicht mit allen ihren Kräften die Hand bietet, so verkennt sie vollständig ihren schönsten und heiligsten Beruf.

## Großbritannien.

London, 7. Jan. Wir die Dinge gegenwärtig in Irland stehen, möchte man fast als gewiß annehmen, daß die Mißtreue eines großen Theils der katholischen Geistlichkeit auch bei den Laienschaften der Massen bis zu einem Grade zu erblicken droht, daß gewöhnlicher menschlicher Berechnung nach, Bürger- und Bruderkrig davon die nothwendige Folge sein muß. Es gibt nichts Aufregenderes als die Sprache, die sie von den Kanzeln, in den Meetings, in offenen Sendschreiben führt. Ein solcher junger Geistlicher, Mulligan, hielt in der jüngsten Repealversammlung eine Rede, in welcher er, fast ohne alle Beschönigung, Mord und Revolution vertheidigte und die Aechtung der Gutsherrschaft von der Kanzel herab (wie sie namentlich dem Pfarrer M'Dermott in Bezug auf den durch Mruchelmord gefallenen Major Mahon zur Last fällt) ohne Umschweif gut hieß. Er schilderte die Gutsherren als Leute ohne alles Erbarmen und Mitgefühl, nannte sie „Räuber und Mörder", grausame blutsaugende Geier, welche in der heiligen Schrift von dem Allmächtigen selbst in die Acht erklärt wären, daher sei es Pflicht der Geistlichen, die Verbrechen nicht bloß der Armen, sondern auch der Reichen zu kennzeichnen. Man brandmarke auch nicht die Namen der Gutsherrschaft, sondern ihre Verbrechen und zwar in dem Maße, wie diese verruchte (wicked) Menschenklasse verdiene. Nothwendig sei es jetzt mehr als je für die Priester, gegen diese irischen Harpyen, die Gutsherren, als Rächer aufzutreten; er feinerseits brandmarke und kennzeichne hiermit solche Verräther und Adtrünnige wie Grattan und Browne, und fordere alle Repealer auf, für ihr Land wie ein Mann zu stehen. Unermeßlicher Beifall folgte diesen heftigen Worten, und O'Connell gestand, daß er die schöne Rede Mulligan's nicht genug bewundern könne. Auch der Erzbischof von Turam, der bekannte Dr. Hale, fanktionirte vor Kurzem in einem Schreiben an den Grafen von Arunkel und Surren (der selbst Katholik, sich über diese Denunciationen an gewichtiger Stelle beklagt hatte) solche Aechtungen und Aufforderungen zur Rache gegen die Gutsherren, die sich die Priester gestatten. Oeffentlicher Denunciationen von namentlich bezeichneten Personen, sagt der Erzbischof, seien zwar nicht die Praxis in Irland, wenn aber solche vorkämen und die Sprache der Geistlichen in Irland überhaupt eine heftige und leidenschaftliche sei, so seien sie dafür wohl zu entschuldigen; diese heftigen Worte flössen aus dem Mitgefühl für das arme Landvolk, welches täglich die schrecklichsten Grausamkeiten erdulden müsse und zwar von Männern, von deren Stellung und Erziehung man einige Menschlichkeit erwarten solle. In einem spätern Sendschreiben nennt der Erzbischof die Verfolgung der Katholiken durch die Protestanten eine so schändbe und grausame, wie sie seit der Arrenischen Christenverfolgung nicht stattgefunden.

Digitized by Google

Der ehemalige Erzbischof spottet in seinem letzten Schreiben an Lord John Russell unter Anderm jenes „brudherzigen Sentimentalität, welche ein solches Grausen über den Tod einiger wenigen Individuen (solcher nämlich, die durch Meuchelmord umkamen) affektire und das geräuschlose Hinschlachten von Tausenden ohne die geringste Anwandlung von Mitleid mitansehen könne.“ Wir sind am Wenigsten gewillt und gesonnen, — und unsere Mittheilungen aus Irland wa-ren stets in diesem Sinne geschrieben — solchen Gefühlen, die, wie in Irland, nur von den Reichen und Mächtigen für die Reichen und Mächtigen zubereitet sind, den egoistischen Menschen, welche diese Gefühle in ihrer äußersten Härte in Anwendung bringen, das Wort zu reden oder die in Irland gewöhnlichen Expressungen und Pfändungen hie und da Wenden oder gar jenes scheußliche Verfahren in Schutz zu nehmen, wonach ganze Dorfbevölkerungen aus ihren Hütten getrieben und auf die Straße geworfen werden dürfen; aber ebenso-wenig können wir im Munde von Priestern eine Sprache billigen, welche, wenn sie auch manchst nur zu Wahre enthält, sich nicht an das Herz und die Vernunft, sondern an die rohen Leidenschaften wendet, jenen ohne Pause fortdauernden feigen Krieg des Meuchelmords, der aus sichrem Versteck gegen Wehrlose geführt wird, beschönigt und alle Grundbegriffe, unter denen es anerkannter Weise manchen braven und menschenfreundlichen gibt, unter eine und dieselbe Kategorie von „Räubern und Mördern“ zusammenwirft. Diese Sprache ist nicht die der wahren Theilnahme, es liegen ihr andere Motive zum Grunde. Wunderlich nur, daß es Regierungen gibt, die sich mit flüchtigen fa-natischen Priestern aufs Innigste einlassen, während sie noch kurz vor-her im eigenen Lande die Erfahrung gemacht, daß von ihnen das Kreuz bei revolutionären Prozessionen vorangetragen wurde!

Die Times bringen in ihrer Nr. vom 5. Jan. abermals ein Schreiben aus Wien vom 26. Decbr., aus welchem die Kölnische Zeitung folgende Stelle entlehnt: „Die Schweizerangelegenheiten beschäftigten vorzugsweise den Fürsten Metternich mehr, als die gegenwärtige Lage des Reiches es rechtfertigt. Der Haß der Lombarden gegen die Fremdherrschaft, die drohende Haltung Piemonts und Tos-kana's, die Bewegung in Ungarn und in Galizien, die Unzufriedenheit der slavischen Bevölkerung in Böhmen werden vom Staatskanzler mit Gleichgiltigkeit angesehen, da er alle seine Aufmerksamkeit auf die Schweiz richtet. In seinen Salons unterhält er sich vorzüglich mit den Konferenzherrn des Berner Adels, mit Hrn. Hurter, seinem innig-sten Vertrauten, und mit dem schweizerischen Geschäftsträger, Hrn. v. Effinger, einem Berner Patricier, der stets von den Gefahren redet, welche Europa durch die schweizerischen Radikalen bedrohen. Seitdem die 42 Jesuiten aus der Schweiz hier angekommen sind, hat sich das Interesse des Hofes für sie sehr vermehrt.“ Wir fügen dem Auszuge der Köln. Z. noch hinzu, daß in derselben Korrespondenz mit Bezug-nahme auf den Baronet Hübel unzufriedene verlauten, daß der Ver-lust dieses Finanzmannes würde für den Hof, den Staatskanzler und die Regierung ein größerer Verlust sein als für die Nation; Hübel (Krudock schreiben ihn die Times) sei gerade kein schöpferischer Fi-nanzminister, aber sehr geschickt im Auffinden von Mitteln, wodurch die Defecits gedeckt, die erschöpften Staatskassen gefüllt, die ungeheu-ern Ausgaben für ein jahrelanges Heer und für eine bewundernswür-dig organisirte Polizei bestritten werden könnten u. s. w. Man brauchte sich in Wien nicht von London aus so grell beleuchten zu lassen, wenn man nur zu Hause seine Augen an etwas mehr Licht gewöhnt hätte.

## Frankreich.

Paris, 7. Jan. Zur Rechtfertigung ihres Verfahrens in den schweizerischen und italienischen Angelegenheiten hat die Regierung der Adreßkommission zwei Reihen diplomatischer Aktenstücke mitge-theilt, welche die Mehrzahl der Spalten der gestrigen und heutigen Blätter füllen. Die auf Italien bezüglichen Urkunden enthalten den Briefwechsel des Hrn. Guizot mit den französischen Gesandten in Rom, Florenz, Turin, Wien ꝛc., und der Minister des Auswärti-gen will durch die Veröffentlichung derselben vor allen Dingen den Beweis führen, daß das Kabinet der Tuilerien, weit entfernt die po-litische Bewegung in Italien, soweit sie von den Regierungen angeht, mit ungünstigem Auge zu sehen oder gar ihr entgegenzuarbeiten, wie man ihm dies vielfach zur Last gelegt, die Neuerungen in Rom, Toskana, Sardinien vom ersten Augenblick an als den Anfang erfreu-licher staatlichen Fortschritte begrüßt und sie mit Rath und That un-terstützt hat. Die Adreßkommission wird viele Mühe haben, sich durch diese dickleibigen Aktenstücke hindurchzuarbeiten, und es ist sehr glaub-lich, daß, wie es heißt, die Verhandlungen über die Antwort auf die Thronrede erst am 17. d. M. — also drei Wochen nach Eröffnung der Kammern — beginnen werden.

Die gestern erwähnte Schrift des Hrn. Pothi, in welcher dieser Mann des Anklägerischen erzählt, wie und von wem, und um welche Summe er eine bedeutende Staatsstelle — die eines Referendars am Rechnungshofe — gekauft hat, wird, wie man sich den-ken kann, ein ungeheures Aufsehen. Die ministeriellen Blätter beob-achten die sich jetzt ein tiefes Schweigen über die Petit'schen Anklagen. Der öffentliche Verdacht erhebt sich indessen nicht bis zur Person des Hrn. Guizot, sondern nur dessen Sekretär, ein Hr. Génie aus Graf, welcher seit vielen Jahren das volle Vertrauen des Ministers genießt, wird als der eigentlich Schuldige bei diesem Stellenhandel bezeichnet, bei welchem der Redakteur des „Journal des Débats, Hr. Bertin de Vaux, wie aus dessen eigenhändig an Hrn. Petit gerichteten Briefe hervorgeht, den Vermittler gespielt hat.

Der preuß. Gesandte Baron Arnim hat am 4. d. ein Essen gegeben, zu dem die HH. Guizot und Salvandy, der Herzog von Do-cazes, die Gesandten von Oesterreich, Belgien, Sardinien, Sachsen, Baselllen, Baden, Schweden, Holland, Würtemberg, Baiern, der Steine-und der Polizeipräfekt und die HH. Colleredo und Kadowitz einge-laden waren. — Bei der entschiedenen Abneigung, welche die deutsche Diplomatie vor Allem zu haben scheint, was einer äußerlichen Repräsentation ähnlich sieht, ist das Mittagessen bei Hrn. v. Arnim beinahe ein Ereigniß zu nennen.

Der Monit. algérien gibt einen Bericht über den Hergang der Dinge, welche die Ergebung Abdel-Kaders begleitet haben. Wir stehen in dieser Er-zählung nichts Bemerkenswerthes als die Anrede, welche der Emir an den Herzog von Aumale richtete, und die dem amtlichen Blatte zufolge so lautet: „Ich habe dich schon früher thun wollen, was ich heute thue, — ich habe die von Gott dazu bestimmte Stunde erwartet. Der General hat mir ein Wort gegeben, dem ich vertraue. Ich fürchte nicht, daß es ge-brochen werden wird durch den Sohn eines so großen Königs, wie der der Franzosen. Ich bitte ihn um seinen Aman für meine Fa-milie und für mich.“ Die Regierung scheint noch immer unentschlossen, wie sie mit Abdel-Kader verfahren soll *).

## Spanien.

Madrid, 31. Dec. In der gestrigen Kongreßsitzung legte der Finanzminister Hr Beltran de Lys einen Gesetzvorschlag vor, dahin gehend, daß die Regierung ermächtigt werde, die laufenden Steuern bis Ende Jan. 1848 fortzuerheben. Eine regelmäßige Bewilligung des Budgets hat seit 1843 nicht mehr stattgefunden. Die Verhandlungen des Kongresses drehen sich bis jetzt um Wahlangelegenheiten, die nicht das mindeste Interesse darbieten. Hr. Srijas Lozano übergab dem Kongreße gestern das Gutachten der Kommission, welche mit der Er-örterung der Frage beauftragt war, ob das Ministerium Salamanca in Anklagezustand zu versetzen sei. Das Gutachten lautet bejahend. Mehrere Abgeordnete wollen beantragen, daß die Königin gehört werde, daß die Infantin Luise Ferdinande, die Herzogin von Mont-pensier, als vermuthliche Thronerbin nach Madrid zurückkehren werde.

Die Amortisationskasse ist um 2½ Millionen Realen bestohlen worden, man sagt jedoch daß die Zahlung des ablaufenden Semesters der verzinslichen Schuld dadurch nicht dreinträchtigt werden wird.

Santa Anna wird mit einem Gefolge von 25 Generalen in Spanien erwartet, wo er wie es heißt Dienst nehmen will.

## Italien.

† Die Alba vom 25. Dec. kommt zu dem etwas sonderbaren Schluß, das Wiener Kabinet habe dem Herzog von Modena nachge-geben und Truppen zur Besetzung von Modena und Reggio entsen-det, weil es eingesehen, daß es, trotz seines Sieges in der Ferrarese Angelegenheit, in der öffentlichen Meinung verloren habe. Daran knüpft das Blatt folgende die gegenwärtigen Stimmungen und das herrschende Mißtrauen charakterisirende Betrachtungen: „Oesterreich will Furcht erregen; es ist Zeit, daß ganz Italien zeige, daß es keine Furcht hat. Wir dürfen weder einen Krieg herausfordern, noch ihn begin-nen, aber wir müssen uns bereit halten, als ob der Krieg schon er-klärt wäre, als ob die österreichischen Fahnen bereits auf den Gipfeln der Kyrenäen wehten. Nicht schlafen, wachen thut uns Noth, denn die Zukunft geht schwanger mit Gewittern. Wir werden diese Gewit-ter im Vertrauen auf unsere gerechte Sache, im Vertrauen auf uns selbst bestehen, wir werden sie besiegen, wenn wir ihnen eine muthige und würdige Haltung entgegensetzen und zwar Klugheit anwenden, die nicht Zaghaftigkeit, sondern das Bewußtsein des eigenen Rechtes, der eigenen Stärke ist. Wir werden nicht angreifen, was nun zu thun

*) Die pariser Post ist fortwährend um 18—20 Stunden im Rückstand.

Digitized by Google

ist; es gibt Dinge, welchen die Oeffentlichkeit mehr schadet, als sie ihnen zu nützen vermag. Wir wissen wohl, daß die freisten Republiken in manchem Nothfall (occorrenza) ihre Werke in den Mantel des Geheimnisses hüllen müssen. Wenn die Liga zwischen Piemont, Toskana und Rom eine Thatsache, kein Gerücht ist, so können wir die Drohungen Oesterreichs verlachen. Wenn unsere Freunde die Macht der Unsererhaltung Italiens verkennen, so stirbt man ohne Verzug ein neues Denkbuch, ein schöneres und ruhmvolleres Legnano wird die Folge davon sein. (Diese Stelle ist ein Widerhall des Programms der in Turin erscheinenden Concordia.) Wir werden nicht sagen, was man thun müsse; wir sagen bloß, Alle thut Noth. Die Oesterreicher sind in Modena, sind in Reggio, schon zeigen sie sich in Parma, unter dem Vorwande, die Leiche der Herzogin zu begleiten. Aber weßhalb geht der neue Herr von Parma, statt von seiner neuen Herrschaft Besitz zu nehmen — (das ist in der Zwischenzeit geschehen — D. R.) nach Mailand? Warum sind die 150 Husaren begleitet von Artillerie? Weßhalb dieses Gehen und Kommen der Truppen in Mantua, und jene ungewöhnliche Thätigkeit im dortigen Arsenale? Werden vielleicht die österreichischen Bajonette dazu dienen, die beiden Herzoge auf der Bahn der Reformen und nationaler Tendenzen zu unterstützen? Wenn es wahr ist, was Mancher behauptet, daß nämlich die toskanische Regierung sich in der Angelegenheit von Livigno zugänglich und nachsehend bewies, weil der Herzog Franz Versprechungen gab, er würde sich der Reform zuwenden und der Liga beitreten, so ist Toskana das Opfer einer zweiten Perfidie, eines zweiten Verrathes. Unsere Regierung ist redlich, aber gerade deßhalb sollte sie sich nie in die Wirrnisse der Diplomatie einlassen. Die Diplomatie ist das Feld für alte Füchse, der Redlichkeit, der ein Fuß darauf setzt, hat stets Unglück. Die Schweiz wäre um diese Stunde verloren, hätte sich die Tagsatzung in jenes Labyrinth, schleifen lassen. Aber auf alle Proteste, Drohungen, feindliche Demonstrationen, diplomatische Einmengungen und Vermittlungsanträge antwortete sie stets, indem sie nach ihrem Rechte, nach ihrem Gewissen vorging, und ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit war gerettet." Noch sprechender ist der Schluß dieser Betrachtungen, der, nachdem er die Parabel von Petrus auf dem Schiffe klein erzählt, so fortfährt: „Eine große Lehre! Petrus fürchtet sich und geht zu Grunde, denn im Sturm der Welt ist es die Furcht, die den Ruin der Individuen wie der Nationen veranlaßt. Wir müssen kämpfen gegen Wind und Wetter, wenn wir uns nicht schämen, werden wir gerettet; der Wind wird sich legen, das Meer sich wieder beruhigen!" Unter den Gefahren, von welchen man jetzt die Unabhängigkeit Italiens bedroht sieht, bei der aufmerksamen Musterung der Streitkräfte, die den Gegnern der Reform zu Gebote stehn, haftet natürlich der Blick der italienischen Patrioten mit Unwillen auf dem Kern der neapolitanischen Armee, den leider die Schweizer Soldotruppen bilden. Die Alba, die, wie wir wiederholt zeigten, dem Sieg der Eidgenossen die feurigste Theilnahme weihte, und für die Sache der Tagsatzung manche Lanze brach, erhebt sich nun mit Unwillen gegen diesen, wie sie es nennt, Handel mit Menschenfleisch, diesen häßlichen Schacher, der die Soldaten der Demokratie und der Freiheit dem Despotismus und der Unterdrückung als Werkzeuge verkaufe. Diesen Makel müsse nun die Schweiz pflichtmäßig von ihrer Stirne tilgen.

Ueber die Vorgänge in Mailand bringt die Allg. Zeit. neue ausführliche Berichte, aus denen wir morgen das Wesentlichste mittheilen werden. Das Gerücht sprach von einer ziemlichen Anzahl von Verwundeten und fünf bis sieben Todten; nach Briefen vom 5. und 6. Jan. ist übrigens die Ruhe an diesen Tagen nicht mehr gestört worden. Der Vicekönig hat eine beruhigende Proklamation erlassen.

+ Livorno, 27. Dez. Die Aufregung über den Einmarsch der österr. Truppen, in Modena war in Livorno größer als in Florenz. Am Abende des 27. begab sich eine bedeutende Volksmenge vor den Palast des Gouverneurs und begehrte Waffen. Der Gouverneur erschien auf der Terasse und suchte vergeblich die Menge zu beschwichtigen. Der Regierungsrath, der ihn begleitete, sprach darauf patriotische Worte und sagte die geforderten Waffen für den Schluß des Jahres zu. Auch säumte man nicht, das Volk durch kriegerische Demonstrationen zu beruhigen. Am 28. gingen von hier 12 Kanonen nach Abetone, wo man ein Lager bilden will, um Toskana vor einer Invasion der Oesterreicher zu schützen. Das von Neapel eingetroffene Dampfboot brachte die Nachricht, daß dort die alte, höchst bedenkliche Aufregung fortdauere.

+ Modena, Nach der Patria waren die in Modena eingerückten österr. Streitkräfte weit beträchtlicher als die toskanische Regierung mittheilte. Nach dem genannten Blatte bestanden die Interventionstruppen aus dem Regiment Ferdinand von Este, einer Schwadron Dragoner und andern 800 Mann, die, wie es heißt, den Vortrab eines Korps von 3000—5000 Mann bilden. Ein Theil dieser Streitkräfte besetzte Reggio. (In Parma sollen nach der Bilanzia nicht weniger als 4 Regimenter mit einem Artilleriepark eingerückt sein.) In Modena herrschte Schrecken. Zahlreiche Militärbefehlshaber zeigen sich auf allen Wegen. Einige Bürger wurden verhaftet. Am 24. traf hier der Herzog von Parma mit dem Erbprinzen ein, der bis zum 19. in Turin verweilt hatte. Von Modena ist auch die bekannte Proclamation Karl Ludwigs datirt, worin die Hoffnung auf Reformen durch das reiche Lob der in Parma bestehenden Institutionen, mit welchen dort außer dem Herzog Niemand zufrieden ist, schneller als man glaubte, gänzlich vernichtet wird.

## Deutschthum und Russenthum in den Ostseeprovinzen Russlands.

(Schluß.)

Durch kaiserlichen Befehl wurde dem tumultuarischen Überführen der Esthen und Letten zur griechischen Kirche eine kurze Zeit Einhalt gethan, indem eine Frist von 6 Monaten angeordnet wurde, die zwischen dem Ansuchreiben oder der Erklärung, zur griechischen Kirche übertreten zu wollen, und der Salbung stattfinden sollte; allein diese Frist wurde bald nicht mehr von der russischen Geistlichkeit respectirt, und als darüber, wie über die vielen Übergriffe derselben vom evangelisch-lutherischen Generalsuperintendenten in Petersburg, auf Veranlassung des livländischen und ehstnischen Konsistoriums, bei dem Minister des Innern eine Generalbeschwerde geführt wurde, kam neuerdings eine Entscheidung (in Liv'and publicirt durch ein Patent der livländischen Gouvernementsregierung vom 3. Okt. d. J.), welche zeigt, mit welchem Übermuth die griechische Geistlichkeit jetzt verfährt, und die sich durch Mangel an Logik besonders auszeichnet, indem die Antworten gar nicht zu den Fragepunkten passen. Der Minister des Innern, heißt es, habe sich mit dem heiligen Synod in Relation gesetzt, und der heilige Synod demerkt, daß die Beschwerdeführer eigentlich als falsche Ankläger zu einer Kriminalstrafe verurtheilt werden müßten; daß die rechtgläubige Geistlichkeit nur von ihrer geistlichen Behörde zur Rechenschaft gezogen werden könne, und was den einen Beschwerdepunkt anlange, daß die rechtgläubigen Geistlichen bei den Umfahrten in ihren Pfarrbezirken an denen, welche den Wunsch, zur rechtgläubigen Kirche überzutreten erklärt hätten, die Salbung vollzogen, so habe der heilige Synod, da der Herr und Kaiser einem jeden Geistlichen in seinem Pfarrbezirk die Vollziehung geistlicher Amtshandlungen Allerhöchst zu gestatten geruht, ohne eine derselben auszunehmen, befunden daß, wie die übrigen geistlichen Amtshandlungen, auch die Salbung von jedem griechischen Geistlichen vollzogen werden müsse. Der Minister des Innern ließ diese Verfügung des heiligen Synods den lutherisch-evangelischen Konsistorien zur genauen Nachachtung ereffnen. Es handelte sich aber gar nicht um die Befugniß der griechischen Geistlichen zur Salbung, sondern darum, daß die Salbungen nicht in der Kirche vorgenommen wurden, wie es die Vorschriften der griechischen Kirche verlangen, und darum, daß der noch neue kaiserliche Befehl über die genannte Frist von der griechischen Geistlichkeit bei Seite gesetzt worden. So entscheidet der heilige Synod als Richter in eigener Sache, und demgemäß scheint die griechische Geistlichkeit in den Ostseeprovinzen gewonnenes Spiel zu haben, denn Beschwerden üb r ihre Unrechtfertigkeiten werden erfolglos sein. Aber ihre Operationen scheinen jetzt auch nicht mehr den erwünschten Erfolg zu haben; seit die Bauern gesehen, daß die oerheißenen Vortheile und das gelobte Land ihnen nicht zu Theil werden nach dem Übertritt zur griechischen Kirche, und daß ein Rückritt aus derselben unmöglich ist, sind sie wenig bereit zum Abfall von ihrer Kirche. Aber es ist durch diese Katastrophe Unglück genug über die Ostseeprovinzen gekommen, und wenn auch das Russenthum sich einen nicht ehrenvollen Sieges über das Deutschthum jetzt erfecht, so hat doch der russische Staat die deutschen Ostseeprovinzen, die vor nicht langer Zeit dem Kaiserhause treu ergeben waren, wie es während des Polenkrieges und vor Allem in dem Kampfe gegen die Franzosen so deutlich bewortrat, sich gänzlich entfremdet, während er bei einer andern Politik, die zu erkennen im Stande gewesen, daß die Ostseeprovinzen als natürliche Brücke zwischen dem Westen und Osten Europa's die Civilisation des Westens dem Osten zuzuführen geeignet und berufen seien, sich stets neue Lebenskraft aus diesen Ländern und durch dieselben hätte zuführen können.

Livland, im December.

Digitized by Google

## Handels- und Börsennachrichten.

Vereinbarung der deutschen Eisenbahnverwaltungen betr. die Beförderung der ohnfrankirten Ueberlandpost über Triest. (Schluß) B. Bezüglich der Beförderung von Kurieren der Eisenbahnverwaltungen mit der Gesellschaft des österreichischen Lloyd in gemeinsamer Anfrankirung aller ihnen zu Gebote stehenden Routen, zur Erwerbung der regelmäßigen Mails für die deutsche Route, durch größtmögliche Beschleunigung der Kurierspesen zwischen Triest und London, binnen sich zu diesem Endzweck für das Kalenderjahr 1849 an die Bedingungen die nachfolgenden Artikel. 7. Die Eisenbahnverwaltungen verpflichten sich, während 48 Stunden, beginnend mit dem Zeitpunkte, welchen die Gesellschaft des österreichischen Lloyd jedes Mal genau zu bezeichnen hat, monatlich zwei Mal die Einrichtung zu treffen, daß die Kuriere dieser Gesellschaft, spätestens zwei Stunden nach Ankunft der resselben mutmaßlich telegraphischen oder schriftlichen Anzeige, bei Tag und bei Nacht eine Lokomotive geheizt, zur Abfahrt bereit, mit 2 Personen- und einem Güterwagen vorhanden, um ohne den geringsten Aufenthalt von Triest nach Ostende weiterexpedirt zu werden. 8. Die erwähnten telegraphischen oder schriftlichen Avvise werden von den verschiedenen Eisenbahnverwaltungen durch ihre Telegraphen oder nächsten Eisenbahnzüge nach Ostende weiter befördert. 9. Der mitunterzeichnete Bevollmächtigte des österreichischen Lloyd erklärt, daß die Kuriergüter eine höhere Einnahme als 300 Pfo. — sage dreihundert Pfund — der Gesellschaft des österreichischen Lloyd keineswegs in Aussicht steht, und die Herren Direktoren der betheiligten Eisenbahnlinie, in Würdigung der Wichtigkeit des Zweckes, verbinden sich dagegen, unter Verbehalt der Kassation ihrer hierseitigen Verwilligungen, diese Ertrazüge von Triest nach Ostende zu dem Preise von 6 Ztlr. — sage Sechs Thaler preußisch Kurant — pr. deutsche Meile für das oben erwähnte Kalenderjahr 1849 stipulirt, beschränkt und auf drei Meilen mit ihrer Aufmerksamkeit unterhalten zu wollen. 10. Die Eisenbahnverwaltungen verpflichten sich ferner, wenn die Gesellschaft des Lloyd ausnahmsweise oder regelmäßig für dergleichen Kuriere auch von London nach Triest solche Ertrazüge benutzen sollte, ihr hierfür die nämlichen Mäßigungen in Berechnung zu gewähren, mit dem Unterscheide jedoch, daß alsdann für diese Transporte von London nach Triest der gewöhnliche Satz für Ertrazüge in Wirksamkeit trete, und daß die Absahrtszeit der Kuriere von London mit möglichster Beschleunigung eingerichtet werde. 11. Die betheiligten Eisenbahnverwaltungen ersuchen gestützen der Gesellschaft des österreichischen Lloyd zu, daß dieselbe mit diesen Kurieren, auch zwar sowohl mit denjenigen von Triest nach London, als denjenigen von London nach Triest nicht nur ein Quantum von zehn Pfund leichter Depeschen und Packete, sondern auch, soweit dies der Raum von zwei Personenwagen erlaubt, Passagiere befördern dürfe, diese Letzteren jedoch unter Anwendung der gewöhnlichen Reisebücher und der auf denselben hervorgehenden Zahlungsverbindlichkeiten für die Plätze, mit dem Vorbehalte, daß sie nicht bestimmte Plätze von den Eisenbahnverwaltungen für eigene Passagiere verwendet oder Wagen mit Passagieren angehängt werden mögen, insofern dies ohne Bindung der §. 12 festgesetzten Schnelligkeit geschehen kann. Diejenigen Passagiere, welche mit den Kurieren Triest nicht nur ein, Quantum von zehn Pfund leichter Depeschen und Packete, sondern auch, soweit dies der Raum von zwei Personenwagen erlaubt, Passagiere befördern dürfe, diese Letzteren jedoch unter Anwendung der gewöhnlichen Reisebücher und der auf denselben hervorgehenden Zahlungsverbindlichkeiten für die Plätze, mit dem Vorbehalte, daß sie nicht bestimmte Plätze von den Eisenbahnverwaltungen für eigene Passagiere verwendet oder Wagen mit Passagieren angehängt werden mögen, insofern dies ohne Bindung der §. 12 festgesetzten Schnelligkeit geschehen kann. Diejenigen Passagiere, welche mit den Kurieren Triest nicht nur ein Quantum von zehn Pfund leichter Depeschen und Packete, sondern auch, soweit dies der Raum von zwei Personenwagen erlaubt, Passagiere befördern dürfe, diese Letzteren jedoch unter Anwendung der gewöhnlichen Reisebücher und der auf denselben hervorgehenden Zahlungsverbindlichkeiten für die Plätze, mit dem Vorbehalte, daß sie nicht bestimmte Plätze von den Eisenbahnverwaltungen für eigene Passagiere verwendet oder Wagen mit Passagieren angehängt werden mögen, insofern dies ohne Bindung der §. 12 festgesetzten Schnelligkeit geschehen kann. Diejenigen Passagiere, welche mit den Kurieren Triest nicht nur ein, Quantum von zehn Pfund leichter Depeschen und Packete, sondern auch, soweit dies der Raum von zwei Personenwagen erlaubt, Passagiere befördern dürfe, diese Letzteren jedoch unter Anwendung der gewöhnlichen Reisebücher und der auf denselben hervorgehenden Zahlungsverbindlichkeiten für die Plätze, mit dem Vorbehalte, daß sie nicht bestimmte Plätze von den Eisenbahnverwaltungen für eigene Passagiere verwendet oder Wagen mit Passagieren angehängt werden mögen, insofern dies ohne Bindung der §. 12 festgesetzten Schnelligkeit geschehen kann. Diejenigen Passagiere, welche mit den Kurieren Triest nicht nur ein

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei den Herr. Bury u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. übereisischen Länder werden man sich an H. A. Meyer et Gresshorg 28 Boulevard St. Paul 25, Rue Notre Dame du Nauvrich.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverschleißen besorgt das Groß. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.30; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.12. 24 Kr. für Angelegen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 3 Kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 13. Heidelberg, Donnerstag 13. Januar 1848.

## Uebersicht.

**Schleswig-Holstein.** II. — **Berlin** (Gerüchte über Dr. Arepberg. Die Ausschüsse und ihre Komposition). **Merseburg** (kirchliche Verordnungen). **Aus Wurtemberg** (Landesmünche für die Stände). **Hannover** (die Beseler'sammlung). **Darmstadt** (die Kammer [Forts.]). **Bremen** (die „Bremer Zeitung" über die Gerüchte ihrer Zulassung in Preußen).

**Schweiz.** Vom Neckar. Die Besorgnungen, Hoffnungen und Täuschungen der radikalen Partei. **Bern.** Die Genfer Insurrektion. Gerüchte über Guizot und den Sonderbund. Ein bischöfliches Schreiben. Gerüchte über eine Note der Mächte. Angebliche Beschwerde des Postes. Militärunruhen. **Uri.** Räumung des Kantons. **Zug.** Der Verfassungsrath. Neue Bezirkseinheilung von Schwyz. — **Niederlande.** **Haag.** Das Zusammentreten der Kammern vertagt; Verständigung unter den Liberalen; Armenwesen.

**Großbritannien.** Dissentermeetings gegen die religiösen Beschränkungen im Kanton Waadt. Ein Glaubensbekenntniß Ruskell's. Außerordentlicher Gerichtshof in Limerick. Schifffahrt.

**Frankreich.** Geringer Werth der auf die Schweiz und Italien bezüglichen diplomatischen Aktenstücke. Beobachtige Wirkungen der Petitschen Schrift. Fortdauernde Ungewißheit hinsichtlich Abdelkaders. Kriminalunklagen. Ein Proceß des Hrn. Alexander Dumas. — **Portugal.** Eröffnung der Cortes. Die Cabrals wieder obenauf. — **Italien.** Mailand. Die blutigen Vorgänge vom 2. Jan.; Scheiben aus Como darüber. Rom. Räthen über die Umgestaltung des Ministerraths und die Verantwortlichkeit der Minister. Verstärkung der Wachen. Aufruhr am Krujsbrstaat. Florenz. Geheimer Vertrag zwischen Toskana, Modena und Parma. Ankunft österr. Truppen in Parma. Gefangnahme von Mazzini. Neapel. Widerstehungen der Volksbewegung. Weigerung der Civico einzuschreiten. Groß des Königs.

**Handel.** Frankfurt a. M. Die Fabrik'sche Angelegenheit. Großbritannien. Der Finanzbericht von 1847.

**Datum der Börsen:** Frankfurt 11., Berlin 8., Wien 7.

### Heidelberg, 13. Januar.

Wie das Volk in Schleswig-Holstein in seinen verschiedenen Ständen bisher einmüthig zusammengehalten, so gibt es auch positive Beweise genug, daß die einzelnen Individuen, welche der Verführung ausgesetzt sind, keine bedenklichen Zeichen der Demoralisation gegeben haben. In der schlimmsten Lage befinden sich natürlich die Beamteten, die man auf den Dienerstandpunkt herabzudrücken regierungsseitig bemüht ist; Erfahrungen aus andern kleinen deutschen Staaten haben gelehrt, welche herabgewürdigte Gesichtspe auch deutsche Männer werden können, die rücksichtlich des Erbensunterhalts für sich und ihre Familien von dem starren Willen oder den Launen einer despotischen Regierung abhangen. Inwiefern muß man den deutschen Staatsdienern in Schleswig-Holstein das Zeugniß geben, daß sie mit wenigen Ausnahmen ihre moralische Würde bisher nicht geopfert haben; von den vielen eingebornen Dänen, welche die Regierung als Beamtete in die Herzogthümer eingeschoben hat, ist hier natürlich nicht die Rede, die Billigkeit erfordert, dieselben nach andern Grundsätzen zu beurtheilen. Besonders erfreulich ist dagegen die Erfahrung, welche rücksichtlich mancher Unterzeichner der Neumünsterschen Adresse hat gemacht werden können; diese hat plötzlen Orte so unangenehm berührt, daß man versichert, eine hohe Person habe die genaueste Personalkunde von den einzelnen Unterzeichnern. Zu den letzteren gehörten nicht wenige Bewerber um den Staatsdienst; der Regierung wäre Nichts erwünschter, als ein Widerruf der Beschlüsse der Neumünsterschen Versammlung, auch nur von einem Einzelnen, weßhalb sie denn als Princip ausgesprochen, daß kein Unterzeichner der Adresse auf Beförderung im Staatsdienste hoffen könne, zugleich aber in einzelnen Fällen zu verstehen gegeben hat, daß man durch Reue sich Anspruch auf Verzeihung erwerbe, wie solches noch neuerdings bei einem Privatdocenten an der Kieler Hochschule geschehen. Es ist aber noch kein Fall vorgekommen, daß Jemand, um nicht seine Laufbahn vernichtet zu sehen, von den in der Neumünsterschen Adresse ausgesprochenen Ueberzeugungen zurückgetreten wäre. Ebenso darf es hervorgehoben werden, daß die Regierung sich in großer Verlegenheit befindet, weil sie bisher sich vergeblich bemüht hat, nach dem Entlassungsgesuch des Justizraths Raben den Posten des Obersachwalters für das Herzogthum Holstein mit einem tüchtigen Advokaten zu besetzen; Keiner hat sich um das einträgliche Amt beworben, und auf einzelne Vorfragen wurde die Antwort gegeben, daß man es nicht mit seiner Ueberzeugung vereinbaren könne, die anhängig gemachten politischen Prozesse für die Regierung zu führen. Auch ein Kommissar für die Vertretung der Regierung in den Ständeversammlungen hat sich bisher nicht finden wollen; man hat von mehreren achtbaren höhern Staatsdienern ablehnende Erwiderungen erhalten, und es hat den Anschein, als wenn man auf den Kammerherrn v. Scheel werde zurückgreifen müssen.

Die Parteinahme der Regierung gegen Schleswig-Holstein nach den Wünschen und Intentionen des dänischen Volks hat derselben nach allen Seiten hin die schlimmsten Verlegenheiten bereitet. Der offene Brief mit den konsequent daraus hervorgehenden Gesetzmaßregeln ist das, was die Dänen gegen Schleswig-Holstein errichtet haben. Die Kurzsichtigkeit dieses Streebens wäre unerklärlich, wenn man nicht wüßte, daß das dänische Volk trotz vieler vortrefflichen Anlagen und Eigenschaften vollkommen unfähig ist, seine Stellung zu den Herzogthümern, zu Deutschland, zu Europa zu begreifen und Staatsmännisch zu würdigen. Eine Nation von reichlich einer Million Menschen, welche, fußend auf deutscher Geistesbildung, Anspruch darauf macht, in sich selbst den Schwerpunkt seiner geistigen und staatlichen Entwicklung zu finden, in dieser Zeit der massenhaften Gestaltung staatlicher Verhältnisse nicht allein nach außenhin ein unabhängiges Staatswesen zu bilden, sondern auch ein deutsches Land von verhältnißmäßig so großer Bedeutung in sich aufzunehmen und zu verjesen, welche schon der Blick auf die Karte überzeugen müßte, daß ihre einzig richtige Politik darin bestände, in Friedenszeiten, mithin zur rechten Zeit, auf der Basis gemeinschaftlicher Interessen zu Deutschland, von den Dänemark nur ein kleiner Ausläufer ist, sich in das richtige Verhältniß zu stellen, anstatt im Vertrauen auf die Hilfe Rußlands, dem man sich in die Arme geworfen, Deutschland den Fehdehandschuh hinzuwerfen: eine solche Nation muß allerdings von aller gesunden Beurtheilung ihrer Verhältnisse im Innern und nach Außen verlassen sein. Diese Unfähigkeit beruht zunächst auf der familienartigen Abgeschlossenheit und insularischen Abgeschlossenheit des Volks; alle Dänen kennen sich unter einander, betrachten sich als Mitglieder einer großen Familie und haben alle Tugenden und alle Schwächen, welche aus einer solchen Auffassung hervorgehen. Thatkräftige Vaterlandsliebe ist denselben keineswegs abzusprechen; aber in dem engen Familiencirkel wird diese Liebe blind, schrumpft zusammen zum engbrüstigen Vorurtheil einer Familienliebe. Die einzelnen Mitglieder der Familie lieben sich zärtlich, loben sich unter einander, jeder Angehörige, welcher in irgendeiner Weise sich über das Gewöhnliche erhebt, wird als Stolz der Familie mit Liebkosungen und Schmeicheleien überhäuft. Die Eitelkeit, die übermäßige Werthschätzung anderen Nationen zu welcher das Naturell der Skandinaven neigt, findet in solchen Verhältnissen nur zu viele Nahrung, und der Glanz längst vergangener Perioden der dänischen Geschichte, welcher von den eifrigen Nationalen mit den grellsten Farben aufgetragen wird, vollendet die ägotistische Verbrämung, welche Dänemark vor sich selber hat. Ein solches Land ist nicht geeignet, Staatsmänner hervorzubringen, welche mit unbefangenem Geiste, mit kühlem Verstande die eigene Lage zu würdigen, am Wenigsten aber Gerechtigkeit und vorausschende Politik gegen die Herzogthümer zu üben wüßten. In Dänemark gilt seit fast zwei Jahrhunderten grundsatzesplich der schrankenlosste Absolutismus; es mag nach einer solchen Erziehung den Dänen schwer fallen, auf Kosten ihres vermeintlichen Familienvortheils gegen Andere gerecht zu sein. Ein Unglück für die Regierung selbst ist es, daß sie in dem deutschen Grafen Karl v. Moltke ein willenloses Werkzeug ihrer Pläne gewonnen hat. Der Mann, von achtbarem Privatcharakter, ist po-

Digitized by Google

litischer Fanatiker, dessen Grundsatz ist: der König, mein Herr, hat befohlen, und ich habe zu gehorchen. Ein beschränkter Kopf wie Polignac, würde er mit Freuden ein Märtyrer des Absolutismus werden; solange er aber die Macht in Händen hat, wird er mit leidenschaftlichem Haß die Schleswig-Holsteiner verfolgen, weil sie es wagen, sich gegen den dänischen Gesammtstaat zu stemmen, welchen der König, sein Herr, dekretirt hat.

So stehen die Dinge am Schluß des Jahres 1847; zähe Beharrlichkeit thut den Schleswig-Holsteinern vor allen Dingen Noth.

**Preußen.** Berlin, 7. Jan. Die D. A. Z. berichtet: Dr. Freiberg soll in London angekommen sein und von dort hierher geschrieben haben, daß er sich nicht stellen werde. Welches die Anklagen gegen ihn sind, wird man wohl erst erfahren, wenn die Untersuchung gegen Wedecke beendigt ist, und der Staatsanwalt seine Anklageschrift dem Gerichte übergeben hat. Soviel ist bis jetzt gewiß, daß dieser Prozeß keinem andern als dem jetzt allein hier gültigen Verfahren unterworfen wird. (Nach der Weserz. wäre F. durch Süddeutschland nach der Schweiz entkommen.)

○ Berlin, 8. Jan. Wir sehen der Eröffnung der Ausschußversammlung mit Spannung entgegen *). Die Hauptfrage, um welche es sich dabei handelt, ist nicht etwa der Strafgesetzentwurf an und für sich, sondern die sich daran knüpfende der Kompetenz der Ausschüsse, als ständischer Körperschaft. Die Regierung, an den beschlußfassenden Bestimmungen des Patents vom 3. Febr. festhaltend, betrachtet sie als solche; gleichwohl wünscht sie jeden Konflikt darüber zu vermeiden, daher die Beschränkung der Vorlagen auf den Strafgesetzentwurf, der nach den Regierungsorganen, da er bereits den Provinziallandtagen von 1843 vorgelegen, die zur Publikation erforderlichen gesetzlichen Stadien schon durchlaufen habe. Seine Berathung durch die Ausschüsse sei daher nur eine dem guten Willen der Krone zu dankende, über das Recht hinaus gewährte Gnade. Diese Behauptung wäre richtig, wenn es sich um den Entwurf von 1843 handelte, mit den von den Ständen damals beantragten Abänderungen. Dann hätte sich der Beirath der Ausschüsse (die vom Standpunkte der Opposition aus seinen gesetzlich ständischen Charakter besitzen) darauf zu beschränken, der Regierung entweder die Beibehaltung des ersten Entwurfes oder die Annahme von den Ständen gemachter Aenderungsanträge zu empfehlen. Jedes selbstständigen Antrags müßten sie sich aber enthalten. So überschritte ihr Beirath nicht die Grenzen des privaten Charakters, den sie nach der Ansicht der Opposition nur besitzen, und der Entwurf von 1843 würde auf Grund der Berathung der Provinziallandtage rechtskräftig. Nun enthält aber der jetzige Entwurf Neuerungen, die damals nicht den Provinziallandtagen vorgelegen haben, die folglich erst einen rechtskräftigen ständischen Gutachtens bedürfen, um Gesetzeskraft erhalten zu können. Viel kann hiervon aber nach der Ansicht der Opposition nur der Ver. Landtag ertheilen, dem einzig und allein jetzt die Befugniß des rechtskräftigen Beirathes für alle allgemeinen Gesetze zusteht. Vor ihn gehört also der Strafgesetzentwurf in seiner jetzigen Gestalt. Es ist daher die strengste Pflicht der in den Ausschüssen befindlichen Mitglieder der Opposition, die Rechte des Ver. Landtags rücksichtlich dessen mit Entschiedenheit zu vertreten. Nach allen Nachweisungen, die uns darüber zugekommen sind, befürchten wir jedoch, daß dieselben dieser Verpflichtung nicht nachkommen werden. Aus übertriebener und unzeitiger Uebervorsichtigkeit vor dem Konflikt, der sich nothwendigerweise daraus mit der Regierung ergeben müßte, werden sie die Verhandlungen des Entwurfs gegen den von 1843 stillschweigend hinnehmen, ja, es ist sogar anzunehmen, daß sie sich zu selbstständigen Aenderungsvorschlägen herbeilassen werden. Wir glauben nicht, daß die entschiedenere nicht in den Ausschüssen vertretene Fraktion der Liberalen eine solche Verletzung der Rechte des Landtags geduldig hinnehmen werde. Die Folge davon wird also vor Allem eine Verewigung der unglücklichen Spaltung sein, welche die Schlußvorgänge der Landtagsfessionen in der Rechtspartei hervorriefen und eine darauf hervorgehende Schwächung derselben. Die Kompetenzfrage wird somit allem Ermessen nach bei dem Strafgesetzentwurf nicht in den Ausschüssen gestellt werden. Eine andere Vorlage ist aber Seitens der Regierung nicht zu erwarten. Nun könnte der Konflikt noch eintreten, Falls von Seite irgendeines Mitgliedes Petitionen beantragt werden sollten. In diesem Falle, glauben wir, sind die Abgeordneten der Opposition entschlossen, sich der Berathung derselben, als in der Macht des Ver. Landtags beeinträchtigend, zu widersetzen. Da nun aber zwei beiden Seiten das Auftauchen dieser Frage zu vermeiden wünscht, so ist anzunehmen, daß man sich, gleichsam nach stillschweigender Uebereinkunft, des Einbringens von Petitionen enthalten werde, sowohl Seitens der Anhänger des Gouvernements, als der Mitglieder der Opposition. Die Ausschüsse werden daher die Fortsetzung der diplomatisirenden Politik bilden, die schon die Session des Ver. Landtags charakterisirte. Die Stellung beider Theile, der Regierung sowohl, als der Opposition, ist dabei keine beneidenswerthe.

Wie dem Hamburger Korrespondenten aus Berlin vom 4. Jan. geschrieben wird, soll den Ausschüssen Nichts vorgelegt werden als der Strafgesetzentwurf. Die einige Zeit gehegte Absicht, das unlängst in Leipzig vereinbarte neue Wechselrecht den Ausschüssen zur Berathung vorzulegen, sei wieder aufgegeben.

Aus Merseburg schreibt man der Allg. Z. f. Chr. u. K.: es seien daselbst zum Neuen Jahre zwei amtliche Schreiben angekommen. Das eine habe das Oberpräsidium an die dortige Regierung und durch diese an die städtische Behörde gelangen lassen und diese darin aufgefordert, die Dissidenten aus der katholischen und protestantischen Kirche sofort zu veranlassen, daß sie vor Gericht ihren Austritt aus den genannten Kirchen, und zugleich sich zur Annahme des königl. Patents vom 30. März v. J. erklären. Da aber die Art und Weise des gerichtlichen Verfahrens im Weigerungsfalle der Dissidenten nicht näher bei dem Präsidialschreiben bezeichnet war, so habe die Kreisregierung vor der Publikation und Exekution deßselben sich noch nähere Instruktionen einzuholen veranlaßt gefunden, ob bei etwaiger Verweigerung von Seiten der Dissidenten gerichtliche Zwangsmittel, und welche in Anwendung gebracht werden sollen. Das andere amtliche Schreiben sei vom Minister Eichhorn, des Inhalts, daß den protestantischen Lehrern bei Androhung des Verlustes ihres Amtes unterfagt werden soll, sich fernerhin bei dem Gottesdienstgesange der Christkatholiken irgendwie zu betheiligen.

** Aus Württemberg. Eine lebhafte Bewegung durchs ganze Land geht dem nahe bevorstehenden Landtag voraus. Einige Abgeordnete begannen Unterredungen mit ihren Wählern zu veranstalten, jetzt folgen faß alle Bezirke. Voraus gingen diese Abgeordnete der ständischen Opposition; die Männer der Mitte, wenn eine solche in unserer Kammer anzunehmen ist, und bemerkenswerther Weise selbst einige entschiedene Anhänger der Regierung folgten. Die übereinstimmend in den verschiedenen Bezirken geltend gemachten Wünsche bilden doch zusammen eine Uebersicht über die Ansichten und das Verlangen des Volks und müssen nicht blos den einzelnen Abgeordneten, sondern auch der Regierung von hohem Werth sein. Besserung von Freßin des Bodens wie der Presse, Fortschritt im Regieren und Richten, Beschleunigte der Industrie u. s. w., bilden meist die Ausgangspunkte, an welche sich auch Einzelheiten reihen. An guten Wünschen fehlt es nicht.

**Hannover**, 7. Jan. Beim gestrigen Abschluß der hiesigen Besoldersammlung ergab sich, daß aus den Beiträgen dieser Stadt und einiger Wenigen der Provinz eine Summe von 542 Thlr. erwachsen war. Für die Einwohnerzahl hätte sie größer sein müssen; aber die Hoffnung des Unternehmens ist empfindlich unter dem Mangel an Oeffentlichkeit, die ihm sofort beim Beginn entzogen wurde und bis diese Stunde vorenthalten blieb. (D. A. Z.)

**Hessen.** ** Darmstadt, 8. Jan. (Forts.) 4) Unser Wahlgesetz verbietet jedem Wahlmann, sich selbst die Stimme zum Abgeordneten zu geben. Im Bezirk Dieburg in Oberhessen wurde der Oekonom Uebersohann mit 13 gegen 2 Stimmen gewählt, und bald darauf erklärten 11 Wahlmänner der Minorität, wenn sie noch der zwölfte hätten ihre Stimmen dem C. gegeben, mithin müsse dieser (bei 13 Stimmen) sich selbst seine Stimme gegeben haben. Sie machten hiervon Anzeige bei der Staatsregierung und trugen auf weitere Erörterung an, welche dem Wahlkommissär (zugleich Landrichter) übertragen wurde. In Folge des Beharrens der Genannten auf ihrer Erklärung wurde C. vorläufig nicht einberufen. Die Kammer wird nun zu entscheiden haben, ob Wahlmänner, welche in der Minorität geblieben, ihre (angeblichen oder wirklichen) Abstimmungen zu dem Zweck veröffentlichen dürfen, um hierdurch den Inhalt der Abstimmung eines Mitgliedes der Majorität zu ermitteln und vermuthlich dessen Wahl zu vernichten. Die Kammer wird ferner zu erörtern haben, ob und in welchem Umfang die Staatsregierung auf eine Erklärung vorliegender Art eine vorläufige Untersuchung verfügen kann. In beiden Beziehungen wird es nicht leicht sein, die Grenze des Wahlgeheimnisses genau zu bestimmen. 5) Die Wählbarkeit der Abgeordneten zur

*) Wir erinnern, daß wir den verschiedenen Schattirungen der preußischen Rechtspartei unsere Spalten aus guten Gründen nicht versagen wollen.

Digitized by Google

wollten Kammer von Seite der Städte und Wahldistrikte beruht unter Anderm darauf, daß der zu Wählende 100 Gulden directe Steuern jährlich entrichte „oder als Staatsdiener ein Gehalt von wenigstens 1000 Gulden beziehe.“ Gelegentlich der Wahl des Kaufmanns Karl Jörgerig wird es zur Sprache kommen, wann diese Steuerentrichtung vorhanden sein müsse. Diese Frage wurde bereits auf dem Landtag von 1833 (28. Januar) umständlich diskutirt, kam aber nicht zur Entscheidung, weil die damals bestrittene Wahl aus einem andern selbständigen Grund für jedenfalls ungiltig erklärt wurde. Es gilt nämlich darum, ob der erforderliche Besitz von Steuerobjekten nach der Wahl, zum Abgeordneten (immer vor dem Zusammentritt der Kammer) erworben oder ergänzt werden könne, oder ob derselbe zur Zeit der Wahl bereits vorhanden sein müsse. Wie geneigt man auch sei, im Zweifel für die Freiheit der Wahlen zu entscheiden, so wird man doch bedenken, daß das Gesetz sagt: „der zu Wählende“; daß es noch Niemanden eingefallen ist, bei den ersten zwei Gruppen der Wahl (wenn 20 Gulden Steuer und daß man unter den 50 Höchstbesteuerten des Distrikts sich befinde erforderlich ist) diese Bedingungen der Wählbarkeit nachträglich beizubringen; endlich daß, wenn man das nachträgliche Erwerben der Steuerobjekte zugibt, man auch für Staatsdiener, welche weniger als 1000 Gulden Gehalt haben und doch zur Wahl gebracht werden, nachträglich erhellte Besoldungszulagen als genügend anerkennen muß. (Nebenbei kommt bei einem andern Abgeordneten, Hrn. Zitz, die Frage voe, ob zu den 100 Gulden Steuern die sogenannten Steuerbankosten mit einzurechnen seien, was früher nicht geschah, bei dem jetzigen rechtlichen Verhältniß der ehemaligen Provinzialkassen aber wohl nicht zu bezweifeln sein wird.) Nach dem Wahlgesetz von 1820 sind Justiz- oder Polizeibeamte nicht wählbar. An die Stelle der damals sogenannten Justizammänner sind schon lange die Stadt- und Landrichter und deren Assessoren getreten, welche Letztere wenn sie mit Votum angestellt sind „auf eigne Gefahr und Verantwortung die ihnen übertragenen Geschäfte zu besorgen“ haben, auch bei Verhinderung des Landrichters in Auftrag oder bei dringenden Fällen von Amtswegen selbständig handeln. Man hatte daher die erwähnten Staatsbeamteten lange Jahre hindurch für nicht wählbar gehalten, bis auf dem vorigen Landtag, der überhaupt durch Nachgiebigkeit sich auszeichnete, ein gewählter und von der Staatsregierung einberufener Assessor (Seitz) von der Kammer aufgenommen wurde. Jetzt ist wieder ein Landgerichtsassessor (Bernhard v. Löw) gewählt und vorläufig eingetreten. Es ist aber bei der klaren Bestimmung des Gesetzes gar nicht anzurathen, daß diese Kammer ihn für wählbar erkläre, zumal da sie unabhängig von frühern Ansichten oder von Präjudicien früherer Kammern entscheiden kann, wie stets angenommen und sogar von der vorigen Kammer dadurch bewährt wurde, daß sie über die Wählbarkeit des genannten Assessors Seitz zwei Mal zu verschiedener Zeit abstimmte. (Schluß folgt.)

Δ Darmstadt, 10. Januar. Heute war zum ersten Male nach den Feiertagen unsere zweite Kammer wieder versammelt. Der erste Präsident gab Nachricht, daß wegen Unwohlseins des Geschäftsgangs die Adresse auf die Thronrede demselben noch nicht habe überreicht werden können. Sodann stellte, offenbar veranlaßt durch die neulich von der Staatsregierung einseitig geschenke Ertredung des alten Finanzgesetzes auf die ersten sechs Monate der neuen Finanzperiode, der Abg. Wernher den Antrag: „Die Kammer möge die Frage einer gründlichen Prüfung unterwerfen, ob, wenn eine Kammer so spät am Schluß der laufenden Finanzperiode berufen wird, daß es thatsächlich unmöglich ist, vor Eintritt des Jahres, für welches noch keine Steuern bewilligt sind, das Budget zu berathen und darüber Beschluß zu fassen, es vereinbar sei mit dem Wortverstand und dem Geiste der Verfassung, die Steuern der sich endigenden Finanzperiode auf den Grund des Art. 69 der Verfassungsurkunde*), ohne erlangte specielle Einwilligung der Stände weiter ausschreiben und erheben zu wollen. Im Falle der Verneinung möge die Kammer die unverletzte Erhaltung der Verfassung und ihre eigenen Rechte wahren.“ Ein vom Ministerialrath Dr. Breidenbach der Kammer nebst Motiven vorgelegter Gesetzentwurf betraf eine Erläuterung des Art. 59 der Verfassungsurkunde. Dieser Artikel besagt im Wesentlichen, daß alle Wahlen der Abgeordneten auf 6 Jahre geschehen. Ueber den Zeitpunkt, von wann an diese sechs Jahre zu rechnen seien, war man bisher uneinig oder doch im Zweifel; Anstöße zwischen Regierung und Ständen gab es deßhalb nicht. Nun schlägt der Gesetzesentwurf vor, daß die 6 Jahre vom Tage, wo die Ständeversammlung eröffnet worden, und die Eidesleistung der Ständemitglieder Statt gefunden, datiren sollen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Entwurf auf Widerstand stößt, namentlich mit Rücksicht auf den Umstand, daß das vorm Abg. Wernher in seinem Antrag Gerügte dann leicht perennirend würde. Von den vielen Wahlen, über welche der dritte Ausschuß heute berichtete, hatten eigentlich nur zwei ein allgemeineres Interesse. Es war dies die Wahl des Landgerichtsassessors Freiherrn v. Löw, welchen der dritte Ausschuß einstimmig als „Justizbeamteten“ für nicht wahlfähig erklärte, und die Wahl des Justizraths Eigenbrodt an die Stelle des Ehrimen Staatsraths Jaup, welchem die Staatsregierung keinen Urlaub gegeben hatte. Es war von den Wahlzimmern des Wahlbezirkes Höchst die Wahl des Herrn Eigenbrodt nur unter Vorbehalt der Rechte des Herrn Jaup vorgenommen worden. Nachstehend gedrängt das Wesentliche der hier einschlägigen Rechtsfrage. Nach Art. 59 der Verfassungsurkunde kann auch ein zum Abgeordneten gewählter Staatsdiener die auf ihn gefallene Wahl nicht willkürlich ablehnen, „wenn ihm nicht der Urlaub versagt wird“. Diese Bestimmung wurde von jeher so ausgelegt, daß der Staatsregierung das unbedingte Recht der Urlaubsverweigerung zustehe, ja selbst die Mehrheit der liberalen Kammer von 1832/33 und unter ihr Höpfner, v. Gagern n. A. (Jaup nicht) wankten sich der Ansicht der Staatsregierung zu, welche, das Wort Staatsdiener im weitesten Sinne greifend, zugleich Staatspensionäre des Urlaubs bedürftig erklärte. So wäre also Jaup's, der Staatspensionär ist, Schicksal entschieden gewesen. Aber seit Jaup's Anstellung sind 40 Jahre verflossen und das Gesetz über die öffentlichen Dienstverhältnisse der Civilstaatsdiener sagt in Art. 9: „der Staatsbeamtete kann nach 40jährigem Dienstalter aber nach zurückgelegten 70 Lebensjahren das Amt niederlegen und behält den Titel und neun Zehntheile der Besoldung“. Folge hiervon ist, daß, wenn der Staatsbeamtete nicht will, ihn die Regierung nach Belieben nicht mehr zu ihren Diensten verwenden und folglich doch auch wohl ihm den Urlaub zum Abgeordneten nicht mehr verweigern kann. Denn was ist Urlaub, als eine Entbindung von Diensten? Sind keine Dienste rechtlich mehr denkbar, so fällt auch die Entbindung davon weg. Zwei gegnerische Behauptungen waren jedoch immer dabei möglich. Die eine, daß ein Pensionär keine Dienste leiste, und daß also Jaup, der schon 14 Jahre pensionirt ist, seine 40 Jahre eigentliche Dienstzeit übrig habe, und dann, daß der Pensionär, der Beschäftigungsstunden überhaupt von Staatsdienern und dem ihnen erforderlichen Urlaub spreche, gleichviel, ob er mehr oder weniger als 40 Jahre gedient habe. So die Streitfragen. Man war auf den Erfolg sehr gespannt. Einigermaßen präjudicirlich und die Stimmung der Kammer verrathend war, daß Eigenbrodt nndeanstandet in der Kammer belassen und in einen Ausschuß gewählt wurde. Doch nahm man gleichzeitig an, daß die Mehrheit des berichtenden dritten Ausschusses für Urlaub wäre. Der heute erstattete Bericht hat das Gegentheil gelehet. Vom Ausschuß sind fünf Mitglieder für die Giltigkeit von Eigenbrodt's Wahl und nur einer (Ab) will die Wahl Jaup's aufrecht erhalten. Uebrigens sind jene 5 Mitglieder (Wernher, Lehne, Kloß, Heldmann und Bieff) zwar wohl einig im Konklusum, aber nicht in den Motiven. Bei Lehne, Kloß und Heldmann, welche die parteilibrende Seite des fraglichen Ausschusses bilden, scheint die Erwägung durchgeschlagen zu haben, daß Jaup von jenem Art. 9 noch keinen Gebrauch gemacht, sein Amt nicht niedergelegt habe; daß das „kann“ die Sache rein fakultativ mache. Unter diesen Umständen wird Jaup einen schweren Stand haben. Auch spielt mit jenen Rechtserwägungen wohl die politische Erwägung mit, daß die Kammer in eine sehr schlimme Lage kommt, wenn die Regierung verweigere, Jaup einzuberufen, und daß dann entweder ein trauriges, sich selbst beschämendes Gehenlassen oder eine Provokation zu einer Auflösung vor der Pforte stehe.

Bremen, 8. Jan. Auch die Beem. Zeit. gibt jetzt eine Erklärung über die jüngst verbreiteten Gerüchte einer Zulassung in Preußen. Die B. Z. hatte sich auf die Nachricht hin, daß in Berlin eine günstigere Stimmung gegen sie eingetreten sei, schon im Frühjahr des verflossenen Jahres mit der Bitte um Zulassung dahin gewandt, war aber abschlägiglich beschieden worden. Als die günstigen Gerüchte in den letzten Wochen sich erneuerten, reichte die Verlagshandlung am 15. Dec. abermals ein Gesuch ein; es ward darin hervorgehoben, daß die Brem. Zeit. nie in einem hartnäckigen und gehässigen Oppositionsgeiste gegen Preußen befangen gewesen sei, daß schon ihre entschieden deutsche Richtung es ihr verbiete, den größten und hoffnungsreichsten Staat unseres großen Gesammtvaterlandes auf rücksichtslose Weise anzufeinden; zugleich aber ward offen ausgesprochen,

*) Der einzig hierher zu ziehende Fall jenes Artikels wäre: ... „wenn die ständischen Berathungen sich verzögern“.

Digitized by Google

daß die Zeitung die Grundsätze, welche sie für die richtigen halte, stets mit Entschiedenheit und Unabhängigkeit vertreten habe, und daß sie auch ferner ihre Ueberzeugung nicht preisgeben werde. Dies Gesuch, durch persönliche Anwesenheit einen Theilnehmerd der Vertagsthandlung unterstützt, hatte ebenfalls keinen Erfolg. Alle übrigen Gesuche, welche in einer oder anderer Weise die Zulassung der Bremer Zeit. in Preußen mit dem bei derselben am 1. Jan. d. J. eingetretenen Redaktionswechsel haben in Verbindung bringen wollen, sind nach dieser Erklärung ungegründet. Die theilweise Veränderung der Redaktion, so lauten ihre eignen Worte, steht zu dem preuß. Verbot nicht in der mindesten Beziehung; auch ist niemals von der preuß. Regierung an eine solche Veränderung irgendeine Aussicht oder Hoffnung geknüpft, noch viel weniger ist jemals von Seite der Vertagsthandlung Irgend jemand als persons gratis vorgeschlagen worden; und zum Ueberfluß können wir darauf hinweisen, daß, wie sast in allen wichtigen Beziehungen, so auch in Hinsicht auf die preuß. Verhältnisse die Tendenz der Zeitung durch den Wechsel in der Redaktion keine Veränderung erlitten hat.

## Schweiz.

** Vom Neckar, 9. Jan. Ich habe früher schon auf das bedenkliche hingewiesen, welches darin liegt, daß die Führer der radikalen Partei in Bern sich nicht der fremden Propagandisten, die daselbst lagen, entäußern; es sei mir vergönnt, jene Warnung zu wiederholen, umsomehr als ihre Nichtachtung selbst den freundlich gesinnten Hrn. Canning unangenehm berührt. Bekannt ist es, daß dieser gleich Anfangs den politischen Theil seiner Sendung als erledigt betrachtete und sich bloß noch die Aufgabe der Humanität übrig gelassen sah, die er dann mit redlichem Eifer auszuführen suchte. Darum näherte er sich den Behörden und einzelnen wortführenden Männern auf die möglichst freundliche Weise und sprach im Sinn der Mäßigung und Milde. Wenn dem aber Berner radikale Blätter und Korrespondenzen die Auslegung gaben, als billige und bewundere Canning die Politik derselben, besonders die nach dem Siege, so war dies eine durchaus falsche. Daß er die letztere in vielen Beziehungen, besonders in denen auf die Vorgänge in einigen bestehen Kantonen entschieden mißbilligt, hat er nicht nur in Bern ausgesprochen, sondern auch in seinen Berichten, wie das Morning Chronicle lehrt, niedergelegt. Wer sich recht und unbefangen umhört, dem kann es jetzt kein Geheimniß mehr sein, daß die Führer des Berner Radikalismus Cannings Entfernung wünschen. Er ist ihnen bereits lästig, besonders seit der nicht ohne seinen Einfluß und freundlichen Rath zu Stande gekommenen Beilegung der Neuenburger Sache. Unglücklicherweise ruhen grade jetzt auch die Geschäfte der Tagsatzung, und es dürfte nicht auffallen, wenn Canning, — dessen Diner nur von 5 Tagsatzungsmitgliedern besucht ward, und der ganz kürzlich eine begehrte Audienz bei dem Bundespräsidenten nicht erhalten konnte, weil dieser nicht war, — das Gebrennen müde, weggehen sollte, wo er ja officiell und nach Palmerstons Erklärungen Nichts mehr zu thun hat. Wir würden dies im Interesse der Schweiz bedauern, weil wir eben überzeugt sind, daß der Mäßigung nicht genug gepredigt werden kann, und daß es zu den nächsten Geschäften der Tagsatzung gehören dürfte, über die Handlungen und Einwirkungen der Kommissäre in einigen Kantonen zu entscheiden. Denn wie es in den Umständen liegt, ist die Einsetzung und Befestigung der neuen Regierungen in den Kantonen des ehemal. Sonderbundes eine eidgenössische Hauptsorge; in derselben aber ist den Ihnen ja auch bekannten Ehrenmännern der Tagsatzung die Anerkennung nicht schwer geworden, wie ungeeignet die Politik war, hier nach der Militärkapitulation die alten Behörden zu beseitigen und neue aufzustellen, dort mißliebige Wahlen des souveränen Volkes ohne Weiteres kassiren und für solche Wahlen die Briefe mit verstärkter Einquartirung heimsuchen zu lassen. Jene Regierungen sollen nun die Konstribution eintreiben und werden sich damit noch weniger beliebt machen; sie werden schwerlich über die Dauer der Occupation hinaus geduldet werden; dann aber wird die Reaktion verstärkt hervortreten. Gegen die Absicht und das Wort der Tagsatzung ist das Eine wie das Andere und das Verfahren im Kanton Schwyz am Offenbarsten. Wir zweifeln nicht, sie wird ihr Wort und ihre Absicht aufrecht erhalten und mit Klugheit durch das Parteigetriebe hindurchgehen. Wenn es uns anständ, munterten wir sie um so mehr dazu auf, als im Inland und Ausland nicht leicht witzende Mäßchen darauf gespannt sind, als der Geist in den kleinen Kanton ungebracht, in Schwyz, Freiburg und Wallis erbittert, und in Luzern das Volk sehr wankelmüthig ist. Es scheint aber fast, als wünsche die radikale Partei, daß Canning entfernt sei, wenn diese Verhältnisse in der Tagsatzung zur Sprache kommen. Jedenfalls richtet sie jetzt alle Hoffnung auf die franz. Kammer, rechnet mit einer, wie es mir scheint, unbegründeten Zuversicht auf den Sturz Guizot's und glaubt damit Oesterreichs Drohungen paralysirt. Das würde Frankreich und seiner dynastischen Politik und den bisherigen Erfahrungen gegenüber nur naiv sein. Wenn diese Partei aber auch meint, im andern Falle einer anderweitigen Einmischung gegenüber sicher oder doch stark genug zu sein, deren Versuch auf propagandistischem Wege zurückzuschlagen, deßhalb mit französischen Verbündeten lebhaft verkehrt und sich nicht durch Englands Versetzungen will genieren lassen, — so ist dies eben wieder das, wogegen wir warnen und caveat potius rufen müssen.

2) Bern, 7. Jan. Obwohl die Presse, gewiß zum großen Nachtheil der Sache, die Frage über Bundesrevision erst jetzt recht ernstlich zur Hand nimmt, so verstehen die Gr. Räthe der Schweiz ihre Tagsatzungsgesandten mit bestimmten Instruktionen über diesen hochwichtigen Gegenstand. Die Instruktion für die Aargauische Gesandtschaft habe ich Ihnen früher mitgetheilt. Auch die Regierung von Genf hat bereits einen Instruktionsentwurf berathen, den sie dem eben sich versammelnden Gr. Rath vorlegen will. Nach demselben soll die Gesandtschaft Genfs in Bezug auf die den 7 Sonderständen auferlegten Kriegskosten zu möglichster Verminderung oder Erleichterung stimmen. In Bezug auf die Bundesrevision schlägt die Regierung folgende Instruktion vor: 1) Die Gesandtschaft hat in brauftragt, entweder für einen Verfassungsrath zu stimmen, der ein Revisionsprojekt auszuarbeiten und dieses der Tagsatzung und dem Schweizervolke zur Genehmigung vorzulegen hat, oder für Ueberweisung der Frage an eine außerordentliche Tagsatzung, die sich in kurzer Frist mit derselben befaßt. 2) Im Fall daß die gegenwärtige ordentliche Tagsatzung in die Revision eintreten würde, kann die Gesandtschaft für jede neue Verfassung stimmen, die neben der Vertretung der Kantone mit gleicher Stimmberechtigung eine Vertretung des Schweizervolkes nach dem Maßstab der Bevölkerung in Form einer zweiten Kammer zulassen würde. Dabei wird indeß wohl verstanden, daß der Entwurf der Tagsatzung in jedem Kanton der Genehmigung des Volks vorgelegt wird, nachdem er vom Gr. Rath angenommen ist. Der Kanton Genf ist der Ansicht, daß die Bundesreform mit Mehrheit von zwei Drittel Stimmen der Kantone vorgenommen werden kann, sowie es der gegenwärtige Vertrag in Bezug auf Gegenstände von höherem Interesse vorschreibt. — In Bezug auf die Anerkennung der neuen Verfassung in den Sonderständen, Maßregeln zu Wahrung der Ehre und Unabhängigkeit der Schweiz ꝛc. soll der Gesandtschaft Vollmacht gegeben werden. — Ich habe Ihnen seiner Zeit gemeldet, daß einen Tag vor dem 23. Nov., dem Tage der Flucht des Siegwarl'schen Regiments, ein französischer Abgeordneter über die Furka nach Luzern gekommen ist. Aus zuverlässiger Quelle wird nun versichert, und mehrere Luzernen haben deraus Mittheilung gemacht, daß das französische Ministerium dem sonderbündischen Kriegsrath die Meinung zukommen ließ, falls Luzern nicht baldigst wähle, die Urkantone zurückzuziehen und nur auf wenige Tage eine bewaffnete Stellung zu beobachten; die versprochene Intervention werde nicht mehr lange auf sich warten lassen. Dadurch läßt sich die Sprache des Journals des Débats erklären, das auf die Nachricht von der Einnahme Luzerns seine Hoffnungen auf die Urkantone setzte. Unterwalderns schnelle Unterwerfung hat den feinen Plan zerstört. — In ganz anderem Tone als der Bischof von Chur, und auch in bestimmteren Ausdrücken als in seinem Schreiben an die Regierung von Luzern hat das bischöflich basel'sche Ordinariat an die provisorische Regierung des Kantons Zug geschrieben. Der Bischof J. A. Salzmann erklärt seine Bereitwilligkeit, später seines Amtes, für den erwünschten Frieden, für Ruhe und Ordnung zum allgemeinen Besten des Landes mitzuwirken. „Ich habe deßhalb", fährt er fort, „zum Ihrem Wunsche, ein Circular an die hochwürdige Geistlichkeit des Kantons Zug erlassen zu wollen, zu entsprechen, sogleich an einen hochw. Hrn. Kommissär den Aufsatz erlassen, in meinem Namen ein ernstes Wort der Warnung und der Ermahnung an die hohe Geistlichkeit des Kantons zu sprechen, durch welches sie angewiesen werde, sich niemals, ihre heil. Amtsstellung und hohe priesterliche Aufgabe vergessend, in irgend ein leidenschaftliches Parteigetreid hineinzuwerfen und den Boden der weltlichen Politik zu betreten, andernthells vorzüglich durch ihr eigenes Beispiel des Gehorsams und der Ehrfurcht gegen die bestehende Obrigkeit alles Mögliche beizutragen, damit die allgemeine Ruhe, Ordnung, Friede und Wohlfahrt befördert werde. Ich zweifle nicht, daß dieses Wort sich des besten Erfolges zu erfreuen habe".

Wie die Köln. Z. „aus sehr guter Quelle" berichtet, ist vorerst von militärischer Intervention nicht mehr die Rede; es soll eine Note Frankreichs, Oesterreichs und Preußens überreicht werden, welche

Digitized by Google

mit der historischen Auseinandersetzung dessen, was die Traktate von 1815 in Bezug auf die Schweiz verbriefsichert hat, beginnen würde. Man erinnerte dann die Schweiz, wie sie selbst in jener Zeit feierlich anerkannt, daß sie ohne Europas Beistand nicht den Frieden und die Ruhe möchte wieder gefunden haben. Man wolle gern die letzten Ereignisse, die ja vollendet und begraben, mit Stillschweigen übergehen. Was nun die Zukunft betreffe, so vertraue man auf die weise Mäßigung (sagesse) der Eidgenossenschaft, man vertraue, daß sie ihre moralische Verpflichtung gegen Europa im Auge behalten und ganz gewiß recht bald zu innerer Beruhigung kommen werde. Nur Oesterreich, so versichert die Köln. Z., habe zugleich gewünscht, eine Drohung auszusprechen, sei aber in der Minderheit geblieben.

Laut der „Suisse" hat der Papst ein Beschwerdeschreiben an den Vorort gerichtet. Der Papst beschwere sich über die Profanation einzelner Kirchen während des Krieges und über die Aufhebung einiger Klöster. Der Jesuiten werde nicht besonders gedacht.

Basel, 9. Jan. In Folge der von dem kl. Rathe ergriffenen energischen Maßregeln ist den meuterischen Bewegungen der Standestruppe ein Ziel gesetzt worden. Letzten Samstag wurde dieselbe aufgelöst und entwaffnet und 30 bis 40 der am meisten Kompromittirten sogleich über die Grenze geschafft. Eine Reorganisation der Truppe steht bevor. Das Kontingent versieht fortwährend die Wachtposten. (B. Z.)

Luzern. Nach dem „Eidgenossen" sollen 60 Gemeinderathswahlen liberal, 25 konservativ ausgefallen sein, in 24 Gemeinden sind die Wahlen theils wegen Ruhestörungen noch nicht vorgenommen, theils ihr Ergebniß noch nicht bekannt geworden.

Uri. Alle übrigen Truppen sollen aus dem Kanton zurückgezogen werden.

Zug, 8. Jan. Der Verfassungsrath hat seine Arbeiten beendigt und den Entwurf einstimmig angenommen. Die Landsgemeinde stele demnach weg, der Gr. Rath bestände aus 60 und die Regierung aus 60 Mitgliedern.

Schwyz. Die N. Zür. Z. schreibt: Die vorberathende Kommission des Verfassungsrathes hat in ihrem Entwurfe betreffend die Bezirkseintheilung den Plan aufgenommen, wornach der Bezirk Schwyz getheilt und Wollerau und Pfäffikon unter dem nicht glücklich gewählten Namen „Hof" vereinigt, dagegen die andern Bezirke in ihrem bisherigen Bestande belassen werden sollen. — Als Hauptort ist in der Vorarbeit durch Stichentscheid Schwyz bezeichnet worden. — Am 7. d. Nachmittags ist der Verfassungsrath zusammengetreten, beschäftigte sich aber in dieser kurzen Sitzung nur mit Anhörung der eingegangenen Bittschriften. — Wegen Auspfanzens einer österreichischen Fahne in Einsiedeln ist eine Untersuchung eingeleitet.

## Niederland.

Haag, 6. Jan. Der Rath der Minister ist nach den stattgehabten Veränderungen gestern zum ersten und heute zum zweiten Mal versammelt gewesen. Wie verlautet, wird die zweite Kammer der Generalstaaten den jener Veränderungen wegen ihre Arbeiten erst gegen Ende dieses oder im Anfang nächsten Monats wieder aufnehmen. Die liberalen fühlen die Nothwendigkeit, sich enger als bisher an einander zu schließen. Die Wahl der HH. von Kappard und von der Heim hat wenigstens das Verdienst die Aufrichtigkeit. Die Regierung hat Partei ergriffen und sich entschieden gegen jede gründliche Reform erklärt. Die konservative Partei hat einen Muth gezeigt, den Niemand erwartete. Derselbe beruht indeß auf einer Täuschung über die Stimmung des Landes, und diese Täuschung soll ihr dadurch genommen werden, daß die Liberalen ihren beständigen Zwisten unter sich ein Ende machen und mit vereinten Kräften auf eine vollständige Durchsicht des Grundgesetzes dringen. Die liberale Tagespresse scheint auf diesem Wege der Verständigung mit gutem Beispiele vorangehen zu wollen. — Der neue umfassende Gesetzentwurf, betreffend die bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr zu beobachtenden Vorschriften, liegt jetzt der öffentlichen Beurtheilung vor. Derselbe soll namentlich den vielfach ausgesprochenen Wünschen auf Erleichterung der Durchfuhr entgegenkommen, scheint diesen Zweck jedoch nur sehr unvollständig zu erreichen. Die Erleichterungen, welche Belgien seinem überaus rasch steigenden Durchfuhrverkehre angedeihen läßt, üben eben einen Zwang auf Niederland aus, dem es jedoch noch immer gern ausweichen möchte.

Aus dem Bericht der Regierung an die Generalstaaten über das Armenwesen des Landes ersieht man Folgendes: im J. 1845 betrug die Zahl der öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten 3716, welche 460,023 Personen Unterstützung zukommen ließen. Die Ausgaben zu dem Ende betrugen 8,929,703 und die Einnahmen 9,197,019 fl. Außerdem gab es 2412 Anstalten, welche durch Arbeitsvertheilung ꝛc. zur Verminderung der Zahl der Armen bestimmt sind. Die Wohlthaten dieser Anstalten genossen in jenem Jahre 150,462 Personen. Die Ausgaben dafür erliefen auf 3,629,678, und die Einnahmen auf 3,611,283 fl. Weiter zählt man 461 Einrichtungen zur Vorbeugung der Armuth, und zu ihnen nahmen 233,869 Personen Zuflucht. Die Ausgaben dieser Institute betrugen im Ganzen 9,299,204 und die Einnahmen 9,375,163 fl. Diese kurze Uebersicht mag beitragen als Beleg dazu dienen, daß vielleicht in keinem Lande der Welt durch Wohlthätigkeitsanstalten verhältnißmäßig so gut für die Armuth gesorgt ist, wie in Niederland.

## Großbritannien.

London, 8. Jan. Die protestantischen Dissenters halten gegenwärtig, unter andern in Westminster, Zusammenkünfte, um die ihrer Ansicht nach im Kanton Waadt bedrohte religiöse Freiheit zur Sprache zu bringen und eine Adresse an Lord Palmerston zu berathen, worin er ersucht werden soll, seinen Einfluß wenigstens dahin anzuwenden, daß die sich zur Zeit in Waadt aufhaltenden Unterthanen der Königin von England in ihrer religiösen Freiheit geschützt würden. — „Es ist Recht und Pflicht für jeden zurechnungsfähigen Menschen", heißt es in dem dieserhalb erlassenen Aufrufe der Dissentees, „vor Gott zu wählen und vor der Welt zu bekennen, zu lehren und öffentlich zu üben, ohne Zwang, Hinderniß oder Vorwurf, jedwede religiöse Grundsätze und Gebräuche, die sein Gewissen ihm als die richtigen vorschreibt, insofern sie nicht die persönlichen Rechte Anderer und die gesellschaftliche Ordnung gefährden oder das Ansehen der Obrigkeit untergraben, und daß, wenn irgendeine Regierung versucht, durch Gunst oder Schrecken, durch Bestechung oder Drohung die Gewissen ihrer Unterthanen sich dienstbar zu machen, sie gegen den vornehmsten Grundsätze der bürgerlichen und religiösen Freiheit verstößt, den hilflosen Duldern Unrecht thut, dem Urtheile des Allmächtigen vorgreift und auf dem Altare der Bigotterie und der Unduldsamkeit jene geistige Freiheit opfert, welche der Ruhm, die Schutzwehr und der Stolz jedes civilisirten und freien Staates ist." Mit solchen Grundsätzen kann man sich schon einverstanden erklären, es sind aber zugleich Grundsätze, die an Werth gewinnen, wenn sie nicht einseitig bloß der Regierung des kleinen Kantons Waadt, sondern auch mächtigeren Regierungen zur Beachtung empfohlen und von ihnen befolgt werden. Jedenfalls sind die Beschwerden der Waadter Regierung, wodurch religiöse Zusammenkünfte die auf Weiterem unterbleiben werden, nur übertriebenen Natur und durch die exceptionelle Lage der Schweiz hervorgerufen und bedingt. — Inzwischen hat Lord Russell in einem Antwortschreiben auf eine Adresse von Geistlichen, die ihre Zustimmung zu der vielbesprochenen Wahl Hampdens erklärten, eine Art Glaubensbekenntniß abgelegt. Er spricht sich darin für strengste Festhalten an der Kirchenverfassung aus, die von zwei Seiten bedroht sei, ein Mal von der römischkatholischen Kirche, welche diejenigen, denen eigenes Urtheil und Selbstprüfung lästig sei, zum Abfall vom Protestantismus verführe, sodann von den Dissenters, welche behaupteten, daß die Einrichtung der Kirche nur ein Mittel sei, die Gewissen zu fesseln und die Unterthanen zu bestrafen und daher auf eine Trennung der Kirche vom Staate hinarbeiteten. „Gegen eine solche Gefahr", äußert Russell, „kenne ich keine bessere Sicherheit als eine klare und gelehrte Bischofsbank, eine eifrige und gottesfürchtige Geistlichkeit." Der edle und wohlmeinende Lord möchte sich doch irren, wenn er die Gefahr, die der Kirche droht, allein durch eine „gelehrte Bischofsbank" abgewendet glaubt.

Wie der Graf von Arundel und Surrey, hat nun auch der ebenfalls zu den streng katholischen Familien der englischen Aristokratie gehörende Graf von Shrewsbury an den fanatischen Erzbischof von Znam, welcher Alles, was einen protestantischen Beigeschmack hat, für gottlos und verdammenswürdig erklärt, ein Beglückwünschen erlassen. Der Graf geißelt darin aufs Stärkste die Aeußerungen, die der Erzbischof in seinem gestern von uns mitgetheilten Antwortschreiben an den Grafen von Arundel und Surrey gethan hat. Der Erzbischof hatte unter Anderm behauptet, daß gegen ungemessene und denunciatorische Kanzelausfälle die bloße Admonition anzuwenden sei, wogegen der Graf Shrewsbury mit edlem Zorn bemerkt: die evangelische Disciplin fordere für eine öffentliche Sünde auch öffentliche Buße. Man ist darauf gespannt, wie sich der irische Kirchenfürst gegen diese neue Beschwerde eines Glaubensgenossen rechtfertigen wird.

Der in Folge der neuen irischen Zwangsbill in Limerick eingesetzte spezielle Gerichtshof hat seine Sitzungen am 5. Jan. eröffnet und über einen Meuchelmörder Namens Ryan, bereits sein Schuldig ausgesprochen. Unterdeß hat der Pfarrer Dermott ein von 28 Pfarr-

Digitized by Google

Kindern seines Ordens unterzeichnetes Attestat veröffentlicht, worin sie erklären, daß sie in den Konzelvorträgen Dermott's Nichts gehört hätten, was einer Aechtung und Kennzeichnung des durch Meuchelmord gefallenen Mojors Mahon gleichgekommen wäre.

Große Betrübniß hat die eben eingetroffene Trauerkunde von dem Untergange der K. Dampffregatte Ervegt erregt, welche den 20. Dec. auf der Fahrt von Gibraltar nach Malta auf die Scerlosserfen stieß. Von 270 Personen, welche die Mannschaft bildeten, retteten sich nur acht.

## Frankreich.

Paris, 8. Jan. Die diplomatischen Aktenstücke über die Angelegenheiten der Schweiz und Italiens, so umfangreich sie auch sind, sehr wenig Belehrung dar. Vermuthlich hat die Regierung die interessantesten Urkunden, wenigstens in Bezug auf Italien, zurückerhalten. Der Inhalt der vorgelegten Depeschen dreht sich fast nur um politische Gemeinplätze, aus welchen man die Ansichten des Kabinets von der italienischen Bewegung höchstens in Bausch und Bogen kennen lernt, und bei denen alle praktischen Fragen beinahe gänzlich unberücksichtigt bleiben. Was die schwierigsten Aktenstücke betrifft, so erhebt man darans im Wesentlichen die Bestätigung davon, daß Hr. Guizot die Einladungen Oesterreichs zum gemeinschaftlichen Handeln in der Zeit, wo dasselbe von Wirksamkeit hätte sein können, zurückgewiesen, und daß er die Hand erst dann geboten, als es offenbar zu spät war. In der Adreßkommission soll Hr. Guizot diesen Mißgriff dadurch entschuldigt haben, daß er durch irrige Berichte über die Widerstandskraft des Sonderbundes getäuscht worden sei. Hiernach würde die Adverfahrung des Hrn. Bois le Comte unzweifelhaft sein. Aus allen Erklärungen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in der Abtheilung und in der Adreßkommission geht übrigens die vollständige Bestätigung der seit drei Wochen von uns ausgesprochenen Ansicht hervor, daß die Sendung der HH. Radowitz und Coloredo erfolglos bleiben werde.

Die Schrift des Hrn. Petit macht der Regierung und der ministeriellen Partei in der Kammer sehr ernstliche Sorgen. Die Regierungsblätter haben bis jetzt noch nicht ein einziges Wörtchen gegen die Anklage des Hrn. Petit gefunden, ein sicherer Beweis, daß der Widerspruch seine großen Schwierigkeiten hat. Im Kabinete selbst soll zwischen den HH. Guizot und Duchatel ein ernstliches Zerwürfniß wegen der von Hrn. Petit zur Sprache gebrachten Vergänge entstanden sein.

Ueber das Loos Abdel-Kaders ist noch immer nicht entschieden. Der Marschall Bugeaud hat sich, wie man sagt, anheischig gemacht, den Emir binnen einer Stunde zu freiwilligem Bleiben in Frankreich zu überreden, es scheint indessen nicht, daß man im Kabinet das Vertrauen auf die korporalmäßige Beredtsamkeit des Herzogs von Isly theile. Ein Provinzialblatt will wissen, daß ein von Gibraltar gekommenes englisches Schiff an der Küste zu Abdel-Kader's Einschiffung bereit gewesen sei, daß die Franzosen aber diesen Plan errathen und dem Emir den Rückzug nach der See unmöglich gemacht haben.

Aus der mit Jahresschluß erfolgten strafgerichtlichen Statistik ergibt sich, daß die Geschworenengerichte im vorigen Jahr 67 und die Kriegsgerichte 102 Todesurtheile ausgesprochen haben. Todesfälle durch Zufall sind in den amtlichen Tafeln 7400 und Selbstmorde 3000 verzeichnet. Vergleichsweise wollen wir bei dieser Gelegenheit anführen, daß die letzte spanische Kriminalstatistik nur 24 Selbstödtungen, dagegen aber 3500 Morde und Todtschläge herausstellt. Unter der angegebenen Zahl der Todesfälle durch Zufall waren 600, durch gewöhnlichen Fuhrwerk und bloß 12 durch Eisenbahnen veranlaßt.

Alexander Dumas ist in einen scuderdaren Prozeß verwickelt. In seinem Romane la Dame de Montsoreau, der am Hofe Heinrich's III. spielt, nennt er einen gewissen St. Luc, wie es scheint nach geschichtlichen Quellen, unter den Schandbuben jenes Königs, der sich selbst in seiner ganzen Umgebung durch seine unnatürlichen Laster gebrandmarkt hat. Jetzt nun tritt ein Markgraf de l'Espinay de St. Luc auf, welcher im Namen seiner beleidigten Familienehre gegen den Romanschreiber klagt. Bis zur Entschridung dieses Processes würden wir es nicht auf uns nehmen, Kain einen Todtschläger zu nennen.

## Portugal.

Lissabon, 2. Jan. Die Königin hat heute die Cortes mit einer möglichst unbedeutenden Rede eröffnet. Eben so unbedeutend versprechen die Debatten zu werden, da eine Opposition so gut wie gar nicht existirt. — Die beiden Brüder Cabral sind wieder in ihre Stellung als Mitglieder des Geheimen Rathes eingesetzt. Wie es heißt, wird Graf Thomar als Gesandter nach Paris gehen, sein Bruder Silva Cabral dagegen zum Finanzminister ernannt werden. Nach einer andern Nachricht soll der Letztere den Gesandtschaftsposten in Rio-Janeiro erhalten.

## Italien.

Ueber die Vorgänge in Mailand bringt die Allg. Zeit. vom 4. Jan. Nachmittags folgenden Bericht: Schon vorgestern den 2. kam es, wie Sie wissen, zu Thätlichkeiten zwischen den Raudern und Tumultnanten, einem großentheils bezahlten Gesindel, hier Barabba genannt. Es kamen einige Verwundungen vor. Gestern den 3. dauerte der Anfanf von Mittags bis Nachts fort. Zahlreiche Haufen durchzogen den Corso Francesco, schrieen, lärmten, schimpften, pfiffen gegen die rauchenden Soldaten, denn nur diese rauchten und waren in großer Anzahl vorhanden, und so kam es zwischen 5 und 8 Uhr zum förmlichen Handgemenge; nicht allein bieben die Raucher ein, sondern auch die Kavalleriepatrouillen. Die Anzahl der Todten wird verschieden angegeben, man spricht von sieben bis acht; Andere reden, in der gewöhnlichen Uebertreibung, gar von zwanzig und mehr. Daß dabei wieder Unschuldige mitleiden mußten, ist so wahr als natürlich! So verschied der Appellationsrath Manganini oder Manganelli, ein Tiroler, an drei tödtlichen Wunden nach wenigen Minuten. Die Anzahl der Verwundeten ist natürlich noch größer; die Angaben darüber lauten aber so unbestimmt, daß ich keine Zahl nur mit einiger Sicherheit anzugeben vermöchte. Die Garnison stand in den Kasernen unter den Waffen, die Militärpatrouillen sollen 900 Mann stark abgerissen sein. Ein polizeilicher Anschlag wurde von dem Pöbel wieder abgerissen, ist aber in der Zeitung erschienen. Heute ist bis jetzt scheinbar Alles ruhig, der Corso Francesco wie gewöhnlich. Die Cisterne dürfen von nun an nicht mehr in Civil, sondern müssen stets in Uniform erscheinen. Heute ist der Schluß des Lottospiels für die morgige Ziehung. Es soll von den Malcontenten nunmehr beschlossen sein, die Leute auch am Lottospiel zu hindern wie am Cigarrenrauchen, um dem Staate zu schaden. Das wird aber noch schwerer gelingen, weil der Italiener ein viel leidenschaftlicherer Lottospieler als Tabakrancher ist. Vielleicht auch daß der Eifer sich gestern etwas abgekühlt ist. Gestern Abend wurde in einem Kaffeehause gegen die Porta Comasina hingeschossen, ohne daß der Thäter entdeckt wurde. Der Schuß traf Niemanden. Das Scala-Theater ist gestern und heute geschlossen. Man spricht von gleichzeitigen Anordnungen in Bergamo, Brescia und Mantua. Von den hiesigen Rubestörern sind viele eingefangen worden. Ihre Aussagen werden Manches aufklären. Nach Berichten vom 5. und 6. Jan. ist die Ruhe nicht weiter gestört worden; das Anathem gegen die Cigarren soll für die ganze Lombardei der gegebene Wahlspruch gewesen sein, und auch in Bergamo, Brescia, Verona, Pavia habe kein Italiener sich mit der Cigarre zu zeigen gewagt.

Der Vicekönig Erzherzog Rainer hat am 5. d. eine Proklamation erlassen, worin es heißt: Ruhestörerische Kundgebungen können nur den Allerböswichten Entschedt verzögern und meine bestbegründeten Hoffnungen vereiteln, indem Ich dann die Wünsche, welche zu ihren Gunsten nicht die Unterstützung der so sehr erforderlichen Mäßigung hätten, nicht vor den Thron Sr. Maj. bringen könnte. Während es mittlerweile Meine eifrige Sorge ist, über die persönliche Sicherheit aller Einwohner dieser Stadt zu wachen, ist es andererseits Meine strenge Pflicht, nicht zu erlauben, daß verdammte Peloton willkür sich herausnehme, die individuelle Freiheit zu verletzen, wie sie durch unsere weisen Gesetze Jedermann gesichert ist. Geliebte Mailänder! Schon früher habe ich Beweise Eurer Anhänglichkeit auch an Meine Person erhalten, und jetzt vertraue ich auf Eure bekannte Klugheit und Mäßigung. Seid also ruhig, vertraut dem, welcher der Leitung und weisen Anordnung Eurer Anliegen vorgesetzt ist, und Ihr werdet bald erfahren, wie die allerhöchste Huld für das öffentliche Wohl zu sorgen weiß.

Chur, 8. Jan. Die Antipathie der Italiener macht sich in der Lombardei auf seltsame Weise Luft. Privatbriefe und mündliche Nachrichten erwähnen eines Konflikts, der in Mailand soll Statt gefunden haben. Bekanntlich verkauft dort die Regie schlechten Tabak um theures Geld. Der Lombarde, der recht guten eigenen Tabak haben könnte, ist gezwungen, gallizische Cigarren zu rauchen. Nun scheint unter den höhern und mittlern Ständen der italienischen Bevölkerung eine Verschwörung zu bestehen, ihre österreichischen Regenten und Wächter auf alle mögliche Art zu necken und ihnen wenigstens in unpolitischen Dingen zu trotzen. So findet das schöne Geschlecht keinen Gefallen mehr an den österreichischen Offizieren und weigert sich, auf Bällen mit ihnen zu tanzen. Die Jünglinge dagegen wollen sich des Rauchens enthalten und haben unter sich ausgemacht, keine

Digitized by Google

Regie-Cigarren mehr zu kaufen. Begegnet Einer auf der Straße einem Landsmanne mit der Cigarre im Munde, so tadelt er dieser ein, die Oesterreicherin werfen wegzuwerfen und wird dem Gesetz nicht Folge geleistet, so wird der Raucher als Spion, Verräther ꝛc. traktirt. Künftig sollen nun etwa 40000 Cigarren unter die Soldaten der Garnison ausgetheilt werden sein, damit diese hinwiederum der Bevölkerung Trotz um Trotz bieten können: So erzählt man sich hier. Von Neckereien kam es zu Thätlichkeiten. Am 3. und 4. d. M. gab es blutige Auftritte in der Stadt; man spricht von 10 — 12 Todten und gegen 60 Verwundeten. Briefe vom 5. berichten, daß man auch den Abend einen neuen Ausbruch der Feindseligkeiten befürchte. Mündliche Nachrichten vom 6. bestätigen diese Besorchungen und zählen 18 Todte (!) Morgen kann ich Ihnen vielleicht etwas Näheres schreiben. Daß die Aufregung in der Lombardei nicht unbedeutend ist, das sieht sich schon aus der Art und Weise schließen, wie der Deputirte Rezzi in der Centralkongregation aufgetreten ist. Diese Behörde besteht aus drei Repräsentanten jeder Provinz und versammelt sich zu Mailand, um die Regierung mit ihrem Rath zu unterstützen. Bis anhin war ihr Einfluß, sozusagen, Null, und ihre Mitglieder, die ein jährliches Gehalt von 2000 fl. beziehen, wurden so gewählt, daß die Regierung sie unschädlich machen konnte. Allgemein war daher das Erstaunen, als Rezzi von Treviglio, Provinz Bergamo, mit seiner Motion auftrat und verlangte, daß die Centralkongregation die Initiative ergreifen, sich zum Dolmetscher der Wünsche, Bedürfnisse und Klagen des Volkes machen und dieselben in legitimer Fassung vor den Thron bringen solle. Morgenden suchte der Graf von Spaur, Gouverneur von Mailand uns als solcher Präsident der Centralkongregation, den Antragsteller um Rücknahme seiner Motion; er und einige seiner Kollegen beharrten standhaft darauf. Es ist keinesweg anzunehmen, daß der Rath in seiner momentanen Emanzipation gar zu weit gehen werde; allein der erst Schritt ist ausgestoßen worden; jedenfalls hat die Behörde die Legalität für sich. Sie könnte je nach Umständen der österreichischen Regierung ernsthafte Schwierigkeiten bereiten und in der Lombardei jene legale Agitation gründen, welche Oesterreich mit Unruhe über das übrige Italien sich ausdehnen sieht.

* Rom, 31. Dec. Das Motuproprio, dessen Erscheinen ich Ihnen gestern gemeldet habe, geht davon aus, daß die beiden Motuproprio vom 1. und 15. d. Dezember, durch welche die Staatskonsulta und die Kommunalverfassung von Rom eingesetzt worden seien, nothwendig eine Umgestaltung des Ministerkonseils erheischt hätten. „Es ist daher unsere Absicht gewesen", heißt es weiterhin, „daß die Attributionen eines jeden Ministeriums vor Allem getheilt und klar abgegrenzt würden, damit jedes seine eigene und von einem andern Dikasterium unabhängige Handlungsweise habe und eine Verantwortlichkeit übernehme, welche, indem sie sich auf die Subalternbeamteten erstreckt, dem Gouvernement jene allgemeine Garantie gewähre, die alle diejenigen leisten müssen, deren Händen die öffentliche Verwaltung anvertraut ist. Um den täglich wachsenden Bedürfnissen entgegenzukommen, hat man auch dem Ministerkonseil einen Präsidenten von Amtswegen ähnlich wie der Konsulta beigegeben. — Sämmtliche Verwaltungen des Staats sind unter folgende Ministerien vertheilt: 1. das Auswärtige. 2. das Innere. 3. Oeffentlicher Unterricht. 4. Gnade und Gerechtigkeit. 5. Finanzen. 6. Handel, schöne Künste, Industrie und Ackerbau. 7. Oeffentliche Arbeiten. 8. Kriegswesen. 9. Polizei. Die Chefs dieser Ministerien bilden das Ministerkonseil. Ein einziger kann aber mehrere Portefeuilles auf einmal führen, sobald dieße 9 Abtheilungen nur den höchsten Grad der Theilbarkeit der Staatsverwaltung bezeichnen. Dem Ministerkonseil ist ein Sekretär beigegeben. Präsident des Konseils ist der Staatssekretär und Minister des Auswärtigen, der jeder Zeit ein Kardinal sein muß und dem ein Prälat mit dem Titel eines Substituten beigegeben ist. So oft ein Chef der anderen Ministerien auch ein Kardinal ist, hat er ebenfalls einen solchen Substitutstituten zur Seite. Bei der Vorlage und der Behandlung derjenigen Geschäfte, welche in §§. 23 u. 25 des Motuproprio über die Staatskonsulta angegeben sind, sind die Minister gehalten, vorher die Staatskonsulta anzuhören und ihr Votum einzuholen. Jeder Minister ist für Alles, was die Leitung, den Gang und die Verwaltung seines Ministeriums angeht, verantwortlich; er hat sich dafür wirdenum an die mit der Ausführung betrauten Subalternbeamten zu halten. — Als eine Folgewirdigkeit hat man neben Anderm auch die Unterordnung der Cloica unter das Ministerium des Auswärtigen gezogt. — Die regelmäßigen Sitzungen des Konseils, welchen der Staatssekretär präsidirt, haben jede Woche ein Mal Statt. Der Präsident leitet die Diskussion, und nachdem ein Minister den Bericht über ein gegebenes Geschäft beendigt hat, stellt er die Frage zur Lösung. Stimmenmehrheit leitet die Deliberation ein. Das Protokoll muß dem Papst durch den Sekretär überreicht werden. In Hüllen der höchsten Wichtigkeit behält sich der Papst vor, das ganze Kardinalskollegium zu befragen. Nach der oberherrlichen Entscheidung kann kein Geschäft unter irgendeiner Bedingung wieder in Vorschlag gebracht werden. Die Bedingungen, unter welchen die Auditoren zur Theilnahme an den Staatsgeschäften zugelassen werden, sind im Allgemeinen dieselben, wie bei denen der Staatskonsulta. Sie müssen unfonst dienen und die Möglichkeit ihres Unterhalts nachweisen können. Aus denen geistlichen Standes werden die Prälaten der Gnade und Gerechtigkeit und die Mitglieder der Accademia ecclesiastica ausgewählt; aus denen weltlichen Standes werden die Beamten gewählt. Nur die Minister haben auf die Ehre der päpstlichen Audienz Anspruch und genießen dieselbe jede Woche regelmäßig ein Mal. Jeder Minister hat bis zum nächsten März einen Entwurf zur Verwaltungsorganisation einzureichen, die er seinem Ministerium zu Grunde zu legen gedenkt. Diese Entwürfe werden von dem Ministerrath einer mit deren Prüfung beauftragten Kommission vorgelegt. — Das Erscheinen österreichischer Truppen in Modena und Parma hat sowohl in den höheren Kreisen, als in dem Volk keinen besonderen Eindruck gemacht. Man beruhigt sich vollkommen bei der Versicherung, daß Oesterreich keine Interventionsabsichte hege. — Was die Anrede des Kardinals Macchi (nicht Mai) im Namen des Kardinalkollegiums betrifft, dessen Dekan er ist, so legt Niemand ein Gewicht darauf, da solche Proteste herkömmlich sein sollen bei dieser Gelegenheit. Zu Gregor's Zeiten hatte der Kapuzinergeneral Card. Micara dieses Amt und suchte es nach der eigenthümlichen Richtung seines Charakters weidlich auszubeuten. Sooft er aber die Kapuzinerpredigt begann, pflegte ihm der Papst zuzurufen: „Schon gut, schon gut, wir wissen's schon."

* Rom, 1. Jannar. Eine Verordnung des Generalkommandos der Civica, der zufolge die Wache eines jeden der 12 Quartiere Roms um 100 Mann verstärkt worden war, erregte Anfangs einige Aufmerksamkeit. Später erfuhr man, daß ein neuer Versuch gemacht worden war, die 35 berüchtigten, theils radikalen, theils kommunistischen Artikel, welche durch Maueranschläge bekannt gemacht worden waren, zur Kenntniß des Papstes zu bringen. Die Polizei soll die auf der Piazza bei Pasquin versammelte Jugend zerstreut haben. Man scheint auf derartige Demonstrationen vorbereitet gewesen zu sein, da der neugebildete Senat einen Aufruf an das römische Volk veröffentlicht hat, durch welchen er zur Ruhe und zu gutem Muth ermuntert und in letzter Instanz auch Annektionsluft als ein tödtliches Element des Fortschritts empfiehlt. D. Carlo Torlonia, der ältere Bruder des Bankiers, ist gestern in Folge eines rasch verlaufenen Gallenfiebers gestorben. Er wird allgemein betrauert. Den größten Theil seines nicht unbeträchtlichen Einkommens pflegte er auf milde Stiftungen und gute Werke zu verwenden. Um das von ihm als Obrist befehligte Bataillon der Civica hatte er sich namhafte Verdienste erworben. Dem Papst, welcher sich während der Krankheit sehr theilnehmend bezeigt hat, mag dieser Fall sehr nahe gehen, da man sich einstimmig annimmt, daß die freventliche Handlung der Oeffentlichkeit, deren Parabeit sich schuldig gemacht hat, dieses Opfer geliefert habe. Ob der Papst selbst es in seiner Gewalt gehabt hätte, einen solchen vorgeschichten und wie jetzt der Prozeß zu beweisen scheint, unverdienten Verhaussuß zu verhüten, da ihm zudem der Tode persönlich sehr lieb gewesen ist, so fürchtet man eine unangenehme Rückwirkung dieser Nachricht auf seine überdies weich gestimmte und von vielen Seiten her bestürmte Seele.

* Rom, 2. Jan. Wäre das römische Volk bei allen seinen Mängeln nicht so gutartig, und wüßte man sich hier zu Lande durch Räsonniren und Schimpfen nicht der üblen Laune so schnell zu entledigen, so hätte das Jahr 1848 einen recht betrübten Anfang nehmen können. Am Neujahrstage, wo man sich einen frohen Anfang mit Mädchenchören versprechen hatte, befanden wir uns plötzlich inmitten der wunderlichsten Gerüchte. Das Einschreiten von Polizeisoldaten gegen die auf Piazza del Popolo zum Zug nach dem Quirinal Versammelten machte böses Blut, aber eben nur gegen den Gouvernatore, der das Schicksal seiner Vorgänger theilt. Statt zum Papst, zog man zum Senator Fürst Corsini. Diesem klagte man sein Leid. Er mußte versprechen, dem Papst selbst Vorstellungen über das ihnen zugefügte Unrecht zu machen. Man hielt seinen Palast besetzt, bis er sich Abends dahin begab. Gestern Morgen hieß es, der Papst habe dem Volk Satisfaktion versprochen, und als die Fürsten Borghese und Doria nebst andern Staatsmitgliedern mit demselben Anliegen vor ihn traten, versprach er, nach Neujahr Zug in der Stadt zu verrichten. Er hielt Wort. Zuerst fuhr er nach St. Peter, dann an dem

Digitized by Google

Quartier von Palazzo Borghese vorbei und über den Corso nach dem Quirinal zurück. Die Civica hatte sich freilich mehr noch versprochen und bildete sich ein, er werde sämmtliche Quartiere der Stadt besuchen, weßhalb sich diese plötzlich mit Uniformirten füllten. Soweit kam es indeß begreiflicher Weise nicht. Cicervacchio jedoch zeigte sich seiner Fahne, auf welcher die Worte standen: „Heiliger Vater, Sie verdrängten dem Volke, welches mit Euch ist", auf dem Wagen, der der Karosse des Papstes folgte, Platz zu gewinnen, und gelangte so in den quirinalischen Palast hinein. An den Stufen der Treppe endlich ihn der Papst und bat ihn, mit dem Volk sich nach Hause zu begeben. Dies geschah augenblicklich und die Komödie war beendet. Wie ernst übrigens während des Verlaufs dieses Dramas die Sache genommen worden war, mag der Umstand zeigen, daß man am Neujahrstag gegen Abend die Thore des päpstlichen Palastes geschlossen hatte. Anderthalb hatte man sogar die Linientruppen patrouilliren lassen, die Kavallerie war selbst aufgerieten mit dem Befehl, nöthigen Falls einzuhauen — und Alles blieb am Nichts! — Kard. Ferretti, der die militärischen Vorbereitungen in Person getroffen hatte, wird, nachdem er sich auf diese Weise kompromittirt, kaum länger an seinem Platze verbleiben können.

Florenz, 3. Januar. Die „Gazzetta" bringt heute ein unter den gegenwärtigen Verhältnissen doppelt wichtiges Aktenstück, nämlich einen zwischen Toskana, Modena und dem damaligen Herzog von Lucca, gegenwärtigem Herzog von Parma, abgeschlossenen geheimen Vertrag, an welchem auch die Regierungen von Oesterreich und Sardinien sich betheiligt hatten. Der Vertrag enthält vorzugsweise Bestimmungen über wechselseitige Gebietsanstauschungen, die gegenwärtig den getroffenen Stipulationen nach ins Werk gesetzt werden sollen. Die Mittheilung dieses Aktenstückes, auf dessen wesentliche Bestimmungen wir zurückkommen werden, wird mit folgenden Worten in der Gazzetta eingeleitet: „Da durch den Tod J. M. der Erzherzogin, Herzogin von Parma, ein geheimer im November (28.) 1844 abgeschlossener Vertrag zur Vollziehung gekommen ist (essendo divenuto esecutorio), so dringt sich gegenwärtig die Nothwendigkeit auf (si rende ora opportuno), ihn terminsgiter zu veröffentlichen. Die Mittheilung dieses Aktenstückes soll, wie nicht schwer zu errathen, andeuten, daß die großherzogliche Regierung sich der vertragsgemäßen Abtretung von Pontremoli nicht mehr entziehen könne. Während dies in Florenz vorsichtig angedeutet wird, meldet die „Gazzetta Piemontese" vom 3. d. M. in drei Zeilen: „Am 27. Dezbr. trafen in Parma 350 Mann österreichischer Infanterie ein; das Herzogthum Guastalla und das Gebiet jenseits der Enza sind schon in den Händen des Herzogs von Modena."

Neapel, 29. Dec. Nach den in Genua eingetroffenen Nachrichten wiederholten sich am Abend des 24. oder 25. die Volksversammlungen zahlreicher und imponirender als je. Die bewaffnete Macht sprengte sie auseinander. An einem dieser Abende wird die Civica die Zumuthung gemacht, vereint mit den Schweizer Truppen die Volksbewegung zurückzudrängen. Der König ließ die Civica für diesen Widerstand im Kastell von St. Elmo in Arrest stehen. So berichtet auch die „Gazzetta Piemontese".

## Handels- und Börsennachrichten.

* Frankfurt, 10. Januar. Durch die öffentliche Feldrung des Bankierhauses M. A. v. Rothschild und Söhne ist den Anlagen öffentlicher Blätter ein Ziel gesetzt. Die Frage ist nun, was zu Erhaltung der Fabriken geschehen kann, welche sich augenblicklich im Insolvenzzustande befinden. Da die dortigen Gläubiger sich bemüßigt mit vielem Gegenstande beschäftigen werden, so finde ich es zweckmäßig, Ihnen die Ansichten eines erfahrenen Kaufmannes, der von allen Geschäften zurückgezogen und daher ohne Privatinteresse ist, mitzutheilen. Es ist bekannt, daß die Fabriken, ohne hinlängliches eigenes Kapital, bis jetzt durch ein künstliches, meistens durch die eigenthümlichen Operationen des Bahr'schen Hauses angeschafft wurde, erhalten worden sind. Man schätzte dieses Kapital auf 3–4 Mill., wofür Theilen der Fabriken an Ober St. v. Bahder auf die breiten Frankfurter Häuser ausgestellt worden. Genau läßt sich hier Nichts angeben, da noch kein offizieller Status der Masse bekannt ist. Diese Theilen sollen nun auf die Fabriken zurück, und sie haben die Alternative, solche einzulösen oder sich insolvent zu erklären. Sollte letzter Fall eintreten, so ist Alles verloren. Denn die Maschinen und Einrichtungen öffentlich verkauft werden, so wird nicht der 10. Theil des ausgelegten Kapitals gelöst, und Wechselgläubiger wie Aktionäre verlieren wenigstens 3/4 ihrer Forderungen; es werden Tausende von Arbeitern brodlos, und der Schaden für das badische Land läßt sich nicht berechnen. Die Mittel, dies zu verhindern, sind ganz einfach, und ohne neue Lasten für die Unterthanen ist dieses durch den guten Kredit des Großherzogthums zu bewerkstelligen, und zwar in folgender Weise. Die Amortisationsklasse emittirt für 4 Mill. neue 3½% Obligationen, mit Inhalt, daß sie gegen die von den Fabriken ausgestellten Wechsel aus jener Wechselmasse durch sie einkäuflich schähen, obschon diese Obligationen 10% unter Pari stehen, sein ausgelegtes Geld wieder zu erhalten. Die Frankfurter Bänker welche heute das Geld in baarem Agrgio haben, werden von ihrem Agrgio befreit und haben keine Forderungen mehr an die Fabriken. Den Staat kostet diese Operation jährlich 140,000 fl. Zinsen, wofür ihm sämmtliches Eigenthum den Fabriken als erste Hypothek übergeben wird. Es ist allgemein bekannt, daß die Verhältnisse des künstlichen Kapitals durch die Bahr'schen Operationen und täglichen Umsätze an Courtage und Provision mehr als 20% jährlich gekostet und daß dennoch die Sinnerei und Weberei ihren Aktionären eine jährliche Dividende von 3% bezahlt hat. Wenn also die Fabriken dem Staat 5% Zinsen entrichten, so kommen sie sehr gut dabei weg. Da sie nun ihr eigenthümliches Kapital haben, so können sie ihr rohes Material an Baumwolle, Farbstoffen, Eisen u. s. w. aus der ersten Hand viel wohlfeiler beziehen. Die Fabriken zahlen nun diese Amortisationsrate der Annuität zu 5%, oder 200,000 fl. jährlich. Mit dem Ueberschuß von 60,000 fl. nach der Bezahlung der 3% Zinsen wird diese Schuld jährlich amortisirt, so daß mit Anbauung der Zinsen der jährlich heimgezahlten Obligationen innerhalb 35 Jahren der ganze Vorschuß von 4 Mill. bezahlt, verzinst und das Anlehen getilgt wäre. Die Fabriken verbleiben, die Arbeiter werden nicht brodlos, die Gläubiger, welche dann bis die Fabriken unterstützt haben, kommen zu ihrem Gelde, und das Alles ohne daß es den Staat einen Heller kostet. Möchten diese Worte am gehörigen Orte Anklang finden. Mehr praktischen Rath wissen Sie mir nicht zu geben, als die vielen Räsonnements über englische Aristokratie und Unterdrückung der deutschen Industrie. Solche übrigens obiger Plan durchgehen, so verbleibt es sich noch dabei, daß jeder Fabrik wegen vom Staate zu bestellender Sachverständige kontrolirt und die Mitwirkung der frühern Banquiers in Karlsruhe durchaus ausgeschlossen werden müßte.

London, 6. Jan. Heute erschien die Einnahme- und Ausgabetabelle für das J. 1847. Die Gesammt-Jahreseinnahme aus den verschiedenen, wie aus den außerordentlichen Hülfsquellen belief sich auf 49,397,566 L. und ergibt gegen das am 5. Jan. 1847 endende Jahr einen Ausfall von 2,217,454 L., aber aus folgenden Anlehen erwuchs: Chinesischer Kriegsentschädigung, deren letzte Termine einzahlung in das am 10. Oktober 1846 endende Quartal fällt, mit 667,644 L.; Nachzahlung von Vorschüssen für irische Gutsbesitzer u. s. w.), deren Verminderung die letzigen Verhältnissen leicht begreiflich, 506,365; Donanen 295,367, wobei die seit während des ganzen Jahres freie Korneinfuhr als verhältnißigen, aus Accise 190,504, und zwar in Folge einer industriellen Thätigkeit und das Feiern so vieler Arbeiter hinlänglich erklärt wird. Dagegen ergibt sich eine Mehreinnahme für Stempel um 28,132 L.; für Steuern 12,153; für Zollunmittelbar 3,410 und für Post 40,000. Die Viertelsjahrseinnahme war 11,465,338 und ergibt gegen die des entsprechenden Quartals 1847 einen Ausfall von 1,155,313 L., erwachsend aus: Donanen 402,859; Accise 361,272; Nachzahlung von Vorschüssen 228,401; Stempel 175,432; vermischte Einnahmen 17,911, weggegen eine Vermehrung eingetreten in dem Ertrag der Einkommensteuer um 12,348; direkte Steuern 4884, Post 5000 und Kronländereien 10,000. An der Börse war man allgemein der Ansicht, daß in Rücksichtnahme der außergewöhnlichen Lage des Landes die Zahlen sich günstiger gestellt als sie erwartet worden seien, wenn man zwischen den ordentlichen und außerordentlichen Einnahmezweigen unterscheidet und in Anschlag bringt, daß gerade die letzteren bei dem Ausfall in der Jahreseinnahme eine starke Rolle spielen.

Frankfurt, 11. Jan. Oesterr. Met. 103¼ P. — 5% P. 2½% 317/8. Bankaktien pro ult. 1950 G. — 500 fl. Loose von 1834 156½; 250 fl. Loose von 1839 — G., Preußen. Köln-Minden 93⅜ P. 93⅝ G. Baiern. Ludwigs-Nordbah 86¾ P. 86½ G. Württemberg. 3½% Oblig. 88¾ G. — Geldsorten: Prav. Louisd'or 11 fl. 6 kr. — Kr. Fr'or 9 fl. 47 kr. — ditto Preuß. 9 fl. 54 kr. — Poll. 10 fl. Stücke 9 fl. 58 kr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 30 kr. Engl. Souvereigns 12 fl. — kr. — Laubtaler ganze 2 fl. 43½ — Oesterreich. Taler 1 fl. 44⅞ kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Berlin, 8. Jan. 3½% Staats-Sch. 92½ Prämien-Scheine 91½ Poln. Loose 500 fl. 79¾ — ditto 300 fl. 99⅞ Ludwigs-Berbach — Berl.-Anh. 104½ Berl.-Stett. 103¾ Berl.-Frf.-Nordb. 58½ — Köln-Minden 94.

Wien, 7. Jan. 5% Met. 104⅛ — Bankaktien 1620 — 500 fl. Loose 1567 — 250 ditto 112⅜ — Nordbahn 139⅞ — Wien-Gloggnitz 111 — Mailand-Venedig 86¾.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[27]3 Durch alle Postanstalten und Buchhandlungen ist zu beziehen die jeden Montag erscheinende:

# Allgemeine Auswanderungszeitung.

Redigirt von
**Dr. Büttner, G. M. v. Roß und J. G. Streckfuß.**
Mit Karten, Plänen und Illustrationen
Preis quartaliter 14 Sgr. oder 1 fl. 3 kr.
Verlag von G. Fröbel in Rudolstadt. — Leipzig, bei J. G. Beyer.

NB. Probeblätter werden auf Verlangen gratis geliefert. Vom 1. Jahrgang sind complete Exemplare noch vorhanden.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle ehrlichen verbreitet diese Zeitung.

Für England bei Hrn. Oser u. Sons., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an G. A. Niemeyer in Straßburg 20 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Groß. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Ausgaben nach der Norm einer vorteilhaften Postpacht mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 14. Heidelberg, Freitag 14. Januar 1848.

## Uebersicht.

**Die polnische Verschwörung.** VI. Die Gemäßigten in Posen. — **Wien** (Verstärkung der Armee. Der Vorfall in Gräz). Aus **Preußen** (v. Dahrowski). **Berlin** (Firmenich's „Völkerstimmen." Verordnung wegen größerer Heftigkeitung des Sonntags. Die Landwehr). **Magdeburg** (die neue Gemeinde). **Posen** (das Gerücht von der Aufbebung der Grenzzölle zwischen Rußland und Polen). **München** (die konstitutionelle Zeitung). **Leipzig** (Berichtigung in Betreff des Theaterconcurstriches). **Kartsruhe** (die Hader'sche Sache. Kammerverhandlungen). **Cr. Hessen** (die Ausweisung Jente's). **Darmstadt** (die Kammer. Jaup). **Frankfurt** (die Bundesversammlung). **Hamburg** (mehrere Mitglieder des Grundeigenthümervereins polizeilich verhört).

**Schweiz.** Bern. Das Schreiben des Bischofs von Sitten und die Regierung von Wallis. Belobung des Generals Dufour. Tagsatzungsverhandlungen. Dr. Kern. Freiburg. Die ribgenössischen Repräsentanten in Freiburg. Luzern. Streichreife auf Siegwart Müller und Hautt. — Belgien. Die Anmaßungen des Klerus unter der früheren Verwaltung.

**Großbritannien.** Die Journale über Abbel-Kader's Gefangennehmung. Proben norbamerikanischen und englischen Humors.

**Frankreich.** Die Schließung der Vorlesungen Michelet's. Verhaftung und Freilassung Cabet's. Uebersetzung von drei Regimentern aus Algerien. Die Annexationsfrage der Pairskammer. — **Spanien.** Madrid. Radikalenstreiche. Ankunft Espartero's in San Sebastian. — **Italien.** Turin. Gericht über Massa und Carrara. Der König. Beschlüsse im Sinne des Fortschritts.

---

### Die polnische Verschwörung *). VI.

#### Die Gemäßigten in Posen.

In einer bekannten Denkschrift an den König von Preußen über das Großherzogthum Posen erklärte der Staatsminister v. Flottwell, der frühere Oberpräsident dieser Provinz, die dortigen Polen wären entweder radikale Demokraten oder übermüthige Aristokraten; eine gemäßigte, dem Thron ergebene Partei wüßte man bei ihnen vergebend suchen. Die Posener suchten in einer Gegenschrift diesen Satz zu widerlegen, sie protestirten gegen diese Behauptung — aus nothwendiger Taktik, aber nicht aus wirklicher Ueberzeugung. Der Staatsmann hatte wahr gesprochen.

Dennoch bildete sich hier allmählich eine Partei der Gemäßigten heran, die sich in die Mitte zwischen Extreme stellte und sie auszugleichen suchte, eine Partei, deren im Polenprozesse nur hie und da Erwähnung geschieht, die aber hier nicht übergangen werden darf, denn sie bildet einen integrirenden Theil der von uns geschilderten Bewegung, sie beweist, daß es auch schon damals nicht an Männern fehlte, die das Nothwendige und Mögliche einsahen, und daß ihre Bemühungen nicht nur fruchtbar gewesen, sondern daß es ihnen vielleicht auch gelungen wäre, die Demokratie auf eine ganz neue viel heilsamere Bahn zu lenken und sie hier bis zu einem jener Tage aufzuhalten, die über das Schicksal der Völker entschieden werden, wenn nicht ein Zufall von Außen, der in keiner der bisherigen Darstellungen nach seiner wahren Bedeutung gewürdigt worden ist, Alles wieder rückgängig gemacht und in das frühere verderbliche Gleise zurückgeschleudert hätte.

Freilich und natürlich waren diese Gemäßigten keine im Flottwell'schen Sinne, keine dem Thron ergebenen Preußen; sie waren vor Allem Polen, Patrioten; aber ihre Liebe zum Vaterlande machte sie nicht blind gegen die bestehenden Thatsachen, sie konnten nicht glauben, „daß der Muth vollendet werde, was die Verzweiflung begonnen", wie es in dem berühmten Nationallied heißt, und sie besaßen Muth eben jenes Muthes der Verzweiflung, der Alles einsetzt, weil er Alles gewinnen will und dem Augenblicke das ganze Leben aufopfert, den viel höhern Muth der Entsagung, der mit Schmerz für eine nicht zu erlebende Zukunft arbeitet, der jeden Augenblick des Lebens einer Beschäftigung zum Opfer bringt, die zwar nur Sandkorn für Sandkorn, aber zu einem Bau der Ewigkeit reicht. Sie allein berücksichtigten das, was die Polen leider immer zu berücksichtigen vergaßen: die Zeit, sie allein waren von vornherein jedem Aufstandsversuche abgeneigt, sie allein endlich suchten die Parteien zu vereinigen, aber nicht wie etwa Lelewel im Namen seiner Persönlichkeit und zu einem tollkühnen Unternehmen, sondern im Namen eines Prinzips und zu einem verständigen, erreichbaren Zwecke. Ihr wollt eine soziale Revolution hervorbeschwören, riefen sie den Demokraten zu, Ihr wollt einen Krieg gegen drei Großmächte anfangen, und wenn man Euch das Unmögliche eines Erfolges beweist, antwortet Ihr immer, „einem Volke von 20 Millionen ist Nichts unmöglich", — bilden aber schon wirklich diese 20 Millionen ein Volk? Die demokratische Gesellschaft vergißt in Frankreich das wirkliche Volk, das Volk, wie es ist, nicht wie Ihr es glaubt, weil Ihr es wünscht. Wissen, fühlen sich unsere Bauern als Polen, als Glieder einer großen, ganzen Nation? Viele gewiß; aber Alle? Gewiß nicht! Der Krakuse steht allerdings in der Liebe zum Vaterlande keinem Menschen der Erde nach, auch der Lithauer setzt zu seiner „göttlichen Mutter Polen" und der Masowier meint in allem Ernste, „daß, wenn Gott die Welt jetzt neu erschaffen wollte, er sie gewiß nur aus lauter Masowiern zusammensetzen würde"; aber wie ist es mit dem Wohlwiier, bei dem jedes Nationalgefühl zu erlöschen droht, mit dem Galizier, der sich nicht Pole, sondern „Kaiserlich" nennt, mit dem Großpolen, dem man so oft und nicht ohne Erfolg einsüchert, daß seine Freiheit fort dem Falle seines Vaterlands datirt? Wäre es daher nicht vor Allem nothwendig, statt des revolutionären, den nationalen Sinn zu wecken? Wäre es nicht Pflicht, unser stummerliches Volkthum zu stärken und zu beleben, bevor man an so tollkühnes Unternehmen, dessen Ausgang gar nicht zweifelhaft ist, neuen Gefahren preisgegeben? Sollte man nicht erst dieses Volk von 20 Millionen möglich machen, bevor man ihm Unmögliches zuzutrauen sich vermißt?

Ihr klagt über die materielle Noth der niedern Stände, fuhren die Gemäßigten fort, aber die moralische Verwahrlosung derselben ist noch weit beklagenswerther! Die ungerechte, unverhältnißmäßige Vertheilung der irdischen Güter ist gewiß ein großes Uebel, aber die unverhältnißmäßige Vertheilung der geistigen Güter, ist ein noch viel größeres. Wir besitzen viele Dichter und Denker, aber nur wenige Bauern, die lesen und schreiben gelernt! Sucht doch vorerst, daß der Bauer jene Sprache verstehen lerne, in der Ihr ihm die Menschenrechte verkündet! Ihr wollt die Sünden der Väter wieder gut machen, den Bauer frei werden lassen, ihm selbständiges Eigenthum verleihen; aber man besitzt Einem nicht frei zu sein, man bildet ihn dazu heran, das Eigenthum darf nicht geschenkt, es muß erworben werden, wenn es wirklich diesen Namen verdienen soll! Bildung, das ist das Feste, was unserm Landmanne Noth thut. Ihr wollt Eure usurpirten Vorrechte aufgeben, Ihr wollt Euern Besitzungen entsagen und sie dem Volk zum Opfer bringen; ist aber das Volk schon im Stande, dieses Opfer zu verstehen, zu würdigen, geschweige denn zu benutzen? Die Nacht vom 4. August war gewiß schön und erhaben, aber nur von der Dauer einer Nacht, und ebenso kurz wird jener Tag sein, an dem Ihr die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit proklamirt, wenn Ihr nicht diesem Tage durch Jahre und Jahrzehnte vorarbeitet. Welch' eine Kluft zwischen dem Leibeigenen des Mittelalters und dem Freien einer nordamerikanischen Republik!

Diese Kluft, sagten endlich die Gemäßigten, kann nur eine Klasse ausfüllen, eine Klasse, an die Ihr gar nicht denkt, eine Mittelklasse: die dritte Stand. Der dritte Stand, das Bürgerthum! bei Euch freilich ein berüchtigtes Wort! Ihr habt Euch durch fraus. Socialisten fangen lassen, daß die Uebermacht des Bürgerthums das größte aller Uebel sei, daß sie zum Proletariat, zum Verderben führe. Aber angenommen, daß es mit dieser Behauptung seine Richtigkeit hat, wiewohl ist es noch in unserm Lande, in dem kaum die ersten Keime eines Bürgerthums aufzufinden sind, bis zu einer Ue-

*) Vgl. Nr. 155—158 des vor. Jahrg. unserer Zeitung.

Digitized by Google

bermacht deſſelben, wiewenig denſelbe in Überhaupt eine ſolche in einem Lande wie Polen, das ſeiner ganzen Natur nach ackerbauend iſt! Und wenn auch das Novotbet wahr und das Unmöglichſcheinliche ſein ſollte, wenn auch das Bürgerthum wirklich ein Uebel wäre, ſo iſt es doch ein ſo nothwendiges, allgemeines, unvermeidliches, ein ſo wichtiges Moment unſerer Civiliſation, daß auch Polen ihm nicht widerſtehen kann und darf. Ihr gebt zu, daß durch den Mangel des bürgerlichen Elementes unſer Vaterland zu Grunde gegangen, und dennoch ſollte es zu ſeiner Wiederaufrichtung jenes Elements entbehren können? Ihr wünſcht Euch Glück durch Eurer anomale Stellung des Kampfes zwiſchen dem dritten Stande und dem Proletariat überhoben zu ſein, und Ihr vergeßt, daß dieſer Kampf ein einiger iſt, daß er eben das wahre Leben ſchafft und erneuert, und daß ihn vermeiden auch zugleich das Leben vermeiden wollen heißt! Ihr klagt über das germaniſche Uebergewicht in unſerm Lande; aber beſteht denn dieſes Uebergewicht nicht im Bürgerthume, in den Städtern, in dem ſozialen Umſtande, daß Handel und Gewerbe in den Händen der Deutſchen und Juden liegen, und ſollte es daher nicht unſere erſte Sorge ſein, dieſem fremden dritten Stande einen nationalen entgegenzuſtellen? Ihr ſtellt immer Kilinski zum Muſter auf, Ihr vergeßtert ihn, Ihr werdet nicht müde, jene Stelle aus ſeinen Denkwürdigkeiten anzuführen, daß man auch ohne „Praktik und Taktik“ und ohne die Herren „Großen“, die Feinde des Vaterlandes „beruhigen“ könne; iſt denn aber nicht eben jener Kilinski ein Schuſter, ein Mann aus dem dritten Stande geweſen? Ihr ferner Euch, daß ein Schloſſermeiſter Lipinski, ein Müller Eſſmann ſo gute Patrioten ſind; ſind ſie aber nicht eben Bürger, und iſt denn dies grade nicht eine dringende Mahnung, einen Stand, der ſchon in ſeinen Anfängen ſo viel für unſer Volksthum verſprichtt, nach allen Kräften zu unterſtützen und zu heben?

Keine Revolution alſo, aber Kräftigung des nationalen Sinnes; keine Propaganda frühzeitiger demokratiſchen Ideen, aber Verbreitung von Bildung und Kenntniſſen; keine Agrargeſetze, aber Hebung und Stärkung eines unabhängigen bemittelten dritten Standes — dies war das Programm der Gemäßigten in Poſen.

Sehr bezeichnend war auch ihre Stellung zur prov. Verfaſſungsfrage. Waren ſchon die Artikelreden aus Inſtinkt gegen ein konſtitutionelles Syſtem, ſo fürchteten ſie überdies, es würde den Provinzen Preußens mehr Einheit geben und ſomit Großpolen in ſeiner abgeſonderten Lage beeinträchtigen; der Graf Edward Raczynski ſprach dies ganz offen aus auf dem Poſner Landtage. Den Demokraten, die ganz im Ernſte glaubten, es brauche nur noch einen Aufſtandes, um aus Polen ein Nordamerika zu machen, konnten die konſtitutionellen Hoffnungen und Wünſche des preuß. Volks nur gleichgiltig ſein. Die Gemäßigten allein wünſchten einen ſtaatlichen Fortſchritt Preußens. Sie fürchteten nicht, die Unabhängigkeit ihrer Provinz zu verlieren; ſie hoffen die äußere Selbſtändigkeit derſelben durch eine innere, durch ein nationales Bürgerthum erſetzen zu können und durch jene großen Vortheile, die ihnen eine freie Preſſe, ein Aſſociationsrecht und Volksgerichte in Ausſicht ſtellten. Der Schutz der heiligen Nationalitätsrechte, den Friedrich Wilhelm III. den Großpolen durch ein königl. Wort zugeſichert, hofften ſie von dem Gerechtigkeitsſinne einer großen Volksverſammlung zu erlangen und nöthigenfalls im Verein mit den polniſchen Ständen Weſtpreußens eine Art iriſcher Oppoſition im preuß. Parlamente zu bilden; ein weit ausſehender, doch unſres Erachtens keineswegs chimäriſcher Gedanke. Gewiß iſt es, daß die „Gegenwart und Zukunft“, ein notoriſch unter dem Einfluſſe der Gemäßigten ſtehendes Organ, dazu unverhohlen und nachdrücklich aufforderte, und daß der ſarmatiſche Pſeudo ſchon im Voraus den edlen Dr. Wartenkowski ſpöttiſch den preuß. O'Connel nannte. Aber dieſer Spott hätte ganz gut Ernſt werden können und der polniſchen Sache gewiß mehr genützt als das Manifeſt von Krakau. Der greiſe Oberſt v. Niegolewski hat durch die wenigen Worte, die er in dem weißen Saale für die unverkümmerlichen Rechte ſeines Volks ſprach, dem Letztern einen größeren Dienſt geleiſtet, als ſein unglücklicher Sohn durch ſeinen verzweifelten Angriff auf die Poſner Feſtung. (Fort. morgen.)

**Oeſterreich.** Wien, 6. Jan. Dem Schwäb. Merk. wird geſchrieben: Unſer Armeekorps in Italien iſt durch die Verſtärkungen auf einen Fuß geſetzt, um jedem zufälligen Ereigniſſe begegnen zu können, denn es beläuft ſich, ſicherem Vernehmen nach, auf 75,000 Mann, während daſſelbe in der gewöhnlichen Zeit nur ungefähr 30,000 Mann zählte. — Hinſichtlich der bekannten neuerlichen Vorfälle in Genf, die zur Berathung in den Konferenzrath gelangt ſind, hat der Kaiſer den Behörden die genaueſte Ermittelung des Thatbeſtandes anbefohlen, zu deſſen Vorlage der Gouverneur, Graf Wickenburg, ſich nun eine Friſtverlängerung erbeten hat. Auf heftsregerthätlichen Beſetzt iſt inzwiſchen der Geldpoſter, welcher die Leichenentſagung, ohne dazu berechtigt geweſen zu ſein, vollzogen hatte, zur Dienſtleiſtung im hieſigen Invalidenhauſe verſetzt worden, wogegen ſein Vorgänger hier mit ihm den Platz in Graz vertauſcht.

Aus **Preußen.** Bronislaus von Dabrowski widerſpricht in der D. A. Z. dem Gerüchte, er habe ſich auf ſeinem Gute Winnagora wegen der Nähe der ruſſiſchen Grenze unſicher gefühlt und deßhalb ſeinen Aufenthalt nach Poſen verlegen wollen. Es ſei ihm niemals eingefallen, Etwas der Art zu thun oder zu ſagen.

**Berlin**, 9. Jan. Der Oberpoſtamtszeit. wird geſchrieben: Wiewohl das von Dr. Firmenich jetzt bearbeitete großartige deutſche Nationalwerk „Germaniens Völkerſtimmen“ verbreitet iſt, und welchen Anklang daſſelbe auch unter den Deutſchen in den entfernteſten Gegenden findet, geht daraus hervor, daß dem erwähnten Sprachforſcher ſoeben Mundarten von den deutſchen Anſiedlern am Molotſchnaja- (Milch-) Fluß im Tauriſchen Gouvernement, in Südrußland, als Beitrag zu obengenannterm Werke zugeſendet worden. Aus Schweden hat Dr. Firmenich auch 20 Mundarten zu dem gleichen Behufe erhalten. Darunter befinden ſich einige von den gothiſchen Inſeln, die vielen Einwohnern und Gelehrten Schwedens unbekannt, und daher unverſtändlich ſind. Aus Norwegen ſind dem Herausgeber ebenfalls Beiträge zugeflagt. Dänemark hat ſich bisher noch wenig betheiligt. Aus dem allem iſt ein gewiſſer Drang nach Einheit der in allen Weltheilen zerſtreut wohnenden Deutſchen nicht zu verkennen.

**Berlin**, 5. Jan. Dem Hamb. Koreſp. wird berichtet: Zu denjenigen Geſetzen, die, wie es ſcheint, in neuerer Zeit als Ausfluß einer beſtimmten Richtung erlaſſen ſind, gehört auch die bekannte Verordnung wegen größerer Heilighaltung des Sonntags. Dieſelbe war indeß in neuerer Zeit ziemlich in den Hintergrund getreten, und insbeſondere hatten die Verkaufsläden, welche am Sonntag feſt verſchloſſen bleiben ſollten, ſich bisher ſowenig darnach gerichtet, daß ſie zum Theil ſogar unter dem Gottesdienſt öffneten. Unlängſt hat man nun aber die Sache wieder aufgenommen und bei Polizeianwalt Letztere deßfallſige Klage beim Polizeigericht angebracht. Letzteres entſcheid jedoch, daß die Kontravenienten nur dann ſtrafbällig ſeien, wenn ſie unter den Kirchenſtunden offen hielten, wogegen in ſpäteren Stunden, d. h. insbeſondere nach 4 Uhr, der Verkauf ebenſowenig verboten ſei, als Theater, Konzerte, Schenkkokale u. ſ. w., worin mehr oder weniger Handel und Wandel getrieben werde. Hiergegen hat nun aber der Staatsanwalt beim Kammergericht appellirt und ausgeführt, daß die Sonntagsverordnung keineswegs nach engliſcher Sitte eine abſolute Heiligung des Sonntags, d. h. eine Stille von aller und jeder öffentlichen Thätigkeit habe einführen wollen, ſondern insbeſondere nur eine Erholung für das Dienſtperſonal in den Verkaufsläden, welches, wenn es die ganze Woche gearbeitet habe, mindeſtens am Sonntage einige Erholung genießen ſolle. Aus dieſen Gründen ſei der Antrag auf Schließung der Verkaufsläden gerechtfertigt, unbeſchadet der Konzerte, Theater u. ſ. w. Der Entſcheidung des Kammergerichts über dieſe Streitfrage wird entgegengeſehen, und zwar mit um ſo größerer Spannung, als man annimmt, daß die Regionen, aus deren ortheoderer Richtung die Sonntagsverordnung urſprünglich hervorging, wohl ebenſowenig mit der Entſcheidung des Polizeigerichts als mit der Appellationsausführung des Staatsanwals einverſtanden ſein werden.

**Berlin**, 6. Jan. Man ſprach hier in den letzten Tagen viel von ziemlich durchgreifenden Aenderungen, welche in den Verhältniſſen unſrer Landwehr ſtattfinden ſollen; namentlich werde, ſo hieß es, ein engeres Anſchließen derſelben an das ſtehende Heer in der Weiſe beabſichtigt, daß die Landwehrkompagnien in Zukunft nicht, wie bisher üblich, von ihren eignen Offizieren, ſondern von Linienoffizieren befehligt werden ſollten. Da man zugleich verſichere, daß der neuernannte Kriegsminiſter, ſchon vor Uebernahme ſeines Portefeuilles, ſeine Anſicht über Reformen in unſrer Landwehr nach dieſer Richtung auszuſprechen pflegte, ſo vermochte das Publikum nicht länger ſeine Beſorgniß zurückzuhalten und nahm deßhalb Gelegenheit, ſich entſchieden gegen jene angeblich beabſichtenden Aenderungen auszuſprechen. In einem Augenblicke, wo in einer deutſchen Ständeverſammlung die Einführung einer Wehrverfaſſung berathen wird, erſcheint es paſſam, mit einigen Worten auf den jetzigen Zuſtand unſrer Landwehr zurückzukommen. Niemand wird, wenn er mit unſren Verhältniſſen irgend vertraut iſt, in Abrede ſtellen, daß, ſo vortrefflich und lebenvoll der Gedanke unſrer preußiſchen Volkbewaffnung iſt, ſich dennoch die Wirk-

Digitized by Google

lichkeit in einem Zustande der Abspannung und Gleichgiltigkeit befindet, bei welcher die schönsten Früchte des an sich herrlichen Instituts verloren gehen müssen. In vorzüglicher und wertvoller aber eine Einrichtung, mit um so größerm Ernste soll ein weiterstrebendes Volk auf die Erhaltung derselben bedacht sein und, wenn ein Verfall droht, die Gründe zu erforschen suchen. Hieraus mögen sich in gewissem Sinne die Aenderungen rechtfertigen, durch welche man jetzt unsere Wehrverfassung zu verjüngen beabsichtigt. Von wesentlicher Bedeutung aber ist, daß man diese Reformen von vornherein richtig anlegt. Wir halten nun dafür, daß an ihrer Zweckmäßigkeit, werden sie in der oben angedeuteten Weise ausgeführt, gar sehr zu zweifeln ist, und finden darin nur jene Zaghaftigkeit, welche unsere Regierungsmänner auch zu anderen Zeiten bewiesen, wenn es sich darum handelte, mit Klarheit und ohne Furcht vor den Konsequenzen den Grund eines Uebelstandes zu erkennen und in Uebereinstimmung mit den Forderungen der Zeit voll Energie die nöthige Abhilfe zu schaffen. Wie fragen einfach: wenn sich die preußische Landwehr in den Freiheitskriegen so herrlich bewährte und einen so bedeutenden Antheil an dem glücklichen Ausgange jenes denkwürdigen Kampfes um die Unabhängigkeit Deutschlands hatte, daß König Friedrich Wilhelm III. ihr deßhalb öffentlich Dank und Anerkennung zollte — woher kommt es, daß sie trotz ihrer stets verbesserten Einrichtung fortwährend Gegenstand von Klagen wird? In der That ist der Grund kein andrer, als daß die preußische Landwehr aufgehört hat, diejenige volksthümliche Anstalt zu sein, welche sie zur Zeit ihrer Errichtung war, und daß man überhaupt hinsichtlich ihrer Leistungen an sie Anforderungen macht, welche dem Charakter eines Volksheeres durchaus zuwider laufen. Es dürfte in dieser Beziehung wohl schwerlich gelügnet werden, daß man sich neuerdings bei der Wahl der Offiziere, welche der königlichen Bestätigung unterliegt, weniger auf wahres Verdienst zur praktischen Brauchbarkeit — denn wie käme man sonst dazu, die Offiziere der Landwehr unpraktisch zu finden! — als auf eine gewisse „Stellung im bürgerlichen Leben" Rücksicht zu nehmen gewöhnt, und daß, wenn künftig, wie verlautet, auch die „Gesinnung" der Offiziersandidaten einer Prüfung unterliegen soll, die aristokratische Färbung der Landwehr noch an Stärke gewinnen würde. Hier dürften „Reformen" allerdings ein ergiebiges Feld vorfinden. Was indeß die sonstige Leistungsfähigkeit unsrer Landwehroffiziere betrifft, so mögen wir die Besorgniß nicht theilen, welche dagegen nach einer andern Richtung hin aufgestellt sind. Wir können uns nicht vorstellen, daß mit wenigen Worten auf den militärischen Bildungsgang hinzuweisen, welchen in Preußen der waffenfähige junge Mann einzuschlagen hat, um sich Ansprüche auf eine Offiziersstelle in der Landwehr zu erwerben. Bekanntlich bringt bei uns ein gewisser Grad wissenschaftlicher oder künstlerischer Bildung die Berechtigung mit sich, die im Allgemeinen auf drei Jahre festgestellte Dienstpflicht im stehenden Heere mit Einem Jahre zu erfüllen. Vorausgesetzt wird, daß man sich, ohne die Aushebung abzuwarten, freiwillig zum Dienste melde. So geschieht es, daß der größte Theil aller mit einer gewissen Bildung versehenen jungen Leute in Preußen als f. g. „einjährige Freiwillige" ihrer Dienstpflicht im stehenden Heere genügen. Da für uns jetzt fast das einzige Element sind, aus welchem die Landwehroffiziere genommen werden können, so hat man in neuerer Zeit auf ihre Ausbildung ein großes Gewicht gelegt und sie bei den einzelnen Regimentern wissenschaftlich gebildeten Offizieren zur besondern Leitung übergeben. Es kann indeß nicht fehlen, daß die zum Theil an große Unabhängigkeit gewöhnten jungen Männer: Studenten, Künstler, Kaufleute — während ihrer im Ganzen kurzen Dienstzeit sehr wenig von dem in etwas enge Formen gebannten militärischen Sinne in sich aufnehmen; vielmehr bleiben sie fortwährend durch zu viele Fäden an ihr bisheriges bürgerliches Leben geknüpft und — dies muß anerkannt werden — einer zu rücksichtsvollen Disciplin unterworfen, als daß dem Geiste der „Kameradschaft" ein allzugroßer Einfluß gestattet wäre. So ist es natürlich, daß sie am Schlusse ihrer Dienstzeit in den meisten Fällen zwar diejenigen Kenntnisse, wie sie einem tüchtigen Offiziere im Felde unentbehrlich sind, erworben haben, bei Paraden aber und andren militärischen Schaustücken gern hinter der Fronte gelassen werden. Dieser Mangel allein kann in der That zu jenen Besorgnissen Anlaß gegeben haben, daß unsre Landwehroffiziere nicht fähig sind, ihre Kompagnien selber zu führen und dahre durch Offiziere des stehenden Heeres ersetzt werden müssen. Es wäre aufrichtig zu beklagen, wenn jene Aenderungen, mit denen das Gerücht sich noch immer herumträgt, zur Ausführung kommen sollten. Der letzte Rest seines volksthümlichen Charakters würde dadurch einem Institute genommen werden, worauf Preußen die jetzt mit Recht stolz sein durfte. Denn schwerlich möchten die Offiziere der Landwehr, in deren Fähigkeit man ein so zweifelhaftes Vertrauen setzt, ferner mit gleicher Freudigkeit ihre Pflicht erfüllen, schwerlich die Jugend sich künftig noch für eine Staatseinrichtung begeistern, deren kräftiges Bestehen in demselben Augenblicke gefährdet wird, wo ein sich freier gestaltendes politisches Leben ihren Werth schätzen lehrte. Daß unsre Landwehr sehr häufig noch einer größeren Pflege und Sorgfalt bei der nöthigen Aufopferung im Berufe bedarf, wollen wir uns keinesweges verschweigen, noch sind auch hierfür die Heilmittel halb gefunden, sobald man sich einmal entschließt, ohne vor der Wahrheit zurückzuschrecken, den Grund des Uebels zu erkennen. Man sorge also namentlich für politische Bildung in allen Lehrekreisen und lehre den gemeinen Mann eine Einrichtung achten, welche wie unsre Wehrverfassung geeignet ist, seine Freiheit und Sicherheit zu beschützen; man plage ihn nicht mit seinem kleinen Ehrgeize der Paraden und prunkenden Manövers, welche, im Frieden den männlichen Eifer niederdrückend, im Kriege als nutzlose Künste verachtet werden — man übe ihn, statt im Parademarsch, in den im Felde so wirksamen Massenbewegungen, bilde ihn zum guten Schützen aus und übertrage ihm von der Nothwendigkeit, wenn Großes erreicht werden soll, seinen Willen dem Ganzen unterzuordnen — mit einem Worte: man lasse unsre Landwehr ein Volksheer sein, wie es jüngst in der Schweiz so wunderbare Erfolge erzielte, und sei versichert, daß die Offiziere der Landwehr aus gleichen Elementen, wie diese selbst, zusammengesetzt — die einzigen Leute sind, welche die Mannschaften, wo es gilt, zu führen verstehen!

Wir der Leipziger Zeit. aus Magdeburg vom 8. Jan. geschrieben wird, hätten die Deputirten der neuen Gemeinde aus Berlin die Hoffnung auf baldige staatliche Anerkennung derselben als gebaldeter Religionsgesellschaft und Mitgebrauch einer Kirche mitgebracht. Dem sofortige Beginn des Konfirmandenunterrichts sei ohne Weiteres erlaubt worden.

Ein aus der „Posener Zeit." in die „Allg. Pr. Zeit." übergegangener Artikel aus Posen lautet: „Die seit einiger Zeit in öffentlichen Blättern verbreiteten Nachrichten von einer demnächst bevorstehenden Aufhebung der Grenzzölle zwischen Polen und Rußland, sowie von der Einführung des russischen Tarifs an der polnisch-preußischen Grenze, entbehren alles Grundes. Ein hiesiger angesehener Kaufmann, der zugleich ein Handlungshaus in Warschau besitzt, hat von seinem dortigen Geschäftsführer in diesen Tagen einen Brief erhalten, worin alle jene Gerüchte durch die Mittheilung widerlegt werden, daß einige Spekulanten ungeheure Waarenvorräthe aufgehäuft, und dann durch Aussprengung der bezügen Gerüchte eine allgemeine Kaufluft, die sie zu ihrem Vortheil auszubeuten gewußt, rege gemacht hätten. Gemeine Gewinnsucht ist somit die Quelle dieser jetzt alle Zeitungen durchlaufenden Nachrichten". (Aehnliche oder gleichlautende Berichte tauchen gleichzeitig in mehreren Blättern als Korrespondenzen auf.)

**Baiern.** München, 10. Jan. Wie hiesige Blätter berichten, hätte die seit Neujahr in Augsburg erscheinende Konstitutionelle „Zeitung" sich jetzt den Postbedürfnissen in Baiern noch nicht erhalten. (R. K.)

**Sachsen.** Leipzig, 9. Jan. Die neuliche Mittheilung wegen eines Streichs der hiesigen Theaterzensur beruht auf einem Irrthum und wird hierdurch widerrufen. Was ebendort von der Handhabung dieser Censur im Allgemeinen gesagt wird, kann jedoch nicht ebenso unbedingt zurückgenommen werden, da mehrfache andere Thatsachen allerdings bestätigen, daß dabei oft, wenn auch nicht immer, ängstlich und einseitig verfahren wird.

**Baden.** Karlsruhe, 10. Jan. Der Oberrhein. Zeit. wird berichtet, daß die Regierung eine Vorlage wegen Unterstützung der Häuser v. Haber und Kusel, beziehungsweise der bekannten Etablissements zu Karlsruhe, Ettlingen und Waghäusel machen werde. Der Vorschlag soll darin bestehen, für einige Millionen Aktien zu kreiren, deren Verzinsung zu 4 Prozent der Staat auf 25 Jahre garantirt, und mit welchen die Gläubiger der genannten Fabriken bezahlt werden sollen.

Der Schwäb. Merkur berichtet: Die Herren S. v. Haber u. S. haben eine weitere 14tägige Zahlungsfrist von den hiesigen Gläubigern erhalten.

*Karlsruhe, 12. Januar. Die erwartete Vorlage der Regierung zur Erhaltung der bedrohten Fabriken ist auch heute nicht erfolgt; man vermimmt nur, daß eifrig an den Vorbereitungen gearbeitet wird. Der Abg. Welcker richtete am Schlusse der Sitzung an die Regierungskommissären bezüglich auf diese Vorlage die Bitte, daß sie nicht, wie die Absicht verlaute, in geheimer, sondern in öffentlicher Sitzung geschehen möge, worauf hier, wo es sich um öffentliche

Digitized by Google

Mittel und um eine Angelegenheit handle, bei welcher so viele Personen betheiligt sind, das Vertrauen auf die Beschlüsse der Regierung und der Stände besonders nothwendig und nur durch Oeffentlichkeit der Verhandlungen zu erhalten sei. Der Regierungskommissär, Geh. Reg. v. Stengel, erwiederte, daß er die Regierung von der Bitte, welche vielfach unterstützt wurde, in Kenntniß setzen werde. Die erfreuliche Nachwirkung der Freien zeigte sich in der heute verkündeten Kommissionswahlen. Es sind nämlich gewählt: zur Aufsuchung der provisorischen Gesetze; v. Soiron, Welcker, Brentano, Welte und Baum; zur Berathung der Motion des Abg. v. Soiron: Kapp, Christ, Strand, Peter und Seltzam. Die Kommission für den Entwurf über die Ablösung der Waidrechte wurde um zwei Mitglieder verstärkt, und ihr die Wahl sei mit je 31 Stimmen auf die Abgg. Becker und v. Soiron. An die nächsten Tage unserer parlamentarischen Geschichte erinnerte die Begründung der Motionen des Abg. Stösser auf Einführung der Schwurgerichte, des Abg. Christ auf Herstellung der Preßfreiheit, wenigstens für Landesangelegenheiten, und die Unterstützung der Anträge von Seite vieler Mitglieder aller Farben. Es wird sich zeigen, wie weit die hohe Lebhaftigkeit der altbegründeten Forderungen des Rechts und des Bedürfnisses vorhält, wenn es bei der späteren Berathung darauf ankömmt, durch kräftige Beschlüsse den erforderlichen Ernst zu beweisen.

Zuerst kam die Motion des Abg. Stösser. Der Redner erinnert im Eingange an die günstige Aufnahme seiner Motion auf dem vorigen Landtage in der zweiten Kammer; allein die Zeit war zu kurz, um dieselbe auch in dem andern Hause zu berathen. Er wiederhole daher den Antrag, da seine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Schwurgerichte zur Vervollständigung unserer Strafgesetzgebung noch die nämliche, der Ruf nach Einführung derselben in ganz Deutschland nur noch lauter geworden ist. Man will nicht, daß die Richter ihr Urtheil über die Thatsachen aus den einseitigen von dem Untersuchungsrichter aufgenommenen Verhören schöpfen; daß werden die Protokolle der Voruntersuchung zu Grunde gelegt; es liegt aber ein Widerspruch darin, daß sich die Richter auf ein Bild des Straffalls beziehen sollen, welches ganz verschieden ist von dem, welches sie aus der mündlichen Verhandlung in der öffentlichen Sitzung schöpfen. Soll aber das Sitzungsprotokoll die Grundlage der Entscheidung über die Thatsachen bilden, so steht man wieder auf dem alten Fleck der Schriftlichkeit. Wird gar bei dem Hofgericht oder Beziehstrafgericht das Protokoll der Voruntersuchung zu einem Entwurf des Urtheils und der Entscheidungsgründe benutzt, für den Fall, daß die öffentliche Sitzung keine bedeutende Abweichung bringe, so wird der ganze Fortschritt zu einer Komödie, die Oeffentlichkeit wird ein Spott; der Richter kommt in eine Versuchung, in die er nicht geführt werden sollte. Fällt die zweite Instanz für die Thatfragen weg, so muß dafür die Garantie einer größeren Zahl von Richtern und eines ausgedehnteren Rekusationsrechts gegeben werden, und dies kann nur durch Geschworne geschehen. Man kann nicht so viele rechtsgelehrte Richter anstellen, als zur hinreichenden Besetzung und zur Ausdehnung des Rekusationsrechts nöthig wären, und die unbezahlten beeidigten Richter aus dem Volke sind auch besser als die Staatsrichter geeignet, die Thatfragen zu entscheiden. Ist man einig, daß die Schwurgerichte ein Bedürfniß sind, so wird man sich auch über das Wie der Einrichtung verständigen. Den Antheil, welchen die Regierung an der Bildung der Schwurgerichte zunehmen hat, bestimmt der Redner dahin, daß die Wahlmänner, welche die Abgeordneten wählten, die doppelte Zahl der Geschwornen ernennen sollen, aus welchen die Regierung die Hälfte auswählt. Zur Verurtheilung hält derselbe eine Mehrheit von zwei Dritttheilen oder drei Viertheilen der Stimmen für erforderlich. Der Antrag lautet auf eine Adresse, worin S. K. H. der Großherzog gebeten werden soll, für alle zur Kompetenz der Hofgerichte und Beziehstrafgerichte gehörigen Strafsachen Geschwornengerichte einzuführen und die betreffenden Bestimmungen der Strafprozeßordnung und der Gerichtsverfassung demgemäß abändern zu lassen.

Minist.-Präsid. Trefurt bemerkte, daß seit dem vorigen Landtage die Diskussion über diese Frage in der Wissenschaft ununterbrochen fortgedauert, und die Regierung derselben ihre Aufmerksamkeit geschenkt habe; allein es wäre von Seite des Einzelnen Anmaßung, zu behaupten, daß die Diskussion in der Wissenschaft, noch mehr, daß sie in diesem Saale geschlossen wäre. Es bedürfe noch einer gründlichen Beleuchtung der Frage, was unter Geschwornengerichten zu verstehen, ob ihre Einführung allein dem Lande hilfbringend sei. Unter den Gründen, welche dafür angeführt werden, sein diejenigen, welche eigentlich dem öffentlich-mündlichen Verfahren gelten, von jenen zu sondern, die für die Geschwornen sprechen und es seien auch die Gegengründe in Erwägung zu ziehen. Der Abg. Blankenhorn unterstützte zunächst die Motion und sprach die Zuversicht aus, daß die Zeit nicht fern sein werde, wo der öffentlichen Meinung Rechnung getragen und das Geschwornengericht eingeführt werden müsse, welches dazu beitragen werde, den Sinn für Recht und Gesetz, für Freiheit und Ordnung im Volke zu heben. Ihm schlossen sich die Abg. Dörr, Metz, Schmitt, Oster, Jentner, Zittel, Knittel und Knapp an, welche meist die allgemeine Verbreitung des Wunsches nach Geschwornen und die Dringlichkeit ihrer Einführung hervorhoben. Welcker machte besonders auf das Bedürfniß der Rückkehr zu einem organischen, lebendigen Staate aufmerksam, nachdem die Gesellschaft in lastenmäßige Stände zerfahren gewesen. Es erheben sich Stimmen, welche in der Vernichtung einzelner Stände, des Adels, der Theologen, der Juristen u. s. w. Hilfe suchen. Allein man wirft zur organischen Verbindung alle Elemente der Gesellschaft zurück, so komme man zur Auflösung. Das Schwurgericht und die Vergleichsgerichte dienen zur Herstellung eines heilsamen Organismus, sie verbinden die Juristen mit dem Volke. Vor diesem Gesichtspunkte verschwinden alle Einwendungen und Bedenken, und wird es klar, daß die Einführung der Schwurgerichte nie dringender gewesen, als eben jetzt. v. Ihstein sprach die Erwartung aus, daß auch die erste Kammer dem allgemeinen Wunsche Deutschlands entsprechen und dem Antrage beitreten werde; dann sei auch noch auf diesem Landtage die Vorlage eines Gesetzentwurfs zu hoffen. Hecker sprach gegen die Motion, daß man mit der Einführung der Schwurgerichte warten müsse, bis die Diskussion in der Wissenschaft geschlossen sei; dann würden unsere Ur-Urenkel die Zeit nicht erleben. Es wäre aber auch unwürdig, wenn das Volk von den endlosen Streitigkeiten der Gelehrten abhängen sollte, das Volk, welches in alten Zeiten die Schwurgerichte naturwüchsig auf sich herausgebildet habe und sich selbst die Wissenschaft gewesen sei. Gegen die jetzige Verwaltung der Strafrechtspflege bestehe ein Mißtrauen, welches reiche Nahrung finde in Aeußerungen, die in einer Versammlung gefallen, welche sich selbst so gern den Anropay von Deutschland nenne. Der Redner verlas aus den Verhandlungen des Bundestags bedenkliche Stellen über die für die Besetzung und Beaufsichtigung der Gerichte beliebten Grundsätze, bei deren Natur es kein Wunder sei, daß das Volk, das Recht in seinem Innern suchend (Groos in Heidelberg) verbreite, also die eigenen Kinder unterdrückt werden. Auf die Aeußerung des Ministerialpräsidenten Trefurt, daß das Urtheil des Redners über die in der Bundesversammlung gesinnten Ansichten übertrieben sei, las der Abg. Bassermann noch viel bedenklichere Stellen vor, wonach z. B. die Bundesversammlung schärfere Censur über ein Blatt verhängte, weil es die Hoffnung gehegt, daß ein gewisser politischer Proceß bald entschieden werde, wonach am Bund die Hoffnung ausgesprochen wurde, man werde bald Material genug beisammen haben, um den Prof. Jordan zu verhaften, wonach die Gutachten der Juristenfakultäten für gründlich erachtet wurden, weil diese solche in der nämlichen Absicht unterlägen, wie die Gerichte, wonach der förmliche Beschluß gefaßt wurde, daß kein politischer Angeklagter frei gelassen werden soll, bis das Gutachten der Bundescentralkommission eingeholt worden, wonach das Bedauern ausgesprochen wurde, daß die badische Regierung einen von dem Hofgericht in Rastadt freigesprochenen Angeklagten nicht länger im Gefängnisse gehalten habe, und der Regierung bedeutet wurde, das Hofgericht über die Competenz der Bundescentralkommission eines Bessern zu belehren u. s. w. Auf die Frage, ob dies nicht Kabinetsjustiz sei, — erfolgte keine Antwort. Die Kammer beschloß einstimmig, die Motion in Berathung zu ziehen.

Die Tagesordnung führte zur Begründung der Motion auf Preßfreiheit. Der Abg. Christ stellte sich dabei auf den Standpunkte der Gegner, welche in den jüngsten Vergängen die Gründe finden, die Preßfreiheit nicht zu gewähren, und behaupten, daß die ganze Richtung derselben auf Untergrabung des Staates und der positiven Religion gehe. In dieser Anschuldigung liege das Stärkste, was gegen die Preßfreiheit gesagt wurde; man könne noch hinzufügen, daß dieselbe naturgemäß in den Händen der intelligenteren Klasse liege und von dieser die Gedanken der unteren Schichten der Gesellschaft verrückt werden. Wenn die Preßfreiheit die Macht hat, das Fundament des Staates zu untergraben, dann ist die Censur eine Nothwendigkeit. Der Redner hält diese ganze Ansicht im Princip und erfahrungsgemäß für gleich unrichtig. Schon ihre Grundlage, daß die große Masse so recht durch Theorien aufgeregt werde, ist fehlgegriffen. Gerade die Masse hängt an dem Kreise fest, in welchem sie sich bewegt. Man hat in neuerer Zeit besonders hervorgehoben, daß die Preßfreiheit das Eigenthum gefährde; allein gerade das Entgegengesetzte hat sich gezeigt. Die Theilung des Eigenthums geht gegen die innerste Natur

Digitized by Google

des Menschen, der als Einzelwesen mit seinem Eigenthum sein eigener Herr sein will. Wer dieses antastet, findet bei der Mehrzahl keinen Anklang. Auch in Bezug auf die Kirche hat man behauptet, gehe die Richtung der Preßfreiheit auf die Zerstörung der positiven Religion. Allein dieser Satz ist noch leichter zu widerlegen, als der vorige. Die Religion und die Kirche im Allgemeinen gewinnen vielmehr durch die Preßfreiheit. Nie war der Angriff der Presse gegen die Kirche systematischer, als im vorigen Jahrhundert in Frankreich, und der Erfolg des ganzen Kampfes war, daß die Religion die Mitäre wieder aufbaute, welche der Unglaube niedergerissen hatte. In Deutschland hat die Religion ebenfalls an Innigkeit zugenommen, jemehr sie in der Presse angegriffen wurde.

Wenn nun die Presse in diesen Gebieten nicht nachtheilig gewirkt hat, so gibt es keinen Umstand mehr, der sie als schädlich zeigen könnte. Dagegen ist es die Censur, welche als Mittel ihren Zweck nicht erreicht, welche entschieden gegen die Regierung wirkt, indem sie auf dem Grundsatz der Willkür beruht. Nach diesen Verhältnissen würde der Redner unbedingt für Preßfreiheit stimmen und glaubt auch, daß es dem deutschen Bund klar werden müsse, daß er eine ganz andere, als die bisher eingehaltene Richtung einschlagen müsse. Dafür spreche Folgendes: die großen Erwartungen, welche man von der Einführung des Bundes hatte, sind nicht erfüllt. In Beziehung auf Handel und Wandel, in Beziehung auf Gesetzgebung, auf Münze, Maß und Gewicht schwieg der Bund. Statt in Beziehung auf die Presse selbst zu handeln, verbietet er selbst den deutschen Regierungen in ihren Gebieten die Angelegenheit zu ordner. Wenn nun, gegen Erwartung, der deutsche Bund abermals kein Gesetz über die Presse erläßt, so bleibt Nichts übrig, als daß die einzelnen Regierungen Preßgesetze geben. Die Bundesakte garantirt die Preßfreiheit; die badische Regierung hat also das Recht, sie zu geben. Wie die einzelnen Regierungen die Zollfrage erledigten, weil es der Bund nicht that, so können sie auch die Angelegenheit der Presse erledigen. Der einzelne Staat kann freilich nur seine eigenen Angelegenheiten regeln, also die Preßfreiheit nur für innere Angelegenheiten geben*). Wir es im Allgemeinen zu machen ist, um das Innere von dem Aeußern zu trennen, ist keine Frage des Rechts. Wir wollen für innere Angelegenheiten die Censur aufheben, und wenn der Schriftsteller die Grenze überschreitet, so bleibt Nichts übrig, als daß man ihn kraft, oder das Blatt mit Beschlag belegt. Damit allein retten wir das Recht, die Censur für innere Angelegenheit aufzuheben. Für dieses Recht hat sich auch Baiern ausgesprochen, obgleich sein Gesetz bloß eine Censurinstruktion ist, womit der Redner nicht einverstanden ist. Man hielt zwar entgegen, daß Baiern sich in einer Ausnahmsstellung befinde, indem es den Kastodober Beschlüssen nicht beigetreten sei. Allein der Bundestag hat diese Beschlüsse formell zu Bundesbeschlüssen erhoben, und es stand keiner Regierung mehr frei, dieselben anzuerkennen oder nicht. Es besteht zwischen Baiern und Baden bezüglich auf die Presse buchaus kein Unterschied. Wenn Baiern das Recht hat, die Censur für innere Angelegenheiten aufzuheben, so hat es auch Baden.

Der Redner hat übrigens den festen Glauben, daß es zu dieser besonders Gesetzgebung nicht kommen und daß der Deutsche Bund sich entschließen werde, diese Nationalangelegenheit selbst durch ein Bundesgesetz zu erledigen. (Stimmen beipflichten dies.) Man wird einmal aufhören, in der Presse nur das Mittel des Angriffs und nicht auch der Vertheidigung, nur das Mittel zum Umsturz und nicht auch zur Erhaltung zu sehen. Die Presse hat die Nationalität, sie hat die Industrie erweckt, das Moment der Ruhe hat ebenso seine Nachtheile, wie das Prinzip der Bewegung; die Ruhe hat Deutschland unter das Joch der Fremden gebracht. Der Antrag geht in erster Linie auf Preßfreiheit im Allgemeinen und eventuell dahin, daß die badische Regierung die Censur für die innern Angelegenheiten aufheben möge. Die Unterstützungen der Motion, welche ebenfalls einstimmig in die Abtheilungen verwiesen wurde, werden wir morgen nachtragen.

**Gr. Hessen.** Die jüngst berichtete Ausweisung des Studiosus Fendt aus Lauterbach wird durch eine öffentliche Erklärung desselben (im *Frankf. Journal*) bestätigt. Fendt hatte auf Weihnachten seine Verwandten in Lauterbach besucht, als ihm der großherzogl. Landrath Fröhlich eröffnete, er habe binnen einer Stunde die Stadt zu verlassen, widrigenfalls er mit Gensdarmerie „per Schub" fortgeschafft werden würde. Als Motiv gab der Beamtete an, „es sei zu vermuthen, daß Fendt's Reise den Zweck habe, Notizen über die Lauterbacher Beamteten zu sammeln, um sie dann öffentlich zu verhöhnen; auch habe Fendt früher die Stadt in aufrührerischen Blättern lächerlich gemacht, und sei daher eine so gefährliche Aufregung aller Gemüther gegen ihn zu fürchten, daß die Polizei für seine persönliche Sicherheit nicht mehr einstehen könne!" Eine angebotene Bürgschaft dortiger Einwohner wurde abgewiesen, und als Fendt reklamirt, er werde nur der Gewalt weichen, wurde er von bewaffneten Gendarmen auf dem Schub nach Nidda transportirt. Solcher Vorfälle (denn auch in Kurhessen ist einr ähnliche Ausweisung zu gleicher Zeit vorgekommen) bringen dem deutschen Namen weder Vortheil noch Ehre. Schimm genug, daß wir statt eines gemeinsamen deutschen Bürgerrechts einige dreißig Länder haben, deren jedes das andere als Ausland betrachtet und behandelt; was soll man aber dazu sagen, daß nun noch einzelne Polizei- und Verwaltungsdistrikte ein abgesondertes Asyl- und Ausweisungsrecht gegen einheimische Staatsbürger üben? Wäre es nicht Pflicht der Presse, dergleichen zur Sprache zu bringen, ein sehr natürliches Gefühl könnte Einen abhalten, davon nur zu reden, damit dem nichtdeutschen Ausland Nichts davon kund werde.

**Hessen.** ** Darmstadt, 8. Dez. (Schl). Das Wahlgesetz von 1820 schließt mehrerer Klassen Angestellter von der Wahlbarkeit aus und fügt bei: „andrer Staatsbeamtte können nur nach erhaltenem Urlaub von Seite der Staatsregierung die Wahl annehmen". Die Verfassungsurkunde bestätigt dies im §. 59 mit den Worten: „Auch dir Staatsdiener sind an diese Regel gebunden, wenn ihnen nicht der Urlaub versagt wird". Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß aktive Staatsdiener oder solche, die wirklich ein Staatsamt bekleiden, nur mit Beurlaubung von ihrem Amt eintreten können. Ob bei Pensionirten dasselbe der Fall ist, kam bisher erst ein Mal zur Sprache, wurde unbständig und lebhaft am 19. Dez. 1832 und am 30. Jan. 1833 diskutirt und durch Majorität dahin entschieden, daß auch Pensionirte beurlaubt werden müßten. Diese Frage wird jetzo bei dem zum Abgeordneten gewählten Staatsrath Jaup wieder vorkommen, zugleich mit einer nicht unwesentlichen Modifikation. Er wurde unmittelbar nach der Auflösung des Landtags von 1833, dessen Mitglied er gewesen, pensionirt und ihm seitdem mehrmals, auch jetzo wieder, der Urlaub verweigert, worauf er dies Mal von Seite der betreffenden Wähler nur unter Vorbehalt wieder gewählt wurde. Es wird hierbei erstens die Frage über Pensionirte überhaupt entstehen. Bei der seitdem Diskussion wurde von der einen Seite vorzugsweise angeführt: das Gesetz laute allgemein, schließe also die Benennung Staatsdiener die pensionirten nicht aus, außerdem stünden dieser immre noch in mancher Verbindung mit der Staatsregierung, welche namentlich in jedem Augenblick Jeden wiederum in aktiven Dienst berufen könne. Von der andern Seite wurde hervorgebrohen: im Wahlgesetz gebrauchte Ausdruck Staatsbeamteter passe nicht für Pensionirte, da sie kein Staatsamt mehr bekleiden; noch deutlicher spreche der Ausdruck Urlaub, der bei Angestellten nichts Anderes bedeuten könne, als die temporäre Befreiung von der Verrichtung des Amts, wornach also der Pensionirte an sich bereits Urlaub habe; dies werde auch dadurch unterstützt, daß a) die Quelle des betreffenden Art. 59 der Verfassungsurkunde in den bairischen Gesetzen zu finden sei, wo die jedes ausdrücklich die Staatsdiener und Pensionirten nenne, während unser Gesetz letztere nicht genannt, mithin in der Urlaubsverpflichtung nicht mit eingeschlossen habe, und daß es b) an Gründen nicht fehle, welche theils unter Staatsdienern nur die aktiven verständen (wie die Dienstpragmatik von 1820, Art. 3, 6, 8 — 10 und 16, sowie das Gesetz vom 9. März 1824, Art. 7 und 8), theils die Pensionäre, wenn man auch von diesen reden wollte, ausdrücklich ebenfalls nannten (wie die zwei Verordnungen vom 25. und 28. Febr. 1820 und die vom 26. Febr. 1824), wo denn auch der Art. 13 des Wahlgesetzes unter Staatsbeamteten offenbar nur aktive verstanden habe. Die Majorität der Kammer sprach sich aber damals, wie gesagt, für die strengere Meinung aus, besonders weil sie den Grund der Nothwendigkeit des Urlaubs für aktive Staatsbeamtete, nämlich die Rücksicht auf den öffentlichen Dienst, analogisch auf Pensionäre ausdehnte, indem auch diese ganz nach Belieben der Staatsregierung zu jeder Zeit wieder für den öffentlichen Dienst einberufen werden könnten. — Es wird aber die Frage über Pensionirte zweitens auch mit besonderer Beziehung auf die Person des Gewählten zur Erörterung kommen. Nach unserem Staatsdienstgesetz kann nämlich jeder Staatsbeamtete nicht nur (mit Ausnahme von Richtern) stets von der Staatsregierung pensionirt werden, sondren auch nach 40jährigem Dienstalter seine Stelle (mit Beibehaltung von Titel und Pension) niederlegen; es hat daher nach 40jährigem Dienstalter bei Angestellten der Staat keinen wirksamen Anspruch mehr auf seine Dienstleistung oder auf

*) Richtig geschlossen, folgt aus dem Vorherige, daß der Staat nur über das, was in seinem Gebiete gedruckt wird, Bestimmungen geben kann, auf den Inhalt kommt es nicht an.

Digitized by Google

seine Reaktivirung, indem er gegen Anordnung der Letztern sich auf seine 40jährigen Dienstjahre berufen kann. Nun ist aber Jany im Jahr 1804, vor mehr als 40 Jahren, in Dienst getreten, also fällt jedenfalls die obige analogische Anwendung des Gesetzes bei ihm weg, indem man bekanntlich eine solche niemals über ihren Gesuch hinaus ausdehnen darf. Man kann dagegen nicht einwenden, daß er darum kein 40jähriges Dienstalter habe, weil er schon 1833 pensionirt worden sei. Denn wenn die Pensionirten formwährend Staatsdiener sind, so macht sich auch mit jedem Jahre die Zahl ihrer Dienstjahre. Außerdem belegt die Vergleichung des Art. 9 und 10 des Staatsdienstgesetzes die vollkommen gleiche Bedeutung des Ausdrucks „Dienstjahre" mit dem Ausdruck „Jahre seit dem Eintritt in den Staatsdienst". Auch erklärt der Art. 18, daß bei Berechnung der Dienstjahre die Zeit früherer Pensionirung in Anrechnung käme, ohne daß gegen die Anwendung dieser Verfügung auf nicht wiederangestellte Pensionirte eingewendet werden kann, dies sei nur von Wiedereangestellten verfügt. Denn das Staatsdienstgesetz konnte nur von diesem Fall sprechen; es hatte keine Veranlassung, über einen andern Fall zu reden; aber das, was bezüglich des Urlaubs bei in der Kammer Erwählten Rechtens sei, hatte einige Tage vorher das Wahlgesetz verfügt. — Und diese Modifikation der Frage über die Beurlaubung Pensionirter kam in den zwei oben angeführten Sitzungen der Kammer von 1832 und 1833, obwohl nur gelegentlich, zur Sprache, und mehrere Mitglieder, wie Hellmann, Obrist v. Berchenbach, Graf Lerchenbach, obwohl für die Nothwendigkeit solcher Beurlaubung im Allgemeinen sprechend, erklärten, daß bei 40 Dienstjahren eine Ausnahme eintrete und Beurlaubung nicht nöthig sei. Nur Goldmann sprach dagegen, indem er dieses Recht der Beurlaubung eine Prärogative der Krone nannte. Dies ist wohl in Baiern der Fall, wo das Edikt über die Ständeversammlung sagt: „Staatsdiener oder Staatspensionisten müssen jedoch die Bewilligung des Königs nachsuchen"; und dennoch wurde in der neuesten Ständeversammlung in München erklärt, daß auch eine Prärogative der Krone nicht nach bloßem Belieben, sondern nach Gründen angegeht werden müsse, und daß die Minister dafür verantwortlich seien. Bei uns aber zeigen die Worte der Verfassungsurkunde: „Auch die Staatsdiener sind an diese Regel gebunden, wenn ihnen nicht der Urlaub versagt wird", daß hier nicht von einer Prärogative der Krone, sondern von einem Recht der Staatsregierung mit Rücksicht auf die Interessen des öffentlichen Dienstes die Rede ist. — Zu diesem ganzen Artikel noch eine Schlußbemerkung. Bei den Wahlen zur jetzigen zweiten Kammer haben allerdings die sogenannten Regierungskandidaten an vielen Orten unterlegen, und die öffentlichen Blätter haben darum Gelegenheit genommen, eine große liberale Majorität zu proklamiren. Diese Schlußfolgerung ist mindestens eine sehr gewagte. Viele neue Mitglieder haben sich in der Kammer noch nicht über Einzelnes ausgesprochen, und die Opposition der Rheinhessen auf dem vorigen Landtage, tüchtschtlich ihrer Institutionen, hat sie zwar alle in den Ruf der Freisinnigkeit gebracht, ob aber mit Recht, das wird sich bei Fragen, wie einige der jetzo vorliegenden sind, erst beweisen.

**Frankfurt** a. M. den 9. Jan. Die deutsche Bundesversammlung hat letzten Donnerstag ihre erste ordentliche Sitzung in diesem Jahre gehalten. (Schw. M.)

**Hamburg**, 9. Jan. Was man einige Tage hindurch bloß gerüchtweise einander zuflüsterte, daß mehrere Mitglieder des Grundeigenthümervereins wegen der Veröffentlichung der Konventsverhandlungen polizeilich verhört worden seien, hat sich nicht nur bestätigt, sondern gewinnt auch dadurch eine ernstere Bedeutung, daß es auf die Einleitung eines politischen Kriminalprozesses abgesehen zu sein scheint. Es soll nämlich gegen die Urheber der mehrerwähnten Publikationen nicht bloß wegen der behaupteten Ungesetzlichkeit der Veröffentlichung überhaupt und der Form, in welcher sie geschehen, sondern auch wegen des Inhalts, zumal wegen der dort gegen die bürgerlichen Kollegien und gegen mehrere Privatpersonen ausgesprochenen angeblich ehrenrührigen Beschuldigungen gerichtlich eingeschritten werden. Dies erwartet man wenigstens als nächste Folge eines polizeilichen Verhörs, das gestern 4 Mitglieder des Grundeigenthümervereins bestehen mußten. Erst nachdem dieselben mit einer stündlich anwachsenden Gelbstrafe und eventuell mit Verhaftung bedroht worden waren, gestanden sie ein, an jenen Veröffentlichungen Theil genommen zu haben. Wir hoffen, daß die Behörden über den Parteien stehen bleiben und sich auch durch die Konsernativen nicht zu Schritten fortreißen lassen werden, die, ganz abgesehen von dem Skandale, welcher durch die Einrede der Wahrheit von Seiten der Angeklagten erregt werden dürften, den bürgerlichen Frieden in Hamburg auf längere Zeit hin ernstlich gefährden könnten. Gerade im Interresse der allgemeinen Wohlfahrt Hamburgs wünschen wir, als durchaus Unbetheiligte, daß man dem bestehenden Gesetze, aber auch der fortschreitenden Entwickelung gebührend Rechnung trage und an die Stelle des Cyclemus und der Parteileidenschaften überall den Gemeinsinn und den Weitsinn für das Gute, Wahre und Rechte setze. (Wes. Z.)

## Schweiz.

**Bern**, 8. Jan. Die Presskatastion des Bischofs von Silen, Pierre Losset de Preux, an den Hr. Rath des Kanton Wallis, welche ich in einem meiner letzten Briefe erwähnte, hat einen so mächtigen Eindruck auf diese Behörde gemacht, daß ich die Bedeutsamsten Stellen des bischöflichen Schreibens Ihnen mittheilen will. Nachdem der Bischof im Eingang seiner Zuschrift des Beschlusses der Volksversammlung vom 2. Dec. auffährt und sie einen offenen Angriff auf die Rechte der katholischen Kirche nennt, die er zu wahren die eidlich übernommene Verpflichtung habe, fährt er fort: „Um uns nun dieser heil. Pflicht zu entledigen und mit demselben Freimuthe, den die Vorväter Ehrist gebrauchte, als er im Palaste eines Königs die Worte rief: „Das gezimt sich nicht!", kommen wir zu Ihnen und erklären: Nein, m. H., es ist nicht Ihres Amtes, die Anstellung der kirchlichen Immunitäten zu beschlossen, die — errichtet, bestätigt und geregelt durch eine Autorität, die von anderer Natur und kraft dieser Natur höher ist als die Eurige — nicht Modifikationen erleiden dürfen durch diese nämliche Autorität. Wir sagen Ihnen: es gezimt sich nicht! Sie haben nicht das Recht, die Güter der Kirche unter die Aufsicht des Staates zu stellen, noch die Kirche ihrer freien Verwaltung zu berauben, die sie bis jetzt faktisch und rechtlich als ihr von Gesetzes wegen zugehörend angesehn hat. Wir sagen Ihnen: es gezimt sich nicht! Sie dürfen den religiösen Häusern das Recht der Uebertragung von Benefizien nicht nehmen; da diese Rechte von diesen Häusern unter kanonischen Titeln, den einzig legitimen in dieser Sache, erworben worden sind, können sie ihnen nicht durch eine zeitliche Macht entrissen werden, ohne Enttheiligung und ohne die Gerechtigkeit zu verletzen. Wir sagen Ihnen nochmals: es gezimt sich nicht! Es kommt Ihnen nicht zu, uns Ihrer Kraft Klöster zu unterdrücken, die von der Kirche gehriligt, in dem Lande legitim creichtet worden sind, wo sie seit vielen Jahrhunderten das Bürgerrecht genießen. Wir sagen Ihnen endlich im Namen der Gerechtigkeit und Billigkeit: es gezimt sich nicht! Sie können kein Dekret sanktioniren, das den Klöstern und den kirchlichen Korporationen die Bezahlung der Kriegskosten auflegt, ohne Untersuchung, ohne Prozeß, ohne ein von einer kompetenten Behörde aufgefundes gültiges Urtheil, das sie dazu verdammt. Nicht daß, Hr. Präsident! m. HH.! die erwähnten Punkte leiner Modifikation fähig wären; aber wir glauben als Eingriffe in die Rechte der Kirche und als Usurpationen Ihrer Autorität die Veränderung betrachten zu müssen, die eine weltliche Macht in diesen Dingen einführen würde ohne Uebereinkunft und Billigung des höchsten Kirchenhauptes, das die einzige kompetente Behörde in dieser Frage ist, eine Behörde, der wir ohne Rückhalt unterworfen sind und sein sollen, und der die Kinder unserer Diöcese den Gehorsam, wir wagen es zu hoffen, wieder leisten werden, den dieselbe von jedem Katholiken erwarten darf. Die Autorität der Kirche über die öffentliche Erziehung scheint uns nicht hinlänglich anerkannt zu sein in dem Art. 9 des Beschlusses vom 2. Dec., deßhalb die Rechte des Staates über die Erziehung immerhin anerkennend, glauben wir den Theil wahren zu müssen, der der Kirche angehört." Von diesem Aktenstück hat der Gr. Rath am 29. Dec., also an dem Tag, von dem es datirt ist, Kenntniß genommen. An seinen Beschlüssen sieht man den Einfluß, den es ausgeübt. Der Vorschlag, unmittelbar einen definitiven Staatsrath zu ernennen, wurde wider alles Erwarten von der Versammlung mit großer Majorität zurückgewiesen, die nicht eher zu dieser wichtigen Handlung schreiten will, als bis die eidgenössische Okkupation aufgehört haben wird. Der Große Rath hat überdieß mit Majorität von $^2/_3$ Stimmen und gegen den Vorschlag der Kommission beschlossen, die aargauische Klosterfrage noch unter den Traktanden der Tagsatzung zu lassen. Nach dem Nouv. Conr. werden die Regierungen von Genf, Waadt und Freiburg Konferenz veranstalten, um gemeinschaftliche Maßregeln gegen die Wirkung der bischöflichen Gewalt zu ergreifen.

**Bern**, 10. Jan. Die gestern wieder versammelte Tagsatzung hat mit $17^1/_2$ Stimmen beschlossen, dem General Dufour als Beweis der nationalen Anerkennung für seine geleisteten ausgezeichneten Dienste ein Geschenk von 40,000 Fr. und einen Ehrensäbel zu übermachen. Zugleich wurde über die Schuldverschreibung von Uri verhandelt und demselben drei Termine bewilligt. — Dr. Kern wird auf sein Begehren von der Stelle eines eidgenössischen Repräsentanten in Luzern entlassen.

Digitized by Google

**Freiburg.** Wie die Basl. Z. berichtet, haben sich die eidgen. Repräsentanten gegen das Verfahren der Freiburger Regierung erklärt, auf gesetzgebendem Wege einen Theil der Kriegskosten auf die Schuldigen zu vertheilen und ihnen noch andere Strafe aufzulegen. In allen wohlorganisirten Staaten, so heißt es in ihrer Verwahrung, sind die Gewalten durchaus getrennt, und es gehört nur der richterlichen Gewalt an, Bußen auszusprechen und Bürger zu Entschädigungen oder zum Verlust eines Theiles ihrer Freiheit zu verurtheilen. Wenn der Gr. Rath von Freiburg sich an die Stelle der durch die Verfassung und die Gesetze errichteten Tribunale stellen und selbst die Urheber und Mitschuldigen des Sonderbundes und des Widerstandes gegen den Tagsatzungsbeschluß beurtheilen wollte würde er der Willkür die Thüre öffnen und in der Eidgenossenschaft die traurigsten Vorgänge hervorrufen. Vorzüglich Republiken sollen nicht das Beispiel von Majoritäten geben, welche von den Minderheiten Geld eintreiben und sie proskribiren, und von einer Gesetzgebung, die eine andere für ihre Handlungen verantwortlich erklärt und selbst als Anklägerin und Richterin auftritt. Dies würde weder Zutrauen geben zu den in allen konstitutionellen Verfassungen gewährleisteten Grundsätzen, noch Sicherheit für die öffentlichen Beamteten, für die Abgeordneten, für die Familien. Der Gr. Rath könnte nur insofern über das Schicksal der Angeklagten entscheiden, als er ihnen die Freiheit lassen würde, zu wählen zwischen der Strafe und dem Rekurs an die gewöhnlichen Gerichte.

**Luzern.** Das Kantonsblatt enthält die Signalements von Siegwart Müller und Aloid Hautt, welche „der Verunreinung von eidgen. Geldern" angeklagt sind; Siegwart Müller wird zugleich als des „Landesverraths verdächtig" bezeichnet.

**Belgien.**

Durch den Briefwechsel zwischen Hrn. Rothomb und den Bischöfen, der jetzt der Oeffentlichkeit vorliegt, wird das Verhältniß der früheren Verwaltung in der Unterrichtsfrage vollständig beleuchtet. Die Geistlichkeit verlangte nicht nur den Einfluß auf den Unterricht, welcher ihr gesetzlich zukömmt, in dem weitesten Umdrehmung zu üben, sondern sie machte Ansprüche, welche die gesetzliche Grenze überschritten, sie suchte den Antheil des Staats am öffentlichen Unterricht auf jede Weise zu verkürzen und das Aufkommen von Staatsschulen zu hindern. Diese Stellung der Geistlichkeit wird Niemand auffallend finden; das nämliche Bestreben, dem Staat jede Mitwirkung an der Erziehung seiner Bürger zu entwinden und sich so die heranwachsende Generation zu sichern, macht sich ja allenthalben geltend, wenn auch nicht mit der offenen Entschiedenheit, womit der mächtige belgische Klerus auftreten kann. Merkwürdig ist nur die Schwäche, womit Hr. Rothomb (gegen seine eigene Ueberzeugung) dem Andringen des Klerus nachgab; um sich die bunt zusammengesetzte Mehrheit zu sichern, machte er Konzessionen auf Kanession, bis er zuletzt doch den klerikalen Prärogativen nicht mehr weiter zu gehen wußte, und für seine falsche und unwahre Politik den verdienten Rückzug antreten mußte. Es war aber hohe Zeit, daß die jüngste Veränderung ein Ministerium ans Ruder brachte, dessen politisches Programm in dieser Sache ein offenes und unzweideutiges ist.

Die jüngst wieder auftauchenden Gerüchte von einer Veränderung im Ministerium werden von der Independance entschieden in Abrede gestellt.

**Großbritannien.**

London, 9. Jan. Zu der Gefangennehmung Abdel-Kaders machen die englischen Journale eine ziemlich gute Miene und nicht sehr bedeutende Glossen. Die warme romantische Auffassungsweise, womit die fühlenden Deutschen dieses Ereigniß kommentiren, fehlt beiden Nationen, sowohl den Franzosen als Engländern, aus leicht erklärlichen Gründen. So verschieden sie von Haus aus geartet sind, kommen sie doch in gewissen Punkten des kalten engherzigen Egoismus, der Alles als Werkzeug eigner Glorie oder eigenn Nutzens betrachtet, vollkommen überein, während wir, die wir draußen uns mit etwas Kleinhandel und Kleinidiomatie begnügen müssen, umsomehr unserer ritterlichen Phantasie freien Spielraum gönnen dürfen. Die Engländer haben sich in die französische Besitznahme Algeriens allmählich gefunden, sie wissen, was den Franzosen diese Eroberung an Kapitalien und Menschen kostet, daß gerade Algier und allein Algier es ist, welches als Paradestück der „nationalen Glorie" der französischen — sollen wir sagen konstitutionellen? — Monarchie das böse Blut entzieht, das sonst den Weltfrieden gefährden könnte. Doch spotten die englischen Journale über den Weihrauch, den die dynastischen Journale bei dieser Gelegenheit nicht dem Glück, sondern dem Verdienste des Herzogs von Aumale streuen, und man möchte in der That versucht sein, in der Gefangennehmung Abdel-Kaders mehr einen Theatereffekt zu erkennen und anzunehmen, daß man ihn schon früher haben konnte, daß man aber den Effekt künstlich gerade bis zur Eröffnung der Kammersession aufgespart hat. Es fehlt an analogen Beispielen in der neuesten französischen Geschichte ganz und gar nicht.

Englische Blätter führen als eine Probe des Bankerhumors aus dem **New-York-Herald** eine Stelle an, in der es heißt: Ludwig Philipp sei einmal bei seinem Aufenthalt in Nordamerika um ein paar Schuhe und ein Paar Hosen in großer Sorge gewesen, in derselben Sorge befinde er sich jetzt, weil durch die Eroberung Meriko's sein Sohn Montpensier um eine Krone gekommen. Das Beispiel ist übrigens nicht übel gewählt, um den Kontrast zwischen Sonst und Jetzt herauszustellen. — Da wir gerade beim Humor stehen, so wollen wir noch eines Spottartikels des „Punch" erwähnen, worin er die unendlich lächerlichen Besorgnisse wegen mangelhafter Landesvertheidigung persiflirt. Er bringt eine amtliche Depesche des Marschalls Bugeaud aus dessen Hauptquartier, Buckingham Pallast, London, über die bewerkstelligte Eroberung von London. Nachdem das Kastell von Dover, in 5 Minuten — nach der Uhr — von den Unterchildchen von Algier eingenommen worden, erschienen die Direktoren der Eisenbahn mit Billets zur ersten Wagenklasse für die ganze französische Armee, zwanzigtausend in London wohnhafte Franzosen: Lohndiener, Köche und Seigenspieler empfangen ihre Landsleute in der Nationalgardeuniform, der gesährlichste Feind Frankreich, der Punch, wird in Ketten in den Tower geworfen ꝛc. Der napoleonische an Cäsar anknüpfende Styl der Bugeaud'schen Schlachtberichte ist darin lustig gegung persiflirt. Oft geipelt der Witz nach zwei Seiten, z. B. den französischen Vandalismus und die englische Geschmacklosigkeit in folgender Stelle: „Es war meine — Bugeaubs — Absicht, die äthiopischen Chasseure in der Nationalgalerie unterzubringen, aber — ein schlagender Beweis für den Geschmack der französischen Pferde — die Thiere konnten nicht dazu gebracht werden, das Gebäude zu betreten". Andern englischen Blättern zufolge geht der „französische Nelson" (Sir Henry Johnville) damit um, zwar nicht eine Flotte von Dampfschiffen, aber doch eine neue Schrift über Dampfkriegsschiffe gegen England zu schreiben.

**Frankreich.**

Paris, 9. Jan. Zur Rechtfertigung der Schließung der Vorlesungen des Hrn. Michelet beruft sich das Journal des Débats auf die eigene Darstellung des Rational, welcher die Vorgänge, welche diese Maßregel herbeigeführt haben, in folgender Weise schildert. „Während die Zuhörerschaft die Ankunft des Hrn. Michelet erwartete, warf ein Unbekannter ein Papier in die Luft. „Die Thronrede!" rief er. Anfangs will Niemand davon wissen, und ein Jeder schüttelt das Haupt ab, das auf ihn fällt. „Lesen Sie vor", sagen einige Stimmen. „Nein! nein!" antworten andere in größerer Zahl, und einige fügen hinzu: „Es ist eine Falle, man will das Verbot der Vorlesung hervorbeisühren. Fort! fort!" Da erhebt sich ein junger Mann. Ich glaube, er meinte es ehrlich. Er las die Thronrede ohne alle Bemerkungen vor und begnügte sich damit, einige Worte zu betonen, wie: meine Regierung, der öffentliche Wohlstand u. s. w. Was die Zuhörer betrifft, so schienen sie von einer tiefen Empfindung beherrscht, die sie nur durch ein bitteres Stöhnen, durch einen unartikulirten Klageton, ähnlich dem Greans der Irländer, ausdrückten. Als der Vorleser fertig war, zerriß er das Blatt und rief: „Frankreich hoch!" Das war Alles. Mehr die leiseste Anspielung auf den König oder auch nur auf die Minister."

Das J. d. D. sagt, daß diese Schilderung sehr gemildert sei, daß sie aber noch immer hinreiche, um das Verfahren der Regierung zu rechtfertigen, zumal es bis jetzt nicht üblich sei, die Säle des Collège de France von einer Kompagnie Stadtsergeanten besetzen zu lassen, um bis zur Ankunft des Professors Ordnung zu halten. Hr. Michelet würde unter solchen Umständen jedenfalls für fremde Sünden büßen, wenn es nicht mehr als wahrscheinlich wäre, daß jene Ruhestörungen nicht der Grund, sondern der bloße Vorwand des Verbotes seiner Vorlesungen gewesen sind.

Die Studenten haben Hrn. Michelet in einem Zuge, der 1500 Köpfe zählen mochte, eine Huldigungsadresse überbracht, die der suspendirte Professor in den heutigen Blättern mit einem Aufruf an seine Schüler beantwortet, in welchem er zu verstehen gibt, daß jene Ruhestörungen von den kirchlichen und politischen Jesuiten ausgegangen seien, denen es darauf ankomme, ihn um jeden Preis zum Schweigen zu bringen.

Die Studenten haben sich überdies mit einer Bitte um Wiederherstellung der Lehrstühle Michelets, Quinets und Wickiewicz an die Kammer gewendet.

Digitized by Google

Hr. Cabet ist in Folge der bereits erwähnten Untersuchung drei Tage verhaftet gewesen, dann aber wieder in Freiheit gesetzt worden. Seine Papiere dagegen, 1600 Nummern stark, befanden sich noch in gerichtlichem Gewahrsam. Das gegen Hrn. Cabet eingeleitete Verfahren erregt Erstaunen und Mißbilligung im Publikum, welches Hrn. Cabet als einen ziemlich schwärmerischen Kopf, aber als einen Ehrenmann kennt, dem es mit seinen Ansichten heiliger Ernst ist, und dem kein Mensch zutraut, daß er auf Prellereien ausgehen könne, wie ihm zur Last gelegt wird.

Der Moniteur zeigt heute an, daß auf den Vorschlag des Herzogs von Aumale die Armee von Algier um zwei Regimenter Fußvolk und ein Reiterregiment vermindert wird.

Von diesen drei Regimentern ist es noch weit bis zu den 50,000 Mann, um welche in Folge der Gefangennehmung Abdel-Kaders das afrikanische Heer vermindert werden müßte, wenn die an jenes Ereigniß geknüpften öffentlichen Erwartungen halbwegs in Erfüllung gehen sollten.

Paris, 10. Jan. Heute begann die Pairskammer die Berathungen über den Entwurf der Antwortsadresse. Der Inhalt dieses Entwurfes ist sehr unbedeutend. In jeder Zeile spiegelt sich ein bequemer Optimismus, der fast zu gläubig klingt, als daß man ihn für ganz aufrichtig halten sollte. Bei Gelegenheit des Budgets wird indessen angedeutet, daß von einem wirklichen Gleichgewichte der Ein- und Ausnahmen erst dann die Rede sein könne, wenn auch das „außerordentliche" Budget durch die laufenden Einnahmen gedeckt werde. Ueber die Unterwerfung Abdel-Kaders spricht sich der Entwurf sehr diplomatisch aus, in der offenbaren Absicht aller Welt Genüge zu leisten. Die Einsetzung des neuen Gouverneurs von Algier, sagt er, ist durch ein glückliches Ereigniß bezeichnet worden. Es wurde durch den Krieg, den sein berühmter Vorgänger mit so gewandter Thätigkeit geführt, durch die tapfere Ausdauer unserer Armee und durch die voraussehende Weisheit veranlaßt, die unsere Beziehungen zu Marokko regelte. Eine nicht minder ruhmvolle Aufgabe bleibt Ihrem würdigen Sohne. Unsere Niederlassung in Afrika zu befestigen, ihre Entwicklung zu begünstigen, mit ruhiger Beharrlichkeit über ihre innere Sicherheit zu wachen, ihr eine regelmäßige und gerechte Verwaltung zu sichern, das sind die Wohlthaten, welche die Kolonie und das Mutterland von der Weisheit, Festigkeit und den Gesinnungen Ihres Sohnes, von denen er schon Beweise gegeben, erwartet. „Unmittelbar darauf werden die Theilnehmer an den Reformschmäusen scharf durchgenommen, noch schärfer als in der Thronrede selbst. Greuelsvolle Manifestationen, heißt es hier, bei denen sich blind unbestimmte Ideen von Reform und Fortschritt mit Leidenschaften, die unserer monarch. Verfassung feindlich, mit Meinungen, welche den Umsturz predigten und mit verabscheuungswürdigen Erinnerungen mischten, haben Unruhe, Störung in die Geister geworfen. Aber der Entwurf glaubt nicht an die Bedeutsamkeit dieser Bestrebungen. Die Regierung, fährt er fort, hat ihre Aufmerksamkeit darauf richten müssen. Wir sind überzeugt, daß solche Aufregungen, unter einer Regierung der Freiheit geduldet, ohnmächtig gegen die öffentliche Ordnung sind. Ja, Sire! die Vereinigung der großen Staatsgewalten, die Wirkung der Gesetze, die öffentliche Vernunft werden genügen, um die Ruhe des Landes zu beschützen, die verirrten Gemüther zurückzuführen und unsinnige Hoffnungen zu zerstreuen. Die 17 Jahre, wo unser theures Vaterland sich endlich der Ordnung und der Freiheit zugleich erfreut hat, bedeuten Anderes als eine Phase unserer Revolutionen. Diese Periode beginnt eine dauerhafte Zeitrechnung und wird noch künftigen Geschlechtern die Aufrechthaltung der Charte, die Wohlthaten Ihrer Regierung und den Ruhm Ihres Namens überliefern. Sire! möge der Gedanke dessen, was Sie für Frankreich sind, ihre Kräfte und ihren Muth unterstützen und die Schmerzen mildern, die Sie in Ihren theuersten Zuneigungen getroffen haben."

Hr. Alton Shée eröffnete die Verhandlungen mit einem heftigen Ausfalle auf die äußere Politik des Ministeriums Guizot.

**Spanien.**

• Madrid, 2. Jan. Eine Ministerkrisis wird immer wahrscheinlicher. Die Ultramoderados wollen Narvaez über Bord werfen und mit Concha, Pidal, Fulgosio ein neues Kabinet bilden. Narvaez soll wieder auf den Gesandtschaftsposten nach Paris gehen. Gestern herrschte deßhalb große Bewegung in den höheren Kreisen, und der Herzog von Glücksberg, sowie eine Anzahl politischer Personen hatten sich zu dem Herzoge von Rianzares begeben, um Erkundigungen einzuziehen. Espartero's Ankunft wird wahrscheinlich den Ausschlag geben.

Der ehemalige Regent ist, wie Bayonner Blätter melden, am 5. um 4 Uhr Nachmittags in San Sebastian angekommen; die ganze Stadt wurde sogleich beleuchtet.

**Italien.**

Turin, 4. Januar. Die „Gazetta Piemontese" meinte jüngst, Massa und Carrara würden, wie man höre, an Toskana überlassen werden. Wenngleich jetzt Staatsgebiete in Italien auf einer merkwürdigen Wanderung von einem Herrn zum andern begriffen sind, so können wir doch dem angeführten Gerüchte nicht den mindesten Glauben beimessen. Modena, das jetzt nach den Verträgen auch Guastalla erhält, wird Massa und Carrara nimmermehr aus der Hand geben, und zwar schon deßhalb, weil diese Gebiete es in den Stand setzen, den drei Legaßtaaten gegenüber eine gesuchte Stellung zu behaupten. Unterhandlungen mögen deßhalb eingeleitet sein, allein die ostensische Regierung wird sich hier noch weniger zuvorkommend zeigen, als bei den letzten Verhandlungen, bei welchen sie die Legaßtaaten und insbesondere Toskana so sehr hinters Licht führte. — Der König, obgleich noch nicht ganz genesen, hütet nicht mehr das Bett und kann sich wieder den Staatsgeschäften widmen. — Dekrete im Sinne der Reform erscheinen fortwährend, die neuesten bringen Ernennungen der Mitglieder des höhern Unterrichtsrathes (Consiglio superiore di Pubblica Istruzione), deren ordentliche Mitglieder Rang und Ehren königlicher Räthe erhalten, dann Ernennungen an der Universität Genua, eine neue Festsetzung der Prüfungsgebühren und Taxen für Erhaltung akademischer Würden, sowie Veränderungen im Wirkungskreise höher Behörden.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[28]

Königlich patentirter neuerfundener

**Waschlıquor**

von

**Carl Friedrich Kreyssig,**

in Berlin, Charlotten-Straße Nr. 36.

Diese Waschflüssigkeit, womit man alle weiße, sowie mit ächten und haltbachten Farben bedruckte, gewebte und gestickte, wollene, halbwollene, seidene, halbseidene und baumwollene Zeuge herrlichen waschen und reinigen kann, daß weder die Stoffe noch die Farben den geringsten Nachtheil erleiden, die letztern im Gegentheil befestigt, verschönert und gehoben, und selbst schon etwas verschossene Farben dadurch wieder hergestellt werden, empfiehlt sich vorzüglich noch durch die Zuverlässigkeit, Wohlfeilheit und Leichtigkeit, mit welcher sie in jeder Haushaltung mit kaltem Wasser in 10—15 Minuten bequem und ohne allen Nachtheil für die oben genannten Zeuge und ihre Farben angewendet werden kann.

Die Quantität des zu verwendenden Waschliquors richtet sich nach der Menge des Wassers, welche das Zeug zum Waschen erfordert, und man nimmt dazu obngefähr auf 15 Quart Wasser ½ Quart oder 10 Lotp von dem Waschliquor, worüber die jeder Flasche beigefügte **Gebrauchsanweisung** das Nähere enthält. — Der Verkaufspreis ist für die Flasche von 1 Pfo. Inhalt frei ab hier 15 Sgr., außerhalb Berlin werden unter 50 Flaschen nicht versendet. Bei Aufträgen von 50 und mehr Flaschen bewillige ich einen angemessenen Rabatt gegen sofortige baare Zahlung in Pr. Courant. Die Flaschen sind mit meinem dazu bestimmten Siegel versehen.

In der angenehmen Hoffnung, daß es meinem vielfältigen Bemühen gelungen ist, einem allgemein gefühlten Bedürfnisse auf bequeme und billig auszuführende Weise abzuhelfen, empfehle ich mich zu recht bedeutenden Aufträgen, welche ich so schnell als möglich, und mit stets guter Quantität des Waschliquors ausführen werde.

Berlin, im Dezember 1847.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Pränumerationspreise betragen das Quartal für Heidelberg 1 fl. 12 kr. Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 1 fl. 12 kr. Für Bayern und den Rhein-Kreis 1 fl. 30 kr. Für Belgien und den Rhein-Kreis 1 fl. 30 kr. Für Frankreich 1 fl. 30 kr. Für Italien 1 fl. 30 kr. Für Spanien 1 fl. 30 kr. Für Portugal 1 fl. 30 kr. Für Griechenland 1 fl. 30 kr. Für Rußland 1 fl. 30 kr. Für Polen 1 fl. 30 kr. Für Ungarn 1 fl. 30 kr. Für Siebenbürgen 1 fl. 30 kr. Für Serbien 1 fl. 30 kr. Für Bosnien 1 fl. 30 kr. Für Albanien 1 fl. 30 kr. Für Montenegro 1 fl. 30 kr. Für Dalmatien 1 fl. 30 kr. Für Kroatien 1 fl. 30 kr. Für Slavonien 1 fl. 30 kr. Für Bosnien 1 fl. 30 kr. Für Albanien 1 fl. 30 kr. Für Montenegro 1 fl. 30 kr. Für Dalmatien 1 fl. 30 kr. Für Kroatien 1 fl. 30 kr. Für Slavonien 1 fl. 30 kr.

# Deutsche Zeitung.

№ 15. Heidelberg, Samstag 15. Januar 1848.

## Uebersicht.

**Die polnische Verschwörung.** VI. Die Gemäßigten in Posen (forts.). — **Prag** (Moritz Hartmann im Morgenblatt). **Berlin** (Freigebung der polnischen Angeklagten. Erwiderung von Heinrich Simon. Erwägungen der freisten Rechtspartei von den Ausschüssen. **Leipzig** (officielle Danksagung für überstandene Noth. Erklärung des Hrn. v. Zeschau, betr. die Zehntablöseschrift). **Karlsruhe** (die Kammerverhandlungen über die Angelegenheiten der Presse). **Darmstadt** (Jaup's Wahlangelegenheit). **Kiel** (beabsichtigte Veränderungen der Verfassung).

**Schweiz.** Zürich. Die Bundesrevision.

**Großbritannien.** Angeblicher Plan zur Erhöhung der Einkommensteuer.

**Frankreich.** Ansicht des Lords Palmerston von der Neutralität in der Schweiz. Gerüchte von der Absassung einer gemeinschaftlichen Note der drei Mächte. Verhandlungen der Pairskammer. Erklärung Guizot's über die Petitsche Sprüst. — **Spanien.** Kongreßsitzung am 4. Die Anklage gegen das Ministerium Salamanca. Critze in Madrid. — **Portugal.** Die Thronrede. — **Italien.** Poema. Adressen an den Herzog. Ungarische Militärpolizei.

**Datum der Börsen:** Frankfurt 13., Berlin 10., Wien 9., Amsterdam 10., London 10., Paris 11. Januar.

### Die polnische Verschwörung.

#### VII.

#### Die Gemäßigten in Posen.

(Fortsetzung.)

Daß das Schicksal der Gemäßigten in Posen nicht das gewöhnliche der Vermittler wurde, daß ihre Bemühungen nicht ohne Erfolg geblieben, ja daß sie selbst eine Zeit lang die Herrschenden waren, ist nur durch die Persönlichkeit ihres Führers zu erklären, des berühmten Dr. Marcinkowski. Freunde und Feinde, Polen und Deutsche, Aristokraten und Demokraten vereinigen sich hier, in ihm einen der edelsten Männer anzuerkennen, gleich ausgezeichnet als Arzt, als Patriot und als Menschenfreund, und selbst den sonst so zähen katholischen Klerus haben wir, den Erzbischof an der Spitze, dem Sarge eines Mannes folgen sehen, der durch sein ganzes Leben den Ultramontanismus bekämpft und auf dem Todbette die heiligen Sakramente zurückgewiesen.

Wie heilig ihm sein Beruf war, können jene Tausende von Kranken erzählen, denen er zu jeder Zeit und an jedem Orte rastlos und unerschrocken seinen Beistand gebracht, zu denen er noch wenige Tage vor seinem Tode, mit den sichtlichen Spuren des herannahenden Endes und trotz der Warnungen und Bitten der Freunde, seine Helferspflicht zu reichen eilte; wie hingebend, aber auch wie verständig seine Liebe zum Vaterlande war, beweist das Blut, das er für dasselbe auf dem Schlachtfelde vergossen, und noch mehr jene herrlichen, jene schönen Werke, die er in seiner Provinz hervorgerufen, Werke, die ihn noch lange bestehen werden und für seine Landsleute die Wegweiser bilden auf der heilsamen Bahn der Zukunft; und um seine Aufopferungsfähigkeit zu würdigen, genügt es zu wissen, daß ein Mann, dessen Einkünfte viele Tausende waren, ein sehr einfach beschränktes, ärmliches Leben führte, und daß seine Leichenbestattung eine fast Armbegräbe gewesen. Er schmeichelte keiner Partei, aber er imponirte jeder und gebot ihr; und wenn ihn auch die Demokraten oft vorwurfsvoll einen Diktator nannten, so mußten sie doch gestehen, daß die einzigen Satelliten dieser Diktatur ein fester Charakter und eine edle Gesinnung waren. Die Liebe, welche die niedern Stände, aus denen er selbst hervorgegangen, für ihn hegten, war nicht jene eingelernte und eingehauchte, sondern jene warme und spontane, wie sie immer der Name demjenigen tragen wird, der ihn und die Seinigen der Noth und der Knechtschaft entriß. Die Furcht, die er besonders den Aristokraten einflößte, war Ehrfurcht, und obgleich unbeugsam in seinen Ansichten und von der Gerechtigkeit seiner Meinung und Sache überzeugt, war er doch weit von jenem Hochmuthe entfernt, der so oft die Männer charakterisirt, die als Vermittler der Parteien auftreten. Rücksichtslos gegen Alle, wenn er die „Stimme eines Bürgers“ erhob, war er dennoch Allen ein Vertrauter, und sein Verhältniß zu den Demokraten ward dadurch ein solches, wie es vielleicht ohne Beispiel in der Geschichte ist. Die Partei der Bewegung gekannt es sich, daß sie in Marcinkowski ihren heftigsten Gegner hatte, aber sie konnte nicht umhin, ihm Alles mitzutheilen, was sie zu thun dachte; sie erhielt nie eine Billigung ihrer Schritte von seiner Seite, aber sie erschien sich entsühnt, wenn der Mann nur um ihr Vorhaben wußte. Wagte man auch Alles gegen seinen Willen, so doch Nichts gegen sein Wissen.

Der Graf Mathej v. Mielzynski, der schon kinderlang gewürdigt ist, wenn wir nur sagen, daß er der Freund und Gesinnungsgenosse Marcinkowski's war, war der Zweite, der an der Spitze der Gemäßigten stand. Beide Männer bildeten das sogenannte „Duumvirat des dritten Standes“, ein Name, der ihre Bestrebungen sehr richtig bezeichnete, denn sie wollten durch die Herausbildung eines politischthätigen Bürgerthums der polnischen Nationalität eine breitere Basis, einen weniger vulkanischen, aber desto fruchtbareren Boden geben; und wenn man die Schwierigkeiten bedenkt, mit denen diese Männer zu kämpfen hatten, die wenigen Mittel, die ihnen zu Gebote standen, und die kurze Frist, die ihnen der Uebergang der demokratischen Propaganda in eine Verschwörung gewährte, so kann man nicht nur ihrem Streben, sondern auch dem von ihnen Erstrebten die gebührende Anerkennung nicht versagen. In wenigen Jahren entkanden durch ihren Einfluß überall agronomische Vereine, die, abgesehen von dem Nutzen, den sie einem vorzugsweise ackerbauenden Lande bringen mußten, den Sinn für Associationswesen überhaupt nährten und eine gegensätzige Verständigung und Einigung anbahnten. Die verschiedenen Lesevereine und Volksbibliotheken hatten den Zweck, auch bei den niedern Ständen den Sinn für die Volksliteratur zu wecken, und sie verfehlten ihn auch nicht. Weit wichtiger wurden die nun fast in jedem Kreise der Provinz ins Leben gerufenen Vereine zur Unterstützung der bildungsstuftigen polnischen Jugend, und es zeugte für den gesunden Sinn jener Männer, daß sie weit mehr darauf bedacht waren, denjenigen aufzuhelfen, die auf Real- und Gewerbschulen sich für eine bürgerliche Thätigkeit auszubilden suchten, als denen, die auf den Universitäten der höhern Wissenschaft sich hingaben und mehr Schönes als Nützliches zu leisten vermochten. Ueberhaupt fand jede polnische Handwerker- und kleinere Kaufmann bei ihnen nachdrückliche Unterstützung, und zu diesem Zwecke gründeten sie auch den Bazar von Posen, eine Anstalt, die noch viel größere und heilsamere Früchte würde getragen haben, wenn nicht der revolutionäre Sturm sie in ihren Grundfesten erschüttert hätte. Dieses polnische Palais-Royal, in viel kleinerem Maßstabe, aber viel größerm Sinne gestiftet, sollte der Mittelpunkt der nationalindustriellen Thätigkeit werden. Läden und Werkstätten wurden hier den polnischen Kaufleuten und Handwerkern eröffnet, und das Mißtrige zu den Anfängen und der gemeinsamen Kasse der Gesellschaft hergegeben. Mit seinem Takt und mit verständiger Berechnung des Volkscharakters wurde die Industrie auch äußerlich zur Nationalsache gemacht, und wie angegeben dies Mittel wirkte, beweist schon der Umstand, daß selbst Adlige, wie der unglückliche v. Kurnatowski, der im Moabitzergefängnisse verstorben, wie die HH. v. Kazerowski, Dr. v. Tegoleski und viele Andere ihre Abneigung gegen die „gemeine“ bürgerliche Thätigkeit ablegten und selbst Kaufleute wurden. Und gleichsam als sollte gleich Anfangs alles Gute dieser Bestrebungen sichtbar werden um dann den Schmerz über deren Vereitlung nur noch größer zu machen, so legte sich auch jetzt allmählich der wuthentbrannte Kampf zwischen den Aristokraten und Demokraten; beide schienen über der Praxis die Theorie, jene ihr Wappenbuch, diese ihren Gesellschaftsvertrag zu vergessen, und der frühere Wettstreit in gegenseitigen Anfeindungen und Beschuldigungen machte einem viel edlern und schönern in wohlthätigen Beiträgen zu dem wohlthätigen Zwecke Platz.

Und doch sollte Alles vergebens sein, ein Zufall Alles umstürzen und Alles, was die Gemäßigten zur Verhinderung eines Aus-

Digitized by Google

brucht gethan, nur zu dessen Vertheidigung diene! Mr. Bowring, die sie gestiftet, demonstrirten halb blos Volksmannsinn von Versöhnern; die Jünglinge, die sie auf Schulen und Universitäten hielten sicher, wurden Agenten der Revolution; der Bazar, den sie gegründet, ein Sammelplatz für die Bewegungsmänner und später eine Kaserne für preuß. Soldaten; und aus dem Schoße des so mühsam gepflegten kleinen Bürgerthums gingen Ideen und Pläne hervor, die an Gewaltsamem, Tollkühnem und Unpraktischem Alles übertreffen sollten, was bis jetzt die Demokratie erzeugt hatte. So wahr ist es, daß Nichts jene Logik der Geschichte, die wir das Schicksal zu nennen gewohnt sind, umzugestalten im Stande ist, und daß selbst die Hindernisse, die man diesem Schicksale in den Weg legt, ihm bloß zu Stufen dienen, um jene vorgesetzte Höhe zu erreichen, die nur selten ein Berg der Glückseligkeit ist, viel öfter ein Golgatha des Märtyrerthums!

Wir werden diesen Zufall bald näher besprechen und auf diesen Wichtigkeit aufmerksam machen. Aber so bedeutsam er auch ist, so wäre es falsch, ihm allein das Mißlücken der gemäßigten Bestrebungen zuzuschreiben; denn nicht aus Zufällen besteht die Geschichte, sie sind nur Manifestationen tief verborgener, geheim wirkender Kräfte, und so ist auch die wahre Ursache des Rückschlages, der in der von uns geschilderten Bewegung bald erfolgte, nicht in jenem Zufall, sondern in dem Sinne, der Sitte und der Lage Polens zu suchen — und dies ist es, was wir hier noch kurz andeuten wollen.

(Forts. folgt.)

**Oesterreich.** Prag, 7. Jan. Der Köln. Z. wird geschrieben: Moriz Hartmann hat sein erstes Verhör bestanden, und zwar nicht bei der Polizei, sondern beim Magistrate der Altstadt Prag, im sogenannten Politischen, was die Sache viel ernster erscheinen läßt. In seinem Verhöre handelte es sich auch nicht bloß um den Druck seiner Bücher im Auslande, sondern vielmehr um den Inhalt von „Kelch und Schwert“ und der „Neueren Gedichte.“ Man ist hier besorgt um sein Schicksal! Noch ist er auf freiem Fuße.

**Preußen.** Berlin, 7. Jan. Nach der Weser, haben einzelne der polnischen Angeklagten ihre Vertheidiger sehr reichlich bedacht; so der Graf Mielzynski, der Graf Bninski, welcher Letztere seinem Vertheidiger ein Geschenk von 3000 Thlrn. gemacht hat. — Als eine interessante nachträgliche Notiz zum Polenprocesse, die bisher völlig unbekannt geblieben ist, dürfte ferner die Mittheilung betrachtet werden, daß der König dem Vernehmen nach durch eine Kabinetsordre ausdrücklich befohlen hatte, das Untersuchungsverfahren bei dem Polenproceß auf kein Frauenzimmer auszudehnen. Wie nun kein Geheimniß geblieben ist, befindet sich aber im Großherzogthum Posen gerade eine polnische Dame, ein Fräulein von Szczanicki, die die Fäden der ganzen polnischen Bewegung mehr oder minder in ihrer Hand zusammenzuhalten scheint; wenigstens wurde bei den Verhandlungen des Polenprocesses ihre vielfach in einer Weise gedacht, daß ihre rege Betheiligung bei der letzten Bewegung ziemlich deutlich hervortrat; ihr eigener Bruder, der Landschaftsrath von Szczanicki, gehörte auch zu den Angeklagten und Inhaftirten; gegen sie selbst aber ward, eben in Folge der oben erwähnten Kabinetsordre, in keinerlei Weise eingeschritten.

Berlin, 10. Januar. Als einen bedeutenden Fortschritt des preuß. Staates auf dem materiellen Gebiete müssen wir, wie soeben bekannt wird, das endliche Eingehen unserer Regierung auf die Errichtung von Privatbanken bezeichnen. Der Entwurf hiezu ist dem Minister Rother übergeben worden, und dieser gewandte Staatsmann hat denselben vor einigen Tagen bereitet und bereits dem Herrn von Manteuffel zur Begutachtung vorgelegt. Wenn sich gleich der Entwurf, dessen Inhalt uns zum Theil bekannt geworden, nicht in so weiten Formen bewegt, deren sich die englischen Privatbanken zu erfreuen haben, so wird doch mit seiner Realisirung für unseren Kaufmannsstand eine neue Aera beginnen, indem schon unendlich viel geschehen ist, daß sich derselbe, in der eignen Beschaffung seiner Verkehrsmittel, hiermit der gouvernementalen Bevormundung zu entziehen beginnt. In dem Betracht, daß in der Residenz bereits die königl. Bank und das Institut der Seehandlung existiren, vielleicht auch um in deren Wirksamkeit nicht unmittelbar eingreifen zu lassen, stellt der Entwurf seine Paragraphen bloß für die Errichtung von Privatbanken in den Provinzen auf. (Wes. Z.)

†† Berlin, 9. Jan. Je näher der Zeitpunkt heranrückt, wo die Ausschüsse ihre Thätigkeit beginnen sollen, desto mehr wendet sich das Interesse von dem Gegenstand, der ihrer Berathung unterliegen soll, auf die Versammlung selbst zurück und zu der Frage: welche politische Stellung diese sich selber anweisen wird? Der Vereinigte Landtag hatte seine Thätigkeit damit begonnen, die ihm vorenthaltenen Rechte der reichsständischen Versammlung zu wahren; erfordert es nicht die nothwendige Konsequenz, daß der Ausschuß damit beginne, die ihm zum Nachtheil des Ver. Landtags zugedachten Rechte abzulehnen? Ist dies etwa durch die Vorbehalte oder gar bloß Wünsche und Erwartungen, die bei den Wahlen in den Ausschuß vorgekommen sind, in genügender Weise geschehen? Auch der Sanguinischste wird, wenn er nur mit einiger Aufmerksamkeit die Schritte der Regierung der ständischen Opposition gegenüber beobachtet hat, diese Frage nicht zu bejahen wagen. Die Botschaft vom 24. Juni 1847 verspricht, die auf die periodische Einberufung des Ver. Landtags und auf Beschränkung des Wirkungskreises der vereinigten ständischen Ausschüsse gerichteten Anträge in sorgsame Erwägung zu ziehen, und behielt sich die Entschließung darüber so lange vor, bis die Verordnungen vom 3. Februar ihrem wesentlichen Inhalte nach zur Ausführung gekommen sein würden. Sie ordnete zugleich den Beginn dieser Ausführung an, indem sie der Bitte wegen Aufsetzung der Wahlen schon um deßhalb nicht Statt geben zu können erklärte, weil deshalbige Verfügungen bereits getroffen seien. Die Verordnungen mit Rücksicht auf die wesentlichen Verschiedenheiten der darüber eingegangenen provinzialständischen Erklärungen dem Ver. Ausschuß zur Begutachtung vorzulegen. Dies konnte eine Konzession scheinen, weil eben der Strafgesetzentwurf schon von den Provinzialständen zu einer Zeit, als diese noch die Reichsstände vertraten, begutachtet worden war; in der That aber war es keine; das „schon um deßhalb“ ließ es mindestens im Ungewissen, ob das Bedürfniß der baldigen Emanirung des Strafgesetzes der einzige Grund der verlangten Wahlen sei, und vorher war ganz bestimmt die Entschließung auf die Petitionen wegen Abänderung der Verordnungen vom 3. Febr. vorbehalten, bis diese ihrem wesentlichen Inhalt nach — zu welchem doch offenbar das Institut des Ver. Ausschusses gehörte — zur Ausführung gekommen wären. Diejenigen Mitglieder der ständischen Opposition, welche bisher die älteren Verordnungen für rechtsgiltig und dieselben in theilweisem Widerspruch mit dem Patent erklärt hatten und nach jener königlichen Erklärung bemessen mit Vorbehalt wählten, erwarteten offenbar die Beseitigung dieser Vorbehalte oder die Beseitigung derselben durch Gewährung der Petitionen Seitens der Krone. Sie täuschten sich, der Landtagsabschied nahm auf jene keine Rücksicht, behielt die Entschließung auf diese der Zukunft vor und gab den gewählten Ausschüssen die Attributionen, welche denselben das Patent ertheilt hatte, und welche der Ver. Landtag für reichsständische, ihm allein zukommende erachtet hatte. Das Geschäftsreglement für den Ver. Ausschuß endlich, welches noch nicht veröffentlicht ist, gibt, sicheren Vernehmen nach, Bestimmungen über alle die Geschäftsgegenstände, welche nach dem Patent vor den Ausschuß kommen, nach der Meinung des Ver. Landtags aber von demselben entfernt bleiben sollen. Hier also ist überall strenge Konsequenz; die Krone verfolgt mit Entschiedenheit ihr Ziel, das Patent vom 3. Febr. in anerkannte rechtliche Wirksamkeit treten zu lassen, etwaige Abänderungen desselben allein von ihrer Gnade abhängig zu machen und die ganze Anstrengung, mit der auf dem Ver. Landtage der Rechtsboden geackert worden ist, zu vereiteln. Nimmt sich der Ausschuß nicht den Anfang des Ver. Landtags zum Muster, beginnt er nicht sein Gutachten über das Strafgesetzbuch mit der bestimmten Erklärung: daß er dasselbe nicht als reichsständische Körperschaft abgebe, weil er sich als solche nach den zu Recht bestehenden Gesetzen von 1815 und 1820 nicht betrachten dürfe, weist er nicht jede andre ihm außer der Berathung jenes Entwurfes etwa anzusinnende Thätigkeit zurück, dann hat die Regierung ihr Ziel erreicht, dann hat der Ausschuß anerkannt, daß das Volk seine Rechte hat, und daß ihm die Willkür nehmen kann, was ihm die Willkür gegeben. Möchten sich die Mitglieder des Ausschusses diese Bedeutung ihrer Stellung recht klar vorhalten, möchten alle Fraktionen der Opposition, die bei dem Ende des Landtags aus erklärlichen und verzeihlichen Gründen sich trennten, jetzt einig sein. Man erwartet, daß diejenigen, welche das Verfahren der streitesten Oppositionsmänner nicht gebilligt und ein andres eingeschlagen haben, dies nur darum gethan haben, weil sie glaubten, durch positives Handeln die Rechte, welche sie auf dem Landtag vertreten haben, besser zu schützen als durch Verlassen des Kampfplatzes. Sollten sie sich getäuscht haben, sollten diese Männer, nachdem sie das äußerste Maß der Willfährigkeit erschöpft haben, jetzt wo die letzte Gelegenheit zum entschiedenen Handeln geboten wird, diese vorüberlassen, dann werden nur sie es zu vertreten haben, wenn die großartige Bahn, die sich für unsre ständische Entwickelung auf dem Ver. Landtag eröffnet hat, — in eine enge Sackgasse verlauft. Sie werden sich von diesem Vorwurf nicht durch Berufung auf etwaige neue halboffizielle

Digitized by Google

Verhorchungen rechtfertigen können, denn wäre in dem Augenblick, wo sie erscheint werden, der Wille sie zu erfüllen ein noch so fester, er ist ein zufälliger und unverbürgter! Was wir dann auch in der Enttäuschung unserer ständischen Treibeleien weiter erreichen mögen, wir werden es dem Zufall oder — wenn man lieber will — der Nothwendigkeit der Sache, aber nicht dem Verdienst und der Tapferkeit derer verdanken, die zu unsern Vorkämpfern berufen sind. Hoffen wir denn, daß ein Auerswald, ein Camphausen, ein Schwerin die Bedeutung des gegenwärtigen politischen Momente ebenso begreifen werden, wie sie die des Zusammentritts des Landtags begriffen hatten. Wenn sie einig sind, glauben wir, wird ihnen auch die Majorität nicht fehlen. Sollten wir uns aber auch hierin täuschen sollte eine Verwahrung in dem Sinne, wie wir sie eben andeuteten, nicht durchzusetzen sein, so möge dann die Minorität das Feld verlassen; auch das wird mindestens ein moralischer Sieg sein. Ob dann der Strafgesetzentwurf etwas weniger gut emendirt wird oder nicht, das ist — so nothwendig ihm bedeutende Verbesserungen sind — eine Frage von untergeordneter Bedeutung da, wo es sich darum handelt, endlich eine sichere Staatsrechtliche Grundlage zu erlangen, oder doch mindestens der Regierung zu beweisen, daß das Rechtsbewußtsein im Volke und in seinen edelsten Männern nicht zu unterdrücken ist. Ist der Obhahn der Erreichung dieses Zwecks zum Opfer gefallen, so wird von Verfolgung desselben noch weniger die Mäßigkeit abhalten dürfen, vielleicht der Regierung einige ungefährliche Paragraphen des Strafcodex abzudiskutiren. — Nach dieser etwas langen politischen Expektoration, nur noch die kurze Nachricht aus dem Gebiet des kirchlichen Kampfes, daß in diesen Tagen Ublich und zwei Lutheranitglieder seiner Magdeburger Gemeinde als Deputirte derselben hier gewesen sind, um die dahin Anerkennung der Gemeinde, vorläufig als geduldete, zu erwirken. Sie sind von den Ministern Bodelschwingh und Eichhorn empfangen, wegen der Geschäftsmäßigkeit des in Magdeburg beobachteten Verfahrens belobt und mit zufriedenstellenden Versprechungen entlassen worden. Bei den Audienzen ist von den Herren Ministern auf die Bedeutsamkeit dieser ersten Anwendung des Religionsedikts hingewiesen, und diese als der Grund angeführt worden, weshalb in der Sache zur unmittelbaren Entscheidung des Königs bisher berichtet werden müssen.

**Sachsen.** ○ Leipzig, 6. Jan. Das Neujahr brachte uns zwei Lebenszeichen von zweien unserer Ministerien, welche ziemliches Aufsehen erregten. Das eine war eine lange offizielle Danksagung für die überständene Noth des vergangenen Jahres, welches das Ministerium des Innern in der Leipz. Zeitung veröffentlichte, nebst der Ankündigung einer Denkmünze, welche als Erinnerung daran an diejenigen, welche hauptsächlich zur Linderung dieser Noth beigetragen, vertheilt werden soll. Das Ganze ist in jenem salbungsvollen, patriarchalischen Ton abgefaßt, welchen das Ministerium faltenlich in seinen anzuständigen pflegt, wenn es von dieser Beherzigung und seinen Verdiensten dabei spricht. Man hat auch bei uns nicht verfehlt, die materielle Noth zu allerlei Hindeutungen auf die allseinfeligmachende hilfreiche Hand der Regierung und die Nothwendigkeit eines engeren Anschließens an dieselbe auszubeuten, und der Umstand, daß der Nothstand — Dank den vereinten energischen Anstrengungen der Privaten und Gemeinden und einzelnen rechtzeitigen Anordnungen der Behörden (neben manchen Fehlern und Verfäumnissen derselben) — noch so ziemlich glücklich vorübergegangen ist, wird von den Freunden des Faltenstein'schen Ministeriums mit großem Nachdruck auf dessen alleinige Rechnung geschrieben und als Aktenstück und Sühnopfer aller sonstigen politischen und staatswirthschaftlichen Fehlritte bestens benutzt. Daß von dieser Seite her in den Zeiten der Noth Zweckmäßiges geschehen (und daß dessen vorhanden sei, will ich nicht in Abrede stellen), das wird so in lauten Tönen gepriesen; was verschwunden, was gar nicht, zu spät oder auf unzweckmäßige Weise angeordnet worden — das bleibt verborgen, weil es ein ebenso schwieriges, als undankbares Geschäft ist, den Nachweis davon zu führen. Die unbequeme Kontrole seiner Maßregeln in dieser Hinsicht und die ebenso unangenehme Hereinziehung nichtbureaukratischer Elemente in die wohleingerichtete bureaukratische Maschinerie — womit das Ministerium durch den Antrag der Kammern auf eine Enquete über die allgemeinen Ursachen des Nothstandes und die Mittel seiner gründlichen Abhilfe bedroht war — hat es sich glücklich vom Halse zu halten gewußt durch das ganz einfache Mittel — den Antrag nicht zu bringen. Wenigstens hat man bis jetzt, d. h. fast ein Jahr nach Stellung dieses Antrags, noch nicht das Geringste vernommen, was auf eine Berücksichtigung desselben schließen ließe. Man wartet also ruhig und zuversichtlich ab, bis wieder einmal ein äußerster Ausbruch der Noth eine neue Anwendung von Palliativmitteln erheischen wird. Ob aber nicht einem solchen Aeußersten durch rechtzeitige Vorbereitungen und namentlich durch gründliche Erörterungen, resp. Verbesserungen der gesammten Gewerbe-, Arbeits- und Nahrungsverhältnisse vorzubeugen, wenigstens die schärfste Spitze der Noth im Voraus abzustumpfen, und ob dazu nicht die Enquete, die Zuziehung nichtbureaukratischer Elemente das sicherste Mittel wäre: diese Frage scheint man sich entweder nicht vorzulegen oder absichtlich darauf nicht eingehen zu wollen. In England freilich benutzt man dies Mittel als Tage, und mit Nutzen — so eben jetzt zur Untersuchung der Getdverhältnisse des Landes — aber in England hat man auch keine so ausgebildete und wohlorganisirte Bureaukratie, wie bei uns, in Sgar — sogenannte direkt — Finanzminister und Minister des Innern, die nicht einmal ein regelmäßiges akademisches Triennium und die gehörigen Staatsexamina gemacht haben! — Die zweite der ministeriellen Kundgebungen, von denen ich oben sprach, betrifft Ihre Zeitung. Dieser ist nämlich die seltene Ehre widerfahren, von dem Hrn. v. Zeschau, Vorstand des Finanzministeriums, einer öffentlichen Entgegnung durch eine in der Leipz. Zeitung abgedruckte „Erklärung" gewürdigt zu werden. Sie müssen wissen, daß Hr. v. Zeschau ein sehr vornehmer Herr ist, der namentlich die Angriffe der Presse auf ihn mit einer gewissen kavaliermäßigen Verachtung zu behandeln pflegt. So beginnt er auch seine „Erklärung" damit, daß er den Artikel aus Leipzig in Nr. 174 Ihrer Zeitung für eigentlich der Entgegnung nicht werth erklärt, sodann aber hierauf doch in einer fast 6 Spalten langen Kasteinandersetzung sich wegen der dort ihm vorgeworfenen Dinge zu rechfertigen. Darin will er nachweisen, daß die Regierung bei der famosen Zehntzahlerscheinangelegenheit in ihrem vollen Rechte gewesen sei, daß „nicht sie es sei, welche zu möglichen Täuschungen des Publikums Veranlassung gegeben, sondern daß vielmehr ihren Anordnungen auf indirektem Wege entgegengewirkt und gehandelt worden, und daß nirgends von Zurücknahme einer genehmigten Einrichtung, sondern nur von Abstellung eines mißbräuchlichen Verfahrens die Rede sei." Diese „Erklärung", so geschickt sie auch in manchen Hinsicht abgefaßt ist, leidet nur an einem wesentlichen Mangel: sie versäumt gerade das, was die Hauptsache bei der ganzen Frage ist — sie theilt die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 30. Juni nicht vollständig mit, worin dieses Letztere (wie ich in meinem Art. in Nr. 174 berichtet, und wie ich hiermit wiederholt, auf Grund eigner Einsicht und Prüfung der besagten Verordnung, versichere) unzweideutig die Gemächtigung zur Baarerlösung von Zehntpflerschinen gegeben hat. Sie verschweigt ferner, daß die betreffende Maßregel unter Zustimmung des von der Regierung bestellten Mitglieds des Eisenbahndirektoriums, sowie unter Vorwissen und ohne Einspruch des zur Ueberwachung des Unternehmens beordneten königl. Kommissärs beschlossen und ausgeführt worden ist, daß also jedenfalls diese Behörde der Regierung die Verordnung ebenso verstanden haben müssen, wie das Direktorium selbst. Es bleibt daher nur eine doppelte Voraussetzung übrig: entweder ist von vornherein das Ministerium des Innern mit dem der Finanzen in dieser Sache in Meinungsdifferenz gewesen — das eine hat Ja gesagt, das andere Nein — oder: beide Ministerien sind in ihren Ansichten schwankend und wandelbar gewesen. In dem einen, wie in dem andern Falle will man es natürlich nicht Wort haben, daß solche Menschlichkeiten in dem Reiche der unfehlbaren Bureaukratie vorgekommen, und nun erklärt und interpretirt und argumentirt man, um die Schuld des Mißverständnisses und der Inkonsequenz auf Andere abzuwälzen. Die hierbei zunächst Betheiligten, die Direktoren, haben natürlich dazu nicht stillgeschwiegen, vielmehr in einer öffentlichen Erklärung in demselben Blatte das Publikum ersucht, sein Urtheil über diese Sache bis zur vollständigen Vorlegung aller Aktenstücke, die sie zugleich in Aussicht stellen, zu suspendiren. Ob die Beamtren des Ministeriums, die dadurch gleichfalls kompromittirt sind, dies ruhig hinnehmen werden, ob ferner Hr. v. Falkenstein, der ebenfalls nicht die beste Rolle bei dieser „Erklärung" spielt, seinerseits auch Etwas „erklären", oder Alles ruhig gehen lassen wird, wie sein Hr. Kollege will, wird sich zeigen. Jedenfalls sind wir mit der „Erklärung" erst beim Anfang vom Ende dieser merkwürdigen Geschichte, die wegen der Enthüllungen, welche sie über gewisse Seiten unserer Verwaltung verspricht, eine ernstere Beleuchtung verdient und erheischt. Schon am letzten Landtage zog ein schweres Gewitter von Vorwürfen und Anschuldigungen über dem Haupte des Finanzministers wegen seines Verhaltens in Bezug auf das Eisenbahnwesen herauf, welches aber damals nach einigen kalten Schlägen der Thielau'schen Beredsamkeit sich verzog. Diese Sache dürfte einen neuen und schwereren Gewitterstoff anhäufen und dem Finanzminister einen harten Stand beim

Digitized by Google

nächsten Landtage bereiten, wenn die Stände nämlich nicht durch die diplomatische Feinheit des Hrn. v. Zeschau und seiner parlamentarischen Adjutanten sich, wie leider schon öfters, imponiren lassen. — Wenn übrigens Hr. v. Zeschau in seiner „Erklärung" u. A. auch in der Anonymität des Artikels Ihrer Zeitung einen Grund findet, um denselben geringschätzend zu behandeln, so möchte zwar wohl der Name des verantwortlichen Redakteurs, der für den ganzen Inhalt der Zeitung einsteht, sowie die allgemein anerkannte Stille, Berichte in Tatsachen nur anonym zu schreiben, jenen Grund als durchaus nicht erscheinen lassen; damit jedoch Hr. v. Zeschau nicht meine, ich fürchte mich, ihm mit offenem Visir entgegenzutreten, so ermächtige ich Sie, auf Verlangen einem Jeden, der ein erweisliches Interesse bei der Sache hat, meinen Namen als Verfasser des Artikels in Nr. 174 zu nennen.

**Baden.** * Karlsruhe, 13. Jan. Nachdem in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer der Abg. Christ seinen Antrag auf Preßfreiheit begründet hatte, erhob sich der Abg. Bassermann und trug darauf an, die Motion in den Abtheilungen zu berathen, wo es sich dann zeigen werde, ob der Vorschlag nicht in anderer Weise zu fassen sei. „Die Zustände, fuhr der Redner fort, sind in Deutschland jetzt auf einem Punkte, auf welchem die fernere Verweigerung der freien Presse die Ehre nach Oben wie nach Unten gleichmäßig gefährdet. Aber soweit mußte es kommen, bis endlich auch Regierungen wie die preußische die Censur für nicht mehr haltbar erklärten und der Bundesversammlung einen Preßgesetzentwurf vorlegten, der freilich noch schlimmer scheint als die Censur. Ich glaube aber den Antrag nicht besser unterstützen zu können, als durch Anführung einiger Beispiele von der Thätigkeit der Censur, und zwar einer milden Censur, wie sie gegen die Deutsche Zeitung geübt wird. Daß man Anführungen aus Klassikern streicht, will ich als zu lächerlich übergehen; aber ernster ist, daß der deutschen Presse ein wohlgemeinter Warnungsruf untersagt wurde. Wenn die Censur am 8. Decbr. den Wunsch strich, es möchte von dem preußischen Kabinet die Politik des Hrn. v. Radowitz gegenüber der Eidgenossenschaft aufgegeben werden, so würde man jetzt wohl in Preußen selbst wünschen, einen solchen Warnungsruf bei Zeiten nicht nur vernommen, sondern auch befolgt zu haben. Aber die Censur ist gerecht nach allen Seiten. Nicht bloß die preußische Diplomatie, auch die französischen Generale der Kaisergrift deckt sie mit ihrem Schilde; sie verbietet, von ihnen zu sagen, daß es in den Augen der Franzosen den Ruhm leider nicht verdunkelte, gegen die Besiegten Raubgier und Spitzbüberei zu üben. Man sollte meinen, der Censor wäre Franzose, und in dieser Vermuthung werden Sie bestärkt werden, wenn ich Ihnen lese, daß sogar die Aeußerung des republikanischen National, die Franzosen sollten ihre alte Herrschaft über Madagascar mit Feuer und Schwert wieder erobern, gegen die Bemerkung in Schutz genommen wurde: „Diese Ansprüche haben die Franzosen seit dem 17. Jahrhundert faßt in jedem Menschenalter ein Mal durch bandittenmäßige Einfälle, durch Sengen und Brennen, durch blutigen Verrath, durch haarsträubende Schlächtereien zu verwirklichen gesucht. Ja, es ist eine köstliche Sache, um die Redlichkeit und Uebergenugnngetreue der französischen Republikaner." Sollte man hieraus etwa schließen dürfen, der Censor sei gar ein Republikaner? Ich erwähne nur noch des Striches aus einem Artikel aus Marburg, welche die bei Gelegenheit des Verbotes, Studirende mosaischen Glaubens zu einem Freitische vorzuschlagen, gemachte Bemerkung traf: „Es gibt auch Emanzipationen auf dem Papiere." Glaubte etwa die Censor, nachdem er dies gestrichen, es gebe nun keine Emanzipation auf dem Papiere mehr? Wenn mir Jemand einwenden wollte, diese verstümmelten Artikel betrafen auswärtige Politik, dafür bewege sich die Presse frei in Landesangelegenheiten, möchte ich dies so gerne bejahen können, aber leider ist es nur nach einer Seite hin der Fall. Zur Zeit der Wahlen durfte die reaktionäre Presse gegen freisinnige Abgeordnete Alles sagen; weder in Frankreich noch in England hätte man ungezwungener schreiben können; ich freute mich, daß unsere Zustände diese Freiheit ertragen, allein als ich hörte, daß die Erwiderungen gestrichen wurden, war meine Freude dahin. In Zeiten der Wahlen ist der Censor wie ein Kampfrichter, und wo ein Kampfrichter ungleiche Waffen, ich will nicht sagen, vertheilte, sondern nur zuließ, da würde man ihn als unwürdig sofort aus den Schranken weisen. Ich habe mich gefragt, ob eine solche Handlungsweise von dem Ministerium des Innern ausgehe oder von wem sonst? Die Handhabung der Censur gibt vielleicht selbst die Antwort. Während über das Ministerium mit allem Freimuth geschrieben werden darf, was ich stets mit Vergnügen wahrnahm, wissen Beamtete von minder hoher Stellung aus der Censur stets einen Schild für ihre Schwäche zu machen. So wurde in einem Artikel aus der Köln. Z. von der badischen Nachcensur folgende Stelle gestrichen. „Es unterscheidet sich also hierin (daß die ministeriellen Kandidaten meist aus Beamteten bestehen) Hr. Bekk nicht von seinen Vorgängern; allein es hätte in jetziger Zeit gewiß einen höheren Nationalsinnlichen Geist durchwandet, wenn die Regierung den alten Kampf zwischen Liberalismus und Bureaukratie vermieden und statt dessen einen Kampf zwischen Liberalismus und Radikalismus vorgezogen haben würde. Es mußte ihre Aufgabe sein, intelligente, unabhängige Bürger in die Kammer zu bringen; diese allein sind im Stande, einem redlichen Ministerium einen dauernden Halt zu verschaffen. Beamtete, wie z. B. Hr. Fauth, haben der Regierung größeren Nachtheil gebracht, als doppelt so viel Radikale." Wenn ich Ihnen ferner sage: es sei bei der Nachricht, daß den berühmten Bürgern „im engeren Sinne" zu Mannheim für ihre Versammlungen der Lyceumssaal eingeräumt worden, der Zusatz gestrichen: „Wie man sagt, gegen den Willen der Direktion auf Weisung des Regierungsdirectors", daß ferner die Bezeichnung des Morgenblattes, als „Organ der öffentlichen Kundmachungen der Regierung des Unterrheinkreises", was es doch ist, gestrichen wurde, wobei ein edles Schamgefühl für die Regierung den Rothstift regiert zu haben scheint: dann werden Sie mit mir auf die Vermuthung kommen, daß hier eine Beamtenklike im Gefühl ihrer Verwundbarkeit und Schwäche eine Censur über die Censur ausübe. Aber keine Censur ist schädlicher für die Regierung selbst als die, welche Rügen gegen Beamtete in der Presse nicht zuläßt. Mielange aber werden noch in Deutschland reichbegabte, bedeutende Männer ihre schriftstellerischen Arbeiten dem Rothstift eines Kammannes unterwerfen müssen? Mielange werden noch solche Schilderungen der Censurhandhabung in deutschen Kammern gehört werden? Wann wird der Artikel 18 der Bundesakte in Erfüllung gehen? Ein baierischer Staatsmann hat vor wenig Wochen die Behauptung gewagt, der Art. 18 sei erfüllt, — durch die Karlsbader Beschlüsse! Ueber das Unhaltbare, ja Empörende einer solchen Behauptung — kein Wort! Hat doch selbst der preußische Bundestagsgesandte am 20. Febr. 1832 erklärt, daß der Artikel 18 noch nicht erfüllt sei, und werden doch die Karlsbader Beschlüsse noch bis in die neueste Zeit in der Bundesversammlung stets das provisorische Preßgesetz genannt. Und diesem provisorischen Gesetze, gemacht von Diplomaten, die ein Mitglied des Wiener Kongresses in seinem Viereck gebrandmarkt Viereck für „mittelmäßige und oberflächliche Menschen" erklärt, sollte ein souveräner Staat nach dreißig Jahren noch unterworfen sein? Es sollte, wie die Antwort auf unsere Adresse lautet, Bundesgesetz sein, Censur zu üben, während, wie der Bund selbst anerkennt, die Bundesgesetze des Art. 18, Preßfreiheit zu geben, noch immer ihrer redlichen Erfüllung warten? Ein anderer deutscher Bundesfürst, der König von Baiern, hat in seiner Verordnung vom 16. December die Censur nicht für eine Bundespflicht erklärt, und es ist irrig, wenn der Abg. Christ behauptet, daß Baiern zu den Karlsbader Beschlüssen nicht gestimmt habe; es hat zugestimmt, so gut wie Andere. Ist etwa je nach der Größe des Landes auch die Auslegung der Bundespflicht verschieden? In meinen Augen gehört zu der baierischen Verordnung auch zu den vielen deutschen Verkündigungen, die ein gutes Recht anerkennen, aber dessen Ausübung unmöglich machen. Wenn aber das Recht besteht — und dies wird in Baden so gut der Fall sein wie in Baiern — so hängt seine Geltendmachung nur von dem guten Willen der Regierung ab. Haben Sie diesen guten Willen, so erfüllen Sie wenigstens den Art. 18, wie Großherzog Karl die Verfassung gab, ohne eine Vereinbarung am Bunde abzuwarten. Geben Sie Freiheit der Presse; wo nicht, — so rühmen Sie sich ferner wenigstens nicht mehr Ihres Reichthums an gutem Willen (Beifall)."

Welcker nahm die Kammer, daß sich durch ihre Ehre treu zu bleiben. Nachdem uns das Recht der freien Presse über 30 Jahre vorenthalten worden, haben wir endlich, ermüdet durch vergebliches Reden und Bitten, auf dem vorigen Landtag unsere rechtliche Ueberzeugung in das Protokoll niedergelegt, daß die Regierung mit der Gewährung der Preßfreiheit nicht länger warten dürfe. Wir haben eine anständige Frist gegeben, aber nun fordert unser Eid auf die Verfassung, daß wir Alles thun, was in unsern Kräften steht, um das Recht zu wahren. Nachdem nun solcher Mißbrauch der Censur, wie er eben geschildert wurde, und wofür ich noch ganz andere Belege in Menge bringen könnte, fortdauert, ist bei der Berathung der Motion etwas Anderes in Betrachtung zu ziehen, als die Formel einer Bitte. Wenn nicht der Glaube an deutsche Landsknabe ganz vernichtet werden soll, so müssen wir mit Nachdruck handeln. Bedenken Sie, daß, wenn der Glaube an die Mitkämpfer der Verfassung noch tiefer sinkt, als er

Digitized by Google

bereits gefunden ist, dann nicht nur die Freiheit gefährdet, sondern auch der Schutz der Ordnung und die Sicherheit der Throne untergraben wird.

Petry. Die Deutschen, also auch die Badener, haben ein Recht auf die ganze Preßfreiheit; die Regierung hat die Pflicht, sie zu geben; der Bund hat kein Recht, dies zu verhindern. Thatsächlich haben wir Censur; aber dem Rechte nach besteht das Preßgesetz von 1831 noch heute; zehn Mal haben wir dies erklärt und bewiesen; zuletzt auf dem vorigen Landtage. Jedes Begehren, welches unter der ganzen Preßfreiheit bleibt, ist weder der Würde der Kammer, noch dem Rechte des Volkes gemäß.

Junghanns. Die Censur nimmt der Regierung ihren Antheil an der gewaltigen Macht der Presse; also kann sie kein Freund der Regierung wollen. Die Censur ist ein zu mächtiges Werkzeug der Willkür in der Hand eines Einzelnen, um die Gedanken zu unterdrücken; also kann auch der Freund der Freiheit sie nicht wollen. Ich hoffe, daß auf diesem Landtag zum letzten Male eine Motion berathen wird, und daß der nächste uns einen Gesetzentwurf bringe. (Stimmen: dieser Landtag noch). Wir müssen zuerst den Schritt abwarten, welchen der Bund thun wird, der früher die Ansicht unserer Regierung, daß sie die Preßgesetzgebung von sich aus regeln könne, nicht gebilligt und die Zurücknahme unseres Preßgesetzes veranlaßt hat. Die Thronrede hat verkündet, daß die Preßfreiheit auch der lebhafte Wunsch der Regierung ist.

Metz. Der Großherzog hat auch bei Ueberreichung der Adresse die schönste Hoffnung gegeben, und ich wünschte nur, daß bei dem Bunde mit dem Nachdruck gehandelt werde, den die Sache verdient. Die Bundesakte beginnt mit dem Namen der heiligen Dreieinigkeit, sie enthält den Art. 18, und wir haben die Censur. Was für eine Wahrheit ist dies? Ich mag es nicht sagen, welche Kränkung des deutschen Namens hierin liegt. Das Blut der Scham steigt in die Wangen, wenn ein Deutscher sieht, wie hier sein Volk behandelt wird. Wenn mit dem Nachdruck dieser Gehässe in Frankfurt aufgetreten wird, dann wird auch ein entsprechender Beschluß zu Stande kommen.

Zittel verweist bei der Stelle der Motion, welche ausspricht, daß die Angriffe der Presse gegen das sittlich und religiös Gefühl, dieses nicht unterdrücken, sondern stärken, bemerkt ferner, daß eine kräftige und wohlthätige Wirksamkeit der Regierung nicht möglich ist, solange die Censur zwischen sie und das Volk tritt. Lassen Sie Minister vom Himmel kommen, sie werden nicht im Stande sein, mit Vertrauen heilsam zu regieren, solange dieses Hemmniß besteht. Nicht nur der Schriftsteller, dem gestrichen wird, sondern durchweg das Volk ist über die Censur empört, weil es die Unwürdigkeit dieser Bevormundung der Gedanken begreift. Die Regierung mag ihre guten Gründe gehabt haben, solange als möglich in Uebereinstimmung mit andern zu gehen. Allein auch dies hat seine Grenzen. Wenn wahr ist, was die Adresse sagt, daß der Zustand der Presse unerträglich geworden, so mag der Bund sein Recht herleiten, woher er will, dazu hat er kein Recht, einen deutschen Staat zu zwingen, sich in sich selbst aufzureiben. Die Einheit hat auch für mich ein großes Gewicht, allein wenn sie nur die Freiheit niederdrückt, so darf man sich nicht wundern, wenn das Volk eine andere Einheit sucht.

Buß hält die Censur an sich nicht für widerrechtlich, da Staat und Kirche gewisse Grundsätze und Autoritäten zu schützen haben, und wenn die Repression nicht ausreicht, Präventionen eingetreten haben. Allein wenn diese Gesammtüberzeugung selbst bei der Regierung fällt, dann entsteht individuelle Behandlung, Ungleichheit und Willkür. Man kömmt dann auf ein Stadium, wo die Censur nicht mehr haltbar ist; dann muß sie aufgehoben werden, und Freiheit der Presse wird ein dringendes Bedürfniß. (Auf Deutsch: Wenn die Jesuiten nicht Censoren sein können, so wollen sie auch nicht censirt sein).

Hecker würde einer Bitte um Aufhebung der Censur nicht beitreten. Er will nicht bitten, wo er nicht zu danken hat, und zu danken hat er nicht, wo er ein Recht zu fordern hat. Das Volk hat auch nicht zu danken, es hat das selbst gethan. Die Eisenbahnen und die amerikanische Union bringen ihm die Preßfreiheit, man mag wollen oder nicht. Die Einführung hat keine Schwierigkeiten. Ich will Ihnen sogleich einen Entwurf vorlegen. Er lautet: Art. 1. Alle Verordnungen über die Presse sind aufgehoben. Art. 2. Verbrechen oder Vergehen, welche durch die Presse begangen werden, werden nach den bestehenden Gesetzen bestraft. Art. 3. Dieses Gesetz tritt sogleich in Wirksamkeit. Mehr bedarf es nicht, sonst könnten Sie über jedes andere Werkzeug, Stöcke, Messer, Säbel u. dgl., womit man Verbrechen begehen kann, besondere Gesetze erlassen. Die Minister brauchen nun die Preßfreiheit herzustellen, nur etwas Courage und Ehrgeiz. Ich möchte den Sonderbund von Diplomatern fehren, der im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung, dagegen auftreten möchte. Ein Dutzend Holzgrafen und der Abg. Buß zur Gesellschaft könnten im Lande umherziehen, ohne ihn zu finden.

Straub spricht seine Ueberzeugung aus, daß die Regierung verpflichtet sei, Preßfreiheit zu geben, und daß die Minister, welche das Preßgesetz durch eine Ordonnanz zurückgenommen haben, wie jene, die diese Ordonnanz aufrecht erhalten, einer Verfassungsverletzung schuldig sind.

Kapp kann mit der Behauptung, es sei nicht möglich, mit der freien Presse zu regieren, nur insofern einverstanden sein, als unter Regierern ein System der Verkanntung verstanden werde. Wahrhaftes Regieren dagegen sei fast nicht möglich ohne Preßfreiheit. Besteht wohl ihr gegenüber etwas Anderes als mit Zucker überstäubter Meineid, und sein die Minister, welche das Recht auf Preßfreiheit nicht anerkennen, nicht Hochverräther an der Selbstherrlichkeit des Landes? Man spreche von Gefahr für die positive Religion, als ob der liebe Gott eines Censors bedürfe, der ihn auf dem Thron halte, von Gefahr für den Staat, als ob dieser ohne den Censor zusammenstürzen müßte. Dies sei Alchymie und Sputt.

Schmitt. Wir sind unter uns und mit der Regierung einig, und ich hoffe, daß die Zeit nicht mehr ferne ist, wo wir Preßfreiheit erhalten. Der Abg. Christ leitet das Recht dazu aus dem Art. 18 der Bundesakte ab. Dies ist richtig, aber der Art. 18 unterscheidet nicht zwischen inneren und äußeren Angelegenheiten, er spricht von Preßfreiheit im vollen Umfange. Wir haben das gleiche Recht wie Baiern; wenn nun Baiern Preßfreiheit für innere Angelegenheiten geben konnte, so haben wir, da der Art. 18. keinen Unterschied macht, die Befugniß, volle Preßfreiheit zu geben.

Schaaff ist lebhaft von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Censur „in ihrer jetzigen Gestalt“ unhaltbar sei (unter einem Censor Uria war es anders). Er unterstützt die Motion und hofft, daß auf dem nächsten Landtage der Abg. für Sinsheim (Bassermann) nicht mehr in der Lage sein werde, Kuriosa zu bringen, die aber weniger kurios erscheinen, wenn man bedenke, daß der Censor wegen eines Angriffs auf die Person des Königs der Franzosen, der in dem nämlichen Blatte (der Deutsch. Ztg.) erschienen, einen Verweis erhalten hatte und deßhalb in Beziehung auf Frankreich vorsichtig geworden war. Wenn der Regierungsdirektor von Mannheim von dem ihn betreffenden Artikel Kenntniß gehabt hätte, so würde der Druck nicht verhindert worden sein; er habe übrigens nicht über den Lyzeumssaal zu disponieren.

Regierungskommissär Geh. Ref. v. Stengel nahm schließlich das Wort, um zu bemerken, daß es der Belege nicht bedurft hätte, um zu beweisen, daß bei der Censur Ungeschicklichkeiten vorkommen. Dies glaube er ohne weitere Belege. Sein Stillschweigen über den Gegenstand der Motion möge übrigens nicht so aufgefaßt werden, als ob er mit allen Ansichten, welche von einzelnen Rednern geäußert worden, einverstanden sei. — Daß die Motion einstimmig zur Berathung in die Abtheilungen verwiesen wurde, haben wir gestern schon gemeldet.

**Hessen.** ** Darmstadt, 11. Jan. Die hiesigen Kammern sind seit gestern wieder zusammengetreten, und die zweite hat zuvörderst manche Wahlfragen zu erledigen. Schon gestern hat der dritte Ausschuß über eine Wahl berichtet, welche die Aufmerksamkeit sehr auf sich zieht, die Wahl des Scheinen Staatsrathes Jaup, wobei es darauf ankommt, ob er als Pensionär im Allgemeinen Urlaub braucht, oder wenigstens darum nicht, weil er über 40 Dienstjahre zählt und deßwegen nicht gegen seinen Willen von Amt; Urlaub sei nicht denkbar bei dem, der kein Amt bekleide, also auch nicht bei einem Pensionär; noch weniger aber bei demjenigen, der nach 40jährigem Dienstalter nicht mehr in Dienst getrufen werden könne. Ein anderer Theil behauptet, ein Pensionär von 40 und mehr Dienstjahren bedürfe nur alsdann seines Urlaubs, wenn er von der in Art. 8 und 9 der Dienstpragmatik gegebenen Befugniß, sein Amt definitiv niederzulegen, Gebrauch gemacht habe (was im vorliegenden Fall nicht geschehen sei). Diese Behauptung ist gewiß nicht zu rechtfertigen. Abgesehen von Verlust des Amtes zur Strafe oder durch die Todes kennen unsere Gesetze nur 2 Arten der Beendigung eines Staatsamts, entweder Niederlegung desselben von Seite des Dieners oder Versetzung in den Ruhestand von Seite der Staatsregierung. Diese Versetzung theilt sich gesetzlich nicht in provisorische und in definitive, sondern jede ist definitiv, wenn und solang die Staatsregierung nicht wieder in aktiven Dienst beruft, was sie gegen den Willen des Pensionärs, der 40 Dienst-

Digitized by Google

fahre zählt, nicht kann. Also trotzdem Niederlegung (davon sprachen Art. 3—12 der Dienstpragmatik) oder Versetzung in den Ruhestand (davon sprechen Art 13—15). Eine Vereinigung von Beidem, so daß der in Ruhestand versetzte nächster sein Amt niederlege (wie dort gefordert wird), ist nicht möglich; denn er hat kein Amt mehr. Auch ein definitives Niederlegen ist nicht möglich, denn der Pensionirte ist pflichtig lange in Ruhe gesetzt, die ihm die Staatsregierung etwa wieder einberufe; und was er nicht besitzt, in keiner Weise besitzt, kann er auch nicht definitiv niederlegen und doch Pensionirter bleiben. Bleiben wir bei dem vorliegenden Fall stehen; hätte dieser Berufsakte vor oder nach seiner Wahl der Staatsregierung erklärt: ich lege mein Amt nieder, oder ich lege es definitiv nieder, hätte man ihm nicht mit Fug antworten müssen: wir kannst du niederlegen, was seit 15 Jahren nicht mehr in deinen Händen ist, sondern schon längst in andern? — Noch ein anderer Theil des Ausschusses endlich, und zwar die Majorität unter dem Referat des Abg. Buff (Hofgerichtsraths in Gießen), behauptete, daß der Pensionär Urlaub nöthig habe, sowohl im Allgemeinen, als auch nach 40 Dienstjahren. Diese Behauptung stützt er darauf, daß der Dienstverband des Pensionärs nicht aufgelöst sei, indem die Gesetze den Pensionär und den aktiven Staatsbeamteten in Beziehung auf Rechte und Pflichten, insofern diese nicht durch Natur bedingt, gleichstellt. Dies kann man zugeben, ohne daß daraus Folgerungen ziehen; aber es wird hieher Etwas ohne allen Grund vorausgesetzt, was erst zu beweisen wäre (politio principii). Denn die Verpflichtung zu Urlaub ist ja gerade durch Aktivität wesentlich bedingt, bei Pensionären aber nach der Natur der Sache gewiß nicht; sie haben schon Urlaub, Großurlaub. Ferner stützt der Bericht jene Behauptung darauf, daß das Gesetz allgemein rede von Staatsbeamteten überhaupt, mithin auch alle Pensionäre umfassen wolle, einschließlich derselben nach 40 Dienstjahren. Dies könnte man vielleicht zugeben, wenn das Gesetz zum Eintritt eine Erlaubniß der Staatsregierung verlangte. Es verlangt aber Urlaub; und da dieser bei Pensionirten nach dem Sprachgebrauch, nach der Natur der Sache, ja man möchte sagen nach dem gesunden Menschenverstande, — nicht möglich ist, so muß man bei dem stehen bleiben, was der Sprachgebrauch, und was die Natur der Sache mit sich bringt. Zur nähern Begründung des also resultirenden Resultates kann man allerdings auch nach dem Grund des Gesetzes fragen. Thut man dies hier, so ist die Antwort leicht und von selbst klar; der Grund ist die Rücksicht auf den öffentlichen Dienst, und diese fällt bei jedem Pensionär von selbst weg. Der erwähnte Bericht gibt auch ausdrücklich zu, daß der Grund zunächst hierin liege; meint aber zugleich, es liege keineswegs die Gewißheit vor, daß dieses der einzige Grund des Gesetzes sei. Er gibt aber keine andern Gründe bestimmt an; die Anführung der Möglichkeit einer Rücksicht des Gesetzes auf das frühere Dienstverhältniß des Pensionärs ist von selbst klar. (Sind darunter etwa einzelne Klassen von Staatsdienern verstanden, so hätte man diese im Wahlgesetz anordnen können, so gut wie man in demselben die Klasse der wegen ihres Dienstverhältnisses nicht wählbaren aktiven Staatsdiener angeführt hat.) Man hat früherhin das Gesetz über seinen Wortsinn hinaus analogisch auf Pensionäre ausgedehnt, weil diese der Regel nach wieder einberufen werden können. Jetzt will man es auch auf solche Pensionäre ausdehnen, welche nicht wieder einberufen werden können, also Ausdehnung der Analogie über ihren Grund hinaus. — Ueberhaupt ist der ganze Bericht höchst flüchtig oder einseitig verfaßt. Auf dem Landtag von 1833 ist diese Frage zum Mal berichtlich vor seinen Ausschuß zur vorgetragen worden; das erste Mal sprach er einstimmig aus, es sei Beurlaubung aller Pensionirten nicht nothwendig; das zweite Mal hatten 4 Mitglieder des Ausschusses in Monatsfrist ihre Ansicht geändert. Die Kammer selbst betrieb daselbst umständlich einige Mal zu verschiedenen Zeiten, auch mit gelegentlicher Rücksicht auf 40jähriges Dienstalter; und eine jede Kammer kann doch wohl von jedem Ausschuß so viel Rücksicht erwarten und verlangen, daß er in seinen Berichten über Fragen, die schon früher sehr umständlich verhandelt worden, die dort angeführten Gründe resumire. Hier ist in unserem Berichte aber nicht einmal angedeutet worden, daß man diese Frage über Beurlaubung Pensionirter bereits früher in der zweiter Kammer erörtert habe. Die Petenten der Kammer, Rutz, Benedi, Emmerling u. s. w. werden wohl supplirt, was zur Entscheidung dient, ob, was sonst nirgends vorkommt, ein Mann, der kein Staatsamt bekleidet und zu Uebernahme eines solchen nicht gezwungen werden kann, eines Urlaubs bedarf!

**Schleswig-Holstein.** Kiel, 9. Jan. Die Hamburger Börsenhalle berichtet: Die Gerüchte in Betreff der beabsichtigten Veränderung unserer ständischen Verfassung, die Einberufung erfahrner Männer nach Kopenhagen, über der Stände zum 1. April ꝛc., verwirrschen sich und finden immer mehr Glauben, selbst bei höher und an guter Quelle Stehenden. Die königliche Druckerei, in welcher Tag und Nacht gearbeitet wird, soll völlig abgeperrt sein. Es ist nicht zu bezweifeln, daß von Seite der Regierung sehr bald ein neuer Versuch gemacht werden wird, ihrer Theorie über den Gesammtstaat Anerkennung in den Herzogthümern zu verschaffen.

**Schweiz.**

* Zürich, 10. Jan. Seit meinem letzten Schreiben, in welchem ich darüber klagte, daß der bei Weitem größte Theil der schweizerischen Presse sich so wenig mit der Hauptfrage des gegenwärtigen Jahres, mit der Bundesrevision beschäftige, sind nun wirklich mehrere Blätter mit ihren unmaßgeblichen Ansichten und Vorschlägen hervorgetreten. Allein die Art und Weise, wie dieses geschieht, zeigt nur zu deutlich die Vollgültigkeit des von mir gemachten Vorwurfes, daß jene Frage bisher von der Presse viel zu sehr vernachlässigt sei, daß sich deßhalb in der öffentlichen Meinung kein festes Urtheil darüber bilden konnte. Eine Entschuldigung liegt freilich in dem vorangegangenen Heißzuge, der alle Kräfte, alle Interessen absorbirte; wir wollen deßhalb in unserm Urtheil billig sein, und um so selbst einem sonst so unsichtigen Blatte, wie der „N. Z. Z.", dem bathoffentlichen Organe der Regierung, nicht allzusehr derüber, wenn es noch diesem ganz sichern Standpunkt gewonnen haben sollte; aber die Schwankungen, die wir in der N. Z. Z. wahrnehmen, sind doch zu greller Natur, als daß wir sie ganz ignoriren könnten, zumal wenn wir bedenken, welchen Einfluß jenes Blatt, und zwar mit Recht, in der ganzen östlichen Schweiz sich erfreut, wenn wir bedenken, daß die N. Z. Z. in der Regel die Ansichten des gewichtigsten Theiles der Züricher Regierung repräsentirt. Als im vergangenen Sommer in der ganzen westlichen Schweiz die Stimmen sich immer lauter für eine durchgreifende Reform der bestehenden Bundesverhältnisse erhoben, da war es gerade die N. Z. Z., welche sich bemühte, die Nichtigkeit, die Unzeitgemäßheit eines Bundesrevision unter den gegenwärtigen Verhältnissen darzuthun; „es stehe ja sonst schon Alles feindlich einander gegenüber, man brauche da keinen neuen Zwist der Zweitracht unter die streitenden Parteien zu werfen". Das war, wenn auch nicht der Wortlaut, doch der Sinn eines seitenden Artikels. Die kommenden Ereignisse haben es anders entschieden, sie haben die Nothwendigkeit bewiesen, gerade deßhalb eine durchgreifende Bundesrevision vorzunehmen, damit jene innern Kämpfe, welche das Vaterland an den Rand des Abgrunds brachten, sich nicht wiederholen können. Darüber ist jetzt die öffentliche Stimme einverstanden, und auch die Publicisten und Staatsmänner der N. Z. Z. haben sich beeilt, ihren frühern Irrthum einzulehen und sich für die Bundesrevision auszusprechen. Die Blätter der westlichen Schweiz, mag man nun über ihre Vorschläge denken wie man will, haben sich konsequent für einen radikalen Grundsatz, für das Kopfzahlsystem, erklärt; das Organ James Fazy's, die „Revue de Genève" an ihrer Spitze — ich rede natürlich nur von der radikalen Presse — hat konsequent einen nach Verhältniß der Bevölkerung zu wählenden Verfassungsrath in erster Linie, in zweiter Linie einen neben der Tagsatzung — als Vertreterin der Kantone — aufzustellenden schweiz. Gr. Rath — als Vertreter des Volkes — in Anregung gebracht; die „N. Z. Z." wollte zwar von diesen Vorschlägen von Anfang an Nichts wissen, war aber noch nach dem 23. Dec. mit einem kleinen Abänderung des Repräsentationsverhältnisses bei der Tagsatzung einverstanden, Falls sich eine große Mehrheit von Stimmen dafür erkläre. In einem leitenden Artikel vom 7. Jan. dagegen läßt sie jene, wenn auch nur kleine, Abänderung des Repräsentationsverhältnisses ganz fallen und begnügt sich mit Kräftigung der Centralgewalt, Einführung eines Bundesgerichts für Zehden zwischen Volk und Regierung, Einigung auf materiellem Gebiete (Zollwesen), freier Niederlassung in allen Kantonen und Abschaffung des §. 12 der Bundesakte, welcher den Bestand der Klöster garantirt. Die „N. Z. Z." führt gegen die Zweckmäßigkeit des vorgeschlagenen „Schweiz. Gr. Rathes" an, die Tagsatzung und dieser Gr. Rath würden sich gegenseitig paralysiren, „weil keine dritte, dem Ausschlag gebende Gewalt vorhanden sei". Nun, Amerika hat sich freilich ohne diese dritte Gewalt, wenn man nicht den Präsidenten damit bekleiden will, bisher recht wohl befunden. Wenn wir zur Zeit und gegen die Einführung eines schweiz. Gr. Raths aussprechen, so könnte das höchstens auf dem Grunde geschehen, daß dieser ganze Frage noch zu wenig in succum et sanguinem vertirt ist, daß sie das Volk selbst noch nicht gehörig durchdrungen hat. In dieser Beziehung sind wir ganz mit der „N. Z. Z." einverstanden, „daß es der Zeit und

Digitized by Google

der Einwirkung einer bessern Bundesverfassung, welche die Kantone enger verbinde als bisher, vorbehalten bleiben möge, den Geist zu wecken und zu verbreiten, der die Einführung einer Repräsentation der Nation allein möglich mache, und der gegenwärtig an zu vielen Orten noch vermißt werde". — Ich habe die abweichenden Ansichten der „Revue de Genève" und der „N. Z. Z." bestmöglich einander gegenübergestellt, weil sie in der That die beiden Parteien, welche sich an der Tagsatzung in Beziehung auf die Bundesrevisionsfrage gegenüberstehen, vollständig charakterisiren: auf der einen Seite Genf, Waadt und Bern, vielleicht noch Baselland und Aargau; auf der andern Seite fast die ganze übrige liberale Schweiz, Zürich an der Spitze; — Kämpfe werden nicht ausbleiben, aber der Sieg kann nicht zweifelhaft sein.

Zürich, 12. Jan. Morgen früh findet die feierliche Uebergabe der Waffen Zwingli's an die Zürcher Regierung im Großrathssaale Statt. An der Feierlichkeit nehmen außer dem Regierungsrath der Kriegsrath und eine größere Anzahl von Stabsoffizieren Theil. Das Publikum hat auf der Tribune und gegen Eintrittskarten in den Großrathssaal selbst Zutritt. (N. Z. Z.)

### Großbritannien.

London, 10. Jan. Die englischen Blätter sind gegenwärtig ziemlich leer an Neuigkeiten und selbst Räsonnements von allgemeiner Bedeutung. Noch immer wickeln sich Betrachtungen über die sattsich bekannte Dampfenschiffe Angelegenheit und über die durch Wellingtons Brief angeregte Frage über mangelhafte Landesvertheidigungsanstalten in den Journalen wie endlose Fäden durcheinander. Man schürft die trockne Speise mit dem nie versagenden Gewürz der gewöhnlichen irischen Schauderzählungen oder mit Gerüchten. Unter Anderm heißt es von Neuem: die Regierung gehe damit um, die Einkommensteuer von $3\frac{1}{2}$ auf 5 Proz. zu erhöhen und künftig jedes Einkommen, welches 100 Pf. St. übersteige, steuerpflichtig zu machen. (Bis jetzt war jedes Einkommen von unter 150 Pf. St. der Steuer nicht unterworfen). In Bezug auf die künftige Stellung der Juden heißt es, daß diese, wie sich denken lasse, auch fernerhin von der Regierschaft des Landes, von allen kirchlichen und liuiverkitätsämtern, ferner von den Aemtern des Lordkanzlers, des geheimen Siegelbewahrers, des Vordlieutenants von Irland ausgeschlossen bleiben, auch der Krone über kirchliche Angelegenheiten keinen Rath ertheilen sollen.

### Frankreich.

Paris, 10. Jan. Zu den auf die Schweiz bezüglichen diplomatischen Aktenstücke, welche Hr. Guizot vor mehreren Tagen der Kammer vorgelegt hat, wurde vorgestern noch eine Depesche des Lord Palmerston an den britischen Gesandten in Paris hinzugefügt, welcher die Opposition eine ganz besondere Bedeutung beilegt. Lord Palmerston spricht sich darin über die Bedeutung der Neutralität aus, welche die Verträge von 1815 der Schweiz zusichern. Der französische Gesandte in London hatte im Einverständniß mit Hrn. Guizot diese Neutralität so gedeutet, als sei sie abhängig von dem Fortbestand der gegenwärtigen Verfassung der Eidgenossenschaft; Lord Palmerston dagegen in dem Schreiben an Lord Normanby, das in seinem Auftrage der französischen Regierung mitgetheilt ist, erklärt, daß diese Neutralität keineswegs durch die innern staatlichen Einrichtungen der Schweiz bedingt sei, daß sie vielmehr nur durch einen von der Schweiz ausgehenden Angriff auf das Ausland verwirkt werden könne. Hieraus ergibt sich denn allerdings eine Verschiedenheit der Ansichten der Kabinete von Paris und London, welche jenen Gedanken der Betheiligung Englands bei einer thatsächlichen Einmischung der Mächte in die Schweizer Angelegenheiten vollends ausschließt.

Das von der Union monarchique verbreitete Gerücht, daß die Bevollmächtigten Preußens und Oesterreichs sich über den Entwurf einer sehr milden und gemäßigten Note an die Tagsatzung verständigt haben, verdient bis auf Weiteres schon der Quelle wegen, aus welcher es stammt, durchaus keinen Glauben.

Paris, 11. Jan. Die gestrige Sitzung der Pairskammer wurde nächst Hrn. Alton Shee durch zwei unbedeutende Redner ausgefüllt, und ging ohne bemerkenswerthen Zwischenfall zu Ende. In der heutigen Sitzung wurden einige Zusätze zu dem Adressentwurf vorgeschlagen, der reste im Interesse des französischen Landbaues, ein zweiter und dritter zu Gunsten der päpstlichen Regierung und der ungeleiteten Entwicklung des italienischen Staatslebens. Die beantragte Bevorwortung der Interessen des Ackerbaues wurde von den Kammern ohne Umstände beseitigt, ein neuer Beweis zu tausend alten, daß das wichtigste und das am meisten gedrückte aller Gewerbe in Frankreich noch weniger Berücksichtigung findet als in andern Ländern. Im Laufe der Verhandlungen über den fünften Satz des Adressentwurfs nahm der Marquis Boissy das Wort, um die herrschende Politik überhaupt in seiner gewohnten scharfen Weise anzugreifen. Da er am Schlusse seiner Rede den in der Pertikschen Schrift zur Sprache gebrachten Aemterkauf erwähnt hatte, so erhob sich Hr. Guizot mit der Erklärung: der Verkauf der Stellen am Kassationshofe sei allerdings ein beklagenswerther Mißbrauch, allein dieser Mißbrauch sei älteren Ursprunges als das jetzige Ministerium. Dagegen stand Graf Molé auf und sagte im Tone der Entrüstung, daß in seinem Kabinette ein solcher Unfug niemals gestattet oder gar geduldet worden sei. Eine ähnliche Erklärung gaben die Herren Argout und D. Dalloz. Hr. Guizot entgegnete darauf, daß er keine Namen genannt habe. Beim Abgange der Post drehte sich die Verhandlung um eine Klage des Hrn. Boissy, daß die Polizei drei Briefe, die er an Hrn. Warnery im Gefängniß gerichtet, unterschlagen habe. Hr. Hebert gestand die Thatsache zu und vertheidigte deren Rechtmäßigkeit, indem er einen jener Briefe vorlas, der voll der maßlosesten Anklagen gegen die Regierung war.

### Spanien.

* Madrid, 5. Jan. Gestern war der Kongreß der Schauplatz einer lebhaften Aufregung. Die Bureaux hatten vorgestern die Verlesung des Anklageakten gegen Salamanca autorisirt. Diese Verlesung fand nun gestern Statt und Herr Seijas Lozano entwickelte den Antrag der Kommission, Hrn. Salamanca zur Verantwortlichkeit zu ziehen und vom Senate richten zu lassen. Nach ihm verlangte Hr. Salamanca das Wort um sich zu vertheidigen. Obwohl dieses Verlangen gegen das Reglement war, ward es ihm doch bewilligt. Er vertheidigte sich mit lebhaftigkeit, aber auch mit großer Bitterkeit und ließ es an heftigen Ausfällen auf seine Gegner nicht fehlen. Seine Aufregung, die Leidenschaft mit der er sprach, der sichtlich leidende Gesundheitszustand, in dem er war, und namentlich die Wichtigkeit des Gegenstandes machten, daß man ihm mit größter Nachsichtsamkeit zuhörte. Nach Salamanca ergriff der von ihm persönlich angegriffene Hr. Pidal das Wort, ging noch ein Mal alle Punkte der Anklage durch und entkräftete die von Salamanca zu seiner Vertheidigung aufgestellten Argumente. Hr. Benavides, der nun sprechen sollte, bat, die Sitzung auf heute zu vertagen, was auch geschah. Es unterliegt übrigens keinem Zweifel, daß der Anklagevorschlag mit großer Majorität durchgehen wird. Die progressistischen Deputirten haben vorgestern eine Versammlung gehalten, um die Maßregeln zu berathen, die sie in diesem Falle ergreifen wollen. Die Grippe wüthet mit solcher Heftigkeit in Madrid, daß die vorhandenen Aerzte gar nicht ausreichen und die Anzahl der Todesfälle bedeutend steigt.

### Portugal.

Es gibt Aktenstücke, die eben allein durch ihre Bedeutungslosigkeit für die Zeit bedeutungsvoll sind. Hierher gehört die Thronrede, womit die Königin die Kortes eröffnete. Zu wichen Rückblicken, Erklärungen, Betrachtungen und Vorschlägen gab der elende Zustand dieses einst mächtigen, wenn auch kleinen, dieses einst hochgeblühten und jetzt geistig so tief gesunkenen Königreichs Anlaß! Und was sagt die Königin den Männern, welche freilich weniger die Anliegen des Volks, als die des Hofes und der Hofleute vertreten? Sie wünscht sich und ihnen Glück zu dieser Zusammenkunft, welche beweise, daß die göttliche Vorsehung noch des tapfern und getreuen Volks der Portugiesen gedenke; sie erzählte ihnen zu „größter Genugthuung", daß der Höchste ihrer Familie Gnade geschenkt und sie — die Königin — im Lauf von zwei Jahren mit zwei neuen Infanten, Don Fernando und Don Augusto, gesegnet habe, sie beruft sich nicht auf die Freundschaft ihres Volks, aber auf die Freundschaft der mit ihr verbündeten Mächte, sie weissagt dem Lande von diesem Augenblick an „den Glanz einer neuen Aera." Es müßte eine närrische Geschichte unserer Zeit abgeben, wenn künftig Historiker ihr eine Sammlung unserer Thronreden — nicht alle gleichen der letzten badischen — zu Gemüde legen wollten!

### Italien.

Parma. Sämmtliche Korporationen haben nach der Alba Adressen an den Herzog vorbereitet. Die Einwohner beschlossen, nur auf legalem Wege vorzugehen. Ungarische Husaren versehen mit den einheimischen Gendarmen die Polizei und patrouilliren in der Stadt. Das jetzt von Parma getrennte Guastalla zählt ungefähr 20,000 Einwohner, die minder deglückt, als die Einwohner von Finlzano und Pontremoli, der modernstischen Besitznahme keine Hindernisse in den Weg legten. Graf Bombelles ist erkrankt.

Digitized by Google

## Handels- und Börsennachrichten.

Frankfurt, 13. Jan. Oesterr. Mtz. 103 P. — G. 2½% 51⅜, Bankaktien pro ult. 1940 P. — 500 fl. Loose von 1834 156⅛ pr. 250 fl. Loose von 1839 112 G., Preußen. Köln-Minden 93⅜ P. 93⅛ G. — Baiern. Ludwigs-Berbach 86⅞ P. 86½ G. Würtemberg. 3½% Oblig. 88⅜ G. — Elisabethen: Neue Loose der 11 fl. 6 fr. — Frd'or 9 fl. 47 fr. — Vitt. Preuß. 9 fl. 54 fr. — Duc. 10 fl. Stücke 9 fl. 56 fr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 fr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 30 fr. Engl. Souverains 12 fl. — fr. — Laubthaler ganze 2 fl. 43½ — Preußische Thaler 1 fl. 44½ fr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 fr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Berlin, 10. Jan. 3½% Staats-Sch. 92½ Prämien-Scheine 91⅜ Poln. Loose 500 fl. 79⅛ — ditto 300 fl. 100 Ludwigs-Berbach — Frd.-W.-Nordb. 57¼ — Köln-Minden 93½.

Wien, 9. Jan. 5% Met. — Bankaktien — — 500 fl. Loose — — 250 ditto — — Nordbahn 137⅛ — Wien-Gloggnitz — — Mailand-Benedig 88.

Amsterdam, 10. Jan. 2½% Integrale 55⅝, 4% von 1844 85⅞, 3% ditto 66⅞ — 4% Russ. bei Hope 86 — ditto bei Stieglitz 83⅜, 5% Span. Active 15⅛, 3% ditto inländ. 25⅛ — 4% Portugiesische 26⅜, 2½% Certif. Met. 49⅜.

London, 10. Jan. Konsols 86¾, neue 3% zu 87½—87¾, Bankaktien zu 190—192, Span. 5% zu 19⅛, neue 3% zu 29¼, Mex. zu 17⅜—18, holl. 2½% zu 54⅛, russ. zu 109. — Die Zahlungseinstellung des angesehenen Hauses Cotesworth, Pomell und Prior hat bereits den Sturz mehrerer Häuser zur Folge gehabt, hierunter den der Firma J. Anderson und Komp. mit 170,000 Pf.

Paris, 11. Jan. 3% 74 f. 90. 5% 116 f. 85. Bankaktien —

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[29]

Heilsame Erfindung.

**Hümert's**

**Pollutions-Instrument,**

welches, ohne im Geringsten Unannehmlichkeiten oder nachtheilige Folgen für die Gesundheit herbei zuführen, durchaus keine Pollution zuläßt. Die Wahrheit dieser Aussage ist durch vielfache Erfahrungen bestätigt und durch Zeugnisse von den berühmtesten Aerzten, als von Herrn Prof. Dr. Braune, Prof. Dr. Cerutti, Prof. Dr. Carus zu Leipzig, vom Herrn Geh. Med. Rath Dr. v. Blödau zu Sondershausen und vielen Andern dargethan, weshalb ich mich jeder weiteren Empfehlung enthalte. Das das Instrument in Holz bei Stromgenuß im Schlafe leicht zerbricht, so kann man auch solches in Metall zu nachstehenden Preisen zu haben, und erhält man gegen portofreie Einsendung des Betrags Instrument nebst Gebrauchsanweisung vom Unterzeichneten zugeschickt.

1 Instrument in feinem Neusilber 4 Thlr. Preuß. Cour.
1 „ „ „ Messing 3 „ „ „
1 „ „ „ Holz 2 „ „ „

Bleicherode bei Nordhausen, im Nov. 1847.

*C. Filler.*

## Die Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

(mit einem Grundkapital von drei Millionen Gulden)

versichert zu äußerst billigen Prämien Kapitalien und lebenslängliche Renten, welche nach dem Ableben des Contrahenten an seine Erben oder an jede andere von ihm bezeichnete Person bezahlt werden. Sie stellt auch Polizen zu pari.

Die Gesellschaft constituirt ferner Leibrenten, mittelst deren Personen, welche durch gewöhnliche Kapital-Anlagen keine ihren Bedürfnissen entsprechende Revenuen erzielen würden, sich unvergänglich eine sichere und jährlich dauernde und angenehme Existenz verschaffen können.

Die Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft vergütet im 50. Jahre fl. 7. 23½ pr. Zinsen vom Hundert, im 55. Jahr fl. 8. 18 kr., im 60. Jahr fl. 9. 22 kr., im 65. Jahr fl. 10. 30 kr., im 70. Jahr fl. 11. 45½ kr., im 75 fl. 13. u. s. w.

Prospectus und Tarife, so wie jede weitere Auskunft können in Frankfurt im Bureau der Gesellschaft im ersten Stock des neuen Börsengebäudes, und auswärts bei den Agenten empfangen werden.

Der Director: **Löwengard.**

Auf vorstehende Anzeige Bezug nehmend, empfiehlt sich der unterzeichnete Agent der Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu recht zahlreichen Versicherungs-Anträgen.

[30] **Wilhelm Gätschenberger** in Heidelberg.

[31] Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Kritische Darstellung
des

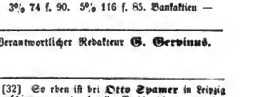
**Feldzuges vom Jahre 1831**

und
hieraus abgeleitete Regeln für
**Nationalkriege,**
von
**Ludwig von Mieroslawski.**
Aus dem Polnischen übersetzt und mit Anmerkungen versehen
von einem Preußischen Offizier
**R. v. K.**
2 Thle. gr. 8. mit 7 Plänen. — 4½ Thaler.

Berlin.

**B. Behr's Buchhandlung.**

[32] So eben ist bei **Otto Spamer** in Leipzig erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:



Satyrisch-literarisches

**Taschenbuch für 1848.**

Unter Mitwirkung des jüngsten Deutschlands
herausgegeben
**von einem Unberühmten.**

Mit dem Portraits des Unberühmten, einiger Dutzend Berühmter und etlichen andern Illustrationen.

Preis eleg. cart. Rthlr. 1½ — fl. 2. 42 kr. rh.

Inhalt: I. Vorlesungen über Geschichte der modernen Literatur. Nach Heften von Gambrinus. Einleitung.

Kapit I. Das junge Deutschland. Karl Trutzkopf, Heinrich Lobe, Gustav Schlichten, Theodor Mauk, Ludolph Wienbarg. Kap. II. Freiligrath, Rachgelern, Lafaiette's jüngern Deutschlands. Aug. Kiewald, Ernst Bollkomm, Armin Starkgraf, Wolfgang Menzel. Kap. III. Deutsche Philisophie. Kap. IV. Die Weiber. Karoline Pichler geb. v. Greiner, Jenny Gräfin du Ponl, A. v. Stromberg, Therese, Frau v. Gottwie Kahl, Fanny, Louise Kulpbach, Fanny Jenny, Clemantine, Bärbel Paoli, Frau v. Goethe, Rahel, Frau v. Varnhagen von Ense, Bettina v. Arnim, Caroline v. Schlegel-Schelling, Dorothea v. Schlegel, Veit, Henriette Herz, Louise Brachmann, Sophie Mereau-Brentano, Friederike Brun, Sophie Tieck, Amalie Imhof, Elise Bürger, Therese Huber, Caroline Rudolphi, Sophie Gräfin Pappenheim, Elise Reimarus, Amalie Schoppe, Sophie Schubart, Sophie Mereau, Caroline Pichler, Elise Hohenhausen, Elise Hoffmann, Sophie Gräfin Schlabrendorf, Sophie Gräfin Schwerin, Sophie Gräfin Reventlow, Sophie Gräfin Solms, Sophie Gräfin Stolberg, Sophie Gräfin Brühl, Sophie Gräfin Schlieben, Sophie Gräfin Schmettau, Sophie Gräfin Schönfeldt, Sophie Gräfin Schönburg, Sophie Gräfin Schönaich, Sophie Gräfin Schönberg, Sophie Gräfin Schönstedt, Sophie Gräfin Schönwerth, Sophie Gräfin Schönwiese, Sophie Gräfin Schönwitz, Sophie Gräfin Schönwitzky, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky, Sophie Gräfin Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-Schönwitzky-Schönwitz-

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Den. Boner u. Comp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder wende man sich an G. A. Mercurier Gevaudan 20 Brennyquille, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Quartalpreise beträgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 6.30.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 16. Heidelberg, Sonntag 16. Januar 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf des preußischen Strafgesetzbuchs. II. — Die polnische Verschwörung. VI. Die Gemäßigten in Posen (Forts.). — Berlin (L. Buhl freigesprochen. Keine Universität in Münster. Generalseldmarschall Knesebeck †.) Halle (Die Opposition in den Ausschüssen). Schlesien (die Stände des Frankensteiner Kreises und die Patrimonialgerichte). Leipzig (die städtischen Landtagsverhandlungen: I. Haase und Brockhaus). Karlsruhe (ständische Verhandlungen: Antrag auf beliagte Gewerbefreiheit). Mannheim (die Emancipation der Juden in Baden). Darmstadt (Rede des Staatsrath v. Gagern. Kammersitzung).

Schweiz. Bern. Tagsatzungsverhandlungen. Die frühere Luzerner Regierung. Die Ultramontanen in Schwyz. Unruhen in Wallis. Die Genfer Verfassung. Basel. Adresse des französischen Gesandten. Schwyz. Die neue Begnadigungsbefugniß verschieden.

Großbritannien. Schuldpflichtigkeit der Deutschen gegen Barbarein im Auslande. Die beiden Hauptdebatten über die den französischen Kammern vorgelegten diplomatischen Aktenstücke.

Frankreich. Verhandlungen der Pairskammer. Ein Selbstmord aus Scham. — Spanien. Madrid. Stürmische Kongreßverhandlungen über die Anklage des Ministeriums Salamanca. Bennruhigende Gerüchte und Vorwehen neuer Erschütterungen.

Handel. Frankfurt a. M. Bankrotte in Offenbach und Köln. Rundschreiben des Hauses Haber & Komp.

Beilage. Aus Würtemberg. Die würtembergisch badische Eisenbahnangelegenheit. Florenz. Der Vertrag vom 28. Nov. 1844.

## Heidelberg, 16. Januar *).

Die Strafen, die nach dem neuesten Entwurfe des preuß. St.G.B. zur Anwendung kommen sollen, sind: Todesstrafe, Zuchthaus, Strafarbeit, Gefängniß und Festungshaft.

Die Zuchthausstrafe zieht unbedingt den Verlust gewisser Ehrenrechte, als des Patronats, der Gerichtsbarkeit, der Polizeiverwaltung nach sich. Diese Rechte gibt es aber nicht überall im preuß. Staate; sie bestanden sich in der Rheinprovinz nur sehr selten in den Händen Einzelner; der Verlust solcher Ehrenrechte würde deswegen in der Rheinprovinz weit weniger fühlbar sein, als in den andern Provinzen; diese Ungleichheit soll jedoch im Wesentlichen ausgeglichen werden dadurch, daß in der Rheinprovinz mit dem Verluste der Ehrenrechte auch noch einige andere politische oder Familienrechte verloren gehen sollen, von denen dann in den andern Provinzen wieder keine Rede ist.

Eine sehr wesentliche Verschiedenheit zwischen dem Entwurfe und dem rhein. St.G.B. besteht aber darin, daß der erstere in vielen Fällen dem Richter die Wahl zwischen Zuchthaus und Strafarbeit, also zwischen einer infamirenden und nicht infamirender Strafe, überläßt, während das letztere für alle Fälle die Strafgattung bestimmt bezeichnet, welche unbedingt zur Anwendung kommen muß. Wenn wir nicht irren, so hat schon der Rhein. Landtag von 1843 sich gegen das System des Entwurfs, der damals vorgelegt werden, erklärt, es wurde aber darauf erwidert, daß nicht die Strafe, sondern die bestrafte Handlung zu berücksichtigen, daß die nämliche Handlung, z. B. der Todtschlag, in Einem Falle mit Verletzung alles Ehrgefühls verübt werden könne, daß dies aber bei einer andern Handlung ganz gleicher Art auch nicht einmal sein könne. Dies ist auch ganz unbestreitbar richtig, und es ist um so weniger zu erwarten, daß die Gesetzgebung das angenommene System verändern werde, als auch schon das Allgemeine Landrecht ein ganz gleiches System befolgt hat, aber gleichwohl sollte die Anwendung nicht in die Wahl des Richters gestellt, sondern in bestimmter Vorschrift an gewisse Kategorien gebunden sein.

Mit der Strafarbeit ist der Verlust der Ehrenrechte nur in gewissen, speciell bezeichneten Fällen verbunden. Der Entwurf hat versucht, den charakteristischen Unterschied zwischen Zuchthaus und Strafarbeit, anzuwenn mit dieser der Verlust der Ehrenrechte verbunden ist, bemerklich zu machen; der Versuch scheint aber gänzlich mißlungen.

Die zum Zuchthause Verurtheilten sollen, nach der Vorschrift des Entwurfs, zu schweren Arbeiten angehalten, die zur Strafarbeit sollen in Beziehung auf die Arbeit milder behandelt werden. Schwere Arbeit und milde Behandlung hinsichtlich der Arbeit sind keine richtigen Gegensätze. Bei der schweren Arbeit ist eine milde Behandlung des Arbeiters sehr leicht denkbar, sowie bei der leichtesten Arbeit der Sträfling mit Strenge, mit Härte behandelt werden kann. Die in dem Entwurfe gegebene Vorschrift ist also unbestreitbar fehlerhaft. Fragt man ferner: was ist schwere, was ist leichte Arbeit? so wird Niemand im Stande sein, in Beziehung auf den hier besprochenen Gegenstand, eine irgend befriedigende Antwort zu geben. Dieselbe Arbeit ist für Einen Sträfling eine leichte, für den andern eine schwere, eine unmögliche; beide sind aber im Zuchthause, für beide ist das Gesetz gegeben. Nach dem rhein. Strafgesetzbuch sollen die zum Zuchthause (reclusion) Verurtheilten in ein Zuchthaus (Maison de force) gebracht und dort zur Arbeit angehalten werden. Zu welcher Arbeit? Ganz gewiß nur zu der, die in diesem „Maison de force" betrieben wird. Niemand wird aber behaupten wollen, daß in allen Maisons de force Frankreichs, daß in allen preuß. Zuchthäusern dieselben Arbeiten auf die ganze Zukunft betrieben, daß Alle in den Zuchthäusern verwahrten Sträflinge, auf dieselbe Art ununterbrochen beschäftigt, zu schweren Arbeiten angehalten werden. In Einem Zuchthause wird man die Sträflinge mit einer Arbeit beschäftigt sehen, die an einem andern Orte den selbst zu einfachem Gefängnisse nach rheinischen Gesetzen Verurtheilten zu verrichten obliegt; in Einem Orte wird der Sträfling mit Unterstützung von Dampfes beschäftigt, an einem anderen Orte, wo man kein Gewerbsleben kennt, schickt man den Sträfling in einen dumpfen Raum, wo er die rohe Baumwolle vom Staube zu reinigen hat. Jene Arbeit mag man eine schwere nennen: sie ermüdet, aber der Sträfling bleibt gesund; die letztere ist sicherlich keine schwere, aber der Sträfling wird gewöhnlich schwindsüchtig. Soll dieses künftig, nach Publikation des neuen Str.G.B. nicht mehr geschehen dürfen, sollen die Zuchthäusler unbedingt zu schweren Arbeiten angehalten werden, wie das Strafgesetzbuch bestehlt, so würde es sehr leicht möglich sein, daß diese Sträflinge gar nicht arbeiten, weil keine schwerer Arbeit zu verrichten vorhanden ist.

Das, was das neue St.G.B. sagt, kann möglicherweise, wenn nicht gesagt ist, was schwere Arbeit sei, und wenn nicht zugleich dafür gesorgt wird, daß in allen Zuchthäusern diese so bezeichnete schwere Arbeit betrieben wird. Solange diese beiden Bedingungen nicht erfüllt sein werden, solange wird die Vorschrift des St.G.B. nicht bloß überflüssig, sondern selbst fehlerhaft sein, weil sie die unwiderlegbarsten Beweise ihrer unbedingten Unausführbarkeit an der Stirne trägt. Man sage doch gut, ganz einfach, daß die Sträflinge in den verschiedenen Strafanstalten nach der für dieselbe gegebenen Hausordnung beschäftigt werden sollen. Für jede Strafanstalt besteht, soviel bekannt, eine solche Hausordnung, in der ohne Zweifel auch, mit Berücksichtigung der Lokalverhältnisse, die Arbeiten werden bezeichnet sein, die in der Anstalt betrieben werden sollen oder betrieben werden können. Die Hausordnung für ein Zuchthaus wird, wenn die Verhältnisse in irgendeiner Art es gestatten, andere Bestimmungen enthalten, als die für eine Anstalt, in der die Strafarbeit abgehüßt wird. Nach Verschiedenheit der Anstalt werden die Sträflinge auch verschieden behandelt werden; zwar wird man nicht vermeiden können, daß die zu schwerer Arbeit anzuhaltenden Zuchthäusler in einer Anstalt Arbeiten verrichten, die man in einer anderen Anstalt den zur Strafarbeit Verurtheilten anweist, aber das Gesetz wird durch unseren Vorschlag eine Wahrheit, und wir müssen eingestehen, daß wir darauf einen großen Werth legen.

Wird dieser Vorschlag gebilligt, so wird auch aus dem Gesetze die höchst unbestimmte und bedrohgen so sehr bedenkliche Vorschrift verschwinden, nach welcher die zu Strafarbeit Verurtheilten „in Beziehung auf die Arbeit" milder behandelt werden sollen, als die im Zucht-

*) Vergl. Nr. 11.

Digitized by Google

hause befindlichen. Was werden die zur Strafarbeit Verurtheilten zu thun haben, wenn in dem an die Anstalt sich anschließenden Zuchthause die Sträflinge, wegen Mangels schwerer Arbeit, im Webstuhle oder mit Wollspinnen oder auch gar nicht beschäftigt werden? Der Entwurf von 1843 sagt durchaus konsequent und erschöpfend, daß die zu Strafarbeit Verurtheilten nach Maßgabe der Hausordnung zur Arbeit angehalten werden sollen; der neueste Entwurf hat diese Fassung verschmäht, hat der Willkür Thor und Thür geöffnet, so daß jeder Vorsteher einer solchen Strafanstalt, mit dem Gesetze in der Hand, den zur Strafarbeit Verurtheilten so milde behandeln kann, daß dieser gar Nichts thut, daß man in ihm einen Sträfling gar nicht mehr zu erkennen vermag. Die größten Mißbräuche in dieser Beziehung können nicht einmal gerügt werden, weil das Gesetz dem Vorsteher der Anstalt zu bestrellen überläßt, wieweit die Milde gehen darf oder gehen soll *).

Soll der Entwurf aber auch hierin unverändert beibehalten werden, so wird es doch wohl nöthig sein, näher zu bestimmen, wie es mit den zum Zuchthaus verurtheilten Frauen, Greisen, Krüppeln, zu halten ist, da diese doch zu schwerer Arbeit unbedingt unfähig sind, hinsichtlich ihrer also das Gesetz von vornherein unausführbar ist.

## Die polnische Verschwörung.

### VII.

### Die Gemäßigten in Posen.

(Fortsetzung.)

Wie der Pole kein Wort, so hat er auch keinen Sinn für den modernen Begriff des Staates als eines gegliederten Organismus, der die verschiedensten Sonderinteressen in eine höhere Einheit auflöst; statt dieses übernatürlichen, metaphysischen Begriffs des Staates kennt er nur den natürlichen des Landes, des Vaterlandes und wo dies Wort nicht ausreicht (wie z. B. bei Rußland, Oesterreich, Türkei ꝛc.), da sagt er geradezu „Herrschaft" (Panstwo). Ebensowenig kennt er ein Staatsbürgerthum, er weiß nur von Freien, „Söhnen des Vaterlandes", und Unfreien oder Unterthanen. Hat er nun erkannt, daß auch der Bauer ein Freier, ein Sohn des Vaterlandes ist, daß der erste Mensch, wie es in einem solchen Denkmale der polnischen Sprache heißt, „ein Landmann Gottes" war, so will er auch gar nicht von einem Mittelwege wissen, so spricht er hiermit den Grundsatz der allgemeinsten Gleichheit, der umfassendsten Nivellirung aus, so ist ihm der Bauer gleich Herr und gleichberechtigtes Mitglied der „gemeinschaftlichen Sache", wie das sarmatische Reich immer hieß, und es ist hier wiederum sehr bezeichnend, daß das slavische Wort „Swoboda" sowohl Freiheit als Volksversammlung, Gemeinde bedeutet: wer frei ist, der hat auch Stimme. Um sich von der Wahrheit des hier Gesagten zu überzeugen, braucht man nur die gerühmte Konstitution vom 3. Mai, der man gewiß nicht den Vorwurf des Demagogismus machen wird, mit dem Programm der jetzigen Demokraten zu vergleichen; da wird man sehn, wie übereinstimmend sie im Grunde ihrem ganzen Wesen nach sind, so verschieden sie auch in ihrer Form erscheinen und so wenig man einen Ignacy v. Potocki mit einem Ludwik v. Mieroslawski auf gleiche Linie stellen mag. Jener wollte alle Bauern zu Adeligen, dieser alle Adeligen zu Bauern machen; beide bezweckten dieselbe Gleichmachung, dieselbe Nivellirung; an einen Mittelweg, an einen Mittelstand, der sich aus beiden Extremen der Gesellschaft ecrutiren, so zu sagen ihr magnetischer Leiter werden und ihre besten und edelsten Kräfte adsorbiren könnte, dachte Keiner von Beiden, und als die Gemäßigten jetzt endlich an so Etwas dachten, da stand ihnen nicht nur der Sinn, sondern auch — und die Demokraten haben dies nachdrücklich und schadenfroh bewiesen — die Sprache des Volkes entgegen. Ueberdies ist unglücklicherweise die einzige kümmerliche Repräsentation eines Bürgerthums in diesem Lande in die Hände Solcher gelegt, die am allerwenigsten dazu geeignet sind einen moralischen Eindruck zu machen, in die Hände von Juden und nicht viel bessern Deutschen, deren einziger Patriotismus die Habsucht ist. Die Zukunft des Vaterlandes auf Menschen wie „Mosjek aus Pinczow" und „Frau aus Hotzenplotzen" zu bauen, schien dem Polen nicht nur eine Unmöglichkeit, sondern auch geradezu eine Blasphemie.

Es kam noch ein Zweites hinzu: die Sitte und Erziehung des Polen. „Nicht mit mir, in mir muß der sein, der über mich urtheilen will", sagte Mickiewicz, und dies gilt auch von seinem Volke. Wer redlich sein will, der muß es nicht noch seinem Eindrucke beurtheilen, da auf ihn etwa die höfischen Hemmstäbe machen mit ihrer babylonischen Verwirrung der Sprachen, „Etikette und Sitten, mit der Despotin, wie sie bei einem schwerdedrückten und doch schäumenden Lebe immer eintreten wird, und wie sie eine perfide Regierung als das beste Mittel zur Unterdrückung heimlicher und stipendirter; den wahren Polen, mit seinen Fehlern und Vorzügen kann man nur auf seiner „Hintermauer" (Zasciane), wie er sein Landgut nennt, kennen lernen, auf seinem „natürlichen Boden", im Kreise seiner Familie, am stillen, häuslichen Heerd, und vor Allem muß und kann man erst hier die Triebfeder einsehn, die Alles in Bewegung setzt: die polnische Frau, „deren Gestalt die Engel beneiden" und „deren Herrschzug den Volksrhythmus angibt". Die, die da Frau im slavischen Sinne „langhaarig, doch kurzsinnig" hieß, ist in Polen schon längst entschwunden; die Frau ist hier „männlicher als der Mann", die Königin des Hauses, „die Seele der Seelen", wie schon Kochanowski gedichtet, und sie wird noch immer durch die größten Sänger als Maria, Rikona, Skrzypna gefeiert. Denn die Polin ist es, die als Geliebte, als Gattin, als Mutter, in dem Kinde, dem Jünglinge und dem Manne das heilige Feuer der Vaterlandsliebe schürt, die ihm sagt, daß es anders gewesen und anders werden müsse", „daß an jener vielzahligen Leier des Weltalls eine goldne Saite gerissen, deren klagender Ton der Erstlerung die Harmonie der Sphären durchzittert", sie ist es, die ihm auf dem nachtumhüllten Wege des Seins „mit ihrer flammenden Seele vorleuchtet" und mit seinem großen Dichter ruft das polnische Volk aus, „Wie Dante srhre ich durch die Hölle zum Leben wieder, und auch ich habe meine Beatrice!" Seit der Mnifzech bis zur unglücklichen Lerzezsiowska hat die Frau noch nie ihre Verschwörungen gefehlt, in ihren Händen liegen oft die verschwiegensten Briefe, ein Blick, ein Händedruck von ihr entschleiert oft den Unentschiedensten, und Scheiterhaufen, die dieser Zeilen könnte noch aus der letzten Zeit Beispiele anführen, wo polnische Mädchen ihren Geliebten „am Tage der Befreiung" die Erhörung ihrer glühenden Schwüre gelobten!

Höchst charakteristisch nennt der Pole sein Vaterland schlechtweg „die Mutter", und ebenso bezeichnend haben die meisten polnischen Nationallieder die Frau zur Trägerin; bald ist es ein junges Mädchen, das den 3. Mai zurückwünscht, bald eine Braut, die nur ein „schwarzes Kleid" tragen will, eine Gattin, die ihrem Manne Lebewohl zuruft, eine Mutter, die über ihre gefallenen Söhne wehklagt und dennoch die Ueberlebenden nach dem Todesschlachtfelde schickt, und selbst das berühmte Legionenlied schließt mit einer Anrufung der polnischen Fechter. „Nicht die Köpfe, die Gusla (Leier) hätten mir ihnen nehmen müssen", sagten die Türken bei der abermaligen, vom Glücke gekrönten Empörung der Serben. Was dem Serben die Gusla ist, die ihm seine Vergangenheit ins Gedächtniß zurückruft, von dem Amselfelde und dem Königssohn Marko erzählt und ihn zu neuen Thaten begeistert, das ist dem Polen die Frau, und wenn nicht durch vieles Andere, so haben schon dadurch die Russen ihre Ueberlegenheit über die Türken bewiesen, daß als sie bei Praga und Ochmiany die Losung zur Niedermetzelung von Waffenlosen gegeben, sie vor Allem auf die Tödtung der Frauen bedacht waren. Aber alle haben sie nicht tödten können, und solange es noch eine Polin gibt, solange hat der edle Größe Bninski, werden die Polen für die heiligen Recht kämpfen. Aber so schön und wohlthuend dieser Umstand ist, so sehr es der Polin gegeben zu sein scheint, den schönen häuslichen Gefühlssinn der Deutschen mit dem Lebensmuth und der Lebenslust der Franzosin zu vereinigen und so wenig man auch an der Zukunft eines Volkes verzweifeln möchte, das solche Brüste nähren, so leuchtet doch auf der andern Seite von selbst wieder ein, daß dieser so überaus gemüthliche Einfluß der Frauen neben den großen Vortheilen auch große Nachtheile hat, daß er namentlich den Bestrebungen der Gemäßigten sehr hindernd werden mußte, und der Angriff des Hauptschriftstellers dieser Partei auf die Frauen, den wir bald näher bezeichnen werden, soll uns über die Richtigkeit des hier Gesagten alle Zweifel benehmen. Wie konnten auch die polnischen Frauen mit ihrem glühenden Sinne, mit ihrer heftigen, wenn auch nicht Methode, so doch Poesie hat, an einer Bewegung Gefallen finden, die so kalt berechnet war, so unmerklich fortschreiten wollte und am Ende bloß die Vermehrung profaischer Kaufläden und Weekstätten bezwerkte! Da wo wie in Polen die Frau eine solche Bedeutung hat, wo sie fast allein die Erziehung und Bildung leitet, da wird eben immer das Herz auf Kosten des Kopfes gebildet, da wird immer mehr an Aufstände als Zustände gedacht, ehe ein gewaltsamer Ausbruch als ein organischer Durchbruch möglich werden, und bei der Frage, ob man den beschlagenden, vertrockneten vaterländischen Boden mit

*) Erst soll die Strafe an sich, ihrer Art und ihr Ort von dem Gutfinden des Richters, dann ihre Ausführung, Anwendung von dem Gutfinden des Kerkermeisters abhängen; beide sind mindestens Menschen, menschlichen Einflüssen zugänglich, denen man selbst den Verbrecher nicht bloßstellen sollte.

Digitized by Google

dem Blute einer raschen verzweifelten That, oder mit dem Schweiß einer langsamen, bedächtigen Beschäftigung anzufeuchten und zu erfrischen habe, immer das Blut, dieser „ganz besondere Saft", wie Mephistopheles sagt, und wie die Polen fast aller Parteien noch bis auf den heutigen Tag glauben, den Vorzug erhalten.

Drittens und endlich kommt hier noch die Lage Polens in Betracht. Ein demokratischer Schriftsteller jenes Landes, das so vielfache Vergleichungspunkte mit dem polnischen bietet, hat erst kürzlich seinem Volke zugerufen, nicht von Neuem in die so schönen Träume und großherzigen Täuschungen zu verfallen, welche von jeher seine Hoffnungen und seinen Glauben verrathen haben und vielmehr bereit zu sein, alle intellectuellen Fortschritte, alle gesetzlichen und friedlichen Verbesserungen zu unterstützen; denn wenn sie auch seine Veränderungen in den öffentlichen Institutionen hervorbringen, so sind sie doch der Weg des Ueberganges, der Vorbereitung, um später die hohen politischen und sozialen Eroberungen zu machen, welche die Zukunft der ganzen Civilisation Europas vorbereitet. Diese schön und wahr diese Worte sind, und so sehr wir sie auch den Polen zur Beherzigung empfehlen möchten, so müssen wir doch nicht die viel günstigere Stellung außer Acht lassen, die Italien Polen gegenüber einnimmt. In jenem Lande hat jener Sinn für den Fortschritt doch immer einen wenn auch sehr beschränkten Spielraum, ja er hat selbst in der letzten Zeit sogar den Archimedischen Standpunkt gewonnen, von dem aus er die Hebung unternehmen kann; in Gallizien aber, wo Jesuitismus und Obskurantismus von Oben mit aller Kraft begünstigt werden, in Russisch-Polen besonders, wo jeder Gedanke an eine nationale Entwicklung Staatsverbrechen ist, muß ein solches Streben nach geistiger Emancipation selbst dem Besonnensten, von jeder Verzweiflung am meisten Entfernten, fast als eine Unmöglichkeit erscheinen. Wenn ferner Italien auch unter dem Einflusse der Fremden steht, wenn es selbst in seinen indigenen Regierungen nur Agenten auswärtiger Reaktion besitzt, so wird es doch in den zwei Grundelementen jenes Volksthums, die dessen Existenz eben garantiren, in der Sprache und in dem Glauben nirgends beeinträchtigt. Wie ganz anders aber ist dies in den polnischen Ländern, wo die Denationalisirung mit der größten Rücksichtslosigkeit und unbeugsamsten Konsequenz betrieben wird, wo der Czar, um nur an ein Ereigniß zu erinnern, das gerade zu jener Zeit vorging und noch auf seinen Geschichtsschreiber wartet, Millionen polnischer Katholiken mit Bewunderung den härtesten persönlichen Gewaltthätigkeiten zur Verläugnung ihres Glaubens und ihrer Nationalität zwingen und, wie der Despotismus immer den Hohn zu der Grausamkeit hinzufügt, Denkmünzen mit der Inschrift prägen ließ: „Getreunt durch Zwietracht; vereinigt durch Liebe!!" „Sollen wir noch warten, bis der Feind uns ein Glied nach dem andern abreißt, unsere Kinder zu unsern Verfolgern macht?", wurde damals vielfach gefragt, und „Brüder! nur noch ein Schritt, und bald gibt's kein Polen und keinen einzigen Polen mehr!" hießen jene wehmüthigen Worte des Krakauer Manifestes, die fast wie ein Grabgeläute des sarmatischen Volks klingen. Wer diese Umstände erwägt und redlich sein will, der wird es nicht nur erklärt, sondern auch theilweise gerechtfertigt finden, daß der Pole noch ein Mal es liebet vorzog, durch eine letzte Anstrengung den Schicksalsknoten seiner Zukunft rasch und gewaltsam zu zerhauen, statt ihn langsam und mühsam zu entwickeln. (Schluß morgen.)

**Preußen.** Berlin, 11. Jan. Der Literat Buhl hatte vor längerer Zeit eine Schrift geschrieben. Verschiedene in derselben enthaltene Aeußerungen wurden vom Gericht als strafbare Erregung von Mißvergnügen erkannt, und er wurde wegen derselben zu einer einjährigen Festungsstrafe verurtheilt, welche er auch im vergangenen Jahre auf der Festung Magdeburg abgebüßt hat. Nach dem Schluß jener Untersuchung wurde ihm auf sein Verlangen eine Ausfertigung des gegen ihn ergangenen Erkenntnisses ertheilt. Dieses Erkenntniß veröffentlichte er nebst einer Kritik desselben in einer außerhalb Preußen erscheinenden Zeitschrift. Da in dem Erkenntnisse die inkriminirten Stellen wörtlich enthalten waren, so entdeckt der Abdruck desselben natürlich auch eine neue Veröffentlichung dieser Stellen, und Buhl wurde deßhalb von Neuem wegen Erregung von Mißvergnügen zur Untersuchung gezogen. Heute kam die deßfallsige Anklage vor der zweiten Abtheilung des Kriminalgerichts in dem durch das Gesetz vom 17. Juli 1846 angeführten Verfahren zur Verhandlung, auf den Antrag der Staatsanwaltschaft war jedoch die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Als Richter fungirten der Kriminalrath Busse und die Assessoren Jungehans und Hemme, als Staatsanwalt Hr. v. Kirchmann, als Defensor Hr. Volkmar. Es ist dem Vernehmen nach auf „nichtschuldig" erkannt worden, weil der Angeklagte nur ein ihm ausdrücklich ausgefertigtes Erkenntniß veröffentlicht hat. (Voss. Z.)

Berlin, 12. Jan. Die A. P. Z. widerspricht dem Gerüchte, als solle die Akademie zu Münster zu einer vollständigen Universität erweitert werden. In einer Zeit, in welcher einmal die Zahl der Studirenden auf allen Landesuniversitäten sich eher zu vermindern, als zu vermehren scheine, dann aber sicherlich verwendbare öffentliche Mittel vor Allem zu einer Verbesserung der Lage der Gymnasial- und Elementarlehrer verwendet werden würden, könne davon am Wenigsten gedacht werden.

Berlin, 12. Jan. Der König und das Vaterland haben abermals den Tod eines ihrer ausgezeichnetsten und treuesten Diener zu beklagen. Heute Morgen verschied hier in Folge eines Schlaganfalles der Generalfeldmarschall Frhr. von dem Knesebeck im hohen Alter. Sein Name genügt, um an die großen Verdienste zu erinnern, welche er sich namentlich in der denkwürdigen Zeit der Freiheitskriege in einer einflußreichen Stellung erworben hat, und die hohe Achtung, welche er allgemein genoß, wird sein Andenken bis in die fernsten Zeiten in dankbarer Erinnerung lebendig erhalten. (A. P. Z.)

** Halle, 12. Jan. Von Berlin hört ich, daß die Opposition in den Ausschüssen noch nicht einig ist über den einzuschlagenden Weg. Es handelt sich um eine Deklaration der rechtlichen Stellung des Ausschusses oder um eine Petition. Für das Erstere ist Auerswald mit etwa 40 Stimmen, für das Andere Schwerin mit dem linken Centrum, etwa 20 Stimmen. Alle Uebrigen sind Konservative. Die vorberathende Abtheilung des Ausschusses hat fast alle Bestimmungen des Strafgesetzentwurfes über politische Vergehen abgeändert.

Aus Schlesien, 9. Jan. wird der D. A. Z. geschrieben: Während es dem Oberlandesgerichtspräsidenten, Grafen Rittberg zu Großglogau, gelungen ist, 50 Patrimonialgerichtsämter des Guhrauer Kreises mit dem königl. Land- und Stadtgerichte zu Glogau zu vereinigen, sind, wie erzählt wird, die Stände des Frankensteiner Kreises — ob instgesammt oder nur einige, wollen wir dahingestellt sein lassen — mit der projektirten Maßregel durchaus nicht einverstanden und haben dieselbe für eine Beeinträchtigung wohlerworbener Rechte erklärt. Wie diese die Heiligkeit ihres Rechts behaupten, führen die betheiligten Gerichtseinsassen mit eben dem Grund an, daß diese Rechte nicht allein im Laufe der Zeit ihre Bedeutung verloren hätten, sondern sogar nicht einmal gerecht gewesen seien.

**Sachsen.** ○ Leipzig, 8. Jan. Leipzig ist dies Mal bei den Landtagswahlen, zu welchen bereits die Vorbereitungen stattfinden, direkt nur wenig betheiligt. Von seinen eigentlichen städtischen Abgeordneten scheidet keiner aus, es ist also auch keiner zu wählen. Zwar dieß es wohl früher einmal, der eine derselben, Buchhändler H. Brockhaus, werde aus Gesundheitsrücksichten, der andere, Appellationsrath Dr. Haase, um anderer Verhältnisse willen sein Mandat niederlegen; indeß verlautet jetzt Nichts mehr davon, und da für dieskallige Entschließungen doch wohl nun die höchste Zeit wäre, so muß man glauben, daß beide genannte Herren es vorziehen, ihr Mandat bis zu dessen Erlöschen, d. h. bis zum Schlusse des nächsten Landtags zu behalten. Von dem Letzgenannten erscheint dies umbegreiflich, nachdem derselbe nicht bloß in den Augen seiner Mitbürger und Wähler seit den verhängnißvollen Ereignissen des 3. 1845 so gänzlich alles Vertrauen und Ansehen verloren hat, daß er, der früher mehrere Jahre hindurch Vorsitzender der Stadtverordneten war, bei den letzten Wahlen nicht einmal zum Wahlmanne Stimmen hatte, nachdem derselbe nicht nur in der Kammer, welcher er vordem auch wiederholt präsidirte, gleichfalls zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist, sondern nachdem derselbe auch am Hofe und in den höhern Zirkeln mit einer so auffälligen und verletzenden Zurücksetzung behandelt wird. Leider sind die Verhältnisse ist nun und nicht so geartet, wie in England, wo man in solchem Falle dem Deputirten, der das Vertrauen seiner Wähler verloren hat, dies direkt zu erkennen gibt und ihn dadurch zur Rückgabe seines Mandats nöthigt. Ist es bei uns doch nicht einmal den Gewählten selbst gestattet, ohne Weiteres ihr Mandat zurückzugeben, wenn sie nicht gesetzliche Entschuldigungsgründe dafür haben. Indeß sollten sich solche hier wohl finden lassen. — Was H. Brockhaus betrifft, so ist dessen Wirksamkeit auf dem Landtag bisher, wenn auch gerade nicht die einschneidste und energischste, doch im Ganzen wenigstens eine tadellose und ehrenhafte gewesen. Dagegen hat derselbe in seiner Stellung als Gemeindevertreter durch seine Neigung zum Vermitteln, zum Verwischen und Vertuschen jeder entschiedener aufgetragenen Farbe sich mehr und mehr um die Gunst und das Vertrauen gebracht, dessen er sonst auch hier genoß.

Digitized by Google

Er war es, der in der Rekursangelegenheit wegen Blum's Wahl den „vermittelnden" Antrag stellte, man solle zwar sein Bedauern dasüber aussprechen, daß der Regierung auf so wenig ausreichende Gründe hin die Wahl annullirt habe, solle aber doch dabei Verwahrung fassen und nicht rekurriren. Diese Halbheit des Handelns ward die Ursache, daß Brockhaus, der im vorigen Jahre mit ziemlicher Majorität zum Vicevorsteher der Stadtverordneten gewählt worden war, dies Mal für nöthig fand, vor der Wahlhandlung seine Niederverzichtleistung zu deponiren, — während der Vorsteher Werner, der zwar auch gegen den Rekurs gestimmt hatte, aber ohne dabei nach zwei Seiten hin zu schielen, vielmehr mit dem ehrlichen Bekenntniß, daß er die Gründe der Nichtbestätigung anerkenne, rinstimmig wieder erwählt ward. — Über die andern Mitglieder, welche Leipzig zum Landtag sendet, in meinem nächsten Briefe.

**Baden.** * *Karlsruhe*, 14. Jan. Am Schlusse der heutigen Sitzung der zweiten Kammer verkündete der Präsident, daß nach einem eben eingelaufenen Schreiben des Vorstandes des Ministeriums des Innern ihr Regierung morgen (Samstag, 15.) eine Vorlage in geheimer Sitzung machen werde. Obgleich der Gegenstand nicht angegeben wurde, zweifelt doch Niemand, daß es kein anderer ist, als die große Tagesfrage, die Erhaltung der drei Gewerbsanstalten. Nach der Stimmung der Kammer zu urtheilen, wird die Berathung über die Vorlage in öffentlicher Sitzung stattfinden, wenn nicht sehr triftige, bis jetzt nicht vorhandene Gründe dagegen vorgebracht werden. Unter den heute übergebenen Petitionen befinden sich zwei von den deutschkatholischen Gemeinden in Mannheim und in Stockach, um Gleichstellung mit den übrigen Christen; eine von den Gemeinden des Amts Philippsburg, um Erhaltung der Zuckerei in Waghäusel; eine von den Weingärtnern der Stadt Heidelberg, um Gestattung des Kleinverkaufs ihres selbst erzeugten Weines. Der Abg. Rettig zeigte eine Motion auf Abschaffung der Todesstrafe an. Der Gegenstand der Tagesordnung war die Begründung der Motion des Abg. Helmreich auf bedingte Gewerbefreiheit. Der Redner rehob sich in seinem Vortrage, auf dessen allgemeinen Theil wir morgen zurückkommen werden, weit über die gewöhnliche Auffassung der Nahrungsverhältnisse des Volkes und zeichnete mit kühnen Zügen die Umrisse einer künftigen Gesellschaft. Er führte aus: daß die Gewerbe in Baden jetzt schon der Landwirthschaft an Bedeutung nicht nachstehen; daß man zu ihrer richtigen Beurtheilung das ganze Gebiet der Stoffverredlung ins Auge fassen müsse; daß die Zunftverfassung sich überlebt habe und unbedingte Gewerbefreiheit gegeben werden müsse, wenn man eine theoretisch-praktische Prüfung schon an den Gewerbschulen einführe. Die künftigen Gewerbe leiden unter dem Druck der deutschen Gewerbsamkeit überhaupt, und diese leidet hauptsächlich durch die zu sehr begünstigte Mitbewerbung des Auslandes. Mit Gewinnung eines ausgedehnten Marktes, die Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit, die Erhaltung der Gesittung und des Wolstriedens erheischen gleicher Weise und gebieterisch die Vereinigung der mitteleuropäischen Staaten zu einem Handels- und Wehrbunde. Käme dieser nicht zu Stande und verweigerte die Zollkonferenz beharrlich die geforderten Reformen, und damit die Grundlage einer zweckmäßigern Gewerbsorganisation, so würde Deutschland das Schicksal Polens theilen, zunächst aber das von Irland. Die zweckmäßigere Gewerbsorganisation setzt zunächst voraus, daß die Natur möglichst gemildert werden, dir der Gebrauch des Menschen als Maschine mit sich bringt, und daß der Mensch so schnell als möglich zur bildenden Arbeit hindergeführt werde. — Die höchst mögliche Ausbildung der intellectuellen wie der moralischen Kräfte und der Handfertigkeiten bringt den Menschen zu möglichst hohem Ertrage der Anstrengungen und macht ihn vermöge seiner natürlichen Neigungen zum Konsumenten der Erzeugnisse seiner Mitmenschen. So wird durch gegenseitige Steigerung der Geschicklichkeiten und Produktionsfähigkeiten der Sieg vorbereitet, den wir über die Materie erringen werden, um vollends in das Zeitalter der reingeistigen Thätigkeit einzutreten. Die vorzüglichsten Mittel dazu findet der Redner: 1) In der Erweiterung der Schulen, zunächst der Gewerbschulen, zu voller theoretischen und praktischen Ausbildung. 2) In besseren Kreditgesetzen, allgemeiner Wechsel- oder Zahlungspflichtigkeit; 3) Verbesserung des Gewerbsteuerwesens, Abschaffung der Verzehrungssteuern und Einführung der Einkommensteuer. 4) Volle Anerkennung der Rechte des Eigenthums und Ausdehnung derselben auf das gesammte geistige Gebiet, daher auch ein Patentgesetz zur Sicherung der technischen Erfindungen, strenge Strafen gegen Nachahmung der Muster, Marken und Zeichen. 5) Volle Gleichheit der Staatsbürgerlichen Rechte auf Befleidung aller Ehrenstellen. Das Ideal aber sei eine starke Monarchie mit republikanischen Formen. — Einstweilen, bis die Frucht dieser Gedanken gereift sein wird, schlägt der Redner vor, die Gewerbe in Gruppen und diese wieder in Klassen abzutheilen. Die Eintheilung geschieht nach den Stoffen, und die Gruppen sind: Gewerbliche Arbeiten in: 1) Eisen und Stahl; 2) Holz; 3) Zeug; 4) Zeugverarbeitung; 5) Bitkualien; 6) Steinen; 7) Erden; 8) Leder; 9) Borsten; 10) Haar; 11) Horn; 12) Feuer; 13) Papier; 14) Farben; 15) edlen Metallen; 16) Hanf. — Die Gruppen, unter denen mehrere Gewerbe vorkommen, werden nach ihrer Ähnlichkeit in Klassen getheilt. So enthält z. B. die erste Gruppe folgende Klassen: 1) Bobermacher und Feilenhauer; 2) Graveure, Waffenschmiede und Büchsenmacher; 3) Hastenmacher und Nadler; 4) Schlosser, Zeug- Messer- Nagel- und Hufschmiede. — An die Stelle der bisherigen Zünfte und Innungen treten Gewerbekammern, aus 20 bis 30 gewählten Sachverständigen des Krises bestehend, die sich jährlich versammeln, um über die Angelegenheiten der Gewerbe zu berathen, Gutachten abzugeben und das Fabrik- oder Gewerbegericht zu wählen, das sich in alle Gewerbsanlagen zu begeben und nachzusehen hat, ob alle gesetzlichen Einrichtungen zum Schutz der Gesundheit u. s. w. vorhanden sind, und darüber einen Bericht erstattet, der mit allen Verhandlungen veröffentlicht wird. Ferner Gewerbsräthe zur Prüfung der Gewerbtreibenden, die in die Gruppen eintreten wollen. In den größern Städten besteht der Gewerbsrath aus so vielen Sachverständigen als Gruppen vorhanden sind, welche ihn wählen, dazu eine gleich große Zahl von Mitgliedern des großen Ausschusses. Der erste Bürgermeister führt den Vorsitz. Das Land wird in Gewerbsbezirke eingetheilt, welche ihren Gewerbetrath ähnlich zusammensetzen; ihm präsidirt der Bürgermeister des Versammlungsortes. Endlich können die Gewerbtreibenden zu Klassen-, Gruppen-, Bezirks- und Kreis-Gewerbevereinen zusammentreten, auch einen Landesverein bilden. Die Vereine verständigen sich über Einrichtung von Lesekabinetten, Sterbe-, Kranken- und Wittwenkassen, über die Regulirung der Gesellenlöhne und die Förmlichkeiten der Lehrlingsaufnahme. Ferner bestimmen sie die Bedingungen für den Ein- und Austritt der Gesellen und die Aufkündigungsfrist, die aber für beide Theile gleich sein muß. Sie berathen über die Mittel, gewissenhafte Arbeitszeugnisse zu erlangen, über Herbeiziehung der Gesellen und Lehrlinge zu den Vereinen und Eingaben an die Behörden. Den Vorsitz führt ebenfalls der Bürgermeister. Werden die Gesellen und Lehrlinge nicht zugelassen, so haben sie ebenfalls das Recht, unter sich Vereine zu gründen und Besprechungen über Lohnregulirung zu halten, wobei aber wieder der Bürgermeister oder ein von ihm beauftragtes Mitglied des Gewerberaths den Vorsitz führt. Wer ein Gewerb selbständig betreiben will, muß Bürger sein, hat 25. Lebensjahr zurückgelegt und einen guten Leumund haben. Die Wittwe oder eine ledige Tochter haben das Recht, das Gewerbe eines verstorbenen Meisters fortzuführen. Staatskonzessionen bedürfen nur diejenigen Gewerbe, welche einer staatspolizeilichen Aufsicht unterliegen müssen, als Apotheken, Wirthschaften, Pulvermühlen u. s. w. Alle in Gruppen und Klassen nicht eingetheilten Gewerbe bedürfen zu ihrem Betriebe bloß der Erlaubniß des Gemeinderaths. Zum Betrieb einer Fabrik gehört der Nachweis, daß man eine Gewerbs- oder polytechnische Schule besucht oder die Handlung erlernt hat. Der Eintritt in eine Gruppe geschieht nach einer Prüfung durch das Gewerbsrathsmitglied derselben und gibt die Befugniß, alle Arbeiten der Klasse, in die man eintritt, zu übernehmen, mit ihren Erzeugnissen, wenn sie auch nicht selbst gefertigt sind, sowie mit den Rohmaterialien einen anfässigen Handel zu treiben, auch von einer Klasse in die andere überzugehen, wenn man glaubhaft nachweist, daß man sich dort besser ernähren werde. Der Uebergang aus einer Gruppe in die andere kann nur nach vorgängiger neuen Prüfung Statt finden. Die Prüfungen geschehen alle 3, 6 oder 12 Monate gemeinsam, und die zu Prüfenden haben die nöthigen Requisiten mitzubringen. Die Probestücke sind für alle gleich und unter den Augen von Mitgliedern des Gewerberaths vorzunehmen. Der Gewerberath entscheidet auf das Gutachten des Sachverständigen der betreffenden Gruppe über den Grad der Befähigung, der in das Prüfungszeugniß eingetragen wird. Der Befähigte kann sich in allen Bezirken selbständig niederlassen, wenn er die übrigen gesetzlichen Bedingungen erfüllt. Alle Lehrlings-, Gesellen- und Meister-Eindingungsgelder werden aufgehoben und die in den Zunftkassen vorhandenen Gelder entweder den Kranken- und Sterbekassen überwiesen oder unter die Meister vertheilt. Der Gewerberath entscheidet auch über Streitigkeiten, über Nichterfüllung der Lehrverträge, die ihm auch beim Abschluß vorzulegen sind; ferner in erster Instanz alle Streitigkeiten der Gewerbsleute des Bezirks; bei weiterem Fortgange des Prozesses werden seine Entscheidungsgründe

Digitized by Google

als Gutachten angesehen. Dies sind im Wesentlichen die Vorschläge der Motion, die mit dem Antrag schließt, dieselben möchten einer Versammlung von Sachverständigen aus allen Theilen des Landes zur Prüfung und ihr Gutachten mit dem Entwurfe einer Gewerbeordnung den Ständen vorgelegt werden. In einer zweiten Adresse soll die Bitte an den Großherzog gebracht werden, bei dem Bunde dahin zu wirken, daß der Schutz des geistigen Eigenthums auch auf Erfindungen im Gebiete der Technik ausgedehnt werde. Die Frage, ob die Motion in Berathung gezogen werden solle, wurde nach einer Verhandlung, die mir wegen gleichfalls mittheilen werden, einstimmig bejaht.

△ **Mannheim**, 6. Jan. In Nr. 175 des vorigen Jahrgangs dieser Zeitung ist aus einer Rede, welche der englische Minister Lord John Russel bei der Begründung seines Antrags auf Emancipation der Juden hielt, besonders die Stelle hervorgehoben, in welcher die Gleichstellung nicht als eine zu gewährende Gunst, sondern als ein klares Recht dargestellt wird. Diese Auffassungsweise einer seit so vielen Jahren nach allen Richtungen hin besprochenen Frage sollte wohl allerwärts Eingang finden, weil sie sich auf wahre, unwandelbare Rechtsgrundsätze stützt; wir Badner haben aber noch einen besondern Grund, den Gegenstand auf diesem Gesichtspunkt zu behandeln. Der §. 7 unserer Verfassungsurkunde lautet nämlich wörtlich so: „Die staatsbürgerlichen Rechte der Badner sind gleich in jeder Hinsicht, wo die Verfassung nicht namentlich und ausdrücklich eine Ausnahme begründet." Wenn diese Stelle unseres Grundgesetzes nicht eine leere Phrase ohne alle Bedeutung sein soll, wenn sie vielmehr auch in der Praxis dieselbe Geltung wie die Gemeindeordnung und andere Gesetze haben, ja diesen sogar bei einem etwaigen Widerstreit vorgehen muß, so wird auch Niemand mehr bezweifeln können, daß hier nicht allein den Juden, sondern auch allen andern etwa noch zurückgesetzten Religionsgenossen ein Anspruch auf Aufhebung aller auf ihnen drezeit noch lastenden Beschränkungen, welche nicht namentlich ausdrücklich in der Verfassungsurkunde erwähnt sind, gegeben ist. Diesem Anspruch gegenüber steht die Verpflichtung aller derjenigen, welchen die Aufrechthaltung unseres Grundgesetzes anvertraut ist, den Widerspruch, welcher zwischen diesem und einigen Gesetzen oder Anordnungen, z. B. mit §. 13 der Gemeindeordnung, §. 54 des Bürgerrechtsgesetzes u. s. w., besteht, nicht länger fortdauern zu lassen, sondern soviel an ihnen liegt, aufzuheben und zu beseitigen. Die erste und zweite Kammer hat in diesem Sinn Petitionen empfehlend an die Gesetzgebung überwiesen; an dieser ist es daher, jetzt im Geist unserer Verfassungsurkunde den Kammern einen darauf bezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. Man sollte dieses um so mehr erwarten dürfen, als die beiden Leiter unseres Regierung (Bekk und Trefurt) sich in früheren Kammerverhandlungen sehr warm für die Gleichstellung ausgesprochen und eine, man darf sagen, unerwartete Unterstützung sowohl bei der oppositionellen Mehrheit der zweiten Kammer, wie in der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland gefunden haben. Wir erinnern beispielsweise an die Masse der Petitionen preußischer Städte und Landgemeinden, an die Debatten in dem vereinigten Landtag, an die Beschlüsse der hessischen Kammern und an die jüngsten Vorgänge in Mecklenburg. Wenn man in dieser Frage überall in Deutschland vorwärts schreitet, sollen wir in Baden allein zurückbleiben? Hier ist die Regierung durch keine diplomatische Rücksicht auf andere Staaten gehemmt, hier ist kein Einschreiten des Bundes zu fürchten, vielmehr handelt es sich um Erfüllung des A. 16 der deutschen Bundesakte, welche schon im Jahre 1815 den Bekennern des jüdischen Glaubens den Genuß der bürgerlichen Rechte gegen Uebernahme aller Bürgerpflichten zu verschaffen und zu sichern versprochen hat. Man wird schwerlich diejenigen Staatsmänner, welche nach 32 Jahren diese Verheißung zu bewahrheiten trachten, der Uebereilung anklagen können. Noch weniger mag ein badischer Minister mit der öffentlichen Meinung in Zwiespalt zu gerathen fürchten dürfen, wenn er in Vorschlag bringt, die Juden zu allen Gemeindeämtern zuzulassen, da sie faktisch bereits zu Staatsämtern zugelassen sind. Das preußische Edikt vom Jahr 1812 enthält in dieser Beziehung nicht die geringste Beschränkung, und selbst in dem benachbarten Hessen bekleiden Juden die höchsten Kommunalämter. Nur der freie Ueberzug aus einer Gemeinde in die andere ist der Stein des Anstoßes, wiewohl von vielen Seiten, und neuerdings wieder in der Emmendinger Versammlung, nachgewiesen wurde, daß Handwerke und Ackerbau nur dann mit Erfolg von den Landjuden betrieben werden können, wenn diese nicht mehr an die Scholle gebunden sind. Aber gerade in diesem Kardinalpunkte scheint das Vorurtheil am größten, der Widerstand am stärksten, wie die letzten Verhandlungen der zweiten Kammer beweisen haben;

Juden mögen Staatsanstellungen erhalten können, — man weiß, daß davon nicht häufig Gebrauch gemacht werden wird; — Juden mögen zu Gemeinderäthen, Bürgermeistern, Deputirten wählbar sein, — das mögen die verantworten, welche sie wählen; — daß aber Juden auch in alle Gemeinden des Landes sollen überziehen können, das ist zu viel gefordert, das würde eine allgemeine Aufregung zur Folge haben. Es liegt wirklich etwas Komisches in dieser Furcht vor dem freien Ueberzug, der doch in der That nicht frei, sondern gesetzlich an den Nachweis eines bestimmten Nahrungszweigs (wozu der Nothhandel nicht gehört) und einen entsprechenden Vermögensgrad gebunden ist. Die erregte Phantasie malt den Leuten die schrecklichsten Folgen vor, welche doch weder in Frankreich, noch in Holland, noch in einem deutschen Lande, welches den freien Ueberzug zuläßt, z. B. in Preußen, Würtemberg, den beiden Hessen u. s. w., eingetreten sind. Aber die eingebildeten Uebel sind oft größer als die wirklichen, und so mag man in Baden von dieser Beschränkung ebensowenig ablassen als in Frankfurt von der Beschränkung der Heirathen und in andern deutschen Landen von andern, mit uns aufgewachsenen und eben darum uns lieb gewordenen Ausnahme-Gesetzen.

**Hessen.** △ **Darmstadt**, 13. Jan. Bei der Langsamkeit, mit welcher die Verhandlungen unserer ersten landständischen Kammer im Druck erscheinen, kommt jetzt erst — durch die heutige Nummer des Rheinischen Volksblatts — der Vortrag zur Oeffentlichkeit, welchen das lebenslängliche Mitglied jener Kammer, der königl. niederländische Staatsrath v. Gagern (der Vater unsers Heinrich v. Gagern), gelegentlich der Berathung der Dankadresse auf die Thronrede gehalten hat. Regelmäßig ergeht sich bei dieser Gelegenheit in solchem die Zeitverhältnisse flüchtig betrachtenden Vortrage der greise Staatsmann, und sowenig man immer geneigt sein wird, seinen Betrachtungen beizupflichten, so doch häufig, und seinen Intentionen fast immer. Denn sie stammen aus unfruchtbarer Humanität. Unter allen Umständen aber bleibt es erfreulich, die Rose unter dem Schnee, das holdselige Aufblühen des Ereignisses der Gegenwart bei dem schon höhern Alter wahrzunehmen, das sich auch gar nicht abhalten läßt, bei noch so kühler Umgebung seine Sprüche hinauszulogen und sie, wenn nicht als ausgestreuten Samen dem nächsten Acker, doch als fliegenden Samen der Luft anzuvertrauen. Nach längerem Eingange spricht Hr. v. Gagern in seinem Vortrage so: „Wenn ich mich nun frage, ob in dem Zwischenraume, in allen Weltheilen, in Europa besonders, und ganz vorzüglich innerhalb Deutschlands und deutscher Macht nicht große und gewaltige Dinge vorgegangen seien, die uns ganz nahe angehen, — so kann ich nur mit Ja antworten, und ich werde etliche berühren. Ich zähle dahin vor Allem die Berufung beanderunsigter Reichsstände, das Beginnen eines preußischen Parlaments, wenngleich es noch in der Entwickelung begriffen ist. Den königlichen Verstand, das königliche Gemüth, in so ungemein schwieriger Lage, habe ich nur zu verehren. Kaum zirmt mir solches Lob oder solche Beurtheilung. Aber ich darf vollständig mein Vergnügen aussprechen, theils über die Haltung dieser Reichsstände, vorzüglich aber in meinen persönlichen Kategorien über das ehrenvolle Benehmen des Adels und der Rheinländer. Der Adel, um vorwärts zu schreiten, um darin Ziel und Maß zu finden, hat sich nicht am Schleppzan ziehen lassen, und die jenseit des Rheins haben mitten unter starken Aeußerungen nur auf deutsche Gesinnungen bewährt. Ich wünsche Ihnen unter Ihnen, badgerechteste Versammlung, beleidigen, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit, Ihre Beobachtung in Zweifel zöge, wie sehr der Vorgang auf uns zurückgewirkt hat und zurückwirken wird. Ich will hier kaum beiläufig erwähnen, wie sehr man sich dort zuvörderst befreiet hat, sich uns zu assimiliren. Aber Keinem von Ihnen ist es entgangen, wie sehr sich seitdem der Begriff von Freiheit, der Ruf nach Einheit über ganz Deutschland beinahe leidenschaftlich durch alle Klassen verbreitet hat. Dieser nationale Wunsch ist zu ehrenhaft, ist zu nothwendig, ist zu warm und erwärmend, als daß er sollte und könnte bekämpft und widersprochen werden. Ich will nicht eben läugnen, daß in so manchen Köpfen damit Nebel und Lichtblitzer sich verwehren; aber der Lauf, die Entwickelung der Begebenheiten wird diese Dünste schon zerstreuen und die ebene Bahn zeigen. Der Begriff, das Bedürfniß von Hegemonie liegt mit seinen Modifikationen in jedem Bundesstaat. Die Zusammenfügung deutscher Heere, der Zollverein und ein gesundenes deutsches Wechselrecht haben diese Bahn schon gebrochen, — die Möglichkeit und die Weise gezeigt, und neben der Stärke werden Intelligenz und Wahrheit ihr Recht behaupten. Und indem ich so sage, glaube ich sogar edliche Pflichten zu erfüllen. Indem wir Einheit anrufen, hüten wir uns Zweitheit zu gründen und statt der Eintracht die Zwietracht zu befördern. Denn auch die Donau theilt in deutschen Gauen. — Frei-

Digitized by Google

heit des Glaubens und ihr Maß auch auf dem Lehrstuhl bewegt noch langhin unsere deutsche Erde, beinahe von einem Ende zum Andern. — Nicht ohne tiefes Bedauern haben wir in dieser Zuschrift ein Bruderwolk in bürgerlichen Krieg verwickelt gesehen. Ein anderer Hergang, die bloße Verlängerung des Blutvergießens hätte unsere bewaffnete Macht leicht in Bewegung setzen können. Das Völkerrecht hat keine bestimmten Normen für Intervention und Nichtintervention, auch unter dem Gesichtspunkt der Menschheit. — Von jener stärkern Einheit unserer Nation wird insbesondere die mächtige Erweiterung unserer Schifffahrt gehofft. Es liegt im Schooß der Zeit und jenseit meines Lebenskreis. Die Natur selbst hat oft hier Schranken angedeutet, und einstweilen erkenne ich das Bestreben der Hansestädte, den Umfang ihrer Schifffahrt, die Proportionen ihres Tonnengehalts, die Sorgfalt für die Ausmannierung vollkommen zu. — Kaum wird diese Epoche unserer Kammersitzungen vorübergehen, ohne daß wir von freiem Handel und Schutzzöllen vernehmen. — Jene Ausnahmerung ist bei uns gleichsam eine Art zu sein, eine Lebensweise, eine Alternative geworden. Auf jeden Fall eine Entlernung. Mögen wir damit andern Landschaften zu Statten kommen. Möge der Deutsche überall sich nützlich, arbeitsam, treu und im Nothfall tapfer, wie auf merikanischem Gebiet, bewähren. Fromm, frei und frohsagen, glaube ich, die Turner und bisweilen unsere Liedertafeln. — Aber eben diese vaterländischen und humanen Wünsche führen mich schließlich zu einer ungemein betrübenden Betrachtung. — Es umwirbt in Europa Abneigung gegen die Deutschen, und so ist vielfältig neuerlich zum Ausbruch gekommen. Ich rede nicht bloß mit Bestimmtheiß von Polizien, Krakau, den preußischen Staatsgefängnissen. Möchten die Polen doch endlich lernen, von der Zeit zu hoffen. Und schon ein Mal habe ich an dieser Stelle Zutrauen auf ihre Begnadigung gleichsam im Namen der Nation ausgesprochen. Und der Ruf auf den italienischen Straßen — wohl auch in vielen Gemüthern — Tod und Verderben den Tedesci, gilt nicht bloß den Oesterreichern, schon dem Wort nach. Haben sie denn dort vergessen, wieviel longobardisches Blut in ihren Adern fließt, wieviel gothisches und normannisches? Und diese Verwünschung ist nicht neu; sie verlautete in früheren Jahrhunderten von Faktionen, denen aber weiber andere deutschgesinnte Faktionen entgegenstanden und also bestehrieben. Ihre Staatsleute behaupteten, zur Zeit unserer Ottonen und Heinriche, nicht der Freiheit, sei für sie die deutsche Freundschaft das Zuträglichste. Doch ich rede nicht bloß von Staaten, wo deutsche Herrschaft wirklich fürwaltet, sondern ich bemerke, daß Ansehen Zutrauen und Zuneigung zu uns überall keineswegs im Wachsen begriffen ist. Und ich kann nicht umhin, es unserer Tagesliteratur theilweise zuzuschreiben, die sehr geneigt ist, gegen andere Staaten sich feindselig und hoffartig zu äußern. Es liegt nicht im Interesse unseres Nationalcharakters, und wie ich in der vorletzten Germanistenversammlung that, bringe ich hier der deutschen Gemüthlichkeit warme Wünsche und Lobeserhebung. Unter diesen Umständen wird es begegnen werden und das auch Niemand heute stört, können wir mit Allen in Friede und Freundschaft leben; und es ist unsere beste Politik." — In der heutigen Sitzung unserer zweiten landständischen Kammer kamen bloß Wahlangelegenheiten zur Berathung. Zwei davon beschäftigten dieselbe längere Zeit. Die erste (die des Abg. Stoll) drehte sich hauptsächlich um die Auslegung verschiedener Stellen unseres Wahlgesetzes von keinem allgemeinern Interesse, während bei der zweiten (die des Müllers Creyschmar), welche auch Ihr **Korrespondent in seinem übersichtlichen Vorberichte erwähnte, die Frage: „ob der Wahlkommissär das Wahlgeheimniß verletze?" den Endpunkt der in dieser Angelegenheit aufgeworfenen delikaten Fragen bildete, deren erste war: ob Creyschmar als Wahlmann sich selbst die Stimme als Abgeordneter gegeben. Die Abstimmung fiel für Stoll und Creyschmar günstig aus, indem die Kammer mit 29 gegen 7 die Wahl Stoll's und mit 23 gegen 13 Stimmen die Wahl Creyschmar's für definitiv giltig erklärte. Dabei beschloß sie noch weiter, in der letztern Sache, mit 25 gegen 11 Stimmen, die Staatsregierung zu ersuchen, Vorsorge zu treffen, daß in Zukunft Verletzung des Stimmgeheimnisses in der vom Ausschuß gerügten Weise vermieden werde.

△ **Aus dem Raffauischen.** Seit der Stiftung des Gewerbevereines im Jahre 1845 hat unter bisher beinahe ausschließlich ackerbautreibende Land einen gewissen Aufschwung in gewerblicher Beziehung genommen und durch Gewerbeausstellungen, Errichtung einer Industriehalle und damit verknüpfte Verloosung der besten Erzeugnisse dem Gewerbswesen einen Mittelpunkt verliehen, der alle Strebungen der einzelnen Gewerbe und Meister in sich vereinigen und mit der Zeit, trotz der ausgesprochenen Abneigung der Herrenbank gegen den Gewerbeverein, zu einem für das Land wohlthätigen Gangen ausbilden dürfte. Diese Resultate verdankte man dem Gewerbeverein, der zugleich einsah, daß besonders auf die Heranbildung einer neuen gewerblichen Generation Rücksicht zu nehmen wäre, und fing an, Gewerbschulen für Lehrlinge und Gesellen zu errichten, während die Regierung durch Vermehrung und Erweiterung der Realschulen, wie durch Stiftung eines Realgymnasiums der gewerblichen Richtung gleichsam eine höhere Weihe zu geben trachtete. Einerseits ist der vor etwa 2 Jahren erlassene Hirtenbrief des Landesbischofs, welcher gegen die materiellen, insbesondere gewerblichen Richtungen unserer Zeit zu Felde zog, nicht ohne nachtheiligen Einfluß auf die Stellung der bei uns einflußreichen katholischen Geistlichkeit zu Real- und Gewerbschulen geblieben; aber auch selbst da, wo diesem Einflusse am Wenigsten geduldigt wird, ruht auf diesen Anstalten kein rechter Segen. Wir unserer Seits halten für die Hauptsache, daß jeder Lehrling, welcher Geselle werden will, in den in sein Fach einschlagenden Unterrichtsgegenstand ein Examen machen muß, wie z. B. jeder Studirende ein Examen besteht. Würde dieses Mittel angewendet, so dürften wir bald die Schulen gefüllt und sowohl Schüler als Lehrer eifrig arbeiten sehen, weil Jeder sein Ziel genau kennen würde. Schließlich könnte die zu bildende Prüfungskommission aus dem Hauptlehrer der Gewerbschule, einem Mitgliede des Gewerbevereins und einem Regierungskommissär bestehen. Die Realschulen des Landes, schon früher in mißlicher Lage, sind trotz aller Bemühungen der Regierung noch immer nicht in gehörigen Gang zu bringen. Die Regierung hat wissenschaftlich gebildete Lehrer an diese Schulen berufen und Geldzuschüsse gereicht, aber Alles umsonst, wie aus §. 123 der Verhandlungen der Deputiertenversammlung von 1847 zu ersehen ist. Ja, die Regierung hat, um die Realschulen zu halten, Pädagogien damit verbunden, aber dadurch ist die Leitung und der Plan dieser Anstalten noch verwickelter geworden, und die Lehrer, welche zuweilen Lateinisch, Griechisch, Französisch und Englisch in demselben Schuljahre zu unterrichten haben, reiben sich um so eher auf. Sodann stehen die Reallehrer unter der Aufsicht eines geistlichen Schulinspektors und unter der unmittelbaren Direktion des Oetspfarrers (!), der aber nicht in der Anstalt unterrichtet, was auch in anderer Weise zweckmäßig ist, da sich hin und wieder z. B. bei öffentlichen Prüfungen herausgestellt, daß diese Herren von neueren Sprachen oft so gut als Nichts, und von den alten Sprachen zuweilen nicht einmal mehr die ersten Elemente gründlich verstehen. An genügende Beurtheilung der Naturwissenschaften, der technologischen Fächer, der Mathematik und des Zeichnens, was Alles für die Gewerbtreibenden von höchster Wichtigkeit ist, darf man kaum denken. Demnach sind die Reallehrer in ihrer Stellung beinahe nur Elementarlehrer, obschon die Regierung oft akademisch gebildete Lehrer verlangt, und nach offizieller Erklärung Gemeinde- oder Privatangestellte. Daß solche Dienstverhältnisse den Eifer gebildeter Männer ersticken und die Realschulen mit der Zeit vernichten müssen, ist klar und oft eingestanden. Es kann nicht fehlen, daß auch die ersten Reallehrer zu Direktoren ihrer Schule und, zu gewissen Einflüssen gewachsen zu sein, zu Schulinspektoren der im Hauptorte oder im Nothfalle noch in den nächsten zwei Flecken bestehenden Elementarschulen zu ernennen; ferner sind dieselben als Staatsdiener anzuerkennen, damit sie, auf eine sichere Zukunft blickend, mit Eifer arbeiten können, dann sind sie gemäß einer nach ihrem Dienstalter und ihren Talenten gleichenden Skala zu besolden; endlich müßten sie Sitz und Stimme im Gemeindevorstande Behufs der Schulangelegenheiten haben, um auch hier ihren Einfluß geltend zu machen. Auch müßte der Lehrplan Manches ausscheiden, was die Schüler überlastet, ohne ihnen zu nützen; selbst in der Methode ein gewisses gewerbliches Element vorherrschen und zur jährlichen Schulprüfung stets, außer dem ersten Reallehrer als Direktor, ein Mitglied des Gewerbevereins und ein Regierungskommissär zugezogen werden. Das neuerrichtete Realgymnasium, welches Staatsanstalt ist, sollte dem Ansehene nach gleichsam eine technische Universität werden, ohne daß die Vorbereitungsschulen, d. h. die andern Realschulen des Landes, schon zufolge ihres ganz verschiedenen Lehrplanes im Stande wären, passende Schüler dafür zu liefern. Um nur eine Thatsache zu erwähnen, meinte man für junge Leute von 14—18 Jahren ein chemisches Laboratorium bauen zu müssen, das allein, anderer Forderungen zu geschweigen, 20,000 fl. kosten sollte. Die vorjährigen Landstände haben solche Forderungen und Entwürfe zumeist abgewiesen, und die Anstalt kommt jetzt, wie es scheint, in die passende Stellung einer höhern Realschule. Begnügt sich das Realgymnasium mit dieser Stellung, so muß man gestehen, daß seine von seinem fähigen Direktor eingeleitete Organisation, obwohl derselbe das Gewerbsleuten blutwenig nützliche Latein besonders pflegt, wenigen Ausstellungen unterliegen möchte. Wir hegen die Überzeugung, daß jeder

Digitized by Google

Aaffauer, welcher in dem geregelten Fortschritte der einheimischen Industrie eine Quelle der Nationalwohlfahrt wahrnimmt, mit uns wünschen wird, eine baldige Abhilfe der in unseren Zeilen angedeuteten Mißstände zu erleben, damit der gewerblichen Bewegung unsers Vaterlandes nicht die solide Grundlage entgehe.

**Schweiz.**

**Bern.** Zu der bereits erwähnten Sitzung der Tagsatzung (vom 10. Januar) tragen wir noch nach, daß Dr. Steiger als neu eintretender Gesandter Luzerns das Wort ergriff und daran erinnerte, wie am 29. Oktober die Gesandtschaft Luzerns mit Hinterlassung des bekannten Manifestes und mit der Drohung, daß die Gewalt der Waffen entscheiden möge, die Tagsatzung verlassen habe. Jeden treuen Luzerner habe das mit Schmerz und Wehmuth erfüllt. In den darauf folgenden Ereignissen habe sich sichtbar die Hand Gottes gezeigt, indem der Sonderbund wie Sprenu vor der eidgenössischen Fahne zerstoben sei. Der Gesandte gibt hierauf die Erklärung ab, daß Luzern förmlich vom Sonderbunde zurückgetreten sei, die Jesuiten ausgewiesen habe und gewillt sei, die Revision des Bundes mitzuberathen. — Die Kommission für Bundesrevision wird außerdem ergänzt, dann nach den Anträgen von St. Gallen und Waadt der Bundesrichtest ermächtigt im Fall, daß ein Mitglied der Kommission verhindert ist, den Verhandlungen beizuwohnen, dies Mitglied zu ersetzen, ferner im Fall, daß später, wenn die Tagsatzung nicht versammelt ist, ein oder der andere Stand sich noch bereit erklären sollte, an den Berathungen über die Bundesrevision Theil zu nehmen, das Kommissionsmitglied für diesen Stand zu bezeichnen. Hiernach werden noch in die Kommission gewählt: für Luzern: Dr. Steiger; für Freiburg: Dr. Bussard; für Wallis: Moritz Barmann. — Die Siebnerkommission wird durch Dr. Steiger und Jauch (aus Uri) verstärkt. Nach der Baseler Zeitung soll diese Kommission vorläufig noch folgende Geschäfte vor sich haben: Eine Proklamation an die Armee, einen allgemeinen Jesuitenbeschluß, Ausschließungsbeschluß gegen Sonderbundsmagistrate, Vereinigung des Kriegskostenwesens. — Der vorgestern erwähnte Antrag auf eine Belobnung Dufours wurde von allen Seiten mit Beifall begrüßt; die ehemaligen Sonderbundsstände sprechen ihren Dank aus für die Humanität und gute Disciplin, die der General aufrecht erhalten, und auch Neuenburg gibt seine Anerkennung zu Protokoll. Der Antrag wurde, wie schon berichtet, mit 17½ Stimmen angenommen; einige Stände enthielten sich der Abstimmung aus dem formellen Grunde, daß sie ohne Instruktion seien.

(*) **Bern**, 12. Jan. Ueber die Mitglieder der aufgelösten Regierung in Luzern ist strengere Haft verfügt. Nur einzelne desselben hatten sich bereit erklärt, einen getreuen Ausweis über ihr Vermögen zu leisten, die andern verweigern es hartnäckig. Hr. Sonnenberg, der bisher 200,000 Fr. versteuerte, will kein Vermögen besitzen; Hr. Rüttiman verweigert jede Auskunft. Der Bericht der Untersuchungskommission über die beim Landesvorrath betheiligte Geistlichkeit ist dem Regierungsrathe vorgelegt worden. Die Untersuchung soll Thatsachen zur Kenntniß der Behörden gebracht haben, die von auswärtigen Lesern kaum geglaubt würden, wären sie nicht aktenmäßig erwiesen. In Schwyz hofft die ultramontane Partei noch immer auf fremde Intervention, die Geistlichen sind thätiger als je und die Eidgenossenschaft hat alle Ursache, vorsichtig zu sein. — In mehreren Ortschaften des Kantons Neuenburg sind Fahnen mit den eidgenössischen Zeichen aufgepflanzt worden, namentlich in Bevet und Cormondrèche. Die Herren von Neuenburg haben einen Theil ihrer Sölduertruppen dahin ausrücken lassen. — Der Gr. Rath von Genf hat am 7. d. M. den von der Regierung vorgelegten nachträglichen Instruktionsentwurf, wonach in Bezug auf die Bundesrevision zwei Kammern, die eine für die Vertretung des Schweizervolks, die andere für die Vertretung der Kantone, vorgeschlagen wurden, mit geringen Redaktionsveränderungen angenommen. Auch hat er beschlossen, dem Hrn. General Dufour in Anerkennung seiner hohen Verdienste ein an sein Landgütchen stoßendes beträchtliches Stück Land zum Geschenk zu machen. Im Berner Gr. Rath wird in den nächsten Tagen ein Antrag zur Berathung kommen, wonach der Kanton Bern dem General Dufour eine jährliche Rente von 5000 Schw. Fr. zusichert. — Der Nuntius hat ein vom 31. December datirtes Schreiben an die provisorische Regierung von Wallis geschickt, worin er die „höchstiche Mißbilligung“ des Papstes, als des „höchsten Priesters, der mit göttlicher Autorität die Kirche zu regieren, ihre Rechte ꝛc. zu wahren“ hat, ausdrückt über die Beschlüsse der Versammlung vom 2. Dec., welche theilweise darauf ausgingen „die heilige Kirche ihrer Rechte zu berauben und dieselbe, unabhängig, wie sie ist, dem Staate zu unterjochen“. In Auftrag und im Namen des heil. Vaters protestirt er nun förmlich gegen alle diese Eingriffe und hofft, der konstituirende Gr. Rath werde als Beweis seiner Ergebenheit gegen den Vater der Gläubigen seine Pflicht gegen die heil. Kirche erfüllen. — Dr. Steiger hat Bern verlassen und sich wieder nach Luzern begeben, um bei der Reorganisation seines Heimathkantons mitzuwirken.

**Basel**, 12. Jan. Gestern Morgen ist Graf Bois le Comte mit seinem Gesandtschaftspersonal nach Neuenburg abgereist.

**Schwyz**, 11. Jan. Heute hat der Verfassungsrath mit 20 von 33 Stimmen die Frage der Gebietseintheilung dahin entschieden, daß der Bezirk Schwyz in einen zweiten Bezirk (Arth) zerfallen soll, und die übrigen Bezirke in ihrem bisherigen Bestande zu verbleiben haben. Wir haben somit 8 Bezirke. — Es war gestern noch eine Kommission niedergesetzt worden, um, wenn möglich, eine Vereinigung zu erzielen, gelangte jedoch zu keinem Resultat. — Die Frage des Hauptortwechsels ist ebenfalls an eine Kommission gewiesen worden. Man zweifelt indessen, ob es ein Wechsel werde beliebt werden. (N. Z. Z.)

**Großbritannien.**

**London**, 11. Jan. Durch die englischen Blätter und von hier aus durch die deutschen macht eine schändliche Geschichte die Runde, in welcher der Hospodar der Walachei und seine Gemahlin, welche beide ohne Zweifel mit modern europäischer Bildung und französischem Esprit getränkt sind, dabei aber die alten Barbaren geblieben zu sein scheinen, und eine junge Dame aus Hannover die Hauptrolle spielen. Letztere war Erzieherin bei den Kindern des Hospodars. In Folge eines Streites, dessen Beweggründe und Einzelnheiten wir hier nicht weiter anführen wollen, befahl der Hospodar seinem Adjutanten, das unglückliche Mädchen sofort mit 25 Peitschenhieben züchtigen zu lassen. Diese schimpfliche und schmerzliche Strafe wurde auch alsbald an ihr in einem Nebenzimmer vollzogen. Die Gepeinigte fiel in Ohnmacht, wurde in ein nahes Wirthshaus gebracht und blieb hier eine Zeitlang in qualvoller Verlassenheit, bis sich — nicht etwa ein Landsmann — sondern ein Fremder, ein Franzose, ihrer annahm. Der Spectator nimmt hiervon Gelegenheit zu der Bemerkung, daß der ritterliche Geist überhaupt aus unserer Zeit entwichen sei; „diese Erzählung“, ruft er aus, „würde in früherer Zeit das Blut in Jedermanns Adern zum Kochen gebracht haben; aber die edle Aufwallung über solche Ereignisse ist jetzt veraltet.“ Für uns Deutsche ist die Geschichte doppelt empfindlich und ehrenkränkend; sie beweist von Neuem, wie wenig wir im Auslande geschätzt sind, wie wenig der deutsche Name im Ausland geachtet und gefürchtet ist. Der Hospodar würde sich wahrscheinlich gehütet haben, eine Engländerin oder Französin zu schmählich mißhandeln zu lassen, weil er gewußt hätte, daß er dann nicht so leichten Kaufs davon gekommen wäre, der Handel hat ihm nur 100 Dukaten gekostet, die er dem armen Mädchen in Wien auszahlen ließ. Unsere Landsmännin wurde von dem theilnehmenden Franzosen dem britischen Generalkonsul empfohlen, dieser konnte sie aber nicht unter seinen Schutz nehmen; „denn“, sagt das M. Chr., „der König von Hannover hat seine Unterthanen unter den Schutz einer Macht gestellt, deren Ansichten mit den seinen mehr übereinstimmen, als die der Briten.“ Er konnte daher Nichts weiter thun, als die Mißhandelte seinerseits dem ersten. Konsul zu empfehlen, der sich ihrer nur kaum annahm, ihr aber doch endlich eine karge Geldentschädigung auswirkte. Deutsche Blätter wollen diese Erzählung, die von englischen Journalen als authentisch gegeben wird, für übertrieben halten, und sehen einer Berichtigung des Thatbestandes entgegen; jedenfalls gefällt und die edle Entrüstung englischer Blätter besser, als diese schwächliche Hoffnung. Ein walachischer Fürst dürfte es unter seiner Würde halten, einen Vorgang zu berichten, der ihm vielleicht um 2 Uhr einer gesunden Blutaufregung diente.

Das Morn. Chron. bemerkt über die von Hrn. Guizot den Pairs vorgelegten Aktenstücke in Betreff der italienischen Angelegenheiten ganz einfach: daß dieselben von der gegen Italien befolgten Politik Frankreichs keine genauere Vorstellung gäben; diejenigen Aktenstücke, welche wirklich von Bedeutung seien, nämlich die an die französischen Gesandten zu Rom, Florenz und Neapel auf Anlaß der einseitigen Ereignisse überschickten Verhaltungsbefehle seien gänzlich unterdrückt, während die veröffentlichten bloß pomphafte und aufgeblähte, mit schönen und liberalen Phrasen gespickte Redeübungen seien, die nur leider Nichts mit den nächsten politischen Fragen zu thun hätten. Was man am Meisten gewünscht zu erfahren, welchen Antheil die franz. Regierung an der Entwicklung der italienischen Angelegenheiten genommen, gerade das erfahre man nicht. — Ferner liefern die Times eine schneidende Kritik der von Guizot der franz. Kammer vorgelegten Aktenstücke in Betreff der Schweiz, worin ausgeführt wird, welchen hellosen Gang das franz. Kabinet der Schweiz gegenüber eingeschla-

Digitized by Google

gen, und wie die Erklärung Guizot's: „daß, wenn die kriegführenden Kantone das Vermittelungsanerbieten der Mächte nicht annähmen, die Eidgenossenschaft als nicht mehr bestehend und die Verpflichtungen der Mächte gegen die Schweiz als gelöst betrachtet werden sollten", zu demselben Ziele hätten führen müssen, wie der Metternich'sche Entwurf, nämlich zu einer bewaffneten Einschreitung und zu einer Auflösung der schweizerischen Eidgenossenschaft. Diese unpolitische Maßregel, wodurch sich die Mächte vor den Völkern und dem internationalen Recht nur blosgestellt haben würden, sei ihnen durch das kluge Benehmen Palmerston's erspart worden. Seine Note vom 16. Nov. sei zwar etwas lang und wortreich, aber sie verdiene die allgemeine Aufmerksamkeit des Auslandes und den Dank der Mächte.

## Frankreich.

Paris, 12. Jan. Die Pariser Blätter kommen uns zu spät in die Hände, als daß wir heute des Ausführlicheren auf die Verhandlungen der Pairskammer vom 11. zurückkommen könnten. Wir behalten uns dies auf Morgen vor. In der Sitzung vom 12. beschäftigte sich die Pairskammer mit Italien und den wichtigen Fragen, die sich an den Zustand dieses Landes knüpfen. Hr. Guizot und Hr. St. Aulaire sprachen bei dieser Gelegenheit mit ungewöhnlicher Wärme zu Gunsten Oesterreichs und der Politik des Fürsten Metternich.

Ein Mitglied des Kassationshofs, Hr. Herse, von dem es in öffentlichen Blättern zuhar geworden war, daß er sich von einer Aktiengesellschaft für einen kleinen Dienst, den diese von ihm verlangte, eine Anzahl von Freikarten ausbedungen, hat sich aus Scham und Verzweiflung aus dem Fenster gestürzt und ist auf der Stelle todt geblieben.

## Spanien.

Madrid, 6. Jan. Die gestrige Sitzung des Kongresses war eine der stürmischen, die man je erlebt hat, und endete in erschütternder Weise. Nach Hrn. Benavides, der gegen die Anklage sprach, nahm Hr. Salamanca das Wort und widerlegte Pidals Angriffe, er sagte endlich: „Man will mich verderben, Mitglieder der Majorität haben öffentlich gesagt: Es ist wahr, Salamanca ist reich ins Ministerium getreten und hat es arm verlassen, aber wir müssen ihn aus dem Wege schaffen". Sogleich erhob sich der Ruf: Wer hat das gesagt? — Salamanca antwortete: Hr. Negrete. Nun verlangte dieser das Wort, nach einander sprachen Seijas Lozano, Escosura, Negrete, Pidal, Letzterer wirft Salamanca Untreuschleif und Vertrauensmißbrauch vor, da stürzt sich Salamanca leichenblaß und vor Wuth schäumend auf die Tribune und schreit: Entweder ich gehöre an den Galgen als Betrüger oder Hr. Pidal als Verleumder. Diesen Worten folgte die ungehemmte Verwirrung, der ganze Kongreß schreit, wüthet, tobt, der Präsident ruft zur Ordnung. — Salamanca spricht noch einige Worte und sinkt dann kraftlos auf seinen Sitz, Hr. Pidal verlangt das Wort, Salamanca ist ohnmächtig geworden, die Tribünen murren, Vorwürfe gegen Pidal werden laut, Salamanca, mit schaumbedeckten Lippen die Worte: „Verleumdung, Infamie"! murmelnd, wird in den Konferenzsaal getragen, wo ein heftiger Nervenanfall eintritt und ihm zur Aber gelassen werden muß. Hr. Pidal wiederholt indessen, er habe von glaubwürdigen Personen gehört, Salamanca habe 25 Mill. Realen für sich behalten. Das ist eine schändliche Verleumdung! ruft ihm Zaragoza zu; der vorige Lärm erneuert sich, der Präsident läutet vergeblich, endlich, da Gonzalez Bravo das Wort verlangt, hebt er die Sitzung auf, und die Abgeordneten entfernen sich in der höchsten Aufregung.

Die gestrige Sitzung wird ihre Früchte tragen, — Narvaez' Programm: Vergessenheit des Geschehenen, ist zerrissen, die Parteien stehen sich feindlicher, unversöhnlicher als je gegenüber. Unruhe bemächtigt sich der Gemüther, — dazu Gerüchte über die schlechte abnehmende Gesundheit der Königin, über die Pläne der Ultramontanen, die Herzogin von Montpensier mit ihrem Gemahle in Madrid residiren zu lassen, kurz, die Börse, dieser sichere, politische Barometer, sinkt, und die Papiere, die sich schon auf 28½ gehoben hatten und fast beständig auf 27⅝ erhielten, sind plötzlich auf 26½ gefallen. Spanien geht neuen Erschütterungen und einer Krisis entgegen, die dieses Mal vielleicht mehr als bloß ein Ministerium hinwegnehmen wird.

## Handels- und Börsenmachrichten.

* Frankfurt, 13. Jan. Hiobsposten drängen sich rasch aufeinander. Gestern hatte man hier ein Verzeichniß von 12 Geschäftshäusern in Offenbach, die sämmtlich ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten. Eingezogene Erkundigungen bestätigen leider die Wahrheit des Gerüchtes. Der Wechsler N. Mainz in Offenbach, der mit nahe an 20,000 Fl. fallirte, hat die ominöse, die ganz Ehre durch Accepte für ihn gegrabet, mit fortgerissen. Es befinden sich darunter sehr achtbare Fabrikanten, denen bei der Beschränkung des Kredits die Fortsetzung ihrer Geschäfte sehr schwer sollen wird. Jedenfalls erleidet auch gewerbsthätige und wohlhabende Offenbach durch diese Vorgänge einen harten Schlag. Von Köln ist die Nachricht von dem Fallimente des Hauses S. P. Cohen eingelaufen; in Mainz, Aachen u. s. w. sollen ebenfalls Häuser gefallen sein. Das Haus Hader und Komp. hat seine Gläubiger auf den 23. d. in einer Zusammenkunft nach Karlsruhe berufen, um ihnen eine Uebereinkunft vorzuschlagen. „Da wir", so lautet sein Cirkular, „den bekannten Fabriken unser ganzes Vermögen und allen Kredit, den wir in Anspruch genommen, bereits gewidmet haben, so ist unser Stellung verknüpft mit ihrem Schicksal, und es gereicht uns zu großer Beruhigung, Ihnen mittheilen zu können, daß, in Folge einer höchsten Entschließung, eine den Umständen entsprechende Vorlage an die Ständeversammlung gemacht werden wird. Die zuversichtliche Voraussetzung, daß schon in der nächsten Woche der Erlaß dieser Vorlage bekannt sein wird, hat uns bewogen, den obigen Tag zu bestimmen. Im Interesse unserer Gesammtgläubiger und im Berusstreben unserer Verpflichtung gegen diejenigen haben wir einer allebald berufenen Versammlung der hiesigen Betheiligten unsere Lage offen dargestellt. Dieselbe hat auf den Vortrag des Hrn. Ang. Cloß — die augenscheinlichen Nachtheile gerichtlicher Einschreitung erkennend — einen Ausschuß ernannt, welcher hauptsächlich eine die Erhaltung unsres bermaligen Bermögensstandes und die Gleichstellung aller Betheiligten sicherstellende Vorkehr bereits getroffen hat." — In der That vernehmen wir, daß die Fabriken fortan über Gelbgeschäfte ausschließlich durch Vermittlung des Hauses Cloß besorgen lassen. In unsrer Handelswelt herrscht in Folge all dieser Vorgänge eine leicht begreifliche Mißstimmung. Selbst die bessern Wechsel werden nur mit Mißtrauen angenommen. — Ueber das baierische Arrosirungsanlehen erhält man sehr günstige Nachrichten; in Würzburg allein sind bei den Subskriptionen schon 1½ Mill. gezeichnet. Die bair. 3½% Obligs. die vor 5 Tagen hier noch 86 standen, gelten gestern 94.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[33]

## Erklärung.

Alle Leser der Deutschen Zeitung, welche mich und meine bisherige Thätigkeit nicht kennen, wollen Ihr Urtheil über meine mehrfach verdächtigte Handlungsweise noch suspendiren. Ich hoffe, nach Beendigung eines jetzt beim hiesigen Kriminalgericht schwebenden Prozesses eine allenmälige Darstellung jener verwickelten Angelegenheit geben zu können.

Wer die Opfer kennt, welche ich seit wenig Jahren der guten Sache brachte, wird mir glauben, daß ich dieselbe je verraten kann.

Leipzig, 10. Januar 1848.

Wilhelm Jurany.

[34] Vom Jahrgang 1847 der in unserm Verlage erschienenen Zeitschrift:

# Der Leuchtthurm

mit Portraits und Biographien

von

**Sylv. Jordan — Fr. von Sallet — L'Connell — Heinrich Simon — Wirth — Jahn — Arndt — v. Beckerath — N. Lenau — Welcker — Wesselényi — Freiligrath**

sind noch einige komplette Exemplare vorräthig. Preis 3 Thlr. Agr.

Braunschweig, im Januar 1848.

Expedition des Leuchtthurms
(Gebr. Meyer) *).

*) Bei der in Nr. 6 abgedruckten Ankündigung des Jahrgangs 1848 ward irriger Weise die Firma Keil in Braunschweig als Verleger angegeben. Herr Keil ist Redakteur der Zeitschrift.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Hierzu eine Beilage.

Digitized by Google

Aus Würtemberg. „Es gehört noch etwas Druck von Außen dazu, um der Wahrheit Eingang zu verschaffen", äußerte jüngst in Ihrer Zeitung eine Stimme von Karlsruhe, „und in dieser Hinsicht verlassen wir uns auf unsere würtembergischen Nachbarn." Wir hoffen, daß unser bevorstehender Landtag dieses Vertrauen rechtfertigen und durch Handeln den bisherigen Unterhandlungen, durch Beschluß des Baus zur badischen Grenze dem langen Zustande der Ungewißheit ein Ende machen wird. Ist dieser Bau beschlossen, so hat Baden eine neue Veranlassung, seinerseits zu erwägen, ob es nicht die Hand zum Anschluß reichen wolle. Im Jahre 1845 ging wie jetzt der badische Landtag um einige Wochen dem würtembergischen voraus; er hat damals unsere Hoffnungen zu Nichte gemacht; sollte es nicht möglich sein, daß der jetzt versammelte dasselbe dem unsrigen dies Mal freundnachbarlich entgegen käme? Die Presse mag immerhin das Ihrige hiezu versuchen. Baden ist uns im Eisenbahnbau voranzugeilt. Der erste Grund, weßhalb es im Stande war, unbekümmert um seinen Nachbar die Vortheile fürs eigene Land auszubeuten. Wäre in der Mitte der 30ger Jahre das Eisenbahnkomite, welches sich zum Bau der württ. Bahnen aus Privatmittel bildete, im Stande gewesen, den Bau auszuführen, so wären wohl weniger Schwierigkeiten entgegengestanden, den Anschlußpunkt zu finden, als seit dem Beginn des Baus der badischen Bahnen. Erst unser Eisenbahngesetz von 1843 sicherte unsere Eisenbahnen, und zwar den Staatsbau. Die Verbindung mit der westlichen Landesgrenze ist ausdrücklich in den Text des Gesetzes aufgenommen. Unsere Gesetzgeber waren seither der Ansicht, daß Staatsverträge mit Baden über einen Anschlußpunkt dem Beginne des Baues vorangehen müßten; dieselben waren denn auch seit vielen Jahren im Gange, erreicht aber haben sie Nichts. Hören wir, was die 4 Landtage, welche sich mit der Anschlußbahn beschäftigt haben, 2 badische und 2 würtembergische, beschlossen haben. Am 20. Febr. 1845 empfiehlt die 2. badische Kammer eine Bittschrift der Stadt Pforzheim, die Richtung der Eisenbahn über diese Stadt betreffend, der Regierung, geht über die Bittschriften der Städte Bruchsal und Bretten zur Tagesordnung über und fügt hinzu, daß das breitere badische Schienengeleise zur Bedingung gemacht werde. Am 17. Juli desselben Jahres beschließt die 2. würtembergische, ihre Regierung zum Abschluß eines Vertrags über den Anschluß zu ermächtigen, demzufolge eventuell die Gelder zum Bau, will aber ohne einen vorgängigen Vertrag mit Baden nicht gebaut wissen. Am 11. Sept. 1846 ermächtigt die badische 2. Kammer die Regierung, die Konzession einer Privatgesellschaft, welche sich bilden würde, zu ertheilen zu einem Bau von Durlach bis Pforzheim oder bis zur nächst. Grenze, mit dem badischen Schienengeleise und ohne Betheiligung der Staatskasse. In geheimer Sitzung auf dem kurzen Landtage von 1847 beharrt die württ. Kammer lediglich auf ihrem früheren Beschlusse, es also dem ordentlichen Landtage von 1848 überlassend, einen neuen Beschluß zu fassen. Durch die badische Thronrede vom Dec. 1847 ihren wir auch Neue, daß zu einem Staatsbau badischer Seits keine Aussicht sei. — Wir hoffen, man werde in Würtemberg diese Vorgänge nicht vergessen, man werde jetzt den Unterhandlungen Lebewohl sagen und bauen. Es kann dieses unserer Seits nur auf Bretten geschehen, und in dieser Hinsicht gestatten Sie für das badische Publikum das Folgende anzuführen. Unsere Handelsbeziehungen weisen uns auf den Norden oder Nordwesten hin in ungleich bedeutenderem Maße als auf den Westen und Südwesten. Mannheim ist das Ziel, auf das die Blicke unserer Handelswelt schauen. Karlsruhe vermittelt uns zwar die Verbindung mit Paris, und sie dieß, wie für den Lokalverkehr beider Residenzen ist freilich die Bahn, welche Baden wünscht, die geeignetere, aber, wir müssen es wiederholen, nur $^1/_{10}$ des Waarenverkehrs mit und durch Baden hat über Pforzheim den nächsten Weg, $^9/_{10}$ kommen vom Rhein, von Holland u. s. w. also von Mannheim. Die hauptsächlichste Straße für diese Züge war die auf Heidbronn, die Wasserstraße und die Landstraße, neben welcher, hauptsächlich erst seit Eröffnung der Eisenbahn bis Bruchsal, die Straße von da gegen Stuttgart hin dem Verkehr dient. Wenn es auf uns allein ankäme, so wäre die Heilbronn-Heidelberger Straße in eine Eisenbahn bis Heidelberg oder Wiesloch zu verwandeln, und neben ihr für unsern westlichen Verkehr die Pforzheimer Linie. So wollte es im Jahre 1845 die von der 2. Kammer niedergesetzte Kommission. So glauben wir, würde auch jetzt noch dasselbe die Pforzheimer Bahn. Baden will mit dem Bau der Verbindungsbahn gewinnen, indem es den bisherigen Straßenzug zu badischem Vortheil abändert; Würtemberg, es mag gebaut werden, wie nun will, kann höchstens Bisheriges sich erhalten, gewinnen gegen frühre Rechte, verlieren aber dadurch, daß die Güter und Reisenden auf eine längere Strecke als bisher in Baden bleiben. Viel. Letzteres, unsern entschiedenen Nachtheil, würde Baden durch eine ausschließliche Pforzheimer Bahn erreichen können. Allein auch ein Bedenken für Baden liegt hier; denn nicht nur der Verkehr durch Würtemberg in die östliche Schweiz, wie Ihnen bereits von Stuttgart aus geschrieben wurde, sondern auch der Verkehr vom Unterrhein in den größeren Theil unseres eigenen Landes würde nicht so leicht der badischen Bahn gewonnen werden und den großen Pforzheimer Umweg machen, sondern würde der Neckarschiffahrt und Heilbronn bleiben. Baden bedenke, daß im Tunnel bei Laufen auf unserer Stuttgart-Heilbronner Bahn der letzte Stein des Gewölbes eingesetzt ist, daß unsere Lokomotiven zum Heilbronner Neckarhafen fahren werden, noch ehe der erste Spatenstich, Pforzheim zu, geschehen sei wird. Wir waren seither in Badens Hände gegeben, die Zeit kommt, wo auch wir Etwas in die Wagschaale zu legen haben; mehr noch, so hoffen wir, nach dem bevorstehenden Landtag. — Es wäre Zeit, daß Baden einsehe, daß eine Brettener Linie Alles ist, was von unserer Seite bewilligt werden kann; wir wiederholen es, bereits hier ist ein Abgehen vom früheren großen Straßenzug, — eine Konzession; noch weiter nachgehen kann und wird Würtemberg nie, im eigenen und im Interesse des großen deutschen Verkehrs. — Wir haben bereits berührt, daß zwei Mal die badische 2. Kammer uns alle Aussicht eines Anschlusses genommen hat; glauben Sie, wir haben jene Kammersitzungen noch nicht vergessen, jene Reden: man müsse erst die Kinzigthalbahn vollenden, eher sei zu gar keinem Anschluß zu schreiten, jene Bedingung des badischen Schienengeleises u. s. w. Wir wissen aber auch, daß eine andere Partei in Baden besteht, welche mit uns gemeinsam arbeitet, um die Einigung zu erlangen. Mannheim hat sich seit 1845 für die Anschlußbahn erklärt und zu einem Privatbau die Mittel angeboten. Ein Theil der badischen Presse hat im jüngstvergangenen Jahre besonders jene in der Kammer gehörten Grundsätze des Sonderinteresses bekämpft, so die Rundschau und die Deutsche Z. „Würtemberg wird mitten in Deutschland wie eine Oase behandelt, schrieb die Rundschau, und liefert keinen erfreulichen Beweis von der Einigkeit und dem Zusammenwirken der deutschen Regierungen in Erreichung der höheren Zwecke Deutschlands." Und ganz richtig fragt sie, ob denn das Wohl von Baden mehr dadurch gefährdet werde, wenn über Bruchsal gebaut werde, als wenn gar keine Verbindung zu Stande käme. An die Ständeversammlungen wie an die Regierungen sind diese Wahrheiten gerichtet. Von dieser Partei hoffen wir, daß sie in Baden mehr und mehr erstarke, und wir sie können wir gerne auch hinüber Bahn und gute Freunde neben der Bruchsäer zugeben. Ist es nicht Alles, was man billigerweise verlangen kann, wenn wir in Betreff der westlichen, Baden hinsichtlich der nordwestlichen Linie nachgeben? In einem Punkte noch ist der Partei des Anschlusses mit Ihrem letzten Worte der Verständigung (D. Z. v. 8. Jan.) ein dringender Wunsch aus Herz zu legen. Baden baue doch die kleine Strecke der Linie, welche ihm zufällt, auf Staatskosten! Wir wollen hier nicht den heftigen Kampf wiederholen, der vor beinahe 3 Jahren bei und herrschte über Staats- und Privatbahnen. Auch wir sind wie Baden fegreich hervorgegangen, Niemand denkt jetzt mehr bei und daran, unsere Bahnen durch Privatmittel zu bauen. Hat denn Baden nicht an den eigenen Bahnen den Werth des Staatsbaues erprobt? Alle die Nachtheile des Privatbaues aber treffen im erhöhten Grade noch zu, wenn man mitten unter einem Staatsbahnensystem eine kleine Lücke der Privatspekulation zum Ausfüllen überließe. Ueberzeugend hat dies schon im Jahre 1845 eben für die badisch-würtembergische Verbindungsbahn ein Nationalökonom nachgewiesen, der um unsere öffentliche Meinung über derlei Fragen ein großes Verdienst hat, der Oberstleutnant Moritz Mohl. Wir sollten zwei schönen Bietigheim und Heidelberg dreierlei Verwaltungen haben; zwei Staats- und eine Privatadministration? Zu diesem Behufe ist jetzt die Zeit nicht mehr! Wir haben den Weg der Einigung, der Vereinfachung, der Erleichterung des Verkehrs betreten; was damals hervorgehoben wurde, ein Postverein, ein Eisenbahnverein, ist zugetroffen,

Verantwortlicher Redakteur G. Bernhard.

Verlagsbedingungen der Redaktion in Mannheim — Druck von G. Mayer in Karlsruhe.

Digitized by Google

kleine Strecke von 5 Stunden dagwischen sollte Privatbahn sein? Mögen dies Badens Regierung und Stände vermeiden!

## Italien.

**Florenz**, 3. Jan. Wir geben heute den wesentlichen Inhalt des in Nr. 13 der D. Z. erwähnten, am 28. Nov. 1844 zwischen dem Großherzog von Toskana, dem damaligen Herzog von Lucca und dem Herzog von Modena geschlossenen Vertrags. Nach dem Eingange des Aktenstückes erkannten die drei Souveräne einhellig, daß die verworrene Gränzlinie, welche ein Theil ihrer Staaten bildet, für die Zeit, in welcher die ihnen auf dem Wiener Kongresse verbrieften Gebietsheimfälle stattfinden sollten, leichter wechselseitigen Verheerungen fähig sei; daß sich die Inkonvenienzen dieser Grenzlinie auf keine andere Weise als durch einen wechselseitigen Austausch kleiner, jetzt von ihren Staaten isolirter Gebietstheile beseitigen lassen; daß die Befugniß, derlei Gebietsaustauschungen durch freundliche Vereinbarung (all'amichevole) vorzunehmen, den dabei interessirten Theilen auch ausdrücklich durch Art. 36 der Wiener Kongreßakte verbrieften wurde, daß sie aber nicht anders stattfinden könnten, als wenn Se. k. k. apostolische und Se. Majestät der König von Sardinien in eine Modifizirung ihrer im Aachener Vertrag von 1748, und in dem zwischen Oesterreich und Sardinien am 20. Mai 1815 geschlossenen Traktate begründeten Heimfallsrechte, welche Rechte sich anderweitig in der Wiener Kongreßakte erwähnt und im Pariser Vertrage vom 10. Juni 1817 bestätigt finden, eingewilligt hätten. Die drei Souveräne haben sich zu diesem Ende an die erwähnten Majestäten gewendet. Dies der wörtliche Inhalt des karakteristischen Einganges. Darauf wird erwähnt, daß Se. k. k. Majestät in Anbetracht des Vortheiles einer besseren Begränzung, und von dem innigen Wunsche beseelt, selbst mit Darbringung eines Opfers zu einem von dem Interesse der drei Souveräne so sehr geforderten Werke beizutragen, die Ansicht äußerte, daß man durch geeignete Verhandlungen in Florenz leichter zum Ziele gelangen würde. Da auch der König von Sardinien sich in ähnlich freundlichem Sinne äußerte und an den betreffenden Verhandlungen Theil zu nehmen wünschte, so ernannten die fünf Höfe ihre Bevollmächtigten, die in Florenz zusammentraten und in freundschaftlicher Vereinbarung zehn Artikel festsetzten. Nach Art. I. wünschte der Herzog von Lucca mit seinen ihm künftig zufallenden Herzogthume Parma, einen Theil der Lunigiana am südlichen Ausläufe des Appenin zu vereinen. Der Großherzog von Toskana wünschte seiner Seits die beiden seinem Besitze behufs östlicher Abrundung der Gränzen noch fehlenden Bezirke von Pietrasanta und Barga, die nach der Vereinigung von Lucca mit dem Großherzogthume nach dem Wiener Kongreß an Modena abgetreten werden müßten, für immer unter seiner Herrschaft zu behalten. Beide Souveräne boten daher in Uebereinstimmung dem Herzog von Modena einen Austausch dieser beiden (einst an Modena heimfallenden) Vikariate gegen das (von Parma) isolirte Herzogthum Guastalla und die paemefanischen Landstriche am rechten Ufer der Enza an. Für den Fall der Annahme dieses Tausches, sonst nicht, sollten die toskanischen, in der Lunigiana isolirten Distrikte dem künftigen Herzoge von Parma abgetreten werden. Art. II. Der Herzog von Modena nimmt diesen Tausch an, und tritt an den künftigen Herzog von Parma für die Gebiete an rechten Ufer der Enza, wie für das Herzogthum Guastalla die efensischen Landstriche am linken Ufer dieses Flusses (Bazzano und Scurano), an Toskana dagegen die beiden Bezirke von Barga und Pietrasanta ab, deren Heimfall der Wiener Kongreß ihm zusicherte. Dafür bedingt sich Modena, daß jener Theil des Appenins im Vikariat von Barga, der gegen Modena ausläuft, ihm dergestalt abgetreten werde, daß die Gränzlinie nunmehr auf der Höhe (sulla vetta) zwischen den Bergen Pisatzajo und Portericiola fortlaufe. Auch den Besitz des Lago di Porta bedingt sich Modena aus. Andere minder wesentliche Bedingungen betreffen die Anlegung einer Kunststraße auf Kosten Toskana's, den Durchzug von efensischen Truppen und Waaren und den Grenzverkehr. Art. III. Der Großherzog von Toskana nimmt in der Absicht, die Bezirke von Barga und Pietrasanta zu behalten, die vorerwähnten Bedingungen an, tritt dem Herzog von Lucca, künftigem Herzog von Parma, seine verschiedenen, in der Lunigiana abgesonderten Besitzungen ab und ermächtigt ihn vollständig zu jeder Vertauschung (permuta) und neuen Begränzung, die er etwa im Einverständniß mit dem Herzog von Modena anzuordnen gesonnen wäre. Art. IV. Der Herzog von Lucca künftiger Herzog von Parma leistet zu Gunsten Modena's Verzicht auf Guastalla und die Landstriche am rechten Ufer der Enza, in der Absicht, von Toskana Pontremoli, Bagnone und zugehörige Theile in der Lunigiana zu erhalten, die geeignet sind, ihm einen leichteren Handelsweg ans Meer zu eröffnen. Er vereint mit seinem künftigen Herzogthum efensischen Landstriche am linken Ufer der Enza. Der Thalweg dieses Flusses soll vom Tage, wo der durch Art. 102 der Wiener Kongreßakte vorgesehene Heimfall statthat, die Grenze zwischen Modena und Parma bilden. Art. V. 1) Der Herzog von Lucca f. Herzog von Parma, der durch die Abtretung von Guastalla und der Landstriche jenseits der Enza, von Toskana in der Lunigiana, Pontremoli, Bagnone, Groppoli, Lufuolo, Terrarossa, Albiano und Caliee erhält, vertauscht einige dieser nicht zusammenhängenden Landstriche mit mehreren getrennten Lehengütern des Herzogs von Modena, und nimmt dafür die gegenwärtig nicht zusammenhängenden Distrikte von Treschietto, Villafranca, Castevoli und Mulazzo bis an die im 9. Art. vorgezeichnete Gränzlinie, indem er daraus einen einzigen mit Parma zusammenhängenden Gebietskomplex bildet. 2) Der Herzog von Modena nimmt Besitz von dem Distrikt von Caliee, vereint mit diesem großentheils ihm bereits gehörenden Landsaum (lembo di terreno) die anstoßenden Distrikte von Albiano, Rico und Terrarossa, die sammt Caliee als Preis für jene Lehen von Treschietto, Villafranca, Castevoli und Mulazzo gelten werden (verranno a tener luogo), auf die er verzichtet. Art. VI. enthält Bestimmungen über schuldenfreie Uebernahme der wechselseitig abgetretenen Gebiete. Außer den auf den Gemeinden haftenden Schulden werden in Folge einer besondern Ausnahme auch die auf Guastalla haftenden, in den Registern des ehemaligen Monte Napoleone verzeichneten Staatsschulden, die zur Zeit des Heimfalles noch nicht getilgt sind, von dem Herzog von Modena in der Art übernommen, wie der Wiener Kongreß in §. 97 und die folgenden Kommissionen festgesetzt. Die dem Staate oder der Krone gehörenden Gebäude, Grundstücke und Einrichtungsstücke folgen dem Wechsel der Souveränetät ohne Nachtheil jedoch der Besitzer von Kirchengütern, der Klöster (luoghi pii). Auch Allodialgüter werden von diesen Cessionen nicht berührt. Art VII. Der Kaiser von Oesterreich anerkennt die an Modena erfolgte Abtretung Guastalla's und der Gebiete jenseits der Enza, und garantirt dem Herzog von Modena, seinen Erben und Nachfolgern den friedlichen ungestörten Besitz dieser Territorien. Zugleich überträgt er auf den Distrikt von Pontremoli und den andern dem künftigen Herzog von Parma zugewiesenen Theil der Lunigiana das Heimfallsrecht, das ihm auf Guastalla und die Bezirke jenseit der Enza zukommt. Art. VIII berührt die zwischen Oesterreich und Sardinien getroffenen Uebereinkunft, nach welcher der ganze dem künftigen Herzog von Parma zugewiesene Theil der Lunigiana, der den größten Theil der Territorien von Pontremoli und Bagnone, sowie die efensischen Bezirke von Treschietto, Villafranca, Castevoli und Mulazzo umfaßt, an Sardinien in dem Zeitpunkte abgetreten werden muß, wo nach dem Vertrag vom 20. Mai 1815 Parma an Oesterreich und Piacenza an Sardinien gelangt. Diese Cession an Sardinien wird die Basis der Entschädigung (il quel compenso) bilden, welche kraft des abgesondert von dem erwähnten Vertrage vom 20. Mai 1815 gemachten Zusatzartikels Sardinien für die zugethanene Uebergabe der Stadt und der Festung von Piacenza mit einem bestimmten Umfreis gebührt. Der Werth der zum Austausch bestimmten oben erwähnten Territorien, nämlich von Piacenza mit dem festgesetzten Rayon, und der an Sardinien gränzenden Gebiete von Parma, muß zur Zeit, wo die Heimfälle eintreten, von einer österreichisch-sardischen Kommission im Geiste der Unparteilichkeit und Billigkeit konstatirt werden. Für den unwahrscheinlichen Fall, daß man sich nicht vereinigen könnte, kommen die beiden Höfe überein, den heiligen Stuhl als Schiedsrichter zu wählen. Art. IX. Dieser Vertrag, der bis zu dem Zeitpunkte, wo der von Art. 99 der Wiener Kongreßakte und Art. 3 des Pariser Vertrags vom 10. Juni 1817 vorgesehene Fall eintritt, geheim bleiben muß, wird um jene Zeit unmittelbar ohne Rücksicht auf thatsächliche und Rechtseinwendungen von den Höfen von Modena, Parma, Toskana, und auf ihren Wunsch unter wohlwollender Mitwirkung (o sotto l'amvevole benevolo concorso) der andern beiden Mächte zur Ausführung gebracht werden. — Nun folgen noch einige Punkte über die Art der Ausführung des Vertrages, die Bestimmung der neuen Gränzlinien, um, wie es daselbst heißt, in dem wichtigen Momente, wo mehrere Territorien an neue Souveräne übergehen, jeden Zweifel, jeden Streit zu vermeiden. Nach Art. 10 wurde der Vertrag in fünffachen Exemplaren, deren jedes die Kraft des Originals hat, ausgefertigt und von den fünf Bevollmächtigten (N. Corsini für Toskana, Cav. Bacani di Fort' Olivo für Oesterreich, A. Rafaelli für den damaligen Herzog von Lucca, G. Forni für Modena und Carrega für Sardinien) unterfertigt und gesiegelt. Die Ratifikationen sollten binnen zwei Monaten oder womöglich noch früher ausgewechselt werden. Ob sie bedingt oder unbedingt erfolgten, wird von der „Gazzetta di Firenze" nicht angegeben.

Hierzu eine Beilage.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Owen u. Komp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Nordamerika bei Herrn Lasser portofrei man sich an G. A. Reichmann Expedition 28 Bromfingstr. Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptort bestehen besorgt das Groß. Gut. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.-1 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 17. Heidelberg, Montag 17. Januar 1848.

## Uebersicht.

**Der Entwurf des preußischen Strafgesetzbuchs.** III. — **Berlin** (das Verbot der beiden Bremer Zeitungen). **Leipzig** (die sächsischen Landtagsabgeordneten. II). **Karlsruhe** (Ständische Verhandlungen: Schluß der Berathung über den Antrag auf bedingte Gewerbefreiheit). **Heidelberg** (Erklärung Matthys betr. die Landtags- und die Deutsche Zeitung). **Vom Rhein** (der Vorfall in Bukarest). **Kassel** (Abstimmung über das Finanzgesetz für die Jahre 1846–48. Konstitutionsfeier. Die Kommissionsarbeiten für Verfassungsänderungen abgestellt. **General v. Sprecht). Frankfurt** (der Turnverein und die Turngemeinde das Sängerfest um ein Jahr ausgesetzt).

**Schweiz. Bern.** Ein Zug von Gastfreundschaft. Verfassungsrath in Schwyz. Zeitburger Beschlüsse. Lage der Regierung in Wallis. **Zürich.** Uebergabe der Waffen Zwingli's. **Wallis.** Definitive Bestellung des Staatsraths.

**Großbritannien.** Phantasien der „Post" über das bevorstehende Ende der Schweiz.

**Frankreich.** Verhandlungen der Pairskammer. Dr. Herve nicht todt. Gerücht von Erkrankung des Königs. Bruch der Kapitulation Abdel-Kader's — **Spanien.** Zukunft Espartero's. Die Königin nicht krank. — **Italien. Rußland.** Düstere Stimmung. Abermalige Prokamation des Beherrings. **Livorno.** Wilde Auftritte. **Rom.** Verschärfte Censurverordnung.

**Amerika.** Verheerende Ueberschwemmung im Mississippigebiet. Der Kongreß zu Washington. Nachrichten aus Mexiko: Santa Anna wieder schlagfertig; Verhaftungen amerikanischer Generale auf Befehl Scott's.

**Handel. Manchester.** Lage der Industrie und des Geldmarktes.

### Heidelberg, 17. Januar.

Die Gefängnißstrafe besteht nach dem Entwurfe in der einfachen Entziehung der Freiheit. Der zu dieser Strafe Verurtheilte ist zu keiner Arbeit verpflichtet; nur der, der sich nicht selbst verpflegen kann, soll nach seinen Fähigkeiten und Verhältnissen zu angemessener Arbeit angehalten werden können. Das Maximum der Gefängnißstrafe ist zwei Jahre, in gewissen Fällen vier Jahre. Nach der Rheinischen Gesetzgebung ist kein Verurtheilter verpflichtet, sich selbst zu verpflegen; mit der Publikation des neuen St.G.B. wird also die Rheinprovinz eine ganz neue Strafart kennen lernen, die Gefängnißstrafe ohne alle Verpflichtung zur Arbeit, während nach den bisher befolgten Vorschriften des Art. 40 des Rheinischen St.G.B. Jeder zum Gefängnisse Verurtheilte arbeiten mußte, wobei ihm jedoch die Wahl zwischen den in der Anstalt betriebenen Arbeiten gestattet war, eine Wahl, die man bei gleichen Verhältnissen auch dem zur Strafarbeit Verurtheilten nicht verweigern wird, da es für die Anstalt selbst vortheilhafter ist, einen guten Weber am Webestuhl zu beschäftigen, als ihn zum Holzhauen zu gebrauchen.

Wird die Rheinprovinz über diese neue Acquisition besonders erfreut sein? Wir müssen dies bezweifeln. Einen gesunden, arbeitsfähigen Menschen einsperren, ihm aber erlauben während zwei, und nach Umständen, während vier Jahren Nichts zu thun, ist eine Maßregel, die mit dem Zwecke der Strafe in direktestem Widerspruche steht, durch die der Verurtheilte, anstatt gebessert zu werden, unvermeidlich schlechter werden muß, als er beim Eintritte in die Strafanstalt war.

Viele Diebstähle, die nicht unter erschwerenden Umständen verübt wurden, werden mit Gefängniß bestraft, und die meisten Diebstähle dieser Art haben ihren Grund in der Arbeitsscheu des Thäters, diesen straft man gewiß in der Absicht, ihn von fernerem Diebstahlen abzuschrecken; und im Widerspruch mit dieser Absicht schmeichelt, verstärkt man nach dem Entwurf das Laster, die Arbeitsscheu, die Trägheit, welche das Verbrechen veranlaßt haben. Nach unserer innigsten Ueberzeugung liegt es im Interesse Aller, sich gegen dieses neue System mit Entschiedenheit zu erklären.

Eine Gefängnißstrafe von nur einigen Wochen oder Monaten wird in den Gefängnissen im Hauptorte des Regierungsbezirks oder am Sitze des Landgerichts abgebüßt. Hier finden sich die Diebe in großer Zahl zusammen, sie sind zum Arbeiten nicht verpflichtet, sie wollen auch nicht arbeiten; — man wird sie also in einem besonderen Lokale in Gesammtheit unterbringen müssen, in dem sie ohne Aufsicht sind; hier werden neue Bekanntschaften gemacht, Pläne für die Zukunft geschmiedet, deren Ausführung für die Gesellschaft sehr bedrohlich ist. Die in einem Gemache, wenigstens während der Tagezeit, versammelten Diebe werden ohne Zweifel ihre Lage ganz behaglich finden; einen Eindruck der Strafe, den der Gesetzgeber erwartet, darf man von dieser Vollstreckung der Strafe nicht hoffen.

Der Entwurf scheint dies auch anzuerkennen, indem er, gerade um sich des Eindrucks zu versichern, wiederum den Richter ermächtigt, die Gefängnißstrafe, wenn sie nur drei Monate dauern soll, zu schärfen durch Schmälerung der Kost, durch Anweisung einer harten Lagerstätte, durch einsames Gefängniß. Diese Schärfungs- oder Besserungsmittel können einzeln oder auch sämmtlich in Verbindung erkannt und es kann also beidemale die peinlichste Strafe auf die Hälfte reducirt werden. Wir wissen nicht, wie diese Mittel sich vereinigen lassen mit den Worten des Entwurfs, nach denen die Gefängnißstrafe in der „einfachen" Entziehung der Freiheit bestehen soll; ebensowenig wissen wir, wie die Rheinischen Landgerichte im Stande sein sollen, aus der Persönlichkeit eines Menschen, den sie zum ersten Mal sehen, die Ueberzeugung zu schöpfen, daß die gewöhnliche Strafe auf ihn den wünschenswerthen Eindruck nicht machen werde; auch wissen wir nicht, wie es möglich sein sollte, die Verurtheilten in ein einsames Gefängniß zu bringen, da doch jetzt schon die Strafanstalten allgemein so überfüllt sind, daß jeder nur halb geeignete Raum benutzt werden muß. Wir glauben aber zu wissen, daß eine harte Lagerstätte, selbst in einem ungeheizten Lokale, auf viele Leute, namentlich auf die große Zahl der Holzdiebe, die auf dem feuchten Waldboden unter freiem Himmel die Gelegenheit zum Stehlen abwarten, keinen Eindruck machen wird; auch haben wir die feste Ueberzeugung, daß die genannten Schärfungsmittel keine Besserung, wohl aber die größte Erbitterung zur Folge haben und deßwegen für die Gesellschaft nur um so mehr gefährlich werden. Dies wird noch mehr, wenigstens in gleichem Grade eintreten bei den zu mehr als drei Monaten Verurtheilten, bei denen die erwähnten Schärfungsmittel ausgeschlossen sein sollen. Zwei, selbst vier Jahre sollen diese Leute eingesperrt sein, ohne zu arbeiten! während doch die Arbeit, das in dieser Zeit möglichst Erlernen eines Handwerks das sicherste Besserungsmittel ist, und der Entlassene in die Lage versetzt wird, bei seinem Austritt aus der Strafanstalt sich und die Seinigen redlich zu ernähren.

Die Gefängnißstrafe ist nach dem Entwurfe eine gelindere Strafgattung als die Strafarbeit. Daraus könnte man mit Grund schließen, daß das Minimum der härteren Strafe ungefähr dem Maximum der gelinderen Strafe gleich sein müsse. Dieses Verhältniß findet man aber in dem Entwurfe nicht. Die Gefängnißstrafe, in milderer, kann, wie gesagt, auf zwei und sogar auf vier Jahre, die Strafarbeit dagegen im Minimum auf drei Monate erkannt werden; das Maximum der gelinderen Strafe verhält sich daher zu dem Minimum der härteren Strafe, wie 24 zu 3, oder, in einzelnen Fällen, wie 48 zu 3. Ein ähnliches Verhältniß finden wir in seinem anderen Gesetzbuche; dasselbe erklärt sich aus dem Entwurfe ebensowenig, und der Verlust der Ehrenrechte kann hier nicht von Einfluß sein, da auch mit einer Gefängnißstrafe von acht Tagen dieser Verlust verbunden werden kann. (§§. 268. 269. des Entwurfs.)

Wenn nun der Grundsatz des Entwurfs, daß der zum Gefängniß Verurtheilte zur Arbeit nicht verpflichtet ist, beibehalten werden, und wenn es auf der anderen Seite wahr sein sollte, was ein altes Sprichwort sagt, daß der Müßiggang aller Laster Anfang sei, so scheint es im Interesse der Gesellschaft mit im Interesse der Beschuldigten zu liegen, die Gefängnißstrafe auf die möglichst wenigen Fälle zu beschränken, und, sobald sie eine Dauer von drei Monaten übersteigt, statt ihrer die Strafarbeit zur Anwendung zu bringen. Auch ein dreimonatliches Nichtsthun ist ein sehr unsicheres Besserungsmittel, aber wenigstens nicht so nachtheilig, als ein zweijähriges oder gar ein vierjähriges.

Digitized by Google

Die Festungshaft, welche in dem Entwurfe als eine Freiheitsstrafe genannt wird, ist in der Rheinprovinz etwas ganz Neues; die Natur dieser Strafe kennt daher auch noch keine genau bestimmte Zeit, weil die verschiedenen Gewichte des St.G.B., welche zur Kenntniß der Publikums gekommen sind, sich über dieselbe sehr verschieden und wesentlich abweichend aussprechen. Das Charakteristische derselben ist, daß kein Minimum und kein Maximum derselben in dem Entwurfe angegeben wird, daß also diese Strafe auf einen Tag und auf die Lebenszeit des Verurtheilten ausgesprochen werden kann. Mit der Gefängnißstrafe hat sie das gemein, daß sie in einfacher Entziehung der Freiheit bestehen soll; verschieden von der Gefängnißstrafe ist sie darin, daß sie nicht, wie diese, im Gefängnisse, sondern auf einer Festung abgebüßt wird. Wenn der Entwurf hinzusetzt, daß die Lebensweise und Beschäftigung des Verurtheilten auf der Festung strenge brauchtägig werden sollen, so ist dies entweder ein gänzlich überflüssiger Zusatz, indem, soviel bekannt, die Lebensweise aller Sträflinge in allen Anstalten strenge brauchtägig werden muß, oder die erwähnten Worte haben den Sinn, daß die Entziehung der Freiheit eine im höchsten Grade nachsichtige sein soll.

Ueber die Frage, in welchen Fällen auf Festungshaft erkannt werden soll oder erkannt werden kann, finden sich in den verschiedenen Entwürfen ganz wesentlich verschiedene Vorschriften. Nach dem ersten Entwurfe, der zu unserer Kenntniß kam, sollte Festungsarrest oder Festungshaft statt der Strafarbeit erkannt werden gegen Personen, welche zu den höheren oder gebildeteren Ständen gehören; dabei aber auch statt der Gefängnißstrafe auf Festungshaft solle erkannt werden dürfen, ist nicht gesagt; Gefängnißstrafe sollten also die Angehörigen der höheren oder gebildeteren Stände in derselben Art und natürlich an demselben Orte abbüßen, wie die Angehörigen der übrigen Stände.

Ganz abweichend von diesem Entwurfe bestimmt der dem siebenten Rheinischen Landtage vorgelegte Entwurf, daß auf Festungsstrafe statt der Strafarbeit, auf Festungshaft statt der Gefängnißstrafe erkannt werden soll, wenn solches nach den persönlichen oder bürgerlichen Verhältnissen des Verbrechers für angemessen zu achten ist; statt der Strafarbeit soll aber auf Festungshaft nur erkannt werden dürfen, wenn das Gesetz dieses ausdrücklich erlaubt.

Der siebente Rheinische Landtag hat sich entschieden gegen diese Bestimmung erklärt.

Der neueste Entwurf sagt nun, daß auf Festungshaft erkannt werden soll, wenn die Vollstreckung der im Gesetze ausgesprochenen Strafarbeit oder Gefängnißstrafe „nach Beschaffenheit der Umstände" für weniger angemessen als die Festungshaft zu halten ist.

Von allen früheren ist diese Bestimmung des neuesten Entwurfs unstreitig die unbestimmteste und schwankendste, deßwegen für die Rechtspflege die gefährlichste.

Nach Beschaffenheit der Umstände! Welcher Umstände? Sind es die Umstände, welche das Verbrechen veranlaßt, begleitet haben, oder sind es die Umstände, in denen sich der Verbrecher befindet, oder zur Zeit des Verbrechens befunden hat? Sind es in dem letzten Falle die Umstände, die seine Zurechnungsfähigkeit betreffen, oder sind es seine Gesundheitsumstände, sein Alter, sein Geschlecht, seine Vermögens- oder Familienverhältnisse, oder sind es seine äußeren Gesellschafts- oder Standesverhältnisse?

Nach der Fassung des Entwurfs müssen alle diese Umstände erwogen werden, um die Angemessenheit der Strafe zu beurtheilen.

Im Allgemeinen muß als unbestreitbar angenommen werden, daß die in einem Gesetze ausgesprochene Strafe die dem Verbrechen angemessenste ist, also auch vollstreckt werden muß. In den Umständen, welche das Verbrechen begleitet haben, wird sehr selten ein thatsächlicher Grund zur Abweichung von dem Gesetze zu finden sein; beste eher aber in der Person des Verbrechers. Als Richter werden wir ganz dem Wortlaute der gesetzlichen Bestimmung gemäß zu handeln glauben, wenn wir einen verkrüppelten Bettler zur Festungshaft statt zur Strafarbeit verurtheilen, weil es gewiß im höchsten Grade unangemessen sein würde, einen arbeitsunfähigen Krüppel in eine Strafanstalt bringen zu lassen, in der er schwer arbeiten soll. Eben so unbedenklich würden wir ganz der gesetzlichen Vorschrift gemäß zu handeln glauben, wenn wir einen jungen, kräftigen Müssiggänger, weß Standes er auch sein mag, zur Abbüßung der Strafe in eine Anstalt verweisen, in der er zur Arbeit angehalten und, wo möglich, damit von dem Laster des Müssiggangs kurirt wird. Würden wir aber dadurch auch der Ansicht der Verfasser des Entwurfs entsprechen? Wir müssen das sehr bezweifeln, weil wir uns von der Ueberzeugung nicht trennen können, daß alle, bisherigen erschienenen, Entwürfe, so verschieden auch ihre Worte sein mögen, doch nur einen Gedanken haben, den Gedanken nämlich: die Angehörigen der höheren und dann auch die der sogenannten gebildeteren Klasse von denen, welche das Glück nicht haben, zu diesen gerechnet zu werden, zu trennen, jene glimpflicher, zarter zu behandeln, als diese, obgleich jene, weil sie sich die Angehörigen der höheren und gebildeteren Klasse nennen zu dürfen sich berufen halten, umsomehr Beeinflussung haben und verpflichtet sind, die Gesetze zu achten und jeder Verletzung derselben sich zu enthalten, deßwegen aber auch eine härtere Strafe verdienen, wenn sie sich, uneingedenk ihres hohen Standes und ungeachtet ihrer angeblich höheren Intelligenz, einer Handlung schuldig machen, die schon an dem sogenannten „gemeinen Manne" bestraft: wird.

Diese hier ausgesprochene Ansicht wird gewiß nicht allenthalben Beifall finden, sie ist aber, wie kaum zu bezweifeln ist, nur das Echo der öffentlichen Meinung, die doch nicht ganz unberücksichtigt bleiben sollte. Aber auch wenn dies geschehen, wenn die Verschiedenheit der Stände selbst bis in die Strafanstalten ihre Wirkungen äußern sollte, so möge man doch klar sprechen, wie der Entwurf von 1843 gethan hat. Für eine große Verbesserung würden wir es jedoch halten, wenn diese Festungshaft aus der Zahl der Strafen weggestrichen würde und gewiß ist dies auch die Ansicht des weit größeren Theil des Publikums. Der Entwurf hat das Maximum der zeitigen Freiheitsstrafen auf zwanzig Jahre bestimmt; soll eine härtere, eine längere Freiheitsstrafe erkannt werden, so muß sie eine lebenslängliche sein. So unbestritten diese Folgerung ist, so finden sich doch einzelne Strafbestimmungen in dem Entwurfe, welche dem Richter die Befugniß geben, die Strafe den fünf, von zehn Jahren bis lebenswierig zu erkennen. Nach diesen Bestimmungen würde der Richter das Recht haben, die Strafe auf fünfzehn, zwanzig, fünfundzwanzig Jahre zu normiren, obgleich er nach der zuerst erwähnten Vorschrift sich auf zwanzig Jahre beschränken oder auf Lebenszeit erkennen muß. Zwischen diesen Bestimmungen scheint ein Widerspruch zu bestehen, der vielleicht durch eine andere Fassung sich würde beseitigen lassen, was gewiß sehr wünschenswerth ist.

---

**Preußen.** ▽ Berlin, 10. Jan. Gestatten Sie mir einige kurze Bemerkungen, zu denen ich mich durch das in Preußen fortbestehende Verbot der Bremer Zeitungen aufgefordert fühle. Wenn man diese Maßregel von vielen Seiten als eine kleinliche und engherzige ausgab oder in ihr sogar eine gewisse persönliche Gereiztheit erblicken wollte, so sind dies Anklagen, die ich hier auf sich beruhen lassen will; es fällt mir schwer, bei Männern eine persönliche Gereiztheit in Betreff der Presse voranzusetzen, denen staatsmännische Einsicht und ein erhabener Standpunkt mit Recht zuzutrauen ist, ich nehme einfach an, daß man mit dieser Maßregel etwas dem preußischen Staate Schädliches abzuwehren und dadurch für ihn etwas Nützliches zu thun gemeint ist. Angenommen aber, daß die Absperrung von Ansichten, die in gewissen Kreisen mißliebig sind, für den Staat im Allgemeinen von Nutzen sein sollte, fragt es sich noch, ob dieser Zweck durch das Mittel des Verbots vollkommen oder nur annähernd erreicht wird? Man könnte dagegen einwenden, die Zeitungen würden doch ins Land geschmuggelt, man könnte sagen, daß das Verbot das Gelüste nach dem Verbotenen steigert; diese Meinung ist so richtig, daß sie sogar ein Gemeinplatz geworden ist, aber man kann noch weiter gehen und behaupten, daß man — was man doch schwerlich wird thun wollen — die ganze deutsche Presse verbieten müßte, um den vorgesetzten Zweck in dem Grade wie man wünscht zu erreichen. Gerade die pikantesten Mittheilungen pflegen aus verbotenen Zeitungen von andern Zeitungen willig aufgenommen und verbreitet zu werden, die einen von bairischen, badischen, sächsischen, hannöverschen, die andern von rheinpreußischen, schlesischen und andern preußischen Zeitungen selbst; sie gehen aus einer Hand in die andere, theilen sich so nicht in vollem Strom, aber doch tropfenweis dem Publikum mit und gewinnen dadurch nur um so mehr Reiz und pikanten Interesse. Das Verbotene, dem man die Thüre nicht öffnet, schlicht sich durch die Fensterritzen ein, es ist ihm keine Mauer zu dicht, es findet eine Oeffnung zum Durchschlüpfen. Mithin wird der Zweck, den man sich vorgesetzt, nicht erreicht, das Gehässige, was jedem Verbot anhängt, muß man außerdem noch mit in den Kauf nehmen. Die Ehrbarkeit ist eine Freundin zu Hause; wird sie hier nicht geduldet und muß sie heimathlüftig werden, so wickt sie nur um so schneidender und eindringlicher. Was hat man

Digitized by Google

durch das Verbot des unsinnigsten sogenannten jungen Deutschlands, aller der Heine, Gutzkow, Mundt u. s. w. — deren Namen sogar, auch wenn man sie blos citirte, eine Zeitlang in den Blättern gestrichen worden — erreicht? Nichts als daß die Alles regierende Schule der Hallischen Jahrbücher einen um so ergiebigern Boden fand. Was durch das Verbot der Hallischen Jahrbücher? Nichts, als daß der Kommunismus und Radikalismus schleichender, aber wirksamer seinen ihm vom geheimen Weg verfolgten. Was durch das Verbot ganzer Verlagsfirmen? Nichts, als daß man das Verbot endlich doch wieder zurücknahm, daß eine Unzahl kleinerer Firmen, wie hundert Köpfe dem abgeschlagenen Kopfe der geschichten Hydra nachwachsend, sich angriffen sein kleinen, einem gleichen Verbote nachzustehen! Man tödtet Richtungen nicht dadurch, daß man sie verbietet. Hermetisch läßt sich in unserer Zeit kein Land absperren. Zeuge davon sind Oesterreich und Italien. Was nicht gedruckt in solche Länder den Weg findet, findet ihn durch mündliche Ueberlieferung, durch das Gerücht, die übertreibende und verzerrende Sage, die karrikirende Anekdote. Schreiber dieser Zeilen ist ein guter preußischer Patriot, weil er weiß, daß dieser preußische Patriotismus keinen brutalen Feindes-Haß, noch weniger weiß, was Preußen für Deutschland und dieses für Preußen ist, und was beide in noch höherm Grade unter andern Verhältnissen durch und für einander sein könnten, er fühlt sich gedrückt, einem so intelligenten Staate anzugehören, wie Preußen unzweifelhaft ist, einem Staate, der in so vielen Dingen preiswürdige Fortschritte gemacht, auf dessen Entwicklungen die Blicke des übrigen Deutschlands bald mit Furcht, bald mit Hoffnung, jedenfalls aber mit äußerster Spannung gerichtet sind. Um so mehr aber betrübt ihn Alles, was mit den Grundfäden in Widerspruch steht, auf denen ein Staat, der sich so gern vorzugsweise im Besitz der Intelligenz zu sein rühmt, beruhen und gegründet sein sollte — zumal wenn die Mittel, die man anwendet, um gewisse in gewissen Kreisen unbeliebte Ansichten vom Lande abzuhalten, ihrem Zwecke nicht entsprechen und dabei noch leicht zu gehäffigen, wenn auch nicht immer sowohl gerechtfertigten, doch von der Menge gern ersafften und mit Wohlgefallen ausgedrutteten Vorwürfen Anlaß geben.

**Sachsen.** ○ Leipzig, 9. Jan. In meinem letzten Briefe sprach ich von den beiden eigentlichen städtischen Abgeordneten Leipzigs auf dem Landtage, Haase und Brockhaus; ich gehe heute zu den übrigen Mitgliedern fort, welche Leipzig zum Landtage entsendet. Der dritte, welcher neben jenen Beiden in der zweiten oder der eigentlichen Wahlkammer sitzt, Poppe, repräsentirt nicht gerade Leipzig, sondern vielmehr einen der fünf Bezirke, in welche das Land Behufs der Wahl von 5 Vertretern des Handels- und Fabrikstandes getheilt ist. Daß er aber der Leipziger Kaufmannschaft angehört, ist zufällig oder auch nicht zufällig, insofern dirk durch Zahl und Gewicht natürlich einen vorherrschenden Einfluß unter der Wählerschaft ausübt. Es ist daher auch kaum daran zu zweifeln, daß Poppe, den dies Mal die Reihe des Ausscheidens trifft, wieder gewählt wird. Poppe gilt für ein bedeutendes kaufmännisches und finanzielles Talent und mag es wohl auch sein. Ob ihm aber die größeren staatswirthschaftlichen Gesichtspunkte zu Gebote stehen, oder ob er die Finanzen des Staats und die Interessen der Volkswirthschaft eben nur mit den engeren Maßstäben des kaufmännischen Privatverkehrs und Börsenspekulation zu messen versteht, das ist eine andere, nicht so leicht zu entscheidende Frage. Poppe's ständische Thätigkeit verbirgt sich zumeist in dem Geheimniß der Deputationssitzungen, wo er einen großen Einfluß entwickeln mag; in den öffentlichen Verhandlungen ist er sehr schweigsam. In politischen Fragen hat er gewöhnlich mit der gemäßigt liberalen Partei gestimmt. Es wäre wohl zu wünschen, daß die Kaufmannschaft Leipzigs und seines Bezirks zu ihren Vertreter einen Mann wählte, welcher für die allgemeinern Interessen des Volks und des politischen Fortschritts ein Herz hätte. Poppe's Stellvertreter, G. Harkort, möchte diesen Anforderungen besser entsprechen, mehr noch vielleicht (was die Empfänglichkeit für allgemeine Fortschrittsideen betrifft) Harkorts Kollege bei der Gründung der ersten sächsischen Eisenbahn, Dufour Feronce, ein höchst unterrichteter, vielseitig gebildeter Mann von einer großen Tragweite des Geistes und reich an Ideen aller Art. — Für die erste Kammer liefert Leipzig ebenfalls drei Mitglieder; voran seinen Bürgermeister, den eigentlichen Vertreter der Stadt, als einer großen Korporation, sodann seinen ersten Geistlichen, als einen der Vertreter der Kirche und zugleich der allgemeinen Intelligenz, endlich einen Vertreter der Universität, welchen diese letztere aus der Mitte ihrer ordentlichen Professoren wählt. — Daß Leipzig durch seinen gegenwärtigen Bürgermeister, Dr. Groß, auf dem Landtage ehrenvermig nach Wünsche vertreten, als dahrin noch Wünsche regiert wird, ist eine alte, leider aber unfruchtbare Klage, da es sich hierbei um keine freie Wahl in gewissen Zeitabschnitten handelt, vielmehr das Amt des Bürgermeisters, und mit ihm die Stelle in der ersten Kammer auf Lebenszeit verliehen ist. Zwar trägt man sich vielfach mit der Hoffnung, Groß, der hochbetagt und kränklich ist, werde bald freiwillig zurücktreten. Allein selbst in diesem Falle wäre es noch sehr problematisch, ob die Stadt wirklich an Großens Stelle einen tüchtigen Chef ihrer Verwaltung und einen geeigneten Vertreter auf den Landtage gewinnen möchte. Das Recht der Wahl zum Bürgermeisteramte steht nämlich den Gemeindevertretern hier nicht unbeschränkt zu, sondern sie haben nur einen aus drei vom Magistrate ihnen vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen. Wie aber der Magistrat zur Zeit noch zusammengesetzt und gestimmt ist, wäre sehr zu fürchten, derselbe möchte ganz nach alter gutter Sitte und Rangordnung die ältesten drei Mitglieder seines Kollegiums vorschlagen, unter denen keines ist, welches man eben gern an erster Stelle sehen möchte. — Großmann, der geistliche Vertreter Leipzigs, kann auf dem nächsten Landtage eine sehr einflußreiche Stellung einnehmen bei der wichtigen Frage wegen einer freiern Kirchenverfassung. Ob er dies im Sinne des Fortschritts und gemäß den wahren Forderungen der Zeit thun werde, läßt sein hierarchischer und zu strengkirchlicher Auffassung des religiösen Lebens sich hinneigender Sinn beinahe bezweifeln. — Die Universität endlich hat mit ihren bisherigen Vertretern, trotz häufigen Wechsels, gleichfalls kein besonderes Glück gehabt. Man ist gespannt, wen sie dies Mal senden werde. Viele denken an Pfordten, dessen juristische Kenntnisse und Scharfsinn bei manchen wichtigen Gesetzgebungsartikeln (z. B. dem Gesetze über Benützung der Wässer) der Kammer wohl von Nutzen sein würden, und von dessen großer geistigen Frische und Energie man sich eine heilsame Anregung des etwas stagnirenden Lebens der ersten Kammer, eine kräftige Förderung so mancher Zeitideen verspricht; um so mehr, als seine diplomatische Klugheit und sein aristokratisch gehaltenes Wesen jenen anderen Eigenschaften gerade an diesem Orte trefflich zu Hilfe kommen würden. An ihm würde hoffentlich auch das öffentlich mündliche Verfahren einen warmen Fürsprecher finden, und seine Abneigung gegen die Geschwornengerichte wäre nur geeignet, diese Fürsprache in den Augen der hohen Mitglieder unseres Oberhauses unverdächtig und somit wirksamer zu machen als sie im Munde eines Freundes jenes Instituts — deßen Gedanke schon den meisten Mitgliedern der ersten Kammer einen tiefen Schreck einflößt — sein möchte. — Leider haben wir im Ganzen wohl zu fürchten, als zu hoffen, und zu wünschen bleibt uns nach allen Seiten hin sehr Vieles übrig.

**Baden.** * Karlsruhe, 14. Jan. Im Eingange seiner Motion für bedingte Gewerbefreiheit trat der Abg. Helmreich der gewöhnlichen Angabe entgegen, daß Baden ein überwiegend ackerbautreibendes Land sei. Schon der Zahl nach steht die gewerbtreibende Bevölkerung mit 537,849 Köpfen nicht weit hinter der landwirthschaftlichen mit 637,035 zurück; von der Bodenfläche sind 1,476,626 Morgen ohne 34 Prozent Aeckerland, 1,296,861 M. oder 30 Prozent Wald, während sich schon 3,940 Menschen auf der Gewerbemeile ernähren müssen; auch der Werth der Gewerbeerzeugnisse wird hoch anzuschlagen sein, obgleich und dabei die Statistik im Stiche läßt. Um den richtigen Standpunkt für die Lösung der vorliegenden Frage zu gewinnen, darf man sich nicht mitten unter den nach zünftig betriebenen Gewerben aufhalten, sondern man muß das ganze weite Gebiet der Stoffverredlung, zwischen den Erzeugnissen der Natur und der Erschaffung von Kunstwerken, betrachten, um zu untersuchen, welches Stamm man an die Stelle des im Laufe der Zeit von so vielen Blitzen getroffenen Baumes der Zunftverfassung zu setzen habe, bis man soweit gekommen sein wird, auch die Gewerbe der Freiheit zu überlassen, in welcher sie, wie der Ackerbau, doch nur ihre kräftigsten Gedeihen finden werden. Die auf halbem Wege stehengebliebene Reformation und der dreißigjährige Krieg in ihrem Gefolge waren die ersten Blitze, welche zuerst den Wipfel der rings so starken Eiche der deutschen Zunftverfassung vernichtend niederstreiften; die darauf folgenden Erfolge- und siebenjährigen Kriege konnten wahrlich den erlittenen Schaden nicht heilen. In ihrem innersten Kerne aber traf sie die französische Revolution mit ihren Erklärungen der Menschenrechte und der Aufhebung der Zünfte, in deren Folge natürlich auch die Bannmeilen und die beschränkte Meisterzahl fielen, und deren Rückwirkung auf Deutschland. Brusten folgte zuerst, indem es mit der Städteordnung 1810 allgemeine Gewerbefreiheit gab, welche erst durch das Gesetz vom 17. Jan. 1845 etwas beschränkt wurde. Baden folgte 1825 mit den Verordnungen, welche die Bannmeilen und die beschränkte Meisterzahl in den Städten aufhoben, und im vorigen Jahre folgte Hannover. Hiedurch ist

Digitized by Google

aber der Zunftverfassung die Lebensnerven abgeschnitten, und was übrig bleibt, verlohnt sich kaum mehr des Bewahrens. Die Betheiligten werden den Zerfall des alten Hauses selbst nicht bedauert haben, wenn man an die Stelle desselben ein neues wohnliches Haus hätte bauen lassen. Allein der Gewerbsdruck fühlt den mittelbaren Druck der Kapitalien und Maschinen des Auslandes, er steht sich im Zollverein gewerbfreien Ländern auf dem nämlichen Marktgebiet gegenüber und glaubt nun durch ein engeres Wiedereinschließen in sein altes, ehemals so festes Haus den Stürmen der Konkurrenz noch eine Weile trotzen zu können. Wie ist es wohl gekommen, daß Maschinen und Kapitalien, diese Riesen, fast zu gleicher Zeit mit der Freiheit in die Welt traten, der Erfindungsgeist seine Schwingen so mächtig regte, daß es schien, als würde die Maschine alle menschliche Arbeit monopolisiren, und als würden die damit gemeinnützen Kapitalien die junge Freiheit gründlicher vernichten als der Feudalismus je gekonnt. Denn mit Aufhebung der Leibeigenschaft hatte der nun freie Arbeiter den Anspruch auf seinen Unterhalt in Zeiten der Noth verloren, und bei Handelskrisen blieb ihm nur übrig zu rauben oder zu hungern! Aber die Wunden, die der Geist der Freiheit und die Erfindungen schlugen, heilen ihre Konsequenzen wieder, die Maschine wird die Brücke zur Emancipation des Menschengeschlechtes von der Arbeit und Entbehrung hartem Druck, und Deutschland scheint bestimmt, die Durchführung dieses Satzes als Weltrolle zu übernehmen. Deutschland hat die meisten Universitäten, die besten Schulen, die in die letzten Winkel verbreitete Kenntnisse. Sind irgendwo die Männer geschickter, fleißiger und genügsamer, die Frauen treuer und haushälterischer, sind irgendwo die Felder fruchtbarer, die Wiesen grüner, die Wälder dichter, die Flüsse reicher an Wasser und Gefäll, die montanistischen Reichthümer größer als bei uns, — und hier sollten die Meister fehlen, um diese Bausteine zu richten und zusammenzufügen? Laßt Einen gottbegeisterten Fürsten einen von Deutschlands Thronen einnehmen und treue Minister ihm zur Seite, die für Bildung und Wohlstand in Friede und Freiheit mit ihrem Volke zusammenstehen, — und der Baumeister wird gefunden sein! — Wie sehen gerade die Mitte von Europa unter Staaten vertheilt, die für sich allein nicht groß genug sind, um hinreichen große Märkte für volle Entwicklung ihres Gewerbsfleißes zu bilden, und nicht stark genug, um ihre Unabhängigkeit gegen eine der großen Mächte oder deren Verbindung zu schützen. Zusammengefaßt zu einem großen Zoll- und Wehrbunde zu Land und zur See, haben sie einen Markt von 30,000 Geviertmeilen und 100 Millionen Einwohner, einen Bund, der im Stande ist, der Welt den Frieden zu diktiren. Seine Politik kann nie offensiv sein, er wird der Völker Unabhängigkeit und Verfassung gewährleisten, und ein gemeinschaftlicher Staatsgerichtshof wird jedes Recht prüfen und die Streitigkeiten der Glieder entscheiden. Dieser Staatenbund wird, die allgemeine Entwaffnung erzwingend, als Friedensrichter der Welt, der Waffen selbst nicht bedürfen. Käme aber dieser Bund nicht zu Stande, stelen selbst der Zollverein und der deutsche Bund nicht in Einmut zusammen, erreicht der Zollverein nicht das Meer, werden nicht einmal die für jeden Einsichtigen begründeten Forderungen einer Reform des Zolltarifs und nach Differentialzöllen erfüllt und damit der Boden der Gewerbsorganisation gewonnen, ja, werden mit den materiellen auch die geistigen Forderungen wieder nicht erfüllt, dann theilt auch Deutschland bei dem ersten ausbrechenden Kriege das Schicksal Polens: denn keine Hand wird sich zur Befestigung der Throne wieder erheben, die ihre Herrschaft auf ihres Volkes Elend gründen, und die über ein Volk von Bettlern gebieten wollen, um Gelegenheit zu haben, Gnaden auszutheilen. Zunächst aber droht und das Schicksal Irlands dadurch, daß England durch seine Zollreformen von 1846 befähigt wird, unsere Agrikulturprodukte noch mehr an sich zu ziehen, und das Leben zu vertheuern, um selbst bei niederem Lohne und stets wachsendem Kapital, das es polypenartig aus der ganzen Welt an sich saugt, und bei stets vermehrten Maschinen unsere Gewerbsamkeit noch gründlicher vernichten zu können. Auch der Ackerbau findet den lohnendsten und stätigsten Markt immer nur inmitten einer gewerblichen Bevölkerung; auch in seinem Interesse liegt es, uns vor englischer Aussaugung bewahren zu helfen, und der Augenblick ist günstig, um von unserer Seite bei Berathung des Zolltarifs die betreffenden Anträge zu stellen, durch deren Annahme wir beweisen können, daß wir uns der politischen und socialen Vortheile bewußt sind, welche die ökonomische Unabhängigkeit Deutschlands bringt. Der Redner war hiermit bei der Begründung der Sätze angelangt, welche wir gestern im Auszuge dem zweiten Theile der Motion, den Vorschlägen einer Organisation der Gewerbe vorangeschickt haben. Die Berathung über die Frage, ob die Motion in Erwägung gezogen werden solle, eröffnete der Regierungskommissär, Grh. Ref. v. Stengel, mit der Erklärung: Es sei der Regierung angenehm, daß die Motion Gegenheit gebe, den Gegenstand nochmals zu berathen. Unmöglichkeit seien Aenderungen im Wege der Gesetzgebung unsern Gewerbsverhältnissen nöthig. Unternehmende Uebervölkerung, Einführung neuer Maschinen, fabrikmäßiger Betrieb vieler Gewerbe, Zollverhältnisse, die geringere Macht des Geldes üben wesentlichen Einfluß auf die Gewerbsverhältnisse. Es sei aber für die Regierung fast unmöglich, jetzt schon einen Entwurf vorzulegen, und er wünsche daher dringend, daß die Kammer nicht bloß im Allgemeinen die Bitte um Vorlage einer Gewerbsordnung empfehlen, sondern auf die einzelnen Sätze, welche der Gewerbsordnung zu Grund zu legen seien, eingehen möge; dazu sei sie in der Lage, da ihre Mitglieder verschiedenen Ständen angehören und sich aus allen Theilen des Landes hier zusammenfinden. Bevor sich die Kammer ausgesprochen, könne auch eine Versammlung von Sachverständigen nicht berufen werden, denn dieser müssen schon die Grundsätze eines Entwurfs vorgelegt werden können. Metz stellte den Antrag auf Berathung der Motion und bemerkt, daß er bei dieser Frage von folgenden Grundsätzen ausgehe: 1) Man gehe dem Gewerbstand eine größtmögliche, gründliche Bildung; 2) Man gestatte dem Einzelnen nicht, in verschiedene Gewerbe zu gleicher Zeit einzugreifen; 3) Man gestatte dem Einzelnen nicht, seinem Gewerbe eine allzu große Ausdehnung zu geben. Er sehe heftigen Widerspruch voraus, allein man gestattet doch auch den Beamteten nicht, andere Geschäfte neben ihrem eigentlichen Berufe zu treiben. — Weizel: Eine gute Gewerbeordnung zu erlassen, liegt im Interesse der Regierung; allein keine wird allen Anforderungen entsprechen. Jetzt besteht gar kein System; mit Mühe fristet sich nur ein Verwaltungsgrundsatz einige Dauer bei der obersten Behörde. Helbing schilderte den gegenwärtigen traurigen Zustand der Gewerbe, welcher Abhilfe dringend erheische. Rettig findet die Motion zeitgemäß, obgleich er dem Vortrag nicht durchweg habe folgen können, da er ihm zu hoch gelogen sei. Die Haupteinwände in der Sache selbst werde die sein, den Weg zu finden, um die gerechten Forderungen des gewerblichen Mittelstandes auszugleichen mit der fortschreitenden Macht des gesammelten Kapitals und dem Antheil an den Fortschritten der Technik. Nur durch diese Ausgleichung könne sich den Mittelstand in den besser zahlreichen Händen das Nationalkapital am Besten und besser angelegt sei, als in den Händen einiger Reichen. — Vogelmann richtet an die künftige Kommission jetzt schon zwei Bitten: Einmal, die Motion (mit der er nicht in allen Theilen einverstanden sei) sogleich in Behandlung zu nehmen und fortgesetzt zu arbeiten, damit auf diesem Landtage ein Resultat erzielt werde; zweitens dabei nicht allein zu erwägen, was von Seite der Gesetzgebung, sondern auch was von Seite der Gewerbtreibenden geschehen solle, damit sie sich selbst helfen. Mathy. Die Gewerbe bedürfen einer bessern Verfassung; aber diese nützt den Gewerben wie den Völkern nur soviel, als sie selbst daraus zu machen verstehen. Jedenfalls muß sie ihnen die Möglichkeit geben, ihre Kräfte zu üben und zu entwickeln. An der Kommission nicht fehlen; sie hat nicht nur die heutige Motion, sondern auch die frühere des Abg. Rettig und wird ohne Zweifel auch noch Petitionen, und darunter gründlicher, erhalten. Es ist sehr zu wünschen, daß auf diesem Landtage noch Etwas in der Sache geschehe, denn mit den neuen Gesetzen über Gewerb- und Kapitalsteuer und Landwehr allein wäre dem Volke wenig gedient. Allein man kann den Gewerben nicht dadurch helfen, daß man dem Kapital und der höhern Industrie in den Weg tritt, wie der Abg. Rettig meint. Baden ist nicht die Welt. Mit wenig Gewerbs- und Kreditanstalten bei uns nicht auskommen lassen, sie greifen sie von Außen herein und nehmen den Vortheil mit nach Hause (Metz: ja, wenn wir keine Zölle haben). Im Vereinsgebiet wird es hoffentlich keine Zölle mehr geben. Mit den Grundsätzen des Abg. Metz bin ich nicht einverstanden. Er will verhindern, daß die Leute zu reich werden; dafür brauchen wir uns leider keine Mühe zu geben, wohl aber dafür, daß sie trotz angestrengter Arbeit nicht zu arm werden. — Hecker. Das Kapital soll nicht mehr der Herr, die Arbeit nicht sein Knecht sein; die Mittel zu diesem Zwecke sind Freiheit und Einigung, nicht das Konzessionswesen der frühern Motion des Abg. Rettig. Die Idee des Motionsgrundes über die Gruppirung der Gewerbe verdient alle Berücksichtigung. Es muß aber noch eine positive Staatsunterstützung hinzukommen, nicht durch Geld, sondern durch andere Mittel, welche den gedrückten Gewerbtreibenden möglich machen, in anderer Gegend Arbeit zu finden. Der Redner wünscht, daß die Kommission, im Einverständniß mit der Regierung; Sachverständige zu Rathe ziehe. — Daß die Motion einstimmig in die Abtheilung verwiesen wurde, haben wir gestern schon

Digitized by Google

berichtet. — Am Schlusse der Sitzung gab ein von dem Abg. Hägelin erstatteter Bericht über die Petition der Gemeinde Reichenbach, wegen der Aufsicht der Bezirksstraßen, Anlaß, eine wichtige Frage des Gemeinderechts zu erörtern: ob und wieweit die Gemeinden die Kosten von Visitationen und vom Staat bestellten Aufsehern neben den Kosten der Unterhaltung der Straßen zu tragen haben. — Der Abg. Schmitt erklärte sich gegen den Widerstand zu künftigen Visitationen, war aber der Ansicht, daß die Kosten auf die Gemeinde fallen. — Christ begründete ausführlich die entgegengesetzte Meinung und gab den Gemeinden den Rath, Straßenverbände zu errichten und einen gemeinschaftlichen Aufseher anzustellen. Dann bedürfe es keiner besondern Staatsaufsicht, da Vernachlässigungen ohnehin bald wahrgenommen werden. Meyer glaubte, den Gemeinden sei besser gerathen, wenn sie für unnöthige Visitationen keine Diäten bezahlten, sondern dieselben geradezu strichen. Eine Reihe von Rednern trat für die Gemeinden in die Schranken, und die Kammer sprach sich für die Uebernahme dieser Aufsichtskosten auf die Staatskasse aus. In der nächsten Sitzung (Montag) wird der Abg. Zentner seine Motion auf Einführung eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs für Deutschland begründen.

* Heidelberg, 13. Jan. Der Herausgeber der badischen Landtagszeitung, Karl Mathy, gibt heute die Erklärung: „In Folge eines Uebereinkommens mit den Herausgebern der Deutschen Zeitung wird der Herausgeber der Landtagszeitung die Berichte über die Kammerverhandlungen künftig in der Deutschen Zeitung liefern. Die Landtagszeitung erscheint daher nicht mehr". — Indem wir dies unsern Lesern anzeigen, bitten wir zugleich diejenigen Blätter, die bisher unsere Landtagsberichte wörtlich abdrucklen, und mit der Unterschrift „Badische Blätter" versahen, in Zukunft ihre Quelle genauer anzugeben. Wir wünschen nicht, wir bereits mehrmals geschehen ist, daß Artikel, die nie in unserem Blatte standen, uns zugeschrieben werden, aber wir möchten auch, daß bei Benützung unseres Eigenthums dieselbe Gewissenhaftigkeit beobachtet würde, die wir uns selber zur Pflicht machen.

Δ Vom Rhein, 15. Jan. Das Morn. Chr. berichtet einen Vorfall aus Bukarest, der in der deutschen Presse die lauteste Besprechung verdient. Eine junge Hannoveranerin, die sich im Hause des Hospodars als Erzieherin befand, geräth mit der Frau desselben in einen Wortwechsel, an dessen Veranlassung sie ohne Schuld ist, der Hospodar läßt ihr 25 Peitschenhiebe geben und sie aus dem Hause schaffen, wo sie dann vergebens den Schutz des englischen und österreichischen Konsuls anruft. Man läßt sie nach Wien bringen, um ihr dort 100 Dukaten als Entschädigung bezahlen zu lassen! — Ich möchte die Einzelnheiten der Erzählung, wie sie das englische Blatt gibt, nicht vertreten, aber eben um die Wahrheit aufzuklären, bringe ich den Vorfall in einem Blatte zur Sprache, das, wie ich aus der Erklärung des preußischen Generalkonsuls in Bukarest (in Nr. 176 der D. Z.) ersehe, in den Donaufürstenthümern gelesen wird. Der preußische Generalkonsul Baron v. Richthofen, der sich in der angeführten Nummer gegen einen unbegründeten Vorwurf vertheidigt hatte, wird sich vielleicht veranlaßt fühlen, auch über diese Sache eine Erklärung abzugeben und bekannt zu machen, ob ihm überhaupt Etwas von dem Vorfalle kund war, und ob er Veranlassung hatte, in der ihm eigenthümlich zunächst liegenden Sache einzuschreiten. Einen andern Weg, durch die Presse für das gute Recht einer Deutschen zu wirken, sehen wir nicht ein; vielleicht werden uns Aufklärungen zu Theil, die manch vorschnelle Besorgtung niederschlagen. Freilich ist die öffentliche Meinung mißtrauisch geworden gegen das Gesandtschafts- und Konsularwesen; zu häufig sah man deutschen Auswanderer und Reisende schutzlos oder zur tiefen Beschämung jedes Deutschen gezwungen, an der Pforte einer fremden Macht anzuklopfen. Solange die Konsuln deutscher Mächte die Sorge für die Staatsbürger aller deutschen Staaten nicht als eine soldarische Verbindlichkeit betrachten, solange man die unglückselige Theilung in ein dreifaches deutsches Bürgerrecht auch in der Fremde aufrecht erhält, solange das wichtige Amt der Vertretung nicht selten als eine mühelose Einkunft angesehen wird, können solche Beschwerden, die unsre ganze Nation beschimpfen, nimmer aufhören. Die deutsche Presse hat manche Fälle dieser Art kräftig zur Sprache gebracht; daß es nicht immer Etwas geholfen hat, war gewiß nicht ihre Schuld. Es ist daher ein ungerechter Vorwurf, den, wie ich oben sehe, die Kaelse. Zeit. der gesammten deutschen Presse macht, wenn sie unverblümt zu verstehen gibt, dieselbe werde einen solchen Vorfall kühl aufnehmen oder gar die Partei der Frevelen ergreifen. Und warum das? Weil die deutsche Presse ehrlich genug war, dem Fortschritte der politischen Entwicklung in Italien ihre Theilnahme zu schenken und ein unverantwortliches System der Reaktion als das zu beklagen was es ist, als eine Quelle der Verbitterungen, als eine Unterwühlung des deutschen Einflusses jenseit der Alpen. Die K. Z. geberdet sich bisweilen, als wenn sie ganz allein im deutschen Reich den Patriotismus und das Nationalgefühl gepachtet hätte; sie verfährt keine Gelegenheit, den Ref der Presse vom hohen Pferde mit kecken Anklagen zu belasten, auch wenn die Gelegenheit wie hier lediglich vom Zaune gebrochen ist. Denn was in aller Welt hat die unglückliche Gouvernante in Bukarest mit der Reaktion auf der hesperischen Halbinsel, oder die Schuldlosigkeit deutscher Unterthanen in den Donauprovinzen mit der ganz menschlichen Theilnahme an den politischen Reformen in Rom, Florenz und Turin zu schaffen? Es ist freilich viel wohlfeiler, in einer ernsten Sache zu witzeln, und den „deutschen Michel" und „Flachsenfingen" anzuklagen" und wie die abgedroschenen Lieblingsschlagwörter der K. Z. heißen mögen, zu eitiren, als eine Beschwerde offen und ehrlichaltos an die rechte Adresse zu bringen. Wenigstens wäre, wenn die K. Z. wirklich so warm fühlt für alles Deutsche, eine Klage über die sammeligen Konsuln viel eher am Platze gewesen, als ein Ausfall auf die deutsche Presse, die ohne Zweifel ihre Pflicht thun wird. Aber freilich das Letztere war wohlfeiler und unverfänglicher.

**Kurhessen.** ** Kassel, 13. Jan. Den 8. d. M. sollte die Legitimation des Frhrn v. Waitz in Berathung genommen werden. Auf den Wunsch des Landtagskommissärs und den Antrag eines Deputirten genehmigte jedoch die Ständeversammlung, die Geschäftsnahme über Waitzens Zulassung zu verschieben, bis erst über die für die Hofdotation auszusetzende Summe und die sonst den Abschluß des Finanzgesetzes vorbereitenden Maßregeln eine Entschließung gefaßt sei. Man hätte denken sollen, wenn eine Frage über die landständische Legitimation zur Erörterung reif sei, so verdiene sie, weit sie die Konstituirung des Landtags selbst berühre, den Vorrang vor allen andern Berathungsgegenständen. So aber gelangte dieselbe erst in der nächstfolgenden Sitzung zur Diskussion; sie mußte jedoch wegen vorgerückter Tageszeit abgebrochen und die Fortsetzung auf morgen verschoben werden; es ist dies vielleicht das erste Mal, daß eine Berathung der kurhessischen Ständeversammlung über eine einzelne Frage mehr als den Zeitraum einer Sitzung erfordert. Inzwischen ist die Abstimmung über das Finanzgesetz für die Jahre 1846 bis 1848 erfolgt, und zwar in geheimer Sitzung, was auch noch niemals früher geschehen war. Berauschung dazu bot die Feststellung der Bedarfssumme für den Hof. Die Proposition wegen Bewilligung von 392,000 Thlrn. ist dabei zwar nicht zur Erledigung gekommen, dagegen wurde in das neue Finanzgesetz die nämliche Summe aufgenommen, welche in denselben während der vorigen Finanzperiode aufgeführt war. Es ist das der Betrag von 355,000 Thlrn., welcher sich durch 312,000 Thlr., die für den Kurprinzen Friedrich Wilhelm und durch 14,000 Thlr. bildet, welche für Letzteren als außerordentliche Leistung deßhalb bewilligt waren, weil er, der Neonnen des Hausfideis während der Lebzeit seines Vaters entbehrend, alle Bedürfnisse der Hofhaltung nicht in entsprechendem Maße zu bestreiten vermöge. Es ist jedoch nach dem gefaßten Beschluß der Ständeversammlung jene Summe von 355,000 Thlrn. für jedes der Jahre 1846, 1847 und 1848 nicht eigentlich bewilligt, sondern nur als Beilag der Kreditsumme angesetzt, ohne dadurch die früheren Verrichtungen aufzuheben oder künftigen Verträgen vorzugreifen. Nach Maßgabe der bestehenden Verträge können aber für die Zeit bis zum Tode des Kurfürsten Wilhelm II. nur 341,000 Thaler für die spätere Zeit nur 300,000 Thaler auf die Dauer eines Jahres an die Hofverwaltung gezahlt werden; auch eine fernere Verwilligung der außerordentlicher Weise früher übernommen gewesenen 14,000 Thaler hat bis jetzt für keinen Zeitraum der dermaligen Finanzperiode Statt gefunden. — Die Feier des Konstitutionsfestes, in Hanau dieses Mal so glänzend hervorgetreten, hat sich hier kaum bemerkbar gemacht. Nicht fand ein landständisches Diner Statt, an welchem jedoch nicht sämmtliche Deputirte, sondern deren nur siebenzehn Theil genommen haben. Sodann feierte noch eine hiesige Klubgesellschaft den Tag durch ein Abendessen. Der Kern dieser Gesellschaft gehört der angesehenen Bürgerschaft an, und hier hat sich eine mehr als je liberale Richtung kund gegeben. Es ist das nicht ohne Aufmerksamkeit geblieben. — Daß man ziemlich sichren Gerüchten trauen, so hat die Kommission, welche die Bestimmung hatte, die der Verfassung zu gebenden Modifikationen zu bearbeiten, die Weisung erhalten, ihre Arbeiten einzustellen. Ob sie durch anderes Personal ersetzt werden soll, oder ob der Gedanke an solche Modifikationen ganz aufgegeben ist, ob hierzu die Kommission

Digitized by Google

früh gerathen hat, oder ob der Anlaß von anderer Seite gekommen ist, ob man gefunden hat, daß insbesondere die ökonomischen Verhältnisse der Hofverwaltung sich bei einer unveränderten Fortdauer der Verfassung günstiger stellen werden, als wenn diese in Hinsicht der darin adoptirten Grundsätze über die Domanialverhältnisse alterirt würde: das sind Fragen, über welche noch die verschiedensten Muthmaßungen umlaufen. Manche wollen glauben, es sei der Landgraf Wilhelm in Kopenhagen, dermalen nächster Thronerbe, nicht ohne Einwirkung auf den Entschluß gewesen, die erwähnte Kommission aufzulösen. So beseitigt sich immer mehr die Aussicht, daß die Verfassung unverschrt bleibe. Die Nachricht, daß General v. Specht seiner Funktion als Kommandant der Stadt enthoben sei, hat ungemeine Sensation erregt. Noch einigen Tagen wurde er in jenen Posten wieder eingesetzt.

⚓ Frankfurt a. M., 15. Jan. Um weitern Entstellungen über die Sache des hiesigen Turnvereins und Sängerfestes zuvorzukommen, theile ich Ihnen hiermit Folgendes aus zuverlässiger Quelle mit. Es ist keineswegs, wie es in mehreren Blättern hieß, der Turnverein aufgehoben und das Turnen nur noch in den Schulen gestattet, noch auch das Sängerfest mit einem Verbote bedroht, sondern der Turnverein, zu welchem eine Menge Männer aller Stände Beiträge bezahlen, der erst in vorigem Jahre auf einem geräumigen Turnplatz eine stattliche Halle eröffnete, besteht ganz wie früher fort, und nur die Turngemeinde, welche ganz unabhängig davon sich gebildet hat und an andern Orten zusammentam, ist von der Polizei bedroht worden, daß sie als Verein den allgemeinen Gesetzen gemäß nicht fortbestehen könne, ehe sie ihre Statuten dem Senate vorgelegt und dessen Genehmigung erhalten hätte. Der Liederkranz aber hat ganz ohne alle äußere Einwirkung am gestrigen Freitag Abend beschlossen, das Sängerfest, als dessen Ort von der Versammlung zu Würzburg Frankfurt gewählt war, auf ein Jahr zu verschieben, in Betracht der Zeitumstände, welche gerade jetzt, wo die Vorbereitungen beginnen müßten, die Aufbringung der sehr bedeutenden Kosten für die Sängerhalle u. s. w. mißlich erscheinen lassen.

**Schweiz.**

Bern, 13. Jan. Vor einigen Tagen kam ein Handwerksbursche, Schweizerbürger, direkt aus dem Großherzogthum Hessen in hiesiger Stadt an. Nach Gebrauch wurde ihm sein Wanderbuch abgefordert und daraus ersehen, daß er in Hessen von einem Orte zu dem andern ruhelos gejagt worden ist, bis er die Grenze erreichte. Und warum dies? etwa weil er schlecht arbeitete, oder sich übel betragen, oder sich in politische Händel gemischt hatte? oder weil er kein Heilsgeld vorweisen konnte? Nichts von dem Allen, sondern — — weil er Schweizerbürger war, und man diese auf obrigkeitlichen Befehl im Großherzogthum Hessen nicht dulden und ihnen Arbeit zu suchen nicht gestattet! So steht es mit trocknen Worten in seinem Wanderbuch geschrieben. Und wenn unsere Regierung auf gleiche Weise gegen die vielen Hessen handeln wollte, die nun in der Stadt Bern seit Jahren Brod und Unterkunft gefunden haben, von denen nicht zu reden, die zu Hunderten im Schweizerlande sich aufhalten! Wäre es nicht passend, daß die hessische Regierung von der eben versammelten Kammer um Auskunft über dieses Verfahren angegangen würde? — — Der Verfassungsrath des Kantons Schwyz hat am 8. d. seine Verhandlungen begonnen. Nicht uninteressant ist der Umstand, den er über §. 2 faßte, der die herrschende Landesreligion bestimmt. Hr. Kantonsstatthalter Benziger trug in Würdigung der von der h. Landesgeistlichkeit eingegebenen Petition darauf an, es sei in die Verfassung aufzunehmen: die römisch-katholische Religion ist die einzige Religion des Staats. Er begründete seinen Antrag ferner damit, daß man zu Beruhigung des Volks fest aussprechen, zu welcher Religion sich der Staat bekenne, indem nicht zu läugnen sei, daß es mehrere christ-katholische Religionen gebe, wie die griechisch-katholische, und in neuerer Zeit sogar eine deutsch-katholische aufgetaucht sei, zu der wir und doch keineswegs bekennen. Auch Zug habe den gleichen Ausdruck in seine neue Verfassung aufgenommen. Hr. Landamman Stutzer entgegnete: Ich kann mich zu jedem Ausdruck verstehen, nur zu keinem Namen, der wie die „römische" blos den Namen eines Staates trägt. Wir sind alle Christen und als solche sollen wir uns nur zur christlichen Religion bekennen. Ich stimme für die Worte des Entwurfs: christ-katholische Religion. Bei der Abstimmung erhoben sich für Hrn. Benzigers Antrag 11, für den Vorschlag des Entwurfs 19 Hände. Bei der Debatte über die Gebietseintheilung bezeichnete Hr. Benziger die alleinige Trennung des Bezirks Schwyz als eine ungerechte, ungenügende, unheilvolle und unpolitische und wies eine neue Eintheilung des Kantons in 4 Bezirke als zweckmäßig nach. Nach langer Diskussion ging man vom Entwurfsvorschlag — Trennung von Schwyz und Verschmelzung von Wollerau und Pfäffikon — ab und setzte eine Kommission von 10 Mitgliedern nieder, um neue Vorschläge zu bringen. — Die zur Begutachtung des Gesetzesentwurfes der Freiburger provisorischen Regierung über Amnestie und Kostenvertheilung niedergesetzte Kommission hat denselben in mehreren Punkten abgeändert, namentlich wird den betreffenden Personen die Wahl gelassen, die Amnestie mit den Beschränkungen anzunehmen, oder ein gerichtliches Urtheil zu verlangen. Ferner soll das Kloster Partbien nicht aufgehoben, sondern nur mit einer Summe von 260,000 Fr. besteuert werden. Andere auf die Klöster gelegten Kontributionen sind herabgesetzt; den Gemeinden fällt nichts zur Last. — Die große Bergeigenheit, in welcher sich die provisorische Regierung von Wallis befindet, weil sie ohne alle Geldmittel und desgegen ohne Aussicht ist, ihre Schuld dem Botorat zu bezahlen und die Occupationstruppen los zu werden, hat sie veranlaßt, am 8. d. bei dem noch versammelten Großrath den Antrag zu stellen: es wolle dieser zunächst den Grundsatz bekreiten, daß zu dem Staatsvermögen gezogen werden sollen die beweglichen und unbeweglichen Güter, welche sich gegenwärtig im Genusse folgender geistlichen Personen und Korporationen befinden: 1) des hochwürdigen Bischofs von Sitten; 2) des wohlehrwürdigen Kapitels und der Rektoren der Kathedrale; 3) des Seminars und 4) der Klöster und religiösen Korporationen des Kantons. Alles jedoch unter Vorbehalt der Verpflichtung des Staats, die obenbezeichneten Mitglieder des Klerus gehörig auszustatten und dafür zu sorgen, daß die Hospitalität auf dem St. Bernhard und dem Simplon stets fortgeübt werde. Der Ueberschuß dieser Güter würde zur Tilgung der öffentlichen Schuld verwendet werden. Der Antrag, der in einem vorhergehenden durch den Staatssekretär de Bond kräftig und gediegen erdigirten Memorial motivirt ist, ist nach der heutigen Berner Zeitung in der Sitzung vom 10. d. trotz großen Bedenklichkeiten mit 46 gegen 34 Stimmen angenommen und nur eine zweite Berathung, sowie die Sanktion des Volkes vorbehalten worden. In gleicher Sitzung wurde auch die revidirte Verfassung einstimmig angenommen. — Die eidg. Truppen haben den Kanton Uri verlassen.

Zürich, 13. Jan. Heute fand die feierliche Uebergabe der Waffen Zwingli's statt, welche die Luzerner Regierung nach dem Vertaufe ihres Beschlusses an Zürich geschenkt hat, „um den Beweis zu geben, wie sehr Luzern freundeidgenössische Entgegenkommen und Beseitigung jeglicher Erinnerung konfessionellen Haders wünsche". Zugleich spricht der Luzerner Beschluß seine Anerkennung gegen Oberst Ziegler aus, dem auch Bürgermeister Zehnder in seiner sehr gemäßigten und versöhnenden Festrede den Dank seiner Vaterstadt in warmem Tone ausdrückt.

Wallis. Sitten. 11. Januar. Ohne die Volkssanktion der neuen Verfassung abzuwarten (was allerdings, wenn nicht ein wenig barock, doch vorteilig erscheint), hat heute der Gr. Rath auf die Grundlage der letzteren den Staatsrath definitiv bestellt. Unter den 7 erwählten (alles Zutrauen verdienenden und meistens ausgebildeten) Gliedern, finden sich 6 schon durch die Volksversammlung vom 2. Dezbr. 1847 zur provisorischen Leitung der Geschäfte berufene Männer, z. B. die beiden Tagsatzungsgesandten M. Barmann und Kaspar Zen-Ruffinen. (N. Z. Z.)

**Großbritannien.**

London, 12. Jan. Die Post theilt eine Korrespondenz aus Bern vom 5. Jan. mit, die wahrscheinlich von einem alten Berner Konservativen herrührt, schwerlich von einem Engländer, da selbst der entschiedenste britische Konservative diesen unsinnigen Behauptungen und Ansichten wenigstens mehr Wesliches gegeben hätte. Die Schweiz erscheint in diesem Nachgemälde schwärzer als die Hölle. Nichts als Unterdrückung, Militär- und Pöbelherrschaft, Nichts als der bodenloseste Radikalismus! Was das Ende dieser Bewirrung sein werde, meint der Korrespondent, sei leicht vorauszusehen; der Schweiz stehe ein gleiches Schicksal bevor, wie es jede Republik seit den griechischen und römischen Freistaaten getroffen habe; alle Republiken seien durch Ströme von Blut zur Monarchie gemacht. (Die Geschichte hat auch Beispiele vom Gegentheil, wenn man einmal an den Rückschritt der Geschichte appelliren will.) Täglich, versichert der Korrespondent, werde die Haltung Oesterreichs drohender, 750 Centner Massen seien nach den Häfen und festen Plätzen an den Grenzen dieses Reichs entsendet worden, ein Heer von 85,000 M. rücke gegen die Grenze von Mailand und Tirol heran; Siegwart Müller und Meyer, die Hauptführer des Sonderbundes, seien vom Fürsten Metternich mit offenen Armen empfangen worden und hätten im Ministerium des Auswärtigen hohe Stellungen erhalten, sowie Salis Soglio und Oberst

Digitized by Google

Clggen in der Armee. Noch merkwürdiger: der Verf. versichert, daß der Großherzog von Baden sein Land für den Durchzug eines preußischen Heeres offen halte; der Grund dieses Zugeständnisses sei die revolutionäre Bewegung (!), welche in seinem eigenen Großherzogthum stattfinde, man dürfe nur an die Unruhe erinnern, welche die Handwerker von Heidelberg an die Schweizer Tagsatzung erlassen hätten u. s. w. Hiermit ist das Maß dieses Unsinns bis zum Ueberlaufen gefüllt, weßhalb wir die diese Korrespondenz schließende Versicherung: „daß Oesterreich, Preußen und Frankreich, welch letzteres seit Abdel-Kader's Gefangennehmung zum entschiedenen Auftreten entschlossen sei, ihren Bund für ein bewaffnetes Einschreiten bereits besiegelt hätten", nur kurz andeuten wollen. Man erkennt hieraus wenigstens, daß manchen Konservativen der gränlichste Aberglaubenswurz aller Verhältnisse in der Schweiz gerade recht wäre, daß sie eine Theilung des Landes dem jetzigen Zustande vorziehen würden, daß sie bereits die Königsthrone der Schweiz ausbieten; — wer findet sich, sie zu tragen?

### Frankreich.

Paris, 12. Jan. Hr. Guizot hat zugestanden, daß es mit dem von Hrn. Petit zur Sprache gebrachten Verkauf einer Stelle am Rechnungshofe (nicht am Kassationshofe, wie wir gestern irrthümlich sagten) seine Richtigkeit habe, und sich zur Vertheidigung der Regierung darauf berufen, daß dieser Mißbrauch ältern Ursprungs sei, als das gegenwärtige Kabinet. Trotz des Widerspruchs einiger früherern Minister ging aus der ganzen Verhandlung über diesen Gegenstand und aus den eignen Erklärungen jener Männer, namentlich des Grafen Molé, die handgreifliche Gewißheit hervor, daß in der That der Stellenhandel im Rechnungshofe wirklich eine alte Gewohnheit ist. Der einzige Unterschied, welchen in dieser Hinsicht zwischen Hrn. Guizot und einigen seiner Vorgänger stattfindet, scheint darin zu bestehen, daß die letzteren — wenigstens ihrer Behauptung nach — das Geschäft zwischen dem Käufer und Verkäufer, das heißt, dem alten und dem neuen Inhaber der zu übertragenden Stelle, abmachen ließen, ohne sich selbst darin zu mischen, während Hr. Guizot in einem oder dem andern Falle eine Art von Vermittelung dabei übernahm. Daß er dabei einen andern, als einen politischen Vortheil verfolgt, wird übrigens von Niemand angenommen. Hr. Guizot hat nun freilich versichert, daß der fragliche Mißbrauch seit einigen Jahren abgestellt sei, und daß er am Wenigsten in Zukunft noch stattfinden werde; allein es steht zu befürchten, daß die Gewohnheit stärker sein werde, als alle guten Vorsätze. Gibt es doch in Frankreich viele Tausende von öffentlichen Aemtern, welche öffentlich, unter den Augen und unter dem Schutze des Gesetzes, als das Eigenthum ihrer Inhaber behandelt und mit Beobachtung aller Rechtsformen von Hand zu Hand verkauft werden. Dahin gehören die Aemter der Notare, Avoues, Wechselagenten, Gerichtsschreiber, Gerichtsvollstrecker u. s. w., Aemter, deren Gesammtwerth schon vor 10 Jahren auf 1200 Millionen geschätzt wurde, und deren Verkäuflichkeit ebendeshalb Niemand auch nur mit einem Worte anzutasten wagt. Was macht es nun aus, wenn ein paar Dutzend Stellen am Rechnungshofe zu dieser ungeheuren Masse des öffentlichen Moralbankerotts geschlagen werden!

Der Brief des Hrn. Boissy an Hrn. Warnery, von dessen Unterschlagung durch die Gefängnißpolizei vorgestern die Rede war, wurde von dem Justizminister auf die Rednerbühne gebracht und zur allgemeinen Erbauung vorgelesen. Hr. Boissy spricht darin mit der maßlosesten Verachtung von dem Ministerium und der herrschenden Politik: „Unsere Regierung, sagt er, ist die verdorbenste und die verderblichste (le plus corrupteur et le plus corrompu), die wir je gehabt, und dem Auslande gegenüber die feigste und nichtswürdigste, die je auf Frankreich gelastet hat. Sie ist Plünderung, Verschleuderung und Schande, personificirt in einigen Menschen, die sich als Minister verkleidet haben, Summe des Ersatzes, Werkzeuge des schlechtesten, des schmutzigsten Systems, das die Welt kennt." In diesem Tone geht es durch eine halbe Spalte des Moniteur hindurch. Hr. Boissy ließ sich durch das Verlesen dieses Briefes durchaus nicht aus der Fassung bringen, er bestätigte vielmehr den Inhalt desselben von Neuem. Schon früher am Schlusse seiner längeren Rede hatte er gesagt: „Ich stimme für die Adresse, denn ich will, daß die Minister bis zu dem Augenblick im Amte bleiben, wo sie in Anklagezustand versetzt werden."

Paris, 13. Jan. Das Ergebniß der gestrigen Verhandlungen der Pairskammer über die italienischen Verhältnisse ist ein Zusatzartikel zu dem Adreßentwurf, welcher heute von der Kommission selbst vorgelegt und einstimmig angenommen wurde. Er lautet: „Ein neuer Zeitabschnitt der Civilisation und der Freiheit öffnet sich für die Staaten Italiens. Wir begleiten mit aller unserer Theilnahme, mit allen unsern Wünschen den großherzigen Papst, der diese neue Zeit mit ebensoviel Weisheit als Muth eingeweihet hat und allen andern Fürsten, die ihm auf diesem Wege fortwährender Reformen folgen, auf dem jetzt gemeinschaftlich Fürsten und Völker vorschreiten." In der Debatte, welche der Abstimmung über diesen Satz vorhergieng, entwickelte Hr. Cousin die Behauptung, daß die Freiheit und die Unabhängigkeit Italiens unmöglich seien, solange Oesterreich in der Lombardei herrsche. Dieser Ansicht gemäß fand er darin auch einen Mißbrauch darin, daß die französische Regierung sich auf der einen Seite für die Freiheit und Unabhängigkeit Italiens erkläre, während sie auf der andern Seite mit der österreichischen Politik Hand in Hand gehe.

Nach Hrn. Cousin nahm der Marquis Boissy das Wort, um zuerst gegen die der österreichischen Politik so günstigen Aeußerungen der HH. Guizot und St. Aulaire mit seiner gewohnten Schärfe zu Felde zu ziehen und dann die Besetzung von Modena und Parma als ein Ereigniß von der größten Wichtigkeit darzustellen, durch dessen Zulassung sich die französische Regierung im höchsten Grade Prostor gemacht habe. Als Hr. v. Boissy endlich im Laufe seiner langen Auseinandersetzung sagt: „der König von Neapel ist der einzige italienische Fürst, der sich noch immer zu thun weigert, was allein ihm seinen Thron und vielleicht mehr noch retten könne", erhob sich ein solcher Lärm, daß der Redner trotz seiner Unerschrockenheit und Hartnäckigkeit doch zuletzt dem Sturme weichen und die Rednerbühne verlassen mußte.

Victor Hugo folgte ihm mit einer Rede, die zwar sorgfältig ausgearbeitet zu sein schien, aber mit der größten Unaufmerksamkeit aufgenommen wurde. Ein ähnliches Schicksal hatte Hr. Pelet de la Lozère, welcher dem Ministerium vorwarf, daß es durch seine in Spanien befolgte Politik den Bruch des Einverständnisses mit England herbeigeführt und sich dadurch in den Fall gesetzt habe, sich nothgedrungener Maßen an Oesterreich anschließen zu müssen. Die Rede des Hrn. Pelet dauerte bis zum Abgang der Post.

Das Gerücht vor einer Erkrankung des Königs, welches in der Kammer und an der Börse umlief, und das die Rente binnen 10 Minuten um 40 Cent. herabdrückte, wird zwar durch die Abendausgabe des Messenger im zuversichtlichsten Tone für grundlos erklärt, allein man zweifelt doch an der Richtigkeit dieser Erklärung.

Heros ist an seinen Wunden sogleich gestorben; man läßt ihn sogar unterm gestrigen Datum an die Zeitungen schreiben, daß er nicht einmal von dem Dasein der Aktiengesellschaft Kenntniß gehabt, mit welcher man seinen Namen in Zusammenhang bringe.

Das Journ. des Déb. schreibt aus Toulon: „Die obere Behörde hat Befehle erhalten, welche Abdel-Kader, seine Familie und sein Gefolge betreffen. Der Emir wird mit seiner Mutter, seinen drei Kindern, seinem Schwager Mustafa und Mahidin nach dem Fort Lamalgue gebracht werden. Die andern Araber, die sich im Lazareth befinden, werden nach dem Fort Malrousquet geschickt. Man trifft bereits Anstalten zur Aufnahme Abdel-Kaders im Fort Lamalgue, dessen ersten Stock er bewohnen wird". Es schien es denn also wirklich beschlossen zu sein, daß die französische Regierung die Verantwortlichkeit eines Wortbruchs auf sich nehmen will, durch den sich selbst Barbaren entehren würden! — Die Abdankung des Herzogs von Aumale und des Generals Lamoricière kann unter diesen Umständen unmöglich ausbleiben.

### Spanien.

Madrid, 7. Jan. Heute morgen vor Tagesanbruch traf Espartero in Madrid ein. Ob seine Gegenwart die große Bedeutung haben werde, welche ihr seine Freunde und überhaupt die Unzufriedenen beilegen, steht abzuwarten. Die Umstände sind ihm allerdings außerordentlich günstig.

Gestern hielt der Kongreß wegen des Preßknigsfalles keine Sitzung. Dagegen war große Aufwartung bei Hof, bei welcher sich das Gerücht von der Krankheit der Königin als grundlos herausstellte. Der auf den Abend vorbereitete Hofball wurde nur wegen des Eintreffens der Nachricht vom Tode der Prinzessin Adelheid abgesagt.

### Italien.

* Mailand, 10. Jan. Todtenstille herrscht auf den Straßen, namentlich Abends, denn sie sind dann der Polizei und dem Militär beinahe ausschließlich überlassen. Der Handel liegt darnieder und alle Handwerke, diejenigen ausgenommen, welche uns mit den nöthigsten Lebensbedürfnissen versehen, (die doch der reichlichen Ernte nach unge-

Digitized by Google

wöhnlich ihrer sind) verklümmern. Alle gehen sich ihrem Groll, ihrer Trauer hin, Niemand denkt an Genuß und Vergnügen, und kein einziges Fest wird während dieses langen Karnevals stattfinden. — Die Demonstrationen in Bergamo beschränkten sich darauf, daß sämmtliche Zuschauer das Theater verließen, als der Erzherzog Sigismund, älterer Sohn des Vicekönigs, welcher daselbst Rationirt ist, es betrat. Aus den übrigen Provinzen die widersprechendsten Gerüchte! In Novara, im Königreiche Sardinien, wurde für die gefallenen Lombarden öffentliche Trauer getragen! Ich kann Ihnen übrigens versichern, daß die Gesammtzahl der Todten und bedeutend Verwundeten sich auf nicht weniger als 90 beläuft; hierunter Greise, Frauen und Kinder, welch harmlose Zuschauer und Spaziergänger oder auf Geschäftsgängen betroffen. Der Vicekönig und Commandirende-Venetianischen Körpercheefs hat am 9. an die Bewohner der Stadt Mailand einen abermaligen Aufruf erlassen, folgenden Inhalts: Die letzten Worte, welche ich an Euch gerichtet, haben, ich bin dessen gewiß, den Weg zu Eurer Vernunft und nicht minder zu Eurem Herzen gefunden, gleichwie sie dem wenigen entsprechen. Trotzdem behauptet man es sei Euer Ernst noch bewaffnigt. Eure Zumuthen grängthat. Ich komme daher daraus zurück Euch als Vater Aller und als Oberhaupt der Regierung welche von dem Herrscher meiner Odyn anvertraut worden ist, die Versicherung zu geben daß, wenn in dem Augenblicke des Konflikts, dem wegen der unvorhergesehenen nicht vorherzusehenden Umständen zu begegnen unmöglich war, Euer Stadt in Aufregung gesetzt worden ist, ich die Zügel der Macht, welche Euch schützen soll, nur so fester in die Hand genommen habe. Da Niemand unter Euch daran zweifeln kann, daß es mein Pflicht sei, bewaffnete Widerstand zu machen, damit die öffentliche Ordnung wiederhergestellt werde, und ein Jeder innerhalb des Gebietes des ihm zustehenden Wirkungskreises, sowie der Grenzen seiner Pflicht erhalten werde, so wende alle Besorgniß von Euch, geliebte Mailänder und kommt durch Eurer Haltung jenen Maßregeln zuvor, deren Bestimmung es ist, über die persönliche Sicherheit Aller zu wachen. Ich wiederhole Euch bei dieser Gelegenheit den Ausdruck meiner gerechtesten Hoffnungen, daß mir die auf gesetzlichem Wege ausgesprochenen Wünsche, welche eine weder bereits an den Thron erhoben oder doch an denselben angekommen erhoben werden sollen, von der Weisheit Ihrer Majestät erwogen und von der Gnade bewilligt sehen werden. Einstweilen versagt Euer Vertrauen seinen vollkommen, ungestörten Fortgang, damit die öffentlichen Geschäfte ungehindert werden, um die Ruhe und die Fahrung der Gemüther aufrecht zu erhalten. Die Berichte aus sämmtlichen Provinzen des Königreichs lassen übereinstimmend den Wunsch, daß die öffentliche Ruhe ungestört geführt worden ist. Gerechtigkeit Vertrauen wird Heil die Hyyhle Quelle alles Guten sein: vertraut daher Mir, sowie ich Euch vertraue. Rainer.

*In Livorno haben sehr ernste Auftritte stattgefunden, welche die Regierung veranlaßt haben, außerordentliche Maßregeln zu ergreifen. Pariser Blätter bringen Schilderungen von Szenen, die in den letzten Tagen des Dezembers stattfanden und an vermandte Ausschweifungen in den ersten Zeiten der französischen Revolution erinnern. Uns liegt ein Brief aus Livorno vom 6. Jan. der, aus dem sich ergibt, daß es galt, durch drohende Demonstrationen das Ministerium zu stürzen, die „falschen Freisinnigen" zu entlarven, die „mit dem Mantel der Legalität ihre verrätherischen Absichten verdecken und in Livorno wie in Pontremoli das Volk hindern wollen, seinen längst gefaßten Entschluß zur Ausführung zu bringen". Dem Briefe liegt ein gedruckter Aufruf bei, der am Morgen des 6. Jan. zu vielen Tausend Exemplaren vertheilt wurde; derselbe klagt in dem heftigsten Tone über die „Verjedrung" von Livorno und Pontremoli, überschüttet die Minister mit Schmähungen und erklärt, das Vaterland sei in Gefahr. An den obligaten Aufrufen auf den „Zeter" fehlt es natürlich nicht. — Den Eindruck des Mitgetheilten erinnert in der Form wohl an Aehnliches aus den Jahren 1791 und 1792; aber wir sind überzeugt, der wilde Anlauf des keckanischen Radikalismus wird wirkungslos verpuffen und höchstens durch seine Ausschweifungen dazu dienen, den Gegnern der gesetzlichen Freiheit gewünschte Waffen in die Hand zu geben.

Die Allg. Zeit. schreibt: Unsere neuesten Briefe aus Rom, die wir aus Mangel an Platz auf morgen verschieben müssen, bieten nichts Bemerkenswerthes als den Erlaß einer verschärften Censurverordnung, wodurch namentlich auch Censurlücken verboten werden.

### Amerika.

Der New-York-Herald vom 23. Dec. enthält einen ergreifenden Bericht über Verwüstungen, welche die ausgetretenen in den Mississippi sich ergießenden Flüsse in dem westlichen Gebiete der Ver. Staaten angerichtet haben. Tausende von Familien sind obdachlos, ganze Städte unter Wasser gesetzt, Heerden von Rindvieh, Pferden u. s. w. fortgeschwemmt worden; auch haben leider viele Menschen ihr Leben verloren. Namentlich hat Cincinnati bei dieser furchtbaren Ueberschwemmung gelitten. In dieser Stadt hat man die Kirchen Obdachlosen als Behausung angewiesen. Die Verhandlungen im Congreß betreffen natürlich den mexikanischen Krieg und die Maßregeln, wie ihm ein Ende zu setzen sei. Es sind zu diesem Zweck mehrere entgegengesetzte Anträge gestellt worden, von Hrn. Calhoun z. B. in dem Sinne, daß die Eroberung oder Einverleibung Mexikos mit den größten Gefahren für die Institutionen der Ver. Staaten begleitet sein würde, wogegen Hr. Richardson den Antrag stellte, daß man den Krieg mit dem größten Nachdruck fortsetzen müsse, bis man von Mexiko für erlittenes Unrecht und zugefügten Schaden genügenden Ersatz an Land oder Geld erhalten habe. In Mexiko selbst hat das alte Chaos. Während, wie es hieß, der an Listen reiche Santa Anna nach Spanien unterwegs sei, erfährt man jetzt, daß er an der Spitze einer ansehnlichen Heeresmacht stehe und gegen Querétaro im Anmarsch sei, um den zum Frieden sich neigenden mexikanischen Kongreß auseinanderzusprengen. General Scott hatte soviel zum Schutze des Kongresses, der 2000 Mann unter dem General Filisola zur Verfügung hatte, eine bedeutende Truppenabtheilung vorhin entsendet, übrigens — was wohl eine vorsichtelle Maßregel ist — die Generale Worth und Pillow und den Obersten Dunan verhaften lassen, weil sie sich in ihrer Korrespondenz über den Oberbefehlshaber der mexikanischen Armee, den General Bustamente, unglimpflich geäußert. Leider ist Mexiko mit seinen weiten Strecken ein rechter Schauplatz für militärischer Intriguen, die hier auch stets das bürgerliche Element unterdrücken und niederhalten.

### Handels- und Börsennachrichten.

† Manchester, 10. Jan. Die Wirkungen des Exportverbots des ungemein ungünstigen Fortganges aller engl. Industrieetablissements während der letzten 18 Monate sache ich in dem Mißwachse der Kartoffeln und in den schlechten Ernten überhaupt. Die daraus entstandene Theuerung, nicht nur in England, Schottland und Irland, sondern beinahe allenthalben, mußte natürlich den Verkauf aller Kleidungsstoffe aufs Empfindlichste beeinträchtigen, und der schlechte Gang der Fabriken erklärt sich damit von selbst. Am Jahresschlusse mußten diese Umstände auf die Baumwollenwaaren einwirken; 1) weil viele die Kleidungsstoffe für die ärmere Klasse liefern; 2) weil mehrere happye Baumwollenten den Preis des Urstoffes sehr in die Höhe getrieben hatten. — Ungeheure Unternehmungen in Eisenbahnen trugen, nach der Ansicht vieler und zwar sachkundiger Leute, in der Staatsverwirrung bewandten Leute, kaum minder Schuld an der Zerrüttung des Geschäftsganges. Ich kann dieser Ansicht jedoch nicht mit Ueberzeugung beitreten; wir erschienen die Eisenbahnen, solange sie ihre Einkünften begriffen sind, als eine wahre Quelle des Wohlstens für die arbeitende Klasse, alle Ursache zur Beyrgsrenung des Verbrauchs von ihrer Seite, und das Unglück, welches jene angerichtet haben sollen, scheint mir eher daher zu kommen, daß sich Leute darauf eingelassen haben, deren Mittel für die eigentlichen Geschäfte berechnet waren und diesen Mitteln haben entzogen, die aber nun ins Gedränge kamen, da sie für ihre gewöhnlichen Geschäfte und für Zonds zur Erhaunng von Eisenbahnen Rats schaffen sollten. Dieser Umstand hat ohne Zweifel Viel dazu beigetragen, den Geldmarkt in Verwirrung zu bringen, aber mir haben hier die enormen Geldsummen nicht gerechnet, welche England machen mußte (später sind sie theilweise zurückgekommen, werden es endlich ganz), um die Lebensmittel zu bezahlen, welche es für ganz Großbritannien bezogen hatte. Der Mangel an Vertrauen, welcher die natürliche Folge dieser Zustände war, mußte ebenfalls natürlich vielerlei Bänker ins Gedränge bringen und endlich stürzen, deren Operationen außer Verhältniß mit ihren Mitteln waren (was wir overbeading nennen); daher rührt die Sturz aller jener Häuser, die ganz unerwartet aus Indien, China, Südamerika ꝛc. geerbeitet haben, wie Reid, Irving u. C., Cockerell, Zwall Brothers, Gower u. C., Barclay Brothers ꝛc. Noch Andere hatten sich bis über die Ohren in Getreidespekulationen eingelassen und mußten fallen, als plötzlich so viel davon ankam, daß die Preise auf etwa die Hälfte herunterginyen. Diese Katastrophen haben nicht darüber hinaus gereicht, daß ein Ganze aber ohne Zweifel wohlthätig, wenn auch wieder in ihrer Rückwirkung gewissermaßen nachtheilig.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.


## Freie Lehrerstellen.

[35] **Die nachfolgenden Lehrstellen an der Industrieschule in Zürich** werden zumit zu freier Bewerbung ausgeschrieben:

1. Lehrstelle der deutschen Sprache an der obern Industrieschule mit sechs wöchentlichen Stunden und höchstens 480 Schweizerfranken Gehalt.
2. Lehrstelle der deutschen Sprache an der untern Industrieschule mit neun wöchentlichen Stunden und höchstens 720 Schweizerfranken Gehalt.
3. Lehrstelle der Geschichte an der untern Industrieschule mit sechs wöchentlichen Stunden und höchstens 432 Schweizerfranken Gehalt.

Bei diesen Lehrstellen kommt noch der gesetzliche Antheil an den Schulgebühren hinzu. Es können indessen auch alle drei Lehrstellen demselben Lehrer übertragen werden. Die Bewerber haben daher anzuzeigen, ob sie sich nur für die vereinigten Lehrstellen oder auch für einzelne, und in diesem Falle für welche derselben, melden. Der Amtsantritt findet auf Ostern laufenden Jahres Statt. Die Anmeldungen müssen unter Beilegung von Zeugnissen den spätestens den 10. Februar an den Präsidenten des Erziehungsrathes, Herrn Bürgermeister Dr. Zehnder, eingesandt werden, und die Bewerber haben, insofern sie nicht durch Leistungen an öffentlichen Lehrstellen ihre Kenntnisse und ihre Lehrgeschicklichkeit hinlänglich erwiesen haben, durch Vorlegung eines Berichtes über ihre Studien und Leistungen ihre Tüchtigkeit zu beweisen und hierauf nach Anweisung des Erziehungsrathes eine Probelection zu halten. Erforderlichen Falls kann der Erziehungsrath neben der Probelection auch eine Prüfung der Bewerber anordnen. Es können indessen keine Reiseauslagen vergütet werden.

**Kanzlei des Erziehungsrathes des Kantons Zürich.**


Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England den Herr. Suter u. Komp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden wir uns an H. L. Heynemann Straßburg 29 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Großh. Bad. Hofgericht Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 2 durch die Post begogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 24 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 18. Heidelberg, Dienstag 18. Januar 1848.

## Uebersicht.

**Die polnische Verschwörung.** VI. Die Gemäßigten in Posen. Berlin (adentverliches Gerücht von einer neuen Central-Bundeskommission. Regierungsvorlagen für den Vereinigten Ausschuß). - Magdeburg (die Deputation der neuen christlichen Gemeinden). **Aus Sachsen** (der Entwurf des Gesetzes über Einführung des Strafgerichtshofes). - Königsberg (Universitätsverhältniß wegen Zulassung von Katholiken und Juden). **Baiern** (Berichtigung in Betreff des Münch. Korrespondenten; Pfarrer Wagner in Baiersdorf ꝛc.). **Stuttgart** (Laufmännisches Schiedsgericht). **Karlsruhe** (der Staat bietet zur Erhaltung der gefährdeten Gewerbsanstalten die Hand; Ernennung einer diese Angelegenheit betreffenden Kommission). **Heidelberg** (abermalige ein seelenverkäuferischer Auswanderungsplan). **Kassel** (günstige Wendung der Untersuchungssache gegen Wippermann). **Nassau** (die Wiesbadenser Sünde). **Oldenburg** (neue Hofchargen statt der erwarteten Verfassung; größere Regsamkeit im Gemeindewesen). **Hamburg** (der Grundeigenthümerverein).

**Schweiz.** Luzern. Ein Votum Kasimir Pfyffers über das Verfahren der Luzerner Regierung. **Bern.** Die Note des Papstes. Großrathsverhandlungen über Reorganisation der Hochschule. Beschluß wegen der Tagsatzung, betreffend die Note des Papstes.

**Großherzogthum.** Meeting zu Briskol gegen Vermehrung des Heerwesens. Deerstimmung in Schottland. Der Parlamentseid der Juden. Die Kommission zur Untersuchung der Handelskrise.

**Frankreich.** Verhandlungen der Pairskammer. Unwohlsein des Königs gr. Odilon-Barrot in Lamalgue. — **Spanien.** Die Anklagepunkte gegen Salamanca. — **Italien.** Florenz. Großherzogliches Motuproprio. Turin. Edikt über die Verwaltung der Gemeinden und Provinzen.

**Amerika.** Unterhandlungen zwischen der nordamerikanischen und großbritannischen Regierung über Abschaffung der Sklavhandelsgesetze; Erklärung Palmerston's hierüber gegen Bancroft. Die Sage von der Verdrängung nordamerikanischer Generale.

**Handel.** Berlin und Frankfurt. **Ver. Staaten v. N.Amerika.** Die Lage der Finanzen im J. 1847.

**Datum der Börsen:** Frankfurt 16., Berlin 13., Wien 11., Amsterdam 13., Paris 14. Januar.

---

### Die polnische Verschwörung.

#### VI.

#### Die Gemäßigten in Posen.

(Schluß.)

Nicht die von uns erwähnten Gründe brachten vornehmlich die Demokraten, Libelt an ihrer Spitze, gegen die Bestrebungen der Gemäßigten vor, denn diese Gründe, so richtig sie auch sind, sind doch nur negativer Art, sie bezeichnen alle einen Mangel und somit auch eigentlich nur ein dringendes Bedürfniß, jenem abzuhelfen; sie beschreiben, aber widerlegen nicht. Ebensowenig konnte ein Mann, wie Libelt, die von den Gemäßigten im Namen der jetzigen Civilisation gestellten Forderungen dadurch zurückweisen, daß er etwa diese Civilisation selbst geringschätze oder gar verachtete, wie es die Herren von Berza, Witwicki u. A. thun und die mit ihrem jämmerlichen Jammer über die Fortschritte unseres Jahrhunderts satt an jenen Ausspruch Göthe's von dem kröpfigen Volke mahnen, welches den gesunden Bau des Halses für eine Strafe Gottes hält. Aber statt jener negativen Gründe der mangelnden Volksreife und gar Libelt die positiven des imperativen Stammcharakters und von der gegenwärtigen, germanischen Civilisation appellirte er an eine zukünftige, slavische. Die Slaven, sagte er, sind bestimmt, ein neues Princip wie eine neue Form der Gesellschaft auszubilden; deßhalb habe das Bürgerthum in Polen nie Wurzel fassen können, und deßhalb sei auch dessen „Einpfropfung“ jetzt mehr schädlich als nützlich, wenigstens doch gleichgiltig: die Slaven sind Träger der Demokratie. Seitdem, zu derselben Zeit, als die Stahl, die Stresznz u. A. im Namen einer aparten Nationalität den Absolutismus in Preußen gegen die konstitutionellen Forderungen in Schutz nahmen, vertheidigten die Bewohner einer Provinz dieses Staates im Namen desselben Princips, gegen dieselben Forderungen — die Demokratie! Nichts Neues unter der Sonne, und am allerwenigsten die Berührung von Gegensätzen.

Neu und merkwürdig aber war hier die Appellation an den Stammcharakter; es war dies die erste Anknüpfung der polnischen an die slavische Frage. Bei der Besprechung des Pansiavismus werden wir zeigen, wie wenig der Pole bis zur Zeit des Ausbruches von 1846 von dem Slaventhum wissen wollte, wie gleichgiltig er sich gegen dasselbe verhielt, und wie es die Demokraten bloß zur Begründung ihrer Theorie, zur Widerlegung der gemäßigten Ansichten gelegentlich anführten — und merken wir es schon jetzt, da es wohl gemerkt zu werden verdient, wie ganz anders und bezeichnend überhaupt der Pole das Slaventhum auffaßt als der Russe; jenem ist es ein schönes Princip, das Alles neu beleben und die Demokratie zur Herrschaft führen soll; diesem ist es eine Macht, eine rohe, brutale Macht, die Alles zu tödten und die Welt dem Despotismus preiszugeben bestimmt ist. In diesem wie in jenem Sinne ist die Frage eine frühzeitige. Die Idee einer slavischen Zukunft ist oft genug und hart angegriffen worden, und wenn wir unsere Meinung abgeben sollen, so glauben auch wir, daß es eine große und bittere Täuschung der Slaven ist, wenn sie denken, ihre Zeit wäre gekommen; sie sind noch weit vom Ziele entfernt, schon deßhalb, weil die Germanen ihre Bestimmung noch gar nicht erfüllt, sich noch gar nicht „ausgelebt“ haben, und am allerwenigsten die Slaven schon die soziale, geistige und sittliche Errungenschaft ihrer Vorgänger so weit in sich aufgenommen und verarbeitet haben, um in deren Stelle eintreten zu können. Aber eben so bestimmt glauben wir auch, wenn wir den Gang der Geschichte und der Weltordnung betrachten, daß es möglich sei, daß die Slaven noch einst die Erben der Civilisation werden, eine Sendung wie die übrigen Völkerstämme erfüllen, „ihr Wort sprechen“ wie Koller sagt, und daß das Einzige, was an jener Möglichkeit wieder zweifeln macht, es eben jene Bestimmtheit, jenes Bewußtsein ist, mit dem die Slaven schon jetzt dies verfechten. Denn geheim und tief verborgen liegt jeder geistige wie irdische Saame, die Geschichte wird nicht gemacht: sie geschieht, und nie haben noch Völker ein neues Princip in die Welt gebracht, das sie schon im Voraus zu bezeichnen gewußt oder nur gedacht; der Germane bestand auf seiner Freiheit und kämpfte für sie, ohne an die Idee der Persönlichkeit zu denken, der Hellene baute seine Tempel und meißelte seine Statuen, ehe er noch eine Ahnung von einer Aesthetik hatte, und wenn Homer nicht für die Außenwelt blind war, für die Welt, die er in sich trug, für seinen innern, dichterischen Werth war er es gewiß. Man begreift wohl, welchen verführerischen Klang für den Slaven jene Worte Ciesykowskis von einer „Philosophie der That“ haben müssen, aber er sollte bedenken, daß dies selbst schon ein Philosophiren vor der That ist, und lieber vorerst Häuser bauen und Städte gründen als Welten konstruiren. Man kann es sich ganz gut denken, welches erhebende Gefühl das Herz eines Slaven bewegen muß, wenn ihm jener polnische Philosoph zuruft: den Alten sei das Schöne zu Theil geworden, den Germanen das Wahre, ihm aber das Gute, das Wirken; aber er sollte einsehen, daß auch dieses Reale ein tiefes Ideales ist und vor allen Dingen bedenken, daß jenes Wirkliche, welches der einzige jetzt existirende slavische (freilich auch bald finnisch-mongolische) Staat bietet, keineswegs eine Synthese des Schönen und Wahren, sondern eine des Scheußlichen und Falschen ist. Um auf Polen zurückzukommen, so müssen wir offen unsere Ansicht bekennen, so sehr sie auch Manchen in seinen Lieblingsideen verletzen mag, daß wir das philosophische Streben überhaupt, das sich in diesem Lande kundgibt, ihm keineswegs für heilsam erachten. Nicht als ob hier von der Philosophie jenes schaale nivellirende Kosmopolitismus zu befürchten wäre, wie er in Deutschland oft im Gefolge der Spekulation aufgetaucht; denn in Polen ist sogar der Communismus — wie werden es sehen — vor allen Dingen Patriot. Wohl aber ist die Philosophie hier in der Hinsicht gefährlich, daß sie die gebildete Klasse des Volkes noch mehr von den Massen trennt; Geschichte, Sprachforschung und Poesie verbinden die Schichten einer Nation, die Philosophie trennt sie nur; die Masse ist nicht im Stande, dem Bevorzugten in die ätherischen Räume der Spekulation zu folgen, und dieser entschließt sich schwer, nachdem er vom Baume der höchsten Erkenntniß genossen, an den Spsissiten des Volkes zu sipen und mit ihm die gewöhnte Kost zu theilen.

Was die spezielle Argumentation Libelts gegen die Rothwen-

Digitized by Google

digkeit eines dritten Standes bezweifle, so halte sie, wie fest jede Argumentation, die auch nur im Entferntesten an die Geschichte sich anlehnt, für Wahres. Ein Franzose, der sich von Braunmann hinreißen ließ für den Ruhm und die Ehre seines Volkes sich besorgt zeigt, hatte doch als Gelehrter der Nationalcitelkeit nicht widerstehen können, zu behaupten, daß das Bürgerthum „nirgends eine so vollständige Entwicklung, eine so ausgedehnte und fruchtbare Bestimmung gehabt, als in Frankreich“. Wird man zu dieser kühnen Verschwörung nur lächeln können, so wird man dagegen den andern Satz jenes Mannes leicht zugeben, daß der dritte Stand bei den verschiedenen Völkern sich verschiedenartig entwickelt und ausgebildet habe. Wenn dies aber bei den Völkern desselben Stammes der Fall war, so wird eine solche Verschiedenheit der Entwicklung und Stellung bei den Polen um so gewisser erfolgen müssen, ja, sie läßt sich sogar mit ziemlicher Bestimmtheit voraussagen, daß der dritte Stand hier nie jene Ausdehnung und Macht gewinnen werde, wie er sie z. B. in Deutschland erhalten, schon deßhalb nicht, weil jenes Land ein vorzugsweise ackerbauendes ist. Aber darum handelte es sich auch nicht; es war und konnte auch gar nicht davon die Rede sein, ein an Bedeutung und Einfluß dem deutschen gleiches Bürgerthum ins Leben zu rufen — Etwas, das, wenn überhaupt möglich, doch es nur in Folge von Jahrhunderten wäre; — die Gemäßigten wollten nur an die Stelle des schon notorisch vorhandenen, aber in- oder gar antinationalen dritten Standes einen nationalen, patriotischen herandilden und dadurch eine Verbindung zwischen den beiden Extremen der Polnischen einleiten, eine Brücke über jene große Kluft schlagen. Die die Demokraten blindlings zu überspringen sich vermochten. Durch die quantitative Vergrößerung der Frage veränderte Libelt ihre Qualität — nicht mit Absicht, denn wenn wir auch die Ansicht dieses Mannes bekämpfen müssen, so wollen wir doch gleich hinzufügen, daß er sie mit jenem Ernste, jener Würde und mit jener den Grundton aller seiner Schriften bildenden humanen Wärme behandelte, die gar keinen Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Ueberzeugung zulassen. Daß aber seine glänzende Vertheidigung der Demokratie von der größten Wirkung war, bedarf nach allem bisher Gesagten kaum wohl noch der Erwähnung.

Die Gemäßigten unterliegen es auch, ihn gründlich zu widerlegen. Praktisch, wie sie vor Allem waren, wollten sie durch die Praxis die Theorie und dem Falschen das Wahre bin und her war ein wirres Fehler. Denn ihre Praxis, ihre That beschränkte sich nur auf eine Provinz; die Theorie aber, das Wort der Demokraten, durchflog alle Theile des Landes. Während diese in unzähligen Zeit- und Flugschriften, die bald im In-, bald im Auslande erschienen, bald verstreut, bald offen, bald in deutlicher, bald in symbolischer Sprache ihre Ansichten verbreiteten, stützten sich die Gemäßigten bloß auf Eine periodische Schrift, die schon erwähnte „Gegenwart und Zukunft“, ein Organ, das zwar durch seltene Objektivität, Reife des Urtheils und den Sinn für das Praktische in hohem Grade ausgezeichnet war, aber eben deßhalb, wie durch seine vereinzelte Stellung und namentlich durch seine Entfernung vom Schauplatze, den Anstrengungen der Gegner nicht gewachsen war. Während endlich diese ihre an sich schon hinreißende Sache, wie wir gesehen, durch Dichtungen, Volks-, ja selbst Religionsschriften zu heben suchten, fanden die Gemäßigten nirgends Unterstützung, und die einzige Hilfe, die ihnen Dr. Jan Cznoski mit seinem „Echo poinischer Städte“ zuführte, jener fahrende Ritter, der bald in einem fourrierrisstichen Phalanstère, bald in einer jüdischen Synagoge das Heil Polens suchte, mußten sie geradezu von sich weisen.

Eine Schrift jedoch veranlaßten die Gemäßigten, die fast alle andern aufwiegen könnte, und die wiederum ein Beleg ihrer richtigen Einsicht und ihres auf das Nothwendige gerichteten Strebens ist: ein Lehrbuch der Pädagogik. „Das Volksbuch vom Grund aus anfangen, im Kinde den Mann heranbilden, eine Einheit der Erziehung geben, sie den zarten, aber verzärtelnden Händen der Frau entwinden und den starken und stärkenden Armen einer geregelten Schule anvertrauen, statt mit „Blut und Galle“, mit Wissenschaft und Ernst nähren, statt Leichtsinn oder Trübsinn einen thätigen Frohsinn wecken, statt zum Stürmen in den Himmel zur Bearbeitung der Erde begeistern, statt jugendlicher Männer männliche Jünglinge erziehen und dem Polen, um einen schon gebrauchten Ausdruck zu wiederholen, jene mittlere Stimmung für das Leben geben, deren Mangel ihm glückliche Träume, aber auch schreckliches Erwachen immer verursacht — es war dies ein schöner, ein würdiger Gedanke, und die beherzenswerthe Ehre der Ausführung desselben ward dem Philosophen Trentowski zu Theil.

Ferdynand Bronisław Trentowski hat gleich Marcinkowski, gleich Libelt seine Pflicht gegen das Vaterland erfüllt und im Befreiungskriege vom Jahre 1831 mitgekämpft. Nach dem unglücklichen Ausgange mußte er lange in der Fremde wandern, er hat alle Qualen und Kummernisse Nichte eines Verbannten empfinden müssen. Wie wenige seiner Landsleute hielt ihn bei seinem unabhängigen und entschiedenen Charakter die Hoffheit und Hoflichkeit des jetzigen Frankreichs ab, dagegen gewann ihn das Studium der Philosophie wie der Ernst des deutschen Wissens und Wesens für Deutschland, und dies ging so weit, daß er nicht nur seine ersten Werke in deutscher Sprache schrieb, sondern Deutschland geradezu sein zweites Vaterland nannte und den badischen Staat, in welchem er eine Zufluchtsstätte endlich gefunden, für den besten und vollkommensten der Welt erklärte. Man wird dagegen Manches einzuwenden haben, wie vielleicht auch überhaupt gegen jenen nationalen Dualismus, aus dem Trentowski übrigens bald herauskam, jedenfalls aber wird man darin doch nur die Kruzerung eines für gestige Wohlthaten erkenntlichen, edlen Gemüthes sehen. Anderes sahen freilich darin die Demokraten, als sie von ihm angegriffen wurden; sie sprachen von einem Fremden und Renegaten, und die noch weniger verschonten Ultramontanen trieben die Verhöhe soweit, Trentowski als einem Protestanten die polnische Nationalität überhaupt abzusprechen. Man ging noch weiter — denn wohin geht nicht die blinde Wuth der Parteien? —, man schalt den edeln Mann einen russischen Spion, man sprach von „moskowitischen Rubeln“ — einer entsetzlichen Beschuldigung, die leider nur zu häufig von den Polen geschleudert wird, und deren Infamie hier gewiß nur auf die gewissenlosen Urheber zurückfällt.

Es ist hier nicht der Ort, auf die berühmt gewordene „Chowanna oder Systeme einer nationalen Pädagogik“ einzugehen; wie verschieden man auch über sie urtheilen mag, so bleibt sie doch unläugbar eine der bedeutendsten Erscheinungen der polnischen Literatur, und wie zeitgemäß und wichtig ein solches Werk überhaupt war, beweist nicht nur die außerordentliche Verbreitung desselben, sondern auch die große Theilnahme, die es selbst bei den Franzosen gefunden, die weder der bedeutende Umfang, noch die philosophischen Terminologien und Systematisirungen abzuschrecken im Stande waren. Die Grundidee des Werkes war eine durchweg gemäßigte, gleich entfernt von Ultramontanismus wie von der Demokratie, vor denen beiden es nachdrücklich warnte, in einer bereiten, feurigen, vielleicht nur allzu heftigen und blumenreichen Sprache. Trentowski ermahnte seine Landsleute, der Einführung jener extremen Ideen keine Thüre zu geben, rath bringend stehen von jedem gewaltsamen Schritte, von jener Verschwörung ab, beschwor die Früchte des Friedens und der Civilisation zu sammeln, Bildung, wahre humane Bildung und den Sinn für das Wirkliche sich anzueignen. Er forderte mehr Wissenschaft und weniger Poesie, mehr Arbeit und weniger Schwärmerei, mehr Charakter und weniger Gefühl. Heftig und zornig griff er die Demokratie wie den Jesuitismus an, führte treffende und schlagende Beispiele aus der polnischen Geschichte an, vertheidigte glänzend die Idee eines nationalen Bürgerthums und forderte Alle mit einer glühenden Beredtsamkeit und mit einer Innigkeit, die wohl glauben macht, daß er mit seinem Herzblut schrieb, auf, das Mögliche und Nützliche im Auge zu behalten und die Bestrebungen Marcinkowski's und Wielgucki's nach Kräften zu unterstützen.

Aber neben diesen großen Vorzügen besaß das Werk Trentowskis auch große Fehler, die um so bedauernswerther erscheinen, als sie wenn nicht den Werth so doch den Einfluß und die Wirkung desselben lähmten, ja fast gänzlich wieder aufhoben. Trentowski selbst sagte, daß er seine absolute Pädagogik schreiben, daß er die gegenwärtige Lage seines Volkes im Auge behalten wolle; aber er sagte dies auch nur und handelte nicht danach. Bei der verschiedenen Beschaffenheit der Staaten, unter denen Polen getheilt ist, müßte eigentlich für jeden Landestheil, ja oft für einzelne Provinzen, eine besondere Pädagogik geschrieben werden; Trentowski berücksichtigte dies nicht, er war nicht praktisch genug, er generalisirte. Was hilft es z. B., wenn er auf eine klassische Bildung, auf eine genaue Bekanntschaft mit den griechischen Autoren drang, was hilft dies in dem ungläubischen Russisch-Polen, wo auf den größten Gymnasien kaum Ein griechisches Buch aufzutreiben ist, wo die Schulen überhaupt nur dazu da sind, um jeden Sinn für das Höhere im Keim zu ersticken, wo selbst die einzige Aushilfe, die man noch eine lange Zeit hatte, die von Hauslehrern, welche im privaten Unterricht das zurecht zu machen suchten, was der öffentliche verdarb, wo auch diese untersagt worden? Es war dies ganz dasselbe — und dies möge auch den Deutschen gesagt sein, welche den Polen so oft einen Stillstand und Inrrie an der Bildung vorwerfen — als wenn man einem an Händen und Füßen Gebundenen Bewegung empfehlen wollte — und das Unmöglicher für nothwendig erklären, heißt auch den Muth für das Mögliche benehmen. Es kann

Digitized by Google

noch viel Schlimmeres hinzu. Wenn Trentowski zu beweisen und zu überzeugen suchte, daß die Polen vor Allem an ihrer geistigen Erhebung und Emancipation arbeiten müssen, so wird ihm darin jeder Besonnene beipflichten, aber wenn er seinen Landsleuten zurief: „Die Russen unterdrücken uns, wie die Römer die Griechen; wohlan, werden wir wie jene Griechen, trachten wir darnach, unsere Beherrscher durch Bildung zu beherrschen!“ so lag darin, ganz abgesehn davon, daß, als die griechische Bildung die Römer zu beherrschen anfing, sie selbst schon im Verfalle war, eine Resignation, zu der sich kein Pole, so lange er noch zudten kann, entschließen wird, an die Trentowski selbst, zu seiner Ehre müssen wir es annehmen, nicht im Ernst hat denken können; denn wahrlich Jeder, der Sinn für Nationalgefühl und Nationalehre hat, wird den Polen eher den völligen Untergang wünschen als die Schmach, die modernen Gräculi moskowitischer Römer zu werden. Indem der Philosoph vor der Leidenschaft warnte, verfiel er selbst oft in eine solche, die fast die Grenzen alles Dankbaren überschritt. Wenn er schonungslos gegen die Demokraten verfuhr und an ihnen nichts Gutes lassen wollte, so mochte das durch die Rücksicht auf die Umstände seine Erklärung finden, jedenfalls konnte man nur billigen, wenn er den polnischen Bauer aufforderte, seinen Sohn vor demokratischem Propagandenunwesen und fantastischen Komplotten zu hüten; wenn er aber jenen zumuthete, Falls der Sohn unverbesserlich sich zeigen sollte, ihn selbst der Polizei als Demagogen zu denunciren, so war dies eine Aufforderung zu einer so entsetzlichen, so verkehrten, so brutalen Brutusthat, wie sie auch den Rubigsten empören mußte, und wie sie uns noch bis auf den heutigen Tag unerklärlich ist. Wir haben selbst die Nachtheile angedeutet, die in Polen der große Einfluß der Frauen mit sich bringt, und es war daher nur lobenswerth, daß der Philosoph ihm entgegenzuarbeiten suchte; aber schon die Rücksicht auf die Größe eben jenes Einflusses, wie auf den Gegner, mit dem er es zu thun hatte, hätte ihn behutsam machen sollen. Aber Trentowski schürzte das Kind mit dem Bade aus; er hatte gar kein Auge für das wahrhaft Bedeutsame und Sociale der polnischen wie überhaupt der Frau; statt ihren Händen die Erziehung zu entwinden, suchte er sie zu entreißen und predigte überhaupt eine so orientalische Behandlung des schönen Geschlechts, daß die Polinnen, von denen Mehrere sogar mit öffentlichen, höchst sinnigen und charakteristischen Gegenschriften auftraten, dem Philosophen mit Recht jeden höhern Sinn für Weiblichkeit absprachen, und daß der witzige Pfiffika großes Glück mit einer Karrikatur machen mußte, die einen Mann darstellte, welcher über seiner Frau die Peitsche schwingt, mit der Ueberschrift: „Trentowski's Katalogie“.

Dennoch enthielt das Werk so große und hohe Wahrheiten, hatte so viel Ueberzeugendes und gab so Manches zu denken, daß es nicht ohne gewaltigen Eindruck bleiben konnte, und bei dem glücklichen Fortgange der praktischen Bestrebungen Mavrinkowskis war es einem Augenblick sogar zweifelhaft, für welche Partei die Wagschale sich neigen würde. Aber auch nur einen Augenblick. Der Sieg der „Entschiedenen“ lag — wir haben es gezeigt — in der Natur der Sache, und schon war jenes verhängnißvolle Ereigniß eingetreten, das die Ihre einer gewaltsamen Ausbruchs neu beleben und die Demokratie aus der ersten Phase der Propaganda in die zweite der Verschwörung schleudern sollte.

---

**Preußen.** Berlin, 10. Jan. Der Rürnb. Korresp. will wissen, es sei wieder eine permanente Bundescommission in Frankfurt zusammengetreten, ähnlich der bekannten Centralbundescommission, um die „propagandistischen Umtriebe der Klubs in Italien, der Radikalen in der Schweiz, der polnischen Centralisation in Paris und die Rückwirkungen derselben auf deutsche Verhältnisse zu beobachten.“ (?)

Berlin, 12. Jan. Wie die Weserz. berichtet, sollen dem Ver. Ausschusse „außer dem Strafgesetzbuch noch andere Vorlagen“ von der Regierung gemacht werden. Das Reglement, wird versichert, werde die Bestimmung bringen, daß nicht nur andere Vorlagen, sondern auch Petitionen eingebracht werden dürfen; eine Ansicht, die in den Ausschüssen selber die offenste Opposition finden dürfte. Einzelne Abgeordnete hätten dies auch dem Minister bereits erklärt, aber die Antwort erhalten, man habe Alles bereits erwogen und sei auch auf einige Renitenz gefaßt.

Die Allg. Ztrl. f. Chr. u. K. enthält aus Magdeburg Folgendes: „Gestern Morgen sind die Deputirten der neuen christlichen Gemeinde von Berlin wieder zurückgekehrt. Sie haben sowohl bei dem Minister v. Bodelschwingh als auch bei dem Minister Eichhorn sogleich Audienz gefunden, und an beiden Orten ist der Erfolg ihrer Vorstellungen im Allgemeinen ein günstiger gewesen. Der Minister v. Bodelschwingh hat in Anerkennung der Gesetzmäßigkeit aller von Seite der Ausgetretenen gethanen Schritte unter Anderm erklärt, daß dem Anfange des Katechumenenunterrichts Nichts im Wege stehe, indem dieser von dem Akte der Konfirmation sich wesentlich unterscheide, und in Folge dessen wird Ublich am 10. Jan. mit demselben beginnen. Der Minister Eichhorn hat die Verschärfung gegeben, daß wegen des öffentlichen Gottesdienstes überhaupt und wegen des Mißgebrauchs einer städtischen Kirche die Sache dem Könige vorliegt und gewiß nächstens werde entschieden werden. Er seinerseits trage kein Bedenken, den Mißgebrauch der dargebotenen Kirche zu genehmigen. Wegen der Taufen, Trauungen ꝛc. werde das Erforderliche zugleich mit erfolgen. Demnach sind die Mitglieder und Aeltesten der neuen Gemeinde, mit welchen Letztern Ublich heute eine Konferenz in seiner Behausung zu weiterer Mittheilung gehalten hat, erfreut und wohlgemuth.

Y Aus Schlesien, December 1847. Mit dem Entwurf des Strafgesetzbuches für die preußischen Staaten ist auch der Entwurf des Gesetzes über die Einführung des Strafgesetzbuches veröffentlicht. Nach §. II. dieses Gesetzentwurfes soll der zwanzigste Titel des zweiten Theils des allgemeinen Landrechts außer Wirksamkeit gesetzt werden, folglich auch der §. 1561 desselben, welcher seither in allen Landestheilen, auch wo im Uebrigen das Landrecht nicht eingeführt war, Gesetzeskraft hatte. Nach diesem Paragraphen steht einem Jeden frei, seine Zweifel, Einwendungen und Bedenklichkeiten gegen Gesetze und andere Anordnungen im Staate, sowie überhaupt seine Bemerkungen und Vorschläge über Mängel und Verbesserungen sowohl dem Oberhaupte des Staats als den Vorgesetzten der Departements anzuzeigen, und letztere sind dergleichen Anzeigen mit erforderlicher Aufmerksamkeit zu prüfen verpflichtet. Mit Einführung des Strafgesetzbuchs würden also die Minister von dieser ihnen gesetzlich obliegenden Verpflichtung entbunden, und das Petitionsrecht beschränkt sein. Da ein Bedürfniß vorhanden ist, diesen §. 156 des zwanzigsten Titels außer Wirksamkeit zu setzen, mag hier unerörtert bleiben. Jedenfalls erscheint es aber bis jetzt noch zweifelhaft, ob die Regierung eine Ständische Begutachtung des Gesetzes über Einführung des Strafgesetzentwurfs verbeizuführen beabsichtigt. Denn das Patent vom 3. December 1847 über die Einberufung des Ver. ständ. Ausschusses spricht bloß aus, daß derselbe den Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs begutachten soll.

Königsberg, 8. Jan. Es wurde gestern von der Universität mit 22 gegen 7 Stimmen der Beschluß gefaßt, daß die Katholiken nicht zu Juden zu allen Lehrämtern unbedingt zuzulassen seien.

**Baiern**, 14. Jan. Der Rürnb. Korresp. bezeichnet das Gerücht, als sei er seit Neujahr in Oesterreich durchaus verboten, als unwahr. — Der „deutschen konstitutionellen Zeitung“ ist nun auch der Postdebit gewährt worden.

Baierische Blätter berichten den am 12. Jan. in Baireuth erfolgten Tod des Pfarrers Wagner, der den Freunden der konstitutionellen Sache als muthiger und freisinniger Abgeordneter bekannt war.

**Würtemberg.** * Stuttgart, 15. Jan. Heute sollte eine öffentliche Verhandlung unseres hiesigen kaufmännischen Schiedsgerichts stattfinden. Da aber der Beklagte selbst Mitglied desselben ist und glaubte, es möchte vielleicht der Spruch, wenn er z. B. für ihn ausfalle, möglicherweise dem Verdachte auf das Gericht schaden können, so sorgte er vor, den Gegner im Wegleichen aufreizen zu stellen. Es ist nicht der geringste Nutzen unserer nun seit einigen Jahren bestehenden Schiedsgerichte, von denen das hiesige unter Paul Pfizers Leitung ist, Ehrenhaftigkeit im Verkehr zu befördern. So befestigt sich das Vertrauen, die erste Bedingung des Gedeihens der echt bürgerlichen Einrichtung.

**Baden.** * Karlsruhe, 15. Jan. Heute waren die Gläubiger der drei großen Gewerbsanlagen, beziehungsweise der betheiligten Bankhäuser hier versammelt, haben aber, wie man vernimmt, einen anderen Beschluß nicht gefaßt, als die Frist um vierzehn Tagen zu verlängern. Inzwischen werden Regierung und Stände die Frage über die Zweckmäßigkeit des Staats zur Erhaltung der Fabriken entscheiden haben. Ueber die Vorschläge, welche die Regierung heute in geheimer Sitzung den Ständen und zwar zunächst der zweiten Kammer übergeben hat, erfährt man, daß die früheren Nachrichten sich bestätigen, wonach der Staat sich erbietet, eine Zinsgarantie für Partialobligationen, welche den Wechsel- und Kontokurrentgläubigern angeboten werden sollen, zu übernehmen. Der Gedanke an einen baaren Vorschuß ist aufgegeben; die Gläubiger aber werden es in ihrem Interesse finden, einen Vorgang oder Nachlaßvergleich, für dessen Erfüllung der Staat einige Sicherheit leistet, nicht von der Hand zu weisen;

Digitized by Google

der Stand der Fabriken im Uebrigen ist so günstig, daß sie, wenn nicht besondere Unglücksfälle eintreten, in einer nicht sehr großen Anzahl von Jahren (etwa 10 bis 15) aus ihrem eigenen Ertrage die Schuld sammt Zinsen tilgen können. Die Zuversicht, daß dies geschehe, wird sich zur Gewißheit werden, wenn die Hoffnung auf seinen angemessenen Zollschutz für die deutsche Industrie sich in Bälde verwirklicht. Die Gefahr von Verlusten, welche die Staatskasse leiden könnte, tritt in den Hintergrund gegen die größeren Uebelstände, welche eine unbedingte Verweigerung von Hilfe durch den Fall der drei bedeutenden Unternehmungen nach sich ziehen würde. Sowenig die Gläubiger dabei ihre Rechnung finden würden, so groß wären die Nachtheile, welche die Bewohner der Umgegend durch das Aufhören des Arbeitsverdienstes, das Land durch den Verlust dreier wichtigen Produktionszweige erleiden würden. Die Wahrscheinlichkeit, daß bei dem Ausbleiben der Anstalten zum Verkauf ein Ergebniß erzielt werden würde, ist im gegenwärtigen Augenblicke sehr gering, und sie wird daher allseitig ermüssigt sein, wenn, wie es scheint, ein Weg gefunden ist, um nach den allgemeinen Geschäftspunkten, die wir in unserm Schreiben vom 9. d. (Nr. 11.) angedeutet haben, die Anstalten dem Lande zu erhalten. Dem Vernehmen nach besteht die von den Abtheilungen gewählte Kommission aus den Abgg. Bassermann, Mez, Weller, Siegle, Goll. Dieselbe wird am Montag durch die Kammer um 4 Mitglieder verstärkt werden, alsdann ihre Berathungen beginnen und unausgesetzt zum Schlusse führen. Daß die Unterhandlungen öffentlich sein werden, unterliegt kaum mehr einem Zweifel; die Regierung soll es dem Gutachten der Kommission überlassen haben, ob sie öffentliche oder geheime Berathung vorzuziehen räthlich finde.

* **Heidelberg**, 15. Januar. Wir haben schon früher Gegenheit gehabt, vor dem gewissenlosen Treiben mancher Auswanderungsagenten zu warnen; wir erhalten in diesem Augenblick von Caracas, 7. Dec., einen Brief aus glaubwürdiger Hand, der vielleicht noch zur rechten Zeit kommt, um drusche Auswanderer vor Betrug und Mißhandlung zu bewahren. „Es herrscht hier, so schreibt der Korrespondent, unter den Deutschen eine große Aufregung über ein Projekt, 80,000 Einwanderer aus Deutschland hierherzubringen, welches das Pariser Haus Detrue u. Comp. entworfen hat und hier durch seinen Agenten Bicomte de Coulhat betreiben läßt. Wir wünschen daher dringend, daß dies im Vaterlande bekannt wird, namentlich in der Umgegend von Mannheim und Heidelberg, woher viele Auswanderer kommen sollen. Bicomte de Coulhat hat mit der Regierung bereits den Kontrakt abgeschlossen, 80,000 größtentheils Deutsche, Auswanderer hierherzubringen. Ich beklage sie von Herzen, wenn sie sich von diesen Seelenverkäufern bethören lassen, und schon jetzt herrscht unter den Fremden allgemeiner Unwille über gegen die Unternehmung, aber Keiner sieht ein Mittel, dem Unglück abzuhelfen, das jedenfalls auf unser Landsleute herreinbricht, wenn sie sich in den fein gelegten Schlingen fangen lassen. Detrue u. Comp. haben 700 Geviertmeilen Land zum Geschenk erhalten, wenn sie ihr Versprechen lösen und 80,000 Menschen herbringen. Kommen innerhalb 4 Jahren weniger als diese Anzahl, so fällt der verhältnißmäßige Antheil für die Fehlenden von den 700 Geviertmeilen dem Staate wieder zu, und Detrue u. Comp. riskiren also weiter Nichts als die Spesen ihrer hiesigen Agenten. — Wahrscheinlich werden sie nur zu sicher auf die deutsche Leichtgläubigkeit gebaut haben, denn wer wird nicht gern für 50 Thlr. eine Geviertmeile Land kaufen, worauf keine Abgaben lasten und was wenigstens als bestes Land verkauft wird. Doch sind Detrue u. Comp. mit 50 Thlr. nicht zufrieden; wenn ihr Plan irgend gelingt, so ist ihr Verdienst auf 200,000 Thlr. berechnet, ohne das, was sie noch an der Passage erübrigen können. Die Menschen nun, die dort Passage bezahlen, werden nach La Guayra geschafft und erhalten, wenn es viel ist, noch für 8 Tage zu leben, in denen sie dann ihre heimathlichen Kleide abmachen müssen, und dann leere Steppen und Wüsten oder Malariagegenden vorfinden. Dann müssen sie Alles theurer kaufen und können in einem Vierteljahre höchstens Mais haben. Alle andern Früchte brauchen ein und mehrere Jahre, wuchern dann aber auch. Aber wovon so lange leben?“ — Soviel wir uns erinnern, ist zwar schon früher von Seite der Regierung eine Warnung gegen das Haus Detrue veröffentlicht worden; man kann aber in dieser Sache nicht genug thun. Wir ersuchen daher die gesammte drusche Presse, namentlich auch die Lokalblätter, die in die Hände der Landleute kommen, obiger Warnung ihre Spalten zu öffnen.

**Kurhessen**. Kassel, 11. Jan. Nach der Köln. Z. hat die Untersuchungssache gegen Wippermann in sofern eine günstige Wendung genommen, als das Obergericht auf die Beschwerde des Angeschuldigten wegen Einleitung der Untersuchung ausgesprochen hat, daß kein Grund vorliege, dem Angeklagten Aufregung zur Unzufriedenheit und Schmähung der Staatsregierung zur Last zu legen, vielmehr nur eine öffentliche Injurie in den inkriminirten Stellen zu finden sei. Gleichzeitig hat der Landtagscommissär erklärt, der früher gegen Wippermann Zulassung hervorgehobene Grund sei weggefallen, und nur die eingeleitete Untersuchung gebe ein Hinderniß gegen seine Zulassung ab.

○ **Aus dem Nassauischen**, 29. Dec. 1847. Schon mehrere Male ist in Ihrem Blatte unserer Stände mit der Bemerkung gedacht worden, daß sie mehr leisten sollten. Namentlich findet sich in einem Artikel vom 20. Dec. die alte Klage wiederholt, daß die Stände zu viel kosteten und wenig nützten; man sehe keinen entschiedenen Charakter und vernehme kein entschiedenes Wort. Ich will nicht bestreiten, daß unsere Stände noch wenig Positives erreicht haben. Es ist aber nur unsern Gegnern in die Hände gearbeitet, wenn man dies den Ständen zur Last legt. Wie allerwärts in Deutschland hat das konstitutionelle Leben auch bei unsern Ständen seine Mißstimmung noch nicht ungehemmt entfalten können. Namentlich in einem so kleinen Lande wie dem unsrigen kann man von den Ständen unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur die immer wiederkehrende Anregung der Wünsche und Beschwerden des Volks erwarten. Daß dieses aber in entschiedener Weise geschehe, dafür will ich unter vielen Beispielen nur eins mittheilen. In unsere Kadettenschule werden nur in- und ausländische Adelige und Söhne unserer höheren Staatsbeamter aufgenommen. Schon auf dem Landtage von 1845 griff der Deputirte Lossen diese Einrichtung mit Sachkenntniß und Freimuth an. Noch entschiedener geschah dies von der jetzigen Kammer. Bei der Berhandlung sprach der Deputirte Hergenhahn: „Wir wissen mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, 1) daß die Hinderungen alle diejenigen, welche sich dem Militärdienste widmen, die vorgeschriebene Naturalisirsprüfung auf einem Landesgymnasium bestanden haben müssen; 2) daß keinem Inländer die Aufnahme in die Militärakademie verlagt werden darf, sobald er die Naturalisirsprüfung bestanden hat, und 3) daß der Unsicherheit in die hiesige Militärschule und in den hiesigen Militärdienst als Offizier aufgenommen werden darf, ohne die Naturalisirsprüfung bestanden zu haben. Meiner Ueberzeugung nach kann nur auf diese Weise, auf welchem Wege ein gerechtes Verhältniß zwischen Militär- und Civilelementen hergestellt und auf der andern Seite die im Lande herrschende, im Stillen wuchernde Mißstimmung über die Art und Weise, wie der Offizierstand, von dessen Tüchtigkeit und durchgreifendem männlichen Charakter, wenn wir Ehre und Leben und Beides Würde und Werth so wesentlich abhängt, in neuerer Zeit rekrutirt worden ist, beseitigt werden. Wer, der die Verhältnisse mit unbefangenem Blicke prüft, kann sich darüber wundern, daß fast alle Klassen der Bevölkerung mit Erbauen und mit zum Theil verletztem, zum Theil tiefem Mißmuth sehen, wie vieler bürgerlichen Stellung nach so angesehene und für die Vertheidigung des Vaterlandes so wichtige Stand, nur mit wenigen Ausnahmen, nur durch junge Leute aus den höheren Klassen der Bevölkerung und zum großen Theile durch junge Leute aus allen Gegenden Deutschlands (sogar ein Belgier soll sich darunter befinden) rekrutirt wird, die, wenn sie denjenigen ehrgeschgalten würden, die sich zum Civildienste vorbereiten, kaum die ersten Klassen der Gymnasien erreicht haben würden? — Es liege nicht zu viel, meine Herren; es liegen Fälle vor, wo junge Leute als Lieutenants eine Abtheilung Soldaten kommandiren, während ihre Altersgenossen aus höheren Kommissionen, die ihnen weder an Fähigkeiten, noch an Fleiß nachstehen, in Lectio auf der Schulbank sitzen und mit der Spitze der Feder der lateinischen Sprache oder mit Caesar de bello gallico sich beschäftigen. Ich bin keineswegs der Meinung, daß sich die unter deutsches Vaterland bietenden Staaten so sehr von einander absichirten sollen, daß nur gewissen Söhnen gewisser kleinen Länder allein von dem Dienste in unserem Lande ausschließen müssen; ich glaube vielmehr, daß erst dann das Nationalgefühl, welches nur auf dem Bewußtsein beruhen kann, Theil eines großen selbständigen Volkes zu sein, auch in der Masse wirkliches Leben und wirkliche Geltung gewinnen werde, wenn uns Institutionen gegeben werden, durch welche die Deutschen aufgefordert, sich gegenseitig als Ausländer zu betrachten. Das wahre, das natürliche Verhältniß zwischen Fürst und Volk aber kann nicht dadurch gewonnen, wenn aus der ferne hergeholte fremdartige Elemente den Dienst des Staates durchdringen. Im eignen Volke, in den Herzen der eignen Bürger ruhen die Wurzeln den Glückes und der Kraft der Fürsten. Der Dünkel aber die Anmaße Ausländer in unsern Dienst weit mehr Distanz bewirken, als nicht ihre Reputation durch Bedürfniß, Talent und bewerkzeugene gründe Persönlichkeit gerechtfertigt ist, als die jungen Leute nicht durch öffentliche Prüfung die Gewähr geben haben, daß sie die nöthigen Fähigkeiten besitzen.“ Die Regierung hat diesem Antrage zwar noch keine Folge gegeben, die Kammer hat es aber nicht beim bloßen Sprechen bewenden lassen, sondern auch eine nicht unbedeutende Summe zum Militärfonds, namentlich eine Anforderung für die Militärschule, verstrichen. Schließlich enthielte Worte finden sich im Bericht über das Militärbudget, in der Frage wegen des Mitschadens, wegen der Postverwaltung, wegen der Oeffentlichkeit der Kammerverhandlungen von vielen unserer Deputirten.

† **Oldenburg**, 11. Jan. Das neue Jahr sollte uns die lang verheißene landständische Verfassung bringen. Statt dessen sehen wir nur Vorgänge, die zeigen, daß wir noch beim Alten stehen. Der Hof umgibt sich mit zahlreichen Hofchargen und kompletirt sich in einer

Digitized by Google

Weise, als ob es gewiß wäre, daß der Thron gegen den thätigen Fortschrittsdrang der Stände bedürfe und keine bessern finden könne, als Kammerherren, Hand- und Reisemarschälle. Im Gleichen, daß aber werden die Geheime Hofräthe, Hofräthe und Räthe schlechterdings freist, und damit auch das Staatschristenthum nicht zu kurz komme, ist der bisher unbekannte Titel eines Geheimen Oberkirchenraths geschaffen. Diese Titel, für die die Empfänger natürlich unterthänigst danken müssen, fallen darüber so im Kurs, daß manche Träger kaum wissen, mit welcher Miene sie pflichtschuldige Gratulationen annehmen sollen. Regnet oder schneiet es nun auch noch am Ordenstage (17. Januar) Sterne und Kreuze, so werden wir dann gerüstet sein, die konstitutionelle Zeit mit ihren Bewegungen mit Ruhe zu erwarten. Im Gemeindewesen der Städte zeigt sich mehr Leben. In Jener hat der Stadtrath Oeffentlichkeit seiner Sitzungen beantragt. In Bedeta, das mit Mildesbausen, Cloppenburg und Friesoythe eine den Verhältnissen dieser kleinen Städte angepaßte, aber seit die Landgemeinden besser vertreten sind, nicht mehr passende Städteordnung hat, beingt man auf eine Reform dieser Ordnung. In Oldenburg ist der Magistrat zur Erkennniß gekommen, daß nach der Stadtordnung von 1833 die Wahl des Stadtraths, d. i. der Bürgerrepräsentation, in der Bürgerversammlung stattfinden müsse, nicht wie bisher durch bloße Zettelung, und die Regierung hat zögernd und zweifelnd nachgegeben. Die Versammlung findet am 15. d. Monats Statt. Da man von einem Defizit der Stadtkasse spricht, wird wohl Gewicht auf die Wahlen gelegt werden. Die letzte und zugleich erste Bürgerversammlung, die im Jahr 1845 zu einem Besteuerungszwecke gehalten wurde, hatte den Erfolg, daß auf Antrag der Bürgerschaft der städtische Haushalt in zwei starken Aktenstücken veröffentlicht wurde. Das erste, das Inventarium der Stadt, erschien im Jahr 1845, das letztere wird in diesen Tagen erscheinen, und zur Gewinnung der Uebersichten detaillirte Ausgabe der Rechnungen sämmtlicher städtischen Kassen haben, so daß mit diesem Schriftchen in der Hand künftig jeder Bürger beurtheilen kann, wo es fehlt, und wo passende Wünsche und Anträge am Platze sind. — Möchte in unsern Staatsfinanzen gleiche Oeffentlichkeit herrschen.

**Hamburg**, 12. Jan. Die gestrige Versammlung des Grundeigenthümervereins hat sich — wie wir aus einem ausführlicheren Bericht ersehen — mit der gegen die Verbreiter der Bürgerschaftsverhandlungen eingeleiteten polizeilichen Untersuchung beschäftigt. Der Verein hat eine mit etwa 150 Unterschriften versehene Erklärung erlassen, worin er sich mit dieser Veröffentlichung der Bürgerschaftsverhandlungen vollkommen einverstanden und durch die aus der Vereinskasse geleistete Zahlung der Druckkosten selbst gewissermaßen bei derselben betheiligt erklärt. — Indessen hat die fiskalische Untersuchung gegen 7 namhafte Bürger ihren Fortgang. (Weser.)

## Schweiz.

†† **Luzern**, 14. Jan. Es hat Hr. Großrath Anton Schneider von Surse in der letzten Sitzung des Gr. Rathe einen Antrag auf den Kanzleistich hingelegt, welcher dahin geht, gegen Klöster, Geistliche und Beamtete, welche durch falsches, trügerisches Vergeben das Volk täuschen, sowie gegen die Mitglieder des Hauptkomitös und des Kreiskomitös des Aufwuhlervereins einzuschreiten. Dr. Kasimir Pfyffer hingegen hat von Zürich aus folgende Meinungsäußerung dem Gr. Rathe von Luzern eingesendet: „Verhindert, in der Sitzung des Gr. Raths persönlich zu erscheinen, fühlt der Unterzeichnete sich gedrungen, über die von Hrn. Großrath Anton Schneider von Sursee in der letzten Sitzung gestellte und zur kuntigen Berathung auf den Kanzleistich gewiesene Motion seine unmaßgebliche Meinung schriftlich auszusprechen. Ihm ist wohl bekannt, daß ein förmliches Votum nicht schriftlich abgegeben werden kann. Allein wenn jedem Bürger erlaubt ist, seine Ansichten und Wünsche dem Gr. Rathe einzureichen, so ist dieses gewiß auch einem Mitgliede des Gr. Rathes gestattet. Daß auf den Erfolg desjenigen Gelüst, welches aus der eidgen. Kriegskasse, die dem Kanton Luzern nicht angehörte, verabwendet wurde, gedrungen, daß ferner untersucht werde, ob das gewesene Haupt des Sonderbundes, Konstantin Siegwart, und wer allfällig mit ihm des Landesverrathes sich schuldig gemacht habe, dagegen hat der Unterzeichnete Nichts einzuwenden. Gegen weitergehende Maßnahmen möchte er hingegen sich aussprechen. Daß diejenigen, welche früher auf eine harte Weise verfolgt wurden, zur Wiedervergeltung geneigt sind, ist begreiflich. Sie werden es aber, H. H. H. ebenso begreiflich finden wenn derjenige, welcher jenen Verfolgungen stetsfort entgegentrat, auch jetzt den gleichen Ansichten folgt. Die Mitglieder des abgetretenen Gr. Raths haben schwere Schuld auf sich geladen, daß sie, entgegen der deutlichen Vorschrifte der Verfassung, dem Sonderbundnisse, dessen Wichtigkeit von Anfang an einsehen werden konnte und nun in den Folgen am Tage liegt, beitraten, ohne dasselbe dem Volke vorzulegen, daß sie — obwohl gewarnt — auf der einmal eingeschlagenen Bahn verharrten; daß sie durch Bewilligung eines unbedingten Kredits den finanziellen Ruin des Kantons herbeiführeten. Für alles Dieses können sie von Rechts wegen verantwortlich gemacht werden. Allein dennoch möchte ich zur Nachsicht rathen. Wenn dieses in Beziehung auf die Mitglieder des Gr. Raths geschieht, so muß es natürlich auch in Beziehung auf entfernter stehende Personen geschehen. Ich habe in der Sitzung des Gr. Rathes vom 4. Jan. 1845, als es sich um Verfolgung der an den Ereignissen des 8. Dez. 1844 Betheiligten handelte, folgende Worte gesprochen: „Ich möchte zur Milde statt zur Strenge rathen, durch Milde und Großmuth ist von mancher Feind gewonnen worden, während durch Strenge Stets- und Ordnung vom Rache dieses noch niemals geschah. Unsere Schweizergeschichte bietet eine Menge Beispiele, daß harte Verfolgung einer unterliegenden politischen Partei über kurz oder lang eine Gegenverfolgung hervorrief. In den Herzen der streng Besteasten, ihrer Kinder, der Verwandten, der Freunde und Bekannten wuchert der Groll fort, während Milde und Großmuth denselben auszurotten geeignet sind. Ich empfehle dies Alles dem Gr. Rathe zur Beherzigung." Diese Worte fanden aber keine Beherzigung. Die Verfolgungen wurden auf das Aeußerste getrieben, dadurch all das Elend der letzterschlossen Zeit herbeigeführt und unser schöner Kanton an den Rand des Verderbens gebracht. Schwer waren die Wunden, welche das Jahr 1712 unter ähnlichen Verhältnissen dem Kanton Luzern schlug. Ein halbes Jahrhundert wurden sie empfunden. Ungleich schwerer sind aber die Wunden, an welchen es gegenwärtig blutet. Die Nichtbeachtung jener früher zur Beherzigung empfohlenen Worte dürfte ein Grund sein, auch gegenwärtig darüber wegzugehen. Dennoch wiederhole ich sie. Man kann sagen, die Handlungsweise jener früher Verfolgten und die ihrem Handeln zu Grunde gelegene Gesinnung läßt sich nicht vergleichen mit der Handlungsweise und Gesinnung derjenigen, deren Thaten zur Beurtheilung gegenwärtig vorliegen. Zwar wird solches allerdings kaum in diesem Saale gesagt, aber früher fand man an vielen Orten solche Aeußerungen zu stark, um die Theilnehmer der Ereignisse des 8. Dezember 1844 zu bezeichnen. Wurde doch der Unterzeichnete, weil er jene Theilnehmer nur als Verirrte, nicht als Böswichter gelten lassen wollte, am 6. Januar 1845 in öffentlicher Sitzung des Großen Raths — zwar nicht physisch, wohl aber moralisch — arg mißhandelt. Dergestalt wechselt das Schicksal! Es ist möglich, daß die Nachsicht und Milde schlecht belohnt wird, daß man sie als Schwäche deuten, daß man sie sogar mißbrauchen wird, um gegen die neue freisinnige Ordnung der Dinge zu wirken. Allein selbst auf die Gefahr hin, Undank zu ernten, wähle ich Nachsicht über, und im saltumsten Falle mit dem Bewußtsein, Gutes ausgeübt zu haben, mich treffen. Nachsicht für das Vergangene läßt füglich Strenge in Beziehung auf das Zukünftige sich verbinden, und diese Strenge möchte ich dann ebenfalls empfohlen haben. Ich ersuche den Großen Rath, diese Meinungsäußerung neben die Motion des Hrn. Großrath Anton Schneider auf den Kanzleitisch hinzulegen." Kasimir Pfyffer.

☽ **Bern**, 14. Jan. Heute ist wieder die Tagsatzung versammelt, wahrscheinlich, um die im Namen des Papstes vom Nuntius an die Tagsatzung gerichtete Note anzuhören und eine bereits vorbereitete Antwort zu beschließen. Die Note lautet: Ereellenz um meine Herren! Der hl. Vater Pius IX. mit tiefem Schmerz die traurige, gebeiligte Rechte der kathol. Kirche verletzende Akte vernommen, die nach dem Einzug der eidg. Truppen in die 7 Kantone Luzern, Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis in einigen dieser Kantone stattgefunden haben. Er hat, durch Herz von Pein zerrissen, bemerken müssen, daß man durch provisorische Regierungsbeschlüsse religiöse Korporationen und fromme Anstalten, selbst von Weibern, hat aufheben wollen, und daß man durch die Behörde kaconisch eingerichtete Partei- und ihren Parteien verbieten hat und dies trotz der Protestationen ihres Bischofs. Er hat, die Thränen im Auge, bemerken müssen, daß eidg. Soldaten in dem ersten Augenblick ihrer Erbitterung und gegen die Absichten und Befehle ihrer Obern in einigen Kirchen verschiedene Kantone Schändungen und Gräuel zu begehen gewagt haben. — Der heil. Vater, der sich in die wahrend der letzten Zeit in der Eidgenossenschaft angeregten politischen Fragen nicht gemischt, hat die heilige Pflicht nicht vergessen können, die er als Oberhaupt der wahren Kirche hat, alle diese Verletzungen heiliger zu mißbilligen. Derselbe hat er mir aufzutragen, diese Pflicht in seinem Namen bei der hohen in Bern sigenden Tagsatzung zu erfüllen. Ich habe also, Ereellenz und meine Herren, die Ehre, mich an Sie in Bezug auf dieses Gegenstand zu wenden. Und da meine Aufgabe unendlich peinlicher wäre, wenn ich im Einzelnen Alles auseinanderlegen wollte, was sich in der letzten Zeit zugetragen hat, so will ich es lieber mit Stillschweigen übergehen, überzeugt, daß nicht nur die hohe Weisheit der Tagsatzung, sondern auch alle Männer von Ehre in der Eidgenossenschaft, welcher Konfession sie sein mögen, im Stande sein werden, die Bedeutung deffelben in allen Beziehungen zu würdigen. In

Digitized by Google

meiner Eigenschaft als Vertreter des heil. Vaters und in seinem Namen tege ich daher hiermit bei den als Tagsatzung versammelten hohen Vertretern der Kantone die förmliche Protestation nieder gegen alle Eingriffe, die durch diese Beschlüsse in die dem heil. Stuhl innwohnenden Rechte gethan sind und mit dem Bundesvertrag im Widerspruch stehen, sowie gegen alle Schädigungen und gottlosen Handlungen, die in den Kirchen und anderen geheiligten Orten der kathol. Konfession verübt sind. Es sind dies Thatsachen, die das Gewissen verwirrt und die ohne Zweifel eines Tages von unparteiischen Geschichtschreibern mißbilligt werden, und es sind dies ebensowenig Verpflichtungen für Sie, Verehrung und Gehorsam zu verweigern und sich selbst zu ihnen zu bequemen, als in der Art zu handeln, daß die Gerechtigkeit und die Ruhe in den Regierungen dieser Kantone wieder vollkommen zur Herrschaft gelangen, und daß man die vielleicht in einem Augenblick der Aufregung gegen die Rechte des heil. Stuhls erlassenen Dekrete wieder zurücknimmt. Im Vertrauen, daß die hohe Tagsatzung, Hüterin der heil. Gesetze der Eidgenossenschaft, die Rechte der kathol. Konfession, die von dem Oberhaupt derselben in Anspruch genommen werden, wieder herstellt, zum unversehrt erhält, segne ich sie ꝛc. Luzern, 27. Dec. 1847. Anterj. † A., Erzbischof von Kolossä, Apostolischer Nuntius.

Die definitiven Wahlen in den Staatsrath von Waadt sind in gemäßigt liberalem Sinne auf folgende Männer gefallen: Meriq Barmann, Pignat, med. Dr. Clavaz, Rey, Aler. de Torrenté, Kaspar Jen-Ruffinen, Wehlig. — Der Gr. Rath von Waadt hat die vier Staatsräthe Veillon, Delacoraz, Fischer und Vuillet, deren Amtsdauer abgelaufen war, wieder bestätigt. — Die früher erwähnten Unruhen im Bernischen Jura haben sich wieder gelegt. Die meisten Deserteure sind nach Bern gebracht worden, und werden in diesen Tagen vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Bern, 14. Jan. Im Gr. Rath wurde der Entwurf über Reorganisation der Hochschule vorhandelt; wir werden darauf zurückkommen.

Bern, 15. Jan. In der gestrigen Sitzung der Tagsatzung wurde nach lebhafter Diskussion beschlossen, die Note des Nuntius gar nicht zu beantworten. Andere Anträge gingen dahin, auf Abberufung des jetzigen Nuntius, ja auf Aufhebung der Nuntiatur überhaupt hinzuarbeiten. General Dufour übergab der Tagsatzung 4000 Fr. für Bleffirte beider Parteien.

Wallis, Sitten, 11. Jan. Der Antrag auf Säkularisation ist bei der zweiten Berathung im Gr. Rath mit 42 gegen 36 Stimmen durchgegangen. Am 16. Januar soll die Volksabstimmung über die Gesetze stattfinden.

Luzern. Der Eidgenosse veröffentlicht ein Billet, das auf der Straße gefunden und von einem Liberalen gefunden worden sei. Der „Eidgenosse“ meint, die Handschrift werde erkannt und die Adresse entziffert werden können. Das Billet lautet: „Hrn. W. B. bei Hause. Verehrester Herr! Unser Freiheitsmorgen wird bald hervorbrechen. Nur Geduld und Geheimniß! Wollen sie sie gefällig sein und mir das Vergnügen Ihrer Angewordenen bald einhändigen, durch ihre Magd; doch behutsam. Ueberbringer bitte ist ein treuer Diener. Dem S. könnte es bald andere werden. Gott zum Gruß. P. R. L.

## Großbritannien.

London, 13. Jan. In Bristol hat sich bereits ein Verein gegen die von den Journalen beabwortete Vermehrung des Heeres und des Kriegswesens überhaupt gebildet, welcher am 11. Januar eine Versammlung hielt. Die meisten Redner stellten die Furcht vor einem Angriff Frankreichs als höchst lächerlich dar; das französische Volk denke an keinen Angriffskrieg, und wenn auch, so wäre vom Gedanken noch weit zur That, und selbst wenn der Gedanke zur That würde, brauche England im Gefühl seiner Uebermacht zur See keine Furcht zu hegen. Hr. Morris äußerte: Der ganze Lärm sei von alten Leuten, die bereits im Stadium der zweiten Kindheit ständen, und von den Aristokraten angeregt, welche gern ihre jüngern Söhne im Heere versorgen möchten! man möge nur bedenken, daß es im Hause der Lords 118 und im Hause der Gemeinen 140 Mitglieder gebe, welche bei den Privilegien des Heeres und der Seemacht direkt betheiligt wären.

Aus Aberdeen in Schottland wird gemeldet, daß sich in der Gegend der Stadt die entlassenen Eisenbahnarbeiter zusammenrotteten, in Masse auf das wohlhabende Dorf Tombaoen stürzten und es rein ausplünderten. Man war genöthigt, zwei Kompagnien zu ihrer Bewältigung herbeizuziehen.

Die Eidesformel, welche der Jude — vorausgesetzt, daß das Unterhaus die Russellsche Bill annimmt und das Haus der Lords sie bestätigt — bei dem Eintritt ins Parlament zu leisten haben wird, soll dem Standard zufolge dahin lauten, daß der Aufzunehmende feierlich versprecht: Nichts zu thun und zu rathen, was die protestantische Erbfolge des Hauses Hannover, die Staatsform oder die protestantische Religion und Landesregierung irgend gefährden könnte. Die Eidesformel lautet mithin insoweit mit dem von den katholischen Parlamentsmitgliedern zu leistenden Eide in der Hauptsache gleich, nur daß die Verpflichtung auf den Glauben an Christus wegfällt. Zu den Aemtern, die für die Juden forton verschlossen bleiben, gehören auch die höheren richterlichen Stellen, ferner diejenigen, welche mit der anglikanischen oder presbyterischen Kirche irgendwie in Verbindung stehen, auch dürfen sie keine kirchlichen Patronatsrechte üben.

** Heidelberg. Als der „panische Stier“ — um in dem heiteren Bilde des „Punsch“ zu bleiben — noch in voller Wuth auf den zwischen den Zaunpfählen festgeklemmten dicken Herrn Johannes Bull losstürmte, bemerkte schon eine Londoner Korrespondenz der „Deutschen Zeitung“, daß trotz der in der City herrschenden übergroßen Gedrücktheit nach überstandener Gefahr die theure Lehre bald vergessen sein, und ein „all right!“ schnell alle damals ausgeprehten Gebete und Gelübde in den Wind schlagen werde. Und nach den jetzt in der englischen Presse oft gehörten wegwerfenden Aeußerungen über die zur Unterstützung jener Schreckenstage niedergesetzte Parlamentskommission zu schließen, geht diese Prophezeihung vollkommen in Erfüllung. In wieweit die Kulissengeschichte beider Häuser hieran Theil hat und durch die Stellung der Parteien die Aufgabe des bunt zusammengesetzten Kollegiums von einem für die gesammte Handelswelt gewichtigen Zwecke zu einem an die Intrigue streifenden Mittel herabgesunken ist, darüber läßt sich natürlich in der Mitte von Deutschland kein Urtheil fällen. Es ist überhaupt nur zu bedauern, daß man so schlaff bei der Lösung derselben verfährt. Hätte man nämlich zu rechter Zeit die ähnlichen Erscheinungen der Jahre 1825, 1836 und 1839 wie in nun beabsichtigter Weise bis zu ihren Quellen verfolgt, so würde, wenn auch die Riesenarbeit nicht ganz bis zu Ende geführt wäre, J. Russell neulich vielleicht nicht mehr den für einen englischen Minister doch immer etwas kleinlauten Satz ausgesprochen haben, „daß solche Schicksalsschläge wohl nicht von einem Handelsstaate wie England zu trennen seien.“ Namentlich dürfte das Jahr 1825 sehr gute Lehren enthalten. Denn wie das Ministerium Peel im Sommer 1846, so hatten Wh. Huskisson und G. Canning 1824 einige von den Grundpfeilern der alten Prohibitivpolitik abgebrochen, so daß es fast scheinen möchte, als sei die Wahrheit am Ende doch für Gr. Bentinck. Aber wenn auch nicht in Abrede gestellt werden kann, daß die mit so bewunderungswürdiger Energie durchgeführten Neuerungen des „Nationalökonomen vom reinen Wasser“ die nicht mehr zu verwindende Krisis durch das bei aufgehobenen Kornzöllen natürlich einströmende Sinken der Kornpreise vorgerückt habe, so läßt es sich zu keiner Zeit theoretisch urtheilen, wenn man sie auch nur in irgendeiner Weise für die Quellen der ungeheuren Bankerotte ausgeben wollte. Für diese liegen die eigentlichen Ursachen sowohl 1825 wie jetzt durchaus anderswo. Als nach Wiederherstellung des europäischen Friedens das baare Geld vom Kontinente in das durch seine Subsidienzahlungen an Gold und Silber gänzlich entblößte England bei dem hohen Preise dieser Metalle (bekanntlich war das Papier während der 22 Jahre andauernden Bankrestriktion um 30 Pr. unter pari gefallen), theils als Waare, theils als Zahlung für die Lieferungen der nach Auftheilung der Kontinentalsperre neu erblühenden britischen Industrie in gewaltigen Massen zur Ausgleichung zurückfloß; entstand dort, obgleich die Bank auf Peel's Antrag, sobald nur das Gold einen billiger geworden war, ihre Zahlungen wiederaufnahm und durch Einlösung der Noten die Menge der gangbaren Tauschträger fast um die Hälfte verminderte, eine solche Ueberfüllung des Geldmarktes, daß in nothwendiger Folge bald jedes einzelne Zirkulationsmittel an Kaufkraft verlor, und alle Waaren ihm gegenüber im Preise stiegen. Dem Sonderstandpunkte aus läßt sich nun in der Gegenwart die Ursache einer solchen Erscheinung ohne umfangreiche staatswirthschaftliche Kenntnisse nicht so leicht einsehen; und so kam es denn, daß der englische Kaufmann namentlich das Steigen der Kolonialprodukte (bei den Manufakturen hielt die neue vielfache Maschinenanwendung durch Ersparung der Kosten trotz des gesunkenen Geldwerthes die alten, ja, noch niedrigere Preise) für ein Zeichen vermehrter Nachfrage bei zu geringem Ausgebote hielt — eine Ansicht, welche ihn, da er ebneides bei dem eine fernere Ansammlung kaum lohnenden Zinsfuße eine vortheilhaftere Anlegung seiner Kapitalien suchte, nach allen Richtungen hin zu den bedeutendsten Aufträgen in besagter Gattung trieb. Auf dieser völlig unterhöhlten Grundlage blühten so die Geschäfte im Anfange der zwanziger Jahre in nie gesehener Ausdehnung, das Geld floß in solcher Verwendung rasch wieder ab, der Zinsfuß hob sich, die Handelsfonds vergrößerte sich, und die Bank, welche den dem „overstocking“ weit mehr als das zur Einlösung erforderliche Drittel baar liegen, und so durch Nichtberingung der überflüssigen Gelder einen beträchtlichen Vortheil an Zinsen gehabt hatte, erkannt über den auch von ihr

nicht erkannten Scheinglanz, erregte durch sehr gewagtes Kreditgeben nun vollends den allgemeinen Schwindel. Die tollsten Spekulationen wurden damals gemacht. Englische Unterthanen liehen z. B. an eine in Centralamerika aus der spanischen Hinterlassenschaft plötzlich aufgeschossene Republik 600,000 Fr., von denen man ebensowenig als von dem improvisirten Staate jemals Etwas wieder vernommen hat! Als schon der Rückschlag auf dieses Treiben vor der Thüre war, nahm der einstige Deputirte von Newport seine Zollvereinsänderungen vor, welche, so unschädlich für die Gesammtheit sie bei gesunden Verhältnissen selbst den Uebergang verwunden hätten, nun natürlich das Unglück nur vergrößerten. (Forts. folgt.)

## Frankreich.

Paris, 14. Jan. In der heutigen Sitzung der Pairskammer wurde die Schweizer Angelegenheit verhandelt. Nachdem der Herzog von Noailles eine politisch und religiös streng rechtgläubig gehaltene Abhandlung verlesen, betrat der Graf Montalembert die Rednerbühne. Auch sein Vortrag, wie sich dies nicht anders erwarten ließ, floß über von legitimen Gesinnungen und von kirchlicher Orthodoxie. Bitterer Tadel aus seinem Munde traf Hrn. Guizot dafür, daß er den Sonderbund im Stiche gelassen. Durch den Sieg des Radikalismus in der Schweiz, sagte er, sei ganz Europa mit Barbarei bedroht. Die Thaten der schweizerischen Radikalen könne man nur mit den Gräueln vergleichen, die vor zwei Jahren in Galizien stattgefunden. Italien sei durch diese Vorgänge in augenscheinliche Gefahr gesetzt und Deutschland von dem Geist des Verderbens bereits angesteckt. Der Redner malte das Verfahren der siegreichen Partei in den Sonderbundskantonen bis ins Einzelne hinein mit den dunkelsten und blutigsten Farben. Vorzüglich durch die über die Klöster verhängte Heimsuchung wurde sein Zorneseifer angefacht. Die gegen einzelne Sonderbundsmänner verfügten Vermögenseinziehungen wurden von ihm als eine Barbarei gebrandmarkt, wie sie nur noch in Oesterreich und Rußland vorkommen könne, denn alle andern Staaten haben die empörende Strafe der Konfiskation längst abgeschafft — eine Behauptung, welche beklagt gesagt, leider ein Irrthum ist. Hieraus folgte ein sehr heftiger Ausfall auf Lamartine, der aus der Geschichte einen Roman mache und Herzen und Gemüther des Volkes vergifte (lebhafte Bestimmung). Man preise den Radikalismus, aber der Radikalismus sei Nichts als der aufs Aeußerste getriebene Despotismus, als die politische und religiöse Intoleranz, — der Radikalismus sei die systematische Verachtung des Menschen. Aber die Humanität sei höher und mehr als alle Parteien und er (Montalembert) sei stets der Humanität und der Freiheit treu geblieben. Dann kam Herr von Montalembert auch auf Lord Palmerston, den Patron und Protektor der Schw. Radikalen, mit dem er höchst unglimpflich verfuhr, zu Hrn. Guizots sichtlichem Vergnügen. Lord Palmerston, sagte er, habe den großen Kolettis umgebracht, er habe überall die Freiheit verrathen und beschütze in der Schweiz die Anarchie, wie in Griechenland, wie in Spanien. Aber ungestraft werde das nicht hingehen und die Stunde der Vergeltung werde auch für England kommen. Er sprach dann von der Politik des Ministeriums Guizot, dem er gute Absichten zugestand, dessen Handlungsweise aber seinen Absichten nicht entsprechen habe. Er habe sich schwach in Krakau, schwach in Ferrara, schwach in der Schweiz gezeigt. Die rasche, thätige Intervention sei Pflicht der französischen Regierung gewesen und diese Pflicht habe sie versäumt. Er schloß mit den Worten: Das Banner des Radikalismus, das Ihr 1831 bis 1834 in Paris und Lyon besiegt habt, flattert jetzt wieder hoch und siegreich jenseit des Jura und bedroht Frankreich. Ich beschwöre die Minister, einen festen, energischen Entschluß zu fassen und so zu zeigen, daß Kraft und Entschlossenheit nicht bloß bei den Bösen sind. Unter lebhaftem Beifall verließ er die Rednerbühne. Die Minister selbst halten ihm bei seiner Schilderung der Missethaten der Radikalen in der Schweiz oftmals lauten Beifall zugerufen. Hr. Guizot erklärt sich hierauf in vielen Punkten mit dem Redner einverstanden, obgleich er gegen die von demselben der Regierung gemachten Beschuldigungen Verwahrung einlegen müsse. Während der Pause, welche dann gemacht wurde, suchte der Herzog von Remours den Grafen Montalembert auf und schüttelte ihm die Hand.

Das „Journal des Débats“ zeigt an, daß der König gestern mit Hrn. Guizot gearbeitet und dann dem Ministerrathe beigewohnt habe. Demungeachtet ist es wahr, daß der König vorgestern bei Tische von einem Unwohlsein befallen ward und die Tafel verlassen mußte, und daß deßhalb der gewöhnliche Abendempfang unterblieb. So schnell nun auch diese Unpäßlichkeit wieder verschwand, so sehr beunruhigt das häufige Wiederkehren solcher bei der frühern robusten Gesundheit des Königs nie vorgekommener Fälle seine nächste Umgebung.

Abdel-Kader ist nach dem Fort Lamalgue abgeführt. Von den 100 Personen, die dem Emir auf dem Komedör gefolgt waren, blieben nur 27 im Fort Lamalgue, die übrigen 63 wurden ins Fort Malbousquet gebracht.

Mit einer unbeschreiblichen Selbstüberwindung verließ der Emir das Lazareth, und die Trennung von so vielen seiner Leute schien ihn fast zu vernichten. Er war sehr niedergeschlagen, jeder Zug auf seinem Gesichte verrieth, wie er bereits bereute, sich an Frankreich ausgeliefert zu haben. Man hat ihm wohl gesagt, man bringe ihn nur darum nach Fort Lamalgue, um ihn vor der Rougier und Indisfretion der Masse zu schützen. . . Das half Nichts mehr . . er sah Lamalgue einmal für ein Gefängniß an. Der Abschied von den Seinigen im Lazareth war herzzerreißend, und der Schmerz dieser Leute muß tief sein, daß sie nicht mehr Kraft genug hatten, ihn vor der Masse von zuschauenden Volk zurückzuhalten . . . Alles weinte, und selbst die Kinder, die zu dieser großen Araberfamilie gehören, gaben durch Thränen zu erkennen, daß auch sie das Unglück ihres Führers mitfühlten.

## Spanien.

Madrid, 7. Jan. Die Anklage gegen das Ministerium Salamanca begreift 4 Punkte. Der erste ist von einer Begünstigung der Aktiengesellschaft hergenommen, welche den Bau einer Eisenbahn von Madrid nach Aranjuez betreibt. Die Bank des h. Ferdinand hat dieser Gesellschaft einen Kredit von 20 Mill. Realen eröffnet, für welchen Hr. Salamanca im Namen des Staates die allerdings etwas bedenkliche Bürgschaft übernommen. Der zweite Anklagepunkt besteht darin, daß das Ministerium Salamanca einer Schmuggelgesellschaft in Alicante eine Geldstrafe von mehr als 5 Mill. erlassen, der sie durch richterlichen Spruch verfallen war. Drittens wird dem vorigen Kabinet vorgeworfen, die rückständigen Forderungen der Civilliste und des königlichen Hauses überhaupt an den Staatsschatz, im Belaufe von 150 Mill. Realen, in dreiprocentige Renten verwandelt und dabei für eigene Rechnung einen Gewinn von 25 Mill. gemacht zu haben. Viertens endlich macht man dem Ministerium einen Vorwurf daraus, daß es von dem Bankier Buschenthal, mit welchem die Regierung einen Vertrag über den Bau von Staatsschiffen abgeschlossen, statt der ausbedungenen Bürgschaft in baarem Gelde — 10 Mill. Realen — Papier bis zum Belauf dieser Summe angenommen und Quittung wie über baares Geld ausgestellt habe.

Wie weit Hrn. Salamanca und seine weiland Kollegen bei diesen Vorgängen eine wirkliche Schuld trifft, darüber ist es sehr schwer, sich eine bestimmte Ansicht zu bilden, und der wahre Sachverhalt wird auch wohl kaum jemals mit Sicherheit ermittelt werden. Soviel darf man getrost sagen, daß die Leidenschaftlosigkeit der Moderados, der geschworenen Feinde Salamanca's, ebenso unwahrscheinlich ist, als die Gewissenhaftigkeit irgend eines Finanzministers, den Spanien seit einer langen Reihe von Jahren gehabt hat.

In der heutigen Kongreßsitzung wurde der Antrag auf Anklage des Ministeriums Salamanca mit 128 gegen 39 Stimmen zur weitern Berathung an die Abtheilungen verwiesen. Das Kabinet hat vergebens seinen ganzen Einfluß aufgeboten, um diesen Schritt zu verhindern, von dem es schweren Skandal befürchtet. Die Ultramoderados, vereinigt mit den Exaltirten, die natürlich den Skandal suchen, behielten die Oberhand über die eigentlich ministerielle Partei.

Narvaez, seiner eigenen Anhänger ungewiß, scheint die Allianz Espartero's eifrig zu suchen.

## Italien.

Florenz. Die Gazzetta di Firenze vom 8. Jan. druckt selber die aufrührerische Proklamation von Livorno ab, die wir gestern erwähnt haben, ein Beweis, daß das officielle Blatt dem Aktenstück keine gefährliche und ansteckende Kraft zutraut. Ein großherzogliches Motuproprio vom 7. Januar mahnt zum Vertrauen, schlägt die Besorgnisse vor auswärtigen Gefahren nieder und verschert, der Großherzog sei fest entschlossen, die begonnenen Reformen zu vollenden.

Turin. Die Gazzetta Piemontese vom 10. Januar bringt ein königliches Edikt über die Verwaltung der Gemeinden und Provinzen, welches sich an die neuen Reformeinrichtungen anschließt. Dasselbe Blatt vom 11. theilt ebenfalls die Livorneser Proklamation ohne Bedenken mit, ein erfreulicher Beweis, daß man die Gefahr und das Gewicht des Anfangs nicht überschätzt.

Digitized by Google

## Amerika.

Der New-Yorker Herald enthält ein Schreiben aus Washington vom 21. Decbr., wonach zwischen Palmerston und dem nordamerikanischen Gesandten in London, Hrn. Bancroft, über die Abschaffung der bestehenden englischen Schiffahrtsgesetze Unterhandlungen gepflogen werden. Im Nov. bei Hr. Banecroft den Viscount Palmerston um Auskunft, ob die englische Regierung in ein System vollkommener Gegenseitigkeit zu willigen geneigt sei, wonach die Schiffe des einen Landes, in welchem Hafen der Welt sie auch ausgerüstet worden, mit jedem Hafen der andern Nation, sei es ein Landes- oder Kolonial-Hafen, in freiem Handelsverkehr stehen dürften. Viscount Palmerston erwiderte nach Verlauf einiger Wochen: die Minister möchten zwar der Königin eine solche Aenderung des Handelssystems nicht anrathen, ohne daß das Parlament sie gutheiße, sobald dieses jedoch wieder zusammentrete, werde ihm eine Maßregel vorgeschlagen werden, welche den in Hrn. Bancrofts Zuschrift entwickelten Gesichtspunkten vollkommen entsprechen werde. Der New-Yorker Herald hebt hervor: wie eine solche Maßregel den nordamerikanischen Kaufleuten den ihnen bis jetzt verschlossenen, so einträglichen Handel nach Ost- und Westindien und den übrigen großbritannischen Kolonien öffnen werde, wie alle europäischen Nationen dem von England gegebenen Beispiel folgen würden, und wie der zwischen Hannover und den Ver. Staaten abgeschlossene Handelsvertrag in nicht geringem Maße dazu beigetragen habe, die britische Regierung einer solchen klugen Maßregel geneigt zu machen.

Mexiko ist das Land der Gerüchte. Während Einige Santa Anna an der Spitze eines Heeres von 18,000 Mann stehen lassen, versichern Andere, daß er nicht so viel Hunderte unter seinem Befehle habe. Unglaublich klang die Nachricht, daß General Scott, aus überzarter Rücksicht gegen die mexikanische Friedenspartei, die beiden beliebten Generale Worth und Pillow habe verhaften lassen, weil sie sich über den mexikanischen General Bustamente (der mit einigen Tausenden bei Guanajuato steht) ungünstig geäußert hätten. Von andern Seiten heißt es, daß sie in ihrer Mißvorstimmung das Verfahren des Generals Scott selbst einer scharfen Kritik unterwerfen. Aber auch in diesem Falle erschiene diese Maßregel unklug genug, wohl noch unklüger, und da sich schwerlich annehmen läßt, daß sich beide Generale und Oberst Duncan in eine Verschwörung gegen den Oberfeldherrn und in ein Einverständniß mit dem Feinde eingelassen, fühlt man sich versucht, die ganze Erzählung für eine Fabel anzusehen. Jedenfalls muß man den Ver. Staaten wünschen, daß es ihnen gelingt, sobald als möglich mit Mexiko ein Abkommen zu treffen. Diese militärische Wirthschaft kann für die Dauer den Ver. Staaten nicht zum Vortheil gereichen.

## Handels- und Börsennachrichten.

Vereinigte Staaten von Nordamerika. Dem Bericht des Schatzsekretärs zufolge betrug die Einfuhr im letzten Fiskaljahr bis zum 30. Juni 1847 den Werth von 146,545,638 Doll., wovon ausgeführt wurde im Werth von 8,011,158 Doll., so daß 138,534,480 D. im Lande verblieben. Der Werth der Ausfuhr für dieselbe Periode betrug 158,648,622 D., davon für 150,637,464 D. an inländischen Erzeugnissen, und 8,011,158 D. an fremden Artikeln. Die Einnahmen des Schatzes betrugen bis dahin 26,346,790 D. 37 C., davon für Zolleinnahmen 23,747,846 D. 66 C., für Landverkauf 2,498,335 D. 20 C. und für vermischte Einnahmequellen 100,570 D. 51 C. Das letzte Fiskaljahr, während dessen diese Einnahmen stattfanden, umfaßt fünf Monate während der Gültigkeit des Tarifs von 1842 und sieben Monate während des Tarifs von 1846. In der ersten Periode sind an Zolleinnahmen 7,842,306 D. 90 C. und während der letzten 15,905,557 D. 76 C. eingegangen. Die Netteroinnahme während des mit dem 1. Dec. 1846 eingetretenen Jahrs unter dem Tarif von 1842 war 22,971,403 D. 10 C. und die Netteroinnahme die im 1. Dec. 1847, also im ersten Jahr unter dem Tarif von 1846, war nahe 31,500,000 D., also ein Zuwachs an Einnahme über die unter dem frühern Tarif von mehr als 8,500,000 D. Die Ausgaben während des Fiskaljahrs bis Ende Juniod betrugen 59,451,177 D. 63 C., davon 3,522,082 D. 37 C. zur Zahlung von Kapital und Zinsen der öffentlichen Schuld, einschließlich von eingelösten nicht fundirten Schatzscheinen. Außer der Zahlung der öffentlichen Schuld betrugen die Ausgaben 55,929,095 D. 26 C. Nach vorläufiger Schätzung werden die Einnahmen des nächste Fiskaljahr bis zum 30 Jun. 1848, einschließlich des Ueberschusses vom Julius letzten Jahrs, 42,866,545 D. 80 C. betragen, wovon die Zolleinnahme auf 31,000,000 D. angeschlagen wird, für Ländervertauf 3,500,000 D., für zufällige Einnahmen 400,000 D., einschließlich der Verbleigerungen auf Betrieb des Schatzamtsamts, und 6,285,294 D. 50 C. für bereits gesetzlich verfügte Anleihen, welche nebst dem Ueberschuß vom vorhergehenden Jahr diese Summe ausmachen. Die Ausgaben für das nächste Fiskaljahr, wenn kein Friede mit Mexiko geschlossen wäre und die Armee, wie vorgeschlagen, vermehrt werden müßte, werden einschließlich der zu bewendigen Abzahlung von Kapital und Interessen der öffentlichen Schuld und Einlösung von Schatzscheinen die 58,615,660 D. 70 C. betragen. Am 1. d. M. betrug die ungetilgte Summe der öffentlichen Schatzscheine, 45,659,659 D. 40 C. Die am 4. März 1845 fällige Schuld, einschließlich der Schatzscheine, war 17,788,799 D. 62 C., uno folglich beträgt die Zunahme der öffentlichen Schuld seitdem 27,870,859 D. 78 C. Von dem durch den Akt vom 28 Jan. 1847 verfügten Anlehen von 23 Mill. wurde die Summe von fünf Mill. an öffentliche Gläubiger ausgezahlt oder zum sollen Kurs gegen Baargeld eingewechselt; die übrigen achtzehn Millionen wurden an den Meistbietenden erst unter Pari durch eine Bekanntmachung des Schatzsecretariemts ausgeboten, welche vom 9. Feb. bis 10. April 1847 veröffentlicht ward, worauf solche mehreren Meistbietenden zu Prämien von einem Zehtel bis zu zwei Prozent über Pari überlassen wurden. Die Prämien wurden in den Schatz gezahlt, und die angewiesene Summe baar sogleich in den Schatz niedergelegt, sobald irgend die Regierung dessen bedürftigt war. Um die Ausgaben für den Rest dieses Jahrs und für nächstes Fiskaljahr, das mit dem 30. Jun. 1849 endigt, zu bestreiten, wird ein weiteres Anlehen zur Unterstützung der gewöhnlichen Ausgaben der Regierung nöthig werden. Bei einem Ueberschuß im Schatz wird das Anlehen für dieses Fiskaljahr etwa 18,500,000 D. betragen. Solche die Zollanklage auf Thee und Kaffee und die Preisbestimmung dem öffentlichen Landverkauf-Gesetz gemäß, wie es jetzt besteht, werden jedoch nicht gestatten, daß diese Anleihe sich siebenzehn Millionen erhebt werden. Durch Erhebung von Kriegsbeitributionen in Mexiko würde eine weitere Redaktion stattfinden, wenn daher die zweckmäßigsten Maßregeln eingetreten werden. Die zweckmäßige Anleihe sollte unter günstigen Bedingungen, wie die von 18. Jan. 1847 bewilligte verliehen werden.

Frankfurt, 16 Jan. Oesterr. Met. 103 ¾ G. 2½% 51¾. Bankaktien pro mit. 1936 ¾. — 500 fl. Lose von 1834 155½ 250 fl. Loose von 1839 112 G. Preuß. Kur-Mainzer 93 ¾ 92¾ G. — Bairn. Ludwigs-Berbach 85¾ ¾ 85¾ G. Würtemberg. 3½% Oblig. 88¾ G. — Geldsorten: Neue Louisd'or 11 fl. 6 kr. — Src'or 9 fl. 47 kr. — Dito Preuß. 9 fl. 54 kr. — Holl. 10 fl. Stücke 9 fl. 58 kr. Mand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 30 kr. Engl. Souvereigns 12 fl. — kr. — Laubthaler ganze 2 fl. 43¼ — Preußische Thaler 1 fl. 44⅞ kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Berlin, 13. Jan. 3½% Staats-Sch. 92¼ Prämien-Scheine 91¼ Poln. Loose 500 fl. 79¾ — ditto 300 fl. 100 Ludwigs-Berbach — Frz.-W.-Nordb. 57½ — Köln-Minden 93¾.

Wien, 11. Jan. 5% Met. 104¼ — Bankaktien — 1563 500 fl. Loose 156½ 250 ditto 112¾ — Nordbahn 140⅛ — Wien-Gloggnitz III — Mailan-Venedig 88¾.

Amsterdam, 13. Jan. 2½% Intergeale 55⅛ 4% von 1844 83¾ 3% ditto — 4% Russ. bei Hope — — ditto bei Stieglitz — 5% Span. Active 14⅛ 3% ditto Inländ. 25¼ — 4% Portugiesische 28¼ 2½% Ditto. Met —

Paris, 14. Jan. 3% 74 f. 55. 5% 116 f. 60. Bankaktien —

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[36]

**Einladung.**

Kein öffentliches Blatt liefert die Verhandlungen des badischen Landtages ausführlicher und schneller als der mit der täglich erscheinenden

**Mannheimer Abendzeitung**

und den „Rheinischen Blättern" in besondern schön ausgestatteten Beilagen gratis ausgegebene

**Landtagsbericht.**

Wir erinnern hieran besonders, da sonden die vom Abg. Mathy bisher herausgegebene „Landtagszeitung" in ihrer letzten Nummer ihr Aufhören angekündigt hat.

Die Mannheimer Abendzeitung „mit ihren Unterhaltungsblättern und dem „Landtagsberichte" kostet halbjährlich in ganz Baden fünf Gulden, wozu außerhalb des Großherzogthums noch ein Postaufschlag kommt.

Da der Abonnementspreis der aufsterbenen „Landtagszeitung" wieder herausbezahlt werden soll, so sind zu dieser herauszugebenden Summe nur dreißig Kreuzer weiter zu zahlen, um das vollständige halbjährige Abonnement auf die „Abendzeitung" mit ihrem „Landtagsberichte" zu erhalten.

Wir bitten um baldige Bestellung. — Mannheim, 15. Jan. 1848.

Verlag und Redaktion
J. P. Grohe.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Emer u. Komp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeischen Länder vermittelnd sich an H. B. Revenier Etranger 29 Boulevards, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverbindung besorgt das Großh. Gen. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10, durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 24 fr. Für Ankündigungen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 19. Heidelberg, Mittwoch 19. Januar 1848.

## Uebersicht.

**Die Politik in der Schweiz** (nach den von Guizot vorgelegten Aktenstücken). — **Wien** (allgemeines Gewerbegesetz). **Berlin** (der Strafgesetzentwurf). **Provinz Sachsen** (Krakrügge). **Von der Ifar** (Baiern und die Schweiz). **Baireuth** (Feuersbrünste). **Karlsruhe** (ständische Verhandlungen). **Vom Neckar** (die badischen Fabriken). **Kassel** (Kammerverhandlungen). **Vom Untermain** (Verfassungsstreue der Hanauer). **Darmstadt** (Jany nicht in der Kammer). **Homburg** (fürstliches Heirathsprojekt). **Frankfurt** (der Turnverein).

**Schweiz. Berlin.** Angebliche Rede des Hrn. Druey. **Luzern.** Intoleranz. Gericht von einer neuen Note der Mächte. **Niederland.** Das Handelsblad über die Lage des Landes. Das Armenwesen.

**Großbritannien.** Die Times über die neue Note der Mächte und die Gewaltthätigkeiten der Schweizer Radikalen. Blutige Kämpfe auf Neuseeland. Die Kommission zur Untersuchung der Handelskrise (Forts.).

**Frankreich.** Montalembert's Rede. Sitzung der Pairskammer am 15. Abdel-Kader in Fort Lamalgue. — **Spanien.** Ehpartero am Hofe. — **Italien. Mailand.** Deutscher Rath an die Lombarden.

**Rußland.** Massenbewegungen in den Gouvernements Witepsk und Smolensk. Ermordungen von Adeligen. Eine merkwürdige Dienstentlassung. Das Uebereinkommen zwischen Rußland und dem Papste.

**Handel. Frankfurt.** Börsennachrichten. **Offenbach.** Fallissent.

**Beilage. Mailand.** Der Zustand und die Bedürfnisse des lombardischen Königreichs. **Pisa.** Thronwechsel der Universitäten an den neuen Entwicklungen. Die freisinnige Zeitungspresse.

### Heidelberg, 19. Januar.

Der Oeffentlichkeit parlamentarischer Verhandlungen haben wir es zu danken, daß die diplomatischen Urkunden der Zeitgeschichte nicht mehr für spätе Generationen aufbewahrt werden, sondern daß es den Zeitgenossen schon vergönnt ist, in das Kulissenspiel der großen Politik hineinzuschauen. Die Schweizer Verwicklungen sind noch nicht zu Ende und schon liegt ein Stoß diplomatischer Aktenstücke vor uns, welche die geheime Geschichte des jüngst abgelaufenen Stadiums, den Antheil der großen Politik daran und das Verhältniß der europäischen Mächte zur Schweizerfrage beleuchten. Nicht als wenn die zweideutigen Depeschen, die Guizot seiner Kammer vorzulegen für gut fand, alle Lücken ausfüllten oder jede unklare Stelle der hohen diplomatischen Politik, jeden geheimen, leisen Gang derselben einer indiskreten Oeffentlichkeit preisgäben, wir vermissen vielmehr die Noten, die Rußland über die Sache abgab, die Verhandlungen Guizot's mit dem Sonderbund und Aehnliches; allein gleichwohl muß man dem französischen Premierminister dankbar sein für die Vorlage der Aktenstücke, denn es gehörte doch einige Selbstverläugnung dazu, selbst einer so sichern Kammer gegenüber die unbequeme Prüfung und Beurtheilung herauszufordern.

Fassen wir das Ergebniß der Aktenstücke in einer geschichtlichen Uebersicht zusammen; für den Konflikt zwischen der Tagsatzung und dem Sonderbund ist ja die diplomatische Mitwirkung der großen Mächte zum Abschluß gelangt und deßhalb eine historische Betrachtung dieser jüngsten Vergangenheit in keinem Falle zu frühzeitig. Schon im Oktober 1846, unter dem Eindruck der Genfer Umwälzung, kam es zwischen Guizot und Metternich zu Verhandlungen über die Schweizer Angelegenheiten; Metternich drang auf eine Verständigung der großen Mächte, um die politischen Fragen der Schweiz zu lösen und den Verwicklungen, die noch weiter entstehen könnten, vorzubeugen. Die Möglichkeit einer Intervention wurde zwischen den Kabinetten von Wien und Paris schon damals verhandelt, und beide Staatsmänner, Metternich und Guizot, waren einig, daß dieselbe nothwendig werden könne, aber freilich erst, wenn der Bürgerkrieg anhaltend fortdauere, eine militärische Gewaltherrschaft ihren Druck übe und ein ansehnlicher Theil der Schweiz selbst sie verlange; daß die Intervention dann im gemeinsamen Einverständniß erfolgen müsse und sehr persönliche oder ehrgeizige Absicht der einzelnen Großmächte ihr fern bleibe, wurde als natürlich vorausgesetzt.

Die Frage war damals noch nicht praktisch; denn wegen des Genfer „Putsches", auch wenn dessen Bedeutung für eine Mehrheit in der Tagsatzung alle Erwägung verdiente, konnte man doch an eine Intervention nicht denken, höchstens an eine vorläufige Verständigung, zu der auch Guizot die Hand bot. Inzwischen brachte der Sommer des Jahres 1847, rascher als man in den Kabineten erwartet hatte, die gefürchtete Entscheidung; die Hoffnung auf St. Gallen täuschte, und die gesetzliche Majorität gegen den Sonderbund war nun vorhanden. Unter dem Eindruck dieser Wendung der Dinge machte Metternich um Mitte Juni Eröffnungen, die den ernsten und festen Willen verriethen, in der Schweiz zu intervenieren. „Die Mehrheit", lautete Metternich's Erwägung, „wird nun die Auflösung des Sonderbunds und die Vertreibung der Jesuiten beschließen, die bewaffnete Exekution wird nicht auf sich warten lassen; denn wenn die Tagsatzung nicht den Befehl dazu gäbe, so würden die Freischaaren sie übernehmen. Um dies abzuwenden, müssen die Mächte zur rechten Zeit, ehe ein Tagsatzungsbeschluß die eidgenössische Sache an den Radikalismus geknüpft hat, die Erklärung abgeben, daß sie eine Verletzung der Kantonalsouveränetät und eine Störung des Friedens durch Waffengewalt nicht dulden werden, komme dieselbe, woher sie wolle. Eine solche Erklärung, einstimmig und unzweideutig in dem Augenblick abgegeben, wo die Auflösung des Sonderbunds und die Ausweisung der Jesuiten auf die Tagesordnung gesetzt wird, kann ihren Zweck nicht verfehlen; es werden sich keine zwölf Stimmen für den Krieg finden, wenn Europa erklärt hat, daß es denselben nicht dulden werde."

Man wird dieser Erklärung Metternich's Klarheit und Konsequenz nicht absprechen können; sie ist der Ausdruck einer Politik, die zumal im Augenblick der gegenwärtigen Krisis ein kühnes und gewagtes Spiel spielt, die aber weiß, was sie will, die offen und unumwunden für die Sache der Reaktion den Fehdehandschuh hinwirft. Eben weil es ihr damit Ernst ist, will sie keine Zögerungen, sie spricht sich nicht dafür aus, das unbequeme England beizuziehen, sie will energische Erklärungen abgeben, und zwar in dem Momente abgeben, wo überhaupt Erklärungen noch Eindruck machen können, wo die Wirkung von Worten noch nicht von der Nachheit der Thatsachen überholt ist. Anders Guizot; er möchte gern den Gang der Ereignisse hemmen, aber mit so entschiedenen und und unverbrüchlichen Mitteln mag er es nicht wagen. Jetzt tauchen ihm auf einmal alle Bedenken auf, er findet in dem Vorschlag Metternich's den Anfang einer bewaffneten Intervention, er hält eine so laute Drohung bei dem lebhaften Nationalgefühl der Schweizer für sehr gefährlich und verschanzt sich hinter seine früheren, freilich sehr vagen und eigentlich unverbindlichen Erklärungen. Um aber doch Etwas zu thun, schreibt er jenen vielbesprochenen offenen Brief an **Bois-le-Comte** (vom 2. Juli), der mit der Eröffnung der Tagsatzung zusammenfiel und die Stellung der französischen Diplomatie gleich Anfangs unmöglich machte. Man wird hier an der staatsmännischen Freiheit Guizot's wirklich irre; statt entweder jede Einmischung von der Hand zu weisen oder mit Oesterreich laut und entschieden zu drohen, gibt er eine Erklärung ab, die alle aufreizenden und erbitternden Wirkungen einer solchen Drohung üben mußte, ohne doch den einschüchternden Effekt zu machen. Guizot hatte sich — und wir berufen uns auf den noch frischen Eindruck jenes Schrittes — auf dauerliche Weise kompromittirt, seinen Diplomaten unhaltbar gemacht, und das Alles ohne Noth und ohne Lohn. Er ließ geschehen, was Metternich hatte hindern wollen, er ließ den Beschluß vom 20. Juli fassen, und während die öster-

Digitized by Google

reichische Diplomatie sich schmeichelnd zurückzog, hielt sein diplomatischer Vertreter eine Rolle, deren Dramatik nur durch den Eindruck des Lächerlichen überboten ward.

Aber freilich Guizot war nicht unthätig, wenigstens beim Sonderbund nicht, und was hier verhandelt ward, zwischen Bern und Luzern oder Paris und Luzern, das könnte vielleicht, wenn es veröffentlicht würde, den innern Zusammenhang der französischen Politik vollständiger beleuchten, als es durch die vorgelegten Aktenstücke geschieht; ob aber der französische Minister auch hier so freigebig sein und seine Verhandlungen mit Siegwart Müller und B. Meier der Oeffentlichkeit übergeben wird, das wagen wir vor der Hand nicht zu entscheiden. Inzwischen wurde Guizot von den Ereignissen überholt; während er unter der Decke spielte und Metternich's energische Schritte auftrieb, kam die vertagte Tagsatzung von Neuem zusammen, waren die Instruktionen für bewaffnete Verletzung fertig geworden, scheiterten die letzten Vermittlungsversuche am Ende Oktober, wurde die Exekution beschlossen und jener von Metternich befürchtete Fall, dem er um jeden Preis vorbeugen wollte, war eingetreten: „die Sache der Eidgenossenschaft war mit dem Radikalismus eng verknüpft."

Jetzt erließ Guizot am 4. Nov. sein Rundschreiben an die vier Höfe; jetzt erklärte er den Moment für geeignet, die diplomatische Vermittlung eintreten zu lassen. Was sein Entwurf über die völkerrechtlichen Verhältnisse der Eidgenossenschaft ausspricht, das ist so oft und viel besprochen und verhandelt, es sind den diplomatischen Deutungen so unzweideutige Erklärungen der Mächte vom Jahr 1815 entgegengestellt worden, daß wir darüber kein Wort mehr verlieren. Aber die Frage sollte man an Guizot stellen, ob er ernstlich und aufrichtig glaubte, mit der Behauptung, der Ausbruch des Kampfes endinde die Mächte von ihren eingegangenen Verbindlichkeiten gegen die Schweiz, oder mit dem Anerbieten, die Jesuitenfache dem Papst, die Sonderbundsangelegenheit den Mächten zur Vermittlung zu überlassen, sei damals, am 4. Nov., noch Irgendetwas zu erreichen gewesen? Ob er ernstlich hoffte, mit Schritten, die nicht schreckten, wohl aber das ganze nationale Selbstgefühl herausforderten, die für gewaltsames Einschreiten zu mild, für friedlichen und freundschen Rath zu stark waren, noch irgendeinen Eindruck zu machen? Selbst in der letzten dünnen Form eines friedlichen Einverständnisses in der Schweiz zerrissen waren und nur zwischen legaler Exekution und zwischen Freischaarenzügen die Wahl blieb? Wir trauen Guizot zu viel Scharfsinn zu, als daß wir glaubten, er selber habe von seinen diplomatischen Halbheiten viel Wirkung erwartet; wohl mochte er auf andere unerwartete Eventualitäten rechnen und von dem Widerstand des Sonderbunds günstigere Erwartungen hegen, aber daß er die aufrichtige Hoffnung gehabt hätte, ein diplomatisches Cirkular, das weder kalt noch warm war, hätte den schon aufgehobenen bewaffneten Arm der Parteien aufhalten können, davon können wir uns nun und nimmer überzeugen. So schien auch Metternich die Dinge anzusehen; er war zu Allem bereit, was entschieden und unumwunden war: „die Festigkeit und Strenge im Tone sollte der Note einen entschiedenden Charakter geben, es sollte in der bestimmtesten Weise die ungekränkte Wahrung der Kantonalsouveränetät, es sollte jede Bundesreform, die nicht mit Stimmeneinhelligkeit erfolge, gleich jetzt entschieden abgewiesen werden. Alles das sollte aber schnell geschehen; lieber nur vier oder drei Mächte, nur damit die rasche Annahme seinen Anschub erleide" (Note Flahault's vom 11. Nov.). Seine Politik war konsequent und offen wie zuvor.

Und Lord Palmerston? In der That, man kann sich einer Lächelnd nicht erwehren, wenn man seine Note (er gibt erst am 16. Nov. Antwort!) mit dem Guizot'schen Rundschreiben vergleicht. Es ist eine schöne Sache um diplomatische Höflichkeit; mit wirklich Eifer rühmt der edle Lord den hohen Werth, den er auf Frankreichs Freundschaft lege, wie treuherzig bestätigt er die herzliche (cordialement) Aufnahme des französischen Vorschlags, und wie fein widerlegt er den ganzen Guizot'schen Entwurf, so daß auch kein Zug mehr davon übrig bleibt. Lord Palmerston holt weit aus, er spricht über die Berechtigung des Sonderbunds, hält ein beredtes Plaidoyer gegen die Jesuiten, er will deren augenblickliche Entfernung, ebenso die Auflösung des Sonderbunds gegen eine Garantie der Kantonalselbständigkeit, dann wohl einen Waffenstillstand der kämpfenden Parteien, auch im Nothfalle eine Konferenz, aber nicht in Baden, sondern in London, und meint, in die innern Bundesangelegenheiten und deren Reform habe sich keine von den Mächten einzumischen. Kurz, die englischen Vorschläge sind trotz der feinen, verbindlichen Form eine vollständige Aufhebung der französischen. Lord Palmerston will, was die zwölf Stimmen der Tagsatzung längst gewollt hatten, von einer ernsten und drohenden Anspracht ist auch gar nicht die Rede — und der große Staatsmann an der Seine sollte nicht gemerkt haben, daß sein Freund an der Themse temporisiren, ihn hinhalten wollte, bis die Ereignisse alle diplomatische Vermittlung überflüssig gemacht hatten?!

Wenn es Guizot Ernst war mit entschiedenen Schritten, so mußte er hier der Worte Metternichs gedenken: Lieber nur zu viel oder auch zu drei, als daß es zu spät wird! Aber nein, er ließ sich in Diskussion ein; es ging eine Depesche über den Kanal, um Palmerston zu widerlegen, der Herzog von Broglie hatte eine lange Unterredung mit dem edlen Lord, um ihn gründlich zu bekehren. Es ist rührend zu lesen, wie leicht sich der englische Staatsmann von dem französischen Gesandten überzeugen ließ, wie wenig Mühe er sich gab, die Einwände des Gegners aus dem Feld zu schlagen, es ist doppelt rührend, wenn man zugleich sieht, wie eifrig er die Einigkeit aller fünf Mächte wünscht, damit zu noch recht kräftig nach Wien und Petersburg geschrieben werden mußte! Das Datum dieser Unterredung macht Palmerston's Nachgiebigkeit sehr begreiflich; war es doch der 20. Nov., acht Tage nach der Einnahme von Freiburg, drei Tage vor dem Fall von Luzern! So kommt denn endlich jene berühmte Cirkularnote zu Stande, die den ernsten Ereignissen in komischer Weise nachhinkt, mit der auch Palmerston einverstanden ist, denn sie ist farblos genug und kommt aller Verantwortlichkeit nach zu einer Zeit nach Bern, wo kein Sonderbund, kein Bürgerkrieg, keine Jesuiten mehr in der Schweiz existiren. Der Eindruck dieses diplomatischen Schrittes ist noch in so frischer Erinnerung, daß wir Nichts darüber hinzuzufügen brauchen; jene plastische Scene, wie der französische Geschäftsträger den todten Sonderbund auffuchen läßt, hat die Heiterkeit von ganz Europa erregt und das diplomatische Renommée des Grafen Boisle-Comte für lange Zeit gründlich kompromittirt. Freilich hatte auch Hr. Peel jene Cirkularnote in Bereitschaft, aber er war vorsichtiger, behielt sie in der Tasche und verzichtete auf die undankbare Arbeit, das caput mortuum des Sonderbundes durch mühsame Entdeckungsfahrten aufzusuchen.

Lord Palmerston hatte am 5. Dec., also beinahe in denselben Stunden, wo die Cirkularnote in Bern übergeben ward, mit dem Herzog von Broglie eine Konferenz, die den merkwürdigen Schluß der Aktenstücke bildet. Gedultig läßt sich der edle Lord eine Vorlesung halten über den Begriff der „Neutralität und Unverletzlichkeit" der Schweiz, geduldig die Erklärungen der Mächte von 1815 durch den französischen Diplomaten erläutern; er hat kaum ein paar Worte der Entgegnung, aber diese paar Worte beden alle Angestandnisse wieder auf, die Guizot seinem jähen Gegner glaubte abgerungen zu haben. Ich glaube, wirft er leicht hin, unsere Vermittlung wird von den Ereignissen überholt; wenn es keinen Sonderbund mehr gibt, sagt er später bei, so ist der Vermittelung weg. Auf die gelehrte Auseinandersetzung des französischen Gesandten, daß die Schweiz kein Asyl für gährende Elemente werden dürfe, bemerkt der Lord trocken: Gewiß, wenn die Schweiz angreifend verfährt, muß sie die Folgen davon tragen, und wie Broglie beweisen will, daß der Hilferuf der „Unterdrückten" in der Schweiz an das Ausland von diesem gehört werden müsse, fällt Palmerston ein: Gewiß, aber die Heilmittel müssen dem Uebel nicht vorausgehen!

Größer und empfindlicher ist unseres Wissens die französische Politik von der britischen nie zum Besten gehalten worden; aber Guizot nahm es hin und huldigte, getreu der Politik seines Herrn, auch dies Mal dem Grundsatz der vollendeten Thatsachen. Die deutschen Mächte nahmen die Sache ernstlicher; sie schickten Abgeordnete nach Paris, die dort eine Politik von Grundsatz und Konsequenz zu finden hofften, aber Nichts als eine Staatskunst der Routine fanden. Statt der entschiedenen Oeffnung, die sie erwarteten, mußten sie eine unbedeutende Phrase der Thronrede anhören; statt der herzlichen Aufnahme mußten sie fühlen, wie sie dem französischen Premierminister unbequeme Gäste seien.

So liegt diese Vermittelungsgeschichte nach den angegebenen Aktenstücken. Fürst Metternich will gleich Anfangs energische drohende Schritte, seine Politik ist die der offenen, unverhohlenen Reaktion; er wird von Guizot daran gehindert. Guizot beschwichtigt und zögert bis die ersten kostbaren Momente vorüber sind, er läßt interessen durch Boisle Comte hinter den Kulissen ein Spiel spielen, worüber seine Aktenstücke freilich keinen Aufschluß geben, er geberdet sich dann sehr energisch — in Worten, als die Dinge der Ent-

Digitized by Google

scheidung nahe kommen, er läßt sich von Palmerston Wochen lang herumschleppen in einer Zeit, wo die Stunden ihren Werth hatten, fügt sich dann stumm den Ereignissen, bittt sich mit einer leeren Phrase über die Vergangenheit weg und findet es sehr unbequem, daß Oesterreich und Preußen die Sache ernstlich nehmen und den einmal angesponnenen Faden nicht so rasch wollen fallen lassen. War es ihm doch nur darum zu thun, der Politik der heiligen Allianz um etwas näher zu kommen, sich in Wien, Berlin und St. Petersburg neue Freunde zu werben, durch einen scheinbaren Feuereifer für die reaktionäre Sache, — aber ein offenes und kühnes Spiel zu wagen, den Worten Nachdruck zu geben durch Handlungen, dazu fehlte es entweder ihm an Muth oder dem höhern Willen, der über ihm stand, an Neigung.

Man könnte ärgerlich werden über die derbe Art, womit Lord Palmerston seinen Freund Guizot abfährt, man könnte in dieser Zopperei mehr John Bullsche Pfiffigkeit als staatsmännische Feinheit finden — wenn nicht eben alle Empfindungen zurückgedrängt würden durch den Eindruck der muth- und grundsatzlosen, doppelsinnigen und unzuverlässigen Politik der französischen Regierung. In der Kammer der Abgeordneten wird auch dieser Theil der auswärtigen Politik wie alles Andere durch eine willige Majorität seine Billigung finden; ob aber die deutschen Großmächte nach solchen Erfahrungen noch Lust haben werden, ihre auswärtige Politik in Guizots Hände zu legen, das möchten wir bezweifeln. Vielleicht bietet er noch ein Mal die Hand zu einer papiernen Schanze, zu einer Note wie die vom 30. Nov.; wenns es aber Ernst werden sollte, wird der französische Staatsmann rasch den Kopf aus der Schlinge ziehen und die Verantwortlichkeit wie die Ausführung seinen Verbündeten dieseit des Rheines überlassen.

**Oesterreich.** Wien, 12. Jan. Eine lange erwartete, schon in den frühern Regierungsjahren des höchstsel. Kaisers Franz anbefohlene Verwaltungsmaßregel, ein allgemeines Industrie- und Gewerbegesetz für die Erbländer, steht nun ihrer baldigen Verwirklichung entgegen. (C. Bl.)

**Preußen.** ☽ Berlin, 12. Jan. Wenn man an dem preuß. Strafgesetzentwurfe, welcher so eben der ständischen Begutachtung vorgelegt werden soll, mit einiger Genugthuung Einsicht nimmt und Kürze und insofern auch ein kühnes Eingehen auf die von der neueren Rechtswissenschaft gewonnenen Resultate rühmen muß, als er dem richterlichen Ermessen meist nur durch Maxima der Strafzumessungen Schranken setzt und den milderen Ansichten unsres Zeitalters über Zurechnungsfähigkeit Raum gibt — so kann man nicht dieselbe Zufriedenheit auch hinsichtlich desjenigen Theiles des Entwurfes aussprechen, welcher durch positive Bestimmungen und unmittelbar in das politische Gebiet unsres nationellen Lebens eingreift. Von welcher Wichtigkeit sind aber diese Bestimmungen für die Entwicklung von Volk und Staat? Weil ein Jeder die Bedeutung derselben fühlt, ein Jeder mit Klarheit erkennt, daß sein eignes Selbst durch irgend einen andern Akt der Gesetzgebung kaum in größerem Maße berührt werden kann, so richtet man grade in diesem Punkte auf die Thätigkeit des Ver. Ausschusses seine Theilnahme in einem Grade, wie dieser unter andern Umständen bei der geringen Sympathie, welche jene Körperschaft sonst im Volke zu finden das Glück hat, nicht leicht möglich gewesen wäre. Möchten diejenigen Ständemitglieder, welche mit ihrer Ueberzeugung eine Mitwirksamkeit in dem Ver. Ausschusse nicht im Widerspruch hielten, von wahrer Vaterlandsliebe und politischer Ueberleuchtung so durchdrungen sein, daß sie durch ihr Gutachten die wirksame und ungehörige Fortentwicklung des Volkes sicherstellen! Möchten sie ihre Aufgabe in ihrer ganzen Bedeutsamkeit erfassen, möchte namentlich derjenige Theil der ständischen Versammlung, welcher seine Glücke mit einem an sich ehrenwerthen Vertrauen auf die „Gnade" des Landesherrn gefestet hält, die Erkenntniß jener politischen Wahrheit nicht von sich weisen, daß ein gesicherter, der Freiheiten des Volks Lust und Licht gewährender Rechtszustand eine unendlich festere Stütze des Thrones ist, als eine Verfassung, welche, ohne in dem fruchtbaren Boden der Gegenwart zu wurzeln, dem bloßen Wohlwollen ein schwankendes, allen Gefahren der augenblicklichen Eingebung ausgesetztes Dasein verdankt — „daß es zwar schön sei, sein Heil auf die Tugend und Gerechtigkeit der Menschen zu gründen, aber sicher, die Bahn dafür in die Gesetze zu legen!" — Nur mit wenigen Worten wollen wir anzudeuten versuchen, worin und der Entwurf jene Garantien, welche wir für eine gesunde Bewegung des Volksiebens verlangen, nicht zu gewähren scheint. In dieser Beziehung heben wir hervor, daß einmal die seit etwa einem Dezennium bestehenden Ausnahmegerichte für politische Verbrechen beibehalten, sodann die großen Rechte eines freien Volkes: Pressfreiheit, das Recht der freien Verbindung und Versammlung und das Petitionsrecht in keiner Weise gewährleistet oder auch nur eines Theiles ihrer bisherigen Fesseln entledigt worden sind. Was zunächst jene Ausnahmegerichte für politische Verbrechen betrifft, so ist wohl hinreichend bekannt geworden, daß seit dem Gesetze vom 25. April 1835 das Kammergericht in Berlin ausschließlich befugt ist, über Hochverrath und Landesverrath Recht zu sprechen; nicht minder bekannt dürfte sein, daß am Rhein auch die Mehrzahl der übrigen politischen Verbrechen der Kompetenz der Assisen und Zuchtpolizeigerichte entzogen und besondern Abtheilungen der Landgerichte bei ausgeschlossener Oeffentlichkeit übertragen worden sind. Dieser Zustand soll nach dem Entwurfe beibehalten werden. Es ist nicht nöthig, auf den Werth solcher Ausnahmegerichte näher einzugehen. Die Geschichte der englischen Sternkammer und ähnlicher Gerichtshöfe lehrt durch nur allzu traurige Beispiele, in wie geringem Maße sie das Vertrauen der Zeitgenossen zu verdienen wußten, wie sie vielmehr durch leidenschaftliche Verfolgungssucht nur Haß ernteten und den überschwellenden Strom der Volksentwicklung, statt ihn in seine Dämme zurück zu führen, in falsche Bahnen lenkten. Gar Mancher wird bei der Milde unserer Zeiten solche Gefahren für unmöglich halten. Wie aber, wenn bei steigender Erbitterung des Parteienkampfes die Leidenschaft an die Stelle der Milde tritt, der Zwiespalt der Menge selbst den Richter ergreift und den klaren Strahl seines Auges umschleiert — wird man dann immer noch dieselbe Ruhe des Urtheils erwarten, mit demselben Vertrauen seinem Spruche entgegensehen? Wenn aber eine gute Rechtspflege in dem Vertrauen des Volkes ihre vornehmste Stütze und Ermunterung findet, so gilt dies ganz besonders von denjenigen Gerichten, welche über politische Verbrechen zu entscheiden haben. Denn wo ist eine umfassendere Erwägung aller Verhältnisse nöthiger als dort? wo die Frage der Zurechnungsfähigkeit so schwierig zu beantworten, wie bei politischen Vergehungen, wo nur glühende Begeisterung für eine Idee mit all jugendlicher Unbesonnenheit oder einer ungebildeten Verblendung sich in öffentlichen Dingen vereint zu sein braucht, um den Strafgesetzen die getreusten Söhne des Vaterlands als Opfer zuzuführen? Daß irgend ein Ausnahmegericht dieses Vertrauen besitzen könne, dürfte in starken Zweifel gezogen werden; ob in Preußen — wo auf die in neuerer Zeit stark gesteigerte Unabhängigkeit des Richtere eine mit außerordentlicher Macht versehene Richterjury folgte, wo also bei politischen Prozessen selbst dem ordentlichen Richter kaum jenes Vertrauen zur Seite stehen würde — diese Zweifel minder gerechtfertigt sind, mag nach der nicht wegzuläugnenden Thatsache bemessen werden, daß die Ueberzeugung von den Vorzügen der Schwurgerichte, seitdem durch Einführung einer freieren Form des Gerichtsverfahrens auch dem Laien aus unmittelbarer Anschauung ein Urtheil über die Rechtspflege möglich wurde, mit jedem Tage entschiedener hervortritt. (Schluß folgt.)

Aus der Provinz Sachsen, 10. Jan. Krachzügge soll gegründete Hoffnung haben, daß ihm wenigstens die Hälfte seiner Stoafzeit auf dem Zuchthause Lichtenburg erlassen wird. Demnach würde er, falls jenes Gerücht sich bestätigen sollte, den 22. d. M. seiner Familie und seinen zahlreichen Freunden wiedergegeben werden. Die Theilnahme in unserer Provinz für diesen Volksfreund wächst je länger je mehr. (Mach. Z.)

Von der Ifar, 10. Jan. berichtet die Köln. Z.: Baiern scheint in Beziehung auf die deutschrichtigen Konferenzen der Großmächte über die Schweizerangelegenheiten eine besondere Stellung einnehmen zu wollen. Bekanntlich sind den Deutschland mit Preußen und Oesterreich bei der Konferenz vertreten, und der deutsche Bund hätte sich demnach nicht direkt bei derselben zu betheiligen. Es ist nun von Baiern der Vorschlag an die übrigen zum deutschen Bund gehörenden Staaten gemacht, im Namen aller einen eigenen Botschafter an die Konferenzen abzuordnen. Wie wissen nicht, wie weit der Vorschlag bereits Anklang gefunden hat; indessen wird er kaum verworfen werden.

**Baiern.** Baireuth, 14. Jan. Die hiesige Zeitung meldet von einem furchtbaren Brande in der Stadt Kemmat, welche bereits 190 Gebäude verzehrt habe. Auch Wimpfen am Neckar ist am 12. Jan. von einem ähnlichen Unglück heimgesucht worden; 25 Hausbalzungen mit 103 Personen haben durch die Feuersbrunst ihr Obdach verloren.

**Baden.** * Karlsruhe, 17. Jan. Heute wurden in der zweiten Kammer wieder mehrere Petitionen von allgemeinerem Interesse übergeben, z. B. um Aufhebung der Kaufacciſe, Einführung der Kapitalsteuer und Erhöhung der Grundsteuer von Waldungen; um Schutz

Digitized by Google

der Hanfindustrie; um eine allgemeine Katasteraufnahme (ein Entwurf ist der ersten Kammer bereits vorgelegt). Zu einer Beschwerde des Anwalts Torrent zu Waldshut bemerkte der Abg. Hecker, welcher sie übergab, daß man daraus entnehmen werde, wie ein Mann, dessen Ansichten von den herrschenden Regierungsansichten abweichen, einem merkwürdigen Verfolgungs- und Denunciationssystem unterliege, welches noch immer um sich greife. Der Abg. Zittel kündigte eine Motion auf Errichtung einer gemeinschaftlichen obersten Schul- und Studienbehörde unter Aufhebung der bestehenden getrennten Behörden (Oberstudienrath und Oberkirchenrathe, so weit sie als Schulbehörden handeln) an. — Das Justizministerium legte die allgemeine deutsche Wechselordnung nebst dem Einführungsedikt vor, und den begleitenden Vortrag des Minist.-Rath Brauer leitete Ministerialpräsident Treffurt mit einer kurzen Betrachtung über die guten Früchte des Zollvereins ein. In seinem ersten Entstehen sei der deutsche Zollverein nur von Wenigen gewürdigt, von Vielen verkannt, sogar angefeindet worden. Er habe sich aber Bahn gebrochen und Anerkennung verschafft, so daß seine heftigsten Gegner die wärmsten Vertheidiger geworden seien. So viel man auch noch von ihm erwarten möge, habe er doch schon Großes bewirkt, und nicht nur den materiellen Wohlstand Deutschlands, sondern, wie jede Handels- und Gewerbsthätigkeit, — den höheren Menschenzwecken gedient, indem er die deutschen Stämme mit engeren Bruderbanden umschlieg. Die Vernachlässigung des Gedankens engerer Verbrüderung hat sich in den schmachvollen Zeiten der Fremdherrschaft an der Nation gerächt; das Verdienst des Zollvereins ist es, diesem Gedanken neues Leben eingehaucht und ihn auf eine Bahn geleitet zu haben, wo er ohne Anfeindung des Bestehenden den reformirenden Fortschritt anbahnen konnte. Eine der schönsten Früchte, die allgemeine deutsche Wechselordnung, werde heute der Kammer überreicht. Die Bereitwilligkeit, die bekanntliche Ausdauer, womit die Sache fast von allen deutschen Regierungen gefördert worden, — Alles berechtige zu der Erwartung, daß der Entwurf einer allgemeinen deutschen Wechselordnung überall in Deutschland mit Bereitwilligkeit aufgenommen werde, und die Regierung wollte daher den Ständen so schnell als möglich Gelegenheit geben, zu diesem großen Nationalwerke mitzuwirken. Der Entwurf geht an die Abtheilungen; wir werden bei den Verhandlungen darauf zurückkommen. An die Stelle der heutigen Tagesordnung (Motion des Abg. Zentner auf ein allgemein deutsches bürgerliches Gesetzbuch) trat wegen Dringlichkeit der Sache die Vorlage in Betreff der Erhaltung der drei Fabriken. Der Präsident eröffnete, daß in der gestrigen Sitzung am letzten Samstag die Regierung ein Restript des Großherzogs mit Beilagen in diesem Betreff der Kammer vorgelegt habe. Die Vorschläge gehen im Wesentlichen dahin: daß bei jeder der drei Fabriken die nachbeschriebene Zinsgarantie nur für den Fall übernommen werde, daß zwischen den Inhabern und den Gläubigern ein den Fortbetrieb der Fabriken sichernder Borg- oder Nachlaßvergleich, den auch die Staatsregierung angemessen finde, zu Stande komme. Daß hiernach sämmtliche nicht durch Pfandrechte gesicherten Wechsel- und Kontokurrentgläubiger für den Betrag ihrer Forderungen Partialobligationen nach dem Nennwerth erhalten, worin die Gebäude u. s. w. zum Unterpfand eingesetzt werden. Daß den Inhabern dieser Papiere von den Fabriken in Eitlingen und Waghäusel in keinem Falle mehr als 4 Proz., von der Maschinenfabrik bei Karlsruhe mehr als 4½ Proz. Zinsen zugesichert werden. Was die Fabriken an Reingewinn jährlich mehr als diese Zinsen abwerfen, soll zur allmäligen Tilgung mittelst Auslosung der Partialobligationen verwendet werden. Die Aktionäre der Spinnerei und der Zuckerei haben keine Ansprüche, bis alle Partialobligationen eingelöst sein werden; der Inhaber der Maschinenfabrik, H. E. Kessler, kann bis dahin eine seinen häuslichen Bedürfnissen entsprechende Summe für sich beziehen. Wenn in einem Jahre die Fabriken nicht einmal den Zins ertragen sollten, so wird die Staatskasse den Inhabern der Partialobligationen das Fehlende auszeffirn und zwar: für die ersten fünf Jahre, was sie weniger als 4 Proz., in den zweiten fünf Jahren, was sie weniger als 3½, drittens vom 11.—15. Jahre, was sie weniger als 2½, Viertens vom Ertrage der Fabriken erhalten sollten. Diese Garantie erlischt auch vor Ablauf von 15 Jahren, wenn aus was immer für Gründen der Betrieb der Fabriken eingestellt, oder z. B. im Falle eines Krieges, um mehr als die Hälfte herabgesetzt würde. Die Regierung übt eine Kontrole des Betriebs hinsichtlich der Ergebnisse und wichtigeren Operationen, wie Berechnung des Reingewinnes, Vermehrung des Betriebsfonds, Schuldenaufnahme u. dgl. Kommt die Staatskasse in die Lage, zur Ergänzung des Zinsbetrags beizuschießen, so hat sie das Recht, in den folgenden Jahren, ohne daß Partialobligationen ausgelost werden, aus dem nach Zahlung der Zinsen übrigen Reingewinn das Zugeschossene sammt Zinsen zurückzufordern.

Der Präsident eröffnete ferner, daß sich die Kommission sogleich mit der Berathung der Vorlage beschäftigen werde, zuvor aber nach ihrem Antrage (dem die Kammer zustimmte) um 4 Mitglieder zu verstärken sei. Die in den Abtheilungen gewählte Kommission besteht aus den Abg. Bassermann, Metz, Weller, Siegle, Goll. Hierzu werden in der Kammer weiter ernannt: Mathy mit 30, Blankenhorn mit 25, Eyrenrer mit 22, v. Ihstein mit 21 Stimmen. (Nach ihnen hatten: Vogelmann 19, Kern 18, Dennig und Hecker 16 Stimmen erhalten). Die Kommission über das Reichsmünzgesetz wird ebenfalls um 4 Mitglieder verstärkt, die Gewählten sind: Reichenbach, Hetbing, Kern und Schefflen. — Die öffentliche Sitzung wurde hierauf geschlossen und die Kommission begann ihre Berathungen im Ständesaal, in Gegenwart sämmtlicher Mitglieder. Um die Erledigung der Sache zu beschleunigen werden die Verhandlungen der Kommission heute Nachmittag fortgesetzt werden.

*** Vom Neckar, 16. Jan. Der Plan, welchen Ihr Frankfurter Korrespondent zur Beschwörung der den drei größten Fabriken des Landes drohenden Krisis in No. 13 d. J. entwickelt, ist gleich Anfangs der Größe Staatsregierung vorgelegt, aber von dieser verworfen worden, weil ein Aufwand von 6 Millionen, soviel betragen nämlich die Schulden der drei Fabriken, für den beabsichtigten Zweck zu groß und den Verhältnissen unseres Landes nicht angemessen erschien. Es wurde hierhalb in Vorschlag gebracht, die Fabriken selbst sollten für den Betrag ihrer Schulden Obligationen ausstellen, deren Zinsen zu 4 oder 3 Prc. auf eine gewisse Reihe von Jahren vom Staat garantirt würden. Dies ist auch wahrscheinlich der Inhalt der von der Staatsregierung in geheimer Sitzung an die Stände gemachten Vorlage, welche insbesondere durch den auf gepflogene Untersuchung gestützten Nachweis begründet wird, daß die Fabriken nach den bisherigen Ergebnissen im Stande sind, aus dem Reingewinn nicht allein die Zinsen zu zahlen, sondern auch jährlich einen Theil des Kapitals abzutragen, so daß der Staat für die gegebene Garantie gar nicht in Anspruch genommen würde. Bewahrheitet sich diese Voraussetzung, so würden im Lauf von 15 — 25 Jahren die vorhandenen Schulden an Kapital und Zinsen getilgt und die Fabriken schuldenfrei an ihre jetzigen Eigenthümer zurückfallen, ohne daß der Staat ein anderes Opfer, als die Einsetzung seines Kredite, gebracht hätte. Aber wer bürgt, muß zahlen, und es wäre in der That sein geringer Zuwachs unserer schon jetzt sehr bedeutenden Staatsschulden, wenn wir die Zinsen von 6 Millionen Gulden garantiren würden. Setzen wir den Fall, die norddeutschen Staaten wollten dem Zollvereine unter der Bedingung beitreten, daß der Zoll auf Kaffee und Zucker bedeutend ermäßigt würde, soll Baden diesen Beitritt ablehnen, weil die Zuckerfabrik in Waghäusel dadurch in Verlust käme, und der Staat für seine Garantie in Anspruch genommen würde? Bei der Eitlinger Spinnerei steht ein ähnlicher Fall vielleicht weniger in Aussicht, aber Krieg und andere unvorhergesehene Ereignisse können manche Voraussberechnung zu Schanden machen. Wir wollen nur daran erinnern, daß die Herren von Haber, sowie die Aktionäre bei Unternehmung der Fabriken gewiß ein lukratives Geschäft zu machen glaubten. Der erwartete Erfolg ist aber aus diesen oder jenen Gründen, von denen man sich damals Nichts träumen ließ, nicht eingetreten. Dasselbe könnte sich wiederholen, dann müßte der Staat, der Gesammheit der Steuerpflichtigen die Zeche bezahlen, während die Gläubiger in's Fäustchen lachten. Man führt uns als Beispiel an, die französische Regierung sei den Mühlhäuser Fabriken, die belgische Regierung der Cockerill'schen Fabrik (Seraing) ebenfalls zu Hilfe gekommen. Wohl, aber keinesweges mittelst einer Staatsgarantie für die gesammten Schulden, sondern mit einer bestimmten Summe, für deren Rückzahlung zugleich die entsprechende Sicherheit gegeben wurde. Ganz in derselben Weise, wie in dem Cockerill'schen Fall, könnte auch bei uns verfahren werden. Die Gläubiger jener einzelnen Fabrik sollten mittelst Vertrag mit den bisherigen Eigenthümern den Fortbetrieb der Fabriken zum Zweck der Tilgung ihrer Forderungen zum Zinsen übernehmen; die Regierung dagegen mit einer mäßigen Summe, welche als Betriebskapital erforderlich ist, den Gläubigern zu Hilfe kommen, dagegen aber für den Betrag der vorgestreckten Summe erstes Unterpfands- oder Vorzugsrecht (A. 2102 No. 4 des bad. Landrechts) erhalten. Hierdurch würden alle Interessen gewahrt. Der Staat ist nur dabei interessirt, daß die Fabriken fortbetrieben werden, er schießt daher das Betriebskapital vor. Die Gläubiger können nur durch Fortsetzung des Betriebs erwarten, befriedigt zu werden, sie müssen daher auch die

Digitized by Google

Gefahr dieses Foribetriebs übernehmen. Diese Gefahr auf den Staat übertwälzen zu wollen, ist ein ungerechtes Verlangen und ein gefährlicher Vorgang. Ist die Sache wirklich so gut, als sie dargestellt wird, so werden die Gläubiger ohne Staatsgarantie befriedigt — ist sie aber schlecht, oder wird der gute Fortgang durch unvorhergesehene Ereignisse gestört, so sind die Gläubiger in derselben Lage wie jetzt, d. h. sie haben einen insolventen Schuldner. Ebenso haben die jetzigen Eigenthümer der Fabriken, wenn diese im Stande sind, aus ihrem Ertrag ihre Schulden zu bezahlen, die Hoffnung, ohne Garantie des Staats nach einer Reihe von Jahren wieder in den Genuß ihres Eigenthums einzutreten; sind aber die Fabriken dazu nicht im Stande, so würde ihnen eine Staatsgarantie nicht helfen, weil der Staat, wenn er in Folge dieser Garantie in Anspruch genommen würde, als Gläubiger der Fabriken aus deren Ertrag oder aus ihrer Veräußerung seine Befriedigung suchen müßte. Wie die Sachen jetzt stehen, würde eine Staatsgarantie nur den Gläubigern zum Vortheil gereichen — welchen Anspruch haben aber diese auf besondere Berücksichtigung, während gerade jetzt durch den Fall mehrerer anderer Handlungshäuser viele Leute an den Bettelstab gebracht, mindestens gleiche Hilfe verdienten? Man würde leicht der Regierung Parteilichkeit oder andere unlautere Motive unterschieben, wenn sie sich dazu hinreißen ließe, den Einen zu bewilligen, was sie Andern nothwendiger Weise versagen müßte. Wenn daher die Eigenthümlichkeit des vorliegenden Falls besonder Berücksichtigung verdient, so mag die Hilfe nicht weiter gehen, als die Nothwendigkeit erfordert, keinesfalls aber den Steuerpflichtigen zugemuthet werden, für fehlgeschlagene Spekulationen mit ihrem Geldvorrath einzutreten.

**Kurhessen.** *Kassel*, 15. Jan. In der gestrigen Sitzung der Kammer wurde über die Wahl des Hrn. v. Waitz verhandelt; man kam zu keinem Ergebniß, und die Frage, ob die Diskussion geschlossen werden solle, blieb mit 20 gegen 20 Stimmen unentschieden.

Vom Untermain, 3. Jan. wird dem Schwäb. M. geschrieben: Gestern kamen zu Hanau gegen 1000 bis 1200 dortige Bürger in dem Gasthause zur Krone zusammen und erneuerten, unter dem Vortritte des Bürgermeisters Eberhart, den Verfassungseid, unter Beobachtung aller der Veranlassung ensprechenden Feierlichkeiten. Sodann wurde von der Versammlung beschlossen, an den Verfassungsvater Stadt Hanau auf dem Landwege eine Deputation mit der Aufforderung zu schicken, alle seine Bestrebungen dahin zu richten: daß die den Kurhessen verliehene Verfassung unverändert aufrecht erhalten verbleibe, sowie auch, daß deren Bestimmungen, inseferne sie Volksrechte und Freiheiten betreffen, zur unbedingten Anwendung gebracht würden.

**Hessen.** Δ Darmstadt, 17. Jan. Ich beschränke mich auf die Mittheilung, daß heute nach einer ausführlichen und lebhaften Berathung unserer zweiten Kammer dieselbe mit 25 gegen 13 Stimmen die Wahl des Justizrathes Eigenbrodt als Abgeordneten für den Wahlbezirk Höchst für giltig erklärte. Folge davon ist, daß Jauy nicht blos nicht in die Kammer tritt, sondern daß auch die Mehrheit unserer zweiten Kammer den ihm von der Staatsregierung verweigerten Urlaub als recht- und gesetzmäßig ihm verweigert betrachtet. An der Berathung nahmen Theil die beiden anwesenden Regierungscommissäre, Ministerialrath v. Bechtold und Ministerialrath Frank, welche eifrig für die von der Regierung in dieser Angelegenheit befolgten Grundsätze stritten, sodann die Abg. Buff, Loibesien, Krug, Otto, Heldmann und Wernher, welche zu Gunsten des Rechts der Staatsregierung, und die Abg. Rey, Emmerling, v. Gagern, K. Zöpprit, Brunck und Lehne, welche gegen dasselbe sich aussprachen. Zig rügte mit Nachdruck Aeußerungen des Regierungscommissärs, Minist.-Raths v. Bechtold, gegen die Presse. Morgen eine weitläufigere Mittheilung. Nur noch das, daß Abg. Frhr. v. Löw seine Entlassung als Landgerichtsassessor genommen hat, um dadurch die Einwendungen gegen seine Eigenschaft als „Justizbeamter" zu beseitigen.

* Homburg, 14. Jan. Der Tod des Erbprinzen von Homburg ist für die Eltern ein schmerzliches Ereigniß gewesen, doppelt empfindlich, da mit ihm, wie die Verhältnisse im Augenblick stehen, der Mannsstamm erlischt, und nach wenigen Jahren, da der Landgraf und sein Bruder tief in den 60 Jahren stehen, würde das Landgrafthum an Darmstadt fallen. — Es war eine dem Herzen wohlthuende Erscheinung, die rege Theilnahme der Bewohner von Stadt und Land während der Krankheit des Prinzen mit anzusehen, gleich ehrenvoll für die Fürsten, welche die Liebe und Achtung ihrer Unterthanen sich zu bewahren wußten, gleich ehrenvoll für die Unterthanen, welche erkennen, was sie ihrem Fürstenhause zu verdanken haben. Dieser Moment ist vorüber, und faßt man die Zukunft ins Auge, so genügt ein Blick auf die innern Verhältnisse des Landes, um zu zeigen, wie ersprießlich es für das wahre Wohl des Landes und deren Bewohner sein würde, einem größern Staatenbunde anzugehören, welcher legitime Ansprüche auf die Nachfolge hat, und unsere politischen wie materiellen Interessen kräftig fördern und unterstützen würde, während wir jetzt unter Beamtenbdruck, Kleinlichkeiten und all den Mängeln leiden, welche kleine Hof- und Staatsverhältnisse mit sich führen; das Land ist stark verschuldet, und, was noch schlimmer ist, es würde bei näherer Untersuchung zweifelhaft werden, ob die als Staatsschulden ausgegebenen Anleihen wirklich Staatsschulden sind oder nicht eher Hausschulden. Die natürliche Folgen dieser bedrängten Lage ist die bedeutende Steuer, die Einführung und Beibehaltung von Abgaben aller Art, die andern Orts längst aufgehoben und abgeteilt sind. — Es ist bekannt, daß die Forderung einer landständischen Verfassung von den Landgrafen unter dem Schutz Oesterreichs abgelehnt wurde, wiederholt abgelehnt wurde, nicht, wie es hieß, aus Unzuverlässigkeit der Verhältnisse, sondern aus Besorgniß über das Schuldenverhältniß Aufschlüsse geben zu müssen, welche Unannehmlichkeiten zur Folge hätten haben können. — Darmstadt wird also bei der Uebernahme eine gewichtige Last mit erhalten, und noch mehr leiden von dem Schwarme von Beamteten, deren Verwendung kaum möglich und den Pensionsetat um ein Bedeutendes vermehren wird; — die beleeffenden Beamteten hat diese Aussicht schon in keine angenehme Stimmung versetzt. Diese und eine große Anzahl biesiger Bürger, deren persönliche Stellung zum Hofe ihnen gestattet erfährt, sind auf die Idee gekommen, den Bruder des Landgrafen, den Nachfolger, den Prinzen Ferdinand, der im April sein 65. Lebensjahr antritt, mit der Bitte anzugehen, sich zu vermählen, um dem erloschenden Stamme einen neuen Trieb zu geben; — als Beaut hat man ihm die Tochter seines Bruders, die zugleich Patenin selber Schwester ist, vorgeschlagen, und der Prinz, weit entfernt, den Vorschlag von der Hand zu weisen, findet nun noch Bewenken in dem allzunahen Verwandtschaftsverhältniß. Wer die oben angedeuteten innern Verhältnisse des Landes erwägt, und an sie die Aussicht anknüpft auf das, was diese Vermählung, wenn sie die gewünschten Folgen hätte, nach sich ziehen würde, auf eine freie Mitwirkung mit und ganz Regen stellt, wer daneben den allgemeinen deutschen Gesichtspunkt festhält, dem muß es nicht verargen und auch nicht als unpatriotische Gesinnung auslegen, wenn er die Aufrührung dieser Plane, die Gewährung jener Bitte, keineswegs für ein Glück ansieht.

B Frankfurt a. M., 16. Jan. Die Nachricht in den öffentlichen Blättern, daß der hiesige Turnverein verboten sei, ist sicherm Vernehmen nach dahin zu berichtigen, daß eine Gesellschaft junger Leute verboten ist, welche unter dem Namen des Turnvereins an das Turnen, obwohl nichts im lokale der Turngesellschaft, auch andere Zwecke knüpfen und sich z. B. von Deutschen Zuschauer verlasse. Die Turngesellschaft, welche hier erst vor ein paar Jahren durch die angesehenen Väger auf Akt en gerufen wurde, ist nicht verboten, und es wäre auch gar kein vernünftiger Grund vorhanden, sie zu verbieten. Sie besitzt ein eigenes Grundstück mit darauf aufgeführtem Turngebäude und besoldet einen eigenen sehr tüchtigen Turnlehrer, Hrn. Ravenstein. Es turnt hier nicht nur die Schuljugend, sondern Gemachsene jedes Alters, Männer mit grauen Haaren nicht ausgeschlossen, gehen an bestimmten Tagen Abends um sieben aus dem Comtoir in die Turnstunde, noch bei Licht auf daß mens sana in corpore sano bedacht. Ueberall, wo das in so geordneter und anständiger Weise geschieht wie hier in Frankfurt, wird schwerlich eine Regierung, es wäre denn eine blutarme benachbarte, die Lust hinvern können und wollen, für ihre Gesundheit, sei es durch Turnen oder durch Anderes, zu sorgen. Was den verbotenen „Turnverein" betrifft, so sind wir ausweis weit entfernt, sein Verbot gutzuheißen, da das Publikum durch sich selbst sichig ist, Verkehrtheiten zu erkennen und davon fern zu bleiben, aber sofange das Verbieten noch mit zum Regieren gerechnet wird, sollte doch Niemand, und besonders kein ächter Turner, das Turnen in diese Gefahr bringen, zumal die zwar noch nicht freie, aber doch freiere Presse und das rigere politische Leben anderswo als auf den Turnplätzen Gelegenheit gibt sich mitzutheilen. — Man spricht bei dieser Gelegenheit auch von einem bevorstehenden Verbote des Deutschen Zuschauers, an welches wir aber nicht glauben können. Wir halten bei fortgeschrittener Presse die Scheidung der Parteien in der Presse für so nothwendig als wünschenswerth und freuen uns, daß eine dieser Parteien, der wir übrigens selbst nichts weniger als angehören, unter ihren hervorragendsten Vertretern in der Journalistik einen Mann von der Tüchtigkeit, Ehrenhaftigkeit und Unbescholtenheit Gustav von Struve's zählt. Sollte wohl irgend eine verständige und

Digitized by Google

wohlwollende Regierung dazu beitragen wollen, daß Struve's Wirksamkeit und Einfluß auf Männer von minderm Werth übergingen? auf Männer, die in der Wahl der Mittel weniger gewissenhaft wären und durch Verbote, wie den Deutschen Zuschauere, herausgefordert würden?

### Schweiz.

** Berlin, 11. Jan. Ihre vielseitigen Verbindungen und die weite Verbreitung der D. Z. in der Schweiz ermuthigen mich zu der Hoffnung, durch diese Zeilen Aufschluß zu Aufklärungen zu geben, die, selbst wenn sie wider Erwarten ausfallen sollten, heilkräftig wirken würden. Die A. Pr. Z. (Nr. 10) läßt sich Worte aus einer Rede berichten, die Herr Druey zu Lausanne, wohin er sich zu den Neujahrsfeiern begeben, am 24. Dec. bei seiner Ankunft gehalten haben soll, Worte, die, schon an und für sich unwahrscheinlich, in den gegenwärtigen Zeitläuften fast unglaublich sind. So sehr erwünscht kommen sie wenigstens den Feinden der Schweiz, daß, auch wenn sie sich als nicht gesprochen erweisen, der Eindruck, den sie namentlich in unserm Hofblatt zu machen bestimmt sind, sich schwerlich wieder verwischen lassen dürfte. Sie lauten: „Für die Schweiz sei jetzt der Augenblick gekommen, die Demokratie in ganz Europa herzustellen. Die Völker erwarten ihre Befreiung von der Schweiz, und das Wolf von Waadt werde sie nicht lange darauf warten lassen — u. s. w.“! Aus den Sitzungen des Gr. Rathes in Lausanne ist Hr. Druey als ereuritscher Redner bekannt, aber, selbst wenn er zu solchen ungemeinen Ueberspanntheiten hinneigen sollte, wird er schwerlich aller Staatsklugheit und Vaterlandsliebe so gänzlich baar sein, auf offenem Markte jetzt eine demokratische Propaganda zu predigen, während die Großmächte so sehnlich darauf warten, einen Vorwand gegen die Schweiz zu gewinnen. Der Berichterstatter will die Rede selbst gehört haben. Er will am 26. Dec. Bern verlassen haben, „um die Ferien der Tagsatzung zu einem Ausflug in die östliche Schweiz zu benutzen, vorher am 24. Dec. vor der Post zu Lausanne gestanden haben, als Druey jene Rede hielt, am 2. Jan. in Martigny gewesen sein, wo man ganz offen von Aufstandsplänen in Frankreich und Savoyen gesprochen“, und dahin seinen Brief vom 3. Jan. aus der östlichen Schweiz! Worauf seine Mittheilung zielt, enthüllt er in folgenden Phrasen: „Ueberall hegt das Volk den Gedanken, daß die Mächte nicht mit Ernst und Strenge zu verfahren wagen würden. Die Demokraten dagegen dürften nur Alles wagen, um Alles zu gewinnen. Die Regierungen würden von den Völkern verlassen werden, — und diese Gewißheit der Ungestraftheit und des Erfolgs ist der Grund, daß der schlechte Saurteig sich ganz offen und ohne Furcht zeigt; wenn dieser Zustand noch einige Zeit dauert, dann wird dieser Saurteig die ganze Masse verderben und die böse Gährung kann durch Nichts mehr aufgehalten werden.“ Deutlicher als dieser „Stern“ aus der Ostschweiz hat selten ein Verräther gesprochen.

Luzern. Die Berner Zeitung bemerkt: Einer Korrespondenz entnehmen wir, daß der Gr. Rath am 12. d. in die Diskussion über die Revision der Staatsverfassung eingetreten ist. Als wesentliches Erforderniß zur Stimmfähigkeit ist die römisch christkatholische Religion des Stimmenden angenommen worden, so daß alle reformirten Schweizer, die jüngsthin Leid und Leben an die Befreiung Luzerns gewagt haben, in Luzern unter keinen Umständen stimmfähig sind, auch das Luzerner Bürgerrecht nicht erwerben können. Dies ist leider kein Fortschritt.

Die Magdeb. Zeitung will wissen, die drei Großmächte Frankreich, Oesterreich und Preußen seien über eine Note übereingekommen, die zunächst verlangen solle, daß die eidgenössischen Truppen, welche die Sonderbundskantone besetzt halten, gänzlich zurückgezogen, die „unter der Furcht vor der bewaffneten feindlichen Macht“ gewählten provisorischen Regierungen als nicht legal angelöst und dann neue Regierungen gewählt würden. — Wir glauben wohl, daß die Leute, welchen die vielbesprochenen Artikel im Oesterreich. Beob. angehören, solche Wünsche hegen, aber daß sich europäische Großmächte in die Alternative setzen sollten, entweder ihre Note unbeachtet zu sehen oder ihr mittelst einer europäischen Verwüstung Nachdruck zu verschaffen, davon können wir nicht überzeugen. Lord Palmerston hat in seiner Note vom 27. Dec. mit größter Unzweideutigkeit erklärt, daß die britische Regierung, so lange die Schweiz keine feindselige Handlung gegen das Ausland begehe und die ihr gewährte Neutralität nicht verletze, auch keine fremde Einmischung oder diktatorische Gewalt in den innern Angelegenheiten der Schweiz dulden werde, und Lord Palmerston wird es sicherlich an dem diesen Worten nöthigen Nachdruck nicht fehlen lassen. Wenn dann, wie nicht zu zweifeln, Hr. Guizot zum zweiten Male den Kopf aus der Verwicklung ziehen wird, so bleibt den deutschen Mächten nur Eine Aufgabe zu erfüllen übrig, die uns weder den politischen noch nationalen Interessen Deutschlands angemessen scheint.

### Niederland.

Unsern neulichen Bemerkungen über das niederländische Armenwesen fügen wir noch die Notiz hinzu, daß 1845 an 420,136 Hausarme im Durchschnitt 9⅘ fl. auf den Kopf vertheilt wurden. Doch erhielten die Armen nach den verschiedenen Landestheilen eine sehr verschiedene Unterstützung, z. E. in Friesland Etwas über 15 fl., in Limburg nur 3½ fl. auf den Kopf. In 2249 Armenschulen erhielten 120,292 Kinder Unterricht, in 12 Werkschulen waren 1361 Lehrlinge; in 30 Werkhäusern arbeiteten 7054 Personen. Die Bevölkerung der Kolonien der Wohlthätigkeitsgesellschaft betrug am Ende des Jahres 9689 Seelen. In 57 Sparbanken wurden von 24,200 Theilnehmern 978,406 fl. eingelegt.

In einem umfassenden Rückblick auf die Ereignisse des vorigen Jahres bemerkt das Handelsblad unter Anderm: die politische Entwickelung sei bedeutend vorangeschritten, oder besser gesagt, der Volksgeist habe sich mehr und mehr kund gethan. Das sei namentlich in der Presse, in zahlreichen Adressen an die Kammer und bei den Stadtrathswahlen lebhaft hervorgetreten. Der Verlauf des letzten Landtags zeige, daß die Mehrheit der zweiten Kammer bei Weitem nicht alle Maßregeln der Regierung gutheiße. Es habe während der ganzen Session eine auffallende Spannung zwischen den beiden Staatsmächten geherrscht, und mehrere Vorschläge der Regierung seien mit Eclat verworfen worden. Zwar habe die Kammer das Budget für 1845—49 angenommen, allein die Minderheit, die dagegen gestimmt, sei stärker gewesen denn sei vielen Jahren, und als es darauf angekommen, den Weg zu gründlichen Verbesserungen für genaune Zeit abzuschreiten, durch Annahme des Gesetzesvorschlags über das Wahlrecht, da habe die Mehrheit durch ihre Abstimmung erklärt, daß sie die Zeit zur Durchsicht des Grundgesetzes für gekommen erachte. Denn ohne solche bleibe der Regierung das unbeschränkte Recht zur Abschließung von Bündnissen und Verträgen; ohne solche werde dem Art. 59 des Grundgesetzes fortwährend eine Auslegung gegeben, die höchst gefährlich sei für den Staat und seine Kolonien; ohne solche bestehe keine Möglichkeit, um fürs Land ein festes Regierungssystem, für die Marine Verbesserungen und Ersparnisse im Staatshaushalt zu Wege zu bringen. Und wie dringend doch alle Umstände hierzu aufforderten! Das Gleichgewicht in den Einnahmen und Ausgaben des Staats werde nur dadurch bewerkstelligt, daß man durch Anwendung aller möglichen Mittel die Zuschüsse und den Geldmitteln der ostindischen Besitzungen auf fast 14½ Millionen Gulden gesteigert habe! Ein solcher Zustand könne nicht dauern, jedes größere Ereigniß könne den ganzen Staatshaushalt Niederlands bis in den Grund erschüttern. Endlich habe dann der König in seiner Thronrede Reformen angekündigt. Die Freude darüber sei in der Antwortadresse ausgesprochen, die Kammer habe nun vorerst nicht mehr drängen, vielmehr die verheißenen Vorschläge ruhig abwarten wollen. Daß sie damit einen verkehrten Weg eingeschlagen habe, sei durch die neuen Ministerveränderungen erst recht deutlich geworden. Mit höchster Spannung sieht man den bevorstehenden Verhandlungen der Generalstaaten entgegen.

### Großbritannien.

London, 14. Jan. Die „Times“ geben als Inhalt einer von Frankreich, Oesterreich und Preußen zu erlassenden Note, welche zugleich als Antwort auf die Erwiderungsnote der Tagsatzung vom 7. Dec. dienen soll, folgende beide Hauptpunkte an: Die Mächte geben zu, daß die Tagsatzung nicht im Unrecht gewesen, als sie nach Auflösung des Sonderbunds jede Vermittelung abgelehnt, daß aber der gestörte Grundsatz der Kantonalsouveränität in den jetzt unterdrückten Kantonen vollkommen wieder hergestellt werden müsse, wenn die Schweiz wieder zur Ordnung und mit den Mächten wieder zu gutem Einvernehmen gelangen solle. Die Tagsatzung glaube nicht zu können, daß die Note in sehr gemäßigten Ausdrücken abgefaßt sei, und ersuche bei dieser Gelegenheit scharf das harte Verfahren, das man namentlich in Betreff der ungeheuern Kostenbelastung Einzelner und der Kriegsbesteuerung im Allgemeinen eingeschlagen habe, vor Allem aber die rohe Behandlung, die man sich gegen ein so wohlthätiges, altherkömmtes und ehrwürdiges Institut wie das Hospiz auf dem St. Bernhard habe zu Schulden kommen lassen. Auch Blätter, die für radikal (im englischen Sinne) gelten, wie der „Sun“, sprechen ihre gebührende Entrüstung gegen ein Verfahren aus, welches sich kaum begreifen, im Interesse

Digitized by Google

der guten ehrgeizigen Sache selbst nur bedauern läßt und den Montalembert'schen Anklagen ein bestimmtes Objekt unterlegt.

Am 10. Febr. soll in Notre Dame zu Paris eine Trauerrede auf Daniel O'Connell durch den berühmten Kanzelredner Lacordaire, und zwar in Gegenwart des Pariser Erzbischofs gehalten werden — eine Ehre, die bis dahin nur Königen und Thronerben zu Theil wurde. Zu dieser Feier, wie zu einem der Familie O'Connell am 13. und 14. Febr. zu gebenden Festmahle sind sämmtliche O Connells durch den Grafen Montalembert im Namen der französischen Katholiken eingeladen worden. Zehn O'Connell, der erst vor Kurzem den Lord Shrewsbury wegen seines verschämlichen, den zerotischen Erzbischof von Tuam zurechtweisenden Schreibens einen frommen Narren schalt, hat im Namen der O'Connells die Einladung angenommen. Es ist klar, daß man mit dieser Feier nur eine Demonstration im streng katholischen Sinne beabsichtigt, zu Gunsten jener stolzen und einst weltherrschenden alten Kirche, welche noch in letzter Zeit so viele harte Schläge und Einbußen erleiden mußte.

Aus Neufeeland, meldet der Sun, hat man Nachrichten bis zum 2. Aug., wonach neue Scharmützel mit den Eingeborenen stattgefunden haben, in welchen die Engländer 3 Todte und 11 Verwundete hatten, die Eingeborenen aber eine große Zahl der Ihrigen verloren.

** Heidelberg. (Die Kommission zur Untersuchung der Handelskrisis. Fortsetzung.) Es würde mit Recht Anmaßung genannt werden können, wenn man schon jetzt über das bunt verflochtene Gewebe der letzten Krisis ein festes, absprechendes Urtheil fällen wollte; jedoch möchte man wohl nicht irren, wenn man auch für sie als punctum sahens eine Geldüberfüllung annimmt, welche in die Jahre 1843 und 1844 fällt. Die Kapitalien hatten sich nach dem bedeutenden Ausfluße von 1839 (eine Folge der damals auf dem Inselreiche herrschenden Getreidetheuerung) zurückgeströmend in England überwältig angehäuft und suchten nun eine nicht gar zu niedrig lohnende Verwendung. Vermittelst Anlegung neuer Fabriken oder Betriebserweiterungsgroßer der bestehenden ließ sich nicht zum Ziele gelangen, da der Abfluß nach Außen hin, weßhalb in Großbritannien ferner doch nur noch gearbeitet werden kann, nicht beliebig wegen der gleichen Bedürfnißmenge und Zahlungsfähigkeit des Auslandes vermehrt werden kann, und derselbe in der letzten Zeit wegen neu anwachsender Konkurrenz von Deutschland und Belgien verhältnißmäßig eher gesunken als gestiegen war — man warf sich daher auf Eisenbahnbauten im eigenen Lande. Es ist eine geistreiche Bemerkung Hanfemann's, daß wir vermittelst des Kredits die Kapitalien in diejenigen Hände kämen, welche davon den am meisten produktiven Gebrauch zu machen verständen, so bei leichten Transportmitteln in einem Lande jede Arbeit da verrichtet würde, wo sie am leichtesten und ergiebigsten der Natur der Gegend und der Verhältnisse wegen vorgenommen werden könne; allein es läßt sich — obgleich Preußen berechnet, daß die Gesellschaft in Bezug auf den Transport 400 Prz. durch den Dampf gewonnen habe — wie beim Kredit so auch bei Anlegung von Frachtwegen das Maß überschreiten. Und wenn man die vielen Eisenbahnbille aus der letzten Zeit und die dabei gespielte bedeutende Rolle des „Schienenkönigs" bedenkt, so mochte — cum grano salis — das Charioari von Paris am Ende so Unrecht nicht haben, als es bei Gelegenheit von „Mr. Frankin's Reisen durch die Welt" neben dem niederländischen „Windmühlenlande" eine englische Gegend durch Tausende von rauchenden Lokomotiven bezeichnete. Wäre die Kosmitheurung nicht gekommen, so würde vielleicht noch der durch die Bankosten in lauter kleine Kanäle geleitete Geldstrom in kürzerer oder längerer Zeit sich wieder in's alte Bett ergossen haben; so jedoch mußten enorme Kapitalien für die nöthigste Nahrung in's Ausland wandern. Ja, aus dem nicht genug zu beklagenden Mangel an statistischen Nachweisen für den eigentlichen Bedarf und wegen des unglücklichen Umstandes, daß im März, gerade in der dringendsten Zeit, ein stehender Westwind an 1400 von Odessa kommende niederländische, englische und deutsche Kornschiffe vor den Säulen des Herkules versammelt hatte, ohne sie (da die dortige Strömung alles Lavieren vergeblich macht) hindurchzulassen, kaufte man, durch die immer höher steigenden Preise getäuscht, weit über den Bedarf; wodurch natürlich Nordamerika und Rußland doppelt gewannen, manches zweifelhafte Haus aber allen bis dahin durch die Theuerung gemachten Gewinn wieder einbüßte. Diese eben mitgetheilten Thatsachen bilden allem Anscheine nach den eigentlichen Stamm der Krisis. Als Nebenmomente mögen vielleicht für einzelne Firmen die Aufhebung der Zölle auf Sklavenzucker und außer verschiedenen durch das Sinken des Werthes des englischen Akkerbodens verursachten Verlusten im Allgemeinen die fehlerhafte Verwaltung der Bank in Betracht zu ziehen sein. Bis zur Aufhebung genannter Zölle war es nämlich wegen des Monopols ein einträgliches Geschäft, Kapitalien in Wein- und Oelindizen in Zuckerpflanzungen zu stecken; nach Freigebung der, wenn auch noch immer durch die Navigationsakte beschränkten, gesammten Konkurrenz entstanden jedoch durch das natürlich erfolgende Sinken des Zuckerpreises in England namhafte Einbußen; und von zwei berühmten Londoner Häusern weiß man es gewiß, daß sie eben nur durch diesen Schlag zu Falle gekommen sind. (Schluß folgt.)

## Frankreich.

Paris, 15. Jan. Die gestrige Rede des Grafen Montalembert ist das Ereigniß des Tages. Die ganze Stadt ist voll davon, und die Zeitungen sprechen von nichts Anderem. Wie sie in der Pairskammer selbst aufgenommen wurde, werden wir morgen mit den Worten des National schildern.

Auch in der heutigen Sitzung der Pairskammer war ausschließlich von den Schweizer Angelegenheiten die Rede. Hr. Guizot und Hr. Pontois, ehemaliger Gesandter in der Schweiz, geriethen bei dieser Gelegenheit sehr hart aneinander.

Das J. d. D. erzählt die Abführung Abdel-Kader's nach dem Fort Lamalgue. Bei seiner Ankunft in demselben glaubte der Kommandant einige beruhigende Worte an ihn richten zu müssen. Der Emir erwiderte: „Ich bin ruhig, ich vertraue auf Frankreich, diese edle und große Nation, die mich an ihrem Heerde aufnimmt. Uebrigens hat die Welt die Augen auf mich gerichtet, und sie wird beurtheilen, ob ich behandelt werde, wie ich das Recht dazu habe. Uebrigens wird mir nur widerfahren, was Gott will."

## Spanien.

Madrid, 8. Jan. Espartero hat eine Audienz bei der Königin gehabt. Von der einen Seite heißt es, er sei mit außerordentlichem Wohlwollen, von der andern, er sei ziemlich kühl empfangen worden. Auf die Aufforderung, sich bald wieder bei Hofe zu zeigen, soll er erwidert haben, er werde, um allen Argwohn zu vermeiden, nur dann erscheinen, wenn die Königin ihn rufen lasse. — Die Straße de la Montera, welche Espartero bewohnt, ist fortwährend gedrängt voll von Menschen, die ihn sehen wollen. Das Gerücht von der Wahrscheinlichkeit eines Bündnisses zwischen Espartero und Narvaez hält sich.

## Italien.

Mailand, 10. Jan. Es ist immer von großer Wichtigkeit, in einer bewegten Zeit, wo Völker und Regierungen sich, wie jetzt in Italien, feindlich gegenüberstehen, die Kampfweise der wirklichen oder angeblichen Volksparteі, ihre Waffen und Ansichten etwas genauer zu betrachten. In dem österreichischen Italien gehen die Männer der Bewegung ganz anders zu Werke als in andern Theilen der Halbinsel. Die terroristischen Versuche, den Gebrauch des österreichischen Tabaks und das Spiel in der kleinen Lotterie zu verhindern, sind nicht etwa bloße Demonstrationen, sondern sollen, wie wir aus der Alba vom 4. Jan. ersehen, einen Bankerott der österreichischen Regierung und damit den Sturz der deutschen Herrschaft nach sich ziehen. Man hat aus angeblich offiziellen Quellen ersehen, daß das Tabakmonopol in den lombardischen Provinzen allein im Jahr 1843 ein Bruttoeinkommen von 6,725,832 österr. Lire und ein Reinerträgniß von 4,386,786 L., das Lotto 8,200,056 L., netto 1,742,199 L.; zusammen ein Reinerträgniß von 6,128,985 L. jährlich abwerfe. Erhöhen wir diese Summe, ohne sie irgend zu bemängeln oder näher zu untersuchen, in Anbetracht der venetianischen Gebiets, etwa auf 12 Millionen L., so ergäben diese Zweige des Einkommens jährlich 4 Millionen Gulden Konv.-Münze. Und dieses Defizit soll nun den unvermeidlichen Bankerott der österreichischen Regierung beschleunigen helfen. Man bedenkt dabei nicht, daß, wenn die terroristischen Versuche durchdrängen, und das ganze erwähnte Einkommen wegfiele, die Regierung, welche Defizite, wie die Erfahrung lehrt, eben nicht sehr fürchtet, in die unausbleibliche Nothwendigkeit versetzt würde, den machinisten Ausfall auf andere Weise, durch direkte oder indirekte Abgaben, denen man sich nicht entziehen könnte, zahlenmäßig zu decken. Es könnte sich dabei leicht ereignen, daß diese Steuern viel mehr zahlen müßten, als jetzt, und daß die besondere Lust, die gegenwärtig dieß Tabakkonsumente und Lottospieler trifft, sich in eine allgemeine verwandelte, für die man ihren Urhebern sehr wenig Dank zollen würde. Eine andere noch gefährlichere Art, den Widerwillen gegen das herrschende Regierungssystem oder vielmehr gegen die Deutschen an den Tag zu legen, äußert sich, wie bekannt, in der Verhöhnung des fremden Militärs und Jener, die mit ihnen auf irgend eine Weise verkehren. Ein solches Benehmen ist zuletzt etwas zu stark

Digitized by Google

## Italien.

* Mailand, im Januar. Noch vor drei Monaten schien es zweifelhaft, ob nicht die Führung, welche seit der Besitznahme dieser Provinzen durch Oesterreichs Truppen (1814 — 1815) mit abwechselnder Kraft die Gemüther der gebildeten Bewohner derselben in Spannung erhalten und die Verschwörungen der Jahre 1818 — 1825, sowie 1830 — 1834 ausgeworfen hat, nochmals unterbrückt und deren Symptome für die Gegenwart vernichtet werden könnten, ohne daß dem neu erwachten politischen Leben irgendein Zugeständniß gemacht werden dürfe. Die Regierung schien darüber im Zweifel, und alle ihre Maßregeln galten damals noch dem Versuche, den Zutritt der frischen Luft abzuhalten. Der Beruhigungsoberfund mißlang, er trug vielmehr wesentlich dazu bei, den Widersacher zu stärken. Der öster. Bureaukratie mit ihrem Festhalten an alten Mißbräuchen und mittelalterlichen Formen, mit ihrer großen materiellen Macht und ihren verhältnißmäßig so geringen geistigen Hülfsgütern gelang es mithin, eine der übrigen feindliche Gewalt zu erwecken oder doch (denn das hieße ihrer Hartnäckigkeit allein die schnelle Verbreitung der freiern Anschauung aller politischen und socialen Verhältnisse, welche während des letzten Jahrzehnds zum allgemeinen Eigenthume geworden ist, zuschreiben) deren Wachsthum zu beschleunigen, welche in das Leben zu rufen, sich seit solange die Thätigkeit, die Wünsche aller Vaterlandsfreunde umfonst vereinigt hatten. Einigkeit hielt sie, deren Mangel die herrlichen Fluren Italiens den Verwüstungen der Bürgerkriege, den Eroberungsgelüsten fremder Herrscher folange preisgegeben hatte. Sie, die mit überraschender Schnelligkeit ihren Triumphzug durch Italien hielt, ist endlich auch hier eingekehrt und hat die sich ehemals rastlos bekämpfenden Municipien der Lombardei sich unterthänig gemacht, indem sie ihnen ein großes gemeinschaftliches Ziel zeigte, nach welchem sie mit vereinten Kräften streben müssen.

Unlängst erhielten Sie die Meldung eines Vertreters der Provinz Bergamo bei der obersten Kommunalbehörde, sowie zugleich die Nachricht, daß die darin erbetene Kommission genehmigt und Anstalten zu deren Ernennung gemacht worden seien. Ich werde später Gelegenheit haben, auf die Vorschläge und Forderungen derselben näher einzugehen; vorläufig muß ich mich darauf beschränken, hier anzuführen, daß seither die meisten Municipalbehörden der Haupt- sowohl als der Provinzialstädte des Vereinigten Königreichs mit der erfreulichsten Einigkeit ihre Wünsche theils direkt, theils indirekt ausgesprochen haben. Zwar sind die Forderungen, welche diese Behörden in mehr oder minder kräftiger Sprache im Namen der durch sie vertretenen Kommunen an die Regierung gestellt, von einander abweichend in Form und Ausdehnung, aber sie stimmen beinahe sämmtlich in den wichtigsten Punkten: — „eine von der der übrigen Provinzen der Monarchie völlig abgesonderte Administration, durch italienische Beamtete unter ausschließlicher Leitung des Vicekönigs und einem demselben beigeordneten, gleichfalls aus Italienern zusammengesetzten Verwaltungsrathe geführt, Abänderung der Zoll- und Handelsgesetzgebung, Revision der Civil- und Kriminalgesetze, Abkürzung der Kapitulation der Konskribirten auf 4 Jahre aktiven Dienstes (in Friedenszeiten!), Abschaffung des Lotterielspieles, Besetzung der höchsten Aemter, wie z. B. des Gouverneurs, durch Italiener u. s. w." — vollständig überein. — Daß es den Gebildeten endlich einleuchten mußte, wie einträchtiges Handeln allein sie dem Ziele allgemeinen Aufschwunges nähern kann, daß sie es einsehen konnten, daß da, wo jeder Einzelne sich auf Kosten der Uebrigen emporzuschwingen sucht, Alle verlieren müssen, ist nicht erstaunlich, um so weniger, als einer Seite die Unhaltbarkeit der Zustände sowie auf den bloßen Zuschauer an das Märchenhafte grenzend ist der überraschende Umschwung, vermöge dessen bei völliger Leere und Theilnahmlosigkeit die niedern Stände in das regste politische Leben übergegangen sind. Italiener zu sein gilt von jetzt an für ein so gerechtes Motto des Stolzes, daß alle andern kleinlichen Distinktionen der Provinzen sowohl als der Stände davor verschwinden.

Seit einem Jahre liefert jeder Tag in der so bewegten Geschichte des nördlichen Theiles der Halbinsel Belege für das Verbandensein jener so lange ersehnten Einheit unserer Nachbarn und Stammesverwandten. Die Mäßigung, mit der sie auf dem Wege des Fortschrittes einherschreiten, auf dem sie ihre Herrscher mitfortreißen, ohne daß es Roth thue, ihnen mit Gewalt abzutrotzen, was sie dem überwältigenden Eindruck dieser Einhelligkeit nicht versagen können, ist das Resultat jener Stimmung. Damit Sie beurtheilen können, ob es gerechtfertigt sei, wenn wir auch den Lombarden einen Antheil an der allgemeinen Achtung, welche diese Haltung unserer Brüder ihnen erworben, zuerkannt wissen wollen, müssen wir Ihnen ein paar Thatsachen mittheilen, welche trotz ihrer anscheinenden Unbedeutendheit bei uns als inhaltschwere, beachtenswerthe Symptome erschienen, als vollgültiges Zeugniß für die Gesinnung und das einträchtige Streben dieses Volkes.

Eh' noch die Sitte des Cigarrenrauchens im Norden so mächtig um sich griff, hatte dieselbe hier, durch das feuchte Klima begünstigt, schon so sehr überhand genommen, daß der Gewinn aus dem Verkaufe der außerordentlich starken, in der hiesigen kaiserlichen Tabakfabrik aus amerikanischen Blättern gefreten Virginia-Cigarren eine nicht unbedeutende Rubrik unter den Einnahmen des Aerars bildet*). Da cirkulirte gegen Ende November des verflossenen Jahres von Hand zu Hand eine Aufforderung, welche, vorzugsweise an alle jungen Männer gerichtet und an ihren Patriotismus appellirend, die Erwartung aussprach, daß sie das geringe Opfer nicht scheuen würden, sich dieses Genusses zu entschlagen. Von jenem Tage an sahen Sie nach und nach die Cigarren aus Kaffeehäusern und Straßen verschwinden.

Es ist bekannt, oder wird doch dafür angenommen, daß es zu den Maximen der österreichischen Regierung gehört, auf jede Weise für die Unterhaltung und Zerstreuung ihrer Unterthanen Sorge zu tragen, um sie von der Beschäftigung mit wichtigern, nach ihrer Ansicht nicht in deren Bereich gehörigen Angelegenheiten abzuhalten. Sollte sie in Wahrheit keinen derlei Gedanken je gehegt haben, so legte doch einerseits der Aufwand, welchen die Regierung für Schauspiele, namentlich aber für Mailands großes Opernhaus macht, andererseits aber die Folgerichtigkeit eines solchen Verfahrens, bei ihren sonstigen Grundsätzen, den Glauben daran so nahe, daß eine bedeutende Anzahl der wohlhabendsten Bewohner dieser Stadt sich entschied, dem Besuche der großen Oper zu entsagen. Bei Eröffnung der Saison (26. Dec.) betrug die Anzahl der Abonnenten, trotz der angekündigten Vorstellungen der hier stets mit Begeisterung aufgenommenen Fanny Eteler, kaum ein Drittheil der sonstigen, (dies mit Beamtete, Officiere und Fremde) und die erste Vorstellung, welche in der Regel bei zum Ersticken vollem Hause gräuschvoll, ja lärmend ist, ging bei mittelmäßigem Besuche in Todtenstille vorüber. Während die Behörden alle Anstalten getroffen hatten, um mit bedeutender Militärmacht den an jenem Abende erwarteten Demonstrationen sogleich begegnen zu können, wurden im Parterre kleine Zettelchen mit den Worten verbreitet: „Man bittet dringend, keinerlei Demonstration zu machen!" — So geschah es! — Die folgenden Abende aber war das Theater leer.

Diese Aeußerungen schienen endlich den Zweifeln und dem Schwanken der Regierung ein Ende gemacht zu haben. Es scheint, dieselbe mehr noch über diese unzweideutigen Beweise einer in allen Klassen seit begründeten, feindlich gegen sie gerichteten Stimmung, als über jene Protestationen der Kommunen betroffen, die Nothwendigkeit einzusehn, sich zu Zugeständnissen herbeizulassen. Graf Fiquelmont, welcher gegen den Beginn des verflossenen Herbstes hierher gesendet wurde, um die unter den obwaltenden Umständen nothwendigen Maßregeln vorzuschlagen oder sogleich einzuleiten, verlangte in dieser Absicht vor etwa 8 Tagen, daß man ihm Männer vorschlage, welche sowohl im Besitz der allgemeinen Achtung als mehr denn gewöhnlicher Fähigkeiten, im Stande seien, ihn über die Gründe des Mißmuthes und der Unzufriedenheit dieser Provinzen aufzuklären und zugleich die ihnlichsten Mittel an die Hand zu geben, jene zu beseitigen. In Folge dieses Entschlusses, welcher die allgemeinste Anerkennung gefunden hat, wurde der Advokat Beberchi, einer der 12 in der verlangten Liste Aufgeführten, zu dem Staatsminister berufen und denselben nach einer mehrstündigen Unterredung der Auftrag ertheilt, seine Ansichten und Vorschläge zu Papier zu bringen und demnächst einzureichen. Einen Beweis, daß auch diese Wahl nicht die unglücklichste gewesen, liefert die entschiedene Weigerung Boberchi's, sich allein dieser Aufgabe zu unterziehen, indem er zwar gern bereit sei, seine persönliche Meinung ohne Hehl auszusprechen, es sich aber nicht anmaßen könne, ohne genügende Vorbereitung oder Mandat, im Namen der ganzen Lande die Bedingungen auszusprechen, unter welchen dieser Beruhigung und völlige Zufriedenstellung zu erlangen sei. In Folge dessen wurde ihm zugestanden, diese Arbeit in Gemeinschaft mit dem von ihm selbst bezeichneten und der ungetheiltesten Achtung und Anerkennung genießenden

*) Im Jahre 1846 betrug der reine Gewinn in diesem Königreiche 4,716,000 österreichische Lire oder ungefähr 1,100,000 Thlr.

Digitized by Google

Grafen Giullini auszuführen, welches alsbald ins Werk gesetzt und bereits vollbracht worden ist *).

Noch ist der Inhalt dieser Schrift für uns ein Geheimniß; wie immer sie aber abgefaßt und woraus auch ihre gewiß durchaus gesetzlichen Forderungen gegründet sein mögen, soviel läßt sich von derselben beinahe mit Gewißheit behaupten, daß sie, mit den schon von den Kommunen geäußerten Wünschen im Einklange, völlige Umgestaltung der Verwaltung, sowie entschiedene Sonderung derselben von der allen übrigen Provinzen in den Vordergrund stellen werde.

Angesichts jener übereinstimmenden Vorstellungen der Gemeindevertreter glauben wir, daß Falle diese Schrift nicht, den Boden ihrer Vorgängerinnen betreten verlassen und von den Verlangen nach einzelnen Reformen der Verwaltung abstehend, ihr Ziel weitre gesteckt und ihr Augenwerk auf eine völlige, zeitgemäße Umwandlung der Verfassung gerichtet hat, auch sie keinen dauernden Erfolg versprechen. Wird uns die Frage vorgelegt, welche Mittel dieser Regierung zu Gebote stehen, um ihren alten Einfluß, ihre Herrschaft wiederherzustellen, so glauben wir, es gebe nur einen einzigen Weg, auf welchem das verlorne Gebiet wiedergewonnen werden könne, und er besteht — „in den Aufgeben des für uns unbrauchbar und verderblich gewordenen Principes der Autokratie, sie werde durch einen Einzigen eher, was noch weit schlimmere und bei uns gegenwärtig der Fall ist, durch ein Heer von Beamteten ausgeübt." Dabei erfahren wir übrigens von zwei wichtig entgegengesetzten Parteien beinahe gleich heftigen Widerspruch. Die Regierung weiß auf die Bajonette, welche ihr zu Gebote stehen und sucht und begreiflich zu machen, daß sie mit Hilfe dieser getrost auf dem alten Wege fortschreiten könne. Die heißblütigsten unserer Landsleute hingegen verweisen auf ihre Nationalität und schwören doch und thewre, sie würden sich nie und nimmer unter fremder Herrschaft zufrieden geben. Die Erstere zu überzeugen, darauf müssen wir verzichten; vielleicht gelingt es uns, mit den Letzteren ein Uebereinkommen zu treffen, welches beide Theile befriedigt. Um Solches zu erreichen müssen wir uns die voraussichtlichen Erfolge zu vergegenwärtigen suchen, welche die Schwierigkeiten erwägen, welche jeder der drei Bahnen, die uns eröffnet sind, bietet. Wie sind im Scheidewege! Noch ehe wir aber diese Schwierigkeiten, welche uns überall begegnen, gegeneinander abwägen, müssen wir uns darüber Rechenschaft ablegen, welches denn eigentlich der Impuls sei, der uns zum Vorwärtsschreiten, zum Handeln, so sehr gegen den Willen der zunächst dabei Betheiligten, nöthigt. Wir finden dann drei jener korrespondirenden Hauptquellen, aus welchen der Mißmuth, die Erbitterung, welche eben jene Wahl unvermeidlich machen, entsprungen sind.

Wenn nicht die tiefste, doch zweifellos die mächtigste derselben ist die grenzenlose Verwahrlosung in jedem Zweige unserer Verwaltung. Die Verschwendung des Geldes, der Druck hoher, falschvertheilter Steuern, die Verwüstung der Industrie und des Handels durch unvernünftige maßlose hohe Zölle rufen jene Entbehrungen hervor, welche am ausgedehntesten, am schnellsten und am schmerzlichsten allen Sphären der Gesellschaft fühlbar werden.

Zunächst reiht sich an diese über praktischen Forderungen die Zeit mit ihren principiellen Bedürfnissen. Sie mahnt täglich dringender daran, daß das patriarchalische Regiment des Absolutismus die Mittel verloren hat, ein dem Bildungsgrade und den Bedürfnissen seiner Glieder angemessenes Staatsleben zu begründen.

Die Beerliebe für die eigne Nation, für ihre Sprache, ihre Sitten, ihre Wunsch, nur durch Landsleute vertreten und beherrscht zu werden, ist der dritte Grund jenes Unmuthes, welcher dadurch nicht wenig genährt wird, daß der Vergleich, welchen der Landmann zwischen dem Bildungsgrade der hiesigen und dem der Bewohner der übrigen öffnet. Provinzen anstellt, nicht minder als der der natürlichen Begabung in jeder Hinsicht zu seinem Vortheile ausfällt.

Behalten wir dieselbe Reihenfolge bei Betrachtung der Mittel, jene gerechten Forderungen zu befriedigen und dadurch die aufgeregten Gemüther zu beruhigen, bei.

Financielle und administrative Reformen! Umarbeiten, neuorganisiren, ausbessern auf allen Gebieten der Verwaltung, das ist der Vorschlag der Einen, und wer könnte läugnen, daß es in allen Fächern, vom Großen zum Kleinen Noth, thue? Oder würden wir darauf eingehen, die vorzüglichsten unter diesen Uebelständen näher zu erörtern. Aber die Zahl derselben ist so groß, sie sind so wichtig, greifen so unmittelbar in jeden Kreis des Volkslebens hinein, daß sie flüchtig zu behandeln ein Vergehen, sie aber sämmtlich gründlich zu würdigen und sich dennoch innerhalb der Grenzen eines Zeitungsaufsatzes zu halten eine Unmöglichkeit wäre. Gegen die Vertheilung der Steuern, gegen das jeden gesetzlichen Handel vernichtende System. Schutzzollsystem und die zahllosen lästigen Formalitäten, welches sich der Kaufmann bei Versendung oder Empfang irgend einer Waare unterziehen muß, gegen die unerachtwerkliche Vertheuerung eines der ersten Lebensbedürfnisse, des Salzes nämlich *), gegen die Lotterie, welche in der hier eingeführten Form ein wahrer Raub an der Armuth ist, gegen die Technik der Verwaltung selbst endlich und die endlose Häufung schlecht besoldeter Beamteten, welche bei der Genügsamkeit ihres Gehaltes allzusehr den Versuchungen zur Veruntreuung ausgesetzt sind, schließlich gegen die Verwendung der Gesammteinnahmen sind die entschiedensten, allgemeinsten und gegründetsten Klagen gerichtet. (Schluß folgt.)

= Pisa, 31. Dec. Die hiesige Universität spielt eine bedeutende Rolle bei der jetzigen Bewegung in Italien; sowie sie sich auch vorher schon unter den andern italienischen Städten ausgezeichnet hat. Als noch vor dem Tode des letzten Papstes, wo alle freisinnige Ansichten zugleich gegen die Religion gerichtet schienen, der feurige Vaterlandsfreund, Massimo Marchese d'Azeglio das bedeutungsvolle Buch über den Aufstand von Rimini geschrieben hatte, und von Rom verfolgt ward, da bezeugte die hiesige Universität ihm ihre Theilnahme, dergestalt, daß der Großherzog, der sonst ziemliche Denkfreiheit erlaubt hatte, sich darauf veranlaßt sah mit einem Verbot einzuschreiten. Als aber unter dem neuen Papst die Sonne der politischen Aufklärung für Italien aufging, war es besonders die hiesige Hochschule, welche für die Befreiung Italiens von dem Einfluß der Fremden durch mehrere Schriften auftrat. Besonders legte man Werth auf die allgemeine Bewaffnung, um zu zeigen, daß man die Regierungen unterstützen könne und wolle, wenn ihnen fremde Einmischung aufgedrungen werden sollte. Hier übt man sich jetzt täglich in den Waffen. Die hiesigen 600 Studenten haben ihre Hauptwache auf der Universität, es gibt eine förmliche Universitätsgarde, unter einem gemeinschaftlichen Chef für die hiesige und die Universität zu Siena. Der Professor Montanelli, der über das Handelsrecht geschrieben, schon früher der Liebling der italienischen Fortschrittsmänner, ist als Kapitän auch der beliebteste Vorkämpfer der hiesigen Studentengarde und übt sich fleißig im Waffendienst, obwohl er mit der neu von ihm gestifteten Zeitung „Italia", die sehr geschätzt und von Mehreren für die beste der jetzigen italienischen Zeitungen gehalten wird, sehr Viel zu thun hat. Montanelli ist sehr religiös und zeigt in seinen leitenden Artikeln, wie es gerade die katholische Religion ist, welche die jetzigen Fortschritte möglich gemacht habe, ja, er ist Manchen sogar jetzt schon zu fromm. Aktein in Italien können Fortschritte, daß selbst Denker bei Gegenständen des Glaubens ihre Vernunft gefangen geben. Auch in Siena ist eine neue Zeitung seit der jetzigen Bewegung entstanden, die unter dem Namen Il Popolo sich etwas zu stark gegen den Herzog von Modena ausgesprochen hat, weßhalb auf diplomatisches Einschreiten dieser Zeitung jetzt nach den Gesetzen ein Prozeß gemacht wird. Ferner erschient in Livorno eine neue Zeitung unter dem Titel: Corriere Livornese, deren Redakteure, Nieri und Gennini, ebenfalls dem Fortschritt huldigen. Die in Florenz herauskommenden Zeitungen stehen diesen nicht nach, das amtliche Blatt, die Gazzetta di Firenze ist ganz freisinnig, ihr Redakteur ein Geistlicher, Namens Sedani, der keine Messe liest. Die Rivista, der Reregitore und das Giornale di Commercio haben ebenfalls jetzt die neue Farbe angenommen. Von den beiden in Florenz neu entstandenen Zeitungen, die Patria und Alba, ist die erste am Meisten geachtet, ihr Redakteur ist der gemäßigte Salvagnoli; Redakteur der Alba ist der Neapolitaner Farina, sowie überhaupt mehrere Neapolitanische Flüchtlinge hier gastliche Aufnahme gefunden haben, unter Andern der beliebte Schriftsteller Giuseppe del Re, dessen historische Reise von Neapel nach Castellamare sich großen Beifalls erfreut, und die auch mehrere Sachen aus dem Deutschen übersetzt hat. — Uebrigens ist es erfreulich, wie hier die ersten Leute am Fortschritt Theil nehmen, der Erzbischof von Pisa, die vornehmsten Familien. Alle stehen an der Spitze der Geistesfreiheit, bei aller Treue für die Religion und die Regierung. Hier kennt man keine unerquickliche Aristokratie.

*) Sollte einer oder der andere Nebenumstand in der hier mitgetheilten Verhandlung nicht völlig getreu sein, so glaube ich dennoch sie nicht verschweigen zu dürfen, umsoweniger als die Details derselben verhältnißmäßig unwichtig sind und ich die ganze Verhandlung der vierlesten Quelle verdanke.

*) Ein Pfund Kochsalz kostet gegenwärtig bei unsern Nachbarn, den Piemontesen ⅓ des hiesigen Preises.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr. Ewer u. Kmp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden unsere Blätter angenommen bei H. L. Alexander Strasbourg 26 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Groß. Bad. Hofbuchdruckerei Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Bayern wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 20. Heidelberg, Donnerstag 20. Januar 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf des preußischen Strafgesetzbuchs. IV. — Berlin (der Strafgesetzentwurf Schluß.) Aus der Provinz Sachsen (die anhaltische Ritterschaft). Karlsruhe (die Dreifaltigkeitsfrage). Kassel (die Legitimationsfrage des Barons Waitz; der Oberbürgermeister Arnold der Ständeversammlung entzogen; beachtenswerthe Verfügungen). Darmstadt (Kammerverhandlungen).

Schweiz. Bern. Tagsatzungsverhandlungen über die Note des Papstes. Zug. Annahme des Verfassungsentwurfes. Schwyz. Verfassungsberathung geschlossen.

Großbritannien. Agitation gegen die Fenstersteuer. Dampfschiffahrt zwischen Schottland und Dänemark. Die Kommission zur Untersuchung der Handelskrise. (Schluß.)

Frankreich. Rede Montalemberts und Urtheil des National über dieselbe. Pairskammer vom 16. Jan. Gesundheitszustand des Königs. — Italien. Mailand. Die Zustände u. Bedürfnisse des Lombardischen Königreichs (Schl.) Pontremoli. Schluß der Verwüstungen. Adresse an den Herzog v. Parma ꝛc. Florenz. Ergebenheitsadressen. Minister Ridolfi in Livorno. Neapel. Landesverweisung. Verhaftungen. Rom. Carlo Torlonia. Angebliche Sendung Cicebolis nach England.

Griechenland. Die Presse über die Note an England und die vier Mächte. Arbeiten der Kammer. Mußfurus und Piscatory.

## Heidelberg, 20. Januar.

Der §. 49 des neuesten Entwurfs des preußischen Strafgesetzbuch sagt wörtlich:

> Wer von dem Vorhaben eines Hochverraths, eines Landesverraths, einer Münzfälschung, eines Mordes, eines Raubes, eines Menschenraubes oder eines das Leben von Menschen gefährdenden gemein gefährlichen Verbrechens zu einer Zeit, zu welcher die Verhütung dieser Verbrechen möglich ist, glaubhafte Kenntniß erhält und es unterläßt, davon der Obrigkeit oder der durch das Verbrechen bedrohten Personen zur rechten Zeit Anzeige zu machen, soll, wenn das Verbrechen wirklich begangen wird, mit Gefängniß oder mit Strafarbeit bis zu fünf Jahren bestraft werden.

In dem ganzen Entwurfe finden wir keine Bestimmung, gegen welche sich so wichtige Bedenken erheben, wie gegen die wörtlich angeführte! Sie geht viel weiter als selbst das französische und rheinische St.G.B., das nach Art. 103 doch nur diejenigen straft, welche ein ihnen bekannt gewordenes Vorhaben eines Staatsverbrechens nicht angezeigt haben. Die Verpflichtung zur Anzeige eines bereits verübten Verbrechens ist in diesem St.G.B. alledings mehr ausgedehnt; von diesem Falle spricht aber der vorliegende Entwurf nicht. Die Bestimmung des Art. 103 jenes St.G.B., so sehr sie auch beschränkt ist, ist selbst in Frankreich niemals praktisch geworden; die des neuen Entwurfs wird es noch weit weniger werden; sie enthält eine Vorschrift, die in einem Lehrbuche der Moral ganz am rechten Orte sein mag, gewiß aber nicht in einem Strafgesetzbuche. Wäre dies ihr einziger Fehler, so könnte man sie mit Stillschweigen übergehen; aber sie hat noch andere Mängel, welche es nöthig machen, sie nach allen Richtungen hin zu beleuchten.

Derjenige, der von dem Vorhaben eines der genannten Verbrechen glaubhafte Kenntniß erhält, soll, bei Vermeidung der angedrohten Strafe, die Anzeige machen; — es folgt daraus, daß die Anzeige nicht gemacht werden muß, wenn die erhaltene Kenntniß nicht glaubhaft ist. Wer aber soll darüber entscheiden, ob die Kenntniß, die Nachricht von dem Vorhaben, glaubhaft oder nicht glaubhaft ist? Natürlich doch nur der, der die Kenntniß erhält, weil er nach dem Resultate seiner Entscheidung die Anzeige machen muß oder dieselbe unterlassen kann. Der wegen der unterlassenen Anzeige zur Untersuchung gezogene Beschuldigte wird nun seine Vertheidigung auf die Behauptung stützen, daß ihm die erhaltene Nachricht gänzlich unglaubhaft erschienen, und er bejwegen die Anzeige unterlassen habe. Mag nun der Richter auch der entgegengesetzten Meinung sein, er kann, er darf seine persönliche Meinung dem Beschuldigten nicht aufdringen, er darf diesem seinen Vorwurf machen, wenn derselbe eine Anzeige für unglaubhaft hielt, die er, der Richter, für glaubhaft hält. Kein geborner Mensch wird auch im Stande sein, dem Beschuldigten zu beweisen, daß er, seiner Behauptung ungeachtet, die Nachricht für glaubhaft gehalten hat.

Will man dem Beschuldigten zumuthen, eine Nachricht für glaubhaft zu halten, weil andere vernünftige Menschen sie dafür halten, so wird man ihm diese doch nennen müssen, und er wird befugt sein, zu erklären, daß er der Meinung dieser Menschen den Werth nicht beilege, den der Richter ihr beilegt, und er wird wahrscheinlich viele andere vernünftige Menschen bezeichnen können, die übereinstimmen mit ihm, die Nachricht für glaubhaft nicht gelten lassen, und wie wird die Untersuchung endigen? Ganz unzweifelhaft mit einer Freisprechung, weil eine Verurtheilung die schreiendste Ungerechtigkeit sein würde.

Betrachte man aber die Sache auch von einer anderen, von der entgegengesetzten Seite. Die Nachricht von einem Vorhaben der erwähnten Art kann möglicher Weise so offenbar unglaubhaft sein, daß kein vernünftiger Mensch einen Werth darauf legt. Derjenige aber, dem diese Nachricht zugeht, findet sie, wie er behauptet, vollkommen glaubhaft, er macht also die Anzeige, oft nicht, um eine Bürgerpflicht zu erfüllen, sondern um seinem Hasse, seiner Feindschaft gegen den, dem das Vorhaben zugeschrieben wird, die vielleicht lange ersehnte Nahrung zu geben. Kein Mensch wird ihm beweisen können, daß er die Nachricht für nicht glaubhaft gehalten hat. Kann man dieses unmöglich bestreiten, so gelangt man zu der Ueberzeugung, daß die Bestimmung des §. 49 des Entwurfs auf der einen Seite eine völlig nutzlose ist, auf der anderen Seite die verwerflichsten Leidenschaften, die boshaftesten Denunciationen jeder Art begünstigt und ihnen Straflosigkeit zusichert; denn der, welcher das thut, was ihm das Gesetz nach seiner Ueberzeugung zur Pflicht macht, kann unmöglich gestraft werden.

Die Anzeige soll gemacht werden, wenn man die glaubhafte Kenntniß von dem Vorhaben erhält zu einer Zeit, zu welcher die Verhütung des Verbrechens noch möglich ist

Wer soll entscheiden, ob das Verbrechen noch verhütet werden kann, wenn die Anzeige sogleich geschieht?

Der Richter? Unmöglich; schon deßwegen, weil von tausend Fällen nicht Einer sein wird, in dem der Richter wissen kann, wann der Beschuldigte die Kenntniß erhalten hat.

Also natürlich auch nur der, der die Kenntniß erhalten hat und die Anzeige machen soll, wird zu entscheiden haben. Behauptet er nun, daß zur Zeit, zu der er die Kenntniß erhalten, das Verbrechen nicht mehr habe verhütet werden können, und daß er deßwegen eine deßhalb unnütze Anzeige unterlassen habe, so mag er sich geirrt haben, aber strafbar kann er ganz unmöglich sein, wenn er nach seiner Ueberzeugung gehandelt hat, weil das Gesetz selbst ihm nach seiner Ueberzeugung zu handeln befiehlt.

Auch bei der glaubhaftesten Kunde, daß Jemand das Vorhaben habe, ein Verbrechen der erwähnten Art zu begehen, kann die Unterlassung der Anzeige ungestraft unterbleiben, wenn der, der die Anzeige erhält, die vollständig begründete Ueberzeugung hat, daß das prospektive Verbrechen zur Ausführung gar nicht kommen kann. Wenn z. B. ein Jugend Gassenbuben sich auf das Ernstlichste verbinden, die Berliner Bauptwache zu stürmen und alle dort befindlichen Soldaten zu ermorden, oder wenn ein schmächtiger Schneidergeselle den festen Entschluß gefaßt hat, den Flügelmann des ersten Garde-Regiments mit Gewalt zu entführen, um ihn in die Dienste von Mehmed Ali zu bringen — so müßte, nach dem Wortlaut des §. 49 des Entwurfs, dieses Vorhaben angezeigt werden und doch würde der Anzeigende unfehlbar nur an gelacht werden. Das Vorhaben eines Verbrechens muß also ver-

Digitized by Google

nünftigerweise der Art sein, daß man die Ausführung derselben unter den gegebenen Umständen wenigstens für möglich oder wahrscheinlich halten kann. Der Entwurf hat hierüber Nichts gesagt, aber ohne allen Zweifel hat er doch den Sinn, den wir soeben ausgesprochen haben. Ob aber die Ausführung eines Vorhabens möglich oder auch nur wahrscheinlich sei, das ist wieder eine Frage, deren Beantwortung nur dem zu steht, der von dem Vorhaben Kenntniß erhalten hat und sich nun entschließen muß, ob er eine Anzeige machen oder unterlassen soll. Unterläßt er sie und wird er zur Untersuchung gezogen, so wird er behaupten, das Vorhaben für eine Thorheit, für einen Scherz gehalten zu haben, da die Ausführung nach seiner Ueberzeugung nicht nur nicht wahrscheinlich, sondern selbst unmöglich sei. Mögen die Gründe dieser Meinung noch so schwach sein, sie haben den Beschuldigten überzeugt, wenigstens wird dieser es behaupten, und wir wissen nicht, wie man ihm beweisen soll, daß er nicht überzeugt gewesen sei. So lange man ihm aber dieses nicht beweist, so lange kann er nicht gestraft werden.

Wir wiederholen hiernach, daß die Vorschrift des §. 49 des Entwurfs ihrem Zwecke nicht im Entferntesten entspricht, daß diese Vorschrift keine andern Folgen haben wird und haben kann, als unnütze, kostspielige Untersuchungen, deren Resultat kein anderes sein kann, als Herabwürdigung der Gesetze.

Was der §. 49 sagt, erkennen wir als ein unbestreitbares Gebot der Moral und der Religion an; es ist Menschenpflicht, seinen Mitmenschen gegen Gefahr zu sichern und die ihm etwa schon drohende Gefahr von ihm abzuwenden; diese Pflicht ist aber nicht der Art, daß man deren Nichterfüllung mit Strafe bedrohen kann. Außer dieser Pflicht gibt es noch viele andere von gleichgroßer Bedeutung, deren das Strafgesetz nicht erwähnt. Wird der einen erwähnt, warum die anderen mit Stillschweigen übergehen? Wir wollen auf die Beantwortung dieser Frage gern verzichten, wir wollen auch ohne Beweis annehmen, daß besondere, durchgreifende Gründe vorliegen, um das eine Gebot der Moral durch Androhung einer Strafe besonders zu kräftigen; wir dürfen aber alsdann auch behaupten, daß das Gesetz in seinen Vorschriften konsequent bleiben muß und nicht auf halbem Wege stehen bleiben darf. Der Entwurf hat aber nach unserer Ueberzeugung die Hälfte des vorgeschlagenen Weges noch nicht einmal erreicht, wie sich aus der speciellen Prüfung seiner Vorschriften ergibt, und er ist in anderer Beziehung wieder zu weit gegangen.

Zu den Verbrechen, deren Vorhaben angezeigt werden soll, wird im §. 49 die Münzfälschung gerechnet. Was ist Münzfälschung? Der §. 302 beantwortet diese Frage in folgender Art:

> Wer inländischen oder ausländischen Metallgeld oder Papiergeld nachmacht, wer echtem Metallgelde oder Papiergelde durch Umänderung den Schein eines höheren Werthes verschafft, imgleichen wer verrufenem Metallgelde oder Papiergelde durch Veränderungen an demselben das Ansehen eines noch gültigen gibt, begeht eine Münzfälschung.

Unstreitig ist nun das Nachmachen oder Verändern solcher Münzen, welche im Inlande einen gesetzlichen oder auch nur einen konventionellen Kurs haben, ein höchst gefährliches Verbrechen, und Jeder, der dasselbe zu verhüten weiß, leistet sich selbst den besten Dienst, weil Jeder betrogen werden kann. (Schluß d. Art. morgen.)

**Preußen.** ☉ Berlin, 12. Jan. (Schluß.) Was sodann das Recht betrifft, den Gedanken durch das Mittel der Schrift zu verbreiten, so nimmt der Entwurf die geltenden Strafbestimmungen über Presse und Censur ausdrücklich von denjenigen Gesetzen aus, welche durch Einführung des neuen Strafgesetzbuches außer Kraft treten sollen, d. h. mit andern Worten: es sollen vorläufig diejenigen Grundsätze, welche man als Präventivsystem dem in England am freiesten durchgebildeten Repressivsysteme gegenüberzustellen pflegt, Geltung behalten. Die Wünsche, zu welchen in dieser Beziehung die bisher befolgte Praxis Anlaß gab, fanden in der Ständekurie des Ver. Landtags einen zu beredten Ausdruck, als daß es hier weiterer Bemerkungen bedürfte. Etwas näher kann auf denjenigen Theil des Entwurfs eingegangen werden, welcher das sog. Associationsrecht berührt. Es heißt zunächst unter der Ueberschrift von Polizeiübertretungen im §. 429: öffentliche Versammlungen, welche bisher hinsichtlich der Zeit und des Orts weder üblich noch gestattet waren, dürfen, unter welchem Namen und zu welchem Zwecke es immer sei, ohne vorausgegangene Genehmigung der Obrigkeit nicht stattfinden. Worher aber, unter den einzelnen Verbrechen, ist bestimmt in §. 143: die bloße Theilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen es gehört, über Veränderungen der Staatsverfassung — sei es des preußischen Staates oder des deutschen Bundes — zu berathschlagen, soll schon mit Gefängniß oder Festungshaft von 2 Monaten bis zu 2 Jahren bestraft werden. Die Motive zu dem Entwurfe begründen von Verbindungen dieser Art, worunter geordnete Gesellschaften mit praktischer Tendenz zu verstehen seien, daß sie leicht „Seminarien für Verbrecher“ werden, und der Staat daher zu Präventivverboten gegen sie aus staatspolizeilichen Gründen so berechtigt als verpflichtet sei. Das ganze Prinzip, wie es hiermit klar ausgesprochen, ist zu verwerfen. Sehen wir nämlich von den Bestimmungen ab, welche die Bundesversammlung in einer Zeit erließ, wo die Besorgniß vor der Nachwirkung der vielen politischen Erschütterungen in den Nachbarländern der exaltirenden Partei in Deutschland bei Durchsetzung zahlreicher jetzt wohl als nutzlos erachteten Maßregeln sehr förderlich war, so kann man, wie bei der Preßfreiheit, auch für das Recht der freien Vereinigung die Präventivverboten das Repressivsystem entgegensetzen. Ueberall ist die Frage dieselbe. Wo ein Volk in seiner Entwicklung so weit gediehen ist, daß es der vormundschaftlichen Leitung einer Patrimonialstaatspolizei entbehren kann, da ziemen ihm nicht mehr jene nur dem Polizeistaate angehörigen Maßregeln, womit man väterlich vorbeugend sein Fallen verhüten möchte, sondern es tritt jene ernstere Behandlung ein, welche in dem Unterlassen den Bürger ehrt, der seiner Erziehung bedarf, sondern für seinen Fehltritt die öffentliche Bestrafung als sein gutes Recht in Anspruch nimmt. Ob unser Volk heute diese Stufe der Selbstständigkeit erreicht hat? Wer sie ihm absprecht, möchte nicht weniger der nöthigen Klarheit in politischen Dingen, als derjenigen Wärme des Gefühls ermangeln, ohne welche die innersten Anliegen eines tief empfindenden Volkes unverständlich bleiben. — Was endlich das Recht betrifft, über allgemeine Landesangelegenheiten Bitten an den Thron gelangen zu lassen, so gesteht das jetzt geltende Strafgesetz (A. L.R. Thl. II. Tit. 20. §. 156.) dem Einzelnen die Befugniß zu, „seine Zweifel und Bedenken gegen Anordnungen im Staate und Vorschläge zu Verbesserungen dem Staatsoberhaupte oder den Behörden anzeigen, und letztere sollen dergleichen Anzeigen mit der erforderlichen Aufmerksamkeit zu prüfen verpflichtet sein.“ Diese Bestimmung ist aus dem Entwurfe weggelassen und ganz passend, denn die Rechte eines Volkes finden ihre geeignete Stelle in einer Verfassungsurkunde. Es bestimmt jedoch anderseits §. 430, daß selbst in erlaubten öffentlichen Versammlungen weder politische Reden gehalten, noch politische Adressen und Beschlüsse in Vorschlag gebracht oder durch Unterschrift genehmigt werden dürfen. Es ist nun allerdings richtig, daß der Bundesbeschluß vom 5. Juni 1832 den Gliedern des deutschen Bundes das Verbot öffentlicher Reden politischen Inhalts selbst in erlaubten Versammlungen zur Pflicht macht. Warum aber nicht jene Beschlüsse unserer obersten Behörde ausdrücklich „nur in Erwägung der Zeitverhältnisse und nur für die Dauer derselben erlassen?“ Dürfen sie, die unglückliche Frucht des Mißtrauens, in ein Gesetzbuch aufgenommen werden, welches Zeugniß ablegen soll von der Bildung der Gegenwart und vor Allem die Aufgabe hat, jene traurige Censur- und Polizeiherrschaft, die unser Volk so lange zum größten Schaden einer gedeihlichen Entwicklung knechtete, durch die bei weitem wirksamere Macht zu ersetzen, welche in der Freiheit enthalten ist, durch gemeinsame Erörterung die Mängel des Bestehenden zu ergründen und von den gesetzgebenden Behörden ihre Abhilfe zu erbitten. Lasse man endlich von Verboten, welche, nur der Polizeiherrschaft und einer trüben Vergangenheit angehörig, mit ungeschickter, barbarischer Härte das frische Gedeihen einer noch jungen Freiheit zu stören drohen. Noch einmal: möge es den vorzugsweise zur Wahrung und Pflege dieser Freiheit berufenen Ständen gelingen, jene so gehäuften Formen zu verbannen, welche einst ein unseliges Mißtrauen in die Selbstherrschaft der Nation ersann, und welche in demselben Augenblick der Vergessenheit übergeben werden mußten, als das Volk nach schwerer Prüfung zur eignen Leitung seiner Angelegenheiten für würdig erachtet wurde. —

**Aus der Provinz Sachsen**, 11. Jan. Briefe aus dem Anhaltischen bestätigen die Nachricht, daß die gesammte Ritterschaft dafelbst die Verleihung einer landständischen Verfassung beantragt hat. Die Vorstellung der Köthener soll besonders energisch abgefaßt sein.

(Nach. Z.)

**Baden.** * Karlsruhe, 18. Jan. Die Kommission zur Vorberathung der Dreisabrikentrage hat gestern einstimmig beschlossen, daß der Gegenstand öffentlich verhandelt werden soll. Die Regierung hatte zuvor schon den Vortrag, womit Minist.-Präsident Bekk die Vorschläge in der geheimen Sitzung vom 15. übergeben hatte, zum Druck befördert, und gestern hatte der Präsident der zweiten Kammer das betreffende Reskript öffentlich verkündet. Zu diesen Aktenstücken kommen noch die Berichte der aus Mitgliedern der Ministerien des

Digitized by Google

Innern und der Finanzen und Sachverständigen und der Kammer gebildeten Kommission über die Verhältnisse der drei Gewerbsanlagen und die Dazwischenkunft des Staates zu deren Erhaltung; endlich noch eine Druckschrift über die Verhältnisse der Spinnerei und Weberei in Gießlingen, Rothen über die Betriebsverhältnisse der Zuckerei in Waghäusel u. s. w. — Die Mitglieder der Kammer und ihrer Kommission beruhten den heutigen Tag, theils um sich mit diesen Vorlagen vorerauf zu machen, theils um die Gewerbsanstalten einzusehen; morgen früh wird dann die Kommission ihre Berathungen fortsetzen. Die auf morgen anberaumte Kammersitzung und alle übrigen Geschäfte sind zurückgestellt. Die Frage, auf welche es hauptsächlich ankömmt, wird die sein: ob die Anstalten die Bedingungen ihrer Lebensfähigkeit in sich tragen, so daß ihre Erhaltung und ihre Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach gesichert erscheinen, wenn es gelingt, sie über die augenblickliche Todesgefahr hinauszubringen. Hierauf wird es sowohl denen ankommen, welche glauben, daß die am besten stehende Anstalt die Staatshilfe am Meisten verdiene, als denen, welche glauben, daß sie derselben am Wenigsten bedürfe; die Lebensfähigkeit der Anstalten wird sowohl die Meinung bestimmen, daß Staatshilfe unbedenklich, d. h. ohne Opfer sie die Gesammtheit gerettet, als daß sie entbehrlich sei, weil die Erhaltung lebensfähiger Unternehmungen im Interesse der Gläubiger liege. — Nach den vorliegenden Mittheilungen steht in dieser Beziehung die Maschinenfabrik von E. Kessler bei Karlsruhe am Günstigsten. Sie hat die reinste Vergangenheit und die sicherste Zukunft. Auf ihr lastet kein als Lehgeld aufgegebenes Aktienkapital, kein Pfandrecht; ihr Vermögen ist auf 1,666,985 fl. angeschlagen, ihr Schuldenstand beträgt 1,478,246 fl., worunter 926,647 fl. Wechselschuld. Im vorigen Jahre warf die Anstalt einen Reingewinn von 167,300 fl. ab; sie hat Bestellungen auf zwei Jahre hinaus und arbeitet in unmittelbarer Mitbewerbung mit österreichischen, schweizerischen, baierischen und englischen Maschinenfabriken für Eisenbahnen in Hannover, Italien, Oesterreich, Baiern und die Schweiz. Man vernimmt, daß zur Uebernahme dieser Anstalt Anerbietungen von Außen gekommen seien. Die Spinnerei und Weberei in Ettlingen hat nach dem Anschlag der Kommission ein Vermögen von 2,339,243 fl., einen Schuldenstand von 1,900,963 fl., worunter 1,739,473 fl. Wechsel- und Kontokurrentschulden. Das ursprüngliche Aktienkapital v. 1,200,000 fl. ist hierbei nicht gerechnet; den Aktionären gehört das Unterum von 438,280 fl. In Zinsen und Amortisation von 500,000 fl. auf Unterpfand gemacht. Um diese zu tilgen und weitere Betriebsmittel zu erhalten, sollte 1845 ein hypothekarisches Anlehen von 1,200,000 fl. gegen Partialobligationen, sog. Prioritätsscheine, gemacht werden. Allein nur der kleinste Theil (153,000 fl.) fand Abnehmer; ein größerer Theil wurde an Bankhäuser als Faustpfand für eröffneten Kredit gegeben; über ein Drittheil dieser Scheine (489,250 fl.) liegt noch unbenutzt. Ungeachtet der Opfer und Schwierigkeiten für Herbeischaffung der Betriebsmittel hatte sich die Anstalt die zum Jahre 1843 auf einem Standpunkt emporgearbeitet, welcher Hoffnung gab, alle Hindernisse aus früherer Zeit zu überwinden; hauptsächlich sprach dafür die Sammetweberei, welche der englischen ganz gleichsteht. Die Anstalt hat 27,840 Spindeln für die mechanische Baumwollenspinnerei, 925 mechanische Webstühle für glatte Zeuge, 42 Handwebstühle in der Fabrik und 973 in den Orten Langensteinbach, Interbach und Dittlingen für Sammetweberei; sie beschäftigt 1893 Arbeiter. Der Reingewinn im letzten Jahre ist auf 191,027 fl. angeschlagen. — Die Zuckerei in Waghäusel hatte Ende 1847 einen Schuldenstand von 2,728,723 fl., ein Vermögen von 2,168,723 fl., also eine Ueberschuldung von 560,552 fl., ungerechnet das Aktienkapital von einer Million, welches längst aufgezehrt ist. Die Wechsel- und Kontokurrentschulden betragen 2,081,529 fl. Der Reinertrag für 1846—47 ist auf 65,780 fl. angeschlagen, wird aber im nächsten Jahre in Folge der letzten reichen Rübenernte viel höher sein. Die Zuckerei hat alle möglichse Ungunst der Verhältnisse überwunden und steht gegenwärtig auf einer von Kennern bewunderten Stufe der Vollkommenheit, sodaß sie, nach dem Urtheil Sachverständiger, ohne den plötzlichen Schlag, der sie mit den übrigen traf, sich allmählich erholt haben würde.

Nachdem die von der Regierung ernannte Kommission sich möglichst mit den Verhältnissen bekannt gemacht hatte, erklärte sie einstimmig, daß die drei Gewerbsanstalten in volkswirthschaftlicher Beziehung so bedeutend seien, daß ihr Fortbestand als wünschenswerth im öffentlichen Interesse erscheine. Sie erklärte sich für eine Dazwischenkunft des Staates nur darum, weil sie es für sehr unwahrscheinlich hielt, daß der Fortbestand auf anderem Wege, wie durch Uebergang an andere Unternehmer, zu erzielen wäre, besonders jetzt, wo der Staat angegangen sei und seine Weigerung als ein Ausspruch angesehen würde, daß die Verhältnisse der Anstalten durchaus ungünstig seien. Die Bedingungen, unter denen die Zinsgarantie gezogen werde (wir haben sie früher mitgetheilt) seien von der Art, daß sie der Staatskasse schwerlich materielle Opfer bereiten werden; die Gläubiger aber dürften damit zufrieden sein, weil ihr Verlust im andern Falle weit größer wäre. Der Anschlag des Vermögenszustandes der Anstalten, selbst nach den Minderungen, welche die Kommission der Regierung vornahm, wird selbst für die Zeit der Thätigkeit der Fabriken doch erschienen; sollten sie aber eingehen, so würde der Erlös aus den vorhandenen Vermögenstheilen in gar keinem Verhältniß zu dem Werthanschlage stehen.

Dies ist in Kürze die gegenwärtige Lage der Akten, auf welche sich die bevorstehenden Verhandlungen gründen werden.

**Kurhessen.** ** Kassel, 15. Jan. Man muß es den Landständen einmend nachsagen, daß sie den ganzen Ernst der Frage erkennen, die sich an die Legitimation des Barons Waitz von Eschen knüpft. Sie haben sich in zwei ungewöhnlich langen Sitzungen mit dieser Angelegenheit beschäftigt und doch wurde die Berathung noch nicht für geschlossen erachtet. Inzwischen scheinen die Meinungen schon festzustehen und insofern die gehaltenen Reden ziemlich wirkungslos zu sein. Wenigstens wird mehrfach in der Diskussion die Bescheerung Einzelner gehört, daß durch dieselben die Ueberzeugung nicht wankend gemacht sei. Sehr beachtungswerth ist, daß Waitz an dem Landtage von 1830 Theil nahm; auf welchem die Verfassung zu Stande kam, ja selbst Mitglied desjenigen Ausschusses war, welcher damals den Auftrag hatte, den Entwurf der Verfassungsurkunde zu prüfen, des s. g. Konstitutionsausschusses, von welchem zunächst die der jetzigen Repräsentationsweise unterstellten Grundsätze ausgingen. Man sollte daher denken, daß er gerade über die nähere Bedeutung der Verfassungsurkunde besseren Aufschluß zu geben vermöchte als irgend ein Anderer im Ministerium oder in der Ständeversammlung, da, außer dem Präsidenten der letzteren, kein einziges Mitglied derselben dem konstituirenden Landtage angehörte und während des letzteren keiner der jetzigen Minister im Amte war. So kämpft gewissermaßen eine jüngere oder andere Generation gegen den Baron v. Waitz über das, was er und die mit ihm Handelnden gethaut und gewollt haben. — Abermals vertiert die Ständeversammlung eines ihrer Mitglieder, welches in der vorletzten Sitzung sich zu Gunsten der Legitimation des Barons v. Waitz ausgesprochen hatte. In derselben Zeit nämlich, wo Wippermanns Suspension von seinen Gemeindeämtern in Berge auch die oberaufsehende Staatsbehörde aufrecht erhalten wird, ist der Oberbürgermeister Arnold in den Staatsdienst mit beträchtlichem Verlust an seinem Einkommen gezogen und zur landeshervorlichen Kommission bei derjenigen Aktiengesellschaft ernannt, welche die Ausgabe hat, die Thüringer Eisenbahn mit der Rhein-Weserbahn mittelst einer durch Hessen anzulegenden Bahn zu verbinden. Es geschah dies ungefähr eine Stunde vor Beginn der letzten landständischen Sitzung, an welcher er deßhalb nicht mehr Theil nehmen konnte, weil die Abgeordneten diese Eigenschaft durch Ernennung oder Beförderung zu einem Staatsamte verlieren. Arnold hat sich jener Versetzung und dem derzeit für ihn verbundenen pekuniären Verluste gefügt. Allgemein ist hierüber das Erstaunen, da Arnold auf Lebenszeit zum Oberbürgermeister gewählt und regierungsseitig bestätigt war. Die Wahl kann auf bestimmte Zeit, jedoch nicht unter fünf Jahren, oder auf Lebenszeit getroffen werden. Arnold, auf fünf Jahre gewählt, wollte zur Annahme des Amtes sich nicht verstehen. Er wurde darauf gegen Ende des Jahre 1842 für seine Lebenszeit erwählt und, um ihn völlig unabhängig zu stellen, mit bedeutendem Gehalte aus der Stadtkasse versehen. Es verlautet nun, was bisher Niemand geahnet hatte, Arnold habe die Bestätigung nur unter der von ihm eingegangenen Bedingung erhalten, daß nach Ablauf von fünf Jahren das Ministerium über seine Thätigkeit anderweit verfügen, er selbst aber auf seinen Wunsch in den Staatsdienst zurücktreten könne. Diesen Wunsch hat er jetzt sicher nicht gehabt. Nun steht eine neue Deputietenwahl und die Wahl eines Oberbürgermeisters in Kassel bevor, welche auf Verlangen der Regierungsbehörde, wie man hört, binnen acht Tagen eingeleitet werden soll. — Noch andere Verstehungen sind beachtungswerth. Der Staatsrath Volmar, eine Zeitlang selbst Minister des Innern, war bisher in diesem Departement Referent für die Angelegenheiten der Kirche und Schule. Volmar, der einer streng pietistisch-mystischen Richtung angehört, ist nun zum Direktor der Provinzialregierung in Fulda ernannt, wo in Kürze die Wahl eines katholischen Landesbischofs bevorsteht. Die nämliche orthodoxe Religionsauffassung wird zweien der jüngeren Obergerichtsräthe beigewiesen, die jetzt zu Mitgliedern des Oberappellationsgerichts ernannt

Digitized by Google

sind; der eine ist Schwager des Justizministers Bickel, der andere, Dehn Rothfelser, der sich jetzt als Bevollmächtigter des Landgrafen von Philippsthal in der Ständeversammlung bemerklich macht, ist Schwager des Kabinettsraths Aber. Noch ein dritter zu den jüngeren zu rechnender Obergerichtsrath ist in das Oberappellationsgericht gezogen; im Vertrauen der Ständeversammlung stehend, wurde er, ohne deren Mitglied zu sein, zu einem der Direktoren des Staatsschatzes von den Landständen ausersehen. Er verliert nun dieses Amt, weil ein Oberappellationsrath keine andere Funktion versehen darf. So ist der Ständeversammlung wieder die Wahl eines Mitgliedes der Staatsschuldirektion anheimgefallen.

**Hessen.** Δ Darmstadt, 18. Jan. Nachstehend das Nähere über die Berathung unserer zweiten Kammer, die Angelegenheit Jaup betreffend. Zuerst ergriff der Reg. Kom., Min. Rath v. Bechtold das Wort, um das wichtige Recht der Beurlaubung, wie es bisher von der Regierung geübt worden, zu vertheidigen. Staatsdiener sei Einer, der Staatsgehalt beziehe, und Staatspensionäre stünden den Staatsdienern gleich. Auch Art. 9 der Dienstpragmatik („Der Staatsdiener kann nach 40jährigem Dienstalter oder nach zurückgelegten 70 Lebensjahren das Amt niederlegen und behält den Titel und neun Zehntheile der Besoldung") bringe keine für Jaup günstige Veränderung in der Anwendung jener Grundsätze hervor. Denn auch in Folge dieses Art. scheide man nicht eigentlich vom Staatsdienste aus; der Regent behalte sein Recht gegen diesen, wie gegen die übrigen Staatsdiener, und dazu komme noch, daß Jaup nicht einmal 40 Dienstjahre gehabt, als er (1833) ohne erfolgten Nachfuchen in Pensionsstand versetzt worden sei. Abg. Wolf sprach sich gegen das Jaup günstige Partikularvotum des Ausschußmitgliedes Abg. Reh aus, und Abg. Lotheißen, an den Landtag von 1832/33 sich anlehnend, trug die dort von der Majorität geltend gemachten Grundsätze auch auf den vorliegenden Fall des überschrittenen vierzigsten Dienstjahres über, wonach also Jaup zum Eintritte nicht berechtigt sei. Andere Abg. Reh, welcher namentlich die Frage aufwarf, ob die Beurlaubung mit Rücksicht auf den Dienst oder als politisches Recht von der Staatsregierung geübt werde? Vom Ersteren könne hier, wo der Pensionär schon 13 Jahre im Pensionsstande sich befinde, wohl nicht die Rede sein; das Zweite habe nicht Veranlassung geben können, der Staatsregierung das Vertrauen im Laufe zu erhalten. Nach weitern Auseinandersetzungen in diesem Sinne und Widerlegung der in seinem Partikularvotum geltend gemachten Grundsätze, wandte sich der Abg. Reh zu den Bestimmungen anderer Verfassungen über diesen Gegenstand, welche er alle günstiger fand in Bezug auf Beurlaubung der Staatsdiener. Jedenfalls sei der Fall eines Dienstalters von 40 Jahren noch nicht entschieden. Auch Abg. Emmerling äußerte unter Anderm: die Regierung werde doch gewiß nicht behaupten können, daß Jaup, sei seine Dienstzeit eine aktive oder nicht aktive, noch gegen seinen Willen in den Staatsdienst berufen werden könne. Abg. von Gagern dat dann den Regierungskommissär über diesen Umstand um Auskunft, und dieser ertheilte sie dahin, daß Jaup im J. 1804 als Professor und Assessor der Justizfakultät in Gießen in den Staatsdienst getreten sei. Dabei behaupte der Regierungskommissär Min.-Rath v. Bechtold fest auf dem Grundsatze, daß, da das Gesetz keinen Grund angebe, weßhalb der Großherzog vom Recht der Beurlaubung Gebrauch machen könne, auch nicht bloß dienstliche Rücksichten die Norm dabei geben müßten. Das Recht sei gemäßigt geübt worden und er müsse in Abrede stellen, daß das Vertrauen im Volke geschwächt worden. Die Staatsregierung sehe sich übrigens auch nicht veranlaßt, über ihre Gründe, deren sie allerdings habe, Auskunft zu geben. Andere Verfassungen und was sie an Bestimmungen hierüber enthielten, konnten von keinem Einfluß sein. (Schluß f.)

## Schweiz.

Bern, 15. Jan. 60. Sitzung vom 14. Jan. Präsident: Hr. Ochsenbein. Bei Vertheilung des Protokolls bringen Neuenburg und Teffin einige Bemerkungen an. Tagesordnung: die Note des Papstes. Hr. Dr. Kern als Berichterstatter der Kommission glaubt, wenn man überhaupt auf dieß Zuschrift eintreten wolle, so könnte mit allem Grund darauf hingewiesen werden, daß allfällige Exzesse bei Weitem nicht die Bedeutung haben, welche man denselben beilegen wollte, dieselben übrigens Gegenstand gerichtlicher Untersuchung seien und ihre Bestrafung erhalten werden. Ferner könnte bei diesem Anlaß darauf hingewiesen werden, daß namentlich solche Institute und Personen, für welche sich der Vertreter des heil. Vaters verwendet, Schutz darin fand, daß in der ersten Aufregung und Erbitterung Thatsachen vorgekommen sein mögen, die gerügt werden könnten und auch gerügt werden sind. Man könnte auf die dem Ausbruch des Kriegs vorhergehenden Handlungen und das Benehmen der hohen kathol. Geistlichkeit, und insbesondere des apost. Nuntius in der Schweiz aufmerksam machen, welche so wesentlich zur Steigerung des religiösen Zwiespalts, der Trennung der Eidgenossen und zum Kampfe der Waffen getrieben. Referent glaubt jedoch nicht, daß Grund vorhanden sei, auf die Note einzutreten, weil die Note vom Nuntius nicht als Vertreter einer weltlichen Macht in Bezug auf internationale Verhältnisse an die Tagsatzung gerichtet worden sei, sondern als Vertreter der katholischen Kirche in Bezug auf kirchliche Verhältnisse. Die Tagsatzung sei aber nicht im Falle, in dieser Beziehung einreten zu können. Insofern in der Zuschrift auf Klöster und geistliche Institute hingewiesen worden, müsse der Grundsatz festgehalten werden, daß der Bundesvertrag nur solche Rechte feststelle, welche die kontrahirenden Theile sich gegenseitig zugestanden, daß dagegen keine auswärtige Macht oder geistliche Behörde aus dem Vertrag Rechte für sich in Anspruch nehmen könne. Der Antrag geht daher auf — Nichteintreten. Zürich ist der Ansicht, daß es sich um zweierlei handle: erstens darum, ob die Tagsatzung die Note beantworten solle, zweitens ob dieselbe in Betreff der darin enthaltenen Beschwerden irgendwelche Entschließung fassen solle. Die Gesandtschaft glaubt, beide Fragen seien zu verneinen. In erster Beziehung sei die Tagsatzung eine politische Behörde und repräsentire die Schweiz gegenüber auswärtigen Mächten. Der apostol. Nuntius repräsentire aber den Papst nicht als weltlichen Fürsten, sondern als Oberhaupt der kathol. Kirche in der Schweiz. Somit können alle nicht Verhandlungen wie zwischen zwei Mächten stattfinden. Auch seien in der Regel kirchliche Angelegenheiten, um die es sich hier handle, nicht Sache der Tagsatzung. Der Gesandte durchgehe noch die einzelnen Beschwerdepunkte, fragt, wer unter religiösen Orden und Korporationen gemeint sei — etwa die Jesuiten? welche Eingriffe und wo dergleichen in die Rechte der Korporationen stattgefunden, und wo die Tagsatzung in solcher Weise eingegriffen habe? Man müsse doch erst bestimmte Thatsachen behaupten, ehe man protestire. Wenn ferner von Pfarrern die Rede sei, die von ihren Pfründen vertrieben worden seien, so sei es unerhört, der Tagsatzung zuzumuthen, sich in Händel zu mischen, in welche Pfarrer mit Kantonalregierungen gerathen. Zürich findet es ganz begreiflich, daß gegen Pfarrer eingeschritten werde, die Skandalereien, selbst Bürgerkriegen zu Schulden kommen lassen, um Zürich erwartet, daß, wenn solche Wühlereien vorkommen, die Regierungen auch ferner energisch dagegen auftreten. Endlich sei es ebenso unerhört, Vergehen einzelner Personen, die übrigens untersucht und bestraft werden, zum Gegenstand einer diplomatischen Note zu machen und gegenüber der Bundesbehörde zu protestiren, als ob diese dafür hafte. Was würde man sagen, wenn etwa Frankreich, im Falle, daß ein französ. Bürger in der Schweiz beraubt würde, eine Note an die Tagsatzung schicke und gegen den Raub protestiren wollte? Zürich bringt daher auf Tagesordnung. — Luzern (Pl. Meier) ist mit dem Kommissionsantrag einverstanden, glaubt aber, daß man noch weiter gehen könne, — zu untersuchen, ob nicht Grund sei, die Abberufung des Nuntius zu beantragen. Die Gesandte schildert mit beredten Worten die fanatische Aufregung des Nuntius; seine Anfachung der Zwietracht und des Bürgerkrieges, seine Flucht bei dem Siege der Eidgenossen, seine Rückkehr nach Luzern unter dem Schutz des Militärkommandos. Er bezeichnet ihn unumwunden als Haupthebel bei der Jesuitenberufung und der Sonderbündelei, und will deßhalb Prüfung und Antrag der Kommission.

(Schluß folgt.)

Zug, 16. Jan. Heute wurde der Verfassungsentwurf durch die Volksabstimmung mit 1206 gegen 663 Stimmen angenommen. Es kommen hierbei nach Art. 3 der Uebergangsbestimmungen nur die wirklich stimmgebenden Bürger in Zählung.

Schwyz. Die Bl. Z. B. bemerkt: Am 15. d. ist die Verfassung zu Ende berathen worden. Einem längern Artikel über die neue Verfassung entheben wir heute, daß Schwyz Hauptort bleibt. Unser Korrespondent verwundert sich, daß nicht einmal die liberalen Mitglieder des Verfassungsraths es gewagt haben, einen Antrag für freie Niederlassung der Schweizerbürger zu stellen. Eine schöne Aussicht für die Bundesreform!

## Großbritannien.

London, 15. Jan. Gegen eine der unsinnigsten Steuern, die Fenstersteuer, wurden seitdauernd Versammlungen gehalten. Auf einer derselben wurde einstimmig beschlossen, an das Parlament eine Eingabe zu richten und diesem vorzustellen, daß die Fenstersteuer alle Gesundheitsmaßregeln unwirksam mache. Gewiß würde diese Steuer schon längst abgeschafft

Digitized by Google

sein, wenn im Parlament ebensoviel wahrhafte Volksmänner, als Speculanten und Rechner säßen; indeß wird sie einer Zeit, die immer mehr Licht und Luft in sich aufzunehmen und wieder auszuströmen strebt, nicht auf die Dauer Widerstand leisten können.

Mit dem 1. April soll eine Dampfschifffahrt zwischen Dänemark, Schottland, den Faröern und Island eröffnet werden. Dies Unternehmen, welches auch diese entlegenen Eilande in die allgemeine Weltbewegung hineinzuziehen verheißt, wird auch Dänischerseits eifrig befördert.

** Heidelberg. (Die Kommission zur Untersuchung der Handelskrisis. Schluß.) Es ließe sich darüber streiten, ob der Staat bei plötzlichem Aufhören einer solchen unnatürlichen und gefahrbringenden Probibetivpolitik nicht den eingetenen Interessenten zur Entschädigung verpflichtet wäre, da ja doch der Einzelne nicht immer auch den anfänglichen großen Vortheil, weil er vielleicht erst später den emporgetriebenen Boden theuer gekauft hat, mit dem Verluste nach eingetretenem natürlichen Zustande kompensiren kann — wenn man jedoch, wie neulich ein norddeutsches Blatt die Besprechung aufstellt, daß England deßwegen Schaden bei diesem freien Mitbewerb leiden würde, weil nun zum Nachtheil für seinen Manufakturabsatz die Löhner auf Jamaika an Zahlungsfähigkeit verlören, so heißt das mit andern Worten: ich werde ärmer, wenn ich aufhöre, einem Dritten mit der einen Hand jährlich 1000 fl. zu schenken, und er so außer Stand ist, mir mit dem Geschenke die Fabrikate abzukaufen, welche meine andere Hand verfertigt hat, weil diese nun nicht mehr von den 1000 weggeschenkten Gulden vielleicht 200 fl. an Lohn und Profit zurückverdient. . . . Ueber die Kornbill ist zu seiner Zeit so viel gesagt worden, daß die Frage wohl als erledigt betrachtet werden darf; und wenn dennoch ein berühmter Komanik Deutschlands sich nicht mit der Vermietung dieser alles Vermunft und aller Staatsweisheit in's Gesicht schlagenden Gesetze einverstanden erklären kann, so mag das wohl darin seinen Grund haben, daß er eines Theils (ohne zu bedenken, daß erst allmählich in der Geschichte Vernunft und Recht identisch werden) Alles schon für vernünftig hält, was nach geschriebenen Gesetzen Rechtens ist, andern Theils aber, obgleich man neulich Hansemann und v. Beckerath wegen nicht gemachten Examens einem Handelsportefeuille nicht gewachsen glaubte, auch die gründlichsten Untersuchungen über rein juristische Fragen noch nicht zur Beurtheilung der hier einschlagenden Fragen befähigen möchten. Viel wußte wohl, was er that, als er durch Herabsetzung der Kornpreise für die Fabrikarbeiter die Grenzen „der letzten Bedingung menschlicher Existenz", wie A. Smith sagt, weiter hinaus schob; nur hat Deutschland eigentlich sehr wenig Grund, sich mit der Heftigkeit, wie es getban, über diese Maßregel zu freuen. Denn obgleich seine Ostprovinzen (die Ausfuhr der Westprovinzen halten ja immer noch die Holländer verschlossen) einen nahen Markt für ihren Kornüberschuß erlangt haben, welchen sie übrigens der billigen Seefracht wegen nicht allein mit den Vereinigten Staaten und Rußland, sondern segar mit Australien theilen müssen, so ist unserer Industrie dadurch die letzte Produktionsbegünstigung, das wohlfeilere Leben der Arbeiter, unter den Füßen weggezogen. Sir Robert wußte, was er that, und wenn bei Erörterung dieses Punktes die Debatten in der auf so verschiedene Principien fußenden Kommission auch noch so lebhaft werden sollten, wenn auch mit den bestimmtesten Zahlen nachgewiesen würde, wie der und jener Lord um so und so viel in seinem Vermögen beeinträchtigt und so die Krisis verschlimmert sei — England darf dreßmungeachtet von der dritten Verlesung dieser Bill in materieller und politischer Hinsicht eine neue Entwicklungsphase datiren. Zu bedauern wäre allein, was am Ende nicht so unwahrscheinlich ist, wenn die Kommission wegen zu großer Meinungsverschiedenheit nicht über diesen Punkt hinauskommen sollte, und so das dritte Hauptmoment der Handelskrisis, die Verwaltung der Bank, welche ohnehin Viele vielleicht gern unberücksichtigt sehen, underührt bliebe. Nicht Peel ist es gewesen, welcher durch die im Jahre 1844 vorgenommene Ausführung des alten Plans von S. Lloyd die Bank verhindert hat, zur Zeit der Noth dem Handelsstande kräftiger unter die Arme zu greifen, weil seine Bankbill nach vorgenommener Trennung des Banking Department und Issue Department eine 14 Millionen ₤. überschreitende Notenausgabe nur dann gestattet, wenn für die darüber in Umlauf gesetzten Zettel eine gleich hohe unantastbare Summe baar deponirt ist; sondern die Nachlässigkeit der Direktion ist hier zu beschuldigen, welche, statt sich gegen diesen wohl vorauszusehenden Rückschlag durch frühzeitige Erhöhung des Diskonto's und Anfammeln von Baarmitteln ihrerseits zu rüsten, faß gänzlich unvorbereitet war. Schon im Jahre 1824 hat man gewaltig über den Mangel an Umsicht hinsichtlich der allgemeinen Lenkung der Bankpolitik getlagt, seit jener Zeit ist aber noch immer die alte Einrichtung beibehalten, die Stellen des Bankdirektoriums mit den Söhnen der ersten Cityhäuser zu besetzen, um so diesen jungen Leuten im öffentlichen Leben ein gewisses Relief zu verleihen. Nach den mehrfachen Zahlungseinstellungen der Bank of England ist die Maßregel ihres treuen Freundes für die dauernde Gesundheit „der alten Dame aus der Threadneedlestraße" unumgänglich nothwendig, und es ist daher zu erwarten, daß der praktische Sinn der Engländer ihrer Schwäche von der rechten Seite aufhelfe, statt die Heilung in der Vernichtung eines Receptes zu suchen, für dessen wenn auch glücklicher Weise nur theoretische Vernachlässigung sich John Russell wohl kaum selbst mit dem Drange der Umstände wird rechtfertigen können. Zu allen diesen Momenten, welche natürlich nur ganz oberflächlich hier berührt werden konnten, tritt dann noch die sie Alle an Schwierigkeit übertreffende Frage, inwieweit dem englischen Staatsschuldenwesen sein Antheil an der Krisis zuertheilt werden dürfe. Denn nicht allein, daß diese öffentlichen Effekten den Zinsfuß zum Nachtheile aller gewerblichen Unternehmungen, welche die vom Staate gezahlten Zinsen doch als Steuer aufbringen müssen, in der Höhe erhalten, sondern auf die Renten bin, als wie auf den Ertrag einer reellen Erwerbsquelle, ruht ein nicht unbeträchtlicher Theil der gesammten Bevölkerung. Beim Knacken dieser harten Nuß mag es der Kommission wohl manchmal schaudern! Umsomehr aber ist es zu wünschen, da sich sonst wohl nirgendwo ein so kompetenter Rath zusammenfinden möchte, daß er mit seiner Aufgabe zu bestimmten Resultaten gelange. In unsern von der materiellen Noth bedrängten Zeiten würde die ganze Welt unendlich viel daraus zu lernen finden. Denn eine auf richtiger Erkenntniß des bunten Lebens beruhende Staatsleitung auszumitteln, wo der Einzelne wegen Mangels an Uebersicht und Rücksichtnahme auf die Gesammtheit in der Gegenwart und Zukunft sich und der Gesellschaft nur Schaden bringt — die Lösung der dunkeln Ahnung unserer heutigen Socialisten und Kommunisten — dürfte vielleicht zu den Aufgaben unseres Jahrhunderts gehören und ihre Lösung eine in die nächsten Jahrtausende eingreifende Errungenschaft sein!

## Frankreich.

Paris, 15. Jan. Die Rede des Hrn. Montalembert verdient in jedem Betracht die Aufmerksamkeit auch der deutschen Leserelt. Wir geben nachstehend einen Auszug aus derselben, indem wir lebhaft bedauern, daß der Raum der Deutschen Zeitung uns nicht gestattet, sie in ihrem ganzen Umfang mitzutheilen.

„Nach den Reden, welche wir bereits gehört haben, werde ich weder von Staatsverträgen, noch von diplomatischen Depeschen, noch selbst von den Jesuiten sprechen. Ich will mich auf ein Gebiet stellen, welches vielleicht über dem geschriebenen Rechte, und jeden Falls aufzeichnet desselben liegt, auf den Boden des gesellschaftlichen, des natürlichen Rechtes, des Völkerrechtes. Ich will untersuchen, inwiefern die Interessen der Gemüthenfreiheit, der Familie, der Menschheit bei den Schweizerereignissen blosgestellt sind, und ich werde zeigen, welche Gegenwirkung sie in Frankreich und in Europa hervorbringen müssen."

„Ich für meinen Theil hatte daßir, daß man sich in der Schweiz wehre für noch gegen die Jesuiten, wehre für noch gegen die Kantonalsouveränetät gekämpfen hat. Für und gegen Sie hat man sich geschlagen, für die wilde, unbulsame, unregelmäßige Freiheit, gegen die bulsame, regelmäßige, gesetzliche Freiheit, deren Vertreter und Vertheidiger Sie in der Welt sind."

„Was jenseit des Jura auf dem Spiele stand, war nicht die Kantonalsouveränetät, warrn nicht die Jesuiten, es war das Prinzip der Ordnung, der europäische Friede, die Ruhe Frankreichs und der Welt. Diese Dinge sind es, welche vor unserer Thüre, an unsern Grenzen in den Staub getreten werden von Menschen, welche nur die Gelegenheit abwarten, um die Fackel der Zwietracht, des Krieges, der Anarchie über die Alpen und den Jura zu schleudern."

„So komme ich denn, nicht, um für die Besiegten zu reden; nein, selbst ein Besiegter, rede ich zu Besiegten, das heißt zu den Vertretern der gesellschaftlichen Ordnung, der regelmäßigen öffentlichen Verhältnisse, des liberalen Zustandes der Dinge, der in der Schweiz vernichtet ist, und der in ganz Europa durch einen neuen Einfall der Barbaren bedroht wird."

„Das ist meine Ueberzeugung, und ich halte diejenigen für blind, die sie nicht theilen".

„Aber in diesem Augenblicke werde ich von einer schmerzlichen Erinnerung ergriffen. Im vorigen Jahre um diese Zeit, saß ich an dem nämlichen Tage, dieses ich die Rednerbühne um ein ähnliches Verbrechen, die Aufhebung und Einverleibung des Freistaats Krakau zu

Digitized by Google

bemerken. „Und heute bin ich abermals genöthigt, eine neue Verletzung — nicht bloß des Vertragsrechtes, das ich achte und ehre, sondern des gesellschaftlichen, des natürlichen, des menschlichen Rechtes, das stets über dem Rechte der Verträge steht — zur Sprache zu bringen".

„Das Verbrechen ist in meinen Augen das nämliche. Im vorigen Jahre handelte es sich um das letzte Bruchstück der polnischen Nationalität; diesmal handelt es sich um die Wiege der europäischen Freiheit, die das Opfer eines ähnlichen Frevels geworden ist. Der einzige Unterschied besteht darin, daß das Verbrechen des vorigen Jahres von den unumschränkten Monarchien begangen wurde, während diesmal angeblich Ultravale, im Gewande die schrecklichsten aller Tyrannen, die Thäter waren. Aber damals wie jetzt, was haben wir gesehen? Eidbruch, Lüge und Verwandlung der Stimmenmehrheit in einen Glaubenssatz".

„In welchen Zeiten leben wir, daß ich jedes Jahr auftreten muß, um solche Verbrechen zu brandmarken? Und welche Heiligkeit habe ich ihnen entgegenzusetzen? Leider Nichts als das unfruchtbare Wort. Aber ich bedenke, daß dieses Wort nicht immer unmächtig ist, daß diese Rednerbühne ein Tribunal ist, auf welchem der Ehrenmann das Recht hat, im Namen seines Vaterlandes zu reden, wo er berufen ist, die siegreiche Missethat zu verurtheilen und von den Umthaten der Gewaltigen an die Zukunft Berufung einzulegen."

„Das Verbrechen vom vorigen Jahre, ein Verbrechen der Gewalt, ist im Namen der Gewalt begangen; das diesjährige ist ein Verbrechen des Despotismus mit der Heuchelei im Bunde, begangen im Namen der Freiheit. In meinen Augen erscheint diese schändliche Lüge die Missethat und macht sie zehn Mal verabscheuungswürdiger".

„Glauben Sie mir, meine Herren, ich komme nicht hierher, um ekelhafte und katholische Klagen anzustimmen. Allerdings, der Katholicismus ist, wie alle Welt weiß, in der Schweiz verletzt worden, aber alle Welt weiß auch, daß die Wunden der Religion nicht unheilbar sind, daß es im Gegentheil das natürliche Schicksal der Religion ist, verfolgt, und mißhandelt zu werden; sie leidet darunter, aber nur eine kleine Zeit, und erhebt sich bald wieder strahlender als zuvor."

„Aber wissen Sie, was sich nicht so leicht wieder erhebt, was nicht ungestraft solchen Niederlagen ausgesetzt werden kann? Die Ordnung, der Friede und vor allem Dingen die Freiheit, deren Sache ich hauptsächlich vor Ihnen führe."

„Der Verlust folgt hierauf dem schweizerischen Radikalismus auf den Wegen, die er seit 1830 durchlaufen hat, indem er ihm Schritt für Schritt Rechtsverletzungen und Beeinträchtigungen der Freiheit nachweisen zu können glaubt. So namentlich seit dem Siege über den Sonderbund, den die Siegee denn allerdings durch Konfiskationen, Geldererpressungen, Hemmung oder gänzliche Vernichtung der Wahlfreiheit, Bestrafung der Inhabee der gestürzten Kantonalgewalten u. s. w. geschändet haben. Die schuldbeunruhigte Anstalt, daß in Staatsdingen nothwendiger Weise Recht sei, was die Stimmenmehrheit beschließt und ausführt, wird von dem Redner als die größte Gefahr aller bürgerlichen und aller menschlichen Freiheit nach Gebühr gewürdigt, ohne Zweifel zum großen Aergerniß unzähliger verneinten Fortschrittsmänner, die für die Freiheit kein anderes oder doch kein sicherere Merkmal haben, als das Votum der Majorität.

Wie wenig übrigens die hohe Pairskammer selbst das von Hrn. Montalembert aufgestellte Prinzip der Freiheit, trotz des stürmischen Beifalls den sie ihm gezollt, praktisch anzuerkennen geneigt sei, bewies sie unmittelbar nach dem Schlusse der Rede dadurch, daß sie Hrn. Alton Shee, der die von seinem Vorgänger hart angegriffene Revolution vertheidigen wollte, durch Lärmen und Schreien den Mund schloß. Ein beredter Kommentar zu der Montalembert'schen Lehre vom Despotismus der Majoritäten.

Wie die Rede des Hrn. Montalembert von der Pairskammer aufgenommen wurde, wollen wir mit den Worten des National schildern, dessen Zeugniß in gewissem Sinne das unverdächtigste ist:

„Hrn. Montalembert war es vorbehalten, unter seinen Kollegen einen Beifallssturm hervorzurufen, dessen wir die Pairskammer nicht für fähig gehalten hatten. Er darf stolz sein auf diesen Triumph, der Alles übertrifft, was seine Eigenliebe sich nur träumen konnte. Niemanden war es bisher gelungen, die Schreibwuth, die Papiermesser und die Paire selbst in einen solchen Grad der Aufregung zu versetzen. Doch es war keine Aufregung, es war Verzückung, Krampf, hitziges Fieber. Die Berredsamkeit des Hrn. Montalembert hatte ein wahres Gefolge von Beangeschrei und Beifallszeppel. Seine eigne Leidenschaft war die zum Delirium gesteigert, und er schleuderte elektrische Ströme auf die Bänke, unter denen die Versammlung aufzuckte. Wir beklagen diesen Enthusiasmus keineswegs, wir legen vielmehr Gewicht auf den Ausdruck desselben. Es ist von Bedeutung für uns, für ganz Frankreich, daß das Ministerium und die Pairie sich mit diesem glühenden Eifer den Ideen, den Worten, den Hoffnungen und Verwahrungen der bedrängten Jesuiten angeschlossen haben. Wir haben jetzt das Glaubensbekenntniß des Luxemburg. Hätten wir die Unverschämtheit begangen, dasselbe anzusprechen, so würden wir als Angeklagte vor die Schranken der Pairskammer berufen werden. Jetzt aber spricht sie es selbst aus in einem jener Augenblicke, wo die Seele, losgelöst von den Banden des Körpers, alle ihre Geheimnisse entschlüpfen läßt; die Leidenschaft offenbart alsdann, was die Klugheit verhüllt, und man sieht bis auf den Bodenstaf des Gedankens. Dank Hrn. Montalembert, dem Urheber des Rausches, hat die Pairie heute einen jener Augenblicke gehabt". Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß wir das Urtheil des „National" nicht zu dem unsrigen machen. Das „Journal des Debats" spricht in den Ausdrücken einer leidenschaftlichen Bewunderung von dem Vortrage des Hrn. Montalembert und der Wirkung desselben. Hr. Montalembert, sagt es, gehört seit gestern zu den Fürsten der Rednerbühne. Die Anstellungen, welche es hie und da an den Worten des Redners zu machen hat, da nämlich, wo er mit dem Ministerium unzufrieden ist, werden auf einen andern Tag verschoben.

Paris, 16. Jan. In ihrer gestrigen Sitzung beendigt die Pairskammer die Verhandlungen über die Schweizer Frage. Wir erwähnen nur noch, daß Hr. Guizot im Laufe der Debatte eine Depesche des Lords Palmerston vom Jahre 1832 verlas, in welcher der britische Staatsmann, damals bekanntlich gleichfalls Minister des Auswärtigen, in der förmlichsten Weise das Recht der europäischen Einmischung in die schweizerischen Verfassungsfragen ausstellt und die Neutralität der Schweiz für bedingt erklärt durch die Aufrechterhaltung der Kantonalsouveränetät. Wer sich der neulichen Erklärungen Lord Palmerstons über diesen Gegenstand erinnert, der weiß, in welchem schneidenden Gegensatze sie mit jener Ansicht von 1832 stehen. Eine fürchten übrigens, Hr. Guizot wird seine Rede ihrer bezahlen müssen.

Der Moniteur meldet noch immer nicht, daß die gewöhnlichen Abendempfänge beim Könige wieder begonnen haben. Die Patrie sagt: es habe sich gestern Abend das Gerücht verbreitet, daß in dem Zustande des seit einigen Tagen unpäßlichen Königs plötzlich sehr ernste Veränderungen eingetreten seien, daß der König dem Ministerrathe, der um 12 Uhr angefagt war, nicht präsidiren konnte und Niemand in den Tuilerien vorgelassen ward. Da die Patrie ein Abendblatt ist, so hatte man heute in den ministeriellen Morgenblätten eine Widerlegung dieser Angaben erwartet, aber die Organe des Ministeriums schweigen, und heute sind die beunruhigendsten Gerüchte über die Gesundheit des Königs im Umlauf.

## Italien.

* Mailand. (Der Zustand und die Bedürfnisse des lombardischen Königreichs. [Schluß.]) Was wird nun der Antrag auf Räumung dieses Augiasstalles zur Folge haben? Werden sie uns, falls Reformen, welche sich auf diesen Debrit beschränken, erfolgen sollten, zufrieden stellen? Nein! Können solche überhaupt ohne völlige Abänderung unserer politischen Verfassung durchgreifen, können sie ohne beständige aufmerksame Ueberwachung und unausgesetztes Fortschreiten, welches nur die volksthümliche Oeffentlichkeit verbürgen, nur Stände mit entscheidendem Votum veranlassen können, dauerhaft und gesichtet sein gegen das Einschleichen neuer nicht vorherzusehenden Mißbräuche? Nein! — Setzen wir auf der andern Seite voraus, es habe die Regierung den aufrichtigen Willen, allen Wünschen ihrer Unterthanen in dieser Beziehung zu willfahren; wird sie im Stande sein jene hellsamen Vorsätze in's Werk zu setzen, ohne sich von vornherein, offen und aufrichtig den Ideen und der Entwicklung der Gegenwart hinzugeben? — Es regelt Oesterreich mit seinen Regierungsprinzipien gleich wie dem analogen Katholicismus, welcher den Ideen des Zeitalters keine irgend wesentlichen Zugeständnisse machen kann, ohne sich selbst aufzugeben. Es regelt diesem Systeme gleich jedem andern, welches mit der Menschen, wenn die Epoche seiner Berechtigung unter der ursprünglichen Form bereits verflossen ist, aus Pietät oder Verstocktheit, mitunter aus bloßem Unverstande recht fest in sich selbst abschließen und abrunden und demselben dadurch zwar auf einige Zeit die Macht wiedergeben, sich gegen die Widersacher zu behaupten, aber indem sie es unfähig machen, sich den Neuerungen der künftigen Zeitalter anzuschließen und deren Erfahrungen zu benutzen, es dem Vernichtungskampfe gegen dieselben weihen, in welchem es unfehlbar unterliegen muß. Wenn sollten wir

Digitized by Google

also auf Etwas beſtehen, was uns allein zu gewähren nicht in der Gewalt des Herrſchers liegt; warum do, wo ein Theil von dem Ganzen getrennt, werthlos wird, weil er ausſhört lebensfähig zu ſein, nicht das Ganze fordern? Erlangen wir die Erfüllung dieſer unſerer Bitten nicht, ſo werden wir uns wenigſtens den Vorwurf erſparen, es ſelbſt verſchuldet zu haben, indem wir Unmögliches erbaten.

So laßt uns denn, da es uns klar geworden, daß die gründlichen adminiſtrativen Reformen, deren wir bedürfen, mit den jetzt herrſchenden Maximen unſerer Regierung unvereinbar ſind, offen und vertrauensvoll vor den Thron hintreten und erbitten: 1) Stände (aus den Einwohnern dieſer Provinzen erwählt und für ſich ſelbſt beſtehend) mit nicht nur berathendem, ſondern entſcheidendem Votum, ohne deren Zuſtimmung keine Abänderung der Geſetze noch Verwaltungsnormen ſtattfinden könne; 2) Preßfreiheit; 3) öffentliche Gerichtsbarkeit.

Schon lange drückte den Lombarden die Unmündigkeit, zu welcher ihn die öſterreichiſche Regierung verdammt. Seit 30 Jahren ſieht er beinahe alle Völker ſich aus dem Zuſtande politiſcher Kindheit erheben; er ſieht, wie ſie jener Inſtitutionen theilhaftig werden, welche nachgerade zur Lebensbedingung jedes tüchtigen Volkes geworden ſind; er ſieht es mit an, wie ſie aufblühen und raſch und kräftig mit Hülfe jener Organiſationen gedeihen. Ganz abgeſehen davon, daß der Konſtitutionalismus das einbellige Ziel der politiſchen Beſtrebungen aller gebildeten Völker des heutigen Europas iſt, glaubten die Bewohner dieſer Provinzen um ſo zuverſichtlicher auf die Erfüllung jenes erſten Wunſches, ſobald nur derſelbe vor den Thron gebracht ſein würde, rechnen zu können, als ſie meinen, daraus daß die Regierung dieſer Monarchie ſelbſt eine Form jenes Princips mittelſt der Bundesakte (§. 18) befördern half, — ganz beſonders aber daraus, daß der Kaiſer als konſtitutioneller König über Ungarn herrſcht und gegenwärtig die Freiheiten dieſes Reiches ſelbſt zu erweitern bedacht iſt, erſehen zu müſſen, daß man in Wien ſelbſt dieſer Regierungsform nicht für ewig den Rücken zu kehren gemeint iſt.

Iſt unſer Eifer für dieſe nach unſerer Anſicht gute Sache auch noch ſo groß, ſo vermag er uns dennoch nicht zu verblenden und uns die Schwierigkeiten zu verhüllen, welche ſich derſelben entgegenſtellen. Sie verſchwinden aber alle vor der Größe des Erfolges; nur eine verdient erhöhlich genannt zu werden. — Werden nicht ſogleich nach Bewilligung dieſes unſcheinbaren Gutes alle übrigen Provinzen des öſterreichiſchen Staates, auf gleiche Gründe geſtützt, gleiche Zugeſtändniſſe verlangen? Ich glaube und erwarte es. Sollte es aber einerſeits der Regierung große Ueberwindung koſten, das einmal als heilſam Anerkannte allen ihren Völkern, auch den minder entwickelten, dann zur Beförderung ſchnellerer Reife zu gewähren? Sollten uns andererſeits unſere Brüder gram ſein, weil wir ihnen zu ſo köſtlicher Gabe verhalfen?

Mit Zuverſicht können wir auf die Unterſtützung der erſten beiden unter den oben bezeichneten Kategorien, nämlich auf die Unterſtützung aller jener rechnen, welche bisher ihre Forderungen auf vereinzelt liegende Reformen geſtellt, auf die der ſämmtlichen Vertreter der Kommunen, auf die aller dieſer gehörten Stimmführer, auf die aller Denkenden; denn es iſt überſtüſſig, daß wir ſie darauf hinweiſen, wie alle jene erſehnten Vereinbarungen auf den Gebieten der politiſchen, juridiſchen ſowie finanziellen Adminiſtration die natürliche Folge dieſer Zugeſtändniſſe ſein werden, — daß daher dieſe drei Punkte das geſammte Bereich unſerer Wünſche und Bedürfniſſe umfaſſen. Was werden aber die Ultra's, was jene oben angeführten heißblutigen Kämpen für nationelle Bevorzugung zu unſerer Anſicht ſagen? Sobald es uns gelungen ſein wird, ſie zu überführen, daß die nothwendige Folge ausſchließlich vaterländiſcher Stände eine unter ihrem Einfluſſe gebildete Verwaltung ſein werde, daß daher von da an jede Laufbahn im Dienſte des Vaterlandes ihnen und ihren Söhnen eröffnet und das Erlangen einer ehrenwerthen Stellung und bevorragenden Einfluſſes nur von ihren Talenten und deren Gebrauch abhängen werde, können wir, glaube ich, auch auf ihre Zuſtimmung zählen, und unſer Friede wird mit allen Parteien geſchloſſen ſein, außer mit jenen, die die Unterdrückung mit Gewalt aufrecht halten und das Ohr der Majeſtät völlig für die Bedürfniſſe und Bitten der Unterthanen verſchließen will.

**Pontremoli**, 2. Jan. Die Pontremoleſen wurden von der Freudigkeit ihres Widerſtandes gegen die Lobreißung von Toskana überzeugt. Umringt von öſterreichiſchen und parmeſaniſchen Soldaten, ſchreckte man ſie auch mit dem Gerüicht, die Oeſterreicher würden, wenn ſie noch länger widerſtänden, Pontremoli mit Gewalt nehmen und der Plünderung unterwerfen. Am 2. Jan. verſammelte ſich der Gemeinderath und ernannte eine aus 6 Perſonen beſtehende Deputation, um den neuen Souverän die Urſache ihrer Anhänglichkeit an die toskaniſche Regierung zu erkennen zu geben und ihn zu erſuchen, die Regierung in der väterlichen Weiſe, wie ſie Toskana führte, fortzuſetzen. In der Denkſchrift an den Herzog von Modena heißt es, die ausſchließliche Anhänglichkeit für genoſſene unermeßliche Wohlthaten mußte den Pontremoleſen die Verbindlichkeit auflegen, gegen die Lobreißung von Toskana die lebhafteſten Vorſtellungen zu machen. Das Gefühl, das ſie dabei beſeelt, wird gerecht, pflichtmäßig und vernünftig genannt. Am Schluſſe bitten ſie, der neue Herzog möge ihnen dieſelben Wohlthaten erwerben, wie die toskaniſche Regierung, und ihnen ſo Gelegenheit geben, ſo oft es ihre Lage erfordern, mit Vertrauen ihre Zuflucht zu ihm zu nehmen. In dieſem Falle würden ſie Sr. Hoheit ſegnen, wie ſie bisher den Namen Leopold II. geſegnet hätten. Am 8. ſollte das Gebiet von Toskana übergeben werden. Die Alba vom 6. Jan. weiſt darauf hin, daß ſie die Pontremoleſen nie aufgeſtachelt habe, wie jene Leute, die, gemächlich am Ofen ſitzend, ihren Brüdern zurufen: Kämpfet! Doch beſpricht ſie mit vieler Bitterkeit gegen die herzlose Diplomatie die endliche Löſung dieſer Verwickelung, die ſo lange Zeit die Gemüther aufgeregt hatte. Wann, ruft ſie aus, wird der Tag kommen, an welchem die Geſchicke der Völker nicht mehr nach einem Stück Pergament, ſondern nach den ewigen Geſetzen der Gerechtigkeit und des Rechts entſchieden werden? Noch ihr hätten die Pontremoleſen, als ſie vernommen, daß die toskaniſche Regierung ſie aufgebe und der König von Sardinien ſich für die Nothwendigkeit der Unterwerfung ausſpreche, durch eine eigene Deputation bei Toskanern angefragt, ob ſie ſich mit gewaffneter Hand der Einverleibung widerſetzen ſollen, oder ob man ihre Aufopferung für die Sache Italiens erſprießlich halte. Erſt als die bejahenden Orakel einhellig die Antwort gegeben: Italien werde den Pontremoleſen ihre Aufopferung als Verdienſt anrechnen, hätten jene den Widerſtand aufgegeben. Eine revolutionäre Erhebung wäre, da Oeſterreich dazwiſchen gekommen und die Regierung durch die Verträge gebunden war, hier nothwendig geweſen, aber Toskana, deſſen Regierung im Einverſtändniß mit dem Volke vorgehe, wünſche freiſchreitende Reformen und keine Revolutionen. Für die Pontremoleſen iſt es nun eine Lebensfrage, daß der neue Herzog ihnen die Freiheiten, welche ihre Lage in der zerklüfteten Lunigiana nothwendig macht, von dem neuen Souverän beſtätigt werden. Wohl mit Beziehung darauf, meint die Alba, ſelbſt nach der Theorie von Haller, dem fanatiſchen Vertheidiger jeder despotiſchen Maßregel, dem Evangelium des modeneſiſchen Regierungsblattes, dürfe der Herzog von Parma die Pontremoleſen der bisher genoſſenen Freiheiten nicht berauben.

**Florenz**, 10. Jan. Die heutige „Gazzetta“ iſt angefüllt mit Ergebenheitsadreſſen, welche dem Großherzog ihren Unwillen über die Vorfälle in Livorno ausſprechen. Florenz, Piſtoja, Siena, Arezzo, Piſa ſprechen ſich in dieſem Sinne aus. In der ausführlichen Antwort, welche der Großherzog den Magiſtrat von Florenz ertheilte, ſprach er von Neuem ſeinen feſten Willen aus, die begonnenen Reformen zu vollenden, und wenn das Vaterland wirklich bedroht ſei, es mit den Waffen zu vertheidigen. Aber damit die friedliche Entwicklung gedeihen könne, bedürfe es des feſten geſetzlichen Sinnes, der allein ſolche Ausſchweifungen für die Dauer abhalten könne; der Schritt der Stadt Florenz ſei ihm dafür eine beruhigende Bürgſchaft.

Die „Gazzetta“ vom 11. Januar berichtet, daß der Miniſter Ridolfi am 9. in Livorno angekangt iſt und in zwei Proklamationen den feſten Willen der Regierung verkündet hat, Unordnungen wie den vorgefallenen, energiſch zu begegnen. Seinem Aufruf an die Bürgergarde entſprach dieſelbe aufs Bereitwilligſte; es ſammelten ſich ungefähr 2000 Mann vor der Wohnung des Miniſters und begrüßten ſeine Ankunft mit Jubel. Bürgergarde und Linie theilten ſich in die Handhabung der öffentlichen Sicherheit, von den Ruheſtörern ſind mehrere arretirt worden. Am 10. und 11. (wie die Gazzetta vom 12. berichtet) wurde die Ordnung ganz wiederhergeſtellt, und Ridolfi ſprach ſeine Freude in einem öffentlichen Aufruf darüber aus, daß die Ruhe ſo ſchnell wieder gewonnen ſei und er ſeinem Syſtem verſichern könne, „daß die ungeheure Mehrheit der Bürger von Livorno ihren Arm und ihr Herz dem Vaterlande weihe“. — Die Arreſtanten ſind nach Portoferrajo gebracht, um dort der gewöhnlichen Procedur unterworfen zu werden.

Die Gazzetta veröffentlicht auch eine Proklamation des Großherzogs, worin er von den Vikariaten Pontremoli und Bagnone Abſchied nimmt und den Bewohnern ſeine Erwartung ausſpricht, daß ſie ihrem

Digitized by Google

neuen Gewerbe und den Gesetzen, unter denen sie künftig leben würden, gehorsam sein würden.

Neapel, im Jan. Der Sohn des Herzogs von S. Teodoro ist aus dem Gefängniß entlassen und des Landes verwiesen worden. Der Herzog von Riario war nicht, wie es hieß, unter den Verhafteten, wohl aber der Herzog von Trajetto, Bruder des Kardinalerzbischofs von Benevent. In der letzten Zeit ward auch der Herzog Proto d'Albanette verhaftet, derselbe, der am Abend des 14. Dec. die Soldaten öffentlich anredete, sie bedeutend, wie schlecht es ihnen anstehe, eine waffenlose und friedliche Volksmenge mit gewaffneter Hand anzufallen. Proto ist noch der Bilanzia ein junger Mann von feurigem Geiste, der gute Bücher und gute Gesellschaft liebt, und voll Zuversicht auf die Sache des Fortschritts in Italien. Seine Worte scheinen einigen Eindruck auf die Soldaten gemacht zu haben. Das ist das einzige Mittel, den König, der systematische seine Antworten auf die gerechtesten, bescheidensten Volkswünsche mit Säbeln und Bajonetten diktirt, auf bessere Wege zu leiten. Die schöne, zum Herzen sprechende Adresse, die ausgezeichnete Männer in Sardinien, Toskana und dem Kirchenstaate jüngst an ihn richteten, hatte gar keinen Erfolg.

* Rom, 6. Jan. Außer Leichenfeierlichkeiten und Todtencermonien, die zu Ehren des verstorbenen Maltrser-Comthurs D. Carlo Torlonia mit unposanter Pracht abgehalten worden sind, läßt sich zwar von hier aus zur Zeit nicht Viel berichten; dieselben haben indeß eine etwas gewichtigere Bedeutung, da der Verewigte als das Todtencer der auf seine Familie gerichteten Intriguen und Verfaungsriffe betrachtet wird. Mit Grund hatte er im Bewußtsein des guten Rechts, welches er von der Situation seines Hauses hatte, das Verlangen an das Gouvernement gestellt, durch irgend ein Zeichen den flattgehabten Preßskandal, welcher Kriminaluntersuchungen zur Folge gehabt hat, zu mißbilligen. Da dieses unterblieben, wie es scheint, mißverstandlich unterlassen worden, so hat er sich die Sache so nahe genommen, daß sie ihm den Tod zuzog. Der Gedanke an die erfahrene Unbill soll ihn bis in seine letzten Stunden beunruhigt haben. — Das neue Preßgesetz ist auf das Reglement vom 15. März zurückgekommen. Werden die bisher üblichen gehemmen Instruktionen wirklich fern gehalten, so wäre immer ein Fortschritt zu rühmen. Für 4 tägliche erscheinende Journale sind 7 Censoren ernannt worden. Sie müssen täglich mehrere Stunden auf dem Ministerium des Innern verweilen und wöchentlich 3 Sitzungen abhalten. — Einem von Mons. Morichini verfaßten Berichte zufolge hat die Toskanische Verwaltung des Finanzministeriums im Laufe von 10 Jahren 4,500,000 Skudi Schulden gemacht. — Jetzt ist wiederum von einer neuen Bestimmung Mons. Corboli's die Rede, und zwar heißt es dies Mal, er werde nach England gesandt werden. Mons. Amici scheint zum Minister des Innern designirt zu sein, und an seine Stelle wird einer der fähigsten Prälaten, Mons. Pentini, als Vicepräsident der Konsulta einrücken.

### Griechenland.

* Athen, 2. Jan. Die sämmtliche griechische Presse, mit Ausnahme des leibeigenen Moniteur grec und des Nationalen tadeln die Berufung der griechischen Regierung an die vier Großmächte, welche den englischen Gesandten in Athen und sein Kabinet eines Bessern über die hiesigen Zustände belehren sollen. Der „Volksfreund" sagt: das Ministerium oder die Person, welche diese Noten geschrieben, müsse in der eigentlichen Bedeutung des Wortes wahnsinnig gewesen sein, oder es liege Verrath verborgen, den die Zeit enthüllen werde. Die „Beharrlichkeit" bemerkt: das Ministerium glaube, seine Anklage des englischen Gesandten würde schlimmsten Falls mit einer Abdikte abgethan sein, wie die des Hrn. Musurus. Es glaube, jetzo Tanz auf jedem Boden tanzen zu können, ohne zu bedenken, daß es nach Lord Byron Tänze gibt, die zu tanzen man toll oder betrunken sein müsse. Die Rückkehr des Hrn. Musurus ist, den neuesten Journalen zufolge, jetzt gewiß. Hr. Victatory, der bereits Pferde und Haushalt verkauft hat, um nach Madrid zu gehen (das Dampfschiff, welches ihn dahin bringen soll, liegt bereits im Piräus), wird also wohl noch die Genugthuung haben, ihm die Hand zu drücken. — Die Kammer hat dem Ministerium, auf sein Ansuchen eines einmonatlichen provisorischen Kredits, einen zweimonatlichen bewilligt. Unterdessen beräth sie eifrig das Budget des Jahres, welches in einigen Tagen (nach altem Styl) endigt. Dies hat den Vortheil, daß Voranschlag und Abrechnung zusammenfallen. Der Aufruhr in Naupaktien war in Folge der Wahlen angebrochen, da die Regierung ihre Kandidaten, (worunter Kolettis Vertrauter, Major Meikos,) mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln unterstützte, die gleichwohl nicht hinreichten, jenen die vorgeschriebene absolute Majorität zu verschaffen. Anstatt eine neue Wahl vornunehmen, hat das Ministerium beschlossen, die relative Majorität gelten zu lassen, und so wurden die beiden ministeriellen Kandidaten mit 44 gegen 25 Stimmen zu Deputirten ernannt. An der Spitze dieser Opposition stand der Hofierath Kleomenes, weil Major Meikos, noch zu Kolettis Lebzeit, die Wahl des Adjutanten des Königs, Gardikiotis Grivas, in Akarnanien zu hintertreiben beauftragt gewesen. Sie können sich die Verlegenheit unserer Hrn. Deputirten vorstellen, die sie nicht wußten, ob sie für das Ministerium oder für den Hof stimmen sollten. Dagegen erscheint die Ergebenheit der Kammer bei der Genehmigung des Antrags, 35 neue Senatoren über die Hälfte der Deputirtenzahl ernennen zu dürfen, in um so hellerem Glanze, als Einer der beiden einzigen Opponenten, Depostus von Zea, recht gut bewiesen hatte, daß der §. 2 des 71. Artikels der Konstitution, welcher lautet: „die Einwilligung der Kammer ist nothwendig, damit die Zahl der Senatoren über die Hälfte der Zahl der Deputirten erhöht werden könne," sich nur auf bestimmte Fälle beziehe, keineswegs aber die Kammer berechtigt, die Regierung zu ermächtigen, in einer unbestimmten Zeit nach Belieben mehr Senatoren als die Hälfte zu ernennen, und man somit annehmen muß, die Nationalversammlung habe den künftigen Kammern das Recht geben wollen, die Charte abzuändern.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Druckfehler. Auf Seite 151 in der 19. Nummer lese man die dreißigste Zeile von unten: Preußen statt: Preußen.

[38] In der J. G. Calve'schen Verlagsbuchhandlung in Prag ist erschienen:

# Oekonomische Neuigkeiten und Verhandlungen.

Zeitschrift für alle Zweige der Land- und Hauswirthschaft und des Forst- und Jagdwesens.

## Für das Jahr 1848.

Begründet von Christian Carl Andre, fortgesetzt von Prof. Dr. F. X. Hlubek.

Mit dem Anfang des Jahres 1848 wird eine neue, sehr wichtige Zukunft in dieser Zeitschrift eröffnet; es stellen nämlich über die verschiedenen Zweige des Landwirthschaftsbetriebes im weitesten Umfange Berichte geliefert werden, welche alles in diesen Fächern im Laufe des verflossenen Jahres Vorgekommene besprechen und dabei das Gute hervorheben, das Schlechte und als neu vorgebrachte Alte aber als solches bezeichnen. Da für diese Arbeit Männer, die sich in ihrem Fache des ausgezeichnetsten Rufes erfreuen, gewonnen sind, und nicht nur die ganze teutsche, sondern auch die ausländische Literatur in ihren wichtigen Erscheinungen dabei berücksichtigt sind, so dürfen diese sich jährlich folgenden Berichte ein fortlaufendes systematisches Repertorium oder eine sich stets erneuernde Encyclopädie der gesammten Landwirthschaft.

Geeignete Originalaufsätze werden übrigens, wie bisher, den Hauptinhalt dieser Blätter bilden, und die Verlagshandlung wird auch ferner keine Kosten scheuen, durch ausgezeichnete Illustrationen den Werth seiner Artikel zu erhöhen. Recensionen landwirthschaftlicher Werke werden mit derselben unparteiischen Strenge, wie im letzt verflossenen Jahre, auch in Zukunft geliefert; die beste Garantie für den Werth solcher Beurtheilungen liefern die Namen der Herren Recensenten, da anonyme Recensionen nicht aufgenommen werden. Unter die reichen und interessanten Rubrik „Miscellen" hat sich besonders die tabellarische Uebersicht der Preise verschiedener landwirthschaftlichen Produkte den größten Beifall erungen, da es nicht möglich ist, auf eine andere Art das Verhältniß der Preise auf den verschiedenen Hauptkonsumtionsplätzen richtig aufzufassen.

Auch für Forstmänner ist diese Zeitschrift von besonderem Interesse, da encyclopädie forstliche Artikel in bedeutender Anzahl geliefert werden. — Probenummern oder Prodehefte können von jeder Buchhandlung geliefert werden.

Jährlich erscheinen von dieser Zeitschrift 2 Bände ener 120 Nummern Gros-Mexian mit den dazu nöthigen Abbildungen und Registern u. s. w. Der Preis ist ganzjährig 8 Rthlr. = 12 fl. C.-M. = 14 fl. 24 kr. rhein. Die k. k. Postämter nehmen mit 7 fl. 48 kr. C.-M. (inklus. Convertgeld und freier Zusendung) halbjährig Pränumeration an.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werde man sich an G. A. Kercasser Straßburg 20 Brandgasse, Paris 23, Rue Neuve Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Pränumerationspreise besorgt das Großh. Gen. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Deutschen Zoll- u. Handelsvereins Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 21. Heidelberg, Freitag 21. Januar 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf des preußischen Strafgesetzbuchs. IV. (Schluß.) — Berlin (Dr. Freyberg. Die Kommission der Ausschüsse. Gutachten der philosophischen Fakultät für Zulassung der Juden). Magdeburg (die Deutsche und Asiatische Gemeinde). München (gesponnte Stimmung. Freiwillige Abdankungen höherer Militärpersonen). Aus Baiern (die neue Ernteverwerdnung i.). Aus Hannover (die Schwefter Perfecki †). Heidelberg (Kirchenrath Lewald †). Pforzheim. Vom Neckar (die Fabrikenfrage). Kassel (Skippermanns Angelegenheit). Darmstadt (Kammerverhandlungen). Mainz (die Bantangelegenheit). Oldenburg (der Wechselrechtsentwurf. Die Postverwaltung). Vom Main (der deutsche Bund und die Schweiz). Frankfurt a. M. (das Frankf. Journ. in Kurhessen verboten).

Schweiz. Bern. Tagsatzungsverhandlungen über die Note des Papstes. Schwyz. Der neue Verfassungsentwurf.

Großbritannien. Das vereinigte Königreich von der napoleonischen Regierung unter Quarantäne gestellt. Der Staatsrath über die diplomatische Sprache Palmerstons. Der irländische Lordstatthalter über die Lage des Landes.

Frankreich. Der Adressentwurf der Deputiertenkammer. Verhandlungen der Pairskammer über Algerien und Abd-el-Kader. Abdel-Kader überläßt sich dem Gutdünken des Königs. Gesundheitszustand Louis Philipps. — Italien. Mailand. Zusammenstoß des Militärs und der Bürger in Pavia. Nachweisen der Auftreiten vom 3. Januar. Erklärung der Geistlichen Mailands. Pontermoli. Guter Empfang der Deputation in Parma. Provisorische Verfügungen. Uebergabe der Stadt.

Griechenland. Untersuchungskommission und Verhaftungen in Patras. Russische Geschenke.

Nachschrift. Karlsruhe. Die Mehrheit der Fabrikenkommission für Zinsengarantie Seitens des Staats.

### Heidelberg, 21. Januar.

Das Vorhaben, falsche Münzen zu machen, soll angezeigt werden, gewiß aus keinem anderen Grunde, als um die Ausführung des Vorhabens zu verhüten. Aber wie kann man das? derjenige, welcher in Gegenwart von zwanzig Zeugen die Absicht erklärt, falsche Münzen, falsche Banknoten zu machen, der aber noch Nichts gethan hat, was nur im Entferntesten einen Anfang der Ausführung erkennen läßt, kann nicht gestraft werden; er kann eingestehen, jene Aeußerung gemacht zu haben, und er hat keine Strafe, nicht einmal die gelindeste Strafe des entferntesten Versuches zu befürchten, wenn man nicht, in Widerspruch mit allen Grundsätzen, in der erwähnten Aeußerung in dem bloßen Gedanken, einen strafbaren Versuch finden will. Was wird, was kann die Obrigkeit thun, die Ausführung des Verbrechens zu verhüten? Offenbar gar Nichts. Der, welcher das Vorhaben der Münzfälschung unverhohlen ausgesprochen, dieses vor der Obrigkeit eingestanden hat, bleibt auch straflos, weil er, wie der §. 42 des Entwurfs sagt, aus eigener Bewegung von der Vollendung des Verbrechens abstebt. Das Abstehen hindert ihn aber nicht, das Vorhaben nach Jahr und Tag wieder aufzunehmen, zur leichteren Vollendung des Verbrechens den Wohnsitz zu ändern, u. dergl. Die Obrigkeit kann also das Verbrechen nicht verhüten, sie kann höchstens die Vollendung des Verbrechens auf Wochen und Monate verzögern. Welchen Nutzen gewährt aber alsdann die ihr gemachte Anzeige? Sie gewährt keinen Nutzen, wohl aber hat sie den Nachtheil, daß der Anzeigende, der in der besten Absicht gehandelt, sich einen erbitterten Feind gemacht hat, der die erste Gelegenheit ergreifen wird, Gleiches mit Gleichem zu vergelten.

Setzen wir den Fall: von den zwanzig Zeugen, in deren Gegenwart das Vorhaben erklärt worden, habe keiner die Anzeige gemacht, und nach drei, vier Jahren werde das Vorhaben wirklich ausgeführt; wird man diese Zeugen alsdann noch strafen, weil sie das, was sie vor drei, vier Jahren in einer Schenke beim Kartenspiele gehört, nicht angezeigt haben? Dies scheint uns unmöglich, und wir werden dadurch noch mehr in der Ueberzeugung bestärkt, daß die Verpflichtung zum Anzeigen des Vorhabens der Fälschung selbst inländischer Münzen und die Bestrafung der Unterlassung dieser Anzeige in keiner Beziehung gerechtfertigt werden kann, daß die Vorschrift des §. 49 eine gänzlich zwecklose, eine gefährliche, eine schädliche ist.

Noch in weit höherem Grade ist dies der Fall, wenn man in Preußen glaubhafte Kenntniß von dem Vorhaben der Fälschung ausländischer Münzen erhält. Ein gröber Metallarbeiter, der auf dem Punkte steht, sein Vaterland zu verlassen, um in Texas seinem Wohnsitz zu nehmen, erklärt unverhohlen sein Vorhaben, in Texas Münzen zu fälschen, die in jenem Lande gesetzlichen Kurs haben. Wird er, kann er wegen dieses Vorhabens in Preußen gestraft werden? Gewiß nicht; wozu aber alsdann die Anzeige dieses Vorhabens? und doch müßte die Unterlassung der Anzeige nach §. 48 gestraft werden, wenn nach vier, fünf, sechs Jahren es in Preußen bekannt wird, daß der Auswanderer in Texas wirklich falsche Münzen gemacht hat! Und wenn das Vorhaben des Auswanderers, in Texas falsche Münzen zu machen, dem preuß. Richter auf der Stelle wäre angezeigt worden, was würde dieser thun, was würd er thun können? Abermals Nichts; oder würde er etwa den Auswanderer in Texas unter Polizeiaufsicht gestellt haben?

Auch das Vorhaben eines Raubes, wenn man davon glaubhafte Kenntniß erhält, soll bei Vermeidung einer Strafe angezeigt werden.

Was nennt der Entwurf Raub? — Der §. 280 beantwortet diese Frage in folgender Art:

> Einen Raub begeht, wer gegen eine Person Gewalt verübt oder Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben anwendet, entweder um einen Diebstahl auszuführen, oder um sich bei dem Diebstahle betroffen und auf frischer That verfolgt, im Besitze des gestohlenen Gutes zu erhalten. Mit der in einer solchen Absicht verübten Gewalt oder Drohung ist der Raub vollendet.

Die beiden Fälle, welche der Entwurf als Raub qualifizirt, müssen wir getrennt von einander näher besprechen.

Wer also Gewalt oder Drohung anwendet, um einen Diebstahl zu begehen, ist ein Räuber; mit der bloßen Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben ist das Verbrechen des Raubens vollendet, wenn auch die Drohung ganz erfolglos geblieben ist, wenn auch der Bedrohte, trätziger als die Drohende, diesen zu Boden wirft, ihn unschädlich macht und ohne allen Verlust seinen Weg ruhig fortsetzt.

Dieser in dem Entwurf von dem Raube gegebene Begriff ist neu, von dem der meisten Strafgesetze der neueren Zeit wesentlich abweichend, und wir lernen aus diesem Begriffe, daß der neue Entwurf den Versuch eines Raubes gar nicht anerkennt, weil es unmöglich ist, sich den Versuch einer Drohung oder einer Gewalt zu denken.

Nach der Meinung der neueren Kriminalisten versteht man unter Raub die mittelst Anwendung von Gewalt gegen Personen **bewerkstelligte Besitznahme** einer fremden beweglichen Sache in habsüchtiger Absicht. Dies sagt unter vielen Anderen namentlich Henke in seinem Handbuche des Kriminalrechte, Th. 3, S. 145. „Aus dieser Begriffsbestimmung, sagt der angeführte Schriftsteller, ergibt sich, daß der Raub ein aus Entwendung und Gewalt zusammengesetztes Verbrechen, und daß der Thatbestand desselben ganz in der Entwendung ist, nur daß zu diesem noch das Merkmal der zum Zwecke der Besitzergreifung angewendeten Gewalt gegen Personen hinzukommen muß, wenn das Verbrechen des Raubes als begründet angenommen werden soll."

Drohungen sind wirkliche Gewalt wenn sie als zureichender Grund der Aufgebung von Sachen, von Seite des Bedrohten, erscheinen, also Drohung körperlicher Mißhandlung oder des Todes. Ob sie durch das Vorzeigen oder Vorhalten von Waffen unterstützt werden, ist gleichgiltig.

Das Verhalten eines Raubes, nach der Begriffsbestimmung des Entwurfes, soll bei Vermeidung einer Strafe angezeigt werden; dies Gebot ist allgemein, unbeschränkt; auf den mehr oder weniger

Digitized by Google

hohen Werth des Gegenstandes, der gerandet werden soll, kommt es dabei nicht an; man will, soweit es thunlich ist, Personen und Eigenthum gegen Gewalt schützen. Daß dies die Pflicht der Staatsbehörden sei, erkennen wir als unbestreitbar richtig an; wir sind aber der Meinung, daß diese Pflicht der Staatsbehörden nicht auf den Fall eines Raubes beschränkt, daß sie weit ausgedehnter ist, und wenn wir hierin nicht irren, so müssen wir die Vorschrift des Entwurfs sehr mangelhaft nennen. Das Vorhaben, Jemanden eine Taschenuhr oder einen Vorsteknadel mit Anwendung von Gewalt oder Drohungen abzunehmen, muß man bei Vermeidung einer Strafe anzeigen, denn es handelt sich von einem Raube. Erlangt man aber die glaubhafteste Kenntniß davon, daß zehn oder mehr Personen das Vorhaben gefaßt haben, in der Nacht, bewaffnet, einen vielleicht isolirt wohnenden Gutsbesitzer zu bestehlen, zu diesem Zwecke mittelst Einbruchs und Einsteigens in dessen Wohnung zu dringen, so ist die Anzeige nicht nöthig, man kann die Sache gehen lassen, denn es handelt sich nach §. 270 des Entwurfs nur von einem Diebstahle, und der Diebstahl ist in dem §. 49 nicht genannt. Die Diebe dringen in das Haus, der Eigenthümer, durch den Anblick der Waffen eingeschüchtert, verzichtet auf jeden Widerstand und läßt sich rein ausplündern.

Sollte dieser ausgeplünderte Gutsbesitzer, der doch seine Steuer so gut wie ein Anderer zahlt, dessen Söhne so gut wie die Söhne Anderer die Waffen für den König tragen, sollte dieser Mann weniger Anspruch auf den Schutz des Staates zu machen haben, als der, dem Etwas mit Anwendung einer Drohung abgenommen werden soll? Sollte es nicht eine ebenso unbestreitbare Menschenpflicht sein, diesen bedrohten Gutsbesitzer zu warnen, um die Gefahr abzuwenden. Aber nicht alle Leute sind reiche Gutsbesitzer; der redliche Handwerker, der sich alle Entbehrungen auferlegt, um zum Ende des Monats die Steuer und das Schulgeld für seine Kinder bezahlen zu können, hat auch, wie der Reiche, einen Anspruch auf den Schutz des Staates, er hat gleiche Ansprüche wie jeder Andere, der sein Mitbürger. Die glaubhafteste Kenntniß, daß diesem Manne sein mit Sorgen erübrigter Pfennig gestohlen werden soll, muß aber nicht angezeigt werden. Erkläre man doch den Grund dieser im höchsten Grade auffallenden Verschiedenheit!

Nach der schon angegebenen Definition des §. 280 des Entwurfs ist das Verbrechen des Raubes auch dann vorhanden, wenn der Dieb bei dem Diebstahle betroffen und auf frischer That verfolgt, um sich im Besitze des gestohlenen Gutes zu erhalten, Gewalt oder Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben gegen eine Person anwendet.

Auch diese Definition ist, unsers Wissens, eben so neu, als die im ersten Theile des §. 280, von dem Raube gegebene, sie ist aber auch nicht deutlich und beruht auf sehr gewagten Voraussetzungen, namentlich auf der Voraussetzung, daß alle Leute wissen, was die Worte, auf frischer That verfolgt, eigentlich sagen wollen, obgleich es sich leicht nachweisen läßt, daß die Gelehrten über den Sinn und die Ausdehnung derselben sehr verschiedener Meinung sind und von jeher waren. In der Anwendung wird das Unpraktische dieser Definition noch weit klarer, wie sich aus folgendem Beispiel ergibt. Ein Dieb, der eine Taschenuhr gestohlen hat, wird verfolgt, widersetzt sich mit Gewalt oder lebensgefährlicher Drohung dem ihn verfolgenden Eigenthümer und wird nun als Räuber mit fünfjähriger bis lebenslänglichem Zuchthause bestraft, obgleich die Taschenuhr ohne alle erschwerenden Umstände entwendet, folglich ein Diebstahl begangen worden, der nach §. 268 des Entwurfs, außer dem Verluste der Ehrenrechte, nur mit Gefängniß nicht unter sechs Wochen oder mit Strafarbeit bis zu fünf Jahren bestraft werden soll; er wird als Räuber bestraft, weil er Gewalt verübt oder Drohungen angewendet hat, um sich im Besitze des gestohlenen Gutes zu erhalten. Ein anderer Dieb, der, ganz unter denselben Umständen, eine Taschenuhr gestohlen hat, von dem Eigenthümer auf frischer That verfolgt, die Taschenuhr in den Rhein wirft, und nun, um die Verhaftung seiner Person zu verhindern, Gewalt verübt oder lebensgefährliche Drohungen anwendet, wird als einfacher Dieb bestraft. Sind nicht beide Diebe gleich strafbar? Sie haben unter denselben Umständen gestohlen, die Taschenuhr ist in dem zuletzt angeführten Falle im Rhein begraben, für den Eigenthümer also unwiderruflich verloren; er wird sie aber, in dem ersten Falle, vielleicht wieder zurückerhalten, der Schaden ist also möglicherweise wieder gut zu machen. Wie erklärt sich nun, daß der, welcher das gestohlene Gut in den Rhein geworfen, folglich dessen Besitz unwiderruflich aufgegeben hat, auffallend gelinder gestraft werden soll als der Andere? Aufrichtig müssen wir erklären, daß wir uns außer Stand befinden, auch nur einen Scheingrund für diese handgreifliche Ungleichheit der Strafe aufzufinden.

Aber gehen wir auf den §. 49 zurück.

In Verbindung mit dem §. 280, sagt der §. 49 eigentlich Folgendes:

Wer glaubhafte Kenntniß davon erhält, daß ein Dieb das Vorhaben gefaßt habe, im Falle er auf frischer That verfolgt werden sollte, Gewalt anzuüben oder Drohungen mit Gefahr für Leib und Leben anzuwenden, um sich im Besitze des gestohlenen Gutes zu erhalten, ist verpflichtet, dieses Vorhaben, nicht aber das Vorhaben des Diebstahls, anzuzeigen.

Wie in aller Welt soll aber ein Dritter, ehrlicher Mann, von diesem Vorhaben der Gewalt oder der Drohungen vor dem begangenen Diebstahle glaubhafte Kenntniß erhalten, da der Dieb selbst erst auf der Flucht und schon im Besitze des gestohlenen Gutes, zu dem Entschlusse kommt, sich durch Gewalt oder Drohung in diesem Besitze zu erhalten. Nur auf der Flucht, von dem Eigenthümer verfolgt, kann er vernünftigerweise einen solchen Entschluß fassen, weil er, hätte er das Betreffen bei Verübung des Diebstahls oder hätte er die Verfolgung auf frischer That nur ahnen können, die Verübung des Diebstahls ad proximum verscheben hätte.

Der §. 49 schreibt also in Beziehung auf den Raub, besonders in der ganz eigenthümlichen Begriffsbestimmung Etwas vor, was in dem wirklichen Leben gar nicht denkbar ist.

---

**Preußen.** Berlin, 14. Jan. Der Schles. Z. wird geschrieben: Man erfährt, daß die Kommission für den oft genannten Entwurf die Passus über politische Verbrechen, über Majestätsbeleidigung, insofern sie auch die Mitglieder der königlichen Familie betreffen, und die ganze Lehre vom Konkubinate einer bedeutenden Umgestaltung unterworfen hat. Auf gleiche Weise soll die aufgestellte Strafe über Schmähungen und Verleumdungen verstorbener Mitglieder des königl. Hauses nicht unberührt gelassen sein, und zwar deswegen, weil die historische Wissenschaft hierdurch beeinträchtigt werden könnte

Der Allg. Zeit. ist von dem Dr. Freyberg ein Schreiben aus dem Pierementessichen zugegangen, worin er erklärt, daß er am Tage der öffentlichen Verfahrens in Berlin anwesend sein werde.

Berlin, 14. Jan. Die philosophisch-juristische Fakultät, das ist die Versammlung der ordentlichen Professoren dieser Friedrich-Wilhelms-Universität, hat sich neunmehr beinahe einstimmig für die Zulassung der Juden zu den akademischen Lehrämtern in einem echt humanen Gutachten ausgesprochen; nur Prof. Dr. Huber hat sich in einem Separatvotum dagegen erklärt und den „christlichen Staat" wiederum als Hauptbehelf seiner Gründe vorgeschoben. (Mes. Z.)

* Magdeburg, 14. Januar. Das neue Jahr bringt bis jetzt unsern kirchlichen Wirren nicht Entwicklung, sondern Verwicklung. Das Drama an der Katharinenkirche, wo ein im größten Segen wirkender Geistlicher beseitigt wird, ohne daß die Gemeinde ihn zu halten Mittel findet, ist kaum durch die Bildung einer neuen Gemeinde beendigt, so beginnt ein anderes an der deutsch-reformirten Gemeinde. Hier wirkt Prediger Dülon, ein Mann, der mit der entschiedensten Freisinnigkeit einen brennenden Eifer verbindet. Durch Wort und Schrift ist er dem Kirchenregiment schroffer entgegengetreten, als jemals Ublich gethan, indem er auf die größere Freiheit der reformirten Kirche in Preußen pochte; jenes aber mochte es noch nicht an der Zeit achten, ihn anzugreifen. Jetzt ist auch er vor das Konsistorium geladen worden, um „eine väterliche Vermahnung" zu empfangen. Der ersten Vorladung setzt er eine scharfe Weigerung entgegen; einer zweiten unvorsänglicher gefaßten Vorladung gibt er, nach Rücksprache mit den Aeltesten der Gemeinde, Folge. Mehrere Konsistorialen nacheinander haben in langer Unterredung ihr Heil an ihm versucht mit der Erklärung, daß Solchen nach seinem amtlichen Charakter haben solle; Dülon ist sich gleich geblieben. In Abendversammlungen hält er seiner Gemeinde Vorträge über ihr kirchliches Recht, und schwerlich wird sich diese, wenn das Kirchenregiment ihren Geistlichen ernstlich angreift, so leidend verhalten, wie Ublichs frühere Gemeinde. Was die kirchlichen Angelegenheiten der Stadt im Allgemeinen betrifft, so wird heute endlich die zweite Petition, welche der Magistrat an den König gelangen läßt (um Beibehaltung der bisherigen freieren Trauungspraxis), von den Kirchenvorständen unterzeichnet. Die Laufende der neuen Gemeinde haben immer noch vergeblich auf staatliche Genehmigung. Man sollte denken, das wiederbrochene Patent vom 30. März v. J. schlösse diese Genehmigung in sich, sofern eine Gemein-

Digitized by Google

schaft die Bedingungen, welche es vorschreibt, erfüllt hat. Letzteres ist nun, wie sämmtliche Behörden anerkennen, von der Gemeinde pünktlich geschehen; sie hat es in ihrer Eingabe um Staatsgenehmigung unterm 9. Dec. nachgewiesen, aber sie erwartet heute noch den Bescheid. Eine Deputation, welche in voriger Woche bei den Ministern in Berlin gewesen ist, hat die Gewißheit gehabt, die Besonnenheit und Gesetzlichkeit aller bisherigen Schritte vollständig anerkannt zu sehen; sie ist auf die Entscheidung des Königs vertröstet worden, welche in den nächsten Tagen erfolgen müsse; aber, wie gesagt, bis heut ist sie noch nicht erfolgt. Man denke nun, welche Ungehörigkeiten aus solchem Zustande entspringen. In einer Gemeinde von 9000 Seelen müssen wöchentlich mehrere Kinder geboren werden, müssen der Brautpaare nicht wenige sein, welche auf die Trauung warten; aber vor Eingang der Staatsgenehmigung ist der Gemeinde jeder kirchliche Act streng untersagt. Es kommt häufig vor, daß Sterbende das Abendmahl begehren, aber Ublich sieht sich außer Stande, es ihnen zu reichen. Es leuchtet ein, daß dies nur ein Zwischenzustand sein kann, der seine Endschaft recht bald erreichen muß, aber so lange er dauert, hat er das Ansehen des mittelalterlichen Interdikts. Man wird dadurch zugleich an die Lage der Deutschkatholiken in Breslau erinnert, welche Aehnlichkeit und Gegensatz nebeneinander darbietet. Dort wird Trauung und Taufe verboten, weil die Gemeinden das Patent verschmähen, hier ist Beides untersagt, obgleich die Gemeinde sich dem Patent unterworfen hat. Bloß ein Zeichen religiösen Gemeindelebens hat mit Genehmigung der Behörde in dieser Woche begonnen, nämlich der Konfirmandenunterricht; in einer Abtheilung unterrichtet P. Ublich gegen 300 Kinder aus seiner Gemeinde. Vorbereitet auf das endliche Eingehen der Genehmigung ist Alles; es fand zum Beispiel von zwei hiesigen Gemeinden der neuen Gemeinde zwei Kirchen zum Mitgebrauch bewilligt, eine für die Frühstunden, die andere Nachmittags. Die Austritte aus der Staatskirche haben immer noch ihren Fortgang. Sollte es wahr sein, was man sagt, daß man in den obern Regionen des Staates jetzt schon, ehe ein Jahr vergangen ist, bereue, das Patent vom 30. März gegeben zu haben?

**Baiern.** A München, 12. Jan. Sie haben Ihnen schon seit einiger Zeit seine Mittheilungen mehr gemacht, doch kann ich versichern, daß, was ich Ihnen auch hätte schreiben wollen, in keinem Falle Erfreuliches gewesen wäre. Doch so, ich hätte mit einstimmen können in den Jubel über die uns verliehene Preßfreiheit. Ich war auch wirklich Willens, die fragliche Verordnung etwas näher zu beleuchten, allein da doch bei einigerer Ueberlegung der ersten Freude bald beinahe allenthalben die richtige Erkenntniß nachfolgte, daß die sogenannte Preßfreiheit dem Rechts weiter als eine neue, wenngleich etwas liberalere Censurinstruktion sei, wurde eine desfallsige Mittheilung von meiner Seite überflüssig. Wenn ich nun heute die Feder ergreife, so geschieht es, um im Allgemeinen ein Bild von dem Zustande zu entwerfen, in welchem wir jetzt leben, — und da kann ich Ihnen denn versichern, daß derselbe von Tag zu Tag drückender wird. Ein Jeder leidet unter diesen Verhältnissen und entbehrt sogar des Trostes, seine Gefühle hierüber aussprechen zu können, indem er fürchten muß, ein Opfer des mehr und mehr zunehmenden Horchersystemes zu werden. Aus diesen Gründen hört man dieses Jahr auch ziemlich wenig von jenen Karnevalsvergnügungen, wegen deren München sonst einen gewissen Ruf hatte. Ueberall fürchtet man, unbrufene Theilnehmer zu finden, die man wohl kaum ungestraft zurückweisen dürfte, und so zieht denn Jedermann vor, sich soviel als möglich innerhalb seiner vier Wände zu halten. Leider scheint die Dame, der wir die Verrüttung aller unserer Verhältnisse zum großen Theile verdanken, nicht die gleiche Neigung zu haben, sondern sich vielmehr nach einer Erweiterung ihrer bisherigen Gesellschaft zu sehnen. Zur Erreichung dieses Zweckes ist man auf ein eigenthümliches Mittel verfallen. Es erhalten nämlich höhere Beamtete und Officiere den direkten Befehl, sich bei einer Abendunterhaltung der Gräfin Landsfeld einzufinden. Sie können wohl denken, daß Viele nicht den Muth haben, einen solchen Befehl unerfüllt zu lassen; sie glauben, sie seien durch den dem Könige eidlich angelobten Gehorsam verpflichtet, jeden Befehl zu vollziehen. Andere werden sich genöthigt sehen, ihre Entlassung zu nehmen, wenn ein solches Ansinnen an sie gestellt würde. Es verbreitet sich auch bereits das Gerücht, daß einer der Flügeladjutanten des Königs, ein allgemein geachteter Officier, deßhalb heute seine Entlassung verlangt habe. Den gleichen Ursprung hatte die auch in mehrere öffentliche Blätter übergegangene Nachricht, der Kriegsminister von Hohenhausen habe sein Portefeuille niedergelegt. Derselbe hatte nämlich vor Kurzem einen Abend im Hause der Gräfin Landsfeld zugebracht, und ließ nun andern Tages zu seiner Entschuldigung verbreiten, er habe sich zwar dem erhaltenen Befehle gefügt, aber deßhalb bereits seine Entlassung nachgesucht. Jedem, der den genannten Minister genauer kennt, mußte es kaum glaubhaft scheinen, daß derselbe freiwillig sein Ministerium niederlegen würde, und diese Ansicht hat sich denn auch bestätigt, indem heute in der M. politischen Zeitung officiell erklärt wird, derselbe habe seine Entlassung nicht begehrt, und die betreffenden Gerüchte seien unwahr. Als bezeichnend für die Tagesgeschichte muß ich Ihnen noch mittheilen, daß der Oberst eines der hiesigen Regimenter seinen Officieren zu erröthnen hatte, daß man höheren Orten sehr ungehalten sei über die geringe Achtung, welche man jener Dame bezeuge, und daß man jeden Mangel hieran sehr übel nehme. Ich habe heute ausdrücklicher über die Lage unserer Militärs gesprochen, um dieselbe klar vor Augen zu stellen, und durch diese praktischen Beispiele neuerdings darauf hinzuweisen, wie sehr es zu wünschen wäre, daß das Militär in den konstitutionellen Staaten Deutschlands auf die Verfassung verpflichtet werde, und daß die Officiere pragmatische Rechte erhalten, damit sie ferner nicht mehr wegen Handlungen, welche ihnen zur Ehre gereichen sollten, ohne Urtheil fortgeschickt werden können. Könnte ja doch das Heer auch auf den Grund jener Theorie von dem schuldigen unbedingten Gehorsam gegen die Verfassung gebraucht werden, wenn eine solche irgendwo einmal unbequem werden sollte! Sie können sich wohl vorstellen, daß man hier jedem neuen Tage mit Spannung, was derselbe bringen werde, entgegensieht. Allgemein wird es bedauert, daß ein großer Theil unserer reichen und vollkommen unabhängigen Adeligen, welche gewöhnlich hier zu leben pflegen, entweder abwesend bleiben oder doch unseren Zuständen gegenüber sich indifferent zeigen, während sie doch ihre bevorzugte Stellung dazu benützen sollten, den König von der im Lande herrschenden Stimmung zu unterrichten und sich, Falls ihnen Ungehöriges zugemuthet würde, in eine gesetzliche, aber doch kräftige und gewiß nicht unwirksame Opposition dagegen zu stellen.

†† **Aus Baiern.** Die Allg. Zeit. vom 1. Jan. sagt in einem trefflichen Artikel, zu einer Censurinstruktion sowie zu einer Verfassung gehöre noch etwas Anderes, als eine Reihe wohl gestellter Paragraphen. Da sie auf Kurhessen hinzielt, welches die freisinnigste Verfassung habe und doch eines wahrhaft konstitutionellen Haushaltes entbehre, so deutet sie an, daß freisinnige Institutionen zu ihrem Gedeihen eine aufrichtige Gesinnung von Seite der Regierung und eine gewisse politische Bildung und Lebzigkeit von Seite des Volks voraussetzen; sie meint, daß ein Minister, welcher die Presse dergünstigen will, auch ihr aufrichtiger Freund sein und nicht bloß streben müsse, scheinbar günstige Ordonnanzen als Popularität und Köder auszubängen. Wir machen diese Ansicht zu der unsrigen und wollen sehen, was wir in dieser Beziehung von dem Staatsmann an der Spitze des gegenwärtigen baierischen Ministeriums zu erwarten haben; und wir halten uns dazu um so mehr verpflichtet, als man die öffentliche Meinung durch allerlei Insinuationen irre zu machen sucht. So hat einer Ihrer Korrespondenten in Nr. 10 Ihres Blattes der guten Sache zu dienen geglaubt, wenn er gegen den abgetretenen Minister v. Maurer Anfälle macht, während er uns von dem Fürsten v. Wallerstein goldene Berge verspricht. Wie halten Maurer für einen Ehrenmann und glauben, daß seine Entfernung auf dem Ministerium alle wahren Vaterlandsfreunde mit tiefem Bedauern erfüllt habe. Die warme Verehrung, die wir ihm zollen, macht uns jedoch nicht blind: wir gestehen zu, daß er während der letzten Ständeversammlung parlamentarische Mißgriffe gemacht hat, aber gegen die Angriffe, welche Ihr Korrespondent gegen ihn gerichtet hat, müssen wir ihn entschieden in Schutz nehmen. Er hat bei Befolge seines Monarchen vollzogen, insoweit durch dieselben weder die Verfassung noch das Recht irgendeines Dritten verletzt wurde, er hat sich aber keinem Hintertreppeneinfluß, wie die Engländer sich ausdrücken, unterworfen. Doch wir wollen hier prüfen, welche subjektive Garantien die Presse jetzt in Baiern hat. Zu unserem großen Bedauern müssen wir gestehen, daß wir in dieser Beziehung zu dem Fürsten v. Wallerstein kein großes Vertrauen haben, denn die Vorgänge während seiner frühreren Verwaltung sind so beunruhigend, daß man neuerlichst in der Hairskammer darauf zurückkommen zu müssen glaubte. Freilich hat der Fürst in dieser Kammer die damaligen Reaktionen den Gerichten zugeschoben; allein jeder Kundige weiß, welche Bewandtniß es mit den damaligen Gerichtsproceduren und den daraus hervorgegangenen Urtheilen hatte, und wenn es der Fürst wünschen sollte, so sind wir bereit, nähere thatsächliche Aufklärungen zu geben, die für manchen Optimisten mehr als überraschend sein dürften. Hier nur Folgendes: Zu Nürnberg liegt jetzt ein Mann, dessen Existenz durch ein 15jähriges Kerkerleben vernichtet wurde, zu dem er wegen Zeitungsartikel verurtheilt worden

Digitized by Google

war, welche die Censur paßirt hatten und der nur durch die (freilich späte) Gnade des Königs von dem Schicksal erlöst wurde, im Kerker zu enden. Zu Bamberg regiert noch ein zweiter, dessen Proceß selbst der Untersuchungsrichter als nicht begründet erachtete, und der ebenfalls die freie Luft, die sein gebrochenes Herz noch kurze Zeit athmen wird, nur der Gnade des Monarchen verdankt. Nach solchen und andern bekannten Vorgängen kann unser Vertrauen zu dem genannten Staatsmanne nicht groß sein, und es wird nicht durch die Nachricht gehoben, daß er sich während des Ministeriums Abel an die Spitze der Oppositionspresse stellen wollte. Minister Abel war bei großem Talent ein harter Mann und sein Programm war ein finsteres; aber er ging den einmal gewählten Weg offen und ohne Rückhalt. — Aehnliches können wir vom Fürsten v. Wallerstein aus seinem früheren öffentlichen Leben nicht rühmen, und es ist auch jetzt wieder bezeichnend, daß er bei seiner jüngsten Anwesenheit in Würzburg Schritte gethan hat, um die hiesigen Korrespondenten der Deutschen Zeitung zu ermitteln. Er hat freilich verschert, er denke nicht daran, diese Leute zu verfolgen, und es fehlte nur noch, daß er Ehre und Eisenmann als Zeugen für seine gute Absicht bei diesen Nachforschungen anfrief. Sollten wir uns aber täuschen, sollte der Fürst wirklich durch seine neueren Regierungshandlungen vor und hinter den Kulissen den Beweis antreten, daß er „Recht und Wahrheit“ zu seinem Programm gewählt hat, so werden wir die Ersten sein, die seine Verdienste mit Dank anerkennen. Im entgegengesetzten Falle aber darf er der entschiedensten Opposition nicht nur von Seite des Volks, sondern auch von Seite seiner Standesgenossen sicher sein.

Aus **Hannover** erfahren wir den am 9. d. M. erfolgten Tod der Schwester Herschels, welche von vielen unserer deutschen Blättern mit dem ihnen eigenthümlichen Takte als Miß Karoline Herschel bezeichnet wird, weil ja ihr Bruder an einer englischen Sternwarte angestellt war. Karoline Herschel war 1750 in Hannover als Tochter eines dortigen Kammermusikers geboren, und sie hat ihr langes Leben mit einer fast ununterbrochenen Reihe wissenschaftlicher und namentlich astronomischer Arbeiten ausgefüllt.

Δ **Heidelberg**, 19. Jan. Die akademische Korporation beklagt den Tod eines ihrer Mitglieder, des Kiechenrathe Dr. Lewald, der bei allen Theologen, die seit fünfundzwanzig Jahren unsre Hochschule besuchten, in dankbarer Erinnerung steht. Die gründliche theologische Bildung des Verstorbenen stützte sich auf ein sehr tüchtiges philologisches Wissen (Lewald war ein Schüler G. Hermanns), und gab seinen kirchengeschichtlichen und exegetischen Vorträgen den Werth einer durchaus soliden und gediegenen Belehrung. L. gehörte der freisinnigst theologischen Richtung an; sein Freisinn war das Ergebniß einer besonnenen wissenschaftlichen Forschung und sprach sich ohne Prunk und Ostentation aus. Die schlichte Bescheidenheit seines Wirkens und durchaus ehrenwerthen Charakters, sein freundlicher und wohlwollender Sinn machte ihn Schülern und Freunden gleich werth. Mit ihm geht wieder einer jener an Wissen und Wesen ernsten und anspruchslosen Gelehrten zu Grabe, wie sie die ältern Generationen und minder bewegte Zeiten als die unsrige häufig aufzuweisen hatten.

**Pforzheim**, 17. Jan. In der Karlsr. Z. wird von Pforzheim aus dem jüngst von einigen Blättern verbreiteten Gerüchte, es hätten dort mehrere Fabriken ihre Zahlungen eingestellt, entschieden widersprochen; die Pforzheimer Fabriken hätten mit den Bankiershäusern in Karlsruhe und Frankfurt, an denen Hall jenes Gerücht zunächst war, in keiner Beziehung gestanden.

*** **Bom Neckar**, 18. Januar. Es bestätigt sich, daß die Staatsregierung in der geheimen Sitzung v. 15. d., den Ständen die Uebernahme einer Zinsgarantie für die Schulden der drei Fabriken angesonnen hat. Diese betragen nahebei fl. 6,000,000, deren Zinsen zu 4 Prc. jährlich sich auf fl. 240,000, zu 3 Prc. auf fl. 180,000 belaufen. In nachdem der eine oder der andere Zinsfuß angenommen wird, beträgt die Gesammtgarantie des Staats in 15 Jahren die Summe von fl. 2,700,000 bis fl. 3,600,000. Es handelt sich mithin um keine Kleinigkeit, und es verlohnt sich wohl der Mühe, den Stand der Sache zu prüfen. Die Sache erscheint um so bedenklicher, als nach dem Grundsatz der Gleichheit der Rechte aller Staatsbürger Andere, welche sich in dem nämlichen Fall wie die drei Fabriken befinden, nach dem Vorbild dieses Vorgangs einen gleichen Anspruch an die Staatskasse machen könnten, den zu befriedigen es voraussichtlich an Mitteln fehlen wird. Welchen Eindruck wird es aber auf das Volk machen, wenn die Gläubiger der Einen Fallitmasse garantirte Schuldtitel, die Gläubiger einer andern Masse gar Nichts erhalten! Anhaltspunkte zu einer derartigen Vergleichung liegen leider in der Residenz selbst nur zu offen da. Wir mag die Regierung, wie wägen die Kammern einem schlichten Taglöhner, der in der Einen Masse sein sauer erworbenes Kapitälchen verliert, dafür Rede stehen, daß die reichen Handelsherren aus der andern Masse unter Staatsgarantie befriedigt werden? Diese Ungerechtigkeit sind nicht aus der Luft gegriffen. Die vorgeschlagene Maßregel kann daher in den Augen des Volks leicht den Schein der Parteilichkeit erhalten, wenn sie nicht durch ganz überwiegende Gründe des allgemeinen Wohls gerechtfertigt wird. Nicht minder dürften auch die Steuerpflichtigen die Frage zur reiflichen Erwägung gezogen wissen wollen, ob denn ein überwiegendes öffentliches Interesse diese Belastung rechtfertige? Das einzig denkbare Staatsinteresse in dieser Sache ist die Erhaltung der durch diese Fabriken vertretenen Industrie und die Ernährung der darin beschäftigten Arbeiter. Dieses Interesse ist im vorliegenden Fall nicht im Entferntesten gefährdet — denn die Gläubiger können nach Lage der Dinge nichts Anderes thun, als entweder die Fabriken im Ganzen verkaufen oder sie für eigene Rechnung fortbetreiben. In beiden Fällen ist das Staatsinteresse vollständig gerahet. Denn für den Staat kommt es nicht darauf an, für wen, sondern daß die Fabriken betrieben werden. Man hat freilich die Behauptung aufgestellt, die Gläubiger würden vorziehen, die Fabriken ringehen zu lassen, um dann die Maschinen, Gebäude, Waaren u. s. w. einzeln zu veräußern. Dergleichen Berechnungen sind aber keiner Widerlegung werth — in der Versammlung der Gläubiger v. 8. und 15. d. waren alle Gegenwärtigen darin einverstanden, daß der Fortbetrieb der Fabriken allein den Gläubigern Aussicht auf Betriebigung gebe, daß dagegen die Einstellung der Arbeiten den Werth der Fabriken um die Hälfte oder noch mehr verringere. Nur allein um die Geldmittel für die täglichen Ausgaben war man verlegen — und sogar diese Verlegenheit ist nur eine momentane, so lange kein definitiver Beschluß über die Art und Weise (und über die Form) des Fortbetriebs gefaßt ist. Man darf daher ganz frei behaupten, daß der Fortbetrieb der Fabriken, ohne Dazwischenkunft der Regierung, durch das eigene Interesse der Gläubiger gesichert, und die verlangte Garantie für diesen Zweck gänzlich überflüssig ist. Andererseits ist aber auch diese Garantie nicht ohne Gefahr für den Staat; man sucht freilich durch die letzten Bilanzen der Fabriken nachzuweisen, daß diese nicht allein im Stande sind, die Zinsen ihrer Schulden, sondern sogar Kapitalabtragungen aus eigenen Mitteln, d. h. aus dem Reingewinn zu leisten. Dieser betrug z. B. in der Zuckerfabrik vom Waghäusel im vergangenen Jahr fl. 220,000, von denen aber fl. 158,000 für Zinsen, Prozessen u. s. w. aufging. Fällt nun diese Ausgabe in Zukunft weg, so können aus dem Reingewinn die Zinsen der Schulden dieser Fabrik (fl. 2,500,000) zu 4 Prc. mit fl. 100,000 bezahlt, und noch weitere fl. 100,000 zu Kapitalabtragungen verwendet werden. Das scheint genug unwiderleglich, — steht aber doch schief darum: Was dem Vermögensstatus dieser Fabrik geht derzu, daß sie auf fl. 2,500,000 Passiven nur fl. 2,200,000 Aktiven hat, daß mithin eine Ueberschuldung von fl. 300,000 vorhanden ist. Es ging mithin in den zehn oder zwölf Jahren ihres Bestehens das Aktienkapital von einer Million und weitere fl. 300,000 verloren. Noch nicht genug. Unter den Aktiven sind die Gebäulichkeiten mit fl. 450,000 und die Maschinen mit fl. 750,000 zusammen mit fl. 1,200,000 d. h. zu dem ursprünglichen Kostenaufwand ohne Abschreibung aufgeführt. Bekanntlich müssen aber an Fabriken jährlich mindestens 5 Prc., wenn nicht mehr abgeschrieben werden, wie auch wohl jene Waghäusler Fabrik jetzt wohl kaum einen Werth von fl. 500,000 hat. Dieser Verlust zu dem Obigen macht ungefähr zwei Millionen im Lauf von zehn bis zwölf Jahren. Wir wollen nun nicht behaupten, daß die Zukunft dieser Fabrik ebenso verhängnißvoll sein wird; denn wahrscheinlich hat man die nunmehr gesammelten Erfahrungen etwas theuer bezahlen müssen. Es erscheint aber immerhin sehr bedenklich, unter diesen Umständen eine Staatsgarantie zu übernehmen. Die belgische Regierung ist bei der großen Katastrophe der Cockerill'schen Fabrik mit einer bestimmten Summe zu Hilfe gekommen, im Uebrigen haben die Gläubiger den Fortbetrieb für eigene Rechnung und auf eigene Gefahr übernommen. Nur daselbst sollte bei uns geschehen — der Staat könnte vielleicht, um den täglichen Geldbedarf zu decken, den Gläubigern einen Kredit, der für jede Fabrik nur fl. 50 — 100,000 betragen dürfte, eröffnen, und auch dies nur gegen hinreichender Sicherheit. Hält man für nothwendig, den Gläubigern einen Vortheil anzubieten, damit sie die Fabriken nicht zerstören, sondern den Betrieb fortsetzen, wozu sie aber schon durch ihr eigenes Interesse genöthigt sind, so kann der Staat auf die Verzinsung der vorgetretenen Summe in den nächsten 10 oder 15 Jahren Verzicht thun. Wir wissen recht gut die schwierige Lage der Staatsregierung und der Stände inmitten der drängenden Interessen und einer in ihrer Existenz ernsthaft bedrohten Arbeitermasse

Digitized by Google

zu würdigen. Aber gerade hier kann sich der echte Staatsmann und der feste Charakter bewähren. Es mag ganz leicht, sogar angenehm sein, bei ruhiger See das Ruder zu führen, aber nun gilt es, besonnen und klar mitten durch brausende Wogen zu steuern. Es steht mehr auf dem Spiel, als man jetzt noch übersehen kann — das Ministerium Bekk hat die erste Feuerprobe zu bestehen.

**Kurhessen.** Kassel, 16. Jan. Der Staatsrath hatte, wie wir neulich bereits berichtet hatten, gegen die Suspension des Stadtsekretärs Wippermann remonstrirt. Gestern ist nunmehr dem Stadtrathe bei 20 Thlr. von kurfürstlicher Regierung aufgegeben worden, sofort den rc. Wippermann vom Dienste zu entfernen. Diese Angelegenheit kommt nun in den Rechtsweg. — (Fr. J.)

**Hessen.** Δ Darmstadt, 18. Jan. (Schluß b. Kammerverhandl.) Abg. v. Gagern entwickelt nun, wie wichtig es im vorliegenden Fall gewesen wäre, die Gründe der Staatsregierung zu erfahren. Noch jetzt sei er seiner Meinung von 1833, daß die Staatsregierung das Recht habe, Staatspensionären im gewöhnlichen Sinn den Urlaub zu verweigern. Aber er sei dabei von der Ansicht ausgegangen, daß Staatsgründe dafür vorhanden sein müßten, was der Regierungskommissär nun in Abrede stelle. Der Redner bestritt dann die Meinung des Reg. Kommissärs, daß die verlangende Urlaubsverweigerung keine Unzufriedenheit erregt habe. Ueberall habe man sie getadelt. Es sei also ein Fehler gewesen, den man begangen habe. Der Verlauf seiner Ausführungen brachte nun den Redner auf die Frage: Ob die bisherigen Verweigerungen des Urlaubs nicht in einer bestimmten Absicht erfolgt, ob sie nicht Ausflüsse eines Systems seien? und findet dieses System schon im Jahr 1834, bei den damals ergangenen Urlaubsverweigerungen wirksam. Vom rechtlichen Standpunkte aus kann nun der Redner das Verfahren der Staatsregierung gleichfalls nicht gerechtfertigt. Wer 40 Jahre gedient habe, sei aus dem Staatsdienst ausgetreten; er habe nur noch Rechte, aber keine Pflichten mehr. Daran ändere Nichts, wenn ein Theil dieser 40 Jahre im Pensionsstande verbracht worden. Auch sei es ungeeignet, zu verlangen, daß ein solcher Pensionirter, der in das 40. Jahr seiner Dienstzeit eintrete, sage, er wolle nun keine Dienste mehr thun. Eine solche Erklärung würde wahrhaft etwas Lächerliches sein. Der Redner erklärte sich schließlich für die Aufrechthaltung der Jaup'schen Wahl. Da er hierbei das Verhalten der Staatsregierung einen „Greif" eines ihr zustehenden „besprochenen Rechts" bezeichnet hatte, so bat ihn der Präsident um die Zurücknahme dieses „sehr scharfen" Worts, was v. Gagern that. Der zweite Reg. Kom., Min. Rath Frank, bezeichnete das Beurlaubungsrecht ausdrücklich als politisches Recht der Staatsregierung. Dabei wies er den Vorwurf des gestörten Vertrauens zurück. Drei Urlaubsverweigerungen hätten Statt gefunden; alle im Interesse des öffentlichen Wohls; und das sei Unrecht, auf bloß einen verweigerten Urlaub sei das Vorhandensein eines Systems zu behaupten. Im nämlichen Sinne hinsichtlich der Rechtsquellen sprachen die Abgg. Krug und Otto, der Letztere jedoch die geschehene Urlaubsverweigerung bedauernd. Vom praktischen Standpunkte aus erklärte sich Abg. K. Zöpprit für Jaups Eintritt. Der Reg. Kom., Min. Rath v. Bechtold, kam nun auf die der Regierung gemachten Vorwürfe zurück und erklärte den vom Abg. v. Gagern gebrauchten Ausdruck „Greif" für einen solchen, den er sich Namens der Staatsregierung verbitten müsse. Nicht durch das Verfahren der Regierung sei das Vertrauen der Staatsangehörigen gestört, sondern durch die Presse werde seit 6 Monaten auf „eine infame, perfide Weise" jeder Fehler eines Staatsdieners ausgebeutet, um das Vertrauen gegen die Staatsregierung zu untergraben. Da der Reg. Kom. unter den Staatsdienern, welche dies Mal beurlaubt worden seien, auch den Abg. Brunck genannt hatte, so fragte dieser, was eine Verwaltung (bei den gresß. Salzmagazinen) ohne Anstellungsdekret, ohne vom Staat bezahlten Gehaltsvertrag, auf Widerruf ertheilt, ohne Anspruch auf Pension und Wittwenkasse sei? und erklärte sich dann für Jaups Wahl. Es folgte ein mit vieler Gewandtheit ausgeführter Angriff des Abg. Lehne auf die vom Reg. Kom. entwickelten Grundsätze, wobei er erklärte, daß ihn die heute stattgefundene Debatte von seiner Ansicht (als Ausschußmitglied) gegen Jaups Eintritt zurückgebracht habe, und daß er nun für denselben sprechen werde. Dabei führete er aus, es liege auf flacher Hand, daß nicht dienstliche Gründe hier gemaltet hätten. Auch Abg. Emmerling sprach sich nun bestimmt für Jaups Zulässigkeit aus, während der Abg. Heldmann (Ausschußmitglied) auf der entgegengesetzten Ansicht verharrete. Was er dabei von „System" und „Opposition" in einem keineswegs illiberalen Sinne, aber etwas dunkel und triebe nach Vermittelung der Gegensätze strebend sagte, gab späterhin dem Abg. v. Gagern Gelegenheit, sich nunmwunden darüber auszusprechen, die Natur und Bedeutung der Opposition, sowie sein eigenes Gehören zur Opposition in Folge seines gegensätzlichen Verhaltens zur Regierung, was Presse rc. betreffe, zu erklären. Nach einer noch kurzen aber pikanten Szene zwischen dem Reg. Kom. Min. Rath v. Bechtold rügte der Abg. Zitz entschieden die Aeußerungen des Reg. Kom. gegen v. Gagern und gegen die Presse, er habe nicht gehört, daß die Presse den Beamtenstand des Großherzogthums im Ganzen angegriffen habe. Die Fälle aber, wie sie in den letzten 6 Monaten durch die Presse besprochen worden, hätten die öffentliche Meinung für sich. Es komme das Alles von der Scheu der Regierung vor die Oeffentlichkeit. Mit Ausdrücken aber, wie: „perfide und infame Presse", mache sie die Sache nicht gut. Reg. Kom., Min. Rath v. Bechtold, meinte hierauf, dem Abg. Zitz müßten die fraglichen Aussäße nicht bekannt sein. Wie bereits gestern erwähnt, erklärte die Kammer mit 23 gegen 13 Stimmen die Wahl Eigenbrodts für giltig und folgerweise also auch mit ebensoviel Stimmen das Verfahren der Regierung gegen Jaup für gesetzlich.

† Mainz, 17. Jan. Die Notabeln der hiesigen Kaufmannschaft beschäftigen sich damit, eine Bank einzurichten. Diese Bank soll auf Waaren, Wechsel und Werthpapiere zu niedrigen Zinsen Geld ausleihen, dadurch dem Handel und Gewerbe Nutzen, den durch Aktien dabei Betheiligten eine sichere Revenue bringen und dem Geldwucher einen heilsamen Damm entgegenstellen. Auch in Baden kommt endlich dieser Gegenstand in Anregung, und als gute Nachbarn möchten wir anfragen, ob es nicht besser wäre, etwas Gemeinschaftliches zu Stande zu bringen, als verzweigte, verschieden eingerichtet und verpflichtete verwaltete Anstalten zu errichten. Unser Entwurf, welcher, im Detail ausgearbeitet, jetzt der Handelskammer, den Handelsgerichte und dem Gewerbsvereine zur Begutachtung vorliegt, ist auf eine großartige, ganz Süddeutschland umfassende Unternehmung gerichtet. Ob es gelingen wird, Baiern und Würtemberg zur Betheiligung zu bewegen, ob in Frankfurt, welches sich als die natürliche Bank von Süddeutschland betrachtet, die gute Sache, weil gut für Alle und nicht für Wenige, siegen wird, ist leider gar vielen Zweifeln unterworfen. Von unsren nächsten Nachbarn aber, Baden und Nassau, erwarten wir Besseres und wollen es wenigstens versuchen, ob wieder einmal etwas Gemeinschaftliches zu Stande zu bringen ist, vielleicht schließt sich später Würtemberg und Baiern mit seinen fertigen Bank uns an. Ueber die große Wichtigkeit einer guten Bank, und daß es die höchste Zeit sei, eine solche für unsere Gegenden einzurichten, darüber sind, mit Ausnahme von vielleicht nur wenigen Geltmännern, alle Sachverständigen einig. Die neulichen Unfälle in Frankfurt und Karlsruhe und deren unausbleibliche Folgen werden deutlich beweisen, daß wir schon zu lange gesäumt haben. Sobald unser Plan festgestellt und unserem Ministerium unterlegt werden kann, bin ich bereit, Ihnen, wenn Sie es wünschen, Näheres darüber zu berichten.

† Oldenburg, 15. Jan. Unser Großherzog hat sich bereits dahin entschieden, daß der von dem Leipziger Kongreß verfaßte Entwurf des Wechselrechts unverändert als Gesetz publicirt werde. Es werden nur noch die nöthigen processualischen Bestimmungen entworfen, und es ist deßhalb von der Gesetzkommission ein hiesiger Kaufmann mit zu Rathe gezogen. — Von den Ergebnissen des Postkongresses verlautet dagegen bei uns noch Nichts. In unserer Tagespresse, besonders den der innern Politik allein gewidmeten „Neuen Blättern für Stadt und Land", wird der Postverwaltung sehr zugeschrieben, weil sie nicht eine Vermehrung der Fahrposten nach Bremen und bequemere Anschlußstunden eingerichtet habe, seit das Eisenbahnnetz die Bremen vorgerschoben ist. Es verlautet indessen, daß die Schuld in nicht erledigten Postdifferenzen mit dem Staate Bremen zu suchen sei; und unbenthar wäre es nicht, daß Mangel an genügender Gegenseitigkeit auf beiden Seiten der wünschenswerthen Vereinbarung entgegenstände. Die Bremer Presse schweigt nämlich auffallendenweise über diese Uebelstände, und sie pflegt klug rücksichtsvoll zu sein, wenn der Gegenstand einen Haken im Bremer Partikularinteresse hat.

Vom Main, 15. Jan. Sie haben vernommen, daß die hohen Bundes-Versammlung in Frankfurt eine die Schweiz betreffende Mittheilung zugekommen sei. Hierüber ist es mir vergönnt, Ihnen Einzelheiten von sehr glaubwürdigen Personen verschiedener, zu ergehen. Jene Mittheilung erging nicht nur an den Bund, sondern auch an alle die Schweiz begrenzenden Länder. Man forderte zu ernsten Maßregeln auf aus zwei Gründen: Ein Mal seien die Tractate von 1815 garantirt worden, dann habe die Eidgenossenschaft den Regierungen Europa's gegenüber eine feindliche Stellung eingenommen. Auf die Gefahr, welche den Grenzstaaten aus dem Asyle des Radikalismus und Kommunismus erwachse, ward hingewiesen. So war die Mit-

Digitized by Google

theilung gesetzt. Ich gehe zu der ihr gewordenen Antwort über. Auf dem ersten Punkt ward erwidert, daß diejenigen, welche somit zum energischen Handeln aufgefordert wurden, die Traktate von 1815 nicht mit garantirt hätten. Sie könnten also darauf nicht fußen, um das Gewünschte zu thun. Der zweite Punkt hingegen wäre ein triftiger. Die Schweiz verursache Europa und besonders den Grenzstaaten in der That dringende Besorgnisse. Auf diesen Grund entwickelte sich nun die weitere Verhandlung, und von dieser Seite ist noch Alles zu erwarten, zum Beispiel eine Blokade, welche die Schweiz hermetisch, sperren würde, und welcher, wie Kundige versichern, die Eidgenossenschaft nicht lange widerstehen könnte. (K. Z.)

8 Frankfurt a. M., 19. Jan. Es wird Ihnen nicht ganz unwichtig sein, zu erfahren, daß auch das Frankfurter Journal seit heute nicht mehr in Kurhessen zugelassen wird. Dem Vernehmen nach gingen 1400 Exemplare nach Kurhessen, indem die Mehrzahl der gelesenern deutschen Zeitungen, wie die Kölner, Aachener, Deutsche Allgemeine, schon seit Jahr und Tag in Kurhessen verboten waren. Das Frankfurter Journal ist gewiß ein harmloses Blatt, es hätte ohne allen Zweifel der leisesten Drohung die strikteste Folge geleistet; um so mehr scheint das Verbot ein Vorbote gänzlicher Unterdrückung jedes der wenigen noch in Kurhessen zugelassenen Blätter zu sein, das der kurhessischen Zustände noch Erwähnung thut. — Ich hoffe, daß das immer sich erneuernde Geschäft, das von Bundeswegen eine allgemeine Unterdrückung mehrerer Blätter bewerkstelle, ungegründet sei. Der erwachte Volksgeist ist auf diese Weise nicht mehr zurückzudrängen, im Gegentheil, läßt man ihn nicht sich mäßig frei äußern — vor ungerbührlicher Freiheit sind wir ja geschützt — so möchten bedenkliche Verklopfungen stattfinden. — Und wie seltsam! Während noch in den letzten Tagen unsere deutschen Fürsten von den Pairs aufs Schmählichste angegriffen wurden, und einer derselben sagte: in Frankreich sei nur der König der Franzosen unverletzlich, während z. B. Charivari die schändlichsten Spottartikel gegen unsere Könige (den König von Preußen und Baiern) zu schreiben pflegt, werden der König der Franzosen und sein Generalstabsmaschall Soult bei uns aufs Zärtlichste gepriesen! Wenn die wahrhaften Patrioten in ihrem Schmerz foedauerend auf England und seine Verfassung blicken, wer will es ihnen unter diesen Umständen verargen?

## Schweiz.

☽ Bern, 15. Jan. (Verhandlungen der Tagsatzung. Schluß.) Uri, Schwyz, Unterwalden, Appenzell J. Rh. wünschten auf die Zuschrift irgend eine, wenn auch nicht einläßliche Antwort, zumal die Note auf lezigen Voraussezungen beruhe. Freiburg stimmt zur Tagesordnung, indem es mit beredten Worten auch die Zumuthung zurückweist, die der Bischof in Freiburg gegen die Regierung gemacht. Erst habe man den Ruin über den Kanton gebracht und jetzt prunkirte man gegen die Maßregeln, die zur Abhülfe der Uebel ergriffen werden. Der Redner erwähnt das durch Zeugen bekräftigte Faktum, daß der Bischof Marilley in Waadt von der Kanzel herab seine Zuhörer damit zu fanatisiren gesucht habe, daß er ihnen die Lüge erzählt, im Kanton Bern sei das Bild der heil. Jungfrau auf einem Schwein herumgeführt worden. Schaffhausen beantragt Rückweisung an die Kommission zu nährerer Ermittlung des Verhältnisses des Nuntius und der Nuntiatur. Basselland ist für den Kommissionsantrag und bemerkt, wie man mit Abänderung weniger Worte, wenn eine Antwort gegeben werden solle, dem Nuntius eine solche mit seinen eignen Redensarten zu Theil werden lassen könne, verliebt, wie solche Antwort dann etwa lauten würde, was allgemeine Heiterkeit erregt. Genf. Gleiches führt die Anteceedenzien von 1834, 1836 und 1837 an und mahnt vor Allem, Konsequenz in diesen Sachen walten zu lassen, und erklärt sich demgemäß für den Kommissionsantrag. Der Redner hebt ausführlich die große Schuld der Geistlichkeit bei den letzten Konflikten — ihre Aufhetzungen, das Benehmen des Nuntius, welcher die zu Frieden mahnende Botschaft des Papstes in der Tasche behalten und die ohnehin aufgeregte Bevölkerung und Milizen noch besonders zum Kampfe gegen ihre Bundesbrüder, Religionsgefahr vorspiegelnd, entflammt habe, führt Beispiele aus seinem Kanton an, wo wirklich dermalen gegen 2 Geistliche wegen Aufreizung zum Aufruhr die Spezialuntersuchung erkannt werden mußte. — Graubünden stimmt für den Kommissionsantrag: es werde allerdings die Geschichte richten über das unwürdige Treiben der Geistlichkeit auf der Kanzel und im Beichtstuhl, welches dieselbe sich notorisch in der jüngsten Vergangenheit zu Schulden kommen ließ. Aargau möchte nicht mit Stillschweigen über die Note weggehen, wohl aber die Sache genauer in Ueberlegung ziehen; wünscht Rückweisung an die Kommission und Erstattung eines schriftlichen, den Gesandten vor der Diktatsion mitzutheilenden Berichts. Thurgau bringt darauf, daß sich die Tagsazung nicht durch die Konventionen des Augenblicks leiten lasse, sondern grundsäzlich die Stellung behaupte, die sie immer in Bezug auf solche Eingaben des Papstes in Rüksicht auf kirchliche Fragen eingenommen habe. Wallis stimmt auch für den Kommissionsantrag und erwähnt der gleichzeitig in ähnlicher Weise erhobenen Fehde zwischen dem Bischof von Sitten und der Regierung von Wallis, dem ein Schreiben des Nuntius gefolgt sei. Wallis sei zwar entschlossen, die kathol. Religion und die wirklichen Rechte der Kirche aufrecht zu halten und ihem Oberhaupt die gebührende Achtung zu zollen, aber auch ebenso entschlossen, die Rechte des Staates mit aller Entschiedenheit zu wahren. Der Gr. Rath von Wallis habe das Schreiben des Nuntius nicht beantwortet, und er stimme hier für ein gleiches Verfahren. Neuenburg nimmt die Sache ad referendum. Genf stimmt für den Kommissionsantrag. Bern faßt das Treiben nicht bloß des Nuntius, sondern auch der Gesandten der andern auswärtigen Mächte ins Auge, die den Unfrieden in der Schweiz schüren, und glaubt, daß es Zeit sei, auch deren Treiben von der Kommission untersuchen zu lassen. In der zweiten Anfrage scheiden sich die Meinungen schärfer in Bezug auf den von Schaffhausen näher erörterten Antrag, die Kommission mit der näheren Untersuchung der Verhältnisse in Bezug auf den Nuntius zu beauftragen. Besonders Zürich und Thurgau bestimmten die nochmalige Ueberweisung an die Kommission, weil diese Frage nichts Anderes bringen könne und werde. Sie wollen namentlich Nuntiatur und Gesandtschaftsfrage nicht so nebenstmander behandelt sehen, da diese Gegenstände von höchster Bedeutung seien, die sorgfältige Prüfung und Vorunterfuchung erheischten. Bei der Abstimmung erhält der Antrag auf Zurückweisung nur 4 Stimmen: Aargau, Waadt, Bern und Luzern. Für den Antrag der Kommission stimmten 14 Stimmen. Für den Antrag, die Kommission zu brauftragen, die Nuntiaturverhältnisse zu untersuchen und Anträge zu bringen: $6^{1}/_{2}$ Stimmen.

Schwyz, 15. Jan. Die wesentlichen Bestimmungen des neuen Verfassungsentwurfs sind folgende: 1) Beseitigung der Kantonalstandsgemeinde; 2) Referendum der Gesetze an's Volk in den Bezirkslandsgemeinden; 3) Eintheilung des Kantons in 8 Bezirk, wornach der alte Bezirk Schwyz in 2 Theile zerfällt und die Vorsteher derselben hinfüro den eichtigern Titel „Bezirksammann“ statt des seitheren „Landammann“ erhalten: 4) Beseitigung des $^{2}/_{3}$ Systems und Aufstellung und Geiteadmachung der absoluten Mehrheit des Volkswillens; 5) Aufstellung von 13 Wahlkreisen, welche nach dem Verhältniß ihrer Bevölkerung aus allen wahlfähigen Kantonsbürgern, den aus 80 Mitgliedern bestehenden Kantonsrath zu erwählen haben; 6) Sig des Hauptortes — bleibt Schwyz — mit Regierung, Kantons- und Kriminalgericht und Kanzlei; 7) Verlegung der Sitzungen des Kantonsrathes — abwechselnd nach Lachen und Einsiedeln. Sonntags den 23. d. wird die Verfassung den Volke in den Bezirksgemeinden zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt. Man erwartet, sie werde die Sanktion des Volkswillens erhalten. Die Dauer der Verfassung ist auf 8 Jahre festgesetzt, nach Ablauf von welchen 2000 stimmfähige Kantonsbürger eine Revision verlangen mögen, welche dem Entschiede des Volkes zu unterstellen ist.

## Großbritannien.

London, 16. Jan. Im vorigen November enthielten die Times die Nachricht, daß in England zwei Cholerafälle vorgekommen seien. Hiervon hat die neapolitanische Regierung Veranlassung genommen, das ganze Vereinigte Königreich: England, Schottland und Irland unter Quarantaine zu stellen; es läßt sich voraussehen, daß diese „unverschämte und alberne“ Maßregel (wie die Times sie nennen) England zu Maßregeln veranlassen wird, deren Früchte für Neapel nicht zum Segen ausschlagen möchten. Man sucht dieses Verfahren auf der Habsucht der neapolitanischen Behörden zu erklären, „welche“, wie man sagt, „aus solchen Beschränkungen immer Vortheile und Erpressungen für sich selbst zu ziehen wissen“. Es könnte ihm auch wohl ein versteckteres Motiv zu Grunde liegen, indem man dadurch in den jetzigen bedenklichen Zeitläuften überhaupt den Verkehr Englands mit den neapolitanischen und sicilianischen Küsten, die Zufuhr von Waffen, die Einschmuggelung aufrührerischer Proklamationen u. s. w. zu erschweren gemeint ist.

Der Standard, um Lord Palmerston einen Hieb zu versetzen, stellt sich an, als ob das Schreiben Lord Palmerstons an Sir E. Lyons in Betreff der übeln Verwaltung Griechenlands unmöglich in so ungemessenen Ausdrücken gehalten sein könne, um

Digitized by Google

Starkatz zu der Versicherung zu ermächtigen, daß noch nie in Form und Inhalt solche Anklagen von einer Regierung an die andere gerichtet worden. Der Standard sagt: „Die Regierung Otto's ist zwar sehr schlecht, aber sicherlich konnte Lord Palmerston sich niemals einer solch groben, um nicht zu sagen brutalen Sprache gegen sie bedienen, wie sie Sr. Lordschaft zugeschrieben wird."

Bei einem Festmahle, welches der Lordmayor von Dublin am 12. Januar veranstaltete, ließ sich der Lordschatzhalter von Irland, Graf Clarendon, in einer längern Rede über die Lage des Landes aus. Nachdem er zugegeben, daß die Zeiten schwierig und gefährlich seien, ja, daß die Lage Irlands wenigstens für den Augenblick sich vielleicht noch drohender gestalte, weil England jetzt weniger als früher im Stande sei, ihm zu Hilfe zu kommen, nachdem er ferner eingeräumt, daß das Armengesetz im Allgemeinen wenig beliebt sei, bemühte er sich, die Vorurtheile gegen das Armengesetz zu widerlegen; unter dem Einfluß dieses Gesetzes, sagte er, hätten die Armen zum ersten Mal das Recht erlangt, nicht Hunger zu leiden; und mit Nachdruck hob er hervor, wie die Regierung namentlich der nachwachsenden Generation ihre Sorgfalt zuwende, jenem hilfsbedürftigen Theile der menschlichen Gesellschaft, den Armenkindern, von denen jetzt aus den Ersparnissen der englischen Brüstener nicht weniger als 70,000 zum größten Theile gut gekleidet und ernährt würden; er hoffe, daß diese Zahl demnächst sogar auf 120,000 steigen werde. Nur möge der Reiche wie der Arme seine Pflicht thun, jener mit Freuden spenden, dieser mit Muth zu entbehren wissen — ein Rath, der sich freilich bei einem üppigen Festmahle leichter geben, als bei einem Hungermahle befolgen läßt.

## Frankreich.

Paris, 17. Jan. Nach dreiwöchiger Arbeit ist die Adreßkommission endlich mit ihrem großen Werke zu Stande gekommen, und die Kammer der Abgg. war heute versammelt um den Entwurf der Antwort auf die Thronrede verlesen zu hören. Wer seine Erwartungen von der Bedeutsamkeit dieses Schriftstücks nach der Zeit bemessen wollte, die seine Abfassung gekostet hat, der würde sich beim Durchlesen desselben seltsam enttäuscht finden. Die Adresse ist, wie alle Antwortsadressen, im Wesentlichen Nichts als eine Umschreibung der Thronrede, durch deren-Annahme wir die Leser der Deutschen Zeitung zu betrügen glauben würden. Nur einige kurze Stellen verdienen der Erwähnung. So die Aeußerung: „Wir vereinigen uns mit Ihnen zur Verbesserung des Looses derjenigen, deren einzige Erwerbsquelle die körperliche Arbeit ist." Wie Schade, daß dieser gute Vorsatz — ein guter Vorsatz bleiben wird! Von Italien heißt es: „Unsere Wünsche und unsere Theilnahme gehören den Fürsten und Völkern Italiens, die in Gemeinschaft auf dem Wege gehen, den ihnen das erhabene Haupt der — der Entwurf vergißt hinzuzufügen: katholischen — Christenheit mit so großer Weisheit und Hochherzigkeit gezeigt hat." Der Schweiz wird zu verstehen gegeben „daß sie nur durch Aufrechterhaltung der Grundbestimmungen des Bundesvertrags ihr Glück sichern, und die Stellung behaupten kann die ihr Europa gewährleistet hat." Zu Gunsten der polnischen Nationalität wird die gewöhnliche Verwahrung eingelegt. Für die endliche Kolonisirung Algeriens „das jetzt französisches Land geworden ist" und für die bereinstige Herstellung des Gleichgewichts zwischen Staatseinnahmen und Ausgaben spricht der Entwurf nähmlich fromme Wünsche aus. Schließlich bekommen die Gäste der Reformschmäuse einige Derbheiten zu hören. „Zählen Sie auf unsern Beistand, heißt es hier, zur Vertheidigung der Staatsordnung gegen die Bewegungen, welche feindliche Leidenschaften oder der verblendete Eifer gereizter Gemüther hervorrufen." Dazu dann eine Anrufung der öffentlichen Meinung, welche diesem Treiben bald dadurch ein Ende machen werde, daß sie ihr Verdammungsurtheil darüber aussprechе. Die Regierung scheint übrigens, wie wir bei dieser Gelegenheit gleich bemerken wollen, auf jenes Verdammungsurtheil und auf dessen Kraft wenig zu zählen, denn sie hat für nothwendig erachtet, ein auf den 19. angefagtes Reformessen in Paris selbst polizeilich zu verbieten. Die Veranstalter dieses Festes behaupten indessen die Gesetzwidrigkeit des Verbotes und erklären, dasselbe nicht berücksichtigen zu wollen. Wenn es nicht bei dem leeren Worte bleibt, so wollen wir glauben, daß die Franzosen jetzt endlich das Mittel finden werden, mit welchem der unerträglichen Polizeiwillkür allein beikommen ist. Dies Mittel ist aber kein anderes, als niemals der Drohung zu weichen, sondern immer die thatsächliche Gewalt an sich herankommen zu lassen.

In der Pairskammer wurde heute der auf Algerien bezügliche Satz des Adreßentwurfs in Berathung genommen. Der Marschall Soiffy stellte an das Ministerium die Frage, wie man es mit Abdel-Kader zu halten gedenke? Hr. Guizot erwiderte, die Sache sei schwierig; auf der einen Seite stehe das Interesse Algeriens, auf der andern die abgeschlossene Kapitulation, die Regierung hoffe indessen, daß sich eine Ausgleichung dieser Gegensätze finden lassen werde. Mehrere Redner verlangten hierauf in der bestimmtesten Weise, daß das dem Emir gegebene Wort erfüllt werde. So namentlich der General Fabvier, der sonst mit seinem salbungsvrichen, frömmelnden Wesen nicht gerade Zutrauen einflößt. Hat der Herzog von Aumale seinen Instruktionen gemäß gehandelt, sagte er, versteht sich's von selbst, daß Frankreich durch sein Versprechen gebunden ist; hat er seine Instruktionen überschritten, so kann man ihn bestrafen, aber man darf ihn nicht entehren, und sein Wort muß gehalten werden. Dieser und ähnlichen Erklärungen gegenüber verschanzte sich Hr. Guizot wiederholt hinter die nichtssagenden Redensarten, mit denen er die Frage des Hrn. Boiffy zurückgewiesen. Das heutige J. d. D. bringt übrigens bereits das Wort des Guizot'schen Räthsels. „Man versichert, sagt es, daß die Regierung ein Schreiben Abdel-Kaders erhalten hat, in welchem der Emir erklärt er überlasse sich der Weisheit des Königs, und er werde jede Verfügung desselben mit Dankbarkeit entgegennehmen."

Es ist auf den ersten Blick einleuchtend, daß dieser Entschluß Abdel-Kaders ein erschütternder oder erzwungener ist.

Privatbriefe aus Toulon erzählen, daß Hr. Rousseau, der Dolmetscher, im Auftrage der Regierung alle möglichen Künste der Ueberredung angewandt habe, um Abdel-Kader dazu zu bewegen auf sechs Monate nach Paris zu kommen. Der Emir hatte sich standhaft geweigert und erklärt, man könne ihn nur mit Gewalt nach Paris schleppen, freiwillig gehe er nicht. Als er hartnäckig bei dieser Weigerung beharrte, ward er nach dem Fort Lamalgur gebracht. Der trostlose Anblick dieses Staatsgefängnisses, die hohen Mauern, die strenge Bewachung, die Klagen seiner alten Mutter, die Trennung von dem größten Theile der Seinigen, alles dieses mag den stolzen Geist des Emirs gebrochen und auch die Klugheit ihm zur Nachgiebigkeit gerathen haben. Genug, Abdel-Kader bleibt jetzt „freiwillig" in Frankreich, — er wird nun bald das Fort Lamalgur verlassen und „freiwillig" nach Paris kommen. — Die ministeriellen Blätter versichern: daß die Gerüchte von der Krankheit des Königs grundlos seien; die Reforme dagegen behauptet bestimmt zu wissen, Louis Philipp sei seit 2 Tagen bettlägerig.

## Italien.

* Mailand, 14. Jan. Auch außerhalb Mailand's haben sich Symptome jener Stimmung, welche zur allenthalberschenden gemeinen ist, in Konflikten gezeigt, deren Resultat, sowie hier, das Opfer mehrerer Menschenleben war. Gleichwie bei uns machte auch in Pavia (die Ruhestörungen dasselbst fanden vom 8.—10. Statt) das Militär ohne vorhergegangene Ankündigung von seinen Waffen gegen die wehrlose Menge Gebrauch, und es fielen 10 Schreckensopfer, von welchen 2 alsbald starben. Daß die Nachwehen der hiesigen Auftritte fortdauern, ist natürlich. Die Anlässe zu Reibungen zwischen dem Militär und dem erbitterten Volke sind so vielfältig, daß es trotz der größten Anstrengungen den Häuptern Beider nicht gelingen kann, ihnen vorzubeugen. Daher hört man denn täglich von einzelnen Verwundungen, welche dem Militär zur Last fallen, während anderseits das Gefindel einiger unserer berüchtigten Stadtviertel, die gegenwärtige Aufregung benützend, einsame Fußgänger in den Abendstunden anfällt und beraubt. Der traurigste unter jenen Vorfällen war der Mord eines jungen 18jährigen Mannes aus Pavia, der von zwei ungarischen Soldaten, nachdem er auf die Frage, ob er rauche, keine Antwort gab, sofort niedergestoßen wurde. Vor einigen Tagen begab sich der hiesige Fürstbischof Romilli mit dem Domherrn Opizoni zu dem Bicerkönige, welcher von dem ersteren verlangte, er solle die Geistlichen der hiesigen Pfarreien anweisen, nach der Predigt das Volk zu beschwichtigen und zur Ruhe zu mahnen; es haben aber sämmtliche Pfarrer sich gegen diesen Auftrag verwahrt, indem sie erklärten: Sollten sie auf der Kanzel die jüngsthergangenen Ereignisse berühren, so wären sie schon vermöge ihrer Mission verpflichtet, die Thatsachen wahrheitsgetreu darzustellen; dies würde ihnen aber ohne Zweifel Unannehmlichkeiten von Seite der weltlichen Behörden zuziehen. — Gestern Nachmittag erhielt der Bicekönig durch einen Kurier Botschaften aus Wien, und es ist heute ganz allgemein das Gerücht im Umlauf, es sei derselbe dorthin berufen und werde künftigen Montag abreisen. Die hiesige Municipalität hat am 13. Jan., wahrscheinlich auf Verlangen der Regierung, einen Aufruf an die Bürger erlassen, worin sie ermahnt werden, in das gewohnte Geleis des bürgerlichen Lebens wieder zurückzukehren und den Wühlern, die nicht

Digitized by Google

das Wohl des Landes bezwecken, sondern aus Unordnungen nur für sich Nutzen zu ziehen gedächten, keinerlei Gehör zu geben. Man erzählt als gewiß, daß die Tragbahren des allgemeinen Krankenhauses schon am Morgen des blutigen Maitages Tages deßhalb und auf Anordnung der Polizei in Bereitschaft gehalten worden seien. (Sonderbarlich doch nur eins jener Gerüchte, ausgesprengt, um die allgemeine Aufregung zu nähren! Es läge in Oesterreichs, im deutschen Interesse, wenn Oesterreich seine Scheu vor aller Oeffentlichkeit wenigstens so weit überwinden könnte, solche schmählichen Gerüchte amtlich zu widerlegen!)

Pontremoli, 8. Jan. Der Herzog von Parma hat die von hier abgesendete Deputation mit Güte und besonderem Wohlwollen empfangen. Die toskanischen Gesetze werden provisorisch beibehalten, die großherzoglichen Behörden sollen, wie der Herzog dringend wünscht, ihre Funktionen bis zur Festsetzung der neuen Ordnung beibehalten. Bald nach der Zurückkunft der Deputation (am 8.) traf der toskanische Kommissär Manini in Pontremoli ein und übergab Stadt und Gebiet an den parmesanischen Kommissär, der nach Entlassung der Pontremolesen aus dem bisherigen Unterhausordnanbr und dem Abzug der toskanischen Truppen, begleitet von 2 Kompagnien Infanterie, einer Abtheilung Dragoner und einer Kanone die Stadt betreten hatte. Die Pontremolesen fügten sich mit Ergebung in ihr Geschick, das vorzugsweise die letzten Zuckungen in Livorno hervorgerufen hatte.

### Griechenland.

* Athen, 3. Jan. Die Bürger von Patras sollen für den Ausstand der Besatzung büßen. Der Kommandant der Gendarmerie, Deligiorgi, der Präfekt von Akarnanien, Theochares und der Adjutant des Königs, Notaras, mit der angemessenen Truppenzahl nach Patras beordert und kraft nach dem Schlusse des Dramas angelangt, haben alle drei einstimmig das Benehmen der Behörden getadelt und freimüthig gerathen, den als Präfekt funktionirenden Sekretär Rondopulos, den Mitarchen Panas und den Polizeikommissär Stripthodolos zu entfernen, weil die Regierung sonst nicht mehr auf Ruhe und Ordnung im Kreise Achaia und Elis rechnen könne. Statt dessen wurde der Erstere zum Präfekten befördert und alle drei, doch den Staatsprokurator Balsamakis verstärkt, zur Untersuchungskommission ernannt. Diese hat denn auch den früheren Deputirten A. Kalaitzogheotis verhaften lassen, und gleichen Loses dreht dem Schwiegersohne des frühern Senatspräsidenten Konduriotis, Hrn. Rufos u. A. Dag der Ergüsse über England, deßhalb Note in dem Patraser Verfall einen neuen Beleg findet, hierzu leicht, ist nicht zweifelhaft. Aber was man dadurch gewinnen will, läßt sich nicht absehen. Thatsache ist es, daß die Behörden der Regierung ihren Posten verlassen hatten, und daß deßhalb die Bürger und ihr Demarch die Vermittlung der Konsuln anzprachen. Die Briefe liegen vor, ebenso der Brief an Hrn. James Macdonald, Kommandanten des Dampfboots Spitfire, unterzeichnet von den verschiedenen Konsuln, endlich der Brief des Hrn. Succoli, österr. Konsuls an den funktionirenden Präfekten bei dessen Rückkehr, worin er diesen davon in Kenntniß setzt, daß in Folge einer Bitte der Bürgermeister und der Einwohner von Patras, sämmtliche Konsuln der befreundeten Mächte intervenirend den Rebellen Verzeihung bewegen hätten, mit allen seinen Parteigängern abzuziehen, und daß der englische Kapitän in Folge dieser Intervention eingewilligt habe, sie an Bord seines Dampfbootes zu nehmen und nach Mytilin (bei Perosa in Epirus) überzusetzen. Der Zweck der Intervention der Konsuln sei, dieses Land von den unglücklichen und unberechenbaren Folgen des Bürgerkriegs zu befreien. Endlich liegt noch ein Dankschreiben des funktionirenden Präfekten an die Konsuln vom 16. vor, worin er mit seinen Heldenthaten bei der Rückkehr nach einer durch große und unvermeidliche Nothwendigkeit diktirten Abwesenheit prahlt und zugibt, daß die Konsuln, während derselben, sich alle Mühe gegeben, die Zerstörung der Stadt zu verhüten. Bald, fragt man noch allem dem, was läßt sich den Bürgern von Patras, was den Konsuln, was dem englischen Kapitän für ein gegründeter Vorwurf machen? — Die russische Regierung zeigt sich freigebig mit Tabernakeln, Altargeräthen, Heiligenbildern und Priestergewändern, deren sie nicht nur für die ausgebesserte Irenenkirche, sondern auch für die im Bau begriffene Kathedrale im Werthe von über 100,000 Rubel geschenkt. Sie hat die Summe von 2 Mill. Rubel zum Bau einer russischen Kirche bestimmt, die einen Raum von 16,000 Quadratmeter einnehmen soll. Der zur Wahl des Platzes geschickte russische Architekt hat die Ruine der Nikolaemuskirche gewählt, da dieser Punkt der höchste nach dem nahen Königsplatze sei, die Aussicht auf das Meer habe u. dgl. Mir ist die große Nähe dieser russischen Kirche zu dem von ihr überragten Schlosse unsres deutschen Königs unheimlich. Ferner hat die russische Regierung die Hinterlassenschaft zweier in Rußland nationalisirten Griechen, 160,000 Rbl. für eine Seeschule und 70,000 für eine Akademie nach dem Muster der hiesigen französischen, worauf junge Franzosen Neugriechisch lernen und Französisch lehren, zu verabfolgen befohlen, was nach den russischen Gesetzen entweder gar-nicht oder sehr geschmälert geschehen könnte. Die Russenthronen verkünden, daß die griechischen Kaufleute und Schiffer Rußland die Zurücknahme der ihnen feindlichen Maßregeln der Pforte zu verdanken haben. Sollte man dieser wohlthätigen, großmüthigen Schutzmacht nicht erkenntlich sein? Die Geschichte aber ruft: fürchte die Russen, auch wenn sie Geschenke bringen!

**Nachschrift.** * Karlsruhe, 19. Jan. Die Kommission, von der 2. Kammer zur Begutachtung des Vorschlags, die bedrohten drei Fabriken durch Staatshilfe aufrecht zu erhalten, niedergesetzt, hat nach angestrengten Berathungen sich mit 5 gegen 4 Stimmen für eine Gewährleistung der Zinsen durch die Staatskasse ausgesprochen, den Antrag der Regierung jedoch in wesentlichen Punkten ermäßigt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.


## Allgemeine Lebensversicherungs-Gesellschaft in Paris.

Belehrungen über die verschiedenen Arten der Lebensversicherungen und deren Anordnung sind in deutscher Sprache angekommen und werden unentgeltlich abgegeben bei

Gebr. Kessler,
[39]¹ A 1. Nr. 12 in Mannheim.

[40] Bei Fr. Bassermann in Mannheim erschien:
Briefwechsel eines
## Staatsgefangenen und seiner Befreierin
von Wilhelm Schulz.
2 Bände. broch. 2 Thlr. 9 Sgr. od. 4 fl. rhein.

[41] Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:
***Populäre Vorlesungen***
über
# wissenschaftliche Gegenstände
von **F. W. Bessel.**
Nach dem Tode des Verfassers herausgegeben von
**H. C. Schumacher.**

Der vereinigte grosse Astronom hielt diese Vorlesungen seit einer Reihe von Jahren vor einem Kreise ausgewählter Freunde in Königsberg, die durch den Abdruck eine dauernde Erinnerung an die Stunden erhalten, in denen sie Bessel's mündlichem lebendigen Vortrage folgen konnten. Für Alle, denen dies Glück nicht ward, d. h. für das ganze andere gebildete Publikum, muss es eben so wichtig sein, Gegenstände, die sonst nur tieferen Forschungen zugänglich sind, von einem Manne wie Bessel klar und allgemein verständlich dargestellt zu sehen. Die Vorlesungen umfassen die Geschichte und den jetzigen Zustand der Astronomie, die Verbindung der Beobachtungen mit der Astronomie, die Bestimmungen der Oerter der Fixsterne, einzelne astronomische Gegenstände, die Bestimmung der Figur der Erde, Fluth und Ebbe, Magnetismus der Erde, Wahrscheinlichkeitsrechnung, Mechanik u. s. w. In einer 1840 gehaltenen Vorlesung kündigt Bessel den jetzt gefundenen transuranischen Planeten als sehr wahrscheinlich an und giebt einen Begriff von den grossen Vorarbeiten, die er damals schon zu seiner Auffindung gemacht hatte. Sein leidender Gesundheitszustand in den letzten Jahren erlaubte ihm nicht die Untersuchung durchzuführen, und entriss ihn eine der glänzendsten Entdeckungen.

Den Preis des Werkes (bestehend aus 40 Bogen gr. 8.) haben wir zu 3 Rthlr gesetzt.
Hamburg, im December 1847.

**Perthes-Besser & Mauke.**

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mayer in Heidelberg.


Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Owen u. Kmp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an D. R. Allexander Strasbourg 20 Boulevards, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Großh. Bad. Hofrath Heinrich Berg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 24 kr. Für Ausländer wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 22. Heidelberg, Samstag 22. Januar 1848.

## Uebersicht.

Graf Montalembert und die Schweiz. — Von der Mosel (die böhmischen Stände). Berlin (Eröffnung des Berein. ständischen Ausschusses. Das königl. Prorogitionsskreskript; das Reglement über den Geschäftsgang. Elbing (Deutschkrift der Stadtverordneten und des Magistrats betr. den Strafgesetzentwurf). Posen (Deutsche und Polen). Aus Baiern (die neue Confurverordnung. II.). Stuttgart (die Wahlversammlungen. Programm der Stuttgarter Wähler). Karlsruhe (Landtagsverhandlungen: Antrag auf ein allgemein deutsches bürgerliches Gesetzbuch. Die Bankfrage). Vom Neckar (Staatsgarantie für die drei Zahriten oder keine?). Kassel (das Verbot des Frankfurter Journals. Baron v. Hüts nicht in die Kammer zugelassen. Landrath v. Specht nach Hanau). Gießen (Druck und Vertheilung der Verfassungsurkunde und Gemeindeordnung). Frankfurt (Berichtigung in Betreff des Turnervereins). Hamburg (dänische Pläne. Fr. v. Bülow).

Schweiz. Bern. Die Buntesrevision. Bolois-Comte angeblich wieder nach Bern. Luzern. Großrathsbeschluß.

Schweden u. Norwegen. Die Minister durch den ständischen Ausschuß in Anklagestand versetzt. Ein Antrag auf Religionsfreiheit.

Frankreich. Verhaftungen der Pairskammer. Krankheit des Königs. — Italien. Livorno. Unruhe der Stadt Livorno. Genua. Die Deputation. Königlicher Erlaß. Rom. Ferretti und Antonelli.

Rußland. Ukas in Betr. ausländischer Arbeiter.

Amerika. Der Kongreß beschließt Maßregeln zur kräftigen Fortsetzung des Krieges. Die Besitznahme des Generals Worth bestätigt. Verschiedenes aus Mexiko.

Handel. Bericht aus Frankfurt; aus Hamburg.

---

**Heidelberg**, 22. Januar.

Graf Montalembert hat die dankbare Aufgabe übernommen, alljährlich ein Mal in die Eintönigkeit der französischen Pairskammer frisches Leben zu bringen. Mit einer lebhaften Phantasie und ungewöhnlichen rhetorischen Gaben ausgestattet, ergeht er sich dann über die große europäische Politik; seine Redeblüte, freilich mehr blendend als zündend, schonen dann weder die Paläste noch die Hütten und die Pairskammer selbst, sonst nur gewohnt durch den Reiz böser Skandalprozesse zu fesseln, ist erstaunt und entzückt, auf ein Mal der Aeroyag zu sein in den großen Händeln der Welt.

Graf Montalembert weiß das; seine Reden (auch die letzte über die Schweiz) ist erfüllt von dem stolzen Selbstbewußtsein, daß das unterdrückte Recht, die verfolgte Unschuld nur auf der Tribune der Pairskammer noch eine Fürsprache finden kann, er spricht es offen aus, daß sich seine Worte an ganz Europa richten, daß ganz Europa bewunderad und erschüttert auf die Donnerworte horcht, womit der edle Graf die langweilige Stille im Palais Luxemburg unterbricht. Als wäre er der letzte und einzige Paladin des verhüllten und vertagten Rechts, so stolz, so unfehlbar lauten seine Oraksesprüche über das moderne Babel, so kühn ertheilt er seine politischen Lektionen, heute den Thronen, morgen den Völkern. Es wäre eine schöne Sache um ein so beredtes Patronat des verfolgten Rechts, um ein so unerschrecknes Strafgericht des siegreichen Unrechts, wenn es so schlimm in Europa stünde wie Graf Montalembert der Welt möchte glauben machen, wenn wirklich die Freiheit und das Recht kein anderes Asyl mehr hätten als — die französische Pairskammer und ihren kühnen Sprecher.

Aber so nahe ist „der Anfang vom Ende" noch nicht. Noch hat die Welt gesunden Sinn genug, um aus dem Gewande der blendenden Rhetorik den kleinen Kern der Wahrheit herauszufinden, noch ist Europa nicht so altersschwach, um sich von dem ultramontanen Rostruf verjagen oder dem grauenvollen Gemälde der nahen Barbarei erschrecken zu lassen. Es ist ein alter Kunstgriff der Reaktion, unbequeme Thatsachen ins Ungeheure anzuwachsen, das Gespenst einer allgemeinen Anarchie, das blutige Bild einer kommunistischen Schreckenszeit, den nahen Untergang des Eigenthums, des Gesetzes, der Sitte und der Religion zum Entsetzen der Furchtsamen heraufzubeschwören — ob dieser alte Kunstgriff mit etwas mehr Talent und glänzender Sonde aufgeputzt mehr Eindruck machen werde, als die gewöhnlichen Kapuzinaden, ist freilich eine andere Frage. Es kann einen Augenblick scheinen, als predige man das Kreuz in der That aber geht man Nichts als ein beredtes Plaidoyer in eigner Sache.

Graf Montalembert findet in seiner jüngsten Rede über die Schweiz kaum Worte genug, den Gräuel zu malen, den der Despotismus der Majoritäten über die Welt hereinzubringen drohe. Der Despotismus der Majoritäten — das ist ja das Schlagwort, womit die absolutistische Doktrin die billige Forderung um Bürgschaft politischer Rechte, um gesetzliche Vertretung des Volkes abzufertigen pflegt; und im Munde dieser Doktrin, die ein unmittelbares Anströmen göttlicher Weisheit und Unfehlbarkeit in die Seele eines Einzigen voraussetzt, hat das Schlagwort einigen Sinn. Aber Graf Montalembert, der Bürger eines konstitutionellen Staates, der Vertreter einer konstitutionellen Volkes — was will er mit der Phrase vom gefährlichen Despotismus der Majoritäten? Nenne er uns doch das Geheimniß, wonach ein Staatswesen, das auf rechtlicher Vertretung Aller beruht, geleitet werden soll, wenn nicht nach dem Ermessen der Mehrheit; gebe er uns doch einen praktischen Weg an, wie man da zu Beschlüssen oder Handlungen gelange, wenn nicht nach dem Willen der Majoritäten! Griechenland und Rom, Großbritannien, Frankreich und Nordamerika haben kein anderes Mittel ausgefunden, der Anarchie des Einzelwillens einen Damm zu setzen, als die Beschlüsse der Majoritäten; das Chaos von Verwirrung und Rechtlosigkeit, das die Phantasie des edlen Grafen heraufbeschworen hat, wäre dann wirklich vorhanden, wenn in konstitutionellen Monarchien oder gar in Republiken die Beschlüsse der Mehrheit für die Minderheit nicht mehr bindend sein sollten, wenn die Sophistik des Parteigeistes sie als einen Despotismus der Majoritäten brandmarken dürfte. An dem politischen Willen seiner Mehrheit ist noch kein Staatswesen innerlich zu Grunde gegangen, der sogenannte Despotismus der Majoritäten wird keine Revolution wecken, wie sie der blinde Despotismus des Einzelwillens, wie sie die anarchische Freiheit eines politischen Reichstags auf allen Blättern der Geschichte aufweist. Athen und Rom, die britische, nordamerikanische und französische Staatsweisheit, sammtliche Republiken der alten und neuen Zeit haben nicht anders zu regieren gewußt; es scheint dem Grafen Montalembert vorbehalten, der Welt das Arkanum einer bessern Staats- und Regierungsweisheit zu enthüllen.

Die Mehrheit beschließt nach den Gesetzen, die ebenso gut die Gewalt des Staates im Ganzen, als die persönlichen Rechte des Einzelnen sicher stellen; despotisch wird sie erst dann, wenn sie diese Schranken überspringt, wenn sie Denken und Glauben des Einzelnen gegen das Gesetz nach eigner Laune unzuschaften trachtet, wenn sie in das Heiligthum der persönlichen Freiheit willkürlich eingreift, wenn sie der Minderheit das gesetzlich freie Wort und die gesetzlich freie That gewaltsam verkümmert. Hätte die Tagsatzung das gethan, hatte sie die verfassungsmäßige Freiheit des Gewissens, des Gedankens, des Handelns der Minderheit durch Mehrheitsbeschlüsse verkürzt, dann würde Graf Montalembert schwerlich der Prediger in der Wüste sein, Tausende von Stimmen hätten sich des unterdrückten Rechts vielleicht mit weniger Pathos, aber nicht minder warm und energisch angenommen. Aber der greifreiche Nedner bleibt uns den Beweis dafür schuldig; er nennt ein paar einzelne Ausschweifungen, die, wenn sie sich so verhielten, wie der Redner sagt, einzelnen Individuen und Kantonen, nimmer aber der ganzen Schweiz und ihrer gesetzlichen Bundesbehörde zuzurechnen wären. Diese Bundesbehörde hat, wo sich im Einzelnen Exzesse zeigten, gethan, was ihre Pflicht war; sie hat Untersuchung und Strafe angeordnet. Sie hat mehr gethan; sie hat z. B. jüngst in Freiburg, wo der Graf der lange mißhandelten und niedergedrückten liberalen Partei Mienc machte, durch Majoritätsbeschlüsse Recht und Eigenthum der Gegner zu kränken, durch ihre Kommissäre ernstlich und dringend an die Foe-

Digitized by Google

dermagen des Rechts und der politischen Klugheit ermangeln lassen. Und in Luzern, wo sich Aehnliches wiederholte, hat Kasimir Pfyffer in diesen Tagen zu äußerst gemäßigtem und Schonung gerathen gegen diejenigen Leute, deren verzweiflungsvoller Druck er als Mann des liegen Widerstandes sechs Jahre lang aufs Bitterste empfunden mußte. Solche Anstöße der Vergeltung, auch wenn sie nach Zeiten schwerer Unterdrückung in Republiken ganz begreiflich erscheinen, sind zwar vom Standpunkte des Rechts und der Politik gleich beklagenswerth; aber solange sie, die bessere Weisheit von so gewichtiger Seite geltend macht, solange sie im übrig. Bundesrathe faktisch Mäßigung und politischer Sinn, über Leidenschaft und Parteiwuth die Oberhand behält, haben wir keine Besorgniß, daß sich die Phantasmagorien des Grafen Montalembert verwirklichen möchten.

Diese Sorge würde bei allen Unbefangenen erst dann laut werden, wenn die Partei zum Siege gelangte, deren Niederlage der französische Pair beklagt. Es ist ein stolzes Wort, das ein konservativer Staatsmann, de Serre, der Freund Niebuhrs in einer trüben Zeit der Parteiverbitterung ausgesprochen hat: die Mehrheit einer jeden Versammlung ist gesund, auch die des Konvents bis zu einem gewissen Punkte. Aber man könnte irre werden an der Wahrheit dieses schönen Satzes, wenn man nach geschichtlichen Erfahrungen das Wirken der Majoritäten beurtheilt, deren Untergang dem Grafen so schwer am Herzen liegt. Oder hat die vorjagte Luzerner Regierung, hat das Walliser Regiment, dessen Herrschaft durch das Blutbad am Trient befestigt ward, haben die fanatischen Verketzerungsmehrheiten der Montalembert'schen Kirchlichkeit keinen Despotismus geübt? Wo blieb dem edlen Grafen das Gedächtniß, als er die Mäßigung pries, als er den Despotismus der Majoritäten verdammte und dabei der Vergangenheit seiner eigenen Schützlinge so ganz vergaß? Wo blieb der Parteikommer das Gedächtniß, als sie der Rede Montalemberts zujubelte und fünf Minuten lang nachher den Sprecher, der ihm entgegnen wollte, mit wildem Lärmen übertäubte, wo blieb Hrn. Guizot das Gedächtniß, als er dem beredten Sprecher Lobsprüche spendete und dabei des eigenen Majoritätsdespotismus so ganz vergaß? Wahrhaftig, es fehlt im Palais Luxemburg entweder an allem Erinnerungsvermögen oder es wird dort die alte Geschichte vom Splitter und Balken mit einer naiven Entäußerung eigner Scham aufgeführt, die unsere Begriffe übersteigt!

Sollen wir aber deßhalb in die Posaune stoßen und den jüngsten Tag verkünden, weil es Majoritäten gibt, die ihre Macht mißbrauchen? Sollen wir, weil es in Luzern bis zum 23. Nov. 1847 ein wildes fanatisches Majoritätsregiment gab, die Republiken verdammen, oder weil es in Paris eine blindergebene Deputirtenmehrheit, eine intolerante Majorität in der Pairskammer gibt, sollen wir deßhalb über das konstitutionelle Wesen den Stab brechen? Gewiß nicht, solche Krisen sind vorübergehend, sie wird nur der als unheilbar beklagen, der auf ein Ideal der Vollkommenheit in menschlichen Zuständen rechnet. Wem aber die Wahl gelassen wird zwischen dem Despotismus der Majoritäten und dem der Minoritäten und Individuen — der wird, auf die geschichtliche Erfahrung von Jahrtausenden gestützt, unbedingt den letzten für gefährlicher halten als den ersteren und jenen stolzen Worten de Serre's am Ende doch Recht geben.

Den Grafen Montalembert kann man aber in wenig Worten nicht erschöpfender würdigen als es der „Nationat" gethan hat*). Daß der Sieg der Tagsatzung, sagt das radikale Blatt, und die Austreibung der Jesuiten einen erbitterten Fanatiker zur Wuth reizt, ist eine sehr einfache Sache. Wenn ein Feind zu Boden liegt, bäumt er sich krampfhaft, und die Gesellschaft ist ihm in Auflösung, die Welt erzittert, die Politik bebt sich mit allen den Ungeheuern, die in seinem aufgeregten Kopfe entstehen. Die Geschichte lehrt und ja seit langer Zeit, daß in den Augen der Jesuiten nur die Hölle da herrschen kann, wo sie selber nicht herrschen. Natürlich unter ihrer duldsamen Regierung ist der Friede, die Freiheit, die Achtung vor den Menschen und die Freiheit des Gedankens, da ist die Einracht der Familie, die Ruhe im Staate. Da achtet man Niemanden, setzt Niemanden gefangen, nur der Geist der Erbsung erfüllt diese würdigen Männer, und das undankbare Europa, das sie überall verjagt, wird es bald bitter bereuen.

*) Wenn vor einigen Tagen unter der Rubrik Frankreich eine andere Meinung über den „Nationat" ausgesprochen wurd, so brauchen wir wohl kaum zu bemerken, daß die Ansicht unseres Mitarbeiters in diesem Punkte nicht die der Redaktion war.

**Oesterreich.** ✕ Bunder Moldau. Nichts kann der Entwicklung Oesterreichs förderlicher sein, als eine brüderlich ernste und zugleich streng richterliche Theilnahme der deutschen Presse. Darum haben österreichische Patrioten von Herzen beklagt, daß die gewichtigsten Stimmen Deutschlands die österreichischen Übelstände entweder ganz ignorirten oder sie beschönigten, wohl gar als eine, wenn auch traurige, so doch unvermeidliche Nothwendigkeit darstellten. Solche Urtheile haben in Oesterreich unermeßlich geschadet. Auf sie pochte die Partei des Stillstandes, mit ihnen vertheidigte sie sich gegen die Klagen einzelner Oesterreicher. In jüngster Zeit ist es besser geworden, aber noch lange nicht genügend gut. Die deutsche Presse widmet den österreichischen Bedürfnissen noch immer eine zu geringe und flüchtige Aufmerksamkeit, und doch sind die Bedürfnisse Oesterreichs im verhängnißvollsten Grade Bedürfnisse Deutschlands, und jeder Fortschritt Deutschlands bleibt unvollkommen und unsicher, solange Oesterreich zurückbleibt. Es ist daher in der That eine patriotische Pflicht aller deutschen Vorstührer, sich auch um das Einzelne der österreichischen Zustände zu bekümmern und nicht, wie bisher, mit allgemeinen oberflächlichen Urtheilen zufrieden zu sein. Es ist dies doch wahrlich nicht zu viel verlangt, wenn man daneben betrachtet, mit welcher aufführlichen Gründlichkeit deutsche Publicisten französische und englische, ja chinesische Zustände besprechen. Bei dem Mißverhältniß, in welchem Oesterreich noch immer gestellt ist, wird freilich zunächst manche Unvollständigkeit und Unrichtigkeit der Beurtheilung nicht zu verhüten sein, allein nach und nach wird das Geheimniß schwinden, das Unheilbringende enthüllt werden, und österreichische Stimmen werden das Ihrige dazu beitragen. So braucht der Artikel „von der Elbe" über die böhmischen Stände einige Zusätze. Da es eine Pflicht der Klugheit und Gerechtigkeit ist, die Männer, welche auf dem gefährlichen Boden Oesterreichs selber für den Fortschritt kämpfen, durch die Oeffentlichkeit zu stützen und zu schirmen, so müssen noch folgende freisinnige Redner genannt werden: Karl Fürst Auersperg, die Grafen Franz Thun, Vater und Sohn, Graf Wilhelm Wurmbrand, Baron Zessner und Ritter v. Bobuscha. Wie Stadt Landecz sein Votum über die 50,000 fl. mit einer scharfen Kritik der Censur- und Censurmaßregeln eingeleitet, so brachte Graf Wilhelm Wurmbrand eine strenge Beurtheilung der gesammten Politik Oesterreichs vor und trug darauf an, daß diese Kritik in die Landtagsverhandlungen aufgenommen werde. Der verhängnißvollste Moment des Landtags war es, als der Präsident, Robert Altgraf von Salm-Reifferscheid, den Sturm durch die Drohung beschwichtigen wollte, „die Stände möchten es nicht soweit treiben, daß die Warnung des Vaters sich in die Drohung des Herrn verwandeln müßte." Gegen solche Einschüchterung protestirte die ganze Majorität, ja, Graf Johann Lazansky sprach das stolze Wort aus: „eine solche Drohung würde ihn nicht schrecken, und wenn auch im Augenblicke das Bajonette in den Saal eindrängen." — Auf der andern Seite wurden die vier bürgerlichen Sessilen (Bürgermeister Möller ist übrigens bereits Ritter) von einem Frhrn. v. Chreadurg unterstützt, freilich in solcher Weise, daß sein Auftreten diesem ernsten Landtage einige Erheiterung verschaffte. — Das wichtige Resultat dieses Landtags aber besteht, abgesehen von allem Andern, darin, daß die konstitutionelle Partei die überwiegende Mehrheit bildet, was seit zwei Jahrhunderten nicht mehr der Fall gewesen ist.

**Preußen.** ○ Berlin, 18. Jan. Die Allg. preuß. Zeit. wird Ihnen vor Eingang dieses Schreibens die Eröffnungsrede des Königl. Kommissärs an die Ausschüsse gebracht haben. Dieselbe ist unläugbar in einem versöhnlichen, gewinnenden Tone gehalten, es ist jede Provokation der Opposition, jeder Rückblick auf die vorhergegangenen die Ausschüsse betreffenden Ereignisse, jede Andeutung der ihnen von so vielen Seiten und aus ihrem eigenen Schooße drohenden Anfechtung ihrer Kompetenz darin vermieden. Es ist ferner angenehmlich, daß die Regierung außer dem Strafgesetzentwurf keine weitere Vorlage an die Ausschüsse zu machen gedenkt. Wer also (was, wie ich es schon in diesen Blättern ausgesprochen, nicht meine Ansicht ist) das Strafgesetz als nicht zur Kompetenz des Ver. Landtags gehörig ansieht, darf keine Besürchtung hegen, daß Seitens des Gouvernements den Ausschüssen ein weiterer Eingriff in die Rechte des Landtags zugemuthet werden wird. Wir glauben aber, daß trotzdem die in den Ausschüssen befindlichen Mitglieder der Opposition sich nicht stillschweigend herabigen dürfen, daß sie vielmehr offen ihre Ansicht über Stellung und Berechtigung der Ausschüsse darlegen müssen. Die Eröffnungsrede des kgl. Kommissärs ist, wie es auch nicht anders sein konnte, ganz in dem Sinn gehalten, als wären die Ausschüsse eine ständische Versammlung von unzweifelhafter Kompetenz, ja, der Strafgesetzentwurf ist ihnen, wie aus dem Inhalt der Rede hervor-

Digitized by Google

geht, in Betracht dieser ihrer Eigenschaft zur nochmaligen „ständischen Begutachtung" zugewiesen. Können die Mitglieder der Opposition dieser Anschauung der Regierung gegenüber sich ruhig verhalten? Würde hier nicht Stillschweigen soviel als Anerkennung heißen, würde eine solche nicht eine vollkommene Unterwerfung der Rechte des Vereinigten Landtags auf den ausschließlichen, verfassungsmäßigen Beirath zu allen allgemeinen Gesetzen in sich schließen? Eine so unermeßliche Verantwortlichkeit können und werden die liberalen Mitglieder der Ausschüsse nicht auf sich nehmen. Sie werden jedenfalls die Verhandlungen damit beginnen, eine Erklärung über ihre Ansicht betreffs der Inkompetenz der Ausschüsse abzugeben. Ob diese Erklärung, die allem Ermessen nach schon in der heutigen Sitzung erfolgen dürfte, von jedem Abgeordneten einzeln gegeben, ob ein deßfallsiger Antrag an die Versammlung gestellt werden wird, für zur übrigen zu machen, können wir nicht bestimmt angeben; wahrscheinlich ist, daß nur das erstere eintreten wird. Auch über den nähern Inhalt derselben ist uns nichts Gewisses bekannt. Bis zum Abend des gestrigen Tages hatte man sich unter den Abgeordneten der Opposition noch nicht darüber geeinigt. Es ist zu wünschen, daß vor Beginn der heutigen Sitzung eine solche Einigung zu Stande gebracht sein möge. Die Ansprache, welcher der Marschall, Fürst v. Hohenzollern-Lich, nach der Eröffnungsrede des Ministers v. Bodelschwingh an die Versammlung richtete, enthält übrigens eine merkliche Abdrutung der Schwierigkeiten, mit welchen die Ausschüsse zu kämpfen haben dürften; Sr. Durchlaucht ist augenscheinlich nicht so beruhigt, wie die Allg. Pr. Zeitung und ihre Protektoren, über die unangeschorene und ungetrübte Klarheit der ständischen Berhältnisse Preußens.

** Berlin, 19. Jan. Die A. P. Z. theilt das königliche Propositionsdekret mit, wornach diejenigen Punkte im Strafgesetzbuche, welche sich durch ihre praktische Mängelhaft ausgezeichnen oder in Ansehung deren bei den provinzialständischen Berathungen sich vornehmlich eine wesentliche Verschiedenheit der Ansichten ergeben hat, besonders zusammengestellt werden. Indem wir, sagt das königliche Dekret, dem Vereinigten ständischen Ausschusse, unter Hinweisung auf die bereits vertheilten Gesetzentwürfe, diese Zusammenstellung anliegend zugehen lassen, wollen Wir vorzugsweise über die hierin hervorgehobenen Punkte der gutachtlichen Aeußerung desselben entgegensehen, ohne jedoch den Ver. ständischen Ausschuß in der Befugniß beschränken zu wollen, Uns auch über andere Punkte des demselben vorgelegten Gesetzentwürfen sein Gutachten abzugeben.

Ferner theilt die A. P. Z. das „Reglement über den Geschäftsgang bei dem Ver. Ausschusse" mit. Jeder Plenarberathung muß eine Vorbereitung durch die Abtheilungen vorausgehen; diese Abtheilungen hat der Marschall unter Zuziehung der Provinziallandtagsmarschälle mit angemessener Berücksichtigung der verschiedenen Provinzen und des Stimmenverhältnisses der verschiedenen Stände zu ernennen und ebenso die Vorsitzenden zu bestimmen. Die Abtheilungen können auch vor der Eröffnung des Ver. ständ. Ausschusses ernannt und einberufen werden. Die Staatsminister sowie die vom König abgeordneten Beamteten können den Berathungen der Abtheilungen beiwohnen, um, wo sie es nöthig finden, Aufklärung zu geben und Mißverständnisse zu beseitigen. Auch den Antragstellern steht es frei, jedoch ohne Stimmrecht, den Berathungen der Abtheilungen über die von ihnen gestellten Anträge beizuwohnen. Die Gutachten der Abtheilung werden gedruckt nur den Mitgliedern der Plenarversammlung mitgetheilt. — Was die Plenarversammlung der Ausschüsse betrifft, so müssen „Anträge auf Bitten oder Beschwerden" (Petitionen) innerhalb der ersten 8 Tage nach Eröffnung des Ver. Ausschu. dem Marschall schriftlich übergeben werden. In der Plenarversammlung, deren Tagesordnung jedes Mal von dem Marschall den Mitgliedern bekannt zu machen ist, nehmen die Ausschußmitglieder ihre Plätze nach Provinzen und in diesen nach Ständen ein. Jedes Mitglied, das zu reden verlangt, zeigt dies durch Aufstehen an; werden sich mehrere Redner, so bestimmt der Marschall die Reihenfolge. Diejenigen Mitglieder, welche sich vor Beginn der Berathung melden, haben zu erklären, ob sie für oder gegen den Gegenstand reden wollen und erhalten nach der Zeitfolge der Anmeldung abwechselnd das Wort. Die königl. Kommissäre erhalten das Wort, sooft sie es verlangen; auch der Referent, um Aufklärungen zu geben oder Mißverständnisse zu beseitigen. Jeder Redner spricht von seinem Platze aus; die Reden dürfen nur an den Marschall oder an die Versammlung gerichtet werden. Neue Vorschläge müssen vor der Sitzung dem Marschall schriftlich eingereicht und von acht Mitgliedern unterstützt werden. Ist das Abtheilungsgutachten gegen einen Petitionsantrag ausgefallen, so hat der Marschall an die Plenarversammlung nach Vorlesung des Gutachtens die Frage zu stellen, ob der Petitionsantrag in Berathung genommen werden solle; erklärten sich nicht wenig[er]ens acht Mitglieder für die Berathung dieser Frage, so gelangt der Petitionsantrag nicht zur Berathung. Die Abstimmung erfolgt in der Regel durch Aufstehen und Sitzenbleiben; namentliche Abstimmung findet an, wenn sie der Marschall für nöthig hält oder acht Mitglieder sie verlangen. Die Verhandlungen werden, wenn der vor. Ausschuß es wünscht, dies ist einstimmig gefordert, ohne weitere Censur in der „Allg. Pr. Z. vollständig veröffentlicht; es steht jedoch dem vor. Ausschusse frei, diejenigen Verhandlungen, bei denen er es für angemessen erachtet, von der Veröffentlichung auszuschließen, ebenso dem Kommissär der Regierung, die Veröffentlichung einzelner Verhandlungen zu untersagen.

** Berlin, 17. Jan. Unter der Aufschrift: „Ständische Angelegenheiten" bringt die Allg. Pr. Z. einen Bericht, den wir in Folgendem kurz zusammenfassen: Im Sitzungssaale des Staatsraths im Königl. Schlosse eröffnete Montag den 17., Mittags bald nach 1 Uhr, der Staatsminister v. Bodelschwingh als königl. Kommissarius im Namen und Auftrag des Königs „die hohe Versammlung" des Vereinigten ständigen Ausschusses. In seiner Begleitung befanden sich die übrigen Staatsminister. Als Veranlassung der Berufung bezeichnet seine Rede gleich nach dem Eingang den im Patent vom 3. Decbr. ausgesprochnen Willen des Königs, „den von dem Ministerium für die Gesetzrevision und einer Staatsrathskommission ungearbeiteten Entwurf des Strafrechts einer letzten ständischen Begutachtung zu unterwerfen, vorzugsweise um die von den einzelnen Provinziallandtagen bei der Berathung des frühern Entwurfs kundgegebne Verschiedenheit der Ansichten in einer den Berührnissen und Wünschen des gesammten Vaterlandes möglichst entsprechenden Weise auszugleichen." Sei die Berathung eines so bedeutenden Gesetzentwurfs schon an und für sich ein wichtiges und folgenreiches Geschäft, so trete für Preußen diese Wichtigkeit um so mehr hervor, als dieses Gesetz dazu bestimmt sei, Einheit des Strafrechts in der Monarchie zu begründen an Stelle der jetzt nebeneinander giltigen, oft höchst heterogenen Strafbestimmungen des Allg. Landr., der Carolina und des „aus der fremdherrischen Gesetzgebung stammenden rheinischen Strafrechts." Bei solcher Ausgleichung dieser „die innre Einheit des Staats wesentlich störenden Ungleichheit" werde das neue Strafrecht nicht weiter gehen, als die Nothwendigkeit es erfordert, daher die Formen des Strafverfahrens nicht berühren, namentlich für die Gesetzgebung in dieser Beziehung „keine wesentliche Veränderung" hervorbringen, indem „unter mehrfachem Betracht rheinischer Juristen" der Entwurf dem dortigen Gerichtswesen „möglichst angepaßt" sei, und die Verbindung jenes gerichtlichen Verfahrens mit dem neuen Strafgesetz durch besondre, von den Ständen zu begutachtende Anordnungen gesichert werden sollr. „Einem andern in naher Aussicht stehenden Akte der Gesetzgebung bleibe es vorbehalten, auch das Strafrechtsverfahren zwar nicht völlig gleichzustellen, aber doch die bestehenden Verschiedenheiten, namentlich durch allgemeine Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit wesentlich zu vermindern." „Sollte auch die neue Bearbeitung des Strafrechts", fuhr der Redner fort, „nicht die individuellen Wünsche jedes Landestheils befriedigen, sollten auch Ihren Bemühungen nicht gelingen, in dieser Beziehung eine vollständige Befriedigung hervorzurufen, so werden Sie, hochverehrte Herren, eingedenk sein der Nothwendigkeit, daß zur Erreichung großer Zwecke kleine Opfer nicht versagt werden dürfen, daß, wo es gilt, eine große Monarchie durch Einheit zu befestigen, die einzelnen Landestheile ihre besonderen Wünsche dem Wohle des Ganzen zu opfern stets bereit sein müssen." Hierauf ließ er sich, da das königl. Propositionsdekret dem Marschall Fürsten zu Solms-Hohensolms-Lich zu übergeben, sprach die Vermuthung aus, die Berathungen würden unmittelbar beginnen können, da die Arbeiten der vorberathenden Abtheilung hinlänglich vorgeschritten seien und schloß mit folgenden Worten: „Im Vertrauen auf die unserm theuern Vaterlande so vielfach bewährte Gnade Ihres allmaltenden Vorsehung hoffen Sr. Maj. der König zuversichtlich, daß auch diese Versammlung für Thron und Land eine segensreiche sein, daß sie das gemeinsame Band, welches die Provinzen unter sich und alle mit dem Throne verknüpft, befestigen, diese Verbindung immer enger schließen möge. In diesem Vertrauen, in dieser Hoffnung ertheile ich auf Allerhöchsten Befehl Sr. Maj. des Königs den Vereinigten ständischen Ausschuß auf die Dauer von 4 Wochen für eröffnet" — — Sodann übernahm der Landtagsmarschall Fürst Solms zu Hohensolms-Lich mit einigen einleitenden Worten, worin er um Nachsicht und Unterstützung bat, „... ihm, unter welchen die Stände ihre Aufgabe zu lösen hätten, „als nicht ohne eigenthümliche Schwierigkeiten" bezeichnete, das Gelingen ihrer Ueberwindung in den Alle beseelenden redlichen Eifer,

Digitized by Google

dem Könige und dem Vaterlande nach Kräften zu dienen, hoffen hieß, — den Vorsitz der Versammlung. Zu Sekretären ernannte er die Abgg. Siegfried, Frhr. v. Patow, Kuschke, Dittrich, Brann, Dittbold, Brassert und Frhr. v. Sudenau. Die Veröffentlichung der stenographischen Berichte durch die Allg. Pr. Z. erhob er, da Niemand das Wort ergriff, ohne Abstimmung zum Beschluß der Versammlung. Die nächste Sitzung setzte er auf Dinstag den 18. um 10 Uhr an, worin die Berathung des Strafrechts sogleich zu beginnen habe, da der Bericht schon am 16. zur Vertheilung gekommen sei. Endlich brachte der Marschall eine Lebehoch auf den König aus, welches sich dreimalig in der ganzen Versammlung wiederholte. — Punkt ½2 Uhr wurde die Eröffnungssitzung geschlossen und sämmtliche Mitglieder des Ausschusses darauf in den Gemächern des Königs durch die Marschälle der Provinzen, resp. deren Stellvertreter Sr. Majestät vorgestellt.

† Elbing, 14. Jan. Zu der vorletzten Sitzung (vom 30. Dec. v. J.) hatte der Stadtv. Behring den Vorschlag eingebracht, gemeinsam mit dem Magistrat eine Kommission zu ernennen, welche die Wünsche der Bürgerschaft in Bezug auf den neuen Strafgesetzentwurf auf angemessene Weise zusammenfassen und über einen geeigneten Weg berathen sollte, um dieselben zur Kenntniß des vereinigten Ausschusses zu bringen. Trotz sehr populärer und beschiedener Gegenrede einiger Stadtv. ward der Vorschlag fast einstimmig angenommen. Der Magistrat trat demselben bei, und die von beiden Korporationen gemeinschaftlich gewählte Kommission erklärte sich einstimmig, die Denkschrift mit einer Adresse an den Ausschußdeputirten v. Auerswald zu begleiten. In der gestrigen fast überzahlreich vom Publikum besuchten Stadtverordnetenversammlung nun erstattete der Vorsteher Bericht über den Beschluß der Kommission, verlas Adresse und Denkschrift und forderte die Versammlung auf, sich über ihren Beitritt zum Kommissionsgutachten zu erklären. Der Inhalt der in ebenso gemessener und würdiger als klarer und eindringlicher Sprache gehaltenen Denkschrift, deren Vortrag Versammlung und Gallerien mit der gespanntesten Aufmerksamkeit folgten, war seinen Hauptpunkten nach folgender: Die Bürgerschaft Elbings trge die Ueberzeugung, daß die vielen und wichtigen Zusätze und Aenderungen, welche den gegenwärtigen Strafentwurf von dem früher den einzelnen Provinziallandtagen vorgelegten unterscheiden, von den vereinigten Ausschüssen, gemäß des Vorbehaltes, unter dem die diesseitigen Deputirten in der genannten Versammlung gewählt seien, nur in der Eigenschaft einer vorberathenden Abtheilung begutachtet werden dürften, zur definitiven Berathung und Beschlußnahme aber nochmals dem nächsten vereinigten Landtage vorliegen müßten. Was den materiellen Inhalt des Entwurfs betreffe, so sei zu bedauern, daß das einzige Princip, welches einer einheitlichen Gesetzgebung zu Grundlage dienen könne, die Verwirklichung der Rechtsidee als solcher, auf bedenkliche Weise vielfach durch eine sogenannte Nützlichkeitstheorie und durch politische Rücksichten verdunkelt und in den Hintergrund gedrängt sei. Noch gefährlicher werde diese Vermischung heterogener Principien durch den der Willkür der Richter anheimgegebenen weiten Umfang des Strafmaßes, seine ungemessene Steigerung einerseits, und die aus staatlichen Interessen anderseits selbst ermöglichte Strafbefreiung, durch die dem Richter zur Pflicht gemachte Beurtheilung der Gesinnung des Inkulpaten, endlich durch die nach dem Gesetz vom 29. März 1844 noch fortbestehende disciplinarische Abhängigkeit des Richterstandes selbst. Außerdem wird auf die Unvollständigkeit des Entwurfs, neben dem noch eine Reihe anderer sehr wichtigen Strafbestimmungen in Kraft bleiben, und auf den Mangel einer Proceßordnung und die Nothwendigkeit einer konsequenten Durchführung des öffentlichen Verfahrens, sowie auf das dringende Bedürfniß einer allgemeinen Einführung von Geschwornengerichten hingewiesen. Hieran knüpft sich der Wunsch, daß die ver. Ausschüsse den Strafgesetzentwurf der Regierung mit dem Gesuch um eine völlige Umarbeitung nach andern Principien zurückstellen und auf erneuerte Berathung des also veränderten Gesetzes vor dem nächsten vereinigten Landtag antragen möchten. Das Kommissionsgutachten wurde fast einstimmig angenommen. Die Adresse nebst Beilage wird heute schon an Hrn. v. Auerswald abgehn. Auf den Vorschlag des Vorstehers, daß die Kommission noch zusammenbleiben möchte, um nach den Ergebnissen der demnächst in Berlin eröffneten Ausschußberathungen anderweit dienlich erscheinende Maßnahmen der Kommune vorzuberiten, ging nach einigen Debatten mit überwiegender Stimmenmehrheit durch. Uebrigens hat es hier Aufsehen erregt, daß die Stadtverordneten von Königsberg ein von 60 Personen eingereichtes Gesuch ähnlicher Tendenz von der Hand gewiesen, noch mehr aber, daß die Liegnitzer Regierung die Berathung der Hirschberger Stadtverordneten über eine an die ver. Ausschüsse in Betreff des Strafgesetzentwurfs zu erlassende Adresse auf administrativem Wege verhindert hat.

Posen, 10. Jan. Die D. A. Z. widerspricht dem jüngst verbreiteten Gerüchte, daß die polnischen Gutsbesitzer des Deutschen aus ihren Diensten entlassen wollten; höchstens seien einzelne Fälle vorgekommen. Die Zeitung für Preußen glaubt es für eine vielleicht aus einzelnen Beispielen oder leichtfertigen Drohungen gezogene Schlußfolgerung erklären zu dürfen, denn in beiden Beziehungen würde der Schaden ebenso, und vielleicht noch mehr auf Seite der Polen, als auf Seite der Deutschen und Juden sein. Ja in letzter Beziehung wäre ihr Vorhaben für jetzt, und wohl für lange Zeit noch, wenn nicht überhaupt für immer, völlig unausführbar, weil der polnische Handels- und Gewerbsstand noch lange nicht auf dem Punkte angelangt ist und anlangen wird, um der polnischen Bevölkerung und namentlich dem inrantiren und drßhalb immer zahrelangen Kredits bedürftigen Adel Alles liefern zu können.

†† Aus Baiern. In objektiver Beziehung fällt uns an der baierischen Censurverordnung vor Allem auf, daß dieselbe nicht auf amtliche Weise bekannt gemacht worden ist*). Inzwischen handelt jeder einzelne Censor nach eigenem System: der eine weigert sich, den Zeitungsredaktionen die Verordnung mitzutheilen, der andere theilt mit, was ihm gut scheint. Unter solchen Umständen ist eine zutreffende Kritik dieser Verordnung kaum möglich; denn wenn wir uns auch an die Mittheilung halten wollen, welche der Censor in Bamberg der Redaktion des fränkischen Merkurs gemacht hat, so haben wir in so lange keinen festen Anhaltspunkt, als wir nicht wissen, ob der genannte Censor Alles mitgetheilt oder Manches in petto behalten hat und behalten mußte. Inzwischen gibt uns das welches Mitgetheilte schon Stoff zu Betrachtungen und Anfragen. Jener Mittheilung zufolge enthält der Ministerialerlaß vom 26. Dec. 1847 folgende Bestimmungen: 1) Die innern Landesangelegenheiten sind jeder Präventivcensurschreitung entrückt und letztere soll nur noch angewendet werden a) auf Gegenstände der äußern Politik; b) auf Artikel, welche ein Strafgesetz im Verbrechens- oder Vergehensgrad übertreten wird; c) auf Anklagungen der Ehre von Privaten. 2) Was unter äußerer Politik zu subsumiren, ist der Redaktion aus früheren Erlassen bereits bekannt und darunter zu verstehen, was den deutschen Bund als solchen, dann das politische Leben jedes einzelnen deutschen und außerdeutschen Staates sowohl in sich als in seinen Wechselbeziehungen zu den übrigen Staaten, einschließlich Baierns, angeht. Innere Landesangelegenheiten in den Bereich der äußern Politik hineinzuziehen, wäre den allerstrengsten Absichten entgegen. 3) Bezüglich des strafrechtlichen Gebietes ist von Polizeidebatten jeder Umgang genommen, die Censoren können nur abhrechen, was dem Gebiete der Verbrechen oder Vergehen angehört. 4) Der Fürsorge zu Gunsten der Privat-Ehre liegt die Absicht zu Grunde, Private gegen Verunglimpfungen durch die Censurmaße zu schern und das freie Wort aus dem Pfuhle der gemeinen Klatscherei auf das ernste und fruchtbare Gebiet der öffentlichen Interessen herüber zu drängen. Dem Tadel gegen Staats- und öffentliche Diener, in welcher Form er sich auch bewege, soll ein Abstrich nicht entgegen treten, selbst wenn auf die Kritik der Begriff der Amtsehrebeleidigung anwendbar erschinen könnte; dagegen sind die Redaktionen auch gehalten, Erwiderungen aufzunehmen, unbeschadet der Zuständigkeit- oder der Kaimunklage oder der Provokation zur strafrechtlichen Einscheitung wegen beleidigter Amtsehre. 5) In welcher Art die Censur über Artikel äußerer Politik gehandhabt werden soll, ist schon bekannt und hieran Nichts geändert; übrigens soll den öffentlichen Blättern eine bestimmte Richtung nicht aufgedrängt und jedes Urtheil gerhet werden, das in ruhiger und anständiger Form hervortritt. 6) Die Censurfreiren sind dreifach vorzulegen und die Verweigerung des Imprimatur wird in margine mit Datum und Unterschrift geschehen. Der Redaktion steht die Berufung an die königliche Regierung zu, welche binnen 3 Tagen im bureaukratischen Wege entscheidet, auch eben so der Rekurs an das königl. Ministerium und die Beschwerde an den königl. Staatsrath offen. 7) Ständerungen oder partielle Abstriche sind unterfagt, letztere aber erlaubt, wenn die Redaktion ihre Einstimmung zu Protokoll gibt. 8) Die Abstriche werden auch ohne Beschwerde an die Regierung und an das königl. Ministerium vorgelegt. 9) Schließlich hat das königl. Ministerium auf die Normen vom 8. März 1836 für alle nicht benannten Fälle verwiesen.

Wie wollen recht gerne zugestehen, daß die Verordnung, wie

*) Der Fürst hat sein Versprechen erfüllt, denn eben ist im Zivilregierungsblatt für Oberbaiern diese Verordnung publizirt worden. (D. R.)

Digitized by Google

sie vorliegt, und wenn sie keine geheime Klauseln hat, den Dank der Presse verdient, und wir wollen uns gerne der Hoffnung hingeben, daß manche nähere und berichtigende Aufklärung da, wo sie Noth thut, von Seite der Regierung nachfolgen wird. So steht der 9. Artikel dieser Verordnung in so eigenthümlicher, mit der der andern Artikel nicht harmonierender Redaktion da, daß man zu der Besorgniß gedrängt wird, dieser Artikel habe im Original eine Fassung, welche der Censor bekannt zu machen nicht für gut gefunden, während er es nicht für nöthig hielt, ihm eine für die Publicität passende directe Fassung zu geben, sondern bloß summarisch den Inhalt desselben andeutete*). Aber auch dieser Inhalt, insoweit er bekannt ist, hat große Besorgniß erregt, denn die angezogenen Normen vom 8. März verfügten unter andern Präventivmaßregeln auch die Beschlagnahme, und es fragt sich nun, kann auch der neuen Censurinstruktion auch noch Beschlagnahme Statt finden? Man versichert uns, ein Censor habe sich bereits dahin ausgesprochen, was er nicht streichen dürfe, werde er je nach Umständen mit Beschlag belegen. Od diese Nachricht gegründet ist, lassen wir dahingestellt sein, aber der Nürnberger Kurier, welcher in seinen Nummern vom 8., 10. und 11. Januar die Censurinstruktion bespricht, legt derselben geradezu den Sinn unter, daß mißfällige Artikel, welche der Censur nicht unterliegen, nach §. 9 mit Beschlag belegt werden dürfen, und sucht das Unpassende, zu Ungereimte einer solchen Bestimmung nachzuweisen. Wir hoffen, daß der Kurier mit einem selbstgeschaffenen Gegner gekämpft hat, denn der erste Artikel dieser Instruktion sagt: „Die innern Landesangelegenheiten sind jeder Präventiveinschreitung entrückt", nun ist aber die Beschlagnahme offenbar eine Präventiveinschreitung, ja sie ist in vorgekommenen Fällen von den Gerichten als mit der Censur identisch erkannt worden und kann daher von Beschlagnahmen gar nie die Rede sein, weil solche Artikel, welche einer Präventivmaßregel unterliegen, der Censur anheimfallen, die andern Artikel aber jeder Präventiveinschreitung entrückt sind. Wir können unmöglich glauben, daß Fürst Wallerstein eine Praxis dulden oder gar begünstigen werde, welche mit der Verordnung im direkten Widerspruch stände und mit dem ausgesprochenen Willen des Monarchen ein arges Spiel treiben würde.

(Schluß folgt.)

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 18. Jan. Bei unsern jetzigen Bürgerversammlungen zur Besprechung der Volksnöthen vor dem Landtag fallen mir die französischen Wahlreformschmäuse ein; sie gehen beide durch alle Bezirke. Aber es ist, als ob wir die Rollen gewechselt: der Franzose deklamirt beim Champagner, wir guten Schwaben aber formuliren ganz nüchtern und praktisch in den Rathhaussälen unsere Anliegen zu Wünschen, welche wir unsern Abgeordneten zum Landtage mitgeben. Die Bewegung ist wie in Frankreich bedeutender geworden, als wohl diejenigen Abgeordneten voraussahen, welche zuerst ihre Wähler beriefen. Man ließ auch von Seite der Behörden, deren Erlaubniß bei uns noch zu allen derartigen öffentlichen Versammlungen erforderlich ist, dieselben ohne allen Anstand abhalten; der natürlich gute Zweck, Belehrung der Abgeordneten, war ja an sich ein ganz unschuldiger. Jetzt haben die Versammlungen noch einen viel größern Werth als politische Bildungsmittel des Volks; wir haben an solchen so wenig, daß jedes neue mit Freuden angenommen werden muß. Jetzt stellt das Volk, und zwar mit bemerkenswerther Uebereinstimmung hinsichtlich der Hauptsachen fast überall, und da, wo ein sehr ministerieller Abgeordneter dieselben hinnimmt, seine Wünsche; wenn der Landtag vorüber ist, wird es nicht auch fragen: was ist jetzt geschehen von dem, was wir gewünscht? Wenn dem Programm, das als Anschlag der Stuttgarter Wählerversammlung gestern für den Abg. Federer beschlossen wurde, füge ich, da es ebenso die meisten der Uebrigen in sich schließt, hier einige der Hauptpunkte bei: Herstellung der verfassungsmäßigen Preßfreiheit; Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens und Geschwornengerichte; Beibringung des Mittlaßes auf die Verfassung und Verminderung des Militäretats durch Einführung der Volksbewaffnung; Herstellung des Rechts der öffentlichen Versammlungen und Vereine unter Aufhebung der entgegenstehenden Verordnung von 1832; Sicherung des Petitionsrechts der Einzelnen und der Korporationen (so letzteren dieses Recht vom Ministerium des Innern bestritten worden ist); Aufhebung des privilegirten Gerichtsstandes; Gewissensfreiheit auch durch die That; Zurückgabe der städtischen Polizei an die Stadt (demerkenswerth ist dieser Wunsch deßhalb, weil Stuttgart und Tübingen, die einzigen Orte, welche in Würtemberg nicht selbst ihre Polizei ausüben dürfen, jetzt um deren Zurückgabe bitten, während im Gegentheil unbegreiflicher Weise Ulm um Uebernahme derselben durch den Staat bittet); ferner: Zollschutz gegen fremde Fabrikate und Erleichterung der Einfuhr der Rohprodukte, Beharren der Regierung in ihrem Streben nach Ausdehnung des Zollvereins bis zur See, oder auch um Fortschritt in seinem Innern durch gemeinsame Handelsgesetzgebung und eine Handelspolitik und — ein Punkt, der alle Beachtung verdient — Beschränkung des Postcongresses auch durch sachverständige Abgeordnete, welche von den deutschenStändeversammlungen gewählt würden; Uebernahme der Post auf den Staat; Ausführung der Eisenbahn an die badische Grenze; Revision einer Reihe von Gesetzen, besonders derer über die Besteuerung, namentlich Erwägung der Einkommensteuer. Uebrigens ist der erste Punkt des Programms die Preßfreiheit. Allein die Aussichten auf Erreichung dieses Wunsches sind klein. Mit Freuden sehen wir in Ihrer Kammer auch unsere Vorkämpfer. Wie sehr bei uns eine Erleichterung gewünscht wird, kann nur der beurtheilen, der unsere Blätter liest; der Beobachter z. B. hat täglich seine Leiden an der Stirne geschrieben. Was war die Erklärung Bassermann's, daß auch Ihr Blatt Censur zu leiden habe, wahrhaft überraschend; mit einem Inhalt, wie täglich auch der der D. Z. würde man bei uns mit Preßfreiheit zu leben glauben. Ein Sieg Ihrer Kammer über die Censur wäre für uns so wichtig als für Baden.

**Baden.** * Karlsruhe, 20. Jan. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kündigte der Abg. Brentano eine Motion an: auf Entbehung der Ortsvorgesetzten von der ihnen durch die bürgerliche Proceßordnung zugewiesenen Verrichtungen als Vollstreckungsbeamteten und Uebertragung derselben an Gerichtsvollzieher; ein Antrag, dem man ohne Zweifel von allen Seiten Erfolg wünscht. Hierauf trug der Abg. Zentner seine Motion auf ein allgemein deutsches bürgerliches Gesetzbuch vor. Er gedenkt der Zeit, da Thibaut seinen dergleichen Aufruf dazu erließ, und hält die Zeit für verschwunden, wo Savigny sagen konnte, Deutschland sei dazu nicht reif. Die allgemeine Stimme der Nation, gehoben durch die Anregung der Germanistenversammlungen dränge dazu, an der Stelle des Gemisches von mittelalterlich-deutschem, römischem, kanonischem und französischem Recht ein allgemein deutsches zu errichten. Dadurch würde in der jetzigen Zeit des Friedens ein Band der Einheit geschaffen, das bei wiederkehrender Gefahr gegen Zerfall in die alte Zwietracht schützen könne. Das Nationalgefühl und damit die Nationalkraft werde gehoben werden, denn erst nach Einführung einer gemeinsamen Gesetzgebung, namentlich Handelsgesetzgebung, werde man sagen können, daß alle Zollschranken gefallen seien. Nachdem der Redner das Technische in seinen Hauptbreiten berührt und als Haupterforderniß des neu zu schaffenden Gesetzbuchs Kürze und Klarheit bezeichnet, damit es auch dem Nicht-Juristen verständlich werde, kommt er zu der Frage, auf welchem Wege es zu Stande kommen könne. Er entscheidet sich weder für den deutschen Bund noch für den Kongreß des Zollvereins, sondern hält den Weg für den geeignetsten, auf welchem das neue Wechselrecht zu Stande gekommen. Die Motion wird von einer großen Zahl Redner unterstützt und einstimmig in die Abtheilungen verwiesen. Die Sitzung verwandelt sich darauf in eine geheime. In der nächsten öffentlichen Sitzung, Samstag, 22., wird der Abg. Mathy den Kommissionsbericht über die Preßbeschränkungs vortragen; die Berathung hierüber wird jedoch erst nächste Woche stattfinden.

Δ Karlsruhe, 20. Jan. So wird nun nach und nach bekannt, welche tiefe Wunden die Zahlungseinstellungen der beiden hiesigen Bankiershäuser geschlagen haben. Eine große Zahl Privatpersonen aller Stände, vorzugsweise Beamtete, verlieren Alles, was sie seit vielen Jahren mühsam erspart. Leute, welche die desselbenen Früchte eines langen arbeitsamen Lebens am Abende desselben genießen wollten, müssen nun wieder neuen Broderwerb suchen. Und was ist die Ursache solchen Unglücks? Im Grunde der Mangel an Oeffentlichkeit. Im Stillen und Geheimen macht der Bankier seine Bilanz. Ist sie auch durch mehrere Jahre schlecht, das Publikum sieht nur des Mannes äußeres Geschienen und ein schwarzer Frack, eine Equipage, eine weltmännische heitere Miene sind die Pfeiler seines Vertrauens. Wie anders wäre dies bei einer Bank! Mit welch' anderer Sicherheit könn-

*) Unser Korrespondent hat sich in seiner Ansicht und Erwartung nicht getäuscht, denn die amtlich publicirte Instruktion hat nicht 9, sondern 10 Artikel und diese lauten: 9) „Beschlagnahmen inländischer Blätter sind nur bezüglich solcher Artikel zulässig, welche gemäß Ziffer 1, 2, 3 und 4 gegenwärtiger Vollzugsweisung der Censur nicht unterliegen. Rücksichtlich derselben ist genau nach Vorschrift der §§. 6, 7, 8, 9, 10, 11 der III. Verfassungsbeilage zu verfahren. 10) Bezüglich aller in gegenwärtiger Vollzugsweisung nicht vorgesehenen Fälle bleiben die Normen vom 8. März 1836 in ungetrübter Wirksamkeit". Damit ist durchaus nicht gesagt, daß mißfällige Artikel, welche der Censur entrückt sind, mit Beschlag belegt werden dürfen, sondern die Beschlagnahme darf nur in den von der Verfassung vorgesehenen Fällen Statt finden. (D. R.)

Digitized by Google

ten Privatpersonen ihr Ersparts einer solchen Anstalt anvertrauen, welche jährlich öffentliche Rechenschaft ablegt, schon durch die vorgeschriebene Art ihrer Verwaltung die größte Vorsicht üben muß und zum Ueberfluß noch unter Staatsaufsicht steht. Es müßte alle Erfahrung nutzlos an uns vorübergehen, wenn nicht der Vorschlag, eine badische Bank zu errichten, durch das Unglück der jüngsten Zeit seiner Ausführung nahe gekommen wäre. Aber auch die andere, bisher streitige Frage, an welchem Orte die Bank ihren Sitz haben solle, kann jetzt so gut als entschieden betrachtet werden. Denn wer könnte jetzt noch behaupten, Karlsruhe wäre der geeignete Platz dafür gewesen? Würden nicht sicher die beiden jetzt gestürzten Bankiers Direktoren, Ausschußmitglieder oder Censoren der Bank geworden sein, und hätte sich dann die Bank der Wechsel dieser Bankhäuser, der Aktien der nun gefallenen Fabriken erwehren können? Die Wahl in Baden ist nicht groß, Jedem wird es jetzt zuzuweisheit sein, daß die Handelsstadt Mannheim allein zu dem Sitze der Bank geeignet ist, Mannheim, wo außer einer nicht bedeutenden Lederfabrik und einer Mälzers die große Krisis unserer Tage keine Opfer gefunden, und der Kredit der Bankhäuser unerschüttert blieb. Wie ich vernehme, hat die für die Dreisamkirchfrage niedergesetzte Kommission die Staatsgarantie auf 8 Jahre und auf die Hälfte der Passivsumme herabgesetzt.

*** Vom Neckar, 20. Januar. Meiner gestrigen Mittheilung kann ich nunmehr aus dem Vortrag, mit welchem der Präsident des Ministeriums des Innern die Vorlage der Staatsregierung in Betreff der drei Fabriken begleitete, Folgendes ergänzend beifügen: 1) Die Fabrik in Waghäusel hat nicht allein ihr Aktienkapital von 1 Million Gulden eingebüßt, sondern außerdem noch eine Ueberschuldung von fl. 560,000; der Gesammtverlust beträgt daher fl. 1,560,000. Dabei ist an den Fabrikgebäuden, Maschinen, u. s. w. noch Nichts abgeschrieben. Ohne Rücksicht hierauf beträgt daher der Verlust in den letzten 10 — 12 Jahren sie lange etwa wird diese Fabrik bestehen) über fl. 100,000 jährlich. Wird aber am Bau- und Maschinenkonto gehörig abgeschrieben, so steigt der jährliche Verlust auf fl. 150,000 oder noch höher. Wenn nun auch das vergangene Jahr einen Gewinn von fl. 224,000 gebracht hat, so kann dies Eine Jahr keinen Maßstab einer Voraussberechnung für die Zukunft abgeben; es geht vielmehr daraus hervor, daß in den vorausgegangenen 10 Jahren der Verlust um so viel größer gewesen sein muß, weil trotz dieses Gewinns jetzt noch eine Ueberschuldung von fl. 560,000 vorhanden ist. 2) Die Eitlinger Spinnerei hat mit einem Aktienkapital von fl. 1,200,000 begonnen, wovon jetzt noch fl. 438,000 vorhanden sind — der Verlust beträgt mithin innerhalb zehn Jahre fl. 762,000 oder jährlich fl. 76,200. Aber auch bei dieser Fabrik ist am Konto der Gebäulichkeiten und Maschinen noch gar Nichts abgeschrieben. Diese stehen vielmehr im Inventar mit zwei Millionen Gulden, d. h. mit dem ursprünglichen Kostenaufwand. Wird hieran jährlich 5 Prc. abgeschrieben, so würde statt eines Aktivvermögens von fl. 438,000 eine Ueberschuldung von fl. 552,000 sich ergeben. Der Verlust des Aktivkapitals von fl. 1,200,000 und diese Ueberschuldung von fl. 562,000 geben in 10 Jahren einen Gesammtverlust von fl. 1,762,000. Im vergangenen Jahr soll nun ein Reingewinn von fl. 191,000 erzielt worden sein. Der Verlust in den vorausgehenden 9 Jahren muß daher fl. 1,953,000, also jährlich über fl. 200,000 betragen haben. Uebrigens hat die Spinnerei mehrere Jahre hindurch 3 Prc. Zinsen an die Aktieneäre bezahlt — die betreffende Summe müßte daher an dem Verlust in Abzug gebracht werden. In diesen Schlund, der im Laufe weniger Jahre Millionen verschlungen hat, soll nun zur Rettung der Gläubiger eine Staatsgarantie gewerfen werden! Wenn nicht Wunder geschehen, werden die badischen Staatsangehörigen den Gläubigern jener Fabriken tributpflichtig werden.

**Kurhessen.** * Kassel, 17. Jan. Das überall gedruckte, in Kurhessen außerordentlich verbreitete Frankfurter Journal brachte in den letzten Tagen einige für Kurhessen zu harte Korrespondenzen aus Kassel über die Wippermannsche Sache, über die auffallende Versetzung des Oberbürgermeisters Arnold an die Eisenbahndirektion, die dessen Entfernung aus der Ständekammer involvirte und die der Residenzoberbürgermeister auf Lebenszeit annahm und was dergleichen mehr war. Das Frankfurter Journal, der Trost aller Landstädtchen, Dörfer und einsamen Weiler, es ist nicht mehr für Kurhessen vorhanden. Jetzt werden die Bauern und Oekonomen bald merken, daß es doch nicht einerlei ist, wer am Ruder sitzt und das Steuer führt. Das wird das erste Verdot sein, das alle Kurhessen erfahren und empfinden werden. Mag man urtheilen über die Haltung und den Gehalt des Frankfurter Journals wie man will, für die Kurhessen war seine Existenz von Bedeutung durch seine Verbreitung; das wird wohl nicht unberücksichtigt geblieben sein. Die von den Landständen lange und häufig berathene Frage über die Zulassung des Hrn. v. Waitz als zweiten Abgeordneten der Residenz, wurde endlich heute entschieden. Mit 23 gegen 18 Stimmen hat sich der kurhessische Landtag des Jahres 1848 am 18. Januar gegen die Zulassung ausgesprochen. Die Zeit erlaubt mir heute nicht, Manches hierüber mitzutheilen. Aus der Abstimmung geht aber offenbar hervor, daß das Gerücht ganz unbegründet ist, wornach Oberbürgermeister Arnold deßhalb versetzt worden sei, damit er, der stets (wohl als Oberbürgermeister von Kassel) für die Zulassung war, seine Stimme nicht abzugeben habe. Diese Stimme hätte ja, wie man sieht, dieses Resultat doch nicht verändert. — Der jüngst bekannt gewordene, kurhessisch eifrig loyale Landrath von Specht zu Hersfeld ist nach Hanau als Regierungsrath und Polizeidirektor versetzt worden. Wir halten ihn äußerst geeignet, den Anforderungen vollständig zu genügen, welche die kurhessische Regierung an einen Polizeidirektor stellt. Seine ganz entschiedene Wirksamkeit werden die Hanauer ganz gewiß bald wahrnehmen. Staatsrath Bickell ist sehr gekränkt ertrankt.

** Gießen, 16. Januar. Wie sehr auch bei uns ein Umschwung der Meinungen zum Bessern stattgefunden, beweist folgende Thatsache. Als vor einigen Jahren bei Gelegenheit des 25jährigen Jubiläums der Verfassungsurkunde ein hiesiger Buchdrucker (K—r) vom Gemeinderathe den Auftrag machen ließ, einige Tausend Exemplare dieser Urkunde unentgeltlich zu drucken zur Vertheilung an die Bürger und nur den Papierbetrag ersetzt wissen wollte, wurde er mit seinem Antrage abgewiesen; neuerdings aber hat dieselbe Behörde beschlossen, einige Tausend Exemplare der Verfassungsurkunde und Gemeindeordnung drucken und vertheilen zu lassen, so daß jeder neu aufgenommene Bürger sich mit den wichtigsten Gesetzen sogleich bekannt machen kann. Die Undankanschaft mit denselben ist bei den uns anserordentlich und erklärt manches Vorkommniß. So machte Ref. die Bemerkung, daß ein hiesiger Bannerneuhmee nicht einmal mit dem §. 37 der Verfassung, wonach das Eigenthum der Bürger uns nach vorgängiger Entschädigung en Anspruch genommen werden darf, vertraut war, vielmehr glaubte, daß die Genehmigung einer solchen von dem Gutdünken der Behörden abhänge. Da unsre Gemeindeordnung Nichts enthält, was die Oeffentlichkeit der Sitzungen der Gemeinderäthe verhindern könnte, so ist zu hoffen, daß auch den hiesigen Bürgern bald Gelegenheit gegeben werde, über die Wirksamkeit ihrer Vertreter ein auf eigene Anschauung gegründetes Urtheil sich zu bilden. Dadurch wird manches Vorurtheil, manche vorgefaßte Meinung über Persönlichkeiten schwinden, eine höhere Theilnahme an dem Gemeindeleben wird erwachen, und das Vertrauen aller gutdenkenden Bürger zu der von ihnen gewählten Behörde wird dieser eine kräftige Stütze sein, gegenüber von etwaigen bureaukratischen Eingriffen, letztere aber werden aus Scheu vor der Oeffentlichkeit von selbst wegfallen.

B Frankfurt a. M., 20. Jan. Ich glaube berichtigen zu müssen, daß ich in Nr. 19 dieser Zeitung mich irrig des Ausdrucks „Turnverein" statt: Turngemeinde bedient habe. Diese, welche sich auf eigene Hand gebildet hatte und der gesetzlich und mit Genehmigung und Unterstützung des Staates bestehenden Turnverein nichts anging, ist verboten worden und hatte jedenfalls thörichte, wenigstens in Frankfurt keine Entschuldigung habende Dinge getrieben. Zwar hatte die Polizeibehörde aus Mißverständniß des ihr gewordenen höheren Auftrages geglaubt, allen Personen über 14 Jahren das Turnen in dem Lokale des Turnvereins untersagen zu sollen, aber sie hat ihren Irrthum bereits amtlich berichtigt und der Turnverein besteht ganz wieder in der bisherigen Weise fort.

Hamburg, 14. Jan. Der Köln. Z. wird berichtet: Die Zurückberufung des dänischen Ministerresidenten, Hrn. v. Bülow, nach Kopenhagen hängt aller Wahrscheinlichkeit nach mit den weitgreifenden Plänen zusammen, welche man dermalen wieder am Sunde schmiedet. Es handelt sich um nichts Geringeres, als die Staatseinheit mittelst Ertheilung einer Verfassung, welche die Stände des dänischen Reiches, Schleswig-Holstein einbegriffen, vereinigt, durchzusetzen. Nur Schade, daß die Schlinge gar zu grob und sichtbar ist, sonst wäre das Mittel, durch die Freiheit das Vaterland zu unterdrücken, so übel nicht. Indeß hatt Beseler's Wahlspruch durch das ganze Land, als er in der letzten Ständeversammlung rief: „Kein Vaterland ohne Freiheit, aber auch keine Freiheit ohne Vaterland!" Hr. v. Bülow ist ein geborner Deutscher, aus Mecklenburg, welcher, während der gesammte holsteiner Adel aus dänischen Diensten trat, sich in dieselben begab und, in Ermangelung von Bewerbern, dabei aber auch von einigen Fähigkeiten

Digitized by Google

unterstützt, in kurzer Zeit sich eine Stellung erwarb und jetzt das Hauptwerkzeug der dänischen Propaganda geworden ist.

**Schweiz.**

** **Bern**, 16. Januar. Ueber die große Tagesfrage — die Bundesrevision — verlautet gegenwärtig wenig, und fast will es scheinen, dieselbe sei vorläufig etwas in den Hintergrund getreten, wenigstens hört man durchaus Nichts davon, daß die Kommission, welche schon vor mehreren Monaten zu diesem Zwecke niedergesetzt wurde, sich ernstlich mit ihrer Aufgabe befasse. Freilich ist die Arbeit eine äußerst schwierige, und bei der großen Verschiedenheit der Ansichten und Interessen läßt es sich begreifen, daß die Kommission nur nach reiflicher Ueberlegung und Verständigung Hand an's Werk zu legen gedenkt. Nach unserem Dafürhalten hat man den günstigen Zeitpunkt zu einer solchen durchgreifenden Revision unbenutzt vorübergehen lassen; dieser war vorhanden im Augenblick, als der Sonderbund durch Waffengewalt überwunden und die Rekonstitution der Kantone, welche denselben gebildet hatten, vorgenommen wurde. Damals wäre der neue Bundesvertrag, wenn nämlich ein solcher im Entwurfe vorgelegen hätte, beinahe ohne Widerstand von den Kantonen angenommen worden, indem die Nothwendigkeit einer gründlichen Bundesreform sich nie so schlagend und zugleich so dringend herausgestellt hatte, als gerade in jenen verhängnißvollen Tagen. Die beiden Lebensfragen, nämlich die Auflösung des Sonderbundes und die Reform des Bundesvertrages, hätten auf diese Weise gleichzeitig und in einer Krisis ihre thatsächliche Erledigung gefunden. Jetzt ist die Sache schon weit schwieriger. Auf den gewaltigen Sturm ist eine mächtige Abspannung und Ruhe eingetreten. Die Dringlichkeit einer Aenderung in den bestehenden Bundeseinrichtungen, obschon allgemein anerkannt, tritt schon nicht mehr so unabweislich und gebieterisch hervor, und zudem fängt der Geist des Widerspruchs, der für den Augenblick wie verstummt war, schon wieder an, sich zu regen. Wir können uns zwar sehr wohl erklären, daß bei der ungeheuren Spannung und Aufregung, welche vor und während des Krieges herrschte, die Tagsatzung nicht in der Verfassung war, die Bundesrevision in die Hand zu nehmen, wir begreifen auch, daß sie vielleicht Bedenken trug, den betreffenden Kantonen gleichsam mit Waffengewalt einen neuen Bund aufzudringen. Allein gleichwohl läßt es sich vom rein praktischen Standpunkt aus kaum bestreiten, daß, wenn es je einen günstigen Augenblick zur Vornahme einer durchgreifenden Bundesreform gab, es gerade derjenige war, von dem wir soeben gesprochen haben, und der so bald nicht wieder kommen dürfte.

**Bern**, 17. Jan. Dem Vernehmen nach soll Hr. Bois-le-Comte die Absicht haben, sein Quartier von Neuenburg wieder nach Bern zu verlegen. (Bertfed.)

**Luzern**, 18. Jan. Vorgestern faßte der Gr. Rath in der bekannten Schnyder'schen Motion einen Beschluß. Aus diesem Beschluß ersieht man, daß der Gr. Rath die Zukunft, nicht die Vergangenheit im Auge gehabt hat. Wer durch Vorspiegelung vor Religionsgefahr oder in Ausschreitung fremder Intervention das Volk zu ängstigen und aufzuregen sucht, wird vom Regierungsrath, der als oberste Polizeibehörde den Auftrag erhalten hat, dieses Treiben nachzuspüren, den Gerichten überweisen. Stellt sich bei der Untersuchung heraus, daß solche Leute früher daſſelbe Handwerk trieben, so wäre dieß auch noch zu berücksichtigen. (N. Z. Z.)

**Schweden und Norwegen.**

Der A. A. Z. wird aus **Stockholm** unterm 7. Jan. geschrieben: Einiges Aufsehen erweckt die Nachricht, daß der Ausschuß der Stände, welcher die Befugniß hat, nach Prüfung der Verhandlungen des Staatsrathes ein Gutachten über die Minister und Rathgeber des Königs an die Stände abzugeben, nunmehr den Entschluß gefaßt hat, jene in Anklagestand zu versetzen. Die Veranlassung ist jedoch von ziemlich unbedeutender Natur, nämlich daß die Regierung ohne Verwilligung und Zustimmung der Stände ein Haus gekauft hat, um die Münze aus ihrem bisherigen Gebäude dahin zu verlegen.

Ferner bringt die D. A. Z. aus **Stockholm** (5. Jan.) folgende Mittheilung: Die öffentliche Aufmerksamkeit beschäftigt sich viel mit dem Antrage des Grafen Ludwig v. Stedingk auf Religionsfreiheit. Bis jetzt hat bekanntlich das Gesetz die Strafe der Landesverweisung und andere Strafen auf Abfall vom Lutherthume.

**Frankreich.**

**Paris**, 18. Januar. Die Verhandlungen der Pairskammer waren heute noch bedeutungsloser als gestern. Der einzige bemerkenswerthe Zwischenfall war die von Hrn. Alton Shee an das Ministerium gerichtete Frage: ob die Regierung das Recht zu haben glaube, die landesüblich gewordenen Zweckessen zu verbieten. Hr. Duchatel entgegnete, daß die Regierung allerdings berechtigt sei, politische Versammlungen jeder Art zu untersagen, also auch die Reformschmäuse. Bisher habe man dieselben geduldet, der auf morgen angekündigte sei aber von dem Polizeipräfekten verboten worden, und der Polizeipräfekt habe wohl daran gethan. Am Schlusse wurde die Adresse zur Abstimmung gebracht und mit 144 gegen 23 Stimmen angenommen.

Die Kammer der Abgeordneten wird die Berathungen über die Adresse übermorgen eröffnen und man glaubt sehr stürmischen Verhandlungen entgegensehen zu müssen, besonders über den Gang des Entwurfes, welcher die Reformbestrebungen fast mit denselben harten Worten tadelt wie die Thronrede selbst. Für die erste Sitzung der Abgeordnetenkammer hat Hr. Odilon Barrot eine Anfrage an das Ministerium wegen des Petit'schen Handels angekündigt. Die Regierung sucht den Verlegenheiten, welche ihr aus dieser Anfrage entstehen werden, dadurch zu begegnen, daß sie im Moniteur parisien anzeigen läßt, sie habe einen Gesetzesvorschlag vorbereitet, durch welchen dem Stellenkauf ein Ende gemacht werden soll. — Das wichtigste Interesse des Augenblicks dreht sich um den Gesundheitszustand des Königs. Trotz aller ministeriellen Versicherungen des Gegentheils sagt und glaubt man ihn todtenblich krank, und die Staatspapiere sinken fortwährend unter dem Einflusse dieses Gerüchtes. Gewiß ist, daß Niemand den König zu sehen bekommt.

**Italien.**

**Floreng**, 12. Jan. Die hiesige „Gazzetta" bringt nun eine von gestern datirte Adresse der Stadt Livorno, worin sie dem Großherzog ihre Ergebenheit versichert und das Betrauen aussprickt, es werde durch die Vorsicht der Regierungsbehörde und die Wachsamkeit und Loyalität der Stadtmiliz die Wiederhelung ähnlicher Auftritte vermieden werden.

**Genua**, 12. Jan. Die Deputation, welche dem König die Bittschrift der Einwohner von Genua um Entfernung der Jesuiten und Einführung der Civica überbringt, besteht aus 9 Personen, worunter der Abate San Mateo, Baldi, Giorgio Doria. Nach dem Risorgimento soll die Bittschrift an 20,000 Unterschriften zählen. Die Gazzetta Piemontese (die bisher gesagt nach ganz im alten Zopfstyl redigirt wird, und erst alle Staaten des Auslandes berührt, ehe sie am Rande sich der Angelegenheiten des Königreichs erinnert) bringt in ihrer Nummer vom 12. die in Genua am 9. erlassene Proclamation des dortigen Gouverneurs, worin der König seine höchste Mißbilligung über die bekannte tägliche Verletzung des Gesetzes durch tumultuarische Versammlungen, Singen und Schreien, besonders über die am Abend des 3. u. 4. vorgefallenen Ruhestörungen an den Tag legt und ihnen durch die energischesten und wirksamsten Mittel zu steuern befiehlt. Den geheimen Vertrag vom 28. Nov. 1844 theilte die Gazzetta ohne Bemerkung mit.

* **Rom**, 11. Jan. „Terretti ist ein Trostverliner", hörte ich eine witzige, sonst anspruchslose Dame sagen, als von den durch sein politisches, rücksichtsloses Wesen veranlaßten Neujahrsunordnungen die Rede war. Trostverliner aber heißt so viel wie Bauer, nur daß man sich dabei den Mangel an Bildung mit einer großen Wucht von Thatkraft vereint denkt. Sein Rückritt scheint nun wirklich nahe bevorzustehen, indem sich jetzt das Gerücht häufiger und mit immer größerer Wahrscheinlichkeit wiederholt, daß Kardinal Antonelli zu seinem Nachfolger ausersehen sei. Er gilt zweifelsohne für den fähigsten unter denjenigen, welche dem Fortschritt nicht feindlich gesinnt sind. Vor Allem zeichnet er sich durch ein sehr vorsichtiges Wesen aus und ist daher überall geneigt, auf dem Wege der Vermittelung auszugleichen. Schon vor seiner Ernennung zum Finanzminister hat er seinen Einfluß auf Gregor XVI. bei mehr als einer Gelegenheit in diesem Sinne, aber dabei sehr bescheidener, stiller Weise, geltend gemacht. Der strengsten Rechtlichkeit zugethan, hat er sogar der Winkelpresse gegenüber den Charakter völliger Unbescholtenheit zu behaupten verstanden. Als Präsident der Staatskonsulta hat er bis jetzt nur den Fortschritt vermittelnd zu leiten gewußt, und der Antrag auf öffentliche Abstimmung ist bekanntlich von ihm ausgegangen.

Von der lombardischen Grenze, 14. Jan. schreibt die Allg. Z.: Durch die foederaconte Truppenvermehrung im lombardisch-venezianischen Königreich soll die Truppenmacht in österreichisch Italien auf mehr als 100,000 Mann angewachsen sein, welche dem Vernehmen nach, statt der bestehenden 2, in 3 Armeekorps abgetheilt werden sollen.

**Rußland.**

Der Allg. Z. schreibt man aus Berlin vom 7. Jan.: Ein kürzlich erlassener russischer Ukas bestimmt: „Alle Handwerksmeister,

Digitized by Google

Fabrikanten, Baumeister, die fortan Arbeiter aus dem Auslande zu verschreiben beabsichtigen, müssen davon ihrer Polizeibehörde eine Anzeige machen, für die moralische Führung, Charakter und Gesinnungsart dieser Ausländer die Garantie übernehmen, worauf ihnen eine Karte zugestellt wird, die sie dem Arbeiter zuschicken. Nur nach Vorzeigung dieser Karte erhält der Ausländer das Visum der russischen Gesandtschaft oder des russischen Konsulats in der Fremde. Von diesem Verfahren sind nur geborne Engländer, nicht englische Unterthanen, ausgenommen, und dieselben haben stets freien Eintritt in das russische Reich". Durch diese exceptionelle Klausel meint man, habe der Kaiser die Engländer seinem Reich erhalten wollen, weil sie unübertroffen in der Maschinen- und Fabrikwelt dastehen. Es soll also mit dem Ukas der russischen Industrie, diesem wunden Fleck des russischen Reichs, aufgeholfen werden. Schmeichelhaft ist derselbe jedenfalls für Deutsche und Franzosen nicht; am allerwenigsten für die unzähligen Deutschen und Franzosen, die in Rußland leben.

**Amerika.**

Derivitte Staaten. In England hatte man Zeitungen aus New-York mit dem Datum vom 2. Jan. Dem „New-York Courier" zufolge war der Kongreß zu Washington damit beschäftigt, die Regierung mit neuen Vollmachten für kräftige Forstsetzung des mexikanischen Krieges auszurüsten; das Heer soll mit zehn neuen regelmäßigen Regimentern verstärkt werden, auch beabsichtigt man die Errichtung von zwanzig Regimentern Freiwilliger für drei Jahre. Die nordamerikanischen Zeitungen verösfentlichen jetzt den Protest des Hrn. Bancroft, amerikanischen außerordentlichen Gesandten am Londoner Hofe, gegen die Maßregel des britischen Generalpostmeisters, wonach alle auf amerikanischen Postschiffen nach Großbritannien beförderten Briefschaften mit doppeltem Porto belegt werden. Daß General Worth — jedoch, wie es scheint, nicht zugleich General Pillow — vom Oberbefehlern mit Arrest bestraft worden, bestätigt sich. Zwischen Beiden entstanden persönliche Zwistigkeiten, nachdem General Scott über mehrere von dem ersteren getroffene Maßregeln sich tadelnd ausgesprochen und Worth sich deßhalb aufs Bitterste und Heftigste gegen den General Scott ausgelassen hatte. Man bedauert im Heere aufs Tiefste diesen Freundschaftsbruch zwischen beiden Generalen, welche dreißig Jahre einander aufs Innigste bestreundet gewesen.

General Patterson hatte mit seinem Heerhaufen die Hauptstadt erreicht und in Rio Frio eine Besatzung zurückgelassen. Die mexikanische Quasiregierung war im Begriff, durch einen Aufruf an die Nation das Heer auf 20,000 M. zu bringen. Inzwischen machten sich immer mehr Deputirte, die bisher dem fast lächerlichen Kongreß in Queretaro beigewohnt, aus dem Staube. Ueberhaupt stritt es, die mexikanische Regierung wolle einen Friedensunterhändler nach Washington senden und die Abhaltung eines Friedenstongresses vorschlagen, der in Havannah seine Sitzungen halten solle.

**Handels- und Börsennachrichten.**

* Frankfurt, 19. Jan. Der Zustand unserer Börse war heute noch bedenklicher als gestern. Zwar sind auf diesigem Platze gottlob keine neue Fallimente zu beklagen. Dagegen sind die Sprekulanten durch die sortwährenden Bankerotte im Ausland, und durch die benutzungenden Aspekten in Italien und der Schweiz, namentlich aber auch durch die täglich zunehmende Entwerthung der franz. Rente in solchem Grade entmuthigt, daß die besten Papiere keinen Absatz finden. Dabei ist Geld im Ueberfluß und der Diskonto 3 bis 3½%. Viel Aufsehen erregte heute auch die Nachricht von dem Fallimente des Hauses J. C. Pitt in St. Petersburg. Dieses Haus betrieb einen bedeutenden Ein- und Ausfuhrhandel, zu welchem dieser Geschäftszweig nicht unbeträchtliche Kapitalien als Aktienäre eingeschossen hatten. Hr. Pitt defektirte das Frank. Konsulat in St. Petersburg und stand mit der vielgenannten Gräfin Görtz in nahem Verwandtschaftsverhältniß. Die hiesigen Gläubiger der Häuser Gontard und Merabrun haben in einer gestern abgehaltenen Versammlung einen Ausschuß erwählt, welcher den vorgetragen Status prüfen und weitere Maßregeln vorschlagen soll. In Beziehung auf die Haberstroh'sche Masse wird man vor Allem den Ausgang der Kammergerichtsklagen in Karlsruhe abwarten müssen.

Aus Hamburg schreibt man der „Kölnischen Zeitg." unterm 13. Januar: Alle Auktionen sind da, daß wir ein bedeutendes Geschäftsjahr haben werden. Nach der Uebersicht, welche der heutige „Freihafen" über die Waarenzufuhr und die Vorräthe auf den letzten vier Jahren gibt, ist noch an keinem Jahresschlusse ein so großer Vorrath auf diesigen Lagern gewesen und dabei für so mindrige Preise eingekauft worden. So ist dies die natürliche Folge der englischen Handelsfreiheit, wo, um nur Geld zu machen, die Waare weit unter ihrem Produktionswerthe verkauft wurde.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.


## Neues Abonnement 1848.

[42] Bei J. C. Engelhardt in Freiberg erscheint und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter zu beziehen:

**Berg- u. hüttenmännische Zeitung**

mit besonderer Berücksichtigung der
Mineralogie und Geologie,
**(Red. Dr. C. Hartmann.)**
Neue Folge 4l. Jahrg. 1848. gr. 4to.

Abonn.-Pr. jährl. 52 Nrn. m. Kpfrn. u. Beilog. 5 Thlr. = 7½ fl. C.M. = 9 fl. Rh.
(I—V. u. N F. Jr Jahrg. kosten im ermässigten Preis 20 Thlr. 30 fl. C.M. 36 fl. Rh.)

Die Redaktion ist fortwährend bemüht, alles Neue und Interessante in der Bergbau- und Hüttenkunde möglichst vollständig mitzutheilen; sie nimmt besonders dem Cisenhüttenwesen ungetheilte Aufmerksamkeit, und es bringt sein anderes Organ alles dahin Einschlagende so rasch und vollständig zur Kenntniß des berg- und hüttenmännischen Publikums.

[43]

Von den

**Jahrbücher der Gegenwart**

herausgegeben von **Dr. Schwegler** und **Dr. Springer**, erscheinen seit Neujahr 1848 wöchentlich 2 Nummern in gr. 4. von je 1½ Bogen und werden alle 14 Tage versandt. Der halbjährige Abonnementspreis beträgt in Tübingen fl. 3. 30 kr., innerhalb des Deutschen Postbezirks fl. 4. 20 kr., bei Bezug durch die Buchhandlungen findet gleichfalls ein verhältnißmäßiger Aufschlag statt. Alle Buchhandlungen und Postämter nehmen Bestellungen an.

Inhalt von Nr. 1 bis 8. Bücher: Ein litterarischer Sonderbündler. — F., der politisch-religiöse Fortschritt und der schwäbische Stammcharakter. — Kottenkamp, Politische Ueberschten. Die Schweiz. — Schweizer Wirren und Aussichten. Korrespondenz aus Wien. — Diesseits und Jenseits. — Märtlin, das Lateinschreiben in den getehrten Schulen (Erwiderung). — Veit Weber, die gegenwärtige Stimmung in der Schweiz. — R., der wurtembergische Landtag des Jahres 1848.

Tübingen, 17. Januar 1848. **L. Fr. Fues.**

[44] Von F. Barrentrapp's Verlag (Ph. Krebs) wurde an alle solide Buchhandlungen versendet:

**F. C. Schlosser's Weltgeschichte**
**für das deutsche Volk.**

Unter Mitwirkung des Verfassers bearbeitet von **Dr. G. L. Kriegk.**

15te Lieferung.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Dieselbe erscheint in Heften | von circa | 6—7 Bogen à fl. — | 18 kr. oder 5 Sgr. |
| " " " Lieferungen | " " | 15—18 " à d. — | 45 kr. oder 12½ " |
| " " " Bänden | " " | 30—36 " à fl. 1. 30 | kr. oder 25 " |

[45] In der Verlagshandlung von C. W. Leske in Darmstadt ist erschienen:

Ueber
**das wahre Verhältniß**
der
**Vernunft zur Offenbarung.**
**Prolegomena**
zu jeder künftigen Religionsphilosophie
von
**Dr. J. Frauenstädt.**
gr. 8. geh. Preis 17½ Sgr. oder 1 fl.

Ueber den
**Begriff des Epos**
von
**Dr. Fr. Zimmermann.**
gr. 8. In Umschlag geheftet. Preis 20 Sgr. oder 1 fl. 12 Kr.

**Diavolini.**
Von
**Hoffmann von Fallersleben.**
Zweite, vermehrte Auflage. Mit Anmerkungen.
fl. 8. 17½ Sgr. oder 1 fl.

[46] **Literarische Anzeige.**
Im Verlage von Fr. Campe in Nürnberg erscheint:
The
**Literary Miscellany**
for
English Readers Abroad und at Home
Edited by
**H. J. Whitling.**
Alle 14 Tage ein Bogen Lexikonoktav. — Vierteljähriger Subskriptionspreis 48 kr.
Prospektus und Probenummern sind in allen Buchhandlungen gratis zu haben.


Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei den Herr. Ewer u. Kmp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeischen Länder werden man sich an G. L. Lievain et Cie Buchhandl. 29 Boulevards, Paris 29, Rue Notre Dame des Victoires.

# Deutsche Zeitung.

Die Ausgabe besorgt das Groß. Bad. Hofbuchdruckerei Adolph Emmerling & Sohn in Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 36, halbjährlich fl. 18, vierteljährlich fl. 9. Bestellungen werden angenommen in Heidelberg bei der Expedition, Hauptstraße Nr. 23, und bei allen Großherzoglichen Postämtern. Einrückungsgebühren für die Zeile oder deren Raum 3 Kreuzer.

№ 23. Heidelberg, Sonntag 23. Januar 1848.

## Uebersicht.

**Der Entwurf des preußischen Strafgesetzbuchs.** V. — **Berlin** (die neue Kollektivnote; die Besetzersammlung; Gastspiel; Vorgänge in der Ausschußsitzung vom 18. Januar; Erklärung des Landtagsabkommlichen). **Aus Schlesien** (Verheerungen des Typhus und Nervenfiebers in Oberschlesien). **Aus Straßburg** in Westpreußen (Deutsche und Polen zeichnen für Polen). **Aus Baiern** (die neue Landtagsordnung. II. (Schluß.)). **München** (die Stellung Baierns und der Schweiz). **Bonn** (der Duell-Konflikation einzelner Zeitungsnummern). **Stuttgart** (militärische Maßregeln gegen einen ausständigen Ausstand; der Maximunit und die sogenannte Priesterherrschaft; politische Verhandlungen der Opposition; Veröffentlichung des Urtheils über mehrere der Meineidsmaximen). **Leipzig** (strenge Censur; Maßregeln gegen Verbindungen auf symnasien). **Aus dem Hannover'schen** (die Angelegenheit des Kandidaten Piesche). **Frankfurt** (das allgemein deutsche Preisgericht).

**Schweiz.** Bern. Die Lage in den ehemaligen Sonderbundskantonen. Zürich. Umgestaltungen im Staatshaushalt der kleinen Kantone. Das Memorandum Stratford Canningś.

**Großbritannien.** Der wandernde spezielle Gerichtshof in Irland. Polemik der Times gegen die franz. Politik in Italien und Spanien, gegen die Palmerston'sche in Griechenland. Gerücht von einer drohenden Revolution in Unterkanada.

**Frankreich.** Das J. d. D. für Wahlreform, aber später. Gesundheitszustand des Königs. Wood-Kaber in Toulon. — **Spanien.** Der Königin geht auf die Jagd. Epidemie. Grippe. Feuerspritzen als Mittel zur Abkühlung der politischen Leidenschaften. — **Portugal.** Der Graf v. Thomar und der Herzog von Terceira.

**Polen.** Fortan der Codex Nicolai statt des Code Napoleon in Kraft.

**Amerika.** Friedensvertrag zwischen Peru und Bolivia; in letzterer Republik drei Provinzen im Aufstande. Montevideo.

**Nachschrift.** Kartoffeln. Vereinbarung der Kommission in Betr. der drei Fahrleten.

**Datum der Börsen:** Frankfurt 21., Berlin 18. Januar.

---

### Heidelberg, 23. Januar.

Die Anzeige bei der Obrigkeit muß bei Vermeidung einer Strafe gemacht werden, wenn man glaubhafte Kenntniß von dem Vorhaben eines Menschenraubes erhält.

Wir haben uns gefragt, was heißt Menschenraub? haben uns aber dergeblich abgemüht, eine Antwort zu finden; je länger wir darüber nachgedacht haben, desto mehr haben wir uns überzeugt, daß das Wort: Menschenraub ebensowenig einen Sinn hat, als das, vor vielen vielen Jahren gehörte Wort: Seelenverkäufer.

Zu dem Begriffe eines Raubes wird unbedingt erfordert ein Räuber, ein Beraubter und eine bewegliche Sache, welche nach der ziemlich allgemeinen Theorie geraubt worden oder nach der Theorie des Entwurfs geraubt werden sollte. Diese Verschiedenheit scheint uns hier von keiner Bedeutung zu sein. Diese drei unbedingt nöthigen Requisiten des Raubes vermögen wir bei dem Menschenraube nicht zusammenzubringen. Um dieses zu erklautern, müssen wir die verschiedenen, in dem Entwurfe angeführten und als Menschenraub qualifizierten Fälle besonders durchgehen.

Nach dem Entwurfe, §. 255, ist eines Menschenraubes schuldig:

> Wer sich eines Menschen durch List oder Gewalt bemächtigt, um ihn entweder in plötzlicher Lage auszusetzen oder ihn in Sklaverei oder Leibeigenschaft oder in auswärtige Kriegsdienste oder Schiffsdienste zu bringen.

Wir behaupten nun, das Ein Mensch etwas Unbeliebares ist, daß man dem Menschen den Menschen unmöglich rauben, daß also derselbe Mensch unmöglich der Beraubte und zugleich der ihm geraubte bewegliche Sache sein kann. Wie behaupten dies, ohne einen Widerspruch oder eine Widerlegung zu fürchten. Dann behaupten wir mit gleicher Sicherheit, daß ein Mensch einem andern Menschen ebensowenig geraubt werden kann, weil (in Deutschland) kein Mensch das Eigenthum eines andern Menschen, und ebensowenig ein Mensch in dem Besitze eines andern Menschen sein kann.

Wenn also Jemand sich eines Menschen durch List oder Gewalt bemächtigt, um ihn plötzlich auszusetzen, um ihn in Sklaverei oder Leibeigenschaft, in auswärtige Kriegsdienste oder Schiffsdienste zu bringen, so raubt er diesem Menschen nicht den Menschen, sondern er raubt ihm nur die ihm angeborene Freiheit, nach seinem Gutdünken zu handeln, soweit er dazu gesetzlich berechtigt ist. Der Menschenraub des Entwurfs ist also weiter Nichts als Beraubung der persönlichen Freiheit, und dies wird von den Verfassern des Entwurfs auf das Unwiderlegbarste dadurch anerkannt, daß der von dem Menschenraube handelnde §. 255 sich in dem beziehenden Titel findet, der von den „Verbrechen wider die persönliche Freiheit" handelt.

Die besondere Beziehung des oben qualifizierten Verbrechens als Menschenraubs schienen die Verfasser des Entwurfs für nöthig oder doch für angemessen gehalten zu haben in der Meinung, daß der von ihnen definierte Menschenraub ein ganz besonders schwered Verbrechen sei. Wäre diese Meinung auch ebenso unbedenklich gegründet, als sie es nicht ist, so würde eine besonders strenge Strafe gerechtfertigt erschienen können, ohne daß man sich zugleich einer Benennung, die Niemand versteht, zu bedienen nöthig gehabt hätte. Wir müssen aber das Geständniß offenherzig ablegen, daß wir auch den besonders strafbaren Charakter der im §. 255 qualifizierten Handlung in der beliebten Allgemeinheit anzuerkennen nicht vermögen, daß wir uns vielmehr die Fälle denken können, in welchen diese Handlung selbst gar nicht strafbar ist. Denke man sich den Fall, ein junger Mann, der sich dem Militärdienste gewidmet hat, habe als Offizier sich so betragen, daß er durch ein ehrengerichtliches Erkenntniß aus dem Dienste ausgestoßen wurde, daß er nun sich allen Lastern und Anschweifungen in einem solchen Grade hingibt, daß er zu Verbrechen aller Art hingerissen werden kann. Wenn nun der Vormund, ein naher Verwandter, ein theilnehmender Freund der Familie dieses jungen Mannes ihn zu einer Reise nach Algier einladet, auf diese Art durch List sich desselben bemächtigt und ihn in Algier in die Fremdenlegion, auch gegen dessen Willen, wirklich einstellt, wird man darin nicht vielmehr die wohlthätige Absicht erkennen müssen, einen am Rande des Verderbens stehenden unbesonnenen Menschen vor möglich noch von dem gänzlichen Untergange zu retten? Wir wissen nicht, ob ein solcher Fall jemals sich ereignet hat oder ereignen wird; die Möglichkeit läßt sich nicht bestreiten und ist in der Verordnung über die Ehrengerichte vom 20. Juli 1843 anerkannt: Der theilnehmende Freund müßte nach §. 255 fünf Jahre im Zuchthause leben.

Denke man sich ferner den Fall, daß ein ungerathener Bube, an dem alle Ermahnungen fruchtlos abgelitten sind, von einem Verwandten oder von seinem Vormunde nach Amsterdam gebracht und dort dem Kapitän eines Ostindienfahrers, vielleicht einem Verwandten, übergeben wird, um an Zucht und Ordnung gewöhnt zu werden, um ihm noch eine vielleicht selbst ehrenvolle Aussicht in die Zukunft zu eröffnen.

Niemand wird in diesem und tausend andern Fällen ein Verbrechen erkennen, und doch soll nach dem unzweifelhaften Wortlaute des §. 49 Derjenige gestraft werden, der von einem solchen Vorhaben, das der Entwurf einen Menschenraub nennt, glaubhafte Kenntniß erhält und davon keine Anzeige macht, weil durch die unterlassene Anzeige die Obrigkeit außer Stand gesetzt wird, das Verbrechen oder, besser gesagt, die Wohlthat zu verhüten.

Wer eines Menschen durch List sich bemächtigt, um ihn in die Sklaverei oder Leibeigenschaft zu bringen, wohin wird er gehen um seine Absicht auszuführen? Er wird natürlich das Land suchen, in dem Sklaverei und Leibeigenschaft noch bestehen, bis er dahin gelangt, wird er noch manches Nachtquartier machen müssen, um Nichts in der Welt ist dem zur Sklaverei bestimmten Unglücklichen leichter, als bei der Obrigkeit jedes Dorfes Hilfe und Freiheit zu finden.

Wer sich durch List oder Gewalt eines Menschen bemächtigt, um ihn in hilflose Lage zu versetzen, kann dazu sehr verschiedene Wege einschlagen. Führt er ihn in der Nähe seines Wohnsitzes in einen Wald und setzt ihn dort aus, so wird der Ausgesetzte nach wenigen Stunden seinen alten Aufenthalt wieder gefunden haben. Führt er ihn weit weg, so wird der Unglückliche, wie im vorhergehenden Falle, bei jedem Schulzen, bei jedem Bauer Hilfe und Rettung finden.

Derjenige, der sich der Person bemächtigt hat, um sie hilflos

Digitized by Google

auszusetzen, hat Sjähriges bis Lebenslängliches Zuchthaus zu erwarten. Derjenige aber, der einen Menschen entmannt, in seinem Schlafe lebendig begräbt, auf das Handwerk verkauft, ihn aber wissentlich hält, um bei einer nahe bevorstehenden Aperture eines Lebens als der nächste berechtigte Agnat das Leben für sich in Empfang nehmen zu können, wird mit Strafarbeit gestraft. Dieser hat das Verbrechen der verletzten Freiheit ausgeführt, Jener hat sich der Person bemächtigt, um sie hilflos auszusetzen, um sie in Sklaverei und Leibeigenschaft, um sie in auswärtige Kriegs- oder Schiffsdienste zu bringen; daß er diese Absicht wirklich ausgeführt habe, wird zur Anwendung der Strafe gar nicht erfordert; bei ihm wird die Anwendung des ersten Mittels zur Erreichung des entfernten Zweckes schon als das vollendete Verbrechen mit schrecklicher Strafe geahndet. Wie soll aber ermittelt werden, daß bei der Beraubung der Freiheit man schon den Zweck hatte, den seiner Freiheit Beraubten in die Sklaverei, in auswärtige Dienste zu bringen? Der Räuber, der so weltumfassende Plane entwirft, ist gewiß der Gimpel nicht, der seinen Zweck ausspricht — wohee soll der Richter diesen Zweck erfahren? Die Beraubung der Freiheit kann aus ganz andern Gründen, zu einem ganz andern Zwecke stattgefunden haben, und erst später kann der Gedanke aufgetaucht sein, den Beraubten nach der Küste von Guinea zu bringen, um der drohenden Strafe zu entgehen. Wie wird alsdann die Beraubung der Freiheit gestraft? Mit Strafaebeit, denn die Beraubung der Freiheit hatte nicht Statt, um den Beraubten dorthin zu bringen, wie es §. 255 erfordert.

Kaspar Hauser ist Jahre lang eingesperrt gewesen, vom Kinde ist er im Kerker zum Manne gereift, er war nicht hilflos ausgesetzt, war nicht in der Sklaverei, war nicht in auswärtigen Kriegs- oder Schiffsdiensten; wie wird der gestraft, der ihn eingesperrt gehalten hat? Weit gelinder als der §. 255 vorschreibt. Wer das Vorhaben dieser Beraubung kannte, hatte keine Anzeige zu machen.

Wir können nach allem diesem nur den Wunsch aussprechen, daß das Wort Menschenraub, diese Reliquie aus entfernten Zeiten, aus dem Gesetzbuche verschwinden möge, daß die in §. 255 in einer selbst gefährlichen Allgemeinheit bezeichneten Fälle nicht besonders erwähnt werden, daß bloß von gewaltsamer oder durch List bewerkstelligter Beraubung der Freiheit gesprochen und die Strafe in ihrem Minimum und ihrem Maximum so bestimmt werde, daß sie auf alle Fälle passend ist. Geschieht dies, so wird auch die Aufführung des §. 49 vielleicht möglich, was in der jetzigen Fassung nach unserer Ueberzeugung der Fall nicht ist.

Wenn man die preuß. Gerichtshöfe zur Anzeige veranlaßt, ob sie wohl oft in der Lage gewesen, über Fälle, wie der §. 255 des Entwurfs sie angibt, zu entscheiden, so wird man, wie gar nicht zu bezweifeln ist, erfahren, daß, wenn auch solche Fälle sich sollten ereignet haben, sie doch gewiß zu den größten Seltenheiten gerechnet werden müssen. Wir sind überzeugt, daß selbst die Fälle des §. 1087, des 20. Titels, 2. Theils des Allg. Landrechts, welche mit denen des §. 255 des Entwurfs einige Verwandtschaft haben, nur höchst selten die Gerichtshöfe beschäftigt haben. Vergleicht man aber die Bestimmungen des Entwurfs mit denen des allg. Landrechts, so wird man, im Mideesprache mit der Erfahrung, versucht anzunehmen, daß in den letzten fünfzig Jahren das Verbrechen des Menschenraubes sich auf eine bedenkliche Art in Preußen vermehrt habe und dadurch eine Erhöhung der Strafe und eine nähere Angabe der strafbaren Fälle nöthig geworden sei.

Der §. 1087 des allg. Landrechts erklärt den Menschenraube denjenigen schuldig, der sich der Personen eines Andern bemächtigt, um durch die Entfernung derselben sich gewisse Vortheile zu verschaffen oder ihm einen feinen Angehörigen, wegen vermeintlig erlittener Beleidigung, Unannehmlichkeiten zu verursachen. Der Menschenraub muß also aus Eigennutz oder aus Rachsucht verübt worden sein, um strafbar zu werden, der Entwurf fordert dies nicht; nach dem Entwurfe würde auch der wegen Menschenraubes verurtheilt werden müssen, der sich in der besten Absicht eines Menschen bemächtigt, um ihn in fremde Dienste zu bringen, wenn er in diesen fremden Diensten auch sein Glück macht. Ein Beispiel, was diese letzte Behauptung rechtfertigt, läßt sich aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts anführen. Ein Schweizer wurde durch List dahin gebracht, eine gewisse Stadt zu besuchen, wurde dort festgehalten und der Garnison einverleibt, zugleich aber, wegen seiner ganz enormen Länge, zum General ernannt. Der neue General söhnte sich sogleich mit seinem Schicksal aus, aber der, welcher ihn durch List in jene Stadt und dort in fremde Kriegsdienste gebracht hatte, würde nach dem Entwurfe wenigstens auf fünf Jahre in das Zuchthaus gebracht worden sein!

Unter der Rubrik: Menschenraub sagt der §. 256 des Entwurfs:

Wer sich einen Menschen unter 16 Jahren durch List oder Gewalt bemächtigt, um denselben zum Betteln oder zu andern unsittlichen oder irgendwidrigen Zwecken oder Beschäftigungen zu gebrauchen, ist mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren zu bestrafen.

Wenn der Mensch unter sechzehn Jahren, vielleicht gänzlich hilflos, sich freiwillig zu diesen Zwecken gebrauchen läßt, würde der §. 256 nicht anwendbar sein. Wird er aber gezwungen, gegen seinen Willen, dazu gebraucht, so ist die angeführte Bestimmung zwar anwendbar, aber wir begreifen nicht, wie ein Fall dieser Art als Menschenraub mit einer so harten Strafe bedroht werden kann, da doch der angeführte Grundsatz nicht einmal seine Freiheit verloren hat, vielmehr, wenn er, wie der Bettgrapb sagt, zum Betteln gebraucht wird, Jedem, den er um eine milde Gabe anspricht, jedem Polizeidiener, die mit den Bettlern doch in sehr frequentem Verkehre stehen, seine Lage entdecken kann und ganz gewiß sehr schnelle Hilfe finden wird. Es sei ferne von uns, die Strafbarkeit der Handlung im Allgemeinen zu bestreiten, nur die Qualifikation der Handlung als Menschenraub bestreiten wir aus den schon früher angegebenen Gründen.

Um die Handlung selbst mit einer so harten Strafe zu belegen, muß sie aber näher, als in dem Entwurfe geschehen, qualificirt werden. Der Entwurf spricht von unsittlichen Beschäftigungen, aber welche Beschäftigungen sind unsittlich? Gewiß hinsichtlich vieler werden die Meinungen sehr von einander abweichen; ohne nähere Bestimmung im Gesetze würde, nach Verschiedenheit der individuellen Ansichten, dieselbe Handlung an einem Orte bestraft werden, am andern Orte straflos bleiben. Eine unsittliche Handlung oder Beschäftigung ist, nach unserer Ansicht, eine solche, die den, der diese Handlung begeht oder diese Beschäftigung betreibt, dadurch allein in der öffentlichen Meinung herabwürdigt, so daß man den Umgang mit ihm vermeidet, sich fern von ihm hält, oder wie in d. 2. D. de obsequiis parentibus et patronis praestandis gesagt ist, qui verbis non indentur infames, re tamen ipsa et opinione hominum non eluguntur infamiae notam. Das allgemeine Landrecht sagt in §. 280. Th. II. Tit. II., daß eine Zunft oder Innung nicht verpflichtet sei, einen Menschen, der die Geschäfte eines Schinders oder Abdeckers wirklich getrieben hat, aufzunehmen. Es ist hierin die Ansicht ausgesprochen, daß das Betreiben des erwähnten Gewerbes etwas Entehrendes ist. Die Gesetze mögen heute diese Ansicht verwerfen, aber unbestreitbar besteht sie noch in der öffentlichen Meinung; dieselbe Ansicht besteht noch in der öffentlichen Meinung hinsichtlich mancher anderen Gewerbe. Fragt man also, ob der Vater strafbar sei, der seinen noch nicht sechzehn Jahre alten Sohn einem Abdecker, einem Seiltänzer u. s. w. zur Hilfeleistung überläßt, so werden Viele die Frage verneinen, Viele werden sie bejahen; Viele werden die Vorschrift der §§. 256 und 257 des Entwurfs anwenden, Viele werden sie nicht anwenden können. Warum? weil das Gesetz sich nicht klar ausspricht. (Schluß folgt.)

**Preußen.** Berlin, 17. Jan. Die Köl. Z. berichtet: Es sind die letzten wichtigen Nachrichten über die Schweizerfrage aus bester Quelle eingegangen, und ich beeile mich, Ihnen dieselben mitzutheilen. Vorgestern kam, wie verschert wird, ein Kurier durch Berlin, der die definitive Genehmigung Metternich's brachte für die Abänderungen, welche der Entwurf der Kollectivnote in Paris erfahren hatte. Die Konferenz in Paris wird als geschlossen betrachtet; ja, im Gegensatze zu einer frühreren Ansicht glaubt man fest, daß es aufgegeben worden sei, die Note in Paris von den Herren v. Rabowitz und Kolloredo unterzeichnen zu lassen. Diese Herren würden im Gegentheile zurücktreten und die Agenten der drei Kabinete in Bern den Auftrag erhalten, das Memorandum dort, in Bern, mit ihrer Unterschrift zu versehen und dem Vororte zu übergeben. Man sieht einer Antwort des Vorortes entgegen.

Berlin, 18. Jan. Bei den schon heute beginnenden Berhandlungen des Vereinigten Ausschusses über den Strafgesetzentwurf wird dem Vernehmen nach der Staatsminister v. Savigny selbst das Ministerium der Gesetzesrevision vertreten. (D. A. Z.)

Der Ertrag der hier von Prof. Jakob Grimm und Professor Trendelenburg veranstalteten Sammlung für Hoefer beläuft sich gegenwärtig, wie wir nun im Stande sind mitzutheilen, auf 600 Thlr. Außerdem sind aber bekanntlich auch noch von andern Seiten hier Sammlungen zu demselben Zweck unternommen worden, so daß sich

Digitized by Google

das Ergebniß der hiesigen Berathungen vielleicht doch noch in einer Weise gestaltet, wie es einigermaßen unserer Hauptstadt würdig ist.

(Forts. 3.)

○ Berlin, 18. Januar. Wir beeilen uns, Ihnen über die wichtigen Vorgänge der heutigen Sitzung des ständischen Ausschusses Bericht zukommen zu lassen. In der vorberathenden Abtheilung war die Frage aufgeworfen, ob es nicht angemessen sei, Namens derselben im Beginn der Berhandlung eine Erklärung abzugeben, welche die Stellung derjenigen Abgeordneten gegen jede Mißdeutung sichere, die entweder mit Vorbehalt gewählt oder in Ermangelung dessen doch der Ueberzeugung waren und sie auf dem Landtage bethätigt hatten, daß den Ausschüssen eine die Rechte des letztern beeinträchtigenden Befugnisse zuständen. Nach mehrfachen Debatten hatte man sich über eine Erklärung geeinigt, welche der Graf von Schwerin als Vorsitzender der Abtheilung in deren Namen abzugeben habe. Es bekleiden sich diejenigen Mitglieder derselben, welchen diese Erklärung, wennauch im Allgemeinen, so doch Betreffs der bestimmteren Position ihrer Stellung nicht zureichend schien, eine ergänzende Erklärung vor. Die erstere, mit welcher der Graf v. Schwerin beauftragt wurde, war schon deßhalb allgemein gehalten, weil mit ihr bezweckt wurde, einer Verlängerung und unfruchtbaren Wendung der Debatten über diese Frage möglichst vorzubeugen, und weil in ihr auch die Ansicht der Konservativen, welche die volle Kompetenz der Ausschüsse anerkennen, in einer Weise Platz gefunden hatte, die es ihnen verstattete, der Erklärung beizutreten. Der Graf v. Schwerin eröffnete mit derselben die Verhandlungen der heutigen Sitzung. Sie lautet wörtlich: „Bevor die Versammlung in die Berathung eintritt, habe ich im Namen der vorbereitenden Abtheilung zu erklären, daß in ihrem Schooße bereits in Erwägung gezogen, ob dieselbe im Einklang mit den Wahlen zum vereinigten ständischen Ausschuß und unbeschadet der bei Gelegenheit derselben von einem Theile der Abgeordneten abgegebenen Erklärungen und gemachten Vorbehalte stattfinden könne. Die Abtheilung ist der Meinung gewesen, daß diese Erklärungen und Vorbehalte durch die Berathung des Strafgesetzentwurfs in keiner Weise alterirt werden, indem dadurch in die für den Vereinigten Landtag in Anspruch genommenen Rechte nicht eingegriffen wird. Sie hat daher — umsomehr, als sie jetzt dem Ausschusse andere Vorlagen oder Anträge nicht gemacht sind und solche auch kaum zu erwarten sein dürften — dafür gehalten, daß eine weitere Erörterung über die Stellung des Ausschusses unter solchen Umständen selbst im Hinblick auf den Allerhöchsten Landtagsabschied und das erlassene Geschäftsreglement vom 2. December 1847 nicht erforderlich und demgemäß nicht wünschenswerth erscheine. Diejenigen Mitglieder der Abtheilung, welche die Wahl zu den Ausschüssen ohne Vorbehalt angenommen haben und unter diesen besonders diejenigen, welche die Kompetenz der Landtagsausschüsse überhaupt als unzweifelhaft anerkennen, konnten umsoweniger obiger Erklärung aus voller Ueberzeugung beitreten, und es hofft die Abtheilung dabei, daß sie auch in der Versammlung von keiner Seite Widerspruch finden möge". Hierauf erbat sich der Abg. v. Auerswald das Wort und erklärte: Im Verfolg des eben Vernommenen erinnere ich daran, wie der erste Vereinigte Landtag fast einstimmig die auf die früheren Gesetze begründete Bitte an den Königs Majestät gerichtet hat, „daß Allerhöchstdieselben geruhen möchten, die Verordnung vom 3. Februar 1847 über den Vereinigten Ausschuß und dessen Befugnisse dahin abzuändern, daß diesem Ausschuß in seinem Verhältniß zum Vereinigten Landtage keine weitern Rechte eingeräumt werden möchten, als solche den ständischen Ausschüssen der Provinziallandtage diesen letztern gegenüber durch die Verordnung vom 1. Juni 1842, §. 2 und 3 beigelegt wäre". Nachdem Se. Majestät gnädigst verheißen, diese Bitte Allergnädigste Erwägung ziehen zu wollen, sind die inzwischen erforderten Wahlen der Mitglieder des zur Begutachtung des neuen Strafgesetzbuches zusammenzuberufenden Vereinigten Ausschusses theils ohne, theils aber mit verschiedenartigen Erklärungen und Vorbehalten vollzogen worden. Es sind hiernach viele Mitglieder des Ausschusses der Ueberzeugung, nur ein bedingtes Mandat, eine bedingte Berechtigung zu haben, und Viele von denen, die auf den Ruf Sr. Majestät erschienen sind, um auf die Begutachtung des von den Provinzialständen bereits berathenen Strafgesetzbuches einzugehen, vermögen dies nur mit der offenen und ehrerbietigen Erklärung, daß sie zu andern Berathungen und Handlungen sich außer Stande sehen würden. — Nachdem ich von diesem Standpunkte aus mich der Erklärung der Abtheilung angeschlossen habe, deren Mitglied ich bin, im wesentlichen Einverständniß mit dem gerühren und mir so nahe befreundeten Vorsitzenden derselben, habe ich noch geglaubt, auf den Grund hinweisen zu müssen, der eine solche Erklärung nicht in unsere Willkür gestellt, sondern von unserer Treue und Wahrhaftigkeit unabweislich gefordert hat. Ich habe dies gethan im Einverständniß mit den Abgeordneten Grabow, Camphausen, von Saucken-Tarputschen, von Saucken-Julienfelde, Graf von Hompesch, Brämer, Naumann, Hueffer, Heinrich, Allnoch, v. Brodowski, Graf v. Sierzowski, Sperling, v. Pezzeli, Kersten, v. Bodwerowski, von Mieroweski, Brassert, Urra, v. Kurowski, Lukanus, Abegg, v. Dominiecki, Krause, Haugleuter, Braun, Plange, F. v. Mylius, Siegfried, v. Eynern, Urban, Schier. — Der Abg. Camphausen behielt sich in seiner darauffolgenden Erklärung vor, diejenigen Bedenken an geeigneter Stelle anzuregen, welche sich dagegen erheben möchten, daß das vorgelegte Strafgesetzbuch in allen Theilen durch die verfassungsmäßigen Stadien gegangen sei, und äußerte sich bei dieser Gelegenheit in energischen Ausdrücken über die Haltung des Gouvernements den Ständen gegenüber. Der Landtagsmarschall v. Brandenburg, v. Bochow, sprach hierauf nicht minder energisch seine, den vorigen Erklärungen entgegenstehende Ueberzeugung aus, nach welcher die Versammlung, lediglich auf dem Boden des Patents vom 3. Februar stehend, die durch dasselbe ihr ertheilten Befugnisse auszuüben unzweifelhaft berechtigt sei, worin durch die entgegengesetzte Ansicht, so sehr er dieselbe auch in ihrer Gewissenhaftigkeit achte, Nichts geändert werden könne. Hierauf ergriff der Landtagskommissär das Wort und, nachdem er zuerst die Angriffe des Abg. Camphausen mit der Bemerkung zurückgewiesen hatte, daß hier nicht Zeit und Ort sei, darauf einzugehen, erklärte er: daß der ständische Ausschuß nach dem Willen Sr. Majestät die Befugnisse haben solle, die das Patent ihm gibt, bis der König selbst sie ändere. Dieser Zeitpunkt sei noch nicht eingetreten und habe auch noch dem königlichen Wort nicht eintreten können, da die neue Verfassung noch nicht die im Patent vom 3. Febr. vorgezeichneten Stadien durchlaufen habe. Demnach habe dieser Ausschuß alle jene Rechte und Befugnisse, jedes Mitglied könne auf ihre Anwendung dringen und sich des Schutzes der Regierung versichert halten, wenngleich Niemand genöthigt werden könne, sich derselben zu bedienen; noch habe keine Veranlassung vorgelegen, die Kompetenz in Frage zu ziehen. In das Gewissen der Einzelnen wolle das Gouvernement nicht eingreifen, und es sei aus den Vorlagen derselben das Gegentheil so wenig nicht zu entnehmen, daß keine Veranlassung sei, dieselben zu beargwohnen. Diesem Wunsche trat die Versammlung einstimmig bei, nachdem noch einige Abgeordnete sich kurz für die verschiedenen kundgegebenen Ansichten ausgesprochen hatten. Die Berathung über das Strafgesetz begann, worüber wir uns weitere Mittheilungen vorbehalten. Daß die sämmtlichen hier mitgetheilten Verhandlungen und Erklärungen im Wesentlichen nichts Unrichtiges enthalten, glauben wir verbürgen zu können, wenn sie gleich auf Vollkommenheit und Genauigkeit keinen Anspruch machen können.

Aus Schlesien, 14. Jan. meldet die Oberpostamts-Zeitung: Privatschreiben aus Oberschlesien wiederholen die traurigsten Schilderungen des Elends, welches an mehreren Orten die Verheerungen des Typhus und des Nervenfiebers anrichten. Schon im vergangenen Sommer zeigten sich die Folgen der Hungersnoth, welche bis an die Weichsel den Winter vorher geherrscht hatte. In den Dörfern längs dieses Stromes trat das Nervenfieber so verwüstend auf, daß die Gerichte ganze Häuser schließen mußten, weil alle Leben ausgestorben waren. In überwiegender Zahl raffte die Krankheit arme Leute hinweg, die im vorangegangenen Winter nicht einmal Viehfutter zu ihrer eignen Nahrung auftreiben konnten, sondern oft zur Baumrinde ihre Zuflucht nehmen mußten. Dieses schreckliche Elend wurde lediglich durch den Mißwachs der Kartoffeln veranlaßt, deren Preis so hoch gestiegen war, daß es den armen Leuten unmöglich wurde, solche zu kaufen. In Oberschlesien ist die Kartoffel das ausschließliche Nahrungsmittel der Aermsten. Das Stückchen Feld, welches die kleineren Wirthschaften auf den Dörfern besitzen, wird mit Kartoffeln bebaut, die zugleich ein Schwein auffüttern müssen, und von dessen Ertrage die Steuern und die Miethe derjenigen, welche keine eigene Hütte haben, bezahlt werden. Da der tägliche Arbeitslohn für einen Mann in Oberschlesien nur 2 Sgr. beträgt, so kann man sich denken, daß den Meistern für sich selbst Wenig oder Nichts übrig bleib, nachdem sie Steuer und Miethe bezahlt. Seit vergangenem Sommer ist nun das Nervenfieber Schritt um Schritt vorgerückt und jetzt bis in die Städte Gleiwitz, Willisch, Pleß, Rastiber und Kosel gedrungen, hat alle umliegenden Ortschaften ergriffen und sich in einen bösartigen Typhus verwandelt. Ein vor Kurzem erhaltenes Privatschreiben aus Pleß theilt mit, daß bei dem ersten Auftreten der Krankheit der Todesgräber und seine Frau als Opfer fielen; der Nachfolger des

Digitized by Google

ersten Hard ebenfalls bald darauf, und zur Zeit als das Schreiben abgefaßt wurde, war man ohne Todtengräber. In Gleiwitz starben sämmtliche Träger, welche einen am Typhus Gestorbenen auf den Kirchhof getragen hatten. In Ratibor und in Kosel, wo die Krankheit erst im Entstehen ist, werden verhältnißmäßig mehr Menschen aus der besitzenden als aus der besitzlosen Klasse davon ergriffen. Die Zahl der Gestorbenen überwiegt bis jetzt bedeutend die der Genesenen. Die meisten starben in kurzer Zeit.

* Aus dem Straßburger Kreise in Westpreußen erhielten wir eine Zusendung, der wir Folgendes entnehmen: Auch die Bewohner Straßburgs und der Umgegend haben sich mit Freuden der Zeichnung für Bester angeschlossen. Bereits ist eine namhafte Summe zusammengebracht hauptsächlich durch Beiträge von Deutschen, aber auch von Polen, welche einen großen Theil der Bevölkerung dieser Gegend bilden. So gewiß ist es, daß der muthvolle, freisinnige Volksvertreter, der wahre Patriot überall Anerkennung findet, nicht nur bei seinen Landsleuten, sondern auch bei den Hochherzigen jeden Volksstammes. Welches Volk aber möchte für den Mann, welcher dem Andrängen einer fremden Nationalität unerschrocken und mit Erfolg entgegentritt, mehr Sympathien hegen, als das unglückliche polnische Volk!

†† Aus Baiern. (Schluß.) Eine andere Frage von Wichtigkeit ist die, ob dieser Censurverordnung gegenüber einem Blatt der Polizeidirektion verweigert werden kann. Wir glauben nicht, denn diese Verweigerung ist eben auch eine Präventivmaßregel, alle solche Maßregeln sind aber für innere Angelegenheiten abgeschafft, und die äußern unterliegen der Censur.

Wir finden es lobenswerth, daß der Klatscherei und der Verleumdung der Weg vertreten ist, auch wird es gewiß allseitig gebilligt, daß angegriffenen Behörden oder Beamteten der Weg zu ihrer Vertheidigung offen erhalten wird, aber der entsprechende 4. Paragraph hat eine so allgemeine Fassung, daß sie Bedenken erregen muß; mit diesem Paragraphen kann man, auch ohne die Beresamkeit des Fürsten Wallerstein zu haben, jede Zeitung ruiniren, die es wagen sollte, das Verfahren eines oder des andern Beamteten einer Kritik zu unterwerfen. Wenn dieser es wirklich mit der Presse redlich meint, so muß er der Vertheidigung oder Erwiderung gewisse Grenzen hinsichtlich der Form und hinsichtlich des Umfanges setzen. Ohne der Regierung vorgreifen zu wollen, glauben wir, dürfte im Allgemeinen die Erwiderung nicht voluminöser sein als der Angriff; wo aber eine weitwendige thatsächliche Erörterung nöthig ist, da sollten die Redaktionen die Befugniß haben, solche umfangreiche Erwiderungen in einer eigenen Beilage zu geben und den Einsender die nachgewiesenen eigenen Druckkosten (nicht die hohen Insertionskosten) zu berechnen. Nicht jeder Beamtete wird seine Erwiderung so bündig und concis zu fassen wissen oder lassen wollen, wie Staatsanwalt Siegmair in Bamberg (vergl. Nürnb. Kurier vom 13. Jan.). Ferner scheint es nicht ganz passend, daß den angegriffenen Beamteten neben dem Recht der Erwiderung auch noch die Civilklage und bei Amtsehrbeleidigung die Einschreitung des Strafgerichts zur Seite stehe. Wir sollten meinen, daß ein Beamteter, welcher den Gerichtsweg wählt, nur die kurze Anzeige davon in der betreffenden Zeitung zu machen habe, später aber die Bekanntmachung des Urtheils in gedrängter Kürze verlangen dürfe. Hat er sich aber einmal an die öffentliche Meinung gewendet, die in solchen Angelegenheiten doch wohl der beste Richter ist, kann sollte jedes andere Gerichtsverfahren als ungreignet nicht Statt finden. Wir fordern, daß die deutschen Regierungen und die deutschen Beamteten der Presse gegenüber endlich auch auf jenen Standpunkt gelangen, auf welchem die Engländer längst, die Franzosen zum Theil stehen. Damit wollen wir jedoch unbegründeten, leidenschaftlichen oder gar gemeinen Angriffen gewiß nicht das Wort sprechen, wenn wir es auch nur loben können, daß die politischen Charaktere in England auch von solchen Subalern gar keine Notiz nehmen. Die Bestimmung, daß die Censurstreifen auch ohne dagegen erhobene Beschwerden an das Ministerium eingeschickt werden sollen, ist bedenklich erschienen; man sagt, das Ministerium wolle durch diese Dokumente nicht sowohl den Geist und die Richtung der Censur, als die Gesinnung der Redakteuren kennen lernen. Man behauptet ferner, daß andere getroffene Maßregeln dieser Deutung nur zu sehr das Wort sprechen. Endlich finden wir in der vorliegenden Censurinstruktion noch eine wichtige Lücke: wir vermissen alle und jede Bestimmung über solche Artikel, die den Monarchen selbst berühren. Artikel, welche die dem Monarchen schuldige Ehrfurcht offenbar verletzen, verfallen als Vergehen oder Verbrechen natürlich der Censur, aber es gibt Artikel, welche gewiß nicht bös gemeint sind, die aber doch gegen das Zartgefühl verstoßen, welche wir dem Könige schulden, und von denen es besser wäre, wenn sie nicht gedruckt würden. Was darf, was soll der Censor in solchen Fällen thun? Die Instruktion sagt darüber Nichts; wir aber wollen von der baierischen Presse hoffen, daß sie sich jene parlamentarische Sitte aneignen wird, welche den Monarchen nur da nennt, wo sie das erhaltende und fortbildende Princip in ihm zu begrüßen und ihm ihre Dankbarkeit und Ehrfurcht zu zollen hat. So danken wir auch jetzt dem Monarchen für die durch seinen Willen geschehene Entfesselung der Presse; am Fürsten Wallerstein aber wird es sein, diesen Willen zum Wohl unseres Vaterlandes, zum Behuf eines besonnenen Fortschrittes mit Gerechtigkeit und in Wahrheit auszuführen. Es bietet sich ihm eine schöne Gelegenheit, seinem Namen mit der Freiheit der Presse in ganz Deutschland in die ehrenvolle Verbindung zu bringen. Wir einst die Regierungen von Baiern und Würtemberg den Zollverein ins Leben riefen, so kann er jetzt dahin wirken, vereint mit den konstitutionellen deutschen Staaten einen geistigen Zollverein zu gründen, einen Verein, dem kein Bundesbeschluß in den Weg treten kann, der sich aber ebenso, wie sein Vorgänger, bald über ganz Deutschland verbreiten und zu Deutschlands Glück nicht weniger beitragen wird als der materielle Zollverein.

München, 18. Januar. Die Allg. Zeitung bringt eine offenbar halboffizielle Erklärung, welche gegen die Deutung protestirt, Baiern habe in der Schweizerangelegenheit eine den Radikalismus begünstigende Stellung einnehmen wollen. Aufgefordert aus Veranlassung eingebrachter Großmächte, sich an den Bundestage über die Schweizerfrage auszusprechen, hat der baierische Staat dies mit Redlichkeit und mit jener Achtung der wahren Rechte des Schweizervolkes gethan, welche seines Erachtens der deutsche Bund sich selbst nicht minder als einer altverwandten Eidgenossenschaft schuldet, und daß der baierische Staat dies thun werde, war im Voraus vermöge des eminent deutschen Charakters König Ludwigs verbürgt. Aber Baiern setzt seinen Stolz darein an dem Bunde kein weiteres Gewicht anzusprechen als jenes seiner Stimme und einer unbedingt föderativen Gesinnung. Die Idee systematischen Gegensatzes gegen die beiden Großmächte oder verwandten Systematismus liegt ihm ebenso fern als das indirekte Begünstigen eines Radikalismus.

Von der Oneich, schreibt die Spenr. Z.: Die „Deutsche Zeitung" Nr. 11 und 12 wurde kürzlich wieder einmal von der Censurbehörde zurückbehalten. Man begreift nicht recht, wie man die Freigebung der innern Landesangelegenheiten von der Censur zu verstehen habe.

**Würtemberg.** ♂ Stuttgart, 20. Jan. Seit d. 15. ist das hiesige Militär verstärkt, bei Nacht Kavallerievatrouillen, in den Kasernen besondere Maßregeln, daß erforderlichen Falls Infanterie und Kavallerie auf der Stelle ausrücken kann. Mehrfach übereinstimmende Mittheilungen von auswärtigen Blättern, daß ein Aufstand ausbrechen soll — nach verschiedenen Artikeln am bereits ruhig vorübergegangen 15. Jan. oder übermorgen, am Eröffnungstage der Kammer — hätten diese Maßregeln hervorgeführt, über welche Alles erstaunt ist, da die nicht mit politischen Augen verfehenen Menschen auch nicht die leisesten Anzeichen einer beverstehenden Krawalls zu entdecken vermögen, vielmehr Alles tiefe Ruhe anbetet.

Stuttgart, 17. Jan. Einigen der Maiumultuanten ist sorben das Urtheil publicirt worden. Die höchste Strafe, 2½ Jahre Festung, erhielt Musikus Selter, fünf andere Betheiligte erhielten Kreisgefängniß von bez. 1 Jahr 4 Monaten, 8 Monaten, 2 Monaten und 1 Monat.

Aus Stuttgart, 18. Jan. Zu den Leuten, welche, um in ihrem Terte fortmachen zu können, für alle Widerlegung taub sind, gehört der Stuttgarter Korrespondent der Karlsruher Zeitung, deren heutige Nummer den Stuttgarter Maiumult und die von ihm veranlaßte sog. Protestbeschwerde abermals zur Sprache bringt, um zweckdienliche Betrachtungen über die würtembergische Opposition daran zu knüpfen. Der Korrespondent bezeichnet jene Beschwerde wiederholt als ein frivoles Oppositionsmittel; die in auswärtigen Blättern, da die einheimischen nicht sprechen dürfen, schon mehrmals entgegengehaltene Wahrheit ist, daß die Leute, welche der Augenblick zur Unterzeichnung jener Beschwerde zusammenführte, einander grenzenlos ganz fremd und daß sie unverkennbar nur von dem Eindrucke des Augenblickes bestimmt waren. Der Bezug, daß man die Beschwerde als ein Agitationsmittel aufgebracht habe, ist eine wohlfeile Erdichtung, deren Zweck ganz nahe liegt. Daß ein Theil der Unterzeichner sich bei der Art und Weise, wie man, statt die erwartete Genugthuung herbeizuführen, ihnen über den Mund fuhr, keineswegs beruhigte, sondern die Genugthuung bei den höheren Instanzen suchte, das war keine Agi-

Digitized by Google

tation, sondern Sache eines wiederholt verletzten Ehr- und Rechtsgefühles. Auch bemerke man, daß alle diese Schritte zunächst mit dem Geschäftigsten von der „guten Presse“, neben der Karlsruher Zeitung namentlich von dem in seiner Eigenschaft als Stuttgarter Politikkommissär an der Quelle sitzenden Korrespondenten der „Ulmer Chronik“ veröffentlicht wurden, um sie mit Invektiven zu begleiten. Der Korrespondent der Karlsruher Zeitung weiß siegreich auf die „eigentlichen Bürger“ hin, welche größtentheils von der Wetterverfolgung der Beschwerde zurückgetreten seien, weil sie ihr Unrecht eingesehen haben. Uns ist es nicht gegeben, Herzen und Nieren jener Bürger gleich genau zu prüfen. Aber nachdem Mehreren derselben vornehme Kunschaften mit ausdrücklicher Berufung auf ihren mißliebigen Schritt gekündigt worden waren, nachdem die Beschwerde einen so ausnehmend ungünstigen amtlichen und außeramtlichen Empfang gefunden hatte, nachdem sie der Schwäb. Merkur und ähnliche Blätter als ein verwerfliches Attentat schilderten, so scheint es uns vorerst, die Zurücknahme jenes Schrittes ohne Weiteres als einen Durchbruch der wahren Ueberzeugung zu prüfen. Gesetzt aber auch, es hätte endlich nur noch Ein Mann bei der Beschwerde ausgehalten, so blieb auf ihr innere Berechtigung der Abfall der Uebrigen ohne allen Einfluß. Thatsache ist, daß im Dienst befindliche Militärpersonen (nur von „Einzelnen“ sprach die Beschwerde, während die Karlsr. Z. immer wieder das Militär überhaupt unterlegt) auch nach Zerstreuung des Tumultes Personen, die ihnen da und dort in den Straßen begegneten, gröblich, mitunter aufs Blut mißhandelten. Thatsache ist es, daß die zu Protokoll genommenen und unterschriebenen Beschwerden solcher Personen unverzüglich der Stadtdirektion übergeben wurden. Thatsache ist es, daß sofort ein großgedruckter Artikel des Schwäb. Merkurs verkündigte, das Militär habe sich ohne Ausnahme mit musterhafter Mäßigung benommen; und Thatsache endlich, daß die Stadtdirektion, ohne eine einzige jener in den Protokollen unterzeichneten Personen zu vernehmen, in einer überaus herben Veröffentlichung die Beschwerde als vollkommen grundlos zurückwies, ein Beschrid, der im Wesentlichen durch alle Retursinstanzen bestätigt wurde. Im Ungriff dieser Thatsachen ist es vollkommen gleichgiltig, ob die Berichten, was die Karlsr. Z. immer wieder behauptet, neugierige Spaziergänger waren, wiewohl gerade jene von der Censur unterdrückten Beschwerdeprotokolle beweisen, daß Leute, die ihr Beruf oder der Heimweg aus entfernten, ruhigen Stadttheilen den Lanzen und Kolben entgegenführte, angefallen und verletzt wurden. Wären es aber auch lauter Neugierige, durch den Krawall Herbeigerufene gewesen, und wäre es als Fürwitz zu beurtheilen, wenn der Bürger bei nächtlichem Tumult, Gewehrfeuer und Generalmarsch, statt sich zu verkriechen, nach dem überraschenden Vorgange sieht, um zu wissen, woran er mit den Seinigen ist, gesetzt dies Alles, so blieb das Geringste, was man dem Publikum schuldig war, jedenfalls, daß irgend ein Ausdruck des Bedauerns über diese Verletzungen Unbetheiligter den Weg in die Oeffentlichkeit fand, in welcher statt dessen ein unbedingtes Lob des Militärs und unter dem Schutze einer Censur, welche die Besprechung geradezu abschnitt, die schmählichsten Beschuldigungen der Opposition sich regungen, als habe sie den Krawall moralisch verschuldet, als seien die Unterzeichner der Adresse politische Wühler und Hochverrathsbehandlen. Schon damals half die Karlsr. Z. redlich zu solchen Verdächtigungen mit, und sie hat diese Operation seither in angemessenen Zeitabschnitten wiederholt. Wir wissen, daß man die bevorstehende Erörterung jener Vorgänge, die wegen des von der Verwaltung kundgegebenen Geistes von hohem staatsrechtlichen Belange sind, an gewissen Orten sehr wenig wünscht und daß man sich bemüht, möglichst dagegen einzunehmen. Allein die Wahrheit wird in der Kammer doch gesagt werden, und schreitet man auch verfassungsmäßig über sie hin zur Tagesordnung, können oder wollen die Kammerberichte unserer Zeitungen sie ohne Zweifel nur verstümmelt zeigen, so stellt sie sich doch in den Protokollen dar — für spätere Zeiten ein merkwürdiges Beispiel, welch barbarische Begriffe über die Stellung des Bürgers zur Militärgewalt noch in unseren Tagen obenauf waren.

**Sachsen.** * Leipzig, 15. Jan. Ueber die Chemnitzer Angelegenheit werden in diesen Tagen mehrere Broschüren erschienen, und zwar im Auslande, da das Impelmateur im Inlande verboten ist. Unsere Censur wird vom hiesigen Censor Marbach so streng ausgeübt, daß es in der That kaum glaublich erscheint. Er streicht die unschuldigsten Sätze; so durften nicht einmal die Namen derjenigen in der Staatsbürgerzeitung genannt werden, welche muthmaßlich Kandidaten für die nächsten Landtagswahlen in einzelnen Bezirken sein werden, weil deren Namen höheren Ortes nicht beliebt sein mögen und ihre Wahlumtriebe sein könnten. Man scheint im Volke liberale Machinationen zu ahnen, die in der That nicht vorhanden sind. Auch die Gymnasialdirektoren haben die schärfsten Instruktionen erhalten, alle Zusammenkünfte ihrer Schüler, unter welchem Namen sie auch stattfinden mögen, zu verbieten. Eine Uebertretung kann nicht bloß Vorschickung von der Schule, sondern selbst Zurückweisung von der Universität nach sich ziehen. Die Fälle sind bis ins Einzelne bezeichnet und den Schülern mitgetheilt, sodaß sie keine Entschuldigung mehr haben. Zum Glück sind aber politische Verbindungen unter Schülern am hiesigen Orte nicht kund geworden. Die Auswüchse einzelner Betirten im Vaterlande wirken somit auf alle Gymnasien zurück; die Gymnasiallehrer tragen aber schwerlich die Schuld, wenn einzelne Schüler sich Uebergriffe in ihren fern liegende Sphären erlaubt haben.

*** Aus dem **Hannoverschen**, 15. Jan. Sie werden in den Hamburger und Bremer Blättern, die sich vorzugsweise mit den hannoverschen Angelegenheiten beschäftigen, so Manches über die Angelegenheit des Kandidaten Hirsche lesen, was Ihnen vielleicht ohne Kenntnis der Anteidenten dieser Sache nicht ganz verständlich ist, daß ich mir erlaube, Ihnen über dieselbe einige Mittheilungen zu machen, zumal gar manches für unsere Verhältnisse Charakteristisches dabei zum Vorschein kommt, und das Thema, um welches sie sich dreht, leider nur zu zeitgemäß ist. Im Sept. 1846 — so alt ist die Geschichte — predigte in der Marienkirche zu Osnabrück der Kandidat Hirsche aus Holzminden zur Wahl; in einer Predigt kam eine Stelle vor, die gegen die symbolischen Bücher gerichtet war oder gerichtet schien. Die Predigt hatte sonst so sehr den Beifall der Gemeinde, daß Hirsche mit bedeutender Majorität zu der erledigten Predigerstelle ernannt wurde. Die Bestätigung des Gewählten mußte vom Ministerium der geistlichen Angelegenheiten zu Hannover erfolgen und durfte, nach Vorschrift des Landesverfassungsgesetzes, ohne erhebliche Gründe nicht versagt werden. Eine Anzahl strenggläubig gesinnter Mitglieder jener Gemeinde, Pietisten, wie sie gewöhnlich genannt werden, hatte an jener Wahlpredigt Anstoß genommen und reichte beim Minister der geistlichen Angelegenheiten einen Protest gegen die Bestätigung des Kandidaten Hirsche ein. Da bisher von Oben herab weder die eine, noch die andere Glaubensrichtung begünstigt werden, so hatte jener Protest gegen eine sonst in jeder Hinsicht giltige und rechtmäßige Wahl wenig Aussicht auf Erfolg, wenn man nicht etwa den Kredit und Einfluß in Anschlag bringen wollte, welchen der Kanzleidirektor Meyer, in Osnabrück der hervorragendste Mann der Strenggläubigen, bei seinen genauen Freunden in Hannover, dem Geh. Kabinetsrath v. Falcke und dem — inzwischen zum Chef des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten beförderten — Grafen Wedel besitzt und angeblich in dieser Sache zu benutzen versucht haben soll. Das Ministerium schien in der Angelegenheit mit der äußersten Unparteilichkeit verfahren zu wollen; es übertrug dem Konsistorium in Hannover eine Prüfung des Kandidaten Hirsche. Die Prüfung ward von dieser Behörde mit aller Strenge vorgenommen, sie aber in der Rücksicht für den Kandidaten Hirsche auf das Allergünstigste aus; das Konsistorium überzeugte sich, daß Kandidat Hirsche ein ebenso frommer als gelehrter Mann sei, daß also die kanonischen Eigenschaften, um die allein es sich hier handeln konnte, vorhanden seien; demgemäß sprach sich das Konsistorium (wie allgemein behauptet wird) für unbedingte Zulassung des Kandidaten Hirsche zum Predigtamte aus. Nun hätte man erwarten dürfen, daß die Bestätigung von Seite des Ministeriums erfolgt wäre, allein diese Erwartung wurde getäuscht; die Bestätigung wurde vielmehr verweigert, und zwar auf den Grund jener Predigt und des durch dieselbe bei einem Theile der Gemeinde gegebenen Aergernisses; dabei wurde interessen das für Hirsche so sehr günstige Resultat der Prüfung anerkannt, wie auch ausgesprochen, daß derselbe nach dem Gutachten des Konsistoriums zum Predigtamte zuzulassen sei, mit Ausnahme jedoch einer Predigerstelle in der Stadt Osnabrück, d. h. der Stelle, um die es gerade sich handelte. Die Sache mußte natürlich sehr böses Blut machen, und die Entscheidung um so schärfer correzen, je mehr das Ministerium den Schein der Unparteilichkeit zu wahren suchte; die hannoversche Zeitung, die sich bekanntlich sonst um hannoversche Angelegenheiten nicht kümmert, brachte eine sehr anerkennende officielle Rechtfertigung des Ministeriums, die aber trotz aller schlauen Wendungen Niemanden, der den Sachverhalt kannte, befriedigen mochte. Die in ihren verfassungsmäßigen Rechten verletzte Gemeinde hat nun beschlossen, beim Königlichen Beschwerde zu führen, — allein unter den bewandten Umständen ist schwerlich auf Erfolg zu hoffen.

© Frankfurt, 17. Jan. Ich kann aus bester Quelle melden, daß das der Bundesversammlung vorgelegte allgemeine deutsche

Digitized by Google

Verfassung gegenwärtig bei den verschiedenen Bundestagsgesandten cirkulirt und nächstens zur Berathung kommen wird. Liberalerer der Gesandten sagen, es sei nicht so schlimm, als man hätte glauben können. Man erwartet ziemlich baldige Erledigung der Sache.

**Schweiz.**

Bern, 19. Jan. Die Nachrichten aus den ehemaligen, zum größtentheils regenerirten Sonderbundskantonen sind nicht geeignet, die Hoffnungen zu rechtfertigen, welche man aus dem Umschwung ihrer politischen Verhältnisse für eine Förderung der gemeineidgenössischen Interessen zu hegen mit allem Grund berechtigt war. Das Zuger und nach den neuesten Berichten auch das Walliser Volk haben zwar die neue Verfassung angenommen, Schwyz wird bald über den neu vorliegenden Entwurf abstimmen und der Luzerner Gr. Rath hat nur noch wenige §§. zu berathen, aber im Ganzen genommen, mit Ausnahme einiger Verbesserungen in der Verwaltung, dem Personenwechsel in den Regierungen wird es, besonders was das Princip des Staatslebens angeht, beim Alten bleiben. Luzern, Schwyz und Wallis erklären die katholische Religion als Staatsreligion; von Gewissensfreiheit keine Rede; durch das Gesetz bestimmt ausgesprochene Inlassung eines öffentlichen protestantischen Kultus wird schmerzlich vermißt. In Luzern kann auch künftig kein protestantischer Schweizer das Bürgerrecht erlangen, während jeder Ausländer, wenn er nur Katholik ist oder es schnell wird, in den Luzerner Bürgerverband aufgenommen werden kann. Die Liberalen in Schwyz sind so furchtsam, daß keiner es im Verfassungsrath nur wagte, den Antrag auf freies Niederlassungsrecht der Schweizerbürger zu stellen. So wird Schwyz isolirt bleiben; Industrie und Verkehr können sich nicht heben, das Volk bleibt zur fortdauernden Armuth verurtheilt, und die jetzt freilich befestigten Matadoren werden, da sie allein im Besitze der Reichthümer sind, bald wieder ihre alte Vormundschaft über die Masse ausüben. Die eben an der Spitze der Geschäfte stehenden Männer haben dort, wie es scheint, keinen Muth, die nöthigen Reformen durchzuführen, oder es ist ihnen bei der entschiedenen Abhängigkeit des Volks von den Reichen und den Geistlichen die Hoffnung des Gelingens genommen. Der Geistlichkeit wird in Luzern ihr früherer Einfluß auf die Volkserziehung und auch Schulwesen nur wenig geschmälert werden, da die Verfassung festsetzt, von den 7 Mitgliedern des Erziehungsrathe müssen 3 Geistliche sein, welche freilich nicht mehr, wie bisher von den Landeskapiteln, sondern auf einen Neunervorschlag des Gr. Raths von dem Bischof gewählt werden. Es steht zu erwarten, daß der Gr. Rath wenigstens in seiner jetzigen Zusammensetzung tüchtige, dem Fortschritt ergebene Männer aus dem geistlichen Stande vorschlagen wird. Die Preßfreiheit und das Vereinsrecht sind in der Luzerner Verfassung so verklausulirt, daß diese Hauptgarantie der Volksfreiheit je nach dem Geist, der in der Regierung herrscht, illusorisch werden müssen. In Freiburg herrscht große Verlegenheit und in den Volksversammlungen des Greyerz Kreises manche Verwirrung und oft Unklarheit. Grund davon ist, daß sie nicht wissen, woher das Geld nehmen, um die Schulden zu bezahlen. So beschloß der Gr. Rath letzthin, von den Urhebern des Sonderbunds eine Zwangsanleihen von 2 Mill. Fr. zu erheben, das während 10 Jahre kein Zins, von da an aber 3 Prz. tragen sollte. Der zweite Theil des Antrags aber, zur endlichen Zurückerstattung dieses Anlehens alle Klöster mit Ausnahme von vier aufzuheben, konnte nicht durchdringen. Da aber dieser Punkt mit dem angenommenen Zwangsanleihen in nächster Verbindung steht, indem gerade die Güter der Klöster als Hypothek für die Gläubiger dienen sollen, so ist man hier sehr gespannt, wie man dieses Knoten lösen wird. — Die provisorische Regierung von Freiburg hat in Betracht, daß bei Anlaß der letzten politischen und kriegerischen Ereignisse die gestürzten Behörden den Muth der Milizen betrogen und gestäuscht haben, und daß dadurch Verwirrung und Mißtrauen unter die Mannschaft und eine große Störung in ihrer materiellen und allgemeinen Organisation entstanden ist, beschlossen: alle militärischen Korps des Kantons seien aufgelöst; dieselben sollen unverzüglich dem eidg. Reglement und den noch bestehenden kantonalen Gesetzen gemäß wieder organisirt werden. — Aus Wallis ist die wichtige Nachricht eingetroffen, daß das Volk in seiner Abstimmung am 16. d. die Verfassung angenommen und die Schlußsitzung der Klostergüter genehmigt hat. — Nach einem allgemein verbreiteten Gerüchte soll der Papst über unsere Schweizerangelegenheiten etwas besser berichtet worden sein; den bisherigen Kuntius, der ihn durch übertriebene und unwahre Berichte täuschte, abberufen und an dessen Stelle einen ausgezeichneten und gemäßigten Prälaten herzusenden beschlossen haben.

Δ Zürich, 16. Jan. Die Konstitutionsdebatten der kleinen Kantone machen in der Welt wenig Lärm, indeß sind dennoch Veränderungen projektirt, die den Staatshaushalt dieser merkwürdigen Ländchen gänzlich umgestalten werden. Für denjenigen, der mit der Einrichtung jener Kantone nicht genau vertraut ist, ist indeß Vieles unverständlich. Ich will Ihnen deßhalb in Kürze die eigentlichen Hauptfragen bezeichnen. In Schwyz und Zug wird die Landesgemeinde „die hoh' G'walt" abgeschafft und die Landlbung der Souveränetät den großen Räthen übertragen. In Zug war früher schon durch Landammann Sidlers Einfluß ihre Macht als Souverän dahin geminbert worden, daß ihr bloß die Wahlen der ersten Landesbeamtungen, des Landammanns, Statthalters, Seckelmeisters, Fähndrichs und der Gesandten zustand; wie natürlich waren diese Wahlen von den „Herren" immer vorher abgestarkt, und der Souverän hatte nur sein schönes deutsches Ja dazu zu nicken. In Schwyz war die Landesgemeinde dagegen noch beibehalten, alle Gesetze sollten von ihr beraten werden. Wie dies zuging, kann man sich denken. Vieles, was in den Bereich der Kantonsgemeinde gehört hätte, wurde auf dem Weg von „Verordnungen" im Rathe abgethan, und was noch vor die Gemeinde kam, wurde von ihr an Kommissionen gewiesen, den 10,000 versammelte Männer können unmöglich ordentlich berathen. Es blieb also der Landesgemeinde bloß ein Veto und die Wahlen, wo denn, wie in Zug, ebenfalls Alles am Schnürchen ging. Schwyz mit seinen 40,000 Seelen war zu groß, Zug zu gebildet, um länger diese rohefte Form der Demokratie beibehalten zu können; so gehen denn die beiden Ländchen in die Hymen der Repräsentativdemokratie über. Werdwürdig ist dabei nur, daß von seiner Seite her Eidsgenossitz bei den Verlauf der unmittelbaren Theilnahme des Volks in der Landesversammlung in Vorschlag gebracht wurden, wie z. B. das Veto, so daß Sie gegenwärtig die auffallende Erscheinung haben, daß das alt aristokratischte Bern, St. Gallen u. s. f. demokratischere Institutionen besitzen, als diese altdemokratischen Länder. — Daneben werden dann materiell wichtige Verbesserungen angebahnt, festere Ausscheidung der Befugnisse der Regierung von denen des Großen Raths, Trennung der Justiz von der Verwaltung in Zug sogar direkte Steuern. In Zug wird die vom Verfassungsrath einmüthig vorgeschlagene Verfassung unzweifelhaft von der großen Mehrheit des Volkes angenommen werden, dagegen ist es gar nicht gewiß, daß der Große Rath liberal aufsallen werde, da die Konservativen werden alle Kräfte auf, und man erwartet eine liberale Minderheit von 2—3 Stimmen, im besten Falle eine so große Majorität. — In Schwyz glaubt man einer zwar kleinen Mehrheit liberaler Stimmen sicherer zu sein. Die streitigsten Fragen sind dort die über die Bezirkseintheilung (ob 4 oder 8 Bezirke) und über den Wechsel des Hauptorts des Kantons (ob bloß Schwyz oder daneben noch Einsiedeln und Lachen). Der Bezirk Schwyz zählt nämlich 16,000 Seelen, also fast die Hälfte der Einwohner des Kantons; dort sind zudem die größten Kapitalien und die einflußreichsten konservativen Notabilitäten. Dieser Bezirk beherrschte bisher deßhalb faktisch das Land, die liberale Minderheit in demselben war unterdrückt, und wenn der Rath in Schwyz sich versammelte, so wurden auch die gemäßigteren Männer von der Geistlichkeit in Verbindung mit den Magnaten von Schwyz so bearbeitet, daß sie zu Allem ihre Zustimmung gaben. Deßhalb wünschen nun die Liberalen, den Bezirk Schwyz zu zerreißen und mit dem Hauptort abzuwechseln, und es hat sich über diese scheinbar unbedeutende Frage der Hauptkampf im Verfassungsrath gedreht; hinsichtlich der Bezirkseintheilung siegten die Liberalen, dagegen blieben sie in der zweiten Frage durch die Entscheidung des Präsidenten in der Minderheit.

Die Basler Zeitung bringt jetzt das schon mehrfach erwähnte Memorandum Stratfort Canning's an den Bundespräsidenten; wir werden morgen auf dieses interessante Aktenstück zurückkommen.

**Großbritannien.**

London, 17. Jan. Die Kommission zur Untersuchung und Aburtheilung der in Irland begangenen Verbrechen hat ihrer Sitzung in Limerick beendigt und sich sofort nach Ennis in Clare begeben, um das gleiche richterliche Geschäft auch hier auszuüben. Nicht weniger als 164 eingekerkerte Verbrecher, hierunter 6 Mörder, sehen in dieser Grafschaft ihrer Aburtheilung entgegen. Die in der Grafschaft Limerick zum Galgen verurtheilten Mordgesellen zeigten meist eine Absicht erregende Ruhe und Gleichgiltigkeit. Mehrere, welche mit Feuerwaffen in der Hand Angriffe auf Häuser gemacht hatten, wurden zu 7—10 Jahren Deportation verurtheilt. Inzwischen möchte wieder die Ruh in verschiedenen Theilen Irlands ins Grausenhafte; man findet nicht selten die Leichen Verhungerter und Verschmachteter auf offenem Felde und an den Heerstraßen; unter Andern fand man jüngst in der Grafschaft Kerry, auf dem Wege von Kenmare nach Castletown 4 Leichname von Kindern beisammen. Der häufige Anblick solcher Scenen ist freilich geeignet, zuletzt im Volke alles zarte-

Digitized by Google

Gefühl anzuregen und nur Empfindungen der Rache und des Grolls zu nähren. Die Gerechtigkeit thut jetzt, ihren Schritt von Großmuth zu Großmuth weiter fortend, ihr pflichtmäßiges Werk; hoffen wir, daß wenn der Galgen seine traurige Arbeit verrichtet haben wird, eine humane Gesetzgebung versuchen wird, nicht blos diesem unglücklichen Lande die Prognose zu stellen, sondern die Uebel, an denen es leidet, aus der Wurzel zu heilen. Bis jetzt hat die Regierung in dieser Hinsicht mehr versprochen als gehalten.

Die englischen Journale können mit Moralpredigten nach allen Seiten hin nicht fertig werden, und es ist in der That wahr, daß die kontinentale Politik in jüngster Zeit genug Blößen gegeben hat, um die Kritik so gewigter Staatsmänner sich Beobachter, wie jenseit des Kanals wohnen, zu immer wiederholten Stängen auf scharfe Waffen herauszufordern. Namentlich warnen die Times vor der Politik Frankreichs, die es niegends ehrlich meine. Das Organ der Regierung und des Hofes, das J. D. D., liebäugele zwar zuweilen mit den Völkern, die, wie die italienischen, den Weg der Reformen beschritten hätten, aber man solle sich nicht täuschen lassen, die französische Regierung spreche anders, als sie handele, sie sei durchaus falsch, wie ihr Organ, das genannte Journal, welches auch seiner Zweideutigkeit wegen von den Florentinern verbrannt worden sei; in Italien spiele Frankreich ein ganz verdecktes Spiel und, wie man kaum zweifeln dürfe, mit Oesterreich unter einer Decke; dieses warte nur auf eine Gelegenheit, namentlich auf Aufstände im Neapolitanischen und auf den Ruf des Königs von Neapel, um in Militär- und Unterstützungen einrücken zu können; Frankreich werde ruhig zusehen, während Oesterreich feinerseits sich darum nicht zu kümmern versprochen habe, was Frankreich in Spanien vorhabe. Uebrigens wollen die Times wissen, daß am französischen Hofe eine gedrückte Stimmung herrsche; man sehe mit wirklicher Besorgniß der Zukunft entgegen, man fürchte mit den Schlangenwindungen einer zweideutigen achselträgerischen Politik auf die Dauer den offenen Blick der Völker nicht mehr täuschen zu können; doch sei der König entschlossen, Gutzot, so lange es nur immer gehe, aufrecht zu halten. — Eben so bedenklich äußert sich dies Journal in Betreff Spaniens, es spricht sich mit gerechter Entrüstung über die Weise aus, wie man Salamanca, statt ihm in rechtlicher Weise den Prozeß zu machen, in den Grund zu Tode gehetzt habe. Viel erwarten die Times von Espartero, der, wenn auch kritischen Zeiten nicht gewachsen, doch ein rechtlicher, wohlmeinender und von konstitutioneller Gesinnung erfüllter Mann sei; die Times wünschen und prophezeien eine Verbindung zwischen Espartero und Narvaez; wenn beide ihre Einflüsse vereinigten, würden sie wohl im Stande sein, eine Nationalpartei zu bilden und dem französischen Einfluß ein Ende zu machen; auch sei Narvaez durchaus nicht so französisch gesinnt als man annehme, er sei im Besitz der schönsten französischen Korruptionsgeschichten und sehr geneigt, sie unter Umständen an den Tag zu bringen. (Je mehr Achtung man für Espartero hegt, um so eher möchte man doch gemeint sein, eine Verbindung zwischen Espartero und Narvaez für eine monstreuse zu halten. Der Boden in Spanien ist von Kabalen und Intriguen so durchwühlt und unterthöhlt, die Leidenschaften der Parteiführer sind so erhitzt und angefacht, daß man für die nächste Zukunft Spaniens noch immer ernstlich besorgt und einer abermaligen Katastrophe gewärtig sein darf. Geht wenn diese eingetreten, dürfte es Espartero gelingen, aus aufrichtig konstitutionellen Männern eine Regierung zu bilden, welche Bestand zu haben versprähe). — Aber auch der einheimischen Palmerstonschen Politik fagen die Times die derbsten Wahrheiten. Die Times wie die Kaufleute der City waren eigentlich wie Freunde der etwas lebhaften Palmerston'schen Politik, und nur in der Schweizer Angelegenheit erklärten sie sich mit ihr einmal über den andern gaben zu, daß hier Palmerston mit großer Uebereilgenheit des Geistes, Ausdrucks und Besonnenheit verfahren sei. Dagegen findet die Strafrede, welche jüngst der Minister des Auswärtigen der griechischen Regierung gehalten hat (der Observer hat jetzt die bekannte, auch in unserer Zeitung Nr. 5 Beil. mitgetheilte Palmerston'sche Depesche an Sir E. Lyons veröffentlicht), die entschiedenste Mißbilligung der Times, welche in diesem Memorandum nicht nur eine Verletzung der gewöhnlichsten Höflichkeitsbegriffe, sondern geradezu einer Verletzung des Völkerrechts erkennen wollen. Diese Ansichtsdrigung ist am Ende gerade ebenso überstark, wie die Sprache in dem Palmerston'schen Schreiben.

Das Morn. Chr. enthält übrigens eine Verthedigung der Palmerston'schen Politik gegen die Jesuiten, den Grafen von Montalembert und die Times mit eingeschlossen, auf deren beziehendste Punkte wir noch zurückkommen.

Die Post entnimmt einem in Rochester erschienenen Blatte eine Betrachtung über die Zustände in Kanada, wonach hier in nicht langer Frist der Ausbruch einer zweiten Revolution zu befürchten wäre. Die Rückkehr Papineau's nach Unterkanada habe den Reuen die Hoffnung erweckt, daß es jetzt Zeit sei zu einem neuen und letzten Versuche, sich der englischen Herrschaft zu entziehen. Pläne der reichen Einwohner von Quebec und Montreal seien in dies Unterfangen verflochten, auch habe die Regierung bereits ein Revolutionsprogramm entdeckt, welches im Geheimen die Runde mache. Bei der gegenwärtigen Stimmung in den Ver. Staaten dürfte ein Empörungsversuch jetzt leicht ganz andere Folgen haben, als die Insurrektion im J. 1837.

## Frankreich.

Paris, 19. Jan. Zu unserer größten Ueberraschung lesen wir in dem heutigen Journal des Debats, daß das Ministerium sehr geneigt sei, das Verlangen nach Wahlreform, zwar nicht im Laufe des diesjährigen Landtags, aber doch früher oder später in Erwägung zu ziehen. Wir können, sagt das J. d. D., in dem Geiste des Friedens, der uns beseelt, der Opposition ein Zugeständniß machen; wir glauben nämlich, daß die Frage der Wahlreform vor Ablauf der gegenwärtigen Legislatur (die bekanntlich in drei Jahren zu Ende geht) einer ernstlichen Prüfung unterzogen werden muß. Das Ministerium, wir sind davon überzeugt, theilt unsere Ansicht. Bis jetzt haben wir die dahin zielenden Anträge deßhalb bekämpft, weil sie vorzeitig waren." Somit glaubt also die Regierung wenigstens eine Aussicht stellen zu müssen, welche geeignet ist, die auf die Wahlreform gestellten Forderungen einigermaßen zu beschwichtigen. Daß es mit dieser Verrößung auf die Zukunft ernstlich gemeint sei, möchten wir freilich nicht verbürgen. Wie wenig übrigens Frankreich mit der Wahlreform gewinnen würde, wenn sie ihm wirklich zu Theil würde, dadüber haben wir unsere Meinung wiederholt ausgesprochen.

Heute Abend wird eine große Deputation der Pairskammer dem Könige die Antwortsadresse überreichen, und bei dieser Gelegenheit wird die Wahrheit über den Gesundheitszustand Louis Philippe wohl endlich zu Tage kommen. Die Pfiffigen behaupten, man verbreite absichtlich den Glauben an seine Krankheit, um dem Ministerium über die schwierigen Adreßverthandlungen in der Abgeordnetenkammer hinwegzuhelfen.

Der Allg. Zeit. wird unterm 10. aus Toulon geschrieben: „Die Barke, welche Abdel-Kader und seine Familie nach dem Fort Lamalgue brachte, langte um 4½ Uhr auf dem Landungsplatz an, wo eine Ehren-Kompagnie aufgestellt und eine beträchtliche Menge herzusammelt war. Im ersten Kahn saß Abdel-Kader, neben ihm Hr. Rousseau, der Dolmetscher. Auf dem andern befanden sich Ben-Thami, der Sohn des Emirs, ein Knabe, der durch sein munteres, verständiges Wesen auffiel, die Frauen, worunter die alte Mutter Abdel-Kaders bemerkt wurde. Alle Welt empfing sie mit tiefem Stillschweigen. Abdel-Kader mit seinem Sohn stieg zuerst in einen Wagen, für die übrigen Gefangenen standen zwei Omnibus bereit. In wenigen Augenblicken befanden sie sich unter Bedeckung der Kompagnie in dem Fort. Der Emir, der als ein gewöhnlicher Gefangener empfangen wurde, sah sehr niedergeschlagen aus und soll nachdrücklich gegen diesen „Wortbruch" protestirt haben. In diesem Sinne, verschert man, habe er an den König, den Minister des Innern, den Herzog von Aumale geschrieben. Während seines Aufenthalts im Lazareth war kein Augenblick, wo er nicht arbeitete. Im Fort wurde er von dem neuen Kommandanten, dem Oberlieutenant Lheureux, Adjutanten des Kriegsministers, empfangen, und von diesem Augenblick war das Fort abgesperrt. Die übrigen Gefangenen des Lazareths sind nach dem Fort Malbousquet geschickt. Noch glaubt man im Publikum, daß diese Maßregel bloß provisorisch sein werde, als ein sanfter Zwang, ihn zu bestimmen, auf die Reise nach dem Orient zu verzichten, worauf ihm dann ein weniger gefängnißartiger Aufenthalt in Frankreich angewiesen werden dürfte. Wenn sich Abdel-Kader inzwischen wirklich, wie das J. d. D. berichtet, dem König der Franzosen auf Gnade und Ungnade in die Hände gegeben hat, so darf man sich wundern, daß Hr. Guizot auf die an ihn gerichtete Frage des Hrn. Boissy nur von der „Aussicht" gesprochen hat, das Interesse der Sicherheit Algeriens mit den dem Worte des Statthalters gebührenden Rücksichten durch einen Mittelweg auszugleichen. Hat Abdel-Kader sich den Brief, der ihm zugesichterten wird in der That abpressen lassen, so ist jene Ausgleichung der Form nach bereits gefunden. Wie es sich mit dem Wesen der Sache verhält, verräth übrigens das J. d. D. selbst dadurch, daß es in seiner Nummer vom 18. die Aeußerung macht: „Abdel-Kader wolle natürlich lieber der Gast als der Gefangene Frankreichs sein."

Digitized by Google

### Spanien.

Die Madrider Post, welche beständig im Rückstande ist, hat seit mehreren Tagen durchaus keine Nachrichten von Belang gebracht. Die Königin, deren Gesundheitszustand als sehr bedenklich geschildert wurde, befindet sich so wohl, daß sie trotz der in Madrid herrschenden Kälte, auf die Jagd gehen kann. Die spanische Hauptstadt wird übrigens fortwährend von der Grippe arg heimgesucht. Espartero liegt schwer an ihr darnieder. Die Volksversammlungen vor seinem Hause, die laxwischen aufgeboten haben, hatten der Regierung einige Besorgnisse eingeflößt, und um auf allen Fall gefaßt zu sein, ließ der General Narvaez einige Wurfgeschützen in Bereitschaft halten, die bei einem etwaigen Aufbrausen der Leidenschaften, als Abkühlungsmittel gebraucht werden sollten. Man erinnert sich, daß der Marschall Lodau diese neue Art Geschütz mit vielem Erfolge gegen eine Pariser Emeute angewendet hat. Der Heraldo bemerkt, daß die Spritzen den vor der Wohnung Espateros versammelten Leuten, auch insofern einen guten Dienst geleistet haben würden, als die Mehrzahl derselben einer Wäsche sehr bedürftig gewesen zu sein schiene.

### Portugal.

Der Herzog von Terceira ist zum Gesandten am Hofe von Wien ernannt worden, ferner soll der Graf von Thomar (Costa Cabral) seine Ernennung zum außerordentlichen Gesandten am Hofe der Tuilerien angenommen haben. Daß der englische Gesandte, Sir H. Seymour, der Eröffnung der Cortes nicht beiwohnte und das unter Sir C. Napiers Befehl stehende Tajogeschwader die bei solchen Anlässen gewöhnlichen Ehrenbezeugungen zu geben unterlassen hatte, wird einfach als Kundgebung des Unwillens der Briten über die letzten in antienglischem Sinne ausgeschlagenen Wahlvorgänge gedeutet.

### Polen.

Aus Polen, 11. Jan. Mit dem heutigen Tage tritt in Polen statt des Code Napoléon, welcher bis dahin galt, der Codex Nicolai in Kraft. Die Gefälle zu schildern, mit welchen die Bewohner des Königreichs diese Justizreform einführen sehen, ist überflüssig
(Köln. Zeit.)

### Amerika.

Aus Lima schreibt man vom 10. Nov. v. J., daß endlich zwischen Peru und Bolivia ein Friedensvertrag zu Arequipa abgeschlossen worden ist; dagegen haben sich die drei Provinzen der Republik Bolivia: Potosi, Chuquisaca und Cochabamba gegen den gegenwärtigen Präsidenten Bolivias erklärt und seinen Vorgänger, den General Velasco, proklamirt. Ein neuer Bürgerkrieg, heißt es in der A. A. Z. weiter, ist unvermeidlich und die Schilderhebung dieser drei Provinzen um so mehr zu bedauern, da Bolivian durch seine mehrjährige Regierung, in der das Land Ihren Frieden lebte und dessen wohlthätige Folgen im Aufschwung seines Wohlstandes genoß, hinlänglich gezeigt hat, wie tüchtig er für die schwierige Präsidentenstelle ist.

In Montevideo stockten alle Geschäfte, da die Stadt zwar nicht mehr von den europäischen Friedensvermittlern, aber um so heftiger von dem General Oribe bedrängt und bombardirt wurde. Die Kugeln thaten der Stadt jedoch bisher weniger Schaden, als die früheren Protokolle des englischen und französischen Unterhändlers.

### Nachschrift.

* Karlsruhe, 21. Jan. Sichrem Vernehmen nach hat sich die Kommission über die Fabrikausgelegenheit heute Abend über folgende Anträge an die Kammer verständigt.

1) Wenn die gegenwärtig auf fl. 5,147,000 angeschlagene Gesammtschuld der Fabriken sich über fl. 5,400,000 herausstellen sollte, so wird der Vergleich den Ständen zur Genehmigung vorgelegt.

2) Den Inhabern der Partialobligationen können in keinem Falle mehr als 4% Zinsen zugesichert werden (nach dem Entwurf waren den Gläubigern der Kegler'schen Maschinenfabrik 4 1/2% gestattet).

3) Der Staat garantirt die Zinsen von drei Vierteilen der Partialobligationen der Kegler'schen Maschinenfabrik und von der Hälfte bei Gittingen und Wagbäusel mit 4% auf 15 Jahre.

4) Was eine Fabrik an Reinertrag jährlich abwirft, wird der Reihe nach: 1) zur Zahlung der vom Staate garantirten Zinsen; 2) der übrigen Zinsen; 3) zur Auslosung von Partialobligationen, deren Zinsen vom Staate garantirt sind, verwendet. Erst nachdem alle diese Partialobligationen getilgt sein werden, beginnt die Auslösung der übrigen.

5) Der ständische Ausschuß erhält bei seinem jährlichen Zusammentritte Kenntniß von der Verwendung des Ertrags der Fabriken im verflossenen Jahre.

Dies sind die wesentlichen Aenderungen und Zusätze an dem Entwurfe. Der Bericht des Abg. Mathy wird morgen in der Kammer vorgetragen; da vermuthlich der Druck beschleunigt wird, so kann die Verhandlung nicht vor Mittwoch oder Donnerstag Statt finden.

### Handels- und Börsennachrichten.

Frankfurt, 21. Jan. Oesterr. Met. 100 1/2 P. 2 1/2% 50 1/16 P. Bankaktien pro ult. 1902 P. — 500 fl. Loose von 1834 155 1/2 P. — 250 fl. Loose von 1839 111 1/2 P. Preußen. Köln-Mindener 99 1/2 P. — G. — Baiern. Ludwigs-Berbach 84 1/4 P. 84 G. — Würtemberg. 3 1/2% Obligat. 88 1/4 G. — Geldsorten: Neue Louisd'or 11 fl. 6 kr. — Fro'or 9 fl. 47 kr. — ditto Preuß. 9 fl. 53 1/2 kr. — Holl. 10 fl. Stücke 9 fl. 58 kr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 30 kr. — Engl. Souvereigns 12 fl. — kr. — Laubthaler ganze 2 fl. 43 1/4 — Preußische Thaler 1 fl. 44 1/2 kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 fl.

Berlin, 18. Jan. 3 1/2% Staats-Sch. 92 1/4 Prämien-Scheine 92 Poln. Loose 500 fl. 79 3/4 — ditto 300 fl. 100 Ludwigs-Berbach — Fr.-W.-Nordd. 54 — Köln-Minden 92.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[47] Bei Zeied. Bassermann in Mannheim ist erschienen:

# Geschichte der Chalifen

nach handschriftlichen, größtentheils noch unbenützten Quellen bearbeitet

von **Dr. Gustav Weil,**

a. o. Professor der morgenländischen Sprachen und Bibliothekar an der Universität Heidelberg, Mitglied der asiatischen Gesellschaft zu Paris und der deutschen morgenländischen zu Halle und Leipzig.

## Zweiter Band.

Die Abbasiden bis zur Einnahme von Bagdad durch die Buyiden. 132—334 d. H. oder 749—945 n. Chr.

Preis 4 Thlr. (6 fl.)

Der im vorigen Jahr erschienene erste Band dieses Werkes hat in der historischen Literatur Epoche gemacht. Das Journal des Savans (Aprilheft 1846) bemerkt unter Anderm: „Das Werk des Hrn. Weil füllt eine bedeutende Lücke in der Völkergeschichte. Man besaß bis jetzt keine zusammenhängende, vollständige Geschichte der Moslims. Hier findet man die glaubwürdigsten Berichte ihrer eigenen Schriftsteller, verglichen mit den Werken der byzantinischen und abendländischen. Die Zeitbestimmung der Ereignisse ist äußerst sorgfältig behandelt". — Schlosser, der Herod unserer Geschichtschreibung, sagt in der Vorrede seiner neuen Weltgeschichte (IV. H. 7): „Hr. Weil ist als einer der besten Kenner der orientalischen Sprachen in Frankreich und Deutschland bekannt; er hat aus Handschriften ganz neue Dinge ans Licht gebracht, sein Buch ist als Quelle zu betrachten. Die Namen, die Data, die Orte, die Thatsachen, welche Hr. Weil aus seinen Quellen oder nach seiner genauen Sprachkenntniß anders bestimmt hat, als der Verfasser gethan hatte, sind daher in diesem Hefte (IV. 7.) ohne Bedenken geändert worden. In der Auffassung des Allgemeinen ist Hr. Krieg mit Recht ihm allein gefolgt".

So ist der quellenmäßige, streng historische Charakter dieses Werkes allseitig anerkannt worden. Ein Gebiet von hoher Bedeutung für die politische, die Kultur- und Religionsgeschichte, von dem bisher nur geringe Theile nach den Erfordernissen unserer Zeit von eingelnen Gelehrten bearbeitet wurden, während über dem Ganzen noch das Dunkel der Mythe schwebte, wird hier zuerst im Zusammenhange auf den festen Boden der Thatsachen gestellt.

Der zweite Band ist nicht minder reich an wichtigen Forschungen, die besonders über die innere Gestaltung des Islams und seiner Literatur ein neues Licht verbreiten und daher seinen Freunde der Wahrheit und historischen Wissenschaft von Bedeutung sein müssen.

Um die Anschaffung des Werkes zu erleichtern, hat der Verlagshandlung den Preis des zweiten Bandes bei gleicher Bogenzahl bedeutend niedriger gestellt, als bei dem ersten Bande geschehen konnte.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England den Herr. Ewer u. Komp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Nordamerika Länder werden man sich an Gr. A. Meyersche Buchhandlung 28 Brüderstraße, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeber bedauern lebhaft das Erscheinen dieser Zeitung verzögert zu haben. Der Grund hiervon liegt darin, daß der Verleger im Anfange des Monats Februar in Großherzogthum Baden 6. 12. 28 fr. für Postgeld und der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7. (2 Sgr.) berechnet.

№ 24. Heidelberg, Montag 24. Januar 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf des preußischen Strafgesetzbuchs. V. (Schluß). — Berlin (eine Erklärung des Dr. Freyberg. Das Memorandum der drei Mächte in der Schweizerangelegenheit. Der Aurebach-Diepfleiser'sche Prozeß-streit. Was das Land von den Ausschüssen erwartet. Matthes v. Stolberg. Eine antihierarchische Dichtung). Von d. preuß. Weser (herumgiehender Buchverkäufer). Aus Breslau (Kriminalprozeß gegen die Unterzeichner der Adresse in kirchlichen Angelegenheiten. Der Ober. Bürgermeister Riedl ausgewiesen. Die Zeitungspresse). Rheinbayern (ministerieller Erlaß in Bezug auf geschickte Jesuiten). Würzburg (Beschlagnahme). Aus Württemberg (die Jahrbücher der Gegenwart). Heidelberg (die Dreisamkirchenfrage). Kassel (die Wahlangelegenheit des Barons Waitz). Mainz (Germania Metternich). Von München aus (Bayern am Bundestag in Bern. d. Schweiz). Frankfurt (Gerichte über Abonnenten zweier Blätter von Bundeswegen. Bedrängnisse der deutschen Zeitungspresse).

**Schweiz.** Bern. Die Berathungen über das Hochschulgesetz. Das Memorandum Straffords Canning's. Zürich. Abdankung des Obersten Ziegler. Aarg. Der Gr. Rath liberal. Luzern. Die sonderbündische Kriegskasse. Ereignisse Freiburg. Drückende Kontribution. — **Niederland.** Verfassungsreform. Strafgesetzgebung.

**Großbritannien.** Schutzrede des Morning Chronicle für die Palmerston'sche Politik.

**Frankreich.** Eine Flugschrift Cormenin's. Ueberreichung der Antwortsadresse der Pairskammer. Sitzung der Deputirtenkammer. Der König. — **Italien.** Mailand. Kaiserliches Manifest.

**Ungarn.** Preßburg. Gleiche Besteuerung aller Klassen von der Magnatenwirthschaftlichen.

**Handel.** Frankfurt. Börsennachrichten.

Erklärung von Gustav Höfken.

**Beilage.** Preußen (Kampf der freien katholischen Kirche mit dem Kirchenregiment und d. Ministerium). Florenz. (Kampf der Presse mit der hohen Geistlichkeit.)

**Notizen der Börse:** Frankfurt 22., Berlin 19., Wien 17., Amsterdam 18., Paris 20. Januar.

### Heidelberg, 24. Januar.

Wir fanden die Bemerkungen über einzelne im §. 49 des Entwurfs genannte Verbrechen nöthig, um unserer Behauptung zu recht-fertigen, daß die Vorschrift dieses Paragraphen nicht den entferntesten praktischen Werth hat, daß sie in sich selbst den Beweis ihrer absoluten Unausführbarkeit enthält, daß sie zu Anzeigen, falschen Denunciationen in gewisser Art auffordert, daß die dadurch veranlaßten Untersuchungen den Staat schweres Geld kosten, ohne daß dafür etwas Anderes gewonnen wird, als die Ueberzeugung von der Unzweckmäßigkeit der ganzen Bestimmung, eine Ueberzeugung, die man jetzt schon habe muß.

Abgesehen davon, daß der, welcher beabsichtigt, falsche Münzen zu machen, einen Menschen zu ermorden, einen Raub zu verüben, einen Menschenraub, auch nach der Definition des Entwurfs, aufzufinden, die Brunnen zu vergiften, Feuer anzulegen u. s. w. ganz gewiß in tausend Fällen vielleicht nicht Ein Mal seinen Entschluß an Andere als an seine Mitschuldigen und Spießgesellen mittheilen wird, abgesehen davon, daß der, welcher im Falle der seltensten Ausnahme von einem solchen Vorhaben Kenntniß erhält, selbst und allein die Glaubhaftigkeit der erhaltenen Kenntniß und zugleich zu beurtheilen hat, ob es noch an der Zeit sei, durch die Anzeige das Verbrechen zu verhüten, daß die Anwendbarkeit der im §. 49 angedrohten Strafe also von der Ueberzeugung des Beschuldigten abhängt, deren Unrichtigkeit diesem gar nicht zur Last gelegt werden kann, muß man noch besonders berücksichtigen, daß nicht alle Leute, daß nur sehr wenige Leute in der Lage sind, die Definitionen des Entwurfs im Gedächtniß zu behalten, um jedes ihnen bekannt gewordene Vorhaben rechtlich nach dem Entwurfe zu qualifiziren und demnächst sich zu entscheiden, ob sie eine Anzeige machen sollen oder sie unterlassen können. Das Vorhaben einer Münzfälschung soll, bei Vermeidung einer Strafe, angezeigt werden, aber wie viele Leute wird man finden, denen es bekannt ist, daß auch der einer Münzfälschung sich schuldig macht, der das Papiergeld des Dr. Francia in Paraguay, die Aktien einer Eisenbahngesellschaft in Nordamerika u. dgl. nachmacht oder verändert, wie der §. 308 des Entwurfs bestimmt. Das Vorhaben eines Raubes soll, bei Vermeidung einer Strafe, angezeigt werden; aber wie viel Leute werden wissen, daß der mit Drohung und Gewalt versuchte Diebstahl nach dem Entwurf ein vollbrachter Raub, das Eintringen einer bewaffneten Diebsbande in ein Haus und das Ausplündern desselben nur ein Diebstahl sei, dessen Anzeige nicht befohlen ist; wie viel Menschen wird man finden, die den Menschenraub, wie der Entwurf ihn definirt, von der Entführung, von der gewaltsamen Beraubung der Freiheit zu unterscheiden vermögen, die es begreifen, daß man zur Anzeige verpflichtet ist, wenn ein Vater das Vorhaben hat, seinen 15jährigen Sohn einem Andern zu überlassen, um ihn als Bettler zu dressiren, daß man aber zur Anzeige nicht verpflichtet ist, wenn man auch die glaubhafteste Kenntniß davon erhält, daß ein unschuldiges Mädchen entführt, geschändet, daß dessen zeitliches Glück der Brutalität preisgiebt werden soll.

Die Folgen von allem diesem werden sein, daß auf der einen Seite eine Menge Anzeigen von Vorhaben, in guter und schechter Absicht, werden gemacht werden, die nicht befohlen sind, daß möglicherweise viele befohlene Anzeigen unterbleiben, ohne daß man, auch nur mit einem Scheine von Recht, deßhalb eine Strafe wird anwenden können.

Setzen wir aber auf einen Augenblick das Unglaubliche als unzweifelhaft gewiß voraus, daß alle Leute die Vorhaben, die angezeigt, und die, welche nicht angezeigt werden müssen, ganz genau von einander zu unterscheiden wissen, daß sie auch die ersteren mit der gewissenhaftesten Pünktlichkeit der Obrigkeit anzeigen werden, was wird die Obrigkeit thun, um das beabsichtigte Verbrechen zu verhüten?

Wird ihr der Mann genannt, der das Vorhaben gefaßt hat, falsche Münzen zu machen, so wird sie sich vielleicht veranlaßt finden, ihn deßhalb vorzuforderen, eine Hausschung vorzunehmen und, wenn sie dabei Nichts findet, ihn von der Ausführung seines Vorhabens abzumahnen. Oder wird sie das bloße Vorhaben, zu dessen Ausführung noch nicht der entfernteste Schritt geschehen ist, also den bloßen Gedanken, schon als Versuch bestrafen? Für welche von beiden Alternativen die Obrigkeit sich entscheiden mag, sie wird das Verbrechen nicht verhüten, sie kann dessen Ausführung auf einige Zeit verschieben, sie hat sich aber ihr eigenes Geschäft sehr erschwert, weil sie den Verdächtigen nur vorsichtiger gemacht hat.

Wird ihr die Anzeige gemacht, es habe Jemand das Vorhaben, einen Raub zu verüben, um sich aus einer Verlegenheit zu ziehen, ohne aber den zu nennen, der beraubt werden soll; ist es wohl denkbar, diesen Jemand wegen versuchten Raubes zu bestrafen oder ihn nur in irgend einer Art in seiner persönlichen Freiheit zu beschränken? Und wenn man das nicht kann, wie will die Obrigkeit die Ausführung des Verbrechens verhüten?

In diesen und vielen anderen Fällen ist die Anzeige ganz unnütz. Den Nutzen kann sie nur sein bei den Verbrechen des Hochverraths, und wenn die Vorschrift des §. 49 auf dieses Verbrechen beschränkt wird, so würde wenig gegen dieselbe zu erinnern sein, obgleich sie auch in dieser Beschränkung, nach der Erfahrung nur selten, wir wünschen herzlich, niemals wird zur Anwendung kommen können. Wird aber der Grundgedanke des §. 49 festgehalten, so muß, wie wir schon früher angedeutet haben, dessen Vorschrift mehr ausgedehnt werden, um sie gegen den sonst unabweislichen Vorwurf der Unvollständigkeit und, wir wagen es zu sagen, der mangelnden Konsequenz zu sichern; denn wir halten es für eine unbestreitbare Wahrheit, daß Alle einen gleichen Anspruch auf den Schutz des Staates zur Sicherung ihres Lebens, ihrer Freiheit, ihrer Ehre und ihres Vermögens haben, daß die Staatsbehörden verpflichtet sind, jede Verletzung dieser theuren Güter möglichst zu verhüten, daß sie also in gleichem Maße auch verpflichtet sind, von allen Vorhaben einer Beschränkung oder Entziehung dieser Güter kennlich sich zu verschaffen. Sollte man uns den Einwand machen wollen, daß auf diesen Wege das Gesetz in eine verwerfene Kasuistik gerathen und unbedingt unausführbar werden würde, so sind wir weit entfernt, die Richtigkeit dieses Einwandes zu bestreiten; wir sind aber zugleich der Meinung, daß die Uebelstände, die wir soeben bezeichnet haben, auch jetzt schon

Digitized by Google

durch den §. 49 unvermeidlich herbeigeführt werden, und wir ziehen daraus die für unsere Ansicht so wichtige Folgerung, daß der §. 49 ganz wegfallen muß, weil er keine Anwendbarkeit, außer der gänzlichen Nutzlosigkeit seines Vorkommens, außer der verwerflichen Kasuistik entweder zu weit oder nicht weit genug geht, in seinen eigenen Vorschriften sich auch gewissermaßen widerspricht.

Der §. 49 bestraft die Unterlassung einer Anzeige, die nach seinen Vorschriften hätte gemacht werden sollen; die Unterlassung der Anzeige ist also an sich strafbar; sie soll aber nur gestraft werden, wenn das Verbrechen wirklich zur Ausführung kommt. Das Verbrechen kann aus vielen Gründen unterbleiben, die dem zur Anzeige Verpflichteten ganz fremd, ganz unbekannt sind. Derjenige, der einen Mord, einen Raub zu begehen das ernstlichste Vorhaben hatte, kann daran durch unerwartete Ereignisse verhindert worden sein, er kann ertrunken sein, er kann sein Opfer versehlt haben. Von diesen ganz zufälligen, dem zur Anzeige Verpflichteten ganz unbekannten Ereignissen soll es abhängen, ob die wissentliche, absichtliche Unterlassung der Anzeige strafbar sein oder straflos bleiben soll. Dies scheint uns ein innerer Widerspruch zu sein, der sich nicht erklären läßt. Weit konsequenter bestimmt der Art. 103 des rhein. St.G.B., daß die Unterlassung der Anzeige, als ein selbständiges Verbrechen betrachtet werden, im Code pénal (daß die Strafe par le seul fait du non-révélation verwirkt) sein soll, mag das Verbrechen, dessen Vorhaben angezeigt werden sollte, wirklich zur Ausführung gekommen sein oder nicht.

Auf der andern Seite hat die Bestimmung des §. 49 eine nicht minder bedenkliche Seite. Es hat Jemand die glaubhafteste Kenntniß davon erhalten, daß der A. das ernstliche Vorhaben habe, den B zu ermorden, das Vorhaben wird aber nicht angezeigt. Zwei, drei Jahre später ermordet der A. den B. und es fragt sich nun, ob der, welcher das Vorhaben kannte und nicht angezeigt hat, die im §. 49 angedrohte Strafe verwirkt habe. Von unserer Seite würden wir das größte Bedenken haben, diese Frage anders, als verneinend zu beantworten, da das erste Vorhaben des Mordes durch ganz andere Gründe veranlaßt worden sein kann, als der drei Jahre später verübte Mord; das erste Vorhaben kann längst aufgegeben gewesen sein, als eine ganz neue Veranlassung den wirklich erfolgten Mord herbeiführte. Nach dem Wortlaute des §. 49 müßte indessen die eben aufgeworfene Frage bejaht werden; der, welcher vor drei Jahren das Vorhaben eines Mordes nicht anzeigte, müßte wegen des drei Jahre später begangenen Mordes die Strafe des §. 49 abbüßen, obgleich es klar am Tage liegt, daß, hätte er auch vor drei Jahren das Vorhaben angezeigt, die Obrigkeit unbedingt außer Stand würde gewesen sein, den drei Jahre später verübten Mord zu verhindern. Ist dies nicht der Sinn des §. 49, so müßte er anders gefaßt sein, nicht bloß das Vorhaben des Mordes im Allgemeinen, wenn auch der zu Ermordende bekannt wäre, sondern selbst Ort und Zeit müßten dem, der das Vorhaben anzuzeigen hat, bekannt sein; diesem müßte bekannt sein, daß das Vorhaben dahin geht, falsche preußische Thaler zu münzen oder eine bestimmte Person in Sklaverei und fremde Kriegs- und Schiffsdienste zu bringen, der zur Anzeige Verpflichtete würde alsdann keine Strafe zu befürchten haben, wenn nicht der ihm bekannte Mensch, sondern ein Anderer ermordet worden, wenn statt preußischer Thaler falsche Aktien der Kaiser Ferdinands Nordbahn, wenn statt des A der B in Sklaverei gebracht worden wäre.

Die Unterlassung der Anzeige soll nach dem Entwurfe nur gestraft werden, wenn das Verbrechen, dessen Vorhaben bekannt war, „wirklich begangen wird“, wenn also die bestimmte Person wirklich ermordet, wenn an ein gewisses Haus wirklich Feuer angelegt worden. Wie soll nun die Unterlassung der Anzeige gestraft werden, wenn der Mord, die Brandstiftung zwar versucht, aber die Ausführung des Verbrechens durch unvorhergesehene Zufälle vereitelt worden ist? Strafbarkeit der Unterlassung der Anzeige würden wir für eine Inkonsequenz halten, die Bestrafung würde in dem Gesetze seine Rechtfertigung finden, weil die Bedingung der Zulässigkeit der Strafe, die wirkliche Verübung des Verbrechens, nicht eingetreten ist.

Der §. 49 wird hiernach, am ihn im Sinne der Verfasser zu formulirten und um ihn gegen Mißverständnisse und ganz irrige Anwendung zu sichern, noch viele Modifikationen erleiden; ohne Zweifel würden diese Modifikationen nur Ungewißheit veranlassen, wir würden es daher für ein wahres Glück ansehen, wenn dieser Paragraph, ein reiner Lehrsatz der Moral und zugleich ein zur Unzebühr beschränkter Lehrsatz der Moral, aus dem Gesetzbuche ganz weggestrichen würde.

**Preußen.** Berlin, 17. Jan. Den dem vielerwähnten Dr. Freyberg in eine Gefängniß im Courrier du Bas-Rhin zu lesen, die an Geschärfe ihres Inhaltes nichts zu wünschen übrig läßt. Er gebordet sich ganz unschuldig und unwissend, stellt sich als das Opfer willkürlicher Polizeijustiz dar, fordert den Staatsanwalt Wengel „öffentlich und feierlichst auf“ den Betrug zu nennen, dessen man ihn anklage, widersprach selbst den Steckbrief für eine niederträchtige Verläumdung erklären würde! Ein Berliner Berichterstatter des Hamb. Korr. bemerkt dazu: Wovauf ist und kann unter solchen Umständen jene freche Erklärung des Freyberg allein berechnet sein? Auf Nichts als auf Hervorrufung einer neuen Täuschung. Er täuscht sich aber selbst, wenn er die Behörden und das Publikum so tief zu leiten wähnt. Letzeres kennt den Freiberg zu gut, um nicht dessen Unschädlichmachung zu wünschen, und weiß, daß bei uns der Ehrenmann nicht erst zu flehen braucht, um seine Rechte zu wahren, erstere durchsuchen den, von dem wahrscheinlich noch hier versteckt weilenden Freyberg schleckt überlegten Plan, durch eine am 27. Dec. v. J., vorgebrich in Straßburg erlassene Erklärung von sich eine falsche Spur zu geben und so ihre Maschinerie einzuschlafern. Da man sicher weiß, daß Freyberg am Abend des 24. Dec. v. J. noch in Berlin war, so konnte er am 27. noch gar nicht in Straßburg sein, noch weniger jene Erklärung schon zur Insertion bereit haben und im Frankfurter Journal den wieder ihn erlassenen Steckbrief schon lesen, den dies Journal erst am 28. Dec. veröffentlicht hat!

**Berlin**, 18. Jan. Wie die Köln. Z. berichtet, werden die Hrn. v. Radowitz und Colloredo das Memorandum der drei Kabinete nicht schriftlich unterzeichnen; wie man glaube, hätten sie jedoch den nach Wien und Berlin gesendeten Entwurf der Note gezeichnet und damit ihre Mission vollendet. Auch sei von einer Kollektivnote nicht mehr die Rede, wohl aber von einer gleichlautenden und identischen Note der drei Mächte an den Vorort.

**Berlin**, 19. Jan. Die Voss. Z. bringt über den Streit zwischen Hr. Auerbach und Frau Birch-Pfeiffer eine Mittheilung, wornach der Staatsanwalt zwar den Protest gegen die Aufführung des bekannten Stückes für unbegründet gehalten, aber die Frage zur näheren Erörterung gezogen habe, ob nicht in dem Druck des der Auerbach'schen Erzählung nachgebildeten Theaterstücks ein Plagiat enthalten sei. Dem Vernehmen nach soll bei der literarische Sachverständigenverein aufgefordert worden sein, hierüber ein amtliches Gutachten abzugeben. Fällt dieses gegen Frau Birch-Pfeiffer aus, so würde allerdings die Einleitung eines förmlichen Nachdruckprocesses gegen dieselbe erfolgen.

♂ **Berlin**, 20. Jan. Die vorberathenden Ständlichen Abgeordneten haben über den Entwurf zum Strafkodex ein so starkes Material in verolefältigten Sitzungen geliefert, daß die Ausschüsse den Weg schon gehabt finden werden, wenn sich kein bedeutender Zwiespalt über den Punkt der staatsrechtlichen Kompetenz der Ausschüsse überhaupt erhebt. Auch hat die Presse wiederum zahlreiche Vorarbeiten geliefert; wir zählen allein etwa fünfzehn Faszikel von Zeitungen und Zeitschriften mit triftigen einschlägigen Aufsätzen und eine Reihe besonderer Broschüren. Unter den letzteren findet hier Temmes Schrift die meiste Berücksichtigung, ungeachtet man sie an manchen Stellen schärfer demonstrativ wünscht; nächst ihr wird neben Wachters Schrift auch die von Leue geschätzt, dessen Nachweis: daß der Entwurf zum rheinischen Kompetenzgesetze einen Zuchtpolizeigerichte verstatten würde, unter Umständen bis zu zwanzig Jahren Freiheitsstrafe aufzulegen, hier die zahlreichen Anhänger der Jurycinrichtung allerdings in hohem Grade stutzig gemacht hat. Es wird bezweifelt, daß der Minister v. Bodelschwingh Seitens der Regierung allein und ohne rechtskundige Hilfe der Verhandlungen mit den Ständen führen werde, wie rasche Penetration und gewandtes Gewinnen des Gleichgewichts mitten in strömenden Debatten man ihm auch mit Recht zutraut. Das Diskuiren zum preziose auf Universitäten war bei sehr problematischen Thesen (wie deren doch zweifellos im Entwurfe mehrere stehen) eine ganz zweckmäßige Einrichtung. — Sollen wir nun nun einen kurzen Zwiespalt über den oben erwähnten staatsrechtlichen Punkt der Kompetenz der Ausschüsse herbeiwünschen, damit etwa durch eine ganz gewaltige Aufregung im Lande die weitere Entwickelung des Verfassungswerkes beschleunigt werde? Oder sollen wir ein rasches Beseitigen dieser präjudiellen Frage für die Regierung wie für die Stände wünschen, damit die faktische Wohlthat eines tüchtig verbesserten Strafkodex dem Lande sobald als möglich zu Theil werde? Uns scheint, daß man mit voller Wahrheit auf den ersten Theil dieser Alternative antworten muß: Schaut um Euch, Ihr, die Ihr aus der steifen Aufregung durch Festhalten des starren Rechts einen staatsrechtlichen Fortschritt hofft; bei diesem Punkte des Strafkodex habt Ihr kein sonderliches Echo für

Digitized by Google

schärfe Worte aus dem Schooße der kühlsten Bürgerschaften hier zu erwarten. Die vereinigten ständischen Versammlungen haben dem Lande noch keine namenswerthen Wohlthaten gebracht, und nur nach diesen Wohlthaten müssen sich die Wunsch, mit der das leidenschaftliche Wesen in die Grenzen des Rechten zurückgeführt werden könnte. Man erwartet aber jetzt von Euch die Wohlthat, daß Ihr uns endlich einmal einsehen aber sehr starken Widerwärtigkeiten in dem Entwurfe ledig machet!! Daß Ihr als das von der Regierung anerkannte Volksorgan derselben ferner darüber, wie die Nation in keinem Punkte schlechter geworden, ja wie eine solche Annahme die Regierung selbst schwer kränken müßte... und daß deßhalb alle Verschärfungen der höchsten Strafmaße aber der Mangel an Milderung der kleinsten Strafmaße eine unverdiente Schmach auf die Nation werfen müßten. — — Wir handeln eben von Kriminalien; bei dieser Gelegenheit möge erwähnt werden, daß dem Vernehmen nach, der Minister v. Stolberg auch beharrliche Nachforschung diejenigen Thatsachen zuerst aufzugreifen hat, die zu der Bodelschen Untersuchung führten. Es handelt sich um hohe Summen, die der Kron-Fideikommißfonds für einen erkauften Güterkomplex zahlen mußte, und man nennt als weiter verwickelt einstimmig einige Namen, deren Afsecliirung zu dieser Angelegenheit und mit dem tiefsten Schmerz erfüllt. — — Eine bessere, heitrere Seelenstimmung gewährt es, bei dem edlen und reinen Namen des vorgedachten Ministers an die schöne Literatur zu denken, welcher seine Verwandten so manche Produktion zugetragen haben. Von einem anonymen, wahrscheinlich weiblichen Autor ist hier eine poetische Produktion unter dem Titel: „Psyche rama eines Scheintodten", besonders in den hoffähigen Kreisen verbreitet worden, worin eine Partie politischer Spott und Polemik vorkommt. Die Allg. Pr. Z. brachte mit dem bekannten Takte ihrer literarischen Lobeserhebungen das Urtheil darüber der: dieses Stück Poesie sei „auf einem Schlosse" gewachsen — ganz etwas Anders, als was unter dem gemeinen freien Himmelsdome sprießt. Das Meiste liest sich wie ein Stück verstörierten Rheinischen Beobachters; in dem beigegebenen kritischen Alphabete polemisirt die Verfasserin gegen die Liberalen von ihrem hohen Schloß herab fleißig in populären Bildern mit: Ochsen, Esel, Schweinen. Dicht daran steht eine reiche Sammlung deutscher nährender Eicheln von alterlei Gedanken, hier Gnomen genannt, eine Form, die bekanntlich dem Mangel an Ausführung und Zusammenhang im Denken am Besten hilft.

**Von der Lippe-Detmolschen Weser**, 16. Jan. schreibt die D. A. Z.: Aus dem Paderbornischen wird uns berichtet, daß dort in ähnlicher Weise Missionäre von Gemeinde zu Gemeinde ziehen, Bußpredigten halten und von Jedermann Beichte hören, wie dies bekanntlich in den letzten Jahren von Seite der Redemptoristen in Baiern geschah.

△ **Breslau**, 17. Jan. Die Adresse, welche von einer großen Anzahl hiesiger Bürger in Betreff der religiösen Angelegenheiten dem Magistrat überreicht worden ist, scheint von den Behörden ernster genommen zu werden, als man erwarten konnte. Gegen die Verbreiter derselben, vorzugsweise gegen diejenigen, welche Unterschriften gesammelt haben, soll der Kriminalproceß eingeleitet werden; auf welches bestimmte Vergehen die Anklage lautet, kann ich Ihnen noch nicht mittheilen. Einige sonst gut Unterrichtete meinen auf Majestätsbeleidigung, Andere auf Hochverrath, doch scheint weder das Eine noch das Andere irgendwie glaublich; es möchte selbst dem gewandtesten und spitzfindigsten Juristen schwer werden, eine derartige Anklage aus jener dem Magistrat überreichten Adresse herzuleiten. Wahrscheinlich wird der bekannte §. 151 des Allgem. Landrechts: „Erregung von Mißvergnügen gegen die Regierung" mit seinen allgemeinen und unbestimmten Ausdrücken zur Basis dieser Anklage dienen müssen. Merkwürdigerweise gegen allen sonstigen Usus ist die Nachricht, daß gegen die Kriminaluntersuchung eingeleitet werden soll, von Seite des Polizeipräsidiums dem Magistrate mitgetheilt worden. Uebrigens wird es eine ziemlich umfangreicher Untersuchung, da diese Adresse wenigstens von 30 — 40 Bürgern zum Behuf der Unterzeichnung verbreitet worden ist. — Im März, spätestens im April, sollen unsere Provinzialstände zusammentreten; dann also werden die Ausschüsse nicht lange in Berlin bleiben, denn einige Ruhe wird man doch den Mitgliedern gönnen müssen. Sie sehen, daß wir keine Ursache haben, über Mangel an „ständischem Leben" Klage zu führen; in Zeit von einem Jahre: Vereinigter Landtag, Ausschüsse, Provinziallandtage; man kann nicht wohl mehr verlangen. — Der österreichische Brendlinermönch Ritzl, welcher sein Kloster und bisheriges Vaterland verlassen hatte, um in Breslau zum Deutschkatholicismus überzutreten und hier öffentl mit großem Erfolge predigte, ist in diesen Tagen auf Requisition Oesterreichs nicht bloß aus Breslau, sondern aus der preußischen Monarchie verwiesen worden; er hat sich nach Hamburg begeben und will von dort nach Amerika übersiedeln. Die deutschkatholischen Lehrer an der hiesigen Realschule, Dr. Bethsack und Dr. Steiner sollen vorläufig nach einem Bescheide des Ministeriums Schönen in ihren Stellen verbleiben — wir sagen vorläufig, weil sich der Minister einen definitiven Bescheid noch vorbehalten. — Unsere Presse ist nun jetzt zur gänzlichen Unbedeutendheit herabgesunken — nicht daß etwa die Censur strenger geworden wäre, sondern weil die Redakteure aus Besorgniß, die auf Widerruf gestellten Konzessionen zu verlieren, ängstlicher und strenger sind als alle Censur. Unter den jetzigen Verhältnissen kann die Regierung immerhin Preßfreiheit gewähren; die Redaktionen werden einen praktischen Gebrauch derselben nicht gestatten. Die entschieden liberalen Publicisten nehmen ihre Zuflucht zu Monatsschriften, deren in unserer Provinz mehrere erschienen und immer wieder neue auftauchen. Unter ihnen ist besonders die bisherige Resourcen-Zeitung, jetzt unter dem Namen: „der Staatsbürger" erschienen (Redakteur A. Semrau) hervorzuheben; sie verfolgt die Tendenz des entschiedenen politischen und socialen Fortschritts mit anerkennungswerther Konsequenz und lebt natürlich in fortwährendem Konflikt mit der Censur. Ihre letzte Nummer des vorigen Jahrgangs enthält fast bloß solche Aufsätze, welche erst durch das Oberzensurgericht die Druckerlaubniß erhalten haben.

**Baiern.** Vom Ministerium des Innern ist wirklich ein Erlaß an alle Polizeibehörden ergangen, wonach den aus der Schweiz geflüchteten Jesuiten „und ihrem etwaigen Gefolge" im ganzen Gebiete des Königreiches ein dem Zeitraum von wenigen Tagen überschreitender Aufenthalt nicht gestattet werden darf, eintretende Krankheitsfälle ausgenommen. Der „Katholik" theilt den Ministerialbefehl mit. (A. P.)

* Aus Würzburg erfahren wir, daß dort eine Nummer der Deutschen Zeitung (21) mit Beschlag belegt worden ist; Aehnliches haben wir aus Franken und der Pfalz schon früher gemeldet.

** Aus **Würtenberg.** Die „Professorenzeitung" findet Anklang, Nachahmung. Es sind die ersten 4 Nummern der „Jahrbücher der Gegenwart" in ihrer neuen Gestalt erschienen, in einem anständigen Zeitungsformat. Wir dürfen und nur freuen, daß auch hier die Männer der Wissenschaft die literarische Abgeschlossenheit verlassen, um die größere Errungenschaft mit den Bedürfnissen und Anlagen des praktischen Lebens zu vermitteln. Denn das ist ja der Tagesgeschichte werden jetzt die Jahrbücher sein. Vielleicht wäre hiezu eine Wochenschrift noch passender gewesen, allein eine solche hätte besonderer Konzession bedurft, deßhalb erscheinen sie nur alle 14 Tage. Fr. Vischer hat in den ersten Nummern seine scharfe Feder ergriffen zum Angriff auf einen Ritter der Romantik und seine dem Streben der Zeit entgegenstehende Träumereien: „ein literarischer Sonderbund" hält diese Bekämpfung von Eichendorff's „ethischer und religiöser Bedeutung der neueren romantischen Poesie." Auf die „würtembergischen Briefe" der D. Z. und die gesäßtereten Mängel unserer Verhältnisse Bezug nehmend, erscheint ein gelegener Aufsatz: „der politisch religiöse Fortschritt und der schwäbische Gemüthsmensch", und zeichnet die Hindernisse, welcher letzterer dem Fortschritt entgegenhält: das schwäbische, maßreidige, übelnehmende Sichzurückziehen, wie es nicht bloß der würtembergischen Opposition 1839, wie es auch Steaup, nachdem er die Welt erschüttert, mit seiner epochemachenden Lehre zur Last falle; der Mangel an Konsequenz in der Oppositien, wenn die kirchliche politisch oder die politische kirchlich werden soll, wie es die Bischerske Suspension erheischt hätte — statt dessen die Zustimmung eines Theiles der Opposition zu dem wenig verstandenen Gedanken einer Kirchenrepräsentation, einer Hierarchie an der Stelle der bureaukratie u. s. w. Politische Uebersichten, Gerichtssaal über die Schweizer Wirren reihen sich an. Gedenken dem Unternehmen!

**Baden.** † Heidelberg, 20. Jan. Als wahre und treue Freunde der bedrohten Industrie bekagen wir die Verlegenheiten, in welche die drei großen badischen Gewerbsanlagen gerathen sind, um so aufrichtiger, als nach unserm Dafürhalten die vorgeschlagenen Rettungsmittel — wenn überhaupt zweckerreichend — vom Standpunkte der Nationalökonomie schwerlich zu billigen, jedenfalls aber von dem nachtheiligsten Rückschlag auf die Interessen des deutschen Gewerbfleißes begleitet sein werden. Wie wollen uns in der Kürze etwas näher darüber aussprechen. Als die Zahlungseinstellung des Haberschen Hauses jene Anstalten mit Stillstand oder gar mit Auflösung bedrohte, mußte der natürlichste Weg darin zu erblicken sein, daß sofort die seitherigen Geschäftsführer als einstweilige Sequester verpflichtet, hierauf die Gläubiger zusammenberufen und diesen die Frage wegen der Zukunft der Fabriken vorgelegt wurde. Besser als sonst Jemand

Digitized by Google

würden die Gläubiger selbst die Sachlage erkannt und die zweckwidrigsten Maßregeln ergriffen haben, und welche Mittel man auch erwählt hätte, darüber kann kein Zweifel sein, daß man zur Vermeidung totalen Kapitalverlustes sich bestrebt haben würde, um jeden Preis die Werke im Gang zu erhalten. Das eigene Interesse der Gläubiger machte den Fortbestand zum unerläßlichen Erforderniß, und sollte, was übrigens nicht wahrscheinlich, es sich später ergeben haben, daß das eine oder das andere der Etablissemente unter keiner Bedingung fortgeführt werden könne und dürfe, so würde in solchem Falle die Auflösung keineswegs zum wirklichen Nachtheil des Landes gewesen sein. Statt dessen hat man das Schicksal der drei Fabriken zu einer Staatsangelegenheit gemacht, und wie fürchten sehr, daß dadurch die Verlegenheiten nur vergrößert worden sind. Wir wollen uns für heute nicht näher darüber erklären, weil der Wunsch, uns hierin zu irren, größer noch als unsere Besorgniß ist; aber Eins wollen und dürfen wir nicht verschweigen, daß nämlich dieser Vorfall und die hierbei stattfindende Intervention des Staates den Gegnern der deutschen Manufakturindustrie eine schneidende Waffe in die Hand geben und von unermeßlich nachtheiligem Einfluß auf die Berathungen der bevorstehenden Zollkonferenz sein wird. Daß Private oder Aktiengesellschaften durch Fabrikunternehmungen große und schmerzliche Verluste erleiden, tritt und Aehnliches oft von dem Schicksal der Industrie ungetrennlich, in der Regel aber ist die Saat einem fruchtbaren Boden anvertraut, aus welchem sich der Keim des Gegen für die jetzigen und kommenden Geschlechter zu entwickeln pflegt. Der Staat seinerseits hat durch die Zollgesetzgebung, durch Handelskammern, Bildungsanstalten, Banken und Eisenbahnen und nicht weniger durch möglichst freie Institutionen auf die Kraft und Hebung der Gewerbe einzuwirken, jeder direkten Mitbetheiligung (ausgenommen hiervon Musteranstalten) aber schon um deßwillen sich zu enthalten, damit seine Stimme im Rathe der Zolldiplomatien als eine stets aus freier Ueberzeugung hervorgehende ersteint. Wenn die süddeutschen Repräsentanten bei der bevorstehenden Zollkonferenz auf das Cottinger Etablissement hingewiesen hätten, dessen Leistungen in Deutschland unerreicht und selbst in England unübertroffen sind, und welches offenbar dem Mangel eines gehörenden Zollschutzes zum Opfer gefallen, so würde der Eindruck ein unzweifelhafter gewesen sein, während man nunmehr gerade das umgekehrte Argument daraus entlehnen wird.

**Kurhessen.** ** Kassel, 19. Jan. Endlich nach dreitägiger Berathung ist das Schicksal des Abg. v. Waitz entschieden. Die Landstände haben gestern mit 23 gegen 18 Stimmen beschlossen, daß derselbe nicht legitimirt zum Eintritt in die Ständeversammlung sei. Drei Mähe waren bei dieser Abstimmung offen, der Arnold's, der Wippermanns und der des vorsterbenen Gundlach. Außerdem fehlten zwei ganz achtungswerthe Deputirte, von denen aber freilich zu bedauern ist, daß sie sich gerade zu jetzt in England aufhalten sollen, während dem Mangel eines gehörenden Zollschutzes zum Opfer gefallen, so würde der Eindruck ein unzweifelhafter gewesen sein, während man nunmehr gerade das umgekehrte Argument daraus entlehnen wird.

**Kurhessen.** ** Kassel, 19. Jan. Endlich nach dreitägiger Berathung ist das Schicksal des Abg. v. Waitz entschieden. Die Landstände haben gestern mit 23 gegen 18 Stimmen beschlossen, daß derselbe nicht legitimirt zum Eintritt in die Ständeversammlung sei. Drei Mähe waren bei dieser Abstimmung offen, der Arnold's, der Wippermanns und der des vorsterbenen Gundlach. Außerdem fehlten zwei ganz achtungswerthe Deputirte, von denen aber freilich zu bedauern ist, daß sie sich gerade zu jetzt in England aufhalten sollen, während dem Besuche zweier Sitzungen abhalten zu lassen. Der Hauptzweck, welcher dem Baron v. Waitz entgegengestellt wurde, lag in seinen ritterschaftlichen Standesverhältnissen, welche ihn hindern sollten, Vertreter einer Stadt am Landtage zu sein. Es wurde dies dem Staatsrecht des deutschen Bundes widerstreitend erklärt und darauf gefolgert, daß die kurhessische Verfassung keinen, die organische Gliederung der verschiedenen Stände zerstörenden Grundsatz habe in sich aufnehmen können, weßhalb die dagegen anstehende konstante Praxis von 17 Jahren verlassen werden müsse. Es ist dies eine für das konstitutionelle Leben zu wichtige Frage, als daß nicht eine genauere und vollständigere Darstellung der von dem Ministerium nun aufgestellten Systeme und der dagegen geltend gemachten Gründe vorbehalten bleiben müßte, bis erst die officiellen Landtagsprotokolle veröffentlicht sein werden. Doch wurden in die Frage über die Legitimation des Barons v. Waitz noch andere Anfechtungsgründe eingemischt. Es sollten nämlich bei dessen Wahl in auffallender Weise fünf Wahlmänner ausgeschlossen worden sein, weil wegen ihrer Abwesenheit die Ladung nicht an dieselben habe gelangen können. Es wurde unter Anderem entgegnet, daß die Abwesenheit der fünf nach verschiedenen Orten hin für unbestimmte Zeit auf Reisen begriffenen Wahlmänner ohne Einfluß auf das Ergebniß der Wahl geblieben sei, weil Waitz von allen übrigen Wahlmännern einstimmig erwählt sei, und nach den einschlägigen positiven Gesetzen ein Mangel des Wahlverfahrens nur dann dessen Nichtigkeit nach sich ziehen solle, wenn derselbe nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles einen wirklichen Einfluß auf das Ergebniß hätte haben können. Ein weiterer Anfechtungsgrund wurde darin gesucht, daß unter den Wahlmännern zwei wahlunfähige Personen gewesen seien, nämlich Baron v. Waitz selbst und der Eisenbahnder Muhm, der wegen eines entfernten Verhältnisses vor Gericht gefordert habe; letzterer ist bekanntlich angeschuldigt, daß er die Thronfolger an gewissen mit dem Koserig'schen Komplot in Verbindung stehenden Versammlungen, von denen er Kenntniß gehabt haben soll, nicht angezeigt habe. Erwiesen ist diese Anschuldigung nicht, aber Muhm — wie der landständische Bericht sich ausdrückt, seinen Mitbürgern als ein Ehrenmann bekannt, der des Vertrauens derselben in dem Maße genießt, daß er wiederholt zum Mitgliede des Bürgerausschusses gewählt wurde, in welchem er noch jetzt fungirt — Muhm wurde nur von der Instanz entbunden, nicht völlig freigesprochen. Beachtungswerth bleibt, daß aus Muhms Mitwirkung nur ein Anfechtungsgrund gegen die Wahl des Barons v. Waitz hergeleitet wurde, nicht auch gegen die Wahl des zweiten Deputirten von Kassel, bei welcher derselbe ebenfalls thätig war. Ebenfowenig hat in früheren Landtagsperioden Muhms Theilnahme an den Wahlen Einwendungen gegen diese hervorgerufen, und zwar konnte bei dieser Wahl nur die absolut nothwendige Stimmenzahl gewonnen werden, so daß Muhms Thätigkeit ein unmittelbarer Einfluß auf das Ergebniß dieser Wahl hätte zugeschrieben werden können. Vielleicht wäre das Ergebniß der Abstimmung ein anderes gewesen, hätte man über jenen Anfechtungsgrund besonders abgestimmt, was jedoch nicht geschah. Hat sich auch der größte Theil des Adels für strenge Absonderung der Stände ausgesprochen, so ließ doch das Verhalten Anderer, wie eines Papenheim und Münchhausen, schließen, daß sie, wäre das Standesprincip rein zur Abstimmung gekommen, Waitz nicht hätten fallen lassen. Nun hat die Stadt Kassel zwei neue Deputirtenwahlen vorzunehmen, sie hat Arnold zu ersetzen und statt Waitz zu wählen.

**Mainz**, 21. Jan. Heute hat unser Obergericht in der bekannten Sache der Staatsbehörde gegen Hrn. Germain Metternich, in der Angelegenheit des H. Moras, das Urtheil des Zuchtpolizeigerichts, welches Metternich freisprach, bestätigt. (C. V. A. Z.)

† **Vom Main**, 20. Jan. Da schon mehrere Blätter der Berhandlungen, welche in diesen Jahre im Schooße der hohen Bundesversammlung über die Schweizerfrage stattgehabt, erwähnten, so erlauben Sie mir vielleicht das dort von Anderen Gesagte in berichtigen und zu vervollständigen. Fast sämmtliche Bundesregierungen sollen sich — so wird in wohlunterrichteten Kreisen erzählt — dahin ausgesprochen haben, daß der deutsche Bund, da er nicht Mitgarant der Kongreßakte von 1815, sich nur dann der Schweizer Angelegenheiten mit annehmen könne, wenn Deutschland von den gegenwärtigen Schweizer Zuständen Gefahr drohe. Sollte dies, wie unterstellt werden müsse, der Fall sein, so wäre der Bund der Berichtung eines Kongresses, wenn ein solcher noch denkbar, nicht entgegen; doch soll Baiern gewünscht haben, daß er dann nicht durch Oesterreich und Preußen, weil diese zugleich zu den Großmächten gehörten, vertreten werde. Ueber die Ursachen, welche der Schweizer Radikalismus den deutschen Staaten bringen könne, wird man einig gewesen sein, doch soll Baiern erklärt haben, daß es ein großes Unglück sein würde, wenn es den Radikalen gelänge, die Kantonalsouveränetät in der Schweiz aufzuheben und eine nach und von der Kopfzahl bestimmbare einige Republik zu gründen. Solchen Zwecken müsse man entschieden entgegenwirken. Eine andere Frage aber sei, ob man denjenigen widerstreben dürfe, welche die Kantonalsouveränetät nur insoweit beschränken wollten, als dies eine nothwendige und wünschenswerthe Einheit des Ganzen und das Wohl Aller, dem die Einzelnen sich unterzuordnen hätten, verlangten. Einem solchen Streben der Gemäßigten sich entgegenzusetzen, habe Deutschland weder Interesse noch Beruf; kein Interesse, weil eine uneinige und dadurch schwache Schweiz in Zeiten allgemeiner Stürme nicht fähig sei, ihre Neutralität zu behaupten und fremden Verlockungen Widerstand zu leisten, keinen Beruf, weil ja das föderative Verhältniß der deutschen Bundesstaaten ein solches sei, als die Gemäßigten in der Schweiz auch für diese anstrebten. Nicht nur die Aufhebung der Aargauer Klöster und der Freischarenzug seien gegen den Bundesvertrag der Schweiz gewesen, sondern auch der Sonderbund, und Se. Maj. der König von Baiern habe Luzern nicht bloß zu dem Siege über die Freischaaren Glück wünschen lassen, sondern ihm auch so dringend als ergeblich die Nichtberufung der Jesuiten anempfohlen. Sonach sehr erzählt man den Inhalt des bekannten in der Sitzung vom 7. Jan. abgegebenen Votums, und Sie werden erachten, daß es Gegner gefunden, zu denen aber, denke ich, Sie und ich nicht gehören.

▽ **Frankfurt**, 21. Jan. Auch Gerüchte gehören, Falls sie als Wetterzeichen der in der politischen Atmosphäre vorhandenen Spannung und Stimmung erscheinen, zur Zeitgeschichte und verdienen wohin von den Zeitungen registrirt zu werden. Hierher möchte wohl

Digitized by Google

das hier verbreitete fabelhafte Gerücht zu zählen sein, daß eine bedeutende Geldmacht es sei, welche das Verbot des deutschen Zuschauers, wegen der in diesem Blatte enthaltenen Angriffe auf sie, angelegentlichst betreibe. Dies Gerücht beweist wenigstens, welche Einflüsse die öffentliche Meinung bei drohenden Zeitungsverboten für möglich, ja für besonders wirksam und thätig hält. So hat man auch mehrfach darauf hingewiesen, daß nicht eigentlich die gereizte Stimmung höherer Staatsbeamteten, die man sich so gerne über solche kleinliche Anwandlungen erhaben denkt, sondern die bedrende und nagende Betriebsamkeit von Subalternen das Verbot der beiden Bremer Zeitungen in Preußen aufrecht erhalte. In dieselbe Kategorie gehört die schleichende Thätigkeit gewisser politischen Renegaten und literarischen Industrieritter (wovon und der Bürknt. Korr. in Nr. 16 eine erbauliche Probe erzählt), jene journalistischen Mausknüpfe, die in ihren dunkeln Gängen sortwährend, ein Werk der Finsternis betreiben, die wahrhaften Patrioten anschwärzen und mit einer gewissen nebenehrenwerthen Praxis die bestgemeinten Wünsche und Forderungen der Vaterlandsfreunde zu verdrehen bestissen sind. Schlechter als durch solche verkäufliche und unverkäufliche Pamphlet- und Korrespondenzschreiberchen kann einer Sache nicht gedient sein, und namentlich von ihnen schreibt sich jene Korruption unserer Presse her, der man es zuzuschreiben hat, daß die Stimme unserer Zeitungen im Auslande so wenig geachtet und beachtet wird, daß wir keine Organe besitzen, die unsere Nationalinteressen vor dem Auslande würdig und wirksam vertreten, und daß, wenn einzelne Blätterne zu einer solchen Stellung aufstreben, bundert im Verborgenen schaffende Hände benutzt sind, ihre Wirksamkeit zu lähmen, zu beschränken oder möglichst ganz zu tödten. Mit dem tiefsten Gefühle der Scham blickt der wahre Vaterlandsfreund von diesem Elend zu der machtgebietenden Stellung auf, welche z. B. die englische und französische Zeitungspresse, namentlich die erstere, nicht bloß bei sich zu Lande, sondern im Rath der Völker selbst einnehmen! Und doch unterliegt das edle und reine Bestreben, es in dieser Hinsicht jenen bevorzugten Völkern gleichzuthun oder ihnen nachzustreben, bei uns so vielfach den dauernsnwerthesten, zum Theil nur kleinlichen und blöden, zum Theil selbst böswilligen Verdächtigungen! Wie schwach, gerade ein Licht in diesen Zustänsen versunken zu sehen, das, als Wort und Gedanke noch frei waren und die mächtige Donnerstimme Luthers ungehemmt durch die Gaue des Vaterlandes tönen durfte, aus seinem Schooße die Reformation und mit ihr eine neue Geschichtsära hervorgehen sah.

**Frankfurt**, 16. Jan. Nicht nur der rhein. Brob., bei dem nicht selten fremme Wünsche sich in das Gewand von Gerüchten kleiden, sondern auch die Westerzeitung berichtet jetzt: die „Unterdrückung der Mannheimer Abendzeitung und des Deutschen Zuschauers" sei vom Bundestag beschlossen und das Verbot würde in den nächsten Tagen bekannt gemacht werden. — Wir theilen das Gerücht mit, weil es von so verschiedenen Seiten her zugleich auftaucht; aber es wird auch mit größer Bestimmtheit versichert, man arbeite ernstlich an einem deutschen Preßgesetz und darum haben sie noch gerechten Zweifel, ob man der verheißenen deutschen Preßfreiheit als Vorläufer die Unterdrückung zweier Blätter voranssenden werde.

### Schweiz.

†† **Bern**, 18. Jan. Während der Pause, die in den eidgenössischen Angelegenheiten eingetreten ist, hat der Große Rath seine gesetzgeberischen Arbeiten wieder aufgenommen. Das wichtigste Gesetz, welches bisher berathen wurde, ist das neue Hochschulgesetz. Der Entwurf des Regierungsraths, über welchen seiner Zeit in Ihrem Blatt berichtet worden ist, wurde in den meisten Punkten unverändert angenommen. Die bemerkenswerthesten Aenderung betrifft die Frage über beschränkte oder lebenslängliche Dauer der akademischen Anstellungen. Der Regierungsrath hatte lebenslänglicher Anstellung der Professoren beantragt; nichtsdestoweniger beschloß der Große Rath, dieselben alle sechs Jahre einer Wiedererwählung zu unterwerfen. Dieser Beschluß wurde übrigens nur mit einer Mehrheit von 12 Stimmen (71 gegen 59) gefaßt, und mit den Konservativen stimmten und sprachen mehrere der entschiedensten Radikalen gegen denselben. Die „Berner Zeitung", sonst das Organ der äußersten Linken, bringt heute eine kräftige Protestation gegen diesen Beschluß; sie zeigt treffend, daß es sich mit dem Lehramte, welches eine besondere Zuchtübung verlangt, ganz anders verhält, als mit den politischen Aemtern, zu denen jeder Bürger berufen ist; daß die Unabhängigkeit der Wissenschaft nicht durch die wechselnden Erfolge der politischen Parteien bedroht sein darf; daß unter dieser Bedingung alle tüchtigen Lehrer möglichst schnell die Hochschule verlassen und seine andern brauchbaren Männer an ihre Stelle treten werden, daß auch die Berner Verfassung lebenslängliche Anstellung der Lehrer gestattet. Nun stimmt es sollcht zu diesen Grundsätzen, wenn derselbe Artikel der herrschenden Partei den Trost gibt, für Purifikation der Hochschule durch Entfernung der mißliebigen Lehrer lasse sich mit Hilfe des Uebergangsgesetzes sorgen, welches alle Anstellungen (eigentlich sind damit freilich nur die politischen gemeint) in Folge der Verfassungsänderung für provisorisch erklärt hatte; mit andern Worten, man solle die Männer von der eignen Farbe für lebenslänglich, die der Gegenpartei für absetzbar erklären. Ist es denn so schwer, mit der Macht in der Hand gerecht zu sein? Kann man sich wundern, wenn eine solche Ungleichheit auf andere als sachliche Gründe zurückgeführt wird? Und wird nicht mit diesem Ausweg der beabsichtigte Erfolg zuverlässig vereitelt werden? Denn an einer Verfassungsrevision würde es wohl bei einem Wechsel der herrschenden Partei so wenig als an einem neuen Uebergangsgesetz fehlen. — Die besprochene Abstimmung ist übrigens als eines der ersten Zeichen von Differenzen im radikalen Lager zu brachten, die möglicher Weise später noch zum Verschein kommen könnten. Es ist zwar nicht der Gegensatz des gemäßigten und des extremen Radikalismus, der sich darin ausspricht. Der Antrag auf Aufhebung der Lebenslänglichkeit wurde von einem Mitglied der Regierung, welches sonst unter die Gemäßigtesten gezählt wird, R. R. Funk gestellt (etwas auffallend, da sich dieser früher in anderem Sinn aussprach) und von Männern, die sonst viel weiter gehen, bekämpft. Dagegen scheint diese Debatte zu beweisen, daß über die Nothwendigkeit der Wissenschaft und der von ihr ausgehenden Bildung für die Republik auch unter den Radikalen verschiedene Ansichten herrschen. Da der Große Rath überwiegend aus Landleuten oder doch aus Vertretern des Landvolks besteht, so ist es kein Wunder, wenn die Wissenschaft bei ihm zu kurz kommt. Hoffen wir, daß es den Männern, deren Stimme sonst in diesen Fragen Gewicht hat, gelinge, ihre Partei von der Unentbehrlichkeit einer unabhängig gestellten Wissenschaft in der Zwischenzeit von drei Monaten, die der zweiten Berathung des Gesetzes vorangehen muß, zu überzeugen. — In der letzten Zeit ist auch der Plan einer gemeinsamen eidgenössischen Hochschule wieder aufgetaucht und privatim darüber verhandelt worden. Wer so heißen seine Verwirklichung auch wäre, so ist doch wenig Hoffnung dazu vorhanden. Die günstige Zeit dieser war vor 14 Jahren; jetzt hat sich die Trennung der schweizerischen Hochschulen orefestigt und mit lokalen und persönlichen Interessen verschlungen. Höchstens der Kostenpunkt könnte den Einigungsbestrebungen Nachdruck geben.

Dem gestern ernähnten Memorandum Sir Strafford Cannings (vom 8. Jan.), das die Basler Z. mittheilt, liegt ein kurzes Schreiben an den Bundespräsidenten bei, worin der englische Diplomat die Hoffnung ausspricht, der Empfänger werde darin einen Beweis von dem ganz freundschaftlichen Antheil seiner Regierung an den Schweizerangelegenheiten erblicken, und ihn zugleich bitten, das Aktenstück ohne Verzug den Mitgliedern der Tagsatzung mitzutheilen. Es beginnt mit den Worten: „Die schweizerische Eidgenossenschaft ist, man muß es gestehen, durch eine schwere Prüfung hindurchgegangen. Sie ist auf so glänzende Weise daraus hervorgetreten, daß alle Augen mit der lebhaftesten Theilnahme auf die Aussicht in ihre Zukunft gerichtet sind. Im Augenblick, wo die Tagsatzung ihre Arbeiten wieder beginnt, um die letzte Hand anzulegen, fragt sich Jedermann, welches Gepräge denselben werde aufgedrückt werden. Eine sehr schwere Verantwortlichkeit liegt auf dieser Versammlung. Zwei Wege öffnen sich vor ihren Schritten. Schreitet sie auf dem einen vor, so wird sie die Früchte ihres Triumphs dem Glücke des gemeinsamen Vaterlandes widmen können; stürzt sie sich auf den andern Weg, so verlängert sie die schmerzlichen Eindrücke des Krieges und verzögert für lange Zeit die Herstellung der wesentlichen Bedingungen dauernder Ruhe und nationaler Unabhängigkeit. Es ist wichtig, daß dieser Gedanke vollständig klar gemacht werde."

Der Gesandte weist dann darauf hin, daß zum innern Frieden wie zur äußern Stärke der Schweiz eine gegenseitige Sympathie der Kantone unter sich nothwendig sei, daß aber die Uebermacht einer einzigen Partei und die Demüthigung jeder andern zu diesem Ziele nicht führen könne. In der systematischen Anwendung von Gewalt liege etwas den Volkssitten und politischen Einrichtungen Widersprechendes, auch werde das nur neue Keim neuer Zerwürfnisse und Reaktionen. Der Kampf sei glücklich beendigt, der provisorische Zustand werde bald aufhören, auch die Armee in Kurzem reduzirt sein, und eine allgemeine Amnestie stimme zu sehr mit den Gebräuchen und Gefühlen der Schweizervolks überein, als daß man an ihrer Gewährung auch nur einen Augenblick zweifeln könne. Es seien daher noch zwei Punkte beson-

Digitized by Google

ders zu erwägen: die Vertheilung der Kriegskosten und die Bundesrevision.

Was das Erste betrifft, so findet es Stratford Canning ganz begreiflich, daß nun in den ersten Augenblicken nach dem Siege geneigt war, Alles auf die besiegte Partei zu werfen und es als widersinnig ansah, den Sieg zu gewinnen und doch für den Besiegten zu bezahlen. Jetzt aber sei eine hochherzigere Auffassung nicht nur von den Umständen gestattet, sondern von der Pflicht geboten. Schon die Gerechtigkeit gebe nicht zu, mildernde Erwägungen außer Acht zu lassen und die besiegten Kantone mit der äußersten Strenge zu behandeln, die Vernunft aber müsse darauf hinführen, daß es sich nicht darum handle, zu erdrücken, sondern zu erheben und zu versöhnen, nicht zu entfremden, sondern das rächgen. Band fester zu knüpfen, statt es jedem wehenden Winde, jedem fortreisenden Anstoße Preis zu geben.

Die Tagsatzung, so äußert sich das Memorandum über den zweiten Punkt, wird zur Bundesrevision aller ihrer Mitglieder berufen. Es gibt deren, die bisdahin den Vortheil der Erweiterung der Attribute und der Verstärkung des Ansehens der Centralgewalt noch nicht anerkannt haben. Durch häufigere Verbindungen, durch Beweise aufrichtigen Wohlwollens, durch die Sympathien gemeinsamer Interessen wird es gelingen, sie zu Opfern für den gemeinschaften Zweck zu bewegen. Wollte man sie mit Gewalt zwingen, so würde man damit nichts Anderes thun, als die Fundamentalgrundsätze des Bundes verkennen, man würde gefahrvollen Zufällen alles das aufsetzen, was die Schweiz seit mehr als dreißig Jahren mit dem allgemeinen System des Friedens und des öffentlichen Rechtes in Europa verbindet. Sir Stratford Canning erinnert daher wiederholt an die traurigen Folgen, welche die jüngsten Verwicklungen für die sieben Kantone gehabt haben, an die Zwangsanleihen, die Sequestrationen und Kontributionen, an die Aufhebung geistlicher Stiftungen und die Beschlüsse einzelner provisorischen Regierungen — Maßregeln, deren Rückwirkung die ganze Schweiz, politisch, merkantilisch und materiell werde empfinden müssen. Die aufrichtigsten Freunde der Schweiz hätten dann den Schmerz, sie sich verirren zu sehen durch eine Verblendung, deren Gefahre vorauszusehen bezeichnen sie sich zur unabänderten Aufgabe gemacht hätten.

Die Bundesrevision, fährt das Memorandum fort, werde immer ein Unternehmen von großer Schwierigkeit sein, jedenfalls müsse die Natur und Lage des Landes, die Beschränkung seiner Hilfsquellen, die Sitten seiner Bewohner und ihr politischer Beruf im europäischen Staatensystem die wesentlichen Grundlagen und Schranken des neuen Bundesvertrags bilden. Eine Volksbedeede, welche ohne Verantwortlichkeit gegen die Kantone wäre, gebe Vieles zu befürchten; Sparsamkeitssinn, Gewohnheit lokaler Administration, Eifersucht auf jede außerordentliche Gewalt, Schwierigkeit der Lage, Alles entlich, selbst die Natur des Landes und die verhältnißmäßige Beschränktheit seiner materiellen Hilfsmittel, Alles mit den Gegensätzen der Kantonalsouveränetät zusammentreffen, um den Wirkungskreis einer wohlthätigen Centralität in der Schweiz zu beschränken.

Stratford Canning spricht daher die Hoffnung aus, daß diese Frage nicht von einem ihrem Geiste fremden Impuls getrieben, sondern auf eine Zeit der Ruhe verspart werde, wo den Leidenschaften weniger Spielraum gegeben werde. Ein Weg der dieser Richtung nicht folge, müsse früher oder später zum Abgrunde führen; trete man heraus aus den durch die Natur selbst angewiesenen Grenzen, so sei es, als ob man auf das Wasser baue oder das Dach seines Hauses über das Eigenthum des Nachbars hinausragen lassen wolle. Darum möge die Nation nicht durch den Einflüsterungen der fremden Gehör geben, sondern ihr ganzes Vertrauen denen schenken, die in dem vollen Sinn des Ausdrucks Patrioten und Schweizer sind. Am Würdigsten dieses Namens, so schließt das Aktenstück, ist ohne Zweifel der, welcher, indem er den Wohlstand seines Vaterlandes zu befördern sucht, niemals dessen wesentliche Grundlagen verkennt, der, welcher gleichweit entfernt ist von Theorien, welche die Interessen der Schweiz auf fremden Boden zu verpflanzen suchen, um dort im Unbestimmten sich zu verlieren, wie von Umtrieben die selbst vor der empörenden Idee nicht zurückbeben, fremde Kriegsmacht über den Boden der Schweiz zu führen.

Zürich, 17. Jan. Hr. Ed. Ziegler hat seine Entlassung aus dem eidg. Stabe verlangt; als Beweggrund gibt er an die Errichung tüchtiger Offiziere aus dem Generalstab, das Verfahren gegen einzelne Personen und Korporationen des ehmaligen Sonderbunds und die herausfordernden Aeußerungen gegen das Ausland, die zuweilen in den höchsten Behörden vernommen würden.

Zug. Die Mehrheit der Wahlen in den Großen Rath ist liberal ausgefallen.

Luzern. Die sonderbündische Kriegskasse ist jetzt in Flurlen, wohin sie am 23. Nov. geflohet worde, ausgefunden worden; sie enthält noch 6000—7000 Fr. baar. — Die N. Z. Ztt. berichtet von Gressen, welche sich die Berner Truppen neuerdings erstaunt hätten; sie spricht die Hoffnung aus, daß Oberst Emür mit Entschiedenheit einschreiten werde.

Freiburg, 18. Jan. Der Gr. Rath hat auf den Antrag der provis. Regierung beschlossen, daß die Hauptmehrer und Begünstiger des Sonderbunds für die Kriegs- und Ottupationskosten 1 Million und 660,000 Fr. zu bezahlen haben, wovon 60,000 Fr. dem Bischof und der Weltgeistlichkeit, 450,000 Fr. den Klöstern auferlegt wurden. Mit Recht bemerkt dazu die N. Z. Z.: Mögen die Schuldigen auch noch so reich sein — und noch so sehr Schuld tragen an dem erfolgten Unglück — diese enorme Kontribution, die ihnen (den Weltlichen) auferlegt wird, läßt sich weder vom Standpunkt der Billigkeit, noch von dem der Klugheit rechtfertigen. Die bittern Früchte werden nicht ausbleiben, die dieses Defekt tragen wird.

## Niederland.

Wie weit die Vorschläge der Regierung zur Reform des Grundgesetzes gehn werden, darüber verlautet noch nichts Gewisses. Die Erwartungen, die nie sehr hoch gespannt waren, haben sich jetzt soweit herabgestimmt, daß ein Theil der Oppositionspresse bereits die Frage verhandelt: ob es sich denn bloß von einer Veränderung, etwa von der Verdeutlichung einzelner dunklen Stellen, oder ob es sich wirklich von einer Reform der Verfassung handeln solle? Natürlich lautet die Antwort: jenes lohne nicht der Mühe, und dieses sei unumgängliches Bedürfniß. Vor allen Dingen will die Opposition, deren Reigen in der Presse die Arnheimer und die N. Rotterdamer Zeit. führen, die relte Wahlen in die Generalstaaten, deren Mitglieder jetzt bekanntlich aus den Provinzialstaaten hervorgehn. Jeder angesessene steuernde Bürger soll das aktive Wahlrecht erhalten. Nur auf dieser Grundlage könne eine Staatsreform durchgeführt werden, die das Land vor dem Untergange rette. „Wie!“ ruft die Arnheimer Zeitung aus, „achtungsnerthe Vaterlandsfreunde, angesehene Professoren sprechen schon von Einschmelzung in einen fremden Staat (den deutschen Bund)! Wie! einschtvolle und einflußreiche Niederländer erklären laut, daß, bevor wir unser Indien nicht einbüßen, an keine gründliche Staatsverbesserung zu denken sein werde, indem das indische Gold die Regierung in Stand setze, ihr heilloses, aristokratisches System festzuhalten! So weit ist es mit Niederland gekommen, und dennoch sollte man meinen können, das Vaterland schwebe nicht in Gefahr? Ausgemergelt ist das Land durch Abgaben aller Art, entnervt durch die Mißwirtschaft, ungeschickter Minister, preisgegeben von einer kaakerlosen Mehrheit der Generalstaaten, und noch sollte nur die Rede sein von Wortänderungen einzelner Artikel des Grundgesetzes? Landsleute, das Vaterland ist in Gefahr! Erwacht und überlegt, was wir bedürfen! — — Hierbei liegt nun die Frage nahe: wer denn soll die Staatsreform in die Hand nehmen und durchführen, wenn man sich über die Volksvertretung ebenfeehr wie über die Regierung zu beklagen hat, wenn man beide Staatsgewalten, wie sie bestehen, zu dem Werke für gleich ungeeignet hält? Die Arnheimer Zeit. weiß darauf keine andere Antwort als die: sendet Petitionen an den König, worin Ihr eine wahre Volksvertretung fordert, und sendet sie in solcher Zahl, daß Niemand an dem Willen des Landes in dieser Hinsicht mehr Zweifel hegen kann! Inzwischen hat die Regierung an dem Entwurfe des Strafgesetzbuches mehrere Veränderungen angebracht, welche den in den Abtheilungen der zweiten Kammer geäußerten Wünschen entsprechen. Namentlich hat sie in Betreff des Placet nachgegeben und eine dieses Recht des Staats aufrechthaltende Bestimmung in das Gesetzbuch aufgenommen. Ferner sind die Bestimmungen über die freie Ausübung des Gottesdienstes bedeutend erweitert. Um in einem Gebäude öffentlichen Gottesdienst zu halten, bedarf es nicht mehr einer vorhergehenden Zustimmung Seitens der Behörden, sondern nur noch einer einfachen Anzeige an dieselben. Auch die Beschwerden hinsichtlich der frühern Bestimmungen über die Preßfreiheit sind großentheils gehoben.

## Großbritannien.

London, 18. Jan. „Wenn es Lord Palmerston gelang“, beginnt das Morn. Chron. seinen bereits erwähnten vertheidigenden Artikel für die Palmerston'sche Politik, „die Schweiz von der Herrschaft der Jesuiten zu befreien, so mußte er sich darauf gefaßt machen, in jedem Theile und Winkel der Welt mit der unversöhnlichsten Feind-

Digitized by Google

schaft dieser Pfaffen und ihrer in die Flucht geschlagenen Anhänger zu thun zu bekommen. Der von dem englischen Minister des Schweizer Liberalen gestiftete Dienst war zu wichtig und folgenreich, um von den Freunden des Absolutismus in ganz Europa vergessen zu werden, und das den Absichten der gefährlichsten Sendboten der religiösen Unduldsamkeit gebotene Schachmatt war zu herb, um nicht auf das Haupt seines Urhebers die innigsten Verwünschungen jedes Schülers von Loyola zu häufen, von Oxford bis Freiburg. Die jesuitische Partei in Irland, England und Frankreich macht jetzt, und zwar in sehr bezeichnender Weise, Chorus, um den Minister für die auswärtigen Angelegenheiten zu kenzeichnen. John O'Connell in der Versöhnungshalle, die Times und Graf Montalembert in ihren betreffenden Wirkungskreisen leiern dasselbe trübselige Requiem über die selig verschiedene Bigotterie ab u. s. w. „Mit bitterem und glücklichem Spotte gießt das Morn. Chron. ihre ganze gegen die Palmerston'sche Politik gerichtete Verbindung so fremdartiger Elemente, wie John O'Connell und Montalembert einerseits und die Times andererseits, es ergötzt seine Leser mit jener lächerlichen Verschreyung John O'Connell's, daß Lord Palmerston seinen Groll gegen die Jesuiten auch den „garstigen, abscheulichen und obscenen Schriften des schmutzigen Eugen Sue" gelegen habe, es fertigt mit einiger geringschätzigen Ironie die Ausfälle Montalembert's gegen den englischen Minister ab, der, nach Montalembert's Ansicht, „nur deßhalb die Sache der Freiheit und Gerechtigkeit in der Schweiz schmählich verfolgt habe, weil diese Sache von Frankreich unterstützt worden, und nur deßhalb den über alles Lob erhabenen Keletrig zu Tode gehetzt habe, weil derselbe Anstoß und Vertreter der innigen Geistesgemeinschaft zwischen Frankreich und Griechenland gewesen". Weiter kann man allerdings die Sophistik des Britenhasses und die nationale Selbstschmeichelei und Selbstbäherschätzung nicht treiben, als hier und an andern Stellen Graf Montalembert gethan, dessen „Eloquenz" doch im Grunde auf ziemlich gewöhnlichen, wenn auch talentvollen Mitteln der bloßen Kanzelbredsamkeit, nicht auf tieferer politischen Anschauung beruht. Mit gröberem Grafte verfährt das M. Chr., um die Anklagen der Times abzuwehren, daß Lord Palmerston mit seiner gegen Griechenland geführten Sprache nicht bloß die Gesetze der Höflichkeit und das Decorum amtlichen Verkehrs, sondern auch die Forderungen des internationalen Rechts verletzt habe. Es geht hervor, wie bereits früher das griechische Kabinet den britischen Konsul in Prevesa beschuldigt, daß es den Rebellen gegen den griechischen Thron Vorschub geleistet — eine Beschuldigung, die es nicht habe begründen können, und die mit allem Nachdruck zurückzuweisen Pflicht der großbritannischen Regierung gewesen, deren Grundsatz es sei, keinen unerwiesenen Makel auf ihren Dienern und Agenten sitzen zu lassen. Ob, fährt das M. Chr. fort, die von den Times gerügte Sprache zu hart sei, wenn der britische Minister wahrnehme, daß das Nationalvermögen, für das er mitgewürgt und von dessen richtiger Verwaltung nicht nur das Glück von Millionen, sondern auch möglicher Weise der Friede der Welt abhange, durch angewiesene, verschleudert, seine Hilfsquellen, seine Zinsen gefährdet würden, und wenn man trotzdem behaupte, gerade dies System (das Kollettis'sche) sei der rechte Weg, und man sei entschlossen, ihn auch ferner inne zu halten? Die Times schienen in größter Besorgniß zu sein, daß Hr. Guizot diese Klagen auf sich beziehen könne, und doch habe dasselbe Journal drei Tage früher angedeutet, daß der Herr und Meister desselben Hrn. Guizot mit einer zweiten Borgia zu Madrid in Verbindung stehe, zu dem Zwecke, den Thron für seines Sohnes Nachfolge zu leeren; diese Andeutung sei gewiß eine schmutzige Beschuldigung, könne aber um so eher dazu dienen, zu zeigen, wie viel Gewicht man auf das Urtheil dieses Verfassers über solch eine Frage legen könne. Kolettis, darüber bestehe kein Zweifel, sei ein Werkzeug Englands und des Guizot'schen Systems gewesen, das habe der unselige Mann auf seinem Sterbebette selbst bekannt. Wenn man solch' ein übelberüchtigtes System, wie das in Griechenland bestehende, Erzeugniß eines fremden Einflusses sei, so sei es auch Pflicht eines jeden Staatsmannes, der hievon als von einer Thatsache wisse, sich offen darüber auszusprechen. Die Times, äußert das M. Chron. an einer andern Stelle, suchten sich für die Niederlage, die sie mit ihrer Vorliebe für den Sonderbund in Bern erlitten, in Athen zu rächen, da sie dem Ministre des Auswärtigen in seiner gegen die Schweiz befolgten Politik Nichts anhaben könnten. Mit der Politik, die Palmerston gegen die Schweiz beobachtet, seien Männer aller Parteien, die Agitatoren in der Versöhnungshalle und die Pusyiten ausgenommen, von einem Ende Großbritannniens bis zum andern einverstanden.

Uebrigens finden sich auch die Times in ihrer Nr. vom 18. Jan. gemüßigt, die Palmerstonsche Politik wenigstens in Betreff der Schweiz als die allein richtige und im strengsten Sinne konservative gegen die leidenschaftlichen Beschuldigungen Montalemberts in Schutz zu nehmen.

## Frankreich.

Paris, 19. Jan. Nach langem Schweigen läßt Hr. Cormenin, der berühmte, ein wenig zu berühmte Pamphletschreiber wieder einmal seine Stimme vernehmen. „Ueber die Unabhängigkeit Italiens", lautet der Titel der neuen Schrift, in welcher er das unbeschränkte Recht der Selbstgesetzgebung der italienischen Staaten den großen Mächten gegenüber vertheidigt, welche dasselbe seiner Meinung nach früher oder später durch gewaltsame Störung des auf der apenninischen Halbinsel begonnenen politischen Reformprocesses beeinträchtigen könnten. Die Oberherrlichkeit, welche die fünf Mächte in den europäischen Angelegenheiten behaupten und ausüben, wird von Hrn. Cormenin hart angegriffen. „Sagt mir doch, ihr Leute der großen Mächte, ruft er aus, was verleiht ihr darunter, wenn ihr davon sprecht, eure Nationalehre zu vertheidigen, euern Rang einzunehmen und zu behaupten, eure Kraft geltend zu machen und euer Uebergewicht in die europäische Wagschale zu legen? Was ist eure Ehre, und waram nennt ihr sie Nationalehre? Was ist euer Rang, und inwiefern ist eine Nation von 40 Millionen Menschen größer, als eine Nation von 3 Millionen? Doch wohl nur insofern, als sie 37 Millionen mehr zählt, als sie demnach der andern an Zahl überlegen ist? Wahrhaftig, ein prächtiger moralischer Beweisgrund! Wie steht es mit dem Uebergewichte, das ihr in Europa ausüben zu dürfen glaubt? Eine sehr unbedimmte Redensart. Es gibt ein großes und ein kleines Europa, und ihr wollt das schwerlich euer Uebergewicht gegen das große Europa geltend machen, welches das nicht dulden würde? Also gegen das kleine Europa. Was versteht ihr aber darunter? Sprecht ihr von dem Uebergewichte eurer Waffen? Dann ist es nur eine Brutalität. Und ihr schämt euch nicht, davon zu reden und gar davon Gebrauch zu machen? Oder ist es das Uebergewicht eurer Rathschläge? Aber, wer gibt euch denn das Recht, überhaupt Rath zu geben, und warum leidet ihr nicht im eignen Hause, was ihr den Andern anthut?" Die große Politik wird sich wohl nicht damit befassen, die unbescheidenen Fragen des Hrn. Cormenin mit Worten zu beantworten.

Paris, 20. Jan. Die große Deputation der Pairskammer hat gestern Abend um 9 Uhr dem Könige ihre Adresse übergeben. Der König empfing sie auf dem Throne sitzend, von seinen Söhnen umgeben, und antwortete, nachdem der Kanzler Pasquier die Adresse verlesen hatte, Folgendes: „M. HH. Pairs! Mit lebhafter Bewegung finde ich in dieser Adresse den Ausdruck der Theilnahme und der Gefühle der Zuneigung wieder, mit dem die Pairskammer mich nach dem großen Unglücke, das mich in meiner Familie getroffen, umgeben hat. Ich freue mich, der Pairskammer wiederholen zu können, wie sehr ich mir zu dem ebenso loyalen, als erleuchteten Beirande, den sie fortführt, meiner Regierung zu stehen, Glück wünsche. Indem wir, wie wir es nun beinahe seit 18 Jahren gethan haben, dabei beharren, die Bande, die die großen Staatsgewalten so glücklich mit einander verbinden, immer enger zu schürzen, werden wir dahin gelangen, die Staatseinrichtungen, die Frankreich sich gegeben hat, und die die fortschreitende Entwicklung seines Wohlstandes ebenso gut, wie die Befestigung der Ordnung im Innern und des Friedens nach Außen wirksam verdoppeln, immer mehr zu befestigen und vor allen Eingriffen zu bewahren."

Galignanis Messenger meldet in seiner Abendausgabe, daß der König gestern Abend mit fester und emphatischer Stimme gesprochen und von den Pairs, die sich zahlreich der Deputation angeschlossen hatten, mit dem enthusiastischen Rufe: Vive le Roi! begrüßt worden sei. Der König stieg, nach der officiellen Feierlichkeit vom Throne herab und unterhielt sich mit einzelnen Pairs, — er sah sehr gut aus und schien sich einer vortrefflichen Gesundheit zu erfreuen.

In der Deputirtenkammer wurde heute der Gesetzentwurf gegen die Käuflichkeit der Aemter vorgelegt, und dann die Wahl des Hrn. Richod de Brus, die unter unerlaubtem Einflusse der Behörden stattgefunden haben soll, zur Untersuchung gezogen.

* Heidelberg, 23. Jan. Briefe aus den Tuilerien selbst und von einer Dame, die in der unmittelbaren Nähe der k. Familie lebt, bestätigen, daß der König der Franzosen sich köperlich ausgezeichnet wohl befindet.

## Italien.

* Mailand, 18. Jan. Heute war an den Straßenecken folgendes kaiserliches Manifest angeschlagen: „Wir Ferdinand I. Kaiser von Oesterreich u. s. w. Von den unangenehmen Vorfällen in Kenntniß gesetzt, welche sich vor Kurzem in verschiedenen Theilen Unseres

Digitized by Google

**Preußen.** ♀ Breslau. Wir erhalten folgende Mittheilung über den Stand des Kampfes der freien christlichen Kirche in Schlesien mit dem evangelischen Kirchenregiment in Preußen:

Den Kampf, den die junge freie christliche Kirche in Preußen mit dem Kultusministerium gegenwärtig kämpft, haben Viele wohl bemerkt, gar Wenigen aber ist der Verlauf dieses Kampfes bekannt worden. Darum wohl ist, selbst von einem großen Theile der deutschen Blätter, noch nicht genug hervorgehoben worden, welche Gefahr der Religionsfreiheit in Preußen und somit auch für Deutschland droht. Da nun diese Gefahr nahe ist, da man bereits soweit geschritten ist, nicht bloß den Predigern der freien evangelischen, sondern auch denen der freien katholischen Gemeinden die kirchlichen Handlungen unter Androhung von 50 Rthlr. Geld- oder 4 Wochen Gefängnißstrafe zu verbieten, so sehe ich es als Pflicht an, den Weg der Oeffentlichkeit für die Mittheilungen der Thatsachen einzuschlagen.

Beim Beginn der religiösen Reform schien Preußen seine weltgeschichtliche Stellung, die ihm in Bezug auf die kirchlichen Bewegungen zufiel, nicht bloß erkannt zu haben, es sprach dieselbe auch in der Kabinetsorder vom 30. April 1845 aus, indem es freie Entwicklung der jungen Kirche zusicherte, und unterlagte den Staatsbehörden jede Hemmung. Das war eine glückliche Stellung, wir wünschten Nichts weiter, wir wollten keine Stütze durch den Staat, die junge Kirche sollte sich in dem nunmehr nothwendigen Kampfe mit ihren Gegnern bewähren, sollte in diesem Kampfe erstarken und festen Wurzel schlagen. Doch schon im Juni desselben Jahres erließ der Kultusminister eine Verfügung, welche jene königl. Kabinetsorder theilweise beschränkte. Wen das erfolgte eine beschränkende Verfügung der andern, sie wurden besonders scharf nach der Zusammenkunft des Königs von Preußen mit dem Staatskanzler Metternich in Stolzenfels im Herbst 1845. Die polnischen Unruhen verschafften uns einige Erleichterung. Kaum aber war diese äußere Gefahr vorüber, so wurden die hemmenden Maßregeln gegen uns verstärkt, und der Oberpräsident von Schlesien ging im Jahr 1846 so weit, einigen kleinen Gemeinden Schlesiens den Gottesdienst zu verbieten. Der Landrath des Löwenberger Kreises ließ der Gemeinde Lähn den Versuch schließen, nachdem diese Gemeinde bereits ein Jahr lang Gottesdienst gehabt hatte. Da ich gegen diese mit der Kabinetsorder mir in klarem Widerspruche scheinende Maßregel nicht bloß schriftlich Protest einlegte, sondern auch, wie es meine Pflicht erheischt, in Lähn Gottesdienst hielt trotz des Verbotes Seitens des Oberpräsidenten, wurde ich zu vierwöchentlicher Gefängnißstrafe verurtheilt, die ich im April 1847 an mir vollziehen ließ. Der Oberpräsident erlaubte aber nach einem Protest durch die That sogleich die Abhaltung des Gottesdienstes in Lähn, ein Zugeständniß, das für mein Recht in dieser Angelegenheit spricht.

Kurz vor Eröffnung des preußischen Allgem. Landtags erschien das Religionspatent vom 30. März 1847, das im Anfange selbst viele Aufgeklärte für sich gewann, weil der neuen Zeit, zumal durch die Civilehe, einige Zugeständnisse gemacht worden seien. Im Fortgange stellte es sich heraus, daß man in der Ausführung die Auflösung und Vereinzelung der jungen freien Gemeinden, ihres eigenen Verbandes und selbst ihrer Einzelrisitzung bezwecke.

Die Gemeinden des preußischen Staates lehnten daher auf dem Berliner Concil im Mai 1847 das Patent einstimmig ab, als eine Bestimmung, die auf sie keinen Segen hätte, und beauftragten den Synodalvorstand von Schlesien, mit der Staatsregierung in Verhandlung zu treten und die Anerkennung nachzusuchen. Dieser that es, ohne bisher eine Antwort zu erhalten; das Kultusministerium begann aber das Patent in seinen letzten Kategorien auf die junge Kirche anzuwenden.

Vom 19. September 1847 datirt erschien eine Verfügung geheim, gerichtet an alle Behörden, in der es ausdrücklich heißt: daß die katholischen Dissidenten und die Wiedertäufer nicht als Gemeinschaft, sondern als Einzelne zu betrachten und zu behandeln seien, und folglich die kirchlichen Handlungen keine gesetzliche Giltigkeit hätten. Zum Austritt, heißt es weiter, sollten wir nicht als Gemeinschaft gezwungen werden, jedoch sollen civilrechtliche Handlungen, z. B. Ehescheidungen, Testamentsvollziehungen, solange von den betreffenden Behörden verweigert werden, bis der Austritt aus der alten Kirche erfolgt und die betreffenden Austrittsgebühren bezahlt seien. In Folge dieser Verfügung und der in ihr enthaltenen Erklärung hängt es auch von dem Kultusminister ab, ob wir noch ferner Gottesdienst halten dürfen oder nicht, wie dies sich klar an der Magdeburger Gemeinde zeigt, die das Patent auf sich bezog. Es heißt ferner in dieser Verfügung: die von den christkatholischen Predigern eingesegneten Ehen seien ungiltig, als Konkubinate zu betrachten und die Ehcleute demgemäß auseinanderzutreiben, und dies gilt non allen Ehen, auch von denen, die vor dem Erscheinen des betreffenden Patents geschlossen wurden. Hiernach hat das Gesetz rückwirkende Kraft. Ferner sollen nun auch die aus oben bezeichneten Ehen entsprossenen Kinder als uneheliche angesehen und ihnen Kuratoren gesetzt werden, was in einzelnen Fällen schon geschehen ist. Endlich bestimmte die bekannte Erklärung des Kultusministers, daß nun die politischen Rechte nicht zusünden.

Vom 6. November 1847 datirt erschien eine zweite Ministerialverfügung, wodurch den christkatholischen, wie den freievangelischen Predigern die kirchlichen Handlungen unter Androhung von 50 Rthlr. Geld- oder vierwöchentlicher Gefängnißstrafe verboten wurden. In Folge dieser Verfügung wurden wir 4 Breslauer Prediger der christkatholischen Gemeinde den 24. December vorgeladen, um uns dieselbe nach ausdrücklichem Befehl des Ministers zu Protokoll, nicht schriftlich oder öffentlich, zu eröffnen. Wir gaben folgende Antwort:

Einem hochlöblichen resp. Polizeipräsidium beehren wir uns ergebenst anzuzeigen, daß wir in Folge unserer Stellung zu der Gemeinde nicht im Stande sind, eine uns letztere betreffende Mittheilung entgegen zu nehmen, und bitten, dieselbe schriftlich durch den Vorstand der Gemeinde an uns gelangen zu lassen. Breslau am Weihnachtsabend 1847.

Wir wurden am 3. Januar d. J. zum zweiten Male vorgeladen unter der Erklärung, daß die Eröffnung und Bedeutung, welche wir entgegen zu nehmen hätten, uns lediglich persönlich betrüfe. Wir gaben darauf folgende Antwort:

Einem Königl. resp. Polizeipräsidium erlauben wir uns, auf das resp. zu erwidern, daß wir in einer „Bedeutung und Eröffnung", welche uns nach der Verfügung der königl. Regierung als einer Verwaltungsbehörde zu Protokoll zu machen ist, durchaus nicht etwas „lediglich uns selbst persönlich" Betreffendes, sondern nur eine Beziehung auf unser Verhältniß zur hiesigen christkatholischen Gemeinde zu erblicken vermögen, und daß wir darum widerholt ergebenst bitten, gedachte „Bedeutung und Eröffnung" der königl. Regierung durch den Vorstand unserer Gemeinde schriftlich an uns gelangen zu lassen. Zu schulden zc. zc.

Das Weitere haben wir zu erwarten. Die Gemeinde hat einstweilen ein Gesuch an die Polizeibehörde erlassen, worin sie bittet, mit der Ausführung der Ministerialverfügung einzuhalten, bis wir vom Ministerium auf unsere Eingabe Antwort erhalten haben würden. Die Polizeibehörde wird so weit sie kann darauf eingehen. — Die Breslauer Gemeinde faßte in Folge dieser Vorgänge den Beschluß: daß die Prediger nur von ihren Gemeinden Instruktionen in Betreff ihres Amtes anzunehmen hätten, die Gemeinde würde zu vertreten haben und wissen, was sie ihren Beamteten auftrage.

So weit über das allmählich sich steigernde Verfahren des Kultusministeriums gegen uns bis zum jetzigen Stande dieser Angelegenheiten. Um aber genaue Einsicht in das Wesen des Verfahrens zu geben, führe ich folgendes aus der Instruktion des Ministers an die Behörden an:

Austritt.

§. 17 der Verordnung vom 30. März bestimmt: der Austritt aus der Kirche kann nur durch eine vor dem Richter des Orts persönlich zu protokoll abgegebene Erklärung erfolgen.

Diese Erklärung hat nur dann rechtliche Wirkung, wenn die Absicht, aus der Kirche auszutreten, mindestens vier Wochen vorher dem Richter des Orts in gleicher Weise erklärt worden ist.

Der Richter hat von der zuerst bei ihm abgegebenen Erklärung dem kompetenten Geistlichen sofort Mittheilung zu machen.

Kosten: Für Vegtaubigung des Austritts aus der Kirche ist zu bezahlen ein Baufchquantum von 10 Sgr. bis 2 Rthlr., ferner die Ausfertigungsgebühren des Attestes nach der Sporteltaxe vom Jahre 1845 und der tarifmäßige Stempel.

Rechte: Ueber die politischen Rechte schweigt das Patent vom 30. März, über die bürgerlichen Rechte und Ehren bestimmt eine königl. Deklaration vom 30. März, daß der Beitritt zu einer vom Staate noch nicht genehmigten Religionsgesellschaft (mithin der Austritt aus der Kirche) nicht „ohne Weiteres" den Verlust jener Rechte und Ehren zur Folge habe.

Geburt.

§. 3 der Verordnung bestimmt: Zur Anzeige einer erfolgten Geburt ist zunächst der Vater des Kindes verpflichtet. Ist derselbe nicht bekannt oder zur Erfüllung dieser Pflichten nicht im Stande, so muß die Anzeige von dem Geburtshelfer oder der Hebamme, wenn aber solche bei der Niederkunft nicht gegenwärtig gewesen sind, von den sonst dabei zugegen gewesenen Personen und wenn die Geburt ohne Beisein Anderer erfolgt ist, von demjenigen, in dessen Wohnung das Kind geboren ist, geschehen. Andere zu den Verwandten oder

Digitized by Google

Hausgenossen gehörende Personen sind zu der Anzeige berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Die Anzeige muß Tag und Stunde der Geburt, Geschlecht des Kindes und das Gewerbe, sowie den Wohnort der Eltern enthalten. War zur Zeit der Anzeige dem Kinde noch kein Vorname beigelegt, so ist hierüber binnen drei Tagen, nachdem dies geschehen, nachträgliche Anzeige zu leisten.

Frist: Die Anzeige muß von den dazu Verpflichteten innerhalb der zunächst folgenden drei Tage nach der Geburt des Kindes gemacht werden.

Strafe: Eine schuldbare Versäumniß dieser Frist ist mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängniß bis zu 4 Wochen zu bestrafen. Außerdem haben die Säumigen diejenigen Kosten zu tragen, welche dadurch entstehen, daß der Richter wegen der verzögerten Anzeige zu irgendwelcher Ermittelung veranlaßt wird. Die Festsetzung der Strafe erfolgt durch gerichtliches Erkenntniß.

Kosten: Dieselben wie beim Austritt aus der Kirche.

Tod.

§. 4 der Verordnung bestimmt: Bei Todesfällen muß die Anzeige von dem Familienhaupte und, wenn ein solches nicht vorhanden oder dazu nicht im Stande ist, von demjenigen gemacht werden, in dessen Wohnung der Todesfall sich ereignet hat. Andere Verwandte oder Hausgenossen des Verstorbenen sind zu der Anzeige berechtigt, aber nicht verpflichtet. Die Anzeige muß Tag und Stunde des Todes, Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe des Verstorbenen enthalten.

Frist: Die Anzeige muß von den dazu Verpflichteten bei Todesfällen spätestens an dem nächstfolgenden Tage gemacht werden.

Strafe: Wie bei den Geburten.

Kosten: Wie bei den Geburten.

Ehe.

§. 5 der „Verordnung" bestimmt: Dergleichen Verbindungen muß ein Aufgebot vorangehen. Dasselbe ist bei dem Richter des Ortes, an welchem die Brautleute ihren Wohnsitz haben, und wenn dieselben in verschiedenen Gerichtsbezirken wohnen, bei jedem der beiden Richter in Antrag zu bringen und erst dann zu vernehmen, wenn sich der Richter die Ueberzeugung verschafft hat, daß die zur bürgerlichen Gültigkeit der Ehe gesetzlich nothwendigen Erfordernisse vorhanden sind.

Das Aufgebot erfolgt durch eine an der Gerichtsstelle und gleichzeitig an dem Rath- oder Orts-Gemeindehause, in dessen Ermangelung aber an der Wohnung des Gemeindevorstehers während vierzehn Tage auszuhängende Bekanntmachung.

§. 8. Die Gültigkeit der Ehe beginnt mit dem Zeitpunkte der Eintragung der Ehe in das Register.

§. 16. Zur Eintragung der Ehe in das Register genügt in diesen Fällen der Nachweis des Aufgebots und die persönliche Erklärung der Brautleute vor dem Richter, daß sie sonst als ehelich miteinander Verbundene sich betrachten wollen.

§. 17. Haben die Brautleute ihren Wohnsitz in verschiedenen Gerichtsbezirken, so kann die Eintragung der Ehe bei dem einen oder dem andern der beiden Richter nachgesucht werden.

Kosten: Für Beglaubigung einer Heirath incl. Aufgebots ist zu zahlen von 1 Thlr. 15. Sgr. bis 5 Thlr. Für die Ausfertigungsgebühren eines Trauscheins, wie bei den Geburten und Todesfällen angegeben ist.

Ehescheidung.

§. 18 der „Verordnung" bestimmt: Bei Ehescheidungsklagen solcher Personen, welche aus ihrer Kirche ausgetreten sind und noch keiner vom Staate genehmigten Religionsgesellschaft angehören, finden die in der Verordnung über das Verfahren in Ehesachen vom 28. Juni 1844 hinsichtlich der Mitwirkung eines Geistlichen und insbesondere die in den §§. 10 bis 14 gegebenen Vorschriften keine Anwendung.

Der Einleitung solcher Ehescheidungsklagen muß statt des Sühneversuches durch den Geistlichen ein Sühneversuch durch das Gericht vorangehen. Bei diesem Sühneversuch sind der Staatsanwalt und nach dessen Anträgen diejenigen Personen hinzuzuziehen, von welchen eine dem Zwecke entsprechende Mitwirkung zu erwarten ist.

Religionsgesellschaft.

Die Ministerialverordnung v. 19. September 1847 bestimmt: Was die Sekte der katholischen Dissidenten und der Baptisten anlangt, so sind dieselben bis jetzt nicht als Gemeinschaften in rechtlichem Sinne aufzufassen, vielmehr ist ihre rechtliche Stellung zunächst noch von dem Ergebnisse einer umfassenden Prüfung ihrer Lehre und ihrer Einrichtungen abhängig. Hiernach ergibt sich von selbst, daß sie vorerst nur als Einzelne zu betrachten sind, welche sich zur Bildung einer neuen Religionsgesellschaft vereinigt haben.

Austritt.

Die Austrittserklärung kann nur persönlich und von Personen, welche berechtigt sind, in religiösen Angelegenheiten selbständig zu verhandeln, abgegeben werden, mithin nur von Personen, welche über 14 Jahre alt oder konfirmirt sind. Für jede einzelne austretende Person sind dieselben Kosten zu zahlen. Die Kinder unter 14 Jahren bleiben noch in der alten Konfession.*)

Aus obigen Instruktionen geht hervor, daß wir uns selbst das Todesurtheil sprechen, wenn wir das Patent in der Weise annehmen wollten, wie es der Minister auf uns anwenden will, und daß wir uns ein dreifach schwereres Joch auflegen ließen, als wir es in der römischen Kirche zu tragen hatten. Wir dürfen fragen: Ist das Glaubens- und Gewissenszwang, ist das ein Toleranzedikt? Ist das vereinbar mit dem Rechte, sich frei in seiner Weise zu Gott erheben zu dürfen? und doch sind dem deutschen Volke, sowie speciell auch dem preußischen, Glaubens- und Gewissensfreiheit unentgeltlich durch Bundestags-Gesetze und das allgemeine preußische Landrecht geschert.

Auf diese Weise aber wollen wir unsre von den Vätern ererbten und mit Blut erkauften Rechte nicht verloren gehen lassen, wir dürfen es nicht als gute Bürger, weil wir den Grundpfeiler des preußischen Staates dadurch untergraben lassen und die Manen des großen Kurfürsten und Erbrechts des Großen beleidigen würden, welche die Religionsfreiheit zum Grundpfeiler des Staates gemacht haben, den sie schufen; wir dürfen es nicht als Christen und Menschen, weil dies die Religion und die Freiheit des Bekenntnisses verrathen hieße. Was uns auch treffen möge, wir werden ausharren und nicht wanken, und sollte auch das neunzehnte Jahrhundert, die Zeit der Humanität, die längst vergessenen Christenverfolgungen wieder aufnehmen: Wahrheit und Freiheit lassen sich nicht durch Landesverweisung und Strafen unterdrücken, und aus dem Kerker ihrer Vertheidiger dringt das Licht die zu den dunkeln und entlegenen Regionen mit erleuchtender und erwärmender Klarheit.

Breslau im Januar 1848. Johannes Ronge.

Italien.

Florenz, 8. Jan. Gegen einen Artikel der hier erschienenen Revista, betitelt il Catechismo popolare waren zuerst der Erzbischof von Florenz und der Generalvikar von Fiesole in Nr. 1 der diesigen Gazzetta mit einem Protest gegen die angeblich darin enthaltenen antichristlichen und besonders antikatholischen Grundsätze aufgetreten. Dabei hatte der Erzbischof die weltliche Regierung zum Einschreiten aufgefordert. Dagegen erhob sich die Alba; der Bischof, meinte sie, stehe der Gläubigen nur gegen Jene wohren, die er in Verbindung befangen glaube, er dürfe sie mit dem Wort, den Waffen der Apostel, bekämpfen, keineswegs aber, wie sie vollen Mittelalter, der weltlichen Behörde preisgeben. Sie sage das nicht in ihrem Interesse, denn sie sei für die Freiheit des Wortes, wohl aber im Interesse der Regierung, die unabhängig von der geistlichen Gewalt sein müsse. Die Regierung habe Censoren, die allein für ihre Approbationen verantwortlich sind, habe ordentliche Tribunale, die allein Gesetzübertretungen beurtheilen müssen. Jede außerhalb dieser Gerichtsbarkeiten getroffene Verfügung sei Willkür und ein Bruch des Gesetzes. — Diese und andere Bemerkungen fanden wohl im Publikum, keineswegs aber bei dem hohen Klerus Eingang. Zum Beweis, daß die italienische Geistlichkeit heute wie vor Jahrhunderten sich das Recht vorbehält, die Gedanken vor der Publikation zu inquiriren und unliebsame Hereche derselben den Gerichten zu denunciren, hat der Erzbischof von Siena in dem heutigen Blatte der Gazzetta seine volle Zustimmung zu den obengenannten Protesten abdrucken. Es findet also in Toskana das von den Bischöfen in Sardinien gegebene Beispiel eine rasche Nachfolge.

*) Kostenweise für eine austretende Familie in einem vorgekommenen Fall:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Austritt des Vaters | . . . . . | 3 Thlr. | 5 Sgr. |
| 2. | „ der Mutter | . . . . . | 3 „ | 5 „ |
| 3. | „ Großmutter | . . . . . | 3 „ | 5 „ |
| 4. | „ dreier Kinder über 14 Jahren | | 9 „ | 15 „ |
| | | | 19 Thlr. | |

zwei Kinder unter 14 Jahren bleiben noch in der alten Kirche, und wird für deren Austritt später noch zu zahlen sein zu 3 Thlr. 5 Sgr.
6 Thlr. 10 Sgr.
Summa 25 Thlr. 10 Sgr.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei den Herr. Owen a. Kipp, 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeischen Länder wende man sich an H. A. Brockhaus Sortiment in Amsterdam. Für Italien bei Bocca Fratelli, Turin, Via Carlo Alberto 33, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Postexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 25. Heidelberg, Dienstag 25. Januar 1848.

## Uebersicht.

Das Verlangen nach Reformen in Würtemberg. I. Gemeinde- und Bezirksorganisation und kirchliche Armenpflege. — Und Oesterreich (die Berichtigung der Nachricht über Ankunft von Jesuiten in Wien. Auffallender Unterschied in Beurtheilung der vorigen und gegenwärtigen Regierung). Berlin (Erklärung von dreißig Oppositionsmitgliedern. Campphausen). Elberfeld (Adresse an Uhlich). Nürnberg (Berichtigung). Stuttgart (Eröffnung der Stände). Karlsruhe (Ständeverhandlungen: Bericht über die Fabriken). Aus Kurhessen (v. Hoppe und v. Specht). Vom Main (der Bundestag und die Schweiz). Kiel (der König von Dänemark gestorben).

**Schweiz.** Zürich. Das Bundesprojekt von James Fazy. Bern. Antrag Berns auf Amnestie. Die Occupationstruppen in Luzern. Plötzliche Abreise der Gesandten von Wallis. Zug. Liberale Regierungswahlen.

**Großbritannien.** Palmerston und die Times. Gespräch mit den Kaffern. Deputation wegen Herabsetzung der Theezölle.

**Frankreich.** Kammerverhandlungen über die Wahl des Hrn. Rigord. Gesetzvorschlag gegen den Aemterkauf. Die Pariser Reformschmaus. — **Spanien.** Espartero im Senat. Hoffnungen der Exaltirten und Besürchtungen der Moderados von Espartero. Die Carlisten in Catalonien bewältigt. Besetzung der schaffarinischen Inseln. — **Italien.** Mailand. Unergischer Generalbefehl des Grafen Radetzky. Neapel. Aufstand in Palermo. In Messina ruhebörrische Auftritte. Aufregung in Catania.

**Griechenland.** Note an die Großmächte über den Aufstand in Patras. Hr. Piskatory, seine diplomatischen Siege, sein allmächtiger Einfluß, seine Briefe. Berichte von einem Mitarbeiter. Wassirat.

**Handel.** Aus dem Elsaß. Uebernahme der Dubrit'schen Fabrik in Thann durch den Magistrat.

---

### Heidelberg, 25. Januar.

Während die würtembergische Staatsregierung in der für sie selbst hinlänglich begründeten Ueberzeugung, daß sie sich auf ihre durchaus wohlwollenden Absichten und den geordneten gesetzmäßigen und ehrenwerthen Gang ihrer Verwaltung thatsächlich berufen könne, den gegen das herrschende System laut gewordenen Tadel weder zu verdienen noch zu beachten scheint, ist es eine merkwürdige Erscheinung, daß seit einer verhältnißmäßig kurzen Zeit die Stimmen für durchgreifende Reformen immer mehr Boden gewinnen, und das Verlangen der öffentlichen Meinung nach einer ernstlichen Beachtung derselben reifend schnell anschwillt. Das ungemeine Aufsehen, welches die durch die „Deutsche Zeitung" veröffentlichten „würtembergischen Briefe" im Lande erregt haben, und die überwiegend günstige Aufnahme derselben haben dies zur Genüge bewiesen. Dieselben Grundsätze, von denen diese Briefe ausgehen, nur mit einer noch specielleren Anwendung auf die würtembergischen Zustände, sind jüngst in einer Reihe von Aufsätzen im „Beobachter" geltend gemacht worden, unter der Aufschrift: „Was will das Volk in Würtemberg?" Aber obwohl der Verfasser für nöthig hielt, die Censurbehörde ebenso dringend als naiv öffentlich zu bitten, „ihm das Wort zu gönnen", da er „nicht bloß verneinen, sondern auch sagen wolle, was sein solle"; obwohl der Ton durchaus anständig war, und in der ganzen Haltung der Aufsätze sich eine kenntnißreiche Erfahrung und eine der Wohlfahrt des Vaterlandes zugewandte Gesinnung aussprach, — die Bitte hat keine Gnade gefunden, und die Censur auch dieses Verlangen nach Reformen verstümmelt. So muß das Vertrauen zu der Staatsregierung im gleichen Maße schwinden, in welchem die Censur ihrem Mangel an Vertrauen in das Volk Folge gibt, und es wird immer unbegreiflicher, wie eine Regierung, welche das Licht nicht zu scheuen hat, und welcher mit einer offenen Darlegung der Wünsche und Hoffnungen für eine bessere Gestaltung der öffentlichen Zustände in Wahrheit nur gedeient sein kann, der Ansicht Raum geben mag, daß durch eine schonungslose Handhabung der Censur das Verlangen nach zeitgemäßen und immer nothwendiger werdenden Reformen selbst zurückgedrängt werden könne.

Indessen zu den Tugenden der Schwaben gehört die Geduld, deren Zähigkeit ausdauert, bis alle Repressivmaßregeln erschöpft sind, und so werden die Freunde des Vaterlandes nicht müde werden und das allgemeine und tiefgehende Verlangen nach Reformen und deren unumgängliche Nothwendigkeit immer aufs Neue wieder nachweisen und begründen.

Hiezu hat die Regierung selbst einen sehr dankenswerthen Anlaß gegeben in der Aufforderung zur Bildung von Bezirksarmenvereinen, welche sich ganz aus freiwilliger Vereinigung der Kräfte entwickeln sollen, und deren Ansichten und Vorschlägen von Seite der obersten Behörde im Armenwesen alle Beachtung und Unterstützung zugesichert ist. In vielen Bezirken ist die Sache auch auf die rechte Weise angegriffen worden, und es verdient der Wunsch des Ministers des Innern, Hrn. v. Schlayer, den derselbe dem Vernehmen nach ausgesprochen haben soll, alle Anerkennung, daß die Bezirksbehörden seines Departements sich nicht selbst an die Spitze dieser Bezirksarmenvereine stellen sollen. In einer guten Zahl anderer Bezirke hat von irgendwelcher hochherzigen Thätigkeit der wenigstens auf den Payer'schen vorhandenen Beizeichnete noch Nichts verlautet, und es mögen dies solche sein, wo eben doch der Einfluß der Beamteten vorherrschend geworden ist. Schon diese Ungleichheit in der Thätigkeit des neuen Instituts zeigt aber, daß sich demselben noch weit nicht allgemein dasjenige Maß von Vertrauen zugewendet hat, welches durchaus erforderlich ist, wenn allseitige organische Lebensäußerungen und eine nachhaltige Einwirkung auf die Armenzustände des Landes sich ergeben sollen; und so stellt sich auch hier wieder thatsächlich heraus, wie unendlich schwierig die Besserung unserer socialen Zustände sei, weil alle vereinzelten Maßregeln für sich allein wenig oder Nichts vermögen, und die Durchführung derselben sogleich wieder auf das unabweichbare Bedürfniß von Reformen führt, welche sich aber das Gesammtgebiet unserer staatlichen und kirchlichen Lebens erstrecken müssen. Eine solche bei allen Lebensfragen wiederkehrende Erscheinung zeigt aber sonnenklar, daß die Staats- und Kirchenein richtungen keineswegs bloß an einzelnen Mängeln, wohl aber an einem Grundfehler leiden, und daß dieser Grundfehler nirgends anders zu suchen sei, als in der Uebermacht einer dem nationalen Charakter des deutschen Volks fremden und denselben abstoßenden Centralisation, in der ausschließlichen Herrschaft eines von Oben herab normirten Staats- und Kirchendienstes, die durchaus unvereinbar ist mit dem Aufschwung eines nationalen Volkslebens.

Hier also ist der Punkt, von dem die Reformen im Staats- und Kirchenleben ihren Ausgang nehmen müssen, wenn mittelst einer Reorganisation der Gesellschaft den Schäden der Zeit wahrhaft gründlich begegnet werden soll. Es ist in Würtemberg in jüngster Zeit eine Reihe der vortrefflichsten Vorschläge gemacht worden, um von der fremden andenischen Regierungsweise zu organischen nationalen und volksthümlichen Staatseinrichtungen einzulenken, die Freiheit der Gemeinden zu stützen und die Selbstständigkeit der Gemeinde und die Bezirksbehörden in der Art sicher zu stellen, daß sich das Vertrauen des Volks wie der Regierung denselben zuwenden kann, und die nöthigen Garantien für ihre Gesetzeskenntniß, ihre Unparteilichkeit und ihre Befähigung für's gemeine Wohl sich in denselben vereinigen. In den gediegensten Vorschlägen dieser Art gehört der in dem erwähnten Aufsatze durch den „Beobachter" veröffentlichte, wornach alle Gemeindevorsteher und alle Gemeinderäthe in der Regel nach sechs Jahren einer neuen Wahl sich zu unterwerfen hätten; denjenigen Gemeinden aber, welche nach vorangegangener öffentlicher Berathung durch Zustimmung von zwei Dritheilen der Gemeindekollegien sich hiezu entschließen, solle gestattet sein, in der Gesetzeskunde geprüften Bewerbern eine längere Amtsdauer sammt Besoldung und Pensionsrechten zu verwilligen, wenn sie gesetzeskundige Männer anstellen wollen und auf andere Weise solche nicht finden können. Würde das Gesetz den so beschränkten Gemeinderäthen eine erhöhte Selbstständigkeit im Justiz-, Finanz- und Polizeifache gestatten, so könnte der Genuß dieser größeren Autonomie nur wohlthätig auf das Gemeindeleben selbst zurückwirken; freilich müßten auch die jetzt bestehenden

Digitized by Google

Amtsversammlungen sich nicht auf Ortsvorsteher und Ortsräthe beschränken, sondern von freigewählten Gemeindevertretern beschickt werden.

Indessen diese Grundzüge einer Reform der politischen Gemeinde- und Bezirksverwaltung sind noch keineswegs bei den tiefgehenden Schäden unserer socialen Zustände ausreichend genug, vielmehr sind zur Bildung eines der Selbstverwaltung und dem Zusammenwirken der Einrichtungen entsprechenden Gemeingeistes vor Allem sittliche Kräfte in Bewegung zu setzen und für deren Wirksamkeit organisch bildende Kräfte ins Leben zu rufen. Hiefür bietet sich das kirchliche Leben um so mehr dar, als der kirchliche und politische Fortschritt nicht von einander losgerissen werden soll und eine gesunde und lebenskräftige Gestaltung des politischen Gemeindelebens von den Lebensäußerungen des tüchtigen religiösen Geistes, dessen Pflegerin die Kirche sein soll, wesentlich bedingt ist. Es ist aber dazu vor Allem ein neutraler Boden durchaus nothwendig, auf welchem Ruhe ist vor dem Streite und Zwiespalte der Confessionen und Glaubensansichten, und ein solches kirchlich neutrales Gebiet öffnet sich zunächst in der Armenpflege, zu welcher vor allem Andern jede Kirche und jede Glaubensansicht berufen ist.

Darum beginne man die für ein politisch bildendes Gemeindeleben ohnedem so durchaus nothwendige Gliederung der Gemeinden, welche als ein Erbtheil auf der Blutbezeit des deutschen Gemeinwesens niemals hätte bei Seite geworfen werden sollen, mit der Einrichtung von Armenpflegern, welche aus der freien Wahl der nach Vierteln oder Nachbarschaften abgetheilten Familienväter hervorgehen, und deren Wirksamkeit sich über alle innerhalb ihres Viertels obwaltenden Nothstände erstreckt. Die Armenpfleger der Gemeinde bilden in Gemeinschaft mit den Geistlichen und Schullehrern der Gemeinde das Organ für eine freiwillige christliche und sittliche Armenpflege, vereinigen Behufs ihrer Thätigkeit alle Gaben der Gemeindeglieder, überwachen und berathen die verwahrlosten und sich selbst überlassenen unbescholtenen Kinder, steuern dem Bettelwesen, dem Müssiggang und der Trechheit, die so häufig sind unter der Armenklasse, soweit dem Allem durch Liebe und Ernst und Rath und That begegnet werden kann, und nehmen sich der Hilfsbedürftigkeit an, soweit die Kräfte der freiwilligen kirchlichen Wohlthätigkeit überhaupt reichen. Wo diese nicht mehr zureichen, wenden sie sich mit ihrer Kenntniß der Armennothstände an die politischen Gemeinde- und Staatsbehörden, um die weiteren durchgreifenden Maßnahmen anzubahnen und auf den Grund des Thatbestandes zu veranlassen.

Da in der Regel allgemeinere und hilflosere Armenzustände gemeinschaftliche über einen weiten Kreis der Gesellschaft sich erstreckende Ursachen haben, so treten die Armenpfleger der einzelnen Gemeinden mittelst Abordnung aus ihrer Mitte zu einem Bezirks-Armenverein zusammen und bilden so das Organ der gemeinschaftlichen Untersuchung und Berathung über alle Armenzustände, für welche die Fürsorge in der Gemeinde nicht zureicht, und für welche eine gründliche Aufklärung der Staatsbehörden unumgänglich nothwendig ist, um den allgemeineren Uebeln begegnen zu können. Die Vortheile einer derartigen Organisation springen von selbst in die Augen: durch sie werden die Gemeindeglieder darauf gewiesen, die Zustände der Gesellschaft aus den Gesichtspunkten eines sittlichen und christlichen Gemeingeistes aufzufassen und die Hilfe da zu suchen, wo sie allein zu finden ist, in einem organischen Zusammenwirken der Kräfte; die Auffassung des kirchlichen Lebens, als einer auf die Zustände und Bedürfnisse des Lebens eingehenden Gemeinschaft kann wieder zu Ehren kommen, zumal wenn die Wirksamkeit der Geistlichen nicht einseitig und vorherrschend geltend gemacht, sondern durch die Berathung und Beschlußnahme der Richtgeistlichen vervollständigt, sichergestellt und berichtigt wird.

Ein solches Zusammenwirken auf einem der Aufgabe des Staats wie der Kirche gleich nahe gelegten Gebiete müßte selbst wieder die wohlthätigste Rückwirkung auf das eigenthümliche und besondere Leben der Kirche haben, indem dasselbe von einem einseitigen Ueberschätzen bloß dogmatischer und symbolischer Räthlichkeiten zurückgeführt, ein vereintes Zusammenwirken auch bei verschiedenen Glaubensansichten ins Leben gerufen, und so selbst eine Versöhnung entgegengesetzter Glaubensrichtungen angebahnt sehen würde. Diese gemeinnützigen Einrichtungen würden am Meisten dem Volke selbst verständlich werden und in ihm seine erwünschte Anerkennung finden; sie würden aber auch als erste Grundlage einer kirchlichen Gemeinde- und Bezirksverfassung die Anlage haben zur allmählichen Fortbildung des kirchlichen Lebens selbst, indem wir Bruchstücke der Gemeinden in diesen Organen zu ihrem Bewußtsein und ihrer Lebenskraft gelangen müßten.

Selbst die Staatswohlgifter einer den Anforderungen der Zeit entsprechenden, einer die vaterländische Erziehung des Volkslebens fördernden Volksschulbildung würde mittelst solcher Einrichtungen am ehesten begriffen und zur Hebung des Volksschulwesens die ersten Schritte gethan werden. Die Vernachlässigung eines so wichtigen Bildungsmittels, wie die Volksschule, wäre schon deßhalb unverantwortlich, weil unserm Volke mit dem Mangel öffentlicher und volksthümlicher Institutionen auch der so mächtig bildende Einfluß derselben selber entzogen worden ist, und die Folgen davon in dem gesammten geistigen Bildungsstande eines so vielfach brodwmnenden Volkes nicht ausgeblieben sind.

Dazu kommt, wir müssen es geradezu aussprechen, selbst auf die Gefahr hin, jener heillosen radikalen Partei beigezählt zu werden, die nur darauf ausgehe, auf Unzufriedenheit und Umsturz des Bestehenden hinzuarbeiten, — dazu kommt, daß ein Geist der Feindseligkeit wider alle und jede Autorität auf eine wahrhaft erschreckende Weise um sich greift, daß diese Wahrnehmung es ist, die alle guten Bürger in dem Verlangen nach ernstlichen Reformen auch in Württemberg vereint. Die Grundlage dieser Reformen kann aber keine andere sein, als die grundsätzlich anerkannte und entschieden durchgeführte Reorganisation der Gesellschaft; und welche andere Mittel sollten zum Ziele treffen, als die einer gesunden fruchtbringenden Volksbildung, und die Einführung von Institutionen, in denen der Geist der Wahrheit und die befreiende Macht der Liebe in den Dienst der allgemeinen Wohlfahrt, in den Dienst des Vaterlandes treten kann? —

† **Aus Österreich**, 12. Jan. Ihr †Korrespondent meldete Ihnen zunächst, daß eine bedeutende Zahl der aus der Schweiz verwiesenen Jesuiten in Wien angekommen sei. Dieselbe Nachricht brachte früher die Allgem. Zeit., die bald darauf ihren Berichterstatter für diese Mittheilung öffentlich den Stab brach und ihm zur Strafe, daß er sich und Andere so sehr getäuscht habe, die Korrespondenz ausstudirte. Man hat sich in Wien über diese Strafgericht höchlich gewundert. Der Korrespondent sprach nämlich nur das aus, was das ganze Publikum bewegte, was allgemeines Stadtgespräch war. Und auf welche Zweifel konnte diese Nachricht in Wien stoßen, in Wien, wo der Beobachter noch über das Grab des Sonderbundes hinaus ihm ein Gloriendiadem um seine in alle Winde zerstreuten Häupter wob, in Wien, wo die Jarke und Hurter und die Ligorianer walten und schalten, wo die Jesuiten, wie allbekannt, seit Jahren über die Uebernahme der Leitung der Theresianischen Ritterakademie unterhandeln, wo man seit Jahren, in welchen die A. Z. nie berichtigend auftrat, das Gerücht von der Ankunft der frommen Väter verbreitete, um das Publikum für ihr endliches Erscheinen gefaßt zu stimmen? Hat man nicht die frommen Väter auf dieselbe Weise nach Innsbruck und Graz gebracht und nach Prag zu bringen versucht? Sind sie nicht nach Linz als anfrunchlose Gäste einer hohen Person gekommen, um ewig da zu bleiben und einen bedeutenden Theil der Seelsorge an sich zu reißen? Hat man sie etwa abberufen, als man in Innsbruck so bitter über ihr vernichtendes Eingreifen klagte, als sich zunächst in Graz die Volksstimme so entschieden, so imposant gegen sie erhob? Unter diesen Verhältnissen konnte die Berichtigung der Allgemeinen Zeitung hier keinen Anklang finden, findet der Glaube, daß viele der aus der Schweiz geflüchteten Jesuiten, denen sich wie bekannt Baiern verschloß, und die nicht insgesammt sich nach Tirol und Steiermark wenden wollten und konnten, hier bei ihren beständigen Gönnern Trost und Hilfe suchten, nach wie vor wollen Glauben. Daß man jetzt zu bekämpfen sucht, was man früher hervorrief, nährte und so oft wiederholte, erklärt man durch die Besorgniß, daß Wien in die Fußtapfen von Graz treten könnte. Um den Glauben an die Ankunft der Jesuiten mit Nachdruck zu bekämpfen, müßte man wenigstens die Ligorianer, die Hurter und ihre kostspieligen Genossen ausweisen, oder was noch besser wirken würde, eine freisinnige, dem Lichte zugewendete Politik an die Stelle der alten setzen. Der Regierung wäre eine solche Wendung noch mehr zu wünschen, als den unter ihrem Scepter stehenden Völkern, die, unerwüstlich in ihrer gesunden Kernhaftigkeit, in der Stille den von so vielen Barrikaden verrammelten Weg des Fortschritts wandeln, mit beispiellofer Ausdauer die Hindernisse umgehend oder bekämpfend. Mit Schmerz und Erstaunen bemerkt man nämlich, daß gerade seit der Zeit, daß die Jesuiten bei uns so viel Zutrauen, so viel Ein-

Digitized by Google

fluß erlangten, die häufigen Anklagen gegen die Regierung losstürmen. Wer das Polizeisystem, das unter der vorigen Regierung herrschte, und den Spielberg, Munkatsch und andern Festungen so viele Opfer lieferte, mit dem jetzt herrschenden, unstreitig mildern System vergleicht, der muß bei aller gerechten Sittenkritik doch zugeben, daß der Vergleich sehr zu Gunsten der gegenwärtigen Regierung ausfalle, die Vieles that, was unter der vorigen gar nicht denkbar war. Und dennoch traf die vorhergehende Regierung keiner jener entsetzlichen Vorwürfe, mit welchen man die gegenwärtige überschüttete, und noch jetzt in Italien überschüttet. Man dürfe hier nicht der Vergessen, von vielfachen Stürmen erschütterten Zeit auf, in der alte Wunden aufbrechen, die Völker erwachen und das ihnen gebührende frische Leben statt Erstarrung und Tod in Anspruch nehmen. Unter Franz I. wurden Revolutionen in ganz Italien als das einzige Mittel betrachtet, einer besseren Zukunft theilhaft zu werden, in jene Zeit fiel die Julirevolution, die belgische, die polnische Revolution, welche die Gemüther in Oesterreich und Deutschland weit mehr in Anspruch nahmen, weit mehr aufregten als die letzte minder bedeutsame Erhebung in Galizien, als die gegenwärtige Bewegung in Italien, die im Allgemeinen nicht auf Umsturz sinnt, sondern bloß zeitgemäße Reformen wünscht, die, kaum angedeutet oder zum zehnten Theil gewährt, einen Jubel erregen, der uns Deutschen etwas maßlos vorkommt, und nicht selten als Zeichen politischer Unreife erscheint. Unter Franz I. war die Erbitterung in Deutschland gegen die österreichische Regierung viel größer und drangvoller, weil die Erwartung auf Erfüllung der Volkswünsche, deren Erhörung zur Zeit der Gefahr feierlich proklamirt und in der Bundesakte verbrieft worden, aufs Höchste gespannt war, und die Karlsbader- und andere Beschlüsse, die Centralkommissionen und andere Verfolgungen sie auf die traurigste Weise um Schwungkraft und lebensvollen Inhalt brachten. Damals war die Antipathie gegen Oesterreich, dessen Einfluß man diesen tragischen Ausgang vorzugsweise zuschrieb, maßlos und fand ihre Berechtigung im gerechten Schmerz der Patrioten, die Deutschland groß und gewaltig sehen wollen, wie es seinem Volke, seiner großen Sendung gemäß wäre. Jetzt ist es beträchtlich anders. Jetzt haben leider Gewohnheit und langjährige vielfältige Hoffnungsschiffbrüche die Augen Deutschlands von Oesterreich abgezogen, jetzt konnte der Einfluß dieser Macht die neue Aera des politischen Lebens, die Preußen mit seinem Reichstag begann, nicht hindern, jetzt beginnt man endlich sich mit der Regierung zu trennen, und versteht jenem die verdiente Theilnahme zu, während die Antipathie gegen diese, weil man nicht mehr so viel von ihr für das Geschick Deutschlands fürchtet, bedeutend an Intensität verloren. Dennoch stürmen jetzt jene erwähnten Anklagen gegen die österreichische Regierung, welche die humane Amnestie gab, den schroffsten Kerkergrad abschaffte, der Silvio Pellico und so viele andere Opfer wie ein lebendiges Grab aufnahm, die durch riesige Eisenbahnbauten Oesterreich Deutschland nähere etc, durch sein Postwesen und ein allgemeines Wechselrecht sich dem früher so mißtrauisch beargwöhnten Deutschland zu nähern sucht. Den Grund der merkwürdigen Erscheinung findet man in Oesterreich hauptsächlich darin, daß Franz I. die Jesuiten nicht mochte, während man sie jetzt mit Vertrauen ausgiebig und ihnen einen Einfluß gönnt, dessen verderbliche Wirkungen zunächst den merkwürdigen Ruf der Regierung den bittersten Anklagen preisgeben.

**Preußen.** †† Berlin, 20. Jan. Der in meinem Schreiben vom 9. dieses Monats ausgesprochene Wunsch: daß die Häupter der Opposition in Betreff der Kompetenzfrage in Einigkeit handeln möchten, ist nicht in Erfüllung gegangen. Graf Schwerin hat sich von Auerswald und Camphausen getrennt und in seinem, sowie im Namen der Mehrzahl der Mitglieder der vorderarthenen Abtheilung, eine Erklärung abgegeben, welche zu einem Eingehen auf die Kompetenzfrage deßhalb keine Veranlassung fand, weil andere Vorlagen als der Strafgesetzentwurf nicht zu erwarten seien, und welche nur zwischen den Zeilen die Absicht verräth, daß die Erklärer über solche andere Vorlagen nicht breathen wüeden. Auerswald hat dagegen in einer von ihm in Gemeinschaft mit Camphausen und Grabow, dem einzigen Oppositionsreputirten der Mark — verfaßten Erklärung geradezu ausgesprochen, daß er eine jede Zumuthung solcher anderweitigen Berathungen entschieden von der Hand weisen müsse, da solche außerhalb der Grenzen seines Mandats liegen wüeden; dreißig Abgeordnete sind dieser Erklärung beigetreten, und von ihnen hat Camphausen dieselbe in einer energischen Rede gerechtfertigt. Er hat namentlich hervorgehoben, daß der Ver. Landtag die ihm gebührenden Rechte mit der äußersten Loyalität verfolgt habe, dieser sei hierin soweit gegangen, daß ihm sogar von vielen Seiten der Vorwurf der Schwäche gemacht worden; alle seine Bemühungen seien aber an dem Zorn oder — wie er sich, zur Ordnung gerufen, verbesserte — an dem Unwillen des Gouvernements über den ihm entgegentretenden gesetzlichen Widerstand gescheitert. Es soll diese Rede übrthaupt das Stärkste enthalten, was bisher in unsern sungen ständischen Leben der Regierung gesagt werden ist. Herr von Rochow hat als Vertreter der konservativen Partei gesprochen. Hr. v. Bodelschwingh hob hervor, daß von einer weiteren Entwickelung der zu Recht bestehenden Gesetzgebung vom 3. Febr. erst dann die Rede sein könne, wenn sie vollständig zur Ausführung gekommen sei; daß man nicht vorherstehen könne, ob der Ausschuß nicht noch über Petitionen werde zu berathen haben, und daß die Regierung alsdann dem Gewissen jedes Einzelnen überlassen müsse, ob er an einer solchen Berathung glaube theilnehmen zu können. Eine weitere Diskussion und Beschlußfassung hat nicht stattgefunden, man hat vielmehr den Gegenstand nach jenen wechselseitigen Erklärungen verlassen und sofort die Berathung des Strafgesetzentwurfs begonnen. Daß bei dieser Berathung ein Unterschied, Hinsichts der Kompetenz zwischen denjenigen Bestimmungen, welche schon der den Provinziallandtagen vorgelegten Entwurf enthalten, und denen, welche neu hinzugekommen sind, nicht zu machen sei, darüber war bei ihren Vorbeerathungen die ganze Opposition — und nach der unsern Ständen nur zukommenden Befugniß des Beirathes wohl mit Recht — einverstanden.

Elberfeld, 16. Jan. Das Franks. J. berichtet: Soeben ist hier und in Barmen eine Adresse an Ulich und die freie Gemeinde zu Magdeburg zur Aufnahme von Unterschriften in Cirkulation gesetzt. Sie spricht die Gesinnung der freieren Protestanten in dem Wupperthale aus.

* **Baiern.** Aus Nürnberg erhalten wir eine Zuschrift, welche wir als der Vertheidigung eines Angegriffenen gern Raum geben. In Nr. 146 der Deutschen Zeitung war eines Auftritts in der baier. Ständeversammlung erwähnt, welcher den ehemal. Eisenbahndirektor Dürig betraf. D. sei durch Adel auf seinen Posten gelangt und nach dessen Sturz pensionirt worden. Mit Adels Tendenzen habe D. Nichts zu schaffen, er sei ein strengrechtlicher Mann, ausgezeichneter Arbeiter und stehe im Lande, besonders auch in Nürnberg, in hoher Achtung. Deshalb habe er auch unter den Reichsräthen warme Vertheidiger gefunden, besonders an dem Grafen v. Giech und dem ehemal. Fin. M. v. Seinsheim; ihnen gegenüber hätte Dürigs Ankläger, Zolly, Hr. Verweser v. Maurer, den Kürzeren gezogen; die Verhandlung ist im Nürnberger Korrespondenten Nr. 3. von diesem Jahre zu lesen.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 22. Jan. Heute Vormittag wurde der diesjährige würt. Landtag durch den König in eigener Person eeöffnet. Um 10 Uhr war der gewöhnliche Gottesdienst, die Landtagspredigt, vom Stiftsprediger Klemm gehalten, hatte zum Text einen Theil von Spr. Sal. 12, 22., der ganze Vers lautet: „Falsche Mäuler sind dem Herrn ein Gräuel, die aber treulich handeln, gefallen ihm wohl." Nur der zweite Abtheil aber lag der Predigt zu Grunde. Nach Mittlärsspaliere ritt um 11 Uhr der König vom Schloß zum Ständehaus, wo beide Kammern im Sitzungssaal der zweiten harrten, um ihn in eine Deputation von 25 Mitgliedern sich empfing. Sieben neu eingetretene Mitglieder leisteten nach des Königs Eintritt in den Saal den Ständeeid, worauf der König folgende Rede vom Throne las:

Durchlaucht., Durchl.-Hochg, Hochg. Edle, Ehrw., Liebe Getreue! Nach einer schweren Prüfung, welche uns die göttliche Vorsehung auferlegt hat, sitzt Ich heute wieder, Meinen treuen Ständen anwesend zu können, und sie hat durch Linderung vorherrschten Leiden unseres Volkes — Dank dem allmächtigen Gott! — durch reichliche Saaten der Erde gesegnet sind. — Im Namen des Vaterlandes stelle Ich allen Ständen, deren vorzüglich das Beispiel unserer ehrwürdigen Geistlichkeit vorgezeichnet hat, den kindlichsten Dank ab für alle Maßregeln der Wohlthätigkeit, die die Drangsale der Unbemittelten zu lindern gewußt haben. — Wenn auch in diesen verdrängnißvollen Zeiten einzelne Anordnungen vorgefallen sind, so hat sich ebenso sehr der treue Sinn der gutgesinnten Bürger ausgesprochen, und die Sicherer der Ordnung sind durch unsere Gesetze gerichtet worden. — Trotz der großen unvorhergesehenen Ausgaben, die die Staatskasse bei dieser Gelegenheit zu tragen gehabt hat für Ankauf von fremdem Getreide, für außerordentliche Bauten der Chausee und schneller Förderung unserer Eisenbahnen, kann Ich doch mit hoher Zufriedenheit erklären, daß unser geregelter Staatshaushalt und die Ergebnisse der früheren Jahre uns in den Stand gesetzt haben, diese große Ausgaben zu entrichten, ohne den Steuerpflichtigen größere Opfer als bisher auferlegen. — Bei unserm Finanzgesetze werden Sie mehrere vorgeschlagene Erleichterungen für den Grund und Boden zu berathen haben. — Unser Eisenbahnbau schreitet so glücklich fort, daß Ich hoffe, in dieser Finanzperiode die vorabschiedete Bahn vollendet zu sehen. — Für unsere Zufriedenheitgebung sind für einen künftigen Landtag mehrere zeitgemäße Reformen in Arbeit begriffen, einige dringendere werden Ihnen auf diesem Landtage vorgelegt werden, unter diesen eine allgemeine deutsche Wechselordnung, welche als ein sehr erfreulicher erster

Digitized by Google

Schrift zu einer Gemeinsamkeit deutscher Gesetzgebung zu betrachten ist. — Meine Ueberzeugung, daß der gegenwärtige Zustand der Presse für Zeitschriften und Blätter in Deutschland den gerechten Erwartungen der Regierungen, sowie den Bedürfnissen der Nation nicht mehr entspreche, hat Mich veranlaßt, dem Bundestag Meine entschiedenen Anträge mitzutheilen und darauf anzutragen, daß ein für alle Bundesstaaten gültiges Verfahren bei der Presse ausfindig und gegen die Uebertreter dieses Gesetzes. — Die Nothwendigkeit eines Gesetzes für die Wahlen der Abgeordneten, so wie über die Organisation der Gemeindebehörden um über die Verfassung der Gemeindegerechtsame sich durch die Ausbildung unserer öffentlichen Zustände angesprochen, in nächster Richtung werden Sie die Entwürfe der Gesetze über Bankrechte und andere Grundlagen beurtheilen, welche — unter Beachtung der Forderungen des Rechts wohlbegründeter älteren Verhältnisse — die Einrichtungen und Bedürfnisse unserer Zeit zweckgemäßen bestimmt sind. — Noch eine ernste Pflicht bleibt mir zu erfüllen übrig. — Die allgemein bekannten Vorfälle in der Schweiz, verdrängen durch scharf entgegenstehende Parteien, bis zum Bürgerkriege entflammt, mustern auch für die Nachbarländer einen gefährlichen Einfluß ausüben. — Deutsche, durch die Gerichte verfolgte Verbrecher sammelten sich in jenem Lande, suchten Vereine mit ihren Landsleuten zu stiften, so wie uns auch durch Schriften revolutionären Inhalts zu Verbrechen reizen. Jetzt auch noch so seltsame Mittel werden versucht, um Aufregung und Unzufriedenheit mit dem Bestehenden zu verbreiten. — In diesem Zustande, der ebenso gefährlich für uns, wie für unsere Bundesnachbarn ist, wende Ich Mich mit allem Vertrauen an Meine getreuen Stände als diejenigen, die an der Spitze unseres Volkes den seinen Sinn und seine Bedürfnisse aussprechen. Ich lege Ihnen offen die Lage unserer Verhältnisse vor. — Wenn die Einwirkungen von Außen stärker verwortreten sollten, so werden Sie Mich mit unerschütterlichem Muthe, so wie einst gegen die Feinde unseres Vaterlandes, fest — nach beinahe 32jähriger Regierung — gegen Störer unserer innern Ruhe mit eben der Festigkeit und Entschiedenheit in Grundsätzen auftreten sehen. — In Vereinigung mit Ihnen, im Geiste unserer Verfassung handelnd, geht Ihr ruhig den Aeußerungen unserer Zeit entgegen. Vertrauet mit Mir auf unser Vaterland!"

Die Rede war mit dernehmlicher Stimme, deutlich, bestimmt vorgetragen; bei mehreren Stellen war scharfe Betonung zu bemerken. Mit Spannung lauschten die dichtgefüllten Gallerien, besonders bei dem Absatze „Noch eine ernste Pflicht." Die Hörer hatten nach der kurzen Erwähnung der Mainunruhen im Anfang sichtlich nicht vermuthet, daß der Unruhen nochmals gedacht werde. Der Präsident der ersten Kammer, Fürst von Hohenlohe-Langenburg, verlas die Antwort auf die Thronrede, natürlich schon als Umschreibung jener ein Aktenstück von minderer Bedeutung. — Sofort verließ der König und sein Gefolge den Saal. — Noch einige Bemerkungen über den Inhalt der Thronrede: Der dritte Paragraph, der über die Mainunruhen sich direkt ausspricht, ist genügig; die Schärfe dagegen liegt in den fünf letzten Absätzen, welche die Besorgniß vor etwa möglichen künftigen Unruhen im Auge haben. Daß die Schweizer Frage in der Thronrede eines kleinen deutschen Staates erwähnt ist, gleichwie in England und Frankreich, ist in der That bemerkenswerth, und wir sind begierig zu hören, was z. B. unsere französischen Nachbarn dazu sagen werden. Die Anknüpfung der eigenen innern Verhältnisse, die Versicherung der persönlichen Entschiedenheit in Grundsätzen gegenüber der Schweizer Angelegenheit ist wirklich auffallend, ja, Angesichts des Hergangs der dortigen Ereignisse, der Verbindung des Kriegs, Angesichts alles dessen, was man in Deutschland über die Schweiz und die Begebungen derselben zum Ausland weiß, eigentlich unerklärlich. Allem nach ist zwischen den Linien zu lesen; die Regierung hat offenbar Besorgnissen über den Ausbruch von Unruhen Raum gegeben; vielleicht sind irgendwo Zündschriften entdeckt worden. Man erinnere sich, um etwas der Art zu glauben, der Einberufung der Beurlaubten, der umlaufenden Gerüchte über einen heute noch stattfinden sollenden Krawall; es soll der frühere Abgeordnete, Major v. Ringler, der in Regensburg lebt, die Regierung gewarnt haben. Anders läßt sich die entschiedene Sprache der Regierung nicht erklären, welche ohne derartige Besorgnisse ja eine ganz gegenstandlose wäre. Uebrigens ist der ganze Eifer ein unnöthiger. Verleichterungen für Grund und Boden sind in Aussicht gestellt, und damit ist Hoffnung für Erfüllung eines so allgemeinen Wunsches gegeben. Die „in Arbeit begriffenen" Zustiggesetze sind namentlich die über das Straf- und Civilproceßverfahren; gespeist kann das erstere erst auf dem künftigen Landtage zur Revision kommen; unter den „dringenderen Gesetzentwürfen" dürfte vielleicht der eines Wildschadengesetzes, vielleicht auch die Revision des Strafgesetzes enthalten sein. Die allgemeine deutsche Wechselordnung ist angekündigt, diese Vorlage, deren auch der König mit sehr günstiger Stimme Erwähnung that, darf wohl der Annahme sicher sein. Wahlgesetze, für die Abgeordneten-, wie für Gemeindewahlen, sind angekündigt. Und schließlich betrachten wir, was für Versprechreit zugesagt ist: „entscheidende Anträge beim Bundestag." Wir würden uns gern dieser Aussicht freuen, wenn nicht zwierlei wäre: es ist nicht zum ersten Mal, daß Versprechungen dem Würtemberger gemacht werden sind, daß er vertröstet wurde, und: die Zensur wird gerade jetzt mit unbarmherziger Strenge geübt. Warten wir ab, ehe wir uns freuen!

**Baden.** * **Karlsruhe**, 22. Jan. Die Gallerien und Logen des Sitzungssaales der zweiten Kammer waren heute ungewöhnlich stark besucht; ein Beweis der großen Theilnahme an der Angelegenheit der Fabriken, über welche der Kommissionsbericht auf der Tagesordnung stand. Der Bericht wurde von dem Abg. Mathy vorgetragen, indem die Kammer (was sonst bei Berichten, welche dem Druck übergeben werden, außer Uebung gekommen ist) die Vorlesung begehrte, welche über fünf Viertelstunden dauerte. Die Verhandlung ist auf Mittwoch, 26. d. M. anberaumt. Der größere Theil des Berichtes ist der Widerlegung der Gründe gegen die Nothwendigkeit und Räthlichkeit einer Staatshilfe für die Erhaltung der drei Fabriken gewidmet, von deren Verhältnissen er ein Bild in den Hauptumrissen entwirft. Sodann folgt die Begründung der Kommissionsanträge, die wir gestern mitgetheilt haben; sie werden als Hauptsache gegen, was geschehen kann, um den Zweck zu erreichen, ohne die Beseitigung öffentlicher Bedürfnisse zu beeinträchtigen. Ueber die Frage, ob die Gläubiger sich dazu mit bereinden gelten werden, wird bemerkt: „Wir haben erwogen und zu ermitteln gesucht, was die Gläubiger zu erwarten haben, wenn sie die Fabriken veräußern, und wir sind der festen Meinung, daß sie die Annahme unserer Vorschläge jedem Schritte, der die Fabriken zum Stillstand bringen würde, vorziehen werden, vorausgesetzt, daß sie sich von der Berechnung ihres eigenen Vortheils, und nicht von Leidenschaft oder Verzweiflung leiten lassen." Den Schluß des Berichtes, welcher den Geschäftsgang feststellt, von welchem aus die Kommission die ganze Angelegenheit betrachtet, lasten wir wörtlich folgen:

„Was das Urtheil betrifft, welches über unsere Vorschläge ergehen wird, so müssen wir uns auf die verschiedensten Aussprüche gefaßt machen. Es wird wißbilligt, daß die Inhaber der Fabriken und die Vermittler ihrer Geld- und Kreditgeschäfte sich Betriebsmittel verschafft haben, wofür die Grundlage großentheils lediglich die Hoffnung auf einen reichen und immer steigenden Ertrag war, daß sie also das Vertrauen Anderer in einer Weise ansprachen und benutzten, welche mit den Begriffen von einem soliden Geschäft sich kaum vereinigen läßt. Dies ist richtig; wir tadeln es ebenfalls, allein dies kann uns nicht hindern, zur Erhaltung der Großgewerbe die Hand zu bieten, da die gegenwärtigen Ereignisse uns die Aussicht auf Nutzen ohne Zweifel die Wiederkehr eines ähnlichen Verfahrens verhüten werden. Noch weniger werden wir uns von Einwendungen ansechten lassen, welche die Angust gegen die Großgewerbe zu Tage fördern. Gerade der Umstand, daß hier ein wesentlicher Theil der badischen und der deutschen Industrie in Frage steht, wird uns bestimmen, uns ausnahmsweise für Staatshilfe bereit zu erklären, selbst wenn wir glauben dürften, daß dieselbe nicht unbedingt nothwendig wäre. Denn das ist eben für uns die Hauptsache, daß Regierung und Stände zu erkennen geben, wie ihnen die Erhaltung und das Gedeihen der Industrie am Herzen liege, weil dieselben ein unentbehrlicher Bestandtheil des Wohlstandes und der Hilfsquellen der Nation geworden ist. Wozu verlangen wir denn Schutz- und Unterstützungszölle, Verbesserwege und Handelsentwicklung zu Wasser und zu Land, wozu sonst tragen die Bergwerke die Steuern von ausländischen Waaren und spanden die Staaten ihren Kredit zur Ausführung von Kunststraßen, Häfen und Lagerplätzen, wozu schließen sie Handels- und Schiffahrtsverträge — wenn sie ruhig zusehen wollen, wie dem jungen Baume der Industrie die Art an die Wurzel gelegt wird? Und wir im südwestlichen Deutschland, stets voran mit Wort und Schrift, wo es galt, den deutschen Gewerbefleiß zu schützen und zu fördern, wir sollten „Nein" sagen, bei der ersten Gelegenheit wo es gilt, zu handeln? Lassen Sie uns wohl bedenken, daß das moralische Gewicht unseres Ausspruchs in seinen Folgen für eine hochwichtige nationale Angelegenheit der Geschichtsquelle ist, der wir verantworten, dem wir jede andere Rücksicht unterordnen sollen.

Gehen wir aber auch tiefer herab, so sehen wir in der Thätigkeit der drei Gewerbsanstalten ein seltenes Bild des Zusammenwirkens der verschiedensten Arbeitskräfte und Güterquellen zum Zwecke der Hervorbringung nützlicher Sachen. Kapital, Unternehmungsgeist, hohe technische Ausbildung und Fertigkeit, Landwirthschaft, Bergbau, gewöhnliche Handarbeit, Alles ist hier vereinigt oder in steter Wechselwirkung auf einander. Kein Erwerbszweig ist ausgeschlossen, keiner darf klagen, daß er gegen den andern zurückgesetzt, daß ein anderer bevorzugt werde. Der Handwerksstand steht hier seine auswärtigen Mitbewerber, die ihn erdrücken; sie bieten im Gegentheil vielen seiner Angehörigen Gelegenheit zu besserer Ausbildung und lohnender Beschäftigung. Der Landwirth kann in dem Bestehen der Industrie ebenfalls nur seinen eignen Vortheil finden und hat umsoweniger Grund, einer ausnahmsweisen Staatshilfe für dieselbe sich zu widersetzen, wenn

Digitized by Google

er bedenkt, was die Gesammtheit für die Befreiung des Bodens und des Bauers von drückenden Lasten, was sie, um nur Ein Beispiel anzuführen, jährlich für die Verbesserung der Pferdezucht aufwendet. — In der Antwort auf die Frage, die uns in Betreff der drei Fabriken vorgelegt ist, sprechen wir aus, ob wir Etwas thun wollen, um eine Volksarbeit zu erhalten, welche an 4000 Arbeiter unmittelbar beschäftigt, noch vielen Andern unmittelbar Verdienst gewährt, jährlich für mehr als 3 Millionen Gulden Erzeugnisse liefert und gegen 850,000 Gulden Arbeitslöhne bezahlt. Wir schlagen Ihnen vor, diese Frage zu bejahen, und zweifeln nicht, daß Sie unsern Vorschlag annehmen werden. Die Industrie, meine Herren, ist keine undankbare Tochter; sie vergilt die Pflege, die man ihr angedeihen läßt."

** **Kurhessen**, 20. Jan. Der Polizeidirektor von Hoppe ist von Hanau nach Minden, vom Main zur Weser versetzt. Nach den vorliegenden Umständen wird darin keine Begünstigung erblickt werden können, man sollte eher glauben, es sei Rauhrieberheit mit seiner Polizeiverwaltung in Hanau verwaltend. Doch gilt Hoppe als ein braver, tüchtiger Beamteter, guten Herzens; vielleicht hat er nicht Alles zu verhüten vermocht, was aus politischen Rücksichten ungern gesehen wird. Seine Stelle soll durch den Landrath von Specht eingenommen werden. Dieser fungirte bisher in Hersfeld, wo er ein so strenges Regiment führte, daß die Bewohner jener Stadt sich zu argen Klagen veranlaßt glaubten. In Hanau solches fortzuführen, wird schwer sein; da lebt ein Völkchen, welches anders behandelt sein will. Doch ist der Landrath von Specht nicht immer so scharf gewesen, als es zu Hersfeld der Fall gewesen sein soll. Er hat früher in der Grafschaft Schaumburg zuweilen mit dort immer noch Sympathie mit den Bewohnern der Provinz an den Tag gelegt, obwohl durchgängig unter denselben Freisinnigkeit verbreitet ist. Sie widmeten ihm bei seinem Abgang von dort einen anerkennenden Nachruf, der ihm einst auch wohl von Hanau zu Theil wird.

Vom Main, 19. Jan. schreibt die Köln. Z: Unter denen, welche bei der hohen Bundesversammlung am entschiedensten auf energische Maßregeln gegen die Eidgenossenschaft drangen, bemerkte man besonders, wie versichert wird, Hannover und Würtemberg. Letzteres Kabinet gab in einem ausführlichen und sehr geschickt entwickelten Memorandum zu bedenken, wie in der Schweiz Zeitungen erschienen, die zur ausgesprochenen Aufgabe hätten, die Regierungen Europa's zu beschimpfen. Herren würden deutsche Handwerker, die nach der Schweiz gingen, dort als Kommunisten gleichsam enrollirt. Geschähe Nichts, um dieses Alles zu verhindern, so könnten sich die betheiligten Staaten genöthigt sehen, nicht nur den Transit der Waaren nach der Schweiz und von ihr her zu verbieten, sondern auch den der Personen. (Mit dieser Nachricht stimmt die Thronrede des Königs von Würtemberg sehr gut überein.)

Kiel, 20. Jan. Die Weserzeit. schreibt: „Sonden kurz vor Abgang des Eilsendbahnzuges traf ein Kurier von Kopenhagen ein mit der Nachricht vom Ableben des König-Herzogs Christian VIII. Am 19. Jan. Morgens um 6½ Uhr hat der Tod dem Leben dieses Monarchen ein Ziel gesetzt." (Es liegt ein Brief aus Kiel vom 18. vor uns, der die gewichtigen Eventualitäten erwägt, die sich an den Tod Christians VIII. knüpfen können; wir werden Morgen denselben mittheilen.)

## Schweiz.

* Zürich, 18. Jan. Die „Revue de Genève" bringt ausführlich das Fazyche Bundesprojekt vom Jahre 1837, seither revidirt, verbessert und mit Zusätzen versehen. Wenn es sich darum handelte, für ein kräftiges, freigesinntes Volk, ohne Rücksicht auf seine Vergangenheit, ohne Rücksicht auf die vielleicht sehr verschiedenartigen konstituirenden Bestandtheile desselben, ohne Rücksicht auf andere Verwicklungen, wie z. B. auf die beständige Wechselwirkung, auf den ununterbrochenen, innigen Verkehr mit den anders gearteten Nachbarn — eine Verfassung zu entwerfen, so möchte gegen den Entwurf nicht Viel einzuwenden sein, er ist ein getreues Abbild der Verfassung der Ver. Staaten, nur in manchen Aeußerlichkeiten modificirt nach den Verhältnissen und Eigenthümlichkeiten der Schweiz, wie sie in formeller Beziehung gleich beim ersten Blicke ins Auge springen. Von unsern sämmtlichen bestehenden Bundesbehörden bleibt keine einzige in Kraft; denn die aus 44 Mitgliedern bestehende, von den gesetzgebenden Körpern der Kantone zusammengesetzte erste Kammer, deren Beschlüsse erst durch den Beitritt der zweiten Kammer Gültigkeit erhalten, läßt sich so wenig mit der gegenwärtigen Tagsatzung vergleichen, wie der jetzige Bundesrath mit Fazy's Landsammann der Schweiz, nach wie in einem einheitlichen Staate seine Minister und die übrigen Beamteten des Bundes ernennt, Chef der Armee in Kriegs- und in Friedenszeiten ist, und vor Allem den eidg. Bundesstaat in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten vertritt. Wenn Hr. Fazy auch nur einen Begriff davon hätte, welch einen Eingriff er in die 500jährige Geschichte, wie in den gegenwärtigen Geist und Charakter der Kantone sich hat zu Schulden kommen lassen, er würde lieber auf alle und jede Bundesrevision verzichten als derartige Veränderungen bei uns einführen wollen, denen in der That jeglicher Boden mangelt. Ein Landammann, wie ihn Fazy will, verträgt sich nicht mit der Kantonalsouveränität, und die will er doch sogar ebenfalls aufrecht gehalten wissen, wenigstens in Beziehung auf die Justiz und innere Administration, und in Beziehung auf alle Rechte, die nicht ausdrücklich dem Bunde vorbehalten sind. Bei dieser starken einheitlichen Organisation wäre die Repräsentantenkammer, in welche die gesammte Bevölkerung der Schweiz auf je 25,000 Einw., in besonders anzuordnenden Abtheilungen, ein Mitglied schickte (noch hätten auch die Kantone, welche unter 25,000 E. zählen, das Recht, je ein Mitglied zu ernennen), die eigentliche Herrscherin des Landes, sie würde alle Bedeutung in sich konzentriren, und sowohl den mit seinem Veto ausgerüsteten Landammann wie den durch die Schmälerung der Kantonalsouveränität auch in seinem Ansehen, in seiner Bedeutung beeinträchtigten Senat, den Vertreter der Kantone, bald vollständig überflügeln. Oder glaubt etwa Hr. Fazy, er könne den Kantonen, nachdem er ihnen den innersten, edelsten Lebenshauch entzogen, einfach zurufen: Gehabt und dübet wie bisher? Ich kenne viele wackere Männer, die der größten Aufopferung für das Gesammtvaterland fähig sind, denen ein warmes eidgenossisches Herz im Busen schlägt, denen sich aber das Herz im Leibe umkehren möchte bei dem Gedanken, das schöne, reiche, individuelle Leben des Heimathkantons solle nun aufgehen in der Monotonie eines schweizerischen Einheitsstaates. Den letztern will freilich J. Fazy auch nicht, aber seine Vorschläge führen direkt zu demselben. Wir wollen allerdings eine kräftige Bundesgewalt, wir verlangen noch mehr ein centralisirtes Wehr- und Heerwesen, um den Anmaßungen des Auslandes mit Nachdruck entgegentreten zu können, wir geben zu, daß die oberste Bundesbehörde in manchen die innern Verhältnisse der Kantone betreffenden Beziehungen allgemeine, für alle Schweizer verbindliche Normen (wie Preßfreiheit, Associationsrecht, freie Niederlassung u. s. w.) aufstellen solle; allein das innere freie und selbstständige Leben der Kantone lasse man ihnen, wenn nicht an, wie die bestehenden Bundesbehörden, welche ihren Hauptzügen nach nothwendig in Kraft bleiben müssen, wenn nicht die Schweiz die traurigen während der Helvetik gemachten Erfahrungen noch einmal durchmachen will. Verbessern lassen sich dieselben; es ließe sich selbst vielleicht ein schweiz. Gr. Rath, für den sich doch allmählich mehr und mehr Stimmen erheben, neben ihnen aufstellen, wenn nur die öffentliche Meinung denselben mit Nachdruck und Ausdauer verlangt; alleiu eine tabula rasa zu machen, dazu fühlen die Schweizer keinen Beruf in sich. Nicht ohne Bedeutung für jenen „schweiz. Gr. Rath" ist es, daß auch die konservative Zürcher Partei sogar, die sich nach der vollständigen Devaste und Desorganisation des „liberal-konservativus" in Zürich zu bilden anfängt, sowie deren jetziges Organ, die von den früheren Redaktoren aufgegebene „Eidg. Ztg.", sich warm für denselben ausspricht, und der zopf-legal- radikalen „Solothurner Zeitung", die jedesmal fast in Ohnmacht fällt, wenn von irgend durchgreifender Bundesrevision oder von einem vermeintlichen Eingriff in die bestehenden konfessionellen Verhältnisse die Rede ist, von Herzen spottet, daß dieselbe (wie auch die „N. Z. Z.") von einem „schweiz. Gr. Rathe" so ganz und gar Nichts wissen wolle.

Bern, 20. Jan. In der heutigen Großrathssitzung wurde eine nachträgliche Instruktion für die Tagsatzungsgesandten angenommen, welche dahin geht, daß sie wirken, daß in den Bundesbundskantonen gerichtlich bestraft werden: 1) diejenigen, die sich des Landesverraths gegen die Eidgenossenschaft schuldig gemacht, und 2) diejenigen, denen die Verunterreuung eidg. Staatsgelder zur Last fällt; daß im Uebrigen dagegen Amnestie ertheilt werde.

Auf Niggelers Antrag wurde zugleich der Zusatz angenommen, die ehemaligen Sonderbundskantone einzuladen, die Kriegskosten und andererseitige Vergütungen einzig den Hauptschuldigen (denjenigen, die sich des Vaterlandsverrathes oder der Diebstahls an eidg. Staatsgeldern schuldig gemacht haben), und den Korporationen, die sich bei dem Bürgerkriege kompromittirt, aufzuerlegen, den Ersteren natürlich bloß in Folge richterlichen Urtheils, den Letztern aber auf einem andern geeigneten Wege.

Diese Anträge sind von Bern in der heutigen Sitzung der Tagsatzung bereits gestellt worden. — In dieser Sitzung war eine Mit-

Digitized by Google

stellung von allgemeinerem Interesse, nämlich die Zuschrift der eidg. Repräsentanten in Luzern, wornach trotz wiederholter Mahnungen noch immer nicht der Rest der Luzern treffenden Schuld abbezahlt sei, weshalb die Repräsentanten die Anbrechung gemacht hätten, daß die noch in Luzern stehenden 6 Bataillone in Kretakontrapten verwandelt und die Naturalverpflegung aufhören würde, sowie, daß nach einer gewissen Frist auch der Sold der Truppen von Luzern zu entrichten sei.

Der Zustand wird an die Neunerkommission gewiesen (mit $15^{3}/_{4}$ Stimmen); aus den Verhandlungen ging hervor, daß der Vorort eine Verminderung der Okkupationstruppen auf die Hälfte beabsichtigte, aber durch die Vorstellungen der eidg. Repräsentanten bewogen ward, es zu unterlassen.

Bern, 20. Jan. Die Gesandten von Wallis sind heute plötzlich nach Hause gereist; über die Veranlassung weiß man noch Nichts, jedenfalls müssen wichtige Nachrichten diesen Schritt veranlaßt haben.

(D. V. A. Z.)

Zug, 22. Jan. Gestern bestellte der Gr. Rath die Regierung. Die Wahlen fielen überal aus. Landammann ist Hr. Adolf Keiser und Statthalter M. Henggeler von Unterägeri. Bannerherr Obrist Müller wurde auch in die Regierung gewählt und nahm die Wahl an.

### Großbritannien.

London, 20. Jan. Gestern ist bereits erwähnt worden, daß auch die Times sich veranlaßt gefunden haben, die Politik Palmerstons in den Schweizer Angelegenheiten gegen die Montalembertschen stürmischen Anklagen in Schutz zu nehmen. Dieses einflußreiche Journal hat leider in Bezug auf die Schweiz, wie schon früher in seiner Stellung zu den Angelegenheiten Schleswig-Holsteins, wenig von der ihm nachgerühmten politischen Weisheit entwickelt. Hier ging es darauf aus, das deutsche Interesse der Herzogthümer, hinter denen die gesammte deutsche Nation mit ihren Wünschen, Hoffnungen und Forderungen stand, dem dänischen Hofinteresse zu opfern, dort rieth es, daß sich die oberste Bundesbehörde, die große Mehrheit der Kantone dem Belieben einiger in den Händen der Jesuiten befindlichen Kantone unterwerfen und dadurch die Schweiz den Einflüssen des Auslandes bloßstellen solle. Diese Jesuitenliebhaberei war bei einem so exzrotestantischen Blatte doppelt auffallend. Ebensowenig vorauesichtlich zeigte sich dieses Journal, als es fortdauernd und selbst nachdem General Scott schon unter den Thoren der Hauptstadt Merike's die Entscheidungsschlacht geschlagen hatte, die Niederlage und Aufreibung des nordamerikanischen Heeres als nahe bevorstehend verkündigte. Seine Urtheile über auswärtige Verhältnisse sind demnach mit großer Vorsicht aufzunehmen und an sich von geringem Gewicht, aber sie gewinnen Bedeutung durch den großen Einfluß, den es auf seinen über alle Zonen ausgedehnten Lesekreis übt. Da aber die Palmerstonsche Politik einen so glänzenden Sieg in den Schweizer Angelegenheiten davongetragen, können die Times nicht umhin, in die allgemeine Billigung dieser Politik einzustimmen und nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß, wenn Palmerston die Radikalen in der Schweiz zu unterstützen beabsichtige, unmöglich ein Mann von so anerkannt konservativen Grundsätzen wie Sir Stratford Canning als Vermittler und Rathgeber nach der Schweiz würde gesandt worden sein. Zugleich aber können sich die Times nicht verfagen, ihren alten Groll an den Palmerston auszulassen und seine Politik der Leidenschaftlichkeit und der ungezügelten Energie zu beschuldigen, während sie doch, im Interesse Englands selbst, zugeben sollten, daß gerade diese Palmerstonsche Politik mit ihrer unermüdlichen Energie und Rührigkeit ein nicht genug zu würdigendes heilsames Gegengewicht gegen die schleichende, intriguante und zweideutige Politik Frankreichs bildet, die, indem sie die moralischen Grundpfeiler der Politik wankend zu machen droht, für die Dauerhaftigkeit des allgemeinen Weltfriedens viel größere Gefahren in sich birgt, als das offene, entschiedene und, wie die Schweizer Angelegenheit beweist, zugleich besonnene Auftreten Lord Palmerstons. Trotz dieser Anerkennung mag es andererseits immerhin mißbilligt werden, wenn Palmerston gegen ohnmächtige und schwache Staaten wie namentlich gegen Griechenland, mit rücksichtslos harten Worten und fast vernichtendem Hohn aufgetreten ist.

Man hatte in England Nachrichten vom Kap, die bis zum 17. Nov. reichen. Hiernach war eine Truppenabtheilung unter Befehl des Obersten Somerset auf einen 1000 M. starken und von einem Sohne des gefürchteten Häuptlings Pato angeführten Haufen Kaffern gestoßen, an den Ufern des Flusses Kei; es hatte sich ein hitziges Gefecht entsponnen, die berittenen Scharfschützen machten einen erfolgreichen Angriff, und die Kaffern wurden, nachdem sie 17 Todte verloren, zum Rückzuge gezwungen. Die Engländer hatten nur zwei leicht Verwundete, wurden jedoch in ihren Operationen durch den strömenden Regen aufgehalten. Die Kaffern, obschon sie der europäischen Kriegskunst weichen mußten, boten doch dem Feinde trotzig die Stirn und hatten in der Wahl ihrer Stellung viel Geschick bewiesen, so daß man fürchtet, daß es mit ihnen noch manchen blutigen Strauß geben werde. Zugunsten sahren die englischen Journale, namentlich die Times und die tortsichen, fort, dem nordamerikanischen Feldzuge gegen die Mexikaner die unsittlichsten Motive unterzulegen, obschon die Frage nahe liegt, ob die Kaffern, die Neuseeländer u. s. w. nicht dasselbe Recht zu exstiren haben als die Mexikaner? Der Art und Weise, wie sich die Briten Ostindien nach und nach bothmäßig gemacht, gar nicht zu gedenken.

Gestern, den 19. Jan., hatte eine Deputation aus Lancashire und Dorfshire, an ihrer Spitze der Mayor von Manchester und Hr. Bayly, Präsident der Handelskammer, eine Unterredung mit Lord J. Russell und dem Schatzkanzler, um ihnen vorzustellen, in welch' hohem Grade die gegenwärtigen hohen Ueberpreise die Handelsinteressen, das Wohlsein des Volkes und die Staatseinkünfte selbst benachtheiligten. Die Unterredung dauerte gegen eine Stunde. In Deutschland pflegt ein solcher Verkehr mit den Ministern selten zu sein, in England ist er um so häufiger, und ohne Zweifel zum Nutzen des Landes und zur Aufrechthaltung des allgemeinen Vertrauens und innern Friedens.

### Frankreich.

Paris, 21. Jan. Der Gegenstand der gestrigen Kammerverhandlungen, die Wahl des Hrn. Richond de Brus und deren Gültigkeit, verdient eine nähere Beleuchtung. Von den Hilfsgeldern, welche Frankreich den Bewohnern der Loire bestimmt hatte, die durch die Ueberschwemmungen von 1846 zu Schaden gekommen, waren 525,000 Fr. auf das Departement der obern Loire gefallen. Zur Zeit, wo die Vertheilung dieser Gelder vor sich ging, fand auch die Wahl eines Abgeordneten für dieses Departement in Aussicht, und die Anklage geht dahin, daß mit dem für die Ueberschwemmten bestimmten Geld ein Theil der Stimmen erkauft sei, welche Hrn. Richond erwählt haben. Der Präfekturbeamtete, welchem man die Anstzahlung jenes Geldes übertragen hatte, war so empört über die Art der Verwendung, daß er lieber seine Entlassung nahm, als daß er das Werkzeug derselben sein wollte. Der Departementalrath (Conseil général) verlangte von dem Präfekten Rechnungsablage, die ihm harmäckig verweigert wurde. In dieser Lage wurde die Sache vor die Deputirtenkammer gebracht. Hier haben sich nun so viele die Anklage unterstützende Thatsachen herausgestellt, daß die mit der Prüfung derselben beauftragte Kommission, obgleich beinahe ganz aus ministeriellen Mitgliedern bestehend, zugestehen mußte, daß bei Vertheilung der Hilfsgelder beklagenswerthe Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. So hat ein Wähler, welcher Millionär ist, 600 Fr. erhalten, so sind einem Kadern, dessen Besitzungen ein paar buntert Fuß über dem Spiegel der Loire liegen, 1500 Fr. gegeben worden, so hat der Herr Präfekt sich selber eine kleine Summe von 18,000 Fr. zugetheilt. Gleichwohl trug die Kommission auf Bestätigung der Wahl des Hrn. Richond an, weil er mit einer so großen Stimmenmehrheit gewählt worden, daß ein paar etwa bestorbene Stimmen nicht den Ausschlag gegeben haben können. Die Opposition verlangt vor allen Dingen Vorlegung des Verzeichnisses der im Departement der obern Loire gezahlten Unterstützungssummen. Vergebens, man dürfe nicht auf eine Forderung, die so sehr in der Natur der Sache lag, daß schwer zu begreifen ist, wie Jemand den Muth — ein anderes Wort würde bezeichnender sein — haben konnte, sich derselben zu widersetzen. „Wollen Sie Aufschluß oder nicht?“, rief Hr. Odillon Barrot zuletzt in die Kammer hinein. „Nein, nein!“ schallte es ihm von den Sitzen der Majorität entgegen. Darüber wurde dann tumultuarisch zur Abstimmung geschritten und die Wahl des Hrn. Richond genehmigt. Und das Journ. d. D. ist so stolz auf diesen rühmlichen Sieg, daß es nicht Worte genug finden kann, um seine Verachtung gegen die „elende Clique“ auszudrücken, mit welcher die Oppositien den würdigen Präfekten und den ehrenwerthen Hrn. Richond verfolgt habe.

Der Gesetzentwurf gegen den Aemterkauf droht dem Uebertreter die Absetzung und eine Geldbuße, welche der ausbedungenen Kaufsumme gleichkommt. Diese Strafen werden, und gewiß mit Recht, durchaus ungenügend gefunden. Die Stellen der Notare, Avoués, Wechselagenten, Gerichtsvollstrecker, Makler, Auktionskommissarien ꝛc. sind übrigens von dem gesetzlichen Verbote ausdrücklich ausgenommen, und bleiben nach wie vor käufliche Waare.

Der für den 20. angeschriebene Reformzmahnus ist auf den 23. verschoben worden. Man darf übrigens keinetwegs zweifeln, daß er mit Hilfe eines Polizeikommissars und einiger Stadtsergean-

Digitized by Google

tre, die man an die Thüre des Saales stellt, um die Gäste abzuweisen, verrichtet werden wird.

## Spanien.

Am 13. nahm Espartero unter ungeheurem Zudrange von Neugierigen seinen Sitz im Senate ein, nachdem er zuvor den Huldigungseid abgeleistet. Als er nach der kurzen und unbedeutenden Sitzung das Ständehaus verließ, hatte er die größte Mühe, durch die Volksmenge zu seinem Wagen zu gelangen, die entblößten Hauptes auf dem Platze versammelt war und aus der sich Hunderte hervordrängten, um dem Herzog de la Victoria ihre Huldigungen stürmischer Freundschaftsbezeigungen darzubringen. Dieselben Exaltados, welche vor fünf Jahren das wüthendste „Kreuzige!“ über den damaligen Regenten schrien, welche sich dem von der christinischen Partei eingeleiteten Aufstande gegen ihn mit der blindesten Leidenschaft anschlossen, dieselben Leute wissen heute nicht Ausdrücke genug zu finden, um Espartero ihre Liebe und Verehrung auszudrücken. Freilich haben sie Zeit und Ursache genug gehabt, die Simpelrolle, welche sie damals gespielt, zu erkennen und zu bereuen. Die „Gemäßigten“ dagegen fangen an, zu der Rückkehr Espartero's scheel zu sehen und sich düstern Ahnungen hinsichtlich des eingeleiteten Bündnisses zwischen ihm und Narvaez hinzugeben. Der Madrider Moderadokorrespondent der Allg. Zeit. will in der Zurückberufung des ehemaligen Regenten sogar die Wirkung eines englischen Ränkespiels sehen, in welches auch der Sohn des Don Carlos hineingezogen sei, und aus welchem dem Lande nur Unheil und Verderben erwachsen könne. „England, sagt er, könne nicht mit ruhigem Auge sehen, daß ein Sohn Ludwig Philipp's möglicher Weise den Thron von Spanien besteige, während ein anderer Sohn dieses Monarchen als Bischof in Algier waltet. Um ersterer Eventualität entgegenzuwirken, hat Palmerston den Grafen Montemolin mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln unterstützt, und, da es nicht möglich war, ihm auf den Thron zu verhelfen, doch zu erwirken gesucht, daß man ihm die Erlaubniß, seinen Wohnsitz in Spanien zu nehmen, zusage. Wir wissen mit ziemlicher Zuverlässigkeit, daß die Puritanos in den letzten Tagen ihrer Herrschaft diese Unterhandlungen mit Montemolin anknüpften, zu dem Ende, seine und seiner Anhänger Rückkehr nach Spanien zu erwirklichen, um ihn hier für den Fall des Ablebens der Königin als Infanten und Thronprätendenten in Bereitschaft zu halten. Montemolin äußerte darauf zwar freilich nige sehr tolerante Ansichten, benahm sich aber nicht dazu verstehen, seine Base Isabelle, was zur Anerkennung dieses Plans nöthig gewesen wäre, als Königin anzuerkennen. Beiher gesagt, in der treffenden Unterredung soll sich Don Carlos' Sohn sogar für Freiheit der religiösen Kulte in Spanien erklärt haben. Hat er das wirklich, dann kennt er Spanien nicht; denn, wenn man hier gelegentlich den Greul von Provinz gegen Provinz ergossen und sich bei wichtigen Anlässen als einige und große Nation gezeigt hat, so verdankte man dies einzig und allein der Glaubenseinheit. (?) In Spanien ist es nicht wie im Norden, wo verschiedene Konfessionen ruhig nebeneinander bestehen können; würde in diesem Südlande voll glühender Herzen und heißer Leidenschaften erst einer Verschiedenheit der Kulte eingeführt, so wäre es um den innern Frieden für immer geschehen. Doch um auf unsere Frage zurückzukommen, so glauben wir, wie gesagt, daß England diese Unterhandlungen der Puritanos mit dem Grafen Montemolin instirt hat, weil es diesen dem Herzog von Montpensier vorzuschieben wünschte. Und ebenso glauben wir, daß Espartero's Rückkunft auf Englands Anteieb geschah, welches dir Feinde der Familie Ludwig Philipp's hier versammelt zu sehen wünscht; zu diesen Feinden aber gehört Espartero so gut wie Montemolin. So ist auch hier wieder das unglückliche Spanien der Spielball zwischen englischer und französischer Intrigue.“

Es versteht sich von selbst, daß wir diese Behauptungen und Ansichten des spanischen Korrespondenten der „Allg. Zeitung“ nur als einen merkwürdigen Beitrag zur Charakteristik der Parteistimmung in Madrid anführen.

In Katalonien scheint die Öffentliche Ruhe durch das kräftige Einschreiten des Generalkapitäns so ziemlich wiederhergestellt zu sein. Von den zwei oder drei tausend Guerilleros, die dort vor einigen Monaten auf den Beinen waren, sind die meisten in der Stille nach Hause gezogen, Andere, die zu stark bloßgestellt waren, um unbemerkt die Waffen niederlegen zu können, haben sich auf das Versprechen der Gnade hin unterworfen, noch Andere endlich, in ziemlich großer Anzahl, sind gefangen und erschossen worden. So wurden noch am 8. d. M. in einer kleinen Stadt sieben karlistische Offiziere, die auf dem Wege von Frankreich der den Behörden in die Hände gefallen waren, nach Standrecht hingerichtet.

Madrid, 15. Jan. Der General Serrano meldet der Regierung, daß er die ichafarinischen Inseln in Besitz genommen, und ihnen die Namen Isabella II., el Rey und der Kongreß beigelegt hat. Diese Inseln sind drei nackte Felsen, die den Spaniern ohne Zweifel nicht vom geringsten Nutzen sein werden, umsoweniger, als Spanien selbst mit den 4 Plätzen, die es noch auf den Festlande von Afrika hat, durchaus Nichts anzufangen weiß, sodaß dieselben seit vielen Jahren eigentlich nur der Ehrenpunkte wegen behauptet werden.

## Italien.

Mailand, 19. Jan. Der Feldmarschall Graf Radetzky hat einen Generalbefehl erlassen, den die Basl. Z. mittheilt. Es heißt darin: „Se. Maj. der Kaiser, festentschlossen das lomb. venet. Königreich mit aller Kraftanstrengung, eben so wie einen jeden andern Theil Ihrer Staaten zu beschützen, und gegen jeden feindlichen Angriff, komme er von Außen oder von Innen, recht und pflichtgemäß zu vertheidigen, hat mich durch den Hofkriegsrathspräsidenten brauftragt, allen in Italien stehenden Truppen diesen Entschluß mit dem Befehlen bekannt zu geben, daß dieser Ihr unerschütterlicher Wille in der Tapferkeit und treuen Anhänglichkeit der Armee die wirksamste Stütze finden wird. Soldaten! Ihr habt sie vernommen die Worte Eures Kaisers. Ich bin stolz darauf sie Euch zu vertünden An Eurer Treue und Tapferkeit wird das Getriebe des Fanatismus und treuloser Neuerungssucht versplittern, wie an den Felsen das gebrochene Glas. — Noch ruht der Degen fest in meiner Hand, den ich durch 65 Jahre mit Ehre auf so manchem Schlachtfeld geführt; ich werde ihn gebrauchen, um die Ruhe eines längst noch glücklichen Landes zu schützen, das nun eine wahnsinnige Partei in unabsehbares Elend zu stürzen droht.“

Aus Neapel bringt der Schw. M. einen Brief mit folgenden interessanten Neuigkeiten: Aus Palermo vom 12. Jan. erfährt man, daß die Stadt in vollem Aufstand ist. Der Kapitän des Dampfers Vesuvius, der diese Nachricht brachte, fand diese Umstände bereits so, daß er für geraihen fand, weder seine Ladung an's Land zu setzen, noch sonst mit der Stadt zu kommunicieren und in der Nacht des 12. wieder hierher zurückzukehren. Vor Kurzem noch, so erzählt der Kapitän, habe die Besatzung auf dringendes Gesuch des Kommandanten einige Verstärkung erhalten, und darauf hin habe die Polizei Verhaftungen in Masse unter den vornehmsten Klassen vorgenommen, worunter mehrere angesehene Damen. Schon jetzt wurde die Lage der Stadt so kritisch, die Bevölkerung so erbittert, daß man sich nicht mehr zu verhindern war. Man forderte die unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen. Sie erfolgte nicht. Am 12., dem Geburtsfeste des Königs, brach das Volk in die Gefängnisse ein. Am Abend war die Besatzung zum Theil in die Citadelle eingeschlossen, zum Theil hatte sie sich außerhalb der Stadt zurückgezogen. Die politischen Gefangenen wurden befreit, die übrigen Gefängnisse nicht geöffnet. Den ganzen Tag über tönte die Sturmglocke, viele Tausende von Bauern, alle bewaffnet, waren schon Morgens in der Stadt, die ganze Bevölkerung, vornehm und gering, unter den Waffen. Barrikaden waren errichtet, und ein Trupp Reiter der es hindern wollte, wurde faft gänzlich aufgerieben. Der englische Konsul und alle Kaufleute seiner Nation begaben sich an Bord der von hier bestimmten gemietheten Fregatte und eines Kriegsdampfers. Der Kapitän des Vesuvius hat keine Privatbriefe und nur wenige Passagiere mitgebracht, die sich von dort flüchteten. Um ihm seine Depeschen an den König zu übergeben, mußte sich der kommandirende General von einer Schwadron Reiter an's Ufer geleiten lassen. Natürlich, daß sich in all diese Erzählungen gar manche Uebertreibung mischt, von welcher Bedeutung aber die an den König eingelaufenen Berichte sind, geht aus den hiesigen militärischen Bewegungen des gestrigen Tages hervor. Die ganze Dampfschiffflotte von etwa 12 größeren und kleineren Schiffen ist im Laufe des gestrigen Nachmittags, mit zahlreichen Truppenkorps, Artillerie 2c. beladen, ausgelaufen, unter dem Zulauf einer großen Menge, die in einer dumpfen, unheimlichen Stille die Truppen nach dem Ste-Arsenal ziehen und dort sich einschiffen sah. Der König selbst leitete die Einschiffung, wie er noch in der Nacht von vorgestern, nach Ankunft des Vesuvius nach Neorea eilte, um die dortige Besatzung auf der Eisenbahn hieher zu befördern. Dieselben Truppen, die vor acht Tagen aus Kalabrien zurückgekommen, sahen wir gestern wieder abziehen, freilich ohne irgend eine Spur von Enthusiasmus oder Kriegsmuth. Heute hört man, daß sie nicht allein nach Palermo, sondern auch nach Messina und andern Punkten der Insel und nach der Kalabrester Küste bestimmt seien; überall, auf Sicilien namentlich, sei der Aufstand im Ausbrechen begriffen, oder habe daran. Auch nach den Provinzen jenseits der Abruzzen sind schon vor einigen Tagen Truppen abgegangen, so nach Foggia. Hier in Neapel bleiben bloß 2 Garderegi-

Digitized by Google

menter und die Schweizer, die einen angestrengten Besatzungsdienst zu leisten haben.

Nach direkten Briefen aus Palermo vom 13. Januar erwartete man auch auf andern Punkten Siciliens entweder gleichzeitig oder als Folge einen Ausbruch; aus Messina vom 10. meldet man, daß noch Ruhe, aber sehr dumpfe, unheimliche Stimmung herrschte.

Briefen aus Neapel vom 11. Jan. zufolge — die uns in später Stunde zugehen — fanden in Messina am 6. und 8. d. ruhestörerische Auftritte Statt, die durch die bewaffnete Macht unterdrückt werden mußten. Auch in Catania herrschte Aufregung. (A. Z.)

**Griechenland.**

* Athen, 9. Jan. Ohne Verzug beeile ich mich, Ihnen die Note über die letzten Ereignisse in Patras zu übersenden*), wie sie der halboffizielle Moniteur grez zur öffentlichen Kunde bringt. Eine Berufung nicht nur an die fünf großen Kabinette, sondern auch an die öffentliche Meinung Europas wäre eine schöne Sache, wenn man bei dem Verfasser der Note mehr Achtung vor dieser Meinung und der Wahrheit voraussetzen dürfte, als bei den Patronen und Redakteren des Jour. des Débats. Da dies nicht der Fall, so erblicken wir in dem letzten Notenwechsel nur die Fortsetzung des Streites zwischen den Hrn. Piskatory und Lyons, Lord Palmerston und Hrn. Guizot. Der Minister des unverantwortlichen Gedankens sollte, scheint es, vor seiner Abreise aus Griechenland noch einen Versuch machen, wie weit man Lord Palmerston und John Bull reizen dürfe, bis ihr Zorn vom Wort zur That vorschreite. Diejenigen, welche Verrath argwöhnen, besorgen natürlich ein seit Jahren angebahntes geheimes Bündniß zwischen Frankreich und Rußland zur Theilung der Küstenländer des Mittelmeeres, wobei Griechenland der auf der pyrenäischen Halbinsel und in Afrika anwachsenden Größe der Orleans'schen Familie geopfert würde.

Gestern Nachmittag (8. Jan.) Piskatory bereit, gefolgt von einem langen Zuge Wagen, umgeben von zahlreichen berittenen Klienten. Er kam von seinem Landsitze in Patissia, hielt seinen Zug durch die Aeolus- und Hermesstraße, die Hauptstraßen Athens, und fuhr nach dem Piräus, wo er sich nach seinem neuen Posten einschiffte zum Schmerze der Ultragallisten, zur Freude der großen Mehrzahl des griechischen Volks. Hr. Piskatory ist 7 Jahre in Griechenland Gesandter gewesen. Einst Philhellene, war er im Jahre 1840 den seinem Freunde, Hrn. Guizot, gefandt, den englischen Einfluß zu brechen. Und wirklich gelang es ihm, das Ministerium Maurokordatos, welches dem Könige eine Konstitution vorschlug, zu stürzen, und den Erfolg der Expedition nach Kandien zu vereiteln. Unter dem folgenden Ministerium Christides, das er leitete, kam es zur Staatsveränderung vom 3. Sept. 1843. Bekanntlich wollte König Otto lieber abdanken, als die Konstitution sich aufdringen lassen. Besonders den Bemühungen des Hrn. Piskatory verdankt man es, daß der König blieb. Nach dem 3. Sept. bewirkte Hr. Piskatory die Rückberufung Kolettis von Paris. Während der Nationalversammlung in Athen, welche die Charte entwarf, und später hatte er keinen großen Einfluß, da der Septembrinistker Rigas Palamides bald abgesetzt wurde, und die französische Partei in Minderheit war gegen die russische und englische. Erst am 4. Aug. 1844, als Kolettis das zweite Ministerium Maurokordatos stürzte, tritt Hr. Piskatory wieder in den Vordergrund und blieb die erste Person nach dem Könige bis jetzt. Er ist es, welcher das französische System eingeführt hat und mit bewundernswürdiger Konsequenz bis gestern durchführte. Sein Einfluß war unbegrenzt, und wenn er Rußland und Oesterreich einen Theil davon abtrat, so geschah dies um England völlig zu verdrängen. Seine bestündigen Kämpfe mit der englischen Gesandtschaft erzeugten zuletzt in ihm einen persönlichen Haß gegen Sir Edmund Lyons; diesen Hasse entsprang zum Theil der Musturus'sche Vorfall, da der Schützling des edlen Baronets gedemüthigt werden sollte, entsprangen die Anklagen der Aufruhrstiftung im Monitteur grec, entsprangen die verschiedenen bittern Noten an das Kabinet von St. James, welchen die Ihnen heute mitgetheilte die Krone aufsetzt. Hr. Piskatory tritt als Sieger vom Schauplatze ab. Er war in Allem glücklich. Alle Aufstände gegen sein System wurden unterdrückt. Den franz. Einfluß verstand noch die vor zwei Tagen erfolgte Ernennung des Hrn. Christides zum Oberst-en. Auch ward Piskatory der süße Lohn der Vaterschaft von Frankreich und der Posten eines Gesandten in Spanien zu Theil. Unsterblar wußte die franz. Regierung seinen Schlauern unten ihren Schlauen, als diesen Hrn. Piskatory, um, wie es ihm in Griechenland gelang, nun auch in Spanien den engl. Einfluß zu brechen. Die Gerüchte verschiedenen Ministerwechsels, welche seit Kolettis Tode nie ganz eingeschlafen, tauchen mit neuer Lebhaftigkeit wieder auf, weil Jedermann fühlt, daß es so nicht bleiben kann. Immer werden die Namen Maurokordatos, Metaras in erster Reihe genannt. Darauf folgen Trikupis, Christides, Kolokotrenis, Glarakis, auch Gardikiotis Grivas u. dgl. Aber alle Kombinationen dieser Namen erscheinen unwahrscheinlich. Dagegen ist die russische Gesandtschaft, die zu schlummern schien, nicht unthätig gewesen, und Hr. Persiani wird die Abrufung des franz. Botschafters nicht unbenutzt lassen. Nachdem sich die Pforte zufrieden erklärt, und dem russischen Gesandtschaftssekretär, der den Brief des Hrn. Glarakis an Ali Effendi überbracht, den Rikhan in Brillanten gegeben, verweilt Hr. Musturus resserentig in Konstantinopel, und sein Kommen oder Bleiben dürfte vielleicht von der Zusammensetzung des Ministeriums abhangen. Die Verstimmung mit der Pforte macht einen Gesandten nöthig; die Zahl der Bewerber um dieses wohlbesoldete Amt ist nicht gering. Hr. Metaras soll keine Lust dazu haben, Hr. Maurokordatos nicht abgeneigt sein.

**Handels- und Börsennachrichten.**

* Aus dem Elsaß. Das Städchen Thann in dem oberrheinischen Departement an dem Eingang in das gewerbsthätige Amarinthal gelegen, hat ein merkwürdiges Beispiel von Industriekraft gegeben. Durch den Fall des Hauses Dubrik waren gegen 3000 Arbeiter brodlos geworden; eine gefährliche Bevölkerung, welche die Ruhe in der Landstadt zusammengedrängt hatte. Nun hat der Rath der demittirten Gemeinde den Beschluß gefaßt, einstweilen die Fabrik auf seine Rechnung fortarbeiten zu lassen. In die Länge könnte jedoch ein solches Geschäft nicht auf diese Weise betrieben werden, dazu reichen die Mittel der Stadt nicht hin, auch mag sich ein Gemeinderath in einer solchen Verwaltung nicht eignen. So sehr daher auch unsere Kommunen früher darüber jubeln mögen, praktisch ist ein solcher Beschluß nicht für längere Dauer. Auch ist das nicht die Meinung des großmüthigen Rathes; er hat nur der augenblicklichen Verlegenheit zuvorkommen und die Möglichkeit erhalten wollen, das Geschäft weiter aufzunehmen, sobald sich die Schalmen verlaufen haben. Diese Verständigung soll auch wirklich im Werke und somit der gewiß edle Zweck des Rathes erreicht sein.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

*) Wir werden sie demnächst mittheilen.

[51] 6

MEDICAL, INVALID & GENERAL LIFE ASSURANCE SOCIETY.

**Lebensversicherungs-Gesellschaft für Gesunde und Kranke,**

LONDON, Pall Mall No. 25.

**Verwaltung für Deutschland in Frankfurt a. M. — Kapital: 6 Millionen Gulden.**

**Gesunde Leben** werden von dieser Gesellschaft zu billigeren Prämien versichert, als von den meisten anderen Kompagnien. Gestützt auf sehr ausführliche statistische Berechnungen, versichert die Gesellschaft auch **Kranke** oder nicht völlig gesunde Personen. Die Versicherten können sich bei dem Gewinn der Gesellschaft nach ihrer Wahl betheiligen oder nicht, aber selbst im ersteren Falle nie zu Nachzahlungen angehalten werden. Die bei ihr Versicherten können zu jeder Zeit des Jahres von einem Theil Europas zum andern reisen. Die Prämien für **Seereisen** außer Europa sind besonders billig gestellt. **Officieren** ist diese Gesellschaft vorzüglich zu empfehlen, weil sie unter dem Ausdruck „**activen Dienst**" nur den Dienst in Feindes gegenüber versteht. Polizei, die bereits ein Jahr in Kraft waren, werden durch Duell und Selbstmord nicht annullirt, auch wenn sie auf das eigene Leben geschlossen sind. Der Prospektus erklärt ausführlich die Vortheile von Lebensversicherungen mit Rentenanklehen im Allgemeinen und im Besonderen bei dieser Gesellschaft. Derselbe wird auf dem Bureau der Gesellschaft in Frankfurt am Main, sowie von sämmtlichen Hauptagenten und Agenten gratis verabfolgt.

**Joh. Albert Varrentrapp,**
General-Agent.

**Verzeichniß der bereits ernannten Hauptagenten und Agenten.**

Altenburg Herr J. W. Barth sen. Bautzen Dr. D. J. Linde. Bremen Dr. Wilh. Alexsieff. Carlsruhe Hr. Wilh. Peter. Cassel Hr. Ludw. Fenner. Coburg Hr. C. G. Arvet. Darmstadt Hr. Dr. Hallwachs, Polizeirichter, und Advocat. Dresden Dr. Jul. Kockel. Eisenach Dr. G. Brandt jun. Freiburg i. B. Herren Bürer und Komp. Gotha Dr. C. G. Bierpfeiller. Hanau Hr. Karl Sippel. Heidelberg Hr. Ls. S. Walz. Heilbronn Herren L. Bächer und Meitner. Jena Hr. Th. Voigt. Leipzig Hr. Otto Schmidt. Lübeck Hr. Joh. Wilh. Eckmann. Mannheim Hr. C. A. Renner. Rastatt Hr. Th. Wagner. Ravensburg Hr. H. Fröbel. Stuttgart Hr. Fern. Roumlaum. Ulm Hr. Wilh. Kasperl. Wiesbaden Hr. M. J. Frenkel. Zürich Herren Bille und Hartmeyer. Zwickau Hr. C. A. Schickedanz.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England der Herr Buchhändler Cowie, 3, Kirch-Str., 72 Newgate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal u. Westeuropäische Länder verübernimmt sich an G. A. Meyendorf in Straßburg, 20 Boulevard, Poissonnière 20, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Großh. Bad. Hofrath Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.30, durch die Post bezogen im Umfang des deutschen Postvereins 1 Thlr. 12 Sgr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 26.** **Heidelberg,** Mittwoch 26. Januar **1848.**

## Uebersicht.

**Der Entwurf des preuß. Strafgesetzbuchs.** VI. — Oesterreich (von sächsischen Jesuiten vom Erzherzog Maximilian ein Absolutismus bereitet). **Berlin** (Sitzung der Ver. Ausschüsse vom 18. u. 19. Jan.; Erklärung Camphausens; Verhandlungen über den Entwurf des Strafgesetzbuches). **München** (der Wiederberufung der entfernten Professoren widersprochen). **Stuttgart** (die Eröffnungsrede; Adressberathungen und Zeitsprechungen). **Gotha** (Generalsuperintendent Breitschneider †). **Schleswig-Holstein** (mögliche Folgen des Absolutismus Christians VIII.; politische Proceße in den Herzogthümern).

**Schweiz.** Zürich. Gedrückte Stimmung. Die Note Stratfords Canings. Oberst Ziegler. Die Freiburger Regierung. **Bern.** Die Kollektivnote; Stratford Canning's Memorandum. — **Belgien.** Ministerium und Geistlichkeit. Die Kammer über die geistliche Gewalt. Statistik des Unterrichts. Noth in Flandern. Kriminalprozeß.

**Großbritannien.** Ansichten eines angeblich preuß. Staatsmannes über die Schweiz. Palmerston und Griechenland. Die franz. Korruption im Auslande. Tunis. Mahnungsnote an die neapolitanische Regierung.

**Frankreich.** Kammerverhandlungen vom 21. Jan. Uebersiedelung des Prinzen Joinville nach Algier und deren Veranlassung. Vertrauensvotum der Kammer. Abdel-Kader in Paris erwartet. — **Italien.** Pisa. Die Vorfälle in Livorno. Rom. Nachricht von einem allgemeinen Aufstand in Sicilien. Neapel. Näheres über den Aufstand in Palermo.

**Handel.** Frankfurt. Börsennachricht.

### Heidelberg, 26. Januar.

Der Entwurf des Strafgesetzbuches sagt im §. 51.

> Wegen jugendlichen Alters sind Personen, welche das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ohne Ausnahme für zurechnungsunfähig zu achten.

Wir müssen gestehen, daß uns diese Bestimmung schon beim ersten Lesen sehr auffallend war, theils wegen ihrer unbedingten Allgemeinheit, in deren Folge alle Angehörigen des preußischen Staats aus dem entferntesten Norden bis in den entferntesten Süden, alle Ausländer, welche im preußischen Staate verweilen, hinsichtlich ihrer Ausbildung nach einem und demselben Maßstabe beurtheilt werden müssen, so ganz auch die Verschiedenheit in der Wirklichkeit ist, theils auch deßwegen, weil die Bestimmung an sich ganz neu ist, weder im preußischen noch im ehemaligen Strafrechte gefunden wird, und auch kein Bedürfniß einer solchen neuen Vorschrift nachgewiesen ist, theils endlich, weil aus der Erfahrung Beispiele angeführt werden können, welche jene allgemeine Bestimmung als innerlich ganz unrichtig erscheinen lassen.

Nach den in den öffentlichen Blättern gegebenen Notizen scheint der angeführte §. 51 einer ganz sichern Existenz sich noch nicht zu erfreuen, indem dessen Beibehaltung oder Beseitigung speziell unter den Punkten genannt wird, über welche die ständische Berathung sich aussprechen soll. Wir glauben deßwegen auf diesen Punkt zurückkommen und unsere Bedenken über denselben, sowie über die damit verwandten Punkte, namentlich auch insoweit sie auf das rheinische Verfahren von Einfluß sind, aussprechen zu dürfen.

Der Entwurf erklärt, wie schon bemerkt worden, die Personen, welche das zwölfte Jahr noch nicht vollendet haben, ohne Ausnahme für zurechnungsunfähig, schließt also hinsichtlich ihrer jede Strafe unbedingt aus.

Dann bestimmt der Entwurf, daß hinsichtlich der Personen, welche das zwölfte, aber noch nicht das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben, in jedem einzelnen Falle ermessen werden solle, ob sie bereits für zurechnungsfähig zu achten sind oder nicht.

Das allgemeine preußische Landrecht sagt im §. 17 des 20. Titels, daß Unmündige, d. h. solche Personen, welche das vierzehnte Jahr noch nicht zurückgelegt haben, zur Verbüßung fernerer Vergehungen zwar gezüchtigt, niemals aber nach der Strenge der Gesetze bestraft werden sollen; in anderen Worten, daß sie nie zu der ordentlichen, gesetzlichen Strafe verurtheilt werden sollen; der code pénal spricht nur von Personen, welche das sechszehnte Jahr noch nicht vollendet haben. Wenn diese für zurechnungsunfähig erklärt werden, so soll, wenn von einem Verbrechen die Rede ist, von dem Gerichte entschieden werden, ob der junge Verbrecher seiner Familie zurückgegeben oder in einer Besserungsanstalt auf eine gewisse Dauer von Jahren untergebracht werden soll. Handelt es sich aber von einem Vergehen, so kann er zu einer Gefängnißstrafe, welche das Gericht nach den Umständen abzumessen hat, verurtheilt werden. Diese Strafe wird in der Rheinprovinz nicht im gewöhnlichen Gefängniße, sondern in einer Besserungsanstalt abgebüßt.

Ob die eines Verbrechens beschuldigte Person zurechnungsfähig sei oder nicht, haben die Geschworenen zu entscheiden.

Eine Bestimmung, daß Personen eines gewissen Alters unbedingt für zurechnungsunfähig zu halten seien und deßwegen der richterlichen Entscheidung ganz entzogen werden sollen, findet man weder im allgemeinen Landrecht noch in dem code pénal, noch diesen muß über alle Beschuldigten von dem Richter erkannt werden.

Die von diesen Gesetzen abweichende Bestimmung des Entwurfs machte auch eine nähere Bestimmung über das Verfahren nöthig, welche sich in dem §. 10 des Entwurfs eines Kompetenzgesetzes für die rheinischen Gerichte findet. Nach diesem §. soll der Präsident des Landgerichts auf Antrag des Oberprokurators entscheiden, ob die zurechnungsunfähige Person der häuslichen oder vormundschaftlichen Zucht zu überlassen oder in einer Besserungsanstalt unterzubringen sei.

Wir finden hier eine Bestimmung, deren Grund wir nicht zu entdecken vermögen. Der §. 52 des Strafgesetzbuchs sagt für die alten Provinzen, daß der Richter zu bestimmen habe, wo und wie die zurechnungsunfähige Person untergebracht werden soll. Von welchem Richter soll dieses bestimmt werden? Gewiß von dem, welchem der unbedingt zurechnungsunfähige, noch nicht zwölf Jahre alte Beschuldigte vorgestellt wird, oder von dem, der entschieden hat, daß der zwölfjährige, aber noch nicht sechzehn Jahre alte Beschuldigte für zurechnungsfähig zu achten sei; also gewiß von einem Richter, der eine Strafgerichtsbarkeit hat. Warum soll es am Rheine anders sein, warum soll der Landgerichtspräsident, der gar keine Strafgerichtsbarkeit hat, über das Unterbringen des noch nicht zwölf Jahre alten Beschuldigten entscheiden? Warum diesen Präsidenten, die ohnehin schon sehr beschäftigt sind, eine Arbeit aufzeigen, die jedenfalls Nachforschungen mancher Art und an manchen Orten nöthig machen wird? Es entsteht hierbei aber noch eine andere Frage, die wir nirgends beantwortet finden, die Frage nämlich, wer über das Alter des Beschuldigten entscheiden soll, wenn es zweifelhaft ist, ob er das zwölfte Jahr vollendet oder noch nicht vollendet hat, wenn es zweifelhaft ist, ob er in einer Nacht eine Stunde vor Mitternacht oder eine Stunde nach Mitternacht geboren ist? Diese Frage muß entschieden sein, weil von dieser Entscheidung die Befugniß des Präsidenten abhängt. Soll der Präsident auch diese Frage zu entscheiden haben? Darin würden die Rheinländer mit vollem Rechte eine neue und gewiß nicht erwünschte Abweichung von ihren Gesetzen finden, deren Grund sie vergeblich zu entdecken suchen werden.

Die Rheinprovinz, beinahe von allen Seiten vom Auslande eingeschlossen, wird von vielen Leuten aller Klassen besucht, und es ist gewiß jetzt schon in vielen Fällen Nichts weniger als leicht zu ermitteln, ob ein beschuldigter Ausländer das sechzehnte Jahr vollendet hat oder nicht; von Vielen wird man nicht erfahren können, wo sie geboren sind, weil Viele dies selbst nicht wissen, Andere es nicht werden wissen wollen. Durch die Vorschrift des Entwurfs wird diese Schwierigkeit verdoppelt, und offenbar ohne allen Nutzen. Soll, wie wir annehmen zu dürfen glauben, das Landgericht über das Alter des Beschuldigten entscheiden, so ist es doch unstreitig weit angemessener, ihm auch die Verfügung über den Beschuldigten zu überlassen, als

Digitized by Google

diesen nun noch vor den Präsidenten zu führen und dessen Befehl einzuholen. Der Präsident soll entscheiden nach Anhörung des Antrags des Oberprokurators; was soll geschehen, wenn der Präsident gegen den Antrag des Oberprokurators entscheidet, wenn der Letztere behauptet, der Beschuldigte sei zwölf Jahre und eine Woche alt und der Präsident entscheidet, es fehle noch eine Woche an den zwölf vollen Jahren? Der Oberprokurator hat in allen Fällen, in denen sein Antrag unberücksichtigt bleibt oder verworfen wird, ein Rechtsmittel; soll er es in diesem Falle nicht haben, oder, wenn er es hat, wer soll darüber in der höheren Instanz entscheiden?

Die Schwierigkeiten, deren wir erwähnt haben, ergeben sich, wie wir zugestehen müssen, auch bei der Frage, ob der Beschuldigte das sechzehnte Jahr vollendet hat, aber doch in einem weit geringeren Grade. Ist der Beschuldigte eines Verbrechens angeklagt, so haben die Geschworenen über die Zurechnungsfähigkeit zu entscheiden, und wenn der Präsident, auch ohne über das Alter des Angeklagten zuverlässige Notizen zu haben, die Frage stellt, ob er mit Unterscheidungsvermögen gehandelt habe, in andern Worten, ob er zurechnungsfähig sei oder nicht, so werden die Geschwornen ihre Antwort mehr nach der Persönlichkeit des ihnen vorgestellten Angeklagten, als nach dem Kalender abgeben; hat die Verhandlung ein bloßes Vergehen zum Gegenstande, so hat der Richter, ohne ängstlich nach Tag und Stunde der Geburt zu fragen, die Aussagen, die Strafe auszusprechen, die er für den speziellen Fall für die angemessenste hält, qui sera jugée convenable, wie der Art. 359 des Code pénal sagt. Es bleibt immer derselbe Richter, der über den mehr oder weniger als sechzehn Jahre alten Beschuldigten erkennt, und ein Irrthum hinsichtlich des Alters bleibt ohne alle nachtheiligen Folgen. So ist es aber nicht nach dem Entwurfe; nach diesem muß der Tag der Geburt festgestellt werden, weil es von dieser Feststellung abhängt, ob ein Angeklagter sein Urtheil von dem Präsidenten oder von dem Gerichte, von dem Zuchtpolizeigerichte oder von dem Assisenhofe zu erwarten hat, denn nach diesem Entwurfe sollen die Personen, welche das zwölfte, aber noch nicht das sechzehnte Jahr vollendet haben, wären sie auch des Vatermordes angeklagt, nicht vor die Geschwornen, sondern vor das aus drei Mitgliedern bestehende Zuchtpolizeigericht gestellt werden, und von diesen soll über ihr Schicksal erkannt, von diesen drei Richtern sollen sie zu fünfjährigrer Strafarbeit verurtheilt werden können. §. 53.

Die Rheinischen Institutionen haben, wir nur zu bekannt ist, während einer Reihe von zwanzig Jahren vielfache Anfechtungen zu erleiden gehabt; im Jahre 1842 wurden sie restaurirt; das Ausland hat sich mit diesen Institutionen bekannt gemacht, in fast allen deutschen Staaten wird der Wunsch laut, diese Institutionen auch dort eingeführt zu sehen, ein Wunsch, den die ohnehin unverbrüchliche Anhänglichkeit der Rheinländer an diese Institutionen, deren sie sich mit Stolz rühmen, womöglich noch verstärken wurde, befriedigt sein. Landtagsabschiede vom 30. Dec. 1843, in welchem der Wille des Königs, das rheinische Verfahren ungeschmälert zu erhalten, wiederholt ausgesprochen ist. Die auf diese Art begründete Ruhe und Zufriedenheit der Rheinländer wird aber nun auf's Neue gestört durch eine Bestimmung des Entwurfs des rheinischen Kompetenzgesetzes, welche ihre Institutionen mehr bedroht, als irgend eine andere aus den früheren Jahren, welche den Geschwornen eine Kompetenz entzieht, die ihnen seit fünfzig Jahren gegeben ist und in dieser Zeit nur hinsichtlich gewisser Verbrechen, nicht aber hinsichtlich der Personen vorübergehend beschränkt, aber durch die nicht brachtete Kompetenz der Spezialgerichte, wie die Strafprozeßordnung solche geübt hat, selbst thatsächlich erweitert wurde. Warum sollen die Geschwornen in Zukunft nicht mehr wie bisher, über die Frage zu rnscheiden haben, ob ein noch nicht sechzehn Jahre alter Angeklagter zurechnungsfähig sei oder nicht, ob er mit Unterschiedungsvermögen gehandelt habe oder nicht, ob er das Strafbare seiner Handlung vollständig zu erkennen fähig sei und diese Handlung, obgleich von ihm als Frafbar erkannt, dennoch begangen habe?

In der Form des Verfahrens kann der Grund dieser sehr folgerichten Abweichung von den bestehenden Gesetzen nicht liegen; denn die Verhandlung vor dem Zuchtpolizeigerichte ist öffentlich wie vor dem Assisenhofe, wenigstens ist bis jetzt die Oeffentlichkeit noch nicht ausgeschlossen; die Richter bei dem Assisenhofe sind, mit Ausnahme des Präsidenten, ihr nämlichen, welche über zuchtpolizeiliche Vergehen in erster und zweiter Instanz zu entscheiden haben. Der Grund der Abweichung kann also nur in der Ansicht liegen, die Geschwornen entbehrten der nöthigen Fähigkeiten, um über die erwähnte Frage eine angemessene Erklärung abzugeben. Aber die Verfasser des Entwurfs setzen diese Fähigkeiten als unbedingt vorhanden voraus, wenn entschieden werden soll, ob der des Mordes Angeklagte mit Ueberlegung gehandelt habe oder nicht, ob der des Meuchelmordes Angeklagte die Absicht hatte, sie zur Heirath zu zwingen oder zu schänden, ob der des Raubes Angeklagte, bei der angewandten Gewalt oder Drohung, die Absicht hatte, einen Diebstahl auszuführen ꝛc. Ja noch mehr! Die Verfasser des Entwurfes lassen die Geschwornen über die Zurechnungsfähigkeit eines noch nicht sechzehn Jahre alten Angeklagten erkennen, wenn dieser zufällig Mitschuldige hat, die zur Zeit der That das sechzehnte Jahr vollendet hatten. Kann dieser Umstand, kann die Anwesenheit von solchen Mitschuldigen die Intelligenz der Geschwornen verwirren, verstärken, um ihnen hier das Urtheil anzuvertrauen und dasselbe ihnen zu entziehen, wenn keine solche Mitschuldigen vor Gericht stehen?

Wir wollen dem Grunde der Bestimmung des Entwurfs des Kompetenzgesetzes nicht weiter nachforschen, wir besorgen nur, daß die eifersüchtige und mißtrauische Stimmung der Rheinländer noch andere Gründe vermuthen wird. Für uns ist es genug, die Wichtigkeit der Sache hervorgehoben zu haben, das Uebrige mag der Rheinprovinz überlassen bleiben.

Sollte aber der Entwurf unverändert beibehalten werden, so wird er doch noch einer wesentlichen Vervollständigung bedürfen. Es muß gesagt werden, welche Behörde entscheiden soll, daß der Angeklagte noch nicht sechzehn Jahre alt ist; denn diese Entscheidung begründet die Kompetenz des Assisenhofes oder des Zuchtpolizeigerichts. Die Entscheidung kann nach unserer Ueberzeugung nur von dem Anklagesenat ausgehen, und dieser wird, zum ersten Male seit seiner Existenz, und im diametralen Widerspruche mit den bestehenden Gesetzen, in die Lage kommen, den wegen eines Verbrechens Angeklagten an die Zuchtpolizeikammer zu verweisen, damit von dieser über das Verbrechen erkannt werde, ein Anklagesatz wird der Zuchtpolizeikammer vorgelegt werden müssen, kurz, man wird wunderliche Sachen erleben!

Den rheinischen Rechtsverständigen müssen wir die nähere Beurtheilung überlassen, und wir schließen mit dem Wunsche, daß zum wahren Gedeihen der rheinischen Rechtspflege und zur Beruhigung der Rheinprovinz die §§. 10 und 11 des vorgelegten Kompetenzgesetzes sofort gestrichen, und die Bestimmung hinsichtlich der noch nicht zwölf Jahre alten Beschuldigten gänzlich aufgegeben werden möge.

---

**Oesterreich.** Den kathol. Blättern aus Tyrol wird aus Oberösterreich geschrieben: Sr. E. K. Hoheit Erzherzog Maximilian habe auf seinem Schlosse Buchstein den auf Sachrang übergetretenen Mitgliedern der Gesellschaft Jesu ein freundliches Asyl bereitet; es soll für beiläufig 50 Personen wohnlich eingerichtet und einige Väter sollen bereits dort angekommen sein. (Augsb. Postz.)

**Preußen.** Berlin, 22. Jan. Die „Allg. Preuß. Zeit." bringt jetzt den Bericht über die Sitzung des Verein. Ausschusses vom 18. Jan.; die Erklärungen, welche Graf Schwerin und v. Auerswald dort über die Kompetenz der Versammlung abgaben, haben wir bereits in Nr. 23 ihrem Wortlaut nach mitgetheilt. Wir bringen noch nachträglich die dort nur kurz erwähnte Rede des Abgeordneten Camphausen; der Redner sagt diesen Erklärungen bei, daß sie für ihn und für Andere nicht die Befugniß ausschließen, die Frage zu erörtern, inwiefern eine faktische Berathung des Ges. G. D. durch den Verein, Landtag nothwendig sei, und daß er an geeigneter Stelle darauf eingehen werde. Nach obiger Erklärung werde das Volk wissen, „daß wir, die wir hier erschienen sind, gleich denjenigen, welche die Wahlen zu dem Ausschuß zu vollziehen oder anzunehmen sich gewigert haben, an dem Grundsatze festhalten, daß alle das Personen- und Eigenthumsrecht und die Steuern betreffenden Gesetze ohne den Beirath des Ver. Landtags nicht erlassen werden können, daß wir diesen Grundsatz zu vertreten, so wie im vorigen Jahre, auch künftig berechtigt, verpflichtet sein wollen. Die Mitglieder des Ver. Landtags, die nicht um sind, werden wissen, daß wir nicht gesonnen waren, noch gesonnen sein werden, uns Rechte beizumessen, die nach der Absicht des Ver. Landtags ihm allein zustehen. Die Regierung endlich wird wissen, daß nicht, wie ihr Organ dem Lande einzureden bemüht gewesen, der Zwiespalt gestiftet ist, der zwischen den thatsächlichen Zuständen und der feubern Gesetzgebung besteht." Mit tiefer Betrübniß und mit Sorge für die Zukunft erfüllt den Redner der von der Regierung

Digitized by Google

selt dem Schluß des Landtags eingeschlagene Gang. Während das Ausland erstaunt über die Mäßigung und Gesetzbeherrschung jener Versammlung und zweifelhaft war, ob ihre Zurückhaltung nicht Schwäche bedeute, während es den König zu bewundern fand, der eine so glänzende Manifestation der Treue und Ergebenheit seines Volks der Welt vor Augen legen konnte, und während die Stände „bis auf die äußerste Grenze verrückten, weil Sänftermögen, die Hand zur Ausgleichung boten, ist diese Hand im Zorne zurückgestoßen worden“ (Murren in der Versammlung), haben die Stände Tadel und Nichtbeachtung gefunden und Aeußerungen des Mißfallens vernommen, welche mit berathenden Ständen nicht im Einklang stehen. „Ein Wort hätte hingereicht, den Verfassungsstreit in Preußen auf immer zu beendigen; es ist nicht gesprochen worden, die Folgen müssen getragen werden; die Geschichte aber wird richten zwischen der Regierung und uns.“ — Vom Marschall aufgefordert, meldeten sich der Abg. Camphausen den Ausdruck „Zorn“ in „Unwillen“, während er die dadurch bezeichnete Thatsache für vorhanden ansieht.

Bei der nun folgenden Berathung des Strafgesetzentwurfs verlieh der Abg. Naumann (Wesel) als Referent das Gutachten der vorberathenden Abtheilung. Der vorliegende Entwurf, sagt er, ist nach Form und Inhalt wesentlich verschieden von dem frühern; die Gutachten der Provinzen, ferner Bemerkungen von Behörden und Schriftstellern sind berücksichtigt. Die Abtheilung hat den Entwurf im Vergleich mit den ständischen Erinnerungen selbständig geprüft. Die beigefügten Hauptfragen erschienen ihr für die wesentlichen Veränderungen des Entwurfs nicht erschöpfend; sie zog dieselben gelegentlich in Erörterung. Berathung und Abstimmung des Ausschusses soll sich zwar auf die Fassung nur so weit erstrecken, als sie von wirklichem Einfluß auf Sinn und Inhalt ist. Doch da das Gesetz zunächst für das Volk bestimmt ist, so muß seine Sprache klar, einfach und allgemein verständlich sein; und Rücksicht auf die Fassung war unvermeidlich. Die Abtheilung ist zwar mit der Sonderung in den allgemeinen und besondern Theil einverstanden, doch nicht mit der übrigen Eintheilung. Schließlich werden mehrere wichtige Fragen zusammengestellt, welche zur Sprache kommen sollen.

Verschiedene Redner, Steinbeck (aus Schlesien), v. Mylius (vom Rhein), Dominicus und v. Saucken-Tarputschen (aus Preußen), äußern sich nun im Allgemeinen über die Prozeßform; sie sehen in der Einführung des Geschworenengerichts eine Nothwendigkeit und v. Saucken will, daß bei jedem §. davon ausgegangen werde. Der Justizminister Uhden erklärt die Frage für nicht vorbereitet, auch habe der Ver. Landtag soll einstimmig auf Ausdehnung des Ges. vom 17. Juli angetragen. Graf Schwerin ist der Ansicht, wenn man die Geschwornengerichte als Basis annehmen wolle, müßte das auf eine Petition führen und eine solche könne nicht in der Absicht der Vorstellung liegen; Camphausen dagegen meint, eine Petition sei nicht nöthig, sondern nur eine gutachtliche Aeußerung. Der Marschall beendigt die Debatte mit der Bemerkung, daß die Versammlung zu einer Beschlußnahme über Geschwornengerichte nicht vorbereitet sei. — Ueber den §. 1 entspinnt sich dann eine kurze Verhandlung, da mehrere Redner die Form nicht populär und klar genug finden; ein Beschluß wird darüber nicht gefaßt. Es wird zum §. 2 übergegangen. Mit 6 gegen 5 Stimmen hat die Abtheilung vorzuschlagen beschlossen, daß angetragen werde, daß preuß. Strafgesetz nicht blos in dem Falle für anwendbar zu erklären, wenn die in Ausland von einem preußischen Unterthan begangene Handlung ein Verbrechen gegen den pr. Staat enthält, sondern auch in dem Falle, wenn eine solche Handlung ein Verbrechen gegen einen preuß. Unterthan enthält und mit 10 gegen 1 St. der Antrag beschlossen“, daß die Bestimmung, wornach auf die in der Absicht das pr. Gesetz zu umgehen, im Ausland vorgenommenen Handlungen das pr. Strafgesetz angewandt werden solle, ausgelassen werde. Nach einer längeren Verhandlung, aus der wir noch Einzelnes hervorheben werden, beschließt die Versammlung mit 55 gegen 40 (also nicht mit der Zweidrittelmajorität) den Zusatz der Abtheilung zu beantragen; dagegen wird der beantragte Wegfall mit 67 gegen 32 Stimmen verworfen.

**Berlin**, 23. Jan. Die *Allg. Preuß. Zeit.* bringt den Schluß der Ausschußverhandlungen in der Sitzung vom 18. Januar. Es war im Lauf der Debatte angeregt worden, den Begriff „Verbrechen gegen den preußischen Staat“ ins Einzelne zu erläutern; Graf Schwerin hatte vorgeschlagen: Hochverrath, Landesverrath und Majestätsbeleidigung dafür zu setzen; Camphausen meinte, es sei am einfachsten, zu sagen: Verbrechen gegen die Sicherheit des Staats und Münzverbrechen. Man vereinigte sich zuletzt dahin, daß eine Specialisirung der fraglichen Verbrechen vorgelegt werden möge. Der §. 3 veranlaßte eine lebhafte Debatte, und wurde zuletzt nach dem Gutachten der Abtheilung dahin modificirt: „Ausländer können für die im Auslande begangenen Verbrechen von preuß. Richtern nach preuß. Gesetzen bestraft werden, wenn ihre Handlungen entweder ein Verbrechen gegen den preuß. Staat enthalten, oder einen preuß. Unterthan verletzen. Wenn jedoch die gegen einen preuß. Unterthan verübte Handlung in dem Gesetze des Auslandes nicht mit Strafe bedroht ist, so soll dieselbe Strafloe bleiben.“ — In der Sitzung am 19. Jan. wurde die Verhandlung fortgesetzt. Der §. 4 des Gesetzes lautet: „Wenn ein Verbrechen gegen den preuß. Staat verübt, der Angeschuldigte aber im Auslande entweder freigesprochen oder gelinder bestraft wird, als nach den preuß. Gesetzen zulässig ist, so soll ein neues Strafverfahren vor den preuß. Gerichten gegen den Angeschuldigten eingeleitet werden, ohne Unterschied, ob derselbe ein preuß. Unterthan oder ein Ausländer sei. Insofern jedoch nach preuß. Gesetzen auf Freiheitsstrafe oder Geldbuße zu erkennen ist, muß von Richter auf die bereits im Auslande erlittene Strafe Rücksicht genommen werden.“ Die Abtheilung erinnert daran, daß eine solche Bestimmung gegen den Grundsatz verstoße, wornach Verbrecher nicht wegen derselben That, worüber schon erkannt worden, nochmals vor Gericht gestellt werden dürfen, und ist daher in ihrer Mehrheit der Ansicht, den Paragraphen blos fakultativ zu fassen, während die Minderheit ihn ganz gestrichen wünschte. Nach einer längeren Verhandlung, in der sich verschiedene Stimmen lebhaft für die Streichung des §. aussprachen, wird die fakultative Fassung, womit sich auch die Regierung einverstanden erklärt hat, angenommen. Bei §. 5, welcher bestimmt, daß „auf Verbrechen preuß. Militärpersonen die allgemeinen Strafgesetze nur insoweit Anwendung finde, als nicht die Militärgesetze ein Anderes bestimmen“ erhebt sich v. Saucken-Tarputschen und bedauert, daß die Abtheilung gegen diesen Satz protestirt habe. „Ich erkenne, sagt er, den preuß. Soldatenstand nicht als einen abgesonderten Staat im Staate, der Soldat bleibt vielmehr Staatsbürger, nach wie vor, jeder Staatsbürger muß Soldat werden, welchem Gott einen gesunden Körper gegeben hat. Ich sehe nicht ein, warum der Soldat, solange er im Dienste ist, nicht denselben Strafbestimmungen für gemeine Verbrechen oder Vergehen unterliegt werden soll, wie jeder andere Bürger.“ Der Redner hebt die Verschiedenheit der Strafen hervor, welche in dem „Kriegsartikel“ und in dem vorliegenden Entwurf für dieselben Vergehen festgesetzt sind und will nicht einsehen, warum Verbrechen, wenn sie ein Soldat begeht, weniger bedeutsam sein sollen. v. Brünneck und andere Abgeordnete äußern sich in demselben Sinne, Graf Schwerin sieht keine Gefahr in der Bestimmung, die Regierung sagt zu, die Bestimmungen des Militärgesetzes mit dem vorliegenden Entwurfe möglichst in Einklang zu bringen. Bei der Abstimmung bleibt v. Saucken's Antrag in die Minorität. Die weitere Verhandlung betraf den zweiten Titel, wo die Abtheilung vorschlug, die in der Rheinprovinz geltende Theilung in Verbrechen, Vergehen und Polizeiübertretungen auch in den Entwurf aufzunehmen. Die Verhandlung darüber, sowie die Debatte über die Todesstrafe wird morgen folgen.

**Baiern.** München, 22. Jan. Die *Münchner pol. Zeit.* tritt in einem, wie es scheint, halbamtlichen Artikel der in vielen Blättern verbreiteten Erwartung entgegen, daß die Professoren Phillips, Döllinger und Lasaulx ihre Wirksamkeit an der Münchner Hochschule wiedergegeben werden sollen. Solange das gegenwärtige Hochstem in Kraft bleibe, könne davon keine Rede sein, und am allerwenigsten wären Klagen von jener Seite zu erwarten, deren frühere Expatriationen (Oken, Stahl, Pfeufer, Harleß, v. d. Pfordten x.) noch in frischem Andenken stehen.

**Würtemberg.** ✠ Stuttgart, 23. Jan. Ueber Ton, noch Inhalt der gestrigen Thronrede war denjenigen Erwartungen gemäß, welche sich im Publikum allmählich gebildet hatten. Nach manchen Merkmalen jüngerer Zeit, nach der auffallenden Verstärkung der Stuttgarter Garnison, nachdem das Militär seinen Sold gestaffelten hatte und gestern theilweise in der Kaserne konsignirt war, hätte man nicht einen, mit Ausnahme des Paragraphen über die Schweiz, so milden, und der badischen Thronrede etwas verwandten Erklärung sich gewärtigen sollen. Dagegen hat deren Inhalt die Hoffnung auf jene bedeutenden Reformen, deren Begehr immer stärker im ganzen Land seinen widerhallenden Ausdruck findet, nur zu einem kleinen Theile verwirklicht. Wenn im Eingange angekündigt wird, daß die durch Theurung verursachten Leiden des Volkes nunmehr beendigt seien, so läßt sich dies nur annitrelbar auf den Abschlag der Frucht- und Fleischpreise beziehen; denn das wollte doch schwerlich gesagt werden, daß die mit jener Theurung angehrochene Geldkrisme, die Verdienstlosigkeit, die

Digitized by Google

wirkliche Noth, der Hunger eines sehr bedeutenden Theiles der Bevölkerung gehoben seien. Welches die „mehreren vorgeschlagenen Erleichterungen für Grund und Boden" sein werden, muß die nächste Woche uns lehren; wir hoffen übrigens kaum, daß die Ablösung oder Fixirung der Zehnten, sowie die Aufhebung des Bauernlehnverbandes sich darunter befinden. Auch von dem längst versprochenen Wildschadengesetze ist nicht die Rede. In Betreff der Justizgesetzgebung sollen nur einige dringendere Vorschläge, darunter „die deutsche Wechselordnung diesem, andere erst einem künftigen Landtage" vorgelegt werden. Es ist sehr zu bedauern, daß gerade im Justizdepartement, welches der auf so manchen Landtagen beantragten vielfachen Verbesserungen so wesentlich bedarf, die Arbeiten noch immer so matt und langsam gefördert werden. Des wichtigsten Punktes, der Preßfrage, ist in einer Art erwähnt, welche den Hoffnungen, daß der baierische Vorgang Nachahmung bei uns finde, sehr entfernt steht, unsere Regierung hat sich darauf beschränkt, bei den Bundesversammlung darauf anzutragen, „daß ein für alle Bundesstaaten giltiges Preßgesetz die Freiheit der Presse aussprechen unter der Bedingung eines Strafgesetzes gegen den Mißbrauch und gegen die Uebertreter dieses Gesetzes." Dieser Antrag ist nur eine Wiederholung des von Würtemberg schon im J. 1832 mit so geringem Erfolg beim Bunde gethanen Schrittes; ja, er bleibt hinter diesem noch insoferne zurück, als damals von Würtemberg geltend gemacht wurde, daß die Preßgesetzgebung ein Attribut der einzelnen Bundesstaaten sei, während dieses Preßgesetz nunmehr dem Bunde anheimgestellt wird; denn der bloße Grundsatz, daß die Presse frei sein soll, bedarf, als im Art. 18 der Bundesakte bereits anerkannt, nicht erst eines Bundesbeschlusses. Unsere Erachtens hätte es auf dem Standpunkte der würtemb. Regierung genügt, einfach die Aufhebung der Censur zu beantragen und sodann, wenn je die allgemeinen Strafgesetze nicht zureichend schienen, die fortdauernde Giltigkeit unsers die Preßfreiheit konstituirenden Preßgesetzes von 1817 zu benützen, um auf einem bereits gewonnenen Rechtsboden zu stehen. Sehr gespannt sind wir zu sehen, ob der Landtag damit übereinstimmt, daß die überaus große und noch immer wachsende Strenge unserer Censur in dieser Weise fortbestehen soll, bis der Bund das fragliche Preßfreiheitsgesetz beschlossen und verkündigt hat. Der Paragraph über die Schweiz und den Rückschlag der dortigen Entwicklung gibt vielfachen Deutungen und namentlich der Vermuthung Raum, daß der Paragraph ursprünglich vollständiger und zusammenhängender war. Soviel zeigt er jedenfalls, daß unsere Regierung mit dem Gange der Schweizer Ereignisse wenig zufrieden ist, und sie für bedrohlich hält. Dies erklärt auch, warum vor einiger Zeit unter der Hand ein höherer Beamteter als Beobachter in die Ostschweiz abging. — Die Gerüchte von bevorstehenden Unruhen vertagen die letztern von einer Gelegenheit zur andern. Möglich, daß sie mitunter absichtlich ausgestreut werden, um die Gemüther zu ängstigen und die Interessen des Besitzes enger um das Bestehende, einschließlich auch seiner Fehler, zu scharen. — Vor einigen Tagen wurde der Hofkammerförster Umrath wegen schriftlicher Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Kreisgefängniß verurtheilt. Die bei dem Maximalrathe bestrittenen Verbrecher dieser Art verstehen dem Gesetz; gegen einen der Majestätsbeleidigung angeklagten Gemeindebeamteten im Oberlande wurde die Untersuchung niedergeschlagen; ein in gleichem Fall befindlicher Pfarrer, welchem das Justizministerium die nachgesuchte Niederschlagung verweigert hatte, mußte dem Gericht freigesprochen werden.

*** Gotha, 22. Jan. Heute Mittag endete Generalsuperintendent Dr. Bretschneider im 70. Jahre seines Alters, an einem Schlaganfalle sein durch bedeutende Erfolge öffentlicher Wirksamkeit bezeichnetes Leben. Derselbe verschaffte seiner bekannten, auf der rationalen Seite der Bibelauslegung stehenden religiösen Auffassungsweise nicht bloß als Oberpfarrer der hiesigen Stadtgemeinde durch seine gehaltreichen und zum weiteren Nachdenken anregenden, lichtvollen Kanzelvorträge Eingang in das hiesige Publikum, sondern er hat auch durch seinen Einfluß als erster Vorstand des Kirchen- und Schulwesens unter unsern Geistlichen im Allgemeinen die freiere evangelische Glaubensrichtung gepflegt, wozu freilich seine große Autorität in der theologischen Wissenschaft wesentlich mitgewirkt haben mag. Als Präsident des hiesigen Oberkonsistoriums, der Oberaufsichtsbehörde für das Kirchen- und Schulwesen hat er sein persönliches Ansehen dazu benutzt, dieser Behörde lange Zeit einen gewissen Grad praktischer Unabhängigkeit von der höchsten Verwaltungsstelle zu sichern. Aber die Heranbildung eines edleren Lebens in der Gemeinde mittelst eines thatkräftigen, lebendigen Eintretens in ihre höheren Interessen hatte er sich nicht zur Aufgabe seines Wirkens gemacht, daher er im Grunde der Klasse von Gelehrten beizuzählen ist, welche sich, über den Gesichtskreis des bürgerlichen Lebens hinweg, in ihr wissenschaftliches Bestrebungen verloren. Was er auf letzterem Gebiete geleistet, ist bekannt genug; es ist aber auch hinreichend, um sein Leben als ein folgenreiches zu betrachten. Jedenfalls war er einer von den klaren und in sich festigen und abgeschlossenen Geistern, welche von der höhern Warte tiefer Wissenschaftlichkeit den Gang der Ideen in der Menschheit in deutlichsten Umrissen erkannten. — Darf man an seinen Hingang einen sehr natürlichen Wunsch anknüpfen, so ist es der, an seiner Stelle einen Mann zu sehen, der die Ideen und Bedürfnisse unserer Zeit klar erkennt und ohne der Vorkämpfer einer religiösen Partei zu sein, die innerste Religion des Menschen zu dessen heiligsten Anliegen zu machen versteht, der jene aus eignem Wesen aufgebaute ehrliche Ueberzeugung in ihrer Berechtigung anerkennt, der aber ferner auch seine Stellung als Bürger des Staats begreift und sich die hohe Aufgabe einer tüchtigen Volksbildung und der vollständigen Pflege und Erhebung des bei uns noch sehr im Argen liegenden Volksschulwesens zum Ziele setzt.

* Aus **Schleswig-Holstein**, 18. Jan. Die Gemüther sind hier in großer Bewegung, weil man nicht ohne bedeutende Besorgniß wegen der Krankheit des Königs von Dänemark lebt. Nach den veröffentlichten Bulletins leidet der König Christian VIII. an einer Entzündung des Armes, welche von einem Aderlaß herrührt. Ein schlagartiger Anfall, der dem Könige 2 Stunden die Besinnung geraubt haben soll, hat, wie es heißt, den Aderlaß nothwendig gemacht. Der König ist sehr korpulent, den Freuden der Tafel ergeben, bereits im 62. Lebensjahre, und selbst kleine Verwundungen nehmen bei seiner Körperbeschaffenheit leicht einen gefährlichen Charakter an. Vor einigen Jahren litt er z. B. lange an einer leichten Verwundung, welche er von seinen Sporen beim Besteigen des Pferdes erhielt. Nur mit Mühe soll damals der Brand abgewandt worden sein. Unter solchen Verhältnissen finden die Aerzte die Bulletins bedenklich, die Geschwulst an der Hand vermehrt sich, der König hat Fieber gehabt, unruhig geschlafen, heißt es in denselben. Daß die Geschwulst vom Oberarm sich bereits über die Hand verbreitet hat, läßt auf die Größe des Uebels schließen. — Wenn in dem Rathe der Vorsehung der Entritt der Thronfolge den Prinzen Friedrich schon jetzt bestimmt sein sollte, so könnten sich an solchen Thronwechsel sehr ernste Ereignisse knüpfen. Die dänischen Ständeversammlungen haben, gewiß nicht ohne Gedanken an bestimmte Persönlichkeiten, es oft genug angedeutet, daß die in der Lex regia begründete Erbfolge in Dänemark, wenn auch nicht gesetzlich unter der Herrschaft des jetzt regierenden Königs, doch unter diesem Nachfolgern leicht einmal sehr bedenklich werden könnte. Es herrscht die Meinung in Dänemark, daß eine Konstitution für dieses Reich ein dringendes Bedürfniß sei. Die norwegische Konstitution, welche bekanntlich in Norwegen während der kurzen Herrschaft des jetzt über Dänemark regierenden Königs zu Stande kam, ist das Ziel des Strebens für eine nicht ganz kleine Partei in Dänemark. Die glücklichen Verhältnisse des benachbarten skandinavischen Volks unter der Herrschaft dieser Konstitution, verglichen mit der gedrückten Lage der Norweger unter der Herrschaft des dänischen Königsgesetzes, erwecken für diese Verfassung die thätigsten Sympathien. Dänemark ist überdies durch die 1834 ins Leben gerufenen Provinzialstaatsstände und durch eine ziemlich freie Presse (die Tageszeitschriften unterliegen keinem Censurzwang, wenngleich sie manchen Beschränkungen unterworfen sind, z. B. keine auswärtige Politik behandeln dürfen und vor der Herausgabe der Polizei übergeben werden müssen) an politischer Bildung bedeutend fortgeschritten, es weiß den Werth der lex regia zu würdigen. Außerdem ist dort viel Gährungsstoff hervorgerufen theils durch die schleswig-holsteinischen Wirren, theils durch den bedenklichen Zustand eines Theils der Bauern, welche als Zeitpächter in großer Abhängigkeit und Armuth leben. In der seeländischen Ständeversammlung sind für die Verbesserung der traurigen Lage dieser Bauern vom Professorate Gedanken und Kammerath Drewsen mehrfache sehr durchgreifende Anträge vergeblich gemacht worden. Die reiche Bourgeoisie, der Kern der Versammlung, verabscheute solche Anträge auf Verwandlung der Zeitpacht in Erbpacht fast wie Kommunismus, sah darin gefährliche Eingriffe ins Eigenthum. Es gährt indeß sehr bedeutend in den Massen besitzloser Menschen in Dänemark. In der Hauptstadt Kopenhagen, einer Stadt von etwa 130,000 Einwohnern, ist ein liberal gesinntes, ganz militärisch organisirtes Studentenkorps und eine sehr zahlreiche, größtentheils freisinnige Bürgerbewaffnung. In Hinblick auf alle diese Verhältnisse ist es ziemlich wahrscheinlich, daß einem Thronwechsel bald eine Konstitution folgen möchte. Das Konstitutionswerk würde aber große Schwierigkeiten in den Herzogthümern Schleswig und Holstein finden. Der Wunsch

Digitized by Google

nach Trennung wird hier immer allgemeiner, eine Reichsverfassung für alle Theile des dänischen „Gesammtstaates" möchte deßhalb bei der gegenwärtigen Stimmung der Herzogthümer eine Unmöglichkeit sein. Dagegen widerstreitet den Wünschen und Absichten der Dänen eine Staatstrennung, wie sie Norwegen und Schweden haben, und wie sie in den Herzogthümern mit Recht gewünscht und erstrebt wird. In dieser Uneinigkeit zwischen der dänischen und deutschen Bevölkerung kann das Verfassungswerk leicht gänzlich scheitern. Die Eroberungsgelüste des dänischen Volks und der Kampf um die Nationalität und Selbstständigkeit der Herzogthümer haben bisher alle gemeinschaftlichen Bestrebungen nach Freiheit verhindert, haben sogar die dänische Ständeversammlung zu despotischen Anträgen bei ihrem absoluten König bewogen. Alsing beantragte bekanntlich die Untersagung aller Diskussion über die Erbfolge, die Feststellung der Erbfolgefrage als Gesetz durch den König. Willen, was nicht einmal die lex regia gestattet. Die Entwicklung einer größern Machtfülle, als das dänische Königsgesetz gewährt, beantragte also ein früher für liberal geltendes Ständemitglied, und die dänische Ständeversammlung verhandelte diesen Antrag nicht, sondern adoptirte ihn im Wesentlichen! So fanatisch sind die Dänen in dieser Frage! — Der nächste Thronerbe Christians VIII., der Kronprinz Friedrich Karl Christian, ist den 6. Oct. 1808 geboren, mithin bald 40 Jahre alt. Nach dem gewöhnlichen Laufe der Natur würde derselbe, wenn er keine männliche Nachkommenschaft erhalten sollte (er ist bekanntlich aus zwei kinderlosen Ehen geschieden, jetzt unvermählt) der letzte sein, welcher über die Herzogthümer Schleswig und Holstein und Dänemark gemeinschaftlich regiert, da der Oheim des Kronprinzen, der Prinz Friedrich Ferdinand, schon im 56. Lebensjahre steht. Die Zeit der Krisis rückt also viel näher, wenn zwei Augen sich schließen sollten. Solche und ähnliche Erwägungen erfüllten den Blick in die nächste Zukunft mit Besorgniß. Die Zeit der Zusammenberufung der Ständeversammlung ist ziemlich nahe. Acht politische Prozesse schweben in den Herzogthümern, nämlich drei gegen Dr. Lorenzen und die übrigen fünf gegen Beseler, Olshausen, Tiedemann, Biggers und Rehmer. Die Presse ist völlig geknechtet, Volksversammlungen und eine große Menge Bücher sind verboten, das Halten der Bremer Zeitung untersagt, andere Zeitungen, z. B. die Weserzeitung, Kölner Zeitung, Ihre Deutsche Zeitung und mehrere sonstige Zeitungen können den Postbezirk nicht erlangen. Dieser Druck, dieses Polizeiwesen des Herrn v. Scheel wird hier schwer und bitter empfunden. Als hervorstechendes dies die Uebergewalt, daß die Herzogthümer in den Abgaben bedeutend prägravirt sind. Tiedemann hat darüber in der Schleswigschen Ständeversammlung weitläuftige (wohl nicht ganz richtige und zuverlässige) Berechnungen angestellt, eine dumpfe Gährung wogt in den Gemüthern. Welche Folgen würde unter solchen Umständen der Tod des Königs haben? — Der Kronprinz ist in den Herzogthümern wenig bekannt. Die enragirten Dänen erwarten von ihm sehr energische Maßregeln gegen die Herzogthümer, für welche er, so viel man weiß, niemals Sympathien gezeigt hat. Christian VIII. ist unstreitig ein kluger, wissenschaftlich gebildeter Regent mit großen Fähigkeiten für Staatsgeschäfte. Dagegen hat man nicht vernommen, daß der Kronprinz für Wissenschaften und für Staatsgeschäfte eine besondere Neigung oder Fähigkeiten entwickelt habe. Der König liebt das Feine, Diplomatische, Aristokratische, der Kronprinz dagegen ist in seinem Benehmen sehr ungeniirt, er verkehrt gerne mit der untern Volksklasse, hat deßhalb in den untern Kreisen Popularität. Man ist der Meinung, daß die Staatsmänner, welche in Gunst bei Christian VIII. stehen, bald Nachfolgern Platz machen würden. Indeß Keiner wagt es, bestimmte Männer als die Betrauten des Kronprinzen zu bezeichnen, da man nicht weiß, daß irgend ein Mann von Ausgezeichnung bei ihm in Gunst stände. Welche Erwartungen man daher von der Regierung des Kronprinzen hegt, ist leicht zu ermessen. Der vielleicht nicht ferne Todesfall Louis Philipps ist unstreitig ein großes Ereigniß. Wer weiß aber, welche Folgen sich an den Tod Christians VIII. knüpfen könnten!

## Schweiz.

* Zürich, 21. Jan. Es ist so natürlich, nach einem über einen hartnäckigen Gegner errungenen Siege der sorglosen Siegesfreude sich hinzugeben, daß es gewiß Niemanden in Erstaunen setzen wird, die gleiche Erscheinung auch bei den Liberalen der Schweiz wahrzunehmen. Mögen sie indessen nicht glauben, schon Alles gethan zu haben, mögen sie die Siegesfreudigkeit nicht zu einem die Sinne betäubenden Taumel sich steigern lassen, mögen sie das Auge offen und wachsam erhalten, um bei Zeiten die drohenden Gewitterwolken wahrzunehmen, um bei Zeiten sich gerüstet denselben entgegenzustellen! Zwar droht noch kein Sturm; allein eine gewisse gewitterhafte Schwüle, die demselben nicht selten vorhergeht, macht sich doch schon bemerkbar, und allerdings sind schon einige Anzeichen eines bevorstehenden Unwetters vorhanden. Dahin ist vor Allem, wie uns alles Entfernterе, alles im dunkeln Schatze der Zukunft Vergrabene furchtbarer erscheint, als eine handgreifliche Gefahr, der wir bei vollem Muthe die Stirne bieten können, die wir ein Damoklesschwert ob unsern Häuptern schwebende Kollektivnote der drei Großmächte zu rechnen, deren Inhalt wir nach den Erklärungen Guizot's in der Pairskammer, nach den aus dem diplomatischen Briefwechsel sich ergebenden freundnachbarlichen Gesinnungen Metternich's leicht ermessen können. Dahin rechnen wir ferner die in dunkeln, gespensterhaften Konturen uns vorgemalten, gar nicht freundlichen Absichten unserer lieben Nachbarn in Deutschland, die unter der „Hegemonie" Baierns uns den Brotkorb wieder höher hängen sollen, um uns von unserer „Anarchie" und unserm „Kommunismus" zu bekehren. Der Papst hat seinen guten Willen schon zu erkennen gegeben, und es möchte vielleicht nicht dabei bleiben, wenn die Bulle des Vatikans noch die alte Gewalt eines Gregor, eines Innocenz besäßen. Und nun auch Englands! Wir sind zwar weit davon entfernt, die sehr verschiedene Sprache, die der Botschafter Englands führt, und die, welche Guizot hat vernehmen lassen, im Geringsten zu verkennen; ja, wir sind damit einverstanden, daß manche der ehemaligen Sonderbundstaktanze in Beziehung auf Personen eine größere Schonung und Nachsicht walten lassen sollten; wir sind einverstanden damit, daß es schöner sei, „daß es der siegenden Partei besser anstehe, das von der besiegten Partei früher gegebene Beispiel nicht zu befolgen und nicht Gleiches mit Gleichem zu vergelten"; allein es verliert unsern Unabhängigkeitssinn, unsern Freiheitsstolz, wenn sich das Ausland unberufen in Dinge mischt, welche wir unter uns auszumachen haben. Und wo war denn das Billigkeitsgefühl, der gerühmte Rechtssinn Englands und des übrigen Auslandes, das und jetzt gute Lehren ertheilen möchte, als Siegwart Müller an der Spitze des Luzerner Regimentes jenes böse Beispiel gab, als in Wallis, Freiburg und Luzern Rechtsverletzungen und Unbilligkeiten stattfanden, welche die ganze gegenüberstehende Partei niederschmetterten und vernichten sollten? Damals schwieg die hohe Diplomatie und ließ das Siegwart'sche Regiment ungestört walten, und sie hat wohl daran gethan, wir haben ihren Rath nie begehrt; allein mit dem gleichen Rechte glauben wir auch verlangen zu dürfen, daß man uns jetzt keine ungebührlichen Zumuthungen mache. Wir erkennen übrigens an, daß die Sprache Sir Stratford's sonst nichts Verletzendes hat; nur ersehen wir mit schmerzlichem Bedauern, daß auch er die Durchführung der Bundesrevision von der Zustimmung sämmtlicher 22 Kantone abhangen läßt; wenn die Tagsatzung diesen Grundsatz adoptirt, so bleibt uns Nichts übrig, als der Bundesrevision ein abermaliges trauriges Lebewohl zu sagen, wie im J. 1832.

Wir trachten ferner zu den am Horizonte aufsteigenden Gewitterwolken die eventuelle Demission, welche Oberst Ziegler dem eidgen. Kriegsrathe eingereicht hat (auch Oberst Burkhardt soll seine Entlassung nehmen wollen; damit wäre die eidgen. Armee zweier ihrer tüchtigsten Divisionäre beraubt), noch aus dem Grunde, weil man bisweilen in der obersten Behörde eine Sprache vernehme, die zu bedenklichen Verwicklungen mit dem Auslande führen könne, und weil man in den 7 Kantonen nicht überall die gehörige Nachsicht beobachte, nicht überall beiden Parteien gleichen freien Spielraum gestatte; es sei möglich, daß durch dieses Verfahren sein Pflichtgefühl abermals mit seiner Ueberzeugung in Kollision komme, und um dem auszuweichen, welche er jetzt seine Entlassung ein, wenn man ihm nicht gestatten wolle, sobald jener angedeutete Fall eintrete, seinen Abschied aus dem eidgen. Generalstabe nehmen zu dürfen. Wer nämlich nicht seinen Abschied noch im Laufe des gegenwärtigen Januars nimmt, kann denselben erst beim Zusammentritt der Tagsatzung von 1849 erhalten, also erst nach 1½ Jahren. Nun, wir hoffen, der erste Grund, die übergroße Rücksicht auf das Ausland, werde nicht unbedingt maßgebend sein; und in Beziehung auf den zweiten Punkt lassen sich die Stimmen laut und lauter vernehmen, und merkwürdiger Weise gerade aus der westlichen, aus der radikalen Schweiz, welche gegen das bisher befolgte System sich erklären, welche für größere Nachsicht und Schonung sich aussprechen. An der Tagsatzung waren es gerade die Kantone Bern, Waadt und Genf, die Kantone, welche gewiß am Wenigsten aus Rücksicht gegen das Ausland weder ihre Ueberzeugung handeln, die diesem Prinzipe huldigten, und wir sind überzeugt, daß dasselbe, wenn das Ausland nicht durch seine Einmengerei die Nationalempfindlichkeit aufstachelt, mehr und mehr Proselyten machen wird.

Wie Sie wissen, haben die eidg. Repräsentanten für den Kanton

Digitized by Google

Freiburg in dem bezeichneten Sinne ihre warnende Stimme erhoben und den Gr. Rath selbst zu größerer Mäßigung in seinem Verfahren gegen die heftigsten Gegner ermahnt. Leider vernehmen wir soeben, daß die Warnung unbeachtet geblieben; denn der Gr. Rath hat, am 17. dieses, folgende enorme Summen — in Abänderung des Classenschen Antrages, welcher auf allmählige Aufhebung der Klöster ging — den Heißblütern aufträgt: 1) den weltlichen Ansiftern des Sonderbundes 1,800,000 Fr.; doch können dieselben, falls sie sich diesem Urtheile nicht fügen wollen, binnen 14 Tagen die ordentlichen Gerichte anrufen; — 2) den Bischof und der Weltgeistlichkeit 60,000 Fr.; — 3) den Klöstern 1,040,000 Fr. 700,000 Fr. den beiden Klöstern Altenryf und Hart-Olen, den Rest acht andern Klöstern. — Gegen solche Uebertriebene Forderungen werden wir uns jedenfalls aussprechen, so gut wie gegen die Schmähschrift des Luzernischen Gr. Rath, die zwar durch den Einfluß Kas. Pfyffer's ihren schärfsten Stachel verlor, aber doch immer noch eine exceptionelle Maßregel ist. Möglich, daß, durch derartige Erscheinungen bewogen, Hr. Schuhmacher-Kittenberg seine Entlassung als Mitglied des Regierungsrathes genommen hat. Besser freilich wäre es gewesen, auf seinem Posten auszuharren. — Hoffen wir, daß der Tagsatzung ruhig und gewissen einfestlich unparteiischen Zumuthungen sich widersetze, andererseits aber Mäßigung und Milde im vollsten Maße gegen die Ueberwundenen walten lasse und, wo es Noth thut, kräftigst einumpfeife, dann werden die drohenden Gewitterwolken unsichtbich vorüberziehen, und dem freundlichen Sonnenschein wiederum weichen.

☽ Bern, 22. Januar. Die von deutschen und französischen Blättern schon längst angekündigte Kollektivnote der Großmächte ist in der Form eines Memorandums an den Bundespräsidenten gerichtet und demselben am 19. d. übergeben worden. Ueber den Inhalt verlautet nur soviel, daß es nach einer staatsrechtlichen Erörterung über die Stellung der Schweiz in dem europäischen Staatenorganismus eine Menge guter Rathschläge enthält und ganz besonders die Erwartung ausspricht, die Tagsatzung werde ihre Truppen aus den ehemaligen Sonderbundskantonen zurückziehen, neue Wahlen in denselben anordnen und die Bundesrevision nur mit Zustimmung aller Kantone vornehmen. Auch Stratford Canning hat dem Hrn. Ochsenbein am 10. Jan., also am Tage der ersten Sitzung der Tagsatzung in diesem Jahr, ein ähnliches Memorandum zukommen lassen, worin er auf möglichst allgemeine Amnestie dringt, gegen die den Sonderbundskantonen auferlegten Okkupationskosten, gegen Aufhebung von Klöstern und gegen die Beschlagnahme des Vermögens von Privaten und gegen Zwangsanleihen auftritt, die freiwillige Mitwirkung aller Kantone bei Vollendung der Bundesrevision als unerläßlich darstellt und den Rath gibt, für dieses hochwichtige Werk eine mehrjährige Zeit abzuwarten. Der Ton des Schreibens von Canning ist sehr wohlwollend und verräth eine genaue Kenntniß unserer Verhältnisse. Was die Tagsatzung mit diesen Zuschriften anfangen und ob sie dieselben beantworten wird, ist noch unbekannt. Canning's Memorandum ist also schon 14 Tage alt und das Begleitschreiben drückte in ziemlich dringender Weise den Wunsch aus, Hr. Ochsenbein möchte dasselbe „ohne Verzug" den Tagsatzungsmitgliedern mittheilen, und zwei Sitzungen dieser Behörde sind seitdem gehalten worden, ohne daß Etwas vorkam. Daß überhaupt ein so wichtiges Aktenstück von der einzigen der Schweiz und ihren jetzigen Verhältnissen bestimmt gebliebenen Macht, wenigstens von ihren Repräsentanten abgegeben worden sei, das erfuhr man hier erst vorgestern aus der Basler Zeitung, die es dann auch sogleich ganz mittheilte. Von den Berner Blättern hat dasselbe bis zur Stunde noch kein einziges erwähnt. — Die Kantone Freiburg und Luzern haben gestern ihren Theil an den Kriegskosten bezahlt.

## Belgien.

Der kleine Krieg der klerikalen Partei gegen das Ministerium Rogier dauert fort; in den Waffen, womit dieser Krieg geführt wird, sind die geistlichen Herren nicht immer sehr wählig. Bald tauchen Gerüchte auf, das Ministerium sei in Auflösung, es fühle die Nothwendigkeit, sich durch die hierarchische Partei zu verstärken, bald lassen sich versteckte Angriffe gegen die Persönlichkeit einzelner Minister vernehmen; kaum noch jedes Mal sich die Andersdenkenden als Organ der Regierung veranlaßt, solche Gerüchte und Vermuthungen entweder einfach zu widerlegen oder ihre unlautere Quelle aufzudecken. Nur die Demission des Finanzministers Veydt gibt das ministerielle Blatt in seiner neuesten Nummer zu, bezeichnet aber seine Gesundheitsumstände als einzigen Beweggrund. Kleine Konflikte zwischen der Regierung und dem hohen Klerus deuten darauf hin, daß sich über kurz oder lang ein ernster Kampf zwischen beiden Theilen entspinnen wird; jedenfalls glaubt sich die Geistlichkeit in vielen Punkten zur Beschwerde veranlaßt, wo ihr die ultramontanen oder gemäßigten Ministerien der früheren Jahre ganz nach Wohlgefallen gehandelt hatten. Auch in der Repräsentantenkammer ist der Kampf um diese Frage rege geworden; bei der allgemeinen Diskussion über das Budget des Justizministeriums (am 18. 19. Jan.) haben beide Theile ihre Ansichten in vierstündiger Diskussion breit und ausführlich auseinandergesetzt und ein Blatt meinte, es habe die Verhandlung eher an ein Konklavium als an eine Versammlung von Volksvertretern erinnert. Hr. Verhaegen entwickelte in umfassender Rede seine Meinung, die der Geistlichkeit sehr Verrichtigung als politischer Korporation aufs Schärfste bestritt und aufs Bestimmteste den Satz durchführte, eine geistliche Gewalt könne es in Belgien nicht geben. Der Klerus habe nach der Konstitution seine Rechte; was darüber hinausgehe, führe zu einer Auflösung der Staatsgewalt. Vergleicht man mit dieser Theorie, der die Mehrheit der Kammer offenbar zugethan ist, die Stimmung Belgiens, wie sie sich 1787 bis 1790 den Josephinischen Reformen entgegenstellte, so wird an einem Falle klar, welch ungeheuren Schritt das damals aufgegebene Belgien seitdem gemacht hat, von der mittelalterlichen Auffassung zur modernen.

Die Köln. Z. bemerkt: Aus einem der Repräsentantenkammer vorgelegten Appendix zum dreijährigen Berichte über den Elementarunterricht erhellt, daß Belgien am 31. Dec. 1845 4531 Lehrer, 1516 Lehrerinnen und 1049 Elementarschulen zählte. 618 Schulen — 84 für Knaben, 453 für Mädchen und 81 für beide Geschlechter — wurden von geistlichen Körperschaften gehalten. Im Widerspruche zu dem Gesetze über den Elementarunterricht waren 27 dieser Schulen Kommunalanstalten gewesen. Die Zahl der religiösen Körperschaften angehörigen Lehrer belief sich auf 2341, und zwar auf 292 Lehrer und 1935 Lehrerinnen. Die Zahl der die Laienschulen besuchenden Kinder aber belief sich auf 209,343 Knaben und 146,217 Mädchen; 141,643 derselben war unentgeltlicher Unterricht ertheilt worden.

Der Einfluß der Verarmung auf die Bevölkerung in Flandern in Folge der traurigen Lage des Gewerbfleißes und der Noth ist nicht angbeliehen. In der Stadt Gent und Umgegend übertraf die Zahl der Sterbefälle im vorigen Jahre die der Geburten um ein Bedeutendes.

Die Voruntersuchung wegen des am 2. Sept. v. J. geschehenen dreifachen Mordes, im Evenepoel'schen Hause zu Brüssel ist geschlossen worden, und nachdem die beiden deßhalb Beschuldigten, Kossel und Vandenplas am 16. Nov. einverzogen worden, ist die Uebergabe des Anklageakts und des Beschlusses der Rathskammer über Verweisung vor die Assisen von Brabant an sie erfolgt; gegen 100 Zeugen wurden in dieser Sache vernommen werden, die jedoch erst im Februar zur Verhandlung kommen kann. Von den Angeklagten ist Franzosk Kossel 29 Jahre alt und Tischler, Guillaume Vandenplas 27 Jahre alt und hat früher als Bäcker gearbeitet.

## Großbritannien.

London, 21. Jan. Das M. Chron. enthält angeblich aus dem Munde eines preußischen Staatsmannes, welcher sich lange in der Schweiz aufgehalten und mit den dortigen Verhältnissen innig vertraut gemacht hat, folgende Ansichten über die Schweiz: Es sei kein Zweifel, daß die Tagsatzung die Bundesverfassung zu ändern beabsichtige, und zwar sollen die größern Kantone bei der Tagsatzung mehr Stimmen erhalten, so daß die kleinern bei allen die Gesammtheit der Schweiz betreffenden Lebensfragen in der Minderheit bleiben und keinen die Beschlüsse der Majorität beschränkenden Einfluß ausüben können. Man wäre, heißt es weiter, ferilich nicht im Stande vorauszusagen, ob eine solche Aenderung die Schweiz mit den auswärtigen Mächten überwerfen würde, da sich jedoch Gutzot durch den Gang der Ereignisse genöthigt gesehen, von seinen ursprünglichen Ansichten und Zwecken abzugehen, so sei es wahrscheinlich, daß sich auch in diesem Falle keine auswärtige Macht dazwischen legen werde. Jedermann in der Schweiz sei davon überzeugt, daß der jetzige verworrene Zustand auswärtigen Intriguen zur Last falle, die zuvörderst von Oesterreich, dann aber auch von Frankreich angezonnen waren. Oesterreich liege daran, daß die Schweiz fortdauernd in einem Zustande der Unsicherheit erhalten werde, damit man das Kinder der Schweiz nicht in die Hände einer Partei kommen lasse, deren Grundsätze leicht auf Italien Einfluß gewinnen können. Was Frankreich und das durch Neuenburg direkt beantheiligte Preußen betreffe, so liege es in beider Interesse, namentlich aber in demjenigen Preußens, daß Ruhe und Ordnung in der Schweiz wieder hergestellt würden. Wenn man die Schweiz sich selbst und dem ruhigen Gange ihrer innern organischen Entwickelung überlasse, so würde sie in kurzer Frist ihre innern Angelegenheiten geordnet haben, und die natürlichste Aufgabe der preußi-

Digitized by Google

schen Politik sei es, zu diesem Ziele so viel als möglich durch Nichteinmischung beizutragen.

Die Palmerstonsche Politik gegen Griechenland hat jetzt einen unerwarteten Vertheidiger an der Morning Post gefunden, welche wo möglich den verwahrlosten Zustand Griechenlands in noch schwärzeren Farben schildert, als dies Palmerston in seinem bekannten Schreiben an Sir E. Lyons gethan. Sie behauptet — was auch recht wohl denkbar ist — daß die Beschwerdeschrift des H. Claraki von niemand Anderm als von Piskatory selbst herrühre. Wenn man für die über gewöhnliches Maß hinausgehende Heftigkeit der Sprache Palmerstons eine Entschuldigung finden will, so ist es die, daß sie nicht dem jungen Staate, mit dem griechischen Volke als solchem, sondern eben jener Partei gilt, welche in den Diensten Guizots steht und die sogenannte Konstitution Griechenlands zu einem Spott herabgewürdigt hat. Die Worte des sterbenden Kolettis zeigen, in welchem Grade er Sklave und Handlanger der französischen Politik gewesen. Kolettis war in Paris; hier hatte er alle jene Künste gelernt, wodurch man die äußere Hülle einer Verfassung schindbar aufrecht erhält, während man sie ihres Inhalts, ihrer Seele, ihrer freien Bewegung, ihrer natürlichen und ungehemmten Entfaltung beraubt. Wohin Frankreichs Einfluß reicht, in welchen Ländern die Minister, auf der hohen Schule von Paris eingelernt, von dem klugen Manne in Paris am Gängelbande geleitet werden, erblickt man dasselbe traurige Schauspiel einer durch Korruption in ein trügerisches und darum nur um so verderblicheres Schimmerleben verwandelten und verkümmerten Verfassung, die nur noch der Willkür, dem Parteigetriebe und der französischen Herrschaft dient. Wie Griechenland im Osten, so zeugen dafür Spanien und Portugal im Westen.

Ueberall kreuzen sich die französischen Ränke mit den englischen Interessen, sogar, wie ein Schreiben aus Malta im M. Chr. nachzuweisen sucht, in Tunis, wo der herrschende Günstling des Beys, Mahmud Benryad — übrigens ein roher Mensch, der das Land durch Erpressungen aussaugt — ganz im französischen Solde stehen und den englischen Interessen auf alle Weise zu schaden suchen soll. Jenes Schreiben erzählt auch, daß der Bey von Tunis beabsichtige, eine Gesandtschaft nach Algier zu schicken, um dem Herzog von Aumale bei dessen Ankunft den Gruß des Beys darzubringen. Aber ein furchtbarer Sturm nöthigte die Gesandtschaft, die sich auf einem französischen Fahrzeuge eingeschifft, unverrichteter Sache wieder umzukehren. Kurz es ist kein Punkt der Erde, wo nicht die englischen und französischen Minen und Contreminen gegen einander liefen, und das M. Chr. weiß sie geschickt aufzudecken.

Die englische Regierung, will der Marseiller Nouvelliste wissen, habe an den König beider Sizilien eine sehr entschiedene Note gerichtet und ihm als dringend nothwendig vorgestellt, das jetzige Regierungssystem zu ändern und in Sizilien die politischen Einrichtungen ins Werk zu richten, für welche England bisher Inseln Bürgschaft geleistet habe. Sogar der französische Geschäftsträger soll seine warnende Stimme am neapolitanischen Hofe öfters, aber umsonst erhoben haben.

## Frankreich

Paris, 21. Jan. Da die Pariser Blätter vom 22. ausgeblieben sind, so müssen wir uns bei der Darstellung der Kammerverhandlungen vom 21. auf ein paar kurze, aus der Mitte der Sitzung herausgeschriebene Angaben beschränken. Die Debatte wurde von Hrn. Richond de Beus mit der Forderung eröffnet, daß Hr. Garnier Pages die am Tage zuvor in Bezug auf seine, Hrn. Richond's, Wahl gemachte Aeußerung zurücknehme: „daß dieselbe mit Bestechung begonnen und mit Lüge geendet habe". Hr. Garnier Pages erklärt, er werde diese Worte zurücknehmen sobald man ihm beweise, daß das, was er Lüge genannt, eine Wahrheit sei. Der Präsident rief den radikalen Abgeordneten wegen des Ausdrucks Lüge zur Ordnung; Hr. Richond hat sich aber bei dieser Genugthuung nicht beruhigt, sondern Hrn. Garnier Pages auf Pistolen gefordert. Man benauht indessen deßhalb nicht zu erschrecken, denn es wird schwerlich zum Blutvergießen kommen.

Der Rest der Sitzung wurde durch eine von Hrn. Odilon Barrot angeregte Debatte über den Petit'schen Handel ausgefüllt. Hr. Guizot wiederholte bei dieser Gelegenheit die schon in der Palmerkammer gegebene Erklärung, daß der Kemterkauf allerdings ein Mißbrauch sei, aber ein Mißbrauch, der seit vielen Jahren geübt und geduldet worden, und für den also das Ministerium nicht verantwortlich gemacht werden könne, um so weniger als es bereits Anstalten getroffen, demselben durch ein gesetzliches Verbot ein Ende zu machen.

Das Journal des Débats zeigt an, daß der Prinz von Joinville sich mit seiner Familie auf einige Zeit nach Algier begeben werde. Ueber die Veranlassung zu diesem Entschlusse wußte man sich Folgendes: Der Prinz hatte vom Ministerium Befehle erhalten, die ihm zu Anfange des vorigen Jahres vorschiedene, als Kommandant der Escadre des Mittelmeers Civitavecchia zu besetzen. Zugleich ward ihm vom Marineminister mitgetheilt, diese Besetzung habe, wie einst die von Ancona, keinen andern Zweck, als den, die Unabhängigkeit Italiens gegen die Plane Oesterreichs zu schützen. Im letzten Augenblicke erhielt er vom Grafen Rossi in Rom Gegenbefehl und erfuhr zugleich die Besetzung Ferraras durch die Oesterreicher. Erstaunt über diesen Widerspruch, eilte er nach Rom und hier ward ihm Alles klar. Er sah den Grafen Rossi mit dem Grafen Lützow Hand in Hand gehen, hörte von der vereinten reaktionären Verschwörung in Rom und begriff jetzt, daß das französische Kabinet, das der französischen Heirathen wegen Oesterreichs Freundschaft brauchte, deßhalb mit diesem eine Uebereinkunft geschlossen hatte, um die Bewegung im Kirchenstaate zu unterdrücken, ehe sie ganz Italien ergriffe. Die Oesterreicher sollten Ferrara besetzen, die Franzosen Civitavecchia, zu gleicher Zeit sollte in Rom die Verschwörung der Rückschrittspartei ausbrechen und den Papst so in die Enge treiben, daß er sich Frankreich und Oesterreich in die Arme werfen und die Grenzen, die ihm diese für seine Reformen bezeichnen würden, annehmen müßte. Die Verschwörung in Rom ward vereitelt, die H.H. Lützow und Rossi gaben sogleich Gegenbefehl, aber der Kurier des Ersteren kam zu spät, F. M. z. Auersperg hatte bereits Ferrara besetzt. Da diese Besetzung gerade die entgegengesetzte Wirkung hervorbrachte und die Lage der Dinge in Italien nur verschlimmerte, so ward F. M. L. Auersperg, wie es gewöhnlich in solchen Fällen zu gehen pflegt, das Opfer jener fehlgeschlagenen Unternehmung; er wurde, nachdem die Räumung von Ferrara nothwendig gewesen, von seinem Posten abberufen und nach Linz versetzt. Der Prinz von Joinville aber sah ein, daß, falls es zur Besetzung von Civitavecchia gekommen wäre, er sich für immer kompromittirt und seine ganze Popularität eingebüßt hätte und schickte, im höchsten Grade erbittert, seine Entlassung ein. Man versuchte Alles, um ihn von diesem Entschlusse abzubringen — jedoch vergebens; — als man ihm die Entlassung verweigerte, führte er endlich die Flotte nach Toulon zurück und nahm in einem Briefe von Hyères Abschied. Dieser Brief wurde bekanntlich vom Contreadmiral Trehouart nur verstümmelt und mit einer durch Gedankenstriche ausgefüllten Lücke veröffentlicht. Der Prinz, der sich darüber beschwerte, erfuhr, diese Weglassung sei auf telegraphischen Befehl des Ministeriums erfolgt. Joinville eilte nach Paris, erklärte dem Könige, daß er, solange dieses Ministerium am Ruder sei, nicht in Frankreich bleiben könne und bat um die Erlaubniß, sich mit seiner Gemahlin zu deren Verwandten nach Brasilien zu begeben. Nach langem Widerstreben ward ihm diese Erlaubniß schon halb und halb ertheilt, und der Dämpfer Magellan ward in Toulon für den Prinzen in Bereitschaft gesetzt, um ihn nach Brasilien zu bringen; — da erfolgte die Entlassung des Königs, der Tod der Prinzessin Adelhaid; die Königin drang in ihren Gemahl, sich doch bei dem hohen Alter des Königs nicht so weit zu entfernen; der König selbst nahm die Erlaubniß zurück, und da Joinville durchaus nicht in Paris bleiben wollte, so erhielt er endlich die Bewilligung, nach Algier zu gehen und dort bei seinem Bruder solange zu bleiben, als er wolle.

Wir brauchen auf die einzelnen Umwahrscheinlichkeiten dieser Darstellung nicht erst aufmerksam zu machen. Trotz derselben ist es aber gewiß, daß die Uebersiedelung des Prinzen von Joinville nach Afrika, ebenso wie sein Austritt aus dem Seedienste, aus seiner hartnäckigen Opposition gegen das herrschende Regierungssystem erklärt werden muß.

Nachtrag. Die Blätter vom 22., welche wir in diesem Augenblick noch erhalten, beschäftigen sich fast ausschließlich mit der Kammersitzung am vorigen Tage. Diese endete mit einer Art Vertrauensvotums zu Gunsten des Ministeriums. Die H.H. Uberthe und Dardiay hatten den Antrag auf einen förmlichen Tadel gestellt, der mit 225 gegen 146 Stimmen abgelehnt wurde. Mit derselben Stimmenmehrheit wurde unmittelbar darauf ein Antrag des Hrn. Peyramont angenommen, welcher folgendermaßen lautet: „Die Kammer, im Vertrauen auf den von der Regierung angekündigten Einschluß und auf die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßregeln zur Unterdrückung einer beklagenswerthen Mißbrauchs, geht zur Tagesordnung über." Die Ministerien feiern diese Abstimmung wie einen Sieg, die Opposition dagegen gibt sie für eine Niederlage des Hrn. Guizot aus. Wir meinen, daß eigentlich Niemand große Ursache hat, zu triumphiren.

Die Kammersitzung vom 22., soweit uns der Bericht über dieselbe heute zugeht, war ohne Belang.

Digitized by Google

**Man erwartet Abdel-Kader für die nächsten Tage in Paris.** Der Emir seiner Begleiter, welcher von ihm getrennt war, wurde auf sein Verlangen gleichfalls in das Fort Lamalgne gebracht. Man begreift, daß jene Trennung eine der gegen Abdel-Kader in Anwendung gebrachten Zwangsmittel war, und daß die Wiedervereinigung eine Belohnung für die Folgsamkeit ist, mit welcher der Emir schließlich auf die Rechte seiner Kapitulation verzichtet hat.

## Italien.

A Pisa, 11. Jan. Die letzten Vorfälle in Livorno haben auf eine bedeutungsvolle Weise gezeigt, daß die radikale Partei in Italien ihre Kräfte zu entfalten versuchte, aber gesahrlos ist, da die im Volke tief wurzelnde gemäßigte Partei ihre entschiedene Macht an den Tag legte. Es ist für den Unbefangenen kein Zweifel, daß eine kleine durch ganz Italien verzweigte Partei, die es wagen sieht, daß das Volk in der Wehrzahl mit den freisinnigen Regierungen von Toskana, Rom und Sardinien Hand in Hand gehen will, von Zeit zu Zeit Volksbewegungen zu erregen suchte. Sie wählt gern Livorno zum Orte des Ausbruchs, weil in dieser Stadt, in der viele Fremde sich befinden, die bei solchen Unruhen gern eine Rolle spielen, und manche durch Geist Reichthum oder politische Leidenschaftlichkeit einflußreiche Männer in Livorno mit der radikalen Partei in Verbindung sind. Manche Umstände trugen bei, eben in Livorno Unzufriedenheit zu bewirken. Es sollte die Regierung bestimmt werden, feindlich gegen Oesterreich aufzutreten und dieser eingreifende Verbesserungen einzuführen. Eine in dem heftigsten Ton abgefaßte Proklamation reizte das Volk auf, das auch am 6. u. 7. d. M. in rohen Exessen seiner leidenschaftlichen Stimmung Luft machte. Es war darauf abgesehen, eine provisorische Regierung einzusetzen. Als die Nachricht von diesen Vorgängen in Florenz und in anderen Gegenden Toskanas sich verbreitete, bewährte sich der gute Sinn des Volkes, das an den revolutionären Bestrebungen keinen Gefallen findet. Die Proklamation des Großherzogs wurde mit dem lebhaftesten Beifalle aufgenommen; von allen Seiten wurden Adressen gemacht, in welchen die Gemeindevorsteher und Bürgergarden ihre Ergebenheit und Treue versicherten und ihre Mißbilligung der Vorgänge von Livorno aussprachen. Der Minister des Innern, der nach Livorno mit ausgedehnter Vollmacht gesendet wurde, fand in der Stadt Gehorsam und Anerkennung. Selbst die Mastregel, daß viele der Häupter der Radikalen vorläufig in die Festung auf der Insel Elba gebracht wurden, wurde gebilligt. Bei der gestern vorgenommenen Truppenmusterung in Livorno sprach sich die Bereitwilligung auf entschiedene Weise für die Regierung aus. Die Unruhigen sind überzeugt, daß ihre Bestrebungen, Anstoß zu bewirken, bei dem Volke keinen Anklang finden werden. Die Regierung, solange sie aufrichtig und kräftig dem Fortschritt huldigt, ist der Theilnahme des Volkes sicher.

Rom, 15. Jan. Dem S. M. wird geschrieben: Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich eben, daß eine Staffette der hiesigen Regierung die Nachricht von einem allgemeinen Aufstand in Sicilien gebracht habe.

Neapel, 14. Jan. Der A. Z. wird geschrieben: Ein Theil der Mauercansichte befestigt sich. Wir haben sehr aufregende Nachrichten aus Palermo. Viele Verhaftungen, welche am 11. und 12. stattfanden, brachten Alles in Bewegung, während — wie man hier behauptet — eine Bewegung am 13. in ganz Sicilien ausbrechen sollte. Das Dampfschiff Besuvio setzte nur die Bassagiere in Palermo ans Land und kehrte sogleich mit Depeschen, welche um Truppen und um Hilfe baten, nach Neapel zurück. Die Bürger, ja die ganze Bevölkerung von Palermo durchsucht bewaffnet die Stadt; die Truppen sind in den Kasernen eingeschlossen, und der Versuch eines Ausfalls der Kavallerie mißglückte. Noch weiß man hier nicht, ob die eigennützige Bürgerbewaffnung Kampf mit den k. Truppen oder Aufrechterhaltung der Ruhe bezweckt. Die Telegraphen arbeiten, aber natürlich erfährt man nicht sogleich etwas Bestimmtes. Wahrscheinlich, 5 Uhr. Ich komme soeben vom Molo, wo ich der Einschiffung von 4 bis 5000 Soldaten auf sechs ägl. Dampfschiffen zusah, von denen drei sich noch vor Einbruch der Nacht nach Palermo fortbewegten. Alles ist auf den Beinen. Die Sache ist kein Geheimniß mehr. Morgen früh oder diese Nacht geht der Graf v. Ranita ebenfalls hinüber. Die letzte Nacht wurde plötzlich in Nocera Generalmarsch geschlagen und den ganzen Tag hindurch brachten die Eisenbahnzüge Truppen aus Nocera (Jäger) und Portici herüber. Die Provinz Salerno, welche keinesweges sehr friedlich gestimmt, ist fast ganz von Truppen entblößt. — Einer früheren Nachricht bestehlen Blättet zufolge, zogen 10 Dampfschiffe mit Soldaten nach der Insel hinüber; die Besatzung in Palermo habe sich in die Kasernen zurückgezogen.

## Handels- und Börsennachrichten.

* Frankfurt a. M., 23. Jan. Nachdem seit der großen Baisse von vorigem Mittwoch die Börse mehrere Tage hindurch in einem passiven Zustande verharrt hatte, brachten heute die besseren Notirungen in Paris und Berlin wieder lebhafte Bewegung in das Geschäft. Die Kurse aller Effekten zogen namhaft an und blieben für 5 Proz. Metalliques 101¼, 2½ bitte 50⅝, Bankaktien 1015, spanischer innerer Schein 24⅛, Nordbahn 52⅝, Köln-Minden 81⅜ Geld; südrussische Obligationen ebenfalls beliebt, obgleich mit geringerer Preisdifferenz gegen gestern. Man darf sich inwessen keinswegs der sanguinischen Hoffnung hingeben, als wäre jetzt schon Alles wieder in dem Geleise, in welchem sich der Effektenhandel vor dem bekannten Fallimente bewegte. Obgleich der Geldstand fortwährend günstig, steht das Vertrauen doch noch auf sehr schwachen Füßen, und es betrarf anhaltend günstiger politischer und kommerzieller Verhältnisse, wenn die Spekulanten sich wieder auf festem Fuße bewegen soll. Einen äußerst empfindlichen Schlag hat dieselbe namentlich durch den nahe an 20 Proz. betragenden Rückgang der Nordbahnaktien im Verlauf weniger Wochen hier und in Berlin erlitten, ein Rückgang, der um so unerklärter ist, als unter Leute dadurch als er durch kein bekanntes äußeres Motiv gerechtfertigt erscheint. Die Kommissionsanträge in der Angelegenheit der Bahnen wollen sich bei den hiesigen Interessenten keines besonderen Beifalls erfreuen. Die berechnen, daß ihnen dadurch kaum 20 Proz. ihrer Forderung geschrieben würden, und Manche sind der Meinung, daß sogar ein Konkursverfahren vorzuziehen sei!! Doch kommt zu Alles auf die Entscheidung der Stände an; mehrere Betheiligte sind heute von hier nach Karlsruhe abgereist.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[52] Bei Fr. Bassermann in Mannheim ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Wichtige Urkunden**
für den
**Rechtszustand der deutschen Nation**
mit eigenhändigen Anmerkungen
von
**Johann Ludwig Klüber**
aus dessen Papieren mitgetheilt und erläutert
von
**C. Welker.**
Zweite Auflage. Preis 2 Thl. oder fl. 3. 36 kr. rhein.

[53] Im Verlage von Ferd. Dümmler's Buchhandlung in Berlin ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Stahr, A., Dr.** Die Phantasien des Herrn Gervinus und seiner Freunde über die Geschichte und die Verfassung Preußens beleuchtet von —, 21½ B. 8. geh. Preis Thlr. 1 — 10 Sgr.

Der Verfasser sagt in der Vorrede: „Allerdings kann man in gewissem Sinne sagen, daß die Schrift von Gervinus über die preuß. Verfassungsfrage jetzt schon antiquirt ist. Denn die in ihr ausgesprochenen Ansichten sind in der deutschen Zeitung zum größten Theil zurückgenommen. Darauf aber folgern zu wollen, daß die Erscheinung einer Beurtheilung derselben jetzt zu spät kommen, dies würde sehr verkehrt sein." — Der zweite Aufsatz erhält eine Erwiderung auf einen leitenden Artikel in der deutschen Zeitung über polit. Parteiten und Ehrenstrafen in Preußen.

Heilsame Erfindung!
**Hämmert's**
**Pollutions-Instrument,**
welches, ohne im Geringsten Unannehmlichkeiten oder nachtheilige Folgen für die Gesundheit herbeizuführen, durchaus keine Pollution zuläßt. Die Wahrheit dieser Aussage ist durch vielfache Erfahrungen bestätigt und durch Zeugnisse von den berühmtesten Aerzten, als: vom Herrn Geh. Med.-Rath Prof. Dr. Dieffenbach in Berlin, von den Herrn Prof. Dr. Brune, Prof. Dr. Erdtli, Prof. Dr. Carus zu Leipzig, Herrn Geh. Med.-Rath Dr. v. Blödau in Sondershausen und vielen Andern dargethan, weshalb ich mich jeder weiteren Empfehlung enthalte. Da das Instrument in Holz bei Bewegungen im Schlafe leicht zerbricht, so sind nun auch welche in Metall zu nachstehenden Preisen zu haben, und ersucht man gegen vorherige Einsendung des Betrags Instrument nebst Gebrauchsanweisung beim Unterzeichneten zu verlangen.

1 Instr. in feinem Kruisiber 4 Thlr. Preuß. Cour.
1 " " " Messing 3 " " "
1 " " " Holz 2 " " "

Nordhausen, 20. Jan. 1848.
[54] **S. Frankenheim.**

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter und Postboten nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England: bei Herr. Ewer u. Comp., 72 Aldersgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden nur Briefe an G. A. Alexander-Straßburg, 29 Brand'grosse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth, Bestellungen angenommen.

# Deutsche Zeitung.

Die Unparteilichkeit dieses beweist das Grund-, Bau- Personal Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1½, durch die Post bezogen im Betrag des Briefporto's Thlr. 1. 20 Sgr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 27.** **Heidelberg,** Donnerstag 27. Januar **1848.**

## Uebersicht.

**Das Verlangen nach Reformen in Würtemberg.** II. **Die Staatshilfe gegen die Verarmung; die Organisation der Gewerbe und der Landwirthschaft.** — **Berlin** (Verhandlungen und Abstimmung des Ver. Ausschusses über die Todesstrafe). **Breslau** (zur Charakteristik des deutschen Censurwesens). **Stuttgart** (erste Sitzung der Abgeordneten: Begrüßung derselben durch den Präsidenten; angekündigte Motionen). **Dresden** (die Zeitungsprovision). **Leipzig** (beendigte Stadtrathswahlen). **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen: Antrag auf Unterdrückung der Spielbanken; Motionen; die drei Zahrellen). **Vom Oberrhein** (wahrhafte Ursache des Eintrucks der Monatelamberi'schen Rede auf die Pairs). **Kassel** (politische Zweifelerung; fromme Wünsche).

**Schweiz.** **Bern.** Die Kollektionote. Tagsatzungsverhandlungen. Weitere Altersstücke. **Wallis.** Annahme der Verfassung.

**Großbritannien.** Ein Organ für den äußersten irischen Radikalismus. Der Verein gegen die Staatsleiche. Die neapolitanische Quarantäne.

**Frankreich.** Kammersitzung vom 22. Halber Abfall von 25 ministeriellen Abgeordneten. — **Italien.** Näheres über Bedeutung und Umfang des Aufstandes in Sicilien. **Genua.** Die Zustände der Lombardei. **Florenz.** Die Gazzetta über die Tiegebenheitsadresse. Ministerialschreiben an die Livornesen. Die Bürgergarde. **Rom.** Ausweisung; politischer Gegensatz zu Florenz.

**Rußland.** Polenverfolgung in Kostroma.

**Amerika.** Die deutsche Schnellpost und ihre Zukunft.

**Datum der Börsen:** Frankfurt 25. Jan.

---

**Heidelberg,** 27. Januar.

Einen der schlimmsten Mittel, um die Grundsätze und Forderungen einer verfassungsmäßigen Regierungsweise herabzusetzen und die Begriffe darüber zu verwirren, ist jene im Norden von Deutschland aufgetauchte und seither mit sichtbarer Vorliebe geltend gemachte Unterstellung, als sei es bei einer konstitutionellen Regierungsform nur auf die überwiegende Herrschaft des Mittelstandes abgesehen. Die ihrer Meinung nach allein konservative, für die dynastischen Interessen anscheinend begeisterte Partei hat den weitern Rath gegeben, daß der Thron durch seine Fürsorge für die Masse des Volks diese für sich gewinnen und, auf dieselbe gestützt, die Angriffe des Mittelstandes zurückweisen müsse. In Würtemberg dagegen, wo das Proletariat, aufgeregt durch die Theuerung, die öffentliche Ordnung gestört und sich am Privateigenthum vergriffen hat, erschien es einer perfiden Presse als ein Leichtes, die ständische Opposition und deren Freunde für jene Störungen verantwortlich machen zu können, am gerade den Mittelstand, der sich durch den Umfang des Proletariats am Meisten bedroht sieht, gegen die Opposition und für die Regierung zu stimmen. Man kann die hier und dort sich kundgebende Gewissenlosigkeit nicht stark genug bezeichnen; denn solche Versuche sind nichts Anders, als das Unternehmen, die verschiedenen Klassen der Staatsbürger wider einander aufzuregen und so gerade das heillose Gift der Unzufriedenheit, deren Folgen die Lösung alle staatlichen und sittlichen Ordnung der Dinge sein muß, unter den Gliedern des Volkes auszustreuen. Je entschiedener dagegen verfassungstreue, auf dem gesetzlichen Wege fortschreitende Bestrebungen auftreten, desto früher muß es sich herausstellen, wie wenig in Wahrheit dem Thron und den dynastischen Interessen mit solchen scheinbar konservativen, in der Wirklichkeit aber zerstörenden Versuchen gedient sei, wie vielmehr der liberale Fortschritt deßhalb die einzige Hilfe bringen wird, weil er die Wohlfahrt des Vaterlandes in der gesetzlichen und organisch gegliederten Einigung aller Klassen des Volks und in einem selbstthätigen gesinnungstüchtigen Zusammenwirken derselben begründet haben will. Einen Beleg hiefür bietet gerade das Verlangen nach Reformen in Würtemberg in Absicht auf die Staatshilfe gegen Verarmung.

Bisher ist die Armenfürsorge lediglich Sache der einzelnen Gemeinden gewesen, und jeder Staatsbeitrag für Armenunterstützung war auf außerordentliche Fälle beschränkt. Gleichwohl hat der Nothstand im Jahr 1847 einen sehr bedeutenden Theil der Staatskräfte neben außerordentlichen Anstrengungen der Gemeinden und Korporationen in Anspruch genommen, ohne daß die Staatsregierung selbst sich die Berubigung geben kann, daß mit allen diesen Opfern etwas Anderes, als nur die Abhilfe eines augenblicklichen Nothstandes erreicht worden wäre. Eine nachhaltige Abhilfe kann sie in der That nur erzielt werden, wenn den Ursachen der Verarmung selbst begegnet, wenn staatswirthschaftliche produktive Arbeitsquellen eröffnet und durch Vereinigung der Kräfte die erforderlichen Mittel zur Beschäftigung ins Leben gerufen werden. Hiefür vor Allem bedarf jede Staatsregierung eine genaue, wahrhaftige, in die Zustände des Lebens eingehende Kenntniß, welche nur das Ergebniß öffentlicher Untersuchungen und Berathungen sein kann, wozu sowohl die Staats- als Gemeindebehörden ihren Beitrag geben, und von denen keine Angabe und kein Beirath der Staatsbürger aller Klassen ausgeschlossen sein darf. Die allgemeine Einführung der Gemeinderechnungsreger und ihre Organisation zu Bezirksvereinen, sowie die Reorganisation der seitherigen Amtsversammlungen zu einem selbständigen und intelligenten Verwaltungskörper bietet ein solches Mittel zur umfassendsten Kenntnißnahme und Berichtigung über alle Armenzustände dar. Es wären diese Einrichtungen aber auch deßhalb so ersprießlich, weil dadurch aufs Genaueste ermittelt werden kann, wie weit die freiwillige kirchlich angeregte Thätigkeit für Armenhilfe ausreiche, und welchen Mißständen weder die Gemeinde- noch die Bezirksorganisation mehr begegnen könne. Jetzt muß sich herausstellen, an welchen Gebrechen das Bürgerrechtsgesetz, das Gewerbswesen, die Landwirthschaft leiden, zu welchen produktiven Arbeiten sich in den Gemeinden und Bezirken Gelegenheit findet, welcher unbrechenbare Schaden in staatswirthschaftlicher Hinsicht aus ihrer Unterstützung sich ergebe; jetzt kann ermittelt werden, in welchem genauen Zusammenhang Wohlleben und Verschwendung mit der begonnenen Verarmung stehen, mit welcher Frechheit arbeitsscheue liederliche Gemeindeangehörige auf ihr Unterstützungsrecht auf Gemeindeboden pochen, wo und wie Spar- und Hilfskassen einzurichten seien, welche Spekulationen Einzelner und ganze Gesellschaften gemeinschädlich und auf den Rain ihrer Mitbürger berechnet seien.

Zu allen diesen Lebensfragen Zeit und Kraft und Geduld und Konsumige hergunehmen, wie solle dies den einzelnen Staatsbeamteten und den Regierungskollegien möglich sein, wenn zu dem bestehenden Centralisationssystem mit hundert und tausend Aufträge, Bescheiden und Streisachen überladen und unter dem Formenwesen endloser Schreibereien und bevormundender Vielregierere erdrückt werden? So ist es denn nicht zu verwundern, wenn die Armenhilfe, welche den einzelnen Gemeinden in erster Linie allein obliegt, bei dem Mangel an praktischen und dem Uebel gewachsenen Institutionen im Argen liegt; wenn ein allgemeiner Unwille sich gegen die faule Liederlichkeit derer ausspricht, welche auf öffentliche Kosten erhalten zu werden begehren; wenn die Staatsbehörden nicht in der Lage sind, bei Beschwerden über ungenügende Versorgung richtig zu sehen und zu entscheiden, und deßhalb ihre Entscheidungen nur zu häufig den gleichen Unwillen der zur Last beigezogenen Gemeindebürger auf sich ziehen. Aber es ist auch nicht abzusehen, wohin die indessen immer allgemeiner werdende Erwerbslosigkeit und Verarmung führen muß, mit welchen Mitteln die immer härter angelegten Gemeinden dem Uebel steuern sollen, bis zu welcher Höhe die damit eng verbundene Entsittlichung und Verachtung aller Autorität sich steigern müsse, es wäre denn, daß man, wie die Ulmer Chronik, mit dem Vogel Strauß den Kopf in den Sand steckt und in die Welt ausposaunt: Ich sehe keine Verarmung und keinen Zeind der Gesellschaft in den Besitzlosen; denn im Lande Würtemberg haben Alle Alles genug!

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, bei dem dermaligen Zu-

Digitized by Google

stand des Armenwesens ist der faule liederliche Proletarier, der sich auf Gemeindekosten füttern läßt, besser daran, als der fleißige, Bürger, der zur Erhaltung des Pauperismus mitsteuern muß, und wenn vor allem that die schleunigste Abhilfe Noth. Das Mittel dazu liege nahe genug, wenn die Aufbringung nur sachkundigen und thatkräftigen Männern übertragen wird. Man errichte auf Staatskosten die erforderliche Anzahl von Beschäftigungsanstalten für alle diejenigen bedürftigen und arbeitsscheuen Subjekte innerhalb der Bezirke, welche arbeiten könnten, aber sich lieber auf Gemeindekosten erhalten lassen wollen, und gebe dem Grundsatze gesetzliche Geltung: wer sich selbst nicht fortzubringen weiß und darum der öffentlichen Fürsorge zur Last fällt, kann sich nicht beschweren, wenn ihm die Gelegenheit für eine gemeinnützige Beschäftigung eröffnet wird. Würden solche Anstalten auf landwirthschaftliche und die sich daraus beziehende gewerbliche Beschäftigung begründet, wäre mit der Handhabung der festgestellten Ordnung eine humane Behandlung verbunden und der ganze Gang der Verwaltung nach allen seinen Theilen der unbefränkten Oeffentlichkeit zugänglich; würden insbesondere einige dieser Anstalten für die Erziehung und Heranbildung verwahrloster und unehelicher Kinder bestimmt, so wäre eben damit das Uebel von einer Seite wenigstens an der Wurzel angegriffen. Die Gemeinden und Bezirksverbände würden sich gerne mit einer Quote je nach der Zahl ihrer untergebrachten Armen zu den Kosten der Anstalten beziehen lassen, und die Unterstützung und Versorgung der wirklich Hilfslosen und Arbeitsunfähigen durch die Bezirksarmenvereine wäre wesentlich erleichtert.

Hierbei allein kann freilich die Staatshilfe gegen die Verarmung nicht stehen bleiben, denn es wäre damit nur erst einer der offenkundigsten Schäden beseitigt. Die Ursache der über ganz Deutschland hereinbrechenden Verarmung muß eine tiefgehende und allgemeine, in die nationalen Verhältnisse selbst einschneidende sein, und wenn die nationalökonomischen Interessen Deutschlands dem Ausland gegenüber Preis gegeben sind, wenn kein nationales Handels- und Schifffahrtssystem besteht, wenn unserer Industrie der für ihre Ausbildung und ihre Erstarkung nöthige Schutz nicht zu Theil geworden ist, so kann man sich über das Darniederliegen und den Zerfall unserer unter der ausländischen Konkurrenz erdrückten Gewerbe nicht mehr wundern. Diese tiefliegende allgemeine Ursache der Verarmung wird am Ende Anlaß und Grund zu Umschauungen sein, die deutsche Nationalökonomie dem Ausland gegenüber herbeiführen; inzwischen ist es aber die Aufgabe der Staatsregierungen, Alles vorzukehren und einzuleiten, was die gewerbliche Bildung und Befähigung bedingt und fördert, und daher eine solche Gewerbeordnung in's Leben zu rufen, durch welche der Gewerbsstand selbst die Anregung und den Aufschwung erhält, um unter veränderten günstigen Verhältnissen den dann hervortretenden höheren Ansprüchen genügen zu können.

(Schluß folgt.)

**Preußen.** Berlin. In der Sitzung des Ver. ständ. Ausschusses vom 19. Jan. entspann sich namentlich über §. 8, welcher die nähern Bestimmungen über Vollstreckung der Todesstrafe enthält, eine ebenso umfassende als interessante Debatte, welche wir morgen nachliefern werden. Das Resultat der Abstimmung war, daß die Beibehaltung der Todesstrafe mit 63 gegen 34 Stimmen beschlossen ward. Unter der Minorität befanden sich Aurswald, Brünneck, Camphausen und die beiden von Saucken.

⁂ Breslau, 20. Jan. In Deutschland, wo bei dem gänzlichen Mangel an Preßfreiheit und Oeffentlichkeit gewisse Partien des Staatslebens und namentlich das innere Getriebe der Verwaltungspolitik in einen undurchdringlichen Schleier gehüllt sind, wird selbst der aufmerksamste Beobachter der Ereignisse zuweilen durch eine zufällige Enthüllung von einer Thatsache überrascht, deren Möglichkeit sich wohl ahnen, aber bisher noch nicht mit Gewißheit feststellen ließ. Dies diem docet; und wer nicht so glücklich ist, zu den „Wissenden" in dem Zehmwesen deutscher Polizei- und Censurverhältnisse zu gehören, der erlangt, trotz aller Kunde des geoffenbarten Bundesstaats- und Verwaltungsrechts die rechte Erkenntniß nur langsam und allmählich. So hat in diesen Tagen eine amtliche Erklärung der hiesigen Polizeibehörde einen vielleicht unwillkürlich enthüllenden Aufschluß enthalten, der auf das Nachgehör der Bundesrensurverhältnisse ein eigenthümliches Schlaglicht wirft. Das verübergehende Verbot, von welchem die neueste Schrift Heinrich Simons: „Aktenstücke zur Geschichte der Polizei ꝛc." betroffen wurde, gab in den hiesigen Zeitungen zu einem Erklärungswechsel zunächst zwischen dem Verfasser und einem Berliner Korrespondenten der Bresl. Zeit. Veranlassung. Der Letztere, welcher zu den Inskribirten des Mißverstehens zu gehören scheint, suchte mit einer unverhörten Gutmüthigkeit die vom Simon behauptete und dokumentirte Thatsache wegzuläugnen, daß das Censurbedürfniß das bei demselben beantragte Verbot der erwähnten Schrift, welches polizeilicherseits bereits angeordnet und ausgeführt war, wieder aufgehoben habe. Später sah sich auch das hiesige Polizeipräsidium zu einer Erklärung veranlaßt, welche dahin zielte, jede Theilnahme des Ministeriums des Innern an der Anordnung des Verbots in Abrede zu stellen, dieses vielmehr als eine selbständige und gesetzlich gerechtfertigte Maßregel der hiesigen Polizeibehörde erscheinen zu lassen. In eben dieser amtlichen Erklärung wies das Polizeipräsidium dr von Simon ausgesprochene Vermuthung, daßselbe habe wahrscheinlich auf die bloße Ankündigung der in Leipzig erschienenen Schrift hin, noch vor der buchhändlerischen Versendung das Verbot erlassen, entschieden zurück, weil dies der Behörde eine „Allerdrirt zumuthen" heiße; das Polizeipräsidium sei vielmehr schon einige Tage, bevor die Schrift an die hiesigen Buchhändler gelangte, im Besitz eines Exemplars gewesen. Nun dies es nun noch ein Räthsel, auf welchem Wege die Polizei ihren Bücherbedarf früher als die hiesigen Buchhändler bezieht. — Zur Wahrung seiner buchhändlerischen Ehre gab hierauf der Verleger der Schrift, Robert Blum in Leipzig, die Erklärung ab, daß er die Schrift gleich nach ihrem Erscheinen, und zwar durch die Post an die hiesigen Buchhändler versandt habe, und daß von dieser Versendung, mit Ausnahme zweier Exemplare, welche der sächsischen Censurbehörde gesetzlich eingehändigt werden müssen, kein Exemplar ausgegeben worden sei. War nun das Räthsel gelöst? Das Polizeipräsidium erhielt sich zum Ueberfluß noch das letzte Wort vor, indem es erklärte, es habe keine Veranlassung, dem Verleger Aufschluß zu geben, auf welchem Wege es zu seinem Exemplar gelangt sei. — Die Solidarität der Bundesstaaten in Sachen der Presse, der letzte scheinbare Einwand gegen den einstimmigen Ruf Deutschlands nach Preßfreiheit, der letzte Einwand der Regierungen gegen die Stimme ihrer eigenen besseren Ueberzeugung, — diese Solidarität hat also noch andere Quellen als das Bundescensuredikt und das übrige greifendarte Preßrecht; denn in diesen finden wir nirgends eine Vorschrift, daß es außer den gegenseitigen Besprechungen und Verpflichtungen auch noch gegenseitige Liebesdienste von Bundesstaatsregierung zu Regierung, und die Censurstellen zur größern Stütze des Präventivsystems sich gegenseitig mit gewissen Maßregeln ex officio nobili zuvorkommend bewiesen und unter die Arme greifen sollen!

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 24. Jan. Die heutige erste Sitzung der Abgeordneten eröffnet der Präsident, Kanzler v. Wächter, mit einer Begrüßung der Kammer: Den letzten Landtag habe die Noth der Zeit, Mangel an Geld für unsern Eisenbahnbau zusammengerufen, heute dürfen wir mit frischerem Muthe an die Arbeiten gehen. Die jetzige Zeit sei eine Zeit des ruhigen Fortschritts, eine solche, in der auch schon Früchte dieses Fortschritts zu ernten seien. Ueber Preßfreiheit, über Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, über gemeinsame deutsche Gesetzgebung, über die Nothwendigkeit einer festen Stellung Deutschlands gegen das Ausland drehte nicht mehr wie vor 10—15 Jahren der Streit, sondern bloß über die Art der Ausführung. Er empfiehlt der Kammer, am Rechte festzuhalten bei diesen Fragen und nach dem Erreichbaren zu streben. Der Präsident bedauert, daß die Kammer seit den letzten 3 Jahren 14 ihrer Mitglieder durch Tod oder Abtreten verloren, unter letzteren auch Reb. v. Mohl, von dessen reichen Kenntnissen manchre Nutzen zu erwarten gewesen wäre. — Zur Berathung kommt ein Bericht der Druckkommission, betr. eine Einrichtung, um die Kammerprotokolle in Zukunft schneller zu liefern. Dieselben sollen im Format der K. J. erscheinen, und nicht bloß amtlicher, offizieller, durch die Reklamationen der Redner berichtigte Protokolle, sondern zugleich Landtagszeitung sein. Um die schnelle Arbeit möglich zu machen, ernählt die Kammer 10 ihrer Mitglieder zu Sekretären. Ein Antrag Feyerle, die bei uns noch üblichen Eintrittskarten auf die Gallerie der Kammer für das Publikum, sowie die besondere Gallerie der Staatsdiener und der Mitglieder der ersten Kammer, welche ihre eigenen Sitzungen nicht öffentlich halten, abzuschaffen, wird an die Druckkommission verwiesen. — Unter den angekündigten Motionen bemerken wir die von Duvernoy auf Erhebung der Kapital- und Besoldungssteuer zu ordentlichen Steuern, und von Heyer auf Abschaffung der Kreisregierungen, als Sitze der württ. Vielschreiberei, unter den Petitionen die der Prof. Mieg über das Verbot der öffentlichen Versammlungen des oberschwäbischen landwirthschaftlichen Vereins.

**Sachsen.** †† Dresden im Jan. In den letzten Sitzungen des deutschen Postvereinsgrefes zu Dresden vom Dezember ist die Feststellung der Zeitungsprovision Gegenstand der Berathung gewesen. Wie be-

Digitized by Google

richtet wird, hat der Kongreß nach vielseitigen Erörterungen sich dahin geeinigt, daß bei Entnahme der Provision der buchhändlerischen Berechnungsweise der Vorzug zu geben sei, und ist demnach beschlossen:

1. daß der gemeinsame Gerichtsstand sowie bei der Vereinsbriefkasse nur den ersteren Zeitungsbetrieb, d. i. solche Zeitungen zu umfassen habe, welche die verschiedenen deutschen Postbezirke von einander beziehen; 2. daß ohne Rücksicht auf die Entfernung auf die Zahl der Exemplare und auf den Umfang der Zeitungen lediglich der ursprüngliche Ladenpreis für den Aufschlag maßgebend bleiben und 3. letzterer a) für politische Zeitungen 25 bis 50% b) für nichtpolitische 25% betragen und diese Gebühr von der aufgebenden und die liefernden Verwaltung (ohne Transitporto) bezogen werden solle. Der Antrag auf Abschaffung des theilweisen in Deutschland eingeführten Zeitungsschwindels, Behufs vollständiger Gleichstellung der Zeitungspreise, soll die Konferenz, als nicht in dem Bereich ihrer Aufgabe gelegen, abgelehnt, hingegen ein Minimum und Maximum des Aufschlags auf politische Zeitungen anrathlich gehalten haben. Wenn diese Einigung sich bestätigt und von den betreffenden Regierungen genehmigt wird, was wohl kaum bezweifelt werden darf, so ist es zwar dankbar anzuerkennen, daß die Tageslitteratur Jedem billiger und schneller zugänglich gemacht wird, weil bekanntlich die Zeitungsprovision seither oft mehrere hundert% vom ursprünglichen Erlaßpreis erreichte und die bisherigen Zwischenspeditionen zeitraubend waren; auf der andern Seite ist es aber wieder betrübend, daß der Kongreß noch ein Minimum und Maximum des Aufschlags auf politische Zeitungen dem weiteren Ermessen anheim geben will, wodurch offenschtlich einer indirekten Vergünstigung oder Bedrückung zugegriffen oder mißliebige Zeitschriften freier Spielraum gelassen werden soll. Die Regel nach wird das Theurere auch für das Bessere gehalten und eine, wenn auch nur halbwegs verdeutete Frucht pflegt am meisten Liebhaber zu finden!

○ Leipzig, 20. Jan. Die hiesigen Stadtrathswahlen sind nun vollendet, indem gestern an R. Blum's Stelle (dessen Nichtbestätigung das Ministerium, wie ich Ihnen schon schrieb, unter Abweisung des Rekurses dagegen, gutheißt) der praktische Arzt Dr. Lippert sen. mit 44 unter 60 Stimmen gewählt ward. An Gegenmachinationen von der andern Seite hat es gleichfalls bei dem Mal nicht. Nachdem der einzige Gegenkandidat, der wirklich in Betracht kommen konnte, der Kaufmann v. d. Coene, ein tüchtiger, intelligenter, wenn auch im öffentlichen Leben etwas sehr schweigsamer Mann — der übrigens nur sehr relativer Weise und vielleicht nur seiner strengern Richtung im Religiösen halber von den Konservativen zu den Zbeigen gezählt ward, da er in politischen Principfragen fast immer mit den Liberalen stimmt — nachdem dieser selbst privatim erklärt hatte, daß er seine Erwählung nicht wünsche — so waren die Konservativen zu gröberer Verlegenheit, wen sie dem liberalen Kandidaten (der schon in der Vorwahl die absolute Majorität hatte) entgegensetzen sollten. Aber so verblendet sind diese Leute durch ihre wahrhaft fanatische Feindseligkeit gegen die Liberalen, daß noch am Tage der Wahl mehrere derselben bei einzelnen Stadtverordneten umhergingen, von der Wahl Lippert's dringend abriethen — hier und da unter dem Anführen, die Bürgerschaft sehe es nicht gern, daß zwei ehemalige Juden (drübe Lippert gehören einer ursprünglich jüdischen Familie an) in den Stadtrath treten sollten, und einen Kandidaten empfahlen, von dem man zur Zeit nichts Weiteres weiß, als daß er reich ist und als Partikulier ein behagliches, durch geistige Bildung und befreiendes durch Sinn für Musik verschönertes Leben führt, von jeglicher Betheiligung an öffentlicher Thätigkeit für die öffentlichen Angelegenheiten aber noch Niemand Etwas erfahren hat. Glücklicher Weise blieb dieses abgeschmackte Manöver gänzlich ohne Erfolg; der Name des Empfohlenen erschien nicht auf den Wahlzetteln und nur auf Hrn. v. d. Coene hatte sich eine Anzahl von Stimmen, wahrscheinlich des konservativen Theils, vereinigt. Da man vermuthen kann, daß letztere Partei bei dieser Gelegenheit ganz seit zusammengehalten hat, um wenigstens das Mögliche zu versuchen, so läßt sich von dieser Wahl ein ungefährer Maßstab für die Stärke der gegenüberstehenden Parteien im Kollegium entnehmen. Danach haben die Liberalen jedenfalls die ganz entschiedene Mehrheit, in den meisten Fragen wohl mindestens ⅔ der Stimmen auf ihrer Seite, die Konservativen dagegen scheinen einer eigentliche kompakte Partei (wie noch bei den jüngsten Zeiten) gar nicht mehr aufstellen zu können. Rechnet man hierzu, daß auch diese konservative Minorität keineswegs aus lauter starren, den Zeitforderungen und Zeitideen blindlings widerstrebenden Anhängern des Alten besteht, sondern daß in den meisten Fragen, selbst principiellen, sie sich einem zeitgemäßen Fortschritte keineswegs unbedingt verschließt, sowie andrerer Seite die liberale Partei durch Mäßigung im Gebrauche ihrer numerischen Stärke und durch praktisch besonnenes Auftreten ebensalls die Brücke zwischen sich und den Konservativen immer offen erhält, so darf man dem Kollegium im neuen Jahre, und hoffentlich unter gleichen Konstellationen auch noch in vielen künftigen, eine recht gedeihliche Wirksamkeit prophezeihen. Inzwischen ein ähnlicher Geist des vernünftigen, mit den Zeitverhältnissen Schritt haltenden Vorwärts auch im Stadtrathskollegium zur Herrschaft gelangen und im Stande sein werde, das dort bisher vorherrschende, oftmals sehr starre Festhalten am Bestehenden (oder mindestens die große Unbehilflichkeit und Schneckenmäßige Langsamkeit des Uebergangs zum Neuen und Besseren) den in vieler Hinsicht unzweckmäßigen, schleppenden und zeitraubenden Geschäftsgang, endlich die unselige Gewöhnung an ein gewisses Vorherumthun gegen Bürgerschaft und Stadtverordnete, an ein gewisses „die gebietenden Herren von Gottes Gnaden Spielen" auszutreiben und frische Luft und helleres Licht in die alten Räume unsers Rathhauses zu bringen, — das muß die Zukunft lehren. Freilich so schnell wie im Kollegium der Stadtverordneten wirds damit dort nicht gehen. Das Gesetz der Trägheit, welches in jeder Körperschaft so leicht sich geltend macht, wurzelt natürlich weit tiefer in einer, deren Mitglieder zum Theil auf lebenszeit, zum Theil wenigstens auf doppelt solange als die Stadtverordneten gewählt sind. Dazu kommt das Uebergewicht des juristischen Elements (alle auf Lebenszeit gewählte Stadträthe sind Juristen), sowie unter den übrigen Mitgliedern des aristokratischen und altbürgerlichen, indem man bisher zu den unbesoldeten Stellen immer nur Solche wählte, welche, wie man sagt, ihr Schäfchen ins Trockne gebracht hatten und daher, ungeniet durch ihre bürgerlichen Verhältnisse, den zeitraubenden Pflichten dieses öffentlichen Ehrenamtes obliegen konnten, also mit einem Worte, Reiche oder doch Wohlhabende. In der That ist es als kein geringes Opfer anzusehen, wenn ein Mann, wie der neugewählte Stadtrath Lippert sen., der, ohne Vermögen, als praktischer Arzt den Unterhalt für eine starke Familie verdienen muß, dennoch die last eines solchen Ehrenamtes übernimmt, umsomehr als derselbe, soweit man aus seiner Wirksamkeit als Stadtverordneter schließen kann, es mit derzleichen öffentlichen Pflichten nicht etwa leicht nimmt, vielmehr mit einem beispiellosen Fleiße sich in Alles, was nur irgend darauf Bezug hat, hineinarbeitet. Sein Austritt aus dem Stadtverordnetenkollegium wird daher hier eine fühlbare Lücke machen, denn er war gewisser Maßen für seine Kollegen das lebendige Archiv und Register bei allen Verhandlungsgegenständen. Um so gewisser ist von seiner Wirksamkeit im Stadtrathe aus eben diesem Grunde Bedeutendes zu erwarten, da bisher gerade darin ein Hauptgrund des geringen Einflusses der unbesoldeten Mitglieder lag, daß Letzterer nicht genug Zeit darauf verwandten, vielleicht auch nicht immer im Stande waren, sich in das Detail sämmtlicher Verwaltungszweige einzuarbeiten und ihren juristischen Kollegen (die durch längere Geschäftsführung freilich im Vortheil sind), wo nöthig, mit Nachdruck und Erfolg die Spitze zu bieten.

* Karlsruhe, 25. Jan. Von der letzten Sitzung der zweiten Kammer haben wir nachzutragen, daß das provisorische Gesetz vom 23. Okt. 1846 über die Aufhebung der Weinaccise, welche die Erben von Weinproducenten, die nicht Wirthe sind, bei Uebernahme von Wein aus der Verlassenschaft zu entrichten hatten, mit allen gegen eine Stimme (Knapp) angenommen wurde. In den Abtheilungen waren Kommissionen ernannt worden: für die Motion des Abg. Bissing auf Errichtung eigener Pfandgerichte in den Gemeinden — Helmburger, Jungkunz, Schmitt, Bleibtreu, Stamm; für die Motion des Abg. Christ auf Preßfreiheit — v. Itzstein, Hecker, Bader, Zittel, Mittermaier; für die Motion des Abg. Stehler auf Einführung der Geschwornengerichte — v. Soiron, Welcker, Jentner, Peter, Setzam; diese Kommission war von der Kammer um zwei Mitglieder — Helbing und Mittermaier — verstärkt worden. Heute wurde angezeigt, daß für die Berathung der Gewerbsteuerordnung ernannt seien: Helbing, Speyerer, Blankenhorn, Siegle und Ulrich; als Verstärkung wurden genählt: Mathy und Bleibtreu. Die Kommission für die Berathung des Entwurfs einer Einkommensteuer besteht aus den Abg. Bassermann, Metz, Schmitt, Knittel, Oster; ihnen wurden durch Wahl der Kammer beigegeben: Mathy und Buhl. Unter den eingekommenen Petitionen am letzten Samstag war eine von den Lehrern des Bezirks Ettenheim für Abänderung einiger Bestimmungen des Volksschulgesetzes; eine andere für Ablösung der Erb- und Schupflehen; die Stadt Mosbach wünscht eine Konzession zur Errichtung einer Buchdruckerei. Heute wurde mit einer Eingabe des Fehrn. v. Reden in Berlin das gedruckte Register über den Inhalt der Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik, Jahrgang 1847, Heft 1 bis 12 übergeben. v. Soiron überreichte eine Vorstellung von 18 Mahlmännern der Stadt Lahr für Unterstützung der drei bedrohten Fabriken; zwei andere Unterzeichner wollen die Staatshilfe auf die Maschinenfabrik von C. Kessler bei Karlsruhe

beschränkt wissen. Eine Petition von Wertheim bittet um Verwendung der Regierung für Aufhebung des Verbots der Getreideausfuhr in Baiern. Die Kommissionsberichte über den Gesetzentwurf wegen fernerer Verjährung der Pfarrkompetenzkapitalien, (von Schmitt) und über die Motion des Abg. v. Seiboth auf Uebertragung der Polizeistrafgewalt an die Gerichte (von Peter) wurden eingebracht und dem Druck übergeben.

Der Abg. Schmitt begründete seine Motion für Vorlage eines Entwurfs eines Polizeistrafgesetzes in Verbindung mit Bestimmungen über das Verfahren in Polizeistrafsachen. Der Redner bezog sich auf seine Aufführung am vorigen Landtage, wo der Antrag fast einstimmig unterstützt worden war, derselbe entspricht dem Grundsatze, daß keine Strafe ohne Gesetz eintreten, sondern dieses an die Stelle des Erwessens oder Willens der Einzelnen treten soll. Die Kammer erklärte sich einstimmig für die Berathung der Motion, sowie sie jene, die unmittelbar darauf der Abg. Zittel für Errichtung einer obersten Schuldbehörde begründete. Sein Vortrag ist von großem Interesse und wir werden morgen auf den Inhengang desselben, sowie auf die Verträge zur Unterstützung zurückkommen.

Heute Abend versammelt sich die Kommission über die Fabrikenangelegenheit, um neue Vorschläge von Seite der Regierung zu vernehmen. Die gestrige Versammlung der Gläubiger des Haber'schen Hauses soll dazu Anlaß gegeben haben, und, wie man vernimmt, bestehen die Vorschläge in einer Bürgsanrate von $3^1/_2\%$ für die Gesammtschuld, wogegen der Ueberschuß des Ertrags zur Bildung eines Reservefonds verwendet und außerdem der Staat durch das vorhandene Betriebskapital gesichert werden soll. Die Schaffung von zweierlei Papieren, garantirten und ungarantirten wird für unannehmbar gehalten.

**Karlsruhe**, 24. Jan. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer begründete Frhr. v. Andlaw seine Motion für die Unterdrückung der Spielbanken, welche der Landtagsbote ausführlich mittheilt. Die Gründe, womit der Redner seinen Antrag motivirte, gingen von der sittlichen Gefahr aus, welche die Duldung dieser Anstalten mit sich bringe, und widerlegten die Einwürfe der Gegner, namentlich den Einwand, das öffentliche Spiel sei gefährlicher als das geheime. Der Antrag des Motionsstellers ging dahin, die Regierung möge sich bei der Bundesversammlung für eine Aufhebung sämmtlicher Spielbanken in Deutschland verwenden; der Redner ging daher auf eine genaue Erörterung der Frage ein, ob der Bund in dieser Sache mit Stimmeneinhelligkeit beschließen müsse oder ob die Mehrheit hinreiche und kam zu dem Ergebniß, daß es sich weder um „organische Bundesein richtungen" noch um jura singularum handle, also die Stimmenmehrheit hinreiche. — Die Motion wird von verschiedenen Seiten unterstützt und eine Kommission zu ihrer Berathung (Geh. Rath Hirscher, Prälat Hüffell und Geh. Rath Vogel) gewählt. Der Regierungskommissär behielt sich seine weitere Erklärung vor, erklärte aber die wiederholte Berathung über einen solchen Gegenstand als nothwendig an, um die öffentliche Meinung darüber immer mehr aufzuklären und zu befestigen, sowie auch um die wenigstens temporären Hindernisse zu beirathen.

* Vom Oberrhein, 19. Januar. Wie sonderbar, ich möchte sagen lächerlich, ist das Erwachen nach dem fast unerklärlichen Rausche, zu welchemdie Rede Montal embert's die Pairskammer begeistert hat! Er, der Zögling des ehmaligen München, unter der Leitung der jetzt gefallenen Ultramontanen gebildet, der seine leitenden Ideen in Brüssel bei dem Schwiegervater schöpft, hat die Kammer in einen Zuge fortgerissen, der unbegreiflich scheint bei Leuten, welche sonst seine Deklamationen zu beherrschen pflegen. War es der Theil seiner Rede, welcher die kirchlichen Verhältnisse behandelte? Wohl schwerlich, denn an solche Vorträge ist man gewöhnt, auch hielt es sich dabei nicht auf. War es der Antheil an dem Sonderbund, seine Ausfälle auf die Banditen, welche Dufour zum Siege geführt hat? Wohl auch nicht, denn die Kammer ist gewöhnlich zu besonnen, um solchem Unsinn ihren Beifall zu schenken. So bleibt wohl keine weitere Vermuthung als die, den Beifall den harten Reden über England zuzuschreiben, mit welchen sich die Nationaleitelkeit Luft machte, Jene ruhige Ueberlegenheit des englischen Staatsmannes, der wieder einmal über den französischen Ungestüm einen schweren Sieg erfechten, fordert eine glänzende Genugthuung, und darum haben die Pairs mit dem Munde, mit den Händen und Füßen ihren Beifall kundgegeben. Sogar St. Priest hatte sich hinreißen lassen, und nur die Besonnenheit Cousin's rettete den Frieden, vielleicht den Frieden Europa's, und verhinderte den Druck der Rede, durch welchen die Kammer mitverantwortlich für die Beleidigung gegen England geworden wäre. In der folgenden Sitzung, nachdem der Rausch verschlafen, mußte man sich glücklich preisen, einem so unhöflichen Vorschlag keine Folge gegeben zu haben. Und nun kamen auch noch die übrigen Berichtigungen, welche das Ministerium in Beelegenheit brachten, nachdem es sich vielleicht schon durch diese Bewegung gerettet geglaubt. Hr. v. Pontois war seiner Ehre schuldig, zu bemerken, daß er als Gesandter der Schweiz (bis 1848) dem Ministerium klaren Wein eingeschenkt und über die Verhältnisse wahr und treu berichtet habe. Dann folgte die Erörterung über die Bundesakte, aus welcher hervorging, daß eine gedrohte Intervention in der Schweiz ohne Rechtsgrund gewesen wäre. Was das Herbe an der Sache vermehrte, war, daß diese Erklärungen von Freunden der Regierung gegeben wurden. Monalembert wünschte die Regierung in einen Weg zu drängen, der sie von England entfernen muß. Wenn anders es berechnet, so steht der Sturm unter seinen Faktoren, wir bei den politischen Kalkulen, und er erwartet einen leichten Sieg von der isolirten Stellung Frankreichs. Englands vorsichtige Politik gibt Anstoß. Zwar verhehnten ministerielle Organe die Bewaffnung der Küsten Großbritanniens und freuen sich über das Defizit, welches dadurch ins Budget Lord John Russels eingeschwärzt werden muß; aber unter diesem Allem liegt doch etwas Tieferes. Man rechne noch die mysteriöse Sendung Lord Minto's nach Rom hinzu, die vielfachen Anstrengungen, sich der römischen Kurie zu nähern, so wird man vielleicht es auffallend finden, daß gerade jetzt England solche bedeutende Schritte macht. Soll vielleicht der heil. Vater von Frankreich abgezogen werden? Wer gab ihm den Gedanken, in Konstantinopel einen Legaten (Terrieß) aufzustellen, der den Schutz Frankreichs für die Katholiken in der Levante überflüssig macht? Man vergesse nicht, was Alles diese Macht schon in den überseeischen Ländern als erster katholischer Staat gewonnen hat, unter dessen Flagge, nicht selten auch mit dessen Soldaten und Kanonen, katholische Missionäre in den Inseln der Südsee bis nach Corea eingeführt werden.

**Kurhessen.** △ Kassel, 17. Jan. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Organe der deutschen Presse sich nicht damit begnügten, dem Lande Kurhessen nur dann eine größere Aufmerksamkeit zu schenken, wann so ganz außergewöhnliche Ereignisse die Spannung des Gesammtvaterlandes erregen, wie dieses in der neuesten Zeit der Fall war, als sich an den Regierungswechsel auch ein Verfassungswechsel zu knüpfen schien. „Die ruhige Gewohnheit des Daseins und Wirkens" in Kurhessen verdient ganz gewiß mindestens in ebenso hohem Grade die aufmerksame Betrachtung des ganzen konstitutionellen Deutschlands. So charakteristisch wie in Kurhessen treten ganz gewiß nirgends die Wirkungen gewisser Bestrebungen hervor, wie sie schwerlich in einem andern Lande so unverkümmert zu Tage brechen, so sorglos aller Verhüllung entkleidet werden. Freilich wer mag bitter mit den Organen der Presse rechten, daß sie diesem Lande durchschnittlich sowenig Aufmerksamkeit schenken, wenn man bedenkt, was sie für sich selbst dabei zu riskiren haben. Frage man nur die Redaktionen der Blätter, welche mit einem Verbote bedroht wurden, ob sie sich einer nur entfernt ungefragerschlichen Freimüthigkeit in der Besprechung kurhessischer Angelegenheiten bewußt sind — und doch traf sie das Verbot, vielleicht gar für eine Notiz, die total unverfänglich und unschuldig erschien. Der Selbsterhaltungstrieb, der im einzelnen Menschen schon der stärkste ist, wenn auch nicht sein soll, ist aber in den Organen der Presse Kurhessen gegenüber weniger zu tadeln, weil es doch gewiß ihnen auch als ihre Aufgabe erscheint, in dem Lande selbst ein etwas helleres Licht und größere Thatkräftigkeit hervorzurufen, welche bei der so großen, wahrhaft erstaunenswerthen Energie der Regierung nirgends mehr vermißt wird als bei uns. Man hat es im Lande auswärtigen Blättern und Männern wohl vorgeworfen, wenn sie auf dem Grundsatze in den Inländern und in der Entwickelung Kurhessens auf die mangelnde Theilnahme des Volkes an dem politischen Leben hinwiesen, man findet wohl diesen und jenen Artikel in Zeitungsblättern „ganz naht, aber doch etwas zu stark", und als die „Deutsche Zeitung" einen längeren Artikel über die bekannten Ergebenheitsadressen in der Grafschaft Schaumburg im vorigen Jahre mittheilte, trat ein freilich durchaus ehrenwerther Gegner in dieser Zeitung selbst auf, welcher die Sache in angenehmeren Farben für das Volk darstellte. Aber so leid es und thut, wir müssen doch auf eine neue Thatsache aufmerksam machen, die freilich ihre Analogien auch an andern Orten findet. Es muß als eine ganz gewisse und sichere Wahrheit angenommen werden, daß das ganze kurhessische Volk die Aufrechthaltung der Konstitution wünscht, die Nachricht, daß man eine Aufhebung derselben beabsichtige, war von auswärts überallhin im Lande gedrungen, und wenigstens in den Städten bildeten diese Gerüchte das Tagesgespräch. Unmittelbar in diese Zeit fiel das Jahresfest der Konstitution — der 5. Januar. Wenn man

Digitized by Google

in irgendeiner Zeit zu der Erwartung berechtigt war, das ganze Volk werde durch Demonstrationen seine Sympathie für die Erhaltung der Verfassung an den Tag legen, so war man es an diesem Tage. Und was erfolgte? Wenn man etwa Hanau und einige kleinere Kreise in Kassel ausnimmt, so gut wie gar Nichts! Wie würden sich an einem solchen Tage unter ähnlichen Konjunkturen die Bewohner der südteutschen Staaten, alle preußischen Provinzen in ganz anderem Lichte gezeigt haben! Wie gern übersehen bei solchen Veranlassungen die betreffenden Leute in Kurhessen, daß sie durch ihre Stellung dazu berufen sind, den ersten Schritt zu thun, den Anstoß zu geben. Es wird gewiß kein voreiliger, mit ruhigem Thun entschlossen wirkender politischer Charakter großen Gewicht legen auf Festreden und Festreisen und so manchen Demonstrationsspunder, bei dem Nichts herauskommt, aber es handelt sich hier um einen Vergleich, wenn man will, zwischen der regierend sich einstellenden massenhaften Theilnahme an genehmen Festen und — einem Konstitutionsfeste, zumal „in solchen Zeitläuften"! Ist meine Seele, klingt meine Seele, sprechen sie mit dem Propheten, aber: mache einen Unterschied zwischen den guten und diesen Tagen, sehen sie allein hinzu. Wahrhaftig, wäre es nicht ein vergeblicher Wunsch, man möchte herzlich wünschen, daß alle deutschen Fürsten — nicht alle Regierungen — so recht genau die Motive kennen lernen möchten, welche an den genehmen Tagen die Theilnahme, zumal des Beamtenstandes, zu Wege bringen. — Vor einigen Tagen brachte ein Artikel der „Augsb. Allg. Zeitung", datirt " aus Kassel, in recht beherzigenswerther Weise fromme Wünsche für das Jahr 1848; vor Allem ward den Leitern der Gerechtigkeitspflege in Kurhessen an das Herz gelegt, daß es der bedauerlichen Zustand sei, wenn in einem Staate das Vertrauen auf eine ganz freie Rechtspflege erschüttert sei, unter Hinweis auf kurhessische Vorgänge des vorigen Jahres, die wenigstens möglicher Weise dieses Vertrauen in dem kurhessischen Volke wankend zu machen geeignet erschienen. Am Ende dieser Korrespondenz wird darauf aufmerksam gemacht, daß trotz der vielen aufgehäuften Arbeitsrückstände noch immer die erledigten Stellen in dem obersten Gerichtshofe des Landes, in dem Oberappellationsgerichtshofe zu Kassel, unbesetzt seien. Dem Uebelstande ist seitdem durch die Ernennung dreier neuen Oberappellationsräthe abgeholfen worden. Kurhessen steht früher ein in ganz Deutschland berühmtes Oberappellationsgericht, dessen durchaus unabhängige Haltung den Vertrauen des Volkes auf eine schleunige Rechtspflege sicherte; erhielt, ein Vertrauen, das noch vor nicht langer Zeit durch die Endentscheidung des Jordan'schen Prozesses fest gefestigt ward; dieses Oberappellationsgericht besteht nicht mehr; Tod und Versetzungen haben die Mitglieder desselben verändert. Wir erinnern nur an Günsle, den Referenten in der Jordan'schen Sache, der erst unter die Eisenbahndirektion, dann an den höchsten Gerichtshof zu Fulda kam, wo er aufs Neue bekannt ward durch die rasche Entscheidung der Anklage gegen Sunkel, den Abgeordneten der Stadt Hersfeld. Neuerdings ist der allgemein geachtete Oberappellationsrath Endemann aus dem Oberappellationsgericht geschieden durch Versetzung als Direktor eines Gerichtshofs in einer Provinzialhauptstadt. Doch sind vor Kurzem drei neue Oberappellationsgerichtsräthe ernannt: Hr. Wagner, weiter Hr. Kaup, ein Schwager des jetzigen Vorstandes des Justizministeriums Bickell, und der durch seine entschiedene Ueberzeugstimmung mit den Wünschen der Regierung auf dem Landtage längst allgemein bekannt gewordene Hr. v. Dehn-Rothfelser, der nicht bloß Jurist, sondern auch ein guter Christ ist und seine warme Theilnahme bei der Vertretung des Christenthums in China von Kassel aus bethätigt.

## Schweiz.

⁂ Bern, 22. Jan. Heute ist die Tagsatzung eine identische Note der 3. Mächte Oesterreichs, Frankreich und Preußen vorgelegt worden, die an die Neuernkommission gewiesen wurde und ohne Zweifel eine die völkerrechtliche Stellung der Schweiz gebührig wahrende Antwort erhalten wird. Ich lege die Note diesen Zeilen bei (siehe unten). Sowohl diese Note als die Verhandlungen in der französischen Palestammer liefern einen neuen Beweis dafür, wie sehr man einzelne Greesse, welche aber in einem Bürgerkrieg unvermeidlich sind und die im letzten Krieg verhältnißmäßig gegenüber der Mäßigung und Humanität, welche die siegende Armee im Allgemeinen an den Tag gelegt hat, geringfügig erscheinen, ausbeutet um die neuesten Vorgänge vor der öffentlichen Meinung zu brandmarken. Wozu sollen diese neuen diplomatischen Peratiouen führen? Ein konservatives Blatt, das sonst der Majorität der Tagsatzung nicht sehr hold ist — die Basler Zeitung — hat vollkommen Recht, wenn es erklärt, sie könnten leicht das Gegentheil von demjenigen zur Folge haben, was man beabsichtigt. Die Schweiz hat soviel gesunde Lebenskraft in sich, daß sie aus dieser Krisis auf eine Art und Weise hervorgehen wird, die dem Auslande keinen Grund zu treuen Besorgnissen geben kann. Es ist unbegreiflich, wie sehr man die Zustände der Schweiz im Auslande noch so oft mißkennt und eben so oft abschätzig entstellt und verleumdet. Frankreich hat am allerwenigsten Grund von der Schweiz aus Verbreitung von Kommunismus zu fürchten. Die Elemente desselben sind eher in Frankreich zu suchen als in der Schweiz, wo ein solider Mittelstand und rechtlicher Sinn alle Versuche, kommunistischen Grundsätzen Eingang zu verschaffen, zum Voraus vereitelt. Was aber die völkerrechtlichen Beziehungen der Schweiz zu den Nachbarstaaten betrifft, so möchten wir fragen, worin denn die Schweiz dieselben verletzt oder auch nur gefährdet habe? Nie hatten Flüchtlinge weniger Einfluß auf Volk und Behörden geübt als gerade in der neuesten Zeit. Man wird doch nicht Aeußerungen Einzelner, die, wie wir vernehmen, überdieß theilt unwahr theils völlig entstellt sein sollen, ein Gewicht beilegen, das dieselben nie haben können. Die große weit überwiegende Mehrheit von Volk und Behörden will von propagandistischem Treiben Nichts wissen. Die Schweizer sind eifersüchtig gegen jede Einmischung in ihre innern Angelegenheiten, aber sie sind weit davon entfernt, ihre republikanischen Einrichtungen und Grundsätze, unter denen sie sich glücklich fühlen, Andern aufdringen zu wollen. Wenn in neuester Zeit die völkerrechtlichen Beziehungen verletzt worden sind, so ist es gerade von derjenigen Seite geschehen, die durch leidenschaftliche Berichterstattung zu solchen Noten den Stoff liefert. Wer daran noch zweifelt, der lese den Bericht der eidgenössischen Repräsentanten im Kanton Wallis vom 12. Januar, der interessante Mittheilungen darüber enthält, wie Agenten der französischen Gesandtschaft selbst noch der Einnahme von Luzern auf Verlängerung des Bürgerkriegs hingearbeitet haben, damit ja die Intervention, die man zu Gunsten der Rebellion zugesichert, und womit man die letztere selbst hervorgerufen und bestärkt hat, doch noch eintreten könne. Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, soll man sich von gewisser Seite her alle Mühe geben, auch bei den deutschen Bundesstaaten eine Note gegen die Schweiz zu provoziren. Od es gelingt und ob sich die deutschen Bundesstaaten wirklich verleiten lassen, zu den diplomatischen Demonstrationen zu Gunsten des unsittlichen, nun aber glücklicher Weise zu Grabe getragenen Sonderbundes, wobei sich gewisse Diplomaten besonders unrühmliche Weise kompromittirt haben, ihren Nachtrag zu liefern, wird die Zukunft lehren. Möchte man doch endlich einsehen, daß das beste Mittel, für Ruhe und Frieden in der Schweiz zu wirken, gerade darin liegt, daß man vom Auslande her der Schweiz selbst zuerst Ruhe läßt.

⁂ Note, wie sie gleichlautend von den Gesandten von Frankreich, Oesterreich und Preußen an die Tagsatzung eingegeben worden ist.

Die unterzeichnete außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Sr. Majestät des königlich Preußischen und Sr. Majestät des Kaiserlich Oesterreichischen Eidgenossenschaft ist von seinem Allerhöchsten Hofe beauftragt, dem Hrn. Präsidenten der schweizerischen Tagsatzung die nachstehende Erklärung zuzustellen. Als die kaiserlich österreichische Regierung sich mit den Regierungen von Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland dahin einverstand, daß sie gemeinschaftlich der Schweiz ihre freundschaftliche Vermittlung anbieten würden, that sie dieses, nicht in der Absicht allein, dem in jenem Lande ausgebrochenen Bürgerkriege ein Ziel zu setzen, sondern sie hatte dabei auch den Zweck im Auge, den obwaltenden Streitigkeiten eine Gestaltung geben zu können, die geeignet wäre, das Gebäude der Eidgenossenschaft selbst nach den bestehenden Bundesverträgen, zu wahren und zu sichern, den Grundsatz nämlich der Souveränetät der 22 Kantone, welche unter sich, als souveräne Staaten, den unter dem Namen des sogenannten Sonderbundes bestandenen Allianzvertrag, in welchem obige Beziehungen ausdrücklich gebraucht sind, abgeschlossen haben. Deutlich haben die Mächte ihre diesfällige Meinung zu erkennen gegeben, als sie das Begehren stellten, daß von Seite der Tagsatzung sicherlich anerkannt und erklärt werden müsse, daß dieselbe nicht befugt sei, die Auflösung des Sonderbundes, als unter Zustimmung eines jeden der souveränen 22 Kantone. Indem sonach die Mächte, im eigenen Interessen der Eidgenossenschaft und überdieß durch die Gefühle treuer Freundschaft bewogen, sie hierüber, für die weitern Verhandlungen der Tagsatzung vollovenirsicht Sorge trugen, üßren sie ein ihnen auferdenes, aus den Verträgen, welche die Stellung der Schweiz in Europa geregelt haben, hervorgehendes Recht aus. Unsere Mitwirkung der Mächte 1815 bei Gewährleistung der Bünde in den Jahren 1814 und 1815, sie sich wieder konstituiret. Diese Mitwirkung allein war es, durch welche damals mehrere Kantone, namentlich Schwyz, Appenzell Innerrhoden und Unterwalden ob dem Kalb sich bestimmen ließen, wieder in den Bund der Schweizer einzutreten, in welchen sie bereits seit, nachdem sie von der Tagsatzung, wie von den Mächten selbst, die Versicherung erhalten hatten, daß ihre Souveränetät und ihre Religion durch ihren Anschluß an den Bund niemals irgend einen Abbruch zu erleiden haben würden. Und als später diese selben Mächte, in der Absicht, die Interessen der Schweiz mit den allgemeinen Interessen Europas eng zu verknüpfen, dem neu geregelten Bunde bedeutende Gebietsvermehrungen, und die dadurch Neutralität seines Bodens gewährten, spaten sie es mit Einem auf die wesentlichen Grundlagen des den geschlossenen Bundes, und in dem Vertrauen, daß diese Grundlagen unverbrüchlich würden heilig erhalten werden. Auf das Förmlichste sprechen sich hierüber die in jener Epoche ausgewechselten diplomatischen Aktenstücke aus. Eine Wegbestehlgung hätte sonach unbestreitig

Digitized by Google

bald zwischen den der Schweiz gewährten Vorzügen und den dieserhalb von den Mächten eingegangenen Verbindlichkeiten und zwischen der Aufrechthaltung der verfassungsmäßigen Grundlagen der schweizerischen Bundesorganisation. Und wenn mithin die Mächte, welche ihren Verpflichtungen gegen die Schweiz getreulich nachkommen, hinwiederum von ihr verlangen, daß sie die Grundlagen, auf die jene Verpflichtungen sich gründen, heilig halte, so üben sie lediglich ein nicht zu bestreitendes Recht aus, ein Recht, welches sie denselben Verträgen entnehmen, auf welche sich die eigenen Rechte des Schweizerbundes gründen. Im Angesichte der Ereignisse, welche sich in der Schweiz zugetragen haben, haben dieselben, das in diesem Lande vorgehen, fühlen sich die Mächte gedrungen, von obigem Rechte Gebrauch zu machen; denn sie sehen, und können in jenen Begebenheiten nichts Anderes sehen, als einen beklagenswerthen Bürgerkrieg, welcher limitirten des Bundes, zwischen zwölf und zwanzig souveränen Kantonen einerseits, zum Anbruch gekommen, und unverkennbar gegen die Kantonalsouveränetät, d. h. gegen den Grundsatz des Schweizerbundes und seiner Stellung in Europa gerichtet gewesen ist.

Bewegen durch diese Betrachtungen, hat sich der kaiserliche Hof mit den Höfen von Berlin, Paris und St. Petersburg, welche gleich ihm die wechselseitig zwischen der Schweiz und den Mächten eingegangenen Verpflichtungen achten und geachtet sehen wollen, einverstanden und im Einklang mit ihnen erklären zu lassen beschlossen: 1) Daß die Kantonalsouveränetät nicht als bestehend anerkannt werden kann in jenen Kantonen, welche durch die Truppen anderer Kantone militärisch besetzt sind, und unter dem Drucke der Maßregeln stehen, von denen eine Besetzung begleitet ist; 2) daß der Schweizerbund, als in regelmäßiger und kraftangemessener Lage sich befindend, nicht eher wird angesehen werden können, als bis die erwähnten Kantone, ihrer völligen Unabhängigkeit wiedergegeben, ihre Regierungsbehörden wollkommen frei werden haben bestellen können; 3) daß die Rückkehr auf den militärischen Friedensfuß in allen Kantonen die nothwendige Bürgschaft ihrer wechselseitigen und allgemeinen Freiheit ist; daß keine Veränderung in der Bundesakte giltig gemacht werden kann, es sei denn unter einstimmiger Genehmigung aller Staaten, welche den Bund bilden.

Indem der k. k. Hof diese Erklärung zu Tag fördert, hat er das Bewußtsein, die heiligen Gesetze der Gerechtigkeit nicht minder als die wesentlichen Grundlagen des schweizerischen Bundes unter seinen Schutz zu nehmen. Er wünscht in der Schweiz nichts Anderes, als den innern Frieden des Landes, und die Erhaltung des Verhältnisses, welches zwischen den Kantonen, kraft der Bund besteht. Er legt die tiefste Achtung für die Würde wie für die Unabhängigkeit der Schweiz. Nie hat er der regelmäßigsten und verfassungsgemäßen Vervollkommnung der Institutionen des Bundes ein Hinderniß in den Weg gelegt. Zugleich hat er seinen Gesandten, daß sie Sr. Majestät dem Könige die Unabhängigkeit der einzelnen Kantone im Innern der Schweiz, nach den Bestimmungen der Bundesakte, ebenso aufrichtig und treu heilig gehalten werden müssen, als es die Souveränetät und die Unabhängigkeit der Schweiz selbst, inmitten von Europa, sind. Die Privatsicherheiten der Mächte gegen die schweizerische Eidgenossenschaft und jene der Eidgenossenschaft gegen die Mächte sind wechselseitig und auf dieselben Traktate gegründet. Wurden die einen nicht treulich beobachtet, so würden unvermeidlich die anderen gefährdet und schwankend, und die Mächte, welche der Schweiz die ihr gewährten Vorzüge verdankt haben, besäßen das unstreitige Recht, nur mehr die Pflichten, welche ihnen als Glieder des großen europäischen Staatenverbandes obliegen, und das Wohl ihrer eigenen Länder zu achten zu suchen. Der Unterzeichnete ergreift diesen Anlaß, Seiner Excellenz dem Herrn Präsidenten der Tagsatzung den Ausdruck seiner vollkommensten Hochachtung zu erneuern.

Bern, 23. Jan. In der Umfrage über die Note wird von Thurgau die Unwahrheit gerügt, welche sogar ein französischer Minister in der Kammer letzthin ausgesprochen habe, als ob nämlich in den aktivirten Kantonen die Wahlfreiheit beeinträchtigt worden sei. Der Gesandte, Hr. Kern, führt an, daß in Luzern, wo er eidg. Repräsentant gewesen, bei den Wahlen jede Einmischung vermieden und verhindert worden sei. Bern heißt, daß in einer angemessenen Antwort die Injurien und Verdächtigungen gegen die Schweiz, welche sogar in der franz. Kammer auf eine wahrhaft empörende Weise laut geworden seien, auf das zurückgeführt würden, was sie seien, nämlich: Unwahrheiten und Entstellungen. — Die Noten werden ohne Abstimmung an die Neunerkommission gewiesen und sitzungsrapport den Gesandten auszutheilen beschlossen. — Da Schwyz sich für die Bundesrevision erklärt, so wird für dieselbe ein Mitglied in die Bundesrevisionskommission gewählt. Die Wahl fällt auf den ersten Gesandten von Schwyz, Dr. Dietheim. — Auf Antrag der Neunerkommission beschließt die Versammlung: daß von dem Augenblick, wo einer der okkupirten Kantone seinen Antheil an der Kostensumme bezahlt hat, derselbe zu den weiter noch erwachsenden Okkupationskosten Nichts mehr beizutragen habe.

* Außer der vorstehenden Note erhalten wir noch zwei Aktenstücke von Interesse; das eine ist eine Proklamation der Tagsatzung an die eidg. Armee, das andere ein Bericht der eidg. Repräsentanten in Wallis. Wir werden darauf zurückkommen; das letztgenannte Dokument vervollständigt zum Theil die von Guizot vorgelegten Aktenstücke in einer die französische Politik ungemein kennzeichnenden Weise.

Wallis, 19. Jan. Der seit dem 14. d. vertagt gewesene Gr. Rath ist heute wiederum zusammengetreten und zwar, wie gewöhnlich, beinahe vollzählig. Hauptverhandlungsgegenstand: Prüfung der Protokolle der Bürgerabstimmung über das neue Staatsgrundgesetz und über das weitlich erschöpfte Taktalersteinbruchrecht. Für ersteres haben 7910, dagegen 664, für letzteres 6522, dawider 1356 Abstimmende votirt. Beide wurden sodann vom Gr. Rathe feierlich als angenommen erklärt. (N. Z. Z.)

## Großbritannien.

London, 22. Jan. Der großen Bewegung in der Masse des irischen Volks ein journalistischen Organ zu verschaffen, haben zwei Herren, Namens Mitchell und Devin Reilly, unternommen, und zwar in einer Wochenschrift, welche den Titel „The united Irishman" an ihrer Stien tragen soll. In dem ausgegebenen Prospektus heißt es unter Anderem: daß nicht bloß das O'Connell'sche All-Irland, sondern bereits auch das O'Brien'sche Jung-Irland veraltete und abgethane Dinge seien, Irland sei begierig, eine führere, einsichtigere und vom Klikn- und Parteiwesen unabhängigere Stimme zu hören, als es seit Langem gehört habe u. s. w. Von der Sprache, welche die Herausgeber führen, kann man sich aus folgenden Stellen des Programms einen Begriff machen: Das irische Volk hat ein unbestreitbares und unveräußerliches Recht an dieser Insel, ein Recht, sich selbst als ein souveränes Volk zu regieren, und zugleich die Pflicht und die Macht, dieses Recht auszuüben; gegenwärtig hat aber kein irischer Mann (worunter der Proletarier und Landmann verstanden wird) irgend ein gesetzliches Recht oder den Schutz des Gesetzes in Anspruch zu nehmen, mithin ist jede sogenannte und verfassungsmäßige Agitation eine Täuschung, daher soll jeder freie Mann und Jeder, der frei zu werden wünscht, Waffen tragen und von ihnen Gebrauch machen dürfen; vom englischen Parlament und von der englischen Regierung kann nie und nimmer dem irischen Volk etwas Gutes kommen. Hiermit schließt das Programm, das durch folgendes Motto eines irischen Parmphletisten eingeleitet wird: „Unsere Unabhängigkeit müssen wir unter allen Umständen erlangen; wenn die, welche Eigentum besitzen, uns nicht beistehen wollen, so müssen sie sollen, wir können uns selbst dessen durch Beihilfe jener zahlreichen und ehrenwerthen Klasse aller Nichteigenthümer". — Das im Vertrauen der Regierung stehende M. Chron. druckt dieses Programm einfach ab, ohne irgend eine Bemerkung hinzuzufügen, welche Aerger oder gar Furcht verrathen könnte.

Der gegen die herrschende Kirche gerichtete Verein, die sogenannte Anti-state-church-Association beginnt ihr Werk wieder eifrig zu treiben, in allen Theilen des Landes öffentliche Vorlesungen zu veranstalten und darin dem Volke die Nachtheile auseinanderzusetzen, womit das Vorhandensein einer herrschenden Kirche die geistigen und materiellen Interessen des Volkes bedrohe. So gering diese Bewegung jetzt auch scheint, so bedeutungsvoll ist sie als ein Symptom einer auch in England vorhandenen Geistesströchung, die sich in den engen Fesseln einer privilegirten Staatskirchlichkeit nicht mehr behaglich fühlt und auf der andern Seite nicht gesonnen ist, durch äußeren Schneidenzwang sich mit der Kirche abzufinden. Hierzu kommt in England namentlich noch der Geldpunkt. Es ist bei verschiedenen Gelegenheiten im Parlament so häufig auf die Kosten, welche die Einrichtungen der Staatskirche dem Volke verursachen, besonders aber auf die allen billige Maß übersteigenden Einkünfte der hohen anglikanischen Hierarchie die Sprache gebracht worden, daß es sehr erklärlich scheint, wenn in dem sparsamen, praktischen England sich allmählich eine Partei gegen eine Kirche bildet, welche so viele anderwärts mit mehr Ruhen anzulegende Kapitalien verschlingt und dem allgemeinen Verkehr und Betriebe entzieht. Mit jedem reich dotirten Bischof, den die Regierung neu kreirt, werden dieser antikirchlichen Bewegung auch neue Kräfte und Anhänger zugewachsen.

Wie eine italienische Korrespondenz der Allg. Z. meldet, ist der Beschluß der neapolitanischen Sanitätsoberbehörde, alle Schiffe des vereinigten Königreichs der Quarantäne zu unterwerfen, nicht zur Ausführung gekommen, sondern auf den ernstlichen Protest und das gemessene Verlangen des englischen Admirals, Napier, zurückgenommen worden. Von England, das wohl am wenigsten geneigt ist, sich solche Ungehörlichkeiten gefallen zu lassen, konnte Neapel dies erwarten. Man hat England, das man gerade unter den jetzigen Umständen zu schonen Ursache hatte, ohne Nutzen gereizt und wird die Folgen davon spüren, oder spürt sie vielleicht jetzt schon, wo Sicilien in Flammen steht.

Digitized by Google

## Frankreich.

**Paris**, 23. Jan. Das ortspäteste Eintreffen der Post erlaubt uns nicht, ausführlicher auf die Kammersitzung vom 22. Jan. zurückzukommen. Sie wurde faß ganz durch Redner der Opposition ausgefüllt, welche zum Theil noch gestern zu den Konservativen zählten, und die es heute an heftigen Ausfällen auf das Ministerium und die ministerielle Politik nicht fehlen ließen. Besonders die Polemik des Hrn. Ducos, der zuletzt das Wort nahm, fand vielen Beifall in der Kammer, da sie vorzugsweise in pikanten Persönlichkeiten und in gestreichen Wendungen sich bewegte. Hr. Ducos wußte namentlich die Herren Guizot und Duchatel in einer Weise zu portraitiren, die im höchsten Grade beleidigend war, ohne daß man sie unparlamentarisch nennen konnte, so daß es an jedem Vorwande fehlte, seiner boshaften Schilderung Einhalt zu thun, die man übrigens auch auf den ministeriellen Bänken mit dem Behagen zu hören schien, welches ein witziger Skandal gewöhnlich zu erregen pflegt, auch bei den Freunden derjenigen, auf deren Kosten er Statt findet.

Fünfundzwanzig Konservative, welche sich selbst die „Unabhängigen" nennen, erklären im Commerce, daß sie an der Abstimmung über den Petit'schen Handel nicht Theil genommen haben, weil sie weder das Verfahren des Hrn. Guizot in dieser Sache billigen, noch sich entschließen können, den Sturz des Ministeriums beizutragen. Diese Erklärung muß für einen halben Abfall gelten, und sie würde bedenklich für das Ministerium sein, wenn seine Majorität von 25 Stimmen abhinge.

Wie wir vorausgesehen, ist der Ehrenhandel zwischen den Herren Richond und Garnier Pagès durch gegenseitige Erklärungen friedlich geschlichtet.

## Italien.

Die Aufstände in Sicilien dehnen sich von allen Seiten. Nicht nur Briefe aus Neapel, sondern auch die Zeitungen aus Genua und Livorno, sowie die Mailänder Blätter bringen mehr oder minder umständliche Berichte. Die Ruhestörungen in Messina am 7. und 8. scheinen nur das Vorspiel gebildet zu haben. Voraus bestimmt und in gedruckten Anschlägen — einer sogenannten Proclama dei Palermitani — förmlich angekündigt war die Revolution auf den 12. Jan., den Geburtstag des Königs! (A. J.)

Ferner schreibt man der „Allg. Z." aus Genua unterm 19. Januar: Mit dem Dampfboot „Vesuvio" sind uns direkte Nachrichten aus Palermo zugekommen, welche die dortigen Ereignisse als höchst bedenklich schildern. Das Volk war bis zum 12. ruhig geblieben, in der Hoffnung, daß die so sehr gewünschten Reformen endlich zugestanden würden. Die Zeit verging, und statt Konzessionen zu gewähren, fuhr die Regierung in ihren Maßregeln der Strenge fort. Der Gouverneur zeigte ein so unaufhaltendes Vertrauen auf Erhaltung der Ruhe, daß er am 12. ein Gastmahl zu Ehren des königlichen Geburtstages veranstalten ließ. Keiner der Geladenen erschien, aber ein Volksauflauf fand vor dem Hause Statt, der durch Waffengewalt auseinandergesprengt wurde. Gegen 3 Uhr Nachmittags erreichte die Aufregung den höchsten Grad. Das Gerücht durchlief die Stadt, der römische Hof habe Oesterreich den Durchmarsch von 30,000 M. gegen Neapel gestattet. Bewaffnete Reiter jagten durch die Stadt und Landschaft und riefen das Volk laut zu den Waffen. Außer der Bevölkerung von Palermo, die in Masse zu den Waffen griff, soll auch eine große Zahl aufrührerischer Landleute aus der Umgegend (man sprach mit offenbarer Uebertreibung von 40,000 Menschen) in die Stadt geführt sein. An vier Punkten brach der Aufstand zu gleicher Zeit los. Die Truppen gaben Feuer, und mehr als 50 Aufständische sollen auf dem Platz geblieben sein. Am Ende mußten die Truppen der Uebermacht weichen, sogar von den Fenstern der Häuser wurden kochendes Wasser und Wurfgeschosse aller Art auf die Köpfe der Soldaten geschleudert. Die Besatzung räumte Palermo und kampirte außerhalb unter freiem Himmel! Die Gefangenen sollen befreit, Forts und Artillerie in die Hände der Insurgenten gefallen sein. So lauten die Berichte der hiesigen Blätter. Der Vesuvio konnte seine Fracht in Palermo nicht ausschiffen und mußte unverrichteter Sache nach Neapel zurückkehren, wo auch der Gouverneur von Palermo angekommen ist. Aehnliche Scenen ereigneten sich auch in Reggio, Bari und Montelcone.

* Genua, 18. Jan. Ich kehre mit Wehmuth aus Mailand zurück. Sie wissen, welche verwandtschaftliche Beziehungen zu den ersten Familien der Lombardei mich in den Stand setzen, die Verhältnisse jenes Landes und die Stimmung der Einwohner kennen zu lernen. Sie wissen auch, wie widerlich mir das Treiben vieler unserer Raditalen ist, die unverständig das Volk aufstacheln und zu Schritten verleiten, welche die Gegner der Freiheit reizen und ihnen als Vorwand für ihre Gewaltthaten dienen; Ihnen ist aber auch meine Liebe zu meinem Vaterlande und der Wunsch bekannt, daß er hinter den übrigen Völkern Europa's nicht zurückbleibe, und dem Fortschritte der Freiheit wirklich geachtet werde. Nach sorgfältiger Prüfung erkläre ich Ihnen nun, daß unsere Zustände höchst beklagenswerth sind. Unbegreiflich ist die Verblendung der Regierung, welche, wenn sie auch für die materiellen Verhältnisse und selbst für Schulen in dem lombardisch-venetianischen Königreiche Vieles gethan, alle wohlgesinnten Bürger durch den schweren militärischen Druck, durch eine beispiellose Strenge und Quälerei von Seite der Polizei, durch die Willkür der Genier, durch Verfolgung aller Freisinnigen, wenn sie auch noch so tadellos sind, und durch die Ernennung von Beamteten erbittert, welche das Volk verachten, der Regierung vorspiegeln, daß die Freiheitsbestrebungen der Lombarden nur Strohfeuer seien, und daß man durch Strenge und Schrecken leicht jeden Versuch einer Volksbewegung niederdrücken könne. Der Vicekönig ist gut und erkennt selbst, daß Mißgriffe von Seite der Regierung gemacht werden, aber in Wien glaubt man den Berichten des furchtbaren Generals Radetzky und des Polizeidirektors mehr als den Vorstellungen volksfreundlicher Männer, die der Regierung treu ergeben sind, aber mit Betrübniß voraussehen, daß eine Katastrophe sich vorbereitet, die für keinen Theil glücklich endigen wird. Durch auf gesetzlichem Wege gemachten Vorstellungen und Anträge Nazzaris bei der oongregazione centrale wurden die bei den Provinzialkongregationen wiederholt. Die öffentliche Stimme macht sich nun auf verschiedene Weise Luft: Die Damen besuchten nicht mehr die Gesellschaften am Hofe und bei dem Gouvernenr; die Besuche des Theaters wurden seltener; man wollte keine Cigarren mehr rauchen, nicht am Lotto Theil nehmen, keines Stempels sich bedienen und vereinigte sich, durch Schiedsrichter Prozesse entscheiden zu lassen. Diese Demonstrationen reizten wieder die Polizei, und im Einverständniß mit den obern Militärbehörden wurden Unruhen vorbereitet, welche den willkommenen Vorwand geben mußten, die Schreckensherrschaft an den Tag zu legen. Proklamationen in ungarischer und russischer Sprache wurden angefertet, um das Militär gegen die Bürger aufzuregen. Sglichtes Gesindel, wie man behauptet von der Polizei gedungen oder begünstigt, veranlaßte Unruhen und reizte das Militär. So kam es zu den Scenen, bei welchen erwiesenermaßen auf die ungerechteste Weise von den Waffen gegen das ruhige Volk, häufig gegen wehrlose Menschen, Gebrauch gemacht wurde. Der 70jährige Appellationsrath Manganini, welcher an jenem Tage gemordet wurde, war einer der treuesten Anhänger der Regierung. Ich kann Ihnen mit Zuverlässigkeit verbürgen, daß in den Berichten des Delegato von Mailand, (er bekleidet eine Stelle, die der des französischen Präfekten Ähnlich ist), des Gemeinderaths von Mailand, gerade)zu das Benehmen des Militärs als meuchelmörderisches genannt wird. Der 90jährige blinde Pfarrer von Mailand, Oppizoni, ließ sich zum Vicekönig bringen und erklärte, daß er viele blutige Auftritte der Franzosen, Oesterreicher und Anderer in den Kriegen, aber noch keine so gräßlichen Scenen wie die neuesten erlebt habe. Der ehrwürdige Erzbischof schloß seine Predigt mit den Worten: Meine Kinder, laßt uns Alle zu Gott beten, daß er die Herzen derjenigen lenke, die uns beherrschen, damit sie gerechter und menschlicher werden. Die neuesten Nachrichten, welche aus Wien kamen, sind nicht geeignet, die Gemüther zu beruhigen. Die Lombarden sind sehr beschieden in ihren Forderungen, aber sie sind ernst und bedarrlich; sie hassen revolutionäre Bewegungen, sie vertrauen noch immer der Regierung und beklagen bei ihr nur, daß sie über die wahren Bedürfnisse des Landes übel unterrichtet und verleitet wird, Maßregeln zu ergreifen, welche ihr die Herzen der Bürger entfremden.

† Florenz, 17. Jan. Die Gazzetta vom 14. enthält die Anzeige, daß sie fortan die so zahlreich einlaufenden, durch die Vorfälle in Livorno hervorgerufenen Adressen nicht mittheilen werde. Wenn die Gerechtigkeit die Bestrafung der in Livorno stattgehabten Exzesse verlange, so fordere die Brüderliebe, sie so schnell als möglich in Vergessenheit zu versenken. Sie werde fortan die einlaufenden Adressen in Kürze registriren, theils, damit die Ergebenheit der Adressteller für den besten Fürsten offenkundig klar werde, theils, damit man sehe, daß, wenn auch das ganze Land Reformen und Unabhängigkeit wünsche, es auch Ordnung und Einheit verlange, ohne die die Reformen erschwert und vergögert, die Unabhängigkeit gewissermaßen gefährdet werde. In einem an den Gonfalonierre von Livorno gerichteten Ministerialschreiben wird im Namen des Großherzogs wiederholt darauf hingewiesen, daß der Fürst Vertrauen und Liebe zur öffentlichen Ordnung fordere, um die Reformen zu vollenden, die er aufrecht erhalten wolle, um die Rechte seiner Krone und seines Volkes zu garantiren und die Anschläge der schlechten Bürger zu enthüllen und zu vereiteln.

Digitized by Google

tein. Die guten Bürger von Livorno sollten dahin trachten, jenen Muth zu erhalten und zu erhalten, der zur Einschüchterung der Uebelgesinnten nothwendig sei; sie sollten sich fest an die Regierung schließen und weder an dem Ausgang, noch an dem guten Willen des Fürsten zweifeln, der die Interessen der Stadt auf jede mögliche Art schützen und erhöhen werde. Livorno, das nach diesem Aktenstück v. 13. Jan. noch nicht völlig beruhigt scheint, wird darin einer der schönsten Edelsteine der Krone genannt, ferner eine Stadt, die der Großherzog wie eine Lieblingstochter schätze. Zu gleicher Zeit haben die Ernennungen in der Bürgergarde ihren Fortgang. — Das Regierungsdampfboot il Giglio, das im September von der Postverwaltung die Bestimmung erhielt, die Korrespondenzen zwischen Livorno, Portoferraio und Porto S. Stefano zu vermitteln, hat vom 11. Jan. an seine Fahrten eingestellt. Dem erwähnten Protokoll gegen den in der Revista erschienenen Katechismus haben sich nun auch noch zwei andere geistliche Würdenträger, worunter der Bischof von Volterra, angeschlossen.

Rom im Jan. Die Ausweisungen kommen in der Weltstadt als Gouvernementsmaßregel immer mehr in Schwung. Neuerdings wird, wie es heißt, auf Veranlagen Sabelli's, der rühmlich bekannte Assessor Dandini aus der ewigen Stadt verwiesen. Zu diesem Polizeiprinzip bietet Toskana einen schönen Kontrast. Hier nämlich ist der Boden gastlich und bietet den politischen Flüchtlingen, die sonst in ganz Italien keinen Ruhepunkt finden, ein freundliches Asyl. Was noch mehr, die toskanische Regierung hat Nichts dagegen, wenn solche Gäste sich an der politischen Tagesbreste betheiligen, ja, selbst die Maßregeln der Regierung scharf tadeln. Es ist Florenz für die Männer der Freiheitsidee, was Neapel dem bloßen Vergnügling — ein vom Himmel gefallenes Paradies, während die Weltstadt, wenn die Ausweisungen wie bisher fortgesetzt werden, den traurigen Ruhm einer Polizeistadt erobern wird.

## Rußland.

* Die Zeitung von Kostroma gibt endlich über den Brand, der um die Mitte Septembers diese Stadt verheert hatte, über die Polenverfolgung, die darauf Statt gefunden, und die damit zusammenhängende Absetzung des Gouverneurs Grigoriew merkwürdige Aufschlüsse. Die Brandstiftung wurde nämlich den in der Stadt zahlreichen Polen zugeschrieben, obgleich nicht die mindeste Spur eines Beweises dafür vorhanden war. Die A. A. Z. entnahm diesen Gerüchte die Gelegenheit, über die Polen herzufallen, und der, wie es scheint nicht minder für Wahrheit, Recht und Freiheit begeisterte Gouverneur von Kostroma gerieth begierig die Sache auf, um sämmtliche Polen, welches Geschlechts und Standes sie auch sein mochten, darunter Männer, die, wie die russische Zeitung ausdrücklich sagt, sich um das Wohl der Stadt vieljährige Dienste erworben haben, ins Gefängniß zu werfen und sie durch die Tortur zu Geständnissen zu zwingen. Es muß weit gekommen sein mit diesem schändlichen Verfahren, wenn es sogar in Petersburg auffiel, und der Czar einer neuen Kommission die Untersuchung anbefahl. Da ergab sich denn, daß die Anklage, um derentwillen man so viele Menschen gefangen und gefoltert hatte, auf der Aussage eines irrsinnigen Mädchens und einiger Knaben beruhte, die ihr Zeugniß auch sogleich widerriefen. Der Kaiser, der, wie die Kostromer Zeitung es wenigstens versichert, „alle seine Unterthanen ohne Berücksichtigung ihres Ursprunges (!!) mit gleicher Gerechtigkeit zu behandeln entschlossen ist", hat die unglücklichen Polen der Freiheit wiedergegeben und den verbrecherischen Gouverneur — bloß absetzen lassen. — Komisch macht es sich übrigens, wie die russische Zeitung über die Tortur und ihre Anwendung durch den Hrn. Grigoriew sich ereifert, der das Gebot „unseres menschenfreundlichsten" Alexander vergessen, daß selbst der Name der Tortur verschwinden solle. Die gute russische Zeitung weiß gewiß nicht, daß in Rußland sehr oft nur der Name verschwindet und die Sache bleibt, daß unter jenem menschenfreundlichsten Monarchen ein Newsolkow Kinder und Frauen zum Tode foltern ließ; die gute russische Zeitung vergißt Konarski, Pawrodi, Lewitu, die Gräfin Kalergi und jene Unzähligen in Warschau, Wilna und Kiew, die noch jetzt unter jener Sache leiden, deren Name verschwunden ist!

## Amerika.

Vereinigte Staaten. Die Trierische Z. meldet aus New-York über das künftige Schicksal der von Wilhelm von Eichthal gegründeten „deutschen Schnellpost", der angeschensten unter den in Amerika erscheinenden deutschen Zeitungen: Statt der einen werden wir nun zwei deutsche Schnellposten haben. Durch den plötzlichen Tod Eichthals, grade vor dem Jahresschlusse, war das Geschäft in einem momentanen Zustande der Unordnung, der es einigen dem Unternehmen feindlichen Kreditoren möglich machte, den öffentlichen Verkauf der Schnellpost durchzusetzen. Dieser Verkauf fand gestern Mittag 31. Dec. Statt und das Eigenthum und Material der Schnellpost wurde von dem Gieber Wagenig um einen Spottpreis erstanden. Herr Wagenig will das Blatt fortführen und die Herren Karl Heinzen (der stündlich eintreffen soll) und Domiat zu Redakteuren machen. Allein diese Kombination sagte den eigentlichen Beförderern und Freunden von Eichthals Schnellpost, dem intelligenten und gebildeten Theile der hiesigen deutschen Kaufmannschaft, nicht zu, und es ward eine Versammlung gehalten, in der man sich entschieden gegen Heinzen, als zu rasskraftig, gegen Domiat als zu kommunistisch gesinnt aussprach, und es ward beschlossen, die nöthigen Fonds zu unterzeichnen, um eine „Neue Schnellpost" in Eichthals Weise, mit den bisherigen Tendenzen und Korrespondenten zu gründen. — Hr. Dr. Hermann Ludwig, ein vieljähriger Freund des Verstorbenen, der bisherige Geschäftsführer der „Schnellpost", hr. J. M. Bokstein und der Buchhalter Rudolf Garrique stehen an der Spitze dieses neuen Unternehmens; von dem ihnen zugesicherten Betriebskapitale von 3000 Dollars (16,000 Fr.) wurden 2000 sogleich unterzeichnet, und die Komplettirung der noch fehlenden 1000 Doll. wird keine Mühe brauchen.

## Handels- und Börsennachrichten.

Frankfurt, 25. Jan. Oesterr. Met. 101¾ fl. P. 2½% 50⅞ fl. Bankaktien pro ult. 1920 P. 500 fl. Loose von 1834 155½ P. 250 fl. Loose von 1839 111¼ P. Preußen fl. Köln-Minden 91 98. — P. — Baiern. Ludwigs-Berbach 86¼ P. 85⅞ G. Württemberg 101½ P. Oblig. 88¼ G. — Geldsorten: Neue Louisd'or 11 fl. 6 kr. — Fr'or 9 fl. 47 kr. — dito Preuß. 9 fl. 53½ kr. dito 10 fl. Stück 9 fl. 58 kr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 30 kr. Engl. Souvereigns 12 fl. — kr. — Landvalor ganze 2 fl. 43½ — Preußische Thaler 1 fl. 44⅞ kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[55] In der Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim ist erschienen:

Die vierte Auflage
von
Berthold Auerbach's
Schwarzwälder Dorfgeschichten
mit zahlreichen Holzschnitten
in Umschlag broschirt 1 Thaler oder 1 fl. 45 kr.

Durch diese schön ausgestattete Ausgabe in äußerst billigen Preisen hofft die Verlagshandlung einem deutschen Gemeinwerke von anerkannt hohem Werthe eine Verbreitung zu verschaffen, die es gewiß mehr verdient, als die Verbreitungen ausländischer Romantik.

[56] Soeben erschienen in der J. C. Hinrichs'schen Buchhandlung in Leipzig und können durch alle Buchhandlungen bezogen werden:

Weißdornblüthen.
Aus dem Böhmerwalde und Wiener Volksleben.
Von Josef Rank.
8. geh. 1 Thlr. 20 Ngr.

[57] Bei Friedrich und Andreas Perthes in Hamburg und Gotha ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands und des benachbarten Auslandes zu erhalten:

Schenkel, Dr. Daniel, die religiösen Zeitkämpfe in ihrem Zusammenhange mit den Weisen der Religion und der religiösen Gesammtentwickelung des Protestantismus, in zwanzig Reden beleuchtet. Zum Streit und zum Frieden. gr. 8. Geh. 2 Thlr. 10 Sgr.

Der Verfasser hat in diesen Reden die Gesammtbewegung unserer Zeit auf dem religiösen und kirchlichen Gebiete von ihren Ursprungen an und in allen wesentlichen Momenten darzustellen gesucht. Die in ihnen waltende Gesinnung ist kirchlich-positiv, im Geiste der Streitschrift des Verf. gegen Gervinus, aber zugleich jedem modernen Fortschritte in Wissenschaft und kirchlichem Leben zugethan. Jeder Gebildete, der sich eine klare und gründliche Uebersicht über die religiösen Zustände der neuesten Zeit in ihrer Verbindung mit Vergangenheit und nächstem Bedürfniß wünscht, wird nicht ohne vielfache Belehrung dieses Buch zur Hand nehmen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Greve u. Sing., 71 Bergstr. Straße in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal u. übereinstehen Länder werden man sich an G. L. Alexander Strasburg 28 Brandgasse, Paris 20, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Deutsche Zeitung erscheint das Quartal. Hrn. Pomme Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 4. 30 kr. durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthum Baden fl. 12. 30 kr. Alle Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 28. Heidelberg, Freitag 28. Januar 1848.

## Uebersicht.

**Das Verlangen nach Reformen in Würtemberg.** II. Die Staatsbibliothek gegen die Verarmung. Die Organisation der Gewerbe und der Landwirthschaft. (Schluß). — **Wien** (Klage Auftritte in Treviso). **Berlin** (Erklärung des Staatsanwalts Wentzel gegen Freyberg. Ansicht auf allgemeine Einführung des öffentlichen Kriminalverfahrens in der ersten. Monarchie. Vereinigter ständischer Ausschuß: die Verhandlungen über die Todesstrafe). **Aus Schlesien** (Stellung der Deutschkatholiken und Juden in Betreff von Ehebündnissen). **Magdeburg** (die neulutherische Gemeinde noch immer in der alten Lage). **Stuttgart** (Wahl der Bürgerausschüsse, hiesiger Dunkerweg, und der Armenkommission). **Leipzig** (Beschluß des Centralvorstandes des G.-U.-Vereins, die Bibra'sche Erdschaft nicht anzutreten). **Karlsruhe** (die Diskussion über die Fabrikangelegenheit vertagt. Die Fabrik in Ettlingen. Kommissionsvorschlag der Gründigen Dahrlehen). **Kassel** (abermalige ein Abgeordneter gestorben; Baron Wais; Wippermann und Fr. Oetker). **Gotha** (die Berufungsfrage). **Kiel** (der Tod des Königs von Dänemark noch nicht erfolgt, aber stets Augenblick erwartet).

**Schweiz.** **Bern.** Das Gesetz über die Hochschule. Ehrenbürgerrecht an Dufour. Proklamation an die Armee. **Schwyz.** Verwerfung der Verfassung.

**Niederland.** Gesetzentwurf zur Grundgesetzrevursicht. Salzregal. Zu den Sitten der Friesen.

**Großbritannien.** Die Times und die Palmerston'sche Politik, Griechenland betreffend. Wie Pordy und wie John Bull mordet. Abdel-Kader.

**Frankreich.** Kammerverhandlungen vom 24. Die gemeinschaftliche Note und die Pariser Presse. Minister-Anklage gegen Teste-Cubières. Der Aufstand in Sicilien. Die Vorgänge in Palermo. Das Parlement'sche Gebäude.

**Beilage.** Die Elbinger Deutschfreiß wider den neuen Entwurf des preußischen Strafgesetzbuchs.

## Heidelberg, 28. Januar.

Die Gewerbsgesetzgebung in **Würtemberg** befindet sich in dem traurigen Zustand, in welchem man die alte Zunftverfassung halb verlassen, den innern Zusammenhalt der Gewerbsgenossen aufgegeben, und nichts besseres Neues an die Stelle des Verfassenen und Aufgegebenen gesetzt hat. Dazu hat man theilweise das Konzessionswesen eingeführt, wodurch die Staatsgewalt die Privatthätigkeit in Dingen gängelt und beherrscht, von denen sie doch Nichts versteht. Von die Beurtheilung, ob dieses oder jenes Gewerbe von so oder so viel Gewerbsgenossen in einer Gemeinde ohne gegenseitigen Ruin betrieben werden könne, ist Etwas, wobei so viele gewerbliche und lokale Beziehungen mitunterlaufen, daß eine Staatsbehörde selbst mit Zuziehung der Gemeindevorsteher darüber keine gründliche und thatsächlich genügende Entscheidung geben kann, und so am Ende die Konzession von Willkürlichkeiten, von Gunst oder Ungunst — kurz gesagt, von der Willkür abhängt. Die Verwaltung in Würtemberg hat auch wirklich das Ungeeignete davon, daß die Staatsgewalt den Privatwillen beherrsche, wiederholt ausgesprochen, und sofehr sie sonst Alles in den Mittelpunkt der Staatsmaschine in strenger Unterordnung zusammendrängt, in der Frage des Gewerbswesens neigt sie sich offenbar zur völligen Gewerbsfreiheit hin.

Allein die bloße Freiheit, sofern sie nichts Anderes ist, als die Abwesenheit jeder Beschränkung in Ausübung der Gewerbe, vermag für sich allein eine Grundlage für das Gedeihen der gewerblichen Zustände nicht zu bilden. Denn damit ist der organische Zusammenhang unter den Gewerbtreibenden noch nicht gesichert, durch welchen die verlorenen Kräfte für die Gewerbsthätigkeit wiedergewonnen werden müssen, und so unumgänglich nothwendig daher die freie Bewegung im Gewerbsleben ist, und die Gewerbtreibenden in eine Lage gesetzt werden müssen, in der sie ihre Angelegenheit selbständig und nach eigenem besonnenen Ermessen besorgen können, so kann diese Selbstthätigkeit doch nicht hervorgerufen werden, ohne daß die Staatsregierung dem Gewerbswesen seine Stelle anweise in der gemeinsamen Idee des Staatsganzen und daher in Gemeinschaft mit den Faktoren der Gesetzgebung jene allgemeinen Bestimmungen einer auf den genossenschaftlichen Verband der Gewerbe begründeten Ordnung grundsätzlich hervorrufen würde, innerhalb welcher die Gewerbsgenossen ihre Angelegenheiten selbst zu leiten und zu regeln haben. Diese Vereinigung von Freiheit und Ordnung wird aber, wie uns scheint und wie sich hiefür auch die intelligentesten Glieder des Gewerbsstandes ausgesprochen haben, nur zu erreichen sein, wenn die Gewerbsordnung, der Organismus des Genossenschaftsverbandes festhaltend, den Eintritt in denselben an eine geordnete gewerbliche Bildung knüpft, dadurch den Schutzmunkt des Gewerbsbedenden, Fertigkeit und Geschicklichkeit, sichergestellt, und so das Gewerbsleben vor dem Hineindringen Schaden bewahrt, von untüchtigen freilich und geistig verkommenen Gliedern überschwemmt zu sein, die der Ruin aller wirklich guten Meister sind, und wodurch am Ende alles Gewerbswesen der Association des Geldkapitals leibrigen werden muß. Indem so wieder die gewerbliche Erziehung und Bildung in den Vordergrund tritt, vermag die Gewerbsordnung auch ihre Aufgabe zu erfüllen, welche die Verhältnisse des sozialen Lebens überhaupt an sie stellen, daß der Gewerbsstand seine Glieder zu Männern von sittlicher Kraft, von Willen und Charakter heranbilde und sie mit der Fähigkeit ausstatte, ihren Weg in ihrem Berufskreise zu machen. Die Nachweisung der Fähigkeit, seines Betriebes Meister zu sein, darf keine leere Formalität, kein Spiel der Gunst oder Ungunst sein, um in den Einrichtungen, welche die Gewerbsordnung für die Regelung dieser ihrer Angelegenheiten zu treffen haben, soll sich allermeist ihre Befähigung zur Selbständigkeit und zu einem organischen Zusammenwirken bewähren; für diesen Zweck müssen die Gewerbsgenossen die achtungswerthesten, noch Geschicklichkeit und Sittlichkeit erprobtesten Männer durch freie Wahl berufen und für unbeschränkte Oeffentlichkeit der Meisterprüfungen Sorge tragen. Je mehr sich so allmählich ein Bedürfniß um das andere für gedeihliche organische Entwickelung des Gewerbslebens geltend machen wird, desto mehr werden auch mit gemeinschaftlichen Kräften Anstalten zur Förderung und Erleichterung des Betriebs ins Leben treten, werden Innungen und Streitgerichten unter den Gewerbsgenossen mittelst Schiedssprüchen innerhalb ihres Verbandes selbst ihre Erledigung finden, werden gemeinsame Maßregeln für hilfsbedürftige Gewerbsgenossen getroffen, wird für die Mittel der geistigen Fortbildung der Genossen wie ihrer Lehrlinge und Gehilfen gesorgt werden. Eine derartige Gewerbsordnung hat deßhalb einen bleibenden Werth, weil sie einer lebendigen Fortentwickelung fähig ist, die eigene Ueberzeugung des Gewerbsstandes anregen und seine gemeinsamen Bedürfnisse befriedigen wird, weil sie durch die organische Verbindung ihrer Glieder niedriger Gesinnung einen Damm entgegensetzt und die bürgerliche Würdigkeit fordert, weil sie endlich, gegenüber der erdrückenden Uebermacht des Geldkapitals, allein auch den geringeren Kräften eine durch ihre Verbindung gesicherte Stellung verleiht.

Bei dem Bestande einer Gewerbsordnung, welche die gewerbliche, geistige und sittliche Bildung der Gewerbsgenossen grundsätzlich voraussetzte und die Sorge dafür in die Hände eines selbständig gegliederten Zusammenwirkens legt, müssen dann freilich alle Fesseln der bestehenden Handwerkerordnung fallen; es muß das Princip aufgegeben werden, daß gewerbliche und ortsbürgerliche Niederlassung zusammengehören. Wer zur genügenden Ausübung eines Gewerbes sich herangebildet hat, der muß auch das Recht haben, daßselbe allenthalben im ganzen Vaterlande ausüben zu können; es muß ihm frei stehen, wenn er nur eine gewerbliche Bildung genossen und den Nachweis seiner Fähigkeit dazu gegeben hat, nirgends Gewerbe betreiben und von einem zum andern übergehen zu können. Die Einwendungen aber, welche gegen das unbeschränkte Recht der Gewerbtreibenden, an jeden beliebigen Orte ihre gewerbliche Niederlassung zu gründen, erhoben werden, verlieren wohl ihr Gewicht, wenn das Gesetz bestimmen würde, daß der des Ortsbürgerrechts nicht theilhaftige Gewerbsmann gleichwohl seinen Antheil an den Gemeindelasten seines Wohnorts zu übernehmen habe.

Weniger geeignet als über die gewerblichen Fragen und das Wünschenswerthe der Aufhebung des Zwangsübertheilungsgesetzes sind

Digitized by Google

die Ansichten über die Reformen in der landwirthschaftlichen Gesetzgebung in Würtemberg. So setze auch die Stimme der „würtembergischen Briefe“ in der deutschen Zeitung alle Bewegung verdient, über die Frage der Güterzertheilung ist sie offenbar zu leicht hinweggegangen. Denn nicht bloß der absäugige Fabrikarbeiter, nicht bloß der nahrungslose verkommene Gewerbsmann ist zur traurigen Klasse der Proletarier herabgesunken, sondern ebensosehr der ärmliche verschuldete Kleinhändler mit seinem unzureichenden Grundbesitze, und alle Anstrengungen für eine höhere, sittlich erhebende und geistig befeuernde Volksbildung müssen scheitern an jener übergroßen Masse einer ackerbautreibenden Bevölkerung, für welche, wie für Tausende in Würtemberg, die mögliche Befriedigung aller Lebensbedürfnisse auf Kartoffel und Schwarzbrod und die ärmlichste Kleidung, auf die mühseligste, aber menschliche Kraft und Bestimmung gehende Leibesarbeit herabgebracht ist. Auch wir wünschen keinen Taglöhnerstand, der ohne Schutz und Hilfe in die Hände einer reichen grundbesitzenden Bauernaristokratie gegeben ist; auch wir möchten, daß selbst der ärmste Taglöhner noch sein eigenes Güterstück hatte, aber das er frei verfügen kann. Aber daß eben die Möglichkeit eines eigenen freien Güterbesitzes, bei einer in's Unendliche gehenden Güterzertheilung immer mehr verschwinden muß, daß nicht mehr die das Land bebauende Bevölkerung im wirklichen Besitze der Grundstücke bleiben wird, sondern der Juformativsgläubiger des Kleinhändlers und Weingärtners der wahre Besitzer ist, daß Hand in Hand mit der Ueberschuldung und der Unfähigkeit der Familien, sich vom Grundstücken zu nähren, die Unselbständigkeit und die unbegrenzte Abhängigkeit der Dotsbürger gehen muß, und somit alle sittliche Tüchtigkeit und die geistige Bildung immer mehr schwindet — das hat Niemand treffender nach dem Leben geschildert, als Friedrich List.

Und doch ist ein selbständiger vermöglicher Bauernstand nicht bloß die Grundbedingung aller verfassungsmäßigen Lebensäußerungen im Volke, sondern auch unentbehrlich zum Gedeihen und zur Blüthe der Gewerbsthätigkeit eines Landes.

Das einzige Mittel aber zur Erhaltung eines eigentlichen Bauernstandes ist irgendwelche Fürsorge gegen die Güterzertheilung, und sowenig unsere Zeit wieder in die Gebundenheit des Lehensformwesens der Bauernzüter zurückgreifen kann, ebensowenig sollte doch die Gesetzgebung selbst, wie sie faßt überall in Würtemberg, die in's Kleinste gehende Zerstückung, mittelst der Vererbung der Grundstücke an jeden einzelnen Erben, und die Unmöglichkeit desselben an seine Güterportion zu einer Nothwendigkeit machen. Hier vor Allem wird eine im konstitutionellen Geiste auftretende Regierung auf Reformen bedacht sein, und die zweckmäßigsten Reformen grundsätzlich anzubahnen, wird eine der lohnendsten Aufgaben einer weisen und besonnenen Regierung sein. Die gewichtigsten Stimmen denkender Landwirthe vereinigen sich dahin, vor Allem die Zusammenlegung aller über eine Ortsmarkung hingewirselten Grundstücke jedes Besitzers zu Stande zu bringen und die ohnedem nicht mehr lange aufschiebbare Ablösung der Grundlasten damit in Verbindung zu setzen. So einschneidend für den Augenblick eine auf dem Wege der Gesetzgebung zu bewirkende Güterzusammenlegung sein mag, es wäre dies eine der wohlthätigsten Reformen für das Land, wenn zur Durchführung dieses Zweckes ein hinreichender Zeitraum im Gesetz bestimmt würde, so müßte die Anschauung der von fortgeschrittenen Gemeinden bewirkten Güterzusammenlegung und der dadurch gesicherten Vortheile die für ihr wahres Wohl keineswegs anzugängliche Ansicht des Volkes für eine Sache von solcher Wichtigkeit gewinnen. Welch eine Menge der produktivsten Arbeiten würde dadurch für alle Markungen ins Leben gerufen, welche Erhöhung der Produktion selbst durch Aufhebung des leidigen Flurzwangs gewonnen, und wie viel öde liegender Boden für den Anbau, wie viel Zeit und unnütze Kraft erspart, wie viel Streit und Bevortheilung beseitigt, wie würde dadurch auch das Volk geistig und sittlich gehoben, wie Raum geschafft für das Ergreifen neuer Erwerbswege, z. B. der Seidenzucht u. s. w. Die größeren Grundbesitzer aber, welche nun ihren gesammten Güterbesitz zusammenlegen haben, sehen sich ungehemmt in der Ausübung eines rationellen Betriebs, der lohnend genug ist, mehr Arbeitskräfte zu verwenden und eben damit den Kleinhandlern wieder Erwerb zu verschaffen. Mit der Blüthe eines rationellen Landbaues muß sich aber auch der geistige Gesichtskreis erweitern und die Bildung des Bauernstandes selbst sich heben, und je mehr wir unter demselben Männer von Einsicht, sittlicher Kraft und von Charakter zählen, desto weniger kann der entwürdigende Güterhandel sich halten, der einen heillosen Einfluß auf den wirthschaftlichen und sittlichen Zustand der bäuerlichen Bevölkerung ausübt.

Würtemberg hat noch eine Menge der wirksamsten Hülfsmittel in seinem Schooße; — Industrie, Gewerbe und Landwirthschaft können durch die weisen Vorkehrungen der weltlichen Regierung tausendfach gegenseitig sich zu den schönsten Gedeihens gebracht werden. Aber diese Hülfsmittel wollen in Bewegung gesetzt sein, und ihre Anbrunst ist nur möglich, wenn durchgreifende Reformen mit Ernst gesucht und mit Vertrauen ins Leben gerufen werden; wenn man zurückkommt vom allein selig machenden Regiment bureaukratischer Centralisation; wenn freisinnige, organisch bildende Institutionen den politischen und kirchlichen Gemeinden, den zur Selbstverwaltung berufenen Bezirken und Korporationen, einem frei sich bewegenden Gewerbswesen, und dem geistig und sittlich wieder gehobenen Bauernstande Leben und Kraft, Einsicht und Gemeingeist einhauchen; wenn der Geist der Freiheit wehen darf im Lande, damit Schwaben, wiedererstellt wieder den Vortritt habe, wo es gilt für die Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes!

**Oesterreich.** Wien, 20. Jan. Eben eintreffenden Nachrichten zufolge kam es in Treviso zu blutigen Auftritten; der Podesta und der Polizeikommissär flüchteten sich nach Venedig, und das Militär sah sich genöthigt, von den Feuerwaffen Gebrauch zu machen. (Augsb. Postz.)

**Preußen.** Berlin, 23. Jan. Der bekannte Dr. Freyberg hatte in seinem erwähnten Briefe unter andern Behauptungen auch die aufgestellt, seine Verhaftung habe ohne schriftlichen Befehl, ohne officielle Anklageakte und Legitimation vorgenommen werden sollen; er ward dabei die Schuld auf den Staatsanwalt Wenzel und forderte denselben mit lächerlicher Prahlerei auf, sich über den erlassenen Steckbrief öffentlich zu rechtfertigen. Wenzel gibt nun in der „Berliner Zeit.“ den aktenmäßigen Beweis, daß die Verhaftung nach allen gesetzlichen Formen und einem Beschlusse des Kammergerichts stattfinden sollte, auch der Steckbrief nicht vom Staatsanwalt, sondern vom Untersuchungsrichter erlassen werden ist.

Der Einführung des neuen öffentlichen Kriminalverfahrens, wie solches jetzt für Berlin gilt, auch in den andern Provinzen der Monarchie ist bisher wie bekannt vorzüglich der Kostenpunkt hinderlich gewesen, welcher leider so häufig vielen guten Dingen im Wege steht. Jetzt soll man dem Vernehmen nach zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß, wenn allerdings auch die Kosten der ersten Einrichtung nicht unbedeutend sein möchten, dennoch die indirekten Vortheile, die Ersparnis erheblicher Transportkosten, weil die rückfälligen Verbrecher jetzt meistens auf längere Zeit unschädlich gemacht werden, die Abkürzung der Untersuchungshaft und die dadurch eintretende Verminderung der Kosten und dergl., eine sehr zu berücksichtigende Ausgleichung herbeiführen. Es soll daher alle Aussicht vorhanden sein, da der Kostenpunkt jetzt kein ferneres Hinderniß mehr sein wird, alle Theile der Monarchie der Wohlthat des neuen Verfahrens theilhaft zu machen. (Berl. Z.)

* Verhandlungen des Ver. Länd. Ausschusses. Dritte Sitzung am 19. Jan. Die Verhandlung stand bei §. 6 und betraf die vorgeschlagene Eintheilung in Verbrechen, Vergehen und polizeiliche Uebertretungen, wie sie das rheinische Recht annimmt. Wen der einen Seite wird es für bedenklich erachtet, das Rechtsbewußtsein des Volkes durch eine solche Eintheilung zu gefährden, von der andern Seite macht z. B. Camphausen geltend, daß es für das sittliche Bewußtsein viel gefährlicher sei, wenn Alles und Jedes, auch das Kleinste, ein Verbrechen genannt werde. Der Landtagskommissär gibt zu, daß es im Interesse der Regierung liegen müsse, das Gesetz so einzurichten, daß die möglichste Harmonie zwischen den Einrichtungen der ältern Provinzen und der Rheinprovinz herbeigeführt werde, und erklärt sich bereit, einen Versuch zu machen, wie diese Frage zur Befriedigung beider Theile auszugleichen sei. Er schlägt zu diesem Zweck eine Kommunikation zwischen der Abtheilung und dem Ministerium vor, um dann nach reiflicher Prüfung die Verhandlung über die Sache wieder aufzunehmen. Eine umfassende und interessante Debatte veranlaßte der §. 8: „Die Todesstrafe ist durch Enthauptung zu vollstrecken. Die Todesstrafe ist durch den gleichzeitig zu erkennenden Verlust der Ehrenrechte, sowie durch öffentliche Ausstellung des Kopfes und der rechten Hand mit der Hinrichtung abzuhauenten rechten Hand zu schärfen: 1) in den im Gesetz namentlich bestimmten Fällen, §§ 80 und 222; 2) wenn das mit der Todesstrafe bedrohte Verbrechen unter besonders erschwerenden Umständen oder mit Verlängnung des Ehrgefühls begangen worden ist“. Die Abtheilung nahm zunächst die Frage auf, ob die Todesstrafe überhaupt beizubehalten sei; sie beschloß mit 9 gegen 5 Stimmen, den Antrag auf deren Abschaffung nicht zu befürworten, es machte sich jedoch die Ansicht geltend, daß, wie seither, die Anwend-

Digitized by Google

barkeit der Todesstrafe nach und nach beschränkt werden müsse, daß gegenwärtig deren Abschaffung ein zu gewagter Sprung sei, daß aber administrative Maßregeln und das Begnadigungsrecht des Monarchen die Vermittelung bilden würden, um diese Strafe endlich ganz zu beseitigen. Auch sprach sich wegen des beabsichtigten Einwurfs der „Abschreckung" die Abtheilung für öffentliche Volksrechtspflege und Gesetzgebung aus; als Instrument der Entsühnung schien die Abtheilung einstimmig das Gefängniß vor, ebenso erklärte sich dieselbe einstimmig gegen jede Schärfung der Todesstrafe. Die erste Frage, um welche sich die Verhandlung entspann, war die, ob die Abschaffung der Todesstrafe zu beantworten sei oder nicht. Zuerst erhebt sich der Abg. Plange, um seine Meinung dahin zu motiviren, daß die Todesstrafe nicht gerecht, nicht nothwendig und gefährlich sei. Der Redner geht davon aus, daß das sogenannte Recht der Wiedervergeltung, auf das man sich berufe, kein Recht sondern eine Rache sei, daß der Staat gebildet durch die Vereinigung eines Inbegriffs von Menschen zum Staatszweck unter einem Oberhaupt, sich von dem Einzelnen nicht mehr Rechte übertragen lassen kann, als dieser selbst besitzt, daß also Niemand das Recht über Leben und Tod dem Staate übertragen könne. Die Nothwendigkeit der Todesstrafe bestreitet der Redner, indem er den Zweck, das Unsühnbischmachen, auch auf anderem Wege für erreichbar hält; die Gefährlichkeit derselben sieht der Redner darin, daß sie, einmal vollbracht, dem unschuldigen Opfer keine Rückkehr mehr gestatte. v. Gaffron spricht gegen die Abschaffung der Todesstrafe. Der Zweck jeder Strafe, sagt er, ist zuerst Schutz der Gesellschaft gegen Verbrechen und dann Hinwirkung auf Besserung; auf diesem Standpunkte hält der Redner für die höchsten Verbrechen, durch die sich der Mensch von der Gesellschaft losreiße, auch eine besondere Strafe für nothwendig, nicht um der Wiedervergeltung willen, die der Redner verwirft, sondern unter dem Gesichtspunkte der Abschreckung. Eine lebenslängliche Einkerkerung erreiche jenen Zweck des Schutzes nicht; die rohe ungebildete Masse werde dadurch nicht so geschreckt, wie durch den Tod. Eine Entlassung derselben aus dem Kerker durch Krieg, Flucht oder Gesichtsterung der gesellschen Ordnung sei aber eine ernste Gefahr für die Gesellschaft, der nur durch das abschreckende Mittel der Todesstrafe vorgebeugt werden könne. Die sittliche Wirkung durch lebenslängliche Einkerkerung schlägt der Redner nicht hoch an; der Einfluß auf das geistige und sittliche Wesen des einsam Eingekerkerten sei nicht geeignet, den Menschen zu einem bessern Dasein vorzubereiten. Auch sei es weit zu erwägen, daß in dem sittlichen Gefühle des Volkes die Todesstrafe unzweifelhaft als nothwendig erscheine. Der Abg. Schier erklärt sich gegen die Todesstrafe, weil sie sich nach keinem Strafrechtssysteme rechtfertigen lasse. Wolle man den Menschen durch die Strafe erziehen und bessern, so könne von der Todesstrafe keine Rede sein; nach der physischen Abschreckungstheorie behandle man den Menschen als Mittel zum Zwecke und dehne widerrechtlich die Strafe die zur Entziehung eines unverübergliehen Gutes aus. Das Präventivsystem, das durch die Strafe der verlehrten Willensrichtung, worin der Verbrecher seine That begangen, entgegenwirken wolle, schließe natürlich die Todesstrafe aus. Der Redner sucht hierauf die Kantische Theorie von der absoluten Strafgerechtigkeit sowie die von der Nothwendigkeit und Heilsamkeit mit der Vermeidung auf die Praxis, daß die Todesstrafe ihren abschreckenden Zweck nicht erreiche, dagegen in Ländern, wo sie abgeschafft sei, nach statistischen Tabellen am Wenigsten todeswürdige Verbrechen begangen worden sind. (Schluß folgt).

* **Verhandlungen des ständischen Ausschusses.** (Sitzung vom 20. Jan.) Die Berathung über den §. 8 des Strafgesetzentwurfs ward fortgesetzt; es handelte sich zunächst um die Frage, ob im Gesetz ausdrücklich erwähnt werden soll, daß die Hinrichtung Öffentlich zu vollstrecken sei? Einzelne Abgeordnete, die die Todesstrafe vom Standpunkt der Abschreckung für nothwendig erachten, sind für unbedingte Oeffentlichkeit des Vollzugs, andere wie Dittrich, von Auerswald, Graf Schwerin wollen eine Grenze gesetzt wissen. Der Justizminister Uhden unterschedet ebensalls zwischen einer Oeffentlichkeit, die auf öffentlichen Plätze stattfinde und einer solchen, die in Gegenwart von Richtern, öffentlichen Beamten und Bürgern vollzogen werde; da gegenwärtig Berathungen darüber obschweben, habe die Regierung die ausdrückliche Erwähnung der Oeffentlichkeit unterlassen. Staatsminister v. Savigny äußert sich sehr entschieden für unbedingte Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, will aber nur bedingte Oeffentlichkeit der Hinrichtung; das Schauspiel einer öffentlichen Hinrichtung rufe die rohesten Leidenschaften hervor. Bei der Abstimmung wird beschlossen, das Wort „öffentlich" nicht in den Paragraphen aufzunehmen. — Die weitere Berathung führte auf die Art der Vollstreckung der Strafe; die Abtheilung hatte beantragt, die Hinrichtung durch das Beilbeil ausdrücklich im Gesetze zu ernennen. Es erhoben sich nur einzelne Bedenken, ob diese Erwähnung im Strafgesetz passend sei, und nicht in die Proceßordnung gehöre; es wird aber entgegengehalten, daß in der bisherigen Gesetzgebung die Hinrichtung durch das Schwert ausdrücklich erwähnt, es also auch nothwendig sei, diese Veränderung ausdrücklich anzuführen. Bei der Abstimmung wird die Frage über Einführung des Beilbeils fast einstimmig bejaht, auch durch die Mehrheit von zwei Dritteln beschlossen, es im Gesetze zu ernennen. — Die Verhandlung geht auf die Schärfung der Todesstrafe über; die Abtheilung hatte einstimmig beantragt, dieselbe aus dem Gesetze zu streichen; der Antrag findet Unterstützung, insofern die Verstümmlung eines Leichnams gegen jedes sittliche Gefühl streite. v. Gudenau will aber in einem Punkte eine Verschärfung ausgedrückt wissen, in dem Verlust der Ehrenrechte; dadurch würde es der Krone möglich ihr Begnadigungsrecht ohne Unbilligkeit gegen andere Verbrecher in dem entsprechenden Falle anzuwenden. Nachdem sich verschiedene Sprecher gegen eine Verschärfung durch Verstümmlung des Leichnams ausgesprochen hatten, ergriff v. Savigny das Wort und stellte die Frage dahin: ist es möglich und gut, das Prinzip der Schärfung der Strafen auch bis innerhalb der Grenzen der Todesstrafe durchzuführen? Der Redner verwirft die Schärfungsmittel, insofern sie in Qualen bestehen, und den Verbrecher in die Unmöglichkeit versetzen, zur Reue sich vorzubereiten, vertheidigt sie aber, insofern sie einen Unterschied feststellen zwischen einem besonders schweren Verbrechen und einem anderen ebensalls todeswürdigen; er beruft sich dabei auf die alte Unterscheidung zwischen ehrlicher und unehrlicher Hinrichtung. In demselben Sinne äußert sich der Landtagskommissär; wenn auch der Vorschlag einer symbolischen Schärfung der Todesstrafe keinen Anklang finde, so könne doch die Unterscheidung zwischen der ehrlosen und nicht infamirenden Todesstrafe bestehen bleiben. Bei der Abstimmung wird fast einstimmig beantragt, daß jede Schärfung der Todesstrafe wegfallen möge, vorbehaltlich der spätteren Entscheidung über die Entziehung der bürgerlichen Ehre! — Bei Berathung des §. 9 hatte die Abtheilung vorgeschlagen, die Berathung über die geringste Dauer der Zuchthausstrafe bis nach erfolgter Berathung über die einzelnen Verbrechen auszusetzen. Dieser Antrag wird mit großer Majorität angenommen. Die nächste Sitzung ist auf Montag den 24. festgesetzt.

♂ **Aus Schlesien.** Die rechtliche Stellung, in welcher sich selber unsre Deutschkatholiken befinden, indem sie mit Beharrlichkeit verweigern, sich unter das Dissidentengesetz vom 30. März 1847 zu stellen, ihren Austritt aus der katholischen Kirche zu erklären und eine staatliche Genehmigung für ihr religiöses Gemeinwesen nachzusuchen — wird über kurz oder lang zu sehr unangenehmen Verwickelungen führen, die besonders tief in das Familienleben und das Familienrecht eingreifen. Es ist noch kein Fall vorgekommen, daß ein deutschkatholisches Paar die Ehe vor dem Civilrichter nach Vorschrift des Dissidentengesetzes eingegangen ist; vielmehr werden die Trauungen ohne Weiteres von den Geistlichen vollzogen, unbekümmert darum, daß das Gesetz diesen Akten keine civilrechtliche Wirksamkeit beilegt. In der Hauptstadt sowohl als in der Provinz sind daher schon vielfach an deutschkatholische Ehepaaren von Seiten der Obermunschaftsgerichte Aufforderungen ergangen, für ihre Kinder, welche ehelich als außereheliche gezeugt angesehen werden, Vormünder vorzuschlagen, widrigen Falls dies von Amtswegen geschehen müsse. Wenn es auch nicht zweifelhaft ist, daß der Richter, der über die Legitimität eines Kindes zu entscheiden haben sollte, sich lediglich an die bestehenden Gesetze halten muß, und demgemäß ein aus einer nicht gerichtlich erklärten, von einem deutschkatholischen Geistlichen eingesegneten Ehe erzeugtes Kind als unehelich erachten wird, so ist doch die Konsequenz zu weit getrieben, in einem fingirten obervormundschaftlichen Interesse demjenigen, der in der allgemeinen bürgerlichen Ueberzeugung als der rechtmäßige und ehelige Vater des Kindes gilt, die väterliche Gewalt über dasselbe zu entziehen und einem sittlichen Verhältnisse selbst da, wo die Strenge des Privatrechts es nicht erfordert, den Stempel der Illegitimität aufzudrücken. — Bekanntlich ist durch das Gesetz vom 23. Juli 1847 auch für die Juden die Civilehe eingeführt, und zwar ist, abweichend von der Bestimmung im Dissidentengesetz über andere geduldete Religionsgesellschaften, bei ihnen die Erklärung vor dem Richter nicht durch den vorgängigen religiösen Trauungsakt bedingt. Dieser Akt ist also für die jüdischen Ehen rechtlich ganz bedeutungslos geworden; er sollte demnach konsequenter Weise nicht mehr an diejenigen Voraussetzungen gebunden sein, welche der frühere Rechtszustand daße festgestellt hatte. Unter der Herrschaft des Edikts vom 11. März 1812, welches jetzt aufgehoben ist, fand der Akt der Zusammenkunft des

Digitized by Google

Brautpaars unter dem Trauhimmel der kirchlichen Trauung der Christen rechtlich ganz gleich; der den Akt ministrirende Rabbine war also verantwortlich dafür, daß die gesetzlichen Erfordernisse des Aufgebots, des vermuthschaftlichen Konsenses ꝛc. vorhanden seien. Jetzt, wo die Konkurenz des Rabbinen bei der Eingehung der Ehe völlig entbehrlich und wo es Sache des Richters ist, die Requisiten zu prüfen, kann dem Rabbinen unmöglich noch die Verantwortlichkeit für die Beobachtung der gesetzlichen Erfordernisse einer giltigen Ehe aufgebürdet werden. Demungeachtet ist im Verwaltungswege mehreren Rabbinen übel verwiesen worden, daß sie bei der Vollziehung von Trauungen nicht erst sich die Gewißheit verschafft hatten, ob das Brautpaar gehörig aufgeboten sei. Diese Zumuthung, eine Handlung, an die das Gesetz gar keine rechtlichen Wirkungen knüpft, noch nur unter gewissen Bedingungen vornehmen zu dürfen, ist offenbar eine in der Natur der Sache als in dem Gesetze vom 23. Juli begründet.

=Magdeburg, 18. Jan. Die Allg. Z. f. Chr. und K. berichtet: Heute sind es vierzehn Tage, daß den Deputirten der neuen christl. Gemeinde von den Ministern in Berlin die Hoffnung auf baldige Bescheidung in ihrer Angelegenheit gegeben ward; aber noch immer ist von daher Nichts gekommen. Solche Verzögerung erscheint befremdlich, weil das Patent vom 30. März mit seinen Zusagen an die, welche aus dem Verband der Landeskirche förmlich austreten, erwarten ließ, daß die staatliche Anerkennung und die freie Uebung ihres Gottesdienstes ihnen nicht vorenthalten sein soll, und in dem Bescheide des Königs auf das Immediatgesuchen Uhlichs es ausdrücklich heißt: „Mein Vater vom 30. März hat Jedem, dem sein Gewissen verwehrt, seine Gemeinde im Bekenntniß der Kirche zu stärken, den Weg gezeigt, aus diesem Konflikt zu kommen. Dem Pfarrer Uhlich muß es daher überlassen bleiben, ob er diesen Weg erwählen, oder ob er wie die Menge der rationalistischen Geistlichen sich den Ordnungen der Kirche und den Foderungen des Amtes, nach welchen er sich nennt, friedsam und ohne agitatorisches Streben fügen will. In beiden Fällen wird er vor jeder Anfechtung vollkommen sicher sein.“ Gegen 35 Kinder, unter welchen Uhlichs eigenes Kind, liegen noch ungetauft, gegen 15 Brautpaare warten auf die Kopulation, und viele Sterbende haben das gewünschte heil. Abendmahl nicht empfangen können, weil die Anerkennung und Erlaubniß zu gemeinsamem Gottesdienst ausgeblieben ist.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 25. Jan. Heute wurden von der Abgeordnetenkammer die 3 für die Vizepräsidentenstelle vorzuschlagenden Mitglieder erwählt, von denen der König einen zu ernennen hat. Die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten geschieht auf sechs Jahre, nur war der bisherige Vizepräsident v. Werner ausgetreten. Gewählt wurden: in der ersten Wahl Duvernoy (entschiedener Liberaler) mit 45 Stimmen unter 85; in der zweiten Konsistorialdirektor v. Scheuerlen mit 48, in der dritten der ritterschaftliche Abg. Frhr. v. Varnbüler mit 43 St. Duvernoy dankte mit den Worten: er nehme an, daß die Grundsätze, welche er von jeher in der Kammer vertreten habe, mehr und mehr ihre Anerkennung finden. — Auch dem vom Finanzminister v. Gärttner vorgelegten Hauptfinanzetat wäre zu bemerken die Foderung für den Bau der westl. Eisenbahn zur badischen Grenze bei Bretten. Weiter wird die Adressekommission gewählt, besteht aus folg. Abgg. v. Berlichingen, v. Scheuerlen, Federer, Präl. v. Faber, Idler, Berger, v. Schmidt. — Erster entwickelt seine Motion auf Aufhebung der Kreisregierungen, deren Druck beschlossen wird.

**Sachsen.** ✕ Leipzig, 20. Jan. Der Centralvorstand des G.A.Vereins hat vor einigen Tagen den Beschluß gefaßt, die von dem verstorbenen Frhrn. v. Bibra dem Vereine zugedachte Erbschaft nicht anzutreten, da die Vermögensverhältnisse des Erblassers nach genauen Erhebungen auf dem Stadtgericht in Schweinfurt wahrhaft hoffnungslos sich herausgestellt haben. Laut der gerichtlichen Inventur beträgt das aus Grundstücken bestehende Aktivvermögen 33,504 fl. 21½ kr., die von 177 Gläubigern angemeldeten Schulden dagegen 96,717 fl. 1¾ kr. Ob der Erblasser gar keine Einsicht in den Zustand seiner Vermögensverhältnisse gehabt, oder ob er gemeint, der Verein werde sich bei seinen Schulden betheiligen, vermögen wir nicht mit Bestimmtheit zu entscheiden, obschon das Erstere wahrscheinlicher ist.

**Baden.** * Karlsruhe, 25. Jan. In Folge neuer Vorschläge zur Unterstützung der Fabriken fand heute Abend eine Kommissionssitzung Statt, welche dem Vernehmen nach sehr stürmisch war und dazu führte, daß berathen worden solle, ob andere als die bereits beschlossenen Anträge an die Kammer gebracht werden sollen. Die auf morgen (Mittwoch) anberaumte Kammersitzung wird daher nicht stattfinden und die Diskussion über die Fabrikfrage auf Donnerstag, wenn nicht noch weiter verschoben.

# Karlsruhe, 25. Jan. In Nummer 22 Ihres geehrten Blattes befindet sich ein Artikel vom Neckar, datirt vom 20. d. M., worin die Verhältnisse der Ettlinger Spinnerei und Weberei ganz falsch angegeben sind, und da es dieser Fabrik in gegenwärtigem Augenblick viel daran gelegen sein muß, daß ihre Lage in Wahrheit, und nicht einseitig und ungenau dargestellt werde, so werden Sie wohl die Güte haben, folgende Berichtigung Ihrem nächsten Blatte beizufügen: Die Ettlinger Spinnerei hat mit einem Aktienkapital von 1,200,000 Gulden angefangen; die fes ist das einzige Richtige, was jener Artikel nachweist; alles Andere aber ist nicht richtig. Denn dieses Aktienkapital von 1,200,000 Gulden fand sich laut Bilanz vom 31. Dezember 1846 nicht nur unangetastet vor, sondern es fand sich noch ein Ueberschuß von fl. 72,251. 48. im Stande am Ende 1847, welcher nur approximativ unter Berücksichtigung des Inventariums und des Anzugs der Konkurrenz-Bücher gemacht werden konnte, zeigt sich im Aktiva auch wieder ein Ueberschuß von mehr als fl. 1,200,000. Wenn alse der H. Ministerialreferent Bekk in seinem Vortrag das Vermögen der Spinnerei zu fl. 438,280. 18. anschlägt, so hat derselbe einen Minderwerth, also eine Amortisation von etwa fl. 800,000 für die Gebäulichkeiten und Maschinen angenommen, auf welchen vorher nur deßwegen nicht mehr als fl. 62,592. 1. amortisirt war, weil von den fl. 121,531 4., welche bereits abgeschrieben sich befanden, fl. 58,939. 3. wieder zur Deckung des Verlustes gebraucht werden mußten, den die Fabrik 1842, in Folge der Einfuhr geschlichteter Zettel, zum gleichen Zeit der rohen einfachen Garne erlitt, und welches auch das einzige Jahr war, seitdem die Fabrik arbeitet in welchem dieselbe einen Verlust machte. Der Artikel vom Neckar sagt, daß die Ettlinger Spinnerei in 10 Jahren fl. 1,762,000 verloren habe; der Ministerialbericht gibt einen Reingewinn von fl. 191,000 an, Ersteres, eine Unwahrheit, braucht nach dem Vorhergesagten keiner weitern Widerlegung. Die Summe von fl. 191,000, welche sich im Ministerialbericht befindet, schient ein angenommenes Durchschnittsertrag zu sein, indem die wirklichen Erträge, welche die Ettlin ger Fabrik nach den bisherigen Inventaraufstellungen lieferte, im Ja hre 1846 fl. 248,111. 14.

„ „ 1845 „ 227,860. 1.
„ „ 1844 „ 189,000. —
„ „ 1843 „ 182,000. —

in den Jahren 1842, 1841, 1840 und 1839 eines in das andere fl. 140,000 sind.

Karlsruhe, 25. Jan. Was die drei Fabriken betrifft, so wurden von den Gläubigern des Hauses Haber, welches zugleich der Hauptgläubiger jener Ersteren ist, Kommissäre ernannt, welche, aus den Höchstbetheiligten gewählt, den Auftrag übernahmen, sich in Betreff der in Aussicht gestellten Zinsengarantie mit der geospferzogl. Regierung ins Benehmen zu setzen. Von dieser Kommission soll nunmehr ein Vorschlag zu Modifikationen ausgegangen sein, welche auf folgenden Grundlagen beruhen würden: 1) Die Staatsregierung genehmigt, daß die drei Fabriken für zum Betrag ihrer Passiva Partialobligationen, auf den Inhaber lautend, ausstellen, die mit 3½ Prozent verzinst und um 1 Prozent per Jahr amortisirt werden. 2) Die Staatsregierung übernimmt für die ersten 15 Jahre die Garantie der pünktlichen Zinszahlung und Amortisirung. 3) Zur Sicherstellung der Staatsregierung werden die übr. 4½ Prozent sich ergebenden jährlichen Einnahmen aus den Fabriken zu einem Reservefonds angesammelt, der dem Staate selbständig verwaltet wird, und wodurch nach einem mäßigen Ueberschlag innerhalb eines Zeitraums von 7 bis 8 Jahren jedes Risiko aus der übernommenen Garantie für den Staat verschwindet. 4) Den Besitzern der Partialobligationen wird die Besugniß eingeräumt, auf die nach laufender Garantiezeit des Staats zu verzichten, sobald der Reservefonds die Höhe von 30 Prozent erreicht hat. In einem solchen Falle stellt die Staatsregierung den ganzen Reservefonds zur Verfügung der Gläubiger, der zu ⅔ an diese, und zu ⅓ an die Eigenthümer, beziehungsweise Aktionäre, und E. Kepter ausgezahlt werden soll. 5) Sollten die Gläubiger von der im Art. 4 ertheilten Befugniß keinen Gebrauch machen, so dauert die Verwaltung des Reservefonds durch den Staat bis zum vollendeten 15. Jahre fort, und wird nach Aufhebung der Garantie den Gläubigern übertragen, um in der im vorstehenden Artikel bezeichneten Weise zur Vertheilung an die Gläubiger, beziehungsweise Aktionäre, zu gelangen. (K. Z.)

**Kurhessen.** Kassel, 20. Jan. Die Untersuchung gegen Wippermann ist vom Obergerichte in ihrer eigentlich kriminalistischen Richtung niedergeschlagen worden; dagegen dauert sie hinsichtlich der Beleidigung noch fort. Fr. Oetker, der vom Untersuchungsgerichte verlangt hatte, daß ihm der Gegenstand der Untersuchung, also das ver-

Digitized by Google

folgte Verbrechen, bezeichnet, auch derjenige genannt werde, von welchem seine Vernehmung verlangt oder veranlaßt worden sei, hat, wie man hört, den Ausschluß erhalten, daß es sich um eine Vernehmung „von Amts wegen" handle. Hr. Detker will sich mit dieser Ausklunft aber nicht begnügen, sondern hat sich mit einer Beschwerde an das Obergericht gewandt. (Köln. Z.)

** Kassel, 25. Januar. Ein eignes Verhängniß ruht auf der kurhessischen Ständeversammlung. Wiederum hat der Tod sich einen ihrer Mitglieder ausersehen — den Pfarrer Gerhold, dessen Wahl, anfänglich wegen der dabei, wie behauptet wurde, untergelaufenen Umtriebe, durch Bewohner des betreffenden Bezirks bestritten, von der Ständeversammlung für nichtig erklärt war, dann aber erneuert, wiederholter Anfechtungen ungeachtet, als rechtsbeständig angenommen wurde. Gerhold ist nun verschwunden; Stock, Hut, Manuel und Briefsache sind neben einem Wagen gefunden; es soll auch sein Körper darin entdeckt sein. Gewiß ist — Gerhold's Tod! Während der letzten landständischen Sitzung war er in großen Zweifeln über die Richtung, welche er seiner Abstimmung wegen der Legitimation des Barons v. Waitz gehen sollte; er hat seine innere Zerrissenheit darüber Andern mitgetheilt und ist mit dem Gedanken weggegangen, den Ständesaal zu verlassen, um sich jener Abstimmung ganz zu entziehen. Doch hat er derselbe nicht zur Ausführung gebracht, ist geblieben und stimmte, ohne Solches zuvor durch eine Rede motivirt zu haben, gegen die Zulassung des Barons v. Waitz. Dieser hat ernsthaft die Absicht gehabt, aus der Ritterschaft auszuscheiden, deren Depatirte sämmtlich sich gegen seine Legitimation als Abgeordneter der Stadt Kassel erhoben haben. Im Begriff, so hört man, den Abschiedbrief an die Ritterschaft abzusenden, ist er davon durch bürgerliche Freunde zurückgehalten. Lange Zeit hindurch hat Waitz die Ritterschaft würdig in der Ständeversammlung vertreten; jetzt hat sie ihn fallen lassen, um vielleicht einst selbst auf ihn zurückzukommen.

*** Gotha, 4. Jan. Daß im vorigen Jahre von Bürgern der Stadt Gotha eine Petition um eine landständische Verfassung an den Herzog gerichtet wurde, ist in diesem Blatte berichtet worden. Was von einer Genehmigung des Landesfürsten, zur Gewährung gesagt wurde, beruhte mehr auf einer allgemeinen Annahme, als auf Thatsachen. Es herrscht ein tiefes Schweigen darüber, was dafür bereits geschehen sei, und Niemand scheint dasselbe brechen zu wollen. Die Hauptschwierigkeiten dürften aber in Folgendem beruhen. Zuerst in dem Bedenken, für ein so kleines Land, wie das Herzogthum Koburg-Gotha, ist, 2 Verfassungen und 2 getrennte Ständeversammlungen zu bilden, und daß sich von dieser Seite eigenthümliche Schwierigkeiten ergeben, läßt sich wohl nicht läugnen. Dann in der Ansicht, daß die Regierung auf eine hartnäckige Vertheidigung und Festhaltung der sogenannten wohlerworbenen Rechte von Seite der Privilegirten stoßen und doch Bedenken tragen werde, ohne Zustimmung der gegenwärtigen Stände eine zeitgemäße Verfassung einzuführen. Wir halten es nicht für wünschenswerth, daß der Landesfürst ohne Rath der bestehenden Landesvertretung, wäre diese auch noch so mangelhaft, mit Ertheilung einer Verfassung vorschreite; es fragt sich jedoch auch, wieweit der Landesherr nach den allgemeinen staatsrechtlichen Normen an eine Mitwirkung dieser Landstände gebunden sei? Nun sind aber die Grenzen, welche der Regent gegenüber den Landständen in der Ausübung seiner Regierungsgewalt einzuhalten hat, und die rechtlichen Befugnisse der Landstände „bei uns" völlig im Unklaren. Soviel wird man mit Gewißheit annehmen dürfen, daß sich die Regierung für die Erhebung der Steuern an der Zustimmung der Stände gebunden halten wird. Mit der Gesetzgebung scheint es anders zu stehen. Von jeher sind Gesetze, und selbst sehr wichtige, tief eingreifende, ihrem Betrathe nicht unterworfen worden. Wollte der Regent also ein Verfassungsgesetz publiciren, so könnten die Stände für den Anspruch auf Mitwirkung ein bestimmt begründet, auch Präjudicien festgestelltes Recht schwerlich für sich aufstellen. Eine allgemeinere Norm dürfte sich aber in den Grundlagen des deutschen Bundesstaats finden. Zu der Zeit, als man sich nach dem europäischen Frieden mit der Konstituirung des neuen Deutschlands beschäftigte, war der Kaiser mit seinem Reich, das bereits früher eingesargt war, feierlich beigesetzt und wirklich todt erklärt worden, dagegen wurde aber ein Bund souveräner Fürsten, zu welchen auch der unsterge gehörte, errichtet. Jetzt ward, was früher der Verfassung des Reichs unterworfen gewesen war, selbstständig und unabhängig, jedoch insoweit als es sich nicht einer höhern Einheit, dem deutschen Bundesstaate, unterordnete. Die in dem Bundesstaate gelegene Ordnung der Dinge war die Bedingung, die erst souverän gewordenen Staaten waren das Bedingte, welches seine Wirklichkeit erst durch die volle Ausführung der Bundesverfassungen erlangen konnte. Zu dieser Bundesverfassung gehört der Satz, daß sämmtliche Gliederstaaten des deutschen Bundes nach landständischen Verfassungen regirt werden sollen. Es ist gewiß, daß der Bundesgewalt das Recht zusteht, die Einführung landständischer Verfassungen von den einzelnen Bundesgliedern zu erzwingen. Und es ist dieser Grundsatz vom Bunde selbst anerkannt worden. Der Begriff aber, was unter der verheißenen landständischen Verfassung zu verstehen sei, läßt sich nur historisch feststellen. Die Forderung der beschränkten Monarchie entsprang aus der preußischen und dann allgemein deutschen Erhebung vor und in den Freiheitskriegen. Das Versprechen der Fürsten, insbesondere des Königs v. Pr., die politischen Rechte des Volks durch eine Konstitution mit Volksrepräsentation festzustellen, war eine Errungenschaft jener Zeit für die deutsche Nation, zu deren Gewährung man als nothwendig erkannt, auf der einen Seite die Konstituirung eines großen Bundesstaats, welcher dem deutschen Volke in der Wachtvereinigung seiner Stämme das Gemicht einer Nation dem Auslande gegenüber verleihen sollte, auf der andern Seite die Einführung der Konstitution oder, wie man sich ausdrückte, der landständischen Verfassung in den einzelnen Staaten. Hätte man nicht jenes neue Staatsprincip, und zwar einheitlich für das Bestreben des deutschen Staatskörpers nothwendig erkannt, so würde man es füglich den einzelnen Bundesgliedern überlassen haben, sich diese oder jene Verfassung zu geben oder es beim Alten zu lassen. Hiernach muß also jeder deutsche Souverän, um ein deutscher Bundesfürst zu sein, mit einer das Volk betheiligenden Verfassung, er kann nicht absolut regieren. Streng genommen, ist der in der Bundesakte geschlossene Bund erst dann rechtlich ganz zu Stande gekommen, wenn alle Bundesstaaten landständische Verfassungen haben, und jeder deutsche Bundesfürst ist als solcher seinem Volke gegenüber rechtlich in die Lage versetzt, eine landständische Verfassung einzuführen.

(Schluß folgt.)

**Schleswig-Holstein.** Kiel, 23. Jan. Die von der Herz. mitgetheilte Nachricht vom Tode des Königs von Dänemark, die auch in die D. Z. überging, war voreilig; dagegen schreibt der Hamb. Korr.: Mehrere mit der gestern Abend ausgegebenen Kopenhagener Post angelangte Privatbriefe melden übereinstimmend, daß der Zustand des Königs sich so sehr verschlechtert habe, daß die Aerzte denselben aufgegeben und binnen wenigen Stunden dem Ende entgegengesehen hätten. Der König hat bei seinem Bewußtsein in Gemeinschaft mit der Königin das Abendmahl genommen und seinem Sohne, dem Kronprinzen Frederik, seinen Segen ertheilt. Der ganze Schloßhof war mit Tausenden tiefbetrübter Menschen angefüllt.

**Schweiz.**

= Vom Rhein, 25. Jan. Die officiellen Aktenstücke, welche Hr. Guizot den Kammern vorgelegt, haben eine für ihn unerwartete und unermüdliche Vervollständigung erhalten; der franz. Staatsmann wollte nur seine Verhandlungen mit den großen Kabineten der Oeffentlichkeit preisgeben, jetzt ist man ihm von anderer Seite zu Hilfe gekommen und man erfährt einen Theil seiner Wirksamkeit beim Sonderbunde genauer beleuchtet. Die eidg. Repräsentanten im Kanton Wallis nämlich haben dort über die letzten Tage des verschiedenen Sonderbunds geschichtliche Nachforschungen angestellt und die Ergebnisse in einem officiellen Bericht an die Tagsatzung zu weiterer Benutzung niedergelegt. Aus diesem Aktenstück (datirt von Sitten den 12. Jan.) ergeben sich folgende nicht uninteressante Thatsachen. Schon im Aug. 1847 gab Bois-le-Comte die Versicherung, Frankreich werde eine große Truppenmasse bei Gasel und — Genf concentriren; diese Anfage, wie manche andere, blieb freilich unerfüllt. Wie nun die Lage der gewaltsamen Entscheidung nahegerückt war, da erschien der franz. Kubitee d'Hamont am 13. Nov. zu Sitten, nahm dort Rücksprache mit den geistlichen und weltlichen Führern und eilte dann nach Luzern. Am Tage vor dem Treffen bei Gisikon traf er im sonderbündischen Hauptquartier ein, unterrichtete sich über die Lage des Bundes und eilte über Sitten zurück. In demselben Augenblick (24. Nov.) erschien ein anderer franz. Agent (dessen Name der Bericht nicht ganz bestimmt angeben kann, der aber vielleicht Frenstee hieß) im Wallis, sprach von der Note der fünf Mächte und stellte die wirksame Unterstützung des Auslandes in Aussicht, wenn man noch einige Zeit Widerstand leiste; dasselbe wollte er in Luzern besorgen. Auf dem Wege begegnet ihm d'Hamont, der von Luzern zurückkam, zu Andermatt trafen sich die Chefs des sonderbündischen Kriegsraths nebst Siegwart-Müller und begab sich mit ihnen über die Furka nach Wallis zurück. Zu Brog ward jetzt große Konferenz gehalten; der französische Agent kam mit Siegwart und B. Meyer überein, daß Wallis der Sitz des sonderbündischen Hauptquartiers sein und der Kampf wenigstens noch vier Tage fortgesetzt werden sollte, inzwischen würde er nach Frankreich ei-

Digitized by Google

len und die förmliche Bitte des Sonderbundes um fremde Intervention an die rechte Adresse bringen.

Der Staatsrath von Wallis, in allen diesen Händeln ohne Einfluß (denn der Eindruck der Chorherrn de Rivaz, Kalbermatten, Courten waren die wahren der Dinge) wurde nun durch eine Mittelsperson um eine Unterstützung dieser Siegwart'schen Plane angegangen — weigerte sich aber aus sehr natürlichen Gründen, dazu die Hand zu bieten. Auch Hr. Fenestre selbst suchte den Staatsrath auf gefällige Gedanken zu bringen (27. Nov.); umsonst, die Leute blieben eigensinnig bei ihrer Weigerung, den Kanton zum Schauplatz eines erneuerten Kampfes zu machen, und der französische Agent reibt voll Unmuth und mit lauten Klagen über die Mathlosigkeit des Sonderbunds nach Hause zurück. Auch die Copie eines Briefes von Bois-le-Comte, die Siegwart öffentlich zeigte, und worin eine günstige Lösung versprochen war, wenn man noch ein paar Tage Widerstand leiste, machte nicht den Eindruck, den das Oberhaupt des Sonderbundes erwartet hatte. — Eine von den Lücken, die Guizots jüngst veröffentlichte Aktenstücke zurücklassen, wäre also ausgefüllt. Sie haben jüngst bei Beurtheilung dieser Aktenstücke darauf hingewiesen, wie Manches darin unerklärlich und unbegreiflich sei, wenn man nicht annehme, daß Guizot auf andere Eventualitäten rechnete; in der That suchte er diese Eventualitäten nach Kräften vorzubereiten und während er in London sich nachsichtig von Lord Palmerston das Concept corrigiren ließ, führte er in Wallis, um dem sterbenden Sonderbunde noch ein paar kurze Athemzüge zu verschaffen. Aber Lord Palmerston hatte nichtsdestoweniger gerechnet; die Ereignisse, sagte er in denselben Tagen, wo die Guizot'schen Agenten über den Simplon und die Furka eilten, die Ereignisse kommen und zuvor und die Vermittlung fällt weg. Die Vermittlung? Eine treffliche Vermittlungspolitik, die mit der einen Partei tagt und hohen Rath hält, um die schon verlockenden Zinken eines unglücklichen Bürgerkriegs neu anzusachen! In der That, es ist ein fatales Zusammentreffen, die freundliche Vermittlungsnote — und in demselben Augenblick der schlagende Beweis, mit welch erbahrener Unparteilichkeit das französische Cabinet seine Mittlerrolle begriffen und durchgeführt hat! Bei dem Ernsten Montalembert mag Hr. Guizot an Zutrauen gewinnen, bei der ehg. Tagsatzung schwerlich.

☽ Bern, 21. Jan. Ein sehr folgenreicher Beschluß des Gr. Raths ist die Reorganisation der Hochschule und die sich daran knüpfenden Konsequenzen. Die wichtigsten Veränderungen, welche nach einer dreitägigen ersten Berathung des Gesetzes unserer Universität in Aussicht stehen, sind vor Allem die Aufhebung der lebenslänglichkeit der Professuren und die periodische, wahrscheinlich alle 6 Jahre wiederkehrende Bestätigung oder Wiedererwählung der Professoren. Die Nachtheile, welche dieser Beschluß und seine definitive Ausführung unvermeidlich nach sich ziehen würden, sind unverkennbar. Abgesehen von dem großen Unterschied, welcher zwischen einer politischen Beamtung und einer wissenschaftlichen Anstellung besteht, wird durch diesen Beschluß gerade das herbeigeführt, was man entfernen will, nämlich die Nothwendigkeit der Anstellung von so vielen fremden Lehrern im Lande. Wenige Inländer werden bei den beständigen politischen Schwankungen in der Republik und der durchaus abhängigen Stellung, welche nach diesem Beschluß die Universität künftig hat, sich dem Lehrfach widmen. Hat nun dieses Gesetz die unausbleibliche Folge, daß, wie die Hochschullehrer, so auch die Lehrer an den Mittel- und Primarschulen, und sicher auch die Geistlichen, auf die es hauptsächlich abgesehen scheint, einer periodischen Wiedererwählung unterworfen werden, so wird sehr bald ein großer Mangel an Berner Lehrern in Kirche und Schule eintreten, und massenweise werden die Fremden einwandern. Ferner wird aber auch die Hochschule bemerkbar leiden. Die tüchtigsten Männer müssen suchen, anderswo einen Wirkungskreis zu finden. Die Zurückbleibenden gerathen in eine unerträgliche Abhängigkeit von den Behörden und werden, wenn sie nicht in Gefahr gerathen wollen, ihre Stelle zu verlieren, gar zu leicht Werkzeuge der Regierungsgewalt. Da die Tüchtigkeit der Lehrer bei uns hauptsächlich nach der Zahl ihrer Zuhörer beurtheilt wird, so wird die Unabhängigkeit der Lehrer auch von dieser Seite gefährdet. Trägt ein Lehrer politische Doktrinen vor, welche den Studenten nicht gefallen, so brauchen diese nur sich zu verabreden, keine Vorlesungen mehr bei dem betreffenden Lehrer zu hören, und das Urtheil des Publikums und der Behörden wird, wie die Sachen bei uns stehen, sich bald gebildet haben. Es heißt: der oder jener Professor hat seit so und so vielen Semestern wenige oder keine Zuhörer; also taugt er für uns Nichts, und kommt die Zeit seiner Bestätigung, so ist sein Schicksal kaum zweifelhaft. Also wird der Beschluß Augendienerei gegen die Regierungsräthe und Schmeichelei gegen die Studenten zu Folge haben. Daß nicht einzelne, vielleicht viele charaktervolle Männer sich finden werden, die unbekümmert um das Urtheil der Menge ihren geraden Weg gehen, ihrer Unabhängigkeit bewahren, komme auch, was da wolle, wer möchte dies nicht hoffen und voraussehen? Daß aber die Gesinnung eines Gegentheils nahe liegt, dürfte kaum bestritten werden. Freilich muß auch gesagt werden, daß die öffentliche Meinung besonders in Republiken eine gewaltige Macht ist, die oft vor Willkürmaßregeln der Regierung schützt, oder sie zwingt, begangenes Unrecht bald wieder gut zu machen; jedoch ist bei dem vorwaltenden Parteikampfe gerade der Lehrer am Wenigsten geschützt vor rücksichtsloser Behandlung. Man hofft zwar, der gestalte Beschluß werde bei der zweiten Berathung, die in 3 Monaten stattfinden soll, wieder zurückgenommen, da die einsichtsvollen Männer, wie Niggeler, Stämpfli, Schneider rc. dagegen sind, und die Presse wird gewiß ihr Möglichstes thun, um diesen Schlag von unserm Erziehungswesen abzuwenden. — Die übrigen Veränderungen, welche die Hochschule nach dem neuen Gesetz leidet, sind: die Oeffentlichkeit der Senatssitzungen, eine Einrichtung, welche von der Mehrzahl der Professoren — wie es im Gr. Rathe hieß, der aristokratisch gesinnten — sehr ungern gesehen wird; ferner die Ausstellung einer Studentenkommission, die aus drei Mitgliedern besteht, die nicht zugleich Lehrer an der Hochschule sein dürfen und vom Regierungsrathe gewählt werden. Sie ist eine bloß berathende Behörde in allen die Administration des Unterrichts betreffenden wichtigen und dirigenden Einrichtungen und Verfügungen namentlich in allen Sachen dieser Art, welche sich auf die Organisation der Vorträge und der Subsidiarsanstalten, sowie auf die Lehrämter und das Lehrerpersonal als solches beziehen. Man beabsichtigt, durch diese genannten Einrichtungen die Hochschule wieder mit der öffentlichen Meinung, die seit einiger Zeit besonders leidenschaftlich gegen einige mißliebige Professoren aufgetreten ist, auszusöhnen und populärer zu machen. Auch die Stellung des Senates zu den Fakultäten ist verändert worden, indem dem Senat eine größere Einwirkung auf die ganze Hochschule eingeräumt wird. An die Stelle der bisherigen 4 Fakultäten sind 5 gesetzt worden, indem noch eine polytechnische hinzugekommen ist. Der Unterschied zwischen den ordentlichen und außerordentlichen Professoren ist aufgehoben. Von den Studirenden wird mehr gefordert; denn §. 44 sagt: In den Maße, als das gesammte Unterrichtswesen seine volle Wirksamkeit entfalten wird, soll von den Inländern und Angehörigen der mit Bern in Recipvcität stehenden Kantone, welche dem Studium einer ganzen Fakultätswissenschaft sich widmen wollen, für welches besondere Gesetze und Verordnungen nichts Anderes verlangen, derjenige Grad von Vorbildung gefordert werden, welcher in der obersten Klasse der Mittelschule erworben wird. Dieser Grad von Vorkenntnissen ist alsdann durch ein Abgangszeugniß von den genannten Schulen oder durch eine Prüfung von einer durch die Erziehrektion zu ernennende Kommission nachzuweisen. Diese Bestimmung ganz besonders ist ein sehr erfreulicher Fortschritt, da bisher bei der Immatrikulation fast nicht nach einer genossenen Vorbildung gefragt wurde; nur an die Theologen stellte man bestimmte Anforderungen.

Bern, 22 Jan. Die Bern. Z. berichtet: „Den Hrn. General Dufour wird einstimmig das Ehrenbürgerrecht ertheilt und beschlossen ihm den Dank des Vaterlandes durch eine Ehrendeputation des Regierungsrathes auszusprechen.“ Die schon gestern erwähnte Proklamation der Tagsatzung an die Armee sagt unter Anderm: Ihr habt Euch bei mehreren Gefechten ausgezeichnet: Lunnern, Gelswyl, Muri, das Gehölze des Daillettes und das Fort St. Jeques Bertigny, Escholzmatt, Schüpfheim, Gisliton und Meyerskappel sind die vorzüglichsten Zeugen Eurer Begeisterung und Eueres Muthes gewesen. Angesichts von Gegnern, welche Schweizer, und tapfer wie Ihr, oft tapferer waren, habt Ihr einen Sieg davon getragen, der um so größern Werth hat, als Ihr öfters kräftigen Widerstand gefunden hat. Mittelst der Kraft und der Raschheit, mit welcher Ihr die Beschlüsse der Räthe der Nation ausgeführt habt, mittelst Eurer Hingebung, Eurer Ausdauer, Eurer militärischen Ausbildung, Eurer Mannszucht, der Geschicklichkeit Eurer Führer hat die Schweiz ihren Ruhm verjüngt, ihren Namen geachtet gesehen und wieder einen ehrenvollen Rang unter den Nationen eingenommen. — Sie rühmt auch die Mannszucht, ein Ruf, der nicht geschwächt werden könne durch die Unordnungen welche verschiedenen Militärs, die bereits den Gerichten überwiesen sind, zur Last gelegt werden, weil die ehg. Armee nicht für verantwortliche Handlungen, deren Angahl und Schwere übrigens glücklicher Weise sehr übertrieben worden, gemeinverantwortlich ist. Am Schlusse erklärt die Tagsatzung, die ehg. Armee habe sich um das Vaterland hoch verdient gemacht. — Jedem Einzelnen wird ein Exemplar dieser Proklamation übergeben.

Digitized by Google

Schwyz, 23. Jan. Ich berichte mich, Ihnen das soeben hier bekannt gewordene Gesammtergebniß der heute an den Bezirksgemeinden stattgehabten Abstimmungen über den neuen Verfassungsentwurf mitzutheilen. Wie erwartet, hat Schwyz verworfen, dabei aber die Genugthuer zur Annahme ausgesprochen, wenn eine Gebietsentheilung in 4 Bezirke oder die bisherige beliebt und vom Wechsel des Sitzes des Kantonsraths abgestanden würde. Dagegen haben angenommen Senkan, March, Einsiedeln und Küßnacht, und in entscheidender Weise verworfen: Wollerau und Pfeffikon. Mit einer Mehrheit von circa 600 Seelen ist daher die neue Schöpfung verworfen. (K. Z. Z.)

## Niederland.

Niederländischen Blättern zufolge liegen dem Staatsrath 26 Gesetzentwürfe, die sich auf die Durchsicht oder Verbeutlichung des Grundgesetzes beziehen, zur Berathung vor. Darnach zu schließen würde die Aenderung des Grundgesetzes sich mithin auf 26 Punkte beziehen. — Man erinnert sich noch, daß die Thronrede auch eine Verminderung der Schuldverzinsung in Aussicht stellte. Die liberale Opposition dringt darauf, daß dieselbe vorzüglich zur Ermäßigung des Briefporto und der Salzauflage benützt werden möchte. Auch in Holland beträgt die Abgabe, die von diesem unentbehrlichen Bedürfniß der unbemittelten Volksklassen erhoben wird, den sieben- bis achtfachen Werth des Salzes. Das Salzregal ist noch fast in ganz Europa eine drückende Ungerechtigkeit gegen den mindervermögenden Mann, dessen Mahl so häufig nur in Brod, Kartoffeln und Salz besteht. Wie viele Thränen liefen an den Millionen, die es aufbringt! Das Steuersystem hat sich in manchen Ländern heutigen Tages so vertheilt gestaltet, als sei es darauf berechnet, dem Armen das Essen als eine schlechte Gewohnheit zu verteufen. Auch für den Aufschwung wichtiger Nährzweige bildet das Salzregal ein fatales Hinderniß, man denke nur an Bodenverbesserung und an Viehfütterung mit Hülfe wohlfeilen Salzes. In England hat man das längst eingesehen, auch in Frankreich will man dem Bedürfniß der Armen und der Industrie zu Hülfe kommen. Und in Deutschland?

Die Friesen schrinen Winters alle politischen und kirchlichen Fragen zu vergessen vor den lauten Freuden des Eises. Die holländischen Blätter sind angefüllt mit Berichten über friesische Festlichkeiten und Wettkämpfe auf Schlittschuhen. In den andern Provinzen ist Schlittschuhlaufen ein Vergnügen, dem echten Friesen ist es eine Kunst, der es sich leidenschaftlich hinglibt. Ja, manche rüstige Friesen machen ein förmliches Gewerbe daraus, sie leben von Preisen und Prämien, die sie bei den Wettkämpfen gewinnen. Der Preis von 100 fl. und eine Prämie von 30 fl. ist alltäglich; bei manchen Wettrennen auf dem Eise (heißen nach der Volkssprache „reitet" der Schlittschuhläufer, „schaatsenrydery") kriegt der Preis auf 200, die Prämie auf 100 fl. In Leuwarden ward vor Kurzem „die Gefangennahme des Grafen Pesano und seine Befreiung durch den Räuberhauptmann Orsino, Fürst der Appenninen ꝛc." in Masken auf dem Eise vorgestellt unter dem Zulaufe einer unermeßlichen Menge zuschauender Schlittschuhläufer.

## Großbritannien.

London, 23. Jan. Das Morn. Chron. hatte in einem Artikel, aus dem wie in Nr. 24 die bezeichnendsten Stellen mitgetheilt haben, die Angriffe der Times auf die von Palmerston gegen Griechenland geführte heftige Sprache theilweise bestritten. Schärfe zurückgewiesen. Die Times sind die Antwort nicht schuldig geblieben, aber sie richten ihre Schläge, wie dies wohl in Deutschland geschehen würde, nicht gegen jenen Artikel selbst, eine solche zuletzt in Silbenstecherei übergehende kleinliche Polemik liegt den englischen Zeitungen fern, vielmehr greifen die Times, indem sie geschickt ihre Gereiztheit über die treffenden Zurechtweisungen des M. Chr. verdecken, die Politik Lord Palmerston's abermals im Ganzen und Großen an. Hierbei verfahren sie jedoch, als ob sie über Sache selbst nicht recht gewiß wären, mit großer Rücksicht und Schonung, sie sagen nicht, Palmerston sei von den konservativen Grundsätzen der früheren Politik Englands abgefallen, sie heben selbst mit Nachdruck hervor, daß Canning's und Wiuse's Stimmungen nur der Förderung des gemäßigten Fortschritts, der nationalen Unabhängigkeit der Schweiz und Italiens und gerade dadurch der Erhaltung der Ruhe und des Friedens in Europa dienen sollen; aber sie sagen: Palmerston stehe bei den Höfen und Kabineten Europas in dem Verdacht, der Gegner aller Regierungen und der Freund aller Volkserhebungen zu sein, und dieser Verdacht reiche leider hin, England in Mißkredit und um das Vertrauen seiner ältesten und festesten Verbündeten zu bringen. Diesem Verdacht habe Palmerston durch seine gegen die griechische Regierung gerichteten Ausfälle neue Nahrung gegeben; an allen (?) Höfen Deutschlands fühle man die Beleidigungen mit, welche dem Hofe zu Athen widerfuhren — wobei dieses Blatt wahrzunehmen und zu bemerken vergißt, daß die Anschuldigungen Palmerston's nicht sowohl dem griechischen Throne gelten, als einer gewissen Partei, von deren Einflüssen der Thron, und welche ihrerseits wieder von den Einflüssen der Tuilerien oder des kaiserlichen Palastes in St. Petersburg beherrscht wird, abhängig ist. Oder wenn diese Partei es mit dem Glück und der Ehre Griechenlands aufrichtig meinte — wie könnte sie dem griechischen Minister den Rath ertheilen, sich in der Mussurus'schen Angelegenheit vor der Pforte zu demüthigen und gegen das mächtige England mit herauszufordern. Trotz aufzutreten? Jene Demüthigung hat das Ansehen der griechischen Regierung in einer Weise erschüttert, daß ihr Benehmen gegen England, welches unter andern Umständen gerechtfertigt sein würde, nur um so zwecklofer und kleinlicher erscheint. Griechenland hat in diesem Falle seine Aufgabe der alterschwachen machtloser Pforte und dem seine Meere und Küsten beherrschenden England gegenüber gänzlich verkannt und es wird früher oder später seine falsche Stellung entgelten müssen.

Die konservativen Times haben mit einer großartigen Gemüthsruhe, welche den Engländern, selbst den konservativsten eigen ist, sich nicht gewundert, den Brief eines Irländers, Namens Higgins, zu veröffentlichen, worin dieser offen die Times bezichtigt Hauptleiter der sächsischen Barbarei zu sein, die Aufruhr und Mord beschönigenden Pamphlete und Sendschreiben des Erzbischofs von Tuam in Schutz nimmt und schließlich behauptet: die in Irland begangenen Mordthaten seien zwar gräßlich genug, aber in ihren Ursachen lange nicht so gegläßlich, als die in England begangen wäeden, hier morde der Vater sein Kind, das Kind seinen Vater, der Mann sein Weib u. s. w., der Kelte dagegen morde höchstens einen Gutsherrn oder seinen Beamteren; Paddy, im Anfall wilden Rachegefühls, morde ungefehlich den Menschen, welcher gesetzlich seine Familie gemordet habe, John Bull schneide mit kaltem Blute seinem Vater den Hals ab, ermürge sein Weib, vergifte sein Kind; eine Zwangsbehil in Irland belege Schießgewehre und Pistolen mit Beschlag, eine englische würde sich gegen Apothekerbüchsen, Knöpftücher und Rasirmesser richten müssen. Es liegt ein wahrhaft gräßlicher Humor, eine Art ins Wilde verzerrter Wahrheit in dieser Parallele.

Das M. Chr. stellt über das Dilemma, worein sich die französische Regierung in Betreff Abdel-Kaders befindet, neuerdings eine Betrachtung an, worin es unter Anderem heißt, wenn man die Bedingungen nicht erfülle, auf die sich der arabische Held dem Herzog v. Aumale ergab, so werde man auf den Herzog einen unauslöschlichen Makel, und wenn Aumale so viel Ehrgefühl habe wie Joinville, so müsse er wie dieser seiner Stellung entsagen. Lächerlich sei es, wenn die französischen Journale versicherten: wenn Abdel-Kader nur erst in Paris sich befinde, so werde es erst wissen, was Frankreich sei, und nirgends sensiwo zu leben wünschen. „Die Neapolitaner" sagt das M. Chr. weiter, „haben das Sprichwort: Neapel sehen und dann sterben! Bei den Franzosen lautet es: Sich' Paris, und dann, wenn Du es vermagst, versuche noch anderswo zu leben. Ein Volk, welches glaubt, daß die Feindschaft eines Helden wie Abdel-Kader durch ein gewisses Maß Pariser Volluste würde gemacht werden kann, welchem es ganz natürlich scheint, daß er freiwillig den Rest seines Lebens unter denen zubringen werde, denen er und sein Volk ihren Ruin verdanken, muß ganz seinen Begriff von der eigentlichen Bedeutung des Wortes Feindschaft haben."

*Nach einer Korrespondenz in der Berl. allg. Kirchenz. hat ein englischer Philanthrop über die Wirksamkeit der englischen Presse in einem Werk: „the power of the press" folgende genaue statistische Nachrichten angestellt. Die Summe der jährlich erscheinenden Nummern nichtreligiöser Zeitschriften, Zeitungen, Sonntagsblätter u. s. w. beträgt 28,862,000. Diese ungeheuren Masse setzen gegenüber die Schriften der Traktat- und Bibelgesellschaften, welche eine religiöse Tendenz haben, mit 24,418,620 Nummern. Die letztgenannte Literatur hat daher gegen die erstere noch ein Defizit von 4,443,380 und deßhalb geht man mit dem Plane um, eine billige Wochenschrift zu gründen, welche dem Interesse der Wohlthätigkeit und Religion, in Verbindung mit den Interessen der Nonconformity, des Protestantismus und den Grundsätzen gleichmäßiger und allgemeiner Freiheit gewidmet sein soll.

## Frankreich

Paris, 24. Jan. Nachdem die Kammer vorgestern, Sonnabend, die allgemeine Erörterung des Preßgesetzentwurfes beendigt, begann sie in dieser heutigen Sitzung die Verhandlungen über die einzelnen Paragraphen desselben. Der erste Paragraph, welcher von der glücklich überstandenen Theuerung spricht, gab Hr. Gautier de Rumilly Veranlassung, nochmals auf die Nachtheiligkeiten zurückzukommen, Digitized by Google

**Preußen.** Elbing, 18. Jan. Es ist in der D. Z. schon der Adresse der Stadt Elbing an den Vereinigten Ausschuß für die Berathung des neuen St.G.B. gedacht worden. Der Antrag auf eine solche Adresse war von den Stadtverordneten mit 43 gegen 7, vom Magistrate einstimmig angenommen, die Denkschrift selbst und ihr Begleitschreiben an den Abg. v. Auerswald von ersterem mit 48 gegen 5, von letzterem wieder einstimmig genehmigt worden. In dem Begleitschreiben sprachen beide Behörden ihre Ansicht von der Bedeutung des Ausschusses als eines neuen Abschnittes des Verfassungslebens in Preußen und von der hohen Wichtigkeit des Gesetzentwurfes und die Ueberzeugung aus, daß gerade d. Auerswald und seine Sinnesgenossen den reichen Segen ständischer Wirksamkeit darin suchen, daß sie sich im Einklange mit den Wünschen und Ueberzeugungen des Volkes fühlen, und daß sie vor allen Dingen nicht in Unkenntniß bessen schwehen wollen, was die Brust des Volkes bewegt und in ihr lebt. Die Denkschrift lautet ihrem ganzen Umfange nach so:

„Indem eine hohe Staats-Regierung den jetzt vorliegenden Entwurf, eines Strafgesetzbuches für den preußischen Staat schon vor dem Zusammentritt der Vereinigten Ausschüsse der Oeffentlichkeit übergab, hat es ohne Zweifel in ihrer Absicht gelegen, denselben nicht blos der Prüfung und Begutachtung dieser ständischen Versammlung vorzulegen, sondern ihn auch zum Gegenstande der allgemeinen Beurtheilung zu machen. In der That gebietet auch die hohe Wichtigkeit des Gegenstandes, die in die tiefsten Verhältnisse eingreifende Wirksamkeit eines solchen Gesetzbuches die aufmerksamste Prüfung einem Jeden, der von dem Gefühl durchdrungen ist, daß ein Bürger dem Staat und dem Gesetze verfallen Ehrfurcht schuldig ist.

Es wird daher diese Prüfung in allen denjenigen Fälle eine zwiefache sein müssen, insofern sie den Entwurf des Strafgesetzbuches nicht allein an und für sich, sondern auch in seinem Verhältnisse zu derjenigen Versammlung betrachtet, welche gegenwärtig dazu berufen ist, den Entwurf zum Gesetze reif zu machen.

In letzterer Beziehung drängt sich zuerst die Betrachtung auf, daß namentlich die preußischen Provinzialstände es waren, welche auf dem ersten Vereinigten Landtage die Kompetenz der Vereinigten Ausschüsse zur Berathung des vorliegenden Entwurfes unter sich setzten, als sie verselbe ihnen vor der Ertheilung einer reichsständischen Versammlung von den Provinzialständen, also für damals verfassungsmäßig, berathen war. Jedoch durch eine vergleichende Prüfung des jetzt vorgelegten Entwurfes mit dem bereits früher berathenen ergibt es sich, daß der letztere Gesetzentwurf nur einzelne §. 28 über die Vermögensconfiskation beginnt und durch die Abschnitte über Begünstigung eines Verbrechens, über Hochverrath, über Verletzungen der Pflicht zum Widerstand, über unerlaubte Verbindungen, über Verbrechen gegen die Sittlichkeit, über Ehrverletzungen, über Zweikampf, über gemeingefährliche Verbrechen, über Verbrechen der Beamteten und über Polizeivergehen sich hindurchzieht, weder in dem alten Entwurfe enthalten war, noch in den neuen zur Berathung der Vereinigten Ausschüsse aufgenommen sei. Alle diese Bestimmungen dürften mithin durchaus neue Bogen, zu Belehrung eines der Vereinigte Ausschuß nur in Vorberathung treten, nur ein vorberathendes Gutachten abgeben kann.

Schon aus diesem nicht vorhergesehenen Umstande geht es als eine unabweisliche Nothwendigkeit hervor, daß zur Wahrung der ständischen Rechte, zur Herbeiführung eines über jeden Zweifel und jede Willkür erhabenen verfassungsmäßigen Zustandes und um der unverbrüchlichen Treue gegen die im Angesichte des Landes gegebenen Erklärungen willen, der Strafgesetzentwurf an den Vereinigten Landtag zu derjenigen schließlichen Berathung verwiesen werden muß, ohne die er nimmermehr ein Gesetz werden kann, nach welchem die Gerichte des Landes Urtheile zu sprechen befugt wären.

Aber auch ein anderer Grund, welcher mit der Verfassungsfrage nicht in durchaus unmittelbarer Verbindung steht, läßt die Verweisung des Entwurfes an den Vereinigten Landtag als eine nicht nur zu umgehende Nothwendigkeit erscheinen. Es liegt derselbe in der augenfälligen Mangelhaftigkeit des Entwurfes selbst, und dies führt nothwendig zu einem näheren Eingehen in den Inhalt desselben und zugleich in die von der Regierung gleichfalls veröffentlichten Motive.

In dieser Beziehung konnte man zunächst erwarten, daß in dem neuen Gesetze die einzelnen Bestimmungen so klar und deutlich gefaßt sein würden, daß Jedermann aus ihnen ersehen könnte, welche Handlungen verboten, welche Strafen für die Uebertretung der Verbote angedroht sind. Aber in dem Entwurfe selbst und ebenso in den Motiven ist das Gegentheil enthalten, das wenigstens ein Theil seiner Paragraphen nur von Rechtsgelehrten verstanden werden kann. So enthält unter Anderem das Einführungsgesetz für die Gesetzwortene der Rheinprovinz eine Anzahl von schärferen und deutlicheren Bestimmungen, während die Bürger derjenigen Provinzen, in welchen nur Schöffengerichte das Urtheil zu sprechen haben, mit den dunkleren und vieldeutigeren Ausdrücken des Strafgesetzbuches sich begnügen müssen. Es sagen ferner die „Motive" (S. 20 f.), daß die Bestimmungen des Entwurfes von 1843 über Vorsatz und Fahrlässigkeit darum weggefallen wären, weil es besser sei, von ihnen „im Strafgesetzbuche Abstand zu nehmen, als unbefriedigende Versuche zur Lösung wissenschaftlicher Fragen durch gesetzliche Bestimmungen zu erneuern." Ja, es wird eine nähere Bestimmung, was unter Gottesläugnung zu verstehen sei", aus dem Grunde nicht gegeben, weil, wie es in den „Motiven" (S. 49) heißt, „das richterliche Ermessen" über „den Begriff" derselben „durch die Wissenschaft am sichersten geleitet" werde. Der schlichte Bürger also, dem diese „Wissenschaft" fehlt, ist der Gefahr ausgesetzt, daß die „Wissenschaft" des Richters legend eine seiner Aeußerungen als Gotteslästerung ermißt und ihn demgemäß nach §. 148 zu Gefängniß- oder, freilich nur schlimmsten Falls, zu dreijähriger Strafarbeit verurtheilt.

Ebensowenig kann der Bürger mit Sicherheit den Umfang der Strafe im Voraus ermessen, welche im Falle eines begangenen Unrechtes ihn treffen wird. Und doch soll nicht nach der Willkür des Richters, sondern lediglich nach dem Maße des Unrechtes die Strafe abgemessen werden. Der Entwurf aber ermächtigt den Richter in sehr vielen Fällen, dasselbe Vergehen bald mit einer Haft von wenig Tagen oder Wochen, bald mit einer Freiheitsberaubung von mehreren Jahren zu bestrafen, ohne daß zugleich die Zumessungsgründe ihm angegeben wären. Es ist das selbst bei solchen Vergehen der Fall, durch die im Grunde nur eine sicherheitspolizeiliche Vorschrift verletzt wird, und welche lediglich nicht selten durch die elendsten Motive der Dankbarkeit, der Freundschaft, der Eltern-, Kinders- und Gattenliebe, wenn nicht gerechtfertigt, so doch ohne Zweifel entschuldigt werden können. So steht (§. 422 f.) auf der Verleitung eines Gefangenen und selbst auf der bloßen Beförderung seiner Flucht eine Strafe, die von 2Jährigem Gefängniß bis auf dreijährige Strafarbeit erhöht werden kann. Ja aber der Gefangene darf doch, oder der Landesverrathes überführt oder auch nur angeklagt, so trifft seinen Befreier oder den Beförderer seiner Flucht mindestens einjährige Strafarbeit; aber er kann auch zu jenjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt und wohl gar lebenslänglich auf Polizeiaufsicht gestellt werden. Daß innerhalb eines so weiten Spielraumes der Richter, wie die „Motive" sagen, genügende Mittel hat, die vermandtschaftlichen und sonstigen mildernden Verhältnisse zu berücksichtigen, bedi die ein Verbrechen oder eine Verletzung der Gerechtigkeit oft auf. Denn nicht von denjenigen Rücksichten, welche der Richter während der Untersuchung zu nehmen, welche er nach klarer Vorschrift des Gesetzes nehmen muß, darf die Strafe abhängen, mit welcher ein Vergehen oder Verbrechen bedroht wird.

Wenn es sich indeß allein um einzelne unklare Bestimmungen, wenn es sich nur darum handelte, daß in weiten Grenzen bei den Strafen, wenn es außerdem sich bloß um ein bald zu hohes, bald zu geringes Maß der einzelnen Strafbestimmungen oder etwa um solche Anormitäten handelte, wie die Verschärfung der durch Verkennung der Ehrenrechte und durch Ausstellung des Korbes und Abhauen der Hand, so würde es nicht nöthig sein, daß I. und 2). dann würde es dem Ver. Ausschusse wohl gelingen können, durch eine umfängliche Berathung diesen Uebelständen im Wesentlichen abzuhelfen. Aber es handelt sich bei der Zahl nicht bloß um einzelne, vereinzelte einzelne Punkte, sondern es handelt sich noch mehr um die Grundlage, auf welcher das ganze Gesetzbuch errichtet ist. Ihre Beschaffenheit eben ist es, die allen besonderen Bestimmungen ihren eigenthümlichen Charakter aufdrückt, so daß eine gründliche Verbesserung nur durch eine vollständige Umarbeitung auf einer anderen und gerechteren Grundlage erreicht werden kann.

Der Grund, auf welchem eine Handlung bestraft wird, darf niemals ein anderer sein als der, daß das Recht der Gesammtheit oder des Einzelnen absichtlich und in sie verletzt werden soll. Nur nach dem Maße dieser Absicht soll das Maß der gesetzlichen Rechtsverletzung sich richten. Es ist dabei nicht zu unterscheiden, ob die That an und für sich den ewigen Grundsätzen des Rechtes widerspricht, oder ob sie nur darum eine Rechtsverletzung in sich schließt, weil durch sie ein rechtmäßiges Gesetz verletzt wird. Der Unterschied allein treten wird. In dem letzteren Falle muß es an dem geringen Maße der Polizeistrafe zu erkennen sein, daß sie nur gegen eine Handlung gerichtet ist, welche an sich noch nicht an sich ein Unrecht ist, sondern die durch das Gesetz erst dazu gemacht wird.

Aber der Entwurf vermischt auf eine nicht zu rechtfertigender Weise die Kriminal- und die Polizeistrafe. So bedroht er das bloße Nachmachen von Münzen oder das Einführen falscher Münzen auch dem Auslande (§. 302 ff.) selbst dann mit einer Zuchthausstrafe von drei Jahren, wenn weder eine betrügerische Absicht der Verausgabung gar nicht zu beweisen ist. „Es soll", sagen die „Motive" (S. 79), „auf den Nachweis dieser Absicht gar nicht ankommen", weil „die Bestrafung dieses so sehr gefährlichen Verbrechens zu wenig sicherer sein würde", wenn es darauf ankäme. Man muß also, so dürfte man hinzufügen, die Gefahr nicht scheuen, daß ehrliche Leute als Betrüger zu bestrafen, damit die wirklichen Betrüger nicht hinter der Maske der Ehrlichkeit sich verstecken können. Ja, selbst wenn der Angeklagte den Beweis seiner Ehrlichkeit geführt hat, so soll er doch nach dem Entwurfe noch mit Kriminalstrafe, wenngleich ohne entehrenden Charakter. Und noch sagen die „Motive" selbst, daß bei dem „unbedingten Verbot" jedes Nachmachens oder Einführens mit einer Zuchthausstrafe von drei Jahren „ein Gesichtspunkt" aufgegangen wäre. Von, ohne diesem „eigentlich polizeilichen Gesichtspunkte" auch wenden ferner (§. 141) auch gewisse Verbindungen nicht etwa mit einer Polizei-, sondern mit einer Kriminalstrafe bedroht, „selbst wenn der Gegenstand oder der Zweck der Verbindung" wie es in dem Entwurfe heißt, „nicht unerlaubt ist." Ja, derselben Kriminalstrafe unterliegen auch Verbindungen, deren Zorn sogar eine erlaubte ist, sobald nur der Obrigkeit sie in einem einzelnen Falle verboten hat. Als Grund aber führen die „Motive" (S. 47) an, daß „der Polizeiverbote im Gesetz ein Inhalt gegeben werden müsse", um „dergleichen Verbindungen je nach dem Bedürfnisse des einzelnen Falles durch Strafen zu bedrohen, welche das polizeiliche Einschreiten nöthigenfalls überbieten können."

Da der Gesetzentwurf alles Polizei-Vergehen mit Kriminal-Strafen bedroht, so ist es ganz natürlich, daß er die Kriminal-Strafe auch in manchen Fällen, in denen sie an sich gerechtfertigt ist, wieder nur als polizeiliches Abschreckungsmittel benutzt. Ja, er hat die Strafe als eine Genugthuungssühnation nur darum wieder aufgenommen, damit er nicht um ein solches Mittel kürmer werde. Diese Strafe, so sagen die „Motive" (S. 17) „ist als Sicherheitsmaßregel mißlich und in vielen Fällen unentbehrlich." Namentlich soll sie von dem Verbrechen des Hochverrathes abschrecken. Denn so sagen wieder die „Motive", es „pflegen politische Verbrecher sich nicht so

Digitized by Google

sehr vor der Todesstrafe zu fürchten, als vor dem Gedanken, durch den Verlust ihres Vermögens ihre Familien in Noth und Elend zu bringen. Die Bürger sollen also von dem Verbrechen des Hochverrathes durch die Verantwortlichkeit einer Strafe abgeschreckt werden, mit welcher ihre unschuldige Familie bedroht ist. Aber auch diesen Familien gegenüber soll die Konfiskation nach dem Ausdruck der „Motive" zu einem „Schutzmittel für den Staat" dienen. Denn in dem häufig eintretenden Fall, daß ihnen das konfiscirte Vermögen wieder gegeben wird, sagen die „Motive", wird gerade der Umstand, daß die Angehörigen es nunmehr der Gnade des Landesherrn verdanken, ein Interesse erwecken, eine größere Anhänglichkeit an das Gouvernement in ihnen hervorzurufen." Man muß gestehen, daß die Verfasser der „Motive" kein zweckmäßigeres Mittel, um die Verwerfung dieser Strafart herbeizuführen, erfinden konnten, als die Anführung solcher Gründe für ihre Beibehaltung.

Indem der Strafgesetzentwurf auf diese Weise von der Grundlage des Rechtes vielfach auf die Bahn dieser Zweckmäßigkeit hinübergetreten ist, so hat er eben den einen höchsten dem sittlichen Bewußtsein des Volkes mit unvergänglichen Zügen eingegebenen Zweck, er hat die Verwirklichung des Rechts selbst fast aus dem Auge verloren. Es hat sich dadurch vielfach die Ansicht und Gemüthsbestimmungen der Redaktoren eingegebenen Zwecke unterzuschmieden. Doch ist es nicht zu läugnen, daß diese Zwecke auch als nothwendige Konsequenzen des göttlichen Gesetzgebers zum großen Theile erscheinen können. So will der Entwurf nicht blos materielle und formelle Rechtsverletzungen, er will auch womöglich die Gesinnung strafen, aus welcher solche Verletzungen möglicherweise hervorgehen können. Deshalb ist jeder Unterton als eine feindliche Kräften die dem Königthume nothwendig gebührende Ehre erhalten will, geht er nicht nur so weit, daß er, wie die „Motive" (S. 40 f.) sagen, auch die Ehre der verschonen Mitglieder unseres Herrscherhauses und ihrer Angehörigen, Angriffen", sondern „die Majestät der anwesenden Souveräne und deren Gemahlinnen, welche diese Souveränität besitzen, unter besonderen Schutz zu stellen" für „nothwendig" hält, sondern er will sogar dahin wirken, daß in den verbündeten Staaten der Geist, in welchem die Verfassung und das Recht jedes Staates regierenden Könige erhalten werde. Darum sollen nicht blos solche Aeußerungen und Handlungen, durch welche eine Beleidigung des Königs beabsichtigt wird, sondern es soll die erfahrungsmäßige Gesinnung selbst bestraft werden. Natürlich kann nur eine solche bestraft werden, sobald sie sich äußert; sie ist ferner nach den Grundsätzen des Rechtes einer Strafe nur dann unterworfen, wenn ihre Aeußerung in der rechtswidrigen Absicht zu beleidigen geschieht. Aber auch diese soll nicht den Gerichten überlassen, nicht anerkannt lassen; es genügt ihm vielmehr schon die absichtslose Aeußerung, um die aus ihr auch wider den Willen des sich äußernden hervorleuchtende ehrfurchtswidrige Gesinnung bestrafen zu können. Die Stände der Provinz Sachsen hatten bereits darauf hingewiesen, wie leicht durch unehrfurchtsvolle Aeußerungen oder Handlungen „absichtlich" sich erlaubt, bestraft werden solle. Aber die „Motive" (S. 39) erwidern darauf, daß durch das Wort „absichtlich" der Unterschied zwischen wirklicher Verletzung und der Absicht, sie noch strenger zu bestrafen erhoben werde, was zwischen bloßen Verletzungen der dem Könige gebührenden Ehrfurcht" verwischt werde. Ja, bei Gelegenheit der Verbrechen gegen die Religion wird es sogar mit ausdrücklichen Worten eingestanden, daß man die Gesinnung bestrafen will. Es sei „nothwendig", sagen die Motive (S. 50) „verwerfene Gesinnung angemessen zu brandmarken." Und danach bleibt sich auch selbst darin der Entwurf nicht konsequent, sobald es ihm darauf ankommt, das „religiöse Element" über die Gesinnung der Sittlichkeit zu stellen. Der Entwurf hatte nämlich in §. 250 des Entwurfes von 1843 denjenigen, der wissentlich eine Unwahrheit sagt, wenn ihm die sonst erforderliche Absicht des Eides im Vertrauen auf seine Wahrhaftigkeit erlassen ist, mit derselben Strafe bedroht, wie den, der eine Verletzung an Eidespflicht wissentlich selbst begeht. Der §. 156 des neuen Entwurfes dagegen bestraft nur den letzteren Fall, und zwar mit Verlust der Ehrenrechte und mit Strafarbeit bis zu drei Jahren. Den ersten Fall aber läßt er vollkommen frei, weil, wie die „Motive" (S. 52) sagen, eine Verschärfung dieser Art zwar eine namentliche Handlung sei, aber doch des „religiösen Elementes" vollständig entbehre.

Wäre nun mit solcher Abirrung auf das Gebiet der Zweckmäßigkeit blos dies eine Uebel verbunden, daß durch das Strafgesetz Zwecke verfolgt werden, welche gar nicht in seinen Bereich gehören, so könnten immerhin noch die Bürger durch bekannte Gesetze vor der Folge ausgesprochener Strafgesetze sich schützen. Aber ein Strafgesetzbuch, welches neben der Verwirklichung des Rechtes noch andere Zwecken dienen soll, muß nothwendig in mancherlei Fällen seinen Hauptzweck aufgeben um um der Nebenzwecke willen eine der Ehre des Staates überhaupt widersprechende Unsicherheit des Rechtes herbeiführen. Denn Nebenzwecke haben die Natur, daß sie erstens nicht überall und konsequent sich geltend machen, sondern in einzelnen Fällen um einen andern Zweckes willen auch aufgegeben werden; dann aber treten sie in anderen Fällen wieder mit einer solchen Selbständigkeit hervor, daß um ihretwillen der Hauptzweck vollständig vergessen wird.

Nun tritt in dem Entwurfe unter Anderm der Nebenzweck mit großer Entschiedenheit hervor, daß seine Bestimmungen als „Schutzmittel für den Staat" wirken. Jenes Wirken nach außen hin soll durch Strafe auch das Strafgesetz zu solchen Schutzmittel sein, wenn dasselbe als die unwandelbare Grundlage einer jeden staatlichen Thätigkeit auch bei der Anwendung von Strafen das Recht und nur das Recht anerkennt. Aber so ist es in diesem Falle nicht gemeint. Vielmehr soll nach der Absicht des Entwurfes der Staat seine Befugniß zu strafen, als ein Schutzmittel nicht blos für sein höchstes unwandelbares Interesse, sondern auch für die einzelnen wandelbaren Interessen des Augenblicks verwenden dürfen. So hat er in den §§. 92 und 125 den Begriff des Hochverrathes und der Verletzung der Obrigkeit über die Grenzen des eigenen Staates hinaus sogar auf den deutschen Bund ausgedehnt und im §. 94 die Bestimmung getroffen, daß jedes Unternehmen gegen einen mit Preußen „in anerkannem völkerrechtlichen Verhältnisse stehenden Staat oder dessen Regenten", das „gegen den König oder den preußischen Staat" gerichtet, „Hochverrath" sein würde, mit Strafarbeit oder Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren zu ahnden sei. Wäre nun, abgesehen von der Frage, wie unter einem anerkannten völkerrechtlichen Verhältnisse zu verstehen sei, dieses Bestimmung wirklich mit dem Rechte vereinbar, so dürfte ein solches Unternehmen auch niemals straflos bleiben. Aber nicht um der Gerechtigkeit, sondern nur um des sogenannten Staatsinteresses willen sollen unsere Mitbürger in gewissen Fällen mit so schwerer Strafe belegt werden. Denn „selbst außer dem Falle der Reziprozität", sagen die „Motive" (S. 57), kann die Regierung unter Umständen auch „in eigenem selbständigen Interesse dabei haben", „Hochverrätherische Unternehmungen gegen einen befreundeten Staat zu bestrafen." Natürlich kann die Regierung ausgenommen auch unter Umständen „in eigenen selbständigen Interesse dabei haben", ein eben solches Unternehmen gegen einen zwar nicht „befreundeten" aber doch auch „in anerkanntem völkerrechtlichen Verkehr" mit dem unserigen stehenden Staat nicht zu bestrafen. Aus diesem Grunde, und ein anderer ist unterdessen dar, darf die Untersuchung wegen eines Vergehens solcher Art „nur auf den Antrag der preuß. Regierung" eingeleitet werden. Ferner sehen in Betreff der inneren Verhältnisse der Entwurf und seine Motive ein wahres „Schutzmittel für den Staat" nicht immer darin, daß sie strenge Strafen und Mißtrauen der Bürger gegen Jedermann ohne Ansehen der Person des Verbrechers durch die Gesetze und die Gerichte des Landes geschützt werde. Im Gegentheil suchen sie es vorzugsweise in der unbedingten Unterwürfigkeit der Behörden und ihrer Beamteten, indem sie sogar Rechtsverletzungen und Gesetzwidrigkeiten, die sich die Beamteten des Staats gegen ihre Mitbürger zu Schulden kommen lassen, gegen die Unerbittlichkeit der strengen Rechte Schutz angedeihen. Es zeigt sich dies in mehreren gegen den Entwurf gerichteten Motive der Entwurf noch nicht beseitigen. Durch ihn wird nicht aufgehoben das Gesetz vom 11. Mai 1842 und das vom 29. März 1844. Jenes ordnet bestimmt (§. 1), daß Beschwerden über polizeiliche Verfügungen jeder Art selbst wenn sie die „Gesetzmäßigkeit" betreffen, nicht vor die Gerichte, sondern „vor die vorgesetzte Dienstbehörde" gehören; dieses aber setzt (§. 5) fest, daß auch die gerichtliche Untersuchung, wegen einer „Amtsverbrechens", „nur auf den Antrag der vorgesetzten Dienstbehörde eingeleitet werden" darf. Ueber diese beiden Bestimmungen hatten die Motive (S. 102) keinen Zweifel, indem sie das „Dienstinteresse" als den Hauptgesichtspunkt bezeichnen und dadurch dahin wirken als ob von Prüfung der Rechtsgültigkeit einer Verfügung, das man höher stehe das höchste Palladium der Rechtssicherheit zu ehren und heilig zu halten gewohnt war. Man wird dagegen einwenden, daß der allgemein gehaltene Charakter preußischer Behörden einen Mißbrauch derartiger Vorrechte nicht befürchten läßt. Aber der Charakter und die Moralität der Beamten ist so mannichfaltigen und vergänglich wie der Mensch überhaupt, und am wenigsten darf ein Gesetz, das gerade den verbrecherischen Neigungen der Menschen entgegenzuwirken bestimmt ist, der Moralität der Beamteten ein größeres Vertrauen schenken, als derjenigen aller übrigen Staatsgenossen. Es ist ferner nicht zu läugnen, daß selbst die vielen erleuchteten Mitglieder des Vereinigten Landtages im Stande sein sollten, denselben durch ihre Vorschläge auch nur von seinen wesentlichen Mängeln zu befreien. Denn wo die Grundlagen des Gesetzes von im Volke lebenden Rechtsbewußtsein widersprechen, können einzelne Anordnungen und Verbesserungen auf der Oberfläche derselben den Widerspruch nicht ausgleichen.

Hiezu kommt noch ein zweites Hinderniß, welches sich einer befriedigenden Lösung der dem Vereinigten Ausschusse vorliegenden Aufgabe entgegenstellt. Denn selbst wenn die Bürger auf dem Strafgesetzbuche eine wirkliche Sicherung über alle die Handlungen schöpfen können, welche die Gesetze unseres Landes mit Strafe bedrohen, müssen seine Bestimmungen nicht allein klar und allgemein verständlich, sondern sie müssen auch vollständig sein. Und dies ist zweitens den Bürgern wirklichen Rechtsschutz gewähre, so müssen seine Bestimmungen nicht nur selbst gerecht und vernünftig, sondern es muß auch mit einer solchen Einrichtung des Strafprozesses verbunden sein, durch die eine gerechte und dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechende Handhabung der Gesetze verbürgt ist.

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England der Herr. Ewer u. Ewer, 72 Newyork Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an H. L. Alexander Gerstenberg 28 Brandywalle, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Postpreisbestellen besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 30, durch die Post bezogen im Umfang des Deutschen Postvereins Baden fl. 12. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 29. Heidelberg, Samstag 29. Januar 1848.

## Uebersicht.

Nächstes auf die nächste Vergangenheit von Nassau. I. — **Berlin** (Ver. ständischer Ausschuß: Verhandlungen über die Todesstrafe; der Ausschuß erklärt sich gegen die Prügelstrafe, doch für Strafverschärfungen). **Elbing** (die Denkschrift wider den neuen Entwurf des preuß. Strafgesetzbuches [Schluß]). **Von der Weichsel** (Aussicht auf Bewilligung von Periodicität für den Ver. Landtag). **Karlsruhe** (die neuen Anträge der Petitionscommission. Kammerverhandlungen: Antrag Zittels auf Errichtung einer obersten Schulbehörde; Verhandlungen wegen Erhaltung der drei Fabriken). **Kassel** (der Fortbestand der Gesellschaft vom 8. Jan. unterzeigt). **Gotha** (die Verfassungsfrage [Schluß]). **Darmstadt** (Kammerverhandlungen: Antrag Reh's betr. die Aufrechthaltung der Verfassung im Kurfürstenthum Hessen). **Gießen** (Reklamation in Sachen der Aktienbäckerei). **Schleswig-Holstein** (Aufregung wegen Ablehens des Königs. In Kiel eine Adresse an den neuen Monarchen vorbereitet).

**Schweiz.** **Bern.** Die Kommission für Reorganisation des Schulwesens. — **Dänemark.** **Kopenhagen.** Ableben des Königs; Friedrich VII. empfängt die Huldigung.

**Großbritannien.** Der neue Gesandte in Mexiko. Abermalige Vermehrung des Heeres.

**Frankreich.** Kammerverhandlungen vom 24. und 25. Jan. **Italien.** **Turin.** Wirkung der Vorfälle in Mailand. Leichenfest. Todtenfeier. Gerücht von Errichtung eines verschanzten Lagers. Gerüchte aus Palermo.

### Heidelberg, 29. Januar.

Seitdem im Jahre 1819 die Rheinischen Blätter eingezogen sind, gibt es in Nassau kein politisches Blatt mehr, und auch sonst ist es der Oeffentlichkeit so sehr verschlossen, daß dieses Ländchen — wie auf dem letzten Landtage der Deputirte Zeis ganz richtig bemerkte — auswärts und selbst im Innern eine wahre terra incognita ist. Es möchte deßhalb von Interesse seyn, der nähern Besprechung der dortigen Zustände einen kurzen historischen Rückblick vorauszuschicken, welcher auch zum allgemeinern Verständniß und zur richtigen Würdigung der zum Theil allzu fragmentarischen, zum Theil Wahres mit Falschem vermischenden Andeutungen dienen wird, welche in neuester Zeit in mehreren Blättern erschienen sind.

Nachdem die beiden gemeinschaftlich regierenden Fürsten von Nassau Usingen und Weilburg vom Jahr 1803 bis 1814 in einer Reihe von Gesetzen die Leibeigenschaft im Herzogthum aufgehoben, den Frohn- und Dienstzwang — bis auf die Jagd- und Chausseefrohnden — gelöst, körperliche Züchtigungen als Strafmittel abgestellt, alle Privilegien auf Befreiung von Abgaben aufgehoben und das reine Einkommen als Basis der Besteuerung eingeführt, die vollkommenste Duldung religiöser Meinungen und freie Uebung jedes Gottesdienstes als Staatsgrundgesetz aufgestellt und die illimitirte Preßfreiheit mit Beschränkung des Nachdrucks ihren Unterthanen zurückgegeben hatten, wie es in dem betreffenden Gesetze heißt, gaben sie ihrem Volke am 1/2. September 1814 die Verfassung, welche dazu dienen sollte, „Allem, was für die Einführung einer liberalen, den Bedürfnissen der Zeit und des Staates entsprechenden Verfassung in dem Herzogthum entweder schon geschehen sei oder noch erforderlich sein werde, eine kräftige Gewährleistung zu geben“!

Nicht lange nachdem sie diese Verfassung ertheilt hatten, noch ehe sie in das Leben eingeführt war, im Jahre 1816, starb Friedrich Wilhelm von Nassau Weilburg, ein gesinnter Fürst, durch den hauptsächlich alle jene durchgreifenden Reformen hervorgerufen waren. Noch in sehr jugendlichem Alter folgte ihm Fürst Wilhelm, welcher bald darauf, noch in demselben Jahre nach dem Tode des letzten Fürsten der Usingen'schen Linie die Regierung des ganzen Landes als Herzog von Nassau in seiner Hand vereinigte. Am 3. März 1818 eröffnete er zum ersten Mal die Stände mit einer Rede, in welcher er die Sicherstellung der gesetzlichen und staatsbürgerlichen Freiheit in nothwendiger Verbindung mit der Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz als den höchsten Zweck der Staatsgesetze aufstellte und dann folgende im Munde eines deutschen Fürsten interessante Aufklärung über den Zweck der Verfassung gab. „Da, sprach er, in monarchisch konstituirten Staaten die Erhaltung vorhandener Staatsgesetze allein auf dem Willen des Hauptes der Regierung beruht, indem alle neuen Anordnungen zugleich nur von ihm allein angehen, so ist das Bestehen der Staatsgesetzgebung, die Regierungsgewalt mag durch Wahl oder nach den Satzungen der Erbfolge von einer Hand in die andere übergehen, überall einem unsteten Wechsel unterworfen, der nachtheilig auf den Gang des menschlichen Fortschreitens im gesellschaftlichen Zustande zurückwirkt. Dies erwägend, haben meine in Gott ruhenden Regierungsvorfahren Landstände errichtet, um die soeben erwähnten Grundlagen unsrer Gesetzgebung zu bewahren und die damit in steter Uebereinstimmung zu erhaltende weitere Ausbildung derselben zu sichern. Die Landstände des Herzogthums, in ihrer Zusammensetzung als eine repräsentirende Körperschaft aus der Mitte der Regierten hervortretend, sollen die Sicherheit des Eigenthums und der persönlichen Freiheit der Staatsbürger durch ihre Mitwirkung gewährleisten.“

Auf diese Weise verwarf der Herzog selbst das Princip der absoluten Monarchie und proklamirte das konstitutionelle System als nothwendig zur Bewahrung und Entwicklung der staatsbürgerlichen Freiheit und der Gleichheit vor dem Gesetz. In einem an diese Rede sich anschließenden Vortrage an die Stände ging der damalige Minister, Frhr. v. Marschall, auf die Verhältnisse des Landes näher ein. Er erwähnte, wie es den verschobenen Regenten durch große Anstrengungen gelungen, die früher unter die verschiedensten Herrschaften getheilten Länder zwischen dem Main, der Sieg, der Lahn und dem Rhein, welche sich durch die abweichendsten politischen Einrichtungen fremd geworden seien, unter einem Fürsten und einer einheitlichen Verwaltung zu vereinigen. Erst jetzt sei deßhalb der Zeitpunkt gekommen, wo es seiner Durchlaucht möglich geworden, die Stände des Landes zu versammeln, und unter ihrer konstitutionellen Mitwirkung in allem dem weiter fortzuschreiten, was den Bedürfnissen des Landes und der Zeit entspreche.

Als die erste Pflicht der Regenten sei von ihnen die Vereinfachung der Landesverwaltung angesehen worden. Entfernung aller überflüssigen Diener, sprach er, muß nämlich Maxime jeder guten Staatsverwaltung bleiben; nicht nur finanzielle Rücksichten gebieten sie, sondern auch darum muß sie stattfinden, weil überflüssige Diener und Stellen den Geschäftsgang, anstatt ihn zu befördern, erschweren. Was das Gemeindewesen betrifft, so hob er hervor, daß der Unordnung der früher herkömmlich gewesenen Verwaltung des Gemeindehaushalts, welche dahin geführt habe, daß das Korporationsvermögen zersplittert und zum Theil unter die Gemeindeglieder vertheilt worden sei, ein Ende gemacht worden. Die neue Gemeindeordnung entziehe der Ortsobrigkeit die Verwaltung des Vermögens der Gemeinheiten und weise dieselbe der herzoglichen Landesregierung hin. Der Minister machte dabei besonders auf den wichtigen Gesichtspunkt aufmerksam, daß durch die fortgesetzte ausdauernde Anstrengung der verwaltenden Behörde überall im Lande bei den Vorstehern der Gemeinden der Sinn zur Thätigkeit für das Beste derselben geweckt, daß überall die Ueberzeugung von dem großen Nutzen einer geregelten Gemeindeverwaltung feste Wurzel schlagen, und dadurch gewiß bald der Zeitpunkt herbeigeführt werden würde, wo es einer, wie gegenwärtig in das größte Detail eingehenden Einwirkung der Landesverwaltung auf den Haushalt der Gemeinden nicht mehr bedürfe; die bürgerliche Erziehung der Einwohner des Landes in dieser Hinsicht werde also in einer nahen Zukunft (es sind seitdem 30 Jahre verflossen) als vollendet be-

Digitized by Google

trachtet werden können. Als die nächsten Gegenstände der Thätigkeit der Stände stellte er (im Jahr 1818) eine neue Strafgesetzgebung, die Revision der Freizügigkeits- und Civilgesetzgebung in Aussicht und bezeichnete dann den Ständen als den wichtigsten ihres Berufs die Kontrole des Landeshaushalts durch Vertheilung der direkten und indirekten Steuern und Aufsicht auf die Verwendung der erhobenen Abgaben. In dieser Beziehung rühmte er die Klarheit und Präcision der eingeführten Rechnungsformen, wodurch Alles geschehen sei, um die Stände in den Stand zu setzen, ihrem Beruf zu erfüllen. „Nicht Stände mit unvollständiger Wirksamkeit auf den Landeshaushalt, rief er aus, haben Sie. Durchsucht dem Lande geben wollen, sondern Stände, die mit voller Sachkenntniß zu wirken vermögen, vor deren Augen alles Dunkel über den wesentlichsten Theil ihres Berufes verschwinden soll."

Diese Ausdrücke des Herzogs und seines Ministers waren geeignet, die Hoffnung auf eine fruchtbare Entwicklung des konstitutionellen Lebens in Nassau zu erwecken. Sie ist nur spärlich erfüllt worden, aus Gründen, die nicht sehr ferne liegen. Die konservativen Schreier werden mit ihrem Vorschrei in den Blättern der Gegenwart bei diesem Geständniß ausrufen: „Wir wollen auch denjenigen sehen, der bei unbefangener Prüfung nachzuweisen vermag, welchen erheblichen Gewinn die Nationalwohlfahrt aus dem Institute der Volksvertretung gezogen hat, welches wahre materielle greifliche Gut durch sie erworben worden ist?" Nachdem die Herren, welchen es gelungen ist, sich fast überall in Deutschland des Ohrs der Träger der Staatsgewalt zu bemeistern, Alles gethan haben, um die naturgemäße Strömung des konstitutionellen Lebens zu hemmen, nachdem sie ihm durch Entziehung der Preßfreiheit, der Oeffentlichkeit seine Lebenselemente abgeschnitten und durch geheime Beschlüsse und offene Gewalt die konstitutionelle Mitwirkung der Volksrepräsentanten paralysirt haben, rufen sie in Selbstverblendung oder unwürdiger Heuchelei hämisch aus: seht die Unfruchtbarkeit des konstitutionellen Systems! Möchten doch die konservativen Meister in der Staatskunst uns zeigen, welchen auf das wahre Wohl des Volks, auf die Belebung und Kräftigung des Rechts und der Sittlichkeit, auf die wahren geistigen und materiellen Güter, auf die Erhebung und Erleichterung der ärmeren Volksklassen gerichteten Befreiungen der Regierungen die Stände irgendwie entgegengetreten sind? Wenn dies aber nicht der Fall ist, wenn vielmehr die Stände überall auf Maßregeln gedrungen haben, die geeignet waren, solche Güter zu erlangen — wenn auch großentheils vergebens — so muß jeder ehrliche Mann bekennen, daß jene Schmähungen des konstitutionellen Princips in solchem Munde ähnlich sind der Klage des Wolfs, daß ihm das Lamm das Wasser trübe! Und wenn sich die Frage aufdrängt, von welcher Seite die Hindernisse erhoben worden sind, welche die oben erwähnten Zusicherungen der Fürsten des nassauischen Landes unerfüllt gelassen haben, so wird die Geschichte des dortigen öffentlichen Lebens diese Frage nicht zu Gunsten der s. g. Konservativen beantworten. (Fortsetzung folgt.)

**Preußen.** ○ Berlin, 25. Jan. In der gestrigen Sitzung des ständischen Ausschusses wurde bei der Berathung des 10. Paragraphen mit großer Mehrheit die Aufhebung der körperlichen Züchtigung beschlossen. Von Seite des Gouvernements wurde im Laufe der Verhandlungen bemerkt, daß, da 1843 bei den Berathungen der Provinzialstände über die damalige Vorlage von 6 Landtagen die Beibehaltung dieser Strafe beantragt worden, in Rücksicht auf diese Landgebungen in dem jetzigen Entwurf die Prügelstrafe, wenn auch in beschränkten Maße, beibehalten worden sei. Die überwiegende Majorität, welche gestern die körperliche Züchtigung verwarf, erweist übrigens, wie sehr der Geist der Humanität und Aufklärung in diesen wenigen Jahren innerhalb der ständischen Körperschaften sich Bahn gebrochen hat. Von wesentlichem Einfluß auf das Zustandekommen einer so bedeutenden Mehrheit war die von allen Parteien geachtete Stimme des Wiemarschalls v. Rochow, der sich für den Wegfall der Prügelstrafe aussprach. Da von einigen Seiten es angezeigt wurde, daß dieselbe noch in unserer Militärgesetzgebung figurire und eine Bevorzugung des Verbrechers vor dem Soldaten als ein entschiedenes Mißverhältniß zu betrachten sei, bemerkte der Minister Uhden, sich entschieden dieser Ansicht anschließend, daß nach erfolgter Emanirung des Strafgesetzes, falls die Aufhebung der körperlichen Züchtigung darin gesetzlich Kraft erhielte, eine demgemäße Umwandelung der Militärstrafgesetzgebung nothwendig eintreten müsse. — Der §. 11, welcher Strafarbeit in einer von dem Zuchthause verschiedenen Strafanstalt festsetzt in welcher die Sträflinge in Bezug auf die Arbeit milder zu behandeln sind als im Zuchthause, wurde von der Versammlung angenommen. Minder liberal als in ihrem Beschluß über den §. 10, zeigte sich dieselbe bei §. 13, der folgender Maßen lautet: „Wenn bei Gefängnißstrafen von höchstens 3 Monaten nach der Persönlichkeit des Angeschuldigten anzunehmen ist, daß die gewöhnliche Art der Vollstreckung den vom Gesetze erwarteten Eindruck nicht bewirken werde, so kann der Richter die Strafe durch folgende einzeln oder in Verbindung anzuwendende Zusätze schärfen: 1) durch Schmälerung der Kost, welche alsdann einen um den andern Tag und Wasser und Brod besteht, 2) durch Anweisung einer harten Lagerstätte, 3) durch einsamen Gefängniß. In einem solchen Falle kann zugleich nach Verhältniß der zuerkannten Schärfung der Dauer der Strafe bis zur Hälfte verlängt werden". Obwohl sich der Abg. v. Auerswald gegen diese Bestimmungen, als dem persönlichen Ermessen des Richters eine Art körperlicher Tortur anheimgebend, erklärte, so entschied sich doch die Versammlung für die Beibehaltung des §. — Heute findet keine Plenarsitzung statt; nur die Abtheilung ist zur Fortsetzung ihrer vorberreitenden Arbeiten zusammen.

* Verhandlungen des Ver. ständ. Ausschusses. (Dritte Sitzung. 19. Jan.) Die Debatte über die Todesstrafe wird fortgesetzt. v. Münchhausen erklärt sich für Beibehaltung der Todesstrafe, weil er für aus dem Begriffe des Staates an und für sich gerechtfertigt hält und sie für den preußischen Staat wenigstens zur Zeit noch für unentbehrlich erachtet. Der Sprecher glaubt zwar, es sei ein günstiges Zeichen für die Kulturstufe eines Volkes, wenn die Anwendung der Todesstrafe sich auf eine möglichst geringe Anzahl von Fällen beschränke, allein er ist zugleich der Ansicht, daß für Verbrechen, wie die im Gesetze bezeichneten, ein höchstes Strafmaß anzuwenden sei, und daß die physische Abschreckung, die in der gesetzlichen Androhung der Todesstrafe liege, dieselbe unentbehrlich mache. Neumann hält die Todesstrafe für einen Eingriff in die höhere Ordnung der Dinge, in welche der Mensch nicht eingreifen dürfe, und glaubt, daß dieselbe ebenso mit der Moral wie mit der Religion im Widerspruch stehe; sie wirke wie die Prügelstrafe bloß auf das Physische oder Thierische im Menschen. Die Humanität sowenig als die Gerechtigkeit könne ihre Anwendung gestatten; auch bedürfe es zum Schutz der Gesellschaft der Todesstrafe nicht. Der Redner hält das deutsche Volk und namentlich das preußische Volk für reif genug, um die Todesstrafe aus dem Gesetzbuch verschwinden zu lassen. Wodicka erklärt sich für Beibehaltung, weil das Rechtsgefühl der Völker sie verlange; Krause dagegen für die Abschaffung, weil er weder die Abschreckung noch die Wiedervergeltung als begründet ansehen kann. — In der vierten Sitzung (am 20. Jan.) wurde die Verhandlung zum Schluß geführt. Steindeck spricht sich gegen die Todesstrafe aus. Die Frage, sagt er, ist eigentlich die: sollen wir langsam fortschreitenden Schrittes den Moment zur Abschaffung ergreifen oder muthig diesen Schritt wagen? Dies hängt ab von der Ansicht, die wir von der Bildung des Volkes haben. Ein Volk von beinahe sechzehn Millionen, verbreitet von Memel bis an den Rhein, kann nicht auf derselben Stufe der Bildung und Civilisation stehen. Ein solches Volk hat sehr verschiedene Abstufungen der Civilisation, und es ist freilich schwer, den Moment zu finden, wo diese Abstufungen sich ausgleichen. Aber dennoch muß er gefunden werden. Wir dürfen das Volk nicht bester auffassen, als es ist, aber auch nicht schlechter. Wir sollen es nicht zurückdrängen, sondern vorwärts führen. Wagen wir den großen Schritt muthig und entschlossen, so erkennen wir an: dieses Volk ist ein edles Volk, begriffen im Fortschritt zur vernünftigen Entwicklung, in treuem Gehorsam vor dem Gesetz. Dagegen Naumann spricht vom Standpunkte der Abschreckungstheorie für die Beibehaltung der Todesstrafe, Graf Schwerin verwirft auf das Wort mit der Bemerkung, daß er sie auch jetzt noch nicht für entbehrlich halte. Hierauf erhebt sich Naumann (Presseren) für die Abschaffung. Das Strafrecht, sagt er, ist zunächst eine Strafpflicht; diese Pflicht des Staates, zu strafen, ist ins Auge zu fassen; sie ist die Grenze seines Rechts. Seine Pflicht ist es, sich selbst zu erhalten und den gesetzlichen Schutz denen zu gewähren, welche im Staatsverbande stehen. Seine Pflicht ist es auch, die Mittel zur Anwendung zu bringen, die diesem Zwecke entsprechen; soweit diese Mittel nothig sind, soweit geht sein Recht; insoweit diese Mittel nicht nöthig sind, sind sie nicht sein Recht. Der Redner ist der schon früher ausgesprochenen Ansicht, daß die Todesstrafe weder wenne, noch vom Verbrechen abhalte. Es sei gesagt worden, die Strafe führe; allein dieser Begriff im Strafrecht hänge mit dem Begriff der Rache zusam-

Digitized by Google

men; er (der Redner) könne nicht zugeben, daß, weil Jemand Böses gethan hat, ihm wieder Böses zugefügt werden müsse, um den gestörten Rechtszustand wieder herzustellen. Auch im Volke sei jenes Gefühl der Rache nicht das vorherrschende, im Volke werde nicht Blut um Blut verlangt; und wenn auch, so sei der Staat nicht verpflichtet, dieser unsittlichen Forderung nachzugeben. Häufig sei das letzte Wort des Mörders, wenn er nach dem „Warum" seiner That gefragt würde, er habe nicht anders gekonnt, eine unwiderstehliche Macht habe ihn zur That getrieben. Gewiß seien diese Worte nicht immer eine Lüge, sondern die dämonische Macht des Bösen oft so unwiderstehlich, daß die Stimme des Gewissens nicht mehr gehört werde. Es gebe Aerzte, welche behaupten, jedes Verbrechen lasse sich erklären durch einen krankhaften Seelenzustand, Psychologen, welche von angeborenen Neigungen sprechen; „solange solche Seelenzustände nicht mehr Berücksichtigung fänden, als in diesem Augenblicke möglich ist, schließt der Redner, solange können wir nicht gerechte Richter sein. Können wir aber nicht gerechte Richter sein, dann wollen wir doch der möglichen Ungerechtigkeit eine Grenze ziehen, und diese Grenze zieht sich da, wo kein Wiedergutmachen des zugefügten Uebels möglich ist. Die Grenze zieht sich dahin, daß man das Leben selbst nicht als Opfer fordere." v. Mylius (Korrerent) ist für Beibehaltung der Todesstrafe nicht wegen irgend einer Strafrechtstheorie, sondern weil sie durch das Wesen des Staats gerechtfertigt werde; dessen Lebensprincip sei, den Rechtszustand darzustellen und zu verwirklichen. Das Ringen nach der Herrschaft des Sittengesetzes mache die Existenz des Staats zu einer unabweisbaren Bedingung menschlicher Entwickelung, und wie es nicht möglich sei, daß außerhalb des Staates das Menschengeschlecht seine Aufgabe erfüllen kann, so müsse auch der Staat suchen, daß innerhalb desselben die rechtliche Ordnung überall, wo er seine Macht zur Anwendung bringe, aufrecht erhalten werde. Darum gebe es Fälle, wo der Staat denjenigen vernichten dürfe, der mit der Existenz des Staates in offenen und bewußten Kampf trete; wer gegen die staatliche Existenz die eigne in die Wagschale lege und die staatliche Ordnung aufheben wolle, dessen Existenz aufzuheben sei der Staat verpflichtet, nicht um der Abschreckung oder der Prävention, sondern um der Gerechtigkeit willen. Der Redner bemerkt dann gegen diejenigen, welche die Todesstrafe mit dem Bewußtsein des Volkes nicht im Einklang finden, daß gerade die Entrüstung des Volkes in vielen Fällen den Tod, und nur den Tod als Sühne verlange; ja, es sei zu fürchten, daß es selber reichten werde, wenn der Staat nicht richten wolle. Um dem Einwurf zu begegnen, daß öffentliche Hinrichtungen die erwartete sittliche Wirkung nicht hätten, erklärt sich der Redner für beschränkte Oeffentlichkeit. Auch für politische Verbrechen will er sie nicht beseitigt wissen, denn gerade hier trete das, was ihm als das innerste Motiv der Todesstrafe gelte, Umsturz der ganzen Ordnung, häufiger hervor; auch seien da, wo man die Todesstrafe in solchen Fällen beseitigt habe, wenig erfreuliche Resultate an die Stelle getreten. Dem vorhergehenden Redner gegenüber bemerkt M., daß allerdings der Verurtheilte, der vor seinem letzten Richter erscheine, das Bild der That anders ansehe, als im Augenblick des Volksringens; allein das könne den Richter nicht bestimmen, die Thaten der Menschen zu Produkten einer dunkeln Naturgewalt zu machen. „Es giebt, so schließ der Redner, nur einen einzigen Grund, welcher mich bedenklich gegen die Todesstrafe machen könnte, und das ist die Rücksicht auf den Prozeß, die Rücksicht, daß Fälle denkbar sind, wo ein Nichtschuldiger mit der härtesten Strafe belegt werden könnte. Dieser Frage gegenüber kann aber der Staat Nichts thun, als die höchsten Garantien der Vertheidigung bieten, das ist seine Aufgabe, und die wird er hoffentlich erfüllen!" v. Saucken-Tarputschen hält die Todesstrafe bei Hochverrätern, Königsmördern u. s. w., die von Fanatismus oder einem wahnsinnigen Ehrgeiz beherrscht seien, nicht für die härteste Strafe, sondern oft für ein Märtyrerthum; ein Aufhören in der menschlichen Gesellschaft, ein einsames Leben im Kerker sei für eine viel härtere Strafe. Für Mörder habe sie aber das Abschreckende nicht, das man voraussetze. Man habe sich auf Oesterreich berufen, wo nach Joseph II. die abgeschaffte Todesstrafe wieder eingeführt worden sei; allein wenn man auch die damaligen Zustände der Völker, die damals unvollkommenen Einrichtungen, Verbrecher unschädlich zu machen, bedenke, so habe er (der Redner) doch kein Bedenken, zu behaupten, daß wenn jener große Kaiser, von wahrhaft humanen Grundsätzen geleitet, länger gelebt und Zeit gewonnen hätte, seine Pläne auszuführen, Oesterreich heute nicht brauchte die Todesstrafe beizubehalten und auf festern Säulen gegen alle Stürme der Zeit ruhen dürfte als jetzt. Auch Preußen sei reif, den großen Schritt zu thun; es habe sich in ernsteren Lagen befunden und doch entscheidende Schritte gethan, warum sollte es jetzt zurückbeben? Die Todesstrafe sei gegen das christliche Princip, das sofehr und ganz besonders in Preußen vorangestellt werde; auch könnten selbst die, welche am weitesten gehen, nicht genau die Verbindung des irdischen Lebens mit dem jenseitigen Zustande erkennen und beurtheilen, man wisse daher nicht, wie man durch die eigenmächtige Kürzung des Lebens der folgerechten Entwickelung des Geistes entgegentrete. Graf Renard erkennt zwar kein Strafrecht an, aber ein Vertheidigungsrecht, wonach der Staat die Pflicht habe, den Staatsbürger gegen Verbrechen zu schützen. Der Justizminister glaubt der Redner in Preußen keine Besorgniß hegen zu müssen. Lukanus trägt auf Abstimmung an, der Marschall will nur darauf eingehen, wenn die noch übrigen Redner selbst diesen Wunsch hegen. Hiecauf erhebt sich Dittrich für Beibehaltung der Todesstrafe, weil sie dem Humanitätsprincip nicht widerstreite und nicht die härteste Strafe sei, v. Witte ist für Beschränkung derselben auf den möglichst engen Kreis, Kuschke hält die lebenslängliche Einsperrung für die härteste Bestrafung und ist gegen die Todesstrafe. v. Baton, Strägmann und Fürst Radziwill erklären sich hierauf mit wenig Worten für die Todesstrafe, letzterer aus dem Gesichtspunkt der Sühne, Prüfer, weil er sie nach den jetzigen Verhältnissen für ein nothwendiges Uebel ansieht. Der Redner hält Menschen und Zustände noch nicht für soweit vorwärtsgeschritten, fordert von dem Staate als erste Pflicht die Erhaltung des Lebens der Bürger und glaubt Justizmord nicht fürchten zu müssen. Graf von Fürstenberg glaubt, daß der von Gott eingesetzten Obrigkeit das Schwert von Gott nur verliehen ist, um es in vorkommenden Fällen zu gebrauchen, v. Olfers will an die Stelle der Todesstrafe, die er aus philanthropischen Gründen verwirft, lebenslangen Tod gesetzt wissen. Klinck und Neumann sprechen sich ebenfalls gegen die Todesstrafe aus. v. Auerswald hält die Todesstrafe, eben weil er den Eindruck auf rohe Gemüther zugibt, für unsittlich; der Staat dürfe zu seinem Zwecke — dem sittlichen — keine unsittlichen Mittel anwenden. Auch sei sie praktisch nicht gerechtfertigt, da sie weder zur Erhaltung des Staates noch zur Sicherheit des Einzelnen beitrage. „Ich kann, schließt er, nur meine innige Freude aussprechen, daß so viele ernste und gewichtige Stimmen aus allen Lagern des religiösen und politischen Kampfes, der die Zeit bewegt, sich für die Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen haben, und ich glaube, daß dies ein Denkzeichen des Jahres 1848 für alle Zeiten bleiben wird." v. Below sieht sich noch einen Ersatz für die Todesstrafe bieten, Graf Galen glaubt, der alte Bund habe den Staaten das Schwert in die Hand gegeben, das Christenthum es nicht zurückgenommen, und unter seiner Herrschaft sei es nicht abgeschafft worden. Justizminister v. Savigny erinnert daran, daß es sich nicht darum handle, die Todesstrafe neu einzuführen, sondern darum ob diese längst bestehende Einrichtung abgeschafft werden solle. Der Redner hält den Eindruck, den die Abschaffung machen würde, für höchst bedenklich, man würde darin nicht Humanität, sondern Schwäche erblicken; er glaubt, daß es in keiner Nation, auch der ebelsten nicht, an einzelnen Verirrten fehle, die sich geradezu als Feinde der Gesellschaft erklären. Doch glaubt der Redner an die Möglichkeit, daß einmal ein Zustand eintreten werde, wo die Abschaffung räthlich sei; jetzt sei Pflicht des Gesetzgebers, wie sie auch in dem Entwurfe beobachtet sei, ihre Anwendung möglichst zu beschränken. In diesem Sinne hätten sich auch die Provinziallandtage von 1843 ausgesprochen. Nachdem noch Fürst Boguslaw Radziwill sich für Beibehaltung erklärt hatte, weil er Volksjustiz fürchte, erfolgte die schon erwähnte Abstimmung, wornach die Beibehaltung mit 63 gegen 34 Stimmen beantragt war. Mit Ausnahme des Grafen Dohna-Lauck haben sämmtliche Ausschußmitglieder der Provinz Preußen, mit Ausnahme des Fürst. W. Radziwill und des Abg. Hausleutner sämmtliche Abgg. der Provinz Posen gegen die Todesstrafe gestimmt; von den übrigen Provinzen, aus Brandenburg 2, aus Pommern 1, aus Schlesien 3, aus Sachsen 2, aus Westfalen 3, aus der Rheinprovinz nur der Abg. Camphausen.

Elbing, 18. Januar. (Schluß.) Die Elbinger Denkschrift wider den neuen Entwurf des preußischen Strafgesetzbuchs.

Nun aber erhebt man mit mit Recht die Stimme dagegen aus dem beigefügten Entwurfe des Einführungsgesetzes, daß „auch ferner in Kraft bleiben" sollen „alle übrigen besonderen Strafgesetze, welche solche Materien betreffen, in Hinsicht deren das gegenwärtige Strafgesetzbuch Nichts bestimmt"; daß ferner nicht weniger als achtzehn solcher besonderen Strafgesetze aufgeführt werden, welche in einer noch weit größeren Anzahl von einzelnen Verordnungen zerstreut sind, und daß unter diesen selbst solche Gesetze sich befinden, deren Unkenntniß auch dem rechtskundigen Manne in hohem Grade gefährlich werden kann. Denn es befinden sich unter ihnen die Gesetze über Verbrechen und Vergehen der Gewerbetreibenden, über Anlage und Gebrauch der Dampfmaschinen, die Gesetze zum Schutze der Baumwollenspinnereien, so-

Digitized by Google

wie die über Post-, Zoll-, Steuer- und Jagdcontraventionen, über den Waffengebrauch des Militärs, der Grenz-, Forst- und Jagddemineten u. s. w.

Zweitens ist dem Entwurfe keine neue mit ihm in Einklang stehende Strafproceßordnung beigefügt. Und doch ist unsere alte Criminalordnung, es sind auch die neuen Gesetze über das mündliche und öffentliche Strafverfahren so beschaffen, daß sie den Bürgern eine ihrem Rechtsgefühl entsprechende Anwendung der Strafgesetze keineswegs verbürgen. Ihr vornehmster Mangel besteht darin, daß lediglich angestellte und rechtsgelehrte Richter ohne Mitwirkung unabhängiger Mitbürger des Angeklagten das Urtheil zu sprechen haben. Nach sind die Gesetze über das mündliche und öffentliche Verfahren weder allgemein eingeführt, noch sind sie, wo sie verfassungsmäßig hätte geschehen sollen, mit den Ständen vor ihrer Erlassung berathen worden.

Es wird aber dieser Mangel in Betreff der Strafproceßordnung um so bedenklicher, als gerade der weite Spielraum, welchen der Entwurf dem erkennenden Richter bei der Abmessung der Strafe und der Abwägung der Strafbarkeit des Angeschuldigten gestattet, nur dann gerechtfertigt erscheint, wenn Geschworne bei der Abfassung des Urtheils mitwirken, wogegen diese Unbefähigkeit die befolderen und von der Staatsgewalt abhängigen Richtern offenbar zur Willkür und Gesetzlosigkeit führen kann und in vielen Fällen auch führen wird.

Aus allen diesen Gründen scheint es unerläßlich, daß die hohe Staatsregierung erfuche:

den Strafgesetzentwurf, wie er jetzt vorliegt, zurückzunehmen und ihn umgearbeitet, verbollständigt und von einem Gesetzentwurfe über das Verfahren im Criminalprocesse begleitet, dem nächsten Vereinigten Landtage wieder vorzulegen. Nicht minder nothwendig erscheint es zugleich, das die Aufhebung aller besonderen Strafgesetze, wie auch der Gesetze vom 11. Mai 1842 und vom 29. März 1844 erfolgt, daß ferner ein klares und bestimmtes Gesetz über die Grenzen der polizeilichen und der obrigkeitlichen Gewalt überhaupt erlassen, und daß endlich die Einrichtung der Geschwornengerichte für alle Privat- und öffentlichen Verbrechen mit Ausschluß aller Specialgerichtsbarkeit und das mündliche Verfahren dermalt eines geschritten und wie Bedürfnissen und der Bildung unseres Volkes wahrhaft entsprechenden Rechtszustandes mit dem neuen Gesetz zugleich in's Leben gerufen werde.

Von der Weichsel, 18. Jan. wird der Hamb. Börsenh. geschrieben: Wie erfahren soeben durch einen sonst wohlunterrichteten Mann, daß ein höchst wichtiger Schritt in Betreff der Verfassungsfrage bereits beschlossen sei. Wenn der Landtag wird eine zweijährige Periodizität bewilligt werden, und man will nur die Verhandlungen der Ausschüsse abwarten, ehe man zur Publikation dieses Beschlusses schreitet.

**Baden.** * Karlsruhe, 26. Jan. Der Abg. Zittel geht bei der Begründung seines Antrags auf Errichtung einer obersten Schulbehörde von dem Satze aus, daß die Freiheit und das Wohl des Volkes nur gedeihen können, wenn sie mit einer tüchtigen Volksbildung Hand in Hand gehen. Die Kammer habe dies stets erkannt und daher nie verschmäht, dieser Angelegenheit eine sorgfestete, warme Theilnahme zu widmen. Sein Vorschlag betreffe zwar nur eine neue Organisation der obern Schulbehörden, und man könne ihm entgegenhalten, daß das immer wieder Neuorganisiren nicht gut sei, daß es ein neuen Mechanismus schaffe, der todt ist, wenn ihm der rechte Geist fehle. Wo aber der Geist lebt, da muß ihm auch der Organismus, in welchem er sich bewegen soll, entsprechen. Der Redner schilderte die gegenwärtige Einrichtung, welche durch nachstehende Uebersicht veranschaulicht wird:

Ministerium des Innern.

| Taubstummen-Blinden- | Anstalt | Universitäten Polytechnische Schule |
|---|---|---|
| *Oberkirchenrath kathol. evang. | *Oberrath israel. | Oberschulkollegium Kreisreg. Oberstudienrath. |
| Bezirksschulvisitatur. kathol. evang. | Lehrerseminar. | |
| Inspektor. Schulvorst. kathol. evang. Volksschule. | gemisch. Schulen u. Indust.-Gew. höh. Bürgerschl. Privatlehranstalten. | Schulen. Gelehrtenschule. |
| katbol. evang. u. israel. israel. | | |

Die mit * bezeichneten Stellen haben Zendez zu verwalten.

Nach seiner Ausführung sollen die Universitäten und die polytechnische Anstalt ebenfalls der allgemeinen Schulbehörde untergeordnet werden, obgleich nicht bei ihnen, sondern bei den Gelehrtenschulen bis herunter zu den Volksschulen die verderbliche Verwirrung beginne, indem da getrennt sei, was vereinigt, und vereinigt, was getrennt sein sollte. Die gelehrten oder besser lateinischen Schulen, durch welche, was mittelst der klassischen Studien an Ernst und Tiefe gewonnen, für deutsche Nationalität, wegen eingeimpften Hasches nach fremdem Wesen und Verachtung des deutschen Wesens verloren gehe — diese Anstalten stehen unter dem Oberstudienrathe. Derselbe zählt sechs Mitglieder, wovon fünf andere Stellen bekleiden und dorthin nur gelichen sind. Doch ist ihre Aufgabe für die lateinischen Schulen die leichtere. Diese haben eine Vergangenheit und tüchtige Lehrer — die Mitglieder des Oberstudienrathes sind aber waren selbst Lehrer an solchen, sie haben dieselben nur in ihrer bisherigen Richtung zu erhalten. Anders verhält es sich mit den höheren Bürgerschulen oder deutschen Schulen. Ihnen treten Vorurtheile der verschiedensten Art entgegen. Hier die Unzucht der ultrakonservativen Staatsmänner, von denen sie als eine Frucht der Revolution, dort die Geringschätzung der Kodikalinischen Pädagogen, von denen sie als ein Mittel zur Verdachung des Geistes angesehen werden. Tröstlich ist, daß die Einsicht auf das Schwiegen von dieser Seite im Abnehmen begriffen sind. Gehässlicher dagegen sei die willkürliche Abzung, welche die Schüler Nichts lernen lassen will, als was sie nach zehn Jahren zu Geld machen können; wenn aber die Anstalten ihre Schüler nur zu künftigen Kaufleuten und Fabrikanten abrichten wollen, statt sie zu gebildeten Menschen zu erziehen, so tragen dieselben den Todeskeim in sich. Ihr Zweck darf nur die Erziehung zur Humanität sein, wie bei den lateinischen Schulen; nur die Wege sind verschieden. Die höheren Bürgerschulen sind eine Frucht der Reaktion des deutschen Bewußtsein gegen das eingepfropfte latinische Element; sie sind aber noch neu, der Weg für sie ist noch wenig betreten, es fehlt ihnen oftsach an geeigneten Lehrern. Darum bedürfen sie einer sehr sorgfältigen Pflege, sie sollen in den Händen von Männern sein, welche ihre Aufgabe begriffen, Erfahrung gewonnen haben, ihr ganzes Studium und ihre ganze Kraft nur hierauf richten. Von dem Oberstudienrathe aber sei nicht zu erwarten, daß seine Mitglieder der deutschen wie der lateinischen Richtung gleiche Sorgfalt angedeihen lassen.

Die Volksschulen haben auf das gleiche Streben nach Erweckung eines gesunden, geistigen Lebens kürzere Zeit und geringere Mittel zu verwenden, müssen daher um so energischer zu Werke gehen. Ein Hauptübel der Motion ist der Ausführung der Fehlerhaftigkeit in der Organisation der Schulbehörden und der Verwirrung in der Verwaltung, welche aus der Zersplitterung der Behörden entsteht, gewidmet. Die Begründung wendet sich dann zu dem Vorschlage auf Errichtung einer Ober-Schul- und Studienbehörde, zeichnet die Grundzüge derselben, die Eintheilung in drei Sektionen für Universitäten und lateinische Schulen, polytechnische Anstalten und höhere Bürgerschulen, Volksschulen nebst Industrie- und Gewerbsschulen und bemerkt, daß es von der Wahl des Direktors hauptsächlich abhange, ob die Wirksamkeit der obersten Schulbehörde eine erspriessliche sei oder nicht. Hinsichtlich der Kosten wird zugegeben, daß bei mancher Ersparnis an einzelnen Posten doch im Ganzen ein Mehraufwand nöthig sein werde, der aber gegen die großen Vortheile der oberbesten Einrichtung nicht in Betracht kommen könne. Ein größeres Hinderniß trete dem Antrage von dem kirchlichen oder konfessionellen Standpunkte entgegen. Hier werde man einwenden, der Kirche werde ein Recht entzogen, der Mitwirkungsbefugnisse, und dem Indifferentismus Vorschub geleistet. Allein diese Einwendungen beruhen auf Vorurtheilen. Die Schule ist nicht mehr die unmündige Tochter der Kirche, sie ist herangereift und mündig geworden. Es wäre thöricht und unbeilbringend, wollte die Kirche ihre herangewachsene Tochter noch wie ein unmündiges Kind behandeln; aber eben so thöricht, wenn die erwachsene Tochter ihre Mutter in das Gesicht schlagen wollte. Der Antrag entzieht der Kirche Nichts von dem, was ihr als solcher zukömmt. Es bleibe ihr die Mitaufsicht über den Religionsunterricht in der Schule, wo zum Konfirmationsunterricht vorbereitet werden müsse. Das Ansehen und der Einfluß der Kirche sind von jeher am Meisten dadurch gefährdet worden, daß sie sich mit Dingen beschäftigte, die nicht in ihrem Bereiche liegen. Wer die Unabhängigkeit der Kirche von dem Beamtenstande verlange, der dürfe obenfalls nicht verlangen, daß sie die Staatsäbrere anziehe und als untergeordnete Verwaltungsbehörde erscheine. Durch die Errichtung eines Schul- und Studienrathes, wofür die Kammer sich verwenden möge, werde an die Stelle der gegenwärtigen Verwirrung und des sich selbst hemmenden verwickelten Organismus eine einheitliche Leitung und große Geschäftsvereinfachung gesetzt, wodurch ein neuer, kräftiger Aufschwung des Gesammtschulwesens bedingt sei.

Den Antrag auf Druck und Berathung der Motion stellte der Abg. Bissing, welcher dabei beklagte, daß Zittel seinen Vorschlag nicht auch darauf ausgedehnt habe, daß die unmittelbare Aufsicht auf die Schulen nicht mehr den Geistlichen verbleiben soll. Er hoffe, daß die Kommission auch diesen Punkt berathen und ferner erwägen werde, ob es nicht besser sei, statt die Schulen unter das Ministerium des Innern zu stellen, ein eigenes Kultusministerium zu errichten. Jetzt werde das Schulwesen von den betreffenden Behörden als Nebensache behandelt. Einheit thut Noth, es wird dann auch nicht mehr geschehen, wie im vorigen Jahre erst der Fall vorgekommen, daß ein Lehrer an einer höheren Bürgerschule von dem Ministerium des Innern in Ruhestand

Digitized by Google

versetzt, der Beschluß aber erst nach Verlauf von 10 Monaten von dem Oberstudienrathe vollzogen worden ist. Böhme (Director des evangel. Oberkirchenraths) schließt sich dem Antrage an, indem, wie man auch sonst über die Motion denken möge, anzuerkennen sei, daß die gegenwärtige Organisation der Schulbehörden nicht zweckmäßig ist. Das Peinciy der Sparsamkeit habe zu sehr vorgeherrscht, es könne besser werden, wenn man die Mittel aufwenden wolle. Die Frage sei nur, ob die gegenwärtigen Uebelstände so drückend seien, daß sie ihre Abstellung eine bedeutende Summe gespfert werden solle. Sehr wichtig sei dann auch die Frage, ob das locker Band, welches die Kirche noch an die Schule knüpft, vollends gelöst werden solle. Die Motion sei nur die Vorrede zur Errichtung von Gemeindeschulen (Aufhebung der konfessionellen Trennung). Die Abneigung gegen die Aufsicht der Kirche beschränke sich auf den Geist der Lehrer, und der Grund liege in ihrem Verhältniß zu dem nächsten Aufseher, dem Schulinspektor (Pfarrer). Daß man aber die Geistlichen für diese Stellen jemals entbehren könne, verneint der Redner, und darum werde auch der Grund der Abneigung der Lehrer gegen die Aufsicht der Geistlichen bleiben, selbst wenn eine oberste Schulbehörde errichtet wird. Der Redner erhebt Einwendungen gegen verschiedene Sätze der Motion; wir können dieselben hier füglich übergehen, da sie bei der späteren Berathung ohne Zweifel wiederkehren werden.

Baffermann findet es natürlich, daß der Abg. Böhme, Vorsteher eines Oberkirchenrathes, in die Größe der vorhandenen Uebelstände Zweifel setze. Ihm dagegen sei diese Größe aus achtjähriger Erfahrung eine wohlbekannte. Wahr sei, daß der Oberstudienrath nicht befähigt ist, die Bedeutung der höheren Bürgerschulen zu begreifen; überhaupt herrsche der rechte Geist für dieselben mehr im Norden als im Süden von Deutschland, wovon sich unsere Schulmänner auf der vorjährigen Versammlung in Mainz überzeugt haben. Wie nachtheilig die gegenwärtige Leitung dieser Anstalten auf dieselben wirke, dies habe man in Mannheim erfahren. Seit sieben Jahren mußte die höhere Bürgerschule dort kränkeln und war dem Verschieben nahe, aus Mangel an richtiger Würdigung ihrer Bedeutung, oder weil es an tüchtigen Lehrern im Lande fehle oder aus beiden Gründen. Nach früheren vergeblichen Versuchen, einen tüchtigen Mann vom Auslande zu berufen, habe man, nachdem endlich eine Stelle frei geworden, das Aeußerste gethan, um einen Lehrer, der den Anforderungen entspreche, ausfindig zu machen; und abermals laufe man Gefahr, alle Bemühungen vereitelt zu sehen. Die Bürgerschulen tragen zur Beförderung der Humanität soviel wie andere schon darum bei, weil sie gemischte Schulen sind. Ein großer Theil der guten Früchte, welche die lateinischen Studien den Stad zu brechen — sei dem Umstande zu verdanken, daß sie gemischte Anstalten sind. Eine neue Organisation der Schulbehörden werde erst in der Aufhebung der Konfessionsschulen ihren Schlußstein finden, und es sei bankenswerth, daß Zittel, selbst ein Geistlicher, für die Minderung des Einflusses der Kirche auf die Schule in die Schranken trete. In Mannheim sei ein brauchbarer Plan für die Vereinigung der Schulen vorgeschlagen und vom großen Ausschusse einstimmig gutgeheißen worden. Der Plan habe Lob und Zustimmung gefunden, aber wo bleibt die Ausführung? Es liegt auf irgend einer Kanzlei der badischen Verwaltung. Das Ministerium hat die Dekane gefragt, ob sie die Vereinigung der Konfessionsschulen wünschen. Da versteht sich freilich die Antwort von selbst. Man muß die Gemeinden fragen, nicht die Geistlichen. Jene werden zustimmen, diese aber werden das Ihrige thun, um den Plan zu vereiteln. Der evangelische Dekan hat bei der ihn zum Bericht gelangte Vorstellung ein Vierteljahr lang behalten. Wenn die Motion als Vorrede zur Aufhebung der Konfessionsschulen Besorgnisse erregt, so beruhigen darüber die Worte, welche ein guter Katholik, gegenwärtig Präsident des Ministeriums des Innern, in seinen Kommissionsbericht vom Jahre 1840 niederlegte. Der Redner verlas die Stelle, worin ausgesprochen wird, daß in der Vereinigung der Konfessionsschulen nicht nur keine Gefährdung der religiösen Erziehung, sondern noch die Wortheile des Wetteifers des Religionslehrer und einer wahren Toleranz im guten Sinne liegen. In öffentlichen Blättern — so schloß der Redner — habe verlautet, daß ein Gesetz über die Vereinigung der Konfessionsschulen vorgelegt werden solle; er wünsche, daß sich die Nachricht bestätige. Man spreche viel von allgemein deutscher Gesetzgebung und gemeinsamen Einrichtungen. Am sichersten aber werde die Einigkeit befördert, wenn man die Trennung der Jugend aufhebe, einen einheitlichen Organismus für die Schulen und einen nicht nach Konfessionen getrennten Lehrplan einführe.

Weizel tadelt, daß Bassermann den Oberstudienrath unverdient gepriesen habe durch die Behauptung, derselbe sei nicht im Stande, die höheren Bürgerschulen zu leiten. Diese ständen im Auslande in gutem Ansehen, und nur ihre große Anzahl, die ihre Vortheile habe, sei die Ursache, daß einzelne nicht mehr leisten. Mißgriffe bei Anstellungen könnten vorkommen, selbst wenn der Gemeinderath in Mannheim die Ernennungen zu besorgen hätte. Der Redner wünscht schon lange eine andere Organisation des vielköpfigen Schulwesens, welche von der Frage der Vereinigung der Konfessionsschulen unabhängig sei; diese würde übrigens nicht zur religiösen Verflachung und zum Indifferentismus führen.

Min. Präsid. Bekk beschränkt sich auf die Bemerkung, daß eine gründliche öffentliche Berathung des wichtigen Gegenstandes bei der Verwirrung der Meinungen darüber jedenfalls gut sei. Es werde sich auch hier zeigen, daß es leichter sei zu tadeln, als besser zu machen; der Antragsteller habe selbst die Größe der Schwierigkeit gefühlt und daher Heilmittel vorgeschlagen, welche zum Theil, wie die Trennung der Behörde in Sektionen, die Kommunikation mit den Kirchenräthen, den Zweck der Gleichförmigkeit und rascheren Geschäftsbehandlung wieder aufheben. Was aus seinem Berichte über die Vereinigung der Konfessionsschulen vorgelesen worden, sei heute noch seine volle Ueberzeugung. Aber es sei nicht seine Meinung, daß man die Vereinigung der Konfessionsschulen erzwingen dürfe. Liegends sei der Zwang gefährlicher als auf dem Gebiete der religiösen Meinungen. Wenn aber Gemeinden ihre Schule vereinigen wollen, so werden sie auch jetzt nicht daran gehindert. (Baffermann. Man fragt sie nicht, ob sie wollen.) Sie werden gefragt werden. Was Redner tadelt mit Weizel, daß Staatsbehörden in verletzender Weise angegriffen werden, wenn sie nicht nach dem Kopf eines Redners gehandelt haben. Derselbe Vorwurf hätte übrigens der Oberschulbehörde auch dann gemacht werden können, wenn dieselbe nach Zittels Vorschlag eingerichtet wäre, denn auch diese Einrichtung schütze nicht vor Mißgriffen. Die Kammer beschloß hierauf mit allen Stimmen gegen Eine (Knapp wie gewöhnlich), die Motion in Berathung zu ziehen.

*Karlsruhe, 27. Jan. Die heutige Berhandlung der zweiten Kammer über die Frage wegen Erhaltung der drei Fabriken beschränkte sich auf einen Theil der allgemeinen Diskussion. Die Sitzung dauerte von 9 bis 3 Uhr. Nachdem der Berichterstatter über die Entstehung der neuen Anträge und deren Begründung Vortrag erstattet, sprachen gegen den neuen Antrag: Baffermann, Peter, v. Soiron, Schmitt, Weller; für den Entwurf: Kapp, Welcker, Mez, Helbig, Ulrich, Sachs und Dennig. Gegen den Entwurf, besonders zu Gunsten der Zuckerei Waghäusel. Die Hh. Regierungskommissäre Bekk und Nebenius nahmen mehrmals das Wort, um über Zweifel und Fragen Aufschluß zu geben. Ein Antrag wurde nur von dem Abg. v. Soiron und zwar dahin gestellt auf die Vorschläge vor der Hand nicht einzugehen, bis zwischen den Gläubigern und den Inhabern der Gewerbsanlagen ein Borg- oder Nachlaßvergleich rechtsgiltig abgeschlossen sei. Morgen früh hat neun Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt. Die Theilnahme des Publikums ist sehr lebhaft. Galerien und Eingänge zum Ständesaal waren dicht besetzt.

* Karlsruhe, 26. Jan. Die auf heute anberaumt gewesene Verhandlung über die Unterstützung der drei Fabriken wird morgen stattfinden. Die Kommission hat sich über neue Anträge verständigt, welche wohl auch die Zustimmung der Kammer erlangen und den Zweck der Erhaltung der drei Großgewerbe erreichen werden, ohne den Staatskasse Opfer aufzubürden. Viele Fremde, welche heute angekommen waren, um die Debatte zu hören, haben sich getäuscht; Manche ist hier geblieben, um die Reise nicht vergebens gemacht zu haben. Die neuesten Anträge der Kommission sind folgende: Art. 1. Bei jeder der genannten drei Fabriken kann die nachbeschriebene Zinsenhaftung des Staates nur für den Fall übernommen werden, daß zwischen den Inhabern der Fabrik und ihren Gläubigern ein den Fortbetrieb der Fabrik sichernder Borg- oder Nachlaßvergleich zu Stande komme, den auch die Staatsverwaltung angemessen findet. Art. 2. Bei einem solchen Vergleiche muß bedungen sein, daß sämmtliche (nicht durch Pfandrechte gesicherte) Wechsel- und Kontokorrentgläubiger für ihre Forderungen Partialobligationen erhalten und verpflichtet sind in ihrem Nennwerth anzunehmen, worin die zur Fabrik gehörigen Liegenschaften und Gebäude sammt Einrichtungen zu Unterpfand, welchem allein der Staat mit seinem Pfandrecht (Art. 3.) vorzugeben hat, gesetzt sind. Den Inhabern der Partialobligationen können in seinem Falle mehr als 3½ Proc. Zinsen zugesichert werden. Art. 3. Der Gesammtbe-

Digitized by Google

trag der mit Zinsfassung des Staates außzustellenden Partialobligationen darf folgende Summen nicht übersteigen:

| | | |
|---|---|---|
| a) bei der Maschinenfabrik Karlsruhe | 1,000,000 fl. |
| b) „ „ Spinnerei und Weberei Ettlingen | 1,800,000 fl. |
| c) „ „ Zuckerfabrik Waghäusel | 2,100,000 fl. |
| zusammen | 4,900,000 fl. |

Der Staat garantirt die Zinsen zu drei ein halb Procent auf die Dauer von fünfzehn Jahren. Art. 4. Zur Sicherheit für diese Zinshaftung erhält der Staat das erste Unterpfand auf sämmliche Liegenschaften der drei Fabriken, und zwar auf alle ihre nach Landrechtsfab 517—526 a als unbeweglich erklärte Gegenstände, sowie auf sämmtliche Fabrikeinrichtungen, welche durch Widmung als Liegenschaften gelten und hiedurch ausdrücklich als solche erklärt werden. Ferner wird dem Staate sämmtliches Fahrnißvermögen der Fabriken als Faustpfand bestellt. Es wird zu diesen Zwecken in jeder Fabrik ein darin Angestellter als verpflichteter Beamtschädigter des Staates diese Fahrniß inne haben. Ueber die Bestellung des Faustpfands ist eine nach Landrechtsfab 2074 vorgeschriebene Urkunde zu errichten. Art. 5. Was eine Fabrik an Reingewinn jährlich abwirft, wird der Reihe nach verwendet: 1) zur Zahlung der vom Staat garantirten Zinse, 2) zur Tilgung mittelst Auslooſung von ein Procent der Partialobligationen, für deren Zinse der Staat haftet, 3) zur Bildung eines Reservefonds, der vom Staate selbständig verwaltet wird. Der Reservefonds wird nach Ablauf der fünfzehn Jahre (Art. 3) den Gläubigern zur Verfügung gestellt. Art. 6. Die Aktionäre von der Spinnerei Ettlingen und von der Zuckerfabrik Waghäusel erhalten von dem Ertrage Nichts, bis alle Partialobligationen eingelöst sein werden, und Emil Kessler kann bis dahin aus dem Ertrage seiner Maschinenbrik nur eine seinen häuslichen Bedürfnissen entsprechende Summe für sich beziehen. Art. 7. Sollte in einem der fünfzehn Jahre (Art. 3) der Betrieb einer Fabrik wegen was immer für Verhältnisse nicht einmal den zue Zahlung der vom Staate garantirten Zinsen erforderlichen Reinertrag abwerfen, so würde die Staatskasse den Inhabern der Partialobligationen Daßjenige auffuffern, was sie weniger als drei und ein halb Procent aus dem Ertrage der Fabrik erhalten sollten. Die Aufforderung geschieht zunächst aus den Reservefonds and, soweit dieser nicht zureichen sollte, aus Staatsmitteln. Art. 8. Diese Verbindlichkeit der Staatskasse erlischt bei einer Fabrik auch vor Ablauf der im Art. 3 bestimmten fünfzehn Jahre, wenn, aus was immer für Gründen, der Betrieb eingestellt oder um mehr als die Hälfte herabgesetzt werden sollte. Ist vor Ablauf der fünfzehn Jahre der Reservefonds (Art. 5 Ziffer 3) auf einen Betrag gestiegen, welcher dem noch übrigen Betrage der garantirten Zinsen gleichsteht, so kann sich die Staatskasse ihrer Verbindlichkeit dadurch entschlagen, daß sie den Reservefonds den Gläubigern zur Verfügung stellt, welche in diesem Falle auch ihrerseits das Recht haben, die Auflosung des Reservefonds unter gleichen Bedingungen zu verlangen. Art. 9. Um das Interesse der Staatskasse in Beziehung auf den Betrieb der drei Fabriken zu sichern, soll der Staatsverwaltung die erforderliche Kontrole zustehen. Zu allen wichtigern Geschäften, wie zu Inventur und Bücherabschluß, zu Berechnung des jährlichen Reingewinns (wobei von den Fabriken zu ihren Gunsten nie ein Verlust eines frühern Jahres in Abrechnung kommen darf) zur Ausbehnung des Geschäfts, zur Beimerkung des Betriebsfonds, zu neuen Schuldenkontrahirungen soll ihre besondere Genehmigung eingeholt werden. In allen Streitigkeiten unter den die Verwaltung leitenden und beaufschtigenden Personen über solche Geschäftshandlungen entscheidet die Staatsregierung. Der ständische Ausschuß erhält bei seinem jährlichen Zusammentritte Kenntniß von der Verwendung des Ertrags der Fabriken in verflossenen Jahre. Art. 10. Wenn die Staatskasse in die Lage kommen sollte, nach Art. 7 zur Zinszahlung aus Staatsmitteln beizuschießen, so wird sie in den folgenden Jahren aus dem nach Zahlung der garantirten Zinsen übrigen Theile des Reingewinns das Zugeschossene sammt Zinsen zurückziehen. Falls der Reingewinn dazu nicht hinreichend wäre, kann sie auch das Pfandrecht des Staates für ihre Beferdigung geltend machen.

** Kassel, 24. Jan. Die politzeiliche Untersuchung wegen des hier in einer geschlossenen Gesellschaft gefeierten Verfassungsfestes hat gegen dessen einzelne Theilnehmer keine weiteren Folgen gehabt. Aber der Fortbestand der ganzen Gesellschaft ist durch das Ministerium des Innern untersagt und am Stunde an deren Lokal geschlossen worden. Als Grund dieser Maßregel ist angegeben, daß die Gesellschaft durch das Ausbringen und die Annahme einer größern Anzahl von Trinksprüchen von politischer und oppositioneller Beziehung und durch das Aufspielen der Marseillaise am Abende des 8. Jan. zu politischen Demonstrationen und Zwecken benützt worden sei, mithin die Grenzen der erlaubten geselligen Vereinigung verhältnißmäßig überschritten habe. Die Bildung geschlossener Gesellschaften ist gesetzlich nicht von minsterieller Erlaubniß abhängig. Das schließt freilich nicht das Zersprengen solcher Gesellschaften wegen politzeilicher Rücksichten aus, wenn dieselben gemeingefährlichen Zwecken dienen. Bei einer Feier, die, wie das Verfassungsfest, einen politischen Charakter hat, sind Trinksprüche von politischer Beziehung etwas Natürliches; welche Trinksprüche politischen Inhalts sind nicht früher bei jenen Feste, als es kirchlich geboten und weltlich brgünstigt war, von Ministren und andern der Regierung nahe stehenden Personen ausgebracht worden! Aber die jetzigen Trinksprüche werden als oppositionell bezeichnet, ohne daß angedeutet ist, gegen wen eine Opposition darin gefunden wird. Man muß Solches aus seinem Inhalte oder dem Charakter der Personen entnehmen, denen dieselben gewidmet wurden. Nebelthau, der Vorsitzende der Ständeversammlung, der dem Feste als zeitiger Direktor der Gesellschaft präsidirte, hat den ersten Trinkspruch auf den Kurfürsten und die Verfassung ausgebracht; dann ist ein solcher dem kurhessischen Militär zu Theil geworden, das zue rechten Stunde seinen Muth bewährt; man hat der Manen Schomburgs gedacht, auch Jeedan und die freisinnigen Deputirten der Ständeversammlung, dann Einzelne derselben, Wippermann, Schwarzenberg, Henkel, die nicht beim Feste anwesend waren, und Andere gleicher Gesinnung beehdelen lassen; auch ist von Hanau und den Deutschkatholiken geedet worden. Diesen Trinksprüchen ist aber keine Verabredung oder Vertheilung vorhergegangen, sie sind eben augenblicklicher Herzensregung gewesen, und es ist interessant gewichtiges Zeugniß für die Gesinnung der Männer, die, wohl durchgängig reiferen Alters, meistens den angesehenen Bürgerstande angehörig, am 8. Jan. versammelt waren. Aber in deren geselligem Vereine ist die Marseillaise aufgespielt, doch nicht mit Gesang begleitet worden. Im Jahre 1835 hat das Oberappellationsgericht entschieden, daß das bloße Spielen der Melodie jenes Liedes als in irgendeiner Beziehung gefährlich oder schädlich nicht angenommen werden könne, sofern dieses nicht besonders dargethan sei. Sogar aber dieser Beweis nicht geführt sei, erklärte der höchste Gerichtshof das polizeiliche Verbot, die Marseillaise zu spielen, für unwirksam, weil auch Alle der politzeilichen Thätigkeit, welche die Freiheit der Person rechtswidrig beschränken, sie nicht unmittelbar angehen werden müssen und Niemanden verpflichten können, dem die politischen Behörden kein keinerwegs befugt, herauszutreten und aus den Grenzen ihrer Amtsbefugnisse, Unternehmungen und Handlungen zu untersagen, welche weder als Vergehen erscheinen, noch der öffentlichen Ruhe und Ordnung Gefahr bringen, noch den guten Sitten zuwider sind. Hiernach läßt sich beurtheilen, wie viel Grund vorhanden war, den Fortbestand der Gesellschaft deßhalb zu untersagen, weil nach irgendeinem ihrer Trinksprüche die Musikanten in die Melodie der Marseillaise verfallen sind.

*** Gotha, 4. Jan. (Die Verfassungsfrage.) [Schluß] Seinem Fürsten gegenüber hat das Volk das Recht zur landständischen Verfassung, dem Volke und dem Lande gegenüber der Fürst die Pflicht. Die Bauer Schlußsatze erkennt dies Alles auch direkt oder indirekt an, indem sie in den Artikeln 54 bis 58 nicht dieß verordnet, daß der Bundestag darüber zu wachen habe, daß die Bestimmung der Einführung landständischer Verfassungen in keinem Staate unerfüllt bleibe, sondern auch den Fürsten anheimgibt, diese innere Landesangelegenheit (die Einführung einer landständischen Verfassung) mit Berücksichtigung sowohl der früher gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse zu ordnen, und endlich die Grenze bestimmt, innerhalb welcher sich jene landständische Verfassung zu halten hat. Aus dem Gegensatz, den die Wiener Schlußakte zwischen einer ständischen und landständischen Verfassung statuirt, indem sie von einer Berücksichtigung der früher bestandenen ständischen Rechte spricht, mithin weiter geht, und aus dem ferneren Gegensatze zu dem, was bundesgesetzmäßig außer den Grenzen der deutschen Verfassungen liegt, wie z. B. Theilung der Staatsgewalt, konstruirt sich der Begriff einer landständischen Verfassung dahin, daß der Souverän bei einer solchen in der Ausübung gewisser Regierungsrechte an die Mitwirkung des Volks in seiner Vertretung, den Ständen, gebunden sein muß. Was kann nun diese Mitwirkung, was können die aus ihr fließenden Rechte dieser Stände sein? Wenn, was nicht bestritten wird, dem Volke aus der Errungenschaft des Freiheitsstrieges politische Rechte, Theilnahme, oder nenne man es Mitwirkung, eingeräumt werden sollten, so springt in die Augen, daß diese Mitwirkung keine geringere sein darf, als die den Frundeständen worden eingeräumt gewesen, also die Zustimmung zu den Steuern und mindestens der Beirath in der Gesetzgebung. Der Un-

Digitized by Google

verschied und das Mehr bei der landständischen Verfassung im Vergleich zu der feudalständischen besteht in der Veränderung des Rechtssubjektes. Handelte es sich früher von einer Landschaft des Reichs, so handelt es sich jetzt um ein für sich bestehendes Land; handelte es sich früher von einem Reichsvasallen, so handelt es sich jetzt von einem souveränen Fürsten; handelte es sich früher von einem losen Verbande von Bewohnern, welche in verschiedenen Abstufungen im Subjektionsverhältnisse zu einander standen, so handelt es sich jetzt von Einem Volke, von einem Verein von Staatsbürgern. Der Monarch, als Träger der Idee des souveränen Staats, und das zusammengewachsene in einem Rechtsverhältnisse mit ihm stehende Volk sind zwei untrennbare korrelate Begriffe. Hier das Recht und worden die Fürsten souverän, so konnte hinfort nur diese Eigenschaft der einzige Ursprung ihrer Rechte und Pflichten sein, welche nach der Idee der Souveränetät unbegrenzt und allgemein wirken müssen. Mit einem Worte: die Feudalstände können nicht als bestehen bleibend angesehen werden, sonder sie auch wirklich nirgends in der Integrität ihrer Rechte bestehen geblieben sind. Die Basis des ganzen öffentlichen Rechtszustandes, das Reich, ward hinweggenommen, es konnten daher auch die Feudalstände, die allein auf dessen Grund beruhten, nicht bestehen bleiben; es ist dagegen ein Volk erwachsen, welches in seiner Totalität berechtigt wurde zur Mitwirkung bei der Regierung. Hierauf beruht die Repräsentation durch Wahl. Und diese, die Wahl, ist es, welche das Charakteristische macht bei der „landständischen Verfassung." Eine solche seinem Staate zu geben, ist die unbestreitbare Pflicht jedes Bundesglieds. Und da der Wille der Bundesglieder durch die höhere Rechtseinheit des Bundesstaats selbst hiernach gebunden ist, so folgt daraus mit Nothwendigkeit, daß der Fürst bei Erfüllung dieser Pflicht durch keine andere Gewalt daran gehindert werden kann. Zunächst wollen wir, ehe wir unsern Schluß ziehen, noch einem möglichen Einwande derer begegnen, welche sich durch eine vorderbliche juristische Spür- und Distinktionssucht verleitet sehen können, aus dem Art. 56 der Wiener Schlußakte, welchem zufolge die in anctelanter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden können, die Folgerung herzuleiten, daß nun auch eine „landständische Verfassung" nur mit Zustimmung noch bestehender Feudalstände eingeführt werden könnte, und daß dies eben der angeführte verfassungsmäßige Weg sei. Eigentlich widerstreitet die gesunde Vernunft der Mühe eines solchen Beweises. Es genügt daher, auf das Obengesagte zu verweisen, daß die landständischen Verfassungen ein Neues, erst auf den Grund der Bundesverfassung Entstehendes sind, und im Art. 56 von dem Falle die Rede ist, wo diese Verfassungen wieder abgeändert werden sollen; es können mithin die Gesetze dieser Wiederabänderung erst da Anwendung finden, wo eben diese Verfassungen bestehen. Wir ziehen nun unsre Schlußfolgerung: der Herzog von Coburg-Gotha wie jeder andere Bundesfürst, welcher deshalbständig, seinem Staate die landst. Verf. zugeben, und dabei auf Widerstand bei seinen Feudalständen stieße, ist ohne ihre Zustimmung berechtigt, jenes zu thun; er erfüllt auf diese Weise seine Bundespflicht, ist welcher er nach dem Bundesstaatsrechte auf seine Weise beschränkt werden kann; es bleibt ihm (nach Art. 55 der Schlußakte) lediglich überlassen, diese innere Landesangelegenheit mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse zu ordnen. Schließlich sei nur noch erwähnt, daß Schreiber dieses weit davon entfernt ist, eine künftige landständische Verfassung des Herzogthums Gotha nicht lieber der patriotischen Mitwirkung der jetzigen Stände (wie sie zu diesem Zwecke der Herzog in seiner Rede bei Eröffnung des ersten Landtags in Anspruch nimmt) verdanken zu wollen, als der alleinigen Entscheidung des Herzogs. Aber es war von Wichtigkeit, daß Vorstehendes gesagt wurde, weil es von Einfluß auf die Haltung der Stände in dieser Angelegenheit sein muß, wenn sie sich über die Grenzen ihrer Rechte und über die Ausdehnung derer des Staatsoberhauptes klar werden. Und gerade, weil Schreiber dieses von dem lebhaften Wunsche beseelt ist, daß die künftige Verfassung ein einträchtiges Werk sei, welches nirgends einen offenen Stachel zurückläßt, hat er dazu das Seinige hiermit beitragen wollen.

**Hessen.** † Darmstadt, 26. Jan. In der heutigen Sitzung zweiter Kammer wurden zwei Anträge über freie Presse gestellt; der eine von dem Abg. Advokat Reh von Darmstadt, der andere von dem Abg. Advokat Lehne von Alzei. Hr. Reh übergab außerdem folgenden dem dritten Ausschuß zum Bericht mitgetheilten Antrag. Ich beantrage deßhalb, gestützt auf §. 79 der Verfassungsurkunde: verehrliche Kammer wolle die zuversichtliche Erwartung aussprechen, daß unsere hohe Staatsregierung die ihr bundesgesetzlich gebotenen Mittel, jedem etwaigen Versuch der Gefährdung des Staatsgrundgesetzes im Kurfürstenthum Hessen entgegenzutreten, zeitig und nachdrücklich geltend machen werde. (Wir werden die Begründung und weitere Ausführung des Antrags morgen folgen lassen.)

* Gießen, 17. Januar.

D. Zeit. enthaltene Mittheilung unseres Korrespondenten in Gießen ist uns eine Reklamation zugekommen, die Hrn. Kreisrath Prinz in Schutz nimmt. Der Kreisrath habe gegen die Aktienbäckerei einschreiten müssen, weil sie nach ihren Statuten, wie unser Korrespondent bemerkte, Brod nur an Aktieninhaber abzugeben berechtigt sei, eine Beschränkung, die dem Gesetze und der Zünftigkeit des Bäckergewerbes entspreche. Die Zusammenstellung des Verfahrens des Kreisrathes Prinz mit der Behandlung, die sich Landrath Fröhlich gegen den Studiosus Fendt herausgenommen, erscheine höchst unpassend, da Prinz kein Vorwurf treffe, dagegen die dem Landrath zur Last gelegte Behandlung, wie allgemein verlautet, richtig sei. Ein Mißbehagen, besonders über die Verwaltung der Polizei, würde als grundlos gar nicht zu brachten sein und habe sich zur Ehre des Rechtsinnes und der Einsicht der Gießener in Gießen noch nicht kundgegeben. (Somit stünden die Einwohner Gießens mit den Vertretern des Landes, die dieses Mißbehagen als im Lande vorwaltend bezeichneten, im Widerspruch [?], und diese Reklamation träfe die Antwortsadresse auf die Thronrede!) Die vom Kreisrath erlassene Verordnung habe durchaus keine Beunruhigung der Bürger hervorgerufen, die Verstände hätten wohl gewußt, wer Alles unter die Kategorie des so cactera falle. Dem Kreisrath Prinz verdanke man diese Ausbrenzweise nicht, im Strafgerichtsbuche fände sich an mehreren Orten noch Aufzählung verdrehterartiger Handlungen ein: „und dergleichen."

**Schleswig-Holstein.** 22. Jan. Die Weserz. berichtet: Der Privatsecretair des jetzigen Königs ist ein sehr energischer Däne. Der Graf Karl Moltke ist zum Staatsminister ernannt worden. Eine Reihe von Briefen, welche uns von verschiedenen Theilen Schleswig-Holsteins zukommen, können wir für heute nur auszugsweise benutzen. Die Todesnachricht war am 23. in Rendsburg, Schleswig und Kiel bekannt geworden und hatte überall die allgemeinste Auferegung hervorgebracht. In Rendsburg wurde an demselben Tage Nachmittags 4 Uhr, das gesammte dort garnisonirende Militair auf dem Paradeplatze versammelt und leistete dem neuen Könige Friedrich VII. den Eid der Treue. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß der neue König nicht wie der sechste seiner Namens mit dem dänischen Namen Frederik, sondern mit dem deutschen „Friedrich" genannt wurde. — Die Polizei hatte bereits die Traueranzeige erlassen und alle Lustbarkeiten wurden für den Sonntag Abend abbestellt. — Von Kopenhagen verlautet eine Menge von Gerüchten; im Publikum herrschte eine unruhige Bewegung. Die Studenten sollen die Marseillaise singend durch die Straßen gezogen sein. Auch von politischen Rathschlägen, die der König kurz vor seinem Tode dem Kronprinzen ertheilt habe, ist die Rede. Es heißt sogar, der König habe seinem Sohne gerathen, den jungen Herzog von Augustenburg zu adoptiren. Aber eher möchte solchen Gerüchten in so bewegten Momenten Glauben geschenkt sein?

Kiel, 23. Januar. Morgen müssen wir nothwendig weitere Nachrichten aus Kopenhagen haben, und wie sie auch lauten mögen, so werden morgen schon die angemessenen Schritte geschehen, um von hier aus den Anfang mit einer Adresse der angesehensten und meisten Einwohner an den neuen Monarchen zu machen, in der man eindringlich mahnen wird an die heiligen Rechte unserer Lande, die er in Gerechtigkeit uns nicht länger vorenthalten könne; wie er das Recht der Krone dieser Herzogthümer nur in der Wahrung unserer guten Rechte habe. — Aus allen Städten und Orten des Landes werden zahlreiche Adressen den neuen König-Herzog die Stimmung des Landes, des Landes Begehren, verkündigen. (Br. Z.)

**Schweiz.**

⊙ Bern, 24. Jan. In Freiburg hat man mit Recht sein Hauptaugenmerk auf die Reorganisation des durch die Jesuiten ganz zu Grunde gerichteten Schulwesens gewerfen. Die hiefür niedergesetzte Kommission, welche tüchtige Kräfte zählt, versammelt sich täglich im Franziskanerkloster, um unter dem Präsidium des trefflichen Peter Girard, des von den Jesuiten sein ganzes Leben hindurch so hart verfolgten edlen Freundes Pestalozzi's, den Entwurf eines neuen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes auszuarbeiten. — Am 31. Jänner wird auf öffentlichem Platze in Freiburg die Pönnerprozedur mit den noch vorhandenen Folterinstrumenten, als Strick, Trüllen, ein Faß mit zwei Bödern, Zangen, Zwangsbehemden u. s. w. verbrannt. Zu diesem Fest wird sich der patriotische Verein aus dem ganzen Kanton versammeln.

Digitized by Google

## Dänemark.

Kopenhagen, 21. Jan. Die „Berling'sche Zeit." meldet das Ableben des Königs in Folgendem: Am Donnerstag, den 20. Jan., um 10 Uhr Abends, hat es dem Allmächtigen gefallen, Se. Majestät den König Christian VIII. nach vierzehntägiger zunehmender Krankheit, in Allerhöchstseinem 62. Lebensjahre und im 9. seiner Regierung abzuberufen. Am Freitage, 21. Januar, um 9 Uhr Vormittags, wurde Se. königl. Hoheit der Kronprinz Friederich Karl Christian zum Könige ausgerufen, indem Se. Excellenz der Geheime Staats- und Justizminister Paul Christian v. Stemann in Anwesenheit der Prinzen, übrigen Geh. Staatsminister und Kollegienchefs nebst mehreren dehen Beamteten auf den Altan des Schlosses Christiansburg hinaustrat und dasselbst mit heller und lauter Stimme drei Mal nacheinander austief: König Christian VIII. ist todt! Es lebe König Friederich VII.! welcher Ruf jedes Mal von dem Herold auf dem Schloßplatz von Christiansburg wiederholt wurde, wobei ein Tusch von Trompeten und Pauken erfolgte. Se. Maj. der König Frederik VII. geruheten darauf allergnädigst auf den Altan hinauszutreten und die versammelte Menge zu begrüßen. Die königl. Herolde mit einem Kommando der Leibgarde zu Pferd wiederholten demnächst dem Brauche gemäß den Ausruf auf allen öffentlichen Plätzen. An demselben Tage wurde bei Hofe Kammertrauer angelegt. — Offener Brief, durch welchen die Thronbesteigung Königs Friederich VII. bekannt gemacht und befohlen wird, daß alle öffentlichen Geschäfte ihren unausgesetzten Fortgang haben sollen nach den Allergnädigst vorgeschriebenen Regeln u. s. w. Wir Friederich VII., Allergnädigst von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, Ditmarschen, Lauenburg und Oldenburg thun zu wissen: Nachdem der Allmächtige hingerufen hat des Vaterlandes theuren König, Unsern hochgeliebten Vater, Se. Maj. den König Christian VIII., haben Wir Unserer Väter Thron bestiegen. Indem Wir tief gerührt und schmerzlich bewegt sind durch den harten Schlag, der Uns als Sohn betroffen hat, theilen Wir mit Unserem getreuen Volke den Kummer über den großen Verlust, von dem das theure Vaterland betroffen worden ist, und suchen Wir unsere Kraft in einem festen Vertrauen auf den Beistand des Allgütigen und in dem Bewußtsein Unseres aufrichtigen und ernstlichen Willens, die Wohlfahrt Unseres geliebten Volkes zu fördern. Es wird Unser erstes und wichtigstes Bestreben sein, Unseres hochgeliebten Vaters erhabenem Beispiele zu folgen, gleich Ihm Milde und Gerechtigkeit in Unserer Regierung zu vereinigen, die Bewohner sämmtlicher Landestheile mit gleicher landesväterlicher Liebe zu umfassen und nicht allein die von Ihm begonnenen Verbesserungen in der Verwaltung fortzusetzen, sondern auch zu Ende zu bringen, die von Ihm beabsichtigte Ordnung der öffentlichen Verhältnisse des Staates, deren Ausführung nur in Folge Unseres hochgeliebten Vaters Krankheit und Heimgang ausgesetzt geblieben ist, und welche darauf abzielt, der Bürger gegenseitige Rechte zu gewährleisten (at betrygge Borgernes gjensidige Rettigheder), in Unserem geliebten Vaterlande Einigkeit zu fördern und dadurch die Kraft und die Ehre des Staates zu befestigen. Im Uebrigen ist es Unser Wille, daß die öffentlichen Geschäfte ihren unausgesetzten Fortgang haben sollen, in Uebereinstimmung mit den vorgeschriebenen Regeln, und daß alle von dem hochseligen König bestellten oder bestätigten Beamteten bis auf weiteres in ihren Amtsverrichtungen fortfahren sollen in Gemäßheit des von ihnen früher geleisteten Eides der Treue. Gegeben in Unserm Schlosse Christiansborg, den 20. Januar 1848. Unter Unserer Königl. Hand und Siegel. Unterz. Frederik Rex. — Stemann. Oersted. Bentzen. Holm. Algreen-Ussing. (L. G.)

## Großbritannien.

London, 24. Jan. Der Observer zeigt jetzt amtlich an, daß der neue britische Gesandte Hr. Doyle, in der Stadt Mexiko, und zwar unter Schutz und Begleitung einer nordam. Reiterbedeutung angekommen ist. Lord Palmerston hatte gegen die Steuern, womit um den Krieg gegen die Vereinigten Staaten fortzuführen, die in der Republik Mexiko wohnhaften Briten belastet worden, Verwahrung eingelegt. Dasselbe war schon vor sechs Monaten von den letzteren selbst geschehen. Ferner kündigt der Globe als gewiß an, daß außer der schon beschlossenen Verstärkung des engl. Geschäftswesens, auch eine Vermehrung der Reiterei (jede Kompagnie der Gardereiterei z. B. um 20 Mann) und eine verhältnißmäßige Vermehrung des Fußvolks im Werke sei.

## Frankreich

Paris, 25. Jan. Die gestrigen Kammerverhandlungen, obgleich sie sich vorzugsweise um die Frage vom Gleichgewicht zwischen Staatsausgabe und Einnahme drehten, dieten durchaus kein Interesse, das uns veranlassen könnte, darauf zurückzukommen. Die Kammer selbst hörte die aufstrebenden Redner nur mit halbem Ohr, und einige angeblicke Aufschlüsse des Finanzministers schienen ihrer Einsicht ziemlich unzugänglich zu sein. In der heutigen Sitzung wurde die Debatte über die Budgetfrage fortgesetzt, und zwar in lebendigerer und anziehenderer Weise. Zuerst trat Herr Achill Fould auf, um, trotz seines ministeriellen Glaubens, der Regierung einige zarte Vorwürfe über Mangel an Sparsamkeit zu machen. Diese Vorwürfe schienen indessen nur die Einleitung sein zu sollen zu einer andern Klage, welche zwar nicht unmittelbar gegen die Regierung gerichtet war, die aber in engerem Zusammenhange mit den unmittelbaren Interessen des Redners stand. Hr. Fould beschwerte sich nämlich bitterlich darüber, daß die Bank von Frankreich sich bei der letzten Staatsanleihe betheiligt habe, und es fehlt nicht Viel, so hätte er die Bank einen Broddieb genannt, welcher die armen Bankiers noch zum Verhungern bringen werde. Diese Klage wurde von dem Minister sehr bündig zurückgewiesen. Hr. Dumon erklärte, daß nur der gesunde Menschenverstand, noch das Gesetz, noch die Statuten der Bank verbieten, ihr überflüssiges Geld in Staatspapieren anzulegen, und daß man ihr nur dann einen rechtmäßigen Vorwurf machen könnte, wenn sie sich auf Börsenspiel einließe.

Hierauf bestieg Hr. Thiers die Rednerbühne. Er begann mit der Erklärung, daß es ihm heute nicht darauf ankomme, Oppositionspolitik zu treiben, daß er vielmehr nur financielle Wahrheiten sagen wolle. Das ordentliche Budget wachse von Jahr zu Jahr, und seit 1842 sei auch das außerordentliche Budget jährlich um 20 Millionen gestiegen. Die Regierung habe binnen drei Jahren 1100 Millionen für öffentliche Arbeiten begehrt, und eine nicht minder große Summe sei durch die Aktiengesellschaften dem gewerblichen und Handelsverkehr entzogen worden. In der Vereinigung dieser Umstände liege eine große Gefahr. Das außerordentliche Budget werde durch Schulden gedeckt und die Einnahmen reichen auch nicht einmal zur Bestreitung der ordentlichen Ausgaben. Der Redner sprach noch beim Abgange der Post.

## Italien.

Turin, 14. Jan. Die Konflikte in Mailand und Pavia haben nach einem Schreiben in der Gazz. di Firenze in Sardinien große Aufregung und friegerische Gelüste hervorgerufen. Vom Handelsstand, von den Studenten und der übrigen Jugend einliefen Aufforderungen, dem König Leben und Vermögen zur Verfügung zu stellen. Aus der Provinz Mondovi kam das Anerbieten, 2000 vollkommen ausgerüstete Streiter zu stellen. In der der Lombardei zunächst liegenden Provinz Lomellina übt sich Alles in den Waffen, bieten die Signori die besonders für die Artillerie nöthigen Pferde an. Die Truppen sollen vom besten Geiste beseelt sein. Heute ward in der Muttergotteskirche zum Gedächtniß der in Mailand und Pavia Gefallenen unter großem Zulauf ein feierliches Todtenamt gehalten. Die Patria gibt die unverbürgte Nachricht, der König habe die Errichtung eines verschanzten Lagers am Po angeordnet, theils, um sich gegen einen in Aussicht stehenden Angriff (?) (assalto probabile) der österreichischen Truppen zu verschanzen, theils, um das mailändische Gouvernement in beständiger Ueberwachung und Furcht vor einem Angriff der piemontesischen Streitkräfte zu erhalten.

Die Allg. Zeit. schreibt: Nach den eben eintreffenden Livorneser und Genueser Zeitungen (letztere vom 22. Jan.) ist durch ein neues aus Palermo kommendes Dampfboot, „Ville de Marseille", die Nachricht eingetroffen, daß die königlichen Truppen den Versuch machten, in die von den Aufrührern besetzte Stadt durch die Porta Macueda einzudringen, aber mit Verlust zurückgeschlagen wurden und nun außerhalb der Stadt am Fuße des Monte Pelegrino kampiren. Der Graf Aquila sei nach Neapel zurückgekehrt, um Verstärkung zu verlangen. Die Besatzung des Forte Castellamare (das also nicht kapitulirt hat) wollte die Stadt beschießen, soll aber durch die Piemontesischen des engl. Konsuls, wegen des in Palermo liegenden englischen Eigenthums, davon abgehalten worden sein. Die Insurgenten hätten ein provisorisches Komite errichtet, an dessen Spitze Hr. Ruggiero, Exminister der auswärtigen Angelegenheiten nach der Konstitution von 1812, der Fürst Villafiorita, der Advokat Marovro, und Graf Pietro Aretio. Der Klerus soll an der Bewegung Theil genommen, aber auch die Ausbreitung der Unordnungen gehindert haben. Die Gewehre seien um ein Spottgeld zu haben, was man der Anwesenheit zweier engl. Schiffe zuschrieb. — Die Bestätigung aller dieser Berichte, zum Theil wohl dieser Schiffsagen, bleibt dahingestellt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Als Probenummer nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Geer u. Comp., 72 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder wende man sich an H. C. Alexander Gravenberg 28 Boulevards, Paris 25, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Pränumerationen besorgt das Großh. Zeitungs-Comptoir in Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 1 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Ausländer wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 30. Heidelberg, Sonntag 30. Januar 1848.

## Uebersicht.

Rückblick auf die nächste Vergangenheit von Nassau. I. (Forts.). — Wien (Truppendurchmarsch nach Italien. Erlaß wegen der Vorfälle in Gräz). Berlin (Auswanderergeschichte). Magdeburg (die neukirchl. Gemeinde erhält als gewählte Religionsgesellschaft die Staatsgenehmigung). Provinz Sachsen (Kreditgläubiger). Bonn (Professor Dahlmann †). Vom Rhein (die Rheinschiffahrtskommission). Aus Baiern (Gericht über den Rücktritt des Fürsten von Oettingen-Wallerstein). Stuttgart (Kammerverhandlungen). Heidelberg (der Rhein. Beobachter und der Jollverein). Vom Neckar (in Sachen des großen deutschen Gesangfestes). Kassel (Bürgermeister Arnold). Darmstadt (Kammerverhandlungen über Wahlumtriebe. Reh's Antrag wegen Aufrechthaltung der kurhessischen Verfassung). Kiel (Kommission zur Empfangung einer Adresse an Friedrich VII. Krankheit des Königs. Die neue Lage.) Schleswig (Gruß des Königs an seine deutschen Unterthanen. Beabsichtigte Demonstrationen. Eine Abordnung der Studenten vom Königs nicht zugelassen).

Schweiz. Vom Neckar. Die Druey'sche Rede. Erklärung des Hrn. Huber-Saladin gegen Montalembert. Zürich. Die Bundesrevision. Bern. Verhandlungen der Tagsatzung. Schwyz. Das Ergebniß der Abstimmung über die Verfassungsentwürfe noch zweifelhaft.

Großbritannien. Das Steuerwesen. Die finanzielle und industrielle Lage. Versammlung in Angelegenheiten des deutschen Hospitals. Majestät gegen Dr. Freund.

Frankreich. Die Schweiz und das Journal des Débats. Kammereröffnung vom 25. und 26. Jan. Der Kriegsminister als General pensionirt. Mehrmehl Ali will Abdel-Kader nicht aufnehmen. Wiedereröffnung des Gesellschaftszimmers der Königin. Lamoricière in Paris. — Italien. Mailand. Die Bilanzen für eine Steuer-Verwilligung des L. B. Königreichs. Daniel Manin und die venetianische Centralkongregation. Die wahrhaft liberalen und die Signori. Rom. Dankadresse an Cataldi. Gedächtnißfeier für die in Mailand Gefallenen. Der Kriegsminister und das Heer. Genua. Schiffermachrichten über den Aufstand in Sicilien und dessen angeblicher Verbreitung über die ganze Insel.

Polen. Die Rekrutenaushebungen. Von der französischen Grenze. Banbruchsetze der galizischen Bankobligat. Die Cerevisiasteuer.

Handel. Aus dem Elsaß. Berathungen über die Verbindungsbahn zwischen der Paris-Straßburger und der Pfälzer-Ludwigshafener.

Nachschrift. Annahme der Kommissionsvorschläge in Betreff der Fabriken.

### Heidelberg, 30. Januar.

Wir nehmen an, daß es dem Herzog und den Staatsmännern, welche damals am Ruder standen, Ernst war, konstitutionell, d. h. mit freier Zustimmung der Repräsentanten des Volks zu regieren; wir halten es für gewiß, daß der Wille des Herzogs damals nur durch das lauterste Wohlwollen für die Gesammtheit seiner Unterthanen bewegt wurde. — Die Verfassung war entstanden noch vor der Schlacht bei Waterloo, zu einer Zeit, wo unsere Bureaukraten noch einige Ehrfurcht hatten vor der Kraft eines für Freiheit und Selbstthätigkeit begeisterten Volks. Auch im Jahre 1819 hallten noch die Klänge der damaligen Zeit nach. Ein Blick auf die intellektuellen Kräfte des kleinen Landes hätte aber schon auf den Gedanken führen müssen, daß die Zusammensetzung der Deputirtenkammer aus nur 3 Gewerbebesitzern und 15 Grundeigenthümern, welche im Simpel, deren jährlich 4—5 geboren werden, 21 fl. bezahlen — wozu noch in offendarer Anomalie drei Geistliche und Ein Schulmann kommen — nur eine sehr enge Wahl und dadurch eine sehr mangelhafte Vertretung der geistigen und materiellen Interessen des Landes zuließ. Noch geringere Garantien kann die Zusammensetzung der Herrenbank gewähren, wie denn merkwürdiger Weise die 11 Mitglieder zählende des Jahres 1847 aus einem Regierungsdirektor, drei Regierungsräthen, einem Hofmarschall und sechs adeligen Gutsbesitzern bestand, die früher sämmtlich dem Staatsdienst angehörten und noch, bis auf drei, Kammerherren des Herzogs sind. Die wenigen Standesherren haben es schon lange nicht der Mühe werth gehalten, selbst auf dem Landtag zu erscheinen. — Eine der Hauptaufgaben des konstitutionellen Systems ist die sittliche und geistige Entwickelung des Volks, die Erweckung des Gemeinsinns und der politischen Selbstthätigkeit der Einzelnen durch Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, durch das Zusammenwirken des Volks und seiner Repräsentanten mit den Behörden nach einem Ziele, dem der Nationalwohlfahrt hin, wodurch allein das Vertrauen erworben werden kann, welches unsere Bureaukraten so oft im Munde führen. Darum eine der wesentlichsten Bedingungen alles konstitutionellen Lebens — die vollste Oeffentlichkeit und das Heranziehen aller im Volke ruhenden geistigen Kräfte. Wie wenig man in Nassau diese Aufgabe und den wahren Standpunkt der Volksabgeordneten erkannte, ergibt eine Aeußerung des Regierungskommissärs im Jahr 1818, indem er den Deputirten beim Beginn des Landtags allen Ernstes empfahl, „ihre Meinung über einen zur Verhandlung kommenden Gegenstand keinem Menschen, sei es wer es wolle, mitzutheilen, weil er sonst Gefahr laufe, der durch die Debatten erhaltenen besseren Ueberzeugung bei der Abstimmung nicht zu huldigen, um nicht als Wankelmüthiger zu erscheinen. Versuche, einem Mitgliede seine Meinung zu entlocken, seien daher mit Unwillen zurück zu weisen". Präsident Ibell war es, welcher den Ständen diese naive Unterweisung in ihren konstitutionellen Pflichten ertheilte. — An den Namen dieses Mannes knüpft sich ein großer Theil der nassauischen Zustände. Ein geistreicher Mann von großer Energie und ungewöhnlichem Talent, organisirte er in unglaublich kurzer Zeit das aus einem bunten Wirrwarr in der Länderhandelspolitik zusammengesetzte Ländchen zu einem einheitlichen Ganzen. Noch lange zehrte Nassau von dem Ruhme seiner Schöpfungen, entsprangen theils aus den nivellirenden Ideen der französischen Revolution, theils aus dem Centralisationsprinzip der gemäßigt aufgeklärten Monarchie und den noch nebelhaften Freiheitsideen der Unabhängigkeitskriege. So mag es zu erklären sein, daß in der staatsmännischen Wirksamkeit des Schöpfers der nassauischen Verwaltungsorganisation wunderliche Widersprüche entgegentreten. Während überall die freisinnigsten Grundsätze, die weiteste persönliche Freiheit, die Gleichheit vor dem Gesetz, unbeschränkte Oeffentlichkeit an die Spitze der Edikte gestellt sind, sind diese Grundsätze nirgends durchgeführt, immer wieder eine Hintertüre für das gnädige Ermessen vorbehalten, zur despotischen Beamtenhierarchie die besten Grundlagen gelegt, und in dem nach französischem Muster gebildeten Gemeindewesen jede selbständige Entwickelung des Volkslebens unterdrückt. Schon beim Beginn des nassauischen konstitutionellen Lebens zeigte sich bald diese Richtung. Denn als mehrere Städte des Landes — die gläugenden Verheißungen von Freiheit und Oeffentlichkeit in frischer Unbefangenheit aufgreifend — mit Hilfe eines jungen Staatsbeamteten, des damaligen Kriminalrichters Snell, in einer ebenso würdig als bescheiden gehaltenen Denkschrift den Ständen verschiedene Beschwerden des Landes vorlegten, da wurde diese Denkschrift höchst unanständig aufgenommen und Snell ohne Weiteres abgesetzt. Nicht viel besser erging es einem andern Beamteten, Regierungsrath Hergenhahn, welcher den Ständen ein Regierungsedikt vorlegte, durch ohne ihre Mitwirkung eine Art Armensteuer eingeführt wurde, als die Verfassung verlegend bezeichnete. Es half ihm Nichts, daß er sich auf seine Eigenschaft als Staatsbürger berief, daß er auf den §. 23 des Organisationsedikts hinwies, welcher der Landesregierung befiehlt, niemals zu vergessen, daß die Regenten dieses Landes „das größte Maß der Freiheit des Einzelnen, soweit sie mit der Sicherheit Aller vereinbarlich sei, und die möglichst vollkommene physische, intellektuelle und moralische Ausbildung der Staatsglieder und Beförderung ihres größtmöglichen Wohlstands als obersten Staatszweck erkannt hätten!" — Sie wurde vom vornherein jede freie Aeußerung politischer niedergeschlagen. In der Stelle eines Präsidenten der Landesregierung hatte sich Ibell selbst einen Posten geschaffen, welcher seinen schöpferischen Geist, seinem Ehrgeiz und, wir wollen es zu seiner Ehre sagen, seinem Bestreben, die Wohlfahrt des Volkes zu begründen, völlig entsprach, dessen monströse Aufgabe aber kaum ein selbst ganz ungewöhnlicher Geist würdig zu erfüllen im Stande sein möchte. Diese Landesregierung umfaßt nämlich nicht allein die gesammte innere Verwaltung des Landes von mehr als 400,000 Seelen; sie ist auch richterliche Behörde über alle korrektionellen Vergehen, wozu merkwür-

Digitized by Google

diger Weise auch revolutionäre Umtriebe gerichtet werden; sie besorgt als Konsistorium die Leitung der evangelischen Kirche, die Ausübung der landesherrlichen Rechte in Beziehung auf die katholische Kirche, die Aufsicht auf das gesammte Schulwesen, die Forstverwaltung, den Bergbau und Hüttenbetrieb, das gesammte Bauwesen, so daß jeder neue Stall von ihr approbirt werden muß, die Armenpflege und Verwaltung aller bei ihr centralisirten milden Stiftungen, die gesammte Polizei; sie entscheidet in allen Expropriationsfällen ohne Konkurrenz der Gerichte und leitet die gesammte Verwaltung der Gemeinden, entscheidet selbständig über Receptionen in dieselben, leitet das Konskriptionswesen u. s. w.

**Oesterreich.** Wien, 21. Jan. Aller Augen richten sich auf die Bewegungen der Lombardei. Stafetten kommen und gehen, Befehle für die Armee drängen sich. Mit den auf dem Marsche begriffenen Truppen wird Italien nächstens ein Heer von 80,000 Mann haben. (Kl. B.)

Wien, 22. Jan. Die bekannten Begräbnißdebatten in Steiermark haben, wie man vernimmt, zu einer (zur Stunde noch nicht promulgirten) k. k. Entschließung Anlaß gegeben, wonach, „im Falle Jemand auf dem Sterbebette bei vollem Bewußtsein die Tröstungen der Kirche hartnäckig zu empfangen sich weigert, hievon an die politische Oberbehörde ohne Ausschub Anzeige zu erstatten ist. Letztere wird alsdann nach dem Ableben eines solchen Individuums eine Kommission ernennen, bestehend aus dem Kreiskommissär, dem Ortsseelsorger und dem ordinirenden Hausarzte, und (im Falle der Konstatirung seiner hartnäckigen Weigerung bei vollem Bewußtsein) die Verfügung erlassen, daß der Leichnam auf anständige Weise auf den Kirchhof transportirt und daselbst beerdigt werde, eine kirchliche Feierlichkeit jedoch nicht zu beanspruchen sei." (Oberpostamtsz.).

**Preußen.** Aus Berlin, 25. Jan. wird mit dem „Frankf. Journ." eine Geschichte von Auswanderern berichtet, die zu den jüngst von uns gerügten Treiben des Hauses Detrue ein Seitenstück bildet. Gegen Ende Oktobers des vorigen Jahres hatten sich ungefähr zweihundert Personen, die nach Nordamerika überzusiedeln beabsichtigten, theils aus Preußen, theils aus Baden, Hessen, Rheinbairen und Nassau gebürtig, nach Helvetiens begeben, nachdem sie mit den Agenten der dort wohnenden Schiffsmakler Mandrin und Cerchand wegen der Ueberfahrt nach Neuorleans übereinkunft geschlossen. Widrige Winde verzögerten die Abfahrt um drei Wochen, da weigerten sich die genannten Makler, welche die Beförderung der Auswanderer für 5 Gulden die Person übernommen hatten, die nothwendigen Lebensmittel zu liefern. Das Einschreiten des preußischen und holländischen Konsuls war vergebens; als sie auf die mit den Agenten geschlossenen Kontrakte verwiesen, erklärten ihnen die Makler, solche Kontrakte gingen sie Nichts an. Durch Unterstützung des preußischen und hessischen Konsuls festeten die Betrogenen ihr Dasein; als dann am 19. Novbr. endlich das Schiff sich zur Abfahrt bereit machte, erwies es sich als schlecht; von Winden hin und hergeworfen, mußten sie im Hafen von Plymouth landen, um eine Ausbesserung von zwei Monaten abzuwarten. Obwohl ein Theil der Auswanderer krank, zwei unterwegs schon gestorben waren, muthete ihnen doch der Kapitän Satsbel zu, in einem elenden Schuppen, den sie erst reinigen sollten, zwei Monate lang zu leben, obgleich die holländischen Schiffsgesetze die Auswanderer gegen solche Wechselfälle sicherstellten. Der preußische Generalkonsul in England hat sich der Sache angenommen und der hessische Konsul in Rotterdam hat über die Agenten Bericht erstattet. Es ist zu erwarten, daß gegen das Treiben dieser Menschen die strengsten und unnachsichtigsten Maßregeln ergriffen werden.

* Magdeburg, 26. Jan. Heute wurde durch die Regierung den Gemeinde Aeltesten als einer gebildeten Religionsgesellschaft die staatliche Anerkennung zu Theil. (Morgen das Mährer.)

Aus der Prov. Sachsen, 23. Jan. wird der Nachn. Z. geschrieben: Gestern waren es gerade zwei Monate, daß Kracksrügge nach der Strafanstalt Lichtenburg abgeführt wurde. Die Hoffnung seiner Familie, daß ihm die Hälfte seiner Haft erlassen werden würde, ist aber nicht in Erfüllung gegangen; denn er muß auch noch die zwei andern Monate, also die volle Strafe, abbüßen. Frau Kracksrügge gedenkt sich nun nochmals selbst nach Berlin zu begeben, um ihrem Ehemann eine Linderung seiner Lage auszuwirken. — Einem Gerüchte zufolge soll der Literat Schrader zu Weimar, welcher bekanntlich in ähnlicher Weise wie Kracksrügge zur Zeit in öffentlichen Blättern über Bettine v. Ehrenberg berichtete, gestern völlig freigesprochen worden sein. — Die Nachricht, daß der von Kracksrügge gegründete „Preußische Stadt- u. Landbote" in Preußen verboten sei, entbehrt allen Grundes.

Bonn, 25. Jan. Die Köln. Z. berichtet den heute erfolgten Tod des Professors Delbrück.

* Vom Rhein, 25. Jan. Dem Vernehmen nach wird die Rheinschifffahrtskommission sich im März wieder versammeln, um einige schwebende Fragen zur Lösung zu führen. Wiewohl man an den nun schon so manches Jahr sich fruchtlos hinschleppenden Berathungen erkannt, welche große Schwierigkeiten in dem zerspaltenen Deutschland sich immer der Hinwegräumung aller Mißstände entgegenhäufen, so blickt man dies Mal doch einem erfreulichen Ergebniß der Berathungen entgegen und hofft die mannigfachen Nachtheile der Vielherrigkeit des schönen Rheins endlich verschwinden zu sehen. Der Umstand, daß auch zwei fremde Staaten bei der Rheinschifffahrt betheiligt sind, bietet für dieselbe keine Schwierigkeit mehr dar. Frankreich steht seiner Reform im Wege, und wenn die deutschen Uferstaaten einig mit Preußen die gründliche Ermäßigung oder gänzliche Abschaffung der Rheinschifffahrtsabgaben an die Bedingung knüpfen, daß Holland das droit fixe aufhebe und das untere Rheinbett im besten Stand erhalte, so muß dieses einwilligen. Die Schwierigkeit liegt also nur in der Uneinigkeit der deutschen Rheinuferstaaten. Und sieht es an der Elbe, die doch nur durch deutsche Länder fließt, nicht womöglich noch schlimmer aus, als hier? Ja, noch immer möchte ein deutscher Staat gern auf Kosten des andern sich bereichern, und er vergißt, daß sie darüber sich alle nur schaden, daß sie alle dem Auslande gegenüber in eine unglückliche Lage kommen. Dies dürfte nicht früher sich ändern, als bis sämmtliche deutsche Länder ihre Interessen in Handel, Zoll und Schiffahrt geeint haben und das Gefühl der Gemeinschaftlichkeit der Anliegen in allen Schichten der Gesellschaft erstarkt. Wären wir eins durch ein deutsches Handelssystem, wie rubig und sicher könnten wir z. B. jetzt die Entwicklung der Dinge in Dänemark erwarten! Ja, wir sind seit übergezogt, einem so gereinten Deutschland würde schon von vornherein selbst eine Großmacht das gar nicht mehr zu bieten wagen, was wir uns unter den gegenwärtigen Umständen selbst von dem schwachen Dänemark haben gefallen lassen.

* Aus Baiern, 25. Jan. kommen uns Berichte zu, welche unverhohlen davon sprechen, auch der Rückkritt des Fürsten von Oettingen-Wallerstein sehr nahe bevor; als Motiv werden ähnliche Verhältnisse bezeichnet, wie die, welche gerade den Kriegsminister veranlaßt haben sollen, seine Entlassung anzubitten. Wir würden ein solches Gerücht nicht erwähnen, wenn es nicht von sehr glaubwürdiger Seite käme und wenigstens den Beweis liefert, wie sehr diejenigen unserer Korrespondenten Recht hatten, welche auf das Unsichere und Schwankende der gegenwärtigen Verhältnisse mit Ernst und Offenheit hindeuteten.

**Würtemberg.** Stuttgart, 26. Jan. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde nach dem Berichte des Schwäb. M. über einige Punkte verhandelt, welche die Gesetzgebung berühren und kein allgemeines Interesse bieten. Der Präsident zeigte an, am 29. d. werde die Berathung der Dankadresse stattfinden können. Binder verlangt, daß der Adreßentwurf den Mitgliedern schon zum Voraus gedruckt mitgetheilt werde. Der Präsident versetzt: das sei nie der Fall gewesen, der Entwurf werde überhaupt erst in neuerer Zeit zur Erleichterung der Mitglieder gedruckt. Die Kammer beruhigt sich. — Eine Reihe von Kommissionsanträgen wird für die nächste Zeit in Aussicht gestellt: für Eisenbahn-, für Feudal-, für innere Verwaltungsangelegenheiten, für Berathung des Wahlgesetzes, ferner in Verbindung mit der 1. Kammer die Staatssaulenverwaltungskommission. — Nächste Sitzung: Freitag den 28. Morgens 9½ Uhr; Tagesordnung: Wahl der aus 15 Mitgliedern bestehenden Finanzkommission und Entwicklung von Motionen.

**Baden.** * Heidelberg, 26. Jan. Der Rhein. Beob. bringt eine Korrespondenz, worin den Freunden der deutschen Interessirte, die einen Zollverein für dieselbe verlangen, geradezu mit Auflösung des Zollvereins gedroht wird. Wir erfahren aus diesem merkwürdigen Bericht, daß Preußen seinen Freihandelsgrundsätzen schon soviel geopfert habe, daß es nicht mehr weiter nachgeben könne, ohne die Interessen der Mehrheit seiner Bewohner zu verletzen; wir werden ferner darin belehrt, daß das Schutzzollsystem die Interessen der südeutschen Staaten stets geschädigen müsse, und es wird ausschließlich der Fingerzeig gegeben, daß „einer Sperrung des Zollvereins und eine Vereinigung Preußens und Sachsens mit den Nordseestaaten nicht in das Reich der Unmöglichkeiten gehöre." Wir sind seit übrigens, daß unter den leitenden Vertretern beider Ansichten im Zollverein, so, scheint sie sich entgegenstehen mögen, Wunsche dieser Art keinen Anklang finden, und daß weder in Preußen noch in Süd-

Digitized by Google

deutschland endlich daran gedacht werde, die schlimme deutsche Schöpfung seit derjüg Jahren um Meinungsdifferenzen willen zu zerstören; es wäre somit die erste Pflicht einer deutschgesinnten Presse, kräftig dagegen aufzutreten, von welcher Seite sich auch ein solches Gelüst geltend machen möge. Den Zweck seiner Drohung, auf dem nächsten Zollkongresse die Vertreter der süddeutschen Interessen von einer kräftigen Wahrung ihrer Sache abzuschrecken, wird der Rhein. Brob. daher schwerlich erreichen; und um die Charakteristik der eigenen deutschen Gesinnung, die er in dieser Korrespondenz gegeben hat, bemerken wir den Beobachter wahrheitig nicht. Als Gegenstück heben wir aus einer baierischen Korrespondenz eines Hanseatischen Blattes, der Weserzeitung, hervor: Obwohl Baiern, und mit ihm Würtemberg und Baden, mit allem Nachdruck diese ihre Forderungen vertreten werden, so kann doch, auch im Falle sie nicht zur Annahme gelangen sollten, von einer Trennung des Zollvereins, wie man in Preußen bereits wieder in Aussicht stellt, keine Rede sein. Bei uns wenigstens hat sich nicht bloß im Schooße der Regierung, sondern auch im Volke die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß nicht in der Trennung, sondern in der Einigung Heil zu finden sei, und daß man für das große Interesse nöthigen Falles ein kleineres zum Opfer bringen müsse. Wenn man überall so dächte, würde die Einigung gewiß weniger schwer fallen. Unter dem Ministerium Abel schien allerdings ein Mal der Gedanke des Austritts Baierns aus dem Zollverein und der Stiftung eines süddeutschen Bundes unter dem österreichischen Zollsystem aufgetaucht zu sein. Aber abgesehen von allen andern Hindernissen, welche der Ausführung entgegenstanden, würde derselbe schon an der entschiedenen Gesinnung des Königs gescheitert sein. In der That, eine Trennung ist noch der dermaligen Lage der Dinge und bei der gegenseitigen Verkettung der Interessen sowohl für die süddeutschen Staaten als für Preußen eine Unmöglichkeit geworden, und Derjenige, der eine solche zuerst anzuspornen wagte, müßte nur den Umfang und die Folgen seines Beginnens nicht beurtheilen können, sonst würde er gewiß vor der Verantwortlichkeit zurückerschen.

† Vom Rhein, 21. Jan. 1847. Leider hat sich inzwischen der Bericht über Frankfurter Korrespondenten, daß man den Beschluß gefaßt habe, das große deutsche Gesangfest noch um ein Jahr hinauszuschieben, als vollkommen richtig herausgestellt. Es muß Jedem freistehen, die Gründe dieses plötzlichen Beschlusses zu beurtheilen, um so mehr, da die badischen verbündeten Gesangvereine und, soviel wir wissen, auch die baierischen ihre diesjährigen Landesgängerfest ausgesetzt haben, um auch ihrerseits in Frankfurt erscheinen zu können. An den Geldmitteln fehlt es, wie wir aus sicherer Quelle wissen, nicht; hat man ja im vorigen Jahre das Turnfest in Frankfurt nicht zu einem Volksfeste werden lassen, aus dem Grunde, da schon so bedeutende Sammlungen für das diesjährige Sängerfest gemacht wurden! Was sind nun die Gründe, die zu diesem Beschluß hervorriefen? Entweder ist es eine unverzeihliche Gleichgültigkeit für die Entwickelung deutscher Nationalthümlichkeit, oder wir haben den gefaßten Beschluß einem äußern Einflusse zu verdanken. Glaubt man aber, was im J. 1848 nicht gern gesehen wird, wird 1849 erlaubt werden? Noch ist es hoffentlich Zeit, den Beschluß ungeschehen zu machen! Die Tausende von Sängern aus allen deutschen Gauen, die auf dem diesjährigen Sängerfeste in Frankfurt ihr Scherflein zur Verbrüderung der Deutschen beizutragen wünschen, die lange schon ihre Geschäfte darnach einrichteten, mahnen die Frankfurter Sänger an ihre Verpflichtung und erwarten von dem Senate der freien Stadt, daß er die Schwierigkeiten zu beseitigen wissen werde.

** Kassel, 26. Jan. Immer noch bildet das unerwartete Schicksal Arnolds den Gegenstand des Gespräches; er wird getadelt, daß er sich, obwohl lebenslänglich zum Oberbürgermeister gewählt, durch eine Reverserung gegen das Ministerium in eine so prekäre Lage gesetzt hat; aber er wird doch bedauert, man erwägt die Mittel, welche angewendet worden sein mögen, um ihn zu einem solchen Schritte zu bewegen, und forscht vergebens nach der Ursache, die jetzt so plötzlich ihn der städtischen Verwaltung und dem Landtage, selbst dem permanenten Ausschusse entzog, für den er durch die Ständeversammlung gewählt war. Arnold ist ein Mann von gutem Herzen und versöhnlichem Charakter, der gerne Allen helfen möchte und deßhalb oft Hoffnungen erregte, deren Erfüllung im Voraus unmöglich erscheinen mußte. In seinen Entschlüssen ist er käufig zaudernd, unsicher, aber niemals hat man gehört, daß er nicht auf der Seite der Stadt bei allen Konflikten gestanden hätte, in welche diese mit den Staatsbehörden über Anwendung und Ausbildung der Gemeindeordnung gerieth. In der Ständeversammlung wurde er früher weniger bemerkt; zwischen ihm und Schwarzenberg, der stets in erster Linie unter den Liberalen kämpft, war eine weite Kluft; die lange Kette von Meinungsverschiedenheiten allmählicher Abfuhrung, die endlich Beide miteinander bei in Berührung brachte, fehlt auf diesem Landtage oder hat nur verringert stehende Glieder zurückgelassen. So schienen gewissermaßen Schwarzenberg und Arnold sich näher gerückt zu sein; Arnold sonst nur folgend, war unwillkürlich fast zum Führer geworden; zum Vermitteln, was sonst am meisten ihm eigen war, ließ sich jetzt kaum eine Möglichkeit ausfindig machen. Wo es solches versuchen wollte, schlug dies in die schärfste und folgenreichste Opposition um. Von Arnold ging auch der Vermittlungsvorschlag aus, den Baron v. Waitz, auf den Grund seines ordnungsmäßigen Wahlgenusses mit Rücksicht auf die ihm zur Seite stehenden siebenzehnjährige Vermöhnheit als Abgeordneten zuzulassen und dann erst, abgetrennt von dem Legitimationsstreite, darüber Erörterung zu pflegen, ob nach richtigem Verständnisse der Verfassung jene Gewohnheit für die Zukunft verlassen werden müsse. Arnold fehlte nur darin, daß er seinen Vorschlag nicht bis zum Schluß der Diskussion zurückhielt, wo solcher jedenfalls passender und wirksamer gewesen wäre. Nach der Sitzung, in welcher Arnold diesen Antrag gestellt hatte, und vor der Sitzung, in welcher die Abstimmung daräber in Aussicht stand, war Arnold's landständische Wirksamkeit erloschen. Von seinem Antrage sollte keine Rede mehr sein; es könne nur über die Anträge von Mitgliedern abgestimmt werden, nicht von solchen Personen, welche diese Eigenschaft früher gehabt hätten. So wurde die Sache aufgefaßt. Schwarzenberg sank sich dadurch veranlaßt, Arnold's Vorschlag als den seinigen, an ihm aufgenommenen, darzustellen, allein der Präsident brachte denselben doch nicht zur Abstimmung.

△ Darmstadt, 27. Jan. Die landständische Abgeordnetenwahl unsers Darmstadt war nur nach lebhafter Wahlbewegung in erster Wahlreihe (der Bevollmächtigtenwahl) zu Stande gekommen. Eine Anzahl Wähler hatte dagegen bei der zweiten Kammer reklamirt, aber die Kammer hatte die Reklamation auf den Antrag ihres Präsidenten einfach zu den Akten genommen, und ebenso hatte zwar der Referent bei dritten Ausschusse, Dr. Heldmann, eine Anzahl bedeutender Wahlfehler in seinem Referate hervorgehoben, aber gleich dahinter gesagt, daß der Wahlkommissär „berufsmäßig (aber ebenso wie bisher bleibend) Nachweisungen" darüber gegeben. Schließlich ging dann der Antrag des Ausschusses dahin, die Wahlen der beiden Abgeordneten der Stadt Darmstadt für giltig zu erklären. Nachstehem im Wesentlichen die gestrige Berathung über jenen Gegenstand in unserer zweiten Kammer, wie sie ihr hier erscheinenden Rhein. Volksbl. verzeichnet steht:

Abg. Reh: „Es sei eine Reklamation gegen diese Wahl bei der Kammer eingekommen, welche lediglich als solche genommen worden sei. Er sei damals in der Kammer nicht anwesend gewesen und wisse deßhalb nicht, warum es geschehen, glaube aber nicht, daß es mit Grund geschehen sei, indem er die Kammer für kompetent halte, darauf einzugehen. Diese Reklamation enthalte Dinge, über die sich eine nähere mündliche Verhandlung ergeben könnte, eine Verhandlung, könne doch die Wahl nicht ansechten. Anderer, Wichtigeres möchte er nicht in Anschlag bringen, weil der Beweis fehle. Die Lokalität scheine wahrhaft auf, unstatthafte Wahleinwirkungen vorzuspringen. Namentlich im ersten Wahlgrade scheinen durch freiwillig Angebotene sehr ungebührige Einwirkungen stattgefunden zu haben. Die Staatsregierung selbst habe Dasselbe genommen — in dem Sinne, daß sie eine ihr beliebige Ansicht unterhalte und eine dieser entgegengesetzte bestritten habe. Es sei eine Thatsache, daß man den Kreisämtern Instruktionen gegeben habe, in welchem Sinne sie die Wahlen leiten sollten und zwar, indem man ihnen Personen namhaft gemacht. Es sei dies in einer gewissen Hinsicht zu loben, indem es eine Offenheit bedinde. Sage er hinzufügen, so möge ihn die Regierung widerlegen. Wenn nun die Regierung, indem sie so verfahre? Er charakterisire ein solches hiernon und erwähne, daß dem Verordnen nach einzelne Wahlkommissäre solchen ihnen gewordenen Aufträgen nicht hätten nachkommen wollen, sondern sie mit einem gewissen Muthen abgelehnt hätten, indem sie dieser Freiheit anderer entfuhren. Wie übel die Lage eines Wahlkommissärs sei, wenn er solche Einspielungen bei den Wahlmännern eintreten lassen müsse! Wie übel, wenn seine Empfehlung erfolgreich gewesen sei! Wenn aber der Wahlmann nicht zur Empfehlung gelegt, dann sei die Lage des Wahlmanns auch mißlich genug! Redner fragt, welche Folge solche Einmischung der Regierung auf die Wahlfreiheit habe? Wenn vergleichen Statt fände — sei die Volksstimmer nur noch ein klangloses Wort, ein Wort ohne Wirklichkeit. Redner bezeichnet, in welche Lage die Regierung sich selbst setze. Namentlich den Staaten gegenüber. Er habe seine Pflicht gethan, seine Ueberzeugung offen ausgesprochen und könne nur wünschen, daß die Regierung seinen Bemerkungen die geeignete Aufmerksamkeit schenke. Reg.-Kom. Jaup: Er möchte bemerken: Abg. Reh spreche von Gerüchten. Ob die Regierung sich in die Wahlen gemischt habe, das lasse er (Reg.-Kom.) dahingestellt. Er sei nicht instruirt, darüber Auskunft zu geben. Aber auf anderer Seite hätten wirkliche Komitees bestanden, man habe Volksversammlungen gehalten, Reden seien gehalten u. dgl. Er fragt, ob es jetzt, am Ende der Wahlberathungen, geeignet sei, auf solche Gegenstände zu kommen? Ein besonderer Antrag hätte deßhalb gestellt werden mögen. Die Wahlkommissäre hätten gesetzlich gehandelt; es seien keine Beschwerden u. dgl. angekommen. Wenn der Abg. Reh die Anwendung solcher ungesetzlichen Mittel kenne, möge er sie angeben. Abg. Reh: Er habe von Beschwerden u. dgl. Nichts gesagt, wohl aber habe er andere Einmischungen dehauptet, die er auch für ungesetzlich halte. Darü-

Digitized by Google

der möge sich der Hr. Regierungskommissär aussprechen. Reg.-Kom. Min.-R. v. Bechtold: Es geht dieß die Wahl der Stadt Darmstadt auf der Tagesordnung. Er erkläre wiederholt, daß er keine Auskunft darüber gebe, da die Regierung sich einzumischen habe. Abg. Heldmann unterbricht Red in Bezug auf die üble Stellung eines Wahlmannes, wenn ein Wahlkommissär zu ihm komme und sage: Wählen Sie meinen Sohn! (Unterbrechung. Bewegung im Saal.) Präsident Hesse (einläutend): Der Gegenstand drohe allerdings nicht auf der Tagesordnung und der Hr. Regierungskommissär sei sonach berechtigt, sich für nicht instruirt zu erklären. Abg. v. Gagern stimmt in gewisser Beziehung mit dem Präsidenten überein, aber, fügt er hinzu, das Sphinx, nach dem Anfange das Ende und der Anfang nach dem Ende der Tagesordnung. Er beständige im Wesentlichen das, was Red angeführt, aus seiner Erfahrung. Abg. Beuck: Er thue dieß ebenfalls. Abg. Kem. Min. Roth v. Bredolo: Und er erkläre, daß die Regierung in der Folge so verfahren werde, wie bisher, und daß sie hierbei im Geiß und Wort des Gesetzes zu handeln überzeugt sei. Abg. L. Zörgiebel rührt an das Bürgermeister Brust lithographirte Stimmzettel für die Bevollmächtigtenwahl verbreitet haben solle, für welche letztere ihm nun Großh. Kreisrath eine Rüge ertheilt worden sei. Was aber in dem einen Falle unangehörig gewesen, müsse es doch auch in dem andern sein. Red habe die Akt des Wahlkollegs ganz richtig geschildert." (Bei der Abstimmung erklärte die Kammer einstimmig die Wahl der Abgg. Kalbert und Lerch als gültig). Zwischen den Abgg. Emmerling und Lehne wegen der Presse gestellte Anträge gingen dahin: der eine: „die zweite Kammer der Stände möge aussprechen, daß nur mittels Vertagung der Verfassung nur vorübergehend werden könne, und die Staatsregierung ersuchen a) dafür sofortige Beschäftigung dieselbe außer Wirksamkeit zu setzen; b) demnächst ein Gesetz vorzulegen, welches die durch Preßvergehen verwirkten Strafen und das deßfallige gerichtliche Verfahren festsetze." Der andere: „daß die Kammer, in der einmal mehr eingetretenen Lage eines verfassungswidrigen Zustandes, die Staatsregierung ersuchen: a) die Presse und den Buchhandel freizugeben; b) den Unfug, welcher den Mißbrauch dieser betreffenden Gesetzes den Ständen vorzulegen." Heute hat sich unsere zweite Kammer, damit die Ausschüsse, namentlich der Finanzausschuß, ungestörter ihre Arbeiten fördern können, bis zum 28. Febr. d. vertagt.

**Hessen.** † Darmstadt, 26. Januar. Der von uns gestern erwähnte Antrag des Abgeordneten Reh lautet vollständig: Bekannte Ereignisse seit dem Tode Seiner Königlichen Hoheit des Kurfürsten Wilhelm II. von Hessen stellen die Verfassungsurkunde des Kurfürstenthums als gefährdet dar. Warnend und mahnend macht sich das Beispiel Hannovers geltend. Ein in anerkannter Wirksamkeit bestehendes feierlich beschworenes Staatsgrundgesetz wurde dort von dem Regierungsnachfolger vernichtet, und der Hilfe- und Wehrruf des in seinen heiligsten Rechten verletzten Volkes blieb unbeachtet von Denen, welche zu helfen verpflichtet waren. Sie mögen von der in den Annalen der deutschen Geschichte unerhörten That Ehrerbietig verurtheilen. Als die That vollendet war, glaubten sie, ihr faktische Anerkennung nicht mehr versagen zu können. Die Nutznewendung dieses Falles, welcher den Glauben des deutschen Volkes an Verfassungstreue tief erschüttert hat, auf die jetzigen Zustände Kurhessens, gibt sich von selbst. Es gilt darum, zur rechten Zeit zu helfen, schon den Versuch einer Verfassungsverletzung kräftigst zurückzuweisen. Mit den Ständen des Kurfürstenthums, welche die hohe Bedeutung ihrer dermaligen Stellung nicht verkennen mögen, mit dem kurhessischen Volke, welchem die unverkümmerte Erhaltung seines theuersten Gutes, des Staatsgrundgesetzes, so Pflicht als Recht ist, — mit der deutschen Bundesversammlung, welche zu beweisen hat, daß sie die Erhaltung des bestehenden Rechtszustandes in den Bundesstaaten als ihre letzte Aufgabe betrachtet — sind meines Erachtens die Stände jedes deutschen Landes und sind somit auch die Stände des Großherzogthums Hessen, sie insbesondere noch im Hinblick auf §. 5 ihrer Verfassungsurkunde, berufen und verpflichtet, in diesem Sinne sich Wirksamkeit zu verschaffen. Ich beantrage deßhalb, gestützt auf §. 79 der Verfassungsurkunde: ihre ersprießliche Kammer wolle die zuversichtliche Erwartung aussprechen, daß unsere hohe Staatsregierung die ihr bundesgesetzlich gebotenen Mittel, jedem etwaigen Versuch der Gefährdung des Staatsgrundgesetzes im Kurfürstenthum Hessen entgegenzutreten, zeitig und nachdrücklich geltend machen werde. (Der §. 5 der Verfassungsurkunde, auf welche der Antrag bezug nimmt, handelt von der Regierungsnachfolge und enthält insbesondere die Stelle: „In Ermangelung eines durch Verwandtschaft oder Erbverbrüderung zur Nachfolge berechtigten Prinzen u. s. w." Denn die beiden hessischen Hauptlinien — Kassel und Darmstadt — sind bekanntlich erbverbrüdert.)

**Schleswig-Holstein** X Kiel, 23. Jan. Wir erwarten hier stündlich die Nachricht von dem Tode Königs Christian VIII. und der Thronbesteigung Königs Frederik oder Friderich VII. Nachdem König Christian VIII. im December einen ziemlich heftigen Anfall seiner asthmatischen leiden gehabt hatte, zog er sich bei einem mehrstündigen Besuch auf einer Korvette bei sehr rauher Witterung, welchem nächst er noch die italienische Oper und eine Abendgesellschaft besuchte, eine Erkältung zu, welche am 6. Jan. einen Rückfall zur Folge hatte. Er ward zwar bald hergestellt, allein bald darauf erforderte ein neuer Zufall einen Aderlaß; das Blut wollte nicht fließen und mußte durch Schröpfen und sonstige Mittel zum Zlusse gebracht werden. Die Entzündung dieser Wunde ist die Todesursache gewesen, wozu der Druck des engen Aermels der Uniform auf die Wunde, als der König sich angezogen hatte, um die Deputation der Akademie zu empfangen, beigetragen haben soll. Bald darauf begann die Wunde zu eitern, und da die Aerzte die Gefahr einsahen, welche der Eintritt des Eiters ins Blut zur Folge haben würde, so wurde von den geschickten Operateuren Kopenhagens verschiedene Incisionen in den sehr geschwollenen Arm gemacht, indessen zeigte sich bald die wachsende Gefahr. Schon in den letzten Tagen der vorhergehenden Woche hat der König viel phantasirt und ist oft bewußtlos gewesen, wie denn auch Niemand zu ihm gelassen wurde, als die Königin. In den ersten Tagen dieser Woche hat sich sein Zustand immer mehr verschlimmert, und schon am Dinstag wußte man in Kopenhagen allgemein, daß er hoffnungslos war. Auch dem König selbst war dies bekannt, und er hat seitdem seine volle Besinnung wieder gehabt und große Gemüthsruhe und Ergebenheit gezeigt. Die Königin, der Kronprinz, der Bruder des Königs, Prinz Ferdinand und dessen Gemahlin Karolina, Tochter des verstorbenen Königs Friderich VI., sind seitdem immer um ihn gewesen, und der Kronprinz hat die tiefste Niedergeschlagenheit und Traurigkeit an den Tag gelegt. Der Staatsrath ist an demselben Tage unter seinem Präsidium versammelt gewesen, am Mittwoch aber zum König berufen worden. In Kopenhagen herrscht eine sehr gedrückte Stimmung, Alles war niedergeschlagen, und der Amalienplatz vor dem Schloß stand immer gedrängt voll von Menschen. Die hiesigen Nachrichten gehen bis zum Donnerstag Abend, den 20. Jan.; man erwartet in ein paar Stunden den Tod des Königs, der spätestens in der Nacht auf Freitag, den 21. Jan. erfolgt sein wird. — König Christian VIII. ist am 18. Sept. 1786 geboren und sein neuer Vater König Friderich VI. den 3. Decbr. 1809 in der Regierung gefolgt, sein Sohn erster Ehe Kronprinz Friderich Karl Christian ist den 6. Oct. 1808 geboren und jetzt unvermählt, bekanntlich ist er von zwei früheren Gemahlinen der Tochter Friderichs VI., Wilhelmine Marie, jetziger Herzogin von Holstein-Glücksburg, und der Prinzessin Marianne von Mecklenburg Strelitz geschieden, und beide Ehen sind kinderlos gewesen. In der letzten Zeit hat er sich meistens in Odensee auf Fühnen aufgehalten und ist erst im Dec. nach Kopenhagen gekommen. Er wird in einem Augenblick zur Regierung gelangen, wo große Veränderungen im Werke waren, namentlich die Ernennung von 4 neuen Staatsministern Graf Moltke, Danckwardt, Blume und Collin, eine Erweiterung des Staatsrath und der Vorfassung des Zusammentritts von Ausschüssen aller Ständeversammlungen, aber Niemand kann voraussehen, welchen Einfluß die Thronbesteigung des Kronprinzen zur Folge haben wird; unter den Kopenhagener Beamten genießt vorzugsweise der Konferenzrath Lange, Oberpräsident der Residenz, ein allgemein geachteter Mann aber von sehr entschieden dänischer Gesinnung, sein Vertrauen. Der Kronprinz hat entschiedene Neigung für die Marine; schon in seiner Jugend war sein größter Wunsch Seekadett zu werden, und er hat bei vielen Gelegenheiten Tüchtigkeit und große Unerschrockenheit und Kühnheit auf seinen Seefahrten gezeigt, auch sind die Matrosen und Soldaten enthusiastisch für ihn eingenommen. Nach jedem Thronwechsel werden 2 Jahre der Reichstag geschlossen; der Staatsrath versammelt sich und der älteste Staatsminister tritt auf den Balken des Schlosses und proklamirt (in Uebereinstimmung mit dem französischen Princip le roi est mort; vive le roi!) den Tod des verstorbenen Königs und die Thronfolge seines Erben: „Der König ist todt; lange lebe der König!" Hierauf wird der Garde und dem übrigen Militär der Eid der Treue abgenommen und hierauf erst werden die Thore wieder geöffnet. — Die von Manchen erwartete Verkündigung einer Konstitution sofort bei der Thronbesteigung kann nicht erfolgen, da nach den Gesetzen der bestehenden Stände von 1831 keine Veränderung in ihrer Verfassung stattfinden soll, ohne daß vorher ihr Rath eingegangen ist; höchstens kann daher die Zusicherung der Vorlage eines Konstitutionsvorschlags an die bestehenden Stände erfolgen. Mit gespannter Erwartung sehen wir indeß der nächsten Nachricht entgegen, welche aber durch den Eisgang in den Belt leicht verzögert werden könne.

* **Schleswig**, 23. Jan. Der Ueberbringer der Nachricht vom Tode des Königs, Major Irminger, soll zugleich erzählt haben, daß der König Friderich VII. ihn beauftragt „Seine deutschen Unterthanen zu grüßen und ihnen zu sagen, daß er sie ebensosehr liebe, als die dänischen." Man erwartete hier, daß die sog. liberale Partei in Dänemark Demonstrationen machen werde, um sogleich eine Konstitu-

Digitized by Google

tion zu ertreten. Doch soll ein von derselben gemachter Versuch, eine solche Demonstration zu bewirken, gänzlich mißlungen sein. — Auch erzählt man, daß die Studenten der Kopenhagner Universität dem neuen Könige eine Deputation haben schicken wollen, daß diese aber nicht angenommen wurde.

*Kiel*, 24. Januar. Eine große Anzahl der angesehensten hiesigen Einwohner hatte sich heute Abend in der Harmonie versammelt. Es ward beschlossen, in der Voraussetzung, daß dieser Schritt kein vereinzelter bleiben werde, eine Adresse an Se. Majestät Friedrich VII. zu richten, in der, außer dem Beileid und Glückwunsch zur Thronbesteigung, die Wünsche und Hoffnungen Alter in Betreff der staatsrechtlichen Stellung der Herzogthümer, in Uebereinstimmung mit den letzten Adressen der holsteinischen und schleswig'schen Ständeversammlung, ausgesprochen würden. In die Kommission zur Entwerfung der Adresse wurden erwählt: Etatsrath Falck, welcher in der Versammlung den Vorsitz führte, Professor Droysen, Bürgermeister Dr. Balemann, Advokat Bargum und Eisenbahndirektor Olshausen. Am nächsten Donnerstag wird der Adreßentwurf einer zweiten Versammlung vorgelegt werden. (B. H.)

## Schweiz

** Vom Neckar, 26. Jan. Ihr Korrespondent aus Berlin (in Nr. 19) bezweifelt die Authentie der vom Staatsrath Druey in Lausanne gehaltenen Rede, aber mit Unrecht; sie ist authentisch, von des Redners eigenem Blatte berichtet und enthält Nichts, was dieser „excentrische Redner" nicht schon mehrfach öffentlich, in Rathsversammlungen und an Wirthstafeln, im engern und im weitern Kreise gesagt hätte. Unsere frühreren Warnungen bezogen sich mit auf solche „Uebersspannetheiten", auf dergleichen Beweise von Mangel oder von freier Hintansetzung aller „Staatsklugheit", die ihr Berliner Korrespondent mit vollem Rechte als „Mangel an Vaterlandsliebe" bezeichnet. Denn die sind jetzt Verräther am Vaterlande, die in der gegenwärtigen Lage mit dem Uebermuthe des Jakobinismus die fremde Einsicherung herausfordern. Jede Warnung bleibt bei diesen Leuten leider wirkungslos; die nächste Folge ihres Treibens sehen Sie in dem Zurücktreten der Kriegsobristen; Sie können es aus der Behandlung entnehmen, welche unsere Aeußerungen und Mittheilungen von den radikalen Blättern erfahren; und doch haben wir noch Alles vermieden, was, obgleich thatsächlich und sonst wohl begründet, die Empfindlichkeit der bösen Gewissen allzugreell aufregen konnte. Es ist nur zu wahr, daß Staatsmänner in Bern kaltblütig von der Wahrscheinlichkeit eines mit dem Frühjahre beginnenden Krieges mit dem Auslande sprechen, der das Signal zu einem europäischen Brande geben soll. Bisher wollten nun die wälschen angreifend gegen das Ausland verfahren; jetzt hatten auch jene Staatsmänner, daß die Schweiz durch Widerstesslichkeit gegen die Zumuthungen der Mächte eine Mahregel desselben gegen sich hervorrufen, dann aber den Krieg ins friedliche Lager hinübertragen müsse, während die noch unruhigere Fraktion von deutschen und italienischen Flüchtlingen, zugleich von heimlichen uie ermähenden Mächten, denen jedes Mittel für ihren Zweck recht ist, aufgestachelt, geradezu voranschreiten, im Nordosten Krawalle erregen, dann aber den Süden aufregen und namentlich einen Einfall in die Lombardei machen möchten, wo man Alles reif glaubt, und wo man vor etlichen Wochen durch das Gerücht von einem solchen Einfall die Stimmung sondirt hat. Es gescheint uns Pflicht und Zeit, auf der einen Seite diejenigen, die gar deutlich genug bezeichnet zu haben glauben, aufzufordern, uns der Unwahrheit zu überführen oder zur Extenntniß des Irrwels am Vaterlande überzugehen und von ihm abzulassen; auf der andern Seite die besonnenen Patrioten in der Schweiz und alle außerhalb derselben, welche den Fortschritt der politischen Entwickelung unserer Zeit nicht in der Revolution, sondern in der Entfaltung gesetzlicher Ordnung erstreben, zum entschiedenen Entgegenwirken gegen diese Umtriebe zu mahnen.

In den französischen Blättern steht eine Erklärung eines Herrn Huber-Salabin aus Genf, die seine Entlassung aus dem eidgenössischen Stabe nahm, um nicht gegen den Sonderbund dienen zu müssen, der aber doch zu sehr Schweizer ist, um nicht durch die Schmähungen des Grafen Montalembert in seinem Nationalgefühle gekränkt zu werden. Er geht die einzelnen Anklagen, welche Montalembert in der Pairskammer angeführten hatte, genau durch, hält ihnen den Thatbestand gegenüber, und es ergibt sich, daß selbst in den Augen eines sehr konservativen Schweizers die Philippika des beredten Grafen mit Uebertreibungen angefüllt ist.

Δ Zürich, 24. Jan. Es liegen die jetzt drei Hauptarten von Bundesrevisionsprojekten vor. Am tiefsten eingreifend ist der Entwurf, den jüngst die radikale Partei der westlichen Schweiz in ihrem Hauptorgan, der Berner Zeitung, proklamirt hat. Dieser verlangt eine einheitliche Bundesversammlung, in welcher die Repräsentanten, nach dem Kopfzahlsystem gewählt, frei über die nationalen Angelegenheiten berathen und entscheiden würden. Canning warnt in seinem Memorandum vor dieser Idee — zwar ohne Noth, denn weitaus die große Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung ist einer solchen Bundesverfassung völlig abgeneigt. Die Berner Zeitung selbst, die das Projekt gebracht, hat es noch in keinem einzigen Artikel verfochten, und sie scheint überhaupt nun gewillt gewesen zu sein, ein Ideal hinzustellen, an dessen praktische Verwirklichung sie selbst nicht denkt. Es wäre zwar allerdings eine solche Verfassung den Interessen des jetzigen Kantons Bern förderlich, da er den fünften Theil der Mitglieder einer solchen Versammlung liefern würde, allein die Selbstherrlichkeit der kleinen Kantone ginge ganz unter. Es würde dies die Letztern zwingen, auf Zerstückelung der großen Kantone oder wenigstens deren Lähmung durch Erweckung innern Faktionsgeistes hinzuwirken, so daß am Ende auch die großen Kantone wenig Freude an ihrer Machterhöhung erleben würden und der letzte Betrug ärger wäre als der erste. Gelänge dies den kleinen Kantonen nicht, so würden sie die Stützen ihrer Existenz am Auslande suchen und wir kämen in beständige Feindseligkeiten mit diesen. Das Projekt der Berner Zeitung, ein vollkommen gegliederter Bundesstaat, ist unserer Geschichte zuwider und die Urkantone hätten völlig Recht, wenn sie einen Kampf auf Leben und Tod diesem Selbstmord, dieser politischen Nullifizirung vorziehen würden. Von uns wäre es die größte Unklugheit, wenn wir das politische Bewußtsein, die Thatkraft in den Bergen unterdrücken wollten, welche unsere Festungen im Fall eines Angriffs von Außen sein werden und deren Besitz auch unsern Unabhängigkeitssinn stählt. Die Geschichte sowie unser stetiges Interesse müssen uns zur Achtung der Selbständigkeit der kleinen Kantone zwingen, wenn auch sonst noch alle Bedingungen eines einheitlichen Bundesstaates, gleiche Bildung, gleiche Sitte, gleiches Recht und Gleichheit unserer Erwerbs- und Verkehrsverhältnisse vorhanden wären, wie dies in so hohem Grade nicht der Fall ist.

☽ Bern, 26. Jan. Tagsatzungsverhandlungen vom 25. Jan. An der Tagesordnung ist die Bestellung der Sicherheit für die Kriegskosten des Kantons Zug. Es hat dieser Kanton noch 119,878 Fr. zu entrichten und gibt dafür Titel, die der Kriegszahlmeister anzuerkennen empfiehlt, unter der Bedingung, daß der Zugersche Gr. Rath für die Solidität und Realität Garantie leiste. Auch die Kommission trägt darauf an unter Vorbehalt, daß diese Titel zuerst vom Administrator der eidg. Kriegsfonds untersucht werden. Innert einer vom Vorort festzusetzenden Frist kann Zug diese Titel mittelst baar in eidg. Münzwährung einlösen. Nach einigen Bemerkungen der Gesandten aus den ehemaligen Sonderbundskantonen, die besonders Großmuth und Milde von Seite der Tagsatzung gegen die neuen Regierungen empfehlen, werden die Kommissionalanträge mit 13 Stimmen angenommen. Freiburg hat von seinen 1,600,000 Fr. 300,000 Fr. baar bezahlt und für 700,000 Fr. als Sicherheit hypothezirte Schuldtitel dargelegt. Die Kommission trägt darauf an, diese Titel statt der Bezahlung anzunehmen, wie die von Zug. Freiburg ergreift den Anlaß, um die Tagsatzung zu Billigkeitsgefühlen zu bewegen, indem es ganz bedauert auf die sehr große Minderheit aufmerksam macht, die stets in diesem Kantone an der Eidgenossenschaft gehangen und diese ihre Sympathie gegen alle Anfechtung aufrecht erhalten hat. Freiburg möchte darum einen Rabatt von Zweidrittheilen, diese Titel durch andere später zu ersetzen. Bei der Umfrage wird bemerkt, warum die Sonderbundskantone, die sofort über Geldnoth klagen, noch keine direkten Steuern ausgeschrieben hätten, während die meisten andern Kantone zur Deckung ihrer Kriegskosten dieses hätten thun müssen, und doch hätten diese ihre eidg. Pflicht gethan. Bern wirft alle Beschuldigung von Härte von Seite der Tagsatzung von sich, indem es zeigt, daß die 12⅔/ Stände größere Opfer getragen hätten, als die Sonderbundsstände selbst. Bern z. B. hätte über 600,000 Fr. faux frais, die ungeheure Einquartirungslasten, die diese Kantone vorzugsweise betrafen, und den großen Zeitverlust von Wochen aufgestellten 25,000 Mann angerechnet, zu tragen gehabt. Do etwa Bern und mit ihm die andern Stände der Majorität noch die aus der eidg. Kriegskasse verschwundenen Millionen ergänzen solle? Uebrebies wird bemerkt, daß gerade das meiste Geld in den Sonderbundskantonen selbst verzehrt worden sei. Bei der Abstimmung wird der Kommissionalantrag mit Mehrheit angenommen. — Den eidg. Obersten Donats, Burkhard und Ziegler, dem eidg. Oberstlieutenant Zeerleder, Major Fischer im eidg. Artilleriestab, Major Rieter und Divisionsarzt Eng-

Digitized by Google

wüster wird die nachgesuchte Entlassung ertheilt. Dann werden Vorschläge zur Ergänzung des ebg. Stabs gemacht. Eine Eingabe der ebg. Repräsentanten wird verlesen, wornach dieße es für überflüssig halten, wenn mehr als einer der drei Repräsentanten noch ferner dort verweilen sollte. Ihrem Wunsch wird entsprochen. Das Präsidium zeigt an, daß ihm Sir Stratford Canning die Erklärung abgegeben, daß er die Schweiz zu verlassen im Begriff stehe, indem er den Zweck seiner Mission für beendigt ansehe. Der Hr. Bundesexpräsident hält es für seine Pflicht, zu erklären, daß Hr. Stratford Canning während seines Hierseins die freundschaftlichste und wohlwollendste Gesinnung gegenüber der Schweiz ausgesprochen und bethätigt, namentlich wo er über unsere Angelegenheiten der Schweiz sich zu äußern Veranlassung fand, es auf die zarteste, rücksichtsvollste Weise gethan habe.

Schwyz. Ueber das Ergebniß der Abstimmung über den Verfassungsentwurf scheint noch Zweifel zu herrschen; die N. Z. Z. bringt eine Angabe, wornach die Verfassung nicht verworfen, sondern mit einer Mehrheit von 3 bis 400 Stimmen angenommen sei. Am 27. Jan. sollte eine Sitzung des Gr. Raths stattfinden, um das Ergebniß der Abstimmung zu prüfen.

## Großbritannien.

London, 25. Jan. Es scheint nicht, als ob die verhaßte Fenstersteuer so bald abgeschafft werden solle. Das M. Chron. gibt zwar zu, sie sei die unpopulärste Steuer, die es je gegeben, sie nehme dem Volke Licht und Luft, obwohl es doch schon im Sprichwort heiße: „frei wie die Luft" und „allgemein wie das Sonnenlicht", es lasse sich auch gar nicht berechnen, in welchem Grade sie schon den Gesundheitszustand des Landes seit der Zeit ihres Bestehens benachtheiligt, und wie direkt sie den Mayregeln, die man in den größern Städten zur Besserung des Gesundheitszustandes für nöthig erachtet, dadurch entgegenwirke, daß man an den Häusern, damit diese nicht zu hoch besteuert würden, nicht genug Fenster anbringe zum Zugange von Licht und Luft. Aber man möge daran sich erinnern, daß die Nationalschuld um 8 Mill. Pf. St. vermehrt werden, daß im vorigen Jahre die Einnahmen hinter den Ausgaben um beinahe 400,000 Pf. St. zurückgeblieben seien. Die Fenstersteuer trage ein Sechsundzwanzigstel der ordentlichen Staatseinnahmen ein, durch welche neue Steuer soll man sie decken? Durch eine Eigenthumssteuer? Aber man frage doch, ob sich die Herren Eigenthümer gegen eine solche nicht mit Händen und Füßen wehren würden. Das M. Chron. gesteht schließlich ein, daß es bei der gegenwärtigen Lage rein unmöglich sei, die Volkslasten zu erleichtern, spricht aber sein Wohlgefallen mit der fortdauernden Agitation gegen die Fenstersteuer aus, damit eben die Kapitalisten und großen Eigenthümer endlich zur Besinnung kommen und das Ihrige dazu beitragen, daß in der Vertheilung der Steuern ein möglichst gleichmäßiges Verhältniß je nach der Zahlungsfähigkeit eingeführt werde. Von vielen Seiten heißt es, daß die Regierung die Einkommensteuer zu erhöhen, dabei aber einen Unterschied zwischen persönlichem und sachlichem Einkommen zu machen, d. h. letzteres oder die reinen Renten nach einem höheren Procentsatz als das schwankende Einkommen aus Berufsarbeiten zu besteuern im Sinne habe. (Die Times hatten bekanntlich früher gegen die Einkommensteuer greifert und sie allein in Kriegszeiten für zulässig gefunden. Jetzt wo dies Blatt selbst einsieht, daß man die Einkommensteuer nicht abschaffen kann, sucht es sie um der Konsequenz Willen mit folgender Wendung zu vertheidigen: Allerdings ist die Einkommensteuer eine Kriegssteuer, aber leben wir nicht im Kriege? Kämpfen wir nicht mit den Elementen? Haben nicht acht Millionen bei uns den Kampf mit dem Hunger zu bestehen? Und sind nicht Tausende und Abertausende auf diesem Schlachtfelde bereits erlegen?) In ihrer Verlegenheit denkt auch die Regierung nicht im Ernstgrn daran, die Thezölle herabzusetzen, wie aus einem Briefe Lord J. Russell's an das Parlamentsmitglied Hrn. Cardwell hervorgeht; der Minister hat die Deputation aus Lancashire, die ihm ihre Wünsche wegen Herabsetzung der Thezölle vortrug, eben sich ausreden lassen. Inzwischen hat sich der Zustand der Manufakturen noch keineswegs nach Erwarten und Wunsch gebessert; aus Nordamerika sind wenig Bestellungen eingelaufen; das Morn. Chron. selbst gesteht, daß über 7000 Fabrikarbeiter, d. h. ein Fünftel mehr als gewöhnlich ohne Beschäftigung sind, daß 14 Kattunspinnereien ganz stillstehen, 75 aber für kürzere Zeit arbeiten. Dem Standard zufolge dehnt sich diese Arbeitslosigkeit auch immer mehr über die Bergwerk- und Steinkohlendistrikte aus; und es sei, erwähnt dieses Blatt, ein merkwürdiger Kontrast zu sehen, wie hier Tausende auf Tausende außer Arbeit und in Elend gerathen, während die Bank gegenwärtig in ihrer eigenen Geldfülle zu ersticken drohe, die Konsols an einem einzigen Tage um $\frac{7}{8}$ gestiegen seien und Kapitalien für kürzere Fristen um nur $1\frac{1}{2}$ Proz. jährlich ausgeliehen würden. So seltsam ist die Lage des Landes, die Ungewißheit über die Zukunft, daß man von manchen Seiten sogar verschärft, Lord J. Russell wolle die Grenzen über Bord werfen und sich mit Lord Bentinck vereinigen! Gewiß ein chinäsisches Gerücht, was aber auch als Gerücht Bedeutung hat.

Den 22. Jan. fand abermals, unter dem Vorsitz des Prinzgemahl von Cambridge, der vom Ritter von Bunsen unterstützt wurde, eine außerordentliche Versammlung der Subskribenten des deutschen Hospitals in der Londoner Taverne Statt, die einen sehr stürmischen Verlauf hatte. Hr. E. Siseeking beantragte, daß aus dem Protokoll der letzten Sitzung die Stelle ausgelassen würde, worin man die vollkommenste Gutheißung mit der Amtsführung des Dr. Freund in den belobendsten Worten ausgesprochen habe, er glaube viel zu wenig zu sagen, wenn er behaupte, das das Institut wenigstens die Hälfte seiner zahlenden Theilnehmer verlieren werde, sobald Dr. Freund leitender Arzt bleibe. Andere Mitglieder, hierunter das Parlamentsmitglied Cabell, sprachen gegen die Ausmerzung dieser Stelle, der Herzog von Cambridge bedauerte, bei der frühern Versammlung nicht zugegen gewesen zu sein und die Aufnahme derselben ins Protokoll nicht verhindert zu haben, und unterstützte den Antrag Hrn. Siemeckings. Alderman Sidney wünschte: Se. k. Hoheit möge sich nicht zum Spielzeug Anderer machen lassen, wogegen der Herzog sich heftig verwahrte und sodann eine Theilung der Anwesenden in der Art anordnete, daß die, welche auf Dr. Freunds Seite standen, sich in das Nebenzimmer zurückzögen, um hier gezählt zu werden. Hr. Cochrane erklärte, ein Amendement stellen zu wollen, dazu habe er als britischer Unterthan das Recht; der Präsident entzog ihm das Wort, Cochrane sprach seine Entrüstung über das ganze despotische Verfahren aus und betrug sich so ungebührlich, daß Einige riefen, man solle ihn zur Thüre hinauswerfen. Nachdem dieser skandalösen Szene mit Mühe ein Ende gemacht worden, wurde das Ergebniß der Zählung verkündet; für Siseeklings Vorschlag fanden sich 113, dagegen 41 Stimmen, Majorität 72. Alderman Sidney, Professor Bernays, Hr. Cochrane und Andere unterzeichneten jedoch einen Protest gegen die Ungesetzlichkeit des Hergangs. Die Times enthalten einen kleinen leitenden Artikel über diesen Vorfall, worin sich der Verfasser dahin ausspricht, daß es jetzt die Pflicht Dr. Freunds sei, freiwillig abzutreten, übrigens bedauert, daß einem Prinzen von Geblüt und Verwandten von Königen und Kaisern bei dieser Gelegenheit von einer tumultuarischen Minorität so übel mitgespielt worden. Daß gerade der letztere Umstand so nachdrücklich hervorgehoben wird, scheint fast vermuthen zu lassen, daß der Artikel von keiner englischen Feder herrührt. Leider werden die armen kranken Deutschen in London unter diesen Zänkereien zumeist leiden müssen.

## Frankreich.

Paris, 25. Jan. Die neue Gesammtnote der drei Mächte an die Tagsatzung gibt dem Journal des Debats Veranlassung, die angeblichen Rechte der europäischen Politik der Schweiz gegenüber nochmals vom französischen Standpunkte aus des Ausführlicheren zu besprechen. Die großen Mächte, sagt das J. d. D., haben nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht über die Aufrechterhaltung der Bundesverfassung der Schweiz zu wachen, welche rechtsgiltig nur mit Einwilligung sämmtlicher Betheiligten abgeändert werden kann. Die großen Mächte haben mehrere der Schweizer Kantone durch ihren Rath, ja sogar durch ihre Drohungen bestimmt, der Eidgenossenschaft beizutreten, von welchen jene Kantone von Anfang an Gefahr für ihre Selbstständigkeit fürchteten.

„Daher, fährt es fort, ist dem Europa verantwortlich für die Unabhängigkeit und Souveränetät der kleinen Kantone, und es hat die gebieterische Verpflichtung dieser Souveränetät Achtung zu verschaffen. Diese Pflicht des Einschreitens gilt aber nicht bloß zu Gunsten der kleinen Kantone, sondern auch zu Gunsten Europas selbst, Europas, dessen Ruhe bedroht, dessen Friede gestört ist. Allerdings die Neutralität der Schweiz soll geachtet werden, aber unter der Bedingung, daß die Schweiz selbst sie nicht zuerst bricht; allerdings die Schweiz ist unverletzlich, aber nur solange sie nicht Andere verletzt." Solgen die oft gehörten Redensarten von einem Heerde der Revolution, von einem Vulkan der Propaganda, deßen Erstickung der ihrer Thüre die großen Mächte nicht dulden wollen noch können. „Und, fährt das J. d. D. fort, ist die Schweiz nicht bereits in diesen Augenblicke die Höhle aller Unruhestifter, der Zufluchtsort aller Aufrührer, die Werkstatt aller Verschwörungen, welche den Umsturz der europäischen Verhältnisse zum Zweck haben?" Nach dieser prächtigen Hyperbel sollte man erwarten, daß das J. d. D. die sofortige Aufstellung eines Heeres verlangen würde, um jenes heillose Nest der Anar-

Digitized by Google

chie und Empörung zu zerstören, aber das Journal des Débats ist langmüthig, es versichert, daß es den Tod des Sünders nicht wolle, daß ihm der Gedanke eines bewaffneten Einschreitens für jetzt noch ganz fremd sei, und daß man die neue Note nur als einen freundschaftlichen Wink zu betrachten habe. Schließlich spricht es mit Bedauern davon, daß England sich der gemeinschaftlichen Maßregel nicht angeschlossen, um sowohl als die Note des Sir Stratford Canning beweise, daß England im Grunde die Ansichten der drei Mächte theile.

Paris, 28. Jan. Herr Thiers hat gestern wieder eines jener Meisterstücke der Redekunst geliefert, in denen es ihm in der französischen Kammer Niemand gleich zu thun vermag. Niemand in der That versteht es wie er ein unermeßliches Material von Zahlen, Thatsachen, Namen, Ansichten, Meinungen, Erinnerungen zu einem rednerischen Kunstwerke zu verarbeiten, welches die täuschendste Aehnlichkeit hat mit einer Schöpfung der wahren Beredsamkeit. Aber auch nur eine Aehnlichkeit, welche täuscht. Wenn ein alter Staatsmann den Redner umschreibt: ver bonus dicendi peritus, so fehlt Hrn. Thiers leider eine der geforderten Eigenschaften, und dieser Mangel entnervt sein Talent, so daß dasselbe wohl Bewunderung erregt, aber nie erwärmt, übergeugt, hinreißt. Die kurzgemessene Zeit erlaubt uns nicht heute auf den Inhalt der Thiers'schen Rede einzugehen; wir kommen morgen darauf zurück.

In der heutigen Sitzung der Kammer wurde die gestern abgebrochene Debatte über das Budget fortgesetzt. Hr. Emil de Girardin verlas eine Abhandlung über die Uebelstände, welche mit der Sonderung des Budgets in ein ordentliches und außerordentliches verbunden seien, und er eiferte stark gegen den Mißbrauch der Schatzscheine, mit deren Hilfe die bedenklichsten Finanzoperationen möglich gemacht werden. Der Finanzminister berichtigte einige der gestrigen Angaben des Hrn. Thiers, welcher, wie Hr. Dumon behauptet, bewilligte Kredite mit gemachten Ausgaben verwechselt habe. Hr. Thiers entgegnete, daß das Eine und das Andere für die Regierung so gut wie gleichbedeutend sei, ja daß man darauf rechnen könne, daß am Ende des Jahres die bewilligten Kredite nicht bloß erschöpft, sondern auch überschritten seien. Hr. Delongrais sprach seine Verwunderung darüber aus, daß während der kleinste Pariser Krämer seine Wechsel mit 4 Procent Diskonto unterdringen könne, der Staat für seine Schatzscheine 4½ Per. abgeben müsse. Beim Abgange der Post sprach Hr. Crémieux.

Der General Trezel, der das Alter erreicht hat, in welchem ihm das Gesetz den fernern aktiven Dienst verbietet, ist in Ruhestand versetzt worden. Auf seine Stellung als Kriegsminister hat natürlich jenes Gesetz und diese Maßregel keinen Einfluß.

Mehmet Ali soll sich auf die Anfrage des französischen Generalkonsuls bestimmt geweigert haben, Abdel-Kader in Aegypten aufzunehmen. Der Emir verfügt sich die Zeit seiner Gefangenschaft dadurch, daß er sich die Kriegsgeschichte Napoleon's übersetzen läßt. Es ist jetzt die Rede davon, daß die Regierung damit umgehe, ihn nach dem Senegal zu schaffen.

Vorgestern Abend hat die Königin ihren Salon wieder eröffnet, in welchem sich eine sehr zahlreiche und glänzende Gesellschaft versammelte. Der König schien sich in gedrückter Stimmung, aber körperlich wohlig wohl zu befinden.

Die Gerüchte von einer Kabinetskrisis, welche seit einigen Tagen wieder umlaufen, wollen wir zwar nicht unerwähnt lassen, aber wir fügen hinzu, daß dieselben bis jetzt sehr wenig beglaubigt sind.

Der General Lamoricière ist in Paris angekommen, um seinen Sitz in der Kammer einzunehmen.

## Spanien.

Madrid, 19. Jan. Die spanischen Blätter sind schon seit mehreren Tagen derselbe ohne Inhalt. Die Politik friert. Vier Minister liegen krank darnieder, und überhaupt ist der Gesundheitszustand der Hauptstadt so bedenklich, wie man ihn nie gesehen hat. Vorgestern starben 120 Menschen, was man seit der Cholerazeit nicht erlebt hat. — Um der gesährlichen Bevölkerung Kataloniens und des Maestrazgo Beschäftigung zu geben, hat die Regierung den Bau einer Straße von San Mateo nach Martella verfügt, bei welchem 10,000 Arbeiter verwendet werden sollen. Wie lange wird man sie aber bezahlen können?

## Italien.

Mailand, 20. Jan. Die Bilancia vom 15. Jan. bringt eine Nachricht, die, falls sie sich bestätigt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen von doppelter Wichtigkeit wäre. Nicht einer, viele vollkommen glaubwürdige Briefe, sagt das Blatt, bringen übereinstimmend die Nachricht, das Gouvernement in Mailand habe aus der Staatskanzlei eine Depesche erhalten, des Inhalts: in einigen Tagen werde ein kaiserl. Dekret erscheinen, welches das lombardisch-venetianische Königreich als selbstständiges Reich (regno separato) unter der Supremaie des Kaisers konstituiren werde. Die Bilancia gibt diese Nachricht mit großen Lettern und weist dabei auf die bekannte, in der Proklamation vom 9. Jan. erneuerte Gesinnung des Wiederkönig, daß er gegründete Hoffnung habe, der Kaiser werde die gesetzlich ausgesprochenen Wünsche des Königreichs erwägen und gnädig aufnehmen. Erhält das L.V. Königreich in der That ein abgesondertes Staatsleben oder eine eigene von den Hofstellen in Wien unabhängige Regierung, so wäre der Hauptwunsch der besonnenen Liberalen erfüllt, und es müßten sich als Konsequenzen dieser Reform noch andere Umstaltungen ergeben, welche mit Ernst durchgeführt, die öffentl. Regierung der traurigen Nothwendigkeit überheben würden, in der Lombardei ein ewiges Kriegslager zu halten, das auf den Finanzen der Monarchie wie ein Riesenalp drückt, und doch keine Garantie für die Zukunft gewährt.

Wie sehr wahrhaft liberale Männer, die die Wünsche des Landes aussprechen, und dabei mit Besonnenheit ohne Gefährdung ihrer Mitbürger vorgehen, in dem bewegten öffentl. Italien Anklang finden, beweisen die Beifallsbezeigungen, die noch immer dem Deputirten Ragazzi, und in Venedig dem Advokaten Daniel Manin zu Theil werden. Manin mahnte die Centralkongregation für das Venetianische in einer Eingabe, welcher er den Antrag Ragazzi's beifügte, sie solle aus ihrem 30jährigen Schlafe erwachen, und nun nicht weitern Verrath am Lande und dem Fürsten zu begehen, diesem die Wünsche und Bedürfnisse des Landes, ihrem Recht wie ihrer Pflicht gemäß, zu erkennen geben. Manin wird seit der Zeit in Venedig ebenso gefeiert, wie sein Vorbild der wackere Ragazzi in Mailand. Wie wir eben aus der Gazz. di Firenze ersehen, hatte der Generaldirektor der Polizei in Venedig, Gav. di Call den Advokaten Manin zu sich, nicht als Richter, noch als Inquirent, sondern als Freund (so come giudice nè come inquirente, ma come amico). Der Polizeidirektor sagte dem Vorgeladenen, die Regierung sei zu Konzessionen geneigt, sie werde sie geben, wenn man sie nicht erzwingen wolle. Die Männer, die Einfluß auf die öffentliche Meinung haben, müßten um die Erfüllung ihrer Wünsche zu bescheinigen, sich für Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung verwenden. Manin sagte: es gebe in Venedig zwei Parteien, von eine sei gemäßigt und loyal, die andere störisch und unruhig. Noch habe die gemäßigte Partei das Uebergewicht in der öffentlichen Meinung. Man habe noch Zeit, aber nicht viel. Die Regierung müsse viel und schnell zugestehen, wenn sie nicht jeden Zusammenstoß sich selbst zur Last legen wolle. Unter die Wunden des Landes zählte Manin das Kriminalverfahren, den Civilprozeß, den Mangel aller Garantien der persönlichen Freiheit, die Langsamkeit in Erledigung der Geschäfte, den Preßzwang u. s. w. Der Polizeidirektor nahm diese Mittheilungen sehr freundlich auf. Die Unterredung dauerte zwei Stunden, worauf Beide im besten Einvernehmen schieden. Zu demselben Zwecke begab sich ein Polizeikommissär zu Tomaseo, und auch hier soll das Gespräch offen und freundlich (franco ed amico) gewesen sein. Gegen die Polizei in Mailand dauert dagegen die alte Erbitterung fort. Der Korrespondent zwischen dieser Stadt und Wien ist sehr lebhaft.

Rom, 16. Jan. Eine Dankadresse, bereits mit zahlreichen Unterschriften von angesehenen Männern versehen, soll nächstens an den Podesta von Mailand, Casati, abgehen, und ihm die Anerkennung der Römer für sein Verhalten bei den letzten Vorfällen in Mailand an den Tag legen. Für die dabei Gefallenen wurde in der Kirche S. Carlo ein solennes Todtenamt in Gegenwart des sardinischen Gesandten, der Fürstin Belgiojoso und anderer distinguirter Personen vom Civil- und Militärstande abgehalten. Der österreichische Gesandte soll vergebens versucht haben, diese Funktion durch Gegenvorstellungen beim Staatssekretär zu hindern. Die Staatssekretärie, wird versichert, hat sich für die Berufung ausgezeichneter Officiere ausgesprochen, um das päpstliche Heer zu organisiren und zu leiten. Wie schlecht es mit den Schießfertigkeiten nach immer beschaffen ist, dessen gab ein Vorfall, der in der Armee nicht wenig Mißstimmung erweckt. Bald nach der Ernennung des Mons. Rusconi zum Kriegsminister, verfaßten ungefähr 200 Officiere der in Rom garnisonirenden Linientruppen eine Adresse an den Kriegsminister, um seine Aufmerksamkeit auf die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reorganisirung des Heerwesens nach dem Muster des österreichischen und piemontesischen zu lenken. Um nicht gegen die Disziplin vorzugehen, ließen sie durch einen alten Waffengefährten, Don Filippo de Bucht Lante, die Adresse dem Ministter mittheilen, und dabei anfragen, ob er eine diesem Entwurfe ganz gleichlautende Kopie gütigst aufnehmen würde. Der Minister

Digitized by Google

brjahte dies für den Fall, wenn das Aktenstück ohne Unterschrift und statt von einer aus Offizieren der verschiedenen Corps gebildeten Kommission nur von einem höhern Offizier überreicht würde. Darauf überreichte Oberst Stuart die Adresse ohne Unterschriften dem Minister, der ihn zuvorkommend bedeutete, daß er um so lieber sich für die gewünschten Verbesserungen verwenden werde, als er damit nur dem Willen des Paschas nachkomme. Dies ereignete sich in den ersten Tagen des vorigen Monats. Die Adresse ward darauf, wie sehr wahrscheinlich auf Veranlassung der Aufrührer, heimlich gedruckt und in der Stadt verbreitet. Darüber sprach nun der Kriegsminister in einem Tagesbefehl seinen Tadel aus. Das heimlich gedruckte Blatt, heißt es darin, ziele darauf hin, die militärische Ehre zu kompromittiren, man könne nicht annehmen, daß die Urheber einer Reform des Militärwesens zuerst die Disciplin verletzen. Trotz dieses Unglaubens wird der gemachte Schritt vom Minister als ein unerträglicher Skandal von Insubordination bezeichnet, nach dessen Entfernung er die an ihn auf gehörigen Wegen gelangenden Vorstellungen freundlich aufnehmen, zugleich aber ohne Furcht (senza tema) gegen jene die Ordnung auffordern werde, die sich herausnehmen würden, sie umzuwälzen. Dieser Tagesbefehl macht Sensation und wird von der Bilancia vom 14. in einem größern Artikel scharf mitgenommen. Uns liefert er den Beweis, daß die Armee des Paschas noch keineswegs in der Verfassung ist, einem wohl disciplinirten Gegner Widerstand zu leisten.

Genua, 22. Jan. Die Allg. Zeit. berichtet: Den Nachrichten welche das Dampfboot „Ville de Marseille“ gestern aus Sicilien brachte und deren Zusammenstellung Sie in den hiesigen Blättern finden, sind noch die Gerüchte nachzutragen, welche durch ein anderes Dampfboot „Giglio delle onde“ nach Neapel gelangten. Dieses kleine Packetboot unterhält gewöhnlich die Fahrten zwischen Neapel und der südlichen Küste von Calabrien, von wo ein ununterbrochener Verkehr mit den sicilischen Küstenpunkten an der Meerenge stattfindet. Nach diesen Schifferzagen soll der Aufstand sich über ganz Sicilien verbreitet haben; in Messina seien die Insurgenten im Besitz des Forts Gonzaga, gleichzeitig sei auch in Catania ein Aufstand ausgebrochen. In Palermo sollen außer den Priestern auch besonders viele Frauen sich an der Bewegung betheiligt haben, unter welchen der Bericht des hiesigen Correspondenten Mercantile besonders die Baronin eines gewissen Meloro, der bei dem Aufstand in Messina thätig mitwirkte, namhaft macht und bemerkt, dieses Weib habe sich an die Spitze einer Bande von mehr als 500 Männern gestellt, deren Kampfmuth auf alle Weise zu entflammen gesucht und selbst eine mehr als männliche Kühnheit gezeigt. Mit Lebensmitteln und Waffen, heißt es in diesem Bericht weiter, sei die Stadt reichlich versehen. Die Gegenwart von zwei englischen Kriegsschiffen, denen man die Wohlfeilheit der Gewehre zuschreibt, soll nicht wenig dazu beigetragen haben, den Vorstellungen des englischen Konsuls an den Kommandanten des Forts Castellamare, der die Stadt bombardiren wollte, Gewicht zu verschaffen. Die königl. Dekrete, schließt der Bericht, haben geringen Zutrauen in ihre Truppen, welche mit offenbaren Zeichen der Unlust und Unzufriedenheit Neapel verließen.

Syrakus. Die Reforma meldet unterm 18 Jan.: Die Revolution in Sirakus ist eine vollendete Thatsache. Die Stadt ist in den Händen des Volks. Die l. Fregatte Karl III, die dahin entsendet wurde, ist unverrichtens in der Bai von Neapel wieder erschienen. Auch das offizielle Organ bestätige auf gewisse Weise die von der Reforma gebrachte Nachricht.

**Polen.**

Von der polnischen Grenze, 19. Jan. Auffallend ist die jetzt stattfindende Rekrutenaushebung. Sie unterscheidet sich von den frühern gar sehr, bei denen in der Art verfahren wurde, daß die einzelnen Gouvernements und von diesen die Bezirke aufgefordert wurden, eine gewisse Anzahl waffenfähiger jungen Männer zu stellen. Jetzt wird Jeder, der nur einigen Maßen tauglich und der nicht durch den Staatsdienst oder sonstige Privilegien von der Wehrpflicht entbunden ist, ausgehoben, sobald selbst junge Leute von 16 Jahren hiervon nicht ausgenommen bleiben. Diese allgemeine Aushebung hat bereits die Gouvernalregierungen zu der Anfrage bei dem Fürsten Statthalter veranlaßt, ob die Söhne derjenigen Beamten, die in solchen Rangklassen sich befinden, denen Adelsrechte zukommen, von der Rekrutenaushebung auszunehmen seien. Die Antwort darauf war: daß nur die Söhne derjenigen Beamten nicht zum Militärdienste zuzuziehen seien, die die Rechte des Erbadels besitzen, und von den Gutsbesitzern diejenigen, deren Adel gemäß den Verordnungen vom J. 1836 im Betreff der Adelsrechte anerkannt ist. (Berl. Z.)

* Von d. franz. Grenze, 20. Jan. Dem gewöhnlich gut unterrichteten „polnischen Demokraten“ (dem Organe der Pariser Centralisation) wird von Berlin aus geschrieben, daß ein gewisser Hr. P., ein Mitglied der hohen galizischen Aristokratie, im Namen der letztern jetzt in Preußen unterreise um auch die Posner für deren Zwecke zu gewinnen. Von welcher Art diese sind, beweist die Absicht, eine Bank unter dem Schutze der österr. Regierung anzulegen und sich dabei mit den Gütern zu engagiren, um so dem Kabinete die Garantie eines fernern ruhigen Verhaltens und einer Kinwirkung gegen die revolutionären Umtriebe zu geben. Es ist dies charakteristisch für die polnische Aristokratie, daß sie auch jetzt von ihrer Ungewöhnung des Diplomatisirens nicht lassen kann. Mögen auch alle Besonnenen über den beschränkten Vertrag mit Mapsowic lachen, mögen auch unnütze Reisen eines Czartoryski, Zamojski u. A. einen neuen Tribut auf dem Lande nöthig machen und mithin neue Emissäre und neues Unglück, mögen endlich die Patrioten über Schritte, wie die des Hrn. P. Verrath fürchten — immerhin, wenn es nur etwas Diplomatie zu treiben und von hohen Kabinetten zu sprechen gibt! — Aus dem genannten Blatte geht auch deutlich genug hervor, daß die Centralisation ihre Plane noch gar nicht aufgegeben, höchstens sind sie nur vertagt. Auch die Aristokraten sind nicht müde geworden und, wie wir aus gewisser Quelle erfahren, haben sie noch kürzlich mehrere Emissäre abgeschickt; freilich ist diesen Sendlingen ihr Signalement von Seite der russischen Gesandtschaft gleich auf dem Fuße gefolgt.

**Rußland.**

Die Cholera hat in den drei letzten Wochen Decembers in Mokkau nicht ab-, sondern vielmehr etwas zugenommen. Im Gouvernement Kasan tritt sie mit solcher Heftigkeit auf, daß beinahe die Hälfte der von ihr Ergriffenen stirbt. Fast mit derselben Intensität dauert sie im Gouvernement Orenburg fort; in den Gouvernements Woronesh, Tula, Kaluga, Orel, Kurst, Charkow, Poltawa, Jekaterinoslaw und Taurien dauert sie fort, ist jedoch theilweise im Abnehmen; im Abnehmen ist sie auch im Lande des Ural'schen Kosakenheeres, während sie in den Gouvernements Minsk und Wobolien langsam um sich greift. (Allg. Z.)

**Handels- und Börsennachrichten.**

Aus dem Elsaß erhalten wir unter dem Datum des 26. Jan. ein Schreiben, dem wir für jetzt nur die Nachricht entnehmen, daß seit dem 25. Abgeordnete der Regierungen Frankreichs und Baierns in Straßburg versammelt sind, um sich über die Eisenbahn zu berathen, welche die Bahn von Paris nach Straßburg mit der Pfälzer und Ludwigshafner verbinden soll. Morgen theilen wir den Brief vollständig mit.

**Nachschrift.**

△ Karlsruhe, 28. Jan. Ich melde Ihnen in Kürze, daß die Anträge der Mehrheit der Kommission in der Fabrikenfrage mit 35 gegen 20 Stimmen angenommen worden sind; die kleinen Modifikationen, welche hinzukamen, betreffen die größere Sicherstellung des Unterfandsrechts, welches dem Staate zukommt. Ueber die Verhandlungen selbst wird Ihnen Ihr gewöhnlicher Berichterstatter ohne Zweifel das Ausführlichere mittheilen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[62] In der Verlagshandlung von Fr. Baffermann in Mannheim ist erschienen:

Die vierte Auflage
von
Berthold Auerbach's
Schwarzwälder Dorfgeschichten
mit zahlreichen Holzschnitten
in Umschlag broschirt 1 Thaler oder 1 fl. 45 kr.

Durch diese schön ausgestattete Ausgabe zu äußerst billigen Preisen hofft die Verlagshandlung einem deutschen Geisteswerke von anerkannt hohem Werthe eine Verbreitung zu verschaffen, die es gewiß mehr verdient, als die Verunstaltungen ausländischer Romantik.

[63] Bei G. Franz in München ist erschienen und durch alle Buchhandlungen auf Bestellung zu beziehen:

Ueber den Kunddiebstahl.
Von
Dr. Friedrich Walther.
gr. 8. 7 Bogen brosch. 14 Sgr. oder 45 kr.

Der Herr Verfasser hat diese Materie in obiger Schrift mit ebenso viel Gründlichkeit als Scharfsinn bearbeitet.

Verlagshandlung von Fr. Baffermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oppermann, 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an d. Adresse Newspaper Office 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Quartalrechnungen besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 6. 40 kr. durch die Post besorgen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 31. Heidelberg, Montag 31. Januar 1848.

## Uebersicht.

Rückblick auf die nächste Vergangenheit von Nassau. II. (Schluß.) — Wien (die lombardische Angelegenheit). Berlin (Verhandlungen des Vereinigten ständischen Ausschusses; v. Bopen). Königsberg (Geisterfurcht). Magdeburg (die staatliche Anerkennung der lyhischen Gemeinde). Breslau (die Kriminalunterfuchung gegen die Verbreiter am Unterzeichnete der an den Magistrat gerichteten Adresse; die in dieser Schrift besonders inkriminirten Stellen). Stuttgart (der Landtag: v. Schnurlen Vicepräsident; Wahl der Budgetkommission). Ulm (Begnadigung). Karlsruhe (die Beschlüsse der Kammer in der Fabrikfrage). Kiel (Ansichten und Bestrebungen; der offene Brief des neuen Regenten und Stimmung darüber in den Herzogthümern; die Adressen). Hamburg (Untersuchung gegen den Zuschauerverein).

Schweiz, Bern. Der Proceß in der Zeller'schen Angelegenheit. Die Schwyzer Verfassung.

Großbritannien. Der Kaffernkrieg; grausame Ermordung von fünf Offizieren; Niederlage der Kaffern.

Frankreich. Kammersitzung vom 27. Jan. Verbot der Kartoffelausfuhr. Marschall Bugeaud soll Minister werden. Die Thierssche Rede. — Spanien. Bedenklicher Gesundheitszustand der Königin. — Italien. Venedig. Lommaseo und Manin verhaftet. Düsterer Karneval. Polizeimaßregeln. Spaltung zwischen Bürgerschaft und Militär. Truppenmärsche. Turin. Verhandlungen über einen österreichisch-sardinischen Handelsvertrag. Die Censurkommissionen fordern ihre Entlassung. Statistisches Werk über Sardinien. Neapel. Der Aufstand. Abermals Truppenlandungen auf Sicilien. Gräuelthaten. Ausfälle der Palermitaner. Cagliari. Die englische Flotte nach Sicilien.

Ungarn. Preßburg. Adreffe der böhmischen Stände an die Führer der liberalen Partei.

Handel. Aus dem Elsaß. Berathungen über die Verbindungsbahn zwischen der Paris-Straßburger und der Pfälzer Bahn. Frankfurt. Wochenbericht.

Beilage. Die rheinische Seeschiffahrt und ihre Gegner an der Oftsee. Von der sittlichen Seite (die Gütersonfiskationen). Athen (Note der griechischen Regierung an die fünf Mächte über die Vorfälle in Patras).

### Heidelberg, 31. Januar.

Einem Mann wie dem Präsidenten Jdell mußte die umfassende Aufgabe, neben welcher sich die Stelle des Staatsministers auf die kleinen auswärtigen Angelegenheiten von Nassau und das Kabinetsreferat beschränkte, als ein reizendes Feld zu unbegrenzter Thätigkeit erscheinen. Es gehörten aber auch seine Energie, seine Thatkraft und seine umfassenden Kenntnisse dazu, an der Spitze einer solchen Behörde einiges Leben und einigen Geist in der Verwaltung zu erhalten. Wäre ihm eine längere Wirksamkeit beschieden gewesen — vielleicht wäre Manches anders geworden. Es ist schwer, einen Stein auf ihn zu werfen. Denn mitten in seiner Laufbahn, nachdem er noch das gesammte Schulwesen mit verhältnißmäßig wohlwollender Ausstattung der Elementarschulen, von welchen er alle konfessionellen Trennungen löste, organisirt, nachdem er freilich mit vielleicht zu schneidender Schärfe das Zunftwesen abgeschafft, volle Gewerbefreiheit gegeben, alle Monopolien bis auf das Salz- und Lumpensammels-Monopol aufgehoben, auch die Verhältnisse der bisherigen Klasse mit Wohlwollen geordnet hatte, verfiel er plötzlich noch im Jahr 1819 in Ungnade und erhielt seinen Abschied — kurze Zeit nachdem Löhning in schwärmerischer Verblendung den Dolch auf ihn gezückt hatte. Damals war die Karlsbader Konferenz eben beendigt, und selbst der Mordstahl des politischen Schwärmers konnte den der Reaktion noch viel zu freisinnigen Mann vor dem Fall nicht retten.

Von dieser Zeit an trat eine völlige Stagnation, ein wahres politisches Stillleben im Nassauer Lande ein, an dessen vollständiger Passivität man noch gegenwärtig leidet. Die Seele war aus dem künstlichen Organismus entwichen, ähnlich wie in der preußischen Monarchie nach dem Tode des großen Friedrich auf lange Zeit die belebende Triebfeder stockte. Die im Jahre 1818 und wiederholt im Jahre 1819 versprochene Justizorganisation, welche sich nach den eignen Worten des Ministers auf das öffentliche mündliche Verfahren gründen sollte, unterblieb bis heute, und außer einer fragmentarischen, den gemeinen Proceß nur bie und da abändernden, eine schleunige und bessere Rechtshilfe nur wenig fördernden Civilprocefsordnung geschah in dieser Periode effektiv Nichts. Je fruchtbarer die üppigen Fluren, die sonnigen Rebenhügel Nassau's in jenen zwanziger Jahren waren, am so unfruchtbarer waren die nassauischen Staatsmänner. Auch die rheinischen Blätter, von dem geistreichen Weitzel redigirt, entschliefen damals eines jählingen Todes, und seitdem besitzt Nassau, wie gesagt, keine Zeitung, keine Wochenschrift, Nichts der Art mehr. Die schwarze Kommission zu Mainz hatte sich auch in Nassau einige Opfer ausersehen. Löhning gab sich selbst einen jammervollen Tod im Gefängniß; die Uebrigen erhielten nach kurzer Haft ihre Freiheit wieder. Einige tüchtige Männer wanderten aus und fanden im Auslande eine einflußreiche Wirksamkeit, die dem Vaterland entzogen wurde. Die Verirrung Weniger wurde aber schon auf dem Landtag von 1820 im Sinne der Karlsbader Beschlüsse trefflich benutzt, indem dieselbe mit grellen Farben als ein höchst staatsgefährliches Unternehmen dargestellt ward. Unterstützt ist unter Andern die Hinderung auf die eingebrachten Gesetzen der Oeffentlichkeit in der Eröffnungsrede des landesherrlichen Kommissärs, indem er bemerkte: es lägen gerichtliche Beweise vor, daß die Ermordung des Präsidenten Jdell während der in einer öffentlichen Sitzung stattgehabten Diskussion, an welcher der Präsident lebhaften Antheil genommen, von dem dabei gegenwärtigen Mörder beschlossen worden sei, in der Absicht, die Deputirten von dem Einflusse dieses Mannes zu befreien. Diese Ausbeutung eines einzelnen aus politischer Schwärmerei entstandenen Verbrechens und der Schrecken von Karlsbader Beschlüsse verbieten ihre Wirkung auf die Stände nicht. Die einzige intelligente Kraft derselben war damals der später auch in weiteren Kreisen bekannt gewordene Präsident Herber. Dieser geschreite, aber von ehrgeizigen oder eigennützigen Einflüssen nicht freie Mann war entweder so befangen oder so eingeschüchtert, daß er, ohne die Rechtmäßigkeit jener Beschlüsse zu bestreiten, zur Vorsicht rieth, „weil die in Aussicht gestellte Interpretation des Artikels 13 der Bundesakte leicht die Grundlagen der bereits gegebenen landständischen Verfassungen erschüttern könne; der Standpunkt der Landstände sei dadurch angewiß, ihre Rechte und Pflichten sesen unsicher". Unter dem Eindruck solcher Betrachtungen beschränkten sich die Stände auf die ziemlich bescheidene Konzession bei Budgets. Der ständige Präsident der Regierungskammer erhielt den Titel Geheimerath, und in ungetrübter Behaglichkeit lenkte der Staatsminister v. Marschall von da an das Staatsschiff. Unter zwar fleißigen, aber keineswegs talentvollen Händen wurde die Regierung maschinenmäßig nach seinem Impulse geleitet, und seine ausgebreitete Familie — seitdem die große Familie genannt — erbte nach und nach die besten Stellen im Lande und sucht sich noch heute immer mehr darin zu konsolidiren. Wie weit schon damals der fast die Schicklichkeit verletzende Nepotismus ging, ersieht man daraus, daß Hr. v. Marschall vor 1830 seinen Schwiegersohn, einen jungen Mann von noch nicht 30 Jahren, Kammerjunker und seit wenigen Jahren Referendar in der Ministerialkanzlei, als Direktor an die Spitze des Appellationsgerichts setzte, obgleich dieß derselbe vorher niemals mit der Rechtsprechung befaßt hatte. Alles dies wurde von den an blinden Gehorsam gewöhnten Dienern in schweigender Unterwürfigkeit hingenommen.

Der Same der Zwietracht zwischen Regierung und Ständen war indessen durch eine Einrichtung gelegt, welche in dem oben erwähnten Vortrage des Ministers als nothwendige Vorbedingung zur Ausübung des den Ständen eingeräumten Rechts der Steuerbewilligung dargestellt wurde — die Trennung der Landessteuerkasse nämlich von den Einkünften aus den Domänen, die in diesem Vortrag zuerst für Patrimonial- und Familieneinkünfte erklärt worden. Es würde über den Raum dieser Blätter hinausgehen, wenn wir den an diese Einrichtung sich anknüpfenden Domänenstreit hier auch nur aphoristisch entwickeln wollten. Nur so viel sei bemerkt, daß die offenbar falsche Idee, die erhabene Stellung des

Digitized by Google

Regenten leide unter einer Civilliste, sie sanke zu der eines bezahlten Dieners herab, die Veranlassung zu jener unsäglichen Maßregel gegeben hat, die — weit entfernt, die unabhängige vorgefreie Gesinnung des Regentenhauses dauernd und unter allen Umständen zu sichern — nur dazu dient, die Fürsten in Konflikt mit ihrem erhabenen Berufe und ihren Unterthanen zu bringen und wohlthätige Maßregeln für das gemeine Beste zu hemmen. Sie hat auch bereits dadurch bittere Früchte getragen, daß sie die besten Jahre des verstorbenen Herzogs verbittert und verkümmert hat. Als das Jahr 1830 überall die trägen Schläfer erweckte, da ermannten sich auch die Stände des Herzogthums Nassau, und jener Same der Zwietracht ging auf. Es ist bekannt, mit welcher Heftigkeit und zum Theil ungeschickten Waffen der Streit wegen der Domänen von beiden Seiten geführt wurde, bis der Fall von Warschau den schon halb verlorenen Muth der kleinen Regierungsvartei wieder auffrischte, die verfassungswidrig vermehrte Herrenbank die Steuerverweigerung paralysirte und die Reaktion endlich in roher, wahrhaft unsittlicher Rechtsverdrehung durch die Fünfmännerkammer einen nicht beneidenswerthen Sieg erfocht. Durch Absetzung vieler mißliebigen Staatsbeamten, die zu solchen Ungerechtigkeiten nicht willig ihre Hände boten, durch Zurücksetzungen Anderer, durch persönliche Verfolgungen, die so weit gingen, daß ein Deputirter wegen Verbreitung einer Protestation gegen die Beschlüsse der Fünfmännerkammer unter Diebe und Vagabunden an den Spinnrocken verurtheilt wurde, durch ein weit verzweigtes System der Angeberei und geheimen Polizei wurde jeder Widerstand niedergedrückt, nachdem man noch zum Ueberfluß ein Regiment Oesterreicher von Mainz aus mit kriegerischer Musik einen imponirenden Marsch durch das Land hatte machen lassen. Die beabsichtigte Einschüchterung gelang, nicht durch der Sache Recht und durch eigne Kraft, sondern durch die damaligen europäischen Verhältnisse, und es herrscht seitdem Ruhe im Lande; ob aber auch „das größte Maß der Freiheit des Einzelnen, ob die möglichst vollkommene physische, intellectuelle und moralische Ausbildung der Staatsglieder, der größtmögliche Wohlstand derselben, die Gleichheit vor dem Gesetz" (was Alles die Regenten dieses Landes als den obersten Staatszweck und als ihre heilige Aufgabe erkannt haben) — das geben wir denjenigen in ernsten Momenten zu bedenken, welche das Gespenst gegenwärtig an die Spitze der Angelegenheiten gestellt hat! — In späteren Artikeln werden wir im Einzelnen darauf zurückkommen.

Nachdem der Minister v. Marschall von der Schaubühne des Lebens abberufen worden war, ergriff der Herzog, welcher früher seinen Minister ziemlich allein hatte walten lassen, die Zügel der Regierung selber. Schon im J. 1832 hatte er in der Thronrede den von dem konstitutionellen Prinzipien unzertrennlichen Grundsatz der Verantwortlichkeit der Minister mit den Worten verworfen: „Muthen Sie meinen Dienern nicht zu, was mit ihrer ersten Pflicht, der des Gehorsams gegen den Regenten in Widerspruch gerathen könnte; eine Verantwortlichkeit im Sinne der neuern Theorie, welche die Wirksamkeit des Regenten von dem Willen seiner Diener abhängig macht, kennt unsere Verfassung nicht", — und doch steht in dieser Verfassung: die Stände können fordern, „daß gegen unsern Staatsminister wegen bestimmter Beschuldigungen eine Untersuchung angeordnet werde, wenn diese Beschuldigungen auf beschwigten Angaben beruhen, daß von ihm Verletzungen der Verfassung verfügt oder zugelassen worden sind". — Jener Ansicht über Verantwortlichkeit der „Diener" gemäß wählte sich der Herzog nun seinen Minister aus einem alten Hause, welches mehrere Kurfürsten von Trier und Mainz unter seinen Ahnen zählt — wohl nur zu höherem Glanze seines Thrones. Wenigstens war die Berufung des neuen Ministers und seine frühere Laufbahn für einen solchen Posten nicht berechnet. Sie war vielleicht ganz und gar auf die ländliche Beschäftigung eines großen Gutsbesitzers in einer einsamen Gegend am Fuße des Westerwaldes und auf die mit Consequenz betriebene Arrondirung und Konsolidation seines großen Besitzthums, welches nach und nach alle freien kleinen Bauern in der Umgegend durch kluge Benutzung der Umstände in sich zu verschlingen droht, beschränkt, ohne daß selbst der enge Kreis des ländlichen Lebens durch die Muse literarischer und wissenschaftlicher Beschäftigung vergeistigt und zur Vorbereitung für staatsmännische Wirksamkeit benutzt worden wäre. Man hat niemals erfahren, ob der Entschluß des Grafen, schon nach wenigen Jahren kurz nach dem Tode des Herzogs Wilhelm die ungewohnte Bürde niederzulegen, in löblicher Selbsterkenntniß oder in welch' anderer Ursache seinen Grund hatte. Uebrigens kehrte während seines Ministeriums ein wilderer, weniger auf persönliche Verfolgungen gerichteter Geist in die Verwaltung zurück, und zur Vermittelung der Zehntablösung, die freilich nur auf freiwillige Vereinbarung zwischen dem Zehntberechtigten und Verpflichteten gerichtet ist, wurde eine Kommission ernannt, auch eine Landeskreditkasse zur Förderung derselben errichtet.

In der neuesten Zeit ist unter dem Ministerium des Frhrn. v. Dungern, Schwiegersohns von Hrn. v. Marschall, Manches zur Förderung der Landesinteressen geschehen. Ein neues Konskriptionsgesetz stellt wenigstens die Gleichheit der Staatsbürger in der Militärpflicht einigermaßen her, in der Gesetzgebung sind durch einen auf liberalen Grundsätzen beruhenden Entwurf zu einem neuen Hypothekengesetz, zu einem Wechselrecht, und durch eine — wie man hört — in Beardeitung befindliche Strafgesetzgebung einige Fortschritte gemacht worden. Noch Vieles muß aber gleichfalls geleistet werden, bis die Versäumnisse einer theils durch den Domänenstreit abgeschreckten, theils in lasser Unthätigkeit verlorenen Zeit wieder ausgeglichen, und die verbrieften, von Fürst und Minister in feierlichen Stunden ertheilten Zusicherungen erfüllt worden sind. — Darin liegt ein dankbares Feld zu segensreicher Wirksamkeit für jetzige Staatsmänner in Nassau, darin mögen sie Kraft und Energie beweisen.

**Oesterreich.** Wien, 24. Jan. Wie man vernimmt, sind dem kommandirenden Feldmarschall Radetzky in Italien ausgedehnte Vollmachten ertheilt worden, wenn die Nothwendigkeit eintreten sollte, von der Militärmacht Gebrauch zu machen. Die Stelle der kaiserlichen Proklamation, worin es heißt, daß die Aufrührerische in den italienischen Provinzen, von welcher Seite sie kommen mögen, durch Waffengewalt niedergehalten werden würden, deutet man zugleich auf äußere politische Einflüsse, von denen Vorhandensein unzweifelhafte Anzeichen vorliegen sollen. (S. M.)

**Preußen.** ○ Berlin, 27. Jan. Wir haben in unserm letzten Schreiben irrthümlicher Weise angegeben, daß am 25. keine Sitzung des ständischen Ausschusses stattgefunden habe. Es ist aus derselben vor Allem die Berathung über den §. 28 hervorzuheben, in welchem für Hochverrath, Landesverrather und ausgetretene Militärpflichtige die Konfiskation der gesammten Vermögens festgesetzt ist. Dieser §. ist außer seinem Inhalt noch dadurch bemerkenswerth, daß er sich weder in dem von den Provinzialständen im Jahre 1843 berathenen Entwurfe, noch in den Anträgen derselben vorfindet. Der Abgeordnete Camphausen fühlte sich in Folge dessen und gemäß seiner in der Sitzung vom 18. abgegebenen Erklärung veranlaßt, sich dahin auszusprechen, daß er aus diesem Grunde für den Wegfall des gedachten §. stimmen werde; einen weitern Schritt hierin derselbe in Betracht der in jener Sitzung von Seite des königlichen Kommissärs auf die verwahrenden Erklärungen mehrerer Mitglieder erfolgten Entgegegnung, welch' deren Stellung wesentlich erleichtern, nicht für nothwendig. Der Letztere bemerkte hierauf in seiner Antwort, daß er sich auf die Frage der Kompetenz des Ausschusses dem Vereinigten Landtag gegenüber nicht näher einlassen wolle, daß er aber das Princip nicht anzuerkennen vermöge, nach welchem die Krone bei der Emanation der Gesetze sich strikt an den den Ständen vorgelegten Entwurf und die Aenderungsanträge dieser zu halten habe; abgesehen davon, sei jene Bestimmung der Vermögenskonfiskation, wenn auch nicht in dem frühern Entwurfe, so doch in dem noch heute in allen Provinzen geltenden Strafrecht sowohl im Landrecht, als in der am Rhein geltenden französischen Gesetzgebung vorhanden; aus diesem Grunde also schon sei ihre Einverleibung in den jetzigen Entwurf, was das ständische Berathungsrecht betreffe, ganz unbedenklich. Schließlich sprach sich übrigens eine an Einstimmigkeit grenzende Mehrheit (nur zwei Stimmen waren dagegen) für den Wegfall der Vermögenskonfiskation aus, die von verschiedenen Seiten und aus verschiedenartigen Gründen bekämpft wurde. Der Graf von Schwerin theilte der Versammlung als Vorsitzender der Abtheilung noch mit, daß es in dieser zur Sprache gekommen sei, wie es allerdings nothwendig erschiene, einen in das Ausland entflohenen politischen Verbrecher an der Benutzung seines zurückgelassenen Vermögens zu verbrecherischen Plänen gegen den Staat zu verbindern, und daß für diesen Fall die Abtheilung sich für eine während der Dauer der Abwesenheit aufzuerlegende Sequestration entschieden habe; jedoch habe sich die Versammlung die Berathung und Beschlußnahme darüber für eine spätere Stelle des Entwurfes vorzubehalten. Das eine der für die Vermögens-konfiskation stimmenden Mitglieder, der Graf v. Greifenau hatte aus nur in Berücksichtigung jener Eventualität und, da er der Annahme der Vermögensconfiskation für jenen

Digitized by Google

Fall nicht schwer wäre, dafür gestimmt. Wir bemerken noch, daß die Versammlung die Berathung über die §§. 20—25 (einschließlich) ausgesetzt hat bis zur Entscheidung der Vorfrage über die Eintheilung der strafrechtlichen Bestimmungen nach der der dreifachen Kategorie: Verbrechen, Vergehen und Polizeiübertretungen. Diese Eintheilung ist bekanntlich am Rhein gültig nach dem französischen Gesetzbuch, und nur die erste Kategorie, „die Verbrechen", sind danach der Entscheidung der Geschworenen unterworfen, die anderen gehören vor die sogenannten Korrektionsgerichte. In dem vorliegenden Strafgesetzentwurf sind dagegen die beiden Kategorien „Verbrechen und Vergehen" zusammengeworfen, und nur die Polizeivergehen bilden eine besondere für sich. Die Versammlung wird sich nächstens mit der Entscheidung dieser Prinzipienfrage zu beschäftigen haben. In der Sitzung vom 26. d. M. wurde zunächst die Berathung des zweiten Titels beendigt, und nach Erledigung des dritten, der nur eine Bestimmung über „Vorsatz und Fahrlässigkeit" enthält, zu dem vierten Titel geschritten, der vom „Versuche" handelt. Das Landrecht enthält bekanntlich keine systematischen Strafbestimmungen über den „Versuch", sondern handelt nur nebenbei von demselben bei einzelnen Verbrechen. Es gibt daher auch keine bestimmte Definition davon. Eine solche war auch in dem jetzigen Entwurfe des Strafrechts nicht vorhanden. Das rheinische Strafrecht dagegen enthält sie, und es ist dieselbe auch in dem Entwurf für die Einführung des Strafgesetzbuches für die Rheinprovinz statt des §. 40, der nur für die übrigen Landestheile gelten sollte, eingeschaltet. Die Versammlung beschloß die Bestimmung des rheinischen Strafrechts an die Stelle des §. 40 zu setzen, welcher demzufolge, ebenso wie der §. 42 wegfällt. Die Definition des Versuches lautet demnach: „Der Versuch ist strafbar, wenn der Vorsatz, das Verbrechen zu verüben, in einem Anfang der Ausführung desselben offenbar geworden ist, und die Vollendung nur durch äußere, von dem Willen des Thäters unabhängige Umstände verhindert worden ist." In der gestrigen Sitzung wurde ferner noch der fünfte Titel, „von der Theilnahme an einem Verbrechen", (§. 43—49) berathen und ohne wesentliche Abänderungen angenommen. Leider ist darunter auch der §., welcher die unterlassene Anzeige des Hoch- und Landesverrathes, wenn derselbe später wirklich begangen ist, mit Strafarbeit bis zu fünf Jahren bestraft. Daß dies so ohne Weiteres genehmigt wurde, läßt sich nur dadurch erklären, daß die Versammlung müde und hungrig in Folge der Länge der Sitzung war und mehrere hervorragende Abgeordnete der Oppositen den Saal bereits verlassen hatten. — Als wichtig theilen wir Ihnen noch mit, daß am 25. d. M. die für die Einbringung von Petitionen gestellte Präklusivfrist abgelaufen ist, ohne daß solche eingebracht worden wären; daß in dieser Beziehung also keine Anregung des Kompetenzstreites mehr zu erwarten steht.

Wie uns gesichrieben wird, ist Hr. v. Boyen zu allgemeinem Bedauern bedenklich erkrankt.

Königsberg, 23. Jan. Der Herl. Z. wird geschrieben: Auch hier werden nun Sammlungen zu einem Beselerfonds veranstaltet und es sind schon ziemlich ansehnliche Beiträge gezeichnet. In Thorn beabsichtigt man gleichfalls die Bildung eines Beselerfonds, sowie auch noch in einigen andern Städten unserer Provinz Gleiches zur Anregung gebracht ist.

* Magdeburg, 26. Januar. Unter unseren kirchlichen Bewickelungen beginnt wenigstens eine sich zu entwirren, das ist die Angelegenheit der neuen Gemeinde. Diese hat die, Staatsgenehmigung erhalten, und kann, wenn sie auf ihre bisherige Geschichte zurücksieht, mit der Regierung wohl zufrieden sein. Ende November v. J. constituirte sie sich in ihren ersten hundert Mitgliedern, wählte ihren Pfarrer, kam um die Genehmigung ein. Der Volkswortlaut hätte nun allerdings wohl gemeint: wer des Landes Gesetz erfüllt (das Patent vom 30. März 1847), der müsse sofort auch des Landes Recht (Ausübung seiner Religion) genießen, unsomehr, da in jener Eingabe vorläufig nur das mindeste Maß kirchlichen Rechtes, das Bestehen als gebuldete Religionsgesellschaft, nachgesucht worden war. Indessen weiß der des Ganges der modernen Staatsmaschine Kundige, daß der papierne Weg von Behörde zu Behörde seine Zeit fordert. Staatsgenehmigung mußte nachgesucht werden, und den Behörden war der Fall wichtig; darum mochte die Provinzialbehörde nicht entscheiden, und die Ministerien mochten nicht entscheiden, und so mußte das Gesuch der Gemeinde alle Stationen jenes Weges von Unten nach Oben und ebenso zurück durchmachen. Aber als die Pfarrgeistlichen der Staatskirche ihren Konfirmandenunterricht begannen, da durfte dieser Unterricht auch in der neuen Gemeinde beginnen; und als die Zahl der unterlassenen Taufen und Trauungen zu einer bedenklichen Höhe anschwoll, da erschien die Genehmigung, welche zu kirchlichen Handlungen befähigt. Dieselbe, durch eine Kabinetsorder den Ministerien für die Provinzialregierung aufgegeben und von letzterer unterm 25. Jan. ausgefertigt, lautet dahin, daß (wie vorläufig erbeten war) die Gemeinde als gebuldete Religionsgesellschaft genehmigt ist. Dadurch erhält sie das Recht freier Ausübung ihres Gottesdienstes; dieser aber heißt nur Privatgottesdienst, wird ohne Geläut begonnen, und die Versammlungshäuser werden nicht Kirchen genannt. Die Gemeinde hat überhaupt die Rechte einer erlaubten Privatgesellschaft, und kann einen Geistlichen haben, dessen Verhältniß zur Gemeinde sie selbst vertragsmäßig zu bestimmen hat. Ihre Geburten, Heirathen und Sterbefälle werden (wie in Rheinpreußen) in einem gerichtlich geführten Civilstandsregister verzeichnet; religiöse Feierlichkeit dafür (also Taufe, Trauung, Leichenbegängniß) ist lediglich Sache der Gemeinde, ohne bürgerliche Folge. — Somit hat die neue Gemeinde in Magdeburg, was sie ersehnt: den gesetzlichen Boden, auf welchem sie ihr Leben entfalten kann. Sie besitzt ihr Recht, nicht mehr von der Gnade der Polizei hängt sie ab. Allerdings hat sie in ihrer Eingabe nur vorläufig um Genehmigung als gebuldete Religionsgesellschaft gebeten, um ihr Leben nicht von einer weitläufigen theologischen Erwägung, ob sie in wesentlicher Uebereinstimmung mit der evangelischen Landeskirche stehe, abhängig zu machen. Diese Erwägung wird nun von der Staatsbehörde anzuordnen sein, vielleicht durch die Konsistorien, oder durch die theologischen Fakultäten — oder durch wen sonst? Es ist dies eine ganz interessante Frage, da man schwerlich ein Konsistorium oder eine Fakultät der Staatskirche als ein unbefangenes Gericht erkennen wird, um über eine der Staatskirche, so zu sagen, abtrünnig gewordene Gemeinschaft einen unparteiischen Spruch zu fällen. — Unterdessen beginnt die neue christliche Gemeinde ihren Gottesdienst noch nicht alsobald; denn sie hat auch um den Mitgebrauch städtischer Kirchen nachgesucht, auch dies Gesuch ist bis an den König gelangt, und Bescheidung darauf ist noch nicht erfolgt. Von gemeindlicher und städtischer Seite sind zwei geräumige Kirchen zum Mitgebrauch verstattet, eine für den Vormittag, eine für den Nachmittag, und es darf gehofft werden, daß auch in dieser Beziehung bälder Entscheidung bald eintreffen und günstig ausfallen werde. Wenigstens deuten Aeußerungen des Konsistoriums darauf hin, daß man solche Kirchenbewilligung als Pflicht christlicher Brüderliebe ersenne, und Aeußerungen des Kultusministeriums, daß man sich nicht den Anschein geben möge, als scheue die Staatskirche die Einwirkung der neuen Gemeinde auf die alten Gemeinden. Das deutsch-katholische Gotteshaus, welches die neue Gemeinde immer noch benutzt, ist offenbar für ihre Zahl zu eng, wie sich das an jedem Sonntag, wo es allerdings nur erst einen Vortrag ohne Gesang und weitere kirchliche Feierlichkeit gibt, sichtbar darstellt; es wäre rein unmöglich, hier z. B. eine würdevolle Abendmahlsfeier vorzunehmen. Da die Aeußerungen an der Gemeinde noch nicht laut geworden ist, bewies die gestrige Gerichtssitzung, an welcher 118 Personen ihren Austritt aus der Staatskirche zum ersten Male erklärten. Am ersten Sonntage des Februars wird die Gemeinde die Zahl ihrer zwölf Aeltesten auf vierundzwanzig erhöhen und damit ihre erste größere Wahlversammlung halten. — Also der Boden ist gegeben, in welchen der junge Baum eingepflanzt werden kann; es wird sich nun im Wurzeltreiben und der Kronenbildung zeigen, ob die rechte Lebenskraft in ihm vorhanden ist. Dabei gehen die anderen kirchlichen Bewegungen der Stadt ihren Gang. Die Reformirten stehen fest, bereit, weitere Angriffe auf ihre liturgische Freiheit abzuwehren; der Magistrat erwartet Bescheid auf die Vorstellung, welche er im Namen der Pfarrgemeinde an den König hat abgehen lassen. Die Lebendigkeit des öffentlichen Lebens in anderer Beziehung gibt der zahlreiche Besuch der öffentlichen Stadtverordnetensitzungen Zeugniß. Dort haben sich auch Magistrat und Stadtverordnete dahin geeinigt, daß nicht wieder der erstere die Regierung zu Hilfe rufen kann, um einen Gegenstand aus der öffentlichen Besprechung zu entfernen.

Δ Breslau, 23. Jan. In Betreff der Kriminaluntersuchung, welche, wie ich Ihnen in meinem vorigen Briefe schrieb, gegen die Herbreiter und — muß ich jetzt hinzusetzen — gegen die Unterzeichner der bekannten an den hiesigen Magistrat gerichteten Adresse eingeleitet worden soll, kann ich Ihnen aus der sichersten Quelle das Genauere mittheilen. Der Minister v. Bodelschwingh schreibt an das hiesige Polizeipräsidium: der Staatsanwalt habe diese Adresse dem Obertribunalsgerichte mitgetheilt und zwar wie sie im Verlag von Rob. Blum u. Komp. in Leipzig erschienen sei; es finde kein Zweifel Statt, daß das Obertribunalsgericht diese Schrift für censurwidrig erklären werde; er, der Minister, werde gegen die Verbreiter und Unterzeichner die Kriminaluntersuchung einleiten lassen. Dieses solle das Polizeipräsi-

Digitized by Google

bium dem Magistrate mittheilen (Vergl. meinen vorigen Brief). Es sind (wir citiren gleich dem Minister nach der Stumm'schen Ausgabe) folgende Stellen, welche der Minister als besonders inkriminirend bezeichnet: 1) S. 5. Z. 1—4: „Die kirchlichen Ereignisse der neuesten Zeit und insbesondere der Zwang, durch welchen Tausende unserer evangelischen Brüder in Magdeburg, weil sie nicht heucheln wollen, aus der Kirchengemeinschaft getrieben werden ꝛc." 2) S. 6. Z. 4 u. 5. „und was damals Befürchtung war, ist heute Gewißheit geworden." 3) S. 7. Z. 12—16. „daß — die Stadt Magdeburg dem Volke nur in dem einen Falle Aergerniß bereiten würde, wenn seine Bewohner ihre evangelische Freiheit nicht als Männer aufrecht erhielten, und daß es uns nur Verdrießlichkeit erweckt, wenn wir sie, dem Zwange nachgebend, sich unter das Patent stellen sehen." 4) S. 9. Z. 1—10: „Das Patent hat bei Jenen Freude deßhalb erregt ꝛc. bis zu den Worten: als unberechtigt in der Kirche ächtet." 5) S. 10. Z. 3—15: „Gewissenszwang ist es ꝛc. bis — Vermögensrechte verbindet." 6) S. 11. Z. 3—5: „Die heiligsten Familienrechte, die erheblichsten Vermögensrechte sind jenen Nichtheuchelnden genommen." 7) S. 12. Z. 1—3: „Die wohlerworbenen bürgerlichen Rechte sind jenen Nichtheuchelnden genommen." 8) S. 13. Z. 7—17: „Auch in den fünfzehn Jahren ꝛc. — Scheiterhaufen wandert." 9) S. 14. Z. 17—20. u. S. 15. Z. 1—3: „Wir erklären, daß wir ꝛc. — verdrängen will." Man glaubt, daß das Polizeipräsidium dem Magistrate deßhalb die Anzeige habe machen müssen, damit derselbe nicht die Adresse selbst an den König schicke.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 28. Jan. Heute wurde der Abgeordnetenkammer mitgetheilt, daß der König den Abg. Kassiereidirektor v. Schmerlen zum Vicepräsidenten ernannt habe. Ferner wird ein Restript verlesen, wonach als Stellvertreter des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten bei den Kammern Hr. v. Neurath, der mit dem Censur des Beobachters betraut ist, bestimmt sei. Nun folgt die Wahl der 15 Mitglieder der Budgetkommission; gewählt sind: Zdler mit 50 Stimmen, Berger 79, Wögling 79, Dertenbach 58, Gropelt 56, Haßler 55, Federer 54, v. Keber 51, v. Bissingen 51, Gminner 51, Schweikhard 51, v. Berlichingen 50, Schoffer 50, Präl. v. Hafner 49, Matthes 49. Die Opposition hat 5 Mitglieder unter diesen 15, nämlich: Dörtenbach, Geppelt, Haßler, Federer, Schweikhardt. Die 3 ersten in der Stimmenzahl gehören zur Mitte der Kammer, die übrigen mehr der ministeriellen Seite an. Die nächsten in der Stimmenzahl gehören theils zur Opposition, theils zur konservativen Seite. Sofort trugen Schübler und Fetzer Motionen vor, Ersterer über Einführung einer Gewerbeordnung und das Heirathen der Armen, Letzterer über Hebung des Credits durch Maßregeln der Gesetzgebung in Hinsicht auf die Priorität der Forderungsrechte, welchen Antrag weitere das Erbrecht beschränkende Vorschläge folgten. Unter den neuen Motionen ist eine von Binder, betreffend die Volksvertretung beim Zollvereine. — Morgen: Berathung der ständischen Antwortsadresse auf die Thronrede, vermuthlich geheim.

**Ulm**, 36. Jan. Soeben wird aus dem Kreisgefängnisse eine Anzahl Weibspersonen entlassen, welche wegen Betheiligung an dem Maitumulte dorthersteht ihre Strafe abbüßen sollten. Der König hat ihnen den Rest derselben erlassen. Somit wäre die Reise der Bürgerdeputation doch von günstigem Erfolg gewesen. (Oberrh. Z.)

**Baden.** * Karlsruhe, 28. Jan. Die Kammer hat heute Mittag die allgemeine Diskussion über die Fabrikangelegenheit geschlossen und den Antrag des Abg. v. Soiron, die Vorschläge nicht zu berathen, bis ein gültiger Beschluß unter den Betheiligten zu Stande gekommen sei — verworfen, gegen eine Minorität von 15 Stimmen.

Nach Unterbrechung einer Stunde, um 3 Uhr, wurde die Diskussion der einzelnen Artikel begonnen. Junghanns stellte den Antrag, nur der Keßlerschen Maschinenfabrik die Garantie zu gewähren. Der Antrag wurde gegen 30 Stimmen, und der Antrag von Bassermann und Hecker, keiner Fabrik eine Unterstützung in der beantragten Weise zu gewähren, gegen 17 Stimmen verworfen. Art. 1 nach dem Antrag der Kommission mit 35 Stimmen angenommen.

Art. 2 und 3 mit einander zur Diskussion ausgesetzt, mit einigen Modifikationen in Fassung angenommen. Ein Antrag des Abg. Sieber, auf das Hauptfond zu verzichten, wurde verworfen.

Art. 3 angenommen, nachdem Anträge, für Waghäusel Nichts oder weniger als 2,100,000 fl. zu bewilligen, verworfen waren.

Die übrigen Artikel wurden mit einigen Verbesserungen der Fassung angenommen.

Das Ganze wurde mit 35 gegen 20 Stimmen angenommen.

* Karlsruhe, 29. Jan. So wäre endlich, nach vierzehntägigem Rüsten und zwei Tagen eines würdigen, erhebenden Kampfes mit allen Waffen des Geistes, in der zweiten badischen Kammer einem werthvollen Theil der badischen Industrie, das Vertrauen auf seine Zukunft erhalten und großes Unglück abgewendet, ohne daß die Staatskasse dafür in Anspruch genommen wird. Die erste Kammer wird sicher kein Veto einlegen, und es ist anzunehmen, daß auf die Anerbietungen des Staates zwischen den Inhabern und den Gläubigern der Gewerbsanstalten ein Vergleich zu Stande komme, welcher den Fortbestand der Großgewerbe sichert. Einen Uebertritt über die Bewegung des Kampfes heute schon zu geben, sind wir nicht im Stande; der Stoff ist zu massenhaft, um in wenigen Stunden bewältigt und zurechtgelegt zu werden. Wir beschränken uns daher für jetzt auf die Gruppirung der Stimmen, welche zu dem gestrigen Beschlusse mitwirkten. Unter den 35 Mitgliedern der Mehrheit sind: Staats (und Kirchen-) Diener: Böhme, Buß, Christ, Fauth, Kern, Lüßigi, Nokk, Rombride, Rettig, Schaaff, Seitzam, Stöber, Trefurt, Vogelmann, Weizel, Zentner, Zittel. — Kaufleute: Goll, Ester, Sachs, Siegle. Gewerbsleute: Becker, Buhl, Dreinig, Heibing, Knapp, Knittel, Metz, Speyerer. Landwirthe: Meyer. Männer von wissenschaftlichem Berufe außerhalb des Staatsdienstes: Baden, Häglin, Kapp, Mathy, Welcker. Die Minorität bilden: Staatsdiener: Hildebrand, Jungbanns, Peter, Schmitt. Kaufleute: Bassermann, Bielbinger, Hecker. Gewerbsleute: Keiner. Landwirthe: Blankenhorn, Heimburger, Reichenbach, Rieserer. Männer von wissenschaft. Berufe außerhalb des Staatsdienstes: Bissing, Brentano, Hecker, v. Ihstein, Richter, v. Soiron, Straub, Weller, Welte. Somit haben für die Staatshilfe zur Erhaltung der Großgewerbe sämmtliche Gewerbsleute und die Mehrzahl der Staatsdiener und Kaufleute, — gegen die Vorschläge fast alle Landwirthe und der größere Theil der Geistlichen, sämmtlich Rechtsgelehrte, gestimmt. Abwesend waren: Krnsperger, Baum, Helmreich, Scheffelt, Stelz, von denen wahrscheinlich zwei auf jede Seite getreten wären, Ulrich der für die Unterstützung gesprochen, nahm an der Abstimmung keinen Theil, weil er Actien der Spinnerei besitzt, und der Präsident Mittermaier würde seine Stimme, wenn er sie hätte abgeben können, ohne Zweifel den Vorschlägen zugewendet haben.

**Schleswig-Holstein** Kiel, 21. Jan. Die Bremer Zeit. berichtet: Es ist bekannt, wie die Liberalen in Dänemark immer bedauert haben, daß ihre Freunde in Kopenhagen bei der Thronbesteigung Christians VIII. das Nöthige versäumt hatten, um dem Lande eine Verfassung zu sichern, und daß man sich damit getröstet hat, bei dem nächsten Thronwechsel besser vorbereitet sein zu wollen. Berathungen sollen in den letzten Tagen bei einem bekannten Führer der Liberalen in Kopenhagen, Professor Clauffen, kriftig gepflogen worden sein. Welcher Beschluß dort gefaßt und was erreicht worden ist, davon wissen wir noch Nichts. Wir glauben, daß die Dänen sich für einen Staatsstreich, der auf die Inkorporation Schleswig's und eine einheitliche konstitutionelle Verfassung Dänemark's und Schleswig's gerichtet wäre, erklären würden. In wie weit ein solcher deabsichtigt war, darüber entstehen wir jede Auskunft. Jede freiheitliche Errungenschaft der Dänen werden die Bewohner der Herzogthümer begläckwünschen, aber jeden Angriff auf das Staatsrecht der Herzogthümer mit allen Mitteln bekämpfen.

Dasselbe Blatt bemerkt in Bezug auf den schon mitgetheilten offenen Brief: Da es außer Zweifel ist, daß unter der „deabsichtigten Ordnung der öffentlichen Verhältnisse" die Gesammtstaatsidee des verstorbenen Königs, die namentlich in der letzten Zeit wieder durch eigene Institutionen verwirklicht werden sollten, verstanden sind, so hat dieser offene Brief, der sich gegen sie richtet, auch nur an die Dänen gerichtet sein kann, eine Aufregung soll größer als die durch seinen Vorgänger hervorgerufen. Man wird der Wichtigkeit der Sache angemessen handeln. (

Uebereinstimmend und zwar ebenso richtig heißt es in der Weserz.: Da haben Sie jenen Gesammtstaats-Staatsrath und jene Gesammtstaats-Staatsverfassung, von denen ich Ihnen gestern schrieb. Es sind das jene geheimen Arbeiten, welche den Grafen Moltke nach seinen Briefen so sehr pressirten, jene Druckschen, deretwegen die Staatsdruckerei seit Wochen besetzt war, jene konciliatorischen Maßregeln, für die der verstorbene Fürst noch ein Leben von einigen Wochen wünschte. Es ist das jene Verfassung, wo eine dänische Majorität die deutsche Minorität binden und in aller Form Rechtens die Gewaltherrschaft über die deutschen Lande vollenden und sekrmsichren soll. Es wird in Kopenhagen erzählt und zugelaubt, daß der Verstorbene noch auf dem Sterbebette diese Prokkamation sich habe geben lassen und sie gebilligt habe. Der dänischr Sinn desselben hat den Nachfolger in dieselben Bahnen hineingedrängt und den immer willigen Diener ihm an die Seite gestellt.

Digitized by Google

Ueber die Zustände in Kopenhagen bemerkt die Weserzeitung: Schon am Mittwoch hielten die Liberalen bei Prof. Clausen, einem geborenen Deutschen und fanatisirten Dänen, Versammlungen. Am Freitage richteten der Handwerkerverein, der Studentenverein und Industrieverein sehr dringende Adressen an die Bürgerrepräsentanten und in Kopenhagen anwesenden Abgeordneten, wenn der Tod des Königs eintrete, den Nachfolger sogleich um eine Konstitution anzugehen. Die an den neuen König zu richtende Adresse wird indessen mit Rücksicht auf die Herzogthümer in Betreff einer Konstitution nicht zu Viel fordern. Eine Schrift von 6 Bogen mit deren Abfassung Prof. C. beauftragt war, sollte am Sonnabend die Presse verlassen.

Die Bremer Z. berichtet: Von einer gestern Abend hierselbst abgehaltenen Versammlung ist, wie Sie bereits wissen werden, die Abfassung einer Adresse an den König beschlossen und der Etatsrath Falck, Prof. Droysen, Th. Olshausen und Bürgermeister Balemann gewählt, um dieselbe zu entwerfen. Die einfache Aufforderung zu dieser Versammlung im Kieler Wochenblatt ist vom Censor gestrichen. Wahrscheinlich wird auch von den Ständabgeordneten nächstens eine Adresse ausgehen, sowie ebenfalls die schleswig-holsteinische Ritterschaft zusammentreten wird, um eine Deputation zur Ueberreichung einer Adresse zu wählen. — Sorben erfahren wir, daß die Abgeordnetenwahl in London auf den 28. Febr. angesetzt ist. Der daselbst früher zum Abgeordneten gewählte damalige Ohrgerichtsadvokat Beseler hatte bekanntlich wegen verfagter königl. Bestätigung zurücktreten müssen, und beiden Stellvertreter hatte abgedankt, damit auf einer dann nothwendigen neuen Wahlversammlung Beseler, nachdem er bereits seine Advokatenbestallung aufgegeben hat, wieder zum Abgeordneten gewählt werde.

Hamburg, 24. Jan. Wir haben Ihnen seiner von einer neuen und zwar gegen den hiesigen Juristenverein eingeleiteten Untersuchung Meldung zu geben; Anlaß lieferte der als Manuskript gedruckte Bericht der von jenem Verein ernannten Kommission zur Erörterung eines Vortrages, welchen Professor Wurm „über die Ungesetzlichkeit der Censur in innern Angelegenheiten" hielt. Konzipient dieses in vieler Beziehung ausgezeichneten und nur Wahrheit enthaltenden Berichtes ist Dr. Kiesser. (Weserz.)

## Schweiz.

Bern, 26. Jan. Die N. Z. Z. berichtet: Das Obergericht erledigte heute den bekannten Zellerhandel und verurtheilte theils wegen Herausgabe der Broschüre „die Berufung des Dr. Zeller", theils wegen deren Verbreitung und theils wegen Amtsmißbrauchs 22 Personen, darunter Hr. Zuchthausprediger Fellenberg zu 20 Tagen Gefangenschaft und 80 Frk. Buße, Pfarrvikar v. Wattenwyl zu 25 Tagen Gefangenschaft und 100 Frk. Buße und die HH. Pfarrer König zu Stettlen und Pfarrer Furrer zu Schlosswyl zur Entfernung von ihren Pfarreien.

Schwyz. Ein Korrespondent aus diesem Kanton bestätigt, daß es sich allein darum handle, ob nach Seelen oder stimmfähigen Bürg ern gerechnet werde. Im ersteren Falle sei die Verfassung verworfen, im zweiten angenommen. Das sei die Frage, die jetzt im Gr. Rathe diskutirt werde!

## Großbritannien.

London, 26. Jan. Das „Grahams Town Journal" berichtet von einem grausamen Morde, der durch die Kaffern an 5 Officieren verübt worden, welche die Unbefonnenheit gehabt, das Hauptquartier zu verlassen und zum blosen Vergnügen einen Ausflug nach einer ihrer Schönheit wegen berühmten Gebirgsgegend zu machen, welche den Fluß Keh beherrscht. Nachdem man sie mehrere Tage vermißt, wurde eine Expedition in das Gebirge veranstaltet, und hier fand man in der engen Thalschlucht, welche den Eingang in die Bergkluft bildet, auf die Leichname der Unglücklichen, sämmtlich auf's Schaudervollste und Unmenschlichste mißhandelt und verstümmelt. Von der Gegenwehr der Officiere zeugten einige niedergeschossene Kaffern. Oberst Somerset rückte, um für diese Unthat Rache zu nehmen, wenige Tage später, am 18. Nov., gegen die Kaffern aus, und obschon sie jenseits des Gebirges eine durch den Flußarm sehr geschützte Stellung inne halten, wurden sie mit großem Erfolge angegriffen, 23 der Ihrigen getödtet, mindestens doppelt so viel verwundet und eine Menge Vieh und Waffen erbeutet, auch zwei den getödteten Officieren zugehörige Reitpferde ihnen wieder abgenommen. Die Kaffern können in Masse den Engländern nirgends widerstehen, um so grausamer aber wird der Krieg durch die Ueberfälle, die sie auf kleinere Trupps oder Einzelne machen, und mit großem Verlangen sieht man der nächstbevorstehenden Ankunft Sir Harry Smith's, des Siegers von Aurival, entgegen, auf den man die überschwänglichsten Hoffnungen wegen baldiger Beendigung dieses Krieges gesetzt hat. Man will seine Ankunft in der Hauptstadt des Kaplandes durch eine allgemeine Beleuchtung feiern.

Den 26. Jan. kamen der König und die Königin der Belgier in London an.

## Frankreich.

Paris, 27. Jan. Die Theilnahme der Kammer für die Finanzfrage ist durch eine dreitägige Debatte vollständig erschöpft. Die gestrigen Verhandlungen über diesen Gegenstand beschränkten sich auf unnützes Hin- und Herreden inmitten allgemeiner Unaufmerksamkeit und fortwährender Unterbrechungen. Der Gedanke, daß die gesprochenen Worte doch alle vergeblich seien, und daß es, trotz der schlagendsten Beweisführungen der Oppositionsredner, doch bei der bisherigen Finanzwirthschaft sein Bewenden haben werde, dieser Gedanke schien alle Kraft des Widerstandes gelähmt zu haben. Endlich wurde der Satz der Adresse, welcher den Wunsch nach Wiederherstellung des Gleichgewichts im Budget in den bescheidensten Worten aussprach, mit der gewöhnlichen Stimmenmehrheit angenommen.

Heute ging die Kammer zur Erörterung der Fragen der inneren Politik über. Die Sitzung war sehr lebendig, und es fielen viele scharfe Worte. Hr. Torqueville namentlich gab eine Schilderung des politischen und sittlichen Zustandes, die manches empfindliche Nervensystem sehr heftig aufgeregt zu haben scheint. Wir kommen auf diese Sitzung zurück.

Eine königl. Ordonnanz verbietet die Ausfuhr von Kartoffeln bis zum 1. Juli d. J.

Man spricht wieder davon, daß es im Plan sei, dem Marschall Bugeaud das Portefeuille des Krieges zu übertragen. Die bürgerliche Meinung würde diese Beförderung des Helden der Straße Transnonain, wir eine Art Kriegserklärung ansehen, und wir unsern Theils meinen, daß dieselbe jeden Falls auf die Erwartung stürmischer Zeiten hindeuten würde.

Paris, 26. Jan. „In der Lage, in welcher wir uns befinden", begann Hr. Thiers seine vorgestrige Rede, „würde es ein Fehler sein, die wunde Stelle zu verstecken. Uebertriebene Zuversicht ist nicht minder gefährlich als übertriebene Furcht. Ich will daher die Behauptungen, welche Hr. Finanzminister aufgestellt hat, eine nach der andern untersuchen. Sagt man ihm, daß das ordentliche Budget ein Deficit herausstellt? Er antwortet, daß Ausstände daran Schuld sind, die sich nicht wiederholen werden. Spricht man davon, daß die Amortisationskasse erschöpft ist? Er versetzt, daß die schwebende Schuld nicht zu groß, und daß Frankreich stark genug ist, diese Last zu tragen. Haben wir nicht auf diesen Bänken das Friedensministerium vor uns, das nicht von der Zeit gedrängt wird? Diese Reden, welche Sie benutzen, sind es gerade, welche mich erschrecken."

„Ich komme nicht hierher, um auf die Schwierigkeiten der Lage aufmerksam zu machen; Sie Alle kennen sie so gut wie ich. Wie aber ist es demnach möglich, daß Sie auf der Rednerbühne so viel Zuversicht zur Schau stellen? Es kommt daher, daß man sich zu täuschen sucht, wenn man sich in einer schwierigen Lage befindet. Allein es ist nicht unsere Sache, Ihre Täuschungen zu theilen. Ich gehöre allerdings der Opposition an, der entschiedensten Opposition; gleichwohl stehe ich nicht hier, um im Interesse der Opposition zu reden, sondern ich spreche im Interesse des Landes. Es ist ein heiliges Interesse, das mich veranlaßt, Ihnen die volle Wahrheit zu sagen."

„Wenn die Berichterstatter der Finanzkommission fortfahren, jedes Jahr Klage zu führen, und wenn die Minister fortfahren, mit beruhigenden Redensarten zu antworten, so gehen unsere Finanzen einer Katastrophe entgegen. Sie müssen die Wahrheit kennen lernen. Sie gehen einer Katastrophe entgegen, wenn Sie das bisherige Verfahren nicht ernstlich ändern. Ich will Sie davon überzeugen, und nur zu diesem Zwecke, nicht um Opposition zu machen, nehme ich das Wort."

„Ich beginne mit einer Darstellung der Thatsachen. Wir haben ein ordentliches und ein außerordentliches Budget. Das ordentliche Budget beläuft sich dieses Jahr auf 1,382 Mill. Man sagt, es werde durch die Einnahme gedeckt. Ich bezweifle das sehr. Wird das Gleichgewicht aber wenigstens bald hergestellt werden? Auch das bezweifle ich, denn die Ausgaben nehmen durchschnittlich um 60 bis 70 Mill. zu, während die durchschnittliche Vermehrung der Einnahmen nur 30 Mill. beträgt, so daß sich ein jährlicher Ausfall von 20 Mill. herausstellt."

„Aber die eigentliche Schwierigkeit liegt nicht in diesem Punkte. Die Amortisationskasse deckt das Deficit. Die ganze Gefahr liegt in dem außerordentlichen Budget. Durch Ihre Gesetze über die öffent-

Digitized by Google

lichen Banken haben Sie das Budget mit einer Ausgabe von 1100 Millionen, das Land mit einer Ausgabe von dreithalb Millionen belastet, wenn man die Unternehmungen der Eisenbahngesellschaften in Rechnung bringt. Wenn man jene 1100 Millionen auf die einzelnen Finanzjahre vertheilt, so ergibt sich für das ordentliche und außerordentliche Budget eine Gesammtsumme von 1600 Millionen. Dahin sind wir gekommen. Nun denn, ich wende mich an alle verständigen Männer: ist eine Staatsausgabe von 1600 Millionen nicht etwas Schreckenerregendes? Wenn wir vor einigen Jahren von einem solchen Budget gesprochen hätten, was würde man dazu gesagt haben? Wir gehen einem Abgrunde entgegen, und man muß das ganze Selbstvertrauen des Hrn. Finanzministers haben, um sich dadurch nicht erschrecken zu lassen. Und wenn wir noch auf dem jetzigen Punkte stehen bleiben könnten! Aber das ist nicht möglich; unsere Budgets werden immer größer werden. Worauf schätzen sich das? Darauf, daß sich das Budget seit 1843 von 1330 auf 1600 Millionen gesteigert hat. Dreihundert Millionen in sieben Jahren! Nehmen wir nun die Budgets der drei letzten Jahre. Schon fing der Himmel an sich zu bewölken, und es fehlte den Ministern nicht an Warnungen, die selbst von den Bänken der Mehrheit kamen. Wollen Sie wissen, was gleichwohl geschehen ist? Im Jahre 1846 belief sich das ordentliche Budget auf 1302 Millionen; 1847 auf 1338 Mill.; 1848 auf 1361 Mill.; für 1849 beläuft es sich auf 1384 Mill." Der Redner hebt hervor, daß die Voranschläge des Budgets regelmäßig um bedeutende Summen überschritten werden sind; das Jahr 1846 um 88 Mill., 1847 um 128 Mill., 1848 soweit man die Ergebnisse des begonnenen Rechnungsjahres bis jetzt übersehen kann, bereits um 48 Millionen. Er erinnert daran, daß der Baron Louis, der in Finanzsachen noch immer als eine große Autorität gilt, beständig den Satz im Munde führte: daß man in Friedenszeiten die alten Schulden bezahlen müsse, um im Kriege neue Schulden machen zu können. Im Widerspruche mit dieser handgreiflichen Klugheitsregel habe Frankreich während der gegenwärtigen Friedensperiode seine Schulden fortwährend vermehrt und zwar nicht bloß um den Betrag der gemachten Anleihen und der schwebenden Schuld, sondern auch dadurch, daß über die Einführung der Amortisationstaffe bis zum Jahre 1856 oder 57 bereits jetzt verfügt sei, was mit andern Worten heiße, Kapitalien leihen, welche noch gar nicht vorhanden sind. „Demnach", fährt er fort, „ist unsere Finanzlage die folgende: Wir haben ein außerordentliches Budget von 150, 160, 170 Millionen, welches wir mit den Geldern des Amortisationsfonds decken, die gar noch nicht existiren. Reichen diese künftigen Gelder nicht hin, so nehmen wir unsere Zuflucht zu der schwebenden Schuld, und wenn die schwebende Schuld zu stark anwächst, so machen wir Anleihen." Die schwebende Schuld wird von Hrn. Thiers für die Jahre 1848, 1849 und 1850 auf 750 bis 800 Millionen geschätzt (der Finanzminister selbst gibt 620 Millionen zu), eine Summe, die viel zu groß sei, um ohne dringende Gefahr getragen werden zu können; vermünftiger Weise dürfe die schwebende Schuld 250 oder höchstens 300 Millionen niemals überschreiten, wenn man sich nicht bei der ersten Krisis den furchtbarsten Erschütterungen preisgeben wolle. „Oder sragt Hr. Thiers, glaubt der Hr. Finanzminister etwa nicht an irgend ein unerwartetes Ereignis, an die Möglichkeit einer Krisis? Und was gedenkt er in einem solchen Falle zu thun? Aber ich höre wir antworten: Wir sind das Ministerium des Friedens, wir haben die Ereignisse in unserer Hand. So, Sie haben die Ereignisse zu Ihrer freien Verfügung? Also sind Sie es wahrscheinlich, die das verflossene Jahr gemacht haben? Nein, erlauben Sie mir zu glauben, daß Sie die Ereignisse nicht in Ihrer Gewalt haben. Die Krisis hat mit den spanischen Heirathen begonnen, an dem Tage, wo die alte Politik Frankreichs aufgegeben haben. Seit diesem Tage sind Sie nicht mehr Herren über Krieg und Frieden, ebensowenig als Sie Herren der öffentlichen Wohlfahrt sind. Von den spanischen Heirathen rühren alle Ihre Verlegenheiten her, die welche Sie in Italien, die welche Sie in der Schweiz finden, die Verlegenheiten, welche von allen Seiten auf Sie eindringen. Wenn jenes Werk Alles ist, was Sie zu unserer Vertheidigung zu sagen haben, so verlasse ich die Rednerbühne mit tiefer Betrübniß."

Der Redner des Hrn. Thiers folgte eine viertelstündige Pause gewaltiger Aufregung. Endlich nahm Hr. Duchatel das Wort, um den Eindruck der Verwerfungsrede des Hrn. Thiers einigermaßen dadurch zu mildern, daß er die Zahlen deſſelben hie und da bestritt und auf die unerschöpfliche Kraft Frankreichs hinwies. „Man spricht davon, schloß er, daß in Friedenszeiten amortisirt werden müsse. Es gibt zwei Arten von Amortisirung; eine, welche die Schulden tilgt, eine andere, welche den Reichthum vermehrt. Wohl berechnete Ausgaben thun mehr für die öffentliche Wohlfahrt eines Landes, als mißverstandene Ersparnisse. Jenes Mittel entspricht weit mehr als dieses den Grundsätzen der Staatswirthschaft. Indem wir dasselbe angewendet, glauben wir wohl gethan zu haben für die Größe und die Wohlfahrt des Landes gesorgt zu haben." Hr. Thiers antwortete dem Minister mit einer kurzen Wiederholung des wesentlichen Inhalts seiner ersten Rede, und schloß mit der Warnung: das Ministerium solle nicht glauben, durch seine schmeichelnden Worte der Gewalt des Jahrhundertes Genüge zu leisten; der Herr dieser Zeiten wohne nicht mehr in den Tuilerien, der Herr dieser Zeiten sei das Volk.

Den letzten Eindruck dieser ganzen Debatte glauben wir nicht besser wiedergeben zu können, als mit den folgenden Worten des Nationals: „Nehmen wir an, daß ein Windstoß Europa bewegt, daß irgend ein Ereignis Frankreich erschüttert und die jetzige schwierige Lage zu einer unmöglichen macht. Wie wird sich die Regierung herausziehen? Welche Erbschaft wird sie dem Lande hinterlassen? Welches ist das letzte Stadium Eures Systems? Wir müssen das Wort aussprechen: der Bankerott. Wenn der jetzige Zustand fortdauert, so gibt es keinen andern Ausweg: der Bankerott durch den Frieden, der Bankerott als Endpunkt der Politik der Ordnung." —

## Spanien.

Madrid, 21. Jan. Was man sich schon lange in die Ohren geflüstert, ist jetzt für das ganze Publikum zur Gewißheit geworden: die Königin leidet an der fallenden Sucht, welche sie in immer häufiger und heftiger wiederkehrenden Krisen heimsucht, und von welcher die Aerzte fürchten, daß sie ihre Lebenskräfte binnen kurzer Zeit aufreiben werde. Bis jetzt erscheint die Königin in den Zwischenräumen der Anfälle rüstig und selbst blühend, wie tief ihr Zustand aber dennoch angegriffen ist, das zeigt sich auch in dem raschen Wechsel zwischen ausgelassener Lustigkeit und dumpfem Hinbrüten. Kurz man bereitet sich in Madrid von allen Seiten her auf die Möglichkeiten vor, welche der Gesundheitszustand der Königin voraussehen läßt. Die Konservativen wollen die Herzogin v. Montpensier, als vermuthliche Thronerbin, durch ein Gesetz verpflichten ihren Wohnsitz in Madrid zu nehmen, und der Gemahl der jungen Fürstin scheint auch nicht abgeneigt davon zu sein, denn er hat bereits einen Palast in der Hauptstadt gekauft, der gegenwärtig in wohnlichen Stand gesetzt wird. Aber Louis Philipp ist, wie es heißt, diesem Verhalten abgeneigt, weil er von dessen Ausführung Konflikte mit England fürchtet. Von der andern Seite behauptet man, daß Espartero als der Wahrer englischer Interessen nach Spanien zurückgekehrt sei. Daß auch Cralitrie und Karlisten die Hände nicht in den Schooß legen, versteht sich von selbst.

## Italien.

○ Venedig, 23. Jan. Als ich vor 4 Wochen hier eintraf, waren von der jetzt hier herrschenden Gährung wenig Spuren vorhanden. An einzelnen Häusern fand man mit Kohle angeschrieben: Morte a Tedeschi, Evviva Pio IX., doch Deutsche wie Italiener scherzten darüber und die Polizei hielt es kaum für nöthig diesen kindischen Demonstrationen in den Weg zu treten. Die Dinge haben aber ein ernsthafteres Ansehen gewonnen seit den blutigen Ereignissen in Mailand, und in einem noch höhern Grade seit der Verhaftung des in ganz Italien verehrten Literaten Tomaseo und der hier allgemein geachteten Advokaten Manin. Beide haben vor längerer Zeit Petitionen an den Kaiser für Freiheit der Presse und Reformen in der Verwaltung ausgearbeitet, zu denen nicht nur hier, sondern auch in Padua, Verona, Treviso und andern Städten des venetianischen Königreichs Unterschriften gesammelt wurden. Die hiesige Regierung legte diesem Treiben keine Hindernisse in den Weg, anders scheint aber die Sache in Wien aufgefaßt worden zu sein. Am vergangenen Dienstag wurden in Folge eines von Wien gekommenen Gubernialbefehls Tomaseo sowohl wie Manin auf die Polizei und von dort nach abgehaltenem Verhör in das Kriminalgefängniß abgeführt; die Einleitung einer förmlichen Kriminaluntersuchung soll gegen sie beschlossen sein. Unter den in Beschlag genommenen Papieren Manin's soll man den Entwurf zu einem Rundschreiben gefunden haben, worin die Pfarrer der Lombardei aufgefordert werden das Volk von der Kanzel herab gegen die Regierung aufzuwiegeln — ein Gerücht jedoch, das ich nicht weiter verbürgen will. — Gewiß ist, daß während der beiden Nächte, welche der Arrestation Manin's und Tomaseo's folgten, das hiesige Militär sich in den Kasernen unter Waffen befand, um auf den ersten Alarmschuß bereit zu sein. Die Furcht war jedenfalls eitel, obschon die Ruhe, welche in der Stadt herrscht, nicht die heitere Ruhe des Friedens ist. Es hat sich nämlich der Gemüther eine ängstliche Spannung bemächtigt, ein Ernst und eine Trauer, deren Gepräge sich auch dem äußeren Ansehen der Stadt aufgedrückt hat. Zwar lebt der

Digitized by Google

Kalender, daß jetzt die Zeit des Karnevals ist, in Venedig, das sonst mit Rom an Lust und Humor wetteifere, merkt man jedoch Nichts davon. Keine Bälle, keine Gesellschaften — keine Masken — obgleich die Regierung wieder Erwarten den Mummenschanz in derselben Ausdehnung, wie in den frühern Jahren erlaubt hat. Die Apollonia, eine Gesellschaft, welche die Bälle für die vornehme Welt anordnet, hat bekannt gemacht, daß sie drei Jahe das für die Festlichkeiten bestimmte Geld zu wohlthätigen Zwecken verwenden werde. Weitere Berathungen über die Art der Verwendung hat die Polizei untersagt, wahrscheinlich wegen des Gerüchtes, daß man das Geld zur Unterstützung der in Mailand verwundeten Bürger verwenden wolle. Für die wachsende Aengstlichkeit der Polizei beweist folgende sonderbare Maßregel: Gestern wurde der Inhaber des Kafe Florian, wo besonders viele Leute zusammenkommen und politisiren, Friaunesceni, auf die Polizei beschieden und ihm vorgehalten: wie er dulden könne, daß in seinem Kafé soviel von Politik und gegen die Regierung gesprochen würde? Auf die Erwiderung des Mannes, er könne dafür Nichts, er selbst halte sich fast gar nicht in den Sprechzimmern auf, wurde ihm bedeutet, er möge in diesem Falle durch seine Diener dafür sorgen lassen, daß solche Reden nicht geführt würden, widrigenfalls das Kaffehaus von Polizeiwegen geschlossen werden würde! — In den höhern und höchsten Regionen scheinen auch über den Weg, welcher einzuschlagen, verschiedene Ansichten zu herrschen. Während die Proklamationen des Vicekönigs Rainer gleich nach den Mailänder Ereignissen väterlich mild lauten und von zu bewilligenden Reformen sprechen, veröffentlichte vorgestern die venetianische Zeitung einen Zuruf des Kaisers, datirt Wien den 9. Jan., worin das höchste Mißfallen über die vorgekommenen Unruhen ausgesprochen und die energischeste Ahndung angedroht, zugleich auch die Truppen als die Stütze der Regierung und als das vor der Rebellion schützende Bollwerk bezeichnet werden. Es hat dieses Proklama die böse Stimmung nur noch vermehrt. Diese officiell ausgesprochene Souderung des Militärs und Civils ist ein um so größerer Mißgriff, als die Spannung zwischen diesen beiden Ständen hier bereits schon den höchsten Gipfel erreicht hat. Kein Officier wird von einer italienischen Familie empfangen, ja sogar kein deutsches Haus von Italienern besucht, wo Officiere verkehren! Es finden übrigens fortwährend Desertionen nach der Lombardei Statt. Vor ein paar Tagen kam ein Bataillon Croaten hier an, heute werden die Grenzer erwartet, die auf Dampfschiffen von Triest herübergenommen und auf der Eisenbahn sofort weiter nach Vicenza gefchafft werden sollen. Daß die jetzt in der Lombardei nach und nach koncentrirten Truppenmassen ausreichen, um jeden aufrührischen Versuch im Keime zu ersticken, ist wohl kaum zweifelhaft, doch kommen jetzt zu den politischen auch finanzielle Schwierigkeiten. Für jetzt ist es wohl nur Folge einer politischen Demonstration, daß man in der ganzen Lombardei und Venedig österreichische Banknoten selbst von geringem Betrage nur mit größter Schwierigkeit in baar Geld umsetzen kann, mit der Zeit könnte aber diese Demonstration, welche gehässiger als als das Nichtzubrauchen und Nichtlostwerden einen allgemeinern Charakter annehmen.

Aus Neapel vom 18. Jan. melden toskanische Zeitungen, daß Prinz Luigi, Graf v. Aquila, unerwartet schnell von Palermo nach Neapel zurückgekommen ist. — Die palermitanischen Aufständischen sollen bei ihren Ausfällen von einem spanischen Obersten befehligt sein.

Neapel. Am 17. Jan. gingen von Neapel noch zwei andere Dampfschiffe mit Truppen ab. Die Schiffe waren nicht für Palermo bestimmt. Die Palermitaner haben mehrere Ausfälle gemacht, die den königl. Truppen schwere Verluste (man spricht von einigen hundert Todten) beigebracht haben. Die königl. Bank ist nicht mehr geöffnet worden, das Volk bewacht sie. Die Mönche- und Nonnenklöster speisen die Armen. Von den Forts von Termini und Trapani wehen Tricolorfahnen. Man nahm aus denselben einige Kanonen, die nach Palermo geschafft wurden.

Cagliari. Am 17. Jan. lief hier eine Jacht an, die der englische Konsul in Palermo an den Kommandanten der englischen Flotte abgesendet hatte. Die Flotte hatte jedoch den Hafen von Cagliari bereits verlassen und bei Palma Anker geworfen. Die Jacht begab sich dahin und übergab ihre Depeschen. Darauf nahm die dritsser Flotte ihren Lauf nach Sicilien. So berichtet die „Gazzetta Piemontese“ nach in Turin eingelaufenen Briefen aus Cagliari.

* Turin, 23. Jan. Ein österreichischer Bevollmächtigter befindet sich seit einiger Zeit hier, um mit der Regierung über einen Handelsvertrag zu unterhandeln. Man bietet uns Herabsetzung des Eingangszolls der piemontesischen Weine, wenn sie in die Lombardei gebracht werden, fordert aber auch Verminderung unserer Ausgangszölle auf einige lombardische Waaren. Ein solcher Vertrag würde sehr wichtig für uns sein, allein unsere Regierung erwidert, daß, nachdem sie einen Zollverein mit dem Kirchenstaat und Toskana geschlossen hat, sie keinen Handelsvertrag ohne die andern Staaten des Zollvereins schließen könne. — Eine Nachricht, welche großes Aufsehen macht, ist die, daß die Mitglieder der beiden jüngsten Censurkommissionen übereinstimmend ihre Entlassung gefordert haben. Der Grund ist, weil man ihnen bemerkbar machte, daß man mit der bisher bezeigten Milde der Censur nicht zufrieden sei. Wir sind überzeugt, daß die Regierung keinen Ehrenmann finden wird, der zu der von der Rückschrittspartei gewünschten Strenge der Censur die Hand bieten wird. Nicht gern bemerkt man (diese Ansicht wird auch von den wahren Vaterlandsfreunden getheilt) gewisse Demonstrationen, die in manchen Städten sich kundgeben, z. B. die Todtenfeier in Kirchen für die in Mailand bei den letzten Unruhen Umgekommenen. In Genua wird eine solche Feier in der Kirche bei Annuciata vorbereitet. Mit großem Interesse wird hier das eben erschienene Blatt der Lega italiana vom 21. Jan. gelesen, worin in Bezug auf die neuesten Begebenheiten in Sicilien Betrachtungen über den möglichen Ausgang des Aufstands angestellt werden. Man stimmt dem Verfasser bei, wenn er ausspricht, daß es jetzt an der Zeit sein würde, daß der Papst als Mittler zwischen den König von Neapel und das schwer gedrückte sicilianische Volk treten und der König bewegen würde, Reformen eintreten zu lassen und die Wünsche des Volkes zu erhören. Der Beschluß der Besitzung Ihrer Landsleute ist das Werk weniger, das unter dem Titel Notizie topografiche e statistiche degli stati Sardi vou dem Hauptmann de Barteiomeis hier in 5 Bänden herausgegeben ist. Es enthält die vollständigste Statistik Sardiniens.

## Ungarn.

** Preßburg, 12. Jan. Die böhmischen Stände haben an einige der hervorragendsten Mitglieder der liberalen Partei unseres Landtages eine Adresse erlassen, welche hier in vielen Abschriften circulirt. Sie sprechen darin ihren Dank und ihre Anerkennung aus für die Art und Weise, in welcher bei den Adressdebatten die Staatsrechtlichen Verhältnisse und neuesten Ereignisse in den deutschösterreichischen Provinzen und namentlich in Böhmen besprochen worden sind. Diese allgemeine, gesammtmonarchische Beurtheilung der österreichischen Regierungspolitik, diese Theilnahme an den konstitutionellen Bewegungen der übrigen Erblänber hat überhaupt das hervorragendste Merkmal jener glänzenden Debatte gebildet und scheint auch in Zukunft den gegenwärtigen Landtag vor allen seinen Vorgängern charakterisiren zu sollen — zum großen Verdrusse der Regierung, welche in dieser neuerwachenden Theilnahme einen mächtigen Hebel des gemeinsamen Fortschrittes fürchtet. Es versteht sich daher von selbst, daß unsere Blätter von ungarischen wie die deutschen, so patriotischen Verhandlungen und Interpellationen kein Wort enthalten dürfen, da man sich noch immer schmeichelt, durch dieses tiefe Stillschweigen die allgemeine Theilnahme zu ersticken. Aber auch die Allgemeine Zeitung, deren Aengstlichkeit mit jedem Tage zunimmt, hat es bisher noch nicht gewagt, diese Saite zu berühren — ihre Beelchte über unsern Reichstag sind matt und farblos und können auch nicht anders sein, solange sie jene Hauptrichtung desselben gestissentlich mit Stillschweigen übergeht. Die Adresse der böhmischen Stände lautet im Wesentlichen wie folgt: „Es ist das erste Mal, daß Ungarns Reichsstände die allgemeinen Zustände des Gesammtstaates näher ins Auge fassen und ihre Aufmerksamkeit speciellen Vorkommnissen in den Nebenländern zugewendet haben. Diese Thatsachen deuten auf eine erweiterte Auffassung ihrer Aufgabe und werden gewiß mächtig dazu beitragen, die absichtlich auseinander gehaltenen Ländergebiete unsers Vaterlandes im wohlverstandenen Interesse der Krone, des Staatshaushaltes, des Glückes und der Macht der Monarchie enger zu verbinden. Dadurch aber werden auch am sichersten die Freiheiten der einzelnen Länder geschützt und vor solchen Gewaltschritten bewahrt, wie sie in neuester Zeit Böhmen erlebte, die überdies am meisten alle treuen Anhänger des Fürsten tiefer noch beklagen müssen, als Jene, welche blos das verletzte Recht vor Augen haben, weil doch jetzt durch solche Uebertretungen das Recht nur um so klarer hervortritt, während der Fürst nicht mehr als unverantwortlicher Schutzherr desselben erscheint. Aber nicht nur in Ungarn allein hat sich die Idee der Gemeinsamkeit der Interessen aller Theile der Monarchie allgemein und scharf ausgeprägt, mit gespannter Aufmerksamkeit folgen in diesem Augenblick alle Völker Oesterreichs den Verhandlungen des ungarischen Reichstags, wohl billigend, daß dort auch ihre Gesichte und ihre Zukunft auf dem Spiele steht, denn der Knotenpunkt, in welchem alle Fragen,

Digitized by Google

H Vom Rhein, 26. Jan. Man sieht dem Entscheid der Regierung auf die von der rheinischen Seerhedereigesellschaft ausgegangenen Vorschläge mit Spannung entgegen. Haben auch, wie verlautet, Prinzen des königlichen Hauses und hohe Staatsbeamte ihre Theilnahme an diesem Unternehmen bereits zugesichert, sind die Forderungen der Gesellschaft ebenso in den Verhältnissen wohlbegründet, als an sich mäßig, ist das Bedürfniß direkter überseeischer Verbindungen auch für das deutsche Rheingebiet unbestreitbar, so täuscht man sich doch über die Hindernisse und gewisse Abneigungen nicht, welche der Verwirklichung des wichtigen Planes sich noch entgegenwerfen. Namentlich regt sich die Offee mit ihrer alten Anhänglichkeit an England, mit ihren durch mancherlei Umstände genährten Freihandelsideen dawider, und eingeine Eiferer dort tragen kein Bedenken, zu thun, was in ihrer Macht steht, um dem rheinischen Unternehmen ein frühes Grab zu bereiten. Wollen wir hier nun auch keine unfruchtbare Polemik anspinnen, so können wir doch einzelne Beschuldigungen, welche die Börsennachrichten der Ostsee mit gänzlicher Entstellung der Thatsachen und gewohnter Leidenschaftlichkeit gegen das rheinische Seerhedereiunternehmen erheben, nicht ganz unbeantwortet lassen. Es liegt denselben der alte Kunstgriff zu Grunde, daß man den Gegner in den Augen der Menge als eigennützig und engherzig verdächtigen und seine Forderungen als dem Ganzen schädlich darstellen müsse. Dies ist das Stichwort der Anhänger des unbedingten Freihandels gegen alle diejenigen, welche ein mäßiges Schutzsystem für nöthig erachten, welche, obwohl sie glauben, daß auf der großen Grundlage der Freiheit alle menschliche Thätigkeit am besten gedeiht, doch damit ein nationales System der Erziehung und Ermunterung, sowie der Abwehr fremder Unbill recht wohl zu vereinigen wissen.

Die Spitze der gegnerischen Waffe, der Vorwurf, als gehe die rheinische Rhederreigesellschaft auf Erhaschung ausschließlicher Begünstigungen aus, wird dadurch von selbst gebrochen, daß der Wahrheit gemäß sie einmal ihren Antrag ausdrücklich nur auf temporären Schutz für eine angemessene Reihe von Jahren — bis zur erlangten vollständigen Gegenseitigkeit — gerichtet hat, daß sie sogann diesen Schutz nicht ausschließlich für sich in Anspruch nimmt, sowenig wie irgendeine direkte Unterstützung und Prämie, vielmehr Nichts mehr wünscht, als denselben in einem allgemeinen deutschen Schiffahrtsgesetz gewährt zu sehen, das wahre Reciprocität erstrebt. Wenn die Börsennachrichten aber unwürdig wie von Erschleichung eines „königlichen Almosens“ sprechen, so möchten wir denn doch fragen, ob nicht auch Stettin für Rhederei unternehmungen bereits mehrfache, selbst direkte Begünstigungen aus Staatsmitteln genossen hat? ob nicht verschiedene Korporationen in den Ostseeprovinzen auf Unterstützung des Schiffbaues und der Ausrüstungen durch unmittelbare Prämien angetrogen haben? Namentlich ist ferner einer unter dem Protektorat des Prinzen Karl von Preußen errichteten Stettiner Gesellschaft für Wallfischfang vom Staat eine Prämie von 20 Thlr. pro Last Schiffsgehalt, sowie die völlige Zollfreiheit des durch dieselbe eingeführenden Thrans — 15 Sgr. pro Ctr. — bewilligt. Endlich sind der Köln-Stettiner Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft vom Staat als Ausrüstungsprämien für 2—3 eiserne, mit Schiebkiel versehene und für die Fahrt zwischen Köln und Stettin bestimmte Seeschiffe 15,000 Thlr., als Fahrprämie für die Reise der ersten Jahre 7200 Thlr. und — ireen wir nicht — Rückerstattung der holländischen Durchfuhrabgaben zugesichert, während andere ostseeische Rhedereien einen beträchtlichen Theil des Sundzolles aus der allgemeinen Staatskasse erseht erhalten. Man misverstehe uns nicht, wir sind weit entfernt, solche, wenn auch nur einzelnen Gesellschaften bewilligte Begünstigungen an und für sich zu tadeln. Im Gegentheil, wir stimmen denselben freudig bei, wenn sie darauf berechnet sind, die vaterländischen Interessen zu fördern und dem Lande neue Erwerbsquellen zu eröffnen, vorausgesetzt aber, wenn sie die Durchführung eines nationalen Systems erleichtern sollen, das eine gerechte Gegenseitigkeit, nicht im Wege frommer Wünsche und einseitiger, überspannter Theorien, sondern durch die gleichen praktischen Maßregeln bewirken will, deren sich alle andern Nationen solange gegen uns bedient haben. Nach Gründung des großen deutschen Zollvereins fühlen wir die Schmach doppelt stark, daß ein Land, wie das unsrige, mit weiten Seeküsten und schiffbaren Strömen, mit tüchtigen Matrosen und Schiffszimmermeistern, mit einer so zahlreichen, intelligenten und arbeitslustigen Bevölkerung sich schon solange unter dem Drucke ungleicher Behandlung der eigenen gegen die fremden Flaggen gebeugt und gebückt hat. Die freudige Aufnahme, welche der auf dem Prinzip der Differentialzölle fußende Handelsvertrag Preußens mit Belgien gefunden, berechtigt zu der Hoffnung, daß endlich die Zeit gekommen, wo der Zollverein ein Gegenseitigkeitssystem mit Nachdruck zur allgemeinen Geltung bringen werde; aber leider fahren noch immer England, Holland, Frankreich, Spanien, ja selbst weit kleinere Staaten fort, ohne diesseitige Maßregeln der Abwehr, ihre eigene Flagge gegen die unsrige in hohem Grade zu begünstigen. Darf man sich wundern, daß, während andere Nationen ihre Marine verdoppelt und verdreifacht haben, der große Zollverein, der über 1000 eigene Schiffstransationalischer Fahrt beschäftigen konnte, deren unmittelbar nur etwa 40 — 50 besitzen mag? Und Angesichts solcher Thatsachen erreisen sich die Stettiner Börsennachrichten über Bestrebungen des preußischen Niederrheins, den rheinischen Bedarf an transatlantischen Erzeugnissen, statt solchen von ausländischen Zwischenhändlern oft sehr theuer zu kaufen, mit eigenen Schiffen zu holen und gegen Erzeugnisse heimischen Gewerbfleißes auszutauschen!

Daß übrigens das Unternehmen völlig ausführbar ist, kann derjenige, welcher mit den Fortschritten der Schiffbaukunde und mit der Erleichterung der Rheinfahrt durch Dampfschlepper bekannt ist, um so weniger bezweifeln, als die Ergebnisse der zwischen Köln und Stettin seit Jahren betriebenen direkten Fahrt bereits vorliegen. Dies zur Beschwichtigung einiger in Süddeutschland darüber laut gewordenen Zweifel, wo sonst das Unternehmen, auf welches manche Ostseeprovinzianer ohne Grund so scheel hinblicken, den verdienten Anklang gefunden und, wie wir uns selbst überzeugt haben, von vielen Vaterlandsfreunden nach seiner vollen Wichtigkeit für Deutschland gewürdigt wird. Kein Zweifel, daß die eben versammelten Kammern von Baden und Würtemberg sich zu Gunsten des Differentialzollsystems, also auch mittelbar für die Beschlüge der rheinischen Seerhederei, ebenso kräftig als die bairische Kammer aussprechen und dadurch wirken werden, daß die Regierungen von Baden, Würtemberg und Baiern in diesem Sinne, wie schon das Gerücht es sagt, beim nächsten Zollvereinstag erneute Anträge stellen und mit Nachdruck auszuführen suchen. Die Bestrebungen Preußens für Bildung eines deutschen Handels- und Schifffahrtscodexes sind den Rodefestaaten gehen dafür schon einen passenden Anhaltpunkt, sowie die Grundlinien, auf denen die Verständigung nicht schwer fallen kann, um so weniger, als ihnen ja auch Bremen, Oldenburg und Hannover im Wesentlichen bereits zugestimmt haben. Gewiß, es wird Zeit, daß wir der im Zollverein noch vielfach vorhandenen Aengstlichkeit, die nur zu oft in Schwäche ausartet, daß wir dem Mistrauen in unsere eigene Hilfsmittel ein Ende machen. Nichts thut uns vielleicht dringender Noth als jenes Gefühl der eigenen Kraft und Würde, welches die Treuepflichtigkeit und Abhängigkeiten von andern Staaten mit Umsillen zurückweist, zu stärken und zu befestigen, und unserer Nation jene Selbstachtung einzuflößen, ohne welche sie stets der Spielball Anderer bleiben wird.

Es liegt auf der Hand, wie nahe die südlichen Rheinstaaten bei dem fraglichen Seerhedereiunternehmen betheiligt sind; dabei zu ermeiten ist um so unnöthiger, als es dort von Niemand bestritten wird, selbst nicht von eifrigen Anhängern der Handelsfreiheit. Nur will ich hervorheben, daß der deutsche Süden und selbst die Schweiz das Interesse der wohlfeilen Beziehung der Baumwolle, sowie der Ausmanderung dabei in erster Linie zu bedenken haben. Denn wie die Bremer durch die guten Frachten, welche die Auswanderer zahlen, den Tabak zu billigen Sätzen als Naturfracht laden können und sich dadurch beinahe ein Monopol angeeignet haben, ebenso werden die Rheinfeschiffe, unter ähnlichen Umständen, die Baumwolle wohlfeiler nach Rotterdam und Köln liefern, als wenn dieselbe über Liverpool oder Havre bezogen wird.

Den wackern Ostseeprovinzen aber brauchen wir nicht erst zu versichern, daß man dieselben für ihre Leiden ein Herz hat, und daß wir gewiß alle Maßregeln zu fördern geneigt sind, welche dieselben mildern können. Wir halten die russische Grenzsperre, die nächste Noth der östlichen Gebiete, für ein deutsches Nationalunglück, dessen hrillose Folgen wir nur dadurch abwehren können, daß wir und durch Einigung kräftigen, zu gemeinsamen Anstrengungen, zu festem wackerfenden Widerstand rufen. Deutschland muß eins werden in Handel und Wandel, in Sinn und Gefühl, in Willen und Thatkraft, um im Osten seine alte, starke und so fördernde Stellung wieder zu erringen. Es gibt keinen andern Weg dahin, als Uebereinstimmung der deutschen Staaten im verfassungsmäßigen Princip und handelspolitische Organisation des großen Vaterlandes. Wollten die preußischen Ostseeprovinzen dieser niederstehen — wir glauben es nicht — wollten

Digitized by Google

sie die Mittel, die allein dahin führen, zurückweisen oder ihnen doch Hindernisse bereiten — sie würden nur Rußlands ehrsüchtige Pläne fördern helfen! Das mögen die Patrioten an der Ost- see wohl beherzigen. Gewiß, wir mißtrauen ihrer Vaterlandsliebe nicht, von der sie so manchen schönen Beweis gegeben haben, und was sie über jene Fragen mit der Zeit auch beschließen mögen, wir werden unter keinerlei Umständen den Beispiel der Börsenmachthaber folgen, welche blos wegen einer andern handelspolitischen Ueberzeugung erklären, ein immer steigendes Mißtrauen zu fühlen „gegen die Aufrichtigkeit vieler westlichen Landsleute, wo es sich um wirkliche Fortentwicklung zur Freiheit handelt". Nein, wir glauben nicht, „daß es ein sehr verschiedenes Endziel sei, zu dessen Erreichung man sich im Osten und im Westen fürs Erste mit gleichen Schlagworten begeistert".

## Polen.

* Von d. lithauischen Grenze, im Jan. Die Güterconfiskationen vermehren sich jetzt immer mehr, und zu diesem Zwecke müssen sowohl Neues als Altes, längst Vergessenes und Vergebenes den Vorwand geben. Dies ist um so fürchterlicher, als dadurch nicht nur die Familien, sondern auch alle Gläubiger der Betheiligten und hiermit auch der ganze Kaufmannsstand hart betroffen wird, und dies ist auch die Ursache der Stockung, die schon seit lange in allen Zweigen der Gewerbe eingetreten. Nach den sonderbaren Rechtsbegriffen des Swod darf nämlich der Fiskus nie irren; während daher die ausstehenden Gelder der mit Confiskation Bestraften mit aller Härte und Strenge eingefordert werden, verlieren dagegen die Gläubiger alle Rechte und Ansprüche, sobald ihr Schuldner zum Staatsverbrecher gestempelt wird, und die weitereingreifenden Folgen dieser Mehmed-Alischen Justiz lassen sich von selbst denken. Es entspringt daraus sogar ein Zustand, der fast paradox erscheinen könnte, der aber, da alle Verhältnisse in Rußland auf den Kopf gestellt sind, wieder ganz natürlich ist. Bei der geringen ökonomischen Entwickelung in Lithauen kann der Gutsbesitzer nicht ohne Antichen bestehn und den Landbau betreiben, und nun tritt hier der merkwürdige Fall ein, daß der Verschwender, der Wüstling und Kartenspieler weit eher und zu geringern Zinsen Geld bekommen kann als der redliche und ehrenhafte Grundeigenthümer. Denn da bei einem moralisch Depravirten gewöhnlich kein Patriotismus zu finden ist, so ist er den Gläubigern viel sicherer als der Ehrenmann, der zwar seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommt, aber bei der geringsten Veranlassung um Gut und Habe kommen kann. In so grellen Farben auch Montecuculi die entsetzlichen Folgen des Despotismus geschildert, so hat er doch an so Etwas nicht gedacht; und es scheint auch wirklich dem Treibhaus einer russischen Autokratie vorbehalten gewesen zu sein, solche Giftpflanzen zur Welt zu bringen. — Großes Aufsehen erregt in Lithauen die vor einiger Zeit in Paris entdeckte russische Falschmünzerbande, denn nicht nur sind dabei viele Kaufleute Lithauens betheiligt, sondern es spielt hier noch ein merkwürdiges Liebesverhältniß mit, das „in höchste und allerhöchste Kreise" eingreift. Ich begnüge mich nur drei Hauptpersonen dieses Dramas zu nennen: ein Hoffräulein, das vor zwei Jahren als Bauermädchen aus Petersburg nach Preußen und von da nach England entführen ist, ein russischer General (ihr Bräutigam), der gleichfalls heimlich entkommen, und ein Jude, der die Flucht geleitet und jetzt das Haupt jener Falschmünzer ist. Näheres anzugehen, dürfte wohl nicht geeignet sein.

## Griechenland.

* Athen. Die letzte von der griechischen Regierung an die fünf Großmächte gerichtete und die Vorfälle in Patras betreffende Note, deren Mittheilung in ihrer ganzen Länge und den Raum zu sehr beengen würde, hat vor Allem die Tendenz „ohne Widerspruch herauszustellen, daß die griechische Behörde, indem sie einen Vergleich, der unter der Herrschaft der Nothwendigkeit, zwischen einer von Vertheidigungsmitteln entblößten Bevölkerung und einem zu allen Unordnungen bereiten Haufen Aufständischer geschlossen worden, als null und nichtig betrachtete, nur ihre Rechte gewahrt und ihren Pflichten gehorcht hat." In diesem Sinne enthält die Note eine weitläufige Erzählung der mit dem Aufstande in Patras verknüpften Einzelnheiten, die wir sich von selbst versteht nur zu Gunsten der Behörden mit der Regierungsbrille betrachtet werden. Die Rebellen flüchten, wird weiter erzählt, ihr Untergang ist unvermeidlich, sie suchen nur noch die Boote zu erreichen, welche sie an Bord des englischen Dampfboots Spitfire bringen sollten, „und die der Kommandant nicht schicklich fand von dem sehr nahen Schauplatze des Kampfes zu entfernen. Während auf diese Weise ein Theil der Besatzung eine freiwillige fand, vertheidigte der andere den gemeinschaftlichen Rückzug, den Kampf fortsetzend, aber immer sich dem Punkte näherend, den Jeder erreichen wollte. Zwei bis sechs dieser Leute wurden tödtlich getroffen, etwa 15 mehr oder weniger schwer verwundet, 53 gelang es zu fliehen und sich einzuschiffen. — Ein Brief des Kommandanten des Spitfire, welcher dieser Depesche beigeschlossen ist, soll bezeugen, daß Flintenschüsse auf die englischen Barken gerichtet worden seien. Die Regierung Sr. griech. M. weiß diese Beschuldigung peremtorisch zurück. Der Artikel der Uebereinkunft, welcher sich auf die Einschiffung der Mercurioten und seiner Mitschuldigen bezieht, hatte keinen größeren Werth als die andern; das Anhalten der englischen Barken an der Treppe des Palasts während der Dauer eines Gespräches, welches hinreichen die Absicht zu geben, Befehle in seinem Punkte anzeigte, war unordentlicher und unwürdschicklich (improvidence), deren Folgen für die Regierung der Gegenstand sehr lebhaften Bedauerns hätte werden können, aber es ist keinem ihrer Agenten in den Sinn gekommen, es der englischen Klugge an der schuldigen Achtung ermangeln zu lassen. Es ist möglich, daß bei der Hitze der Verfolgung einige Flintenschüsse in der Richtung der engl. Barken gefallen sind, es ist auch möglich daß, da Lieutenant Macdonald am Land war, um mit dem Diekofonsul die Einschiffung der Rebellen zu überwachen, einige Flüchtlinge an ihrer Seite waren, und daß die griech. Reg. spricht aufrichtigst das Bedauern aus, welches sie bei der Nachricht gefühlt, daß Offiziere und Soldaten einer verbündeten Macht auf ihrem Gebiete gefährdet gewesen, allein sie ist überzeugt, daß, wenn diese wirklich Thatsachen statt gefunden, nicht ihr die Verantwortlichkeit dafür zuschreiben werden darf. Die griech. Behörde hat in diesem Falle nur im Auge gehabt, das Entfliehen der Rebellen zu verhüten, sie hatte einer Uebereinkunft, welche sie zu annulliren Ehre und Recht hatte, keine Beachtung zu tragen. Der Commandant des Spitfire, sowie die Konsuln, konnten meinen, nur einen Akt der Menschlichkeit zu üben, indem sie den Bitten der Einwohner von Patras nachgaben; diese Bewaggrunde bestand nicht mehr, als das Entfliehen erleichtert wurde und die Flüchtlinge der Strafe, welche sie verdient, entgingen. Was das Zuschotterecht betrifft, welches die Kriegsschiffe manchmal denjenigen gewähren, welche ein Obdach unter ihrer Flagge suchen, so dehnt sich dieses sicher in keinem Falle bis dahin aus, Aufständischen oder Uebelthätern in dem Gebiete selbst, wo sie ihre Verbrechen begangen, Schutz darin zu bieten, einer drohenden Repression zu entwischen. Diese Grundsätze sind gewisser Maßen fundamental, alle Nationen haben ein gleiches Interesse, sie aufrecht zu erhalten, und die Reg. Sr. Maj. wird nicht glauben, daß sie in Bezug auf einen unabhängigen Staat verletzt werden dürfen.

Das Treffen zwischen den Streitkräften der Regierung und den Rebellen hatte zwei Stunden gedauert; einige Augenblicke später verkündete der Präfekt die vollkommene Wiederherstellung der Ordnung mitten unter den Bezeugungen seiner allgemeinen Zufriedenheit. Seine erste Sorge war, sobald er sich bestätigt unterrichten konnte, wem engl. Konsul sein zweifelhaftes Feuer, welche ich (Glarakis) in Abscheit beilege, um, in Ermangelung der Kostierung der Rebellen, mindestens die Kückerstattung der beträchtlichen Summen zu verlangen, welche sie mitnahmen. Diese Summen gehörten zum Theil der Nationalbank, z. b. griechischen und fremden Kaufleuten, die mit Gewalt entführt, ihr Beruf war von der Art, einen moralischen Stoß einem volksthümlichen und nützlichen Zwecke zu geben, Alles trat zusammen, die Rückforderung der Hrn. Monopolien so gerecht, so natürlich als möglich zu machen. Ich unterließ daher nicht, mein Herr, daß Sie mit Schmerz erfahren haben, daß zwei der englische Konsul sich nicht ermächtigt zeglaubt hat, sie unmittelbar zu gewähren, wie der Kommandant des Spitfire darüber nach Korfu an den Vorsteher-kommissär berichtet hat. Ich schmeichle mir indessen mit dem Gedanken, daß die Regierung Sr. griech. Maj. in Bälde die Genugthuung haben wird, sie durch Ihre deutsche Maj. in Stand gesetzt zu sehen, der Bank ganz oder theilweise eine Summe zukommen zu lassen, welche von Rumand als rechtmäßiger Ersatz der Uebelthäter betrachtet werden kann, die sich ihrer bemächtigt haben. — Dr. Wood hat überdies an Hrn. Monopolus einen Brief geschrieben, den ich die Ehre habe, Ihnen beiliegend zu übersenden. Ich habe oben die Bedrinen bekämpft, welche er ausstellt, und die auf gleichfalls Irrthümlichen Angaben gegen den Tatbestand beruhen, es muß gleichfalls Bewunderung erregen gegen den Tatbestand, welches es nicht für Hrn. Wood gehalt hat über einen Agenten der Regierung auszuzeichen unter Verhältnissen, welche die Funktionen eines Konsuls ihm nur in seiner Korrespondenz mit seinem persönlichen Vorgesetzten zu wichtigen gestalten. Kaum war die Ordnung wiederhergestellt, so erfuhr der Präfekt, daß die 31,000 Drachmen, welche am Morgen selbst zum engl. Konsul gebracht worden waren, noch bei demselben hinterlegt seien. Er dachte nicht, daß die Wiedererstattung dieser Summe an die Staatskasse der Gegenstand einer Erörterung werden könne, allein trotz des dringenden Raths der Konsuln von Oesterreich, Frankreich und Rußland hat Dr. Wood erklärt, daß er Verhaltungsbefehle abwarten müsse. — Den 14. endlich hat der Spitfire den Hafen von Patras verlassen, der Kommandant weigerte sich, den Ort anzugeben, wo er die Rebellen ausgeschiffen denke. Die Reg. S. griech. M. hat indessen zu ihrer lebhaften Genugthuung erfahren, daß in einem Punkte Lieut. Macdonald von der mit Mercuritis und dessen Mitschuldigen getroffenen Uebereinkunft abweichen zu dürfen geglaubt hat, eine Uebereinkunft, welche ihnen die Ueberschiffung auf die andere Küste des Golfs von Lepanto zusicherte. Die Weigerung, sie in Korfu landen zu lassen, gibt gleichfalls der Reg. S. griech. M. Grund zu hoffen, daß dies ein erstes Anzeichen von Nacht unsing verzinigen Grundsätze sei, welche in der gegenwärtigen Lage ihren Rechten zur Basis dienen."

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England bei Hrn. Owen u. Comp., 71 Newgate Street in London. Für Frankreich, Straßburg, Verpreßt u. Oberrheinischen Länder wende man sich an H. A. Alexander Grandjung 28 Boulevards, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Buchhandlungen besorgt das Hoffb. Gut. Hermann Hebelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 32. Heidelberg, Dienstag 1. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Rückblick auf unsere neueste Politik.** I. — **Berlin** (Verhandlungen des ständischen Ausschusses; keine Spaltung in der Opposition; der Staatsgesetzentwurf; das Wechselrecht). — **Breslau** (Aufruf für die Nothleidenden in den Kreisen Rybnick und Pleß). — **Bon Niederrhein** (das deutsche Gewerbe; die Provinzialstandtage sollen einberufen werden). — **Torgau** (hier und in Wittenberg Oeffentlichkeit der Stadtverordnetensitzungen). — **Stuttgart** (Berathung der Kammer über die Beantwortung der Thronrede in geheimer Sitzung; Inhalt der Antwort). — **Karlsruhe** (Abordnung und Petition von Fabrikarbeitern an die Stände). — **Darmstadt** (die Schweizer Truppenverkaufsfrage; Berichtigung). — **Frankfurt** (Hofleben Thiersch und der Irvingianismus). — **Holstein** (Verwaltung der deutschen Gesetzlichen durch dänische in Schleswig).

**Schweiz.** Vom Neckar. Kantonalsouveränität und Centralgewalt. Abwehr gegen die Berner Zeitung. Luzern. Der neue Nuntius. Schwyz. Die Verfassung. — **Niederland.** Die Staatseinkünfte. Militärische Uebungen im Schlittschuhlaufen.

**Großbritannien.** Hamptons Angelegenheit vor dem Gerichtshofe der Queens Bench. Dr. Fremd legt seine oberärztliche Stelle am deutschen Hospital nieder.

**Frankreich.** Sturm der Presse gegen das Ministerium Guizot. Kammersitzung vom 27. Jan. Eindruck der Ereignisse auf Sicilien. Anordnungen für den Todesfall des Königs. Behandlung Abdel-Kader's. — **Italien.** **Rom.** Ferretti entlassen. Besuch. Staatssekretär. Verabredung im Ministerium. General Durando. Pius über den Durchmarsch fremder Truppen. Die Gerüchte der Bolanria. Louis Philipp. Reform im Armeewesen. Das Diario über die letzten Verhandlungen mit St. Petersburg. Lord Minto. Meeting de la Rosa. **Neapel.** Zugeständnisse und Edikte des Königs. Die provisorische Regierung in Neapel. Die Konzessionen. Zweifelhafte Lage in Sicilien.

**Polen. Warschau.** Die Päpste fürs Inland. Errichtung eines Adelsinstituts.

## Heidelberg, 1. Februar.

Im kurzen Rückblick auf die kurze Zeit ihres Daseins hat bereits die „Deutsche Zeitung" zu Anfang des neuen Jahres auf Richtung und Ziel ihres Strebens hingewiesen. Es mag ihr indeß gestattet sein, gelegentlich auf einzelne Grundzüge ihrer Politik in der Weise zurückzukommen, daß sie nach innerem Zusammenhange Neueres und Neuestes an frühere Thatsachen und Ereignisse anknüpft. Das ist ja überhaupt die Aufgabe der Publicistik, daß sie die Vorgänge und Bestrebungen der Zeit nicht beuchstäblich auseinanderreißt, sondern daß sie zufällig Getrennte in seiner natürlichen Verbindung erkennen läßt, um die unerbittliche Logik der Begebenheiten sowohl zum Maßstabe ihres eigenen Urtheils zu machen, als auch jeden achtsamen Leser in den Stand zu setzen, sich aus dem ungetrübten Strome der Zeitgeschichte ein eigenes selbstständiges Urtheil zu schöpfen und darin den Halt und die Richtschnur eines dem Gemeinwohl erspießlichen Handelns zu gewinnen. Wenn aber jetzt schon, im Verlaufe einer so kurzen Zeit, sowohl manche von uns ausgesprochene Hoffnungen als Besorgnisse thatsächlich bestätigt wurden, so ist uns dies eine Bürgschaft, daß ein ernstliches Bemühen, uns einen von den Blendungen der Parteileidenschaft ungetrübten Blick zu erhalten, nicht vergebens war.

Verhängnißvolle Fragen, deren Fäden aus den ersten Jahren nach dem Kriege für die Unabhängigkeit Deutschlands auslaufen, und von deren endlicher Lösung zum guten Theile die Zukunft der Nation abhängt, stehen in den Bereich unserer Erwägung; während zugleich die jüngst verflossenen Monate zahlreiche Ereignisse brachten, von hoher Wichtigkeit für die Gestaltung des deutschen, wie des gesammten europäischen Völkerlebens. Da wir im Kreuzfeuer widersprechender Interessen und Vorurtheile unsere Bahn gemessenen Schrittes verfolgen konnten, weil wir von Anfang an unsere Politik auf die Gerechtigkeit gegen Alle und Jeden zu gründen suchten, hielten wir uns bei aller Mäßigung in Form und Inhalt doch um so mehr berufen, ohne Winkelzüge unsere redliche Ueberzeugung offen und unumwunden auszusprechen. Das hatten wir in Bezug auf die Vorgänge in Italien und der Schweiz gethan und haben uns damit, das ist notorisch, in der Nation die meisten Sympathien erworben, in den höhern Regionen dagegen uns bedeutsliche Feindschaften zugezogen.

Dies deckt leider die große Kluft, die zwischen der instinktiven Volkspolitik und der konventionellen Staatskunst der Diplomatie und der Kabinete bei uns herrscht, aufs bedauerlichste in einem großen und wichtigen Falle auf.

Wir hatten schon in unserm Progeamme darauf hingewiesen, daß Deutschland von einer Krise schweren, festen und klaren, dem großen Bedürfnisse und der Lage des Volkes angeleiteten auswärtigen Politik noch weit entfernt sei; daß in diesem Gebiete dem blinden Spiele des Zufalls, der Launen und der Verwegenheit noch viel zu viel überlassen bleibe. Die Behandlung der schweizerischen und italienischen Angelegenheiten bestätigte uns diese Behauptung von Neuem. Wir sagten also das Ziel ins Auge, dem Deutschland zur Erfüllung seiner weltgeschichtlichen Bestimmung sichtbar entgegenschreitet; wir sahen uns nach dem zum Ziele führenden Wege um, wie er durch den Gang der kulturgeschichtlichen Entwickelung und den politischen Staatsgang vorgezeichnet ist.

Das ist für jeden Staat und Staatenverein die erste Bedingung eines möglichen Gedeihens, daß er jeder von Außen drohenden Verletzung vorzubeugen und zu wehren weiß. Nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze politisch so vielfach getheilte und gegliederte Mitte unseres Welttheils droht die größte Gefahe von den centralisirten Staaten des europäischen Festlandes aus: von Frankreich oder vom russischen Reiche, oder von beiden in ihrer Verbindung. Auch Oesterreich ist ja nur ein monarchischer Bundesstaat, zusammengesetzt aus verschiedenen und zum Theil widerstrebenden nationalen Bestandtheilen, während das wesentlich deutsche Preußen seine locker zusammenhängenden Glieder so weit ausdehnt, daß es erst in der engsten Verbindung mit den kleineren Nachbarstaaten seine Ergänzung zu einer europäischen Großmacht findet.

Die natürliche Politik weist also die sämmtlichen Staaten des mittleren Europa, mit Einschluß und unter Vorgang Oesterreichs und Preußens, auf eine verhältnißmäßig engere Vereinigung unter sich, als mit jedem der beiden andern Großstaaten des europäischen Festlands. Daenm schien und dem gemeinsamen Interesse dieses Staatenkomplexes, wie dem besonderen Oesterreichs und Preußens, ein schonendes Verfahren gegen die der deutschen Herrschaft unterworfenen Trümmer des polnischen Volkes zu entsprechen. Die mögliche Sühne des an ihm begangenen Unrechts durch Handlungen der Milde, durch wohlthätige und versöhnliche Einrichtungen und Maßregeln ist nicht nur eine Pflicht der Menschlichkeit, sie ist zugleich ein Gebot der Klugheit. Jede Politik, die auf rücksichtslose Vernichung der polnischen Nationalität ausginge, dünkt uns so sehr vom Uebel, daß uns niemals Oesterreich und Preußen gerufen berufen scheinen, diese Nationalität zu pflegen, und dadurch den Glauben des polnischen Volkes an eine bessere Zukunft wach zu erhalten. Den Staaten Mitteleuropas könnte kaum etwas Schlimmeres begegnen, als wenn die Herrschaft Osteerreichs und Preußens mehr noch, als die Russlands den Polen verhaßt würde; wenn sie je die Hoffnungen auf die Herstellung ihrer Unabhängigkeit und Selbstständigkeit neben und trotz Russland aufgeben, oder dies auf eine unbestimmte ferne Zukunft vertagen sollten. Der Gedanke einer Annäherung an Rußland ist unter den Polen schon wiederholt und noch den jüngsten Ereignissen in Galizien von Neuem aufgetaucht. Die Vorgänge in dieser österreichischen Provinz sind unsicherer zu beklagen, als sie nicht bloß durch eine unabwendbare Verkettung von Umständen, sondern zum Theil durch eine verderbliche Politik herbeigeführt wurden. Unter solchen Verhältnissen ist auch die Einverleibung Krakaus für die österreichische Monarchie vielmehr ein Zuwachs an Schwäche, als an Stärke geworden. Schon oft wäre Preußen in der Lage gewesen, wenigstens zum Theil die Fehler jener Wiener Politik wieder gut zu machen. Auch jetzt ist es wieder in solcher Lage; denn wer möchte es bezweifeln, daß im Polenprozesse die vollste Gnade auch die

Digitized by Google

voraussichtigste Staatsklugheit paart, und daß es wichtige Rücksichten gebieten, den Antipathien der Polen gegen die Deutschen keine neue Nahrung zu geben. Wir kennen uns einiger Zeichen, die eine über alle kleinlichen Rücksichten und alle Engherzigkeit erhabene Großmuth in Aussicht zu stellen scheinen.

Die gleichen Gründe aber, die zur Schonung der Polen auffordern, gebieten im Interesse Deutschlands, und zumal Oesterreichs, eine liberale Politik in Italien, die ehrlich und entschieden für den Grundsatz der Oeffentlichkeit und Geistesfreiheit in die Schranken tritt; die in allen Einzelstaaten der Halbinsel die thätige Theilnahme des Volkes an den Angelegenheiten des Gemeinwesens, statt zu hemmen, zu fördern sucht, damit es die Nationen im Genusse der innern Freiheit erschmerze, daß noch ein Theil des schönen Landes der Fremdenherrschaft unterworfen ist. Was hatte auch Oesterreich vor zwei Jahrzehnden mit seiner Intervention zu Gunsten der Despotenlaune einiger italienischen Monarchen gewonnen? Nicht einmal die bleibende Anhänglichkeit der italienischen Höfe. Ist nicht gerade jetzt ein Handelsbund im Entstehen, neben der Rückkehr auf die materielle Wohlfahrt mit der deutlichen Absicht und der natürlichen Folge einer politischen Emancipation von den Einflüssen Oesterreichs? Ging Sardinien, im Streben für die Wahrung seiner Selbstständigkeit, nicht schon früher bis zur entschiedenen Opposition? Sehen wir nicht unter den Fürsten Toscana's, im Widerspruch mit den Maximen der Wiener Politik und, darum im Einklange mit den Wünschen des Volkes, sogar einen Großherzog von Toskana die Bahn der Reform betreten? Auch diesem Erzherzoge des österreichischen Kaiserhauses scheint der Beifall des österreichischen Staatsklangers und um den Preis der Liebe seines Volkes zu theuer erkauft; und da er in achtungswerther Selbstständigkeit den gerechten Wünschen seines Volkes entgegen kam, gab er zugleich ein nachahmungswürdiges Beispiel allen Mitgliedern der Dynastenfamilie, die noch ihren schönsten und höchsten Ruhm in der freien Liebe und Dankbarkeit ihrer Völker suchen. Wie ganz anders dagegen sind die Stimmungen und Gefühle, welche die Handlungsweise eines Staatsmannes erzeugt, der unter dem Allerhöchsten Namen einer Politik der Erhaltung das Schiff des Staats in Sturm und Brandung hineinsteuert! Trat nicht vor Kurzem, selbst in der Mitte jener noch so kümmerlichen Generalscongregation zu Mailand, ein Ehrenmann unabhängiger Gesinnung auf, der unter dem Beifall von Tausenden auf den schleichenden Groll der Bevölkerung des österreichischen Italiens hingewiesen hat? Kam es nicht zu wiederholten blutigen Auftritten in der Hauptstadt und in andern Städten der Lombardei; sowie durch die Verweigerung einiger nicht erzwingbaren, indirekten Abgaben zu einer vom Volke aus beschlossenen Steuerverweigerung, die wohl auch in andern Provinzen der Monarchie Nachahmung finden könnte? Auch jene Einbuchtungen der Deutschen Zeitung auf die Mißstimmung in Oesterreichisch-Italien, im Gegensatze zu den gefälligen Bekundungen einiger officiellen Blätter, sind also im Verlaufe so weniger Monate nur allzusehr gerechtfertigt worden.

Wohl spricht man von neuen diplomatischen Erfolgen der Wiener Kabinetspolitik. Aber was hätte sie erreicht, wenn es ihr gelingen sollte, einen Pius IX. einzuschüchtern und das Werk der Reform zu unterbrechen? Sie würde nur dem Deutschenhasse der Italiener neue Nahrung gegeben und die Welt um einen jener Fürsten bereichert haben, der das Verrauen seines Volkes getäuscht hat. Sie würde bei der italienischen Nation den letzten Ueberrest des Glaubens an die Selbstständigkeit ihrer Regierungen vernichtet und jener Propagandas Vorschub geleistet haben, der nur von einem gewaltsamen Umsturze, oder von auswärtiger Hilfe Rettung und Heil erwartet.

Diese Politik arbeitet in ihren letzten und sichersten Erfolgen doch nur Frankreich und Rußland in die Hand. Soweit ist es schon gekommen, daß die Italiener, im Gefühl des unmittelbaren Drucks und des nächsten Uebels, selbst aller Täuschungen von französischer Seite her leicht wieder vergessen würden; daß Frankreich in jedem Kampfe gegen Oesterreich unter der von Neuem täuschenden Maske des Befreiers von innerer Knechtschaft und äußerer Abhängigkeit auftreten könnte und zu jeder Stunde auf die Unterstützung der gegen Masse der italienischen Nation zählen dürfte. Und wie sollte Oesterreich, solange es einen großen Theil seiner Kräfte darauf verwenden muß, das immer gährende Italien im Belagerungszustande zu halten, je daran denken können, in den unzweifelhaft wieder aufzuhaltenden orientalischen Verwicklungen mit soviel Nachdruck aufzutreten, um die Alleinherrschaft Rußlands auf dem schwarzen Meere zu verhindern, eine Herrschaft, wodurch für lange Zeit die Erniedrigung Oesterreichs, die Suprematie Rußlands in Europa, das politische Uebergewicht des Slaventhums über das Germanenthum entschieden würde?

**Preußen.** Berlin, 25. Jan. Es soll die Absicht obwalten, den Gesetzgebungsentwurf in mündlicher Uebereinstimmung mit den Wünschen des ständischen Ausschusses einer nochmaligen Umarbeitung zu unterwerfen, und zwar, wie es scheint, stets unmittelbar nach den ständischen Berathungen über die einzelnen Abschnitte, so daß die Bekanntmachung des Strafgesetzes selbst ganz gleichzeitig mit dem Schlusse der Ausschußverhandlungen erfolgen könne. Man erinnert sich, wie schnell der Landtagsabschied schon bei dem Ver. Landtage dem Schlusse desselben folgte, und es scheint, als ob dies bei dem Ausschusse in noch erhöhterem Maße der Fall sein solle. Dagegen dürfte die Publication eines anderen Gesetzes, welches die öffentliche Aufmerksamkeit lange Zeit hindurch lebhaft in Anspruch genommen hat, von Neuem hinausgeschoben sein, nämlich die des Wechselrechts in seiner auf der Leipziger Konferenz angenommenen Form. Die Regierung soll nämlich von der Nothwendigkeit durchdrungen sein, dieses Gesetz noch vor seiner Veröffentlichung in rechtsgiltiger Form den Ständen vorzulegen, da durch dasselbe so wesentliche Aenderungen im Personen- und Gegenthumsrechte herbeigeführt würden, daß im entgegengesetzten Falle leicht sehr lebhafte Einsprüche gegen die Giltigkeit des Gesetzes erhoben werden möchten. Da man aber fürchtet, es könnte der Ständische Ausschuß eine Begutachtung desselben von der Hand weisen, und da durch die Provinzialstände schwerlich ein zufriedenstellendes Resultat erzielt werden möchte, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß das Gesetz erst nach dem Zusammentritte des nächsten Ver. Landtages in Kraft treten werde. (Köln. Z.)

○ Berlin, 28. Jan. In der gestrigen Sitzung des ständischen Ausschusses kam der sechste Titel, „von den Gründen, welche die Strafbarkeit ausschließen oder mindern", zur Berathung, welche die §§. 50—68 umfaßte. Zu dem §. 58, welcher bezüglich der Nothwehr bestimmt: „Gegen den, welcher Sachen gewaltsam oder heimlich an sich gebracht hat, ist der Verletzte befugt, sowohl auf frischer That, als auch dann, wenn die Hilfe der Obrigkeit augenscheinlich zu spät kommen würde, Gewalt anzuwenden, so weit solche erforderlich ist, um denselben die Sachen wieder abzunehmen. Ebenso ist es erlaubt, Gewalt anzuwenden, um einen entflohenen Verbrecher festzunehmen. In der Stelle „Jedoch werden lebensgefährliche Verletzungen durch diese Zwecke nicht straflos," beantragten die Grafen v. Renard und v. Galen, daß derartige Verletzungen nur in die Klasse der Polizeivergehen gerechnet werden sollten. Dieser Antrag, welcher speciell auf die Forstfrevler und Wilddiebe berechnet schien, fand keinen Anklang in der Versammlung, welche die ursprüngliche Fassung des §. aufrecht erhielt. — Betreffs der Verjährung bestimmt der §. 65, daß bei Verbrechen, auf welche die Todesstrafe steht, keine Verjährung zulässig ist. Das Allgemeine preußische Landrecht setzt auch für diesen Fall eine Verjährungsfrist von 25 Jahren fest. Der von einigen Seiten gestellte Antrag, eine ähnliche Bestimmung auch dem jetzigen Entwurf einzuverleiben, ward verworfen. Der §. 65 ward jedoch dahin gemildert, daß mit der Todesstrafe belegte Verbrechen zwar nicht gänzlich verjähren, nach Ablauf einer bestimmten Frist aber statt der Todesstrafe lebenswierliges Gefängniß eintritt. Diese Bestimmung ist, beiläufig bemerkt, dem österreichischen Strafrecht entnommen. Die drei letzten zur Berathung gekommenen §§. handeln von der Vergeltung, welche eintreten kann bei Verbrechen, die nur im Antrag einer Privatperson verfolgt werden können, Falls die zum Anteage berechtigte Person dem Thäter verzeiht oder den Antrag binnen drei Monaten zu machen unterläßt. Der den mehreren Mitgliedern gemachte Versuch, das Peloton verfeuren zu gewährende Recht der Verzeihung überhaupt fallen zu lassen, scheiterte an der Mehrheit der Versammlung. Jedoch ward der §. 68, welcher bestimmt: „wenn an einem Verbrechen mehrere Personen Theil genommen haben, deren Verfolgung von dem Antrage einer Privatperson abhängt, so ist diese befugt, auf die Bestrafung aller solchen Theilnehmer oder auch nur einzelner unter denselben anzutragen," verworfen. Der Abg. Camphausen namentlich machte darauf aufmerksam, daß diese §. den Privaten nie Vorrecht vor dem Staat ertheile, welchem eine solche Aussuahl unter den Schuldigen nicht gestattet sei. Mit der Berathung des §. 68 schloß die gestrige Sitzung. Für die heutigen wird allem Vermuthen nach das Princip der Theilnahme in „Verbrechen, Vergehen und Polizeiübertretungen", worüber wir Ihnen schon gestern berichteten, zur Entscheidung kommen. Es ist soll nicht zu bezweifeln, daß die Mehrheit der Versammlung ihm beitreten wird.

** Berlin, 26. Januar. Eine Berliner Korrespondenz Ihrer Zeitung (Nr. 25), die mir eben zu Gesicht kommt, veranlaßt mich zu einigen nothgedrungenen Berichtigungen. Daß in Betreff der Kompetenzfrage die Häupter unserer Opposition ohne vielmehr die ganze

Digitized by Google

Rechtspartei durchaus einig ist, wird Ihnen zweifelsohne längst durch Privatmittheilungen aus der ersten Hand bekannt geworden sein. Ich gebe zu, das Auftreten Schwerins, Auerswalds, Camphausens kann auf den ersten Anschein mit einer Desitheilung der Opposition verwechselt werden, während doch nur Auerswald sich gedrungen gefühlt hat, zu dem, was Schwerin sagte, und womit er durchweg übereinstimmt, etwas Genaueres hinzuzufügen, und wiederum Camphausen nicht umhin konnte, auf das, was Schwerin und Auerswald erklärten, und zwar auch in seinem Namen erklärten, noch einen besondern Punkt zur Sprache zu bringen. Unsre deutsche Individualität wird noch lange nicht so geschlagen sein, um nicht wenigstens, wenn sie zu gemeinsamem Handeln sich bereit erklärt, wie dies Mal Schwerin, Camphausen, Auerswald, einige unschuldige Punkte sich zu reserviren, worin sie von der zweiten und dritten sich unterscheidet. Unterschied ist aber nicht Trennung. Es beruht auf völliger Unkenntniß oder Verkennung der Charaktere und Tendenzen unserer Abgeordneten, wenn man einen Augenblick für geschreckt ergriffen oder auch nur entschuldbar hielte, wie „daß Graf Schwerin sich von Auerswald und Camphausen, seinen politischen Freunden, getrennt habe". Wir halten den Grafen Schwerin für zu sehr ergriffen von der Größe des gegenwärtigen Momente, als daß er auch nur den entferntesten Gedanken einer Trennung aufkommen ließe! Man müßte von allen Antecedentien völlig absehen, um solchen Behauptungen Glauben zu schenken. Indessen enthält jener Bericht auch mehrere faktische Unrichtigkeiten. Der Graf Schwerin hat seine Erklärung, wie auch aus den stenographischen Berichten hervorgeht, nicht im Namen der Mehrzahl der Mitglieder der vorberathenden Abtheilung abgelegt (wobei nicht unberührt durchschimmerte, daß Auerswald an der Spitze der Minderheit gestanden habe, während er bei Abfassung der Schwerin'schen Erklärung nicht minder thätig als der Graf gewesen), sondern im Namen der ganzen Abtheilung und zwar, wie Schwerin sich ausdrückte, im Namen der Mitglieder, welche mit Vorbehalt und derer, welche ohne Vorbehalt gewählt haben und sind, sowie endlich derer, welche, ohne Reservation gewählt, auch keinerlei Zweifel in die Kompetenz des Ausschusses setzen. Deutlicher konnte der Graf Schwerin nicht sprechen! — Wie man nun darauf einen Tadel anfangen kann mit „Auerswald hat dagegen", ja derselbe noch Veranlassung findet, dies weiterhin mißbrechtigt!? Auch in den Aeußerungen des Landtagskommissärs finden sich entschiedene Abweichungen vom wahren Sachverhalt, die sich indessen Jedermann aus dem flüchtigsten Vergleich mit den Berichten über die Sitzung vom 18. kerigiren kann. Die D. Z. enthält ja in Nr. 23 einen genauen Bericht, datirt vom 18. Jan., vom Tage des Vorganges! — Wir brauchen nicht auszuführen, welche Mißstimmung eine derartige Korrespondenz hier hervorbringen mußte. Indem sie eine „Spaltung" beklagt, bringt sie zum Bewußtsein, was unsere Landesvertreter in dem Ausschusse der allg. Ständeversammlung redlich bemüht sind, auf ewig zu tilgen! Das erinnert an einen vielgerügten Fehler des seligen Geschichtsch., daß Verstimmungen, die Niemand verspürt würden, aus gerechtem Abscheu gegen deren Verbreitung immer weiter zu verbreiten! Von einer Spaltung, namentlich zwischen Schwerin und Auerswald, ist nur noch die Rede; führen wir sie nicht im Munde, dann ist keine Spur vorhanden! Ich beklage sie nicht: ich läugne sie.

** Berlin, 27. Jan. Die fünfte Sitzung des Ausschusses, Montag, den 24. Jan., begann mit Berathung des vielbesprochenen §. 10 über die körperliche Züchtigung. Obwohl der Entwurf dieselbe nur fakultativ bei Verbrechern, welche wegen Raubes, Diebstahls oder Hehlerei zu einer zeitigen Zuchthausstrafe verurtheilt werden, für den Fall, daß sie durch eine frühere rechtskräftige Verurtheilung der Ehrenrechte verlustig geworden, daß sie männlichen Geschlechts, und daß nicht Gefahr für die Gesundheit zu befürgen ist — obwohl §. 10 fakultativ gefaßt ist; hat die Abtheilung in ihren Gutachten sich in den stärksten Ausdrücken gegen jede Anwendung körperlicher Züchtigung erklärt, die „nur auf das Thierische im Menschen berechnet sei und schon deßhalb verwerflich", die, „entsittlichend und beschimpfend", verbindere, „daß der entsittlichte und beschimpfte Verbrecher dem Sittlichkeits- und Ehrgefühl zugänglich werde, die den Richter, welcher sie ausspricht", „den Beamten, welcher sie vollstrecken lassen muß" und zugleich „rückwirkend das Gesetz, welches sie sanktionirt", „entwürdige", und gegen deren Abschaffung nirgend Erfahrung spreche, und mit 7 gegen 4 Stimmen beschlossen, vorzuschlagen, „den Grundsatz anzunehmen, daß auf körperliche Züchtigung überhaupt nicht erkannt werden dürfe, in diesem Sinne die zur Berathung gestellte Frage zu beantworten und auf Streichung des §. 10 anzutragen." Jene proponirte Hauptfrage, von der Beibehaltung dieser Strafart ausgehend, stellte die Wahl zwischen dem mildern §. 10 und den härtern Bestimmungen des Entwurfs v. 1843 und zwar aus dem Grunde, weil mehrere Landtage sich für die Prügel ausgesprochen hatten (Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, annähernungsweise Westfalen). Jener Antrag der Abtheilung wurde mit großer Majorität angenommen und „in diesem Sinne" die gestellte Frage beantwortet. Die Berhandlung bot interessante Haltpunkte. Der Abg. Camphausen, der mit längerer Rede vorangring, brachte zugleich die beiden wichtigsten Gesichtspunkte zur Erörterung, welche kurz vor der Abstimmung der Landtagskommissär Ilchhol zusammenfaßte. Am Rhein hat bekanntlich 1843 die zugemuthete Einführung körperlicher Züchtigung die gesammte Bevölkerung von den Niederigsten bis zu den Höchsten aufgeregt und einen wahren Sturm des Unwillens hervorgerufen. Sollte die körperliche Züchtigung in dem Maße, wie §. 10 angibt oder gar gemäß dem Entwurf von 1843 adoptirt werden, so dürfte keine Provinz der Monarchie ermitet werden, da, wie der Frhr. v. Gaffron aus Schlesien sagte, „alle auf Bevorzugung verbrüderte Theile Eines Reiches sind". — Ferner ist man der Ansicht — wenigstens gewesen — daß die körperliche Züchtigung für den Militärstoder unentbehrlich sei. Wied sie für das allgemeine St.-G.-B. als „die Menschheit entehrend" verworfen, so kann sie dann auch für das Militär nicht länger beibehalten werden, weil dasselbe, wie der Landtagskommissär aussprach, „nicht schlechter zu stellen ist als die übrigen Bürger des Staats, am Wenigsten schlechter als bereits ehrlos erklärte Verbrecher". Deßhalb zeigte derte dabei gleich im Eingang der Abg. Camphausen die bulgären Vorurtheile von der Unentbehrlichkeit der Prügel für das Heer, wo jenen die nahe liegenden Einwand gegen den Wegfall des §. 10 von vornherein zu beseitigen, referirte sich aber gegen die Nichtanerkennung seiner Gründe, die Unglaichartigkeit der Zwecke und Bedürfnisse bürgerlicher und militärischer Zucht. Daß die letztere Reservation nicht ganz unnöthig in einer deutschen Ständeversammlung, bewies der Umstand, daß Fürst Wilh. Radziwill die Prügelstrafe für das Heer als praktisch und unersetzlich vertheidigte, während er sich über ihre Zulässigkeit in der bürgerlichen Gesetzgebung nicht aueließ. Mit lautem vielstimmigen Bravorufe nahm die Versammlung die Worte des Frhrn. v. Patow auf, der von jenem ersten Gesichtspunkt aus, nicht aus besondern dem Adel eigenen Ehrbegriffen, sich gegen die Prügelstrafe erklärte: „es gelte dem Gesetzbuch für die Monarchie zu erhalten". Soll nun in Einer Provinzen körperliche Züchtigung Statt finden, während sie in einer nicht Statt findet? Oder soll sie in einer Provinz, in der sie seit 30 Jahren aufgehoben ist, wieder eingeführt werden? Das Letztere halte ich für durchaus unausführbar". Das Erstere brachte er für die sieben andern Provinzen als „schimpflich"! Gewaige sonstige Bedenken entfernte die Rede des Grafen Schwerin, der zwischen Disciplinarstrafe und Kriminalstrafe unterschied, und z. B. die völlige Entbehrlichkeit körperlicher Züchtigung innerhalb der Zuchthäuser nach dahinstellte. — Wiederum auf den des Militär angehenden Theil der Frage richtete sich die beredte Schilderung, welche der Abg. Sander-Lorpitschen von jenen militärischen Zuständen der Vergangenheit entwarf, deren Zeuge er gewesen, wo man zur Erhaltung der Disziplin noch Strafen für nöthig hielt, die alles menschliche Gefühl empörten, wo Redner an Einem Tage Tausende von Schlägen auf den nackten Körper ertheilen sah, dabei seelisch auch das Ehrgefühl der Armee so entwürdigt war, daß für eine Summe Geld sich Soldaten, die noch keine Strafe empfangen, öffentlich schlagen ließen! Der Abg. v. Auerswald widerlegte namentlich die von dem „großen Zuristen, welcher den Militärstreit mit seinem Namen ziert", vorgebrachten Einwürfe, erwähnte, daß nicht bloß Theoretiker, sondern auch Männer von Fach, wie der gestorbene Cerume, sich gegen die Prügel erklärt, und gab einen kurzen Abriß der Geschichte dieser Strafe in den sieben Entwürfen eines St.-G.-B. für Preußen, woraus erhellt, daß man sowohl im Staatsrath als im Staatsministerium in den Jahren 1826, 1828 und 1830 dagegen gewesen, und daß auch der durch Minister v. Savigny 1845 vorgelegte Entwurf diese Strafe nicht kannte. Der Minister v. Savigny führte für Beibehaltung derselben im gegenwärtigen Entwurf nur vorzugsweise „den Stand der öffentlichen Meinung" an, indem „die verfassungsmäßigen Organe derselben, d. h. „die Stände" 1843 großentheils sich für körperliche Züchtigung, zwei Landtage sogar für Ausdehnung solcher Strafe ausgesprochen hätten. Berthelsdorf fand die Prügelstrafe nur in den Abg. Wodnizka (Sagan) (Schles.), v. Werdeck (Brandenburg), dessen ungenommen Erfahrungen der Graf Schwerin die seinigen entgegenstellte (er habe als Landrath in den 14 Jahren seiner Amtsführung niemals körperliche Züchtigung ausführen lassen), Graf Renard (Schles.), der Freiheitsstrafe als „Seelenschmerz" für „die größte psychologische Tortur" erklärte und der Versammlung anheimgab, „ob nicht in gewissen Momenten eine leichte, milde, väterliche

Digitized by Google

körperliche Züchtigung besser sei, als die Gefängnißstrafen alten", und Dansmann (Kurmark), denn der Abg. v. Katte stimmte nur unter Modifikationen für die Strafe. Der Landtagsmarschall von Brandenburg, Hr. v. Rochow, wollte sie „ehrenhalber" abgeschafft wissen. — Hat die Gesetzgebung sich zur Beibehaltung der körperlichen Züchtigung durch die Stimmen der Landtage von 1843 bestimmen lassen, so wird voraussichtlich das entgegengesetzte Votum des Ausschusses die völlige Beseitigung nicht nur aus dem bürgerlichen St.G.B., sondern, der Reuterung des Landtagskommissärs gemäß, auch aus dem Militärkodex zur Folge haben! — — Bei dem §. 11 über die Strafarbeit schlug die Abtheilung vor, auszusprechen, daß es Bedürfniß sei, Zuchthausstrafe und Strafarbeit in abgesonderten Strafanstalten verbüßen zu lassen. Zunächst beschäftigte der Zwischenantrag des Frhrn. v. Gudenau (Rh.) die Versammlung, welcher die ganze Verhandlung über die Strafarbeit bis dahin vertagt wünschte, daß über die Dreitheilung in Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen entschieden sei, welcher Antrag aber verworfen wurde. Materiell hatte vom rheinischen Standpunkt der Abgeordnete v. Gudenau gegen Einführung der Strafarbeit, als einer neuen Art, eingewendet, dieselbe sei zweitens, ein Mittelding zwischen Gefängniß und Zuchthausstrafe, wie denn Würtemberg, Baiern, Braunschweig diese Strafgattung als entehrend, Sachsen und Hannover als nichtentehrend bezeichnen, während in Oesterreich und am Rhein früher zwei, gegenwärtig Eine entehrende Freiheitsstrafe und Eine nichtentehrende angenommen sei. Der Landtagskommissär erwähnte dagegen, daß der Entwurf nur die Eine entehrende Freiheitsstrafe kenne, die Zuchthausstrafe, daß die einfache Arbeitsstrafe den entehrenden Charakter nie habe, und, wenn auf entehrende Verbrechen Arbeitsstrafe erkannt werde, nicht diese, sondern das Verbrechen entehre. Ueber die Trennung der Sträflinge in verschiedene Häuser, in Zuchthäuser und Strafanstalten gibt auf die Bedenken des Fürsten W. Raymin der Landtagskommissär Zusicherungen. Korrespondent Freiherr von Hylmd regte die Frage an, ob nicht für die Strafarbeit ein Maximum von 10 Jahren festzusetzen sei, schob einen deßfallsigen Antrag aber auf den motivirten Wunsch der Abgg. Grafen Schwerin und Auerswald bis nach Berathung der einzelnen mit Strafarbeit bedrohten Verbrechen auf. Die Versammlung nahm darauf mit großer Mehrheit den Antrag der Abtheilung und sowelt den §. 11 unverändert an, wurde nun aber von Seite des Marschalls aus formellen Gründen behindert, auf einen höchst wesentlichen Fassungsantrag des Abg. v. Auerswald einzugehen, der den Namen „Strafarbeit" namentlich im Hinblick auf die Rheinprovinz, doch auch auf Altpreußen und die dort herrschende Stimmung verändert wünschte. — Mit §. 12 in Betreff der Gefängnißstrafe war die Abtheilung lediglich einverstanden, wollte nur die Kommunen gegen etwaige größere Belastung verwahren, welche durch die in Folge der Bestimmung des St.G.B. erforderlich werdende Einrichtung und kostspieligere Unterhaltung der Gefängnisse und der Gefangenen jenen auferlegt werden dürften. Stillschweigend tritt die Versammlung dem bei. — Der §. 13 über Schärfung der Gefängnißstrafe und somit Kürzung der Dauer derselben „bis zur Hälfte" wurde von der Abtheilung angenommen, mit der Modifikation, daß die fakultative Fassung einer gesetzlich zuzugebenden Praxis mache, daß der Richter nicht schärfen könne, sondern müsse, und daß die Worte „bis zur Hälfte" wegfallen. Korref. v. Myhius und Graf Renard fordern mit Entschiedenheit den Strich des Paragraphen; Letzterer verweist dabei auf den Beschluß gegen die Prügelstrafe. Die Anweisung einer harten Lagerstätte, einsames Gefängniß stünden mit der körperlichen Züchtigung auf Einer Stufe. Die Abgg. v. Auerswald, Naumann, v. Saucken-Tarputschen, Siegfried, Camphausen erklärten sich gegen, die Abgg. Graf Schwerin, v. Gaffron, Reinbeck, v. Uechtritz, v. Rochow (mit der Modifikation der Abtheilung), v. Olfers für den §. 13. Bei der Abstimmung entschieden sich die Mehrheit gegen den Wegfall und fast einstimmig für die von der Abtheilung vorgeschlagene Modifikation*).

Breslau, 21. Jan. Auf ruf! Manche Thräne des Kummers ist in den Hütten des schlesischen Gebirges durch deutsche Gaben getrocknet worden. Die Bewohner der Odernlederungen erhielten die Mittel zu neuen Saaten durch deutsche Mildthätigkeit, als die reichen Ernten von den Wasserfluthen des vorigen Jahres vernichtet worden sind. Vertrauensvoll wendern wir uns wiederholt an diesen bewährten Wohlthätigkeitssinn, an die edlen Herzen deutscher Männer und Frauen mit der Bitte, ihre Theilnahme, ihre Hilfe von Neuem einem Nothstande zuzuwenden, der in einem Theile unseres Vaterlandes in der That den höchsten Gipfel erreicht hat. In dem Rybniker und Pleßner Kreise in Oberschlesien haben drei Mißernten und das gänzliche Fehlschlagen der diesjährigen Kartoffelernte die unglücklichen Bewohner aller Subsistenzmittel beraubt. Zu arm, um auch zu mäßigen Preisen Nahrungsmittel kaufen zu können, zu schwach, um arbeiten zu können, schwanken sie heimatlos umher, und auch dem Hunger hat sich der Typhus erzeugt. Beide rassen ihre Opfer dahin und ein bedeutender Theil der Bevölkerung ist ihnen schon verfallen. Hunderte verwaister Kinder schreien nach Brot zwischen den Leichen ihrer Eltern. Diese auf authentische Vorlagen gegründete Schilderung wird unsere Bitte rechtfertigen, und so möge denn jener edle Sinn unserer Landsleute sich aufs Neue bewähren. Die Unterzeichneten sind bereit, Gaben zur Unterstützung der Nothleidenden anzunehmen, und werden eifrig bemüht sein, die ihnen anvertrauten Spenden nach Möglichkeit nützlich zu verwenden. Das Komité zur Milderung des Nothstandes in den Kreisen Rybnik und Pleß: Graf v. Brandenburg, v. Webell, M. Frhr. v. Diepenbrock, Fürstbischof; Prinz Biron-Kurland, Pinder, Dr. Kuh, Graf v. Harrach, v. Willisen, Ruffer, Graf v. Hoverden, C. A. Milde, Kintel, Schnerr, Graf. v. Burghaus. (Die Redaktion der Deutschen Zeitung erklärt sich zur Annahme von Beiträgen bereit.)

Vom Niederrhein, 25. Jan. Die Aach. Z. bemerkt bei Gelegenheit des Antrags auf Gewerbefreiheit, welchen der Abg. Helmreich in der badischen Kammer begründete: Helmreich hat ein sehr dürftiges Bild von Deutschland entworfen, wenn der Zollverein nicht ganz Deutschland umfaßt, nicht an das Meer gelange, nicht bessere Zölle einführe, nicht die jetzigen Bedürfnisse der Nation befriedige. Hat er auch übertrieben, wenn er uns das Loos Polens prophezeite, darin hat er nur zu recht, wenn er behauptet, daß Deutschland mehr und mehr zurückgehen und dadurch die Widerstandskraft gegen die Feinde, zwischen die es eingekeilt ist, verlieren werde. Der Augenblick, Rath zu schaffen, ist nicht bloß günstig, sondern auch dringend. Denn zu keiner Zeit waren die Anstrengungen Englands größer, sich in Deutschland zu erholen und uns sich pflichtig zu machen, als gerade jetzt, während man bei uns zwischen Systemen hin und herschwankt und keine Idee von jener Entschiedenheit des Handelns hat, welche in Volkskrisen so nothwendig ist, und welche überall sonst, wo man den Werth erfaßt und zugleich sich fühlt, sich so nützlich erweist. Aber dort werden die Zollvereinsthätigkeit und vom Volke mitbestraften und bestimmt, und nicht bloß von denen regulirt, welche außerhalb des Verkehr stehen und zum Theil ihm abgeneigt sind.

Düsseldorf, 26. Jan. Wir erfahren sodann aus guter Quelle, daß nach Beendigung der Sitzungen des Ver. Ausschusses in Berlin die Provinziallandtage einberufen werden sollen, um vor Publikation des neuen Strafgesetzes noch einmal gehört zu werden. Für die Rheinprovinz ist der Provinziallandtag auf den 11. April nach Koblenz einberufen. (Oberpostamtsz.)

Aus Tergau schreibt man uns vom 18. Jan., daß dort an diesem Tage die erste öffentliche Stadtverordnetensitzung gehalten und vom Vorsteher, Justizkommissarius Mertig, mit einer passenden Rede eröffnet wurde, worin er namentlich hervorhob, wie die frühere Macht der Städte besonders durch allmähliches Hinsterben des Sinnes der Bürger für Oeffentlichkeit und durch die Zunahme des Egoismus gebrochen sei. Unserer Zeit wäre es vorbehalten, die Liebe für das allgemeine Beste wieder zu wecken, zu erhalten und zu heben. Mündlichkeit und Oeffentlichkeit seien die Pfeiler, auf denen ein starkes Bürgerthum ruhen müsse. Der Bürgermeister Bärwinkel trat im Namen des Magistrats den Ansichten der Stadtverordneten bei. Bei dem hierauf folgenden Festmahle, welches durch zweckmäßige Toaste Belebung gewann, fanden sich alle Stände vertreten, dagegen hatte das Militär auch nicht einen einzigen Standesgenossen gesandt. An demselben Tage fand auch in der Nachbarstadt Wittenberg die erste öffentliche Stadtverordnetensitzung Statt.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 29. Jan. Heute hatte die Kammer über die Antwortsadresse auf die Rede vom Throne zu berathen. Der Frhr. v. Berlichingen stellte den Antrag, dies in geheimer Sitzung zu thun, der Antrag wurde unterstützt, und demgemäß ließ der Präsident die Gallerien räumen, um erst in geheimer Sitzung darüber zu berathen, ob die Adreßberathung geheim sein solle. Die Freunde der Oeffentlichkeit scheinen unterlegen zu sein, denn die Gallerien

*) Mit Rücksicht auf die Verhandlungen anderer deutschen Ständeversammlungen, welche die Deutsche Zeit mittheilt, werde ich im Verlauf unserer Ausschußverhandlungen mich darauf beschränken, aus den umfangreichen stenographischen Berichten die sämmtlichen Vorgänge nicht anders als in Umrissen darzustellen, und die Gegenstände der Berathung, die Namen der für und wider streitenden Redner, die Schicksale der Abstimmungen zu nennen, indem ich mir vorbehalte, bedeutendere Momente herauszuheben, entscheidende Reden näher zu charakterisiren und für hervorragende parlamentarische Kämpfe ein größeres Feld zu brauchbarem.

Digitized by Google

rien öffneten sich nicht wieder. Erst um 3 Uhr endigte die geheime Sitzung. Nur ein Mal, im Jahr 1839 fand diese Berathung öffentlich Statt, und zwar auffallender Weise von einer Kammer, in welcher nach dem Gesammtwahlrecht unserer Opposition beinahe keine Widerstandskräfte gegen die Regierung vorhanden waren. Allein eben damals scheint die neue Maßregel wenig Billigung bei einer hohen Person gefunden zu haben. Rücksichten hierauf, mehr als politische Gründe, mögen die geheime Berathung seither und so auch dies Mal veranlaßt haben.

# Stuttgart, 30. Jan. Die Berathung der Adresse auf die Thronrede in geheimer Sitzung wurde gestern in der Abgeordnetenkammer gegen eine Minderheit von 31 Stimmen (der Opposition) beschlossen. Ein Rücktritt gegen das Jahr 1839, wo die öffentliche Berathung durchgegangen war. Allerdings sind seither die Fragen immer belikater und spitziger geworden, weßhalb auch sämmtliche Minister dies Mal erschienen. Die Adresse ist insoferne nicht ein bloßer Widerhall der Thronrede, als die Opposition durchsetzte, daß die Roth für noch anhaltend und die Maßnahme ausdrücklich für Folgen der Theuerung erklärt wurden, während die Gegner namentlich den letzteren Beisatz bekämpften, um der Vermuthung politischer Umtriebe Raum zu lassen, wie denn der anwesende Justizminister v. Prieser das Vorhandensein eines Komplottes, ob auch nicht süe erwiesen, doch für wahrscheinlich erklärte. In Betreff baldiger Einführung der Preßfreiheit entheilte der Minister des Auswärtigen bündig scheinende Zusicherungen, konnte auch nicht umhin, das bestehende Censurprovisorium als etwas lang anzuerkennen.

**Baden.** # Karlsruhe, 29. Jan. Die gestrige Verhandlung und Schlußfassung in Bezug auf die Unterstützung der drei Badenser hat ein Ereignis veranlaßt, welches bedeutungsvoll werden kann und zugleich zeigt, welche Folgen entstanden sein würden, wenn die Kammer die Unterstützung verweigert hätte. Heute um halb zwei Uhr kamen Arbeiter der Kessler'schen Maschinenfabrik in das Ständehaus, um mit dem Präsidenten zu sprechen und von ihm die Mittheilung der Namen jener Arbeiter sich zu erbitten, welche die Eingabe an Hecker unterzeichneten, die dieser in der Kammer mittheilte. Sie erklärten, daß alle Arbeiter (850 an der Zahl) beschlossen hätten, nicht mehr mit solchen Leuten zu arbeiten, welche nach jener Eingabe ersetzt das Schicksal ihrer Fabrikherrn hätten. Der Kammerdiener gefährdet hätten. Da der Präsident Mittermaier sich in Heidelberg befand, so übernahm es der Vicepräsident Bader, die Arbeiter zu beruhigen. Es ergab sich, daß unter den Arbeitern große Aufregung herrschte, daß sie in jeder Werkstätte Abgeordnete wählten, welche ihre Sache vortragen und verfolgen sollten. Um 5 Uhr erschienen 20 Abgeordnete der Arbeiter im Ständehaus; sie waren anständig und artig und forderten die Angabe der Namen der Unterzeichner der Eingabe an Hecker. Der Vicepräsident beruhigte sie, indem er ihnen erklärte, daß die Eingabe nicht an die Kammer, sondern an Hecker gerichtet gewesen wäre und daher die Kammer keine Mittheilung machen könne. Die Arbeiter beschlossen nun, eine Petition an die Kammer zu richten. Sie behaupten, daß nach ihren Nachforschungen nur etwa 6 von ihnen die Eingabe unterzeichnet haben könnten und die übrigen Unterzeichner unbekannte Leute seien. Auch in Durlach, von wo eine Petition an die Kammer eingereicht wurde, entstand große Aufregung, da die Arbeiter, welche die Petition unterzeichneten, nun brodlos zu werden besorgen. Man ist gespannt, welche Folgen das Ereignis haben wird.

**Hessen.** Darmstadt, 29. Jan. Die Gr. Hess. Zeit. widerspricht dem von einem unserer Berner Korrespondenten gebrachten Berichte, als bestänben in Hessen besondere Verfügungen gegen Schweizerbürger; keinem Schweizerbürger sei solchem wider der Eintritt und Aufenthalt im Großherzogthum untersagt oder erschwert, vielmehr habe er den nämlichen Schutz zu erwarten, wie jeder andere Ausländer. Daßselbe sei der Fall mit Schweizer Handgewerksgesellen; nur hätten sie durch ein Zeugniß ihrer Heimathbehörde darzuthun, daß sie zeiher Theilnahme an kommunistischen oder revolutionären Umtrieben fremd geblieben sind. — Gleichzeitig bringt die Speierer Zeitung eine Mittheilung, wornach im Wanderbuch eines aargauischen Schreinergesellen folgender Eintrag zu lesen ist: „Inhaber wird angewiesen, sich binnen 24 Stunden aus dem Großherzogthum Hessen zu entfernen, da Schweizer Handwerksburschen das Wandern in solchem nicht erlaubt ist. — Benehmt, am 13. Jan. 1848. — Großherzoglich hessischer Kreisrath. — In Auftrag: Hüfner." Ganz ähnliche Einträge bringt heute unser Berner Korrespondent, die wir morgen mittheilen werden; wir hätten also hier wieder eine Berichtigung, wie sie der D. J. schon zu verschiedenen Malen zu Theil geworden sind.

* Darmstadt, 31. Jan. Nicht Emmerling und Lehne, wie in Nr. 30 zu lesen ist, stellten die zwei Anträge wegen Freiheit der Presse, sondern Reh und Lehne. Die Note zu Reh's Antrag wegen Kurhessen nennt die beiden hessischen Häuser erdverbrüdert. Dieser Ausdruck ist technisch nicht richtig; sie haben als zwei Linien eines und desselben Hauses, also durch Verwandtschaft, gegenseitiges Erbfolgerecht. Erbverbrüdert sind (oder waren wenigstens) die hessischen Häuser mit Brandenburg und Sachsen.

# Frankfurt, 27. Jan. Die Nachricht, welche auf eine Anfrage im Rh. Beobachter, sich in vielen Blättern verbreitet hat, daß der Professor der evang. Theologie in Marburg Dr. Thiersch, der Sohn des berühmten Philologen, hier in die Sekte der Irvingianer aufgenommen worden sei, wird von gutunterrichteten und dem Herrn Thiersch befreundeten Personen für sehr wahrscheinlich gehalten. Daß Hr. Thiersch wiederholt hier war, um mit reisenden Aposteln des Irvingianismus zu verkehren, ist gewiß und bei seiner letzten Anwesenheit soll die Aufnahme erfolgt sein. Die Sekte selbst stammt von dem berühmten Prediger Irving, welcher an der schottisch-presbyterianischen sog. caledonischen Kapelle in London vom J. 1792 an wirkte, bis er 1832, wegen seiner Irrlehre auch dem geistlichen Stande gestoßen, seine Sekte gründete. Ein Mann von gewaltiger Fantasie, der Lieblingsprediger der vornehmen Welt, kämpfte er gegen die Weisheit des Jahrhunderts, die den gesallenen Engel Liberalismus über den Morgenstern Christus erhebe. Seine Ketzerei fing mit dem Satze an: daß Christi menschliche Natur mit der Erbsünde behaftet gewesen, sie er jedoch überwunden, und verlor sich in dem Glauben an das Wiedererstehen der Gerichtsgaben des apostolischen Zeitalters, namentlich des sog. „Zungenredens" unverständlicher Sprachformen mit einzelnen Ausrufungen untermischt und in Weissagungen endend, welche seine Anhänger im Gottesdienst übten. Es ist Schade, daß das nicht unbedeutende Talent des Hrn. Thiersch sich durch den längst betretenen Weg des Pietismus bis zu diesen Thorheiten verlor, aber auch ein neues warnendes Exempel, wohin ein unter großem Beifall der pietistischen Partei begonnener Weg führen kann. Man sieht hier sehr gespannt ebenfowohl einer Erklärung des Hrn. Thiersch als dem Benehmen der seitenfindlichen kurhessischen Regierung in dieser Sache entgegen *).

**Schleswig-Holstein.** Die Bew. allg. K. Z. theilt mit, wie vom nördlichen Schleswig her die Klagen immer lauter werden, daß die Predigerstellen der Gemeinden, in welchen die Kirchen- und Schulsprache die dänische ist, nicht wie bisher mit deutschredenden Schleswigern, sondern mit Nationalänen besetzt und dadurch viele großentheils sehr einträgliche Pfarren z. B. im Lande Sundewitt, im Amte Hadersleben, auf Alsen den schleswig-holsteinischen Kandidaten entzogen werden. Die Regierung verhehlt es gar nicht, daß sie den Grundsatz habe, mehr und mehr Nationalänen in jene Distrikte zu verpflanzen, und die Absicht dabei ist keine andere, als die, auch auf diesem friedlichen Wege der deutschen Nationalität in jenen Gegenden den Todesstoß zu geben.

**Schweiz.**

** Vom Neckar, 28. Jan. Die gleichlautende Note, welche die drei Mächte an die Tagsatzung gerichtet haben, hat allerdings, soweit man es schon jetzt beurtheilen kann, Eindruck gemacht; wie sie auf die Parteien bleibend wirken werde, steht dahin. Es ist offenbar, behaupten Manche, daß, wenigstens von der östr. Staatskanzlei, früher eine andere Sprache drohhaftigt war, weil man sonst die Zwölftagen und Verlautbarungen im östr. Beobachter nicht gethatet haben würde. Diese schaden jetzt wesentlich dem Eindrucke jener Note, deren Sprache man mit jener verglichen, für nicht ganz offen und nicht der eigentlichen Meinung und Absicht entsprechend hält; ja, (und das bedauern wir auf unserem Standpunkte am meisten) man glaubt, indem man die Sprache des Journal des Debats und die Reden in der Pairskammer vergißt, für die Aenderung und Milderung des Tons und der Absicht wiederum nur Frankreich verpflichtet zu sein. Es wird die Aufgabe der Diplomaten, jene Mißtöne zu verwischen und die Petulanz, welche das Gemeingefühl Aller verletzte, einschieden zu bedauern. Da jene identische Note die „Nationalsouveränetät" so besonders betont, so fürchten wir, daß die Diplomaten das eigentliche

*) Dannach könnten wir uns Glück wünschen, daß Heidelberg durch die Umsicht des Ministeriums bei neulicher Besetzung einer theologischen Professur vor Hrn. Thiersch bewahrt blieb, der nicht nur durch einige gräßliche Mißgriffe der ev. evang. Oberkirchenraths uns viele Pietisten im Lande, sondern selbst durch einen sehr herzlichen in Kaelsruhe gefeierenden Diplomaten dringend empfohlen gewesen sein soll. D. R.

Digitized by Google

und europäische Interesse der Großmächte von Neuem verkennen, wenn sie wirklich jene Souveränität, wie sie bis jetzt bestand, gegen eine stärkere Centralgewalt unbedingt vertheidigen wollen. Uns scheint es, daß die Ungefährlichkeit der Schweiz, ihrer exceptionellen Prärogative als Neutralrepublik, für Europa gerade von dem Maße abhänge, in welchem diese Centralgewalt, ohne die Souveränität der Kantone für die inneren Sonderinteressen aufzuheben, für die Gesammtinteressen stark genug wird, die Excentricität der Kantonalbewegungen zu neutralisiren. Ein Zustand, wie der bisherige kann nur der Agitation extremer Parteien gefallen und muß eben diese Lokalagitationen für das Ausland gefährlich machen. Die Bewegungen seit 1830 — wir dürfen sagen, seit 1815 und vom Tage an, wo die Annahme der Konstitution von 1814 und 1815, auf welche die Mächte so entschiedenes Gewicht legen, durch die Mehrheit erzwungen werden mußte — und am meisten der Sonderbund mit seinen Ursachen und Folgen, ja eben die Zustände, gegen welche die Noten und Bemühungen der Mächte in ihrem officiellen Anschein gerichtet sind, beweisen für unsere Ansicht, für die im Interesse der Nachbarn und ganz Europas liegende zwingende Nothwendigkeit einer stärkern Centralgewalt. Diese allein kann der gesetzlichen Ordnung in der Schweiz das Uebergewicht, die Dauer sichern und die größte Gefahr für Europa beseitigen, welche die aus der Fortdauer der jetzigen Zustände und der stets imminenten gewaltsamen Intervention drohende Vernichtung der Schweizer Unabhängigkeit nothwendig herbeiführen würde. Ein unbedingtes Festhalten an der bisherigen Kantonalsouveränität arbeitet der Revolution geradezu in die Hände; dies kann nur Verblendung verkennen oder answärtiges eigennütziges Sonderinteresse vertheilen. Es würde am Ende selbst die Konservativen zwingen, sich mit den Radikalen zu verbinden. Schon jetzt ist es kein Geheimniß mehr, daß das Bestreben für eine entsprechende Bundesreform mehr und mehr an Ernst verliert, daß auch sie Parteisache zu werden droht. Die Radikalen, so scheint es uns und wir möchten uns darin gern täuschen, die Radikalen, mit Ausnahme der Wüthichen, würden sie gerne ganz vertagen und dürften am meisten Schwierigkeiten machen gegen eine verständige Stärkung der Centralgewalt, weil diese ihre Lieblingsthätigkeit einschränken, den Kantonligeist, das erprobte Mittel der knbelosen Agitation, wenn nicht ganz brechen doch zähmen würde. Die Wüthchen aber dringen von dem Augenblicke an, wo sie die ihren Gelüsten entgegenstehende Kraft in den ästlichen und deutschen Kantonen erkennen, mit der Agitatation ihrer Kantone auf Centralisirung mit Repräsentation nach Kopfzahl ꝛc., um so sicherer den Konservativismus in der Kantonalsouveränetät zu brechen. Diese Partei wird von Tag zu Tag umsomehr unruhiger, als sie die Zeichen erkennt der in ihrem eigenen Gebiete herannahenden Krise. Können die Mächte wirklich glauben, daß der Sturm, der so von allen Seiten weht, und wenn er ausbricht, eine daß die Schweiz in einer gesicherten Centralgewalt ein sicherndes Steuer fiſſt, Alles und sie selbst in die drängensste Mitleidenschaft ziehen muß, von 22 souveränen mehr und minder demokratischen Unbeschränktheiten aus, genugsam beschworen werden könne? — Flebit victor, victus ulcriit! —

* Die „Berner Zeitung" ist mit unserem **Neckarkorrespondenten sehr unzufrieden; sie erklärt dessen Verschreibung von einer Spannung des „Berner Radikalismus" mit Stratford Canning geradezu für unwahr und berichtet ihren Lesern, daß der angebliche Neckarkorrespondent „mitten in Bern" sitze. Was das Verhältniß Stratford Canning's zu manchen Mersallen der jüngsten Politik angeht, so hat sein Memorandum und jeder weitere Erörterung über denselben; was den Neckarkorrespondenten betrifft, so können wir der Berner Z. aufs Bestimmteste versichern, daß ihre Behauptung zwar sehr zuverschlich aber trotzdem falsch ist, denn derselbe sitzt nicht „mitten in Bern", sondern nach wie vor dicht am Neckar. Die Berner Z. hätte daher besser gethan, eine Ansicht, die nicht die ihrige ist, zu widerlegen, statt zu schimpfen und zu verdächtigen; die Aufsicht ihrer Ungnade, womit sie am Schlusse die D. Z. bedroht, wird die letztere in den Grundsätzen ihrer Politik auf eine Weise ire machen. Wenn die D. Z. in kritischen Zeiten das gute Recht der Eidgenossenschaft gegen Verhetzung und Feindseligkeit eifrigst vertheidigt hat, so wird sie das auch ferner mit derselben Energie thun, ohne jegliches Mißgriffe auf der andern Seite zu bemänteln. Wir möchten, daß der Sieg der guten Sache ein dauernder sei und nicht zur Quelle neuer Reaktionen werde; wir haben deßhalb am ersten Tage nach dem Siege (s. die D. Z. vom 30. Nov. 1847) zur Mäßigung gerathen, und werden auch künftig dafür stimmen, so lange man uns nicht die alte Erfahrung widerlegt, daß nur eine versöhnende Politik die Wunden, welche Erbitterung und Parteigeist geschlagen, dauernd heilen kann. Daß wir mit unsern Ansichten nicht allein standen, bewies uns die Stimme Casimir Pfyffer's, bewies uns das Memorandum Stratford Canning's, von dem wir sehr gern gewünscht hätten, daß der darin enthaltene gute Rath überstüssig gewesen wäre. Wenn wir neben unsern schweizerischen Berichten, welche die Dinge zum Theil in freundlicherem Lichte sehen, auch einer deutschen Stimme Raum geben, deren gute und wohlmeinende Gesinnung wir verbürgen können, so erfüllen wir damit nur eine Pflicht gegen die Sache, die wir zum bauernden Siege geführt und deßwegen vor Extremen und Mißgriffen gewahrt sehen möchten. Denn die Leute der „Berner Zeitung" und mit ihr viele andere Schweizer sind durchaus im Irrthum, wenn sie glauben, die Politik jener „Vermittlung", die schon im Juli 1847 die Strengen besiegen wollte, habe ihren völligen Rückzug angetreten; sie hat sich die Erfüllung ihrer Wünsche nur vertagt, nicht versagt und wartet, wie wir der B. Z. aus sehr guter Quelle versichern können, nur auf einen Anlaß, Zehlgriffe dort zu einer neuen Verwicklung der Schweizerverhältnisse zu benützen. Wer daher vor drohender Feuersgefahr warnt und zur Vorsicht mahnt, den kann nur die Verblendung als Brandstifter verdächtigen. Wenn die Freunde der ctdg. Sache sich fürchten wollten, ihre Meinung frei und offen auszusprechen, so wäre damit der ultramontanen Kreuzzugspredigt Montalembert's und seiner Klage über einen „radikalen Despotismus" ein Sieden von Wahrheit gegeben, und es würde sich über diesen Schwindel Niemand weniger freuen, als eben die Leute, die sich seit sechs Monaten über unsere Reden geärgert haben. Haben wir Diesen zu Liebe nicht geschwiegen, so werden wir auch den Andern zu Gefallen die freie Diskussion nicht abbrechen; die Erfahrung wird dann zeigen, wer es mit dem Wohle der Schweiz und der festen Gestaltung ihrer Verhältnisse am redlichsten gemeint hat. Es ist möglich, daß die Befürchtungen unseres Neckarkorrespondenten zu schwarzsichtig sind, möglich, daß unsere Freunde in Bern, Zürich, Chur u. s. w., deren Berichte die D. Z. bringt, in ihrer optimistischeren Betrachtung Recht behalten, jedenfalls wollen wir in einer Sache, deren Gedeihen uns am Herzen liegt, lieber zu wachsam als zu sorglos sein, lieber den Aerger der Andern auf uns laden als die späte eigene Reue.

**Luzern.** Am 27. Jan. ist der außerordentliche Gesandte Sr. Heiligkeit, Mgr. Luquet, von dem hier residirenden Nuntius dem Hrn. Schultheiß Kopp vorgestellt worden. Die Audienz dauerte 1½ St. Der „Eidgenosse" bemerkt hierüber: „Wie verlautet, soll die Audienz des Hrn. Abgeordneten, dessen liebenswürdiges Aeußere auf einen sanften Charakter schließen läßt, vorzugsweise darin bestehen, auf Verführung der Gemüther hinzuwirken, und nichts weniger als jene religiöse Fanatisirung des Volkes zu dilligen, wodurch über einen großen Theil der katholischen Bevölkerung und die Schweiz überhaupt so großes Unglück gebracht worden ist."

In Schwyz ist man noch nicht im Reinen darüber, ob die Verfassung angenommen oder verworfen ist; nach der N. Z. Z. hat der Gr. Rath die Sache an eine Kommission gewiesen, die zudem einen Versuch zur Verständigung in der Verfassungssache machen soll.

## Niederland.

Die regelmäßigen Staatseinkünfte Niederlands haben im Jahr 1847 die Summe von 54,576,588 fl. weniger betragen als im Jahr 1846, nämlich 54,052,307 gegen 54,576,588 fl. Das Minder trifft hauptsächlich auf die Accise (um 807,947 fl.) und die directen Abgaben (um 279,150 fl.)

Die holländische Infanterie ist während des gegenwärtigen Winters auf Verfügung des Kriegsministeriums im Schlittschuhlaufen geübt worden. Aus Rymwegen, Groningen und andern Orten wird gemeldet, wie das Zufvolk daselbst in voller Waffenrüstung allerlei Evolutionen mit einer die Zuschauer in Erstaunen setzenden Geschwindigkeit auf dem Eise ausgeführt habe. Uns dünkt es in der That staatsklug von den Niederländern, daß sie die Ereignisse des Jahres 1795 nicht vergessen, wenn wir auch glauben daß durch Schlittschuhlaufender Truppen der Wiederkehr derselben nicht vor gebeugt werde.

## Großbritannien.

**London**, 27. Jan. Die Angelegenheit des Dr. Hampden ist in eine neue Phase getreten. Seit mehreren Tagen breitet sich bauern vor dem Gerichtshofe der Queens Bench die Verhandlungen über die Einwürfe, die gegen seine Ernennung zum Bischof von Hereford erhoben worden. Der Zudrang ist ungeheuer, Rechtsgelehrte und Geistliche sinden sich in Masse ein. Man ist auf die Entscheidung des Ge-

Digitized by Google

richtshofes sehr gespannt. Jedenfalls hat Lord John Russell durch seine Einmischung in kirchliche Angelegenheiten — obschon er hierbei, so weit es in England möglich ist, mehr der freieren und präsenden Richtung Vorschub leistet — der immer mehr Raum gewinnenden Frage von der Trennung zwischen Kirche und Staat wider Willen neuen Anstoß gegeben. Immer entschiedener macht sich auch unter den Engländern das Bedürfniß kund, ihre Gewissen und religiösen Ueberzeugungen von jeder Einmischung des Staats frei zu halten; man will sich weder die Orthodoxie noch den Rationalismus anbringen lassen, man will freie individuelle Entwickelung, und je mehr der Staat in diese Freiheit hinübergreifen die Tendenz zeigt, umsomehr wird die leidige Sectiererei zunehmen. Dieses Streben nach Unabhängigkeit der religiösen Ansichten vom Staat beuten die Puseyiten, die erbittertsten Gegner Hamdens, in ihrem Sinne aus, indem sie der Kirche wieder mehr Macht und Einfluß dem Staat gegenüber erobern wollen. Aber auch dies ist es nicht, was die neuere Zeit verlangt, es wäre nur eine andere Art geistiger Knechtschaft, ein Rückfall in vorreformatorische Zustände.

Dr. Freund hat in einem würdig abgefaßten Schreiben an den Herzog von Cambridge und den Vorstand des deutschen Hospitals erklärt, daß er seine Stelle als leitender Arzt dieser wohlthätigen Anstalt niederlege und dadurch am Besten beweise, daß seine im Briefe abgegebene Versicherung der aufopfernden Theilnahme, womit er der Anstalt 2 Jahre lang seine Kräfte gewidmet, keine Unwahrheit ist.

## Frankreich.

Paris, 27. Jan. „Guizot muß fallen und wird fallen, der Unwille der Nation ist drauf und dran, diese Macht zu brechen, die wie ein Alp auf Frankreich lastet, unter deren Druck die Quellen des frischen, kräftigen Wohlgedeihens eine nach der andern versiegen." Wie oft haben wir diese und ähnliche Redensarten schon gehört! Drei oder vier Mal im Jahre macht die Opposition mit donnernden Worten und Verwünschungen einen allgemeinen Sturm auf das Ministerium vom 29. Oktober, aber alle Anstrengungen ihres Hasses sind vergeblich, und die Gunst des Königs und der Bestand von 225 oder 250 Stimmen in der Kammer ist mächtiger als die tödtliche Feindschaft der systematischen Opposition und als die unzweifelhafte Mißgunst der großen Mehrheit des Volkes. Diese oft bewährte Gefahrung macht uns sehr ungünstig für die Siegeshoffnungen, welche in diesem Augenblicke wieder in einem Theile der dem Ministerium feindlichen Presse laut werden. „Hr. Guizot", sagt der Courrier français, „ist wie ein zum Tode Verurtheilter, der sich gegen den unvermeidlichen Streich wehrt, der ihn durch einen wahnsinnigen Widerstand einen Augenblick zu verzögern sucht, der nach einem falschen Leben nicht zu sterben weiß." Die Minister, der sich an den Thron anklammert, sich an den Stufen desselben festhält, der sich verewigen will wie das Königthum, auf die Gefahr hin, das Königthum zerbrechlich zu machen wie er selbst ist, das ist ein neues Schauspiel in der Geschichte. Bis jetzt hatte man es noch nicht erlebt, daß ein Bürger versuchte, aus der Monarchie eine Art Leibrente für sich zu machen." Aber, tröstet sich der Cour. franç., die Stunde Guizot's hat endlich geschlagen, und über ein Kleines wird Frankreich auf dem Grabe seiner verhaßten Gewalt tanzen. Wie man sich doch selbst belügen mag! Nicht der Minister ist es, der sich dem Throne aufdrängt, der Thron ist es, der den Minister festhält, und wenn Hr. Guizot fällt, so wird es geschehen, weil Louis Philipp ihn abgenutzt hat, und weil er ein neues Werkzeug zu den alten Zwecken braucht.

Zu dem vierten Satz des Adreßentwurfs, welcher heute zur Verhandlung kam, hat Hr. Billaut das folgende Amendement gestellt: „Wir schließen uns den Wünschen Ew. Majestät an, indem wir vor allen Dingen verlangen, daß Ihre Regierung unermüdlich daran arbeite, die Sittlichkeit des Volks zu heben und dieselbe nicht länger durch verderbliche Beispiele zu gefährden." Es versteht sich von selbst, daß dieses Amendement mit großer Stimmenmehrheit zurückgewiesen werden wird, und der Zweck des Hrn. Billaut kann deßhalb kein anderer sein, als das ewige Thema der Korruption wieder einmal recht ausführlich abhandeln zu lassen. Dagegen würde Nichts einzuwenden sein, wenn sich von allen den schönen Worten, welche über jenen Gegenstand bereits gesprochen und noch zu erwarten sind, die mindeste Wirkung bestem ließe. Aber Jedermann ist vom Gegentheil überzeugt, und deßhalb glaubt man wie, daß die französische Opposition es durchaus nicht verantworten kann, wenn sie an fruchtlose Theorien eine kostbare Zeit verschwendet, welche den Geschäften gewidmet werden sollte. Gar nicht zu reden davon, daß durch dieses einförmige Predigen in der Wüste das öffentliche Gewissen und die Ohren des Volks vollends abgestumpft werden müssen.

Paris, 28. Jan. Durch die Nachrichten aus Neapel und Palermo wird die öffentliche Theilnahme einigermaßen von dem, was in der Kammer vorgeht, abgezogen. Es bedarf nicht der Bemerkung, daß die verherrlichenden Stimmen den Aufstand auf Sicilien mit stürmischem Jubel begrüßen. Selbst die konservativen Blätter wagen sich kaum zu Gunsten der neapolitanischen Regierung auszusprechen, welche in Frankreich gehaßt oder vielmehr verachtet wird wie wenig andere. Daß es der neapolitanischen Regierung gelingen werde, den Aufstand mit eigenen Kräften zu dämpfen, wird allgemein für sehr unwahrscheinlich gehalten; wenn man aber bereits wissen will, daß Oesterreich vom Papste die Erlaubniß zum Durchzug von 30,000 Mann Soldaten durch den Kirchenstaat verlangt habe und abschlägig beschieden worden sei, so ist das ohne Zweifel eine voreilige Nachricht.

Dem Unwohlsein des Königs ist nicht mehr die Rede. Man versichert übrigens, daß das Ministerium sich in mehreren Sitzungen unter dem Vorsitze Louis Philipps über die Wahl der Männer berathen habe, welche dem Herzog von Nemours im Falle des Todes des Königs als Regentschaftsrath beigegeben werden sollen.

Der Courrier français berichtet, daß Abdel-Kader mit seinen nächsten Verwandten nach Paris kommen und den König vorgestellt werden solle, und daß man ihm hierauf eine Stadt des südlichen Frankreichs zum Aufenthaltsorte anweisen werde. Der Emir habe übrigens durchaus nicht auf die Vollziehung seiner Kapitulation verzichtet sin der That ist das Schreiben, in welchem dies geschehen sein sollte, niemals veröffentlicht, woraus man mit ziemlicher Sicherheit schließen kann, daß es mit dem Inhalte desselben sein Bedenken gehabt habe), sondern nur eingewilligt, daß seine Uebersiedelung nach dem Orient einstweilen verschoben werde. Die Behandlung Abdel-Kader's im Fort Lamalgue ist bisher eines edelmüthigen Volkes durchaus unwürdig gewesen und hat dem Emir manche Aeußerungen der äußersten Bitterkeit abgepreßt.

## Italien.

Rom, 21. Jan. Die A. Z. bringt folgende officielle Nachricht: In der verflossenen Nacht um 4 Uhr verließ Se. Eminenz der Kardinal Ferretti diese Hauptstadt und begab sich nach Ravenna, um die Verwaltung der Legation in jeder Stadt und Provinz zu übernehmen, mit der ihn Se. Heiligkeit ausnahmsweise betraute. Der Papst ernannte Se. Eminenz den Kardinal Bofondi zum Staatssekretär.

Rom, 17. Jan. Der Papst hat dem Andringen um völlige Reform des Heerwesens insofern bereits entsprochen, als der bisherige Kriegsminister Rusconi, dessen Tagesbefehl gegen die drängenden Anreger der Reform, wie wir meldeten, hier Sensation machte, sein Ministerium gegen das Ministerium der öffentlichen Arbeiten vertauschen mußte. An seine Stelle tritt mit dem Recht, im Ministerrathe zu sitzen, Fürst Gabrielli. General Durando (nicht Durenti) früher in piemontesischen, später in belgischen und spanischen Diensten, und in neuester Zeit durch seine Schrift über Organisirung der Bürgergarden bekannt, soll von der Regierung bei Errichtung rascher und zweckmäßiger Vertheidigtalten zu Rathe gezogen werden. Ein Blatt brachte die Nachricht, die Esterr. Regierung habe bei Pius um die Erlaubniß, ihre Truppen durch den Kirchenstaat nach Neapel zu führen, angesucht, Pius habe jedoch erklärt, er werde dies keiner Macht gestatten. Heute meldet die Bilancia in einer Nachschrift, ein außerordentlicher Kurier habe eben die Nachricht vom Tode des Fürsten Metternich überbracht! Wer den Kurier erspielt, wird nicht gesagt. Die Bilancia hat mit dem Beginn des Jahres nicht übel ihr Format, sondern auch ihre Glaubwürdigkeit verkleinert. Sie gibt jetzt bloße Gerüchte als gewisse Nachrichten. — Je höher der Haß gegen die österreichische Regierung in ganz Italien anschwillt, desto größer werden die zärtlichen Anknüpfungen von Seite des Kabinets der Tuilerien. Außer den auf Kredit gelieferten Gewehren, deren heute eine große Zahl unter das vierte Bataillon vertheilt wurden, hat jetzt Louis Philipp dem Papste ein ausgezeichnetes Kunstwerk der französischen Industrie, das bei der Ausstellung in Paris allgemein bewundert wurde, zum Zeichen seiner Ergebenheit übersendet. Indessen lassen sich die Italiener durch derlei persönliche Liebeserkenntnisse über die Absichten des Königs von Frankreich nicht täuschen und die Debatte thun das Ihrige, keine Illusionen in Beteff der französischen Politik auf-

Digitized by Google

kommen zu lassen. — Die kostspielige Armenverwaltung, die bisher nicht weniger als 500 Beamte und für deren Besoldung 38,000 Scudi jährlich in Anspruch nahm, soll nun so vereinfacht werden, daß das den Armen gewidmete Geld nicht in so bedeutenden Summen seinen Zweck verfehle. Die Fürsten Borghese und Bianchini stehen an der Spitze der für die öffentliche Wohlthätigkeit bestimmten Section der Municipalität und werden wohl die nothwendigen Reformen beschleunigen.

Rom, 15. Jan. Das Diario tritt heute mit auffallender Wärme dem jetzt auch von den hiesigen Notizie bei giorno verbreiteten Nachricht entgegen, der Kaiser von Rußland habe dem Grafen Bludow als Zeichen der Zufriedenheit über den glücklichen Abschluß der mit dem heil. Stuhl eingeleiteten Verhandlungen den St. Annaorden verliehen. Das Diario lobt den gesunden Sinn jener Blätter, die diese Nachricht bezweifelten und das dabei producirte Schreiben des Kaisers an v. Bludow für apokryph erklärt hatten. Diese Blätter, sagt das Diario, konnten sich nicht überzeugen, wie der Kaiser am 17. Dec. seinen Orden für den glücklichen Abschluß der mit dem heil. Stuhl eingeleiteten Verhandlungen ertheilen konnte, während der Papst an demselben Tage erklärte, es habe in dieser Angelegenheit durchaus kein Abschluß stattgefunden. Die Notizie werden dabei für die Aufnahme dieser Mittheilung scharf mitgenommen. Man sieht hieraus, daß die Beziehungen zwischen Rom und St. Petersburg noch eben so frostig sind als früher. — Lord Minto, der hier mit größtem Eifer Notizen über die römischen Zustände sammelt, erwartet am 26. Depeschen seiner Regierung. Lord Palmerston wird sich darin aussprechen, ob Lord Minto in Rom bleiben oder nach Neapel gehen soll. Martinez de la Rosa wird seinen Gesandschaftsposten erst im kommenden Frühjahre antreten. Es ist wohl nicht ganz ohne Bedeutung, daß die Bilancia die Nothwendigkeit der Ernennung einer spanischen Gesandschaft in Rom nicht anerkennen will. Spanien, meint das Blatt, sei selbst zur Zeit seiner Suprematie in Italien beim heil. Stuhl einfach durch einen Diplomaten niedern Ranges vertreten worden. Vielleicht deutet diese auffallende Abwägung der diplomatischen Rangunterschiede auf neue Spannungen zwischen Rom und Madrid.

Aus Neapel trifft die höchst wichtige Kunde ein, daß der König sich am 18., d., wahrscheinlich Abends spät, zu verfassungsmäßigen Concessionen entschlossen hat. Vier Edikte sind erschienen; das erste reorganisirt die (schon lange eingeführten, aber faktisch kraftlosen) Konsulten von Neapel und Sicilien ganz neu und gibt ihnen berathende Stimme über die ganze Gesetzgebung, die Staatsschuld, die Handels- und Zollsachen, u. a. m.; das zweite spricht die gänzliche administrative und richterliche Trennung der beiden Königreiche aus und hebt die Anstellungen von Neapolitanern in Sicilien (und umgekehrt) auf; das dritte bestimmt die Stimmungsweise der Konsultoren; das vierte erklärt den Grafen von Aquila zum Generalstatthalter von Sicilien und gibt demselben ein eigenes Ministerium bei. Außerdem glaubt man baldigst eine Amnestie und Beschränkung der Censur erwarten zu dürfen. (Bast. Z.)

Dem Berichte der Basler. ist aus der A. Z. noch hinzuzufügen, daß ein fünftes Dekret eine politische Amnestie in Aussicht stellt, ein sechstes die Verordnung über literarische und künstlerische Publikationen enthält; letzteres enthält indessen noch Bestimmungen, die streng genug sind.

Aus Neapel vom 18. Jan. bringt nun auch der Marseiller Sémaphore Nachrichten über die Ereignisse in Sicilien. Die provisorische Regierung in Palermo bestand aus lauter Namen von bestem Klang in Sicilien: Herzog von Monteleone, Graf Aceto, Admiral Ruggiero Settimo und Advokat Marsesco. Ihre Sitzungen hielt sie auf öffentlichem Platz, auf der Piazza Quattro Canteni (mit der Ausficht auf die vier Thore der Stadt und den Statuen Karls V., Philipps II., III. und IV.) Zwei- bis dreitausend Bauern und Bürgersmen, diese gleichfalls bewaffnet, standen in der Stadt. Unter den umgekommenen Reiteroffizieren ist auch der Sohn des Generals Viale.

Ueber die Nachrichten aus Sicilien schwanken die Berichte die vom 16—18. Jan. aus Neapel zu lesen sind. Während die Staatszeit. vom 17. nicht nur die Landung der Truppen, sondern auch deren tapferen Kampf und die bevorstehende Einnahme von Palermo gemeldet hatte, wird der A. Z. vom 18. geschrieben: die Sachen in Palermo stehen noch immer sehr bedenklich; das Volk ist Meister der Stadt und die Truppen lagen außerhalb. Nach demselben Blatte ließ sich Graf Aquila mit der prov. Reg. in Unterhandlungen ein; Ihre Bedingungen waren: 1) Lord Bentinck's Konstitution von 1812; 2) Guardia Civica; 3) Preßfreiheit; 4) gänzliche Trennung Siciliens und Neapels in Verwaltungsverhältnissen; 5) einen Vicekönig aus dem k. Haus; 6) Municipalverfassung. Diese Bedingungen schienen dem Prinzen unannehmbar. Da die Landung an der Stadt nicht praktisch erschien, so setzte die Flotte eine Mannschaft vom Hafen mehrere Bataillone ans Land, um sich mit dem Vicekönig und dem General der Truppen in den Forts in Verbindung zu setzen; das Detachement soll dann wirklich in die Citadelle gelangt, der Vicekönig aber der Meinung gewesen sein, es sei Schonung anzurathen. In Folge davon sollen am 18. die erwähnten Dekrete erschienen.

### Polen.

* Warschau, 13. Jan. Auf den Befehl des Fürsten Statthalters sollen die betreffenden Behörden die von ihnen zur Reise innerhalb des Königreichs ausgestellten Pässe — bekanntlich sind diese schon bei Reisen von 4—5 Meilen nöthig — nach dem Verfalle streng wieder von den Bürgern zurückfordern und gehörig verwahren. Der Zweck dieser Maßregel ist der, eine strengere Kontrole über die Reisen eines Jeden innerhalb des Landes möglich zu machen. Die Gendarmerieoffizieren werden der Regierung für diese Fürsorge Dank wissen. — In Warschau soll in den nächsten Monaten ein k. g. Adelsinstitut eröffnet werden, gleich denen in Petersburg und Wilna. Die Unterrichtsgegenstände sind dieselben, wie in den übrigen russischen Gymnasien, und die Pensionszahlung verhältnißmäßig ziemlich gering, um eben die ärmern Adligen zu verlocken.

---

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[67] 7 MEDICAL, INVALID & GENERAL LIFE ASSURANCE SOCIETY.

**Lebensversicherungs-Gesellschaft für Gesunde und Kranke,**

LONDON, Pall Mall No. 25.

**Verwaltung für Deutschland in Frankfurt a. M. — Kapital: 6 Millionen Gulden.**

Gesunde Leben werden von dieser Gesellschaft zu billigeren Prämien versichert, als von den meisten anderen Kompagnien. Gestützt auf sehr ausführliche statistische Berechnungen, versichert die Gesellschaft auch Kranke oder nicht völlig gesunde Personen. Die Versicherten können sich bei dem Gewinn der Gesellschaft nach ihrer Wahl betheiligen oder nicht, aber selbst im ersteren Falle nie zu Nachzahlungen angehalten werden. Die bei ihr Versicherten können zu jeder Zeit des Jahres von einem Theil Europas zum andern reisen. Die Prämien für Seereisen außer Europa sind besonders billig gestellt. Officieren ist diese Gesellschaft vorzüglich zu empfehlen, weil sie unter dem Auftrag „activen Dienst" nur den Dienst in Kriegsreisen dem Feuer gegenüber versteht. Polizen, die bereits ein Jahr in Kraft waren, werden durch Duell und Selbstmord nicht annullirt, auch wenn sie auf das eigene Leben geschlossen sein. Der Prospectus erklärt ausführlich die Vortheile von Lebensversicherungen und Rentenankäufen im Allgemeinen und im Besonderen bei dieser Gesellschaft. Derselbe wird auf dem Bureau der Gesellschaft in Frankfurt am Main, sowie von sämmtlichen Hauptagenten und Agenten gratis verabfolgt.

*Joh. Albert Fourrentrapp,*
General-Agent.

**Verzeichniß der bereits ernannten Hauptagenten und Agenten.**

Altenburg Herr F. W. Barth sen. Bautzen Hr. H. J. Linde. Bremen Hr. Wilh. Albrecht. Carlsruhe Hr. Wilh. Peter. Cassel Hr. Ludw. Fenner. Coburg Hr. C. G. Ayrel. Darmstadt Hr. Dr. Hallwachs, Hofgerichtsadv. und Aktuar. Dresden Hr. Jul. Kockel. Eisenach Hr. G. Brandt jun. Freiburg i. B. Herren Bührer und Komp. Gotha Hr. C. G. Beyermüller. Hanau Hr. Karl Sippel. Heidelberg Hr. L. S. Walz. Heilbronn Herren L. Hächer und Meisner. Jena Hr. Dr. Voigt. Leipzig Hr. Otto Schneider. Lübeck Hr. Joh. Wilh. Colsman. Mannheim Hr. C. A. Renner. Mosbach Hr. Th. Wagner. Rudolstadt Hr. G. Fröbel. Stuttgart Hr. Ferd. Abamsiann. Ulm Hr. Wilh. Kiepert. Wiesbaden Hr. W. J. Frenkel. Zürich Herren Bilo und Hardmeyer. Zwickau Hr. C. A. Schickeranz.

---

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England den Herr. Ewer u. Comp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Griechenland Länder werden man sich an C. L. Alexander Strasburg 20 Boulevards, Paris 33, Rue Neuve Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverschleißen besorgt das Verl. Buch. Forum Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 1 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Bayern wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 33. Heidelberg, Mittwoch 2. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Rückblick auf unsere äußere Politik. II.** — **Berlin** (Anschußverhandlung über Vermögenskonfiskation). **Königsberg** (Dr. Böttcher). **München** (Gerichte von Berufungen und Versetzungen. J. v. Görres †. General v. d. Mark Kriegsminister). **Aus der bairischen Pfalz** (bischöfliches Manuscheiben. Baldigste strenge Maßregeln gegen als Zeitungskorrespondenten verdächtige katholische Geistliche). **Stuttgart** (die Adressen der beiden Kammern. Wünsche der Stadt Stuttgart an ihren Abgeordneten Fr. Feherer). **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen. Die Arbeiterbewegung). **Frankfurt** (Bundestommission zur Ueberwachung revolutionärer Tendenzen).

**Schweiz.** Bern. Die Schweizer Handwerksburschen. — **Dänemark.** Kopenhagen. Amnestie für politische Vergehen. Aeußerung des Königs. Keine Adresse angenommen. Verfassungsbewegung.

**Großbritannien.** Neuer Wiener Brief der Times. Der König von Dänemark. Aufmerksamkeit des Morning Chronicle für Deutschland.

**Frankreich.** Kammerverhandlungen vom 28. und 29. Jan. Reden der HH. Lefèvre und Jacqueville. — **Spanien.** Briefe an Espartero; dieser, mit dem Hofe getheilt, will Madrid verlassen. Opfer der Grippe. Tochter der Königin Christine verlobt. — **Italien.** Rom. Terretti zum künftigen Finanzminister bestimmt. Die Zugeständnisse des Königs von Neapel. Gerücht von einem Aufstande von Salerno und andern neapolitanischen Ortschaften. Der Insurgentenführer Scordato. Terretti nach Ravenna. Der Papst gegen österreichische Durchmärsche; Lord Minto zweideutig. Genua. Stand der Dinge in Palermo. Kalte Aufnahme der Konzessionen. Neapel. Die Reformbedürftigkeit.

**Handel.** Bankrott und Verhaftung des Frankfurter Konsuls Hrn. Plitt zu St. Petersburg.

## Heidelberg, 2. Februar.

Das hat die Deutsche Zeitung wiederholt, aber leider vielleicht noch immer nicht genug hervorgehoben, daß auf Anlaß der diplomatischen Behandlung der schweizerischen Angelegenheiten die heillose Verwirrung der Begriffe zum Vorschein gekommen ist, die vollständigste Unkenntniß der thatsächlichen Verhältnisse, der augenfälligste Widerspruch mit den unzweideutigsten Bestimmungen des Rechts, sowie die unglücklichsten Vorstöße gegen das eigene Interesse, zumal gegen dasjenige der deutschen Nation. Zu dem Allem geben die kaum erst beendigten Verhandlungen der französischen Pairskammer einige neue Belege. Daß der Graf Montalembert, den der Jesuitismus schon lange auf den Jesuitenstuhl gesetzt, um ihn nach Belieben elektrisch zu laden, bei gelegentlicher Berührung seiner schwachen Seite wieder einmal losplatzte, ist so natürlich als unwichtig. Schwerer würde der maßlose Eifer des Herzogs von Broglie, eines der gutmüthigsten unter den französischen Doktrinärs, zu erklären sein, hätte er nicht von seiner mißgrädten Unterhaudlung her eine besondere persönliche Gereiztheit auf London herübergebracht. In diesem Zustande der unvollkommenen Zurechnungsfähigkeit ist es ihm wohl zu verzeihen, wenn er auf etwas blasphemische Weise nicht sowol den Lord Palmerston, als „Gott" selbst dafür verantwortlich macht, daß er der Diplomatie keine „Zeit" gelassen, um den Sonderbund auf den Beinen zu halten; und wenn er sich schließlich nicht anders zu helfen weiß, als indem er dem „Herrn der Zeit" eine ganz besondere Absicht zutraut und weil gar für einen klügeren Diplomaten erklärt, als er selbst ist. Da indessen ein guter Theil der Staatsmänner Europas die schweizerischen Vorgänge bis auf die allerjüngste Zeit dazu benutzt hat, um der Welt ein Praktikum über negative Staatskunst und negirtes Völkerrecht zu halten, so ist es auch der Deutschen Zeitung gestattet, dieselben Vorgänge noch einmal zum Ausgangspunkte für einige Reflexionen im Gebiete der internationalen Politik zu machen.

Um den schweren Verlust seiner größeren politischen Zerrüttung hatte sich Deutschland nach 30jährigem Kriege wenigstens den kirchlichen Frieden und die wesentliche Gleichberechtigung der drei Hauptkonfessionen errungen. Als nach fast zwei Jahrhunderten mit der sogenannten politischen Restauration auch auf dem religiösen Gebiete die Reaktion Hand in Hand ging; als der geschworene Feind aller Geistesfreiheit, der Ultramontanismus mit seinem Werkzeuge, dem Jesuitismus, wieder trotziger das Haupt erhob, da offenbarte sich in wiederholten Symptomen, in der maßlosen Ueberhebung einer übrigen Fraktion, in der systematischen Verdummpfung des Volks, wie sie zumal in Baiern und Oesterreich mit nur allzu großem Erfolge versucht wurde, in den aufregenden Steckbriefen über die gemischten Ehen, in der Tiererei Kapucinade — welches Schicksal auch dem deutschen Volke von den Führern der Faktion zugedacht sei.

Mit klugem Ausmaß seiner Mittel hatte sich der Ultramontanismus die politisch zerrissenste Schweiz, das Land der Mitte Europas als Basis seiner weiteren Operationen auserkoren.

Im Anfang mit vorsichtiger Langsamkeit war der Jesuitismus aus den Schluchten des Wallis nach Freiburg, sodann nach 10jährigem scheinbaren Stillstande nach Schwyz und endlich an den Vorort Luzern gedrungen. War Freiburg der eigentliche Mittelpunkt des Gewebes, von dem die Fäden zugleich nach Deutschland, Italien und besonders nach Frankreich ausliefen, so machte der Jesuitismus doch noch besondere Anstrengungen, um sich in Genf, im sog. protestantischen Rom, einen weiteren Angriffspunkt gegen Frankreich zu sichern, während er zugleich sein unabsichtiges Augenmerk auf die italienische Schweiz richtete und den Kanton Tessin mit immer neuen Umwälzungen zum Vortheile der ultramontanen Partei verlockte. Auf der Seite gegen Deutschland hin hatte er aber bereits St. Gallen fest genug umgarnt, daß es zu seiner Wiederbefreiung des Sturms der letzten Monate bedurfte. So war er nahe daran, sich bis an die Grenzen Deutschlands vorzuschieben, um von da zu günstiger Stunde die giftige Saat der Zwietracht und des Fanatismus in die deutschen Nachbarstaaten zu schleudern.

Kein Wunder denn, daß der gesunde Sinn der deutschen Nation den Sieg der Eidgenossen über den Sonderbund als eigenen Sieg feierte, daß sich diese Stimmung vom äußersten Norden bis zu den Grenzen der Schweiz kundthat, daß sich die Sympathien der Deutschen, anders als bei Franzosen und Italienern, nicht blos auf Worte und Schauzepränge beschränkten, sondern daß man auch zu der nach den Umständen möglichen thätigen Unterstützung bereit war. Wie konnte es anders sein? Wie sollte nächst der Schweiz nicht Deutschland mit seiner gemischten konfessionellen Bevölkerung das unzweideutigste Interesse an der Abwehr des Unfreiden säenden Jesuitismus haben? Und diese Ueberzeugung ist nicht etwa nur im protestantischen Deutschland zu Hause. Sie herrscht auch in dem uns so nahe verbundenen Ungarn, wo man die gefährliche Richtung einer den jesuitischen Einflüssen immer tiefer verfallenden Kabinetspolitik schon vor Jahren erkannte und sich durch energische Beschlüsse gegen das Eindringen des Feindes jeder ferneren Entwickelung zu sichern wußte. Sie herrscht nicht minder im österreichischen Italien und in allen deutschen Erblanden. Dessen ein Zeugniß sind die Vorgänge in Grätz, sowie die zahlreichen und mitunter reellen Beweise einer freudigen Theilnahme am Siege der Eidgenossen aus allen deutschen Provinzen der Monarchie, das geistig noch so tief niedergehaltene Tirol nicht ausgenommen. Das endlich versteht sich von selbst, daß die gleiche Ueberzeugung in Böhmen, in dieser wichtigsten Provinz unter den österreichisch-deutschen Bundesländern, bei allen gebildeten Deutschen und Czechen zu Hause ist. Begann doch mit dem Siege des Jesuitismus die traurige Zeit der Erniedrigung Böhmens, die Herrschaft aller Mißbräuche des finstersten und politischen Absolutismus, die unbändische Verfolgung und Unterdrückung alles noch geistig und sittlich Hervorragenden unter das erstickende jesuitische Gleichmaß.

Zu einer Zeit also, da man in Deutschland, zumal in den katholischen Gebieten, der Wiederkehr oder weiteren Ausbreitung des Jesuitenodems mit gerechter Besorgniß entgegensah, war die Schweiz berufen, zur Rettung der bedrohten Geistesfreiheit einen allen Völkern Europas zu Gut kommenden entscheidenden Schlag zu führen. Das war nicht zu läugnen, daß die eidgenössisch gesinnten Stände eine Zeit

Digitized by Google

lang in schwieriger Lage waren, daß sie den angeregten unglückig gestimmten Großmächten gegenüber selbst jeden Stein einer Bedrohung des formellen Rechts zu vermeiden hatten. Man hatte man aber in den sieben widerspänstigen Kantonen die Massen so lange zu bearbeiten gewußt, daß das souveräne Volk selbst die Sache der Jesuiten zu der seinigen gemacht zu haben schien; daß ein überlister Beschluß der Tagsatzung zur Abänderung derselben nur allzu leicht als ein gleichgeltiger Eingriff in die konfessionelle Freiheit und die Kantonalsouveränetät gedeutet und zum wenn auch falschen und ungerechten Vorwande einer Einmischung von Außen her mißbraucht werden konnte. Die Niederlage der Freischaaren hatte dem Vorurtheile, als stehe die Berufung der Jesuiten in den sieben Kantonen mit dem besonnenen und wohl erwogenen Willen der Bevölkerung im Einklange, neuen Vorschub gethan. Da kam die Unklugheit der Häupter des Sonderbunds und der Trotz ihres Hochmuthes, der auch diesmal zum Falle führte, der Tagsatzung zu Hilfe. Erst die offizielle Bekanntwerdung des schon vor dem ersten Freischaarenzuge in der Hauptsache abgeschlossenen Sonderbundsfixes gab ihr nach dem Sinn und Buchstaben der Bundesakte mit dem sonnenklaren Recht und der unzweifelhaften Pflicht zugleich die Macht für die Rettung der Schweiz aus drohenden Gefahren und Zerwürfnissen in die Hand.

Für Jeden, der die Verhältnisse und Stimmungen in der Schweiz kannte, war es im Voraus klar, daß eine Auflösung des Sonderbunds, die dem lange unterdrückten Theile der Bevölkerung der sieben Kantone wieder Geltung verschaffte, unmittelbar auch ein Sieg über die Jesuiten sein und zugleich die von allen Parteien als nothwendig erkannte Bundesrevision anbahnen würde. Eben darum kam zur Vermeidung einer sonst unabsehbaren Verwirrung darauf Alles an, daß nicht jene drei Fragen durch den Versuch ihrer gleichzeitigen Lösung ungebührlich miteinander verwogt wurden. Mit richtigem und durch den Erfolg gekrönten Takte hielt also die Tagsatzung die drei Punkte auseinander: sie faßte den Alles entscheidenden Beschluß für Auflösung des Sonderbunds, während sie sich in der nicht getäuschten Erwartung, daß die der Eidgenossenschaft wiedergewonnenen Stände schon von sich aus die Beseitigung der Jesuiten beschließen würden, in der Jesuitenfrage auf eine bloße Einladung, sowie in der Revisionsfrage durch Ernennung einer Kommission nur auf eine einleitende Vorberathung beschränkte. Die gleiche Politik hatte die „Deutsche Zeitung" vertheidigt, und sie hatte sich nicht bedacht, sich in dieser Frage gegen jene Fraktion zu stellen, die sich den täuschenden Namen der liberal-konservativen gegeben, die eben das Projekt einer gleichzeitigen Erledigung der drei Tagesfragen ausgesonnen hat, schon früher zur Erzeugung und Erhaltung einer schweizerischen Anarchie ihr Möglichstes gethan hatte.

Aber auch das in der französischen, österreichischen und preußischen Note nach Auflösung des Sonderbunds entwickelte Pacifikationsprojekt, wonach zumal wegen Entfernung der Jesuiten mit dem Papste unterhandelt werden sollte, lief auf eine ungehörige Vermengung der für Herstellung einer dauernden Befriedigung absolut nothwendigen Trennung der Streitpunkte hinaus. Hätte nicht die staatsklage Zögerung Englands den ganzen Plan gefahrlos in die Luft verpuffen lassen und den mit Pathos auftretenden diplomatischen Spielern die schon auswendig gelernte Tragödie noch im Munde in eine allgemein ergötzliche Komödie verwandelt; wäre die Tagsatzung schwach genug gewesen, in Erwartung der in Aussicht gestellten Pacifikation, mit der Vollstreckung des einmal gefaßten gesetzlichen Beschlusses auch nur zu säumen: eine Reihe der schlimmsten Unordnungen und Verwirrungen wäre die unausbleibliche Folge gewesen.

Hat es doch auch der Kurzsem Pius IX. selbst übernommen, die von der Tagsatzung befolgte Politik nachträglich zu rechtfertigen, da er seine officielle Mißstimmung mit den Vorgängen in der Schweiz und eben damit zu erkennen gab, daß die Eidgenossenschaft wohl gethan habe, sich selbst zu helfen, da sie unter den noch bestehenden Verhältnissen eine Entfernung der Jesuiten von Rom aus nicht erwarten durfte. Und hat sich doch die Tagsatzung ein augenscheinliches Verdienst sogar um den Papst erworben, da sie ihm die Qual der Wahl ersparte, die ihn — wie sie auch ausfallen mochte — in Italien selbst entweder dem entschiedenen Hasse der jesuitischen oder der antijesuitischen Partei bloßgestellt hätte. Die Nichterwähnung der Jesuiten in seinem Sendschreiben an den eidgenössischen Bundespräsidenten und schon früher jene unbestimmte, ausweichende Erklärung auf die Anfrage von Bünden aus sind wohl Zeugnisse genug, daß er die Schwierigkeiten seiner Stellung erkannte und aus Ursache hat, der Tagsatzung für ihre den Knoten rasch durchschneidenden Maßregeln wenn nicht öffentlich, doch im Stillen dankbar zu sein.

---

**Preußen.** ** Berlin, 28. Jan. Der Ver. Ausschuß hat in der Sitzung vom 25. Jan. fast einstimmig die Konfiskation des ganzen Vermögens, welche den ersten Theil des §. 28 für Hochverräther, Landesverräther und ausgetretene Militärpflichtige festsetzte, verworfen. Die 2 oder 3 Abgeordneten, welche dagegen stimmten, waren sofort gegen diese Strafe, daß sie mit Rücksicht darauf, daß über die an die Stelle zu setzende Gesetzstrafen ein Beschluß der Versammlung nicht mit Gewißheit verhängt zu verbürgen war, nur unter Erklärung des Bedauerns gegen die Verwerfung ihre Stimme abgaben. Das Abtheilungsgutachten hatte den Verwerfungsantrag dadurch motivirt, daß diese Strafe in sich keine Rechtfertigung finde; daß sie gleich strafbare Verbrecher ungleich, und nicht den Schuldigen allein, sondern zugleich oft vorzugsweise unschuldige Personen treffe; ferner daß sie die Würde des Staats durch einen Anschein gesuchter Bereicherung beeinträchtige, und daß sie Erbitterung namentlich bei den unschuldig Betroffenen erregte. Der Landtagskommissär vertheidigte diese Strafe keineswegs als unentbehrlich; er überließ nur der Erwägung die militärische Rücksicht und den Umstand, daß in einer Zeit, wo es an frechen Angriffen gegen die Majestät, gegen die Sicherheit und Integrität des Staats leider nicht gefehlt habe, die Aufhebung der jetzt bestehenden Strafe den Ernst der Gesetze gegen diese Verbrechen zu schwächen im Stande sei. Ueber die allgemeinern, humanistischen, politischen und kriminalistischen Gründe der Verwerflichkeit der Vermögenskonfiskation verbreitete sich namentlich die Rede des Posner Abg. v. Kurzewski, die er, weil der deutschen Sprache nicht hinreichend mächtig, gemäß dem Reglement ablas. Er erklärte die Konfiskation als einen Raub an den Angehörigen des Verbrechers, als grausame Rudrute, welche der Despotismus vergangner Jahrhunderte aus dem südischen Rachesprach gemacht, und wiederlege die Absterbungsgründe, welche die Motive vorbrachten; schrecke den Hochverräther nicht der Tod, so werde es auch nicht die Rücksicht auf sonstiges Elend der Seinigen, dem er anderweitig vorbeugen könne. Erwies mit Entrüstung den Nützlichkeitsgrund der Motive zurück, wonach „diese Strafart ein Mittel werden solle, in den Angehörigen des Verurtheilten eine größere Anhänglichkeit an das Gouvernement hervorzurufen, indem häufig denselben das konfiszirte Vermögen zurückgegeben wird", als ganz unangemessenen Hintergedanken für diese Frage des Rechts, wagte aber zu bezweifeln, daß jene Absicht ganz verfehlt würde, indem die Angehörigen jene Zurückgabe nicht anders, denn als eine gerechte und unabweisliche Restitution des ihnen durch ein ungerechtes Gesetz geraubten rechtmäßigen Eigenthums betrachten, also nicht Dank, sondern Vermüthigung empfinden dürften; endlich würde dieser §. 28 „einen humanistischen Grundsatz in die Gesetzgebung einführen", indem derselbe „die Rechte der Familie nicht anerkennen wolle". In ähnlicher Weise sprachen sich Abg. Sperling (Pr.), der die Konfiskation als Strafe nicht anerkennen kann, und Fürst Wl. Radziwill (Pos.) „der nicht will, daß menschliche Gerichte den unerforschlichen Strafgerichten Gottes in jenem Maßstabe des alten Bundes zu folgen sich vermessen", gegen die Konfiskation des Vermögens aus. Die von dem Landtagskommissär hervorgehobne Belastung der Militärpflichtigen gewann für diesen Einen Punkt den Abg. Steinbeck, der im Uebrigen ein Gegner der Strafe, sanft aber energische und ausführliche Widerlegung durch den Grafen Schwerin, die Abg. v. Auerswald (Pr.), Ditrich (Sächs.), Sperling (Pr.), Fürst Wl. Radziwill, und v. Saucken-Tarputschen (Pr.), welcher Letztere dabei Gelegenheit nahm, sein Lieblingsthema in folgenden Worten zu berühren: „M. H. das Vaterland zu vertheidigen ist für jeden Bürger eine schöne Pflicht, eine Ehrensache geworden, und zwar eine so hohe, daß der Mensch, der den Werth derselben nicht aufzufassen vermag, auch nicht werth ist, in die Reihen der Vaterlandsvertheidiger einzutreten. Ich muß gestehen, ich halte es für einen großen Vortheil für die Armee und den Staat, wenn man Personen, welche keine Liebe zum Vaterlande, keine Anhänglichkeit an den Staat mehr haben, oder die sich aus noch schlechtern Gründen im Bewußtsein der Feigheit dieser beteiligen aller Bürgerpflichten entziehen, lassen läßt, soweit sie immer lassen mögen. Wenn ich einen Engagé mit 299 zu vertheidigen habe, so sind mir diese lieber, als 300 Mann, unter denen ein Verräther ist. Es ist nicht die Zahl der Arme, die Schlachten gewinnen macht, sondern es ist der Muth, der jeden Einzelnen zu Thaten treibt. Eine kleinere Schaar, welche vom rechten Heldengeist beseelt ist, wird stets mehr thun, als eine viel größere Masse der Kembattanten; sie vermehren nur die Zahl der Zehrer, nicht der Wehrer, und es fehlt bei uns nicht an Männern, die Ihren und Reich zu schützen bereit sind. Ich begreife nicht, wie man nur den Wunsch haben kann, Feiglinge in der Armee zu haben. Mögen die mit Schande Beladenen, welche keine Liebe zum

Digitized by Google

Vaterlande haben, frei aus ihr bleiben — u. s. w.“ Selbst der Code Nikolaï, der sonst in keinem andern Fall zum Muster dienen möchte, habe alle Vermögenskonfiskationen aufgehoben; und Preußen hinter Rußland zurückstehen wolle? — Ueber die Konfiskation dem Hochverrath äußerten sich namentlich die Abgg. Steinbeck (Sächs.), Graf Schwerin (Pomm.) und v. Auerswald (Br.). Der Abg. v. Auerswald beleuchtete auch die Befürchtung des Landtagskommissärs, in dieser Zeit der politischen Aufregung werde die Aufhebung dieser Strafe den Ernst der Gesetze schwächen: „Ich frage Sie, m. HH., wollen wir durch Annahme dieses §. wirklich ein solches Zeugniß unseres mangelnden Patriotismus, ein solches Zeugniß von dem seit mehreren Jahren neuen äußerten Zustand unseres Landes ablegen, daß wir, um unsern König und unser Land gegen Hoch- und Landesverräther zu schützen, nichts Besseres glauben thun zu dürfen, als daß wir uns, nicht ohne Verletzung gerechter Begriffe über die Natur der Strafe und diese auf Anschuldige mit übertragend, mit ihrem Fluchwürdigen Mammon beladen? Ich glaube nicht, daß wir das thun dürfen, ich bitte Sie dringend, m. HH., erheben Sie Ihre Stimmen dagegen und auch aus diesem Grunde, und in wahrem preuß. Patriotismus lassen Sie uns auf die Konfiskation des Vermögens der Hoch- und Landesverräther verzichten.“ (Vielseitiger Beifall.) Der §. 28 nicht in dem von den Provinzialständen berathenen Entwurf gestanden, und auch nicht zufolge von Anträgen eines Landtags in den Entwurf eingerückt worden, so stimmte der Abg. Camphausen aus dem oft angeführten Grunde dagegen, daß dieser §. noch vor den Ver. Landtag gehöre, indem der bloße Beirath des Landtagsausschusses nicht genüge, ein sonst noch nicht ständisch begutachtetes Gesetz zur Publikation vorzubereiten, und der Beirath der Stände denn doch irgend eine Bedeutung haben müsse. Auch der Abg. Sperling behielt sich vor, auf die politische Seite dieser Frage zurückzukommen, womit er wahrscheinlich eine Eventualität im Sinne hatte, die mit dem Verweisen des §. beseitigt war. Der Landtagskommissär vertheidigte die Rechte der Regierung, in einem bereits berathenen Gesetz neue Verfügungen einzuschalten, was allerdings den Künftigen Beirath illusorisch zu machen im Stande ist, und dennoch mit dem Wesen eines so sagen politischen Rechts durchaus im Einklang steht, eine Meinung, die gewiß der größte Theil der Versammlung und insbesondere auch der Opposition theilt. Wiederholt äußerte der Landtagskommissär bei dieser Gelegenheit den Wunsch, „daß die Verhandlung über die Kompetenz oder Inkompetenz der heh. Versammlung sich nicht erneuern möge“, sowenig er auch andere rerseits Ursache habe, sie zu scheuen.

Königsberg, 26. Januar. Der Oberpräsident rc. Dr. Bötticher hat in diesen Tagen seinen Austritt aus der hiesigen städtischen Ressource, deren Mitglied er bisher war, erklärt. Als Grund dieser will man annehmen, daß — wie bekannt — einige Mitglieder der Ressource sich bei der bereits vielbesprochenen Adresse an die Schweizer Tagsatzung betheiligt haben. (Berl. J.)

**Baiern.** — München, 29. Jan. Man spricht davon, daß die Berufung des Zürcherers Dr. Blumlichi an die hiesige Universität im Werke sei. Blumlichi war lange in Zürich das Haupt der sog. liberalkonservativen Partei und steht mit den orthodoxen Häuptern wahrscheinlich in enger Verbindung. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo man höchsten Orts einer freieren Richtung in staatlichen wie kirchlichen Dingen huldigt, suchen die Gläubigen „in der Zerstreuung“ sich zu sammeln und wenden Alles an, um durch Gleichgesinnte ihre schwankend gewordene Stellung zu stützen, sei es auch zeitweilig nur durch aufgelesene Größen, wofür wie für Rudhart von Blumlichi's Berufung ein Beste halten wollen. — Die „bremer Zeitung“ brachte kürzlich einen von Erlangen aus datirten Artikel, der sich über die orthodox-pietistische Partei in Baiern in herben, aber nur allzu wahren Aeußerungen ergeht. Diese Partei, die einestheils ungemein feindselig sich dem Katholicismus und Ultramontanismus gegenüberstellt, hat doch ein und dasselbe Endziel mit diesem und ist der Freiheit des Geistes und jeder entschiedenen und kräftigen freien Bewegung gerade so abhold wie die Ultramontanen. Der Mann, der an der Spitze der protestantischen Kirche Baierns steht und in dem obigen Artikel besonders stark angegriffen ist, dürfte übrigens diese Stellung wohl am längsten bekleidet haben, und man soll um seine Quieszirung bereits höhern Orts eingekommen sein. Doch soll der König nur dann darauf eingehen wollen, wenn er selbst dieselbe beantragt. Mit der jetzigen freiern Richtung, die in den höchsten Kreisen immer mehr und mehr hervortritt, verträgt sich der Orthodoxismus und Pietismus ebensowenig als der Ultramontanismus und Jesuitismus.

München. Die A. A. Z. meldet, daß J. v. Görres den 29. Jan. seine irdische Laufbahn nach eilftägigem Krankenlager beschlossen hat; ferner: daß sicherem Vernehmen nach der Generalmajor Heinrich von der Mark zum Minister-verweser des Kriegsministeriums ernannt worden ist.

⨯ **Aus der baierischen Pfalz**, 30. Jan. Bekanntlich hat sich der Ultramontanismus in unserm Lande besonders geschäftig gezigt. An der Spitze der Diöcese steht als Bischof ein Mann, der sich in seiner früheren Eigenschaft als Herausgeber der kraffen Parteischrift „der Katholik“ einen wahrlich nicht beneidenswerthen Ruf erworben. Diese eine Hinweisung allein mag genügen, anzudeuten, in welchem Sinne die kath. Kirchenverhältnisse in unserm Lande unter der Aber'schen Herrschaft — aber auch seitdem noch! — behandelt wurden. Wir wollen hier nicht weiter von den Demonstrationen reden, die vermittelst der bekannten Exercitien, — und vermittelst gewisser Gebete für Jemanden, den man nicht zu nennen wagte — stattfanden. — Das ganze Treiben ist von der Art, daß nicht nur Laien, sondern namentlich auch kath. Geistliche entrüstet darüber wurden. Die Speierer Zeitung teat diesem Verfahren wiederholt mit Unschiedenheit, wenn auch immer in den Schranken des Anstandes, entgegen. Insbesondere erschienen verschiedene Aufsätze in diesem Blatte, denen die Bezeichnung beigesetzt war „von einem kathol. Geistlichen.“ Dieser Umstand hat nun den Zorn des Ordinariats auf's Aeußerste gereizt. Nachdem, wie man vermuthet, verschiedene andere Versuche, den oder die Verfasser zu ermitteln, fehlgeschlagen, hat man zu einem neuen Mittel gegriffen, das eine weitere Ausbildung der jesuitischen Ketzergerichtseinrichtungen zu sein scheint. Das bischöfliche Ordinariat hat unterm 20. d. das untenstehende Rundschreiben erlassen, durch dessen unverwahrte Mittheilung jeder einzelne Pfarrer gleichsam überfallen wird, indem er sogleich seine Erklärung abgeben soll, ob er Verfasser der Artikel sei oder nicht, wodurch man den oder die Thäter nöthigen will, als Ankläger und Zeugen gegen sich selbst aufzutreten. Das Rundschreiben, welches einem jeden Geistlichen vorliegt zugestellt wird, und das so, wenn er seinem Verdacht auf sich laden will, augenblicklich den angewiesenen Orten oder einem barrenden Boten mit seiner Erklärung versehen und versiegelt zurückgeben soll (damit auch keine Absicht von dem Aktenstücke genommen werden könne), lautet folgendermaßen:

„Das bischöfliche Ordinariat Speier. Seit mehreren Monaten erscheint in der Speierer Zeitung eine Reihe von Korrespondenzartikeln „aus der Pfalz,“ in welchen mehrfach der Geistlichkeit und der Diözesanangelegenheiten verdächtigt und beschimpft, letztere zum Ungehorsame gegen bestehende Diözesanverordnungen aufgereizt, das Diözesanrittat, kirchliche Anstalten, Gebräuche und Institute gröblich verhöhnt, Mißtrauen zur Administration hervorgerufen, sowie der Kirchenfriede gestöret, das bischöfliche Ansehen verunglimpft, der geistliche Stand herabgewürdigt und von den Kanzeln in denselben abgemahnt wird rc. — Auszüge dieser und ähnlichen Inhalts enthält die Speierer Zeitung selbst enthält das, daß mehrere dieser Aufsätze von katbol. Geistlichen verfaßt seien, so ist dadurch der Ehre des Diözesanklerus schwer verdächtigt. Um nun die Geistlichkeit unsers Bisthums von diesen schweren Verdachte zu befreien, daß sich die oberhirtliche Stelle verpflichtet, ihr eine Veranlassung zu geben, sich offen auszusprechen, um darum sie sich obedientia canonica auffordern zu sollen, wie sie mit Gegenwärtigem dieselbe aufobedientia canonica auffordert zu folgender Erklärung:

Ich Unterschriebener erkläre auf die sacerdotali: daß ich an den bezeichneten Artikeln weder durch schriftliches Verfassen, noch durch Beiträge kein, noch durch Einsendung irgend einen Antheil habe. (Datum und Unterschrift.)

Sollte ein Priester glauben, diese Erklärung nicht unterschreiben zu können, so hätte er dieses unter der Erklärung selbst mit seinen Motiven näher zu bemerken. Wer aber anderweit von einer gemeinschaftlichen Erklärung geben kann, ist verpflichtet, dieselbe ungesäumt an Seine bischöfliche Gnaden direkt einzusenden. Speier, den 20. Januar 1848. Kolter, Generalvikar. Geistlicher, Sekretär.“

Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Bischof, die Thäter mit aller möglichen Strenge zu verfolgen, sie namentlich sogleich zu suspendiren, dann abzusetzen und zu exkommuniciren. In der ganzen Pfalz ist man mit Entrüstung über dieses Treiben, dabei aber auch mit tiefer Besorgniß erfüllt, daß einige der durch Talent und Charakter ausgezeichnetsten katholischen Geistlichen im Lande möglicher Weise einer unmenschlichen Inquisitionsmaßregel als Opfer fallen könnten. Darf die Regierung einem solchen Treiben ruhig zusehen, das mittelbar gegen sie selbst, und namentlich gegen Diejenigen gerichtet ist, welche die Rechte der Staatsgewalt gegen geistliche Uebergriffe und Anmaßungen vertheidigten? Denn dies ist es, was das Ordinariat unter den Angriffen versteht, welche angeblich „zur Unterdrückung der Kirchenfreiheit“ gefordert werden.

**Würtenberg.** ** Stuttgart, 30. Jan. Gestern Nachmittag wurde dem König von einer Deputation die Antwortsadresse der ersten

Digitized by Google

Kammer übergeben. Sie ist, wie gewöhnlich, im Ganzen ein Aktenstück von wenig Bedeutung. Nur ein Paragraph zeichnet sich aus, indem er an Schärfe die Worte der Thronrede fast überbietet; es ist der Schweizerparagraph: „Der in der Schweiz ausgebrochene Bürgerkrieg hat mit Recht die Aufmerksamkeit der Regierung E. K. M., wie die der benachbarten Staaten in Anspruch genommen, und wir vertrauen der Fürsorge E. K. M., daß Höchstdieselbe mit ihrer gewohnten Kraft und Umsicht denjenigen Bestrebungen entgegentreten werden, welche von dort, dem Sitze revolutionärer Umtriebe", ausgehen würden, um sowohl in Würtemberg, als dem übrigen Deutschland, Unzufriedenheit und Anfeindung gegen die bestehende Ordnung zu erwecken." In einem andern F. spitzt die erste Kammer auf die bevorstehende Entbindung der Tochter des Königs, der Frau des Prinzen Friedrich, an: „Mit froher Theilnahme wird sie jedes Ereigniß begrüßen, das dem väterlichen Herzen E. K. M. Freude zu bereiten geeignet sein dürfte" — eine bei der Kinderlosigkeit der Ehe des Kronprinzen allerdings wichtige Erwartung. — Man hört, die zweite Kammer habe gestern ihre Antwortsadresse angenommen, Verfasser soll Fr. v. Schweitzer sein. Ueber die Frage der öffentlichen Berathung, so erzählte man, über die Zustände der Presse und über den §. in Betreff der Mairversälle sollen längere Debatten stattgefunden haben. Das Protokoll der geheimen Sitzung soll, wenn die Adresse dem König übergeben ist, der Oeffentlichkeit nicht entzogen werden.

Δ Stuttgart, 30. Jan. Unsere Stadt hat an ihren Abgeordneten, Hrn. Fr. Federer, eine Reihe von Wünschen gerichtet, deren wesentlicher Inhalt schon früher in der D. Z. erwähnt worden ist; auch war man der Ansicht, diese Punkte seien nicht nur lose an einander zu reihen, sondern zugleich an die höhern nationalen Gedanken anzuknüpfen. Es ist ihnen daher eine Einleitung vorangeschickt worden, welche wir als ein Aktenstück von allgemeinerem Interesse hier mittheilen: „Wenn die unbedingte Monarchie die Ehre den Unterthanen in dem willigen Gehorsam gegen die Machtgebote des Fürsten sucht," so kann dagegen der Bürger des verfassungsmäßigen Staats, der auf der lebendigen Theilnahme aller seiner Angehörigen an den öffentlichen Angelegenheiten beruht, seine Aufgabe nur in der selbständigen Ausübung der Rechte und Erfüllung der Pflichten finden, die ihm die Rechtsordnung, als der zweckentsprechende Organismus der Gesellschaft, angewiesen hat. Je größer bei der richtigen Abwägung der Gewalten das Maß dieser Berechtigungen und Pflichten und je lebendiger die Hingebung der Einzelnen an die Sache des Staates ist, desto sicherer wird er seinen Zweck nach Innen und Außen, die Entwicklung aller Kräfte und Fähigkeiten der Einzelnen und Anerkennung und gleiche Berechtigung im Verkehr mit andern Staaten, erreichen. Unser Staat ist auf eine Verfassung, die älteste in Deutschland, gegründet, welche seinen Angehörigen Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten gewährt; die Gemeinden sind die Grundlage des Staats und wir, als Mitglieder der Gemeinde, sind daß als Wähler der Gemeindebehörden, bald als Mitglieder dieser Behörden selbst die lebendigen Träger der Staatsgesellschaft und, zu der höhern Entwickelung des öffentlichen Lebens aufsteigend, als Wähler der Stände und als Mitglieder der Ständeversammlung theils zur Kontrole der Staatsgewalt, theils mit der Regierung und der ersten Kammer zur Gesetzgebung des Landes berufen. Hat es aber dieser Rechtsordnung ungeachtet nach mehr als dreißig fast durchgehends segensreichen Friedensjahren gleichwohl dahin kommen können, daß sich der ganzen Staatsgesellschaft eine tief einschneidende Mißstimmung bemächtigt hat, daß wir mit Riesenschritten einer immer allgemeiner werdenden Verarmung entgegengehen, daß einer der achtbarsten Klassen der Gesellschaft, dem fleißigen, sparsamen, bisher noch einer glücklichen, wenn auch bescheidenen Existenz sich erfreuenden Gewerbestand der völlige Untergang droht, ohne daß wir uns zum Ersatz dafür einer gesunden Fabelkinduſtrie zu erfreuen hätten, die uns vor der Abhängigkeit von dem Auslande schützt, daß ferner die deutsche Nationalbilanz im Verhältniß zum Auslande jährlich Millionen Gulden zum Nachtheil Deutschlands ausweist, was uns schon nach Jahrgehnten zum Fremdlinsen und eben damit auch zum politischen Tode führen müßte; so muß es entweder am rechten Maß der Berechtigung zur Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, oder an der Hingebung an dieselben oder an unserem Verhältniß zum Auslande oder in allen diesen Beziehungen zugleich fehlen, und es ist daher eine heilige Pflicht gegen das Ganze und gegen unser specielles Vaterland, daß auch wir beim Wiederzusammentritt unserer Stände unsere Stimme mit denen der übrigen deutschen Stämme erheben, um die Gefahr in ihrer ganzen Größe zu zeigen. Sprechen wir es muthig aus: nach so vierfachen Täuschungen während des 30jährigen Bestandes unserer Verfassung ist die Hoffnung auf gedeihliches Zusammenwirken der Regierung und der Stände und eben damit auch das Vertrauen in die öffentliche Rechtsordnung mehr und mehr geschwächt, der öffentliche Geist entnervt und die Korruption der Weg gebahnt worden, denn sonst hätte es in diesem sonst durch seine Biederkeit und durch seinen Rechtssinn ausgezeichneten Lande nicht geschehen können, daß im abgewichenen Jahr, mitten in einer durch Nichts erregten Zeit, und während gerade die öffentliche und Preßthätigkeit die ungeheuersten Anstrengungen machte, einer verhältnißmäßig schnell vorübergehenden Steigerung der Lebensbedürfnisse entgegenwirken, — daß, sagen wir, die öffentliche Ruhe auf so beklagenswerthe Weise und zwar charakteristisch gering, mehr aus Laune und Berechnung gegen die bestehende Ordnung, als aus Noth gestört wurde und Erscheinungen auf der Oberfläche unserer socialen Zustände hervorgetreten sind, welche den tiefen Abgrund zeigen, vor dem wir stehen und welche uns ein Bild geben, sprechend genug, um die Symptome der Erkrankung des ganzen Organismus auch für das blödeste Auge recht klar an den Tag zu legen. Zwar ist dem Gesammtverstande, der durch die öffentliche Stimme spricht, ein dankenswerther Zugeständniß der Gründung des deutschen Zollvereins, in den Verhandlungen zu Erzielung einer übereinstimmenden Verfahrens vorerst in Wahlsachen und in Pfandangelegenheiten gemacht worden, und die Verkehrsmittel gehen in einer großartigen Eisenbahnverbindung ihrer Vollendung entgegen; aber noch harren wir, mit andern deutschen Ländern, des einzigen vernunftmäßigen Mittels, die öffentliche Meinung zu beleben und für die Vollendung des Staatsorganismus fruchtbringend zu machen, der Verwirklichung der in der Verfassung garantirten Preßfreiheit; noch immer soll, trotz der wiederholten dringenden Forderung unserer Stände, die Hoffnung nicht in Erfüllung gehen, daß unserm Staatskörper jene Organe eingeflößt werden, an denen sich der Einzelne als lebendiges Glied des Ganzen fühlen und in freimerer Beschäftigung mit Allen ein unzerstörbliches Bollwerk der Staatsgesellschaft zu werden lernt: denn noch bis auf diese Stunde ist uns das Recht der öffentlichen Versammlungen und Vereine, die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Schwurgerichten für die Kriminalsspiz, und eine auf Verminderung des die Staatseinnahmen in so unverhältnißmäßigem Grad in Anspruch nehmenden stehenden Militärs gerichtete Bewaffnung des Volkes versagt, während doch Deutschland allein nur in der Wehrhaftigkeit des Volkes und in vollsthümlichen Institutionen vor innern und äußern Angriffen der Sicherheit gewiß sein kann. Die Hinweisung auf die Hindernisse, welche der Entwicklung unserer öffentlichen Verhältnisse nach den angegebenen Richtungen beim deutschen Bunde entgegenstehen sollen, hat allen andern vorlaufen seitdem nun sich, freilich spät genug, klar gemacht hat, daß ja der deutsche Bund gerade aus den einzelnen Regierungen zusammengesetzt ist, an welche der Geist der Zeit jene Forderungen so gebieterisch gerichtet hat. Und welches immer das Verhältniß des einzelnen Staats zum Ganzen sein mag, dazu gibt es, wie sich ein gesinnungsvolles Abgeordneter jüngst in einer denachkarten Volkskammer bei Gelegenheit des Antrags auf Wiederherstellung der Preßfreiheit so einfach als wahr ausgesprochen hat — dazu gibt es kein Recht, einen Staat zu zwingen, sich in sich selbst aufzureiben. (Schl. f.)

Karlsruhe, 31. Jan. Die Zuschrift, welche der Abg. Hecker angeblich von 63 Arbeitern der Kessler'schen Maschinenfabrik erhalten und letzten Freitag als Beleg zu seinen Behauptungen benützt hatte, daß die Arbeiter eine Unterstützung der Fabriken um Ihrentwillen nicht verlangten — diese Zuschrift hatte unter den Arbeitern eine große Mißstimmung hervorgebracht. Sie wählten einen Ausschuß, der im Namen sämmtlicher 800 Mann der Kammer heute in einer Eingabe durch den Abg. Christ die Bitte vortrug, den Abg. Hecker zur Mittheilung der Namen jener 63 zu veranlassen. Es sei Ehrensache für sie, nicht mehr neben Leuten zu arbeiten, welche zum Nachtheil des Fabrikherrn, so lange sie bei ihm beschäftigt sind, einen Schritt gethan. Weder bemerkte, daß die Eingabe der Petitionskommission zu überweisen sei, und Hecker erklärte, bestig aufgeregt, daß er sich in der Kammer nicht verhören lasse, die Petitionskommission möge berichten, er halte für ehrenhafter, wenn die Arbeiter ihre Uebergesinnung dem Fabrikherrn nicht gefangen gäben, er appellire an das Volk u. s. w. — Man vernimmt, daß der Abg. Hecker durch die Zuschrift insoweit getäuscht worden sei, als sie nicht von Arbeitern der Kessler'schen Fabrik herrühre, sondern von einer Gesellschaft von Handwerksgehilfen, an deren Spitze ein junger Mann stehe, welcher mit Zerstörung von den Kammerverhandlungen ein Mannheimer Blatt um den Kopf seines Rufes bringt. Eine zweite Petition aus Durlach gegen die frühere von Hecker eingereichte, welche letztere gegen die

Digitized by Google

Staatshülfe für die Fabriken gerichtet war und ihren Ursprung gleichfalls einer trüben Quelle verdanken soll, wurde wie jene der Kessler'schen Arbeiter an die Kommission gewiesen. Die Kessler'sche Fabrik beschäftigt viele Arbeiter aus Durlach. Die Uebrigen hatten Hrn. Emil Kessler erklärt, daß sie nicht mehr neben den Durlachern arbeiten würden, wenn sich dieselben nicht von dem Verdachte reinigten, an der Petition gegen die Fabrik theilgenommen zu haben. Hr. Kessler hatte den Durlachern 8 Tage Zeit hiezu gegeben; sie waren aber von der Arbeit weg durch die Straßen der Residenz alsbald nach ihrer Vaterstadt gezogen, um sich dort das Zeugniß zu holen, daß sie bei der Petition nicht betheiligt seien. Jetzt sind sie schon wieder an ihrer Arbeit. Gestern war eine Verstärkung von Gendarmerie nach Durlach gezogen worden, um der Sache vorzubeugen, daß die Unterzeichner der Petition gegen die Fabriken nicht eine derbe Lehre über die Beschaffenheit der Volksstimmung erhielten. Zum Glück waren ihre Namen nicht bekannt geworden; sie können ihren unüberlegten Schritt mit Muße bereuen und daraus absehen, daß es nicht gut ist, in ernsten Dingen unerfahrenen Menschen Vertrauen zu schenken, und daß sie im Irrthum waren, als sie glaubten, sie repräsentirten die Volksstimmung.

In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer begründete Brentano seine Motion auf Vorlage eines Gesetzentwurfs, wodurch die Ortsvorgesetzten des Vollstreckungsvollzugs enthoben und eigene Gerichtsvollzieher dafür bestellt werden sollen. In dem Vortrage selbst, sowie in den Unterstützungen desselben durch die Abgg. Baum, Schmitt, Romdride, Strand, Schaaff und Hebbing wurde nachgewiesen, daß die dermalige Einrichtung, wonach die Ortsvorgesetzten zugleich Vollstreckungsbeamte sind, nicht allein nachtheilig auf den öffentlichen Kredit, sondern auch auf die Gemeindeverwaltung wirke. Für den Kredit sei es viel wichtiger, daß die gerichtlichen Urtheile rasch vollzogen, als daß sie schnell erlassen werden; in mancher heruntergekommenen Gemeinde könne man die Nachlässigkeit in der Vollstreckung als Ursache nennen hören, welche den Verlust des Kredits bewirkt habe. Die Stellung der Bürgermeister sei zu einem strengen und prompten Vollzug der richterlichen Urtheile nicht geeignet. Es sei natürlich, daß sie ihre Mitbürger schonen, wenn sie glauben, daß der Gläubiger nicht darunter leide, oder wenn dieser ein Auswärtiger ist. Sind sie streng, so verlieren sie leicht das Vertrauen der Bürger, und mancher unfähige Bürgermeister hebt sich der Nachsicht ein Mittel, um sich die Stimmen für die nächste Wahl zu erhalten. Der Abg. Schaaff bemerkte außerdem: wenn die Vorschläge des Abg. Bissing auf Errichtung von Pfandgerichten und des Abgeordneten Brentano verwirklicht wären, dann würden die Kreisregierungen wenig mehr in die Lage kommen, von ihrem Nichtbestätigungsrecht bei Bürgermeisterwahlen Gebrauch zu machen. Es wurde auch der Klagen gedacht, welche in Frankreich und auf dem linken Rheinufer gegen das Institut der Gerichtsvollzieher (huissiers) erhoben werden; doch beträfen diese nicht das Wesen derselben, sondern Nebenumstände, welche von unserer Gesetzgebung vermieden werden könnten. Von Seite der Regierung (Justiz- Ministerial- Präsident Treiber) wurden die Mängel des gegenwärtigen Vollstreckungswesens anerkannt, welche zwar unmittelbar mehr den Gläubigern Nachtheile bringen, aber in soweit sie den Kredit schwächen, mittelbar auf die Schuldner zurückfallen. Die Regierung wünsche, durch die Berathung der Motion (welche einstimmig beschlossen wurde), die Ansichten der Kammer zu erfahren. Die Tagesordnung führte zur Diskussion des von dem Abg. Speyerer erstatteten Berichts über die provisorischen Gesetze: 1) vom 23. April 1847 über Abänderungen im Zolltarif; 2) vom 23. April 1847 über den Eingangszoll von Oel in Fässern; 3) vom 28. Juni 1847 über Zuckerzoll und Rübenzuckerbesteuerung, welche sämmtlich die nachträgliche Zustimmung der Kammer erheischen. Hiemit war jedoch die Aufgabe der Kammer bezüglich auf die Angelegenheiten des Zollvereins nicht gelöst. Der Abg. Helmreich begründete in ausführlichem Vortrage, der nicht minder durch statistisches Material ausgestattet als durch Geistesfunken belebt war, die Anträge: 1) Die Kammer möge ihre Zustimmung zu den Aenderungen im Zolltarif nur bis zum Schlusse des Jahres 1848 gelten lassen, und die Regierung ersuchen, bei der Zollkonferenz an ihren früheren Vorschlägen von 1846 festzuhalten; 2) Die Regierung möge dahin wirken, daß ein durchgreifendes Differentialzollsystem angenommen, und der Plan einer theils Seetheorei unterstützt werde; 3) Die Regierung möge sich vor Zusammentritt der nächsten Zollkonferenz dafür verwenden, daß dieselbe auch mit Sachverständigen aus dem Gewerbstande beschickt werde. Da eine gründliche Erörterung dieser wichtigen Fragen durch den Bericht nicht veranlaßt, die Kammer also auch darauf nicht vorbereitet war, so wurde auf den Antrag des Abg. Dennig beschlossen, den Vortrag des Abg. Helmreich als Motion zu behandeln und in den Abtheilungen zu berathen. Die Abgg. Mathy, Hebbing und Vogelmann unterstützten den Antrag, der die Zustimmung der Regierungskommission (Finanz-M. Präs. Regenauer) erhielt. Auf die Bemerkung des Abg. Christ, es möge bei der Rübensteuer darauf geachtet werden, daß die inländische Zuckerindustrie neben der ausländischen bestehen könne und nicht durch zu hohe Besteuerung erdrückt werde, erwiderte F.M. Pr. Regenauer, daß hierfür schon in den Berathungen von 1841, wonach die Rübensteuer stets so bemessen werden soll, daß der einheimischen Industrie noch ein hinreichender Schutz gewährt wird, Vorsorge getroffen sei.

Frankfurt a. M. Dem Rhein. Beob. wird von hier geschrieben, die Nachricht, daß die Bundescentralkommission wieder ins Leben gerufen werden, beruhe auf einer „Begriffsverwechslung"; es sei lediglich im Schooße der Bundesversammlung selbst eine Kommission mit der sperziellen Ueberwachung der „revolutionären Tendenzen" in Deutschland betraut worden. Einem Gerüchte zufolge solle ein Kongreß der geschäftsleitenden Polizeibeamten stattfinden, auf welchem namentlich gleichmäßige Maßregeln gegen die revolutionären Bestrebungen und ihre Schildhalter besprochen und festgestellt werden sollen.

## Schweiz.

☽ Bern, 28. Jan. Die Allg. Z. enthielt jüngst die Bemerkung, die auch in der Deutschen Z. mitgetheilte Thatsache, als ob Handwerksburschen im Großherzogthum Hessen schon aus dem einzigen Grund nicht geduldet würden, weil sie Schweizerbürger seien, bedürfe noch näherer Aufklärung, indem dergleichen Maßregeln schwer zu glauben seien. Leider ist es aber nur zu wahr, daß die Gr. Hess. Behörden einem Schweizerhandwerker nicht nur keinen Aufenthalt im Großherzogthum gestatten, sondern ihm mittelst Einschreibung in sein Wanderbuch die strenge Weisung geben, daß er binnen 24 Stunden das Land zu verlassen habe; sie untersagen ihm sogar das Betreten irgendeiner Handwerksherberge, selbst deutsche Handwerker, die aus der Schweiz kommen, erfahren gleiche Behandlung, und wenn sie dem hessischen Lande angehören, harte Bestrafung. Zur Bekräftigung die ser Anklage der großh. hessischen Behörden vor der öffentlichen Meinung, liefere ich hiermit zwei Belege. Ein von dem Gr. Kreisrath und Darmstadt am 18. März 1847 eingetragenes Visum lautet: „Der Inhaber ist als Angehöriger der Schweiz angewiesen, den hiesigen Landesverfassungen gemäß, bei Meidung unausbleiblicher Strafe, innerhalb 24 Stunden über Worms die Grenzen des Großherzogthums Hessen zu verlassen, auf keinem Wege dahin seine Handwerksherberge zu besuchen, von der bezeichneten Marschroute nicht abzuweichen und die bis zur Grenze bestimmte Reisezeit einzuhalten." — Ein anderes am 7. Dez. 1847 vom Kreisamt Darmstadt visirtes Wanderbuch eines hessischen Bürgers sagt: „Inhaber ꝛc. erhält hiermit Wandererlaubniß fürs In- und Ausland mit Ausnahme der Schweiz auf unbestimmte Zeit. Demselben wurde der Inhalt der allerhöchsten Verordnung vom 19. Feb. 1847 bekannt gemacht, wonach er sich nicht in die Schweiz begeben darf, und sich für in der Verordnung angedrohten nachtheiligen Folgen selbst zuzuschreiben hat, wenn er diesem Verbot entgegenhandelt". — Ich habe von Vielen hier seit mehreren Jahren als Geschäftsleute etablirten, oder in hiesigem Staatsdienst angestellten Hessen harte Klagen über dies Verfahren der bes. Behörden aussprechen zugleich aber auch die Hoffnung an die Veröffentlichung dieser Thatsachen knüpfen hören, daß in Darmstadt die nöthigen Schritte zur Aufhebung einer solchen durch Nichts zu rechtfertigenden willkürlichen Verordnung gethan werden möchten, indem sonst die Existenz der vielen hessischen Bürger, welche in der Schweiz ansäßig sind, leicht durch zufällige Repressalien gefährdet werden könnte, abgesehen von dem gehässigen, von der Schweiz in keiner Weise provozirten Verkehr, welches der Verordnung zum Grunde liegt. (S. unsre gestr. Nummer unter der Rubrik Darmstadt.)

## Dänemark.

Kopenhagen, 25. Jan. Ein an die dänische Kanzlei erlassenes allerhöchstes Reskript über politische und Preßprozesse lautet: „Mit Hinsicht auf das von uns in Veranlassung unserer allerdevotesten Thronbesteigung erlassene königl. Patent vom 20. haben wir uns allergnädigst veranlaßt gefunden, alle in unserm Königreiche und unsern Herzogthümern der Zeit bei den Gerichten schwebenden Prozesse über politische und Preßvergehen niederzuschlagen. Unsere Kanzlei hat in Uebereinstimmung hiemit das Nothwendige zu veranlassen und thunlichst schnell eines unser allerhöchstes Reskript zur öffentlichen Kunde zu bringen." Wir befehlen Euch Gott. Gegeben in unserm Schlosse Christianaburg, am 24. Januar 1848. Friedreich, R. Gestern wurde der Magistrat empfangen; Oberpräsident Lange äußerte in einer längeren Rede unter Anderm: „Mit Vertrauen und Zuversicht

Digitized by Google

habe die treue Hausfrau aus dem offenen Briefe vom 20. Jan. erfahren, daß der König, bekannt mit des Volkes Hoffnungen und Erwartungen, nicht nur die begonnenen Verbesserungen der Verwaltung, sondern auch die von seinem Vorgänger beabsichtigte Ordnung der öffentlichen Verhältnisse des Staats in's Werk setzen wolle. Der unvergeßliche Aufruf an das Volk Dank. bartheit, den der König dem durch ein festes Grundgesetz zur Gerechtigkeit, der Rechte des Volks und zur Verwirklichung und Befestigung der Eintracht zwischen den Einwohnern erwerbe, sei ein wichtiges Ziel für die Bestrebungen eines hochherzigen Königs. Der König der Könige möge dem neuen Königl Reiches und Bestehet verleihen! Das Gesetz des gesetzten Vaterlandes herzustellen und dem Volke die Rechte und Freiheiten zu erhalten, welche ein freisinniges, aufgeklärtes und seinem Könige treu ergebenes Volk als seine größte Ehre und seine sicherste Bürgschaft für die Zukunft anzusehen pflegt. Der König entgegnete: „Ja, danke Dank für Ihre Mittheilung. Sie haben mir einen großen Kummer ausgebrochen, der mich und das Vaterland betreffen und den Niemand in der ganzen Welt mir nehmen kann als ich. Ich habe bereits in dem offenen Briefe meinem Volke erklärt, daß es mein ernstes und wichtigstes Verlangen sein werde, in meinen hochseligen Vaters Beispiel zu folgen und namentlich das Werk der Ordnung der öffentlichen Verhältnisse des Staats, welches er, mit unter meinem Anziehe, eben im Begriff stand, auszuführen, als er auf das Sterbebett gewiesen wurde, zu vollenden. Ich habe damit aufgefordert, was ich in mehrfacher Hinsicht für den Augenblick aussprechen wollte und konnte, und so gewiß ich mein königliches Wort halte, so gewiß, so sicher vertraue ich mich darauf, daß das Volk mit Vertrauen in seinen König dem Beschluß, den ich in dieser gewichtigen Angelegenheit fassen will, abwarte. Mein Herz, ich werde bleibe Ihnen und der Stadt Kopenhagen mit aller königlichen Gnade hold und gewogen!“ Durch die beiderseitigen Blätter sowohl als durch eine vom Kabinetssecretär an die Deputation der Insel stehe erhielte offizielle Antwort erfährt man, daß S. M. der König auf Grund der vielfachen dringlichen Staatsgeschäfte beschlossen hat, vorläufig keine in Veranlassung seiner Thronbesteigung an ihn gerichtete Adresse anzunehmen! So wird alle und jede Deputation, Kopenhagener Bürger repräsentanten und der anwesenden Deputirten der Reichsräthen Ständeversammlung, noch eine Adresse der deutschen Herzogthümer vorläufig direkt an den König gelangen können. Die von den in der Hauptstadt anwesenden fünfzehn Ständedeputirten der dänischen Inseln und den sämmtlichen Kopenhagener Bürgerrepräsentanten unterzeichneten übereinstimmenden Anträge an den König verlangen eine verfassungsgemäße, beschleunigte und gesetzmäßige Theilnahme an der Leitung der Staatsangelegenheiten, und daß eine Kommission aus das Vertrauen des Königs und des Volks besitzenden Männern aus den verschiedenen Theilen des Landes zusammenentreten werden, um eine freie konstitutionelle Verfassung zu entwerfen, die sodann Seit Schlußberathung durch die vereinigten Stände der Provinzen unterzogen werden. Der Ober gerichtsprokurator Christiansen, der Professor der Theologie Clausen, Bankdirektor Haidt, Etatsrath und Professor Schou, Fabrik. Drewsen, Großhändler Meinert u. s. w. sind unter den Unterzeichnern der einen Petition, die andere ist von sämmtlichen Bürgervertretern der Hauptstadt unterzeichnet. (Börsenh.)

Der Weserzeit. wird geschrieben: Schon am 9. hatte der König, nachdem er der Soröer Deputation eine lange Audienz, ferend, mit einer die Armwunde pressenden engen Uniform bekleidet, ertheilt hatte, ein Gefühl nahen Todes. Ungeachtet des Schmerzes setzte er sich sogleich nach der Audienz an seinen Arbeitstisch und schrieb einen 2 Bogen langen Brief an seinen Sohn, in welchem er ihm die zu befolgende Politik an das Herz legt. In diesem Briefe war auch der Graf K. Moltke zum Kronprinzen als Staatsminister dringend begleitet und soll auch die fameß Stelle Proklamation wörtlich enthalten gewesen sein. Nachdem der König den Brief selbst versiegelt hatte, rief er den Generaladjutanten von Jeminger und dem Vorzimmer und erklärte ihm: sollte er diese Krankheit nicht überstehen, so solle derselbe sofort nach dem Tode diesen Brief dem Kronprinzen als ein Vermächtniß seiner Vaters übergeben und bezeichnete ihm eine verborgene Stelle, wo derselbe dingelegt würde. Mit den Verhältnissen Unbekannten wird es auffallen, daß der König der den Kronprinzen jeden Tag mündlich sprechen konnte und zum Theil sprach, den schriftlichen Weg wählte. Wer die obwaltenden Umstände kennt, wird es indessen leicht begreifen. Bewundern aber muß man die Vorsicht und Seelenstärke des Königs, der über seinen Tod hinaus noch die seinen deutschen Unterthanen so abholden Grundsätze zur Herrschaft zu bringen suchte. Es ist gewiß, daß Christian der Achte jenes inlusarische Täuenthum in einem höhern Maße besaß, als irgend einer seiner Unterthanen, und wenn er in seinen ersten Regierungsjahren weniger mit seinen Dänisirungsabsichten hervortrat, wenn sie später noch immer eine Grenze hatten, so lag der Grund theils in dem übermächtigen Einfluß des 1843 verstorbenen Kabinetssecretärs Tillisch, theils und vorzüglich in einer angeborenen Furchtsamkeit, über welche er nicht Herr werden konnte. Das „Fädrelandet“, das Organ der ultra-dänischen Partei, wie das ganze dänische Volk sachinen jetzt zu begreifen, was sie an diesem zugleich einfachigen und beharrlichen Könige, welcher überdies durch Freiheit und Liebenswürdigkeit die meisten ihm nahestehenden Deutschen ihrem vaterländischen Interessen zu entfremden wußte, verloren haben. Die Nachricht von den freundlichen Worten, die Friedrich VII. an die Herzogthümer durch seinen Adjutanten überhandt haben soll, wird widersprochen.

Dagegen bringt die Weserz. die erfreuliche Nachricht, daß Preußen entschlossen sei, durch einen außerordentlichen Gesandten, der längere Zeit in Kopenhagen verweilen würde, der feanzösischen und russischen Intrigue die Wage zu halten.

## Großbritannien.

London, 27. Jan. Die „Times“ enthalten ein Schreiben ihres Wiener Korrespondenten, vom 7. Jan., worin es gleich Anfangs heißt: die verhängnißvolle Lage Italiens beschäftige ausschließlich alle Gemüther. Die hohe Aristokratie, die höchsten Offiziere des Heeres, die bei der Staatskanzlei angestellten Personen hätten ihre Aufmerksamkeit auf dieses gefahrenreiche Land gerichtet, von wo aus aller Wahrscheinlichkeit nach der erste Streich gegen die alte, bereits von allen Seiten durch das wachsende Mißvergnügen der Provinzen über das Verharren bei einem System der Unbeweglichkeit bedrohte österreichische Monarchie fallen werde; der Staatsrath sei in letzter Woche sechs Mal zusammengetreten, Fürst Metternich, der sonst so ruhig bleibende, habe sich mehrmals in großer Aufgeregtheit befunden, nachdem er zum ersten Mal im Staatsrath auf Widerstand gestoßen. Er habe von seinen Zugeständnissen an die Lombarden wissen wollen und darauf angetragen, dem bejahrten Vicekönig die Last der Regierung abzunehmen, wenn sie ihm zu schwer falle, und ihn durch den jungen Erzh. Albrecht zu ersetzen; jede Nachgiebigkeit werde nur ein Zeichen der Schwäche sein und zur Weiterforderung führen müssen — Ansichten, denen namentlich Graf Kolowrat und Erzherzog Ludwig sich widersetzt hätten. Letzterer habe zwar geraiten, das Heer in der Lombardei auf 100,000 Mann zu bringen und die Rädelsführer bei den letzten Tumulten streng zu bestrafen, dagegen aber in die Verstärkung zu willigen, welche Erzherzog Rainer in Betreff des Petitionsrechts der Centralkongregation und gewisser Verwaltungserformen gethan. Es sei kann auch beschlossen werden, Weisungen in dem angegebenen, Kraft mit Milde vereinigenden Sinn des Erzherzogs Ludwig an den Vicekönig abgehen zu lassen. Die Zahl der deutschen Beamten in Mailand solle vermindert, Erzherzog Albert nicht nach Mailand, sondern nach Venetig geschickt und den Provinzialkongregationen zugestanden werden, ihre Beschwerden unmittelbar von den Thron des Kaisers zu bringen. — Wie viel hiervon wahr, möge dahin gestellt bleiben; jeden Falls aber mag man gern glauben, daß, wie der Korrespondent versichert, die Wichtigkeit der italienischen Begebenheiten viel dazu beigetragen habe, die Kriegsbihe Oesterreichs der Schweiz gegenüber zu mäßigen.

Auch deutsche Zeitungen enthielten die Mittheilung, daß der König von Preußen beabsichtige, im nächsten Frühjahr England zu besuchen; die „M. Post“ bezeichnet jetzt diese Nachricht als gänzlich ungegründet.

London, 28. Jan. Das M. Chron. läßt sich über den Tod des Königs von Dänemark und dessen mögliche Folgen aus Hamburg berichten. Der Tod des Königs würde in gewöhnlichen Zeiten und unter gewöhnlichen Verhältnissen von nur geringer Bedeutung sein, aber er gewinne Bedeutung durch die allbekannten Zerwürfnisse zwischen dem dänischen Königreich und dessen deutschen Provinzen und die persönlichen Eigenschaften, Gewohnheiten und den Charakter des Nachfolgers. Man wisse, daß der gegenwärtige König durch und durch ein Däne sei und etwas von einem entschiedenen Charakter und eine unlenkbare Gemüthsart habe, natzhalb man fürchten müsse, daß er eher zu Zwangsmaßregeln gegen seine deutschen Unterthanen als zu verschnlichen Schritten sich geneigt finden lassen werde. Jedenfalls dürfte man Christians VIII. Tod als ein Ereigniß betrachten, welches leicht zu großer Aufregung Anlaß geben und möglicherweise zu einem entscheidenden Kampfe zwischen den Parteien führen könne; und so sei wieder ein Zankapfel auf dem Kontinent da, eine von den vielen Krisen, welche geeignet seien, alle Protokolle unnütz und die Berufung auf die ultima ratio nothwendig zu machen. — Je mehr Schwierigkeiten und Verwickelungen, um so weniger fühlt sich die Palmerstonsche Politik; wenigstens wird es das M. Chr. an diesigen Betrachtungen auch nach dieser Seite hin schwerlich fehlen lassen. Nicht ohne Bedeutung mag es sein, daß jetzt das M. Chr. den Nachrichten aus Deutschland und den Auszügen aus deutschen Zeitungen einen zwar bescheidenen, aber doch stehenden Platz in seinen Spalten eingeräumt hat. Man mag uns wenigstens nicht mehr ganz ignoriren, künftiger Wege

Digitized by Google

lichkeiten wegen. Auch steigt die Achtung vor uns, je mehr das Volks- und Bürgerthum, im Bewußtsein wachsender Kraft, Theil an den öffentlichen Geschäften nimmt, je mehr das politische Leben die engen vier Wände von Restoration, Schreibstube und Kaserne durchbricht, je mehr das Wort von der Tribune auch neben dem Wort von der Kanzel gehört und die Zeitung, soll gesunden Menschenverstandes, mehr gelesen wird als dicke Lederbände voll gelehrter Spitzfindigkeiten.

## Frankreich.

Paris, 28. Jan. Die gestrige Sitzung der Kammer wurde von Hrn. Lespès, dem ehemaligen Redakteur des Commerce, mit einer Darstellung des Zustandes eröffnet, in welchem sich die französischen Strafgefangenen und namentlich die Bewohner des Zuchthauses in Clairvaux befinden. Die Sterblichkeit, welche seit längerer Zeit in immer steigendem Maße in dieser Anstalt herrsche, war im vorigen Jahre so groß geworden, daß von je sechen Personen eine starb. Diese Thatsache kam schon im Laufe des vorigen Sommers in der Kammer zur Sprache, und es hat sich seitdem, den Versicherungen des Herrn Lespès zufolge, ergeben, daß die Sterblichkeit die schauderhafte Höhe der Verwalter des Hauses herbeigeführt ist, die sich auf Kosten der Nahrung und Bekleidung der Gefangenen bereicherten. Man ließ die Leute darfür gehen, man ließ sie ohne Decken schlafen, man gab ihnen ungulängliche und ungesunde Nahrungsmittel, namentlich das Fleisch von gefallenen Thieren. Dazu empörende Mißhandlungen, durch welche man das Murren der Gefangenen zu ersticken suchte, und in deren Folge bisweilen hausenweise starben. Der Minister des Innern erklärte, daß die Untersuchung über diese Dinge noch schwebe, und daß es also nicht zulässig sei, schon jetzt über den Grund oder Ungrund der Angaben des Hrn. Lespès zu urtheilen. Es wird ohne Zweifel Leute geben, welche eine vornehme Verwunderung darüber empfinden, daß man die Küche der Sträflinge zum Gegenstand einer politischen Verhandlung machen kann. Mit diesen Leuten wollen wir nicht streiten. Die wohlmeinenden Männer aber, welche die Gefängnißfrage überhaupt zu würdigen verstehen, diese wollen wir fragen: wenn Vorgänge der bezeichneten Art bei der bisherigen Verfassung der Strafanstalten und in einem Lande der Oeffentlichkeit, wie Frankreich, möglich sind; was hat man erst von der Einführung des Zellensystems zu erwarten, bei jede wahrhafte Kontrole der Gefängnißbeschäftigung gut wie unmöglich macht? Wer und was die Publizität aus der bürgerlichen Ausschließkommissarien entgegenstellen wollte, von denen gar viel die Rede gewesen ist, dessen Vertrauen auf die Wirksamkeit papierener Einrichtungen würden wir keineswegs beneiden.

Nach Hrn. Lespès nahm Hr. Tocqueville das Wort, um eine Schilderung des sittlichen Zustandes des Landes zu machen, von der man nicht sagen kann, daß sie sehr schmeichelhaft sei. Die Abstumpfung des bürgerlichen Gemeingefühls, das Verblassen des politischen Pflichtgedankens, die Ausbreitung des Staates zum persönlichen Vortheil, Eigennutz, Gewinnsucht, das sind die Anklagen, welche Hr. Tocqueville gegen das gegenwärtige Geschlecht in Frankreich erhob, und für welche er vorzugsweise die herrschende Politik verantwortlich machte, welche durch ihr Beispiel und die von ihr ausgehende Verführung die öffentliche Moral, so viel an ihr sei, zu Grunde richte. Die Ursache für diese Uebel sieht Hr. Tocqueville in einer Umwandlung des Geistes der Regierung, welcher mit Ernst und Nachdruck auf die Wiederherstellung der Sittlichkeit hinzuarbeiten habe; Veränderungen im Mechanismus der Gesetze und politische Reformen, wie nützlich dieselben auch in mancher Hinsicht sein könnten, würden keineswegs ausreichen für jene große, dringend nothwendige Aufgabe.

Hrn. Tocqueville folgte der ministerielle Abgeordnete, Hr. Devienne, mit einer Jungfernrede, die von den Oppositionsblättern sehr verspottet wird, die aber bei manchen Schnitzern auch ihre ganz vortrefflichen Seiten hatte. Zu den ersteren gehörte es, wenn sich Hr. Devienne mit einer seitsamen kleinen Prahlerei als „einen verhärteten Konservativen" ankündigte, und wenn er erklärte, die Regierung dürfe um keinen Preis Zugeständnisse machen, „um sich nicht die Mieue zu geben als habe sie Furcht". Eine bequeme Taktik, die auch anderer Orten im Schwange ist. Ist die öffentliche Meinung ruhig, so verweigert man die Reformen, weil sich das Bedürfniß derselben nicht fühlbar mache; drängt und treibt die öffentliche Meinung, so erklärt man, daß man sich Nichts abzwingen lasse.

Paris, 29. Jan. Die gestrige Sitzung der Kammer zeichnete sich aus durch eine Reihe persönlicher Angriffe und Gegenangriffe, welche zum Theil mit sehr großen Waffen ausgeführt wurden. Es ein Streit des Hrn. G. Girardin mit dem Justizminister, in welchem jener diesen einen „Tartuffe der Gerechtigkeit" nannte. Diese ganze Debatte, von welcher selbst die leidenschaftlichsten Parteiblätter mit Ekel sprechen, hat Nichts dar, was die Aufmerksamkeit unserer Leser verdiente.

Die heutigen Verhandlungen der Kammer wurden durch Hrn. Lamartine mit einer Rede über die italienischen Verhältnisse eröffnet. (Mangel an Raum nöthigt uns, ihre Mittheilung bis auf morgen zu verschieben.)

## Spanien.

Madrid, 23. Jan. Von allen Seiten treffen Adressen ein, welche Espartero zu seiner Rückkehr nach Spanien Glück wünschen und allerlei schwärmerische Hoffnungen auf den Wiederbeginn seiner politischen Wirksamkeit aussprechen. Eine dieser Zuschriften aus Albacete sagt, daß er auf den Trümmern des Karlismus stehe, wie Marius auf den Trümmern von Karthago, und seinen Feinden dieselbe Antwort geben könne, welche der römische Feldherr den Boten des Prokonsuls gab, die ihn auswiesen sollten. Espartero selbst scheint wenigstens für jetzt nicht daran zu denken, sich eine neue Zukunft vorzubereiten. Es heißt, daß er im Begriff sei, Madrid zu verlassen, um sich nach der Provinz Jurgono zu begeben, in welcher sein Geburtsort Granatula liegt, wo er, wie er schon als Regent zu sagen pflegte, einst Alcalde zu werden hofft. Mit dem Hofe hat er sich einigermaßen überworfen. Er hat nämlich verfäumt, und zwar geflissentlich, sich der Königin Christine vorzustellen, und ist deßhalb zu einem unlängst abgehaltenen Hoffeste nicht eingeladen worden.

Narvaez leidet noch immer an der Grippe; der bekannte Hr. Burgos, weiland Minister Ferdinands VII. ist an derselben gestorben. — Eine Tochter der Königin Christine von Hrn. Munoz, wird sich mit dem Grafen Villanueva, Granden von Spanien, verheirathen.

## Italien.

Rom, 21. Jan. Die Palläde verkündet in einer großgedruckten Nachschrift die mit Jubel aufgenommene Kunde, daß bei einem abermaligen Ministerwechsel der Graf Pietro Ferretti das Portefeuille der Finanzen erhalten, und der Fürst von Teano, Herzog D. Michele Gaetani, an die Spitze der Polizeiverwaltung gestellt worden solle. Diese Verleihung zweier neuen Ministerien an Laien bezeichnet einen gewaltigen Fortschritt im Interesse der Reformen. (A. Z.)

* Rom, 22. Jan. Es scheint nicht, daß der König von Neapel mit seinen Concessionen vom 18. sich allgemeines Vertrauen zu erwerben gewußt habe. Weder das Preßgesetz, welches er kurz darauf denselben hinzugefügt, noch die Amnestie, die hiesige Blätter als äußerst zweideutig bezeichnen, haben die Zufriedenheit wieder herstellen können. Unterdessen ist hier die Nachricht angelangt, daß Palermo von den neapolitanischen Kriegsdampfboten wirklich bombardirt worden ist. Mehrere auswärtige Konsuln hatten die weiße Flagge aufgepflanzt, die die Kanonenkugeln, welche nach einigen Nachrichten großen, nach andern geringen Schaden angerichtet hatten, natürlich wenig respektirt haben werden. Mit Bestimmtheit wird auch von einem Aufstand in Salerno berichtet, welcher am 17. Statt gefunden haben soll. Die Gendarmerie, welche einen Mann aus den Kerkern gemacht, wäre bis auf den letzten Mann niedergemetzelt worden. Die Revolution habe sich hierauf mit Blitesschnelle über die ganze Provinz verbreitet. Die Kommunikationsdrähte über den Fluß Poliere sei abgerissen und die Telegraphen auf der Linie nach der Hauptstadt bin zerstört worden. Auch Basilicata soll zur Theilnahme an der Revolution disponirt sein. Von des Königs Unwohlsein ist wiederholt die Rede; er hatte, wird erzählt, bei der Unterzeichnung des Preßgesetzes einen epileptischen Anfall. Sein Nachdenken wird von Einigen damit in Verbindung gebracht. Neapel selbst verhält sich zwar ruhig, befindet sich aber in einer Art von Belagerungszustand. Ganze Kompagnien Infanterie mit Offizier und Trommler und von einer Reiterabtheilung bedeckt, machen die ganze Nacht hindurch die Runde. Gleich nach Ankunft der Nachrichten von den sicilianischen Unruhen wurde Befehl ertheilt, das Theater, den Gran Circolo Reggio und alle öffentlichen Orte zu schließen. — Der berüchtigte Scordato, welcher an der Spitze von 7000 jungen Leuten aus der Bagaria, Leuten von unoreglichtlichem Muth und trefflichen Schützen in Palermo eingezogen ist, war lange tott geglaubt; die Regierung hatte sogar einen auf seinen Kopf gesetzten hohen Preis vor mehreren Monaten ausgezahlt. Die sicilianischen Angelegenheiten fangen übrigens nachgerade an auch die diplomatische Welt in Bewegung zu setzen. Bisher war man durch falsche Gerüchte so oft getäuscht worden, daß Niemand es der Mühe werth erachtete, seine Gedanken wegen der bei einer äußerstwahrscheinlichen Intervention eintretenden Verwickelungen in Spannkraft zu versetzen. Jetzt denkt man wohl daran. Der Pasch, um mit den Hochsten zu beginnen, hat wiederholt und entschieden erklärt, daß er den Durchmarsch

Digitized by Google

fremder Truppen unter seiner Bedingung erlauben werde. Lord Minto hat nach verschiedenen Seiten hin, verschiedene Meinungen geäußert. Gegen die Einen hat er auf die Frage, was England thun werde, im Fall man österreichische Truppen nach Sicilien übersühren wolle? zur Antwort gegeben: Wir werden es nicht erlauben. Gegen seine diplomatischen Kollegen scheint er sich intrig in einem anderen Sinne ausgesprochen zu haben. Er soll sogar erklärt haben, für den Augenblick sehe er nicht ein, was England dawider haben könne. Nun fragt es sich freilich, inwieweit ihm für den betreffenden Fall Instruktionen zukommen werden, da dieser Kreis des politischen Schauplatzes zunächst wohl seinen Kollegen in Neapel und dem Admiral Parker ausschließlich überlassen bleiben wird. Von dem Standpunkt der französischen Politik aus glaubt man nicht, daß England sich in seiner eigenen Bedrängniß auf ein so weit aussehendes Unternehmen einlassen werde. Die Engländer machen die nemlichen Gründe in Beziehung auf Oesterreich geltend, welches für den Fall einer Intervention wenigstens 40,000 Mann würde senden müssen, was denn doch eine so gleichgiltige Sache nicht ist.*) — Kard. Ferretti ist bereits vorgestern Abend nach Ravenna abgegangen; Kard. Bonsendi wird nun wohl allernächst hier eintreffen und das Staatssekretariat übernehmen.

Genua, 26. Jan. Dem Schwäb. Merkur wird geschrieben: Es ist kein Dampfschiff von Süden angekommen, aber Briefe über Land aus Neapel und Sicilien. Der König von Neapel hat Konzessionen ertheilt, die vor Kurzem vielleicht noch mit großem Jubel, jetzt aber kalt aufgenommen werden seien. So wie in Palermo die Sachen bis jetzt stehen, ist es zweifelhaft, ob man sich mit diesen Einräumungen, nachdem so viel Blut vergossen, begnügen wird. In Palermo haben sich übrigens die ersten Männer an die Spitze der

*) Die Times weisen in ihrer letzten Nummer auf die Schwierigkeiten hin, welche Oesterreich sich bereiten würde, wenn es zur Unterstützung des Königs von Neapel Truppen marschiren lassen wollte. Toscana und Rom würden dieser Zumuthung sehr wahrscheinlich geneigt sein, zur Ueberschreitung der Truppen zur See zu reichen, namentlich in jetziger Jahreszeit, Oesterreichs Mittel nicht hin; und werde verfahren, daß die österreichischen Truppen in Nordsitalien, namentlich die Kavallerie, in vollkommener Kriegsrüstung dahinden. Endlich dürften schwerlich weder Frankreich noch Niemand einem entschiedenen Auftreten Oesterreichs, insofern dieses brabsichtigen sollte, mit der Volksbewegung in Sizilien zugleich die Reformbewegung zu unterdrücken, Hindernisse zusetzen. Daher werde sich Oesterreich wohl damit begnügen, seine Truppen für Eventualität der Ruhe in der Lombardei aufzuspuren. d. R.

[68]

Bewegung gestellt, und es ist von Raub und Plünderung keine Rede. — Briefe aus Messina vom 18. sagen, daß dort Alles ruhig ist, sowie im Königreich Neapel selbst, und alle Gerüchte von Unruhen dort sind eine Uebertreibung.

Aus Neapel nichts Neues von Bedeutung; die Berichte schildern den Eindruck, den die Reformbeschlüsse König Ferdinands gemacht haben, nachdem dieser Monarch wiederholt feierlich erklärt hatte, nun und nimmermehr von dem betretenen Wege der absolutistischen Politik abweichen zu wollen! Ob er die Monarchie dadurch gesichert und gekräftigt hat, daß er unter dem Tumulte einer Empörung Verbesserungen versprach, die er den ruhigen und bescheidenen Forderungen versagte — darüber kann ebensowenig ein Zweifel obwalten, als über die Haltbarkeit von Zusagen, die im Augenblick der Noth abgepreßt sind. Die Italiener haben ein Sprichwort: possuto il pericolo, gabbato il santo; mischte es nicht in Neapel eine so rasche und gute Gesinnung ein, wie jüngst in Portugal! Doch schien man in Neapel zu hoffen, der Ueberdrunger jener Zusagen werde den Aufstand der darumbenegten Insel bewältigen; ob auf die Dauer, möchten wir ebensowenig verbürgen, als die Gewißheit, daß zwischen Sicilien und der neapolitanischen Regierung, wie sie sich seit Jahren erprobt hat, überhaupt ein ehrlicher und offener Friede möglich ist.

Die Florentiner Blätter bringen den Wortlaut jener Dekrete, auf die wir morgen zurückkommen werden.

### Handels- und Börsennachrichten.

St. Petersburg. Wie die „Bank. Börsenhalle“ mittheilt, ist der Frankfurter Konsul, G. C. Thiel, plötzlich verhaftet. Als Grund der Inhaftirung gibt sie an, daß dieser bisher allgemein wegen seiner anscheinenden Rechtlichkeit geachtete Mann in seiner Stellung als Mitarbeiter mehrerer Aktiengesellschaften, in denen seine Kollegen um die Verwaltung meist ganz übervortheilt, sich zu einem schweren Mißbrauch des in ihn gesetzten Vertrauens dat verleiten lassen. Es stellte sich dies bei der nunmehrigen Aktieneausschreibung der Salamander Zeuer-Assekuranz-Kompagnie heraus, an deren Spitze der Gemannte mit den Direktoren A. W. nebst Dr. C. Hase; es sind von ihm vom Auslande für Aktien eingehende Gelder unterschlagen, auf Premessen nicht existirende Aktien verkauft, ihm nicht gehörende Aktien verkauft und die Kasse angegriffen worden, sodaß ein Defizit von 600,000 Silberrubel sich zeigt. Seine Inhaftirung geschah auf einen Spezialbefehl des Kaisers. 16. Januar soll eine Versammlung der Aktionäre stattfinden, auf die man sehr gespannt ist.

Verantwortlicher Redakteur **G. Servinus.**

# Ueber Kaffeeverfälschung.

Stuttgart, im Dez 1848. Das Färben des Kaffees ist in den letzten Jahren so allgemein geworden, daß man bald keinen naturfarbigen im Groß- und Kleinhandel mehr sieht; in ganz Deutschland, sowohl in größern als in kleinern Handelsplätzen, sind förmliche Kaffeefärbereien entstanden, welche jetzt mit ihrer Waare den Kaffeehandel mächtig und wo möglich alle Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen wissen. Diese Industrie haben zu ihrem Zweck ein Buch, oben mit einem Dog versehen, durch welches der Käufer angelockt wird. Es enthält sämmtliche Farbe vermengt wird. Das Faß wird nun so lange mit Wasser gefüllt, bis das fluß gewisse Kaffee entweder grün oder braun, oder wie man ihn haben will, geworden ist. So werden jetzt viel tausend Säcke Kaffee gefärbt, und im Norden gibt es sogar, wie man mir sagte, Häuser, welche dieses untreue Geschäft so schwunghaft betreiben, daß sie Dampfmaschinen gebrauchen, um das Faß oder die Trommel zu wenden. Kürzlich erhielt ich Lesen von einer Stadt am Main folgende Zuschrift: „Ich ersuche mir, Ihnen hiermit von den in neuerer Zeit nach Bremen, Hamburg rc. auf Bestellung gelieferten Artikeln Offerte zu machen, welche Sie wohl auch vortheilhaft zum Färben des Kaffees anwenden können. Dieser Muster nebst Preis, welcher aufs Billigste gestellt ist und die Waare nicht verbrauert, da sehr wenig zu Anwendung hinreicht, welche wie folgt, benennen können: Nr. 1 für grünen Domingo, Brasil Caffe der Centner 36 fl., per Pfd. 22 kr.; Nr. 2 Surinam Caffe zu machen kostet der Centner 48 fl., pr. Pf. 30 kr.; Nr. 3 Domerara der Centner 22 fl., pr. Pf. 15 kr.; Nr. 4 Java der Centner 45 fl., pr. Pf. 28 kr. Das nächst der Gefälligkeit Schädliches dabei ist, dürfen Sie vollkommen versichert sein rc.“ Es mag nun sein, daß viele seine schädlichen Mittel sind, aber immerhin ist und bleibt das Kaffeefärben ein Betrug an der Menschheit, denn das kaffeefärbende Publikum wird betrogen, und der ehrliche Kaffeehandel geht auch zu Grunde. Betrogen wird das Publikum darum, weil es einen schlechten Kaffee ebenso lyrner als einen feinen bezahlen muß, da ja dabe selbst schon gelehrt, daß ein Kaffee, der in seinem natürlichen Zustande im Detail kaum zu 28 kr. verkauft werden wäre, zu 32 kr. und höher verkauft wurde. Der genannte Mann hat selten Kenntniß von einer solchen Verbrennung und verlangt ergiebt im Laden rechtfahrigen, dunklen oder gefärbten Kaffee; aber er versteht darunter natürlichen und keinen mit Farbe angefrischenen, und wenn man ihn fragen würde, ob er Kaffe wolle, der mit Kohle, also sogar einem ganz unschädlichen Stoffe dunkel gemacht worden sei, so würde er gewiß diese Frage annehmen. Wenn ihrerseits die Kaffeesieder einmal selbst solchen kunstlichen Farbe verlangen, so ist das Färben kein Betrug mehr, sondern ein ebenso ehrliches Gewerbe, als das des Färbers, der das weiße Garn grün oder blau macht. Dahin wird es aber nie kommen, und darum kann sich auch der gewissenhafte Kaufmann weder mit dem Färben selbst, noch mit dem Handel von gefärbtem Kaffee abgeben; aber er sieht sich in mißlicher Lage, mit seinen Konkurrenten, welche dieses unwürdige Gewerbe treiben, nicht gleichen Schritt halten zu können, wenn er auch seine Waare selbst von Oel und Mißfarben befreie, weil sein Kaffee gegen den gefärbten geringer aussieht. Es ist jedoch schwierig, gefärbten Kaffee von natürlichem mit bloßem Auge zu unterscheiden, und man muß darin ein Vergrößerungsglas vrömen, wo man dann auf jeder einzelnen Bohne einen feinen schwarzen Staub sehen wird, mit dem die natürliche Waare nicht bedeckt ist. Macht man dann einen solchen gefärbten Kaffee feucht und reibt ihn mit einem Tuche ab, so wird bald die Bohne blaßer, um den Kaffee von Natur zu. Qualität war, so wird er weiß, und die abgeriebene Farbe am Tuche deutlich sichtbar werden. Wenn man eine einzelne Bohne zwischen die Fingerspitzen nimmt, so wird man eine Fülle abreiben. Ein anderes Mittel, Ungeübten eine sichere Erkennung zu geben, ist das Kochen. Gefärbter Kaffee verliert sehr bedeutend an Farbe, wenn er auch seine Waare selbst von Oel und Mißfarben befreie, weil sein Kaffee gegen den gefärbten geringer aussieht. Es ist jedoch schwierig, gefärbten Kaffee von natürlichem mit bloßem Auge zu unterscheiden, und man muß darin ein Vergrößerungsglas vrömen, wo man dann auf jeder einzelnen Bohne einen feinen schwarzen Staub sehen wird, mit dem die natürliche Waare nicht bedeckt ist. Macht man dann einen solchen gefärbten Kaffee feucht und reibt ihn mit einem Tuche ab, so wird bald die Bohne blaßer, um den Kaffee von Natur zu. Qualität war, so wird er weiß, und die abgeriebene Farbe am Tuche deutlich sichtbar werden. Wenn man eine einzelne Bohne zwischen die Fingerspitzen nimmt, so wird man eine Fülle abreiben. Ein anderes Mittel, Ungeübten eine sichere Erkennung zu geben, ist das Kochen. Gefärbter Kaffee verliert sehr bedeutend an Farbe, wenn er auch seine Waare selbst von Oel und Mißfarben befreie, weil sein Kaffee gegen den gefärbten geringer aussieht. Es ist jedoch schwierig, gefärbten Kaffee von natürlichem Kaffee, der etwas natürliche Farbe hat, oder färben die schon von Natur schönfarbige Waare noch dunkler, weßhalb auch alle abgeriebenen Kaffeebohnen weiß, sondern nur immer blaßer werden. Der Färber, der seine Waare zu weiten, der sich nicht ganz bereichert, wenn er auch seine natürliche Farbe am Kaffee ein wenig genommen, der durchs Waffer so gut ausgelegen wird, als z. B. Eichenrinde, das Waffer braun macht. Will man aber den gefärbten Kaffee von natürlichem, so muß der Kaffee sehr schnell wieder aus dem Waffer genommen und rasch abgetrocknet werden. Seit Jahren habe ich schon gegen vielen Unfug bei jeder Gelegenheit mit Wort und Beispiel angekämpft — aber fast vergebens! Ich wende mich daher an die Kaffeesieder selbst und auf unser zu: Kaufet doch ja keinen durch Kunst gefärbten Kaffee mehr, sondern verlangt in den Läden nur echten naturfarbigen Kaffee. Wenn Ihr Euch dieß Alle zu Herzen nehmen, und mancher Groschen erspart werden; denn angenommen, daß im Zollverein allein jährlich 80 Millionen Pfd. Kaffee verbraucht, drei Viertel hiervon gefärbt und nur zu 2 kr. per Pfd. im Durchschnitt theurerem Preise gegen Naturkaffee dem Publikum verkauft werden, so beträgt dieß die Summe von 2 Mill. Gulden, welches noch mehr, und es ist also schon der Mühe werth, auch von diesem Geschäftspunkte aus dagegen zu wirken. Ich fordere daher alle Zeitungsredakteure Deutschlands auf, diese Bemerkungen der Oeffentlichkeit zu übergeben, damit Jeder, auch der Aermste, der nur sein Lod Kaffee kauft, gewarnt wird. Aber auch meine Handelsgenossen bitte ich, mit mir gemeinschaftlich gegen dieses unwürdige Treiben aufzutreten und sich gegenseitig zu verpflichten, sich ferner weder mit dem Kaffeefärben selbst noch mit dem Handel gefärbten Kaffees abzugeben, und so vereint einen Anfang entgegenzuarbeiten, der den Handelsstand herabwürdigt und der Moralität der Commis, Lehrlinge und Knechte, welche das geheimnißvolle schwarze Geschäft des Färbens besorgen müssen, großen Nachtheil bringt. —

**Johann Conrad Reihlen.**

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim — Druck von **G. Mohr** in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Pränumerationspreise betragen bei der Deutschen Zeitung etc. für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Strassburg, Portugal u. übereseeische Länder werden man sich an H. L. Allemann Expedition 29 Boulevards, Paris 55, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpeditionen besorgt das Groß. Gen. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 30 kr. durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Alle Briefe und Gelder werden nur franco einer portopflichtigen Postzeile mit 1 kr. (3 Sgr.) berechnet.

**№ 31.** **Heidelberg,** Donnerstag 3. Februar **1848.**

## Uebersicht.

Rückblick auf unsere äußere Politik. III. — Berlin (Verhandlungen der ständischen Ausschüsse. Die Angelegenheit der Deutschen Zeitung. Der Nachricht von bewilligter Periodicität des Vereins. Landtags widersprochen). Schlesien (die Noth in Pleß und Rybnik). Stuttgart (Wünsche der Stadt an ihren Abgeordneten Federer. Schluß). Kammerverhandlungen: Die Adresse der II. Kammer an den König). Karlsruhe (eine socialistische Petition. Kammerverhandlungen: Zehntenablösung). Vom Rhein (der Vorfall in Bukarest; das deutsche Konsulatwesen). Kiel (die Adresse an den König. Zusammenkunft mehrerer Ständemitglieder. Gerüchte über weitere Ernennungen).

**Frankreich.** Rede Lamartines über Italien. — **Italien.** Neapel. Die Concessionen des Königs und die Forderungen der Insurgenten. Höchst bedenklicher Zustand des Königreichs. Für den König ein Dampfboot zur Flucht aufgerüstet. Amnestiedekret.

**Handel.** London. Herabsetzung des Diskonto. **Rußland.** Korn- und Getreidehandel.

## Heidelberg, 3. Februar.

Zur Entdeckung der eigentlichen Triebfedern der mit Ausnahme Englands von den Großmächten gegen die Schweiz eingeschlagenen Politik hat man sich nicht durch die Erklärungen der officiellen und halbofficiellen Blätter täuschen zu lassen. Man verirrte sich bis zur seltsamen Behauptung, daß der von der Tagsatzung innerhalb ihrer zweifellosen Competenz zur Auflösung einer bundeswidrigen Allianz gefaßte Beschluß, gleich einer Kriegserklärung gegen das Ausland, zwei Drittheile der Staatsstimmen erfordere; als wenn nicht das Recht, mit 12 Stimmen einen solchen Beschluß zu fassen, zugleich das Recht der Vollziehung desselben nothwendig in sich schließe. Wir trauen indeß der „Allg. Ztg." zu viel Einsicht zu, als daß wir sie eines ernstlichen Glaubens an die auch von ihr verfochtene Meinung verdächtigen möchten.

Gleichwenig dürfte es dem „Oesterreichischen Beobachter" mit seinen veralteten Diatriben gegen die Schweiz, als einen Herd des Kommunismus und gesetzlosen Radikalismus, Ernst gewesen sein. Das liegt doch zu sehr auf flacher Hand, daß die Schweiz mit ihrem Wehrstande und ihrer minder ungleichmäßigen Vertheilung des Besitzthums als sonst irgendwo, mit ihrer verhältnißmäßig so unendlich viel geringeren Zahl von Verbrechen gegen das Eigenthum, als sie zumal in Oesterreich vorkommen — vor allen Ländern Europas am wenigsten Boden für den Kommunismus hat. Ebenso klar ist, daß ein Sieg der Tagsatzung im Namen und aus Kraft des Gesetzes ungleich ein Sieg über den Radikalismus war, welcher die Schranken des Rechts zu überfluthen trachtete; daß erst durch Ueberwindung des Sonderbunds die Umkehr in einen gesetzlichen Zustand möglich gemacht und die Reihe jener Kantonsrevolutionen geschlossen werden konnte, die 1839 im Kanton Zürich begonnen wurde, aber freilich nicht durch die Radikalen, sondern durch die vom österreichischen Staatskanzler früher ausdrücklich belobten sogenannten Konservativen.

Die den französischen Kammern vorgelegten Aktenstücke haben gezeigt, was man schon vorher wußte, daß das österreichische Kabinet mit dem größten Ungethum auf Beschädigung drang, die den Frieden Europas gefährden konnten. Lage ein energisches Einschreiten Frankreichs im Charakter der jetzigen französischen Politik, wurde nicht die Thatsache des Kabinets der Tuilerien durch die Sorge für Erhaltung und Mehrung seines Einflusses auf der pyrenäischen Halbinsel vorzugsweise in Anspruch genommen, hätte es nicht dem schwer beleidigten England einige Rücksichten schuldig zu sein geglaubt, und hätte es sich leichtweg durch einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Schweiz mit der Stimme des achtbarsten Theils der französischen Nation in Widerspruch setzen mögen: es ist nur allzu wahrscheinlich, daß Oesterreich mit Frankreich vor einer völkerrechtswidrigen Intervention nicht zurückgeschreut wäre. Und doch ist es ebenso wahr — auch darauf hatte die „Deutsche Zeitung" wiederholt hingewiesen — daß sich dadurch Oesterreich mit seinen eigenen Interessen in den größten Widerspruch gesetzt hätte. Eine erfolgreiche militärische Intervention würde die südwestliche Schweiz in Frankreichs Hände gegeben haben. Nur der politische Kinderglaube könnte davon träumen, daß Frankreich den einmal gewonnenen Besitz leichtweg wieder aufgäbe. Die Stimme der französischen Nation selbst würde dem Ministerium Guizot eine bill of indemnity nur unter der einzigen Bedingung bewilligt haben, wenn es seine neue Stellung in der Schweiz zum Nachtheile Oesterreichs dazu benutzte, den in Italien gesunkenen französischen Einfluß wieder zu heben; wenn es seine Einmischung in die schweizerischen Dinge zu einer Brücke für die thätliche Einmischung in die italienischen Angelegenheiten gemacht hätte. Von der Konföderung des größten Schritts unaufhaltsam fortgerissen, mußte dann Frankreich in den Bewegungen der Halbinsel eine ganz andere Rolle spielen, als seine jetzige, in der es sich zur Abbindung der italienischen Reformpartei auf einige inhaltleere Phrasen beschränken mag.

Was konnte nun Oesterreich bestimmen, mit allem Eifer dahin zu wirken, um sich Frankreich mit Gewalt zu seinem gefährlichsten Nachbar heranzuziehen? Die Antwort darauf dünkt uns einfach; sie ist in der Hauptsache bereits in den neuesten Wiener Artikeln des „Times" gegeben, wenn auch nicht alle Einzelheiten derselben richtig sein sollten. Wer möchte sich wundern, wenn ein Hunter in der deutschen Kaiserstadt mehr gilt, als er im kleinen Schaffhausen gelten konnte, wo er bald genug als ein in das neunzehnte Jahrhundert verlaufener Anachronismus aus der Zeit Innocenz III. erkannt wurde, Die Einführung des jesuitischen Vereins der hierarchischen Mittig einer freieren Kirche in allen Provinzen Oesterreichs, wo nicht zur Zeit unüberwindliche Hindernisse im Wege standen, ist ja ein ebenso offenbares Geheimniß, als die Absicht, den jesuitischen Einstüssen weiteren Vorschub zu thun. Auch gilt ja noch Oesterreich in seiner größeren Hälfte, wo die früheren Machtbefugnisse der Stände zwar nicht rechtlich, aber doch faktisch auf den Nullpunkt zurückgedrängt wurden, für eine absolute Monarchie; und in zehn Fällen gegen einen ist der sogenannte monarchische ein ministerieller Absolutismus. Wäre Oesterreich eine konstitutionelle Monarchie oder ein konstitutioneller Bundesstaat, säßen die Repräsentanten der dauernden Interessen des Volks mit im Rathe, der über die Schicksale des Reichs beschließt, es könnte so gut wie Großbritannien eine wahre Staatskunst haben. Unter den jetzigen Umständen aber muß es unter der Herrschaft einer bloß persönlichen Politik stehen, die an allen besonderen Schicksalen und Wandlungen ihres hauptsächlichsten Trägers Theil nimmt. Sie wird mit ihm alt, kränklich, gebrechlich und launisch; sie wird auch mit ihm zu Grabe getragen werden.

Bisher konnte die Politik des Wiener Kabinets, als bloß persönliche, keine deutsche sein, nicht einmal eine österreichische. Sie ist eine jener Inkommensurablen Größen, die sich weder nach dem Maßstabe der Gerechtigkeit, noch des wirklichen und wahren staatlichen Interesses dem sien tägt. Durfte man sich also über ihre Mißgriffe in den Schweizerangelegenheiten nicht wundern, so mochte man doch über die Theilnahme Preußens in höherem Grade erstaunt sein. Wade ist, daß sich das Berliner Kabinet wenigstens nicht in die erste Reihe der Gegner der Gegenreichsnahst und der Begünstiger jesuitischer Interessen zu drängen wußte, daß es sich, im Vergleiche mit Oesterreich und Frankreich, bis auf die neueste Zeit mit klügerer Zurückhaltung benahm. Allein doch ist die Gefahr, mit Siegwart, B. Meier, Ammann u. d. andern Männern betrübten Andenkens die ganz allzuvertrauliche

Digitized by Google

Du diplomatischer Brüderschaft zu kommen, nicht völlig vermieden worden. Auch konnte es auffallend erscheinen, daß gerade Preußen in seinem Vertreter in Bern einen Brandstifter katholischer Konfession gewählt hatte. Handelte es sich gleich um eine weltentlich rein kirchliche Sache, so berührte sie doch auch nahe genug konfessionelle Interessen; und es war immer von Wichtigkeit, selbst dem falschen Argwohn, daß irgendwie ultramontane Triebfedern oder persönlich konfessionelle Neigungen und Abneigungen im Spiele sein könnten, jeden entfernesten Grund oder Vorwand zu entziehen.

Die Stellung Preußens gegenüber der Schweiz erklärt sich indessen wohl hinlänglich aus einer gewohnheitsmäßigen Nachgiebigkeit gegen die Vorschläge des österreichischen Staatskanzlers seit dem Karlsbader Kongreß, sowie aus einem noch verzeihlicheren Schwanken zwischen den alten absolutistischen Grundsätzen, die sich wohl auch den ungeheuerlichen schwerzerischen Radikalismus zu einem drohenden Gespenst ausmalten, und den konstitutionellen Thatsachen seiner jüngsten Geschichte. Denn ob auch Preußen noch gegen den Namen sich sträube, der Sache nach ist es gleichwohl, seit der Berufung des Vereinigten Landtags mit seinen nicht mehr rückgängig zu machenden Folgen, in die Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten. Um so eher wird es sich, in Beurtheilung und Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten, aus den Banden der etwa noch hemmenden persönlichen Vorurtheile loszureißen vermögen und zu einer Politik einlenken, die, unabhängig von den gerade in Wien vorherrschenden Sondermeinungen, mit festem und klarem Blicke das wahre Interesse Preußens und Deutschlands im Auge behält. Auch hat ja Preußen, durch seine schnelle Nachgiebigkeit gegen den Tagsatzungsbeschluß wegen Neuenburg, wenigstens Das gezeigt, daß es keineswegs geneigt ist, die Dinge rücksichtslos auf die Spitze zu treiben. Davon hätte es einen neuen Beweis gegeben, wenn es sich bestätigen sollte, daß in Paris der österreichische Bevollmächtigte mit seinen ungestümeren Forderungen in der Minorität geblieben ist.

Inzwischen sind in Beziehung auf Neuenburg die auch von der Deutschen Zeitung voraussgesagten Folgen der bisherigen preußischen Politik schon theilweise eingetreten. Nicht nur zeigen sich in diesem Kanton selbst die Spuren einer erneuten Mißstimmung, sondern man hatte zugleich in den Nachbarkantonen der französischen Schweiz Petitionen hervorgehoben, um die Tagsatzung zu einer unklugen Strenge gegen Neuenburg fortzureißen. Gewiß sind solche Wühlereien, solche Umarten einer kurzsichtigen Kleinkinderpolitik, die in der Trunkenheit eines Siegs sogleich allen Boden unter den Füßen verliert, allen Ernstes zu tadeln. Allein schwerlich ist auch zu zweifeln, daß in einer Zeit, da die Schweiz eine gefährliche Krisis noch nicht völlig überwunden hat, da sie den Großmächten gegenüber durch jede Unbesonnenheit in neue und gefährlichere Verwicklungen geführt werden könnte, sowohl die bewährte Mäßigung der Tagsatzung, als die Besonnenheit aller wahren Freunde des Vaterlands dafür sorgen wird, daß nicht Preußen in Neuenburg gereizt, daß ihm vielmehr zu der vielleicht schon begonnenen Umkehr zu einer gegen die Eidgenossenschaft aufrichtig freundlich gesinnten Politik Zeit und Gelegenheit gelassen werde.

Auf der anderen Seite ist freilich zu wünschen, daß die billigen Wünsche eines großen Theils der Neuenburger, in ihren staatsbürgerlichen Rechten mit den anderen Eidgenossen auf gleichere Linie gestellt zu werden, Berücksichtigung fänden, und daß endlich auch Neuenburg unter den Kantonen erscheine, die zu einer befriedigenden Bundesrevision die Hand bieten. Wo wäre auch ein Land in Europa, das, im Hinblicke auf die möglichen Gefahren von Frankreich her, ein größeres Interesse an einer starken schweizerischen Bundesverfassung hätte, als gerade Deutschland und Preußen? Wir können in dieser Beziehung nur wiederholen, was wir schon öfter hervorgehoben: indem die Schweiz ihre Neutralität und Unabhängigkeit selbst zu behaupten und zu vertheidigen weiß, hilft sie zugleich Deutschland an seiner verwundbarsten Seite vertheidigen; und die Schweiz kann ihre Unabhängigkeit nur unter der Bedingung einer kräftigen und haltbaren Bundesverfassung vertheidigen. Daß aber die in Aussicht stehende Revision zu keiner neuen Hetzeit, zu keiner despotischen Centralherrschaft führen wird, dies liegt jetzt schon entschieden genug vor. ·

---

**Preußen.** ** Berlin, 27. Jan. Jede Sitzung einer ständischen Versammlung hat Altes fruhren, wie der Mensch — auch ihr Greisenalter! Am Schlusse der gestrigen Sitzung unseres Landtagsausschusses kam §. 49 „von der unterlassenen Anzeige" zur Sprache und fand leider nicht den erforderlichen Widerstand, welcher wünschenswerth gewesen wäre. Es ward er denn leidenschaftlos und zwar, wie verlautet, unverändert. Die bisher eingereichten Aufsätze der D. Z. in Nr. 20 und 24, welche diesen §. bekämpfen, machen aber vielleicht einige juristische Klagen nicht überflüssig, welche wir jener bedauerlichen Abstimmung nachsenden. Wäre nur mindestens der böse §. aus dem fünften Titel, der „von der Theilnahme an Verbrechen" handelt, an eine geeignetere Stelle gewiesen, so daß die Nichtanzeige als Verletzung allgemeiner Bürgerpflicht gälte! Den Vergleich mit den übrigen deutschen Strafgesetzgebungen, bröchtens mit Ausnahme des sächsischen St.G.B's., namentlich den mit dem österreichischen, kann unser §. 49 nicht aushalten, sowie den Anforderungen der Wissenschaft durchaus nicht genügen. Das österreichische Gesetz. Art. 190 kennt nur eine Pflicht der Anzeige beim Hochverrath; unser §. 49 dehnt sie auf Landesverrath, Münzfälschung, Mord, Raub und alle das Leben gefährdenden gemeingefährlichen Verbrechen aus. Das ließe sich noch rechtfertigen, und es ist gar ein Trost, daß der §. sich auf diese Verbrechen beschränkt und die Angehörei nicht z. B. bei Majestätsbeleidigungen zur Regel macht! Aber das österr. Gesetz erklärt für strafbar nur den, welcher „aus Bosheit" ein Verbrechen zu hindern unterläßt, „da er es doch leicht", „ohne sich eigener Gefahr auszusetzen" hätte verhindern können. Unser §. fragt weder nach der bosha ften Absicht noch nach der eigenen Gefahr; wer zu rechter Zeit die Anzeige unterläßt, sei es auch nicht aus Bosheit, sei es auch, wenn ihm daraus Gefahr erwüchse, gilt als „strafbarer Theilnehmer an dem Verbrechen!" Das baier. St.G.B. Art. 78 und 79 verpflichtet zwar jeden Unterthan zur Anzeige, doch nur „soweit es ohne Gefahr für ihn selbst oder einen Andern geschehen kann" und läßt „Verbrechen oder Holen Anderer und sonstige Mittel der Verhinderung" anstatt der Anzeige gelten. Nach unserem §. 49 ist Jemand, der alle sonstigen thunlichen Maßregeln ergriffen hatte, um das Vorhaben des Verbrechers zu vereiteln, aber die Anzeige (wenn auch aus noch so gewichtvollen Gründen) unterließ, als Theilnehmer an dem Verbrechen strafbar! — Das würtemb. St.G.B. nimmt ebenfalls andermeite Handlungen, aus denen hervorgeht, daß von einer Begünstigung des Verbrechens nicht die Rede gewesen, als Ersatz und Entschuldigung der unterlassenen Anzeige an, mit Ausnahme des Hochverraths und Münzverbrechens, worüber Art. 213 besondere Vorschrift trifft. — Aehnlich das badische Gesetz. Das rheinische St.G.B. bedroht in den Art. 103 und 136 nur die unterlassene Anzeige von Verbrechen gegen äußere und innere Sicherheit des Staats und von Münzverbrechen. — Unser §. 49 setzt als Strafe „Gefängniß oder Strafarbeit bis zu 5 Jahren"; gewiß eine Skala von Strafen, die gerechtfertigt erscheine durch Beisätzung dessen, was dem §. fehlt, böser Absicht, d. h. wirklicher Theilnahme am Verbrechen, sowie der Ausschließung der Strafbarkeit, wenn eigene Gefahr getrohl, oder wenn aus andern Handlungen dessen, der nicht Anzeige gemacht, Nichttheilnahme erweislich ist. Das baier. St.G.B., obwohl es diese Einschränkungen enthält, hat als Strafe doch nur „Gefängniß bis 1 Monat" und als strengere Strafe bloß haft, wenn „aus eigenem Interesse" die That nicht gehindert ward. — Jedenfalls paßt der Begriff der Theilnahme am Verbrechen nur da, wo die Absicht der Beförderung erwiesen ist. Der peruplicher Richter müßte, wo das Gegentheil erweislich, entweder dennoch bestrafen, weil §. 49 in dem Titel von der Theilnahme steht, oder z. B. unterlassene Anzeige des Hochverraths dann ungestraft lassen, eben weil unterlassene Anzeige nur insofern sie Theilnahme an Hochverrath ist, strafbar sei! Wenn §. 49, wie zu befürchten steht, nun unverändert in das St.G.B. übergeht, so wird im Leben die unausbleibliche Folge sein, daß jene so natürlichen Moralisationen, welche die Gesetzgebungen von Oesterreich, Baiern, Würtemberg, Baden anerkannt haben, sich auf dem Wege der Nichtachtung des Gesetzes Bahn brechen, indem Jedermann, dem für sich oder die Seinen Gefahr erwächst aus der Anzeige, sie unterlassen und, wenn thunlicher Mittel näher liegen, diese ergreifen und über das Gesetz hinwegsehen wird, das ihn zum „Theilnehmer an dem Verbrechen stempelt", — und daß endlich, was die Vernunft gebietet, auch in der Praxis Anklang und Anerkennung findet durch irgendwie schlaue Interpretation, alle trotz des §. 49! Der Richter wird in solchen Fällen freisprechen. — Aber so kommt das Recht zu seinem Recht durch Willkür und nicht von Rechtswegen! — — Hoffentlich hält unserer Jeremiade über §. 49 Niemand die Bestimmungen des Allg. Landrechts entgegen, wie bei Gelegenheit der Konfiskationen im Ausschuß geschah: denn, wenn das gute alte Landrecht so wunderwell wäre, wozu hätten wir denn einen ganzen Kabarierberg mit Stationen von Entwürfen eines St.G.B's und ständen jetzt an der siebenten Entwurfsstation?!

Berlin, 28. Jan. Der Köln. Z. wird geschrieben: Wir

Digitized by Google

erfahren und guter Quelle, daß unser Gouvernement mit dem Gedanken eines Verbots der „Deutschen Ztg.“ umgeht. Wir würden in doppelter Hinsicht eine solche Maßregel beklagen. Erstlich weil damit der Beweis geliefert würde, wie wenig die Haltung unserer Regierung der Presse gegenüber durch den Umschwung, den unsere politischen Zustände seit der Session des Vereinigten Landtags genommen haben, influenzirt ist. Und das gerade in einer Zeit, wo Baiern uns mit dem Beispiele der Freisinnigkeit in dieser Frage vorangeht! Ferner würden wir das Verbot der „Deutschen Ztg.“ als einen feindseligen Akt gegen die hervorragenden und legalen Angorderungen betrachten, die derselben offen ihre Unterstützung zugesagt haben und mit ihrem Namen dadurch hervorgetreten sind. Wir erinnern hier nur an Hansemann, Auerswald und Schwerin. Eine Zeitung, welche die offen ausgesprochene Anerkennung von Männern hat, deren Mäßigung anerkennenswerth das Gouvernement wahrlich Grund genug hat, sollte wohl von dessen Seite auf Toleranz Anspruch machen können. Wir überlassen und deßhalb der Hoffnung, die Regierung werde anderen Eingebungen in dieser Angelegenheit Gehör schenken.

Die Börsenhalle widerspricht in einem Berliner Berichte der früher von einem andern Korrespondenten gebrachten Nachricht es werde eine zweijährige Vertheidigung des Ver. Landtags bewilligt werden.

Aus einem längeren Briefe, der uns aus Breslau zukommt und die Schauder erregende Noth in Oberschlesien schildert, heben wir folgende Stelle hervor: In den Kreisen Rybnik und Pleß herrschen, wie sich nun nicht mehr läugnen läßt, wirklich Menschen, und zwar nicht Einzelne, sondern Hunderte von Menschen, ja, ein glaubwürdiger Bericht in den Breslauer Zeitungen spricht von „Tausenden, die dem Hunger erlegen waren, wenn auch den letzten Todesstreich der Typhus gab.“ „Diese Krankheit“, heißt es in dem Berichte weiter, „ist hier aber nur das letzte Lebenszeichen des dem Hunger und Elende Erliegenden, und durch die jahrelange Entbehrung und schlechte Kost veranlaßt. Zehn Prozent der Bevölkerung ist im letzten Jahre gestorben; viele Dörfer haben 20 Prozent verloren. Auf den Feldern, in den Wäldern fand und findet man täglich die Leichen Verhungerter. Schaaren von Bettlern und Bettelkindern irren obdachlos und jammervoll umher. Tausende — im eigentlichen Verstnn Tausende — von Waisen datiren ihre Verlassenheit vom Jahre 1847. Ganze Häuser und Gehöfte sind ausgestorben. Mit den physischen Kräften der dem Elende Preisgegebenen sind auch die moralischen Kräfte, jede Energie entwichen. Hoffnungslosigkeit und Gleichgiltigkeit ist ihr Denk- und Handlungsvermögen. Arbeiten wollen sie nicht — „wir müssen ja doch sterben, vom Tagelohn können wir uns und unsern Kindern nicht aufreiben“ — das ist die Antwort auf Arbeitsanträge. Ja noch mehr: vollkommene Gleichgiltigkeit selbst gegen die ihnen nächststehenden Verwandten; der Bruder schließt die Schwester vom Gehöfte aus, um sein eigenes Leben länger fristen zu können — bald darauf findet man die Ausgeschlossene vor ihrer Heimaththüre verhungert, erfroren. Eine Mutter kndelt eines ihrer Kinder, läßt es auf dem Kirchhofe erfrieren und steckt das zweite unter das Eis“ ꝛc. Als Hamburg niederbrannte, betheiligte sich ganz Deutschland — das Unglück in Oberschlesien ist größer als der Hamburger Brand, und so thun wir auch vielleicht keine Fehlbitte, wenn wir uns an das badische Volk wenden und es bitten, sein Scherflein den entfernten Brüdern in Oberschlesien darzureichen“).

Zur Ergänzung der im obigen Briefe enthaltenen Schilderung des in den genannten Kreisen herrschenden Nothstands ziehen wir aus einem Berichte aus Pleß vom 26. Jan., welchen die Schles. Zeit. in Nr. 29 bringt, Folgendes aus: Die bürgerlichen Gewerbe liegen gänzlich darnieder, kurz das Elend und die Noth, welche da ist und welche sich augenscheinlich noch größer gestalten wird, ist gräßlich. Die hungernden Menschen schleichen wie Leichen umher. Nicht genug, daß die Stadt Pleß mit ihrem eigenen grenzenlosen Elende zu kämpfen hat, schaaren sich die hungernden Armen von den Dörfern, wo für die öffentliche Armenpflege Wenig oder gar Nichts geschieht, hierher, verschleppen Krankheiten, Ungeziefer, begehen unzählige Diebereien und brandschatzen auf diese Weise und durch das Betteln die hiesigen Einwohner. Die etwanigen Mittel, welche wir obwohl dieser Jammerwoche sind wirkungslos. Auf den Straßen macht es sich Nichts, weil dieselben nicht härter sein können als eben seine Noth. Arrest ist für dasselbe eine Erlösung von Hungernoth. Die Stadtgemeinde Pleß hat bereits große Opfer gebracht; sie besitzt kein Vermögen; alle öffentlichen Bedürfnisse sind auf den Geldbeutel des einzelnen Einsassen fundirt. Da nun aber ein großer Theil derselben an den Bettelstab herabgekommen ist, so ist nicht abzusehen, wo die Selbsthilfe zur Abwehr der Noth und zur Bestreitung der öffentlichen Bedürfnisse herkommen sollen. Es ist eine Kalamität vorhanden, die wir allein und aus eigenen Mitteln zu bewältigen außer Stande sind.

**Württemberg.** Δ Stuttgart, 30. Jan. (Wünsche der Stadt Stuttgart an ihren Abgeordneten Fr. Feberer. Schluß.) Deutschland ist jetzt großartigen Entwicklung fähig, wenn seine Glieder vom rechten Leben beseelt sind und einen Staatsmännischen Blick in die gährenden Elemente der Zeit werfen, aus denen, recht benützt, der größte, festeste und glücklichste Staatsverband aufgeführt werden kann, die aber umgekehrt, wenn sie in ihrer Bedeutung verkannt, verfolgt und bekriegt würden, entweder einen Kampf entzünden müßten, der die Errungenschaft ganzer Jahrhunderte gefährdet oder, besiegt und ausgestorben, mit der völligen Verdumpfung und Erschlaffung der Nation zum Hohn und zur Beute jedes Nachbarn enden müßten. Nur in der organischen, stets vom frischen Leben der Nation und seiner einzelnen Stämme durchströmten Einheit Deutschlands wird es der Entwicklung entgegengehen, deren es zum gesunden Dasein bedarf. Bereits haben die Einheitsbestrebungen im Zollverein gesiegt, was Deutschland sein und werden kann, wenn man die ausgerenkten Glieder des Ganzen wieder in ihre natürliche Verbindung zusammengehen läßt, und es ist kein bloßer Traum, daß, wenn Deutschland erst zu jener volkerbeglückenden Einheit gelangt ist, die ihm in den großen Erfolgen des Zollvereins vorangeleuchtet, wenn es, das Gesammtleben der Nation organisch bethätigend, gleichsam in höherer Einheit des Repräsentationssystems Vertreter der Nation versammelt, daß dann die reichen überspruhenden Kräfte, statt in ihrer künstlichen Isolirung dem kurzsichtigen Auge als schädliche Stoffe zu erscheinen, als lebenerzeugende Elemente dem Dienste des Ganzen sich fügen, daß die Ströme sich befreien, die Meere sich uns öffnen, unsere Schiffe uns mit allen Theilen der Erde in Verbindung bringen, Ackerbau, Gewerbe und Handel sich beleben und die bis jetzt verachtete und mißhandelte deutsche Nation auf die Stufe der ihr gebührenden Größe und zum Gefühl eines nie gekannten und kaum gahnten Glücks erhoben werden. Alle öffentlichen Kundgebungen drücken diese Gedanken und Hoffnungen der deutschen Nation aus; Stellen sich die Stände bei ihren Berathungen auf diesen höhern Standpunkt, so werden sie von selbst zu den bei der dreoffredenden Eröffnung der Kammern in fast allen Bajirken laut gewordenen Wünschen, die alle, mehr oder minder bewußt, von der nationalen Idee getragen sind, gelenket werden. Von diesem Geiste gingen namentlich auch die Wünsche aus, welche in der jüngsten Wählerversammlung, die Sie zu veranstalten die Güte hatten, zum Ausdruck gekommen sind, und denen auch wir mit voller und ganzer Ueberzeugung beitreten. Alle Bestrebungen des Volks sind auf die Vervollkommnung des Bestehenden gerichtet, und es ist eine Schmähung des Geistes des Volks und der Geschichte in dem Bildungsstriebe, der das Leben des Universums ausmacht, die Keime der Vernichtung zu entdecken und zu deren Bekämpfung aufzuforbern. Zerstörung ist nur die traurige Folge des Konflikte, der aus der gewaltsamen Hemmung der natürlichen Entwicklung entstehen muß. Wir aber sehen in dem Triebe nach Vollendung den schöpferischen Hauch eines höhern Geistes und verehren sein Walten. Diesen Geist in sich aufzunehmen, ist die Aufgabe Aller, welche an den Geschicken der Nationen arbeiten, und nur in seinem Dienst werden unsere Vertreter erreichen, was sie bei der Uebernahme ihrer wichtigen Mission zu erstreben geschworen haben, das unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlandes.

** Stuttgart, 31. Jan. Am 21. April 1845 hatte die Kammer der Abgeordneten beschlossen, die Ausgaben für Censurkosten (1500 fl. jährlich) als gerechtfertigt nicht anzuerkennen. Die Staatsregierung hat sich hiebei nicht beruhigt, und so wird, da der kurze Landtag von 1847 die Sache unerledigt ließ, der jetzige auf den früheren ständischen Beschluß zurückkommen müssen. Der „Reichsanzeiger“ bringt das ständischen Ausschreiben“, das in den letzten Tagen ausgegeben worden ist, enthält ein Scheinwahrheitsbrief, vom 9. Aug. 1845, welches aussprich, daß, so lange nicht die verbündeten Bundesbeschlüsse in Betreff der Censur außer Wirkung gesetzt sein werden, jenem Kammerbeschluß von 1845 keine Folge gegeben werden könne, indem insolange die unbestreitbare Verpflichtung der deutschen Regierungen zum Vollzug der Bundesbeschlüsse fortbestehe und daher auch die erforderlichen Mittel hiezu nicht verfügt werden dürfen. — Von interessanten Gegenständen enthält der Rechenschaftsbericht ferner einen Bericht über die bekannte Römer'sche Beschwerde unmittelbar nach den

*) Es sind uns bereits gestern von einem Ungenannten 4 fl. zur Unterstützung der armen Oberschlesier zugekommen; mit dieser Beisteuerung verbinden wir die wiederholte Bitte um fernere Beiträge, die wir an den Ort der Bestimmung werden gelangen lassen.

D. Red.

Meinungen. Römer hatte geeignete Verwendung des ständischen Ausschusses bei der Staatsregierung wegen gesetz- und ordnungswidrigen Verhaltens der Stadtdirektion Stuttgart und der Ministerien des Innern und des Kriegs bei Anwendung der Waffengewalt am 3. Mai 1847 beantragt, und das weitere Verfahren der Stadtdirektion rücksichtlich der am folgenden Tage gemachten Maueranschläge seiner Aufmerksamkeit empfohlen. Der Vorschlag hat jedoch beiden Gesuchen keine Folge gegeben; dieselben sind durch den Rechenschaftsbericht zur Kenntnißnahme der Kammer gebracht. — Heute Nachmittag übergibt die Deputation der 2. Kammer, der Präsident, die Adreßcommission und einige weitere Mitglieder, die Antwortsadresse dem Könige. Morgen wird also wohl die Adresse bekannt werden.

** Stuttgart, 31. Januar. (Antwortsadresse der zweiten Kammer auf die Thronrede.) Eure königliche Majestät haben uns bei Eröffnung des Landtages mit der Zuversicht auf das Gnade des Allmächtigen empfangen, welche durch den reichen Segen der letzten Ernte die schweren Prüfungen der vergangenen Jahre ihrem Ende zugeführt und uns Hoffnung die Aussicht auf weitere Linderung der bestehenden Noth gewährt hat. Wir preisen hierüber mit Eurer königlichen Majestät die gütige Vorsehung und bewahren tief im Herzen die Erinnerung, wie Hochstdieselben in der Zeit dieser Prüfungen allen Ständen des Vaterlandes in Werken der Wohlthätigkeit zu Linderung der schweren Drangsale ein erhabenes Vorbild gewesen sind. Indem wir erwägen, daß jene Leiden auch noch weitere künftige Gefahren enthalten, sind wir der Zuversicht, daß E. k. M. Regierung diesen ihre fernere Aufmerksamkeit schenken und alle auf sittliche Erhebung und Bildung des Volks gerichteten Bemühungen mit erhöhter Sorgfalt fördern werde.

Wenn im verflossenen Jahre einzelne in unserem Lande in Folge der der Thronung vorgekommene Störungen der öffentlichen Ordnung das königliche Herz mit Betrübniß erfüllen mußten, so gezieme es uns, als Vertreters eines Volkes, das an treuer Ergebenheit gegen sein Regierungshaus und an Liebe zu Thron und Recht und Ordnung seinen Stolz setzt, Eurer königlichen Majestät nachdrücklich zu versichern, daß jene Thaten fremden Gedanken und Umwillen, welchen eine freveltaften Versuche durch alle Gauen des Vaterlandes hervorgerufen haben. — Mit Befriedigung haben wir vernommen, daß trotz der außerordentlichen Ausgaben, welche die Noth der jüngst vergangenen Zeit geboten, Eure königliche Majestät in Ihrer Huld und Gnade, mit der Sie Ihr Volk stets beglückt, auch unter den gegenwärtigen Umständen sich wohl Mittel finden werden, Erleichterungen für den Betrieb der Gewerbe eintreten zu lassen. — Wir hoffen auch, daß es den Gemeinden und Amtskörperschaften werde möglich gemacht werden, die schweren Opfer, welche sie der Noth der vergangenen Jahre gebracht, wieder auszugleichen. — Möge unser Land in Frieden und Ruhe bleiben, bringen mußten, wieder auszugleichen. — Möge unser Land in Frieden und Ruhe bleiben, das Eure königliche Majestät in den verschiedenen Lage des Gewerbstandes insbesondere der kleineren Gewerbe vorwährend Ihre Sorge zuwenden, auch im Vereine mit den Regierungen anderer Staaten Ihre Bemühungen für Herstellung eines den Interessen des Gewerbstandes entsprechenden Zoll- und Handelsverkehrs gerichtet werden. — Wir freuen uns mit Eurer königlichen Majestät des glücklichen Fortschrittes unseres Eisenbahnbaues, und können uns von der Erwartung nicht trennen, daß in dem höheren Interesse nationaler Einheit die Hindernisse, welche der vorgeschlagenen Gemeinschaft der Eisenbahnverwaltung gegenwärtig Schwierigkeiten entgegenstehen, durch gegenseitige Vertrauen sich verständigen werden. — Wir theilen die Ueberzeugung Eurer königlichen Majestät, daß der gegenwärtige Zustand der Presse für Zeitschriften und Blätter in Deutschland den Gemeingeist der Regierungen, sowie den Ernst und die Würde der Nation nicht entspreche. Möge es den entscheidenden Anträgen, welche Eure königliche Majestät an den Bundestag gestellt haben, gelingen, daß durch gesetzliche Gestaltung der Preßfreiheit für ganz Deutschland eine Lage der Dinge herbeigeführt werde, die Ihrem Herzen und Eure königliche Majestät, das wir, die Vertreter Ihres getreuen Volkes, schon jetzt einer freien Behandlung der Presse bei Besprechung der inneren Landesangelegenheiten, im Geiste der von Eurer königlichen Majestät an uns gerichteten Worte um in Einklang mit dem Grundgesetze mit vertrauensvoll entgegensehen. — Rastlos bemüht, unsere Gesetzgebung mehr und mehr auszubilden, stellen Eure königliche Majestät uns für einen künftigen Landtag mehrere zeitgemäße Reformen in der Justizverwaltung in Aussicht und hinsichtlich der Gesetzgebung des künftigen Landtag eine allgemeine deutsche Wechselordnung an. Wir begrüßen in dieser den ersten Schritt zu einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung mit Freude und Dank gegen Eure königliche Majestät als eine der erhabenen Pflichten der Nationalität. Den weiter angekündigten Entwürfen einer Justizordnung sehen wir mit um so größerem Interesse entgegen, als auch wir die Ueberzeugung hegen, daß unsere Zeit Reformen in der Justizverwaltung, namentlich im Sinne der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, verlange. Eure königliche Majestät haben dabei aber den Blick nicht bloß auf Verbesserungen im Gebiete der Justizverwaltung, sondern auch auf so manche wichtige, in die gesellschaftlichen Verhältnisse tief eingreifende Gegenstände der inneren Verwaltung gewendet und uns zur Berathung der betreffenden Gesetzentwürfe aufgefordert. — Unsere ernste Aufgabe wird es sein, durch sorgfältige Prüfung derselben den gerechten Erwartungen Eurer königlichen Majestät, wie unseren Mitbürger zu entsprechen. Wir werden insbesondere bei Berathung der Gesetze über den Heimfall, Ablösung und Grundsteuer-Revision die Rücksichten, welche die immer dringender hervortretenden Bedürfnisse der Zeit verlangen, als die Forderungen des Rechtes vollbegründeter älteren Verhältnisse gewissenhaft erwägen. — Eure königliche Majestät haben die Lage der Verhältnisse in Anlehnung eines durch vielfache Beziehungen mit uns verbundenen Nachbarstaates zu berühren gerucht. Sollten sie in unserem Vaterlande ernste Besorgnisse für die öffentliche Ruhe und Ordnung sich ergeben, so würden Eure königliche Majestät bei Ihrem guten Volke den guten Geist finden, welcher für die Erhaltung der Ordnung und des Rechtes im Vaterlande sein Opfer scheut. Stark durch Einigkeit und gegenseitiges Vertrauen zwischen Fürst und Volk, können wir, gestaaet um den auf Verfassung gegründeten gerechten Thron Königes, den Stürmen der Zeit ruhig entgegensehen. Gott schütze und segne unsern König!

A **Aus Baden**, 31. Jan. Sie haben die Schritte erzählt, welche die 800 Arbeiter der Kester'schen Fabrik bei der zweiten Kammer gethan haben, um die Ueberweisung der Arbeiterpetition zu ermitteln, welche gegen den Fortbestand der Fabrik übergeben worden war; zur Ergänzung müssen Sie auch dies Aktenstück setzen, den sogenannten „Brief der 63 Arbeiter an die 63 Abgeordneten" erwähnen. Die 63 Arbeiter beschrien die zweite Kammer über die Noth der vierten Standes; dieselben sind durch Vergleichung zur Ergründung der wahren Ursachen dieser Noth gelangt. „Es ist, so lauten die Worte der Arbeiter, unsere feste Ueberzeugung, daß das Elend der Arbeiter von nichts Anderm herkommt, als von der Schrankenlosigkeit, mit welcher die großen Kapitalisten und Fabrikanten die wehr- und schutzlosen Arbeiter und kleinen Meister verdrücken können. Die freie Konkurrenz ist für den Unternehmitteln ein leeres Wort, eine papierne Redensart — eine Lüge". Die Arbeiter protestiren daher gegen jede Maßregel, welche das Mißverhältniß zwischen Kapital und Arbeit befestigen muß; eine volksfreundliche Regierung, glauben sie, könne nichts Anderes thun als Arbeitervereinigungen gründen, damit die Uebermacht der großen Kapitalisten gebrochen werde durch die Association der Arbeiter. — Wir begreifen sehr gut, daß zu diesem Produkt sich jetzt keine Autoren finden wollen, daß die 800 Arbeiter der Fabrik selbst Protest einlegen gegen den Verdacht, ein solches Papier verfaßt oder unterzeichnet zu haben. Wer sich erinnert, daß schon vor 8 oder 14 Tagen in der „Trierer Zeit." und verwandten Organen ganz dieselbe Weisheit gepredigt war, der kann seinen Augenblick im Zweifel darüber sein, daß jener künstliche Versuch aus derselben oder aus ähnlicher Quelle stammt, woher auch die rasch hervorteile Tendenzlüge kam. E. Kester habe eine ansehnliche Zahl von Arbeiter wegen Unterzeichnung einer solchen Petition entlassen. Es ist schlimm, wenn die Verbesserung der Nothstanden der arbeitenden Klassen zu trostlose Vertreter findet, wie die gefälligen Urheber jenes offenen Briefes; schlimm, wenn unter den arbeitsamen und thätigen Proletariern das faule und unthätige literarische Proletariat eine künstliche Bewegung anzeitelt und so widersinnige Petitionen impft, wie die vorliegende. Wäre auch nur der Anfang einer ernstlichen und warmen Theilnahme für das Loos der Arbeiter unter diesen Leuten vorhanden, Lüge nicht allem dem Lärm machen das Bestreben zu verdecken, sich selber wichtig zu machen und durch eine künstliche Agitation vielleicht im Trüben zu fischen, so würden jene Leute um der Sache selbst willen, die sie zu verfechten vorgeben, es ohne Zweifel unterlassen, die soziale Angelegenheit in so plumper Weise auszubeuten. Aber ihre Sympathie für das Proletariat ist eben „ein leeres Wort, eine papierne Redensart, eine Lüge"; wie sie ihre Schulwörter in die angeblichen Petitionen der Arbeiter hineintragen, so möchten sie gern die eigene Trägheit und Genußsucht, die eigene Immoralität jenen Klassen einflößen, deren Nothstand für sie ein ergiebiges Mittel, ein lukrativer Stoff journalistischer Versuche wird. Daß in einer bewegten Zeit solch unreines Element auf der Oberfläche erscheint, hat nichts Auffallendes; nur daß heute, die sich zu einer politischen Rolle brauen fühlen, die Gaukeleien mitmachen, aus Kurzsichtigkeit oder aus Leichtsinn, das darf Einen billig in Verwunderung setzen. Die liberalen Organe aber, wie sie die Pflicht haben, die socialen Fragen einer ernsten und würdigen Besprechung zu unterziehen, halten sich der weitern Obliegenheit, gegen solch widrigen Gewerbe ernstlich Front zu machen; und dies um so eifriger, je enger sich die merkwürdige Allianz zwischen der Reaktion und jenen verlorenen Posten der Negation zu knüpfen scheint. Die liberale Presse ist aber die jetzt, obwohl vielfach herausgefordert, damit ungemein säuberlich verfahren; hat sie es wirklich nicht bemerkt, oder läßt sie sich von der Keckheit der Leute verblüffen?

Karlsruhe, 1. Februar. Bei der Berathung des Gesetzes über die Ablösung des Zehnten im Jahre 1833 hatte die Frage: wie die Kapitalien angelegt werden sollen, welche die Pfarreien für ihre Zehnten und auf Zehnten haftenden Kompetenzen erhalten, längere Verhandlungen veranlaßt. Die zweite Kammer wollte nicht zugeben, daß die Gemeinden gezwungen werden dürften, die Kapitalien zu verwalten, bis sie zum Ankauf von Grundstücken verwendet werden könnten. Man vereinigte sich daher zu dem Ausweg, daß die Kapitalien, wo die Ueberweisung an die Gemeinden nicht zulässig oder nicht zweckmäßig erscheine, vorerst zehn Jahre lang bei der Staatskasse zu 5 Prozent angelegt werden sollten. In Folge dieser Bestimmung verzinkt die Amortisationskasse gegenwärtig 1,668,622 fl. Der reine Betrag wurde 1837 angelegt, es tritt daher jetzt der Abtrag der zehnjährigen Frist ein, und das Ev. Finanzministerium hat die Oberkirchenräthe zur Zurücknahme der Kapitalien aufgefordert. Da man aber dafür hielt, daß die Güterkäufe für die Pfarreien in vielen

Digitized by Google

Fällen nicht wünschenswerth, gegenwärtig auch kaum ohne Nachtheile zu bewirken seien, so hat die Regierung einen Gesetzentwurf folgenden Inhalts vorgelegt: Die betreffenden Kapitalien, welche bis zum Schlusse des Jahres 1847 bei der Staatskasse angelegt sind, können bis Ende 1857 bleiben; für die Kapitalien, welche nach 1847 zur Anlage kommen, gilt die gesetzliche Frist von 10 Jahren. Solche Kapitalien, welche nach Ablauf dieser Fristen noch bei der Staatskasse liegen, sollen von da an nur zu dem jeweils üblichen Zinsfuße (nicht mehr 5 Proz.) verzinst, auch mit halbjähriger Frist gekündigt werden können. Die Kommission trägt in dem Berichte des Abg. Schmitt auf die Annahme des Entwurfs an. Bei der heutigen Diskussion erörterte der Abgeordnete Vogelmann den im Jahre 1843 bei der evangelischen Generalsynode gemachten Vorschlag, daß Vermögen der Pfründen in einen gemeinschaftlichen Fonds zu vereinigen, denselben theils als Kapital, theils durch Güterkäufe, wo es mit Nahen geschehen kann, anzulegen und aus dem Betrag der Pfründeinhaber nach Klassen zu besolden, so zwar, daß Einer auf der gleichen Pfründe von der niedersten bis in die höchste Klasse der Besoldung vorrücken kann. — Dann sind die Pfarrer nicht veranlaßt, in ihrer Gemarkung Güter zu kaufen, wodurch viele Leute beständig werden. Man könne größeren Grundbesitz, namentlich auch verderbene Waldungen in schwach bevölkerten Gegenden ankaufen, und dies wäre auch von Seite des Domänengrundstocks zu wünschen, indem durch dieses Verfahren der Staat mit dem gehörigen Betriebskapital in der Hand schlecht bewirthschaftete Güter verbessern und dadurch den Nationalreichthum erhöhen kann. Die Anlage der betreffenden Kapitalien bei der Staatskasse zu 5 Prozent sei zwar bequem, liege aber selbst nicht im Interesse der Kirche, welches eine ewige Sicherheit, auch für Kriegsfälle, erheische. Der Vorschlag von 1843 werde auch den Nachtheil beseitigen, daß wir jetzt meist sehr gute und sehr schlechte, wenig mittlere Pfarreien haben. Die Einen werden von ihren Inhabern baldmöglichst verlassen, die andern meist von den Mitaren alterschwacher Geistlichen versehen, wodurch die Seelsorge leide. Der Redner wünschte, daß die nächste Generalsynode sich abermals mit dieser Frage beschäftige, dann werde die Staatskasse nicht mehr lange mit der Verwaltung und Verzinsung dieser Kapitalien behindert bleiben. Unter den gegenwärtigen Gesetzverhältnissen werde sie dadurch nicht benachtheiligt. Blankenhorn unterstützt den Entwurf hauptsächlich darum, weil er nicht will, daß die Pfarrer viele Güter kaufen; es sei schlimm genug, daß das von Seite der Domänen geschehe, wodurch die Zahl der Beständen vermehrt und irländische Zustände eher herbeigeführt werden als durch Vermehrung der Industrie. Daß ist zwar nicht gegen den Entwurf, behauptet aber, daß die Kirche nur durch die Umwandlung ihrer Zehntablösungskapitalien in Liegenschaften die gehörige Sicherheit finde und bekämpft den Vorschlag des Abg. Vogelmann. Auch Böhme äußerte Zweifel, ob der Vorschlag rechtlich zulässig sei, und will nicht, daß auf Kosten der Pfründen für die Verbesserung des Landbaus in unwirthbaren Gegenden gesorgt werde. Knapp widersetzt sich dem Kommunitätsmus (gemeinschaftlichem Fonds), welchen Vogelmann einführen wolle, und erinnert, daß das Konkordat mit dem Papst die Dotirung der katholischen Kirche mit Liegenschaften verlange, was aber noch nicht geschehen sei. Für den Entwurf wurde von andern Rednern (Stieger, Mathy, Metzler, Schmitt u. A.) noch geltend gemacht, daß man bei dem Zehntablösungsgesetz die Absicht hatte, den Pfarreien die Ablösung wünschenswerth zu machen, indem man ihnen eine sichere Rente und die Gelegenheit gab, das Kapital auf Anlauf von Liegenschaften zu verwenden. Die Regierung wollte den Gemeinden die Verwaltung und Verzinsung der Kapitalien zuweisen, die Kammer der Staatskasse und die Vereinigung kam durch den getroffenen Ausweg auf zehn Jahre zu Stande. Die Absicht sei nicht vollständig erreicht, man wolle man das Gesetz verwerfen, so würde man Diejenigen strafen, welche zur Ablösung bereit waren, indem Jene, welche sich erst früh dazu verstanden, jedenfalls das nun Gesetz die zehnjährige Verzinsung zu 5 Prozent ausgesprochen haben.

Die Gegner (Straub, Reichenbach, Hecker, Rapp, Sachs u. A.) gingen theils von der Ansicht aus, daß die Staatskasse nicht nöthig habe, weitere Opfer zu Gunsten der Pfarreien zu bringen, und daß die Annahme des Gesetzes die Güterkäufe eher befördern werde, weil dann die Gelegenheit ruhig abgewartet werden könne, während die Zurückgabe der Kapitalien die Kirchenbehörde nöthigen würde, dieselben mit Hypothek anzulegen. Helbing erklärte sich ebenfalls gegen die Güterkäufe, welche die Pfarrer zu Bauern machen, und wünschte, übereinstimmend mit einer heute eingelaufenen Petition, daß die Verwaltung der Kapitalien Pfründen Diejenigen übertragen würde. Er beantragte, die Frist für die Verzinsung der Kapitalien durch die Staatskasse von 10 auf 5 Jahre herabzusetzen. Bei der Abstimmung wurde 1) Heckers Antrag auf Nichtannahme des Entwurfs — verworfen; 2) der Antrag von Sachs, statt 5 nur 4 Prozent Zins zu bezahlen — verworfen; 3) der Antrag von Helbing, die Frist von 10 auf 5 Jahre zu beschränken — verworfen. Der Entwurf wurde mit 33 gegen 18 Stimmen angenommen. Die Minorität bestand aus den Abgg. Bassermann, Baum, Brentano, Dörr, Hecker, Heimburger, v. Ihstein, Kapp, Knapp, Peter, Reichenbach, Riesterer, Sachs, Scheffelt, v. Soiron, Straub, Weller, Welte. Endlich erklärte sich die Mehrheit für den Antrag des Abg. Hecker: den Wunsch in das Protokoll niederzulegen, die Regierung möge nach Kräften dahin wirken, daß die Zehntablösungskapitalien nicht zum Ankauf von Gütern in todter Hand verwendet werden. — Hecker kündigte an, daß er eine Motion über diesen Gegenstand einbringen werde. Der Rest der Sitzung wurde mit Petitionsberichten ausgefüllt, worunter keiner von besonderer Erheblichkeit. Unter den heute eingelaufenen Petitionen war eine (von Scheffelt übergeben) von den meisten Gemeinden des Amts Lörrach gegen die Unterstützung der drei Fabriken; Bissing brachte eine Vorstellung von 1563 Volksschullehrern für Verbesserung ihrer Verhältnisse; Bassermann eine Eingabe des ehmaligen Landwehroffiziers, Oekonom Fuchs in Düren, Volkswaffendienst betreffend; Blankenhorn eine Petition um Errichtung besonderer Bezirksoberrechnungen für Pfarr-Zehntablösungs- und Kompetenzkapitalien.

Δ Vom Rhein, 30. Jan. Wir haben in unserem Briefe vom 15. Jan. die Mißhandlung der Hannoveranerin in Bukarest zur Sprache gebracht und dabei den Wunsch ausgesprochen, der preuß. Generalconsul in der Walachei möge sich über den Vorfall näher aussprechen; wir fügten uns dabei auf eine Erklärung, welche dieser Beamte (in Nr. 176 der D. Z.) von Bukarest datirt abgegeben hat. Die Allg. preuß. Z. hat von diesem Wunsche Notiz genommen und gibt die Versicherung, der preuß. Generalconsul residire nicht in Bukarest, sondern in Jassy und habe keine Veranlassung in solch einer Sache einzuschreiten, denn die hannoverschen Unterthanen im Gebiet der Pforte seien nicht dem Schutze Preußens, sondern einer andern Macht anvertraut. Wir nehmen diese Berichtigung mit Dank an, würden aber noch dankbarer sein, wenn die Allg. preuß. Z. uns zugleich jene andere Macht genannt hätte, deren Schutz Hannover seine Angehörigen anvertraut. Wäre es Oesterreich, so würden österreichischen Konsul die ganz Schwere jener Verantwortlichkeit treffen, die ihm gleich Anfangs jene Mittheilung in englischen Blättern aufgebürdet hat; wäre es am Ende gar England, so hätten wir einen neuen schlagenden Beleg, wie wenig wir auf die feisttändige und achtungswerthe Haltung einer deutschen Vertretung im Ausland bedacht sind. Wir kommen daher auf unsre dort ausgesprochene Klage zurück, umsomehr da der Vorfall, den die Allg. preuß. Z. zu bezweifeln scheint, neuerdings von Wien aus in der Allg. Z. bestätigt wird. Die Mißhandelte ist nach diesem Berichte in Wien angekommen und hat bei einem Fabrikherrn ein Asyl gefunden. Wir wiederholen daher unsere Klage über das deutsche Konsulatswesen im Auslande, worin dieselbe Zersplitterung in ein dreißigfaches Bürgerrecht zu herrschen scheint, wie im Innern von Deutschland. Ist schon hier der Mangel an Einheit tief zu beklagen, so wird er in der Fremde für die Schutzlosen wahrhaft gefährlich, und es kann weder an eine kräftige Vertretung deutscher Bürger, noch an eine Achtung gebietende Stellung ihrer Vertreter gedacht werden, solange auch wieder nicht ganz Deutschland, sondern die einzelnen zum Theil sehr kleinen Bundesgebiete im Hintergrunde stehen. Ist es ein Wunder, wenn wir dann so häufig von Mißhandlung der Auswanderer, von Schutzlosigkeit anständiger Deutschen im Auslande hören, wenn wir zu unserer tiefen Beschämung vernehmen müssen, dieser oder jener fremde Konsul habe sich am Ende großmüthig der Verlassenen angenommen?! Es hat sich das Bewußtsein einer deutschen Gemeinsamkeit und Solidarität so vielfach und laut in Worten ausgesprochen, daß es gewiß ein sehr beschleunes Verlangen ist, hier einmal mit einer beschränkten That den Worten Nachdruck zu leihen. Hat die Bundesakte keine ausdrückliche Bestimmung darüber, so liegt es doch im Geiste dieser Urkunde, auch hier die Zersplitterung und Vereinzelung verschwinden zu machen; wie die 11. Art. ganz Deutschland und jedem einzelnen Bundesstaat Schutz gegen jeden Angriff zusagt, ihr 18. Art. die Freizügigkeit in den Bundesstaaten gewährleistet, so lag es ohne Zweifel auch im Geiste der Akte, den zerzeinzelten deutschen Unterthanen in der Fremde einen starken Schutz deutscher Vertreter zuzusichern, die nicht im Namen kleiner Staaten, sondern als Vertreter eines großen Staatenbundes dem Schutzlosen ihre Hilfe bieten. Das Budget unserer kleinen Staaten für diplomatische Vertretung ist gerade nicht allzu spärlich bedacht; allein man

Digitized by Google

würde diese und größere Summen gern bewilligt sehen, wenn man wenigstens eines freudigeren Erfolges versichert sein könnte. Soviel wir wissen, hat Preußen die bundesfreundliche Initiative zu einer Reform des Konsulatswesens im Zollverein gegeben; wäre es nicht an der Zeit, die Sache der auswärtigen Vertretung Deutschlands überhaupt einer gründlichen Erwägung zu unterziehen?

Kiel, 28. Januar. Die Nachricht der Berlin'schen Zeitung, daß der König fürs Erste seine Adreßen entgegennehmen wolle, wird die Abfassung der Kieler Adresse nicht hindern. Das erwählte Komité hat sich jetzt über einen Entwurf geeinigt und wird solchen einer Versammlung in der Harmonie am Sonntag Abend vorlegen. Es soll interdirt sein, zu derselben nur Harmonieneigliedern den Zutritt zu gestatten, da man befürchtet, daß die hiesige Polizei einer größeren Versammlung Hindernisse in den Weg legen werde. Diese Absichtserklärung wäre sehr zu bedauern und ist gewiß unwürdig, da es unbegreiflich erscheint, daß die Polizei sich für berechtigt hält, den Unterthanen Aeußerungen ihrer loyalen Gefühle und Ansichten bei einem Thronwechsel zu untersagen. Andere Städte, namentlich Rendsburg, werden wahrscheinlich gleich Kiel Adressen erlassen. Dasselbe geschieht vermuthlich auch von Rath und Bürgerschaft dieser Stadt, die wenigstens bei der Thronbesteigung Christians VIII. solche überreichte. — Dem Vernehmen nach werden hier morgen mehrere Ständemitglieder aus beiden Herzogthümern zu einer gemeinsamen Berathung eintreffen. — Dem Vernehmen nach ist der Herzog v. Augustenburg nach Kopenhagen gereist. (Börsenh.)

F Kiel, 28. Januar. Privatnachrichten zufolge sollen außer dem bereits zum Staatsminister ernannten Grafen Karl Moltke, noch mehrere Ministerernennungen bevorstehen; namentlich werde der Geheimerath Collin, der Direktor des Zollwesens Bluhme und der Etatsrath Bang genannt, von denen die ersten beiden, soviel bekannt, ihre politischen Gesinnungen nicht öffentlich ausgesprochen haben, der Etatsrath Bang aber als früherer Mitglied der Rothschilder Ständeversammlung zu den Vorkämpfern für die bekannte Ussingsche Proposition gehörte. Störungen der öffentlichen Ruhe von Erbdänischer Seite haben in Kopenhagen nicht Statt gefunden; auf dem Christianeburger Schloßplatze haben sich zwar von Zeit zu Zeit Volkshaufen versammelt, die „die Konstitution" haben leben lassen; da indeß auf speeiellen Befehl des Königs die Polizei keine Notiz davon genommen, so hatte die Langeweile und die Kälte die Schreier bald wieder vertrieben. Der König hat übrigens bereits einen Kammerherren ernannt und mehrere Ordensdekorationen verliehen.

## Frankreich.

Paris, 30. Januar. „Niemals, sagte Hr. Lamartine in seiner gestern erwähnten Rede, wurde die Erörterung der auswärtigen Angelegenheiten unter schwierigeren Umständen begonnen. Vielleicht hat England in diesem Augenblick bereits die Schutzherrlichkeit über Italien übernommen. Ich kenne Italien, und habe dabei ein Recht darüber zu sprechen. Noch vor Kurzem nach vielen Reformen schien Italien ruhig — aber es schien nur — bis der Papst Pius IX. aus dem Konklave hervorging. Jeder mußte der Mann der Hoffnung werden, der in der Einen Hand die Fahne der Einigkeit Italiens, in der andern die Fahne freier Institutionen hielt. Der Papst wollte ein Kriegen sein, der seinen Pfaffenstrick von Ferrara entfernte; er ist ein Friedensfürst, der Rom in 6 Monaten so weit gebracht, daß es kaum mehr zu erkennen. Diesem Anstoße folgte ganz Italien! Dieser ganzen Bewegung Feind ist Oesterreich! Welches war die Politik des franz. Kabinets bei dieser Sachlage? Wir konnten 3 verschiedene Systeme befolgen. Ein revolutionäres Kabinet würde gesagt haben: Sengt und brennt, bildet ein Heer des Hasses und der Rache gegen Oesterreich — wir werden Euch helfen! Ein konstitutionelles, gemäßigtes Kabinet mußte den öffentlichen Geist aufrecht erhalten und mußte die Völker und die Fürsten Italiens aufmuntern und gegen Oesterreich und jede andere Macht stützen. Die dritte, schädlichste Politik, die antinationalste ist die unseres heutigen Kabinets. Unentschiedenheit, Unentschlossenheit, heute Aufmunterung und morgen Einschüchterung — dies war Hrn. Guizots Politik. Man rief Italien eine konservative Politik. Was sollte konservirt werden? Alle möglichen Mißbräuche, der gemeinste Aberglaube, eine despotische Ueberwachung Italiens durchs Ausland. Später rieth man Italien, sich an das Memorandum von 1831 zu halten: an einen Verhaltungsbefehl der nordischen Mächte, der durchaus keinen Vortheil, wohl aber unnütze, ja schädliche Formen brachte. Dreimals rieth man dem Papst, die auswärtige Politik nicht voraus ziehe zu verdanken, und sich nicht von Gedanken nationaler Unabhängigkeit hinreißen zu lassen! Das hat die franz. Regierung, das Kind der Revolution, gethan. Die Reform in Italien, sagte man laut — ist der Krieg mit Oesterreich. Aber Hr. Guizot erlaubte mir: im Jahre 1821 handelte es sich in Italien nicht bloß um Reformen, sondern um ein konstitutionelles Leben, und die Restauration benutzte uns, den Hof von Neapel, auf Gefahr eines Kriegs mit Oesterreich, zu ersuchen, seinem Lande eine Konstitution im Sinne der französischen zu geben. Die Restauration war tausend Mal großmüthiger gegen Italien als Ihr! O, ich bin überzeugt, Hr. v. Metternich ist den Reformen in Italien noch weniger abgeneigt, als Hr. v. St. Aulaire einst behauptete — der Fürst Metternich geht selbst so weit wie Hr. Guizot! (Allgemeine Aufregung.) Auf der einen Seite sagen wir, wir stützen den Papst gegen die Radikalen, und doch gibt es kaum den Namen Radikale in Italien; die italienische Bewegung ist keine lärmende, sondern eine tiefe, die den Adel und den Proletarier, den Reichen und den Bettler belebt. Dem Papst sagen wir, gehe er selber zu weit, so sei der Krieg mit Oesterreich vor der Thür! In einer Stunde der Trauer fragte der Papst einen Franzosen: Nun, was wird aus unserer Freiheit werden? Auch Frankreich gibt uns auf! Da antwortete ihm der Freund: Wir haben einen bessern Freund als Frankreich — und das ist der große Gott!" Der Redner erzählt ferner, was sich in Mailand zutrug, wie der Erzbischof seine Rede schloß, und was jener Priester über die Metzeleien in den Straßen sagte — und dies sind die Menschen, ruft er aus, die man Sie als Radikale beredt schreien lehren möchte!

Hr. Lamartine ist der Gegner der dynastischen Politik, welche die spanischen Heirathen geschlossen, und er erklärt unumwunden, daß die Regierung dabei die Vortheile Frankreichs dem Vortheile der königlichen Familie hintangesetzt habe. Um einem Prinzen von spanischem Blute die Anwartschaft auf den spanischen Thron zu verschaffen, habe man Frankreich mit England und mit Spanien selbst in Spannung gesetzt, sich die eigenen Hände gebunden, namentlich eine nachdrückliche Wahrnehmung der französischen Interessen in Italien unmöglich gemacht. „Mit meiner Stimme, mit meiner Hand, schloß Hr. Lamartine, ja mit Frankreichs Hand und Stimme erhebe ich mich für die Unabhängigkeit Italiens! Für sie rufe ich den französischen Patriotismus auf und die hochherzige Theilnahme meines Vaterlandes! Möchten meine Worte hinüber über die Alpen dringen und 25 Millionen Menschen Hoffnung und Muth einflößen, an der Sonne der Freiheit den Bund der europäischen Südens gegen den despotischen Norden zu stiften! Hoffe, möchte ich ihnen zurufen, das wahre Frankreich begrüßt mit reiner Freude den Tag der Wiedergeburt Italiens." Hr. Guizot beantwortete die Rede des Hrn. Lamartine in einem Vortrag, den wir morgen besprechen werden.

Die Pariser Blätter vom 30. enthalten die Dekrete, durch welche der König von Neapel die bekannten Zugeständnisse macht. Alle Stimmen billigen diese Maßregeln, aber alle Stimmen sehen laut oder leise hinzu: Es ist zu spät.

## Italien.

Neapel, 19. Jan. Die am 18. und 19. Jan. vom Könige bewilligten Konzessionen bilden den Inhalt von fünf „Dekreten". Das erste enthält den im Jahre 1821 eingeführten Eid, den von Neapel und Sicilien das Recht einer berathenden Stimme (parere necessario) über alle Zweige der Gesetzgebung, der Finanzverwaltung, des Handels und Zollwesens. Ueber diese Angelegenheiten dürfen die Minister erst nach Einholung des Gutachtens der Konsulten dem Könige Vorschläge machen. Die Provinzialräthe (consigli di provincia) erhalten die Verwaltung der Provinzialgüter, ihre Verhandlungen werden nach höchster Bewilligung veröffentlicht. Die Gemeinden erlangen die Verwaltung ihres Vermögens und freie Wahl ihrer Magistrate. Das zweite Dekret setzt die Gesetze vom 8. und 11. Dec. 1816 und andere wieder in Kraft und spricht in Betreff der Justiz und übrigen Verwaltung die gänzliche Trennung beider Königreiche aus. In Sicilien sollen blos Sicilianer, in Neapel nur Neapolitaner zu öffentlichen Aemtern gelangen. Das dritte Dekret beruft Konsultoren zum außerordentlichen Dienst und setzt ihre Funktionen fest. Hier wird darauf hingedeutet, daß der König seine Residenz abwechselnd in beiden Theilen des Reiches nehmen wolle. Das vierte ernennt den Grafen von Aquila zum Generallieutenant mit einem eigenen Ministerium, dessen einzelne Glieder zugleich benannt werden. Das fünfte enthält eine Umgestaltung der Preßverhältnisse. Neapel und Palermo sollen Obertommissionen (commissioni superiori) erhalten, die dort aus 20, hier aus 12 Revisoren bestehen und von dem Minister des Aeußeren und Handels abhängen. Die einzelnen Provinzen erhalten eigene Censurkommissionen. Den Obertommissionen werden für die Ueberwachung der periodischen Presse noch 2 — 3 Beamte beigegeben. Auch

für die Theaterrecensur wird eine eigene Abtheilung wirken, deren Repräsentanten bei allen Vorstellungen neuer Stücke zugegen sein müssen. Nur in der Hauptstadt erlaubte Stücke dürfen in den Provinzen dargestellt werden. Erlaubt sollen alle Schriften werden, die nicht die Religion und ihrer Diener, die Rechte des Souveräns, die Regierung und ihre Diener, die Würde fremder Fürsten, ihrer Familien und Repräsentanten, noch Privatpersonen verletzen und den regelmäßigen Gang der Regierung in ihren äußern und innern Beziehungen nicht benachtheiligen können! Concessionen zur Gründung von Journalen ertheilt der Minister des Aeußern (jetzt auch mit dem Ministerium des öffentlichen Unterrichts betraut), nachdem er die Befehle des Königs eingeholt. Dem Gesuch um die Concession muß ein detaillirtes Programm, das sogar die Stärke der Auflage angeben soll, beigefügt werden. Der Leiter des Blattes ist verantwortlich und erlegt eine Kaution von wenigstens 400 und höchstens 800 Dukaten. Ueber Schriften, die politische Artikel enthalten, kann nur die Kommission entscheiden. Hat eine Kommission eine Schrift nicht zum Druck bewilligt, so ist sie für das ganze Reich verboten u. s. w. — Endlich theilt das Giornale del Regno v. 19. mit, der König habe, um Gnade zu üben (per far grazia), befohlen, im die Namen der wegen politischer Vergehen Eingekerkerten vorzulegen. — Ein prüfender Blick auf diese Concessionen zeigt, daß die Hauptforderungen der Insurgenten: Konstitution von 1812, Einführung der Bürgergarde, Preßfreiheit — stillschweigend abgeschlagen worden, während die Gewährung der drei andern, ohne Konstitution und Preßfreiheit, nicht die mindeste Garantie bietet. Das neue Censurgesetz ist theils aus dem sardinischen Censurgesetz, theils aus neapolitanischen Originalabstimmungen zusammengetragen, und kann in einem Lande, wo die einundzwanzig oder gehelme Presse, trotz der allergrößmüthigen Polizei ihre Produkte in tausend und tausend Exemplaren verbreitet, nicht den mindesten Anklang finden. Für einen Fürsten, der wiederholt äußerte, er lasse sich lieber die Hand abhauen, ehe er den Volkswünschen nachgebe, sind die gemachten Concessionen sehr bedeutend; sie ein zur Verzweiflung gebrachtes Volk, das nur im Rufe: Verfassung zu finden glaubt, sind sie Wenig oder Nichts. Ferdinand II. wird mehr gewähren müssen, wenn der Sturm sich legen soll, den seine Reformontripathie aufgerzt, oder wenn eine Friedensstiftung zwischen ihm und seinem Volke Dauer haben soll.

Neapel, 21. Januar. Dem Schwab. M. wird geschrieben: Immer ernster und drohender gestalten sich die Dinge, in Sizilien nicht allein, sondern im ganzen Königreiche. Die königlichen Dekrete, statt den Sturm zu beschwichtigen, haben die Aufregung noch vermehrt, denn schon der Umstand, daß sie erschienen sind, beweist wohl, auf welchem Punkt der König selbst die Dinge angekommen sieht, er, der noch vor wenigen Tagen erklärte, er werde keinen Fingerbreit nachgeben und die bringendsten Bitten von Vorstellungen seiner Familie und einiger Minister als „jakobinisch" von sich wies: jetzt ist das einzige zu seiner Verfügung hier gebliebene Dampfboot mit allem Erforderlichen zu seiner Aufnahme ausgerüstet, als könnte diese von einem Tag zum andern nöthig werden, und daß ein Hilferuf nach Wien ergangen und wiederholt ergangen, wird von Niemand mehr bestritten. Seit gestern ist auch die Stadtgarde wieder, wie zur Weihnachtzeit, in Thätigkeit gesetzt; die starken Patrouillen von Schweizern und Husaren, die jeden Abend unsere Straßen durchziehen, haben sogar eine Vor- und Nachhut von je drei Reitern, und es ist, als sollte jeden Augenblick der Aufstand losbrechen, der sich die jetzt nur in nächtlichen Maueranschlägen, Aufreizen der Art und Spottgedichten Luft macht. — Die beständigen Truppenbewegungen in den Provinzen nach allen Seiten geben Zeugniß genug, wie es überall spukt. Aus mehreren Orten berichtet man nur Ermordung kön. Beamten, so aus Reggio, wo der Aufstand wieder in vollem Gange sein muß. Dieser ist nun auch hier, in unserer nächsten Nähe, in der Provinz Salerno, losgebrochen, aber noch haben wir auch von da keine Berichte; Truppen, die in der Stadt Salerno angekommen, wagt die Behörde nicht zum Angriff gegen den aufständischen Bezirk auszuschicken. — Vom 22. Jan. Noch stehen in Palermo die Dinge, wie sie gleich im Anfang des Aufstandes waren. Die Stadt ist vollständig im Besitze des Volks, die Begrüßerung und Einschüchterung soll in allen Ständen und Klassen gleich sein. Die Besatzung noch immer eingeschlossen in einzelnen Kasernen und in das Kastell, das allerdings die Stadt beherrscht und ihr auch, trotz der Protestation des engl. Konsuls, mit Bomben schon auf einige Stunden zugesetzt hat. Die von hier angesandten Truppen konnten zwar auf dem Molo, in der Nähe der Stadt gelandet werden, haben aber bis jetzt Nichts ausgerichtet; bei einem Versuch auf einen der Seetrichore der Stadt soll die Bevölkerung ein ganzes Bataillon zu Gefangenen gemacht haben. Die Fremden sind größtentheils auf Schiffe im Hafen geflüchtet; heute geht von hier ein Dampfboot dorthin ab, um ihnen Lebensmittel zuzuführen und eine Anzahl derselben hierher zu bringen. Auch die Truppen müssen von hier aus mit dem Nöthigsten versorgt werden und seien in sehr kläglichem Zustande. — Das für Sizilien neuernannte Ministerium ist schon gestern Abend wieder hierher zurückgekommen, Näheres aber heute noch nicht bekannt. Die k. Dampfboote kommen und gehen, die Nachrichten aber, die ins Publikum kommen, sind spärlich.

Demselben Blatte wird vom 28. geschrieben, daß in der Hauptstadt die größte Verwirrung herrsche und man der panischen Schrecken vor einem nahen Ausbruch des Aufstandes in Neapel selbst nicht los werde. — Von Palermo sind gestern auf einem Dampfboote der Regierung einige russische Familien angekommen, die, was man bisher wußte, bestätigen. Eine provisorische Regierung besteht und erhält eine musterhafte Ordnung in der Stadt. Ruhe sei im Ueberfluß vorhanden, wozu auch die Jesuiten beigetragen haben. Die Beschießung während der ersten zwei Tage soll in den Volksquartieren arge Verheerungen angerichtet haben. Die Truppen sind im gleichen unthätigen Zustand, die von hier gesandten müssen bei Nacht auf spärliche Fourragirung ausziehen. Von der übrigen Insel weiß man jetzt, daß sie Palermos Beispiel folgte, Catania und Syrakus, Trapani und andere Orte; nur in Messina ist Nichts vorgefallen.

Die Allg. Z. berichtet: Eben erhalten wir noch über Genua Nachrichten aus Neapel bis zum 24. Jan. Sie bringen ein Amnestiedekret vom 23. datirt, vollkommene Begnadigung aller wegen politischer Vergehen Verurtheilten und Verhafteten aussprechend; ausgenommen sind nur acht namentlich aufgeführte Priester, welche zwar begnadigt, aber verdammt aus Rücksichten für die öffentliche Ruhe auf einer Insel überwacht bleiben sollen. — Uebrigens scheint in Sizilien der Aufstand bis dahin fortgedauert zu haben. Große Aufregung in Neapel, wohin gegen 200 verwundete Soldaten aus Sizilien herübergebracht worden.

### Handels- und Börsennachrichten.

London, 28. Jan. Die Bank hat das Diskonto auf das Minimum von 4 Prozent herabgesetzt. Die Konsols haben bereits den hohen Stand von 89¾ erreicht.

Rußland. A Es ist in der letzten Zeit oft vom großen Aufschwung die Rede gewesen, welchen die Getreidevuhr in den kaiserl. russischen Häfen des Asow'schen Meeres genommen hat. Es ist kein Zweifel, daß sich die Sache wirklich so verhält. Der Kaiser, der noch vor mehreren Jahren seine Anleihen in London und Amsterdam zu machen gezwungen war, konnte im vorigen Jahre die civilisirten Völker mit enormen Baarsendungen in ihre Getreidekammern überraschen. Er machte ein vortreffliches Geschäft dabei, die Anleihen wurden zu niedrigen Zinsen kontrahirt, für seine Getreidevorräthe erhielt der Kaiser die höchsten Notirungen der verschiedenen europäischen Weltmärkte. Kaiser Nikolaus war vielleicht der reichste Mann in der Welt; denn außer der Produktion der Minen überschwemmte auch das Gute für die russischen Kornkammern sämmtlicher Provinzen seines Reiches. Der Zufall hat es gewollt, daß über den letzteren Gegenstand, über die Kornkammern, jüngst neues Grauenvoll zu uns hierher gedrungen ist. Ein Engländer wandte sich nämlich an jenen russischen Sta-tsdoctamen, der schon zu Baldi's ausgezeichneter Geographie so viele unzutreffende statistische Beiträge lieferte, und daß ihn um einige Nachrichten über die jährliche Quantität der Produkten und des Konsums von Korn im europäischen Rußland. Seine Güte wurde erfüllt und der von Wilson, dem Mitglieder der Anti-Corn-law-League, redigirte „Economist" bringt uns vor wenigen Tagen die so ja sagen offiziellen Zahlen über diesen wichtigen Gegenstand. Es geht daraus hervor, daß an Winterkorn, nach Abzug des wieder zur Aussaat erstimmten Quantums,

| | | |
|---|---|---|
| jährlich auf 18,750,0.0 Dettarrn, produzirt werden | 131,250,000 | Hektolitres. |
| an Sommerkorn auf denselben gleichermaßen | 52,500,000 | " |
| | zusammen 328,125,000 | " |
| wovon in Rußland selbst verbraucht werden . . . | 277,000,000 | " |
| sodaß also ein jährlicher Quantum von . . . | 51,125,000 | " |

fur Export bleibt. Wenn fur dieses Quantum, sagt der gründliche Russe hinzu, kein anomalischer Markt da ist, so bringt man einen Theil davon zur Noth, aber ohne dabei sehr ökonomisch zu Werke zu gehen. Die brennerein größere Hälfte bleibt aber auf den Feldern, meist ungeerndten liegen, verdirbt, oder wird den Mäusen und den Mäusen zum Raub. Wenn ein auslandischer Markt geboten wäre, so könnte Rußland uns jährlichst ähnlich 50 Mill. Quarter Korn exportiren. Wie haben diesen Bemerkungen wenig hinzuzufügen. Die Wichtigkeit derselben springt zu sehr in die Augen. Das Gold des Urals wird dem Kaiser die Eisenbahnen bauen, auf denen er einst den Reichthum seines Bodens nach den Häfen führen wird.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

[69]

# Caisse Paternelle.

## Uebersicht
## der Einzahlungen und Unterzeichnungen
### im Monat November 1847.

**Fonds der Vereine.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Die Vereine der Caisse Paternelle besaßen am 31 Oct. 1847: | | | |
| 789,336 Fr. in 5% Renten, angekauft für | | 19,053,968 Fr. | 22 C. |
| | davon ab | | |
| 11,068 Fr. in 5% Renten angekauft für | | 270,152 „ | 96 „ |
| | (gehört zur Liquidation des Gesammtvereins von 1846.) | | |
| 778,268 „ | | 18,783,755 „ | 26 „ |
| | Ankäufe im November 1847: | | |
| 4,840 „ | in 5% Renten, angekauft für | 112,421 „ | 25 „ |
| 783,108 | Zusammen am 30 November | 18,896,176 „ | 51 „ |
| 12,778 | Liquidirte Vereine | 311,927 „ | 04 „ |
| 795,886 Fr. | | 19,208,103 Fr. | 55 C. |

Der monatliche Kassenbestand der Vereine wird erstattet durch das Protokoll der Verhandlungen des Aufsichtsrathes und nach dem Kassenbuch, welches von dem königl. Kommissär gepruft und gehörig beglaubigt wird.

### Auszug aus dem Protokoll der Verhandlungen.

Sitzung vom 8. Dezember 1847.

Man schreitet zur Vertheilung der Rentenzuwachs Nr. 7576 bis 7681, welche den Gesammtbetrag der Ankäufe im Monat Nov. bilden; der Betrag der angekauften Renten ist 4,840 Franken, angekauft für 112,421 Fr. 25 Ct.; der Etat wird mit der Unterschrift des Präsidenten und des Sekretärs versehen und dem gegenwärtigen Protokoll beigeheftet.

Der Sekretär, **A. Cornut.** — Der Präsident, **Eugen Decamps.**

Unterzeichnungen.

Die Caisse Paternelle hat im Laufe des Monats Oktober empfangen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| | 556 | Unterzeichnungen im Betrage von | 1,040,060 Fr. 50 C. |
| Früher | 52,576 | | 66,826,736 „ 13 „ |
| | 53,132 | | 69,866,796 „ 63 |
| Davon sind abzuziehen für den Gesammtverein von 1846 | | | |
| 668 | Unterzeichnungen im Betrage von | | 249,655 „ 41 „ |
| 52,464 | | Zusammen am 30. Nov. | 69,617,138 „ 22 |
| 746 | Liquidirte Vereine | | 316,721 „ 34 |
| 53,210 | | Totalsummen | 69,933,859 Fr. 56 C. |

Für die Uebereinstimmung mit den Büchern:
Der Direktor der Caisse Paternelle,
**E. Merger.**

[70] Bei J. C. B. Mohr in Heidelberg ist soeben erschienen:

**Heidelberger Jahrbücher**
der Literatur, unter Mitwirkung der vier Facultäten. XLI. Jahrg. 1848. Ersten Doppelheft. Januar und Februar.

Inhalt: Jurgens: Luther's Leben. 3. Abth. 3. Band. Sugenheim: Geschichte der Jesuiten in Deutschland. v. Gagern: Civilisation. I. Theil. F. Goldschmidt: Histoire politique de Guillaume III. Stenzel: Scriptores rerum Silesiacarum. Groen van Prinsterer: Archives ou Correspondance inédite etc. — v. S. Schlosser, Rink: Die Nikobarischen Inseln. Nöggerath: Der Bergschlag bei Oberwinter. — von v. Leonhard. Taciti Opera ed. Doederlein. Tom. II. — von Moser. Lassaulx: Studium der Griech. u. Röm. Alterthümer. Deos. Entwicklungsgang des Griech. und Röm. Lebens. Deos. Die Bücher des Konig Numa. Melly: Beiträge zur Siegelkunde. — von Bahr. Histoire de la confed. Suisse par Monnard et Vulliemin. Leben und Briefwechsel von Berger, herausgeg. v. Wyttenbach. Beiträge zur Geschichte u. Literatur v. Kurz u. Weissenbach. Beiträge zur vaterländischen Geschichte zu Basel. Autobiography and Correspondence of Lewis, ed. by Hallowell. — von Kortum. Weil: Geschichte der Chalifen. II. B. Girault de Prangey: Monumens Arabes d'Egypte. The history of the Almohades and Almoravides etc. by Dozy. Sachs: Monographien, v. v. Graf. — v. Weil. Sommer: Geographisches Taschenbuch. Bogner: Das Erdbeben und seine Erscheinungen. G. Leonhard: Geologie des europäischen Russlands. — G. Leonhard. Beck: Diplomatische Grenzwalt (Urkunden u. Beiträge zur tiesch. v. Schwaben). Stälfried u. Märker: Hohenzollerische Forschungen. — von Fickler, und XIV. kürzere Anzeigen.

Die Heidelberger Jahrbücher der Literatur erscheinen seit dem Jahr 1840, in sechs Doppelheften statt der früheren zwölf, des Jahrg. 60 Bogen stark. Einsendungen von Büchern od. Beiträgen bittet man entweder an die Redaktion der Jahrbücher, od. an die Verlagshandl. zu richten. Die Kommissionäre der letztern, in Leipzig Herr L. D. Weigel, in Frankfurt die Andreä'sche Buchhdlg., in Wien Herr C. F. Köhler werden solche befördern. — Der Preis d. Jahrg. in 6 Doppelh. ist 10 Thlr., mit dem nöthigen Zweitlgen-Rabatten, beträgt jetzt nur 6 Rthlr. 16 Gr. oder fl. 12.

## Vorläufige Anzeige.

[71] Binnen Kurzem erscheint im Verlage der Dyk'schen Buchhandlung in Leipzig:

# Der moderne Jesuitismus

### von Vincenzo Gioberti bearbeitet von Julius Cornet.

Der Jesuitismus ist in neuerer Zeit zu so unwiderlegen buchhändlerischen Spekulationen angebeutet worden, daß man sie ein Unternehmen, welches den Titel „Jesuiten" an der Stirn trägt, fürchten mußte, brächte man nicht etwas wesentlichstlich Neuartiges. Das aber ist nun in dem vorliegenden, in Brüssel gefertigt, und es muß Jeden willkommen sein, wenn uns dem Mittelpunkte des Jesuitismus selbst, aus Italien, ein katholischer Theolog von imponirender Gelehrsamkeit, wie Gioberti, den Orden zum Gegenstande der grundlichsten, umfassendsten Betrachtung macht; denn in seinem Buche ist ihm theologischen, politischen, philosophischen Gesichtspunkte Genüge geboten. — Nachdem der Verfasser den modernen Jesuitismus in seinem Verhältnissen geworden, deckt er dessen systematische Anfeindung des bürgerlichen und kirchlichen Fortschrittes, seine Intriguen gegen alle seiner Sache gefährlichen Bestrebungen auf. Er widerlegt die von der Seite zur Hinwegleugnung ihrer Mitschuld an den neuesten Luzerner Ereeffen erfundenen Sophismen, unterewirft die Theologie, die Liturgie, die Missionen, die Wissenschaft und Literatur der Jesuiten einer erschöpfenden Kritik und zieht interessante Resultate aus dem Vergleiche des Jesuitismus mit dem Jansenismus. In besonderen Abschnitten bespricht er dann das Verhalten der Jesuiten gegen Rom, die Gründe der Aufhebung, die Wiederherstellung des Ordens, den Charakter Ganganelli's und die Verbandsgründe, welche gegen die Jesuiten, betreffend die Vergiftung dieses Papstes, vorliegen. Er entwickelt ferner die Ansichten der Väter über Civilisation, die Natur des jesuitischen Gehorsams, der jesuitischen Demuth; vergleicht den Charakter des ursprünglichen Instituts mit dem des heutigen, läßt dem großen Stifter, wie kaum je zuvor ein Gegner der Sache, Gerechtigkeit widerfahren und spiegelt an dieser Riesengestalt das Pygmäenhafte seiner Nachfolger. Nachdem er sich über die unrichtige Verwendung, welche Bischofsschriften des modernen Jesuitismus verbreitet, bemerkt er, daß die Ursache der Ausartung in einer schlechten Interpretation der Verfassungsurkunde, in einem uebelverstandenen Gehorsam in den Jertümern der später um so gefeierten Doctrinen des Molinismus und Probabilismus zu suchen sei. Dann ergeht er sich über des Ordens politischer Einfluß, die verschiedenen jesuitisch-politischen Gestaltungen, z. B. sprecht über den österreichischen Jesuitismus, über die Art und Weise, wie die über alle Theile der Welt verbreiteten Jesuiten-Clientele von der Gesellschaft, welche deren Kopf und Herz, meisterhaft geleitet wird, leiten. Mittel, deren sich die Väter bedienen, um Retraiten zu werden, und beleuchtet endlich im Detail die jesuitische Pädagogik. Es ist eine Hauptaufgabe des Verfassers, die Disbrepang zwischen dem reinen und dem jesuitischen Katholicismus aufzudecken, die Wunden, welche der Kirche durch die Sekte in der Meinung der Christenheit geschlagen worden, zu heilen, dadurch, daß er die ursprüngliche Lauterkeit, die erhabenen, ideellen Tendenzen der ersten mit den eigenthümlichen, schmutzigen, niederträchtigen, lächerlichen der letztern konfrontirt. Wie ihn vorher die Ehre des Ehrenstempels und Papstthrones mit hoher Begeisterung erfüllt, so empört er sich gerechtem und brennem Zorn gegen das Unwesen des ausgearteten Jesuitismus. Der wahre Katholik darf sich Glück wünschen, einen so tapfern und gelehrten Vertreter seiner Religion, wie Gioberti, gefunden zu haben; denn unbefangene Protestanten muß es erfreulich sein, in der katholischen Kirche einen so lebhaften, aufrichtigen Drang nach der Quelle des Lichtes wahrzunehmen; ihn kann das energische Zurückweisen jener protestantischen Calumnien und Verdächtigungen, welche einen katholischen Priesters nicht bedrumm u. er wird vielmehr ein Streben nach Selbstvernichtung aus dem Herzen der katholischen Kirche heraus lebend anerkennen. Die Jesuiten und Jesuitenfreunde aber werden hier einen reichen Stoff zum Nachdenken und sollten schon um der Selbstrettenmit willen das Buch eines gründlichen Sachkenners, welcher dieses Werk in Italien erregte, ist kaum glaublich; in wenigen Monaten war eine Auflage von 15,000 Exemplaren vergriffen! per Pater Bentura, dieser eifrige Apologet des O. dend, machte einen Brief an Gioberti die Bemerkung, es gabe Werke, welche Kardar einen offiziellen divino geschrieben seien, das heimge sei ein solches. Was nun die gegenwärtige teutsche Bearbeitung anbelangt, so hat man gefunden, daß es nöthig sei, eine wahren Gestalt geben zu müssen, u. d. h. ohne alle Verunstaltungen dessellen durch ein Anpassen an teutsche Zustände u. dgl. sowie sich diese Aufgabe eine andere Bearbeitung erheischt hat, welches mit dem meister innerlichen Charakter des Buches durchaus unvereinbarlich ist. Die Entstehung des Originals aber, welche allein einen starken Band fallt, konnte man, insoweit sie eine blose Wiederholung der Petemiken und Polemiken der Protestanten betreffen Verfassers enthält, ohne Benachtheiligung des Inhalts, in der Ueberfetzung zugleich wegfallen. Das Werk wird in 3 oder 4 Bänden zu unserem Verlage erscheinen und solle in 3 Bänden (ca. 1 Alphabet) ausgeben. Jeder Band wird in 2 Abtheilungen ausgegeben. In 3 Wochen erscheint die erste Abtheilung, 3 Wochen später wird die zweite vollendet sein und somit der erste Band vollständig vorliegen. Der Druck des Ganzen wird gleichzeitig begonnen und solle in 3 Wochen vollendet sein.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England den Hrn. Owen u. Comp., 21 Bourgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an H. A. Meissner Expedition, 20 Boulevards, Paris 20, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Geheim. Hofr. Professor Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10, durch die Post besorgen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 35. Heidelberg, Freitag 4. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Wien** (die neuen Censurinstruktionen. Strafurtheil). **Berlin** (die Periodicität des Berein. Landtags. Verhandlungen des ständischen Ausschusses). **München** (Ministerveränderung. Zollkonferenz). **Stuttgart** (Kammerverhältnisse. Aeußerung des Königs, die Preßfreiheit betr.). **Celle** (der Turnverein). **Karlsruhe** (die alte und die junge Opposition). **Heidelberg** (Pfarrer Zittel). **Vom Neckar** (Erweiterung, betr. die Ellinger und Wagbäusler Fabrik). **Kiel** (keine Adresse).

**Schweiz.** Der Neckarkorrespondent über die Schweiz. **Bern.** Die Note der Mächte. Die Tagsatzung. Die Mönche in Wallis. Diplomatisches. — **Dänemark.** Kopenhagen. Bitte der Stadt Kopenhagen um eine Verfassung. Die dänische Verfassungsfrage.

**Großbritannien.** Diplomatische Aktenstücke in Betreff der Schweiz. Das Befinden in London. Fortdauernd verzweifelter Zustand Irlands. Der Erzbischof von Tuam und Graf Sternoburg. Riesenprodukten der Freihandelsmanöver. Dr. Hampden's Angelegenheit.

**Frankreich.** Guizots Rede. Sitzung vom 31. Jan. — **Italien. Mailand.** Die Verhaftungen. Vorgänge in der Centralcongregation. Die an den Kaiser gerichtete Bittschrift. **Rom.** Hochamt für die in Pavia gefallenen Studenten. Italienischer Nationalverein. Nachrichten der Polizei aus Neapel, Salerno u. s. w. **Neapel.** Palermo verweist die königl. Dekrete und verlangt die Konstitution von 1812. **Chur.** Sieg der sicilianischen Insurrektion auf allen Punkten.

**Rußland.** Das Konvobat.

**Amerika.** Die Regierung zu Washington beschließt die Rückberufung des Generals Scott.

**Beilage.** Von der Elbe. Der ungarische Reichstag. **Zürich.** Die Veränderungen in den sieben Kantonen. Von der französischen Grenze. Fürst Czartoryski und der polnische Demokrat. — **Handel.** Plan's Angelegenheit.

**Oesterreich.** Wien, 25. Jan. Der Schwäb. M. berichtet: Die zum Voraus vielbesprochenen erwarteten Aenderungen in unserer Censurinstruktion sind nun endlich und werden mit Anfang des nächsten Monats in Wirksamkeit treten. Nach dem deßhalb erlassenen Cirkular erhält das bisherige Bücherrevisionsamt unter der Benennung Censurobrdinekion einen erweiterten Wirkungskreis und bildet die erste Instanz in Censursachen, erscheint aber auch den diesfälligen Provinzialbehörden gegenüber, denen es zwar coordinirt verbleibt, insofern als eine Berufungsstelle, als seine Amtsbefugniß von weiterem Umfange ist. Das neu geschaffene oberste Censurkollegium bildet den höchsten Rath in Preßangelegenheiten und ist, unter dem Vorsitze des jeweiligen Präsidenten der obersten Polizei- und Censurhofstelle, aus Mitgliedern derselben, dann der Staatskanzlei, der vereinigten Hofkanzlei und der obersten Justizstelle zusammengesetzt. Die verweigerte Druckbewilligung eines Werkes oder die Streichung wesentlicher Stellen aus demselben ist im Rekurswege an dieses oberste Censurkollegium zu richten, und es sind dem Verfasser zu diesem Behufe die Beweggründe des Verbots und die wesentlich anstößig erfundenen Stellen auf sein Ansuchen bekannt zu geben. Ausgeschlossen von diesem Berufungsrecht sind Aufsätze für Zeitschriften, Tag- und Flugblätter von nicht rein wissenschaftlichem Inhalt, wie denn überhaupt in der Verfügung Unterschied bei den Werken der Wissenschaft, sowie bei Schriften von ernsterer Richtung zu deren Gunsten genommen wird. Ausdrücklich besagt das Cirkular, daß die oberste Leitung in Censurangelegenheiten nach wie vor der bisher damit beauftragten Hofstelle verbleibt, und die frühere Berufung an die oberste politische Behörde (Hofcanzlei), die ohnehin nur eine illusorische gewesen, nun an das oberste Censurkollegium übergehen hat.

**Wien**, 24. Jan. Von den sechs wegen Theilnahme an dem polnischen Komplott von 1846 in Hochverrathsuntersuchung gezogenen Individuen des k. k. Bombardierkorps, das die Bildungsschule für die Artillerieoffiziere ist, stark eines in der Haft, drei wurden aus Mangel an Beweis entlassen, und davon ist bereits Einer zum Offizier befördert worden; zwei dagegen wurden verurtheilt, Einer zu 18 und der Zweite zu 10 Jahren Festungsstrafe. Die Behandlung der Gefangenen im Stadelstechaus soll sehr streng gewesen sein, indem sie mit ihren Fesseln an das Bett geschmiedet wurden. (Brest. Z.)

**Preußen.** Berlin, 28. Jan. Während in einem hanseatischen Blatte der Nachricht von der Periodicität des Landtags widersprochen wird, schreibt man der Köln. Zeit.: Die wichtige Nachricht, daß die Absicht obwalte, unmittelbar nach dem Schlusse des ständischen Ausschusses die Periodicität des Berein. Landtags bestimmt auszusprechen, soll nach bestimmten uns darüber gemachten Verschärfungen auf gutem Grunde beruhen. Jedenfalls ist die Bedingung des Königs, erst das Patent vom 3. Februar seinem ganzen Inhalte nach vermittelst zu setzen, gegenwärtig erfüllt, wie denn auch die Aeußerungen des Ministers v. Bodelschwingh in der zweiten Sitzung des Verein. Ausschusses eine Verwahrung dieser Nachricht in ziemlich gewisse Aussicht zu stellen scheinen.

○ Berlin, 30. Jan. In der Sitzung vom 28. beendigte die Versammlung zunächst die Berathung des sechsten Titels, indem sie §. 65 unverändert annahm und den §. 70 dahin abänderte, daß die Berechtigung des Verletzten zum selbständigen Antrage auf Bestrafung statt vom 16. erst vom zurückgelegten 18. Lebensjahre an eintreten solle. Der siebente Titel (§. 71 bis §. 79) wurde nach Verwerfung eines von der Abtheilung zu §. 72 gemachten Aenderungsvorschlages unverändert angenommen. — Mit Bezug auf den frühern Ihnen bereits mitgetheilten Beschluß der Versammlung, die Dreitheilung betreffend, war von dem Ministerium eine Abänderung der zugesagte Vorschlag zugegangen, von der Abtheilung berathen und kam das deßfallige Gutachten in der Sitzung vom 28. noch zur Verhandlung. Der erste Theil des ministeriellen Vorschlags wurde nach dem Gutachten der Abtheilung von der Versammlung ohne Aenderung angenommen. Er lautet wie folgt: In den Entwurf des Strafgesetzbuches ist — wie im rheinischen Strafrechte — die dreigliedrige Eintheilung der strafbaren Handlungen aufzunehmen. Danach sollen die strafbaren Handlungen sein: 1) Polizeiübertretungen, 2) Verbrechen oder Vergehen, 3) schwere Verbrechen. Der zweite Theil des ministeriellen Vorschlages betrifft die §§. 20 — 25, welche von der bürgerlichen Ehre und der Amtsentsetzung handeln und die zur Entscheidung über die Dreitheilung zurückgesetzt worden waren. Hierüber setzte derselbe fest, daß der Verlust der bürgerlichen Ehre auf immer oder auch nur auf bestimmte Zeit (3 — 10) Jahre aussprechen sei. Das Erstere aber nur bei schweren Verbrechen, daß im zweiten Falle nach Ablauf der bestimmten Frist der Verurtheilte ohne Weiteres und von Rechtswegen wiederum in den Besitz der bürgerlichen Ehre und der damit verbundenen Rechte (Nationalkokarde ꝛc.) eintrete, daß aber die besonderen Ehrenvorzüge: der Adel, die öffentlichen Aemtern, Würden und Titel ꝛc., ingleichen die Fähigkeit zur Ausübung des Patronats, die Gerichtsbarkeit und Polizeiverwaltung, sowie die Mitgliedschaft und die Befähigung zur Theilnahme an Stimm- und Ehrenrechten in Gemeinden und Korporationen für immer verloren sein sollten. In Betreff dieses zweiten Theils trat die Versammlung mehreren von der Abtheilung gemachten Aenderungsvorschlägen bei, zuerst daß die Frist der Ehrenentziehung auf Zeit statt auf 3 — 10, nur auf 1 — 5 Jahre nach Beendigung der Freiheitsstrafe auszusprechen sei. Ferner, daß der Verlust der bürgerlichen Ehre für immer sogar nur bei schweren Verbrechen, aber nicht nothwendig bei allen solchen, eintreten dürfe. Endlich hatte die Abtheilung beantragt, daß bei Ehrenentziehung auf bestimmte Zeit die Standschaft und die damit verbundenen Rechte, gleich den allgemeinen bürgerlichen Rechten, nach Ablauf der bestimmten Frist ohne Weiteres wieder aufleben sollen. Die Versammlung entschied sich mit 54 gegen 40 Stimmen gegen diesen Abtheilungsantrag und nahm mit zwei Drittel Majorität ein ihn modificirendes Amendement des Hrn. v. Saffron an, das dahin lautet, daß nach Ablauf der Zeit, in welcher die Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte untersagt war, das Wiederaufleben des Rechtes der Standschaft, der Befähigung zur Theilnahme an Stimm- und Ehrenrechten in Gemeinden und Korporationen von dem Urtheil der Gemeinschaft nach landesherrlicher Bestätigung abhängen solle. Die Verhandlungen hierüber und über die zurückgezogen §§. 20 — 26 füllten die Sitzung vom 29. d. M. — Der morgende und übermorgende Tag fallen wegen nothwendiger Abtheilungssitzungen, der nächste Mittwoch wegen

Digitized by Google

rines katholischen Festtages und, daher wird die nächste Versammlung erst Donnerstag, den 3. künftigen sein. Nähere Mittheilungen über die interessanten Debatten der beiden letzten Sitzungen behalte ich mir auf morgen vor.

**Baiern.** A München, 30. Jan. Wie man vernimmt, hat General v. Hohenhausen seine (unter gewissen Umständen angebetene) Entlassung vom Posten eines Kriegsministers erhalten. Die Geschichte, die ich neulich mittheilte (Nr. 21 der Deutsch. Z.) scheint die Hauptveranlassung hiezu gewesen zu sein. Seine Entlassung erfolgte mit allen Zeichen der Ungnade, indem er, wie man behauptet, die Stelle eines Stadtkommandanten von Nürnberg erhielt, einen Ruhepesten, der der Quiescirung so ziemlich gleichgeachtet wird. General von der Mark, bisher in Würzburg, ist zum Nachfolger Hohenhausens bestimmt, nachdem, wie erzählt wird, vier Generale das ihnen angebotene Portefeuille abgelehnt hatten. Was ich kürzlich als wahrscheinlich bezeichnete, daß mehrere Beförderte unter den jetzigen Verhältnissen sich veranlaßt sehen würden, ihre Entlassung zu verlangen, hat sich bereits bestätigt; es haben nämlich in den letzten Paar Wochen zwei Flügeladjutanten des Königs ihre Entlassung genommen, um dem Befehle, das Haus der Gräfin Landsfeld zu besuchen, nicht Folge leisten zu müssen.

München, 31. Jan. Wie wir hören, soll die diesjährige Volkkonferenz auf besonders Antrag der Regierungen von Baiern, Würtemberg und Baden schon im Laufe dieses Frühjahrs Statt finden. (A. Z.)

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 1. Febr. Der Präsident theilte der Kammer heute mit, was der König ihrer Deputation auf die Antwortsadresse erwidert; über die Preßfreiheit sagte der König: „Ich kann Ihnen nur wiederholen, daß, was die freie Presse betrifft, „Ich alle Hoffnung habe, daß der Bundestag in kurzer Zeit darüber entscheiden wird." Die Privatgerüchte mit den Abgeordneten werden natürlich nicht offiziell bekannt; indessen hört man, daß der Abg. Federer über die Versammlung in Heppenheim befragt worden sei. — Der Minister des Innern legte der Kammer den Entwurf einer neuen Wahlordnung vor, sowie in Verbindung mit derselben den Entwurf eines Statuts des ritterschaftlichen Adels. Letzteres regelt die Wahlverhältnisse der Ritterschaft, von der 13 Mitglieder in der zweiten Kammer sitzen. — Weiter wurde die Wahl des Abg. Dietrich, deren Beanstandung übrigens nicht politischer Natur ist, für gültig erklärt.

**Hannover.** Auch in Celle ist der vorige Turnverein aufgelöst worden. Zugleich ist, wie die Brem. Z. meldet, an alle Bezirksämter des Landes ein vertrauliches Schreiben ergangen, welches die Auflösung aller etwa im Königreiche bestehenden Turnvereine verfügt.

* **Karlsruhe**, 31. Jan. Eine Mittheilung von hier in der Allg. Zeit. vom 26. Jan. behauptet, daß die sogenannte „alte Opposition" in Baden sowohl in der Presse als in der Kammer zu Grunde gerichtet, und an ihrer Stelle eine junge liberale Partei erstanden sei, deren Seele in der Kammer der Abg. Christ und in der Presse die Karlsruher Zeitung geworden. Die alte Opposition bleibe bei der Verneinung, die nicht mehr ausreiche, sie suche ihre Verbildner immer noch im Auslande und habe keine nationale Gesinnung, daher ihr Untergang. Die Jungliberalen dagegen hätten den Kampf gegen die Zeitübung, den sie vor ihrer Hervorgetreten unter dem Namen „Konservative" geführt, aufgegeben; sie hätten sich der Zeitideen bemächtigt, strebten jetzt nach Wiederverweckung des Geistes und der gewerblichen und bäuerlichen Einrichtungen, wodurch Deutschland im Mittelalter so groß und mächtig gewesen — daher ihr Aufschwung und ihre Blüthe. Richtig ist, daß ein Theil der konservativen Partei einen neuen Weg eingeschlagen, um ihr altes Ziel, die Rückkehr zur christlich-germanischen Glückseligkeit des Mittelalters, zu erreichen; daß ihre Führer, denen wir ohne Anstand auch den Abg. Buß beizählen dürfen, auf diesem Wege besser fortzukommen hoffen, als auf dem alten, weil nur zu Mißerfolgen geführt hat. Aber eitel ist die Hoffnung, daß die neue Täuschung gelingen werde, und unrichtig die Behauptung, daß ihr Ziel in Baden schon erreicht sei. Womit beweisen Urheber und Verfasser des Artikels in der Allg. Zeit. ihre Behauptung, daß die „alte" Opposition in der badischen Kammer auf ein halbes Dutzend Stimmen eingeschrumpft sei? Mit gar Nichts, und sie könnten es auch nicht, wenn sie nicht etwa darin einen Beweis finden wollen, daß sie für gut gefunden, die alte konservative Fahne, unter welcher sie Nichts mehr hoffen, zu verlassen und sich den Zeitideen anzuschließen, deren Träger die „alte" Opposition so lange Jahre hindurch allein gewesen war. Ein Mannheimer Advokat, sagen sie, habe es unlängst so weit getrieben, dem deutschen Volke den Code Napoleon als „nationales Gesetzbuch" anzuempfehlen und habe sich dadurch offen gegen alle nationalen Bestrebungen ausgesprochen. Solche Schüsse haben Vielleicht Raum in dem christlich-germanischen Gewissen; man ist gegen alle nationalen Bestrebungen, wenn man findet, daß ein Gesetzbuch, welches zur Stunde noch in Baden als Landrecht gilt, gute Bestimmungen enthalte, die man in ganz Deutschland eingeführt wünsche, an der Stelle von minder guten. Ihr unglücklichen Rheinländer, die Ihr an Euern französischen Einrichtungen festhaltet, verbittt Euere Häupter vor dem Genius — nicht der deutschen Nation, aber doch der jungliberalen, eidevant konservativen christlich-germanischen Partei in Baden! Womit bewiesen die Stimmführer in der Allg. Zeit. die Niederlage der badischen Opposition in der Presse? Damit, daß die Karlsruher Zeitung in Baden, ungeachtet ihrer Vertheidigung der Jesuiten und des Sonderbundes in der Schweiz, doch an Abnehmern gewonnen, daß dagegen die von dem Abg. Mathy herausgegebenen Blätter, die Rundschau und die Landtagszeitung, aufgehört haben. — Die Karlsruher Zeitung wird im Lande viel gelesen, denn sie ist die Belgerin zu den „öffentlichen Kundmachungen", welche von Vielen gelesen werden müssen. Hat sie durch ihre „feste Haltung" für Jesuiten und Sonderbund Leser verloren, so hat sie durch geschickte Zusammenstellung aller Mord-, Diebs- und Schaudergeschichten, Feuersbrünste und anderer Unglücksfälle, eine etwas größere Zahl von Lesern und Leserinnen andern Schlages gewonnen. Das Aufhören der Rundschau und der Landtagszeitung wird dem Mangel an Abonnenten zugeschrieben und als ein fast mathematischer Beweis des Umschwunges der Volksgesinnung hervorgehoben. Schade, daß wir der jungliberalen christlich-germanischen Partei auch diese Freude nicht lassen können. Die Rundschau ist niemals während eines Landtags erschienen, weil der Herausgeber die Muße dazu nicht erübrigen kann. Die Landtagszeitung hat nicht wegen Mangels an Abonnenten aufgehört, sie zählte deren, beiläufig gesagt, neun fünf Mal so viel als der christlich-germanische Landtagsbote neben der Karlsruher Zeitung, — sondern weil der Herausgeber mit den Unternehmern der Deutschen Zeitung übereingekommen ist, seine Landtagsberichte diesem Blatte einzuverleiben. Das Vorhandensein der Deutschen Zeitung ist es eben, was die Stimmführer der christlich-germanischen Partei „ignorieren", wie sie überhaupt ihre größte Stärke in dem Nichterwähnen von Thatsachen haben, die ihnen nicht gefallen; doch ist es erlaubt, ihre Stärke in dem Behaupten nicht vorhandener, ihr aber wünschenswerther Thatsachen, noch höher anzuschlagen. Die Deutsche Zeitung, zu deren Gründung die Versammlung der „alten Linken" zu Durlach am 29. Nov. 1846 den ersten Anstoß gegeben, hat ohne „öffentliche Kundmachungen" seit ihrer kurzen Zeit ihres Bestehens eine größere Verbreitung und seit 1. Januar dieses Jahres eine stärkere Zunahme erlangt, als die Karlsruher Zeitung unter ihrer gegenwärtigen Redaktion, trotz ihrer „festen" Haltung für den Sonderbund und ihrer reichen Sammlung an Mordgeschichten und Unglücksfällen. — So viel über den Siegesruf der christlich-germanischen Partei, der es unter ihren neuen „jungliberalen" Masken ebensowenig gelingen wird, die öffentliche Meinung zu berücken, als mit ihrem „altrechtlichen" Gefecht, welches sich hinter der Maske nicht besser verbergen kann, als die wahre Bedeutung der „nationalen Gesinnung" hinter der Maske von Fremdwörtern in dem Artikel der Allgemeinen Zeitung.

§ **Heidelberg**, 3. Febr. Soeben geht uns aus zuverlässiger Quelle die Nachricht zu, daß der Abg. Zittel seine Meldung um die erledigte Pfarrstelle in Mannheim zurückgenommen habe und zwar in dem Augenblick, wo es kaum mehr einem Zweifel unterlag, daß dieselbe ihm zu Theil werden würde. Berücksichtigungen, daß seine Stellung in der Kammer durch den Wunsch, jene Stelle zu erhalten bedingt sei, haben Zittel zu diesem Schritte gebracht. Wer ihn kennt, weiß, daß seinem Charakter eine solche Handlungsweise geradezu unmöglich ist, und daß er seiner Ueberzeugung aus Rücksichten auf seinen persönlichen Vortheil nie Etwas vergeben, sonst wäre er nicht seit sechzehn langen Jahren auf einer Anfangsposrari stehen geblieben. — Es ist im Interesse der Gemeinde, die 3. zum Prediger gewünscht hat, nur zu bedauern, daß er sich durch die Verdächtigungen einer bekannten Klike bestimmen ließ, einem Zartgefühl zu folgen, das diesen Leuten und ihren Mitteln gegenüber fast zu groß ist.

*** Vom Neckar, 31. Jan. In einer Korrespondenz von Karlsruhe den 25. d. (Nr. 28. D. Z.) werden meine in Betreff der beiden Fabriken von Waghäusel und Ettlingen gemachten Angabern (Nr. 22. D. Z.) berichtigt, und behauptet, das einzig Wahre in meinem Schreiben sei, daß die Ettlinger Fabrik mit einem Aktienkapital von 1,200,000 fl. begonnen habe; es wird sodann der in den Jahren 1839—46 gemachte Gewinn der Ettlinger Spinnerei in Zahlen angegeben. Unterdessen ist aber der Bericht des Abg. Matthy an die

Digitized by Google

zweite Kammer bekannt geworden, und dieser bestätigt meine Angabe, daß von dem ursprünglichen Actienkapital der Eutinger Fabrik am 31. Dec. 1846 nur noch 438,000 fl. vorhanden waren, mithin in den vorangegangenen 8 Jahren 762,000 fl. eingebüßt wurden. Wie sich mit dieser offiziellen Darlegung die Behauptung Ihres Karlsruher Korrespondenten, daß in den Jahren 1839—46 fortwährend mit Gewinn gearbeit wurde, vereinigen läßt, mag er selbst näher erklärtern. So oft so Manches, sogar in den offiziellen Darlegungen, dunkel geblieben. Der Abg. Bassermann hat schon darauf hingewiesen, daß während der Reingewinn pro 1847 auf 191,000 fl. berechnet ist, dafür nur 25,000 fl. in die Bilanz pro 31. Dec. 1847 aufgenommen wurden. Von den Prioritätsaktien im Betrag von 1,200,000 fl. sind nur noch 489,250 fl. vorhanden, 48,000 fl. sind getilgt, 153,750 fl. sind verkauft; es fehlen aber 509,000 fl., über welche weder von der Ministerialkommission, noch in Mathy's Bericht Aufschluß gegeben wird. Ueberhaupt mangelt das Inventar nicht allein pro 31. Dec. 1847, sondern auch von frühern Jahren war kein vollständiges Inventar vorgelegt worden. Daß unter diesen Verhältnissen ein gereiztes Mißtrauen begründet ist, wird Niemand bezweifeln. Wie läßt sich z. B. mit solcher Kenntniß der Behauptung hinstellen, es sei in den voran gegangenen Jahren mit Gewinn gearbeitet worden, wenn die Grundlage jeder reellen Gewinnberechnung, das Inventar, fehlt? Die jährliche Aufstellung eines Inventars ist sogar gesetzlich (A. 9. d. H. G.) vorgeschrieben und war hier um so unerläßlicher, als die Fabrik für Rechnung dritter Personen (der Aktionäre) von einer Verwaltung betrieben wurde. Gd düefte jeden Falls gerathen sein, jetzt noch nachträglich ein Inventar stellen zu lassen, um doch endlich ein Mal eine sichere Grundlage zu gewinnen, von welcher für die Zukunft der Gewinn berechnet werden kann. Außerdem hat schon der Abgeordnete v. Soiron ausgeführt, daß ein Borg- und Nachlaßvergleich giltig nicht abgeschlossen werden kann, ohne daß nach der in A. 218—227 des H. G. vorgeschriebenen Weise verfahren, d. h. unter Anderm, der Vermögens- und Schuldenstand richtig gestellt wird. Hinsichtlich der Baghäuser Fabrik hat Ihr Karlsruher Korrespondent meine Behauptung, es seien deet 1,560,000 fl. eingebüßt worden, nicht zu widerlegen vermocht. Auch läßt Mathy's Bericht hierüber keinen Zweifel.

**Schleswig-Holstein** Kiel, 29. Jan. Da aus mehreren Städten der beiden Herzogthümer die Einrichtung einer Adresse auf Anlaß des Thronwechsels an den König-Herzog angeregt war, so war dadurch Anlaß gegeben, daß heute eine im „Hamb. Korr." bereits angekündigte Versammlung hierselbst von Männern aus beiden Herzogthümern, zunächst Abgeordneten, gehalten ward, um die Frage zu besprechen, ob die Einrichtung von Adressen zur Zeit überall angemessen sei. Das Resultat der sehr beiebten Besprechung war dies: Es spricht die Versammlung einstimmig ihre Ansicht dahin aus, daß gegenwärtig aus den Herzogthümern Schleswig-Holstein an den König keine Adresse zu erlassen sei. (Mes. Z.)

## Schweiz.

* Heidelberg, 2. Febr. Wir erhalten heute einen Brief von einem unserer geachtetsten Korrespondenten in Bern, der sich über unsern **Reaktorkorrespondenten in der ähnlichen Weise ausläßt, wie die Berner Z. Wir legen ihn lieber zur Seite, weil wir eine bittere und persönliche Polemik gegen befreundete Mitarbeiter, deren Charakter und Gesinnung wir ganz genau kennen, nicht unterstützen mögen, so wenig von Bern aus gegen den Neckar, wie umgekehrt. Die D. Z. weiß von der Mehrzahl ihrer Korrespondenten aus persönlicher Bekanntschaft, was sie an ihnen hat; es wird ihr auch nicht geschehen, daß sie sich in Korrespondenzen von persönlich Unbekannten so vergreift, daß sie unter der „liberalen Maske" eines Schweizerfreundes, einen heftigen Gegnern aller Intervention, eines warmen Verfechters der schweizerischen Unabhängigkeit einen „verkappten Sonderbündler" ins Lager schleichen läßt. Der **Korrespondent, müssen wir wiederholt versichern, sitzt nicht „mitten in Bern", sondern so nahe am Neckar, wie nur möglich ist, wenn man nicht „mitten im Neckar" sitzen will; er ist kein Schweizer, und damit unser verehrter Freund nicht auf eine neue irrige Fährte komme, er ist auch nie in der Schweiz ansässig gewesen. Wenn in den Artikeln vom Neckar etwas von „feindseliger Opposition gegen die Bekämpfung des Sonderbundes", von „beleidigenden Vorwürfen gegen die Nationalpartei", vollends gar von einem Arbeiten „im Interesse der einmischungslustigen Diplomatie" auch nur von Weitem zu wittern wäre, so hätten sie keinen Eingang in die Deutsche Zeitung gefunden. Die Aussätze sind vielmehr von einem persönlich ganz unabhängigen, ganz unbetheiligten Ehrenmanne, von konfervativer, aber in den Schweizerfragen ganz entschiedener Farbe, gerade nur in der Absicht geschrieben, um die Mächte mit den eindringlichsten Vorstellungen vor jedem Gedanken des Einschreitens und die Schweizer vor jedem Schritte zu warnen, der diesen Gedanken zu unterhalten dient. Wozu nun dies naplose Wegkosten von dessen Freunde, die vor Allem die Wahrheit sagen, wie sie sie sehen, die sodann mit den höchsten Zwecken der neuesten Schweizerpolitik ganz einverstanden sind, und nur über Mittel und Wege etwas anders, vielleicht etwas unbefangener außer dem Spiele drehen, als wenn sie mitten im Spiele beschäftigt wären? Diese Unverträglichkeit und Empfindlichkeit nicht der Partei, sondern jeder Parteischattirung ist von jeher ein Unheil der Schweiz gewesen, ist aber gewiß jetzt am wenigsten am Orte, wo man aus der Schweiz selbst die stolze Mittheilung machte, es gehe jetzt nur noch eine eidgenössische und eine uneidgenössische Partei. Nun, zu der eidgenössischen Partei steht der Neckarkorrespondent, wenn man das einem Deutschen vergönnen will, so herzhaft und so treu wie Einer. Daß er von den isolirten Maßregeln einer reagirenden Politik in den Sonderbundskantonen zu viel fürchtet, daß er bei diesen gegenwärtigen Verwicklungen der Welt eine leichfertige Intervention wohl etwas zu leichtgläubig nahe steht, das haben wir dem verehrten Korrespondenten privatim zu verstehen gegeben und haben es öffentlich kein Hehl. Wir wollen noch mehr sagen: wir sehen darin etwas Hiftorisches, etwas Aberschätziger, wir möchten eingestehen, etwas mehr menschlich und weniger rigoristisch rechtlich, daß wir die Mißgriffe der neuen Regierungen nicht so unmäßig hoch anschlagen, weil wir aus aller ältester und neuester Erfahrung wissen, daß nie eine Republik der strengen Gerechtigkeitspflege so günstig war, wie eine wohlgeordnete, gemäßigte Monarchie, und weil wir nicht erwarten, daß eine Jahrhunderte lange Gewohnheit sich auf Einen Tag verändern könne. So Viel über die Gesinnung und die Ansichten unseres Neckarkorrespondenten. Was die Thatsachen angeht, auf die er sich stützt, so haben wir ihn auch zu gu aller Vorsicht ermahnt; in Bezug auf diese nehmen wir gern aus diesem vorliegenden und jedem künftigen Briefe unseres verehrten Berner Korrespondenten jede Berichtigung auf. Der Brief nennt die Entfremdung zwischen den Berner Behörden und Canning eine pure Erfindung, die nicht erhaltene Rudigung Canning's bei Ochsenbein ovrantaßt durch eine nicht angebliche, sondern wirkliche schwere Erkrankung des Letztern; wir können versichern, daß gerade Nichts so sehr, wie diese Berichtigung unserem Neckarfreunde Freude machen wird, wenn sie sich als richtig bewährt. Ebenso wie er sich nur freuen wird, wenn er sich überzeugt, daß der Berliche Berner Liberalen mit deutscher Propagandisten und über Hoffnungen auf Frankreich „abgeschmackte Fabeln" sind. Die Einwirkungen der eidgen. Kommissäre in den Sonderbundskantonen, wie sie unser Neckarkorresp. darstellte, sollen ferner aus der Luft gegriffen sein. Dies ist schon keine leicht zu ermittelnde Thatsache; kein Mensch wird das übrigens glauben, der Menschen und Republiken nur halbweg kennt; hier müssen wir uns auf die Seite unseres Nachbars stellen. Daß in den Sonderbundskantonen Reaktionen verfucht werden würden, auch ohne diese Einwirkungen und ohne die grellen Schritte und Rechtsverletzungen der neuen Regierungen, wollen wir glauben, daß diese Schritte aber die Reaktionen unendlich viel gefährlicher im Innern und nach Außen zu einer Handhabe der Intervention machen werden, darüber kann man sich nur in der Schweiz und nur in der Hestigkeit der Parteileidenschaft selbst irren können. Möglich, daß die Zustände in der Schweiz die Reibung noch unvermeidlich machen, möglich, daß wir, wenn wir in der Schweiz redigirten, uns gleichfalls genöthigt sähen, den Parteikampf noch ein Mal anzunehmen. In unserer Ferne und nationalen Unbetheiligung vergönne man uns, und ferner an der Hoffnung zu erbauen und in unserer Stellung und Ansicht darauf hinzuarbeiten, soweit wir es mit diesen kleinen Kräften vermögen, daß jene gezhartige Verbindung von Energie und Mäßigung, die in allen Beziehungen und in allen Landen unsere Sympathien voraus hat, die in den Schweizerkampf so segensreich wirkte, auch im Frieden fortwirken und das Werk der Versöhnung und der neuen Verfassung fördern möge. Die Eine eidgenössische Partei, das soll unsere Fahne sein und bleiben. Und wer unter unsern Korrespondenten diesen Fahneneid mitschwört, den zeichnen wir mit Freude auf die Rolle ein, und scheuen uns nicht vor deutscher Pusillanimität, wenn er sich einen Radikalen nennt, noch vor schweizerischer Einseitigkeit, wenn er sich als einen Konservativen bekennt.

** Bern, 30. Jan. Wie verlautet, walten in der Tagsatzung verschiedene Ansichten in Betreff der Frage, wie sich dieselbe gegenüber der ideniischen Note der betreffenden Großmächte zu benehmen habe. Während die einen Gesandten auf eine unverweilte Antwort in rat-

Digitized by Google

schieden ablehnendem Sinn bringen, halten andere dafür, es bedürfe die Note eigentlich gar keiner Antwort, und man würde sich durch Ertheilung einer solchen, sie möchte beinahe lauten wie sie wollte, nur verfänglich machen. Wir können die letztere Ansicht nicht theilen. Denn wenn auch die fragliche Mittheilung der Mächte mehr in die Form eines Memorandums als in diejenige einer eigentlichen Note eingekleidet ist, so sind gleichwohl die Ihr derselben entwickelten Grundsätze von solcher Art, daß schon die Ehre der Schweiz, als eines unabhängigen Staates, eine kategorische Antwort durchaus erfordert. Hat auch die Tagsatzung keine Pflicht auf sich, alle Zumuthungen des Auslandes, kommen sie woher sie wollen, ohne Weiteres zu beantworten und zu widerlegen, und kann daher auch der Grundsatz qui tacet consentit auf sie nicht angewendet werden, wenn sie dergleichen Mittheilungen einfach bei Seite legt, wie dies z. B. mit der Note des päpstlichen Nuntius geschah — so gibt es hingegen Fälle, wo das Stillschweigen mindestens als Schwäche angelegt wird, und deßhalb gerade das Gegentheil von dem hervorruft, was man beabsichtigt, während eine würdig gehaltene, aber entschiedene Antwort weitern unbefugten Zumuthungen den Riegel vorschiebt. Dieser Fall nun hier vorhanden, und wir müßten es für einen großen politischen Fehler halten, wenn man die Note unbeantwortet ließe. Sollte es auch wahr sein, was man behauptet, daß die betreffenden Gesandten sich haben „verlauten lassen", sie erwarten dies Mal keine Antwort, so läge hierin gerade ein Grund desto mehr, ihnen eine solche zu Theil werden zu lassen. Denn in politischen Dingen handelt man gewöhnlich am richtigsten, wenn man das Gegentheil von dem thut, was die andere Partei wünscht.

Bern, 29. Jan. Gestern war wieder die Tagsatzung unter dem Präsidium des 2. Gesandten von Bern, Hrn. Reg.-Rath Dr. Schneider, versammelt. Auch der Platz des Standes Zug ist jetzt durch Hrn. Oberst Müller besetzt, und so sind jetzt wieder alle Kantone repräsentirt. Hr. Müller wird heutigst und ecklärt sodann instruktionsgemäß den Rücktritt seines Standes vom Sonderbund, Unterwerfung hinsichtlich des Beschlusses gegen die Jesuiten, und dessen Bereitwilligkeit an der Bundesrevision Antheil zu nehmen. Der Gesandte wird hierauf in die hiefür bestehende Kommission als Mitglied gewählt. Aus der nun folgenden Diskussion über die Offiziersmahlen in den eidg. Stab ist nur hervorzuheben, daß Hr. Ochsenbein vom Stande Bern dem General Dufour und dem eidg. Kriegsrath zum eidg. Oberst vorgeschlagen, und sein Zug durchs Eventbuch nach Lugern als genügende Nachweisung seiner Befähigung bezeichnet wird. Da mehrere Stände wegen Nichtberücksichtigung ihrer Vorschläge reklamiren, so wird mit 21 Stimmen beschlossen, die Wahl zu verschieben, Neuenburg stimmt auch hier wegen Mangels an Instruktion nicht mit. — Aus Wallis erfährt man nicht unintressante Einzelheiten über das Benehmen besonders der Augustinermönche. Nach einem der Regierung übersandten amtlichen Berichte haben sie von den landwirthschaftlichen Besitzungen des Ordens in Martigny unlängst 7 Kühe fortgebracht, wohin? konnte noch nicht ermittelt werden. Daher Gaillard, ein Augustiner vom St. Bernhard, bekannte im Verhör, daß er einen auf jenem Gut befindlichen Bienenkorb mit eigner Hand angezündet habe, um sich den Honig zuzueignen, denn der Staat sei nicht Eigenthümer dieser Sachen. Aehnliches behaupten 2 andere Mönche, welche unlängst im Refektorium des Ordenshauses in Martigny einen Behälter erbrochen, um 29 Flaschen fortbaren Weins zu nehmen. Cela ne vous regarde point du tout! Le Gouvernement n'a ici aucun droit! antworteten sie im Verhör. Alle Mönche, welche noch auf dem St. Bernhard waren, sind wegen ihres Benehmens auf Befehl der Regierung nach Martigny beschieden worden, bis auf zwei, welche droben bleiben, um den Kirchendienst zu versehen. Der erwähnte Gaillard äußerte am 22. in Martigny gegen einen Genfer Offizier: „Mein Herr! Ich kann Ihnen versichern, wenn hier in Wallis die Sachen noch so ständen, wie vor 2 Monaten, ich unsere ganze Macht und alle unsere Bauerschaft daran wenden würde, um die Sache des Sonderbundes zu retten. Uebrigens wäre es leicht möglich, daß dieser Bund zur Stunde noch existirte trotz Kapitulation und Oktupation!" — Der „Verfassungsfreund" trägt darauf an, recht bald einen recht energischen Geschäftsträger nach Paris zu senden, der auf die gegen die Schweiz ausgestreuten Verleumdungen energisch antworten würde. Es dürfte auch Nichts schaden, einen solchen zu gleichen Zwecken an die Bundesversammlung nach Frankfurt zu schicken. — Die Schützengesellschaft von Aarau bewirbt sich nun mit Einwilligung des Reg.Raths für Abhaltung des eidg. Freischießens auf das J. 1849. Sie hofft, Genf werde um so eher zurücktreten, da es dann gerade 25 Jahre sein werden, seit der eidg. Schützenverein hier gestiftet und das erste eidg. Freischießen ebenfalls hier gefeiert wurde. — Die Regierung von Freiburg hat für die 10 Klöster weltlicher Administratoren ernannt.

## Dänemark.

Kopenhagen, 29. Jan. Die Bürgervertreter der Hauptstadt haben eine Adresse an den König gerichtet, worin sie versichern im Namen des Bürgerstandes versichern, daß die Treue gegen König und Land, wovon dieser Stand so oft in Zeiten der Bedrängniß unverkennbare Beweise gegeben, noch eben so thätig und stark ist, und daß die Bürger der Hauptstadt stets bereit sein werden, mit Leib und Blut für die Ausführung einer jeden das allgemeine Wohl fördernden und verbergenden Maßregel zu wirken. „Um aber das Band, welches Fürsten und Volk vereinigt, fährt die Adresse fort, recht fest zu knüpfen und es unauflöslich zu machen, gibt es kein wirksameres und kräftigeres Mittel als eine freie Verfassung, und darauf soll hierser unser allerunterthänigster Antrag abzielen. Bereits bei dem vorigen Thronwechsel hat der Bürgerstand der Hauptstadt vermittelst seiner Repräsentanten darauf angetragen. Aber Ew. Maj. hoher Vorgänger meinte, daß die Zeit zur Erfüllung dieses Begehrens noch nicht gekommen sei, und daß dessen Verwirklichung vorbereitende Anstalten erforderte. Eine Folge hieraus war, daß die verwickelten Verhältnisse, deren Ausgleichung durch ein heilsames Zusammenwirken der verschiedenen Staatstheile sich leichter hätten aussühren lassen, nun schwieriger zu ordnen geworden sind. Und sollte die Zeit jetzt nicht gekommen sein, wo eine solche königliche Gabe mit Zuversicht dem dänischen Volke gewährt werden kann? Dieses Volk steht hinter keiner der benachbarten Nationen an allgemeiner Ausbildung oder an Besonnenheit zurück; es steht keiner an Ergebenheit gegen seinen Fürsten und an Liebe zu seiner Heimath nach, und sein Eifer für die öffentlichen Angelegenheiten hat sich in der letzten Zeit auf eine deutliche Weise zu erkennen gegeben. Durch eigene Theilnahme an der Feststellung der Gesetze, denen es nachleben soll, wird seine Selbständigkeit wachsen und seine Kraft zunehmen, und seine Bereitwilligkeit, die Lasten zu tragen, welche die mit der Staatsverwaltung verbundenen Ausgaben erforderlich machen, wird größer werden, wenn ihm selbst gestattet wird, dieselben zu bestimmen und ein Einsehen dabei zu haben. Für die Staatsverwaltung sind hochdienste Organe erforderlich, die Ew. Majestät Rath ertheilen können hinsichtlich der vielen verschiedenen Angelegenheiten, die das Auge einer einzelnen Menschen zu übersehen nicht im Stande ist, und diese Organe werden nur wenig ausrichten können, wenn sie das Vertrauen des Volkes nicht besitzen. Aber dieses Vertrauen hängt großentheils von ihrer Verantwortlichkeit ab — ihrer Verantwortlichkeit nicht allein dem König, sondern auch dem Volke gegenüber." Die Adresse bittet daher den König er möge eine Versammlung berufen, bestehend aus einer angemessenen Anzahl einsichtsvoller, vaterländisch gesinnter Männer, gewählt aus den verschiedenen Klassen der verschiedenen Staatstheile, um den Entwurf einer freien Verfassung in Berathung zu ziehen.

In mehreren Berichten liest man, es mache sich in Dänemark eine verschwichte Stimmung geltend, man wolle den Streit mit den Herzogthümern dermalen ruhen lassen. Wir glauben, die deutsche Gutmüthigkeit ist in solchen Fällen immer leichtgläubiger als sie sein dürfte; eine Verschwung würde hier ohne Zweifel nur auf Kosten der deutschen Sache zu Stande gebracht werden. So lange die Petitionen der Dänen nur den Gesammtstaat im Auge haben, so lange der freche Ruf „Dänemark bis zur Eider" bei allen Demonstrationen durchklingt, kann von einer Versöhnung oder auch nur einer Annäherung keine Rede sein. Von vielen Beispielen nur eines. Am Sonnabend wurde dem Prof. Clausen für seine schon erwähnte Broschüre eine Huldigung dargebracht, und als er dankte, äußerte er sich in den Worten: „Zu ihm der die Herzen der Könige lenkt, wie er ihre Tage zählt, wollen wir für unsern König beten, — auch darum bitten, daß er dänische Rathgeber, ebenso dänisch an Gesinnung und Gemüth zu finden wissen möge, als die Deutschen deutsch sind. Ein Lebehoch für unsern dänisch gesinnten König!" Eine solche Sprache ist dann am Platz, wenn das Dänenthum auf die paar Inseln beschränkt ist, wo es sich ungestört vom Deutschthum selber beseligen und vergüten kann; solange zwei deutsche Herzogthümer mit der Krone verknüpft sind, ist ein „dänisch gesinnter König" ein Unding. Man muß sich diese dänischen Inselenzen recht klar vor Augen halten, weil der Deutsche zu leicht hofft was er wünscht. Nein, es darf keine Verständigung auf deutsche Kosten stattfinden, sondern die Herzogthümer müssen festbleiben bei dem politischen Programm, des ihre Ständeversammlungen im Jahre 1846 aufgestellt haben.

Digitized by Google

## Großbritannien.

London, 28. Jan. Die englischen Blätter theilen jetzt die diplomatische Korrespondenz über die Schweiz vollständiger mit, als dies französischer Seits geschehen ist, und begleiten sie zum Theil mit Bemerkungen, die den Zweck haben, die Vorwürfe des Journ. des Débats zu widerlegen, daß Lord Palmerston im J. 1832 auf der Schweiz gegenüber zu ganz andern Grundsätzen bekannt habe, als im J. 1847. Das M. Chr. meint, die der französischen Kammer vorgelegten Auszüge seien vergiftet und verfälscht worden, und hebt namentlich eine Stelle in den dem Lord Minto nach Italien mitgegebenen Weisungen hervor, worin es heißt: man beabsichtige in der Schweiz eine Revision des Bundesvertrages, die auch in manchen Punkten ganz wünschenswerth sein möchte, nur müsse sie nicht darauf hinausgehen, die Grundbasis der politischen Organisation der Schweiz, die gesonderte Souveränetät der verschiedenen Kantone aufzuheben und die Schweiz in eine einzige unitheilbare Republik einzuschmelzen u. s. w. Man kann nicht sagen, daß die Politik der englischen Regierung auf keinem historischen Boden stehe, da es in denselben Instruktionen heißt, eine solche Bundesrevision würde einer totalen Vernichtung alter und ererbter Rechte gleichkommen. Wenn nun auch aus dieser Stelle wie aus spätreren diplomatischen Noten und der von Canning in Paris gegen die neuheidnen Mächte geführten Sprache hervorgeht, daß Guizot's Verdikt ziemlich aus der Luft gegriffen ist, so haben diese nachträglichen diplomatischen Zänkereien, Verwahrungen und Rückbeziehungen für die Schweiz, die jetzt mitten in der Entwickelung und im Anlauf zum fait accompli begriffen ist, doch wohl nur fernere Bedeutung.

Die Verhandlungen über die Einsprüche gegen Dr. Hampden's Ernennung zum Bischof an der Queens Bench scheinen noch kein Ende nehmen zu wollen. Juristische und theologische Kasuistik, gestützt auf vergilbte Urkunden, vergessene theologische Streitschriften auf Kostbrücke der Parlamente und Konvilien u. s. w. spielt dabei eine Hauptrolle. Auch Damen nehmen in reichlicher Zahl an den Verhandlungen als Zuhörerinnen Theil, was eben nur den Engländerinnen zu erwarten ist, die mit ihrer oft versponnenen Glaubtrumpfnatur zugleich eine rühmliche Theilnahme an Allem, was öffentliches Leben heißt, verbinden. Der Sturm gegen Hampden geht nicht sowohl vom Volke aus, als von der zelotischen geistlichen Aristokratie, die in diesem Falle mit den Puseyiten verbündet ist. Namentlich ist es der Erzbischof von Canterbury, welcher, nachdem die Einwände anderer Geistlichen von der kön. Kommission nicht für stattsaft erachtet worden, durch seinen Einfluß diesen gerichtlichen Handel durchgesetzt hat. Wie übrigens Lord Denman am 27. in der Queens Bench anfündigte, sollte der Spruch am 1. Febr. gefällt werden.

Eine ferner großen Feste und Demonstrationsfest, wie sie in diesem Umfange nur in England stattfinden können, versammelte am 27. die Häupter des Freihandels und gegen 3000 Personen theils als Mitpreisende, theils als Zuhörende in der Freihandelshalle zu Manchester. Die berühmtesten Freihandelsmänner, G. Wilson als Präsident der Versammlung, Gibson, Bright, Oberst Thomson und Cobden hielten lange und mit dem rauschendsten Beifall aufgenommene Reden. Cobden verbreitete sich namentlich über den in Aussicht stehenden ewigen Weltfrieden, der durch den Freihandel und durch die Eisenbahnen vorbereitet würde, machte sich über den durch Wellington's Brief angeregten Kriegsschwindel lustig, pries die Franzosen als das friedfertigste Volk von der Welt und prophezeiete auch für Rußland in nicht allzu ferner Zukunft — eine freie Verfassung, die ihm als Dackgut auf den weitverbreitenden Eisenbahnen unfehlbar zugeführt werden würde. Die Freihandelsmänner ließen sich bei dem reichlichen Mahle dies Cobden'sche Utopien als Zuspeise wohl bekommen; vielleicht mochte aber doch Manchen ein geheimes Grauen anwandeln bei dem Gedanken an die Nähe der Zeit und an den Brand, der mitten in unserm geräumten Frieden hier und da aus dem vulkanischen Boden schlägt.

Die Times versichern jetzt nicht mehr, daß England ein durch und durch armes Land sei; denn die Staatspapiere gehen in raschem Zuge immer mehr in die Höhe, namentlich die Konsols, dieser Barometer des Börsengelds, und die mächtigen Kaufherren der City sind wieder guten Muths. Die untern Volksschichten leiden aber darum nicht weniger Noth. Selten ist London so von Bettlern durchschwärmt gewesen, wie in diesem sie England ungewöhnlich kalten Winter. Bis tief in die Nacht gruppenweise herumstehend, sind sie eine wahre Stadtplage geworden, wie denn die Bettelraumth sich gleich einem unheilbaren Marschwamme am Körper der menschlichen Gesellschaft festgesetzt hat, und der Hunger mit seinen schrecklichen Folgen allmählich die traurige Wettsamkeit der aus Europa verdrängten Pest auszöhren zu sollen scheint. Auch aus Irland vernimmt man immer wieder die alte düstere Chronik von Armuth, Hunger und Hungersterben, Raub- und Mordanfällen, von Banden, die mit geschwärzten Gesichtern und wohl bewaffnet in die Häuser einbrechen und die verwegensten Räubereien ausführen. Der Zustand ist der alte gesetzlose. Blutige Kämpfe und Konfecein mit der Polizei finden nicht selten Statt, erst soeben in der Grafschaft Antrim, wo ein gewisser Waldron, eine übrigens geachtete Magistratsperson, wegen Schänden verhaftet werden sollte; von beiden Seiten feuerte man auf einander, bis dr. Waldron durch einen Schuß todt niedergestreckt wurde. Das M. Chr. gesteht selbst, daß die in eine förmliche Schreckensherrschaft ausartende Thätigkeit des speciellen Gerichtshofes saß nirgends eine wohlthätige Wirkung hervorgebracht habe. In der Grafschaft Leitrim z. B. geht es ebenso toll her als früher. Dies ließ sich voraussehen. Dem heillosen Zustand Irlands ist nicht auf politischem und kriminellem Wege abzuhelfen. Auch schüren gewisse katholische Geistliche fortdauernd diesen innern Brand. Zeuge davon ist die Sprache, die sich der Erzbischof von Tuam auf die edeln mahnenden Worte des katholischen Lords Shrewsbury erlaubt; er vergleicht den Lord mit den schändlichsten Tyrannen, die sich in der Geschichte einen traurigen Namen gemacht, nennt ihn einen Wolf in Schaafskleidern und behauptet, daß der Lord für sein Söhn- und Mahnschreiben eigentlich angehalten werden müßte, öffentlich Kirchenbuße zu thun. Die Times äußern mit Recht: wenn sich ein Erzbischof solche Sprache erlaube, was solle man dann von den kleinen Landgeistlichen erwarten? So viel scheint gewiß, daß der Haß der celtischen Bevölkerung gegen den herrschenden anglosächsisch-normannischen Stamm eher im Zunehmen, als in der Abnahme begriffen ist. Kleine Agitatoren gibt es noch in Unzahl, aber keinen Daniel O'Connell mehr, der die Schleusen zu öffnen, aber auch wieder zu schließen und die brausenden Wasser in ihr Bett wieder zurückzuleiten verstand.

## Frankreich.

Paris, 30. Januar. Die Antwort des Hrn. Guizot auf die Rede des Hrn. Lamartine gibt ein ziemlich vollständiges und wie es uns scheint aufrichtiges Glaubensbekenntniß in Sachen der auswärtigen Politik, und sie enthält außerdem viele inhaltreiche Winke, die für Deutschland eine ganz besondere Wichtigkeit haben. „Je länger ich Hrn. Lamartine gehört habe, begann der Minister, desto weniger wundere ich mich, daß wir einander nicht verstehen. Unsere Ansichten liegen weiter auseinander als es sagt, weiter als er vermuthlich denkt. Die Unterlage unserer Politik, die Richtschnur unseres Handelns sind die dauernden positiven Rechte, die bestehenden und anerkannten Thatsachen, mit denen jede regelmäßige und verständige Regierung ihr Bestehen in Einklang zu setzen hat. Die Achtung der dauernden positiven Rechte schließt die Revolution, schließt den Krieg aus. Ich weiß so gut wie irgend ein Anderer, daß es rechtmäßige und nothwendige Revolutionen, daß es rechtmäßige und nothwendige Kriege gibt. Sie sind Ausnahmen im Leben der Völker. Wenn solche Ausnahmen eintreten, muß man sie sich gefallen lassen und entschlossen darauf eingehen, aber nur im äußersten Falle, und wenn die Nothwendigkeit unabweislich ist. Man muß sie so viel als möglich vermeiden und ihnen so rasch als möglich ein Ende machen, um den Frieden wieder herzustellen. Das ist die Unterlage unserer Politik, das ist der Grundsatz, an welchem wir um so fester halten, je mehr wir sehen, daß von Innen und Außen, rings um uns her die Gefahr der Revolution und des Kriegs auftaucht."

„Was thut dagegen der ehrenwerthe Redner, den Sie eben gehört haben? Er folgt einer geradezu entgegengesetzten Regel. So oft er irgendwo eine Aussicht auf Revolution wahrnimmt, sucht er dieselbe näher zu bringen, zu vergrößern und möglichst schwere Folgerungen daraus zu ziehen. Er geht darauf aus, an Allem zu rütteln, Alles in Frage zu stellen. Ein Zwischenfall, der sich regelmäßig und friedlich erledigen ließe, gibt ihm die ersünschte Gelegenheit, die Staaten, die Verträge, die Nationalitäten über und durcheinander zu werfen."

„Man kann die Absicht haben, Licht und Ordnung in eine Frage zu bringen, und doch damit anfangen, sie zu verwirren. Wenn man aber mit der Verwirrung angefangen hat, so ist es schwer zu sagen, wann die Ordnung daraus hervorgehen wird. Die Politik des Hrn. Lamartine beginnt mit der Verwirrung, und deßhalb verwerfe ich sie. Und wenn unglücklicher Weise die Regierung diese Politik zu der ihrigen machte, wenn die Kammer zu derselben riethe, so würde die Sache Italiens bald preisgegeben und verloren sein, und Frankreich wäre nicht unschuldig an diesem Mißgeschick."

Digitized by Google

„Wir glauben, daß bei dem gegenwärtigen Zustande Italiens drei Interessen betheiligt sind: das Interesse des europäischen Gleichgewichts, das Interesse der Religion, und das Interesse des Liberalismus und der Mäßigung. In Italien darf keine Macht herrschen, wir ebensowenig als eine andere. Worin liegt aber die Bürgschaft, daß keine fremde Macht in Italien herrsche? In der Unabhängigkeit der italienischen Fürsten. Nun denn, was geht in Italien vor? Die beste Art, seine Unabhängigkeit zu beweisen, besteht darin, daß man unabhängig handelt. Und bewiesen nicht die Handlungen des Papstes, des Königs von Sardinien, des Großherzogs von Toskana die Unabhängigkeit der italienischen Fürsten? Wachen diese Fürsten nicht gemeinschaftliche Sache mit ihren Völkern? Sind sie nicht frei von jedem fremden Einflusse? Und haben wir der Unabhängigkeit der italienischen Fürsten nicht unsern Beistand, unsern ganzen Beistand geliehen? Zu gleicher Zeit haben wir Sorge getragen, daß dieser Beistand sie nicht über ihre eigenen Entschlüsse hinaustrage. Zur Zeit der Ereignisse in Ferrara und in Piedmont haben wir, bei den deßhalb gepflogenen Unterhandlungen, den betheiligten Fürsten unsere Unterstützung in dem Maße, in welchem sie dieselbe verlangen würden, zugesagt. Als die Waffen von uns verlangen zum Zwecken unserer Bereitwilligkeit ihre Unabhängigkeit zu wahren, haben wir ihnen willfahrt und zwar auf Bedingungen, welche sie selbst vorzuschlagen hatten. Heißt das nicht die Sache der italienischen Unabhängigkeit unterstützen?"

„Ich muß es ansprechen, ich muß der Mäßigung einer befreundeten Macht Gerechtigkeit widerfahren lassen. Oesterreich selbst hat der Entwickelung der italienischen Unabhängigkeit kein Hinderniß entgegengestellt. (Oh! oh!) Ja, Oesterreich hat in diesem Falle mit großer Mäßigung gehandelt." (Neue Unterbrechungen.)

„Wenn es mir nicht verstattet wäre, das Verfahren einer verbündeten Macht zu besprechen, welche man die Feindin der italienischen Unabhängigkeit nennt, wenn ich nicht sagen dürfte, mit welcher Mäßigung sie darauf verzichtet hat, die Fortschritte dieser Unabhängigkeit zu hemmen, so gäbe es für die Rednerbühne weder Freiheit noch Gerechtigkeit. (Auftregung.) Ich mache also von meinem Rechte Gebrauch und sage, daß das Verfahren Oesterreichs ein gemäßigtes gewesen ist. Ja, Oesterreich hat sich gemäßigt gezeigt in seinen Grundsätzen. (Stimmen: Und in seinen Handlungen? Und die Metzeleien in Mailand?) Die ehrenwerthen Mitglieder, welche mich unterbrechen, werden es nicht dahin bringen, daß ich irgend Etwas ungesagt lasse. Sie verzögern die Debatte, das ist Alles, was sie erreichen werden. Ich behaupte also, daß während der Kriege, welche gegenwärtig in Italien obwaltet, die Unabhängigkeit der Fürsten Fortschritte gemacht, daß wir innerhalb der Grenzen der politischen Zweckmäßigkeit dazu beigetragen, und daß das Wiener Kabinet mit Mäßigung gehandelt hat. Das Interesse Frankreichs, soweit das europäische Gleichgewicht in Frage steht, ist also in Italien gewahrt worden. Untersuchen wir jetzt die Frage vom europäischen Frieden. So wenig ich Anstand genommen, von der Mäßigung Oesterreichs zu reden, ebensowenig werde ich Anstand nehmen, von der Achtung zu sprechen, welche den bestehenden Verträgen gebührt. (Protestirender Zuruf von der Linken.) Als der Freistaat Krakau aufgehoben wurde, legte ich gegen diese Verletzung der Verträge von 1815 Verwahrung ein. Ich sage damals an dieser Stelle, daß die Verträge von 1815 nicht aufgehoben seien, daß wir aber die Verletzung derselben zu den Akten nehmen, um früher oder später den geeigneten Gebrauch davon zu machen. Ich sagte damals: die Verträge von 1815 sind die Grundlage der europäischen Ordnung, und es ist das Interesse Frankreichs so gut wie aller Andern, daß dem so sei. Mittelst der Kräfte, welche ihm die Verträge von 1815 geben, ist Frankreich im Stande, seinen Beruf zu erfüllen. Wenn diese Verträge Frankreich nicht die Hauptbedingungen der Freiheit und der Macht gewährten, so hätten wir dieselben niemals annehmen dürfen; wir haben sie aber angenommen. (Hr. Thiers: Wir haben uns denselben unterworfen! Stimmen: Ganz recht!) Wie, m. H., Sie finden es ehrenvoller, zu sagen, daß wir uns den Verträgen unterworfen haben? (Ja! ja! Längere Unterbrechung.) Ich sage, die Achtung vor den Verträgen ist die sicherste Grundlage der Staaten. Bedenken Sie, m. HH., daß es in Europa keine streitigelle Frage von Krieg oder Frieden mehr gibt. Heut zu Tage greift Alles in einander. Die Frage vom italienischen Frieden ist die Frage vom europäischen Frieden. Glauben Sie nicht, daß es sich beim Kampfe zwischen Oesterreich und Italien darum handelt, Oesterreich aus Italien zu vertreiben? Hr. Lamartine selbst hat es oft gesagt, und Alle, die über Politik schreiben und sprechen wiederholen dasselbe. Vor wenigen Tagen schrieb mir Hr Mazzini im National, daß dies der allgemeine Gedanke in Italien sei. Glauben Sie nun, daß Oesterreich sich nicht vertheidigen wird? Und wenn es sich vertheidigt, glauben Sie, daß es allein stehen wird? Die andern nordischen Mächte haben in diesem Punkte gemeinschaftliches Interesse mit Oesterreich, und sie werden dasselbe nicht im Stiche lassen. (Bewegung.) Und wissen Sie nicht, daß auch das englische Kabinet in dieser Angelegenheit mit Oesterreich gemeinschaftliche Sache macht? Das englische Kabinet, das gegenwärtige Kabinet von St. James, hat auf die Frage des Wiener Kabinets geantwortet, daß es keine Veränderung des territorialen Status quo in Italien zugebe. Ich wundere mich, daß so bedeutende Thatsachen Ihre Aufmerksamkeit nicht auf sich gezogen haben, und daß Sie reden wir Sie reden, wenn Sie diejelben kennen. Beim Anfang der italienischen Bewegung hat die öffent. Regierung den andern Kabineten die Erklärung abgegeben, daß sie sich nicht in die innern Angelegenheiten der italienischen Staaten mischen, daß sie sich keinen Reformen widersetzen werde, zu gleicher Zeit aber erklärte sie, daß sie entschlossen sei, den territorialen Status quo aufrecht zu erhalten. Alle antworteten ihr, daß dieser Status quo aufrecht erhalten werden müsse, und daß Oesterreich in seinem Rechte sei, sich der Veränderung desselben zu widersetzen. Der Territorialbestand Italiens ist aber der Territorialbestand Europas. Beide sind durch dieselben Verträge gewährleistet. Lassen Sie den Territorialbestand Italiens an, so rütteln Sie an dem europäischen Gleichgewicht, und wenn dieses geschähe, so dürften Sie gewiß sein, eine neue Allianz der vier Mächte gegen uns auftreten zu sehen. (Bewegung.) Um das zu bestreiten, muß man entweder sehr unwissend oder sehr unbesonnen sein. (Lärmende Auftregung.) Im Jahr 1831, Angesichts der Bewegung, welche sich von Frankreich über Europa verbreitete, wollten Sie das revolutionäre Spiel nicht spielen, zu dem man Sie aufforderte, um zu einer Umgestaltung der territorialen Verhältnisse Europas zu gelangen. Frankreich wollte es nicht, und es that wohl daran. Und jetzt schlägt man Ihnen vor, dasselbe Spiel für Italien zu wagen, das, was Sie nicht thun wollten, um Ihre Rheingrenze wieder zu gewinnen, zu thun, um Oesterreich aus der Lombardei zu vertreiben. Ein solches Unternehmen wäre nicht beilsamer für Frankreich als der Krieg im Jahre 1830 gewesen sein würde und viel unverständiger."

Der Schluß der Rede Guizots bildet die Gewägung des religiösen Interesses, welches bei der italienischen Politik betheiligt ist. Der einzige Punkt des Aktenmenets des Ministers, der hier Erwähnung verdient, ist die Bemerkführung, daß man von dem Papste Unmögliches erwarte, wenn man ihm zumuthe, seinen Rechten als Haupt der katholischen Kirche das Mindeste zu vergeben und dem Geiste der religiösen Freiheit irgend ein Zugeständniß zu machen.

Paris, 31. Jan. In der heutigen Sitzung der Kammer bestieg Hr. Thiers die Rednerbühne, um auf die vorgestrige Rede des Hrn. Guizots zu antworten. Mehrere andere Abgeordnete, welche vor ihm über die italienische Angelegenheit, theils im Sinne der Regierung, theils im Sinne der Opposition sprachen, fanden wenig oder gar keine Aufmerksamkeit bei der Kammer. Hr. Thiers dagegen wurde mit großer Theilnahme gehört. Wir kommen auf seine Rede zurück.

## Italien.

* Mailand, 23. Jan. Hier begannen die so prunkend angezeigten und wiederholt versprochenen Konzessionen mit Verhaftungen. In der Nacht vom 20. auf den 21. wurden mehrere junge Männer (Rogaisi, Battaglia und Sufino) festgenommen, in bereitstehende Postwagen gesteckt und sogleich von hier fort — man vermuthet nach Salzbach — abgeführt! Andere, rechtzeitig gewarnt, entzogen sich einem ähnlichen Loose durch rasche Flucht. Die auf Nazzaris Anregung niedergesetzte Kommission hat eine Bittschrift verfaßt, die im Schooße der Centralkongregation einhellig genehmigt wurde. Darauf ward die Kommission, der die Repräsentanten von Pavia und Sondrio beigegeben wurden, beauftragt, die Bittschrift dem Vicekönig zu überdringen. Auch beschloß man zugleich mit diesem Aktenstücke die Berichte mehrerer Provinzialkongregationen, Handelskammern, wie jene des kaufmännischen Vereins dieser Stadt dem Vicekönig zu übergeben. Am 13. ging die Bittschrift nach Wien an Se. Majestät. Sie fügt sich auf das durch a. h. Erlaß vom 24. April 1815 den Centralkongregationen zugestandene Recht, dem Herrscher die Bedürfnisse und Wünsche des L. L. Königreichs kundzugeben. Auch wird darauf hingewiesen, daß bereits im Jahre 1815 dem Kaiser Franz eine Bittschrift dieser Art vorgelegt wurde, worin unter Anderm gebeten ward, dem Vicekönig einen Staatsrath (aus gewählten Vertretern des Landes, nicht aus Beamten bestehend) beizugeben, mit der Befugniß, über alle ausschließlich das Königreich betreffenden Angelegenheiten zu berathen und Beschlüsse

Digitized by Google

zu fassen. Diese Bitte blieb, wie bemerkt wird, ohne Erfolg. Hierauf verlangt die unterzeichnete Centralkongregation

1) Daß die Errichtung einer stattlichen, von Abordnung dreyer gehörne Hofkammer (?), die in Mailand ihren Sitz hätte, und über alle ausschließlich das Ver. Königreich betreffenden Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich der Entschließung des Monarchen vorbehalten worden, entscheiden soll. 2) Rekurration und Einberufung der Wyndern durch die Centralkongregationen. 3) Daß der Vorsitz in den Central- wie Provinzialkongregationen nicht mehr von k. Beamten geführt werde. Die Genehmigung dieses Wunsches würde als ein besonderer Beweis des Vertrauens zu jenen Körperschaften aufgenommen werden. 4) Daß in Betreff aller die materiellen Interessen des Königreiches berührenden oder einer höhern politischen Sphäre angehörenden Angelegenheiten die Ansicht der Centralkongregationen vor der Beschlußnahme eingeholt werde. 5) Daß den Provinzialkongregationen eine berathende Stimme innerhalb den durch Art. 52 des Dekretes vom 24. April 1815 und die Instruktionen vom 27. Aug. 1817 vorgezeichneten Grenzen eingeräumt werde, wornach sie in die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte eingesetzt würden. 6) Daß die an sich treffliche Gemeinsverordnung nicht ferner durch eine Klasse permanente Bevormundung verletzt werde. 7) Die Verwaltung der Kassen der öffentlichen Wohlthätigkeit soll, befreit von der in Alles und Jedes eindringenden Bevormundung, den ausgezeichneten Männern zurückgegeben werden, welche sie früher mit unmittelbarem Nutzen und ohne Verletzung ihrer Rechte besorgten. 8) Einheitliche Organisirung des öffentlichen Unterrichts, für welchen die Regierung so bedeutende Summen verwendet, Beschränkung der Anzahl verschiedener Lehrzeugnisse, Prüfungen, Klassifikationen, sowie Beseitigung der Konkurse bei Besetzung der Lehrkanzeln. 9) Verbesserung der Civilgerichtsverwaltung. 10) Daß den Angeklagten im Kriminalverfahren das volle Recht der Vertheidigung zugestanden werde, das ferner im Gesetzgangsweisen bewährte Reformen, besonders solche, welche die Besserung der Strafklage bezwecken, eingeführt werden. 11) Verordnungen, welche festsetzen, in welchen Fällen die mit einer geheimnißvollen Macht versehene Polizei Verhaftungen vorzunehmen befugt sei, wie Feststellung der Frist zur Uebergabe des Verhafteten an die ordentliche Gerichtsbehörde. 12) Daß die Leitung der Censur durch eine Kollegium wissenschaftlicher und unabhängiger Männer anvertraut werde, da die Presse Beschränkungen und Quälereien unterworfen ist, welche die Grenzen des gesetzlich noch fortbestehenden provisorischen Systems der Censur weit überschreiten. 13) Herabsetzung der Zölle, wo dieß nur möglich. 14) Eine Einführung eines neues Zollsystems mit mäßigen Sätzen, Umarbeitung des Stempelpatentes, das dem Handelsstamm Fallen legt, und durch die Vorschriften über Angeboten und Ausbietungen, die Verwaltungen der Salzpreise, endlich, daß der Schuldentilgungsfonds des L.B. Königreichs, der vor Kurzem einen schweren Stoß erlitt, vorschriftmäßig verwaltet, und dessen Operationen und Rechnungsabschlüsse vollständig veröffentlicht werden*). 15) Beschränkung der Konskriptionen auf die ersten 4 Dienstjahre und zwar mit dem Vorbehalte der Wiedereinberufung im Falle der Noth. 16) Hier verbreiten sich die Bittsteller über die dem Lande dadurch zugefügte Zurücksetzung, daß weder am Throne, noch bei den höchsten Staatsbehörden ein Eingeborener des Königreichs sich befinde, und daß ausschließlich die so viele Bedienstungen Fremden anvertraut werden. Die Abstellung dieses Uebelstandes wird ebenfalls als Beweis des Vertrauens erbeten.

Der Schluß lautet: Die Centralkongregation hat hiemit die Bedürfnisse und Wünsche dieser Provinzen in Beziehung auf verschiedene Zweige der öffentlichen Verwaltung dargelegt. Damit aber hätte sie noch nicht die volle Wahrheit einem Fürsten gethanen, der so würdig ist, sie zu vernehmen. Die politische Selbständigkeit des L. B. Königreichs unter einer in sich abgeschlossenen Verfassung ist der glühendste Wunsch dieser Bevölkerung, gegen welche der erhabene Monarch Franz I. im J. 1815 die wohlthätigsten Absichten, sowie die Gefühle besonderer Vorliebe auszusprechen geruhte. Auf diesem Wege einer bessern Lage entgegengeführt, würde die Bedürfernung durch das doppelte Band getrener Unterthanenliebe, sowie aufrichtiger Zuneigung an den Thron Ew. Maj. gefesselt, und der Ruhm, sie vollständig beglückt zu haben, würde der glänzendste Verdienst in Ihrer Krone werden. Unterschriften: Graf Porro. Adv. Nazzari. Graf C. Pitta. Adv. Zanelli. Graf Barni. Graf Schiqi. Sangervasko.

* Mailand, 23. Jan. Vor Kurzem machte die hiesige Spar-kasse bekannt, daß im Verlauf der letzten Monate 1½ Mill. Lir. bei ihr eingelegt, dagegen 3 Mill. zurückgefordert wurden. Die Direktoren bemühen sich, dem Publikum auf alle Weise zu versichern zu geben, daß keine Gefahr für die eingelegten Gelder vorhanden sei, da die k. Behörden mit deren Verwaltung Nichts zu thun haben. Dauert das Mißtrauen fort, so könnte die Spartasse leicht in Verlegenheiten gerathen. — Alle in Pavia studirenden Schweizer, die ihrer Kriegspflicht gegen den Sonderbund genügt haben, wurden von der Polizei ausgewiesen! — Die Nachrichten aus dem Königreiche beider Sizilien halten die Gemüther in großer Spannung.

* Rom, 24. Jan. Der Korrespondenz der „Ballade" zufolge, welche sich auch über die neapolitanischen Zustände am besten unterrichtet zeigt, herrscht Neapel fortwährend in einer diesem Blatt unbegreiflichen Apathie. Nur die dumpfe Besorgniß, daß sich hier und da vermehren, der König möge allzu spät zu Verbesserungen geschritten sein. Die Freiheit der Presse, mit deren kurzer Hoffnung man sich täuschen versucht hatte, ist durch 26 Artikel sofort paralysirt worden. Die Amnestie ist bis jetzt nur ein frommer Wunsch, dessen Erwähr man erst zu erwarten hat. Die ruhige, todtenstille Hauptstadt wird von zahlreichen Patrouillen durchschnitten. Nach Sicilien sind im Ganzen 19 Bataillone abgegangen, die unter freiem Himmel stehen und, wie die „Ballade" sich ausdrückt, über ihr eigenes Schicksal und das der Sicilianer seufzen. Alle Straßen von Messina und Palermo sind mit Möbeln und Geräthen jeder Art auf das förmlichste barrikadirt. Aus Bastieata waren die Korrespondenzen ausgeblieben. In der Provinz Salerno hatte sich das Volk im Besitz der Gouvernalgewalt gehalten. Die moralische Kraft des Königs soll durch die Verspätung der Dekrete erschüttert, die des Volks dagegen beträchtlich im Zunehmen sein. In der Nacht vom 19. d. M. war ein Dampfboot mit doppelter Maschine an dem Hafen von Civitavecchia westwärts vorbeigestheuert und in der Nacht vom 20. auf den 21. mit sechs andern Schiffen zurückgekehrt. Da Admiral Parker vor wenigen Tagen noch bei Cagliari gelegen hatte, so vermuthet man, daß dieser nach Sicilien abgeholt worden sei. (Vergl. Nr. 31 dieser Zeitung, wo diese Vermuthung ihre sichere Bestätigung gefunden hat.) — Vergangenen Sonnabend ist in der hiesigen Universitätskirche ein Hochamt zu Ehren der bei den Unruhen in Pavia gefallenen Studenten abgehalten worden. Professor Mazzani celebrirte die feierliche Requiem-Messe. Der P. Gavazzi mußte die Kanzel besteigen und einen Trauerton auf dem Stegreif halten. Gegenwärtig waren die Fürstin Archinto als Wittwe, die Fürstin Trivulzi Belgiojoso und die Fürstin Pallavicino aus Genua. Sonst war die Kirche überfüllt. Die Studenten werden acht Tage lang Trauerflor tragen. — Für den bevorstehenden Karneval verlangt man Kanonen und keine Masken. Es werden sich Komites bilden, um die Beiträge zur Bewaffnung der Civica zu empfangen. Was sonst in Bachanalien verpraßt worden sei, möge man in der gegenwärtigen Trauerzeit diesen aufhäufigen. — In der Lombardei beabsichtigt man, eine italienische Nationalarmee anzuführen, die in welchen Fesen von Baumwollenstamme und Wams und Hose aus gleichem Stoff, einem weißen spitzen Hut mit schwarzem Band und Pfauenfeder bestehen soll. Man hofft, diese nationale Bekleidungsweise werde sich rasch über ganz Italien verbreiten.

Neapel, 21. Jan. Der Allg. Zeit. wird geschrieben: Soeben kehren k. Schiffe aus Palermo zurück. Sie bringen 25 verwundete Soldaten, den Intendanten von Palermo, Forcella, den Intendanten von Girgenti und viele andere palermitanische Flüchtlinge. Ganz Sicilien ist in Bewegung. Man hat in Palermo die k. Geschenke verschmäht, man verlangt die Konstitution von 1812 und deren Garantie durch die Großmächte. Die Minister verlassen den Palast nicht mehr und sind in steter Berathung mit dem König; nach mehreren Punkten der Provinzen mußten aufs Neue Truppen geschickt werden. 50,000 Nationen Lebensmittel genügen nicht mehr für Palermo. Der Graf von Aquila, welcher die Konzessionen überdringen sollte, hat nicht abreisen wollen, weil ihm diese nicht genügend erschienen.

Die Berichte dessellben Blattes gehen bis zum Mittag des 24. Jan. und lauten sehr bedenklich. Mehrmals ließ sich in der Residenz das Ruf luy (sauve qui peut), das neapolitanische Revolutionssignal vernehmen und die Stadt befand sich, wie auch die Berichte der Korrespondenten deutlich zeigen, in einer sieberhaften Aufregung. Eine kräftige Erhebung ist freilich von der Hauptstadt Neapels weniger zu besorgen als von irgend einem andern Theile des Reichs; man macht einstweilen nur Spottgedichte, verbreitet die Patrouillen, läßt sich über die königlichen Dekrete aus, aber es scheint allenthalben in der Umgebung zu gähren, und Neapel wird dann dem allgemeinen Andrang nicht widerstehen. Ein Bericht der Allg. Zeit. bemerkt: Wir dürften mit Recht drei Stadien der Gesammtrevolution erwarten: 1) die vollständige Revolution in Sicilien — diese scheint da zu sein; 2) den Aufstand der Provinzen — dieser droht — und 3) die Revolution in Neapel selbst. Die Hauptstadt ist gleichsam ein Kerker, welcher von Außen geöffnet werden muß. Doch hatte sich bis zum 24. Jan. diese Besorgniß noch nicht bestätigt, vielmehr hatte sich der panische Schrecken wieder etwas verloren; aber Gerüchte liefen die allerdenkbarsten um, z. B., ohne daß sich irgend eines davon bestätigte. Aus Sicilien wurde in der Staatszeitung keine Silbe veröffentlicht; doch rühmten die Gerüchte die musterhafte Ordnung, welche in Palermo herrsche. Die Bestätigung der Nachricht, daß Palermo nach Verwerfung der

*) Die Vorstände der hiesigen Wohlthätigkeitsinstitute wurden im Laufe des verflossenen Herbstes von der Regierung aufgefordert, die größtentheils in liegenden Gründen angelegtes und auf etwa 200 Mill. Lire. Ihre geschätztes Vermögen in Staatspapieren anzulegen. Durch diese Zumuthung ist diese Bitte hauptsächlich veranlaßt worden.

**) Obschon nämlich die Kasse nur die von der Zeit der Uebergabe herrührenden Schulden zur Last fallen, so wurde doch auch ein Theil der übrigen Schulden der Monarchie auf seine übertragen. Anmerk. d. Einf.

Digitized by Google

**Oesterreich.** 6 Bond. Elbe. Trotz des Oesterreungsbeschlusses nimmt der ungarische Landtag leider nicht die gehoffte einzig heilsame Richtung, und zwar, abgesehen von allem Andern, hauptsächlich dadurch, daß er sich wieder so despotisch gegen das deutsche und slavische Element ausspricht. Dadurch ist rettlich die politische Stellung Ungarns aufs Aeußerste gefährdet, denn es verliert die Sympathie der Deutschen und drängt die Sympathien der Slaven zu Rußland hin, es reißt sich dadurch buchstäblich mitten auseinander! Daß die Madjaren für ihre Nationalität und Sprache begeistert sind, das nimmt ihnen gewiß Niemand übel; aber sie sollten sich darauf beschränken, daß sie, obwohl die Minderzahl der Bevölkerung, doch die herrschende Nation sind, und sie sollen und dürfen diese Herrschaft nicht soweit treiben, die beiden andern Nationalitäten geradezu unterdrücken zu wollen. Dies wäre unrecht und unklug zugleich, selbst in dem Fall, wenn diese beiden Volkselemente isolirt in Ungarn lebten, es ist aber um so ungerechter und unpolitischer, weil jene Elemente örtlich und geistig zusammenhängende Theile so großer gewaltigen Nationen sind, wie die deutsche und slavische. Wenn nun die Madjaren diese beiden Nationen zur Vertheidigung ihrer Angehörigen aufreizen, weiß anderes Ende kann der Kampf haben, als den Untergang der Madjaren? Allein wir wollen gar nicht an diesen Fall denken, denn uns ist lebhaft auf den ungarischen Standpunkt stellen, der im wesentlich auch ein deutscher ist. Ungarn bildet den Vorposten Deutschlands gegen Osten. Nun sehen die Madjaren die russische Gefahr immer näher heranrücken. Vermeinen sie aber, dieser Gefahr widerstehen zu können, wenn sie Deutschland von sich stoßen, und wenn Rußland in Ungarn selbst auf Millionen Slaven rechnen kann, die es als Retter ihrer Nationalität herbeirufen? Man kann es den Ungarn nicht oft genug ins Gedächtniß rufen, daß sie ohne die Verbindung mit Deutschland jetzt in einer Lage wären, wie die Moldau und Walachei. Nur durch deutsche Hilfe konnte Ungarn aus der türkischen Botmäßigkeit gerettet werden. Dies wird nicht als Vorwurf bemerkt. Deutschland mußte den Ungarn helfen, der eigenen Sicherheit wegen; und die Ungarn haben dafür ihrerseits auf gar vielen Schlachtfeldern tapfer für Deutschland gefochten. Aber erinnern wollen wir die Ungarn an das Eine, was ihnen Noth thut. Es ist die innige Verbrüderung mit Deutschland. Nur im Bunde mit Deutschland können sie sich gegen Rußland halten und die hohe Aufgabe erfüllen, die sie weit über ihre jetzigen Grenzen hinaus zu erfüllen haben. Iſolirten sie sich zwischen Deutschland und Rußland und ziehen ungerecht durch Behandlung der Slaven heran, dann muß die Zeit kommen, wo Deutschland Ungarn nicht bloß retten, sondern erobern und unterwerfen muß, der eigenen Sicherheit wegen. Aber nicht bloß die Ungern, sondern auch die inländischen Interessen Ungarns sind durch den madjarischen Nationalitätsreligmus aufs Aeußerste beschädigt. Ungarn braucht dringend nothwendig Geld, Talente, Menschen. Wäre es nur so kultivirt wie Böhmen, so könnte es z. B. wie einer doppelt so starke Bevölkerung ernähren. Wollte nun die Madjaren die ihnen fehlenden Millionen aus ihren Ländern erzeugen? Daß sie es nicht können, ist faktisch bewiesen. Ihr Stamm hat sich seit Jahrhunderten immer vermindert, es ist thatsächlich bewiesen, daß ihre Ehen nicht so fruchtbar sind, wie die der Deutschen und Slaven. Eine sehr große Zahl derer, die jetzt als Madjaren figurieren, sind ursprünglich Deutsche oder Slaven, die sich materieller Vortheile wegen madjarisiert, in Zeiten, wo das Nationalgefühl noch nicht so lebendig war wie jetzt. Ungarn bedarf also der Einwanderung; und woher sollte diese kommen als aus Deutschland? Wie viel Deutsche aber werden sich in Ungarn ansiedeln, ihr Geld und ihren Fleiß dorthin Lande opfern wollen, wenn ihnen gleich beim Eintritt das Gesetz aufgedrückt wird, ihre Nationalität und Sprache wegzuwerfen und Madjaren zu werden? Wenn dieses Gesetz herrschend bleibt, dann mögen die Gesetzgeber das Grundeigenthum von allen Lasten befreien, es wird dennoch werthlos bleiben; Ungarn wird in seinen schönsten Gebieten öd und wüst bleiben, die Früchte werden nach wie vor auf den Feldern verfaulen, Ungarn wird ein aristokratisches Jagdrevier sein und weiter Nichts. Und wer soll denn Ungarn in seinen geistigen Kämpfen unterstützen und fördern, wenn es sich von Deutschland lossagt? Woher stammt denn die ganze Bildung Ungarns? Was wüßte denn die Welt von den Anlagen und Anlagen der Madjaren, wenn die deutsche Bildung nicht den freundlichen Heimersch machte? Wir stände es mit dem Ruhm der madjarischen Redner, wenn die deutsche Uebersetzung nicht wäre? Gibt nicht manchmal dieser Redner unmittelbar aus dem Parlament nach Haus und übersetzt selber seine Rede, bietet sie dem eben erst geschmähten Deutschland an, damit sie nicht im Ständesaal — und oft selbst dort nicht ganz und allgemein verstanden — verhallt sei? Oder glauben denn die Madjaren wirklich, daß die gebildete Welt sich je enschlichen werde, das allen gebildeten Idiomen so ganz widerstrebende Madjarisch zu lernen, um die Weisheit der Madjaren zu vernehmen oder auch nur die ungarischen Reisepässe lesen zu können? — Und was soll das hochmüthige Pranken der ungarischen Freiheit über die deutsche Sklaverei? Deutschland ist allerdings noch nicht am Ziel der bürgerlichen und geistigen Freiheit, aber Ungarn könnte vorerhand sehr froh sein, wenn es nur schon so weit wäre wie Deutschland, wo doch wenigstens das nicht mehr in Frage ist, daß Bürger und Bauern selbstständige integrierende Theile des Volkes, und nicht bloß das Land- und Hofgesinde des Adels sind. Offenbarer Unsinn aber ist es, wenn die Ungarn das gerechte Mißtrauen, welches sie gegen die öftere. Bureaukratie einnimmt, auf das ganze deutsche Volk ausdehnen und sich so geberden, als wäre Deutschland ein Trabant des Absolutismus. Eine innige Verbindung zwischen Ungarn und Deutschland würde für beide Theile den Fortschritt fördern; durch ihre Isolirung aber hemmen die Madjaren die Entwicklung Oesterreichs, also Deutschlands, und bereiten ihren eigenen Untergang vor.

## Schweiz.

† Zürich, 26. Jan. Der Uebelstand, den ich vor einiger Zeit in der D. Z. rügte, daß nämlich der liberale Presse der regenerierten Kantone sich nicht genug um die Verfassungs-Geburtswehen in den ehemaligen-Sonderbundskantonen kümmere, daß sie die zwar wohlmeinenden, aber hie und da etwas ungeschickten Geburtshelfer nicht gehörig mit Rath und That unterstütze, tritt je länger je schroffer hervor; kein Stand läßt sich durch die bitteren Erfahrungen, welche ein anderer schon gemacht, abschrecken, die gleiche Prozedur zu versuchen; dies wird das Veto abgeschafft, dort führt man es ein, in Willis hat man sich von der Unzweckmäßigkeit des „Referendums" (besteht darin, daß die vom Gr. R. erlassenen Gesetze, um Gesetzeskraft zu erlangen, erst an Volke in Gemeinde- oder Bezirksversammlungen bestätigt worden sind) überzeugt und dafür das der neuen Verfassung eingeführt, in Schwyz hat man die Stimme der Erfahrung nicht, man mag dem Volke doch für seine Landesgemeinde Etwas bieten, und da greift man blind zum Referendum. Danach ist die Notiz Ihres Korrespondenten von Zürich in Nr. 23 Ihrer Zeitung, man habe Zug und Schwyz nicht einmal das „Veto" als Ersatz für ihre Landsgemeinden gegeben, zu berichtigen: das positive Referendum schließt einen größern Umfang von Rechten in sich als das negative Veto und bietet leider wenigstens ebensoviel Anlaß zu demagogischen Wühlereien. Das Abschaffen jener Landsgemeinden erweckt überhaupt manche Krokodilsthränen bei Leuten, die der Demokratie sonst gar nicht so sehr hold sind. Der X Korrespondent von Zürich in der A. A. Z. der zu den s. g. Gemäßigten dieser unparteiischen Zeitung gehört, bemerkte ironisch, die radikale N. Z. Z. nenne das einen „auszeichnungswerthen Fortschritt"; der gute Mann schriat Liberalismus (wenn das der s. g. Radikalismus hier zu Lande nicht mit dem anderwärts so benannten zusammenfällt, brauche ich nicht erst zu sagen) und wühlerisches Demagogenthum nicht von einander trennen zu können. Um so positiveicher nimmt es sich aus, wenn der gleiche Korrespondent in einer der neuesten Nummern der gleichen Zeitung zugeben muß, es sei an jenen Landsgemeinden „in der Regel roh und tumultuarisch" zugegangen. In der That, und zwar in dem Maße, daß die Redefreiheit nur für die herrschende Partei vorhanden war. Noch einer solchen entarteten Institution zur Thröne des Mittelmäßigkeit sagt er hinzu, Uri, Unterwalden und Glarus seien jetzt noch die einzigen Landsgemeinden-Kantone, vergißt jedoch in der Tiefe seines Sinnerges App zyell a. Rh. und J. Rh., die sich ebenfalls noch dieses Institutes erfreuen. Dieses, sowie die Behauptung, die Zuger Landsgemeinde habe die Besugniß besessen, die Beschlüsse der Regierung zu bestätigen oder zu verwerfen, will ich übrigens nicht weiter rügieren, es sind das kleine Mückenstiche der Bosheit und der Ignoranz; was soll aber ein ehrlicher Mann von folgender Phrase halten, die in demselben Artikel paradirte: „um diese für einen Mord ungemeine Mitter der Strafe zu beschäftigen, behaupten jetzt die Radikalen, die That sei weniger abscheulich als aus grober Fahrlässigkeit geschehen". Es handelte sich um die Tödtung einer Frau im K. Freiburg von Seite einer Wanderlinder Soldaten, dessen politische Farbe dem Korrespondent sicher so unbekannt war, wie sie mir es ist, und der vom ringen. Kriegsgericht „wegen fahrlässiger Tödtung" zu einigen Jahren Gefängniß verurtheilt wurde. Gleichviel; es war ein Mord, und die Radikalen haben den Mord verurtheilt! Verträgt sich eine solche Preß-

Digitized by Google

die, eine solche Einstellung mit der gerühmten Unparteilichkeit jenes Blattes? — Der K. Schwyz hat am letzten Sonntag die neue Verfassung, mit welcher man ihn zu beglücken gedachte, mit einer geringen Mehrheit an den Bezirksgemeinden verworfen, aber gewiß nicht wegen der Abschaffung der Landsgemeindz, sondern wegen der einseitigen Zerstückelung des Bezirkes Schwyz. Theile man denselben in vier der Bevölkerung nach ziemlich gleiche Bezirke, statt der jetzigen sieben so höchst ungleichen, und die Annahme der Verfassung wird keine Schwierigkeiten verursachen. Traurig ist es freilich für das Ländchen, daß es durch die Verwerfung ein längeres Verweilen der Okkupationstruppen nöthig gemacht hat; bis zur definitiven Rekonstituirung des Kantons werden dieselben schwerlich den Kanton räumen. Als Kuriosum verdient bemerkt zu werden, daß die Schwyzer nach der neuen Verfassung statt zur apostolisch-römisch-katholischen zur „christ-katholischen" Religion sich bekennen; die Väter des Vaterlandes haben schwerlich bei dieser Bestimmung geahnt, daß sie nun mit einem Theile der Deutschkatholiken sich zu derselben Konfession bekennen. — In Zug scheinen sich die Zustände zu konsolidiren, und es ist nicht gerade unmöglich, daß dieser Stand sich auf die Dauer den regenerirten liberalen Kantonen anschließen wird; die gegenwärtige Regierung ist einsichtig, nachsichtig gegen ihre politischen Gegner und voll guten Willens; — Oberst Müller, der neugewählte Tagsatzungsgesandte, und Adolf Keiser, der neue Landammann, sind die beiden Hauptstützen der gegenwärtigen Ordnung der Dinge; ihnen zur Seite stehen der thätige und rechtschaffene Statthalter Wolfg. Henggeler, Besitzer einer großartigen Spinnerei in Unterägeri, und der feurige Volksredner Dr. Ferd. Keiser. — Dem Einflusse des entschieden liberalen Dr. Steiger ist es gelungen, gegenüber der nach Popularität strebenden Inkonsequenz des gemäßigt liberalen Schultheißen Kopp, das Veto am der neuen Luzerner Verfassung zu entfernen; dasselbe war keineswegs ein wahres Recht, es kam erst mit dem Siegmarschen Regiment auf. Wie wenig geeignet das Veto ist, die Rechte des Volkes unter allen Umständen zu schützen, das zeigte sich bei der Ausübung desselben in der Jesuitenberufung nicht minder als bei seiner Umgehung in der Sonderbundsfrage. Sehr radelnswerth erscheint und dagegen die Bestimmung der Luzerner Verfassung, wodurch eine Art von Census für die Mitglieder des Gr. R. eingeführt werden soll, indem dieselben sich über ein Vermögen von 2000 Fr. auszuweisen haben. Wozu eine solche ganz überflüssige und in den beabsichtigten Fällen nicht einmal ihren Zweck erreichende Bestimmung, die man fast nirgends sonst in der Schweiz noch findet, die jeden Augenblick umgangen werden kann, und die eine wahre Beleidigung und Bevormundung der Wählerschaft ist, wie mir sie hier zu Lande nicht gewohnt sind? Wir wollen hoffen, daß bei der zweiten Berathung diese pseudo-plutokratische Bestimmung wegfalle. — Die eidg. Truppen werden in kürzester Frist den K. Luzern räumen, da die Regierung dieselben in diesen Tagen die aus der eidg. Kasse entwendeten 230,000 Fr., sowie die mit dem 1. Dez. 1847 verfallene erste Rate der Kriegskosten — 433,000 Fr — an den Vorort entrichten wird. — Zu berichtigen habe ich noch, daß der Beitrag, den die Freiburger Klöster zu liefern haben, 750,000 Fr. beträgt, nicht 1,040,000 Fr., wie ich in meinem letzten Briefe erwähnte.

## Polen.

* Von d. franz. Grenze, 15. Jan. Es ist schon in Ihrer Zeitung der Ausgezeichnung Erwähnung geschehen, die dem Fürsten Czartoryski von Seiten des historischen (aristokratischen) Vereins durch die Prägung einer Denkmünze zu Theil geworden. Die Inschrift lautet: Adamo Principi Czartoryscio Milbi pio 1792 Monarum polonarum fortudo tutore Instauratori Universitatis Vilnensis 1803 Conditori Gymnasii Cremenecensis 1805 Vindici rerum patriarum 1813 Duci Polonise resurgentis 1830 Nunc auspici exinatis Civi forti cum adverso fortuna composito Ob fiducium causno invicto. Auf der Rückseite ist zu lesen: Virtuti iocolumi — Societas Historica. Daß diese Demonstration den Republikanern ein Dorn im Auge ist, versteht sich von selbst, und ihr Organ, der „Polnische Demokrat" ergießt sich auch in sehr heftigen Ausdrücken darüber, wobei er auch seine Verwunderung nicht zu unterdrücken vermag, daß ein Verein, der sich historisch nennt, so wenig in der Literaturgeschichte bewandert ist und die großen Verdienste eines Tadeusz Czacki dem fürsten Ream zuschreibt. Gegen das Lob des Letztern, als eines Beförderers der Wissenschaft und Bildung in seinem Lande, kann auch freilich der Demokrat Nichts einwenden, dies ist ein Ruhm, den selbst der erbittertste Gegner dem edlen Manne nicht wird rauben können. Anders freilich ist es um die politische Wirksamkeit desselben, über die wir die Aeußerungen jenes Blattes anführen wollen, theils weil es die Ansicht des größten und gebildetsten Theiles der polnischen Patrioten vertritt, noch mehr aber weil es am Besten die Gerüchte widerlegt, die manche Blätter nicht ohne Absicht über die angebliche Russomanie der polnischen Demokraten verbreiten. — „Freilich", sagt der angeführte Artikel, „bilden die Ereignisse vom J. 1815 einen Schandfleck im Leben Czartoryskis; er beging damals — und wäre es nur damals! — eine jener Sünden (? doch nur Fehler?), zu deren Aussühnung ein ganzes Leben nicht hinreicht, wegen der er selbst sich zu verheidigen und zu rechtfertigen für nothwendig, für unerläßlich hielt — aber damals konnte er auch nicht den Werth seiner Handlungen! Rechnet ihm doch der historische Verein jene That als eine Tugend an! Czartoryski hat sich also damit verdient gemacht, und Polen ist ihm dafür Dank, die Nachwelt Bewunderung schuldig, daß er sich der Wiederherstellung Polens widersetzt, daß er dem Wiener Kongresse Briefe, Denkschriften und erdichtete oder erschlichene Petitionen zugeschickt, die beweisen sollten, daß die Polen unter der moskowitischen Herrschaft verbleiben wollen, und daß nur Unverständige und Anarchisten an die Unabhängigkeit des Vaterlandes denken. Castlereagh, Talleyrand wahrten Polens Rechte — aber sie wußten nicht, was sie thaten, sie waren nicht billig. Dem historischen Vereine zufolge war es damals der größte Patriotismus, sein Volen zu wollen, es Moskau zu unterwerfen, zu streben, daß es einen Kürper bilde mit dem „Imperium". Die polnische Sprache konnte erhalten werden; dafür waren Schulen und eine Universität in Wilna; — warum denn nicht? Ist doch auch der Renegat Michael Grabowski der Ausbildung dieses, wie er es nennt, Idioms des Slawenthums nicht abgeneigt! Dem historischen Vereine zufolge war Czartoryski, der Freund Alexanders, sein Adjutant und Minister, ein großerer Patriot als die Legionisten, die Jahre lang für Polen (für Polen?? doch nur in der Hoffnung!) gekämpft; — war er Patriot, als er 1805 Alexander zu Austerlitz zum polnischen Könige austrief, als er an der Moskwa seinen Antheil nahm und 1812 die Erhebung der Nation paralysirte; — und ein größerer Patriot im Jahre 1815 als Kosciuszko, der damals die Bürgschaft für die Wiederherstellung Polens verlangte. Wahrlich, es ist dies eine unsäglich dure Entdeckung; etwas spät zwar, denn wir haben anders den Patriotismus begreifen lernen — doch lieber etwas spät als niemals! Das Blatt geht dann das verhängnißvolle Wirken (richtiger Wirkenlassen) Czartoryskis, während 1830 und der Emigrationszeit durch und schließt sehr bezeichnend: „Vielleicht wollte der historische Verein in Czartoryski nicht so sehr den musterhaften Polen anerkennen, als den Mann einer Partei eines unbeugsamen Willens, eines festen Herzens und unerschütterlicher Grundsätze? Da hätte er bedenken sollen, daß der Fürst, dem schon Wochenlang den Willen auch nur einen Moments abgesprochen, selbst eingestanden, große Fehler begangen zu haben. Er fehlte seit seiner Jugend bis zum J. 1830, wie er es selbst in der Rede nach seiner Ernennung zum Präsidenten der Nationalregierung erklärt hatte; er fehlte im J. 1830 als er nicht alle Kräfte, Mittel und Triebfedern anwandte, die die Revolution hätten retten können, wie er es wiederum selbst in der diplomatischen Note an die auswärtigen Höfe geschrieben; er fehlte in der Emigration, bewies keinen Glauben in sein System, in seine Politik und in seine Handlungen, als er auf die erste Nachricht von der Krakauer Bewegung von seiner Politik plötzlich abging und seinen Standpunkt verließ." — Es liegt viel Wahres in diesen, besonders in den letzten Worten; obgleich wir nicht hinzuzufügen brauchen, daß wir weder Herzen wünschen, die Demokraten möchten nicht die Fehler eines Politikers zu Verbrechen eines Bürgers machen, und überhaupt die letzten Tage eines verbannten, am Rande des Grabes stehenden und in Einer Beziehung gewiß hochverdienten Patrioten schonen. Aber dies ist der Fluch aller Parteikämpfe, denen der Boden der Wirklichkeit und Wirksamkeit entrissen ist, daß dann die Prinzipien so eng mit den Personen verwachsen, daß man jene nicht angreifen kann, ohne zugleich diese zu verletzen.

## Handel.

St. Petersburg. Die Aktionäre der Salamanderassekuranzkompagnie, meldet die P. Börsenhalle, haben bereits eine Kommission ernannt, um die Bankvorstandsangelegenheit von J. C. Pitt zu untersuchen und Mittel zum Erlaß des Verlustes aufzufinden. Man glaubt hier nicht, daß man die Mitdirektoren der Assekuranzkompagnie für den Betrug verantwortlich machen wird, und fürchtet, daß die Aktionäre denselben werden zeugen müssen. Hätt selbst soll sehr ruhig sein, und hat einen Advokaten zu seinen Vertheidiger angenommen. (Von einer Abführung Pitts nach Sibirien, die man bereits als gewiß in Aussicht stellte, scheint mithin fürs Erste nicht die Rede zu sein.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf der Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal u. Nordwestliches Länder wende man sich an G. L. Alexander Corvisiano 28 Boulevards, Paris 93, Rue Notre Dame des Victoires.

Die Hauptredaktion besorgt das Gesch. Sek. Hrn. Prof. Bluntschli in Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 1 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Ngr.) berechnet.

# Deutsche Zeitung.

№ 36. Heidelberg, Samstag 5. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Der Rohrer Landtag.** — **Wien** (öffert. Ansichten in Rußland. Eintheilung Galiziens). **Berlin** (Verhandlungen des ständischen Ausschusses). **Von der Syrer** (Rußland und die Schweiz). **Vom Rhein** (die Unterhandlungen mit Holland über einen Schiffahrts- und Handelsvertrag). **Stuttgart** (Kammerverhandlungen: Berathungen über die Theuerung). **Hannover** (Protestation des Konsistoriums in der Angelegenheit des Kandidaten Dirscher; Entlassungsgesuch des Konsistorialrathes Meyer). **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen über das provisorische Gesetz vom 1847 um Seitens Antrag auf Uebertragung der Polizeistrafgewalt an die Gerichte). **Aus Baden** (das nationale Recht und der Code Napoléon). **Von der Alb** (das bad. Sängerfest). **Kassel** (die Verfassungskommission). **Nassau** (Erklärung). **Kiel** (die Beschlüsse wegen der Adreße).

**Schweiz.** Verhandlungen der Tagsatzung. Beschlüsse in Wallis über die Kirchenzüter. — **Dänemark.** Todesfall. Ernennung eines Erbprinzen, eines Staatsministers u. s. w.

**Großbritannien.** Parlamentsbericht. Oberindische Ueberlandpost.

**Frankreich.** Theilnahme an der italienischen Bewegung. Joinville nach Algier. Cabet's ikarische Kolonie. — **Italien.** Turin. Einberufung des Staatsraths wegen außerordentlicher Finanzmaßregeln. Wichtige Dreschen Metternichs. Livorno. Angeblicher Sieg der Salzeminarer. Nachrichten aus Neapel. Neapel. Aufstand in der Provinz Basilicata. Palermo. Nachrichten bis J. d. D. aus Neapel.

**Amerika.** Mexiko. Erneuerte Friedensunterhandlungen.

**Handel.** Frankreichs auswärtiger Handel im Jahre 1847.

**Datum der Börsen:** Frankfurt 3. Febr., Berlin 31., Wien 29., Amsterdam 31. Jan., Paris 1. Febr.

## Heidelberg, 5. Februar.

Der am 27. Januar beendigte a. o. Landtag in Koburg war zunächst zur Berathschlagung eines Expropriationsgesetzes berufen worden. Ein solches Gesetz war nöthig geworden, weil die Regierungen von Sachsen-Koburg, Meiningen und Weimar-Eisenach nach mehrjährigen, wahrhaft kleinlichen Verhandlungen im September vorigen Jahres endlich zu einer Vereinbarung über die Ausführung der Main-Werra-Eisenbahn gelangt sind. Die Koburger Staatsregierung gedachte Anfangs, die ständische Zustimmung zu ihrem Gesetzentwurfe wie in Waldeck per Mappe zu erlangen; sie stellte nämlich an den ständischen Ausschuß, dem der proponirte Entwurf zur verfassungsmäßigen Vorberathung zugegangen war, das Ansinnen, diese Vorlage auf dem Wege schriftlicher Cirkulation an die übrigen Abgeordneten zur Abstimmung zu bringen. Der Verfassungsurkunde vom Jahre 1821 läßt dieß Art. der Abstimmung zu, über der gefunde Sinn der Ausschußmitglieder hat sich dagegen gesträubt, einer solchen Anordnung auch noch in einer Zeit nachzuleben, in welcher den Unterthanen durch Oeffentlichkeit der Landtagssitzungen das Recht gewährt ist, mit eigenen Augen und Ohren die Thätigkeit ihrer Vertreter zu verfolgen. Auf den Wunsch des Ausschusses wurde hierauf ein außerordentlicher Landtag einberufen. Der vorgelegte Entwurf des Expropriationsgesetzes bot wenig Anlaß zu interessanten Verhandlungen; er war größtentheils aus den Abänderungsvorschlägen zusammengesetzt, welche die vorige Ständeversammlung wenige Tage vor ihrer Auflösung zu einem früheren Entwurfe gemacht hatte. Da die gegenwärtige Ständeversammlung der vorigen gleich sah wie ein Ei dem andern, so hatte sie begreiflicher Weise alle Ursache, mit dem diesmaligen Entwurf zufrieden zu sein. Das Oster des Privateigenthums wird nur für die Main-Werra-Eisenbahn und für etwaige Zweigbahnen derselben gefordert; andere öffentliche Zwecke hat das Gesetz nicht im Auge. Sonach ist es kein vollständiges Enteignungsgesetz; denn außer der Anlegung von Eisenbahnen gibt es noch eine Reihe von andern Fällen, in denen die Rücksicht auf den öffentlichen Nutzen den Grundsatz der Heiligkeitung des Eigenthums überwiegen muß. Daß diese übrigen Fälle nicht in demselben Gesetze mit den Zwangsabtretungen für Eisenbahnen normirt worden sind, kann man aus dem Grunde gut heißen, weil die Einfachheit der inneren Anordnung, vielleicht auch die Klarheit des Gesetzes hätte leiden können, wenn Eisenbahnen, Gutesäcker, Wasserleitungen u. s. w. nebeneinander behandelt worden wären. — Es versteht sich wohl von selbst, daß das Gesetz für jede Abtretung, Belastung oder sonstige Eigenthumsbeschränkung, welche zu Gunsten der Eisenbahn gefordert wird, vollständige Entschädigung zusichert; die schwierigste Aufgabe der Expropriationsgesetzgebung besteht aber darin, diese Entschädigungspflicht zu regeln: es liegt hier der öffentliche Nutzen mit den wohlerworbenen Privatrechten der Unterthanen in Konflikt, jede Begünstigung des Eisenbahnunternehmens ist eine Benachtheiligung einzelner Staatsangehörigen. Das vereinbarte Gesetz enthält in dieser Hinsicht Bestimmungen, denen das Lob der höchsten Billigkeit gewährt werden muß. Die Entschädigung erstreckt sich 1) auf den wahren gemeinen Werth des abzutretenden Eigenthums und zwar auf denjenigen Preis, welchen er nach ortsgewöhnlicher Würderung unter gleichmäßiger Berücksichtigung des Kapital- wie des Ertragswerthe zur Zeit der Abtretung hat; 2) auf Vergütung aller dem Eigenthümer verursachten oder drohenden Nachtheile durch die Entwährung zugehenden Schäden und Nachtheile, insbesondere wegen Veränderung der Lage, Nahrung oder Gewerbsbestimmung, wegen unvorhergesehener Unterbrechung des Betriebsfandes, wegen des Mehrwerthes, den der abzutretende Gegenstand durch seinen Zusammenhang mit anderen Eigenthumsobjekten vor durch seine bisherige Benutzungsweise gehabt hat, wegen der Werthsminderung, welche durch Abtretung dem übrigen Grundbesitze desselben Eigenthümers zugeht, wegen Beschädigung der Bestellung der Früchte und wegen etwaiger Schadloshaltung der Nutzungsberechtigten oder Pächter. Bei Gebäuden und Anlagen, welche ihrer Lage und Einrichtung nach zum Vergnügen des Eigenthümers bestimmt sind, soll der Betrieb des Gebrauchs zu diesem Zweck ausfallen mit als Gegenstand der Entschädigung angesehen werden, dagegen sind der bloße Liebhaberwerth und die Vortheile, welche erst durch die beabsichtigte Eisenbahnanlage für ein abzutretendes Besitzthum erwachsen, bei der Entschädigung nicht in Anschlag zu bringen. — Hinsichtlich des Entschädigungsverfahrens ist angeordnet, daß die Bestimmung der Entschädigung einzelnen Abtretungen, Belastungen oder Benutzungen, ferner die Ermittelung der Ansprüche auf Entschädigung, die Feststellung des Betrags derselben und die Entschädigung darüber, ob unter Gerichte auf dem Vergleich der Abtretung in einem einzelnen Falle vor Ausmittelung der Entschädigungssumme geschehen müsse, im Verwaltungswege unter Leitung eines Kommissarius zu erfolgen habe. Die Beteiligung des Rechtsweges ist nur auf Seite der Entschädigungsempfänger und auch für diese blos in gewissen Fällen zulässig, nämlich 1) wenn der Eigenthümer eines theilweise in Anspruch genommenen Gegenstandes den ihm etwa zustehenden Anspruch auf Abtretung des Ganzen gegen den Eisenbahnunternehmer verfolgt; 2) wenn er sich mit der vom Kommissarius festgesetzten Entschädigung nicht begnügen will. Die Abschätzung geschieht durch drei der Oertlichkeit und des abzuschätzenden Gegenstandes kundige Sachverständige, von denen einer durch den Kommissarius, einer durch den Eigenthümer und einer nach dem Gutfinden beider ernannt zu wählen ist. Die Aufstellung eines besonderen Kommissarius war namentlich aus dem Grunde ganz unerläßlich, weil die Verwaltungsbehörden, denen außerdem die Leitung des Enteignungsverfahrens hätte übertragen werden müssen, mit einer einzigen Ausnahme (einer auch die Stadt abgeordneten, so daß die Beamten in die Lage kommen könnten, über ihre eigenen Anordnungen Recht sprechen zu müssen. Ohne uns weiter über die Einzelnheiten des Gesetzes zu verbreiten, muß das Gesammturtheil über dasselbe dahin ausfallen, daß es materiell und formell ein gelungenes Werk ist. Hinsichtlich der Redaktion steht es namentlich allen Gesetzen, welche die Koburger bis jetzt zu Stande gebracht haben, voran; freilich dürfen wir uns nicht verhehlen, daß ein guter Theil dieser Lobes auf Rechnung der Vorarbeiten zu schreiben ist, welche andere Staaten bereits geliefert haben.

Außer dem Enteignungsgesetze sind auf dem außerordentlichen Landtage noch verschiedene andere Gegenstände verhandelt worden, von denen besonders einer das Interesse der Koburger lebhaft in Anspruch nahm. Die Staatsregierung forderte nämlich die Verwilligung von jährlich 2500 fl. rhein. zur Erweiterung des dortigen Gymnasiums. Dieses Postulat konnte sich von vornherein der lebhaftesten Unterstützung von Seite des gebildeten Theiles der Ständemitglieder versichert halten, dagegen hatten sich augenscheinlich die bäuerlichen Abgeordneten zu einer hartnäckigen Opposition vereinigt. Ihr Stimmführer, ein langjähriges Mitglied der Kammer, stellte als Bedingung der verlangten Verwilligung die Abänderung des bisherigen Steuersystems auf. Mit einer Beredsamkeit, die man von einem schlichten Landmanne kaum erwarten mochte, schilderte er — freilich nicht ohne Uebertreibung — die Bedrängniß der Staatskasse und die Ungerechtigkeit der jetzigen Besteuerung; insbesondere suchte er darzuthun, daß der be-

Digitized by Google

trächtliche Theil sowohl der Grundsteuer als der Kommunalsteuer den Landmann treffe, während der Kapitalist und der Handelsmann am geringsten betroffen seien. Einen merkwürdigen Beleg zu der Verderbarkeit bäuerlicher Ansichten lieferte die Behauptung, daß das Gymnasium für das Land ein Unglück sei, weil es die Jugend zum Studiren verleite und die Studenten auf Kosten des Staates untergebracht werden müßten. Nach langen und lebhaften Verhandlungen, zu denen sich eine große Zuhörerzahl gedrängt hatte, wurde die postulirte Summe einstimmig verwilligt: die Opposition hatte sich zuletzt durch die Entgegnung, daß die Verderbung des Steuersystems mit der Erweiterung des Gymnasiums in keinem inneren Zusammenhange stehe, sowie ferner durch die Zusicherung des herzogl. Landtagskommissarius, daß die Staatsregierung noch vor Beginn der nächsten Finanzperiode den Ständen einen Gesetzvorschlag über Einführung der Einkommensteuer vorlegen werde, beschwichtigen lassen. Jedenfalls war ihr Auftreten nicht ohne günstigen Erfolg; es ist gegründet, daß die bisherige Besteuerung weder auf billigen Grundsätzen beruht, noch ausreichende Mittel zur Bestreitung der Staatslasten gewährt; die Staatsregierung wird gewiß jenen abermaligen ernsten Aufforderungen zur Verbesserung des Steuerwesens durch Erfüllung ihrer eigenen Versprechungen Folge geben.

Ein anderer denkwürdiger Vorfall, den der eilftägige Landtag aufzuweisen hat, berührt das Verhältniß des Herzogthums Koburg zu dem Herzogthum Gotha. Beide Länder stehen unter demselben Regenten und haben ein und dasselbe Staatsministerium, der Fürst residirt im Sommer in Koburg, im Winter in Gotha, bei seinem Umzuge nimmt er die meisten Mitglieder des Ministeriums mit sich. So befinden sich gegenwärtig der Staatsminister und zwei Staatsräthe in Gotha, und nur ein Staatsrath, der zugleich Landtagskommissarius ist, verweilt in Koburg. Als die Ständeversammlung beantragte, daß ihr noch vor Schluß des Landtags ein schon längst vorbereiteter Gesetzentwurf über Einführung von Friedensrichtern vorgelegt werde, gab der Landtagskommissarius zu vernehmen, der erwähnte Entwurf solle nach einer aus Gotha eingetroffenen Nachricht erst an einen spätern Landtag gebracht werden, eine Entschließung, die um so weniger rückgängig zu machen sei, weil der Herzog seine Lande verlassen und sich auf Reisen begeben habe. Hiervon nahm der Landschaftsdirektor zu Bemerkungen Veranlassung, welche ein schönes Zeugniß von der Freimüthigkeit desselben ablegen. Er sprach offen sein Bedauern darüber aus, daß der Herzog und seine Minister räthselhaften gegen den Koburger Landtag verführen; wenn die Stände versammelt seien, müsse man wünschen, daß der Fürst das Land nicht verlasse, und daß das gesammte Ministerium sich in Koburg anwesend befinde, damit den Vertretern des Landes nicht der Weg erschwert werde, um zur Erfüllung ihrer Wünsche zu gelangen. Nach dem Protokoll, welches in der folgenden Sitzung zur Vorlesung kam, bal sich die ganze Versammlung zum Zeichen ihrer Zustimmung von den Sitzen erhoben. Hoffentlich gibt dieser Vorfall Veranlassung zu einer gründlichen Reform der obersten Staatsbehörde. Die Vereinigung der Ministerien zweier Länder, welche sonst nur noch den Fürsten mit einander gemein haben, bildet offenbar ein unnatürliches Verhältniß: in Koburg stehen die Minister unter einer freisinnigen Konstitution, in Gotha haben sie nur mit mittelalterlichen Feudalständen zu thun; in Koburg sind sie den Ständen verantwortlich, in Gotha nicht. Es liegen sich ohne bedeutende Schwierigkeiten, und ohne daß der Personalbestand vermehrt zu werden brauchte, für beide Länder besondere Ministerien einrichten; nöthigenfalls würde durch den Wegfall der Umzugskosten und Diäten die Besoldung eines neuen Staatsrathes ziemlich gedeckt werden.

**Oesterreich.** Wien, 27. Jan. Der A. P. Z. wird geschrieben: Im abgelaufenen Jahre glaubte Frankreich durch den Verkauf einer ansehnlichen Rentensumme an den Kaiser von Rußland sich helfen zu können; um einen günstigeren Zustand unserer Geldverhältnisse herbeizuführen, ohne die Vermittlung eines oder mehrerer der Geldbarone zu beanspruchen, will auch unsere Regierung gleich zum Anfang dieses Jahres das Beispiel Frankreichs nachahmen, denn allenthalben spricht man davon, die Absendung des Regierungsrathes bei den kaiserlichen allgemeinen Tilgungsfonds, Frenzel, nach St. Petersburg habe die Regelung eines Anlehens im Betrag von 50 Mill. zum Zwecke.

Das Gallizien in zwei Gouvernements getheilt wird, und daß das eine davon seinen Sitz in Krakau erhält, ist nunmehr definitiv beschlossen. Erzherzog Albrecht wird Biceskönig in Krakau, und der Gubernialpräsident in Lemberg, Baron Krauß, wird demselben beigegeben, wegegen Hofrath v. Radherny als Gubernialvicepräsident die Bestimmung nach Lemberg erhält. Der Entschluß des Kaisers von Rußland, seinen Bruder, den Großfürsten Michael, in Warschau zum Vicekönig einzusetzen, scheint auch diese Maßregel hervorgerufen zu haben. (N. Z.)

**Preußen.** ○ Berlin, 1. Febr. Aus der Sitzung vom 29. über das Princip der Dreitheilung und die Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte ist eine besonders lebhafte Debatte zwischen dem königl. Kommissarius und Herrn Camphausen zu erwähnen, sowie eine Protestation des Hrn. v. Saucken-Julienfelde gegen einen von Hrn. v. Bodelschwingh Behufs der Versammlung gebrauchten Ausdruck, daß dieselbe sich durch einen Beschluß gewisser Art entwürdigen würde, den dieser übrigens sogleich zurückzuziehen sich bereit erklärte. Am 25. wurde ferner der Finanzetat von 1848 den einzelnen Mitgliedern des ständischen Ausschusses zur Information mitgetheilt. Dieser Akt ist insofern bedeutungslos, als er eben nicht die Verfassung als solche, welche vielmehr über den mitgetheilten Etat in seiner Weise zu berathen oder zu beschließen befugt ist, sondern nur die einzelnen Theorderungen betrifft. Bekanntlich fand während der Session des Vereinigten Landtags dasselbe statt. Da dieser nun ebensowenig, wie der Ausschuß weitere Rechte auf die Berathung des Finanzetats besitzt, so ist auch durch die Einhändigung desselben an die Ausschußmitglieder seine Kompetenz nicht als dreinstächtigt anzusehen.

Von der Spree, 28. Jan. wird dem Mürnb. K. geschrieben: Sicherem Vernehmen nach hat der Kaiser von Rußland neuerdings wiederholt dem Kabinet von Berlin und den anderen betreffenden Mächten in Beziehung auf alle Eventualitäten, welche die Schweizer Frage möglicher Weise noch darbieten könnte, seinen bestimmten Entschluß dahin zu erkennen gegeben, daß er zwar formell das bisher eingehaltene Verfahren billige, von demselben einen Erfolg aber nicht erwarte und daher zu einem völlig einmüthigen Verfahren mit den anderen drei Mächten nur dann erst gelangen werde, wenn von denselben wirksamere, thatkräftigere Maßregeln würden ergriffen werden.

Von Rhein, 28. Jan. Die Brem. Z. berichtet: Nach Briefen aus dem Haag sind die seit längerer Zeit zwischen der niederländischen Regierung und dem Zollverein stattgefundenen Unterhandlungen für einen ausgedehnten Schifffahrts- und Handelsvertrag so weit gediehen, daß wir der baldigen Bekanntmachung derselben mit Bestimmtheit entgegensehen können. Wie es scheint entlagt Holland zum Theil wenigstens seiner seit Jahren befolgten Handelspolitik, da die deutschen Staaten derselben nicht steuerpflichtig bleiben wollen, ohne abwechende Zollmaßregeln zu gebrauchen.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 2. Febr. Heute ist seine Sitzung; dagegen wurde heute das Protokoll der geheimen Adreßberathungssitzung vom 29. Jan. ausgegeben, und unsere Blätter sind nun voll von Auszügen. Hier das Wesentlichste aus dem umfangreichen Protokoll. Der erste Kampf galt der Frage, ob die Sitzung geheim bleiben solle. Die Gründe, welche dafür vorgebracht wurden, waren eigentlich anschließlich Gründe der Rücksicht, der Delikatesse; und da es sich um eine zarte Saite handelte, waren die Herren von der Ritterbank die hauptsächlichsten Kämpfer für Geheimhaltung der Sitzung, und ihnen schlossen sich Dietzer v. Schenerlen und Andere an. Als einen rechten Grund kann ich den des Abg. Hiller nicht gelten lassen, der früher für Oeffentlichkeit dieser Berathung gestimmt hatte, dies Mal aber vorbrachte, die Journalisten verstümmeln die Berathungen, und deßhalb wolle er die Berathung erst durch die amtlichen Protokolle ins Publikum bringen. Denn es wurde ihm nachgewiesen, daß er zu Viel, alle Nichts beweise. Vergeblich war übrigens die Berufung auf England und Frankreich, auf Würtemberg im Jahre 1839, auf Hessendarmstadt, vergebens war das Römer sagte, die Adresse sei wesentlich ein politisches Aktenstück, daß Doppelt bemerkte, daß der König ja auch nicht erst im Augenblick der effentlichen Vorlage die Adresse erhalte, daß die heutige Lage Deutschlands einen stricteren, rascheren Schritt verlange, daß durch Freimüthigkeit auch dem Monarchen besser gedient sei, als durch Festhalten an veralteten unwesentlichen Formen und Fiktionen. Die geheime Berathung wurde mit 46 gegen 31 Stimmen beschlossen. Im Beisein der Minister des Innern und Aeußern, der Justiz, der Finanzen und des Kriegs begann sofort nach Erledigung der Vorfrage die Berathung des von Dietzer v. Schenerlen verfaßten Entwurfs. Zum ersten H., der den Segen der letzten Ernte nach einer harten Zeit preist, entwarf Häßler, der Abgeordnete der Stadt Ulm, ein Gemälde der in unser sonst so gesegnetes Land eingezogenen Noth, welche noch nicht vorbei sei, wenn auch die Theue-

Digitized by Google

rung geschwunden. Er beklagte die Gewerbsflüssigkeit des Gewerbsmanns und verlangte, in der Adresse die Noth von der Theurung zu nennen, so daß dem Könige gegenüber in der Adresse ausdrücklich hervorgehoben werde, daß die Zeit der Noth noch nicht vorüber sei. Haslers Antrag fand nur wenig Widerspruch, der eine mildere Form wünschte, und wurde schließlich durch Zuruf angenommen. — Eine längere Debatte veranlaßte der dritte §., der tüpfische Punkt der Gewährung der Meinungsrufen. Federer verlangte den Beisatz, daß bei Murrhein in Würtemberg nicht allein stehen, sondern sich überall wiederholt haben, und daß sie durch den schweren Druck einer außerordentlichen Theurung veranlaßt seien. Die erstere Bemerkung wurde alsbald angenommen, die zweite veranlaßte eine längere Debatte. Römer erklärte: die Unruhen in Würtemberg seien von in- und ausländischen Blättern so ausgebeutet worden, daß der Kammer daran liegen sollte, die Grundursachen derselben in der Adresse speciell zu erwähnen: Man habe ihnen politische Motive unterlegt, sie einer politischen Partei in die Schuhe geschoben, die Unruhen seien Folgen der Theurung, deßhalb liegen sie, die Angegriffenen, auf das Amendement Werth, weil sie nicht als Gegenstand der Erörterung angesehen sein wollen. Der Justizminister v. Prieser blieb dabei, daß Anzeigen eines Komplotts, das den Unruhen vorhergegangen, vorhanden seien; ohne daß die Urheber des Komplotts ermittelt seien, worauf Römer erwiderte, daß dann weder subjektiv noch objektiv der Thatbestand des Komplotts ermittelt sei. Die Freiherren v. Wöllwarth, v. Berlichingen, v. Bissingen, v. Varnbüler erklärten sich gegen das Amendement: eine verdächtige Partei sei nicht die Kammer, und die Adresse gehe von der Kammer aus, bemerkte der Graf v. Bissingen. Federer und Mack bemerkten die Höhe der Theurung eben zur Zeit der Unruhen; gegen ein Haus, in dem man Vorräthe vermuthete, sei der erste Angriff ergangen. Der Frhr v. Hofer, der als einer der Führer der Mittelpartei gilt, vermittelt den Antrag Federers dahin, die Unruhen als „im Gefolge der Theurung“ eingetreten zu bezeichnen, es sei dies eine historische Relation, und eine politische Partei könne darin finden, daß die Unruhen ihr nicht zur Last gelegt werden. Holzinger (von der Mittelpartei) erklärt sich für v. Hofers Amendement, dem Federer zustimmt, und dasselbe wird mit 48 gegen 39 Stimmen angenommen. Die wichtigste Debatte entstand über den §. 8, die Antwort auf die Worte des Königs über die Preßfreiheit, und an derselben nahmen auch die Minister v. Beroldingen, v. Schlayer und v. Gärtner Theil. Der Entwurf beantragt die Worte: „Wie theilen die Ueberzeugung E. k. M., daß der gegenwärtige Zustand der Presse für Zeitschriften und Blätter in Deutschland den gerechten Erwartungen der Regierungen, sowie den Bedürfnissen der Nationen nicht entspreche. Wege es den entschiedenen Anträgen, welche E. k. M. an den Bundestag gestellt haben, gelingen, daß durch gesetzliche Begründung der Preßfreiheit für ganz Deutschland Ihrem getreuen Volke bald wieder das freie Wort zu Theil werde. Gestatten uns E. k. M., daß wir, die dieser von höchstenselben gewünschte Zustand eingetreten sein wird, schon jetzt einer freieren Behandlung der Presse, namentlich in Besprechung der inneren Landesangelegenheiten, im Geiste der von E. k. M. an uns über das Verhältniß der Presse gerichteten Worte mit ehrfurchtsvollem Vertrauen entgegensehen.“ Seeger (von der Mitte) will die Kammer mit Wahrheiten über die Preßfreiheit nicht aufhalten, aber schmerzlich sei Angesichts des Ausbruchs aus königlichem Munde die Wahrnehmung, daß der Druck der Censur bei uns stärker und empfindlicher sei als anderen deutschen Ländern, in Rheinpreußen, Baiern und Baden sei, daß sie noch verstümmle, was bereits dieser Länder Censur bestanden; ebenso verfahre sie in inländischen Angelegenheiten; er beantragt deßhalb eine strengere Fassung, der gegenüber v. Schneurlein seine Fassung vertheidigt. Duvernoy, der Wächter der Verfassung in der Kammer, stellt einen Antrag; er streicht das edige Wort: „gerechten“ (Erwartungen) und verlangt nicht bloß freiere, sondern freie Behandlung der Presse, den Wunsch, daß nunmehr die bisherigen Hemmnisse bei Besprechung der inneren Landesangelegenheiten entfernt werden mögen. Seeger vereinigt sich später mit diesem Antrag. Eine längere Debatte entsteht zwischen den Ministern v. Berolzingen (Krauter, auch Centur) und v. Schlayer (Zimmerer) einerseits, Römer und Seeger andererseits, die faststreichlichen Fragen durchkämpfend. Es sind die alten und immer wieder neuen Kämpfe über Giltigkeit der Bundesbeschlüsse, über das Verhältniß derselben zur Verfassung ... „unsere Devergreng reduzirt sich auf den alten Streit, den wir oft in diesem Saale geführt haben“, sagte Römer. Bezüchend ist übrigens die Aeußerung Schlayers: „Die Auslegung der Bundesversammlung gilt auch ohne Verkündigung für die Bundesglieder“, welcher Seeger erwiderte, daß jede authentische Auslegung des Gesetzes eine neue Gesetzgebung enthält. Nicht zu übersehen sind die Aeußerungen zweier der Minister, v. Berolzingens: eine große Mehrheit des Bundes werde zu einer befriedigenden Lösung der Frage mit beitragen, er halte sogar die sofortige Entscheidung des Bundes so nahe, daß er den Antrag, es solle schon vorerst abgehoben werden nach Würtemberg für sich selbst vorausgehen, nicht für nöthig erachte, sofern er die lebendige Ueberzeugung trage, daß das Ganze in viel kürzerer Zeit, als man vielleicht nach dem bisherigen Hergang zu vermuthen geneigt sei, zum Ziele gebracht sein werde. Und v. Gärtner, der Finanzminister, äußerte: wohl schon im Laufe des gegenwärtigen Jahres noch werde es gelingen, den allgemeinen Wünschen zu entsprechen. Fetzer und Römer hatten die jetzige Handhabung der Censur diesen Zusicherungen entgegen; Fetzer sagt: die Regierung rede sich den retrogradesten Staaten Deutschlands in dieser Hinsicht an. Duvernoys Antrag wird durch Zuruf angenommen.

* Hannover, 31. Jan. Die Angelegenheit der nichtbestätigten Osnabrücker Predigerwahl (Zurückweisung des Kandidaten Hirsche) geht immer weitere Kreise. Wie bereits früher berichtet worden, hatte das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten auf den gegen die Bestätigung des Kandidaten Hirsche von einer Anzahl Mitglieder der Mariengemeinde in Osnabrück eingebrachten Protest dem Konsistorium in Hannover eine Prüfung des Kandidaten Hirsche und Begutachtung der Sache aufgetragen, wie sich jetzt ziemlich klar herausstellt, weil man hoffte, durch diese Prüfung Gründe zu erhalten für eine Zurückweisung des Gewählten, die man auf den Grund der Predigt anzuführen sich vielleicht scheuen mochte. Auch erhält das ganze Verfahren durch die Uebertragung des Ausspruches an das hannoversche Konsistorium unläugbar einen gewissen Anschein von Unparteilichkeit, den man gerade bei dieser Angelegenheit wohl umsomehr zu wahren suchen mochte, als es einmal eine der ersten vom Publikum mit Theilnahme begleiteten Amtshandlungen des neuen Ministers der geistlichen Angelegenheiten, andererseits die erste reaktionäre Maßregel war, die man auf religiösem Gebiete beabsichtigte, und obendrein durch das große Interesse, welches, der allgemeinen Behauptung zufolge, ein hochfreundes, dem Minister sehr befreundeter Mann, gegen die Bestätigung des Kandidaten Hirsche an den Tag legte, eine Zurückweisung desselben leicht als casus pro amico angelegt werden konnte. Darum Beguachtung der Sache durch das hannoversche Konsistorium. Indessen jene Voraussetzung hatte getrogen. Die Prüfung sei durchaus zur Ehre des Geprüften aus, das Konsistorium entschied sich in seinem Gutachten für unbedingte Zulassung des Gewählten zum Predigtamte. Dessenungeachtet erfolgte die Zurückweisung, und zwar — wie auch schon früher berichtet worden — war die Motivirung dieser Maßregel so arrangirt, daß man glauben mußte, dieselbe stütze sich auf das Gutachten des Konsistoriums. Die Mariengemeinde beschloß eine Beschwerde an den König wegen Verletzung ihres landesverfassungsmäßig geschirmten Wahlrechts; der Kandidat Hirsche veröffentlichte in der Weserzeitung eine aufführliche Erklärung, welche bedrutsame und charakteristische Lichter wirft auf das gegen ihn beobachtete Verfahren. Indessen von diesen Seiten waren Schritte der Art wohl zu erwarten, jedoch ohne sonderlich wirksame Bedeutung. Nun aber ist ein Schlag wirksamerer Art von einer Seite erfolgt, woher man sich dessen kaum versehen hätte: das hannoversche Konsistorium hat in energischer Weise gegen den Gutachtenden (oder Gutachtenden) protestirt, den das Ministerium Verbuß Mißbilligung der Zurückweisung Hirsche's von dem Konsistorialgutachten gemacht hatte. Zugleich hat der Konsistorialrath Dr. theol. Meyer, der berühmte Verfasser der trefflichen Evangelien-Kommentare, ohne alle Frage die Hauptverantwortlichkeit des hannov. Konsistoriums, angeblich Verfasser jenes Gutachtens über die Hirsche'sche Angelegenheit, seine Entlassung gefordert. Endlich hat die St. Katharinengemeinde in Osnabrück, erschreckt durch das, was der St. Mariengemeinde widerfahren, den Osnabrücker Magistrat aufgefordert, die geeigneten Schritte zu thun, um das bedrohte Wahlrecht der Gemeinden aufrecht zu erhalten. So ziehen von allen Seiten gegen das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten Kämpfe heran, die ihm vielleicht die Lust zu weiteren Schritten, wie die Zurückweisung Hirsche's, auf einige Zeit verleiden dürften. Der Mann in Hannover im Allgemeinen (nur Osnabrück dürfte eine Ausnahme machen) in religiösen Dingen sehr tolerant, ja fast indifferent ist, da man obendrein seit 10 Jahren gewohnt ist, so Manches zu ertragen, so läßt sich der Widerstand, den jene erste reaktionäre Maßregel auf religiösem Gebiete findet, nur aus dem Zusammentreffen mehrerer Umstände erklären, wenn man nicht etwa ein den Maßnahmen des jetzigen Ministers, Grafen Wedel, fast immer anklebendes eigenthümliches Un- und Mißgeschick, wovon auch die bekannte Kutscherangelegenheit Zeugniß gab, als alleinige und

Digitized by Google

hinreichende Erklärung gelten lassen will. Man darf aber sich jenen Widerstandes freuen, so betrübend sonst immer der Unfriede auf religiösem Gebiet ist; denn ohne diesen Widerstand, den die erste solche Maßregel findet, dürften wir bald eine ganze Reihe davon erwarten, da dem Grafen Mebel Sympathien für die überfromme Partei Schuld gegeben werden. Wenn es auch vielleicht nur Uebertreibung war, daß man ihn als Donaukrämer Landsvolken nachsagte, er habe die Wallfahrten zum Trierer Rock approbirt, so ist es doch gewiß, daß ihm bei seinem Scheiden aus jener seiner Stellung in Donaukreis von der dortigen überfrommen Partei — und zwar, wie es heißt, durch deren Chef und des Grafen Mebels Freund, den Kanzleidirektor Meyer, eine silberne Vase als Zeichen dankbarer Erinnerung überreicht worden. Und die bekannte Publikation seines Briefes an seinen Kutscher ist von einer gewissen Ostentation mit tendenzlöser Salbung gewiß nicht freizusprechen.

**Baden,** * Karlsruhe, 3. Febr. Die Theuerung in den Jahren 1846 und 1847 hatte neben andern Gegenmaßregeln sechs provisorische Gesetze veranlaßt, wovon drei die Einfuhr von Lebensmitteln erleichtern, indem sie die Eingangszölle von Getreide, Mehl, Mühlenfabrikaten, endlich auch von Vieh, für eine gegebene Frist aufhoben; die drei andern erschweren die Ausfuhr von Lebensmitteln, indem sie dieselben mit hohen Ausfuhrzöllen belegen, welche mit dem Sinken der Preise ermäßigt wurden. Durch die Aufhebung der Einfuhrzölle war den Wünschen der vorigen Kammer entsprochen; die provisorischen Gesetze sind aber nach Ablauf der Frist mit 1. Okt. 1847 außer Kraft getreten; auf der Ausfuhr dagegen lastet noch immer ein Zoll von 15 bis 20 Procent. Die Kommission, welche zur Begutachtung dieser provisorischen Gesetze niedergesetzt war, erklärt in dem Berichte des Abg. Bleibern, welcher heute zur Diskussion vorlag, ihre Zustimmung zu den Erleichterungen der Einfuhr und zu deren Aufhebung, nachdem die Theuerung vorüber war; die Kammer war damit einverstanden. Dagegen ist die Kommission auch der Ansicht, daß die Erschwerungen der Ausfuhr nicht länger fortdauern sollen. Sie erkennt darin eine Maßregel des Nothstandes, dem man Rechnung zu tragen habe. Allein die Hilfe soll nicht weiter gehen als die Noth, weil sonst größere Uebel herbeigeführt werden, als wir zu vermeiden strehen. Der Zweck des noch bestehenden provisorischen Gesetzes vom 7. August 1847, dem unverhältnißmäßigen Steigen der Preise entgegen zu wirken, sei erreicht, die Ursache sei verschwunden, indem alle Zollvereinsstaaten bedeutende Vorräthe aufzuweisen haben. Wollte man die durch einen stark besetzten Markt obwohles fallenden Getreidepreise auch noch künstlich durch Ausfuhrzölle herabdrücken, so würde man über die Landwirthe einen Nothstand heraufschwören, der in seinen Folgen eine nicht minder verderbende Nachwirkung auf den Wohlstand, als jene erst überstandene, verhängnißvolle Verarmung herbeiführen würde. Aus diesen Gründen stellte die Kommission den Antrag, dem prov. Gesetze vom 7. Aug. 1847 die Zustimmung zu verweigern und die Regierung zu ersuchen, dasselbe sofort außer Wirksamkeit zu erklären und überhaupt alle Ausfuhrzölle von Getreide und Mehl aufzuheben. Damit wäre zugleich eine Petition von Landwirthen aus dem Amte Mosskirch erledigt, sowie eine zweite von vielen Gemeinden des Seekreises, welche der Berichterstatter heute vorlegte. — Die Diskussion wurde von dem Präsidenten des Finanzministeriums, Staatsrath Regenauer, mit der Bemerkung eröffnet, daß die Regierung bei ihren Maßregeln nicht einseitig gehandelt, sondern sich mit den benachbarten Zollvereinsstaaten benommen habe. In neuerer Zeit seien die Fruchtpreise stark gefallen, folglich der Zeitpunkt für die Aufhebung des Ausgangszolles ganz nahe. Allein auch hierin handeln die Regierungen gemeinschaftlich, die Berathung des Antrags auf einige Wochen zu vertagen, bis die Rückfrache und Kommunikationen erledigt sein werden, welche zum Theil schon eingeleitet sind. Die Regierung habe an den Ausgangszöllen keine Freude. Blankenhorn würde ohne diese Erklärung gegen das Gesetz gestimmt haben, ist nun aber mit der Verschiebung einverstanden. Bader wünscht, daß die Kommunikationen beschleunigt werden möchten, denn die Nachtheile des Ausgangszolles seien namentlich für den starken Fruchthandel des Seekreises nach der Schweiz sehr drückend. Rath Eckenthal erklärt, daß die Ausfuhr durch den Zoll nicht gehindert werde, indem sich nach den erhobenen Ueberschüssen vom 24. Oktober bis auf die neueste Zeit eine wöchentliche Ausfuhr von mehr als 4000 Maltern ergebe, worauf Helbing erwidert, es sei eben das Schlimme, daß unsere Bauern den Zoll bezahlen müssen. Vogelmann schließt sich dem Wunsche für Beschleunigung der Kommunikationen an, weil der Seekreis im Jahre 1847 über eine Million Malter Früchte hervorgebracht habe, wovon ein bedeutender Theil abgegeben werden könne. Wenn der Zoll einen Einfluß auf die Preise im Lande übe, so könne man auch die Größe der Opfer berechnen, welche derselbe den dortigen Landwirthen auflege. Minist. Präsident Regenauer erinnerte, daß man die Interessen aller Klassen in Einklang zu bringen habe. Strand macht für die Dringlichkeit der Aufhebung des Ausgangszolls geltend, daß gerade die weniger bemittelten und verschuldeten Landleute dabei interessirt sind; diese müssen jetzt verkaufen, während die Reichen ruhig warten können. Bleibern bestätigt dies und fügt bei, daß die Preise gegenwärtig so tief stehen, wie seit vielen Jahren nicht mehr der Fall war. Welte spricht aus diesen Gründen gegen die Vertagung der Diskussion. Helbing und Schmitt erwähnen einer vor Kurzem eingelaufenen Petition aus Wertheim, wonach in Baiern ein Verbot der Getreideausfuhr nach andern Vereinsländern bestehe, im Widerspruch mit dem Zollvereinsvertrag. Min. Präs. Regenauer erwiderte, daß sich dies auf eine polizeiliche Verordnung über den Fruchtverkehr in Baiern beziehe, welche die Regierung ebenfalls dem Zollvereinsvertrag nicht ganz gemäß erachte und deßhalb auch schon Schritte gethan habe. Die Kammer erklärte sich für den Antrag des Abg. Blankenhorn, die Diskussion auf 14 Tage zu verschieben. Es ist zu erwarten, daß hierselbe inzwischen durch die Aufhebung des Ausgangszolls überflüssig gemacht werden wird.

Die Tagesordnung führte zu der Diskussion über die Motion des Abg. v. Soiron auf Uebertragung der Polizeistrafgewalt an die Gerichte.

Der Bericht des Abg. Peter über die Motion des Abg. v. Soiron zählt zuerst die ganze Menge der Straffälle auf, die nach den bestehenden Gesetzen an die Polizei- oder Verwaltungsbehörden gewiesen bleiben, während sie als eigentliche Justizsachen vor die Gerichte gehören, und findet, daß sie nach Menge und Wichtigkeit eine Gesammtmasse bilden, deren Lokalist auf die Frage führt: ob der Satz in §. 1 der Gerichtsverfassung: „die Rechtspflege in der unteren Instanz wird von der Verwaltung im engeren Sinne getrennt und ausschließlich dafür bestellten Gerichten übertragen" — ob dieser Satz ernstlich gemeint sei oder ob er in Strafsachen die Regel darstelle oder die Ausnahme. Das Volk aber könne die Rechtspflege in ihrer ganzen Vollständigkeit und umgeben von allen Bürgschaften verlangen, welche zu gewähren dem Staat überhaupt möglich ist. Die Vollständigkeit wie die Bürgschaften sind aber nur bei den Gerichten anzutreffen, welche durch die Verfassung (Art. 14) unabhängig erklärt sind, und unabhängig sein werden, sobald ihre Stellung noch die Befestigung erlangt haben wird, welche ihnen nach dem Staatsgrundgesetz zu Theil werden muß. Auch Berufsbildung, Ehrliebe, Unbefangenheit eignen die Gerichte besser als die Verwaltungsstellen zur Erledigung der Strafsachen. Der Bericht widerlegt sodann die Einwendungen, welche im Wesentlichen darin bestehen, daß es unpassend sei, an der neuen Gerichtsverfassung schon wieder zu ändern, daß das Ansehen der Verwaltungsbeamten gefährdet würde, daß durch diese Geschäfte die Gerichte überladen, ihrem Charakter geschadet werden möchte, daß die Formen zu schwerfällig, das Verfahren für kleinere Vergehen zu umständlich wäre, daß die vom Richter gefällten Erkenntnisse für die Ehre der Betreffenen empfindlicher seien als Polizeistrafen, endlich, daß zur Zeit noch ein Polizeistrafgesetzbuch mangle. Alle diese Einwendungen werden in dem Berichte theils als an sich unhaltbar, theils als auf irrigen Voraussetzungen beruhend, mit Hinweisung auf das Beispiel der Staaten, welche die Strafgewalt den Gerichten bereits überwiesen haben, widerlegt. Ausnahmsweise soll die Strafgewalt, welche der §. 51 der Gemeindeordnung dem Bürgermeister überweist, demselben belassen, und es sollen noch einige weitere unbedeutende Vergehen demselben zur Aburtheilung zugewiesen werden. Die Kommission stellt den Antrag: Um Vorlage eines Gesetzentwurfes noch auf diesem Landtage zu bitten, durch welchen die gesammte Polizeistrafgewalt, mit Vorbehalt der Strafkompetenz des Bürgermeisters und mit den übrigen bezeichneten Ausnahmen, den Amtsgerichten übertragen werde.

Mit besonderer Gründlichkeit behandelt der Bericht den zweiten Antrag der Motion, die nicht mehr wichtige Polizeistrafe den Gerichten zu übertragen. Bei diesem Anlaß wird hervorgehoben, daß die reine Wiederherstellung des Familienrathes eine wahre Wohlthat wäre; zum Vorsteher desselben würde der Bürgermeister passen, welchem man in dieser Eigenschaft zur Verstärkung mit dem alten System etwa den Namen Waisenrichter beilegen könnte. Bei der Entmündigung hält die Kommission, ohne einen förmlichen Antrag deßhalb zu stellen, folgende Zusätze zu Sag 491 des Landrechts für wünschenswerth:

„Hinsichtlich der Personen, welche zur Aufnahme in der Staats-

Digitized by Google

anstalt für Heilung und Pflege der Geisteskranken bestimmt sind, darf in allen Fällen (S. 490, 491) das Verfahren der Entmündigung erst beginnen, nachdem das Zeugniß der Direktion der Anstalt vorliegen wird, daß solches ohne wesentlichen Nachtheil für den Zustand der Kranken geschehen kann."

„In Betreff der als geisteskrank behandelten Personen, die sich außerhalb der Heil- und Pflegeanstalt befinden, ist das Zeugniß des ordinären Inhalts, welches dem Entmündigungsverfahren vorangehen muß, von den betreffenden Gerichtsärzten auszustellen."

„Bis zu dem Erscheinen eines Urtheils, welches die Entmündigung oder Verbeistandung des Geisteskranken erkennt, wird ihm wegen seiner Rechtsgeschäfte und seines Vermögens für die Dauer des Aufenthalts in der Heil- und Pflegeanstalt von der Heimathsbehörde ein fürsorglicher Vermögensverwalter im Sinne des Landrechtssatzes 497 ernannt."

Die Gegenstände, um welche es sich hier handelt, werden von der Kommission alle für wichtig und als bürgerliche Rechtssachen erkannt, wie sie auch das Landrecht ansieht. Ebenso einleuchtend ist ihr das letzte Verlangen der Motion, zwei Punkte der streitigen Gerichtsbarkeit, welche das Organisationsedikt von 1809 ausdrücklich unter den Gegenständen der bürgerlichen Gerichtsbarkeit anführte, von den Administrativbehörden an die Gerichte zu übertragen. Dies sind die Streitigkeiten über Erfüllung von Alterden wegen öffentlicher Arbeiten und über den Betrag der Alimentengelder für unehelicke Kinder. Der Antrag der Kommission geht dahin, im Einklang mit der Motion, auf Vorlage eines Gesetzentwurfs noch auf diesem Landtage, durch welchen: 1) die Berichtigung der bürgerlichen Standesscheine; 2) der Abwesenheitsprozeß: 3) das Pflegschaftswesen; 4) die Bestätigung der Annahme an Kindesstatt; 5) das Einschreiten zu Gunsten der eiterlichen Gewalt; 6) die Entmündigungen und Mundoldmachungen; 7) die Streitigkeiten über Erfüllung von Alterden wegen öffentlicher Arbeiten, und 8) die Streitigkeiten über den Betrag der Alimentengelder für unehelicke Kinder — den Amtsgerichten übertragen, und in den sechs ersten Punkten sämmtliche bisher außer Wirksamkeit gesetzte Bestimmungen des Code Napoléon wiederhergestellt, beziehungsweise eingeführt werden.

Gegen den ersten Antrag, auf Uebertragung der Polizeistrafgewalten an die Gerichte, wurde grundsätzlich Nichts eingewendet. Seyham und Zentner schlugen Modifikationen vor; der Erstere, daß den Angeschuldigten die Wahl gelassen werde, sich bei dem Erkenntniß der Verwaltungsstelle zu beruhigen oder ein richterliches Urtheil zu verlangen; der Andere, die Aburtheilung der unbedeutenderen Vergehen den Polizeibehörden zu belassen. Junghanns sieht in dem Antrage ein Zeichen der Organisirungsunkunst, wie man und wieder, und widersetzt sich demselben nicht in so lange, bis ein Polizeistrafgesetzbuch erlassen sei, weil die Richter nicht nach Erlassen des Ministeriums des Innern und der Kreisregierungen, sondern nur nach Gesetzen urtheilen können. Knapp findet den Vorschlag in seinen Folgen von Gerichts- und Advokatenkosten zu theuer, Nombrede glaubt, man würde den Verwaltungsstellen ein Armuthszeugniß ausstellen, wenn man ihnen nur die unbedeutenden Vergehen belasse; Schmitt, Welcker und Weizel sprachen für den ganzen Antrag, Letzterer jedoch mit dem Bemerken, daß eine Gesetzvorlage auf diesem Landtage nicht mehr erfolgen könne. Stösser wünscht, daß die Uebertragung der Polizeistrafgewalt an die Gerichte und ein Polizeistrafgesetz gleichzeitig eingeführt werden möchten; Fauth stimmt mit Junghanns, Schaaff mit dem Kommissionsantrag, obgleich er nicht glaube, daß dieser neue Weg das Volk glücklich zu machen, zum Ziele führen werde, indem die Gerichte auch nicht Alle freisprechen werden; es werde keine Ruhe geben, und daß würden auch für Polizeivergehen Geschworene verlangt werden. Mit dem Vorschlage des Abg. Seyham, den Angeschuldigten die Wahl zwischen Gericht und Polizei zu lassen, ist der Redner nicht einverstanden. Justizminist.-Präsident Trefurt findet nicht auffallend, daß Polizeidrame den Antrag auf Uebertragung ihrer Strafgewalt an die Gerichte lebhaft unterstützen. Jede Strafe, besonders aber die polizeiliche, hätte etwas Beratorisches, und wie der Hund den Stein beißt, der ihn getroffen, so werde sich der Unwille der Bestraften von der Polizei ab gegen die Gerichte wenden. Der Gegenstand verdiene übrigens die reiflie Erwägung. Die Regierung habe einen definitiven Beschluß darüber noch nicht gefaßt, es sei ihr daher von Interesse, die Meinungen in diesem und dem andern Hause zu erfahren, um darauf hin eine Entschließung zu fassen. Nachdem sich noch Sachs für den Antrag ausgesprochen, widerlegt der Berichterstatter (Peter) die vorgetragenen Einwendungen; ebenso der Antragsteller v. Soiron, welcher unter Anderm bemerkte: Man wolle auf der Gegenseite zwar den Grundsatz, aber nicht die Durchführung; dies sei der oberste Grundsatz aller Doktrinäre, allein es sei verkehrt, wegen einiger kleinen Anstände einen großen Grundsatz zu opfern. Wenn die Organisation wieder geändert werden solle, bevor sie eingeführt sei, so sei sie selbst schuld daran, indem sie die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung nicht gehörig durchführte. Der Antrag wurde von der Kammer mit allen gegen 4 Stimmen (Junghanns, Fauth, Knapp und v. Stockhorn) zum Beschluß erhoben.

Gegen den zweiten Antrag der Kommission, für Uebertragung der nicht streitigen Gerichtsbarkeit an die Gerichte, erklärte sich der Abg. Junghanns, welcher diese Geschäfte nicht geeignet zur rechtskräftigen Behandlung erklärte. Nombrede und Böhme bestehen nur auf dem Strich des unter Ziff. 3 angeführten Pflegschaftswesens welches sie nicht an die Gerichte gewiesen haben wollen. Für den Kommissionsantrag sprachen: Weizel, Zentner, Schmitt, Stösser, Peter und v. Soiron. Der Letztere widerlegte die Behauptung, daß der Vorschlag den Bürgern die Hilfe von Advokaten nothwendig mache, indem er bemerkte, daß bei öffentlich-mündlichem Verfahren die Bürger ihre Sache selbst führen können.

Die Ansicht des Abg. Zentner, daß künftig nicht ausschließlich Rechtsgelehrte zu Verwaltungsstellen genommen werden würden, fand von mehreren Seiten, namentlich von den Abgg. Böhme und Weizel heftigen Widerspruch.

Der Antrag der Kommission wurde mit allen gegen etwa 6 Stimmen angenommen.

Am Schlusse der Sitzung erstattete Straub im Namen der Petitionskommission Bericht über die Petition von Salem gegen die Art der Bürgermeisterwahlen in standesherrlichen Orten, wo der Standesherr die Befugniß ansprieht, aus drei Kandidaten Einen auszuwählen. Der Bericht verbreitet sich ausführlich gegen die Deklarationen über die standes- und grundherrlichen Verhältnisse und schließt mit dem Antrage, den Gegenstand als Motion zu behandeln. Bayer und Min. Bekk erklären, daß bei den betreffenden Gemeinden das Ausnahmsgesetz nicht gelte, also die Petition auf einem Irrthum beruhe. Bezüglich der standes- und grundherrlichen Verhältnisse stehe der Ueberzeugung der Regierung und der Stände die Ansicht des Bundes gegenüber. Straub bemerkt, daß die Wahl in Salem vermuthlich vor der Staatsministerialentschließung, welche die Ausnahmsbestimmung aufhob, vorgenommen worden sei. Welcker wies nach, daß der Bund in dieser Sache nicht kompetent, sondern der badische Staat souverän sei. — Die Kammer beschloß den Gegenstand als Motion zu behandeln.

Ein erfreuliches Zeichen des Entgegenkommens der Regierung gab eine Vorlage des Präsidenten des Finanzministeriums, nämlich ein Gesetzentwurf, welcher den Streit, ob der Holzerlös von ausgesteckten Waldungen dem Grundsteckovermögen oder den laufenden Einnahmen zufallen solle, zur Entscheidung bringen soll. Die vorige Kammer und nach ihr der ständische Ausschuß hatten die Vorlage verlangt, während die Regierung früher behauptet hatte, daß die Zuweisung des fraglichen Holzerlöses an das Grundstockovermögen, als Berichtigung eines Irthums, auf dem Verordnungswege habe geschehen können. Der Entwurf schlägt vor, die obwaltende Meinungsverschiedenheit dadurch zu beseitigen, daß jener Holzerlös als Bestandtheil der laufenden Einnahmen behandelt, dagegen jeder Aufwand für Meliorationen an Domänengütern aus den laufenden Einnahmen (also nicht wie bisher, wenn der Werth der Grundstücke dadurch erhöht wird, auch dem Grundstock) bestritten werden soll. Damit würde das seitherige Verfahren, wie es bis 1842 bestanden hat, wieder hergestellt. Den Mitgliedern wurden heute die motivirten Anträge des Gewerbevereins zu Glauchau (Sachsen) bei der Versammlung zu Chemnitz am 1. und 2. Aug. in Betreff der Mittel zur Verbesserung der gewerblichen Verhältnisse, ausgetheilt. — Bassermann übergab eine Petition des Maschinenfabrikanten Schweizer in Mannheim um gleiche Staatsbitte, wie sie den drei Fabriken zu Theil geworden. Schaaff brachte eine Petition um Aufhebung der Gemeinde Rinck, Becker um Abschaffung des Sprunggeldes. Fauth kündigte eine Motion für Verbesserung der ökonomischen Zustände des Oberamts an.

Aus Baden, 29. Jan. Man sollte denken, in rein nationalen Fragen könne es unter den Männern der verschiedenen politischen Ansichten keine abweichende Meinung geben, und keine Partei werde da den Anspruch erheben, die ganze Gesinnung, die rechte Einheit und den ganzen Willen allein zu besitzen. Und doch ist es so; in jeder nationalen Frage der Gegenwart werden ein paar Stimmen laut, die ohne Verlegenheit die Prätension zeitend machen, die nationale Gesinnung und politische Einsicht ganz allein in Pacht genommen

Digitized by Google

zu haben. Man könne diese kleine Eitelkeit für sehr unschuldig halten, wenn sie sich nicht zur herausfordernden Anmaßung steigerte, wenn nicht hinter dieser Anmaßung der verbissene Groll gegen politischen Gegner oder die schlecht verhehlten reaktionären Gelüste hervorlugten. Das Wort „nationell“ ist dann die bequeme Lokomotive, an die man alle beliebigen Meinungen des Absicherten anzuhängen pflegt; und wie man der besten Sache durch Falschheit und unwahre Uebertreibung nur schaden kann, so gibt es auch für die gute nationale Sache keine größere Gefahr, als falsche Freunde von diesem Schlage. Dem weitherzigerlichen Nihilismus, der alle nationale, politische und religiöse Eigenthümlichkeit durch die eigene geistige und sittliche Oede wegnivelliren möchte, geschieht der größte Gefallen damit, wenn die Reaktion ihre eigenen Neigungen für die vorzugsweise „nationalen“ auszugeben bemüht ist. So hat sich auch neulich wieder in Nr. 26 der A. Z. ein Karlsruher Korrespondent vernehmen lassen — ein Korrespondent, der sich durch seinen Ingrimm auf die liberale Opposition, durch sein Lob der Karls. Zeit., durch sein Bevölkern des Abg. Christ (wem damit ein schlechter und gewiß unerwünschter Dienst erwiesen wird) viel zu kennlich gemacht hat, als daß man den Sachkundigen die Dueile näher zu bezeichnen brauchte. Der Karlsruher Publicist thut höchlich entrüstet darüber, daß ein Abgeordneter der zweiten Kammer bei der Motion über ein allgemeines deutsches Gesetzbuch dem Code Napoleon den Vorzug vor den andern Gesetzgebungen eingeräumt habe; natürlich wird nun der unglückliche Sprecher dem deutschen Publikum als ein lebendiges Exempel vorgeführt, wohin einem Verrath der „badische Radikalismus“ an der deutschen Nationalität zu begehen fähig sei. Denn der Code Napoleon ist nicht national — so lautet das beliebte Schlagwort, womit in diesem Augenblick ein fervilter Pamphletist den Rheinbefren ihre Gesetzgebung verdächtigen und die hessen-darmstädtische Jurisprudenz als die nationale einschmeicheln möchte; die französischen Institutionen sind nicht national, so lautete der Bannspruch, womit man jetzt zwar nicht mehr, aber früher wohl, den preußischen Rheinländern ihre eingebürgerte und lieb gewordene Gesetzgebung zu verleiden suchte. Die Gesetzgebung Napoleons, der einzige erträgliche Erfolg für den bösen Krankheitsstoff, den seine Regierungsweise der Welt eingeimpft, hat aber die wunderbare Anziehungskraft bewährt, da wo sie einmal einheimisch war, ein geliebtes Eigenthum des Volks zu werden, nicht weil sie französischen Ursprunges war, sondern weil sich in ihr die Erfahrungen der Vergangenheit mit den Forderungen der Gegenwart verbanden, weil sich darin die gesetzgeberische Jurisprudenz mit dem gesunden Sinne und mit den Bedürfnissen des Volkes verschmolz; eine einseitig französische Farbe trägt das Gesetzbuch nicht; vielmehr sind in ihm mehr Züge jener verständigen und freisinnigen altgermanischen Rechtsgebräuche zu finden, als in vielen Satzungen unserer bureaukratischen Gesetzgeberweisheit, und wenn diese letztere so gewaltig dagegen eifert, so sind es sicherlich eben nur diese Elemente, nicht das französische Gewand, was sie zurückstößt. Die Rheinländer, mit deren öffentlichem Leben diese Gesetze eng verwachsen sind, wird deßwegen kein Mensch für weniger deutsch gesinnt halten, als andere Stämme des deutschen Vaterlandes; eine antideutsche Stimmung könnte höchstens jener gesetzgeberischen Unverstand hervorrufen, der, um einer eitlen Einförmigkeit willen, die dem Volke lieb gewordenen Einrichtungen wegen des Eingehens eines halben Jahrhunderts wegzuschaffen strebt. Oder sind die Abgeordneten des preußischen Landtages, die in diesen Tagen den Werth der rheinischen Criminalgesetzgebung scharf hervorhoben und dieselbe als Grundlage angenommen wünschten (es waren darunter Männer, die noch an dem Befreiungskampfe gegen französischen Druck Theil nahmen) — sind sie schlechtere Patrioten, oder die preußischen Minister, die mit lobenswerthem Entgegenkommen den Wünschen rheinischer Abgeordneten nachzugehen sich breit erklärten — sind sie darum Franzosenfreunde, weil sie nicht in die Lärmposaune eines vorgeblich nationalen, in Wahrheit reaktionären Kriegsgeistes stoßen und den Kreuzzug predigen gegen das „fremde französische“ Recht? Wenn es zu einem gemeinsamen deutschen Gesetzbuch kommen sollte, das auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung und Nachgiebigkeit begründet würde, so wird gewiß jedes Land bereit sein, kleine Opfer selbst lieb gewordener Einrichtungen zu bringen, um das große und schwierige Werk der Einheit und Einigung möglich zu machen. Man wird dann den Code Napoleon nicht mit „Haut und Haaren“ verschlingen, aber wenn man die Bedürfnisse der Zeit und des Volkes befragt, gewiß viel mehr daraus schöpfen, als aus der bunten Mischung byzantinischer, kanonischer und landesfürstlich drusischer Rechte, die uns die Gesetzgeberweisheit bureaukratischer und reaktionärer Farbe als nationales Recht einreden möchte.

**Von der Alb, 1. Febr.** Das diesjährige badische Sängerfest soll nunmehr, wie man vernimmt, auf nächsten Pfingstmontag in Baden stattfinden. Da das nach Frankfurt bestimmt gewesene deutsche Sängerfest für dieses Jahr ausfällt, so bietets der vorjere mehrseitig gehegte Wunsch, dem letzteren beizuwohnen zu können, sein Hindernis mehr. (Karl. Z.)

**Kurhessen.** Kassel, 27. Jan. Die s. g. Verfassungsrevisionskommission, von deren Thätigkeit noch nichts Oeffentliches bekannt ist, hat ein Mitglied durch den Tod verloren: der Oberappellationsgerichtsrath Mündler ist gestern an den Folgen eines Blutsturzes verschieden. Er war ein intimer Freund von Bickell und wirkte vielfach in diesem Geiste. Daher erklärt sich denn auch seine Mitgliedschaft hinsichtlich der gedachten Kommission. (Köln. Z.)

^Kassau. Die Redaktion zahlt sich verpflichtet, auf Verlangen, zu erklären, daß der Artikel „A Aus dem Nassauischen“ in Nr. 16 dieser Zeitung nicht von Limburg, noch weniger aber von einem an der dasigen Realschule angestellten Lehrer herrührt.

**Schleswig-Holstein.** Aus Kiel, vom 30. Jan. berichtet man der Weserzeitung: Abends vernehmen wir, daß auch das von der ersten Versammlung dortiger Einwohner zur Unterstützung einer Adresse niedergesetzte Komité einstimmig den Beschluß gefaßt habe, im gegenwärtigen Augenblick keine Adresse an den König abzusenden, und daß die an jenem Tage gehaltene Versammlung diesen Beschluß einstimmig brigetreten sei. In gleichem Sinne hat sich auch die Kommune in Kiel entschieden. An der Tags zuvor gehaltenen Versammlung schleswig-holstein. Abgeordneten nahmen die namhaftesten Vertreter der Herzogthümer, Graf Reventlow-Preetz, Beseler, die Etatsräthe Falck, Wiese, Lüders, Engel, Bürgermeister Balemann, Oldhausen, Claussen, Bargum Theil. Sie alle erklärten nach vierstündiger Berathung einstimmig, daß gegenwärtig keine Adressen aus Schleswig-Holstein abzusenden seien. „Die Namen dieser Männer bürgen dafür, bemerkt unser Berief, daß dieser Schritt nicht ein Schritt der Schwäche, sondern einer besonnenen Stärke ist.“

**Schweiz.**

Bern, 1. Febr. Tagsatzungsverhandlungen vom 31. Jan. Nach Verlesung des Protokolls erklärt Uri, daß es von der Regierung ermächtigt sei, an der Berathung über Bundesrevision Theil zu nehmen, für Beschlüsse sich aber das Referendum vorzubehalten. Zug zeigt seine Beistimmung zum Ehrengeschenk an General Dufour an. Uebergehend zur Tagesordnung wird der Antrag der Neuenburgerkommission, eine endliche Schlußnahme gegen die Jesuiten betreffend, behandelt. Die Kommission wünscht nämlich sachlich einen Gesammtbeschluß in der Jesuitenangelegenheit gegenüber den verneuerten Protokollserklärungen der 7 Stände, ein endliches Fallenlassen dieser Angelegenheit aus Abschied und Traktanden. Mehrere dieser Stände können nicht eintreten, oder behalten sich das Protokoll offen, weil sie nicht weiter instruirt seien. Zürich bedauert dieses Schwanken, diese Furcht, und hofft, es seien dabei keine Nächaltigedanken. Es hofft auch, daß die paar protest. Stände, die bis jetzt, weil sie durch den Jesuitenbeschluß der Kantonalsouveränität zu nahe getreten glaubten, nicht für die Versagung derselben gestimmt hätten, es nun thun werden (da diese Stände selbst die Jesuiten ausgetrieben). Der Antrag der Neuenburgerkommission wird mit 17½ Stimmen angenommen.

— Ein zweiter Antrag Neuenburgs geht dahin, es sei aufzufordern die Sonderbundskasse von ungefähr 10,600 Fr. solle an den allgemeinen Kriegskosten in Abzug, die aufgestandenen 6737 Fr. in der sogenannten Handkasse des sonderbündischen Kriegskommissärs auf Rechnung des Defizits der ehrgen. Kriegskasse gebracht werden. Zwei aufgefundene Obligationen, eine von 60,000 und eine von 30,000 Fr. seien gleichfalls an den sämmtlichen Kriegskosten in Abzug zu bringen, soweit sie realisirt werden können. So endlich auch, was an Magazingegenständen dem Sonderbunde abgenommen worden sei (Getreide rc.). Die 7 Stände sind im Ganzen damit einverstanden, wünschen aber, was den letzteren Punkt betrifft, klare Ausscheidung dessen, was dem Sonderbund und den einzelnen Regierungen angehört. Uri macht Anspruch auf die Handkasse. Der Antrag der Kommission wird mit 18½ Stimmen angenommen. — Schließlich wurden die Zahlungsverhältnisse mit Zug für erledigt erklärt und die dortigen Besatzungstruppen zurückgezogen. — Der Antrag der Regierung von Wallis in Betreff der Säkularisation der Güter des Klerus ist nun von dem eben versammelten Gr. Rath durch ein Wollziehungsdekret definitiv erledigt worden. Ich theile Ihnen nach einer Korrespondenz der Bern. Zeit. aus demselben folgende Hauptbestimmungen mit: 1) Der Bischof von Sitten sorgt für die Besetzung der Pfründen, deren Kollatur bis dahin dem Kloster St. Bernhard oder der Abtei St. Moritz zustand, auf einen vierfachen Vorschlag von Seite der Regierung und der Ge-

Digitized by Google

meindbehörde. Wenn der Bischof obiges Kollaturrecht nicht innerhalb eines Monats nach Mittheilung des Dekrets annimmt, so fällt dasselbe an den Staat. 2) Der Bischof, dessen Ernennung dem Gr. Rathe zusteht, bezieht eine jährliche Rente von 6000 Schweizerfranken, außerdem 1000 Fr. für seine Sekretäre und Almosengeber. Die Mitglieder des Kapitels werden im Verhältniß besoldet. Die Rektorate sind aufgehoben. In den Gehalten sind die Wohnungen nicht inbegriffen. Um dem Bischof und seinem Kapitel die ausgesetzte Besoldung zu sichern, wird aus der Liquidation ihres Vermögens und Titeln ein Kapital gebildet, dessen Zins zu 4 Proc. dem Betrag der Besoldung gleichkommt. Die Verwaltung des Kapitals steht unter dem Staat. — 3) Die Hofspize auf dem St. Bernhard und Simplen, sowie der religiöse Orden, der sie besorgt, bleiben auf dem gegenwärtigen Fuß. Jedoch wird der Ueberschuß der Einkünfte über die nothwendigen Ausgaben zunächst zur Bezahlung der öffentlichen Schulden und dann zur Hebung des öffentlichen Unterrichts verwandt. Ueber die Verwaltung muß jährliche Rechenschaft abgelegt werden. Wenn die Verwaltung von St. Bernhard sich weigert, sich den obigen Bestimmungen zu unterwerfen, so wird der Staat anderweitig für die Besorgung des Hospizes Vorkehrung treffen — die Ordensbrüder ersetzen. Da es notorisch und durch das Benehmen des Klosters St. Bernhard zur Genüge bewiesen ist, daß dasselbe bedeutendes überflüssiges Vermögen besitzt, das es zu entziehen sucht, so wird die Regierung Alles, was das Kloster im Kanton Waadt besitzt, und einen gleichen Theil desselben, was es in Wallis besitzt, zum Nutzen des Staates verwenden. Letzteres tritt indessen erst 8 Tage nach Verkündigung des Dekrets ein, wenn unterdessen das Kloster St. Bernhard sich nicht den obigen Bestimmungen gefügt hat. 4) Was die Abtei St. Moritz betrifft, so wird ein Theil der Ordensbrüder zu Seelsorgedienstben verwendet und die Zahl der im Kloster wohnenden Mitglieder der Korporation auf 12 reducirt. Der Staat wird in den Gebäuden der Abtei eine öffentliche Unterrichtsanstalt gründen, bei der die Mönche als Lehrer berufen werden können. Zum Unterhalt der Mönche werden aus dem Vermögen des Klosters 150,000 Fr. zu 4 Prozent kapitalisirt. Falls sich der Orden den obigen Bestimmungen nicht unterwirft, kann die Abtei aufgehoben werden. 5) Auch die Nonnenklöster von Brieg und Colombey werden reducirt. 6) Die Kapuzinerklöster von Sitten und St. Moritz bleiben auf dem gegenwärtigen Fuß, unter der Bedingung, daß die Mitglieder für das Seelsorgeramt und den öffentlichen Unterricht verwendet werden können; eine Weigerung, sich dieser Bedingung zu unterwerfen, zieht Aufhebung der Klöster nach sich. 7) Alle andern Klöster oder religiöse Korporationen als die oben genannten sind in Wallis verboten. 8) Das Vermögen der Pfarreistiftungen, deren Kollatur dem Kloster St. Bernhard und der Abtei St. Moritz zusteht, ist als Eigenthum der Gemeinden erklärt, die für die fire Besoldung der Geistlichen zu sorgen haben. Ueber die Liquidation und Verwendung macht der Staat. Wenn die Liquidation der Pfarreipfründen ein Ueberschuß über das zum Unterhalt des Gottesdienstes nothwendige Kapital birtet, so wird dasselbe zum Schulfonds geschlagen, jedoch so, daß während 10 Jahren die Interessen dem Staate gehören, um zur Tilgung der öffentlichen Schuld verwendet zu werden. 9) Alle Güter der Geistlichkeit werden unter die Aufsicht des Staates gestellt und im Nothfall von ihm verwaltet. Zum Schlusse wurde ein Antrag des Hrn. Zen-Russinen angenommen, wonach der Staatsrath bevollmächtigt sein soll, das gegenwärtige Dekret zu modificiren, wenn die Geistlichkeit innerhalb 14 Tagen die Summe von 1,500,000 Fr. in die Staatskasse zahlt. Dieses Dekret wird vom Gr. Rath mit 46 gegen 20 Stimmen angenommen.

## Dänemark.

Kopenhagen, 27. Januar. Unterm 26. d. hat der König Se. k. Hoh. den Prinzen Friedrich Ferdinand von Dänemark zum Erbprinzen erklärt. Unterm 22. Januar ist der Kammerherr v. Bardenfleth zum Geh. Staatsminister, ohne weiteres Portefeuille, mit Beibehaltung seiner Stelle als Stiftsamtmann zu Fühnen und Amtmann von Odense, und der Direktor der General-Zollkammer und des Kommerzkollegiums, C. A. Bluhme, zu dessen Präsidenten ernannt.

## Großbritannien.

London, 29. Jan. Die Gesundheit des radikalen Parlamentsmitgliedes Th. Duncombe soll so erschüttert sein, daß man keine Hoffnung hat, dieses ausgezeichnete Parlamentsmitglied (wie selbst die M. Post ihn nennt) je wieder seinen Sitz im Hause der Gemeinen einnehmen zu sehen. Dagegen will der Observer wissen, daß sich Duncombe auf dem Wege der Besserung befinde, wieder zugenommen habe und wahrscheinlich im Mai, nach vollbrachter Frühlingskur, seine parlamentarischen Obliegenheiten wieder anzutreten im Stande sein werde. Irdenfalls befindet sich Duncombe insofern besser, als er von seinem Vater 200,000 Pf. geerbt hat und nun nicht mehr von Gläubigern, Wucherern und Gerichtsdienern gränzstigt wird. Seine Schulden schlägt man auf die echt britische Kleinigkeit von nur 80,000 Pf. an.

Die letzte Ueberlandpost, mit Bombayer Zeitungen vom 1. Jan., stellt die Lage der politischen Angelegenheiten in Ostindien so friedlich dar, daß die Times ihre ernstlich Besorgniß ausdrücken, die ostindische Regierung möchte deßhalb in Lethargie verfinken, wozu sie sich in solchen ruhigen Zeiten leider sehr geneigt zeige. Nicht so günstig lauten die Nachrichten über den ostindischen Geldmarkt, der jetzt erst die Rückschläge der überstandenen Geldkrisis und der in England stattgehabten Bankrotte empfindet.

## Frankreich.

Paris, 1. Febr. Die heutigen Blätter sprechen von nichts Anderem, als von den italienischen Angelegenheiten, und namentlich von den Ereignissen in Palermo (s. unter Italien). Die Thelnahme für die dortige Bewegung ist so allgemein, daß weder ministerielle, noch legitimistische, noch ultramontane Blätter sich derselben zu entziehen vermögen. Die Reden der Kammer über die italienischen Verhältnisse verlieren jenen Thatsachen gegenüber den größten Theil ihres Werthes.

Der Prinz Joinville ist gestern nach Algier abgereist. — Die Kriegsdampfpregatte Cuvier, auf welcher er die Ueberfahrt machen sollte, ist inzwischen bei Palma verbrannt.

Hr. Cabet macht ernstliche Anstalten, den Entwurf seiner icarischen Kolonie ins Werk zu setzen. Bereits ist ein erster Zug Auswanderer in Havre angekommen, welche den Vertrag des communistischen Heeres bilden, das Hr. Cabet nach Texas hinüberführen will, wo er zu diesem Zwecke 1 Million Acres Land gekauft hat. Es sollen nicht weniger als 120,000 Theilnehmer an dem Unternehmen bei ihm angemeldet sein.

## Italien.

Turin, 25. Jan. Die Regierung hat für den 15. März alle Glieder des Staatsrathes ohne Ausnahme einberufen, um über die Deckung der außerordentlichen durch die Kriegsrüstungen hervorgerufenen Finanzbedürfnisse zu berathen. Gestern in der Nacht erhielt der König, wie es heißt, außerordentlich wichtige Depeschen vom Fürsten Metternich. Dem Inhalt dieser Mittheilungen ist Nichts bekannt geworden. Wahrscheinlich berühren sie die österreichische Intervention, wenn nicht in Sicilien, so doch in Neapel. Der Hilferuf Ferdinands II. wird immer ängstlicher und dringender. Die österreichische Regierung könnte trotz aller andern entgegenstehenden Hindernisse ihre unbaarbare Interventionslust befriedigen, wenn Karl Albert seine drohende Haltung aufgäbe, oder wenigstens, wie jüngst bei der Pisagnanese Angelegenheit, seine Truppen nur zum Schein drohen ließe. Erklärt sich der König, um nicht seine rasch gewonnene, ohnehin bereits wankende Popularität ebenso rasch einzubüßen, um nicht noch größer Gefahren hervorzurufen, gegen die Intervention, so kann Oesterreich, bedroht von der Stimmung seiner eigenen italienischen Staaten, bedroht von dem kriegerischen Nachbar, nur wenige Regimenter aus dem L. B. Königreich nach Neapel entsenden, und die kleine Streitmacht würde kaum hinreichen, den verwehrten Durchmarsch zu erzwingen.

Livorno, 26. Jan. Der A. Z. wird geschrieben: Heute Morgen kam das Dampfboot Castor von Neapel und Civitavecchia hier an. Es brachte unsern neuernannten Gouverneur, Ritter Baragagli, bisheriges toskanisches Gesandten beim heiligen Stuhl. Wie hatten erwartet in Folge der Bewilligungen des Königs von Neapel von dort freundliche Nachrichten zu empfangen, aber dem ist nicht so. Die Zugeständnisse kamen zu spät. Wie einmal Blut geflossen ist da fangen die Gemüther an zu sieden. In Sicilien schlägt man sich fortwährend; viele Verwundete waren in Neapel angekommen. In Salerno ist der Aufstand ausgebrochen, und man erwartet jeden Augenblick in Neapel ein Gleiches. Der König soll am Bord eines Dampfschiffes alle seine Kostbarkeiten eingeschifft haben um im schlimmsten Falle sich mit denselben zu entfernen. Neapel bietet einen düstern Anblick dar: bei dem geringsten Lärm, bei Rührung einer Trommel entwickern sich die Straßen und Gassen und alle Läden schließen sich.

Dem Constitutionel zufolge ist es gewiß, daß auf dem

Digitized by Google

Ostlande von Neapel die Insurrection sich nun auch auf die Provinz Basilicata ausgedehnt hat, und daß die gegen die Salernitaner ausgesandten Truppen aufs Haupt und in die Flucht geschlagen worden sind.

Das Journal des Débats hat Nachrichten aus Palermo bis zum 21. v. M. Die Zugeständnisse des Königs sind von den Aufständischen zurückgewiesen worden, mit der förmlichen Erklärung, daß man die Waffen nicht niederlegen werde bis die Verfassung von 1812 wieder in Wirksamkeit gesetzt und das sicilianische Parlament in Palermo versammelt sei. Das J. d. D. fügt hinzu: „Wir wissen nicht, welchen Entschluß die neapolitanische Regierung jetzt fassen wird, aber die Briefe, die wir erhalten, lassen uns befürchten, daß, wenn man sich nicht beeilt, der öffentlichen Meinung schnelle und vollständige Genugthuung zu geben, sehr ernste Ereignisse eine ohnehin schon schwierige Lage noch mehr verwickeln dürften."

Der militärische Zustand der Dinge in Palermo ist derselbe geblieben. Die Truppen haben noch alle festen Punkte inne. Man schlägt sich alle Tage, ohne daß es indessen zu bedeutenden Treffen käme. Eine Angabe, der zufolge die Truppen bis jetzt 200 Mann und die Aufständischen 50 bis 60 Mann verloren haben sollen, wird von dem J. d. D. für übertrieben gehalten. Ein Versuch der fremden Konsuln in Palermo, eine Einstellung der Feindseligkeiten zu bewirken, ist fruchtlos geblieben. Die Konsuln haben hierauf eine Protestation gegen die Drohung des kgl. Gouvernements mit einer allgemeinen Beschießung der Stadt unterzeichnet und an den Straßenecken anschlagen lassen, welche nicht wenig dazu beigetragen zu haben scheint, den Muth des Volkes zu steigern. Es freut uns, sagen zu können, daß auch der preußische Konsul an diesem Schritte theilgenommen hat.

### Amerika.

Mexiko. Das Dampfboot Teviot hat Nachrichten aus Vera Cruz nach England gebracht, wonach die Friedensunterhandlungen Trists, mit Ausschluß auf endlichen Abschluß einer Vergleichs, von Neuem in Gang gekommen waren. Inzwischen fuhr man fort die Steuern zum Besten der nordamerikanischen Interimsverwaltung zu erheben. Die mexikanische Armee war fast bis zum letzten Rest aufgelöst. Noch wußte man in Mexiko Nichts von der angeblichen Rückberufung des Generals Scott. Die Nachrichten über den Zustand der englischen Kolonien auf den westindischen Inseln lauten im höchsten Grade niederschlagend.

### Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 29. Jan. Obgleich die Jahrestabellen der Zollverwaltung jeweilen erst im Herbste veröffentlicht werden, so finden wir doch im Moniteur bereits eine Summe handelsstatistischer Angaben, welche einen allgemeinen Ueberblick über den auswärtigen Umsatz während des abgelaufenen Jahres möglich machen. Nach jenen Angaben stellt sich zunächst heraus, daß die Einfuhr mehrerer bedeutenden Artikel, wie Baumwolle, Wolle, Oel, Mahagoniholz, fremder Rohzucker, Vieh bedeutend abgenommen hat, was denn mit dem Gleichen gewisser großen Gewerbe im engen Zusammenhange steht. Die Baumwolleneinfuhr namentlich ist von 71 Mill. auf 56 Mill. Kil. gefallen. Zugenommen dagegen hat die Einfuhr von franz. Kolonialzucker (von 78 Mill. auf 87 Mill. K.), Steinkohlen (1,944,000 Tonnen auf 2,251,000 Ton.), Gußeisen (von 85,000 auf 95,000 Tonnen). Die Einfuhr von Seide, Indigo, Kaffee ist ungefähr dieselbe geblieben, welche sie 1846 war. Die Zolleinkünfte sind übrigens von 154 Millionen auf 134 Millionen gefallen, was zum Theil der freien Einfuhr des Getreides zuzuschreiben ist, die während des ganzen Jahres stattfand.

Für die Ausfuhr macht sich eine beträchtliche Zunahme bei Wein und Branntwein bemerklich. Die Weinausfuhr stieg von 1,345,000 auf 1,935,000 Hektol., die Branntweinausfuhr von 10,000 auf 20,000 Hektol. zugenommen, wenn auch im niederen Grade hat auch die Ausfuhr von Modewaaren, Baumwollen- und Seidenstoffen, Leinwand, Tuch, Porzellan, Glas, Leder, Zucker und Salz. Eine Abnahme dagegen hat stattgefunden in der Einfuhr von Maschinen, Lederwaaren, Baumwollengarn, Krapp und einigen andern Artikeln.

Der Tonnengehalt der Schiffe, welche den auswärtigen Handel vermittelt haben, ist von 3,925,000 auf 4,314,000 Tonnen gestiegen. Von diesem Zuwachse fallen 332,000 Tonnen auf fremde Flaggen, und nur 56,000 Tonnen auf die einheimischen Flaggen.

Frankfurt, 3. Feb. Oesterr. Met. 101⅜ Fl. 2½% 51 P. Bankaktien pro ult. 1855 P. 500 fl. Loose von 1834 155½. 250 fl. Loose von 1839 110¾ P. Preußen. Köln-Minden 92⅝ P. 92½ G. — Baiern. Ludwigs-Berbach 86⅞ P. 85½ G. Würtemberg. 3½% Oblig. 88¼ G. — Geldsorten: Neue Louisd'or 11 fl. 4 kr. — Fr'or 9 fl. 47 kr. ditto Preuß. 9 fl. 53½ kr. Holl. 10 fl. Stücke 9 fl. 59 kr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 30 kr. Engl. Souverains 12 fl. — kr. — Laubthaler ganze 2 fl. 43¼ — Preußische Thaler 1 fl. 44½ kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Berlin, 31. Jan. 3½% Staats-Sch. 92¼ Prämien-Scheine 92¼ Poln. Loose 500 fl. 80 — ditto 350 fl. 99½ Ludwigs-Berbach — Frd.-W.-Nordb. 55½ Köln-Minden 93.

Wien, 29. Jan. 5% Met. 102 Bankaktien 1553 — 500 fl. Loose 156¼ 250 ditto 121¼ — Nordbahn 132 — Wien-Gloggnitz 104 — Mailand-Venedig 87.

Amsterdam, 31. Jan. 2½% Integrale 54¼ 4% von 1844 84½ 3% ditto 65⅝ 4% Russ. bei Pope 85¾ — ditto bei Stieglitz 85½ 5% Span. Active 15¼ 3% ditto inländ. 25½ — 4% Portugiesische 27½ 2½% Oesterr. Met. 49¼.

Paris, 1. Feb. 3% 74 f. 25 5% 116 f. 60 Bankaktien —

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[77] Bei Veit & Comp. in Berlin ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

**Allgemeine Zeitschrift für Geschichte.**

Herausgegeben von Prof. **Dr. Adolf Schmidt.**

Fünfter Jahrgang. 1848.

Preis des Jahrgangs 6⅔ Thlr. Des einzelnen Heftes 20 Sgr.

Inhalt des Jahrhefts: Beiträge zur neuesten Geschichte Hannovers aus Steinackers literarischem Nachlass. — Die Vorreden zur lex Salica. Von v. Bethmann-Hollweg. — Ueber das germanische Element in der Geschichte des neuern Europa. Von G. Waitz. — Ueber die Geschichte der neuesten Zeit. Von K. Hagen. — Literaturberichte. — Miscellen. — Zweite Fortsetzung des Walther'schen Repertoriums über die Schriften zusammtlicher historischer Gesellschaften Deutschlands. Von W. Koner.

[78] Im Verlage von Grobovsky's Buchhandlung (C. F. Maske) in Breslau ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Die wissenschaftliche Aufgabe der Gegenwart**

als leitende Idee im academischen Studium.

**Hodegetische Vorträge**

von

**Chr. J. Braniss,**

ordentl. Professor an der Universität zu Breslau.

22 Bogen in 8. Geh. 1 Thlr. 10 Ngr.

[79] Soeben erschienen in der J. C. Hinrichs'schen Buchhandlung in Leipzig und können durch alle Buchhandlungen bezogen werden:

**Zeitereignisse**

**Aus dem Jahre 1847.**

Von Prof. **Fried. Bülau.**

Die kirchl. Bewegungen Deutschlands. Bürgervereine. Theuerungsunruhen. Geldkrisis. Hoffnungen und Wechselrecht. Die preuß. vereinigte Landtag. Baiern und der außerordentliche Landtag. Entweihung Krakau's. Schweiz ꝛc.

Aus dem Jahrgang 1848 der „Neuen Jahrbücher für Geschichte ꝛc."

gr. 8. geheftet 9 Ngr.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner u. Comp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Griechenland Länder werden man sich an H. A. Ackermann in Straßburg, 28 Boulevards, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Deutsche Zeitung kann bestellt werden bei Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 37. Heidelberg, Sonntag 6. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Die neue dänische Regierung und die deutschen Herzogthümer.** — **Wien** (Gerüchte von einer Verschwörung. Der Oesterr. Beob. über die Lombarden). **Berlin** (Hoffnungen der Freihandelsmänner. Statistik. Zeichen der Zeit). **Aus Oberschlesien** (die Noth). **Posen** (der Verein für Bildung polnischer Jünglinge). **Stuttgart** (die Adreßdebatte [Schluß]). **Heidelberg** (die Unterstützung der Oberschlesier. Das amerik. Dampfschiff Washington). **Pondweg** (keine fürstliche Vermählung). **Kiel** (warum man keine Adressen schicken will). **Heidelberg** (eine dänische Gesammtverfassung verkündigt).

**Schweiz.** Vom Neckar. Umgestaltung der 7 Kantone. Politik der Mächte. Bern. Druey und seine Verleumder. Antrag auf Amnestie in der Tagsatzung.

**Großbritannien.** Der Herald über den Stellenwucher in Frankreich. Ergüsse der M. Post über Italien. Cobdens Rede in Manchester.

**Frankreich.** Die Verträge von 1815 und die öffentliche Meinung. Debatte zwischen Thiers, Guizot und Odilon Barrot über die italienische Frage. Sitzung vom zweiten. Bugeaud künftiger Kriegsminister. Die Adreße Joinvilles eine Verbannung. — **Portugal.** Ein neuer Kriegsminister. Costa Cabral. Eine gesetzlose Kammer. Mordthaten. — **Italien.** Kritische Lage in Sicilien. Proklamation der provisorischen Regierung. Erledigte Posten.

### Heidelberg, 6. Februar.

Der durch den Tod des Königs Christian des Achten eingetretene Regentenwechsel in Dänemark und den Herzogthümern ist in einen für beide Länder höchst bedeutungsvollen Zeitpunkt gefallen. Der verstorbene König beschäftigte sich in den letzten Monaten und Wochen vor seiner Krankheit mit einem Plane, die Verhältnisse zwischen Dänemark und den Herzogthümern zu ordnen. Was er in dieser Beziehung beabsichtigte, ist freilich dem größeren Publikum bisher unbekannt geblieben; nach Andeutungen in dänischen Blättern scheint jedoch wirklich an eine gemeinschaftliche Konstitution für Dänemark und die Herzogthümer und folgeweise an eine Aenderung der Erbfolge in Dänemark gedacht zu sein, wozu der Tod des Kurfürsten von Hessen und die dem präsumtiven dänischen Thronfolger näher gerückte Aussicht, dort zur Regierung zu gelangen, einen Impuls gegeben haben mag. Auch scheint es die Absicht des Königs gewesen zu sein, den Konstitutionsentwurf vorgängig von einer Versammlung von Notabeln aus Dänemark und den Herzogthümern berathen zu lassen. Der König Christian der Achte wurde während dieser Berarbeiten vom Tode überrascht, und der jetzige König hat sich sowohl in der bei seinem Regierungsantritt erlassenen Proklamation, als in seiner Antwort auf die Adresse des Kopenhagener Magistrats dahin ausgesprochen, daß er die Sache aufnehmen und kräftig fördern werde.

Die Stellung Friedrichs des Siebenten ist in dieser Beziehung offenbar weit günstiger, als diejenige seines Vaters. Christian VIII. hatte sich weder in Dänemark noch in den Herzogthümern des Vertrauens und der Liebe des Volkes zu erfreuen. Die Dänen hatten von ihm eine Konstitution und völlige Unterdrückung der deutschen Nationalität in den Herzogthümern, wenigstens im Herzogthume Schleswig erwartet; in den Herzogthümern konnte man kein Zutrauen zu ihm fassen, weil seine Befangenheit zu Gunsten Dänemarks immer entschiedener hervortrat, und die Leidenschaftlichkeit, mit welcher er seit Erlassung des offenen Briefes vom 8. Juli 1846 die dynastischen Interessen seines Hauses und die dänischen Ansprüche auf das Herzogthum Schleswig betrieb und jede entgegenstehende Meinung verfolgte, hatte ihm in der Herzogthümern alle Gemüther entfremdet. Sein Tod hat daher, obwohl sich nicht verkennen läßt, daß während seiner Regierung für die Ordnung der Finanzen und die Belebung des Verkehrs Manches geschehen ist, im Allgemeinen keinen schmerzlichen Eindruck hervorgebracht und wird von Vielen als ein günstiges Ereigniß betrachtet.

Der jetzige König ist in den Herzogthümern, wie er nur selten und nie auf längere Zeit besucht hat, persönlich wenig bekannt; er soll indeß den offenen Brief und manche in Folge desselben getroffene Maßregel mißbilligt haben; jedenfalls hat er sich in dieser Beziehung nicht entschieden ausgesprochen und kann die Rechte der Herzogthümer anerkennen, ohne sich ein Dementi zu geben. Er hat ferner Gelegenheit gehabt, die Festigkeit, welche sein Vater gemacht und deren Folgen zu beobachten, und es liegt daher sehr nahe, daß er von vornherein ein anderes System annimmt. Daß dies seine Absicht sei, wird schon durch die in den ersten Tagen seiner Regierung verfügte Niederschlagung der unter dem verstorbenen König eingeleiteten politischen Prozesse und Untersuchungen angedeutet, denn wenn diese Maßregel auch, was die Herzogthümer betrifft, mehr im Interesse der Staatsregierung, als der zur Zeit Angeklagten getroffen ist, so deutet sie doch auf eine vorurtheilsfreie Würdigung der vorliegenden Thatsachen hin. Wenn der König den so betretenen Weg verfolgt, den Regierungspräsidenten von Scheel von den Geschäften entfernt, die jetzt bestehenden polizeilichen Beschränkungen aufhebt, die Presse von ihren Fesseln befreit, das Verbot der Volksversammlungen zurücknimmt und die freie Aeußerung der öffentlichen Meinung gestattet, so werden dadurch die wesentlichen Hindernisse des friedlichen Vertrauens aus dem Wege geräumt, und in den Herzogthümern eine günstige Stimmung für die neue Regierung vorbereitet sein. Daß der König nicht gesonnen ist sich von den dänischen Radikalen leiten und sich von diesen Zugeständnisse abringen zu lassen, daß er vielmehr seine Unbefangenheit den dänischen Patrioten gegenüber bewahren will, hat er in der dem Kopenhagener Magistrat ertheilten Antwort und durch die Erklärung, vor der Hand keine Adressen und Deputationen annehmen zu wollen, ausgesprochen.

So lange der König eine vorurtheilsfreie Stellung über den Parteien einnimmt, allen gleiche Gerechtigkeit gewährt und sich durch dynastische Interessen nicht befangen läßt, wird man ihm von allen Seiten mit Vertrauen entgegenkommen, und wenn ist die ihm gewordene Aufgabe, die Wirren, welche durch die Vorgänge der letzten Jahre herbeigeführt worden, zu lösen, keineswegs so schwierig, wie man dies in Dänemark glauben machen will.

Wenn nämlich der König die Unhaltbarkeit des absoluten Regiments in Dänemark erkennt und dem Verlangen der Dänen nach einer freisinnigen Konstitution nachgibt, so wird die Aenderung der Erbfolge in Dänemark dort keine Schwierigkeiten finden; denn der Prinz von Hessen ist in Dänemark keineswegs beliebt, und man wird nicht abgeneigt sein ein Opfer zu bringen und ihn wegen seiner dereinstigen Ansprüche abzufinden; durch die Einführung der männlichen Erbfolge in Dänemark würde aber die Personalunion zwischen dem Königreiche und den Herzogthümern gesichert und damit die Besorgniß der Dänen, von den Herzogthümern getrennt zu werden, auf immer beseitigt.

Diese Reformen in der Verfassung des Königreichs setzen aber die gleichzeitige Anerkennung der staatlichen und konstitutionellen Rechte der Herzogthümer und deren Sicherung durch eine zeitgemäße Verfassung voraus. Die Erzebnisse der letzten Jahre haben es als unzweifelhafte Thatsache herausgestellt, daß die Herzogthümer ihre gegenseitige Verbindung aufrecht erhalten, daß sie ihre Selbstständigkeit wieder erwerben, daß sie in keine engere Gemeinschaft mit Dänemark treten wollen, und daß nur bei völlig gleicher Berechtigung mit Dänemark ein friedliches Verhältniß zwischen beiden Ländern möglich ist. So unabweisbar demnach das Streben der Dänen nach einer Verfassung ist, ist es mit derselben Nothwendigkeit gegeben, daß den beiden Herzogthümern Schleswig und Holstein gleichzeitig eine gemeinschaftliche Verfassung mit gänzlicher Trennung der Verwaltung im weitesten Umfange von der dänischen zu Theil werden muß.

Digitized by Google

Die Ausführung dieser Reformen ist, wenn der König mit der Energie auftritt, welche die Ueberzeugung, das Rechte zu thun, gewährt, und wenn er seine Rathgeber zu wählen versteht, nicht schwer; und wenn sich auch wesentliche Schwierigkeiten zeigen sollten, so dürfen diese nicht gescheut, sondern müssen überwunden werden, eben weil dies der einzige Weg ist, der zum Ziele führt.

Wollte der König aber nicht dabei stehen bleiben, unter Anerkennung der beiderseitigen Rechte die Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogthümern zu sichern, wollte er weiter gehen und eine feste Vereinigung der Herzogthümer mit Dänemark unternehmen, so würde daran das ganze Werk scheitern. Die Inkorporation der Herzogthümer in einen dänischen Gesammtstaat ist rechtlich unmöglich und würde sowohl in den Herzogthümern selbst, als von den deutschen Fürsten und dem deutschen Volke den lebhaftesten und, wie wir glauben, einen unüberwindlichen Widerstand finden. Eine gemeinschaftliche Konstitution für Dänemark und die Herzogthümer ist bei der Verschiedenheit der Nationalität und aller Interessen beider Nationen ein Unding; die Unausführbarkeit einer solchen Verbindung ist jedem Unbefangenen klar, und ihr Zweck könnte kein anderer sein, als unter der Maske des Rechts die Herzogthümer zu dänischen Provinzen, ihre Bewohner zu Sklaven Dänemarks zu machen. Der bloße Versuch, schon die Andeutung eines solchen Vorhabens würde in den Herzogthümern eine Indignation und einen Widerstand hervorrufen, dessen Folgen nicht zu berechnen sind, und der über kurz oder lang die völlige Trennung beider Länder zur Folge haben müßte.

Zwar wird es in Dänemark nicht an Rathgebern fehlen, die bei ihrer Unkunde der Zustände und der Stimmung in den Herzogthümern die Aufrechthaltung, oder richtiger, Konstituirung eines dänischen Gesammtstaates empfehlen; auch werden die dänischen Radikalen in ihrem blinden Eifer auf die Inkorporation Schleswigs und eine gemeinschaftliche Konstitution dringen. Der König würde aber sein eigenes Werk in dessen Entstehen zerstören, wenn er solchen Stimmen Gehör geben wollte. Schon die Andeutung der Existenz eines Gesammtstaates oder das Aussprechen der Absicht, eine gemeinschaftliche Konstitution zu gründen, könnte die Klippe werden, an der jeder Versuch zur Verständigung scheitern müßte. Wenn es demnach, wie die dänischen Blätter wissen wollen, im Werke ist, die zu treffenden Maßregeln durch eine Versammlung von Notabeln oder Mitgliedern sämmtlicher Ständeversammlungen vorher berathen zu lassen, so würde der Erfolg einer solchen Berufung von vornherein zerstört sein, wenn in den deßfallsigen Erlassen Voraussetzungen wie die angedeuteten ausgesprochen würden. Die Ständeversammlungen der Herzogthümer würden es entschieden ablehnen müssen, zu Berathungen auf solche Grundlagen Abgeordnete zu stellen, und das einmal gestörte Vertrauen würde sich nicht wiederherstellen lassen. Wenn dagegen der König eine berathende Versammlung berufe und damit die Verschiedenheit verbände, daß die Rechte der Herzogthümer volle Anerkennung finden sollten oder wenigstens keine vorgefaßte Meinung aussprache, so würde eine solche Maßregel auch in den Herzogthümern als ein Schritt zur Verständigung günstige Aufnahme finden, und da die Staatsregierung dann Gelegenheit haben würde, die Verschiedenheit der in den Herzogthümern herrschenden Stimmung kennen zu lernen, so ist wenigstens die Möglichkeit vorhanden, daß die Berathungen ein befriedigendes Resultat vorbereiten könnten*).

**Oesterreich.** Wien, 29. Jan. Eine Kourierssendung der Oberpostamtsz. berichtet, es sei in Mailand eine geheime Verschwörung entdeckt, welche die bisherigen Umtriebe organisirt und genährt hätte. Zwölf Personen sind bereits verhaftet und zwei davon nach Laibach eskortirt worden; es sind meistens reiche und angesehene Leute, insgesammt nun der Konfiskation ihres Vermögens ausgesetzt. Eine hohe Magistratsperson von Mailand soll dabei übrigens kompromittirt sein.

Der Oesterr. Beob. läßt sich gleichzeitig über die italienischen Verhältnisse in halboffenbarer Weise vernehmen. Er rühmt, daß die italienische Sprache und Eigenthümlichkeit der Italiener von der österreichischen Verwaltung nie mißachtet und gekränkt worden sei; in dem Sinne, wo Nationalität die mögliche Berücksichtigung der Eigenthümlichkeit des wirklichen Volkes bedeutet, sei die österreichische Regierung in Italien eine nationale im eminenten Sinn gewesen und werde es ferner bleiben. Wenn aber, fährt er fort, eine kleine Faktion von Unbelehrbaren, von deren Grundsätzen und leitenden Ideen die überwiegende Mehrheit des italienischen Volkes Nichts weiß, wenn diese Minderheit, im Widerspruche mit dem Glauben, der Geschichte und den Ueberlieferungen Italiens und in offener Auflehnung gegen das Staats- und Völkerrecht von ganz Europa, im Namen einer utopistischen Chimäre, die sie Nationalität nennt, ganz Italien in eine wüste, revolutionäre Masse zusammenschmieden möchte, und dies zwar um der Habsucht, der Eitelkeit und dem Ehrgeize einiger ihrer Führer einen umfassenderen Spielraum zu verschaffen, so wird Oesterreich, eingedenk seiner Pflicht als europäische Großmacht und der ihm anvertrauten Sorge für das Wohl seiner Völker, in Italien wie außerhalb desselben dieser Nationalität zu begegnen wissen. (Die Borwürfe, die man der österreichischen Regierung in Italien macht, berühren allerdings die nationale Seite am wenigsten; es sind allgemein menschliche Güter, deren Verletzung nicht bloß eine kleine Faktion Uebelgesinnter beklagt. Diese Klage ist in den deutschen Gebieten der österreichischen Monarchie ebenso begründet, wie in der Lombardei; und die Politik, welche sich seit Jahrzehnten in dies System festgerannt hat, wird in den Erblanden, in Böhmen u. s. w. ebensowenig für vorzugsweise „national" gehalten, als jenseits der Alpen.)

**Preußen** Berlin, 26. Jan. Der Börsenhalle wird geschrieben: In den höheren Kreisen unserer Verwaltung ist die Differentialzollfrage bereits als vollständig zu Gunsten des freien Handels erledigt zu betrachten. Die einflußreichsten Staatsmänner, mit Ausnahme des Hrn. v. Rönne, haben sich entschieden gegen das Differentialzollsystem erklärt, und an eine Einführung desselben, welcher Art es auch sein möge, ist nicht mehr zu denken. Das energische Auftreten der Handelsstädte in den Ostseeprovinzen gegen eine Maßregel, mit der man sie ganz gegen ihren Willen beglücken wollte, hat zu dieser erfreulichen Entscheidung nicht wenig beigetragen. (Bei der Börsenhalle, wie in anderen Blättern, nehmen fromme Wünsche nicht selten die Gestalt von Thatsachen an; und man berichtet diese Thatsachen jetzt um so eifriger, je näher die Zollvereinskonferenz rückt, je sicherer man den Freunden eines Differentialzolls damit alle Hoffnung des Gelingens zu benehmen glaubt. So droht der Rhein. Beob. mit der Auflösung des Zollvereins, während die Börsenhalle versichert, man habe in Berlin über die Differentialzölle bereits den Stab gebrochen; beide Nachrichten haben im Grunde eine und dieselbe Quelle).

Die Volkszahl Berlins beläuft sich gegenwärtig auf 403,895 Personen mit Ausschluß des aktiven Militärs. Im vergangenen Jahre wurden 13,410 Kinder (darunter 2053 unehelicher) geboren, 10,103 Personen starben. Es kamen 105 konstatirte Selbstmorde vor; außerdem wurden 24 Leichen im Wasser und im freien Felde gefunden.

** Berlin, 21. Januar. Sprechendern Beleg für die Richtigkeit Ihrer Wahrnehmung, daß unser Volk die Welt der Poesie längst aus dem Gesichtskreis verloren, als die Thatsache, daß in dem vorzugsweise sogenannten ästhetischen Berlin ein Drama, welches dem Stempel künstlerischer Vollendung an sich trägt, Werders „Entdeckung der neuen Welt" (erster Theil der Tragödie Columbus) zum 2. und 3. Male bei fast leerem Hause gegeben ist, während jedesmal die Vorstellungen, in denen Dichter mit begeisterten Heroinen[1] spielen, können Sie nicht fordern. Denn die Kritik allein, welche sich beinahe durchweg unglaublich über das Schauspiel ausgelassen, hat zwar Theilnahmslosigkeit nicht hervorzurufen vermocht. „Es trägt sein Schicksal in sich und seiner Zeit." In sich, weil es jenen klassischen Meisterwerken, dem Tasso, der Jphigenie, dem holonischen Oedip zur Seite steht, die den mächtigen Konflikt der Leidenschaften mit die schmerzvollen Kämpfe der großen Seelen nicht sinnlich veranschaulichen, sondern geistig verklären, folglich kein rauschendes Entzücken, sondern tiefste Ergriffenheit und das erschütternde Gefühl hervorzubringen bestimmt sind, welches Aristoteles Schauer und Ehrfurcht nennt. In unserm Zeitalter, weil jene Sammlung des Gemüths, jene wirkliche und ungetheilte Liebe zur Kunst und wahrhafte Empfänglichkeit für poetische Schönheit einem andern Dichter und Trachten, einem der Dichtung abgewandten Streben und Ringen im Volk gewichen ist. Wir sind den Franzosen ähnlicher geworden, als wir zugeben mögen. Die so heftig gegen das Ueberfluthen unserer Bühnen mit Pariser Effektstücken brezichen, würden im Eifer erkalten, wenn solche Ausgeburten französischer Zustände einheimische Erzeugnisse wären. Wir haben, wie das Volk an der Seine, nicht mehr die Zeit übrig, um ein Kunstwerk in seinem Gehalt und Werth zu würdigen; wir wollen aufgeregt sein im Theater; wir bringen Ermüdung und Abspannung hinein; wir wollen genießen, ohne Kraftanstrengung! Hier werden wir in den

*) Wir brauchen wohl kaum zu bemerken, daß dieser Artikel bereits geschrieben und gesetzt war, als wir die unten folgenden Kraftsätze aus Kopenhagen erhielten.

D. Red.

[1] Digitized by Google

nächsten Wochen Gutzkows Fliegen Wullenwever aufführen sehen und, wenn es ein Schriftenrichter will auch nur halbwegs aushält, laut ausposaunen hören, — denn Wullenwever: „reformirte Kopenhagen." Erschienen jetzt auch ein Dichter, der Zeitalter und Kunst shakespearisch einigte, der hinreißend, überwältigend wirkte, — nur mit weltmüthigem Lächeln könnte er die zuvorkommen Huldigungen annehmen, denn sie gelten nur zur Hälfte seiner Muse! Werden gab uns ein Schauspiel voller Poesie; die politische Zeit, gelangweilt und zerstreut, hat es nicht verstanden!

Aus Oberschlesien, 28. Jun. bringt die Schlesische Zeitung fortwährend schaudererregende Berichte. Der Hungerthyphus, wird ihr aus dem Kreise Rybnik geschrieben, eine nothwendige Folge eines dreimal in drei Jahren wiederholten Mißwachses, erzeugte sich aus den schlechten Lebensmitteln, welche die arme Klasse nothgedrungen einzig und allein erschwingen konnte, jetzt hat er alle Klassen der Gesellschaft ergriffen und wüthet an allen Orten. Mehrere Aerzte wurden davon befallen, mehrere Geistliche holten sich ihn bei Ausübung ihrer Pflicht, zwei erlagen der Macht der Seuche und einer liegt noch gefährlich darnieder. — In einzelnen Ortschaften starben mehrere Häuser vollkommen aus und stehen jetzt leer. Hunderte verwaister, nackter, brodloser Kinder irren von Dorf zu Dorf, weil sie kein Obdach, keine Heimath mehr finden, denn die Eltern hat Gott erlöst; die verlassenen Waisen aber nicht. Tausende liegen am Typhus darnieder, gestehen von ihren nächsten Angehörigen, ein Raub der Seuche und Mangel an Pflege, an Arznei, an Nahrung, und wenn das Fieber endlich gewichen, was soll den abgemergelten elenden Körper stärken? — Nicht selten fehlt es an Brettern zu Särgen für die Leichen, sie werden in Lumpen gehüllt oder auch nackt zur Begräbnißstätte auf Handschlitten, Schubkarren geschleift und dem Todtengräber überwiesen, der sein Tagewerk selten beendigt. — Jegliches Gefühl der Nächsten-, der Bruder-, der Eltern-, der Kinderliebe ist in der Masse gestumpft, selbst die Sorge für die eigne Erhaltung; die Menschen siechen in völliger Abgestumpftheit dem Grabe zu; ermattet, zum Tode schwach, suchen sie weder Erwerb noch sonstige Hilfe als Betteln, woran der scharfe Frost sie jetzt selbst hindert. — An Arbeitern ist vollständiger Mangel, namentlich sind alle Forstbrsitzer in größter Verlegenheit hinsichtlich des Holzeinschlags; ungeachtet viel höherer Lohnsätze, als sie hier gezahlt wurden, finden sich keine Arbeiter, denn es ist kalt, und sie, nur in Lumpen gehüllt, schwach und krank.

* Posen. Die von dem verstorbenen Dr. Marcinkowski gegründeten Vereine zur Unterstützung bildungsfähiger polnischen Jünglinge fangen in der letzten Zeit an, mit erneutem Eifer erfreulich zu wirken, nachdem sie sich von der Lähmung erholt hatten, die der vorübergehende Aufstandsversuch in alle Nationalbestrebungen des edlen Marcinkowski gebracht hat. Vor Allem ermunternd ist der Umstand, daß auch Bauern, nicht nur Adelige und Bürger, an den Vereinen sehr regen Antheil nehmen. So bestand die größere Hälfte der Mitglieder bei der am 24. Jan. abgehaltenen Generalversammlung des Kreisvereins zu Czarnkowo aus Bauern. Die Letztern bezeigten sich, mit kleinen, aber gewiß doch anzuschlagenden Beiträgen die Kasse des Vereins zu vergrößern, und zuletzt wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß Jeder sich bemühen solle, bei der künftigen Generalversammlung wenigstens ein neues Mitglied einzuführen, so daß man nun gewiß voraussagen kann, daß der Verein bald wenigstens um das Doppelte seiner Mitglieder bereichert werden wird.

**Württemberg.** ** Stuttgart, 2. Febr. Die Adreßdebatte wird fortgesetzt. Der weitere Satz der Adresse antwortet auf die Mittheilung der Thronrede über das Zustandekommen der deutschen Wechselordnung. Es heißt darin: „Wir begrüßen in dieser den ersten Schritt zu einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung mit Freude und Dank" gegen E. k. M., als den erhabenen Pfleger deutscher Nationalität." Römer beantragt den Strich dieser Worte. Wir müssen sogleich die Motive zu diesem Antrag beifügen, damit dem Antragsteller nicht, wie in den 30ger Jahren Paul Pfizer und seinen Freunden aus ihrem Votum gegen den unbedingten Eintritt in den Zollverein ein Verbrechen gemacht wurde, so wegen dieses Antrags falsche Gründe unterstellt werden. Er sagte: sei ein Freund deutscher Einheit, aber er wolle nicht durch ein so allgemein gehaltenes Lob eine Billigung den Regierungen gegenüber aussprechen, welche auf die gleiche Weise alle möglichen Gesetze zu Stande bringen könnten. Allerdings stehe es den Ständen der einzelnen Ländern immer noch zu, ein solches Gesetz zu verwerfen; allein dieses Recht der Mitwirkung an der Gesetzgebung sei in letzter Instanz illusorisch. Wenn bei den Berathungen der Regierungen die Ständeversammlungen mitwirken könnten, so sei er ganz einverstanden, so aber sinken die Stände in die Rolle von bloßen Ja- und Neinsagern zurück. Sch. R. v. Prieser wundert sich, von Römer Widerspruch gegen den vorgeschlagenen Satz zu hören; die Gemeinsamkeit der Gesetzgebung habe durch ganz Deutschland Anklang gefunden, es finden bereits Unterhandlungen über weitere gemeinsame Gesetzbücher statt, und es sei zu hoffen, daß wenigstens für Süddeutschland ein gemeinsames Recht zu Stande gebracht werden könne. v. Schwarzer, v. Varnbüler stimmen ihm zu, Seeger sagt, allerdings sei ein deutsches Parlament zu wünschen, aber ein gemeinsames deutsches Gesetzbuch sei eher zu erreichen, stehe uns näher. Goppelt will, daß Gesetzgebungskommissionen der einzelnen Stände vorher mit dem betr. Gegenstand bekannt werden, auch Sachverständige hören. Er will dem Dank der Adresse eine Wahrung der verfassungsmäßigen Mitwirkung der Stände beifügen. Römer: er sehe wohl, daß er eine mißliche Sache führe, da er gegen eine äußerlich sehr glänzende Idee auftrete. Indem sich Römer, Duvernoy, Heyer gegen die Allgemeinheit des Satzes, der, wie der Präsident bemerkt, nicht blos in Beziehung auf Civilgesetzgebung, sondern auf Gesetzgebung überhaupt genommen ist, verwahren, und Goppelt sich die Ausführung seiner Erklärung auf die Berathung über die Einführung der Wechselordnung vorbehält, wird der Kommissionsantrag angenommen. — Im folgenden §. wurde auf Wirth's Antrag eine kleine Verstärkung des Entwurfs im Sinne der Beseitigung des Bodens angenommen. Zum Schweizer §. fand keine Debatte Statt; wir finden bloß die Bemerkung Römers: die ganze letzte Stelle scheine eines faktischen Fundaments zu entbehren. — Schließlich wird die ganze Adresse mit den beschlossenen Aenderungen durch Zuruf angenommen. Begleichen wir nun den Entwurf mit der beschlossenen Adresse, so finden wir mehrere Aenderungen im Sinne der Opposition, Verschärfungen der ursprünglichen Worte: so die Worte über die Noth, über Befreiung des Bodens, über die Presse; und eine Milderung der Worte über die Wahrworten in der historischen Relation des Beispiel, daß sie im Gesetze der Theuerung vorgefallen seien. — In die Staatsschulden-Verwaltungskommission wurden Folgende gewählt: Graf v. Rechberg mit 108, Schoffer mit 77, Speing mit 75, Knapp mit 74, Stierlein mit 60 Stimmen. Weitere Stimmen erhielten: Frhr. v. Soden, Peiny H. v. Hohenlohe-Oehringen, v. Jeitter, Eggmann, Pantlen.

**Baden.** * Heidelberg, 4. Febr. Der Aufruf in der D. Z. zur Unterstützung der armen Oberschlesier hat gleich Anfangs einen höchst erfreulichen Anklang gefunden. Es sind uns heute zugekommen:

| | | |
|---|---|---|
| Geschenk eines Ungenannten . . | 800 fl. | — kr. |
| Ferner von A. Z. in Heidelberg | 10 „ | — „ |
| Ungen. in Heidelberg | 4 „ | — „ |
| G. in Heidelberg | 5 „ | 24 „ |
| H. in Heidelberg | 3 „ | — „ |
| W. in Heidelberg | 5 „ | — „ |
| einem Ungenannten v. Rg. | 3 „ | 30 „ |
| R. K. in Heidelberg | 3 „ | 30 „ |
| | 839 fl. | 24 kr. |

Da hier angenblickliche Hilfe Noth thut, werden wir diese Summe sogleich an den Unterstützungsausschuß nach Breslau abgehen lassen, laden aber zugleich alle Menschenfreunde zu fernern Unterstützungen dringend ein.

* Heidelberg. Eine Korrespondenz von Frankfurt a. M. meldete uns, daß man in New-York um den „Washington" ernstliche Besorgnisse hatte, weil dieses amerikanische Dampfschiff, obschon am 20. Dec. von Southampton abgegangen, noch am 13. Jan. daselbst nicht angekommen war. Jetzt lesen wir in der Weserzeit. folgende Notiz: Bremen, 2 Febr.: Laut Nachrichten von Halifax vom 10. Jan. (durch „Caledonia") war der amerik. Steamer „Washington" von Southampton aus Mangel an Kohlen daselbst eingelaufen. Er hatte auf der Reise sehr stürmisches Wetter.

* Homburg, Ende Januar. Wirklich verfügte sich dieser Tage eine Deputation an den Landgrafen und ersuchte denselben, dahin mitzuwirken, seinen Bruder, den Prinzen Ferdinand, zu einer Vermählung zu bewegen. Huldvoll aufgenommen, wurde die Deputation mit der Versicherung entlassen, daß der Landgraf Nichts zur Erfüllung ihrer Wünsche unversucht lassen werde. Darauf begab sich dieselbe Deputation zum Prinzen selbst, konnte aber von ihm keine bejahende Antwort erzielen. Von Vielen wird dieser Schritt als ein unbedachter angesehen, da der Tod des jungen Erbprinzen noch in zu schmerzlichem Andenken ist. Aus den Gesprächen, die über den Erfolg der abgesandten Deputation im Umlaufe sind, ist zu entnehmen, daß der Prinz wohl unverheirathet bleiben wird, da er in dem Winke der Vorse-

Digitized by Google

hung den Schlußstein zur Beseitigung dieser ihm unvertrauten Angelegenheit zu finden scheint.

**Schleswig-Holstein.** ✕ Kiel, 31. Jan. Das für Schleswig-Holstein so bedeutungsvolle Ereigniß des Todes Königs Christian VIII. und der Thronbesteigung Königs Friedrich VII. hat vielfach den Wunsch erzeugt, sich dem neuen Landesherrn gegenüber auszusprechen, und in dieser Anleitung war bereits von einem großen Theile der Einwohnerschaft Kiels einem Komité, an dessen Spitze der Etatsrath Falck stand, der Entwurf einer Adresse übertragen, über deren Annahme vom 29. d. M. berathen werden sollte. Allein eine am 28. d. M. in Kiel zu demselben Zwecke zusammengetretene Versammlung von schleswigschen und holsteinischen Abgeordneten, unter welchen namentlich hervorzuheben sind, die Grafen Adolph Reventlow von Preetz und Revention Farve, Bretler, Th. Olshausen, die Etatsräthe Lüders und Engel, die Obergerichtsadvokaten Clausen und Bargum, haben einstimmig beschlossen, daß obseiten der Ständeabgeordneten jetzt keine Adresse zu erlassen sei und den Wunsch ausgesprochen, daß auch von einzelnen Städten jetzt keine Adressen ausgehen möchten, weil denn den Erfolg gehabt hat, daß auch das Zurückhalten der erwähnten Kieler Adresse in der gestrigen Versammlung einstimmig beschlossen wurde. Und in der That, was sollte eine Adresse jetzt enthalten? Einen Nachruf an den Todten? Laßt die Todten ruhen; dem Lebenden hat Schleswig-Holstein seine Ueberzeugung, seine Wünsche vernehmlich zugerufen; mag die Seelenruhe und Ergebenheit, womit er gestorben, einstweilen eine Bürgschaft sein für das Geltendmachen seiner letzten Regierungsakte, deren Bekanntmachung Friedrich der Siebente in seinem offenen Brief versprochen. Die Ueberzeugung und Wünsche Schleswig-Holsteins hat der Kronprinz Friedrich Karl Christian vernommen, dem König Friedrich dem Siebenten könnte Schleswig-Holstein sie nur unverändert wiederholen. Die Ueberzeugung von einer besseren, wie die Furcht vor einer schlechteren Zukunft müßte sich auf bestimmte Gründe stützen; solche liegen aber nicht vor: das Niederschlagen der Untersuchungen wegen politischer und Preßvergehen ist an und für sich nur eine Wohlthat für die, welche eine Verurtheilung zu fürchten hatten; der zum Staatsminister ernannte Kammerherr v. Bardenfleth ist ein ehrlebenkender, thätiger Mann, aber Täne von Geburt; der Graf Karl v. Moltke ist schon von Christian dem Achten zum Staatsminister designirt. Mehr ist nicht geschehen, und hieraus kann weder für noch wider geschlossen werden. Die Hoffnung aber einer besseren Zukunft braucht Schleswig-Holstein nicht auszusprechen, sie beruht schon auf dem Vertrauen, womit es seine neuen Landesherrn stets empfangen und begleitet hat, bis sie sich von ihm losgesagt. Sicher aber erwarten wir, daß der König nach seiner Kenntniß von der Stimmung der Herzogthümer die aufzuregenden Feindseligkeiten gegen dieselben in gebührender Weise zurückweisen wird, wovon die Adressen voll sind, mit denen er bereits dänischer Seits beschränkt ist. (Der zept regierende König hat seitdem deutlich genug gesprochen. S. unten.)

**Heidelberg.** Das Erwartete ist eingetroffen; die dänische Politik, der es mit der gewaltsamen Unterdrückung ni dgelingen wollte, denkt es nun mit der „Freiheit" zu versuchen, eine Verfassung soll das Ziel erreichen, das bis zpt dem „offnen Briefe" unerreicht geblieben war — den dänischen Gesammtstaat.

Ein königliches Reskript von Kopenhagen d. 28. Jan. das zugleich an die schleswig-holstein-lauenburgische und an die dänische Kanzlei gerichtet ist, lautet folgendermaßen: „Um die von Unserem vielgeliebten Vater, Sr. Maj. dem Höchstseligen Könige Christian VIII., beabsichtigte, von Uns schon früher angerathene und durch die von Uns am 20. d. M. vollzogene königliche Urkunde in Aussicht gestellte Ordnung der öffentlichen Verhältnisse des Vaterlandes auf eine zur Aufrechthaltung der Selbständigkeit der verschiedenen Theile Unserer Monarchie sowohl, als ihrer Verbindung zu einem wohlgeordneten Ganzen geeignete Weise zu Stande zu bringen, haben Wir beschlossen, die Berleihung einer Verfassung in Allerhöchste Erwägung zu ziehen, welche die unantastbaren Rechte Unserer Krone eben so sehr, als die Unserer sämmtlichen lieben und getreuen Unterthanen im Allgemeinen und die besonderen Gerechtsame und Interessen der Bewohner der verschiedenen Landestheile sicher zu stellen sich eigene.

Zu diesem Zweck beabsichtigen Wir, gemeinschaftliche Stände für Unser Königreich Dänemark und Unsere Herzogthümer Schleswig und Holstein einzuführen, welche sich zu gewissen, regelmäßig wiederkehrenden Zeiten in gleicher Anzahl aus Unserem Königreiche und aus Unseren gedachten Herzogthümern an näher zu bestimmenden Orten, abwechselnd in Unserm Königreiche und in Unseren Herzogthümern versammeln werden. Die Gerechtsame, welche Wir unter den näheren in der Verfassungsurkunde zu treffenden Bestimmungen diesen Ständen beilegen wollen, sollen in einer beschließenden Mitwirkung bei Veränderungen im Steuerwesen und bei der Finanzverwaltung, sowie bei der Erlassung von Gesetzen bestehen, welche die gemeinschaftlichen Angelegenheiten des Königreichs und der Herzogthümer betreffen. Außerdem wollen Wir den gedachten Ständen gestatten, Anträge in Betreff von solchen Gegenständen ihrer Wirksamkeit, welche die gemeinschaftlichen Interessen des Königreichs und der Herzogthümer unmittelbar berühren, an Uns allerunterthänigst einzureichen.

Durch diese ständische Verfassung, welche Wir aus freier Landesherrlicher Machtvollkommenheit ertheilen werden, wird in den allgemeinen Gesetzen vom 28. Mai 1834 und den Verordnungen vom 15. Mai 1834, betreffend die in Unserem Königreiche und in Unseren Herzogthümern Schleswig und Holstein bestehenden Provinzialstände, in der bestehenden Verbindung dieser Herzogthümer, in den Verhältnissen Unserer Herzogthümer Holstein und Lauenburg zu dem Deutschen Bunde und in der Verfassung Unseres letztgedachten Herzogthums, sowie in der durch die Verordnung vom 8. März 1845 eingeführten Einrichtung des Althings für Unser Land Island Nichts verändert werden. Endlich wird die Verfassungsurkunde geeignete Bestimmungen enthalten, um die dänische sowohl wie die deutsche Sprache in den betreffenden Distrikten des Herzogthums Schleswig zu schützen. Bevor Wir den in die Verfassungsurkunde aufzunehmenden Bestimmungen Gesetzeskraft verleihen, sollen dieselben einschließlichen und erfahrenen Männern, welche die Wahrung und das Zutrauen ihrer Mitbürger genießen, zur gemeinschaftlichen Vergfältigen Erwägung vorgelegt werden. Die Wahl der überwiegenden Mehrzahl dieser Männer wollen Wir, um Unseren lieben und getreuen Unterthanen einen Beweis Unsers Allerhöchsten Vertrauens zu geben, den verschiedenen Klassen der gewählten Mitglieder der Provinzialständeversammlungen, sowie der Geistlichkeit, den Prälaten und der possessionirten Ritterschaft in Unseren Herzogthümern Schleswig und Holstein und den Konsistorien der beiden Landesuniversitäten zu Kopenhagen und Kiel überlassen."

Die Wahlen selbst sind so angeordnet, daß die aus der Klasse der großen Grundbesitzer gewählten Abgeordneten des Herzogthums Schleswig Einen, die Abgeordneten der Städte und kleinen Grundbesitzer wieder je zwei, im Herzogthum Holstein jeder der drei Klassen je zwei Vertreter wählen. Zu diesen elf Gewählten kommen noch zwei Vertreter der Geistlichkeit, dann vier Repräsentanten für die Prälaten und die possessionirte Ritterschaft, endlich ein Vertreter der Universität Kiel; es sind also im Ganzen 18 Gewählte, wozu dann der König acht Abgeordnete (eier für Schleswig, vier für Holstein) durch eigne Ernennung hinzufügt — sodaß die Mehrheit im dänischen Sinne vor jeder Anfechtung sicher gestellt ist. Diesen 26 Abgeordneten der Herzogthümer werden nämlich 26 dänische gegenüberstehen (18 gewählte, 8 ernannte); in zweifelhaften Fällen, wo es sich nm das gute Recht der deutschen Herzogthümer handelt, werden dann ohne Zweifel jene acht vom König ernannten Vertreter die dänische Mehrheit bilden müssen. Die Wahlen sollen im Monat März stattfinden, die Versammlung selbst spätestens zwei Monate nachher in Kopenhagen zusammentreten und, wie das Reskript sagt: „unter dem Vorsitz und der Leitung einiger unserer höchsten Staatsbeamten ihre Arbeiten beginnen und solange fortsetzen, bis wir die Beendigung derselben Allerhöchst zu versügen für gut befinden werden. Dabei behalten wir es uns vor, ihnen außer dem oben angegebenen nächsten Zwecke ihrer Berufung einige demnächst von den diesjährigen Versammlungen der Provinzialstände zu begutachtende Gegenstände der Gesetzgebung und Verwaltung, namentlich die Einführung allgemeiner Wehrpflicht, die Regulirung des Münzwesens und näherer Bestimmungen über die Behandlung der landesherrlichen und der Privatpropositionen in den Versammlungen der Provinzialstände zur gemeinschaftlichen Erwägung vorzulegen zu lassen. Bei den Berathungen dieser Männer kann sich jeder von ihnen nach eigenem Gutbefinden beider Landessprachen bedienen, und die Protokolle sollen dabei in beiden Landessprachen von dazu besonders von uns Allerhöchst zu bestellenden Beamten geführt, die Ergebnisse der Berhandlungen aber uns von den mit der Leitung derselben Beauftragten zur Allerhöchsten Beschlußnahme allerunterthänigst vorgetragen werden."

### Schweiz.

** Vom Neckar, 29. Jan. Sie werden mich, ich zweifle nicht, für sehr erregtlich und in den Schweizerdingen vielleicht für einen leidlichen Pessimisten halten. Ich gebe das nicht zu, weil, aus so vorschauender Stellung meine früheren Warnungen auch gewesen sein mögen, mein Vertrauen darauf noch nicht erschüttert ist, es werde in Folge des Sieges die gemäßigte eidgen. Partei, mit deren endlicher

Digitized by Google

Beihilfe er erklämpft worden ist, den zur Sicherstellung der äußeren Verhältnisse und der innern Ordnung nothwendigen Einfluß behaupten. In dieser Ansicht hatte ich es aber für Pflicht, Rechte zu verscheuern, weil mir unser Freund und Feind bedenklich erschient. Und das scheint mir gerade die Aufgabe der D. Z., die nicht einer extremen Partei dienen und schönthun, noch sich durch Schweigen fristen will, wo männliche Rede Pflicht ist; unbeforgt über das Urtheil der urtheilsfähigen Mitwelt, unbekümmert, ob der servile Lakai mit dem „Hundeschwanz“ (man versteht am rechten Orte was dieser technische Ausdruck bedeutet) für verwundlichkeit“ der enttäuschte Radikalismus sie angreift, ob „sindalrene Empfindlichkeit“ hier, dort unruhiges Gewissen oder das „System“ (die vis inertiae) sie verdot; aber ovrtrauend, daß es der Sykophantik nicht gelingen werde, diejenigen zu verblenden, denen jeder unbefangene Blick rückwärts lehet, daß giftigen Unkraut immer am stärksten da wuchert, wo man Bäume ausgerottet hat. Namentlich aber in den Schweizerdingen scheint mir aus ganz naheliegenden Gründen jenes die Aufgabe der D. Z., mit darum sehr ich fort, dieser Aufgabe nach meinen Kräften zu dienen. Während Strafford Canning in Bern vor Kurzem äußerte, daß die Behandlung des Berufhardlösserts und im Waadtlande die neuen Maßregeln gegen die religiösen Versammlungen in England wie wohl allerwärts am meisten populäre Sensation machen werden, und hyperbolisch zusetzte, „daß allerdings so Etwas in der Türkei kaum noch erhört sein möchte“, erscheint mir das Aeußerste radikaler Gewaltthätigkeit der Beschluß der provisorischen Regierung von Wallis, der die alten Bezirksgerichte aufhebt und ihre Mitglieder zum Schadenersatz an diejenigen verpflichtet, welche durch sie beschädigt worden und demnächst der Beschluß des Gr. Rathes von Freiburg, der den, bei dem im vor. Jahre möglichsten Aufruhr zu Schaden gekommenen Theilnehmern desselben eine Geldentschädigung von 100 Mill. Fr. aus der Staatskasse anweist und dies jetzt, wo der Kanton noch nicht einmal seine Kriegskostenschuld getilgt hat. Das ist Beides zu den bedenklichen Uebeln zu zählen, die nach und nach auftauchen. Schon in einem frühern Artikel ist es ausgesprochen, wie eine der nächsten und der schwierigsten Aufgaben der Tagsatzung in der Frage liegt, ob und wie die in den Sonderbundskantonen neuingerichteten Regierungen zu halten und zu stützen seien. In Freiburg ist durch den Bruch der Kapitulation die sehr wenig zahlreiche und durch den mißglückten frühern Widerstandsversuch erschütterte radikale protestantische Partei zur Gewalt gekommen und übt sich nun in einer Art, welche die Tagsatzung schon hat desavouiren müssen. Hätten die Repräsentanten sich nicht in der Anerkennung solcher bodenlosen Regierungen übereilt, vielmehr der Tagsatzung damit Zeit gelassen, hätte man noch besonnener die Regierungen, mit denen man doch zu parlieren keinen Anstand nahm und die während der Okkupation am wenigsten schaden konnten, statt sie direkt oder indirekt zu stürzen, bis zur Bezahlung der Kosten aufrecht erhalten, so würden sie gerade in der Beschaffung dieser Kosten die von ihnen verwirkte Strafe gebüßt und in der unmittelbaren Verbindung den Folgen und Ursachen gewichen sein, ohne daß es erforderlich gewesen wäre, direkt oder gar gewaltsam darauf einzuwirken und damit der Reaktion von Innen und Außen selbst den Boden zu bereiten. In dem entgegengesetzten Verfahren sind nun keineswegs überall die liberalen gemäßigten, vielmehr die radikalen Elemente, wo dergleichen vorhanden waren, mehr oder minder zur Herrschaft gekommen. In den Bergkantonen, wo der Radikalismus noch nicht existiet, beschränkte sich die Umgestaltung auf einen Personenwechsel; aber in Freiburg, in Luzern und in Wallis ward es ganz anders. Die hier emporgebrohene, an sich nicht starke, aber von politischen Rachegefühlen erfüllte Partei kann im Volke schwerlich Boden haben. Ob sich die zunächst ebendeshalb geförderte antidemokratische Verfassungsreform, für die, wenn sie nicht so offenbar herbeigeführt wäre, um das Kuiperchen der Volkswillens in der bisher gesetzlichen Weise für die Zukunft zu hindern, später allerdings gewichtige Gründe sprechen, damit politisch rechtfertigen lasse, will ich hier nicht weiter untersuchen, bezweifle es aber. Es ist ein an sich ehrenwerther Zug im Schweizer Charakter, der es den Männern aller Parteien unleidlich macht, im und vom Auslande Tadel zu hören, unmöglich macht, Verfehen und Unrecht, wo es auch liege, dem Auslande einzugestehen oder gar sich darüber zu äußern; darum können auch die schweizerfreundlichsten Blätter so selten und so schwer in der Schweiz parteilose, ungeschminkte Korrespondenz und thätige Theilnahme der persönlich so offenen, zugänglichen Staatsmänner finden. Was man eben deßhalb auch der D. Z. nicht übelnehmen, nicht gestehen mag, man wird es sich selbst und im persönlichen Verkehr Andern gestehen, daß obige Bemerkungen nicht nur wörtlich richtig, sondern in keiner Weise grell oder einseitig, verkennend sind; daß aus jenen Ursachen die wirkliche Stimmung in den occupirt gewesenen Kantonen viel gereizter ist, als vor dem Kriege, als unmittelbar nach dem Siege, wo es nicht allzuschwer gewesen wäre, eine leidliche Versöhnung herzustellen; daß die herbeigeführten Zustände eine sehr schwere, jetzt durch die Mächte in Ruhe fast unausführbar gemachte Aufgabe, die Quelle tiefst mangenehmer Verwicklungen, einer vielleicht sehr nahe bevorstehenden Reaktion geworden sind. Es ist wahr, die Tagsatzung hat jenes nicht gewollt, es ist im offenbaren Widerspruch mit ihrem offen verkündeten Willen geschehen, die Souveränetät der Kantone selbst im Siege nicht anzutasten, und sie wird gewiß auch nicht daran denken, im fortgesetzten Widerspruch mit sich selbst die unter mehr oder minder direktem Einfluß eingerichteten Regierungen gegen das eigene Volk mit neuer Gewalt zu schützen. Es sind aber diese Regierungen nun anerkannt, ihre Gesandten bei der Tagsatzung accreditirt und eingeführt, und wie sie auch entstanden rc. sein mögen, gegen die Tagesfahung schützt sie die formale Souveränität der Kantone; sie sind „kata xecumpias.“ — Gleichwohl würde das rechte Mittel sich finden, vielleicht schon gefunden sein, ehe eine zerstörende Reaktion statt einer heilenden eintritt, wenn jetzt nicht die Note der Mächte neue Schwierigkeiten in den schon vorhandenen gefügt hätte. So unheilvoll ist jegliche Einmischung mitten in innere Angelegenheiten und innere Rechte. In einem frühern Artikel ist auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß die Diplomaten die bisherige Kantonalsouveränetät unbedingt gegen eine Stärkung der Centralgewalt zu vertheidigen gesonnen sein möchten, weil die Note jene Kantonalsouveränetät so stark betont und wiederholt die Nothwendigkeit hervorhebt: „diese und die Unabhängigkeit der Kantone im Innern aufrichtig und treu heilig zu halten.“ Zugleich fordert sie aber auch als Preis der Nichteinmischung (das heißt doch: „Bedingung der Anerkennung eines traktatmäßigen Schwerbundes“?), daß die occupirt gewesenen Kantone „ihrer völligen Unabhängigkeit wiedergegeben werden, ihre Regierungsbehörden frei zu bestellen“. — Es ist nun die Frage: sollen also die überall hergestellten Regierungen wieder aufgelöst werden? Wer soll sie auflösen? Wo ist die gesetzliche Gewalt dazu? — In der Tagesfahung (abgesehen davon, daß diese gewiß nicht dazu sich hergeben kann, die Diktate des Auslandes als solche zur Ausführung zu bringen) gewiß nicht; diese hat dazu kein Zwangsrecht, solange dies nach der Bundesverfassung nicht geschehen kann, was jetzt noch als viel zweifelloseren Dingen von den Mächten selbst bestritten werden ist. Sie würde ja selbst mit der Note in Betreff der „Kantonalsouveränetät“ in den schneidendsten Widerspruch gerathen. Wollen es die fremden Mächte thun? — Wie soll das möglich sein, ohne die Schweiz als Neutral-Republik in die Luft zu sprengen! — Also: Entweder müssen die „bestellten und anerkannten“ Regierungen sich selbst zurückziehen, oder sie müssen durch Empörung im Innern der Kantone gestürzt werden. Ist das Ersteres auch nur entfernt denkbar? — Und da es das nicht ist, wollen die Mächte diese Reaktion auf die Gefahr aller möglichen, ja nothwendigen Folgen hin provociren, ja geboten? Hat man daran gedacht, was das heißt, was das herbeiführt, gebieterisch herbeiführt? Den Untergang der Schweiz. Ein Artikel vom 21. Jan. der Basler Zeitung (und diese, denke ich, ist eben das Diplomaten keine bedenkliche, wahrlich keine radikale Stimme) ist jeder Beachtung wert. Freilich kam seine Warnung zu spät; ehe sie gedruckt war, hatte man sie, obgleich schon bekannt, nicht beachtet, obgleich sie in den der Diplomatie betrauten Kreisen schon lange gemacht war. Es ist zu bedauern. — Rufen die Mächte, mit oder ohne Absicht, die Reaktion, welche jenes allein reaktiven kann, in den Kampf, so wird sie schon darum, wie die B. Z. oft sehr ausspricht, nicht die heilende, es kann nur die zerstörende werden, in der gerade der R. Radikalismus mit allen seinen Kräften für die eigene Existenz aufgerufen und die „revolutionäre Parteileidenschaft sich als ausschließliche Vertreterin der Nationalehre geltend zu machen“ berechtigt werden würde. Eine Reaktion könnte namentlich — lassen Sie mich das immer noch vorschauend andeuten — leicht mit einer Krise im „Schicksals“kanton Bern zusammentreffen, wo die Zustände, nicht mehr so gebunden, allmählich bedenklich geworden sind. Ich weise auf die Budgetverhandlungen (die Vermögensteuer betr.) hin; wie dringend viele ein Führer der Bewegungspartei zu behutsamem Verfahren, so daß man selbst den Beschluß, ob auch nur 1 per Mille defraitte ausgeschrieben werden soll, vertagte. Man möchte lieber das Kapital angreifen. Das Experiment der ersten Steuerzahlung ist noch nicht gemacht und Mathys warnt mit bittern Worten: „Aehnliche Experimente hätten den Sturz der Helvetik herbeigeführt“. — Es regt sich unheimlich aus dieser Veranlassung in den radikalen Landestheilen des Kantons, und

Digitized by Google

Niemand wird läugnen, daß tief in der Gemüthsart des Berner Volkes ein edelicher konservativer Zug ganz entschieden enthalten ist. Jene haben die Finanzen zurechtkommen helfen, sind aber darum noch gar nicht gewillt, die Kosten der ziemlich kostbaren neuen Staatsverwaltung so hinein zu tragen; unter der gesammten Bewegung des Weltalters zieht auch jener Zug, die Schweizer haben dafür empfindliche Nerven, und die Führer der Bewegungspartei werden das. Anhänglich findet und noch in höherem Maße in dem Waadtlande Statt, überall auch dort ist der Boden vulkanisch, überall Stoff zu Explosionen; — gestehen wir es nur, auch dann noch schwierig und gefährlich, wenn auch von Außen gar Nichts geschehen sollte. Mächten nun, geradehin gesagt, dürfen die Mächte alle dem gegenüber, gegen sich selbst feuerlos zu wagen, dennoch jene Reaktion zu provociren, in der, ich fürchte, kaum irgendwie zu begründenden, Hoffnung: die dann eintretende Bewegung werde ihn Charakter des Konservatismus den Radikalismus beseitigen; jedenfalls aber auf die Gefahr hin: diese Bewegung könne in den Charakter des „grassen Kommunismus" von eben jenem Radikalismus, der rücksichtslos nun seine Existenz sieht, aus der mehr oder minder methodisch gepflegten Demoralisation und Insektion der untersten Klassen mit kommunistischen Tendenzen an das Tageslicht und in den Kampf gezogen, umschlagen?! — Welche Macht haben sie dann, die Ereignisse zu bemeistern, welche Mittel die Folgen, zunächst für die umliegenden Staaten, für ganz Europa, zu tragen, zu lenken? — Die der Waffengewalt. Wohl, und das Resultat der Anwendung dieser ist nothwendig wiederum das Schlimmste des Schlimmen: der Untergang der Schweiz, oder ein Rückschlag der Bewegung in die Lande der Angreifer.

§ Bern, 1. Febr. Ein wohlmeinender Korresp. der D. Z. aus Berlin hat in Nr. 19 derselben aus einer Berichterstattung aus der östlichen Schweiz in der A. P. Z. (Nr. 10) einige Stellen in der Absicht mitgetheilt, um eine Beantwortung aus der Schweiz hervorzurufen. Diese Mittheilung ist in Betracht der boshaften Natur jener Berichterstattung sehr verdankenswerth, um sowehr, da die A. P. Z. selten in der Schweiz zu finden ist. Hier nun eine kurze Berichtigung der mitgetheilten Stellen. Die erste betrifft Staatsrath Druey, Waadtländer Gesandten an der Tagsatzung. Der Berichterstatter sagt, in den Neujahrsfeiern der Tagsatzung sei Hr. Druey nach Lausanne gereist und habe dort vor der Post eine Rede gehalten, worin folgende Stelle vorgekommen ist: „Bis die Schweiz ist jetzt der Angelpunkt gekommen, die Demokratie in ganz Europa herzustellen. Die Völker erwarten ihre Befreiung von der Schweiz, und das Volk von Bern werde sie nicht lange darauf warten lassen." Diese Worte will der Rapporteur der A. P. Z. selbst gehört haben; denn auch er habe die Tagsatzungsfeiern benutzt, und zwar zu einem Ausflug in die östliche Schweiz und sei deßhalb nach Lausanne und von da nach Wallis (!!) gereist. (Von hier wahrscheinlich durch die ungeheuern Schneemassen auf der Furka, das Rhonethal hinab in der Ostschweiz!!) Alles der Berfasser dieser Zeilen jene Ausschulzigung Hrn. Druey mittheilte, sachte dieser laut auf über den propagandistischen Unsinn und bemerkte: wenn es alle Lügen, die seit drei Jahren über ihn seien ausgestreut worden, hätte berichtigen wollen, so hätte er seine Amtsgeschäfte geradezu an den Nagel hängen müssen. „Wollen Sie, fuhr er fort, auf diese Verleumdung in der A. P. Z. antworten, so thun Sie es meinetwegen. Was ich in jener Rede in Lausanne, die ich allerdings gehalten habe, sprach, war der einfache Ausdruck des Gedankens, daß die Schweizer bei den Anfeindungen der Diplomatie sich mit der erhobenen Thatsache beruhigen könnten, daß die Sympathien aller Völker für sie seien (eine Thatsache, die oft auch in der Tagsatzung ist ausgesprochen worden, weil sie eben wahr ist). Der Redakteur des Courrier Suisse hat auch meine Rede angehört, aber nicht die Frechheit gehabt, sie so zu verdrehen, wie der Berleumder in der Allg. Ztg." Wie ebenfoviel Wahrheitsliebe wie über Druens Rede spricht der saubere Berichterstatter der A. P. Z. über die propagandistische Stimmung des Volkes in der Schweiz, die sorgfältig genährt werde. „In Martigny habe man offen von Aufständen in Frankreich und Savoyen gesprochen". „Die Demokraten glauben, sie dürften Alles wagen, um Alles zu gewinnen; wenn dieser Zustand noch einige Zeit dauert, dann wird dieser Sauerteig die ganze Masse verderben, und die böse Gährung kann durch Nichts aufgehalten werden". Der Korrespondent der D. Z. aus Berlin bemerkt zu dieser Stelle wohlwollend: „deutlicher, als dieser Stern aus der Distanz, hat selten ein Verräther gesprochen". Indessen hatte ich diesen Berichterstatter nicht für einen „Verräther" (Schweizer), sondern für einen der bezahlten Kunstschaufler der Diplomatie, von denen die Schweiz wimmelt, die für ein Geringes Artikel fabriciren müssen, jemehr mit abenteuerlichen Unwahrheiten angefüllt, desto besser. Alles, was er über die Propaganda in der Schweiz sagt, ist natürlich dorr Erdichtung.

Bern, 2. Febr. Nach einem Bericht der N. Z. Z. bringt die Revisionskommission in den nächsten Tagen einen Antrag auf Amnestie in die Tagsatzung. Nur die eidgenössischen Landesverräther, welche zur Unterstützung des Widerstandes gegen Bundesbeschlüsse fremde Interventionen anriefen, sollen betfraft werden. Der Antrag lautet daher: 1) Der Stand Luzern wird unter Mittheilung der erforderlichen Akten eingeladen, eine gerichtliche Untersuchung gegen diejenigen Personen einzuleiten, welche des Landesverrathes verdächtig sind, und seiner Zeit der Tagsatzung über das Resultat Bericht zu erstatten. 2) Den sämmtlichen Kantonen des ehemaligen Sonderbundes wird empfohlen, mit Ausnahme der in Erwägung 1 und 2 bezeichneten Personen, eine allgemeine Amnestie zu ertheilen.

## Großbritannien.

London, 31. Jan. Selbst Zeitungen, die, wie der Herald, Frieden und Freundschaft zwischen Frankreich und England predigen, können sich doch nicht enthalten, bei aller Anerkenntniß, welche sie der polit. Klugheit des „durchtriebenen" Mannes, der jetzt von den Tuilerien aus Frankreich beherrscht, und den seltenen Geistesgaben Guizot's zollen, ihre Bedenklichkeiten mit der von der französischen Regierung eingeschlagenen Richtung auszusprechen. Und es ist ohne Zweifel richtig, daß die französische Regierung in einer offenkundigen Weise die Korruption befördert und in Schutz genommen hat, welche Anlaß gab, daß Skandale, in denen die Korruption auch vielleicht einen leitenden Artikel bildet, aber nicht gerade amtlich anerkannt ist, mit einiger Berachtung auf Frankreich blicken konnten, ehne daß man dieser Berachtung gerade einen hohen moralischen Werth beilegen dürfte. Der Herald, um auf diesen zurückzukommen, thut in prägnanter Weise dar, wie Guizot dieser Korruption von der Rednerbühne herab eine gewissermaßen amtliche Weihe ertheilt habe, indem er auf Anlaß des Petitionschen Handels zwar nicht den Grundsatz des Stellenverkaufs, aber doch dessen Praxis in Schutz genommen habe, was zuletzt doch auf Eins hinauslaufe. Bei einem sonst uneigennützigen Manne, wie Guizot, müsse dies doppelt Wunder nehmen und liege sich nur daraus erklären, daß der lange Genuß der Macht auch die edelsten Geister verderbe, ihren sittlichen Adels entkleide und zu blogen Sophisten mache. Der Herald sagt nun nochzuviellen, daß der Widerstand des Stellenschachers in Frankreich keineswegs ein actes Privilegium sei. Die alten französischen Parlamente hätten ein Edikt ausgehen lassen, daß, wer irgend ein Amt antrete, schwören solle, daß er es weder direkt, noch indirekt gekauft habe. Dieser Eid sei freilich im J. 1597 abgeschafft worden und Ludwig XIV. hätte mehrere Staatsämter geschaffen, die er zur Vermehrung seiner Einkünfte verschacrt habe. Aber im J. 1753 bereits hätten die Generalstaaten von Orleans, St. Germain-en-Laye und Blois gegen diesen Stellenunfug Verwahrung eingelegt, und die Revolution von 1789 habe ihn gänzlich abgeschafft. Selbst unter dem Konsulat und dem Kaiserthum habe kein Aemterverkauf stattgefunden, wenigstens nicht mit Wissen des ersten Konsuls oder des Kaisers. Dasselbe könne man auch wohl von den Zeiten der Restauration sagen (?). Und was in den schlechtesten Zeiten Frankreichs nicht geschehen oder nur verstohlen geschehen konnte, das werde jetzt als etwas als Hergebrachtes von dem ersten Minister der Krone beschönigt und in Schutz genommen! Odilon Barrot's Strafrede gegen diesen Mißbrauch wird vom Herald höchlich gerühmt und der vielleicht einzige große sittliche Aufschwung genannt, den Odilon Barrot je genommen.

Großer Jubel wird jetzt in den Blättern einer gewissen Farbe, unter Andern im Nb. B. aufgeschlagen, seitdem das Torieriblatt Morning Post, mit Hinweisung auf das unausbleibliche Glück, welches die Völker unter den Freng Radikalen Regierungen angeblich genießen, verschert hat, daß sich England vor den Reformen wird glücklicher und wohler befunden habe, als jetzt. Es ist dasselbe Journal, welches den Wunsch ausgesprochen hat, daß Oesterreich die so innerlichen Bewegungen in Italien mit bewaffneter Hand, mit seinen in Italien aufgestellten 100,000 M. unterdrücken möge, und hinzusetzte: eine solche „Masse deutschen Phlegmas" werde mehr als hinreichend sein, das Strohfeuer der Italiener zu dämpfen — wobei wir jenen Blättern überlassen wollen, die Bezeichnung „deutsches Phlegma" als für und ehrenvoll in das Komplimentirbuch deutscher Nation zu schreiben! Es ist dasselbe Blatt, welches vor Kurzem eine ohne Zweifel in den hocharistokratischen Salons der englischen Hauptstadt oder einen ebenso geschätzten Korrespondenten erfundene Anekdote erzählte, wonach in Emma das Volk

Digitized by Google

Waffen gegen Oesterreich verlangte, aber mitten in seinem kriegerischen Rausche vor einem mit Eisen beschlagenen Karren Reißaus nahm, in der Meinung, daß österreichische Reiterei anrücke! Wenn solche Anekdoten dazu dienen sollen, ein Volk tüchtig zu machen und seinen Muth und seine Selbstachtung zu schwächen, so möchte man viel natürlicher behaupten, daß sie, zum Ingrimm reizend, ihre das Gegentheil bewirken. Jenes Volk ist feig oder tapfer, je nach den Umständen, je nach der Führung, je nach der Sache und den Ideen, für die es kämpft. Was man aber auch von dem Muth der Italiener halten mag (bei den Sicilianern wenigstens würde, wie es scheint, der Vorwurf der Feigheit übel angebracht sein), jedenfalls ist jene Anekdote ein Beweis, daß die Mem. Post an keinem Uebermaß von Witz leidet. Uebrigens ist die M. P. kein Organ des englischen Volkes, sondern nur die böse Zunge einer ultratoryistischen Coterie.

Cobdens bei der großen Versammlung in Manchester gehaltene Rede findet in der Journalistik nicht vielen Beifall. Das „Morning Chronicle" fertigt sie ziemlich ernsthaft, die „Times" dagegen ironisch und mit gutem Humor ab. Ob ihr nicht zu imputen, daß Cobden den alten Wellington also skandös behandelte, als einen greisenhaften Mann, dessen Hand zu schwach, das Schwert zu führen, jetzt zitternd die Feder führe, um friedlich gesinnte Völker, wie die Franzosen und Engländer, an und gegen einander zu hetzen u. s. w. Das „M. Chr." findet diese Sprache wenig geziemend gegen einen verdienstvollen Krieger, der durch seine Schlachten dazu beigetragen habe, einen zwanzigjährigen Krieg zu beendigen und zu einem dreißigjährigen Frieden den Grundstein zu legen, dessen würdevolles Benehmen im hohen Alter ebensowenig gewürdigt werde, als seine groß angelegten Kriegspläne seiner Zeit von seinen Neidern begriffen worden seien. Wenn man bedenkt, daß der Herzog von Wellington, was man auch sonst von ihm halten möge, den Engländern ein Symbol ihres Kriegsruhmes geworden, so wird man nicht umhin können, zu gestehen, daß Cobden, in seinem Haß gegen alles militärische Wesen, die Begriffe der Engländer von nationaler Ehre und nationalem Kriegsruhme allzusempfindlich und ohne Noth verletzt hat. Wenn man auch immer mehr fühlt, daß das Soldatenwesen in seiner jetzigen exklusiven Form nicht austreicht, so wird die Jugend — auf die in Zeiten der Gefahr und der Krisen doch immer zumeist zu rechnen ist, und die den idealen Gehalt des Lebens reiner widerspiegelt als das Alter — sich stets mehr für einen Helden des Kriegs, als für einen Helden der Nationalökonomie, in höherm Grade für die Schlacht bei Waterloo, als für das Freihandelsfest in Manchester begeistern. Dies kann man sagen, ohne deshalb der Bewegung der auf dem industriellen und handelspolitischen Gebiete für die politische und bürgerliche Freiheit gewonnenen Schlachten Abbruch zu thun. Mit handelspolitischen Gewissführungen allein würden z. B. die Sizilianer dem König von Neapel die Zugeständnisse nicht abgetrotzt haben, die er ihnen gewährt hat. Bei aller Achtung, welche Cobden verdient, muß man doch sagen, daß seinen Kombinationen etwas Knauserei zum Grunde liegt. Wozu, fragt er, eine solche Flotte? Und er antwortet: Um alle die Heeren, welche mit der Admiralität in Verbindung stehen, zu versorgen. Warum, fragt er weiter, sie viele Kriegsschiffe am Tajo und bei Malta, warum nicht in den Häfen der Vereinigten Staaten, warum nicht bei Hamburg und in der Ostsee? Und er antwortet: weil dort die Küsten reich an südlichen Genüssen, hier aber kahl und unbesuchenswerthen sind. Gegeben, bergigt, daß man englische Kriegsschiffe in den Häfen der Vereinigten Staaten nicht gerne sehen und nicht lange dulden würde, daß die Nord- und Ostsee den Engländern ohnehin leider offen liegen, daß ihnen die Herrschaft hier nicht streitig gemacht werden kann, während es sich im Mittelmeer, also im Mittelpunkt dreier Weltheile, darum handelt, ob hier England oder Frankreich die Herrschaft führen; daher die großbritannischen Centralstationen von Lissabon, Gibraltar und Malta, die sowohl vom Standpunkt des reinen Schifffahrtsinteresses als vom militärischen Gesichtspunkte auch gleich zweckmäßig gewählt sind.

## Frankreich.

Paris, 31. Jan. Wer Ohren hat zu hören, der höre. Je, das dritte Wort, welches in der französischen Kammer und in den französischen Zeitungen gesprochen wird, ist ein Angriff auf die Verträge von 1815, und unter Verträgen von 1815 versteht der Franzose nichts Anderes, als den Verlust des linken Rheinufers. Selbst Hr. Guizot, welcher im Sinne der Friedenspolitik Louis Philipp's grundsätzlich die Achtung vor den bisherenden Verträgen predigt, selbst Hr. Guizot erklärte in seiner vorgestrigen Rede in sehr verständlicher Weise, daß diese Verträge Frankreich nur solange binden, als es sie nicht ohne Gefahr einer neuen Koalition der übrigen europäischen Mächte brechen kann. So versteht die gesammte Presse jene Worte, mit denen der Minister aus der Aufhebung des Freistaats Krakau seine Folgerungen zog, mit dem einzigen Unterschiede, daß die Oppositionsblätter die Gefahr einer Koalition gegen Frankreich entweder läugnen oder verachten, während die konservativen Zeitungen mit Hrn. Guizot dahin einverstanden sind, daß man Zeit und Gelegenheit abwarten müsse, um die Ansprüche Frankreichs auf das linke Rheinufer geltend zu machen, ohne sich jener Gefahr auszusetzen. Sogar die Organe des legitimistischen Prinzips nehmen keinen Anstand, die Wiedererwerbung des linken Rheinufers als eine unabweisliche Aufgabe der französischen Politik zu bezeichnen. „Die Karte von Europa muß umgearbeitet werden", sagt heute die Union monarchique. „Zu einer andern Zeit hätte es auf friedlichem Wege und durch die natürliche Entwickelung der Verhältnisse geschehen können; heut zu Tage ist es nur möglich durch Krieg und Revolution." Jene andere Zeit, von welcher das legitimistische Blatt spricht, sind die letzten Jahre der Restauration, wo bekanntlich über die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich unterhandelt wurde, und zwar zwischen hiesigen und Russland. Nun ist es freilich ein kleiner Irrthum, wenn sich die Union monarchique einbildet, daß diese Unterhandlungen „auf friedlichem Wege" hätten zum Ziele geführt werden können, allein eben dieser Irrthum ist ein neuer Beweis davon, daß der Gedanke der Bereicherung durch deutsche Erde noch immer im Fleisch und Blut der Franzosen steckt. In der That, wenn die französische Regierung heute die Kriegsfahne aufpflanzte, wenn sie das Feldgeschrei „Wiedereroberung der natürlichen Grenzen Frankreichs" ausspräche, das ganze französische Volk würde wie Ein Mann aufstehen und zu den Waffen greifen, und alle wirklichen oder vermeinten Mißerfolgen der Politik der letzten 18 Jahre wären im Nu vergessen. Wer das bezweifelt, der kennt entweder die Franzosen nicht, oder er belügt sich selber. Das große Bedenken der Regierung Louis Philipp's ist nicht der Stillstand der innern Entwicklung Frankreichs, sondern die Aufrechterhaltung des Friedens. In diesem Punkte, man muß es gestehen, ist die Politik des Königs allerdings antinational; denn die kleine Zahl besonnener Männer, welche dieselbe unterstützt, verhält sich zu der Masse des Volks, wie ein Tropfen zum Meere. Was wird aber werden, wenn Louis Philipp endlich abtritt? Wir fürchten sehr, daß die deutsche Politik sich diese näher und näher rückende Frage noch immer nicht ernstlich gestellt hat. Möge das gute Geschick unseres Vaterlandes wenigstens verhüten, daß unsere Machthaber sie irgend einen Fall mit Hrn. Guizot einer Koalition mit fremden Mächten gegen Frankreich in Rechnung bringen. Wenn Deutschland auf irgend etwas Anderes rechnete, als auf seine eigene Kraft, das Selbstgefühl und den Nationalsinn seines Volkes, so wäre es um uns geschehen. Die materielle Kraft haben wir; wie Viel aber ist noch zu thun, um den Gemeinsinn und den Nationalgeist in uns zu beleben, der seit Jahrhunderten schlummert!

Paris, 1. Febr. Die drei Männer, welche die bedeutendsten Stellungen in der Kammer innehaben, nahmen gestern nachelnander das Wort über die italienischen Angelegenheiten: Hr. Thiers, Hr. Guizot und Hr. Odilon Barrot. Die Rede des ersten war so gehalten, daß ihr das Journal des Debats ein begeistertes Lob und eine Zustimmung in fast ohne Beispiel ertheilt; Hr. Guizot wußte seine Worte dergestalt zu wenden und abzuwägen, daß die gemäßigte Opposition wenig daraus anzusetzen fand; Hr. Odilon Barrot sprach so, daß er vielen seiner eigenen Freunde mißfiel und sich den heftigen Tadel der entschiedenen Opposition zuzog. „Nachdem diese drei Herren gesprochen hatten, sagt der National mit Bitterkeit, blieb ihnen Nichts zu thun übrig, als einander um den Hals zu fallen."

In der That schien sich nach den Erklärungen der Redner herauszustellen, daß sie im Ganzen und Großen über die Italien und Oesterreich gegenüber für den Augenblick einzuhaltende Politik so ziemlich einverstanden seien. „Die Rathschläge, welche Sie uns geben, sagte Hr. Guizot zu Hrn. Thiers, haben wir im voraus befolgt; unsere Handlungen sind die Anwendung Ihrer Lehren. Die Anwesenheit der Oesterreicher in Modena ist etwas Ungehöriges (un fait irrégulier), aber diese Thatsache hat nicht Bedeutung genug, um kriegerischer Gegenmaßregeln nothwendig zu machen. Wir verfahren, wie Sie selbst verfahren würden, wenn Sie an unserer, und Sie reden wie wir reden würden, wenn wir an Ihrer Stelle wären." Was Herrn Odilon Barrot betrifft, so mußte er sich freilich schon von Amtswegen unzufrieden stellen mit dem Verfahren der Regierung, aber er wußte in seiner Rede doch seinen einzigen bestimmten Punkt aufzustellen, in welchem die Regierung ihre Aufgabe und das Interesse Frankreichs verfahmt habe. Hr. Thiers erklärte, man müsse die Ver-

Digitized by Google

träge von 1815 freilich beobachten, es sei aber zugleich Pflicht jedes guten Franzosen, sie zu verabscheuen; Hr. Guizot meinte, daß es gerade nicht nothwendig sei, sie zu lieben, und Hr. Odilon Barrot wollte sich bloß für den geringsten Fall die Freiheit vorbehalten, dieselben als null und nichtig zu betrachten. Daß den italienischen Staaten die unbeschränkte Freiheit der innern Reformen zustehe, daß man kein gewaltsames Einschreiten einer fremden Macht gegen die italienische Revolution dulden dürfe, daß Oesterreich aber das volle Recht habe, seinen Besitzstand in der Lombardei zu vertheitigen, darüber waren die Redner mit einander einverstanden, ebenso wie in der Theilnahme für das Gelingen der begonnenen Umgestaltung der öffentlichen Verhältnisse in Italien, nur daß Hr. Guizot dieselbe auf organischem Wege vor sich gehen sehen will, während Hrn. Thiers das Mittel zum Zwecke ziemlich gleichgiltig scheint, und während Hr. Odilon Barrot den letzten Erfolg der Sache, welche er begünstigt, sogar nur von der Gewalt zu erwarten geneigt ist. Aber auch Hr. Odilon Barrot will, daß die Revolution in Italien vor der Hand behutsam auftrete, weil er glaubt, daß durch Uebereilung zu viel auf das Spiel gesetzt werden würde. Kurz, wenn man jene drei Reden gegen einander abwägt, so begreift man nicht, warum die drei Herren überhaupt gestritten haben.

**Paris**, 2. Febr. Die heutige Sitzung der Kammer wurde von Hrn. Thiers mit einer Rede über die Schweizer Angelegenheiten eröffnet. So vorsichtig und schonend sich Hr. Thiers in der Verhandlung über Italien ausgesprochen hatte, ebenso rücksichtslos verdammte er die in der Schweiz von Hrn. Guizot befolgte Politik. Kurz, er schien seine vorgestrige Mäßigung wieder gut machen zu wollen. Daß es dabei mit der Thatsächlichkeit der Ereignisse und der Verhältnisse, die ihm als Beweisgründe dienten, nicht allzugenau genommen wurde, versteht sich von selbst bei einem Manne, der, wie Hr. Thiers, der absgesagte Feind aller Pedanterie, und für dessen Genie es ein Spiel ist, sich die Geschichte unterthänig zu machen. Morgen mehr darüber.

Man behauptet, daß die Ernennung des Marschalls Bugeaud zum Kriegsminister nahe bevorstehe, ja daß die einschlägige Ordonnanz bereits unterzeichnet sei.

Die Entfernung des Prinzen von Joinville wird vielfach besprochen. Von manchen Seiten her wird versichert, sie sei eine Verbannung, welche durch die heftigste, feindseligste Spannung zwischen dem Prinzen Joinville und dem Herzoge von Nemours nothwendig geworden. Die Reforme stellt im Sinne dieser Auslegung die hämische Frage: ob man etwa für die bevorstehenden großen Jagden eine neue Ungeschicklichkeit befürchte? Um diese Anspielung zu verstehen, muß man sich erinnern, daß der Herzog von Nemours vor einigen Monaten bei Compiegne durch einen Fehlschuß des Prinzen von Joinville mit einigen Schrotkörnern getroffen wurde.

**Portugal.**

Ueber England erhalten wir Nachrichten aus diesem durch die Weltmacht in Ruhestand versetzten Lande, wornach abermals eine kleine Ministerveränderung stattgefunden hat, indem Baron de Francos (Oberst Solla) den Herzog von Saldanha, der übrigens seinen Posten nur ad interim verwaltete, als Kriegsminister ablöste. Man glaubt, daß Costa Cabral Graf von Thomar, seine Stelle als portugiesischer Gesandter am Hofe der Tuilerien nicht vor dem Mai antreten werde. Bis dahin hat er noch genug Zeit zu intriguiren und zu überlegen, ob er überhaupt geht. Von der Thronrede, welche die neugewählte Kammer für ihre Aufgaben und Geschäfte hat, beweist der gewiß seltene Umstand, daß die Verhandlungen von einem Tage zum andern ausgesetzt wurden, weil noch nie die dazu gesetzmäßig erforderliche Zahl von Mitgliedern beisammen war. Man ist noch nicht einmal mit der Antwort auf die Thronrede fertig geworden, hat aber jetzt beschlossen, die Berathungen darüber vorzunehmen, wenn sich zufällig einmal mindestens 72 Mitglieder zusammenfinden sollten. Unterdeß erregen eine Menge Mordthaten, welche jedoch größtentheils nicht aus politischen Beweggründen herrühren sollen, viel Unruhe — kurz, man sieht, welches Glück den Ländern durch Allianzen und Interventionen aufgenöthigt werden kann.

**Italien.**

Eine römische Korrespondenz des Rürnb. Korr. (vom 24. Jan.) bestätigt das Umsichgreifen des sicilianischen Aufstandes und die Erfolglosigkeit der kgl. Dekrete; die Sicilianer seien fest entschlossen, nicht nur die Hauptstadt, sondern auch alle andere bedeutende Städte lieber der Vernichtung preiszugeben, als sich in den frühern Zustand zu fügen.

Durch ein Extrablatt des Contemporaneo werden folgende vier Proklamationen der provisorischen Regierung in Palermo (an deren Spitze die Herzoge und Fürsten Trabbia, Scordia, Serra di Falco, Baron Ruggiero Settimo und ein Kapuziner stehen) veröffentlicht. In der ersten wird angeführt, daß Saloadore di Micili am 13. die Kavallerie angegriffen und geschlagen, daß derselbe am 14. mit den Linientruppen in Monreale gekämpft und sie gezwungen, sich um 2 Uhr Nachmittags zu ergeben; allen diesen schenkte er das Leben und organisirte die Nationalgarde zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung. Er steht an der Spitze von 100 Tapfern, die in wenigen Stunden sich aufs Bedeutendste verstärken werden. (Unterz. Presidente del 4. Comitato Ruggiero Settimo.) Im zweiten Bulletin werden Pererelli, Giacinto, Cassni, Lamasa, Jaouna, Birona, Odio, Castigtia (ein berühmter Dichter), Pasquale Bruno und die anderen Häupter der Schaaren, die vom 12. an fortwährende Kämpfen und Siegen, belebt. (Unterz. Derselbe.) Im dritten rühmt man den Einsprze Seordale, der, nachdem er in der angrenzenden Bagheria, seiner Heimath, die Truppen entwaffnet, sie nach Palermo geführt und eine Kanone genommen, seit 3 Tagen in Palermo in steten siegreichen Kämpfe sich befinde. Gestern Nachmittag hat die von ihm befehligte Bande die am Platze vor dem Palazzo reale stehenden Truppen angegriffen und auseinandergetrieben. (Unterz. Derselbe.) Im vierten endlich werden die ersten 40 Subskribenten, welche für die gemeinsame Sache das erste Geld vorstreckten, genannt. Die Summe beläuft sich auf 2248 Unzen (= 5500 Gnld). Mertwürdigerweise findet man darunter auch die hertigen Jesuiten mit 100 Unzen. (Unterz. Derselbe.) Die von den Palermitanern gefangenen kgl. Artilleristen haben bei der Volkspartei Dienste genommen.

Seit drei Tagen, heißt es in der A. A. Z., fehlen uns weder direkte Berichte aus Neapel; auch die Blätter aus den übrigen Italien enthalten keine Neapler Nachrichten von neuerem Datum als 24. Jan. Mit Sicilien scheint die Briefkommunikation noch immer vollständig abgeschnitten. Auch die römische Post ist im Rückstande.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[80] Bei Friedrich Bassermann in Mannheim sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Protocolle**
der zur Berathung einer
**Allgemeinen Deutschen Wechsel-Ordnung**
in der Zeit vom 20. Oktober bis zum 9. December 1847
in Leipzig
abgehaltenen Conferenz
**nebst dem Gesetz-Entwurf.**

Abdruck der Regierungsvorlage an die badischen Stände.
gr. 4. Preis 1 Thlr. preuß. Ct. oder 1 fl. 45 kr. = 1 fl. 30 kr. C.-M.

Diese Protokolle bilden von nun an die Quelle für das deutsche Wechselrecht und werden somit jedem Rechtsgelehrten, sowie vielen Geschäftsmännern unentbehrlich sein.

[81] Nachstehende, im Verlage von C. W. Leske in Darmstadt erscheinende Zeitschrift ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Jahrbücher**
für
**Wissenschaft u. Leben.**
Herausgegeben von
**Dr. L. Noack.**

Diese Jahrbücher bilden die Fortsetzung der seit 2 Jahren bestehenden „Jahrbücher für spekulative Philosophie" ꝛc. Mit dem weniger abstrakten Titel, den diese Zeitschrift in diesem Jahre angenommen, hat sie sich auch in mehr populärer Sprache den praktischen Problemen unserer Zeit zugewendet, wodurch sie nicht bloß Fachgelehrten, sondern jedem Gebildeten eine anregende und angenehme Lectüre gewähren wird.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Aldersgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexandre Strassburg 38 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Quartalpränumeration besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.1 durch die Post befördert im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Ggr.) berechnet.

№ 38. Heidelberg, Montag 7. Februar 1848.

## Uebersicht.

Hannoversche Briefe über Handelspolitik. I. — Aus Schlesien (sämmerwolle Zustände in den Kreisen Rybnik und Pleß). Karlsruhe (Kammerverhandlungen: Anträge und Eingaben. Beicke's Wünsche für die künftige Preßfreiheit. In der ersten Kammer die Vorschläge für Erhaltung der Fabriken einstimmig angenommen). Heidelberg (ein menschenfreundlicher Wunsch). Kiel (eine Anrede Prof. Claussen's an die Korrespondenzer Studenten. Stimmung in den Herzogthümern. Kommission zur Autarbeitung des Verfassungsentwurfs. Die Amnestiren).

**Schweiz**, Bon Neckar. Druckfehlerberichtigung. Zürich und Bern. Der Neckarkorrespondent aus die Schweiz. Bern. Die Anklage gegen die propagandistischen Umtriebe der Schweizer. — **Schweden**. Beschlüsse der Reichsstände betr. die Veränderungsvorschläge im Grundgesetz.

**Großbritannien**. Die Times über die dänische Lage. Versammlungen für die Zur enemancipation.

**Frankreich**. Thiers Rede über die Schweiz. — **Italien**. Livorno. Ankunft eines Dampfschiffes mit einem geheimnißvollen Reisenden. Neapel. Eine freie Verfassung vom Könige zugesagt. — **Rußland**. Von der russischen Grenze. Das Konkordat. Angebliche Genugthuungsforderung vom Papst. — **Serbien**. Fürst Milanowic †. Schulwesen, literarische und Rechtszustände. — **Amerika**. Die beiden Kongresse zu Washington und Queretaro. Untergang eines Dampfschiffs auf dem Ohio.

**Handel**. Frankfurt. Börsennachrichten.

**Beilage**. Die Fabrikfrage vor den badischen Ständen. 1. Vor der Diskussion. Newyork. Die Newyork-Bremer Dampfschiffahrt; die Verbindungsstraßen zwischen der Schweiz und den Seehäfen.

## Hannoversche Briefe über Handelspolitik.

### I.

Wenn das gefeierte Idol, der ideale Führer der deutschen Freihandelsmänner, wenn Herr Gobden in seinen letzten parlamentarischen Herzensergießungen die Einigung der Menschheit, den Frieden der Welt aus seinen Prinzipien herausbeschwören, und Angesichts der europäischen Leidenschaften und Bewaffnungen sich lächerlich machte, so mußte dieses Gelächter vor der öffentlichen Meinung seine deutschen Nachbeter noch mehr treffen als den Meister selbst, dem seine Antikornagefragitation immer ein verdientes Ansehen erhalten wird. Durch die deutschen Gaue schreitet eine ungeheure Mystifikation, angeregt und genährt von handelspolitischen Jesuiten und verdickt durch einen Haufen ehrlicher, aber kurzsichtiger Fanatiker. Die Simulation weiß, was sie will. Um ihren Sonderzweck zu verdecken und zu retten, mußte wo möglich ganz Deutschland getäuscht, und die Formel eines handelspolitischen Glaubensbekenntnisses gefunden werden, in welcher die Kritik zu Grunde gehen, der Sonderzweck selbst unter dem Glanz gemeindeutscher Wohlfahrt versteckt, und der gesunde Sinn der Nation durch phlantropischen Heiligenschein geblendet würde. Diese verfängliche Formel „Freihandel" hat England dargeliehen.

Eine deutsche Handelspolitik überwacht zunächst den Umsatz der höchsten Werthe, also die Beziehungen zu den überseeischen Ländern. Wenn nach dem Zeugniß des Sekretärs im Handelsamte laut des Edinburgh Review (W. Z. No. 1235) England allein an nichteuropäischen, mithin an überseeischen Waaren jetzt jährlich für 16 Millionen Pfund Sterling, also jährlich für etwa 100 Millionen Thaler nach Deutschland abfetzt, so ist dieser Gegenstand einer von jenen höchsten Werthen, die vorzugsweise eine deutsche Handelspolitik beschäftigen müssen. Im Zollvereine allein kann die Handelspolitik wesentlich nur auf Erhaltung und Beschützung des innern Marktes wirken. Um aber die überseeischen Absatzmärkte in den Kreis deutscher Handelspolitik zu ziehen, ist die Mitwirkung der deutschen Nordseestaaten, wemöglich Aller, absolut unentbehrlich. Die von Preußen für den Zollverein den Nordseestaaten vorgeschlagene Handelsverbindung bezielt also nur die verwärtigen, namentlich die überseeischen Belange, nicht aber den Zollschutz für den inländischen Markt, an welchem jene, so lange eine Verschiedenheit der eigenen Zollsysteme fortbestehet, keinen Antheil nehmen können.

Deutschland findet zur Abschließung einer gemeinsamen Handelsverbindung in seiner bisherigen überseeischen Stellung eine seltsame Begünstigung, wie Jeder, der Nichts mehr zu verlieren und nur noch zu gewinnen hat. Zwar sucht die bekannte Hamburger Denkschrift ihre deutschen Leser mit Furcht zu erfüllen vor den mannigfachen Retorsionen und Beschädigungen, welche der deutsche Handel als Strafe für solche Verbindung von dem Auslande zu gewärtigen haben würde. Fragt man aber das Ausland selbst, so erfolgt die entgegengesetzte Antwort. England voran, spricht es in seinen Staatsmännern unverhohlen aus, daß die eingeleitete Handelsverbindung ihm seine jetzige überseeische Einfuhr in Deutschland von jährlich 16 Millionen Pfund Sterling entziehen oder wesentlich schmälern dürfte, und nimmt hiervon den Hauptgrund an der vorbereiteten Aufgebung des härtesten Theils der englischen Navigationsgesetze; will also lieber, als daß es sich an jenen jährlichen 16 Millionen verkürzen läßt, ganz Deutschland frei in den englischen Weltbandel mitaufnehmen. — Für Holland stehen noch dringendere Interessen als für England, steht dessen ganze Existenz auf dem Spiele, wenn den Javaimporten eine andere Richtung um Holland herum gegeben würde, oder eine Begünstigung der Kolonialen anderer überseeischen Länder ertragen werden müßte. — Das übrige Ausland würde zwar weniger, aber doch hart genug von einer deutschen Handelsverbindung betroffen, um jede rechtgleiche Begünstigung des deutschen Handels zuzugestehen. — Ueberhaupt ist die bisherige überseeische Stellung Deutschlands die eines Volks, das bereits Alles verloren, und nichts Wegreißbares mehr zu verlieren, aber durch einfachen Beschluß Alles wieder zu gewinnen hat. Deringendere Veranlassung zur Verbreidigung, zur Abänderung des jetzigen Zustandes, alse zur Abschließung der eingeleiteten Verbindung gibt es nicht.

Die Grundlage der Verbindung ist eine rein maritime, die, mit dem kontinentalen Schutzzollsystem, mit der Vorbehaltung des eignen innern Marktes für die eigne Industrie Nichts gemein hat. In dem maritimen Differenzialzoll liegt der Zweck nicht, den innern Markt zu beschützen, sondern nach Außen zu wirken, die auswärtigen Märkte der deutschen Unternehmung zu öffnen, dort alle Ausschließungen oder Zurücksetzungen des deutschen Handels nach und nach zu beseitigen, also ihn dem Handel des Auslandes selbst zu freier und gegenseitiger Konkurrenz gleichzustellen. Beide, der Industrieschutzzoll und der maritime Differenzialzoll können, wie in den meisten handelspolitischen Ländern, nebeneinanderstehen, um sich gegenseitig zu ergänzen und zu verstärken, sind aber nicht nothwendig aneinandergebunden, können also jeder frei für sich operiren.

Nach Verschiedenheit des Bedürfnisses der Nationen kann oder muß jedoch der Differenzialzoll dienen, um der Schnäke der eignen Schifffahrt auszubeffern. Frankreich z. B. ist nach der Nationalität der in seine Häfen einlaufenden Schiffe von England überklügert und denkt deßhalb auf Erhöhung seiner Differenzialzölle, um der größeren nautischen Naturkraft der Briten zu wiederstehen. Deßhalb dürfte eine Abschaffung der englischen Navigationsgesetze schwerlich Frankreich zur Milderung seiner Differenzialzölle veranlassen, so wenig als Frankreich nach Maßgabe des eignen Bedürfnisses durch feemdes Beispiel zur Herabsetzung oder Abschaffung seiner Industrieschutzzölle sich verleiten läßt. — Holland, das es weniger auf Konkurrenzmachen in fremden Schifffahrtsgebieten, als auf Erhaltung der Importe in die eignen Häfen mit eignen Schiffen abgesehen hat, erzielte durch Differenzialzölle die hier bloß als Schutzzölle für die Marine dienten, eine eminente Vermehrung der eignen Handelsflotte seit 1830 von 1212 Schiffen mit 79,775 Lasten bis 1846 zu 1936 Schiffen mit 189,774 Lasten. Die Navigation der südlichen romanischen Nationen, z. B. Spaniens, Portugals u. s. w., würde durch die übrigens nautische Kraft der nördlichern europäischen Länder und Nordamerika's längst erdrückt sein, wenn der Schutz der dortigen Differenzialzölle sie nicht einigermaßen aufrecht erhielte. Für das seetüchtige Deutschland aber ist im Hauptwesen, wie oben angedeutet, der Differenzialzoll nicht eine Schutz-, sondern eine Angriffswaffe, um überall auf den auswärtigen Absatzmärkten gleichgestellte Zulassung und Gegenseitigkeit zu erzwingen. Theil-

Digitized by Google

weise jedoch würde der Differenzialzoll auch in Deutschland als Schutzmittel Bedürfniß sein. Namentlich an der Ostsee, mit Ausnahme von Lübeck und Mecklenburg, besonders östlich der Oder, ist für die langen überseeischen Fahrten weder die Mehrzahl der Schiffe schon gehörig konstruirt, noch die Mannschaft hinlänglich gebildet, noch auch hat der dortige Handelsstand um Anknüpfung direkter überseeischen Verbindungen sich eifrig bemüht. Die Fahrten gehen zu langsam, so daß z. B. aus dem schwarzen Meere manche Ladung verdirbt, die das Nordseeschiff unbeschädigt in den Hafen bringt. Hier dürften außer seinen Pläne Hülfsmitteln, z. B. Erleichterung der Zollkontrole, Zollfreiheit der Schiffsbaubedürfnisse, Steuermanns- und Schiffszimmermannsschulen ꝛc., ein Differenzialzoll zunächst als Schutzzoll und Anregung wirken. Ebenso am untern Rhein, wenn auch der Zahrwasser die Einführung einer überseeischen Navigation gestattet. In Hamburg bedarf die dort bestehende Handelsflotte, gleich denen zwischen Elbe und Ems bis gegen die Oder hin, eines Schutzes überall nicht. Allein die Hamburger Handelsmarine ist im Verhältniß zu den dortigen überseeischen Importen und im Vergleich mit Bremen längst nicht zahlreich genug, zumal auch etwa nur die Hälfte der dortigen Schiffe zu überseeischen Fahrten verwendbar ist. Durch die Begünstigung eines Differenzialzolls würde die Vermehrung der Schiffe in Hamburg, ähnlich wie es in Holland geschah, wesentlich befördert und zu den überseeischen Importen in ein günstigeres Verhältniß gestellt werden.

Im Großen und Ganzen also braucht Deutschland den maritimen Differenzialzoll nicht zum Schutz, sondern zum Trutz gegen auswärtige Unbilden. Deßhalb kann auch ein deutscher Differenzialzoll, können die Prinzipien einer deutschen Handelsverbindung nicht universell, und am wenigsten gleichmäßig, gegen alle auswärtigen Länder gerichtet sein. Zunächst aber stehn nicht die europäischen, sondern nur die großen überseeischen Erzeugnisse in Frage. Zugleich sollen alle diejenigen Länder aus, welche schon jetzt freie Gegenseitigkeit und Gleichstellung mit den nationalen den deutschen Schiffen gewähren, oder sobald sie zu dieser Gewährung sich entschließen. Nur ausnahmsweise sind die und da, außer der Gegenseitigkeit, noch besondere Rücksichten auszugleichen. Daher ist für das seefestigte Deutschland, mit seinem großen und deßhalb einflußreichsten Konsumtionsmarkt des Kontinents, das letzte kommerzielle Ziel der Handelsverbindung und maritimen Differenzialzölle kein anderes, als der freie und gleichgestellte Zugang deutscher Handelsunternehmung zu allen Häfen und Ländern, so weit möglich der ganzen Welt. — Der endliche Zweck also ist vollständige Schifffahrts- und Handelsfreiheit oder volle Möglichkeit, mit den nationalen Kräften auf den Weltmärkten gegen die nationalen Kräfte der andern Handels- und Seefahrtsvölker auf gleichem Fuß zu konkurriren.

Nach den im Parlament erwarteten Vorlagen schlägt England den Verkauf an den Wirkungen eines deutschen Differenzialzolls höher an, als den Verkauf, den es von einer gleichgestellten Flagge der deutschen Schiffe in den englischen Welthandel zu besorgen haben würde. Auch ist Nichts in Rechnung vollkommen richtig. Bisher imponirt England an überseeischen Waaren in Deutschland jährlich den Werth von etwa hundert Millionen Thalern. Der deutsche Handel wird lange Zeit nöthig haben, um einen gleichen überseeischen Werthbetrag in die englischen Handelsgebiete einzuführen. Unterdessen aber behält England Alles, was es an überseeischer Einfuhr bisher in Deutschland zu genießen hatte. Wollte aber England sich den Wirkungen eines deutschen Differenzialzolls aussetzen, so würde der Verlust seiner jährlichen 100 Millionen in wenig Jahren vollendet und seine Stelle auf dem deutschen Konsumtionsmarkt durch deutsche Steuerunternehmung, sowie durch die andern zu Gegenseitigkeit entschlossenen Seefahrer, besonders durch Nordamerika, ersetzt sein. — Inzwischen ist auch für Deutschland die Rechnung nicht unglücklich. Denn wäre auch Deutschlands Gewinn aus einer Unterwerfung Englands unter tiefseitigen Differenzialzoll beträchtlich größer, als aus einer gleichgestellten Aufnahme in den englischen Welthandel, so hat doch die insoweitige Abschaffung der englischen Schifffahrtsgesetze, worauf die Aufnahme Deutschlands in den Welthandel Englands resultirt, auch ihre Vorzüge. Denn die Weiterförderung des großen Prinzips der gleichgestellten Schifffahrts- und Handelsgegenseitigkeit erhält dadurch einen Vorschub, der für Deutschland unschätzbar und unermeßlich ist. Aus dem jetzigen Zustande heraus, aus dem unerwinterten segrannten Freihandel, dem handelspolitischen Nichts, würde jene Veränderung, obwohl mit der ferneren Zulassung jenes englischen 100 Millionen Imports erkauft, selbst als eine große Eroberung empfunden werden. — Hätten aber die englischen Protektionisten, die in ihren Journalen den Kampf für Aufrechthaltung des bisherigen Navigationssystems hauptsächlich auf die Hamburger Denkschrift stützen und aus ihr die Unpraktikabilität der gefürchteten deutschen Handelsreligung darthun, wirklich den erwarteten Erfolg, käme es auf Rücksicht auf die Denkschrift nicht zur Abänderung der englischen Seefahrtsgesetze, nicht zu einer deutschen Handelsreinigung, so würde kaum Napoleon größeres Unheil über Deutschland gebracht haben als jene Denkschrift.

**Preußen.** Aus Schlesien, 2. Febr. Die Schles. Z. fährt fort, die Aufmerksamkeit auf die unglücklichen Zustände in den Kreisen Rybnik und Pleß zu richten; es sind auch schon von verschiedenen Seiten, aus Privatmitteln und aus der Staatskasse Summen Geldes zur Verfügung gestellt, allein gleichwohl wird die Privatmöthigkeit dennoch in hohem Maße in Anspruch zu nehmen sein; denn allein im Kreise Pleß wird jetzt die Zahl der verwaisten Kinder auf 3000 angegeben. Hr. Dr. Künzer mit zwanzig Conventualen und Novizen des barmherzigen Brüderklosters, darunter zwei Chirurgen, geht in die Kreise Rybnik und Pleß, um die Krankenpflege in den vom Typhus heimgesuchten Ortschaften zu übernehmen.

**Baden.** * Karlsruhe, 5. Febr. Heute kündigte der Abg. Baffermann nachstehende Motion an: „Die Kammer möge in einer Adresse an S. K. H. den Großherzog die Bitte richten, auf geeignete Weise dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestage ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsamer deutscher Gesetzgebung und einheitlicher Nationalentwickelung geschaffen werde." Demnächst übergibt eine Vorstellung der Wahlmänner von Pforzheim um unverzügliche Aufhebung der Censur und Freigebung der Presse; eine zweite, von dem Gemeinderath zu Pforzheim, um Aufhebung und Vereinigung der bisher getrennten Konfessionsschulen. Richter legt eine Vorstellung der Gemeinden Ottenweier und Lauf um Gewährung unserer verfassungsmäßigen Rechte vor (eine Abschrift der 13 Artikel der Offenburger Versammlung). Heimburger eine Petition der Gemeinde Dinglingen, die Güterkäufe der Demänen- und Stiftungsverwaltungen, hauptsächlich jener von Lahr. Scheffel über Verwollständigung des Wiesenkulturgesetzes durch ein Wasserrecht. Junghanns eine Reihe von Petitionen auf Mietlos, worunter ein Lauf an die Minorität für Abstimmung in der Judenfrage; für Errichtung von Kommunalschulen, Herstellung der Preßfreiheit und Vereinfachung des Gemeinderechnungswesens; Einführung der Kapitalsteuer und Aufhebung der Immobilien-, Fleisch- und Weinaccise. Schaaff eine Petition von Ehrdach für Unterstützung der Motion des Abg. v. Soiron auf Uebertragung der Polizeistrafsgewalt an die Gerichte. Das Sekretariat eine Eingabe von 29 Verlagsbuchhandlungen um Aufhebung einer auf ihrem Gewerbe ruhenden Steuer, welche von den Ständen nicht bewilligt ist (die Auflieferung von Freiexemplaren aller Verlagswerke an die beiden Universitätsbibliotheken und die Hofbibliothek u. a.)

Die Abtheilungen haben Kommissionen ernannt: 1) für den Gesetzentwurf über die Pensionirung der Civilstaatsdiener: Demuth, Welcker, Straub, Bleibern, Hagelin. 2) für den Entwurf einer deutschen Wechselordnung: Mittermaier, Junghanns, Blankenhorn, Baader, v. Stockhorn. 3) für Zentner's Motion auf ein deutsches bürgerliches Gesetzbuch: Nekk, Welcker, Strand, Welte, v. Stockhorn. 4) für Helmreichs Motion auf bedingte Gewerbefreiheit: Helbing, Speyerer, Rettig, Vogelmann, Weizel. 5) für Schmitts Motion auf ein Polizeistrafgesetzbuch: v. Seiren, Richter, Zentner, Peter, Seltzam. 6) für Zittels Motion: Baffermann, Christ, Schmitt, Bissing, Weizel. — Die Kammer wird nächsten Montag die Kommission für die deutsche Wechselordnung um zwei, und jene für Helmreichs Motion auf bedingte Gewerbefreiheit um vier Mitglieder verstärken.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Bekk übergibt das Budget der Badanstalten und einen Gesetzentwurf über die Abzugsfreiheit, welche andere Berechtigte als der Staat beziehen. —

Welcker knüpft an die beiden heute eingekommenen Petitionen für das heilige Recht der Deutschen, für die freie Presse, auf deren Herstellung eine Motion begründet worden ist, eine Bitte an die Regierungskommissäre. Die Sache sei dringend, und obgleich er kein Mißtrauen gegen die Regierung habe, könne man ihm doch nicht verargen, wenn er, mit Rücksicht auf den Standpunkt anderer deutschen Staaten und auf einen gewissen Entwurf die Besorgniß hege, daß der bevorstehende Bundesbeschluß, auf welchen der König von Würtemberg in seiner Antwort auf die Adresse hingewiesen habe, nicht die wahre Preßfreiheit, sondern das Entgegengesetzte bringen könnte. Er bitte daher die Regierung, bei den Verhandlungen am Bundestage

Digitized by Google

fassung an die Grundsätzen unserer Preßgesetzes von 1831 festzuhalten, und beschwöre sie, neben der Aufhebung der Censur, die sich von selbst verstehe, wenigstens folgende 4 Punkte nicht außer Acht zu lassen: 1. daß an die Stelle der Censur von Schriften nicht eine Censur gegen Personen trete, d. h., daß die Besugniß zur Herausgabe von Zeitungen nicht an die Bedingung einer Konzession geknüpft; 2. daß keine Hinterlegung von Druckschriften vor der Ausgabe gefordert werde; 3. daß polizeiliche Beschlagnahmen nicht ohne richterliche Bestätigung fortdauern; 4. daß die Schriftsteller nicht der schimpflichen Censur ängstlicher Verleger und Drucker überantwortet werden, sondern, daß, um dieses zu vermeiden, die succesive Verantwortlichkeit des Verfassers, Verlegers, Druckers und. Verbreiters wie in dem Gesetz vom 28. Dec. 1831 beibehalten werde. Der Redner erinnert, daß die Bundesakte wahre Preßfreiheit verheißt; es wäre schrecklich, wenn wir statt dessen etwas Anderes erhalten sollten, was eine große und edle Nation beleidigen und kränken müßte; die Regierung hat in unserer Gesetzgebung die nöthigen Anhaltspunkte für die wahre Preßfreiheit und etwas Anderes werde auch die Kammer weder mit Dank annehmen noch durch ihre Zustimmung anerkennen. — M. Präs. Bekk entgegnete, daß jetzt nicht Zeit sei über den Gegenstand zu sprechen, er könne sich daher auch nicht weiter darüber erklären.

Die Tagesordnung führte zur Berathung von Petitionswesachen. Eine Petition von Löffingen um Aufbesserung der Holzfällungszeit für die Waldungen des Schwarzwaldes wurde auf den Antrag des Abg. Arnsperger an das Staatsministerium mit der Bitte überwiesen, die für die Staatswaldungen auf dem Schwarzwald bestehende Dispensation von der gesetzlichen Holzfällungszeit auch auf die Rathholzwaldungen der Gemeinden und Körperschaften auszudehnen. Eine Beschwerde aus Orten des Amtes Stockach, welches durch die neue Organisation bedeutend verkleinert werden soll, wird dem Staatsministerium zur Kenntnißnahme überwiesen. Ueber eine Eingabe des Handelsmanns Dietler in Freiburg um Einführung von Papiergeld wird zur Tagesordnung übergegangen, desgleichen über eine Petition gegen die Mahlsteuer. Dagegen wird ein ausführlicher Bericht des Abg. Straub über mehrere Petitionen für Abhilfung der Jagdbeede, worin insbesondere der im Mittelrichter Jagdbezirk (Lahr) noch immer bestehende Unfug mit starken Zügen geschildert wird — als Motion behandelt und zur Berathung an die Abtheilungen gewiesen. An der Discussion nahmen die Abg. Dörr, Heimberger, Arnsperger, Schaaff, Peter, v. Ihstein, Mey, Kapp, Welte, Baum, Richter, Junghanns, Welcker und von Seiten der Regierungskommission Geh. Rel. Stengel und Min. Rath. Kirchgeßner Theil. Der Abg. Schaaff ereiferte sich über eine Stelle des Berichtes, worin ein Urtheil des Oberhofgerichts, ohne dessen formelle Giltigkeit in Zweifel zu ziehen, als hart bezeichnet wurde. Peter fand dagegen dieses Urtheil noch sehr zart, und erklärt die Forderung des zu hohen Wildstandes gegen den ausdrücklichen Willen des Großherzogs nur durch die unendliche Langmuth der deutschen Bürger, die man aber doch nicht auf eine zu harte Probe stellen sollte. Baum führte aus der neuesten Zeit einen Fall an, daß auf die Anzeige eines wegen Meineid in Untersuchung stehenden Jagdaufsehers ein Beamter zwei unbescholtene Bürger wegen Jagdfrevels in Untersuchung nahm. Der Eine wurde nach 8 Tagen aus dem Gefängniß entlassen; der Andere wurde 6 Wochen festgehalten, erst auf wiederholtes Andringen der Gerichtsärzte zu seiner auf den Tod erkrankten Frau gelassen, die ihn noch sprechen wollte; sie starb, und dem Mann wurde verboten, die Leiche zu begleiten. Welcker wahrte nachdrücklich das Recht, dem moralischen Eindruck richterlicher Urtheile Worte zu verleihen.

Nächsten Montag wird der Abg. Rettig seine Motion auf Abschaffung der Todesstrafe begründen.

* Karlsruhe, 5. Febr. Die Kommission der ersten Kammer über die Vorschläge für Erhaltung der drei Fabriken trägt auf unveränderte Annahme der Adresse der zweiten Kammer an. Der von Freiherrn v. Andlaw erstattete Kommissionsbericht weist nach, daß keinerlei persönliche Verhältnisse den Staat verantlassen, sich der bedrängten Fabriken anzunehmen; daß aber alle Bedingungen vorhanden sind, um aus dem politischen und volkswirthschaftlich-gewerblichen Gesichtspunkte den Vorschlägen der Regierung und der zweiten Kammer beizutreten. An einer Stelle sagt der Bericht: „Die Regierung war es aber auch ihrer politischen Ehre und ihrem Einflusse auf die Gesammtinteressen des Zollvereins in den jetzt angedeuteten Falle schuldig (sich der Fabriken anzunehmen). Sie würde sonst den Beweis liefern, die hervorgerufene Industrie weder schützen zu wollen, noch zu können. In beiden Fällen ist die Wirksamkeit der badischen Regierung nach ihren bisherigen Vorkämpfen zu Gunsten eines ihr angemessen scheinenden Schutzes im Rathe des Zollvereins so gut wie vernichtet, und weder sie noch der Zollverein können dem Auslande gegenüber zur Anerkennung gelangen, sondern nur zur Mißachtung, weil sie Manches angefangen haben, aber nicht auszuführen verstanden."

* Karlsruhe, 5. Febr. Die erste Kammer hat heute die Vorschläge zur Erhaltung der drei Fabriken mittelst einer Garantie des Staates für die Zinsen ihrer Wechsel- und Kontokorrentschuld, wie sie aus den Beschlüssen der zweiten Kammer hervorgegangen waren, einstimmig angenommen. In der Diskussion wurden verschiedene Bemerkungen über einzelne Bestimmungen, aber keine Gegenanträge vorgebracht. Die Abstimmung erfolgte um halb 3 Uhr; die Berathung hatte um 10 Uhr begonnen.

* Heidelberg, 4. Febr. Ein hiesiger Korrespondent der Allg. Z. spricht sich mit Wärme gegen die Strohwagen der badischen Eisenbahn aus; eine Geschwerde, in die wir von ganzem Herzen einstimmen. „Welch ein Anblick, ruft er aus, diese Menschen, schlecht bekleidet, bei acht oder zehn Grad Kälte, ohne den mindesten Schutz gegen den schneidenden Ostwind, auf offenen Karren, bleich, zitternd, erloschenen Auges durch die eingeschneite Landschaft schleppen zu sehen! Und dieser Anblick muß gerade an der Schwelle von Deutschland dem Fremden geboten werden, der vielleicht mit hochgespannten Erwartungen von unserer Gesittung zu uns kommt, und der sich bei dem ersten Schritte über unsere Grenze mitten in die Barbarei versetzt glauben kann. Das Blut stigt mir auf die Stirne, so oft ich auf der badischen Staatsbahn ein auslandisches Gesicht erblicke oder eine fremde Sprache reden höre." Wie gesagt, wir können diese Klage nur aufs Dringendste unterstützen und hoffen, daß sie in diesem Winter zum letzten Male gehört werden muß. Der Korrespondent hat aber Unrecht, wenn er die „warmen Volksfreunde in der Kammer" anklagt, daß sie diesen Skandal stillschweigend gewähren lassen, wenn er es unerklärlich findet, daß die Volksvertretung sich nicht „gegen diese Unbill auflehnt", wenn er etwas bitter die „Herren" auf den grünen Bänken in Karlsruhe daran erinnert, daß diese armen Sklaine doch so sie sagen auch ihre Mitbürger seien". Das erinnert etwas an die Schlagworte des Tages, an den Nodelärm gegen die „hartherzige Bourgeoisie", gegen die „Herrschaft des Mammons", worin jetzt die Reaktion mit dem jungen Kommunismus brüderlich übereinstimmt. — Die „Herren" in Karlsruhe haben den Mißbrauch nicht unberührt gelassen und noch auf dem letzten Landtage hat einer der „warmen" Volksfreunde, an die sich der Korrespondent wendet, der Abg. Welcker, die Abschaffung der Ouästeres beharrwortet; man hat ihm damals erwidert, man müsse erst die Erfahrungen anderer Bahnen abwarten! In der Sitzung vom 8. Sept. 1846 wurde eine Petition von Landleuten um Berechnung der Siebwagen der Kammer vorgelegt und die warmen Volksfreunde sprachen sich mit Entschiedenheit dafür aus, daß diese Bitte mit Empfehlung „an das Staatsministerium überwiesen werden" solle. Der Antrag wurde angenommen, hat aber bis jetzt keine Erhörung gefunden. Die Kammer wird indessen ohne Zweifel auch in dieser Sitzung auf ihren wiederholt ausgesprochenen Wunsch zurückkommen und, wie wir hoffen, dies Mal nicht ohne Erfolg.

## Schleswig-Holstein.

* Kiel, 1. Febr. Der König Friedrich VII. hat alle politischen und Preßprocesse abolirt. Auf diese Weise ist das Verfahren eingestellt gegen Dr. Karl Lorentzen wegen 4 Processe, die wider ihn obschwebten als den Verfasser eines Vorwortes zu der 1844 von der holsteinischen Ständeversammlung wegen des Ussing'schen Antrages erlassenen Adresse, ferner als den Verfasser der Neumünsterschen Adresse, desgleichen als Komitémitglied bei der Nortorfer Versammlung und endlich wegen eines Aufsatzes in Honeck's Abendstunden, worin die Beschwerden der Herzogthümer sehr wahr, scharf und lebendig dargestellt sind. Lorentzen war vom holsteinischen Obergericht bereits 2 Mal, nämlich wegen des Vorworts und der Neumünsterschen Adresse, jedes Mal zu 1 Jahr Festungsstrafe verurtheilt, beide Urtheile aber waren noch nicht rechtskräftig. Gegen Theodor Olshausen, Redakteur des Kieler Korrespondenzblattes, neuerwählten Mitglied der holsteinischen Ständeversammlung, sind 2 Processe eingeleitet, nämlich wegen einer angeblichen Kontravention gegen die Censurgesetze, sowie wegen einer in Kiel über das Verbot von Volksversammlungen und in Bezug auf den königl. offenen Brief vom 8. Juli 1846 gehaltenen Rede. Beseler, der Präsident der Neumünsterschen Versammlung, war vom holsteinischen Obergericht freigesprochen. Das Oberappellationsgericht aber, worun die Regierung appellirt hatte, hatte noch nicht entschieden. Außerdem sind die wider Wiggers, Tiedemann, Reyner, als Komitémitglieder der Nortorfer Versammlung eingeleiteten Processe beseitigt. Endlich ist eine inkriminirte Schrift: Brackow's „Wahrheit ohne Hülle" amnestirt.

Digitized by Google

In Dänemark schwebten ebenfalls mehrere jetzt beseitigte Processe ob. Der König Christian VIII. war in Dingen dieser Art sehr empfindlich. Der neue König ist es weniger. Derselbe hat jetzt eine gemeinschaftliche Konstitution für die Herzogthümer und das Königreich versprochen. Es ist hierüber große Aufregung. Morgen mehr.

Die Autorberufung des Entwurfs des Verfassungseides, welcher von erschrenen Männern berathen werden soll, ist nach zuverlässigen Nachrichten folgenden vier Männern übertragen: Geh. Staats- und Finanzminister Graf v. W. v. Moltke, Geh. Staatsminister Oersted, Geh. Staatsminister und Präsidenten der schleswig-holsteinlauenburgischen Kanzlei Grafen Karl v. Moltke und Rentekammerepuisten Etatsrath Bang. (Kieler Korrespondenzblatt.)

Kiel, 30. Januar. In einer Anrede an die Studenten in Kopenhagen am 22. Jan. bei öffentlicher Gelegenheit äußerte, wie die „Bv. Z." berichtet, Professor Clausen, wiederholter Präsident der dänischen Stände in Roeklide und bekannter Führer der liberalen Partei, sich folgendermaßen: „ — Unser dänisch gesinnter König und sein Rath muß wissen, — daß, wenn das Volk in Dänemark eine freie Verfassung wünscht und sich darnach sehnt, dann wünscht und sehnt es sich darnach wie ein dänisches Volk; — muß wissen, daß es seine Rechte noch Freiheiten unter Verhältnissen erwerben will, durch die Schleswig und Holstein Eins würden, und der dänischen Nationalität südlich der Königsau ein Grab bereitet würde, welches für alle Dänen als ein Denkmal ewiger Schande stehen würde."

Die Berichte in norddeutschen Blättern über den Eindruck, den das dänische Verfassungsgesetzentwurf in den Herzogthümern gemacht hat, lauten bis jetzt durchaus erfreulich; man verkennt das Gewicht der liberalen Zusagen, die hier mit mehr Freigebigkeit als in Deutschland geboten werden, durchaus nicht, aber man ist auch seinen Augenblick darüber im Zweifel, daß die deutsche Nationalität auch für die liberalste dänische Verfassung nicht hinzugeben sei. Die Rolle, wird der „Weser-Zeitung" geschrieben, welche die Stadt Kiel in dem Stück spielen wird, ist schon bestimmt. „Wie nennt Ihr das Stück?" heißt es im Hamlet; „„die Mausefalle"".

Kiel, 30. Jan. Die zunächst zu erwartende Maßregel wird die Berufung von Notabeln aus Dänemark und Schleswig-Holstein sein. Dies verlangen ja unsere freiwilligen Vertreter, die Bürgerrepräsentanten und Abgeordneten von Kopenhagen. In dieser Hinsicht ist in einer Versammlung gestern beschlossen worden, daß jeder Abgeordnete, der nach Kopenhagen berufen werde, vorher seine sämmtlichen Kollegen zu einer Besprechung einlade. (Wes.-Z.)

## Schweiz.

** Vom Neckar. Folgende empfindliche Druckfehler des gestrigen Artikels ** vom Neckar sind wir so gut, zu verbessern: mit deren redlicher Hilfe endlich. Der servile Lakai und der „Dunderschwanz" statt mit dem. 100 Tausend statt 100 Mill. Franken.

* Zürich, 3. Febr. Die jüngsten Artikel Ihres Neckarkorrespondenten haben in der ganzen liberalen Schweiz einen solchen Sturm des Unwillens hervorgerufen, daß Sie mir schon erlauben müssen, mit ein paar Worten darauf zurückzukommen. Es ist, wohlverstanden, nicht die von dem Korrespondenten gepriesene Mäßigung, welche diesen Sturm hervorrief; in dieser Beziehung hatt derselbe weder allein, noch hätte man darin die Gelegenheit gefugt, die „gute und wohlwollende Gesinnung" desselben zu bezweifeln; wir selbst, und mit uns die Mehrzahl der angesehensten liberalen Blätter der Schweiz, haben bei Weitem nicht Alles gelobt, was in den besiegten Kantonen geschah; auch wir haben der warnenden, zur Versöhnlichkeit mahnenden Stimme eines K. Pfyffer, der eidgen. Repräsentanten in Luzern und Freiburg unsern vollsten Beifall gegeben; — aber das, was uns und alle ehrlichen Schweizer mit Recht empört, ist, daß man uns als ein Werkzeug, als einen Spielball fremdländischer Propaganda darstellen will. Wäre es nicht eine so geachtete Zeitung wie die Ihrige, man würde wahrlich kein Aufheben von dergleichen Artikeln machen, die Schweiz ist an solche Dinge von früherher gewöhnt; aber daß gerade die D. Z., der wir von Anfang an mit solchem Zutrauen und Wohlwollen entgegenkamen, Artikel aufnahm, die einerseits jeder Begründung entbehrten, andererseits in den Augen des Auslandes uns nur anschwärzen konnten, das hat uns in der That wehe gethan. Betrachten wir die Hauptvorwürfe ein wenig näher. Zuerst wird den Berner Staatsmännern vorgeworfen, sie reden „kaltblütig von dem Kriege, der im nächsten Frühjahr beginnen solle". Nun, Angesichts der Sprache des halbofficiellen Oest. Beob., welche die N. A. Z. eine halbe Kriegserklärung nannte, Angesichts der versuchten Eingriffe in unsere innere Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, Angesichts einer Rachdarstimme, die sich ganz vor Kurzem hören ließ, und die von der anständigen schweizerischen Presse voll Schonung beurtheilt wurde, Angesichts alles dessen, wird man es den Berner Staatsmännern nicht verargen, wenn sie die Möglichkeit eines Krieges ins Auge fassen, bei einem Kriege aber, der die Schweiz bedrohte, weil sie ihre Unabhängigkeit nicht preisgeben wollte, werden Jene nicht allein stehen; die Eidgenossenschaft wird fremde Einmischung zurückweisen, und sollte sie ihren Untergang dabei finden. Wie weit ist es aber von einem solchen zur Vertheidigung der heiligsten Rechte unternommenen Kriege bis zu einem propagandistischen Kriege, der sicherlich nur im Kopfe des Hrn. Korresp. spukt! Die welschen und die Berner Staatsmänner wollen also jetzt „angreifend gegen das Ausland verfahren, während die noch unruhigere Fraktion von deutschen und italienischen Flüchtlingen geradezu voranschreiten, im Nordosten (!) Krawalle erregen, dann aber den Süden aufregen und namentlich einen Einfall in die Lombardei machen möchten, wo man Alles reif glaubt, und wo man vor etlichen Wochen durch das Gerücht von einem solchen Einfall die Stimmung sondirt hat." Ich versichere Ihnen, daß Männern, die mit den Zuständen der Schweiz sehr wohl bekannt sind, das Blatt vor Erstaunen aus der Hand sank, in dem sie solche Dinge lasen, daß Einer den Andern verwundert ansah, daß man nicht glauben wollte, die „D. Z." könne solche der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlagende Anschuldigungen bringen. Ich kenne auch ein wenig die Gesinnung unserer Staatsmänner, und ich behaupte offen gegen den Neckarkorr.: Niemand von ihnen denkt an einen solchen propagandistischen Angriffskrieg; wer den schweiz. Charakter auch nur von fern kennt, der weiß, wie viel oder vielmehr wie wenig Interesse derselbe an einer jeder an allen das Ausland betreffenden Dingen genommen hat. Und nun gar ein Einfall in die Lombardei! Wollte sich der Hr. Korr. einmal zu uns bemühen, so könnte er sich persönlich von dem Anseben überzeugen, in welchem die Italiener — bei aller Sympathie für ihre Sache — bei uns stehen, und welches wahrhaftig durch die Haltung der Tessiner Truppen im letzten Festzuge nicht gewonnen hat; — ein Einfall in die Lombardei, unternommen von einer gar nicht existirenden Fraktion deutscher und italienischer Flüchtlinge — das ist wirklich zu toll! Wo sind diese Flüchtlinge? wer sind sie? Die, welche, seit Jahren eingebürgert, die ruhigsten Schweizerbürger geworden sind, trotz der weitand Burschenschaften Deutschlands, und die große Augen machen würden, wenn man ihnen einen „Einfall in die Lombardei" proponirte, der Korr. sich nicht meinen; die Einzigen von ihnen, welche Einfluß auf die Staatsverhältnisse der Schweiz besaßen, sind die Brüder Snell, denen man gewiß keine derartige Propaganda zutraut, — und etwa noch, um Nichts auszulassen, die Brüder Ciani im fernen Tessin. Ich erinnere mich, wie herzlich wir vor einigen Wochen über die Nachricht französischer Blätter lachten, die Schweiz werde einen Einfall von 20,000 M. in die Lombardei vor; jetzt vernehmen wir auf einmal vom Neckar, das sei geschehen, „um die dortige Stimmung zu sondiren." Wir sordern den Korresp. lediglich auf, auch nur den Schatten eines Beweises für das Dasein jener einstürzlerischen Fraktion von deutschen und italienischen Flüchtlingen, sowie für die Existenz jener propagandistischen Angriffspartei zu bringen!

†† Bern, 1. Febr. Sie werden aus den neuesten Berner und Züricher Blättern ersehen haben, welchen Sturm der Vorwurf propagandistischer Bestrebungen, den Ihr Neckarkorrespondent gegen die hiesigen Radikalen erhebt, erregt hat. Daß dieser Vorwurf gerade im gegenwärtigen Augenblick mit verdoppeltem Eifer abgewehrt wird, werden Sie erklärlich finden. Die Ket, wie dies in der Berner Zeitung geschieht, möchten wir so wenig, als die Verdächtigungen dieses Blattes gegen die Deutsche Zeitung und seine seltsamen Vermuthungen über den Ursprung jener Korrespondenzen in Schutz nehmen. Aber den Vorwurf selbst halten wir umso eher für unbegründet, da auch der, welcher ihn erhebt, keine bewiesenden Thatsachen beigebracht und die Berns'chen Staatsmänner, die er beschuldigt, so wenig, als die Unternehmungen, durch welche sie die Ruhe des Auslandes gefährden sollen, näher bezeichnet hat. Statt dessen aber dem Gegner die Beweislast zuzuschieben und von ihm zu verlangen, daß er das Nichtvorhandensein von Thatsachen darthun solle, die nicht einmal näher spezifizirt wer- den, ist gegen die sonst gilligen Kampfregeln. Abgesehen von diesen problematischen Thatsachen glauben wir die Ueberzeugung aussprechen zu dürfen, daß kein Volk weniger geneigt ist, Propaganda zu machen, als die Schweizer. Bis zur Kurzsichtigkeit und Einseitigkeit mit sich selbst und ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt, können sie weder eine fremde Einmischung in dieselben, ja auch nur ein freimüthiges fremdes Urtheil über dieselben ertragen, noch fühlen sie ihrer-

Digitized by Google

seitd einen Trieb in ſich, dieſe nächſten Intereſſen zu verlaſſen, um ihnen Lebensformen Anderer aufzudrängen. Daß die Drohungen fremder Intervention da und dort die Drohung mit republikaniſcher Propaganda hervorriefen, iſt möglich; aber Jedermann ſieht auch, wie weit es noch von ſolchen hingeworfenen Worten bis zur That und ſelbſt bis zum Plan einer That iſt. Wir ſind überzeugt, daß die ganze vermeintliche Propaganda von Schweizern nicht über dieſe Drohung mit Repreſſalien hinausgeht. Daß einige fremde Flüchtlinge noch Weiteres wünſchten, iſt möglich; daß ſie es aber zur Zeit zu irgend erheblichen Unternehmungen von der Schweiz aus bringen könnten, glaube man nicht. Die radikalen Regierungen wären und waren zum Theil ſchon die Erſten, ſie in dieſem Fall auszuweiſen. Das Schreiben konnte man ihnen darum nicht verwehren, und ebenſowenig den gehemmten Druck von Brandſchriften, über deren Urſprung von keiner Seite her genauere Nachweiſungen gegeben worden ſind, verhindern. Deßhalb hat auch die Stelle der würtembergiſchen Thronrede, die von der Schweiz handelt, das größte Aufſehen hier erregt. Man fragt ſich erſtaunt, in welchen Schlupfwinkeln wohl jene Rotten vom Geſetz verurtheilter Verbrecher hauſen mögen, die Deutſchland mit einer Revolution bedrohen ſollen. Hier kennt ſie Niemand. Möge man nur keine Geſpenſter ſehen; die Geiſter, die etwa wirklich hier zu Land umgehen, werden den Kreis, in den ſie gehören, nicht überſchreiten.

* Wir haben bereits in unſer geſtrigen Nummer eine Stimme aus Bern über die gegen Hrn. Dr. Oeterey erhobene Anſchuldigung vernommen; wir hören heute drei andere unſrer regelmäßigen Mitarbeiter aus der Schweiz reden, deren Entgegnungen gegen unſern ** Neckarkorreſpondenten uns gleichzeitig mit den übereinſtimmenden Erklärungen der liberalen Schweizer Blätter zu kommen. Wenn unſre Freunde aus der Schweiz die Erwartung ausſprachen, auch ihren Anſichten die Spalten der D. Z. geöffnet zu ſehen, ſo verſtand ſich das natürlich von ſelbſt; daß wir in dieſer Sache, wo es ſich lediglich um Herſtellung von Thatſachen handelt, in keiner Weiſe parteiiſch ſind oder ſein können, haben wir theils zu wiederholten Malen erklärt, theils durch die That bewieſen. Die reine und unverfälſchte Wahrheit wird aber auf dem Wege einer lebhaften, ja bewegten Debatte am ſicherſten zu Tage kommen; wird beſſer, es wird nach eifriger Verhandlung das, was unſre Schweizer Korreſpondenten für unwahr erklären, wirklich als Unwahrheit ermittelt, als daß der leiſe ſchleichende Verdacht, nicht laut ausgeſprochen, nicht diskutirt, im Stillen fortwuchere und wenigſtens einen zweifelhaften Schein der Wahrheit zurückleſſe. Daß nun zu gleicher Zeit mehrere Stimmen aus der Schweiz ſelbſt, deren politiſche Anſichten merklich auseinandergehen, von deren Wahrheitsliebe wir aber vollſtändig überzeugt ſind, ſich ganz übereinſtimmend gegen die Anklage unſres Neckarkorreſpondenten ausſprechen, darüber kann Niemand eine lebhaftere Freude empfinden als wir ſelbſt; denn dieß läge uns nicht das Gedeihen der freiſinnigen Entwicklung der Eidgenoſſenſchaft ſo dringend am Herzen, ſo hätten wir einen Vorwurf, der bei der großen und kleinen Diplomatie Europas hundertfach wiederkömt, lieber als furchtſame und falſche Freunde ſtillſchweigend unterdrückt und gewiß nicht mit dem Nachdruck betonen laſſen, der entweder eine fruchtbare Warnung enthielt oder eine Widerlegung geradezu herausforderte. Dies und nichts Anderes hat auch unſer Korreſpondent vom Neckar im Auge gehabt; wenn ſeine früheren und ſpäteren Mittheilungen ohne Animoſität im Zuſammenhang erwogen werden, muß ſich jeder Unbefangene geſtehen, daß da die lebhafteſte Theilnahme für die ruhige Entwicklung der Schweizerverhältniſſe und die Aufrichtige Beſorgniß vor einer fremden Einmiſchung aus jeder Zeile herausſprach. Und dieſe Beſorgniß vor den nie ruhenden und jetzt am wenigſten beſchwichtigenden Gelüſten ausländiſcher Intervention ſchienen auch uns keineswegs Geſpenſterfurcht zu ſein; vielmehr je unzweideutiger der Sieg der liberalen Schweiz ſich geſtalten wird, deſto argwöhniſcher wird man auf jeden Anlaß lauern, die Verſchmelzung der Schweiz zu einer ſtarken Eidgenoſſenſchaft zu hemmen. So liegt uns eine glaubwürdige Mittheilung aus Oeſterreich vor, wornach man dort auf die Schweizer viel redirterer ſei, als „auf die Walchen.“ Nur die Beſeſtigung des franzöſiſchen Miniſteriums, eine ruhigere Geſtaltung der italieniſchen Verwicklung dente man abzuwarten, um dann den erwünſchten Anlaß zu neuen Differenzen mit der Tagſatzung energiſcher zu benützen. Daß die Schweiz dieſen gewünſchten Anlaß nicht gebe, und ſich ſo die Früchte des jüngſten Sieges nicht ſelber verkümmere, iſt unſer lebhafteſter Wunſch, und wir wiederholen es, wir wollen lieber zu früh als zu hell ſehen, lieber von einer unerwartet günſtigen als von einer unverhofft ungünſtigen Wendung der Dinge überraſcht ſein.

Das Verhältniß der Schweizer zur fremden Propaganda iſt aber jüngſt von der N. Z. Z. ſelber in ſehr unzweideutigen Worten gezeichnet worden. Die Schweizer, heißt es dort, ſind dem Propagandismus ſo gründlich abhold, daß diejenigen politiſchen Flüchtlinge, welche demſelben nicht entſagen wollten, nie lange in der Schweiz verweilten. Mazzini, der für Italien ſtets wirkende Flüchtling, lebt in London; Herzen hat, nachdem 21 Kantone ihn ausgewieſen, nun auch den 22. verlaſſen und iſt nach Amerika hinüber. Die Pamphlete, die nach Deutſchland geſchleudert wurden, haben in der Schweiz zweifelsohne ein allgemeineres Mißfallen erregt, als in Deutſchland ſelbſt. Den geſunden Sinn des Schweizers erfüllen dergleichen Produkte eines wüſten revolutionären Geiſtes, der nur Zerſtörung athmet, mit Ekel. Bei dem beſten Willen der ſchweizeriſchen Regierungen konnte aber unmöglich Druck und Verſendung ſolcher Pamphlete verhindert werden, deren Daſein man gewöhnlich erſt erfuhr, wenn ſie ſchon über die Grenze waren. Kommen aber nicht auch aus Amerika, aus England und Belgien ſolche Schriften nach Deutſchland? Freilich, und zwar findet dann noch der Unterſchied Statt, daß weder Amerika, noch England, ſelbſt Belgien nicht, die Urheber ſolcher Schriften ausweiſen, während die Schweizerkantone in der Regel die überwieſenen Verfertiger von Hetzſchriften fortſchicken. Und warum geſchieht dies? Zu der Regel gewiß nicht aus Furcht vor dem Auslande, dem die Schweiz mehrmals bewieſen hat und hoffentlich ferner bewieſen wird, daß ſie vor ſeinen Anmaßungen nicht zurückbebt, ſondern weil die Schweizer an ſolchem Treiben einen wahren Ekel haben. Die Schweizer Radikalen wollen eine Freiheit, mit der ſich die Kultur vereinigt, eine Freiheit nicht nur dem Worte, ſondern auch der That nach. An den Schickſalen der übrigen Völker nehmen ſie den Antheil, den die gebildete Welt überhaupt an dem Schickſale der Völker nimmt; ſie wollen aber auf keine Weiſe auf dieſelben einwirken. Die Art und Weiſe, wie die Adreſſen der Völker von der ſiegreichen Schweiz aufgenommen wurden, ſollten zur Bekräftigung unſerer Behauptung dienen. Man hat ſich gefreut über die Theilnahme der Völker, doch nicht einmal den Verſuch gemacht, irgendwelche nähere Verbindung mit den Adreſſeſendern anzuknüpfen. Es iſt bei dem Dante verblieben.

Ⓓ Bern, 3. Febr. Wie Sie aus den geſtrigen Berner Blättern ſehen, hat der Angriff auf „Staatsmänner in Bern,“ datirt „vom Neckar“, zu heftigen Gegenerklärungen der hieſigen liberalen Preſſe Anlaß gegeben. Es iſt deßwegen beſonders auch aus dem Grunde höchſt wünſchenswerth, und wird, wie wir wenigſtens ſchein, in dieſem für die Schweiz äußerſt kritiſchen Augenblick von Pflicht und Gewiſſen gefordert, daß der betreffende Korreſpondent durch klar erwieſene und nicht zu beweiſelnde Thatſachen ſeinen Angriff rechtfertige, weil gerade ſo allgemein gehaltene und eben darum gar drohend ausſehende Beſchuldigungen den Feinden der Freiheit, die eine kräftige und ſelbſtändige Entwicklung der Schweiz um jeden Preis verhindern möchten, eine ſehr willkommene Handhabe darbieten, der Schweiz als einem Heerd propagandiſtiſcher Beſtrebungen, durch welche die Ruhe des Auslandes gefährdet werde, in ihrer Entwicklung zu nationaler Kraft und Unabhängigkeit mit allen nur möglichen Mitteln entgegenzutreten. Die Geſchichte beweiſt es, daß in der Hand des reaktionären Syſtems jede auch noch ſo unbedeutende, oft nur auf wenige Individuen ſich beſchränkende revolutionäre Beſtrebung zur mächtigen Waffe wird, die Entwicklung der geſetzlichen Freiheit unter dem Vorwand gefährdeter Ruhe niederzuhalten. Darum erkennen auch gerade die einſtußreichſten und talentvollſten Staatsmänner der Schweiz die gebieteriſche Nothwendigkeit, jeden Konflikt mit dem Ausland zu vermeiden, ſondern es nur immer mit der Ehre und Unabhängigkeit der Nation zerthalig iſt. Und gerade in Bern kann eine Reihe von Thatſachen angeführt werden, welche die Sorge der hieſigen Regierung beweiſt, ihre Pflichten gegen das Ausland in jeder Beziehung zu erfüllen. Daß dieſe Sorge oft den Schein einer gewiſſen Aengſtlichkeit annimmt, beweiſt der nur kurze Aufenthalt, den man im vorigen Sommer dem Literaten Heinzen im hieſigen Kanton geſtattete. Trotz ſeiner wiederholten Eingabe an den Reg.-Rath, man möchte ihm den Aufenthalt in Bern bewilligen, wurde er abgewieſen und mußte den Kanton verlaſſen. Mazzini, den konſervative Zeitungen in den Monaten Oktober und November in Bern ſein ließen, um von hier aus für propagandiſtiſche Zwecke zu wirken, iſt meines Wiſſens weder in dieſer Zeit, noch kurz vor- oder nachher hier geweſen. Ich bin überzeugt, die Schweiz und ganz beſonders der jetzige Vorort wird dem Ausland nicht den geringſten begründeten Anlaß geben zu Anſchuldigungen der Art, wie ſie in gedachter Korreſpondenz erhoben worden ſind. Daß Handwerksgeſellen, welche aus benachbarten ſüddeutſchen Staaten in die Schweiz wandern und nach mehrjährigem Aufenthalt in unſerm durch keine hemmenden Maßregeln dem freien Geiſtesdurchbruch hingegebenen Leben

Digitized by Google

mit politischen Aussichten in die Heimath zurückkehren, welche manchen Regierungen gerade nicht sehr angenehm sind. Der Grund dieser Thatsache kann nicht eine Anklage gegen die Schweiz sein, sondern vielmehr in dem politischen Zustand der Nachbarländer selbst gesucht werden. Daß die Schweizer Regierungen gegen wirklich erwiesene revolutionäre und kommunistische Bestrebungen hier gebürtiger Fremden ohne Nachsicht und mit Kraft einschreitet, beweist die Geschichte der letzten Jahre. Daß sie aber nicht bei jedem sich für geistige Fortbildung sich bildenden Handwerkervereein erschrickt, die soeiale Ordnung gefährdet glaubt und, bevor sie genau untersucht hat, zu Gewaltmaßregeln schreitet, beweist, daß die Schweiz ein gutes Gewissen hat. Wenn sie deßwegen das heilige Asylrecht gegen alle unrechtmäßigen Eingriffe des Auslandes mit Kraft zu wahren und zum Trotz politischer Verfolgten aufrecht zu erhalten bereit ist, so wird sie gewiß mit ebensoviel Energie den mißvollen Mißbrauch des Asylrechts zu ahnden wissen.

## Schweden und Norwegen.

Dem H. C. schreibt man aus Stockholm unterm 20. Jan.: In den gestrigen Mesis der Reichsstände sind die seit dem letzten Reichstage ruhenden Vorschläge wegen Veränderungen im Grundgesetze vorgekommen. Im Bauernstande sind sie sämmtlich abgeschlagen worden, so daß nun auch die Hoffnungen einer besseren Rechtspflege durch Uebertragung vieler Prozesse von dem Staatsrath an das höchste Gericht und eine bessere Wahlordnung für die Hauptstadt vereitelt sind. Der Antrag wegen Verstärkung der Mitglieder des höchsten Gerichts wurde auch im Priesterstande und im Mitterhause abgeschlagen, in letzterem erst nach einem heftigen Kampfe mit 108 gegen 92 Stimmen. Hier war es die ultra-konservative Partei, unter Leitung des Hrn. v. Hartmannsdorf, welche den von den Ministern und Staatsräthen mit großem Talent unterstützten königl. Propositionen entgegentrat. Im Bürgerstande sind sämmtliche von 1845 zurückgelieferte Vorschläge genehmigt worden, namentlich auch die Wahlordnung für Stockholm, wonach künftig die Reichstagsmänner der Hauptstadt ohne andere Qualifikation als die des Bürgerrechts gewählt werden sollen.

Das Aftonblatt bemerkt: Die stärkste Niederlage, welche die Regierung seit lange erlitten, sei die selbst im Adel- und Priesterstande beschlossene Verwerfung der Regierungsvorschläge über die Verlegung der Marinearbeitsstämmen von Gothenburg nach Waxstrand.

## Großbritannien.

London, 2. Febr. Die Times bringen in der Nr. vom 31. Jan. einen Artikel über die schleswig-holsteinische Frage unter den jetzigen Konstellationen, der sich durch die vom Könige Friedrich VII. verliehene Gesammtverfassung eigentlich von selbst erledigt. Diese Verfassungsverleihung ist eben das, was die Times dem gegenwärtigen Könige zu thun anriethen. Entweder haben die Times einen ganz besonderen Instinkt — den sie jedoch in Bezug auf die Schweizerverhältnisse, auf den Krieg in Mexiko und manche andere auswärtige Fragen nicht bewiesen haben — oder sie sind nur das Echo und zugleich Sprachrohr der dänischen und dynastischen Partei und empfangen somit von Kopenhagen die Einflüsterungen, welche ihren Betrachtungen zum Grunde liegen. Jedenfalls ist es den schlauen Männern in Kopenhagen gelungen, zugleich eine Salte anzuschlagen, welcher in England von vornherein die allgemeine Zustimmung nicht entgehen kann; sie stellten ein dänisches Parlament in Aussicht, welches jetzt durch ein k. Dekret bereits verkündet worden. Den Engländern liegt es vor Allem daran, daß sich die konstitutionellen Grundsätze, auf denen das Wohl und die Freiheit ihres eigenen Landes beruht, sich über alle Welt ausbreiten. Mit Parlamenten, meinen sie, und von ihr in England bereits gewonnenen Standpunkt mit Recht, müsse sich jede noch so schwierige Frage lösen lassen. So, nach der Ansicht der Times, auch die dänische Successionsfrage, über welche die Stände, aus allen Theilen der Monarchie, zu einem Parlament zusammentreten, entscheiden sollen. Man müsse die Parteien ihren Streit unter einander austämpfen lassen, nicht aber die Krone selbst mit hineinziehen. Solche Parteikämpfe seien vergleichsweise unschädlich, wenn sie in den Schranken einer gesetzgebenden Versammlung ausgefochten würden, wo die Parteien auf gemeinsamen Boden mit gemeinsamen Rechten zusammentreten und an der Autorität der höchsten Gewalt selbst Theil nehmen. Keinenfalls aber dürfe es zu einer Theilung kommen, eher müsse man verzichten, daß die Nachfolge auf den männlichen Zweig von Holstein (Augustenburg) übertragen würde, und die weibliche Linie (die hessische) dafür eine angemessene Entschädigung (aber welche und wo?) erhalte. Die übrigen Ansichten der Times über diese Angelegenheiten sind aus früherer Zeit bekannt, Schleswig ist ihnen zufolge reines Krongut, die Sympathien der Deutschen für das Brudervolk in den Herzogthümern werden, als kriegs- und interventionsstiftig, als dem Frieden Europas gefährlich und auf absichtlicher Mißkennung alles Rechts beruhend, zurück- und zurückgewiesen, die offenbaren Versuche und Bestrebungen der ultradänischen Partei, das deutsche Wesen in jenen deutschen Landen zurückzudrängen, zu hemmen, zu ersticken, für Nichts geachtet oder mit Stillschweigen übergangen, die deutschen Fürsten, welche in dieser Angelegenheit mit dem deutschen Volke Hand in Hand gingen, in ziemlich unzweideutiger Weise dafür gehalten, die Bevölkerung der dänischen Herzogthümer ein seit alter Zeit trotziges und händelsüchtiges Volk genannt. Dänemark müsse wenigstens in seiner jetzigen Größe erhalten werden, es habe durch den Verlust von Norwegen schon zu viel Einbuße erlitten, auch sei ihm sein jetziger Besitzstand durch Verträge verbürgt. Diese gröbliche Sympathie für Dänemark stellt wenigstens in einem der Hauptorgane eines Volkes auf, welches durch die Beschießung Kopenhagens und den Flottenraub im J. 1807 der dänischen Monarchie die tödtlichste Wunde schlug, während die spätern Versuche Dänemarks mehr oder weniger die Folge einer falschen und eigennützigen, durchaus antideutschen Politik waren, die es auch in innern Angelegenheiten gegen die deutschen Herzogthümer, in äußeren gegen Deutschland selbst durch den Sundzoll bis jetzt sortgeführt hat. So dürfte denn auch wohl die jetzt gewährte Verfassung nur als ein Werkzeug gegen die deutschen Anlagen ins Leben gerufen worden sein oder als solches benutzt werden. An dem guten Willen dazu wird es wenigstens nicht fehlen. Oft läßt sich oder in der Hand eines geschickten Meisters einen Werkzeug ein anderer und weiterer Gebrauch abgewinnen, als wozu es von dem Verfertiger ursprünglich bestimmt war.

Die Eröffnung des Parlaments steht vor der Thüre, man beeilt sich daher, Versammlungen zu halten, um sich zu Gunsten der Unterneuancipationsbill auszusprechen. Zahlreich besuchte Versammlungen der Art fanden unter andern in Westminster, Cambridge und Derby Statt. Ueber das bevorstehende Parlament bringen die Journale fast gar keine Betrachtungen, keine Aufrufe an ihre Partei, kaum eine Andeutung — so ruhig verläuft, bei aller innern Kraft, das politische Leben in England.

## Frankreich.

Paris, 3. Febr. Wie wir gestern sagten, durch die Rede über die Schweiz hat Hr. Thiers die Rede über Italien wieder gut machen wollen; und es ist ihm gelungen. Die Opposition ist im dritten Himmel über die neueste Wendung dieses beweglichen Politikers, und die ministerielle Partei läßt ihrem gestrigen Lobe heute Worte der Schmach und der Ebitterung folgen. Hr. Thiers wußte gleich beim Beginn seiner Rede eine Stellung einzunehmen, welche ihm in der öffentlichen Meinung von vornherein gewonnenes Spiel gab. „Die Frage, um welche es sich in der Schweiz handelt, sagte er, ist ein Kampf der Revolution und der Gegenrevolution". Mit diesem einzigen Worte war der Sieg der Sache, welche er zu der seinigen machte, in den Augen der Oppositon entschieden. Die Zwischenheit war damit zur „französischen Partei" gestempelt. Diesen Satz begründete der Redner dann weitee in der folgenden „historischen" Stizze: „Seit fünfzig Jahren hat die Schweiz dieselben Schicksale durchgemacht wie Frankreich. Zuerst, wie bei uns, ein Kampf gegen das alte Regiment; dann eine harte, beinahe (!) drückende Gewaltherrschaft unter der Hand eines Diktators, der bei uns der Kaiser, bei den Schweizern der Vermittler hieß; im Jahre 1815 für die Schweiz wie für uns die fremde Invasion; von 1815 bis 1830 für die Schweiz wie für uns eine aufgedrungene Staatsgewalt; endlich im Jahre 1830 auch in der Schweiz eine wahre Julirevolution, aus welcher Beret, wie bei uns, ein gemäßigtes Regiment hervorgegangen ist". Weiter wird dann geschildert, wie einige Jahre über den Reaktion anfing sich zu regen, um die Errungenschaften der Revolution von 1830 wieder zu vernichten. In den protestantischen Kantonen sei dieselbe in Gestalt des Methodismus aufgetreten, und sie habe namentlich in Zürich 1839 einen blutigen Sieg über die Lehrfreiheit gefeiert; in der katholischen Schweiz habe die Gegenrevolution in den Jesuiten ihre Vorkämpfer und ihre brauchbarsten Werkzeuge gefunden. Bei der Schilderung der Wirksamkeit und der Erfolge des jesuitischen Treibens faßt der Redner vorzugsweise den Kanton Wallis ins Auge, dessen Zustand er mit folgenden Worten beschreibt: „Wallis befindet sich in einer sonderbaren, fast barbarischen Verfassung. Es zerfällt in Ober- und Unterwallis. Das Oberwallis ist deutsch und steht unter der Herrschaft der Ideen des alten Regimentes. Seine Bevölkerung sind dergestalt hinter der Zeit zurückgeblieben, daß man denken ihnen die Landleute der Bendee und der Bretagne Philosophen nennen

Digitized by Google

kann". Hr. Larochejacquelein fand, daß diese mit allgemeinem Gelächter aufgenommene Aeußerung eine Beleidigung seiner Landsleute sei, Hr. Thiers aber fuhr fort, seine Schauspiele durch die Verwerthung einiger Züge des Kantonaleides in Wallis zu begründen, die freilich nicht von einem sehr befriedigenden Zustand der Geister und der Einrichtungen zeugen. Der Bischof von Sitten, sagte er, exkommunizirte die Mitglieder der jungen Schweiz in Masse, und die Geistlichkeit weigerte sich sofort, irgend eine kirchliche Handlung an den von der bischöflichen Maßregel betroffenen Personen zu vollziehen, so daß dieselben weder eine Heirath eingehen, noch die Geburt ihrer Kinder gesetzlich feststellen lassen konnten u. s. w., eine Thatsache, die übrigens, beiläufig gesagt, hauptsächlich die Nothwendigkeit bürgerlicher Civilstandsregister bewerist, und die mit allen ihren Folgesätzen in jedem beliebigen andern Lande ebensogut vorkommen kann wie in Wallis.

Gegen den Mißbrauch des geistlichen Einflusses nun, und gegen die Reaktionsbestrebungen, welche derselbe begünstigt, fuhr Hr. Thiers fort, begann sich endlich eine Partei auch in der Tagsatzung zu bilden, die zuletzt durch den Sieg der Radikalen in Genf die zu vollgiltigen Beschlüssen erforderliche Stimmenmehrheit gewann. Wenn diese Mehrheit nun die Vertreibung der Jesuiten und die Aufhebung der Klöster desselben hätte, wie man glauben machen möchte, so würde sie in ihrem vollen Recht gewesen sein; wenn die Jesuiten und die Klöster halten der Sache nach aufgehört, kirchliche Genossenschaften zu sein; sie hatten sich in politische Parteigänger verwandelt. Aber die Tagsatzung verfügte nur die Auflösung des Sonderbundes, und sie übte dadurch eine doppelt unbestreitbare Befugniß aus, welche vom Auslande her nur mit Verletzung aller völkerrechtlichen Pflichten und Begriffe bestritten werden konnte. In diesem letzten Punkte sind wir vollkommen mit Hrn. Thiers einverstanden. Daß die Schweizer Herren im eignen Hause sind, wie jedes andere und etwa mächtigere Volk, ist ein Satz, der nur vom Unverstande oder von der Unredlichkeit angefochten werden kann. Auf der andern Seite halten wir es mit einem bekannten Ausspruche Berangers, welcher wohl Niemanden als ein Duckmäuser und Pfaffenfreund verdächtig sein wird, der aber für alle Welt die Freiheit in Anspruch nimmt, „sogar in die Messe zu gehen." Wir halten es mit diesem Ausspruche und allen seinen Folgesätzen umsomehr, als wir noch niemals gesehen haben, daß bei einer auf dem Polizeiwege verfügten Aufklärung irgend Etwas herausgekommen wäre.

Schließlich macht Hr. Thiers eine militärische Rücksicht geltend, welche die franz. Regierung hätte verhindern sollen, sich durch moralische Unterstützung des Sonderbundes mit der Schweiz in ein gespanntes Verhältniß zu setzen. Die Schweiz, sagte er, kann wie sie bewiesen hat, 100,000 Mann aufbringen, und dieses Heer ist im Kriegsfalle für uns, wenn wir die Schweiz zum Freunde haben. Wie diese Hoffnung vereinbar sei mit der schweizerischen Neutralität, die Hr. Thiers an andern Stellen seiner Rede als den gerechtigsten Beweisgrund gegen die ministerielle Politik hervorgehoben, darüber ist der Redner seinen Zuhörern den Aufschluß schuldig geblieben. Zuletzt stellte Hr. Thiers noch ein Mal das ganze Sündenregister des Ministeriums Guizot in Sachen der auswärtigen Politik in einer Uebersicht zusammen: „Ihr habt, sagte er, zwischen Euch und England eine Feindschaft gestiftet, die alle Tage drohender wird. Ihr habt in Spanien einen Erbfolgekrieg vorbereitet. Ihr habt in Italien mehrere Staaten, in denen Reformen angebahnt, die aber von großen Gefahren umringt sind. Endlich in der Schweiz habt Ihr in Folge einer Eingebung, die mich in Erstaunen und in Trauer versetzt, einen der schwierigsten Händel angefangen, den Ihr nicht endigen werdet, wann Ihr wollt. Kurz, wenn Ihr nicht in schlechter Absicht gehandelt habt, so seid Ihr mit einer Unbesonnenheit ohne Gleichen verfahren".

## Italien.

Livorno, 28. Jan. Die Basler Zeit. theilt folgendes Privatschreiben mit: Diesen Morgen ½10 Uhr langte ein neapolitanisches Kriegsdampfschiff hier an und legte seine Anker nicht weit von unserm Hafen. Einige sagten, es habe den neapolitanischen Minister Del Carretto, Andere sogar den König am Bord; es verlangte Kohlen und Wasser, die ihm verweigert wurden, weil das Volk, das bei 500 Mann am Hafen versammelt war, es durchaus nicht wollte, obschon der hier anwesende toskanische Minister Ridolfi einen Aufruf ergehen ließ, worin er das Volk ermahnte, sich dem Begehren des Dampfers nicht zu widersetzen, und so mußte er um 4 Uhr mit Segeln weiter. Das Volk will die ganze Nacht die Küste bewachen, damit er sich nicht in die Nähe setze und mit dem Nöthigen versehen werde. Der neap. Konsul begab sich an Bord, man hat aber bis heute Abend nichts Bestimmtes vernommen, wer sich darauf befinde. Man erwartet mit Ungeduld die morgende neap. Post.

Im Uebrigen bringen die italienischen Blätter keine Nachrichten aus Neapel. Die Turiner und Florentiner Zeitungen, die bis zum 29. Jan. vor uns liegen, enthalten Nichts, als die schon erwähnten Details.

Paris, 3. Febr. Die Regierung veröffentlicht heute folgende telegraphische Depesche aus Neapel vom 29. Jan.: „Der König von Neapel hat heute durch eine Proklamation feierlichst eine Konstitution auf der Grundlage der französischen Charte von 1830 versprochen. Se. M. sah von dem Volke mit den lebhaftesten Zurufen empfangen worden. Gestern hat der König ein neues Ministerium unter dem Vorsitze des Herzogs von Serra Capriola ernannt. Neapel ist ruhig.

## Rußland.

Von der russischen Gränze, 28. Jan. wird der Allg. Z. geschrieben: Nachrichten aus St. Petersburg zufolge soll man sich daselbst durch die von dem Papst in Bezug auf die Lage der katholischen Kirche in der letzten Allokution gebrauchte Phrase sehr überrascht gefühlt haben. Man konnte nicht begreifen, wie man die katholische Kirche in Rußland als durch schwere Trübsale niedergebeugt bezeichnen, wie man „böswilligen Zeitungsgerüchten" Glauben beimessen könne, da doch im gegenwärtigen Augenblick zwischen Rom und St. Petersburg die freundschaftlichsten Verhältnisse beständen. Rußland soll daher durch seinen Gesandten in Rom Erklärung und Genugthuung verlangt haben. Hr. v. Buteniess hat zur Anerkennung seiner Verdienste der Alexanderorden in Diamanten erhalten.

Nach einer römischen Korrespondenz desselben Blattes ist jenes bezweifelte Protokoll vom 3. August nicht bloß hier von beiden Seiten unterzeichnet, sondern auch von St. Heiligkeit ratificirt worden. In St. Petersburg hat es nicht bloß die kaiserliche Ratifikation, sondern auch die höchste Billigung erhalten, da man dort wohl eingesehen haben mag, daß sich unter den obwaltenden Umständen nicht mehr erreichen ließe. Rußland hat in allen Punkten von welchen der Fortgang der kirchlichen Geschäfte abhängig ist, nachgegeben. Nun dagegen hat begreiflicherweise bei seiner langen Reihe von Protesten gegen die russische Legislation stehen bleiben müssen, so daß ein Konkordat jetzt mit dem Thatbestand einigermaßen Unterrichteten von vornherein für ein Ding der Unmöglichkeit gegolten hat.

## Serbien.

Belgrad, im Januar. Am 4. Jan. starb der berühmteste serbische Dichter Sima Milutinovic, der Verfasser der „Serbianka" und „Trojesestavstvo", ein Versuch, ebenso groß für Serbien wie für die slavische Welt überhaupt. Die Beerdigung war sehr feierlich und würdevoll; viele Senatoren folgten der Leiche, und am Grabe wurden mehrere Reden gehalten. Das Gefühl, sich in seinen Nationalsängern zu ehren, ist jetzt unter dem serbischen Volke sehr rege, und so wird auch dem berühmten Dritter Philipp Vitkovic, der sich als Rhapsode ausgezeichnet, ein Denkmal zu Sirmium errichtet. — Doch bin ich so glücklich, diese traurige Nachricht durch viele frohe aufwägen zu können, denn es geschieht in der letzten Zeit in dem slavischen Ländchen viel Gutes und Ersprießliches, was jeden warmen Menschenfreund, der das nationale Streben nicht nur in seinen, sondern auch in andern Völkern zu schätzen und zu lieben weiß, nur freuen kann. Vor Allem wird hier sehr viel für Erziehung und Bildung geforgt, für die einzig sichere Grundlage eines Baues der Zukunft. Die Normalschulen vermehren sich immer bedeutender, die Zahl der Schüler ist im fortwährenden Steigen, und auch die Lehrer werden seit besser besoldet. Neben diesen Normal- sind auch sürzlich Mädchenschulen errichtet worden, und zwar in Belgrad, Kragujevac, Veracin und Milanovac, ein sehr wichtiger Schritt, für den man der Regierung nur Dank wissen kann. Als theoretische Ergänzung zu diesem praktischen Unternehmen gibt Hr. Matia Ban, der Erzieher der fürstlichen Familie Georgiewic, eine pädagogische Vierteljahrsschrift heraus unter dem Titel „Vospitatelj Zenski". — Ueberhaupt entfaltet sich die periodische Literatur zu sehr erfreulichen Blüthen, und zu den schon bestehenden Zeitschriften kommen noch neue hinzu. So wird der Belgrader Leserwelt ein Literaturblatt (Novine cztitoslavke), und der Professor Sergi eine Zeitung für Aufklärung und Bildung (Prosvetne novine) edirent; die Tagesschronik des Hilipovic und die agronomischen Blätter des Mikolic stellen sich diesen Bestrebungen würdig zur Seite, die in noch viel schönerem Lichte erscheinen, wenn man bedenkt, wie wenig Zeit noch verflossen,

Digitized by Google

## Die Fabrikfrage vor den badischen Ständen.

### I. Vor der Diskussion.

Am 15. Januar eröffnete der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Bekk, in geheimer Sitzung, der zweiten Kammer die bedrängte Lage der Spinnerei und Weberei Ettlingen, der Maschinenfabrik Kaelsruhe und der Zuckerei Waghäusel. Durch die Einstellung der Zahlungen der Bankhäuser v. Haber, Gontard und Flersheim waren die Wechsel, welche die Fabriken auf jene Häuser gezogen und in Umlauf gesetzt hatten, ihnen zurückgekommen und sie waren außer Stand, dieselben einzulösen. Die Inhaber der Fabriken hatten sich mit der Bitte um einen baaren Vorschuß von $1^1/_2$ Mill. Gulden an die Regierung gewendet. Das Gesuch wurde abgelehnt, dagegen aber eine Hilfe auf anderem Wege in Aussicht gestellt. Die Regierung erklärte sich bereit, den Ständen vorzuschlagen, die Staatskasse für die Zinsen der Schuld haften zu lassen, wenn zwischen den Betheiligten ein Vergleich zu Stande komme, welcher den Fortbestand der Fabriken sichere. Für die Dauer der Haftung waren 15 Jahre als die Frist bemessen, innerhalb deren die Schuld aus dem Ertrag der Fabriken, nach den gegenwärtigen Verhältnissen beurtheilt, getilgt werden könne. Die Regierung wollte jedoch die Verantwortlichkeit für diese Maßregel nicht allein auf sich nehmen, sondern dieselbe mit den Ständen theilen; sie hatte, wie man später erfuhr, von vornherein beschlossen, in jedem Falle, also auch selbst dann, wenn in dem Staatsministerium die Meinung, seinerlei Staatshilfe zu gewähren, obgesiegt hätte, den Ständen Vorlage zu machen.

Der erste Eindruck, welchen die Eröffnung der Regierung auf die zweite Kammer machte, war, daß der Gegenstand öffentlich verhandelt werden müsse, weil er die Finanzen und den Kredit des Staates nicht minder wie die Nahrungsverhältnisse vieler Bürger und das Schicksal der Industrie überhaupt berühre. Der üble Eindruck einer geheimen Berathung werde für die Sache wie für die Würde der Kammer viel nachtheiliger wirken, als der Umstand, daß die Gläubiger Alles erfahren, was in der öffentlichen Verhandlung vorkomme; obnehin würden die Vorgänge in der geheimen Sitzung für die Betheiligten kein Geheimniß bleiben. Dieser Eindruck war unter den Abgeordneten allgemein, ohne Unterschied der politischen Farbe, und die Regierung überließ der Kammer, zu thun, was sie für gut finde. Sie that sogar den ersten Schritt zur Oeffentlichkeit, indem der Vortrag des Staatsraths Bekk vom 15. Januar schon am 17. gedruckt und vertheilt, am 18. mit dem Landtagsboten der Oeffentlichkeit übergeben wurde. Die Abtheilungen wählten am 15. noch die Kommission zur Berathung der Vorschläge. Die Kammer versäumte dieselbe am 17. um 4 Mitglieder und begann unverzüglich ihre Arbeiten. Ihre Sitzungen fanden nicht in dem geräumigen Zimmer der ersten Abtheilung Statt, sondern, wie dies seither bei besonders wichtigen und dringenden Angelegenheiten schon geschehen war, in dem Sitzungssaale, damit sämmtliche Abgeordnete beiwohnen und an den Kommissionsverhandlungen Theil nehmen könnten. Diese Sitzungen waren dann auch fortwährend Statt besucht, die Berathungen öfter sehr lebhaft, anstrengend und ermüdend. In der ersten Kommissionssitzung, am Abend des 17. Jan., wurden die Berichte, welche die Regierung durch ihre Kommissären hatte vorbereiten lassen, vorgelesen. Ein allgemeiner Bericht, von Ministerialrath Weizel verfaßt, gab Aufschluß über den Hergang der Sache, über die Erhebungen, durch welche die Verhältnisse der Fabriken ermittelt worden waren, und auf welche sich das Urtheil gründete, daß ihr Fortbestand im öffentlichen Interesse wünschenswerth und der einzige Weg die Dazwischenkunft des Staates mittelst einer Zinshaftung sei, da einem baaren Vorschuß erhebliche Bedenken im Wege stünden. Hierdurch allein werde ein Vergleich unter den Betheiligten angebahnt, der aber gerichtlich gemacht werden müsse, damit eine Mehrheit von drei Viertheilen der Gläubiger entscheiden und nicht ein Einzelner das Ganze vereiteln könne. — Hierauf folgten die Berichte über jede einzelne Fabrik; zuerst davon (über die Spinnerei und Weberei Ettlingen und die Maschinenfabrik Karlsruhe) waren von Ministerialrath Köhlenstahl, der dritte, über Waghäusel, von dem Abg. Speyerer verfaßt. Sie verbreiteten sich über die Entstehung, die weitere Entwickelung, die volkswirthschaftliche Bedeutung und die finanziellen Zustände der Fabriken, und stellten sowohl die schweren Entwickelungskrankheiten als die gegenwärtige Lebensfähigkeit der Gewerbsanlagen außer Zweifel. — Unmittelbar nachdem die Berichte verlesen waren, tauchte in der Kommission die Ansicht auf, daß nur zu Gunsten der Kessler'schen Maschinenfabrik eingeschritten werden sollte, weil nur hier ein Staatsinteresse wegen des Bedarfs der Eisenbahn an Dampfwagen, Drehscheiben u. dgl. vorliege, und weil diese Fabrik aus sich selbst emporgekommen, weder ein Aktienkapital noch ein Anlehen aufgetrieben habe. Bei Ettlingen stehe die Sache schlimmer, dort könnten auch durch die Prioritätsforderungen Wirren veranlaßt werden, dem überschuldeten Waghäusel stehe außerdem die Rücksicht auf die Zolleinnahmen von Kolonialzucker entgegen. Es waren nicht etwa Staatsdiener, welche die Interessen des Fiskus und eines Staatsverwaltungszweiges allein als öffentliche Interesse gelten lassen wollten, sondern andere Abgeordnete. Von Mitgliedern, welche dem Handels- und Gewerbstande angehören, wurde ausgeführt, daß es nicht nöthig sei, die Zinsen der ganzen Schuldsumme zu garantiren. Die Gläubiger dürften nicht darauf rechnen, im Falle einer Verkürzung den vollen Anschlag der vorhandenen Vermögenstheile zu erlösen, sie würden sich daher auch mit der Garantie der Zinsen einer geringen Summe begnügen. So kam der erste Vorschlag der Kommission zu Stande, wonach die Zinshaftung des Staates auf die Zinsen zu $4^0/_0$ für drei Viertheile der Kessler'schen und die Hälfte der Ettlinger und Waghäusler Schuld und auf die Dauer von 8 Jahren beschränkt werden sollte. Einstimmig aber erklärte sich die Kommission für öffentliche Berathung.

Diese Beschlüsse kamen theils am 17., theils am 19. zu Stande. Der 18. Januar wurde von den Mitgliedern benützt, theils durch Einsicht der Fabriken, theils auf anderm Wege sich vollständigere Kenntniß von den Verhältnissen zu verschaffen. Die Kommissionssitzung v. 19. dauerte den ganzen Tag. Es wurde dort ein Brief von C. Kessler an den Präsidenten verlesen, worin, zur Widerlegung irriger Gerüchte angegeben war, daß keine Privatpersonen, weder in der Residenz noch im Lande, bei seinem Geschäfte betheiligt seien, daß zwar Freunde anerboten hätten, sich für den Fall einer Umgestaltung zu betheiligen, daß aber die Summe kaum zu einem Viertheil des Bedarf des Betriebs reiche, daß ihm von Wien auf der Antrag gekommen, sich bei einer dortigen Fabrik zu betheiligen und die technische Leitung zu übernehmen, und daß es unmöglich sei, die Fabrik ohne Staatsunterstützung in ihrem jetzigen Stande zu erhalten. Die Diskussion für und wider die Behauptung, daß die Fabriken ohne Dazwischenkunft des Staates fortbestehen würden, so wie über den Vorschlag, einen baaren Vorschuß zu leisten oder neue Aktien auszugeben, von denen der Staat einen Theil übernähme, währte viele Stunden und endigte mit dem Beschlusse für die Zinshaftung, der, wie die übrigen wesentlichen Beschlüsse mit 5 gegen 4 Stimmen gefaßt wurde. Daß es mit dem baaren Vorschuß nicht ernstlich gemeint war, ergab sich theils aus der Begründung, die gegen denselben vorgebracht wurde, während mit weniger als $1^1/_2$ Mill. an kein Resultat zu denken gewesen wäre. Viele Abgeordnete, die nicht zur Kommission gehörten, nahmen an den Verhandlungen Theil.

Nachmittags erschienen die Vorstände der Ministerien des Innern, der Finanzen und der Justiz, Staatsrath Nebenius und andere Regierungskommissäre, um die Beschlüsse der Kommission zu vernehmen und sich darüber zu äußern. Das Verhältniß der Prioritätsscheine bei Ettlingen wurde ausführlich besprochen und man war ziemlich allgemein der Ansicht, daß dieselben als Papiere auf den Inhaber, denen die Staatsgenehmigung fehle, den Fabriken gegenüber keinen Werth hätten. Hinsichtlich der Kommissionsvorschläge sprachen die Regierungskommissäre starken Zweifel aus, ob damit ein Vergleich zu Stande gebracht, und die Erhaltung der Fabriken erzielt werden könne, da eine einfache Berechnung den Gläubigern zeigen müsse, daß sie, welche sich um das Schicksal der badischen Industrie nicht zu kümmern haben, durch den Zugeiff auf die Fabriken mehr erlangen könnten, als ihnen hier geboten werde. Zugleich bestätigten die Regierungskommissäre ausdrücklich, daß der Vergleich gerichtlich gemacht werden müsse.

In der Kommissionssitzung am folgenden Tage (20. Jan.) erschienen die Regierungskommissäre wieder, um nochmals darzuthun, daß die Vorschläge der Kommission nicht zum Ziele führen würden. Sie hoben die Punkte hervor, welche geändert werden sollten, und bestanden insbesondere auf Erhöhung der Summe und Verlängerung der Dauer für welche die Garantie geleistet werden sollte. Die

Digitized by Google

Mehrheit blieb bei der Summe, erstreckte aber die Dauer auf 15 Jahre, verschob ihre Beschlüsse, ernannte aber einen Berichterstatter, mit der Auflage, seine Arbeit am folgenden Abend (21) vorzutragen, was auch geschah. In der Kammersitzung vom 22. wurde dann der Bericht in öffentlicher Sitzung erstattet und die Diskussion auf nächstfolgenden Mittwoch, 26. Jan. anberaumt.

Inzwischen fand am 24. eine Versammlung der Gläubiger des Hauses Haber, welche auch zum weitaus größten Theile die Gläubiger der Fabriken sind, in Karlsruhe statt, und erklärte einstimmig die Vorschläge der Kommission für ungenügend. Bei den Pariser Gläubigern hatten schon die ersten Vorschläge der Staatsregierung keinen Anklang gefunden (sie seien, hieß es, nne owners derision). Die Versammlung ernannte Einige aus ihrer Mitte, um den höchsten Staatsbehörden vorzustellen, daß die angebotene Hilfe dem beabsichtigten Zweck in keiner Weise entsprechen dürfte, und um geeignete Vorstellungen zu machen, wodurch die Erhaltung der Fabriken gesichert werden könnte. Diesen Vorgang, nebst den dadurch veranlaßten neuen Vorschlägen, theilte die Regierung am Abend des 25. der Kommission mit. Die Vorschläge gingen im Wesentlichen auf Garantie der Zinsen der ganzen Schuldsumme für 15 Jahre. Der Betrag der Fabriken sollte in erster Linie zur Zahlung von $3^1/_2{}^0/_0$ Zinsen und $1^0/_0$ Tilgung (auch hierauf sollte sich die Haftung des Staates erstrecken), dann aber zur Bildung eines Reservefonds verwendet werden, den Reservefonds sollte die Regierung bis zu Ende der Garantiezeit verwalten; stünge derselbe vorher schon auf eine Höhe, welche der Summe, welche die Staatskasse noch zu haften hätte, gleichkäme, so könne sich der Staat seiner Verbindlichkeit durch Auslösung des Reservefonds entschlagen, welcher dann zu $^2/_3$ der Gläubigern, zu $^1/_3$ den Aktionärzn, beziehungsweise Hrn. E. Kepler zufeile. Diese Mittheilung brachte unter den meisten Mitgliedern der Kommission und dem größern Theile der Zuhörer eine schwer zu beschreibende Aufregung hervor, welche noch durch die Nachricht gesteigert wurde, Bankier Oppenheim aus Köln wünsche der Kommission in Betreff des neuen Planes einen Vortrag zu halten. Die Regierungskommission wurde mit Vorwürfen überhäuft und vertheidigte sich lebhaft. Die Kammer, hieß es, würde alles Ansehen und Vertrauen bei dem ohnehin erbitterten Volke verlieren, wenn sie sich herbeiließe, mit den Gläubigern zu markten; die Zulassung eines Vorsitzenden der Gläubiger in die versammelte Kommission würde den schlimmsten Eindruck in der öffentlichen Meinung hervorbringen. Vergebens wurde von der andern Seite vorgestellt, daß man die neuen Thatsachen doch in Erwägung ziehen müsse; daß Bankier Oppenheim nur gehört, nicht mit ihm unterhandelt werden solle, daß die Vernehmung Dritter unmittelbar durch eine Kommission der Kammer ein Vorgang sei, der uns einen bedeutenden Schritt vorwärts in unserm konstitutionellen Leben bringen und für künftige Fälle von Werth sein werde. Die Gemüther hatten sich so sehr erhitzt, daß an jenem Abend die Berathung nicht weiter fortgesetzt werden konnte. Die ganze Frage schien eine ungünstige Wendung zu nehmen. Die auf den andern Morgen anberaumte Diskussion mußte verschoben werden, und die Kommission ward auf den folgenden Tag nochmals eingeladen. Vorher aber benahmen sich mehrere Mitglieder derselben mit Hrn. Oppenheim.

Am 26. Jan. kamen endlich die Beschlüsse zu Stande, welche am 27. und 28. diskutirt und von der Kammer angenommen wurden. Der zuletzt vorgelegte Plan war in wesentlichen Punkten geändert, insbesondere die Haftung auf die Zinsen zu $3^1/_2{}^0/_0$ beschränkt, die Tilgung von $1^0/_0$ also nicht garantirt, und Sicherheit für die Staatskasse durch Hypothek auf das unbewegliche, und Faustpfandrecht auf das bewegliche Vermögen bedungen. Der Reservefonds soll nach Ablauf der Garantiezeit, oder wenn er früher gegen Entschlagung jeder weiteren Verbindlichkeit der Staatskasse an die Gläubiger ausgefolgt würde, zur Tilgung ihrer Forderung verwendet werden.

So war am 26. Jan. gegen Mittag die Sache endlich zur öffentlichen Verhandlung reif geworden.

## Amerika.

* New-York, 31. Dec. 1847. Die Deutsche Zeitung hob vergangenen Oktober in einem leitenden Artikel die Vortheile hervor, welche durch die Dampfschifffahrt von New-York nach Bremen für Deutschland erwachsen müssen, wenn Deutschland, dabei sich selbst getreu, dieselbe direkt und indirekt unterstützen wolle. Das Resultat der beiden ersten Reisen des Waßzington bestätigt vollkommen das in jenem Artikel Gesagte. Diese beiden Reisen, die unter den ungünstigsten Umständen stattfanden und eigentlich nur als Versuchsreisen zu betrachten sind, haben nicht allein alle Kosten gedeckt, sondern selbst, den Zuschuß der Regierung für die Post abgerechnet, noch einen reinen Ueberschuß gelassen. Der Beweis ist also geliefert, daß der Verkehr zwischen den Ver. Staaten und Deutschland eine Dampfschifffahrt bedarf und erhalten kann. Bei der Frage, ob in Zukunft eine Dampfschifffahrt nach Deutschland bestehen könne, ist allerdings auf die Schweiz gerechnet und schon deßhalb zu rechnen, da Schweizerwaaren, mit französischen Schiffen nach Amerika gebracht, noch 10 Procent Ertrazoll bezahlen müssen, dieselben also gewisser Maßen auf die amerikanische Linie angewiesen sind. Die mit dem Waßzington angebrachten Waaren wurden von Basel nach Havre und von da mit einem kleinen französischen Dampfschiff nach Southampton dem Dampfschiffe zugebracht, wodurch den Schweizern eine Ertrafracht von 6 fl. für die Tonne erwuchs, also für ihre beigetragenen 632 Tonnen 3792 fl.; die Durchgangszölle nach Bremen $^1/_2$ Thlr. im Zollverein und $^1/_{12}$ Thlr. im Steuerverein, also $^7/_{12}$ Thlr. würden über auf die Schweizerfracht 3266 Thlr. oder 9215 fl. gemacht haben, die Schweizer haben also bei diesem Weg über Havre noch 5423 fl. erspart. Diese Thatsache gibt den abermaligen Beweis, daß die Transitzölle, ohne daß dieselben dem Zollverein Gewalt einbringen, den Staaten, wodurch der Weg von da nach den Hansestädten führt, nur schaden. Bestünden die Transitzölle nicht, oder wären sie nur auf eine Rekognitionsgebühr beschränkt, so würden die 12,040 Zentner von der Schweiz direkt nach Bremen gesandt und der Transport von Havre nach England dadurch gespart worden sein; die jetzt in Frankreich bezahlte Fracht für den Transport nach Havre würde dagegen Deutschland verdient haben. Die Fracht von Basel nach Havre beträgt für solche Güter 35 Fr. für 100 Kilogr., die 12,640 Zentner haben also den französischen Zubringern mindestens 174,000 Fr. eingebracht, die hiesigen Schweizer Handelshäuser schätzen das Quantum der von der Schweiz jährlich nach Newyork eingeführten Güter auf 80,000 Centn. an, welche alle allein eine Fracht von $2^1/_2$ Mill. Fr. zu zahlen haben. Die Fabriken, welche diesen Verkehr bewerkstelligen, liegen größtentheils in der deutschen Schweiz, Neuenburg, Zürich, St. Gallen und Basel liefern gewiß neun Zehntheile und würden dem Verkehr durch Deutschland den Vorzug geben, sobald die Durchgangszölle wegfielen. Kein deutscher Staat ist wohl mehr dabei interessirt, als das Großherzogthum Baden, welches seiner ganzen Länge nach von der Straße zwischen der Schweiz und den Hansestädten durchschnitten wird. Man schätzt den Totalbetrag der Landfracht von und nach der Schweiz und Baden jährlich auf 10 Millionen Fr. an, was auch wohl seine Richtigkeit haben mag; denn die Schweiz bezieht allein 250,000 Centner Baumwolle von da, also für 2 Millionen, und führt an Fabrikaten wenigstens 200,000 Centner wieder aus, also für $3^1/_2$ Millionen Franken, bleibt also für alle andern Bedürfnisse nur $4^1/_2$ Millionen Franken, was bei der Entfernung von Havre nach der Schweiz wahrlich nicht zu viel ist. Man kann sich deßhalb hier nicht erklären, weßhalb der Zollverein bei solcher Aussicht auf einen so vortheilhaften Erwerbszweig, wobei gar kein Risiko, sondern nur Gewinn ist, indem die Güter für die Fracht haften, dennoch einen Durchgangszoll beibehält, welcher ihm wenigstens auf der Route Wenig oder Nichts einbringen kann. Deutschland hat das größte Interesse, den Verkehr nach Bremen zu ziehen, die Amerikaner müßin haben kein Interesse dabei, ob ihre Dampfschiffe die Güter in Bremen oder in Southampton erhalten, der Frachtansatz ist von beiden Oertern ganz gleich; die Direktion hat, um Deutschland zu begünstigen, für Passagier- und Frachtgeld nur Einen Satz angenommen, gleichviel ob dieselben schon in Bremen oder erst in Southampton an Bord kommen, und ebenso umgekehrt von Amerika nach diesen Häfen. Durch diese Liberalität genießt Bremen also einen Vorzug vor Havre, welches den Transport nach England zu tragen hat; es ist dadurch Deutschland Gelegenheit gegeben, diesen wichtige n Güterzug an sich zu ziehen, gewiß eine würdige Aufgabe der badischen Stände, da Preußen schwerlich einen deßfallsigen Vorschlag machen wird; dieser müßte zunächst von denjenigen Staaten ausgehen, die dadurch am Meisten betheiligt sind.

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim. — Druck von **G. Mohr** in Heidelberg.

Digitized by Google

Für Freunde, welchen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England bei Hrn. Ewer u. Kay, 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an G. A. Alexander Strasbourg 28 Boulevards, Paris 23, Aux Petites Dames de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Pränumerationspreis beträgt des Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 24 kr. Für Bayern wird der Raum einer freistehenden Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 39. Heidelberg, Dienstag 8. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Hannoversche Briefe über Handelspolitik. II.** — Oesterreich (Guerrumurphen in Steiermark). Berlin (Ausschuß). v. 28. Jan. über die Vertheilung der strafbaren Handlungen; Rede Camphausens; Sitzung des Ausschusses vom 3. Febr.; orthodoxe Rabbinen). Köln (Colorado und Rabowitz auf der Durchreise). München (Erschwindsuchtsgesuch von J. Görres; Unterlagung eines Hochzeitszugs; Fortdauernde Gerüchte über den Rücktritt des Fürsten Wallerstein). Stuttgart (ein drabhüchtiges Attentat; die würtembergische Reformvariei und ihre Verdächtiger). Karlsruhe (die Eitlinger Spinnerei). Hamburg (der Grundeigenthümerverein). Schleswig (Eindruck des königl. Patents).

**Großbritannien.** Gerichtlicher Spruch in der Hampden'schen Angelegenheit. Abordnung der westindischen Pflanzer beim Minister des Innern. Journalbetrachtungen über die italienischen Vorgänge. Palmerston und Griechenland. Barbarei in England. Das Parlament. England nimmt von einer Stadt in Centralamerika Besitz.

**Frankreich.** Kammerverhandlungen vom 4. Febr. Englische Note an Oesterreich wegen Italien. Abdel-Kader weigert sich, nach Paris zu kommen. — **Italien.** Venedig. Das Randschreiben Tomaseos über die letzten Vorgänge in Venedig. Die Haltung der Kongregationen. Mamiani's Eingabe an den Souverainer. Aufforderung an die Bewohner des Königreichs. Bittschrift an den Kaiser. Neapel. Flucht der königl. Günstlinge. Die neue Verfassung. Rückblick auf die Verfälle in Sicilien.

**Polen.** Eine Zugschrift der Centralisation.

**Griechenland.** Das Jnnitut der Jury bedroht. Jnnere und äußere Politik. Jntriguenspiel Frankreichs und Rußlands gegen England. Neuer Ministerwechsel. Maffuras kehrt zurück.

## Hannoversche Briefe über Handelspolitik.

### II.

Die Handelspolitik wird, sobald Deutschland zur vollen und ganzen Selbsterkenntniß gelangt sein wird, nach dem Vorgange Englands der Grundstein und Leitstern der hohen Staatspolitik überhaupt sein. Welche sonstige Macht besäße Deutschland, das mächtigste Reich der Erde zu den wichtigsten Konzessionen zu nöthigen, England zur Niederreißung seines Bollwerks, seiner Navigationsgesetze zu veranlassen? Ein Einfluß, der Resultate von so enormer Größe herbeizuführen vermag, hat für die hohe Politik ganz unschätzbaren Werth und ist nicht bloß nach dieser einen, sondern auch nach mancher andern Richtung zu gebrauchen.

Die 100 Millionen Rthlr., welche England für ausereuglische, d. h. überseeische Jmporte alljährlich aus Deutschland bezieht, haben für England vielleicht einen höheren Werth, als die spanischen oder griechischen Angelegenheiten. Deutschland, durch Abschließung der Handelsverbindung in die entsprechende Verfassung, also in die Möglichkeit gesetzt, mittelst Differenzialzölle jene ausereuglischen Einfuhren zu sistiren, müßte stets in der englischen Politik auf rücksichtsvolle Beachtung auch anderer als handelspolitischer Anliegen zu rechnen haben. Durch deutsche Handelspolitik und Differenzialzoll wird demnach zum Vortheile Deutschlands mit England ein herzliches Einverständniß auf solidere Grundlagen aufgeführt, als früher das zwischen England und Frankreich.

Ein Einfluß von unvergleichbar intensiverer Stärke wäre über Holland gewonnen, sobald die maritime Handelsreinigung geschlossen, also Holland der täglichen Gefahr ausgesetzt wäre, durch einseitig deutschen Beschluß die Einfuhr seiner Javaprodukte in Deutschland zu verlieren. Denn wie die Handelspolitik in die hohe Staatspolitik übergegangenen sein wird, ist es mit der bisherigen Sicherheit Hollands vorbei. Es ist ein lustiger Trost Hollands, daß namentlich das westliche Deutschland sich nicht dazu verstehen würde, den Genuß des Javakaffees mit Brasil oder Portorike zu vertauschen. In großen politischen Fragen, in der maritimen Konstituirung Deutschlands, die wohl mehr bedeutet, als ein glückbisher Kriegsfeldzug, kommt eine geringe persönliche Annehmlichkeit wenig in Anschlag. Hörten die rheinischen Deutschen nur irgendeine der früheren Jnvasionen mit Aufopferung des Javakaffee's abtaufen können, sie hätten ihn als freudiges Opfer ins Feuer geworfen.

Noch manche andere Staaten Europa's, z. B. Dänemark, treten in einen andern Einflußkreis von dem Tage an, an welchem die maritime Einigung und Organisirung Deutschlands vollendet sein wird. Namentlich sind dann die südlichen überseeischen Staaten zu Deutschland in ein obligated Verhältniß gesetzt. Schon jetzt, während Deutschland noch in maritimer Zerfahrenheit niederliegt, hat das gewaltige Nordamerika die künftige politische und kommerzielle Stellung Deutschlands erkannt und berücksichtigt, hat mit erheblichen Beklopfern die nähere Verbindung durch folgenreiche direkte Dampfschiffahrt eingeleitet und wird künftig gern in die nächste politisch wie kommerziell gleich wichtige Verbindung mit Deutschland treten. — Brasilien hat nach Würdigung des größten kontinentalen Konsumtionsmarkts und in der Ahnung naher handelspolitischen Konstituirung seine hervorragendsten Männer als Gesandte nach Deutschland gesandt, um vortheilhafte Anknüpfungen und gegenseitigen Austausch zu suchen. Eine traktatmäßige Anerkennung des deutschen Einflusses in Brasilien wartet nur auf Vollendung der maritimen Einigung Deutschlands. — Noch viele andere europäische wie außereuropäische Länder, die jetzt um das handelspolitische Deutschland sich wenig kümmern, würden eifrig zu einem maritim vereinigten Deutschland begünstigte Beziehungen suchen. Dadurch aber müßten neue politische Einflußrepräsentationen, gemeinsame Konsulate entstehen, und die bisherigen Gesandtschaften eine tiefere Begründung erhalten. Die geschickte Auffammlung dieses friedlichen Einflusses in so vielen auswärtigen Staaten wächst dann nothwendig zu einer centralisirten politischen Masse zusammen. Obwohl diese centralistrie Masse von auswärtigem politischen Einfluß lediglich aus handelspolitischen Gesichtspunkten hervorging, so ist doch das für den Erfolg gleichgiltig. Genug, daß der irgendwie einmal gewonnene Besitz einer universellen Einflußmacht das bisherige Deutschland aus der politischen Passivität erwecken und es zu einer aktiven, Rolle in der gesammten Völkerbewegung aufstacheln müßte. Bisher saß nur als centralorgan, d. h. als Nichts wirkender Boden betrachtet, würde das maritim vereinigte Deutschland zu einem der großen politischen Mittelpunkte der Völkerpolitik sich erheben. Mit der Erhebung zu einem solchen Mittelpunkt würde auch die ängstliche Bewachung des politischen Kleinlebens in Deutschland bald einer erhabeneren Auffassung und höheren Haltung weichen. Denn durch große auswärtige Einflußkreise erhält das Jnteresse der Bürger oder Unterthanen am Staat unmittelbar eine so unermeßliche Vermehrung und innere Verstärkung, daß damit gegen die allgemeine öffentliche Hingebung an den Staat jedes untergeordnete Partei- und häufig selbst das Privatinteresse ganz in den Hintergrund tritt. Deßhalb nimmt alles, d. h. in seinem bisherschenden England die auf die öffententliche Gesammtbingebung gestützte Regierung von den dortigen Chartisten und Radikalen, die nach Fleisch und Blut ganz andere Radikale sind, als die fast nur eingebildeten in Deutschland, kaum Notiz und denkt nicht einmal daran, sie durch Polizei und Preßzwang zu beschränken.

In der höchsten Belebung des Jnteresses am Staat ist also für Regierung und Volk das sicherste Fundament der Erhaltung und einer großartigen staatlichen Bewegung gefunden. — Die Fürsten und Staatsmänner Deutschlands, auswärts auf die weitesten politischen Kreise hingewiesen, würden den inneren politischen und politzeilichen Kleinkram, der in Ermangelung eines höheren Ziels, nur an den inneren Lebensorganen meistert, entschieden zurückweisen, und in der größeren Aufgabe auch das Volk mehr zu ihnen und ihren universellen Tendenzen heranziehen. — Das Alles ist aber so nothwendige Folge, wie notwendiges Bedürfniß. Wie in politischen Bahnen aus furchtsamen Schwankungen und zurückhaltender Defensive nicht herauszukommen und zu einer festen imponirenden Haltung und Richtung nicht zu gelangen ist, ohne jenes freie Kraftgefühl, das sich selbst emporträgt, eben so auf merkantilen und industriellen Gebieten, wo die Misere des politisch-polizeilichen Kleinlebens eine innere Erhebung zu großartiger Unternehmung nicht aufkommen läßt.

Könnte man z. B. die unbeirrte und unbeschränkte Jndustrie der Schweiz, die ohne äußern Zollschutz mit der ganzen Welt konkurirt, nach Würtemberg, die würtembergische Atmosphäre aber nach der

Digitized by Google

Schweiz verlegen, so würden auch sehr bald die beiderseitigen Industrien im Weltverkehre ihre Stellen finden.

Deutschland ohne nachtheilig scheinbar, überhaupt ohne politische äußere Repräsentation, reinigt sich und sein Wesen auswärts nicht wieder zu erkennen. Wo aber das eigene Sein und Wirken sich auswärts nicht wieder findet, da ist politisches Selbstbewußtsein und unter den übrigen Staaten ein gestörtes inneres Gleichgewicht, das nur auf sich selbst ruht, noch ausgeschlossen; da fehlt alle Herrschern und Volk das politische Glück. — Erst auf die auswärtige Anerkennung folgt die innere mit ihrem Selbstüberzeugen. Durch innere Verhandlungen über bloß innere Angelegenheiten, wenn auch noch so gewichtig, durch Zollvereinskonferenzen, durch gemeinsame polizeiliche oder Gesetzgebungskongresse und Aehnliches wird politisch wenig mehr gewonnen als embryonischer Lebensäußerung. Erst durch das gemeinsame Hinausgehen in die politischen Rivalitäten und Konkurrenzen der Außenwelt, in die großen äußeren Verbindungen und Abstoßungen erhält das staatlich politische Leben seine Vollendung. Wäre der Bundestag und könnte er sein ein politischer Körper zur Verfolgung der auswärtigen Anliegen Deutschlands, so wäre Deutschland nicht gleichsam ein europäisch mediatisirtes Land, das wesentlich nur auf die innere kleinpolitische Beschäftigung mit sich selbst reduzirt ist.

Allein frei von den Beschränkungen der Bundesverhältnisse gewährt nur die maritime Verbindung jenen Ausgangspunkt, über welchen Deutschland in seiner Kraft und Größe unter alles Ausland tritt und hier wegen seiner unvergleichlichen kommerziellen Bedeutung wohl oder übel von den einzelnen Staaten mit Willkommen begrüßt werden wird. Der Zauber der Anerkennung und Selbstgeltung unter allem Ausland, das Wandeln auf der Weltbahn der großen Völker ist zu fesselnd, als daß die deutsche Verbündung je wieder davon zurückkreten, jemals wieder in ohnmächtige Bestandtheile sich auflösen möchte. Mit den großen gemeinsamen Zwecken müssen bald und zunehmend die particularen politischen Tendenzen überhaupt zu einer kompakten Einigung zusammenfließen, muß die Verbündung zu einheitsgleicher Haltbarkeit und Dauer erwachsen, welche jedem Centralstaat und allen politischen Wechselfällen die Spitze zu bieten vermag.

Preußen hat in geeigneten Propositionen an die deutschen Nordseestaaten es übernommen, die maritime Handelsverbindung zu Stande zu bringen und eine gemeinsame Flagge auf allen Meeren zu einpflanzen. Damit aber hat Preußen zugleich gegen ganz Deutschland die große Verpflichtung sich auferlegt, den weiten Raum der auswärtigen Vertretung mit aller der gesammten Kraft und Größe Deutschlands entsprechenden Hoheit und Energie zu umfassen, also die deutschen Staaten, die ganze Nation auf der bisherigen politischen Passivität in die Bahnen einer universellen Großpolitik einzuführen. Diese Aufgabe in ihren Einzelnheiten durch und durch zu erkennen, die eigene Anschauung und Auffassung aller Verhältnisse mit dieser Aufgabe zu identisiciren und dann die Gelassigkeit und Würde der Ausübung sich anzueignen, wird immer noch einige Zeit zur Orientirung und Befestigung erfordern. Einer der intelligentesten Staatsmänner Europa's, Lord Palmerston, urtheilt, daß Preußen mit der ihm eigenen preiswürdigen Ruhe und Mäßigung fortschreite und sogar einen Versuch zur Einführung einer Konstitution gemacht habe, ohne sie jedoch recht zu verstehen und für die Stärkung seines Ansehens nach Außen daraus den gehörigen Vortheil zu ziehen.

Die Zeit aber wird kommen, wo Preußen zu diesem Verständniß durchdringt, wo es die durch innere Neugestaltung neu gewonnenen Elemente der Macht zu gebrauchen und die zusammengefaßte Kraft des in maritimer Verbündung einheitsgleich allem Auslande gegenüber gestellten Deutschlands mit gehörigem Erfolg und Glanz zu vertreten gelernt haben wird.

**Oesterreich.** Nach dem Berichte des Ständ. Korresp. sind in einigen Bezirken Steyermarks sehr bedenkliche Bauernunruhen ausgebrochen, die in der Weigerung der Landleute wurzeln, den Gutsherren die herrschaftlichen Giebigkeiten zu entrichten. Viele Gutsbesitzer aus diesen Gegenden haben sich in die Kreisstädte geflüchtet, wo sie die Hilfe des Kreisamts anrufen. Der Kreishauptmann Ritter von Stampfer hat sich mit zwei Kreiskommissären selbst in die unruhigen Bezirke begeben, um die Bauern zu beschwichtigen, allein er fand die Leute unbeugsam. Die Bauernbewegung erstreckt sich durch das Ennstthal nach Oberösterreich hinüber, wo besonders das Traunviertel und einige salzburgische Thäler von ihr ergriffen worden sind. Auch nach Steiermark, der Besitzung des Erzherzogs Johann, mußten Soldaten beordert werden. (Nach andern Nachrichten sollen diese Unruhen bereits vollkommen beigelegt sein.)

**Preußen.** ** Berlin, 2. Febr. Die Rede Camphausen's über die Ehrenstrafe, welche schon am 30. aus dem Munde von Abgeordneten und als wahrhaft epochemachend in der Geschichte gegenwärtiger Versammlung geschildert wurde, geht, seit der stenographische Bericht von gestern Abend sie mittheilt, von Hand zu Hand, von Mund zu Mund. Ein bloßer Abdruck derselben vermöchte indessen den Eindruck nicht hervorzubringen, der in und außerhalb der Versammlung durch sie verursacht ist; denn, obwohl ein Muster von Beredsamkeit, hat sie den rechten Werth erst im Zusammenhang der schwebenden Verhandlung, deren eigentlichen Nerv der Abg. von Köln zu treffen wußte. Ich gebe daher meinem Versprechen gemäß einen übersichtlichen Bericht der beiden Sitzungen vom 28. und 29., gefügt auf die authentische Mittheilung der K. Z. — Am 28. kam es in der Ausschußsitzung vom 20. Jan. gewichtvolle Stimmen aus immer mehr Provinzen für den Antrag der Abtheilung, „die dreigliederige Eintheilung der strafbaren Handlungen in das St.-G.B. aufzunehmen", mit übergreifender Wärme sich vernehmen deten, und sogar der Justizminister Uhden sich zu Gunsten desselben aussprach, da veranlaßte der Landtagskommissär die Versammlung, jene Berathung zu vertagen, indem er neue, den ständischen Wünschen entsprechende Vorlagen dieser Art an die Abtheilung in Aussicht stellte. Am 28. nahm der Ausschuß in seiner 9. Sitzung jene so gewichtvolle Verhandlung wieder auf. Die vorberathende Abtheilung berichtete über die Vorlagen der Staatsregierung, erklärte in ihrem Gutachten sich mit dem ersten Theil derselben einverstanden, aber in Anbetracht des zweiten Theils für mehrere sehr erhebliche Modifikationen. Der erste Theil enthielt die Aufnahme der Dreitheilung in das Strafgesetzbuch, und zwar als neue Kategorie der strafbaren Handlungen für die ganze Monarchie: 1) Polizeiübertretungen, 2) Verbrechen oder Vergehen, 3) schwere Verbrechen, bei denen festzuhalten, daß alle strafbaren Handlungen, welche mit Todesstrafe, Zuchthausstrafe oder Freiheitsstrafe von mehr als 5jähriger Dauer bedroht sind, zu den schweren Verbrechen gehören. Der zweite Theil enthielt die Einführung einer doppelten Weise, die Ehrenrechte zu entziehen, nämlich des Verlustes derselben für immer und ihrer Entziehung auf Zeit. Wie voraussichtlich war, erhob sich fast die ganze Versammlung für Annahme des ersten Theils. Die Motive der Gegnerschaft waren Juristen, welche lehren und schreiben, daß die Dreitheilung der Verbrechen aller innern Begründung sowohl als besonders allen Anhalts im Rechtsbewußtsein unserer Volks ermangle, namentlich das letztere Vorurtheil ist durch diese Abstimmung wenigstens für das preußische Deutschland glänzend geschlagen! — In Betreff des zweiten Theils versprachen schon die Modifikationen der Abtheilung, welche gewiß nur nothgedrungen solche gemacht, einen parlamentarischen Streaus; mehr noch aber der schroffe Gegensatz, welcher zwischen der im deutschen Volk üblichen Auffassung der gesetzschaftlichen Verhältnisse, und der in unsern höhern Kreisen obwaltenden, deren Fürsprech in der literarischen Welt Hr. v. Radowitz gewesen, mehr und mehr hervortritt. Bei der Anerkennung der Ehrenrechte mußten unausbleiblich die Fragen von der Ehre, der Ehren Bürgerthre oder den mannerlei „Standesehren" erörtert werden. Der Korreferent Frhr. v. Mylius (Nh.) hatte mit der ihm eigenen philosophischen Klarheit und Schärfe als allgemeinen Gesichtspunkt den Begriff der Staatsbürgerlichen Ehre aufgestellt. Aus dem gediegensten Werk des Hrn. v. Savigny entwickelte der Redner diesen Begriff, wie der Stand der Freien im Bewußtsein jedes Einzelnen von der Rechtsgenossenschaft und Rechtsgemeinschaft Aller Ehre und Recht erkannte. Aufgabe der Gesetzgebung sei es, für unsern Stand das Gefühl der Staatsbürgerlichen Ehre lebendig zu erhalten. Deshalb sei diese völlig verschieden von den besondern Ehrenvorzügen, die auf dem Boden der Bürgerehre, niemals außer ihm bestünden und für die Begründung der staatlichen Ordnung selbst keinen Werth hätten. Hierauf erhielt der Abg. Camphausen das Wort. Frei von allem Pathos, in antiker Einfachheit beginnt der Redner mit der schlichten Ankündigung dessen, worüber er sich aussprechen will: „Ich will reden gegen den Vorschlag der Regierung, welcher zwar einzine Rechte auf Zeit aberkennen lassen will, aber die wichtigsten derselben, nämlich das Gemeinderecht und das Staatsbürgerrecht, nur auf Lebenszeit." Das charakteristische Merkmal des rheinischen Verfahrens ist, daß unter allen Umständen der Verlust der staatsbürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit nur von den Geschworenen ausgesprochen werden kann. Die Ausnahme, daß seit einer Kabinetsorder Zuchtpolizeigerichte die Nationalkokarde (für immer) aberkennen, ist nicht einmal eine Ausnahme; denn schon 6 Monate nach bestandener Strafe sind Gnadengesuche eingereicht und massenweise bewilligt worden. Die-

Digitized by Google

ses Prinzip des rheinischen Strafprozesses wird durch die Vorlage der Regierung aufgehoben, während noch der Landtagsabschied von 1843 den umgekehrten Zustand das rhein. Gerichtsverfahrens zugestanden hat. Auch für geringe Vergehen tritt der Verlust der Ehrenrechte, namentlich des Rechts der Gemeindevertretung und Staatsbürgerschaft ein. Nun geht die Regierung von der Ansicht aus, daß, wer einmal durch eine ehrlose Handlung die Verachtung seiner Mitbürger sich zugezogen hat, dieser auf immer und unwiderbringlich verfallen sei. Nach dieser Ansicht ist es unzulässig, den Verlust der Ehrenrechte auf Zeit auszusprechen. Folglich gehen sie für immer verloren auch wegen geringer Vergehen. Diese den höchsten Gerichtshöfen zuzuweisen, ist unausführbar. Demnach werden Untergerichte jene Rechte für immer aberkennen. Hierin ist das rheinische Prinzip verletzt. Doch im Interesse sämmtlicher Provinzen ist Einspruch zu erheben. — Unzulässig ist nicht der Verlust der Ehrenrechte auf Lebenszeit, sondern der Punkt, wo der lebenslängliche Verlust eintreten soll, ist im Entwurf zu weit vorgerückt, auch im rheinischen Recht. Der Ausdruck „Ehrenrechte“ im Entwurf verursacht die darin enthaltene Verwechselung der Ehre mit Rechten. Die in dem betreffenden Paragraphen sogen. Ehrenrechte sind keinesweges alle Rechte, die man so nennen könnte; ihre Summe mußte auf diese Zahl beschränkt werden; ebenso dürfen sie der Zeit nach beschränkt werden. Von der höchsten Ehrenhaftigkeit bis zur gänzlichen Ehrlosigkeit besteht eine leise, allmählliche Abstufung. Gesetzkreis ist, aus dieser Gradation den Punkt herauszusuchen, wo das Ehrgefühl so völlig abgestorben sein soll, daß dessen Wiedererlebung unmöglich ist. Handlungen werden in Menge begangen, wo der Verwalt des Richters entrückt sind und eine noch größere Ehrlosigkeit bekunden; auf der andern Seite finden sich Spuren von Ehrgefühl bei den größten Frevlern. Weil das deutsche Volk vorzugsweise empfänglich für das Ehrgefühl ist, darum sieht es lange nicht, wie der Entwurf, gewisse Handlungen als Merkmal unbedingter und immerwährender Ehrlosigkeit an. Mit dem meisten Grunde wird dies vom Diebstahl behauptet. Aber aus welchem Zuge des deutschen Volkscharakters will man den Anklang erklären, den einst bei der deutschen Nation die poetische Schilderung des Diebstahles und Raubes in Schiller's Räubern fand? (Redner bringt noch viele Beispiele). Dieses Erscheinungen sind nicht Anderes als das Zeichen, daß im Volke der Ehrbegriff lebt, es sei nicht nothwendige Folge des Diebstahls und des Raubes, daß der letzte Funke von Ehrgefühl auf immer erloschen sei. — Aber angenommen, der Grundsatz des Entwurfs sei wahr: ein Mal ehrlos sei immer ehrlos! dann müßte man verlangen, daß der Entwurf nicht unterfage, die Ehrenrechte abzuerkennen wegen solcher Verbrechen, die ehrenrührig sein können, und 2) daß er sie stets gebiete wegen solcher Verbrechen, die ehrenrührig sind. Der Redner nennt eine Reihe von Fällen, in welchen auf Verlust der Ehrenrechte nicht erkannt werden darf, dann solche Fälle, wo der Verlust nicht ausgesprochen zu werden braucht, und vergleicht beide Klassen mit solchen Verbrechen, deren unbedingte Folge jener Verlust ist, und die sehr häufig weit weniger ehrlose Gesinnung verrathen als die Fälle der beiden ersten Kategorien. Der Entwurf ist demnach inkonsequent. Aber er muß es auch sein; im schreienden Widerspruch steht der Ehrlosigkeitsgrundsatz mit der Anordnung, daß manche Handlungen nur dann gerichtlich verfolgt werden, wenn eine Privatperson Klage erhebt; von dieser hinge danach ab, ob der Verbrecher immer ehrlos oder nicht ehrlos sein solle. Der Entwurf, nicht in Harmonie mit sich selbst, ist es auch nicht mit andern Gesetzgebungen, so mit dem württembergischen Recht, mit dem englischen, mit dem preußischen Landrecht. Der Entwurf ist auch im Widerspruch mit den Verordnungen über Verlust der Ehrenrechte, welche die Städteordnung und das neue Geschworenengesetz von 1847 enthalten. Diese Bestätigen das Prinzip des rheinischen Rechts. — Der Entwurf läßt nur zwei Wege offen: entweder muß bei sehr geringen Vergehen der Verlust der Ehrenrechte auf Lebenszeit durch die Untergerichte erkannt werden: dann würden die innersten Gefühle der Rheinländer verletzt sein, „Gefühle, in welche nun schon die dritte Generation sich hineingelebt hat“; oder es müßten diejenigen Verbrechen, auf welche lebenslänglicher Verlust der Ehrenrechte gesetzt ist, an die Assisen verwiesen werden: dann würden wegen der Ueberzahl der Fälle die Geschwornengerichte nicht mehr haltbar sein. — Am Schluß, für Sekunten, wird das Kolorit der Rede pathetisch. „Wenn meine Gründe nicht die Ihrigen wären“, sagt er namentlich zu den altländischen Männern, „würde ich mir heute die sachne Gabe wünschen, Alle, was von Gefühlen der Ehrlichkeit, der Zuneigung, der Liebe für die Rheinländer in Ihrem Herzen schlummert, mit flammenden Worten zum hellen Sinth anzufachen. Ich bin nur eine schwache Stimme, gehärmt durch die Abwesenheit starker Freunde, allein ich rede im Namen Vieler, ich bitte: erlauben Sie uns festzuhalten an der Denkungsart und an den Rechtsbegriffen unserer Väter!“ (Schluß morgen.)

○ Berlin, 4. Febr. In der gestrigen Sitzung lenkte zuerst der Abg. Camphausen die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die in der letzten Sitzung gefaßten Beschlüsse betreffe der bei Verlust der Ehrenrechte eintretenden Einfluß der Standschaft und der Gemeinderechte. Er bemerkte bezüglich dessen, daß man unterlassen habe, zwischen den beiden entgegenstehenden Prinzipien des Verlustes aller Standschafts- und Gemeinderechte auf immer und dem Wiederaustreten derselben ohne Weiteres den einzig möglichen Mittelweg einzuschlagen, den er zwar nicht für genügend halte, der aber doch viele Uebelstände beseitige. Dieselben bestehen darin, daß diejenigen Standschafts- und Gemeinderechte, die den Staatsbürger als solchem zukommen, z. B. das aktive Wahlrecht, von selbst wieder auflehen, dagegen jene, welche erst durch Wahl erworben werden, verloren bleiben sollen. Er gäbe daher der Versammlung anheim, diesen Vorschlag der Abtheilung zu überweisen. Dies geschah auch, ohne daß ein Widerspruch dagegen erhoben wurde. Die Versammlung schritt nunmehr zur Nachberathung derjenigen §§. des ersten Theils, welche Bestimmungen über den Verlust der Ehrenrechte enthalten, und die in Folge des in der Sitzung vom 29. Jan. angenommenen Princips der Dreitheilung einer Aenderung bedürftig waren. Wir heben darunter nur den §. 8 heraus, der von der geschärften Todesstrafe handelt. Statt der darin enthaltenen Strafen nach der Hinrichtung, welche bereits verworfen waren, und des Verlustes der Ehrenrechte dahei, hielt es in der schließlich angenommenen Fassung nur in den in ihr näher bestimmten Fällen dann neben der Todesstrafe auf Verlust der Ehrenrechte erkannt werden. — Ehe die Versammlung die Berathung der einzelnen §§. des zweiten Theils „von den einzelnen Verbrechen und deren Bestrafung“ begann, erhob sich der Abg. v. Auerswald und entwickelte, wie im zweiten Theile das Princip der mit dem Ernst der Gesetzgebung und dem Bedürfniß der Zeit vereinbaren Milde, welches die Versammlung in ihren bisherigen Verhandlungen des Entwurfes befolgt habe, mehrfach verlassen sei und einer willkürlichen Schärfung der Strafen Platz gemacht habe. Zum Beweise dessen wolle er zunächst nur die Strafbestimmungen über politische Verbrechen anführen. Zwar gebe er zu, daß das Landrecht hier über den Ton erkenne, als der gegenwärtige Entwurf, aber ersteres sei demselben auch nur ein anderes Extrem zu Grunde gelegt worden, und dann hätte der jetzige Entwurf dasür in vielen Fällen die entehrende Zuchthausstrafe, die das Landrecht nicht enthielte. Er fordere die Versammlung sowohl, als die Minister, auf, deren Beistand er rechne, auf, bei Berathung der Strafen für politische Verbrechen darauf zu sehen, daß nicht ein Vergehen, weil es politischer Natur, zum Verbrechen oder ein Verbrecher aus diesem Grunde für ehrlos erklärt würde. Nachdem hierauf der Regierungskommissarius Bischof die Behauptungen des vorigen Redners durch Eingehen auf die einzelnen Strafbestimmungen zu widerlegen versucht hatte, erklärte sich der Min. Kommissarius v. Bodelschwingh mit der schließlich von demselben regierten Aufforderung einverstanden, insofern bei den einzelnen Punkten die wirklich nachgewiesen wurde, daß jene Schärfung der Strafen vorhanden sei. — Der erste Titel des zweiten Theils, der vom Hoch- und Landesverrath handelt, kam nunmehr zur Berathung. Zum §. 80 hatte die Abtheilung zuerst beantragt, statt der Worte „die Thronfolge zu verändern“, „die Thronfolgeordnung gewaltsam umzustoßen“, und in dem Satze statt „das Staatsgebiet ganz oder theilweise der Herrschaft des Königs zu entziehen“ für „entziehen“ „entreißen“ zu setzen. Beide Anträge wurden von der Versammlung angenommen. Ferner strich dieselbe auf Vorschlag der Abtheilung den letzten Satz des §. 80: „im Falle der Gefährdung des Friedens Gefängniß oder der Freiheit des Königs ist auf geschärfte Todesstrafe zu erkennen“ und setzte dafür analog mit der beschlossenen Abänderung des §. 8 „kann neben der Todesstrafe auf Verlust der Ehrenrechte erkannt werden“. Der §. 81 wurde, ebenfalls auf Antrag der Abtheilung, mit dem §. 80 verschmolzen. Der §. 82, der folgendermaßen lautete: „Wenn unter mehreren Personen ein hochverrätherisches Unternehmen verabredet worden, dasselbe aber noch nicht zur Ausführung gekommen ist, so sollen die Anstifter und der Rädelsführer mit der Todesstrafe, die übrigen Theilnehmer der Verabredung mit zehnjähriger bis lebenswieriger Zuchthausstrafe belegt werden“ wurde dahin abgeändert, daß statt „Zuchthausstrafe“ „Strafarbeit“ gesetzt wurde, bei welcher der Verlust der Ehrenrechte zwar eintreten kann, aber nicht nothwendigerweise eintritt, welches letztere bei der Zuchthausstrafe der Fall ist. Mit besonderer Energie erklärte sich dafür der Graf v. Schwerin, der mit

Digitized by Google

zwei oder drei andern Mitgliedern der Abtheilung bei den Berathungen derselben in der Minorität geblieben war, jetzt in der Versammlung oder seine Ansicht durchsetzte. Mit der Abstimmung über diesen §. schloß die gestrige Sitzung.

**Berlin**, 31. Jan. Aus Anlaß eines hier vorgekommenen Falles, daß ein jüdischer Familienvater an seinem neugebornen Sohne den Ritus der Beschneidung vorzunehmen unterließ, stellten die hiesigen drei orthodoxen Rabbiner den Antrag, es möge durch öffentlichen Anschlag an der Synagogenthür vor einer ähnlichen Unterlassung gewarnt und der Betreffende mit Ausschluß aus dem Gemeindeverbande bedroht werden; der Antrag wurde jedoch schon vom Vorstande auf das Entschiedenste zurückgewiesen. (Schles. Z.)

**Köln**, 4. Febr. Der Graf Coloredo und der General v. Radowitz sind gestern auf der Rückreise von Paris nach Berlin durch Köln gekommen. (K. Z.)

**Baiern.** = München, 1. Febr. Görres ist todt und begraben. Seine Beerdigung fand am 31. Dec. Statt; eine Menge Menschen durchwogte die Straßen, durch die der Leichenzug ging. In der Nähe der Theatinerkirche wurde der Sarg vom Wagen gehoben und von Studenten, Schülern und Zuhörern des Verstorbenen auf den Schultern bis zum Grabe getragen, wohin der Leichenkondukt und sonst Theilnahmsvolle und Neugierige zogen. Der Erzbischof von München sprengte nach der üblichen Einsegnung zuerst Weihwasser auf den dem Grabe übergebenen Sarg. Von dem fungirenden Geistlichen aber wurde erklärt, daß die Leichenrede nächsten Donnerstag (d. 3. Febr.) von dem Prof. Haneberg in der Ludwigskirche werde gehalten werden, wie auch geschah. Haneberg, der früher zu den Füßen des genialen Meisters saß, hielt demselben, wie einem bereits Kanonisirten, eine mehr als glänzende Lobrede, sprach im Eingange von dem Ruse des Entschlafenen und betrachtet dann seine Wirksamkeit als Publicist und Politiker, Gelehrter und Mann der Kirche. Am Abende dieses Tages sollte von Getreuen und Anhängern des Verstorbenen unter der hiesigen Studentenschaft ein Fackelzug auf dem Kirchhofe veranstaltet werden, es waren bereits alle Anstalten getroffen, als die höhere Erlaubniß ausblieb. Man besorgte Allerlei, und es ist wohl nicht ohne Grund, wenn, wie aus Allem zu ersehen ist, die Regierung besorgt, daß die ultramontane Partei das Ereigniß zu ihrem Vortheile ausbeuten werde. Es hieße dies, hörte man, diese Besorgniß zu offen zur Schau tragen, wenn man durch ein Verbot eine Feierlichkeit unterfange, welche bei einem solchen Anlaß ganz in der Ordnung zu sein scheint. Durch Verbote unterdrückt man unbequeme Stimmungen nicht, man gibt ihnen dadurch nur neue Nahrung. Beachtenswerth ist übrigens eine unverblümte Andeutung der Augsb. Postz., wodurch dem alten Görres die Ereignisse der letzten Zeit, namentlich in Baiern und der Schweiz, das sonst starke Herz, welches so viele Stürme überdauert hatte, gebrochen haben. Daher auch sein Geständniß auf dem Sterbebette: „Fortan regiert der Staat, die Kirche protestirt nur noch."

**Aus Baiern**, im Jan. Des Gerüchtes von dem bevorstehenden Rücktritte des Fürsten v. Wallerstein geschieht jetzt auch in der „Allg. Zeit." Erwähnung, unter dem Ausdruck der Hoffnung, daß sich dasselbe als unbegründet erweisen werde.

**Würtemberg.** Stuttgart, 3. Febr. Der Schw. Merk. berichtigt die umlaufenden Gerüchte von einem Attentat gegen den Kronprinzen. Am 1. Febr., Abends 10 Uhr, sei der 22jährige Güterbuchskommissär August Kost von Reichenberg auf die Schloßwache gekommen und habe dem wachhabenden Offizier entdeckt, daß er die Absicht gehabt habe, den Kronprinzen zu tödten, daß er aber diese Absicht nun ernstlich bereue und sich selbst der Behörde übergebe. In dem am folgenden Tage von dem Kriminalsenate Stuttgart mit ihm vorgenommenen Verhöre gab Kost an: Bedeutende Schulden und unangenehme Geschäftsverhältnisse hätten ihn in eine verzweiflungsvolle Gemüthsstimmung versetzt, in welcher er am 27. v. M. Reichenberg verlassen habe. Nachdem er sich einige Tage in Stuttgart, Eßlingen und Ludwigsburg umhergetrieben, sei ihm der Gedanke gekommen, dem Kronprinzen und dann sich selbst das Leben zu nehmen. Auf diesen ruchlosen Entschluß sei sein früherer längerer Aufenthalt in dem an der badischen Grenze gelegenen Marktflecken Dürrmenz-Mühlacker, wo es, wie er sich ausdrückte, „viele revolutionäre Köpfe gebe", nicht ohne Einfluß gewesen. Ob Kost bei gesunden Sinnen ist oder ob seiner Geisthandlung eine andere Motive zum Grunde liegen, wird der weitere Verlauf der Untersuchung zeigen.

‡ Stuttgart, 29. Januar. Die zwei Blätter, welche sich die Befehdung der württemb. Reformpartei zu einer gemeinsamen Aufgabe gemacht haben, Ulmer Chronik und Karlsruher Zeitung, versprechen sich viel Schönes von der in der zweiten Kammer neuerdings zum Vorschein gekommenen Mittelpartei, welche in der öffentlichen Meinung die Opposition beerben soll. Da letztere jedoch weder todt, noch krank ist, so werden wir sobald noch keine lachenden Erben sehen. Es ist sicher bemerkenswerth, daß an besagte Mittelpartei die systematische Opposition noch keinen Mann abgegeben hat, daß sich zwar Schöpfung vielmehr allein durch Abfall von der ministeriellen Seite, durch Leute rekrutirt, welche sich in dieser schweren Zeit doch bemüßigt glauben, ihre bisher ganz ministerielle Stimme zu modifiziren und mit denen zu vereinigen, welche dem Schaukelsystem schon bisher angehörten. Die Mittelpartei bildet also ihre Existenz nicht auf Kosten der Opposition, sondern beweist recht drastisch, daß die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des jetzigen präsidialistischen Systemes auch greift, daß man sich den Forderungen der Reformpartei nähert und nur bei der Ausführung die Finger nicht verbrennen möchte. Uebrigens glauben wir nicht, daß jene Mittelpersonen im Stande sind, während des nahenden Konflikts wichtiger Fragen, wie die Ministeranklage und die Steuerverweigerung, ihren Brückenbau auszuführen; vielmehr dürften sie alsdann gezwungenerweise auf die ministerielle Seite der Kluft zurücktreten, ohne daß ihnen eine weitere Organisation gelänge. — Kaum haben wir dem Stutig. Korrespondenten der Karlsruher Zeitung die Entstellungen vorgehalten, die er sich in Betreff der s. g. Protestbeschwerde vom Mai immer wieder erlaubt, so liefert er, statt eine Widerlegung zu versuchen oder zu schweigen, neue Unwahrheiten. Er behauptet, wir haben seitdem in der Deutschen Ztg. darüber gelegt, daß die Majestätsbeleidigter vom Mai dem Gesetze verfallen seien. Die Redaktion der Karlsr. Ztg., welcher doch Ihr Blatt auch zu Gesichte kommt, sollte sich bedenken, so unverblümten Lügen Herberge zu geben. Wenn wir es ferner für möglich erklärten, daß das Gerücht von bevorstehenden Unruhen absichtlich ausgesprengt werde, um die geängstigten Gemüther für den Staatsraub einschlußlich auch seiner Fehler zu interessiren, und wenn dann die Karlsr. Zeit. dies für eine Tendenzverdächtigung mit dem Bemerken ausgibt, bei uns bedürfe man solcher Regierungsmittel nicht, so ist hier die Tendenzverdächtigung von der Gegenseite begangen. Wir haben nicht behauptet, daß jenes Mittel überhaupt von Jemand angewendet wurde, wir haben vielmehr einen solchen Entschuldigungsgrund für Gerüchte, deren Anlaß Niemand, auch der Korrespondent der K.-Z. nicht, zu enträthseln weiß, nur theilweise hergeleitet; und möglich ist er, nicht weil die Regierung solcher Mittel sich bedient, sondern weil es leider eine Menge wohldienerischer Gesellen gibt, welche durch ihre Bemühungen höheren Orts sich anzuthun zu machen suchen. Wir achten im Uebrigen Ihr Publikum zu sehr, um jenen Täuschungsversuchen der Karlsruher Zeitung jedesmal nachzugehen, und wollen diese Justiz künftig nur in erheblichen Fällen üben. — Welcher Aufnahme die gehäuften Klagen gegen den hiesigen Geh. Leg.-Rath v. Reuraih, welche bereits vor die zweite Kammer gebracht wurden, sich bei der Regierung voraussichtlich erfreuen werden, darf man vielleicht daraus schließen, daß Hr. v. Reuraih vor einigen Tagen zum Regierungskommissär beim Landtage, und zwar gerade für das Departement, von welchem die Censur ressortirt, bestellt wurde.

**Sachsen.** *Dresden, 3. Febr. Seiten hörte ich, daß die Ausweisung des österreichischen Privatiers Uhlich beschlossen ist. Die Kreisdirektion hat ihm den Befehl zukommen lassen. Ein beim Ministerium dagegen ergriffener Rekurs wird bei dem für Oesterreich so gefälligen Sinne desselben Nichts fruchten. Es ist nicht unmöglich, daß er in Baiern jetzt mehr erlangt, als im Lande der Reformation.

‡ Karlsruhe, 5. Febr. In Nr. 35 Ihres geehrten Blattes befindet sich nochmals ein Artikel vom Neckar, 31. Jan., der die öffentliche Meinung dinsichtlich der Lage der Eßlinger Spinnerei und Weberei ire machen könnte. Freilich ist es traurig, daß dieses Etablissement, weil darin mit Zahlen und Facten der Art verfahren wird, daß selbst diejenigen, welche genau die Verhältnisse der Spinnerei kennen, verleitet sich befinden, so vieles Unrichtige mit wenig Worten zurecht zu weisen. Die Lösung aber dieser Räthsels können allenfalls die gelesenen Paragraphen, welche im erwähnten Artikel citirt werden, bringen, denn darauf läßt sich so ziemlich schließen, daß derselbe aus der Feder eines Juristen floß, welche Personen, wie das Leben durch die Kammerverhandlungen sich zeigte, gewohnt sind, die Zahlen zu verwechseln und unterzuordnen zu werfen. Der Herr Verfasser beschuldigt die Eßlinger Spinnerei, es wäre darin keine Inventarsaufnahme gemacht worden, wo es doch notorisch bewiesen, daß seit 9 Jahren jedes Jahr der Generalversammlung die Inventur vorgelegt wurde. Diese falsche Beschuldigung, wenn dieselbe nicht aus der Luft gegriffen wäre, würde wahrlich der Verwaltung von Eßlingen sowie dessen Direktion nur zur Ehre gereichen. Aber Herr Verfasser beschuldigt die Eßlinger Spinnerei, es wäre darin keine Inventaraufstellung

meinem Artikel Nr. 28 Ihres Bl. habe ich dasjenige, was Zahlensache betrifft, klar und deutlich angegeben und nichtsdestoweniger beruft sich der Hr. Korrespondent vom Neckar neuerdings auf die durch den Ministerial- sowie den Kommissionsbericht von Hrn. Mathy angegebenen 438,000 fl. Vermögensverpaltnisse der Spinnerei, um dadurch einen Betrug von 762,000 fl. in 8 Jahren zu suchen, welchen der Herr Verfasser früher für 9 Jahre auf 1,353,000 fl. angegeben hatte. Diese Inconsequenzen rühren auch wieder von Unkenntniß des Gegenstandes her, den der Herr Korrespondent zu behandeln übernommen hat. Es verwechselt die jährlich laufende Geschäftsrechnung (Journal- und Kassenjournal) einer Fabrik mit der Bilanz- oder Inventarien-Rechnung, Maschinen sie die Fälle einer Veränderung oder Liquidation. Es ist in Folge dieser durch die Ministerialkommission gemachten Taxation das Vermögen der Spinnerei nur für circa 800,000 fl. angenommen worden, weil die erwähnten Objekte für circa 800,000 fl. weniger angeschlagen wurden, als ihr tatsächlicher Preis inclusive der bisherigen Abschreibungen; ebenso gut hätte die Kommission einen Minderwerth von 1,238,000 fl. annehmen können, wo dann das Vermögen der Spinnerei auf Nichts sich reduzirt hätte, denn solche Werthe haben nur dann einen gewissen Werth, wenn der Besitzer dieselben ertragsfähig erhält, kommen sie hingegen in Stockung, so kann Niemand wissen, für wie viel dieselben angeschlagen sind, bevor die Veräußerung geschehen ist. Nehmen wir eine große Strecke Feld, welches gut gebaut 200,000 fl. jährlich einträgt, so wird dessen Werth circa 4 a 4½ Millionen sein; lassen Sie aber Umstände eintreten, bei welchen unmöglich dieses Feld mehr angebaut werden kann, so wird dessen Werth auf Nichts herunter sinken. Der Herr Korrespondent vom Neckar sagt, daß, da seine Berechnungen dem Waghäusel nicht wohl verlegt werden, dieselbe als richtig anzusehen sei. Ich kenne die Verhältnisse von Waghäusel nicht, und deswegen bin ich nicht so keck (Austraut den Hrn. Korrespondenten vom Neckar) eine Ansicht darüber zu äußern; kann dies ist gewiß, schämen würde ich mich, über irgend einen Gegenstand zu schreiben, wo man mich der Unkenntniß wegen zurecht weisen könnte. Ich will schließlich noch erklären, daß ich dem Hrn. Korrespondenten vom Neckar hiermit zum letztenmal antworte; ich betrachte meine Ansichten von jetzt an freies Feld, seine Gravamenten für die Fabriken ferner zur Schau zu bringen, denn ich glaube pflichtmäßig alles dasjenige widerlegt zu haben, was falsches liegt auf die Gutlinger Spinnerei und Weberei dabei weisen können. (Die Redaktion denkt hiermit dieß Kontroverse zu beenden.)

**Hamburg**, 2. Febr. Der Grundeigenthümerverein zählte in voriger Woche bereits 430 Mitglieder. Man hört von drei Petitionen an den Senat, deren eine von den 180er, die zweite von den 60ern, die dritte besonders von Kaufleuten ausgehen soll. In allen dreien werden Verfassungsreformen vorgeschlagen; doch wollen sich alle drei nicht zu weit vom Bestehenden entfernen. Die beschränksten Forderungen sind wohl Oeffentlichkeit der Verhandlungen der 180er und Wahl der Abjunkten durch die Bürgerschaft. (Weserz.)

* **Schleswig**, 28. Jan. Das Gewitter, welches sich in den letzten Monaten über die Herzogthümer zusammengezogen hatte, hat sich, ehe wir es erwarten konnten, entladen. Die heutige Post brachte den königlichen Erlaß vom 28. Januar 1848. Der König hat demnach, ohne auf die Stimmung der Herzogthümer zu achten, ohne denselben eine Zeit und Gelegenheit zu geben, sich auszusprechen, eine gemeinschaftliche Ständeversammlung und sogenannte Verfassung für Dänemark und die Herzogthümer und zu deren Vorbereitung die Berufung einer konstituirenden Versammlung in Aussicht gestellt, damit also die Einheit des dänischen Staates proklamirt, und so viel an ihm, über die Selbständigkeit der Herzogthümer den Stab gebrochen. Der Unwille, welcher durch diesen eben so unerwarteten als übereilten Schritt der Staatsregierung bei allen Klassen der hiesigen Einwohner hervorgerufen worden, ist nicht zu ermessen; aber desto entschiedener tritt schon jetzt die Ueberzeugung hervor, daß die Herzogthümer in keine nähere Verbindung mit Dänemark treten dürfen, daß sie lieber auf jede Verfassung verzichten, als selbst eine freisinnige Konstitution, geschweige denn einen solchen Schatten einer Verfassung, wie das Reskript ihn verheißt, mit Dänemark gemein haben wollen, daß den jetzt ausgesprochenen Absichten der Regierung jeder mit den Gesetzen vereinbarte Widerstand entgegenzusetzen sei; und es ist nicht zu bezweifeln, daß das ganze Land diese Gesinnung theilt. — Der König scheint in Kopenhagen eine sehr günstige Aufnahme seiner Verfügung erwartet zu haben; durch ein Polizeiplakat ist dort bekannt gemacht, daß der König, überzeugt von der Dankbarkeit, mit welcher man dort seine Gabe empfangen, nicht wünsche, daß man diese Dankbarkeit auf eine Weise an den Tag lege, welche mit der tiefen Trauer um den verstorbenen König nicht vereinbar sein würde. — Für die Herzogthümer war eine solche Vorsichtsmaßregel völlig überflüssig.

### Großbritannien.

**London**, 3. Febr. Die englischen Journale sprechen sich in langen Artikeln über die Vorgänge in Italien, namentlich in Neapel aus. Das **Morn. Chr.** bedauert, daß der König von Neapel seine Konzessionen so spät ertheilt, daß er sie sich gewissen Massen habe abdringen lassen. Er sei nicht gut berathen gewesen, auf der einen Seite habe ihm ein jesuitischer Beichtvater mit allen himmlischen, auf der andern der österreichische Botschafter mit irdischen Schrecken und Gefahren gedroht, die Bevölkerung Süditaliens sei jedoch ein sehr ursprüngliches, kindliches und fast kindisches Volk, und es sei möglich, daß der König nach Ertheilung dieser Konzessionen (aber die Sicilianer haben sie verworfen und dem Könige eine konstitutionelle Verfassung abgenötigt, ihn also nicht so leichten Kaufs losgelassen!) plötzlich als einer der populärsten Monarchen Italiens gefeiert würde. Als eine der nächsten Folgen dieser Zugeständnisse betrachtet das M. Chr. den Beitritt Neapels zum italienischen Zollverein, eine höhere geistige Erhebung ganz Italiens, und daß es für Oesterreich eine Nothwendigkeit geworden. früher oder später seinen italienischen Unterthanen konstitutionelle Rechte einzuräumen. Schwerlich aber wird sich Oesterreich, nachdem es durch seinen Feldmarschall Radetzky drohend an das Schwert schlagen ließ, jetzt dazu herbeilassen, eine solche Gabe als Friedensunterpfand freiwillig darzureichen. Eine solche Verfassungspolitik stände mit jener Proklamation an das Heer, welche von den Zinnen ein Faustschlag genannt wird, den man einem Gefesselten gibt, doch in einem etwas auffallenden Widerspruch. Diese sanguinischen Hoffnungen des M. Chr. werden u. A. von den Times nicht getheilt, vielmehr will diese Zeitung wissen, daß das Wiener Kabinet die entschiedensten Absichten habe und die ernsthaftesten Vorkehrungen treffe, in den neapolitanischen Angelegenheiten mit den Waffen in der Hand einzuschreiten, und zwar auf den dringenden Hilferuf des Königs beider Sicilien selbst. Seitdem jedoch dieser rascher, als er je gewöhnt, in eine Sackgasse ohne Ausgang getrieben, einen Volksfreibrief ertheilt hat — dessen Bürgschaften und Freiheiten man wenigstens für den Augenblick und zum Schein beobachten wird, bis die Einschäferungsmittel abermals gewirkt haben — ist diese Revolution in die Reihe der sogenannten vollendeten Thatsachen eingetreten und dürfte als solche mindestens von England gegen auswärtige Beeinträchtigungen in Schutz genommen werden.

**Daily News**, von den und unter diesem Datum zugegangenen Londoner Blättern das einzige, welches des wieder zusammentretenden Parlaments Erwähnung thut, enthält folgende schlichte Bemerkung: „Da die Zeit der am 21. Dec. gewählten Vertagung heute zu Ende geht, so werden sich beide Häuser zur Erledigung von Geschäftssachen zu den gewöhnlichen Stunden versammeln."

Es bestätigt sich, daß die britische Regierung von der Stadt St. Juan am Nicaragua unter legend einem Vorwande Besitz ergriffen und daß die Regierung von Guatemala sich dieserhalb an die Regierung der Vereinten Staaten gewandt und wohl Befuch gestellt hat, gegen diese Besitzergreifung Verwahrung einzulegen.

Die vier Richter an der Queens Bench haben ihre Entscheidie in der Hampden'schen Angelegenheit abgegeben, zwei derselben sprachen sich für die gegen Hampden's Ernennung zum Bischof erhobenen Einwände, die andern beiden, hierunter Lord Denman, dagegen, mithin dafür aus, daß sich die Ernennung staats- und kirchenrechtlich nicht ansechten lasse. Die Angelegenheit bleibt demnach beim Alten und Dr. Hampden Bischof von Hereford. Eine Appellation könnte jetzt nur noch an das Haus der Lords stattfinden, und es ist denkbar, daß die Orthodoxie auch noch diesen weitläufigen Rechtsumweg versucht.

**Hull**, 27. Jan. erschien abermals eine Deputation von westindischen Pflanzern, bestehend aus Abgeordneten von Jamaika, Demerara, Trinidad und aus Kaufleuten, welche mit Westindien in Verbindung stehen, vor dem Grafen Grey, um ihm die anwachsende Noth in den westindischen Kolonien vorzustellen. In diesen Zwecke lasen sie ihm eine Denkschrift vor, worin sie nachzuweisen suchen, daß die westindischen Kolonien, die einst als eine der Hauptstützen Englands angesehen und gepflegt worden, ihrem gänzlichen Ruin mit Riesenschritten entgegeneilten; in diesen Sturz würde aber auch eine Menge englischer Kaufleute hineingezogen werden, welche mit Westindien in Verkehr ständen; ohne Gegner der Freihandelspolitik zu sein, dürfe man doch behaupten, daß unter der Mißkunst der jetzigen Zuckergesetze die sklavenhaltenden Staaten sich auf Kosten der englischen Kolonien bereicherten. Der Minister hörte freundlich zu und versprach in allgemeinen Ausdrücken, die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese wichtige Angelegenheit zu lenken. Diese in England sehr gebräuchlichen Redensarten haben wenigstens das Gute, das Vertrauen der gefährdeten Klassen zu der Regierung wach, und diese in fortdauernder lebendigen Kenntniß und Anschauung der kranken Zustände zu erhalten. Die Minister stehen so immer Ang in Auge den Anliegen des Landes gegenüber.

Die Palmerston'sche Politik gegen Griechenland hat jetzt einen Vertheidiger im fernen Osten selbst, im „Imparsat de Smyrne" gefunden: Lord Palmerston habe mit jener Offenheit, die ihn charakterisire und dem Minister eines großen Staats wie England so wohl

Digitized by Google

suche, Griechenland einige Vortheile gesagt; die Wahrheit sei, ihres rauhen Gewandes wegen, nirgends wohl gelitten, aber es wäre nöthlicher für Griechenland, wenn das griechische Kabinet Palmerstons Rathschlägen Gehör gebe, statt, wie es gethan, sich an die vier andern Großmächte zu wenden und diese um ein besseres Sittenzeugniß zu ersuchen. Aber habe Hr. Bonivopulo nicht selbst eingestanden, daß er die Einmarschmedaillen verfälscht habe, um die Mächte von ihren Einsforderungen abzuschrecken? Seien nicht rasch hintereinander zwei Kammern aufgelöst und die ausgezeichnetsten Männer von ihren Sitzen in der Repräsentantenkammer ausgeschlossen worden? u. s. w. Allerdings möchten Rußland, Preußen und Oesterreich von der Bedeutung der Charte eine von England abweichende Ansicht haben, da die konstitutionellen Grundsätze des letzteren von jenen Mächten nicht getheilt würden; aber Jedermann werde zugeben, daß gerade diejenige Nation, welche zuerst diese Regierungsform bei sich einführte, auch zuerst das Recht habe, einem Kabinet, dessen Präsident, wie Griechenland wohl wisse, kaum seinen eigenen Namen schreiben könne (!?), einigen Unterricht zu ertheilen. (Daß jedoch die griechische Regierung ganz anderswo ihre Lektionen nimmt, als bei der englischen, die ihr ohne Zweifel entweder von ihrer frühern brausköpfenden Prahlerei oder von ihrer jetzigen Demüthigung gegen die Pforte abgerathen hätte, dafür zeugen unsere heutigen Mittheilungen aus Griechenland. Es ist wahrhaft peinlich und schmerzlich zu sehen, wie sich Griechenland, fremden Einflüsterungen gehorchend, fast krampfhaft bemüht, die Schatte, die es gegen die ohnmächtige Pforte erlitten, an dem mächtigen England wieder auszuwetzen. Das Urtheil über dieses eigen, welche Griechenland, das eine so große und ruhmwürdige Aufgabe im Orient zu erfüllen hätte, in eine so demüthige und nichtsagende Lage gebracht haben, wird die Geschichte fällen.)

Es verdient bemerkt zu werden, daß in der Grafschaft Limerick unter den Augen des speziellen Gerichtshofs in Menge alle die Greuel, hierunter namentlich Einbrüche, Pulver- und Waffenraub u. s. w., begangen werden, gegen welche der Gerichtshof seine strengen Urtheile richtet, und denen er ein Ende machen soll. Inzwischen berichtet das Morn. Chr. von einer Anzahl jener schändlichen Austreibungen der Einwohner aus ihren Hütten und dem Niederreißen und Niederbrennen der letztern, namentlich in der Nachbarschaft von Kolooy. Wirk, die zu Hause Nichts zu leben hatten und nach Galway kamen, um Unterstützung zu erhalten, fanden, als sie wieder zurückkehrten, ihre Hütten niedergerissen und niedergebrannt, so daß sie nicht den geringsten Schutz gegen Wind und Wetter hatten. Der Galway Mercury erzählt mehrere der empörendsten Beispiele dieser Art. Ein gewisser James Blake zeichnet sich gegenwärtig durch solches grausame Verfahren gegen seine Miether und Afterpächter aus. Vielen wurde die ärmliche Behausung ohne weitere Ankündigung fast über dem Kopfe zusammengerissen, so dem Mark Conezly, dessen Weib zu den Ruinen der Hütte sieberkrank zurückblieb, so dem Daniel Sweeny, der nachher fünf Tage unter freiem Himmel zubringen mußte; so auf Befehl eines gewissen Hrn. Gregor dem Thomas M'Donough mit einer Familie von 6 Personen, wovon bald darauf zwei Kinder aus Mangel an Nahrung, Kleidung und Behausung starben, u. s. w. Solange solche für uns, die wir doch auch Manches mit Recht anders wünschen, unbegreifliche Zustände in Irland dauern, wird man den Haß der Iren gegen die Engländer, die Rachemorde, die aufregende Sprache der Geistlichkeit, selbst der höchsten, wenn auch nicht gerechtfertigt, doch einigermaßen durch diese ganz exceptionellen und barbarischen Verhältnisse entschuldigt finden. Die Aufrichtung von guten Gesetzen würde da mehr helfen, als die Aufrichtung von Galgen, zu denen in der Grafschaft Limerick allein 16 Gauner zur Deportation 27 und zur Gefängnißstrafe 361 verurtheilt worden sind. Das Parlament steht vor der Thür, möge sich mit ihm auch für Irland endlich die Thür der Gnade und Barmherzigkeit aufthun.

## Frankreich.

Paris, 4. Febr. In der heutigen Sitzung der Kammer war der auf Polen bezügliche Satz des Adreßentwurfs an der Tagesordnung. Man weiß, daß die Kammer seit 1831 in der Adresse alljährlich Verwahrung einlegt, gegen die von Rußland ausgegangenen Maßregeln zur Unterdrückung der polnischen Nationalität. Durch die Aufhebung des Freistaates Krakau hat diese Protestation eine erweiterte Bedeutung bekommen. Hr. Lorabit verlangte bei der heutigen Berhandlung, daß Frankreich eine neue Note an die drei Mächte richte, um dieselben zur Wiederherstellung des vertragsmäßigen Zustandes Polens aufzufordern. Hr. Bavin beschwerte sich über die Diaconeiren, denen die polnischen Flüchtlinge in Paris von Seite der Regierung ausgefetzt seien. Zum Beweise seiner Klagen verlest er sich auf die Sitzung des zu Byon des Fürsten Czartoryski angestellten Festes, und auf die gegen Hrn. Bakunin ausgesprochene Landesverweisung, zwei Thatsache, von denen wir seiner Zeit Bericht gegeben haben. Hr. Guizot erwiderte, daß die Ausweisung des Hrn. Bakunin Nichts mit der polnischen Sache gemein habe, denn Bakunin sei ein Russe; und was das Verbot des Czartoryski'schen Gastmahls betreffe, so sei dasselbe im eigenen Interesse des Fürsten gewesen. Hr. Lherbette sprach seine Verwunderung darüber aus, daß man Hrn. Bakunin, gleichviel ob Pole oder Russe, wegen einiger harten Aeußerungen über den Kaiser Nikolaus aus Frankreich verbannt, während in St. Petersburg täglich die maßlosesten Ausfälle gegen Louis Philipp gemacht werden. Hr. Guizot las hierauf einige Stellen aus der Rede des Hrn. B. vor, in welcher der Czar Henker und Mörder genannt wird. „Mörder Nikolajes in St. Petersburg geschehen", fügte er hinzu, „so würde ich im Namen des Völkerrechts Rechenschaft verlangen". „Wie", unterbrach Herr Thiers, „wenn in solchen Ausdrücken von der Schweiz gesprochen würde, wäre sie nicht auch befugt, Rechenschaft zu fordern"? Allgemeine Aufregung. Hr. Thiers wirft Hrn. Guizot die Sprache der ministeriellen Blätter gegen die Schweiz vor; Hr. Guizot antwortet, daß er für keine Zeitung verantwortlich sei. Hr. Chambolle versichert, daß Hr. Guizot selbst in der Pairskammer über die Schweiz in einem Tone gesprochen, welcher dem des Hrn. Bakunin Nichts nachgebe. Hierüber wird das Getümmel in der Kammer so groß, daß der Präsident sich vergebens mit der Glocke in der Hand abarbeitet, um Ordnung zu stiften. Inmitten der allgemeinen Verwirrung wird der in Verhandlung begriffene Satz für angenommen erklärt.

In der Kammer und in der Börse lief das Gerücht um, der engl. Gesandte habe sich diesen Morgen zu Hrn. Guizot begeben und ihm im Auftrage seines Kabinets eine Note vorgelesen, die Lord Palmerston ihm vergangenen Monate an die österreichische Regierung gerichtet. In dieser Note erkläre die englische Regierung dem Wiener Kabinet, daß sie, fest entschlossen die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der italienischen Staaten zu schützen, jeden Versuch Oesterreichs, im Kirchenstaate, Toskana und den beiden Sizilien zu intervenieren, als einen Kriegsfall ansehmen und darnach handeln werde. — Admiral Barker soll zugleich den Auftrag erhalten haben, Falls Oesterreich auf eigenen oder neapolitanischen Dampfschiffen österreichische Truppen nach Sizilien zur Dämpfung des Aufstandes schicken wollte, die Landung derselben in Sizilien durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zu verhindern.

Die Nachrichten aus Toulon melden, daß Abdel-Kader sich beharrlich weigert, nach Paris zu kommen, die seine Kapitulation vom Könige bestätigt sei. Gen. Lamoriciere soll entschlossen sein, in der Kammer für den Emir das Wort zu nehmen, so sehr die Regierung sich auch bemühe, ihn davon abzuhalten.

## Italien.

Venedig, im Jan. Während man aus Mailand so viele Stimmen vernimmt, erhalten wir über die Vorgänge der alten Hauptstadt, die jetzt noch geheimnißvoller als je zu sein scheint, nur einzelne in mehr als Halbdunkel gehüllte Notizen. Nun liegt uns ein Aktenstück vor, das über die Bewegung der gemäßigten liberalen Partei und wohl auch über die wichtigsten Ereignisse in der letzten Zeit, wir meinen die Verhaftung Tomaseo's und des Advokaten Manin, Aufschlüsse ertheilt. Dieses Aktenstück besteht in einem Cirkularschreiben, das Tomaseo, wie im Eingange erwähnt wird, an die angesehensten Bürger des lomb. venet. Königreichs senden wollte und, wie es scheint, auch gesendet hat, damit, wie er sagt, sowohl die Regierung, als die Nation die wahren Ursachen einiger in Venedig in der letzten Zeit stattgehabten Vorgänge kennen lerne. Nun erwähnt Tomaseo, wie auf Raggazi's Antrag in Mailand die Aufforderung Manin's an die venetianische Centralkongregation folgte, die Ursachen der öffentlichen Mißstimmung zu ergründen, die, wenn auch minder lärmend, im Venetianischen als in der Lombardei, dort nicht minder tief begründet sei. Darauf hätten mehrere Mitglieder des Municipalrathes ähnliche Eingaben gemacht. Der Provinzialdeputirte Morosini bezeichnete, das Gesetz in der Hand, die Hauptpunkte, um welche die Centralkongregation bei der Regierung ansuchen müsse, nicht als freiwillig zu gewährende Vorrechte oder neue Freiheiten, sondern als Konsequenzen der seit mehr als 30 Jahren kundgemachten und noch geltenden Gesetze, als Erfüllung alter Versprechungen, als Grundlage der bürgerlichen Konstitution, die man dem italienischen Königreiche im Angesicht von ganz Europa gegeben habe. Jetzt, fährt Tomaseo fort, entwarf die Provinzialkongregation eine Stiftschrift, um Beobachtung der vorhandenen guten und Verbesserung der mangelhaften Gesetze,

Digitized by Google

um Errichtung eines wahrhaft italienischen Königreichs (mit der von der lomb. Centralkongregation berührten Verfassung), wie auch um eine mildere, die Mittheilung historischer Thatsachen, Vorgänge der Tagesgeschichte und die Kritik der Staatsverwaltung nicht hemmende Censur. Diese in den österreichischen Gesetzen begründeten Bitten unterzeichnete die Provinzialkongregation einhellig, die Centralkongregation schloß sich jener in Anbetracht der dringenden Nothwendigkeit an, zu einige Mitglieder derselben zeigten sich voll Eifer für die Würde des Landes und berechtigten für ihren Theil zu schönen Erwartungen. (Die venetianische Centralkongregation steht, wie wir hier bemerken müssen, wegen ihres langen Stillschweigens und ihrer besonderen Gesinnungslosigkeit im lomb. venet. Königreich in schlechtem Kredit. Das Beispiel der lombardischen Centralkongregation riß sie, wie in Venedig mit großer Widerwilligung bemerkt wird, keineswegs auf ihren Faronen Unthätigkeit. Auch Manin's Aufforderung entlockte dieser repräsentativen Körperschaft kein Lebenszeichen. Erst als die Provinzialkongregation vorangegangen, trat die Centralkongregation einer Eingabe bei, die viele Beschwerden und Wünsche, welche die lomb. Centralkongregation an den Thron brachte, gar nicht erwähnt.) Der Gouverneur, als Präsident der Centralkongregation, ernannte darauf zu dem angeregten Zwecke eine aus fünf Personen bestehende Kommission. Da sich unter den Gewählten eine offenkundig allen nothwendigen Verbesserungen abgeneigte Person befand, so beklagte sich der Dolmetsch der öffentlichen Mißstimmung, Advokat Manin, in einer neuen Eingabe an den Gouverneur über die getroffene Wahl und brutete zugleich, theils um Andern ein Beispiel zu geben, ihre Ansichten in dieser bedeutungsvollen Zeit offen zu äußern, theils um die Bewegung von den Leidenschaften in den Kreis der Ideen, von unüberlegten und verderblichen Handlungen zu überdachten und fruchtbringenden Worten zu leiten, auf einige Punkte, über welche die Deputirten ohne Servilität und Anmaßung berathschlagen könnten. Darauf berührt Tomaseo, was er selbst gethan, enthüllt die Absichten, die ihn dabei leiteten. Es war, sagt er, noch nothwendig, den Deputirten, der Regierung und ganz Italien offenbar zu machen, daß die erwähnten Ansichten und Desdorien sich nicht auf einzelne Personen beschränken, sondern die Gesinnte Vieler aussprechen; es war noch nothwendig, die Bürgen selbst einzuladen, gesetzlich und offen in die Thätigkeit des öffentlichen Lebens überzugehen und den Rebel des Mißtrauens zu zerstreuen, der den Regierten und Regierenden die Wahrheit verhüllt. Zu diesem Zwecke nun und um Andern ein Beispiel zu geben, habe er um die Bewilligung angesucht, im „Kteneo Veneto“ einen Vortrag über den Stand der Wissenschaften in Italien halten zu dürfen. Bei diesem Vortrage berührte er, wie bekannt, die öfterr. Censurverhältnisse und brachte eine Bittschrift zum bessere Beobachtung des öfterr. Censurgesetzes, das sehr gute Bestimmungen enthalte, in Vorschlag. Die Bittschrift, führt Tomaseo fort, kam zu Stande und erhielt Unterschriften, deren Zahl für ein an solche Schritte nicht gewöhntes Land beträchtlich war. Tomaseo sandte seinen im Ateneo gehaltenen Vortrag an die Censurbehörden in Venedig und Wien, wie auch an den Finanzminister Frhrn. v. Kübeck. Jetzt, heißt es weiter, müsse man die Privateingaben, die Bitten der Municipalräthen und der Provinzialkongregationen verwerkstätigen und an die Centralkongregationen richten, die lombardischen Bittschriften müsse man in Kopien an die Regierung in Mailand, die venetianischen an die Regierung in Venedig, alle insgesammt zugleich nach Wien senden. Mit ruhigen, aber klaren Worten, ohne Furcht, daß die Ausübung einer Pflicht als Verbrechen oder Vergehen erscheinen könnte, müsse man die Gesetze, die schlecht vollzogen, die Verspechungen, die nicht gehörig erfüllt wurden, andeuten. Man kann uns strafen, solche Verbrechen kann man uns nicht halten. Sie stehen uns in vollem Uebereinstimmung. Da wir uns und unsern Unwillen beharrlich bemeistern, so wird man uns nicht bestrafen, so wird man uns im Herzen danken. Dann spricht sich Tomaseo gegen die auch von uns gerügte Art der unüberlegten Opposition aus und bezeichnet ihre Demonstrationen als kindische Ausbrüche, als verwerfliche Gehässigkeiten, unwürdig eines Volkes, das leide und auf sein Geschick vertraue. Zum Schlusse fordert er nochmals auf, von Stadt zu Stadt, von Provinz zu Provinz mit achtungswerthen Personen in Briefwechsel zu treten, alle falsche Furcht, alle Streitigkeiten, alle eitelen Eitelkeiten zu verbannen. Ueberzeugen wir uns von unserer Pflicht, ruft er aus, und wir werden das Bewußtsein unserer Kraft erlangen. Die Religion ist für uns, auf unserer Seite sind viele Fürsten und Nationen. Wenn wir uns nicht theilen und selbst verderben, werden wir siegen!

**Aus Sardinien.** Das Florentiner Blatt Patria enthält folgende, sehr der Bestätigung bedürfende Angabe: Wenn wir recht unterrichtet sind, hat Sir R. Abercromby, englischer Gesandter am sardinischen Hofe, dem sardinischen Minister des Auswärtigen eine Note Lord Palmerstons an das Wiener Kabinet mitgetheilt, worin erklärt sei, eine österreichische Einschreitung in Toskana, dem Kirchenstaat und dem Königreich beider Sizilien würde von England als Kriegserklärung angesehen. (vergl. oben Frankreich.)

**Mailand**, 2. Febr. Eine von den HH. Nazari, Villa, Zanetti, Gerosato, Banzi, Schizzi, Porro im Namen der Congregazione Centrale unterzeichnete Bittschrift ist an Sr. M. den Kaiser gerichtet worden und enthält eine Aufzählung der Bedürfnisse und Wünsche in Beziehung auf die verschiedenen Zweige der Verwaltung.

**Livorno**, 30. Jan. Die Basler Z. berichtet: Der eben von Neapel ankommende Dampfer Capri bringt die Nachricht: der König habe eine Verfassung bewilligt. In Palermo haben die Freudenfeligkeiten aufgehört; in Neapel bereiten sie große Festlichkeiten vor wegen der erhaltenen Reformen. Auf dem gestern hier verweilten Dampfschiff befand sich wirklich der neapolitanische Minister Del Carretto und der ehemalige Geschwister Sr. Maj., Belde berabschiedet. Ueber die Verfassung selbst und ihren genauen Inhalt fehlen noch die Berichte; man erfährt nur, daß das Zweikammersystem der französischen Charte mit Preßfreiheit, Nationalgarde u. s. w. die Grundlage bildet.

Ueber die Vorfälle der letzten Tage vor dem Verfassungsversprechen berichtet die Allg. Z.: Nach gehöriger Sichtung der verschiedenen Nachrichten stellt sich in Bezug auf Sicilien Folgendes heraus: Palermo ist mit Kartätschen und Kanonen beschossen ohne daß die k. Truppen Meister geworden. Mit Ausnahme von Messina ist fast ganz Sizilien in siegreichem Aufstande. Die k. Truppen sind entmuthigt, der wackere General Desauget verzweifelt, Lebensmittel und Fourrage mangeln, das königl. Stroh- und Heumagazin ging in Flammen auf, und Krankheiten, vornehmlich eine bösartige Augenentzündung, machen die k. Truppen kampfunfähig. Das Fort Castellamare soll unterminirt und nach dem Ende der Stadt gelegene Haus besetzte Schloß umzingelt und mit Rauch und Flammen bedroht sein. Den Schaden welchen die Bomben angerichtet vermag ich nicht anzugeben. Es sind 250,000 Rationen Lebensmittel hinübergeschickt, und die beiden letzten Dampfschiffe brachten 67 verwundete Unteroffiziere, Seegenanten ꝛc. aus dem Lager von Palermo. Gleichzeitig kamen 3 Hundert blutgetränkte Bettleinlaken hier an. Medikamente und Aerzte wurden hinübergeschickt; morgen geht Heu und Stroh nach, und die schnell in der Stadt Castellamare reparirte königl. Fregatte Ifabella wird morgen hinübersegeln — aber höchstens nur noch als ambulantes Hospital dienen können. Palermo, Sicilien ist dem Könige verloren: nur etwa noch die Konstitution und die gänzliche Unabhängigkeitserklärung kann feuchten und beruhigen. Auf etwas Anderes lassen sich die Sicilianer wohl nicht mehr ein. — Die Hälfte der Besatzung von Syrakus, welche einem nahe gelegenen in Empörung begriffenen Städtchen zueilte, soll (200 Mann) vernichtet sein. Von Catania und Messina haben wir heute nichts Bestimmtes erfahren können. Trapani, Termini sind in vollem Aufstand. Das Dampfschiff Tancred liegt hier von Anfang der palermitanischen Katastrophe an unbeweglich im Kriegshafen zur Verfügung des Königs und der Familie. Es ist vollständig verproviantirt und eingerichtet; der Kapitän derselben, Roberti, gilt dieser Augenblick viel beim König und ist gleichsam Kriegs- und Marineminister. Er weicht nicht von der Seite des Monarchen.

## Polen.

* Von der poln. Grenze, Ende Jan. Die russische Polizei ist sehr thätig in der Aufspudung einer neuen Schrift, die die pariser Centralisation herausgegeben hat, und die in Polen vielfach verbreitet wird. Sie heißt: Göttliche Worte die das polnische Volk und ist in jenem glühenden biblischen Style abgefaßt, der so großen Anklang in den Büchern des polnischen Volkes von Mickiewicz und in dem Aufruf an die Polen von Lamennais gefunden. Der Letztere gilt auch für den Autor der in Rede stehenden Broschüre, ob mit Recht, wage ich nicht zu behaupten. Merkwürdig sind auch die der zweiten Ausgabe beigefügten Statistiken, die das Märtyrerthum Konarskis, Wisniowskis und Bogusławskis darstellen, und besonders hervorgehoben sind die Ausdrücke dieser drei „Gekreuzigten“ vor ihrem Tode. „Verfucht neine Folter und überzeugt auch von unserer Ausdauer“; Laßt euch durch meinen Tod nicht abschrecken und beharrt in eurer Pflicht“; „Enttäuschet dich selbst und du wirst erkennen, wie süß es ist für das Vaterland zu sterben.“

Digitized by Google

### Griechenland.

* Athen, 20. Jan. Durch das organische Gesetz über die Gerichtshöfe vom 21. Jan. 1834 erhielt der Präfekt das Recht, in letzter Instanz über die Reklamationen gegen die Aufstellung der Geschwornenlisten zu entscheiden. Als die Präfekturen abgeschafft wurden, übertrug der 3. Art. des f. Reskripts vom 12. Okt. 1845 dieses Recht dem Staatsrathe. Die Nationalversammlung hat den 3. Sept. 1843 schaffte den Staatsrath ab und übertrug durch ihren 6. Beschluß, welcher die Kraft des Staatsgrundgesetzes hat, den Appellhöfen das Recht der Entscheidung. Kolettis legte der letzten Kammer einen Gesetzvorschlag vor, wonach die Unterpräfekten beauftragt werden, nach ihrem Gutdünken die Liste der Geschwornen aufzustellen und zu revidiren. Als in der Sitzung vom 21. Mai 1846 die Verhandlungen darüber eröffnet wurden, erhob die Kammer einstimmig einen Schrei des Unwillens, und Kolettis wußte in der Verwirrung nichts Besseres zu thun, als gegen seinen eigenen Gesetzvorschlag zu stimmen. Jetzt erneuert Dr. Kolokotronis diesen Vorschlag. Er hat dem Senat einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die Bestimmung enthält: Man kann an den „Präfekten" appelliren, der „unwiderruflich" entscheidet und „definitiv" die Geschwornenliste verbessert. Die Stimme des Senats aber ist durch die Schübe und die Reserve erklärt, die Kammer einstimmig ergeben. Es droht dem Institut der Geschwornen ein tödtlicher Schlag. — Der unter Leitung Maurokordatos redigirte Kurier von Athen sagt: Die Politik, welche seit vier Jahren die Absolutie wiederhergestellen sucht — indem sie alle freien Institutionen zerstört, damit das Volk, der Uebel müde, sich dem Absolutismus wieder in die Arme werfe, bleibt sich folgerecht. Im weiten Reaktionsplane verbindet sich Alles, greift Alles in einander. Stückweise wird das Gebäude des 3. Sept. abgetragen. Zuerst ist die Unabhängigkeit der Civilgerichtshöfe zerstört worden, indem gelehrte Juristen durch unwissende Richter, redliche, eines bescheidenen Wohlstandes genießende Männer durch ruinirte oder liederliche Menschen ersetzt worden sind. So ward die Unabhängigkeit jedes Bürgers gefährdet, da sein Eigenthum minder sicher war. Die willkürliche Zusammensetzung der Gemeinderäthe hat eine furchtbare Waffe zu den Wahlen geboten. Mit Hilfe des Betrugs und der Gewalt ist eine unnennbare Kammer improvisirt worden. Durch sie hat man sich einer Indemnitätsbill versichert für jeden Unterschleif, für jeden Staatsstreich, für jede Plünderung des öffentlichen Vermögens. Der Senat ist mit ergebenen Geschöpfen angefüllt worden, man hat sich eine Reserve von 35 Senatoren gebildet. Jetzt wird die Jury geknechtet, in Strafsachen die richterliche Gewalt mit der vollstreckenden vermischt, indem man beide aus derselben Quelle schöpft. Es werden die Presse und mit kaltem Schauder erfüllt, das Beil des Scharfrichters über die edelsten Häupter geschwungen. — Weder Gesetze noch Institutionen, weder Schwüre noch Religion, weder gesellschaftliche Pflichten noch Meinung, weder Mitleid noch Ehre legen mehr in Zukunft dem Laster einen Zaum an, bieten der Tugend einen Wall. Die Gesellschaft macht täglich einen Schritt rückwärts zum Naturzustand. Sollte sie da nicht einen väterlichen Despotismus vorziehen? — Nicht minder folgerecht erscheint die äußere Politik der Räthe des Königs seit 4 Jahren. England, wird gesagt, predigt die Freiheit der Völker nur in seinem Handelsinteresse; damit Griechenlands Handel und Schifffahrt, auf die es eifersüchtig, nicht zur Blüthe komme, stiftet es Straßenraub, Verschwörungen, den Konflikt mit der Pforte, Meuterei, Aufstände, Bürgerkrieg. Dieses Thema variirt hundertfältig seit Mitte 1844 sowohl die hiesige ministerielle und Hofpresse, als auch die Allgemeine Zeitung. Gegen das feindliche England also muß man Sicherheit suchen durch die Vermehrung der Broschüren. Da nun die absoluten Mächte das demokratische England hassen, Rußland überdies in demselben das Hemmniß seiner Pläne im Orient erblickt und Frankreich mit England um den Einfluß in den Küstenländern des Mittelmeeres kämpft, so bietern sich der griechischen Regierung vier Großmächte gegen eine dar. Die Zinsen der Schuld an England sollen mit Hilfe Frankreichs und Rußlands bezahlt werden, indem ein Drittel der Zinsen der 60,000,000 zu erschwingen ist, Frankreich schon eingewilligt hat, mit einem Drittel zu warten, und die gleiche Einwilligung von Seite Rußlands in Aussicht steht. Da auf diese Weise der Gläubiger befriedigt werden kann, brandt das Athener Kabinet, stark durch den Schutz von vier Großmächten, den geheimen Feind nicht mehr zu schonen. Daher die Appellation an diese vier Großmächte, und die Girkularnoten an die fünf Großmächte über den Patrasser Aufstand und die Beilegung der türkischen Differenz. Fühlt sich England beleidigt und trift seinen Gesandten ab? Desto besser: man ist dann eines unbequemen Censors ledig. Unser athenischer Korrespondent sendet uns ferner zwei Noten der griechischen Regierung, die eine an Ali-Effendi vom 12. Dez. 1847, die andere an die fünf Großmächte vom 14. Jan. 1848, endlich auch die Antwortnote Ali-Effendi's auf die griechische. Wir werden sämmtliche morgen mittheilen und bemerken zuvörderst nur, daß in der ersten Note die griech. Regierung sich wegen des Balbovgangs bei der Pforte entschuldigt, und daß in der Antwortnote Ali-Effendi's, die überhaupt von Insolenz nicht frei ist, die nackte Rückkehr des Mussurus nach Athen in Aussicht gestellt wird.)

---

Eingegangene Beiträge für die Armen in Oberschlesien:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Uebertrag: | 839 | fl. | 24 kr. |
| Von G. M. in Heidelberg | 5 | „ | 24 „ |
| Von Ungen. aus Frankfurt | 5 | „ | 15 „ |
| Von Ungen. aus Frankfurt | 8 | „ | 45 „ |
| Von Ungen. aus Heidelberg | 2 | „ | 42 „ |
| „Den unglücklichen preußischen Unterthanen, unsern deutschen Brüdern in Oberschlesien, aus Neckargemünd in Baden" | 21 | „ | — „ |
| Von F. S. in Heidelberg | 11 | „ | 12 „ |
| Von G. M. in Frankfurt | 6 | „ | — „ |
| N. N. in Frankfurt | 5 | „ | 24 „ |
| Ungenannt | 5 | „ | 30 „ |
| v. Kß. in R. | 6 | „ | — „ |
| | 916 | fl. | 36 kr. |

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[85]* MEDICAL, INVALID & GENERAL LIFE ASSURANCE SOCIETY.

**Lebensversicherungs-Gesellschaft für Gesunde und Kranke,**

LONDON, Pall Mall No. 25.

**Verwaltung für Deutschland in Frankfurt a. M. — Kapital: 6 Millionen Gulden.**

Gesunde Leben werden von dieser Gesellschaft zu billigeren Prämien versichert, als von den meisten anderen Kompagnien. Gestützt auf sehr ausführliche statistische Berechnungen, versichert die Gesellschaft auch Kranke oder nicht völlig gesunde Personen. Die Versicherten können sich bei dem Gewinn der Gesellschaft nach ihrer Wahl betheiligen oder nicht, aber selbst im letzteren Falle nie zu Nachzahlungen angehalten werden. Die bei ihr Versicherten können zu jeder Zeit des Jahres von einem Theil Europas zum andern reisen. Die Prämien für Seereisen außer Europa sind besonders billig gestellt. Officieren ist diese Gesellschaft vorzüglich zu empfehlen, weil sie unter dem Ausdruck „activen Dienst" nur den Dienst in Kriegszeiten dem Feind gegenüber versteht. Polizen, die bereits ein Jahr in Kraft waren, werden durch Duell und Selbstmord nicht annullirt, auch wenn sie auf das eigene Leben geschlossen sind. Der Prospectus erklärt ausführlich die Vortheile von Lebensversicherungen zum Rentenankaufen im Allgemeinen und besonders bei dieser Gesellschaft. Derselbe wird auf dem Bureau der Gesellschaft in Frankfurt am Main, sowie von sämmtlichen Hauptagenten und Agenten gratis verabfolgt.

**Joh. Albert Varrentrapp,**
Generai-Agent.

**Verzeichniß der bereits ernannten Hauptagenten und Agenten.**

Altenburg Herr F. W. Barth sen. Bonn Dr. H. J. Lincke. Bremen Hr. Wilh. Abrefeld. Carlsruhe Hr. Wilh. Peter. Cassel Dr. ludw. Jenner. Coburg Hr. C. G. Appel. Darmstadt Hr. Dr. Hallwachs, Hofgerichtsadv. und Advokat. Dresden Hr. Jul. Kockel. Eisenach Hr. G. Brandt jun. Freiburg i. B. Herren Bährer und Komp. Gotha Hr. C. G. Bleymüller. Hanau Hr. Karl Stippel. Heidelberg Hr. L. G. Wilh. Heilbronn Herren L. Bächer und Meißner. Jena Hr. Th. Voigt. Leipzig Hr. Otto Schmidt. Lübeck Hr. Joh. Wilh. Colsman. Mannheim Hr. C. A. Renner. Rostock Hr. Th. Wagner. Rudolstadt Hr. G. Fröbel. Stuttgart Hr. Ferd. Adamsmann. Ulm Hr. Wilh. Kippert. Wiesenhausen Hr. M. J. Frenkel. Zürich Herren Bilio und Haromeyer. Zwickau Hr. C. A. Schiedsam.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oppenheim, 29 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Nordafrika bei Hrn. Alexandre Corréard, 28 Boulevard Poissonnière, Paris, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt hier sich fl. 10. 1 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 28 kr. Für Ausgaben unter der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 40. Heidelberg, Mittwoch 9. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Hannoversche** Briefe über Handelspolitik. III. — **Berlin** (Ausschußverhandlungen vom 28. Jan. Schluß). **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen über Abschaffung der Todesstrafe). **Frankfurt** (die Vereinigungsweise des Thlorovorms durch Böttger verbessert). **Kiel** (Annehmen oder Ablehnen).

**Schweiz.** **Bern.** Tagsatzungsverhandlungen über die Anklagen auf Landesverrath und die Amnestie.

**Großbritannien.** Die Besitzergreifung der Stadt St. Juan am Nicaragua, drohender Verwicklungen deshalb mit Nordamerika und Guatemala. Wüstersche Thätigkeit Poyntzeaus in Kanada. Parlamentverhandlungen: Erklärung Palmerstons über beabsichtigte Aenderungen der Schiffahrtsgesetze.

**Frankreich.** Antwort Guizots auf die Rede des Hrn. Thiers über die Schweiz. Kammerverhandlung vom 5. Febr. — **Italien.** **Benedig** Die Frauen im lombardisch-venetianischen Königreich und die Polizei. Die Denkschrift der Centralcongregation. **Mailand.** Verbot der Einfuhr von Waffen und Munition. **Turin.** Unterdrückene Verbindung mit dem Festlande von Neapel. Der tückische Dict Caretto bei Genua vorbei nach Marseille. **Neapel.** Zusammenberufung des neuen Provinzialrathes. Nachrichtigkeiten über die letzten Bewegungen. Das k. Patent vom 29. Jan. Nachrichten des J. d. D. aus Palermo.

**Handel.** **Frankfurt.** Börsenbericht. **London.** Bedenkliche Handels- und Finanzaussichten.

## Hannoversche Briefe über Handelspolitik.

### III.

Die Freihandelsmänner der Hamburger Denkschrift halten den Besitz vieler eigenen Schiffe im überseeischen Verkehr nicht für wesentliches Bedürfniß. In der freien Benutzung aller fremden Schiffe soll an den Frachten ein Vortheil liegen, der jede Differentialbelegung hinsichtlich der eigenen Schiffe weit übermiegt. Viele überseeische Geschäfte kämen ohne Verknüpfung an eigene Schiffe zu Stande, und manche würden unmöglich sein, wenn eine Beschränkung auf eigene Schiffe, wie solche ein Differentialzoll insoweit mit sich bringt, eintreten müßte.

Im Kleinen und Einzelnen mag die Denkschrift Recht haben, im Großen und Ganzen aber ist jenes Prinzip das Verderben einer Handelsbewegung, welche wahrhaft den kommerciellen und maritimen Kräften Deutschlands entspricht. — Der Hauptzweck der nationalen Schiffahrt, obwohl manche kleinere Hafenstädte anders darüber denken, besteht nicht in dem Verdienst des Rhedereigewerbes mit Allem, was diesem an Schiffsbau, Matrosenlöhnung, Verproviantirung, Frachtlohn u. s. w. anhängig ist, sondern in Vermittlung des Absatzes der gesammten nationalen Industrie und Produktion. Letztere Aufgabe ist unermeßlich werthvoller und umfaßt das ganze nationale Gebiet, wogegen der Rhedereigewinn sich nur auf die Küstenstriche beschränkt. Die Industriellen sind selten in der Lage, oder werden nur durch die Noth getrieben, in die Risikos und Langwierigkeiten der ihnen wenig bekannten überseeischen Geschäfte sich einzulassen. Nur Nordamerika beginnt jetzt in Folge der Newyork-Bremer Dampfschifffahrt hiervon eine Ausnahme zu machen und den übergrossen amerikanischen Absatzmarkt dem eigenen deutschen fast gleichzustellen. Die größeren Etablissements, welche bisher in ganz Deutschland ihre Proben herumsenden, werden einsehen oder vereinigt jetzt auch Nordamerika von ihren Musterreisenden durchstreifen lassen, und jede Konjunktur der Mode, des dortigen Geschmacks und des Marktes durch die Schnelligkeit und Präcision der eigenen direkten Dampfschifffahrt zu benutzen im Stande sein. Wenn schon jetzt, wo die hiesige Industrie noch wenig daran denkt, ihre Musterreisenden über See gehen zu lassen, bei preußischen Tuchfabriken angenehme Bestellungen aus Nordamerika einlaufen, so ist vorerst die Triebfeder hierzu nur das Interesse der hiesigen und der amerikanischen Häeder, die durch Veranlassung solcher Bestellungen ihre Dampfschifffahrt in Flor zu bringen suchen. Wäre die direkte Dampfschifffahrt nicht ein eigenes Bremer Navigationsinteresse, so würden die Anstrengungen zur Belebung der preußischen Tuchfabriken so wenig von Bremen, als von andern nicht direkt betheiligten Hafenstädten zu erwarten sein. Jene amerikanischen Bestellungen sind aber für die deutsche Industrie nur die Vorboten eines künftigen unermeßlichen Absatzverkehrs.

Die andern überseeischen, besonders die ostindischen Länder sind der deutschen Industrie unmittelbar kaum zugänglich. Hier ist nur durch die Vermittlung des hafenstädtischen Handels eine fruchtbringende Einwirkung möglich. Eine vollendete Organisation des überseeischen Handels, wie solche z. B. durchweg in England besteht, muß die innere Industrie von allen überseeischen Risiko und Zeitverlusten frei erhalten, und ihr schon am Hafenplatze selbst bestimmten Absatz verschaffen. Fabrikanten in England, die selbst überseeische Versendungen machen, werden in ihren Kreditverhältnissen als verdächtig betrachtet. Um aber den hafenstädtischen Kaufmann zur fortlaufenden Ausdehnung einheimischer Manufakte und zur dauernden Ueberwindung zweifelhafter überseeischen Wechselfälle geneigt zu machen, muß ihn sein eigenes Navigationsinteresse antreiben, und ihn zur Aufsuchung von Frachten nöthigen, damit das in seinen Schiffen stehende Kapital nicht nutzlos bleibe. — Allerdings fährt abgesehen von solchem drängenden Navigationsinteresse auch bloße Spekulation zu überseeischen Unternehmungen. Allein manche zweifelhafte Spekulation unterbleibt, sobald nicht das Navigationsinteresse an den Frachten den Ausschlag gibt. Auch ist der bloße Spekulant ohne eigene Schiffe vorwiegend geneigt, zu den überseeischen Risikos die Industrie in Mitleidenschaft heranzuziehen, also den inländischen Fabrikanten, der Absatz nothwendig bedarf und doch die überseeischen Verhältnisse nicht zu beurtheilen vermag, zur mehr oder weniger partiellen Theilnahme an den überseeischen Gefahren zu nöthigen. Deßhalb liefern die Exportisten einer Hafenstadt durchaus nicht einen Beweis für ihre Thätigkeit zu Gunsten der einheimischen Industrie, sobald nicht zugleich nachgewiesen ist, daß die verzeichneten Exporte für eigene Rechnung und nicht auf Gefahr der genügtigten Fabrikanten unternommen wurden.

Der große überseeische Handel mit eigenen Schiffen nimmt für die überseeischen Konjunkturen, wie für die Erbauung, Erhaltung und stete Beschäftigung der Schiffe eine so angestrengte Aufmerksamkeit in Anspruch, daß andere Richtungen der Handelsthätigkeit, namentlich die Detaillirung der zurückgebrachten Importe nach dem Binnenlande, damit kaum vereinbar sind. Darum werden z. B. in Holland die überseeischen Einfuhren sogleich am Platze in großen Auktionen an die in- oder ausländische zweite Hand verkauft. In andern kommerciellen Ländern und größeren Häfen, wo der überseeische Handel wesentlich auf eigenen Schiffen beruht, z. B. in England und auch in Bremen, ist der Handel getheilt. Die Importeure, welche direkt aus den Ursprungsländern einführen und als erste Hand die Importe an den Markt bringen, geben sofort am Platze ihre Waaren an die zweite Hand ab, welche letztere dann den Einzelnvertrieb in's Binnenland oder in benachbarte Länder übernimmt. In dieser Theilung des Geschäfts, in welcher der Besitz eigener Schiffe die Haupttolle spielt, beruht die eigentliche Quelle der Energie und Ausdehnung der überseeischen Unternehmungen, die dann nicht durch die Sorge und Weitläuftigkeit des binnenländischen Absatzes niedergehalten und gelähmt werden. Deßhalb ist nur von denjenigen Hafenstädten, welche eine, ihrer Handelsthätigkeit überhaupt entsprechende, zu überseeischer Fahrt geeignete Anzahl Schiffe besitzen, dem gebürtemen Umfange nach dringende Wirksamkeit für den Absatz inländischer Industrieexporte zu erwarten, welche zum Theil des Landes und zur behaglichen Ernährung der binnenländischen Bevölkerung nothwendig angetrieben werden muß. — Wie sehr hierbei wesentlich Alles an dem Besitz und der Beschäftigung eigener Schiffe hängt, zeigt sich z. B. auch an den überseeischen, Import und Export vermittelnden Handelsfaktionen oder Etablissements, deren das kleinere Bremen über See wegen seiner über doppelt so starken überseeischen Marine, mehr als doppelt so viele besitzt, als das größere Hamburg und daher auch einen, diesem Verhältniß entsprechenden Einfluß in den überseeischen Ländern auszuüben hat.

In Beziehung auf Nationalreichthum und allgemeine Volksernährung, auf die Wechselwirkung zwischen Industrie und Navigation

Digitized by Google

ist der Werth des überseeischen, auf den entsprechenden Besitz eigner Schiffe basirten Eigenhandels erster Hand ganz unberechenbar und muß das Ziel aller Handelspolitischen Bestrebungen Deutschlands sein. Gegen die unberechenbare Wichtigkeit eines solchen Handelsorganismus sind die überseeischen Spekulationen, die nicht auf eigner Schiffahrt beruhen, sowie die seltenen Werthsteigerungen der Fracht sehr unbedeutend, können also bei dieser Frage überall nicht ins Gewicht fallen.

Wenn aber einzelne Hafenstädte, namentlich Hamburg und viele Ostseehäfen, das Gegentheil vertheidigen, so beruht das auf nur lokalen Gebrechen und Hindernissen. Jene Ostseestädte befinden sich noch nicht im Besitz der nöthigen qualifizirten Schiffe und überseeischen Verbindungen, haben auch nicht hinreichendes Vertrauen, sobald dazu zu gelangen. Hamburg aber ist durch die Vorzüge seiner ganz eigenthümlichen Lage gegen die Elbe und Ostsee stets in so großer Zahl als Absatzmarkt von den fremden Seehäfen aufgesucht, daß allein hieraus der Hamburger Handel fast volle Geschäftigung fand. Hamburg nimmt die fremden Zufuhren in Empfang, die Fremden Ladungen in Konsignation, um für deren weitere Unterbringung zu sorgen. Dabei ist dann der direkte oder indirekte überseeische Eigenhandel erster Hand in den Händen des Auslandes und somit Hamburg daran weiter nur als zweite Hand betheiligt. Als zweite Hand kann aber Hamburg nicht entfernt in dem Umfange auf den nationalen Export wirken, nicht solchen Einfluß in den überseeischen Ländern gewinnen, als wenn es das Geschäft als erste Hand mit eignen Schiffen in Besitz hätte. Die Zahl der eignen Schiffe ist im Vergleich zu dem Hamburger Umfang viel zu gering, und daher auch die Anzahl der Handelshäuser, welche ihr überseeisches Geschäft auf eigne Schiffe stützen, viel zu schwach, als daß ein überseeischer Eigenhandel erster Hand mit bedeutender Verwerthung der eignen Schiffe, sowie eine strengere Theilung des Geschäfts in erste und zweite Hand, verbunden mit besserer Freierhaltung der binnenländischen Industrie von überseeischen Risikos dermalen den Beifall der Hamburger Majorität finden könnte.

Nur sagt die Hamburger Denkschrift Nichts von diesen Thatsachen und eigentlichen Motiven, sondern sucht die maritime Hilfsfertigkeit der jetzigen Zustände, den unerwiderten sogenannten Freihandel, der aus obigen Ursachen vorerst noch Hamburg konvenirt mag, im Großen und Ganzen aber Deutschlands Unglück ist, als das alleinige Heil Deutschlands gelten zu machen. Wer aber nicht in einem ähnlichen Interesse befangen ist, wird sich doch durch solche Motivlitäten nicht täuschen lassen.

Das Beispiel Dollands, das in nicht zwanzig Jahren seine Handelsmarine durch Differentialzölle mehr als verdoppelte, weist auch in Deutschland auf die Nothwendigkeit allgemeiner Differentialzölle für überseeische Erzeugnisse hin. Sodald aber England durch Zurückziehung seiner betreffenden Navigationsgesetze und dadurch bewirkte Erhaltung seiner überseeischen außerenglischen Importe von jährlich 100 Millionen Thaler einem deutschen Differentialzoll entgeht und ihm staatsklug zuvorkommt, wird unfehlbar die Entwickelung des überseeischen Eigenhandels Deutschlands mit eignen Schiffen eine große Verzögerung erleiden. Denn die gleichgestellte englische Einfuhr eines Werthes von jährlich 100 Millionen muß den Effekt differitiger Differentialzölle, als Schutz- und Anregungsmittel für die eigne Schiffahrt betrachtet, zum großen Theile vereiteln, die bisherigen Zustände, namentlich in Hamburg, meistens erhalten und den Fortschritt der überseeischen Anlagen Deutschlands auf ein langsames Maß zurückführen. Deßhalb dürfte auch Hamburg, sobald die Einsicht der englischen Navigationsgesetze feststeht, und die Form der deutschen Handelsverbindung, vielleicht die unbedingte Oeffentlichkeit der Vereinsverhandlungen gesichert ist, seine bisherige Opposition gegen eine maritime Handelseinigung radikal aufgeben. Ebenso möchten dann auch die Ostseestädte, deren Verkehr sich hauptsächlich auf England bezieht, bald aufhören, von einer maritimen Handelsverbindung mit Differentialzöllen ferner abzurathen.

Dagegen aber erhält durch Aufhebung der englischen Navigationsgesetze das überseeische Handelsgebiet, der Umfang oder die Zahl der Absatzmärkte für die deutsche Industrie und die deutsche Navigation eine unermeßliche Erweiterung, welche zwar weniger schleunig, aber doch allmählich auf eine fortschrittliche Vermehrung der deutschen Schiffahrt hinwirken muß. Die Vortheile dieser Erweiterung des unermeßlichen Handelsgebiets durch Mitaufnahme in den englischen Weltverkehr, verbunden mit der Begünstigung des Differentialzolls gegen diejenigen Staaten, welche Gegenfeitigkeit verweigern, muß der überseeischen Navigation auch in den deutschen Häfen, wo selbige dermalen nicht in Blüthe ist, wo nothwendig allmählich empfohlen. In den Häfen aber, wo es einer Begünstigung der Schiffahrt nicht mehr bedarf, wo nur eine unbegrenzte auf gegenseitig gleichen Fuß gestellte Ausdehnung des überseeischen Handelsgebiets eigentlich wirkt, muß die Aufhebung der betreffenden englischen Navigationsgesetze nicht die nämlichen Resultate hervorbringen, als eine Belastung der englischen überseeischen Importe mit einem Differentialzoll.

Möge nun das Parlament beschließen, was es im englischen Interesse als nützlich erkennt, so ist und bleibt doch für Deutschland eine maritime Handelseinigung und Annahme einer gemeinsamen deutschen Flagge unter allen Umständen sowohl politisch als kommerciell eine immer dringendere Nothwendigkeit.

---

**Preußen.** ** Berlin, 2. Febr. (Ausschußverhandlungen v. 8. Jan. Schluß.) Wie tausendmal der Nachdruck sein mag, der diese Rede des ehrenwerthen Rheinländers pro aris et focis am Orte gefunden, dem werden wohl rheinische Blätter Ausdruck leihen; das kann Jede Brave, welches ihr im Saale des Landtagsausschusses folgte, bekunden, mehr als man am Rhein manifestiren kann, nämlich Einigkeit des Sinnes und Bewußtsein in den alten Provinzen mit dem der Rheinlande, eine bedeutsame Erscheinung, ein neuer Bausein zur preußischen, zur deutschen Einheit. Der Landtagskommissär bemerkte zu dieser Rede, daß darin wenig zur Sache und faß gar Nichts zu der vorliegenden speziellen Frage gesprochen sei, worauf der Abg. Camphausen entgegnete, daß, wenn jemals ein Augenblick, dann der gegenwärtige dazu geeignet war, über diesen Grundsatz des ganzen Entwurfs zu sprechen. Der Landtagskommissär hat übrigens dieser ausgehegten Rede, die nur viel Wahres, sehr viel Schönes enthalte, am 29. in der folgenden Sitzung eine recht umfassende Widerlegung folgen lassen! Der Justizminister von Savigny nannte sogleich den Punkt, auf den es hier ankam, das Recht der Standschaft; auch er nahm die Standesbürgerliche Ehre als Grundlage an und nannte die sogen. Ehrenvorzüge, z. B. Adel ꝛc. die „besondre" und jene die „gemeine" Ehre. Nachdem der Graf von Galen sich bei der Entzielung der Ehrenrechte auf Zeit dahin referirt hatte, daß dies eine zeitweise Suspension sei, eine Behinderung der Ausübung, so wurde der Antrag der Abtheilung, daß die Gerichte befugt sein sollen, die Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit zu untersagen, einstimmig angenommen. Ferner, nachdem die Amendements des Fürsten W. Radziwill daß der Richter nicht auf bestimmte Zeit die Ausübung versagen dürfe, sondern die Rehabilitation den „Genossenschaftsgerichten" vorbehalten bleibe, („weil so Jeder in einer gewissen Genossenschaft lebt, sei es selbst nur eine Dorfgemeinde, und in dieser engsten Genossenschaft das wichtigste Urtheil über den Zeitpunkt der Rehabilitirung gefällt werde") mit großer Majorität verworfen worden, wurde der Antrag der Abtheilung, die Dauer der zeitweilen Entziehung der Ehrenrechte auf 1 bis 5 Jahre (die Regierung wollte 3 bis 10) nach Beendigung der Freiheitsstrafe auszusprechen, fast einstimmig angenommen. Jetzt kam zur Sprache der von der Abtheilung ausgesprochene und von Camphausen verthelgte Grundsatz, daß nur bei schweren Verbrechen (crimes) die bürgerliche Ehre für immer verloren geht und, wie der Justizminister v.-Savigny erläuternd hinzufügte, nicht bei sämmtlichen schweren Verbrechen. Diesen Grundsatz nahm die Versammlung ohne entgegenstehende Bemerkung, also einstimmig an. Einen Antrag des Abg. Steinbeck, in das St.G.B. die Bestimmungen aufzunehmen, welche der Entwurf nur für die Rheinprovinz separat bestimmt (Art. 15 der Einführungsordnung), daß ein ehrlos Erklärter nicht Geschworener, Vormund ꝛc. sein könne, nahm die Mehrzahl der Versammlung an, wonach auch in den alten Provinzen ein solches Individuum nicht Geschworener ꝛc. werden darf. Endlich kam der Hauptpunkt zur Verhandlung, Standschaft und Bürgerrecht. Das Gutachten der Abtheilung lautete dahin, daß, wenn die Entziehung der bürgerlichen Ehre auf bestimmte Zeit ausgesprochen wird, der Verurtheilte zwar für immer den Adel, öffentliche Aemter, Würden, Titel, Orden verliert, dagegen nach Ablauf der bestimmten Zeit ohne Weiteres und von Rechtswegen wiederum in den Besitz der bürgerlichen Ehre und — mit Ausnahme der vorstehend bezeichneten besondern — in den Besitz aller durch die bürgerliche Ehre bedingten Rechte trete. Der Graf Schwerin vertheidigte das Gutachten; wiederaufleben müsse Alles, was dem Individuum als Staatsbürger nach dem Gesetz gebührt, also Standschaft und Bürgerthum, die nur der Ausdruck sind für das aktive Staatsbürgerthum; verloren gehe nur für immer, was ihm oder seiner Familie als persönlicher Vorzug verliehen worden, z. B. Titel, Orden, Adel. Dem Minister v. Savigny antworteten der Abg. Camphausen in demselben Sinne weiterhaft. Der Minister finde die Standschaft zu hochstehend, als daß

Digitized by Google

es ihm entspricht, sie auf Zeit abzuerkennen, dem Abgeordneten steht sie auch hoch, sehr hoch, deshalb widerstrebe es ihm, sie nur um wenige geringer Vergehen auf Lebenszeit abzuerkennen dürfe. Dem Gehässigen des Ministers widerstehe, daß, während man Titel und Würden auf Lebenszeit weiterer, die Staatsschuld mirver aufrede. Dem Gefühle des Redners widerstehe nicht, daß er diese kleinern Dinge auf Lebenszeit verleihen kann und das Größere nur auf bestimmte Zeit. Den Widerspruch, welchen der Minister zwischen dem Vorschlag der Abtheilung und den bestehenden Gesetzgebung findet, kann Redner nicht erkennen. Nach dem Beschlusse heitsgesetz kann die Staatsschuld während der Dauer einer Strafe durch Begnadigung wieder gemindert werden, — — also umsomehr dann, wenn die Strafzeit verkürzt, wenn keine Begnadigung mehr nothwendig ist. Bestände aber der Widerspruch in der That, so sprechen für den Antrag der Abtheilung so gewichtige Gründe, daß der Antrag anzunehmen und der Widerspruch mit der ältern Gesetzgebung aufzuheben sei, indem dieselbe — abgeändert werde*). Diese hochwichtige Verhandlung wurde um 28. nicht beschlossen, sondern am 29. unter sehr bemerkenswerthen Nebenumständen fortgesetzt, deren Kenntniß Ihre Leser ohne Zweifel schon in der D. Z. genommen. Die leidenschaftliche Gereiztheit, welche an jenem Tage den ausgezeichnetsten Staatsmann, den unser Ministerium aufzuweisen hat, mit sich fortriß, sowie die Geistesgegenwart und Entschiedenheit, mit der Hr. v. Saucken-Julienfelde die Würde der hohen Versammlung wahrte, sind das Gespräch aller gesellschaftlichen Kreise seit dem Sonnabend! So genau bekannt mir auch dieser Auftritt in seinen Einzelnheiten ist, werde ich doch den stenographischen Bericht abwarten, um den Gang der Verhandlung zu schildern. Es ist auffallend, daß die in diesem Augenblick ausgegebene Allg. P. Z. denselben nicht enthält. Der ungegründeten Vermuthung, welche schon in diesen Tagen hier ausgesprochen wurde, und welcher das — von der Redaktion freilich nicht motivirte — Ausbleiben des Berichts neue Nahrung leiht, daß der Landtagskommissär in diesem Falle von seinem Censorrecht Gebrauch machen werde, darf wohl Niemand Raum geben, der nur im Entferntesten von dem Charakter des Hrn. v. Bodelschwingh Kenntniß hat.

**Baden.** * Karlsruhe, 7. Febr. Die Gründe, aus denen der Abgeordnete Rettig seinen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe in der heutigen Kammersitzung rechtfertigte, werden die Leser aus den nachfolgenden Erörterungen über die Frage, ob die Motion in Berathung gegeben werden solle, entnehmen. Justizministerialprof. Trefurt anerkannte, daß Rettig mit seltenem Scharfsinn die Schwächen, welche die Todesstrafe als menschliche Einrichtung mit allen Uebrigen theile, hervorgehoben habe. Kein Strafexerfahren gebe vollkommene Gewißheitsgrund, daß die erhobenen Beweise für eine That die wirkliche Wahrheit enthalten. Alles ist nur größere oder geringere Wahrscheinlichkeit, nicht mathematische Gewißheit. Diese Betrachtung und die Erwägung, ob überhaupt die menschliche Willensfreiheit keine bloße Illusion, sondern Wahrheit sei, könnte für die Abschaffung der Todesstrafe sprechen. Man kann behaupten, es gebe gar keine Verbrecher, sondern nur Irrende, Kranke, die gebeilt und erzogen werden sollen; dann gebe es auch keine Strafen mehr, sondern nur Besserungs- und Heilanstalten. Möglich, daß im Laufe der Zeit die Humanität so weit vorschreite. Aber so lange man noch eine menschliche Willensfreiheit und ferner annimmt, daß durch kriminalrechtliche Beweise die Wahrheit ermittelt werde, so lange kann man die Strafen nicht aus den Gesetzbüchern verbannen. Und so lange es überhaupt Strafen gibt, soll auch die Todesstrafe gesetzlich bestehen. Man mag der Abschreckungs- oder der Vergeltungstheorie huldigen, immerhin ist der Strafgesetzgebung der Ernst und die Sühne genommen, wenn die Todesstrafe weggenommen wird. Es ist wahr, daß sie nicht mehr reparirt werden kann, wenn ein Urtheil sich hinterher als falsch erweist. Allein das Nämliche ist bei jeder andern Strafart der Fall, auch der Verlust der Freiheit kann nicht mehr gutgemacht werden, nur der Grad der Wichtigkeit macht einen Unterschied. Nur wenn man lediglich die Besserung als Strafzweck annimmt, dann können die Gegner für sich anführen, daß die Todesstrafe diesen Zweck aufhebe. Allein nach den Grundsätzen wahrer Gerechtigkeit ist die Todesstrafe nothwendig, so lange es Verbrechen gibt, deren Schuld auf dem Gewissen zu tragen ein größeres Uebel ist als der Tod. So lange soll auch der Gesetzgeber den Ernst dieser Strafe sanktionieren. Der Redner ist daher nach wie vor ein entschiedener Vertheidiger derselben, verkennt jedoch nicht die hohe Bedeutung dieser Frage für das Strafrecht und wird sich daher der Berathung der Motion nicht widersetzen.

Zweiter stellt den Antrag, die Motion in den Abtheilungen zu berathen und vorerst zu erwägen. Stelle große Fakten hat diese Frage den Gang durch ganz Europa genommen. Die Arten der Verbrechen, welche mit dem Tode bestraft werden, sind verminderter, in Einem Staate ist die Todesstrafe ganz abgeschafft worden. Alles komme auf die Entscheidung der Frage an, ob sie nothwendig ist oder nicht, und es ist gut, daß von Zeit zu Zeit der öffentlichen Meinung über diese hochwichtige Frage der Puls gefühlt wird.

Mez erklärt, daß diese Frage für ihn entschieden sei. Er ist der Ansicht, daß die Todesstrafe nicht abgeschafft werden soll und wird versucht sich daher selbst der Berathung der Motion. Unter so vielen vergänglichen Systemen und wandelbaren Einrichtungen müsse man sich nach etwas Unvergänglichem und Dauerndem umsehen. Wir haben ein solches ewiges Gesetz in der heiligen Schrift, welche sagt: Wer Blut vergießt, dessen Blut soll wieder vergossen werden. Dieses Gesetz ist seine Richtschnur, wie für alle Fälle, so auch hier. Aehnliches hält sich an den Wortlaut, und will daher nicht, daß z. B. Majestätsverbrechen mit dem Tode bestraft werden.

Zittel erkennt zwar dem Staate das Recht zu, Verbrechen am Leben zu bestrafen, bestreitet auch die Zurechnungsfähigkeit der Verbrecher nicht, weil man sonst den fehlerhaften gesellschaftlichen Einrichtungen zuletzt alle Schuld aufbürden könnte. Wenn Unkraut im Garten wächst, reißt man es heraus, ohne zu fragen, wie es Unkraut geworden und wie es dahin gekommen sei; die Unfruchtbarkeit des Bewerfes spreche ebenfalls nicht nur gegen diese Saat, sondern gegen alle Saaten. Ob die Todesstrafe zweckmäßig, sei bestritten, daß sie nothwendig, müsse er verneinen. Den Rothwehrrecht des Staates gegen den Einzelnen könne keine Rede sein. Ihm schreint die Antwort auf die Frage entscheidend: ob das verletzte öffentliche Rechtsgefühl die Sühne gewisser Verbrechen durch den Tod verlange. Wenn dies ist, dann bleibt die Todesstrafe nothwendig, wenn nicht, so müßte sie abgeschafft werden. In Allgemeinen werde vom Standpunkte der Humanität Viel gegen dieselbe eingewendet; wenn aber ein abscheuliches Verbrechen vorliege, dann verlange die öffentliche Stimme den Tod des Schuldigen. Hier sei Rechtsgefühl mit Rachegefühl gemischt, die von Mez angeführte Bibelstelle spreche eher für die Abschaffung der Todesstrafe, denn wenn wir eine höhere Entwicklung des religiösen Bewußtseins annehmen, so müssen wir sie ihren Kundgebungen die wahre göttliche Offenbarung erkennen. (Schluß folgt.)

ℱ Frankfurt a. M., 15. Jan. Prof. Boettger dahier hat sich um die Wissenschaft abermals Verdienste erworben. Ihm ist es gelungen, die Bereitungsweise der seither so zeitraubenden Gewinnung des Chloroforms wesentlich zu verbessern, und zwar auf die einfachste Weise; ebenso die höchst unbedeutende Ausbeute bedeutend zu erhöhen (aus 1 Pfd. essigsaurem Natron b. und Pfd. Chlorkalk 8 Loth). In seinem in Main, bei Knuze erscheinenden polytechnischen Notizblatt 1848 Nr. 1. beschreibt er das Verfahren genau.

**Schleswig-Holstein.** * Kiel, 14. Febr. Das kön. Patent vom 28. Jan. wegen Einführung einer gemeinsamen Verfassung für Dänemark und die Herzogthümer Schleswig und Holstein hat hier die stärkste Aufregung erzeugt. Anwehmen oder ablehnen — fragt man von allen Seiten. Die eine Partei ist entschieden für ablehnen. Man sagt: Kommt das Patent zur Wirksamkeit, so wird die bisher nur faktische Herrschaft Dänemarks über die Herzogthümer eine legale. Nach der Wahlkapitulation Christians I. haben die Herzogthümer nämlich ein Recht, einen Staat zu bilden, wie Norwegen zu Schweden. Faktisch ist dies allmählich geändert, indem die Armee und die Finanzen der Herzogthümer und des Königreichs eine Einheit bilden. Dieses Thatsächliche wird zum Recht, wenn wir die dargebotene Verfassung annehmen. Nordschleswig hat eine dänische Bevölkerung (⅞ oder ¾ von Schleswig, nahe an 100,000 Seelen sind Dänen). Bei Stimmengleichheit der Herzogthümer und Dänemarks überwiegt also das dänische Element. Hiezu kommt noch, daß die Regierung dänisch ist, in Kopenhagen, Dänemarks Hauptstadt, ihren Sitz behält und selbstverständlich einen Regierungseinfluß in der Reichsversammlung üben wird. Das dänische Element wird deßhalb sehr überwiegen; die erfolglosen Kämpfe der Belgier gegen die Holländer werden sich hier wiederholen, endlich vielleicht zu einer blutigen Trennung führen. Die Vertreter von 4 Mill. Belgier kämpften vergeblich gegen die Deputirten von 2 Mill. Holländern. Was werden deßhalb die Vertreter von 800,000 Schleswig-Holsteinern, worunter 100,000 Menschen Dänisch reden, vermögen gegen 1,200,000 aus Dänemark, welche durch 100,000 Dänisch redende Nordschleswiger verstärkt und durch den Einfluß einer

*) Hr. v Auerswald war durch Unwohlsein verhindert, der Sitzung vom 29. beizuwohnen.

Digitized by Google

dänischen Regierung in Kopenhagen mächtig unterstützt werden? Die Deutschen werden daher in allen die Interessen der Herzogthümer betreffenden Fragen in der Minorität sein, z. B. wenn es sich um Ausgaben für die Herzogthümer zu Eisenbahnen, zu Unterrichtsanstalten, zur Rechtspflege u. s. w. handelt. Sodann ist die Theorie vom Gesammtstaat ja durch das Patent vom 28. Jan. verwirklicht. Es ist schimpflich für uns, wenn wir die Hand dazu bieten, daß wiederum 2 Provinzen von Deutschland abgerissen werden. Wir würden sortan nicht der deutschen Politik folgen dürfen, sondern der dänischen folgen müssen, wir würden ewig und unauflöslich an Dänemark mit eisernen Ketten angeklammert sein. Die große deutsche Zukunft, ein vielleicht bald zu berufendes deutsches Parlament, für uns ist sie dahin, wenn wir Deutschland, welches mit solchem Enthusiasmus unsere Sache zu der seinigen machte, den Rücken kehren, sowie uns der Köder der Freiheit hingehalten wird, noch dazu einer Scheinfreiheit, da in Wahrheit die Knechtschaft unter dem Dänenthum soviel stärker wird, als eine konstitutionelle Regierung kräftiger und energischer ist, denn eine absolute. Und welche Sprachverwirrung wird auf dem deutsch-dänischen Parlament herrschen? Die Dänen verstehen nicht die Deutschen, und die Deutschen nicht die Dänen. In Dänemarks Hauptstadt bleibt die Centralverwaltung. Dort werden schon jetzt die schleswig-holsteinischen Verwaltungsdramaten dänisirt. Das dänische Element wird immer tiefer bei uns eindringen. Welche Gesetze betreffen gemeinschaftliche Angelegenheiten des Königreichs und der Herzogthümer? Kann man dahin nicht immer mehr und mehr ziehen? z. B. der ganze Civil- und Kriminalgesetzgebung, sowie die Gesetzgebung über den ganzen Proceß in Civil- und Strafsachen? Die Verfassung wird ein furchtbares Instrument, den dänischen Gesammtstaat zur Wahrheit zu machen, die deutschen Herzogthümer den Dänen zu unterjochen. Wir werden zur Vergrößerung und Verherrlichung der Dänen, werden ihrer Nationalexclusivität dienen. An eine selbständige, eine deutsche Entwickelung ist sortan nicht mehr bei uns zu denken. So ungefähr spricht die eine Partei voll Ingrimm, die Donoso et dona ferentes fürchtend. Die andre Partei sagt dagegen: Ablehnen darf man nicht. Der König von Dänemark hat auf der Bahn der Freiheit einen großen Schritt vorwärts gethan. Er hat, ein demokratisch gesinnter Fürst, volksfreundlich mit Amnestie über politische und Preßvergehen begonnen, er hat, ohne zwingende äußere Gewalt, freiwillig die absolute Macht aufgegeben, ist in die Reihe der konstitutionellen Könige eingetreten, ohne daß deßhalb ein Tropfen Blut geflossen ist. Es wäre unverantwortlich, den bisherigen Absolutismus konserviren zu wollen. Eine Reichsverfassung wird nothwendig volle Preßfreiheit in Dänemark, wo man ohnehin jetzt der Censur nicht unterworfen ist, zur Folge haben, ebenso in Schleswig, wo die Bundesgesetze nicht hemmen und dadurch in Holstein wenigstens eine sehr liberale Censur, wahrscheinlich Preßfreiheit für innere Angelegenheiten, erwirken. Das Regierungsorgan, die Berling'sche Zeitung, hat auch schon ausgesprochen, daß der Amnestie größere Schreibfreiheit folgen werde. Alle beschränkenden Maßregeln des bisherigen absoluten Regimentes müssen fallen, also da sind das Verbot der Vereinsversammlungen, der Bücher und Zeitungen, Verfassung der Posterfordung liberaler Zeitungen; ein konstitutioneller Geist wird durch die ganze Verwaltung gehen. Dem Absolutismus ist abermals eine tüchtige Bresche geschossen. Wird Preußen nicht Periodicität und beschließende Mitwirkung bei den Steuer- und andern Gesetzen dem vereinigten Landtag gewähren müssen, nachdem ein absoluter König die Machtfülle der ihr regin aufgegeben hat, dem preußischen Könige mit einem schönen Beispiel vorangegangen ist? Werden die Beschränkungen des deutschen Bundes in Preßsachen nicht immer unhaltbarer? Der russische Einfluß, in Preußen schon seit dem 3. Febr. 1847 vermindert, geht in Dänemark vollends verloren, da dasselbe sich an die konstitutionellen Mächte wird anschmen müssen. Und weit entfernt daß Deutschland durch die beabsichtigte Reichsverfassung verliert, es wird vielmehr mächtig dadurch gewinnen, indem das liberale Dänemark, vereint mit den Herzogthümern, nothwendig die deutsche Politik wird befolgen müssen, für Holstein schon des deutschen Bundes wegen. Könnte z. B. in einem deutschen Krieg mit Frankreich das Königreich Dänemark sich mit Frankreich alliiren, könnte es bundesbrüchig werden, wenn eine steuerbewilligende Versammlung beinahe zur Hälfte deutsch ist, die bredten Ergänzungen des deutschen Patriotismus in einer solchen Versammlung erlinen? Der absolute König konnte immerhin, wie Friedrich VI. sich mit Frankreich gegen Deutschland verbandt, bei einer Krisis die deutschen Provinzen von Deutschland abreißen; der konstitutionelle König dagegen vermag es nimmermehr, er will faktisch, durch die Komplikation der Verhältnisse, beinahe Mitglied des deutschen Bundes für die Gesammtmonarchie. Wenn z. B. Hamburg erst in den deutschen Zollverein tritt, wird Holstein folgen müssen, Schleswig nach sich ziehen und dadurch Dänemark mit hineinbringen. Wenn das deutsche Wechselrecht erst in Holstein eingeführt ist, so wollen es auch die Schleswiger. Die kommerriellen Verhältnisse der Herzogthümer zu Dänemark machen aber ein gleichförmiges Wechselrecht für die ganze Monarchie wünschenswerth. Daher wird es muthmaßlich für die gesammte Monarchie eingeführt werden. Dasselbe gilt von den Bestimmungen des Postlongrefses und wird gelten, wenn ein deutsches Handelsrecht zu Stande käme. Für Holstein ist, wegen seiner Verbindungen mit Hamburg, der preußische Münzfuß ein dringendes Bedürfniß. Dasselbe wird sich für Schleswig und Dänemark herausstellen. So bringt das deutsche Element immer mehr in Dänemark ein, gegen diese friedlichen Eroberungen kann Dänemark sich nicht wehren, da deutsche Männer mit deutscher Bildung und deutscher Gründlichkeit den Dänen überlegen sind. Der deutsche Geist wird sich deßhalb in der Reichsverfassung sehr geltend machen, zumal da alle gebildeten Dänen Deutsch verstehen, deutsche Bildung haben, meistens Deutsch sprechen, sodaß die Deutschen von den Leitern der Versammlung stets verstanden werden. Zwar sind die Deutschen weniger der dänischen Sprache kundig. Allein da diese Sprache sehr leicht zu lernen ist, so wird es eine Kleinigkeit für einen gebildeten Mann sein, den dänisch Redenden wenigstens zu verstehen, sodaß ein Verständniß der Versammlung so schwer nicht ist, als es vorgespiegelt wird. Eine Reichsversammlung, soll zur Hälfte aus deutschen Männern bestehend, wird den deutschen Länder nicht vernachlässigen, sondern im Gegentheil dem deutschen Geist weitere Bahnen des Wirkens schaffen. Ueberdies haben wir wirklich mit Dänemark viele gemeinsamen Interessen, wir wünschen z. B. gemeinschaftlich eine geordnete Heeresverfassung, allgemeine Wehrpflicht, eine vernünftige und sparsame Finanzverwaltung, vernünftige Steuergesetze, Gleichheit in der Besteuerung. Wir wünschen öffentlich-mündliches Verfahren und Schwurgerichte in Strafsachen, eine völlig freie Presse u. s. w. In diesen und ähnlichen Verhältnissen werden die liberalen Deutschen und Dänen sich vereinigen, um absolutistische und aristokratische Prinzipien zu bekämpfen. Die Reichsverfassung wird also kein Heerlager sein, in welchem stets zwei feindliche Armeen einander bekämpfen und aufreiben. Ausbleiben werden solche Kämpfe freilich nicht, indeß werden nicht selten die demokratischen Elemente der deutschen und dänischen Deputirten sich für die Freiheit verbinden. So z. B. ist an ein Zweikammersystem für die Reichsverfassung nicht zu denken, da in Dänemark kein einflußreicher Adel ist. Die zur Berathung des Verfassungswerkes berufenen Männer aus den Herzogthümern werden unter solchen Verhältnissen ihr Augenmerk darauf zu richten haben, daß die Ständeversammlungen beider Herzogthümer verbunden werden und eine beschließende Mitwirkung bei der Gesetzgebung für Schleswig und Holstein erlangen. Die Wünsche in den Herzogthümern gehen zwar auf eine Trennung der Land- und Seemacht, auf Theilung der Staatsschuld, gesonderte Verwaltung der schleswig-holsteinischen und dänischen Finanzen, mithin auch auf eine völlig gesonderte Steuergesetzgebung. Allein diese völlige Trennung des schleswig-holsteinischen Staats von dem dänischen ist friedlich, ohne Bürgerkrieg schwerlich erreichbar, da allmählich die Herzogthümer faktisch mehr und mehr mit Dänemark verbunden sind, die Finanzen und das Heer schon lange eine Einheit für die ganze Monarchie bilden, und die Dänen nicht darein willigen werden, daß ein Theil der Flotte den Herzogthümern zugetheilt und eine schleswig-holsteinische Armee gebildet werde. Die Erwählten werden deßhalb möglichst viel Selbstständigkeit für die Herzogthümer, z. B. eine selbständige Verwaltung und Gesetzgebung für alle schleswig-holsteinischen Angelegenheiten erstreiten und den Begriff der gemeinschaftlichen Angelegenheiten möglichst eng und darf bestimmen müssen. Gemeinschaftlich wird wahrscheinlich, außer Civilliste und der Diplomatie, die Staatsschuld und die Ausgabe für Heer und Flotte bleiben müssen. Die Steuergesetzgebung ist jetzt in den Herzogthümern und dem Königreich verschieden. Eine Gleichmäßigkeit der Steuern wird schwerlich erreichbar werden. Indeß wäre es sehr wohl möglich, daß eine Einkommensteuer, eine Maßregel, wie sie Peel für England durchgeführt hat und wie sie dem preußischen Landtag zweckmäßig proponirt ward, auf der dänisch-deutschen Reichsversammlung durchzubringen wäre, während eine solche demokratische Maßregel in den Herzogthümern, wo die aristokratischen Elemente viel stärker sind, wahrscheinlich ebenso wie in Preußen an dem Einfluß und der Macht der Aristokratie scheitern würde. Es liegt jetzt dem Schleswig-Holsteinern eine große und schwere Aufgabe ob. Das Patent vom 28. Jan. ist jedenfalls ein folthörisches Ereigniß. Wie können die Herzogthümer die Freiheit

Digitized by Google

und Selbständigkeit erlangen? Faktisch haben sie Beide eingebüßt. Sollen sie die dargebotene Freiheit anschlagen, ohne daß sie wirksame Mittel haben, die Repeal, die Staatentrennung aus den alten Urkunden von 1460, worin sie freilich verbrieft sind, geltend zu machen? Es ist wahrscheinlich, daß Dänemark die kognatische Succession aufhebt, die agnatische annimmt, da es vom dänischen Standpunkt aus thöricht wäre, nachdem die Machtvollkommenheit der lex regia aufgegeben, diese also aufgehoben ist, an der Erbfolge des Königsgesetzes noch länger festzuhalten. Man sagt, daß Louis Philipp schon lange die Aufhebung des Königsgesetzes, die Annahme der agnatischen Succession für Dänemark und eine Reichskonstitution angerathen habe. Wenn nun Dänemark, einem solchen Rathe folgend, die in den Herzogthümern geltende Erbfolge annimmt, wogegen wir Nichts thun können, so ist eine gänzliche Trennung der Herzogthümer von Dänemark gesetzlich unmöglich. Soll man unter solchen Verhältnissen die zur Verfehmung dargebotene Hand zurückstehen, da nicht zu läugnen ist, daß die Dänen ihre Wünsche auch nicht befriedigt finden? Daß z. B., da die Bevölkerung in den Herzogthümern zu der von Dänemark sich ungefähr wie 2 zu 3 verhält, die Zahl der Abgeordneten aus den Herzogthümern und dem Königreich gleich ist, daß die Versammlungen abwechselnd in den Herzogthümern und im Königreich sein sollen, daß Schleswig, welches die Dänen inkorporiren wollen, welches sie als einen Theil von Dänemark ansehen, seine bisherige Selbständigkeit behält, wird den Dänen anßßig sein. So ungünstig betrachten die verschiedenen Parteien die Sache. Es wird gut sein, daß sachkundige Deutsche, welche den Ereignissen ferner stehen und unparteiischer sind, die Königl. Erlasse beleuchten. *) Die Wahlen sollen schon im März sein, die Sache hat also große Eile. Die nächste Frage ist: Sollen wir wählen, etwa mit Vorbehalt unserer Rechte, oder die Wahl gänzlich ablehnen? Dabei fragt sich weiter: Können wir eine Verfassung in unserm Sinne erreichen? Die zur Ablehnung Geneigten sind der Ansicht, zurückschreiten könne Dänemark nicht, eine Verfassung sei nothwendig. Durch Festigkeit und Beharrlichkeit würden wir deßhalb nicht den Absolutismus konserviren, sondern unsere Bedingungen erreichen. Andere dagegen fragen: Werden die absoluten Mächte nicht vielleicht den Zwiespalt nähren, um das Verfassungswerk wiederum gänzlich zum Scheitern zu bringen? Was hat den Würtembergern ihre Renitenz, die ihnen dargebotene, mit dem alten Recht nicht übereinstimmende Verfassung anzunehmen, genützt? Der König Friedrich VII. glaubt unstreitig ein Recht auf die Erkenntlichkeit seiner Unterthanen zu haben. Ihn wird der Zwiespalt gewiß schwer verletzen. Noch ist er im Besitz der absoluten Machtvollkommenheit. Wie, wenn er, ärgerlich über den Zwiespalt, von den absoluten Mächten instigirt, als rein absoluter König fortregierte? Die Natur des Königs ist in den Herzogthümern wenig bekannt, sein Wollen und Hanesin ist deßhalb im Voraus schwer mit einiger Wahrscheinlichkeit zu bestimmen.

**Schweiz.**

Ⓑ Bern, 4. Febr. Auf der Tagesordnung der gestrigen Verhandlungen der Tagsatzung stand der schon erwähnte Antrag der Neunerkommission, welcher die Anklage des Landesverraths gegen diejenigen Führer des Sonderbunds, die das Ausland um Intervention anriefen, vorschlägt und zugleich eine Amnestie anempfiehlt. Zuerst vertheidigt Zürich die Kommissionsanträge; bei der Umfrage will Luzern, da es Recht und Pflicht der Tagsatzung sei, gegen allgemeinen Landesverrath einzuschreiten, den Kanton Luzern nicht nur einladen lassen, die Untersuchung gegen Landesverräther einzuleiten, sondern es ihm von der Tagsatzung aus anbefehlen lassen oder dann einen schon bestehenden Gerichtshof zur Beurtheilung delegiren. Die Amnestie möchte er von der Tagsatzung aus nicht empfehlen lassen, sondern dies den einzelnen Kantonen überlassen. Freiburg selbst hätte noch keine Verfolgung, so auch kein Strafurecht Rattgefunden. Uri will von diesem Gerichte über die sogenannten Landesverräther gar Nichts wissen. Ein Gerichtshof in Luzern, der über Personen anderer Kantone urtheile, streite gegen die Kantonalsouveränität. Der sonderbündische Kriegsrath habe nicht landesverrätherisch gehandelt, weil er nur gethan, womit sein Kommittent ihn beauftragt. Was die eidgen. Kriegsgelder betreffe, so hätte der Sonderbundskriegsrath diese Kasse nicht erbrochen, sondern nur unbefugter Weise daraus Anleihen bezogen, was wohl zu beherzigen sei. Uebrigens sei die Sache so wichtig, daß es auf keinen Fall jetzt zu einem Beschluß stimmen könne. Schwyz will auch nicht mitstimmen, obschon die Landsgemeinde die Führer des Sonderbunds für Alles verantwortlich gemacht habe. Aber ebendieß gen trägt es darauf an, daß die Eidgenossenschaft sich nicht darein mische. Wolle sie es aber thun, so solle von der Tagsatzung eine Gerichtsbehörde aufgestellt werden. Schwyz bedauert auch, daß man mit einem Antrag für Amnestie komme, da es auf die ehemaligen Sonderbundskantone das Licht werfe, als ob dort verfolgt würde. Wolle die Tagsatzung amnestiren, so solle sie zuerst das unschuldig gebrochene Volk in jenen Kantonen amnestiren, d. h. von sie drückenden Lasten befreien. Unterwalden ist speciell instruirt, gegen alle Maßregeln zu stimmen und sich zu verwahren, welche eine Verletzung der zugesicherten Sicherheit der Personen und des Eigenthums bezwecken, insbesondere gegen Anträge, welche Magistrate und Individuen in den Sonderbundskantonen wegen Regierungshandlungen zur Rechenschaft ziehen wollen. Glarus spricht sich in ledhaftem Vortrag für den Antrag der Kommission aus. Freiburg, mit dem Gerichte gegen die Landesverräther vollkommen einverstanden, will von der Amnestie Nichts wissen; wenigstens habe die Eidgenossenschaft sie nicht zu empfehlen. Die Männer, die früher durch Verfolgungssucht sich ausgezeichnet haben, gehen jetzt vollkommen frei in Freiburg spazirten. Aber was solle es heißen, wenn man Kantonen Amnestie empfehle, die keine Verfolgung ausübten, während man einen Kanton, wie Neuenburg, vollkommen gewähren lasse, der die Freunde der Schweiz verfolge. Uebrigens sei auch diese Empfehlung ein Einmischung in die Kantonalsouveränität. Solothurn sieht zum Voraus, daß bei der gegenwärtigen Stimmung der Tagsatzung diese Anträge der Kommission von keinem großen Gewicht seien. Auf keinen Fall könne Solothurn zu Niedersetzung einer Specialkommission stimmen. Basselland hält für den wichtigsten Theil der heutigen Beratung die Anklage auf Landesverrath. Daß ein solcher stattgefunden, wird durch Thatsachen bewiesen. Darum solle kräftig eingeschritten werden. Mit der Amnestie glaube es noch nicht, daß es an der Zeit sei. Basselstadt redet nur von der Amnestie, die es ungemein warm empfiehlt, sehr gegen das freiburgische Kontributionsgesetz kreirend, das Verderben mit sich führe für Freiburg selbst und für die Eidgenossenschaft. So lange nicht jene unglückselige Schlußnahme der Tagsatzung, daß den Regierungen, welche Kontributionen zu bezahlen hätten, der Regreß auf die Schuldigen gestattet sei, zurückgenommen werde, solange hätte jede Amnestie Nichts zu bedeuten. Es solle aber die Eidgenossenschaft zu ihrer Ehre die dirige Hälfte der Kriegskosten schenken, dann erst könne eine Amnestie wirksam empfohlen werden. Schaffhausen spricht gegen Amnestie und will für die Beurtheilung des Landesverraths ein eidgen. Gericht. St. Gallen verweilt vorzüglich beim Landesverrath, den es aus Evidenteste darlegt. Es hält auch Luzern für den geeignetsten Gerichtsort. Was die Amnestie anbelange, so wolle die Tagsatzung keine solche diktiren, sondern nur da, wo es noch Zeit sei, eine solche anempfehlen. Von den Klöstern könne auch Nichts genommen werden, weil diese nicht durch Rieserung gegen ihre rechtmäßige Obrigkeit, sondern vielmehr durch Unterstützung derselben sich ausgezeichnet hatten. Schaffe man das mangelnde Geld durch direkte Steuern, wie die Majoritätskantone es auch hätten thun müssen. Es stimmt vollkommen mit der Kommission. So auch Graubünden, das vorzüglich auf das Verderbliche einer Politik hinweist, eine frühere Regierung für ihre Boten verantwortlich zu machen. Bezahlt müsse werden, aber möge das Volk bezahlen für seine Repräsentanten, die hinwiederum doch nur für es und nach ihm gestimmt hätten. Uebrigens findet es sich mit keiner Instruktion für die Anträge versehen, behält sich daher das Protokoll offen. Aargau will auch eine Untersuchung auf Hochverrath einleiten, es will darum Luzern dazu einladen in dem Sinne, daß dieses Einladen als ein Befehl gilt. Amnestie aber hätte man dem Ermessen der betreffenden Kantone überlassen, auf Einladung zu einer solchen zuerst zu referiren. Thurgau: Die nöthig gewordene Anklage auf Hochverrath ist das schwärzeste Blatt im Buche unserer neueren Geschichte; aber höchste Pflicht der obersten Bundesbehörde sei es, hierzu nicht stillschweigen. Der Weg der Untersuchung, den die Kommission vorschlage, scheine ihm der beste, wohingegen er alle dagegen gerichtete Einwürfe widerlegt. Was die Amnestie anbelangt, so stimmt es wie St. Gallen. — Da die Zeit schon bedeutend vorgerückt ist, so wird die Sitzung auf Freitag Morgen 9 Uhr vertagt.

*) Wir werden morgen über das Reskript vom 28. Jan. ausführlich sprechen, können es aber zunächst nur beklagen, daß in den Herzogthümern wie es scheint nicht eine und dieselbe unzweideutige Ansicht darüber herrscht, was in diesem Falle zu thun sei. D. Red.

**Großbritannien.**

London, 3. Febr. Der New-Yorker Herald enthält über die gestern erwähnte Besitzergreifung einer Stadt in Centralamerika durch die Engländer Folgendes: „Wir erfahren, daß die britische Regierung unter gewissen Vorwänden von der Stadt St. Juan am Nicaragua, Besitz ergriffen hat. Es ist dies eine Stadt,

Digitized by Google

welche von der Regierung von Spanisch-Amerika genommen wurde. Die Besitznahme der Stadt Mexiko durch die französischen Truppen, der Verein Staaten von diese Handlung der britischen Regierung beschleunigt haben; Die Behörden von Guatemalo oder Centralamerika haben sich inzwischen in einer Briefwechsel mit unserer Regierung zu Washington über diesen Gegenstand eingelassen; und wir haben jeden Grund zu der Annahme, daß die amerikanische Regierung fest entschlossen ist, auf der Basis zu beharren, welche Hr. Monroe in seiner Präsidentenbotschaft vom Jahre 1817 angenommen hat, nämlich, keiner europäischen Macht die Gründung einer neuen Kolonie auf dem westlichen Continent zu gestatten." Nachdem das Mexikaner Blatt darauf aufmerksam gemacht, wie Lord Palmerston bei weitem mehr Energie und Unternehmungsgeist besitze als sein Vorgänger Aberdeen, wird weiter bemerkt: England sei wahrscheinlich gesonnen, gegen die Einverleibung Mexikos in die Vereinigten Staaten Nichts einzuwenden, insofern man ihm gestatte, alle Plätze am Nicaragua in Besitz zu nehmen und dadurch eine gänzlich unter der Kontrole England stehende Verbindung zwischen dem Stillen und atlantischen Ozean herzustellen; in diesem Sinne allein könne die Besitzergreifung der den obengenannten See beherrschenden Stadt gedeutet werden. Demselben Blatte zufolge werde diese Angelegenheit demnächst vor den Kongreß gebracht werden.

Daily News enthalten einen längeren Bericht über die sich wieder umwälzenden Zustände Kanadas, namentlich über die wühlerische Thätigkeit des wieder zurückgetretenen Papineau, der als Erwiderung auf die von mehreren Städten an ihn gerichteten Adressen ein heftiges Manifest erlassen hat, worin er die Bevölkerung mit dürren Worten dazu auffordert, das englische Joch abzuwerfen, das von dem „klassischen Lande der Freiheit", von den Vereinigten Staaten gegebene Beispiel nachzuahmen und auf den Trümmern der alten Monarchie eine Republik zu errichten. Leider habe, heißt es weiter, Papineau großen Anhang unter den Massen, wenn auch die Leiter der französischen Partei sie jetzt noch ihre Mißbilligung mit diesem Manifest ausgesprochen hätten. Jedenfalls werde die bisdomatige Sitzung des kanadischen Parlaments ohne Zweifel eine sehr bewegte sein. Nordamerika aber um so rücksichtsloser gegen Mexiko verfahren, da England genug zu thun haben werde, den Geist der Agitation und Revolution in Kanada niederzuhalten. Eine Schilderhebung in Kanada wäre für England in diesem Augenblicke und bei der kriegslustigen Stimmung der Nordamerikaner viel gefährlicher als die im J. 1837; sie käme aber auch in anderer Hinsicht jetzt, wo England noch eine große Aufgabe auf dem europäischen Kontinente zu erfüllen hat, wenig gelegen, obgleich die starre Absolutie und die entschiedene Reaktion diese Disersion schwerlich ungern sehen würden.

Das Parlament, welches am 3. Febr. zum ersten Mal seit den Weihnachtsferien wieder zusammentrat, hat sich in praktischer englischer Weise ohne weitere Vorreden sofort mitten in die Geschäfte geftürzt. Im Oberhause wie im Hause der Gemeinen wurden mehrere wichtige Anträge und Bills angekündigt, namentlich von Sir W. Sommerville die Einbringung einer Bill, welche zum Zweck hat, das irische Gutsbetreiben und Pächterrecht zu verbessern. Diese ohne Zweifel wohlthätige Bill soll am 11. Febr. motivirt werden. Auf eine Anfrage Hrn. Robinsons erklärte Viscount Palmerston: er könne allerdings bejahen, daß in Betreff einer Aenderung der Schifffahrtsgesetze zwischen ihm selbst und dem nordamerikanischen Gesandten ein Briefwechsel stattgefunden habe; der Gesandte der Ver. Staaten habe der großbritannischen Regierung angedeutet, daß die Ver. Staaten der diesseitigen Regierung zu einer nöthig befundenen Aenderung der Schifffahrtsgesetze gern die Hand reichen würden; er, Palmerston, habe über diese Erklärung seine Zufriedenheit zu erkennen gegeben und seinerseits erklärt, daß Ihrer Maj. Regierung die Absicht habe, Vorschläge über diese Angelegenheit zu machen, welche, wie sie hoffe, die Zustimmung des Parlaments erhalten würden. Außerdem erklärte Palmerston, Nichts dagegen zu haben, daß der betreffende Briefwechsel dem Parlament zur Einsicht vorgelegt werde. Lord W. Bentinck hielt in derselben Sitzung über die Lage der westindischen Kolonien einen längern Vortrag, auf den wir, soweit es der Raum erlaubt, durch unsere unter den Namen von Landtagen, Ständeversammlungen und Ausschüssen seit versammelten deutschen Parlamente so sehr in Anspruch genommen ist, zurückkommen gedenken. Die Times meinen: „das gegenwärtige Parlament bilde einen etwas betrübenden Anblick; Lord J. Russell erschrine wie ein Fander und gut gekleideter Gentleman, der keinen Heller in der Tasche habe und von einem Haufen zerlumpter Bettler umdrängt sei; er könne höchstens mit seiner Hand an die leeren Taschen klopfen, eine barmherzige Miene machen und seines Weges weiter ziehen."

## Frankreich.

Paris, 4. Febr. Hr. Guizot hat die Rede des Hrn. Thiers über die Schweiz beantwortet, und alle Blätter sind voll vom leidenschaftlichen Ausdrucke der Empfindungen, mit welchen sie dieselbe neuen Zweikampfe der beiden großen Redenbühler begrüßt haben. Wenn Hr. Thiers, wie wir schon bemerkt haben, den stürmischen Beifall der Opposition geerntet, so darf man daraus nicht folgern, daß sein Ansehen bei der Opposition gestiegen sei. Schon kommt die Reflexion hinter der Schmeichelei des Augenblicks drein, und mehrere der Blätter, welche gestern dem Lobe der Rede des Hrn. Thiers überflossen, erklären heute ganz nüchtern, daß ihr Vertrauen auf diesen Mann deßhalb um kein Jota größer sei als zuvor, daß sie vielmehr überzeugt seien, Hr. Thiers werde, wenn er wieder zur Gewalt gelange, ganz im Sinne derselben Politik handeln, die er vorgestern so heftig angegriffen, und der er sich schon so oft dienstbar gezeigt. Hr. Thiers hatte gesagt: die Sache der Tagsatzung ist die Sache der Revolution, und also die Sache Frankreichs. Das J. d. D., obgleich Meister in der sophistischen Kunst, verschmäht es doch nicht, bei Hrn. Thiers in die Schule zu gehen, und ihn mit seinen eigenen Waffen zu bekämpfen. Das Recht, die Freiheit und die Sittlichkeit, sagt es, war auf Seite des Sonderbundes, folglich war die Sache des Sonderbundes die Sache Frankreichs. Die Kühnheit dieser Logik zeugt von einem dialektischen Muthe, der selbst am J. d. D. Verwunderung erregt.

Wir kommen zur Rede des Hrn. Guizot. Der Minister, an der Grippe leidend und schwach bei Stimme, drgann damit, daß er die Nachsicht der Kammer in Anspruch nahm die ihm allerdings mit Rücksicht auf seine sonstige Leistungsfähigkeit nöthig war, wie der Verlauf seines Vortrages zeigte. Er verlas dann eine Reihe diplomatischer Aktenstücke aus den Jahren 1814 und 1815, aus welchen hervorgehen sollte, daß die Schweiz bei der Stiftung des jetzigen Eidgenossenschaft Verpflichtungen übernommen habe, welche den großen Mächten allerdings das Recht geben, sich für gewisse Fälle und in einem gewissen Maße in die inneren Angelegenheiten der Republik einzumischen. Die Mächte, das war der Punkt, auf welchen seine Beweisführung hinauslief, haben der Schweiz unter gewissen Bedingungen gewisse Rechte, namentlich die Neutralität, eingeräumt, und wenn jene Bedingungen wegfallen, zu denen auch die Kantonalsouveränität gehört, so verliert die Schweiz den Anspruch auf alle Einräumungen von 1815. Kraft dieser Verhältnisse habe denn Frankreich die unbezweifelbare Befugniß gehabt, der Schweiz seine Meinung zu sagen über die den Verträgen von 1815 zuwiderlaufenden Vorgänge des letzten Jahres, und von dieser Befugniß habe es mit Mäßigung und Umsicht Gebrauch gemacht. Frankreich sei seitlich von anderer Seite her gedrängt worden, mehr zu thun, die Regierung habe sich aber beharrlich jeder drohenden Maßregel widersetzt, und sie müsse den übrigen Mächten die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie sich den Ansichten der franz. Regierung zugänglich gezeigt und das gemäßigte Verfahren Frankreichs zu ihren ideigen gemacht haben. Was aber von Frankreich aus in der Schweizer Angelegenheit geschehen, sei nur eine Unterstützung der gerechten Sache gewesen. Die Tagsatzung habe vor allen Dingen kein Recht, gehabt die Jesuiten aus den Kantonen zu vertreiben, wo sie Aufnahme gefunden. Er, der Redner, habe zwar die Berufung der Jesuiten nach Luzern als einen Fehler betrachtet und ihr entgegenzuwirken gesucht, aber er sei überzeugt, daß nur der Kanton Luzern selbst, und der Kanton Luzern allein über das Ja oder Nein in dieser Maßregel zu entscheiden gehabt. Was den Sonderbund betrifft, so sei er zur Abwehr der Angriffe des Radikalismus geschlossen, er habe eine blos defensive Bedeutung gehabt, er sei Niemanden gefährlich gewesen, und wenn er in den Bürgerkrieg gefetzt hätte, so würde er damit Nichts gewonnen haben, als die Unabhängigkeit seiner Mitglieder. Die Freiheit keines andern Kantons würde durch seinen Sieg bedroht sein, während der Sieg der Tagsatzung die Freiheit der Sonderbundskantone aufgehoben habe. „Ich habe mir angelegen sein lassen zu beweisen, fuhr He. Guizot fort, daß wir in der Schweiz die Sache der Freiheit, des Rechtes und der Moral vertheidigt haben, es bleibt mir jetzt noch darzuthun, daß unser Verfahren den wahren Interessen Frankreichs sowohl als der Schweiz selber gemäß gewesen ist. Hr. Thiers fragt gestern, ob wir uns dabei Dank von der Schweiz statt werde? Nein, von dieser Seite der fürchten wir Nichts. Möge die Schweiz immerhin stark sein innerhalb der Bedingungen und auf der Grundlage ihrer Verfassung. Wenn sie aber diese Verfassung in wesentlichen Punkten verändert, so weiß ich nicht was sie dabei gewinnen wird; wir aber, das weiß ich, können dabei verlieren. Denn, man täusche sich nicht, der Radikalismus ist dem Einflusse einer gemäßigten Regierung keineswegs günstig. Glauben Sie nicht, daß es

Digitized by Google

sich in der Schweiz um einen Kampf der Revolution und der Gegenrevolution handelt. Hr. Thiers behauptete es kürzlich, aber ich protestire gegen diese Aussprüche: die Thatsache ist falsch, der Kampf der Revolution und der Gegenrevolution findet in der Schweiz ebensowenig statt wie bei uns. Dieser Kampf ist bei uns unwiderruflich beendigt und vielleicht noch unwiderruflicher in der Schweiz. In der Schweiz wie bei uns wird der Kampf geführt zwischen dem Geiste einer gemäßigten, freien, einsichtigen Politik, und dem Geiste des Umsturzes und der Unordnung — der Geist des Radikalismus in der Schweiz ist kein anderer als der revolutionäre demagogische Geist auf seinen äußersten Schanzen." Der Redner sucht dann zu beweisen, daß Hr. Thiers zu der Zeit, wo er Minister war, die Dinge in der Schweiz in demselben Lichte gesehen habe. Zu diesem Zwecke holt er eine Depesche hervor, welche Hr. Thiers 1836 an den Herzog von Montebello, damaligen Gesandten Frankreichs in der Schweiz, geschrieben, und in der es unter Anderem heißt: „Ihr Schreiben bestätigt mir Alles, was man mir von den Umtrieben und der Verwegenheit der radikalen Partei gemeldet hat. Diese Partei zeigt sich um so unternehmender als sie sich einbildet, Frankreich werde sie im Falle der Noth unterstützen. Dies ist eine Täuschung, die man zerstören muß. Die radikale Partei ist unsinnig, wenn sie glaubt, in der Schweiz ihr Hauptquartier aufschlagen zu können, während ihre Anhänger im übrigen Europa kaum wagen, dem allgemeinen Abscheu gegenüber das Haupt zu erheben. Die Radikalen hoffen von der Schweiz aus ihre Wirksamkeit und ihren Einfluß über das übrige Europa ausdehnen zu können. Es ist lächerlich zu glauben, daß ein kleines Land wie die Schweiz, in der Hand einiger Agitatoren, ganz Europa nach Belieben in Bewegung setzen könne." In einer andern Depesche des Herrn Thiers heißt es: „So sehr ich bereit bin, mich jeder denkbaren Zumuthung zu widersetzen, welche die Mächte der Schweiz machen könnten, eben so entschieden bin ich, der Eidgenossenschaft jede Unterstützung Frankreichs in den Verwickelungen zu versagen, welche ihr die Händelsucht und die Ausschweifungen der Radikalen zuziehen können. In einem solchen Falle würden wir die Schweiz ihren eigenen Verblendungen überlassen." Die Depesche fügt hinzu, daß dies namentlich für den Fall einer Grenzfeere gelte. „Ich erlaube mir, der Kammer zu bemerken, schließ Hr. Guizot seine Rede, daß ich gegen die Schweiz niemals eine so unumwundene und strenge Sprache geführt habe." Hr. Thiers entgegnete hierauf, daß die Lage der Dinge zur Zeit jener Depeschen eine ganz andere gewesen sei als jetzt, und daß namentlich der Souverzug (der übrigens 1834 stattfand) eine entschiedene Sprache nothwendig gemacht habe; außerdem habe er auch damals ausdrücklich erklärt, daß er kein bewaffnetes Einschreiten Oesterreichs oder Sardiniens in der Schweiz dulden werde.

Hierauf folgte eine wie gewöhnlich nichtssagende Rede des Hrn. Odilon Barrot. Dann nahm Hr. Larochejaquelein das Wort, um im Namen der legitimistischen Partei gegen den Verdacht contrerevolutionärer Gesinnungen Verwahrung einzulegen. „Ich bin ganz der Ansicht des Hrn. Guizot, sagte er, es gibt in Frankreich keine contrerevolutionäre Partei mehr, in dem Sinne, in welchem Hr. Thiers dies Wort gebraucht hat. Es gibt Niemand mehr, der sich nicht zu den großen Prinzipien von 1789 bekennte. Nochmals, jene Partei ist nicht vorhanden, und wenn sie vorhanden wäre, so würde ich ihr nicht angehören. Ich bin ebenso wenig ein Revolutionär, aber ich bin ein Mann meiner Zeit, und will dieselbe nicht zur Umkehr zwingen."

Am Schlusse der Berhandlung wurde der die Schweiz betreffende Satz der Adresse mit 206 gegen 126 Stimmen angenommen, so daß die ministerielle Mehrheit bei dieser Frage auf 80 Stimmen herunter gesunken war.

**Paris**, 5. Febr. Heute war Algerien auf der Tagesordnung der Kammer. Der Marschall Bugeaud, General Kamerichère und Hr. Guizot nahmen nacheinander das Wort. Wir können für heute nur anführen, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärte, die Kapitulation Abdel-Kaders solle vollzogen werden — vorausgesetzt, daß der Dicekönig von Aegypten sich dereitwillig finden lasse, den Emir in seinem Lande aufzunehmen und zu überwachen.

## Italien.

**Venedig**, Ende Jan. Die Concordia erzählt eine Anekdote, die wie als Beispiel des Antheils, den auch die Frauen im öffent. Italien an dem politischen Leben nehmen, hier berühren wollen. Die Signore Giustiniani und Bentivoglio hatten für die in Mailand bei dem bekannten Zusammenstoß Verwundeten und die Hinterlassenen der Gefallenen Sammlungen veranstaltet. Der Polizeidirektor Call berief darauf ihre Gatten und ersuchte sie, ihre Frauen zu bewegen, das gesammelte Geld einer öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalt zuzuwenden. Dies ward abgelehnt, weil sie ihren Frauen nicht hinterbringen wollten, das Geld auf eine der Absicht der Spender entgegengesetzte Weise zu verwenden. Als der Polizeidirektor zum Hinzufügte, sie sollten wenigstens ihre Frauen an der Besorgung der Sammlungen hindern, dies sei, sie fühlten sich nicht berechtigt, die individuelle Freiheit ihrer Frauen zu beschränken, am wenigsten in Werken der Barmherzigkeit und in humanen Inspirationen. Zwei Tage darauf erschien die Polizei im Palaste der beiden Damen und forderte die Uebergabe der gesammelten Gelder und die Liste der Spender. Die Damen antworteten: das Geld ward gestern nach Mailand geschickt, die Verzeichnisse der Geber haben wir vernichtet. Das Geld, schließt die Concordia, traf im Betrage von 5000 Lire in Mailand bei dem Podesta Casati ein. Auch die Damen in Treviso und Gremona fanden (eine 3000 L.) Geld zu demselben Zwecke nach Mailand. — Die Kommission, welche in Folge der Bitte der Centralvorgangerin von dem Souverneur zur Erforschung der Bedürfnisse und Wünsche des Landes niedergesetzt wurde, hat ihre Arbeit rasch vollendet. Am 25. Jan. ward die Entwurf von der Centralkongregation geprüft, wobei die Ansichten ihrer Mitglieder und die verschiedenen neuerlichst von den Provinzialkongregationen gemachten Vorschläge berücksichtigt wurden. Die an Se. Majestät gerichtete Denkschrift, die in dieser Sitzung entworfen wurde, ward einhellig angenommen. Fünf Deputirte wurden ernannt, das wichtige Aktenstück dem Vicekönig mit der Bitte zu übergeben, es an den Thron gelangen zu lassen.

**Mailand**. Auf Befehl des Vicekönigs wird durch Verordnung vom 30. Jan. 1848 die Ein- und Durchfuhr von Waffen und Kriegsmunition im L. B. Königreiche verboten. Das Verbot betrifft nicht bloß eigentliche Waffen und Waffentheile, sondern auch Picken, Sensen, Springfedern (molle), Lunten. An den Grenzzollämtern sollen diese Artikel zurückgewiesen werden.

* **Turin**, 31. Jan. Seit einigen Tagen sind die Verbindungen mit Neapel unterbrochen und wir haben keine Nachrichten; vielleicht ist auch das Königreich dieselbst des Leuchtthurms in ähnlicher Aufregung wie Sicilien. — Gestern lief in Genua ein neapolitanisches Kriegsschiff ein, welches den bekannten und gehaßten Polizeiminister Del Carretto an Bord hatte. Die Nachricht von der Ankunft desselben brachte eine solche Entrüstung hervor, daß eine tärmende Menschenmenge sich sammelte und unter heftigen Drohungen sich der Landung des genannten Reisenden widersetzte, worauf die Dampfsregatte, nachdem sie einen Vorrath von Steinkohlen eingenommen hatte, schnell in der Richtung von Marseille abfuhr. Diese Erscheinung ist ein Räthsel. Die Meisten glauben, der König selbst sei an Bord gewesen.

* **Frankfurt**, 6. Febr. Auf außerordentlichem Wege eingelaufenen Nachrichten aus Neapel am 29. v. M. zufolge, ist Folgendes die Zusammensetzung des neuen Ministeriums: Serra Capriola, Aus-wärtiges; Cassare, Präsident der Konsulata; Dentice, Finanzen; Scovaglio, Ackerbau, Handel und öffentlicher Unterricht; Torella, Staatsbanten; Benamie, Justiz und kirchliche Angelegenheiten; Ch. Cianciulli, Innere; P. d'Urso, Generalprokurator des Rechnungshofes.

**Neapel**. Ueber die jüngsten Vorfälle in Neapel bringt die A. Z. Briefe vom 27. Jan., wonach die Dinge an diesem Tage eine so ernste Gestalt angenommen hatten, daß man jeden Augenblick einen Zusammenstoß erfürchten mußte. Am Abend verbreiteten sich dann drumruhigende Gerüchte, die Palexmitaner hätten große Fortschritte gemacht, die Provinz Salerno sei in Bewegung, auch gegen heute aus den höhern Ständen, selbst Beamte, ihre Sympathie mit den konstitutionellen Bestrebungen deutlich zu erkennen. Doch erließ der König noch keine Verfassung; nur wurde der Minister Del Carretto entlassen und begab sich unter militärischer Bedeckung zu Schiff. Erst am 29. Jan. erfolgten dann die bekannten Beschlüsse.

* Ein Turiner Blatt, die Opinione, die uns vorliegt, bringt den Wortlaut des Dekrets, wodurch der König eine Konstitution verkündet. Wir Ferdinand II. von Gottes Gnaden u. s. w. Nachdem wir den Wunsch unserer getreuesten Unterthanen vernommen haben, Bürgschaften zu erhalten und Einrichtungen, welche der gegenwärtigen Entwicklung entsprechen, erklären Wir, daß es unser Wille ist, den ausgesprochenen Wünschen zu willfahren (condiscendere a' desiderii manifestatisi), indem Wir eine Verfassung bewilligen. Wir haben daher Unser Neues Staatsministerium beauftragt, uns nicht später als in zehn Tagen einen Entwurf auf folgenden Grundlagen zur Genehmigung vorzulegen.

Die Gesetzgebende Gewalt wird ausgeübt werden von Uns und zwei Kammern, einer Pairs- und einer Abgeordneten-Kammer; erstere wird

Digitized by Google

aus Mitgliedern, die wir ernannt haben, bestehen, letztere aus Abgeordneten, welche nach einem festzustellenden Census von den Wählern gewählt werden.

Die einzige herrschende Staatsreligion wird die Römisch-katholische sein, eine Duldung der andern Kulte wird nicht stattfinden (non ardi tollerarsi di altri Culti.)

Die Person des Königs wird immer heilig, unverletzlich und keiner Verantwortlichkeit unterworfen sein.

Die Minister werden immer für alle ihre Regierungshandlungen verantwortlich sein.

Die Land- und Seemacht hängt immer vom König ab.

Die Nationalgarde wird in gleichmäßiger Weise in der Hauptstadt und im ganzen Reich organisirt werden.

Die Presse wird frei und nur einem Repressivgesetz unterworfen sein, welches gegen Alles gerichtet ist, was die Religion, die Sitte, die öffentliche Ordnung, den König, die königliche Familie, die auswärtigen Souveräne, sowie die Ehre und die Interessen der Einzelnen antastet.

Wir machen diesen Unsern selbstständigen und freien Entschluß (sovrana e libera resoluzione!) öffentlich bekannt und vertrauen der Loyalität und Rechtlichkeit unserer Völker, daß die Ordnung aufrecht erhalten und dem Gesetz, sowie den bestehenden Autoritäten die schuldige Achtung erwiesen werde.

Neapel, den 29. Jan. 1848. Ferdinand. Der Minister Staatssekretär, Präsident des Ministerraths, Herzog von Serra Capriola.

Das Journal des Débats hat Nachrichten aus Neapel bis zum 29. und aus Palermo bis zum 24. v. M. In der letztgenannten Stadt waren die tumultuarisch zusammengetretenen Ausschüsse, welche anfänglich den Aufstand geleitet hatten, zur Bildung einer Centralgewalt zusammengetreten. Die neue Regierung theilt sich in zwei Sektionen, für die Vertheidigung und für die Verwaltung. Ihr Organ ist das Blatt Il Gittadino. Die Generale des Königs, die Unmöglichkeit Palermo zur Unterwerfung zu bringen einsehend, begannen am 22. zu unterhandeln. Ihre Vorschläge gingen 1) auf Einstellung der Feindseligkeiten; 2) die Erlaubniß der Zufuhr von Lebensmitteln für die unter der Obhut der Truppen befindlichen Strafgefangenen; 3) Absendung einer Deputation des Volks an den König. — Ueberdies wurde zu gleicher Zeit das Amnestiedekret des Königs mitgetheilt. Die Palermitaner verwarfen diese Vorschläge bis auf den zweiten; das Amnestiedekret wurde sogar auf offenem Markte verbrannt.

Palermo ist mit Lebensmitteln wohl versehen, das Volk ist voll Freudigkeit, und die Wohlhabenden und Reichen bringen der Sache des Aufstandes ansehnliche Geldopfer. Selbst die Jesuiten haben eine Summe von 600 fl. in die Kasse der Revolution geflüchtet und ihr Prozeßhaus zum Spital angeboten; vermuthlich ein echter Jesuitenstreich. Mehrere tausend Soldaten befinden sich bereits als Ueberläufer oder Gefangene unter den Aufständischen, welche 8 Stück Geschütz besitzen. Die Bank und mit ihr zwei Millionen Dukati, welche der Regierungsjunta sogleich in Obhut gegeben wurden, sind dem Volke nach hartnäckigem Kampfe in die Hände gefallen. Die von den königlichen Truppen besetzten Kastelle feuern noch immer von Zeit zu Zeit auf die Stadt und namentlich wird die lange Todesstraße, welche Palermo in der Mitte durchschneidet, alle Tage mit Kartätschen bestrichen.

### Handels- und Börsennachrichten.

* Frankfurt, 6. Febr. Die Nachrichten von dem günstigen Umschwung der Dinge in Italien kam heute der seit mehreren Tagen vorherrschenden Tendenz zum Steigen der Effekten wesentlich zu Hülfe. Daß die Besserung der Karte zunächst die österr. Papiere betreffe, ist um so natürlicher, als man unmöglich die Aussicht auf eine Intervention Oesterreichs in Neapel und die daraus möglicherweise hervorgehenden Verwicklungen beseitigt glaubt. Einzelne gehen in ihren Erwartungen soweit, daß sie im Geiste schon umfassende Reformen in der lombardisch-venetianischen Verwaltung sehen, zu denen jetzt (nach ihrer Ansicht) das Wiener Kabinet sich mehr als früher angetrieben sehen dürfte. Mit Spannung sieht man jetzt weiteren Berichten aus Oesterreich entgegen. — Im Schlusse der Effektenkourse hielten 5% Met. 102, 2½% 68, 5½% Bankaktien 1570, fran. 3% 26, 5% 21; Nordbahn 58, Berbach 86⅞, Taunusbahn 355 Geld. Der Diskonto ist jetzt auf 2½/4% herabgegangen.

London. Aus einem von der Allg. Z. mitgetheilten Handelsbriefe (London, 28. Jan.) schreibt wir folgende Stelle mit: Das Geld ist an der Stockbörse, wie man sagt, Nichts werth, d. h. man kann gegen Deponirung von Konsols Geld in Menge zu 2 Prz. täglich erhalten. Die Kaufleute zweiten und dritten Ranges sind dagegen immer noch in Noth und Verlegenheit; ihnen wird durch die Zinsgeberablehnung der Bank nicht geholfen, und in großen Geschäften herrschende Geldüberfluß kann nur den Eisenbahnen in Gute kommen, welche sich demselben auch zu Nutzen machen. So bereitet man eine neue Krise vor, wie der alten verschiedene Ähnlichkeiten hat, und man wird in den Monaten Mai und Junius ernten, was man jetzt säet, falls nicht durch die Komites des Unterhauses gezwungen, die Bank einen ganz neuen Weg einschlagt, was je länger, je unwahrscheinlicher wird. In Bezug in obigen Handelsbriefe berührten Gefahren kommen noch die steigenden Beiträgen, in denen sich die wohlindischen Pflanzer befinden und die Nachwirkungen der in England kaum überstandenen Krisis auf die ostindischen Handelshäuser. Die Times sagen: „Die neuesten Nachrichten aus Ostindien lauten niederschlagender als je. Der Zustand des Handelsmarktes von Kalkutta ist der Art, daß er auf die bestehenden Aussichten des Handels von Manchester und Glasgow eine höchst ungünstige Wirkung ausüben muß."

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[86] In der J. Trautwein'schen Buch- u. Musikhdlg. (J. Guttentag) in Berlin, Breite Straße N. 8 ist soeben erschienen:

**Haydn, Jos.,** Symphonie Nr. 21 arr. ü 4. p. Klage. D dur. Pr. 1 Thlr. 5 Sgr.
„ „ „ „ 22 „ „ „ „ G dur. „ 1 „ 5 „

Die Sammlung wird in der Weise fortgesetzt, daß von 8 zu 8 Wochen eine neue Nummer erscheint, so weit die getroffene strenge Auswahl es gestattet.

**Frank, Ed.,** 3 Ständchen f. d. Pfte. op. 10. Pr. 20 Sgr.

**Hensel, Fanny,** 2 Bagatellen f. d. Pfte. (für Schüler). 7½ Sgr.

**Levy, M.,** una lagrima sulla tomba del celebre maestro F. Mendelssohn-Bartholdy. Adagio per Pianoforte. op. 5. 10 Sgr.

[87] **Allgemeine Lebensversicherungs-Gesellschaft in Paris.**

Belehrungen über die verschiedenen Arten der Lebensversicherungen und deren Anordnung sind in deutscher Sprache angekommen und werden unentgeltlich abgegeben bei

**Gebr. Kessler,**
R 1. Nr. 12 in Mannheim.

[88] Soeben erschien und ist in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Interessante Neuigkeit!

**Sperl.**

„Nonni soit qui mal y pense".

16. Geh. 1 Thlr. Geb. 1 Thlr. 8 Ngr.

**Eine Reise nach Wien.**

Von

**Therese,**

Verfasserin der „Briefe aus dem Süden" ꝛc.

8. Geh. 1 Thlr. 26 Ngr.

Leipzig, im Jan. 1848.

**F. A. Brockhaus.**

[89] Bei uns ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

**Neun Bücher preußischer Geschichte**

von **Leopold Ranke.**

Zweiter Band.

Der dritte und letzte Band ist unter der Presse. Vom ersten Band ist kürzlich die unveränderte zweite Auflage erschienen. Preis jedes Bandes 2 Thlr.

Berlin, am 24. Jan. 1848.

**Veit & Comp.**

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England bei den Herren Rowney, Percy & Comp., 79 Newgate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal u. übereischen Länder werden man sich an G. L. Daubert in Mannheim, Paris, 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Heidelberger Zeitung besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.) durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen unter der Rubrik einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 41. Heidelberg, Donnerstag 10. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Schleswig-Holstein und die dänische Reichsverfassung.** — **Wien** (die Presse und die Universitäten. Stände). **Salzburg** (die Schutzvereinigung in Steiermark). **Berlin** (allgemeiner Etat der Staatseinnahmen und Ausgaben. Das Fest des 3. Febr. flucht eines Polen. Dr. Freyberg). **Breslau** (Frauenverein zur Unterstützung der nothleidenden Oberschlesier. Trauerbericht aus Bohrau). **Speier** (Nachersatz). **Dresden** (Postverreinsmänner). **Leipzig** (das deutsche Wechselrecht). **Karlsruhe** (Verhandlungen über Abschaffung der Todesstrafe). **Vom Rhein** (England und Osterreich). **Kassel** (Zeitungsverbot). **Braunschweig** (wie das Recht der freien Verpheirathung geachtet wird). **Weimar** (der Landtag. Die Censur). **Hamburg** (große Zunahme der Bevölkerung. Landgraf Wilhelm v. H. K. angeblich zum Kommandanten der Herzogthümer bestimmt). **Kiel** (die Ansichten über die hiesige Verfassung).

**Schweiz.** **Zürich.** Der Rücktritt der konservativen eidg. Officiere. **Bern.** Tagsatzungsverhandlungen. Die Mönche auf dem St. Bernhard. Die Schweizer Handwerker in Hessen.

**Frankreich.** Schluß der Kammerverhandlungen vom 4. Febr. Ausweisung eines deutschen Flüchtlings. — **Italien.** **Venedig.** Das Kriegsdampfschiff Bulcano. Verhegelter Ehrenbesuch. **Genua.** Der Volkskrieger gegen Delcarretto. **Rom.** Die Vorgänge im Kirchenstaat. Die Verbrüderung Siciliens. **Neapel.** Der König. Das neue Ministerium. Der 6. im Verfassungsbefreit heit. die Anschließung nicht katholischer Kulte. Die Stimmung der Revolutionäre; das albanso i Todeschi.

**Handel.** **Frankfurt.** Rückblick der neapolitanischen Ereignisse auf die Handelswelt. **Paris.** Veränderungen des Einfuhrtarifs.

**Beilage.** Die Fabrikstrage vor den badischen Ständen. II. Die Diskussion. Erster Tag. **Bern.** Tagsatzungsverhandlungen über die Amnestiefrage. **Haag.** Die holländische Armee. **Prinz Friedrich der Niederlande.** Gegen Schleswehrn der Noth in Flandern. Bämische Literaturbereinigungen. Vom Oberrhein. Italien, Frankreich und Osterreich. Athen. Mussarus bereits auf Aegina angekommen. Allgemeine Entrüstung der Presse über Piskatoxy. Polnischer Prozeß in Patras. Die letzten Noten.

### Heidelberg, 10. Februar.

Der rasch erfolgte Tod Christian's VIII. hatte der politischen Kombination ein weites Feld eröffnet; jeder Einzelne, ob dänisch oder deutsch gesinnt, mußte sich sagen, daß damit eine der wichtigsten politischen Fragen ihrer Lösung um ein gutes Stück näher gerückt war. Man war kaum noch vom ersten Eindruck des Ereignisses zur Ruhe gekommen, um die möglichen und wahrscheinlichen Veränderungen der nächsten Zukunft einer ernsten Prüfung zu unterwerfen, so erschien schon das vielbesprochene, ja fast erwartete und doch überraschende Restript vom 28. Januar, das eine Verfassung für Dänemark und die Herzogthümer in nahe Aussicht stellt. Die deutschen Herzogthümer sind dadurch in eine Krise versetzt, welche die lebhafte Aufregung, die das Restript allenthalben hervorruft, ganz begreiflich macht; aber auch Deutschland hat alle Ursache, wachsam zu sein und den Dingen nicht mit jener gutmüthigen Ergebenheit zuzuschauen, die uns nicht ein Mal, sondern alljuoft um die theuren Früchte hochwichtiger politischer Momente gebracht hat.

Der „offne Brief" vom Juli 1846 und das Restript vom Januar 1848, wie weit liegen sie scheinbar auseinander, und doch wie nahe treffen sie in Bewegründen und dem vorgesetzten Ziele zusammen! Dort zwar wurde die dänische Gesammtmonarchie in unverbrüchlichster Weise angekündigt, während hier eine „Sicherstellung der besondern Gerechtsame und Interessen der einzelnen Landestheile" verheißen wird; der „offne Brief" hatte Schleswig schon in die dänische Masse eingeschmolzen, während das Restript es mit sichtbarem Nachdruck als besonderes Herzogthum hervorhebt; in jener ersten feierlichen Ansprache war eine förmliche Revolution der Staatsrechtlichen Verhältnisse in Aussicht gestellt, während das Restript Friedrich's VII. die dänischen Rechte, die Verbindung der Herzogthümer, das Verhältniß zum deutschen Bunde ausdrücklich zu wahren verspricht. Aber gleichwohl streben beide Dokumente nach einem und demselben Ziele — dem dänischen Gesammtstaat; der „offne Brief" gewaltsam, herausforderndt und durch eine revolutionäre Politik zum Widerstande reizend; das Restript mild, versöhnend und mit den Künsten der Verführung. Freilich! es liegt zwischen Beiden ein inhaltschwerer Zeitraum, reich an kostbaren Erfahrungen. Der „offne Brief" mit seinen nothwendigen Konsequenzen, dem Systeme der polizeilichen Unterdrückung und Verfolgung, hat zu bittere Früchte getragen, als daß nicht Christian VIII. kurz vor seinem Ende die späte Einsicht hätte gewinnen müssen, es sei ein anderer Weg einzuschlagen, man müsse es ein Mal mit friedfertigen Mitteln versuchen, statt des mißlungenen Versuche, den Widerstand eines zähen Volksthums durch Gewalt und Einschüchterung zu brechen.

So ist das Restript vom 28. Januar entstanden; es ist die verbesserte Fortsetzung der Politik des offenen Briefes, klüger und deßwegen gefährlicher. Wohl mag das ungeduldige und hitzige Dänenthum verstimmt sein über die milde und versöhnliche Haltung der neuesten königlichen Verordnung, es mochte neue Gewaltmaßregeln erwarten und wünschen — aber Gebuld, ruft ihnen die königliche Politik zwischen den Zeilen zu, wir erreichen unser Ziel auf diesem Wege sicherer und friedlicher, als auf jedem andern.

Man kann die monarchische Selbstverläugnung rühmen, die dem dänischen Gesammtstaat das Opfer der eignen unbedingten Macht bringt, man kann die spärlichen und dürftigen Abschlagszahlungen des deutschen Absolutismus mit dieser Freigebigkeit königlicher Koncessionen in eine vortheilhafte Parallele stellen oder einen Jubelruf anstimmen über den neuen Sieg des konstitutionellen Grundsatzes — alle diese Erwägungen und Stimmungen müssen aber in diesen Augenblicke der deutschen Politik fremd bleiben; sie darf sich nur die Eine Wahrheit vor Augen halten: das Restript vom 28. Januar ist eine durch die Umstände erzwungene Koncession, soll eine Waffe werden gegen die nationale Selbstständigkeit der deutschen Herzogthümer, soll zum Angriff dienen gegen Deutschland und seine gewichtigsten Interessen.

Die Dänen selbst sind aufrichtiger, als das diplomatische Aktenstück vom 28. Januar. Sie lassen in der feilen Presse des Auslandes, wie eben wieder in den „Times", den früheren Eroberungslärm gegen Schleswig anstimmen, sie gestehen offen ein, daß es ihnen nur um eine Eroberung deutschen Wesens zu thun ist. Die Mehrzahl derjenigen, ruft der liberale Däne Clausen seinen Freunden zu, welche sich öffentlich für eine freie Verfassung erklärten, haben dabei den Accent auf Schleswig gelegt; sie haben hauptsächlich, um nicht zu sagen ausschließlich, deßhalb die Rothwendigkeit einer Volksrepräsentation hervorgehoben, damit der Schleswig-Holsteinismus vernichtet, Schleswig fester an Dänemark gekuppft und von der Verbindung mit Holstein getrennt oder abgeschnitten werde.

Diese aufrichtige Sprache ist uns lieber als die diplomatische Versöhnlichkeit des Restripts; sie läßt uns die Gefahr in ihrem ganzen Umfange erkennen und befähigt uns in den lebhaften Wunsche, daß diese Streitumungen zu spät kommen und bei den deutschen Herzogthümern eine ruhige und entschiedene Ablehnung finden möchten.

Zu spät, denn es gab Momente, wo die größte Gefahr vorhanden war, die Herzogthümer auf diesem Wege in den dänischen Gesammtstaat eingeschmolzen zu sehen. Noch in den dreißiger Jahren, noch beim Tode Friedrich's VI. war es Zeit, die liberalen Sympathien in den Herzogthümern durch eine freiere Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse dauernd an Dänemark zu knüpfen; war man damals hochherzig und fing genug, den beengten dreschen Zuständen ein freies politisches Leben entgegenzustellen, unserer Censur, unsern Autonahmsgesetzen, unsern geheimen Kouferenzbeschlüssen gegenüber das einzige Banner öffentlichen Rechts und öffentlicher Freiheiten zu entfalten, so waren die Herzogthümer aufs Friedlichste mit Dänemark verbunden, man hatte kaum zu besorgen, daß Schleswig, wie im Jahre 1846, um Anfnahme in den deutschen Bund bitten würde. Eine freie Verfassung und gleiches Recht ist, wie die Erfahrung beweist, ein mächtiges Bindemittel selbst für heterogene Nationalitäten; den Elsasser hat erst die Revolution seinem Mutterlande entfremdet, erst die Bürgschaften einer öffentlichen Freiheit haben in dem zähen Alemannenstamme die tief liegenden Bejiehungen zur angestammten Sprache und Bildung zurückgedrängt. Je fester Preußen die Bahn verfassungsmäßiger Rechte einschlagen würde, desto unauflöslicher müssen sich seine verschiedenen Elemente zwischen der Memel und Saar zu einem festen Ganzen verschmelzen. Auch die deutschen Herzogthümer hätten diesem mächtigen Zug menschlicher Entwicklung nicht widerstehen können; sie waren zwar nicht sofort Dänen geworden,

Digitized by Google

aber es hätte sich doch der feste Zusammenhang zwischen ihnen und dem Mutterlande langsam und sicher gelöst.

Zum Heile Deutschlands ist es nicht so gekommen. Man hat die Herzogthümer in ihren Rechten hundertfach gekränkt, mißhandelt, man hat sie den doppelt gehässigen Druck einer fremden Regierung mit aller Feindseligkeit fühlen lassen und ihnen an praktischen Erfahrungen gezeigt, was die deutsche Nationalität von den dänischen Einheitsgelüsten zu besorgen habe. Dank den endlosen Quälereien, Herausforderungen und Kränkungen, die seit Jahren begonnen und im „offenen Briefe", in der Einschaltungs- und Verfolgungspolitik der letzten Zeit ihren Höhepunkt erreicht haben, hat das nationale Selbstgefühl, die Abneigung, ja der Haß gegen das übermüthige Dänenthum eine Stärke und Nothhaltigkeit, eine Unterstützung in Deutschland gefunden, deren mächtige Nachwirkung jetzt mit einem einzigen Federstrich nicht mehr ungeschehen gemacht werden kann. Es ist jetzt eine Kunst erstanden zwischen Dänen und Deutschen, die noch vor zehn Jahren nicht vorhanden war; das Verfassungswerk im Sinne der Gesammtmonarchie ist jetzt unendlich viel schwieriger als damals.

Schwieriger, aber deßwegen nicht unmöglich. Wenn die deutschen Bewohner der Herzogthümer in der besten Absicht und Gesinnung, mit aller vorsichtigen Wahrung ihrer Rechte, sich von einer falschen Politik leiten ließen und die Hand böten zu einer Kapitulation mit Dänemark, wenn es dann (was wir freilich bezweifeln) König Friedrich VII. gelänge, mit Einverständniß und Zustimmung der Konsten die agnatische Erbfolge einzuführen und so wenigstens den Successionsstreit allen Stoff zu entziehen, dann würde eben erreicht, was der „offene Brief" sich als letztes Ziel gesetzt hatte, die Ereignisse von 1460 würden sich wiederholen, aber viel ungünstiger und unerfreulicher für Deutschland, als vor vier Jahrhunderten.

Denn darüber kann nun einmal keine Täuschung obwalten, daß eine Reichsverfassung nur Dänemark, nicht aber den Herzogthümern zu Gute kommen würde. Das Verfall gerathene Königreich würde eine neue kräftigere Lebensentwickelung beginnen, die noch vorhandenen gesunden Kräfte, die der Absolutismus niederhielt, werden sich mächtig entfalten, dem dänischen Patriotismus wird wieder ein weites Gebiet eröffnet und die schon von der Auflösung bedrohte Monarchie wird mit den deutschen Herzogthümern von Neuem und viel inniger und fester als zuvor verknüpft. Die deutschen Herzogthümer mußten sich bisher gefallen lassen, daß man, im Widerspruch gegen verbriefte Rechte, ihre Finanzen, ihr Heer mit den dänischen Finanzen, dem dänischen Heer zusammenwarf; eine Reichsverfassung wird diese Vermischung gesetzlich sanktionieren und den Herzogthümern auch den Anspruch jener Selbständigkeit anzuweisen. Eine dänische Mehrheit wird über die materielle und politische Wohlfahrt der Herzogthümer verfügen; die Besteuerung, die öffentlichen Arbeiten, die Verwaltung, der Unterricht, Alles wird im dänischen, nicht im deutschen Sinne geleitet werden. Die Herzogthümer werden mit ihren reichen Hilfsquellen den wankenden Bau der dänischen Monarchie wiederherstellen helfen; Dänemark wird sich wiederbeleben und kräftigen, und Deutschland wird die Kosten tragen müssen für diese einige und verjüngte dänische Monarchie.

Man sage und nicht, es liege ja in der Hand der schleswig-holsteinischen Abgeordneten, dies zu hindern. Schon die Berufung der Notabeln, wie sie das königliche Reskript enthält, gibt darüber einen genügenden Fingerzeig; 26 Dänen und 26 Deutsche werden einberufen, aber unter diesen 26 Deutschen ernennt der König acht; auf wen die Wahl da fallen wird, kann bei dem Gang der dänischen Politik nicht zweifelhaft sein. Deutsche wie Moltke und Scheel werden dann als Vertreter der deutschen Herzogthümer dastehen, und diese acht werden mit den 26 Dänen eine kompakte Mehrheit bilden, gegenüber der die achtzehn gewählten Vertreter der Herzogthümer ohne Einfluß bleiben. Hier hätten wir ein Vorbild der künftigen Reichsstände; wenn nur wenige Stimmen Vorschlewigs für Dänemark gewonnen sind (und das werden sie ohne Zweifel), so wären die Deutschen trotz des Anscheins gleicher Vertretung in der That nur eine ohnmächtige Minorität, die sich von einer unwaudelbaren, übermüthigen Majorität der Dänen Gesetze vorschreiben ließe. Nicht einmal ihre Sprache könnten die Deutschen auf die Dauer festhalten; eine gemischte Versammlung wäre nur der Uebergang zu einer rein dänischen, und die Deutschen würden dieser Macht der Dinge so wenig widerstehen können, als die Irländer im britischen Parlament, die Belgier in der vereinigten niederländischen Kammer, die Wlamingen im Rathe der belgischen Repräsentanten. Der Schwerpunkt des Staats wäre Dänemark; die Regierung, die Politik, der Name, kurz Alles wäre dänisch, und diesem mächtigen Impulse einer geeinigten und erstarkenden Staates, dieser Anziehungskraft einer festen und geschlossenen Politik müßten die Schleswig-Holsteiner auf die Dauer entweder erliegen, wie die Elsasser und Wlamingen, oder sie müßten sich in einen so erbitterten Kampf begeben wie die Belgier vor 1830 und die Irländer bis zum heutigen Tage.

Die Rede- und Preßfreiheit, auf die man vielleicht hofft, wäre dagegen keine Bürgschaft, auch wenn man überzeugt sein könnte, daß die von einer dänischen Mehrheit gewährten Rechte der Billigkeit gegen die Herzogthümer in allen Punkten entsprächen. Aber wenn auch; ist einmal der erste Fehltritt geschehen, sind die Herzogthümer durch ihr Verhältniß zum dänischen Gesammtstaate einmal gebunden, so wird alle Rede- und Preßfreiheit nicht mehr helfen, und die Folgen eines unnatürlichen und unpolitischen Verhältnisses ganz anzugleichen. Die Elsasser, die Wlamingen, die Irländer haben auch Preßfreiheit; aber einmal eingeschmolzen in die Masse der Gesammtmonarchie und darin dem Namen nach politisch vertreten, haben sie in ihrer hervorragenden Presse Nichts als die Zustuchtsstätte unfruchtbarer Klagen. Trägt man sich aber gar mit der Hoffnung, das deutsche Element werde in Dänemark friedliche Eroberungen machen, so ist das eine von jenen gutmüthigen, aber gefährlichen Täuschungen, zu denen uns Deutsche die rege Phantasie selbst in ernsten politischen Fragen oft hinreißt; gegenüber dem starren, insularischen Charakter des Dänenthums, gegenüber dem überreif ausgebildeten nationalen Selbstgefühle dieses Volkes werden die Deutschen keine Propaganda machen, auch wenn nicht die Dänen die beträchtliche Mehrzahl bildeten, und ihre künftige Reichsverfassung nicht dem Gesammtstaat das dänische Gepräge unzweifelhaft aufdrücken müßte. Hoffnungen dieser Art sind so leichtfertig und unbegründet wie jene andere Meinung, daß Dänemark ohne weiteres Hinderniß die agnatische Erbfolge in die agnatische umwandeln, oder Friedrich VII. zum Nachtheil der Kognaten ohne Widerspruch einen andern Nachfolger adoptiren könne; aber die politische Resignation der Deutschen müßte gern zu solchen Möglichkeiten ihre Zuflucht, weil das träge Geschehenlassen der Dinge dadurch eine scheinbare Entschuldigung erhält.

Nein, die deutschen Herzogthümer würden allmählich angsehen müssen in diesem Gesammtstaate, und diese neue Freiheit wäre für sie Nichts als eine vergoldete Fessel. Die erste Grundbedingung jeder politischen Freiheit, die nationale Individualität, würde sich mehr und mehr verwischen, ihre eignen Rechte und Verfassungen zu wesenlosen Formen herabgedrückt, ihre Kräfte und Hilfsquellen dem dänischen Staate ganz dienstbar werden. Die Verbindung Schleswigs mit Holstein, durch die dänische Politik schon genug gelockert, die Verbindung Holsteins mit dem deutschen Bunde bliebe kein so festes Band, daß nicht die Verschmelzung mit Dänemark zu einem Gesammtstaate, die Gemeinsamkeit einer Reichsverfassung das wesentlich vorwiegende und bestimmende Moment werden müßte für die ganze Entwickelung der deutschen Herzogthümer. Innerlich mit Dänemark immer enger verknüpft, werden sie auch nach Außen dem Impulse der dänischen, nicht deutschen Politik folgen müssen; Dänemark, wenn auch durch eine Reichsverfassung und die Verschmelzung mit den Herzogthümern wieder erstarkt, wird doch immer nur eine Macht zweiten Ranges bleiben und sich an eine der europäischen Großmächte anlehnen. Frankreich, England oder auch Rußland werden um die Freundschaft Dänemarks buhlen, und bei der nächsten Reihe unserer politischen oder kommerziellen Entwickelung werden wir an Dänemark einen Gegner haben, dessen Kräfte durch deutsche Hilfsmannschaften gelähmt sind. Holstein, das sein Kontingent zur deutschen Bundesarmee fetzen läßt, wird gleichzeitig in der dänischen Reichsversammlung sitzen und sich gefallen lassen müssen, daß die dänische Mehrheit einen Krieg gegen Deutschland beschließt! Es wird nothwendig dem Einfluß unnatürlicher Verhältnisse weichen müssen, auch wenn die tiefer liegende nationale Sympathie ein solches Verhältniß verdammen sollte. Oder wenn dieser friedliche Verschmelzungsversuch an der festen und kraftvollen Natur der deutschen Bevölkerung machtlos abglitte, wenn sie zu spät zur Einsicht gelangten, daß ihr Bund mit den Dänen ein Mißgriff war und diese ganz Eigenthümlichkeit den Dänen preisgab, welch viel bekenntlichern Kampf müßten sie dann bestehen, um die einmal eingezogene Verbindlichkeit friedlich oder gewaltsam wieder zu lösen! Zu früh würden sie sich dann überzeugen, daß in großen wie in kleinen Fragen „der erste Unbank stets besser als der letzte" ist.

Leider können wir deutscher Seits Nichts einsetzen, als die Nationalität; verfassungsmäßig gesicherte Reichsstände, freie Presse, Associationsrecht und all die guten Bürgschaften, welche eine dänische

Digitized by Google

Verfassung den Herzogthümern in der Nähe bietet, können wir kaum als eine Hoffnung in der Ferne zeigen; aber gleichwohl werden die Schleswig-Holsteiner bei der kältesten Erwägung den Werth der Nationalität auch mit beschränkter Freiheit unstreitig höher stellen als die schwankenden und trügerischen Garantien einer Freiheit ohne ein selbständiges Volksthum. Die Herzogthümer, so hieß es in der Adresse von Neumünster, sind selbständige Staaten; der Mannsstamm herrscht in den Herzogthümern; die Herzogthümer Schleswig und Holstein sind fest mit einander verbundene Staaten. Diese drei Sätze, durch jahrhundertlange Kämpfe unserer Vorfahren zur Geltung gelangt, sind die Grundlagen unseres gesammten staatlichen Daseins.

Diese populäre Aufrage fanden wir in allen Handlungen der Holsteiner und Schleswiger Ständeversammlung von 1846 wieder; so haben sich die Stände von Itzehoe in ihren Adressen an den Herzog, an den deutschen Bund, so die Stände von Schleswig in allen ihren Beschlüssen unwandelbar ausgesprochen. Von dieser Grundlage kann und wird die ständische Vertretung der Herzogthümer nicht abgehen. Jene unvergeßlichen Novembertage des Jahres 1846, wo die Schleswiger Stände ihr politisches Programm aufstellten, sind eine Thatsache, die aus der Geschichte der Herzogthümer nicht mehr weggestrichen werden kann. Sie verlangen damals Abstellung des barocken Kanzlei-Regierungssystems der Dänen, völlige Trennung der Administration, Verschluß der Preßfreiheit, der Unabhängigkeit der Gerichte, des Petitions- und Associationsrechts, der Lehrfreiheit, sie verlangten eine gemeinsame Verfassung für die beiden Herzogthümer, Einführung eines deutschen Münzfußes, Anschluß an den deutschen Bund. Die Schleswig-Holsteiner werden sich aber am besten die Frage beantworten, ob diese Forderungen mit dem dänischen Gesammtstaat und einer dänischen Reichsverfassung vereinbar sind; sie werden Sorge dafür tragen, daß nicht einst der unglückliche Tag komme, wo sie als eine unterdrückte Minorität dänischer Staatsbürger zu spät jene Forderungen erneuern müßten.

Einer Politik der Gewalt offen mit den Waffen des Gesetzes entgegenzutreten, liegt dem Menschen sehr nahe, denn die Gewalt reizt und erbittert auch den ruhigsten Sinn; vielschwieriger ist es, gegenüber einer leisen, vorsichtigen Staatskunst der Verführung stark zu bleiben. Da die feste Haltung nicht zu verlieren, für eine bleibende Ansicht das sichere Ziel nicht preiszugeben, ist für jedes Volk die eigentliche Feuerprobe seiner politischen Mündigkeit.

**Oesterreich.** Wien, 3. Febr. Vor wenigen Tagen hielten mehrere niederösterreichische Landstände, worunter Baron Doblhoff-Dier, Graf Colloredo, Ritter v. Holger u. A., eine vertraute Besprechung über den gegenwärtigen Zustand der Presse, und auch Fürst Lamberg, welcher wegen Antegung der Preßfrage am böhmischen Landtage eine kaiserliche Rüge erhalten hat, nahm daran Theil, indem derselbe als Besitzer von Steyr auch Landstand von Niederösterreich ist. Man kam überein, beim nächsten Landtag gleichfalls die Censur zur Sprache zu bringen und eine entsprechende Bitte an den Thron zu richten. (N. K.)

Die Allgemeine Zeitung schreibt aus Salzburg vom 1. Februar: Die Reniteny der Zehendholden in den obern Gegenden des steiermärkischen Gmnthales scheint einen gefährlichen Charakter angenommen zu haben. Es liegt eine getruckte Kundmachung vor mir, welche der Kreishauptmann von Judenburg an die Zehendholden im Enns- und Paltenthale, insbesondere an jene der Herrschaften Rottenman und Trautenfels in den Bezirken Linzen und Wolfenstein unterm 22. v. M. erlassen hat. Die Richtung, welche die Reniteny genommen hat, wird darin als eine die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung bedrohende bezeichnet, so daß eine Rotte am 17. v. M. mit Waffengewalt auseinander getrieben werden mußte. Der verweigerte Zehend wird nun von den Renitenten unter dem Schutze von Militär auf dem polizeilichen Exekutionswege eingezogen werden. — Vorgestern reiste der Jesuit Pater Rob, der bekannte Feldprälan im Heere der Siebenkantone, mit einem andern Mitgliede seines Ordens hier durch.

**Preußen.** ** Berlin, 2. Febr. Die A. pr. Z. vom 3. Februar (Jahrestag des Patents) bringt den allgemeinen Etat der Staatseinnahmen und Ausgaben für das Jahr 1848, vollzogen durch den König am 17. Jan. (Jahrestag des Staatsschuldengesetzes) und kontrasignirt von dem Finanzminister, nebst den dazu gehörenden Erläuterungen des Letztern.

| | |
|---|---|
| Der Schluß des Etats ergiebt als Sollausgabe | 64,556,379 Rthlr. |
| Nach dem vorjähr. Etat betrug dieselbe . . . | 64,033,697 „ |
| Sie ist also gestiegen um . . . . . | 522,682 „ |

Gerade ebensoviel als die bezeichnete Ausgabesumme betrugen die Staatseinnahmen von 1847, und jene Mehrausgabe von 522,682 Thlrn. wird durch die Mehreinnahme gleichen Betrages von 522,682 Thlrn. gedeckt. — Die preuß. Zeit. bemerkt dazu, daß der Hauptfinanzetat nebst Erläuterungen „den Mitgliedern des gegenwärtig hier versammelten Ausschusses zur Kenntnißnahme mitgetheilt worden".

Berlin, 5. Febr. Bei der diesjährigen Gedächtnißfeier des 3. Febr., bemerkte man mit Bedauern, daß die Reihen der Befreiungskämpfer sich täglich mehr lichten; es ist daher der Vorschlag gemacht worden, die Söhne mit anzuziehen, damit die Erinnerungsfeier nicht mit den Enkeln der Generation von 1813 und 1814 erlösche.

Die „Allg. Pr. Z." enthält einen Steckbrief gegen den wegen Hochverraths in Anklagestand versetzten Studenten Julius v. Trojanowski, der am 1. d. M. Vormittags aus der Charité entwichen sei.

Der wehrlach erwähnte Dr. Ledebur ist heute dingt in der D. Allg. Z. unter dem Datum „Paris, den 1. Febr." (!) an, daß er nun, nachdem er erfahren, daß das königliche Kammergericht gegen ihn die Haft angeordnet habe, „im Gefühl seiner völligen Unschuld freiwillig nach Berlin zurückkehren und sich der ordentlichen Polizeibehörde daselbst zur Verfügung stellen werde."

In Breslau hat sich jetzt auch ein Frauenverein zur Unterstützung der Nothleidenden in Oberschlesien gebildet und einen Aufruf erlassen, unter welchen sich Mathilde Gräfin v. Brandenburg, Julie Gräfin v. Henckel-Donnermarck, Agnes Prinzessin Biron-Kurland u. A. unterzeichnet haben. Der Aufruf schärft sich an alle mildthätigen Jungfrauen nah und fern, in möglichst kurzer Zeit Handarbeiten einzuliefern, welche dann verkauft und aus deren Erlös die Unglücklichen unterstützt werden sollen. — Inzwischen lauten die Berichte aus den leidenden Kreisen so traurig wie nur je. Aus Sohrau, einem Städtchen von 2700 E. im Kreise Rybnik, schreibt man der Schles. Z.: Der Typhus in seiner gräßlichen Gestalt verbreitet sich über die ganze Bevölkerung, mehr Alles darniever und verwehrt schon bedeutende Opfer aus der Zahl der Leben; nur wenige unserer würdigen Seelsorger sind von Brechruhr frei, harten Krankheit, zwei Aerzte waren von der Seuche befallen und jetzt ringt selbst unser Bürgermeister mit der Krankheit. In jeder Familie ist Trauer; hier stehen wir Kinder um die todte Mutter, dort die jüngste Mutter, ein noch heute und es blöken nackte, hilflose Kinder. Die Sterblichkeit ist so groß, daß es an Bretern zu Särgen fehlt, über 2 Leichen in einen Sarg gebracht und 6—7 Leichen in ein Grab gelegt werden. — Die Zeit reicht nicht aus, für viele Gegenden ein Grab zu graben, wie es ein großes Grab gegraben und Mehrere hineingelegt sind, die Todes geschehen, wenn der fürchtete Tag seine neuen Ankömmlinge mehr erwarten läßt. Alles Gefühl, die Pietät gegen den Tod ist erloschen; er wiederholt sich so oft, um noch beachtet zu werden. Obwohl die Seuche seit dem September wüthet, so nimmt sie noch nicht ab, verliert sich nicht an Intensität, es liegen nahe an 200 Menschen krank. Einzelne Scenen, welche uns erzählt werden, scheinen ganz aus dem irländischen Schreckendrama, welches schon solange die Blicke und das Mitleid Europas auf sich zieht, nach Schlesien übertragen zu sein. Die Leute selbst sind dort der Ansicht, daß die Vernichtung der Selbständigkeit Krakaus zu diesem Elend hauptsächlich mitgewirkt habe.

**Baiern.** Speier, 8. Febr. Die hiesige Zeitung bemerkt: Die „drastische toskanische Zeit" meldete dieser Tage aus München: das Ministerium habe, als Antwort auf die gedrängten Angriffe (!), welche es in der „Deutschen Zeitung" gefunden, die Redaction derselben aufgehoben. — Der „Nürnberger Kurier" widerspricht diesem Lobe des Ministeriums mit dem Bemerken, das genannte Blatt habe nie einer Redaction unterlegen. — Wir unserestheils bedauern, beiden Nachrichten widersprechen zu müssen: die „Deutsche Zeit." warn in der Pfalz immer jener Mahregel unterworfen, und sie wird es auch heute noch.

**Sachsen.** †† Dresden, im Jan. Der Postkongreß schreitet rüstig fort, die zerrissenen inneren Verhältnisse in Bezug auf Verkehrs-, Münz- und Gewichtswesen mehr und mehr in einander zu fügen und in eine einheitliche Form zu bringen. Den frühern wichtigen Beschlüssen ist nun noch der angereiht: eine für ganz Deutschland giltige Postvereinsmünze ins Leben zu rufen, in welcher das Porto für alle externen Sendungen zur Berechnung kommen soll. Der 12 Thalerfuß (18 fl. auf eine feine Mark) ist zu dieser Vereinsmünze bestimmt. Wie können der Versuchung nicht widerstehen über diesen wichtigen Gegenstand Einiges zu sagen, hoffend, daß die ausgesprochenen Ansichten weiterer sachkundigen Prüfung unterzogen werden. Die endlosen Reduktionen von einer Münzsorte auf die andere, die damit verbundenen Verluste durch Abrundung der sich ergebenden Bruchtheile; den Umstand, daß man oft nur wenige Meilen zu reisen braucht, um die in einem Staate gelöste Scheidemünze entweder gar nicht oder nur mit Verlust wieder anbringen zu können, welche Plackereien sich bei größeren Touren in Deutschland sogar auf Thaler und Gulden erstrecken; den durch diese Zerrissenheit erschwerten kommerziellen und sonstigen Geschäftsverkehr — dies sowohl als den daraus folgenden und oft laut gewordenen Wunsch nach einer durchgreifenden deutschen Münzreform kennen wir als bekannt voraussetzen. Dieser Wunsch ist aber immer, und wohl selbst von sonst leichtfertigen Reformatoren, nur zu

Digitized by Google

den frommen gezählt. Ja, man möchte in der That daran verzweifeln, aus diesem Labyrinth der Münzwirren einen Faden bald zum Ziele führenden Ausweg zu finden, wenn man die außerordentlichen Schwierigkeiten erwägt, die mit jeder, selbst partiellen, Münzreform verbunden sind. Uns scheint dieses Ziel nur allein durch einen allmählichen Uebergang erreichbar, und dieser Uebergang kann vorzugsweise durch den Postverein vermittelt werden. Es gibt kein öffentliches Institut, welches mit dem gesammten Publikum in so vielseitiger unmittelbarer Berührung steht als die Postanstalt. Der Münzfuß, welchen daher diese bei den Portoerhebungen in ganz Deutschland zur Anwendung bringt, wird sich am leichtesten Bahn brechen. Wähle man daher eine solche Postvereins-Münze, welche den einzelnen Staaten nach und nach zur Einführung als Landesmünze annehmlich erscheint. Eine solche aber ist die vom Postkongreß vorgeschlagene nicht; auch hat eine solche Absicht bei der Wahl derselben wohl überall nicht vorgewaltet. Die Geschichte des Münzwesens der letzten Jahrhunderte lehrt uns, daß alle Staaten immer vom schweren zum leichteren Münzfuß übergegangen sind; niemals umgekehrt. Die Gründe von diesem Gang der Dinge liegen nahe. Es gibt viele Zahlungen, die man nach freiem Ermessen vorzugsweise in runden Summen leistet, und wobei es nicht darauf ankommt, ob der Thaler oder Gulden einige Groschen oder Kreuzer höhern oder geringern Werth hat. Bei neuen Besoldungen und Gehaltszulagen im 21 fl. Fuß wird man nominell schwerlich mehr bewilligen als früher im 18 fl. Fuß; 100 Thlr. heißen nach wie vor 100 Thlr. Auch im gewöhnlichen Leben wird es selten einen Unterschied machen, ob der Groschen 1 Pfennig höhern oder geringern Gehalt hat. Das billigere Leben und die Vortheile, welche Jeder bei einem leichten Münzfuße findet oder doch zu finden glaubt, sprechen demnach dagegen, daß man in Deutschland vom 20, 21 und $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß wieder zum 18 fl. Fuß zurückkehren werde. Die kreirte Postwährung würde also eine bloße Rechenmünze sein und bleiben, und das nachtheilige Rebuiren, welches bei den meisten nur kleinen Portobeträgen unter 10 Pfällen sicher 9 Mal Bruchtheile ergeben würde, würde für immer Bürgerrecht erlangen. Soll die praktische Seite dieser Frage (die möglichst leichte Ausgleichung mit den bestehenden Landesmünzen nämlich) vorzugsweise berücksichtigt werden, so würden wir zur Annahme des 14 Thlr (21 fl.) Fußes rathen, mit Zerlegung derselben in 100 Theile. In Deutschland rechnen etwa 22 Mill. Menschen nach dem 21, 12 Mill. nach dem 20, 8 Mill. nach dem $24\frac{1}{2}$, und 1. Mill. nach dem 17 fl. Fuß. Es erscheint daher praktisch und zugleich billig, daß für die Mehrzahl das bestehende Verhältniß zur allgemeinen Geltung komme. Aus den vorangeführten angegebenen Gründen würde man aber in Baiern, Württemberg, Baden ꝛc. zu diesem schweren Münzfuß doch nicht zurückkehren, und der hier gültige $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß ist für die Dezimalberechnung zu unfüglich und empfiehlt sich daher noch weniger zur allgemeinen Einführung. Am scheint daher die Annahme folgender Vereinsmünze: 1 Mark f. in Silber = 100 Cents, 1 Cent. = 10 Pf. dem angegebenen Zweck am meisten zu entsprechen. Als Probierungsmaß müßten in Pfennigen gefährt werden: 3,715 Pf. würden 3 Mk. f. S. 71 Cents 5 Pf. sein. Die größte Anzahl in Pfennigen verausschaudicht sofort die Anzahl Mark, Cents und Pf. Da in Deutschland alle verschiedenen Münzsysteme = Pf. f. S. zur Einheit haben und diese hier beibehalten wird, und da ferner diese Eintheilung die nöthige Elasticität hat, um jeder bestehende deutsche Münzsystem leicht hineinfügen zu können, so kann das künftige Rentationsverfahren hiernach nicht schwieriger sein als von 18 fl. Fuß aufgehend. Um aber der hier vorgeschlagenen Postwährung zugleich Eingang ins praktische Leben zu verschaffen, so präge man — nach Festellung eines gleichmäßigen, richtigen Metallwerthes — statt der bisherigen doppelten, einfachen und halben Silbern gange, halbe und fünftel Marktücke in Gold und zehntel und zwanzigstel Marktücke in Silber, wodurch für das reisende Publikum und für den Geschäftsverkehr sofort eine in ganz Deutschland gültige Münze geschaffen wäre. Der Werth dieser Marktücke gegen die bestehenden Landesmünzen würde sein:

| in | 20 fl. Fuß | 21 fl. Fuß; | $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß. |
|---|---|---|---|
| 1 Mk. f. S. = | 20 fl. = | 14 Thlr. — Sgr. = | 24 fl. 30 kr. |
| $\frac{1}{2}$ „ | „ 10 | „ 7 „ — „ | 12 „ 15 „ |
| $\frac{1}{5}$ „ | „ 4 | „ 2 „ 24 „ | 4 „ 54 „ |
| $\frac{1}{10}$ „ | „ 2 | „ 1 „ 12 „ | 2 „ 27 „ |
| $\frac{1}{20}$ „ | „ 1 | „ „ 21 „ | 1 „ $13\frac{1}{2}$ „ |

Leipzig, 5. Febr. Man vernimmt, daß der Entwurf der allgemeinen deutschen Wechselordnung von Seite der preußischen Regierung unbedingt genehmigt worden ist, jedoch vor der Publikation noch den Provinzialständen vorgelegt werden wird. Wie man hört, hat Preußen sämmtlichen deutschen Regierungen dies durch ein Circular angezeigt. (O.P.A.Z.)

**Baden.** * Karlsruhe, 7. Febr. (Kammerverhandlungen Schluß.) Welcker. Die angeführte Bibelstelle gehört der längst abgeschafften hebräischen Gesetzgebung an. Wollen wir uns zu dieser bekennen, dann müssen wir auch die Steinigung der Gottesläßterer und manche andere dem Begriff eines Rachegottes entflossene Härten zugeben. Das Christenthum aber ist kein Rachedienst, es will durch Liebe bessern. Der Heiland sprach über die Ehebrecherin nicht im altheidnischen, sondern in dem neuen Sinne: Richtet nicht, so werdet auch Ihr nicht gerichtet werden. So soll vom sittlichen Standpunkte aus Niemand sagen: Dieser Mensch ist des Todes würdig. Auch was Justizmin. Präsident Treffurt angeführt, kann den Redner nicht übergeugen. Wenn es Verbrechen gibt, deren Bewußtsein härter ist als der Tod, so wollen wir die von der Vorsehung geschaffene Sühne des Gewissens nicht durch den Todesstreich unterbrücken. Der Grund, daß man alsdann der strafenden Gerechtigkeit die Spitze und den Nachdruck nehme, besage nichts Anderes als: es muß in letzter Instanz noch etwas Schrecken und Furcht bleiben, um dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Dies gehöre nicht nur zur alten Abschreckungstheorie, sondern es stecke auch noch der Gedanke dahinter, daß man gegen politische Verbrecher der Stütze des Henkers bedürfe. Aber gerade da wirke der Schrecken am wenigsten. Die politischen Verbrecher sind entweder verworfene Menschen, und dann nicht gefährlich, oder edle Männer, welche ihr Vaterland lieben und dann auch furchtlos dem Tode entgegengehen. Hartnäckige Verbrecher spielen mit Kaufbolde mit dem Leben und lassen sich durch Todesfurcht nicht einschüchtern. Nothwendig also ist die Todesstrafe nicht. Das Bewußtsein des Volkes ist bei den Gestiteten und vernünftig Denkenden ebenfalls nicht für dieselbe. Den Schwankenden soll man mit dem guten Beispiel vorangehen, das öffentliche Urtheil wird dann nachfolgen. Der Redner ist gegen die Todesstrafe nicht aus den gewöhnlichen Gründen, die eben so gegen jede andere Strafart passen. Er stellt sich die Frage: kann die Gerechtigkeit befriedigt werden ohne Todesstrafe? und er beantwortet dieselbe mit „Ja“ für jedes gestitete, also auch für das badische Volk. Verhülte dies sich Anders, so würde er für die Beibehaltung derselben stimmen. Allein bei dem Fortschritte der neueren Zeit, wonach das Verbrechen in der Seele des Menschen und in dem gestörten Rechtsgefühle des Volkes getilgt werden soll, brauchen wir die Todesstrafe nicht. Sie würde diesem Systeme sogar wesentlich schaden, denn ihre Beibehaltung wirkt nachtheilig für die Achtung der übrigen Strafarten, welche die Ueberzeugung begründen sollen: hier wird die Schuld getilgt und der Mensch gebessert. Diese Bedeutung des Besserungssystemes wird aber geschwächt, wenn durch Beibehaltung der Todesstrafe zugeben werde, daß jenes System nicht ausreiche. Man stürz zugleich auch die Achtung der Menschenwürde, die beste Wächterin gegen das Verbrechen in gemeine Verbrechen. Wo das Menschenleben nicht geachtet wird, da wird die Wiederkehr jener Wächterin untergraben, und daraus folgt, daß der Strafzweck ohne die Todesstrafe besser erreicht wird als mit derselben.

Junghanns widersetzt sich, wie Mez, der Berathung der Motion. Wer die Todesstrafe ansechten will, muß beweisen, daß sie in dem sittlichen Gefühl des Volkes nicht mehr wurze, oder daß sie ungerecht sei. Dieser Beweis ist nicht geführt, dagegen ist es ein Zeichen der Verwechslung unserer Zeit, wenn das Leben als das höchste Gut geschätzt wird. Weit höher steht die Freiheit, und wenn der Staat diese vernichten darf durch lebenswierige Gefängniß, so darf er auch das Leben vernichten.

Kapp unterstützt die Motion und erklärt sich gegen die Barbarei der Hebräer die noch immer an uns hafte, während schon das kanonische Recht sich gegen die Todesstrafe ausspricht, indem es die Geistlichen derselben entsetzt. Der Grund, daß eben so gut jede andere Strafe wegfallen müsse, sehe einen noch sehr entfernten Zustand voraus, wo die öffentliche Meinung als Strafe der Verbrecher, die sie in Verruf erkläre, genügen werde. Wahr sei, daß das Leben nicht der Güter höchstes ist, die Schuld aber der Uebel größtes. Doch nicht jene rohe, offene Schuld des gemeinen Verbrechers, sondern der geheime Hochverrath, der sich hinter gesetzliche Formen stecke und von Mächten ausgehe, die ihm Erfolg geben können. Solcher geheime Hochverrath sei das strafbarste Verbrechen, aber an ein Gesetz, das die gebührende Strafe verhänge, glaube er, wie jener alte Engländer so lange nicht, bis er es auf dem gegerteten Fell eines solchen Missethäters geschrieben sehe. Doch wir wollen diese Barbarei fallen lassen und die Todesstrafe um so eher aufheben, als selbst bei Schwurgerichten noch Justizmorde vorkommen.

Nachdem noch Knapp gegen den Antrag des Abg. Rettig gesprochen, beschließt die Kammer mit großer Mehrheit die Motion in den Abtheilungen zu berathen.

Die Tagesordnung führte zu der Diskussion des von dem Abg. Speyerer erstatteten Budgetberichts über die Rechnungsnachweisungen der Münzverwaltung, der allg. Kassenverwaltung und

Digitized by Google

des Aufwandes für das Finanzministerium. Es ergab sich dabei kein Anstand. Auf die Bemerkung von mehreren Seiten, es sei wünschenswerth, daß mehr kleine Silbermünze geprägt werde, erwiderte Finanzmin. Präs. Regenauer, daß in dem Budget Vorsorge dafür getroffen sei. v. Jhstein dankte dem Berichterstatter für die Bemerkung: daß für Baden Eine Münzfederbolzung genüge, daß die Leitung der übrigen Zweige der Staatsverwaltung durch Präsentenen geschehen könne, und neben diesem nur bei dem Ministerium des Innern ein Director nöthig sei.

Min. Präsident Bekk legt die Akten über die Untersuchung wegen Unregelmäßigkeiten bei der Deputirtenwahl in Agglasterhausen, welche in einer Petition behauptet worden wären, vor, wonach an den angebl. Umtrieben der Beamten nicht Ein wahres Wort sei. Der Redner zweifelt nicht, die Kammer werde seine Freude theilen, daß bei uns ein solches Korruptionssystem keine Wurzel gefaßt habe. Böhme u. A. erwarten, daß die Sache in der Kammer noch wetter zur Sprache kommen werde, worauf Hecker erklärte, daß er dann seine Bedenken gegen solche Untersuchungen, die von Beamten ohne Mitwirkung von Kammermitgliedern geführt werden, näher entwickeln werde.

Peter verlas den (in Nr. 38 d. Bl. unter Heidelberg besprochenen) Artikel der Allg. Zeit. gegen die Stehwagen und drang auf Abhilfe, worauf Mr. Präs. Bekk entgegnete, daß eine Vorlage hierüber an die Kammer erfolgen werde und schon beschlossen gewesen sei, ehe jener Artikel erschien.

Am Schlusse der Sitzung wurde die Kommission über die deutsche Wechselordnung um 2 Mitglieder (Mez und Sachs) und jene über Helmerichs Motion auf bedingte Gewerbefreiheit um 4 Mitglieder (Baffermann, Bleiborn, Buhl und Dennig) verstärkt.

In geheimer Sitzung berichtete Mathy über die Verträge des Zollvereins mit dem Steuerverein und mit dem Königreich beider (?) Sicilien, denen die Kammer nachträglich ihre Zustimmung ertheilte.

* Vom Rhein, 9. Febr. Ich lese in Ihrem geehrten Blatte mit Erstaunen, ja ich kann nicht sagen mit welchem Schmerze, die Nachricht, daß Palmerston der österreichischen Regierung eine Note übergeben habe, die eine Einschreitung Oesterreichs in den italienischen Staaten als einen Kriegsfall erkläre. Das Unglaubliche scheint durch die gleichstimmende Mittheilung aus zwei verschiedenen Staaten her an Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Der öfter. Beobachter hat Ihr Blatt gelegentlich wohl zu nennen gewürdigt; möchte er es in diesem Falle nur so weit thun, daß er mit zwei Worten die Nachricht Lügen strafte. Wer möchte in Deutschland wünschen, daß Oesterreich in Italien intervenire? Wer möchte auch diese deutschen Gräuel machen, den Schimpf angethan sehen, solange sie nicht einen Grund gegeben hat, diese Insolenz hinnehmen zu sollen! So weit wäre das Ansehen dieser Macht heruntergekommen, von deren Wink nach 1815 Lord Castlereagh abhing, die 1820 in Italien jene Rolle spielte und noch 1830 mit jener Entschlossenheit droht auftrat! Und was konnte England bewegen, einen solchen Ton gegen seinen ältesten Verbündeten anzustimmen? Unfreilig nur das, was es in Athen so verdissen macht: die Furcht vor einer Verbindung zweier Rivalen; dort Rußlands, hier in Italien Oesterreichs mit Frankreich; in Neapel vorzugsweise einer Handreichung des Sicilianismus mit der Polizei Louis Philipps, die in den Nachrichten bonapartistischer Dynastien gut altbourbonisch ist. In welchen Scheiten wird nicht dies unheilvolle System einer verrotteten Politik in unserem Oesterreich noch wachsen, zu welchen Katastrophen im Innern führen! Mehr als dreißig Jahre Allianz mit Rußland bei der innigsten Abneigung, bei der äußersten Abstossung der Interessen! Eine Allianz aufrecht erhalten nach ausdrücklichem Eingeständnisse wegen noch größerer Abneigung gegen Frankreich! Und nun in den Schwierigkeiten eine plötzliche Verbindung mit diesem so lange perhorrescirten Frankreich, wie es scheint, um nur an Einem Flecchen einmal wieder um allen Preis der Reaktion einen Sieg zu bereiten! So taumelt man aus einem Fehler in den andern; und dann heißen wir Undeutsche, die wir in dem heftigsten Gram des Patriotismus voraus ahnen, daß man daß aus Verkehrt in Verdrehen stürzen wird.

**Kurhessen.** Kassel, 1. Febr. Auch das „Rheinische Volksblatt" von K. Buchner ist nun in Kurhessen verboten.

▽ Braunschweig, 2. Febr. Gestern haben wir hier den Beweis erhalten, wie hoch in den deutschen Staaten selbst, die ein „papiernes Gesetzgesetz" über das Verhältniß des Fürsten zu seinem Volke zu besitzen das Glück haben — das durch jenes Grundgesetz garantirte Recht der freien Vertheidigung geschützt werde. Ein hiesiger Einwohner, der, bei es durch den Druck der Verhältnisse, die auf unserer Stadt allerdings schwer genug lasten, sei es durch eigene Schuld in tiefe Armuth gesunken war, hatte durch seine Kinder, insbesondere durch seinen 10jährigen Sohn das öffentliche Mitleid, wie anzunehmen steht, auf zudringliche Weise an. Die Polizei, die einen großen Theil ihrer Sorgfalt, und sicher nicht mit Unrecht, der Bettelei widmet, (wobei nur der Wunsch zu hegen wäre, daß sie diese mehr in ihren Quellen, als in ihrer Erscheinung bekämpfe) mag durch kleine Strafen den Knaben von dem erwähnten Unfuge und zwar vergeblich zu heilen gesucht haben, sie ergriff deßhalb ein energisches Mittel, arretirte den Knaben, ohne dem Vater davon Anzeige zu machen, und brachte seinen, nachdem der Versuch des durch einen Zufall über den Aufenthalt seines Sohnes aufgeklärten Vaters, dem Knaben auf dem Wege des Rekurses bei der herzoglichen Kreisdirektion und herzoglichem Stadtamte die Freiheit zu erwirken, fehlgeschlagen war, auf 4 Jahre nach der Besserungsan statt zu Severen. — Sah man dagegen mit Ruhe, daß der herzogliche Polizeidirektion nach der Verordnung vom 29. Juli 1833 ihre Befugnisse nicht überschritt, da in dieser Verordnung den Verwaltungsbehörden das Recht eingeräumt wird, über Kinder, Knaben, wenn es wir kein Verbrechen begangen habe, ohne richterlichen Urtheilsspruch zu disponiren. — Der Vater des Knaben wandte sich an den hiesigen Advokaten Lucius mit der Frage, ob das Verfahren der herzogl. Polizeidirektion den Gesetzen gemäß sei? Dieser hatte das Gesetz vom 10. Juli 1840 vor Augen, demzufolge ein Kind, das ein Verbrechen begangen, nur dann in die Besserungsanstalt abgeführt werden darf, wenn das kompetente Gericht den Thatbestand nach den strengen Formen des Untersuchungsprozesses hergestellt und in einer durch Anklagebeugründe gefällten Sentenz erklärt haben sollte, daß das Kind mit Unterscheidungsvermögen handelte. Da dieses Gesetz nicht beobachtet worden wäre, wenn es nur kein solches Erkenntniß hebt dann dem Verhaftigten noch das Rechtsmittel der weiteren Vertheidigung zu. Der gewandte Anwalt mußte nun allerdings nicht unbekannnten Schluß, wenn solche Garantien für persönliche Freiheit einem Kinde gegeben werden, das ein Verbrechen begangen, so müsse minderstens auf gleiche Weise die Freiheit eines Kindes geschützt werden, dem ein Verbrechen nicht zur Last fällt. Ob ein solcher Beschluß auch unserem Ohr in Formen tehendes Juristenwerg ein logischer genannt werden dürfe, bleibe hier dahingestellt, genug der genannte Anwalt schloß so mit vollster Ueberzeugung, und in dieser Ueberzeugung stellte er bei dem kompetenten Gerichte eine Klage im Namen des obenerwähnten Vaters auf Schutz gegen Freiheitsrechts gegen herzogliche Polizeidirektion an, untertag aber in allen Instanzen, da mit schuldiger Ehrfurcht vor dem geschriebenen Gesetze, mag dieses auch noch so unklein der Vernunft nicht entsprechen, der Sache wenig im Wissenschaftlein seine Stütze finden, erklärt wurde, daß die Beweisnahme vom 29. Juli 1833 in unbestrittener Geltung bestehe und der Polizei die vom Kläger verlangte Befugniß einräume. In jener Civilklage, wo also der Vater des Knaben, als Partei, der herzogl. Polizeidirektion gleichsam als Partei gegenüberstand, war nun, nachdem das Gesetz vom 10. Juli 1840 erklärt war, der Ausdruck gebraucht worden: „Die herzogl. Polizeidirektion hat keine einzige der Vorschriften des citirten Gesetzes befolgt, sondern auf das willkürlichste und mit einer wahrhaft türkischen Justiz sich Nr. 8 ein Kind zu entreißen gesucht." Von herzogl. Polizeidirektion wurde, gestützt auf diese Worte, nach Einholung der Autorisation herzogl. Staatsministeriums eine Untersuchung gegen den wegen seiner Haltung bei politischen Fragen mißliebigen Advokaten Lucius und dessen Beförderer eingeleitet, die mit 100 Rthlr. 8 Gr. für das Herzogthum Braunschweig wegen Verletzung der einer Behörde schuldigen „Ehrerbietung" (nicht etwa Achtung!) beantragt und ist dieselbe von herzogl. Kreisgerichte Braunschweig zu einer 14 tägigen Gefängnißstrafe verurtheilt. Es steht dem Verurtheilten die Beschreitung einer zweiten Instanz frei, und er wird diese Befugniß benutzen. Wird dies Erkenntniß nicht abgeändert, so wird der Verurtheilte destraft, weil er sich mit warmem Herzen dem Interesse seiner Partei hingegeben und dadurch seine Redensarten sich vertheidigt hat. Es ist dieser Fall von allgemeinem Interesse, nicht nur für den deutschen Advokatenstand, der eine Lehre empfängt, wie weit er das Recht, seine Ueberzeugung auch nur in der von gegen unzugänglichen Mauern gefügten Gerichtshofe auszusprechen, besitzt, sondern auch für jeden Staatsbürger, der seine Person und Freiheit in Gefahr sieht, sich Recht verschaffen zu können

oder wenigstens nicht veröffentlicht worden ist. So erfahren wir auch unter der Hand, daß, zufolge der neuesten Steuerumschreibung und Militärkonskription, die Bevölkerung der Stadt Hamburg ohne Landgebiet, jedoch mit den Vorstädten St. Pauli und St. Georg, die Zahl von 180,000 Seelen erreicht hat, so daß, wenn wir das Schiffsvolk, die Garnison und Fremde einrechnen, Hamburg nahe an 200,000 Einwohner zählt, mithin die beste Stadt in Deutschland ist. (K.Z).

**Schleswig-Holstein.** Kiel, 4. Febr. Der Börsenhalle wird geschrieben: Was die gegenwärtige Kardinalfrage unserer Politik betrifft, nämlich wie man sich diesem „Verfassungsprojekt", inwieweit es auf der Gesammtstaatsidee beruht, gegenüber zu verhalten habe, ob man überall zur Wahl ersahrener Männer schreiten solle, indem auf jene Grundlage hin eine Verständigung über eine Verfassung undenkbar, oder ob man wählen solle, um Gelegenheit zu haben, sich eben über jene Grundlage zu verständigen, so hat die Ritterschaft sich dem Benehmen nach für die Wahl erklärt. Dieselbe Ansicht hatte eine gestern hier stattgehabte Versammlung der in Kiel anwesenden Ständedeputirten, worunter auch Beseler. In diesen Tagen werden dieser Frage wegen auch die nicht ritterschaftlichen Gutsbesitzer, sowie am 17. d. M. sämmtliche Abgeordnete Schleswigs und Holsteins in Kiel zusammentreten.

Nach andern Briefen desselben Blattes ist zwar im Volke das Mißtrauen und die Abneigung groß, allein die Befürchtung, daß bei Ablehnung der Wahlen von Seite der patriotischen Stände, durch die sich absonderndem Vertreter des nördlichen Schleswigs und vielleicht Flensburgs, Minoritätswahlen zu Stande kommen möchten, hat der Ansicht Beifall verschafft, daß man, wie angeordnet, zur Wahl schreiten müßte, aber mit dem Vorbehalte, daß der Verfassungsentwurf vor seiner Erhebung zum Gesetz den Provinzialständen, gemäß der gesetzlichen Anordnung dieser Institution von 1831 und 1834, vorgelegt werden würde, und daß die Abgeordneten nur an Berathungen gegen auf der Basis der Anerkennung der staatlichen Qualität der Herzogthümer Schleswig-Holstein Theil nähmen, sowie gegen jede Uebergriffe in die Staatsrechte der Herzogthümer protestirten. (Ob solche Vorbehalte viel fruchten, darüber kann man nach allen Erfahrungen kaum zweifelhaft sein. Die Besürchtung vor Minoritätswahlen scheint jedenfalls zu groß; eine Reichsverfassung, an deren Berathung die große Mehrheit der deutschen Herzogthümer keinen Antheil nimmt, ist ein todtgeborenes Kind, eine Konstitution, an deren Gründung dieselben, wenn auch als dissentierende nur protestirende Minderheit Theil genommen haben, ist der erste Schritt zu der Politik, die heute in unserem leitenden Artikel charakterisirt worden ist.)

**Schweiz.**

* Zürich, 30. Jan. Mit welcher Unkenntniß die meisten englischen und französischen und nicht wenige deutsche Blätter verfahren, wenn sie über spezielle schweizerische Verhältnisse ihre Weisheit auskramen, davon liefert das Gerede über die Stellung unserer höhern Officiere das schlagendste Beispiel. Da man sich seit überzeugt hielt, bei der Sonderbundsfeldzug sei ein Krieg des Radikalismus gegen den Konservatismus, der Anarchie gegen gesetzliche Ordnung, der Gottlosigkeit gegen die heilige Religion, so begreift man Anfangs nicht recht, wie Männer, denen Anhänglichkeit an den Konservatismus nie bezweifelt worden war, wie namentlich Ziegler und Burckhardt, wie diese Männer für den Radikalismus ins Feld ziehen konnten. Als führte sogar die liberalen Schweizerblätter voll Anerkennung der militärischen Leistungen derselben Erwähnung thaten, da war es eine ausgemachte Sache: Dufour, Burckhardt und Ziegler, neben den Radikalen Ochsenbein, Oreli, Frei-Herosé, Millet-Constant, die ausgezeichneten Chefs der Armee, bekennen sich zur gemäßigt liberalen Partei, sie werden, sobald der Sieg definitiv errungen ist, das Gewicht ihres Degens in die Wagschale ihrer Partei werfen. Man glaubte, die Schweiz, die ihre uralte Freiheit und Selbstständigkeit — bald durch Gunst der Umstände, bald durch eigene Kraft — zu bewahren gewußt hat, mit den Ländern, besonders romanischer Zunge, zusammenwerfen zu können, wo man unbeschimmert und sorglos das Geschäft der Freiheit in seinen obersten Stockwerken zuerst aufführen zu können wähnt, während der Grund desselben noch nicht oder nothdürftig gelegt ist. So ist es vor Allem bei unsern Stiefschwestern spanischer und portugiesischer Abkunft in Amerika, so auch in Portugal und Spanien kein Wunder, wenn dort ein kühner Soldat das Ruder des Staats an sich reißt; versteht doch selbst Frankreich, die chevalereske „Vorkämpferin der Freiheit und Civilisation", für eine geraume Zeit dem militärischen Despotismus, und weiß man doch selbst jetzt noch allerlei Sonderbares vom „Säbelscheverregiment" dort zu erzählen. In den Ländern germanischer Zunge dagegen, in den Ländern, wo das Bürgerthum sich am Kräftigsten und Selbstständigsten ausbilden konnte, vor Allem in England und Nordamerika, aber auch in der Schweiz und in Deutschland, da erblicken wir nicht viel von diesen Auswüchsen; der Bürger, dem das Princip des Selfgovernment in Mark und Blut übergegangen, ist sich seines Werthes und seiner Bedeutung bewußt, und er wird nie seinen Nacken einem militärischen Gößendiebe beugen. Die HH. Ziegler und Burckhardt haben ihren Degen in die konservative Wagschale geworfen; allein sie ist dessen ungeachtet zu leicht befunden worden. Aus dem Felde, wo anderweitige Anregungen sich geltend machten, in die Heimat, zu den klassischen Stätten des „Zopfs" und des „Liberalkonservatismus" zurückgekehrt, scheinen sie den Einflüssen desselben nicht Stand gehalten zu haben, sie reichten ihre Demission ein, und leisteten damit den jedem edleren Herzen traurigen Beweis, daß sie nicht sowohl im Gefühl ihrer Bürgerpflicht, treu und gehorsam den Beschlüssen der obersten Bundesbehörde, — nein! daß sie nur aus einseitigem militärischen Pflicht- und Ehrgefühl den Befehlen der Tagsatzung Folge geleistet. In Anerkennung dere ausgezeichneten Dienste und des loyalen Charakters des Hrn. Obersten Ziegler bedauern wir aufrichtig seinerwegen den an den Bundespräsidenten gerichteten Brief (anderdwei gefagt zählt derselbe 26 Sätze, die in einem Athem gelesen werden wollen, ein Muster von Styl in gewissem Sinne, (den wir nicht näher bezeichnen wollen); allerdings durfte er sein Entlassungsgesuch mit der Bemerkung motiviren, sein Pflichtgefühl gerathe bei einem künftigen Feldzug abermals mit seiner Ueberzeugung in Konflikt; aber wir fragen, ob es angemessen war, daß ein eidg. Militär in einem Schreiben an den Präsidenten des Kriegsrathes die Streichung von Officieren tadelte, die sich offenbar ihrer militärischen Pflicht entzogen? Und wir antworten mit dem Bischof von Sitten: „Es ziemt sich nicht!" Wir fragen abermals, ob es angemessen war, als Militär die Schritte zu tadeln, die in den 7 Kantonen gegen einzelne Personen (die landesverrätherischen Stifter des Sonderbundes) und Korporationen (die aufwieglerischen Klöster) Statt fanden? Ob es angemessen war, zu schreiben, daß in den höchsten Behörden zuweilen provocirende Aeußerungen gegen das Ausland vorkämen? Ob es endlich angemessen war, daß der Hr. Oberst sein längeres Verbleiben im eidgen. Generalstabe von der „gemäßigteren Richtung des Ganges der Sache", von einer „Amnestie in möglichst weitem Umfange", von der „ungeschmälerten Ausübung des Wahlrechts jeder Partei" (und doch hat Schwyz trotz der „radikalen Unterdrückung" die neue Verfassung quaft verworfen) abhängig machte, und wir antworten aber- und abermals mit dem hochwürdigen Bischofe: „Es ziemt sich nicht, Hr. Oberst!" Wir begreifen und ehren den Schritt, den der General Dufour thun zu sollen glaubte, indem er Ziegler, wie es heißt, schriftlich ersuchte, sein Demissionsbegehren zurückzuziehen, aber ebensosehr begreifen und ehren wir auch den Schritt der Tagsatzung, daß sie, ohne Miene zu machen, der gestellten Bedingungen auch nur zu gedenken, einfach die gewünschte Entlassung ertheilte. Wo bleibt da das Gewicht des konservativen Degens? Die ganze liberale Bevölkerung der Schweiz bedauert den Austritt jener Herren, weil sie dadurch nun eine Illusion ärmer wird; übrigens billigt sie vollkommen die ertheilte Entlassung, das Nichteingehen auf anmaßliche Bedingungen; — und obgleich erst ein paar Tage seitdem verflossen sind, so ist doch Alles so ruhig geblieben, als ob jenes Sendschreiben papiert wäre. Darauf wenigstens kann sich das Ausland verlassen: die „Säbelschlepperreiterschaft" hat keine Chancen bei uns! Und ergeht der Ruf der Tagsatzung noch ein Mal an das eidgen. Heer, so hat der letzte Feldzug bewiesen, daß es uns nicht an eidg. Obersten fehlt, die auch wohl eine Division mit Ehre und Geschick zu führen im Stande sind; ich erinnere nur an die Herren Egloff, Ihler, Ritter u. A. und din der Zustimmung aller Sachverständigen gewiß.

☽ Bern, 6. Febr. Die gestrige Tagsatzung ist ohne bemerkenswerthes Ergebniß vorübergegangen. Der Antrag Aargau's, dahin gehend, für die Mehrleistungen seines Kantons in dem Feldzug, längere Dienstleistungen für Mannschaft und vollständigmäßig größeren Betrauch an Materialien eine angemessene Entschädigung zu leisten, erhielt keine Mehrheit, weil die meisten Stände diesen Gegenstand ad referendum nahmen. Uri's Antrag über Verschiedung der diesjährigen Inspektion seines Militärkontingents wurde gewährt. Den größten Theil der Sitzung nahmen Wahlen in den eidgen. Stab in Anspruch. Höchstwahrscheinlich wird sich die Tagsatzung Ende dieser Woche vertagen, nachdem sie zuvor noch einige Geldgeschäfte und Wahlen abgethan und zum Schluß die Antwort auf die Kollektivnote berathen haben wird. — Folgender vom gewesenen Staatsrath von Wallis an den päpstlichen Nuntius gerichtete Brief ist die beste Anti-

Digitized by Google

wort auf die Gebanntung der Mönche, sie hätten keinen Antheil an dem Aufruhr gegen die Eidgenossenschaft genommen. Der Brief ist datirt: Sitten, 24. Nov., und an den apostolischen Nuntius in Lugern gerichtet. Er lautet: Die übermäßigen Opfer, welche die Vertheidigung der heiligen Sache, die wir unterstützen, von uns fordert, erschöpfen unsere Hilfsquellen. Der Kampf verlängert sich, der größte Geldmangel macht unsere Stellung von Tag zu Tag schwieriger. In dieser mißlichen Lage will der hohe Klerus, voll Aufopferungsliebe für sein Vaterland, seine Kräfte mit den unsrigen vereinigen, damit wir den großen Ereignissen, welche sich vorbereiten, die Spitze bieten können. Das Kloster auf dem St. Bernhard hat uns das großherzige Anerbieten gemacht, mittelst Hypothek auf seine unbeweglichen Güter die Anleihe, welche der Staat abzuschließen genöthigt ist, zu verschaffen. Das Kloster wird hinwiederum durch genügende Bürgschaften sicher gestellt. Das besondere Interesse, welches Eure Excellenz an den Schicksalen der katholischen Schweiz nimmt, berechtigt uns zu der Hoffnung, daß Sie diese Hypothek bereitwilligen werden. Die Schnelligkeit, mit welcher die Ereignisse sich folgen, erlaubt uns nicht, die Bewilligung des heil. Stuhles einzuholen. Wir brechen uns im Augenblick der höchsten Noth; die kleinste Verzögerung kann uns verderblich sein. Ohne die Leistung der uns dargebotenen Hilfe sind wir bald in die Unmöglichkeit versetzt, den Kampf fortzusetzen. — Der Staatsrath von Wallis (folgen die Unterschriften*).

## Frankreich.

Paris, 6. Febr. Wie ergängen heute den vorgestern durch den Abgang der Post unterbrochenen Bericht über die Sitzung der Kammer vom 4. Febr. Beim Beginn der Verhandlungen über den Zustand der Dinge in Afrika erhob sich Hr. Lherbette, um die Ernennung des Herzogs von Aumale zum Statthalter von Algerien anzugreifen und demnächst überhaupt Klage zu führen darüber, daß man die Söhne des Königs in die wichtigsten Posten einschiebe. „Mit diesem Bestreben, sagte er, lenkt man in eine Bahn ein, welche andere Zeiten würdig sein würde. Bald werden wir sehen, wie die Großmeister des Geschützes wiederaufstehen und die Connetables und die Marschälle. Sind wir nicht bereits Zeugen gewesen, daß ein alter Titel auf der Zeit Ludwig's XIV. wieder hervorgesucht wurde, nämlich das Großmarschallamt? Ja wohl werde, daß man bei Gelegenheit der Verewigung dieses Titels in einem ministeriellen Blatte gelesen hat, daß diese Würde nur geschaffen sei, um einem Greise eine Entschädigung zu geben, welcher die größten Rücksichten verdiene. Das ist eine schlechter Rechtfertigung einer ungerigneten Handlung; es ist überhaupt eine Beleidigung des Geistes der Zeit und eine Beleidigung für einen alten Kriegsmann, der in diesem Augenblicke vielleicht bereut, einer Politik gedient zu haben, die für einen Soldaten aus der Schule Napoleon's sehr schwer zu lernen sein mag. Die Besetzung der hohen Staatsämter durch Prinzen des königlichen Hauses verdient die ganze Aufmerksamkeit der Kammer, denn diese Besetzung wird zuletzt eine Regierung von Erbherzogen hervorführen, an deren Spitze die Person des Monarchen stände. — Jenes Verfahren versetzt überdies die Grundsätze der Verfassung, und das ist ein großes Uebel. Die Besetzung der hohen Staatsämter durch die Prinzen versetzt die Regeln der konstitutionellen Regierung und die militärischen Gesetze. Denn ich glaube nicht, daß die Beförderung der Prinzen sich immer strenger an das Dienstalter halte. (Gelächter.) Nach den Prinzen aber kommen Schüblinge und Schüblinge der Schüblinge. Glauben Sie überdies, daß ein Prinz die Hingebung an seine Person nicht als einen großen Dienst ansieht, und daß er dieselbe nicht durch Beförderungen belohnt, über welche er zu verfügen hat? Obgleich sehr ich in der Betzung der hohen Stellen durch Prinzen eine Verletzung der konstitutionellen Grundsätze. Eine solche Verletzung sehe ich auch darin, daß in den Kabinetsversammlungen der König beständig den Vorsitz führt, daß, daß Prinzen in alle Kriegskommissionen eingeschoben werden, darin, daß ein Prinz auf einen Posten gestellt ist, von welchem aus er, wie man allgemein glaubt, zum Vortheile befördert werden soll. — Casimir Perrier verfuhr nach andern Grundsätzen. Wie eifersüchtig er über seiner Ministergewalt wachte, wird Ihnen die folgende Thatsache zeigen. Eines Tages begegnete er in den Tuilerien dem Polizeipräfekten. Dieser kommen Sie? fragte er ihn. — Dem Könige. — Wer hat Sie dorthin gerufen? — Der König. — Casimir Perier geht zum Könige, in der einen Hand seine Abdankung und in der andern Hand die Absetzung des Polizeipräfekten. Als er das Kabinet des Königs verließ, ward die Absetzung des Polizeipräfekten unterzeichnet, und dieser Mann war also dafür gestraft, daß er die Dienstregeln soweit verletzte, in unmittelbaren Verkehr mit dem Könige zu treten. — — Was bleibt den Ministern übrig, wenn die hohen Staatsämter den Prinzen gegeben werden, und wenn der König den Vorsitz im Kabinetsrathe führt? Sie sind Nichts weiter als Werkzeuge des herrschenden Systems.

Hrn. Lherbette folgte Hr. Guizot auf den Rednerstuhle. So unbankbar der Boden war, auf welchem sein Vorgänger die Dotable hinübergespielt hatte, so wußte er ihm doch einen glänzenden Triumph abzugewinnen. Mit einer ungewöhnlichen Kraft der Stimme und einem Schwunge des Ausdrucks, durch welchen selbst der widerstrebende Theil der Kammer mit fortgerissen wurde, schien der Minister weniger seinen schwachen Gegner als sich selbst überzeugen zu wollen. „Wenn unsere Handlungen, begann er, wenn unsere Ideen, wenn unsere Politik in dieser Versammlung alle Tage mit einer Lebhaftigkeit, mit einer Heftigkeit angegriffen werden, als deren Zeugen ich Sie anrufe, m. HH.! wenn die Presse und die Rednerbühne aller ihrer Waffen auf unsere Häupter richten, so dursten wir vielleicht glauben, daß wir es seien, die man bekämpft, daß wir es seien, denen der verschiedete oder unverschuldete Zorn der Opposition gilt. Täglich haben wir auf die Beschuldigungen zu antworten, welche Hr. Thiers, welche Hr. Barrot gegen uns erhebt; wir verfechten unsere Meinungen, unsere Handlungen mit Offenheit und Ueberzeugung — und gleich wohl kommt man und sagt uns, daß die Repräsentativregierung nicht existirt. Aber an welchen Zeichen erkennt man sie denn? Die Minister, welche alle Tage angegriffen werden, übernehmen die Verantwortlichkeit für alle ihre Handlungen — wo ist denn das repräsentative System, wenn nicht hier? — Der Redner, welcher der soeben gehört hat, sprach von Großmeistern des Geschützes, von Connetabrin, von Marschällen, er sagt, wir werden sie bald wiederaufstehen sehen, und stützt seine Weissagungen als Thatsachen hin, für welche wir verantwortlich seien. Keine dieser Thatsachen ist vorhanden, und ich kann mit ziemlicher Gewißheit sagen, daß keine derselben jemals vorhanden sein wird, denn ich sehe kein öffentliches Interesse, welches verlangt, daß sie in's Leben gerufen werden, wohl aber sehe ich öffentliche Interessen, welche es verbieten. — Ich suche in der Rede des ehrenwerthen Herrn Lherbette andere Thatsachen, andere Behauptungen die ich zu bestreiten hätte, und ich finde nur Voraussetzungen. Er spricht von Kriegskommissionen, in welchen die Prinzen neben Generalen führen. Er leiht eine sehr gewöhnliche, eine schimpfliche Meinung von den Männern dieser Zeit haben, wenn man annimmt, daß man sich nicht Angesichts eines Prinzen befinden könne, ohne ihn entweder zu beleidigen oder sich ihm zu Füßen zu legen. Entweder Unverschämtheit oder Kriecherei, das ist also die Wahl, auf welche Sie die Männer dieses Jahrhunderts beschränken? Die Aufstellung einer solchen Wahl ist dieser Kammer, ist unserer Aller unwürdig, und ich weise sie mit Entrüstung zurück. — Ja, wir sind Royalisten, aber ich wüßte nicht, daß das Repräsentativsystem monarchische Gesinnungen ausschließt. Wenn sich eine Gelegenheit darbietet, bei welcher die Pflicht sich zeigen können, wie sie sind, wo es ihnen vergönnt ist, ihre Eigenschaften glänzen zu lassen, so regressen wir hierüber eifrig. Und wir werden solche Gelegenheiten auch ferner eifrig ergreifen, denn wir sind gewiß, daß die Söhne des Königs ihrer Pflicht immer genügen werden; sie übereifrig können gewiß sein, daß sie immer auf uns rechnen dürfen." Hr. Guizot verließ den Rednerstuhl unter beständerm Beifallsklatsch.

Der Constitutionnel sagt: Ein in Paris lebender deutscher Flüchtling, Hr. Fr. Engels, Verfasser eines Werkes über den Pauperismus in England, hat von der Polizei, man weiß nicht warum, den Befehl erhalten, Paris in 24 Stunden und Frankreich in 3 Tagen zu verlassen, widrigen Falls man ihn durch Gendarmen mit Gewalt dazu würde anstehen lassen würde. So wie man sagt, war Hr. Engels nebst einem jungen deutschen Maler vor seiner Ausweisung sechs Tage lang verhaftet.

## Italien.

Venedig, 2. Febr. Heute Morgen verließ das Kriegsdampfschiff Vulcano unsern Hafen. An seinem Bord befindet sich die vollzählige Mannschaft für die Segelschiffe der Division im adriatischen Meere. Das weitere Ziel der in Eile veranstalteten Fahrt ist Mie-

*) Unser Korrespondent kommt hier noch einmal auf die Ausweisung der Hauptverschwörer aus Hessen und auf die sogenannte Berichtigung der Gr. Hess. Zeitung zurück; zugleich hatten wir sie völlig erledigt, da wir an dem nämlichen Tage, wo uns der baldoffizielle Widerspruch des Darmstädter Blattes zu Gesicht kam, authentische Aktenstücke vorlegten, welche diese angebliche Berichtigung in ein sehr seltsames Licht stellen. Daß sich eine ganze Reihe von Blättern beeilte, jene „Berichtigung", die der Deutschen Zeitung galt, schnell abzuwunden, erklärt sich durch die überaus große Wahrheitsliebe der genannten Blätter; nur hätte die nämliche Wahrheitsliebe es erfordert, auch die Widerlegung mitzutheilen, welche die D. Z. dem offiziellen Dementi entgegensetzte. D. R.

Digitized by Google

## Die Fabrikfrage vor den badischen Ständen.

### II. Die Diskussion. Erster Tag.*)

Die Theilnahme aller Klassen der Gesellschaft an dem Gegenstand der Verhandlung war ungewöhnlich lebhaft. Viele Auswärtige waren am Mittwoch in die Residenz gekommen und hatten sich gelüsten lassen, indem wegen der bereits erzählten Vorgänge die Sitzung um einen Tag verschoben werden mußte. Die Stimmung war vorherrschend gegen die Staatshilfe, wie sie 1835 gegen den Beitritt zum Zollverein gewesen war. Die radikale Presse hatte ihre Leser belehrt, daß die Regierung reiche Bankiers mit dem Gelde der armen Steuerpflichtigen aus der Verlegenheit ziehen wolle; Rechenkünstler hatten herausgebracht daß die Fabriken jährlich Hundertausende einbüßten, — was leicht nachzuweisen war, indem man den Aufwand für Liegenschaften, Gebäude, Maschinen und Einrichtungen, der aus dem Ertrag noch nicht heimbezahlt werden konnte, als Verlust auf die einzelnen Jahre vertheilte. Die hervorragendsten Mitglieder der Opposition, hieß es, seien gegen die Fabriken, wie sie gegen den Zollverein und die Emanzipation der Juden gewesen waren, und Briefe aus den Bezirken wirkten wieder auf die Abgeordneten. Doch war diese Stimmung nicht ungetheilt. Zwei liberale Blätter des Oberlandes brachten Aufsätze für die Erhaltung der Gewerbsanlagen, und außer den zunächst betheiligten Gegenden sprachen sich Städte und Bezirke, welche die Bedeutung der Industrie kennen, in gleicher Richtung aus.

Die Verhandlung wurde mit einem kurzen Vortrage des Berichterstatters (Mathy) eröffnet, der über die Entstehung und Bedeutung der neuen Vorschläge Auskunft gab, welche einerseits die Summe vergrößern, für welche die Staatskasse zu haften hat, weil ohne diese Erhöhung ein Vergleich nicht zu erwarten sei, anderseits aber der Staatskasse größere Sicherheit für den Ersatz etwaiger Vorschüsse gewähren. Am Schlusse seines Vortrags erwähnte der Redner der eingelaufenen Petitionen, drei für und eine gegen die Staatshilfe. Der Abgeordnete Hecker hatte bei Übergabe der letzteren (anobrückisch) hinzugefügt, daß noch viele ähnliche nachgekommen sein würden, wenn die Verhandlung etwas weiter hinausgeschoben werden wäre. Hierauf bezüglich äußerte der Berichterstatter: er zweifle daran nicht, aber nicht immer seien zahlreiche Petitionen der wahre Ausdruck der öffentlichen Meinung. Vor zwei Jahren sei ein Sturm von Petitionen gegen einen Grundsatz aus dem kirchlichen Gebiete in die Kammer gelangt und nur sehr wenig dafür. Als aber durch Auflösung der Ständeversammlung Berufung an das Volk eingelegt worden, da habe sich gezeigt, daß jene Petitionen nicht die Stimme der öffentlichen Meinung waren. So werde es auch hier gehen; er appellire von dem übel unterrichteten Volke an das besser zu unterrichtende und sei überzeugt, daß die Berufung dahin gehen werde. Diese Äußerung wurde von mehreren öffentlichen Blättern dahin gedeutet, der Redner habe die Petenten gegen die Staatshilfe mit jenen gegen die Glaubensfreiheit auf gleiche Stufe gestellt, während er doch nur einen unumstößlichen Beleg für die Behauptung gab, daß die Zahl von Petitionen nicht immer ein richtiger Maßstab für den Stand der wahren öffentlichen Meinung ist.

Vierundzwanzig Redner hatten sich für die Diskussion einschreiben lassen, der Präsident hatte sie so geordnet, daß die Redner für und gegen die Staatshilfe abwechselten, und die Liste zeigte, daß Einer über die Hälfte für die Vorschläge das Wort begehrt hatte.

Baffermanns ausgezeichneter Vortrag gegen die Zinsgarantie, kann als Bericht der Minorität betrachtet werden. Er enthielt alle Gründe, die schon in der Kommission vorgetragen und in den Berichte erwähnt worden waren. Er suchte hauptsächlich die beiden Sätze zu beweisen: 1) daß die Fabriken auch ohne Staatshilfe fortbetrieben werden würden, weil dies im Interesse der Gläubiger liege; 2) daß die Zinsengarantie die Gewerbe in Staatshände bringen, viele ähnliche Begehren nach sich ziehen werde und Papiere schaffe, welche der schlimmsten Gattung des Börsenspieles dienen. Aus der Annahme, daß die mit der Zinsgarantie verbundene Aufsicht den Staat zum Verwalter der Industrie mache, folgerte der Redner, daß der Staat hiermit in neue Bahnen einlenke, die ganze Politik umkehre und die Lehren des Kommunismus verwirkliche. Dagegen schlug er vor, mit einem baaren Vorschuß zu helfen, dessen Betrag er auf 5 bis 600,000 fl. anschlug. So scharfsinnig und sachkundig der kaufmännische Theil des trefflichen Vortrags war, so gewagt erschienen seine Folgerungen; auf den baaren Vorschuß würde weder die Regierung noch die Kammer eingegangen sein, die gesammte Summe würde kaum den dritten Theil dessen ausgemacht haben, was erforderlich gewesen wäre, um den Zweck zu erreichen.

Der Vortrag des Abg. Kapp, welcher auf Baffermanns folgte, war nicht geeignet, den Eindruck zu schwächen, welchen dieser durch seine Kenntniß der Geschäfte und seinen klaren Verstand hervorgebracht hatte. Die Verhältnisse, um welche es sich hier handelte, liegen dem Berufe des Abg. Kapp zu fern, er erklärte selbst, daß er den weiteren Verlauf der Diskussion abwarte, um sich eine bestimmte Ueberzeugung zu bilden; er hatte sich sogar durch die Eingebung eines Freundes, welcher gegen die Staatshilfe war, Zweifel über die Richtigkeit der vorgelegten Zahlen erwecken lassen, weil darin das Steuerkapital verschieden von dem Anschlag zur Brandversicherung und von der Schätzung im Inventar angegeben war, eine Verschiedenheit, welche bekanntlich überall vorkommt. Dagegen hatte der Vortrag des Abg. Kapp einen eigenthümlichen Vorzug, der ihm bleibenden Werth gibt, durch sein Auftreten gegen das Haus Rothschild. Es war ein kräftiger und nachahmungswerther Emancipationsversuch von der Uebermacht dieses Hauses, dessen Dank auf die Finanzen der Staaten, wie auf die Geld- und Kreditverhältnisse des Handels und der Gewerbe in Deutschland unerträglich zu werden beginnt. Die Machinationen und Intriguen dieser Geldmacht stellte der Abg. Kapp als die Veranlassung des Sturzes der Fabriken dar. Diese krankuliernde Geldmacht, welche in ihrem Hochmuthe sagt: die deutsche Bank — das bin ich, und wenn Tausende unterge hen, ich bleibe doch, der ich bin. Es sei zu bedauern, daß nicht durch ganz Europa dieses Haus in Verruf erklärt werde, welchem kein Funke der Großartigkeit innewohne, welche frühere Geldmächte, die Fugger und Medici, gezeigt hätten. Wie diese, so werde auch das Haus Rothschild unterge hen, aber sein Fall werde kein nobler sein.

Der Schlußvortrag des Abg. Kapp, ob die Regierung in ähnlichen Fällen ähnliche Vorschläge machen werde, wie hier bei den drei Fabriken, beantwortete Staatsrath Nebenius, dessen Name in volkswirthschaftlichen und finanziellen Dingen einen europäischen Ruf hat, mit folgender Erklärung: Der Verfall eines jeden Gewerbes ist ein öffentliches Unglück, indem das Nationalvermögen oder Einkommen dadurch vermindert wird. In der Regel aber treten solche Ereignisse als vollendete Thatsachen vor uns, und das Verlorene ist dann nicht mehr zu gewinnen, was noch vorhanden, kann in andere Hände übergehen. Von hat mannigfaltige Anstalten, um in solchen Bedrängnissen zu helfen. Findet eine mißrathene Unternehmung glücklichere Nachfolger, so leidet die Gesellschaft keinen Schaden; zeigen sich keine Uebernehmer, so ist dies in der Regel ein Beweis, daß die Produktion nicht lebensfähig war, und dann ist es gut, wenn sie aufhört. — Hier aber liegt ein Fall vor, wo die Vernichtung der drei Großgewerbe nicht vollendet ist, aber in Frage steht. Diese abzuwenden, die Lebensfähigkeit der Fabriken vorausgesetzt, ist der Zweck der Vorschläge. Wenn je wieder der Fall vorkäme, daß eine lebensfähige Produktion von 3 Mill. in Gefahr stünde, für deren Fortsetzung sich keine Käufer, für deren Rettung kein anderer Weg sich darböte, so würde die Regierung eben so handeln, Falls der Fortbetrieb dadurch ebenso gesichert würde.

Der Abg. Rettig hatte sich als Redner über die Vorschläge einschreiben lassen; er nahm besonders die Zuckerfabrik Waghäusel in Schutz, welche in seinem Wahlbezirke liegt, tadelte sowohl die Gegner, welche die Noth der Arbeiter als vorübergehend geschildert, und damit einen Trost gegeben hätten wie die Banduren, welche den Leuten, denen sie die Köpfe abschneiden wollen, sagen, es thue nicht weh; tadelte ferner den Bericht, der herausforderude Stellen enthalte, erklärte sich aber endlich doch für die Vorschläge. Seine Gründe waren jedoch eher geeignet, denselben Gegner als Freunde zu erwecken; er war nämlich für die Staatshilfe wegen Waghäusel, wegen der Stadt Karlsruhe und der Aktionäre, endlich, weil er der Regierung kein Mißtrauensvotum geben wolle.

Von großem Gewicht war das Votum des Abg. Peter gegen die Anträge der Kommission. Dieser reine und feste Charakter; der rücksichtslos mit den größten persönlichen Opfern stets treu für die Volkssache eingestanden, konnte nur gute und edle Beweggründe für seine Abstimmung haben. Er wollte Gewißheit darüber haben, daß das Interesse der Gläubiger an dem Fortbestand der Fabriken so gering, die Vortheile der Zinsgarantie so groß seien, daß kein anderer Weg übrig bleibe. Diese Gewißheit fand er nicht und hielt sich darum nicht für ermächtigt, eine Bewilligung von Staats-

*) In der Überschrift des Artikels I., Beilage zu Nro. 38 ist in einigen Exemplaren statt: „Von" zu lesen: „Vor der Diskussion."

Digitized by Google

geltern auszusprechen. Der volkswirthschaftliche Gesichtspunkt stand ihm zurück hinter der Besorgniß, daß die Steuerpflichtigen für die Fabriken zahlen müßten. Wir ehren diese Meinung, aber wir theilen sie nicht, weil wir glauben, daß ein volkswirthschaftlicher Vortheil hier erreicht worden, ohne Opfer aus den Beiträgen der Bürger zu öffentlichen Bedürfnissen.

Der Abg. Welcker traf den Gesichtspunkt, welchen wir in dieser Sache für den allein maßgebenden halten. Nachdem er auf die vollständige Sicherheit hingewiesen, welche der Staatskasse für etwaige Auslagen geboten wird, und die Mißverständnisse beleuchtet hatte, welche die Mißstimmung im Volke veranlaßt, hauptsächlich weil man glaubte, es solle hier aus Steuermitteln Personen geholfen werden, kam er auf die Sache, die es hier gelte, nämlich das Blühen und Gedeihen der Industrie. Daß die Macht und die Selbstständigkeit der Nationen nach dem heutigen Standpunkt der Kultur auf Industrie und Handel mit beruhen, bedürfe keines Beweises. Darüber seien Regierung und Stände bei uns jetzt einig; aber so ist es nicht überall in Deutschland und so war es auch bei uns nicht unter dem Ministerium Blittersdorff. Damals dachte man und anderwärts denkt man noch an fürstliche Verwandtschaften, heilandische Duxaten, englische Souveräns, an Restauration des Mittelalters und patriarchalische Zustände. Die Industrie, durch Versprechungen aufgemuntert, trafen harte Schläge, z. B. der Holländer Vertrag, starrer Widerstand gegen alle Bestrebungen für vernünftigen Zollschutz. Es drohte wiederzukehren, was schon Justus Möser als die Ursache des Verfalles der deutschen Größe bezeichnet, die tödtliche Anfeindung von Gewerbe und Handel, welche sogar in den kurfürstlichen Wahlkapitulationen den Kaisern zur Pflicht gemacht wurde. Jetzt haben wir Hoffnung, durch die erwachende Volksvernunft und die glückliche Vereinigung vieler deutschen Staaten vorwärts zu kommen. Der gesunde Menschenverstand wird uns sagen, daß ohne kräftige Entwickelung von Handel und Industrie irländische Zustände den Deutschen bevorstehen. Man hat Millionen zur Hebung der Landwirthschaft aufgewendet, für die Ablösung der Zehnten und Aufhebung der alten Abgaben. Wir zahlen aber jetzt noch Millionen an die Engländer für Arbeitslöhne, welche die Bürger unseres Vaterlandes gern verdienen würden. Tausende wandern aus, gerade von den Wohlhabenderen; immer zahlreicher wird die Menge der arbeitslosen Armen. Ihnen muß man unter die Arme greifen, indem man für Beschäftigung sorgt. Damit ist die Unterstützung der Fabriken im Allgemeinen und der drei großen Anstalten, deren Sturz eine erschreckende Rückwirkung auf die ganze Industrie haben würde, gerechtfertigt. „Halten wir fest an einer großen Sache, stützen wir drei starke Pfeiler unserer Industrie, und scheuen wir dafür ein kleines Opfer nicht.“ Die Redner vertraut auf die Bildung des badischen Volkes, eben weil es sich nicht fanatisiren lasse und nicht an einem blinden Glauben festhalte, daß diese Sache prüfen und daß in der öffentlichen Meinung das Vernünftige obsiegen werde. — Nach Welcker begründete v. Soiron seinen Antrag, auf die Vorschläge der Regierung vor der Hand nicht einzugehen, sondern abzuwarten, bis auf den Grund eines zwischen den Gläubigern und den Inhabern der Fabriken geschlossenen Borg- oder Nachlaßvergleichs die Staatshilfe begehrt werde. Das Schicksal dieses Antrags war entschieden, sobald M. Präs. Bekk und Staatsrath Nebenius aufgeklärt hatten, daß dreierlei auf der irrigen Unterstellung beruhe, als sollten die Vorschläge alsbald Gesetzeskraft erlangen, während sie doch nur der Regierung eine Ermächtigung geben, wovon sie nicht eher Gebrauch machen kann, bis der Vertrag zwischen den Betheiligten in giltiger Form zu Stande gekommen sein wird.

Den Abg. Metz drängte sein schlichtes Gefühl zu dem Ausruf: Er sei froh, daß kein Amerikaner, Engländer oder Franzose Zeuge gewesen, wie bei den Deutschen, sobald sie einmal praktisch sein wollen, immer ein Jurist komme, um einen Zankapfel hineinzuwerfen. Er gehöre fortan zu denen, welche vor den Juristen nicht die größte Achtung haben. Seit 14 Tagen werde die Frage in der Kommission, in Gegenwart der ersten Juristen des Landes berathen, und nun komme ein anderer Jurist und sage, dies Alles sei nach den Gesetzen unzulässig. Er sei kein Jurist und halte sich daher an den Art. 1. des Gutwurfs, wonach der Vertrag zwischen den Betheiligten der Leistung der Staatshilfe vorausgehen müsse, und habe das Vertrauen zu der Regierung, daß der Vergleich gesetzlich abgeschlossen werde. Der Redner folgte hierauf dem Abg. Welcker auf das Feld der praktischen Thätigkeit des Volkes und erörterte mit Sachkenntniß und Wärme des Gemüthes sowohl den Satz: daß in unserer Zeit kein Volk ohne Industrie groß und mächtig werden oder bleiben könne, so wie er die Wichtigkeit der Erhaltung der drei Fabriken und ihre Lebensfähigkeit aus ihren Verhältnissen, in welche er tief eingieng, nachwies. Er billigte das Urtheil, welches Kapp über das Haus Rothschild gesprochen, und machte es den Regierungen zum Vorwurf, daß sie neben sich eine Macht groß gezogen, die ihnen über die Köpfe wächst. Es sei gut, daß man anfange, den Fehler einzusehen; wenn Regierungen und Stände wollen, dann werde sich zeigen, daß jenes Haus nicht mehr die Allmacht besitzt, die man ihm jetzt noch zuschreibt. Wenn man die Fabriken jetzt fallen ließe, nachdem sie mit theuerem Lehrgeld eine hohe Stufe der Vollkommenheit erreicht haben, so wäre dies eine schwere Versündigung an dem Wohlstande des Landes; es würden noch viele Fallimente ausbrechen und Baden in ganz Deutschland in Mißkredit kommen. Unterstützen wir sie, dann wird man einsehen, daß die Staatsverwaltung und die Stände die Interessen des Landes verstehen, die Industrie in Baden wird an Vertrauen, der Staatskredit an Festigkeit gewinnen. Die Staatskasse laufe bei der Zinsgarantie nach den Bestimmungen des Entwurfs nicht die mindeste Gefahr, und er fordere Jeden auf, ihm die Summe zu benennen, welche der Staat dabei riskire. Der Schluß der Rede des Abg. Metz war der Widerlegung des Vortrags von Bassermann gewidmet.

Schmitt bekämpfte die Vorschläge mit dem §. 561 von Mohls System der Polizeiwissenschaft, wonach der Staat seiner Gewerbsunternehmung besser helfe, welche durch eigene Schuld in Verlegenheit gekommen. Eine Schuld aber findet er in der Art und Weise, wie sich die drei Fabriken durch Bankkredite ein Betriebskapital verschafft haben, welches ihr Vermögen weit überstieg.

Sachs, welcher sich als Redner gegen den Entwurf hatte einschreiben lassen, erklärte, daß er den Anstalten, welche ihm Dritte äußerer Verhältnisse erlagen, eine moralische Hilfe, ohne Gefahr für die Staatskasse, geben wolle. Seiner Ansicht entsprechen daher die neuesten Anträge der Kommission, diesen könne er daher auch zustimmen.

Helbing sprach in ähnlicher Richtung wie Welcker und Metz und legte das Gewicht seiner Kenntnisse und Gefahrungen als Leinwandfabrikant in die Wagschale für die Unterstützung der Fabriken. Er hob insbesondere hervor, daß die Opfer an Steuern und Volkseinkommen, welche der Fall der Fabrikerwerke im Gefolge haben würde, sehr bedeutend seien, während ihre Erhaltung gar keine Opfer fordert.

Weller sprach für Unterstützung der Kessler'schen Fabrik, aber gegen Ettlingen und besonders gegen Waghäusel, welche große Verluste erlitten hätten und noch größere erleiden würden, indem die Hoffnungen, welche die Unternehmer von Anfang an gehegt, für die Zukunft nicht besser begründet seien als für die Vergangenheit.

Dennig erklärte, daß er zwar einige Aktien habe, aber dennoch nicht (wie Ulrich) auf sein Stimmrecht verzichte, weil er nicht für sich hier sei, sondern für Andere, die vertreten sein wollen und wohl wissen, daß er sich nicht durch kleinliches Interesse leiten lasse. Er widerlegte Welcker's Behauptungen, daß die Fabriken ohne Staatshilfe von den Gläubigern fortbetrieben oder andere Käufer finden würden, sowohl aus innern Gründen als mit der Erfahrung in unserm Lande, wo eben jetzt eine große Fabrik aus Mangel an Käufern in ihren einzelnen Bestandtheilen verkäuft werde (Schreckheim). Wer den Arbeitern Beschäftigung geben und sie nicht auf Almosen vertrösten wolle, wer überhaupt der Industrie nicht abhold sei, der werde unbedenklich für die Anträge stimmen.

Nachdem bis dahin 7 Redner für und 4 gegen die Kommissionsanträge das Wort genommen hatten, und die Sitzung von 9 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags gedauert hatte, wurde die Fortsetzung der Debatte auf den nächsten Tag verschoben.

Schweiz.

○ Bern, 5. Febr. Tagsatzungsverhandlungen vom 4. Febr. Ohne Ablesung des Protokolls wird in der gestern abgebrochenen Diskussion über die Verfolgung der Landesverräther und die Amnestiefrage fortgefahren. Die noch übrigen Stände sprechen sich in verschiedenem Sinne sehr ausführlich aus, ohne der Diskussion wesentlich Neues zuzufügen. Wallis verweilt lange zu seiner Entschuldigung bei der Strafbarkeit der Klostergeistlichen des St. Bernhard, die seit 1833 stets als die größten Feinde der Schweiz und der Freiheit durch Wort und That sich gezeigt hätten. Von dort sei Geld für den Sonderbund geflossen, von dort her sei das Volk fanatisirt und aufgewiegelt und ein eigentlicher Vertilgungskrieg gegen die Patrioten gepredigt worden. Neuenburg sucht sich wegen der Verhaftungen zu rechtfertigen, die ihm im Lauf der Diskussion vorgehalten wurden. In Neuenburg befinden sich von 60,000 Einwohnern, die der Kanton zählte, ungefähr 18,000 Schweizerbürger, Beweis, daß man in Neuenburg gastliche Aufnahme finde und sich wohl fühle. Wenn Einzelne, die sich Störungen, „Akte der Opposition“, höhnende Aeußerungen gegen die Behörden zu Schulden kommen ließen, weggewiesen seien, so

Digitized by Google

kann Neuenburg hierin nichts Unrechtes finden; es müsse Potzei üben. Es geiſelt das Freiburgiſche Konfiskationsdekret und empfiehlt eine allgemein umfaſſende Amneſtie von der Eidgenoſſ. aus, wornach ſelbſt Siegwart, Meier und Ammann wieder zu Gnaden kommen würden. Genf ſpricht ſich einläßlich für die Kommiſſionsanträge aus. Bern geht von der Thatſache aus, daß eine Reihe von Verbrechen theils durch die Aufſehung gegen die Eidgenoſſenſchaft, theils durch die Anrufung fremder Hilfe, theils durch die Verfaſſungsverletzungen in einzelnen Kantonen verübt wurden. Entweder ſolle man Beſtrafung eintreten oder Vergeſſenheit ausgeſprochen werden, aber die Sache hänge gar zu laſſen, ſei unpolitiſch. Wenn jetzt Amneſtie empfohlen werde, ſo wünſche man das Beiſpiel derjenigen nicht nachzuahmen, die gewaltig die Amneſtie in Anſpruch nehmen, aber früher ſelbſt keine Schonung gekannt haben. Aber eben durch ihre Verfolgungen haben dieſe, wie vorausgeſagt wurde, ſich ſelbſt ihr Grab gegraben. Die damals Verfolgten ſollten jetzt ihren Grundſätzen nicht untreu werden und ſelbſt üben, was ſie einmal verdammt haben. Bern ſetzte aus den gen zu laſſen, ſei unpolitiſch. Wenn jetzt Amneſtie empfohlen werde, in Luzern, Freiburg ꝛc. ergriffenen oder in Anklage geſtellten Maßregeln auseinander, wie die Empfehlung zu Amneſtie am Ort ſei. Es ſpricht ſich entſchieden gegen die Wicklor aus, wonach ohne richterliches Urtheil durch den geſetzgebenden Körper Konfiskationen aufgehoben werden könnten ihres politiſchen Bürgerrechts beraubt werden ꝛc. Man könne in dieſer Beziehung nicht die Schuld auf die Tagſatzung ſchieben und ſagen, dieſe ſolle ihrerſeits zuerſt amneſtiren. Die den Kantonen auferlegten Laſten ſeien keine Strafe, ſondern ein gerechter Erſatz für die Opfer, die von den erquirenden Kantonen gebracht werden mußten. Von einer Amneſtie könne alſo hier nicht die Rede ſein. Was den Vorbehalt des Rückgriffs betreffe, ſo habe die Tagſatzung unmöglich darunter verſtanden, daß Willkür geübt und Andere als gewiſſermaßen Schuldige getroffen werden ſollten. Bern ſtellt hierbei die Frage, wer im Grunde die Schuldigen ſind, und zeigt aus den Vorgängen in den Sonderbundskantonen, daß es das Volk geſtanden habe, die großen Mehrheit geweſen ſei, das geſetzt habe, indem es an den Landsgemeinden, durch Adreſſen ꝛc. die Schritte ſeiner Führer mit lautem Beifall genehmigt und erklärt habe, daß es mit Gut und Blut zum Sonderbund ſtehe. Daher ſolle jetzt auch das Volk die Schuld auf ſich nehmen und die Opfer tragen, die es ſich ſelbſt zugezogen. Der Redner ſetzt das beſondere Intereſſe Berns auseinander, daß eine Amneſtie gegeben werde. Seit Jahren habe Bern mit geſchultertem Gewehr geſtanden und wünſche jetzt einmal Ruhe; an eine dauerhafte Ruhe ſei aber nicht zu denken ohne Milde und Einigung der Gemüther. Nur die Landesverräther will Bern ausnehmen. Es ſtellt hierauf verſchiedene Kategorien von Landesverräthern auf, indem es auch diejenigen dahin rechnet, die das Vaterland in öffentlichen Blättern verleumden und das Ausland zur Intervention zu verlocken ſuchen, das „Roßlaufen in Paris“, ferner diejenigen, die das Aſyl mißbrauchen, um die Brandfackel in ihr Heimathland und mit ihr in unſer Vaterland zu werfen. Nicht Alle könne man intereſſen erreichen, wohl aber ſolle man einſchreiten gegen diejenigen, von denen das Skandaliöſe vortrage, daß ſie fremde Bajonette in die Schweiz zu rufen ſuchen. Zürich zeigt in ausführlicher Rede ſeine volle Uebereinſtimmung mit Bern und widerlegt ſcharf die von Uri ꝛc. gemachten Einwendungen. Beſonders hart geißelt es Baſelſtadt, das im Jahr 1845, wo in Luzern Hunderte in den Kerkern ſchmachteten oder auf flüchtigem Fuß ſich befanden, mit Neuenburg die Radikale Theorie aufgeſtellt habe, daß es ein Eingriff in die Kantonalſouverainetät ſei, auch nur einen Wunſch für Amneſtie auszuſprechen, und jetzt kalte es die Kommiſſion, weil es die Amneſtie nur empfehlen und ſie nicht beſtimmter ausgeſprochen habe. — Nun folgen eine Menge Gegenerklärungen von faſt allen Ständen. Zürich ſchließt zum Schluſſe eine Redaktion vor, ſtatt „allgemeine“ Amneſtie zu ſetzen: „möglichſt umfaſſende“ Amneſtie. Bei der Abſtimmung erhält der erſte Theil des Entwurfs, die Beſtrafung des Landesverraths betreffend, 11½ St., Luzern und ein paar andre Stände behalten ſich das Protokoll offen; für Amneſtie ſtimmen 9½ St.; für den Antrag von Schwyz, den Sonderbundskantonen die treffenden Koſten zu erlaſſen, ſtimmen nur die Betheiligten nebſt Genf und Neuenburg. So ſind zwei lange Sitzungen um die vielen gründlichen, wenn auch theilweiſe ermüdenden Vorten. — ohne Reſultat gebliben, da kein Antrag eine Mehrheit erhielt. — Heute um 9 Uhr iſt wieder Sitzung.

### Niederland.

**Haag**, 31. Jan. Geſtern hat eine Kirchenfeier zur Erinnerung an den 200jährigen Jahrestag des Münſterſchen Friedensabſchluſſes ſtattgefunden, durch welchen Niederlands Unabhängigkeit beſiegelt worden. — Prinz Alexander, zweiter Sohn des Königs, liegt in Madeira gefährlich krank. Dr. Everard iſt dahin abgereist, um dem Prinzen wo möglich noch mit ſeinem ärztlichen Beiſtand zu Hilfe zu kommen.

Das Marinedepartement hat eine kleine Schrift „Koninklyke Nederlandsche Marine“ erſcheinen laſſen, nach deren Angaben die holländiſche Marine am 1. Januar 1848 doch 179 Schiffe zählte, von welchen 16 in Andau und 61 in aktivem Dienſte waren. Prinz Friedrich iſt Admiral der Flotte, die aufserdem 3 Vizeadmirale, 4 Contreadmirale (Schouten by nacht), 23 Kapitäne, 32 Kapitän-Lieutenante, 105 Lieutenante der erſten, 184 der zweiten Klaſſe u. ſ. f. zählt.

### Belgien.

§ **Gent**, 27. Jan. Obgleich die bittere Noth und das Elend in Flandern im allmählichen Verſchwinden ſind, leiden wir doch noch immer an den Nachwehen davon. Ja, dieſe ſpäten Wirkungen treffen manche Familien noch weit ſchmerzlicher als die erſten. Furchtbar haben Krankheiten unter der Bevölkerung aufgeräumt, und die nächſten Liſten werden gewiß wieder eine bedeutende Abnahme der Volkszahl aufweiſen, viel mehr Sterbfälle als Geburten. Von den Blattern haben das Typhus in unſeren unglücklichen Provinzen werden Sie einen Maßſtab bekommen, wenn ich Ihnen ſage, daß im vorigen Jahr in Oſt- und Weſtflandern allein an dieſem Uebel 35 mediciner docteren geſtorben ſind. — Die Angriffe der franzöſiſchen Partei auf die vlämiſche Sache, die ſeit einigen Monaten unter der Gunſt der Umſtände heftiger und frecher geworden waren denn je vorher, ſind glücklicher Weiſe im Ganzen an den geſunden Lebensbedingungen unſerer Bewegung geſcheitert. Doch hat es harte und bittere Kämpfe genug gekoſtet. Hier in Gent, deſſen Haltung den wichtigſten Einfluß auf alles vlämiſche Land ausübt, iſt die Eintracht, wenn auch mit Mühe, aufrecht erhalten worden. Uns ſchwebt hier das Bild Willems, an deſſen Grabe wir den Frieden beſchworen, immer noch am nächſten und feſtſchalten vor. Dieſes großen Vlamings Denkmal wird am Jahrestag ſeines Hinſcheidens, 24. Juni, hier feierlich eingeweiht werden, und ich werde Ihnen dann einen Bericht darüber zuſenden. Hoffentlich wird dieſer Tag das Band der Eintracht wieder feſter ſchlingen. Inzwiſchen legen wir die Hand nicht müßig in den Schooß. Conſcienez arbeitet an einem hiſtoriſchen Roman aus der hochwichtigen Periode Jakob von Artevelde's, der ein Meiſterſtück zu werden verſpricht. De Laer gibt einen Band Gedichte heraus. Snellaert legt die letzte Hand an eine Geſchichte der niederländiſchen Literatur, welche um des größeren Leſerkreiſes willen zugleich vlämiſch und franzöſiſch erſcheinen wird (der franzöſiſche Text iſt für ein Brüſſeler literariſches Unternehmen beſtimmt), das 8000 Unterſchriften zählt. Das Bedürfniß eines vlämiſche Literaturgeſchichte bei einer großen Zahl franzöſiſchlefender Eingang finden dürfte). Der junge talentvolle Eduard Michels überſetzt die beiden Bände von Hoſtens „Vlämiſch-Belgien“ ins Vlämiſche — einem Buche übrigens, das hier gerade zur rechten Zeit eingetroffen iſt und eine lebhafte Polemik hervorgerufen hat, da es von den Vlamingen ebenſo warm vertheidigt als von den Widerſachern heftig angegriffen wird. Man arbeitet auch an einer franzöſiſchen Ueberſetzung deſſelben, die dies Mal jedoch natürlich nicht, wie bei Hoſtens früherer Satyrſt „Belgiſch-deutſche Anliegen“, auf Anſtoß des Miniſteriums bewerkſtelligt wird. — Auf den Antrag Dr. Snellaerts, der ſeit einiger Zeit in der Brüſſeler Akademie ſitzt, hat dieſe eine Kommiſſion für Herausgabe von Denkmalen der mittelniederländiſchen Literatur ernannt. Dieſelbe verſpricht Ausgezeichnetes zu leiſten; ſie beſteht aus den HH. David, Profeſſor in Löwen, Bormaes, Prof. in Lüttich, dem Deputirten de Decker, dem Dr. Carton und Snellaert.

### Frankreich.

* **Von dem Oberrhein**, 5. Feb. Die Verhältniſſe werden täglich verwickelter, und der unerſchütterliche Grundſatz des Friedens, Erhaltung des Friedens, ſie möge koſten was ſie wolle, ſchwieriger zu handhaben. Neapel hat Oeſterreichs Intervention angerufen, um wenigſtens die Lande dieſſeit des Pharus in Ruhe zu ſetzen, damit die Regierung freier über ihre Kräfte gegen die Sicilianer verfügen könne. Was wird Frankreich dazu ſagen! An eine Beſetzung Ancona's iſt jetzt nicht mehr zu denken! Auch ſoll es ja 

reich eben so gut schützen wird, als es einst das Eiland gegen den Napoleoniden in Neapel gewahrt hat, daß also eine österreichische Intervention nur die Verwirrung vergrößern würde. Aber kann auf der andern Seite Oesterreich angehalten werden, bei der schweren Last dieser vermehrten Kriegszustände immer und immer ruhig zuzusehen, und gegen die aufgeregten Italiener in den Nachbarstaaten einen Kordon zu ziehen, während es zugleich die ganze Lombardei mit einem Netz von Garnisonen bewachen muß? Ein solcher Zustand ist auf die Länge unhaltbar und müßte das Mark der Monarchie aufzehren. Entweder muß also die Wiener Staatskanzlei gegen die Lombarden nachsichtig werden und ihnen gewähren, was die andern Italiener sich erzwungen haben, oder diese wieder den Lombarden gleichstellen. Die Versicherung des Staatskanzlers, Oesterreich werde sich nicht um innere Reformen in den einzelnen Staaten bekümmern, nur bei Territorialveränderungen eingreifen, war hinreichend, zur Zeit als es sich noch um Verbesserungen in der Verwaltung der Finanzen oder in der Gesetzgebung handelte; denn damals konnte man den Insassen des lombardischen Königreichs sagen: Seht Euch um und Ihr werdet finden, daß Ihr Alles besser habt, als was jene wollen. Jetzt ist aber der Aufschwung auf Prinzipien gekommen, auf Nationalität, die Bevormundung, mochte sie auch noch so väterlich sein, ist gebrochen, und die Völker wollen mitregieren, nicht mehr als Geschenk empfangen, was sie glauben als Recht beissen, sich selbst geben zu können. Der volljährige Sohn erkennt nur noch in der größern Erfahrung und Weisheit des Vaters Ueberlegenheit; die Autoritätsbande sind gelöst. Wird nicht mit Recht der Vater klug genannt, wenn er zu regieren versteht, und Freundschaft und Wohlwollen an die Stelle der Herrschaft treten läßt? In Frankreich würde eine österreichische Intervention gewaltigen Sturm erregen. Mit Freude denken jetzt Manche an das gleiche Interesse, welches England in der Richtung der italienischen Angelegenheiten habe, und glauben im Bunde mit diesem Lande den übrigen europäischen Mächten die Stirne bieten zu können. Das Eitle dieser Hoffnungen soll nun nachgewiesen werden, zuerst durch die Bemerkung der Unsicherheit der englischen Politik, wenn es gilt, mit Frankreich gemeinschaftlich zu handeln, ein Ziel zu verfolgen, dessen Erreichung vielleicht letzterem einigen Vortheil brächte; dann durch wiederholte Verdemonstrirung der Nothwendigkeit eines dauernden Friedens. Beides hat Michel Chevalier in einer merkwürdigen Arbeit durchzuführen gesucht. Ueber den ersten Punkt hat er gezeigt, wie wenig Frankreich noch von den langen Friedensjahren in Hinsicht auf den Staatshaushalt gewonnen, wie es noch von derselben Schuldenlast gedrückt ist, während England die Last der jährlichen Zinsen für seine Staatsschuld um über hundert Millionen herabgebracht hat, wogegen sich für Frankreich nur ein Unterschied von einigen hunderttausend Fr. ergibt. Ferner weist er nach, wie diese schwere Schuld sich noch mit der unverhältnißmäßig hohen Ausgabe für die Land- und Seemacht während der Friedensjahre verbindet und jede wirkliche Verbesserung in der Verwaltung, die Erleichterung der drückenden Steuern, die Verwendung für nützlichere Anstalten unmöglich macht, woran er ganz unerwartet für Frankreich die Mahnung an die Kammer anschließt, das Kriegsbudget herabzusetzen, weil man ja doch keinen Krieg will, wenn nöthigenfalls keinen wollen kann. Was aber die Verhältnisse zu England betrifft, so deckt der gewandte Mann die guten und schlimmen Seiten mit einer Freimüthigkeit auf, vor welcher alle jene sanguinischen Hoffnungen verschwinden müssen. Frankreich sagt er, hat öfters England gereizt und sich durch seinen Uebermuth verdiente Demüthigungen zugezogen. So durch sein Eingreifen in die orientalischen Angelegenheiten 1840, da man doch wissen konnte, wie eifersüchtig Großbritannien Alles überwachen müsse; das laute Geschrei im Parlamente der Marine, mit beleidigender Hinweisung auf die Verhältnisse zu England; das Gezänk über den Traktat, der das Recht die Schiffe zu untersuchen ausdehnte, 1841; die Besetzung Taiti's, wo man auf vielfache Interessen englischer Bürger stoßen mußte, die Niederlassung auf den Marquesasinseln, welche, die eine wie die andere, mehr gegen Englands Handel als zu dem Schutze der eigenen Handelsschifffahrt unternommen worden, da letztere sich gar nicht in jene Meere ausdehnt; die Note des königl. Prinzen über die französische Marine, und endlich das sächerliche Aufbrausen über das Besuch, an den englischen Küsten befestigte Seehäfen anzulegen, während Frankreich seit Jahren weniger hundert Millionen für Befestigung von Cherbourg, Havre ꝛc. verwendet hat!

### Griechenland.

*Athen, 16. Jan. In Anerkennung des günstigen Ausganges der Differenz hat die Pforte Ali-Effendi zum Pascha erhoben, Hrn. Musfurus mit einem neuen Orden geschmückt und großmüthig mit Geld beschenkt. Hr. Musfurus hat sich mit dem ganzen seinhen Gesandtschaftspersonal, das gleichfalls reichlich entschädigt worden ist, und dessen Ersterr den Medschani Ihtichar erhielt, an Bord der neuen türkischen Dampffregatte Mezitie von 450 Pferdekraft eingeschifft und ist heute Luzerny von Argina angekommen, wohin ihm die Regierung den Lazaretsinedirektor des Piräus mit einer Zahl Wächter entgegengeschickt hatte. Bald wird er seinen feierlichen Einzug in Athen halten und die dem Abgesandten St. kaiserl. Maj. des Sultans gebührenden Ehrenbezeugungen entgegennehmen. Seit dem Ansatzhischen Handelsvertrag den Hrn. Zographos sollte die griechische Nation nicht so viel getrunkhigt werden. Als sich aber damals (1839) ihre Erbitterung kund gab, und namentlich die Verstürmung der Hauptstadt dem Unterhändler vor sein Haus ein Anathema, einen Schandbrief zusammentrug, verweigerte der König die Ratifikation. Seine Räthe waren damals Deutsche, jetzt hat ein Franzos gerathen. Die HH. Spyridis und Skaraks haben sich ihre beiden Pässe nicht abhauen lassen, sondern sie Hrn. Musfurus entgegengeschickt, der drauftragt ist, brillantene Halbmondorden hinein zu zuliegen. Zographos Schmach verschwindet gegen den Kleinmuth unserer dentigen Minister, die durch ihre Nachgiebigkeit weiter Rechte gewonnen haben, als sich die Pforte nun auch die Ratifikation jenes Vertrags begehrt. Gegen diese Pygmäen erscheint der Verfordene groß, und schon lagt die öffentliche Stimme: leider Kolettis, Musfurus wäre nimmermehr zurückgekehrt. In der That geht auch den Parteien Kolettis klar hervor, daß er keinesweges der Ausführung seines Lieblingsplanes einstagt hatte, wie man in Paris sich schmeichelte, sondern thätigh daran arbeitete. Die Zeit wird merkwürdige Enthüllungen bringen. Kolettis fürchtete die Divan, das heutige Ministerium darf er gezinglohgen. Kein Wunder, wenn sie mit unabhängiger gestanden. Hr. Skaraks im Chorus Vermünschungen nachsendet, indem er Griechenland ins Innere versetzt und nach Asien vermichtet habe.

Der Kammer hat endlich das Budget für 1847 votirt, und drei Tage vor Jahresschluß (alten Styls) ist dasselbe dem Senat zur Genehmigung vorgelegt worden. Als Vorbereitung zu dem politischen Prozeß in Patras hat das Ministerium zwei Richter und den Staatsprokurator des vorigen Appellhofes ernannt. Der Prokurator, St. Kalamogiardis wird in Patras selbst, vor öffentlicht eine Buttschrift von Bürgern der Stadt Patras an den ursprünglich zur Untersuchung beschlossen Assisienten des Königs, General Notaras. Die Unterschriften sollen eine ganz Spalte aus. Es heißt darin, Dr. Kalamogiardis habe als Chef der improvisirten Polizei den Assisienten Notaras heftig vollkommen empfrochen, und seiner Wachsamkeit sei zu danken, daß seines Oheim Werth gepfündert worden; der Adjutant möge sich des unschuldig „Gefragten" annehmen.

Die in der vorgestrigen Nr. unserer Zeitung erwähnten drei Noten, welche mit der Mittheilung unseres Korrespondenten in Athen verbunden, sind folgende:

1) Note an Ali-Effendi: „Athen, 12. Dec. 1847. Den 16. Juli haben Ew. Er. von der Regierung Sr. griech. M. die Ermächtigung verlangt, Hrn. Musfurus den Medschidie-Orden in Brillanten zu überreichen, damit die Spitzen einer Repräsentanten Mißverständnisses für immer zerstört würden. Die Reg. des Königs hat diesem Verlangen nicht entsprechen zu dürfen geglaubt. — Heute wiederholten Rathschlägen, deren Werth die Würde des Thrones und die Ehre der Nation gewährleisten, nachgebend, beantragt mich die Regierung des Königs, Ihnen ihr Bedauern auszudrücken über das Mißverständnis, welches die Adresse des Gesandten Sr. M. des Sultans verbreitet hat. Ew. Er. sind ermächtigt, ihm den Auftrag dieses Bedauerns zu übermachen. — Genehmigen Sie ꝛc. ꝛc. ꝛc.; unterz. Skaraks."

2) Note an die 5 Großmächte: „Athen, 14. Jan. 1848. „Mein Herr! Ich bringe auf Befehl des Königs zur Kenntniß Sr. M. ....., daß die Differenz, welche seit 1841 einige Monate lang die Beziehungen zwischen der griechischen Regierung und der hohen Pforte unterbrochen hatte. — Die Rathschläge, welche die mit Griechenland in Freundschafts- und Allianzverhältnissen stehenden Mächte ihr ertheilt, dankbar entgegennehmend, hat die Regierung Sr. griech. M. beschlossen, den Wünschen, die sie ausgedrückt, Genugthuung einzuräumen, welches, nach der Idee der Pforte, der Wiederherstellung der amtlichen Beziehungen zwischen beiden Regierungen im Wege stand. Demnach setzen die Beziehungen in ihren früheren Stand zurück, um ich deßhalbwünsche mich, Ihnen dies anzeigen zu können. Genehmigen ꝛc. ꝛc. ꝛc." Ferner die Ansicht: in Bälde an der hohen Pforte einen Gesandten zu ernennen, dessen Hauptaufgabe der sein soll, definitiv eine Lage der Dinge zu ordnen, welche, wieder noch nicht vollkommen durch Verträge geschieht, Schwierigkeiten hervorrufen könnte und noch verhindern kann, einen vorzugsweisen Handelsminister beiner Länder erbeichen. Die Regierung S. griech. M. schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß während der Dauer der bald zu eröffnenden Unterhandlungen die freundliche Einwirkung der Regierung Sr. M..... ihr nicht entbehren werde. Gez. Skaraks.

3) Konstantinopel, 14/26. Dec. 1847. In Folge des im abgelaufenden Jahre gegen den Gesandten der h. Pforte zu Athen Vorgefallenen waren die diplomatischen Beziehungen zwischen der und der griech. Regierung unterbrochen, die die verlangte Genugthuung gegeben würde. Unter diesen Umständen hatte die hohe Pforte einige Maßregeln ergriffen, welche sie amtlich Ew. Er. mitgetheilt.

Da nun die griech. Reg. die verlangte Genugthuung vollkommen gegeben, hat S. M. der Sultan für gut erachtet, die Beziehungen zwischen beiden Theilen in den alten Stand, wie vor dem Vorfalle, wiederherzustellen, die angeordneten Befehle den kontentirten sogleich zu ertheilen, und Hrn. Musfurus an seinen Posten zurückkehren zu lassen, womit wir uns eben beschäftigen. Obschon aber in Folge dieses Allen die Dinge wieder in die frühere Lage zurückkehren, so besteht doch kein Vertrag, auf den sich die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern stützen sollten, und auch dem Mangel eines solchen entstehen täglich Schwierigkeiten. Die h. Pforte wird sich daher später in der Nothwendigkeit befinden, gewisse Maßregeln zu ergreifen, welche mit ihren Rechten übereinstimmen, wenn nicht in einer vernünftigen Frist (seinsonnable) ein Beschluß über diesen Gegenstand gefaßt wird. Der Hr. Gesandte werden gebeten, gefälligst in die griech. Regierung zu dringen, daß sie in Bälde einen Handelsvertrag eingehe. Unterz. Ali.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Aungate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werde man sich an C. F. Alexander Strasbourg 28 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Groß. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.48.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 42. Heidelberg, Freitag 11. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Ausschten der Reformen und Revolutionen in Europa.** Italien. — Berlin (Ausschußverhandlungen über die Bürgerehre und Standesvorzüge; die Preßangelegenheit; die Verein. Ausschüsse. Breslau (die Bürgerrettungsmenn). Aus Schlesien (die Noth in Schlesien). Düsseldorf (das Strafgesetzbuch). Von der Saale (die hänsche Verfassung und die Herzogthümer). Stuttgart (die Eingabe Römers, betreffend die Maimwahlen, vor der Kammer). Karlsruhe (Antwort des Großherzogs auf die Adresse der Kammer in Betreff der Zudeiten; Kammerverhandlungen: Petitionsberichte; das Verbot der Verhandlungen des Bundestags). Vom Rhein (getheilte Ansichten gegenüber der neuen Verfassung). Mirabeau (Beseelversammlung).

**Schweiz.** Basel. Anträge auf Abschaffung religiöser Beschränkungen betr. politische Rechte. Die Kontingente im letzten Feldzuge.

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen: Berathung über die Lage der westindischen Pflanzer.

**Frankreich.** Kammerverhandlungen vom 3. Febr. über Algerien. Sitzung vom 7. Febr.: Debatte über die Reformbewegung. Neue Anzüge aus den Schweizer Depeschen des Hrn. Thiers. — **Italien.** Turin. Angebliche Drohnote Oesterreichs an das Turiner Kabinet. Monaco. Reformen. Florenz. Großherzogl. Motuproprio. Neapel. Waffenstillstand mit Sicilien. Palermo. Die Truppen schiffen sich weiter ein.

**Beilage.** Die Fabrikfrage vor den badischen Ständen. II. Die Diskussion. Zweiter Tag. — Denkschrift in Betreff der Elbschiffahrt und der Elbzölle. Stuttgart. Landständische Vorgänge. Asien. Erdbeben auf Java.

## Heidelberg, 11. Februar.

Der Gedanke, daß ein großes Volk bei seinem Durchbruch zu selbständigem politischem Leben, zu Freiheit und Macht, unfehlbar die Krise einer Revolution durchzumachen habe, ist durch das doppelte Beispiel von England und Frankreich, das so voll innerer und äußerer Analogien ist, ungemein nahe gelegt. Trügen nun auch wir die feste Ueberzeugung, daß dieser Gedanke unbestreitbar wahr wäre, und daß jene Erfahrungen unter allen Bedingungen sich wieder bewähren würden, so würde uns doch das bürgerliche Gefühl nicht nur, sondern auch das menschliche Gefühl abhalten, die kalte Abstraktion aus der Geschichte zu einer praktischen Lehre der Politik zu machen. Uebrigens sind wir glücklicherweise in diesem Zwiespalte der Ueberzeugung mit Pflicht und Gewissen nicht. Wir haben unserer deutschen Zukunft eine andere Ansicht zu stellen gewagt, für den Fall, daß ein glücklicher Instinkt die Hauptmasse des Volks in seinem Gange beisammenhält, und durch diese Wucht der Bewegung die Kraft des Widerstandes in jener Krise gemildert wird. Denn eine Krise ist die Lebensveränderung, der Uebergang eines Volkes aus einem Thätigkeitskreise in den andern jedes Mal; und nur das Mehr oder Minder des Widerstandes, der geheiligten Bildung, der aufeinanderstoßenden Interessen und der dadurch bedingten Kämpfe und Gewaltthaten scheint die Unterscheidung zu bestimmen, ob sie eine mehr friedliche und reformatorische oder eine mehr gewaltsame und revolutionäre sein soll. Für die Zukunft Europas scheinen zwei Verhältnisse die ruhigere, reformatorische Bewegung wahrscheinlicher zu machen. Die großartige Verbindung, die in alle Theile der Welt gedrungen ist, die schnelle Verbreitung aller Erfahrungen und die größere Gleichheit der Kultur, was heute die Benutzung praktischer Beispiele und geschichtlicher Lehren ganz anders möglich macht als sonst, die Existenz einer politischen Bildung und einer allgemeinen öffentlichen Meinung, die nicht mehr in die Grenzen Eines Landes und Einer nationalen Civilisation eingeengt ist, ist das Eine dieser Verhältnisse. Das andere ist, daß es so große und kompakte Volksmassen, die einer solchen politischen Krise entgegengingen, in Europa nicht weiter gibt, wie England und Frankreich waren. Es mag sein, daß solche Nationen, die ihre Lage, Umfang und Geschichte auf ein mehr ausschließliches und straffered politisches Leben, auf Machtentwickelung und großen Besitz angewiesen hat, schon durch ihre Massenentwickelung solchen gewaltigen Erschütterungen nicht wohl entgehen können. Rußland steht einer solchen Periode fern; Deutschland, Oesterreich, Italien sind Staatenverbindungen, wo schon die Spaltung und Arbeitstheilung, dünkt uns, die Erscheinung einer Volksbewegung wieder so anders gestalten würde, wie unsere kirchliche Reformation von den ähnlichen Vorgängen in Frankreich verschieden war.

Diesen negativen Ereignissen in Italien scheinen dieser Betrachtung entgegenzukommen. Wir sind angeregt, sie eher jetzt anzustellen, durch das kleine Buch, das Fr. Kölle, ein Kenner italienischer Zustände wie Wenige, über „Italiens Zukunft“ geschrieben hat. Der gestrieche Verfasser schreibt, nach seiner eigenen Anforderung, kurz und bündig, um auch dem vielbeschäftigten Leser zugänglich zu werden, die Ergebnisse seiner Erfahrungen und Beobachtungen nieder, und es wird ihm auf diese Weise leicht, für seine italienischen Betrachtungen das deutsche Interesse zu wecken, da sich ohnehin in das Schicksalen, der Geschichte und Lage, der Gegenwart und den Aussichten beider Nationen so viele Berzeichungspunkte finden. Es ist hier nicht der Ort, die Schrift einer Anzeige zu unterwerfen; wir wollen unsern Blick auf das Buch nur an eine bestimmte Gedankenreihe heften, die uns das vorstehende Wertchen angegeben und angeregt hat, und deren Zielpunkt in unsern obigen Sätzen liegt.

Italien ist, seitdem die deutsche Reformation und der englische Handel in geistigen und materiellen Beziehungen den Bildungen und Entwicklungen der Menschheit den protestantisch-germanischen Charakter aufgedrückt haben, zurückgeblieben. Auf seine glänzenden Erinnerungen stolz, rückschauend auf eine alte Bildung und die neue verschwähend, auf den neuen Handelswegen nach Westen zu rivalisiren nach Lage und Macht nicht geschaffen, blieb es auf den mittelalterlichen Zuständen haften, die auf den Inseln in allen sozialen Beziehungen, und in Einsicht auf Kirche und Geistesbildung, auf Kultus und Kultur mitten in der Hauptstadt der alten und mittlern Welt noch in Blüthe sind. Absolutismus und Priesterherrschaft haben den Sinn der Nationalität abgestumpft, den Gedanken der volksthümlichen Einheit verdrängt, den der Oertlichkeit systematisch gepflegt, Bildung und Bedürfnisse, geistigen und materiellen Aufschwung gleichmäßig abgehalten: das Uebel ist durch Dauer und Umfang kolossal, der Mißbrauch durch seine enge Verknüpfung mit tausend Interessen eingewurzelt, die Abhilfe faßt unmöglich, die Lage rathlos geworden. Unfähig, den alten Glanz herzustellen, unfähig, mit den neuen Kräften der neuen Zeit zu operiren, unfähig, das Bestehende zu ertragen, so fand schon Machiavelli jene Italiener, und so findet sie der heutige Politiker ungefähr wieder. Die französische Okkupation war ein Heil, als daß durch sie eine Judustrie und eine neue Generation hätte erzogen werden können; so wurden die Staatsideen der Revolution zwar eingeführt, aber auch so wieder abgeschüttelt, daß nicht einmal der Gedanke der italienischen Einheit festgehalten wurde. Die Restauration gab in der Zeit von Frankreichs Schwäche und Abhängigkeit Italien den Einflüssen Oesterreichs Preis, und alle die Saat der Unzufriedenheit, die jetzt aufwuchert, wurde durch das reaktionäre System ausgestreut, das von da ausging. Man hatte von der Revolution wenig Vortheil gezogen, man konnte die Restauration nicht ertragen und fiel in den Anstrengungen von 1820 und 1830 in die Revolution und aus ihr in die verstärkte Reaktion. Resultat zurück. Die Indolenz der Massen und innern Natur fand schon Machiavelli als den tiefsten Grund des Unterganges seiner Nation, und darauf ziehen auch die Bemerkungen des Beobachters, dessen Werkchen wir vor Augen haben. Angestrengter Arbeit abhold, den Genüssen und Bedürfnissen eines gebildeten Volkes entfremdet, der richtigen Schätzung seines Abstandes von der fortgeschrittenen germanischen Welt wenig fähig, von geringer Selbsterkenntniß, nicht zerknirscht über seine Lage und über seine Fehler, die sie verschuldet (was in höherem Maße auch das Unheil der Polen ist), in immer tollern Selbstvertrauen auf Gaben, im Bewußtsein von Kräften, die er brauchen könnte, aber nicht

Digitized by Google

braucht, ist der Italiener aus dem Gelenke der organischen, stufenweisen Entwicklung gekommen, deren wir Deutsche uns im Rückblick selbst auf unsere zögernde und verzögerte Geschichte mit gerechtem Stolze freuen. Statt auf den Wege dieser allmählichen Bildung, suchte man bisher in Italien im Sprunge mit der Revolution vorwärts zu kommen; man verschmähte das Erreichbare, die langsame Reform, als den Idealen zu fremd; bei jedem dieser springenden Versuche sei man in neue Knechtschaft zurück. All das war schon so vor 300 Jahren. Damals hoffte der große italienische Staatsmann Alles von der Zuchtruthe eines glücklichen und weisen Tyrannen; der Mann, der heute Italien das Horoskop stellt, wagt nicht einmal von einem solchen Viel zu erwarten; er würde, sagt er, für eine politische Einheit überall nichts Tröstliches finden, treffliche Stoffe ohne Bindemittel, Uebel ohne die junge Naturkraft, die den Krankheitsstoff auszustoßen vermag. Es ist demnach dem Verfasser unwahrscheinlich, und es ist nicht leicht ihm zu widersprechen, daß — nach der Rolle, die England in Spanien und Portugal, und Oesterreich in Italien gespielt — diese Völker durch eigene Anstrengung und ohne fremde Hilfe zu einem freien, glücklichen, vollsthümlichen Dasein gelangen würden. Eine längere Dauer der französischen „Impfprogresse" schiene ihm am ehesten zum Ziele geführt zu haben.

An diesem Punkte hätten wir demnach Ein Bekenntes. Der französische Einfluß, dies hebt Hr. Kölle selbst so vortrefflich hervor, hat in Korsika an der Naturart des Volkes wenig verändert trotz der langen Dauer; die französischen Einrichtungen in Neapel haben Politik, Bildung und Zustände dort nicht emporgebracht, die englische Vormundschaft in Portugal hat dies Land gegen Spanien zurückgehalten. Der mechanische Einfluß der Fremde würde überall nicht gefördert haben; schlug er organisch an, so hätte die erwachte Naturkraft das Fremdartige davon ausgestoßen. Uns dünkt, die Wendung, die die Sache jetzt genommen hat, ist eine Bestätigung der Sätze unserer Politiker, nur daß weit den fremden Einfluß in einer allgemeineren und mittelbareren Sinne zu nehmen durch eben diese neuesten Vorgänge berechtigt sind. Wir wenden das erstere der beiden obengenannten Verhältnisse auf Italien an, die uns an staatliche Reformationen glauben machen, so groß, umfassend und eingreifend, daß sie den Völkern den Weg der Revolution ersparen können! Ja, der fremde Einfluß drängt auf Italien ein, vergebens hat ihn Oesterreich abzuwehren gesucht. Aber er kommt nicht, von Bajonetten getragen, sondern Kultur, Handel, Reisen, literarische Verbindungen, Zeitungen, Eisenbahnen und Dampfschiffe, der große Verkehr der europäischen Welt trägt ihn massenhaft auf den Wegen des Friedens hinein. Wieder steht man Frankreich als den Träger der Ideen an, die man im Staate verwirklicht sehen möchte, aber man begehrt nicht äußere französische Hilfe, nachdem Frankreich durch seine treulose bourbonische Politik in den dreißiger Jahren seine Sympathien in Italien ganz verwirkt hat. Auf diesen Wegen sprungt die Fremde einem strebenden Volke jetzt überall bei: das Programm einer vernünftigen Staatshaushaltung ist überall fertig und sür den ersten Anlauf auf dem politischen Wege auch trotz der Gefahr unvolksthümlicher Beigaben vollkommen genügend. Die Fremde springt nicht allein bei, sie reißt auch vielmehr zu Reformen und Fortschritten hin, sie nöthigt und zwingt dazu. Die Kluft der Zustände, wenn ein Theil fortschreitet und der andere zurückbleibt, wird zu groß; Bildung, Handel und Industrie des niederrheinischen Europas haben zu ungeheure Schritte gemacht, als daß Italien ohne zu fühlbaren Schaden ganz dahinten bleiben könnte; wie sich die Wege des Westens jetzt immer mehr in Ueberfüllung verstopfen, weist das Schicksal stets sichtbarere auf den großen Umschlag der Ereignisse des 15/16. Jahrhunderts hin; die Kultur, die Kolonisation, der Handel sucht die alten Ostwege wieder auf, und in dem Maße wie dies zunimmt, wird Italien nothwendig von seiner alten Bedeutung wieder gewinnen.

Von diesen idealen Einflüssen der Fremde geben die jüngsten Vorgänge in Italien ein so merkwürdiges Beispiel. Der Andrang der Zeitideen gegen das Stetigkeitsprincip hatte schon früher die österreichischen Vorschläge zu Verwaltungsreformen in Kirchenstaate und die Versuche zu einem österreichisch-italienischen Zollvereine herbeigeführt; diese realen Einflüsse der Fremde wurden abgestoßen, aber nun steht der Papst selbst an der Spitze der nationalen Sache und des Fortschritts, zu einer Zeit, die mit dem richtigsten Takte ergriffen scheint, insofern sie eine Störung von Außen nur schwer zuläßt, da Oesterreich in seinem Innern selbst von den Bewegungen der Welt erfaßt wird. Die Wendung der Dinge ist auch Hrn. Kölle überraschend; es ist vielleicht natürlich, daß sie gerade dem tiefsten Kenner Italiens am überraschendsten ist. Alles, was bisher den italischen Bestrebungen den revolutionären Charakter verliehen hatte, scheint verändert; die materiellen Einwirkungen von Propaganden und Geheimbünden sind verdrängt; die Verschwörungen verengirter Kreise scheinen mehr aufgehört zu haben, und die Bewegung geht am hellen Tage unter der Masse der gebildeten Bevölkerung vor sich; der Pöbel ist ihr jetzt mehr aus dem Spiele geblieben, und die Mitte des Volkes, das Bürgerthum, ist in die Schranken getreten, das bei den früheren Regungen nicht gethan war; die Unversöhnlichkeit mit Papst und Priesterherrschaft ist auf das Eine Faktum geschwunden (welch eine Lehre!), daß Fürst und Papst dem Volke die mäßigsten Verbesserungen entgegenbrachte; die idealistischen Sprünge scheinen preisgegeben zu Gunsten eines geregelten und stetigen Fortgangs; die revolutionäre Partei der republikanischen Unitarier ist sichtbar bei Seite geschoben, die reformistischen Ideen des Föderalismus treten an die Stelle; sie treten in die richtige Mitte zwischen die absoluten Einheitsideen der Demokraten und den herrschenden Sondergeist der Provinzen und Städte. Die mittleren Staaten sind im Begriffe, zu einem Zollvereine zusammenzutreten; mit ihm würde Italien, wie es auch schon in seinen Gelehrtenkongressen gethan hat, ohne reale deutsche Einflüsse erlitten zu haben, die deutschen Wege betreten, um zu einer Stärkung des Volksgefühls, zu einer größeren Einheit und Gemeinsamkeit zu gelangen. Es würde dann ein Vortheil sein, daß der angeregte Gedanke einer politischen Föderation sich mit dieser Douanenverbindung zusammen entwickeln könnte, und beide Zwecke nicht auf getrennten Wegen, wie bei uns, verfolgt werden müßten. Die Regierungen und Staaten würden so aus ihrer Isolirung gerissen, und dies würde, wie bei uns, den lokalgeist allmählich verdrängen. Das zweite wohlthätige Verhältniß, dessen wir oben erwähnten, würde seine Früchte tragen; die Chimäre des Einen Italiens würde dem besonnenen Zusammenarbeiten des einzigen Italiens weichen. Die materiellen Interessen würden von Neuem die Kantischen Bestrebungen vorschreiben und nicht die ausschweifenden Gedankenspiele der Umiganten (denn was könnte auch jetzt noch, nachdem man die praktischen Wege beschritten hat, die Don Quixoterie eines Mazzini und seiner Sendschreiben mit ihrer ganzen kaulen Eitelkeit auf die alte italische Glorie vorfangen!); der Adel, der hier durch Verwandtschaft, Beschäftigung, Schicksale und Gesinnung mehr mit dem höheren Bürgerthum amalgamirt ist, scheint mit diesem eine Mittelgewalt bilden zu sollen, die nach Oben die bisherige Willkür beschränken, nach Unten materielle Befriedigungen schaffen mußte. Die Bürgerwehr, unter einer glücklichen Benutzung der Auferegung über die Besetzung von Ferrara plötzlich ins Leben gerufen, würde zu jenem Zwecke, die Vereinigung zu gemeinschaftlicher Handelsgesetzgebung, die Hebung der Industrie, Eisenbahnen und Verkehrserleichterung zu diesem dienen. Die Gewöhnung zu militärischem Ordnungsgeiste, die wissenschaftlichen u. andere Vereine, die freiere Presse würden zusammen arbeiten, um das nationale Selbstgefühl zu stärken und von da aus auch das sittliche zu reformiren. Die materiellen Fortschritte sind ferner unbenkbar ohne Rückwirkung auf die geistige Bildung, die jetzt zusammenhangslos und zielles ist; sie möge zu einer gründlichen Schulreform führen, die die Erziehung dem ausschließlichen Einflusse der Geistlichen entreißt; dies ist in Köln's und gewiß in jedes Denkenden Ansicht die Eine Grund- und Hauptsache, die eine stufenmäßige ruhige Fortbildung des italienischen Lebens verbürgen würde.

Dies sind die Ziele, die selbst dem genauen Kenner und ruhigen Prüfer, dem wir folgen, in Italien erreichbar und begehrenswerth scheinen, wenn auf dem eingeschlagnen Wege der Reformen fortgefahren wird. Er verhehlt sich nicht, wie schwer es ist, bei einem so erregliehen Volkscharakter, die nöthige, ruhige Zeit zu finden, um in Religion, Staatsformen, Industrie, Gesetzgebung, Heerwesen zugleich neu schaffen und die dringenden Wünsche und Bedürfnisse befriedigen zu können. Es wird, sagt er, von Seite des Volkes viel Takt und Mäßigung, von Seite der Regierung viele Thätigkeit und guter Wille dazu gehören, wenn große Ausbrüche der Ungeduld und Unzufriedenheit vermieden werden sollen. Was jetzt eben in Neapel und Sicilien geschieht, was selbst in österreichisch Italien näher bevorsteht, meint eben die Regierungen, die in Thätigkeit und guten Willen bis zuletzt zurückgeblieben sind, daß nur ihr Verhalten, ihre Initiative dem Volke das Beispiel zur Ruhe und Mäßigung geben kann und muß. Leider können wir nicht vergessen (und um sich nicht in zu lebhafte Hoffnungen zu stürzen, ist es gut, sich daran oft und nachdrücklich zu erinnern), daß nach beiden Seiten hin die letzte Vergangenheit Italiens allzuviel Trostloses darbietet. Wer möchte in die Konzessionen der Könige von Sardinien und Neapel rechtes Vertrauen setzen, der die Anteedenten von Beiden bedenkt? Wer auf die Haltung und Selbstbeherrschung des

Digitized by Google

Volkes in allen Theilen Italiens bauen, der seine verwahrlosten Zustände kennt, die es so oft zur Beute jeder künstlichen oder natürlichen Aufregung machten? Auf dem ebenen Fahrwasser ist es bis jetzt dem Papste gelungen, die übelgebaute Barke seines Staates zu steuern; es ist Nichts geschehen, was uns die Berathung gäbe, dazu thun das auch bei stürmischem Wetter gelingen werde. Denn welcher Art und welchen Umfangs die Folgen der ersten brutalen Reaktion der des ersten revolutionären Ereignisses in Italien sein werden, wer will das ermessen! Möchte die Ermäßigung dieser Folgen den Regierungen dort eingeben, mit wirklicher Treue und gutem Glauben die Wege durchgreifender und wohlwollender Reformen zu betreten; man würde dann berechtigt in die Zukunft sehen und seine Wünsche dann besonders darauf richten, daß ein guter Stern Italien vor jedem unmittelbaren äußern Einflusse bewahren möge. Dann würde es vielleicht das sächsalvermandte Spanien überholen, hinter dem es bisher an Kraft der Selbsthülfe zurückzubleiben schien.

**Preußen.** ** Berlin, 4. Febr. An der Tagesordnung stand eine Frage, weit mehr politischer als strafrechtlicher Natur. Darauf deutete nachdrücklich Graf Schwerin im Lauf der Verhandlung. Am 28. hatte die Versammlung ausgesprochen, daß die Gerichte befugt sein sollen, die Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit zu untersagen. Nach Ablauf dieser Zeit gilt die bürgerliche Ehre als wiederhergestellt und die während dessen ruhenden bürgerlichen Rechte treten wieder in Kraft. Dagegen die besondern Ehrenrechte, die Standesvorzüge, Privilegien und Gnaden sind für immer verloren; nur Begnadigung verleiht sie von Neuem. Gehört das Recht der Standschaft zur gemeinen oder zur besondern Ehre, zu dem, was unser Vordern die „Freiheit", oder zu dem, was sie die „Freiheiten" hießen? Diese Frage fand Antwort im Schooße des Landtagsausschusses nach unerquicklichem Für und Wider. Die Gegner überführten einander nicht; tiefgewurzelten Ueberzeugungen standen Ueberzeugungen und Vorurtheile gegenüber; der Ausgang war entschieden vor dem Streit! Der Graf Schwerin „scheute sich nicht, auszusprechen, nach seiner Ansicht beruhe die Zukunft Preußens darauf, daß das politische Recht der Standschaft als nothwendiger Ausfluß des Staatsbürgerthums, als mit ihm identisch betrachtet wird." Diese Verhandlung hat in unsern Augen eine Bedeutung, wie faßt keine vor ihr. — Der Antrag der Abtheilung ging dahin, die Standschaft nicht als ein „ausnahmsweises Ehrenrecht", sondern als einen Theil der allgemeinen Staatsbürgerlichen Freiheit anzusehen und demnach von Rechtswegen wiederaufleben zu lassen. Fast regelmäßig abwechselnd sprachen die Redner für und gegen das Gutachten der Abtheilung, bis der Marschall zur Abstimmung schritt, und der Landtagskommissär vor dieser um das Wort bat, um den Standpunkt der Staatsregierung zu der vorliegenden Frage nochmals zu entwickeln oder vielmehr die Rede Camphausens vom vorhergehenden Tage zu besprechen. Diese nicht ohne Bewegung gehaltene Rede veränderte den Charakter der Verhandlung und unter der Lawa von Streitigkeiten über die Formulirung der Fragen glühte das Feuer leidenschaftlichen parlamentarischen Kampfes, bis mit 54 gegen 40 Stimmen der Vorschlag der Abtheilung — verworfen wurde. Dies wäre der Kasten der Verhandlung; wir lassen die Farbenfrische folgen. Für die Ansicht der Abtheilung, für den Staatsbürgerlichen Charakter der Standschaft sprachen die Abgg. Graf Schwerin (Pomm.), Frhr. v. Mylius (Rh.), Dittrich (Schl.), von Donimierski (Pr.), v. Saucken-Julienfelde (Pr.), Sperling (Pr.), Naumann (Pos.) als Referent, Hüffer (M.), Saucken-Tarputschen (Pr.), Allnoch (Schl.) und der Landtagsmarschall von Preußen, Oberburggraf v. Brünneck. — Gegen die Abtheilung, für den besondern, Standesmäßigen, ausnahmsweisen Charakter der Standschaft redeten Frhr. v. Gaffron (Schl.), der r ein Amendement stellte, welches Unterstützung fand, und die Abgg. v. Arnim (Kurm.), Frhr. v. Lilien (W.), der sächsische Landtagsmarschall Graf v. Zech-Burkersroda, der Marschall der Mark, v. Rochow, v. Uechtritz (Sach.), Brüser (Schl.), Steindel (Schl.). Ueber die Frage (wie man in Baden sagen würde) wiederaufleben sich die Abgg. v. Meyher (Pomm.), Graf Dohna-Lauck (Pr.), Fürst M. Radziwill (Pos.) und Krause (Schl.). — Im Eingang der Verhandlungen gab der Graf Schwerin jener staatsbürgerlichen Auffassung der Standschaft der treffenden Ausdruck: Wenn die gemeine bürgerliche Ehre des Staatsbürgerrecht, wiederaufsteht, so kommt es auf die verschiedene Natur der Ehrenvorzüge an, ob sie mit der Bürgerehre zugleich wiederaufleben oder ob ein besonderer Gnadenakt der Krone sie wieder verleihen muß. Der Unterschied besteht darin, daß die einem aus dem Gesetz jedem Staatsbürger als Recht zugetheilt, die gewisse gesetzliche Bedingungen erfüllt, die andern rein individuell sind. Das Recht der Standschaft beruht auf der Verfassung des Landes, das Wahlrecht in den Gemeinden beruht auf der Städteverfassung und Jeder, der gewisse Bedingungen im Staat und in der Stadt erfüllt, kann diese Rechte deßhalb ausüben. Nähme man die Standschaft als ein absonderliches Recht an, das auf immer verloren gehe, so würde Jemand am Rhein Geschworener sein, einem Mitbürger das Leben absprechen können, welcher der Standschaft verlustig geworden; das Recht über Leben und Tod seines Mitbürger abzusprechen, ist ein politisches Recht gleich der Standschaft. Ferner hülfe die Dreitheilung den Rheinländen nicht: denn Zuchtpolizeigerichte könnten die Standschaft für immer aberkennen! Ein großer politischer Fehler wäre, wollte man das höchste Recht des Mannes, sich an den Angelegenheiten seines Vaterlandes zu betheiligen, von dem allgemeinen Staatsbürgerrecht, von der gemeinen bürgerlichen Ehre trennen. Frhr. v. Mylius bezeichnete die Bürgerehre als die politische Rechtsfähigkeit; über sie könnten nur Geschworene richten; Zuchtpolizeigerichte dürften ihre Ausübung auf Zeit untersagen oder solche Folgen aussprechen, z. B. den Verlust von Vorrechten, welche den Grund des Rechts auf seine Weise berühren. Die Standschaft sei bei wesentlichste Ausfluß der politischen Rechtsfähigkeit. Nur soweit und solange die letztere zur Strafe beschränkt oder aufgehoben sei, gelte die Standschaft als alterirt oder aufgehoben. — Die meisten Redner für die, wie man sagen könnte, „adelige" Natur der Standschaft bewegten sich in der durch die Verhandlungen des Ver. Landtags über das Bescholtenheitsgesetz mehr als zur Genüge in Deutschland bekannt gewordenen Ausdrucksweise von dem „Anstand" und der „Würde" solcher Versammlung, der „auch nicht ein Hauch von Unehrenhaftigkeit ankleben dürfe." Auf den eigentlichen Kern der Frage gingen nur diejenigen ein, welche sich dem Gaffron'schen Amendement anschlossen; sie setzten der Staatsbürgerehre die Standesehren, dem politischen Rechte die persönlichen Vorrechte entgegen. Der Abg. Frhr. v. Gaffron stellte den Antrag, „daß die Wiedereinsetzung in die ständischen Rechte nicht-sofort und von Rechtswegen, sondern nur auf Antrag der Standesgenossen, unter Voraussetzung der landesherrlichen Bestätigung eintrete." Denn freilich sei die Wiederherstellung in das volle Bürgerrecht erst dann anzunehmen, wenn auch die Ausübung der ständischen Rechte damit verbunden ist, freilich sei letztere die Blüthe des Bürgerthums, — — aber er stelle sie in eine höhere Kategorie als andere bürgerliche Rechte. Lebhaft unterstützte diesen Antrag Abgeordneter Steinbeck: mit Wiedererlangung der Bürgerehre sei erst die Basis der besonderen Ehre, somit der Standschaft gewonnen; aber nicht ohne Weiteres diese selbst. Der Abgeordnete von Saucken-Tarputschen bekämpfte den Antrag mit der plastischen Schilderung des Rechtszustandes, den er begründe. — Das Amendement des Abgeordnete von Gaffron hatte zur Folge, daß mehr und mehr die Versammlung sich zu der Ansicht hinneigte, die Standschaft gehe nicht für immer verloren, indem ja dasselbe nicht Begnadigung durch den Landesherrn, sondern Antrag der Genossenschaft unter Voraussetzung landesherrlicher Bestätigung zur Wiederbelehnung der ständischen Rechte verlangte. Eigentlich hatte der Abg. v. Uechtritz (Schl.) und sonst Niemand, sich für die Meinung der Staatsregierung ausgesprochen. Um diese zu vertreten, erhob sich der Landtagskommissär. Zunächst wandte seine Rede sich gegen die von dem Grafen Schwerin vorgeschlagene Aufhebung der Standschaft. Der Redner unterschied zwischen der gemeinen bürgerlichen Ehre und der „höhern" bürgerlichen Ehre. Jene steht jedem Staatsbürger von Rechtswegen zu. Diese nur einzelnen Personen im Staat, sei es „durch devorzugten Besitz", sei es durch Geburt oder besondere Verleihung. — Zwischen dem Adel und der Standschaft besteht kein wesentlicher Unterschied. Der Adel wird in der Regel nicht verlieren, sondern ist für die Meisten ein durch die Geburt ererbtes Recht; ebenso wird die Standschaft in der Regel nicht verlieren, sie ist häufiger an den Besitz geknüpft, den man durch Erbschaft überkommt u. s. w. Darauf folgten jene Worte, deren Inhalt man in Berlin seit einigen Tagen überall wiederholen hört. „Es fragt sich, m. H., ob Sie durch einen solchen Beschluß sich ehren würden oder nicht; ich für meine Person bin der Meinung, daß ein solcher Beschluß das ständische Institut in der Monarchie nicht heben, sondern jedenfalls herabwürdigen muß." Sodann widmete der Redner eine ziemlich lange Erörterung der Rede des Abg. Camphausen, welcher Tags vorher Seitens desselben vorgeworfen war, nicht zur Sache gesprochen zu sein. Schließlich sprach er sich günstig für das Gaffron'sche Amendement aus, namentlich weil „nicht leicht eine Korporation einen solchen Antrag wegen Mißvereinstehung in die Standschaft stellen werde", ein Argument, welches Abg. v. Saucken-Tarp. gegen den Antrag angeführt hatte. (Schl. f.)

Digitized by Google

**Berlin**, 5. Febr. Die Nachrichten, welche aus Frankfurt a. M. über die Sitzungen des Bundestages hierher gelangen, lassen fast keinen Zweifel mehr übrig, daß endlich eine Erledigung der Angelegenheit der deutschen Presse in naher Aussicht steht. Preußen und Sachsen hatten beim Beginne der Sitzungen des Bundestags den nochmals revidirten Entwurf eines gemeinsamen deutschen Preßgesetzes überreicht und hierbei die bestimmte Aeußerung hinzugefügt, daß, wenn nunmehr nicht bald eine definitive Entscheidung darüber gefaßt würde, sie sich abgenöthigt zu einer Regelung der Preßverhältnisse innerhalb ihrer resp. Staaten entschließen müßten, da sie durch die den Ständen ertheilten Zusicherungen gebunden wären und überdies durch die allgemein laut werdenden Wünsche gedrängt würden. Es scheint daß diese bündige Erklärung gefruchtet habe, und daß wir nach so langem Harren nun endlich die Resultate der über den belagten Gegenstand gepflogenen Berathungen erfahren werden. Wie es heißt, wird die Preßfreiheit für die Besprechung innerer Angelegenheiten eine der Grundlagen dieses zu erwartenden Preßgesetzes abgeben, und es schrint demnach der Vorgang Baierns, wie sich wohl vom ersten Augenblicke an erwarten ließ, nicht ohne Rückwirkung gedrieben zu sein. (Köln. Z.)

**Berlin**, 5. Febr. Es ist die Rede davon, daß für die Verhandlungen des Vereinigten Ausschusses noch eine Verlängerungsfrist von 14 Tagen gewährt werden solle. Mit dem heutigen Tage schließt bereits die dritte Woche seit Eröffnung der ständischen Berathungen, deren ganze Dauer ursprünglich nur auf 4 Wochen angesetzt war, und noch ist kaum ein Viertheil des Strafgesetzentwurfs durch die Diskussion gegangen. (D. A. Z.)

**Breslau**, 3. Febr. Die Aachn. Z. berichtet: Man scheint alles Ernstes damit umzugehen, die Bürgerressourcen, wenn sie sich auch nur im Entferntesten an politischen oder religiösen Demonstrationen betheiligen, aufzuheben. Auch die hiesige städtische Ressource, welche jetzt nahe an 2000 Mitglieder zählt, ist, wie die Königsberger, in dem Falle, nächstens den schwachen Faden, an dem das Damoklesschwert hängt, reißen zu sehen. Man verschert uns, daß die polizeiliche Untersuchung dieser Tage ihren Anfang nehmen werde. Die bekannte Adresse der Breslauer an ihren Magistrat soll in einer Versammlung der Ressourcenmitglieder ausgelegen haben.

Aus Schlesien bringt die Schles. Z. fortwährend Entsetzen erregende Schilderungen. So heißt es in ihrer neuesten Nummer: Zahlreiche Selbstmorden unsäglicher Noth, entsetzende Scenen wiederholen sich täglich bei diesem maßlosen Nothstande; alles Gefühl für Nächstenliebe ist bei dem gemeinen Manne abgestumpft, er hat nur ein Ziel: „er will essen oder Ferben!“ — Selbst schon den Todeskeim im Herzen schiebt ein zerlumpter Mann, eine Pfeife Tabak rauchend, seine erlöste Ehefrau, die Mutter seiner fünf nackten Kinder, auf einem Karren zum Friedhofe; von einigen Stangen und Fichtenreisig hat er ihr eine Art von Sarg zusammengeflochten; — nach wenigen Tagen schleppen ihn seine nackten Kinder, ohne Sarg, in einige Lumpen gehüllt, denselben Weg zum Friedhofe, indem sie abwechseln und fast den ganzen Tag damit mühsam zubringen, die kurze Strecke von etwa einer Viertelstunde zurückzulegen. Ein katholischer Priester wird zu einem Sterbenden gerufen; er tritt in die bittre Hütte und frägt nach dem, den er zu seinem letzten Gange vorzubereiten hat; ein nacktes, krankes Kind aus einem Haufen von fünfen zeigt auf eine menschliche Gestalt, welche auf einem zerbrechlichen Bettgestelle daliegt; er tritt hinzu, sieht aber zwei Menschen daliegen und bemerkt, daß der eine davon bereits todt ist; auf seine Fragen erhält er von den kleinen Kindern die Antwort: „der Vater sei schon mehrere Tage todt; sie könnten ihn nicht allein fortschaffen, und so sei er neben der kranken Mutter geblieben, welche wohl bald auch todt sein würde; dann wollten sie sich Hülfe suchen, um beide zugleich fortzuschaffen.“ Der Priester entsetzt sich über solches grausenhafte Elend, erkrankt und stirbt wenige Tage darauf am Petechialfieber. Ein Vater von 8 Kindern verliert sein Weib und fünf Kinder am Typhus; er steckt die Kinder und das Weib jenachdem sie starben, in einen Sack, schleppt sie auf seinem Rücken nach dem fast eine halbe Meile entfernten Kirchhof und wirft sie dort über die Umzäunung.

**Düsseldorf**, 5. Febr. Wie die Aerzte zu Koblenz und die Vereine zu Düren, Trier und Köln, hat auch der hiesige ärztliche Verein gegen mehrere Paragraphen des Entwurfs des Strafgesetzbuches remonstrirt. Bereits vor 14 Tagen hat der Vorstand in einer durch die Eile gebotenen außerordentlichen Versammlung beschlossen, gegen die Fassung der §§. 149 und 251 des Entwurfs zu protestiren, und hat selbiger den motivirten Protest an Hrn. Camphausen abgeschickt. (Düss. Z.)

** Von der Saale. Selbst das Patent des Königs von Dänemark hier bekannt geworden ist, sind unsere Blicke voll Spannung schwankend zwischen Furcht und Hoffnung auf die Herzogthümer gerichtet. Die Stunde der Entscheidung scheint gekommen zu sein. Die Dänen haben ihre große Karte ausgespielt, ob sie Trumpf ist, muß sich bald zeigen. Den Gesammtstaat zu erhalten, bieten sie den Herzogthümern die Freiheit. Sie sollen wählen zwischen Vaterland und Freiheit. Aber die Schleswig-Holsteiner werden das Vaterland auch nicht um die Freiheit verrathen! Und was wird ihnen denn geboten, das sie nicht schon besäßen in ihren alten Rechten, die auch Friedrich VII. wieder beschworen hat, was wird ihnen geboten, das der Augustenburger nicht gleichfalls bereit zu geben wäre? Feierlich und öffentlich hat er bereits auf jenem Festmahl im Sommer 1846 Größeres versprochen. Die Wahl steht nicht zwischen Verfassung und Vaterland. Das Patent vom 28. Jan. kann zunächst bloß eine Falle sein, die Herzogthümer in den Gesammtstaat einzufangen. Die Wahlen, welche die Herzogthümer vollzogen in Folge dieses Patents, welches einen neuen Gesammtstaat kreirt, würden dänischer Seits als schlüssiges Faktum genommen werden, daß die Holsteiner denselben thatsächlich anerkannt und auf ihr bisheriges Staatsrecht, ihren alten Rechtsboden verzichtet hätten. Sage man nicht, jene Versammlung der Ausschüsse sei eine bloß konstituirende, sie ist auch eine bereits konstituirte Vertretung des Gesammtstaates; denn es werden ihr laut des Patents Gesetze über Wehrpflicht, Münzwesen ꝛc. vorgelegt werden. Wie das Patent eine Falle ist, so ist die Gleichstellung der Länder im Ausschuß, wie in der künftigen Gesammtkammer illusorisch, und die Gesammtkonstitution ist Nichts als die Konstituirung der dänischen Macht über die Herzogthümer, ihre Unterdrückung in der Form des Gesetzes. Jetzige Zustand als gesetzlicher, der bisher ungesetzlich behanden hat. Und zwar darum, weil der Gesammtstaat dänisch bleibt, weil die dänischen Interessen der Schwerpunkt des Ganzen sind und bleiben, wie die Regierung und das Königthum dänisch ist. Es gibt kein gemeinsames Interesse zwischen Dänen und Deutschen als das dänische, über die Herzogthümer übergreifen und dieselben für die Subsistenz Dänemarks, für dessen feierste Staatsrolle zu bestteuern und zu belasten. Bei aller Gleichheit nach der Zahl der Vertretung dürfen die Herzogthümer nicht vergessen, daß sie es zu thun haben nicht bloß mit der dänischen Krone, sondern auch mit der dänischen Politik, mit dem dänischen Volke, mit der Regierungspartei in ihrer eigenen Mitte. Die Sache würde etwa dergestalt verlaufen. Gleich in den Ausschüssen wird die Herzogthümer überstimmt durch jene acht Mitglieder für die deutschen Länder, welche der König ernennt; ganz abgesehen davon, daß diese Berathung unter der leidenschaftlichen Aufregung der dänischen Hauptstadt vor sich geht. Dasselbe Spiel wiederholt sich, wenn die Gesammtkammer sitzt. Die Dänen stimmen zusammen für ihren Staat und für ihre Staatsmacht; es bedarf nur ein paar Stimmen aus den Herzogthümern, die durch den Einfluß der Regierung bald gefunden sind, um die Rechte der Herzogthümer, die abgesonderte Verwaltung, die Rechte des Mannstammes zu abrogiren. Jede neue Abstimmung ist eine neue Niederlage. Wir aber sollten zusehen, wie man die Vertreter deutscher Länder in fremde Kammern ruft, um sie dadurch für immer einem fremden Staatsleben verfallen zu lassen und uns wie gegen Fremde dabei zurufen lassen „unbeschadet der Rechte des deutschen Bundes.“ Ist denn das Maß äußerer Schmach immer noch nicht voll?

**Würtemberg.** Stuttgart, 8. Febr. In der Kammersitzung von diesem Tage kam die Eingabe Römer's in Betreff der Maßnahmen zur Berathung, die Opposition blieb zwar in der Minderheit, zählte aber doch 39 Stimmen gegen 50. Der parlamentarische Kampf wird uns als ein sehr heftiger geschildert. Morgen die ausführlicheren Mittheilungen unsers Korrespondenten.

* Karlsruhe, 9. Febr. Zu Anfang der Sitzung verkündete Vicepräsid. Baader (nicht Mittermaier) die Antwort des Großherzogs auf die Adresse beider Kammern in Betreff der drei Fahnen, die wir Ihnen schon mitgetheilt haben. Hecker übergab eine Petition wegen Wirthshäuser; Scheffelt über Mißbräuche bei dem Salzhandel; Kapp eine Bitte von Privilegirten um Aufhebung ihres Privilegiums: nämlich dieser Studirenden um Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit; Straub eine Reihe von Petitionen aus dem Seekreis um Aufhebung des Ausfuhrzolls von Getreide, der sie auf das Empfindlichste benachtheilige und nach neueren Berichten besorgen lasse, daß die Schweizer Repressalien ergreifen, wodurch die badischen Landwirthe der dortigen Gegend vollständig beraubt werden müßten. Dörr übergibt eine Bitte der Gemeinde Legelshurst um Abtheilung der Jagdrecht; Rieffer mehrere Petitionen, worunter eine um Aufhebung des Ausgangszolls auf Getreide. Sache eine Beschwerde des Buchhändlers Heinrich Hoff in Mannheim, gegen die Beschlagnahme des Kalenders „der Wanderer

Digitized by Google

am Rhein" für 1847. Hecker kündigte an, daß er im Laufe des Landtags eine Motion begründen werde: auf Beschränkung der Gütervaufammlung in todter Hand, und Aufhebung einiger damit in Verbindung stehender Staatseinrichtungen.

v. Boivon berichtet im Namen der Petitionskommission über die Beschwerde des Buchhändlers Julius Groos in Heidelberg gegen die Konfiskation der in seinem Verlage erschienenen: Verhandlungen der Bundesversammlung. Das Verbot wurde durch eine Verordnung von 1806 begründet, wonach Staatsschriften nicht ohne besondere Staatserlaubniß abgedruckt werden dürfen. Das Verlagswerk wird sonach als Nachdruck betrachtet, auf welchen das Preßgesetz keine Anwendung finde, so daß mithin auch die polizeiliche Beschlagnahme der richterlichen Bestätigung nicht bedürfe. Der Bericht führt aus, daß die Verordnung von 1806 lediglich bürgerliche Rechtsverhältnisse betreffe; die badischen Staatsschriften erschienen damals bei einem privilegirten Hofbuchdrucker, welcher durch Art. 1. ebenso wie Andere in seinem Privilegium geschützt werden sollte. Es lag also auch hier kein Gegenstand des öffentlichen Rechts vor, sondern lediglich ein das Privatrecht betreffender Fall. Der Bericht beruft sich hiefür auf Staatsrath Brauer (I, 466), welcher die Verordnung einen Sicherheitsgesetzbrief gegen den Nachdruck nennt. Ferner wird angeführt, daß jene Verordnung nicht mehr in Kraft besteht, indem an ihre Stelle zum Schutze gegen den Nachdruck andere und bessere Bestimmungen getreten sind, besonders auch durch den L. R. S. 577, d, a. Der Abdruck von Staatsschriften ist inzwischen auch nach vieljähriger Uebung ohne besondere Erlaubniß geschehen, und weder das Strafgesetz noch das Preßgesetz enthalten ein Verbot. Würde die Auslegung der Verordnung von 1806 in dem vorliegenden Falle festgehalten, so würde die Besorgung innerer Angelegenheiten allen unabhängigen Blättern erschwert und nur einzelnen als Belohnung oder Gnade gestattet werden. Allein selbst wenn die Verordnung von 1806 noch in voller Kraft bestände, so könnte sie doch nur auf badische Staatsschriften Anwendung finden, nicht auf die Verhandlungen des Bundes, die ohnehin nicht auf „öffentliches Veranstalten" herauskommen. Bei dem Verfahren der Regierung ist aufgefallen, daß das Gr. Ministerium des Auswärtigen die Rolle des Anklägers, das Ministerium des Innern die Rolle des Richters übernommen hat. Dies ist durch kein bekanntes Gesetz gerechtfertigt. Fand man in dem Buche ein Vergehen, so mußte man nach dem Preßgesetz einschreiten; fand man kein Vergehen, so mußte man der hohen Bundesversammlung oder ihrem nächsten Vertreter überlassen, gegen Julius Groos eine Civilklage zu erheben. Der Antrag der Petitionskommission geht dahin: die Petition dem Großh. Staatsministerium empfehlend zu überweisen.

Min.-Dir. Brunner erklärt die rechtliche Ausführung des Berichtes für unhaltbar. Die Verordnung von 1806 sei durch das Landrecht nicht aufgehoben, sondern bestehe in voller Kraft neben demselben, wie aus §. 18 des ersten Einführungsedikts hervorgehe. Die Stellen von Brauer sagen nichts Anderes, als daß derselbe sich veranlaßt gesehen habe, die wesentlichsten Bestimmungen über den Nachdruck in das Landrecht aufzunehmen. Die Verordnung von 1806 sei auch nicht durch Nichtgebrauch außer Uebung gekommen; sie sei öfter angewendet, und von dem Obergerichte ungweifelhaft als noch in Kraft bestehend angenommen worden. Zu das Strafgesetz wollte man den Nachdruck nicht als Verbrechen aufnehmen, da man die vorhandenen Bestimmungen für genügend hielt. Ueber den Nachdruck wollte man auch in das Preßgesetz Nichts aufnehmen, da man hier nur den Inhalt der Schriften berücksichtige. Die Verordnung finde aber auch vollständige Anwendung auf den vorliegenden Fall. Die Verhandlungen der obersten deutschen Behörde sind Staatsschriften für jedes dem deutschen Bunde angehörige Land, da jedes an der Bundesversammlung theilnimmt, und da die Beschlüsse des Bundes für alle gelten. Was aber von Staatsschriften gilt, welche für die Oeffentlichkeit bestimmt sind, gilt wol vielmehr von solchen, welche nicht veröffentlicht werden sollen. Etwas Besonderes oder Heimliches sei dabei nicht vorgekommen, die Sache sei vielmehr in den Entschließungsgründen ganz offen besprochen. Der Redner glaubt hiernach, daß die Regierung vollständig im Rechte war, indem sie nur ein bestehendes Gesetz anwendete; die Kammer sollte daher über die Petition zur Tagesordnung schreiten.

Peter entgegnet, daß alle Bestimmungen über das Schriftseigenthum vollständig in das Landrecht aufgenommen worden seien, daß also nicht ein älteres System damden bestehen könne. Julius Groos hat weder die Bestimmungen des Landrechts, noch des Preßgesetzes verletzt, er ist also hier nicht gesetzmäßig behandelt worden.

Kapp erinnert, daß ein Censorhen in Altona vor nicht langer Zeit ungestraft einen Bundesbeschluß gestrichen habe; jetzt verbiete der Bund selbst seine eigenen Verhandlungen und Beschlüsse, statt den Verleger mit einem eigenen Verdienstorden dafür zu belohnen, daß er die Verhandlungen der Vergessenheit entzogen habe. Der Grund, warum man den Bund nicht selbst für die Bekanntmachung sorge, liege in der Beschaffenheit der Maßregeln, welche der unselbstarke Weg seien, die Gewalt revolutionärer Zustände über Deutschland zu bringen. Wenn statt dessen das Princip herrschte, welches Kaiser Joseph als Devise stamme über Deutschland wehen ließ, dann würde man in der Veröffentlichung solcher Verhandlungen das größte Heil finden. Aus dem Triebe gesetzlicher Ordnung protestirt der Redner gegen die Kamarilla, die hinter dem deutschen Bund russische und romanische Principien entwickelt. Er stimmt für den übermäßig milden Kommissionsantrag.

Welcker. Der Regierungskommissär hat mit seinem ausgezeichneten Scharfsinn eine zu schwierige Aufgabe zu lösen versucht, und hat sie auch nicht glücklich gelöst. Von der öffentlichen Seite kömmt in Betrachtung, daß die Bundesversammlung ihre Verhandlungen dem Licht der Sonne entzogen hat. Was sich aus so unnatürlichen Zuständen erwarten läßt, liegt vor Augen. Die Regierung hat die Verhandlungen unterdrückt, weil sie fühlte, daß ihre Veröffentlichung so gut wie ein Pasquill gegen die Bundesbehörde sei.

Min.-Dir. Brunner. Sie unterlegen der Regierung eine Absicht, die ich mit Indignation zurückweisen muß.

Welcker. Mit Indignation — sagt der Regierungskommissär — dies ist ein moralisches Gefühl, und ich wünschte, daß die Regierung mit diesem Gefühl unsere bundesrechtlichen Zustände in das Auge faßte, dann würde die Indignation an ihrem Platze sein. Der Redner wendet sich nun zu der rechtlichen Seite und widerlegt die Ausführung des Regierungskommissärs mit §. 3. des II. Einführungsedikts, wonach alle ältern Verfügungen, wie jene von 1806, aufgehoben werden, wo sie nicht ausdrücklich ausgenommen werden. Das Preßgesetz wollte alle Verbrechen, Vergehen und Rechtsverletzungen durch die Presse und alle Regierungsmaßregeln in Bezug auf die Presse umfassen. Was insbesondere die Beschlagnahme betrifft, so ist aus den betreffenden Bestimmungen (§§. 34 und 35) sonnenklar, daß das Verfahren im vorliegenden Falle gesetzwidrig ist. Der berühmte Klüber hat die Verhandlungen des Wiener Kongresses herausgegeben (Min.-Dir. Brunner: Mit Genehmigung). Davon steht kein Wort darin; ich selbst habe die traurige Pflicht gehabt, geheime Beschlüsse herauszugeben. Man hat mir gedroht, sie mir Beschlag zu belegen, bot ihn aber wieder aufheben müssen. — Der Redner stimmt mit dem Antrag und glaubt, daß nur Wenige in der Kammer unsere Rechtszustände so gefährden wollen, daß sie dem Antrag entgegentreten. Man dachte bei dem gesetzwidrigen Verfahren wohl nur, einerseits dem Verleger die Möglichkeit zu lassen, das Buch zu verkaufen, und doch andererseits einen rothen Rock zu verdienen.

Zentner findet, daß die Verordnung von 1806 nur auf badische Staatsschriften passe. Die Bundesversammlung könne sich darauf nicht berufen. Ferner hätte das Preßgesetz hier eingehalten werden müssen.

Peter führt aus, daß die Verordnung von 1806 nur privatrechtliche Verhältnisse enthalte. Wäre aber auch der Art. 1 öffentlichen Rechtes, so ist auf die Umgehung der Staatserlaubniß keine Strafe gesetzt, namentlich durch das Preßgesetz die Polizeiwillkür ausgeschlossen. Wohl aber läßt sich die Beschlagnahme aus der Beschaffenheit der Verhandlungen erklären, worin z. B. der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe und auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens als abgenutzte Kunstgriffe von Demagogen geschildert werden, die der bessere Theil des deutschen Publikums verachte; worin Georgi, ein hochverdienter Inquirent genannt, und selbst der deutschen Sprache Gewalt angethan wird. Solche Verhandlungen wollte man freilich nicht im Druck erscheinen lassen. Wie aber haben auf dem vorigen Landtag beschlossen, die Regierung anzugehen, daß sie auf Veröffentlichung der Bundesverhandlungen hinwirken möge. Es kann eine Zeit kommen, wo man wieder an die deutsche Nation appellieren wird, diese aber wird dann sagen: Ihr habt gehörn berathen und beschlossen — Wir kennen Euch nicht.

Welcker. Die Geschäftsordnung des Bundes von 1816 schreibt vor, daß die Verhandlungen öffentlich sein sollen. Es ist daher nicht abzusehen, wie die Veröffentlichung der Verhandlungen ein Vergehen wäre. Etwas Anderes ist uns nicht bekannt. Hat man geheime Beschlüsse gefaßt, um die deutsche Nation anzuführen, so sollte man doch unsere Mitwirkung dazu nicht in Anspruch nehmen.

Rettig und Christ bemerken, daß die Frage die sei, auf

Digitized by Google

welchem Wege gegen Jemanden einzuschreiten sei, der irgend ein Werk veröffentlicht. Wenn ein Recht des Bundes verletzt ist, so mag der Bund den Rechtsweg betreten; die Regierung hat nicht einzuschreiten. Christ führt insbesondere aus, daß der §. 6 der Verordnung von 1806 durch das Landrecht aufgehoben ist.

Nachdem noch Min.-Dir. Brunner und der Berichterstatter v. Soiron das Wort genommen, Letzterer insbesondere erwähnt, daß der Verleger den Dank des Vaterlands verdiene, daß man nach der Abkommende hätte erwarten dürfen, die Regierung werde die Freiheit der Presse im Auge haben und Zumuthungen, wie die vorliegende, zurückweisen — wird der Antrag auf empfehlende Ueberweisung der Petition an das Gr. Staatsministerium, mit allen gegen vier Stimmen (Bauth, Rettig, Schaaff und Welcker) angenommen.

v. Soiron berichtet ferner über eine Petition von Neukirch für Verantwortlichkeit der Minister. Die Bittsteller begreifen nicht, daß die höchsten Staatsbeamten nicht ebenfogut verantwortlich sein sollen, wie die unbedeutenden Gemeindebeamten. Die Kommission schlägt vor, diese Petition als Motion zu behandeln und in den Rothbuch zu verweisen.

Der Antrag wird von den Abgg. Kapp, Peter, Welcker, v. Itzstein und Hecker unterstützt und von der Kammer einstimmig angenommen.

Nächsten Samstag wird Bassermann seine Motion auf Vertretung der Stände bei dem Bundestag begründen.

* Vom Rhein, 11. Febr. Noch ehe das Königl. Patent vom 28. Januar, die dänische Gesammtverfassung betreffend, bekannt bei und war, hatten Sie einen leitenden Artikel geschrieben, der den eingetretenen Fall voraussah und sich mit ganzer Entschiedenheit über die für den Fall zu ergreifende Partei aussprach. Ebenso brachte die Allgemeine Zeitung vom 6. dies. eine Korrespondenz aus Schleswig-Holstein, die vor diesem Kloer warnte und die bestimmten Worte aussprach, daß im deutschen Interesse nur Eines heilen könne, geschiedene Verwaltung und Finanzen und geschiedene Stände. Vor dem Erlaß des Patents schien man einig. In Deutschland scheint man es and nach dem Erlaß. Ich sehe mit Vergnügen in der Bremer Zeitung, in der Ihrigen die Stimmen, die alle auf dasselbe Ziel gehen; ich höre, daß man auf preußischen Universitäten Adressen unterzeichnet, die zur Ablehnung mahnen. Nur in Holstein und Kiel sind die Ansichten getheilt! Ihre vorgetrige Korrespondenz von dorther könnte den Sanguinikstern kleinmüthig machen! Dorthin hatten sich endlich einmal alle deutschen Blicke in der Erwartung gerichtet, man werde dort das erste Beispiel erleben, in einem politischen Kampfe um die heiße und gerechteste Sache die Menschen in vollkommener Eintracht nicht allein reden, sondern auch handeln zu sehen. Und bei der ersten Prüfung sieht man die alte deutsche Gutmüthigkeit wieder, die hinter jedem wohlthätigen Akte einen wohlmeinenden Willen glaubt voraussetzen und belohnen zu müssen; bei der ersten Prüfung die alte deutsche Untugend wieder, nach Einem Ziele auf getrennten Wege gelangen zu wollen! Wied nun die deutsche Presse in einem dringenderen Falle ihre Pflicht thun, als damals bei dem offenen Briefe? Und werden dann die Maekmannen doet unten, die diese lebendigen Sympathien bei uns gefunden haben, auf sie hören? Es gilt nur Einen einzigen Satz, den die Bremer Zeitung gesagt hat, zu wiederholen und den trägen Köpfen und Herzen mit aller Gewalt der Rede eingupeitschen, den Satz: daß niemals selbstständige, in dieser Personalunion verknüpfte Staaten Einerlei ständische Verfassung gehabt hätten; daß für alle solche Staaten, für Ungarn, für Norwegen eine solche Gemeinsamkeit der Verfassung den Untergang ihrer Selbständigkeit bedeuten würde; daß die Herzogthümer, nachdem sie jene runden Sätze ihres Staatsrechts aufgestellt haben, sich selbst aufgeben, wenn sie der dargebotenen Verfassung im Geringsten entgegenkommen. Warnen wir in der Presse vor halben Schritten, warnen wir vor den ersten Schritten, die zur Halbheit führen. Wie hat es Irland zu beweuen gehabt, daß es gegen den Verband mit einem ganz andern Staate, gegen die Theilnahme an ganz andern Freiheiten sein selbständiges Parlament hingab! Man hat in Schleswig-Holstein sehen können, wie schwer ein Widerruf (Repeal) ist; so halte man sich an das Leichtere, an den ersten Widerspruch.

**Nassau.** ○ Wiesbaden, 4. Febr. Es hat sich auch hier vor mehreren Wochen mit Genehmigung der Behörden ein Komite zur Sammlung von Beiträgen für Bleiser gebildet. Wir wünschen dieser nationalen Angelegenheit auch in den übrigen Theilen des Herzogthums eine gute Aufnahme. — Die Frage, ob die deutschen Herzogthümer Schleswig-Holstein deutsch bleiben oder dänisch werden sollen, hat nunmehr, bei der ausgesprochenen Ansicht des jetzigen Königs, die Pläne seines Vaters auszuführen, eine rasche Lösung zu erwarten. Wir hoffen jedoch noch, daß die Schweizerkühen, welche den Danskrungsprojekten entgegen stehen, der Art sind, daß man einer gewaltthätigen Ausführung abstrahiren werde; wo nicht, so naht eine neue Prüfungszeit für die deutschen Männer in jenen Grenzmarken Deutschlands, und unsowehr dürften sie einer werthhaften Hilfe, einer Aufmunterung des ganzen Vaterlandes. Dieses hat schon längst seine offene Meinung ausgesprochen, und es wird auch wohlgewollt zu den äußersten Mitteln gern seine Zustimmung geben, um jene durch Sprache, Staatsverträge und Gesinnung ihm angehörenden Völker sich zu erhalten. Wir wollen sehen, was in dem Herzen des deutschen Fürsten beschlossen ist, ob die Ehre, ob die Interessen Deutschlands sein letzter Schritt sind?

**Baden.** * Karlsruhe, 9. Febr. Der Präsident Mittermaier verkündete in der heutigen Sitzung, daß S. K. H. der Großherzog der Deputation, welche die Adresse in Betreff der drei Fabriken überbrachte, folgende Antwort ertheilt habe: „Mit Freuden empfange ich in dieser Adresse die Zustimmung der Stände zu Meinen Vorlagen in Betreff unserer theilweise gefährdeten Industrie, und Ich erkenne darin ein schönes Zusammenwirken der Kammern mit der Regierung. Meine Aufmerksamkeit ist stets unserm Gewerbsfleiß zugewendet, da so viele, theils arme Familien dadurch ihre Nahrung finden, und Ich wünsche aufrichtig, daß unser gemeinschaftliches Bestreben mit dem schönsten Erfolg gekrönt werde. — Mit Vergnügen spreche ich Meinen getreuen Ständen Meinen warmen Dank aus."

**Schweiz.**

Basel, 7. Febr. Im Gr. Rath stellte Professor Schönbein den Antrag, es möchte von Baselstadt dahin gewirkt werden, daß folgende Bestimmungen bei Anlaß der Bundesrevision in die neue Bundesurkunde aufgenommen werden: 1) Jeder Schweizer hat das Recht, in jedem Theile der Eidgenossenschaft sein Bekenntniß frei, ungehindert und öffentlich auszuüben. 2) Es gibt in der ganzen Eidgenossenschaft keine politischen Beschränkungen, welche sich an Religionsbekenntnisse knüpfen. — Nach dem Reglement mußte zuerst über Dringlichkeit des Antrags entschieden werden; dieselbe wurde mit 42 gegen 20 Stimmen anerkannt. — Von der Tagsatzungsstzung vom Samstag ist noch nachzutragen, daß Tessin zu dem ersten Theil des Beschlusses, betreffend die Bestrafung des Landesverraths, stimmt, so daß dieser §. nun eine Mehrheit von 12½ Stimmen hat.

Der „Schweizerbote" bringt die Zusammenstellung des im letzten Feldzug von jedem einzelnen Kantone gestellten Kontingents. Daenach waren 98,861 Mann und 172 Geschütze ins Feld gestellt worden; fast alle einzelnen Kantone haben mehr, manche das Doppelte von dem gestellt, was sie zu stellen verpflichtet waren, nur Baselstadt hat 33 Mann zu wenig ins Feld gestellt.

**Großbritannien.**

London, 5. Febr. In der gestrigen Unterhaussitzung übergab Sir R. Inglis abermals den Haus mehrere Beschwerden wegen Achtserklärungen, welche irische Geistliche von der Kanzel herab gegen Gutsbesitzer geschleudert haben sollen, mit dem Hinzufügen, daß einige dieser Eingaben von den „loyalen" Oranienmännern gewisser Bezirke herrührten. Hr. Hume, sich erhebend, fragte: ob Personen, welche einer von dem Throne selbst gesächteten Verbindung angehören, durch das Beiwort „loyal" ausgezeichnet werden dürften. (Nein! Nein! Zur Ordnung!) Inglis erwiderte: Da das ehrenwerthe Mitglied für Middleser (Zuruf: für Montrose) als für Montrose — ich bitte die Wähler von Middleser um Verzeihung — (lautes Lachen) — gesragt hat, ob die Beschwerdeführer zu dem Benennen „loyal" berechtigt wären, so erlaube ich mir zu sagen, daß sie hierzu ganz ebendasselbe Recht haben, als das ehrenwerthe Mitglied selbst. — Nach diesem kleinen Zwischenfall setzte man die Debatte fort über Lord G. Bentincks Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses, welcher die Ursachen der schwierigen Umstände, in denen sich die westindischen Pflanzer befinden, und die Mittel zur Abhilfe untersuchen soll. Lord Bentinck hatte seine Anwaltschaft für die westindischen Pflanzer namentlich darauf gestützt, daß er zugleich für 48 große Handelshäuser spreche, welche 6,300,000 Pf. St. im westindischen Handel angelegt hätten. Die Verluste, welche die Pflanzer in letzter Zeit durch die von der Regierung vorgeschlagenen und vom Parlament genehmigten Aenderungen in der Zollgesetzgebung erlitten, stellte er in den lebhaftesten Farben dar und verbreitete sich dann über das Uebel des Sklavenhandels, dem man nicht dadurch ein Ende zu machen im Stande sei, daß man die ausgedehnten Küstenstriche Afrikas und das Meer überwache (und in der That kommen alle Berichte darin überein, daß der Sklavenhandel wieder in arger Zunahme begriffen ist), sondern allein dadurch, daß man gegen die Hornissennester in Cuba und Brasilien selbst den Todesstreich führe. Der Redner schlug nun allen Ernstes vor, daß die großbritannische Regierung von Cuba Besitz ergreifen möge, um sich so für die spanische Schuld bezahlt zu machen, wie Polk eingestandenermaßen den Krieg gegen Mexiko unternommen, um

Digitized by Google

dies zur Bezahlung der Schuld zu zwingen, welche die mexikanische Regierung amerikanischen Bürgern schuldig sei, oder diese durch die Besitznahme mexikanischer Gebietsstrecken zu entschädigen. Der Schatzkanzler behauptete in seiner Entgegnung, daß die Pflanzer an ihrem Nothstande selbst Schuld seien; indem sie sich daran gewöhnt, sich einzulig und allein auf den Zollschutz zu verlassen, hätten sie verstumt, die nöthigen Verbesserungen im Anbau des Zuckerrohrs anzuwenden u. mit den Erfindungen der Zeit fortzuschreiten. Hätten sie dies gethan, so würde die freie Arbeit recht gut im Stande sein, mit der Sklavenarbeit in Wettefer zu treten. Am zweiten Tage nahm Lord Bentinck Gelegenheit, seinen chimärischen Plan auf Cuba (der, wenn er zur Ausführung käme, England ohne Zweifel mit den Ver. Staaten, welche ja auch bereits ihr Auge auf diese „Perle des Meeres" richten, in bedenkliche Verwickelungen bringen würde) zu vertheidigen und zu versichern, daß er seinen Vorschlag keineswegs, wie man ihm untergeschoben, bloß zum Scherze gethan, sondern ganz ernsthaft gemeint habe. Der der Ansicht sei, daß man sich für seine ausländische Schuld nicht in einer oder der andern Weise bezahlt machen dürfe, der müsse seine Stubien in Tipperary und überhaupt in Irland gemacht haben, wo man es allerdings für unvernünftig halte, an Bezahlung seiner Schulden zu denken. Schließlich wurde übrigens Bentinck's Antrag auf Niedersetzung einer Kommission angenommen.

**Frankreich.**

Paris, 6. Feb. Die Verhandlungen über den auf Algerien bezüglichen Sab der Adresse wurden in der gestrigen Sitzung der Kammer fortgesetzt. Zuerst, wie wir bereits erwähnten, bestieg der Marschall Bugeaud den Rednerstuhl, um, im Sinne seiner Doppelrolle als Landmann und Soldat, „die Kammer, wie der Courrier français sagt, mit dem Pfluge seiner Beredsamkeit und dem Schwerte seiner Logik zu durchfurchen". Seine ganze Rede lief darauf hinaus, daß in Algerien, nach wie vor der Beseitigung Abdel-Kaders, Alles beim Alten bleiben müsse, daß weder von der Verminderung des Heeres noch von der Einführung einer bürgerlichen Verwaltung die Rede sein könne. Das französische Afrika, sagt er, zähle laut der genauesten Nachweisungen über 4 Millionen Einwohner, welche 5—600,000 Krieger ins Feld stellen können, und da man auf Nichts weniger rechnen dürfe, als auf die friedlichen Gesinnungen der unterworfenen Bevölkerung, so würde jede Verminderung der vorhandenen Truppenmacht und jede Schwächung der vollziehenden Gewalt gefährlich sein. Um so mehr als Frankreich nachdrücklich darauf hinarbeiten müsse, den ganzen Uebergangswiderstreben der Araber umzuwandeln, um aus dem barbarischen Naturvolke, das bisher nur sich selber angehört, einen Lastesel der Civilisation zu machen, der Frankreich etwas Erkleckliches einträge. Dieser menschenfreundliche Gedanke wurde in die folgenden Worte eingekleidet: „Der Araber arbeitet nur wenig, höchstens drei Monate im Jahr. Die übrige Zeit widmet er der Jagd oder der Ruhe. Das Alles müsse wir ändern. Von jetzt an muß er wie die französischen Bauern vom 1. Jan. bis zum 31. Dec. arbeiten. Man wird ihm einen Theil seiner Heerden nehmen, die seinen Reichthum ausmachen, ihm Abgaben auflegen, ihn an ein neues Leben gewöhnen". Natürlich werden sich die Araber gegen diese Wohlthaten der französischen Herrschaft mit Hand und Fuß sträuben, und um sie zur Vernunft und zur Einsicht ihres wahren Vortheils zu bringen, wird man immerhin noch auf eine lange Reihe von Jahren 100,000 Mann nöthig haben. Indessen, meint der Marschall, daß doch binnen dieser 17 Jahre schon unermeßlich Viel in Algier geschehen sei, „mehr als die Römer dort in einem Jahrhundert geleistet haben". Man sieht, in Ermangelung der Andern hat wenigstens der Marschall Bugeaud selbst eine recht gute Meinung an seinen Erfolgen in Afrika. Daß die Römer in Afrika noch verschiedene andere Dinge zu Stande gebracht als die Unterwerfung der Eingebornen, und daß sie auf diese Unterwerfung, welche den Franzosen 100,000 Mann kostet, niemals mehr als zwei oder drei Legionen verwendet haben, das scheint der Nebenbuhler des Marius nicht zu wissen oder doch nicht in Anschlag zu bringen. Im Gefolge dieser Prahlerei Bugeauds hören wir die Franzosen alle Tage sich rühmen, daß sie Eroberungen, welche den Römern Jahrhunderte gekostet, wiederholt der Revolutionsheere in zwei Jahrzehnten vollbracht haben. Es ist wahr; es findet aber noch ein zweiter und dritter Unterschied zwischen den Kriegsthaten der Franzosen und der Römer Statt. Diese fingen ihre Eroberungen mit einer Handvoll Abenteurer an, und jene mit dreißig Millionen Menschen; diese behaupteten ihre Eroberungen ein halbes Jahrtausend, und jene verloren in einem Jahre, was sie in zwanzig gewonnen. — Noch eine andere Behauptung des Marschalls Bugeaud verdient hervorgehoben zu werden. „Das Heer, sagt er, ist das wichtigste Kapital der Kolonisirung, vermöge des Geldes, das es in dem Lande verbreitet, und vermöge der Wohlfeilheit der Arme, welche es dem Ackerbau zur Verfügung stellt." Wir empfehlen diesen Sab den Staatswirthschaftslehren in Abdera. — Dem Marschall folgt der General Lamoricière auf der Rednerbühne. Er las eine ziemlich unbedeutende Rede ab, um zu beweisen, daß die Abdel-Kader bewilligte Kapitulation keineswegs unbefonnener Weise abgeschlossen sei, indem der Emir den Weg nach der Wüste für seine Person noch immer frei gehabt habe. Wenn man aber behaupte, es würde besser sein, wenn Abdel-Kader in der Wüste wäre, als wenn man ihn nach Alexandrien entließe, so sei es ja ganz leicht, den Emir in die Wüste zurückzuschicken. Hierauf nahm Hr. Guizot das Wort: Die Regierung, sagte er, ist entschlossen, das dem Emir gegebene Versprechen zu halten. Dieses Versprechen geht dahin, ihn entweder nach Akka oder nach Alexandrien zu bringen. Ich schließe Akka sogleich aus, denn Akka steht unter der Herrschaft der Pforte, die Pforte aber hat unsere Herrschaft in Afrika nicht anerkannt, und es ist deßhalb unmöglich ihr den Emir anzuvertrauen. Wenn Abdel-Kader hingegen darauf besteht nach Alexandrien gebracht zu werden, wie wir glauben daß er darauf bestehen wird, wenn er unter den Bedingungen, die wir stellen müssen, in Alexandrien bleiben will — denn es ist von der größten Wichtigkeit für uns, daß er nicht bei der ersten Gelegenheit wieder in Algerien erscheine — so wird er dorthin gebracht werden. Wir haben Unterhandlungen eröffnet und Maßregeln genommen, um den Vicekönig von Egypten zu veranlassen, Abdel-Kader aufzunehmen — wir können ihn nicht dazu zwingen — und uns die Bürgschaften zu leisten, die wir für nöthig erachten." Alle diese Redensarten sind nur die schlechte Vermäntelung einer beabsichtigten Wortbruchs. Wollte die Regierung die Kapitulationen erfüllen, so brauchte sie weder die vorgängige Zustimmung Mehmed Alis, auch hatte sie das Recht, Bürgschaften von demselben zu fordern, und vor allen Dingen durften sie Abdel-Kader nicht von vornherein Monate lang als Gefangenen behandeln.

Der „Constitutionel" klagt bitterlich darüber, daß Hr. Guizot das Siegel des diplomatischen Geheimnisses verletzt habe, um Hrn. Thiers durch die Vorlesung seiner Depeschen aus dem Jahr 1836 mit sich selbst in Widerspruch zu setzen, was indessen natürlich ein ganz vergebliches Bemühen sei, denn Hr. Thiers sei die Konsequenz selbst. Das Journal des Debats brantwortet diese Klagen damit, daß es einige neue Stellen aus jenen Depeschen zur Sprache bringt, die noch viel bedenklicher lauten als Alles, was Hr. Guizot vorgelesen. So schreibt Hr. Thiers unterm 28. April 1836 an den Herzog von Montebello: „Wenn es den Herren in Bern gefällt, Tollheiten zu begehen, so wird Frankreich ihnen sicherlich nicht folgen, sondern sie allein lassen wie aufgegebene Kinder. Ich weiß wohl, daß diese Herren eine Antwort auf diesen Sab bereit haben. Die Schweiz, sagen sie, ist so wichtig für Frankreich, daß dieses gar nicht umhin kann, sie zu beschützen. Dies ist wieder ein großer Irrthum, der aus den harten Köpfen in den Arion ausgetrieben werden muß". Man sieht, das Organ des Ministeriums weiß Hrn. Thiers der Schweiz in einer Weise zu empfehlen, welche die Dankbarkeit der hartköpfigen Eidgenossen für die Wärme, mit welcher sich Hr. Thiers ihrer Sache in der Kammer angenommen hat, doch einigermaßen zweifelhaft machen wird.

Paris, 7. Febr. In der heutigen Sitzung der Kammer begann die Verhandlung über den letzten Sab der Adresse, in welchem von der Reformbewegung und den zur Förderung derselben gehaltenen Zweckessen mit tadelnden Worten gesprochen wird. Bei dieser Verhandlung wird wenigstens die ganze innere Politik des Ministeriums von Neuem zur Sprache kommen, und so der größte Theil der bisherigen Adreßdebatte noch einmal durchgemacht werden. Die Zahl der eingeschriebenen Redner ist Legion. Zuerst nahm Hr. Duvergier de Hauranne das Wort, der Schulmeister der konstitutionellen Politik, das dessen langer, langweiliger und pedantischen Rede wir den folgenden Sab herausheben. „Man macht uns einen Hauptvorwurf daraus, daß wir einen gewissen Toast (den auf den König) bei unsern Bankets ausbringen. Daran sind die Minister Schuld! Wenn sie sich laut rühmen, das Verdienst ihrer Politik gehöre dem König, so haben wir wenigstens das Recht, durch unser Schweigen das Gegentheil auszusprechen." Für einen Mann, der die konstitutionelle Logik für seine starke Seite hält, ist diese Beweisführung doch etwas schwach.

**Italien.**

Turin. Nachdem der österr. Bevollmächtigte, welcher der piemontesischen Regierung die Abschließung eines vortheilhaften Handelsvertrages angeboten, unter dankbarer Anerkennung des gemachten

Digitized by Google

## Die Fabrikfrage vor den badischen Ständen.

### II. Die Diskussion. Zweiter Tag.

Die Vorträge von elf Mitgliedern der Kammer und zweien der Regierung in der Verhandlung vom 27. hatten weder den Gegenstand, noch die Geduld der Kammer, noch die Theilnahme des Publikums erschöpft. Die Galerien und der Hauptraum des Saales, die Logen der ersten Kammer, die Tribünen des Hofes und des diplomatischen Korps waren am zweiten Tage nicht minder stark besucht, als am ersten. Männer und Frauen aus allen Ständen, Civil- und Militärbeamte, auch die schon länger in der Residenz anwesenden Vertreter der Gläubiger des Hauses von Haber wollten Zeugen des weiteren Verlaufes und der Entscheidung sein. Unter den Gläubigern waren außer deutschen in der industriellen Welt wohlbekannten Namen, worunter einige parlamentarische, wie Frhr. v. Schäpler und Dr. Schott, auch Ausländer, z. B. die Bevollmächtigten der Häuser Arnstein und Eskeles in Wien, Baudon in Paris, Aguirrevengoa und Unibarren in Madrid und Paris. Es war ein europäisches Publikum. Die Kammer bot einen Anblick, der jeden Gedanken an systematische Opposition niederschlagen mußte. Die engsten Bande politischer und persönlicher Freundschaft waren der Verschiedenheit der Meinungen in dieser Frage gewichen. Die Banden auf der einen Seite Welcker gegen v. Ihstein, Kapp gegen Hecker, Bassermann gegen Mathy, Blankenhorn gegen Tennig, und auf der andern Schaaff gegen Schmitt, d. h. der Regierungsdirektor gegen den Rath in seinem Kollegium, Jungbanns gegen Christ, ein Justizbeamter gegen den andern.

Wie am vorigen Tage Bassermann den Kampf gegen die Anträge eröffnet hatte, so eröffnete ihn am zweiten Tage ein nicht minder furchtbarer Gegner, der durch Kenntnisse, Geist und Rednergabe ausgezeichnete Abgeordnete Hecker. Er suchte im Eingange seines Vortrages den Glauben an die Richtigkeit und Genauigkeit der in den Regierungsvorlagen mitgetheilten Thatsachen und Zahlen zu erschüttern und dieselben auf den geringen Werth bloßer Vermuthungen zurückzuführen. Seine Ausführung zerfiel in fünf Hauptheile: 1) was ist die wahre Sachlage; 2) wie ist die Frage von die Ständ gekommen; 3) welches ist der nationalökonomische Gesichtspunkt; 4) sind nicht überwiegende Gründe vorhanden, schon um der Folgen willen die Vorschläge abzulehnen; 5) wie verhält es sich mit der Wahrscheinlichkeit, daß die Staatskasse bezahlen, und daß sie für ihre Leistungen Ersatz erhalten wird? Man habe nicht wohl daran gethan, begann der Redner, das Jahr 1836, von welchem die drei Fabriken ihre Entstehung herschreiben, voranzustellen, denn sie seien dadurch als Ergebnisse des größten Aktienschwindels bezeichnet, ihre Existenz sei durch die kühne Wagnitz der HD. v. Haber, dieser Condottieri der neuen Zeit, herein er seinen Repott nicht versagen könne, gestiftet worden. Doch der Tag möge vorübergehen, wenn jährlich viermaligen Umschlag von 6 Millionen Einkauf that, die Stockung ist leicht zu erklären. Eben so natürlich war, daß die Inhaber der nahe bei der Residenz gelegenen Anstalten die Minister um Hilfe bestürmten, die sich auch übertumpeln ließen. Sir Robert Peel, Lord John Russell würden so nicht gehandelt, sie würden das Begehren mit einer Handbewegung abgewiesen haben. Aber so klug ist die Regierung doch, daß sie die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen will; wie sollen die Träger, der Sündenbock, der Heiland sein, der für eine ministerielle Sünde an das Kreuz geschlagen wird.

Wie die Sache jetzt liegt, können wir in formeller Beziehung nicht berathen. Der Abg. v. Soiron will die Regierung vor einem Gesetzbruch bewahren. Die Gefahr ist da. Die Gläubiger sind uns nicht bekannt, wir können dafür nicht garantiren. Es wäre unwürdig, bei solcher Sachlage in Verhandlungen einzugehen, unser Schild für Europa anzusehen und uns zu gebreden, als ob hier die ganze Industrie in Frage stehe. Mit einer Ermächtigung würde man einem Ministerium, das die Karlsbader und die Wiener Konferenzbeschlüsse aufrecht halte, ein Vertrauensvotum geben. — In materieller Beziehung sollen wir mit fremdem Geld bürgen; aber ein altes Sprichwort sagt: den Bürgen soll man würgen. Die Vorlagen über den Vermögensstand sind zum Theil aus früherer Zeit; bei Waghäusel, wo sie neu sind, weisen sie auch die Überschuldung nach. Von den Unterpfands- und Bozugsrechten haben wir keine Kenntniß, die Hoffnungen und Aussichten auf reichen Ertrag sind die nämlichen Bilder und Seifenblasen, die Jeder, der Geld haben will, vorspiegelt. Die Verwendung, welche der Redner in diesem Theile seines Vortrags von den im Berichte gegebenen Zahlen machte, konnte eine nähere Prüfung nicht aushalten.

Vom national-ökonomischen Standpunkte aus hielt der Redner den Vorschlägen die Autorität von Say und den Satz entgegen, daß der Staat zwar alle Hemmnisse aus dem Wege räumen, aber keine Industrie mit Staatsmitteln heranziehen solle. Das beste Mittel zur Beurtheilung einer Industrie ist das eigene Interesse; der Egoismus aber sieht, daß hier die Sache nicht glänzend steht, und darum verlangt er Geld von Staate. Zu Gunsten einiger Personen sollen wir einen Druck auf das Volk ertheilen. Eine schöne ausgleichende Gerechtigkeit, die dem Armen nimmt, um dem Reichen zu geben. Um hier Etwas zu bewilligen, müßte eine dringende Nothwendigkeit und ein großer Nutzen für das Land bewiesen sein; allein es ist nur bewiesen, daß die Fabriken bisher immer verloren haben, daß ihr finanzieller Stand unbekannt, und daß offenbar Luftbilder statt der Thatsachen vorliegen.

Frankreich habe die Industrie im Elsaß unterstützt, um das Prinzip der Julirevolution nicht zu desavouiren, Belgien sei bei den Cockerill'schen Unternehmungen ursprünglich betheiligt gewesen und habe die Gewißheit gehabt, durch Lieferungen für die vorbereiteten Eisenbahnbauten sein Geld wieder zu bekommen. Die große Zuckerfabrikerei von de Bruyn in Holland habe unlängst ihre Zahlungen eingestellt, und die Gläubiger betreiben jetzt das Geschäft. Aehnlich verhält es sich mit andern Fabriken und wird es auch mit den in Frage liegenden geschehen, wenn der Staat nicht einschreitet.

Die überwiegenden Gründe, welche der Redner den Anträgen entgegenhält, sind politischer, socialer und industrieller Natur. Die Stimme des Volkes, die Gottesstimme, erhebt sich gegen die Staatshilfe. Das Volk, aus verschiedenen Faktoren bestehend, ist verständig und steht richtig; es will keine französische Korruptionspolitik, Jeder soll auf sich selbst stehen. Die Industrie darf mit diesem Falle nicht identificirt werden, man darf nicht mit allgemeinen Phrasen kommen, wo es sich um nichts Anderes handelt, als Geld zu bezahlen. Der Staatskredit wird gefährdet, wenn man imaginäres Industriepapier auf den Markt wirft. Diejenigen, welche gegen Rothschild gesprochen, sind mit sich selbst in Widerspruch gekommen, indem sie für ihn gestimmt haben. Ja will seinen Operationen keine neue Nahrung geben und stimme gegen ihn. Ja will nicht bristeuren, um dem Wechselreiter, der seinen Gaul verloren, einen neuen anzuschaffen, womit er die alte Gallopade wieder anfangen kann. Der Privatkredit wird nicht leiden, wenn wir dem Schwindel entgegentreten. Wenn wir die Papiere bewilligen, leisten wir der Agiotage Vorschub und helfen den Geldleuten die Simpel aufführen. Die reellen zwei Jahre richtet der Staat Nichts, solange wird man die Sache halten, bis die Papiere angebracht sind; dann aber wird man die Fabriken und die Papiere fallen lassen. Zu diesem falschen Spiel, zu dieser Betrügerei stimme ich nicht. Haben wir A gesagt, dann müssen wir auch B sagen, jedes Jahr 272,000 fl. einbrocken (ein kleiner Verstoß um 100,000 fl.), und man wird nicht aufhören können. Was man aus socialen Gründen zu Gunsten der Arbeiter für die Anträge vorgebracht, erinnert an den heiligen Crispinus, der Leder stahl und den Armen Schuhe daraus machte. So sollen wir aus den erpreßten Steuern der Schwarzwälder und Odenwälder den Fabrikarbeitern Brod verschaffen. Aber die Arbeiter wollen nicht vorgeschoben sein; sie wollen nicht auf Kosten der Steuerpflichtigen leben, sondern ihren Verdienst, wenn eine Quelle versiegt wird, an einer andern suchen. Der Redner verlas ein das bekannte Schreiben, welches von 63 Arbeitern, Einem auf jeden Abgeordneten, unterzeichnet ist, das Elend der Arbeiter der freien Konkurrenz zuschreibt, gegen die Bewilligung protestirt und von einer weisen Regierung annimmt, sie werde nicht trachten, dem großen Besitz unter die Arme zu greifen und mit den Steuern des Volkes die Schwindler zu unterstützen; als Heilmittel wird die Unterstützung freier Associationen von Arbeitern angerathen.*) Der Redner bemerkte weiter,

*) Es erregte allgemeine Verwunderung, als man später erfuhr, daß jenes Schreiben nicht von Arbeitern sei, sondern Machwerk unredlicher, sondern von Andern, die allerdings sagen konnten, daß man ihretwillen die Fabriken nicht zu erhalten brauche. Dasselbe ist auch nicht von einem Arbeiter, sondern von einem Rhtiadeiter verfaßt, der seinen Eifer über seine eigene unlängst gemachte Bemerkung, daß seine Herrschaft ihre Tagblattgebrandtanzen ein Mannheimer Blatt um den Rest seines Rufes bringen, an einem Gemälde von Unwohrheiten in jenem Blatte ausgelassen hat. Das wir darauf nicht erwidern, versteht sich von selbst. Nur über die Beschuldigung, wir hätten ihn denunzirt, ein Wort für die Leser. Wir haben Nichts gethan, was nicht stadtkundig, mithin sogar der Polizei schon bekannt ist. Wenn aber das Individuum sich mit der Hoffnung schmeichelt, die Polizei werde auf unsere Bemerkung Anlaß nehmen, ihn fortzujagen, damit er als politischer Märtyrer auf Reisen gehen könne, so hoffen wir, die Polizei werde ihm diesen Gefallen nicht thun. Er leistet dem Polizeistaat sehr

Digitized by Google

ein Theil der Arbeiter werde anderwärts Unterkommen finden, und wenn ein anderer Theil brodlos werde, so trügen Jene die Schuld, welche sie zu einer Beschäftigung angelockt haben, die auf so schwachen Füßen stand. Man möge die Listen der Arbeiter aufnehmen, den Grund Beschäftigung, den Andern Unterstützung verschaffen. Die Staatsbeiträge zur Zehntablösung paßten nicht hierher, denn dort habe man eine erkennbare schädliche Last abgeschafft, während man hier eine künstliche schaffen wolle.

Die Frage, was der Staat bei den Anträgen riskire, sei der Aehnlich, was es morgen für Wetter gebe. Statt so zu fragen, möge man erst beweisen, was die Fabriken ertragen. Der Staat riskire ersteus etwa zwei Millionen und zweitens, daß die Fabriken seinen Ertrag abwerfen. Wir riskiren, daß der Betriebsfonds schwindet, wir ciskiren das Unheil der Agiotage, Ehre und Moral, wenn wir reichen Privaten und Staatsmitteln einen Theil ihres Vermögens erhalten. Der Redner stimmt für Verwerfung der Vorschläge und eventuell für den Antrag des Abg. v. Soiron.

Der Eindruck, welchen die glänzende Außenseite dieses Vortrages, den der Redner nahezu zwei Stunden mit seltener Kraft durchgeführt hatte, zu machen geeignet war, veranlaßte die Regierungsbank, aufs Neue an der Debatte Theil zu nehmen. Der Schluß zugemessene Raum erlaubt uns nicht, die ausführliche und gründliche Entgegnung wiederzugeben, worin Staatsrath Regenius „ruhig abwog", wie sich die Vortheile für das Land zu den Gefahren verhalten, welche die Staatskasse durch die Garantie übernimmt, wie viel größre die Vortheile der Erhaltung der Fabriken sind und wie groß die Verluste an Nationalvermögen und Einkommen im Falle des Eingehens der drei Fabriken sein würden. Konnte es dem H. Redner nicht gelingen, vernehmlich genug zu sprechen, um auf den Gallerien und selbst auf den Sitzen der Abgeordneten verstanden zu werden, so bleibt doch sein Vortrag in dem Protokolle dieser Verhandlungen ein neues Beweis seiner ausgezeichneten volkswirthschaftlichen Kenntnisse. Fin.-Minist.-Präsident Regenauer setzte sich die leichtere Aufgabe, die von Hecker absichtlich verworfenen Zahlen zu entwirren und sie aus ihrer eigenthümlichen Gruppirung gezogenen Folgerungen dadurch zu entkräften.

Der nächste Redner, Chelius, wendete seinen Vortrag anfänglich gegen den Abg. Hecker. Er führte den Ursprung des Briefes der 63 Arbeiter auf eine Fourrierristische Quelle zurück, sprach sich gegen die socialen Lehren aus, welche an der Neigung für die Familie scheitern müßten, und gab sein Urtheil über die vorliegende Frage dahin ab: daß er nicht zustimmen würde, wenn es sich um eine Unterstützung für die Gründung der drei Fabriken handeln würde, wohl aber jetzt, wo für ohne Unterstützung nicht fortgeführt werden können. Dem Abg. v. Soiron gab der Redner seine ganze Anerkennung zu, nur den Schluß nicht, daß mit den vorliegenden Anträgen gewartet werden müsse, bis die Betheiligten einen Vergleich geschlossen hätten. Er benütze einen Zwischenruf des Abg. v. Soiron, daß Letzteres zweckmäßiger sei, zu der Erklärung: daß derselbe hiermit den Rechtspunkt fallen lasse. Zweckmäßiger aber sei es gewiß, wenn der Staat das Gesetz diktire und den Gläubigern überlasse, die ihnen gestellten Bedingungen anzunehmen oder nicht. Der hervorragendste Beweis des Vortrages war der Schluß, worin der Redner sich dem Gesichtspunkte des Abg. Welcker näherte, die hohe Bedeutung der Industrie für die Unabhängigkeit Deutschlands auseinandersetzte und erklärte, daß er deßhalb in allen ähnlichen Fällen für Staatshülfe stimmen werde.

Minist.-Präs. Bekk erkannte dem Abg. Chelius und Heder, Jedem das Verdienst der glänzenden Vertheidigung der Sache zu, für welche er warm gewonnen. Hecker habe sich den Trieb zu widersprechen und Alles in Zweifel zu ziehen, so lange es nicht durch das Gesetzbuch vollständig bewiesen sei. Aber in Handel und Industrie gelte vorzugsweise das Vertrauen, und wenn da Nichts geschehen sollte, bis es juristisch klar bewiesen sei, so würden bald alle Geschäfte im Lande in das Stocken gerathen. Nachdem der Redner tiefer in die Verhältnisse eingegangen war, um die Unhaltbarkeit von Hecker's Behauptungen nachzuweisen, kam er auf den Vorwurf gegen die Regierung, daß sie die Sache nicht abgelehnt, sondern vor die Kammer gebracht habe. Dies zu thun, sei der feste Entschluß der Regierung selbst für den Fall gewesen, daß sie die Ansicht gewonnen hätte, keine Unterstützung zu gewähren. Die Stände sollen sie die Verantwortlichkeit mit tragen helfen, darum die Vorlage, welche zudem vollkommen dem konstitutionellen Princip entspreche. Hätte die Regierung allein gehandelt, dann würden ihr die härtesten Vorwürfe von Seite der Kammer nicht mit Unrecht gemacht worden sein. Die Redner blieb bei dieser Ausführung auch seinerseits nicht kalt, und die menschliche Regung bei dem tiefen Bewußtsein unverdienter Vorwürfe, veranlaßte den Ausdruck: es würde dann wohl Mancher, der heute gegen die Vorschläge gesprochen, fast mit geballter Faust auf die Minister losgegangen sein.

Bentano glaubte zumäßt Berücksichtigungen gegen die Advokaten abwehren zu müssen, die er in einzelnen Stellen des ersten Regierungsvortrags, des Kommissionsberichtes und mancher Reden aufgefunden habe. Er kann nicht für die Anträge stimmen, weil er die Ueberzeugung nicht hat, daß für durch gebieterische Umstände zur Nothwendigkeit geworden. Ein außergerichtlicher Vergleich könne, als gesetzlich verboten, ohnehin nicht geschlossen werden, wenn man nicht im Volke den Glauben erwecken wolle, daß für die Großen die Handelsgesetze nicht mehr bestehen, und daß nur gegen kleine die Gerichte einschreiten. Das Pfandrecht, welches die Staatskasse gegen Verluste sichern soll, hat ihm keinen Werth, es stehe nur auf dem Papiere, würde aber für den Fall, wo Gebrauch davon gemacht werden sollte, keinen Gegenstand mehr haben, weil alsdann die Fabriken zum zweiten Mal zahlungsunfähig sein würden. Er stimmt mit Hecker für die Verwerfung, weil die Anträge ein Papier schaffen, welches gebraucht werde, um die Leute zu berücken.

Nachdem die Kammer noch den Abg. Weizel für die Anträge gehört, brachte die Bemerkung des Präsidenten, daß noch 19 Redner eingeschrieben seien, die Ungeduld zum Ausbruch. Die Eingeschriebenen verzichteten auf das Wort, die Diskussion im Allgemeinen wurde geschlossen, vorbehaltlich der Befugniß des Berichterstatters, die Anträge gegen die erhobenen Einwendungen zu vertheidigen. Er that dies in einem Vortrage, über welchen wir kein Urtheil abzugeben haben, und die Kammer hatte die Gefälligkeit, ihm eine Stunde lang aufmerksam zuzuhören.

Der Antrag des Abg. v. Soiron auf Beschiebung des Gegenstandes wurde hierauf zur Abstimmung gebracht und mit großer Mehrheit gegen 17 Stimmen verworfen. Hiermit war die Frage zu Gunsten der Vorschläge entschieden. Die weitere Verhandlung, welche noch einer kurzen Unterbrechung bis zum späten Abend fortgesetzt wurde, brachte keine wesentliche Abänderung an den einzelnen Artikeln, welche inzwischen und von der ersten Kammer einstimmig angenommen worden sind (5. Februar).

Gegen die Mitte des kommenden Monats März werden sich die Gläubiger abermals in Karlsruhe versammeln und dann wird sich zeigen, ob ein Vergleich zwischen ihnen und den Inhabern der Fabriken zu Stande kömmt und die Staatsgenehmigung erhält. Blieb diese schwere Aufgabe glücklich gelöst, — und dafür spricht die höchste Wahrscheinlichkeit, so ist die Erhaltung der drei Großgewerbe dem Lande gesichert; kömmt der Vergleich nicht zu Stande, so haben wenigstens Regierung und Stände in Baden der Industrie und dem Lande gegenüber ihre Schuldigkeit gethan.

---

### Denkschrift in Betreff des Elbverkehres und der Elbzölle.

Eine solche haben die Handelsvorstände der Städte Altona, Berlin, Dresden, Halle, Hamburg, Magdeburg und Prag kürzlich veröffentlicht, welcher wir die nachfolgenden wichtigen und interessanten Aufschlüsse entnehmen. Die Schlußakte des Wiener Kongresses hatte den Grundsatz aufgestellt: „Bei Festsetzung des Tarifs der Flußzölle will man von dem Gesichtspunkte ausgehen, durch Erleichterung der Schifffahrt den Handel zu ermuthigen." In Folge dessen trat im Jahre 1819 eine Kommission von Bevollmächtigten der zehn Uferstaaten in Dresden zusammen, „um die durch die Wiener Kongreßakte ausgesprochenen Bestimmungen auf die Elbschifffahrt in Anwendung zu bringen", deren Berathung das Resultat ergab, die vorgeschlagene Norm der Regulirung nach Anleitung des Rhein-Oktroi-Systems nicht annehmen, sondern die bis dahin bestandenen Elbzölle als Grundlage des neuen Tarifs betrachten zu wollen. Demgemäß ward durch die Elbschifffahrtsakte vom 23. Juni 1827 der Gesammtbetrag der Elbzölle von Mitmit bis Hamburg auf 1 Thlr. 3 Gr. 6 Pf. für den Hamburger Centner festgesetzt. Obwohl schriftlich hierin eine Verminderung der seitherigen Zölle lag, so war in der That die neue Abgabe eine höhere, indem selbst „eine nachgehende Obervaag" die tarifmäßige Zollbelastung in den meisten Fällen motificirt hatte. Um so willkommener war die Zusicherung, daß jeder Uferstaat sich bereiten werde, die im Fahrwasser sich findenden Hindernisse ohne allen Verzug auf seine Kosten wegräumen zu lassen, und daß überdem von Zeit zu Zeit eine Revisionskommission

---

sere Dienste, als zehn bezahlte Handlanger oder feuile Zeitungen, denn er bringt es noch dahin, daß sich jeder anständige Mensch schämen wird, dafür angesehen zu werden, als gehöre er zu einer politischen Partei, welche sich von solchen verwahrlosten Menschen die Feder führen läßt.

Digitized by Google

zusammentreten solle, „um über die Maßregeln zur fernern Erleichterung von Handel und Schifffahrt zu berathen“.

Als die erste Revisionskommission im J. 1824 in Hamburg sich versammelte, ward von einigen Uferstaaten eine Ermäßigung des Normalbetrags der Elbzölle um etwa $^1/_4$ beantragt. Das Endresultat der Berathungen hatte jedoch nur einige geringfügige Erleichterungen und den Beschluß zur Folge, im Jahre 1828 zu neuer Berathung in Dresden zusammenzutreten zu wollen. Das Jahr 1828 verlief indeß ohne diese verabredete Zusammenkunft, während die Höhe der Elbzölle um so drückender empfunden wurde, als mittlerweile die Zollsätze anderer Flüsse wesentlich ermäßigt worden waren, und die starke Preisermäßigung der meisten Handelsartikel das Mißverhältniß jener Zölle um so auffallender hervortreten ließ. Ueberdem hatte auch die Vernachlässigung der Fahrbahn an manchen Uferstrecken laute und wiederholte Klagen hervorgerufen. Wurde daher der endliche Zusammentritt einer zweiten Revisionskommission in Dresden im J. 1842 freudig und vertrauensvoll begrüßt, so war die Enttäuschung um so schmerzlicher, als nach 20monatlicher Berathung die Additionalakte v. 13. April 1844 erschien, welche zwar in Hinsicht der Verbesserungen der Fahrbahn dankbar zu erkennende Bestimmungen enthielt, in Betreff der Zölle jedoch den gehegten Erwartungen keineswegs entsprach, da nur Gegenstände von ganz untergeordneter Bedeutung in eine niedrige Tarifklasse versetzt, für alle wichtigen Handelsartikel aber die seitherigen Zölle beibehalten wurden. Beinahe schien es, als ob man in Hinblick auf die im Bau begriffenen mit dem Elbstromsporte rivalisirenden Eisenbahnen den Zeitpunkt vorerst abwarten wolle, in welchem die völlige Umgestaltung der Elbzollverhältnisse eine unabweisbare Nothwendigkeit sein werde. — Dieser Zeitpunkt, sagt die Denkschrift, ist nunmehr erschienen.

Nach dieser Voranstellung läßt die Schrift eine Darlegung der statistischen und merkantilischen Verhältnisse folgen. Werden die gegenwärtigen Normalsätze der Rhein-, Weser- und Elbzölle auf gleichen Maßstab reducirt, so ergibt sich für 100 Centner auf 100 Meilen an Wasserzöllen

für die Weser 436 Thlr.
„ den Rhein, aufwärts 446 Thlr.
„ „ abwärts 666 Thlr.
„ die Elbe 1416 Thlr.,

woran zu ersehen, daß man mit vollstem Recht die Elbe als den höchstbelasteten der deutschen Ströme geschildert hat. Was die Oder anbetrifft, so ist selbige von allen Flußzöllen befreit und selbst der hierbei in Betracht zu ziehende und ad valorem berechnete Sundzoll ist bei Weitem niedriger als der Betrag der allein unterhalb Wittenberg erhobenen Elbzölle. Denn vergleicht man die Beziehungen auf der Oder gegen diejenigen auf der Elbe nur bis Magdeburg, so ergibt sich beispielsweise:

| Elbzölle. | | | Sundzoll. | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 25 Thlr. | 3 Sgr. | für 100 Centner Talmöl | 7 Thlr. | 21 Sgr. | |
| 23 „ | 27 „ | „ 100 „ Soda | 1 „ | 3 „ | |
| 75 „ | 6 „ | „ 100 Tonnen Heringe | 3 „ | 9 „ | |

sodaß die Einwirkung dieser gewaltigen Differenz ihren Einfluß auf den Gang des Handels nicht verfehlen konnte, wie solches auch durch die der Denkschrift beigefügten Einfuhrlisten zur Genüge dargethan wird. Man ersieht aus diesen Tabellen, daß die Einfuhr in Stettin in dem nämlichen Grade im Zunehmen, als der Elbtransport im Abnehmen ist.

Wie bedeutsam aber die Verdrängung der wichtigsten Handelsartikel von der natürlichen und nächsten Wasserstraße durch den Druck unverhältnißmäßiger Zölle auch erscheinen mag, so wird sie doch von der neuen Konkurrenz der Eisenbahnverbindung Hamburgs mit dem Binnenlande, obwohl diese Verbindungen noch nicht einmal vervollständigt sind, faß in den Hintergrund gedrängt. Zwar unterliegt auch dieser Güterntransport einer Abgabe von $3^1/_2$ Sch. Cour. pr. Centner, was aber nicht hindert, daß die Eisenbahnfracht von Hamburg nach Berlin oder Magdeburg 2 Sgr. pr. Cent. weniger als die Wasserfracht beträgt, und beruhigt sich man die Schnelligkeit und Sicherheit des Eisenbahntransports, so liegt es klar am Tage, daß entweder der Elbzollsatz ermäßigt werden oder daß die Elbschiffahrt zu Grunde gehen muß. Wenn dieser letztere Fall nicht schon eingetreten, so liegt es darin, daß die Schiffer, in der sichern Erwartung baldigster Abhülfe, ihre Frachtsätze unter das Maß des ehrlichen Bestehens herabgesetzt haben, so daß sie jetzt, wie die Denkschrift sagt, ihr Gewerbe gleichsam zu dem Behufe fortsetzen, um den Elbzollsatzen die Einnahme zu erhalten. In wie raschem Fortgange aber die Verminderung der Schifffahrt begriffen ist, ergibt sich aus den beigefügten Nachweisungen. So betrug z. B. der Elbtransport zwischen Hamburg und Berlin in dem Zeitraum der ersten 9 Monate der Jahre 1846 und 1847:

| | | |
|---|---|---|
| 1846 | verschifft | 1,059,180 Centner. |
| 1847 | „ | 405,795 „ |
| | minus | 653,385 Centner, |

welcher Ausfall sich vollkommen erklärt, wenn man weiß, daß im gleichen Zeitraume des Jahres 1847 auf der Eisenbahn 591,311 Ctr. von Hamburg nach Berlin befördert worden sind. Eben so ergab sich für die Hamburg-Magdeburger-Dampfschifffahrtsgesellschaft trotz einer wesentlichen Ermäßigung des Gütertarifes ein Frachtdefizit von 15301 Thlr. gegen das vorhergehende Jahr, so daß bei fernerem Zunehmen des Defizits und in Berücksichtigung des verminderten Personentransports, die Auflösung der in so vieler Hinsicht außerordentlich wichtigen Elbdampfschifffahrt kaum zu vermeiden sein würde. Alles was aber hier vom preußischen Elbverkehr gesagt worden, findet auf den sächsischen die nämliche Anwendung, und wenn auch der sächsische Elbvertehr durch den Umstand einigermaßen im Leben erhalten ward, daß die sächsische Regierung die Rückvergütung eines Theiles der Wasserzölle übernahm, so kann doch kaum ein Zweifel darüber sein, daß nach Vollendung der Zittrebod-Riesaer Eisenbahn der gesammte nach Sachsen bestimmte Waarenzug dem Schienenwege zufallen und dem Elbstrom entzogen werden wird. Läßt sich daher mit aller Sicherheit erwarten, daß bei dem Fortbestand der gegenwärtigen Verhältnisse die Elbschifffahrt am Ende nur für Kohlen, Steine und Hölzer übrig bleiben werde, so muß es im eigenen dringenden Interesse der Elbstromkassen liegen, der Schifffahrt die Möglichkeit der ferneren Existenz zu gewähren. Bereits liegt das Beispiel bei dem böhmischen Elbvertehr vor, daß selbst der althergebrachteste Waarenzug der Verrechnung billigerer Beziehung auf anderem Wege ohne Bedenken zum Opfer gebracht wird. Die Natur der Verhältnisse bringt es mit sich, daß ein ungeheurer Verkehr von und nach Böhmen auf der Elbstatt finden sollte. Bedenkt man aber, daß die Elbzölle von Hamburg bis an die böhmische Grenze für Baumwolle und Kaffee 5 bis 8 pCt., für Heringe 32 pCt. und für Farbhölzer sogar 45 pCt. vom Werthe betragen, und daß eine im vorigen Jahre von Hamburg nach Böhmen verschiffte Dampfmaschine an Elbfracht 931 Silbergulden, an Elbzöllen aber 1300 Silbergulden bezahlen mußte, so ist es freilich begreiflich, wenn der Strom verödet, wenn holländische Waaren über Triest und englische Produkte über Stettin und Cothus nach Prag bezogen werden, wenn der Elbverkehr zwischen Hamburg und dem so reich und viel producirenden und konsumirenden Böhmen sich nicht über 70 bis 80,000 Centner jährlich zu erheben vermochte. Aber auch dieser Rest von Verkehr wird nach Vollendung der Eisenbahnverbindungen für den Elbtransport verloren gehen, wenn anders man auf dem jetzigen, einer Verbietung der Schifffahrt ziemlich gleichstehenden Elbzollsatze beharrt.

Wirft man aber einen prüfenden Blick auf die große Kette von Erwerbsinteressen, welche an den Fluß als an ihre Nahrungsquelle angeknüpft sind, so kann an dem begründeten Anspruch derselben auf die Fürsorge der Staatsregierungen kein Zweifel sein. Das in der Elbschifffahrt angelegte Kapital wird auf 3 Millionen Thaler geschätzt. Viele Tausend fleißiger Hände finden bei der Schifffahrt eine mäßig lohnende aber sichere Beschäftigung, zahlreiche Gewerbe sind auf den Fortbestand derselben angewiesen und eine Lähmung oder gar Vernichtung der Elbschifffahrt muß mit den bedeutsamen Rückwirkungen auf die allgemeine Wohlfahrt verbunden sein. Begründet sich die Verkümmerung eines Erwerbszweiges auf die unabweisbare Nothwendigkeit, so liegt darin eine Berechtigung für die Betroffenen, wird aber, wie es hier der Fall, eine künstliche und theure Transportkraft dem natürlichen und wohlfeilen Wege bloß deßhalb vorgezogen, weil der letztere mit unerschwinglichen Zöllen belastet ist, und werden mit dem Verlassen dieses Weges auch die Einkünfte der Zollkassen und somit der eigentliche Zweck des Hinderniß verloren gehen, so wird die Erwartung einer baldigsten Erleichterung der Elbschifffahrt um so gerechtfertigter sein, als wenn der Waarenzug einmal an die neuen Kommunikationen sich gewöhnt, und wenn die Kraft des Schifffergewerbes einmal gebrochen, es dann unendlich schwer sein wird, in die alte Bahn wieder einlenken zu können.

Die Gewißheit einer bei Fortdauer des bestehenden Elbzollwesens unvermeidlich fortschreitenden Lähmung des Schifffahrtsbetriebes mußte die Handelsvorstände der betheiligten Städte zur ernstesten Ueberlegung der Frage auffordern, was im Interesse des Elbverkehrs zu thun sei? Man verhehlte sich nicht, daß der Handelsstand durch die Verschiedenheit der Ansichten und durch einseitige Vertretung von Lokalinteressen an der bisherigen Erfolglosigkeit der Verhandlungen der

Digitized by Google

Elbschiffahrtscommissionen selbst Antheil gehabt, und man ging daher in einer am 15. Sept. des vorigen Jahres zusammengetretenen Berathung der Bevollmächtigten sämmtlicher Hondelsvorstände von der Grundidee aus, die verschiedenen Wünsche und Beschwerden in einen übereinstimmenden Hauptantrag zu vereinigen. Man war darüber einverstanden, das Gesuch im Prinzipe zu billigen, und daß man den Wiederzusammentritt der Revisionscommission im Jahre 1850 nicht glaube abwarten zu dürfen, indem bei sofortiger Anwendung der geeigneten Maßregeln ein sogenannter Erfolg nicht zu bezweifeln, in 2 oder 3 Jahren aber wahrscheinlich nicht mehr erreichbar sein werde. Die Denkschrift spricht daher den inständigen Wunsch aus, daß es den hohen Regierungen der Elbuferstaaten gefallen möge, noch im Laufe des Jahres 1847 (die Denkschrift datirt vom November 1847) eine außerordentliche Elbschiffahrts-Revisionskommission zusammentreten zu lassen, und knüpft die zweite und wichtigste Frage daran, wie weit die Zollerleichterungen gehen müssen, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen, ohne durch Bestehen auf der allerdings wünschenswerthen gänzlichen Beseitigung aller Elbzölle das Interesse der Zollkassen und die Erhörung der Wünsche zu sehr zu gefährden. Man kam daher dahin überein, daß in Betreff der niedriger als zum Normalsatze tarifirten Artikel ein unabweisbares Bedürfniß zu einer Modifikation für jetzt nicht vorhanden, und daß daher die zu beantragende Herabsetzung der Elbzölle auf die dem vollen Zolle unterliegenden Handelsartikel zu beschränken sei. Würde nun eine Ermäßigung auf die Hälfte des Zollsatzes nur als eine halbe Maßregel zu betrachten sein, weil in solchem Falle die Kosten des Wassertransportes immer noch fast eben so hoch als der Betrag der bei gleichen Kosten stets vorgezogenen Eisenbahnensendung einstehen würden, so glaubten die versammelten Handelsvorstände noch unsichtiger Ermäßigung aller Verhältnisse die bestimmte Ansicht aussprechen zu müssen: „daß eine allgemeine Reduktion der jetzt dem Normalsatze unterliegenden Handelkartikel auf $^1/_4$ dieses Betrages das rechte und einzige Mittel sei, der so hart bedrohten Elbschiffahrt eine gesicherte Zukunft zu gewähren."

Vorstehendes ist im Wesentlichen der Inhalt der klar und überzeugend gefaßten Denkschrift, welche außerdem noch eine Menge der wichtigsten Aufschlüsse und Uebersichten enthält, und jedem sich dafür Interessirenden eine willkommene Aufklärung und Belehrung darbieten wird. Unsere aufrichtigen Wünsche begleiten diese Schrift, deren Anträgen die gebieterische Nothwendigkeit früher oder später Gehör verschaffen wird und muß. Denn unwahrscheinlich, ja selbst undenkbar möchte es sein, einen den einfachen Lehren der Nationalökonomie schnurstracks zuwider laufenden Zustand fortbestehen und das reiche Naturgeschenk der Stromkraft unbenutzt zu sehen, um die Waarenzüge auf künstlichem Wege mit Verschwendung von Kräften und Material aller Art forttreiben zu lassen auf einem Wege, welcher für Eilgüter, für theure Artikel und für das Winterhalbjahr unschätzbar, welchem aber die in so vieler Hinsicht segensreiche Schifffahrt nicht durch unnatürliche Hemmnisse zum Opfer gebracht werden kann. Je länger aber der jetzige Zustand enhält, um so wachsend nachtheiliger müssen die Folgen für alle Theile sein. Die Elbdampfschifffahrt würde aufhören müssen, der ganze Schifffahrtsbetrieb und alle damit verbundenen Gewerbe würden tödtlich gelähmt werden, große Kapitale verloren gehen, der Grundbesitz an den Ufern im Werthe sinken und Tausende fleißiger Menschen des gewohnten Erwerbes sich beraubt sehen, während anderseits die Eisenbahnen ein ungeheures Transportmaterial anschaffen müßten, welches zum großen Theil werthlos sein würde, wenn, was ja doch nicht ausbleiben kann, die Schifffahrt zu ihrem endlichen Recht wieder gelangen wird. Denn wenn der seitherige Elbverkehr sich gänzlich auf den Eisenbahntransport geworfen haben und die Leere der Zollkassen eine Thatsache geworden sein wird, dann wird man einsehen, daß ein geschmälerter Ertrag einem völlig vernichteten vorzuziehen sei. Und auch hierin wird man sich täuschen, weil die Ermäßigung der Elbzölle den böhmischen Elbhandel zurückrufen und einen unermeßlichen Verkehr zur Folge haben wird. — Wenn wir dennoch leider befürchten, daß die der Elbschiffahrt angelegten Fesseln nicht so schnell gelöst werden dürften, als die Denkschrift in so überzeugender Weise es wünschen läßt, so hat diese Befürchtung nicht in dem ermangelnden Vertrauen in die umsichtige und wohlwollende Fürsorge der Staatsregierungen ihren Grund, sondern weil Hindernisse vorliegen, deren Begründung den sachkundigen Betheiligten bekannt sein wird und deren nähere Erörterung für heute überflüssig erschient.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 7. Febr. Heute wurden von beiden Kammern gemeinsam mehrere Wahlen vorgenommen: 2 Mitglieder des größeren ständischen Ausschusses; gewählt wurden: Frhr. v. Linden mit 75 und Gwinner mit 62 St., Beide entschieden ministeriell; die nächsten der Stimmenzahl nach waren die Oppositionsabgeordneten Hasler und Goppelt. Weiter war an die Stelle des singst verstorbenen Privatgelehrten Dr. Zeyß ein ständisches Mitglied des Staatsgerichtshofes zu wählen. Zwar ist dieser Gerichtshof seit dem Bestehen der Verfassung nie versammelt gewesen, indessen hat die Zusammensetzung derselben doch politischen Werth, besonders seit am 6. Aug. 1845 die beiden Führer der früheren ständischen Opposition mit bedeutender Stimmenmehrheit, nämlich Schott mit 82 und Paul Pfizer mit 45 Stimmen in denselben berufen worden waren. Leider hat die heutige Wahl der öffentlichen Meinung nicht entsprochen, welche ihnen den dritten Namen beifügen wollte, der 1815 schon für das gute Recht gekämpft und in den Dreißigerjahren mit ihnen die Kammer geleitet hatte, Ludwig Uhland. Er ist nicht gewählt worden, sondern Oberjustizrath Hahn mit 59 St. Uhland erhielt 29 und Oberjustiz. Mieg 16, Letzterer wohl die Stimmen der strengen Katholiken. — Auf die nächster vorgetragene Motion von Binder in deutschen Handelssachen möchten wir wiederholt aufmerksam machen; den nationalen Standpunkt mit Kraft festzuhalten, ist ja in dieser Sache eine Aufgabe der süddeutschen Kammern. Die Motion, eine tüchtige Arbeit, wird gedruckt, vielleicht können wir dann aus derselben Einiges mittheilen. — Ob der den Ständen vorgelegte Wahlgesetzentwurf viel Anklang finden wird, möchten wir bezweifeln; derselbe hat jedenfalls schon deßhalb wenig Werth, weil er bei den bevorstehenden Bestimmungen der Verfassungsurkunde fast nichts Neues geben konnte. Einiges Wenige sei hier mitgetheilt. Bisher hatte jeder Theilhaber eines Ritterguts eine Stimme zur Wahl der ritterschaftlichen Abgeordneten, u. A. auch solche, welche jährlich 12 fl. und weniger Revenuen aus ihren Antheilen zogen. Jetzt sollen mehrere Theilhaber blos eine Kollektivstimme haben. Die Wahlen in Würtemberg finden „im Durchgang" Statt, d. h. jeder Wahlmann übergibt der Wahlkommission, an deren Spitze der Oberamtmann steht, offen seinen Wahlzettel. Diesem Beamten ist deßhalb jede Abstimmung bekannt: man hat sich schon vielfach über den nachtheiligen Einfluß dieser Wahlart, über die nothwendig daraus folgende Wahlbeherrschung beklagt. Freilich ist Abhilfe — weil Verfassungsänderung — schwierig, und so ist denn Alles, was der Entwurf thut, die Bestimmung: daß die abgelegten Stimmen Gegenstand der amtlichen Verschwiegenheit sein. Einem Mißbande, der schon begegnete, daß nämlich Abgeordnete einen ganzen Landtag über in der Kammer saßen, mißstimmten mit dem Ende nachträglich für nicht legitimirt erklärt wurden, einem Mißstand, den besonders Robert Mohl gerügt hat, soll der letzte sein. Einen Uebelstand, die Gültigkeit der Mineritätswahlen, bleibt, weil er auf der Verfassung ruht, bestehen; wenn alle z. B. der gewählte liberale Kandidat als Beamter seinen Urlaub erhielt, so tritt der ministerielle Beamte, der noch $^1/_3$ der Stimmen hatte und Urlaub erhielt, statt seiner ein und vertritt also die Interessen der bloßen Minderheit seines Bezirks. Gerade weil die Verfassung selbst es ist, welche in Wahlangelegenheiten so manche mißliche Bestimmung enthält — es möge daran erinnert sein, daß 13 Ritter, 6 Prälaten, 3 katholische Geistliche und 1 Kanzler nicht in der ersten, sondern in der zweiten Kammer sitzen — wird kein neues auf sie gebautes Wahlgesetz auf viel Dank rechnen dürfen. Die Begutachtung der Motion ist einer besondern Kommission anvertraut, in der 3 der Herren von der Ritterbank sind, und welche während der bevorstehenden Vertagung hier versammelt bleiben wird.

## Asien.

*Java.* Nachrichten aus Java zufolge ist diese Insel am 16. Nov. von einem ungewöhnlich heftigen Erdbeben heimgesucht worden, welches die Hauptstadt Batavia zwar nur leicht berührt, dagegen in der Residenz Cheribon furchtbare Verwüstungen angerichtet hat. Dort sind alle öffentlichen Gebäude, mit Ausnahme der Post, und über 200 steinerne Privatwohnungen schwer beschädigt worden, so daß die Einwohner auf dem Felde übernachten mußten. Ein gleiches Schicksal traf die Festung Batenburg, wo zwei große Zuckerfabriken einstürzten und einen Theil der Arbeiter erschlugen. Die übrigen Residenzen haben nicht in demselben Umfange gelitten, obwohl die Größe sich bis zum 20. Nov. wiederholten. Am stärksten wirkten dieselben auf dem Berge Tjermar, wo der Boden sich an mehr als 40 Stellen auf 50 Ruthen Länge und 3 bis 4 Fuß Breite zerklüftete.

Verantwortlicher Redakteur **G. Gerwinus.**

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Kapp., 19 Newgate Street in London. Für Frankreich, Chemins, Portugal u. Nordspanien Bücher werden man sich an G. A. Heinrich in Straßburg 29 Brandgasse, Paris 29, Rue Notre Dame de Nazareth.

Der Subscriptionspreis beträgt 1 Gulden. Sub. Pränum. Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 8. 30 kr. durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

# Deutsche Zeitung.

№ 43. Heidelberg, Samstag 12. Februar 1848.

## Uebersicht.

Ansichten der Reformen und Revolutionen in Europa. Spanien. — Berlin (Anschuldigungen über die Bürgerethe und Standesvorzüge. [Schluß.]) Ueber Hoch- und Landesverrath. Stuttgart (die Berathung über die Römer'sche Eingabe wegen der Maimurken). Vom Rhein (Görres). Frankfurt (die Bundesverhandlungen über die Presse). Schleswig-Holstein (vorwaltende Stimmungen in den Herzogthümern; die Theorie von der Reichseinheit).

Schweiz. Bern. Tagsatzungsverhandlungen. Der Abschied der conservativen eidgen. Obsizer. Zürich. Die Bundesrevision.

Großbritannien. Times und Morning Chronicle über die Ereignisse in Neapel. Nachrichten vom Cap lande und aus Kanada.

Frankreich. Kammerverhandlungen vom 7. Februar. Berurtheilung Warnery's. Ausweisung des Hrn. Engels. Das Testament der Prinzessin Aschenbrödel. — Spanien. Verhandlungsfähigkeit der Tagesgeschichte. Cortesverhandlungen. Handel. — Italien. Mailand. Gelbe Cantv. Bermögensteuerschlagnahme. Neapel. Die Amnestie. Der Aufstand im Gebiet von Salle. Palermo. Kampf mit den Lazzaroni. Truppen aus Palermo abberufen. Sizilien soll seine selbständige Verfassung haben. Aufstand in Catania, in Messina und andern Orten.

China. Aufstand in einer Provinz.

Amerika. Der elektromagnetische Telegraph.

Handel. Frankfurt. Handelsbericht.

Datum der Börsen: Frankfurt 10., Berlin 7., Wien 5., Amsterdam 7., Paris 5. Febr.

---

### Heidelberg, 12. Februar.

Wir haben gestern die zwei Verhältnisse genannt, die uns für die nächste Zukunft Europas reformatorische Bewegungen wahrscheinlicher machen, als revolutionäre: die erleichterte Verbindung und der gesteigerte geistige und materielle Verkehr auf der Einen Seite, und der Mangel an großen kompakten Volksmassen, die auf dem Wege politischer Umgestaltung begriffen sind. Sind diese Sätze richtig, so müßten sich die Völker, die eine wissenschaftliche Kultur und Literatur besitzen, die ein geistiges Leben fortgesetzt haben und also geeignete sind, die moralischen Einwirkungen der Zeit und Welt aufzunehmen, und dann die Völker, die getheilter und föderalistischer Natur sind, dieser ruhigeren Aussichten sich eher zu versehen haben als andere, die der geistigen Bildung mehr entbehren u. einheitlicher, u. dadurch den mechanischen äußeren Einwirkungen und Irrungen der nationalen Entwicklung mehr ausgesetzt sind. Dies möchte erklären, warum Spanien, auf welches die letztgenannten Verhältnisse zutreffen, energischer und eigenthümlicher auf dem Wege der Revolutionen geblieben ist; warum Italien, als es die spanischen Beispiele nachahmte, noch ohnmächtiger als Spanien scheiterte, da es die instinktive Naturkraft der spanischen Bevölkerung nicht besitzt, und warum es plötzlich besseres Gedeihen verspricht, indem es die Wege Deutschlands einschlägt, mit dem es immerhin (in Folge seiner Kunstschätze, seiner literarischen Erinnerungen und seiner vielen Hauptstädte) den Besitz einer gewissen geistigen Kultur gemein hatte, mit dem es in der politischen Zertheilung des Landes soviele Aehnlichkeit hat. Es möchte ferner erklären, warum Deutschland auf die Wege der Reformen noch viel entschiedener hingewiesen erscheint, da seine geistige Bildung ganz ung. naturwüchsig, scheinbar, in unermeßlich viel weitere Kreise ausgedehnt ist als in Italien, und da seine föderalistische Verbindung bereits eine bestimmtere Gestalt angenommen hat, als dies in Italien geschehen ist.

Als Spanien 1808 gegen die französische Occupation aufstand, zeigte es in dem Nationalkampfe, in welchem es den schroffsten äußern Einfluß, die gewaltsame Unterwerfung abwarf, dem gebildeten Europa ein Schauspiel, das eben nur ein so ungebildetes und seiner Natur nach so einheitliches Volk geben konnte. Napoleon stieß hier, worauf er weder in den Niederlanden und Deutschland, noch in Italien und Oesterreich gestoßen war, auf einen alten Stammbau, auf eine feste, durch die abgeschlossene Lage konzentrirte Nationalität, auf einen patriotischen Instinkt, auf die Hartnäckigkeit des Fanatismus, auf eine Volkseigenthümlichkeit, so langeher überliefert, daß der Landsturm Cataloniens gegen die Franzosen noch unter demselben Namen kämpfte, wie im 11.—12. Jahrh. gegen die Mauren. Er traf auf Alles, will dies sagen, was nur unter einem Volk möglich war, das seit zwei Jahrhunderten in einem Zustand der Verwilderung zurückgesunken war, unter dem daher jene Kriegsscenen möglich wurden, die in neuerer Zeit nur in dem griechischen Freiheitskampfe ihr Aehnliches fanden. Der Ausbruch der damaligen Empörung erfolgte in Asturien mit einem instinktiven Triebe ohne wichtige Verabredung in den entlegensten Provinzen zu gleicher Zeit und auf Einen Schlag. Und wie dieser Ausbruch des Krieges war, so blieb sein Charakter durch 6 Jahre. Das offene Feld konnten die spanischen Heere nicht halten, kein Feldherr von einigem Namen hat sich in diesem Kriege gebildet, kein regulärer Festung, ja selbst kein wirksam unterstützendes Manöver ist von den Spaniern neben oder für Wellington gemacht worden. Der englische Feldherr hatte Recht, in seinen Depeschen den Spaniern alle Fähigkeit für den taktischen Krieg abzusprechen und Nichts als Enthusiasmus zuzuschreiben, aber er hatte Unrecht, diesen Enthusiasmus so gering anzuschlagen. Ohne ihn hätte er in seinem cantonirenden Kriegssystem nicht 6 Jahre lang diesen unerschütterten Bestand gefunden. Hätten sie ihre Banden zusammengezogen, und diese wie die portugiesische Armee unter Beresford disciplinirten lassen, so hätte Napoleon persönlich mit ein paar blutigen Schlachten dem ganzen Aufstande ein Ende gemacht, und Europa hätte nicht das Beispiel gesehen, dessen Nachahmung nachher fusenweise in Oesterreich, Rußland und Preußen Prinzip ward, als es damit Ernst werden sollte, die französische Uebermacht zu Boden zu werfen.

Die Volkskraft, die sich in diesem Kriege entwickelt hatte, ließ alle enthusiastischen Freunde der Freiheit damals auf die größten Erfolge auch der innern Bewegungen und Revolutionen in Spanien schließen. Allein wenn diesem Volke schon für einen taktischen Krieg Bildung, Disciplin, Ordnungsgeist und selbst die Tapferkeit aus freier Selbstbestimmung abging, so mußte sich dieser Mangel bei den Werken der innern Politik viel fühlbarer machen. In dem äußeren Kampfe hatte die Nation gegen einen gemeinsam gehaßten Feind zu kämpfen, in dem innern gegen sich selbst und ihre theuersten Vorurtheile; in jenem kam ihr der Mangel an geistiger Bildung, an aller Umsicht und Uebersicht, die die blinde Operation des Nationalkrieds hätte leiten können, zu Statten, in diesem war er ihr Verderben; dort genügte der patriotische Enthusiasmus und die kräftige, ausdauernde physische Natur, um der Unabhängigkeit des Vaterlandes die größten Opfer zu leisten; hier aber, um die innere Freiheit dauernd zu begründen, hätte es der geistigen Verbildung bedurft, die das Volk, ungeübt von unpassenden fremden Einflüssen, auf einen Weg natürlicher und allmählicher Reformen gewiesen oder für einen greifteren Umschwung wenigstens vorbereiteter gemacht hätte. Die Gemeinsamkeit und Gleichmäßigkeit der Bildung und der Aktion, diese Grundbedingung reformistischer Erfolge, ging auf diesem Gebiete ganz ab; Heer und Volk, gegen die Franzosen in Eintracht, war gegen das, was seit 1810 die Cortes in Cadix machten, gleichgiltig, oder ganz getheilter Meinung; die innere Umgestaltung des Staats und das Interesse daran fand sich nur bei den isolirten gebildeten Klassen, die entweder von den Ideen der französischen Revolution ergriffen oder in den alten Nationalvorurtheilen befangen waren. Dies erlebte dann das merkwürdige Schauspiel, daß, während mit den Waffen die Franzosen über die Grenze gejagt wurden, die französische Revolution, hart neben die altspanische Bigotterie gelagert, in die berühmte Verfassung eindrang, die solange das Ideal aller unpolitischen Politiker der freisinnigen Seite gewesen ist. Damals begann das, was wir mechanischen Einfluß der Fremde nennen, auf Spanien zu operiren. Die Zeit der französischen Revolution war zu naß, politischer Verstand und Erfahrung viel zu gering in Spanien, als daß eine konstituirende Versammlung dort nicht nothwendig ein Abbild der französischen hätte werden müssen, obgleich alle Bedingungen entgegen waren: denn hier war kein Land, das von einer Hauptstadt Gesetze nahm, kein Volk, das mit der Erregtheit und

Digitized by Google

dem Leichtsinn der Franzosen das Alte plötzlich hätte abwerfen können, keine Religion, die durch ein Jahrhundert frivoler Literaturerzeugnisse untergraben gewesen wäre. Obwohl vor den Augen des Volkes allmorgendlich von der Macht des Alten, die Inquisition nur mit einer geringen Majorität abschaffen konnten, wie Verbreitung einer andern als der katholischen Religion bei Todesstrafe verboten und die heil. Therese zum zweiten Schutzpatron von Spanien deklarirten, waren sie außen von einer Presse aufgeschaukelt, die Maral's Wuth athmete, und erließen in Nachahmung der konstituirenden Versammlung jene unverständigen und unverständenen Beschlüsse, nach denen der König kein absolutes Veto haben, kein Mitglied der Cortes ein anderes Amt annehmen, kein Deputirter zurückgerufen gewählt werden sollte, ohne daß eine Session dazwischen falle u. dergl. mehr. Es war eine eitle Hoffnung, daß man mit solchen Gesetzen im Sprunge zu einer neuen Zeit überführen könnte, die alte Sitte in den Anregungen gefügt war. Es gelang daher der Geistlichkeit, die man noch möglich geschont hatte, und dem Heere, das durch die Masregeln der Cortes, als exekutiver Behörde, vielfach erbittert war, die neue Verfassung umzustoßen, ohne daß sich in dem Volke die geringsten Sympathien dafür gezeigt hätten.

Wenn der Mangel an allgemeiner Bildung das versuchte große Werk der politischen Reformation durch die Cortesverfassung von 1812 damals vereitelte und das Land auf den Weg der Verschwörungen und Revolutionen warf, so ward dies durch die Einflüsse der fremden Diplomatie auf den Hof in der Zeit der Restauration nur erleichtert und beschleunigt. Welch ein Glück wäre es damals für Spanien gewesen, wenn sie, wie in Deutschland und Italien, die reaktionären Impulse von Außen gespalten und vertheilt hätten auf verschiedene Regimente! Wie anders ist doch die öffentliche Moral und die Sache des Fortschritts in einem Volke geschätzt, wenn sich Kaiesbadre Beschlüsse gegenüber eine wütendregirende Regierungsopposition zeigt, wenn gegen die Mißbräuche im Kirchenstaate die öfterr. Verwaltung in der Lombardei als Muster gestellt werden kann, wenn die Trostlosigkeit in dem einen Theil von der Hoffnungsfülle in dem andern aufgewogen wird, wenn das Aufwärtsstreben nur irgendwo irgendeine Stätte des Erfolges findet, wenn das gute Beispiel nicht völlig aus und verloren geht. In Italien hätte sich etwa ein Regent finden können, der in dem Grade wie Ferdinand VII. herzlos und unthätig war ein so furchtbares System von religiös-militärischem, feilig-brutalem Absolutismus zurückführen hätte, aber nicht ein Zweiter! Es ist schwer denkbar, daß sich auch nur Einmal wieder ein solcher Fürst gefunden hätte, der sich einer solchen gemeinen Camarilla hingegeben, die die Organe der Regierung beherrschte und ihrerseits von der russischen Gesandtschaft beherrscht war, die mit den niedrigsten Kreaturen jener Reunionen zusammenstreckte und in Conennungen, Geschäftsgang und Gerichte eingriff. Unter den Umständen war es noch ein Glück, daß damals das Alte, das absolute Königthum, durch diese fremdartige Wirthschaft einen ebenso gründlichen Stoß in einem Theile der Nation erhielt, wie die Kehrseiten der Fortschrittspartei bei einem andern. Denn an diesem Hofe der Etikette war jene Herrschaft von Bedienten und Bessenreitern etwas ganz Neues, was den dichtesten Nimbus des Königthums so zu zerstreuen anfing, wie der Wandel der Theilinnen und Zideellen nachher fortfuhr. Aber eben dies feeilich warf das Land in die Wege der Revolution zurück; und leider, da kein anderer Theil des Volkes, wedee Adel noch Bürgerthum, die verkehrte Rolle in der letzten Vergangenheit gespielt hatte wie das Heer, in die Wege der Militärverschwörungen. Es wiederholten sich nun die Vorgänge des Befreiungskrieges im Kleinen. Das Heer, das die Verfassung 1814 gestürzt hatte, richtete sie 1820 wieder auf in einer raschen und glücklichen Bewegung. Aber man hatte nicht, wie 1830 in Frankreich und Belgien von der Vergangenheit gelernt; man hielt die Revolution nicht wie hier nach dem Siege im Zaum, um sie in die segenvolle Bahn der Verbesserungen zu leiten; man machte sie permanent und kopirte in Straßenumwälzen, in Klubsalen, in Konventikeln, in Herabwürdigung des Königthums und in Provokationen der fremden Einschreitung die französische Revolution unfruchtbringender noch ein zweites Mal. Die politische Unfähigkeit und Unreife dieses Volkes kam noch ein Mal neben der scheinbaren Energie um so auffallender zur Enttäuschung so vieler Enthusiasten zu Tage, die auf ihre Zeitungsleküee zu sehr vertrauten und nicht brachteten, daß sich die Menschen nicht in den Reden und Vorbereitungen, sondern in den Handlungen erst erproben. Die Rohheit aller Stände brach in der neuen Restauration noch 1823 furchtbarer aus als 1814. Und diese Zustände der wechselnden Unterdrückung und Anarchie, des Bürgerkrieges und der Kabinetsstandale haben sich seitdem erhalten; das Land ist von einer Revolution zur andern, vom Ministerregiment zum Militärdiktator getrieben worden, aber die Unfähigkeit der Thron und die Brutalität der Massen haben provisorischen Zuständen Folge und Gewicht gehindert, daß die praktischen Ziele mancher vorteilhaften Veränderungen nicht reifen lassen; und es haben sich, nie gradweise verschieden, in dem Mutterlande die Verhältnisse wesentlich eben so fortgestaltet wie in den abgetrennten Kolonien. Das Land ist zuletzt der Militärrevolutionen müde geworden und hat Kabinetsrevolutionen an die Stelle treten lassen; es trägt sich aber, was verderblicher für Spanien ist, der unmittelbare Einfluß französischer Revolutionsideen durch Freimaurer und Verschwörer in den frühren Bewegungen, oder der mittelbare eines listen- und gewissenlosen, von dem furchtbarsten Eigennutz herzlos getriebenen Diplomatie in diesen wollen Erfüllterungen der königlichen und ministeriellen Paläste. Es fehlte nur noch, daß diese Rivalitäten des fremden Einflusses, die bei der Rathlosigkeit der Staatsmänner am Ruder hier faß mit der Unverschämtheit ihr Spiel treiben, wie in Athen und am La Plata, zuletzt zu einem neuen Erbfolgekrieg führten, um die ganze fauner Erungenschaft seit 40 Jahren von Neuem aufs Spiel zu setzen. Wer sich in das treffliche Detail der einzelnen Handlungen und der handelnden Menschen an der Spitze der spanischen Dinge seit 1814 vertieft, der wird nur allzuleicht versucht, dem edlen Tzieda Recht zu geben, der, ein humanerer Patriot und einsichtsvollerer Staatsmann als alle modernatistischen und exaltirten Deklamatoren, den Muth hatte, in den Cortes zu erklären, daß dies rand noch immer für die erleuchtete Absolutie eines Karl III. der feuchtbarste Boden sei. Aber freilich, bei einigem geschichtlichen Ueberblick der Lage und Natur des Volkes sieht man bald ein, entscheidender wieder von dieser vielleicht menschlichen Ansicht zu der kälteren Ueberzeugung zurück, daß diesem Lande die erlebten Revolutionen schwerlich gespaet werden konnten. Spanien war ebenso wie Italien seit dem Uebergewicht des protestantisch-germanischen Princips zurückgeblieben in Bildung und innerer Entwicklung, noch mehr als Italien; nur daß seine äußere Macht darüber täuschte, bis der Verfall zu Hause und in der Kolonie spät und langsam die ungeheure Fäulniß dieses Staates aufdeckte. Für das öffentliche Bewußtsein in Spanien war der Verlust der Kolonien und die plötzliche Unmacht des früheren Weltreiches eine furchtbare Enttäuschung, für welche der französische Kriegsruhm nicht entschädigen konnte. Der Bruch mit dem Alten wußte greller werden, als in Italien; die stolzen Erinnerungen auf eine eine alte Kultur, die die Welt erobert hat, ging Spanien ab, die Glorioie der Mauerkämpfe hat heute keinen Klang mehe, das Mittelalter hatte hier keinen Rückhalt wie in Italien durch das Patriarchat der Christenheit; die größte geschichtliche Erinnerung der neueren Zeit ward Spanien durch die Schmach ihres Ausgangs vergällt. Eingewurzeltere, verknöcherter Uebel waren hier zu erschüttern, die eine schonende Reform von Oben schwerlich so bald gewagt hätte, fundamental anzufassen. Sieht man über die vierzig letzten Jahre zurück und überschlägt, wegfernd über den Jammer des Tages, was Spanien genossen nur und geworben ist, so lernt man sich drugen und begreift, daß die Vorsehung auch in ihren harten Verhängnissen weise ist.

Aber freilich, wie unvermeidlich die Revolution hier für das Wegeräumen der alten Trümmer sein mochte, aufdauen wird sie hier sowenig wie anderswo. Das spanische Volk wird wie jedes andere den umständlichen, langwierigen und grünlichen Weg der Reform und der allmählichen Fortbildung der Kultur einschlagen müssen, wenn es eine solide Grundlage für seine Regenerarion gewinnen will. Soll die Masse des Volks für eine bessere Staatsordnung herangezogen werden, so wird es nur geschehen durch Beseitigung des geistigen Druckes und durch materielle Vortheile. Für die Beförderung dieser Zwecke gönne ein gutes Schicksal Spanien einmal Befreiung von seinen quälenden fremden Beschützern und Rathgebern und in einer entfernteren Zeit im Innern jene mittelbaren Einwirkungen der europäischen Kultur in einer etwas unmittelbareren Weise. Wenn Eisenbahnen gebaut, wenn sichere Wege und leibliches Unterkommen geschafft werden, wenn Kredit und Rechtspflege im Lande sich heben, wenn so der reisefustigen Fremdenwelt und der Industrie die Wege geöffnet werden zu den materiellen Hilfsquellen und zu den künstlerischen und Naturbesonderheiten dieses Landes, wenn auf diese Weise die Isolirung mit Macht unterbrochen wird, und dann, wenn die spanische Regierung einmal Zeit und Mittel erhält, unbrmittelte junge Männer nach dem innern Kontinente zu schicken, nicht eingelne, wie wir das wohl gesehen haben, um deutsche Philosophie zu studiren, sondern in Zahl, um deutsches Schulwesen kennen zu lernen und zu verpflanzen: kann wieb Hoffnung sein, daß auch diesem Lande eine Periode des Friedens und der ruhigen Entwicklung gegönnt werde.

Digitized by Google

**Preußen.** ** Berlin, 4. Febr. Ausschußverhandlungen. (Schluß.) Die Rede des Kommissärs rief eine Widerlegung des Abg. Kamphausen, der „diese Art der Kampfführung dem Ursprung der Versammlung überließ“ und noch einmal die gewortnemmende Distinktion von gemeiner und höherer Bürgerehre, gewöhnlichen und ausnahmsweisen Ehrenrechten beleuchtete, und einen erhaenlichen Widerspruch des Abg. v. Saucken-Julienfelde (Pr.) hervor, der den Landtagskommissär das Recht bestritt, eine solche Erklärung auszusprechen, „feierlichst“ gegen jene angemathete „Herabwürdigung“, sowie gegen die Möglichkeit einer solchen „protestirte“, sowie den Landtagskommissär um eine nähere Erklärung ersuchte. Diese wurde darauf von dem Landtagskommissär ertheilt. — Der Abg. Sperling stellt nach den Verscherungen des Landtagskommissärs, die Regierung werde nicht auf das Gutachten der Abtheilung eingehen, eine Abstimmung für überflüssig, wogegen Graf Schwerin bemerkte: „Mag die Regierung von ihrem Standpunkt erklären, was sie thun will; wir müssen wissen, was wir von unserem Standpunkte aus zu thun haben.“ — Daß, nachdem das Gutachten der Abtheilung verworfen war, die Versammlung einstimmig die Fragen verneinte, ob das Recht des Patronats, ob das der Gerichtsbarkeit und Polizeiverwaltung wiederzuerlehen sollte, leuchtet ein. Dagegen wurde nun der Antrag des Frhrn. v. Gaffron, der auch das Wiederzuerlehen der Gemeinderechte mitumbegriff, mit großer Mehrheit von mehr als zwei Dritttheilen angenommen. — Die Abtheilung hatte an die Stelle des Ausdrucks „Ehrenrechte“ das Wort: „bürgerliche Ehre“ gesetzt. Der Fürst W. Radziwill wünschte die Bezeichnung der Ehre ganz entfernt, und statt dessen „Rechte“ —, „Bürgerrecht“, „staatsbürgerliche Rechte“ gesetzt. Dagegen sprach der Minister v. Savigny, der sich mit dem Vorschlag der Abtheilung einverstanden erklärte. Doch die Ansicht desselben und des Marschalls v. Rochow, dies lediglich als Fassungssache anzusehen, wogegen der Referent sich verwahrte, fand keinen Anklang, und die Versammlung beschloß, überall „bürgerlicher oder staatsbürgerliche Ehre“ statt „Ehrenrechte“ zu setzen. — — Die Abertennung des Adels führte zu einer kleinen Zwischenverhandlung. Der Graf Galen wollte zwar Aberkennung des Adels, aber nicht durch den Richter, sondern durch königliche Bestätigung des Urtheils, wie zur Zeit. „Der Adel, welcher sich verletze, dessen Ursprung sich in das graue Alterthum verliere, dürfe auch fordern nicht von dem Richter allein abertannt werden“, u. s. w. Dagegen erklärten sich der Reg.-Kommiß. Bischof und der Marschall v. Rochow, der ausprach, daß der Adel rein politisches Recht und in der That so unbedeutend sei, daß man kein Prioilegium darin erkennen werde, nur noch ein Zeugniß, daß die Vorfahren ehrenwerthe Leute waren, und eine Mahnung, selbst ein ehrenwerther Mann zu sein. Der Antrag des Grafen Galen fand nicht acht Stimmen zur Unterstützung. Ebenso fand ein Antrag des Abg. Hüffer (Rh.), den Adel überhaupt nicht abzuerkennen, weil es für den Bürgerstand verletzend sei, eine Strafsektion für den Adel zu bilden, und weil solche Strafe die Maßnahmen mildertreffe, wie die Konfiskation, keine Stimme zur Unterstützung. — §§. 21 und 22 wurden nach einigen Erörterungen ohne Widerrede angenommen. Bei dem §. 23 über Amtsentsetzung und Kassation fanden Anträge der Abgg. Sperling (Pr.) und Frhr. v. Sudenau (Rh.) nicht die Mehrheit. Sie bezweckten, theils die Kassation als besondere Strafe abzuschaffen, theils an sie nicht den Verlust der Ehrenrechte zu knüpfen, theils sie auf Unfähigkeit zu dem Eintritt besondern Amt zu beschränken. Der Abg. v. Saucken-Tarpuschen unterstützte, der Kommissär Bischof bekämpfte sie. — Der §. 24 enthält in einem 2. Absatzt, daß die nothwendige Folge einer jeden einjährigen oder längeren Freiheitstrafe die Amtsentsetzung sein solle. Auf Wegfall dieser Bestimmung zeug die Abtheilung an. Die Abgg. Freiherr v. Sudenau (Rh.), Frhr. v. Wendt (Pr.), v. Bois (Sx.), Naumann (Pos.), v. Saucken-Julienfelde, letzterer im ausgesprochenen Interesse des preuß. Beamtenstandes, der sich einer hohen Achtung und eines Vertrauens erfreue, wie in keinem anderen Lande der Welt in höherem Grade, wiewohl das Allg. L. R. Amtsentsetzung als nothwendige Folge nur der Zuchthausstrafe kennt, verlangen den Strich der Bestimmung. Abg. Steinbeck (Schl.) wünscht nur statt Amtsentsetzung — „Amtsentlassung.“ Die Versammlung sprach sich darauf mit mehr als $^2/_3$ Stimmen für den Wegfall der Bestimmung aus. — §. 25 lautet dahin, daß der Richter, wo das Gesetz die Wahl lasse zwischen Amtsentsetzung und Kassation, immer auf letztere erkennen solle, sobald aus den besondern Umständen der That hervorgehe, daß sie mit Verläugnung des Ehrgefühls begangen worden. Die Abtheilung ging von dem Grundsatz aus, niemals zwischen diesen beiden verschiedenen Strafarten die Wahl zu lassen. Da sich aber erst bei Erörterung der einzelnen Verbrechen der Beamten ergeben werde, ob dieser Grundsatz durchführbar sei, möchte die Berathung des §. 25 vorläufig ausgesetzt werden, worauf die Versammlung einging. — Hier schloß die zehnte Sitzung, deren erster Theil die wichtigsten Angelegenheiten des Staats und der bürgerlichen Gesellschaft zu Sprache gebracht hat.

○ Berlin, 6. Febr. In Bezug auf die Berathung des §. 80 berichtigen wir noch, daß im Falle der Gefährdung des Lebens, der Gesundheit oder der Freiheit des Königs neben der Todesstrafe stets der Verlust der Ehrenrechte eintreten muß, und nicht bloß eintreten kann, wie wir irrthümlich angaben. Betreffs des §. 82 ist nachzutragen, daß bei der Todesstrafe für die Anstifter hochverrätherischer Unternehmungen der Verlust der Ehrenrechte eintreten kann, und daß für die Theilnehmer statt Zuchthausstrafe neben der Strafarbeit noch Festungshaft beschlossen und, statt lebenslänglicher bis lebenswieriger, jährige bis lebenswieriger Haft bestimmt worden ist. In den §§. 83—88, mit deren Berathung die Sitzung um 1 begann, wurde gleichfalls vom Hochverrath, und die beiden letztern vom Landesverrath in Kriegszeiten handeln, wurde stets, statt 10jähriger bis lebenswieriger Zuchthausstrafe, 5jährige bis lebenswieriger Strafarbeit oder Festungsstrafe gesetzt, und neben der Todesstrafe der Verlust der Ehrenrechte, als fakultativ, beschlossen. Im §. 85, welcher also lautet: „Jede andere die Vorbereitung des Hochverraths bezweckende Handlung soll mit Strafarbeit von einem Jahr bis zu zehn Jahren oder mit Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren belegt werden“, wurde die Zuchthausstrafe ganz gestrichen. Bei §. 89, der auch vom Landesverrath im Kriege handelt, wurde gleichfalls neben der Todesstrafe der fakultative Verlust der Ehrenrechte beschlossen. Von den Vergehn, die der Entwurf mit dem Tode bestraft, wurde bei unter Nr. 7, „dem Feinde Wege oder Furten nachzuweisen“, gestrichen und fällt nunmehr unter die Rubrik „der Handlungen preußischer Unterthanen, durch welche dem Feinde wissentlich Vorschub geleistet oder den Truppen des Königs wissentlich Nachtheil zugefügt wird“, wie es am Schluß des §. 83 heißt, und für welche fünfjährige bis lebenswierige Zuchthausstrafe eintritt. Mit Belassung dieser Sätze die Versammlung noch Strafarbeit oder Festungshaft hinzu; ebenso in §. 90, „vom Landesverrath in Friedenszeiten“, zu der darin bestimmten Zuchthausstrafe. §. 91, der für Ausländer für Landesverrath in Friedenszeiten dieselben Strafen wie für preußische Unterthanen festsetzt, wurde unverändert angenommen. Die §§. 92 und 93 „vom Hochverrath und Landesverrath gegen den deutschen Bund“ gaben zu einer höchst lebhaften Debatte Veranlassung, die in der Sitzung vom 4. abgebrochen und in der vom 5. fortgesetzt wurde. Die Versammlung nahm sie schließlich mit 64 gegen 28 Stimmen an. Sie sehen für eine Beitreden gegen den deutschen Bund dieselben Strafen fest, als wenn sie gegen den preußischen Staat begangen wären. Statt §. 94 „über feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten“, der im Entwurfe also lautete: „Ein preußischer Unterthan, der im Inlande oder Auslande, oder ein Ausländer, der während seines Aufenthaltes im preußischen Staate, gegen einen mit demselben in amerkannten völkerrechtlichen Verkehr stehenden Staat oder dessen Regenten eine Handlung vornimmt, welche, wenn er sie gegen den König oder den preußischen Staat verübt hätte, als ein Hochverrath anzusehn sein würde, ist zu Strafarbeit oder Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren zu verurtheilen. Die Untersuchung ist jedoch, insofern nicht die begangene Handlung ein Verbrechen anderer Art in sich schließt, nur auf den Antrag der preußischen Regierung einzuleiten“, nahm die Versammlung die Fassung der Abtheilung an, die die Strafbestimmung des §. auf die deutschen Bundesstaaten beschränkte, die Zuchthausstrafe strich, ebenso wie den letzten Satz und dafür Betreffs fremder Staaten Folgendes hinzufügte: „ist eine solche Handlung gegen einen andern Staat gerichtet, in welchem nach publiciertem Übereinkommen mit dem preußischen Staate Reciprocität verübt ist, so soll Festungshaft bis zu zehn Jahren eintreten.“ Hierauf ging die Versammlung zur Berathung der §§. über, die gemeinsame Bestimmungen für Hoch- und Landesverrath enthalten. Im §. 95, in welchem es heißt „gegen denjenigen, welcher wegen einer der in den §§. 82—94 gedachten Handlungen zu zeitiger Freiheitsstrafe verurtheilt worden ist, soll nach deren Abbüßung die Stellung unter besondere Polizeiaufsicht eintreten, setzte die Versammlung statt „soll“, „kann.“ Die Verhandlung über §. 96 und 97 wurde ausgesetzt, weil die Berbrathung der Abtheilung darüber noch nicht beendet war. §. 98 wurde unverändert angenommen. Man gelangte jetzt zur Berathung des zweiten Titels „von den Beleidigungen der Majestät und der Mitglieder des königl. Hauses.“ Die §§. 99—103 wurden unverändert angenommen. Der §. 104, der bestimmt, daß in den Fällen der §§. 99, 100 und 103, Nr. 1 und 2 stets, auch wenn nur auf Strafarbeit erkannt wird, zugleich der Verlust der Ehrenrechte

Digitized by Google

auszusprechen sei, und in den Fällen der §§. 101 und 103, Nr. 3 auf diesen Verlust nach richterlichem Ermessen erkannt werden könne", ward auf Antrag der Abtheilung ganz gestrichen. §. 105, der also lautet, „Verleumdungen und Schmähungen verfeindener Mitglieder des Königl. Hauses sind mit Gefängnißstrafe oder Strafarbeit bis zu zwei Jahren zu ahnden" ward in diesem Titel ebenfalls gestrichen und bis zu dem „von der Injurie" aufgespart. §. 106 und 107 wurden unverändert angenommen. Hiermit schloß die Sitzung des 5.; da der heutige Tag, als Sonntag ausfällt, so wird die nächste Plenarsitzung morgen den 7. stattfinden.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 8. Febr. Die heutige Sitzung war eine sehr bewegte, die Berathung über den Rechenschaftsbericht des ständischen Ausschusses betreffend. Die Eingabe Römers in Folge der Maiunruhen des letzten Jahres stand auf der Tagesordnung. Die Gallerien waren dicht besetzt, auch der Kronprinz war anwesend, der Ministertisch war gleichfalls besetzt. Ehe jedoch die erwartete Berathung begann, mußte das Publikum harren, bis 2 Gesetzesentwürfe über die Verehelichung der Gemeindegenossen und Zusätze zum Verwaltungsedikt, die Gemeinderathswahlen betr., vom Minister des Innern verlesen waren. Die Bestimmungen des Letztern sind nicht sehr im Sinne einer liberalen Entwicklung des Gemeindewesens. Endlich brachte der Präsident die Tagesordnung zur Berathung. Voranzuschicken ist, daß der ständische Ausschuß eben jener Bitte Römers, bei der Staatsregierung die geeignete Verwendung eintreten zu lassen, keine Folge gegeben hat. Zunächst ergriff Römer das Wort: Am 4. Mai, dem Tage nach den Unruhen, sie erzählte er, sei sein Zimmer nicht leer geworden von Solchen, welche sich über Brutalitäten des Militärs beschwerten, und von ihm eine Eingabe an den König verlangten. Dies habe er abgeschlagen, aber bei der Stadtdirektion um Mäßigung gebeten, wenn die Austritte sich wiederholen sollten. Da aber die Stimme des Einzelnen Wenig vermögen konnte, so habe er sich an den ständischen Ausschuß gewendet, und dessen Verwendung bei der Staatsregierung nachgesucht, um sie zu einer Unterlassung zu veranlassen. Er habe geglaubt, daß in Ermangelung positiver Vorschriften die Dienstinstruktion der Landjäger gelten müsse. Aber selbst von der dort vorgeschriebenen Form sei kein Gebrauch gemacht worden. Er vertheilt die Zeugnisse mehrerer Bürger, welche an der Stelle, wo geschossen wurde, wohnen, und die vereint angeben, daß sie vor der Salve nur ein einmaliges Trommeln gehört haben. Die Folge der Salve sei ein Todesfall gewesen. Diese Zeugnisse habe er dem Ausschusse übergeben. Ob nun diese Zeugen Recht hatten, oder nicht, will er dahingestellt sein lassen, jedenfalls aber hätte der Ausschuß im eigenen Interesse der Staatsregierung eine Untersuchung beantragen sollen. Der Ausschuß leite aus einer Ergebenheitsadresse, welche kein Wort von den Excessen enthalte, her, daß sie nicht Statt gefunden, natürlich aber werde man in einer solchen Adresse an den König nicht das sagen, was er nicht gern höre. Er enthalte sich nun, irgend einen Antrag zu stellen, sei ja doch der Ausschuß das Produkt der Majorität der Kammer; nur werde er später eine Motion zur Regelung künftiger Fälle einbringen. Zum Schluß verwahrt er sich gegen die Verdächtigung einer politischen Partei; die Regierung möge ihre Gründe sagen, weßhalb Radikalismus und Kommunismus mit im Spiele seien, denn gerade in Regierungsorganen seien die Verdächtigungen geklaubt. — Der Minister v. Schlayer bedauert, daß die Sache überhaupt zur Sprache gekommen sei. Es frage sich, ob Römer überhaupt zu einer Beschwerde legitimirt gewesen sei, und ob er einen Beweis für seine Beschwerde habe. Nun trägt der Minister eine Reihe von Zeugnissen vor, welche ganz das Gegentheil von dem enthalten, was Römer Zeugen aussagen, der Offizier habe das Scharfschießen zuvor angedroht, Signale seien gegeben worden u. s. f. Der Kammerjunker Reihen geht in seinem Zeugniß sogar soweit, zu sagen: „sie verstünden dergestalt ein Geschrei von Freiheit und Republik, daß es mit und meiner Familie ganz angst und bang wurde". Allgemein sei die Mäßigung des Militärs bewundert worden. Ob es nun damals an der Zeit gewesen sei, solchen Zeugnissen gegenüber Beschwerden über Mißbrauch zu erheben? frägt gleichsam auf die Seite der Unruhestifter zu stellen? Ueberall, auch in Frankreich (England nannte der Hr. Minister, zog aber das Wort wieder zurück) schieße man in solchen Fällen. Der Justizminister hätte können die Anzeigen eines Komplotts an die Hand geben, das indizirt sei. — Ihm schloß sich der Kriegsminister an, worauf v. Scheuerlen das Verfahren des Ausschusses zu rechtfertigen sucht: nach allen Zeugnissen seien auch die Behörden vollständig in ihrem Rechte gewesen, und der Ausschuß habe voraussetzen müssen, daß die Behörden ihre Schuldigkeit gethan. — Römer: Der Ausschuß habe den damaligen Verhältnissen zu sehr Rechnung getragen und eine Rechtssache unter den Scheffel der Klugheit gestellt, weil er angenommen, daß jeder Tadel gegen die militärische Macht von Nachtheil sein könnte. Er habe natürlich in dieser Sache nicht als Abgeordneter, sondern als Staatsbürger gehandelt. Im Allgemeinen erkenne er die Mäßigung des Militärs an, Excesse Einzelner aber seien zu beklagen, und was er allein hervorhebe, sei das Schießen vor der Haidten'schen Apotheke. Eine Untersuchung hätte man nicht umgehen, seine Zeugen hören sollen, es sei schwer zu begreifen, warum die Polizei zwar den Kaufmann Reihen, nicht aber den Apotheker Haidten (Beide Nachbarn des betreffenden Platzes) gehört habe. Zu einer Untersuchung habe er Veranlassung geben wollen, und das habe dann sogleich geschehen müssen. — v. Schlayer: Die Regierung habe eine Untersuchung nicht zu scheuen gehabt. Römer heiße seine Eingabe eine Denunciation, er sei aber kein Betheiligter gewesen, niegends sei von Betheiligten eine Beschwerde eingelegt worden. — Eine lange, heiße Debatte entspann sich auf diese Grundlage hin. Nur die Gedanken der Hauptredner können wir hier anführen. Minister v. Beroldingen: Römer habe sich auch gegen die Censur beklagt, weil sie die Vertheidigungen einer Partei gestrichen habe; sie habe streng sein müssen und Alles streichen, was zu neuer Aufregung veranlassen konnte. — Frhr. Berlichingen: Römer könne die Entscheidung des Ausschusses kritisiren, er habe ihn aber verschärft, denselben der Parteilichkeit beschuldigt, habe gelegt, daß der Ausschuß anders gehandelt hätte, wenn es sich gegen die Unruhestifter gehandelt hätte. Er will, daß die Kammer ausdrücklich ihre Zustimmung zu der Handlungsweise des Ausschusses aussprechе. — Römer: Er habe seinen Vorwurf auf eine übergroße Aengstlichkeit des Ausschusses gegründet. (Schluß morgen).

** Stuttgart, 9. Febr. Nach dem gestrigen Gewitter war, wie zu erwarten, heute Ruhe in der Kammer. Die Bitte an die Regierung um Vorschuß für Bezahlung der vielen Gemeinden gewährten Unterstützungsfrüchte beschäftigte die Kammer; dann die Uebergabe eines Staatsvertrages mit Hohenzollern-Sigmaringen, die Regulirung von gemeinsamen Hofeitrechten über einige Dörfer betreffend, endlich 3 Kommissionswahlen: für die landständische Cisternatsverkasse, für Landalangelegenheiten und eine Schulkommission. — Publikum wie Abgeordnete haben noch genug sich mit den gestrigen Ereignissen zu beschäftigen. Eine Spaltung der Mittelpartei ist nicht zu verkennen; statt daß sich die Opposition spaltete, wie Manche prophezeit hatten, ist dies der Mittelpartei widerfahren: Duvernoys Ruhe und Besonnenheit einerseits, v. Schmidts ganz ungemessene, abstoßende Heftigkeit mögen die Ursache sein. Der Landtag neigt sich zur Vertagung, inzwischen mögen sich die Leidenschaften wieder legen.

* Vom Rhein, 12. Febr. Ich wüßte für unsere junge Literatur einen ganz neuen Zweig: bei einer anständigen Zeitung die lustige Person zu spielen. Unsere radikalen Blätter machen den ganzen Tag Narrenstreiche; dort wäre um des Gegensatzes willen ein bretzlicher Chorus eben am Orte. Aber bei einem Blatte, das in seinem gewöhnlichen Tone auf Anstand hält, wäre ein solcher mephistopheldicher Brigeordneter wohl angewandt; unterweilen wird doch der frechen Preße gegenüber die Prüfse nöthig; in Berchtesgaden (ich traue Ihren Lesern so viel Altdeutsch zu, daß sie wissen, es heiße das: in der Schwarzgerädkammer des „Arbeit. Beobachters") hat man ja sogar Ihr züchtiges Blatt manchmal zu dieser Waffe gereizt; das fällt dann immer etwas aus dem Tone, wenn es nicht ein bestellter Mann thut, der seines Amtes waltet. Ich würde mich gerne anbieten, wenn ich nicht einen Fehler hätte, der mich dazu untauglich macht; nicht einer allzu großen Zuvorkommlichkeit (dagegen hat der Baron eine sichere Barren die Preße?), sondern im Gegentheil: eine Verstimmbarkeit die mich zu leicht zum Rückzug bewegt, und unterweilen tragische Anwandlungen, die einem Clown nicht anpassen. Heute weckt mir übrigens gerade eine tragische Szene diesen heiteren Gedanken an; ich meine das Begräbniß von Görres und die Wichtigkeit, mit der sein Tod und Leben in München behandelt wird. Der Spruch de mortuis nil nisi bene heißt bekanntlich in dem Narrenkatechismus: Von Todten und Lebenden Nichts als Wahrheit. Dem nachzukommen, scheint mir denn aus einem Symptome dieser Art hervorzugehen, daß in Baiern noch sehr viele Uebelstände der Bildung und der Geschäftsreife abzuhelfen sind, Uebelstände, die ich für viel größer als jene, für viel nothwendiger und nützlicher zu beseitigen halte, und die übrigens insofern angreifbarer sind, als zu ihrer Beseitigung keine Regierungsmaßregeln nöthig sind und keine sie verhindern können. Man hält dort Panegyriken auf den Publicisten und Politiker, den Gelehrten und den Mann der Kirche, auf Görres. Auf Gentz blicken wir jetzt selbst in Wien herunter, um des thörichten Be-

Digitized by Google

fruhens wollen, eine unmöglich gewordene fanatische Ansicht in kindischem Trotze gegen die Welt zu behaupten; auf Görres halten wir eine Lobrede, weil er eine unmöglicher gewordene kirchliche Ansicht hielt. Wer preist bei uns nicht herkömmlich in dem schauen Ton unparteiischer Anerkennung die politischen Blätter um ihrer Konsequenz willen? Als ob es möglich wäre, innerhalb eines bornirten Geschäftskreises inkonsequent zu sein! In München besucht man die Vorträge über die antediluvianische Geschichte eifrig, während in der Schweiz um jene klein Hahn mehr kräht. Was der Gelehrte Görres in orientalischer und deutscher Mythe gegleistet hat, ist in der Antisymbolik und in der Geschichte der deutschen Dichtung längst auf ungewohntem Boden im Stillen beigetragt worden; was er aber über „Organoenemie" und „Organologie" geschrieben hat, das gilt den Physiologen, wenn sie sich dessen nicht erinnern, wohl längst für todt, und die Astrologie in der Astronomie bedeutet. Bleibt die bekannte Thätigkeit in der liberalen Periode, von der der politische Mann in Deutschland, Genz, sagt, „nach Jesaias und Dante habe nicht leicht Jemand erhabener, furchtbarer, teuflischer geschrieben, als dieser Görres" im Rheinischen Merkur. Von dieser „ersten Zeitung" Deutschlands sind alle diejenigen des gegen Lobes voll, die nie hineingesehen haben! Sonst würde man dort denselben apokalyptischen Styl mit orientalischem Poesiepomp finden in der Form und im Inhalte dieselbe Konfusion, wie in allen Görres'schen Schriften. Eine Fluth von Phrasen macht da die Politik aus; von den großen Tagesfragen, die auf dem Wiener Kongresse angeregt waren, ist keine einzige besprochen! In jenem jungen Görres, den man so oft in den alten wie Tag der Nacht gegenübergestellt hat, schlägt Nichts von Bekennung vor als eben der alte Görres. Ein einheitliches Kaiserreich, eine altdeutsche Männer- und Frauentracht, Wiedereinführung der Zünfte, Herstellung der eingezogenen Kirchengüter, das sind die Bekümmernisse dieses berühmten Publicisten in dieser seiner berühmtesten Zeit! Wann werden wir Deutsche aufhören, falsche Götter anzubeten!

Δ Frankfurt, 8. Febr. Die Berhandlungen der Bundesversammlung über die Presse dauern noch fort. Der vorigen Jahr bekannt gewordene preußische Entwurf eines Preßgesetzes ist jetzt verlassen und statt dessen der Antrag gestellt, unter gewissen Bedingungen oder Garantien jedem Bundesstaate anheimzugeben, die Angelegenheiten der Presse selbst zu regeln. Diesem Antrage haben alle Staaten, mit Ausnahme von Kurhessen und Hannover zugestimmt, und selbst diese haben zuletzt erklärt, daß sie der Majorität beitreten werden. Daß auch Oesterreich für Aufhebung der Censur gestimmt, mag in Erstaunen setzen, doch hängt ja Alles von den sogenannten Garantien ab, unter welchen dies geschehen soll, und diese können, wie der bad. Abg. Welcker neulich richtig bemerkte, am Ende noch beschränkender werden, als jetzt die Censur. Es wird gut sein, seine Hoffnungen nieder zu halten.

**Schleswig-Holstein.** Nach den neuesten Berichten norddeutscher Blätter scheint sich die öffentliche Stimme in den Herzogthümern mehr und mehr dahin auszusprechen, daß die Wahl der „erfahrenen Männer" zur Vorberathung über die Verfassung allerdings vorzunehmen sei, diese Männer dann aber in Kopenhagen sich nur unter der Bedingung auf die Vorberathung einlassen müßten, daß der Verfassungsentwurf den beiden Provinzialständeversammlungen der Herzogthümer zur Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung vorgelegt werde.

Gleichzeitig fahren die dänischen Blätter fort, ihre Theorie von der Reichseinheit geltend zu machen und auch die Regierungspolitik läßt in einzelnen Schritten ihre wahre Tendenz unverhüllter hervortreten. So hatte man gehofft, es würde der gelehrten Schule in Hadersleben ihr altes und verbürgtes Recht der deutschen Sprache erhalten werden; das eben erschienene Regulativ für die Gelehrtenschule entscheidet jedoch für die dänische Sprache. In ähnlichem Sinne würden gewiß auch jene versprochenen Garantien der „Rechte der einzelnen Landestheile" ausfallen, wenn man sich dieselben den einer dänischen Majorität auferlegen ließe.

**Schweiz.**

) Bern, 8. Febr. Am Schlusse der gestrigen Sitzung der Tagsatzung wurde ein Bericht des Repräsentanten in Luzern verlesen, worin dieser sich entschieden gegen das jüngste Dekret des dortigen Gr. Raths, als die dauerhafte Pazification des Kantons gefährdend, aussprach. Der Gesandte von Luzern trägt auf Mittheilung dieses Berichts an die Regierung von Luzern an, damit diese auf die im Berichte enthaltene Anklage zu antworten Gelegenheit habe. Das Präsidium erklärt, daß der Bericht lithographirt und den Gesandtschaften lithographirt mitgetheilt werde. Schließlich wird Staatsschreiber Schieß im ersten Scrutinium mit 20 Stimmen zum eidg. Kanzler gewählt; 2 Stimmen erhielt Hr. Amrhyn.

** Bern, 29. Januar. Nächst der sogenannten „identischen Erklärung", welche uns die Großmächte neuerdings bescheren zu müssen glaubten, macht zumal in dem gegenwärtigen kritischen Augenblicke der unerwartete Rücktritt mehrerer der ausgezeichnetsten eidg. Stabsoffiziere großes Aufsehen. Nebst verschiedenen Subalternoffizieren haben nämlich die drei Divisionärs Ziegler, Burkhardt und Donats ihre Entlassung verlangt und auch bereits erhalten. Ob dieser auffallende Schritt die Folge einer vorherigen Verabredung war, steht zwar noch dahin und dürfte insofern bezweifelt werden, als Oberst Ziegler allein denselben durch politische Gründe motivirte, während die übrigen rein persönliche Verhältnisse, wie Alter u. s. w. vorschützen. Soviel ist aber außer Zweifel, daß der Entschluß dieser Herren, ihre Dienste, ungeachtet der ernsten, keineswegs auf einen dauerhaften Frieden deutenden Umstände, dem Vaterlande nicht ferner zu widmen, kaum zu billigen ist und selbst von ihren politischen Freunden getadelt werden muß. Mögen auch diese Herren in dem letzten Feldzuge gegen den Sonderbund allerlei Erfahrungen gemacht haben, mögen sie auch mit dem Gange der Dinge — wie Ziegler dieses offen ausgesprochen hat — nicht durchaus einverstanden sein — so sollte hinwieder die ungetheilte Anerkennung ihrer Verdienste, die allgemeine Achtung und das Zutrauen, selbst von Seite ihrer politischen Gegner, sowie die ehrenvolle Stellung, verbunden mit deren Einflusse, den sie dadurch erhielten, vor Allem aber das lohnende Bewußtsein, das Vaterland vom Rande des Abgrundes errettet zu haben — sie entschädigen und zugleich bestimmen, auch fernerhin auf ihrem Posten zu verharren und in der eidg. Gewalt ihre geschichtlichen und bewährten Führer zu erhalten. Ohne der Ehrenhaftigkeit der Motive zu nahe zu treten, auf welchen das Entlassungsbegehren des Herrn Ziegler beruht, — so liegt es auf platter Hand, daß es einem eidg. Stabsoffiziere nicht zukommen kann, der Tagsatzung gleichsam die Bedingungen vorzuschreiben, unter welchen er fernerhin dienen wollte, und es ist wirklich zu verwundern, daß ein Militär, der sonst bei allen Anlässen so strenge Begriffe über die militärische Hierarchie und Disciplin an den Tag gelegt hat, sich verleiten lassen konnte, seine Stellung soweit zu verkennen, wie Hr. Ziegler in seinem an den Bundespräsidenten gerichteten Entlassungsschreiben es gethan hat.

Δ Zürich, 4. Febr. In der Bundesrevisionsfrage scheiden sich die Radikalen der östlichen Schweiz hauptsächlich darin von denen der westlichen Schweiz, daß während letztere eine grundsätzlich organisirte Bundesstaatsoberfassung anstreben, erstere sich um diese Formen überall weniger bekümmern, sondern mehr um materielle Einigung, lebendigern und freiern Verkehr in der gesammten Schweiz zu erlangen trachten. Diese Verschiedenheit erklärt sich leicht, wenn man berücksichtigt, in wie vielfach kommerzieller Verbindung die östliche Schweiz mit den innern Kantonen steht, während die Acker- und Weinbau treibende Bevölkerung der westlichen Schweiz in weit geringerer Berührung mit den Nachbarkantonen kommt. Die Hauptforderungen unserer Radikalen lauten deßhalb: freie Niederlassung, freie Religionsübung, Einheit in Zoll-, Post- und Münzwesen; ein ständiges Bundesgericht; Garantie der Kantonaloberfassungen durch die Bundesautorität und Schutz derselben durch die Bundesmacht; Beseitigung des §. 12. Wer unsere Verhältnisse nicht näher kennt, kann in diesen Forderungen nichts Unmäßiges entdecken; man konnte aber in den letzten Tagen sehen, daß die kleinen Kantone sich nie und nimmer zur Gewährung dieser Forderungen verstehen werden, denn in den mit uns noch am meisten verkehrenden Zug und Schwyz durften es sogar die Radikalen nicht einmal wagen, bei der Verfassungsberathung derartige Vorschläge zu bringen. Der Grund dieser Antipathie liegt aber wirklich nicht in bloßen Vorurtheilen, sondern er hat positive Fundamente. Der Haupterwerbszweig der innern Länder besteht in den Almenden, die noch fast allerorts ungetheilt sind. Ueber die Benutzung dieser Almenden sind schon die größten innern bürgerlichen Zwiste ausgebrochen, wie z. B. der Klauen- und Hornstreit in Schwyz von 1836 — 1838; die Klauen (Ziegenbesitzer) wollten damals nicht gestatten, daß die Hörner (größere Viehbesitzer) länger ganz unentgeltlich sich den alleinigen Nutzen der Almende ziehen. Theilung der Almenden zum Behuf der Nutznießung bestimmter Stücke auf mehrere Jahre wagt nun Niemand vorzuschlagen. Nun denke man sich die Niederlassung plötzlich frei; die günstigen Gefällsverhältnisse und der Waffervreichthum dieser Länder, die Einfachheit der Bedürfnisse, Mäßigkeit der Tagslöhne, Masse der unbeschäftigten Hände, Leichtigkeit der Kommunikation mit den äußern Kantonen wäre für die Industrie höchst

Digitized by Google

lockend. Die neue Industriebevölkerung würde aber mit ihrem Anwachsen nothwendig auf Theilung der Almenden und gleichmäßigere Benutzung derselben dringen müssen, und der Entzug der bestehenden Vorrechte wäre unbedingt für Bauern und Alpenwirthe ein harter Schlag. Noch fühlbarer würde das Uebel, wenn den Gemeinden der Armenunterhalt wie bisher ganz aufgebürdet bliebe. — Ich wollte durch dies Beispiel nur zeigen, wie wirklicke Interessen in Widerstreit mit unsern Anforderungen kommen, und wie man sich sehr täuscht, wenn man glaubt, durch schöne Phrasen die Bewohner der innern Kantone zu unsern Grundsätzen bekehren zu können. Mit allen andern Anforderungen verhält es sich gerade so, in allen sind die Interessen noch nicht sattsam geklärt, die Akten noch nicht zur Spruchfähigkeit gebracht. Diese schreibar mäßigsten Forderungen sind in That und Wahrheit die weitgehendsten, sie würden die Politik der kleinen Kantone in ihrem eigenen Schooße dauernd untergraben.

## Großbritannien.

London, 6. Febr. Die Times bemerken: Derauf man am meisten gespannt sein dürfe, sei die Wirkung, welche die Vorgänge in Neapel und Sicilien auf die angrenzenden italienischen Nachbarländer haben, und zu welchem Verfahren sie das Wiener Kabinet veranlassen würden. Was auch die Gwizet'sche Regierung zu thun oder zu lassen gesonnen sei, so gehe doch schon aus den parlamentarischen Verhandlungen hervor, daß Frankreich unmöglich einem österreichischen Angriff auf die Rechte der unabhängigen Staaten Italiens mit untergeschlagenen Armen ruhig zusehen könne. Die päpstliche Regierung habe bereits in bestimmter Weise sich dahin erklärt, österreichischen Truppen den Durchzug durch die päpstlichen Staaten nicht freizugeben. „Kann Oesterreich mitbin", fragen die Times, „einen Krieg in Italien wagen, mit seinen erschöpften Finanzen, seinen erschütterten Bündnissen und der Gewißheit, daß Frankreich früher oder später gewöhnigt sein wird, die Volkssache zu der seinigen zu machen? Kann es andererseits Angesichts Italiens und Europas anerkennen, daß es bereits in seinen Grundsätzen besiegt, seine Obmacht über jene Halbinsel vernichtet ist, daß es nicht mehr in seiner Gewalt steht, die Intervention von 1821 und 1831 zu wiederholen, und daß die Vertheidigung der Lombardei als einziger Rest der italienischen Politik Metternichs übrig bleibt? Jenes wie Dieses ist gleich. gefährlich, die Wahl zwischen Beiden noch gefährlicher, und doch ist diese Wahl noch das Einzige, worüber Metternich sich schalten kann; der Rest liegt über die Grenzen seiner Macht hinaus." Im Eingange dieses Artikels hebt das genannte Blatt hervor, daß die Sicilianer, indem sie die Konstitution von 1812, nicht aber die von 1821 zurück verlangten, von Neuem einen Beweis für jenen aristokratischen Sinn gegeben hätten, welcher die politischen Bewegungen auf Sicilien von jeher charakterisirt habe; die Verfassung von 1812 sei ganz nach dem Muster der englischen, mit Ober- und Unterhaus, die von 1821 dagegen demokratischer, mit nur Einer Kammer. Die vom Könige gewährte Verfassung scheint ihren Grundlagen nach mehr der französischen zu entsprechen, nur drückt das Mr. Ehr. seinen Wunsch aus, daß man wenigstens einige Hauptzüge der französischen Charte, den Mangel einer erblichen Pairschaft und das auf Korruption gebaute Wahlsystem (letzteres wahrscheinlich ein leider freimer Wunsch) bei Ausarbeitung der neapolitanischen Verfassung vermeiden möge. Für die konstitutionelle Entwicklung Italiens werde, meint das Mr. Chr., diese gänzliche Aenderung des politischen Systems in Neapel von unberechenbaren Folgen sein; Rußland und Oesterreich hätten seitdem keinen Vorwand mehr zu intervenireu; das Königreich beider Sicilien sei bis jetzt einer um den Kaiser Italiens gewundenen Schlinge vergleichbar gewesen, deren beide Enden Oesterreich in der Hand gehabt; jetzt sei dies Königreich sein Hinterniß, gewinne ein Stützpunkt mehr für die freie Entwicklung Italiens und von hier aus auch des übrigen Europas. Im Uebrigen sprechen die englischen Blätter fast übereinstimmend ihr Bedauern darüber aus, daß der König von Neapel sich erst die Bewegung über den Kopf wachsen ließ, ehe er sich zur Verleihung des Volksfreiheiten verstanden habe. Man habe dadurch den Völkern ein trauriges Beispiel gegeben, wie gerade von den Fürsten nächsten, in absoluten Ansschauungen befangenen Herrschern das Beste zu erreichen sei, wenn sie durch Gewalt in die Enge getrieben worden, nachdem sie sich in einen offenen Kampf mit ihren Unterthanen eingelassen. Weiter wird die Beschießung Palermo's getadelt, die mit zu wenig Energie fortgesetzt worden sei, um eine bedeutende Wirkung zu üben, aber doch den Willen zu schaden, das Volk herauszufordern, und einen Kriegszustand hervorzuführen, deutlich genug kundgegeben habe.

Das M. Chr. enthält einen Brief aus Montreal vom 11. Jan., worin gemeldet ist, daß von den 84 Mitgliedern für das kanadische Parlament 54 vollzogen sind, wovon 30 für die Opposition und nur 17 ministeriell ausfielen; die übrigen erschienen zweifelhaft. In Montreal selbst kam es zwischen den Parteien zu Gewaltthätigkeiten, die Truppen mußten unter die Waffen gerufen werden, die Stadt befand sich in großer Gährung. Der Führer der Revolutionspartei, Papineau, wurde einstimmig zum Vertreter der niederkanadischen Grafschaft St. Maurice gewählt.

Am 1. Dec. ist Sir Harry Smith, der neue Statthalter des Kaplandes, in der Kapstadt gelandet; er wurde mit sehr königl. Ehren empfangen, die Stadt war festlich erleuchtet, bis in die Nacht bewegte sich die Bevölkerung jubelnd durch die Straßen der Stadt. Von der Grenze hört man, daß eine englische Division in der Hoffnung, den berüchtigten Häuptling Pato zu fangen, über den Kreystuß setzte, daß es aber dem listigen Kaffernführer mit gewohnter Schnelligkeit gelang, seinen Verfolgern zu entschlüpfen. Unterdeß führen die Kaffern fort, sich für ihre Niederlagen im offenen Feld, durch grausame Mordthaten zu rächen, die sie an einzelnen in ihre Hände fallenden Pflanzern begehen.

## Frankreich.

Paris, 8. Febr. Noch ein paar Worte über die gestrige Rede des Hrn. Duvergier de Hauranne. Der Redner ließ sich angelegen sein, nachzuweisen, daß die Bürger das Recht haben, sich zu versammeln und über ihre Angelegenheiten zu berathen, und daß es also ein Gewaltmißbrauch ist, wenn die Regierung die unter dem Namen der Reformschmäuse bekannten politischen Festversammlungen verhindert. Es wird ihm nicht schwer, diesen Beweis zu führen, und zwar unter Berufung auf das eigene Beispiel des Hrn. Guizot, der seine Wähler in Lisieux bekanntlich mehrmals zu ähnlichen Festen versammelt hat. Dieser Theil des Vortrages des Hrn. Duvergier fand so entschiedenen Beifall bei der Opposition, daß man von Seite derselben einen sehr heftigen Widerstand gegen das Petitionsrecht der Reformversammlungen voraussehen kann. Mit welchem sonderbaren Argumente Hr. Duvergier de Hauranne die Weglassung des üblichen Trinkspruchs auf den König zu rechtfertigen suchte, haben wir bereits erwähnt. Die Unredlichkeit, welche Hr. Duvergier in diesem Punkte seiner Rede begangen, wird von dem heutigen J. d. D. sehr deutlich nachgewiesen. Ihr hat nicht auf die Gesundheit des Königs getrunken, ruft das J. d. D. dem Redner und seinen monarchisch und konstitutionell gesinnten Freunden zu, weil die Republikaner an Euern Zwecke sein sonst nicht Theil genommen haben würden und ihr die Republikaner doch nicht entbehren konntet, wenn Ihr volle Säle haben wolltet. — Der Rest der Sitzung wurde durch mehrere unbedeutende Reden ausgefüllt, die zum Theil von ganz unbekannten Männern gehalten wurden.

Man erinnert sich, daß gegen Hrn. Warnier, der in Algerien ungeheure Bestechungen und Unterschleife entdeckt haben wollte, ein Verleumdungsprozeß anhängig gemacht worden ist. Die Klage kam gestern in erster Instanz zur Entscheidung. Hr. Warnery wurde, „weil er nicht den mindesten Beweis und selbst nicht einmal Anzeichen seiner Behauptungen beibringen könne", zu 1 Jahr Gefängniß zu 1000 Fr. Geldbuße und 1000 Fr. Schadenersatz für jeden der Kläger (unter denen auch der vorige Kriegsminister Moline de St Yon) verurtheilt.

Ueber die Ausweisung des deutschen Schriftstellers Friedrich Engels sagt die Presse, nachdem sie den gestrigen Artikel des Constitutionnel wiederholt hat: „Hr. Engels war erst seit kurzer Zeit in Paris, er wurde bei der Nacht in seiner Wohnung und, wie man versichert, ohne trostigen Bewegrund verhaftet. Zu gleicher Zeit wurden mehrere deutsche Handwerker, als mit Recht oder Unrecht des Kommunismus angeklagt, verhaftet und in die Conciergerie gebracht.

In dem Testamente der Prinzessin Adelheid befindet sich folgender Artikel: „Ich vermache der Wittwe des Zahnarztes Miel, der im Juli 1830 der erste war, welcher die Uniform der Nationalgarde anlegte und an der Spitze des Volkes getödtet ward, eine lebenslängliche Pension von 500 Fr." Vom Jahre 1830 an bis zum Tode der Prinzessin hatte Mad. Miel alljährlich am 29. Juli die 500 Fr. von unbekannter Hand erhalten, ohne je zu ahnen, daß sie von der Prinzessin stämen.

## Spanien.

Die Madrider Nachrichten sind seit längerer Zeit alles Interesses baar. Die Verhandlungen der Cortes schleppen sich inmitten der

Digitized by Google

allgemeinsten Theilnahmslosigkeit mühselig fort. Die Berathung eines Gesetzentwurfes, durch welchen der Senat nach dem Muster der französischen Pairskammer zum politischen Gerichtshofe gemacht wird, ist bis jetzt die bedeutendste Leistung der Cortes. In jenem Gesetzentwurfe ist die Bestimmung merkwürdig: daß Beleidigungen des Thrones ein Attentate auf den König angesehen werden sollen, und noch merkwürdiger wenigstens ist es, daß diese Bestimmung auf den Antrag eines Exaltirten, des Hrn. Luzuriaga, angenommen wurde. Am 30. v. M. fand im kön. Schlosse zur Feier des Geburtstages der Herzogin von Montpensier die unter dem Namen des Handkusses bekannte Festlichkeit Statt. Auch Cipfarros, obgleich er bereits vor vier Tagen seine Abschiedsaudienz gehabt, war dabei zugegen. — Das Ministerium beschäftigt sich vielfach mit der Aufgabe, das seit Jahrhunderten verloren gegangene Gleichgewicht des Budgets wieder zu finden. Da sich die Einnahmen nicht vermehren lassen, so denkt man sehr weise auf Ersparnisse im Staatshaushalte. Wir wünschen bessern guten Verfolgen alles möglichs Gedeihen.

## Italien.

Mailand, 22. Januar. Cesare Cantu hätte um ein Weniges das Loos Tomaseo's, Manins und der mailändischen jüngst verhafteten Landsleute getheilt. Als der Cavalliere gestern Abend nach Hause ging, bemerkte er aus der Ferne Soldaten und Polizisten um seine Wohnung. Abwends, daß dieser Besuch ihm gelte, bewerkstelligte er ohne Verzug seine Flucht und gewann glücklich die Grenze. Die Polizei wartete bis 4 Uhr Morgens auf Cantu's Heimkehr, brach darauf in sein Haus und fand es leer. Cantu soll bereits die österreichischen Kerker kennen. Wenn die „Oberpostamtsz." berichtet, daß die in Mailand Verhafteten nun insgesammt der Konfiskation ihres Vermögens ausgesetzt seien, so müssen wir darauf hinweisen, daß die Einziehung des Vermögens eines Verbrechers in Oesterreich längst abgeschafft und daher im Strafgesetzbuche über Verbrechen gar nicht erwähnt ist. Hat man nach dem Ausbruche des gallizischen Aufstandes durch Verhängung der Sequestration über die Güter des Fürsten Czartoryski in Galizien eine Art Konfiskation mit Berufung auf eine längst verschollene und durch das Strafgesetz aufgehobene politische Verordnung versucht, so erregte dieser Schritt allgemeine Mißbilligung in den juristischen Kreisen der Monarchie. Auch gegen die Absührung der in Mailand verhafteten Personen nach Laibach müssen wir im Namen des Gesetzes, und um dem Umsichgreifen willkürlicher Maßregeln so viel an uns zu steuern, entschieden protestiren. Das Verfahren mit der des Verbrechens beschuldigten Person steht nach §. 219 des Strafgesetzbuchs über Verbrechen vor einem Kriminalgerichte zu, in dessen Bezirke dasselbe angetroffen wird, und nach §. 212 soll keine Ausnahme von der Gerichtsbarkeit des Kriminalgerichts) eintreten in dem Umfange des Kriminalgerichts beschuldigten bleibenden oder Personen weitere Statt haben, als in dem gegenwärtigen Gesetze ausdrücklich bestimmt ist. Diese Ausnahmen schreiben §§. 221) bis vor, die Untersuchung gegen gewisse einer Verbrechens beschuldigte Personen, und gewisse Verbrechen in der Hauptstadt der Provinz zu führen, in welcher die Beschuldigten angehalten worden. Sonach müssen die in Mailand Verhafteten auch in Mailand ihre Untersuchung bestehen, somit ihr Rechtsgang in eine andere Provinz den Gesetzen gänzlich entzogen. Da man Manin, Tomaseo und Andere ihrem gesetzlichen Richter nicht entzog, so bleibt uns noch ein Hoffnungsstrahl, daß die geringste nicht zu rechtfertigende Maßregel vielleicht bloß durch politisches Dienstreiferübermaß herbeigeführt wurde, und daß die oberste Justizstelle diese auffallende Verletzung des Gesetzes ernstlich rügen und soviel möglich gut machen werde.

Neapel. Die Amnestie, sagt die Alba, umfaßt nicht die unermeßliche Legion der in den Jahren 1837, 1841, 1844 und 1847 aus dem Königreiche in die Verbannung Geflüchteten. Zugleich bemerkt das Blatt, daß es sich eigentlich nicht um eine Amnestie, sondern bloß um Gnade (grazia) handle, die nach den neapol. Gesetzen die gesetzlichen Wirkungen der wenn auch nachgesehenen Strafe nicht aufhebe. Die Neapolitaner selbst vergierchen diese Amnestie mit einem verschimmelten Brode, das man einem Halbverhungerten reiche, und meinen, die Amnestie, die Blut gegeben, sei noch nicht erreicht und werde auch nicht erreicht werden. Von den zuletzt ausgebrochenen Aufständen, welche auf die Erschütterungen des Königs so viel Einfluß ausübten, ist der im Gebiete von Bulo wohl der wichtigste. General de Gacta, mit Artillerie dahin entsendet, wagte keinen Angriff und meldete dem König, daß er für seine Artillerie, die leicht in die Hände der Insurgenten fallen könne, ernstlich besorgt sei. Die Insurgenten zerstörten dort die Telegraphen von Castellabate und Capaccio, einige Kompagnien eines sicilischen Regimentes sollen sich ihnen angeschlossen haben. Daß die Armee selbst Besorgnisse einflößte, bewiesen die Verhaftungen von Offizieren. Die Damen in Palermo forderten den General de Sauget auf, ihnen seine Verwundeten zur Verpflegung anzuvertrauen! Man erzählt von einer Frau, die an der Spitze von ungefähr 150 Mann kämpfte und den Königlichen eine Kanone entrissen habe.

Die Pariser Blätter haben Nachrichten aus Neapel bis zum 31. Jan. Es war an einigen Punkten der Stadt zu Kampf und Blutvergießen zwischen den bewaffneten Gliedern und den Bajaroni gekommen, welche „die heilige Religion" hochleben ließen und der Konstitution den Tod drohten. Aus Palermo sollen alle Truppen zurückberufen werden. Der König will die Stadt einstweilen sich selbst überlassen, soll aber entschlossen sein, die politische Trennung Sicilieus von Neapel unter einer selbständigen Verfassung um keinen Preis zu bewilligen. Man weiß indessen, daß die festen Entschlüsse des Königs nicht unwiderruflich sind.

Berichten aus Sicilien zufolge, welche Galignanis Messenger mittheilt, wäre ganz Sicilien, weil einsernt beschwichtigt zu sein, zum allgemeinen Aufstand fertig. Catani erhob sich, wie man gewiß weiß, am 16., Cartagirone, Caltanisetta und Malaito waren bereit zu folgen. In Messina wartete man nur auf Nachrichten aus Palermo. Hier war General Aunjiante am 24. mit seinen Truppen durch die Ferdinandstraße gezogen, Kanonen und Kanoniere mit brennenden Lunten hinterdrein. Diese Herausforderung hatte das Volk keineswegs eingeschüchtert, sondern nur dazu beigetragen, es bis zum Aeußersten zu erbittern; auch hatten die Soldaten erklärt, sich zu dergleichen nutzlosen Herausforderungen nicht mehr hergeben zu wollen. Jeden Augenblick erwartete man auch hier den Ausbruch.

Palermo. Die „Lega Italiana" bringt folgende Notizen aus Palermo. Die Insurgenten sind Meister der ganzen Stadt, die k. Truppen haben sich auf viele Meilen zurückgezogen. Die Nachricht von Bewilligung einer Konstitution bewirkte einen Waffenstillstand. Das Volk äußerte den Wunsch, daß ein Bierkönig oder, für die Hälfte des Jahres, der König in Palermo residire. Auch forderte es, daß die Forts bis zur vollkommenen Vollziehung der Konzessionen oder Reformen in seinen Händen bleiben. Auch wollen sie ohne ausdrückliche Garantie irgend einer auswärtigen Regierung, man sagt der englischen, die Waffen nicht niederlegen. Nach der „Concordia" vom 2. Febr. floß sehr viel Blut in Palermo. Die Eroberung des Forts Monreale erfolgte erst nach einem 9stündigen Kampfe. In Messina schwiegen zuletzt die Batterien der Citadelle, das Volk hatte Anstalten zum Sturme gemacht.

Turin, 3. Febr. Gestern Abend war die Stadt zur Feier der in Neapel gegebenen oder vielmehr versprochenen Konstitution erleuchtet. Die Bürger mit Fahnen und Windlichtern durchzogen die Stadt mit dem Ruf: Es lebe Sizilien! es lebe Palermo, Neapel, Italien! Darauf begaben sie sich vor den Palast des neapolitanischen Gesandten, der zu ihnen herabkam und ihnen im Namen seines Souverän dankte!

Konstantinopel, 20. Januar. Am 16. d. M. langte hier das sardinische Regierungsdampfboot Ji Triposi an, das, wie bekannt, den Gesandten des Papstes, Mons. Ferrieri, und sein Gefolge am Bord hat. Die Ankunft des Gesandten ward mit den gewöhnlichen Ceremonien begrüßt. Die dort wohnenden Italiener empfingen, zahlreich versammelt, Mons. Ferrieri mit lauten Evviva's und begleiteten ihn bis an seine Wohnung. Unter den jungen Artigen in seinem Gefolge befindet sich auch ein Neffe des Kardinals Ferrieri. Ferrieri empfing die Glückwünsche des diplomatischen Corps und wurde, begleitet vom sardinischen Gesandten und dem armenischkatholischen Erzbischof, am 19. vom Großherr feierlich empfangen. (Ob der russische Gesandte im begrüßenden diplomatischen Corps war, wissen wir nicht; die Freundlichkeit des Großherrn war jedenfalls zuvorkommender, als die eines oder des andern christlichen Diplomaten, deren Höfe die directe Verbindung Roms mit Stambul sehr ungern sehen.) In Smirna wollte man am 13. ein Konzert zu Ehren Pius IX. geben, dessen Geldertrag zu einem Todtenamt für die Opfer der italienischen Sache bestimmt war. Die gesetzliche Behörde, scheint es, wollte diese Gedächtnißfeier nicht gestatten. Zu Larinaca auf Cypern war bereits im Oktober zu Ehren des Papstes eine große Feier, woran Katholiken von allen Theilen der Insel theilnahmen.

## China.

China. Das Ausland entnimmt dem China Mail folgende Nachricht: Die türkischen Stämme um Kaschgar haben die Fahne der Empörung aufgepflanzt, und der chinesische Kaiser hat einen Oberbefehlshaber ernannt unter dem Titel „Oberbefehlshaber zur Beruhigung

Digitized by Google

des Westens.“ Man wird sich erinnern, daß im Jahr 1826 ein blutiger Aufstand in derselben Gegend ausbrach und nur mit Mühe gedämpft wurde. Jetzt ist das chinesische Reich um Vieles schwächer, und namentlich scheint es ihm sehr an Geld zu fehlen. Gelingt es der chinesischen Regierung nicht zeitig des Aufstandes Meister zu werden, so könnte er eine furchtbare Umwälzung in Hochasien veranlassen und durch Bedrohung der russischen Grenze selbst auf Europa nicht ohne Rückwirkung bleiben.

### Amerika.

* Vereinigte Staaten. Seit einigen Wochen ist der electro-magnetische Telegraph bis St. Louis vollendet. Er läuft durch Belleville und West-Belleville. Wir erhalten also jetzt am Mississippi die Nachrichten vom atlantischen Meer in wenigen Minuten. Das ist doch auch Poesie! Der Telegraph verbindet jetzt die Städte Washington, Baltimore, Philadelphia, New-York, Boston, Buffalo, Pittsburg, Cincinnati, Louisville und St. Louis in ununterbrochener Linie. Er ist auf 4028 (engl.) Meilen fertig und für weitere 2800 Meilen (nach New-Orleans, Mobile rc.) projektirt und angefangen und zwar ohne alles Zuthun der Regierung!

### Handels- und Börsennachrichten.

* Frankfurt, 10. Febr. Aus Mainz wird heute von mehreren neuen Fallimenten berichtet, worunter das des Hauses Jakob Reinach das bedeutendste sein dürfte. Mehrere hiesige und Pariser Häuser sind dem Vernehmen nach bei demselben betheiligt. — An unserer Börse sind gegenwärtig besonders die südteutschen 3½% Obligationen, zunächst württembergische und badische, zu Geldanlagen stark gesucht. Dagegen wird das weitere Steigen der österr. Effekten durch die noch immer nicht gehobenen Besorgnisse in Betreff der italienischen Wirren aufgehalten. Das Geld ist übrigens in so großem Ueberflusse vorhanden, daß Wechsel auf gute Häuser zu 1¼ bis 2% diskontirt werden.

Frankfurt, 10. Feb. Oesterr. Met. 104¾ P. 2½% 51¾ P. Bankaktien pro ult. 1879 P. 500 fl. Loose von 1834 153½. 250 fl. Loose von 1839 112½ P. Preußen. Köln-Minden 93 P 92⅝ G. — Baiern. Ludwigs-Berbach 86½ P. 86¼ G. Würtemberg. 3½% Oblig. 89⅝ G. — Geldsorten: Neue Louisd'or 11 fl. 5 kr. — Fr'dor 9 fl. 47 kr. ditto Preuß. 9 fl. 53½ kr. Holl. 10 fl. Stücke 10 fl. — kr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 31 kr. Engl. Souverains 12 fl. — kr. — Laubthaler ganze 2 fl. 43¾ — Preußische Thaler 1 fl. 44½ kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Berlin, 7. Febr. 3½% Staats-Sch. 92⅞ Prämien-Scheine 92½ Poln. Loose 500 fl. 80¼ — ditto 300 fl. 99⅝ Ludwigs-Berbach — Frd.-W.-Nordb. 56⅞ Köln-Minden 93½.

Wien, 5. Febr. 5% Met. 113¼ Bankaktien 1578 — 500 fl. Loose 152½ 250 ditto 111¼ — Nordbahn 133¾ — Wien-Gloggnitz 107½ — Mailand-Venedig 87½.

Amsterdam, 7. Febr. 2½% Integrale 54½ 4% von 1644 84¹¹/₁₆ 3% ditto 63¹³/₁₆ 4% Anl. bei Hope 85⅞ — ditto bei Stieglitz — 5% Span. Active 16⅛ 3% ditto inländ. 25⅝ — 4% Portugiesische 27⅞ 2½% Oeste. Met. 49.

Paris, 5. Feb. 3% 74 f. 70 5% 117 f. 30 Bankaktien 3185.

---

**Eingegangene Beiträge für die Armen in Oberschlesien:**

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag: . . . . | 1018 | fl. 57 kr. |
| Von M. in Heidelberg | 20 | „ — „ |
| Von L. L. in Darmstadt . | 1 | „ 45 „ |
| Von Freiburg für d. a. Schl. | 8 | „ 6 „ |
| Von C. M. in Frankfurt | 21 | „ 42 „ |
| Von Zöglingen der B.'schen Erziehungsanstalt in Weinheim | 34 | „ 9 „ |
| H. K. in Rappenau . . . | 4 | „ — „ |
| C. K. in Heidelberg . . | 1 | „ — „ |
| | 1109 | fl. 39 kr. |

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

---

[95] Von den

# Jahrbüchern der Gegenwart

sind soeben Nr. 9—12 erschienen und an die Abonnenten versandt worden.

Inhalt: Schweizer Wirren und Aussichten. — Scherr, Adelaid, ein Vorläufer moderner Humanität. — Publicistische Revue: Microstatistik politische Berichte. — L. Stahr, Italienische Fragmente. — Veit Weber, Korrespondenz aus der Bundesschweiz. — Fr. Vischer, Handbuch zur Kunstgeschichte. — Bestellungen auf die „Jahrbücher der Gegenwart“ übernehmen alle Buchhandlungen und Postämter.

**Reyscher, Dr. A. L.**, das gemeine und württembergische Privatrecht, 3. Band fl. 3. 30 kr. Rthlr. 2. 8 Ngr.
Alle 3 Bände, womit das Werk vollständig ist, kosten fl. 12 — Rthlr. 7. 4 Ngr.

**Zeitschrift für deutsches Recht und deutsche Rechtswissenschaft**, herausgegeben von Beseler, Reyscher und Wilda. XI. 3. Heft. Preis eines Bandes v. 3 Heften fl. 5. 15. Rthlr. 3.

Inhalt: Zoepfl, das Recht der Aktiengesellschaften. — Duncker, Dr., Kann eine Realinst im deutigen Rechte durch Vertrag neu begründet werden? Nebst einem Nachwort der Redaktion. — Von Planitz, über Legaldefinitionen. — Renaud, über den Werth der schweizerischen Rechte für die Wissenschaft des deutschen Rechts mit Rücksicht auf die Sammlungen derselben, insbesondere Schaubergs Zeitschrift für noch ungedruckte schweizerische Rechtsquellen.

Tübingen, 31. Jan. 1845.

L. Fr. Fues.

---

## Die neunte Auflage des Conversations-Lexikon vollständig!

[96] In allen Buchhandlungen ist die soeben fertig gewordene neunte verbesserte und sehr vermehrte Originalauflage des

# Conversations-Lexikon

vorräthig. Wie sehr es gelungen ist, die neunte Auflage dieses allbekannten Werks in ihrer innern wie äußern Ausstattung den Anforderungen unserer Zeit in jeder Hinsicht entsprechend zu gestalten, beweist am besten der Absatz von mehr als 30,000 Exemplaren. Das Werk kostet vollständig 20 Thaler, es kann aber auch in beliebigen Abtheilungsterminen: in 15 Bänden zu dem Preise von 1 Thlr. 10 Ngr., in 120 Heften zu dem Preise von 5 Ngr., in 240 Lieferungen zu dem Preise von 2½ Ngr. nach und nach bezogen werden.

☞ Aeltere Auflagen des Conversationslexikon werden bei Abnahme eines Exemplars der neunten Auflage in dem Preise von 12 Thlrn. angenommen, und dieser Betrag wird in werthvollen Büchern aus dem Verlage des Unterzeichneten geliefert. „Der zu diesem Behufe besonders gedruckte Katalog ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.“

Leipzig, im Januar 1845.

F. A. Brockhaus.

---

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oswr v. Koch, 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Westindien Läuter versendet man sich an H. Heinzelmann Strasburg 26 Boursbourg, Paris 25, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Deutsche Zeitung besorgt das Oberh. Hof. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Postvereinsgebiets Thlr. 6. Sgr. 20 Pf. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 44. Heidelberg, Sonntag 13. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Ansichten der Reformen und Revolutionen in Europa.**

**Deutschland.** — **Oesterreich-Schlesien** (auch hier Noth und Typhus); ein eigner politischer Verwaltungsrath für das lomb.-venet. Königreich). **Berlin** (Verordnung des Generalpostamts). **Posen** (der Provinziallandtag in Ausicht). **Düsseldorf** (Fanatismus). **Breslau** (die Hungerpest; Aufruf an die deutschen Frauen). **München** (Ausland des Staatsraths v. Maurer; die Landrathsabschiede für 1847; tumultuarische Vorgänge). **Stuttgart** (Kammerverhandlungen über Römer's Eingabe [Schluß.]). **Karlsruhe** (Berichtigung Bassermanns). **Vom Rhein** (Druckfehlerneth). **Kassel** (Ausschreiben des Ministeriums des Innern in Betreff der Demonstrationen für die Schweizer Eidgenossen und der Besserkammerungen). **Schleswig** (dänischer Regulativ für die Gelehrtenschulen in den Herzogthümern; provisorischer Vertrag zwischen den Tuilerien und Kopenhagen; fortdauernde Preßbeschränkung).

**Schweiz.** **Bern.** Der Beschluß des Gr. Rathes in Luzern und die eidgen. Repräsentanten. **Luzern.** Eine Stimme für den Beschluß.

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen: Eine Bill für Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit Rom; Antrag auf zweite Lesung der Judenbill. Päpstliches Anmaßerthum an die irischen Erzbischöfe. Mr. Cbr. über die Guizot'sche Reaktionspolitik.

**Frankreich.** Die Reformbewegung und die öffentlichen Bedürfnisse **Frankreichs.** Sartinien wird unter den Polen. — **Italien.** Livorno. Volksbewegungen. Neapel. Ministerernennungen. Die Lazaroni. Gespannte Stimmung. Gerüchte aus Sicilien über blutige Kämpfe und Aufstände. Die Sicilianer sollen ein eigenes Parlament fordern. Nachrichten aus Zanzibar über ein österr. russ. Kriegsschiff gegen Italien.

**Nachschrift.** München. Schließung der Universität bis zum nächsten Herbste.

## Heidelberg, 13. Februar.

Es ist immer gut, sich von Zeit zu Zeit verwandter Geschichten und Schicksale des eignen Volks und anderer vergleichend zu erinnern, damit man der Naturart seiner Nation, von der die wenigsten Menschen eine klare Vorstellung haben, deutlich bewußt werde und sich in Forderungen, Erwartungen und Bestrebungen nach ihr richte, um sich nicht in Allem zu täuschen. Blickt man auf die Zeiten der Befreiungskriege und der Restauration zurück, und hält die deutsche Geschichte gegen die gleichzeitige italienische und spanische, so stößt man auf so eigenthümliche Züge des deutschen Nationalcharakters, daß der Lessing'sche Satz nicht zu passen scheint, es sei unser Charakter, keinen haben zu wollen. Das französische Joch, die französischen Einrichtungen und Ideen drangen nach einander in den drei Landen vor; durchgreifende Reformen und Wohlthaten folgten die Unterdrückung und Ueberbersetzung pregluten; die Mißwirthaft setzten weder hier noch dort. Die Art der Anregung der fremden Staatsideen aber, und die Art der Abstoßung und der Reaktion gegen den fremden Einfluß war von Grund aus verschieden. In Italien war die Aufnahme dieser inneren und äußeren Einflüße im Ganzen widerstandlos, die Gegenwirkung aus einer Kraft macht- und willenlos, im Momente der Befreiung durch äußere Hilfe lieg man Wohlthat und Zwang zugleich fallen; die Gleichgiltigkeit, die Folge einer vernichteten politischen und geistigen Existenz, that ihre Wirkung. In Spanien begann die gewaltsame Abstoßung mit dem ersten Versuche des Eindringens; von den wohlthätigen Institutionen der Franzosen ließ sich Niemand ireen, von der Wucht des Fremdherrn Niemand blenden, von der bestandenen Nothlage Niemand beruhigen, auf Verordnung der Mittel zum Zwecke ließ sich Niemand ein: es wirkte der blinde Naturtrieb der nationalen Selbsterhaltung allein. Wie anders, wie selbständig, wie originell war dies Alles in Deutschland; wie ganz verschieden wirkten die gleichen Verhältnisse, jenes gleiche Bestreben der Napoleonischen Politik nach Entnationalisirung der Nachbarn in dem durch Bildung und innere Lage ganz verschiedenen Volke!

Bei uns war das Staatsleben ganz ebenso erstorben, so roh und verfunken durch mehr als zwei Jahrhunderte gewesen, wie in Spanien und Italien; aber weit entfernt, daß das Volk in Deutschland ein unbeschriebenes Blatt gewesen wäre, auf dem jeder Eindruck seine volle Wirkung hätte zurücklassen können, waren wir durch religiöse, wissenschaftliche und künstlerische Beschäftigung abgelenkt, in anderen Gebieten Meister geworden, während wir im Politischen Kinder geblieben waren. Unter diesen idealen Thätigkeiten war der Sinn für das Reale stumpf geworden, der Instinkt für das Nationale verloren, und selbst heute, nachdem an dessen Belebung ein halbes Jahrhundert voll Anstrengungen gesetzt worden ist, haben wir von jenem Gemeingefühl des Engländers noch sehr wenig, der in seinem Sinnen und Trachten empfindbar ist für jedes entfernteste Fleckchen, an dem die Interessen, die Institutionen, die Ehren und Würden seines Landes berührt werden. Man erinnere sich, daß damals Genz eine Weile gleichsam als ein Vereinzelter stand mit der vollen Empfindung der deutschen Schmach; ihm gegenüber ein Wieland, der für die Staatsveränderungen in Frankreich einen regen Sinn, für das deutsche Land keinen hatte; ein Göthe, der der deutschen Anstrengungen gegen das Genie des Imperators spottete. Und auf diesen letzteren Standpunkten waren Hunderttausende von Beamten und Bürgern, die mit einem gereisten Geiste die Vortheile des Fremden mit dem frühren Misere des Einheimischen verglichen, und Nichts von dem spanischen Fanatismus der Anbildung hatten, dem der Fortschritt gegen den Mißbrauch gar Nichts werth war.

Wenn man mit dem großartigen Nationalaufschwung Spaniens jene bahsüchtigen Bettereien bei dem französischen Konsul, jene Untergrabungen des Reichs, jenes Eindringen Napoleonischer Kreaturen, jene Duldung aller schänden Mißhandlungen vergleicht, die wir bis 1813 ertragen, so ist es ein Anblick voll Schmach und Trauer; setzt man auf das, was in Spanien und Deutschland im Innern vorging und wie hier die Zeit des vorübergehenden äußern Drucks zu einer innerer Erleichterung auf die Dauer mit Verstand und Bettrifer benutzt wurde, so begreift man wohl, daß die Wege einer geistig gebildeten, jeder friedlichen Reform vollkommen gewachsenen Nation nothwendig andre sein mußten, als die eines rohen Naturvolkes, wie die Spanier waren. Die Kriegsmänner, die in Deutschland die Guerillas nachahmen wollten, stelen verlassen; selbst Gneisenau, der 1811 einen spanischen Krieg führen wollte, würde geschritten sein: denn in einem Volke, wo man den Landsturm noch 1813 zu den spanischen Aufopferungen glaubte kommandiren zu müssen, wo Stein im Falle der Insurrektion die Beamten mit Androhung des Todtschießens zu ihrer Pflicht gebracht wissen wollte, kann man auf keine katalonischen Somatenes und keine numantinischen Vertheidigungen rechnen. Dagegen jene Schule friedlicher Patrioten, die auf dem Wege des Geistes vorschritten, um die schlafende Nationalehre zu wecken, jene Stein und Arndt, jene Jugendbünder in Königsberg, die fanden allmählich, nachdem in Preußen das letzte Bollwerk Deutschlands gefallen und das Aeußerste Unterdrückung geschehen war, Eingang in die Herzen, um in ihnen eine Umstimmung zu erwirken. Diese Oligarchie einstichtiger Patrioten gab es auch in Italien während der Occupation, aber man konnte ihr nicht das Zeugniß geben, daß der König von Preußen 1816 dem Jugendbunde gab, daß der Geist und die Gesinnung derselben seitdem im Volke allgemein geworden, und daß die Rettung des Vaterlandes daraus hervorgegangen sei. Dazu trug allerdings das wesentlich bei, daß man in Preußen im größten Style angefangen hatte, den Zwiespalt zwischen dem Patriotismus und der staatlichen Auflösung aufzuheben, dadurch, daß man die Einrichtungen des Siegers seit 1807, frei von jedem Bizeettismus, aufnahm und in solcher Weise assimilirte, daß ein Aufgehen wie in Italien, ein Mißfall wie in Spanien ganz unbenkbar war. Wie von dieser Seite der Sinn für innere Freiheit befriedigt war, konnte man auf den Sinn für äußere Befreiung bauen. Aber auch dieser Art der Befreiung war ganz erfüllt, er hielt zwischen dem, was in Italien und Spanien geschehen war, streng die Mitte. Denkt man sich, was Preußen von 1806 — 1812 gelitten hatte, wie das Land durch Kriegsschulden, Aussaugung, allianzwidrige Besetzung aufs Aeußerste gebracht, wie die Geister der Patrioten schon seit Gneisenau's Vorbereitungen 1811 gespannt waren, wie nun der russische

Digitized by Google

Krieg ganz Europa in fieberhafte Erwartung setzen, den schauderhaften Untergang von 400,000 Menschen als Freudenbote französischen Namen niederdrückte, den Heiden das Evangelium, den Türken neue Eroberungen bringen, jener bekannte Schritt Bonds müßte in Preußen den Funken in eine offene Pulvertonne geworfen, und spät nur unter den günstigsten Verhältnissen ein kleines Analogon wenigstens zu dem spanischen Aufstand hervorgerufen haben. Nichts von Allem. Es vergingen zwei Monate, ehe der König seinen Entschluß faßte, und dann erst brach der Enthusiasmus aus, als er bereits vorbei war. Diese Züge der Nation haben uns're braufenden Revolutionäre vergessen, wenn sie von Zeit zu Zeit immer wieder ihre Schilderungen Ritte verfochten. Diese Züge müssen sie berachten, oder sie müssen darauf haben, daß mehr und mehr alle Frucht unserer Bildung schwinde und eine Verwilderung des Geschlechts eintrete, die ihre Plane begünstigt, und eine große Reaktion, die jene Verwilderung durch Mißhandlung nährt und befördert. Daß diese Aussicht nicht grundlos ist, wer wollte das, bei einigem Verstande, die Dinge der Welt zu beurtheilen, verkennen? Nur werden auch diese Mißhände, wenn sie nicht ins Kolossale wachsen, jene Charakterzüge der Nation nicht sobald vernichten, und an sich verächtlich sind diese Züge in einem civilisirten Volke gewiß nicht, wenn sie mit so viel Kraftrerzung verbunden sind, wie es sich bei uns 1813 bis 15 bewährte. Denn was damals folgte, läßt sich, wie doch wir auch die Erscheinungen in Spanien anschlagen, doch sehr ehrenhaft damit vergleichen, schon weil es immer demselben Volkscharakter so treu bleibt, wie sich der spanische geblieben ist. Es ist ein vollsthümlicher, aber ganz im großen Style geführter Krieg, unter deutlicher der Nicht von dem Waffenglanz, der Grausamkeit, Nachsucht und Wildheit des spanischen Kampfes an sich trägt; man steht auf diese Zeit als auf eine energische, aufopferungsvolle und zugleich als auf eine ganz makellose zurück. Die Scharnhorst, die Blücher sind die Volksgestalten von so reiner Würde, wie sie der spanische Krieg nicht erzeugt hat; jenen Auswurf brutaler, eigensüchtiger Militärdespoten, wie die Eguias, die Odonnells ꝛc. hat der unsrige nicht geboren. Es war der Krieg eines gebildeten Volkes, das von Ihren begeistert war, das in den Mitteln so rein stehen wollte wie im Zwecke; die rohe Thatkraft war beherrscht von dem Geiste der Ordnung und Menschlichkeit. Mit einem solchen Volke scheint uns auf dem Wege der Anarchie und Revolution schwer etwas anzufangen, aber Alles auf dem einer Reform des Staatsbaues, die, wo Noth, bis in die Tiefe der Fundamente geht.

Man muß die eigenthümlichen Züge auch der Restauration in Deutschland nie mit dem Gleichzeitigen zu vergleichen vergessen, was in Europa, was in jenen Landen geschah, wenn man den Werth einer Civilisation, einer Bildung und Bildungsfähigkeit im Gegensatze zu spanischer Unkultur und italienischer Indolenz erkennen will. Es klingt gewiß barock, wenn den Zeiten der Karlsbader Beschlüsse, vollends in diesem Blatte, auch eine gute Seite abgesehen werden soll. Aber gewiß, wenn wir nicht die Geschichte, die uns so nahe liegt, ganz vergessen, wenn wir, wie wir sagen, vergleichen wollen, so können wir Nichts lau finden, und mit jenen gedrückten Zeiten zufriedener als andere Nationen zu geben. Von uns in Deutschland ging jenes System der Repression aus, das damals ganz Europa von dem Pfeste des Revolutionsfiebers heilen sollte. Wie denken zu wenig daran, daß damals Frankreich unter einer weit schrecklicheren Last der Reaktion, nicht allein der gouvernementalen, sondern auch der nationalen Reaktion litt, als wir; wir vergessen, daß damals das freie England mehrmals seine habeas corpus Akte suspendirt sah; von dem Jammer der italienischen, spanischen, polnischen Restaurationen wissen wir meistens Nichts mehr. Denkt man zurück, daß bei uns der Heerd jenes Systems war, von wo aus es in alle Welt diese weitreichenden Wirkungen machte, so muß man wohl sagen, daß wir in der Nähe dieser Wirkungen verhältnißweise weit am wenigsten empfanden. Und dies hat doch wohl seine Gründe nur die schöne Ursache, daß bei uns der Riese nicht zu bekämpfen war, gegen den man sich rüstete, sondern nur Windmühlen. Man suchte die Rebellion, man suchte die Verschwörung und den Karbonarismus auch bei uns, wie man ihn in den romanischen Landen fand; man unterschätzte, aber es ist immer unser Hohn gewesen und sollte auch unser Stolz sein, daß man Nichts fand. Warum fand man Nichts von politischen Verschwörungen und Gebeimbünden bei uns? Weil es wenigstens einen Anfang von einem öffentlichen politischen Leben, weil es Stände, Redner und Hörer, Schreiber und Leser gab. Warum war von einem revolutionären Geiste nicht einmal ein Schatten zu finden? Weil der Weg der stetigen Entwicklung und Reformen wenigstens angebahnt war. Gestehe man sich es nur in den obersten Regionen, wo der Abscheu und Haß gegen unsere Stände, die vertretenden ständischen Charaktere jener Zeiten und die systematische Opposition am größten ist, gestehe man sich es nur, daß diese Opposition und vor den gleichen Gange jener Zeit hat, den die Dinge in Italien oder Spanien genommen haben. Männer jener ernstlich gesinnten Männer und jene öffentlichen Institutionen nicht da, auf die die Nation, sowie sie sich um politische Angelegenheiten zu bekümmern gelernt hatte, die Sorge um dieselben abtud, so war es unvermeidlich, daß sich der Widerstand in verborgene Kanäle ablenkte, wo er Nichts als Explosionen erzeugt. In jenen trüben Zeiten, in jener bedrängten Lage der Welt, wo jede Reflgnation verzeihlich gewesen wäre, dürfen sich unsere ständischen Versammlungen über damaligen gehemmten Thätigkeit mit Recht und Befugniß rühmen, mehr rühmen, als die französische Opposition jener Tage der übrigen, denn es fehlte ihnen der kräftige Rückhalt und die allgemeine Aufmunterung des größten Theiles der Nation, deren jene gnuß; sie waren den untern Klassen im Volke unbekannt und unverstanden und in den mittleren als eine gefahrbende Institution verfärrten. Nicht nur haben sie unverdroffen an dem unter französischen Einflüssen begonnenen Werke fortgewirkt, den Augiasstall unserer alten Verwaltungssysteme auszufegen, sondern sie haben auch den politischen Sinn und Geist geschaffen und im Mittelstande langsam ausgebreitet, der über staatliche Zwecke und Mittel aufklärte und die Bevölkerung für eine geregelte Entwicklung auf gesetzlichen Wegen fähig machte. Im Jahre 1830 konnte man die Probe auf diesen Kalkul machen, den wir anstellen. Die damaligen Bewegungen in Deutschland, soweit sie den Namen revolutionärer Bewegungen verdienten, hielten genau die Linie unserer Regel ein (wenn es erlaubt ist, in geschichtlichen Dingen von Regel und Gesetz zu sprechen): sie hatten zum Ziel, wo jene Institutionen, wo die öffentliche Verhandlung, wo das ständische Recht nicht vorhanden oder gestört und zerstört war. Die Art, wie damals die Vorkämpfer des Konservatismus in Oesterreich ihre Sache verloren gaben, wie Preußen die Nothwendigkeit von Zugeständnissen rasch einsah, bewies, was sich immer wieder beweisen wird, daß in einem gebildeten Volke, wo eine öffentliche Meinung möglich ist, ein Widerstand auf die Dauer, sobald die Stimme des Bedürfnisses, die öffentliche Meinung eine allgemeine wird, unmöglich ist.

Der Genius eines Volkes offenbart sich zu allen Zeiten in seinen ausgezeichneten, hervorragenden Geistern. Sehe man auf die Bewegungen in Spanien zurück: in einer vierzigjährigen Revolutionsperiode, in Zeiten, wie sonst der Zeugung großer Talente günstig zu sein pflegen, hat sich nur leichter Schaum auf die Höhe der Gesellschaft abgeworfen, ministerielle Neutiniers, Literaten, Geldleute und Soldatenchefs. Sie hatten weder in sich noch um sich die Mittel, den institutiven Anobrüchen des Volkswillens zu begegnen. Aber in Deutschland haben sich bis jetzt noch in jeder bewegten Zeit und Thätigkeit jene überlegenen Geister gefunden, die die Bewegung in einem geordneten Sinne zu leiten wußten. In der Reformation war es bei Luther, der wie vielleicht nie ein anderer Sterblicher jene Verbindung von Maß und Kraft besaß, die unsere freie Bewunderung ist, war es bei Luther ein hellberwußter Gedanke, daß sein revolutionärer Zweck mit reformatorischen Mitteln erreicht werden müsse, mit der Ueberzeugung von Ueberzeugungen, mit der Kraft des Geistes und nicht mit Gewalt. Diesen Wann hat das deutsche Volk nicht verlassen, aber wohl den Hutten, der den Weg der Revolution gehen wollte. In den religiösen Bewegungen des vorigen Jahrhunderts, wo es und nicht an den Freigeistern in Voltaires und Diderots Schlage fehlte, war es bei Lessing, der auf eben jener feinen Linie besonnener Energie einherschritt, ein hellbewußter Gedanke, die alte Orthodoxie nicht blindlings stürzen zu wollen, ohne etwas Anderes dafür aufbauen zu können, was nachher der wilde Herder auf ganz perfidiren Wegen versuchte. In den literarischen Revolutionen begann die neue Aera mit verwilderten Sitten- und Geschmacksrichtungen, aber unsere Göthe und Schiller leiteten auf die Wege der Bildung und der Stiftigung zurück. In Bewegungen der französischen Revolution endlich gegenüber beschwor ein Revolutionsmann, wie Forster, die deutsche Nation, diese Wege nicht einzuschlagen, und Schiller, als er vor dem Ausbruch der Verwilderung und Rohheit in Frankreich zusammenschrad, schob sie auf die Alterbildung der französischen Kunst, Literatur und Religion und setzte die Anstrengung seines Lebens daran, das deutsche Volk einen solidern und reinern Weg ästhetischer Bildung zu führen, in dem ausdrücklichen Zwecke, ihm den Uebergang zu politischer Bildung dadurch zu ebnen und den Durchgang durch solch eine Zeit der Barbarei und des Blutvergießens zu ersparen.

Uns dünkt dies und Muster, denen sich anzuschließen unter allen Bedingungen ehrenhaft und gerathen ist. Wir wollen nicht sagen, daß uns Schillers gegartete Ansicht auf alle Fälle unzweifelhaft und

Digitized by Google

seine Absicht gesichert scheine. Es ist in Religion, Kunst und Literatur bei uns Allzuvieles geschehen, und der Früchte der Anstrengungen immer großen besonnenen Männer zu berauben; man führt uns zu Verwilderung des Geschmacks und der Sitte zurück, weil man uns den notwendigen Gang zur politischen Entwicklung nicht vorwärts führen, weil wir fest ihn in der rechten Uebereinstimmung und Energie bis jetzt nicht eingeschlagen haben. Es ist unsere Meinung nicht, zu sagen, daß wir durch die Art unserer Natur aller Gefahr der Revolution entgehen sind; denn wie Vieles wird an guter Naturart durch die Unart der Erziehung verdorben! Wir wollen auf diese Schattenseite unserer Anschauen in Deutschland demnächst ausführlich zurückkommen.

**Oesterreich.** Teschen. Auch nach österreich. Schlesien hat sich die in Oberschlesien herrschende Noth verbreitet und ist hier mit derselben oder ähnlichen Symptomen und Folgen begleitet. „Die Noth und das Elend", wird der Schles. Zeit. geschrieben, „wie bereits in preußisch Oberschlesien herrscht, steht bei uns und ganz besonders im Gebirge auf gleicher Höhe, nur wird leider hier nicht viel zur Abhilfe gethan. Wir haben im hiesigen Kreise noch über 6000 Seelen auf die Quadratmeile, für welche der Ertrag des hiesigen, meist undankbaren Bodens lange nicht ausreicht. Früher bekamen wir den größten Theil der benöthigten Zufuhr aus Galizien, sowie auch Manches aus Mähren. Gegenwärtig hat jenes selbst kaum seinen Bedarf, und die Noth und der Mangel sind dort so groß, wie hier. Was aber den Jammer auf's Höchste stellt, das ist der Typhus, der immer mehr überhand nimmt und nicht allein im Volke, sondern auch in den höhern Klassen seine Opfer sucht."

**Wien**, 29. Jan. Wie verlautet, soll für das lombardisch-venetianische Königreich ein eigener Senat der obersten politischen Verwaltung als eine besondere Abtheilung der kais. vereinigten Hofkanzlei, sowie derselbe bereits für die oberste Justizverwaltung mit dem Sitz zu Verona besteht, errichtet und hiefür statt der bisherigen drei Hofräthe der vicekönigl. Kanzlei sechs Hofräthe ernannt werden.

**Preußen.** Berlin, 9. Febr. Durch eine Verordnung vom 5. d. hat das Generalpostamt alle preuß. Postanstalten angewiesen, Beiträge zur Unterstützung der Nothleidenden in den oberschlesischen Kreisen Rybnik und Pleß anzunehmen und solche vorteilest dem betreffenden Unterstützungscomité in Breslau zuzuführen.

**Posen**, 6. Febr. Die D. A. Z. berichtet: Wie jetzt bestimmt verlautet, wird im Laufe dieses Frühlings der ordentliche Provinziallandtag hier abgehalten werden; unser Oberpräsident, Hr. v. Beurmann, ist dem Vernehmen nach in dieser Angelegenheit bereits gestern, in Begleitung des Oberpräsidialraths Roah, nach Berlin abgereist.

Der Berlinischen Zeit. wird aus Düsseldorf vom 4. Febr. geschrieben: Bei dem Begräbniß eines pensionirten Gendarmen in Neuß warfen nach dem Weggange der meisten Leidtragenden mehrere junge Burschen aus dem Hausen der Neugierigen, den ein Begräbniß gewöhnlich herbeilockt, Steine und Gisstücke mit so roher Gewalt und dem Ruf: „Schmeißt drauf auf den Calvinist!" auf den Sarg, daß der Deckel brach und die Leiche bloß lag.

* Breslau, 8. Februar. Sie haben in einem Ihrer letzten Blätter einen Artikel aus Pleß über die in Oberschlesien wüthende Hungerpest, der in der Schlesischen Zeitung vom 27. v. M. stand, leider nur auszugsweise in Ihr durch ganz Deutschland verbreitetes Blatt aufgenommen. Ich garantire Ihnen, da ich den Korrespondenten und seine Gelegenheit, die Verhältnisse vollständig zu übersehen, kenne, daß auch nicht ein Wort der Uebertreibung in diesem Artikel, daß er vielmehr Nichts als die reine, nackte Wahrheit enthält. Diese ausdrückliche Erklärung einer Ihnen bekannten Persönlichkeit ist nothwendig, weil sonst viele Leser in Deutschland sein schauderregenden Schattenbilde nicht Glauben schenken dürften. Freilich wirft es ein grelles Licht auf unsere Verhältnisse, daß wir von diesem alle Grenzen überschreitenden Elende, gegen welches die Schrecken der Cholera sehr weit zurückstehen, und welches nur mit dem furchtbaren Auftreten der Pest in früheren Jahrhunderten zu vergleichen ist, — daß wir von diesem Elende in derselben Provinz jetzt plötzlich und unerwartet sprechen hören, daß wir, bevor die offizielle Hilfsaufforderung, den Namen des Oberpräsidenten an der Spitze, in den hiesigen Zeitungen erlassen, welche von zwei Privatschilderungen in denselben Blättern begleitet worden, von diesem Umfange des Elends nicht einmal eine Ahnung hatten. Wie Vielen hätte nicht schon geholfen werden können! Aber die Bureaukratie in Verbindung mit der Censur haben bewirkt, daß das Volk sich um seine eigenen Angelegenheiten nicht mehr kümmert, sondern sie den Beamten überläßt und diese — nun, es ist in diesem Momente nicht die Zeit zur Anklage, sondern zur Hilfe. Es ist ein tief ernstes Ereignis, welches auch den Stumpfsinnigsten zum Nachdenken über die heutigen Verhältnisse führen muß, und wir hoffen, daß es nicht unbenutzt vorübergehen wird. Der Zweck aber, der diese Zeilen bittet, ist der Wunsch, daß auch diese Gegenheit zeigen möge, wie der Deutsche, wo ihm ein Uebel klar dargelegt und dem Einzelnen die Möglichkeit der Hilfe gewiesen wird, mit Freuden zur That, zur Abhilfe schreitet, mit Freuden bedenket, daß der Bruder auch dem entfernten Bruder nicht fremd geworden, trotz aller Misere der letzten Jahrhunderte. Es haben sich hier zwei Komitées gebildet, welche gegen die Noth ankämpfen wollen, ein Männer- und ein Frauenkomité. Letzteres wird weibliche Arbeiten entgegennehmen, welche im April verkauft werden sollen. Wir wollen und durch diese Zeilen an die edlen Frauen Deutschlands wenden, denen diese Aufforderung zu Geschehe kommt, mit der Bitte, jenen Bestrebe in ihren Kreisen sich anzuschließen." Wegen die verbrüderten Redaktionen anderer Blätter zu dem Zwecke diese Zeilen aufnehmen. Es handelt sich um Milderung einer Noth die über Hunderttausende gekommen. Die Menschen verdungern dort zu Hunderten, und die mit beispiellose Geduld durch drei Jahre getwiete Noth hat ihnen Mark und Bein dergestalt verdrossen, daß sie es nicht, wie es ihre Brüder im schlesischen Gebirge vor drei Jahren thaten, versuchen werden, sich mit Gewalt Brod zu verschaffen.

**Baiern.** = München, 9. Febr. Unser ganzes Militär ist auf den Höhen, starke Patrouillen durchziehen die Stadt und die obere Barrerstraße, wo sich das Haus der Gräfin E. befindet, ist von mehreren Kompagnien Infanterie gesperrt. Die Kaserne und der Exerzierplatz vor der Gendarmerie sind ebenfalls gleich in der Nähe. Die nächste Veranlassung dazu ist diese: Schon seit mehreren Tagen wurden die Allemannen, die ein Günstlinge der Gräfin, in den Hörsälen mit Forcet empfangen. Rektor Thiersch konnte nur mit Hilfe des Fürsten Wallerstein die aufgebrachten Studenten vorgestern beschwichtigen. Heute früh fand dasselbe wieder Statt. Mehrere Allemannen wurden unter in der Vorhalle der Universität mit Forcet empfangen und mit demselben Geschrei die Ludwigstraße hinunter begleitet. Das Volk, hierunter übrigens Leute aus allen Klassen, mischte sich in die Sache und rief auch sein Forcet. Die Allemannen flüchteten sich in ihre Kneipe, ein Kaffeehaus unter der Arkaden. Einer davon zog vorher einen Dolch und stach damit um sich, ohne jemand zu treffen, so lange, bis ein Gendarm ihm in den Arm fiel und die Waffe entriß. Die Menge verlangte, daß dieser Student verhaftet werde; ihr Unwille stieg und ergoß sich in heftigen Ausrufen, als ein Polizeidiener unter der Thüre des Kaffeehauses erschien und erklärte: das Tragen einer Waffe ziehe keine Verurtheilung, wohl aber eine polizeiliche Strafe nach sich. Ein Theil des Volks blieb noch lange stehen, während die Andern nach vieser und jener Richtung sich vertheilten. Die Gräfin L., die wahrscheinlich von dem Vorfalle gehört hatte (auch mochte sie der schöne Frühlingstag herausgelockt haben) kommt bald darauf bis zu den Arkaden, wird von ebenfalls von dem Volke mit Forcet begrüßt und muß, von der Menge verfolgt, in die Thorwirthschaft flüchten. Inzwischen war Militär allenthalben requirirt und in Begleitung dieses wird sie in das in der Nähe befindliche Rettmann'sche Kaffeehaus gebracht. Dort ist sie jetzt noch Abends 5 Uhr bei ihren Getreuen. Alles ist in Aufregung. Der König soll schon gestern geäußert haben, daß er die Universität auf der Stelle schließen werde. Man fürchtet sehr für die öffentliche Ruhe und sieht mit Besorgniß dem Ausgange entgegen.

**München**, 8. Febr. Dem Nürnb. Korr. wird geschrieben: Staatsrath von Maurer habe einen mehrmonatlichen Urlaub erhalten, den er zu einer Reise nach dem Rhein benutzen werde. Dasselbe Blatt berichtet: Die noch immer vorzugerte Verbürgung der Landrathsbeisitzer pro 1847 soll ihren Grund in dem Umstand haben, daß bei Berathung derselben einige nicht unwichtige Prinzipienfragen zu entscheiden sind. — Aben anderen wichtigen Gegenständen sollen dermalen auch die Verhältnisse der Volksschullehrer in dem betreffenden Ministerium umfassender Erwägung unterzogen sein.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 8. Febr. (Die Berathung über die Römer'sche Eingabe wegen der Wahlumtreben. Schl.) Der folgende Redner, v. Schmidt, greift in heftigen Worten die Oppesition an. Man habe bei demselben Gegenstande in der Kreeß beratung der Oppesition eine Kapitulation vorwürfigt, statt einer Erwidrung auf Diskretion, aus Rücksicht auf die Minorität. Er sei gegen diese falsche Schonung gewesen, denn jetzt habe sie wieder Terrain in der Kammer. Und hinter dieser Oppesition stehe eine Pfeife, welche dem Volke Langsam wie-

Digitized by Google

tendes Gift gebe. Jetzt müsse die Kammer fest bei ihrem Ausschuß beharren. Noch ein Mal werde die Opposition den Gegenstand bringen, da die Stuttgarter Protestation über die Maimunken noch zur Sprache kommen werde. Schwere Verantwortung treffe deren Urheber, Männer, verlassen von jeder politischen Einsicht u. s. w. Diese Reden des Hrn. v. Schmidt, eines der jüngsten Mitglieder, Ober-Rechenraths, wurden nicht nur von der Opposition, sondern auch von den gemäßigten Kammermitgliedern zurückgewiesen. — Der Graf v. Bissingen findet Römers Auftreten milder als er erwartet, gleichwohl müsse man beim Ausschusse festhalten. — Soppelt: Römer sei allerdings in Widerspruch mit der öffentlichen Stimmung gekommen, welche kräftige Handhabung der öffentlichen Ordnung verlangt habe, aber um so mehr hätte man den gefährdeten Interessen Rufmerksamkeit schenken sollen, und eine Untersuchung hätte keinenfalls schlimme Wirkung auf die öffentliche Stimmung geäußert. Man sollte sich mehr vorsichtig äußern. — Murschel nimmt sich gegen v. Schmidt jener Stuttgarter Protestation an. Ein lebhafter Zwischenstreit erhebt sich zwischen ihm und Heyer einer- und dem Minister andererseits. Der Letztere äußert, die Rechtskonsulenten haben in öffentlichen Blättern zu einer Versammlung aufgefordert, um eine Protestation zu verfassen. — Murschel und Heyer: Das ist nicht so, das hätte die Censur gar nicht passirt, wie der anwesende Censor bezeugen könne. Diese Protestation wird vom Minister angegriffen, dann sagt Frhr. v. Varnbüler: Die heutige Frage sei nicht blos eine Rechts-, sondern auch eine politische Frage. Er setzt die Unruhen mit dem Kommunismus in Verbindung, schildert die Gefahr, welche aus Römers Auftreten gegen die Regierung entspringen könne, und würde ein Eingehen des Ausschusses auf die Eingabe bedenklich gefunden haben. — Duvernoy: Mit Römers Eingabe seien Zeugnisse verbunden, welche ungeeignetes Schießen behaupten, entgegen stehen andere, deßhalb habe er, als Ausschußmitglied, die Eingabe der Staatsregierung übergeben wollen mit dem Wunsch, sie möge eine Untersuchung einleiten, sei aber in der Minderheit geblieben. Er welche seine Linie vom Recht und könne seine rechtliche Ueberzeugung seiner Politik unterordnen; er schlage einfachen Uebergang zur Tagesordnung vor. Schon schien die Kammer geneigt, ihn zuzurufen, als aufs Neue die Debatte begann. — Frhr. v. Hornstein erzählt von den gefährlichen Bettlern, welche das Land überschwemmten; Holzinger, der Bäcker der Stadt, spricht gegen v. Schmidt, will aber auch die Duvernoy'sche Antrag nicht annehmen. Frhr. v. Linden, ein Hauptkämpfer streng konservativer und adeliger Interessen greift Römer heftig an. Seeger (von der Mitte) findet es unpassend, dem Ausschuß gleichsam ein Sittenzeugniß zu geben; er will den einfachen Uebergang zur Tagesordnung. Römer hält seine Handlungsweise gegen seine beiden erbittertsten Angreifer, v. Schmidt und v. Linden, aufrecht. Haßler unterstützt Duvernoys Antrag, Seyfried und Schweickhardt (von der Oppositien) weisen Schmidt's Angriffe ab. Koch spricht v. Hirtlinger von den Ulmer Unruhen und gegen Römer. Hierauf wird über des Frhrn. v. Berlichingen Antrag: Die motivirte Tagesordnung auszusprechen, d. h. unter ausdrücklicher Billigung des Verfahrens des Ausschusses über denselben überzugehen, abgestimmt, und derselbe mit 50 gegen 39 Stimmen bejaht. — Eine weiter folgende Censurbeschwerde Römers in Verbindung mit dem ersten Fall, wurde der vorgerückten Zeit wegen laut beschlossen und um 4 Uhr die Sitzung geschlossen. — Zwar ist die Opposition ohne Frage unterlegen, die Aengstlichkeit, die öffentliche Stimmung ist in der kitzlichen Frage gegen sie; andererseits aber fand das herbe Auftreten des starren Konservatismus eine starke und allgemeine Mißbilligung.

**Baden.** Karlsruhe, 11. Febr. Ihr Bericht über die Berathung der Badirstrage in Nr. 41 sagt von mir: „dagegen schien er vor, mit einem kurzen Nein sich besser, dessen Betrag er auf 5—600,000 fl. anschlug". Dies ist unrichtig. Eine solche Summe war wohl in der ersten Vorberathung für den Fall genannt worden, daß man alle 3 Fabriken unterstützen wolle; allein in der Sitzung, von welcher hier berichtet wird, sprach ich mich dahin aus, daß 1) Waghäusel eine Unterstützung nicht verdiene, weil schon die ganz Zollpolitik auf Unterdrückung der Rübenzuckererzeugung hinarbeite, indem sie den Rübenzucker voll in Druck, Gefahr und Mühe verdühe, als die Menge des erzeugten Rübenzuckes wachse, und schon auf dem nächsten Zollkongreß die Rübensteuer werde verdoppelt werden — weil die Rübenzuckerfabrikation überhaupt nur von dem Zoll auf Kolonialzucker abhänge, dessen Herabsetzung von den Nordstaaten zur Bedingung ihres Beitritts zum Zollverein gemacht werde — weil endlich es in unsern Zeiten kein Schade sein werde, wenn eine Amtsbezirke statt Rüben, Kartoffeln und Früchte bauten; daß 2) die Kessler'sche Fabrik eine Unterstützung nicht brauche, weil ja die Regierung uns mitgetheilt habe, daß die Gläubiger entschlossen seien, die hier vorhandenen Bestellungen jedenfalls aufarbeiten zu lassen, was einen Zeitraum von 1½ Jahren erfordere, also hier noch auf lange hin kein Nothfall vorliege, der eine Staatshilfe erheische, und daß 3) bei Gitlingen allein eine Unterstützung gerechtfertigt und dazu etwa nöthig sei, den unbemittelteren Gläubigern augenblicklich unter die Arme zu greifen. Dazu berechnete ich weder die Summe von 600,000 fl., noch überhaupt eine Summe, sondern erklärt ausdrücklich, ein genauerer Vorschlag sei dann erst an der Zeit, wenn die Gläubiger dieser Fabrik liquidirt haben würden, mich auf die Aeußerungen des Direktors der Fabrik an die Gläubiger berufend: „Meine Herren, Sie werden genug Freunde Ihrer wohlverstandenen Interessen sein, die Fabrik in voller Aktivität zu lassen". Außer dieser Berichtigung scheint mir auch noch eine Verwoßständigung nöthig. Der Aufforderung des Abg. Metz, die Summe zu nennen, welche der Staat bei seiner Garantie riskire, genügte ich am Nachmittag des zweiten Tages. Garantirt werden nach Art. 3 des angenommenen Beschlusses die Zinsen von 4,900,000 fl. auf 15 Jahre zu 3½ Proc. Daß dies 2,372,500 fl. beträgt, kann Jeder selbst ausrechnen, und daß der Staat in die Lage kommen kann, diese Summe wirklich zahlen zu müssen, kann nicht geläugnet werden. Auf den Einwand, daß aber die Staatskasse dafür durch Unterpfandsrecht gedeckt sei, erwiderte ich, daß die gegenwärtigen Verhandlungen bewiesen, wie auch bei solchen Geschäften der Staat, wenn er einmal durch Garantie die Fabriken so gut wie selbst werde übernommen habe, nie werde die Aktien einstellen und durch Versteigerung sein Zugrifsrecht werde geltend machen können. Zum Vortrage aber für die Konferenzen, welche der aufgestellte Grundsatz haben könne, theilte ich der Kammer mit, daß sich bereits zwei weitere Fabriken zur Unterstützung gemeldet hatten und nur mit Mühe vermocht worden sind, ihre Anträge weder zurückzunehmen. — Sie werden diese Verwoßständigung nicht für übrestüssig erkennen. — Tagegen bedarf ich, daß Ihr Bericht in Nr. 42 die Rede des Berichterstatters (Abg. Mathy) aus allzugroßer Zurückhaltung völlig übergeht: sie glänzte von scharfsinnigen Gründen, schlagenden Bildern und treffendem Witze, und ihr Anhören war selbst denen ein hoher geistiger Genuß, welche durch sie widerlegt wurden.*) Bassermann.

* Von Rhein. Wenn ich das Amt eines lustigen Raths der Jhrigen wirklich begleitete, so würde ich meine Pflicht, die Wahrheit zu sagen, wie billig, gegen Jhnen selbst gegenüber erfüllen. Ich würde Jhnen sagen, daß ein seinem Inhalte nach so korrektes Blatt nie so schlecht korrigirt war wie das Jhrige. Danken Sie dem Himmel für eine nachsichtige Censur, aber setzen Sie ihn an um eine unnachsichtige Korrektur**). Ein Redakteur, dem die radikale Presse seine reinen Manschetten vorgeworfen hat, mit denen er auf dem Katheder erschien, sollte billig auch in seiner Zeitung mit sauberer Wäsche auftreten. Ein lustiger Rath könnte, wenn das so fortdauert, gar keine Dienste bei Jhnen nehmen. Denn wenn ein schlechter Witz auch noch verdruckt wird, so wäre es besser, er wäre lieber gar unterdrückt worden. In meinem Bierst in Ihrem geistigen Blatte haben Sie dem Patron des Narren die Peitsche gegeben; ich muß aber bitten, dieß Instrument dem Narren selbst zu lassen; dem Patron gehört die Peitsche. Dann hatte ich geschrieben: es gäbe in Baiern noch andere Uebelstände, an ser A. und B.; das hat mir wahrscheinlich auch nur die Korrektur ausfallen lassen ***). Hierauf ist dann von Uebelständen die Rede, die größer seien als jene, ohne daß man nun weiß welche. Von Jener war allerdings die Rede. Aber hätten Sie sie nur an der rechten Stelle stehen lassen, statt daß Sie mir sie an die falsche gebracht haben. In München, lassen Sie mich hernach sagen, hätte man die antediluvianische Geschichte gehört, während in der Schweiz um „jene" kein Hahn mehr kräht. Sagen wieder um Jene? Um welche Jene? Heute, heute, hatte ich gesagt, kräht kein Hahn mehr in der Schweiz; und wer das ist, sollte eine so gelehrte Redaktion wissen. Um Jene? das kann ich nicht so sicher behaupten. Aber Sie sehen, Sie verschütten mir meine besten Quibbles; und das macht mir einen Eindruck, wie wenn ich einen Stettenden zanken hörte. Wenn ich sage, ein Clown ist bei Jhnen zur Zeit noch nicht am Ort, so ist's wesentlich deßhalb, weil Sie die Geigel zunächst noch anders anzuwenden haben.

**Kurhessen.** Kassel. Ohne Verzug sende ich Jhnen, gleich nachdem es mir bekannt worden, folgendes interessante Aktenstück zu,

*) Wir werden diese Rede als Schluß der drei Aufsätze über die Badirdebatten in einer der nächsten Nummern mittheilen. D. Red.

**) Lear: A bitter fool! a pestilent gall to us. D. Red.

***) In diesem Punkte irrt der v. Korresp. D. Red.

Digitized by Google

einem Antrag aus dem Protokoll des Min. des Innern, vom 6. Dec. 1847. Die Adressen und sonstigen Demonstrationen zu Gunsten der Schw. Eidgenossenschaft und des dortigen radikalen Treibens sowie der Subskriptionen und Manifestationen für Besser betreffend. Beschluß. Sämmtlichen Regierungen wird eröffnet, daß in einzelnen deutschen Bundesstaaten Vorgänge obgedachter Art vorkommen. Dieselben sind in politischer Beziehung bedenklich und unstatthaft, weil sie destruktiven und oppositionellen Richtungen und Tendenzen Vorschub leisten und aus diesem Grunde, sowie deßhalb nicht zu dulden, weil sie Privatmeinungen und Wünschen, einen vereinigten öffentlichen für die weitere Verbreitung berechneten Ausdruck geben und daher, wie für uns dem Kreise Unberufener und Unkundiger einen aufreizenden und irreleitenden Einfluß üben, sowie nachtheilige Wirkung auf Gesinnung, geordnetes Privatleben und öffentliche Ordnung und Ruhe erfahrungsmäßig fortbestehr. Die Regierungen haben deßhalb zu verfügen, daß durch die Polizeibehörden auf Vorkommenheiten der oben erwähnten Art genau inwiefern werde und solche pflichtmäßig verhindert werden, auch die Censoren inländischer Blätter auf die Nichtzulassung deßhalbiger Veröffentlichungen und Nachrichten aufmerksam zu machen.

* **Schleswig.** Am 28. Jan., dem Tage, an welchem das königliche Reskript über die dänische Verfassung erging, ist auch ein Reglementar für die Gelehrtenschulen in den Herzogthümern vom Könige genehmigt worden, in dessen §. 3 es heißt: „Auf der Haderslebener Schule ist der Unterricht in Zukunft in dänischer Sprache zu ertheilen." Das Wort, das der verstorbene König gesprochen, ist mithin zur That geworden, und über klar kann Jedermann sein, die während dreier Jahrhunderte für deutsche Bildung gewirkt hat, die Stadt gebrochen. Wenn eine Regierung eine Maßregel trifft, gegen welche von Seite aller zunächst dabei Betheiligten einstimmig die lebhaftesten und begründetsten Reklamationen erhoben sind, welche die bestehenden Rechte auf das Empfindlichste kränkt und im ganzen Lande die Gemüther tief verletzt, so sollte einem solchen Schritte doch wenigstens eine sorgfältige Prüfung, eine motivirte Ueberzeugung von dem Nutzen oder der Nothwendigkeit der Maßregel vorhergehen. Bei der Eile, oder richtiger der Uebereilung, mit welcher der König am achten Tage nach seiner Thronbesteigung über die Verhältnisse der Gelehrtenschulen überhaupt, und die Danisirung der Haderslebener Schule insbesondere entschieden hat, ist es absolut unmöglich, daß eine Entschließung eine ruhige Prüfung vorhergegangen sein kann. Sie ist unmöglich, daß der König, dessen Zeit sein reinem Regierungsantritte vielfach in Anspruch genommen war, der sich vorzugsweise mit der Verfassungsfrage beschäftigen mußte, sich mit Einzelnheiten der Administration vertraut machen konnte; es ist daher unmöglich, daß der König die Gegenvorstellungen der Stadt Haderslehen und der hiesigen Behörden ruhig zu prüfen und die Folgen des Schrittes gehörig zu erwägen im Stande gewesen ist. Die Verantwortlichkeit dieser Uebereilung trifft aber nicht den König, sondern seine Rathgeber, welche ihn zu einer so inhaltsschweren Entschließung vermocht haben, vornehmlich die beiden Mitglieder des Staatsraths, welche den Herzogthümern angehören, die Grafen Reventlow Criminil und Karl Moltke. Beiden ist die Stimmung der Herzogthümer in dieser Beziehung und die ganze Bedeutung der Maßregel sehr wohl bekannt: ihnen hätte es dahrt obgelegen, dem Könige vorzustellen, daß er durch eine solche Demonstration für die dänische Propaganda Partei nimmt, das Vertrauen zu seiner Gerechtigkeit von vornherein vernichtet, in den Herzogthümern die Gemüther erbittert, und dennoch kein anderes Resultat herbeiführt, als daß die durchaus deutsch gesinnte Stadt Hadersleben sich noch inniger und fester an Deutschland anschließt.

Die Köln. Zeit. macht darauf aufmerksam, daß jetzt wie zur Zeit des offenen Briefes der diplomatische Verkehr zwischen den Tuilerien und Kopenhagen wieder lebhafter geworden ist und verweist auf die Sendung des Herzogs Decazes, durch den Louis Philipp sowohl auf den offenen Brief als auf das Reskript vom 29. Jan. habe hinwirken lassen. Im Uebrigen ist auch die Köln. Z. der Ansicht, die sich bis jetzt mit bemerkenswerther Uebereinstimmung in der ganzen unabhängigen Presse hat vernehmen lassen; sie will keine Verfassung, die die Herzogthümer auf friedlichem Wege mit Dänemark inkorporirt und sieht mit Recht in der Einführung einer solchen Verfassung den ersten Akt eines thätlichen Widerstandes gegen die bekannte Erklärung des deutschen Bundes.

Die Herzogthümer selbst können die Debatte über die ernste Lebensfrage nur in auswärtigen Blättern führen; der Druck, der auf der Presse lastet und die politische Bevormundung des Assoziationsrechtes bauert fort, wie unter der frühern Regierung und gibt ein Bild der hervorstehenden dänischen Freiheit in ihrer Anwendung auf die Herzogthümer. Inzwischen arbeiten zwei Dänen (Orsted und Bang) mit einem dänischen Deutschen (Graf Karl v. Moltke) an der Verfassung, welche die deutschen Herzogthümer beglücken soll.

## Schweiz.

☽ Bern, 9. Febr. Der Gr. Rath von Luzern hat also beschlossen, daß die Mitglieder der abgetretenen Regierung den Defekt an der einzog. Kriegskasse von 230,000 Fr. und den Abgang an Spitalgerätschaften und zwar ohne den geringsten Abzug zu vergüten haben. Diese, die Mitglieder des Gr. Raths — mit Ausnahme der Minorität, die sich zu Protokoll verwahrt hatte, — die Führer und ausgezeichneten Treiber des Aufwiglervereins, alle Beamte, welche zum Feldlalien am Sonderbund ernannt, die Geistlichen, welche bei der Jesuiten- und Sonderbundsfrage sich strafbar betommen haben, diese Alle unter Mitwirkung der Klöster haben nach dem erlassenen Defret die Kriegs- und Offupationskosten zu tilgen. Gegen die Mitglieder des abgetretenen Gr. Raths und die Führer des Aufwiglervereins wird nun anderdem noch vierjährige Einstellung im Aktivbürgerrecht verhängt. Der Reg.-Rath wird darüber die Vorschläge ausarbeiten und sie dem Gr. Rathe vorlegen, der bald wieder zusammentreten wird. Gegen diesen Beschluß gab eine Minderheit von einigen Großräthen eine Verwahrung zu Protokoll, welcher die HH. Schultheiß Kopp und Schuhmacher-Littenberg sich auch anschlossen. Ueber dieses Defret haben die einzeln. Repräsentanten von Luzern in einem Bericht an die Tagsatzung sich folgendermaßen ausgesprochen. „Dieser Beschluß greift so tief in die durgerlichen und politischen Verhältnisse des Landes ein, daß wir uns verpflichtet fühlen, Innen, Tit., über unser Verhalten in dieser Angelegenheit Bericht zu erstatten, die Ansichten, die uns dabei leiteten, im Allgemeinen mitzutheilen. Vor Allem läßt sich nicht verkennen, daß die gegenwärtige finanzielle lage des Kantons Luzern eine höchst schwierige ist, und daß die gerichtlichen Diskussionen des Staats mich anerkennen, um namentlich den Verpflichtungen gegen die Eidgenossenschaft Genüge zu leisten. Allein es scheint uns, es mit derjenigen Umsicht und politischen Klugheit verfahren, welche der gegenwärtige Zustand erfordert. Es sind nämlich die §§. 1, 6 und 7 des Beschlusses überhaupt und die Mitglieder des gegenwärtigen Gr. Rathes, Beamte ernste Besorgen in uns hervorgerufen haben. Wenn man auch zugibt, daß nach der Luzernischen Gesetzgebung und namentlich nach dem Gesetze über die Verantwortlichkeit der Behörden und Beamten (Repräsentanten) gegen die durch obige §§. betroffenen Personen formell gerechtfertigt erscheint, so kann gewiß dennoch der betretene Weg jener rechtlichen Basis. Wie wollen nur daraufhehen, daß wir vorhergegangene Untersuchung eine große Zahl Bürger im Aktivbürgerrecht eingestellt sind, und nicht den Staat vor der Welt aufgeworfenen Mittel nicht wegens jenes Einzelnen den Maßstab der Besteuerung bilden; ein Umstand, welcher durch der Begriff des Eigenthums vollständig erschüttert wird. Vor Allem aber darf man außer Acht gelassen werden, daß im vorliegenden Falle eine Fragewort Art über eine geweltene politische Frage, die Ereignisse der drei letzten Jahre stehen im gegenwärtigen Bateelande in so lebhaften Andenken, daß wir uns einer einfachen Berufung derselben enthalten können. Bekannt ist unter Anderem, wie die damaligen Behörden des Kantons Luzern die unglücklichen Ereignisse vom 8. Dez. 1844 um 31. März 1845 dazu ausbeuteten, die liberale Opposition im Lande, dargerlich und ökonomisch zu unterdrücken. Soweit die Kunde davon gedrungen, wurde diese Handlungsweise von der öffentlichen Meinung gebrandmarkt. Die Auflösung des Sonderbunds durch die Eidgenossenschaft hat diesen Verfolgungen Einhalt gethan. Das Volk von Luzern hat seinen Anlaß benutzt, seine Bevörde zu organisiren; die politischen Parteien haben gewechselt, und ein großer Theil der früher Verfolgten ist in die obersten Behörden des Landes gerufen worden. Mögen nun die ermähnten Bestimmungen des Defrets mit noch soviel Mäßigung durchgeführt werden, so haben sie durch die berührten Vorgänge doch so sehr den Stempel politischer Rache erhalten, daß darauf der Hauptzweck, der gegenwärtig angestrebt werden muß, nämlich die dauernde Darstellung des Friedens, angemein erschwert wird. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, haben wir denn auch zum ersten Momente an, wo uns der nun zum Beschluß erhobene Defretsvorschlag bekannt geworden, seinen Anlaß verlassen, um uns auf Entschuldigende zugegen auszusprechen. Leider haben wir nicht gefunden, die Majorität im Gr. Rathe war eine überwiegende. Uns scheint diese Frage von so entschiedener Wichtigkeit für die künftige politische Gestaltung des Kantons Luzern, daß wir uns gedrungen fühlen, zu Handen der Tagsatzung des Artikels 3 unserer Instruktion Ihre ernste Aufmerksamkeit darauf hinzuleiten." Dieser Bericht ist vom 6. Februar aus Luzern datirt und von den eidgen. Repräsentanten Bollier und Burki unterzeichnet.

⋕ Luzern, 9. Febr. Die öffentlichen Blätter haben gegen das bekannte Defret des Gr. Raths vom 3. Febr. zu vorellig, die Verhältnisse unseres Kantons nicht genau auffassend — als ungerecht, unvollständ, weil von einer radikalschigen Partei ausgehend — verworfen. Doch haben auch wieder Stimmen sich vernehmen lassen, welche den wahren Standpunkt erkannten, von dem aus das Defret beurtheilt werden muß. Luzern hat eine durch den Sonderbundskrieg verursachte Schuldenlast von vier Millionen Schweizerfranken zu tilgen — auf eine Bevölkerung von 126,000 Seelen eine ungeheure Summe, zumal

Digitized by Google

wenn man bedenkt, daß der Kanton nicht zu den reichen gehört, — größtentheils von Ackerbau und Viehzucht lebt und wenig Handel und Industrie treibt. Zudem ist seit 7 Jahren kriegerischer Rüstungen, seit 7 Jahren schlechter jesuitischen Verwaltung der Pauperismus dieses Kantons auf eine schreckenerregende Höhe gestiegen, so daß es die Minden gibt, welche ihre Armen nur durch jährliche Steuern mit 20 bis 30 vom Tausend des Vermögens zu erhalten im Stande sind. Die letzten zwei Jahre der Theuerung, die langen Einquartirungen zuerst der sonderbündischen, später der eidgenössischen Armee haben die natürlichen Hilfsmittel noch bedeutend vermindert. Durch Mangel an Aufsicht über die Gemeinden und Armengüter ist der Haushalt der Gemeinden gänzlich zerrüttet. Unter diesen Verhältnissen ist ganz und gar nicht daran zu denken, der Millionen durch Steuern zu erheben, was sonst in ordentlichen Zeiten das Angemessenste wäre. Diese Schuldenlast führt einerseits dahin, daß der beim Einzug der eidg. Truppen gestürzte Regierungsrath, durch untreuen Eingriff in die eidg. Kriegskasse, als in ein ihrer Obhut unterstelltes Depositum, 230,000 Fr. daraus entfernebte, daß ferner die Eidgenossenschaft mehr denn 2,500,000 Fr. Kriegsgelder fordert, und der Rest zur Rückzahlung von Anleihen und Kriegsentschädigungen im Kanton verwendet werden muß.

Nach Luzern'schen Gesetzen und nach eidgenössischen Bestimmungen über die Verwaltung der Kriegskasse sollte ein solcher Eingriff durch den Strafrichter bedandelt, und sollten die Schuldigen mit Kettenstrafe bis auf 10 Jahre belegt werden. Der Luzern'sche Große Rath wollte aber solche Strenge nicht, sondern er verlangt bloß Schadenersatz, und darin sollte man nicht nur Gerechtigkeit, sondern zugleich Großmuth und Milde erblicken. Unbestritten ist es ferner, daß der abgetretene Große Rath dadurch, daß er den Sonderbund in grellem Widerspruch mit der Verfassung, niemals dem Volke des Volks unterlegte, und trotz der eindringlichen Warnungen einer ehrenhaften Minderheit und dann noch daran festhielt, als derselbe von der Tagsatzung als bundeswidrig erklärt war, allein den Sonderbundskrieg herbeiführte, in Folge dessen nun die 4 Millionen bezahlt werden müssen. Nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen sollen die Urheber des zugefügten Schadens denselben auch wieder gut machen. Nach Luzern'schen Gesetzen und nach den Bestimmungen der Verfassung ist der Große Rath an die strenge Beobachtung derselben gebunden. Was wäre nun gerechter, als daß die Verletzer der Verfassung Kraft des Gesetzes über Mißbrauch der Amtsgewalt dem Strafrichter überwiesen und überhin zum Schadenersatz angehalten werden sollten? Allein der jetzige Große Rath wollte solche Strenge nicht, sondern er setzte fest, die Mitglieder des Gr. Raths sollen dieß einen-ihrem Vermögen und ihren Familienverhältnissen angemessenen Geldbeitrag leisten, jedoch mit dem bestimmt ausgesprochenen Willen, daß dadurch Niemand ökonomisch ruinirt werden soll. Wir fragen nun jeden billig Denkenden: Hat die politische Rache oder politische Ungerechtigkeit den Vorsitz geführt? Gewiß nicht. Gänzliche Freilassung der Schuldigen, um die Unschuldigen herzunehmen, wäre eine Großmuth auf Ungerechtigkeit gestützt. Eine solche wollte der Große Rath nicht, er hätte sie auch gegenüber dem schon genug mißhandelten Volke nicht vertheidigen können. Eine Bestimmung aber hat großen Tadel gefunden, diejenige nämlich, daß auch die Mitglieder der Komites des aufgelösten Aufgebotsvereins zu Beiträgen herbeigezogen sein sollten. Nur wer mit den Verhältnissen dieser Komites genau vertraut ist, der wird diese Maßregel zu würdigen wissen. Es liegt nämlich in den Protokollen der Behörden aktenmäßig vor, daß, wie die Mitglieder des Großen Raths die formellen, diese Komites die intellektuellen Urheber des Sonderbundskriegs sind. Denn sie haben dem Regierungsrathe den Vorschlag gemacht, den Großen Rath zur Verletzung der Verfassung und zur Umgehung des Veto zu drängen. Darum beschloß der Große Rath, es sollen auch diese intellektuellen Urheber zu einigen Beiträgen, welche erst später festzusetzen sind, angehalten werden. Untersuchung über die Schuld ist vorbehalten, sowie über die bestrittene Schuldverbindlichkeit der Mitglieder des Gr. Raths zerstallts der Räster zu entscheiden hat. — Die übrigen Bestimmungen des Dekrets, betreffend die geistlichen Korporationen, die ihre ein bedeutendes Vermögen in sogenannter todten Hand verfügen, und welche zu Beiträgen an den aufgeworfenen Schulden angehalten worden, haben bis jetzt keine Anfindung gefunden, daher man auch hier davon schweigen kann. Nach Berücksichtigung dieser genauen Angaben muß man sich wirklich verwundern, wenn man dem Luzern'schen Gr. Rath vorwirft, daß er sich von politischer Verfolgungssucht habe leiten lassen. Nicht im Geringsten. Im Gegentheil, der der Berathung des Dekrets hat sich von allen Seiten die größte Schonung und Bereitwilligkeit zur Großmuth und Milde gegen die Schuldigen ausgesprochen, aber auch die feste Ueberzeugung, daß man die Verschulden, die Armen, die Banquen und Handwerker nicht quälen soll, um die Schuldigen, die reichen Herren der ausgehen zu lassen. Gerechtigkeit gegen Alle! Das war die Losung, aber auch Schonung gegen die Schuldigen; keine Kriegsdienerlichen Urtheile, keine Kriegsrichen Strafen, keine Proskriptionen, keine Einkerkerungen, keine Todesurtheile, was das Siegwart'sche Regiment in so reichem Maße stets. Einzig sollen die Landesverräther, welche Oesterreichs Hilfe gegen die eidgenössischen Truppen angerufen, der Strenge des Gesetzes verfallen. Das fordert die gesammte Eidgenossenschaft. Luzerns politische Lage ist eine höchst schwierige; und wenn die Eidgenossenschaft die Kosten schenkt, so wird Luzern von Niemanden Geldvorträge beziehen *).

## Großbritannien.

London, 7. Febr. Die Vorgänge in der heutigen Parlamentssitzung können wir vorläufig nur mit wenigen Strichen andeuten. Im Hause der Lords legte der Marquis von Landsdowne eine Bill nieder, wodurch die großbritannische Regierung zur Aufhäufung diplomatischen Verkehrs mit der päpstlichen Regierung ermächtigt werden soll. Diese wichtige Bill wurde sofort zum ersten Male gelesen. Die zweite Lesung war für den nächsten Freitag angesetzt, doch ließ sich Marquis v. Landsdowne durch den Grafen v. Eglinton bestimmen, sie auf eine fernere Frist zu verschieben. Außer dem Genannten widersetzten sich ihr Lord Stanley und der Herzog von Richmond aufs Entschiedenste. Lord Stanley, der Bischof von Oxford und Lord Ashburton verwandten sich bei dem Hause für die westindischen Pflanzer. Im Unterhause brantragte Lord J. Russell die zweite Lesung der Judenbill. Dafür sprachen P. Wood, Sir W. Molesworth und Hr. Shiel (dessen Rede großen und allgemeinen Beifall fand), dagegen Lord Mahon und die HD. Stafford, Cochrane, Walpole und Newdegate. Die Debatte wurde vertagt.

London, 8. Febr. Die englischen Blätter theilen ein Rundschreiben mit, welches der Kardinal Fransoni Namens der heil. Kongregation und im Auftrage des Papstes an die betheiligten Erzbischöfe Irlands erlassen hat, worin, mit Bezugnahme auf die vielen gegen die katholische Geistlichkeit ein- und umlaufenden Klagen, daß sie das Landvolk aufreize und dadurch die nur zu häufigen Mordthaten und Mordanschläge veranlasse, die Erzbischöfe angehalten werden, die Geistlichen daran zu erinnern, daß sie als Diener des Friedens sich in weltliche Angelegenheiten nicht zu mischen, und namentlich Blut und Rache zu verabscheuen hätten. Jene Geistliche möge zwar die heil. Kongregation nicht für wohl unterrichtet erachte es aber für ihre Pflicht, eine Untersuchung zu fordern, um zu erfahren, was daran wahr oder unwahr sei u. s. w. Daily News hatten schon früher bemerkt, daß das Senatschreiben Shrewsburys an den Erzbischof von Tuam große Aufmerksamkeit in Rom gefunden habe und überseht in vielen Exemplaren dort verbreitet sei, auch mag der Einfluß Lord Mintos zu diesem Rundschreiben nicht wenig beigetragen haben. Unterzeichnet waren am 5. Febr. bereits mehrere Mitglieder der höheren katholischen Geistlichkeit in Dublin eingetroffen, um an einer Berathung Theil zu nehmen, welche am 8. Febr. Statt finden und, wie es hieß, hauptsächlich sich auf das päpstliche Rundschreiben beziehen sollte.

Zu den französischen Kammerverhandlungen liefern, wie sich denken läßt, die meisten englischen Blätter einen Theil der gegenwärtige französische Kabinet nicht sehr günstigen Kommentar. Das Morning Chronicle bemerkt unter Anderm zu der Berathung über die stehend gewordene Adreßphrase in Betreff der Polen: der Einfluß dieses Paragraphen sei eine leere Förmlichkeit, da Frankreich nie auch nur den geringsten ehrlich gemeinten Schritt gethan habe, um Polen seine Freiheit wieder zu verschaffen; gegenwärtig aber, wo die französische Regierung mit den Unterdrückern dieses Landes verbündet und ein offener Schutzredner derselben sei, welche die letzte Spur der poli-

*) Wir haben dieser Ansicht unsere Spalten geöffnet, weil sie auf Thatsachen gestützt und in ruhiger Erwägung den Beschluß des Luzerner Gr. Raths zu rechtfertigen sucht, den in diesem Augenblick die eidg. Repräsentanten verdammen; wir bleiben aber gleichwohl bei unserer wiederholt ausgesprochenen Ueberzeugung, daß wir das bezeichnete Verfahren weder für billig noch für politisch halten. Ein Verfahren durch den Gr. Rath statt durch die kompetenten Gerichte, ist immer eine Gewaltsmaßregel, auch wenn vorausgesehen war, daß die Gerichte strenger urtheilen als die gesetzgebende Behörde; die Gerechtigkeit kann weder durch Gnade noch durch Ausnahmsgesetze, sondern nur durch die zuständigen Gerichte über Erfüllung haben. Eine Berufung auf die Beispiele, die das Siegwart'sche Regiment gab, hat aber kein moralisches Gewicht. Wie glauben dem geehrten Hrn. Korrespondenten gern, daß das Regiment den Kanton in einem verzweifelten Zustand zurück gelassen hat, aber ebenderselbe scheint uns eine vorsichtige Politik zu gebieten, daß man durch verschiedene Mittel die Krankheit heile, statt die klaffende Wunde zu erweitern und neuen Reizobnoxien der Zukunft die Bahn zu öffnen. v. R.

Digitized by Google

schon Unabhängigkeit verrichtet hätten, gegenwärtig sei diese Förmlichkeit mehr schlecht als Nichts sagend, sie sei eine Verhöhnung des Volkes, das man verrathen habe. Das Morning Chronicle geht nun auf die Ausweisung Bakunins und das Verbot der Gegenvorstellungen über, und es ist klar, daß dem Beiden solche politische Maßregeln nur im höchsten Grade sämmerlich erscheinen können. Auch bei diesem Anlaß führt das Organ Palmerstons fort, der feindseligsten Regierung Schritt zu gehen, daß ihre Tendenzen als die einer bloßen Cabinetspolitik mit denen des französischen Volkes in direktem Widerspruch ständen, daß sie seit den spanischen Heirathen sich zu Rußland hinneige, welches sie übrigens mit Verachtung behandle, und den Entwürfen Oesterreichs in der Türkei arbeite. Meine Freudeist sei es, wenn Guizot darein willige, daß der Paragraph zu Gunsten des polnischen Volksthums angenommen werde, aber er entschädige sich hinlänglich durch die Strenge, womit er die polnischen Flüchtlinge behandle, eine Strenge, die von Tag zu Tag ungescheuter hervortrete.

## Frankreich.

Paris, 8. Febr. Ein neuer Anfall droht dem Ministerium in der Kammer. Mehrere Mitglieder der konservativen Partei, unter ihnen die HH. Chasles, Plougoulm, B. Fould sind übereingekommen, einen Zusatz zu der Adresse vorzuschlagen, in welchem den Reformen überhaupt das Wort geredet und in erster Reihe derselben auf die Parlamentsreform namentlich hingewiesen wird. Wenn es wahr ist, daß, wie man versichert, 25 konservative Abgeordnete diesem Schritte ihre Zustimmung gegeben haben, so wird die ministerielle Mehrheit für diesen Fall vielleicht auf 50—60 Stimmen herabsinken, aber gleichwohl immer noch stark genug sein, um das Cabinet zu halten.

Ueber diese Reformfrage, welche in der Kammer, in den öffentlichen Blättern und im Publikum in dem gegenwärtigen Augenblicke wieder so lärmend verhandelt wird, gibt die „Presse“ heute in einem längeren Aufsatze eine Meinung ab, der wir in vielen Punkten unsern vollen Beifall geben müssen. „Wir sind in der Opposition, sagt die Presse, aber wir gehören der Opposition nicht an. Um ihr anzugehören, müßten wir ihre Selbsttäuschungen theilen, und wir theilen sie nicht. Die Opposition setzt in die Wahlreform und in die öffentliche Agitation ein Vertrauen, welchem unser positiver Sinn unzugänglich ist. Allerdings, es ist leicht, die Wahlterrorschaft zu vergrößern und die Volksvertretung zu einer wahrhaferen zu machen, als sie jetzt ist; allerdings, es ist leicht, die Zahl der Beamten in der Kammer zu beschränken, welche die ministerielle Mehrheit verstärken, und dadurch dem Parlamente mehr Unabhängigkeit zu geben, als es besitzt. Auf diese Weise kann man die handelnden Personen und ihr Zuschauer wechseln; wird man dadurch aber das Stück verändern, wird man dadurch der Regierung, welche nach allen Seiten hin fehlgeht, ein bestimmtes Ziel geben, wird man ihr eine Bahn brechen, ihr eine Politik vorzeichnen, von der sie nie versucht sein wird abzuweichen? Hat man durch jene Maßregeln die verwickelte, unvollkommene, veraltete, wurmstichige Verwaltungsmaschine, die für andere Zeiten und für andere Bedürfnisse geschaffen ist, hat man diese Verwaltungsmaschine durch einen einfacheren und zugleich wirksameren Mechanismus ersetzt? Hat man die Steuerpflichtigen zu der Regierung in ein neues Verhältniß gesetzt, in ein Verhältniß, wie es sein soll und von dem man gleichwohl noch keine Ahnung zu haben scheint, ebensowenig wie man im vorigen Jahrhundert von den Wundern der Dampfkraft eine Ahnung hatte? Der Sturz des gegenwärtigen Cabinets würde sicherlich ein Gewinn sein, dieses Kabinett, welches die Mittelmäßigkeit und die Unzufriedenheit Aller alle Tage steigert, die die aufrichtigsten Freunde der bestehenden Ordnung der Dinge waren, welches dem unversöhnlichen Groll und den exaltirtesten Hoffnungen Deer alle Tage neue Nahrung gibt, welche entweder der im Blute ertrunkten Republik oder der durch ihre eigenen Fehler gestürzten Legitimität anhängen. Aber man darf sich nicht täuschen; dies würde nur ein Waffenstillstand sein, eine Vertagung, und das ist nicht genug. Die Regierung, d. h. die Politik und die Verwaltung, muß auf einfachere Grundsätze zurückgeführt werden. Die Opposition begreift das nicht. Ein Schiff ohne Ballast ist das Bild der Opposition, ein Schiff ohne Segel das Bild der Staatsgewalt. — Die Staatsgewalt in den Händen der Minister ist nur ein Werkzeug wie der Säbel in den Händen des Kriegers, der Pflug in den Händen des Landmanns, die Kelle in den Händen des Maurers. Daran können wir die großen Kinder nicht oft genug erinnern, für welche die Geschichte eine Art Feenmärchen ist, die da meinen, die Staatsgewalt sei ein Zauberstab, dessen man sich nur zu bemächtigen brauche, um Wunderdinge zu verrichten. Wo ist der Ehrgeizige, der sich nicht einredet, die Staatsgewalt erfordere weder Lehrzeit, noch Kenntnisse, noch Fruchtbarkeit der Ideen, noch Festigkeit des Charakters, die Staatsgewalt an sich reiche für Alles aus? Ein alltäglicher Irrthum, den Frankreich schwer zu büßen hat. Die Staatsgewalt ist gerade soviel werth, wie der Mann, der sie handhabt. Wir dürfen es uns nicht verhehlen, was der Regierung fehlt wie der Opposition, das sind die Männer, nicht doch, es ist ein Mann, noch mehr, es ist der Mann. Es ist der Mann, welcher die Staatsgewalt so sehr vereinfacht, daß die Handhabung derselben seinen Nachfolgern leicht wird. Wenn dieser Mann, wenn politische Köpfe solcher Art unter uns vorhanden sind, warum offenbart sich ihre Fähigkeit nicht in ihrer Verwaltungsthätigkeit, in ihren Reden, in ihren Schriften? Wenn sie aber nicht vorhanden sind, wird die Reformbewegung sie schaffen?“ Dieses Räsonnement ist in einzelnen Sätzen zu sehr auf die Spitze getrieben, zumal darin, daß es die Lösung der Aufgabe von dem Auftreten eines politischen Messias abhängig macht. Nicht „der Mann“ scheint, sondern die Männer, nicht ein vereinzeltes Genie, sondern eine von dem ganzen Volke getragene Idee. Ehe aber diese Idee gefunden ist und den öffentlichen Geist durchdrungen hat, wird freilich durch alles Künsteln und Flicken am Staatsmechanismus Wenig oder Nichts gewonnen werden. Bis dahin kann namentlich die Reformbewegung in unsern Augen keine größere Bedeutung haben, als die Besserung eines Kranken, auf seinem Schmerzenslager die Stelle zu wechseln.

Die nachstehende Mittheilung geben wir, wie sie uns zukommt, ohne irgend eine Verantwortlichkeit für dieselbe zu übernehmen. „Eine große Anzahl angezeigteichener Offiziere der polnischen Emigration, unter Andern der Sohn des Fürsten Czartoryski, haben durch die hiesige sardinische Gesandtschaft die Einladung erhalten, Dienste in der sardinischen Armee zu nehmen. Der König von Sardinien will zwei Kavallerieregimenter ganz aus polnischen Soldaten und Offizieren bilden.“

Paris, 9. Febr. Die Kammer setzte heute die Berhandlungen über die Reformbewegung fort. Wir erwähnen vorläufig nur die Rede Berryers, des Justizministers, daß es mit dem Plane, in Paris selbst den Polizeierlasse zum Trotz einen Reformschmaus zu halten, ohne Zweifel bei den bloßen Worten bleiben werde. Hierin scheint sich Hr. Hebert indessen doch zu irren. Die Opposition setzt einen Ehrenpunkt darein, die Angelegenheit weiter zu treiben. Es heißt sogar, daß sie deshalbtage, nach dem Schlusse der Adreßverhandlungen zwölf gleichzeitige Reformschmäuse — in jedem Stadtviertel einen — zu veranstalten. Käme es zur Ausführung dieses Vorhabens, so könnte die Sache eine sehr bedenkliche Wendung nehmen. Ja man müßte von vornherein annehmen, daß die Opposition darauf ausgeht, eine gewaltsame Volksbewegung hervorzurufen.

Gestern Abend war in ganz Paris das Gerücht verbreitet, daß eine telegraphische Depesche aus Bayonne der Regierung den Tod der Königin von Spanien gemeldet habe.

## Italien.

Livorno, 31. Jan. Die Nachricht, daß König Ferdinand eine Konstitution gewährt habe, bewirkte hier eine große Aufregung. Am Abend des 30. begab sich eine große Volksmenge vor den Palast des neuen Gouverneurs, Bargagli, und verlangte unter lauten Evviva's die Konstitution, die Beferung Guerrazzi's, Mastacchi's und vieler Andern. Ein Haufe wälzte sich gegen das Fort und forderte die Befreiung der politischen Gefangenen. Als der Kommandant dies Begehren abgeschlagen, zog sich der Haufe zurück. Am Abend griff die Bürgergarde zu den Waffen und stellte im Verein mit der Linie und der Gendarmerie die Ordnung wieder her. In der Nacht wurden sehr viele der Urheber dieser Unruhen verhaftet.

† Neapel, 31. Jan. Mit der größten Gespannntheit sieht man den Nachrichten aus Sicilien entgegen, ob dasselbe sich mit den blutigen Verordnungen begnügt, oder weiter geht. In Palermo soll es zu einem heißen und blutigen Kampfe zwischen den Aufständischen und den k. Truppen gekommen sein, worin Letztere mit bedeutendem Verluste den Kürzern gezogen. Das königl. Schloß und das Kastell am Meere soll in den Händen der Unzufriedenen sein. Messina verhält sich unter den Kanonen der Forts bis jetzt noch ruhig, doch herrschte die größte Gährung. Das Militär hatte sich in die Forts zurückgezogen und durfte sich nicht zeigen ohne mit Spott und Hohn heimgesucht zu werden. Die fremden Konsuln ließ der Kommandant der Stadt wissen, daß er bei der geringsten Bewegung des Volks, die Stadt beschießen lassen werde. Seit vorgestern geht das Gerücht hier, daß auch Catania und die ganze Küste längs Messina im Aufruhr begriffen sind. Hoffen wir, daß das Erscheinen der k. Dekrete die Gemüther besänftigen und auch in jenes Land wieder Friede und Ruhe einkehren werde.

† Neapel, 1. Febr. Diesen Morgen kamen einige Dampf-

Digitized by Google

schiffe von Palermo mit k. Truppen, die in einem sehr beklaglichen Zustande sich befinden. Wie verlautet, sind die Palermitaner mit der bewilligten Konstitution nicht zufrieden, sie wollen ein eigenes Parlament und pochen auf ihre alten Privilegien. Es soll in den letzten Tagen drüben blutig zugegangen sein, die Russländischen haben neuerdings ein Kasteil erstürmt und wie man hört die ganze Besatzung über die Klinge springen lassen. Welche Partie der König regrestren wird, ist noch nicht bekannt, es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß er noch weiter nachgeben wird. Man vermuthet, er werde die für die Hauptstadt jetzt mehr entbehrlichen 4 Schweizerregimenter dort drüben beschäftigen.

* Frankfurt, 11. Februar. Es sind heute hier Briefe aus Neapel vom 3. d. M. eingelaufen, nach welchen dort fortwährend Ruhe herrscht. Ueber den Eindruck, welchen die neuesten kgl. Entschlüsse in Sicilien hervorgebracht, Nichts; die Zeitungsnachrichten von dem Abschluß eines zehnjährigen Waffenstillstandes, von dem Verlangen einer englischen Garantie ꝛc. müßten daher, wenn sie überhaupt gegründet sind, auf die Epoche vor dem 29. Jan. bezogen werden. Alle Nachrichten aus Wien bestätigen, daß Oesterreich die umfassendsten Vorbereitungen trifft, um dem Wetteregreifen der italienischen Bewegung durch Entwickelung militärischer Streitkräfte entgegenzutreten, und daß es hiebei vorzugsweise auf die Mitwirkung Rußlands zu rechnen scheint. Eine andere Frage ist, ob Preußen sich dieser Politik unbedingt anschließen, und vor Allem, wie dieser gegenüber sich die Kabinette von Frankreich und England verhalten dürften.

Neapel, 31. Jan. Die heutige Staatszeitung meldet die Ernennung des Generalmajors Garzia zum Kriegs- und Marineminister und des Cav. Bozzelli zum Finanzminister, da Don C. Cianciulli, dem dieses Portefeuille übertragen war, dasselbe abgelehnt hat. Dasselbe Blatt füllt mehrere Spalten mit Schilderung der dankbaren Freudenbezeugungen des Volkes für die Konzessionen des Königs.

Es gehen und eben noch Briefe aus Neapel bis zum 1. Febr. zu. Es fielen nicht unbedeutende reaktionäre Bewegungen von Seite der Lazzaroni vor, so daß theilweise die Truppen einschreiten mußten. Noch aber war die Ruhe, die auch in andern Städten und kleinern Orten von Seite der untersten Volksklassen gestört war, nicht gestichert. Man befand sich in großer Spannung. In Betreff des Friedensabschlusses mit Sicilien noch keine Entscheidung. (A. Z.)

* Florenz, 1. Febr. Das heute von der Gaz. d. Fir. mitgetheilte Motivprojekt lautet: Wir Leopold II. u. s. w. Mit den ersten der Presse bereits gewährten Freiheiten, mit der Eröffnung der Staatskonsulta, mit der Berufung der Kammern, beauftragt, jene Reformen, deren die Municipalgesetzgebung fähig sein kann, zu erforschen und in Vorschlag zu bringen, machten Wir es uns zur angenehmen Pflicht, die Toskaner auf der Bahn des Fortschritts, auf welche sie bereits Unsere Vorfahren glücklich geleitet, weiter vorwärts zu bringen. Dabei setzten wir Uns das edle und gerechte Ziel, das Land nach und nach mit Institutionen auszustatten, die durch ihren hervorragend vaterländischen und nationalen Charakter die allgemeine Sache der Einheit und Unabhängigkeit Italiens befördern können. Treu diesem Gedanken und immer fester entschlossen, das Uns vorgesteckte Ziel zu erreichen und dahin auf eine Weise zu gelangen, wodurch man, in aufrichtiger und völliger Eintracht zwischen Fürst und Unterthanen, jenes größte Gut (quel bene massimo) ohne Unordnungen und Rückstrungen erreicht, beschlossen Wir zu verordnen, daß Uns ein Entwurf einer Reform des gegenwärtig geltenden Gesetzes über die Presse, und ein anderer Entwurf einer Reform des Institutes der Staatskonsulta — letzterer im Einklang mit den im Municipalwesen einzuführenden Neuerungen — unterbreitet werde, um der Art auf's Schnellste jenes Werk zu vervollkommnen, welches das Wohl des Landes sicherstellen soll. Da es Uns scheint, daß Arbeiten von so großer Wichtigkeit besser durch sorgfältigen Fleiß Weniger, als in zu zahlreichen Kollegien (in collegi troppo numerosi) vorbereitet werden können so haben Wir mit deren Verfassung folgende Unterthanen (soggetti) beauftragt, nämlich den Cav. Nicolo Lami, Marchese Gino Capponi, Cav. Leonida Landucci, Prof. Pietro Capei, Advokat Leop. Galeotti. Toskaner! Die einheitige und freiwillige Manifestation der Gefühle Eurer Munizipien, als Unser Herz über die Unordnungen in Livorno betrübt war, bildete Unsern Trost und Unsere Kraft. Unser Zutrauen zu Euch verdoppelte sich von jenem Augenblicke an, und Nichts wird es wankend machen können. Vergessen wir, wenn es möglich ist, das unter Uns waltende Vertrauen, und möge es dazu dienen, daß Wir ruhig Unsere Reformen vollenden, und jene tumultuarischen Manifestationen fern halten, die die Ruhe des Landes gefährden und außerdem, daß sie nur schwächen, Anlaß zur Verwirrung geben, vielleicht auch dem Geschicke des gemeinsamen Vaterlandes Verderben bringen können. Gegeben, 31. Januar 1848. Leopold. V. B. Gempini. L. Alsiani.

### Nachschrift.

* Aus München erhalten wir soeben nach Briefe vom 10. d., wornach der Rektor den Studirenden in der That die Schließung der Universität bis zum nächsten Herbste verkündigt habe. Die Studirenden hätten in aller Ordnung sich zum Kultusminister, dem Fürsten v. Wallerstein begeben, um die Aufhebung dieses „höheren Befehles" zu erwirken, seien aber am Ministerialgebäude von bewaffneter Macht empfangen und mit Waffengewalt zerstreut worden, wobei ein paar Studirende verwundet worden seien.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

97p Bei Fried. Bassermann in Mannheim ist erschienen:

# Geschichte der Chalifen

nach handschriftlichen, größtentheils noch unbenützten Quellen bearbeitet

von Dr. Gustav Weil,

a. o. Professor der morgenländischen Sprachen und Bibliothekar an der Universität Heidelberg, Mitglied der asiatischen Gesellschaft zu Paris und der deutschen morgenländischen zu Halle und Leipzig.

## Zweiter Band.

Die Abbasiden bis zur Einnahme von Bagdad durch die Buiiden. 132—334 d. H. oder 749—945 n. Chr.

Preis 4 Thlr. (6 fl.)

Der im vorigen Jahr erschienene erste Band dieses Werkes hat in der historischen Literatur Epoche gemacht. Das Journal des Savans (Aprilheft 1846) bemerkt unter Anderm: „Das Werk von Hrn. Weil füllt eine bedeutende Lücke in der Weltgeschichte. Man besaß bis jetzt keine zusammenhängende, vollständige Geschichte der Moslims. Hier findet man die glaubwürdigsten Berichte ihrer eigenen Schriftsteller, verglichen mit den Werken der byzantinischen und abendländischen. Die Zeitbestimmung der Ereignisse ist äußerst sorgfältig behandelt." — Schlosser, der Heros unserer Geschichtschreibung, sagt in der Vorrede seiner neuen Weltgeschichte (IV. S. 7): „Hr. Weil ist als einer der ersten Kenner der orientalischen Sprachen in Frankreich und Deutschland bekannt; er hat aus Handschriften ganz neue Dinge ans Licht gebracht, sein Buch ist als Quelle zu betrachten. Die Namen, die Data, die Orte, die Thatsachen, welche Hr. Weil aus seinen Quellen oder nach seiner genauen Sprachkenntniß anders bestimmt hat, als der Verfasser gethan hatte, sind daher in diesem Hefte (IV. 7.) ohne Bedenken geändert worden. In der Auffassung des Allgemeinen ist Dr. Krieg mit Recht dem alten gefolgt".

So ist der mustermäßige, streng historische Charakter dieses Werkes allseitig anerkannt worden. Ein Gebiet von hoher Bedeutung für die politische, die Kultur- und Religionsgeschichte, von dem bisher nur geringe Theile nach den Erfordernissen unserer Zeit von einzelnen Gelehrten bearbeitet wurden, während über dem Ganzen noch das Dunkel der Mythe schwebte, wird hier zuerst im Zusammenhange auf den festen Boden der Thatsachen gestellt.

Der zweite Band ist nicht minder reich an wichtigen Forschungen, die besonders über die innere Gestaltung des Islams und seiner Literatur ein neues Licht verbreiten und daher jedem Freunde der Wahrheit und historischen Wissenschaft von Bedeutung sein müssen.

Um die Anschaffung des Werkes zu erleichtern, hat die Verlagshandlung den Preis des zweiten Bandes bei gleicher Bogenzahl bedeutend niedriger gestellt, als bei dem ersten Bande gestehen konnte.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England den Hrn. Owen v. Kamp., 13 Jewyne Street in London, für Frankreich, Straßburg, Portugal u. Oberitalische Länder wende man sich an G. A. Heinrich in Straßburg. 20 Brandgasse, Basel 23, Haus Reber-Bonac in Neuenstadt.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Großh. Gen. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 45. Heidelberg, Montag 14. Februar 1848.

## Uebersicht.

Würtembergische Briefe. Die Minister. — Berlin (Verhandlungen des Ausschusses über Landesfreudenfest. Beseitigung ausländiger Regenten u. s. w.; Verbot einer Bürgerversammlung in Potsdam). Breslau (die Noth in Schlesien). München (die Vorfälle am 9. und 10. Febr.; der Anschlag am schwarzen Brett, betreffend die Schließung der Hochschule; verstärktes Gerücht vom Rücktritt des Fürsten Wallerstein). Karlsruhe (Kammerverhandlungen: Petitionen; Antrag Baßermanns auf nationale Vertretung beim Bundestage). Heidelberg (Entgegnung wegen der unbedeckten Stehwagen). Darmstadt (Vorerörterungen gegen Verfassung verbotener Zeitschriften). Hamburg (Feuersbrunst). Kiel (Knotenung der Wahlen).

Schweiz. Die Anklagen gegen die Schweiz und ihre Verbindung mit der fremden Propaganda. Genf. Lazy und andere Skandalitze kommen um ihre Entlassung ein.

Großbritannien. Parlamentsverhandlungen: Anfrage Motion auf Mittheilungen der Palmerstonschen Politik durchgestellen; die Bill wegen Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit Rom. Großes Meeting von Seelenten gegen Abschaffung der Schiffahrtsgesetze.

Frankreich. Kammerverhandlungen vom 9. Febr. Malesville. Duchatel. Dollon Barrot. Ein Mönch vor den Geschworen in Toulouse. Erklärung Guizotsyhs. — Italien. Neapel. Rückkehr des Vertrauens in der Hauptstadt. Die republikanischen Kokarden. Die tüchtigen Truppen. Gerücht, daß den Sicilianern ein eigenes Parlament bewilligt sei.

Handel. Frankfurt. Börsenbericht. Großbritannien. Arbeitslosigkeit. Die Bank.

Beilage. Motion des Abg. Baßermann über die Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestage. — Die Jesuiten in Luzern. — Leipzig (der Finanzminister und der Minister des Innern. Verlegenheiten wegen der Chemnitzer Bahn). Mecklenburg (Folgen des Landtags).

### Heidelberg, 11. Februar.

Unsere Betrachtungen über den Charakter des gegenwärtigen Landtags glauben wir besser einem späteren Briefe vorzubehalten; die Erscheinungen und Konsequenzen werden dann klarer hervortreten und pünktlicher zu bestimmen sein. Dagegen können wir jetzt schon die Figuren ins Auge fassen, welche als die fünf Finger der leitenden Hand verfassungsmäßig die Regierung vor den Ständen vertreten. Unter den fünf Departementschefs ist unstreitig Hr. v. Schlayer, welcher die Portefeuilles des Innern und des Kultus vereinigt, der Primier. Wenn Arbeitsamkeit, Ordnungsliebe und reine Hände allein den konstitutionellen Minister machten, so müßten uns nun Hrn. v. Schlayer Frankreich und England beneiden. Aber es gehen ihm dafür Eigenschaften ab, die wir selbst an dem Minister eines verhältnißmäßig so kleinen Landes, wie Würtemberg, nagern vermissen. Seine Intelligenz ist nicht von Ihnen gehoben; sein großes dialektisches Talent bringt sich unter gegebenen Instrigen kaum wird zur Geltung. Mit seine bewunderungswürdige Gesetzeskunde ist, das muß man zugeben, ein Arsenal, aus dem er fast immer, wenn die Noth an Mann geht, die Anhänger der Regierung schlecht und recht zu bewaffnen weiß. — Ihm zunächst steht der Finanzminister Hr. v. Gärtner, gleich dem ersteren von bürgerlicher Abkunft, „aus niederer Hütte hervorgegangen", wie er selbst sich in der zweiten Kammer vernehmen ließ. Er ist ein Meister in der Darstellung, nach den Umständen bald von gewinnender, glatter, bald von abstoßender Form. — Hr. v. Prieser, der Chef des Justizdepartements, vordem ein thätiges Mitglied der Mainzer Centraluntersuchungskommission, hat sehr Sympathien, weit weniger die Anerkennung des Publikums für sich, welches ihm vorwahnlich den bekannten Strafbrief von 1839 und die Strafversetzung von 1843 verdanken muß. — Von den vieljährigen Ministern des Auswärtigen, Grafen Berckheim, und dem Kriegsminister, Grafen Sontheim, wußten wir, außer ihrer Aeußerungen in der Kammer, Wenig anzuführen.

Absichtlich haben wir uns in der Zeichnung der Minister auf wenige grobe Striche beschränkt, um das Bild, das sich aus ihren eigenen Darstellungen gestaltet, desto kräftiger wirken zu lassen. Da sich nämlich unsere politischen Hoffnungen wohl am füglichsten nach dem Urtheil richten, zu welchem und die Persönlichkeit und das Auftreten unserer verantwortlichen Regierungshäupter berechtigen, so haben wir einzelne besonders charakteristische Erklärungen derselben aus den Verhandlungen der Abgeordnetenkammer zusammengestellt. Es schien uns dieses Verfahren um so zweckmäßiger, da die Minister in diesen Erklärungen, von denen sie wußten, daß sie gemeinmäßige Beweisstücke werden, die Seele ihrer Grundsätze und Ansichten niedergelegt haben. Wir dürfen hoffen, daß auf diesem Wege die Paßkarte offizieller Urkunden uns vor dem Vorwurfe der Uebertreibung schern wird. Dabei bemerken wir noch geschichtlich, daß die von 1838 anzuführenden Aeußerungen des Hrn. v. Prieser denselben noch als Regierungskommissär angehören, da er erst nach dem Durchdringen des Strafgesetzbuchs zum Departementschef erhoben wurde.

Ueber den Flor des würtembergischen Landes sprach Hr. v. Schlayer 1833: „Die Frage kann nicht die sein, ob wir arm sind; die Frage kann nur die sein, ob Würtemberg ökonomischer Zustand der Art ist, daß wir im Fortschreiten begriffen sind. Wer dieses läugnen wollte, der müßte die Augen vor der Wirklichkeit verschlossen haben." „Wer diese Frage zu beantworten berufen ist, wird sich überzeugen, daß Alles das Fortschreiten des Nationalwohlstandes beweist. Es nimmt die Bevölkerung zu! Diese nimmt in einem Lande, wo Verarmung stattfindet, nicht zu. Die Zunahme der Bevölkerung ist das Resultat des steigenden Wohlstandes.*) zuerst müssen die Lebensmittel gegeben sein, ehe die Bevölkerung zunimmt. Es vermehren sich die Gebäude, es ist der Werth der Güter nicht im Fallen, sondern im Steigen; unser Handel und unsre Gewerbe haben in der letzten Zeit einen Schwung genommen, der früher unbekannt war. Alle die Data beweisen, daß der ökonomische Zustand Würtembergs besser geworden ist." — „Ueberhaupt darf man fragen: wann war Würtembergs Zustand besser, als jetzt?" Hr. v. Schlayer 1838: „Weil anderwärts der Kammer, weil in den einzelnen Wahlbezirken keine Unzufriedenheit herrscht, weil man im Lande von dem Volke nur Aeußerungen der Zufriedenheit hört, — weil man ferner im Auslande diesselben Aeußerungen über den Zustand des würtembergischen Staates hört und nur in dieser Kammer einzelne Stimmen der Unzufriedenheit vernommen werden, so ist allerdings anzunehmen, daß ohne besondere Anregung große Anstrengungen zu Erkämpfung einer vermeintlich beschränkten Wahlfreiheit nicht stattfinden werden."

Hr. v. Gärtner 1845: „Die Pensionslast, die auf unserer Finanzverwaltung liegt, ist nicht so bedeutend, als sie es in manchen andern Ländern ist. Die Vergleichung spricht hier immer zu Gunsten von Würtemberg." — „Was den Nothstand betrifft, so bin ich überzeugt, daß er weder in Würtemberg, noch in Baden so groß ist, als er gemacht wird." — „Ich kann nicht beklagen, daß der Zustand unserer Finanzen gegenwärtig ein gedrückter sei, und muß der Ansicht widersprechen, daß unserer finanziellen Verhältnisse den Nothwendigkeit anforderten, an Aufwands für die Gesandtschaften eine Ersparniß zu betreiten, wie sie von einigen Seiten beantragt worden ist." — „Wenn von volkswirthschaftlichen Zuständen die Rede ist, in welcher Beziehung man von einem Nothstande des Volkes heute so viel hörte, so geht meine Ansicht dahin, daß wir kein reiches Volk sind, daß wir aber gerade so gut in unserem Wohlstande sind, als manche andere deutsche Staat, und daß unser Nothstand geringer ist, als in manchem andern Lande."

Graf Sontheim 1845: „Alle diejenigen Stände, welche auf die Industrie angewiesen sind, leben, wie nicht zu verkennen, in einem Wohlstand, der an Luxus grenzt."

Ueber Vielseitigkeit sagte Herr v. Schlayer 1833: „Man hat es auffallend gefunden, warum die Finanzkommission die Aufhebung der Kreisvergierungen nicht berührt hat. Ich aber möchte es auffallend finden, daß man noch immer diese Frage an die Tagesordnung bringen will. Auch bin ich überzeugt, daß, je mehr man die

*) Diese Meinung ist bekanntlich sehr unrichtig, wie eine der ersten Autoritäten, Geh.-Rath Hoffmann in Berlin, wieder zur Evidenz nachgewiesen hat und der tägliche Augenschein bestätigt. Somit wäre Uebervölkerung Uebermaß von Wohlstand.

Digitized by Google

Sache prüfen und von allen Seiten betrachten wird, desto mehr wird sie gewinnen können. Ja die Ueberzeugung, daß sie der Prüfung von Sachverständigen aushalten wird." — 1835: „Die Verwaltung kann zu Allem, was bisher vorgebracht worden ist, Nichts entnehmen, wodurch für ihren eigenen großen Wunsch nach Geschäftsvereinfachung Etwas zu gewinnen wäre."

Ueber akademische Lehrfreiheit. Herr von Schlayer 1835: „Ich kann nicht denken, daß man behaupten werde, Professor Bischer habe ein Recht darauf, Vorlesungen zu halten. Das ist ein Recht, das dem Staat und der Regierung gegenüber dem Lehrer nicht zusteht. Die Vorlesung ist die Gegenleistung für das Gehalt. Wenn aber die Regierung die Ueberzeugung hat, daß in einem gewissen Zeitraum und unter gewissen Umständen das Halten solcher Vorlesungen schädlich oder wenigstens nicht nützlich, und daß es besser sei, wenn sie unterbleiben, so wüßte ich nicht, warum sie verpflichtet sein sollte, dennoch die Vorlesungen halten zu lassen. So Etwas kann man nicht behaupten."

Ueber württembergische Justiz. Herr v. Prieser 1838: „Insbesondere möchte ich weder die englische, noch die amerikanische (Strafe) Justiz der saftigen zum Muster wünschen." 1841: „Die Einmischung der Advokaten in die Strafjustiz ist keineswegs zu wünschen und zu begünstigen." — „Will sich nun doch ein Angeschuldigter vertheidigen lassen, so ist dies eine Art von Luxus." — „Bei allen Abänderungen in der Gesetzgebung ist wohl die erste Frage die, ob das Volk oder die Regierung das Bedürfniß einer andern gesetzlichen Einrichtung fühle. In Würtemberg ist ein solches Bedürfniß nicht fühlbar. Das Volk hat Vertrauen zu der Rechtspflege, wie sie besteht. Das Volk ist im Allgemeinen mit der bestehenden Einrichtung und Verwaltung der Rechtspflege wohl zufrieden." — 1845: „Es ist nicht weniger bekannt, daß die Klage über zunehmende Verschlechterung der Strafgesetzgebung immer allgemeiner wird, die Klage, daß die Strafgesetzgebung solchetes und der Strafanstalt herauskommen, als sie hineingekommen sind."

Ueber Geschworenengerichte. Herr von Prieser 1841: „Nach meiner Ueberzeugung ist die Jury, vom strafrechtlichen Gesichtspunkte aus beurtheilt, ein schlechtes und, vom politischen Gesichtspunkte aus beurtheilt", wenigstens ein ungenügendes und gefährliches Institut. Bei Preßvergehen insbesondere erscheint diese Art von Gerichten als ganz unzureichend. Die Art, wie von unsern wälschen Nachbarn über'm Rhein in der neuesten Zeit die Preßgesetze über Preßvergehen durch Geschworne entschieden worden, gereicht gewiß nicht zur Empfehlung dieses Instituts. Lassen wir, meine Herren, unsern wälschen Nachbarn über den Rhein ihre mit Redensarten und amüsanten Skandalen gefchwätzten Justizdramas! Dem Deutschen, dem die Rechtspflege eine ernste heilige Sache ist, kann diese Prozeßform (das öffentliche Anklageverfahren) nicht zusagen. Was die deutsche von der französischen Nationalität trennt, soll auch die Gerichtsverfassungen beider Länder scheiden!"

Ueber Stockprügel. Herr von Prieser 1838: „Nach zwanzigjährigen Erfahrungen muß ich mich dahin erklären, daß die körperliche Züchtigung wenigstens als Strafschärfung nicht wird entbehrt werden können. — Man kann hier nicht auf die eigenen Gefühle Rücksicht nehmen, sondern muß an die Sinnesart derjenigen denken, welche gepeitscht werden sollen."

Ueber radikale Wühler. Hr. v. Prieser 1838: „Diejenigen, die nach der französischen Julusrevolution die sanguinische Hoffnung hegten, auch unserm Vaterland eine große Woche zu bereiten, haben ihre straflosen Pläne keineswegs aufgegeben, das revolutionäre Uebel ist bloß von der Oberfläche verschwunden, und auch die gegenwärtige Zeit wird nicht selten dazu benützt, um unter dem Volk solchetes politische Gesinnungen zu verbreiten und gistigen Saamen anzusttreuen, der seiner Zeit, wenn die Verhältnisse sich günstiger gestalten sollten, wieder wuchern dürfte, um die bis dahin verlagten fruheren Plane wieder aufzunehmen und womöglich zu realisiren. Es ist mit dem politischen Glauben, wie mit dem religiösen. Hat ihn das Volk einmal verloren, so ist es unwiederbringlich verloren und nicht leicht wieder herzustellen." — „Nun kehrt aber die Erfahrung, daß übrgeeigte Demagogen durch kurze Freiheitsstrafen, die keine entehrenden Folgen haben, sich nicht genügend abschrecken lassen und den Ruhm einer sogenannten Märtyrers der Freiheit mit einer Gefängnißstrafe von einigen Jahren nicht zu theuer erkauft zu haben glauben. — Ich weiß wohl, daß vielfach die Ansicht herrscht, politische Verbrechen seien nicht entehrend, und es sei darum hart, entehrende Strafen auf Handlungen zu setzen, die aus einem Ereeß des Patriotismus hervorgehen können. Diese Ansicht ist aber nur daher entstanden, daß einzelne und selbstsüchtige Demagogen gewöhnlich ihre selbstsüchtigen Plane vorzüglich verbergen und die Blöße eitriger Vertheidiger der Verbrechen und des Volksverderbens annehmen. Gleichwohl liegen ihren Bestrebungen in der Regel niedrige, entehrende Motive zu Grunde."

Ueber die Sitzungsfreiheit. Hr. v. Schlayer 1833. „Es ist von Einigen hervorgehoben worden, daß die Kapitalsitzen schon dadurch sehr begünstigt seien, daß sie an den Gemeindesitzen keinen Antheil nehmen. Ich wüßte nicht, womit man eine solche Theilnahme der Kapitalsitzen begründen wollte."

Ueber das Verbot, daß Unteroffiziere den Kändischen Verhandlungen anwohnen, Graf Sontheim 1845: „Einmal ist der Raum auf der Gallerie dieser Kammer sehr beschränkt, und dann sind die Unteroffiziere so beschäftigt, daß man nicht für angemessen findet, ihnen den Zutritt zu den Kammerverhandlungen zu gestatten."

Ueber Wahlfreiheit, Hr. v. Schlayer 1833: „Der Wähler müßte den Namen eines Wahlmannes nicht verdienen, der bei der Wahl sich nicht unabhängig von den Beamten fühlte in einem Oberamtsstadt, wofür man doch unser Würtemberg erkennen wird, wo man wegen jeder amtlichen Verfügung den Rekurs bis zur höchsten Behörde hat *)." — 1838 (als man in der zweiten Kammer eine unzulässige Einwirkung auf die Wahl darin fand, daß, wie es noch heute geschieht, die Oberbeamten die Wähler der für den Regierungskandidaten günstig gestimmten Amtsorte zuerst abstimmen lassen, um hiedurch auf die nachkommenden Wähler zu wirken und den Widerstand zu entmuthigen.) „Es hilft doch in der That dem würtembergischen Volk wenig Ehre anthun, wenn man glaubt, daß die Wähler dadurch, daß sie am ersten, zweiten, dritten Tage vorgeladen werden, veranlaßt werden können, anders zu stimmen, als sie sonst gethan haben würden. Es heißt ihnen ehrenvolle Ehre anthun, wenn man meint, darum, weil einzelne Oberamtsräthe ihre Wahlmänner zusammenrufen und in geschlossenen Reihen vor der Wahlkommission aufmarschiren lassen, werde die Wahlfreiheit beeinträchtigt." — Hr. v. Prieser 1838 (gegen den Vorhalt, daß die für öffentliche Stellen arbeitenden Handwerker für den Fall einer mißliebigen Wahlstimme mit Abschaffung bedroht wurden, so daß z. B. von ganzen Dörfern ganz allein die für das Kameralamt beschäftigten Handwerker und den Regierungskandidaten stimmten.) „Wir müssen davon ausgehen, daß die Wähler Charakter und Gewissen genug haben, um nöthigenfalls einen kleinen Vortheil in die Schanze zu schlagen und von ihrem verfassungsmäßigen Wahlrechte gewissenhaften Gebrauch zu machen. Es ist eine willkürliche Voraussetzung, wenn man annimmt, die bezeichneten Wähler hätten in Folge einer unstatthaften Einwirkung so gestimmt. Die Regierung hat niemals unstatthafte Beschränkungen der Wahlfreiheit sich zu Schulden kommen lassen." **) (Schluß morgen.)

*) Ein Arg ordneter zählte damals als die gegen seine Wahl in Bewegung gesetzten Beamten folgende auf: „Oberamtsrichter, Oberamtmann, Aktuare, Kameralverwalter, Kameral medizinalrath, Dekan, Pfarrer, Rektor, Rotariatsgehilfe, Oberförster, Revierförster, Forstwart, Waldschützen, Holzmesser, Stadtschreiber, Schultheißen, Gemeinderäthe, Verwaltungsaktuarer, Amtsdiener, Wegaufseherer, Oberfeuerlöschmeister, Kanmeiger, Polizeidiener, Bettelvögte, Oberamtsboten, Oberamtsbundarzt, Kiermeister."

**) Dagegen gehören, außer den von einzelnen Abgg. angeführten zahlreichen Beispielen, folgende Aeußerungen der Amtsbehörden. 1) Erlaß des K. evang. Konsistoriums an sämmtl. der Diözesanämter vom 29. März 1833 Im Eingang heißt es: „Es ist K. Kommis gefommen, daß bei den Kändischen Wahlen im Dez. 1831 sich manche Geistliche, besonders Pfarrgeistliche, in einem der Regierung sich opponirenden Geiste eine ihrem Berufe völlig fremde Einmischung in die Wahlen erlaubt haben." Am Schlusse heißt es, daß „die Diözesanämter aufgefordert werden, in Hinsicht auf nachkommende Akte auf die Geistlichen über Diözese zu richten und nöthigen Falls über dieselben Ermahnungen und Verweise ergehen zu lassen." Das durch diesen Erlaß den Geistlichen auf eine oppositionelle Betheiligung an den Wahlen auferlegte Verbot wurde dann bald so ausgedehnt, daß folgendem in der Kammer verlesenen Schreiben eines Oberamtmanns vom 5. April 1833, welches dem Amtsarzt, einem Diözesarzte, am Chorlied auf durch einen Gendarmen war eingehändigt worden. Eine Hochverwunden habe ich zu benachrichtigen die Ehre, daß der Oberamtsarzt, der B. bei der vorgestrigen Abgeordnetenwahl Stimmen erhalten wird. Euer Hochedelgeboren haben nun die beste Gelegenheit, Ihre wahrhaft patriotischen Gesinnungen an den Tag zu legen, wenn Sie vor den Ihnen vorstehenden Ehrenmannes bestehen." (Bemerkenswerthes Gegstück ist der Fall des Konsulo in Genua, welcher von unter dem Ministerium Schlayer nachfolgender zweite vom 23. Aug. 1833, welcher den Defanen auffuhr, der Anstellung von Geistlichen jetzomal über die politischen Grundsätze der Angestellten zu berichten.)

2) Erlaß des Generalpostdirektors zu Frankfurt an sämmtliche Postbalter in Würtemberg, vom 26. März 1833, worin heißt es: „Als Chef der obersten Postverwaltungsstelle in mir die pflichtgemäße Verantwortung geworden, Sie, Herr Postbalter, auf Ihre Amtspflichten aufmerksam zu machen, daß Sie sich der Theilnahme an Oppositionsmaßregeln, als mit Ihrer Dienstführung unvereinbar, hiermit auf das Ernstliche und Nachdrück-

Digitized by Google

Berlin, 9. Februar. In der Sitzung vom 7. Februar begann die Berſammlung ihre Berathungen mit dem §. 108, der von den Beleidigungen auswärtiger Regenten handelt. Der §. im Ganzen wurde angenommen, die Beſtrafung über das Strafmaß jedoch (das im Entwurf enthaltene: „Gefängniß nicht über 6 Monate und Strafarbeit bis zu fünf Jahren“, erſchien als zu hart) ward bis zur Berathung des von den Injurien handelnden Titels ausgeſetzt. §. 109 von den Beleidigungen fremder Geſandten ward dahin abgeändert, daß nach Vorſchlag der Abtheilung zu den darin feſtgeſetzten Strafen, Gefängniß und Strafarbeit, die Feſtungshaft hinzugefügt, in den Fällen aber, wo die Beleidigung nicht in Thätlichkeiten gegen die Perſon beſtehe, die Strafarbeit weggelaſſen wurde. Der Schlußſatz des §., der die Beſtrafung ſowohl von dem Antrage des Beleidigten, als von dem der preußiſchen Regierung abhängig machen will, ward ganz geſtrichen. Hierauf gelangte die Berathung zu dem dritten Titel von den Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung und das obrigkeitliche Anſehn. Bei §. 110, vom Aufſtand, ward nach Antrag der Abtheilung beſchloſſen, daß eine Art und Weiſe feſtgeſetzt werde, nach welcher die Aufforderung, ſich zu entfernen, erlaſſen werden ſolle, der Schlußſatz aber, der für geringere Fälle, als die Nichtachtung dieſer Aufforderung, eine Geldbuße verfügt, zu ſtreichen ſei. §. 111, vom Landfriedensbruch, wurde in Nr. 1 dahin abgeändert, daß zu den Strafen für die Anſtifter (Strafarbeit und Zuchthaus) noch die Gefängnißſtrafe hinzugefügt und Verzicht die Zeitmaße ſtatt 1 bis 10 Jahre — drei Monate bis zehn Jahre geſetzt wurde; bei Nr. 2 wurde für die Theilnehmer der Zuſammenrottirung, ſtatt Gefängniß nicht unter 3 Monaten, Gefängniß nicht unter einem Monat geſetzt. Die §§ 112 und 113 vom Aufruhr wurden nur inſofern verändert, daß ſtatt des Verſuchs nur für das vollendete Verbrechen die darin beſtimmten Strafen eintreten ſollen, der Verſuch aber nach den im 4. Titel des erſten Theiles darüber aufgeſtellten allgemeinen Normen zu beſtrafen ſei. §. 114 (Meuterei der Gefangenen) ward unverändert angenommen. Die drei folgenden §§. 115, 116, 117 enthalten gemeinſame Beſtimmungen über Aufruhr, Landfriedensbruch und Meuterei. Hievon ward der erſte, von der Strafung der Anſtifter unter beſondere Polizeiaufſicht, unverändert angenommen; die folgende, „die Beſtrafung beſonderer dabei vorgefallener Verbrechen betreffend“, als überflüſſig geſtrichen. Bei §. 117, über erfolgloſe Aufforderung zum Landfriedensbruch, Aufruhr oder Meuterei unter Gefängniß, ward ſtatt Gefängniß nicht unter 3 Monaten — nicht unter einem Monat geſetzt, und die Strafarbeit die zu zwei Jahren mit Stellung unter beſondere Polizeiaufſicht auf Antrag der Abtheilung geſtrichen. Endlich ward ein Zuſatz „daß eine ergänzende Beſtimmung rückſichtlich der Meuterei aufgenommen werde, wonach — wenn die Meuterei in Zuchthäuſern begangen worden — nicht Gefängniß-, ſondern Zuchthausſtrafe und, wenn ſie in Strafarbeitshäuſern begangen worden, Strafarbeit zu verhängen ſei“, von der Verſammlung angenommen. §. 118 (Widerſtand gegen die Obrigkeit) ward mit etwas veränderter Faſſung angenommen. §§. 119 und 120, gleichfalls vom Widerſtande gegen die Obrigkeit handelnd, wurden gleichfalls angenommen, nur daß bei dem erſtern, auf Antrag der Abtheilung, hinzugefügt wurde, daß in der Regel auf Gefängnißſtrafen und nur in Fällen geringerer Sträflichkeit auf Geldbuße zu erkennen ſei. §. 121 (Ungehorſamkeit gegen obrigkeitliche Verbote) ward unverändert angenommen. §§. 122, 123, 124 (Befreiung eines Gefangenen) erhielten ebenfalls die Zuſtimmung der Verſammlung, nur wurden bei dem erſten Paragraphen die Worte „oder Theil (des Gefangenen nämlich) Entweichung befördert,“ mit Rückſicht auf die in §§. 15 u. 17 im fünften Titel des zweiten Theiles, von der Theilnahme an Verbrechen, enthaltenen zum Theil entgegenſtehenden Beſtimmungen, geſtrichen. §. 125 (Verletzung des Anſehens der Obrigkeit) wurde nach ſehr lebhaften Debatten dahin abgeändert, daß unter den darin bezeichneten Vergehen das der Verſpottung der Obrigkeit, weil dadurch harmloſe Scherze in den Bereich des Strafgeſetzes gezogen werden könnten, für Angriffe ernſter Art aber der Ausdruck Schmähung genüge, geſtrichen wurde. Die bedeutende Mehrheit, die ſich für den Wegfall ausſprach, iſt um ſo auffallender, als die Abtheilung ſich gegen denſelben erklärt hatte. Der Vorſchlag des Hrn. v. Saucken-Tarpuſchen, nur für unerlaubte Schriften die Strafen eintreten zu laſſen, fand deßhalb keinen Anklang, weil man in Erwartung einer baldigen völligen Abſchaffung der Cenſur nicht Beſtimmungen, die ihr Beſtehen gewiſſermaßen ſanktionirten, dem Strafgeſetz einverleiben wollte. Mit der Berathung über den §. 125 ſchloß die Sitzung den 7ten.

Berlin, 8. Febr. Die Köln. Z. berichtet: In Betreff der bei Stadtverordnetenverſteher, um der durch die Einführung der Oeffentlichkeit der Sitzungen neu angeregten Theilnahme der Bürgerſchaft an ſtädtiſchen Intereſſen Grundlage und Ziel zu geben, in Abendunterhaltungen vor Bürgern die Städteordnung, unter Herbeiziehung der vielfach ergangenen, dem Bürger faſt nie zugänglichen Deklarationen erläutert, und war bei ſich darbietender Gelegenheit auch bei den in Erörterungen über dieſen Punkt eingegangen. Die Sache fand, wie es natürlich war, vielen Anklang unter der Bürgerſchaft, der man im Allgemeinen gewiß nicht Unrecht thut, wenn man behauptet, daß ſie die Städteordnung gar nicht kennt. Jetzt ſind dieſe Abendunterhaltungen, Falls ſie ſich nicht auf bloße Kabbedoorrüge beſchränken, auf Befehl des Oberpräſidenten unterſagt worden, nicht etwa, weil Ungehörigkeiten dabei vorgefallen wären, — davon iſt in Potsdam nicht die Rede — ſondern weil Erörterungen damit verbunden waren, in denen der Oberpräſident das charakteriſtiſche Merkmal politiſcher Verſammlungen erblickt, die nach dem bekannten Bundesbeſchluſſe nicht zu geſtatten ſeien.

Breslau, 9. Febr. Die Schleſ. Z. bringt erſchütternde Schilderungen von einem Augenzeugen, welche beweiſen, daß auch die traurigſten Berichte über die Noth in Oberſchleſien nicht übertrieben ſind. Es heißt darin: Wir klopfen an eine Hütte — Niemand öffnet — wir bitten, flehen — da geht die Thür auf — und eine Frau, nach Hülfe auf Händen und Füßen, kriecht, nachdem ſie geöffnet, in die Lager zurück. Der Mann todt — die Mutter mit vier Kindern ſehen dem Tode durch Hunger und Typhus entgegen. Ebendaſelbſt ſprengen wir in einer andern Hütte die Thür auf, und neun Mitmenſchen wohnen bei einander und erwarten den Tod. Ein Anderes: Eine Mutter liegt auf Stroh, rechts und links von ihr, an das Herz gedrückt, ein Kind. Seit 9 Tagen krank, ohne Waſſer, Holz und Brod — Niemand wagte, ihnen auch nur ein Tröpfchen Waſſer zu bringen; — denn der Schulze hat es unter Strafe von Prügeln und Gefängniß verboten. Eine ſchwarze Tafel ſchenkt Alles fort; ich habe die Mignahme der Tafeln beantragt, denn die Leute gehen ſonſt alle zu Grunde. — Eine kranke Frau hat ihren todten Mann ſeit vielen Tagen an der Seite, denn im Typhus merkt ſie dies nicht, und Niemand mag zu ihr kommen. — Ebenſo eine todte Mutter, noch ein lebendes Kind ſaugend an der Bruſt.

Baiern. A München, 10. Febr. Bei der Beſchaffenheit unſerer Zuſtände werden Sie wohl ſämmtlich erſtaunt ſein, daß ich Ihnen heute von einigen Störungen der öffentlichen Ruhe zu berichten habe. Sie wiſſen, daß an unſerer Univerſität unter dem deſſenden Vorſteherate der Gröfin Landsfeld eine Verbindung, „Allemannia“ genannt, gegründet wurde. Natürlich wurden die Mitglieder derſelben, etwa 20 an der Zahl, von den übrigen Studirenden mit Verachtung angeſehen, war ſich unter Andern auch darin ausſprach, daß die Allemannen beim Eintritt in einen Hörſaal immer mit Geſchrei und Pfeifen empfangen wurden, ſo daß es gewöhnlich warm, den Saal zu verlaſſen. Ein Gleiches geſchah auch geſtern, jedoch wurden zwei Allemannen angetroffen noch von der Univerſität weg die ganze Straße herauf durch eine große Anzahl von Studirenden mit Pfeifen u. ſ. w. begleitet, — Niemand wurde indeſſen auch nur berührt. Da zog ein wilderer hinzugekommener Allemanne einen Dolch und ſtieß damit nach einigen der Umſtehenden, welche ihn jedoch feſthielten, ehe er Jemanden verwunden konnte, und ihn der Gendarmerie überlieferten. Dieſe brachte ihn aber — gleichſam als wenn er der Beleidigte wäre, der des Schutzes bedürfte — in ein nahes Kaffeehaus. Darurch wurde die Aufregung bezw. Wuth der Studirenden aufgeſtiegt, und die zahlreich verſammelte Menge verlangte mit lautem Rufen die Auslieferung jenes Attentäters. Widerſtrebte da die Gräfin Landsfeld zu zu Zuge in der Straße erſchienen; als ſie ſi. Mu.f.emmaſſe ſah, ſoll ſie derſelben herausgeſo-

Digitized by Google

drende Worte zugerufen haben. Als hierüber allgemeines Murren entstand, zog sie eine Pistole, und drohte, sie abzufeuern. Man sprang aber auf sie zu, schlug ihr die Pistole aus der Hand und warf sie zu Boden. Sie sprang jedoch wieder auf und flüchtete sich in eine nahe Kirche, und von da unter Bedeckung in die Residenz des Königs, wo sie während drei Stunden sich aufhielt und endlich aus einem Hinterthore entkam. Nachmittags begaben sich die Studenten, etwa 500 an der Zahl, zum Retter, Hofrath Thiersch, und baten ihn, mitzuwirken, daß jener Alemanne, der den Dolch gezogen, in Untersuchung käme, und daß zwei Studenten, welche bei dieser Gelegenheit verhaftet worden, befreit würden. Thiersch sagte das zu, eröffnete ihnen aber zugleich aus höherem Auftrage, daß die Universität bis zum Herbste geschlossen sei und daß alle fremden Studenten binnen zwei Tagen die Stadt zu verlassen hätten. Hierdurch sehr niedergeschlagen, begab sich der Zug in größter Ordnung, ohne irgend Excesse zu machen, zum Kultusministerium, Hüft Excellenzstein, um seine Mitwirkung zur Aufhebung dieses Beschlusses anzuregen. Sie trafen ihn jedoch nicht zu Hause, und versammelten sich deßhalb zu dem gleichen Zwecke heute wieder. An dem Kultusministerium angelangt, wurden sie jedoch von zahlreicher Gendarmerie empfangen und von dieser mit Anwendung von Waffengewalt zerstreut, wobei ein paar Studenten verwundet wurden. Die Anwendung der Waffen erfolgte, ohne daß, wie das Gesetz es bestimmt, ein dreimaliger Aufruf zur Ordnung stattgehabt. Ein Offizier, ein Begünstigter der Gräfin Landsfeld, gab den Befehl dazu. Ich halte es für überflüssig, über alle diese Dinge Glossen zu machen; die Thatsachen sprechen für sich allein. Ueberdies scheint man von Oben herab durchaus nicht zum Nachgeben geneigt; denn unsere Stadt gleicht einer belagerten Festung, so sind alle Straßen und Plätze mit Militär besetzt.

= München, 10. Febr. Als gestern die Dunkelheit anbrach, rührte sich Niemand mehr, außer den starken und zahlreichen Patrouillen. Alles wurde schon gegen 8 und 9 Uhr so stille, daß man jeden Regentropfen fallen hörte; die Belagerten hatten sich unter dem Schutze der Nacht und der militärischen Begleitung fortgemacht. Die Nacht ging ohne alle Ruhestörung vorüber. Morgens um 9 Uhr schon ertönte lauter Männergesang durch die Ludwigsstraße. Es waren Studenten, die in Masse Abschiedslieder sangen: denn es wurde ihnen soeben erst durch einen Anschlag am schwarzen Brette bekannt gemacht, daß die Universität geschlossen sei. Der Anschlag heißt wörtlich also: In Bezug zweier allerhöchster Befehle vom 9. Februar machen wir hiermit bekannt, daß die Universität von nun bis zum Wintersemester 1848/49 geschlossen ist und daß jene Studirende, die nicht hier domicilirt sind, bis übermorgen Freitag 12 Uhr Mittag München zu verlassen haben. — Wir erwarten von unsern sämmtlichen Studirenden den allerhöchsten Befehle schuldigen Gehorsam und entlassen sie in ihre Heimath mit der Versicherung, daß wir bemüht sein werden, ihre mit dem Wohle der Universität so eng verbundenen Interessen auch während ihrer Abwesenheit nach allen Kräften zu vertreten. — München, 9. Febr. 1848. Das k. Rektorat und der Senat. Dr. Thiersch. Dr. Richter (Exkretär).

München. Der Allg. Ztg. zufolge war von neuem und bestimmter das Gerücht von einer bevorstehenden Modifikation des Ministeriums verbreitet, namentlich aber von dem Rücktritt des Fürsten Wallerstein.

**Baden.** * Karlsruhe, 12. Februar. Eine vollständige Aufzählung der heute bei der zweiten Kammer eingelaufenen Petitionen würde allein den Raum ausfüllen, der für die Mittheilungen der Verhandlungen bestimmt ist. Von Mannheim und Heidelberg, aus dem oberen Rheinthal und von den Höhen des Schwarzwaldes brachten die Abgg. Peter, Weller, Buhl, Welcker u. a. Reihen von Vorstellungen, welche die Verwirklichung der Bürgschaften eines gesicherten Rechtszustandes, die hiezu nöthigen Einrichtungen und die wichtigsten materiellen Anliegen des Volkes der Kammer vortrugen. Preßfreiheit, Schwurgerichte, Glaubensfreiheit, Vertretung der Nation bei dem Bundestage, wahre Volksrechte und Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, Uebertragung der Polizeistrafgewalt an die Gerichte, ein Polizeistrafgesetz, vom Volke gewählte Richter, eine Gewerbsordnung, Hebung der Volksschule waren die hervorragendsten Gegenstände; daneben wurden Maßregeln verlangt gegen die Anhäufung von Gütern in todter Hand, Aufhebung der Liegenschaftssteuer und Einführung einer Kapitalsteuer, Beseitigung des Landesgestüts und Errichtung einer allgemeinen Hagelversicherungsanstalt, Aufhebung des Rheinoctroi, Verbesserung des Zollwesens, Einstellung der Beseitigung der Staatsschulden in der Kammer während der Dauer des Landtags, Abschaffung der Bundesfestungen, Einschreiten gegen die Raub- und sittenverderblichen Treiben eines Theiles der katholischen Geistlichkeit, besonders der jüngern u. s. w. — Schaffelt brachte noch Petitionen für Aufhebung des Jagdrechts, Peter eine Beschwerde von Heidelberg gegen eine Verordnung über das Obliefern von Leichnamen an das anatomischer Theater, Brentano eine Vorstellung für Aufhebung der Amtsrevisorate und Vereinfachung des Gemeinderechnungswesens, Bassermann eine Petition um Errichtung von Beschäftigungsanstalten für arbeitslose Bürger, Dörr für Aufhebung der Hinsbausteuer; Welcker eine Eingabe des O. G. Advokaten v. Steuve in Mannheim, Redakteurs des Deutschen Zuschauers, gegen das Censurunwesen in Baden. — Kapp richtete an die Regierungskommissären eine Frage wegen der Beschlagnahme der Nummer des Landtagsboten, welche die Verhandlungen über die Beschwerde des Buchhänders J. Groos gegen das Verbot des Werkes über die Bundesverhandlungen enthielt. Er könne sich dafür keinen andern Grund denken, als die Absicht, entweder der ungläcklichen Karlsruher Zeitung die Aufmerksamkeit des Publikums zuzuwenden, oder der heute auf der Tagesordnung stehenden Motion einen günstigen Weg zu bahnen, oder eine indirekte Erklärung der Unechtheit der betreffenden Bundesverhandlungen zu geben, eine Erklärung der Unmöglichkeit, daß solche Beschlüsse gefaßt werden konnten, oder endlich die Absicht, einer gehetzten Macht, die hinter dem Bunde steht, zu lieb, die Verfassung Badens, welche die Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen will, für Lüge und Druckerei zu erklären. Min. Präsident Bekk erwiderte: der Abg. Kapp habe sich hier, wie fast überall Mühe gegeben; den Regierungshandlungen Gründe unterzuschieben, welche die badische Regierung nicht mehr noch andere Mächte zu verdächtigen geeignet sind. Er werde mit Bedauern die Verletzungen zurück, welche der Redner auf den deutschen Bund streift. Von der Beschlagnahme des Blattes wisse er durchaus Nichts und glaube auch nicht, daß sie vorgekommen sei; doch sei es möglich, wenn etwa das Blatt ohne Censur ausgegeben worden wäre. Knittel (Berleger des Landtagsboten) erläutert, daß einige Exemplare ausgetragen worden, bevor der Censurbogen zurückgekommen war. Da nun einige Worte gestrichen gewesen, so hätten die Auslaufer jene Exemplare wieder zurückgezogen; eine Beschlagnahme sei nicht erfolgt. Minister v. Dusch sagte bei, daß Verdächtigungen, Schmähungen und Beleidigungen nicht zu den öffentlichen Verhandlungen gehören. Kapp entgegnete, es sei eben die Klage, daß der Censur gestattet sei, ihre Maske in die Landtagsverhandlungen zu stecken. Verdächtigungen gegen den wahren deutschen Bund habe er nicht gräußert, er sei überwahr der ritterlichste Vertheidiger desselben und darum ein Gegner jenes Sonderbundes, der hinter dem deutschen Bunde stehe. Die Indignation solle derthin gekehrt werden, wo sich Spuren jenes Sonderbundes finden, die nicht vom deutschen Bunde ausgehen.

Die Tagesordnung führte zur Begründung der Motion des Abg. Bassermann auf Vertretung der deutschen Stände bei dem Bundestag. Sie werden diese ausgezeichnete Motion, welche mit der größten Aufmerksamkeit angehört und mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, wohl vollständig dem deutschen Publikum mittheilen*).

Die Unterstützungen, in deren Folge beschlossen wurde, die Motion zu drucken und in den Abtheilungen zu berathen, werden wir morgen nachtragen. Gegen die Berathung der Motion waren nur vier Stimmen (Trefurt, Litschgi, Rettig, Schaaff).

* Heidelberg, 13. Febr. Wir haben den hiesigen Korrespondenten der Allg. Zeit., der sich mit lobenswerthem Eifer für die Berufung der Siebzigen auf der badischen Eisenbahn aufsprach und für diese Inhumanität die Kammer verantwortlich machte, darauf hingewiesen, daß die Kammer schon vor anderthalb Jahren bestehenden menschenfreundlichen Wunsch mit Nachdruck unterstützt habe. Der Korrespondent kommt nun auf den Vorwurf zurück, und will von einem solchen Beifall in der Kammer Nichts wissen, denn an der angegebenen Stelle der Landtagszeitung sei Nichts davon zu lesen. Allerdings nicht; denn durch ein Versehen, das wahrscheinlich dem Setzer zur Last fällt, war statt des 5. Sept. der 8. Sept. 1846 als Datum bezeichnet worden. Wenn er unter diesem Datum (Landtagsakt. S. 880f.) nachliest, kann sich der Korrespondent von der Richtigkeit unserer Angabe überzeugen. Wenn derselbe ferner meint, daß das empfehlende Ueberweisen von Petitionen an das Staatsministerium nur „ein Gefälligkeitsgeschäft sei, auf den von keiner Seite der das mindeste Gewicht gelegt werde", so bemerkt er damit eben, daß er von dem Geschäftsgang unserer Kammer und von dem Verfahren bei Petitionen, wie es von den Ständen und dem Ministerium eingehalten wird, nur eine sehr oberflächliche Kenntniß besitzt. Das empfehlende

*) Wir sind in Stand gesetzt, dies schon in der heutigen Beilage zu thun.

Digitized by Google

Ueberweisen einer Petition an die höchste Staatsstelle für einen leeren Geschäftsgebrauch zu halten, wird Niemanden einfallen, der unsere Kammerverhandlungen auch nur kurze Zeit mit Aufmerksamkeit verfolgt hat. Bei dieser unvollständigen Kenntniß der Verhältnisse hätte daher der Korrespondent seine Vorwürfe gegen die Kammer, die hier ihre Pflicht gethan hat, ohne Nachtheil für die Sache für sich behalten können; je menschenfreundlicher und begründeter sein Wunsch war, desto füglicher konnte er unterlassen, seine Anklagen leichtfertig nach einer Seite hin zu richten, die hier ohne Schuld war. Wenn wir ihn darüber zurechtweisen, so erfüllen wir nur ein Gebot der Billigkeit; sich darüber so sehr zu ereifern, wie es in der neuesten Nummer der Allg. Z. geschieht, war daher ganz überflüssig.

**Hessen.** Darmstadt, 8. Febr. Dem Schwäb. Merkur wird geschrieben, die Regierung habe, um die Versendung verbotener Zeitschriften zu verhindern, folgendes Verfahren vorgeschrieben: 1) Wenn Zeitschriften durch die Postanstalten unter Kreuzband versendet werden, so sollen die Postbeamten, wenn der Inhalt ohne Verletzung der Bänder zu ermitteln ist, sich darüber vergewissern, ob er in vorbedenten Zeitschriften bestehe oder nicht. Im ersteren Falle ist die Rücksendung an den Aufgabeort, im andern aber die Bestellung an den betreffenden Adressaten zu bewirken. 2) Kommen Druckschriften unter Kreuzband zur Versendung, deren Inhalt ohne Verletzung der Kreuzbänder nicht zu ermitteln ist, so sollen die Postbeamten dergleichen Sendungen unerzüglich an die Provinzialkommissäre zur Prüfung des Inhalts einsenden, und von diesen wird dann, nach Befund der Umstände, die Bestellung oder Rücksendung der Kreuzbandsendung angeordnet werden.

†† **Hamburg**, 8. Febr. Seit 48 Stunden steht die auf der neugebauten Steinwärder, dem sogenannten Süd-Hamburg, errichtete Fabrik von tragbaren Gas und ein großes Steinkohlenlager in Brand. Das Feuer entstand in der Gasfabrik und zwar, wie man sagt, durch das Springen einer Blitzröhre, rasch stand das ganze Fabrikgebäude in Flammen; und da die nöthige Hilfe ausblieb, theilte sich auch die Flamme dem Kohlenlager mit, welches 400 Last Kohlen in sich faßt. Dies Feuer beweist aufs Neue, daß unsere Löschanstalten noch immer ungenügend sind, sonst würde das Kohlenlager gerettet worden sein, zugleich aber beweist es auch, daß mit Ertheilung von Konzessionen feuergefährlichen Fabriken sehr vorsichtig zu Werke gegangen werden, und solche zu ertheilen, nur in isolirt liegenden Gebäuden gestattet werden darf. Glücklicherweise liegt die in Brand stehende Gasfabrik mit dem Kohlenlager entfernt von allen Wohnhäusern. Löschen ist unmöglich, und das Feuer wird nicht eher aufhören dies die lagernden 2,400,000 Pfd. Kohlen sich werden in Asche verwandelt haben. An Rettung ist nicht zu denken und der Schaden sehr bedeutend, da weder Fabrik noch Kohlenlager versichert sind, auch keine Assekuranzkompagnie die Versicherung für solche Gegenstände übernommen haben würde. Die Verweisung aller feuergefährlichen Fabrikanlagen außerhalb der bewohnten Gegenden wird wohl eine Folge hiervon sein, war zur Beruhigung Aller, bisonders der nicht versicherten kleinen Familien viel beitragen würde.

**Schleswig-Holstein.** Kiel, 5. Febr. Mit der heutigen Kopenhagner Post sind bereits an die hiesigen Ständedirigirenden die Aufträge zur Theilnahme an den durch das königl. Reskript vom 28. Jan. angeordneten Wahlen eingetroffen. Dieselben lauten: „Treuerst Vll. rc. Nachdem Wir in Unserm Allerhöchsten Reskripte vom 28. v. M. zu vorläufigen Uns Allerhöchst bewogen gefunden haben, daß von den verschiedenen Klassen der gewählten Mitglieder der Provinzialständeversammlungen, sowie der Geistlichkeit, den Prälaten und der possessionirten Ritterschaft in Unserm Herzogthumern Schleswig und Holstein, und den beiden Landesuniversitäten zu Kopenhagen und Kiel einstweilen und erstavene Männer zum Zweck gemeinschaftlicher sorgfältiger Erwägung zu sie in gutachtende Berathungsurkunde aufzunehmenden Bestimmungen erwählt werden sollen; haben Wir Die — — hierdurch Allerhöchst bestehen wollen, Dich an dem von Unserm zur Leitung dieser Wahlen im Herzogthum Holstein ernannten Kommissär, Kammerherrn Amtmann v. Karstoff näher zu bestimmenden Tage in Unserer Stadt Itzehoe einzufinden, um in Uebereinstimmung mit Unserem gedachten Allerhöchsten Reskripte aus den in sämtlichen Wahldistrikten gewählten Mitgliedern Unserer getreuen Provinzialständeversammlung des Herzogthums Holstein Zwei, und diesen Stellvertreter zu dem gedachten Zwecke zu wählen. Den Empfang dieses allerhöchsten Reskripts hab Du förderlamst an Unsere schleswig-holstein-lauenburgische Kanzlei einzubescheiden. Wornach rc. Gegeben auf Unserm Schlosse Christiansburg, den 4. Febr. 1848. Frederick R. Moltke. Danneskiold. Rathgen. Reventlow. A. Wansleben." (K. B.)

**Schweiz.**

* Aus der Schweiz, 7. Febr. Noch einige Worte in einer nicht bloß für die Schweiz wichtigen Sache. Wir freuten uns, durch Ihre Erklärung vom 2. Febr. unsere Vermuthung bestätigt zu sehen, daß Ihr **Korrespondent ein „Ehrenmann", daß er kein „verkappter Sonderbündler" in „liberaler Maske" ist. Der „Deutschen Zeit." aber ist gewiß jeder Besonnene Dank schuldig, daß sie in echt republikanischem Vertrauen auf die Oeffentlichkeit, welche die Wunden, die sie schlägt, nicht bloß heilt, sondern auch zum Schild gegen mögliche künftige Versuche der Verdächtigung wird, den Mittheilungen des Neckarkorrespondenten Raum gegeben hat. Hätte sie es nicht gethan, die Verdächtigung würde sich einen andern Weg gesucht haben, auf dem sie weit gefährlicher geworden wäre *). Da sich aber die „D. Zeit." allen Entgegnungen, die keine „bittere und persönliche Polemik" gegen einen Ehrenmann hervorrufen, sondern nur zur Aufklärung des Thatbestands führen können, gewiß nicht verschließt, so ist nun ein Mittel gegeben, der Quelle, woraus die Berichte vom Neckar geflossen, wenigstens so weit auf die Spur zu kommen, um daraus eine ernste Warnung für das Ausland zu ziehen, das in den höheren Kreisen der Gesellschaft allen muthwillig oder böswillig über die Schweiz verbreiteten Gerüchten nur allzu gern Glauben schenkt.

Daß der Neckarkorrespondent „kein Schweizer und nie in der Schweiz ansässig gewesen ist", erklärt es sehr einfach, daß er im besten Glauben getäuscht werden konnte. Man muß im Lande leben; man muß die im Volke und Volksherre herrschenden Ansichten und Stimmungen kennen, um angebliche wahrwitzige Provokationsversuche gegen das Ausland für kaum denkbar und dgrum von vornherein auch für höchst unwahrscheinlich zu halten. Aber freilich befinden sich sogar in der Schweiz die Mitglieder der Diplomatie in einer Stellung, wo sie sich fort und fort täuschen müssen, ohne daß man ihnen dies zur großen Schuld anrechnen dürfte. Den höheren Ständen angehörig, wissen sie vom Volke Nichts; und doch ist nach unserm guten hyperkritischen Recht dieses Volk der eigentliche Souverän, bei dem sie beglaubigt sind. Die meisten dieser Herren verstehen aber nicht einmal die Sprache dieses Souveräns. Wie erklärlich, wie verzeihlich ist es also, wenn sie wißbegierig auf einzelne Zuträgereien lauschen, wenn sie den diplomatischen Durst nach Wahrheit mitunter aus trüben Quellen stillen? Man darf darum nicht immer und nicht überall böse Absicht voraussetzen, wozu freilich die mit Gewalt mißtrauisch gemachten Schweizer nur allzu geneigt sind.

Möge sich doch der geehrte Neckarkorrespondent die schwierige Stellung der vielfach mißkannten Schweiz recht anschaulich machen. Er weiß es, daß falsche Aufregungen und Urtheile selbst in Thronreden ein mißstimmiges Echo finden können. Möge er wohl, daß man in Neuenburg die Rede eines Mentalembert, einen patheischen Humbug, einen mißrathenen Versuch, von Stelzen aus die Schweiz und ein gut Stück Europa zu übersehen, zu Tausenden von Exemplaren verbreitet hätte, so wäre dies ein neuer Beweis, wie man in der Schweiz selbst gegen die Schweiz aufzuhetzen sucht. Möge er auch früherer Vergänge, wie z. B. jener Konseilgeschichte, gedenken. Man hat wohl dem Verfasser der Schrift „die entlarvten Diplomaten" seinen Bericht, man hat es aber nie der Schweiz verziehen, als sie zu der Enthüllung, daß sie getäuscht wurde, nicht stillschweigen mochte. Dies gilt wohl trotz der Rede, die so eben Hr. Thiers in der franz. Abgeordnetenkammer gehalten hat. Und jetzt gar, da eine hohe Diplomatie in der Neuenburger Angelegenheit Schweizerischen Schritte fehlgegriffen, ist es nicht sehr menschlich, wenn man selbst leeren Gerüchten Glauben schenkt, wenn sie kreige Veranlassungen nachträglich zu bestätigen scheinen!

*) Die Worte unserer geehrten Korrespondenten sind uns und der Sache geschrieben; auch wir glaubten immer, es sei der guten Sache dienlicher, eine Anklage, die man sehr achtungsvoll vorbringen kann, gehe sie kann, eine durch Stillschweigen zu unterdrücken. Diese Ansicht scheint aber nicht die allgemeine zu sein; einer unserer andern Korrespondenten aus der Schweiz, Dr. Dr. Ludwig Emil glaubt wegen der Mittheilungen des Neckarkorrespondenten der D. Z. eine fernere Theilnahme versagen zu müssen, und gibt darüber in der neuesten Nummer der Bern. Z. eine öffentliche Erklärung. Wir wollen mit Dr. S., da er dies Verfahren durch seine Pflicht sur geboten hält, nicht weiter darüber rechten; nur ist es im Interesse, wenn er uns vorwirft, wir hätten dem Angriffe die Spalten geöffnet und nicht der Vertheidigung — weil wir eine seiner Mittheilungen nicht ihrem ganzen Umfang nach aufnahmen. Die leser unserer Zeitung wissen, daß wir einer Reihe von Vertheidigungen, die die Sache betreffen, nie nicht nur die abgeschmackte Wahrheit, die Neckarkorrespondenten seien Ehren, geschrieben, immer wieder aufwärmten oder mit Schmähungen um sich warfen, gern die Spalten öffneten, Dr. S. selber aber konnte wissen, daß wir jene Entgegnung von ihm ihrem Hauptinhalte nach mittheilten und eine andre kurz darauf vollständig abdruckten; er konnte sich also überzeugen, daß unser Nr. 39 drei verschiedene Aufsätze gegen den Neckarkorrespondenten enthielt, und wir selber können ihn zudem versichern, daß außer dem vorstehenden Aufsatz zwei unserer nächsten Blätter noch eine größere Widerlegung bringen wird. Sechs der nicht den Entgegnungen gegen eine einzige Korrespondenz sind zwar nicht zu viel, wenn es wie hier der Abwehr einer sehr beträchtlichen Anklage gilt, aber gewiß doch auch nicht zu wenig, oder gar ein Beweis der Parteilichkeit für die andere Seite. D. R.

Digitized by Google

Der Redaktorrespondent weiß nun, wie man seine Mittheilung in Nr. 30 in der Schweiz aufgenommen hat. An der Spitze der „Bastler Zeit." steht ein persönlich gereizter Redakteur, der alles für die eidgenössische Ehrenhaftigkeit mit großer Sorgfalt zusammenzutragen weiß. Aber sogar die „Basl. Z." forscht von einer „Mystifikation." Dies hindert indessen nicht, daß der Art. in Nr. 30 ganz geeignet ist, einen für die Schweiz höchst nachtheiligen Eindruck zu machen; da man schwerlich auch der Basl. Ztg. im Ausland leichtweg Glauben schenken wird. Die N. Zürch. Z. hat ganz Recht, wenn sie jenen Artikel, bis zur Möglichkeit seiner vollständigen Widerlegung, für mit gefährlicher Kälte, als die Rede eines Meuchelmörders, einen gewiß sehr unschuldigen Kinder in der Politik, der noch die Milch des Ultramontanismus trinkt und gut sprechen lernte, ehe er richtig denken konnte. Könnte man es für so wahr halten, als es unwahr ist, daß von der Schweiz aus Attentate gegen das Ausland im Werke seien, daß es schweizerische Staatsmänner gebe, die sie nicht verhindern konnten oder wollten, so wäre das Ausland wenigstens entschuldigt, wenn es einem Schlage, womit es angeblich von der Schweiz aus bedroht werden soll, zuvorzukommen suchte. Es ist nicht wahr und darum liegt der Gedanke sehr nahe, daß nicht die Schweiz gegen das Ausland, wohl aber das Ausland gegen die Schweiz einen Anlaß der Einmischung sucht, oder daß ihm durch Verbreitung falscher Gerüchte ein Vorwand dazu von der Schweiz aus in die Hand gegeben werden soll. Dem wohlwollenden ** Korrespondenten ist es also durch die Pflicht der Wahrheit geboten, die Verbrecher oder Verräther an der Schweiz zu nennen, damit man kurzen und gerechten Prozeß mit ihnen mache.

Dazu verpflichtet ihn noch ein besonderer Umstand. Es ist leider nur zu wahr, daß die eingewissigen Gesinnten in den Reihen der katholischen und protestantischen Geistlichkeit oft genug auf unklugen Widerstand gestoßen sind. Um so verzeihlicher ist es, sobald nachtheilige Gerüchte laut werden, daß sofort das Stichwort sich hören läßt: „Das hat wieder ein Pfaff gethan." Auch jetzt schreint man wieder einen gelehrten Theologen im Verdacht zu haben, und doch sind wir für dies Mal überzeugt, daß die wirklich politischen Sagen in Nr. 30 nicht aus den Erhärten der Gottesgelahrtheit stammen. *) Der wohlwollende Redaktorrespondent wird natürlich das Seinige thun, damit nicht der schlimmste Verdacht, der einen Bewohner der Schweiz treffen kann, auf Unschuldigen laften bleibe.

Wir wiederholen also unsere Bitte, daß der ** Korrespondent die Namen jener keineswegs „genau bezeichneten" „Staatsmänner", „Flüchtlinge" und „Propagandisten" geradezu nennen möge. Freilich kennen wir und der Besorgniß nicht erwehren, daß er im allzu gutmüthigen Glauben an die Besonnenheit oder Wahrhaftigkeit seiner Bezichtigerer in der Schweiz dies kaum im Stande sein dürfte. So mag er wenigstens die Kreise nähre bezeichnen, in denen seine Quellen ihm fließen. Waren seine Gewährsleistner Schweizer oder Nichtschweizer? Waren es selber schweizerische „Staatsmänner", denen verdächtige Umgeiz im Spiele sein konnte? Oder stehen seine Quellen, sei es in Bern, Neuenburg oder sonstwo, in engerer oder entfernterer Beziehung zu diplomatischen Kreisen? In jedem dieser Fälle ließe sich wohl das Verbrieren von Gerüchten, die wenigstens die Wirkung von Verleumdungen haben, näher auf die Spur kommen. Auch möge der Redaktorrespondent im letzteren Falle nicht besorgen, daß die Schweizer wieder allzu laut über „enklavirte Diplomaten" triumphiren würden. Sie sind zu sehr genügsig. Zwar geben wir uns keineswegs der Illusion hin, daß künftig die Höfe nach vorsichtiger Sichtung stets nur mit der lautersten Wahrheit aus der Schweiz versorgt werden sollten. Allein um alle wohlwollenden Regierungen, die nicht geneigt sind dem Vorwande einer allverderblichen Einmischung haschen, welche sich der Korrespondent vom Neckar immerhin ein Verdienst erwerben, wenn er sie mit der ihm eigenen Feinheit wenigstens an den Grad einer rothwendigen Vorsicht in der Wahl ihrer Vertreter und selbst des unteren Gesandtschaftspersonals zu erinnern wüßte, wodurch künftigen allzu starken Täuschungen vorgebeugt werden kann.

In Nr. 37 stellt wieder der geehrte Korresp. zumal die Zustände in den ehemaligen Sonderbundskantonen und im Waadtlande so trüb an, um damit einen neuen Beleg zu geben, daß er niemals in der Schweiz ansässig war, und daß es bei aller politischen Besonnheit ihm selbst schwierig ist, über die schweizerischen Verhältnisse aus der Ferne ein richtiges Urtheil zu fällen. Wir werden darauf zurückkommen. Ohne uns jedoch auf allzu viele Einzelheiten einzulassen, werden wir es versuchen, den Redaktorrespondenten auf ein in den Händen der Eidgenossenschaft liegendes, ganz einfaches Mittel zur Befreiung der wichtigsten Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, so einfach, daß wir vielleicht auch ihn dazu bringen, sich um die Zukunft der Schweiz keine unnöthigen Sorgen zu machen. Zunächst und vor Allem aber ersuchen wir ihn um die schwerlich zu umgehende Beantwortung unserer gewiß sehr beschiedenen Fragen.

Genf. Die N. Z. Z. berichtet: Hr. J. Fazy hat im Gr. Rathe erklärt, daß er seine Demission als Mitglied des Staatsrathes ringeke. Die Staatsräthe Decrey, Moulinié und Pons thaten dasselbe. Der Gr. Rath sprach nach lebhafter Diskussion einmüthig den Wunsch aus, es möchten die betreffenden Herren an ihren Stellen bleiben. Die Revue de Genève meint aber, es werden dieselben bei ihrem Entlassungsbegehren beharren. Die feindselige Haltung aller Genfer Blätter — mit Ausnahme seines Blattes, der Revue de Genève — gegen Hrn. Fazy, sowie die böswillige Opposition der Konservativen, welche der Regierung jede Art von Verlegenheiten zu bereiten nie müde werden, dürfen Hrn. J. Fazy zu diesem Entschlusse bewogen.

## Großbritannien.

London, 5. Febr. Die heute erwartete Fortsetzung der Debatte über die Russell'sche Judenbill konnte nicht stattfinden, weil, trotz alles Abwahnens, Hr. G. Anstey seinen Antrag auf Vorlegung von Aktenstücken in Betreff der Palmerstonschen auswärtigen Politik, und zwar seit einer langen Reihe von Jahren, dazwischenwarf, mit der unverhohlenen Absicht, ihn des Landesvertraths anzuklagen! Hr. Hume rieth dem Antragsteller gütlich zu, die Judenbill zur weitern Berathung kommen zu lassen, und seinen Antrag, welcher 40 Artikel umfasse, deren jeder Stoff zu einer den Raum eines Tages in Anspruch nehmenden Debatte geben würde (Gelächter), auf eine spätere Frist zu verschieben. Es half aber Nichts; Hr. Anstey entschuldigte die Einbringung seines Antrages damit, daß er „Anstey ehre" erklärt habe, am heutigen Tag seine Motion zu halten, und daß kein Umstand, welcher er auch sei, ihn daran verhindern solle". Kaum hatte Hr. Anstey seinen Vortrag begonnen, als eine große Anzahl von Mitgliedern das Haus verließ und dadurch ein Gesümmel und Geräusch hervorbrachte, daß der Redner mehrere Minuten nicht verstanden wurde. Mitten im Vortrage, aus dem hervorzugehen schreint, daß Anstey den Minister des Auswärtigen beschuldigen will, die englischen Interessen den russischen geopfert zu haben, wurde der Redner durch den Antrag eines Mitgliedes unterbrochen: es möge eine Zählung des Hauses vorgenommen werden. Dies geschah, und es ergab sich, daß von 400 Anfangs anwesenden Mitgliedern nur noch 39, also eines weniger als die zu einer Beschlußnahme nöthige Zahl von 40, gegenwärtig waren, worauf das Haus vertagt wurde. Im Oberhause ertheilte der Marquis von Landowne an, daß er die zweite Verlesung der Bill wegen Aufhebung diplomatischen Verkehrs mit dem päpstlichen Stuhl auf den 17. Febr. ansetze, wobei er erklärte, er sei überzeugt, daß diese Bill der protestantischen Religion nicht nur keinen Schaden thun, sondern sogar geeignet sein werde, sie zu kräftigen und für sie fegendreich zu sein. Der Bischof von Exeter sprach dem Marquis von Landowne für diese Erklärung seinen Dank und seine Zufriedenheit aus.

In London fand den 5. Dec. eine Versammlung von nicht weniger als 2000 Seeleuten Statt, um sich gegen jede Aenderung oder Abschaffung der bestehenden Schiffahrtsgesetze zu erklären und ihre Ueberraschung und ihren Unwillen über die Versuche auszusprechen, welche gegenwärtig eingestandenermaßen zu diesem Zwecke gemacht würden. Man gehe darauf hinaus, im Handelsverkehr fremde Schiffe und fremde Seeleute an Stelle britischer Schiffe und Seeleute zu setzen, letztere in die Kategorie der schlechtest bezahlten und genährten Seeleute zu werfen und schließlich aus dem Dienst ihres Vaterlandes in den eines fremden Landes zu treiben. Man beschloß, am 9. Febr. auf Booten, wovon jedes mit der englischen Reichsflagge geschmückt sein soll, nach Westminster hinaufzusegeln und die für die Königin bestimmte Denkschrift in Procession dem Staatssekretär nach der Downingstreet zu überbringen. Die ganze im Hafen liegende Seemannschaft soll eingeladen sein, an dieser Processsion Theil zu nehmen. Wie wir aus dem Herald ersehen, wurde diese Versammlung von der „allgemeinen Gesellschaft der Schiffseigenthümer" veranstaltet. Bei der Auffahrt nach der Downingstreet trägt jeder Seemann eine blaue Jacke und eine weiße Hose, ferner um den Hut ein blaues Band, worauf die Schiffahrtsgesetze eingeschrieben sind. Der Flottenlieutenant Smith, welcher den Vorsitz führte, bemerkte u. A., „schaffe man diese Gesetze ab,

*) Diese Vermuthung theilen wir. Unser Redaktorrespondent hat sich rasch einen Widersacher an uns, entschieden, eine Erwiderung auf die Angriffe gegen ihn und was er sonst auf dem Herzen hatte, in einer besondern Broschüre, aber an einem andern Orte mitzutheilen, wo ihm mehr zusammenhängender Raum gegeben werden kann. Wir wollen dann seiner Zeit über diese Schrift und ihr erscheinende Ansicht in allen Offenheit aussprechen. d. R.

Digitized by Google

so würde man 290,000 englische Seeleute und ihre Familien an den Bettelstab bringen; schon jetzt dienten 150,000 (!) Engländer in der Flotte der Vereinigten Staaten; was würde man erst nach Abschaffung jener Gesetze erleben!

## Frankreich.

Paris, 9. Febr. Die Anfangs ziemlich einförmige und schläfrige Debatte über die Reformbewegung fing gestern an sich zu beleben, und sie wurde für Ingenblicke sogar zu einem wahrhaften parlamentarischen Sturme. Hr. Leon de Malleville eröffnete die Sitzung mit einer Vertheidigung der Rechtmäßigkeit der Reformversammlungen. Er suchte zu beweisen, daß das Verbot politischer Versammlungen überhaupt dem Geiste einer freien Verfassung zuwider sei, und er erinnerte daran, daß Hr. Guizot selbst in mehreren Schriften das Recht der Berathung über öffentliche Angelegenheiten als einen wesentlichen Bestandtheil oder Ausfluß des konstitutionellen Staatswesens für das Volk in Anspruch genommen habe. Von der ministeriellen Presse sei freilich in neuester Zeit eine ganz entgegengesetzte Lehre aufgestellt, und namentlich habe sich das J. d. D. durch seine Beweisführungen gegen die Reformversammlungen und deren Theilnehmer hervorgethan; „allein, fügte der Redner hinzu, Sie wissen, was diese Beweisführungen werth sind und die Minister wissen, was sie kosten." Dieser Ausfall gegen die Käuflichkeit des J. d. D. wurde mit schallendem Gelächter aufgenommen. Der Minister des Innern, Hr. Duchatel, übernahm es, Hrn. Malleville zu antworten. Er berief sich, um die Befugniß der Regierung, politische Versammlungen zu verbieten, zunächst auf ein Gesetz vom 1790, welches allerdings entschieden ist, wenn es überhaupt noch als in Kraft bestehend angesehen werden kann. Jedenfalls ist es weniger beleidigend für den öffentlichen Verstand, ein veraltetes Gesetz anzuziehen als, wie dies in der heutigen Sitzung durch den Justizminister geschah, sich darauf zu berufen, daß die Charte von 1830 die Reformversammlungen nicht ausdrücklich erlaubt, worauf denn auch ganz passend erwidert wurde, daß die Charte auch das Athemholen nicht unter den Rechte des französischen Volks aufzähle. Weiter bemies Hr. Duchatel, daß die Befugniß, politische Versammlungen und Feste zu verbieten, von der Regierung zu jeder Zeit ausgeübt worden sei, namentlich während der verschiedenen Ministerien des heutigen Führers der Opposition, des Hrn. Thiers. Hr. Duchatel führte eine ganze Reihe von bestimmten Fällen an, in welchen Hr. Thiers von dem Rechte Gebrauch gemacht, Versammlungen zu verbieten, von denen man Gefahr für die öffentliche Ruhe befürchten könne. Dies Recht, fügt er hinzu, sei übrigens auch ein so wesentliches Attribut der Regierungsgewalt, daß die Opposition selbst durch den Mund des Hrn. Malleville es anerkannt habe. Freilich wolle Hr. Malleville dasselbe auf Versammlungen beschränken, die an öffentlichen Orten abgehalten werden, allein jeder Ort, zu welchem Jedermann mittelst Zahlung Zutritt erhalte, sei eben ein öffentlicher, und die Regierung habe in diesem Sinne die von der Opposition gegegenen Gesetze nicht ein Mal überschritten. Nachdem der Minister geendet, erhob sich Hr. Odilon Barrot. Er fühle sich tief gedemüthigt, begann er, daß er 17 Jahre nach der Julirevolution für eine Freiheit in die Schranken treten müsse, welche selbst die Restauration in ihren schlimmsten Tagen nicht anzutasten gewagt habe, für die Freiheit des Volks sich zu versammeln und seine Anliegen zu berathen. Es bedarf kaum der Bemerkung, daß es mit diesen Worten nicht gar zu genau zu nehmen ist, daß der Redner zu Ehren der Restauration vielmehr einen einzelnen Fall als die Regel darzustellen suchte. Hr. Odilon Barrot führte aus, wie das Recht des Volkes, sich zu versammeln und über die Anliegen des Gemeinwesens zu verhandeln, im innigsten Zusammenhange stehe mit dem Principe des Repräsentativstaats, dessen Kern und Wesen ja die Oeffentlichkeit, die Oeffentlichkeit, die Theilnahme aller Bürger an den politischen Angelegenheiten des Landes sei. Und einen so wesentlichen Bestandtheil des konstitutionellen Lebens wolle man abhängig machen von dem Gutdünken der Polizei! Freilich arte in Frankreich jede Sache sehr leicht in eine Polizeifrage aus, sodaß man ja nicht einmal gemeinschaftlich zu Gott beten könne ohne die Erlaubniß der hohen Obrigkeit. Der Chef des Ministeriums habe indessen nicht immer jene Ansicht gehabt, kraft deren man jetzt die Reformversammlungen verbiete. Nicht blos in den Zeiten, wo Hr. Guizot selbst in der Opposition gewesen, sondern auch in einem Augenblicke, wo er die Regierungsgewalt in Händen gehabt wie heute, habe er sich mit Entschiedenheit für das Recht der Volksversammlungen ausgesprochen. So habe er namentlich im Jahre 1830 in den stürmischen Tagen, welche der Julirevolution gefolgt, auf der Rednerbühne gesagt: „Wenn die Bürger das Recht haben, sich zu versammeln und ihre Angelegenheiten zu besprechen, so ist es gut, daß sie Gebrauch davon machen (Aufregung in der Kammer), und ich werde dieses Recht niemals bestreiten (neue Bewegung), werde niemals dem edlen Antriebe entgegentreten, welcher die Bürger drängt, einander ihre politischen Ideen und Empfindungen mitzutheilen." Hr. Odilon Barrot sprach noch lange fort, viel zu lange, so daß der starke Eindruck, den der Anfang seiner Rede gemacht hatte, zuletzt beinahe ganz verloren ging in der Ermüdung und Abspannung der Zuhörer. Der Redner wurde in der zweiten Hälfte seines mehrstündigen Vortrages so laut und so häufig unterbrochen, daß die ihm dafreundeten Blätter bittere Klage führen, weniger über die Unterbrechungen der ministeriellen Partei als über die Theilnahmslosigkeit der Opposition, welche denselben nicht mit Macht entgegengetreten sei, ein sicheres Zeichen, daß Hr. Odilon Barrot die Geduld und den Antheil aller seiner Zuhörer erschöpft hatte. Damit beging Hr. Odilon Barrot einen Fehlgriff, der den französischen Politikern überhaupt nur gar zu geläufig ist, und dessen Wiederholung nach einer gewissen Seite hin die „Presse" mit folgenden Worten vortrefflich schildert. „Durch den Mißbrauch der Rede, sagt das genannte Blatt, verlieren auch die Thatkräftigsten die Kraft zum Handeln. Man bildet sich ein, Alles gethan zu haben, wenn man Alles gesagt hat. Und man wundert sich, daß das Kabinet acht Jahre dauern können! Aber wodurch wird es denn gerettet, so oft es in Gefahr ist? Durch die Diskussion. Und wenn es sich durch seine eigenen Handlungen selber zum Wanken gebracht, wodurch befestigt es sich wieder? Durch seine Reden. Durch seine Vertheidigung! Weiß es also seine Unfolgsamen wieder gut zu machen. Deshalb hält und erklärt sich Hr. Guizot für unüberwindlich. Er hat Recht. Er wird unüberwindlich sein, so lange man ihn nicht ernstlich angreift, so lange man Wettkämpfe auf der Rednerbühne mit ihm anstellt, wo alle Vortheile auf seiner Seite sind: eine erprobte Stimmenmehrheit, eine Sprache, die ihrer selbst sicher ist, eine Beredsamkeit, die vielleicht erreicht, aber nimmermehr übertroffen werden kann."

In Toulouse wird in diesem Augenblicke ein Proceß verhandelt, der Alter Augen auf sich zieht und mächtige Parteileidenschaften in Bewegung setzt. Es handelt sich um eins jener Verbrechen, durch welche die durch verschiedene Verhältnisse und widersinnige Gesetze beleidigte Natur sich rächt. Ein Schulmeech, Namens Lesnade, steht vor den Assisenschranken unter der Anklage, ein junges Mädchen von 14 Jahren geschändet und dann ermordet zu haben. Die gegen ihn vorliegenden Indizien sind so stark, daß seine Schuld keinen Augenblick zweifelhaft sein kann. Aber der Angeklagte läugnet, und die ganze Clerisei, welche wie gewöhnlich die Sache eines ihrer Mitglieder als die Sache der gesammten Körperschaft behandelt, steht ihm mit ihrem offenen und heimlichen Einflusse zur Seite. Wird es diesem Einflusse, der bekanntlich im südlichen Frankreich noch immer sehr mächtig ist, gelingen, das konfuriete Haupt zu retten? Fast konnten wir es wünschen.

Paris, 10. Febr. Die politische Welt befindet sich in Folge der gestrigen Sitzung der Kammer in einer großen Aufregung. Da es uns an Zeit zu einem umständlichen Berichte über dieselbe fehlt, so bemerken wir vorläufig nur, daß Hr. Odilon Barrot den Justizminister vorwarf, daß er mit herausfordernden Worten über Petitionen und Bevormet herausgehe. Diese Worte erregten einen so gewaltigen und anhaltenden Sturm, daß jede regelmäßige Debatte für diesen Tag unmöglich wurde und der Präsident die Sitzung aufheben mußte. Die Stimmung in der Kammer ist so gereizter, daß es nicht unglaubwürdig scheint, wenn versichert wird, die sämmtlichen Abgeordneten, welche an Reformschmäusen theilgenommen haben, etwa hundert an der Zahl, sein entschlossen, ihr Mandat niederzulegen und Berufung an ihre Wähler einzulegen, wenn der Satz der Adresse angenommen werde, welcher der Reformbewegung „blinde und feindliche Leidenschaften" unterschiebt.

Alle Offiziere der Armee von Afrika und der Garnisonen des südlichen Frankreichs haben vom Kriegsminister den Befehl erhalten, ihren Urlaub abzukürzen und sich sogleich zu ihren Korps zu begeben. Das Marinedepartement hat den Befehl, in Toulon, Brest Lorient u. das Material zur Einschiffung von 35,000 Mann bereit zu halten. Es scheint, daß man sich auf alle möglichen Fälle in Etaten gefaßt halten will.

Der Fürst Czartoryski erklärt heute im J. d. D., daß sein Sohn allerdings nach Italien abgereist sei, daß er jedoch keinen Auftrag vom Könige von Sardinien erhalten habe, um in seinen Dienste zu treten. Er bemerkt indessen, daß sein Sohn sich durch einen solchen Antrag sehr geehrt gefühlt und ihn dankbar angenommen haben würde.

Digitized by Google

**Motion des Abg. Kaffermann über die Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestage.**

Es steht schlecht um die Gemeinde, beßen Bürger nur Theilnahme fühlt für das, was die Mauern seines Hauses umschließen, es stünde schlecht um Baden, wenn der Patriotismus der Gemeinden nicht über die Grenzen ihrer Gemarkungen reichte, und gut steht es nur dann um Deutschland, wenn die Vertreter der einzelnen Länder auch ein Herz haben für das gemeinsame Vaterland.

Es waren trübe Zeiten, da reaktionäre Staatsmänner den Ständen deutscher Bundesländer die Kompetenz für allgemeine vaterländische Angelegenheiten absprechen wollten.

Die Geschichte wird es traurend erzählen, daß nach deutscher Einheit zu streben dem Einen für unpraktisch, dem Andern für Verbrechen galt.

Aber diese Zeit ist überwunden. Was Allen klar, ist auch dahin gedrungen, wo man leider oft dann erst sehend wird, nachdem man diejenigen verfolgt hat, die es vorher gewesen.

Auch die Kabinette erschließen sich dem Rufe nach Einheit nicht mehr, und wer eine Hoffnung nährt für die deutsche Zukunft, der knüpft sie an die jetzigen Bestrebungen für Gemeinsamkeit. Die trockenen Gegenstände des Postwesens, des Wechselrechts sind zu geschmackten Herolden einer beßern Zeit geworden. Der Genius deutscher Geschichte scheint endlich einen neuen Flug zu nehmen. Wir würden unsere Pflicht an diesem Ort nicht thun, wollten wir ihm nur mit unsern Blicken folgen.

Lassen Sie uns dafür auch wirken nach unsern Kräften.

Wollen wir dies aber, so müssen wir vor Allem uns freihalten von dem alten Fehler deutscher Art, so darfen wir in einem augenblicklichen freiwilligen Zusammenwirken deutscher Fürsten nicht schon die Bürgschaft finden für die Zeiten der Prüfung, so darf uns das Gelingen in einer politisch-sittlichgiltigen Sache nicht in die gurmüthige Täuschung wiegen, nun sei das Vaterland der Einheit gewiß, die auch in den Lebenstragen einer Nation, in den eigentlich politischen, keinen Zwiespalt duldet.

Wir müssen mitten in der Freude über das Beginnen doch nüchternen Sinnes fragen, ob ein Kongreß, den jedes deutsche Kabinet ebensowohl beschicken als unbeschickt lassen kann, eine Bürgschaft der Einheit beißen mag, oder nicht vielmehr gerade der Beweis ist, wie diese Einheit bloß auf dem guten Willen des Augenblicks beruht. Wir müssen fragen, ob da die Einheit gesichert ist, wo es dann erst wieder von dem guten Willen einer Reihe einzelner Standerversammlungen abhängt, ob das auf dem Kongreß Beschlossene auch wirklich zu einem gemeinsam deutschen Gesetze wird — und endlich drängt sich bei den Erfahrungen unserer Zeit die Frage auf, ob ein Kongreß, eine Versammlung, auf welcher nicht auch die Nation vertreten ist, eine Institution darstellt, durch welche ein Volk sich zu politischer Größe zu erfaulen vermag.

Deutschland besaß in seinem Reichstag, in seinen beiden Reichsgerichten, in seinem Kaiser stärkere Bande der Einheit als jetzt in der Bundesversammlung, und sie hat dennoch bei dem Anstoße eines kräftigen Nachbard. Die jetzige politische Organisation Deutschlands läßt die warmsten Vaterlandsfreunde, gerade die denkenden geschichtkundigen Männer nur mit banger Besorgniß in die Zukunft blicken, und wer seinem Vaterlande eine lebendige Entwicklung zu Größe und Macht ersehnt, dessen Hoffnung erstirbt bei dem Hinblick auf die gegenwärtige Verfassung Deutschlands. Und in der That, wenn es Lobredner gibt für russische Absolutie, weil sie die willfährigsten Werkzeuge zu raschem Handeln in eine unumschränkte Hand liefert, — wenn die konstitutionelle Monarchie ihr Musterbild in der englischen Verfassung verehrt, unter welcher Großbritannien zur Herrscherin in allen Zonen geworden, — wenn Andere die republikanische Regierungsform als diejenige preisen, welche allein den Anforderungen der Vernunft entspreche, — wenn diese weitesten Abstufungen alle ihre Vertheidiger finden, wenn die Geschichte für jede derselben Beweise des Erfolgs gewährt, so ist doch eine Staatsform wie die deutsche Bundesverfassung noch von keiner Schule als Muster aufgestellt worden, und die Geschichte zeigt von ihr nur schlechte Früchte auf. (Nachdem der Redner durch eine Reihe von geschichtlichen Beispielen aus alter und neuer Zeit die Unhaltbarkeit und Gefährlichkeit loser Staatsformen nachgewiesen, wendet er sich zur deutschen Entwicklung selbst zurück und fährt fort:)

Der allmählige Untergang der kaiserl. Herrlichkeit und die Auflösung des Staatenbunds in Körperschaften, in fürstliche, ritterliche und städtische Autonomien gehen gleichen Schritt miteinander. Noch einmal am Schlusse des 15. Jahrhunderts regt sich der lebendige Trieb, eine festere und straffere Form zu finden für die lose verknüpften Theile.

Diesmal ist es nicht der Kaiser, sondern jene buntzusammengesetzte im Ganzen schwer bewegliche Maschine des Reichstags, die als die letzte Erbschaft der monarchischen Einheit, als einziger Ausdruck eines gemeinsamen Staatsinteresses, noch übrig geblieben war.

Der Reichstag nimmt diesmal die großen Fragen der politischen Reform in die Hand. Eine gemeinsame Entwerfung des Rechts, gemeinsames Recht und Gericht, gemeinsame Besteurung sind die großen Forderungen jener Zeit, aber ohne Erfolg: der schwerfällige Mechanismus versagte die Kraft der Ausführung. So versank die Centralgewalt in völlige Ohnmacht.

13,884.32 Gulden bezog zuletzt das Oberhaupt des deutschen Reichs und diese Wohlfeilheit ist uns theuer zu stehen gekommen. Deutschland, wie es durch den westfälischen Frieden ward, wie es sich gegen Ludwig XIV. zeigte, das Reich wie es zur Zeit Friedrichs II. und der franz. Revolution geworden war, sind furchtbare Zeugnisse für die Beverderblichkeit unvollkommener Staatsformen. Die Erneuerung des Abreinbundes bewies zuletzt, daß die deutsche Verfassung die Stunde der Prüfung nicht überstehen konnte.

Die Einsicht ward mit Blut erkauft und feierlich vor Gott gelobt, man werde sie nutzen, der Neubau soll nun „im ureigenen Geist" der Nation als ein herrliches Gebäude aufgeführt werden, unter dessen Säulendach es sich freudig und sicher wohnen lasse.

Und was ist aus dem Bau, nachdem er vollendet, geworden? Er ist noch schwächer als der alte: an die Stelle eines politischen Bundes staats trat ein völkerrechtlicher Staaten bund. Ein Reichsoberhaupt, ein Reichsgericht sind verschwunden, und das einzige Band politischer Einheit ist eine Versammlung zu Frankfurt, die selbst nach zwölf Jahren nicht vollbringt, was schon in der ersten Zusammenkunft zu geschehen gelobt war. Thätigkeit im Unterdrücken aller freiheitlichen Regungen, Unthätigkeit im Fördern des Gemeinsamen der Nationalwünsche und Bedürfnisse, das sind bisher, Niemand kann es läugnen, ihre Hauptcharakterzüge gewesen.

Sie, die verfügen will über die theuersten Güter einer Nation, sie weist die Bitten des Volks zurück, erklärt das Einreichen von Adressen für „eine Anmaßung" (21. Oktbr. 1831), verbietet durch förmlichen Beschluß alle Gesammtpetitionen, die an sie gerichtet werden wollen.

In Dunkel hüllt sie sich, gebietet strenges Geheimhalten, faßt Beschlüsse, zu denen kein deutscher Minister sich in öffentlicher Versammlung zu bekennen wagt, und gleicht so in all ihrem Thun einer schweren Wolke über einer fruchtbaren Ebene gelagert, nach der Landmann hoffend blickt, sie werde ihren Schooß segnend öffnen, seine Saaten zu erquicken, die aber nur verheerende Blitze entsendet und die Hoffnung auf Ernte vernichtet.

Meine Herren, wem von Ihnen ist nicht schon die Frage gekommen, welchem Denkenden kann man die Frage verübeln, ob eine solche Versammlung einer gebildeten Nation Gesetze geben darf? Für unsere deutschen Zustände gibt es nur zweierlei Staatsformen, wovon entweder die eine oder die andere herrschend sein muß, die aber, weil in ihren ersten Grundsätzen verschieden, nie in ein Mittelding verschmolzen können, ohne die Freiheit im Innern und die Achtung nach Außen zu untergraben. Diese beiden Staatsformen sind der völkerrechtliche Staatenbund und der politische Bundesstaat.

Der erstere vereinigt souveräne Staaten zu einem Bunde gegen Außen; Er ist kein Staat, sondern ein Verein von Staaten. Sicherheit der äußern und innern Grenzen ist sein Zweck und seine Wirksamkeit im Innern kann höchstens eine wohlthätige sein, wo sie sich z. B. auf die Besahrung der Flüsse wendet, weil diese verschiedene Länder durchströmen, oder auf die Post, weil diese Anstalt ihrer Natur nach eine gemeinsame sein muß, oder auf ähnliche gemeinschaftliche Einrichtungen.

Für einen solchen völkerrechtlichen Bund genügt eine Versammlung von diplomatischen Vertretern — aber über die Rechte des Volks, über die innern Angelegenheiten der einzelnen Staaten kann diese keinerlei Gewalt haben. Und wie könnte sie auch? Wie sollte es gestehen dürfen, daß fremde Fürsten über eigene Rechte entscheiden? Läßt doch Niemand selbst über seine Knechte durch einen andern Herrn verfügen, wie sollte ein Fürst über seine Unterthanen durch Andere verfügen lassen! Selbst ein Sklave hängt doch nur von dem Willen seines Gebieters ab, und wir sollten von dem Willen fremder Regenten abhängen müssen! Und zudem stimmen in der Versammlung, die uns Gesetze gäbe, die alten Gegner Deutschlands, Niederland und Dänemark!

Digitized by Google

Eine gesetzgebende Gewalt über ein in Stämme getheiltes Volk ist nur denkbar im Bundesstaate. Nicht ein Verein von Staaten, sondern selbst ein Staat muß gebildet sein, wenn auch die Rechte der Völker, ihre Gesetze und politischen Einrichtungen Gegenstand gemeinsamer Berathungen sein sollen.

Nur ein Bundesstaat kann rechtlich Beschlüsse fassen, wie die Bundesbeschlüsse von 1819 und 1834, nur ein Bundesstaat darf aussprechen über die Freiheit der Presse, die Einrichtungen der Universitäten, über die Entwicklung der Gerichtsverfassung, die Oeffentlichkeit landständischer Verhandlungen, über Freiheit der Personen. Nur wo wir mitrathen, wir auch mitthaten.

Welcher dieser beiden Staatsformen gehört nun Deutschland an?

Lange schwankte die Wahl, als man zu Wien das gerettete Land neu gestaltete.

Die edelsten Patrioten, wie ein Freiherr von Stein, schlugen einen Bundesstaat mit reichsständischer Verfassung als die festere Regierungsform vor. Im December 1814 und im Frühjahr 1815 verlangen zuerst 29, dann 34 souveräne Fürsten und freie Städte eine Vertretung des Volks am Bundestage und einen Kaiser an der Spitze des Bundes, wie denn auch schon die Proklamation von Kalisch „die Wiederkehr eines ehrwürdigen Reichs" verheißen hat. Ebenso erklären sich die preuß. Cnwürfe vom 13. Sept. 1819 für Vertretung beim Bunde, für ein Bundesgericht und ähnliche Einrichtungen eines Bundesstaates.

Aber schon hatte der Wiener Kongreß zu lange gedauert, die dankbare Erinnerung an das, was in der Zeit der Noth allein ausgerecht, war geschwächt, die besten Vorsätze waren schon erloschen und für eine großherzige Hingabe des Einzelninteresses an das große Allgemeine war kein Entschluß mehr vorhanden. Die Eifersucht für die besondere volle Souveränität überwog, und der Kongreß beschloß, nicht die Errichtung eines deutschen Bundesstaates, sondern eines deutschen Bundes, den die Wiener Schlußakte in ihrem ersten Artikel zur größern Deutlichkeit als „einen völkerrechtlichen Verein der deutschen souveränen Fürsten und freien Städte" erklärt, und von dem sie in ihrem zweiten sagt, er sei eine Gemeinschaft selbständiger und unter sich unabhängiger Staaten", die nur „in ihren äußeren Verhältnissen als eine in politischer Einheit verbundene Gesammtmacht" erscheine.

So sagt auch Klüber (S. 2-2) „der deutsche Bund ist kein Staat, sondern ein Staatenverein. Er hat als solcher keine Staatsregierung. Nur die Bundesgenossen sind mit Staatsregierungen versehen", und selbst noch am 19. Dec. 1819 muß der Bundestagsbeschluß wegen Schadloshaltung der Bundesversammlung anerkennen „die Achtung vor dem jedem Bundesstaate gebührenden Rechte, seine innern Angelegenheiten nach eigener Einsicht zu ordnen."

Weil aber hiermit bloß das Verhältniß der Staaten unter sich, nicht aber das des Volks zu den Regierungen festgestellt worden, während man sich doch bewußt war, dem deutschen Volke Freiheit und Unabhängigkeit als Preis des blutigen Kampfes feierlich zugelobt zu haben, so besorgte man einen allzuschlimmen Eindruck, wenn die Bundesakte, auf die man Deutschland harrte als auf die Erfüllung heiliger Versprechungen, von den Rechten der Völker gar Nichts enthalten würde. Man hielt es daher für geboten, in dieser Akte gewisse Rechte zuzusichern, welche von den Fürsten ihren Unterthanen jedenfalls gewährt werden mußten und diesen die einzigen werden dursten. Durch die Aufnahme solcher Zusicherungen (in den bes. Abschnitt II.) hat aber die Bundesakte keineswegs ihren Charakter als nie eines bloß völkerrechtlichen Vertrags preisgegeben. Um darüber auch jeden Zweifel zu entfernen, bestimmt der Art 53 der Schlußakte auf das Genauste, zu welcher Art von Wirksamkeit die Aufnahme dieser Rechte in die Bundesakte der Bundesversammlung allein berechtigen soll. Der Art. 53 sagt: „die durch die Bundesakte den einzelnen Bundesstaaten garantirte Unabhängigkeit schließt zwar im Allgemeinen jede Einwirkung des Bundes in die innere Staatseinrichtung und Staatsverwaltung aus. Da aber die Bundesgesetze sich in dem zweiten Abschnitt der Bundesakte über einige besondere Bestimmungen vereinigt haben, welche sich theils auf Gewährleistung zugesicherter Rechte, theils auf bestimmte Verhältnisse der Unterthanen beziehen, so liegt der Bundesversammlung ob, die Erfüllung der durch diese Bestimmungen übernommenen Verbindlichkeiten, wenn sich aus hinreichend begründeten Anzeigen der Betheiligten ergibt, daß solche nicht Statt gefunden haben, zu bewirken."

Also, wie Sie sehen, meine Herren, ist die einzige Befugniß, welche der deutsche Bund sich in Bezug auf politische Rechte des Volkes zugestanden, die, darüber zu wachen, daß den Angehörigen keines Staates diese Rechte vorenthalten bleiben. Zu Gunsten des Volks ist diese Bestimmung aufgenommen. Gegen Regenten, welche sämmig wären in Erfüllung der gegebenen Verheißungen, sollte am Bundestage Hilfe gefunden werden können. Nicht der Freiheit, sondern der Willkür sollte hier eine Schranke gezogen sein. Diejenige, was den Völkern zum Mindesten gewährt werden musste, ein Minimum wurde festgesetzt, davon etwa, daß ein Bundesstaat eine gewisse Schranke der freiheitlichen Entwicklung nicht überschreiten dürfe, eine Grenze hiefür, ein Verbot dieser Art findet sich in der ganzen Bundesakte auch nicht als leiseste Spur.

Dies, meine Herren, ist der Grundcharakter der Bundesakte. Lassen Sie mich als Bestätigung dieser Auffassung noch die Worte Klüber's anführen. Er sagt (S. 239): „Ueber die Unterthanen der Bundesgenossen hat der Bund, da er mit ihnen nicht in Staatsverbindung steht, keine Art von Staatsgewalt, namentlich keine gesetzgebende und oberrichterliche. Doch ist die Handhabung eines fortwährenden Rechtszustandes auch für die Unterthanen der Bundesglieder von dem Bunde festgesetzt, und von ihren Regierungen eine positive Verpflichtung dazu auch gegen diesen eingegangen.

Es sind in dem zweiten Abschnitte der Bundesakte verschiedene einzelne Rechtsverhältnisse für sie durch den Bund begründet oder namentlich gesichert. Die Erfüllung aller dieser Verpflichtungen können die Unterthanen insgesammt oder einzeln, namentlich die Landstände, bei der Bundesversammlung fordern."

Wenn wir nun aber, nach 33 Jahren, auf die Handhabung dieses Grundverteags zurückblicken, wie staunen wir über die Unkehrung der Grundsätze bei derjenigen Behörde, deren Schreite, wie die Sitzungsakte der heil. Allianz sagt, nur von den Vorschriften der christlichen Religion, der Gerechtigkeit und der Liebe geleitet werden sollen; die, wie der österreichische Bundestagsgesandtschaftsgesandte bei Eröffnung der Bundesversammlung feierlich erklärte, „die freie öffentliche Meinung der Nation zum Leitstern ihrer Berathungen" machen und „das Nationalbedürfniß" zu erfüllen als ihre erste Pflicht erkennen wollte.

Die in Karlsbad verabredeten Beschlüsse, in Frankfurt zu Bundesbeschlüssen erhoben, kennen Sie.

Die schon während der Befreiungskriege, so namentlich von Blücher am 23. März 1813 bei seinem Einmarsch in Sachsen verkündete freie Presse ward unterdrückt, nachdem sie doch der Herzog von Weimar noch kurz vorher förmlich in seine Verfassung aufgenommen und der deutsche Bund sie garantirt, damit alles ihre Verträglichkeit mit der Bundesakte erklärt hatte. Gegen Universitäten, Gymnasien und Schulen, ja gegen die dabei angestellten Lehrer wurden Maßregeln verabredet; eine Centraluntersuchungskommission wurde niedergesetzt, den Fürsten Schranken vorgezeichnet bei Erfüllung des Art. 13 der Bundesakte und nach Errichtung einer Ersturnsordnung wurde die Bundesversammlung für die höchste und oberste gesetzgebende Gewalt erklärt. Noch weiter gehen die Bundesbeschlüsse von 1832, welche nicht allein öffentliche Versammlungen verbieten, sondern, selbst in die einzelnen Verfassungen eingreifend, das Steuerbewilligungsrecht der Stände beschränken, Budgetverweigerung für Anfrnhr erklären und der Bundesversammlung das Recht zusprechen, jeden Bundesstaat militarisch besetzen zu lassen, auch wenn dessen Regierung nicht darum nachsucht.

Ein vollständigerer Umsturz des Bundesvertrags ist nicht denkbar. Die Bundesstaaten verlieren einen wichtigen Theil ihrer Souveränetät und aus dem völkerrechtlichen Verein wird eine Behörde, die sich in die innersten Angelegenheiten der Staaten, in die Einrichtung der Schulen, in die Gesetzgebung der Presse, in die Gerechtigkeitspflege mischt; es wird eine oberste gesetzgebende Gewalt daraus, die ihre Beschlüsse auch gegen den Willen der einzelnen Staaten mit Waffenmacht durchsetzt. Und doch heißt es im Art. 4 der Schlußakte: „Die zu fassenden Beschlüsse dürfen mit dem Geiste der Bundesakte nicht im Widerspruch stehen, noch von dem Grundcharakter des Bundes abweichen!" Dieser Artikel erklärt somit die gefaßten Bundesbeschlüsse geradezu für ungiltig. Doch Worte lassen sich deuten. Schon der Sophist Trasimachos behauptete gegen Sokrates: „gerecht sei, was den Mächtigeren nützt". Wer die Gewalt besitzt, findet leicht ein Wort für ihre Anwendung. So auch der Bundestag: er nimmt seine Macht und der Deutung eines Worts. Weil der Art. 2 der Bundesakte den Zweck des deutschen Bundes neben der Erhaltung der äußeren auch in die der „innern Sicherheit" Deutschlands setzt, so wird erklärt, Alles, was diese innere Sicherheit bedinge, gehöre zur Befugniß der Bundesversammlung. Statt unter „innerer Sicherheit" die Sicherheit der innern Grenzen, die Verhü-

Digitized by Google

tung des Bundeskrieges zu verstehen, dessen Verheerung Deutschland in den letzten drei Jahrhunderten und noch in den Napoleonischen Kriegen so tief empfunden hatte, wollte man nun die Sicherheit in dem Innern der einzelnen Bundesstaaten selbst darunter verstanden wissen. Der Widerspruch solcher Auslegung mit dem klaren Sinn und Wortlaut der ganzen übrigen Bundesakte würde uns schon hinreichend sagen, daß sie falsch ist, wenn nicht die Verhandlungen des Wiener Kongresses über die Redaktion dieses selben Ausdrucks zum Ueberfluß noch den letzten Zweifel hinwegnähmen. Statt der Worte „der äußern und innern Sicherheit Deutschlands", wie sie jetzt der Art. 2 der Bundesakte enthält, hieß es im Entwurf: „Erhaltung der Selbständigkeit, der äußern und innern Sicherheit ..... der deutschen Bundesstaaten." Hiergegen aber erinnerte in der nun folgenden ersten Sitzung der holsteinische Gesandte, Graf Bernstorff, daß zu die innere Sicherheit der deutschen Bundesstaaten gar nicht zu den Zwecken des deutschen Bundes gehöre; und auf diesen Einwand hin wurde, um jede Zweideutigkeit auszuschließen, statt der „äußern und innern Sicherheit der deutschen Bundesstaaten" die jetzige Fassung gesetzt: „äußere und innere Sicherheit Deutschlands".

Wohin auch würde die von Hrn. v. Gerz erfundene Auslegung führen, wenn sie Geltung erhielte?

Wie ließen sich nicht an diesem Faden die ehnerstien Rechte aus den Verfassungen der einzelnen Länder herausziehen! Was gebe es noch im ganzen Bereiche der innern Staatsverwaltungen, das nicht mit der Erhaltung von Ruhe und Sicherheit in Verbindung stände!

Aber, fragt man von einer Seite, wie soll das Ziel nach einer Einheit Deutschlands erreicht werden, wenn der Centralbehörde des deutschen Bundes die Macht abgesprochen wird, gemeinsam gültige Beschlüsse zu fassen? Welche Kraft kann ein Staatenverein entfalten, der doch machtlos sein muß, wenn jeder der 38, jetzt 37 Staaten, die ihn bilden, seine volle Souveränetät und Unabhängigkeit über? Wienerisg Bürgschaft der Dauer liegt in einem solch losen Zusammenhang einer Anzahl Länder und wieviel mehr in der gesetzgebenden Macht einer obersten Behörde? Ist das Interesse der Einheit, der Stärke nicht größer als das der einzelnen Unabhängigkeit und Freiheit? Und soll die Bundesversammlung nicht ebensogut die einzelnen Staaten durch ihre Beschlüsse binden können, wie z. B. die Eidgenossenschaft die Kantone? Wollt Ihr in deutschen Ständeversammlungen etwa einen deutschen Sonderbunde das Wort reden?

Diese Frage führt uns meinem Antrag näher. Ja, unserm Vaterlande thut ein einheitliches Regiment, ein fester Zusammenhalt Noth, als die Bundesakte will. Sowohl zur Sicherung der Zukunft, zum glücklichen Ueberstehen einer neuen Krisis, als auch zur friedlichen inneren Entwicklung bedarf Deutschland eines mächtigeren Mittelpunkts.

Sowenig ich eine vielleicht allzutrockene Auffassrichkeit gescheut habe, um nachzuweisen, daß nach bestehendem Rechte der Bundesversammlung keinerlei gesetzgebende Gewalt zusteht, so eifrig wünsche ich, daß ihr diese Gewalt verliehen werde. Nicht geschwächt wünsche ich sie, sondern gestärkt.

Also eine Aenderung der Bundesakte! wird man ausrufen. Allerdings mag ein solcher Antrag auch kühn erscheinen, aber seine Rechtfertigung sprach schon 1815 die Eröffnungsrede der Bundesversammlung in den Worten aus: „Die Zeit, die Kultur der Menschheit kennt keinen schlafenden Grundsatz; sie wollen auch wir das Gebäude des deutschen Bundes für heilig, aber nie für geschlossen achten." Und der preußische Minister, Graf Bernstorff, als er im November 1830 von seinem Könige zur Angabe der Mittel aufgefordert worden, um die bedrohte Ruhe im Innern von Deutschland zu erhalten, spricht davon, daß man die Zeit einer Krisis benutzen müsse, um die ungünstige Organisation des deutschen Bundes zu verbessern; und nachdem er geklagt, daß bis daher der Bundestag die Entwicklung wohlthätiger Grundsätze stets gehindert, schließt er mit dem Antrag auf einen neuen Bundesvertrag, auf die Verwirklichung einer konstitutionellen Bundesverfassung.

Aber nicht der Entschuldigung bedarf mein Antrag, die dringendste Nothwendigkeit fordert ihn. Wie die Sachen jetzt stehen, gibt es gegenüber der Bundesformel: „die souveränen Fürsten und Städte haben sich dahin geeinigt, daß dieses oder jenes geschehe", keinerlei Recht.

Wird hingegen der Geist der Bundesakte, die ursprüngliche Absicht des Grundvertrags, angerufen, so erklärt der Bundestag, er allein habe die Akte auszulegen, und wird so, nein, ward bereits zum unumschränkten Herrscher über Deutschlands Völker.

Ist aber Unumschränktheit der Bundesversammlung der Preis, um den die Throne gerettet worden? Ist dies der Ausspruch des „ureigenen Geistes", aus welchem die Proklamation von Kalisch „ein ehrwürdiges Reich" herstellen will? Ist das „der rechtliche Zustand", der an die Stelle der Willkür treten soll, und von dem ein Bundesbeschluß selbst sagt, daß nur um eines solchen Zustandes willen „die Länder ihren rechtmäßigen Regenten mit dem Rute der Völker zurückerobert worden"? Ist das die Erfüllung der Verheißung vom 25. März 1813, nach welcher „die Gestaltung Deutschlands den Fürsten und Völkern anheimgestellt bleiben sollte"?

Aber sowie ein solcher Zustand ein rechtloser, so ist er auch ein schädlicher, ein gefährlicher.

Lassen Sie mich die Wahrheit sagen: Deutschlands oberste Behörde hat kein Vertrauen im Volke.

Tief beklage ich einen solchen Zustand. Einen gefährlicheren kann es für einen Staat nicht geben. Er ist ein Nationalunglück.

Aber wer will dem Gesammtgefühl eines Volkes Unrecht geben? Wen allein kann man anklagen, wenn alles Erfreuliche, Alles, was nur einen Keim von Hoffnung birgt, wie ein Zollverein, eine Münzkonvention, ein Wechsel- und Postvertrag nicht von dieser Behörde verwirklicht worden, die dagegen den Umsturz einer Verfassung gutheißt, Wiener Beschlüsse faßt, den Wohlstand der Nation durch einen erdrückenden Militäraufwand gefährdet und doch zur Stunde nicht einmal die Kraft besitzt, dem Feinde deutscher Nationalität ein dänisches Kommando über deutsche Bundestruppen zu verbieten!

Eine Nation, wenn sie sich zu Größe und Macht entfalten soll, muß an ihrer Spitze einen obersten Führer, eine Regierung haben, die stark ist durch das allgemeine Vertrauen, welcher die Besten mit Hingebung folgen, mit welcher die Nation steht und fällt.

Die Zeiten sind vorbei, wenn sie je da waren, wo man von einem angestammten Vertrauen, von einer angeerbten Liebe sprechen konnte.

O, lasse man sich nicht täuschen. Noch am 27. Juli wird es Karl X., und am Morgen des Schloßbrandes zu Braunschweig dem Herzog Karl nicht an Versicherungen unerschütterlicher Ergebenheit gefehlt haben. Aber das Volk hatte kein Herz für sie und freute sich des Umschwungs. Sie wußten, die Herzen des Volks zu erobern wie der beste Dienst, den ein Freund ihnen erweisen konnte, und doch hatte ein falscher Freund Strafe statt Belohnung gefunden.

Und wie bei uns?

Ist es nicht so wahr als traurig und beschämend, daß 1830 die dreifarbige Fahne in jedem deutschen Dorfe wäre mit Jubel empfangen worden? Gibt es einen sachbarreren Abgrund, als den Zustand der öffentlichen Meinung, der von einem fremden Volke Befreiung hofft?

Und jetzt? Wenn auch auf dem Auslande die Hoffnung nicht mehr steht, lesen wir nicht in dem Bund otagsprotokoll selbst die Klage, „daß das Volk Aufrührer nicht als Verbrecher ansehen will" daß die Stimmung des Volks „dem Umsturz günstig" ist? und gesteht nicht ein amtlicher Bericht des Generalbehörde: „der Tod Louis Philipps würde ähnliche und vielleicht schlimmere Wirkungen in Deutschland hervorbringen als die Julirevolution", die Worte hinzufügend: „die Sache steht in mehrerer Hinsicht ungünstiger!" Und wenn nun so die Dinge stehen in Deutschland, wenn der Widerstand gegen Regierungsmaßregeln Einzelne wie Magistrate in der öffentlichen Meinung nur erhöht, wenn es genügt, v. n Oben verfolgt zu sein, um sogleich in der allgemeinen Theilnahme umgeben zu werden, und wenn von der besten Absicht für das Vaterland schon zu dem Mittel der Verzweiflung, zur völligen Zerspung aller Grundsätze bisheriger Moral geschritten wird — dann, dann ist es nicht gerechtfertigt, dann ist es geboten; einem crasten Zuruf zu thun, dann ist es hohe Zeit zur Umkehr.

Ja, zur Umkehr, zur eiligen Umkehr!

Denn der Geist, der bisher zu Frankfurt gewaltet, führt noch näher zum Rande des Verderbens.

Werfen wir einen Blick auf die Thätigkeit der obersten Behörde. Den Produkten des Geistes setzt sie Gewalt entgegen. Sie verbietet Bücher, ohne sie zu kennen.

Eine hohe Buchhandleranzeige genügt, um als Beweis der Gesetzwidrigkeit, Wo die österreichische Zensur selbst erklärt, „es ist nicht Zeit, das Buch erst konnten zu nehmen dann alle Gesandten für Unterdrückung" Zeitschriften werden verboten, ehe sie

Digitized by Google

erschienen sind, weil man nach der Abfassung der Ankündigung auf die Gesahrlichkeit schließt; ja Bücher, die noch gar nicht angekündigt, von ihren künftigen Verfassern noch gar nicht gedacht sind, werden schon vor ihrer geistigen Geburt vernichtet; ganze Verlagshandlungen werden unterlagt.

Als Verbrechen wird es der Presse (der badischen) angerechnet, daß sie sich auf die Vernunft und den gesunden Menschenverstand als auf eine Legitimation berufe.

Weil ein Blatt die Zustände der Schweiz glücklicher preist als die von Sachsen-Meinar, wird die Schärfe der Censur aufgeboten, und die hohe Versammlung freut sich der Versicherung der meiningenschen Regierung, daß sie es bei einer scharferen Censur allein nicht habe bewenden lassen. Ueber unglückliche politische Gefangene soll keine Zeitung mehr eine Mittheilung enthalten. Jede solche Mittheilung soll das Verbot des Blattes zur Folge haben. Alle der ehrwürdige Arndt in der Allg. Zeitung so warnend aussprach, Dänemark wolle die deutschen Herzogthümer mit Gewalt zu Dänen machen, nahm die Versammlung die Klage der dänischen Regierung willfährig auf und beruhigte sich erst, als der baierische Gesandte berichtete, seine Regierung habe Censor und Redaktion darüber zurechtgewiesen, daß sie des alten Arndt schwedische Worte nicht den Dänen zu lieb unterdrückt hatten, denselben Dänen zu lieb, die nachher durch ihre Censur den Bundesbeschluß selbst, Schleswig-Holstein betreffend, streichen ließen.

Das Urtheil über sich selbst aber fürchtet die Versammlung nicht minder und gebietet, seine Regierung soll „in Bundessachen überhaupt" andere als amtliche Mittheilung machen, und Rechtsgutachten in Bundessachen werden den Juristen-Fakultäten „ein für alle Mal untersagt." — Zur Bezeichnung der Art aber, in welcher politische Verbrecher verfolgt werden, selbst es völlig an dem parlamentarischen Ausdruck. Der Bundesbeschluß vom 18. Aug. 1836 prännmerirt förmlich auf ihn. Ihre Freisprechung und Freilassung ohne Einwilligung der Bundescentralbehörde wird den Gerichten der einzelnen Staaten untersagt, und selbst nachdem Weidig schon todt war, will man „denen nicht bestimmen, die das Geschehene vergessen wünschen," sammelt Inquisten gegen Jordan und klagt, daß die Gerichte „die Wichtigkeit des Gegenstandes nicht gehörig würdigen." Sind die Flüchtlinge auch aus ihrem Vaterland gestoßen, so will man doch genau wissen, wo die Unglücklichen in der Verbannung leben, und wer noch nicht politischer Flüchtling ist, der kann es werden, denn der Bundestag läßt sich ein Verzeichniß derjenigen aller derer, „die sich auch in allgemeiner Beziehung als staatsgefährlich bewiesen haben"!

Wo ein solcher Geist weht, da folgt eine edle Nation nicht nach, sie wendet sich ab; und auf einer Versammlung von Vaterlandsfreunden, die sich mit Ernst und redlichem Gewissen über die Frage beriethen, auf welchem Wege Deutschland sich zu einem bessern Zustande entwickeln könne, waren nur Einzelne, die da glaubten, der Weg könne doch noch durch die Bundesversammlung führen.

Wohl liegt auch ein anderer Weg vor uns, der zur Einheit führt, der Zollverein. Eine Vertretung beim Zollkongreß kann auf die Dauer nicht verweigert werden; Sachverständige beginnen bereits zu ahnen, daß sie sich auch in allgemeiner Beziehung als staatsgefährlich bewiesen haben"!

Wo ein solcher Geist weht, da folgt eine edle Nation nicht nach, sie wendet sich ab; und auf einer Versammlung von Vaterlandsfreunden, die sich mit Ernst und redlichem Gewissen über die Frage beriethen, auf welchem Wege Deutschland sich zu einem bessern Zustande entwickeln könne, waren nur Einzelne, die da glaubten, der Weg könne doch noch durch die Bundesversammlung führen.

Wohl liegt auch ein anderer Weg vor uns, der zur Einheit führt, der Zollverein. Eine Vertretung beim Zollkongreß kann auf die Dauer nicht verweigert werden; Sachverständige beginnen bereits zu ahnen, daß sie sich auch in allgemeiner Beziehung als staatsgefährlich bewiesen haben"!

Wo ein solcher Geist weht, da folgt eine edle Nation nicht nach, sie wendet sich ab; und auf einer Versammlung von Vaterlandsfreunden, die sich mit Ernst und redlichem Gewissen über die Frage beriethen, auf welchem Wege Deutschland sich zu einem bessern Zustande entwickeln könne, waren nur Einzelne, die da glaubten, der Weg könne doch noch durch die Bundesversammlung führen.

Wohl liegt auch ein anderer Weg vor uns, der zur Einheit führt, der Zollverein. Eine Vertretung beim Zollkongreß kann auf die Dauer nicht verweigert werden; Sachverständige beginnen bereits zu ahnen, daß sie sich auch in allgemeiner Beziehung als staatsgefährlich bewiesen haben"!

Wo ein solcher Geist weht, da folgt eine edle Nation nicht nach, sie wendet sich ab; und auf einer Versammlung von Vaterlandsfreunden, die sich mit Ernst und redlichem Gewissen über die Frage beriethen, auf welchem Wege Deutschland sich zu einem bessern Zustande entwickeln könne, waren nur Einzelne, die da glaubten, der Weg könne doch noch durch die Bundesversammlung führen.

Wohl liegt auch ein anderer Weg vor uns, der zur Einheit führt, der Zollverein. Eine Vertretung beim Zollkongreß kann auf die Dauer nicht verweigert werden; Sachverständige beginnen bereits zu ahnen, daß sie sich auch in allgemeiner Beziehung als staatsgefährlich bewiesen haben"!

Wo ein solcher Geist weht, da folgt eine edle Nation nicht nach, sie wendet sich ab; und auf einer Versammlung von Vaterlandsfreunden, die sich mit Ernst und redlichem Gewissen über die Frage beriethen, auf welchem Wege Deutschland sich zu einem bessern Zustande entwickeln könne, waren nur Einzelne, die da glaubten, der Weg könne doch noch durch die Bundesversammlung führen.

Wohl liegt auch ein anderer Weg vor uns, der zur Einheit führt, der Zollverein. Eine Vertretung beim Zollkongreß kann auf die Dauer nicht verweigert werden; Sachverständige beginnen bereits zu ahnen, daß sie sich auch in allgemeiner Beziehung als staatsgefährlich bewiesen haben"!

Wo ein solcher Geist weht, da folgt eine edle Nation nicht nach, sie wendet sich ab; und auf einer Versammlung von Vaterlandsfreunden, die sich mit Ernst und redlichem Gewissen über die Frage beriethen, auf welchem Wege Deutschland sich zu einem bessern Zustande entwickeln könne, waren nur Einzelne, die da glaubten, der Weg könne doch noch durch die Bundesversammlung führen.

Wohl liegt auch ein anderer Weg vor uns, der zur Einheit führt, der Zollverein. Eine Vertretung beim Zollkongreß kann auf die Dauer nicht verweigert werden; Sachverständige beginnen bereits zu ahnen, daß sie sich auch in allgemeiner Beziehung als staatsgefährlich bewiesen haben"!

Wo ein solcher Geist weht, da folgt eine edle Nation nicht nach, sie wendet sich ab; und auf einer Versammlung von Vaterlandsfreunden, die sich mit Ernst und redlichem Gewissen über die Frage beriethen, auf welchem Wege Deutschland sich zu einem bessern Zustande entwickeln könne, waren nur Einzelne, die da glaubten, der Weg könne doch noch durch die Bundesversammlung führen.

Wohl liegt auch ein anderer Weg vor uns, der zur Einheit führt, der Zollverein. Eine Vertretung beim Zollkongreß kann auf die Dauer nicht verweigert werden; Sachverständige beginnen bereits zu ahnen, daß sie sich auch in allgemeiner Beziehung als staatsgefährlich bewiesen haben"!

Digitized by Google

aufgeben. Napoleon zerriß Deutschland, indem er den Rheinbund schuf, aber darum konnte auch der Name „Deutschland" von der Ländertarte verschwinden und einem Organ der deutschen Presse der Titel „Deutsche Nationalzeitung" verboten werden. An seinen Bruder den „König von Holland" schrieb er: „Sie haben vergessen, was Sie meiner Herrschaft über Deutschland schuldig sind, Sie mußten wissen, daß die deutsche Nationalität mein Todfeind ist." Und der Mann, dem in Frankreich das Wiederergreifen des Staatsruders nicht entgehen kann, Thiers, erklärt in seinem Geschichtswerke: in realisation de cette unité allemande für uns dangereuse. Ja, die Gesinnungen der Nationalität und der Einheit in erhöhter kraftvollerlebender Stärke würden einem gemeinsamen Zusammenwirken von Vertretern der Fürsten und der Völker entsprungen, und wie der Navarreser mit dem Arragonesischen Bruderbunde mit dem deutschen Elsasser — der Schotte mit dem Engländer auf gemeinsamen Bänken, in gemeinsamen Räumen sich in gemeinsamer Berathung verbrüdern und so erst völlig zu einem Volke zusammenwachsen — wie dagegen umgekehrt wir an Oesterreich sehen, daß der Mangel einer gemeinsam politischen Verfassung die einzelnen Nationalitäten zum Verderben des Ganzen zur allmählichen Ablösung führt, so würde aus einem allgemein deutschen Ständesaal mehr Schutz für das gemeinsame Vaterland erblühen als alle nahrese stehenden Heere je gewähren können.

Die hohe Kraft einer gemeinsamen Vertretung würdigt in neuern Tagen Niemand besser, als ein Erbfeind deutscher Nationalität. Verschwören wir doch nicht, vom Feinde zu lernen. Die dänische Propaganda hat das sichere Mittel gefunden, zwei Provinzen Deutschlands zu entfremden; eine gemeinsame Ständeversammlung soll sämmtliche Vertreter des dänischen Staates vereinigen, und wie das deutsche Element des Elsasses in der französischen Kammer, und das polnische im weißen Saale zu Berlin ihre Besonderheit an das große Ganze abtreten müssen, so hofft der Däne mit Recht auf die siegende Gewalt eines gemeinsamen Parlaments. Kann aber der Däne hoffen, in seinem Parlamente die Schleswig-Holsteiner an sich zu fesseln, wie viel enger wären diese edlen Stämme an Deutschland geheftet, saßen ihre Vertreter in einer vereinigten deutschen Ständeversammlung!

Nur in einem freien Parlamente ist die Kraft einer Nation bewahrt. Was wäre England ohne sein Parlament!

Mit einem deutschen Parlament aber war sein Basler Friede, kein Rheinbund möglich, und nur mit einem deutschen Parlamente geht Deutschland der größeren Zukunft entgegen, die wohl viel besprochen und besungen, aber ohne Umgestaltung unserer ungenügenden politischen Formen nicht verwirklicht werden kann. Haben wir gelernt, uns als eine Nation zu erkennen, so bleibt nun unsere Aufgabe, uns als eine Nation zu konstituiren.

Die Geschichte ist lehrreich. Lassen Sie mich noch in wenigen, einem wohlgesinnten Deutschen entnommenen Worten Ihren Blick auf die Geschichte eines Volkes lenken, dessen Gestaltung mit der unsrigen so vielfach vergleichen werden kann.

Als die Nordamerikaner nach beendigtem Unabhängigkeitskriege die Ueberzeugung gewonnen hatten, daß ihre Konföderation nicht diejenige Einheit und Festigkeit darbiete, wie sie für eine kräftige Pflege der Interessen einer werdenden Nation erheischt wird, verloren sie keine Zeit. Auch in Amerika gab es widerstreitende Interessen in vielen Parteien, worunter auch eine, welcher — wie jetzt vielen in Deutschland — ein Zollverein genügte. Der Kampf war langwierig und hartnäckig, alle publizistischen Talente wurden in Flugschriften und Zeitungen in Bewegung gesetzt, und als die neue Bundesverfassung den Volksmeinungen zur Annahme vorgelegt wurde, war die beträchtlichste Mehrheit oft eine fast unmerkliche, von den Staaten Nord-Carolina und Rhode-Island wurde sogar die Zustimmung versagt. Aber der gute Genius Amerika's siegte über das Widerstreben kleinlicher Provinzial-Souveränetäten (anderd als im Wiener Kongreß), der Staatenbund wurde in einen Bundesstaat verwandelt, und nach 60 Jahren ist das Urtheil beider Welten, daß Washington als Befreier Amerika's vom Joch des Mutterlandes nur ein halbes Verdienst hätte, wenn er nicht durch sein Ansehen auch der Gründer geworden wäre jener großen Nationaleinheit und Bundesmacht, unter deren stolzem Sternenbanner Amerika sich in die Zahl der Weltmächte eingereiht hat. Indem dieser Bundesstaat sich konstituirte, ist es ihm nicht darum zu thun gewesen, eine jeder landschaftlichen Eingelehen vernichtende Obermacht zu schaffen; sie hat die Staaten nicht schlechtweg der Hoheitsrechte entkleidet, sie hat sie nur in das Verhältniß von Theilen eines größeren Ganzen eingegrenzt, und während jeder in seiner besonderen Sphäre in Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung volle Selbstherrlichkeit hat, erhebt sich über ihnen die Organisation einer Reichsgemeinde mit einer gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt, einer Finanz- und Militärverfassung mit dem Recht über Bündnisse, Krieg und Frieden, der Vertretung der Nation nach Innen und Außen. Diese mächtige Bundeseinheit hat Amerika zu einer furchtbaren Mutter von Staaten gemacht, sie führt dieselben in die Völkerfamilie ein, sie zieht sie groß, sie birgt eine neue Zukunft, die Zukunft der neuen Welt.

Wie viele Vergleichungspunkte finden sich in der Geschichte dieses Landes nicht mit unseren Verhältnissen und Bedürfnißen! Auch Genz verschmähte in der Zeit vor seinem politischen Abfall dies Beispiel nicht. Sind doch der vereinigten Staaten von Nordamerika faß so viel als der vereinigten Staaten von Deutschland, und der Bundestag war der einen wie der andern ist derselbe: die Aufrechthaltung der Interessen und der Würde einer großen Nation. Das monarchische Deutschland kann bleiben wie es ist, es braucht sich nicht zu demokratisiren, aber offenbar ist ein Bund, der inmitten der kriegsgerüsteten Großmächte der alten Welt seine Bestimmung erfüllen soll, in noch höherem Grade einheitsbedürftig als dieses Amerika, das von den zahlosen Konflikten der europäischen Gesellschaft durch den Ocean getrennt ist, das seine unruhigen Volkselemente über unermeßliche Ländersrecken zerstreut und keine oder nur schwache Nachbarn hat.

Ja, Deutschlands größtes Bedürfniß ist — nicht eine Revolution — eine Reform seiner Verfassung. Mag es auch wieder erst einer Zeit der Noth zur Ausführung bedürfen, diese Ausführung wird dann um so sicherer und sicherer geschehen, je fester die Ueberzeugung der Nothwendigkeit vorher begründet und je allgemeiner die Einsicht in die Zweckmäßigkeit der Heilmittel unserer Uebel in der Nation verbreitet ist.

Diese Ueberzeugung, diese Einsicht auszusprechen, ist die Aufgabe der Vertreter des Volks, ist unsere Pflicht.

Ich thue es in der mir gebotenen Form, und stelle den Antrag:

„Die Kammer möge in einer Adresse an Seine Königliche Hoheit den Großherzog die Bitte richten, auf geeignete Weise dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen (Nation) Ständekammern am Bundestage ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsamer Gesetzgebung und einheitlicher National-Einrichtungen geschaffen werde."

Indem ich diesen Antrag stelle, den der Abg. Welcker schon 1831 gestellt, verhehle ich mir nicht, von wie vielen Seiten ihm der Vorwurf werden wird, er sei unpraktisch.

Man wird sogleich fragen, wie das auszuführen sei? ob denn ein kleiner Bundesstaat so viel Bevollmächtigte senden solle als ein großer, oder ob im Verhältniß der Bevölkerung; ob blos die Wahlkammern, oder auch die ersten Kammern, und wie diese vertreten sein sollen? ob damit ständige deutsche Reichstage, oder blos Versammlungen beabsichtigt seien, die bei besonderen Gelegenheiten zu berufen wären? und dergl. mehr. Meine Herren, in solche Einzelheiten schon bei Begründung meines Antrags einzugehen, dies hielte ich für unpraktisch. Genug wenn wir aussprechen, daß die Grundbedingungen der Wirksamkeit einer deutschen National-Vertretung nicht fehlen dürfen: die bindende Kraft der Mehrheitsbeschlüsse, ohne welche es keine Einheit, und die Oeffentlichkeit, ohne welche keine heilsame Verstärkung des National- und Einheitsgefühls gegenüber dem Auslande denkbar wäre. Was die Vertretung der Ersten Kammern betrifft, so wird man allerdings sogleich weiter fragen, wie nur zu erwarten sei, daß unsere Erste Kammer einem solchen Antrag zustimme? Mag sein, daß sie es nicht thut, daß sie den Stimmen weiterblickender Mitglieder deutschen Herzen nicht folgt, die im wahren Interesse ihres Standes diesem rathen, sich den gerechten Wünschen der Nation nicht länger entgegen zu stellen, sondern sich vielmehr zu deren wirksamen Vertretern zu machen. Mag sein, daß sie überschirt, wie durch die Errichtung einer allgemeinen deutschen Ständeversammlung Gelegenheit geboten wäre, den Art. 6 der Bundesakte zu erfüllen, der den mediatisirten vormaligen Reichsständen eine Vertretung beim Bundestag in Aussicht stellte.

Könnte eine solche Vermuthung Sie meine Herren von der Zustimmung zu meinem Antrage abhalten? Ich glaube, sie wird es ebensowenig, als die Gewißheit, die ich mir nicht verhehle, daß der Bundestag zur Zeit eine Vertretung nicht zulassen wird. Ja, ich täusche mich nicht, noch ist die Reaktion mächtig in unserm Vaterlande, noch wird in hohen Kreisen jede Annäherung unserer politischen Einrichtungen an die Forderungen der Zeit als Hochverrath an der sogenannten Sache der Ordnung verschrien, während man

Digitized by Google

nicht bekannt, daß, indem man Volksbewaffnung mit Demagogie verwechselt, man denen Recht gibt, welche Königthum und Tyrannei auf gleiche Stufe stellen.

Was ist es denn, was das deutsche Volk verlangt?

Daß es da gehört werde, wo man über seine Schicksale entscheiden will. Hatte es doch früher ganz andere Rechte als dieses billigste von allen.

An das unbedingte Recht der Steuerverwilligung knüpften die alten Stände Bedingungen; beheilten sich häufig die Verwendung der Steuern selbst vor. Bei Kaiser und Reich, später bei den Reichsgerichten konnten sie Klage führen gegen ihre Fürsten, ja sie konnten sie entsetzen, wenn die Bedingungen, unter welchen allein gehuldigt worden war, gebrochen wurden. So erinnern, als Beispiel und Beleg anzuführen, 1514 die bairischen Stände ihren Landesherrn an die Strafe der Entsetzung, welche ihre alten Briefe drohen.

Die sog. ewige Union der sachsen lauenburgischen Stände von 1515 enthält eine gleich drohende Huldigung. Die schleswig-holsteinischen Stände wählten noch 1588 ihren Landesherrn und drohten in der Wahlakte, wenn die Privilegien nicht gehalten würden, „daß alsdann eine ehrbare Landschaft ihrer Eide und Pflicht entbunden und diese ergangene Wahl nichtig sein soll.

Wie billig, wie bescheiden ist gegegen die jetzige Forderung, daß diejenigen, welche die feierlichsten Verheissungen nicht erfüllt haben, die Nation nur nicht länger da aufschliessen sollen, wo über deren höchste Interessen entschieden wird; daß die Gewalt, die der Bund übt, nicht länger eine unumschränkte sei, „denn die zur Unumschränktheit fortgeführt, erscheint — wie Dahlmann so richtig sagt — die Monarchie als ein natürlicher Zwang von Einem gegen Viele, vielleicht sogar von dem Unkräftigsten unter Allen geübt, welcher den erblichen Machtgewinn von der Gunst des Zufalls dahinnimmt."

Diesem Zustande der Rechtlosigkeit müssen wir trachten ein Ende zu machen. Die allgemein herrschende Abneigung der Nation gegen ihre oberste Behörde in ein vertrauensvolles Zusammenwirken zu verwandeln ist der deutschen Fürsten dringende Aufgabe. Möchten sie es noch zeitig thun! Der Weltgeist steht auf zwei Augen. An der Seine, wie an der Donau neigen sich die Tage, und nur das Gute und das Rechte sind die unsichtbaren Träger aller Herrschaft.

**Die Jesuiten in Luzern, wie sie kamen, wirkten und gingen.** Von Joseph Imhof, P. der kath. Theol. St. Gallen 1848 87 S.

Eine der folgenreichsten und belehrendsten Episoden aus der neuesten Schweizergeschichte hat in diesem anspruchslosen Schriftchen eine so gute und anziehende Darstellung gefunden, daß wir uns auch bei den Lesern dieser Zeitschrift Dank zu verdienen hoffen, wenn wir ihre Aufmerksamkeit darauf hinlenken. Der Verfasser ist katholischer Theolog, und zahlt in der Politik zu den Konservativen; ja er spricht sich über die liberalen Bestrebungen hart und ungerecht genug aus, wenn er S. 8 seiner Schrift die Volksfouveränetät „die Mutter des zügellosen Radikalismus einerseits und des jesuitischen Fanatismus andererseits" nennt, „zweier Kinder, die sich gegen alles höhere geistige Leben verbunden, dann aber über einander herfielen und sich in den Haaren lagen bis auf die letzten Tage." Um so unverdächtiger ist aber das Zeugniß, welches seine Darstellung, auf sichere Thatsachen gestützt, über den Werth und Charakter des Lugerniſchen Jesuitenthums ablegt. Wir verfolgen, die Hauptpunkte derselben in der Kürze mitzutheilen.

Der Verfasser eröffnet seine Erzählung mit einer Uebersicht der Ereignisse, die der Jesuitenberufung vorangingen. Was dieser Schilderung erhellt, wie lange vorbereitet dieser Erfolg war, durch welche Mittel er erreicht und durch welche Fehler von liberaler Seite er erleichtert wurde. Die Jesuiten hatten schon von alten Zeiten her ein Kollegium in Luzern besessen. Im Jahr 1774, nach der Aufhebung ihres Ordens, mußten sie es verlassen, sie behielten es jedoch fortwährend im Auge, und ihre Freunde wußten dafür zu sorgen, daß eine zeitgemäße Reform der Lehranstalt verhindert und aufgeklärtere Lehrer in ihr Wirksamkeit gehemmt wurden. Minderwerte fanden die schlauen und thätigen Väter bald den Weg in die Schweiz. Im Wallis schieden sie sich schon 1810 als „Väter des Glaubens" von Rom die wiederhergestellten Jesuiten erbat, erfuhr sie zu ihrem Erstaunen, daß sie diese den schon gekannte Gesellschaft in ihrem Lande hatten. In Freiburg hatten sie 1818, trotz der Warnung Pius', Aufnahme. Von Luzern wurden sie damals noch abgewiesen. Indessen konnte schon unter der 1814 begründeten Regierung das von Joseph Pfyffer gelenkte freisinnige Erziehungssystem die Geistlichkeit des Kantons zu einer Opposition auf, welcher sich die in ihrem Einfluß beschränkte Aristokratie anschloß. Ein Opfer dieser Opposition war Troxler, der 1822 in Folge seiner Schrift „Fürst und Volk" vom Lehrstuhl der Philosophie entfernt wurde. Diese Opposition verbarrte sich unter dem radikalen Regiment von J. 1830, für dessen Bildung sich die Ultramontanen, ähnlich wie um dieselbe Zeit in Belgien, durch den ihnen dienstbaren Demagogen Leu mit den Altradikalen der damaligen Troxler'schen Schule verbunden hatten. „Die klerikale Jesuitenpartei", bemerkt der Verf. hierüber richtig, „merkte bald, daß der von den Altradikalen aufgezogene Hase ihr ins Garn laufen werde." Zunächst gelang es den Liberalen noch, im neuen Großen Rath durch die Vorrechte der Stadtbewohner das Uebergewicht zu erlangen; aber eine ungeschickte und überreizte Behandlung der kirchlichen und Erziehungsangelegenheiten entzog ihnen, trotz ihrer bedeutenden Vorsitze um den Staatshaushalt und die materielle Wohlfahrt, das Vertrauen der Geistlichkeit und eines großen Theils der Bevölkerung, und erleichterte den Ultramontanen die Durchführung der Plane, an denen sie rastlos arbeiteten.

Die Berufung des protestantischen und kirchlich unkirchlichen Christoph Fuchs (der auch später mit Siegwart Müller die Farbe wechselte) und des anstößigen Fischer, die Abänderung des Lehrplans am Gymnasium, auf Beschränkung des geistigen Einflusses berechnet, die Beleidigung zweier ehrgeizigen Männer, des Prof. Schlumpf und des nachmaligen Propstes Kaufmann, die man entfernte, ohne sie anschädlich machen zu können, vor Allem aber die Badener Konferenzanregel, eine ganz unwürdige, lärmende Promulgation antidömischer Grundsätze, die man eher befolgen, als ausforechen durfte, und, fügen wir bei, die Unregelmäßigkeiten, die in der Verwaltung der eingezogenen Klostergüter vorkamen, waren ebensoviele Fehler der liberalen Regenten. Die Mißstimmung im Volke wuchs, und einen Herd an dem „katholischen Verein", und einen höchst bedeutenden Sprecher an dem schon genannten Großrath Leu von Ebersol, einem Bauern, der ohne alle höhere Bildung doch durch natürlichen Verstand, Kraft und Beharrlichkeit zum Volksmann wie geschaffen, und durch seine unbedingte Ergebenheit gegen die Geistlichkeit zu ihrem Werkzeug vor Andern geeignet war. Diese Ergebenheit war bei ihm dadurch noch verstärkt worden, daß ein Volksheiliger, dem man Wunderkraften zuschrieb, ein Bauer Namens Wolf, dem Leu verschwert hatte, er sei von Gott berufen, die Jesuiten, nicht ohne viele Schwierigkeiten, nach Luzern zu bringen. Unter diesen Umständen kam das verhängnißvolle Jahr 1839 mit der Straußangelegenheit in Zürich. Dieses Ereigniß gab auch für Luzern das Zeichen, um die Fahne der Religionsgefahr aufzurollen. „Zum Trager dieses Panier's gab sich jetzt der Staatsschreiber Siegwart Müller her, welcher von da an, weniger durch die Verderblichkeit seiner eigenen ehrgeizigen Plane, als durch das Talent und die Bereitwilligkeit, mit der er Freunden diente, der böse Genius Luzerns wurde. Es ist wirklich merkwürdig, zu sehen, was unser Verf. S. 15 f. mit schlagenden Beweisen belegt, wie schnell und ungeniert dieser Mann den Weg von einem Extrem zum andern zu finden wußte. Noch am 25. Febr. stimmte Siegwart vollkommen Scherr's Urtheil bei, daß das Verfahren gegen diesen und sein Seminar „eine tiefe Schmach des verführten Volks" sei; noch am 8. März ermahnte er die Zürcher Regierung zur Konsequenz und Festigkeit, aber schon in der nächstfolgenden Nummer seiner „Bundeszeitung" hatte er erkannt, daß der Berufung von Strauß eine Verfassungsverletzung sei. Von da an ging es rasch abwärts. Siegwart erklärte jetzt (noch 1839), durch die Berufung von Strauß seien die Freisinnigen (zu denen er vorwahrend gehören wollte) „als Anhänger von Strauß und als Anhänger von Christus auseinanderzuscheiden", und gab seinem Bruch mit Dr. Steiger und den Radikalen von dessen Farbe, indem er sie in seinem Blatt „der Höhnung alles religiösen Glaubens, der Wegwerfung aller sittlichen Bande, der öffentlichen Verachtung des Volks" u. s. w. in den stärksten Ausdrücken bezeichnete, eine Zeitschrift, die jede Verföhnung unmöglich machte. Der Uebergang zur Pfaffenpartei war jetzt mit allem Ernst vollzogen. Was hinter jenen Phrasen (wie oft sind sind diese nicht seitdem auch in deutschen Blättern begegnet!) steckte, sprach Siegwart selbst aus, in der von unserem Verfasser verbürgten Antwort auf den Einwurf, daß das Volk die Strauß'schen Ansichten, gegen die es in Harmisch gejagt werde, weder kenne noch theile. „Das ist wohl wahr, sagte der Redliche, aber der Name Strauß ist nun einmal die wirksamste Waffe, die man gebrauchen kann." Wie Mancher hätte seitdem, wenn er gleich offen sein wollte, ebenso sprechen können, wenn auch vielleicht statt Strauß da und dort ein anderer Name zu setzen war!

Digitized by Google

Im November desselben Jahres 1839 brachte Leu seinen Antrag auf Uebergabe der höheren Lehranstalt an die Gesellschaft Jesu vor den Großen Rath. Dieser Antrag wurde damals noch „mit Entrüstung" zurückgewiesen. „Je mehr aber der Große Rath sich „entrüstete", desto mehr rüstete sich Leu." Es wurde dem Volk (1840) eine große Petition zur Unterschrift vorgelegt, in der die gänzliche Abschaffung aller Vorrechte (also namentlich Gleichstellung des Landes mit der Stadt), direkte Wahlen nach der Kopfzahl, kürzere Amtsdauer der Behörden, das Volksveto, ungehinderte Verbindung der Geistlichkeit mit den kirchlichen Oberen und Erziehung der Jugend im Geiste der römisch-katholischen Religion, „womöglich durch die Gesellschaft Jesu", verlangt wurde. Durch die verschiedensten Mittel und Beweggründe gelang es, für diese Petition über zweihunderttausend Unterschriften zu gewinnen; doch nahmen Viele die Jesuitenberufung ausdrücklich von ihrer Unterschrift aus. Siegwart schrieb damals noch gegen Volksveto und Jesuiten und verlangte die Wiederherstellung Troxlers, doch trat er bereits mit Leu und seiner Partei in engere Verbindung. Indessen ging die Agitation im Volk fort. Im December 1840 trat zu ihrer Unterstützung der „Kulpvyier Verein", das Luzernische Glaubenskomité, zusammen. Der Sekretär dieses Vereins war Siegwart, während er zugleich eben der Regierung, gegen die derselbe gerichtet war, und gegen die er selbst täglich die feindseligsten Artikel schrieb, als Staatsschreiber diente. Seine endliche Entlassung warf ihn der Leuenpartei vollends in die Arme; auffuger Weise verfaumte es die Regierung, den zweiten Staatsschreiber, Bereh. Meier, den einzigen Mann, der Siegwart die Stange halten konnte, für sich zu gewinnen, sondern ließ diesen durch Verweigerung des Vorrückens gleichfalls von der Kopf. Zu allem Unglück erfolgte in diesem Augenblick die Karganische Klosteraufhebung. Unser Verf. glaubt mit Recht, daß auch ohne diese die Verfassungsrevision beschlossen worden wäre; nach derselben war dieser Beschluß (21. Januar 1841) um so leichter zu erklären. Die neue Verfassung, mit den von Leu verlangten Bestimmungen, trat ins Leben. Indessen war damit über die Jesuitenberufung noch nicht entschieden. Ein Antrag auf dieselbe im Großen Rath vom 9. Dec. 1841 wurde von der Regierung nachdrücklich bekämpft, und ebenso bei der Verhandlung im Großen Rath (9. Sept. 1843) von allen gebildeteren Mitgliedern derselben, am Scharfsten von B. Meier, bestritten. Siegwart hielt sich durch die Erklärung: „er sei nicht für die Jesuiten, weil er sie nicht kenne", die Hinterthüre offen, um später nach Umständen zu handeln. Ein entschiedenes Auftreten der Jesuitengegner hatte damals noch Aussicht auf Erfolg gehabt, aber ihre Uneinstimmigkeit verdarb Alles. Es gelang der Leuenpartei, den Beschluß durchzusetzen, daß der Regierungsrath mit näheren Erkundigungen über die Jesuiten beauftragt wurde. „Das," erinnerte man, „sei noch kein Ding." Mittlerweile war das Volk schon seit dem Herbst 1841 durch jesuitische Missionsprediger bearbeitet worden; für die Erkundigungen, die der Regierungsrath einzuziehen hatte, wurde in der Art gesorgt, daß sie nicht anders, als günstig ausfallen konnten; eine Petition von 107 Kantonsgeistlichen, zwei Dritteln des gesammten Klerus, gegen Einführung des Ordens, durfte auf bischöflichen Befehl nicht abgehen, denn auch Bischof Salzmann von Basel war schwach genug, sich durch die Jesuitenpartei einschüchtern zu lassen. Nichtdestoweniger konnte man noch keinen letzten Schritt wagen. Es erhoben sich noch zu gewichtige Stimmen gegen den gefährlichen Orden, selbst die Regierung raffte sich zu einem letzten Widerstand zusammen. Die Jesuitenpartei begnügte sich daher in der Großrathssitzung vom Februar 1844 mit dem ihr von Siegwart an die Hand gegebenen Ausweg, den Regierungsrath mit vorläufigen Anfragen bei den Jesuiten über die Bedingungen ihres Eintritts in die Lehranstalt zu beauftragen. Dabei wurden ausdrücklich einige Bestimmungen aufgenommen, welche das Aufsichtsrecht des Staats sichern sollten, die aber von einem so schlauen Orden unter hundert Vorwänden zu umgehen waren. Die Gegner der Jesuiten glaubten, diese dadurch fernzuhalten, aber sie nahmen an, der Bischof von Freiburg genehmigte den Vertrag, und nun war es schwer, die dargebotene Hand zurückzuziehen, der Regierungsrath beantragte jetzt selbst die Berufung, vom Großen Rath wurde diese unter dem 24. Oktober 1844 beschlossen, der Versuch, ein Volksveto zu Stande zu bringen, mußte bei der Thätigkeit der Jesuitenpresse und den schwierigen Bedingungen, an die ein solches geknüpft war, scheitern, und es war zu verwundern, daß dem Veto auch nur die starke Minderheit von 8000 Stimmen zuzel. Bei dieser Gelegenheit erhalten wir vom Verf. über die reformirten Konservativen in der Jesuitensache einen merkwürdigen Aufschluß. „Wir könnten, sagt er S. 52, die Biermeinschaft angeben, in welcher Dr. Bluntschli konservativen Jesuitengegnern in Luzern einschärfte, die Jesuitenfrage als eine untergeordnete zu betrachten, und wegen dieser ja keine Spaltung in die konservative Partei zu bringen. Er scheint es für politisch klug gehalten zu haben, vor den Augen des Zürcher Volks in seinem allmächtigen Ingrimm gegen Jesuiten und Siegwarische Position zu eisern, im Stillen aber in Luzern das Volk gegen die Eisern und das Todreißen von der Leuern zu bearbeiten." Wie? Ist der ächtere Jesuitismus, in Zürich oder in Luzern? Die zwei Zweischneidungen und die Entwurdung Leus verdarben vollends Alles, und am ersten Dezbr. 1845 wurde den Jesuiten das Gymnasium feierlich übergeben. In der Rede, die er bei diesem Anlaß hielt, sagte Siegwart-Müller über das Werk der Jesuitenberufung: „Keine Macht, mag sie im Heuchelgewande der Buß oder des Trugs, oder mag sie mit dem Schwerte der Gewalt dagegen ankämpfen, wird dasselbe zerstören, denn es ist auf Gott und seine Kirche gebaut" u. s. w. So schnell hatte er sich von der Heilsamkeit des Ordens überzeugt, von dem er noch vor zwei Jahren „Nichts gewußt", und von dem er noch im J. 1840 das Prädikat „Heiligsauer" ertheilt hatte.

Von dem Aufenthalt der Jesuiten in Luzern weiß der Verfasser zu rühmen, daß dasselbe, ihr Privatleben betreffend, moralisch tadellos gewesen sei, ja daß sie auch auf der Kanzel dem Aberglauben, „insofern er nicht von ihnen ausging" nicht selten entgegentraten. Nun ja, anständig, selbst freisinnig, so weit es ihnen heilsam schien, haben sich die Jesuiten auch sonst benommen, und daß Mancher von ihnen als Privatcharakter Achtung verdient, ware ein Unrecht zu läugnen. Daß sie aber im Uebrigen auch hier sich treu blieben, macht auch der Verf. bemerkuch. Die gewohnten Kunstgriffe des jesuitischen Gaterdienstes wollen wir nicht einmal so hoch anschlagen. Aber daß Pater Roh, unfreiwig der talentvolle und gewandteste der Luzerner Väter, die Geistlichen, denen er Exercitien zu halten hatte, vom Politischen abmahnte, während er selbst die wühsendsten Artikel in die katholische Zeitung schrieb, daß derselbe vor dem Fall Freiburgs die gefallenen Sonderbündler als Märtyrer der katholischen Religion pries, nach diesem Greignis den Krieg für einen bloß politischen erklärte, daß er als Feldprediger die Soldaten zum Kampf auf Leben und Tod aufenerte, selbst aber die Verkleidung eines Stutzers behufs der Flucht unter der Kutte trug, und auch wirklich mit seinen Genossen bei Nacht und Nebel davon ging, daß in den jesuitischen Vorlesungen die herrschende Lehre von der geheimen Schadenfreude verbreitet wurde, worauf z. B. der Schneider, wenn er mir zu wohlfeil zu arbeiten glaubt, das Recht hatte, mir zur Aufbesserung seines Arbeitslohnes vom Tuch zu entwenden — diese und andere Dinge zeigen hinreichend, welche Saat die Jesuiten in Luzern ausstreuten. Wie es in wissenschaftlicher Hinsicht mit ihrem Unterricht bestellt war, mag der Umstand beweisen, daß sie z. B. die Dogmatik für ihre drei Jahreskurse in einer durch drei Jahreskurse fortlaufenden Vorlesung vortrugen, bei welcher dann die Schüler des zweiten und dritten Kurses in der Mitte des Ganzen, wo der Lehrer eben stand, eintraten und das Ende eher hörten als den Anfang. Das Schlimmste ist dabei, bemerkt unser Ref. sehr richtig, daß die bei Jesuiten zum einmal Studirenden durch eine solche Methode gar Manches verlieren, weil sie (die Jesuiten) ohnehin nirgends ein System bekämen, sondern noch Alles in abgerissenen Traktanden behandeln, die unter sich in keinen organischen Zusammenhang gebracht sind."

So kamen die Jesuiten nach Luzern, und so wirkten sie; wie sie wieder gingen, ist noch in Aller Andenken.

**Sachsen.** ○ Leipzig, 1. Febr. Unser Minister des Innern scheint in der unseligen Ehemnitzer Geschichte immer mehr sich selbst zu verlieren. Zuerst läßt er sich von dem Finanzminister verleiten, eine von ihm in den klarsten Worten ertheilte Genehmigung zu desavouiren. Sodann ertheilt er es ruhig, daß derselbe Kollege in einer öffentlichen Erklärung ihn selbst desavouirt und ihm einen Seitenhieb versetzt, weil er auf die Wünsche der Eisenbahnverwaltung eingegangen sei, indem er zugleich anderweit, er, der Finanzminister, habe die von dem Minister des Innern verfahrene Sache weiter ins rechte Geleise bringen müssen. Hr. v. Falkenstein nimmt diese Erklärung ruhig hin, ohne sich wegen seines Antheils an der Angelegenheit ebenfalls zu rechtfertigen — und die Folge ist, daß man im Publikum die Schuld auf seine allzuwingen Schultern wälzt, und daß die Gegner der Falkenstein'schen Bevormundung (deren es noch Wenige gibt) mit einer gewissen Schadenfreude auf die Reihe hinweisen, die Hr. v. Falkenstein bisdol seinem gewandteren und energischeren Kollen

Digitized by Google

gen gegrüßer spielt. Um nun aber allem Diesem die Krone aufzusetzen, beanstandet das Ministerium des Innern die von dem so hart angegriffenen Directorium beschlossene und öffentlich angekündigte Veröffentlichung der dasselbe rechtfertigenden Actenstücke, indem es verordnet: der Ausschuß solle erst darüber gehört werden, da dieser Schritt das Interesse des ganzen Unternehmens berühre. Daß diese Verfügung dem Ministerium als ein Versuch, die Veröffentlichung ganz zu verhindern, ausgelegt wird, ist sehr begreiflich. Was immer das Directorium zu veröffentlichen haben mag, das Ministerium hätte durch Nichts so stark compromittirt werden können, als durch eine solche Verfügung, die fast nothwendig als ein Eingeständniß des eignen Selbstbewußtseins erscheinen muß. Und überdieß — wenn jene Absicht wirklich vorhanden gewesen wäre (was ich kaum glauben kann), so ward sie im selben Augenblicke vereitelt durch das Erscheinen der Broschüre: „Ein Blatt aus der neuesten Verwaltungsgeschichte Sachsens", worin die Hauptmomente der Rechtfertigung des Directoriums und der Belastung des Ministeriums, namentlich aber jene verhängnißvolle Verordnung vom 30. Juni, nach authentischen Quellen mitgetheilt werden. Der Verfasser, der sich in der Broschüre selbst als „einen Unbetheiligten" bezeichnet und legitimirt, hat sich seitdem öffentlich genannt, um den Verdacht einer Mitwirkung des Directoriums bei Abfassung der Broschüre von Letzteren zu entfernen. Es ist Prof. E. Biedermann in Leipzig. — Aber auch im Schooße des Ausschusses hat, wie ich sodann höre, das Ministerium ein sehr empfindliches Dementi erfahren, indem derselbe nach langen und heftigen Debatten einstimmig sich dahin erklärt haben soll, daß er zwar eine Veröffentlichung jener Actenstücke durch das Directorium als solches nicht angemessen finde, daß er dagegen sich nicht für befugt halte, dem Directorium als Privatperson die Mittel zu einer persönlichen Rechtfertigung abzuschneiden. Was nun geschehen wird, steht zu erwarten. Das Aergste, was dem Ministerium noch widerfahren könnte, wäre eine neue Beanstandung jener Veröffentlichung, etwa von Seite der in solchen Fällen so leicht überdienstfertigen Amtsunterbehörden — denn daß das Ministerium selbst, wenn die Sache zu seiner Entscheidung käme, eine solche directe Hindernung nicht gutheißen würde, bin ich überzeugt. Aber, wie es geht, auch die unzeitigen Dienstfertigkeiten der Unterbehörden werden dem Verwaltungsschiff zur Last gelegt, und daß dergleichen hierbei schon vorgekommen, daß auf jene Sache bezügliche Artikel, ja sogar diese Annoncen von der Censur beanstandet worden sind, ist gewiß. — Inzwischen gehen die Actien der Chemnitzer Bahn immer tiefer und tiefer herab; die Actionäre sind in Verzweiflung — die Einen richten ihre Blicke sehnsüchtig und verlangend auf die Staatskasse, welche durch Ankauf der Bahn ihnen aus der Noth helfen soll; die Andern, entweder an dieser Hülfe verzweifelnd oder sie verschmähend, erwarten von dem nächsten Landtage, daß dieser dem Unternehmen gerecht werden und die Regierung vermögen werde, die Schläge, die sie demselben von Anbeginn an durch verschiedene Maßregeln zugefügt, durch eine kräftige und nachdrückliche Unterstützung wieder gut zu machen. Diese letztere Aussicht dürfte mehr Wahrscheinlichkeit für sich haben, als jene erstere, denn der Finanzminister hat bereits, wie man hört, sich dahin geäußert: von einer Uebernahme der Bahn könne nun gar nicht die Rede sein, da man hierin eine Bestätigung der Anschuldigung erblicken würde, daß er eine solche beabsichtigt und deßhalb die Gesellschaft in Verlegenheiten gestürzt habe. Dagegen ist, wenn Regierung und Stände der Gesellschaft zur Beschaffung der noch fehlenden Geldmittel auf eine oder die andere Weise behülflich sind, und wenn, was ich für eine Hauptsache halte, die Genehmigung zur Rückwärtsverlängerung der Bahn — nach Zwickau hin — ertheilt wird, wohl zu hoffen, daß das Unternehmen auf eignen Füßen vorwärts kommen und Bestand gewinnen werde. Denn an der künftigen Einträglichkeit der Bahn, sobald sie nur erst ein wesentliches Glied des großen Bahnzuges von Norden nach Süden geworden sein wird, ist wohl nicht zu zweifeln.

† Mecklenburg, 31. Jan. Durch eine soeben erschienene Regierungsverordnung wird der Termin für die bevorstehende Münzveränderung (Schutz Einführung der preußischen 14⅔thalerfüße mit Beibehaltung der Eintheilung des Thalers in 48 Schillinge) auf den 1. Mai angekündigt. Wenn jede solche Veränderung immer mit einer peinlichen Spannung in allen Geldverhältnissen verbunden ist und dem Publikum augenblicklich zum großen Nachtheil gereicht, indem sie von der einheimischen und fremden Spekulation auf jede mögliche Weise ausgebeutet wird, so war dies doppelt der Fall, so lange der Zeitpunkt der beschlossenen Münzkonvertirung noch unbestimmt blieb. Lübeck und Hamburg haben nicht gezögert, die Neuzweidrittel im Kurse herabzusetzen, wovon eine allgemeine Preisverminderung dieses Geldes die Folge gewesen ist, sowie die Ueberschwemmung unseres Landes mit ausgeschlechten schlechten Münzsorten aller Art, während die guten zum Austausch oder zum Einschmelzen zurückbehalten werden. Preuß. Thaler und in denselben Verhältniß das Gold sind bis zu einem unerhörten Kurse (42½ Schill.) gestiegen. Jeder Beitrag, der sich daher, seine Zahlungen noch in der alten, jetzt wohlfeilen Münze zu machen, und es sind ihrer bei dem verwickelten Münzterrain nicht unbedeutende Kapitalien bloß zu dem Zweck gekündigt worden, um möglicher Weise noch zu Johanni von der Kuedbifferenz Nutzen zu ziehen. Diese elende Spekulation ist nun doch glücklicher Weise vereitelt und dadurch hinlänglich bestraft worden. — Sehr bedrücklich steht es gegenwärtig mit der Vollendung unserer Eisenbahnen, die von dem Landtage auf eine so klägliche Weise dem Zufall preisgegeben wurden. Aus Geldmangel hat man die Arbeiten fast ganz einstellen, die gemachten Bestellungen von Lokomotiven und dergleichen zurücknehmen müssen, und die bereits verwendeten Millionen liegen einstweilen nutzlos im Boden. Wismar hat seine Eisenbahn bis Schwerin so gut wie fertig, sieht sich aber durch einen fatalen Kontrakt zu Rostocks Gunsten, wonach beide Bahnen nur gleichzeitig eröffnet werden sollen, verhindert, davon Gebrauch zu machen. Die allgemeinen schlechten Geldverhältnisse machen gegenwärtig keine Anleihe ohne gesteigerte Zinsgarantie zulässig; man hört jedoch, daß die zumeist betheiligten Städte, vornehmlich Rostock, in dieser Hinsicht eintreten werden, indem sie auch auf die Unterstützung der Regierung dabei rechnen. So würden denn einige Städte für sich allein zu Stande bringen, was die Landstände in ihrer Gesammtheit, theils aus blindem Witten und Eigennutz, theils aus Mangel an Einsicht abgelehnt haben. Unterdessen stehen die Mecklenb. Eisenbahnaktien auf 45 oder 46 Proc. — Die tiefste und nachhaltigste Wirkung, welche der letzte Landtag zurückgelassen hat, wodurch er vielleicht für immer in Mecklenburg denkwürdig bleiben wird, wiewohl er dazu fast nur auf negative Weise Veranlassung gegeben, besteht unstreitig in dem lauten Ruf nach Reform der ständischen Verfassung. Schon jetzt spricht sich die öffentliche Meinung immer bestimmter dahin aus, daß eine Reform eben so nothwendig sei, als trotz alles Widerstrebens der schlechthin konservativen Partei erreichbar. Wenn aber diese Bewegung bisher hauptsächlich nur von den Städten, und auch in diesen mehr von den Bürgerschaften als von den Magistraten ausgegangen ist, so erkennt andererseits der eingeborene Adel in jeder Annäherung an die Repräsentativverfassung seine verwandbarste Seite. Denn mit seiner politischen Bedeutung als einer besonderen Korporation ist es dann vollends aus, wenn die Standschaft auf die Wahl kommt; vergebens hätte er sich dann durch seine Ritterdenmürde vergeblend! Gern möchte sich nun wohl derselbe wieder einmal mit seinen bürgerlichen Genossen in der Ritterschaft verbinden, um eine gemeinsame starke Schutzwehr gegen die neue drohende Gefahr zu bilden: wer weiß, ob er nicht um diesen Preis selbst die Klöster mit ihnen theilte! Allein die bürgerlichen Ritter zeigen doch allzuwenig Geneigtheit zu einem derartigen konservativen Bündnisse, und es liegt ihnen offenbar an ihrer persönlichen Standschaft nicht so viel, daß sie deßhalb dem Adel seine lange hartnäckige Rechtsverweigerung und die noch empfindlichere persönliche Geringschätzung vergessen sollten. Auch ist es Vielen unter ihnen schon längst beschwerlich, die Landtage jährlich auf eigene Kosten zu besuchen, und wo es sich nicht um die bloße Masse und Kopfzahl bei den Abstimmungen handelte, im Uebrigen wären sie durch ihre tüchtigen Führer hinlänglich vertreten. Im Ganzen darf man sich also von Seite dieser Partei, aus welcher auch der erste Antrag zur Reform hervorgegangen ist, die mächtigste Unterstützung für dieselbe versprechen. Sehr viel wird dann aber noch auf die Regierung ankommen, ob sie sich entschließt, diese Sache bei aller Vorsicht doch mit der nöthigen Entschiedenheit anzugreifen und mit der Mehrzahl der Stände durchzuführen. Ihre vorläufige Ansicht darüber dürfte indessen kaum zweifelhaft sein. Sie hat sich bisher noch einem jeden vernünftigen Fortschritt geneigt bewiesen; sie muß selbst wünschen, eine kräftigere, aufgeklärtere, gemeinsinnigere Unterstützung bei den Ständen zu gewinnen, als sie bert seit Langem gefunden, und sie wird einsehen, daß eine solche nicht zu erwarten ist, solange sie nur mit geborenen und in Sonderinteressen festgewurzelten Ständen, deren wohlerworbene Rechte auch jeder wohlthätigen Einwirkung von ihrer Seite her verschlossen sind, zu verhandeln hat, solange nicht neue zeitgemäße Elemente in die ständische Vertretung aufgenommen werden, welche ein richtigeres Gleichgewicht in dieser selbst herzustellen geeignet sind.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England der Herr. Bowring, 39 Foregate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal z. Oberseeischen Länder werden man sich an G. A. Kayser et Cie Rue 39 Montorgueil, Paris, 39, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Expeditionsgebühren besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 1 durch die Post bezogen im Umfang des Deutschen Zollvereins Thlr. 6. 12. 20 Sgr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 46. Heidelberg, Dienstag 15. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Württembergische Briefe.** X. Die Minister. (Schluß) — **Berlin** (Ausschußverhandlungen. Errichtung eines evang. Oberkonsistoriums. Berichte über Preßvicitäten des Landtags, über bevorstehende Vollziehung des Todesurtheils an acht Polen). **München** (stürmische Scenen; Verwundungen und Tödtungen; Bürgerdeputation beim König; Ausweisung der Gräfin v. Landsfeld und der Alemannen; Wiedereröffnung der Universität. Die Bürgeradresse). **Karlsruhe** (Verhandlungen über Bassermanns Antrag auf nationale Vertretung beim deutschen Bunde). **Heidelberg** (die Noth in Flamborn. Hilferuf an Deutschland).

**Schweiz.** Bern. Die Tagsatzung. Unglückige Aussichten für die Bundesrevision. Nachrichten aus Paris über den Abschluß eines Bündnisses der Großmächte. Schwyz. Verwerfung der neuen Verfassung.

**Frankreich.** Kammerverhandlungen vom 9. Febr. Der durchgefallene beerdigte Gesetzentwurf. — **Italien. Neapel.** Nachrichten aus Palermo über die gänzliche Niederlage der t. Truppen vor dieser Stadt und über die Besitznahme von Messina. Lord Minto nach Sicilien. Die Stadt Augusta durch ein Erdbeben zerstört.

**Handel.** Manchester. Handelsaussichten.

---

## Würtembergische Briefe.

### X.

(Schluß.)

Ueber die Verweigerung des Urlaubs für Ludwig Uhland und Friedrich Römer. (Bekanntlich traten Beide deßwegen aus dem Staatsdienste; Römer, nachdem er vor der Urlaubsverweigerung noch in einer Audienz bei Sr. Maj. seine politischen Ansichten dargelegt hatte.) Hr. v. Schlayer 1838: „Was die Behauptung betrifft, daß einzelnen Staatsdienern wegen ihrer politischen Gesinnungen und Grundsätze der Urlaub zum Eintritte in die Kammer verweigert werden sei, so wird der Hr. Abgeordnete (Pfizer) den Beweis hierüber jedenfalls schuldig bleiben."

Ueber Petitionsrecht. Hr. v. Schlayer 1847: „Ich gebe den Juristen gegenüber nicht zu, daß es wirklich ein allgemeines Petitionsrecht gebe."

Ueber §§. 36 u. 38 der Verfassungsurkunde. Hr. v. Schlayer 1838: „In Beziehung auf ordnungswidriges Verfahren kann allerdings der Betheiligte sich an die Stände wenden, und hier lassen sich Fälle denken, wo die Stände sich veranlaßt sehen für ihn einzuschreiten. Bloß in feemeller Beziehung kann dieses Recht von Bedeutung sein; allein in materieller existirt es gar nicht und ist auch mit den klaren Worten der Verfassungsurkunde nicht in Uebereinstimmung zu bringen *)."

Ueber Steuerverweigerungsrecht. Hr. v. Peiser 1838: „Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß, wenn Jemand Schriften verbreitet, um dadurch eine allgemeine Steuerverweigerung im Volke zu bewirken und die Unterthanen zum Ungehorsam gegen die Regierung aufzureizen, auch wenn keine hochverrätherische Absicht vorläge, eine gerichtliche Strafe begründet sein würde." Auf die Einrede, daß die Würtemberger nur einen verfassungsmäßigen Gehorsam zu leisten haben, daß also in Fällen, wo die Regierung etwas gegen die Verfassung handeln, verfassungswidrige Steuern ausschreiben wollte, man von Schriften, welche die Verfassung aufeecht zu halten beabsichtigten, nicht sagen könnte, sie seien aufreizender, verbrecherische Natur, erklärte Hr. v. Peiser weiter: „das Volk zu Gewaltschritten gegen die Regierung aufzureizen, kann unter keinen Umständen erlaubt sein."

Hr. v. Schlayer 1833: „Es ist (vom Abg. Schott) — der Einwurf gemacht worden, die Stände seien so gut souverän in Beziehung auf die Steuerbewilligung, als die Krone. Das ist doch eine unerhörte Behauptung. Es gibt in Würtemberg nur Einen Souverän. — Eine solche Aeußerung, wie die zuvor bemerkte, stieß im Laufen und geradesten Widerspruch mit der Verfassung, welche keine Theilung der Staatsgewalt kennt." — „Es ist eine Verwechslung aller Begriffe, wenn man glaubt, daß die Stände der Rechnungsprincipal seien und die Aufsichtsbehörde über die Regierung." — Nachdem 1833 die Abgeordnetenkammer beschlossen hatte, für Ministergehalte nur je 6500 fl. statt der Regierungsforderung zu bewilligen, und nachdem das Finanzgesetz nun mit dieser Beschränkung angenommen worden war, verklindigte die Regierung gleichwohl das Finanzgesetz ohne Rücksicht auf jene Modifikation, also ohne Rücksicht auf das ständische Steuerverweigerungsrecht, nur mit Beifügung einer kurzen Note, die Kammer der Abgeordneten sei mit diesem Einsatze nicht einverstanden gewesen. Der Geh.-Rath erklärte in seinem den Kammerbeschluß und die spätere Protestation des ständischen Ausschusses zurückweisenden Restript vom 25. Febr. 1836, die Größe der Ministerbesoldungen hänge von dem Steuerbewilligungsrechte der Landstände keineswegs ab. Hierüber bemerkte Hr. v. Schlayer 1836: „Die einzelnen Ausgaben, die zu machen sind, nach den Zwecken, die der Etat festsetzt, und die die allerdings das Ministerium verantwortlich ist, hat die Kammer nicht festzusetzen. Die ganze Regierung und Verwaltung würden der zweiten Kammer an das Sclavenjoch gebängt werden, wenn man diesen Satz zugeben wollte. — Hier waren die Stände nicht berechtigt von dem normalmäßigen Satze abzugehen und die Regierung hätte Unrecht gethan, wenn sie sich in die Sache hätte reden lassen. Ich glaube im Gegentheil, daß die Regierung verpflichtet war, so zu handeln, wie sie handelte *)."

*) Es ist höchst auffallend, mit dieser Lehre des Hrn. Ministers v. Schlayer, wornach es den Ständen nicht zukommen soll, die einzelnen Ausgaben festzusetzen, wornach die Stände nicht der Rechnungsprincipal seien, die Grundsätze zu vergleichen, welche der Abg. Schlayer einige Jahre zuvor, auf dem Landtage von 1827, ausgesprochen hat. Damals nämlich äußerte er sich als Berichterstatter der Finanzkommission unter Anderem wie folgt: „Es wird gerathen, daß man bei der Berathschlagung zu jede in das Detail der Verwaltung eingehe, daß die Finanzkommission den Rechnungsprobatore der Regierung mache z. — Je leichter Aeußerungen dieser Art Glauben finden und je nachtheiliger das hier angedeutete Verfahren in der Anwendung werden müßte, desto mehr hält es die Kommission für ihre Pflicht, sich ausführlich darüber auszusprechen. Es kommt dabei darauf an, sich über die verfassungsmäßige Bedeutung des Steuerbewilligungsrechtes zu verständigen. Das Besitzrecht der ständischen Versammlung beschränkt sich nicht darauf, die Größe der Opfer, welche vom Volke erboten werden, festzusetzen, sondern der ungleich wichtigere Theil desselben besteht in dem Einflusse auf die Anordnung des ganzen Staatshaushalts und auf die gesammte Thätigkeit der Regierung, welche mit diesem Rechte für die Stände begränzt ist. Zur wirksamen Ausübung dieses Rechtes muß dem Anfinnen einer Steuerverweigerung eine genaue Nachweisung über die Nothwendigkeit einer Abtheilung der zu machenden Ausgaben vorangehen. Diese Nachweisungen nach ihrem ganzen Umfange zu prüfen, ist eine unerläßliche Pflicht der Stände gegenüber dem Volke, in deßen Namen sie die Steuern bewilligen. — Es ist Pflicht der Stände, sich darüber auszusprechen, welchen Theil des Zwecken, von deßen Ausgaben es sich handelt, sie nicht wollen, oder aus welchen besonderen Gründen sie sie für so dringend erachtet angekommen Gesetzmittel zu doch angetzt finden. — Die Stände haben dabei gewiß ihre Stellung bei Ausübung des Steuerbewilligungsrechtes und den Grund, worauf ihre Mißkommist hierbei beruht, richtig aufgefaßt, wenn sie ihre Anträge auf Ersparnisse motivirten oder nach Umständen an Bedingungen knüpfen zu müssen glaubten." Von sich selbst als Berichterstatter verschiedene Hr. v. Schlayer am Schlusse des Berichtes: „Er glaubte einem Auftrage, den ihm die Kommission ertheilte, folgen zu müssen, und er ist sich bewußt, bei

*) §. 36. Jeder hat das Recht, über gesetz- und ordnungswidrige Verfahren einer Staatsbehörde oder Verpflegung der Entscheidung bei der unmittelbar vorgesetzten Stelle schriftliche Beschwerde zu erheben und nöthigenfalls stufenweise bis zur höchsten Behörde zu verfolgen. §. 38. Standt der Beschwerdeführer sich auch bei der Entscheidung der oberen Staatsbehörde nicht beruhigen zu können, so darf er die Beschwerde den Ständen mit der schriftlichen Bitte um Verwendung vortragen. Haben sich diese überzeugt, daß seine Stuhnfolge beobachtet worden und die Beschwerde eine Berücksichtigung verdiene, so ist ihnen auf ihr Verlangen von dem t. Geh.-Rath die nöthige Auskunft über den Gegenstand zu ertheilen.

Digitized by Google

Ueber die Pflicht der Stände, die Erigenz für Militärpensionen ohne Prüfung der Pensionirungsgründe zu bewilligen. Hr. v. Schlayer 1836: „Kein Beamter, überhaupt kein Agent der vollziehenden Gewalt hat mehr das Vertrauen des Staatsoberhauptes zu seiner Wirksamkeit nöthig, als der Officier. Wenn dieses Vertrauen fehlt, so fehlt ihm auch das wesentliche Erforderniß seiner Wirksamkeit. Es ist eine moralische Unbrauchbarkeit vorhanden von dem Augenblick an, wo dieses Vertrauen fehlt. Diese moralische Unbrauchbarkeit kann unverschuldet sein; und darum ist es billig und gerecht, daß die Entlassung nicht mit Entziehung des vollen Gehaltes geschieht."

Ueber die Verantwortlichkeit der Minister. Hr. v. Schlayer 1833: „Deßhalb, daß eine Kammer eine Ausgabe nicht für gerechtfertigt hält, ist der Minister für seine Person noch nicht zum Ersatze verbunden, noch kann man einen Dritten deßhalb in Anspruch nehmen. — Denn die Kammer ist doch nicht Richterin. Sie hat durchaus nicht darüber zu erkennen, ob Jemand rechtlich zum Ersatze verbunden ist. — Ich gebe zu, daß die Stände, wenn sie einen Anstand finden bei der Prüfung, diesen in der Art verfolgen können, daß sie eine gerichtliche Entscheidung darüber veranlassen, aber nicht, daß sie selbst Richter sind." (Dieser neuen Theorie stellte Pfizer die Verfassung entgegen: „In Steuerverwilligungssachen sind die Stände allerdings Richter. Sie sind nicht dazu da, um Gesetzpresse zu führen.")

Ueber das Verhältniß zum deutschen Bund. Die Worte des damaligen Chefs des Justizdepartements, Hrn. v. Schwab: „Ich muß widersprechen, daß der Bund seine Pflichten nicht erfüllt habe; seitdem der Bund existirt, hat er Alles gethan, was zur Förderung der Wohlfahrt und der Freiheit Deutschlands nur immer möglich war!", unterstützte Hr. v. Peiser 1838 mit der Erklärung: „daß da, wo eine Einschreitung des Bundes stattgefunden hat, solche durch gewisse Mißbräuche nothwendig herbeigeführt worden ist." Und als Hr. v. Schwab ferner sagte: „Der Bund hat stets bloß nach dem Bundesgesetz gehandelt, und dem Bund haben wir es zu verdanken, daß Deutschland in Sicherheit ist, der Wohlstand überall wächst und eine dermalige Freiheit in ganz Deutschland besteht", fügte Hr. v. Pfeiser wieder bei: „Die Wohlfahrt der deutschen Bundesstaaten besitzt landständische Verfassungen, und wenn alle hier behaupten wurden, daß die Bundesversammlung antikonstitutionell gesinnt sei und ein antikonstitutionelles System von ihr ausgehe, so liegt darin meiner Ueberzeugung nach allerdings ein Vorwurf, der von dem Hrn. Depart. Chef mit Recht gerügt werden konnte."

Hr. v. Schlayer 1845: „Jedenfalls hat darüber, was aus der Bundesakte und aus anderen Grundgesetzen des deutschen Bundes folgt, sowie über die Rechtsgültigkeit der darauf gebauten Bundesbeschlüsse nur die Bundesversammlung, nicht aber haben darüber die einzelnen deutschen Staaten zu rikennen. Ich sehe daher die Erörterung dieser Frage für überflüssig an und glaube, daß, selbst wenn man eine entgegengesetzte Ansicht hätte, die übrigens die Staatsregierung nie gehabt hat und nie haben wird, weil sie von der anderen Ansicht vollkommen übergeugt ist, eine Diskussion hierüber durchaus zu keinem Ziel führen könnte." — 1848: „Die Auslegung der Bundesversammlung gilt auch ohne Verkündigung für die Bundesglieder."

Ueber Preßfreiheit und Censur. Herr von Peiser 1838: „So sehr ich die Censur unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen für nothwendig halte, sowenig habe ich bei meiner vorigen Aeußerung die Censur von Druckschriften im Auge gehabt. — Die Wahrheit bekannt zu machen, ist niemals verhindert worden." — 1841: „Keiner heilsamen Wahrheit, wenn sie mit Mäßigung vorgebracht wird, wird der Weg zur Oeffentlichkeit verspertt." — 1842: „Uebrigens sind viele Fälle bekannt, die das Bestehen und die Handhabung der Censur sehr nothwendig gemacht haben, indem gehässige Tendenzen sich geltend zu machen suchten und die Ruhe des Landes bedrohen." — In Betreff der neuerdings angekündigten Schritte beim deutschen Bund sprach Graf Berolding 1848: „Ich kann zwar nicht läugnen, daß, wie angekündigt worden ist, lange Termine verflossen sind; allein in dieser langen Reihe von Jahren waren die Zeiten nicht, wie gegenwärtig." — Hr. v. Schlayer 1838: „Uebrigens ist es sehr unrichtig, wenn man jene Mißvergl (das, nur mit kleinen Ausnahmen für die Regierungsorgane, unbedingte Verbot in Wahlsachen Etwas zu drucken) so hinstellt, als ob sie von der Regierung in ihrem Interesse und nicht mit gegenseitiger Gleichheit der Bedingung der Gerechtigkeit gehandhabt würde, und in dieser Beziehung, wenn bei einem sehr unvollständigen Vergleiche gewissermaßen nur Verleumdung und Lüge die Freiheit benützen, scheint es mir, daß die gegenseitige Nichtbenutzung im Interesse des Volkes weit angemessener ist. Wenn die Censurerlaubniß gewissermaßen ausdrückt: das, was in einem Blatte gedruckt ist, ist mit Genehmigung der Regierung gedruckt worden, so wird Niemand Angriffe auf die Regierung darin suchen. Man würde die Regierung für einfältig ansehen, wenn sie durch die Censurerlaubniß es in gewissem Sinn ausdrücklich billigt, daß Verleumdungen, Verdächtigungen, Angriffe und freie Behauptungen, die wenigstens vorerst nicht bewiesen werden können, die aber ehrverletzend sind, gegen sie gedruckt und verbreitet werden. — So wie einmal die Censur besteht, ist das Arbitrium der Regierung unbeschränkt." — 1845: „So hat man überhaupt noch nirgends die Censur aufgefaßt, daß durch sie nur das beseitigt werden solle, was, wenn es im Druck erschienen würde, strafbar wäre." — 1847: „Es wird bloß darauf ankommen, ob die Preßverhältnisse mit den bestehenden Rechten und Verpflichtungen der Regierung, nicht darauf, ob sie mit den Beschlüssen dieser sechsundsiebzigen Versammlung im Einklang stehen." — 1848: „Streiten auf die Weise, wie der Abgeordnete (Meurer) der würtemb. Regierung gegenüber den Bundesbeschluß auslegen will, haben wir solchen in einer benachbarten Kammer auslegen hören. Man hat sich deßhalb auf verschiedene gelehrte Rechtsausführungen berufen; allein die Bundesversammlung fand sich veranlaßt, diese Auslegung entgegenzutreten und auf das Bestimmteste zu erklären, daß der Bundesbeschluß vom J. 1819 nichts Anderes beabsichtigt habe, als die Einführung der Censur, und daß jeder deutsche Staat, der nicht in diesem Sinne ihn handhabe, dem Bundesbeschlusse nicht genüge. Die erwähnte Deutung des Bundesbeschlusses ist daher nicht richtig, sie ist ein rittes Bemühen gegenüber der Behörde, welche berufen ist, den Bundesbeschluß authentisch auszulegen. — Daß aber der deutsche Bund sich die Gesetzgebung über die Presse für das gesammte Deutschland vorbehalten hat als einen Gegenstand, worüber er zu disponiren hat und nicht die einzelnen Bundesregierungen, das ist unbestreitbar." Als dies doch bestritten wurde, wiederholte Hr. v. Schlayer: „Ich habe kein Bedenken, daß der Bund vollkommen befugt ist, über die Presse in Deutschland ein vollständiges Gesetz zu erlassen, wobei jede Einwirkung von Seite der Landesgesetzgebung ausgeschlossen ist." — Hr. v. Gärtner 1845: „Ich bin einigermaßen verwundert, mit welcher Sicherheit der Abg. Römer von bejahlten Winkelschreibern spricht. Mir ist nicht bekannt, daß die Regierung durch solche ihre Zut-ressen vertheidigen ließe."

Diese Citate, welche noch mit vielen ähnlichen sich vervielfältigen ließen, werden, obendrein sie nur der mit den Preßgesetzen und Verhältnissen Vertraute ganz würdigen kann, genügen, den Standpunkt der würt. Minister I rem deutlich zu machen, und Jeder kann sich auch das Maß seiner Hoffnungen gegenüber dem von diesen fünf Ministern vertretenen Regierungssysteme selber bestimmen.

---

**Preußen** ** Berlin, 6. Febr. Im Anfang der ersten Sitzung unseres Landtagsausschusses am 3. d.s. stellte der Abg. Campshausen im Nachhall auf den am 29. Jan. gefaßten Beschluß über Standesehr und Bürgerrecht folgenden Antrag zur Verweisung an die Abtheilung: „Wenn die Entziehung der in §. 20 verzeichneten Ehrenrechte auf so schwere Zeit ausgesprochen ist, sie soll zu den nach dem Ablauf von Reichswegen wiedereinzuräumenden Rechten die Theilnahme an Stimm- und Ehrenrechten in Gemeinden und Korporationen und die Theilnahme an den Wahlen zu ständischen Versammlungen gehören; dagegen soll das Recht, an ständ. Versammlungen Theil zu nehmen oder als Mitglied einer ständ. Versammlung gewählt zu werden, ohne vorhergegangene Rehabilitation nicht wieder aufleben". Der Antragsteller deutete den Eindruck an, welchen auf die Rheinprovinz ein Beschluß hervorbringen müsse, wonach ein Mann Ehre genug haben könne, um über das Leben seiner Mitmenschen als Geschworner zu richten, aber nicht Ehre genug, um Bürger der Gemeinde zu sein; er folgt nicht bloß den Eingebungen eines Provinzialpatriotismus, sondern redet im Interesse des ganzen Vaterlandes, übernimmt aber für seinen Vereinigungsvorschlag „in Abwesenheit vieler Mitglieder der Rheinprovinz, namentlich des ganzen niederen Standes" nicht die Verantwort-

---

der Vollziehung derselben nur dem, was er für das Wahre und Rechte erkannte, nur dem, was Pflicht und Ueberzeugung ihm auferlegte, gehorsam sein." Weiter äußerte der Abg. v. Schlayer damals in der Debatte: „Zum Abgeordnetensitz gehört Alles, was sich auf einen Staatsdienst, der ein Theil der Regierungsgewalt ist, bezieht. Ebenso ist es übereinstimmend, daß, wenn es sich von Beschuldigungen handelt, um die Kammer den Beschluß faßt, sie verwaltige für diese oder jene Behörde nur einer gewisse Summe beziehungsweise, dieser Beschluß ebenfalls einem vom Staatsdienst getrennt werden kann."

lichkeit, derselbe werde der Rheinprovinz genügen. Der Antrag gelangt ohne Widerspruch an die Abtheilung. — Die wichtige Frage, wie sich die Ehrenstrafen zur Todesstrafe verhalten, deren Entscheidung verschoben worden, brachte die verschiedensten Ansichten zur Sprache, welche der Justizminister v. Savigny gleich im Eingang seines längern Vortrags scharf charakterisirte. Für den Unterschied zwischen todeswürdigen Verbrechen, welche entehrend, und solchen, welche nicht entehrend sind, sprachen der Minister v. Savigny, der Landtagskommissär, der Ref. Naumann (Bef.) und die Abgg. Graf Schwerin (Pom.), v. Katte (Kr.), v. Weiher (Pom.). Die Vorlage der Staatsregierung war von der Abtheilung nur dahin modificirt, daß der Verlust der Ehrenrechte nicht als Schärfung der Todesstrafe, sondern als eine neben der Todesstrafe erkannte besondere Strafe von ihr aufgeführt wurde. Gegen die Auffassung als Schärfung der Todesstrafe traten namentlich die Abgg. v. Auerswald (Pr.), v. Brünneck (Marschall v. Pr.), v. Steinbeck (Sächs.) auf. Andererseits von dem Gesichtspunkte, daß jede Todesstrafe an sich und nothwendig die Ehrlosigkeit mit sich führe, gingen aus die Abgg. Camphausen und Frhr. v. Molins (Rh.), v. Auerswald u. Sperling (Pr.), Dittrich, Steinbeck u. Krause (Sächs.), und Naumann (Brdb.). Ein Antrag des Preuß. Marschalls v. Brünneck ging von dem Grundsatz aus, daß die Todesstrafe nur noch bei solchen Verbrechen Rathsatt sei, welche es sich von selbst verstehe, daß sie entehren, also nur bei infamirenden Verbrechen, und genauer nur noch bei dem Angriff gegen Leben und Freiheit des Königs und bei dem vorsätzlichen Morde. Indessen kam derselbe nicht zur Abstimmung; ebenso wenig wie ein Amendement des Frhr. v. Gudenau (Rh.), welches in früherer Sitzung gestellt war, nämlich, daß die Verurtheilung zur Todesstrafe den Verlust der Ehrenrechte jedes Mal stillschweigend in sich schließe. Denn mit großer Majorität von mehr als $^2/_3$ beschloß die Versammlung, daß neben der Todesstrafe in den im Gesetz namentlich bestimmten Fällen die Ehrenrechte aberkannt werden können. — Nachdem mehrere Punkte noch erörtert, namentlich mit großer Mehrheit angenommen worden, daß nur bei Strafverkennissen über schwere Verbrechen öffentliche Bekanntmachung erfolgen solle, wurde zum zweiten Theile, der von den einzelnen Verbrechen handelt und zunächst zu §§. 80. 81. vom Hochverrath übergegangen. Zu den §§. 80. 81. über den Hochverrath hatte die Abtheilung beantragt: 1) in die Bestimmung Nr. 2 des §. 80 statt „die Thronfolge zu verändern“ zu setzen: „die Thronfolgeordnung umzustoßen“; 2) die Schärfung der Todesstrafe wegzulassen und 3) beide §§. in Einem zusammenzuziehen. Eine denkwürdige Rede des Abg. v. Auerswald steht an der Schwelle dieser bedeutungsvollen Berhandlung. Im zweiten Theil ist von dem Princip einer mit dem Ernst der Gesetzgebung und der Gerechtigkeit zu vereinbarenden und dem wirklichen Zustande des Landes und Volks entsprechenden Milde, die sonst im Entwurf vorwaltet, wesentlich abgewichen, nicht sowohl aus einem entgegengesetzten Princip, als vielmehr aus einer durch Nichts gerechtfertigten, willkürlichen Behandlung einzelner Materien. Die genaue Prüfung der einzelnen Strafbestimmungen wird dadurch um so wichtiger. Im ersten Theil insbesondere, welcher zum Theil von politischen Verbrechen handelt, ist die Todesstrafe häufiger angewandt, als jenem Princip und den Gründen entspricht, welche noch für Beibehaltung angeführt worden, namentlich der vorangesetzten Einschränkung der Todesstrafe auf die schwersten Verbrechen. Das Beispiel des Landrechts beweist Nichts; es beruht auf einer wesentlich andern Basis und seine harten Bestimmungen haben veranlaßt, daß die königl. Gnade öfter hat angerufen werden müssen, als andernfalls nöthig gewesen wäre. Eine noch bedeutendere Abweichung, zugleich von dem bestehenden Rechte, ist die Anwendung der Zuchthausstrafe. Entweder besorgt man, daß die bestehenden Strafen den Staat und die Gesellschaft gegen politische Verbrechen nicht genügend schützen, oder hält sie für nicht geeignet, dem sittlichen Ernst der Gesetzgebung, welcher im Volksbewußtsein liegt, zu entsprechen. Beides mit Unrecht. Preußen hat mit den bestehenden Strafarten in den bewegtesten Zeiten ausgereicht. Jene Zeiten sind vorüber. Jene Verbrechen sind bestraft, vergessen und viele der damals Strafzüglingen leben in ungeschwächtem Ansehn reinster Gesinnung als Staatsbürger, als Staatsdiener — warum? weil sie gestraft, nicht entehrt sind. Wie würde es mit diesen Personen unter dem Spruch vorliegenden Entwurfs gestanden haben? Würde der Gerechtigkeitssinn des Volks eine entehrende Strafart gefordert haben? Würde wohl der denkende Theil des Volks diese entehrende Strafart für die verurtheilten Polen fordern? Der Entwurf von 1843 fordert die Zuchthausstrafe nur, wenn ein hoher Grad von Bosheit oder eine völlige Verstumpfung des Gerechtsinns sich herausgestellt hat. Solcher Unterschied der Gesinnung findet auch bei polit. Verbrechen Statt. Von manchen ernsten Worten des Landtagskommissärs fand keines einen größern Anklang, als daß nach seiner Ueberzeugung Verbrecher aus politischer Schwärmerei nicht oder Ehre baar seien, nicht mit entehrenden Strafen belegt werden dürfen. In diesen Bestimmungen erblickt der Redner Nichts als Spuren einer politisch aufgeregten Zeit, als dunkle ungerechtfertigte Besorgnisse ängstlicher Art. Dies nicht auszusprechen, würde Verantwortung aufbürden. Eine Bemerkung, obwohl sie eine Tendenzanklage in sich zu schließen scheint, die man zu allen Stunden und an allen Orten von den gewichtvollsten Stimmen hört, hat der Redner für angemessen gehalten, im Schooße der hohen Versammlung unverhohlen auszusprechen. Selbst auf die Gefahr hin, nicht verstanden zu werden, als wage man schmähliche Sympathien für straswürdige Verbrechen, darf man sich nicht scheuen, „Alles zu thun, um dem Gesetz, vor Allem dem Strafgesetz, die Sympathien des Volkes zu sichern, ohne welche es doch nur ein flimmendes Erz, eine tönende Schelle bleibt oder ein verzehrendes Feuer wird. Der Redner beruft „vorerst lich, daß regelingen werde, jene Sympathien zu verwischen, und namentlich diesen Abschnitt im Einverständniß mit den Räthen der Krone dahin umzugestalten, 1) daß einfache Handlungen nicht deßhalb für Verbrechen erklärt werden, weil sie politischer Natur sind; 2) daß Verbrechen nicht deßhalb mit entehrenden Strafen belegt werden, weil sie politischer Natur sind, und 3) daß das Beil nur auf das Haupt des Schuldigsten niedersaue. Die Debatte wird fortgesetzt.

**Berlin**, 10. Febr. Die neueste Nummer der Gesetzsammlung enthält eine Verordnung wegen Errichtung eines evangelischen Oberconsistoriums, zu dem bestimmte Mitglieder geistlichen und weltlichen Standes berufen werden sollen. In wichtigeren Fällen sollen auch die Vorsitzenden der Provinzialkonsistorien und die Generalsuperintendenten hinzutreten; den Vorsitz führt der Kultusminister. Eine größere Zusammenberufung findet regelmäßig alle Jahr Statt, außerdem so oft es das Bedürfniß erheischt; an diese größere Versammlung werden gewiesen: 1) alle Disciplinarsachen wider Geistliche und Kandidaten, in welchen in erster Instanz auf Verlust des Amts oder der Wahlfähigkeit, auf unsreiwillige Versetzung oder auf Demeritirung erkannt ist; 2) der Vortrag der jährlichen Verwaltungsberichte der Provinzialkonsistorien und die Beschlußnahme über die daran sich knüpfenden Maßnahmen und Anträge; 3) die schließliche Berathung über neue organische Einrichtungen für das evangelische Kirchenwesen. Der Vorsitzende ist befugt, auch andere wichtige Gegenstände an die größere Versammlung zu verweisen.

Einem Briefe aus Berlin entnehmen wir beiläufig die Angabe, daß das Gerücht, es werde noch vor dem Schlusse der Ausschußsitzungen die Jährige Periodicität des Landtags verkündigt werden, in einflußreichen und wohlunterrichteten Kreisen immer mehr Bestand gewinne, daß dagegen wenig Aussicht sei auf Bewilligung der acht zum Tode verurtheilten Polen; Hr. v. Bodelschwingh solle, wie es heißt, für Begnadigung, Hr. v. Savigny dagegen sein.

**Baiern.** — **München**, 11. Febr. Ungewöhnliches ist bei uns vorgegangen. Die Gräfin Landsfeld hat ohne alle Begleitung in einer einfachen Chaise die Stadt soeben verlassen; das Volk und die Studenten schicken ihr Hohn und Verwünschungen nach. Der König hat der Deputation aus der Bürgerschaft, an deren Spitze Fürst Oettingen stand, nachgegeben. Auch Fürst Wallerstein soll seinen Einfluß besonders geltend gemacht haben. Die Deputation trat mit aller Entschiedenheit auf und ließ nur zwischen der Entfernung der Gräfin und einem Bürgerlager die Wahl. Hierüber das Näherr: Gestern Abend 6 Uhr begab sich eine magistratische Deputation zum Könige. Die Bürgerschaft wußte davon; der größte Theil derselben nebst Studenten und Leuten aus allen Klassen des Volkes versammelte sich vor der Residenz, und erwartete den königlichen Bescheid. Der König ständte sich lange, die Bürger erklärten, das Beil sei jeden Augenblick bereit, das Signal zu einem unheilvollen Zusammenstoß zu geben, alle Gemüther seien aufgebracht. Endlich erklärte er, er wolle seinen Staatsrath zusammenberufen und morgen bestimmte Antwort ertheilen. Das Volk war mit dieser Erklärung wenig zufrieden und ging stimend nach Hause. In der Nacht gab es unruhige Auftritte genug, der Polizei wurden die Fenster eingeworfen, es fielen aus dieser und jener Straße heraus Schüsse. Am Morgen des heutigen Tages fanden die Studenten schon in aller Frühe am schwarzen Brett folgende Bekanntmachung: „Durch den Hrn. Minister-Verweser des Innern wurde dem unterfertigten Magistrate folgender allerhöchste Entschluß mitgetheilt: Jetzt, da die Bürger sich ruhig zurückgezogen haben, ist mein Vorhaben, daß, statt erst mit dem Wintersemester, mit dem Sommersemester die Universität wieder eröffnet werde, wenn die nahen Münchens Einwohner sich zu meiner Zufriedenheit benehmen. Das Wohl der Bürger liegt mir am

Digitized by Google

Herzen, das beweiste ich seit mehr denn 23 Jahren. München, 10. Febr. 1848. Ludwig. Der Magistrat der k. h. und R. St. München. v. Steinsdorf, Bürgermeister. Faschnatz, Secretär." — Als die Studenten dies gelesen, waren sie durchweg damit einverstanden und traten mit dem Magistrate sogleich in Verhandlung, nachdem sie in großer Versammlung beschlossen hatten, diese königliche Gewähr entschieden zurückzuweisen und zu fordern: der König solle die gestern erlassene Verordnung ganz zurücknehmen und die „Alemannia" auflösen. Dies sei ihre Forderung; davon gingen sie keinen Schritt ab. Der Magistrat und die Bürgerschaft waren auch derselben Ansicht, ja, sie gingen noch weiter; sie forderten die Ausweisung der Lola, der Quelle alles bisherigen Uebels und Unheils. Mit diesen Forderungen trat die magistratische Deputation vor den König. Tausend und abermalstausend von Bürgern umgaben den königlichen Palast, harrend auf die bestimmte Antwort des Königs, entschlossen, wenn das Geforderte nicht gestattet würde, zu den Aeußersten zu greifen. Da erschien die Deputation und die verkündete dem harrenden Volke, daß der König auf seine Wünsche eingehen wolle. Lauter Jubel durchtönte die Menge. Eine Stunde darauf fuhr die Spanieein davon in einer anschirrdaren Chaise, wührend die Rosse antreiben lassend, durch die Löwenthore, den englischen Garten hin. Eben höre ich, daß sie, wieder zurückkommen, in der Residenz Einlaß begehrt habe, jedoch der Polizei übergeben worden sei. Die Münchner werden jedenfalls nicht ruhen, bis sie über die Grenze geschafft ist. Das ist ein großes, folgenreiches Ereigniß für Baiern!

§ München, 11. Febr. Wir haben endlich wirklich unsere Revolution erlebt, eine zwar ziemlich unblutige, aber dennoch energische. Der 11. Februar ist heute ein Festtag in der Geschichte von München. Wir sind frei von der Laß, die uns seit mehr als Jahresfrist drückte, und von der Schande, sie tragen zu müssen. Lassen Sie sich den Hergang erzählen, dessen von Allen ersehntes und erhofftes rasches Ende doch Alle übertrascht hat. Ich will nicht zu weit ausholen, um nicht ein Buch schreiben zu müssen. Die Anfänge reichen weit zurück und das Meiste ist weltbekannt, obschon Vieles in der Ferne als Mährchen betrachtet werden mag. Die nächsten Tage reichen auf wenige Tage zurück. Unter dem besondern Schutz der Lola Montez, und man darf hinzufügen Sr. Maj. des Königs, bestand eine Studentenverbindung „Alemannia", die sowohl bei den Studenten als im Publikum um ihrer Bestrebungen zu besagter Dame willen nicht für ehrenhaftig angesehen wurde. Neigung gab ihren Mitgliedern einen gewisse Zuversicht, mit der sie sich sogar vor die Presse wagten, mit Ehrenaumaßungen der übrigen Studentenschaft gegenüber. Hatte man sie bis dahin unbeachtet gelassen, so ward nun der Sporn gefühlt. Verhöhnungen in den Hörsälen waren die Folge, Verhöhnungen auf der Straße kamen nach. Rektor und Minister hielten beschwichtigende Reden, die Studenten antworteten mit einem „Vereat Alemannia!" zu dem sich bereitwillig ein Vivat für die Behörden gesellte. Am 9. Febr. Mittags zogen einige (3—4) der Alemannen unter lautem Hohn vom Universitätsgebäude nach ihrer Kneipe im Bazar; Andere (2—3) kamen von der andern Seite. Von den Letzteren wendete sich sodann Einer, Graf Hirschberg, um, zog unter Schimpfreden einen Dolch und stieß nach einem Studenten, Namens Förderer. Ein Andrer war in der Nähe und bewährigte sich des einen Arms des Grafen, konnte aber, da dieser mit dem Dolch nach allen Seiten stieß und er durch sein Gewehr gehindert war, Nichts thun, so daß endlich der Graf in die nahe Kneipe sich rettete. Ungeachtet des vor dem versammelten Volke verübten Attentats wegerte sich die Polizei, den Thäter zu verhaften, und starke Gendarmeriedetheilungen besetzten zu seinem Schutze das Haus. Inzwischen war Lola in die Nähe gekommen; es mögen auch ihr die Ohren geklungen haben, so daß sie einem Nahestehenden eine ihrer bekannten Ohrfeigen gab. Dies war das Zeichen zum Angriff. Sie wurde gepackt, und unfehlbar wäre sie sehr übel daran gewesen, wenn nicht sogleich Wache ihr zu Hilfe gekommen, so daß ihr Zeit blieb, in eine nahe Kirche sich zu retten. Daß hierauf ein entscheidender Schlag folgen würde, war natürlich, doch war Niemand auf den gefaßt, welcher kam. Gestern Morgen verkündete ein vom Rektor Fr. Thiersch unterschriebener Anschlag am schwarzen Brett, daß die Universität auf Allerhöchste Verordnung bis zum Wintersemester 1848—1849 geschlossen sei, und daß die nicht in München wohnhaften Studenten binnen 30 Stunden München zu verlassen hätten. Das war unerhört, ja unglaublich. Man frug sich, was geschehen, das eine solche Maßregel rechtfertige, die das Wohl von tausend Familien, der ganzen Stadt, ja des ganzen Landes aufs Empfindlichste treffen mußte. Unbegreiflich roh — ja, wer in Norddeutschland und am Rhein studiert hat, muß sagen beispiellos johm — benahmen sich die Studenten; allein ich füge hinzu, daß ich ihnen keinen Vorwurf mache, um ihrer wahrhaft musterhaften Ruhe und Gesetzlichkeit willen; es ist eben anderes Blut. In der größten Ordnung und Stille zogen sie, etwa 1400 Mann, vor das Haus ihres Rektors, erbaten von ihm Mahnung zur Ruhe und zum Vertrauen in ihre Behörden, und antworteten mit einem Lebehoch. Von da zogen sie an das Kultministerium zum Minister, Fürsten Wallerstein, um diesen (wie sie bei Thiersch gethan) zu bitten, das Unglück von der Universität abzuwenden. Hier ereignete sich nun das ganz unglaubliche und empörende Attentat einer vom Hauptmann Bauer, dem besondern Haußfreund der Lola, kommandirten Gendarmerieabtheilung auf die ganz ruhig in und vor dem Kultministerium versammelten wehrlosen Studenten, wobei mehrere verwundet und Einer getödtet wurde. Ich war nicht gegenwärtig, aber Augenzeugen schildern den Vorgang, wie den Anfall von einer Horde losgelassener wilden Thiere, und Alles war aufs Tiefste indignirt. Inzwischen hatten die Bürger gegenüber der ihnen bezeichneten Gefahr sich auf dem Rathhaus versammelt und nach stürmischen Debatten eine Deputation genannt, die dem König die Bitte der Bürgerschaft um Rücknahme der über die Universität verhängten Maßregel vortragen sollte. Sie kam unverrichteter Sache zurück; der König war nicht im Palast. Nun beschied die Bürgerschaft, in Masse vor das Schloß zu ziehen, um so der Bitte den nothwendigen Nachdruck zu geben. Das Volk war dicht gedrängt auf allen Straßen, und Militär besetzte die Zugänge und öffentlichen Plätze. Auf dem Schloßplatz angekommen, wurden die Bürger vom Volk mit lautem Lebehochruf empfangen. Die Bürger stellten sich längs des Palastes auf. Man sah den König am Fenster. Ueber eine Stunde war die Deputation im Vorsaal, ohne empfangen zu werden. Im Innern der Königl. Gemächern fand gleichzeitig eine der rührendsten und für alle Augenzeugen unvergeßlichsten Scenen Statt, über welche ich heute noch alle Münchner Bürger Thränen vergießen sah. Die fremde Fürstentochter, des schönen Italiens geliebtes Kind, die Prinzessin Luitpold, übernahm es, den Königl Sinn dahin wenigstens zu bestimmen, die Deputation anzuhören. Es that es. Die Antwort theilte aber der Deputation nicht mit, sondern verwies auf das Rathhaus, wo die Eröffnung erfolgen sollte. Die Antwort war unginstig ausgefallen. Nun war Eine Stimme, man wußte jetzt, wer den Weg verfperrte zu des Königs Herz, an dessen Liebenswürdigkeit Keiner zweifelt. In ungeheurer Menge wälzte sich der empörte Haufe des vor dem Rathhaus harrenden Volkes unter fürchterlichem Geschrei nach der Straße, wo Lola wohnte. Doch wurden sie mit scharfen Waffen zurückgetrieben und wiederum floß Blut; doch hörte ich von keinen Todten. Nun zog der immer an Zahl und Erbitterung wachsende Haufe nach dem Polizeigebäude und fing daselbst das Werk der Zerstörung an, wurde aber auch hier mit der Waffe verdrängt, was um so leichter geschehen konnte, als das Volk unbewaffnet war. Nur Scherben und Toben dauerte fort, bis gegen 10 Uhr Nachts bekannt wurde, die Maßregel gegen die Universität sei halb zurückgenommen, was für gestern Abend Ruhe brachte. Inzwischen war man Seitens der Bürgerschaft und der Kriegsleute zu bestimmten Entschließungen gekommen, man wußte, hinter welchem Ziele man nun nicht länger zurückbleiben dürfe. Diese bestimmt formulirten Wünsche wurden heute in der Frühe zuerst von den Reichsräthen (soviel deren anwesend sind), dann von dem Staatsrath Sr. Maj. vorgetragen. Gleichzeitig waren die Bürger auf dem Rathhaus, die Studenten vor der Universität versammelt, zu gegenseitiger Unterstützung bereit. Das Militär hielt die Straßen besetzt. Was im Schlosse vorgefallen, wird wohl künftig bekannt werden; man sagt, daß Mittheilungen vom Minister des Innern gemacht worden seien, die den König überzeugt hätten, er sei bisher auf frevelhafte Weise hintergangen worden. Ich war bei den Bürgern auf dem Rathhaus und muß sagen, daß ich mich an diesen sittlichen, treuen Männern und ihrem Ehrgefühl, ihrer Entschlossenheit und ihrer Besonnenheit herzlich erfreut habe. Es war eine solche Sicherheit in ihnen, daß als Fürst Wallerstein eintrat, er, noch ehe er sprach, mit Lebehoch empfangen wurde. Und als er verkündet: Die Universität ist wieder geöffnet, die Gräfin Landsfeld muß binnen einer Stunde die Stadt und sofort das Land verlassen, brach ein unermeßlicher Jubel aus. Die Fürst hatte erzählt, wie tiefgerührt der König sei durch die echt Gesinnung der Bürger, und wie er aus vollem väterlichen Herzen gewähre, was er gewähre, und als er sagte: Es ist nun Nichts mehr zwischen uns und unserem König, gar Nichts, faßt und ihm danken! da rief Alles: Zur Residenz! und in rasch geordnetem Zuge bewegte sich die ungeheure Masse nach dem Platz, wo sie Tags zuvor teerfarm gehanden. Zuerst sah man die Königin am Fenster, welcher enbeler Jubel ertönte. Mit Freudenthränen dankte die edle Fürstin. Der König war im Haus der

Digitized by Google

Lola, um es vor Zerstörung zu schützen, die bereits begonnen hatte. Von dort wurde der Monarch unter lautem Freudenrufen nach dem Schlosse begleitet, wo er dem Dank der Bürgerschaft entgegennahm. Diese nach dem Rathhaus zurückgekehrt, empfing nun ihrerseits den Dank der Studenten, und es wurde von letztern mit Recht hervorgehoben, daß dieser Tag einen ewigen Bund zwischen dem Bürgerthum und den Studenten geschlossen, und daß an ihm alle alten Vorurtheile für immer begraben seien. Von da zogen die Studenten zum Minister Wallerstein, auch hier sich zu bedanken. Die ganze Stadt ist in freudiger Bewegung. Lola ist abgereist.

X München, 10. Febr. Der Beschl, daß die Universität geschlossen werden solle, machte unter der ganzen Bevölkerung den tiefsten Eindruck*). Heute Morgen begab sich eine große Anzahl Studirender zum Rektor, um ihm für seine Bemühungen um Aufhebung des Beschlusses zu danken. In die Stadt zurückgekehrt (derselbe Thiersch wohnt in einer der Vorstädte), wurde der gänzlich mehrlose Hausse plötzlich und ohne alle Veranlassung von der Gendarmerie mit Säbeln und gefüllten Bajonetten überfallen. Es sollen mehrere bedeutende Verwundungen vorgekommen sein. Einer der Unglücklichen, der Student Faber aus Wien, war wenige Stunden später bereits eine Leiche. Gendarmeriehauptmann Bauer leitete persönlich diesen Ueberfall. Indessen war es Mittag geworden. Der Magistrat der Stadt war den ganzen Vormittag über versammelt gewesen, um darüber zu berathen, wie eine Abänderung des Beschlusses über die Universität zu erzielen sein dürfte. Das Vertrauen der Bürgerschaft zu ihrer Behörde ist, wie es sich bei dieser Gelegenheit ganz deutlich zeigte, nichts weniger als gros. Man traut ihr nicht die nothwendige Entschiedenheit und Offenheit zu, mit welcher solche Fälle allerhöchsten Orts zur Sprache gebracht werden müßten, sollte dis dahin Klarheit bringen. Aus diesem Grunde faßte die gesammte Bürgerschaft den Beschluß, sich ebenfalls auf dem Rathhause zu versammeln. Dies geschah um 1 Uhr Mittags. Nach langen stürmischen Verhandlungen wurde trotz aller Einwendungen beschlossen, nicht eine einfache magistratische Deputation an den König zu senden, sondern vollzählig, wie sie hier seien, vor die k. Residenz zu ziehen und unten des Bescheides zu harren, welcher der Deputation vom Könige würde ertheilt werden. Sogleich wurde der zweite Bürgermeister, von Steinsdorf (der erste war durch Krankheit abgehalten), veranlaßt, Se. Majestät um alsbaldigen Empfang der Deputation zu bitten. Indessen wurde eine kurze Adresse entworfen, vorgelesen und von der Versammlung durch allgemeinen Zuruf angenommen. Es waren ein paar Stunden vergangen, die endlich den Bürgermeister, die Magistratsräthe und Gemeindebevollmächtigten an der Spitze, sich von dem Rathhause auf den Schloßplatz begab. Die Zahl der Bürger mag gegen 2000 betragen haben. Die Zahl der Zuschauer war mehr als doppelt so groß. Trotzdem herrschte lautlose Stille auf dem weiten Platze. Die geschlossenen Thorflügel des Königsbaues öffneten sich nur für einen Augenblick der eintretenden Deputation. Länger als eine Stunde war sie im Schlosse, da der König sie erst nach langem Harren soll vorgelassen haben. Das Schloß entlang waren Infanterie und Kürassiere aufgestellt. Es wurde von der Bürgerschaft beschlossen, den königlichen Bescheid erst auf dem Rathhause kund zu geben und, wie er auch lauten möge, ihr Gesinch um Milderung der Verfügung vorzutragen oder erforderl, hier auf dem Platze seine laute Kundgebung ihrer Gefühle zu machen. Die Deputation kam endlich zurück. Schweigend und voll würdevollen Ernstes begab sich der ungeheure Zug, wie er gekommen war, wieder nach dem Rathhause. Da eröffnete Hr. v. Steinsdorf der Versammlung, daß S. M. die Bitte der getreuen Bürgerschaft in Erwägung ziehen und so weit als thunlich erfüllen werde, man möge also ruhig nach Hause gehen und der Lön. Entscheidung nicht vorgreifen u. s. w. Diese Mittheilung rief einen nahen Sturm von Unzufriedenheitsäußerungen hervor. „Heute, heute", erscholl der donnernde Ruf, „möge entschieden werden und nicht erst dann, wenn die Studirenden die Stadt würden im Rücken haben". Jeder Beschwichtigungsversuch war vergebens. Da versprach Hr. Kaufmann Reisyal, in dessen Reden sich Wärme mit Besonnenheit paarte, der an ihn allgemein gerichteten Aufforderung zu genügen und noch heute im Vereine mit Magistratsmitgliedern ein wiederholtes Gesuch der Bürgerschaft in das lön. Schloß zu bringen. Auf diese beruhigenden Worte hin verließ der Mehrzahl der Versammlung den Saal. Bald darauf wurde den Zurückgebliebenen angekündigt, daß der König Hrn. v. Steinsdorf habe rufen lassen. Mit Ungeduld harrte die Versammlung seiner Zurückkunft. Da erschien statt seiner der Ministerverweser des Innern, Hr. v. Berks, in Begleitung des Plahmajors. Die Mittheilungen des Ministers lauteten: die Universität solle nur bis Ostern geschlossen bleiben, die Akemannen aus der Stadt entfernt und Hauptmann Bauer zur strengsten Verantwortung gezogen werden. Des Ministers Rede wurde mehrere Male durch den beruhigenden Zuruf von allen Seiten unterbrochen. In aufgeregter Stimmung ging der Rest der Versammlung auseinander, na dem noch beschlossen war, Morgens um 8 Uhr wieder auf dem Rathhause vollzählig sich einfinden zu wollen.

*) Nachschrift: Der Ministerverweser Fürst v. Wallerstein hat um seine Entlassung gebeten. Dem Vernehmen nach werden die HH. v. Brösler und v. Heres diesem Beispiele folgen. Schon von dem Kriegsminister von der Mark erwartet man dasselbe.

X München, 11. Febr. Gestern Abend wurde ein Angriff auf das Polizeigebäude gemacht. Die angrenzenden Straßen waren durch Barrikaden gesperrt. Die Steine des aufgerissenen Pflasters dienten als Wurfgeschosse. Wagenreihen galten als Sturmböcke, um das Thor damit einzustoßen. Ein Student, der auf dem Schrannenplatze von einem Gendarmen verwundet worden war, gab nach wenigen Augenblicken auf der Hauptwache den Geist auf. Gleichzeitig fand ein Angriff auf das Haus der Lola Montez in der Barrerstraße Statt. Da vorn Infanterie zu dessen Schutze aufgestellt war, so wurde ein Ueberfall von der Rückseite durch den Garten versucht. Allein da lagen Gendarmen im Hinterhalte und warfen die nur mit Latten bewaffneten Eindringenden leicht zurück. Ein Eisenverkäufer wurde dabei durch einen Säbelhieb über den Kopf tödtlich verwundet, und ein Knabe in der Nähe dieses Kampfplatzes durch den Bajonnetstich eines Gendarmen getödtet. Die Erbitterung gegen die Gendarmerie hat den höchsten Grad erreicht. Viele gehen mit dem Gedanken um, heute nun wohl bewaffnet ihr gegenüber zu treten.

X München, 11. Febr. Soeben, Vormittags 9 Uhr, wurde der auf dem Rathhause versammelten Bürgerschaft der Befehl des Königs kund gegeben, daß der Polizeidirektor im Namen des Königs der Geäßn Landesfeld die Weisung ertheilt habe, binnen einer Stunde die Stadt zu verlassen. Die Bürgerschaft gibt sich damit nicht zufrieden. Sie verlangt, daß Lola Montez das Land verlasse. Ferner fordert sie Gewißheit, daß die Studenten in München bleiben dürfen. Zur Berubigung der Gemüther wurde officiell erklärt, daß kein Bürger verhaftet und Niemand geädtet worden sei.

A München, 10. Febr. Nachdem der vorhrte. Korresp. im Wesentlichen mit unsern andern Münchner Mittheilungen übereinstimmend die Vorfälle vom 10. Feb. geschildert, den Tod eines Studenten in Folge einer von einem Gendarmen erhaltenen Wunde, die Deputation beim Könige, die Bemühung des Prinzen Luitpold und seiner Gemahlin, ihr Gehör zu verschaffen, die schwere Verwundung eines Gärtnerburschen bei dem Sturm auf das Haus der L. Montez, fährt er fort: Von da zog man zum Polizeigebäude, wo ein Gendarmeriehauptmann seine Wohnung hat, warf dort sämmtliche Fenster mit der zu diesem Zwecke aufgerissenen Pflasterreihen ein und verbarrikadirte mit umgestürzten Wagen die nahen Straßenzugänge. Endlich erschien Militär, das vom Volke mit Vivats empfangen wurde, und das ohne Widerstand die Barrikaden entfernte und die Straße freimachte. Auch hier stets wiederer von Seite der Gendarmerie ein paar Verwundungen vor, während das Linienmilitär sich sehr ruhig und ohne von den Waffen Gebrauch zu machen benahm. Uebrigens wurde wenigstens das Zugeständniß gemacht, daß noch spät Abends Hauptmann v. Bauer das Kommando der Gendarmerie an einen anderen Offizier übergeben mußte. — Am 11. Februar Mittags. Die Ereignisse haben sich weit schneller entwickelt als zu erwarten war. Der König hatte sich nämlich über Nacht zum Nachgeben entschieden. Eine noch am gestrigen Abende an ihn abgeschickte Anzahl von Reichsräthen, der versammelte Staatsrath, die drohende Haltung der Bürger, die sichtbar allgemeine Aufregung der gesammten Einwohnerschaft und der Umstand, daß auch aus den Militärs sich nicht ganz sicher glaubte, — dies Alles scheint seinen Entschluß herbeigeführt zu haben, der auch sowohl den versammelten Bürgern als den Studenten auf der Universität bekannt gemacht wurde. Die Letztern zogen sogleich in großer Anzahl aus Rathhaus, um der versammelten Bürgerschaft ihren Dank für ihre kräftige Mitwirkung zu sagen. Von da begaben sich die Bürger abermals in endlosem Zuge vor die Residenz, wo auch die hier anwesenden Reichsräthe sich bereits eingefunden hatten, um den Dank für die erhaltenen Zugeständnisse auszusprechen. Als der König sich am geöffneten Fenster zeigte, brach die Menge in ein einstimmiges Hoch aus, das gar nicht mehr zu enden schien, wo-

Digitized by Google

rauf Alles auseinander ging. — Gräfin Landsfeld ist bereits abgereist; gleich nach ihrer Entfernung begann das Volk Fenster und Thüren ihres Hauses zu zertrümmern; nur mit Mühe gelang es, die Zerstörung des Hauses zu hindern. Die Universität ist wieder eröffnet, die Mitglieder der Verbindung „Alemannia“ sollen den Befehl haben, die Stadt zu verlassen. Der Jubel über alles Dies ist ungeheuer. Auch ich theile die allgemeine Freude von ganzen Herzen, aber doch muß ich mich fragen: Wird die Landsfeld nun für immer fortbleiben? Und wenn dies auch der Fall wäre, — war sie das einzige Hinderniß einer Besserung unserer Zustände, und wäre nun auf eine durchgreifende Aenderung derselben zu hoffen? Wollte Gott, daß wir das Verneinen haben könnten, daß die nächste Zukunft uns auf alle diese Fragen eine durchaus befriedigende Antwort gebe!

× München, 11. Febr. Die Adresse der Bürger an den König lautet: „Ein ebenso schwerer als unerwarteter Schlag hat die getreue Bürgerschaft Eurer Majestät Haupt- und Residenzstadt mitten in ihren friedlichen Beschäftigungen überrascht, die Nachricht von der plötzlichen Schließung der Ludwig-Maximilians-Universität. Wohl konnte uns nicht unbekannt bleiben, daß unter einem Theile der hiesigen Studentenschaft in jüngster Zeit einige unruhige Auftritte stattgefunden haben. Allein weit entfernt, daß die übrige Bevölkerung nur im mindesten davon berührt werden sollte, ist es vielmehr Thatsache, daß die Mehrzahl der Studenten selbst ein musterhaftes, ruhiges Betragen auch während der letzten Tage, wie immer bewiesen hat. Und um dieser theilweisen Studentenreibungen willen sollte die Universität geschlossen, sollte die gesammte studirende Jugend, auch die gänzlich unbetheiligte Mehrzahl, so schwer an Zeit und Geld gestraft werden! Und wie schmerzlich und tiefeingreifend würden erst die Folgen dieser Maßregel sein, die mit ihren kleinen, allen politischen Beziehungen weitentfernten Ursachen wahrlich in gar keinem Verhältnisse zu stehen scheint. Mehr als anderthalb Tausend junge Männer würden aus den gewohnten Kreisen ihres schönen Berufes müßiger Thatenlosigkeit in die Arme geschleudert, mehr als Tausend Familien des Königreiches würden den empfindlichsten Schaden dadurch erleiden, insbesondere würden den Tausende dürftiger Einwohner von diesem Ereignisse auf das aller schmerzlichste betroffen werden. Nicht zu reden von dem schweren Verluste, der den Geschäftsleuten jeder Art daraus erwachsen müßte, so wollen wir nur an die hundert armen Familien, welche durch Miethund Kostverabredungen an Studierende ein sorgenfreies Dasein fristen, hier erinnern. Wenn Ew. Maj. diese wenigen Punkte huldreichst in Erwägung zu ziehen geruhen, so werden Höchstdieselben sicherlich keinem Beschlusse Folge geben, welcher unberechenbar mehr Nachtheilige als Schuldige treffen würde. Ew. Majestät Weisheit ist es ein Leichtes, eine andere alterthümliche Verfügung zu treffen, welche, dem vorliegenden vereinzelten Falle entsprechend, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung genugthut, ohne so weit und tief treffende Folgen zur Sitte zu haben. Indem wir also bitten, daß E. M. geruhen möchten, im Betreffe der Universitätsfrage, welche zugleich eine so wichtige Stadt-, ja Landesangelegenheit ist, eine mildere allergnädigste Verfügung fassen zu wollen, verharren ꝛc.“

München. Aus andern Briefen und den Zeitungen tragen wir noch einige Details nach. Das Einhauen der Gendarmen vor dem Kultusministerium hat in der That ohne jede vorausgegangene Waenung oder Drohung stattgefunden, so daß man kriminelle Bestrafung erwartet. Nach einigen Berichten ist der erwähnte Hauptmann Bauer bereits dem Richter überwiesen, nach Andern nur abgesetzt worden. Die Erbitterung über das Benehmen der Gendarmen spricht sich ebenso allgemein aus, als die Haltung der Militärs überall Anerkennung findet. Man scherzt auch einen Augenblick an Verhaftziehen eines benachbarten Regiments (aus Augsburg) gedacht zu haben, ist aber ohne Zweifel davon zurückgekommen. Die Alemannen sollen, wie ihre Beschützerin, ausgewiesen sein, werden aber hoffentlich keiner andern deutschen Universität ihre unerwünschte Gegenwart zu Theil werden lassen. Die Gräfin L. hat den Weg nach Starnberg, also die Straße nach Italien eingeschlagen; das Gerücht, sie hätte versucht zurückzukommen, scheint sich nicht zu bestätigen.

* Ein Brief von unserm ✕ Korrespondenten, den wir zu spät erhalten haben, um ihn ganz mittheilen zu können, erwähnt ebenfalls das am 11. Februar in der Stadt verbreitete Gerücht, daß Lola wieder zurückgekehrt sei, das Volk aber geschworen habe, in diesem Falle ihre Wohnung dem Erdboden gleich zu machen. Der Rektor der Universität, Hofrath Thiersch, kündigte den Studenten an: daß an Montage die Vorlesungen wieder beginnen würden. Folgende Stelle heben wir aus diesem Schreiben noch hervor: Auch der hohe Adel war nicht theilnahmlos geblieben. Eine große Anzahl Adeliger war seit gestern schon fortwährend im „bairischen Hofe“ versammelt, um das Ihrige zu einem glücklichen Ausgange der allgemeinen Bewegung beizutragen. Insbesondere wird der Prinzen und Prinzessinnen des k. Hauses wegen ihres warmen Bevorwortung der Volkswünsche rühmlichst gedacht.

**Baden.** * Karlsruhe, 13. Febr. Der Vortrag des Abg. Bassermann hatte die Zuhörer tief ergriffen; es war eine hohe, feierliche Stimmung, wo man von den Flügelschlag des Genius der Nation zu hören und in der Luft zu fühlen glaubt, wo das Einzelwesen sich freudig hingibt, um sich wiederzufinden in der höheren Einheit des Gesammtgeistes der Nation, wo jedes Opfer leicht, die Frucht unmöglich, der Sieg eine Nothwendigkeit wird. Die Verhandlung weckte aber auch Erinnerungen, die den Hoffnungen auf günstige Entwicklung unserer Zustände ein geschichtliches Wort reden. Im Jahre 1831 hatte der Abg. Welcker den nämlichen Antrag auf Verbesserung der Bundeseinrichtungen begründet. Die Lenker der Staatsverwaltung wollten sich nicht nur der Berathung, sondern sogar der Begründung der Motion. Sie wollten nicht zugeben, daß die Kammer den Redner zum Wort kommen lasse. Als die Mehrheit beschlossen hatte, die Motion anzuhören, da vertheten die sieben Regierungskommissäre, unter Anführung des Kriegsministers den Saal; ihnen folgten der Präsident, zwei Sekretäre und einige Mitglieder der Kammer. Der Vizepräsident v. Rotteck und der dritte Sekretär nahmen die verlassenen Sitze ein, und nun erst konnte Welcker seine Motion begründen; sie gelangte weder zum Druck in den Protokollen (eine Basler Presse mußte aushelfen), noch zur Berathung in der Kammer. Im Jahre 1841 hatte der Minister v. Blittersdorff den Wunsch nach einem deutschen Parlamente aus dem Munde des Abg. Bassermann als einen „revolutionären Ruf“ bezeichnet. Seitdem ist es anders, es ist besser geworden.

Der Begründung des Antrags folgte zunächst der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. v. Dusch, die Erklärung der Regierung entgegen. Da es hierbei auf diplomatische Genauigkeit der Worte nicht minder ankömmt als bei der Motion, so werden wir die Rede wörtlich nachliefern, und hier nur dem Ergangang folgen, soweit es der Zusammenhang fordert. Hr. v. Dusch will und kann nicht in das Einzelne eingehen, noch weniger sich über die Anführungen aus den Bundesprotokollen einlassen; auch will er das Eine, was der Motion in Bezug auf das allgemeine Wohl von Deutschland zu Grunde liegt, nicht verkennen. Dagegen mache er die Kammer aufmerksam auf das Bedenkliche der Bahn, auf welche der Hr. Antragsteller sie zu führen suche. Der Antrag ziele auf eine gänzliche Umgestaltung des politischen Zustandes von Deutschland, auf eine Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat; sie handle sich nicht bloß um eine engere Verknüpfung des deutschen Partikularismus, sie fo alt ist, wie die Geschichte, sondern um gänzliche Aufhebung desselben. Der Bund, aus 38 Staaten bestehend, werde dies nicht wollen. Wenn der Bund, unzufrieden mit der badischen Verfassung, dieselbe ändern wollte, so würden die Stände und die Regierung dies ebenfalls nicht wollen.

Der Antrag gehe dahin, die Regierung zu bitten, daß man den größten, schönsten und wesentlichsten Theil der verfassungsmäßigen Rechte den Ständen wegnehme und auf Andere übertrage, daß Baden von einem blühenden, selbstständigen Staate zu einer verkümmerten Grenzprovinz herabsinke. Von dem Standpunkt der badischen Verfassung, auf dem allein die Kammer stehe, und den sie zu vertreten habe, glaube er nicht, daß es gerathen sei, auf den Antrag einzugehen. Unsere weitere Entwicklung liege im Schooße der Zukunft; kein Staatsmann und kein Abgeordneter könne sie voraussehen, aber es sei Pflicht der Regierung die Rechte zu bewahren, als deren Hüter sie aufgestellt ist, und die Stände zu warnen, den festen Boden nicht zu verlassen und sich nicht tragen, für jetzt unpraktischen Projekten hinzugehen. Schließlich erklärte der H. Redner, daß die Kommissäre der Regierung an Berathungen, die gegen wesentliche Bestimmungen der Bundesverfassung verstoßen, keinen Theil nehmen werden.

Heimburger und Scheffelt, zwei wackere Landwirthe, unterstützten die Motion mit schlichtem Worte. Scheffelt dankte dem Abg. Bassermann, der den Wunsch des deutschen Volkes und dessen Uebergzeugung ausgesprochen habe, daß Deutschlands wahres Wohl nicht eher getroffen könne, bis die Nation am Bundestag vertreten sei. Er stellte zugleich den Antrag, die Motion voraus zu drucken und in den Abtheilungen zu berathen.

v. Ihstein erhob sich und sprach mit jugendlichem Feuer für die große Angelegenheit der Nation. Die Worte des H. Ministers können ihn nicht bestimmen, zu schweigen; Nichts sei bedenklicher, als einem Abgeordneten entgegen zu treten, welcher ruhig und würdig die

Digitized by Google

Gesinnung des Volkes aussprich. Es herrsche in ganz Deutschland nur Eine Stimme darüber, daß der Bund nicht bleiben kann wie er ist, wenn die Zukunft des Vaterlandes sich glücklich gestalten soll. Das deutsche Volk werde dem Abg. Bassermann für seinen Antrag danken, das Volk aber bilde den Staat, und wenn es das Vertrauen zu der obersten Behörde verloren hat, dann ist eine bedenkliche Periode eingetreten. Der Redner möchte den Allmächtigen bitten, jeglichen Krieg über Deutschland zu verhängen, denn es würde kein Eifer da sein, ein Land zu vertheidigen, welches so regiert wird. Wie hatte Deutschland mit größeren Rechte auf endliche Besserung seiner Zustände gehofft, als damals, wo mit dem Blut seiner Söhne das Joch des Fremden abgeworfen, wo eine Versammlung von Bevollmächtigten der Staaten berufen war, um zu prüfen, wie dem Volke die zugesicherten Rechte und Freiheiten gegeben werden sollten, wo die Bundesversammlung mit dem Vollzug drauftragt war. Viele Jahre sind seitdem verflossen, und was ist für Deutschland, für das Herz Europas, für ein treues, redliches, gebildetes Volk geschehen? Welche Stellung nach Außen nimmt Deutschland ein? Hat man dem Volk die feierlichen Verheißungen erfüllt?

Deutschland wird von dengrossen Mächten nicht geachtet, weil man ein Volk, dem die Kraft der Einheit fehlt, nicht als Nation erkennt; die kleineren Staaten verschlimmern ihre Lage selbst, weil sie ihre Rechte den großen gegenüber, nicht festzuhalten wagen. Der Bund, wie er dermalen besteht, der für das Volk Nichts gethan, ihm die heiligsten Rechte verkümmert, hat das Vertrauen durchaus verloren; seine Umgestaltung ist nothwendig; das Bürgerthum, das Volk, welches schmerzlich empfindet, daß es nicht gehört wird, muß bei dem Bundestag vertreten werden.

Zittel. Den Antrag besonders zu unterstützen, wäre überflüssig; er findet seine beste Unterstützung in dem Anklange, den er im ganzen deutschen Volke erwecken wird. Der Redner wirft einen Blick in die Vergangenheit, auf die Verhandlungen von 1831 und 1841 und freut sich des Fortschrittes, den der Gedanke der deutschen Einheit, über welchen früher als über eine unpraktische Idee mit Lächeln abgesprochen wurde, im Volke gemacht hat. In dieser Erscheinung liegt für uns zugleich der Beweis, daß der Antrag nicht so bedenklich ist, wie der H. Minister ihn dargestellt hat. Daß wir Vieles hingeben, ist wahr; allein wir sind dazu bereit, denn es ist auch Großes zu gewinnen, mit einem Worte — ein Vaterland. Die Motion hat den rechten Weg zum Ziele eingeschlagen; sie hat in weiter, klarer, übergreifender Darstellung zum Bewußtsein gebracht, was in den Herzen aller Deutschen lebt. Sie hat nicht erkünstelites Pathos verschwendet, sie hat sich fern von allem Particularismus gehalten, sie hat Wahrheit, Nichts als Wahrheit gesagt und hat ihr die rechte Bahn gebrochen. Sie wird in die öffentliche Meinung dringen, geprüft werden und auch nach obenhin ihren Weg finden. Mit großer Freude bin ich heute in diesem Saal. Wir fühlen Alle, daß wir an einem Wendepunkt der Geschichte stehen, daß wir einer bessern Zukunft entgegen gehen. Man ist zu der Erkenntniß gekommen, daß wahre Freiheit ohne feste, innige Einheit nicht bestehen kann. So wie diese Wahrheit zum allgemeinen Bewußtsein gekommen, bin ich überzeugt, daß ein neuer Tag für uns anbrechen wird; erleben wir nicht mehr seinen vollen Glanz, so dürfen wir doch des glücklich schätzen, daß wir seine Morgenröthe sehen. Hierauf ergriff Welcker das Wort, dessen vortreffliche Rede wir morgen mittheilen.

§ Heidelberg, 11. Febr. Wir haben vor uns ein Schreiben aus Flandern liegen, das Deutschlands Theilnahme für Milderung der dortigen Leiden anruft. Das herzbrechende Elend, welches Flandern im vorigen Jahre heimgesucht, schrint auch im gegenwärtigen in unverminderter Stärke fortdauern zu wollen, ja es ist jetzt von noch grauenvollern Erscheinungen begleitet, als Krankheiten und Seuchen immer weiter um sich greifen. Trotz der eifrigen Hülfsleistungen, welche die Regierung versprechen und zum Theil schon ausgeführt hat, nehmen Armuth und Noth noch täglich überhand. Mit den schwärzesten Farben schildert der Brief die Scenen der Armuth, der Hungersnoth und des Hungertodes, die in den unglücklichen Provinzen täglich vorkommen, und dennoch versichert der glaubwürdige Schreiber, daß das düstere Bild von der grausigen Wirklichkeit noch weit entfernt bleibe. Es sind Schilderungen, welche den schauderhaftesten irischen Nachtstücken und oberschlesischen Jammerbildern auf ein Haar gleichen, wie wenn sie Kopien davon wären. Da sterben Eltern von den darbenden Kindern hinweg, und die Waisen schreien vergeblich um Brot; da findet man ganze Familien am Hungertod gestorben, und kein Krümel Brod, kein Lappen, um die Gliedmaßen gegen die grimme Kälte zu schützen, ist in der Hütte zurückgeblieben. Dabei wüthet der Typhus auf furchtbare Weise und rafft täglich eine große Zahl Menschen hinweg. In Thielt z. B. zählte man in 28 Tagen auf 10 Geburten nicht weniger als 80 Sterbfälle, in Ardoyn auf 5 Geburten sogar 83 Todesfälle. Groß ist allerdings die allgemeine Mildthätigkeit in Belgien, namentlich wird für die Kranken nach Möglichkeit gesorgt, und Beispiele der schönsten, rührendsten Hingebung sind nicht selten; doch reichen die Mittel nicht aus, um das Elend für Alle zu mildern. Do heißen auch wir denn! Wir haben einen vlämisch-deutschen Sängerbund geschlossen und gemeinsame Feste gefeiert, um das alte verwandtschaftliche Band wieder fester zu knüpfen — sollten wir nun nun, wo die Vlamingen so bitteres Unglück heimsucht, nicht noch inniger der alten Blutsverwandtschaft erinnern denn sonst, sollten wir nicht beweisen wollen, daß es uns Deutschen Ernst war, als wir das Bruderband von Neuem befestgelten? Der Hilferuf gilt obendrein unterdrückten Brüdern, deren Noth und Elend ganz gewiß zum großen Theil mit daher rührt, daß der unermeßliche Druck und die Herrschaft einer dem Volke unverständlichen Sprache schwer auf dem Lande lastet. Oder sollte es denn zufällig sein, daß die Länder, welche seit Jahren am schwersten heimgesucht werden, auch gerade solche sind, in denen eine fremde Sprache das Landvolk von dem Gesetz, dem öffentlichen Leben und der allgemeinen Bildung trennt, wie in Irland, in Flandern und selbst in Oberschlesien?

## Schweiz.

*** Bern, 9. Febr. Die Tagsatzung wird — außerordentliche Vorfälle vorbehalten — die nächste Woche sich vertagen, nachdem sie noch die Kollektivnote der 3 Großmächte beantwortet (H. Furrer von Zürich arbeitet an dem Entwurf) und einige andere minder erhebliche Punkte — theils Direktionen an den Bund enthaltend — erledigt haben wird. Dann wird die Bundesrevisionskommission ihre Berathungen beginnen, zu welchem Zweck die ersten Gesandten derjenigen Kantone, welche an den Revisionswerke Theil nehmen, in der Bundesstadt verbleiben werden. Mehrere Kantone wollen von einer Revision Nichts wissen, und wenn, wie es auch in dem Memorandum von Stratf. Canning ausgesprochen worden ist, „die freiwillige Mitwirkung aller Kantone eine unumgängliche Bedingung der Durchführung einer Bundesrevision" sein soll, so ist bereits dafür gesorgt, daß eine solche gar nicht zu Stande kommt. Die kleineren Kantone werden das bestehende Stimmverhältniß beibehalten wollen und nur eine Centralisation in diesem oder jenem materiellen Zweige zulassen, wie im Zoll- und Postwesen, und auch hier nur unter der Bedingung pekuniärer Vortheile. Einige, wie ihnen, wie Baselland, Glarus, Appenzell a. Rh. (sonderbarerweise indeß nach einem Landsgemeindebeschluß, der gegen jede Bundesrevision lautet, gebunden ist) dürften jedoch weiter gehen. Solothurn wird nicht drängen wollen. Das Hauptbestreben der größeren Kantone richtet sich auf eine Aenderung des Repräsentationsverhältnisses; entschieden werden darauf dringen Bern, Waadt und Aargau, weniger Zürich. Das Zweikammersystem, wie es von Genf (James Fazy) vorgeschlagen wird, noch mehr die Modifikation, nach welcher nur eine Kammer (ein Generalrath) die Bundesbehörde bildet, wobei jedoch das Recht des Veto den Kantonen vorbehalten ist, finden vielen Beifall — und was die Hauptsache ist, die kleineren Kantone scheinen sich damit eher befreunden zu wollen, als mit einem Repräsentationsverhältniß, wie es die Vereinsverfassung aufstellt. Die gegenwärtigen politischen Konstellationen scheinen mir jedoch für eine Bundesrevision nicht günstig zu sein — indeß wird an einem Projekt gearbeitet werden müssen. Ob man es aber weiter bringt, als bis zu einem Bundesprakt auf dem Papier, das bezweifle ich. Die Gedanken richten sich schon jetzt nach Außen. Die Absichten der Großen Mächte treten bestimmter hervor. Oesterreich häuft Massen von Truppen in der Lombardei — auch gegen die Schweizergrenze. Von Paris kommen Mittheilungen von einem in den jüngsten Tagen erfolgten Abschluß eines Traktates zwischen den Großmächten (mit Ausnahme Englands). Oesterreich soll agiren. Daß es zunächst der Schweiz gelte, will ich mir zu glauben. Italien ist die Hauptsorge. Es hängt Viel davon ab, ob Oesterreich den Reformgeist in dieser Hathinsel zu bändigen vermag. So viel ist gewiß, ein neuer Sieg der Absolutie in Italien wird auch mächtig auf die Schweiz zurückschlagen. H. Fazy in Genf hat nach einer Mittheilung in der Suisse seine Demission als Präsident des Staatsraths eingereicht. Dieser Schritt macht Aufsehen.

Schwyz, 10. Febr. Nach der N. Zürch. Z. ist man end ich zum Resultate gekommen mit der Stimmenzählung über die neue Verfassung; sie ist von der Mehrheit einiger hundert Stimmen verworfen.

## Frankreich

Paris, 10. Febr. Zwei Redner waren es, welche heinahe die ganze gestrige Sitzung der Kammer ausfüllten, der Justizminister und Hr. Lecru Rollin. Hr. Hebert begann mit einer Schilderung des Geistes, der sich in den Reformversammlungen geltend gemacht habe,

Digitized by Google

und er führte eine Menge von mehr oder weniger starken Aeußerungen an, durch welche in den meisten dieser Versammlungen gegen die Verfassung, gegen den König und gegen die Kammern die feindseligsten Gesinnungen an den Tag gelegt worden seien. Wenn die Regierung die Reformversammlungen Anfangs geduldet habe, so sei es nicht geschehen, weil sie ihre ganze Befugniß des Einschreitens bezweifelt, sondern weil sie der Freiheit gern allen nur möglichen Spielraum gewähre. Endlich habe sie sich indessen überzeugen müssen, daß sie ohne Versäumniß ihrer gebieterischen Pflicht nicht länger zögern könne, der drohenden Agitation entgegenzutreten, die von den Reformversammlungen ausgegangen. Das Recht dazu sei ihr durch die Gesetzgebung der konstituirenden Versammlung gegeben, der man gewiß nicht nachsagen könne, daß sie die öffentliche Freiheit stiefmütterlich behandelt. Hr. Hebert ließ sich auf eine ausführliche Auslegung der von ihm angezogenen Gesetze aus den Jahren 1790 u. 1791 ein, deren Wortlaut, deren Motive und deren Geist über den ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers, die Regierung mit der Vollmacht zur Verhinderung jeder gefährlichen Versammlung auszustatten, durchaus keinen Zweifel lasse. „Wenn wir jetzt von Ihnen verlangen, fuhr er fort, daß Sie jene Vorgänge in ähnlicher Weise beurtheilen, wie die Pairskammer sie in ihrer Adresse beurtheilt hat, so darf man mich glauben, daß wir dabei von dem Verlangen getrieben werden, unsern politischen Gegnern einen Schlag zu versetzen und das Vergeltungsrecht gegen dieselben zu üben. Wenn die Majorität von den Mitgliedern jener Versammlungen heftig angegriffen, mißhandelt, der Korruption angeklagt wurde, so würde es eine sehr schwache Vergeltung sein, wenn sie ihren Gegnern blinde oder feindselige Leidenschaften zuschreibt. Aber wie gesagt, es handelt sich gar nicht um Wiedervergeltung; was die Regierung, was die Majorität will, ist nichts Anderes, als daß die Wahrheit Wahrheit bleibe und als solche von den Kammern anerkannt werde." Hr. Ledru Rollin, der es übernahm, dem Justizminister zu antworten, hatte vorzugsweise die Rechtsfrage ins Auge. Er widerlegte zunächst die gestern von uns angeführte Behauptung des Hrn. Hebert: daß die Regierung schon deßhalb befugt sei, die Reformversammlungen zu verbieten, weil kein Gesetz vorhanden sei, welches den Bürgern das Recht zu solchen Versammlungen ausdrücklich zusichere. Dann schritt er zu der Erörterung der Gesetze aus den ersten Jahren der Revolution, welche in seinen Augen einen ganz andern Sinn hatten, als in den Augen des Justizministers. „Was die Ausdrücke „blind und feindselig" betrifft, schloß er, so sind sie mir ziemlich gleichgiltig. Das, worauf es mir ankommt, ist das Recht, dessen Uebung ich im Namen unser Aller und zur Ehre unser Aller verlange. Bedenken Sie sich, ehe Sie dies Recht vernichten, denn wenn es zum Blutvergießen käme, so möchte ich nicht, daß Sie dafür verantwortlich wären. (Große Bewegung.) Wenn Sie uns die Gewalt der Bajonette entgegensetzen, so würden wir uns zurückziehen, aber wir würden wie 1830 das Volk aufrufen, die Steuern zu verweigern" (Beifallsruf auf der linken, Murren auf der Rechten, lebhafte Aufregung in der ganzen Kammer). Hr. Hebert entgegnete, daß von Bajonetten nicht die Rede sei, sondern daß ein paar friedliche Beamte hinreichen würden, dem Gesetze Achtung zu verschaffen. „Ja, ich wiederhole es, waren seine letzten Worte, die Regierung hat das Recht, jede Versammlung zu verhindern, welche die öffentliche Ordnung stören kann. Wenn Sie bisher gegen dies Gesetz gehandelt haben, so ist es künftig nicht mehr geschehen. Das ist was wir wollen." Auf diese Worte erfolgte ein heftiger Ausbruch des Unwillens der Opposition. In wildem Getümmel warf Hr. Odilon Barrot dem Justizminister die Namen Polignac und Peyronnet an den Kopf. Der Ruf: zur Ordnung, stürmische Aeußerungen der widersprechenden Leidenschaften von allen Seiten, heftige und drohende Geberden, eine beispiellose Verwirrung waren die Folge dieses Ausfalles. Vergebens mühte sich der Präsident, die Ruhe wieder herzustellen, und die Sitzung wurde inmitten des wildesten Lärmes geschlossen.

Die wiederholte Erklärung des Justizministers, daß die Regierung in Paris keine Reformversammlung dulden werde, hat durch den bestimmten Ton, in welchem sie ausgesprochen wurde, sehr viel böses Blut gemacht, und die bürgerlichen Empfindlichkeit der Franzosen, die an eine herrische Sprache nicht mehr gewöhnt ist, fühlt sich dadurch tief verletzt. Mit Bahen bereits gestern angefüllt, daß Hr. Odilon Barrot Hrn. Hebert vornarf, daß er Polignac und Peyronnet durch seine Worte überbiete, und der starke Eindruck, den dieser Vorwurf hervorgebracht, beweist zur Genüge, daß der beleidigte Bürgerstolz Hrn. Odilon Barrot beistimmt. Man will in der Erklärung des Justizministers eine Herausforderung sehen, und es ist nicht zu bezweifeln, daß die Opposition in ihrer gereizten Stimmung den Handschuh aufnehmen wird.

## Italien.

Die Allg. Zeit. berichtet: Wir erhalten in diesem Augenblick noch über Livorno Nachrichten aus Palermo bis zum 30. Jan. Die neapolitanischen Truppen hatten am 27. einen letzten großen Sturm auf die Stadt gewagt, waren aber nach einem mörderischen Kampf mit großem Verlust zurückgeschlagen worden, so daß sie theils auf die Schiffe flüchteten, theils im Lande umher sich zerstreuten, wohin sie von den tapferhurtigen Sicilianern verfolgt wurden. Noch konnte man am 30. natürlich die Ertheilung einer Konstitution in Neapel nicht kennen.

Demselben Blatte wird aus Neapel vom 2. Febr. geschrieben, daß das Castellamare noch nicht gefallen sei. Dagegen bestätige sich die Beschießung von Messina. Die Führer hierüber sind einem Schreiben unseres Neapel. Korrespondenten vom 2. Febr. morgen.) Die abziehenden Truppen hätten alle Gefängnisse geöffnet und die verworfensten Verbrecher auf die Piatermainter losgebracht.

Die Allg. Zeit. meldet, daß Lord Minto am 3. Febr. in Folge aus Neapel erhaltener Depeschen nach Sicilien abgereist ist, ferner die gänzliche Zerstörung der Stadt Augusta zwischen Syracus und Catania (am 11. Jan.); die Stadt wurde in einen Schutthaufen verwandelt. 35 Todte und 50 Verwundete zog man bereits unter den Trümmern hervor.

## Handels- und Börsennachrichten.

* Manchester, 1. Febr. Schon lassen sich einige, wenn auch noch schwache Anzeichen einer neuen Belebung des Handels bemerken, die wir allerdings, obwohl sie noch sehr unbedeutend entstehender, eintreten zu sehen pflegen. Wie schreiben diese Wiederbelebung im gegenwärtigen Augenblick zwei Ursachen zu: der Niedrigkeit der Waarenpreise, — dem Stande und der Haltung der Bank von England. Die Ueberzeugung verbreitet sich, daß bei den jetzigen Preisen einzukaufen kaum, wenn überhaupt, gewagt sei. Was den Spinner und Weber drückt, ist hier dem Kaufmann günstig. Von einem Gewinn des Händlers kann bei den gegenwärtigen Preisen keine Rede sein, in vielen Fällen schlägt er mit Verlust los, um in Hoffnung des steigenden Feuchtingsbegehrs an neuen Vorräthen zu arbeiten. Dagegen zeigt die Niedrigkeit der Preise auch solchen Handelsfirmen zu Einkäufen, die früher nicht mit Baumwollewaaren sich befaßten. Es kommt dazu, daß durch den Fall einer Anzahl von Exporthäusern nun sie andere Platz gewonnen, und so selben wie Verschiffungen nach Indien von solchen Häusern vorbereiten, welche mehrere der gefallenen zu ersetzen geeignet schienen. Aber auch auf andern Gebieten zeigt sich Aehnliches, so alle Konsumtionsartikel im Jahr 1847 faßt auf ihren niedrigsten Stand gesunken waren, es ist z. B. Kaffee jetzt begehrter und bei dem wichtigen Artikel des Zuckers hat eine Preiserhöhung von 1 s/d 1 s. 6 d auf den Centner stattgefunden. Als das zweite Moment für die Aufrichtung des Handels haben wir Stand und Haltung der Bank von England bezeichnet. Das die Gold- und Silbervorrath auf 13,176,812 Pfd. Sterling geflogen, ihr Distonto auf 4% herabgesetzt ist, muß den günstigsten Einfluß haben. Uns vornehmens scheint die Besorgniß grundlos, daß die Reduktion des Bankzinsfußes zu einer Erneuerung leichtsinniger Spekulationen führen werde. An Geld ist zwar kein Mangel, allein so leicht sichere Firmen es erhalten können, mit so großer Vorsicht verfährt man gegen andere. Die Bankiers sind zur Zeit verantwortlicher und sorgfältiger, als sie es in irgendeiner früheren Periode gewesen.

## Eingegangene Beiträge für die Armen in Oberschlesien:

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag: . . . . . | 1151 fl. | 6 kr. |
| Geschenk eines Ungen. durch Ch. A. | | |
| F. in Heidelberg . . . . | 100 „ | — „ |
| Von Gr. W. v. R. | 1000 „ | — „ |
| Aus Sonnenberg im Herz. Meiningen | | |
| mit dem Motto: Bis dat qui cito dat. | 20 „ | — „ |
| Hr. F. S. in Frankfurt. . . . . | 9 „ | 30 „ |
| Dr. A. C. in Heidelberg . . . . | 6 „ | — „ |
| | 2286 fl. | 36 kr. |

Im gestrigen Verzeichniß ist in der vorletzten Zeile der Anfangsbuchstabe des Gebers irrig angegeben; er muß S. statt C. heißen. — Von obiger Summe, von der wir bereits am 7.d. achthundert zehn Gulden nach Breslau abgeschickt haben, ist heute der weitere Betrag von 1400 fl. an die betreffende Adresse abgegangen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal u. Ahrtersinken können werden man sich an H. A. Reuchner Strassburg, 28 Brandgasse, Paris 25, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Groß. Bad. Hofpostamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.1 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Kurzsicht wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 2 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 47. Heidelberg, Mittwoch 16. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Grätz** (die Bauernunruhen unterdrückt). **Berlin** (Ausschusverbandlungen über Besteuerung des Hochverraths; die Periodizität des Landtags; die zum Tode verurtheilten Polen; Staatsschuldenrepartation einbernen; Erwiderung des Konstitutions). **Mannheim** (die Vorgänge vom 11. Febr.; Unsicherheit am Rathhaus; Lola Montez nach der Schweiz abgeführt; Zürrt Waffenfreiung; die Versäße vom 10. und 11. Febr.). **Stuttgart** (Stadt einer Eisenbahnvommission; Vertagung der Kammer; Kost seiner Haft entlassen). **Hannover** (Schutzlosigkeit der Deutschen im Ausland). **Karlsruhe** (Berichte der Budgetkommission; Verhandlungen über Baffermanns Antrag auf nationale Vertretung beim deutschen Bunde; Welckers Rede). **Frankfurt** (Verhandlungen der gesetzgebenden Versammlung). **Schleswig-Holstein** (bedingte Wahlen in Aussicht; tödliche Offenherzigkeit der dänischen Presse).

**Schweiz. Russische Erklärung über die Schweiz.**

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen vom 10. und 11. Febr. Die große Demonstration der Seeleute. Sir St. Canning nach London zurückgekehrt. Der Erzbischof von Canterbury †.

**Frankreich.** Kammerverhandlungen vom 9. u. 10. Febr. Das Journal des Debats über das Verbot der Reformversammlung. Erregung von arabischen Gefangenen. — **Spanien.** Symptom eines Zerwürfnisses zwischen Espartero und Narvaez. — **Italien.** **Venedig.** Politische Demonstrationen im Theater. Lange Stimmung. Protest des Magistrats gegen das Benehmen des Militärs. **Turin.** Hier eine Konstitution versprochen, in Toskana erwartet. **Genua.** Fest zur Feier des Sieges in Sicilien. Der neapol. Konsul. Truppen und Volk. Die Belorgnisse für Mexandria. Rom. Die neapolitanischen Offrete und die Lega Doganale. Abreise des spanischen Gesandten. **Neapel.** Weitere Ausdehnung der Amnestie. Die Preßgesetzrevision. Beschiessung von Messina. Prinz von Syrakus in Paris. Angeschlossene Preußen des Ober. Gesandten in Neapel gegen die Konstitution. In Sicilien soll ein Parlament zusammen berufen werden.

**Polen.** Russische Ansicht von wissenschaftlicher Bildung.

**Beilage.** Die Zahlreitrage vor den deutschen Ständen. III. Rede des Berichterstatters Mathy.

---

**Oesterreich.***) **Grätz**, im Febr. Die Bauernunruhen im Gebirge sind gestillt, nicht ohne daß Blut geflossen wäre, und zwar auf beiden Seiten. Der Verlust des Militärs an Todten und Verwundeten beträgt 8 Mann, größer soll die Zahl derselben auf Seite der Tumultuanten sein; doch läßt sich derselbe aus natürlichen Gründen nicht genau bestimmen. Die jetzt nach Unterdrückung des Aufstandes eingeleitete Untersuchung stellt als Thatsache heraus, daß die Unruhen durch einen entlassenen Beamten hervorgerufen worden sind, der aus Rache über die widerfahrene vermeintliche Unbill die Unterthanen gegen ihre Gutsherren aufhetzte und die Leute in den Wahn brachte, daß der Kaiser ihr Freund sei und sie gegen die Gutsherrschaft beschützen werde. (Bresl. Z.)

**Preußen.** **) **Berlin**, 6. Febr. Der Rrg. Kom. Bischof vertheidigte den Entwurf, welcher nach dem Muster des französischen Staatsrechts, namentlich des 1832 revidirten, lediglich den Angriff oder das Attentat, also die letzte Handlung, deren der Staatsoberrecher sich schuldig macht um seinen Zweck zu erreichen, als Hochverrath straft, und unter dem Komplott des §. 82 auch nicht hochverrätherische Verbindungen, sondern die Verabredung der zur Vollführung des hochverrätherischen Ziels unmittelbar hinführenden Handlungen versteht, wonach z. B. alle jene politischen Verbindungen ungläubischen Andenkens, welche geschlossen waren, um die Einheit Deutschlands herbeizuführen, aus dem Begriff des Hochverraths ausscheiden und unter die vorerwähnten Handlungen fallen. Die Zuchthausstrafe sei nur alternativ angedroht. Uebrigens sei der Hochverrath schon als Verrath entehrend; subjektive Milderungsgründe könnten nur für den einzelnen Fall entscheidend sein. Indessen werde die Berathung ergeben, ob die entehrende Strafe zu streichen sei. Der Abg. v. Saucken-Tarputschen (Pr.) findet, daß der Entwurf über Hochverrath und alle politischen Verbrechen ungleich strenger und härter sei als bisher. Das Ausland werde glauben, daß sich der preuß. Staat nicht mehr so sicher fühle als früher, und daß es bei uns gähre, während doch der gute Geist und der Patriotismus sich stets gleich im Allgemeinen zeigt, und das Gefühl und die Anhänglichkeit für Thron und Reich unverändert geblieben ist. Der preuß. Staat werde an sittlicher Kraft, an hoher Achtung im Ausland nur gewinnen, wenn er auch hier mild und schonend Verirrungen Einzelner behandelt, nicht Schärfungen der Strafen und entehrende Folgen daran knüpft. Im Sinne beider preuß. Abgg. sprach der Abg. Steinbel (Sachs.) philosophirend. Der Landtagskommissär antwortete auf die 3 Hauptgesichtspunkte des Hrn. v. Auerswald vollkommen zustimmend dem ersten; ebenso dem zweiten und billigte in Anbetracht dessen mehrere Aenderungen des §., worin eine an sich nicht entehrende Handlung deßhalb mit entehrender Strafe belegt werden dürfe, weil sie politischer Natur. Der Abg. Camphausen erachtet hohe Strafen gegen Hochverrath als nicht gesährlich für die Volksfreiheit, „insofern immer vor ihrer Vollstreckung die öffentliche Meinung befragt zu werden pflegt, und, wenn sie sich mit Deutlichkeit und Feuer kundgibt, auch berücksichtigt werden muß." Besorgnisse, welche Redner aus der Schrift eines ehmaligen preuß. Justizministers geschöpft, werden zum Theil durch den Grafen Schwerin, zum Theil von der Ministerbank erledigt; daß nur von gewaltsamem Unternehmen, die Staatsverfassung zu ändern, die Rede sei und, wie Hr. v. Kamph nicht ohne gewaltsame Behandlung der Sätze debujirt hat, daß Beiwort „gewaltsam" auf „Aendern" oder „Umwälzen" statt auf „Unternehmen" zu beziehen, unzulässig sei. Der Abg. v. Potworowski erklärt sich gegen die Todesstrafe beim Hochverrath gegen das Staatsgebiet, besonders aus „wegen der eigenthümlichen Lage, in der er und seine Landsleute sich befinden, im Rückblick auf die traurigen Geschicke ihres Vaterlandes." — Der Antrag des Marschall v. Bünneck (Pr.), die Todesstrafe nur auf den Hochverrath gegen Freiheit und Leben des Königs zu beschränken, fand Unterstützung, namentlich durch den Abg. v. Auerswald, der gegenüber dem Landtagskommissär hervorhebt, wie diese Art von Hochverrath wesentlich verschieden von den übrigen, und daß, wenn die Todesstrafe noch überhaupt statthaft, sie nur die allerschwersten Verbrechen treffen dürfe. Indessen entschied die Mehrheit der Versammlung gegen denselben, ebenso gegen den des Abg. v. Potworowski, die Todesstrafe nicht bei Angriffen auf das Staatsgebiet eintreten zu lassen. Der Abtheilungsantrag ad 1. ging durch. Eine Schärfung der Todesstrafe ward verworfen; es handelte sich darum, ob an Stelle der Schärfung doch Verlust der Ehrenrechte eintrete bei dem Verbrechen gegen die Person des Staatsoberhaupts. Graf Schwerin beantragt, daß auf Aberkennung der Ehrenrechte erkannt werden könne. Gegen diese fakultative Fassung reden Minister v. Savigny und die Abgg. Graf Galen (W.), Frhr v. Gaffron (Sch.), Frhr. v. Lilien (W.) und erklärt sich die Mehrheit der Versammlung. In jenem Falle also müssen die Ehrenrechte aberkannt werden. — Der §. 82 über das hochverrätherische Komplott trafft Anstifter und Rädelsführer mit dem Tode, die übrigen Theilnehmer mit 10 Jahren die lebenswierigem Zuchthaus. In der Abtheilung hatte sich gegen Strafort und Zeidauer Widerspruch erhoben; doch ward mit 12 gegen 2 Stimmen entschieden, daß nicht Strafarbeit allein, mit 8 gegen 6, daß nicht Strafarbeit mit Zuchthaus alternativ als Strafe setzen solle, und mit 10 gegen 4 St. von der Abtheilung das Maximum von 10 auf 3 Jahre, das Maximum von Lebenszeit auf 10 Jahre herabgesetzt. Der Graf Schwerin, einer jener Beiden, welche in der Abtheilung gegen die Zuchthausstrafe gestimmt, wiederholt seinen in der Abtheilung gestellten Antrag, „daß die Theilnehmer am Komplott mit 10jähriger bis lebenswieriger Strafarbeit oder Festungshaft zu bestrafen seien und damit Verlust der Ehrenrechte erkannt werden könne." Für Anstifter und Rädelsführer bliebe die Todesstrafe. Für Diebe, Mörder, Verräter, Straßenräuber sei das Zuchthaus. Politische Verbrecher seien in der Regel nicht von gemeiner Gesinnung; für den Ausnahmefall diene die Absprechung der Ehrenrechte. Der Abgeordnete Sperling stellt den Antrag, dem Savigny'schen Entwurf von 1845 zufolge die Rädelsführer und Anstifter ganz wegzulassen, und unterstützt den Antrag des Grafen Schwerin. Gegen den §. des Entwurfs und ge gen das Gutachten der Abtheilung reden anfordem die Abgg. v. Kurowski (Pos.), Frh. v. Mylius (Rh.), Naumann (Gr.), Dittrich (Schl.), v. Brünneck (für die Anträge v. Schwerin und Sperling), v. Auerswald (ebenso) und Camphausen. Der Antrag des Abg. Sperling ward verworfen. Graf Schwerin trennte, auf Veran-

*) Wegen der Fülle des tagesgeschichtlichen Stoffs lassen wir für heute den leitenden Artikel weg.

**) Wegen der Fülle des tagesgeschichtlichen Stoffs lassen wir für heute den leitenden Artikel weg.

Digitized by Google

lassung des Abg. Naumann, seinen Antrag Betreff der Strafart von der Bemessung der Strafdauer. Mit mehr als $^3/_4$ Stimmen beschloß die Versammlung darauf, die Zuchthausstrafe ganz auszuschließen, und „Strafarbeit oder Festungshaft", mit eventueller Abertennung der Ehrenrechte als Strafe für die Theilnehmer am Komplott festzusetzen. Endlich wird das Minimum dieser Freiheitsstrafe zu drei Jahren bestimmt und zwar mit 53 gegen 34 Stimmen.

** Berlin, 11. Febr. Daß noch vor dem Schluß der Ausschußsitzungen die zweijährige Periodizität des Ver. Landtags werde verkündigt werden, davon machen in gesetzlich-thätigen Kreisen einflußreiche Männer nicht mehr sonderlich Hehl. Jetzt allerdings dürfte der glückliche Moment noch nicht vorüber, die Rose jugendlicher Hoffnungen, wie sie so rasch unter Enttäuschungen welkt, noch nicht verblüht sein, und die Bewilligung der von dem Landtag mit Beziehung auf die ältere Staatsgesetzgebung vorgetragenen Bitte voraussichtlich bei uns in Preußen gegenwärtig einen Eindruck hervorbringen, welchen das Patent im vorigen Jahre verfehlt hat. Man findet es gewiß, irgend bedeutsame Maßnahmen an denkwürdigen Jahrestagen zum Vorschein kommen zu sehen, daß wir unwillkürlich in dem Kalender noch dem nächsten berühmten Tage zu suchen anfangen. Daß den, welchen wie im Sinn haben, der eigentliche Geburtstag unserer Ständeversammlung sein werde, sprechen wir nicht mit derselben Zuversicht aus, als jene so starke Vermuthung. — — Seit den Vorgängen in Kopenhagen und Neapel bewegen sich die Besprechungen derjenigen Kreise der höchsten Schichten unserer Gesellschaft über „Konstitution", „konstitutionelles Wesen", welche sonst selten die Sache zu berühren, dann aber nicht gerade mit diesem Namen sie zu bezeichnen pflegten. Auch sollen öffentliche Blätter, welche sich rühmen, hiervon unterrichtet zu sein, Gelegenheit genommen haben, diese früher züchtig vermiedenen fremdländischen Wörter wiederum zuzulassen! — — Neben jener freudigen Erwartung, neben dieser scherzweisen Seitenbemerkung haben wir die traurige Pflicht, einem Gerücht Ausdruck zu leihen, welches uns freilich nicht bloß Gerücht ist, das wir aber Ursache haben, in diesem Gewande zu geben. Bei den schwebenden Berathungen über das Schicksal der verurtheilten Polen soll Hr. v. Savigny mit der unerschütterlichsten Entschiedenheit gegen Begnadigung der acht zum Tode Verurtheilten aufgetreten sein. Ein dafür bitter angefeindeter Berliner Korrespondent Ihrer Zeitung sagt bei Gelegenheit der Amnestie vom 15. Okt. 1847, die Gesetze zum Schutz des Eigenthums müßten eisern sein. Nehmlich will der Minister der Gesetzgebung gegenwärtig, daß die Gesetze über den Hochverrath und Landesverrath eisern seien. Wie vernünftig nicht, gegen diese Ansicht zu eifern. Aber die politischen Rücksichten, welche hier zur Strenge rathen, werden sicherlich durch andere entgegenstehende weit überwogen. Die Verurtheilten gehören einer Nationalität an, die nur durch Liebe und Gnade mit der unsrigen versöhnt werden kann. Aus dem Blute polnischer Märtyrer erhoben sich Legionen von edlenden Helden. Die Kunst wird immer näher zwischen Polen und Deutschen, und endlich treiben wir die Verzweiflenden den Russen in die Arme. Bis jetzt haben die Polen immer noch den Asiaten den Rücken gewandt und es mit Europa gehalten. Gegenwärtig sind ihre sonst so kühnen Hoffnungen auf Frankreich erloschen; auf Preußen sind ihre Blicke mit Spannung gerichtet. Wenn der Gesandte des Czaren so gegen die Begnadigung sich gebahren würde, wie von Hrn. v. Savigny versichert wird, es wäre begreiflich! — Die wahrhaft staatsmännische Ansicht vermangelt aber gottlob nicht eines Vertreters. Hr. v. Bodelschwingh soll mit Entschiedenheit auf Begnadigung dringen, und jeder patriotische Preuße, dem es um das Wohl Deutschlands und um den Nachruhm seines Königs zu thun ist, wird es ihm danken, wenn es hier durchdringt.

Berlin, 10. Febr. Der Böesenhalle wird geschrieben: Die Mitglieder der Staatsschuldendeputation haben heute die Aufforderung erhalten, sich am nächsten Montag, den 12. d., zu versammeln, um die Einsicht in die Staatsschuldenverwaltung zu nehmen, welche der Deputation durch das Patent vom 3. Febr. zugestanden ist. Diese Beschränkung der Berufung gibt zu allerhand Muthmaßungen Veranlassung, unter denen besonders diejenige Konsistenz gewinnt, welche sich darauf bezieht, daß den Ausschüssen eine andere Stellung zu dem Ver. Landtage gegeben werden solle, und daß man mit einer dahinlaufenden Publikation bald hervortreten wolle.

Berlin, 13. Febr. Die Allg. preuß. Z. bringt die Ernennungen der Mitglieder des evang. Oberkonsistoriums, worüber wir gestern berichtet haben. Der König hat ernannt: I. Aus der Abtheilung für die evangelisch-kirchlichen Angelegenheiten im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten: den ersten Bischof und Hofprediger Dr. Eylert, den wirklichen Oberkonsistorialrath, Hof- und Domprediger Dr. Ehrenberg, den Bischof Dr. Neander, den Bischof Dr. Roß, den wirklichen Oberkonsistorialrath, Hof- und Domprediger, Professor Dr. Strauß, den Hofprediger Bollert, den Geh. Regierungsrath Dr. Eilers, den Geh. Regierungsrath Strubtrauck, den Geh. Regierungsrath Dr. v. Mühler. II. Aus den bei genannter Abtheilung aufgeführten Geschäftigten: den wirklichen Oberkonsistorialrath Ribbeck, den Oberkonsistorialrath, Hof- und Domprediger Dr. Snethlage. III. Von der Universität zu Berlin: den Oberkonsistorialrath, Prof. Dr. Twesten, den Oberkonsistorialrath, Prof. Dr. Nitzsch, den Geh. Justizrath, Prof. Dr. Stahl, den ordentlichen Professor der Rechte, Dr. Richter.

**Baiern.** X München, 11. Febr. Noch einige ergänzende Worte zu den frühern Berichten. Die Studenten hatten sich heute selbst vor dem Universitätsgebäude in langen Reihen aufgestellt und, Burschenlieder singend, der Entscheidung über die verhängnißvolle Tagesfrage entgegengesehen. Da erschienen der Ministerialrath und Universitätskommissär z. Zweck und der Rektor Magnifikus Dr. Thiersch im Ornate, und luden die Versammelten ein, ihnen in die große Aula zu folgen. Hier wurden die erfreulichen Mittheilungen gemacht und angekündigt, daß am Montage die Vorlesungen wieder beginnen werden. Die Stimmlichkeit, sprach beifällig der Rektor, habe gesiegt, sie hätten eine Bewegung hinter sich, die nicht aus niedrigen Motiven, sondern aus dem gebeiligten Gefühle verletzter Moralität entsprungen sei. Da diesem nun Genugthuung geworden, so möchten sie auch der Ordnung wieder vollste Rechnung tragen. Donnernde Lebehochrufe dem Rektor und der akademischen Freiheit endeten den erhebenden Akt. Dann zog die Studentenschaft, wie bereits gemeldet, nach dem Rathhause. Als sie vor der Hauptwache angekommen war, brachte sie dem unter das Gewehr getretenen Militär ein dreimaliges Hoch. Die Offiziere salutirten mit den Degen. Noch herzlicher Sternen erneuten sich im Saale des Rathhauses. Studiosus Lang hielt die Dankrede. Bürgermeister v. Steinsdorf gab im Namen der Bürgerschaft die wärmste Erwiderung, umarmte und küßte den jugendlichen Redner mit den Worten, er möge diesen Kuß der Bürger Münchens für sich und alle seine Kommittenen empfangen. In manchem Auge glänzte eine Thräne. — Nachdem Alles beendigt war, hielt der Bürgermeister noch eine kurze Schlußrede an seine Mitbürger, worin er ihnen für ihre männliche und würdevolle Haltung dankte. Die Wünsche der Bürgerschaft hätten Erhörung gefunden, und es sei nun kein Grund zu irgend einer Unzufriedenheit mehr vorhanden. Sie möchten also ruhig an ihre gewohnten Beschäftigungen gehen. Nach einem dreifachen „Hoch dem Könige" löste sich unter allseitigen Umarmungen die Versammlung auf.

X München, 11. Febr. Der Sturm ist die Ruhe wieder gegeben. Schon um 9 Uhr zogen die Studenten, Rektor und Professoren an der Spitze, in die wieder eröffnete Universität. Lola Montez ist fort, die Alemannia aufgelöst und deren Mitglieder ausgewiesen. Die man vernimmt, haben sie Päße nach Leipzig erhalten. Auch Hauptmann Bauer mußte augenblicklich die Stadt verlassen und wird hoffentlich seiner gerechten Strafe nicht entgehen. Die Minister Wallerstein, Beisler, von der Mark und Heres erschienen selbst im Rathhaussaale vor der versammelten Bürgerschaft, diese Beschlüsse ihr mitzutheilen. Es wurde beschlossen auch diese wieder vor die Residenz zu ziehen, um dem Könige für diese freudig aufgenommenen Verfügungen ein Hoch zu bringen. Der Zug war noch zahlreicher als gestern. Der jurst am Fenster erscheinenden Königin wurde ein donnerndes Hurrah gebracht, das sie mit Freudenthränen erwiderte. Der König war nicht zu Hause. Er war in die Bärenstraße gegangen, wo ein Volkshaus eben beschäftigt war, das Haus der G. Landesfeld zu demolitren. Der König benahm sich äußerst freundlich und gnädig. Er versicherte, daß Alles gut werden würde und forderte die Leute auf, daß sie nun ruhig nach Hause gehen und sein Haus mit weiterer Verheerung verschonen möchten. Der Hochselelafbarkeit Marthofer, das dreißigste Lebensjahr der verwitweten Gräfin, wurde in der unmittelbaren Nähe des Monarchen mißhandelt und mit Koth bedeckt. Mit der Zerstörung des Hauses wurde alsbald eingehalten und dem Könige, der sich im nächsten Gedränge befand, ein Lebehoch gebracht unter Anstimmung des Liedes „Heil unserm König Heil." Auf seinem Wege nach der Residenz begegnete er der sämmtlichen Studentschaft, welche eben in feierlichem Zuge von der Universität nach dem Rathhause sich bewegte, um der edlen Bürgerschaft Münchens für ihre entschiedene und andauernde Hingebung für die Sache der Universität Dank zu sagen. Auch an die Studirenden hielt der Monarch hier eine kurze Anrede: „Er habe alle Wünsche seiner lieben Münchner erfüllt und erwarte, daß nun jeder zur Ruhe und Ordnung zurückkehre; dieser Tag habe ihn viel gekostet." Als Se. Majestät hierauf, in die Residenz zurückgekehrt, am Fenster erschien, wurde ihm von den Studenten ein drei-

Digitized by Google

meliges Hoch gebracht. Alles ging in höchster Ordnung vor sich, und nur ein paarmal entstand Lärm, als Gendarmen in der Nähe des Residenzplatzes sich blicken ließen. Sie wurden mit Steinen und Prügeln angefallen, so daß sie schleunigst davon sprengten.

× München, 12. Febr. Zu einer oppositionellen Bürgerbewaffnung, welche von vielen Stimmen stürmisch verlangt worden war, ist es glücklicher Weise nicht gekommen. Ein Theil des Bürgermilitärs steht nun zwar unter den Waffen, allein nur, um im friedlichsten Sinne und in der besten Stimmung von der Welt den Sicherheitsdienst der geächteten Gendarmerie zu verrichten. Dem falschen Gerüchte, daß Lola Montez gestern sich wieder in die Stadt eingeschlichen hätte, ist nämlich nachdrucksamst entgegengewirkt worden, auch die offizielle Bestätigung dieser Behauptung endlich erschienen. An allen Straßenecken prangt heute eine magistratische Bekanntmachung, wodurch die amtliche Angabe der Polizei veröffentlicht wird, daß die Gräfin Landsfeld die Nacht in Blutenburg, einem Lustschlößchen 1 Stunde von hier, zugebracht habe. Nun sei dieselbe aber unter polizeilicher Begleitung, mit einem Paße in die Schweiz versehen, heute Vormittag um 11 Uhr nach Lindau abgeführt worden. Die Geschäftsart der Flüchtlinge in der Schweiz fängt an sehr komisch zu werden. Hier waren alle Stände niemals innigere vereint als eben jetzt. Man fühlt, daß man mit gemeinsamer Anstrengung eine gemeinsame Schmach abgeschüttelt hat, die ihren Schlagschatten nur auf ein geringes Häuflein zurückwirft, das sich dermalen wahrlich in keiner beneidenswerthen Lage befindet. Es schient keine leere Drohung zu sein, daß eine Liste mit den Namen sämmtlicher Lokalisten ausgegeben werden soll. Einer unserer Herren Minister möchte dann füglich obenanstehen, und es befremdet allgemein, daß dieser am wenigsten an eine freiwillige Abdankung zu denken schetnt. Die übrigen Minister haben nun natürlich keinen Grund mehr, auf ihrer Entlassung zu bestehen. Von Vielen wird Fürst Wallerstein für die Seele der siegreich bewegten Bewegung gehalten. Es mag sein, daß er die Ehren geschickt benutzt, gefrommen aber hat er sie nicht. Es gab sich während der kritischen Tage so viel Selbstständigkeit und bewußter Wille auf allen Seiten kund, daß man darauf wohl mit Sicherheit einen Plan bauen konnte, nachdem sich die Massen aus eigenstem Antriebe nach einem selbst dem blödesten Auge klaren Ziele in Bewegung gesetzt hatten.

München. Aus Briefen, die uns vorliegen, tragen wir noch manches Einzelne über die Vorfälle vom 10. und 11. Febr. nach. Das Benehmen der Gendarmen findet allenthalben den herbsten Tadel; ihre Haltung war ein wahrer Hohn gegen die öffentliche Sicherheit. So hatten sie, wird uns versichert, Bedenken den Studenten, der mit einem Dolche um sich fuhr, zu arretiren, ja sie sollen gelangen haben, daß er überhaupt einen Dolch in Händen gehabt habe, während sie Wehrlose wegen Pfeifens und Singens überstehen und mißhandelten. Den Grafen Hirschberg nahm der Polizeidirektor unter seinen Schutz und soll ihn in einem Fiaker nach Hause gefahren haben! Dieses und Aehnliches, als Gerücht verbreitet oder als Thatsache bestätigt, erklärt auch den Angriff der Bevölkerung auf das Polizeigebäude. Ueber das Militär lauten die Berichte übereinstimmend dahin, daß dessen Verhalten durchaus vortrefflich war; nirgends zeigte sich die Neigung, bei einem solchen Anlaß gegen wehrlose Bürger sich wohlfeile Lorbeeren zu verdienen. Ueber die letzten Augenblicke vor der Abreise der Gräfin L. heißt es in einem Briefe: V. verhöhnte vom Balkon und Garten aus das Volk, welches keinen Widerstand mehr fand, als einmal der Befehl die Stadt zu verlassen, bekannt war. Dennoch legte die Wasse seine Hand an, bis sie fast mit Gewalt von ihren Anhängen in den Wagen hineingehoben und im Galopp davongejagen ward. Darauf stürzte sich das Volk ins Haus und zertrümmerte, was sich vorfand, wurde aber durch die Anwesenheit des Königs zurückgehalten. Ehe L. die Stadt verließ, fuhr sie noch einmal an die Residenz, fand aber die Thore verschlossen. Die Besorgniß ihrer Rückkehr gewann Bestand durch das Gerücht, sie sei in Blutenburg bei Nymphenburg, und durch die Thatsache, daß ihr Bedienter als Bauer verkleidet in der Stadt gesehen worden war. Die Nachricht von dem Tode des verwundeten Studenten wird sowohl in einem aus vorliegenden Briefe als in einem Münchner Blatte für unbegründet erklärt; die Alemannen haben ihre Laufpäße erhalten, um sich nach Leipzig zu begeben.

Würtemberg. ** Stuttgart, 12. Febr. Heute fanden noch mehrere Kommissionswahlen in der Abgeordnetenkammer Statt. Auch eine Eisenbahnkommission wurde gewählt, welcher der Vorthau unserer Eisenbahnen, sowie die Eisenbahnstaatsschuld zur Begutachtung zufallen werden. In dieselbe sind gewählt: Frhr. v. Wöllwarth, Maier, Seeger, Dörtenbach, Goppelt, Frh. v. Widenmann, Schweickhardt, Frhr. v. König, Schoffer, Warth. Ich habe Ihnen neulich mitgetheilt, daß die Regierung zu Vollendung unseres Eisenbahnnetzes, zum Bau an die badische Grenze bei Bretten die Mittel angesonnen hat. Die ständische Kommission ist, so weit man aus der frühreren Eisenbahnthätigkeit der betr. Mitglieder schließen darf, für diese Bahn eben nicht sehr günstig zusammengesetzt. Man ermißt unter den Gewählten den Abg. der Stadt Stuttgart: Feherer. Goppelt und Dörtenbach (von Heilbronn und Kaufl) waren früher die Verbündeten für einen Doppelanschluß, Heilbronn und Pforzheim, und eben deßhalb gegen Bretten, und gerade Goppelt dürfte das einflußreichste Mitglied der Kommission sein. v. Wöllwarth und Maier sind Befürworter einer etwaigen Remsthalbahn, und, da Eines nur auf das Andere folgen kann, wohl gleichfalls jener Verbindungsbahn weniger geneigt, und Seeger, der Vorstand der Kommission, gilt überhaupt für keinen großen Freund unserer Eisenbahnen. Doch waren es ja schon 1847 nur wenige Stimmen, welche zum Beschluß des alsbaldigen Angriffs jener Bahn fehlten. Hoffen wir deßhalb, daß in der Kammer die Sache des endlichen Abschlusses einer Lebensfrage durchdringe! Durch königl. Reskript wurde heute die Kammer vertagt. Dem ständischen Ausschuß ist aufgetragen, in sechs Wochen an die Regierung zu berichten, wie es mit den Arbeiten der Kommissionen stehe, um darnach eine Wiedereinberufung anzuberaumen. Die Budgetkommission, die Kommission für innere Verwaltung und die zu Begutachtung der Waldberaubung und des Ritterhauts werden zurückbleiben, um inzwischen ihre Berarbeiten auszuführen. Von andern Kommissionen werden wenigstens Referenten thätig sein, so wird z. B. ohne Zweifel der Entwurf der Wechselordnung den Referenten der Justizgesetzgebungskommission während der Vertagung zugestellt werden.

Stuttgart, 9. Febr. Der Güterbuchskommissär Koß, welcher sich selbst wegen seines drabschichtigten Attentats auf den Kronprinzen den Gerichten stellte, ist — wie die Alm. Schnellpost berichtet — als etwas im Kopfe verwirrt, aber doch unschädlich, seiner Haft wieder entlassen worden.

** Hannover, 7. Februar. Auf die Schutzgesetze der Deutschen im Auslande hat der letzte Fall der Durchpeitschung einer Hannoveranerin in Butarest wieder ein grelles Licht geworfen, und muß derselbe dazu beitragen, daß endlich gemeinsame Schritte zur Abhilfe geschehen. Das Konsulatwesen Hannovers war bis zu der Trennung von England in bester Ordnung, und der Hannoveraner durch Englands mächtige Vertreter in allen Weltgegenden mehr als alle Deutsche geschützt, da diese draußtragt waren, sich der Hannoveraner, gleich Engländern, anzunehmen. So lange wir keine imponirende deutsche Vertretung darstellt haben, so lange müssen wir in dieser Beziehung unsere Trennung von England bedauern. Indessen wollen wir nicht verkennen, daß in neuerer Zeit Vieles geschieht, und überall, wo es angeht, Hannoversche Agenten bestellt werden, wenngleich ihr Einfluß, namentlich im Orient, stets ein geringer bleiben wird und muß. Möchte doch der deutsche Zollverein bei der nächsten Konferenz diesen Gegenstand näher ins Auge fassen, wir sind überzeugt, unser Land würde sich in diesen Angelegenheiten ebenfonnig der Gemeinsamkeit entziehen, wie bei dem Post- und Wechselkongreß. Obnehin neigt sich die öffentliche Meinung immer mehr dem Zollanschlusse zu, und würde nur von jener Seite Etwas geschehen, um einen Anschluß, ohne zu große materielle Opfer von unserer Seite, anzubahnen, wir zweifeln nicht an dem Gelingen. Die täglichen Unbequemlichkeiten der Zollabfertigen auf den Eisenbahnen führen mehr als alle Theorien die Hannoveraner zu dem Bedürfniß der deutschen Zolleinigkeit. Im Uebrigen werden wir nur bemerken, daß nach einer Bekanntmachung des Ministeriums die österreichischen Gesandten und Konsuln angewiesen sein sollen, allen Hannoveranern da im Ausland Schutz angedeihen zu lassen, wo sich keine hannoverschen Beamten befinden, und würde demnach der österreichische Vertreter in Butarest bei jenem traurigen Falle seine Pflicht nicht gethan haben. Wir würden uns aber freuen, wenn von Seite unserer Regierung eine genaue Darlegung der einschlagenden Sachverhältnisse öffentlich gegeben würede, damit diese dem deutschen Stamme angethane Schmach in das rechte Licht gestellt würde. Geschieht dies nicht, so hoffen wir, daß mindestens in nächster Versammlung der Stände sich ein Mann finde, der die Regierung um die nöthige Auskunft angehen wird.

Baden. * Karlsruhe, 13. Febr. (Kammerverhandlungen Forts.). Welcker, der alte, unermüdliche und stets rüstige, begeisterte Kämpfer für die Rechte, wie für die Macht und Größe der Nation, erhob sich in seinem hinreißenden Vortrage auf jenen großen und edeln Standpunkt, der ihm in der Geschichte der neueren Entwicklungskämpfe deutscher Zustände einen unvergänglichen Namen sichert. Der fruchtbare Antrag — so begann der Redner — ist unbedingt der wichtigste, den dent-

Digitized by Google

sche Landstände aussprechen können. Nicht die Begeisterung der Stunde veranlaßt ihn zu diesem Ausspruche, sondern das reifste, klärste Nachdenken, seit er im Jahre 1814 noch vor dem Wiener Congreß und im Jahre 1831 in dieser Kammer den nämlichen Antrag begründet. Derselbe erscheint ihm darum als der Wesentlichste, weil ohne Befriedigung dieser Forderung die Existenz des Vaterlandes nicht gesichert, die Existenz des Bundes unverbürgt ist, weil unsere ganze nationale Bildung und Kraft ohne Nationalvertretung nicht bestehen und gedeihen kann; weil diese endlich auch die einzige Bedingung für die Souveränetät des Landes und des Fürstenhauses ist, soweit sich diese mit den gemeinsamen vaterländischen Zuständen vereinigen läßt. Mit Ruhe, sagt er, will ich hinweisen auf einige weltgeschichtliche Thatsachen und Ihnen überlassen, zu prüfen, ob sie für diese große Wahrheit sprechen.

Wir sind keine Nation, noch weniger als solche gestiftet, ohne Organ für die Repräsentation. Wird eine bei europäischen Verhandlungen von Deutschland gesprochen? Man nennt uns nicht, selbst wo es sich um das Schicksal eines deutschen Grenzlandes handelt, das einem fremden Staate einverleibt werden soll. Dürfen wir die Zeichen, die Farben und die Flagge der Nation aufpflanzen? Der Bund verbietet es uns. Hat Deutschland auswärts einen Schutz für seine Angehörigen auf fremden Meeren und in fremden Landen? Sie sind jeder fremden Willkür preisgegeben. Sind wir im Innern eine Nation? Der Bund verbietet uns die freie Sprache, die Verbrüderung für Angelegenheiten des gemeinsamen Vaterlandes; der Deutsche ist wie ein Pagabund der willkürlichen Ausweisung aus deutschen Ländern ausgesetzt. Wir sind keine Nation, aber wir wollen eine Nation werden.

Seitdem durch die unselige feudalchinesische Reichsverfassung die Repräsentation des Volkes zum Schattenbild geworden, was war Deutschlands Schicksal in auswärtigen Kriegen? Der 30jährige Krieg, die Erbfolgekriege, der 7jährige, die Revolutions- und die Napoleon'schen Kriege geben die Antwort. Sonderbündnisse, Baseler Friedensschlüsse, brudermörderische Kämpfe von Deutschen gegen Deutsche, die als Satelliten fremder Eroberer auch die Freiheit anderer Völker, z. B. in Spanien, unterdrücken halfen, waren die Früchte. Wir haben uns der Verheißungen gefreut, welche der Entstehung des Bundes vorausgingen; er besteht nun länger als 30 Jahre, ist aber Sicherheit für seine Dauer vorhanden ohne Repräsentation? Blicken Sie auf seine Verhandlungen, die Geschichte spricht. Schon fand Oesterreich gegen Preußen so gut wie in offenkundigem Kriegszustande, jenes mit Recht, dieses mit Unrecht, die übrigen Deutschen sollten als Knechte folgen. Napoleons Rückkehr von Elba rettete das Vaterland. Oesterreich ließ später Truppen gegen Baiern marschiren, dieses mußte aufgeben, was es für sein Recht hielt. Was hätten Sie von der Sicherheit der Existenz Badens gehalten, wenn nach der Julirevolution Gott nicht den Ausbruch des Krieges verhütet hätte. Ich will nicht davon reden, was geschehen wäre, wenn Frankreich gesiegt hätte. Aber selbst wenn die heilige Allianz den Sieg davon getragen hätte, was würde, bei der Lust der Großen zu neuen Eroberungen, bei dem Haß gegen konstitutionelle Verfassungen, aus Baden geworden sein! Aber auch die Selbständigkeit des Bundes steht nicht fest; er hält nicht die ersten Kanonenschüsse einer europäischen Krise aus. Darumbin wird eine Schwerkraft zerrissen; wer Schleswig-Holstein schützen wird, wissen die Götter; was der Bund thun wird, weiß ich. — Wie ist es bei den großen Kabineten mit der Achtung vor der Bundesreinheit bestellt? Die Schweiz, ein enger verbundener Bundesstaat als die 38 deutschen Staaten, hat in ihrer Bundesverfassung ausdrücklich die Kompetenz der Bundesbehörde begründet, eine Verbindung einzelner Glieder, welche sie dem Ganzen nachtheilig erachtet, aufzulösen. Gestützt auf diese Befugniß wollte der Bund im vorigen Jahre sich und seine Existenz retten gegen die Sonderbündler, welche nicht nur gegen die Grundlagen der Eidgenossenschaft die Waffen ergriffen, sondern sogar die Fremden zu Hilfe gerufen hatten. Und die Mächte, berufen, die Bundesreinheit zu schützen, waren im Begriff, den Sonderbund zu unterstützen. So besteht auch der deutsche Bund nicht einmal in der Politik der großen Mächte.

Soll ich noch bestreiten, daß die Rechte und Einrichtungen, welche einer Nation Kraft geben sollen, unter diesem Bunde nicht bestehen und gedeihen können? Freie Wahrheit, freie Presse, alle Regungen eines kräftigen Nationallebens werden unterdrückt. Die Jugend soll in einer Weise erzogen werden, daß sie nicht an das Vaterland denkt. Die Turnvereine löst man auf; es liegt in der Politik der ganzen Reaktion, der Jugend zu sagen: werdet liederlich, nur denkt nicht an das Vaterland. Selbst die Gesangvereine werden unterdrückt; in jeder Zeitung liest man von neuen Verboten gegen patriotische Vereine. Als das in seiner Existenz bedrohte Holstein sein wraltes, selbst durch das Königsgesetz geachtetes Recht der Versammlungen und Petitionen geltend machen wollte, verbot es ihnen der König von Dänemark unter Berufung auf die Bundesgesetze in demselben Augenblick, in welchem er einen Bundesbeschluß durch die Censur unterdrücken ließ. Noch nie hat eine halb so edle Nation also die deutsche unter ähnlichen Zuständen gesinnt; sie sind zu unnatürlich, um noch länger zu dauern. Ich will, um nicht warm zu werden, von der Unwahrheit und der schmachvollen Beleidigung deutscher Stände nicht sprechen, welche darin liegt, daß man sich hinter den Bund verschanzt, wo man auf andere Weise den gerechtesten Forderungen nicht mehr widerstehen kann. Dringen wir auf Minderung der Militärlast, rufen wir die klarsten Bestimmungen der Verfassung an, dann sagen uns die Minister: der Oberre hat anders entschieden. Ich dachte bisher, der souveräne Fürst sei der höchste, der Niemanden mehr über sich habe als Gott; allein es scheint, er hat einen andern Herrn, den Bund. Eine Societät, in die ich mit einem Theile meines Vermögens trete, nenne ich meinen Herren und lasse sie nicht über ihre Befugnisse hinaus in meine häuslichen Angelegenheiten eingreifen. Aber so weit ist es gekommen, daß man Alles mit dieser entsetzlichen, starren Gewalt beschönigen will.

Die Selbständigkeit der einzelnen Staaten ist ohne Repräsentation nicht gesichert, ja es gibt ohne diese keine andere Sicherung für die Existenz der kleineren und mittleren Fürsten. Mag dadurch ihre Souveränetät in etwas beschränkt werden, es verhält sich damit wie mit jenem alten Gesetzgeber, welcher die königl. Gewalt beschränkte, um sie dauernd zu machen. Ist aber die Souveränetät da gefährdet, wo man sie zwingt, Verfassungsrechte zu unterdrücken, sich mit sich selbst und mit den gerechtesten Wünschen des Volkes in Widerspruch zu setzen? — Durch eine Nationalrepräsentation werden wir einige gemeinschaftliche Einrichtungen erhalten, sonst aber in unseren inneren Angelegenheiten selbständiger sein als jetzt.

Man wendet gegen den Antrag ein, die Entwickelung der deutschen und badischen Zustände liege im Schooße der Zukunft, sie werde kommen mit den Gefahren. Es gibt zwei Arten der Entwickelung, und eine von beiden wird allerdings kommen. Schon jetzt haben es Männer, die das Vertrauen des Volkes genießen, in allen Theilen Deutschlands ausgesprochen, daß sie es als heilige Pflicht erachten, wenn eine große Krisis kömmt, zusammenzutreten, sich hinzustellen als Männer, denen ihre Mitbürger vertrauen, nicht um ungesetzlich eine Macht zu usurpiren, aber um die freiwilligen Leistungen und die Opfer des Volkes zu leiten, um mit Rath und That den Fürsten zur Seite zu stehen, damit nicht wieder so unglückliche Beschlüsse gefaßt werden wie früher, und um zu sorgen, daß Vertrauen erweckt und Wort gehalten werde. So wird allerdings eine Nationalrepräsentation entstehen. Auch wird der heutige Antrag dann wohl von Staatsmännern gemacht werden; die Fürsten sind nicht so absolut abgeneigt; auf meinen früheren Vorschlag erhielt ich von Preußen eine verbindliche Antwort. v. Stein und v. Hardenberg wollten eine Nationalrepräsentation und in der leidlichen Zeit nach der Julirevolution erneuerte v. Bernstorff den Vorschlag.

Allein die Staatsmänner sollten die Ansicht offen haben, um der Gefahr zuvorzukommen. Sehen wir auf beide Seiten hin; dort hieß es: Heute ist der Tag der Warnung, morgen nicht mehr. Es kann auch bei uns zu spät werden; die Zeit geht im Sturmschritt vorwärts. Bevor noch an der Frühlingssonne das Eis der Hochgebirge thaut, wird an der Sonne des Völkerfrühlings das Eis der Reaktion zerschmelzen. Sorgen Sie für Dämme, damit der Strom nicht Felder und Flnren verwüste. Bedenken Sie das ewige Wort Niebuhrs: das Recht der Völker ist älter und heiliger als das Recht der Dynastien. Möchten wir nie in die Lage kommen, dieses Wort auszusprechen. Wenn die Nationalrepräsentation nicht von Oben kömmt, so wird sie in anderer Weise kommen, denn Gott verläßt die nicht, welche sich selbst nicht verlassen. Zerrüttnngen satt liegt das System der Reaktion, die Zeit mehr als unsere Worte unterstützt den Antrag auf Nationalrepräsentation. (Lauter Beifall.)

* Karlsruhe, 14. Febr. Die Budgetkommission hatte in der letzten Sitzung wieder mehrere Berichte über die Rechnungsnachweisungen der Jahre 1844 und 1845 vorgelegt; Bassermann und Dennig berichten über das Ministerium des Innern, Weller über einen Theil des Justizministeriums, Dörr über die Berg- und Hüttenverwaltung, Blankenhorn über die Steuer-, Salinen- und Zollverwaltung. Der Bericht des Abg. Speyerer über einen Theil der Finanzverwaltung ist bereits erledigt, die übrigen Vorträge werden rasch nachfolgen und Stoff für mehrerere Sitzungen liefern. Außerdem berichtete Weller am Samstag im Namen der Budgetkommission über das Steuerausschreiben vom 13. Nov. vorigen Jahres, welches

Digitized by Google

der Kammer angezeigt, aber nicht vorgelegt worden war. Die Regierung ist nach §. 62 der Verfassung befugt, die Steuern nach Ablauf der Bewilligungszeit noch 6 Monate fortzuerheben, wenn die Ständeversammlung aufgelöst wird, oder wenn die dänischen Berathungen sich verzögern. Auf diese Bestimmung hatte das Steuerausschreiben Bezug genommen. Allein weder lag eine Auflösung vor, noch konnten die Berathungen sich verzögert haben, da die Kammern nicht versammelt, also überhaupt nicht in der Lage waren, zu berathen. Die Kommission erachtet sonach durch das Ausschreiben den §. 33 der Verfassung, wonach keine Auflage ohne ständische Bewilligung erhoben werden darf, verletzt und schlägt vor, da ihr eine genügende Rechtfertigung des Verfahrens nicht geworden: die Zurücknahme des Ausschreibens und Vorlage eines Gesetzentwurfs über den Steuereinzug zu ertangen, zugleich aber auch gegen den Präsidenten des Finanzministeriums, Staatsrath Regenaar, wegen Verletzung des §. 33 der Verfassung Beschwerde zu erheben. Die näheren Umstände werden wir bei dem Berichte über die Verhandlung, welche in einer der nächsten Sitzungen Statt finden wird, mittheilen. Heute wurde der von dem Abg. Siegle erstattete Bericht über die Hauptstaatsrechnungen, die Amortisationskasse, Zehnt- und Eisenbahnschuldentilgung, die Grundstocksrechnung, die Post- und Eisenbahnverwaltung für 1845 und 1846 berathen. Die ordentlichen Einnahmen haben im Jahre 1845 — 17,104,711 fl., 1846 — 17,680,886 fl., die ordentlichen Ausgaben im ersten Jahre 15,186,912 fl., im zweiten 16,277,085 fl. betragen. Zu außerordentlichen Verwendungen waren in beiden Jahren 2,467,114 fl. ausgegeben worden. Der Betriebsfonds fand Ende 1846 auf 9,292,369 fl. und hatte seit Ende 1844 um 1,052,010 fl. zugenommen. Der Passivstand der Amortisationskasse hat sich in den beiden Jahren um 1,033,608 fl. vermindert und betrug Ende 1846 noch 15,685,573 fl., worunter 6,613,245 fl. Staatsbeiträge zur Zehntablösung. Bei den Darlehen, welche die Amortisationskasse gegen Hauptfund gibt, erwähnt der Bericht, daß ein Bankhaus (Rothschild) früher 2¼ bis 2½ Proc. vergütete, während andere 3½ Proc. bezahlten, und wiederholt den Wunsch der vorigen Kammer, „daß nicht allein den großen Geldmächten, deren nachtheilige Einwirkungen auf Handel und Gewerbe wir neuerdings in sehr bedauerlicher Weise wieder kennen lernen mußten, sondern auch der bedeutenden Zahl minder kokossaler, aber dennoch Zutrauen verdienender Geschäftsleute der Vortheil solcher Geldmittel durch eine Bank zu Gut komme". Die Zehntschuldentilgungskasse hatte Ende 1846 gegen 2,532,600 fl. in 270 Posten an Zehntpflichtige ausgeliehen, meist zu 4½ Proc. Sie bezieht die Mittel dazu aus den bei der Amortisationskasse angelegten Grundstocksgeldern. — Der bewegliche Theil des Grundstocksvermögens betrug Ende 1846 — 24,494,260 fl., worunter eine unrecyinsliche Forderung von 12 Mill. an den Staat für frühere Verwendungen zur Schuldentilgung, 8,969,100 fl. von Zehntablösungskapitalien und 2,600,000 fl., welche drei der Zehntschuldentilgungskasse angelegt sind, die bedeutendsten Posten bilden. Allzährlich werden bedeutende Summen auf Erkäufe von Waldungen und landwirthschaftlichen Grundstücken verwendet, um die durch Gefällablösungen in Geld verwandelten Vermögenstheile wieder zu seiren. Der Holzertrag von aufgekauften Waldungen war früher in die Staatskasse geflossen. Seit 1844 wird derselbe in Folge einer Regierungsverfügung zum Grundstock gezogen. Die zweite Kammer und der ständische Ausschuß hatten verlangt, daß die Frage durch ein Gesetz erledigt werde. Vor Kurzem ist eine entsprechende Vorlage erfolgt, und die Budgetkommission, auf die Berathung derselben verwiesen, reklamirt für die Staatskasse den Ersatz der vom Grundstock bezogenen 211,800 fl. — Die Eisenbahnschuldentilgungskasse hat in den beiden Jahren 1845 und 1846 die Anleihe in 35Gulden-Loosen von 1845 mit Agio von 1,488,600 fl. erhalten, gegen 12,240,000 fl. für den Bau ausgegeben, aus ihrer Dotation mit den Reineinnahmen der Post und Eisenbahn dem Aufwand für Zinsen und Tilgung bestritten und einen Reservefonds von beinahe 1,260,000 fl. gesammelt. Die Eisenbahnschuld betrug Ende 1846 — 47,933,481 fl.

Die verschiedenen Zweige der Eisenbahnverwaltung, die Post- und die Badanstalten geben der Kommission keinen Anlaß zu besondern Bemerkungen.

* Frankfurt, 12. Jan. Unserer gestrigen Versammlung liegt gegenwärtig ein Antrag vor, wonach allen Volksschullehrern nach 12jähriger Dienstzeit eine Zulage von 200 fl. zu Theil werden soll. Bei der heutigen Vorberathung sprach Dr. Kriegk beherzigenswerthe Worte über Organisation des Schulwesens, und warnte vor allzuweit getriebener, die Lokalverhältnisse außer Acht lassender Systemsucht. Dr. Reinganum setzte einen Antrag an den Senat zu Gunsten der Bewohner hiesiger Dorfschaften durch, deren Söhne weder als Pfarrer, noch ohne Erwerbung des Stadtbürgerrechts als Aerzte oder Sachwalter hier zugelassen werden. Der Antrag fand besonders kräftige Unterstützung durch Dr. Mappes, der bereits früher die Motion auf erweiterte Theilnahme der Angehörigen vom Lande an den Verhandlungen der gesetzgeb. Versammlung gestellt hatte. Unsere Dorfbewohner, sagte er u. A., sind nicht wie ehemals unser Unterschwein, sind nicht mehr Hörigen, sondern Staatsbürger. Große Heiterkeit erregte es, als hierauf Dr. Reinganum äußerte: er habe einem vom Lande gebürtigen Kandidaten, dem die Zulassung als Sachwalter abgeschlagen worden, den Rekurs zum Bundestag an die Hand gegeben, weil ja diese letzte Instanz nicht bloß für Patrizier, sondern auch für Proletarier, Heloten und selbst Parias vorhanden sei. Uebrigens ist zu bemerken, daß keine Stimme aus der Versammlung sich gegen Dr. Reinganum's Antrag erhob.

Altona, 10. Febr. Der Hamb. Korresp. berichtet. Gestern Abend wurden die Meinungsaustauschungen der Mitglieder des Bürgervereins über das neueste Reskript unseres König-Herzogs geschlossen. Die Mehrzahl sprach sich für die Wahl zuverlässiger Männer aus, um Minoritätswahlen vorzubeugen. Zugleich wurde eine Petition an den König wegen Gleichsetzung der hiesigen Censur vorgelegt, die, mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, mit erster Post nach Kopenhagen abgehen soll.

Der Brem. Z. wird über die Wahlen in demselben Sinne berichtet: Gar nicht zu wählen und keine Vertreter in den berufenen Rath erfahrener Männer zu senden, das würde allgemein Zustimmung finden, wenn nicht zu befürchten wäre, daß von unsern paar Sonderbündlern in den von der dänischen Propaganda inscirten nordschleswigschen Distrikten und der Stadt Flensburg Minoritätswahlen stattfinden könnten. Alle Wahlen werden aber nur unter dem feierlichsten Protest gegen jedes Gesetz und besonders Verfassungsgesetz, welches mit Verletzung der Grundgesetze von 1831 und 1834 emanirt würde, und mit dem bestimmten Auftrage an die Gewählten, sich in Kopenhagen auf keine Unterhandlungen einzulassen, denen nicht die vollkommene Anerkennung der staatlichen Selbstständigkeit der Herzogthümer vorausgeht, stattfinden.

Man macht sich also nach diesen Berichten keine Illusionen; die dänische Freiheitsliebe findet ihre richtige Würdigung. Zum Ueberfluß sprechen auch noch die dänischen Blätter mit einer lobenswerthen Raivetät ihre wahren Hergensmeinungen aus, so daß die deutsche Gurmdlichkeit auch keinen Augenblick Zeit hat, sich der unthätigen Ruhe und dem Vertrauen hinzugeben. Das Fäderelandet stimmt unermüdet den Erobergungsruf gegen Schleswig an; auch Fädrenhavnsposten meint, eine Verordnung, die Schleswig von Holstein trenne, hätte den Dänen mehr Freude gemacht als das Verfassungsreskript. Es ist interessant zu sehen, in welche Parallele die Dänen selbst die neue Freiheit stellen, noch interessanter freilich die Rechtsansicht, wonach man Schleswig von Holstein durch ein Reskript trennen, also vertragsmäßige Verträge und natürliche Rechte mit einer Verordnung umstoßen kann. Gute Vorboten für eine dänische Reichsversammlung, worin die Deutschen die Minderheit bilden! Auch wird in einem solchen Blatte (nach gröperen Auszügen, welche die Börsenhalle mittheilt) geradezu gesagt: es müsse eingeräumt werden, daß die allgemeine Stimmung in den Herzogthümern gegen eine Zerstückelung der Herzogthümer sei, aber diese Stimmung könne nicht entscheiden, „wo es sich um höhere Interessen, des dänischen Staates Unabhängigkeit, und die Existenz des ganzen dänischen Volkes handelt." Es sei keine eigensinnige Grille, daß sie im Namen Dänemarks politischer und nationaler Rechte die Herzogthümer getrennt und jedes für sich organisirt verlangten; „denn so lange eine gemeinsame Verwaltung in beiden Herzogthümern bestände, würde es nie gelingen, ihre Selbstständigkeit zu unterjochen." Es sei, so fährt das dänische Orakel fort, eine Absurdität und Unverschämtheit, die dänischen Forderungen nicht natürlich zu finden; für den Fall, daß sich solche Unverschämte finden, ist die dänische öffentliche Meinung auch schon gerüstet. Wäre, so sagt das Blatt, Holstein damit zufrieden, was wolle es thun? Es würde sich wohl scheuen, auf eigene Hand mit Dänemark einen Krieg anzufangen, und für den Fall müßten wir es dem deutschen Bund überlassen, seine Hitzigkeit zu dämpfen; also hätten wir es nur mit Schleswig zu thun. Gesetzt aber auch, das Sakrimnste käme, ein Aufstand würde gewagt, „was würden denn auch einige tausend waffentüchtige Männer gegen Dänemarks ganze Macht (!) verschlagen? Oder kann man glauben, der deutsche Bund würde uns den Krieg erklären, weil wir uns einmal bequemten, seine Grenzen anzuerkennen und zu respektiren?" Sollte der Bund es thun, so würden England und Frankreich dem guten Willen des Bundes schon

Digitized by Google

ekken Zaum anlegen. „Wenn die Einheit der Regierung in Schleswig und Holstein aufgehoben ist, so ist der Schleswig-Holsteinismus seines letzten Scheins von Legitimität beraubt, er steht wie ein „Sonderbund“, und wie man einen solchen behandelt und welche Kraft zum Zusammenhalten ein solcher hat, das hat die Geschichte neuester Zeit gezeigt.“ Man sage uns nicht, solche Stimmen seien ohne Bedeutung; vielmehr sprechen sie die eigenste innere Gesinnung der Dänen aus, und in der künftigen Reichsversammlung, vor der uns Gott behüte, werden sie das große Wort führen. Darum können wir es nur beklagen, wenn gleich jetzt jede Täuschung unmöglich gemacht wird, solche Stimmen in der Presse und gleichzeitig ein Gewaltstreich wie die Danisirung der Schule zu Hadersleben sprechen bezeichnender als alle Verfassungsreskripte, alle Verheißungen der Welt.

**Schweiz.**

Die Zeitung für Preußen bringt aus Petersburg vom 5. Febr. folgende officielle Erklärung, wie sie das „Journal de St. Petersbourg“ mittheilt: „Der Baron v. Krüdener hat von dem kais. Kabinet den Befehl erhalten, nachfolgende Eröffnung der Helvetischen Tagsatzung zu machen: „„Nachdem von Seite der Höfe von Oesterreich, Frankreich und Preußen zur Kenntniß des kais. Kabinets die Erklärung gebracht ist, welche jene unter dem 18. Jan. u. St. abgegeben haben, glaubt dieses feierlichst erklären zu müssen: daß Rußland seine volle und ungetheilte Zustimmung zu den Principien des öffentlichen Rechts ausspricht, welche in diesem Aktenstücke entwickelt und zu den Forderungen, welche in demselben aufgestellt sind, sowie zu den Konsequenzen, welche daraus hervorgehen; daß nach der Ansicht des kais. Kabinets, wie nach denen der 3 genannten Höfe die Ereignisse, welche in der Schweiz geschehen sind, sowie dasjenige, was gegenwärtig dort vorgehe, unzweifelhaft Angriffe auf die Kantonalsouveränetät seien, wodurch ebensowohl das Grundprincip der schweizerischen Genossenschaft, wie sie im allgemeinen Interesse von Europa konstituirt sei, verletzt werde, als dasjenige, an dessen Erhaltung die Garantie für die Neutralität der Schweiz geknüpft sei. Daß in Folge dessen Rußland seinerseits sich provisorisch von der Verpflichtung entbunden hält, die Rechte dieser Neutralität gegen die Maßregeln geltend zu machen, welche die benachbarten Mächte im derzeitigen Interesse ihrer eignen Sicherheit für nothwendig halten könnten zu treffen. Seine Garantie wird so lange suspendirt bleiben, als die Eidgenossenschaft außerhalb der Bedingungen sich befindet, welche die Grundlage ihrer anerkannten Existenz bilden, so lange als außerdem die Schweiz, die den Revolutionären aller Länder als Asyl dient, diesen Unterstützung und Schutz zu ungeahndeten Konspirationen gegen die Ruhe und Sicherheit der benachbarten Staaten gewährt.“

**Großbritannien.**

London, 10. Febr. Die Russell'sche Juvenemancipationsbill, über deren weiteres Schicksal — wenn die vielen deutschen Parlamente erlauben, auch hem bekanntlich nicht unerhebliches engl. Parlament etwas Aufmerksamkeit zu widmen — wir im Zusammenhange zu berichten gedenken, kam auch in der Unterhausfitzung vom 9. Febr. nicht zur ferneren Berathung, diese wurde vielmehr bis zum 11. Febr. ausgesetzt. Für das Ausland war die Sitzung vom 9. übrigens von fast gar keinem, am wenigsten aber von dramatischem Interesse. Der unerschreckene und unbeugsame Ch. Anstry kündigte an, daß er sich durch die Art, wie man ihn der vorhergegangenen Sitzung seinen Antrag auf Durchberathung und Mißbilligung der Palmerston'schen Politik durch Auszählung des Hauses hintertrieben, für nicht befriedigt halte, und daß er demselben Gegenstand bei nächster Gelegenheit wieder vor das Haus zu bringen gedenke. Hr. Poulett Scrope richtete an den ersten Sekretär von Irland, Sir W. Somerville, eine Frage in Betreff der irischen Armenverwaltung, der es bis jetzt nicht gelungen sei, der Noth des Landes ein Ende zu machen. Man sprach darüber hin und her, ohne zu irgend einem Ergebniß zu kommen. Zuletzt unterbricht man sich über die Neuseeländbill, wodurch dem Statthalter außerordentliche Vollmachten ertheilt und die Bestimmungen der Verfassung von Neuseeland zu diesem Zweck für 5 Jahre außer Kraft erklärt werden. Auch auf diese Frage wußte man in dieser Sitzung keine Antwort zu finden.

London, 11. Febr. Wie erhalten die englischen Blätter, welche uns seit einiger Zeit ziemlich unregelmäßig und mehrere Tage gar nicht zukommen, noch früh genug, um ihren hauptsächlichsten Inhalt mitzutheilen.

Die Auffahrt der 20,000 Seeleute nach der Downingstreet hat am 9. Febr. wirklich Statt gefunden. Sie geschah in Booten bis zur Westminsterbrücke, weil der Lordmayor den Durchzug durch die bekanntlich sehr bevorrechtete Altstadt nicht gewährt hatte. Aber auch Sir G. Grey betrachtete diese Massendemonstration mit sehr ungünstigen Augen und bedrohte die Abordnung: daß er die Denkschrift in Betreff der Aufrechthaltung der Seefahrtgesetze nur in gewöhnlicher Weise, d. h. aus den Händen einer nur aus wenig Personen bestehenden Abordnung entgegennehmen könne. Die Themse bot übrigens mit ihren unzähligen, reich bewimpelten, beflaggten und geschmückten Fahrzeugen einen so prachtvollen Anblick, wie auch der Verstärkung alter Matrosen seit der Krönung Georgs IV. nicht.

Der Primas von England und Erzbischof von Canterbury, geb. 1765, und Sohn des Geistlichen William Howlen, starb am 10. Febr. Der Verstorbene hatte ein festes Einkommen von nicht weniger als 17,000 Pf. Sterling!

Sir St. Canning kam am 9. Febr. von seinem Aufenthalt in der Schweiz nach London wieder zurück und hatte sofort eine Unterredung mit Palmerston. Der Herald glaubt, daß dieser Staatsmann sich 14 Tage lang in London aufhalten und dann nach Konstantinopel abreisen werde.

Aus der Unterhaussitzung vom 10. Febr. erwähnen wir, daß Lord Norpeth eine neue Bill für Beförderung des öffentlichen Gesundheitszustandes einbrachte, und daß Lord Duncan um die Erlaubniß bat, am 24. Febr. eine Bill wegen Abschaffung der Fenstersteuer einzubringen. Sir H. Verney richtete an Palmerston die Anfrage, ob das Freiburger Detret vom 24. Nov. 1847 den Interessen irgend einer in diesem Kantone weilenden Briten nachtheilig gewesen, und ob die Vermittlungsvorschläge in der Schweiz einen Erfolg gehabt? Palmerston erwiderte auf die erste Frage, es sei ihm ein Fall dieser Art nicht kundgeworden, und auf die zweite, er sei nicht in der Lage, über den Erfolg oder Nichterfolg der Vorstellungen, welche, jedoch nicht in offizieller Weise, der britische Geschäftsträger in der Schweiz gemacht, eine Erklärung abzugeben.

**Frankreich.**

Paris, 11. Febr. Die beiden Wortlein enneuis u. aveugles kosteten der Kammer auch gestern wieder sieben volle Stunden des Kopfzerbrechens, des Schweißes und der Aufregung. Die Sitzung war womöglich noch stürmischer, als die vorhergehende. Die leidenschaftliche Bewegung in der Kammer war so geräuschvoll, daß man von dem Vortrage dieses und jenes Redners auch nicht ein einziges Wort vernahm. Hr. Odilon Barrot, Hr. Gulzot und Hr. Thiers wußten sich indessen, wenn auch nicht ohne große Mühe und ohne häufige Unterbrechungen, Gehör zu verschaffen. Neues wurde über die schwebende Frage Wenig oder gar Nichts mehr beigebracht und ein unbefangener Zuhörer hätte auf den unbedeutendsten Gedanken kommen können, daß die Kammer allgemach leeres Stroh dresche. So viel Worte, so viel Eifer über eine Frage, die von vornherein entschieden, beweisen jedenfalls, daß kein Ueberfluß an politischem Takt in der Kammer vorhanden ist. Das Ministerium kann und wird jene beiden Ausdrücke nicht fallen lassen, weil die Beglassung derselben aus der Adresse ein unzweideutiger Tadel der Thronrede sein würde, in welcher sie auf die Theilnehmer an den Reformversammlungen angewendet sind. Was aber das Ministerium will, das will auch die Stimmenmehrheit. Die Opposition ihrerseits wird an der Abstimmung über den fraglichen Satz der Adresse gar nicht theilnehmen, und die durch jenen Tadel getroffenen Mitglieder der Opposition schienen allen Ernstes mit dem Gedanken umzugehen, in Masse aus der Kammer auszutreten. Dadurch würde die Bewegung dann allerdings eine große Bedeutung bekommen, und das Kabinet würde sicherlich zu bereuen haben, daß in der Thronrede der Tadel gegen die Reformfreunde ausgesprochen wurde, der diesen ganzen Sturm hervorgerufen hat.

Die Presse meldet, daß der Polizeipräfekt, Hr. Delessert, seine Entlassung angeboten habe, falls das Ministerium darauf bestände, die Reformbankette zu verbieten.

Paris, 12. Febr. Die Kammer hörte auch gestern wieder eine ganze Reihe von Rednern über die bis auf den letzten Tropfen ausgepreßte Frage von den Reformversammlungen. Wir erwähnen unter einer Menge ziemlich unbekannter Namen nur den des Hrn. Lamartine, der in einem kurzen und pathetischen Vortrage vor den Gefahren warnte, die mit der Verfolgung von Meinungen und mit dem Verbote von Meinungsäußerungen immer verbunden seien.

„Denken wir an das Ballspielhaus in Versaille, schloß er, aus welchem die Revolution und die Freiheit mit ihren schrecklichen und ruhmvollen Folgen hervorgegangen. Auch damals war das Recht der Versammlung an einem öffentlichen Orte in Frage (Stürmmel und Unterbrechungen). Das Ballspielhaus war ein Versammlungsort, den die Minister schließen und die Nation selbst wieder öffnete.“

Diese Worte riefen eine große Bewegung hervor. Endlich kam es zur Abstimmung, zunächst über ein Amendement, welches die Worte enneuis und aveugles beseitigen sollte. Dieser Antrag wurde mit 228 gegen 185, also einer Mehrheit von nur 43 Stimmen beseitigt. Dann

Digitized by Google

schritt man zur Abstimmung über den fraglichen Satz des Adreßentwurfs in seiner ursprünglichen Fassung, welche mit 223 gegen 18 St. angenommen wurde. Fast die gesammte Opposition hatte nicht mitgestimmt; wäre sie völlig einig gewesen, so würde gar kein giltiger Beschluß zu Stande gekommen sein, der 230 Stimmen erfordert. Es wird übrigens jeden Falls versucht werden, auf diese Weise die schließliche Annahme der Adresse zu vereiteln.

Das Journal des Débats versucht zu vermitteln und zu beschwichtigen. In zwei langen Spalten bemüht es sich — nicht sowohl die Gesetzlichkeit, denn diese setzt es voraus — als die Nothwendigkeit des Verbotes der Reformversammlungen in Paris selbst nachzuweisen. Unter diesem Namen, sagt es, taucht die Frage von den politischen Klubs wieder auf, und man weiß doch, wie verderblich die Klubs dem französischen Staatswesen von jeher gewesen sind. In den Provinzen mag man immerhin ein wenig agitiren, ohne daß eine ernstliche Gefahr daraus entsteht, in Paris aber nehmen solche Dinge unfehlbar so große Verhältnisse an, daß sie der Staatsgewalt über den Kopf zu wachsen drohen, wenn diese sie nicht von vornherein in die Schranken der Ordnung zurückweist. Hält man es wirklich für zulässig, daß der Kammer gegenüber ein anderes Parlament in Gestalt von Reformversammlungen eröffnet werde, glaubt man im Ernst, daß der regelmäßige Lauf des konstitutionellen Staatslebens keine Störung erleiden würde, wenn man Angesichts der Rednerbühne im Palast Bourbon eine andere Rednerbühne aufrichtete, die, ohne irgend eine Gewähr gegen Ausschweifungen, ohne irgend eine Kontrole ihrer Worte, an die Leidenschaften des Volks appellirte? Man sei konsequent. Wenn die Reformversammlungen von Rechtswegen erlaubt sind, so fehlt es an jedem Vorwande, den Republikanern, den Socialisten, den Kommunisten die unbeschränkte Freiheit der Versammlung und der öffentlichen Berathung zu verweigern. Wer aber möchte die Verantwortlichkeit für die Folgen eines solchen Zustandes der Dinge übernehmen! — Dieser Versuch der konstitutionellen Partei, dem wohlhabenden Mittelstande vor den Feinden der bestehenden Staats- und gesellschaftlichen Ordnung bange zu machen, wird einen gewissen Eindruck nicht verfehlen, aber es ist nicht daran zu denken, daß die Reformpartei sich dadurch von der weitern Verfolgung der einmal eingeschlagenen Bahn abschrecken lassen werde. Sind wir nur erst Meister des Platzes, denken diese Herren, so wollen wir den Republikanern und den Kommunisten schon zeigen, was Rechtens ist.

Auf den Vorschlag des Herzogs von Aumale hat der Kriegsminister 220 arabische Gefangene, die sich in den Forts von St. Marguerite, Cette und Brescou befanden, in Freiheit setzen lassen. Abdel-Kader und seine Begleiter sind jetzt die einzigen arabischen Kriegsgefangenen, die sich noch in den französischen Gefängnissen befinden.

### Spanien.

Der Gesundheitszustand Isabella's II. ist noch nicht so bedenklich, als man glauben machen möchte, denn die Königin macht noch tägliche Spazierfahrge auf dem Prado. Espartero ist noch immer in Madrid. Am 2. d. W. erwarteten ihn seine Anhänger und Freunde im Theater des Circus, wo ihm eine geräuschvolle Huldigung dargebracht werden sollte. Die Polizei hatte sich mit außerordentlichen Mitteln gerüstet, um jeder Ausartung dieses Parteifestes zu begegnen. Espartero, von diesen Maßregeln in Kenntniß gesetzt, ließ dem General Narvaez sagen, er werde nicht in die Oper gehen, worauf ihm erwidert wurde, er möge das halten, wie er wolle, die Regierung werde in jedem Falle die Ordnung aufrecht zu erhalten wissen. Demnach scheint das gute Verhältniß Espartero's zu Narvaez ebensowenig Bestand gehabt zu haben, als seine anfängliche Stellung gegenüber dem Hof.

### Italien.

○ Venedig, 7. Febr. Eine politische Demonstration, welche gestern Abend im Teatro Fenice stattgefunden, bildet heute das allgemeine Stadtgespräch. Am Morgen hatte die Piemonteser Zeitung die Nachricht von der Konstitution gebracht, welche der in seinem Palaste belagerte König von Neapel seinem Volke, vermöge eines Motuproprio gewährt; am Abend war das dies Jahr sonst so wenig besuchte Theater bis auf den letzten Platz gefüllt, überall dreifarbige Bänder sogar Kokarden, Broschen, Armbänder mit dem Bildnisse von Pius IX. In dem für diesen Abend aufgeführten Ballet kommt ein sicilianischer Tanz vor, welcher selber mißfiel, an diesem Abend jedoch mit stürmischem Beifall begrüßt und, als der Vorhang sich Dacapo verlangt wurde. Seit den Verfällen aber bei Aufführung der Oper Macbeth sind alle Wiederholungen durch eine polizeiliche Verfügung verboten. Es wird daher dem Wunsche des Publikums nicht willfahrt, sondern die auf das Ballet folgende Oper soll beginnen. Es entsteht ein unbeschreiblicher Lärm, man hört einzelne Stimmen evviva Napoli, evviva la constituzione rufen! Die Offiziere, für welche in den siebzehn Theatern immer die erste Reihe Sperrsitze aufbehalten wird, wahrscheinlich in der Meinung, daß der Augenblick gekommen sei, wo sie sich dem kaiserlichen Zurf gemäß als Bollwerk gegen die Revolution bewähren können, hatten schon während des Dacapoturm's ihr Mißfallen durch Klirren mit den Degenscheiden zu erkennen gegeben, und da diese kriegerische Mahnung keinen Erfolg hatte, schickte der wachhabende Offizier mehrere im Theater immer anwesende Unteroffiziere ab, um Truppen herbei zu holen, so sehr auch der für die Ruhe im Theater allein verantwortliche Polizeikommissär gegen eine solche Maßregel protestirte. Da Letzterer nun kein anderes Mittel sah, das Einschreiten der bewaffneten Macht zu verhindern, ließ er den Vorhang fallen und die Lichter auslöschen, worauf sich die Menge, ohne daß ein weiterer Exceß vorgefallen wertlet, so daß die in bedeutender Anzahl mit geladenen Gewehren anrückenden Truppen nur leere Bänke fanden. Nur dem besonnenen Benehmen des Polizeikommissärs verdankt man es, daß sich nicht auch hier die Mailänder Auftritte wiederholten, doch kann man nicht anders als mit Besorgniß in die Zukunft blicken, wenn nicht bald von Oben herab dem Militär der Wahn benommen wird, daß ihm nicht erlaubt sei, die italienischen Unterthanen des Kaisers wie Feinde, ja schlimmer noch zu behandeln. Der Magistrat Venedigs hat übrigens, wie so eben bekannt wird, wegen des unbesugten Auftretens des Militärs am gestrigen Abend einen energischen Protest zu Handen des Gouverneurs erlassen.

Paris, 12. Febr. Die Regierung veröffentlicht heute folgende telegraphische Depesche: „Turin, 8. Febr. Durch eine heute erlassene Proklamation hat der König von Sardinien seinem Volke eine Konstitution versprochen und die Grundzüge derselben aufgestellt. Sie sind übereinstimmend mit der französischen Verfassung.“ Man erfährt zugleich, daß dieser Schritt des Königs von Sardinien, ohne Unruhen und tumultuarische Demonstrationen, bloß durch die Gewalt der öffentlichen Meinung herbeigeführt worden ist. Man erwartet jeden Augenblick die Nachricht von der Verkündigung einer Konstitution in Toskana.

Genua, 2. Febr. Heute war hier ein Kirchenfest zu Ehren der Ereignisse in Sicilien, ein Fest, das in Turin der dortige Erzbischof nicht gestatten wollte. Der neapolitanische Konsul befand sich in der bewegten Volksmenge und war, vor Rührung beißt es, fast Ohnmacht nahe. Das Volk begleitete ihn, als die Feier geendigt, bis zu seiner Wohnung. Beifallsgeschrei und Evviva's für die tapfern Sicilianer, die Konstitution, die verbündeten Lombarden folgten ihm in's Haus. Bald darauf erschien der Konsul am Fenster, schwenkte die Fahnen der verbündeten Fürsten, das Banner mit dem rothen Kreuze und rief: Es lebe die italienische Unabhängigkeit, es lebe die Konstitution! u. s. w. Darauf entspann sich ein kurzes lebhaftes Gespräch mit dem Konsul und Einigen aus der versammelten Menge. Am Abend war die ganze Stadt beleuchtet, eine Ungahl Bürger, die Nationalfahnen voran, zog, Volkshymnen singend, durch die Hauptstraßen. Das Volk freute sich darüber, als plötzlich die Truppen aus den Kasernen marschirten, der herzoglichen Wache zuschlossen wurd. Nun änderte sich plötzlich der Schauplatz. Die Hauptstraßen mit Militär besetzt, Patrouillen zu Fuß und zu Pferd auf allen Wegen. Den Truppen wurden jedoch bedeutet, daß man bloß friedlich den Sieg der Sicilianer feiere und keineswegs glaube, daß sie ihre gegen den Feind bestimmten Waffen gegen das Volk kehren könnten. Nach einem Lebehoch für das piemontesische Heer senkte man die Fahnen und ging auseinander. Doch rückten noch andere Regimenter aus, fraternisirten aber mit dem Volke. Die Brutalität eines Majors der Carabinieri, der einem Priester den Hut vom Kopfe schlug, hätte bald ernste Scenen herbeigeführt. — Die in Lunel lebenden Genuesen haben den Ertrag einer Geldsammlung für die dürftige Bevölkerung hierher geschickt. Die beiden Kanonen, welche die Genuesen in Turin für dieselbe Bürgergarde gießen ließen, trafen heute hier ein. Die „Gazz. Piemontese“ erklärte, daß die k. Kanonengießerei Nichts als den Kostenpreis für diese Kanonen bezogen habe. In Alessanderia, das mit Truppen und Lebensmitteln reichlich versehen wird, erwartet man von hier ein Regiment. Die Lieferung von 20,000 Mentnern soll dort ausgeschrieben sein. Man fürchtet in der That einen Ueberfall von Seite der Oesterreicher und rüstet sich, sie zu empfangen.

Rom, 31. Jan. Die neapolitanischen Dekrete, und zwar schon die ersten, haben hier die bereits in Todesschlummer versunkene Lega Doganale wieder aufs Tapet gebracht. Vor lauter Rüstungen, Kriegsspiel und dergleichen vergaß man bereits der Lega. Jetzt spukt man überall von den acht Millionen Brüdern, die sich den Zollbunde nähern, und schickt, um ihre Fortschritt soviel als möglich zu hemmen, die Herrlexik Ferdinand's II., die 60,465, um mit der Reserve und der Küstenartillerie nach der Alba 99,068 Mann zählt, auf

Digitized by Google

## Die Fabrikfrage vor den badischen Ständen.

### III. Rede des Berichterstatters Mathy.

Die Aufgabe des Berichterstatters, die Vorschläge der Kommission zu vertheidigen, ist mir sehr leicht gemacht worden. Was die Gegner eingewendet, das haben sowohl die Ausführungen mancher Redner, besonders der Abgg. Welcker, Christ, Metz und Helbing, wie die Vorträge der HH. Regierungskommissäre, namentlich des H. Staatsrathe Nebenius, hinreichend widerlegt. Es bleibt mir nur eine kleine Nachlese zu halten, und ich beginne mit der Rede des Abg. Hecker, die ich nicht übergehen darf, weil Geist und Talent ihren Eindruck nie verfehlen.

(Nachdem der Redner die Besorgniß des Abg. Hecker, daß die armen Oberwälder möchten für die Fabriken in Anspruch genommen werden, als unzegründet erwiesen, fährt er fort:)

Zahlen, noch mehr Zahlen verlangt der Abg. Hecker, um sich über die thatsächlichen Verhältnisse ein klares Urtheil zu bilden. Allein er hat von den Zahlen, die ihm gegeben waren, einen so bedenklichen Gebrauch gemacht, daß es in der That gefährlich wäre, ihm noch mehr Zahlen anzuvertrauen; er könnte sich damit leicht selbst schaden oder sonst Unheil anrichten. Mit den Zahlen bei Waghäusel ist er abenteuerlich umgegangen; die Zentner indischer Rohrzucker und Rüben setzte er zu Tausenden und Millionen auf das Spiel, er nahm als wirklich an, was als möglich dargestellt worden, als nebeneinander bestehend, was als aufeinanderfolgend in den Berichten gegeben war. Wenn Rüben genug da sind, wird wenig Kolonialzucker raffinirt und umgehetzt; wenn die höhere Fracht des Rohstoffes ein Hinderniß für das Gedeihen der Industrie am Oberrhein wäre, wie könnten die Großgewerbe im Wiesenthal bestehen? Aber nicht nur die Rohstoffe, auch die Fabrikate bezahlen Fracht, und wenn der Zucker von Waghäusel nicht in den Seehäfen den Kolonialzucker verdrängen kann, so kann er doch auch von diesem nicht auf seinem natürlichen Marktgebiete unterdrückt werden. Wäre aber die Besorgniß gegründet, daß die Politik des Zollvereins der Rübe den Garaus machte — nun, so ist Waghäusel auch auf die Bereitung von Kolonialzucker eingerichtet und kann dennoch bestehen. Nein, der Abg. Hecker hat die Zahlen zu stark mißhandelt, 170,000 fl. oder 270,000 fl. für den jährlichen Zunsbetrag, den der Staat garantiren soll, waren ihm einerlei; man kann ihm nicht ohne Gefahr noch mehr Zahlen anvertrauen.

Auf den Brief der 63 Arbeiter hat der Abg. Hecker ein großes Gewicht gelegt; ich bedauere, daß der Brief mir nicht so schwer wiegt. Ja, wenn die Manner sich erboten hätten, uns in den Berufe, den sie gelernt haben, Unterricht zu geben, dann würde ich, Falls ich Geschick und Muße dazu hatte, das Anerbieten dankbar annehmen. Wenn sie und aber in einem andern Fache, und zwar in dem unsrigen, das sie nicht gelernt haben, unterweisen wollen, dreimdsechzig Schulmeister, Einer für Jeden von uns, dann danke ich meinerseits für jede Bemühung, den Unterricht kann ich nicht brauchen.

Das Volk ist gegen die Erhaltung der Fabriken, fährt der Abg. Hecker fort, und das Volk ist sehr verständig. Aber, wenn das Volk so verständig ist, wie kommen denn die Gimpel her, von denen der Abg. Hecker spricht, die Gimpel, welche sich mit den Schuldscheinen anführen lassen?

Hecker. Die sind answärts.

Mathy. Ah so — nur das badische Volk ist so sehr verständig, und hat dafür zu sorgen, daß fremde Gimpel nicht angeführt werden. Davon werden wir übrigens noch weiter sprechen. —

Gegen Rothschild hat der Abg. Hecker scharf eingehauen, und es ist richtig, er hat ein Radikalmittel angegeben, um dem Hause Rothschild jede weitere Operation in Baden zu verleiden. Wir haben dafür weiter Nichts zu thun, als die Industrie, überhaupt alle Werthe zu vernichten, welche mit Hilfe von Geld und Kredit umgesetzt werden, dann wird Rothschild mit uns kein Geschäft mehr machen, wir aber — je nun, wir können auch in den Wäldern zurückziehen.

Wenn wir die Staatsgarantie zugeben, bemerkt der Abg. Hecker, dann sorgen wir für die tyrannischste, für die verhaßte Bourgeoisie. — Der Abg. Bassermann sagt uns das Gegentheil; er behauptet, wir sorgten dann für den Kommunismus. Wer hat Recht? Jeder malt das Gespenst an die Wand, das er am meisten fürchtet, Hecker die Bourgeoisie, Bassermann den Kommunismus. Für Beide zugleich können wir doch nicht sorgen! Ich glaube, Keiner hat Recht wir sorgen für das Landeswohl, und das sollen wir.

Das Haus de Bruyn in Holland ist gefallen, ruft uns der Abg. Heder zu, und seine Gläubiger haben die Zuckerbereitung fortgesetzt, ohne Zinsengaranie; folglich haben auch wir nicht nöthig, für die Zinsen der drei Fabriken einzutreten. Allein das ist eben der Unterschied zwischen dort und hier, daß dort die Gläubiger den Betrieb fortgesetzt haben, und daß sie es hier nicht thun wollen. Wir haben es nicht mit de Bruyn, sondern mit Eitlingen, Karlsruhe und Waghäusel zu thun. Die französische Staatskasse hat der Industrie im Elsaß, nach Hecker, darum aufgeholfen, weil sie das Prinzip der Untervention, welche die Noth herbeigeführt hatte, nicht „desavouiren" konnte. Gut; wir haben zwar nicht das nämliche Prinzip, aber das Interesse des Landes zu wahren, und das ist auch Ernst, was wir nicht „desavouiren" dürfen. Was Belgien in der Cockerill'schen Sache betrifft, darauf hat der Abg. Christ schon geantwortet. Für andere Noth sei Nichts geschehen, meint der Abg. Hecker. Ich ersuche ihn, sein Urtheil anszuschieben, bis die Rechnungsnachweisungen für 1846 und 1847 der nächsten Kammer vorgelegt werden. Er wird dann finden, daß viel, sehr viel aus Staatsmitteln geschehen ist.

Wohin sollte die Staatshilfe führen, wenn wir ein Fabrikstaat, wenn Baden mit Gewerbsanlagen überdeckt wäre? — Ich antworte: dahin, daß dann die Hilfe nicht nöthig wäre, weil in einem Lande mit Industrie, alle auch mit Kapitalreichthum, jede Lücke, die eine Krisis macht, ohne Zuthun des Staates von Einzelnen wieder ausgefüllt wird.

Einen großen Lehrer der Nationalökonomie — Say, hat der Abg. Hecker zu Hilfe gerufen und mit dem Satz entnommen, daß der Staat sich nicht in die Geschäftsverhältnisse mischen soll. Laissez faire, laissez passer, das ist der Satz der Freihandelsmänner, denn der Abg. Hecker bei der Frage des Tarifs nicht gehaldigt hat. So wahr der Satz, richtig verstanden, auch ist, so paßt er doch nicht hieher; er gebietet uns nicht, drei herrliche Anstalten untergehen zu lassen, wenn wir sie mit einem Worte retten können. Say wird zuweilen etwas schroff, weil er Napoleon und seine Kontinentalsperre glühend haßte und deßhalb Manches sagte, was wir nicht unterschreiben. Aber übrigens wäre es, wollten wir, wo rasches Handeln in einem gegebenen Fall Noth thut, das Bücher der Gelehrten anfschlagen, um allgemeine Sätze zu suchen. Hier tritt das praktische Leben mit seinen Forderungen auf, welche nicht durch die Weisheit einer Schule befriedigt werden können.

Der Abg. Hecker erinnert an das alte Sprichwort: „den Bürgen soll man würgen". Aber die Industrie soll man nicht würgen, entgegne ich, und daß dem Bürgen kein Leid geschehe, dafür wird durch unsere Vorschläge hinreichend gesorgt.

„Die Opposition gehe hier der Regierung ein Vertrauensvotum" — und davor warnt der Abg. Hecker. Ja, meine Herren, ich habe in dieser Sache Vertrauen zu der Regierung, denn sie hat bewiesen, daß sie das Interesse des Landes besser versteht, als mancher meiner Freunde. Hat denn aber der Abg. Hecker der Regierung nie ein ähnliches Vertrauensvotum gegeben? hat er nicht mitgestimmt, als wir die Regierung ermächtigten, einer Gesellschaft, die sich melden würde, die Errichtung einer Bank zu gestatten? Wohl hat er mitgestimmt, und wenn etwa eine Vorlage käme, um einer Gesellschaft die Erbauung einer gewissen Eisenbahn zu bewilligen, dann würde der Abg. Hecker sich schwerlich widersetzen, selbst wenn Aktien ausgegeben würden, die an die Börse kommen und der Agiotage dienen.

Das Milchmädchen, welches aus Freude über die anzuschaffende Kuh die Tier fallen ließ und so die Grundlage seiner Hoffnung zerstümmerte — das Milchmädchen — das Abg. Hecker auch heute wieder vorgeführt, nachdem es der Abg. Weller gestern schon benützt hatte. Allein damit hat er seiner Sache schlecht gedient. Wir haben die Kuh im Stall und wollen sie verjungern lassen, weil wir uns fürchten, die Auslagen für das Futter gegen volle Sicherheit zu garantiren. So thöricht wäre das Milchmädchen nicht gewesen. Es hätte lieber sein letztes Hemd, seine einzige Schürze verkauft, um Futter zu schaffen; denn es hätte wohl gewußt, daß die Kuh ihm die Mittel liefern werde, um wieder ein Hemd zu kaufen. Das Milchmädchen ist ein wahrer Sokrates gegen uns. „Auf einen hohen Standpunkt sollen wir uns stellen" — mahnt der Abg. Hecker, — und wir sollen unser Schilda nicht für die Welt ansehen. Und doch weiß man uns gerade vor, wir seien von Schilda. Ist der nationalen Industrie verlorene darüber die Prosa unserer Verhältnisse and dem Auge. Bei alle dem vergessen wir aber doch unser Schilda nicht und wollen es auch nicht zu Grunde gehen lassen. Hat doch der Abg. Hecker selbst schon gezeigt, daß auch ihm das Hemd näher ist, als der Rock. Damals, wo der Vertrag des Zollvereins mit der Union, für welche der Abg. Hecker sonst zu schwärmen pflegt, in diesem Saale berathen wurde, erklärte er sich gegen den Vertrag, von wegen des pfälzer Tabaks. (Hecker: Das war etwas Anderes.) Nein, so war es; Cicero pro domo, rief damals der Abg. Hecker, das bin ich hier, ich stimme gegen den Vertrag und für den pfälzer Tabak.

„Sir Robert Peel, Lord John Russell, die großen englischen Minister, sie würden das Gesuch um Staatshilfe mit einer Handbewegung abgewiesen haben" — meint der Abg. Hecker. Allein Das haben die englischen Staatsmänner nicht gethan, sondern sie haben, um der Industrie zu helfen, das Bankstatut gebrochen, und von dem Parlamente eine Indemnity Bill verlangt und erhalten.

Diese wenigen Bemerkungen, meine Herren, werden hinreichen,

Digitized by Google

Ihnen zu beweisen, daß der glänzende Vortrag des Abg. Hecker unsere Vorschläge nicht erschüttern kann. Ich wende mich nun zu Anderm und folge dabei dem Gedankengange des Berichtes, indem ich — den Antrag des Abg. v. Soiron ausgenommen — im Laufe der zweitägigen Verhandlung Nichts vernommen habe, wofür der Bericht nicht einen Anhaltspunkt böte, oder was nicht in seinem Rahmen untergebracht werden könnte.

Ist es überhaupt zulässig, daß der Staat eintrete, um den Fall großer Gewerbsstockungen zu verhindern, wenn es ohne Nachtheil für andere öffentliche Bedürfnisse geschehen kann? Dies war die erste und ist eine grundsätzliche Frage, worüber man verschiedener Meinung sein kann; allein es ist nicht nöthig, daß ich hier für dieselbe in die Schranken trete, da der Abg. Hecker sie kaum berührt, sein volkswirthschaftlicher Satz bereits seine Würdigung gefunden, sonst aber von allen Rednern keiner sie verneint hat. Nur in Bezug auf die Art der Unterstützung, und darüber, ob alle drei Anstalten oder nur eine oder zwei sie verdienen, haben sich aus den Verhandlungen Meinungsverschiedenheiten ergeben. Die Gegner unserer Vorschläge haben sich theils gegen die Zinshaftung und für einen baaren Vorschuß — jedoch nicht in dem Maße, daß der Zweck dadurch erreicht würde — ausgesprochen, theils waren sie nur für die Erhaltung der Maschinenfabrik, weniger für die Spinnerei und Weberei, am wenigsten für die Zuckerei. — Der allgemeine Satz, daß eine Unterstützung zulässig sei, falls sie für die Erhaltung großer Gewerbsanstalten nothwendig und aus Gründen des öffentlichen Nutzens räthlich ist, bedarf sonach hier keiner Vertheidigung. Ich schlage den Vortheil einer Diskussion, welche uns den Satz als gewonnen heranstellt, nicht gering an. Dagegen wurde die Behauptung, daß die Dazwischenkunft des Staates nothwendig sei, um die drei Anstalten zu erhalten, mit vielem Nachdruck bestritten.

Ich gebe zu, daß wir über ein künftiges Ereigniß, welches nicht durch unverbrüchliche Naturgesetze, sondern durch eine Bestimmung menschlichen Willens herbeigeführt wird, zum Beweis keine völlige Gewißheit haben, und ich verlange für mich den Glauben an Unfehlbarkeit ebensowenig, als ich diese den Gegnern zugestehe. Allein dann neigt sich eben doch die Wage auf die Seite, auf welcher die größere Wahrscheinlichkeit steht. Spricht außer der größeren Wahrscheinlichkeit für die Nothwendigkeit einer Staatshilfe noch der Umstand, daß wir alsdann den Zweck sicher erreichen, während auf der andern Seite ein Irrthum die verderblichsten Folgen für das Gemeinwohl haben würde, so kann ich mir die Vermessenheit nicht aneignen, im Vertrauen auf eine angemaßte Unfehlbarkeit wichtige Interessen zu gefahrden. Ich ziehe die Möglichkeit vor, mich in einer Richtung zu irren, wo der Irrthum nicht schadet, wo der höchstens dazu führt, daß etwas Ueberflüssiges geschieht, als mich in einer andern Richtung zu irren, wo der Wohlstand, die Arbeit des Volkes, der Kredit des Landes und ein wichtiger Bestandtheil deutscher Kraftentwicklung die Folgen meines Irrthums schwer empfinden müßten. Wären die Interessen, um welche es sich hier handelt, unsere persönlichen, so könnten wir, einem gewissen starken Selbstvertrauen zu Liebe, sie eher auf das Spiel setzen, denn wir hätten auch den etwaigen Schaden persönlich zu tragen; allein wo es sich um einen andersähnlichen Zweig der Volksthätigkeit handelt, da müssen wir etwas vorsichtiger zu Werke gehen.

Freilich ist von der Gegenseite behauptet worden, daß die Erhaltung der Fabriken mittelst einer Bürgschaft schlimmere Folgen haben werde, als ihr Untergang. — Die drei Großgewerbe, sagt man, und nach ihnen noch andere, werden in Staatshände übergehen, — während doch nur eine Aufsicht des Staates für die Dauer seiner Haftbarkeit eintritt; eine Aufsicht, die anderwärts für Unternehmungen, welche nicht in Verlegenheit waren, erbeten worden ist, als ein Mittel, ihnen das öffentliche Vertrauen und den Theilhabern die Beruhigung zu verschaffen, daß keine Unterschleife bei der Verwaltung stattfinden. Eine solche Kontrole ist himmelweit verschieden von Selbstverwaltung, und was gegen diese, Falls sie der Staat übernehmen wollte, mit Grund geltend gemacht werden könnte, findet auf jene keine Anwendung. Man hat man von der Gegenseite gegen die Staatsaufsicht zu Nichts eingewendet, wie als Bedingung für die Errichtung einer Bank gefordert werde. (Wassermann: Weil wir sonst die Bank nicht bekommen.) Man hat also nicht gesagt, wir wollen lieber keine Bank, während man hier sagt, wir wollen lieber keine Industrie; auch hat man nicht behauptet, daß die Aufsicht die Bank in Staatshände bringe, wie man hier bei den Fabriken vorgibt.

„Der Staat werde jedenfalls einen Ausfall an den Zinsen zu bezahlen haben" — fährt man fort, und man berachtet als nicht vorhanden die mehr als genügende Sicherheit, das Zugriffsrecht auf den Ertrag, alle die Mittel, welche vorgeführt sind, um jeden denkbaren Verlust zu vermeiden. „Alle andern nothleidenden Menschen werden nachkommen und Staatshilfe verlangen; wir werden sie nicht zurückweisen können!" — Dies sagt man und in einem Athem mit dem Gegenvorschlage, einen baaren Vorschuß zu geben. Also will man uns von einer Haftung für Zinsen auf 15 Jahre abschrecken, weil die Staatskasse in die Lage kommen könne, zahlen zu müssen, und doch will man diese Lage nicht einmal abwenden, sondern von vornherein große Summen bezahlen, ohne zu fragen, wo die Staatskasse das Geld hernehmen und ob sie dasselbe auch entbehren könne. Sicherheit für den Vorschuß und Kontrole wird man nicht verlangen, denn alsdann würden ja, wie man glaubt, die Gewerbe in Staatshände übergehen. Nein, meine Herren, solche Staatswirthe wollen wir nicht sein; wir haben der Mittel nicht zu viele im Verhältniß zu dem Bedarf, und wir werden sie zumal dann ihrer eigentlichen Bestimmung nicht entziehen, wenn wir den vorliegenden Zweck billiger erreichen können. — Und endlich, — wenn man mit baarem Gelde vorrückt, da fürchtet man nicht, daß Andere nachkommen und das Gleiche verlangen werden; aber eine Zinsengarantie auf fünfzehn Jahre gegen mehr als genügende Sicherheit — Das lockt freilich stärker als der Klang der Münze. Doch — die Gegner werden Das selbst nicht glauben.

Man garantirt aber die Zinsen einer Schuld, welche die wahre Ursache der Verlegenheit der Fabriken ist, die fatale Wechselschuld; und man schafft ein Papier, das zu dem schlimmen Handel dient, der eigentlich im Wetten auf Preisunterschiede besteht." — Allein gerade jene Wechselschuld wollen wir in eine gewöhnliche verwandeln; den Fabriken wird eben durch unsere Vorschläge der Alpdruck der schweren Zinsen und Kosten von der Brust genommen, damit sie frei athmen und gesund leben können. — Die Zärtlichkeit freilich, womit man die Geldleute an den großen europäischen Börsen vor Spielverlusten zu bewahren, oder, — um noch einmal mit Hecker zu reden — die Gimpel zu hüten sucht, — diese Zärtlichkeit ist um so höher anzuschlagen, als man dafür den Preis dreier deutschen Gewerbsanstalten ersten Ranges und den Verdienst von 4000 deutschen Arbeitern nicht zu ihrem findet.

Endlich wird — ich habe dies schon früher im Vorbeigehen erwähnt — das Modegespenst des Kommunismus heraufbeschworen, das in Fleisch und Blut übergehen werde, sobald die Regierung sich so weit vergesse, den drei Fabriken Aufseher zu bestellen. Doch — nur Wenige werden glauben, daß den Feinden des Eigenthums Vorschub geleistet werde, wenn man für lohnende Beschäftigung der arbeitenden Klasse sorgt. Im Gegentheil, — wenn man den Arbeitern das Brod nimmt, dann erweckt man dem Eigenthum Feinde, und zwar solche, die einen natürlichen Grund haben, es zu hassen. Daß es aber mit dem Kommunismus bei uns noch nicht so gefährlich ist, dafür scheint mir ein Zeitschrift mir ein Bericht zu sprechen. Dort steht nämlich Laboeuf statt Baboeuf. Die Setzer und Korrektoren, Männer, die in der Regel für kühne Gedanken empfänglich sind, kennen daher nicht einmal den Namen, sonst würden sie ihn richtig gesetzt haben; noch viel weniger ist zu vermuthen, daß sie die Lehre kennen, denn die Namen sind meistens geläufiger und weiter verbreitet als die Kenntnisse.

Alle die Gefahren, welche man von der Erhaltung der Fabriken durch Dazwischenkunft des Staates zu besorgen vorgibt, beruhen auf irrigen Unterstellungen, willkürlichen Voraussetzungen, erfundenen Schreckbildern, Verkehrung der wirklichen Verhältnisse. Man blickt sich über jede Ungereimtheit damit hinaus, daß man sagt: So steht zwar nicht in den Vorschlägen, so will es auch Niemand haben; allein es wird so kommen, das kann gar nicht ausbleiben — denn ich habe die Aussicht, daß dem so sein wird. Da steht das eigene Belieben auf sich selbst, allein da ihm nicht Gründe zur Seite stehen, kann es unsere Ueberzeugung nicht wankend machen.

Wie verhält es sich nun mit den Gründen für die weitere Behauptung, daß die Fabriken fortbestehen werden, wenn auch der Staat nicht dazwischen trete? — Die Gläubiger, sagt man, können rechnen, und folgendes Exempel ist ihnen nicht zu schwer: Wenn Ihr das Papier nehmt, bekommt Ihr 40, wenn Ihr den Betrieb der Fabriken ohne Umstände fortführt, bekommt Ihr 100 nebst Zinsen. Was ist mehr, 40 oder 100? Was traut ihnen zu, daß sie antworten: 100 ist mehr als 40. Ich bin gewiß, daß sie diese Antwort geben, allein ich vermuthe, daß sie noch Etwas hinzufügen und fortfahren werden: die Zeit ist ein Faktor, den wir ebenfalls in Anschlag bringen müssen. Wir brauchen jetzt gleich einen Theil unseres Geldes, und 40, die wir bald bekommen, sind zwar an sich nicht mehr, aber uns doch lieber als 100, die wir erst in einer spätern Zukunft zu erwarten hätten. Gibt man uns nicht wenigstens 40 (dabei denken sie aber doch an 50, 60, 70 u. s. w.) im Papier, so nehmen wir sie in Zucker, Baumwollenzeug, Lokomotiven u. s. w.; wegen des Fehlenden wenden wir uns an Andere, die auch für unser Geld zu haben sind wenigstens noch Etwas liefern können.

So steht die Sache: im Drange des Augenblicks rechnet man

Digitized by Google

nicht immer genau nach Wem Rieb, selbst der Zweifel, welcher gerne als unumstößlich hingestellt wurde, leidet Noth, — und darin liegt eben die hohe Wahrscheinlichkeit des Untergangs der Fabriken, Falls der Staat nicht dazwischen tritt und ein Papier gestattet, dem seine Haftung einen Preis verschafft.

Glücklich mag Der sein, — obgleich es noch höheres Glück auf Erden gibt — welcher sich aus Mangel an Erfahrung die Gelvorlegenheit nicht vorstellen kann; sein Urtheil ist wie aber nicht maßgebend, wo es sich um die Wirkungen einer großen Geldverlegenheit und um die Frage der Nothwendigkeit handelt, Vorkehrungen zu treffen, damit die schädlichen Folgen jener Wirkungen von dem Nationalcapital und der Volkskraft abgewendet werden.

Die Gläubiger werden die Papiere, welche sie erhalten, nicht alle an die Börse bringen. Einige werden verkaufen, Andere werden versetzen, so viel als nöthig, um einen augenblicklichen Bedarf an baaren Mitteln zu erhalten. Es sind aber gewiß auch Gläubiger vorhanden, die alle oder doch möglichst viele von ihren Papieren behalten, in der Zuversicht, die auch wir haben, daß der Ertrag der Fabriken die Zinsen bezahlen und den ganzen Betrag der Forderung in nicht zu langer Zeit tilgen werde. Diese letzteren Gläubiger sind es dann auch, welche ein wachsames Auge auf die Verwaltung und den Betrieb der Gewerbsanlagen haben und vielleicht den Staatsaufseher in der schweren Kunst des Kontrolirens unterrichten werden. Es schwindet sonach die Besorgniß, daß mit der Ausgabe der Schuldscheine auch das Interesse an dem Fortgang der Fabriken abhanden kommen werde. Zu dem Behalten der Papiere könnten die Gläubiger auch durch die glänzende Aussicht ermuntert werden, welche für neue Aktien der Fabriken eröffnet worden ist. Solche Aktien, hieß es, werden zwar anfänglich keinen hohen Preis haben. Allein nach zwei oder drei Jahren, wenn sich die Inhaber von dem guten Fortgang der Fabriken überzeugt haben, werden sie steigen und dann über Pari stehen. Dürfen denn die Inhaber der Staatsscheine nicht gleiche Hoffnung haben? Mar Schade, daß man diese Aussicht selbst wieder umkreute, indem man z. B. Wechselei eine Treibhausspflanze nannte, für die man Nichts thun sollte, indem man Erklingen ein Verbrechen daraus machte, daß es ihm in dem Nothjahre 1847 nicht besser gegangen, als allen übrigen Geschäften, und bei der Maschinenfabrik, um nachzuweisen, daß sie ohne Staatshilfe sortgehen werde, eine große Summe als Gewinn ausgab, welche doch neben dem Erlös aus den bestellten Dampfwagen und Maschinen Alles enthält, was daraus zu ziehen ist, wenn das Verkäufliche veräußert und das Gebäude rein ausgefegt wird.

So haben sich die Gegner auch hier, um zu beweisen, daß die Fabriken auch ohne Staatshilfe fortbestehen werden, unrichtige Angaben und Widersprüche gehäuft; sie haben, um den Fortbestand wahrscheinlich zu machen, den Gläubigern die glänzendsten Aussichten in die Zukunft eröffnet, dann aber Alles wieder zerstimmert und den Untergang der Gewerbe verkündet, um uns von der Staatsgarantie abzuschrecken. Sie haben über die Verhältnisse der Großgewerbe zweierlei Berechnungen aufgestellt, sie haben mit zweierlei Maß gemessen. (Bassermann: Es waren Vermuthungen.) Man kann vermuthen, daß es gut gehe, oder daß es schlecht gehe; aber daß es gut und schlecht zugleich gehe, das kann man nicht vermuthen. Wer solcher Hilfsmittel sich bedient, der gibt seine Sache verloren.

Wer aber so wenig Vertrauen auf die Zukunft der Fabriken hat, daß er glaubt, sie werden binnen wenigen Jahren untergehen, der sollte sich doch durch diese Meinung nicht bestimmen lassen, ihnen jetzt die Hilfe zu versagen. Wenn ein Mensch, der offenbar noch Lebenskraft in sich trägt, aber von einem augenblicklichen Uebel, z. B. von Mangel an Nahrung gedrückt, unsere Hilfe verlangt, so dürfen wir ihn doch nicht umkommen lassen und uns mit dem Gedanken trösten: Er hätte es doch nicht mehr lange gemacht. Helfen wir jetzt, und lassen wir es darauf ankommen, was das Zukunft bringen wird. Geht es schlecht, so haben wir doch unsere Schuldigkeit gethan, und haben es nicht zu bereuen, denn wir haben ein sorgbares Leben wenigstens noch einige Zeit gefristet und Niemanden dadurch einen Schaden zugefügt.

Ueber die Gründe des öffentlichen Nutzens, welche uns bestimmen, für die Dazwischenkunft des Staates zur Erhaltung der drei Fabriken aufzutreten, habe ich kein Wort mehr zu sagen. Mancher Redner auf diesen Bänken hat darüber besser gesprochen, als ich zu thun vermöchte, und der letzte Vortrag des Herrn Staatsraths Nedenius läßt Nichts mehr beizufügen übrig. Was aber die Gegner über die volkswirthschaftliche Seite der Frage geäußert, das zeigt mir, daß sie mit dem Begriff von Volkswirthschaft nicht im Reinen sind, und daß es nicht ganz überflüssig wäre, denselben mit einem kurzen Worte festzustellen. Die Volkswirthschaft, meine Herren, ist der Inbegriff aller Thätigkeiten, welche auf die Hervorbringung nützlicher Sachen, den Umlauf, die Vertheilung und produktive Verwendung derselben gerichtet sind; Erwerbeit, Gewerbe und Handel, die Hauptzweige derselben, stehen in einem organischen Zusammenhange, ihre verständige Pflege ist eine der wichtigsten Aufgaben einer guten Verwaltung. Was diese Thätigkeiten fördert, ist volkswirthschaftlich nützlich; was sie beeinträchtigt, ist volkswirthschaftlich schädlich. Und nun sage mir Jemand, ob die Erhaltung der drei vorzüglich eingerichteten lebenskräftigen Großgewerbe nicht einen hohen volkswirthschaftlichen Nutzen hat, zumal da sie ohne die geringste Beeinträchtigung irgend eines anderen öffentlichen Bedürfnisses bewirkt werden kann.

Von unserer Seite ist der Nutzen vom Standpunkt der Volkswirthschaft aus mit vielen Gründen und Thatsachen klar bewiesen worden; für die entgegengesetzte Ansicht habe ich keinen einzigen Grund vernommen. Doch, ich irre mich; eine einzige Behauptung wurde gegen Waghalsel vorgebracht, nämlich die: daß es volkswirthschaftlich nützlicher wäre, Nahrungsmittel statt Zuckerrüben zu bauen. Allein der Zucker gehört nachgerade auch zu den Nahrungsmitteln, und so lange die Rübe einen höheren Ertrag gewährt als Getraide, kann man den Bau nicht für schädlich halten, zumal wenn die Verarbeitung noch viele Menschen ernährt, und dem Boden als Dünger wiedergibt, was sie ihm in der Pflanze entzogen hat. — Oder hält man etwa für nützlicher, das Geld für den Zucker den Holländern und Franzosen zu bezahlen, damit unsere Bauern ihre Taschen ziehen, aus denen sie weniger löhen, und damit die Arbeitslöhne nicht im Lande verdient werden? Doch auch gegen die Zuckerberechnung sind irrige Angaben vorgebracht, es ist z. B. behauptet worden, die Zuckerei in Offenburg sei eingegangen und der Rübenbau aus der Gegend verschwunden. Allein nach meinen Erkundigungen ist dies unrichtig; die dortige Fabrik wird betrieben und der Rübenbau gewinnt neuen Aufschwung. Man hätte sich doch über Verhältnisse einer Stadt und Gegend, welche die Eisenbahn vor die Thore der Residenz gelegt hat, genauer verlässigen sollen, als es von Seite der Gegner geschehen ist, deren Anführungen, wo man sie auch betrachten und anfassen mag, die Probe nicht halten. Wirklich, man hat ein schwaches Rüthgeng zum Sturmlauf gegen die Fabriken!

Statt volkswirthschaftlicher Gründe hat man fiskalische geltend gemacht und abermals irrig behauptet, der Rübenzucker möge verschwinden, wenn der Zoll auf Kolonialzucker herabgesetzt werde, während doch genau ermittelt ist, daß die Lompen aus Rüben billiger zu stehen kommen, als jene aus Zuckerrohr, selbst ohne Zoll. Die Rübensteuer wird diese Zuckerbereitung nicht tödten, denn es ist verabredet, sie nie so hoch zu stellen, daß der einheimischen Industrie nicht noch einiger Schutz bliebe.

Ueberhaupt habe ich in den Vorträgen der Gegner sehr Viel von Aktionären, Gläubigern, Schuldnern, Wechselreitern, Agiotage, Zolleinnahmen, aber sehr Wenig von dem Werthe der Fabriken, der der Volksarbeit und von dem Schaden des Verlustes an dem Nationalvermögen und Einkommen, welches die drei Fabriken darstellen, vernommen. Freilich brauchte man sich auch darum nicht zu kümmern, nachdem man das Fortbestehen der Großgewerbe auch ohne Staatshilfe behauptet, im schlimmsten Fall aber die brodlosen Arbeiter auf Almosen und Arbeitshäuser verträstet, ja sogar zum Sparen ermahnt hat!

Der Abg. Schmitt führte einen harten Schlag gegen unsere Anträge, indem er einen Paragraphen aus der Schrift zog. Mit dem §. 561 aus Mohl's Handbuch der Polizeiwissenschaft will er die 3 Fabriken gmillotiniren. Meine Herren! ich bin überzeugt, wenn der gelehrte Verfasser gewußt hätte, daß sein Paragraph so Etwas wäre, solches Unheil anzurichten, er hätte ihn lieber nicht geschrieben. Der Abg. Schmitt wäre dann mit gutem Gewissen, trog jenes Paragraphen für unsere Vorschläge stimmen, wenn er ihn nur richtig auslegen will. Der Paragraph sagt, der Staat soll kein Gewerbsunternehmen unterstützen, welches durch eigene Schuld in Verlegenheit gerathen ist. Unter der eigenen Schuld kann aber unmöglich das Verfahren verstanden sein, durch welches sich die drei Anstalten und die Vermittler ihrer Kreditgeschäfte das Betriebskapital verschafft haben. Dieses Verfahren mag man tadeln und für die Zukunft abstellen, aber es ist keine Schuld, welche die Gewerbe auf sich tragen. Eine solche wäre etwa dann vorhanden, wenn sie schlechte Waare gefertigt, die Kunden angeführt oder eine für sie mangelhafte Einrichtung hätten, daß sie unmöglich mit Nutzen betrieben werden könnten. Dann würde ich mit dem Abg. Schmitt sagen: sie sind durch eigene Schuld des Anspruchs auf Staatshilfe verlustig gegangen; — allein sie tragen in dieser Beziehung nicht nur keine Schuld, sondern verdienen vielmehr das größte Lob. Endlich din ich erbötig, dem Abg. Schmitt einen andern Paragraphen zu stellen, wenn er einen solchen durchaus bedürfen sollte, um für die Anträge der Kommission zu stimmen.

Der Abg. Peter hat einen andern Skrupel. Er will zum Voraus völlige Gewißheit, daß die Fabriken fortbestehen, und wird er diese nicht hat, fühlt er sich nicht ermächtigt, irgend eine Bewilli-

gung auszusprechen. Allein er soll ja auch nach unserm Entwurfe vorher Nichts bewilligen, sondern nur eine Ermächtigung für den Fall geben, daß jene Gewißheit erlangt wird. Kömmt kein Vergleich zu Stande, welcher den Fortbetrieb der Gewerbsanstalten außer Zweifel stellt, so fällt auch die Ermächtigung dahin, und damit könnte der Abg. Peter seinen Skrupel beschwichtigen.

Die Befürchtungen wegen der Folgen, welche die Dazwischenkunft des Staates haben könnte, sind von mir größtentheils schon berührt und, wie ich glaube, widerlegt worden. Von mehreren Rednern ist die Aufforderung an die Gegner ergangen, die Summe zu nennen, welche die Staatskasse verlieren könne. Mit Unrecht wollte der Abg. Hecker und den Beweis zuschieben, daß die Staatskasse Nichts verlieren könne. Wir haben den Beweis geliefert und erwarten, daß man unsere Gründe entkräfte. Der Abg. Hecker hat dies vergessen; aber der Abg. Brentano hat die Lücke mit der Behauptung ausgefüllt, daß die hypothekarische Sicherheit, die wir erhalten, in dem Falle, wo wir darauf greifen müßten, verschwunden sein werde. Ich gestehe, daß ich dies nicht fasse. Wird etwa, wenn die Fabriken nicht mehr gehen, ihr ganzes Vermögen an Grundstücken, Gebäuden, Wasserrecht, Maschinen, worden alle Einrichtungen, Vorräthe, Ausstände u. s. w. der Erde entrückt sein, um in den Mond versetzt sein? Haben wir nicht den Reservefonds, um Zuschuß zu leisten? Verlieren Mittel, hört nicht die Hoffnung selbst dann schon auf, wenn der Betrieb unter die Hälfte herabsinkt? Besteht nicht, um Verschleuderungen und Unterschleife zu verhüten, die doppelte Aufsicht des Staates und der Gläubiger? — Nein, meine Herren, wir können Nichts verlieren, wenn wir nicht wollen, und man kann die Möglichkeit eines Gelderlustes der Staatskasse nur dann behaupten, wenn man annimmt, daß die sichernden Bestimmungen in unseren Vorschlagen entweder nicht vorhanden seien, oder nicht angewendet wirden, kurz, wenn man sich auf das Feld der Willkür begibt und von aller Wirklichkeit absieht?

Ein rechtsgelehrtes Mitglied (v. Soiron: Ah!) hat behauptet, die Kammer opfere ihre Würde, wenn sie die Vorschläge annehme. Man solle dieselben zurückweisen, bis die Gläubiger einen festen Vergleich geschlossen haben, und dann vom Staat Hilfe begehren. Diesem Antrag auf Verschiebung dürfe sich Niemand widersetzen. Nicht die Freunde der Industrie, denn ihnen könne eine gründliche Untersuchung der Verhältnisse nur angenehm sein; nicht die Gegner unserer Vorschläge, denn sie könnten auch später immer noch „Nein" sagen; nicht die Regierung, denn sie werde die Verschiebung nicht als eine Kabinetsfrage betrachten. — Der Abgeordnete von Lahr dürfte inzwischen selbst eingesehen haben, daß die Begründung seines Antrags auf dem Mißverständnisse beruhte, als handle es sich hier um ein Gesetz, welches unmittelbar nach der Annehmigung durch die Stände in Kraft treten werde. Er ist aber belehrt worden, daß nur von einer Ermächtigung an die Reg. die Rede ist, von der sie Gebrauch machen wird, wann ein Vergleich unter den Betheiligten in giltiger Form zu Stande gekommen sein und ihre Genehmigung erhalten haben wird. (v. Soiron: Das hatte man in der Kommission sagen sollen.) Der Abgeordnete von Lahr hat gestern selbst bemerkt, daß er es von dem Präsidenten des Justizministeriums in der Kommission gehört habe. Er hat darum auch heute den Rechtsgrund fallen lassen und sich hinter die Schanze der Zweckmäßigkeit zurückgezogen, aus der ihn der Abg. Christ bereits vertrieben hat. Eine Ermächtigung sollen wir geben, für den Fall, daß geschieht, was der Abgeordnete von Lahr verlangt. Verschieden haben wir schon öfters gethan, ohne daß wir jedesmal hätten, unsere Würde zu gefährden; ich erinnere abermals an die Verhandlungen über die Bank. Es ist, wie die Sache jetzt liegt, kein anderer Weg mehr offen und die Annahme der Verschiebung gleichbedeutend mit Verwerfung.

Hier angelangt, muß ich den Herrn Präsidenten um eine Auskunft bitten. Ich habe vernommen, daß ein Abgeordneter bei Mitgliedern, die nicht Rechtsgelehrte sind, umhergeht und ihnen sagt, der Hr. Präsident sei der Meinung, daß der Antrag des Abg. v. Soiron angenommen werden müsse. Die rechtliche Ueberzeugung des Hrn. Präsidenten, als eines ausgezeichneten Rechtsgelehrten, ist für uns Richtsinnen von großem Gewicht; ich bitte ihn also, zu erklären, ob sich die Sache so verhält, ob er mit dem Antrage des Abg. v. Soiron einverstanden ist?

Präsident Mittermaier. Kein Gedanke daran.

Mathy. Damit wäre diese Intrigue vereitelt. Die Gegner unserer Vorschläge können allerdings mit der Verschiebung einverstanden sein, insofern sie Hoffnung haben, ihr Ziel auf diesem Umwege eher zu erreichen als auf dem geraden Wege der unbedingten Unterwerfung. Die Freunde der Industrie werden dagegen den Antrag so ansehen, als ob ein Mann, der am Ufer geht, einem Ertrinkenden, der um Hilfe ruft, antworten wollte: Verweilen Sie gefälligst noch ein Stündlein im Wasser; ich eile auf die Polizei, um vorderhand anzufragen, ob es erlaubt ist, Sie zu retten. (Allgemeines Gelächter.) Wer in dem gegebenen Falle so sprechen würde, der wird auch jetzt für den Antrag des Abg. v. Soiron sprechen. (v. Soiron. Die Fabriken ertrinken nicht so schnell.) Das gehört auch zu unserer deutschen Gründlichkeit, daß wir glauben, wir hätten immer Zeit genug zur gründlichsten Erwägung. Mittlerweile geht uns dann der Gegenstand unserer Erörterungen zu Grunde, und wir kommen mit unsern äußerst gründlichen Ergebnissen leider zu spät. Eine Kabinetsfrage liegt allerdings nicht vor, aber eine Frage über Sein oder Nichtsein wichtiger Bestandtheile des Nationalwohlstandes und Volkseinkommens, und diese ist mir wichtiger als ein Ministerwechsel. Wird in Deutschland ein Portefeuille erledigt, da finden sich immer Liebhaber genug, wir brauchen nicht zu besorgen, daß ein Zweig der Staatsverwaltung aus Mangel an Unternehmern ins Stocken gerathen werde (allgemeine Heiterkeit); aber für die Industrie ist in Baden kaum ein Schimmer von Hoffnung mehr, wenn Regierung und Stände erklärt haben würden, daß ihnen selbst ein Wort zu viel sei, um einen großen Theil der Landesindustrie aus einer augenblicklichen Gefahr zu retten.

Nicht wenn wir dieses Wort sprechen, sondern wenn wir es nicht sprechen, würden wir dem Lande schwere Lasten auflegen, deren Größe man zum Voraus kaum zu ermessen ist. Mehrere Redner, namentlich die Abgg. Metz und Helbing, welche mit den Verhältnissen vertraut sind, haben Dies schlagend dargethan. Ein Sturm, den wir jetzt noch mit einem Worte beschwören können, würde eine Masse von Geschäften zu Grunde richten und dem Kredit der badischen Bürger, die Handel und Gewerbe treiben, in ganz Deutschland eine tiefe Wunde schlagen. Die Verwerfung der Vorschläge würde den Gegnern deutscher Arbeit, deutscher Macht und Größe eine große Freude bereiten. Bei den Vorträgen der Gegner hat mich öfter ein unheimliches Gefühl beschlichen. Es war mir zuweilen, als vernähme ich nicht die Stimmen wackerer deutscher Männer — und das sind sie doch durchaus, sondern als kämen diese Stimmen aus einem englischen Twistballen, aus einem holländischen Zuckersack oder aus der Briefsache jenes Frankfurter Hauses, welches der Abg. Kapp gestern im Grundriß, Anfriß und Durchschnitt so trefflich gezeichnet und dann mit Gas beleuchtet hat. (Unauslöschliches Gelächter.)

Was die Volksstimmung angeht, m. HH., die man als vermeintende Gottesstimme unseren Vorschlägen entgegenzustellen hat, so bin ich darüber vollkommen beruhigt. Bis jetzt kommen mir vorzugsweise Meinungen über den Gegenstand unserer Verhandlungen laut werden, erst aus dieser Diskussion gewinnt die öffentliche Meinung den Stoff zu einem richtigen Urtheil. Die Meinungen sind jetzt schon getheilt; der Hr. Präsident hat aus seiner Kenntniß des Landes bemerkt, daß viele Stimmen für die Vorschläge erhoben, und ich kann dies aus meinen Wahrnehmungen bestätigen. Diese Stimmen werden darauf zweifelsohne zweifältigen öffentlichen Verhandlungen an Zahl und Nachdruck gewinnen, und ich weiste, ob z. B. die Durlacher Petenten gegen die Staatshilfe die Zustimmung ihrer Mitbürger für die Ansichten erhalten, die sie in Eilenbahnzwischen den Arbeiten Adreiter von Durlach ihren Vertretern bei denselben verlieren würden. Wie bald im Volke vorgefaßte Meinungen einem besseren Urtheil weichen müssen, dafür will ich ein Beispiel erzählen. Als die Eisenbahn zwischen Heidelberg und Mannheim gebaut wurde, verbreiten sich die Bewohner des reichen Dorfes Seckenheim gegen die Richtung, welche an dem Dorfe vorbei durch den fruchtbarsten Theil ihrer Gemarkung führen sollte. Der Bürgermeister, ein sehr verständiger Mann, mußte der Volksstimmung nachgeben und um Aenderung der Zugslinie bitten. Dem Wunsche ward entsprochen, und die Bahn läuft eine halbe Stunde von Seckenheim an Feindeschfeld vorbei. Bald erkannten die Bewohner von Seckenheim ihren Irrthum, aber die Bahn kam zu spät. Der Bürgermeister hörte mir vor nicht sehr langer Zeit, daß dem Dorfe die großen Vortheile der Bahn entrückt worden, und auf meine Entgegnung: sie seien daran selbst Schuld, man habe ja nur ihrem Verlangen entsprochen, rief er aus: „Man zwingt und doch sonst zu so Vielem, warum hat man uns denn da nicht gezwungen?" — Selbst Sie, meine Herren, das ist jetzt die Volksstimmung. (Allgemeine Heiterkeit.)

Ich schließe mit der Erklärung, daß ich unsere Aufgabe in dieser Sache so verstehe: wir sollen thun, was wir für des Landes Wohl am zuträglichsten halten. Sind wir über den rechten Weg verschiedener Meinung, so ist doch unser Ziel das nämliche, und die Spaltung wird nicht fortdauern, sie wird aufhören, sobald wir unsere Beschlüsse gefaßt haben. Mag es zweifelhaft sein, ob die Regierung nicht besser gethan hätte, uns ihre Gesetze der Beschlußfassung vorerst nicht entgegen, sondern den weiteren Verlauf abwarten. — jetzt ist dies nicht mehr zu erdrieren, wir müssen die Dinge nehmen, wie sie jetzt vor uns liegen. Ich zolle der Regierung meine Anerkennung dafür, daß sie Dasjenige, was die Probe hielt, und das ist die Lage jetzt, zu zeigen, ob wirdie Interessen des Landes begreifen und mit Verstand zu behandeln verstehen. Ich zweifle nicht, die Kammer wird mit Ehren aus dieser Probe hervorgehen.

Die Frage der drei Fabriken ist eine große, bedeutungsvolle, folgenreiche Frage, daß sie vor uns gekommen ist, ist ein Glück. Ich bin selber zu schwach, diese große Sache so zu vertheidigen, wie sie vertheidigt werden sollte. Aber andere Redner vor mir, insbesondere der Abgg. Metzler u. Christ, haben den hörenen, den vaterländischen Geschäftsmann, auf welchen hier Alles ankömmt, besser als ich zu vertreten gewußt, hervorgehoben und festgestellt. Wäre ein Freund noch unter uns, hätte der Tod nicht den trefflichen Sander uns entrissen, Er würde heute die Sache der deutschen Industrie mit aller Kraft seiner hohen Gestalt, mit den Blitzen seines Geistes uns den Sonner seiner Worte weit besser als ich vertheidigt haben. Ich weiß, wir Sander heute stimmen würden, und ich glaube, daß wenn er noch in unserer Mitte weilte, sein junger Freund auf jenem Sitze (Decker) heute zwar ebenso gestritten, aber in entgegengesetzter Richtung gesprochen haben würde. (Stichhaltiger Beifall.)

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Boer n. Berg., 29 Compton Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder wende man sich an G. A. Mercurier Straßburg 20 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 48. Heidelberg, Donnerstag 17. Februar 1848.

## Uebersicht.

Ueber die Stellung der Anwälte in Kurhessen. — Berlin Ausschußverhandlungen in Betreff unerlaubter Verbindungen u. s. w.: die Bureaukratie und die Noth in Schlesien; die Opposition in Böhmen; Dr. Jtzeyberg soll sich gestellt haben; der Polenprozeß. Aus Schlesien (Noth in Schlesien; Wunsch an deutsche Frauen). Posnan (zwei zur Haft verurtheilte Griechkatholische Geistliche). Posen (Todtenmesse für Bandyski; Sammlung für die Oberschlesier durch den Erzbischof v. Przyluski). München (die nähern Umstände vor und nach der Abreise der Moniz; Münchner Borsäle). Karlsruhe (Verhandlungen über den Antrag auf nationale Vertretung beim deutschen Bunde; ferner über den Bericht des Abg. Siegle, über die Petition eines Maschinenfabrikanten um Staatsunterstützung). Kiel (die Versammlung der ritterschaftlichen Grundbesitzer; die Deputation der Ritterschaft).

**Großbritannien.** Ansehnliche Majorität für zweite Lesung der Irländischen Municipalgesetzes. Die O'Connellsche Theorie vom allgemeinen Weltfrieden.

**Frankreich.** Paris. Abstimmung über die Adresse. — Die drabsüchtigte Reformversammlung wird vorbereitet — Gegenmaßregeln der Regierung. Nachwirkungen der Sitzungen vom 11. Dezember für O'Connell. — Italien. Mailand. Sinnige Händel in Pavia. Chur. In Mailand Unruhen erwartet. Turin. Verwunderung der neuen Verfassung Neapel. Aufsehung der Tare auf fremde Zeitungen. Neue Forderungen der Sizilianer.

**Ungarn.** Preßburg. Beschluß der Magnatentafel.

**Griechenland.** Petros Mavrocmichalis († Pietro-Bey) †.

**Handel.** Anknüpfung der Eröffnung direkter Fahrten zwischen Twist und Aegypten.

## Heidelberg, 17. Februar.

In der kurhessischen Ständeversammlung bereitet sich jetzt eine nicht unwichtige Frage vor, über die Stellung nämlich, welche die Anwälte im Staate rechtlich einzunehmen haben. Vormals pflegte dort die einmal ertheilte Erlaubniß zur Advokatur stets als unwiderruflich betrachtet zu werden. Der frühere Justizminister Mackeldey sing zuerst im J. 1837 an, diese Erlaubniß provisorisch zu ertheilen. Sein Nachfolger, Bickell, hat nun die Erklärung abgegeben, die provisorische Anstellung der Anwälte habe die Bedeutung, daß es in dem landesherrlichen Ermessen stehe, nach Besinden der Umstände dieselben ihrer Funktion zu entheben. Dadurch ist die Unabhängigkeit der Anwälte sehr gefährdet. Der Deputirte Henkel, selbst Anwalt, hat davon Veranlassung genommen, bei der Ständeversammlung zu beantragen, daß die Regierung ersucht werde, von der Maßregel einer provisorischen Zulassung der Anwälte abzustehen. Die Landstände haben darüber ein Gutachten ihres Ausschusses für Beschwerdegegenstände gefordert, welches von dem kürzlich zum Oberappellationsrath beförderten Dehn-Rotfelser ausgearbeitet wurde. Derselbe hat für die Anwälte die Eigenschaft eines Staatsdieners wiederholt und würde dadurch, schreibt derselben begünstigend, eine noch weit abhängigere Stellung den Advokaten bereiten, auch für ihren Eintritt in die Ständeversammlung eine Genehmigung der Staatsbehörden erforderlich machen. Dieses Ziel zu erreichen, war der frühere Minister Hassenpflug bemüht. Als im J. 1832 der fünfdische Ausschuß durch fünf Personen gebildet war, unter denen sich zwei Oberappellationsräthe und ein Advokat befanden, erklärte Hassenpflug die Wahl für ungiltig, weil diese drei Staatsdiener seien und nach den gesetzlichen Bestimmungen die Mehrzahl des Ausschusses nicht aus solchen bestehen darf. Die Landstände wollten diese Eigenschaft für die Advokaten nicht anerkennen, die Gerichten jedoch setzten auf ihre Wahl am Tage vor einer Auflösung der Ständeversammlung. Vor dem Beginn des neuen Landtags gab Hassenpflug den Gerichten die Anweisung, auf die Advokaten die Vorschrift der Verfassungsurkunde anzuwenden, derzufolge ein zum Landtagsdeputirten gewählter Staatsdiener hiervon der vorgesetzten Behörde Anzeige zu machen hat, damit diese die Genehmigung ertheilen könne. Die Gerichte lehnten jedoch solches Ansinnen ab, und ebensowenig fügten sich jener Anordnung die damals in ziemlicher Menge zu Abgeordneten gewählten Anwälte. Dieselben begehrten Zuzug zur Ständeversammlung; Hassenpflug, als Minister des Innern, wollte das nicht zugeben und verhinderte deßhalb Wochen lang die Eröffnung der einberufenen Ständeversammlung, bis er endlich, in seiner Eigenschaft als Justizminister, erklärte, die nicht erbetene Genehmigung für die zu Deputirten gewählten Anwälte als supplirt betrachten zu wollen. Seitdem ist von der Staatsdienereigenschaft der Advokaten keine Rede mehr gewesen; dieselben haben stets ohne Genehmigung in der Ständeversammlung gesessen, obwohl diese vermieb, aus deren Mitte die Mehrzahl der zum permanenten Ausschusse zählenden Mitglieder zu wählen. Jetzt, nach 15 Jahren, wird im Schooße der Ständeversammlung, und zwar, ohne daß irgend eine Nothwendigkeit vorlag, eine Erklärung darüber zu geben, die Behauptung Hassenpflugs erneuert, daß die Anwälte für ihre Zulassung zum Landtage einer Genehmigung bedürften, weil sie Staatsdiener seien. Um zu zeigen, daß kein Hinderniß entgegenstehe, diese Eigenschaft dri denselben anzuerkennen, sucht Dehn-Rotfelser klar zu machen, daß alle von unzweifelhaften Staatsdienern geltenden Bestimmungen sich auch auf die Anwälte anwenden ließen.

Diese Analogien drehnt Rotfelser bis zu der lustigen Konsequenz aus, daß er den Advokaten sogar einen Anspruch auf Pension, wie allen Staatsdienern, zuschreibt; nur, sügt er hinzu, weil diese stets einen nach Prozenten berechneten Theil der Besoldung bildet, eine solche aber den Anwälten nicht gewährt wird, so erhalten sie als angemessene Pension — gar Nichts. — Jeder Staatsdiener muß sich Versetzungen gefallen lassen. Wie wird das nun mit den Anwälten in Verbindung gebracht? Einen solchen an einen andern Ort zu versetzen, würde einer völligen Ertödtung seiner Praxis gleichstehen; das führt doch zu weit — dennoch soll jene Vorschrift auf die Anwälte passen. Ein Staatsdiener nämlich braucht sich Versetzungen nur ohne Verlust an Rang und Gehalt gefallen zu lassen; ein Anwalt hat weder Rang noch Gehalt, er könnte alle weder an dem Einen noch an dem Andern durch eine Versetzung verlieren; folglich ist eine Versetzung bei ihm unmöglich. Das ist die Konklusion des jüngsten Oberappellationsraths! Doch sind dies freilich nicht die positiven Entscheidungsgründe für dessen Ansicht; sie sollen nur zeigen, daß alle für Staatsdiener getroffenen Anordnungen auch bei den Anwälten passend und anwendbar seien. Deren Staatsdienereigenschaft muß daher noch aus anderen Normen abgeleitet werden; doch auch diese hat Dehn-Rotfelser in dem kurhessischen Partikularrechte entdeckt. In einer Rangordnung aus den Zeiten des siebenjährigen Kriegs hat der Landesherr „unter seinen sämmtlichen Bedienten" in der letzten oder vierzehnten Klasse auch die Advokaten aufgeführt; dies Rangreglement gilt längst nicht mehr; jetzt sind die Anwälte von jeder Stufe der Rangordnung verbrängt, aber sie haben einmal eine solche unter den Bedienten des Landesherren eingenommen; also sind sie jetzt noch Staatsdiener. Dabei ist nur vergessen, daß sowohl in der ersten, wie in der neuen Rangordnung eine Menge Personen vorkommen, die unzweifelhaft keinen Staatsdienst bekleiden. Als während der ersten französischen Revolution die Zöpfe fielen, und lange Beinkleider Mode wurden, erblickte man in der Annahme „der neuen Trachten" eine Uebereinstimmung mit den revolutionären Ideen der Franzosen. Deßhalb wurde im Jahre 1796 den herrschaftlichen Dienern und den Advokaten befohlen, sich der Pantalons zc. zu enthalten. Das nimmt Dehn-Rotfelser als „einen Hauptbeleg der Gesetzgebung dafür, daß die Anwälte als ein Theil der herrschaftlichen Dienerschaft gelten sollen, also jetzt zu den Staatsdienern gehören".

Wenn so der Hauptbeleg für Dehn-Rotfelsers Ansicht beschaffen ist, was soll man dann von den Nebenbelegen urtheilen! Die Direktion einer für die herrschaftlichen Civildienerten bestimmten Wittwenkasse hat einmal auch die bei den höheren Gerichten praktizierenden Advokaten für receptionsfähig erklärt; jetzt ist das nicht mehr der Fall; dennoch sollen sie ihrer damaligen Receptionsfähigkeit wegen jetzt Staatsdiener sein. Es ist noch eine zweite Wittwenkasse gegründet, welcher die niedern Staatsdiener beizutreten gezwungen sind; den Anwälten, Aerzten, Wund- und Thierärzten ist gestattet, ebenfalls daran Theil zu nehmen, — also sind die Anwälte, so wird gefolgert, zu Staatsdienern erklärt u. dgl. m.

Digitized by Google

Wenn man der Natur der Sache nach unter einem Staatsdiener nur denjenigen verstehen kann, welcher an der Ausübung irgend eines Zweiges der Staatsregierung Theil nimmt und demnach als Organ der Staatsgewalt erscheint, so möchte jene Eigenschaft den Anwälten so wenig anklebon, daß sie eher für den geraden Gegensatz eines Staatsdieners zu halten wären. Es hätte daher, sollten sie dennoch dafür gelten, einer sehr entschieden lautenden Bestimmung der Gesetzgebung bedurft; es würde namentlich dafür ein unumwundener Ausspruch im Staatsdienstgesetze nothwendig geworden sein. Durch dieses, gleichzeitig mit der Verfassung entstandene und unter deren Schutz gestellte Gesetz haben nämlich die Rechtsverhältnisse der Staatsdiener ihre nähere Bestimmung erhalten sollen. Dieses Gesetz hat freilich eine unglückliche Wendung gebraucht, und wenn Dehn-Rotfelser sich darauf allein bezogen hätte, um seine Ansicht zu begründen, so würde das derselben mehr Gewicht beigelegt haben, als sie durch seine ganze Ausführung verloren hat. Dort ist nämlich gesagt, daß auf die nicht vom Staate besoldeten Staatsdiener, als Advokaten, ausübende Aerzte und Wundärzte die Bestimmungen des Staatsdienstgesetzes nicht anwendbar seien. Es hat hierbei offenbar ausgedrückt werden sollen, daß bei Feststellung der für die Staatsdiener geltenden Rechtsverhältnisse die Aerzte und Advokaten nicht in Betracht zu ziehen, daß sie folglich keine Staatsdiener seien. Aber man scheint damals für die Unterscheidung zwischen öffentlichem Beruf und Staatsdienst keine geeignete Benennung haben finden zu können und begnügte dieselben als nicht vom Staate besoldete Staatsdiener, unzweideutig die Besoldung als nothwendiges Merkmal des Staatsdienstes auffassend. Dazu leitete wohl die in der Verfassungsurkunde niedergelegte Bestimmung, daß für sämmtliche Staatsdiener ein Besoldungsetat festgestellt, also mit jedem Staatsdienste eine Normalbesoldung verbunden sein solle. Man wird aber unmöglich aus der im Staatsdienstgesetz gemachten Wortfügung abnehmen können, daß ein ausübender Arzt, im Gegensatz der Gerichtsärzte und Physici, die ausdrücklich zu den Staatsdienern gerechnet werden, ebenwohl diese Eigenschaft bekleide. Und ebensowenig wie die Aerzte wird man die Anwälte unter die eigentlichen Staatsdiener rechnen dürfen, weil sie bei der Gelegenheit, wo das Gesetz, welches die Bestimmung hat, die Rechtsverhältnisse aller Staatsdiener zu ordnen, unanwendbar für sie erklärt wird, nicht besoldete Staatsdiener genannt werden. Abgesehen von den Richtern, sollen vorerst sämmtliche Staatsdiener provisorisch, die höheren ein Jahr, die subalternen fünf Jahre lang angestellt werden, um sich in dieser Probezeit als brauchbar zu bewähren. Doch ist hiervon eine Ausnahme gemacht; es können nämlich gleich Anfangs unwiderruflich diejenigen angestellt werden, über deren Befähigung zu den ihnen bestimmten Aemtern nach der Berufsreise und Geschicklichkeit, die sie in öffentlichen Verhältnissen, obschon nicht im eigentlichen Staatsdienste, bewiesen haben, kein Zweifel obwaltet. Dies wird sich vielleicht nur bei den Aemtern oder einzelnen bei den Gewerbetreibenden praktisch machen können; unzweifelhaft ist aber dabei auch an die Anwälte gedacht. Die ganze Bestimmung wäre aber kaum nöthig gewesen, wenn Aerzte und Anwälte ohnehin schon den Staatsdienern zuzuzählen wären; dann hatten sie ja schon ihre Probezeit durchlaufen, dann konnte man unmöglich sagen, es könne ihnen gleich Anfangs unwiderruflich ein Amt übertragen werden, dann verstand es sich ja ganz von selbst, die der Advokatur gewidmete Zeit bei dem Dienstalter in Anschlag zu bringen. Man hat vielmehr hier ihrem Beruf unumwunden als den Gegensatz des eigentlichen Staatsdienstes hingestellt.

Dehn-Rotfelser scheint sich nun sehr der Anwälte annehmen zu wollen; er findet zwar keine Rechtsverletzung darin, daß gegen die frühere Gesetzgebung, welche nur definitiv zugelassene Anwälte kannte, die jetzt übliche Verfahrungsweise eingeführt ist; sie beseitigt nicht, daß die hohe Staatsregierung auf ihrem erhabenen Standpunkte ihre Befugniß zu willkürlicher Entfernung der provisorisch „angestellten" Anwälte je mißbrauchen werde, er unterstellt auch, da die „provisorische Anstellung der Anwälte" aus den neueren Jahren [1837] dafür, keineswegs, daß dieselbe niemals in eine definitive solle übergehen dürfen, aber er fühlt, daß bei einer solchen provisorischen Anstellungsweise die Anwälte viel ungünstiger gestellt sind als „die übrigen Staatsdiener", bei denen das Provisorium nur eine bestimmte Zeit hindurch dauern darf; die Gleichheit der Verhältnisse scheint ihm daher zu erheischen, daß den Anwälten nicht weniger als den übrigen Dienern ihre Stellung gesichert werde; er will ein neues Gesetz hervorrufen, wodurch die Anwälte, in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Staatsdienstgesetzes, durch Beschränkung der provisorischen Anstellung auf einen angemessenen Zeitraum wegen ihres Berufes sicher gestellt werden.

Es würde an sich gar Nichts dabei zu erinnern sein, wenn anfänglich die Sicherung der Advokatur nur provisorie auf eine gewisse Zeit ertheilt würde, aber daraus braucht man die Anwälte nicht für Staatsdiener zu halten, und noch viel weniger ist es erforderlich, die definitive Lizenzertheilung nur auf dem Verhältnisse eines Staatsdieners zu rechtfertigen. Auf dieses brauchte am wenigsten zurückgegriffen zu werden, um dem Vorschlage Dehn-Rotfelsers eine Grundlage zu geben. Es läßt sich deßhalb kaum verkennen, daß die eigentliche Tendenz derselben nur dahin gerichtet ist, die Idee wieder aufzunehmen, die Hassenpflug fallen zu lassen genöthigt war. Schweigt die Ständeversammlung zu Dehn-Rotfelsers Ansichten, mißbilligt sie nicht förmlich und ausdrücklich die Meinung, die derselbe im Namen des landständischen Ausschusses für Rechtsfragen entwickelt hat, so wird schwerlich das Ministerium auf dem nächsten Landtage einen Anwalt als Deputirten anerkennen wollen, wenn derselbe nicht für seine Wahl Erlaubniß der Staatsbehörde eingeholt hat. Die Anwälte in Kassel, selbst die provisorischen, haben in einer an die Ständeversammlung gerichteten Eingabe gegen die Staatsdienerqualität protestirt; das ist die Ursache gewesen, weßhalb die Landstände ihre Entschließung einstweilen verschoben haben. Es bleibt zu wünschen, daß dieselben nicht vergessen, welch hoher Werth darauf zu legen ist, daß in den Advokaten ein von den Staatsbehörden unabhängiger Stand rechtskundiger Männer erhalten werde.

**Preußen.** ○ Berlin, 11. Febr. Am 8. Febr. begann der ständische Ausschuß seine Berathung mit dem §. 126, der von Verletzung des Ansehns gegen die Obrigkeit handelt. Er wurde dahin abgeändert, daß die darin festgesetzte Entziehung des Gewerbes für den, der dasselbe zur Verbreitung strafbarer Schriften gegen die Obrigkeit gebraucht, erst nach dem zweiten Rückfall eintreten solle. Zu §. 127 und 128 (Abreißung obrigkeitlicher Patente und Siegel) ward nur statt „Obrigkeit" „amtlich" gesetzt. Mehrfache Veränderungen traten ein bei den §§. 129—135, von den Verletzungen der Pflicht zum Militärdienst. Von §. 129 ward der erste Satz, Konfiskationen gegen ausgetretene Militärpflichtige festsetzend, gebrochen, gemäß des früheren gefaßten Beschlusses über die Konfiskationen im Allgemeinen. §. 130, der die Entziehung der Militärpflicht als eingetreten betrachtet, wenn der Betreffende ungerechtfertigt es das zwanzigste Jahr bereits zurückgelegt hat, sich bei der Militärerfatzkommission seines Geburtsorts oder des Wohnorts seiner Eltern und Verwandter nicht zur Revision gestellt hat und auch bei dieser Behörde nicht wenigstens innerhalb dreier Monate nach dem Abschlusse des Aushebungsgeschäfts für das laufende Jahr die amtliche Berichtigung eingegangen oder sonst der Nachweis geführt ist, daß der Militärpflichtige von einer andern Ersatzkommission im Inlande zur Revision gezogen worden ist, ward dahin abgeändert, daß eine bestimmte Aufforderung durch Proklamation zu erlassen und erst ein Jahr nach Erlaß dieser die Entziehung der Militärpflicht anzunehmen sei. §. 131 wurde unverändert angenommen, in §. 132 für Verleitung eines Soldaten zur Desertion statt 6 monatlicher bis 5jähriger Strafarbeit oder Zuchthaus — 3 monatliche bis 3jährige mit Hinzufügung der Gefängnißstrafe gesetzt. §§. 133 und 134 wurden unverändert angenommen, §. 135 dahin geändert, daß für Aerzte, die falsche Atteste zur Befreiung eines Andern vom Militärdienste ausstellen, statt Verlust der Praxis für immer oder auf Zeit, nur der Verlust der Befugniß zur Ausstellung von Zeugnissen eintreten solle. Die §§. 136, 137 und 138 (unbefugte Ausmandung und Verleitung zur Auswanderung), §. 139 (Rückkehr eines Verwiesenen) und §. 140 (Verletzung der Polizianstalt) wurden nach zum Theil lebhaften Debatten unverändert angenommen. Die Versammlung gelangte jetzt zur Berathung des vierten Titels, „von den unerlaubten Verbindungen." Im §. 141 wurde nach sehr lebhaften Debatten der Passus, der die Theilnahme an einer Verbindung bestraft, „weil sie von der Obrigkeit besonders untersagt worden ist" mit 99 St. gegen 48. St. gestrichen. §. 142, die Theilnahme an Verbindungen betreffend, zu deren Zwecken es gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen zu verhindern oder zu entkräften, erregte gleichfalls sehr lebhafte Debatten. Der Antrag, die Worte „Maßregeln der Verwaltung" zu streichen, fiel jedoch mit 56 gegen 47 St. durch. §. 143, der Gefängniß nicht unter 6 Monaten oder Festungshaft von 6 Monaten bis zu fünf Jahren für die Stifter, Vorsteher und Beamten einer Verbindung festsetzt, zu deren Zwecken es gehört, über Veränderungen der Staatsverfassung des preußischen Staates oder deutschen Bundes zu berathschlagen, ward mit 76 St. gegen 18 St. verworfen. Wir bemerken noch, daß unter der Mehr-

Digitized by Google

heit auch der Marschall Fürst v. Solms sich befand. Hiemit schloß die Sitzung vom 8 Febr. In der vom 9. ward zunächerst der letzte §. des vierten Titels, §. 144, unverändert angenommen. Hierauf ward der ganze fünfte Titel (§. 145—157), Verbrechen welche sich auf Hochverrathe und Regalien beziehen, völlig gestrichen, weil die Natur derselben Vergehen keine peinlichen Strafen, sondern nur Verfahren auf dem Wege der Civilklage rechtfertigen. Man gelangte nun zum sechsten Titel „Verbrechen, die sich auf die Religion beziehen." §. 148 wurde dahin abgeändert, daß es statt „der öffentlich in Worten, Schriften, Abbildungen oder andern Darstellungen Gott lästert oder einer der christlichen Kirchen rc. herabwürdigen sucht" heißt „wer öffentlich rc. durch Gotteslästerung oder auf eine andere Weise einer der christlichen Kirchen rc. herabzuwürdigen sucht." Die andern §§. des Titels 149—152 wurden unverändert angenommen. Ebenso der ganze folgende siebente und achte Titel (§. 153—159 und §. 160—161), von Meineid und Eidesbruch und falscher Beschuldigung handelnd; nur wurde bei dem ersteren die Entscheidung darüber, wie es mit der Vereidigung vor dem Untersuchungsrichter zu halten sei, bis zur Berathung des §. XVII. des Gesetzentwurfs über die Kompetenz und das Strafverfahren der Gerichte in dem Bezirke des rheinischen Appellationsgerichtshofes zu Köln ausgesetzt. Mit der Berathung des achten Titels schloß die Sitzung vom 9. Febr.

** Berlin, 12. Febr. In der Deutschen Z. habe ich kürzlich unverblümt an den Tag gelegt, welche Rolle die Allg. Pr. Z. bei den diplomatischen Umtrieben in der Schweiz gespielt hat. Berichte, meist aus sonderdündischen Blättern (z. B. Anfangs aus der elenden Eidg. Z.) in raffinirter Auswahl, dann aber „Briefe aus der Schweiz," und andere Schweizer Korrespondenzen voll Lug und Trug, schmählicher Spießbürgerei gegen das Ausland und mit dem Kainsstempel des Landesverraths an der Stirn, bildeten das künstliche Gewebe, worin — um es nur unverhohlen auszusprechen — unser frömmlichster Herr gefangen sein sollte. Wer in jener Zeit die A. Pr. Z. regelmäßig gelesen — sonst Niemand! — wird zugeben, daß, in der Voraussetzung, Alles darin arglistig Zubereitete sei der wahre Sachverhalt, diejenige Politik das Meiste für sich hat, welche Preußen einschlug. Wird der Geschichtschreiber einst bei der unparteiischen Würdigung der Regierungshandlungen Friedrich Wilhelm's IV. die Maskaradurstationen dieser Zeitung zu Rathe ziehen? — Die Noth in Oberschlesien und die dortspielende Mißhandlung dessen, was alle Staatsgenossen so tief und unaussprechlich schmerzlich bewegt, daß es wahrhaft „allgemein peinlich" zu nennen ist, durch dieses Blatt, welches bestimmt ist, dem König Mittheilungen über In- und Ausland vorzutragen, bringt jedem Patrioten das Blut in Wallung. Seitenlange Berichte von den Urbärmlichkeiten des französischen Landtags, Anathseme von Puseyiten gegen Dr. Hampden und Lord Russell — aber von Oberschlesien nicht Eine Zeile!*) Müßte die „preußenfeindliche" Heidelberger Zeitung, welche „die Tyrannei der Bourgeoisie über das Proletariat proklamirt", das sozialistische Blatt von Berlin an Theilnahme für die ärmsten Menschen in Preußen beschämen? — Die A. Pr. Z. hält nicht zum ersten Male das Elend desjenigen Volks, für das die Redaktion angewiesen ist, eine Zeitung herzustellen, für zu geringfügig, für unwerth einer Erwähnung; im Anfang 1848, bei dem fast ebenso furchtbaren Nothstande in Masuren und Litthauen, war die ganze deutsche Presse bemüht, im Volke Theilnahme für die fernen Landsleute zu erwecken, die A. Pr. Z. schwieg! — doch es sollte mich nicht wundern, wenn mit dem heutigen Abend die A. Pr. Z. sich bewogen finden sollte, jene sibirische Kälte und Geringschätzung gegen einheimisches Elend mit einer larmoyanten Empfindsamkeit vorerst zu vertauschen. **) Denn der König will, daß ihm Nichts vorenthalten werde, was in Oberschlesien geschieht, und es ist Sorge getragen, daß unser Landesherr auch ohne den Willen der A. Pr. Z. erfahre, was sein königl. Herz Verlangen trägt, zu wissen, um der Noth Einhalt zu thun, soviel die Kräfte des Staats gestatten. Dies ist keine Hypothese. König Friedrich Wilhelm hat erst aus der Vossischen Zeitung vom gestrigen Tage den Eindruck empfangen, welcher uns Allen schon seit grauumer Zeit Sinnen und Denken gefangen genommen. In derselben Stunde erblickt ein hoher Staatsbeamter den Befehl, unverzüglich nach Schlesien abzureisen, und königliche Botschaft, zu untersuchen und nöthigenfalls Strenge zu üben gegen Herz und Niedrig, wer nur immer in der Schreibstube seines Ressortbauses und seiner Dienstpflicht vergessen habe. Die „schwarzen Tafeln", von denen eben in jener Nummer der Voss. Zeitung, welche die Versetzung in den Ruhestand gelegt, die sächsischen darmherzigen Brüder das Ungeheuerliche berichtet haben, werden wohl der Ariadnefaden sein, welcher den hohen Beamten, den Sprößling einer ehemals reichsunmittelbaren Hausse, in jene Labyrinthe von Unglück und Verschuldung zu leiten hat. — — Sie wissen, daß ich die Worte wäge, wenn ich Gelegenheit habe, der D. Z. Mittheilungen zu machen; aber gegenwärtig ist keinerlei Bewegtgrund, der mich anteibe, sub rosa zu sprechen. Welche Verantwortung laten diejenigen auf sich, die den gefrönten Häuptern gekünstelt verschweigen, wo die Noth und wie gewaltig sie ihre Bandrohkinder heimsucht. Aber dieselbe Diamantlia steht so oft zwischen König und Volk, es sind dieselben Mächte, welche das Volk und welche den Fürsten verwirrenden! Deren Organ hier zu Lande ist die A. Pr. Z. Sollten diese Zeilen einen Sturm über die D. Z. heraufbeschwören, es würde mich doch nicht reuen. Denn es ist in Wahrheit eine deutsche Sache, für den Leumund eines deutschen Königs einzutreten, der unserem Gesammtvaterland ein Muß IX. zu werden versprach und noch werden würde, wenn wir ihn von Denen trennen könnten, die selbst auf die Gefahr hin, ihn um die Liebe des deutschen Volkes zu bringen, das deutsche Volk bei ihm verleumden. *)

Berlin, 10. Febr. Der Weserzeit. wird geschrieben: Es sind Nachrichten aus Böhmen hierhergelangt, welche eine sehr kompakte und bedenkliche Schilderung davon geben, wie das Wahlrecht stehen, indem, wie berichtet wird, die sehr mächtige slavische Partei sich zu gemeinsamen Bestrebungen mit derjenigen Partei vereinigt hat, welche eine Erneuerung der alten verbrieften Rechte des Landes zu erstreben sich zum Ziele gesetzt hat. In einer Versammlung, welche jüngst von den Führern dieser beiden Fraktionen gehalten worden ist, sollen die in nächster Zeit zu ergreifenden Maßregeln genauer berathen worden sein, und man hofft gegenwärtig für die Bitten, welche im vergangenen Jahre bekanntlich in Wien keine besondere günstige Aufnahme fanden, um so mehr ein günstiges Resultat zu erreichen, als man weiß, daß nicht nur bedeutende österreichische Staatsmänner dieselben unterstützen, sondern daß auch ein Theil der österreichischen Kaiserfamilie, und namentlich auch der präsumtive Thronerbe, die entschieden josephinischen Ansichten zuneige, und als überem diese brabsichtigte Schilderhebung von Männern geleitet wird, die sowohl staatsmännische Klugheit, als auch ein großes Ansehen im Volke besitzen.

Berlin, 12. Febr. Der Oberpostamtsz. geht die Mittheilung zu, daß der steckbrieflich verfolgte Dr. Freyberg, welcher unterdessen mit dem Staatsanwalt und dem Polizeidirektor Dunker in den Zeitungen wegen seiner Haftentziehung korrespondirte, dem Polizeipräsidenten von Minutoli sich heute zur Haft gestellt und derselbe ein Zimmer im Hausvogteigefängnisse als vorläufige Wohnung eingenommen hat.

Aus Publicist berichtet: Man spricht davon, daß die allerhöchste Ordre in Beziehung auf hiesigen Angeklagten im Polizeiprozesse, welche die königl. Gnade nachgesucht haben, bereits erlassen sei und in den nächsten Tagen publicirt werden würde. Dagegen enthalten andere Blätter die hoffentlich unbegründete Nachricht, daß die Appellationsinstanz des Polizeiprozesses erst im Okt. stattfinden wird, da der Präsident des Gerichtshofes gleich mit Beginn des Sommers eine längere Reise unternehme!

Aus Schlesien, 9. Febr. Der Schles. Z. wird aus Loslau geschrieben: Die Sterblichkeit am hiesigen Orte ist im Steigen. Die Waisen und Wittwen nehmen zu, Bettler steht man in Masse umher wandern und das schrecklichste Elend ist nun in Loslau eingekehrt. Heute Mittag knieten vor der Thür meiner Wohnung 8 Kinder in Lumpen gehüllt und bateten mit Thränen begleitet nicht um Brod, sondern um Erlösung ihrer Leiden, und, obgleich ich nicht sobald zu Thränen gerührt werde, so konnte ich mich solcher bei diesem Anblick nicht enthalten.

In Bezug auf den vielfach angeregten Gedanken, durch Aus-

*) Um eine Berichtigung zu vermeiden: Die A. Pr. Z. enthält täglich die Resultate der zahlreichen Sammlungen, deren Anblick allerdings ein erschreckender ist, sofern ein erfreulicher sein kann, was an Schlesien erinnert!

**) Die uns eben zukommende „Allg. Preuß. Zeit." vom 14. Febr. bricht wirklich die heiligen Schweigen; sie wird sogar über die schrecklichen Zustände plötzlich sehr beredt. Nachdem sie bisher Nichts davon zu erzählen gewußt, weiß sie jetzt viele Spalten lang über das entsetzliche Elend und die Abhilfe zu berichten. Warum erst jetzt, nachdem die ganze deutsche Presse mit der wärmsten Theilnahme sie Sache besprochen? Wirklich erst auf Befehl, dann wäre uns die Humanität der A. Pr. Z. nicht minder widerwärtig, als ihr bisher so kalter Socialismus. D. Red.

*) Wir ergreifen zugleich diese Gelegenheit, unserem Korresp. auf seinen anderweitigen Wunsch zu bescheinigen, daß seine Worte über Verdrehungen der N. Z. allerdings unserem 21. Jan. an uns gerichtet waren, daß aber Uebersicht an Material uns hinderte, die betreffende Korrespondenz, die obnehin über einen unserer Zeitung ferner liegenden Gegenstand handelte, früher aufzunehmen. D. R.

losung weiblicher Arbeiten den Oberschlesiern zu Hilfe zu kommen, kommt uns zugleich mit einem Beitrag von Frauenhand der Wunsch zu: Keine Aufforderung, Vereine zu bilden, welche Arbeiten sammlen, und nach Monaten durch läßige Lotterie verwerthen, ehe die Bitte an deutsche Frauen aller Stände, in ihrer Bekannten Kreis eine Armenbüchse umgehen zu lassen, in welche dann unbemerkt und ohne Erröthen die kleinste wie die größere Gabe eingelegt werden kann. Dies wäre das Scherflein der Wittwe am Gotteskasten, dem Segen verbrüßen ist und folgt.

Potsdam, 7. Febr. Gestern Abend 6 Uhr trat der Prediger Ahrendorf seine vierwöchentliche Haft im hiesigen Stadtgefängnisse an, wozu er wegen einer am 27. Juli 1845 zu Berlin gehaltenen Predigt außerordentlich verurtheilt worden ist. Die Gemeinde entbehrt somit auf eine lange Zeit ihres Geistlichen; doch hat sie sich entschlossen, keinen anderen Geistlichen in Anspruch zu nehmen, sondern sonntäglich zu einer Erbauungsstunde sich zu versammeln, in welcher ein Laie Gebet und einen religiösen Vortrag halten wird. (B. Z.)

Tarnowitz, 8. Febr. In der gegen den hiesigen katholischen Prediger Wieczorek, wegen seiner am 25. Mai 1845 hier gehaltenen Reformationspredigt eingeleiteten Kriminaluntersuchung, ist nunmehr das erste Erkenntniß des Ratiborer Oberlandesgerichts ergangen. Es lautet auf 2 Monate Gefängniß. Prediger Wieczorek hat von dem Rechtsmittel Gebrauch gemacht. Die gedachte Predigt soll nächstens im Druck erscheinen. (Schles. Z.)

Aus dem Großherzogthum Posen, 4. Febr. wird der Schles. Z. geschrieben: Am Todtestage des Babinski wurden in einer der Kirchen Posens Todtenmessen gelesen, die eine außerordentliche Menge, namentlich viele vornehme polnische Damen in die Kirche gelockt hatten. Allerdings hatte man durchaus keine Arrangements gemacht, welche darauf hindeuteten, daß diese Todtenmessen für den erschossenen polnischen Emissär sein sollten, sowie man auch dies Mal natürlich nicht gesagt hatte, daß die Messe überhaupt für denselben sei; dennoch aber schien jeder der Anwesenden bestimmt überzeugt, für wen und zu welchem Zwecke die kirchliche Feierlichkeit am 1. Februar, dem Hinrichtungstage Babinski's, gehalten wurde.

Posen. Der Erzbischof v. Dunin hat in der Spitze eines Vereins zur Sammlung von Beiträgen für die unglücklichen Schlesier getreten und hat an die Polen einen Aufruf erlassen. Auch der Graf Dzialynski betheiligt sich dabei mit Wärme.

**Baiern.** — München, 13. Febr. Oeffentliche Maueranschläge verkündigen, daß die Gräfin Landsfeld nun nicht bloß der Stadt, sondern auch des Landes verwiesen ist. Nach ihrer Entfernung blieb sie auf einem Dorfe einige Stunden von München über Nacht, ward von der Gendarmerie zur Eisenbahn, von da aus über Kufstein nach Lindau und weiter auf das Schweizergebiet gebracht. Verhängnißvolles Ereigniß! Voriges Jahr am selben Tage war das Ministerium Abel gestürzt, jetzt ist eine noch lästigere Herrschaft gefallen, um Abel abzumet frei auf. Das Militär nahm im Banzen bei den letzten Vorgängen eine musterhafte Haltung an. Die Gendarmerie aber zeigte sich in ihrer ganzen Gewaltthätigkeit. — Ich führe noch einiges Nähere von der Entwreichung der Spanierin an. Noch in der Frühe um 8 Uhr soll Se. Maj. bei ihr gewesen sein; was hier verhandelt wurde, ist unbekannt. Zwischen 10 und 11 Uhr, als die Deputation der Bürger im königl. Palaste war, und der König noch zaudernd auf und ab ging, kam ihm plötzlich der Gedanke, sich nochmals in das Haus der Gräfin zu begeben und die Deputation auf einen Bescheid warten zu lassen. Aber zu spät, sie war schon fort. Es war ein glücklicher Wink des Schicksals. Fürst Ludwig von Wallerstein hatte bereits eine Stunde vorher einen Beamten zu ihr geschickt und ihr im Namen Sr. Maj. ankündigen lassen, daß sie die Stadt in einer Stunde zu räumen habe, was demnach auch von ihrer Seite geschah. Als der König das Haus leer und ringsherum das bedrohte und höhnende Volk stehen sah, das sich anschickte, jenes Haus, das ihm ein Gräuel war, von Grund aus zu zerstören, sagte er zum Volke: Laßt mir doch das Haus stehen, sie ist fort, das Haus ist mein. Das Volk nahm keine äußeren Demolirungen vor, konnte sich aber nicht enthalten, im Innern Vieles zu zerschlagen und zu zertrümmern, woran sogar Damen höheren Standes Antheil nahmen. Der König kehrte dann unter dem Jubel und Bivatrufe des Volks zur Residenz zurück, wo er dann nicht mehr zögerte, den Forderungen der Bürger nachzugehen. — Die Studenten haben eine Liste angefertigt, worauf die Anhänger der Lola stammt und sonders stehen. Sie hängt am schwarzen Brette der Universität. Unter den Bezeichneten befindet sich auch Berks ꝛc.

§ München, 12. Febr. Der allgemein verbreiteten Nachricht, daß bei dem Angriffe am Studienministerium ein Student getödtet, ist amtlich widersprochen worden. — Nicht vor, sondern nach dem Ministersturz und der Bürgerdeputation war der Reichsrath beim König und konnte alle statt der Bitte nur den Dank für die bereits erfolgte Gewährung derselben aussprechen. — Das Gerücht zieht durch die Stadt, die Vertriebene sei wieder zurück; es brauruhigt zwar, da die Massen sich gern jedem Glauben hingeben; allein die Bevölkerung ist wach und hat des Königs Wort. — Nachschrift. Allerdings mag von der Vertriebenen ein Versuch zur Rückkehr gemacht worden sein. Ihr Kammermädchen wurde arretirt mit einem Brief an den König; sie selbst in einem nahegelegenen Orte Stutenburg und sodann auf der Eisenbahn über Augsburg nach Lindau mit Pässen für die Schweiz befördert. Dies Letzte wurde zur Beruhigung der Bevölkerung durch öffentlichen Anschlag an den Straßenecken bekannt gemacht.

München, 12. Febr. Die Allg. Zeit. hatte nach dem ersten Ausbruch der jüngsten Unruhe in München einen, wie sie versichert, offenbar ihr zugesandten Aufsatz gebracht, welcher die Scenen zwischen den Alemannen und der übrigen Studentenschaft in höchst nachgiebigem und parteilichem Sinne besprach. Die Studenten, „bereit alle 1560 ihre Namen offen zu nennen“, geben nun eine Erklärung ab. Es heißt darin, nachdem der Auftritt zwischen dem bekannten Dolchritter und einem andern Studirenden erzählt ist: die Erbitterung wuchs ungeheuer, als Polizeikommissär Mangfel den Umstehenden erklärte: es sei hier kein Grund zu Arretirung des Grafen H. vorhanden. Jetzt ist allerdings eine Untersuchung beim Stadtgerichte eingeleitet. Den andern Tag zogen wir unter Absingung der Scheidelieder hinaus zu Vater Thiersch, freilich ein arger „Uning“! Dieser Greis war es wahrscheinlich auch, der alle Fenster mit Thränenbenden und alle Augen, in den Scheidenden nachsahen, mit Thränen füllte! Von der Karlsbrücke weg gegen wir nicht in „geschlossenen Studentenhaufen“, sondern ruhig und geordnet vor das Kultusministerium. Wir „sperrten nicht die Straßen“, sondern standen theils in den Gängen, theils auf dem freien Platze vor der Akademie, um dem Fürsten Wallerstein ein Hoch zu bringen. Ihr Einsender „kennt nicht näher den Zusammenhang eines augenblicklichen Streites“, der das Einschreiten der bewaffneten Macht nöthig machte, daher mag er sich wohl öffentlicher Beleidigung gefallen lassen. Plötzlich um die Ecke biegend und ohne vorhergegangene Aufforderung drangen Gendarmen zu Pferd und zu Fuß auf die Wehrlosen ein, verfolgten sie unter die Hallen und verwundeten Mehrere. Zwei Zuschauer, die Reichsräthe Graf Montgelas und der ehemalige Minister Graf Seinsheim, verfügten sich sogleich Klage stellend an die betreffende Behörde. — Die Korrespondenz, durch welche diese Erklärung hervorgerufen wird, wirft ein trübes Licht auf die baierischen Verhältnisse. Was ist eine Presfreiheit „für innere Angelegenheiten“, die einem Blatte „offizielle“ Unwahrheiten aufdrängt, und wer sind die Minister, die noch am 9. Schmähartikel gegen die Studenten in die Presse schicken, aber am 11. in das allgemeine Hosianna miteinstimmen?!

**Baden.** * Karlsruhe. (Kammerverhandlungen über die Baßermann'sche Motion.) Kapp. Bedenklich ist nicht die Motion, sondern wenn ihr kein Gehör gegeben wird. Das Volk hat vor dem deutschen Bunde keinen Funken Achtung weiter als man haben muß, um nicht gestraft zu werden. Der Antrag auf Nationalrepräsentation ist der letzte Anker für die Hoffnung, daß eine sonst furchtbare Krisis noch auf friedlichem Wege gelöst werden könne. Die Einheit, wie sie jetzt besteht, ist eine bloß formelle, polizeiliche, darum unbeliebt und ruffenthümlich. Die Vorzüge des deutschen Organismus liegen in seinem korporativen Element, welches neben der Einheit erhalten und ausgebildet werden muß. Die Wiederherstellung unserer ureigenen Rechte wird uns verheißen; im Vergleiche mit den großen Rechten der alten Stände ist der heutige Antrag ein sehr bescheidener. Es handelt sich um die Wiedergeburt des eigenen Lebens der Nation, welche nur neue Einwickelung ihres ureigenen Geistes möglich ist. Der Antrag steht fest auf dem gesetzlichen Boden, und mit seinem Erfolge wird die Frage beantwortet, ob Wahrheit oder Wortbruch das organisirende Prinzip sein soll. Das auffallendste Ereigniß im vorigen Jahre war, daß in zwei Ländern, in Portugal und Galizien der Bauernstand aus eigenem Antriebe in die Speichen des Donnerwagens der Ereignisse zu greifen anfing. Als Beleg für die Macht der Wahrheit, wenn die Stände für sie ihre Stimme erheben, verweist der Redner auf die böhmischen Stände. Sie verweigerten die geringfügige Summe von 50,000 fl., das Ministerium ordnete dessen ungeachtet die Erhebung an, sah sich aber doch genöthigt, nachzugehen; das war die nämliche Behörde, die sich unterstand, sogar an die Worte des Großherzogs in der Thronrede die Scheere der Censur zu legen, und damit eine wahre

Digitized by Google

Beleidigung der Souveränetät zu begehen. Der Antrag verlangt Selbständigkeit mit Einheit verbunden; er ist vielleicht die letzte Warnungsstimme vor großem Unglück.

**M.-Präsid. Bekk.** Der Abg. Kapp hat zwar heftig gesprochen, aber ich habe ihn nicht verstanden. Am Tone und der Gestikulation glaube ich bemerkt zu haben, daß er hart gesprochen hat von Mächten, denen er Achtung schuldig ist. (Kapp. Ich habe von keiner gesetzlichen Macht gesprochen.) Der Abg. Welcker konnte auch heute, wie gewöhnlich nicht unterlassen, mit Krieg und Revolution zu drohen. Er hofft, die Mächte und der Bund würden sich dadurch bestimmen lassen, von ihren Ansichten abzugehen und die seinigen anzunehmen. Diese Hoffnung wird aber nicht in Erfüllung gehen; im Gegentheil wird durch solche Aeußerungen, wie die des Abg. Welcker und wahrscheinlich auch des Abg. Kapp, der Widerstand, selbst gegen begründete Wünsche, nur noch mehr gereizt. Hinsichtlich des Inhalts der Motion schließt sich der Redner der Erklärung des Ministers des Auswärtigen an.

**Welcker.** Ich habe die Kriege nicht in der Tasche, kann sie also auch nicht loslassen. Eine Revolution will ich nicht versuchen, sondern auf dem gesetzlichen Boden bleiben. Aber daß ich die staatsmännische Weisheit erinnere, nicht so viel Unweisheit zu begehen, wie Herzog Karl von Braunschweig und der König von Neapel, das sollte man mir nicht verübeln.

**Bekk.** So viel wissen die Kabinete auch; sie brauchen die Ermahnung nicht.

**Peter** bemerkt dem Abg. Bassermann um seine Motion und wünscht ihm Glück zu dem Scharfsinn, der Klarheit und Kühnheit, womit er den Antrag begründet hat. In den Saiten, welche zuerst der Abg. Welcker 1831 angeschlagen, ist heute ein voller Geist geschehen. Kein Ton kann in der Brust des deutschen Patrioten so mächtig widerhallen, wie das Wort: ein deutsches Parlament. An diesen Gedanken knüpfen sich die schönsten Hoffnungen. Er kann dahin führen, den Staatenbund einem Bundesstaat sehr nahe zu bringen und auf friedlichem Wege die Gestalt Deutschlands zu ändern. Darüber sind nun Diejenigen erschrocken und betrübt, die da meinen, die politischen Dinge ließen sich stare auf dem Punkte halten, wo sie jetzt sind. Es kann aber unmöglich viele Leute geben, welche diese Ansicht theilen. Der Redner bedauert den Gesichtspunkt, von welchem der Minister des Auswärtigen die Sache betrachtet, indem er dem Weg, auf welchen der Antrag die Kammer führe, bedenklich finde. Er dagegen glaube, daß Jene auf einem bedenklichen Wege sind, welche meinen, ein willkürlich geschaffener Zustand lasse sich auch dann noch halten, wenn die Gewalt der Umstände eine andere Einrichtung fordert.

**Hecker.** Diese Motion wird Epoche machen in der deutschen Geschichte. Sie hat ausgesprochen, was die Gebildeten wissen, was das Volk fühlt, und wenn die Minister mit sich selbst zu Rathe gehen, werden sie sagen müssen: die Motion ist wahr. Warum ist das deutsche Reich zusammengesunken? Weil sich der Reichstag außerhalb der Nation gestellt hatte. So verhält es sich auch mit der Bundesversammlung, nur ist der Zustand hier noch gefährlicher. In der Reichsversammlung saßen doch wenigstens noch Vertreter der Städte, Ritter und Aebte, die vielfach mit dem Volke verbunden waren. In der Bundesversammlung sitzen 17 Diplomaten; sollten diese die Nation repräsentiren? Nein, es kann nicht sein. Der Minister des Auswärtigen sagt, wir wandelten einen gefährlichen Weg. Wir aber sagen: die Form, die man hier aufrecht zu halten sucht, ist morsch; sie wird zusammenstürzen und die Reaktion mit ihrem ganzen Troß unter ihren Trümmern begraben. Der feuchtfrohe Gedanke einer innigen föderativen Verbrüderung im Rechte geht durch alle deutschen Staaten. Neben dem Bunde hat sich eine Macht gebildet in Zoll- und Gesetzeskonferenzen, bilden sich die Anfänge einer Nationalvertretung. Der Bund liegt bei Seite, die Nation kehrt ihm den Rücken. Der betretene Weg führt die Sympathien des Volkes der preußischen Hegemonie zu; Preußen wird an der Spitze Deutschlands stehen. Man mag beliebige Formen geben und festhalten, unausstaltsam schreiten die Zustände der Völker in der Entwicklung weiter. — Man kennt im Auslande Deutschland nicht; die Nation selbst kennt es nicht. Kein Wunder. Wenn die Bundesbehörde statt mit den großen gemeinsamen Anliegen der Nation sich lediglich mit Kleinigkeiten beschäftigt, wie man Demagogen fassen, Handwerksburschen draufsichtigen, Blätter verbieten, den privilegirten Klassen gegen die Landesregierungen helfen soll, dann haben wir eine Versammlung von Polizeidirektoren, aber keine Nationalrepräsentation. Eine Repräsentation soll in der Einigkeit und im Rechte das Volk vertreten. Ein kleiner Thiers und andere fremde Mächte würden sich hüten, in die Kriegstrompete zu blasen, wenn ein deutsches Parlament seinen Kriegsruf entgegen tönen hieße. — Welches ist der Geist des 19. Jahrhunderts, der Geist der in großen Monarchien binnen wenig Jahren Minister abnutzt, die sonst bis in das hohe Greisenalter ihre Stize behaupteten? Es ist die anatomistrende Kritik der Vergangenheit, die unbarmherzig von Personen und Dingen die Schwächen und Schattenseiten herausstehrt und die Achtung vor Autoritäten zerstört, die an einzelne Lichtpunkte der Geschichte die Betrachtung der Gegenwart knüpft. Diese Kritik hat dem Volke gezeigt, daß es kein Vertrauen mehr haben kann auf Versprechungen mit dehnbaren Klauseln, daß in der Politik keine Wahrheit ist. Es wiederholt sich jetzt die Erscheinung, daß diese Kritik die Arbeit der ersten Hälfte des Jahrhunderts ist, mit der zweiten Hälfte kömmt dann der zerbrechende und zerstörende Geist, der über Sie hinwegschreiten wird, wenn Sie ihm Nichts entgegen zu halten haben als veraltete Formen. (Der Schl. morgen.)

**Karlsruhe, 6. Febr.** Die Verhandlung über den umfassenden Bericht des Abg. Stizle hat wenig Erbebliches. Aus dem Wunsche für Errichtung einer Bank nahm der Abg. Metz Anlaß, nochmals darauf aufmerksam zu machen, wie schmerzlich wir es unlängst hätten fühlen müssen, daß Staatsgelder an große Häuser zu billigen Zinsen überlassen und von diesen Häusern zu enormen Zinsen an die Industrie gegeben werden, welche unter der Last erliegen muß. Fin. Min. Präsident Regenauer entgegnete, daß die Regierung die vorhandenen Staatsgelder am liebsten einer Bank übergeben würde, welche Deckung bieten könnte. Mathy. In dieser Aeußerung liege ein Grund für die Bank, welche zugleich ein Mittel wäre, Handel und Industrie von dem Drucke einer großen Geldmacht zu emanzipiren. Er bedauert, daß der günstige Augenblick ein solides Kreditinstitut in das Leben zu rufen, versäumt worden, will aber auf die Frage jetzt nicht weiter eingehen, weil er nicht zweifelt, daß auf diesem Landtage noch die Bankfrage gründlich erörtert werde. Fin. Min. Präs. Regenauer verspricht alsdann zu beweisen, daß von Seite der Regierung Nichts versäumt worden sei (?), und erwidert auf eine Frage des Abg. Christ, daß bei Berathung des Gegenstandes die Vorakten der Kammer mitgetheilt werden würden. — Hinsichtlich des Wunsches auf endliche Beseitigung der alten Abgaben bemerkt Fin. M. P. Regenauer, daß die Regierung damit beschäftigt sei, die noch bestehenden alten Abgaben zu ermitteln, und daß wohl noch mit diesem Landtage eine Vorlage erfolgen werde. Schaaff erwartet dieselbe mit Befriedigung, da sie in der Thronrede zugesagt worden. Die Frage wegen des Holzerlöses von ausgestockten Waldungen wurde bis nach Berathung der betreffenden Gesetzvorlage vertagt. — Stösser erhält auf die Frage, bis wann der Bau der Staatsbahn vollendet sein werde, von der Reg. Kommission die Antwort: man hoffe, bis zur Mitte des nächsten Jahres. Mehrere Stimmen erhoben sich für die Beschleunigung, welche leicht möglich und zur Abwendung großer Nachtheile nothwendig sei. — Richter wünscht, daß die ersten Bahnzüge von Offenburg und Mannheim nach der Residenz früher abgehen möchten.

Die Petitionskommission erstattete durch die Abgg. Helbing und Bissing mehrere Berichte. Eine Eingabe von Wertheim um Verwendung für Aufhebung des Ausfuhrverbots von Getreide aus Baiern nach Baden wird dem Gr. Staatsministerium übermiesen. Eine Petition um Schutz der Hanfindustrie veranlaßte eine längere Debatte, woran die Deputirten aus den hanfbauenden Bezirken, Döer, Peter, Christ, Knapp, dann auch Vogelmann, Metz, Buhl und Kapp Antheil nahmen. Die Petition wurde damit dem Bericht der Kommission, welcher den Rohstoff nicht mit Einfuhrzöllen belasten, dagegen in anderer Weise die Hanfindustrie verbessern und schützen will, der Regierung empfohlen.

Ueber die Petiten des Maschinenfabrikanten Schweizer in Mannheim um eine Staatsunterstützung, unter Berufung auf den Kammerbeschluß für Erhaltung der drei Fabriken, wird von dem Berichterstatter Kommissär, welcher die Verhältnisse der Fabrik sehr als genügend nachweist, zur Tagesordnung geschritten. Schaaff. Dieser Beschluß wird wesentlich dazu beitragen, ängstliche Gemüther zu beruhigen, welche von den Vorschlägen für die Fabriken schlimme Folgen besorgten. Metz. Andere werden dagegen neuen Anlaß daraus schöpfen, über den früheren Beschluß aufs Neue ungehalten zu sein. Jene nämlich, welche es sich durchaus nicht ausreden lassen, daß wir nur reiche und vornehme Aktionäre unterstützt hätten. Ihr erkläre daher, daß alle Diejenigen, welche derartige Gerüchte verbreiten, entweder übel unterrichtet oder beehafte Verleumder sind. Man hat bei der Verhandlung anderseitig erklärt, daß an diesem Gerede kein wahres Wort ist, und ich habe mich genau darüber verständigt. Der vorliegende Fall ist ein ganz anderer. Die drei Fabriken sind nicht durch eigene Schuld, sondern durch Umstände, die sie nicht beherrschen

Digitized by Google

kommen, in Verlegenheit gerathen. Unter ähnlichen Verhältnissen werde ich jedenfalls wieder für Unterstützung stimmen. Auf Eingaben wie die vorliegende Rücksicht zu nehmen, ist gar nicht Sache der Kammer. Bayl. Es versteht sich auch ohne dieß, daß der Staat auch dann einschreite, wenn nicht einzelne große, sondern eine Reihe kleinerer Gewerbeunfälle, eine die Industrie eines ganzen Thales, ohne ihr Verschulden in Gefahr kommen. (Vielfache Zustimmung.) Kapp bemerkt gleichfalls die große Verschiedenheit der Fälle und fügt bei: Wenn ein Interesse vorliege, zu Gunsten des Bittstellers einzuschreiten, so wäre es doch ein bloß örtliches, die Stadt Mannheim hätte in diesem Falle für die Erhaltung der Fabrik zu sorgen, wie dies unlängst in einer Stadt des Elsasses geschehen sei. (Vielseitige Zustimmung). Der Redner dankt dem Abg. Metz für seine Erklärung im Namen der Kammer. Die fraglichen Gerüchte zeugen von Unkenntniß oder von Mangel an Charakter. Wenn sogar sonst freisinnige Blätter die Oeffnungen redlicher Abgeordneten verdächtigt haben, so sist dieß ein roher Absolutismus, der nichts Verabscheutes zu erwirken weiß und daher Andrern die Sache in das Gewissen schiebt. Es ist Dummheit und Unverschämtheit, wenn man die redlichen Männer in der Kammer in solcher Weise verdächtigt. Davon hätten sich die liberalen Blätter freihalten und dertei Künste den Ultramontanen und Absolutisten überlassen sollen. Redliche Männer zu verdächtigen, ist ein Verbrechen, und die Beschuldigung, daß Abgeordnete aus schlechter Gesinnung gestimmt hätten, verdient die dreifache Strafe der Verleumdung. Alle rechtlich Gesinnten werden daher dem Abg. Metz für seine Erklärung danken.

Eine Petition um Verlegung des Termins der Forstrechnungen auf das Kalenderjahr wird der Regierung zur Kenntnißnahme mitgetheilt, eine andere, um Erschwerung der Erlangung des Bürgerrechts, durch die Tagesordnung beseitigt.

Im Anfang der Sitzung hatte Brentano eine Motion auf Emanzipation der Juden angekündigt.

Schließlich erlauben wir uns, zu der Berichtigung des Abg. Bassermann bezüglich auf die Fabrikfrage in einer der letzten Nummern zu bemerken: das nachtheilige Licht, welches darin auf die Zuckerfabrik Waghäusel geworfen wird, wird bei denen verschwinden, welche die Verhandlungen gelesen haben. Dort ist nachgewiesen, daß Waghäusel jetzt in nicht weniger günstigen Ertragsverhältnissen steht, als die beiden anderen Anstalten.

Nächsten Mittwoch wird der Bericht des Abg. Weller über das Strafgesetzbuch erstattet werden.

**Schleswig-Holstein.** Kiel, 11. Febr. Die Börsenhalle berichtet: Heute fand hier die Versammlung der nicht ritterschaftlichen Gutsbesitzer Statt. Dieselbe hatte nicht, wie man früher meinte, eine Berathung über das Verfassungsgesetzwurf zum Zweck, sondern nur eine Berathung darüber, ob in derselben Weise, wie es bei der Ritterschaft beim Thronwechsel üblich ist, aber bisher noch den Nichtcivilirten nie gestatten ist, eine Deputation an den König zum Kondoliren und Glückwünschen abzuordnen ist. Nur eine Stimme war dafür. Das Verfassungsgesetzwurf ist auch nebenbei nicht in der Versammlung besprochen, allein nach privaten Aeußerungen der Einzelnen ist die überwiegende Mehrzahl für das Widdien.

Nach demselben Blatte soll die Deputation der Ritterschaft an den König den außerordentlichen Auftrag haben, dem Fürsten über die Erhaltung der Landesrechte Vorstellung zu machen und die Bitte um Herstellung einer selbständigen Staatsverfassung für die Herzogthümer, durch die allein des Landes Rechten wie des Volkes Wünschen genügt werden kann, zu wiederholen. Für den Fall, daß der König eine Garantie für die Staatsrechte des Landes verweigere, vielmehr fortfahren sollte, die Anerkennung derselben zu verlagen, soll die Ritterschaft gesonnen sein, am „Bundestage" Beschwerde zu führen.

## Großbritannien.

London, 12. Febr. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde nach einer längeren Debatte, an der unter Andern auch Peel als Sprecher für die Juden theilnahm, die zweite Lesung der Russellschen Judenemancipationsbill mit 277 gegen 204, also mit der ansehnlichen Mehrheit von 73 St. beschlossen. Das M. Chr. begrüßt diesen Entscheid als einen jener Ereignisse, welche eine neue Aera in der Geschichte nationaler Meinung und Gesetzgebung verkündigen.

Der Spectator machte vor wenigen Tagen über die jetzt bereits in der Kathedrale von Paris abgehaltene Todtenfeier für O'Connell folgende Bemerkungen: „Welch ein Gemengsel! Welch eine bunte, närrische Gesellschaft! Graf v. Montalembert, der eben seinen Schanddor vor den Radikalen ausgespeiehen hat, wird innigst begrüßt über die erhabenen Tugenden von Anarchisten und Solchen sprechen, die selbst den Mord an den Reichen ihrer Bekenntnissen preisen; einige Altradikale Frankreichs, die in Paris den „parti prêtre" beschimpfen und verhöhnen, werden ganz angefüllt sein mit Enthusiasmus vor den Heiligen und Märtyrern Irlands, während alle Repräsentanten des letztern auf die Bestimmung, daß man recht wacker auf Bajonett schießen und kochen, mit Bedauern Seufzer machen werden." (Engl. unser Frankreich, wo die Freiheitspredigt eines Dominikanermönchs noch einen Beitrag zu dieser Schilderung liefert.)

London, 11. Febr. Man darf sich dazu Glück wünschen, daß die Parlamentsverhandlungen endlich die durch Wellingtons bekannten Brief angeregte Frage wegen mangelhafter Landesvertheidigung in den Hintergrund gedrängt haben. Die Debatte hierüber zog sich wie ein nie enden wollender Bandwurm, der für ein abgerissenes Glied immer wieder ein neues ansetzt, durch die Journale hin; sie wird wahrscheinlich im Parlament aufgenommen, dann aber auch ohne Zweifel praktischer erledigt werden, als dies von Cobden und allen Innen gesprochen ist, welche, wie ein geistreicher Korrespondent der Allg. Zeit., selbst ein Engländer, sich ausdrückte, „die Spinnwebschüre zu ihrer Braut gewählt haben". Es ist einem pflichtgetreuen Kopfe wie Wellesworth nicht zu verargen, wenn er für das Irrlicht einer Zeit schwärmt, wo die Schiffe nur Menschen, Bücher, Ideen und besonders Waaren, aber keine Geschütze und Pulvertonnen an Bord führen, wo die Häfen durch Wälle nur gegen das empörte Element, aber nicht mehr durch Forts gegen einen drohenden Feind geschützt werden dürfen, wo die Kolonien die Anfälle barbarischer Völkerschaften nur durch die papierne Mauer der von Missionären verbreiteten Traktätchen abzuwehren im Stande sind. Aber ein praktischer Kopf, ein Nationalökonom wie Cobden sollte wissen, daß es sich in der Weltgeschichte nicht immer um Baumwolle, Thee und Zucker handelt, er sollte wissen, daß es leidenschaftliche Wallungen im Blute der Völker wie der Einzelnen gibt, daß, wie der Privatmann sein Eigenthum durch Zäune und Absperrungen schützt, so auch die Nationen einer Mehr gegen Anfälle und Beeinträchtigungen nicht entbehren können, sollte wissen, daß, wenn auch z. B. alle freiwahrenden Völker ihre Schiffe entwaffnen und entwaffnen sollten, sehr bald legend ein Hildbüttertaat von einer entfernten Weltgegend aus diesen Friedensstand zu seinem Vortheil ausbeuten und die waffenlosen Staaten nöthigen würde, ihre Schiffe abermals mit Mannschaft und Kanonen zu versehen. Und, wie die Times sagen, „die Frage um Krieg und Frieden liegt nicht in den Händen der Kaufleute, noch der guten, tugendhaften und weisen Menschen, noch der öffentlichen Meinung, noch selbst der Könige und ihrer Minister, sie liegt vielmehr in den Händen von ehrgeizigen, künstesüchtigen oder abenteuerlichen Menschen, von unreifen Burschen und kindisch gewordenen Greisen, von Wütherichen und Tyrannen; in der geringfügigste Umstand, ein falsch verstandenes Signal, eine unverständliche Depesche kann einen jener Weltkriege entzünden, welche mit Brand und Zerstörung lange Jahre hindurch das menschliche Geschlecht heimsuchen". Die Times durften hinzusetzen: daß es gewisse gewitterhafte Spannungen, steigerfende Krisen gibt, die sich nicht immer auf dieß friedlichen Wege sollichten lassen, daß letale Umwälzungen im Gebiete des Geistes, wenn sie mit dem politischen oder religiösen Leben der Völker in Verbindung stehen, dadurch zu blutigen Entscheidungen naturgemäß führen, weil die hartnäckigen Vertheidiger und Anhänger der alten Ordnung, weit entfernt, dem Strome der neuen Ideen ein ruhiges Bett anzuweisen, ihm hindernde und bollwerke aller Art entgegenwerfen. Es fascint, ebenfalls betrachtet, sehr glaublich, wenn Cobden die Phrase hinweist, daß auch Rußland sich in nicht zu ferner Zeit der neuen Bewegung anschließen und eine freie Verfassung erhalten werde, da ja die immer innigere ineinander greifenden Handelsbeziehungen und der Verkehr auf den Eisenbahnen ein Beharren auf dem alten System nicht erlauben. Wenn der Czar dies als das Ergebniß des Eisenbahnverkehrs voraussehe, würde er schwerlich zur Errichtung von Eisenbahnen in seinem Lande die Genehmigung ertheilt haben! Das Endergebniß kann freilich nicht zweifelhaft sein, aber wer sagt uns, wie viele welterschütternde Kämpfe dazwischen liegen! Haben wir doch noch in der neuesten Zeit Blut in der Schweiz, Blut in Sicilien, Blut auch an andern Orten und der neuen Dedrang der Dinge wollen fließen sehen, und wer sagt uns, ob diese Scenen bei dem entschiedenen und häufig selbst gewaltthätigen Widerstand, welchen die immer höher anschwellende Fluth neuer Ideen findet, nicht die leichten Vorspiele viel ernsterer und weiter greifenden Kämpfe gewesen sind! In England mag das Quäkerthum und das Freihandelsthum für Cobdens Ansichten schwärmen, aber die Regierung und die Nation bestehen nicht bloß aus Quäkern, Freihandelsmännern und Idealisten; die eigentlichen Staatsmänner Englands sehen mit Besorgniß dem stets näher rückenden Tage entgegen, an dem sich zwei Augen eines mäch-

Digitized by Google

tigen Mannes in Paris für ewig schließen werden, sie wissen, welche verwundbare Stellen sie Großbritannien die westindischen Kolonien, Kanada und Irland sind, sie ahnen und erkennen die gewaltigen Niederschläge, die aus der über ganz Europa ausgebreiteten gewitterhaft gespannten Atmosphäre erfolgen werden, sie können schließlich Cobden auf die Nordamerikaner verweisen, welche, obschon gewiß ein kaufmännisches und bürgerliches Volk, jetzt, nach dämonischem Gleich weltgeschichtlichen Drange ergafft, in Waffen gerüstet dastehen und ein Heer auf den Beinen haben, welches sich, nachdem der Friede mit Mexiko geschlossen sein wird, auch nach andern Seiten verwenden lassen kann, so wenig wir übrigens unter den jetzigen Verhältnissen an einen Krieg Englands mit Nordamerika glauben. Ob aber das Heerwesen in seiner jetzigen Form, indem es eine dem Bürgerthum schroff gegenüberstehende bewaffnete Kaste begründet und in den meisten Ländern von einer Volksmehr möglichst weit entfernt ist, nicht auch in die unbildende Strömung der Zeit hineingerissen werden wird und muß, ist freilich eine ganz andere Frage. Es hat sich in neuester Zeit und eben erst wieder in Sicilien immer deutlicher herausgestellt, daß im Fall einer äußersten Krisis die ohnehin nicht nährende, nur gehrende Soldateska ebensowenig eine Thron- als eine Volkswehr ist*).

## Frankreich.

Paris, 12. Febr. Die gestrige Abstimmung in der Kammer hat eine gewaltige Aufregung hinterlassen, von der man mit der größten Zuversicht voraussagen kann, daß sie thatsächliche Ergebnisse von Bedeutung hervorbringen wird. Die Opposition muß und wird jetzt vom Reden zum Handeln schreiten. Sie hat sich selber auf eine Höhe der Leidenschaft hinaufgetrieben, auf welcher sie ihre politische Ehre nur durch einen großen Schlag zu retten im Stande ist. Die gewöhnlichen Protestationen einer Minorität, welche die Zukunft vorbehält, sich aber inzwischen unterwirft, reichen hier nicht mehr aus, und die Opposition würde nicht bloß ihr Achtung der öffentlichen Meinung, sondern ohne Zweifel auch den Glauben an sich selbst aufgeben, wenn sie nach so vielen großen Worten, nach so leidenschaftlichen Drohungen unter dem Ausschreie der Stimmenmehrheit den Nacken beugte. Welche Erwartungen die Partei der gewaltsamen Bewegung von dem Eindrucke der gestrigen Sitzung hegt, zeigt die Sprache des National. „Als zur Abstimmung über das Amendement geschritten wurde, sagt er, welches die „feurigste und blinden Leidenschaften“ aus der Arrede entfernen sollte, und als wir sah, welche Masse von Abgeordneten sich für dies Amendement erhob, zitterten wir, es entging uns kein Geräusch, kein Schreckliche Ungewißheit. Inmitten des feierlichen Schweigens hätte man den Zitterschlag eines Sommervogels gehört. Es schien uns, als hörte man wo das Herz des Hrn. Dudatel ebenso laut klopfen, wie das unsrige. Der Präsident: wir Pause muß wiederholt werden. Das Ministerium und wir schracken zusammen. Allgemeine Bewegung, lärmende Aufregung, entworrenes Geschrei: „gedeimt Abstimmung! Nein, Nein! Eine zweite Probe durch Aufstehen und Sitzenbleiben! Geheime Abstimmung!“ Endlich bringt die Stimme der Ordnung ihre Hoffnung leb in unserm Herzen wieder auf; die Urnen werden geleert, und die Kugeln sprechen für uns.“ Der National hat Recht, über den Sieg des Ministeriums zu jubeln. Die Regierung ist im Vertrauen auf die Majorität zu weit gegangen, sie hat die Kraft der Majorität überschätzt und sie wird erleben, daß die öffentliche Meinung, daß das Volk die Majorität im Stiche läßt, sich von ihr losfagt, ihr feindlich gegenüberstellt. Hören wir noch den sonst gemäßigten und bedächtigen Siècle. „Wir wissen nicht, sagt er, ob wir heute hinter sind, als gestern vor der Abstimmung der ministeriellen Majorität; gewiß aber ist es, daß wir etwas weniger an den Bestand der Regierung glauben, und daß wir etwas gleichgiltiger für das sind, was sie begehren kann. Wir glauben, daß alle diejenigen, welche an jener Art von Veto's und Theil genommen, der von den Männern, die heute ihre Ansichten worten sind, mit Verachtung aufgenommen ist, daß alle diese sich mitverantwortlich gemacht haben, für eine gewaltthätige, gesetzwidrige, nicht wieder gut zu machende Maßregel, deren Erinnerung sich nicht mehr auslöschen läßt.“ Dem Präsidenten der Kammer, Hrn. Sauzet, wird es zum schweren Vorwurf gemacht, daß es statt sich, wie es die Unparteilichkeit seiner Stellung mit sich gebracht haben würde, der Abstimmung in einem so bedenklichen Falle zu enthalten, seine Kugel für das Ministerium abgegeben. Es heißt, daß ihm die gesammte Opposition bereits eine Art Absagebrief geschickt und ihm ein für alle Mal den Besuch seines Hauses, das bisher für neutralen Boden galt, gekündigt habe. Der Marschall Bugeaud klagt gegen Hr. Sauzet, war gar nicht in der Sitzung erschienen, um es mit keinem von beiden Theilen gänzlich zu verderben, was allerdings seinem wie es scheint ziemlich nahen Verwerfnisse auf den Eintritt in das Ministerium Eintrag gethan haben würde.

Paris, 13. Febr. Gestern endlich, nach 21tägiger Debatte, ist die Adresse fertig geworden. Rechnet man, wie billig, die Dauer der Vorarbeiten hinzu, so hat dies Aktenstück der Kammer nicht weniger als sechs und eine halbe Woche gekostet, ein gutes Viertheil der ganzen Landtagszeit. Das beißt dann ein bewegtes politisches Leben. — Zuerst schritt die Kammer gestern zur Abstimmung über einen von Hrn. Sallandrouze eingebrachten Zusatzartikel, durch welchen die Parlamentsreform für eine nahe Zukunft in Aussicht gestellt wurde. Das Ministerium hatte erklärt, daß es dieser Reform nicht gerade abgeneigt sei, daß es aber in Bezug auf dieselbe keine Art von Verbindlichkeit übernehme, und daß es die Verwerfung des in Rede stehenden Amendements als eine Kabinetsfrage betrachte. Demnach wurde denn der Antrag des Hrn. Sallandrouze wirklich verworfen, und zwar mit 222 gegen 189 Stimmen, so daß also die ministerielle Majorität auf 33 Stimmen gefallen war, und daß siebenzehn weiße Kugeln mehr den Ausschlag gegen die Regierung gegeben haben würden. An der schließlichen Abstimmung nahm die Opposition nicht Theil, und so wurde denn die Adresse mit 241 gegen 3 Stimmen angenommen.

Was nun weiter geschehen wird, müssen wir abwarten. Der Gedanke des Austretens der Theilnehmer an den Reformversammlungen auch der Kammer scheint aufgegeben zu sein. Dagegen hat man die Vorbereitungen zu dem in Paris abzuhaltenden Reformschmause in einem großartigen Maßstabe begonnen. Zwölf Pairs und gegen hundert Abgeordnete sollen bereits, außer einer großen Anzahl anderer angesehenen Männer, für dies Trutzfest eingeschrieben sein. Der National will wissen, daß die Regierung für nöthig gefunden habe, schon jetzt gewisse militärische Vorkehrungen zu treffen für den Fall, daß die Folgen des Verbeuss dieses Zweckessens allen auszallen sollten. So habe der General Jacquminot im höhern Auftrage die Obersten der Nationalgarde versammelt, um die Stimmung derselben zu erforschen, aber sehr wenig befriedigende Ergebnisse gefunden. Ferner seien die Obersten der in Paris und der Nachbarschaft liegenden Linienregimenter zu demselben Zwecke vom General Sebastiani zusammenberufen worden, und die Erklärung derselben sei dahingegangen: gegen die Nationalgarde sei wenig auf die Truppen zu rechnen. Gewiß ist, sügt der National hinzu, daß die Regierung die Kasernen mit trockenen Lebensmitteln für acht Tage, mit Schießbedarf, Beilen und Hacken versehen hat, als ob ein Kampf nahe vor der Thür wäre.

In der Kathedrale von Paris wurde gestern in Gegenwart einer zahlreichen und glänzenden Versammlung eine Todtenfeier für O'Connell gehalten. Die ganze vornehme Gesellschaft, bei welcher die Mode der Kirchengläubigkeit fortwährend im besten Schwunge ist, hatte sich schon am frühen Morgen ihre Plätze bei diesem religiösen Drama vorsichert. Um 12 Uhr bestieg der Pater Lacordaire die Kanzel, um die Festrede zu halten, in welcher die religiöse und die bürgerliche Freiheit das dritte Wort war. Ein Dominikaner — Apostel der Freiheit! Ein Mönch, der die Kutte der Henkersknechte trägt, welche seit dem Albigenserkriege bis in die letzten Tage der spanischen Inquisition Tausende und aber Tausende von Schlachtopfern im Namen der Pflicht des Glaubens hingemordet haben, predigt das ewige Recht des Gewissens, nur von sich selber Gesetze anzunehmen! Schade, daß die Worte des Pater Lacordaire und seiner Genossen Nichts sind als eine schamlose Lüge.

## Italien.

Die Allg. Z. berichtet: Nach Briefen aus Mailand vom 9. Febr. kam es zwei Tage zuvor in Pavia zu blutigen Händeln eines Theils der Bewohner mit der Besatzung. Die Volkshaufen wurden zerstreugt.

Chur, 13. Febr. Soeben läuft hier die Nachricht ein, daß der König von Sardinien seinem Volke eine Konstitution verliehen

Digitized by Google

habe. Großer Jubel soll darüber besonders in Genua sein. In Mailand habe man dieser Nachricht wegen ein Te Deum anordnen wollen, was nicht bewilligt worden. Man befürchtet auf heute Unruhen in der Stadt.

* Turin, 9. Febr. Ein Jubel, wie der Einsender selten erlebt zu haben sich erinnert, durchzieht Turin und wird bald überall in Italien widerhallen. Der König hat gestern eine Konstitution gegeben. Der Staatsrath war vorgestern lange versammelt. Der freie Wille des Königs hat für die Erlassung des Gesetzes, welches die Konstitution verkündet, entschieden. Die Proklamation besteht aus 14 Artikeln und spricht aus, daß die ungesäumt zu bearbeitende Verfassung auf nachstehende Grundlagen gebaut werden soll: Die katholische Religion soll Staatsreligion sein; die übrigen Konfessionen sollen den Gesetzen gemäß geduldet sein. Die Person des Königs ist allein unverletzlich. Die Minister sind verantwortlich. Der König hat die vollziehende Gewalt, mit ihr Haupt des Staats. Er besitzt die Kriegsmacht, erklärt Krieg, stellt Beamten an und erläßt Verordnungen zur Vollziehung der Gesetze. Der König sanktionirt die Gesetze. Die Justiz geht von dem Könige aus und wird in seinem Namen ausgeübt. Die gesetzgebende Gewalt wird von dem Könige und den beiden Kammern geübt. Die erste Kammer besteht aus Mitgliedern, die der König auf Lebenszeit ernennt, die zweite Kammer ist Wahlkammer auf den Grundlagen eines Census. Der Vorschlag der Gesetze steht dem König und jeder Kammer zu. Jedes Finanzgesetz wird zuerst der zweiten Kammer vorgelegt. Die Kammera werden von dem König jedes Jahr einberufen. Im Falle der Auflösung muß die Kammer binnen 4 Monaten wieder einberufen werden. Die Presse ist frei und nur den Strafgesetzen unterworfen. Die persönliche Freiheit ist garantirt. Die Richter, selbst die Einzelnrichter sind unabsetzbar, nachdem sie eine gewisse Zeit hindurch (die das Gesetz bestimmen wird) ihre Verrichtungen ausgeübt haben. Es wird eine Kommunalgarde errichtet und besteht aus Personen die einen gewissen (noch zu bestimmenden) Census besitzen. — Ueber die weiteren Ereignisse nächstens. Sehr betrübend lauten die Nachrichten aus der Lombardei. Man ist empört über manche Zeitungen in Deutschland, welche die hiesigen Verhältnisse ganz untreu schildern.

Neapel, 4. Febr. Heute verkündet Zeitung und Maueranschläge eine neue Frucht des eingetretenen Systemwechsels, und diese ist für die vielen hier lebenden Fremden ebenso erfreulich, als für die Neapolitaner. Die Taxe auf fremde Zeitungen ist aufgehoben, und es wird (bereits von heute an!) nur noch das Postporto von 2 kr. per Blatt erhoben; während jene seit Jahren erhobene Taxe 13 kr. für jede Nummer betrug. (S. M.)

Der franz. Moniteur vom 13. meldet: „Der von Neapel am 4. abgegangene Dampfer Ercolanum bringt Folgendes aus Palermo vom 3.: Privatbriefe kündigen uns an, daß der König den Sicilianern die Konstitution von 1812 gewährt hat, daß diese angenommen wurde, jedoch unter den Bedingungen, daß der Kronprinz zum Vicekönig von Sicilien ernannt werde, und daß das Parlament seinen Sitz in Palermo habe. Eine allgemeine Amnestie mit Ausnahme der Emigrirten von 1821 wird gewährt werden. Alle Forts sind den Sicilianern übergeben worden, und alle Truppen sind nach Neapel zurückgekehrt. Neapel ist vollkommen ruhig.

Lord Minto hatte sich nach Palermo begeben, um zu vermitteln.

## Ungarn.

Preßburg, 5. Jan. Die Magnatentafel hat nach zweitägigen Verhandlungen über den Gesetzvorschlag in Bezug auf die ungarische Sprache heute mit überwiegender Stimmenmehrheit beschlossen: daß den Kroaten in ihren innern Angelegenheiten die Wahl der Geschäftssprache freistehen soll. Für diesen von einer weisen Politik eingegebenen Beschluß, der hoffentlich zur Schlichtung des Sprachenstreits nicht wenig beitragen wird, sprachen sich die hervorragendsten Mitglieder beider Parteien (wie Graf L. Batthyani, Graf E. Dessewffy, Bischoff Lonovics ꝛc.) in beredten Worten aus. (A. Z.)

## Griechenland.

Athen, 30. Jan. Gestern in der Abendstunde verschied der Generallieutenant Petros Mavromichalis, sonst Pietro-Bey genannt, im 77sten Jahre seines thatenreichen bewegten Lebens.

## Handels- und Börsennachrichten.

Der „Allg. Z." schreibt man aus Triest vom 6. Febr.: Wir hören mit dem größten Bergnügen von dem Beschlusse des Verwaltungsrathes der Lloyd, die direkten Fahrten zwischen Triest und Alexandrien am 10. Mai zu eröffnen, welche bisher durch die Nichtlieferung der Maschinen von Seite der englischen Fabriken verhindert worden waren. Vorläufig wird, da das Schiff, welches die für das Boot „Germania" bestimmte Maschine führte, auf der Fahrt nach England nach Triest untergegangen ist, und dieselbe erst ersetzt werden muß, ein monatlicher Dienst eingerichtet. Das Dampfboot „Italia" wird den 10. jeden Monats von hier abgehen, um sich mit den englischen Dampfern, welche den Dienst zwischen Bombay und Suez unterhalten, in Verbindung zu setzen. Gleichzeitig wird ein Kurierdienst zur Beförderung der Korrespondenzen, Zeitungen u. s. w. zwischen Triest und London in zwei Richtungen beginnen, und zwar über Tirol und Süddeutschland längs dem Rhein, und über Wien und Norddeutschland.

## Eingegangene Beiträge für die Armen in Oberschlesien:

| | |
|---|---|
| Uebertrag: . . . . . | 2286 fl. 36 kr. |
| Von W. P. Heidelberg . . . | 2 „ — „ |
| Von D. L. . . . . | 2 „ — „ |
| M. T. L. T. P. E. Th. St. . . | 6 „ — „ |
| N. W. . . . . | 3 „ 30 „ |
| Von T aus G in Th. . . . | 1 „ 45 „ |
| Von F. B. Sr. in Mannheim . . | 22 „ — „ |
| Von K. B. . . . . | 12 „ — „ |
| M. aus Sonnenberg in Meiningen . | 10 „ — „ |
| Aus Neckargemünd . . . . . | 7 „ 24 „ |
| | 2353 fl. 15 kr. |

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[103] MEDICAL, INVALID & GENERAL LIFE ASSURANCE SOCIETY.

**Lebensversicherungs-Gesellschaft für Gesunde und Kranke,**

LONDON, Pall Mall No. 25.

**Verwaltung für Deutschland in Frankfurt a. M. — Kapital: 6 Millionen Gulden.**

Gesunde Leben werden von dieser Gesellschaft zu billigeren Prämien versichert, als von den meisten anderen Kompagnien. Gestützt auf sehr ausführliche statistische Berechnungen, versichert die Gesellschaft auch kranke oder nicht völlig gesunde Personen. Die Versicherten können sich bei dem Gewinn der Gesellschaft nach ihrer Wahl betheiligen oder nicht, aber selbst im letzteren Falle nie zu Nachzahlungen angehalten werden. Die bei ihr Versicherten können zu jeder Zeit des Jahres von einem Theil Europas zum andern reisen. Die Prämien für Seereisen außer Europa sind besonders billig gestellt. Officieren ist diese Gesellschaft vorzüglich zu empfehlen, weil sie unter dem Ausdruck „activen Dienst" nur den Dienst in Kriegszeiten dem Feind gegenüber verbrobt. Polizei, die bereits ein Jahr in Kraft waren, werden durch Duell und Selbstmord nicht annullirt, auch wenn sie auf das eigene Leben geschlossen sind. Der Prospektus erklärt ausführlich die Vortheile von Lebensversicherungen und Rentenankäufen im Allgemeinen und im Besonderen bei dieser Gesellschaft. Derselbe wird auf dem Bureau der Gesellschaft in Frankfurt am Main, sowie von sämmtlichen Hauptagenten und Agenten gratis verabfolgt.

**Joh. Albert Varrentrapp,**

General-Agent.

**Verzeichniß der bereits ernannten Hauptagenten und Agenten.**

Altenburg Herr J. W. Barth sen. Bautzen Hr. H. J. Linck. Bremen Hr. Wilh. Abrefeld. Carlsruhe Hr. Wilh. Peter. Cassel Hr. Ludw. Fenner. Coburg Hr. C. G. Appel. Darmstadt Hr. Dr. Hallwachs, Hofgerichtsadv. und Advokat. Dresden Hr. Jul. Kockel. Eilenau Hr. G. Brandt jun. Freiburg i. B. Herren Bürker und Komp. Gotha Hr. C. G. Bleymüller. Hanau Hr. Karl Sippel. Heidelberg Hr. Lc. G. Walt. Heilbronn Herren L. Hächer und Meißner. Jena Hr. Th. Voigt. Leipzig Hr. Otto Schmidt. Lübeck Hr. Joh. Wilh. Colsman. Mannheim Hr. C. A. Reuter. Rastock Hr. Dr. Wagner. Rudolstadt Hr. G. Fröbel. Stuttgart Hr. Ferd. Adamsaam. Ulm Hr. Wilh. Klepert. Wiesenhausen Hr. W. J. Feenkel. Zürich Herren Bilio und Paromeyer. Zwickau Hr. C. A. Schiekrang.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oncken, Amdy., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Westerreichs Länder werden man sich an H. A. Niemeyer in Strasburg 28 Boumgasse, Paris 28, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Pränumerationen besorgt das Großh. Gen. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10, 7 Thlr. Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Ausländer wird der Betrag einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Ngr.) berechnet.

№ 49. Heidelberg, Freitag 18. Februar 1848.

## Uebersicht.

Zwei geschichtliche Parallelen zu den kirchlichen Kämpfen in Preußen. I. — Wien (eine Wiener Ansicht über die dänische Verfassung). Berlin (Verscheidung der Provinzial-Landtage; Dr. v. Boyen). Breslau. Rudolstadt (näherer Angabe über die Zustände in Oberschlesien; Graf Stolberg in Schlesien). Augsburg (Reise der Gräfin Landsfeld). München (die Vorgänge am 9., 10. und 11. Febr.). Karlsruhe (Kammerverhandlungen über den Antrag auf nationale Vertretung beim deutschen Bunde [Schluß]; Beschluß der Kammer wegen des Steuerausschreibens vom 13. Novbr. 1847). Von der Niederelbe (Versammlung der Gutsbesitzer; Deputation der Ritter; Graf Kevenhüller-Prettz). Frankfurt (Salongerüchte).

**Schweiz.** Vom Rhein. Zachariä über den Sonderbund. Vom Schlußbericht der eidgenössischen Repräsentanten. Der Beschluß über Annexion angenommen. Die Tagsatzung um die Mitte der Gr. Mächte. Luzern. Annahme der Verfassung.

**Großbritannien.** Briefwechsel zwischen Palmerston und Bancroft über Pardes und über die Schiffahrtsgesetze. Unglück zu Manchester durch Zerspringen eines Dampfkessels.

**Frankreich.** Ein Manifest der Opposition. Vorbereitungen zu dem Reformbankette in Paris. — **Spanien.** Espartero aus Madrid abgereist. Parteipotrait. Französische Sympathien. — **Italien.** Venedig. Blutlerren in Padua. Mailand. Die mörderischen Ereignisse vom 7. Febr. in Pavia. Neapel. Die Sicilianer verlangen vollständige Trennung; Interventionsgedanken des Königs an Frankreich und England; das Interventionsrecht Oesterreichs.

**Beilage.** Zwei Erklärungen deutscher Staatsmänner über die Bundesverfassung. Niederland. Das Handelsblad über die Grundgesetzrevision. Die Auffindung von Altertümern.

## Heidelberg, 18. Februar.

Die preußische Regierung kann sich nicht darüber beklagen, daß es ihr an meinem und wohlwollendem Rathe zu einer zeitgemäßen und dann gewiß auch erfolgreichen Leitung der Angelegenheiten der evang. Kirche ihres Landes gefehlt habe. Die Magistrate der wichtigsten Städte, ganze Städte und Stadtgemeinden, die evangel. Konferenz, die Berliner 88 mit zwei Bischöfen an der Spitze, die überwiegende Mehrheit der Synoden, die Generalsynode, so einseitig sie auch zusammengesetzt war, der Landtag, der Gustav-Adolf-Verein — alle diese Körperschaften haben sich, jede in ihrer Art, und dabei von dem größern und bessern Theil der Presse unterstützt, über den genannten Gegenstand ausgesprochen, und kaum möchte jemals von so vielen und wichtigen Stimmen ein Votum abgegeben worden sein, das im Wesentlichen so einhellig gewesen wäre, als dieses Votum war. Indessen, die preußische Regierung hat auf den ihr ertheilten Rath bisher keine Rücksicht genommen, umgekehrt, sie ist auf dem Wege, den sie in dem Augenblicke betrat, als sie eben mit der römischen Kirche einen für diese ebenso ehrenvollen, als vortheilhaften Frieden geschlossen, ohne Aufenthalt und seit der Verabschiedung des Landtags sogar mit verdoppelten Schritten fortgegangen, und dies hat die Folge gehabt, daß die böse Weissagung eines bekannten rheinischen Blattes: „Man werde sehen, ob sich die evang. Kirche rekonstruiren lassen, oder ob sie sich andeinanderfallen werde", sich bereits zu erfüllen beginnt.

Unter diesen Umständen verdient es uns vielleicht einigen Dank, daß wir uns unerschütterlich der protest. Kirche annehmen und ihr Recht und ihre Freiheit mit Waffen vertreten, die eben so gerecht, als scharf und unüberwindlich sind. Die protest. Kirche besitzt an solchen Waffen einen reichen Vorrath; ihre Geschichte, zumal ihre Entstehungsgeschichte, ihre Symbole, ihre Wissenschaft und das Wort Gottes sind die Zeughäuser dieser Waffen, und wir wünschen lebhaft, daß die gesammte Presse nicht müde werden möge, diese unerschöpflichen Zeughäuser zu öffnen und so lange fortzukämpfen, bis der Sieg errungen ist. Die Verdienste der protest. Kirche um die Welt, besonders auch um Deutschland, sind groß genug, daß sie eine solche Theilnahme verdient, und manche Erscheinung der Gegenwart, sowie ein umfangener Blick in die Zukunft überzeugt uns davon, wie nöthig es sei, daß gerade diese Kirche nicht nur aufrecht erhalten, sondern auch, statt entgeistet zu werden, nur noch mehr begeistet werde. Für heute sei es uns vergönnt, im Interesse der protest. Kirche einige Striche zu einer historischen Parallele allgemeinerer Art hinzuzeichnen.

Die Reformation des 16. Jahrh. stand im innigsten Wechselverhältniß mit der wiederauflebenden Wissenschaft; sie war so zu sagen der erste große Flügelschlag, den der durch die Wissenschaft frei werdende und zum Theil schon frei gewordene Geist versuchte, und schon eine geraume Zeit zuvor, ehe die neuen Ideen zum Durch- und Ausbruch kamen, hatten sie sich weithin im Stillen der Gemüther bemächtigt. Genau darnach richtete sich nun auch die Stellung, welche die Freunde und die Feinde der Reformation zur Wissenschaft nahmen. Die Letzteren waren ihr — einzelne Ausnahmen entschärfen Nichts — gram, verachteten und verfolgten sie; die Ersteren waren ihr zugethan, ehrten und pflegten sie, und dies ist so sehr der Fall, daß die deutsche Wissenschaft und Literatur einen wesentlich protestantischen Charakter bis vor noch nicht langer Zeit an sich getragen hat und noch heute mehr oder weniger an sich trägt.

Aehnliches verhält es sich mit der kirchl. Bewegung der Gegenwart. Sie hängt aufs Genaueste mit dem Gange und der Entwickelung unserer Wissenschaft zusammen; der Same zu ihr war, ehe sie praktisch wurde und sichenumbildend und kirchenneubildend ins Leben eintrat, bereits schon lange zuvor in unsere Nationalliteratur und vermittelst ihrer in tausend und aber tausend Geister und Herzen niedergelegt, und jetzt ernten wir nur, was die Wissenschaft gesäet hat. Es ist die angenscheinlichste Verkehrtheit, Einzelne herauszugreifen und zu sagen: Die sind schuldig; da wird doch Alle sind, wenn es überhaupt Einer ist. Es ist die höchste Ungerechtigkeit, das negieren und strafen zu wollen, was mit einer gewissen Nothwendigkeit so ist, wie es ist, und was man selbst noch gestern gepflanzt und gepflegt hat, ohne sich darüber sich auch wieder die Stellung, welche die Freunde und die Feinde der kirchl. Bewegung zur Wissenschaft einnehmen. Eine Wissenschaft ohne Freiheit, ohne volle Frucht, ist keine Wissenschaft mehr; aber wem ist unbekannt, daß die, die der kirchl. Bewegung abhold sind, es auch der Freiheit der Wissenschaft sind? Katheder, Schulen, Literatur, Presse ꝛc. empfinden ihre beschränkende Hand, und die Wahrheit, die nicht das zweideutige Kleid der sogenannten „guten Gesinnung" umwirft, findet bei ihnen, statt Anerkennung — Uebelwollen. Alle Freunde der kirchl. Bewegung dagegen begreifen, fordern die Freiheit der Wissenschaft und erinnern mit Recht daran, daß ohne sie ein wahrer Protestantismus gar nicht denkbar sei, und eine wirklich protest. Kirche gar nicht existiren könne.

Die Reformation des 16. Jahrhunderts ging, von der Fackel der Wissenschaft geleitet, auf die apostolische Kirche zurück, um, wenn nicht in allen, doch in vielen Stücken wieder an sie anzuknüpfen und auf ihrem Grunde die Kirche zu erneuern; sie glaubte, daß, wenn sie dies thue, sie unfehlbar und nur um so mehr der „allgemeinen" Kirche angehören werde. Dies war es aber gerade, was ihr von der römischen Kirche nicht zugestanden wurde und gewehrt werden sollte. Sie, die römische, hieß es, sei nicht bloß, tieflich angesehen, die allein wahre, sondern auch, staatlich angesehen, die allein berechtigte, und außerhalb ihr sei weder (gleiches) Heil, noch (gleiches) Recht. Daß jener Irrthum und dieses Unrecht, mit denen Glauben und Gewissensfreiheit schlechterdings unvertrüglich sind, seine staatliche Geltung mehr hätten, dazu, und nicht dazu, daß das Dogma von der Höllenfahrt ꝛc. geschützt und die preußische Agende bis zum Buchstaben heilig gehalten werde, haben unsere Vorältern ihr Blut vergossen. Und was erleben wir jetzt? Nun, das Nämliche oder doch Aehnliches, was man vor länger als 300 Jahren zelebt hat, mit dem einzigen freilich sehr wichtigen Unterschied, daß, was damals in der römischen Kirche geschah, jetzt in der protestantischen Kirche geschieht. Auch die gegenwärtige reformatorische Bewegung will auf ein Früheres zurückgehen, zunächst auf die reformatorische, dann aber auch auf die apostolische Zeit; sie will Rostrebige liefern zur Reformation, geschöpft aus denselben Quellen, aus welchen diese schöpfte; zur abermaligen Verbesserung der Kirche, zur völligen Wiederherstellung derselben. Ob sie dabei irre oder nicht, darüber kann in einer Kirche, die kein unfehlba-

Digitized by Google

ert Tribunal hat, gar nicht sofort entschieden werden, und das ist auch nicht Hauptfrage; sondern das, ob sie in den Wegen der Reformation wandle, und das ist gar nicht problematisch. Aber was wird ihr entgegnet? Das, was ihrer Aktenschwester entgegnet worden ist. „Ich scheide aus der im preuß. Staate geschichtlich und nach Staatsverträgen bevorrechteten evangelischen Kirche aus", so lautet, lesen wir, der Revers, den man in Magdeburg unterzeichnen muß. Dieser Revers bedarf keiner Erläuterung. Die preuß. evangelische Kirche ist im Begriffe, von der rechten Basis der protestantischen Kirche abzuweichen und auf den schon überwundenen Standpunkt der römischen Kirche zurückzufallen, und sicherlich repräsentirt sie für ihren Theil, sofern sie sich als eine „ausschließliche" gerirt, die „allgemeine" Kirche nicht mehr. Solches lag nicht in dem ursprünglichen Wesen und in den Tendenzen der Reformation; und in der That, es wäre auch etwas sehr Ueberflüssiges, ja Schädliches gewesen, die Kirche umzugestalten, um eine Ausschließlichkeit neben die andere zu setzen.

Die Reformation des 16. Jahrhunderts stieß auf manche Hindernisse; aber der mächtigste Widerstand, dem sie begegnete, war der, welchen ihr der Kaiser leistete. Er widerstand ihr schon aus politischen Rücksichten, dem dasjenige Stück der Wetterwirthschaft des Staatsweisheit, das in dem Satze liegt: auch die Religion ist eine Macht, war schon den damaligen Staatsklerikern nicht unbekannt. Er widerstand ihr aber vielleicht noch mehr darum, weil die Begriffe: Staat (Reich) und Kirche, noch sehr zusammen- und ineinanderfließen und in seiner eigenen kaiserlichen Person dies am meisten thaten. Die Salbung und Krönung der deutschen Kaiser war, auch soweit die Kirche dabei mitwirkte, den Anschauungen der damaligen Zeit nach noch immer etwas mehr, als nur eine heilige Ceremonie; der Kaiser war Kaiser von „Gottes Gnaden" in einem theokratisirenden Sinne, er war geweihter, erster Sohn der Kirche und berufener Schutz- und Schirmherr derselben. Was sie anging, ging ihn an; was sie bekämpfte, bekämpfte er; von Rechts- und Amtswegen hat er also auch die Reformation bekämpft oder doch bekämpfen zu müssen geglaubt. Allerdings hat Karl V. in dem spanischen Kloster Muße genug gehabt, darüber nachzudenken, wie verzeihlich es sei, sich gegen den Lauf der Zeit zu stemmen, d. i. wider Gott zu streiten; seine beiden Ueben, die nie genau miteinander gingen, überzeugten ihn davon, daß es fälschlerdings nicht angehe, alle Menschen zu einerlei Gesinnung, und nun gar in religiösen Fragen, zu bringen, und er, sowie seine Nachfolger und sein Reich haben schwer dafür gebüßt, daß diese einfache und ewige Wahrheit nicht beachtet wurde. Indessen, sie wurde es nicht, und der Kaiser und eine Anzahl seiner Nachfolger sind in Folge ihrer irrigen Vorstellungen über das wahre Verhältniß zwischen Kirche und Staat und über ihr (persönliches) Verhältniß zur Kirche die hartnäckigsten und gefährlichsten Gegner der Reformation geworden. Aber, haben sich diese Vorstellungen denn ganz verloren? Tauchen sie nicht da und dort auch in protestantischen Ländern in nur wenig veränderter Gestalt wieder auf, um ähnliche Verwirrungen und Mißgriffe anzurichten? Spielt der mystische Begriff des „christlichen Staates" heute weniger seine Rolle, als früherhin der mystische Begriff des „heiligen römischen Reichs" die seinige gespielt hat? Wird der Ausdruck „von Gottes Gnaden" heute nicht minahe noch theokratischer verstanden, wenigstens noch bewußter und absichtlicher betont, als er es seitherhin wurde? Und können sich die Benennungen „Knecht oder Gesalbter des Herrn", die von unsern Steigern, mit Verläugnung aller evangelisch-protestantischen Gesinnung, umgedeutet werden, nicht messen mit den Titeln: allerchristlichste, apostolischste, Majestät? Und was nehmen sie nun weiter wohl? Das, daß die Schutz- und Schirmherrschaft über die hierarchische Recht bestehende und mit Vorrechten ausgestattete Kirche den reformatorischen Bewegungen der Gegenwart ebenso hinderlich ist, als sie es der Reformation des 16. Jahrhunderts war. Wir brauchen kaum noch hinzuzufügen, daß, da gleiche Ursachen gleiche Wirkungen zu haben pflegen, man kaum erwarten kann, daß die Hemmungen, welche die Reformation der Gegenwart erfährt, der Kirche oder dem Staate heilsam sein werden.

**Oesterreich.** Wien, 10. Febr. Der „Oberpostamts." wird geschrieben: „Die böhmische Konstitution hat hier die fast allgemeine Bemerkung erzeugt, daß dadurch einerseits gesteigerten Nachtheilen vorgebeugt sei, und jedenfalls die betreffenden Landesfragen aufhören dürften, als europäische Fragen in dem Grade zu figuriren, als es bisher der Fall war." — Ist diese Ansicht wirklich die „fast allgemeine", so heißt das doch die Lehre der „vollendeten Thatsachen" sehr weit treiben. Also wenn man in Dänemark durch ein schlaues Kunststück zum deutschen Bundestage eintreten darf, so ist dadurch „größeren Nachtheilen" vorgebeugt, so dürfen „diese Landesfragen auf, als europäische zu figuriren"! Freilich! so hat man auch der Republik Krakau, so früher den Polen die Verlegenheit erspart, als „europäische Frage figuriren" zu müssen; aber nicht alle Feste sind so träg, daß sie sich bei dieser politischen Moral beruhigen möchten, nicht alle haben vor jeder gründlichen Lösung politischer Verwickelungen eine so tiefe Abneigung, daß sie sich mit solchen Kuren abpfuschen liessen. Wir glauben, Oesterreich selber nicht; denn wenn es z. B. dem König Karl Albert von Sardinien einstieg, getreu der Devise seines Ahnherrn, die „Lombardei wie eine Kritischeke Stück für Stück aufzuessen", so könnte es am Ende auch naive Leute geben, die sich darüber freuten, daß so „größeren Nachtheilen vorgebeugt" würde, und die „lombardische Landesfrage aufhörte, als europäische zu figuriren". Ob aber die Wiener Politik so gutmüthig sein möchte, möchten wir denn doch von Herzen bezweifeln.

**Preußen.** Berlin, 12. Febr. Der „Köln. Z." wird geschrieben: Was wir in einem unserer letzten Berichte noch als Vermuthung aussprachen, daß nämlich die noch für dieses Jahr beschlossene Zusammenberufung der Provinzial-Landtage wahrscheinlich bis zum Spätherbste werde hinausgeschoben werden, das ist sicheren Nachrichten zufolge nunmehr bereits zur Gewißheit geworden, wenigstens hörten wir einen der Abgeordneten des Künstchen Ausschusses, welcher der äußersten Rechten angehört und gesthhnlich sehr genau von den Planen und Absichten der Regierung unterrichtet zu sein pflegt, auf das Bestimmteste behaupten, daß diese Hinausschieben der Provinzial-Landtage nunmehr definitiv beschlossen sei. Es soll hierbei vor Allem allerdings der Wunsch der Abgeordneten selbst bestimmend eingewirkt, nebenbei aber auch die Rücksicht mit obgewaltet haben, daß bis dahin die neuen Wahlen der Abgeordneten vollendet sein müssen.

Berlin. Hr. v. Boyen hat, wie man uns schreibt, am 13. Febr. eine Operation (von einem Geschwür) überstanden.

Breslau, 11. Febr. Immer und immer wiederholen sich in den öffentlichen Blättern die Berichte über die Schauderscenen in Oberschlesien, die jüngsten und treusten kommen von einigen der verbannten gegessenen barmherzigen Brüder. Alle Achtung vor diesen wackern Ehrenmännern und ihrem schönen Unternehmen. Wie man sagt, soll bereits einer derselben der dort herrschenden Seuche, über deren immer weitere Verbringen in der Richtung nach Breslau täglich die beunruhigendsten Gerüchte einlaufen, als Opfer gefallen sein. Wenn es wahr ist — und unwahrscheinlich ist es wenigstens gar nicht — gewiß ein schönerer Märtyrertod, als wenn ihn die Hottentotten oder ähnliche Barbaren, deren Bekehrung man sich auch in Schlesien viel zu viel angelegen sein läßt, umgebracht hätten. Bekanntlich ist ein Aufruf an unsere Aerzte ergangen, dem schönen Beispiele jener wackern Männer zu folgen; bis jetzt scheint aber dieser Hebel noch nicht kräftig genug zu haben. Von zuverlässiger Hand sind uns aber die Beschwerden mitgetheilt worden, daß sie jenem gefahr- und ehrenvollen Rufe bereits wirklich gefolgt sind und sich in diesem Augenblicke wahrscheinlich schon auf dem Schauplatze des Elendes und Jammers befinden. Man wundert sich allgemein, daß jene Mahregel bis jetzt einen so ganz außerordentlich geringen Erfolg gehabt, und findet in der Regel den Grund darin, daß in jener offiziellen Bekanntmachung der so wichtige Gesichtpunkt ganz mit Stillschweigen übergangen war. Denn wer irgendwie wirken will, muß auch zu leben haben, und somit scheint, wenn man gar noch erschwerende Umstände in jenen heimgesuchten Gegenden bedenkt, die Forderung, den betreffenden Aerzten Diäten zu zahlen, vollkommen gerechtfertigt. Im Unterstützten, zum Theil selbst thätigen Aerzten fehlt es gar nicht; daß sie aber bei einer jedenfalls beschwerlichen und gefährlichen Wallfahrt nach Oberschlesien, noch dazu aus eigener Tasche für ihren Lebensunterhalt sorgen sollten, wäre doch eine gar zu unbillige Forderung. — Gestern gegen Mittag verbreitete sich hier das Gerücht, der König sei auf einer Reise nach Oberschlesien, wo er ein Mal mit eigenen Augen sehen wolle, hier durchgereist; es hat sich aber, wie zu erwarten leider nicht bestätigt.

Breslau, 12. Febr. So eben, schreibt die „Schles. Z." erhalten wir aus ganz zuverlässiger Quelle die Nachricht, daß gestern Abend der Geh. Staatsminister Graf zu Stolberg mit einem Rathe seines Ministeriums hier angekommen und heute Mittag nach dem Schauplatze des Elends — nach Rybnik gereist ist. (Siehe unsere ** Berl. Korrespondenz in der gestrigen Nummer.)

Rybnik, 11. Febr. Die Schles. Zeit. theilt aus einem Briefe folgende Stelle mit: Ich habe hier mehrere Kranke in Gesellschaft des Kreisphysikus besucht und gehe nun in einer Stunde nach Pleß ab. Von hier aus habe ich Ihnen vorläufig Folgendes zu

Digitized by Google

brichten. Nach den erhaltenen Mittheilungen ist die Zahl der Kranken im Rhônkreise bis zur Höhe von 1600—1800 gestiegen, die Zahl der Rekonvaleszenten ebenso groß, und die Zahl der Gestorbenen, die nicht mit Bestimmtheit hier zu regardiren ist, doch über die Hälfte der oben angegebenen Zahlen, so daß in diesem Kreise mit, wie ich denke, etwa 60,000 Menschen, die Zahl der überhaupt hier von der Krankheit Ergriffenen sich auf über 5000 Personen erstreckt. Die bisher getroffenen Einrichtungen sind nicht so gut, als sie sein müßten, um mit gutem Erfolge der Krankheit und Noth entgegenzuarbeiten. Ja möchte nicht mißverstanden sein: es fehlt den Lokalbehörden nicht an dem besten Willen; es fehlt aber bisher entschieden alle Organisation, und dann fehlt es zur Durchführung vollkommen zweckmäßiger Eintheilungen an Personen. Wird die Organisation zu Stande gekommen sein, dann wird es an den hinreichenden Mitteln fehlen, wenn die Regierung nicht in der großartigen Weise für die Ernährung des Volkes sorgt, soweit dieses nicht mehr selbst für sich sorgen kann. Es ist nach amtlichen Untersuchungen der Lokalbehörde festgestellt, daß im Rhônkreise 20,000 Menschen für die Monate Februar, März und April zu ernähren sind, für die Monate Mai, Juni und Juli 10,000 Menschen zu ernähren sein werden; es ist für jeden Kopf pr. Tag 1 Pfund Mehl gefordert und von der Regierung zugesagt. Das würde für den Monat Februar etwa 6000 Centner Mehl erfordern. Statt dessen sind bisher pr. Monat Februar 1000 Centner Mehl angekommen, und wie mir mitgetheilt wird, ist dies als Rate für den Februar überwiesen, doch ist dies unbedingt irrthümlich. Die Vertheilung geschah bei Mangel an der nothwendigen Organisation durch die Schützen der Ortsbehörden, und man ist hier nicht vollkommen überzeugt, daß durch diese Männer die Vertheilung zweckmäßig erfolgt ist — ich kann und will nicht anklagen, da ich nur gehört habe. Die barmherzigen Brüder sind thätig im Vertheilen der Gaben; doch reicht ihre Zahl für die Menge der Bedürftigen nicht aus; um so einleuchtender ist, daß ihnen zu andern Hilfsleistungen die Zeit nicht ausreicht. Einer von ihnen ist als erkrankt in das Plichowitzer Spital abgeliefert. Für den hiesigen Kreis müßte wenigstens die Zahl von 30 Personen vorhanden sein, die als Werkzeuge der zu errichtenden Kommission die Mittheilung der Gaben und die Pflege der Kranken zu übernehmen hätten. Ich werde Ihnen von Pließ weitere Mittheilung machen.

**Baiern.** 9 März. (Allg. Ztg. v. 14. Febr.*) Die Ruhe ist in unsere Stadt wieder vollkommen zurückgekehrt, und jetzt, nachdem man die Ereignisse in ihrem wahren und richtigen Zusammenhange übersehen kann, dürfte es am passendsten scheinen, eine getreue Erzählung derselben dem auswärtigen Publikum zu bieten, zumal da man bereits von manchen Seiten die Ultramontanen als die Veranlasser und Leiter derselben darzustellen bemüht ist; aus der einfachen Darstellung selbst wird genügend hervorgehen, wie grundlos diese Behauptung ist. Die ganze Studentenschaft und mit ihr alle Billigdenkenden jeden Standes blickten mit ungeheuchelter Verachtung seit langer Zeit auf die Verbindung „Alemannia", welche unter den Auspicien der Gräfin Landsfeld (Lola Montez) sich gebildet hatte und, auf den Schutz dieser Person pochend, mit maßloser Frechheit und Anmaßung sich betrug. Die Studenten gaben ihr Mißfallen offen in wiederholten Malen den Mitgliedern dieses aus der Hefe der Universität zusammengesetzten Korps zu erkennen und empfingen sie mit Pfeifen und Zischen in den Hörsälen. Trotz der schärfsten Verbote, die Alemannen fernerhin im Besuche der Kollegien zu stören, steigerte sich die Aufregung der übrigen eintausend fünfhundert und siebenzig Studenten von Tag zu Tag mehr, so daß endlich die Drohung ausgesprochen wurde, die Universität würde im Wiederholungsfalle geschlossen werden. So kam der 9. Febr. heran. Schon einige Tage zuvor hatten die fünf garantirten Korps der Bisler, Baiern, Franken, Schwaben und Isaren eine Eingabe an den Senat und das Ministerium des Kultus gerichtet, in welchem sie den Fortbestand der „Alemannia" mit der Ehre der Korps wie der Universität als unverträglich bezeichneten und im Falle der Nichtauflösung der besagten Verbindung ihre eigene Auflösung erklärten. Am genannten Tage erschienen wieder einige Alemannen in der Universität, welche mit wüthendem Hohne von der äußerst zahlreich versammelten Studentenschaft von der Universität aus die Ludwigsstraße hinauf bis zu ihrer Kneipe im Rottmanner'schen Kaffeehause geleitet wurden. Dies geschah um die Mittagsstunde. Vor der Thür des Kaffeehauses zog plötzlich der Graf Hirschberg, einer der Alemannen, einen Dolch und stieß damit nach einem aus den dichtgedrängten Umstehenden, nach dem Juristen v. Parisenal. Der Stoß traf glücklicher Weise nicht, und die Nächststehenden, sowie ein Gendarm fielen dem Thäter in die Arme, der zwar noch einen zweiten Stoß gegen den Gendarmen führte, aber gleichfalls ohne schlimme Folgen, indem nur der Mantel desselben aufgeschlitzt wurde. Von allen Seiten erschall nun der Ruf: „arretiren!"; der Gendarm machte auf den speciellen Befehl eines anwesenden Lieutenants der Linie Mieve, den Grafen Hirschberg zu verhaften, wurde aber durch den herbeigeeilten Polizeikommissär v. Mangstl daran verhindert, indem Letzterer erklärte, es sei zur Arretirung kein Grund vorhanden, da Graf Hirschberg die Waffe zwar gezogen, aber nicht gezückt habe. Auf diese Erklärung, in Gegenwart von Hunderten gegeben, welche das Attentat des besagten Alemannen mit angesehen hatten, erhob sich ein rasender Lärm. Unterdessen aber war die ganze Polizei auf die Beine gekommen. Eine bedeutende Anzahl Gendarmen besetzte die Thüre des Kaffeehauses, reitende Gendarmerie stellte sich an beiden Eingängen des Bazars auf; der Graf Hirschberg aber hatte sich unglücklicherweise in besagtes Kaffeehaus begeben, aus dessen Thüre nach einiger Zeit der Senior der Alemannen, Prißner, teal, mit wilden Blicken zwei Mal durch die Arkaden schritt, vor sich hinsprechend: „wenn ich nur Einen erwischte!" Auf diesen Hohn hin verdoppelte sich das Pfeifen und Schreien der Menge, und die Erbitterung hatte bereits einen sehr hohen Grad erreicht, als plötzlich die Gräfin Landsfeld in der nahen Theatinerstraße erschien, gleichfalls von einer pfeifenden und tobenden Menge gefolgt. Sie war mit einer Pistole bewaffnet, welche ihr ein Individuum nach kurzem Ringen — der Mann hatte mit dem linken Arme ihren Hals umschlungen und suchte mit der Rechten ihr die Pistole zu entwinden — auch wirklich entriß. In diesem Augenblicke sprengten vom Hofgartenther fünf Gendarmen zu Pferd zu ihrer Befreiung herbei, und die Gräfin flüchtete sich in die Theatinerkirche, ohne daß aber die Gendarmen das Eindringen des Volkes in die Kirche verhindern konnten. Nach kurzem Aufenthalte daselbst, wo sie zum zweiten Male trotz der sie umgebenden Gendarmen eine unsanfte Berührung erlitt, mußte sie auch die Kirche verlassen und stand längere Zeit auf dem Trottoir der Ludwigsstraße von Gendarmen umgeben, und hatte die Gelegenheit, nicht gerade schmeichelhafte Dinge und Namen zu vernehmen. Endlich erschien eine Abtheilung Militär, leerte den Platz vor der Loggia und geleitete sie nebst den unterdessen hinzugekommenen Senior der Alemannen auf die Residenzwache. Die Kunde dieser Vorfälle hatte Tausende von Zuschauern herbeigezogen, welche nun dicht gedrängt die Ludwigsstraße auf und nieder wogten. Die Studenten hatten sich vor und in der Universität versammelt und zogen gegen 3 Uhr in einer endlosen Kolonne, aber in größter Ruhe nach der Karlsstraße vor die Wohnung des Rektors Thiersch, um seine ungesäumte Vermittelung in dieser Sache anzurufen. Dieser war nicht zu Hause und auf andern Wegen nach der Universität gegangen. Sogleich kehrten die Studenten dahin zurück; dort wurde ihnen auf offiziellem Wege angekündigt, daß die Universität geschlossen sei, und daß alle hier und Heimatberechtigten binnen 24 Stunden die Stadt zu verlassen hätten. Zahlreiche Patrouillen aller Waffengattungen durchstreiften die Straßen und besetzten die öffentlichen Plätze, auch das Haus der Gräfin Landsfeld wurde mit Militär umgeben. Die Nacht verging ganz ruhig. Am nächsten Morgen versammelten sich die Studenten frühzeitig im Vorhof der Universität, beschlossen nach Abfragung verschiedener Leider abermals insgesammt bei Rektors Hilfe nachzusuchen und zogen dann unter fortwährendem Singen wieder in die Karlsstraße. Dort hielt der Rektor vom Balkon herab an die in tiefster Stille versammelte Menge eine beschwichtigende und zugleich ermuthigende Rede, in der er sine und der einschlägigen Behörden dringende Verwendung versprach, zugleich aber zur Ruhe und Ergebung in den Willen des Königs ermahnte. Von da ging der Zug durch das Karlsthor und die Neuhauserstraße vor die alte Universität, immerwährend singend. Die Studenten brachten dem Fürsten Wallerstein daselbst noch ein wiederholtes Vivat, als plötzlich um die Ecke der Jesuitenkirche, aus der breiten Gasse, der Gendarmerie-Hauptmann von Bauer an der Spitze von etwa vierundzwanzig Gendarmen zu Fuß und mehreren zu Pferd herandrach, und ohne vorhergegangene Aufforderung zum Auseinandergehen, ohne daß auch nur der geringste Exzeß stattgefunden hatte, die berittenen Gendarmen im Galopp einreiten ließ, und mit gefälltem Bajonette laufend vordrang. Alles floh sogleich

*) Vorliegender Aufsatz geht uns von achtbarer Seite zu, mit dem Wunsche, ihn, zur Beseitigung von irrigen oder Darstellungen, in der D. Z. abzudrucken. Obwohl wir bereits eine Reihe von Berichten über die bezeichneten Vorfälle mitgetheilt haben, so scheint es doch nicht unpassend, jetzt, nach Herstellung der Ruhe alles Wesentliche noch einmal so sorgfältig und um Einzelnen getrübt zusammenfassen, wie dies durch Augenzeugen und Theilnehmer des Ereignisses geschehen kann. D. Red.

Digitized by Google

auseinander, theils in die nächsten Straßen, theils in die offenen Thorgänge des alten Universitätsgebäudes. Allein auch hier drangen die berittenen Gendarmen ein und verwundeten einen Medicinstecher unter der Thüre des Bibliotheksaales der Academie. Die Nachricht dieses meuchlerischen Angriffes verbreitete sich mit Blitzesschnelle durch die Stadt und erregte eine unsägliche Erbitterung. Vorher war auch bekannt geworden, daß die Universität bis zum Wintersemester 18[illegible] geschlossen worden sei, auf welche Nachricht hin plötzlich die angesehensten Bürger von Haus zu Haus eilten und auf Nachmittag Ein Uhr eine allgemeine Bürgerversammlung im Rathhaussaale ansagten, um dort Mittel und Wege zu berathen, wie der durch die Schließung der Universität der Stadt drohende Nachtheil, sowie das harte Schicksal von den Studirenden abgewendet werden könnte. Zahlreich strömten die Bürger dem Rathhaussaale zur festimmten Stunde zu, und jeder sprach laut und zuversichtlich die Erwartung aus, daß der König den Bitten seiner treuen Bürger nachgeben, die Schließung der Universität wieder aufheben und den ungestörten Fortgang der Kollegien erlauben würde. Die erste Nachmittagsstunde war von den Bürgern deßhalb gewählt worden, weil bekannt war, daß die Gemeindevorordneten zu gleichem Zwecke um diese Stunde Sitzung hielten; sie nun ihre Maßregeln zu befragen, und im Falle die Gemeindevorordneten nicht energisch genug auftreten würden, dieselben zum energischen Verfahren zu bestimmen, war man zusammengekommen. Bürgermeister von Steinsdorf begab sich auf Bitten der Versammelten zum König, mit dem Versprechen, binnen einer Stunde, diese Frist hatten die Bürger ihm jetzt gesetzt, mit der Antwort des Königs zurückzukommen. Er traf den König nicht in der Residenz, kehrte aber genau nach Verlauf einer Stunde wieder zurück, weil, dies sind seine eigenen Worte, er sich nicht getraut habe, die Bürger über sein gegebenes Wort ohne Nachricht zu lassen. Nach stürmischer Debatte beschlossen die versammelten Bürger, sich vereint im Zuge auf den Residenzplatz zu begeben; der Bürgermeister suchte dies zu verhindern, indem er zweifelte, ob sie die Ruhe erhalten könnten? Allerdings, war die Antwort, wir erhalten die Ruhe, wir erhalten sie mit bewaffneter Hand! Darauf hin gab der Bürgermeister nach, bestimmte aber zuvor, daß man in derselben Ordnung und Ruhe in den Rathhaussaal zurückkehren solle, um dort — nicht auf dem Platze selbst — die Antwort des Königs zu vernehmen, und zwar mit Acclamation angenommen wurde. Um drei ein halb Uhr zogen nun die Bürger durch die Dienergasse in geschlossenem Zuge, Arm in Arm, in Civilkleidern, ernst und schweigend auf den Residenzplatz, wo sie sich, in Form eines Regimentes, in Linien aufstellten. Viele Tausende von erwartungsvollen Zuschauern aller Stände harrten hier mit ihnen ruhig und schweigend auf die Antwort, welche der Deputation zu Theil werden sollte. Die Deputation selbst wurde lange nicht vorgelassen, und nur den inständigsten und in der stehenden Stellung vorgebrachten Bitten der Prinzessinn Luitpold, welche sich mit ihrem Gemahl der Deputation freiwillig angeschlossen hatte, gelang es, der Deputation Zutritt zum Könige zu verschaffen. Ungeduld ungnädig empfing der Monarch die Deputirten und gab den Anschein, er wolle seine Entschließung den Bürgern später bekannt machen. Als die Deputation an der Spitze der Bürger zum Rathhause zurückkehrte, konnte man aus den ernsten traurigen Mienen Einzelner leicht die ungünstige Antwort ahnen. Auf dem Rathhaussaale angekommen, verkündete der Bürgermeister die Antwort des Königs, welche mit der ungeheuresten Erbitterung vernommen wurde. Schnell hatte sich die Antwort auch der zahlreich versammelten Menge auf dem Schrannenplatze mitgetheilt; und unter fortwährendem Pfeifen und Verrufen zog sogleich, um sechs Uhr Abends, ein Haufe von vielen Hunderten auf den Karolinenplatz, um in die Barerstraße und zum Hause der Gräfin zu dringen. Doch entwickelte die Gendarmerie wieder eine unbeirrbare Thätigkeit, war ja doch, was unglaublich klingt, aber durch mehrere tausend Zeugen bewiesen werden kann, während die Tausende von Bürgern unbewaffnet, ruhig und achtungsgebietend der Antwort ihres Monarchen entgegenharrten, obenangeführter Hauptmann Bauer mit seinen Gendarmen in einem sehr nahen und engen Nebengäßchen, dem Schramergäßchen, versteckt, wahrscheinlich, um bei der unbedeutendsten Gelegenheit, abermals wie am Morgen, gleich Blutbunden auf die schuldund wehrlose Masse einzuhauen und einzureiten! Auf dem Karolinenplatze durchbrach das Volk den Gartenzaun des Grafen von Bassenheim und drang bewaffnet mit den Latten des demolirten Zaunes im Rücken des dort aufgestellten Militärs in die Barerstraße, wo es von Gendarmen zu Fuß und zu Pferd empfangen wurde. Auch hier wurde wieder ein Mann aus der Menge, ein Gärtner, durch einen Bajonettstich verwundet, jedoch auch mehrere Gendarmen erhielten Stöße und Hiebe, zu einer derselben ward vom Pferde gerissen und übel zugerichtet. Während dieser Scenen schanten die „Alemannen“ ruhig aus den Fenstern des verhaßten Hauses, in sie spuckten sogar dem unmittelbar vor dem Hause aufgestellten Militär auf die Helme. Dies wußte aber der befehligende Officier schnell abzustellen, der Platz wurde bald geleert und die Massen zogen vor das Polizeigebäude. Dort verbarrikadirten sie sich mittelst der auf der Straße befindlichen Bauwaaen, rissen das Pflaster auf und zertrümmerten beinahe sämmtliche Fenster des Polizeigebäudes. Die Gendarmen machten vom Gebäude aus mehrere Ausfälle, richteten aber, wie es scheint, wenig aus. Endlich drängten die Kürassiere die Masse langsam vor sich her bis zum Schrannenplatze, wo sie sich zwischen 9 und 10 Uhr verlief. Die Nacht verging ohne weitere Störung, aber in der heftigsten Aufregung. Auf den nächsten Morgen um 8 Uhr war abermalige Versammlung im Rathhause im Rathhaussaale angesagt, sowie um die gleiche Zeit Versammlung der Studenten vor der Universität. (Schluß folgt.)

**München**, 14. Februar. Folgende Bekanntmachung wurde heute hier öffentlich angeschlagen: „Da sich hier unter andern beunruhigenden und aufreizenden falschen Gerüchten auch das verbreitet hat, daß in den jüngsten Tagen dahier mehrere Personen auf der Straße getödtet worden seien, so sieht sich der Magistrat auf Grund einer offiziellen Mittheilung der königl. Polizeidirektion vom Gestrigen veranlaßt, bekannt zu geben, daß der königl. Polizeidirektion nur drei Verwundungen zur Anzeige gekommen sind: die ganz unbedeutende Kopfverletzung des Kandidaten der Pharmazie, H. Meltzer aus Lübeck, die ebenfalls unbedeutende Kopfwunde des Medicinschers Grosser und die nicht lebensgefährliche Kopfwunde des Gärtnergesellen Pfau. Ein allgemein als todt bezeichneter Student, Fabre, hat nicht die mindeste Verletzung erlitten, und der Kandidat der Philosophie, G. Röhring aus Bamberg, welcher heute Abend beerdigt wird, ist in Folge einer schon länger anhaltenden Krankheit gestorben. Von der königl. Gendarmeriemannschaft sind drei Mann bedeutend verletzt worden und liegen dermalen krank darnieder. München, 14. Febr. 1848. Der Magistrat rc.“

**Augsburg**, 13. Feb. Der Nürnb. Korr. schreibt: Gestern Mittag ist die Leiche Lenaus hier, wo man vermuthet hatte, Station Passing kommend, mit dem Münchener Bahnzuge in dem hiesigen Eisenbahnhofe angelangt. Nur von Wenigen gekannt, verweilte sie kurze Zeit in der Restaurations des Bahnhofes und reiste, nachdem sie vorher noch Briefe geschrieben, nach Kufstetten, und zwar mit Extrapost, da der Bahnzug dahin erst in der Abendstunde erfolgt. Außer zwei anderen männlichen Begleitern waren auch drei „Alemannen“ bei ihr, wovon zwei mit ihr weiter reisten, einer aber von ihr Abschied nahm, um nach Donauwörth abzugehen. Sie hat sehr angegriffen aus. Ob sie es heilt, soll sie sich nur der Schwester, einem unserer Gerichtsvorsteher anch Italien begeben. (Die A. Z. sagt: Die Gräfin soll „während ihres Aufenthalts im Stationsgebäude zu Augsburg, wo sie ein Mittagsmahl nahm — zwar sehr bleich aussah, aber theils in deutscher, theils in französischer Sprache heiter und lebhaft sich unterhalten haben, namentlich auch über die jüngsten Vorfälle in München“.)

**Baden.** * Karlsruhe. (Kammerverhandlungen über die Bassermann'sche Motion [Schluß].)

Jung hanns anerkennt die würdige Haltung der Motion, erkennert aber, daß wir nicht nur vernichtende Blitze, sondern auch fruchtbaren Regen vom Bunde empfangen haben, in den ersten Jahren seines Bestehens. Als wir aber Luxemburg losgerissen, die Verfassung in Hannover vernichten sahen, ohne daß der Bund einschritt, da fühlten die Besten und Edelsten der Nation, daß dieser Bund nicht länger genüge, daß eine Aenderung eintreten müsse. Der eine Weg, der des Motionsstellers, ist ein deutsches Parament. Der zweite Weg ist die innere Kräftigung der Verfassung des Bundes durch Aenderung seiner organischen Gesetze. Der erste Weg führt über Biut und Leichen zu einer deutschen Gesammtmonarchie, er erstickt, was bisher eine Quelle von Wohlstand und Bildung war. Der andere Weg kann friedlich zum Heile führen, zur Kräftigung deutscher Nationalität nach Innen und Außen, wenn die einzelnen Staaten lebendige Repräsentativverfassungen haben. Der Redner hofft, die Kommission werde diesen Weg empfehlen, die Stände anderer Staaten würden ihrem Beispiele folgen, und in diesem Sinne unterstützt er die Motion.

Knapp erklärt sich gegen die Motion, obgleich er riskire, wegen seiner abweichenden Meinung als Landesverräther zum Schaffot verurtheilt zu werden. Wenn die Abstimmung im Parlamente nach der Volkszahl geschehen sollte, so wäre Baden eine Null, die Freiheit vernichtet. Durch ein deutsches Parlament würde den Ministern die Verantwortlichkeit abgenommen. Man spreche immer von Freiheit und Gleichheit, aber wo sie bestehe, da wolle man sie aufheben u. s. w. (Im Nr. 45, wo das Ergebniß der Abstimmung mitgetheilt ist, haben wir übersehen, den hier abgestimmen die des Abg. Knapp als die fünfte beizufügen, was nun hiermit geschieht).

**Baden.** Der H. Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Digitized by Google

hat und darauf aufmerksam gemacht, daß wir mit dem Antrage auf wichtige, heilige Rechte verzichteten. Darunter ist ohne Zweifel die Mitwirkung der Stände bei der Gesetzgebung verstanden. Wenn aber die Verhältnisse und Zustände bleiben, wie sie sind, so gehen diese Rechte verloren. Das allgemeine Bestreben der Zeit geht auf gemeinsame deutsche Gesetzgebung. Ich billige dies, weil nur die Einigkeit Kraft gibt. Aber jemehr dieses Bestreben vorschreitet, desto mehr nimmt die Bedeutung der Volksvertretung des Einzelstaates ab. Bei den Zoll- und Wechselgesetzen bleibt uns ein bloßes Veto, ein trauriges Recht. Die Frage, ob die Entwickelung einer deutschen Gesetzgebung nicht möglich ist mit Erhaltung der Wirksamkeit der Stände, ist der Erwägung werth. In diesem Sinne stimme ich für die Motion.

Weller. Die Motion ist eine Frage der Selbsterhaltung für Baden und Deutschland. Die Minister haben dies selbst zugegeben, indem sie aussprachen: das Schicksal Badens liegt im Schooße der Zukunft. Wenn ein wohlorganisirtes Glied einer Nation von 30 Mill. Vertrauen auf die Centralbehörde haben dürfte, so würden Sie nicht so sprechen können. Die Minister glauben selbst nicht, daß bei der nächsten Krise der Bund uns schützen werde. Sind wir in dieser Lage, dann handelt es sich um die Frage der Selbsterhaltung. Wenn Sie dies uns nicht glauben wollen, so glauben sie es den Feinden Deutschlands. Sagt man nicht täglich in Frankreich, die Verträge von 1815 gehen uns das Recht, daß Deutschland schwach und zerstückelt bleibe in appetitlich zubereitete Bröckchen, die wir bei der nächsten Gelegenheit bequem in den Mund stecken können? Spricht man mit Diplomaten im Ausland von Deutschland, so muß man, wie es mir ergangen ist, aus lächelndem Munde die Antwort vernehmen: „Sie träumen; auf welcher Karte steht denn Deutschland? Wir kennen ein Oesterreich, ein Preußen, ein Baiern; aber ein Deutschland kennen wir nicht." — Wir müssen die Motion unterstützen, wenn wir dessen eingedenk sein wollen, was man uns gelehrt hat, was jeder Knabe weiß: Consocrdia res parvae crescunt, discordia maximae dilabuntur; wenn wir die Gegner das altrömische divide et impera überall anwenden sehen. Wenn wir fragen: was war, was ist, was könnte Deutschland sein? so lautet die Antwort: so lange nur noch ein Schatten von Einheit in der Nation war, hat Deutschland Europa beherrscht. Zweitausend Jahre dauerte die Herrschaft, und sie wird abermal zweitausend Jahre dauern, wenn wir einig sind.

Minister v. Dusch widerspricht der Unterstellung, daß er kein Vertrauen auf die Zukunft von Deutschland und Baden habe; er glaubt nicht an die Prophezeiungen des Abg. Welcker und Weller; er weiß, daß Deutschland siegen wird in jedem Kampfe und fortbestehen in seiner Kraft und seinem Ansehen. In den Jahren 1814 und 1815 war ein Bund und waren keine Stände, und dennoch hat der freie deutsche Geist gesiegt. Deutschland ist im Kriege, und was noch mehr gilt, im Reiche des Geistes, Europa und der Welt bekannt. Die Welt dringt sich vor seinem Geiste, wenn man den Namen eines deutschen Mannes nennt: Alexander von Humboldt.

Welcker. Athenische Schulmeister in Rom.

Christ freut sich der Begeisterung und der Wahrheit, womit der H. Minister von Deutschlands Zukunft gesprochen. Er hat dieses Vertrauen auch für Baden, und würde mit Entschiedenheit gegen die Motion auftreten, wenn er glaubte, daß sie dahin führe, die deutsche Zuversichtlichkeit zu zerstören. Allein hier liegt nicht in der glücklichen Auffassung der Motion. Der Redner führt nun den Satz weiter aus: daß der Drang nach Einheit in Verbindung mit seinem besonderen Wesen Deutschland zum Weltsiege führen werde. Die Träger des deutschen Bundes aber hätten seine Weltrolle nicht begriffen. Daß für die allgemeinen, großen, wahren Interessen von Deutschland der Bund so gut wie Nichts gethan, sei Thatsache. Drei Viertheile des Jahres hindurch sei der Bund gar nicht vertreten. Der Vorsitzende ist regelmäßig nur 8 bis 10 Wochen im Jahre an dem Sitze des Bundes anwesend; während Europa in Zuckungen liegt, ist der Bund nicht vorhanden. Der Genius von Deutschland, Einheit verbunden mit Mannigfaltigkeit, soll in das Leben gerufen werden; darum unterstütze der Redner die Motion.

Buß. Der deutsche Bund war nach seiner ursprünglichen Anlage ein Zwischengebilde zwischen Staatenbund und Staaten-Staat oder Bundesstaat. In seiner weiteren Entwickelung ist der Gedanke des Staatenbundes abhanden gekommen. Es ist zu beklagen, daß in einer Zeit, wo andere Nationen als waffenstarke Einheiten auftreten, die deutsche Einheit ein Schatten geworden. Durch Schaffung eines deutschen Parlamentes werde aber nicht gebolfen, sondern durch Entscheidung eines „disparaten Elementes" größere Zerrissenheit herbeigeführt. Statt dessen sollte man eine Versammlung deutscher Männer zu einer Bundeskommission vereinigen und ihnen die Gegenstände, welche zu Gesetzen erhoben werden sollen, zur Vorberathung übergeben.

Die Abgeordneten, welche sich noch gemeldet hatten, verzichteten auf das Wort, die Diskussion wurde geschlossen und Scheffel's Antrag, die Motion des Abg. Bassermann voraus zu drucken und in den Abtheilungen zu berathen, wie schon berichtet, mit allen gegen fünf Stimmen angenommen.

* Karlsruhe, 16. Febr. Heute kam der Bericht des Abg. Weller über das Steuerausschreiben vom 13. Nov. vorigen Jahres zur Berathung. Aus den uns darüber zugegangenen Referaten, welche wir ausführlich erst morgen mittheilen können, heben wir vorläufig das Ergebniß der Statt gehabten Debatte heraus. Ein Antrag des Abg. Metz: das Ausschreiben als zur nachträglichen Zustimmung vorgelegt zu betrachten und an die Budgetkommission zu verweisen, wurde bei verlangtem Namensaufrufe mit 39 gegen 18 Stimmen angenommen und durch diesen Beschluß ausgesprochen, daß das Ausschreiben verfassungswidrig erlassen worden.

Von der Niederelbe, 12. Febr. Gestern waren in Kiel die nicht in der Ritterschaft exeipirten großen Gutsbesitzer versammelt und haben mit fast vollständiger Einstimmigkeit (nur eine Stimme war für eine Deputation an den König) beschlossen, keine Glückwunsch- und Konkurrenzdeputation an den König zu senden. Die Deputirten der Ritterschaft, die Grafen Rocenklow-Preetz und Baudissin-Neudnuk, haben sicherm Vernehmen nach von ihren Kommittenten Auftrag erhalten, der Sache des Landes, den Rechten der Herzogthümer energisch das Wort zu reden und eine unabhängige schleswig-holsteinische Verfassung zu fordern. Daß dergleichen Forderungen in Kopenhagen wenig Anschein auf Erfüllung haben, versteht sich; allein gewiß ist doch, daß, wenn die Deputation beim König vorgelassen wird, ihr Auftreten nicht ohne Wirkung auf denselben bleiben wird, denn der Graf Revcntlow-Preetz hat auf den jetzigen König, als er vor einigen Jahren mit demselben als Kronprinz sprach, einen außerordentlichen Eindruck gemacht, sodaß der Prinz in die Worte ausbrach: „Solch einen Mann habe ich in ganz Dänemark nicht!" (D. M. Z.)

Δ Frankfurt a. M., 14. Jan. In gemeinsam wohl unterrichteten Kreisen unserer Stadt unterhält man sich von einem im Schooße der Bundesversammlung stattgehabten Vorgange, mit dem es sich, nach dem, was darüber äußerlich rucbbar geworden, wie folgt verhalten soll. Es wäre daselbst, erzählt man, die Angelegenheit der Sabre; zur Berathung gelangt, in deren Betreff der Antrag gestellt war, Abberufungsmaßregeln von Bundeswegen anzuordnen, um das liebe Gesammtvaterland gegen die schlimmen Früchte des dort jetzt herrschenden Radikalismus zu sichern. Zwerst soll dieser Antrag, nachdem er durch alle Stadien der Geschäftsleitung gegangen, die wenig Anklang bei den Bundesregierungen gefunden haben, so zwar, daß bei der Abstimmung außer den Gesandt-schaften der beiden deutschen Großmächte, nur die Repräsentanten zweier andern Bundesstaaten — man nennt Hannover und Würtemberg — demselben ihre Zustimmung ertheilt haben. — Stoff zu einem andern Salongespräch bildet die Sendung des General v. Radowitz in der nämlichen Angelegenheit. Das Ergebniß derselben soll zu Berlin als ein vollständiger Mißerfolg betrachtet werden, um seinen Diplomaten hier in der guten Meinung gestattet haben, die man sonst allerhöchsten Orts von seinen Talenten hegte.

## Schweiz.

* Von Bern, 14. Febr. Mit der eben in Göttingen erschienenen Erwiderung Zachariä's „über die schweizerische Eidgenossenschaft, den Sonderbund und die Bundestreuloscn" dürfen Sie sehr zufrieden sein. Der Verfasser, eine der ersten Autoritäten, ist auf einem streng rechtlichen Standpunkt mit Ihrer mehr politischen Darlegung, die wohl zu den Schweizerfragen eingenommen haben, wesentlich im Einklang. Für sehr viele strenpuläse Gemüther, die sich von dem materiellen Rechte der Tagsatzung in ihrem Einschreiten gegen Sonderbund und Jesuiten nicht überzeugen wollten, wird diese bändige, gewissenhafte, in ihren Resultaten ternselbe Beleuchtung eine wahre Beruhigung sein; für die Karlsruher Zeitung, die die sonderbare Grille hatte, das formelle Recht der Tagsatzung gerade anzugreifen, bietet sie einen schönen Stoff zur Widerlegung, bei der mit den Phrasen über Radikalismus nicht ausgerichten ist, da hier ein sehr antiradikaler Rechtsgel-hrter uns mit den strengsten Waffen des allgemeinen und positiven Rechtes ficht.

Der Verfasser hat die erklärliche Abneigung gegen alle Stürzern und jetzigen Gewalthabereien der radikalen Partei in der Schweiz; aber er warnt sehr weise, mit dem Unrecht auf der Einen Seite nicht das der andern rechtfertigen zu wollen, „unser rechtliches Urtheil nicht durch Antipathien und Sympathien bestimmen", und nicht aus Furcht vor möglichem Unrecht in einem andern Falle, in einer andern Zeit uns selbst zu einer Ungerechtigkeit in diesem Falle und dieser Zeit verleiten zu lassen. Mit diesem Satze scheint mir Ihre bisherige Stellung vollkommen bezeichnet zu sein. Sie haben sich von Rücksichten auf die Unrechtlichkeiten der radikalen Partei in einzelnen Kantonen

Digitized by Google

und bei den Freischaarenzügen nicht irren lassen, die Rechtlichkeit der Tagsatzungsbeschlüsse in Bezug auf die Sonderbundsfrage energisch zu verfechten, gleichgültig ob dabei Radikale und Freischärler mitwirken oder nicht. Es thut auch Zachariä. Er weiß das formelle Unrecht des Sonderbunds nach aus seinem offenbaren Widerspruch mit dem Bundesvertrage und dessen positiven Bestimmungen, und weil ein Staat im Staate, ein Bund im Bunde „etwas so falschthün Unvernünftiges ist, daß, wenn auch der Bundesvertrag keine ausdrückliche Bestimmung darüber enthielte, die formelle Rechtswidrigkeit sich doch von selbst verstände.“ Er weist es nach aus der Widerseitigkeit des Sonderbunds selbst gegen die verschiedenen Schritte der Tagsatzung, die so schneider Art war, daß es sich um den fernern Bestand des legitimen Bundesorganes handelte, so handgreiflich ungesetzlicher Art war, „daß das Princip der Legitimität dem Sonderbund von vornherein sein Urtheil hätte sprechen müssen, daß jede Rede, die ihn im Gebrauch oder öffentlich zu unterstützen hätte geneigt sein mögen, sich selbst hätte sagen müssen, daß sie damit dem Revolutionsprinzip eine Konzession mache und mit ihren eignen Grundsätzen in Widerspruch gerathe.“ Der Verfasser weist ferner das materielle Unrecht des Sonderbunds nach und erörtert dabei einzeln die drei Vorgänge, die als Rechtfertigungsgründe der Aufstellung desselben angeführt werden sind: die Aufhebung der Aargauer Klöster, die Freischaarenzüge und die Jesuiten. Er verwirft die Maßregel gegen die Klöster in Aargau als eine Verletzung des Bundesvertrags; aber eine solche Verletzung vernichte darum nicht den Vertrag und entbinde nicht die Glieder des Bundes ihrer Pflichten; Ein Unrecht könne nicht das andere rechtfertigen, sonst wäre auch eben diese Klosteraufhebung durch den vorausgegangenen Aufstand im Freiamt entschuldigt. Die ähnliche Ansicht gilt von den Freischaarenzügen. In Bezug auf die Jesuitenfrage geht der Verfasser sogar weiter als Ihre Zeitung. Wenn ich in und zwischen Ihren Zeilen recht gelesen habe, so würden Sie es der Freiheit einer Republik angemessener gefunden haben, wenn man, wie in Belgien der Fall ist, der Staatshilfe und äußeren Gewalt gegen den Ultramontanismus nicht bedurft hätte, wenn man den weit radikaleren Weg hätte einschlagen können, den Jesuitismus, wie Sie es einmal ausdrückten, aus den Gemüthern zu vertilgen. Aber dies verlangte eine geistige Freiheit, die doch nirgends schon vorauszusetzen ist, auch ihrer jungen Vorgangerheit, in der Schweiz. Die neuere Verfassung hat gesiegt, wie das Volk dort der fanatischen Verleitung blosgestellt ist, und wie dies auf den Staat und seine Sicherheit und Ruhe zurückgewirkt hat. Sog die Ausweisung der Jesuiten an sich nicht in der Kompetenz der Tagsatzung — so führt Zachariä diese Frage aus — so erwuchs diese Sache doch zur Kompetenz derselben durch ihre gemeingefährliche Bedeutung, die sie erhielt. Die Verpflichtung der Tagsatzung, die Ruhe und Sicherheit der Schweiz zu wahren, ist in dem Bundesvertrag (Art. 4. 8.) nicht auf bestimmte Fälle beschränkt; nur die Tagsatzung selbst kann über die Frage entscheiden, ob diese Sicherheit bedroht sei, eine selbstverständene Befugniß, die auch durch die Analogie ausdrücklicher Bestimmungen der deutschen Bundesakte gerechtfertigt ist. Wäre die Ausweisung der Jesuiten unverfassungsmäßig, so wäre es auch ihr Beschluß gegen die Freischaaren und früher gegen die politischen Flüchtlinge. War auch die unmittelbare Schuld der Jesuiten an den Unruhen und Erschütterungen der Schweiz durch Kantonalpunkte und Freischaaren nicht erwiesen, so kam es auch bei einer „solchen politischen, eine Bestrafung der Einzelnen nicht involvirenden Maßregel nur darauf an, daß ihre Anstrebung die unläugbare Ursache einer Reihe traurigster Ereignisse war“, und bei der politischen Pflicht der Tagsatzung, Sicherheit und Ruhe zu überwachen, hätte es „selbst die allgemeine Gerechtigkeit nicht befriedigen können, wenn dieß die Verletzungen der allgemeinen Sicherheit verhindert, und nicht zugleich die Ursachen, welche die Leidenschaften aufregen und die Ruhe zu ungerechtfertigten Schritten hinreißen, beseitigt worden wären“. In Bezug auf die vortreffliche einzelne Ausführung muß ich natürlich Ihre Leser auf die Broschüre selbst verweisen. Weder die Schrift, noch ihre Hinweisung auf dieselbe erscheinen zu spät. Denn es ist nie zu spät, gesunde Vernunft anzunehmen, die in diesen Fragen so Viele bis heute verschmähten. Die loyalsten Leute können sie von diesem Verfasser annehmen, der sich in der Vorrede mit aller Schärfe, und mit Recht, gegen die Prostitution und Brandschatzung der Anhänger der frühern Regierungen in einigen Sonderbundskantonen und bei jeder Gelegenheit als einen Mann des strengsten Rechts erklärt. Zu spät ist die Schrift auch namentlich nicht in Betreff der Interventionsfrage, die in einem besondern Kapitel mit eben der Entschiedenheit behandelt ist. Möchten die Schweizer diesen Gegner der Intervention, weil er konservativ ist, nur nicht ebenso behandeln wie Ihren Mckarkorrespondenten. Sind denn die Köpfe in der Schweiz wirklich, wie Hr. Thiers sagt, so hart, daß sie die Absicht dieses Ehrenmannes mißkennen sollten, den Wächtern ihrer Interventionen aus ihrem eignen konservativen Standpunkte zu verleiden? so hart, daß sie nicht einsehen sollten, ein solcher Gegner der Interventionen müsse eben darum bei den Mächten desto mehr Eingang finden, je weniger er der „Berner Zeitung“ gefällt? Was soll es denn bedeuten, daß Hr. L. Snell den Präsidenten der Tagsatzung sogar auf diese Artikel hinweisen läßt, als auf Provokation der Interventionen? Man muß, scheint mir fast, ein böses Gewissen haben und sich einmal getroffen fühlen, um auf diese Artikel so zu antworten, wie Hr. Snell und die Berner Zeitung thut. Beruhigen Sie sich über die Absage solcher Korrespondenten, die so klare Absichten nicht allein nicht verstehen wollen, sondern auch Ihren ausdrücklichen ehrenhaften Erklärungen noch geradezu zu widersprechen wagen.

Bern, 2. Febr. Einen sehr wichtigen Beitrag zur gründlichen Beurtheilung der frühern und jetzigen Zustände in den ehmaligen Sonderbundskantonen werden die Schlußberichte der eidg. Repräsentanten liefern. Der erste derselben, von den Repräsentanten in Zug, den HH. Hoffmann und Hegetschweiler, ist in diesen Tagen dem Bevort eingesandt worden. Ich bin im Fall, Ihnen denselben mittheilen zu können. Er ist vom 31. Januar datirt und lautet also: Tit. Am Ende unserer Mission, womit die hohe Tagsatzung unterm 20. Nov. v. J. uns beehrte, sind die uns am 22. Nov. in Zug eingesetzte machte, erstatten wir unsern Schlußbericht in der tröstlichen Ueberzeugung, daß auf diese Epoche unserer hiesigen Wirksamkeit dem Kanton Zug eine wesentlich günstigere Zukunft sollen vorgezeichnet werden. Wir erkannten uns vorerst, ehe wir auf den Zustand unserer Aufgabe in Kanton Zug selbst sprechen, unsere Pflicht darauf die frühern Verhältnisse derselben, die eine Okkupation stattfand, zu nehmen. Abgesehen von den wiederwärtigen Zuständen, welche sich der Kanton Zug durch seinen leichtsinnigen Beitritt zum Sonderbunde bereitete, war derselbe in einer Gährung versetzt, die alle Anstrengungen für sichere Kantonsverhältnisse vollständig lähmte. Die Verfassung vom J. 1814 fürchtet nämlich vor: daß nur auf den Vorschlag des mit fünf Sechstheil ausdrücklich dafür stimmenden vollzähligen Kantonsrathes irgend welche Verfassungsänderung vorgenommen werden dürfe. Diese Bestimmung, sprechen natürlich vor jenem erneuerten Versuche einer Verbesserung der bestehenden zurück. Zudem spalte es an einer tüchtigen Leitung und Einigung, und der bewährte einzige mögliche Weg, je etwas Besseres zu gelangen, der Weg der gütlichen Einigung, konnte nicht leicher Weise nicht betreten werden. Hemmnisse anderer Art standen mehrfach allen — selbst von den einsichtigsten Regenten als nöthig erachteten — Verbesserungen entgegen. Unter diesen führen wir namentlich an, daß bei einer Bevölkerung von etwa 15 bis 16000 Seelen, in Zug etwa zwischen 35 und der Landrath aus 165 Mitgliedern bestellt wurde, so daß jede, wenn auch nicht bedeutende Familie im Kanton dabei vertreten war, insofern sie der verschiedenen politischen Richtung huldigte. In den engern Gebieten kann, wenn auch nicht verfassungsmäßig doch faktisch, eine Konzentration der Gesetz- und Schlimmste dabei war, daß die Mitglieder der obersten Kantonsbehörde zugleich auch in der Regel den Grundeigerath ihrer Gemeinde bildeten und die Verwaltung derselben in jener Richtung leiteten. Es mag dies hinreichen, um erklärlich zu machen, daß auf alle Weise jede Verbesserung dieser sich von selbst konservirende Gliederung der Behörden von Oben bis Unten erschütternd und Besserem den Weg bahnen konnte, zugleich aber auch den langsamen Gang des Reparationsgeschäftes in den Gemeinden verschuldete. Nachdem die Repräsentanten die bekannten Vorgänge bis zur Bestellung der neuen Regierung und der Wiedervereinigung mit der Tagsatzung erzählt haben, fahren sie fort: Begreiflicher wie nun zum Schlusse den jetzigen Kanton Zug mit dem frühern vergleichen. Art. 22. Nov. 1847 bis heute 1848. 1) Verfassungsänderungen: 1) Abschaffung der Landsgemeinde, die zwar seit 1814 nur noch Wahlgemeinde, aber als solche nur das bisherige Verfahren weniger Familien der regierenden Partei war. 2) Verminderung der frühere so zahlreichen und bedeutenden Behörden, durch einfache Uebertragung derselben. 3) Trennung der richterlichen, verwaltenden und vollziehenden Gewalt, die früher ewig vom Kantonsrath ausgeübt wurde. 4) Oberaufsicht des Staates über geistliche und weltliche Korporationen und Gemeindeverwaltungen, sowie über die Jugenderziehung, die zwar schon in der alten Verfassung anerkannt, von der Behörde aber nie erkannt wurde. 5) Oberaufsicht des Staates über das Vormundschaftswesen. 6) Ueber Regulirung der Niederlassungsverhältnisse von Nichtkantonsbürgern ist ein Gesetz vorhanden und nun eine Gesetzrevision werden wird. 7) Direkte Besteuerung des Vermögens, während früher, wenn die indirekten Steuern nicht ausreichten, die Gemeinde gewöhnlich mit Beisteuerung ihrer Gemeindegüter das Defizit auf die Zahl ihrer Repräsentanten nach Kopfsteuer vertheilte. 8) Freie Niederlassung, Ehe- und Gewerbefreiheit, während diese früher durch ein exorbitantes Gesetz erschwert war. 9) Freies Petitionsrecht. 10) Oeffentlichkeit der Verhandlungen des Gr. Rathes rc. Diese eingetretenen Verbesserungen, sich der Zustimmung der bedeutenden Mehrheit der sogenannten Besserdenkenden zu erfreuen haben. Ihren Abschwächungsgrad und Erfprießlichkeit für den Kanton auch von den Anfangs Widerstrebenden täglich mehr erkannt wird, stehen ohne Zweifel dem Kanton Zug für die Dauer eine dieselbe Ruhe und Ordnung sichernde Verfassung in Aussicht. Es bleiben nun noch 2 Punkte die zu ihrer Erledigung der Kontrole des 3. Berorts überlassen, nämlich 1) die Frage der Entschädigungen in Baar und Menzingen, welche, sowiel bekannt, dem Orden zum Herzen Jesu angehören sollen, welche aber bis jetzt ohne offizielles Vernehmen und Approbation der geistlichen Oberbehörde ihren Aufenthalt im Kanton Zug hatten; und 2) die Erfüllung der Verpflichtung, laut Kapitulation, für Herstellung der Brücken an der Reuß und Sihrd, worüber Einleitungen getroffen sind. In Folge des Tagsatzungsbeschlusses vom 26. Jan. und dadurch hervorgerufenen Weisung vom 27. Jan. konnten heute die Okkupationstruppen den Kanton Zug räumen, und die Unterzeichneten ihre Mission als geschlossen betrachten.“

Digitized by Google

Bern. Heute den 15. Febr., wird in der Tagsatzung die Antwortsnote auf die bekannte Triplenote zur Behandlung kommen und die heutige Sitzung sehr wahrscheinlich die letzte sein.

Luzern, 14. Febr. Die medizierte Verfassung ist mit 12,431 gegen 5,122 Stimmen angenommen worden. An der Abstimmung nahmen 17,826 Bürger Antheil. (Die Gesammtzahl der Stimmfähigen beträgt circa 26,000.) Nur in zwei Wahlkreisen überwog die Zahl der Verwerfenden diejenigen der Annehmenden; im Kreise Hasenburg um 43 Stimmen und im Kreise Weggis um 44 Stimmen. Die mutzwürdige Erscheinung ist, daß im Wahlkreise Sursee, wo neulich wiederheit und beharrlich ein ganz konservatives Gericht gewählt wurde, nur 12 Stimmen für die Verwerfung fielen, während 710 Stimmen annahmen. (N. Z. Z.)

Bern. Eidgenössische Tagsatzung, 14. Febr. Schaffhausen, Bern und Basellstadt stimmen zu Art. 2 des Dekrets betreffend Landesverräther und Amnestie, wodurch derselbe die Mehrheit für Verhelfung möglichst umfassender Amnestie erhält. Sodann war die 3. Versammlung mit Entlassungsbegehren eidg. Offiziere beschäftigt.

## Großbritannien.

London, 13. Febr. Für das Verhältniß zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten ist eine Korrespondenz sehr bezeichnend, welche in Betreff der auf einem englischen Dampfer bewerkstelligten Rückkehr des Paredes nach Mexiko zwischen Hrn. Bancroft und Viscount Palmerston gewechselt und jetzt vom Morn. Chr. zur Oeffentlichkeit gebracht worden ist. Der Brief George Bancrofts ist vom 8. Okt datirt. „Der Kapitän May, Befehlshaber des Dampfschiffs Tweed, trifft es in diesen Gewässern bald, Mißbrauch treiben mit den ausgezeichnetsten, von der amerikanischen Regierung den britischen Postdampfschiffen gewährten Vorrechten, vergangenen August den General Paredes, letzten Präsidenten von Mexiko, Urheber des Krieges mit den Ver. Staaten und deren erbittertsten Feind, heimlich nach Vera Cruz eingeschleppt. Bekanntem Verordnungen gemäß hätte der Tweed konfiscirt werden können; man erwarte von fernerer jedoch von der britischen Regierung, daß sie eine solche Maßregel unnöthig machen werde, indem sie dem Kapitän May oder seine Untergebenen im britischen Dienste stürzen, ferner wie diese entlasse oder sie in der Art bestrafe, daß dadurch die Mißbilligung der britischen Regierung mit deren Anführung offenbar werde. Hierauf erwidert Palmerston sehr freundlich: Die britische Regierung habe keinen zu Direktoren der K. Postdampfschiffsgesellschaft die Weisung ertheilt, unverzüglich den Kapitän May seines Dienstes zu entheben und überhaupt öffentlich und entschieden jede Handlung ihrer Beamten als strässich zu bezeichnen, welche als ein Freundlich gegen die Regierung der Ver. Staaten betrachtet werden könne" u. s. w. Wie ganz anders würde das Antwortschreiben Palmerstons lauten, welche Noten würde es hüben und drüben gerügen, und wie würden die Batterien der journalistischen Polemik von beiden Seiten des Kanals gespielt haben, wenn Frankreich durch seinen Gesandten in ähnlicher Sache ähnliche Forderungen und Wünsche an Palmerston gerichtet hätte.

Ferner hat Palmerston dem Hause der Gemeinen soeben den zwischen ihm und Bankrott gestogenen Briefwechsel in Betreff der Schiffsabtretgesetze mitgetheilt. Das Schreiben Hrn. Bancrofts ist London, 3. Nov. 1847, datirt. Der nordamerikanische Gesandte fragt bei Palmerston an, ob die großbritannische Regierung wohl geneigt sei, die verbandenen, den internationalen Verkehr beschränkenden Verordnungen aufzuheben und fährt dann fort: „Allgemeine Wechselseitigkeit in ausgedehntestem Sinne des Worts sei in den Augen der nordamerikanischen Regierung einzig und durchaus geeignete Basis für den Handelsverkehr zwischen zwei großen Nationen. Sollte nun die britische Regierung ähnlicher Ansicht sein, so schlage er vor, daß die beiderseitigen fremden Regierung vor, daß britische Schiffe aus jedem Hafen der Welt nach jedem Hafen der Ver. Staaten frei handeln und aufgenommen, geschützt und in Betreff der Hafengelder und Zölle ganz so behandelt werden sollen, wie amerikanische, vorausgesetzt, daß gleiche Freiheit amerikanischen Schiffen gestattet werde, frei aus jedem Hafen der Welt nach jedem im Umfange der britischen Besitzungen liegenden Hafen segeln und handeln zu dürfen. Die Beseitigung der Handelsbeschränkungen würde für die materiellen Interessen beider Länder gleich vortheilhaft sein, da Bande der Art verwandtschaftlichen Sinn noch verstärken und als eine neue Bürgschaft für den Weltfrieden erscheinen". In seinem Antwortschreiben gesteht Lord Palmerston: „Meine Gegenstand hat bereits die ernstliche Aufmerksamkeit von Ihrer Maj. Ministern auf sich gezogen, und wir bemerken mit Vergnügen, daß die Ansichten, die in Betreff seiner die unsrigen sind, von der Regierung eines Landes getheilt werden, mit welchem wir durch die Bande eines ausgedehnten Handelsverkehrs und gemeinsamen Ursprungs so eng verknüpft sind. Zwei Punkte aus mit sind nicht sür aufrichtig; wenn wir uns nicht über Bedingungen einigen, welche von einigen der wichtigsten Grundsätze der bestehenden Schiffahrtsgesetze abweichen, insofern nicht vorher die Gutheißung des Parlaments dafür erlangt worden; aber es ist unsere Absicht, dem Parlament ohne alles unnöthige Hinausschieben Maßregeln vorzuschlagen, welche uns in Stand setzen dürften, unsern Handelsverkehr in Betreff der in Ihrer Note berührten Objekte auf die möglichst freisinnige und umfassende Basis zu stellen gegenüber allen Ländern, welche geneigt sein sollten, in entsprechendem Sinn auch gegen uns zu verfahren".

Den 11. Febr. sprang im Hause des Hrn. Riley, eines Mechanikus in Manchester, ein Dampfkessel; das ganze Gebäude fiel in Trümmer, unter denen 18 bis 20 Personen begraben wurden. Sieben Personen hat man bereits todt, sechs andere schwer verwundet hervorgezogen.

## Frankreich.

Paris, 14. Febr. Mehr als hundert Landtagsabgeordnete von der Opposition waren gestern unter dem Vorsitz des Hrn. Odilon Barrot versammelt, um über das Verfahren zu berathen, welches die Minorität der Kammer in der gegenwärtigen Lage der Dinge einzuhalten habe. Zuerst wurde beschlossen, den Gedanken an den Austritt in Masse aufzugeben, indem der Ernst der Ereignisse des Tages der Opposition zur Pflicht mache, auf ihrem Posten zu bleiben. Zweitens wurde, und zwar einstimmig, der Beschluß gefaßt, durch ein Zweckessen gegen die Befugniß zu protestiren, welche die Regierung beanspruche, die Reformversammlungen zu verbieten. Schließlich kam man überein, daß kein Mitglied der Opposition sich der großen Deputation anzuschließen habe, welche die Absicht heute Abend dem König überbringen wird. Den Text des Manifestes, durch welches diese Beschlußnahmen bekannt gemacht werden, bringen wir morgen. Die Vorbereitungen zu dem Reformschmause werden inzwischen eifrig fortgesetzt. Auch die Nationalgarde sucht man so nahe als möglich dabei zu betheiligen. Zu diesem Zwecke ist eine Versammlung von etwa 100 Offizieren derselben veranstaltet, welche übereingekommen sein sollen, dem Feste nicht bloß selber in Uniform beizuwohnen, sondern auch ihre Kompagnien einzuberufen, um durch dieselben, in Uniform aber ohne Waffen, zu Ehren der Gäste aus den Kammern Spalier bilden zu lassen. Die Regierung überreizts ist auch nicht unthätig. Der National sagt sehr sogar nach, daß sie Anstalten treffe, um für den Fall eines Zusammentreffens eine nachgemachte, aus Polizeileuten zusammengesetzte Nationalgarde aufzubieten. Die Pariser Luft ist schwül, die Stimmung gespannt und der Graben, daß es demnächst zum Schlagen kommen werde, scheint bereits ziemlich allgemein zu sein.

## Spanien.

Espartero hat Madrid am 5. wirklich verlassen, um sich nach seinem Geburtsorte in der Provinz Logroño zu begeben, wo er vermuthlich die Entwickelung der Ereignisse abwarten wird, die sich in Madrid neuerdings vorbereiten. Die Organe der Regierung sprechen von Verschwörungen, von Plänen des Umsturzes, von Entwürfen gegen den Thron und die Person der Königin Isabella; die Progressisten leugnen dergleichen, alle diese Gerüchte seien bloße Erfindungen der herrschenden Partei, lediglich darauf berechnet, neuen Gewaltmaßregeln die Bahn zu brechen, neue Staatsstreiche gegen die Volksfreiheit und gegen die Opposition zu führen. „Sie haben nicht genug daran gehabt, sich das Ecu bei Comercio aus, der Zahre lang die blutige Rolle des Henkers zu spielen, ihre grausamen Gelüste sind noch nicht befriedigt. Hinrichtungen, Verbannungen, öffentliche und heimliche Mords, Ungerechtigkeiten, Verräthereien, Verbrechen jeder Art, Absagungen, die Verwirklichung der treuen Verheißungen des verfassungsmäßigen Thrones zum Hungerlohe — das sind die Leistungen, mit welchen ihre treulose Unanhänglichkeit den großmuthigen Gesinnungen unserer Partei bezahlt hat, welchen ihre Gegner Kriegsrecht von und erstehen. Ihre Ausschweifungen und Missthaten sind vielleicht noch nicht groß genug, um ihnen in der Geschichte den Ruf der Nero und Kaligula zu geben, den sie verdienen, und so werfen sie sich denn von Neuem in die Bahn der Ränke und Intriguen, um bei der Wiederkehr der antinationalen Pläne zu entwickeln." Jener „großmüthige Bestand", von welchem das Ecu del Comercio spricht, ist kein anderer als derjenige, welchen die Progressisten der Christinischen Partei bei dem Sturze Esparteros geleistet haben. Daß sie damit bestraft worden sind, ist ganz in der Ordnung, denn die Simpelei in der Politik ist auch ein Verbrechen, und wir unsererseits finden nicht, daß die Progressisten, abgesehen von dem Interesse der Sache, mehr leiden als sie von Rechtswegen verdient haben.

Die in Spanien so oft geräumten „französischen Sympathien" Spaniens sprechen sich in dem genannten Blatte in einer so bezeichnenden Weise aus, daß wir uns nicht versagen können, mit den Worten desselben eine Schilderung der Stimmung zu geben, welche in der großen Mehrheit des spanischen Volks Frankreich gegenüber vorherrscht. „Den französischen Blättern zufolge, sagt das Ecu, hat der neue gewag zu jedwede Louis Philipp erregt, den unterthänigsten Bitten unserer Staatsverwaltungsrathe nachgegeben und zu erlauben, daß Hr. Bermudez, Generalinspektor der französischen Marine, in einem unserer Häfen eine Schule für Seeingenieurs errichte. So gestalt es uns! Französisches System, französische Gesetze, französische Moden, französischer Dünkel, französischer Südergeschmack, französischen auf dem am Pole herrschenden Geschmack, aber den schon oft Klage geführt worden), eine französische Prinzessin, und damit Nichts fehle, die Direktion unserer Marineanstalten durch dieselben, welche uns bei Trafalgar sieg im Stich ließen und den Untergang unserer Flotte verursachten, zu Schmach und Schande! Man sollte den spanischen Namen verläugnen. Beschreibt sein die, welche und so beschimpfen, vielleicht für eine Handvoll Gold, oder um die Ermerung unserer Nationalität, den Tod unserer Unabhängigkeit vorzubereiten! Fluch und Verderben!" Ohne Zweifel, das ist Uebertreibung,

Digitized by Google

## Zwei Erklärungen deutscher Staatsmänner über die Bundesverfassung.

Die Motion Bassermanns wird in ganz Deutschland einen um so tieferen Eindruck hervorrufen, jemehr alle politischen Verhältnisse der Gegenwart, alle ungelösten Streitfragen der auswärtigen und innern Politik auf eine festere Verknüpfung deutscher Länder zu einem starken Ganzen hindrängen. Es ist daher von hohem Interesse, zu vernehmen, wie sich die Politik der deutschen Regierungen darüber ausspricht, ob sie noch immer jedes Verlangen nach einer Bundesreform, wie ein roh nol no tangere zu umgehen sucht. Von badischer Seite erklärte der Staatsminister von Dusch bei Begründung der Bassermannschen Motion:

Ich will und kann nicht auf das Einzelne der soeben vernommenen ausführlichen Begründung eingehen, auf welche gar Viel zu erwidern wäre, obwohl ich, was Edles darin in Bezug auf die Bedürfnisse für das Wohl und die Sicherheit des allgemeinen deutschen Vaterlandes gesagt ist, keineswegs verkenne. Ich muß Sie aber, meine Herren, aufmerksam machen auf das Bedenkliche der Bahn, auf welche mit Ihrer Berathung zu führen scheint. — Die Begründung des Antrags sagt es klar, daß es dabei auf eine völlige Umgestaltung der Verfassung des deutschen Bundes abgesehen ist, auf die Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat. Der Antrag geht nicht etwa bloß auf eine engere Verknüpfung, auf eine festere Umschlingung, sondern auf eine gänzliche Aufhebung und Verwerfung des deutschen Partikularismus, der so all ist als die Geschichte der Deutschen, und den auch der deutsche Bund nicht aufgeben wird. Man schlägt Ihnen vor, Sie sollen bitten, daß Ihnen der größte, der wesentlichste Theil Ihrer verfassungsmäßigen Rechte entzogen, daß $^{32}/_{39}$ Theile davon auf Andere übertragen werden, und — täuschen Sie sich nicht — daß sonziehe in unausthaltsam fortgehender Entwickelung Baden aus einer blühenden Selbständigkeit zu einer verklammerten Grenzprovinz herabsinke. — Von dem Standpunkte der badischen Verfassung aus, meine Herren, auf dem Sie allein hier stehen, müßten Sie daher wohl Bedenken tragen, sich einer solchen Berathung hinzugeben. Die fernere nothwendige Entwickelung des deutschen Bundes liegt im Schooße der Zukunft und wird Deutschland nicht fehlen. Unsere Pflicht ist es aber, die Rechte zu bewahren und den Bestand fest zu halten, zu deren Hüter wir aufgestellt sind. Unsere Pflicht ist es, Sie zu warnen, nicht den festen Boden zu verlassen und zu verlieren, um Ihren Sinn unpraktischen, vagen Entwürfen zuzuwenden; unsere Pflicht ist es, Ihnen zu sagen, daß wir in ernste Erwägung ziehen müßten, ob wir Theil an einer weiteren Berathung über einen solchen Antrag nehmen könnten.

Wenige Tage zuvor hatte der Vertreter der preuß. Regierung, Hr. v. Bodelschwingh, im Ver. Ausschüssen gegenüber sich über die wahre Bedeutung des deutschen Bundes aussührlich ausgesprochen; es handelte sich um Strafbarkeit der Verbrechen gegen den deutschen Bund, und Bodelschwingh hatte die Fassung des Strafgesetzentwurfs gegen die Angriffe der Abtheilung zu vertheidigen. Er that dies mit folgenden Worten:

Die geehrte Abtheilung der hohen Versammlung bekämpft die Wiederaufnahme dieser Paragraphen und zugleich den Inhalt derselben zunächst aus theoretischen Gründen. Sie führt an: 1) „der deutsche Bund sei kein Staat, sondern ein Bündniß unabhängiger Staaten; es seien ihm, den Unterthanen der deutschen Staaten gegenüber, keine Souverainetätsrechte übertragen." Nun ist es zwar richtig, daß Deutschland kein Bundesstaat, sondern ein Staatenbund ist, aber, meine Herren, kein willkürlicher Staatenbund, sondern ein Staatenbund, der eine tausendjährige Geschichte für sich hat. Die deutschen Staaten schlossen diesen Bund nicht zufällig; nein, es sollte im Wesentlichen hergestellt werden, was tausend Jahre bestanden und nur durch das Deutschland am meisten erniedrigende Ereigniß während sieben Jahre aufgelöst war. Der neue Bund war die nächste Frucht der Wiedererhebung des deutschen Vaterlandes durch die Freiheitskriege, also ist er ein Staatenbund von höchster Autorität und Wichtigkeit. Ich behaupte aber auch, daß, so weit es auf seine Integrität und innere Sicherheit, also auf sein Bestehen ankommt, die Souverainetätsrechte ihm nicht fehlen. Dies begegen mehrere Paragraphen der Bundes- und Schlußakte, dies beziegt der eben vorgelesene Beschluß deutlich. Derselbe nimmt das Recht der Souverainetät in Beziehung auf die angeführten Gegenstände ausdrücklich in Anspruch, unbeschadet der Souverainetät der einzelnen Bundesstaaten für alle übrigen Fälle. Deßhalb muß ich diesen ersten Satz, als nicht vollkommen richtig, bestreiten.

Der zweite Grund lautet: „die Bundesakte sei ein Vertrag der souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands und könne die Verhältnisse der regierenden Fürsten zu ihren Unterthanen ordnende Staatsverfassung." Ich kann auch diese Behauptung nur mit der bereits bezeichneten Modifikation anerkennen. Die deutsche Bundesverfassung ist ein integrirender Theil der Verfassungen aller deutschen Staaten, ja sie ist mehr als dies, sie ist die Basis derselben. Alle können und die Verfassungen der deutschen Staaten nicht als unabhängig von der Bundesverfassung denken. Was würde aus den kleineren deutschen Bundesstaaten werden in dem Augenblick, wo sie sich von dem Bunde losſagten? oder wo sich der Bund auflöste? Unabsehbare Veränderungen würden die Folge sein. Ja, meine Herren, die Bundesverfassung ist ein integrirender Theil aller deutschen Verfassungen; die Bundesverfassung und die Landesverfassungen sind auf das Innigste miteinander verbunden. Auch dieses ist in dem Beschlusse der Bundesversammlung anerkannt, den ich eben verlesen habe.

Die Abtheilung behauptet drittens, „es existire kein Gebiet des deutschen Bundes in der Bedeutung eines Staatsgebietes". Daß ein Bundesgebiet mit bestimmten festgezogenen Grenzen existirt, wird Niemand in der hohen Versammlung bezweifeln; die Frage, ob man es ein Staatsgebiet nennen darf oder nicht, würde in eine Erörterung sehr theoretischer Art führen, denn es müßte erst der Begriff des Staates philosophisch entwickelt werden; ich glaube aber nicht, daß es daraus hier ankommen kann. Denn wenn es ein Bundesgebiet gibt, so folgt daraus, daß dies entweder intakt oder verletzt sein könne; handelt es sich also um ein Verbrechen gegen die Integrität des Gebietes, so ist es gleichgiltig, ob wir es Bundesgebiet oder Staatsgebiet nennen; ein Gebiet ist es in bestimmter Abgrenzung, und wer dieses angreift, verletzt das Bundesgebiet.

Die geehrte Abtheilung hat aus diesen Vordersätzen verschiedene Konsequenzen gezogen, die ich ebenfowenig zugestehen vermag.

Sie hat zuerst angeführt: erstens „eine gewaltsame Auflösung des deutschen Bundes und eine Aenderung des Bundesvertrages durch einen Dritten lasse sich nicht denken, weil ein Vertrag überhaupt gegen den Willen der kontrahirenden Theile durch einen Dritten nicht aufgelöst werden könne". Ich muß bekennen, daß ich das nicht recht verstehe. Handelt es sich blos darum, ob ein Dritter den deutschen Bund ohne Mitwirkung der Bundesglieder de jure auflösen kann, da mag das Gutachten Recht haben; handelt es sich aber darum ob er durch einen Dritten faktisch aufgelöst werden könne, dann hat es gewiß vollkommen Unrecht. Hier aber, wo es sich um das Bedecken des Hochverraths handelt, brauchen wir uns nicht darum zu bekümmern, ob durch einen richterlichen Ausspruch oder nach der Rechtslehre, die in uns wohnt, dem deutschen Bunde ein Schaden zugefügt oder derselbe aufgelöst, auseinander gesprengt werden könne; nur daraus kommt es an, daß er wirklich aufgelöst werden könne, daß ein Attentat gegen ihn möglich sei. Leider haben wir dafür das nahegelegene Beispiel des Jahres 1806. Hätte damals einer der Staaten des deutschen Reichs gegen die Rheinbundakte protestirt, hätte er gesagt: was Ihr thut, gilt mich Nichts an, ich betrachte das Reich als fortbestehend, es würde der Konsens der Bundesstaaten in seiner Totalität gefehlt haben, aber nichtsdestoweniger wäre die Verfassung des deutschen Reiches aufgelöst und dasselbe auseinander gesprengt gewesen. Demnach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ein Attentat gegen die Integrität des deutschen Bundes ohne den Konsens der Bundesglieder faktisch möglich sei, und nur darum handelt es sich.

Die Abtheilung sagt weiterns, „es sei eine Verkleinerung des Bundesgebietes nicht denkbar, weil ein Bundesgebiet eben nicht existire." Hier muß ich fast glauben, daß ein lapsus calami obwalte, denn ein Bundesgebiet ist doch gewiß vorhanden, wir können auf der elendesten Karte sehen, wo Deutschland anfängt und wo es aufhört. Ist aber ein Bundesgebiet vorhanden, so kann es auch verkleinert werden.

Dann ist drittens angeführt, „ein Landesverrath sei nur denkbar von Seite der Staatsgenossen, weil er ein Verrath sei und den Bruch irgend einer Verpflichtung zur Treue voraussetze. Beides finde dem deutschen Bunde gegenüber nicht Statt, und der Begriff des Landesverraths sei deßhalb unmöglich." Wenn die Herren nun Deutschland kein Land nennen wollen und daher keinen Landesverrath anerkennen, so will ich auch darum nicht mit ihnen rechten, aber ein Bund ist es doch, und ob ein Landesverrath vorliege oder ein Verrath am Bunde, ein Bundesverrath, das wird im Wesen der Sache wenig ändern; nur um Worte, nicht um die Sache schient sich dieser Streit zu drehen.

Ist der deutsche Bund ein durch eine Verfassung gebildetes or-

Digitized by Google

ganisches Ganze, so kann ich auch an ihm Verrath ausüben; hat er in gewissen Grenzen Souveränetätsrechte, so kann ich mich nicht davon lossagen, daß die Unterthanen der deutschen Lande nur die Verpflichtung der Treue gegen ihren Souverän und ihre Regierung haben, sondern ich bin vielmehr der Meinung, daß sie die nämliche Verpflichtung der Treue auch gegen das gemeinsame deutsche Vaterland und gegen den dasselbe repräsentirenden deutschen Bund haben.

Endlich ist in dem Gutachten angeführt, „wie man nicht annehmen könne, daß die Provinzen, die nicht zu Deutschland gehören, unter diese Bestimmung fallen könnten.“ Das ist insofern richtig, als die Beschlüsse des deutschen Bundes Sr. Maj. den König nicht verpflichten konnten, die Provinzen außerhalb Deutschlands zur Treue gegen den deutschen Bund zu verpflichten; wohl aber schien es der Klugheit der preußischen Politik entsprechend, dies zu thun. Ist die Verfassung des deutschen Bundes ein integrirender Theil unserer Landesverfassung, so würde es, meiner Meinung nach, ein Fehler gewesen sein, irgend einen preußischen Unterthan von der Verpflichtung gegen den deutschen Bund auszuschließen. Wir wünschen Alle, daß die Provinzen unseres Staats möglichst eng mit einander verbunden werden, daß wir nach Alle immer mehr als ein einiges Preußen fühlen mögen; wenn wir aber dies wünschen, so glaube ich nicht, daß es angemessen wäre, einzelne Theile der Monarchie in Beziehung auf die Verpflichtung gegen den deutschen Bund, gegen unser deutsches Vaterland zu eximiren.

Gegen alle Anführungen der Abtheilung glaube ich nachgewiesen zu haben, daß die theoretischen Gründe gegen den Vorschlag des Gesetzentwurfs nicht haltbar sind.

Daß er ein bestehendes Recht sei, das vertennt auch die Majorität der Abtheilung nicht, sie besorgt aber, dieses bestehende Recht sei auf nicht verfassungsmäßigem Wege eingeführt worden. Dieser Behauptung muß ich auf das Entschiedenste entgegentreten. Bereits im Jahre 1820 ist die Wiener Kongreßakte vom 15. Mai 1820 durch die preußische Gesetzsammlung publicirt worden, und in derselben heißt es ausdrücklich:

„Die im Bunde vereinten souveränen Fürsten dürfen durch keine landständische Verfassung in der Erfüllung ihrer bundesmäßigen Verpflichtungen gehindert oder beschränkt werden.“

Gewiß lag es vollständig innerhalb dieser Vorschrift, wenn der Bund 16 Jahre später den Beschluß faßte, zur Sicherung seiner Integrität, seiner Unantastbarkeit, die Bestimmung zu treffen, daß in allen Bundesstaaten Attentate gegen den Bund eben so bestraft werden sollen, wie Attentate gegen das eigene Land; Niemand hat wohl daran denken können, daß unserer ständischen Gesetzgebung von 1823 eine Ausdehnung gegeben werden solle, dahin gehend, sich über die Bundesgesetzgebung zu erheben. Ich füge hinzu, daß in allen deutschen Staaten der Bundesbeschluß von 1836 proklamirt worden ist, ohne daß auch in den konstitutionellen Staaten darüber eine Berathung mit den Ständen stattgefunden hätte. Ueberall wurde anerkannt, daß die Sicherheit des Bundes betreffenden Bundesbeschlüsse in allen deutschen Landen Gesetzeskraft haben müssen. Aber auch aus der Fassung des Gesetzes von 1823 kann eine rechtliche Nothwendigkeit, unsere Stände darüber zu hören, ob der Bundesbeschluß Gesetzeskraft haben soll, durchaus nicht bedeutet werden. Wir haben seit 1836 vier provinzialständische Versammlungen gehabt, aber, wenn mich das Gedächtniß nicht täuscht, so ist unter vielen Reklamationen über Verordnungen, die zu Unrecht ohne ständischen Beirath erlassen seien, dieser Gegenstand niemals aufgeführt worden. Es konnte dies aber auch nicht geschehen, weil selbst die buchstäbliche Bestimmung des Gesetzes von 1823 dazu keine Veranlassung gab. Denn die Bestimmung desselben lautet, daß Stände über alle solche Gesetze gehört werden sollen, welche die Steuern, die Eigenthums- und Personenrechte berühren. Durch jenen Bundesbeschluß aber ist doch offenbar kein anderes Recht beschränkt, als das etwaige Recht, Hochverrath gegen den deutschen Bund ungestraft verüben zu können. Daran hat wohl das Gesetz vom Jahre 1823 nicht gedacht!

Hiernach scheint der Einwand hinlänglich widerlegt, daß das bestehende Recht nicht in rechtsbeständiger Weise bei uns eingeführt sei, ja, ich glaube vielmehr dargethan zu haben, daß die Bestimmung, die der Paragraph enthält, zu denjenigen gehört, welche die dieffeitige Regierung selbst mit ständischem Beirath nicht aufheben könnte, weil sie auf einem Bundesbeschluß beruht, der höher steht, als unsere Landesgesetzgebung.

Doch nicht deßhalb allein, weil es bestehendes Recht ist, welches die Paragraphen ausdrücken, rathe ich zu deren Annahme; ich würde dies auch dann thun, wenn noch kein solches Gesetz bestände, wenn keine Verpflichtung dazu vorläge, wenn es sich vielmehr nur darum handelte, die Bestimmungen ganz neu einzuführen. Ich würde mit gleicher Wärme dazu rathen, weil ich überzeugt und durchdrungen bin von der Nothwendigkeit, daß wir Nichts verfäumen dürfen, was Zeugniß davon geben kann, daß es Preußen mit seinen Verpflichtungen gegen den deutschen Bund auf das Redlichste meine, daß es Nichts verfäumen wolle, was im In- und Auslande die Ueberzeugung von der Unverletzlichkeit des Bundes, von der innigen Verbrüderung seiner Glieder befestigen kann, was den Glauben zu entfernen geeignet ist, als könne die Integrität Deutschlands je gefährdet und der traurige Zustand der Auflösung und Zersplitterung des deutschen Vaterlandes, den wir, leider! erlebt, nach ein Mal herbeigeführt werden, um nach solcher Zersplitterung das deutsche Volk leichter unter fremde Knechtschaft bringen zu können. Auch deßhalb würde ich mit gleicher Wärme zur Annahme der Paragraphen rathen, weil wir Alle wissen und erfahren haben, daß Sr. Majestät der König, unser Herr, seine Verpflichtungen gegen den deutschen Bund überaus hoch achtet und es vollkommen anerkennt, daß nur in der Innigkeit, in der Stärke dieses Bundes das Heil für Preußen, für Deutschland, ja, für Europa zu finden sei.“

Deßhalb schlage ich Ihnen vor und bitte Sie, meine Herren, recht einstimmig die §§. 92 und 93 unverändert anzunehmen.

---

## Niederland.

An eine Reihe historischer Vorlesungen, die ein Lehrer Prof. Groen van Prinsterer, unter dem Titel „Unglaube und Revolution“ herausgegeben hat, anknüpfend, nimmt das Landesblad Anlaß, die Regierung zu mahnen, sie möge sich an den Ereignissen im romanischen Süden spiegeln, und die Nothwendigkeit sich gestehen, daß es Zeit sei, das Werk der Grundgesetzdurchsicht auf einer breiten Grundlage in Angriff zu nehmen. Die Mahnungen der eigenen vaterländischen Geschichte, daß das nicht zeitige Zugehen rechtmäßiger Volksforderungen und das Verweigern nothwendiger Reformen nur zu Gewaltsamkeit und Revolution führe, würden durch die bedeutsamen Begebenheiten in Italien lebhaft aufgefrischt und sollten bei denen ihrer Wirkung am wenigsten verfehlen, welche zur Leitung des Völkerwohls berufen sind. Nur unter einem Grundgesetze, das dem Volke durch seine Vertretung einen billigen und wirksamen Einfluß auf den Gang der Regierung gewährleiste, nur unter einer Regierung, die sich auf solch ein Grundgesetz stütze, könnten die gemäßigten Grundsätze jene Kraft gewinnen, die nöthig sei, um der Uebertreibung der demokratischen Begriffe, die später einer despotischen Reaktion die Wege bahne, einen unüberwindlichen Damm entgegenzusetzen. Fahre man in Niederland fort, das sog. konservative System gegen den ausdrücklichen Willen des Landes zu handhaben, so werde man nur die Gemüther erbittern, den Radikalen in die Hände arbeiten, endlich alle Meinungen gegen das unhaltbare System vereinigen und zu jenem Aeußersten kommen, bei dem man im Süden Europas eben angelangt sei. Die Zeichen der Zeit sprechen laut. Eine weit verbreitete finanzielle Krisis, erschreckender Anwachs des Pauperismus, zunehmende Auswanderung, Unzureichendheit der bestehenden übermäßigen Abgaben, Verbreitung von Lehren, welche die Sicherheit des Eigenthums und die Ruhe des Staats bedrohen — das Alles gebe reichen Stoff zur Ueberlegung und heische wohlberathene Beschlüsse. „Das gegenwärtige System, schließt das Handelsblad, leitet zum Verderben: die Erfahrung hat es bewiesen. Die bestehenden Einrichtungen genügen nicht den Bedürfnissen, das ist nicht mehr zu bezweifeln. Von den gegenwärtigen Ministern läßt sich kein gründliches Reformwerk erwarten, ihre Antecedentien sprechen wider sie. Sollen wir denn durch die Zeiten nicht überrumpelt werden, nun, so lege man jetzt ernstlich Hand ans Werk, und gebe den billigen Volkswünschen nach, ehe es zu spät dazu ist.“ Wenn ein durchaus mäßiges Blatt der Regierung gegenüber eine solche Sprache führt, so muß wohl Etwas faul im Staate sein.

Bei Gelegenheit des Umlegens von Heideland sind zu Baarlerdaßau, unfern der Stadt Riel, verschiedene römische Alterthümer, goldene und silberne Münzen, Waffenrüstungen u. aufgefunden worden, die als bedeutend geschildert werden.

---

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Cowie & Co., 20 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werde man sich an C. L. Herrenschwand in Neuchâtel, Schweiz, wenden.

Die Buchhandlungen besorgen das Quartal für 36 Kr. rhein.

# Deutsche Zeitung.

Die Postverwaltungen besorgen das Quartal für 1 Thlr. 10 Sgr. Durch die Postbezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2. 20 Kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 Kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 50. **Heidelberg**, Samstag 19. Februar **1848.**

## Uebersicht.

Zwei geschichtliche Parallelen zu den kirchlichen Kämpfen in Preußen. II. — Wien (Gerücht von einer russischen Mission nach Wien). Berlin (v. Bopen †; die Deputation für das Staatsschuldenwesen; schlesische Deputation an den König; Dr. Frydberg). Breslau (der König in Oppeln). Von der Oder (die Noth in Schlesien und die Verwaltung). Aus der Provinz Sachsen (die freie Gemeinde). München (die Vorgänge am 9., 10 und 11. Febr. [Schluß]; die Studenten wollen Sicherheitspatrouillen bilden). Hannover (durchgreifende Censur). Karlsruhe (Ständeversammlungen und Petitionen der Juristen. — Italien. Schutzbündniß zwischen Oesterreich und Modena mit Einschluß von Parma. Neapel. Auch das Fort Gaeta lammer geräumt. Lord Minto als Vermittler eingetroffen. Angebliche Protestationen der Mächte außer England u. Frankreich gegen die neue Verfassung. Beschränkung der Vollmacht von den Forderungen der Sicilianer und dem Interventionscorps des Königs.

Amerika. Tabellen über Bestand der Repräsentantenhauses zu Washington in Bezug auf mexik. Krieg. Eine Einigung zwischen Mexiko und Texas wird beabsichtigt. Die monarchischen Pläne der Porfirer. Gerücht von einem Friedensabschluß.

## Heidelberg, 19. Februar.

Heute fassen wir das Magdeburger Ereigniß ins Auge, um eine historischer Parallele specieller und concreterer Art zu ziehen.

Das Kirchenregiment (Moderamina, dergleichen sich für die evangelisch-protest. Kirche allein eignen, gibts in Deutschland nicht mehr oder doch nur stehende und todte) hat den Pastor Uhlich zunächst der Verletzung der kirchlichen Ordnung angeklagt, und diese Verletzung soll darin bestanden haben, daß Uhlich die Vorschriften der Agende in Anfehung des Gebrauchs des sogenannten Apostolikums nicht genug respektirt habe. Nun ist es zu einer richtigen Beurtheilung dieses Konflikts gewiß schon wichtig, sich daran zu erinnern, daß Uhlich ganz in Uebereinstimmung und nach dem Willen seiner Gemeinde handelte, die Gemeinde aber eine strikte und buchstäbliche Verbindlichkeit der Agende schon aus dem Grunde ablehnt, weil sie zu der Einführung derselben nicht mitgewirkt habe; daß Uhlich im Andenken an die Erklärung des Königs: „das Kirchenregiment richte den individuellen Glauben nicht, wenn er sich nur in die Ordnung füge", sich erlaubt, die Agende und das Apostolikum zu gebrauchen, wenn ihm dabei nur gestattet werde, „seinen individuellen Standpunkt nicht zu verläugnen", daß aber das Konsistorium sich darauf nicht einließ, sondern — im eigentlichsten Sinne inquisitorisch — ihm zumuthete, „ein ganz treues und wahres Versprechen" abzulegen, d. h. zu sagen, ob er auch so glaube, wie Agende und Apostolikum lehrten, und ob er sie in diesem Glauben gebrauchen wolle; daß der Konsistorialrath v. Gerlach zu Berlin, „weil sein Gewissen ihn nöthige", also sein individueller Glaube ein anderer sei, der Agende und der kirchl. Ordnung widersprechen dürfte, und, statt zur Rechenschaft gezogen zu werden, befördert wurde; endlich daß andere, aber, wie Gerlach, orthodoxe Geistliche die Agende ganz beseitigten, ohne bestraft zu werden. Indessen, lassen wir diese Dinge jetzt, und stellen wir sofort unsere historische Vergleichung an. In einem ganz ähnlichen Verhältniß wie Uhlich und seine Gemeinde zur preuß. Landeskirche und deren Regiment standen also, wie die kirchl. Ordnung anlangt, zur Zeit der Reformation die Evangelischen zu der damaligen Kirche und deren Regiment. Die Katholischen behaupteten, daß zur Einheit der Kirche auch eine Einigkeit und Uebereinstimmung im Kultus, in den kirchl. Handlungen und Gebräuchen erforderlich sei, und daß eine Abweichung hiervon nicht geduldet werden könne, sondern Strafe und Ausschließung nach sich ziehe; die Evangelischen dagegen behaupteten, daß, wie in diesem Stücke auch ganz richtig schon bemerkt worden ist, zur Einheit der Kirche nur „reine Predigt des Evangelii" und „dem göttlichen Worte gemäße Verwaltung der Sakramente" gehörten, und sie setzten ausdrücklich hinzu, daß zur wahren Einheit „gleichmäßige Ceremonien" (Traditionen, heißt es besser im lat. Texte der Augsb. Konfession) nicht nöthig seien, und daß ein Bestehen auf solchen Traditionen wider die christliche Freiheit angehe. Wenn also Uhlich und seine Gemeinde den Agendenzwang überhaupt nicht gutheißen; wenn sie glauben, daß das Apostolikum, da es ein Theil der Tradition ist, durch solche Vorschriften im Kultus aufrechten und nicht mit Unterdrückung der christl. Freiheit den Geistlichen und Gemeinden aufgedrungen werden dürfe; wenn sie wenigstens das erwarteten, daß sie wegen Nichtgebrauchs oder nicht strikten und buchstäblichen Gebrauchs der Agende und des Apostolikums ihr Recht, Glieder der Kirche zu sein und zu bleiben, nicht verlieren könnten und würden: so war dies ganz evangelisch und protestantisch gedacht. Und wenn andererseits das preuß. Kirchencollegiment darauf mit Entsetzung vom Amte und mit Ausstreibung aus der Kirche antwortete, so braucht man die Stellung, die es genommen hat, und den Geist, von dem es sich inspiriren läßt, gar nicht erst näher zu bezeichnen.

Doch, die Hauptanklage gegen Uhlich (und seine Gemeinde, da sie auch in diesem Punkte Eins mit ihm war und ist) lautet auf „Irrthere in hohen Artikeln göttlicher Majestät (in Fundamentalartikeln des Glaubens), die sich in gar keinem Zank und Streit beständen"; also auf Häresie, Ketzerei. Man könnte fragen: was sind denn Fundamentalartikel des Glaubens? waren sie zu allen Zeiten die nämlichen? und wer, wenn ihre kirchenrechtliche Autorität darauf beruht, daß sie in den Symbolen stehen, ist befugt, den sogenannten nicht fundamentalen Artikeln, die auch in den Symbolen stehen, die gleiche kirchenrechtliche Autorität abzusprechen? Ist Uhlich denn der Einzige, der in allerlei Artikeln des Glaubens anders lehrt, als die Symbole lehren, thuts nicht auch Nitsch, Müller, Tholuck, Twesten, Hengstenberg sogar? Hat denn das Kirchenregiment, indem es sich auf den Konsensus der luther. und reformirten Symbole verpflichtet, ein Konsensus übrigens, der in bestimmtem Ausdruck noch gar nicht existirt, nicht selbst gewisse ehemals fundamentale Artikel, z. B. den von der Prädestination ꝛc., fallen lassen und sich dadurch dessen schuldig gemacht, wessen es den Pastor Uhlich und seine Gemeinde beschuldigt? Man könnte weiter fragen: ob's denn wahr sei, daß die Artikel, um derentwillen Uhlich angeklagt ist, nicht oder nicht mehr Zank und Streit seien? ob wenigstens das Konsistorium in Magdeburg in der Lage sei, dem Zank und Streit morgen schon ein Ende zu machen? ob, dem Konsistorium gegenüber, unsere Universitäten, unsere Wissenschaft, unsere Literatur, unser Volk, unsere Geschichte Nichts, gar Nichts sehen? Aber was Alles könnte man nicht noch fragen! Ziehen wir lieber die historische Parallele! Es waren also auch Fundamentalartikel, über die im 16. Jahrhundert gestritten wurde, Artikel, die der römischen Kirche, wie sie war, wesentlich waren; und die kirchliche Autorität und die weltliche Macht, jene vertreten durch den Papst sammt Episkopat und Tradition (Symbol), diese vertreten durch den Kaiser und den Reichstag (Stimmenmehrheit), vereinigten sich, wie gegen die Reform des Kultus, so auch gegen die Reform der Lehre. Diese zwei (oder vier) Potenzen, hieß es, Kirche und Staat in ihren Organen und organischen Statuten, hätten über den christlichen Glauben zu entscheiden; die Kirche bestimme, der Staat schütze ihn, und strafbar sei, wer sich der Entscheidung nicht unterwerfe. Was entgegneten nun die Reformatoren und ihre Anhänger, und was ward in Anfehung des Glaubens Princip und Recht in der evangelischen Kirche? Schon in Worms (1521), als ihm der Reichsfiskal seine Schriften — die, wie Uhlich's Schriften, angestrichen waren — mit dem Begehren vorhielt, daß er widerrufen solle, gab Luther die bekannte Erklärung ab: „es sei denn, daß ich mit Zeugnissen der hril. Schrift oder mit öffentlichen, klaren und hellen Gründen und Ursachen überwunden und überweiset werde — denn ich glaube weder dem Papst noch den Konzilien allein noch, weil es am Tage und offenbar ist, daß sie oft

Digitized by Google

getrost haben und ihnen selbst widersprechen würden — und ich also mit den Sprüchen, die von mir angezogen und eingeführt sind, überzeugt, und mein Gewissen in Gottes Wort gefangen sei; so kann und will ich Nichts widerrufen, weil weder sicher noch gerathen ist, Etwas wider das Gewissen zu thun". In dieser Erklärung lag, was eine Analyse derselben, wenn wir Zeit zu ihr hätten, leicht darthun würde, der ganze Protestantismus, wie der Keim im Korne, ringeschlossen; was noch folgte, war nur Entfaltung und Entwickelung derselben. Aber diese Entfaltung und Entwickelung ist wirklich nachgefolgt, und dies in authentischer Form, mit kirchenrechtlicher Giltigkeit. Ich beschränke mich für dies Mal darauf, nur die Sprirr'sche Protestation zum Beweise reden zu lassen, bemerke jedoch ausdrücklich, daß dieselben Hände, die diese Protestation unterzeichnet hatten, auch die Augsburger Konfession unterzeichneten, und daß sie in der Vorrede zu dieser auf jene mit den Worten: „Der (Protestation, Appellation) wir hiermit nochmals anhängig bleiben und uns durch diese oder nachfolgende Handlung nicht zu begeben wissen; davon wir hiermit öffentlich bezeugen", Bezug nahmen, so daß die Speirer'sche Protestation auch dasselbe rechtliche Ansehen besitzt, das die Augsb. Konfession besitzt. Es hieß also erstens: die Kirche entscheidet über den Glauben und in Glaubensfragen, Papst nebst Episkopat (Konvilien, Konsistorien, Generalsynoden) und Tradition (Symbol). Nein, war die Antwort. „Das singe wohl, wenn wir zu allen Theilen einig wären, was die rechte heilige christliche Kirche ist, allein darüber gerade ist nicht der kleinste Streit"; wir Evangelischen läugnen, daß der Papst und die Bischöfe diese Kirche sind. „Darin ist keine gewisser Lehre, denn allein bei Gottes Wort bleiben, das sich selbst erklärt und auslegt, und an dem, als an der einigen Wahrheit und dem rechten Richtscheit aller christlichen Lehre Niemand irren noch fehlen kann, während aller menschliche Zusatz und Tand fallen muß und vor Gott nicht bestehen kann"; wir Evangelischen läugnen, daß die Tradition (das Symbol) in der Kirche irgendwie herrsche. Vielmehr ist die ganze Kirche, Papst und Bischof, Tradition und Symbol, dem Worte Gottes unterworfen, das sich selbst (durch Wissenschaft und Nachdenken, durch helle und klare Gründe) auslegt. — Es hieß zweitens: der Staat entscheidet, der Kaiser und der Reichstag, letzterer nach Stimmenmehrheit. Nein, war die Antwort. „Wiewohl wir bis in unser Ende und Gruben in allen schuldigen und möglichen Dingen gegen Römische und Kaiserliche Majestät und gehorsamlich und williglich zu halten geneigt sind; so sind doch dieses solche Sachen, die Gottes Ehre und unser Jedes Seelenheil und Seligkeit angehen, darin wir aus Gottes Befehl, unseres Gewissens halber, denselben Herrn und Gott als höchsten König und Herrn aller Herren vor Allem anzusehen verpflichtet und schuldig sind"; wir Evangelischen läugnen, daß irgend ein Fürst, und wäre er der Kaiser des heil. rein. Reichs, unter irgend einem Vorwand und Titel über den Glauben und das Gewissen Macht habe, und daß er sich in Dinge mischen und mengen dürfe, die allein zwischen Gott und den Seelen schweben. „Auch wollen wir mit Ew. Majestät in oberhirtlichen Artikeln nicht darum einig sein, weil ihnen Mehrere gehorchen wollen, wie etliche Mal auf diesem Reichstag (1529) ist vorgewendet worden; in Betracht und angesehen, daß in Sachen der Ehre Gottes und unserer Seligkeit ein Jeglicher für sich selbst vor Gott stehen und Rechenschaft geben muß, also, daß sich des Orts Keiner auf Anderer minderes oder mehreres Machten oder Beschlüssen entschuldigen kann"; wir Evangelischen läugnen, daß irgend eine Stimmenmehrheit in solcher Frage den Ausschlag gebe. Vielmehr ist auch der ganze Staat, Kaiser und Reichstag, soweit sie's angeht, dem Worte Gottes unterworfen, das sich selbst auslegt. — Wenn nun Ulfilas und seine Gleichgesinnten auf diese großen Grundsätze der Glaubens- und Gewissensfreiheit sich berufen, gleichwie auch Luther und seine Gleichgesinnten sich auf sie berufen haben, so fußen sie mitten auf der Reformation des 16 Jahrhunderts und auf einem Rechte, das nicht erst erworben werden soll, sondern erworben ist. Und wenn das Magdeb. Konsistorium oder das preuß. Kirchenregiment sich darauf steift, daß es Namens der Kirche und des Staates verfahre, und darauf steift es sich, so wird es ihm schwer werden, den Beweis zu liefern, daß sein Verfahren ein anderes sei, als das war, das die Gegner der Reformation brobachtet haben.

Die evangelische Kirche in Preußen hat schon seit langer Zeit den Namen „protestantisch" abgelegt; offiziell kömmt dieser Name bei ihr und für sie gar nicht mehr vor. Aber „evangelisch" ist auch die römische Kirche, und der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Kirchen hinsichtlich ihrer konstitutiven Principien besteht nicht darin, daß die eine das Evangelium hätte und sich zu ihm bekennte, und die andere nicht; sondern darin, daß die eine nur das Evangelium gelten läßt, und die andere noch Etwas mit anderen Worten, darin, daß die eine evangelisch und unmittelbarconll (protestantisch), die andere aber evangelisch und traditionell (antiprotestantisch) ist. Ihren charakteristischen Namen also hat die evang. Kirche in Preußen schon von sich gethan; wird sie auch ihr charakteristisches Wesen von sich thun? Das ist die Frage, um die sich's handelt.

---

**Oesterreich.** Wirn, 13. Febr. Dem Rürnb. Korresp. wird berichtet: Der russische Staatsrath v. Fonton befindet sich seit einigen Tagen, wie es heißt, in einer besonderen Mission, hier. Als Gegenstand derselben bezeichnet man wohl nicht ohne Grund die wiederholte Erklärung des St. Petersburger Kabinets, daß es die Grundsätze Oesterreichs der Schweiz und Italien, überhaupt den Bewegungen der Zeit gegenüber, sowie seine in dieser Hinsicht bere its genommene Stellung nicht nur vollkommen billige, sondern der russ ische Kaiser es dabei auch mit allen seinen Mitteln zu unterstützen bereit sei.

**Preußen.** ** Berlin, 15. Febr. Die Eidesformel für die Mitglieder der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen bei ihrer ersten Einberufung lautet folgender Maßen: „Ich ..... schwöre zu Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, daß, nachdem ich zum (stellvertretenden) Mitglieder der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen gewählt, demnächst aber zu den in §. 4 der Verordnung vom 3. Febr. v. J. über die Bildung dieser Drputation unter Nr. 1—3 bezeichneten Geschäften einberufen worden bin, Sr. k. Maj. von Preußen, meinem Allergnädigsten Herrn, ich unterthänig, treu und gehorsam sein, und die bei Verrichtung der gedachten Geschäfte mir obliegenden Pflichten nach meinem besten Wissen und Gewissen genau erfüllen will. So wahr mir Gott helfe u. s. w." Zur Erläuterung diene, daß der betreffende §. 4 in den allegirten Nrn. 1—3 diejenigen Geschäfte nennt, welche „außer der ihr im §. 6 der Verordn. ihr die Bild. des Ver. Landt. übertragene Mitwirkung bei Aufnahme von Kriegsanlehen" zum Wirkungskreise der Deputation gehören. Jene Bezugnahme auf dieses §. 6 ist in dem Eide dadurch ausgeschlossen, daß nicht §. 4 ohne Weiteres, sondern ausdrücklich die Nrn. 1—3 des §. 4 aufgeführt sind. Dieser Eid war demnach völlig unverfänglich. — Gestern trat die Deputation zusammen, von jeder Provinz Ein Mitglied, und wurde vereidirt. Nichtsdestoweniger fühlten die Vertreter der drei Provinzen Preußen, Brandenburg und Posen, Abg. Sperling, Abg. Grabow und Abg. v. Brodowski sich gedrungen, vorher eine verwahrende Erklärung niederzulegen, nach Art derjenigen, welche Hr. v. Auerswald im Namen mehrerer dreißig Abgeordneten im Ausschuß abgegeben hatte, daß sie für anderweitige Vornahmen sich nicht verantwortlich machten.

Berlin, 15. Februar. Wir haben heute unseren Lesern eine Trauerkunde zu bringen, welche, so weit der preußische Name reicht, im Vaterlande, in ganz Deutschland und weit über seine Grenzen hinaus, die innigste und schmerzlichste Theilnahme finden wird. Der Generalfeldmarschall von Boyen ist heute Morgen um 4 Uhr in Folge einer durch ein Geschwür am Halse nöthig gewordenen und seit am verflossenen Sonntage ausgeführten Operation, nach zwei Tagen schwerer Leiden, im 77sten Jahre seines ruhmreichen Lebens verschieden. Der König, die Armee, die ganze Nation verlieren an ihm einen der treuesten, redlichsten Diener, der heldenmüthigsten Genossen, der würdigsten Mitbürger. Seine Verdienste um die Organisation, die Bildung und Pflege unseres Heerwesens werden seinen Namen für alle Zeiten unvergeßlich machen, der Thatrn gar nicht zu gedenken, die ihn seit mehr als einem halben Jahrhundert auf das innigste mit den Geschicken verbanden, welche in dieser Zeit die merkwürdigsten Phasen der Geschichte der preußischen Monarchie und des deutschen Vaterlandes bezeichnen. (A. P. Z.)

Berlin, 13. Febr. Man versichert, daß eine Deputation aus Schlesien an den König gelangt ist und ihm die herzzerreißende Lage dieser Provinz dargestellt habe. Se. Maj. soll schleunige Abhilfe versprochen haben. Gestern verließ ein hochgestellter Staatsbeamter Berlin und begab sich nach Breslau, um von dort aus die Lage drs Landes zu brobachten und dem Könige darüber zu berichten. (S. u. Schles.) (K. Z.)

Berlin, 13. Febr. Dr. Freyberg ist bereits in's Hausvogteigefängniß abgeliefert worden.

Aus Schlesien, 12. Febr. Der Oberpostamtszeitung wird geschrieben: Gestern Abend ist ganz unerwartet Se. Maj. der König in Oppeln angekommen, indem allerhöchst derselbe unmittelbar nach einer Jagd mit einer Extralokomotive Berlin verließ und in einer Tour bis nach dem genannten Otte fuhr, begleitet von nur einem

Digitized by Google

königlichen Prinzen und einem Adjutanten. Der Zweck dieser Reise ist, sich persönlich von dem in den Kreisen Rybnik und Pleß herrschenden Elend zu überzeugen, denn es ist keinem Zweifel unterworfen, daß der Monarch durch die Behörden nicht so vollkommen von den dortigen Zuständen unterrichtet wurde, als es jetzt auf anderm Wege geschehen sein soll.

Aus der Provinz Sachsen, 10. Febr. Die Nachricht, daß der bekannte Pastor Balzer zu Naumburg die Stelle eines Predigers bei einer deutsch-katholischen Gemeinde Süddeutschlands annehmen werde, ist unbegründet. Balzer hat sich bekanntlich bei dem „Erkenntnisse" unseres Konsistoriums nicht beruhigt, sondern Rekurs an den Kultusminister ergeiffen und ist für den Fall, daß auch dieser seine Amtsentsetzung bestätigen sollte, entschlossen, sich an unsern König zu wenden. Zum Deutschkatholicismus wird er jedoch in keinem Falle übertreten. — Die zu Halle aus den Deutschkatholiken und den entschiedensten der protestantischen Freunde hervorgegangene „vereinigte Gemeinde" hat jetzt, gleich der „freien evangelischen" Gemeinde unter Uhlich zu Magdeburg, als geduldete Religionsgesellschaft die Exaktische Anerkennung erhalten. — Dem Vernehmen nach wird nächstens in Halle auch eine altlutherische Gemeinde auftauchen, welches Gerücht nicht unwahrscheinlich scheint, wenn man sich erinnert, daß zwei der bedeutendsten Repräsentanten dieser Partei, Professor Guerike und Justizrath Quinque dort ihren Wohnsitz haben. — Die zu Halberstadt entstandene freie Gemeinde unter Wislicenus hat sich außerordentlich schnell vergrößert. Daß sie aber denselben Grundsätzen wie die freie Gemeinde zu Halle unter Wislicenus dem ältern huldige und also jeden Kultus für überflüssig halte und auf den Namen einer Religionsgesellschaft überhaupt keinen Anspruch mache, ist eine Unwahrheit. Sie nimmt so ziemlich denselben Standpunkt ein, auf dem sich die freie evangelische Gemeinde zu Nordhausen befindet. (Nach. 3.)

△ Von der Oder, 10. Febr. Das Tagesgespräch bei uns ist die fürchterliche Noth in den Kreisen Pleß und Rybnik; alle Ereignisse in der politischen Welt gehen spurlos vorüber; die Veränderungen in Neapel und Sicilien kümmern uns nicht, alle politischen und religiösen Streitfragen, welche sonst in Schlesien besonders fruchtbaren Boden fanden, sind vor jenem immer größer werdenden Unglück in den Hintergrund getreten. Unsere Zeitungen, welche früher, der Order gemäß, von dem Wohlstand, Glück und Reichthum Schlesiens überflossen, haben jetzt — seitdem die Order geändert ist — nicht Raum genug, um die Trauerberichte, welche besonders die verlorenen darmherzigen Brüder einsenden, aufzunehmen; darin stimmen alle Anzeigenzeugen überein, daß die Berichte weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Jetzt wird die Frage, welche ich in meinem letzten Briefe zu beantworten versäumt, allgemein, freilich immer noch mit großer Vorsicht, auch in unserer Tagespresse angeregt: wie ist es gekommen, daß wir, denen jene Gegenden durch Eisenbahnen so nahe gerückt sind, von diesem namenlosen Unglück Nichts, aber auch gar Nichts erfahren haben? Und ist denn von der Regierung, die doch sonst dem Präventivsystem huldigt, Nichts zur Verhütung geschehen? Eine runde, ehrliche und offene Antwort wagt freilich Niemand zu geben; seit den Wehrenvorfällen steht unsere Presse unter einer speziellen, für die übrigen Provinzen unverbindlichen Censurinstruktion, nach welcher es verboten ist, die Unterschiede zwischen Arm und Reich zu erörtern; es könne leicht Mißvergnügen erregt werden, wenn man die vorhandene Armuth mit gar zu offenen Farben schildere. Wenn man bedenkt, was durch vollständige Oeffentlichkeit und freie Presse theils hätte geschaa, theils verhütet werden können, so gehört wahrhaftig große Mäßigung dazu, über diesen Gegenstand überhaupt zu schreiben. Warum mag das Oberpräsidium, dem doch die Noth bekannt sein mußte, sie so lange verborgen gehalten haben? Wollte es vielleicht die schöne Sage von dem Wohlstande Schlesiens nicht auf einmal zerstören? Oder haben die Kreisbeamten dem Oberpräs. v. Wedell keine Berichte zugesandt? Der Präsident der Oppelner Regierung, Graf v. Pückler, äußerte neulich bei seiner Anwesenheit in Breslau, daß er fortwährend um Mobilie gebeten habe; ebenso ist gewiß, daß die Landräthe v. Hippel im Pleßer und v. Durant im Rybniker Kreise seit Jahren Berichte über die wachsende Noth eingesandt haben; ja, man erzählt, daß sie endlich ihre Entlassung verlangten, wenn Nichts zur Abhilfe geschehe. Kenntniß hatte man also, und mußte man von dem Unglück haben — und doch diese Indolenz, diese unbegreifliche Ruhe bei dem Hungertode von Tausenden? Der Vergleich mit der Verwaltung des verstorbenen Oberpräsid. v. Merckel liegt nahe. Die allgemeine Meinung spricht sich etwa so aus: auch unser Merckel hatte die Schwachheit, den höchsten Behörden den Zustand Schlesiens im möglichst vortheilhaften Lichte darzustellen; aber Merckel hatte zugleich ein Herz für „sein" Schlesien; er war geborner Schlesier und liebte das Land wie das Volk; war einmal wirklich Hilfe nothwendig, so ließ er nicht ab, in Berlin zu bitten, bis seine Anträge durchgingen. Vor 8 Tagen erließ der Oberpräsident v. Wedell einen Aufruf an die Breslauer Aerzte, nach Oberschlesien zu gehen, weil besonders ärztliche Hilfe mangele. Darauf meldeten sich mehrere Aerzte; als sie aber, wie natürlich, Diäten verlangten, erhielten sie zur Antwort, jetzt sei es nicht mehr nöthig; dem Einen soll per Tag 1 Thlr. geboten worden sein. Das charakterisirt unsere Verwaltung. „Im Herbst v. J. — schreibt mir ein Gutsbesitzer des Oppeler Kreises (wo, nebenbei gesagt, der Hungertyphus sich auch schon zeigt) — hatten die Kreisstände des Oppelner Kreises den Beschluß gefaßt, das Armenunterstützungswesen zu organisiren, dergestalt, daß die Armenpflege in Bezirken, Sektionen unter Leitung verständiger Männer von den Gemeinden bewirkt und dadurch das Betteln an fremden Orten verhindert werden sollte. Hierdurch würde der unberechtigte Vortheil erlangt worden sein, den Arbeitsfähigen von dem Unfähigen zu unterscheiden, für Arbeit und nothwendige Unterstützung zu sorgen und auch die Verschämten oder Kranken auffinden und berücksichtigen zu können. Gleichzeitig kamen wir auf dem Kreistage überein, ein Kreiskrankenhaus zu errichten. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission gewählt; die Wahl fiel auf den Landrath Hoffmann, den Grafen Reichenbach und Schlieffel. Wir leben jetzt im Februar, der Hungertyphus klopft an alle Thüren, und noch hat die Kommission die Genehmigung oben gedachter Beschlußfassung Seitens der Regierung nicht erhalten." Reflexionen sind hier unnöthig. Wie es in dem einen Kreise geht, so in den übrigen; die Bureaukratie läßt sich nicht aus dem Takte bringen. Was im vorigen Jahre hätte gethan werden sollen, geschieht jetzt erst; vor einigen Tagen hat die Regierung einen Kommissarius in der Person des Assessors Schneer (des bekannten Verfassers über die Zustände der Weber im Schles. Gebirge) in jene Kreise gesandt.

**Baiern.** ◎ München, 11. Febr. (Die Vorgänge vom 9., 10. u. 11. Febr. [Schluß.]) Während der Vorgänge in der Bayerstraße war noch eine große Anzahl Bürger auf dem Rathhaussaale versammelt, welche entschlossen war, im Falle der Nichtgewährung die äußersten Mittel zu ergreifen. Nach 7 Uhr Abends erschien der Ministerverweser v. Berks mit einer Antwort des Königs, derzufolge die Universität nur bis zum diesjährigen Sommersemester geschlossen sein sollte. Derselbe sah sich aber, da man ihn zu oft bei der Gräfin Landsfeld, so wie diese zu ihm im Ministerium erhalten hatte, nicht sehr freundlich empfangen, und die Bürgerschaft erklärte, daß die theilweise Zurücknahme der Schließung der Universität nicht genüge, sondern, daß sie bei der Bitte um gänzliche Zurücknahme der mißliebigen Maßregel beharren müßte, zugleich auch die ferneren unerträglichen Bittgesuche an den König stelle, derselbe wolle die schleunigste Entfernung der Gräfin Landsfeld auszusprechen geruhen, und es wurde beschlossen, am nächsten Morgen um 9 Uhr abermals auf dem Rathhause sich zu versammeln, um das Weitere zu berathen. Am Morgen des 11. Febr. wogte erwartungsvoll die Menge durch die Straßen, als plötzlich den auf dem Rathhausplatze versammelten Bürgern durch den Fürsten v. Wallerstein in Begleitung der Staatsräthe von Berks, Bissler und Heeß die königl. Entschließung mitgetheilt wurde, daß die Schließung der Universität gänzlich zurückgenommen, und daß die Gräfin Landsfeld auf königl. Befehl binnen einer Stunde die Residenz zu verlassen habe. — Endlose Jubel brach jetzt aus. Die Bürger zogen auf den Residenzplatz, brachten dem König wie der liebgewordnen Königin donnernde Vivats, und wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von der Entfernung der Gräfin. Freude strahlte auf allen Gesichtern. Gänzlich Unbekannte drückten sich gegenseitig die Hände mit den Worten: „Gott sei Dank! Es ist gut gegangen!" Alles war gespannt, die Gräfin abreisen zu sehen. In der Bayerstraße, auf dem Karolinenplatze war Alles mit Menschen bedeckt. Damen der höchsten Stände mischten sich unter das Volk, ungeachtet der für sie frühen Morgenstunde. Die Gräfin selbst war nichtsweniger als vorbereitet auf diese überraschende Ereignis. Sie strahlte sich aus allen Kräften gegen die Abreise. Allein die Zeit drängte, man bot sie fast gewaltsam in ihren Wagen, die Thore wurden rasch geöffnet und mit Blitesschnelle fuhr der bekannte Wagen durch die dichtgedrängte Masse, ohne, wunderbarer Weise, Jemand zu beschädigen. Sie nahm ihre Richtung nach der Löwenstraße, fuhr durch diese in die Ludwigsstraße, dann durch die Veterinär- und Königinstraße, was nur immer die Pferde laufen konnten, machte einen vergeblichen Versuch, in die königliche Residenz zu gelangen, wendete, vom tobenden Haufen verfolgt, in das Falkenthurmgäßchen, von da durch das Hofstrauhausgäßchen, die Herrenstraße über die Ifarbrücke in die Vorstadt Au, wieder zurück über die Rei-

Digitized by Google

ärnbadschrücke durch die Müllerstraße und verlief in der Richtung nach Starnberg die Stadt. Unmittelbar nach ihrer Entfernung sprengte das wüthende Volk ein Thor ihres Hauses, warf die Fenster ein, zertrümmerte und demolirte in einigen Augenblicken einen kleinen Wintergarten, drückte vermittelst einer herbeigeholten Wagenleitsel einen Fensterladen ein und machte sich fertig, das ganze Haus zu zerstören — da, mitten in der tobenden Menge, erschien allein, von Niemand gefolgt, der König. Sein Erscheinen und die Worte, welche er an das Volk richtete, beschwichtigten dieses sogleich. Mit der Zerstörung ward Einhalt gethan, und plötzlich ertönte aus denselben Kehlen, die der Gräfin die schrecklichsten Verwünschungen zugerufen hatten, das Lied „Heil unserm König Heil!“ Aus den Fenstern der Nachbarhäuser wurden die Taschentücher geschwenkt — kurz die Anwesenheit des Monarchen hatte, wie mit einem Zauberschlage, Alles verändert. Allein, als sich der Chokoladefabrikant Mayrhofer, ein allgemein verhaßter Nachbarger der Entfernten, zeigte, wurde demselben sehr übel mitgespielt, und nur der unmittelbarste Schutz des Königs vermochte ihn vor weiteren und größeren Mißhandlungen zu bewahren. Wie man vernimmt ist ihm, der eine Offizierstelle bei der Landwehr bekleidete, bereits von dieser das Portd'epee abgefordert worden, und er soll um Entlassung aus der Landwehr nachgesucht haben. Am Abende dieses so bedeutungsvollen Tages verbreitete sich allgemein das, wie man sehen wird, nicht unbegründete Gerücht, die Gräfin Landsfeld sei in die Stadt zurückgekehrt. Dies hatte seinen Grund in Folgendem. Die Gräfin war bis Ebenhausen gekommen. Die bis zum Tod erschöpften Rappen konnten nicht weiter. Von da kehrte sie in Begleitung des obengenannten Peißner nach Großhesselohe zurück, wo sie Abends 9 Uhr ankam und in Bauernkracht bis 11 Uhr Nachts verweilte. Um diese Stunde benutzte sie und ihr Begleiter einen heimkehrenden Fiaker, um nach München zurückzukehren, soll da in ein Wirthshaus „die blaue, oder weiße Taube“, unerkannt einige Augenblicke eingetreten sein und begab sich dann mit demselben Fiaker, Nr. 43, wenn wir recht berichtet sind, nach dem beiläufig siebenviertel Stunden entfernten königl. Jagdschlößchen Blutenburg. Dort ward sie am nächsten Morgen entdeckt, von Kürassieren aus dem nahen Nymphenburg bewacht und auf abermaligen königl. Befehl durch die beiden Polizeidramen Weber und Dichtel vermittelst des Eilzuges nach der Augsburger Eisenbahn weitergebracht. Von Augsburg aus wurde sie mit Extrapost nach Lindau befördert, wo sie ihre Päße nach der Schweiz und England erhielt. Die Verbindung „Alemannia“ wurde schon am Tage vorher aufgelöst, die Mitglieder mit Päßen nach Leipzig versehen, wohin bereits alle abgereist sind. Welcher Empfang ihrer dort harrt, wird die Zeit lehren. Durch besondere gebrauchte Maurerschläge wurde den Einwohnern Münchens vom Magistrat aus die wirklich erfolgte Entfernung der Gräfin bekannt gemacht. Von den drei Verwundeten ist laut eines magistratlichen Anschlags vom heutigen Keiner lebensgefährlich verwundet, und die Kunde, es sei einer derselben gestorben, ist dahin zu berichtigen. Mit allgemeinem Lobe wird die Haltung des Militärs erwähnt. Auch nicht den geringsten Uebergriff hat sich dasselbe zu Schulden kommen lassen; in feste schlimmern Lichte steht dagegen das Benehmen der Gendarmerie, deren Größung hier namentlich gewerden ist. Wie man vernimmt, hat auch die Bürgerschaft sogleich Schritte in dieser Beziehung gethan. Die ganze, Gott sei Dank, so glücklich beendigte Bewegung verdankt ihren Ursprung dem unbegreiflichen Benehmen der hiesigen Polizei, in Sonderheit dem Kommissär, welcher die Verhaftung des Grafen Hirschberg verhinderte, mit welcher für den Augenblick Alles beruhigt gewesen wäre. Wir sagen für den Augenblick; früher oder später hätte doch eine Aenderung der Dinge eintreten müssen. Münchens Bürger haben einen herrlichen Geist gezeigt. Nun kommt die Reihe, die Verachtung des Volkes fühlen zu müssen, an die Kreaturen und Spießchelfeier der Gräfin. Dem Kriegsrath Mussinan sind die Fenster eingeworfen worden; ein Gleiches geschah der Hofschauspielerin Marie Dexter, welche am 11. Abends bei ihrem Auftreten im Theater schon mit Zischen begrüßt worden war. Man spricht zugleich viel von einer Liste, welche sämmtliche Namen der Freunde und Verwandinnen der Gräfin enthalten soll, und die man der Oeffentlichkeit übergeben will. Ich enthalte mich hier alles weiteren Räsonnements, indem ich mich für dieses Mal auf die treue ungeschminkte Darstellung beschränken will. Wenn Details fehlen sollten, so sind sie nicht von Belang und für das Ausland von keinem Interesse.

**München**, 15. Febr. Die Studierenden der Universität hielten heute Morgen eine Versammlung in der kleinen Aula, in welcher die schon seit einigen Tagen laut gewordene Absicht, sich in Kompagnien zu organisiren und mit der Nationalgarde die Mühe der Sicherheitspatrouillen zu theilen, einstimmig zum Beschlusse erhoben wurde. Man bestimmte deßhalb, daß die Senioren der fünf garantirten Landsmannschaften und fünf sofort gewählte Nichtverbindungsstudenten morgen Mittag als Deputation zu Sr. Durchl. dem Hrn. Ministerpräsident für Schul- und Kirchenangelegenheiten gehen und dessen Genehmigung für obige Konstituirung einholen sollen. Daß dieses Entgegenkommen der Studirenden von Seiten der hiesigen Bürgerschaft sehr gerne gesehen wird, bedarf wohl kaum der Versicherung. (A. Z.)

**Hannover**, 12. Febr. Der H. Kor. berichtet. Wiederum sind uns zwei Thatsachen zu Ohren gekommen, welche unsere Hoffnungen auf Hannovers Mitwirkung zu einem zeitgemäßen deutschen Preßgesetze nicht heben: Dem Herausgeber der „Landesblätter“, die vom 1. Febr. an wieder regelmäßig erscheinen sollten, ist seine zweite Nummer vom ersten die zum letzten Buchstaben gestrichen, ein Fall, der schwerlich schon jemals in Deutschland vorgekommen ist,*) und dem Herausgeber der „Morgenzig.“ ist bedeutet, daß eine Gelbstrafe von 10 Rthlr. von ihm „beigetrieben werden würde, wenn er noch einmal Lücken in seiner Zeitung ließe, die auf Censurstriche hinzudeuten schienen.“ Die „Landesblätter“ wollen nun, wie es heißt, gleich wieder die Segel streichen, was sie nicht thun sollten.

**Baden.** *Karlsruhe, 16. Feb. Der Bericht des Abg. Weller über das Steuerausschreiben vom 13. Nov. v. J. führt zunächst aus, daß keine von den Voraussetzungen, unter denen der §. 62 der Verfassung die Regierung ermächtigt, die Steuer nach Ablauf der Bewilligungszeit noch 6 Monate zu erheben, vorhanden war. Der Landtag war nicht aufgelöst, und die Berathungen konnten sich nicht verzögert haben, da sie noch nicht begonnen hatten. Der §. 62 bietet der Regierung nur ein Mittel, daß durch eine Verzögerung der ständischen Berathungen der Steuereinzug nicht stockt, zeigt ihr aber keinen Weg, die rechtzeitige Einberufung der Stände zu unterlassen. Die Regierung dagegen glaubt, durch den §. 62 ermächtigt zu sein, nichtbewilligte Steuern noch sechs Monate lästig damit zu erheben, wenn die Kammern noch gar nicht versammelt sind. Der H. Präsident des Finanzministeriums zählte nämlich unter die Fälle der Verzögerung auch jene, wenn die Kammern zwar berufen aber noch nicht versammelt, und selbst wenn sie noch gar nicht berufen sind, aber die Finanzperiode abgelaufen ist. Zugleich bezog sich derselbe auf die bisherige Uebung. Allein diese sprich ebensowenig für seine Ansicht als der Geist und Wortlaut des §. 62 der Verfassung. Auf allen früheren Landtagen war das Ausschreiben erst erfolgt, nachdem die ständischen Berathungen begonnen hatten. Im Jahr 1843 kam der Fall zum erstenmal vor, daß die Steuern am 13. Nov. ausgeschrieben wurden, während die Eröffnung des Landtags erst am 22. desselben stattfand. Allein jenes geschah in der Form eines provisorischen Gesetzes, und zwar nur auf zwei Monate; auch wurde dasselbe am 13. Dec. der Kammer zur nachträglichen Zustimmung vorgelegt. Die Regierung hatte damit selbst anerkannt, daß der §. 62 ihr die Befugniß nicht gebe, vor Beginn der ständischen Berathungen Steuern, welche nicht bewilligt sind, zu erheben; in der Diskussion aber wurde nachgewiesen, daß der §. 66 ebensowenig maßgebend sei, indem der Weg eines provisorischen Gesetzes, von welchem dort die Rede ist, auf Steuerfachen keine Anwendung finde. Die Kammer sprach dies in einem Beschlusse (21. Dec. 1843) aus, worin sie erklärte, daß sie das provisorische Ausschreiben vom 13. Nov. nicht mit den Vorschriften der Verfassungsurkunde übereinstimmend, vielmehr für das Steuerbewilligungsrecht der Stände beeinträchtigend erkenne. — Der zweite Fall trat im Jahre 1845 ein und ist dem heutigen ähnlich. Das Ausschreiben war unterm 14. Nov. 1845 mit dem Grund des §. 62 der Verfassung erlassen, der Landtag wurde acht Tage später eröffnet. Da die vorhergehende Versammlung vom 22. Nov. 1843—22. Febr. 1845, also ungewöhnlich lange, gedauert hatte, so legte die Kammer auf diesen einmaligen Vorgang der verspäteten Einberufung kein großes Gewicht, wahrte aber doch ihr Recht, indem der Bericht über den Steuereinzug für die Monate Juni und Juli bemerkte: bei dem früheren Ausschreiben sei der Fall des §. 62, daß die ständische Berathung sich verzögere, noch nicht eingetreten gewesen, und es sei zu wünschen, daß künftig durch rechtzeitige Berufung der Ständeversammlung dafür gesorgt würde, daß keine Antiepation mehr nothwendig werde. Auf diese Vorgänge berief sich der H. Präsident des Finanzministeriums in einem Schreiben an den Vorstand der Budgetkommission, indem er behauptet: die Regierung sei dadurch schon ver-

*) Doch! soviel wir uns erinnern, hat schon der Censor des Wärt. Beobachters im vergangenen Jahre eine Probe dieser durchgreifenden Censur geweset. L. D. R.

anlaßt gewesen, im Jahre 1847 in gleicher Lage das gleiche Verfahren einzuhalten. So lange kein dritter Weg angezeigt sei, bleibe ihr nur die Wahl zwischen den §§. 62 und 66, wenn zum Steuereinzug Einleitung getroffen werden müsse, bevor die Stände zusammelt sind. Die Regierung könne nur bedauern, daß sie vornehmlich aus Rücksicht auf die häuslichen Geschäfte der Herren Abgeordneten eine spätere Berufung des Landtags habe eintreten lassen, die zu dem vorliegenden Konflikte Anlaß gab; sie sei gern bereit, künftig die Stände schon im Juli oder August zu versammeln, um eine rechtzeitige Genehmigung des Budgets möglich zu machen. Werde auf die nachträgliche Zustimmung zu dem erlassenen Steuerausschreiben Werth gelegt, so möge dasselbe als zu dem Ende übergehen, angesehen werden.

Der Bericht weist nach, daß die Vorgänge von 1843 und 45 nicht für, sondern gegen die Ansicht der H. Präsidenten des Finanzministeriums sprechen, und daß die Berufung auf eine frühere Verletzung wie die Folgerungen, die man daraus ableite, die Kammer auf das Dringendste auffordere, ihr Bewilligungsrecht nachdrücklich zu wahren. Für ihre häuslichen Geschäfte haben die Abgeordneten die Rücksicht einer Verfassungsverletzung nie verlangt, vielmehr seit dem Bestehen der Verfassung zu jeder Jahreszeit ihre Pflicht erfüllt. Zu einer nachträglichen Genehmigung des bisherigen Verfahrens kann sich die Kommission nicht verstehen, denn sie würde damit eine Verfassungsverletzung gutheißen und zu ähnlichem Verfahren auffordern. Ihre Anträge gehen dahin: 1) In einer Beschwerdeschrift an S. K. H. zu zeigen, daß das Steuerausschreiben vom 13. Nov. 1847 eine Verletzung der §. 53 der Verfassungsurkunde sei, mit der Bitte, solches sogleich außer Wirksamkeit zu setzen; 2) alsbaldige Vorlage eines gesetzlichen Steuerausschreibens zur ständischen Zustimmung zu beantragen; 3) eine Beschwerde wegen dieser Verfassungsverletzung gegen den Präsidenten des Finanzministeriums, Herrn Regenauer, welcher das Ausschreiben vom 13. Nov. v. J. unterzeichnete, zu verbinden.

Fin. Min. Präsident Regenauer eröffnete die Diskussion mit einem längern Vortrag. Er schickte die Bemerkung voraus, daß es seiner Worte nicht bedürfen werde, um die Kammer zu veranlassen, mit Recht und Billigkeit Handlungen eines Beamten zu beurtheilen, dessen Amt ein schweres, doennoeolles sei, wenn schon vielleicht ein lästerndes Auge dasselbe als eine dornenlose leicht zu pflückende Rose betrachte. Er setze die Rothwendigkeit auseinander, für den Steuereinzug zu sorgen, damit keine Stockung in dem Staatshaushalt eintrete, und verbreitete sich über den geschichtlichen Hergang. Er lasse es dahin gestellt, ob in dem vorliegenden Falle der §. 62 der Verfassung anzuwenden war; es sei ein Nothstand gewesen, welcher durch frühere Einberufung der Kammer hätte vermieden werden können. Allein die Regierung verdiene deßhalb keinen Vorwurf, indem die Vergögerung aus Rücksicht auf die häuslichen Geschäfte der Abgeordneten und wegen der umfassenden Vorlagen für den Landtag eingetreten sei. Auf den Einwand, daß die Garantie für rechtzeitige Einberufung der Kammer durch das eingehaltene Verfahren beseitigt werde, legt der Redner keinen Werth, denn die Regierung würde durch das Verschieben der Einberufung den störenden provisorischen Zustand des Staatshaushaltes nur verlängern und Nichts dabei gewinnen. Daß er in der Budgetkommission das Ausschreiben als rechtswidrig gefaßt, sei ganz natürlich. Man habe ihm auch dort nicht den ganzen Bericht mitgetheilt und sei ihm mit dem Vorwurf einer Verfassungsverletzung entgegen getreten, wozu doch nicht die leiseste Absicht vorlag. Seine schriftliche Erklärung zeige, daß es der Regierung Ernst sei, die Geschäfte des Landes mit den Ständen in Frieden zu besorgen. 'Es sei Alles geschehen, was man von der Regierung erwarten könne, und kein Grund mehr zu einer Beschwerde vorhanden. — Das Begehren einer neuen Vorlage gehe zu weit, denn das sei außer Zweifel, daß die Regierung jetzt das Ausschreiben auf den Grund des §. 62 erlassen könne. Sie wolle aber der Kammer entgegenkommen und über Zustimmung einholen, die sich nicht auf die Motive des Ausschreibens vom 13. Nov. erstrecke, sondern nur für den Steuereinzug auf 6 Monate zu geben ist.

Kapp stellt sich auf den Standpunkt des christlichen Staates, welcher dem Präsidenten des Fin.-Ministeriums angenehm sein werde und die Lehre von der Vergebung der Sünden annehme. Wenn der Hr. Regierungskommissär eingestanden hätte, Angesichts des Volkes, daß er durch seine Unterschrift bei dem Steuerausschreiben die Verfassung verletzt habe und um Nachsicht bitte, so würde er keinen Anstand genommen haben, Nachsicht zu üben. Allein er habe ein solches Geständniß nicht vernommen. Der Redner trat nun den Beweis an, daß durch das Ausschreiben die Verfassung wirklich verletzt sei, und gerieth mit Hrn. Fin.-Min.-Präs. Regenauer in heftigen Wortwechsel, wobei die Bemerkung, daß die Rede des Abg. Kapp kein Sinn habe, durch die Drohung des Letztern, er könne Verbergenes aufdecken, erwidert wurde. Fin.-Min.-Präs. Regenauer erklärte, er sei Manns genug, jede Aeußerung zu beantworten. — Min.-Präs. Bekk gab eine offene Erklärung. Der Knoten liege darin, daß die Stände früher hätten einberufen werden sollen. Er gestehe unverhohlen, es sei ihm nicht im Gedächtniß gewesen, daß aus dem Steuerausschreiben ein Konflikt entstehen könne, sonst würde er die frühere Einberufung der Stände veranlaßt und den Konflikt vermieden haben. Er habe sich nur erinnert, daß früher mehrmals der Wunsch geäußert worden, die Stände möchten wegen der landwirthschaftlichen Geschäfte nicht zu frühe im Jahre einberufen werden, und daß deßhalb die Versammlung in den letzten Jahren erst Ende Novembers eröffnet werden sei. Er wolle nicht verhehlen, daß ihm jetzt, nach näherer Prüfung, der §. 62 der Verfassung auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar scheine, selbst dann nicht, wenn die Stände etwas später einberufen worden wären, denn solange es gar nicht möglich sei, das Budget zu erledigen, könne man nicht mit gutem Gewissen von einer Verzögerung der Berathungen reden. Künftig werde ein ähnlicher Konflikt durch rechtzeitige Einberufung vermieden werden und damit sei Alles gethan. Der Abg. Metz erklärte, er könne bei, Handlungen untergeordneter Beamten Nachsicht eintreten lassen, aber bei Handlungen eines Ministers müsse er es streng nehmen, namentlich wenn die politische Richtung desselben der seinigen gerade entgegengesetzt sei. Durch wiederholte Fragen brachte er den Hrn. Präsidenten des Finanzministeriums endlich zu der Erklärung, daß er mit den Ansichten des Hrn. M.-Präs. Bekk einverstanden sei, und schloß mit dem Antrage: das Ausschreiben als zur nachträglichen Zustimmung vorgelegt zu betrachten und an die Budgetkommission zu verweisen. An der weiteren, zumeisen stürmischen Debatte nahmen Theil: Straub, Knapp, welcher nach den Erklärungen der Minister motivirte Tagesordnung beantragt, v. Jstrin, v. Stockhorn, Brentano, welcher in dem Verfahren, wenn auch nicht dolus, doch culpa lata erblickt und bei den Kommissionsanträgen beharrt, und Selbam.

Mehrere Mitglieder riefen zum Schluß. Knittel und Welzel verzichten auf das Wort. Hecker und Mathy verlangen die Fortsetzung der Diskussion. Nach wiederholt zweifelhafter Abstimmung erklärt sich die Kammer mit 29 gegen 23 Stimmen für den Schluß, worauf der Berichterstatter Welker zu Ausführt, daß durch die Erklärungen der Minister die Sache formell nicht erledigt sei, indem die Zurücknahme des verfassungswidrigen Ausschreibens und die Vorlage eines neuen in gesetzlicher Form erfolgen müsse. Er bleibt bei den Anträgen der Kommission.

Ueber die Formfrage entspinnt sich eine neue Debatte, woran besonders Hecker lebhaften Antheil nimmt, und M. V. Bekk zugibt, daß ein höchstes Restript vorgelegt werden solle. Metz nimmt diese Zusage als Bitte in seinen Antrag auf. Mathy verlangt, daß der Gegenstand ohne weitere Klausel an die Kommission zurückgewiesen werde. Der Antrag des Abgeordneten Metz wird endlich bei verlangtem Namensaufrufe mit 39 gegen 18 Stimmen angenommen. Durch diesen Beschluß ist ausgesprochen, daß das Ausschreiben vom 13. Nov. 1847 verfassungswidrig erlassen war.

Im Eingang der Sitzung hatte der Präsident mitgetheilt, daß in den Abtheilungen eine Reihe von Kommissionen gewählt ist, unter Andern: über die Gesetzentwürfe in Betreff des Bezirksbaus von ausgestellten Waltungen und die Ablösung der Abgutteur. Ueber die Motionen: auf Abschaffung der Todesstrafe, Bestellung eigener Gerichtsvollzieher, die standesherrlichen Deklarationen, Ablösung der Jagdrechte, die Verantwortlichkeit der Minister.

F. M. B. Regenauer erklärte, daß der Ausgangszoll auf Getreide aufgehoben, das provis. Gesetz außer Wirksamkeit getreten und die betreffende Bekanntmachung im heutigen Regierungsblatte enthalten sei. Dessenungeachtet wird die Diskussion über das provis. Gesetz in der nächsten Sitzung (Freitag) stattfinden, damit die Kammer ihre Ansicht über die Erschwerung der Ausfuhr von Lebensmitteln für künftige Fälle aussprechen kann.

Richter zeigt eine Motion an: 1) für Aufhebung aller privilegirten Gerichtsstände, die nicht in der Bundesakte begründet sind; 2) für Einführung eines allgemeinen Bürgereides auf die Verfassung, mit Inbegriff der Staatsdiener und des Militärs.

Auf eine wiederholte Anfrage des Abgeordneten Stöber wegen Vollendung des Eisenbahnbaues erwidert M. V. Bekk, daß man im Sommer 1849 bis Haltingen (bei Weil) zu kommen hoffe. Von Seite der Abgg. Metz, Blankenhorn, Schmitt und Buhl

Digitized by Google

wurden schwere Klagen über die Verschwendung bei dem Eisenbahnbau erhoben.

**Weimar**, 9. Febr. In der Ausschmückung des Schillermuseums gibt sich hier ein edler Wetteifer kund; Viele, welche im Besitze von Reliquien waren, entäußerten sich dieser theuren Pfänder gern, um sie in den geheiligten Räumen des Dichters niederzulegen. Auch die Buchhändler Weigt und Janfen sind bemüht, für dasselbe ein bleibendes Denkmal, nämlich ein Schilleralbum, zu gründen. (D. A. Z.)

**Vom Rhein**, 14. Febr., läßt sich die „Großh. Hess. Zeit." schreiben: Während bei hocherzigen Frhrn. v. Andlaw Metten wegen Aufhebung der Spielbanken allgemeine Freude in nahen und fernen Kreisen erregt, erfahren wir leider, daß der Badeort Baden auch eine Spielbank erhalten soll, und daß bereits Architekten dort gewesen sein sollen, um einen Platz auszumessen, der für eine Spielbank bestimmt würde. Kurhessen besitzt jetzt bereits drei Spielbanken: Hofgeismar, Nenndorf und Wilhelmsbad.

**Vom Main**, 13. Febr. wird der Weser-Z. geschrieben: Die dänischen Angelegenheiten stehen die gesammte Diplomatie in große Bewegung. Ludwig Philipp, auf welchen überhaupt die Anregung des dänischen Verfassungsplanes zurückzuführen ist, hat sich bereit, den Herzog von Decazes in außerordentlicher Sendung nach Kopenhagen abzuordnen, und es ist erfreulich, daß auch die beiden deutschen Höfe die Wichtigkeit des gegenwärtigen Augenblicks erkannt und demgemäß über die Wahrung der deutschen Interessen unter sich Vereinbarungen getroffen haben. Aber auch der deutsche Bund wird diesmal aus seiner Passivität herausstreten. Es ist, wie man erfährt, im Schooße der Bundesversammlung der Antrag gestellt, daß die Sache der Herzogthümer für die Sache des Bundestags erklärt werde und demgemäß auch ein Abgesandter des deutschen Bundes nach Kopenhagen abgeordnet werden möge, damit zur entscheidenden Stunde nicht allein die deutschen Großmächte, sondern die Gesammtheit der deutschen Staaten ihre Vertretung finde. Möchte diese Vertretung Deutschlands nur eine rechte, würdige und entschiedene sein!

* **Schleswig**, 13. Febr. Was die Gemüther besonders beschäftigt, ist nicht sowohl die Frage „Annehmen oder Ablehnen" denn darüber ist nur Eine Stimme), als vielmehr die: ob wählen oder nicht wählen. Um sich in dieser Beziehung zu verständigen, werden die ständischen Abgeordneten am 17. d. eine Zusammenkunft in Kiel halten, zu der auch die nordschleswig'schen Vertreter zugetreten sind. — Das Gerücht, daß der Herzog v. Augustenburg nach Kopenhagen geht oder gegangen ist, war in verschiedenen Blättern verbreitet, ist aber gleichwohl unbegründet.

## Großbritannien.

**London**, 14. Febr. Der Herald meldet, daß soeben Sr. Exc. Msgn. Bedini in London als außerordentlicher Abgesandter des Papstes angekommen ist und sofort mit dem Minister der äußern Angelegenheiten eine Unterredung gehabt hat.

Mit dem Dampfschiff „Cambria" sind Nachrichten aus Kanada eingelangt, welche für die Regierung sehr bedenklich lauten. Die radikale Partei hatte bei den Wahlen die Majorität erlangt. In der Stadt Montreal war es zu bedeutenden Handgreiflichkeiten und Volksaufständen gekommen; zwei Tage lang befand sich die Stadt in der Gewalt des Pöbels. Es sollte und nicht wundern, wenn das M. Chr. hierbei französische Intriguen und Ludwig Philipp'sche Einflüsse witterte. Auch wäre nicht gerade unwahrscheinlich, daß die dynastische Politik, die überhaupt nur eine des Augenblicks ist, sich durch geheime Agenten mit den Republikanern und der französischen Partei in Kanada eingelassen hat, um dem in Europa so vielfach unbequemen England hier Verlegenheiten und Händel zu bereiten und es dadurch anderweitig zu beschäftigen, ohne zu bedenken, daß, je breiter die Fläche wird, über die sich die Republik in Amerika ausdehnt, auch die demokratischen Rückwirkungen auf Europa sich in Zukunft um so mächtiger und bedrohlicher gestalten müssen.

Der Herald theilt die brauende Bill zur Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit Rom ihrem Wortlaut nach mit. Eingangs der im altertümlichen „Wadmaßen-Style" gehaltenen Bill werden die frühern Urkunden aus der Zeit Wilhelms III. angeführt, welche einer Anknüpfung solchen Verkehrs mit dem römischen Stuhl bisher im Wege standen, nämlich die „Akte zur Erklärung der Rechte und Freiheiten der Unterthanen und zur Bestimmung der Thronfolge", wodurch Jedermann, der sich zur päpstlichen Religion bekennt, eine Person katholischen Glaubens heirathet oder Beziehungen mit dem heiligen Stuhle unterhält, für unfähig erklärt wird, die Krone Englands zu tragen, sodann die Akte „für fernere Beschränkung der Krone und bessere Sicherstellung der Unterthansrechte und Freiheiten". Die geistlichen und weltlichen Herren und die Gemeinen, zum gegenwärtigen Parlament versammelt, werden hierauf angegangen, ihren Rath und ihre Zustimmung zu geben, inwiefern und daß es J. M., ihren Erben und Nachfolgern gesetzlich zustehen solle, von Zeit zu Zeit, sobald es ihr oder ihren geeignet erscheine, am römischen Hofe einen Gesandten, außerordentlichen Gesandten, Bevollmächtigten oder sonst einen diplomatischen Unterhändler zu ernennen, zu beglaubigen und zu verwenden und gleicherweise von Zeit zu Zeit am Londoner Hofe durch den Papst ernannte und beglaubigte Gesandten u. s. w. zu empfangen, und daß solche diplomatische Personen ganz dieselben Rechte genießen sollen, welche den von Ihr. Maj. bei irgend einer fremden Macht oder von einer fremden Macht bei dem Hofe von London beglaubigten Gesandten zugestanden sind.

## Frankreich

**Paris**, 14. Febr. Das bereits erwähnte Manifest der Opposition ist wichtig genug, um seinem ganzen Inhalte nach wiedergegeben zu werden. Es lautet, wie folgt: „Die verschiedenen Abtheilungen der Opposition haben sich versammelt, um zu berathen, welches Benehmen nach der Annahme des letzten Satzes der Adresse einzuhalten sei. Die Versammlung hat sich vor Allem mit der politischen Lage beschäftigt, in die sie der Inhalt dieses Satzes versetzt. Sie hat erkannt, daß die Adresse in der angenommenen Fassung eine gewaltsame und schreiende Verletzung der Rechte der Minderzahl durch die Mehrzahl sei, und daß das Ministerium, indem es seine Pflicht zu einer solchen ausschreienden Handlung verleitete, einen der geheiligten Grundsätze der Verfassung verkannt, in der Person ihrer Vertreter einen der wesentlichsten Rechte der Bürger verletzt und durch ein äußerstes Mittel, um das Kabinet zu retten, in das ganze Land verhängnißvolle Keime der Zwietracht und der Unordnung geworfen habe. Unter solchen Umständen scheint es der Versammlung, daß ihre Pflichten ernster und gebieterischer werden, und daß in Mitte der Ereignisse, die Europa bewegen und Frankreich beschäftigen, es ihr nicht erlaubt sei, auch nur auf einen Augenblick die Bewachung und Vertheidigung der Nationalinteressen aufzugeben. Die Opposition wird auf ihrem Posten bleiben, um unermüdet die gegenrevolutionäre Politik zu überwachen und zu bekämpfen, deren Verwegenheiten in diesem Augenblicke das ganze Land beunruhigen. Was das Recht der Bürger, sich zu versammeln, betrifft, ein Recht, welches das Ministerium seiner Willkür unterwerfen und zu seinem Vortheile mißbrauchen will, so hat die Versammlung, einstimmig überzeugt, daß dieses Recht jeder freien Verfassung einverleibt und ein Bestandtheil derselben, ferner daß es durch andere Gesetze förmlich anerkannt sei, beschlossen, die Aufrechthaltung und Bethätigung desselben durch alle gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mittel zu bethätigen. In Bezug auf diesen Beschluß wurde eine Kommission ernannt, welche sich mit dem Ausdrucke der Wünsche von Paris zu verständigen und mit diesem gemeinschaftlich vor Montag, den 15. d. Bericht zu erstatten. Der förmlichsmeute regeln soll, welcher als eine Protestation gegen die Anmaßungen der Willkür stattfinden wird. Dieser Beschluß ist gefaßt worden, ohne anderen Aufrufen vorzugreifen, die die Deputirten der Opposition unter anderm Formen an die Wähler, und an die öffentliche Meinung zu richten beabsichtigen. Endlich hat die Versammlung gefühlt, daß das Cabinet, indem es den wahren Charakter der Thronrede und der Adresse entstellte, um einen Einigriff in die Rechte der Deputirten zu machen, die Opposition in die Nothwendigkeit versetzt habe, bei jeder Gelegenheit ihre entschiedene Mißbilligung eines solchen Gewaltmißbrauchs auszudrücken. Sie hat daher einstimmig beschlossen, daß keines ihrer Mitglieder, selbst jene nicht, die durch das Loos zu Mitgliedern der großen Deputation bestimmt werden, an der Uebertragung theilnehmen."

Die der Regierung feindlichen Blätter sind unzufrieden mit diesen Beschlüssen, wenigstens insofern, als dieselben den anfänglichen Plan der Opposition vereiteln, in Masse aus der Kammer auszutreten und so die Nothwendigkeit von mehr als hundert neuen Wahlen herbeizuführen, welche in dem gegenwärtigen Augenblicke und unter den obwaltenden Umständen unfehlbar eine gewaltige Bewegung im ganzen Lande hervorgebracht haben würden. Aber 30 Männer der parlamentarischen Opposition selbst scheinen die Lösung einer solchen Bewegung zu fürchten, und sie hoffen vorläufig mit halben Maßregeln auszukommen. Im Sinne des Hrn. Odilon Barrot und seiner Freunde und Anhänger ist die abgehaltene Versammlung, ist das classene Manifest und sind die sich daran knüpfenden Maßregeln ohne Zweifel nichts Anderes, als ein Schreckschuß, durch welchen man das Ministerium zum Nachgehen, das heißt in der obwaltenden Lage der Dinge zum Rücktritt zu bringen versucht. Gelingt dieser Plan, macht Hr. Guizot Hrn. Thiers Platz, der etwa auch Hrn. Odilon Barrot zur Belohnung seiner Dienstleistungen zu einem kleinen Portefeuille, dem Zirkel seiner langjährigen Wünsche, verhelfen würde, so ist die parlamentarische Bewegung von selbst beschwichtigt. Hält dagegen das Ministerium gegen die bloße Drohung Stand, und wir glauben, daß es Stand halten werde — so hat die Opposition nur die Wahl, entweder ihre eigene Ohnmacht zu bekennen, oder die bis jetzt abgelehnte Berufung an die politischen Leidenschaften des Volkes dennoch einzulegen. Wir lassen es dahin gestellt, ob sie in diesem Falle die Rolle des muthlosen Prahlers oder die Rolle des Zauberlehrlings wählen wird; denn daß die Volksbewegung, einmal entfesselt, durch den Strom des Augenblicks getrieben der parlamentarischen Partei über den Kopf

Digitized by Google

wachsen werde, die da mit einigen kleinen Veränderungen im Mechanismus des Staates den sürtieenden Forderungen der Gegenwart Genüge leisten zu können glaubt, das dünkt uns ganz unzweifelhaft. Regierung u. Opposition spielen beide ein haarsträubend gewagtes Spiel; sie stehen beide den öffentlichen Rechtszustand, die Zukunft Frankreichs, sich selbst auf die Karte, und es will uns schienen, als ob es zu spät sei, um den Satz zurückziehen zu können, was beiden Spielern im Grunde des Herzens vielleicht das Liebste wäre. Daß die Regierung endlich begreift, daß sie den Bogen zu stark gespannt, daß sie ihren allzu hartnäckigen Widerstand gegen die Forderung einer bescheidenen und an sich ziemlich gleichgiltigen Herabsetzung des Wahlcensus zu brechen anfängt, das beweist die heutige Sprache des Journ. des Deb. Dieses Blatt hat sich über Nacht zu der Reformidee bekehrt, die es bisher mit Hand und Fuß zurückwies. Ihr sollt sie ja haben, die Reform, sagt es, Hr. Guizot hat sie ja unzweideutig genug versprochen, noch im Laufe der gegenwärtigen Legislatur, im nächsten Jahre schon wird die Regierung gewähren, was sie im Augenblicke nun leider einmal nicht gewähren kann, ohne sich mit sich selbst in zu grellen Widerspruch zu setzen — also ein Wenig Geduld, ein Wenig Mäßigung und Nachsicht, um Gottes und aller Heiligen willen. Zu spät, zu spät! Die Opposition kann bei ihrer eignen Ehre nicht mehr zurück, so gern sie vielleicht auch wollte.

Der Ernstzustand der neapolitanischen Besitzei, Delcarrette, ist, nachdem er in verschiedenen italienischen Häfen vergeblich zu landen versucht, zuletzt nach Gaeta zurückgekehrt, von wo der durch Königl. Befehl zur schleunigsten Wiederabreise genöthigt war, am Bord des Mentano in Marseille angelangt und hat, da die Papiere dieses Schiffes nicht in Ordnung sind, eine fünftägige Quarantäne angetreten.

Paris, 15. Febr. Regierung und Opposition bieten Alles auf, einander gegenseitig bange zu machen, und man steht leicht, daß se sich bereits gewaltig vor einander fürchten. Zwei Fechter auf dem Kampfplatze, von denen keiner Muth hat, und von denen Jeder mit Zagen hofft, daß der Andere zuerst ausreißen werde. Ganz natürlich. Ein ernstlicher Kampf würde der Anfang einer Revolution sein, und eine Revolution will keiner von beiden Theilen. Fünfzehn Abgeordnete der Opposition, mit Hrn. Billaut an der Spitze, haben sich dahin, vorabredet an der Reformversammlung, wegen der Gefahren, welche dieselbe herbeiführen könne, keinen Antheil zu nehmen. Andere werden diesen Beispiele folgen, und wenn Hr. Odilon Barrot selbst Stand hält, so steht er doch ganz aus, als sage er im Stillen: I wish I went to bed and all were good. Hr. Emil Girardin, dies Mal der einzige konsequente Mann der Opposition, hat gestern seinen Austritt aus der Kammer angezeigt, und zwar mit einem ziemlich bittern Ausfall auf die ministerielle wie auf die Gegenpartei.

Die Adresse wurde dem Könige gestern Abend in feierlicher Audienz überreicht. Die ganze ministerielle Mehrheit der Kammer hatte sich der Deputation angeschlossen, von der Opposition dagegen war kein einziger Mann erschienen. Der König, nachdem er die Adresse beantwortet, dankte sehr gerührt für das zahlreiche Erscheinen der Abgeordneten und für die lebhaften Zusetze, mit denen sie ihn begrüßt hatten.

## Italien.

In der Allg. Zeit. berichtet ein Wiener Korrespondent: Zwischen Oesterreich und Modena ist in Bezug auf die italienischen Staaten des ersteren ein Schutzbündniß abgeschlossen worden, welches sich in seinem ganzen Wortlaut durch gleiche Uebereinkunft auch auf die Besitzungen des Herzogs von Parma erstreckt. Die Kontrahenten verpflichten sich zur gegenseitigen militärischen Hilfeleistung im Falle eines Angriffs von Außen und Oesterreich insbesondere auch bei innern Unruhen in Modena und Parma, Falls die eigenen Kräfte zur Dämpfung derselben nicht ausreichen. Da so die beiden Herzogthümer in die Vertheidigungslinie von Oesterreich gezogen sind, so wird diesem das Recht zum Einrücken seiner Truppen und zur Besetzung der festen Plätze in denselben eingeräumt, so oft dies das Interesse gemeinschaftlicher Vertheidigung oder militärischer Vorsicht erheischt. Ein Artikel dieses Staatsvertrages setzt fest, daß die vertragenden Herzoge mit keiner andern Macht eine wie immer geartete militärische Uebereinkunft ohne Zustimmung des Kaisers von Oesterreich abschließen dürfen.

Neapel. Es bestätigt sich, daß die königlichen Truppen das Fort Castellamare geräumt haben. Die Besatzung des Forts kam am 6. in Neapel an.

Aus Neapel wird und geschrieben, daß die Repräsentanten Oesterreichs und Rußlands und selbst diejenigen Preußens und Roms (?) gegen die neue Verfassung Verwahrung eingelegt hätten. Lord Minto war inzwischen in Neapel eingetroffen. Morgen Näheres.

Neapel. Auch der sichere, Beobachter berichtet jetzt über Sicilien: Die Forderungen der Insurrer gehen auf Wiederherstellung der Konstitution von 1812. (Nach anderen Berichten noch weiter, nämlich bis zur völligen Trennung Neapels und Siciliens.) Der König hat in dieser Lage der Dinge eine Aufforderung an die Regierungen von Frankreich und England gerichtet und das Einschreiten derselben zwischen der Krone und der in Aufruhr begriffenen Insel angerufen. Die beiden Geschäftsträger von England und Frankreich, Lord Napier und Hr. Monthessign, haben dieses Ansinnen ihren Regierungen alsbald durch Kurirer mitgetheilt.

## Amerika.

Ver. Staaten. Die Köln. Z. stellt die neuesten Nachrichten aus Nordamerika wie folgt zusammen: „New-York, 15. Jan. Im Hause der Repräsentanten hat eine wichtige Abstimmung stattgefunden. Mit 85 Stimmen gegen 81 wurde das Amendement des Hrn. Ashman angenommen, daß der Krieg mit Mexiko von dem Präsidenten der Ver. Staaten unnöthiger und ungesetzlicher Weise angefangen sei! Bei der geringen Mehrheit gegen den Präsidenten unter den Repräsentanten, bei seinem Uebergewicht im Senate dürfte diese Abstimmung indeß wenig praktische Folgen haben. Der Krieg mit Mexiko ist einmal angefangen und muß auf ehrenvolle Weise zu Ende geführt werden. Der Kongreß wird die Mittel dazu nicht verweigern. Hr. Hampton hat im Hause der Repräsentanten Anträge gemacht, nach denen Mexiko, soweit es erobert ist, den Ver. Staaten einverleibt werden soll. Am 24. d. wird über folgende wichtige Vorschläge des Hrn. Hannegan verhandelt werden: Kein Friede ist mit Mexiko zu schließen ohne eine sichere, zur Vertheidigung geeignete Grenze! In keinem Falle ist die Aufrichtung eines monarchischen Staates Mexiko durch Einmischung der europäischen Mächte zu gestatten! Der dritte Antrag lautet dahin, zu erklären, daß es nothwendig und gerathen sein möchte, Mexiko als abhängigen Staat zu behalten. — General Scott hat Befehle über die Besetzung und Verwaltung des ganzen mexikanischen Staates ergehen lassen. Die Steuern werden dadurch geordnet, die Lotterien und Aecisen abgeschafft, die Zollinien zwischen den einzelnen Staaten, aus welchen Mexiko besteht, aufgehoben."

Diesen Nachrichten fügen wir noch einige Mittheilungen aus englischen Blättern hinzu: In der Stadt Mexiko wurde vor Kurzem ein Meeting gehalten, um über die Errichtung einer Eisenbahn zwischen dieser Stadt und Vera Cruz zu berathen. Gute Gesetze, freiheitgerechte Einrichtungen, entwickelter Handelsverkehr und Eisenbahnen werden das Uebrige thun, um, was Nordamerika mit den Waffen eroberte, ihm für die Dauer zu gewinnen. Die Britannia enthält ein Schreiben aus Mexiko, worin es heißt: daß jetzt bereits die Ordnung in Mexiko viel gesicherter und der Geschäftsverkehr viel regelmäßiger sei als früher, und daß die Einschüchterung mit Furcht und Bangen dem Augenblick entgegensehen, wo Mexiko vielleicht wieder sich selbst überlassen würde. Der oben erwähnte dritte Antrag Hrn. Hannegan's bezieht sich jedenfalls auf die Umtriebe des von Ludwig Philipp instruirten Paredes, der noch immer damit umgeht, Mexiko in eine konstitutionelle Monarchie zu verwandeln und einen europäischen Prinzen auf den Thron zu setzen. Dieser unsinnige Plan kann nur dazu dienen, seinen Urheber als die lustige Person des mexikanischen Dramas erscheinen zu lassen.

Einer New-Yorker Korrespondenz in den Times zufolge hat der oben erwähnte Antrag des Hrn. Ashman, der übrigens nur eine Mißbilligung gegen Beginn und Ursprung des Krieges in sich, aber nicht die nöthigen Maßregeln zur Fortsetzung und Beendigung desselben ausschließt, so wenig Eindruck auf den Präsidenten hervorgebracht, daß dieser in Uebereinstimmung mit seinem Kabinet fester als je entschlossen sei, Mexiko in seiner ganzen Ausdehnung zu erobern, den Ver. Staaten einzuverleiben und die hierzu nöthigen und am raschesten zum Ziele führenden Maßregeln zu treffen; die neue vom General Scott angeordnete Steuerverwaltung Mexikos sei bereits als eine provisorische „Annexation" zu betrachten. Für diese „Annexationstheorie" (man möchte lieber sagen „Annexationspraxis") sei auch Kanada bereits ausersehen. Die Times suchen über die hochfliegenden Gedanken des jungen nordamerikanischen Staats zu scherzen, aber der Scherz sieht doch etwas ernsthaft und bitter aus.

Nachschrift. Die englischen Zeitungen kommen uns eben noch früh genug zu, um noch heute folgende durch das Dampfschiff Cambria überbrachte Nachrichten aus Amerika mittheilen zu können: Am 26. Jan. zeigte Hr. Cass im Senat auf eine Anfrage des Hrn. Crit-

Digitized by Google

tenden amtlich an, daß General Scott seines Oberbefehls über die Armee enthoben, das Kommando dem General Butler, als dem Nächsten in der Rangliste, übertragen und General Worth seiner Haft entlassen werden; General Scott wird vor dem Untersuchungsgericht zu Veracte erscheinen, welches dann niedergesetzt ist, die unter den höhern Officieren angebrochenen Mißhelligkeiten zu untersuchen und womöglich zu schlichten. Inzwischen hat General Scott den von den nordamerikanischen Truppen besetzt gehaltenen mexikanischen Provinzen eine Jahresteuer von 3 Mill. Doll. auferlegt. In New-York ging das Gerücht, daß Hr. Trist mit den mexikanischen Friedensunterhändlern endlich einen Vergleich abgeschlossen habe, und zwar auf der Basis derselben Bedingungen, die von ihm gestellt wurden, als das nordamerikanische Heer zuerst vor den Thoren der Hauptstadt erschien. Namentlich nimmt man darum Anstoß, daß Hr. Trist für Kalifornien keine geringere Abfindungssumme geboten habe, wie damals, weßhalb man glaubt, daß beide Häuser diesen Friedensvertrag verwerfen dürften. St. Anna hat sich in Akapulko nach dem Hafen von San Blas eingeschifft.

**Eingegangene Beiträge für die Armen in Oberschlesien:**

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag: . . . . . | 2588 fl. | 22 kr. |
| Von S. in Obernheim a. Glan in Erinnerung der Worte: „Ich und mein Haus wollen dem Herrn dienen“ | 5 „ | 15 „ |
| J. K. in Darmstadt . . . . | 6 „ | — „ |
| Von A. B. in Heidelberg . . . . | 20 „ | — „ |
| | 2599 fl. | 37 kr. |

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.


# Die Geschichte des deutschen Volkes

von

## Eduard Duller.

ist ein Volksbuch im ersten Sinne des Wortes, ein Werk echt vaterländischer, für Recht und Freiheit kämpfender Gesinnung. — Von der neuesten Auflage dieses Buches sind noch folgende Ausgaben zu haben, welche eine wurdige Ausstattung mit großer Billigkeit des Preises vereinen:

1) Zwei Bände Schillerformat. 1072 Seiten: 1 Thlr. 10 Sgr. (In 2 Prachtbänden 1 Thlr. 26 Sgr.)
2) Dieselbe Ausgabe mit 73 Holzschnitten: 2 Thlr. (In 2 Prachtbänden 2½ Thlr.)
3) Groß Octav mit 94 Holzschnitten: 3 Thlr. (In Prachtband 4 Thlr.)

[104] Verlag von **Karl J. Klemann** in Berlin.

[105] In der Dieterich'schen Buchhandlung in Göttingen ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

# Die schweizerische Eidgenossenschaft, der Sonderbund und die Bundesrevision.

Eine staats- und bundesrechtliche Erörterung von

Dr. **H. A. Zachariä,**

Professor der Rechte zu Göttingen.

gr. 8. geh. 25 Ngr.

Die vorliegende Schrift über die Angelegenheiten der Schweiz ist eine, den wissenschaftlichen Standpunkt festhaltende Untersuchung und soll wie der Titel sagt nur eine rechtliche Beurtheilung der darin behandelten Fragen sein. Die politische Beurtheilung der schweizerischen Verhältnisse wird denjenigen überlassen, welche ihrer höhern Einsicht und Stellung zufolge dafür kompetent sind.

Ferner sind erschienen:

**Jürgens, K.,** das apostolische Glaubensbekenntniß und die Forderung, von dessen kirchlichem Gebrauche entbunden zu werden. gr. 8. à 15 Ngr.

**Pertz, C. A.,** Colophonica. gr. 8. à 10 Ngr.

**Philologus.** Zeitschrift für das klassische Alterthum herausgeg. von F. W. Schneidewin. Jahrg. II. Heft 2 als Rest.

**Roth, R.,** Jâska's Nirukta sammt den Nighantavas. gr. 8. à 1 Thlr. 10 Ngr.

**Grimm, W.,** Exhortatio ad plebem christianam inet. gr. 4. Mit 10 Taf. à 3 Thlr. 15 Ngr.

[106] In der J. Trautwein'schen Buch- u. Musikhdlg. (J. Guttentag) in Berlin, Breite Straße Nr. 8 ist soeben erschienen:

**Haydn, Jos.,** Symphonie Nr. 21 arr. à 4. p. Klage. D dur. Pr. 1 Thlr. 5 Sgr.
„ „ „ 22 „ „ „ „ G dur. „ 1 „ 5 „

Die Sammlung wird in der Weise fortgesetzt, daß von 8 zu 8 Wochen eine neue Nummer erscheint, so weit die getroffene strenge Auswahl es gestattet.


# Bekanntmachung.

Die Ankunft und Abfahrt der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres in folgender Weise statt:

**I. Ankunft** von **Mainz** täglich zur Mittagszeit, im Anschluß an den um 2 Uhr 20 M. Nachmittags von Mannheim nach Offenburg, Kehl (Straßburg) abgehenden Eisenbahnzug X.

**II. Abgang** nach **Mainz** täglich 1 Uhr, Nachmittags.

Die Fahrten am Samstag, Dienstag, Mittwoch und Freitag schließen sich unmittelbar an jene nach **Rotterdam**, und die Fahrten am Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach **London** an.

Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Großh. Eisenbahn, so wie umgekehrt auf den Hauptstationen der Großh. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 31. Oktobre 1847.

[107] **Großh. Post und Eisenbahn-Amt**
**Eberlin.**


## Weinversteigerung zu Ludwigshafen a. R. in der Pfalz.

Montag den 20. März d. J. des Morgens 9 Uhr läßt Herr Heinrich Eichenberger, Kaufmann und Gutsbesitzer, von seinem Lager in Ludwigshafen nachverzeichnete, selbstgezogene und reingehaltene Weine, im Gasthofe „zum deutschen Hause“ in Ludwigshafen am Rheine unter vortheilhaften Bedingungen öffentlich versteigern:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 28 | Stück | 1844. | Dürkheimer. |
| 12 | „ | „ | Wachenheimer. |
| 6½ | „ | „ | Ungsteiner. |
| 2½ | „ | „ | Deidesheimer. |
| 7 | „ | 1846. | Dürkheimer. |
| 8 | „ | „ | Ellerstadter. |
| 5 | „ | „ | Friedelsheimer. |
| 1 | „ | „ | Friedelsheimer Traminer. |
| 5½ | „ | „ | Ungsteiner. |
| 20½ | „ | „ | Wachenheimer. |
| 15 | „ | „ | Forster. |
| 10½ | „ | „ | Wachenheimer Auslese. |
| 5½ | „ | „ | Forster Auslese. |
| 7 | „ | „ | Gundersheimer rothen. |
| ½ | „ | „ | Ober-Ingelheimer desgl. |
| ½ | „ | „ | Romanshäuser desgl. |

138 Stück.

Die Proben werden bei der Versteigerung verabreicht, können aber auch am Tage vorher an den Fässern genommen werden.

Oggersheim, 13. Jan. 1848.

[107]* **C. Moré,** Notar.

[108] Bei Ernst Keil und Komp. in Leipzig ist soeben erschienen:

# Duplik

## gegen die amtliche Wiederlegung der Schrift:

## Oeffentlicher Prozeß

gegen das fürstbischöfliche General-Vicariat-Amt in Breslau,

vom Verfasser der letztgenannten Broschüre (M. Müller-Jochmus.)

brosch. 10 Sgr.


Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Hier Engagirt bei Herr. Ehmer u. Cmp., 79 Neugasse Basel in Verbindung. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an D. A. Alexander Straßburg 28 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Insertionsgebühren betragen das Gross. Gau. Pennine Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Angriffe wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 51. Heidelberg, Sonntag 20. Februar 1848.

## Uebersicht.

Schleswig-Holstein, die dänische Reichsverfassung und der Deutsche Bund. — Berlin (Ausschußverhandlungen. Zusammenreten der Staatsschuldenverpulation. Das evangel. Oberkonsistorium. Erklärung p. Auerswald's und des Grafen v. Schwerin). Aus Sachsen (Mangel an Aerzten. Unterstützungssumme. Aufruf an deutsche Dichter. Die Reise des Königs zweifelhaft). Aachen (Verwahrung der Aerzte gegen den Strafgesetzentwurf). Vom Rhein (Mersuch von seinen Schutz- und Trutzbündnis zwischen deren nordischen Mächten). München (Reise der Gräfin Landsfeld. Die Zerstörung in ihrem Hause). Kassel (die Abgeordneten- und Bürgermeisterwahlen). Schleswig (die dänische Verfassung und die Herzogthümer).

Schweiz. Heidelberg. E. Smell und die Deutsche Zeitung. Bern. Vertagung der Tagsatzung. Die Bundesrevisionskommission. Antrittsrede der Tagsatzung und die fremden Reisen.

Großbritannien. Parlamentsverhandlungen über die Bill bete. die politische Gleichstellung der Juden, über die Ist. Angelegenheiten. Parteifanatismus der kanadischen Wahlen. Der österreichische Botschafter verläßt London.

Frankreich. Die obwaltende Spannung der Verhältnisse. Meinungen des J. d. D. Der Moniteur über die Auswirkung des Hrn. Engels. Schreiben Girardin's an die Kammer. Vorbereitung für das Reformessen. Mißungen der Regierung. — Portugal. England erklärt die Vertragsdrinzumren für n ch erfüllt.

Italien. Turin. Ein Turiner Blatt gegen den Deutschenhaß. Florenz. Eine Verfassung versprochen. Neapel. Die Sicilianer bedrohen auf der Forderung einer eigenen Parlaments. Eine provisorische Regierung eingesetzt.

Handel. Frankfurt. Börsenbericht; Besorgnisse wegen der polit. Lage.

Beilage. Ausschußverhandlungen über den Hoch- und Landesverrath gegen den Deutschen Bund und über Gottesläugnung. Magdeburg. Die kirchlichen Verhältnisse der neuen Gemeinde. Leipzig. Die Noth im Erzgebirge.

## Heidelberg, 20. Februar.

Was wir vor kurzer Zeit (s. die D. Z. vom 10. Febr.) als unsere Ansicht begründeten, daß das Patent vom 28. Januar nichts Anderes sei, als die Fortsetzung des offenen Briefes — das hat sich als die allgemeine Ueberzeugung der beiden Herzogthümer in den verschiedensten Kreisen geltend gemacht, in Schleswig vielleicht noch bestimmter als in Holstein, je unmittelbarer und bedrohender die Theorie des dänischen Gesammtstaates jedenfalls auf jenes erste Land zurückwirken muß. Wenn die Schleswig-Holsteiner selbst einen Augenblick zweifelhaft gewesen wären über den scheinbaren und wirklichen Werth des Verfassungspatents, so erwarb sich Dänemark das unbestrittene Verdienst, sie darüber genügend aufzuklären und jeden Zweifel zu beseitigen. Denn wie das Patent selber aus der nämlichen Quelle stammte, wie den „offenen Brief" veranlaßte, so war auch die Politik, die das Patent begleitete und ihm nachfolgte, eine ganz unzweideutige Fortsetzung jener Gewaltmaßregeln, die dem offenen Briefe Nachdruck geben sollten.

Wenn es der dänischen Regierung Ernst war mit der im Verfassungsentwurf hingeworfenen Phrase, „die besondern Gerechtsame und Interessen der einzelnen Landestheile sicherzustellen" — so fehlte es ihr wahrhaftig nicht an Gelegenheit, diesen Willen aufs Nachdrücklichste zu bethätigen. Sie durfte nur die politische Amnestie dahin ausdehnen, daß sie auch den bereits Gestraften und Verfolgten mit wohlwollendem und gerechtem Sinne entgegenkam, daß sie die bedenkliche Theorie vom „dänischen Gesammtstaate" geradezu fallen ließ, daß sie die Führer und Werkzeuge des dänischen Schreckensystems in den deutschen Herzogthümern ihres leitenden Einflusses entkleidete und ihre Stellen mit Männern besetzte, die auf deutscher Seite Achtung und Vertrauen fordern durften. Sie durfte nur die Quälereien einer dänischen Propaganda aufgeben, der ganz unterdrückten Presse etwas freien Athem gönnen, das gewaltsam niedergehaltene Petitions- und Associationsrecht entfesseln, und sie konnte dann wenigstens behaupten, daß sie die Politik der letzten Jahre verlassen und in die Bahnen einer weiseren und gerechteren Staatskunst eingelenkt habe. Es war das vielleicht auch eine Täuschung, aber eine von denen, die der dänischen Politik nicht viel kosten konnte; sie hat sogar dies kleine Opfer gescheut und gleich ihrem ersten Schritte eine so unzweideutige Richtung gegeben, daß auch das gutmüthigste Vertrauen an den friedlichen und versöhnenden Absichten der Kopenhagener Politik irre werden mußte.

Eine der ersten Anzeichnungen des neuen Regenten ward dem Grafen Molke zu. Theil, dem Manne, den die Herzogthümer als die bedeutendste Stütze der Politik des offenen Briefes zur Genüge kennen; derselbe Mann sitzt mit zwei erklärten Dänen in dem Verfassungsrathe, welcher die „besonderen Gerechtsame und Interessen der einzelnen Landestheile sicherstellen" soll! Dem Petitionsrechte liessen ungehemmte Ausübung den König von Dänemark über seine Stellung als deutschen Herzog aufklären konnte, ward kurzweg eine Schranke entgegengesetzt; die beengte Presse blieb in jenem Zustande einer schmachvollen Unterdrückung, die dem Volke die Wahrung seiner heiligsten Interessen ganz unmöglich macht, ja es soll seit einigen Wochen der Druck der Censur noch gewachsen sein! Zur Leitung der Wahlen wurde ein Mann ernannt, den die Herzogthümer als den stummen Vollzieher eines Gewaltstreichs kennen, es ist jener Ammann v. Karstorf, der das ständische Archiv zu Itzehoe gewaltsam erbrach, um das Original der Verfassung von Neumünster zu politischen Verfolgungen benutzen zu können. Eine Gewaltmaßregel, welche man unter Christian VIII. befürchtet hatte, deren Widerrechtlichkeit aufs Unumwundenste dargethan war, die Danisirung der Schule von Hadersleben, wurde von der neuen Regierung ohne Bedenken vollzogen. Sollten sich die Gerüchte bestätigen, daß man auch jetzt noch entschlossen ist, die Wahl Beselers in Londern durch formelle Chikanen unmöglich zu machen, so würde uns auch das nicht im Mindesten überraschen; es haben die Rathgeber Friedrichs VII. so unverblümt die Politik Christians VIII. fortgesetzt, daß das Befürchtete nur als eine weitere Konsequenz des einmal betretenen Weges erscheinen kann.

Hat die dänische Regierung so durch Thaten bewiesen, wie sie die Worte des Verfassungspatents verstehe, so hat die dänische Presse noch offenherziger ihre innersten Meinungen an den Tag gelegt und den deutschen Herzogthümern in naher Aussicht gezeigt, welch eine Freiheit und Gleiheit sie von einer dänischen Majorität zu hoffen haben. Einen Augenblick schien es, als wenn sich das starre Dänenthum durch die freundlichen Vermittlungsworte des Verfassungsentwurfs beunruhigt fühle und diese Worte ernstlich zu nehmen gesinnt sei. Allein, selbst wenn nicht die klaren Handlungen der neuen Regierung das dänische Mißtrauen gründlich beseitigt hätten, die officielle Presse hat sehr verständlich angedeutet: daß dem dänischen König seine Anstrengung zu schwer sein würde, um das Dänenthum aufrecht zu erhalten und zu vertheidigen. „Freilich", setzt das officielle Blatt hinzu, „ohne Präjudiz für die wahren Rechte der andern Staatstheile", aber was nach dänischen Begriffen diese wahren Rechte der Herzogthümer sind, darüber hat uns die Theorie vom Gesammtstaat und die Praxis seit dem offnen Briefe aufs Vollständigste belehrt.

Nicht so diplomatisch wie die officielle Presse sprachen sich die unabhängigen Organe der öffentlichen Meinung in Dänemark aus; sie beklagten unumwunden, daß man einen so weiten Umweg einschlage, um zur Inkorporation der Herzogthümer zu gelangen, sie gestanden zwar zu, daß in denselben die allgemeine Stimmung entschieden gegen eine Einschmelzung sei, erklärten aber zugleich, daß „eine solche Stimmung nicht entscheiden könne, wo es sich um höhere Interessen des ganzen dänischen Volkes handle". Sie fanden es „höchst abgeschmackt und unverschämt", daß es noch eine andere politische Ansicht gebe, als die jenseit des Belt herrschende, sie suchten sich schon ihre Verbündeten aus, für den Fall, daß jene „unverschämte" Meinung der Schleswig-Holsteiner vielleicht gar mit den Waffen ihr gutes Recht wahren würde. Der deutsche Bund, so räsonnirten die tiefsinnigen Politiker der gewaltigen Insel Seeland, wird Holsteins Hitze dämpfen; Frankreich und England werden im Nothfall dem guten Willen des deutschen Bundes einen Zaum anlegen. In diesen Worten ist der geheimste und letzte Gedanke der dänischen Politik ausgesprochen; man fühlt denn doch, daß die „große dänische Nation" im heißen Kampfe mit Deutschland nicht so leicht den Boreaq behaupten dürfte wie im Schreien und Schimpfen einer zügellosen Presse; man sieht sich daher nach einigem Besinnen um und denkt

Digitized by Google

den Deutschen ein paar Großmächten auf den Hals zu hetzen, Frankreich, England oder Rußland. Das großmüthige Dänenthum, für sich allein ein ohnmächtiges Ding, liefe der germanischen Welt im Nothfall von einem europäischen Brande bedrohen, um nur aus dem allgemeinen Ruin ein paar deutsche Landschaften unter französisch-russischem Protectorate zu erhaschen.

Aber für's Erste sind das noch fromme Wünsche, für deren offenherzige Kundgebung wir alle Ursache haben, dankbar zu sein. In den beiden Herzogthümern, wie im übrigen Deutschland, ist dadurch auch die kühnige Versicherung eines sich hingebenden Vertrauens unmöglich geworden; auf die Frage ob Annehmen oder Ablehnen hat sich bis jetzt nur die eine unzweideutige Antwort — Ablehnen vernehmen lassen, und nur über den Weg, der am sichersten dies Ziel erreiche, sind noch die Meinungen getheilt. Nicht Wahlen — dafür entscheidet der erste Eindruck, bis das Bedenken aufstieg, es möchte durch Minoritätswahlen der Zweck der Wahlverweigerung vereitelt werden. Möge man diese Besorgniß nicht zu hoch anschlagen; eine Notabelnversammlung, an der mit Ausnahme des dänischen Nordschleswig keine Wahlkörperschaft der deutschen Herzogthümer Antheil nähme, wäre für das Streben des dänischen Gesammtstaats eine unfruchtbare und ihr Werk ein nichtgeborenes. Das Nichtwählen hat den großen Vorzug, daß es den Ansprüchen des dänischen Gesammtstaats eine That als runde und unzweideutige Antwort entgegensetzt, daß es die politische Streitfrage gleich jetzt auf ihre natürlichen Grenzen zurückführt, und in jedem Falle schon der erste Schritt vermieden wird zu betrübenden Konsequenzen.

Wählen — wäre ein Nothbehelf für den Fall, daß drohende Minoritätswahlen den Eindruck der Wahlverweigerung schwächen würden; aber im Erfolge müßten die Wahlen dasselbe Ziel vor Augen haben, wie deren Verweigerung. Eine Erklärung sämmtlicher Gewählten oder der großen Mehrzahl derselben, daß sie zu keinem Schritte die Hand bieten würden, der die Idee des Gesammtstaates auf irgend eine Weise verwirklichte und die verbürgten Rechte der Herzogthümer verkürzte — wäre im Erfolg so viel wie eine Wahlverweigerung, und selbst wenn man aus dem Akte der Wahl von dänischer Seite deutsche Folgerungen ziehen möchte, so wäre auch das ihr Gewicht, wo die angesehensten Männer des Landes, die ständischen Körperschaften und die Herzogthümer selber ihre Herzensmeinung einmal unzweideutig ausgesprochen haben. Aber weiter dürfte man auch keinen Schritt gehen; jede Inkonsequenz, möge sie aus Mangel an Haltung, aus falschem Streben nach Vermittelung oder aus dem kleinen Kalkul politischer Klugelei entspringen, könnte sich hier aufs Bitterste rächen. Zwar wendet man uns ein, es können fürs Erste die Beschlüsse jener nach Kopenhagen berufenen Versammlung erfahrener und einsichtsvoller Männer niemals für die Herzogthümer bindend sein, da die Versammlung durchaus keinen repräsentativen Charakter hat, und fürs Zweite könne keine Veränderung ihrer Verfassung vorgenommen werden, ohne daß, wie es das Gesetz von 1834 will, die Provinzialstände darüber gehört würden. Zugegeben; wenn sich aber jene „erfahrenen und einsichtsvollen" Männer zu Konvessionen, Annäherungen, Berathungen und Beschlüssen verleiten ließen, die über den Akt einer nunmwundenen Protestation hinausgingen — wäre das nicht von den bedenklichsten Folgen, käme dann nicht jene Einwürfe etwas spät? Darum muß, wenn man den zweiten Schritt nicht thun will, gleich der erste vermieden werden. Nicht wählen oder nur bedhalb wählen, um ein der Wahlverweigerung ganz entsprechendes Ziel sicher zu erreichen, nur einer oder der andere dieser Schritte kann vor spätre Reue sichern. Darum ist der Wahlakt von der größten Wichtigkeit; die gewählten Personen, das ihnen klar und bestimmt vorgezeigte Ziel werden für die Zukunft der Herzogthümer von entscheidender Wichtigkeit sein, auch wenn man ihre Beschlüsse in Kopenhagen nicht für bindend halten kann.

Mag nun das Eine oder das Andere geschehen, Wahlverweigerung oder Wahlen mit Protest, ein folgenreicher Schritt ist damit gethan und schon für die nächste Zukunft sind bedenkliche und ernste Verwickelungen vorbereitet. Vom Protestiren zum völligen Bruch, von da zur Gewalt, von der Gewalt zum Widerstand sind dann nur noch wenig Momente zu durchlaufen. Dann ist es an uns diesseit der Elbe, zu zeigen, daß der Jubel der Reden, Gesänge und Adressen einen ernsten Rückhalt hat, daß wir entschlossen sind, diese deutsche Sache aller deutschen Fragen nicht nur mit theoretischen Sympathien, sondern mit dem ernstesten Nachdruck zu behandeln. Es sind in diesen Angenblick mehrere deutsche Ständeversammlungen in Thätigkeit; an ihnen ist es, den Regierungen aufs Dringendste die Stimmung der deutschen Bevölkerung darzulegen; an den Regierungen ist, dieser Stimmung an dem rechten Orte den gehörigen Nachdruck zu geben. Die Schleswig-Holsteiner müssen erfahren, daß dieselbe der Ehre und Ehre eine friedliche, aber unaufhörliche Agitation ihren Anfang nimmt, daß sie aber im Augenblick einer ernsten Krisis an den Regierungen wie am Volke Deutschlands einen starken Rückhalt haben.

Dies im Kreise der großen europäischen Politik offen und nachdrücklich geltend zu machen, ist die Aufgabe nicht Oesterreichs oder Preußens, sondern des ganzen deutschen Bundes. Dank verdient es, wenn eine der deutschen Großmächte sich dieser wichtigsten Frage unserer auswärtigen Politik mit Ernst annimmt, aber wir wollen mehr, der ganze deutsche Bund soll hier sein Recht und seine Pflicht des Einschreitens energisch erfüllen.

Der deutsche Bund! — wohl hören wir die Stimme des Mißtrauens, die an dem Hannoverschen Verfassungssturz erinnert, die Stimmen des Vorwurfs, die uns die Beschränkungen jeder nationalen und politischen Freiheit, wie sie von Frankfurt ausgingen, entgegenstellen; wir selber fühlen es mit tiefster Beschämung, daß es zum Theil deutsche Bundesgesetze sind, die den Holsteinern ihr Associationsrecht, ihr Petitionsrecht, ihr freies Wort beschränken, und wir müssen es uns gefallen lassen, wenn die dänische Presse mit Hohn darauf hinweist, daß der deutsche Bund selber es übernehmen werde, „die Hitze der Herzogthümer zu dämpfen." Aber gleichwohl kennen wir keine andere gesetzliche Instanz, vor der die wichtigsten Anliegen deutscher Politik geltend zu machen wären, als eben den deutschen Bund. Ueber seine gegenwärtige Organisation, über seine Wirksamkeit in jüngster Zeit hat vor wenig Tagen ein deutscher Bürger in einfachen aber beredten Worten das ausgesprochen, was Hunderttausende fühlten; er hat für Verstärkung und Erhebung, nicht für Auflösung das Wort ergriffen, eben weil die Existenz des Bundes eine innere Nothwendigkeit ist. Hier liegt nun ein Fall vor, der dem Bunde Gelegenheit gibt, die Mißtrauischen, die Anklager, die Hoffnungslosen zu beschämen; ignorirt er diesen Fall, so bietet er selbst die Hand dazu, daß der Grundartikel der Bundesakte — „Zweck des Bundes ist Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten" aufs Bedenklichste erschüttert wird.

Für Holstein, das durch eine Gesammtverfassung Dänemark inkorporirt werden soll, das diese Inkorporirung von sich wegweisen, dem man sie gewaltsam aufzwingen wird, für dieses so bedrohte Holstein hat der Bund die allernächste Verpflichtung, aufzutreten; schon der Stellung Holsteins zum Bunde wegen, noch mehr des Beschlusses wegen, den die Bundesversammlung am 17. Sept. 1846 erlassen hat. Es ist schon bemerkt worden, daß das Verfassungsgesetzt vom 29. Jan. der erste Versuch eines sakischen Widerstandes ist gegen jenen Bundesbeschluß; möge der Bund nicht zögern, diesem Anfang eines friedlichen Widerstandes eine zunächst friedliche, aber entschiedene Erklärung entgegenzusetzen. Die Stellung Schleswigs ist aber von Holstein nicht zu trennen; durch die vierhundertjährigen Verträge, durch Herkommen, Nationalität und alle innerlichen Bande eines Volkslebens sind sie auch heute noch verknüpft, nach heute noch, wie im J. 1460 sit ihr Losungswort: „Dat se bliven ewich tosamende ungedeelt". Ohne Schleswig kein Holstein! heißt es deutscher Seits mit allem guten Recht, wie man jenseit des Belt ohne Holstein kein Schleswig haben möchte. Das politische Verhältniß beider Herzogthümer unter sich, wie das politische Verhältniß Deutschlands zu beiden Herzogthümern weist die Lebenefrage beider Länder der Entscheidung der einzigen Behörde zu, die dem Willen der Sisser nach eine politische Berteerung und centrale Einheit für Deutschland begründen sollte.

Wenn es sich bethätigen sollte, daß der deutsche Bund damit umgehe, sich als deutschen Bund in Kopenhagen vertreten zu lassen, so würden wir darin einen erfreulichen Beweis sehen, daß man die Sache aufsehen will, wie sie allein anzusehen ist. Aber mit der Vertretung allein ist es nicht gethan, die Zeit der Noten, Verwahrungen, papiernen Schanzen dürfte bald verstreichen, und es dürfte der Moment nicht fern sein, wo der deutsche Bund zum Schutze seines bedrohten Gebiets ernstlich veranlaßt wäre, thatkräftige Maßregeln zu ergreifen. Solche Schritte, zur rechten Zeit und mit dem nöthigen Nachdruck unternommen, können allein einer größeren Verwicklung vorbeugen; jene ersten energischen Schritte scheuen dürfte nur der Staat oder Staatenbund, dem zur Erhaltung seiner Formen die nöthigen Kräfte fehlen. In dieser Lage ist aber Deutschland; nicht die Fülle von Kräften ist es, die uns gebricht, nur daß sie gebunden liegen und sich aufgeben unbenützt, das ist die stille Schmerz, oder die laute Klage Aller. Nur ihre Entfesselung, ihre thätige Benützung kann

Digitized by Google

jenes Wort zur Wahrheit machen, das der ältere. Gesandte bei Eröffnung der Bundesversammlung (am 5. Nov. 1816) aussprach: So erscheint Deutschland wieder als ein Ganzes, als eine politische Einheit, wieder als Macht in der Reihe der Völker!

**Preußen.** ○ Berlin, 15. Febr. In der Sitzung vom 10. begann der ständische Ausschuß die Berathung des neunten Titels, welcher die Verbrechen wider die Sittlichkeit behandelt. Es ward vorerst entschieden, daß die Verhandlungen darüber nicht veröffentlicht, sondern nur in den Protokollen abgedruckt werden. In Betreff des §. 162, über den Beischlaf zwischen ehelichen Verwandten, ward der Zusatz gemacht, daß die in absteigender Linie bis zum vollendeten 18. Lebenejahre strafios bleiben sollten. Die §§ 163 — 166 wurden unverändert angenommen. §. 167, vom Ehebruch, lautet im Entwurf folgendermaßen: „Der Ehebruch einer Ehefrau mit einem unverheiratheten Manne ist an jedem der beiden Ehebrecher mit Gefängniß von 3 bis 6 Monaten, der Ehebruch eines Ehemannes mit einer unverheiratheten Frauensperson von jedem derselben mit Gefängniß von 6 Wochen bis zu 3 Monaten zu bestrafen. Der Ehebruch zweier verheiratheten Personen ist gegen jede derselben mit Gefängniß von 6 Monaten bis zu einem Jahre zu bestrafen". Die Debatte über diesen Paragraph zog sich in die Sitzung vom 11. hinüber. Derselbe erlitt mehrfache Veränderungen. Zuerst wurden gleiche Strafen für die Eingehenden festgesetzt, für die Theilnehmer aber nur die geringere Strafe von 6 Wochen bis 3 Monaten. Ferner wurde bestimmt, daß eine Bestrafung überhaupt nur auf Antrag eines der beiden Ehegatten eintreten könne. Zu dem §. 168 wurde beschlossen, daß das Erkenntniß auf derartige Strafen nur vom Kriminalgericht, nicht vom Ehrichter ausgehen könne. Im Uebrigen wurden an diesem Paragraph, wie an den beiden folgenden §§. 169, 170 noch die aus der Veränderung von §. 167 nothwendig folgenden Modifikationen vorgenommen. Die übrigen Paragraphen des neunten Titels 171 — 188 wurden unverändert angenommen, mit Ausnahme des §. 172, der gänzlich gestrichen, des §. 182, in dem die Strafe für Mißbrauch zur Unzucht von 5 Jahren auf 10 Jahre Zuchthaus erhöht und des §. 186, welcher, als zu den Polizeivergehen gehörig, bis zur Berathung dieser verschoben wurde. Mit Berathung des neunten Titels schloß die Sitzung vom 11. Am 12. und 14. fielen die Abtheilungsberathungen, am 13. des Sonntags wegen die Plenarsitzungen aus. Die nächste findet also erst am heutigen Tage Statt. Gestern fand das erste Zusammentreten der Staatsschuldenpetation zur Abnahme der Rechnungen und der eingelösten Staatspapiere Statt, ein Geschäft, dem bisher in Ermangelung ständischer Repräsentanten Mitglieder des Berliner Magistrats assistirt hatten.

# Berlin, 12. Februar. Die Organisation des evangelischen Oberkonsistoriums wird hier als der Anfang zur Vermittelung der an der Reichsfeste im Jahre 1846 beantragten Kirchenverfassung betrachtet, für deren baldige Einführung der König entschieden sein soll. Man ist zwar vielfach der Ansicht, daß der Wunsch jener Versammlung, welchen Abgeordneter v. Auerswald aussprach, die Gemeindeverfassung möge vor Allem eingeführt werden, zuerst hätte verwirklicht werden sollen, verkennt aber nicht, daß dabei gerade die Mitwirkung einer selbständigen obersten Kirchenbehörde von Nutzen sein kann. Kommen, wie wir hoffen, die andern Anträge der Reichsstände auf Repräsentation der Kirche durch Presbyterien, Kreis-, Provinzial- und Generalsynoden jetzt rasch zur Ausführung, so ist es gleichgiltig, mit welchem Theile der Organisation man angefangen hat. Wenn wir auch in der Personalorganisation der neuen Behörde manchen Wunsch nicht erfüllt sehen und manche Männer vermissen, deren Mitwirkung wir zur baldigen Lösung der vielen Wirren in der protestantischen Landeskirche besonders geeignet gehalten hätten, so muß man doch anerkennen, daß die neue Behörde nicht einseitig im Sinne der pietistischen Partei besetzt ist. Man vermißt mit Vergnügen unter den neuen Oberkonsistorialräthen die Namen: Hengstenberg, Krummacher, v. Gerlach u. s. w. Nicht leicht dürfte eine deutsche Kirchenbehörde mit der neugeschaffenen an Bedeutung eines großen Theils ihrer Mitglieder in wissenschaftlicher und kirchlich praktischer Beziehung sich messen. Die Theologie hat in ihr an Dr. Nitzsch einen ihrer bedeutendsten und ehrenwerthesten Repräsentanten. Für Kirchenrecht ist in wissenschaftlicher Beziehung durch Richter und Stahl anerkanntest gesorgt. Praktische Kirchenmänner wie Ehrenberg, Eylert und Neander sind bewährt durch ihren langjährigen Kirchendienst. An kirchlichen Diplomaten fehlt es auch nicht; der salbungsvolle Hofprediger Strauß, welcher einst durch seine Mission nach Wien die unglückliche Zillerthaler rettete, der gewandte Geh. Regierungsrath Eilers und Domprediger Snethlage, bekannt durch seine einleitende Thätigkeit bei der jetzt entschlafenen deutschen Kirchenkonferenz, werden diese Stelle besorgen. Dazu wird vielleicht die nächste Reichssynode dem Oberkonsistorium noch einige junge Kräfte bringen, was für eine allseitig frische und freiere Bewegung der Behörde gewünscht werden muß.

Die Spenersche Zeit. vom 15. d. M. enthält folgende, von den Hrn. v. Auerswald und Graf v. Schwerin unterzeichnete Erklärung: Ein den Mittheilungen aus der Verwaltung der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten entnommener Artikel in Nr. 43. der Allg. Pr. Z. über das neu errichtete Oberkonsistorium enthält die Behauptung, daß zu derselben Auffassung, wie sie der Verfasser entwickelt, im Ministerium auch die im J. 1846 verfammelte Generalsynode, abgesehen von andern gleichzeitig gemachten Vorschlägen, gekommen sei. Wie jedoch die gedruckten Verhandlungen derselben nachweisen, hat die Generalsynode ausdrücklich nur als Ergänzung für die von ihr beantragte Presbyterial- und Synodalverfassung die Errichtung eines Oberkonsistoriums für wünschenswerth erklärt, weil, wenn durch solche Verfassung der Kirche die ihr nothwendige Freiheit der Entwickelung gesichert sei, auch die landesherrlichen Rechte durch eine oberste kollegialisch formirte Behörde verwalten zu lassen, wohl für entsprechend erachtet werden könne. Es leuchtet ein, daß diese Auffassung eine wesentlich andere ist, als diejenige des Verfassers des oben erwähnten Artikels der Allg. Pr. Z., und daß man, wenn man sich auf die Auffassung der Generalsynode als Autorität berufen will, nicht absehen darf „von anderen gleichzeitig gemachten Vorschlägen." Die unterzeichneten Mitglieder der Generalsynode glauben der Sache und sich selbst diese Erklärung schuldig zu sein. Berlin, 13. Febr. 1848. (gez.) v. Auerswald. Graf v. Schwerin.

Aus Schlesien, 12. Febr. Dec Schles. Z. wird aus Pleß geschrieben: Wir erliegen einer Seuche, und wir haben keine Aerzte. Ein großes Distrikt, dessen 120 Dörfer zum großen Theile meilenweit von der Kreisstadt entfernt liegen, bewohnt von 65,000 Menschen, von denen $^{9}/_{10}$ seit mehreren Jahren den unmittelbaren Folgen des Mißwachses, nasser Witterung und red endemischen Sumpffiebers ausgesetzt waren, besitzt an Aerzten einen Kreisphysikus, einen Kreischirurgus (der in dem 3 Meilen entfernten Rikolai wohnt) 3 promovirte Aerzte, deren einer jetzt selbst vom Typhus befallen ist, einen Medico-Chirurgus und einen Cotadrons-Chirurgus. Daß diese Anzahl von Sanitätsbeamten für gewöhnliche Zeiten ausreichend sein mag, wollen wir nicht bezweifeln, und die Erfahrung hat gezeigt, daß junge Aerzte, die sich hier zu etabliren beabsichtigten, aus Mangel an einträglicher Praxis wieder unsere Gegend verließen. Allein zu einer Zeit, wo das Jahre lang in stumpfer Ergebenheit getragene Elend in Gestalt einer verheerenden Pest auftritt, nicht urplötzlich wie die Cholera, die dem Furchtlosen wenigstens das Mitleid für seinen Bruder ließ, sondern schleichend, den Befallenen dem sichern Tode zuführend, die sogenannten Gesunden in der Umgebung der Kranken mit Schlaffheit und Theilnahmlosigkeit zu Boden drückend, in einer solchen Zeit sind Aerzte, viel Aerzte die durch die Natur der Sache gegebenen Helfer; sie sind die Sachverständigen, die uns bei Organisation und Ausführung der Rettungsanstalten zu Hilfe gesandt werden müssen.

Bei dem Unterstützungsausschuß waren am 14. ungefähr 30,000 Thaler eingegangen.

In der Schles. Z. erklärt Dr. E. Stelle einen Aufruf an die deutschen Dichter und Dichterinnen und bittet sie zu einem poetischen Sammelwerke, das durch seinen hoffentlich reichen Ertrag ein Noth- und Hilfsbüchlein werden soll für die armen Bewohner des Rybniker und Pleßer Kreises, ein Skherflein beizutragen, dessen Höhe übereinstimmend mit dem gerechten Prinzip der Einkommensteuer ein Jeder sich selbst auferlegen soll nach Maßgabe des geistigen Vermögens, welches die gütige Vorsehung ihm anvertraut hat zu Nutz und Frommen der Menschheit.

Die Reise des Königs nach Schlesien, die von mehreren Zeitungen (auch der deutschen) erwähnt worden war, wird in der Oberpostamtszeitung als zweifelhaft hingestellt.

Aachen, 12. Febr. Die hiesige Zeitung theilt die Verwahrung mit, welche sämmtliche Aerzte der Stadt gegen den Strafgesetzentwurf haben nach Berlin gehen lassen. Dieselbe geht auf einzelne Bestimmungen des Entwurfs (§. 194 und 251) ein, in welchen besonders harte Strafen gegen Vergehen ärztlicher Personen angedroht sind, und bittet um eine Abänderung.

Vom Rhein, 15. Febr. wird dem Rürnb. Korr. geschrieben: Es verlautet, daß die drei nordischen Mächte gegenwärtig den besonderen Aspekten in Italien Stipulationen gemacht haben, die dahin ge-

Digitized by Google

hen, einer Ausbreitung der dortigen Bewegung für den Fall, daß Oesterreich derselben auf die Dauer nicht begegnen könnte, einen vereinten Widerstand entgegenzustellen. Kurz, diese Verabredung wird als ein Schutz- und Trutzbündniß anzusehen sein, das Oesterreich zu den nachdrücklichsten Operationen in der Lombardei Raum gibt. Auch vernehmen wir, daß Oesterreich, da es nicht auf unbestimmte Zeit eine Armee auf dem Kriegsfuß in der Lombardei erhalten kann, sich berechtigt glaube, Garantien von den italienischen Regierungen zu verlangen, die es ihm möglich machen, die Politik, welche es in Betreff seines italienischen Antheils verfolgt, sicher zu stellen.

**Baiern.** München, 16. Febr. Die A. Z. berichtet über die Reise der Gräfin Landsfeld. Die Reise ging, wie versichert wird, außer dem bekannten Aufsaug in Kempten, ohne weitere Störung von Statten. Die Gräfin klagt über Unwohlsein, und deßhalbtigt in Lindau ihre Gemächer nicht zu verlassen bis ihre Equipage, Dienerschaft und Effekten dort angelangt sein werden; sobald dies geschehen, will sie nach Palermo abreisen. In ihrer Begleitung befinden sich noch drei Mitglieder der aufgelösten Verbindung „Alemania", Pelzner, Hertheim und Lahinger. (Nach dem Schwäb. M. dagegen wäre die Emmanute in Zürich angelang.) Die Eingänge der Barerstraße sind, obwohl wieder Alles ruhig geworden ist, noch immer mit Kürassierpikets besetzt und das Haus selbst mit einer Wache. Der daselbst angerichtete Schaden soll nicht so bedeutend sein, werthvolle Gegenstände blieben unberührt, aber ein Pack Papiere, meist Bittschriften zudringlicher Supplikanten enthaltend, wurde weggenommen und circulirt in zahlreichen Abschriften.

**Kurhessen.** Kassel, 10. Febr. Gestern Abend war Abgeordneten- und Bürgermeisterwahl für unsere Stadt. Zum Oberbürgermeister ist der Obergerichtsanwalt Hartwig bahier, früher Deputirter, gewählt worden, ein freisinniger, wohldenkender, allgemein geachteter Mann, der aber wahrscheinlich — die Bestätigung der Staatsregierung nicht erhalten wird. Man glaubt, daß die Regierung längst den Oberpostmeister Nebelthau im Auge habe; doch dürfte es nicht leicht sein, für ihn die nöthigen Stimmen zu gewinnen, da sein jüngstes Verhalten in der Ständerversammlung und namentlich im Legitimations- und Rechtspflegeausschusse bei mehreren wichtigen Fragen keine Sympathien für ihn erweckt hat. Er hatte bei der gestrigen Wahl nicht mehr als drei Stimmen erhalten. Zu Abgeordneten sind dies Mal, um allen Einwendungen möglichst vorzubeugen, zwei einfache Bürger, Bierbrauer Eisengarten und Kaufmann Rumpf, gewählt worden, nachdem zuvor die Herren Waitz von Eschen und Kaufmann Mahn auf ihre (bekanntlich kassirtirene) Wahlmannbefugnißschaft freiwillig verzichtet hatten. Es wird sich nun fragen, ob die Gewählten ihr Mandat annehmen werden, und dann ob die Regierung die Wahlverzögnisse noch vor dem Schlusse des Landtages an die Stände zurück gelangen lassen wird, indem sonst die Stadt Kassel noch fortwährend unvertreten bleibt. (Köln. Z.)

* **Schleswig,** 4. Febr. Der König von Dänemark hat durch die Eröffnung des Reskripts vom 28. Jan. d. J. die Richtung seiner Regierung mit Beziehung auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein unumwunden ausgesprochen und dadurch alle Illusionen, mit denen man nur zu gerne sich, einen neuen Regenten zu begrüßen, mit Einem Schlage zerstört. Ueber den Sinn und die Bedeutung des königlichen Erlasses hat man sich in den Herzogthümern doch nicht Einen Augenblick getäuscht und von vornherein das Reskript verworfen. 28. Jan. als den zweiten Akt des offenen Briefes vom 8. Juli 1846 angesehen. Die Verbindung der Herzogthümer mit Dänemark zu einem konstitutionellen Staate würde die im offenen Briefe theoretisch ausgesprochene Staatseinheit des Königreichs und der Herzogthümer zur praktischen Wahrheit erheben; die Herzogthümer würden ihre staatliche Selbstständigkeit unwiderruflich verlieren, sie würden aufhören deutsche Länder zu sein und Provinzen des dänischen Staats werden — und das Alles um den Preis des Schattenbildes einer Konstitution. Die in dem Reskript den gemeinschaftlichen Ständen zugedachten Gerechtsame sind so spärlich zugemessen, daß eine darauf begründete Staatseinrichtung von einer Verfassung nur den Namen tragen würde: man verspricht eine beschränkte Mitwirkung bei Veränderungen im Steuerwesen und bei der Finanzverwaltung, sowie bei der Erlassung von Gesetzen, welche die gemeinschaftlichen Angelegenheiten des Königreichs und der Herzogthümer betreffen; kein Steuerbewilligungsrecht, keine Kontrole über die Staatsschuld; von Verantwortlichkeit der Minister, Preßfreiheit, Affociationsfreiheit ist nicht die Rede. Erwägt man nun, daß die Steuern eine Höhe erreicht haben, wie sie in wenigen europäischen Staaten Statt findet, und daher an neue Steuern ohnehin nicht gedacht werden kann, daß die Höhe der Staatsschuld den Kredit längst erschöpft hat, daß die Herzogthümer in keiner Beziehung zu Dänemark stehen, in welcher sie mit Dänemark gemeinschaftliche Gesetze wünschen können, so ist es kaum zu begreifen, wie die Regierung hat glauben können, durch solche Aussichten die Herzogthümer für ihre Pläne zu gewinnen. Wenn aber auch den beabsichtigten Gesammtständen nicht bloß eine illusorische, sondern eine wirkliche Volksvertretung, wenn auch der Gesammtmonarchie eine Verfassung im wahren Sinne des Wortes zugesagt wäre, so würde eben die Gemeinschaftlichkeit mit Dänemark die Herzogthümer um alle Vorzüge konstitutioneller Staaten bringen und sie — von der Aufopferung ihrer Selbstständigkeit und Nationalität ganz abgesehen — auch materiell weit schlechter stellen, als dies unter dem faktisch Statt findenden absoluten Regiment der Fall ist: denn die Majorität der gemeinschaftlichen Kammern würde immer auf Seite der Dänen sein; die Jütländer und Seeländer würden über den Beutel der Schleswig-Holsteiner nach Gutdünken disponiren, und anstatt Eines Landesherrn würden die Herzogthümer eine Mehrzahl von Tyrannen erhalten. Den Herzogthümern eine Verfassung, welcher Art sie auch sein möge, aufzudringen, ohne daß selbige mit den jetzt bestehenden Provinzialständen berathen wäre — wie es nach dem Reskript die Absicht scheint — würde eine offenbare Verletzung der gegenwärtigen Verfassung sein, da in dem Grundgesetze vom 15. Mai 1834 die ausdrückliche Zusage enthalten ist, „daß, wenn der König eine Veränderung in den wegen Anordnung und Regulirung der ständischen Verhältnisse erlassenen Vorschriften nöthig finden sollte, die solche Veränderungen betreffenden Gesetzentwürfe der ständischen Berathung vorgelegt werden sollen, ehe darüber ein Beschluß gefaßt wird", und es klar ist, daß, wenn auch die Provinzialstände fortbestehen sollen, die projektirte Verfassung eine wesentliche Veränderung in ihrer Wirksamkeit zur Folge haben würde.

Auch würde sich, wenn der Versuch einer gemeinschaftlichen Ständeversammlung gemacht werden könnte, die Unausführbarkeit derselben sehr bald ergeben. Die dänischen und deutschen Mitglieder der Kammer würden sich weder verstehen, noch sich verstehen wollen, und ihr Beisammensein würde die Schärfe der Gegensätze und die Unmöglichkeit der Verständigung nur recht klar herausstellen. Die Herzogthümer haben denn auch das ihnen durch das Reskript vom 28. Jan. gebotene Geschenk sofort für ein Blendwerk erkannt, für eine Falle, die ihnen ihr gutes Recht und ihre Nationalität rauben, und sie unter der Maske der Liberalität unter dänische Zwingherrschaft bringen soll, und daher ist in den Herzogthümern über „Annehmen oder Ablehnen" nur Eine Stimme: der Volkswille spricht sich entschieden dahin aus, daß man nicht Bekanntschaft eines dänischen Gesammtstaats sein, daß man seine gemeinsamen Stände, seine gemeinsame Konstitution will. Nur über die Art und Weise, wie die Ablehnung auszusprechen sei, ob die Herzogthümer sich der Theilnahme an der Berathung der projektirten Verfassung gänzlich entziehen, oder ob sie zwar Delegirte zu der nach Kopenhagen zu berufenden konstituirenden Versammlung entsenden, dort aber durch diese Protest einlegen sollen, hat sich bisher eine einstimmige Ansicht nicht bilden können. Der sicherste und entschiedenste Schritt würde ohne Zweifel die einstimmige Verweigerung der Wahlen zu der konstituirenden Versammlung sein. Nach dem Reskript sollen diese Wahlen theils von den zu den Ständeversammlungen gewählten Abgeordneten, theils von der Ritterschaft, der Universität und der Geistlichkeit geschehen. Die Verweigerung dieser Wahlen von Seite der dazu angesprochenen Korporationen, durch welche der Grundsatz und die Intelligenz vertreten wird, würde auf das Unzweideutigste den Willen des Landes aussprechen, um keinen Preis eine nähere Verbindung mit Dänemark einzugehen, und der Staatsregierung jeden Zweifel über die Entschiedenheit dieser Willens benehmen. Die zweite Alternative, daß man zwar dem Ruf zur konstituirenden Versammlung nach Kopenhagen folgen, bei der Wahl der Delegirten aber die Nichtanerkennung der Staatseinheit aussprechen und die Delegirten beauftragen solle, gegen jede Gemeinschaftlichkeit der Stände und der Verfassung zu protestiren, scheint indeß bisher in den Herzogthümern die Mehrzahl der Stimmen gewonnen zu haben. Die Meinung Vieler, der Staatsregierung soweit thunlich entgegenzukommen, und kein Mittel zur Verständigung unversucht zu lassen, vielleicht auch die Illusion durch das Gewicht der Gründe des Rechts und der Politik in Kopenhagen einen entscheidenden Eindruck zu machen, die Schwierigkeit, so manche zum Theil heterogene Elemente zu einem durchgreifenden Entschlusse zu vereinigen — sind Momente, welche den Wahlen mit Vorbehalt günstig sein werden. Wir würden es freilich sehr beklagen, wenn es zu diesen Wahlen kommen sollte. Denn so lange man von dänischer Seite nicht dem Gedanken der Gesammtmonarchie bestimmt und bündig entsagt hat, kann von einem Versuche

Digitized by Google

zur Verkündigung nicht die Rede sein: wo es sich um die Erhaltung der Nationalität, um die Selbstständigkeit des Staats, um die Fortdauer der Verbindung mit Deutschland handelt, dürfen die Herzogthümer auch um keinen Finger breit nachgeben, und je entschiedener sie auftreten, feste schneller und sichrer wird der Sieg für sie gewonnen sein. Die Lehre „erzittere vor dem ersten Schritte" ist nicht nur in der Moral, sondern auch in der Politik zu beherzigen, und ihre Nichtbeachtung hat in älterer und neuerer Zeit manche bittere Früchte getragen.

**Schweiz.**

* Heidelberg, 19. Febr. Die Freunde des Hrn. L. Snell bemühen sich in der N. Z. Z. vom 13. d. darum, für seinen wunderlichen Schritt Nachsicht zu suchen. Wir gestehen in der größten Gemüthsruhe, daß uns in der That an allen den Korrespondenten wenig gelegen wäre, die die persönliche und politische Empfindlichkeit in dem Maße mit Hrn. Snell theilten, um dieser Aufforderung zu folgen. Die Schweiz hat in der deutschen Presse wenige Freunde, wir zweifeln, ob Einen so bewährten Freund wie die D. Z.; ihn darum zurückstoßen, weil er auch ein Mal mit einer anderen Meinung und einem anderen Berichterstatter verkehrt, heißt im Kleinen dieselbe Politik treiben, wie wenn man im Großen eine warnende und rathgebende Macht wie England zurückstieße, weil sie einen etwas konservativeren Standpunkt einnimmt als der Schweizer Politik gefällt. Wir bitten uns ein, so gute und Grundsätze, so gute und ehrliche Meinung gegen die liberale Schweiz zu haben, daß wir glauben, mit ganz heiterem Auge und Ohr auch ein Mal Thatsachen und Ansichten anhören zu dürfen, von denen uns die ersteren selbst nicht sicher, die zweiten nur unter der Bedingung, daß die Thatsachen sicher wären, statthaft schienen. Je weniger Briefe mit Beidem der Fall war, desto unbedenklicher gaben wir dem Manne Gehör, der mit und ganz auf Ein Ziel wollte, und der nur vor Gefahren des Weges warnte, von denen Nichtdasein wie uns Beide auf dem Wege selbst schon übergezogt haben würden. Sehr dankenswerth waren die Berichtigungen derer, die uns alle Gefahren ablängneten, sehr importun und überflüssig das drohende Anstellen der Andern, als solle gar Niemand den Weg machen, der nicht vorstehein von aller Abweesenheit aller Gefahr überzeugt wäre. So weit wir gehen wollten, wußten wir ganz gut unseren Pfad und brauchten die Wegzeigung des Hrn. L. Snell gar nicht. Es macht nun ein Artikel der Baseler Zeitung die Runde in allen deutschen Blättern, daß Hr. Snell zu der Richtung der D. Z. in den Schweizer Dingen wesentlich beigetragen habe. Die Mitarbeit Hrn. Snell's an der D. Z. beschränkt sich auf einige leicht kenntliche Briefe aus Bern, die meist nur Begleitschreiben von Aktenstücken waren; äußerdem auf einen Rückblick auf die Schweizer Geschichten der letzten Jahre, der in den ersten Nummern unseres Blattes gedruckt steht. Dieser Artikel hat in der Redaktion die „wesentlichen" Veränderungen erlitten, die die Richtung des Blattes nothwendig machte. Denn unser Schweizer Standpunkt war schon vor dem Blatte und vor Hrn. Snell und wird auch ihm sein; sie ist Nichts als die Politik des gesunden Menschenverstandes, zu der sich Tausende außer uns und vor und nach uns bekannt haben und bekennen werden. Sie wird auch nicht im Geringsten verrückt dadurch werden, daß sich einige rasche Korrespondenten von uns losjagen.

Bern, 16. Febr. Auf den Antrag von Zürich hat sich die Tagsatzung auf unbestimmte Zeit vertagt. Dafür waren $17\frac{1}{2}$ St.— St. Gallen trug darauf an, der Bundesrevisionskommission einige Bollmachten zu ertheilen, das von ihr bearbeitete Bundesprojekt entweder noch der gegenwärtigen Tagsatzung direkt vorzulegen, oder dasselbe dem Vorort mitzutheilen, um solches den Ständen ad instruendum zu übersenden. Darauf wurde entgegnet, daß es in der Stellung des Vorortes liege, die Tagsatzung wieder einzuberufen, wenn es sie für zweckmäßig erachte. Für den Antrag von St. Gallen waren 4 St. Nun wird die Bundesrevisionskommission ihre Arbeiten beginnen. Man glaubt, ihre Sitzungen werden öffentlich sein. (N. Z. Z.)

Bern, 15. Febr. Aus den gestrigen Verhandlungen der Tagsatzung sind folgende Beschlüsse hervorzuheben. Da Schaffhausen, Bern und Basselstadt das offen gelassene Protokoll in Bezug auf die Empfehlung einer möglichst umfassenden Amnestie faktisch, so wird der in der letzten Sitzung berathene Antrag der Kommission: Annehmen, Vorbehalten in Verbindung mit der Verfassung der Landesvertrag zum Beschluß erhoben. General Dufour wünscht in einer Zusatzsitz, nach welcher er seine Mission erfüllt ansieht, den seiner Stelle enthalten zu werden. Nach kurzer Diskussion wird nach dem Kommissionalantrag beschlossen, den gewesenen Generalstab zu entlassen und den Vorort zu bevollmächtigen, auch die eidg. Repräsentanten, wo und wann er es für angemessen hält, zu entlassen. Ferner soll der Vorort dem General wie den eidg. Repräsentanten die geleisteten Dienste verdanken. Ueber die Beschwerde der Mitglieder der gewesenen Regierung von Luzern gegen die Verwendung der verschiedenen dem Sonderbund angehörigen Werthgegenstände, wornach dieselben verlangen, daß letztere nicht an den gesammten Kriegskosten, sondern an dem Defizit der eidg. Kriegskasse, ihnen, den Mitgliedern der gewesenen Regierung, zu Nutze, abgezogen werde, geht die Versammlung nach dem Antrag der Neunerkommission, in Betracht, daß die Schlußnahme der Tagsatzung den etwaigen Rechtsansprüchen der Mitglieder der gewesenen Regierung in Luzern gegen die Kantone des Sonderbundes nicht präjudizire, zur Tagesordnung über. Der Bericht der Kommission für Empfangnahme rc. der Unterstützungsgelder für Verwundete und Hinterlassene gefallener Krieger wird derselben verdankt. Nach diesem Bericht, der aber noch nicht alle eingegangenen Gaben enthält, betragen die Gaben von Schweizern im In- und Auslande ungefähr 70,000 Fr., die der Ausländer 6,500 Fr. Der Präsident kündigte auch heute wieder eine Sitzung an, worin die Antwort auf die letzten und die Fragen wegen Vertagung der Tagsatzung behandelt werden soll.

Bern. Eidgen. Tagsatzung, 15. Febr. Die Brandwertung der Noten des Auslandes ist an der Tagesordnung. Der Entwurf der Antwortsnote ist von Hrn. Bürgermeister Dr. Furrer verfaßt; sie wahrt in mäßiger, aber entschiedener Sprache die Rechte der Schweiz als eines selbständigen Staates und weist das aus den Verträgen ab, auf welche sich stützend die Mächte der Selbstständigkeit der Schweiz zunahe zu treten versuchen. Selbst Uri, Schwyz und Unterwalden stimmen dieser Antwort bei, jedoch in dem Sinne, daß durch dieselbe die Rechte der Eidgenossenschaft gegen das Ausland gewahrt, keineswegs aber aus derselben Folgerungen auf die inneren Verhältnisse der Kantone abgeleitet werden können. (N. Z. Z.)

Antwortsnote der hohen Tagsatzung auf die fremden Noten. Tit. Als gegen das Ende des vorigen Jahres Ew. Excellenz allerhöchste Regierung sich bewogen fand, in Gemeinschaft mit andern Mächten der Schweiz eine freundschaftliche Vermittlung zur Beilegung der obwaltenden, unruhigen Zustände anzubieten, mußte die Tagsatzung unter Verkennung der darin ausgesprochenen, wohlmeinenden Absicht jene Vermittlung ablehnen. Indem sie diese Pflicht erfüllte, hegte sie die Erwartung, daß das Verhältniß der Eidgenossenschaft nun zu seiner wahren, diplomatischen Mitwirkung Stoff und Veranlassung darbieten. Obwohl sie auch jetzt dieser Ansicht ist, so entnahm sie aus der neuen Kollektivnote vom 18. Jan. 1848 mit Bedauern, daß sie sich in ihrer Erwartung getäuscht hatte. — Der Herr Präsident der Tagsatzung, an den diese Note persönlich adressirt ist, hat der Versammlung davon Kenntniß gegeben, und die letztere hält sich um so mehr verpflichtet, ihre Ansicht darüber auszusprechen, weil in derselben über die rechtliche Stellung der Schweiz zum Auslande und über ihre innere Organisation Prinzipien ausgesprochen werden, welche die Tagsatzung nicht mit Stillschweigen hinnehmen kann. Der leitende Gedanke, auf welchem der wesentliche Inhalt der Note beruht, ist der: Durch die Umwälzung der hohen Mächte bei der Reformbewegung der Schweiz in den Jahren 1814 und 1815 seien dieselben mit der in Uebereinstimmung gebrachten Lage der Art getreten, daß sie berechtigt seien, die hauptsächlichen Grundlagen der schweizerischen Bundesorganisation in ihren Schutz zu nehmen und, sofern sie verletzen sie gefährdet erachteten, intervenirt oder die Verfassungsänderungen verhindern. Diese Ansicht der Tagsatzung kann jedoch die eidgenössische Tagsatzung nicht theilen — Eine Mitwirkung der hohen Mächte bei der damaligen Gestaltung der Schweiz kann allerdings Statt um mußte insofern stattfinden, als wichtige internationale Fragen zur Lösung kamen, wie z. B. die Gebietsverhältnisse und die Festhaltung der Grenzen gegen die umliegenden Staaten. Ebenso interessirten sich die Mächte am Heidelsand der damals existirenden neunzehn Kantone gegen die Gefährdungen einzelner bestehen, veralteter Gebietsanprüche wieder getreten zu machen. Allein die Entwicklung der Bundesorganisation gestaltete sich politisch selbständig, wenn auch unter dem unterstützenden, moralischen Einflusse der Freen, welche jene Zeit und Ereignisse bezeichnet. Das Tagsatzung kann die Absicht jener Jahre und die zwischen der Eidgenossenschaft und den hohen Mächten gepflogenen Verhandlungen als bekannt voraussetzen und ist um so weniger veranlaßt, auf alles Einzelne einzugehen, als die wesentlichen, rechtlichen Momente des unveränderlichen Verhältnisses in der Verträge niedergelegt sind, welche die Grundlage der jetzigen Zustände bilden. Nachdem im Artikel 6 des Pariser Vertrags vom 30. Mai 1814 der Grundsatz angesprochen war: „La Suisse, indépendante, continuera de se gouverner par elle-même" — so bestätigte sich später der Kongreß in Wien mit dem Territorialumfange der Schweiz und den Verbindungen überhaupt, unter welchen ihr die Unabhängigkeit und Neutralität sollte zugesichert werden. Er legte diese Bedingungen am 19. März 1815 in dem Protokoll seiner neunten Sitzung, Artikel 1 niedergelegt, in die Form: Declaration des Congrès de Vienne concernant les affaires de la Suisse. Als Motive dieser Erklärung werden in der Einleitung angeführt das allgemeine Interesse, welches zu Gunsten der Schweiz eine immerwährende Neutralität erheischt, und der Wunsch, den Bitte durch Ausdehnungen und Uebertauschungen von Landestheilen der Schweiz die Mittel zu verschaffen, ihre Unabhängigkeit und Neutralität zu behaupten. Von diesen Ansichten ausgehend, erklären sodann die neuen Staaten, daß sie die Anerkennung und Gar nie der bestehenden Neutralität der Schweiz und ihrer neuen Grenzen in eine besondere Akte niederlegen werden, sobald die Tagsatzung ihre Zustimmung zu den in dieser Erklärung enthaltenen Bedingungen werde ertheilt haben. Es kann somit keinem Zweifel unterliegen, daß jene Akte Alles das enthalten werde, was die Schweiz Gemäß der letzter für die Beurtheilung der Frage, ob allfällige Betrachtungen in den bestehen-

Digitized by Google

rechtlichen Verhältnissen der Schweiz mit der Zusicherung einer immerwährenden Unabhängigkeit und Neutralität in irgend welcher Beschränkung stehen. — Der erste Artikel jenes Uebereinkoms lautet so: „L'integrité des XXI Cantons, tels qu'ils existaient en corps politique à l'époque de la convention du 29. Dec. 1813 et leur neutralité pour tous les systeme helvetique." Der unverletzte Bestand der damaligen 19 Kantone sollte also die Grundlage des neuen Bundes bilden. Es ist nun allgemein bekannt, daß in den Jahren 1833 und 1814 die Ersteren einiger neuerten Kantone, die aus der Mediationsverfassung hervorgegangen waren, wieder in Frage gestellt werden sollte; sie aufrecht erhalten, war der Hauptzweck der Tagsatzung, als darauf bezug sich auch die im Art. 1 erwähnte Konvention vom 29. Dezbr. 1813. Die Berufung auf diese Konvention beweist also klar, daß unter dem Ausdruck „integrität" nichts Anders verstanden war, als die Ersteren und der Territorialbestand jener 19 Kantone, und daß es lediglich der Absicht entsprach, auf die bestimmteste und einfachste Weise die Bedingungen der Garantie ihrer Unabhängigkeit vorzeichnete, ist Nichts enthalten, das auf die Beschränkung einer kunftigen, selbständigen Entwicklung der Bundesorganisation hinweisen würde. Im Gegentheil kann dieser das Einstehungsrecht nicht in Zweifel ausgelegt werden könne, schließt das Ganze mit folgender Betrachtung: „Enfin les Puissances intervenantes aiment à se persuader, que le patriotisme et le bon jugement des Suisses leur préservirait la convenance ainsi que la nécessité de ne accorder à aucune influence étrangère, ni de faire des ont divisé, et de consolider l'oeuvre de leur réorganisation en travaillant à la perfectionner dans un esprit conforme au bien de tous sans aucun retour sur le passé." Nachdem bis zum 20. Januar 1815 die Zustimmung zu dem Mai 1815 den Beitritt zu der erwähnten Kongreßakte vom 20. März erklärt hatte, wurde am 20. Nov. 1815 zu Paris von den Bevollmächtigten derselben hohen Mächte die Akte unterzeichnet, welche dem frühern Bestreben gemäß der Schweiz die immerwährende Neutralität und Unabhängigkeit auf die feierlichste und feierlichste Weise zusichert. Auf diese Weise gestaltete sich die Grundlage des jetzigen, internationalen Rechtszustandes. Es lag weder in der Stellung, noch in dem Willen der hohen Mächte, den Bund der Eidgenossen, der nicht aus den Ereignissen jener Zeit hervorging, sondern der schon Jahrhunderte hindurch in den verschiedensten Formen selbständig existirt hatte, in seinem innern politischen Organismus und dessen weitere Ausbildung und Entwicklung zu beschränken, wohl aber hatten die hohen Mächte ein dringendes Interesse an der schnellen Reconstituirung der Schweiz, an ihren Beziehungen zu den sie umgebenden Staaten, an ihrer Kraft und Einigkeit und an allen den Mitteln, welche sie befähigen sollten, ihre Unabhängigkeit und Neutralität zu beschützen. Die Erklärung vom 20. Nov. 1815 drückt dieses auf bezeichnende Weise so aus: „Les Puissances Signataires de la declaration du vingt Nuru reconnaissent authentiquement par le présent acte, que la neutalité et l'inviolabilité de la Suisse et son independance de toute influence etrangere, sont dans les vrais interets de la politique de l'Europe entiere." Auf diesen und würdigen Ereignissen und dem klaren Wortlaut der angeführten Akten schöpft demnach die Tagsatzung die vollendete Ueberzeugung, daß die Bundesverfassung selbst niemals garantirt, und somit auch die der Schweiz zugesicherte Neutralität nur an die Bedingung gewisser Formen der Kantons-Einrichtungen geknüpft wurde. (Schluß folgt.)

## Großbritannien.

London, 14. Jan. Die Verhandlungen über die Bill wegen politischer Gleichstellung der Juden bieten in ihrem letzten Stadium einen etwas einförmigen Anblick, indem die Gründe für und wider so ziemlich dieselben waren, mit welchen die erste Lesung vorzeitig angefochten wurde; die Farbengebung des Gemäldes blieb dieselbe, doch gelang es einem oder dem andern Redner, eine neue Beleuchtung dadurüber zu werfen oder das Bild in einen neuen Rahmen zu fassen. Die Debatte wurde im Ganzen mit vieler Würde und Gemüthsruhe geführt, eigentliche Parteileidenschaften ließen sich nicht blicken, selbst die Hohnlachen Anspielungen fehlten, welche die Berathung über die erste Lesung hier und da gewürzt hatten, es mangelte an dramatischem Interesse, an allem sonst im englischen Parlament so gewöhnlichen humoristischen Zwischengefechte, die Vorträge waren zum Theil mehr gründliche Abhandlungen als Reden im höhern Sinne, ein Redner setzte sich und der andere erhob sich — es ist dies fast die einzige Auf- und Niederbewegung, welche diese Debatte bezeichnet. Die Vertheidiger des Bill hatten ebenso viel zu thun, den Verdacht von sich abzuwehren, als ob sie der der christlichen Religion nicht mit dem höchsten Respekt erfüllt wären, wie andererseits die Gegner der Bill sich die möglichste Mühe gaben, jeden Verdacht inhumaner und unzeitgemäßer Unduldsamkeit von sich fern zu halten. So gebunden, sprach man sich von beiden Seiten zwar offen, aber nicht eigentlich frei aus. Auf der andern Seite kann man sich wieder dazu Glück wünschen, daß die Debatte auf eine so prunklose Weise und auf dem Wege ruhiger Berständigung zum Ziele geführt wurde, man hörte, wie sich bei einem englischen Parlament von selbst versteht, viel Vernünftiges und Praktisches, und Reden des warm fühlenden, ostensich hinreißenden Stils oder des mit logischer Schärfe den Gegenstand hin- und herwendenden Pro und wenden unter allen Umständen einen hohen Genuß gewähren. Der erste Redner gegen die Bill, Hr. A. Stafford, beantragte das Amendement, daß die Bill von heut an über sechs Monate zum zweiten Male gelesen, d. h. fallen gelassen werden möge. Der Redner stellte sich dabei, wenn auch nicht auf den konstitutionellsten, aber wohl auf den anglikanischen Standpunkt des sogenannten christlichen Staats. Er und alle Gegner der Bill behaupten: dieses Land, dies England, sei ein vorzugsweise christliches Land, dieses Parlament ein christliches Parlament, das um seine guten Grundsätze käme, wenn man zun auch Juden zulassen wolle, nachdem man dem Parlament durch Zulassung der Katholiken bereits seinen protestantischen Charakter geraubt habe. Letzteren Vorwurf glaubt man zwar verschweigen zu müssen, aber er blickt doch aus den Reden der starren Anglikaner deutlich hervor, während die Katholiken, die früher das Unrecht, vom Parlament ausgeschlossen zu sein, schmerzlich genug empfanden, im Allgemeinen für die Juden eintreten, wie es denn etwas ganz Natürliches ist, das Gedrückte und Unterdrückte, oder Solche, die nach langem Kämpfen aus einem gedrückten Zustande emanzipirt wurden, gemeinschaftliche Sache machend, sich an einander schließen. Die Gegner der Juden sehen schon mit Schrecken Atheismus, Unglaubige, Hindu, Muhamedaner, Heiden, Fetischanbeter u. s. w. in langem wüsten Zuge, Baron Rothschild voran, über die teufsche Schwelle des Parlaments hineinfluthen, die Bischofsbank in eine Rabbinerbank umwandeln und diese christliche Versammlung zu einer Versammlung von Christusläugnern und Götzendienern machen. Indeß darf nicht geläugnet werden, daß die Sache allerdings insofern etwas Bedenkliches hat, als nicht jüdische Weisheit, Mendelssohn'sche Humanität und Spinoziftische Philosophie Sitz und Stimme im Parlament erhalten, sondern die schon durch den Eisenbahnkönig Hudson hinlänglich vertretene Aktiengeist, der auslangende Reichthum, der Zinswucher, das Geldmonopol, der Börsendämon, das Gespenst des Bösrichtungen derjenigen doch nicht ohne allen Grund sind, welche meinen, daß die eigentlichen Volksinteressen und selbst der Grundbesitz, der solide Handel und die Industrie von diesem neuen Zuwachs eher Schaden als Gewinn haben dürften, daß das Parlament immer mehr seinen nationalen Charakter verlieren und sich in eine Versammlung von Spekulanten umwandeln möchte, deren Bestrebungen und Plane einen zu kosmopolitischen Charakter haben, um auf den, wenn auch einseitigen, doch festen und gediegenen Grundsätzen zu beharren, auf welchen das stolze und mächtige Gebäude der großbritannischen Staatsverfassung beruht und so vielen weltverschütternden Stürmen Trotz geboten hat. Indem aber somit die alte Aristokratie Englands immer mehr an Einfluß, Gewicht und Boden verliert, verbürgert und demokratisirt sich das Parlament und mit ihm der Staatorganismus, und die kirchlichen und politischen Zustände werden, so weit es lokale Verhältnisse und die historischen Eigenthümlichkeiten Englands für jetzt gestatten, den nordamerikanischen unvermerkt ähnlicher, wie sich denn die Seelenverwandtschaft beider Völker, trotz aller gegenseitigen verterlichen Verspottung und Lustigmacherei und Verschiedenheit der umkleidenden äußerlichen Formen, in unbewachten Zügen und Handlungen oft deutlich und merkwürdig genug verräth. (Fortsetzung folgt.)

London, 15. Febr. In der gestrigen Unterhausitzung entspann sich eine sehr lebhafte von Hen. Osborne angeregte Diskussion über den angeblich alles billige Maß übersteigenden Kostenaufwand für die neuen Parlamentshäuser; die Neuerlandsbill ging in derselben Sitzung durch. In der heutigen Sitzung richtete Hr. Hindley an den Minister des Aeußern die Frage, ob er Nichts dagegen habe, daß die zwischen Lord Minto und dem röm. Hofe gepflogene Korrespondenz dem Hause vorgelegt werde? Lord Palmerston erwiderte: „die Sendung Lord Mintos an den Hof zu Rom sei jedes diplomatischen Charakters entblößt gewesen (Gelächter). Allerdings habe er Begleubigungsschreiben an die Höfe von Turin, Florenz und Neapel mitgenommen; da jedoch, wie gesagt, seine Sendung durchaus keinen diplomatischen Charakter gehabt, so sei er, Palmerston, auch nicht in der Lage, irgend einen Statt gefundenen Briefwechsel dem Hause mitzutheilen" (erneutes Gelächter). Auf diese Erklärung, die Nichts erklärte, erhob sich Dr. Bowring, der für die neue Entwickelungen Italiens warme Worte sprach, um die Vorlage von Abschriften oder Auszügen aus der in Betreff des italienischen Handelsverrins Statt gehabten Korrespondenz zu beantragen. Bei Abgang der Post sprach Lord Palmerston in Erwiderung des Bowringschen Antrags.

Der „Montreal Pilot", das Hauptblatt der Opposition in Kanada, klassificirt die für das neue Kanadische Parlament vollzogenen

Digitized by Google

Wahlen wie folgt: 19 ministerielle, 52 der Opposition angehörige, 7 zweifelhaft, 5 Wahlen standen noch aus.

* Soeben schreibt man uns von London 15. Febr., daß der österr. Botschafter am hiesigen Hofe, Graf Dietrichstein, dessen Stellung hier immer unhaltbarer geworden ist, seine Abberufung verlangt hat. Fürst Metternich hat ihm vorläufig einen Urlaub von 4 Monaten bewilligt, und Graf Dietrichstein verläßt schon in diesen Tagen London, um sich nach Wien zu begeben. Die Ankunft, die er in seinem Hotel trifft, lassen darauf schließen, daß er nicht mehr nach London zurückzukehren gedenkt. Der österreichische Botschafter soll, ehe er diesen äußersten Entschluß faßte, Alles aufgeboten haben, um Lord Palmerston von der Veröffentlichung der zwischen diesem und dem Fürsten Metternich gewechselten Depeschen wegen Italien abzuhalten, allein vergebens. Die Veröffentlichung erfolgte gestern im Morning Chronicle; sie gibt der Bewegung in Italien neue Waffen, da sie zeigt, daß Oesterreich nicht so leicht handelnd auftreten kann und somit ist die Adresse des österreichischen Botschafters, der für diesen Fall seine Instruktionen hatte, als der Anfang eines offenen Bruches zwischen Oesterreich und England zu betrachten.

**Frankreich.**

Paris, 15. Febr. Wenn es zum Blutvergießen kommt, ruft die Regierung ihren Gegnern zu, so trägt Ihr die Schuld. Wenn Blut fließt, antwortet die Opposition, so seid Ihr verantwortlich. Damit das Aeußerste vermieden werde, verlangt man von beiden Seiten eine Unmöglichkeit; von Seite der Regierung, daß die Opposition durch den Verzicht auf die so trotzig angekündigte Reformversammlung sich selber todtschlage, von Seite der Opposition, daß die Regierung ihre im heißen parlamentarischen Kampfe behaupteten Rechte aufgebe, daß sie ihre feierlichst ausgesprochenen Grundsätze verläugne, daß das Ministerium sich zurückziehe, um der Reformversammlung Platz zu machen, und daß gleichzeitig die Kammer gesprengt werde, welche die Reformversammlungen verdammt hat. Und — es kann nicht oft genug wiederholt werden — man stellt solche Zumuthungen nicht aus Uebermuth oder unbändiger Kampfbegierde, sondern weil man nur die Wahl hat, entweder sich selber oder den Gegner zu entehren. Wäre eine Vermittlung möglich, die den ganzen Konflikt, wenn auch mit einigen Opfern, beseitigen könnte, wie eine Botschaft des Himmels würde sie von beiden Theilen auf- und angenommen werden. Zu einer solchen Vermittelung ist aber bis jetzt wenig Aussicht vorhanden; es hat vielmehr ganz den Anschein, als ob der innere Krieg oder Friede Frankreichs wirklich durch einen Wurf aus zitternden Händen entschieden werden soll. — Das Journal des Débats schildert die obwaltende Lage der Dinge mit sehr lebhaften Farben, die man trotz einiger Uebertreibung nicht gerade unwahr nennen kann. „Ein neuer Reformschwaus wider Willen der Regierung veranstaltet, sagt es, ist eine unbesonnene Herausforderung — nicht der Regierung, sondern aufrührerisch gesinnter Parteien, der Anarchisten, die nur auf ein Signal warten. Die Regierung hat 60 Reformversammlungen geduldet, weil sie glaubte, daß sie für die öffentliche Ordnung und den öffentlichen Frieden nicht gefährlich seien. Dadurch ist das Recht der Bürger, sich zu versammeln, anerkannt und innerhalb seiner wahrhaften Grenzen bestätigt. Die Regierung ist erst dann eingeschritten, als die Gefahr für die Ordnung, für den öffentlichen Frieden, für die Freiheit der Kammern begann. Sie ist erst dann eingeschritten, als es für sie und für alle Unbefangenen klar war, daß man unter dem Namen von Zweckessen ein System von stehenden Klubs organisiren wollte, als man ankündigte, daß auch die Studenten, daß jeder Stadtbezirk, daß angebliche Nationalgardisten Zweckessen halten würden, in dem Augenblicke mit einem Worte, wo man einschreiten mußte, wenn man sich nicht gefallen lassen wollte, daß in jeder Sitzung von Paris eine Rednerbühne, von jeder Faktion ein Parlament aufgerichtet werde. — Wenn die Regierung nicht das Recht hat, ein konstitutionelles Zweckessen zu verbieten, so ist sie auch nicht befugt, ein republikanisches, kommunistisches oder terroristisches Zweckessen zu verhindern. Das Recht der Regierung beschränkt sich in diesem Falle darauf, den unausbleiblichen Ruhestörungen, welche diese fortwährende Aufreizung der Leidenschaften zur Folge haben würden, die Gewalt der Bajonette entgegenzustellen. Wir fragen die Bürger von Paris, ob der Frieden unserer Stadt mit jenen Versammlungen vereinbar ist? Als die Nationalgarde kurz nach der Julirevolution die Clubs mit den einfachen Worten schloß: das Haus ist geschert, konnte sie sich auf kein Gesetz berufen. Sollen wir nun jetzt Versammlungen jeder Art dulden? Wir richten diese Frage an die Gewerbsleute, an die Handeltreibenden, an alle Diejenigen, welche in ihrem Hause zu thun haben, und die da nicht der Meinung sind, es sei eine herrliche Sache, in den Straßen Nachtquartiere zu halten und sich mit dem Aufrufe zu schlagen. Die Opposition erklärt indessen, daß sie sich an kein Verbot kehren und den offenen Kampf mit der Regierung beginnen wird. Sie verschert zwar, daß sie sich dabei auf gesetzliche und verfassungsmäßige Mittel, das heißt auf gesetzlichen Widerstand beschränken werde. Wird sie das aber können? Wir zweifeln nicht an ihrem guten Willen, wir zweifeln an ihrem Vermögen. Wir werfen Euch nur einen Irrthum vor. Ihr verabredet ebenso wie wir den Aufruf, die Empörung, die rohe Gewalt. Hütet Euch, Aufruhr, Empörung, rohe Gewalt werden wider Euern Willen in Euerm Gefolge sein. In diesem Augenblick schon, wir können das behaupten, ohne es zu wissen, rüsten sich die Faktionen. Sie rechnen auf einen „Tag“, auf eine „tüchtige Bewegung“, um in ihrer Sprache zu sprechen. Ihr werdet Euch zurückziehen. Die Regierung hat die Gewalt, sie wird der Unordnung steuern, aber nicht ohne Unglücksfälle. Ist es denn aber nicht genug, daß Paris seine Junitage, seine Aprittage, seine Maitage gehabt hat? Ihr seid keine Aufrührer; nun denn, so entfesselt auch nicht den Aufruhr.“

Der Moniteur erklärt sich heute über die vor mehreren Tagen von uns erwähnte Ausweisung einer Anzahl in Paris lebender Deutschen. Außer Hrn. Engels, sagt das Blatt der Regierung, sind nur vier andere Personen, gleichfalls Deutsche, von dieser Maßregel betroffen, welche durchaus keine politischen Bewerggründe hat. Damit soll wahrscheinlich nur gesagt sein, daß die Ausweisung nicht in Folge diplomatischer Zumuthungen stattgefunden habe.

Paris, 16. Febr. Der kräftige Entschluß des Hrn. Girardin findet allgemeinen Beifall im Publikum, aber in der Kammer zeigt Niemand Lust, ihn nachzuahmen. Hier das Schreiben, in welchem Hr. Girardin seinen Austritt aus der Kammer anzeigt. „Herr Präsident! Zwischen einer gewaltthätigen Mehrheit und einer inkonsequenten Minderheit gibt es keinen Platz für einen Mann, der weder eine Staatsgewalt ohne Initiative und Fortschritt, noch eine Opposition ohne Kraft und Logik begreifen kann. Ich gehe deßhalb meiner Entlassung und werde die nächsten Wahlen abwarten.“

Das Pariser Reformfest soll jetzt auf den 20. d. M. festgesetzt sein. Es wird nicht im 12. Stadtbezirk gehalten werden, von dem es Anfangs benannt wurde, sondern in den elysäischen Feldern, auf einer Besitzung des Generals Thiard. Diese Verlegung des Schauplatzes ändert die Sache bereits bedeutend, und ist ein redender Beweis von der eignen Frucht der Opposition. Der zwölfte Stadtbezirk begreift die gefährlichsten Viertel von Paris, die engen Vorstädte, deren Geist von Alterssher am übelsten berufen, und von denen der Aufruf schon unsittige Male ausgegangen ist. Die elysäischen Felder dagegen sind der friedlichste Boden von der Welt, und man würde dort auch jenen entfernten Versuche der Ruhestörung sogleich mit dreien geschlossenen Truppenmassen entgegentreten können. Darum ist die Wahl dieses Ortes als ein abschlüglicher Beweis von den friedlichen Gesinnungen der Opposition zu betrachten, ein Beweis, dessen übrigens kein Verständiger bedurfte.

Die Pariser Kasernen und Wachthäuser, die bekanntlich zum großen Theile einigermaßen beseitigt sind, werden in Vertheidigungszustand gesetzt. Man hat sie reichlich mit Patronen versehen, man öffnet die Schießscharten, man läßt die Truppen durch Generale mustern. Die Ordonnanz, welche Sugeaud zum Kriegsminister ernennt, soll bereits unterzeichnet sein, um im Falle der Noth jeden Augenblick bekannt gemacht werden zu können.

**Portugal.**

Große Bestürzung hatte in den Hofkreisen das übrigens sehr glaubwürdige Gerücht hervorgebracht, daß die englische Regierung dem portugiesischen Ministerium mitgetheilt habe: da das Haus der Deputirten nicht auf gesetzliche Weise gewählt worden, könne England die vertragsgemäßen Bedingungen nicht für erfüllt ansehen.

**Italien.**

Turin, 12. Febr. Alle Zeitungen sind voll des Jubels, und es ist kein Wunder zu sagen, daß man nicht König Karl Albert erhellte. Dagegen werden auch humane und freisinnige Wünsche laut, wodurch die Piemontesen sich selber ehren; es sollen die kirchlichen Ungleichheiten wegfallen, Waldenser und Juden neben den Katholiken als gleichberechtigte Bürger leben dürfen.

Zu diesen humanen Wünschen rechnen wir auch einen Aufsatz der Concordia, welcher dem erwähnten Lärm der Deutschen-Fresser entgegenwirken soll. Die Concordia macht ihren Lesern durch eine lange statistische Uebersicht klar, daß dieses geschmähte Land der „Tedeschi“ in der Mehrzahl aus konstitutionellen Staaten besteht, daß die Freiheit dort ein altes Ding sei, und die Liebe zu verfassungsmäßiger

Digitized by Google

**Ausschußverhandlungen über den Hochverrath und Landesverrath gegen den Deutschen Bund.**

** Berlin, 9. Febr. Der §. 92 des St.G.B. lautet: „Wer es unternimmt, auf gewaltsame Weise den Deutschen Bund aufzulösen, die Bundesverfassung zu ändern oder das Bundesgebiet zu verkleinern, ist ebenso zu bestrafen, wie ein Hochverräther gegen den preußischen Staat.“ Aehnliches sagt §. 93 vom Landesverrath. Die Abtheilung trägt auf den Wegfall beider §§ an. Ihr motivirendes Gutachten ist kurz zusammengefaßt wie folgt: Der Deutsche Bund ist kein Staat, sondern ein Bündniß unabhängiger Staaten; den Unterthanen dieser Staaten gegenüber sind ihm keine Souveränetätsrechte übertragen. Die Bundesakte ist ein Vertrag der souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands, und keine die Verhältnisse der regierenden Fürsten zu ihren Unterthanen ordnende Staatsverfassung. Es existirt kein Gebiet des Deutschen Bundes in der Bedeutung eines Staatsgebiets. Eine Staatsgenossenschaft der Staatsbürger aller einzelnen Bundesstaaten existirt nicht, und eine Verpflichtung zur Treue, dem Deutschen Bunde gegenüber, waltet nicht ob. Ganz besonders nicht für das Großherzogthum Posen und das Königreich Preußen. Bei Berathung dieser §§ kommt der Beschluß der Bundesversammlung v. J. 1836 nicht in Betracht, weil durch seine Publikation vom 28. Okt. 1836 gegen die Rechte der Stände verstoßen ist, indem er von diesen hätte zuvor berathen werden müssen. — Der Landtagskommissär (v. Bodelschwingh) trat dieser Ansicht der Abtheilung in einer ausführlichen Rede entgegen, die wir bereits (D. Z. Beil. Nr. 49) vollständig mitgetheilt haben. — Im Laufe der nun eröffneten Berhandlung sprachen gegen den Antrag der Abtheilung die Abgg. Frhr. v. Saffen (Sächs.), Graf Zech-Burkersrode, Marschall von Bieberstein, v. Diskers (Westph.), Frhr. v. Wolff-Metternich (Westph.), Fürst Wm. Radziwill (Posen) zu wiederholten Malen, Graf Galen (Westph.), Graf Renard (Sächs.), der Marschall der Mark v. Rochow, noch einmal Hr. v. Bodelschwingh, Justizmin. v. Savigny. Für das Gutachten der Abtheilung ergriffen das Wort die Abgg. Naumann als Referent, Camphausen (Rhein.), Frhr. v. Mylius (Rhein.), Sperling (Pr.), v. Auersmald (Pr.). — Der Frhr. v. Gaffron erklärt den Begriff eines Bundesgebiets, das unveräußerlich sein solle, als tief in das Bewußtsein des deutschen Volks eingedrungen, und erinnert an die Stimme der Nation bei der luremburger Frage, während des Ministeriums Aere, für Schleswig-Holstein. Die Einheit und Unveräußerlichkeit Deutschlands sei das Palladium unserer Kraft und Nationalität. Andere deutsche Staaten haben diese Bestimmungen der §§. 92. 93. ebenfalls in ihre Strafgesetzbücher aufgenommen. Wenn zwei Provinzen unserer Monarchie nicht in den deutschen Bund einverleibt worden sind, so ist doch ihr Wohl und Wehe das des deutschen Vaterlands. — Graf Zech-Burkersrode erblickt in diesen §§ Erfüllung einer Bundespflicht und den Ausdruck des in allen deutschen Gauen erwachten Nationalgefühls. Der preuß. Monarchie, wenn sie auch Kraft genug hat, den Stürmen der Zeit allein Trotz zu bieten, gewährt doch die unauflösliche Verbindung mit Deutschland einen Zuwachs an Sicherheit und Kraft. — Der Deutsche Bund hat den Erwartungen nicht immer entsprochen, die man bei seiner Gründung von ihm hatte, er hat es nicht verhindern, in volksthümlicher Weise ein nationales Band um die deutschen Bundesstaaten zu schlingen. Aber eine bessere Zeit ist angebrochen. Der Redner begrüßt das neue Wechselrecht, das bevorstehende Preßgesetz, und wünscht, hier möchten die Grundzüge einer allgemeinen deutschen Strafgesetzgebung berathen werden. Darin darf der Grundsatz nicht fehlen, daß uns die Verbrechen gegen den Deutschen Bund denen gegen das eigene Vaterland gleichgelten. Wir werden dadurch eine Huldigung darbringen dem deutschen Nationalgefühl, das in allen deutschen Herzen von Neuem seine Schwingen regt. Die Zeiten sind glücklicherweise vorüber, wo man das Wohl des engern Vaterlands getrennt und isolirt sich denken konnte von der Wohlfahrt des großen deutschen Vaterlandes. Der Redner wiederholt am Schlusse die hochherzigen Worte, „die ein wahrhaft patriotischer Sprosse des ehrwürdigen alten deutschen Kaiserhauses unserem erhabenen König im Kaisersaal zu Aachen zurief.“ Abg. v. Diskers stimmt für Annahme der §§, und citirt den §. 3 der wüstemb. Verf.-Urkunde von 1819. — Der Ref. Naumann vertheidigt das Gutachten. Der Bundesbeschluß von 1836 hindert nicht, die §§. 92. 93. zu verwerfen; denn Preußen ist durch den Bund keineswegs in seinem Gesetzgebungsrechte beschränkt. Die Abtheilung hat mit möglichster Trockenheit diese Angelegenheit gepröft. Dem Deutschen Bunde geht unzweifelhaft Eins ab, was ihn zum Staate macht, das Oberhaupt, in welchem sich die Souveränetät koncentrirt. Die Verpflichtung zur Unterthanentreue dem Deutschen Bunde gegenüber ist nicht anzuerkennen. Redner kann nicht annehmen, daß in einem Staate zwei Autoritäten gebieten! Der Deutsche Bund ist nur ein Vertrag zwischen den einzelnen deutschen Staaten; einen solchen Vertrag zwischen unabhängigen souveränen Staaten kann man nicht Verfassung nennen. Die Abtheilung ist aus dem Grunde, weil sie der Deutsche Bund nicht als einen Staat betrachtet, zu dem Schluß gekommen, daß von Hoch- und Landesverrath gegen ihn nicht die Rede sein könne. Auf den Hochverrath ist Todesstrafe gesetzt. „Diese Pietät dem Deutschen Bunde gegenüber, dem Vertrage gegenüber, welcher zwischen den deutschen Fürsten geschlossen wurde, kann Redner in sich nicht finden. Die Abtheilung ist nicht soweit gegangen, zu sagen, sie wolle die deutschen Staaten nicht schützen; nein, sie hat nur gesagt, den Deutschen Bund kann man nicht durch Strafen für Landesverrath und Hochverrath schirmen; wohl aber hat sie angemessen gefunden, daß die einzelnen deutschen Staaten, welche den Bund bilden, mehr geschützt werden als andrer Staaten, welche dem preußischen Staate nicht so nahe stehen.“ Schließlich verwahrt Redner die Abdg. auf das Entschiedenste gegen jeden Verdacht einer feindseligen Tendenz gegen den Deutschen Bund. „Der deutsche Patriotismus findet darin eine Genugthuung, daß der Deutsche Bund ein Bund ist für die Vereinigung Deutschlands, und uns als Preußen, für unser deutschpatriotisches Gefühl ist es eine besondere Genugthuung, daß wir wissen, das Streben Preußens und seines Herrschers geht dahin, die Einteacht und Einheit Deutschlands immer mehr zu erstreben und zu befestigen. Dieses Patriotismus ungeachtet kann man gegen die §§. stimmen; der Patriotismus bleibt unberührt.“ Frhr. v. Metternich erhebt sich dagegen, daß die Bundesverfassung bloß ein Vertrag sei. In Betreff des Deutschen Bundes, fragt Redner, ob es gerechtfertigt ist, eine jedenfalls bildungsfähige Institution zu verwerfen, ohne versucht zu haben, wo die etwaigen Mängel liegen und wie sie zu beseitigen sind? — Der Abg. Camphausen: Es gibt Saiten, die, wenn man sie nur leise berührt, in allen Herzen Lant erklingen. Eine solche Saite ist angeschlagen worden, die Einheit des deutschen Volks! Ein warmes Gefühl für deutsche Nationalität ist dieselbe Quelle, woraus die Gründe für und gegen die §§. geschöpft werden. Solange der Deutsche Bund besteht, hat das Gefühl der deutschen Einheit nicht in ihm, sondern neben ihm gelebt. Neben ihm lebte die Begeisterung für das ganze Vaterland im Volke fort, und seit im Jahr 1840 der westliche Nachbar ihrem Augen auf reiche Provinzen warf, da erwachte am Rhein das Gefühl mit gewaltiger Kraft, und wir haben damals ausgesprochen, daß wir nicht nur Preußen, daß wir Deutschland angehören wollen. Dem Bunde ist vom Volke die Initiative gegeben worden, und erst als die Flammen hochherziger Gefühle im ganzen Lande emporgelodert waren, da hat auch der Deutsche Bund die Kontingente gemustert. Neben dem Bunde ist der deutsche Zollverein emporgewachsen, der sociel für die Erhebung des deutschen Nationalgefühls gewirkt hat, und auch der Versuch eines gemeinsamen Wechselrechts hat nur neben dem Bunde gemacht werden können. Ich kann im Bunde die Centralisation des Strebens nach deutscher Einheit nicht erkennen. Er hat nie positiv gewirkt um die Verfassungen, welche die Bundesakte dem deutschen Volk gab, hat er unerfüllt gelassen. Was in Deutschland für die Theilnahme des Volks an Staat geschehen ist, haben wir nicht dem Bunde zu danken. Auf das Gesetz, das die Preßfreiheit wiederherstellen soll, warten wir seit 30 Jahren vergebens. Wir wollen noch immer auf den Deutschen Bund hoffen, aber ich will durch mein Votum bekunden, daß der Bund unsere Hoffnungen nicht erfüllt hat und nicht erfüllen kann, wenn er auf dem Wege beharrt, den er bisher gegangen ist.“ Redner stimmt gegen die §§. „zur Förderung der deutschen Einheit.“ — Fürst v. Radziwill (Posen) kann eine Institution wegen der nicht vollständigen Durchführung der Elemente, welche in ihr liegen, nicht verwerfen; die §§. streichen, der Schutzmittel den Bund berauben, weil er den gerechten Erwartungen nicht entsprochen, heißt ihn verwerfen. Redner beklagt die Reaktionen, die der guten Sache schwer geschadet haben. Er stellt entschieden in Abrede, daß die deutschen Souveräne, Jeder in seinem Staate, ihre vollkommene, unbeschränkte Souveränetät sich vorbehalten haben. Nicht einzelne, sondern wesentliche und zahlreiche Attributionen der Souveränetät sind von den Souveränen Deutschlands dem Bund abgetreten worden. Dieser Souveränetät haben sie sich entäußert, um den Zweck zu erreichen, den der Bund darstellen soll, d. h. die Einheit Deutschlands dem Ausland gegenüber. In den Dokumenten des Bundes ist die Rede von Landesverfassung, von den höhern gerichtlichen Instanzanzügen, von den Organisationen der höchsten Gerichtshöfe, von den Verhältnissen der mediatisirten Fürsten, von der Parität der Con-

Digitized by Google

festionen, bei welcher die Grundzüge des westfälischen Friedens wieder als maßgebend für Deutschland hingestellt worden, ist die Rede von der Streitigkeit, von Handel und Verkehr, von Schiedsgerichten bei Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen, von Schutz gegen innere Unruhen, von Justizverweigerungen Seitens der Landesherrn gegen ihre Unterthanen. — Alle diese Punkte sind direkte Beschränkungen, die sich die deutschen Souveräne in ihren Souveränetätsrechten auferlegt haben zur Einheit und Stärkung des Bundes und des Bundesgefühls unter allen Unterthanen der deutschen Staaten. — Die Grenzen des Bundesgebietes sind bereits Gegenstand völkerrechtlicher Verhandlungen gewesen; es wird an Luxemburg und Limburg erinnert. Redner weist auf die Schweiz und die amerikanische Union. — Der Maangel einer Bundesoberhaupts ist völlig irrelevant; auch haben sämmtliche deutsche Fürsten sich solidarisch verpflichtet zur Aufrechthaltung der Bundestreue. — Die Provinz Posen gibt dem Redner Veranlassung, die europäische Bedeutung des Bundes, im Herzen Europas ein Mittelreich zu stiften, näher ins Auge zu fassen. In diesem Sinne fordert der Fürst seine Landsleute auf den Großherzogthum auf, für Alles zu stimmen, was zur Integrität, zur Kräftigung und Hebung des Deutschen Bundes zu wirken geeignet ist, folglich auch für die §§. 92. 93. Frhr. v. Mylius wünscht, daß Preußen handle zum Schutz und Schirm der deutschen Zukunft, jedoch in seiner Eigenschaft als Erbe der Politik Friedrichs des Großen, nicht aber als Erbe desjenigen, woraus der Deutsche Bund entstanden ist. Der Redner deutet auf die Mündungen des Rheines und der Donau und rät, sich auf eigne Kraft zu verlassen. Der Fürst Radziwill vertheidigt sich gegen Argumente des vorigen Redners und greift die angeerbten „preußische Hegemonie“ an: „Eine solche Richtung scheint mir für Preußen am allerwenigsten angemessen, denn in einer solchen Richtung Preußens würden für den Deutschen Bund, für die gemeinsamen Tendenzen Deutschlands offenbar die größten Gefahren liegen.“ Graf v. Galen vermag das deutsche Vaterland, den Deutschen Bund, vom deutschen Könige nicht zu scheiden. Preußen kann nicht getrennt werden von Deutschland und bei Deutschland nur ist Preußen zu finden. Graf Renard hatte gedacht, die Versammlung würde sich wie Ein Mann für die §§. erheben und findet sich getäuscht. Was der Deutsche Bund uns, dem Volke, gewährt, sagt er im Lauf seiner Rede, so sind das Bestheile, welche sich nicht in Zahlen ausdrücken, nicht auf Silber reduziren lassen; er nennt das Wechselrecht, ein allgemeines deutsches Civil- und Kriminalrecht, einen deutschen Münzfuß, Maß und Gewicht, eine deutsche Flagge und die deutsche Wehrverfassung. Höheres aber noch sei die moralische, nationale Einheit Deutschlands durch die Kraft und Macht der deutschen Treue und Ehre! Redner ergreift jede Gelegenheit, den Bund zu kräftigen und zu stärken, und stimmt für die §§. — Abg. Sperling zollt der Idee seiner Anerkennung, welche dem Deutschen Bund zu Grunde liegt, findet sie darin aber bis jetzt noch nicht realisirt. „Denn in der That ist der D. B. bisher der politischen Entwicklung der Völker nur hinderlich gewesen“. Bei aller Vorliebe für die Einheit Deutschlands muß Redner gegen die Paragraphen sich erklären, für die er weder Begründung noch Nutzen absieht. Der Scandenburger Marschall v. Bocum will vor allen Dingen das deutsche Nationalgefühl gestärkt wissen. Was würde Deutschland in der Geschichte für eine ganz andere Stellung einnehmen, wenn nicht die deutschen Stämme und ihre Regierungen von jeher in kleinlicher Eifersucht und Feindschaft von einander entfernt gestanden hätten. Die unerläßliche Bedingung unserer Kraft ist, daß wir den Bund der deutschen Stämme als einen heiligen und unverletzlichen betrachten. „Daraus folgt, daß Jeder, der diesen Bund anzutasten unternimmt, als Hochverräther, Jeder, der mit einem Feinde Deutschlands konspirirt, als Landesverräther bestraft werden muß. Dies hier anzuerkennen sind wir unserem deutschen Namen, unserer deutschen Ehre schuldig. Wir rufen damit unsern deutschen Brüdern, mögen sie Hessen, Sachsen, Württemberger, Baiern, Badner oder sonstwie heißen, zu: Seid unsers Bestandes, in Krieg und Frieden, in Noth und Tod gewärtig — wie versehen uns zu Euch derselben Gesinnung! Wer Euch ein Haar krümmen will, der hat es mit uns Preußen zu thun — will man an uns, so verlassen wir uns auf Euch! Diesen Zuruf richten wir an unser deutsches Volk, indem wir die §§. 92 und 93 annehmen und er wird über ganz Deutschland hinschallen. Ich bitte Sie, meine Herren, stimmen Sie in denselben ein“. — Der Landtagskommissär bekennt seine Freude, daß auch Mitglieder, welche gegen den Entwurf stimmen, ihre Sympathien für deutsche Eintracht laut bekennen und nimmt an, daß, wie auch das Votum ausfallen, welches auch das numerische Verhältniß der Votanten sein möge, nichtsdestoweniger die Versammlung den Eindruck machen werde, daß wir Alle vollkommen einig sind in dem Anerkenntniß der Nothwendigkeit eines einigen, starken deutschen Vaterlandes. (Hier unterbrach ihn lautes Bravo!) — In einer Angelegenheit, welche sein Gefühl regreife, könne Redner eine gewisse Wärme schwerlich verbannen und in das Lob jener Abtheilungsrednern nicht einstimmen. — Auf das Entschiedenste bekämpft Hr. v. Bodelschwingh dasauf das Theorem, der Deutsche Bund sei nichts als ein Vertrag: „der Deutsche Bund ist ein Bund aller deutschen Volksstämme zu einem einigen starken Ganzen; der Bundesvertrag ist nichts weiter, als die legale Form, durch welche dieser Bund geschlossen ist. Nicht der Vertrag ist das Wesentliche, sondern der Bund, — der Bund, wodurch die deutsche Nation nach kurzer Trennung wieder Anerkennung gefunden hat in Europa, wieder eingeführt ist in das europäische Völkerrecht. Das ist mehr als ein Vertrag, mehr als das Blatt Papier, worauf die deutsche Bundesakte geschrieben ist, es ist ein kräftiges, mächtiges Wesen, eine Verbrüderung von 40 Millionen Deutschen. — Wenn aber in Deutschland das praktikalar erfaßt werden mußte, was man in der Totalität nicht erreichen konnte (Zollverein u. s. w.), so ist das gewiß kein Beweis gegen die Kräftigung des Deutschen Bundes, sondern ein Beweis dafür. — „Nicht weil Friedrich d. Gr. den Partikularismus in Deutschland wollte, sondern weil er bei der weit vorgeschrittenen Zerrüttung des deutschen Reichs, bei der Selbstsucht vieler deutscher Fürsten keinen andern Weg, kein anderes Mittel fand, nur darum griff er zum Fürstenbund, um wenigstens einen Theil der Selbständigkeit Deutschlands zu retten. Ich würde es für einen Fehler halten, für eine Handlung, deren unsre Regierung sich niemals schuldig machen darf, durch Partikularismus in Deutschland groß werden zu wollen. Derselbe Mißgriff kann nur die sein, groß durch ein jeniges Deutschland zu werden und durch eigne Stärke auch Deutschland zu kräftigen.“ Die Souveränetät Preußens ist in der Souveränetät des Bundes nicht aufgelöst, aber sie ist beschränkt. In der Bundesakte sind wesentliche Beschränkungen der Souveränetät der deutschen Fürsten enthalten. Eines der ersten Rechte der Souveränetät ist der Beschluß über Krieg und Frieden; auch dies ist in der deutschen Bundesakte wesentlich beschränkt. Ebenso ist das Souveränetätsrecht durch die Wiener Kongreßakte beschränkt, indem sie ausdrücklich feststeht, es könne in keinem deutschen Lande eine Verfassung eingeführt werden, welche dem Rechte des Deutschen Bundes zuwider sei. Das erste Recht des Deutschen Bundes ist aber, sich selbst zu schützen gegen Angriffe von innen und außen. Das haben die Beschlüsse von M. 1836 ausgesprochen, deßhalb ist jede Anordnung eines deutschen Landes, welche dagegen verstößt, unzulässig und bundeswidrig. Ist aber der Deutsche Bund in gewissen Beziehungen souverän, so kann es auch, selbst nach den trockensten juristischen Begriffen, keinem Zweifel unterliegen, daß das Verbrechen des Hoch- und Landesverraths gegen ihn möglich sei. Ein einzelnes Oberhaupt ist freilich nicht vorhanden, aber die Fürsten der einzelnen Staaten in ihrer durch die Bundesakte vorgeschriebenen organischen Verbindung bilden das Oberhaupt des D. B.; ein Angriff gegen die Verfassung des D. B. ist Hochverrath, die Verletzung des deutschen Bundesgebiets ist Landesverrath gegen den Bund. Der Justizminister v. Savigny erkennt gleichfalls mit Freuden an, daß man die §§. bekriegen könne und dennoch daneben erfüllt sein vom lebendigen Gefühle für das Wohl und die Größe unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes, aber fügt hinzu, daß dieser scheinbare Widerspruch auf der Theorie einer scharfen Scheidung beruhe zwischen deutscher Nation und Deutschem Bund. Aber die deutsche Nation hat keine andere staatsrechtliche Erscheinung, keine andere Verkörperung nach Außen, als den Deutschen Bund! Die Mißbildung dessen, was der Deutsche Bund gethan oder zu thun unterlassen, darf auf diese §§., welche lediglich den Schutz der Existenz des Bundes bezwecken, ebensowenig Einfluß haben, als in dem einzelnen Staate die patriotische Gesinnung und Handlungsweise eines guten Bürgers und die Treue desselben für die Erhaltung der Regierung dieses Staates dadurch gefährdet und gestört werden kann, daß er manche Maßregeln seiner Regierung mißbilligt. Eine wohl unwiderlegliche juristische Begründung der §§., welche von dem Gegensatze zwischen Staatenbund und Bundesstaat völlig absah, schickte Hr. v. Savigny voran. — Zuletzt sprach der Abg. v. Auerswald mit großer Wärme für den deutschen Sinn im alten Königreich Preußen. „In ganz Deutschland ist Niemand, der die Art von deutschen Sympathien fühlen kann, welche denjenigen innewohnt, die an den Marken der deutschen Gesittung und Sprache stehen. M. H., Preußen gehörte einst zum deutschen Reich; der Hochmeister in Preußen war deutscher Reichsfürst. Vor 50 Jahren wurde Preußen durch die Schwäche des deutschen Kaisers, die Zerrissenheit, die Schooße des Reichs, welches das Land in der Gefahr verließ, vom Reiche getrennt, auf

Digitized by Google

Jahrhunderte getrennt von Deutschland, und es gehört auch jetzt nicht zum Deutschen Bunde; eben noch so langer Trennung darf man von uns voraussetzen, daß wir tiefer empfinden, als irgend Jemand, daß die Einheit Deutschlands unser Ziel, unser Streben, unser Halt sein muß. Es ist keine Frage, je länger man von dem Herzen der Heimath getrennt war, um so stärker, um so inniger wird die Sehnsucht danach." Gegen §§. 92, 93 stimmt Redner. „Es geschieht dies nicht gegen, sondern wahrlich mit der vollsten Empfindung des Bedürfnisses deutscher Einheit; dies nehme ich für unsere Provinz in potenzirtem Grad in Anspruch und vertraue zuversichtlich, daß wir, möge nun die Abstimmung fallen wie sie wolle, an unserer deutschen Gesinnung gegenseitig nicht zweifeln." Zum Schluß erklärt Hr. v. Auerswald, indem er sich doppelt dazu verpflichtet hält, weil Graf Schwerin durch Krankheit verhindert nicht anwesend ist, und als Vorsitzender der Abtheilung vorzugsweise energisch die Ansicht vertrat, daß, wenn gefragt sein sollte, ein Gesetz dürfe blos bestehn, weil es in Folge eines Bundestagsbeschlusses gegeben ist, unseren ständischen Versammlungen nicht mehr vorgelegt werden, ich dies nicht mit unserer Verfassung vereinbar halte, und daß, solange ich Mitglied ständischer Versammlungen sein werde, ich meine Stimme dagegen jederzeit erheben würde. Hierauf verzichtete Abg. v. Saucken auf das Wort. — Der Abg. Camphausen trug auf namentliche Abstimmung an. Die Frage des Marschalls: „Soll auf Wegfall der §§. 92 und 93 angetragen werden? beantworteten mit Ja 28, mit Nein 66 Abgeordnete.

## Verhandlungen des ständischen Ausschusses über die Gotteslästerung.

** Berlin, 13. Februar. Wo die Behauptung öffentlicher Blätter, daß die Verhandlungen des Ausschusses wenig Theilnahme wecken, einen Anhalt sucht, vermag ich nicht abzusehen*). Denn mein Vornehmen, in der D. Z. nur wahrhaft bedeutsame Vorgänge zu schildern, veranlaßt mich ja seit einiger Zeit zu täglichen Sendungen. Die Verhandlungen über die Vereinigung der Verbrechen, den Hochverrath, den Vaterlandsverrath, die Majestätsbeleidigung, die Verspottung von Maßregeln der Verwaltung, über die politischen Verbindungen folgten einander auf dem Fuße, die doch nur den Spießbürger theilnahmlos belassen können. Rüttelt diesen vielleicht die „Gotteslästerung" auf? — Am 9. Febr., in der 16. Sitzung, gelangte die Versammlung zu §. 148: „Wer öffentlich in Worten, Schriften, Abbildungen oder andern Darstellungen Gott lästert oder eine der christlichen Kirchen oder eine geduldete Religionsgesellschaft oder ihre Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche oder die Gegenstände ihrer Verehrung durch Schmähung oder Verspottung herabwürdigen sucht, ingleichen wer in Kirchen oder andern von der Obrigkeit gestatteten religiösen Versammlungsorten an Gegenständen, welche dem Gottesdienst unmittelbar gewidmet sind, beschimpfenden Unfug verübt, ist mit Gefängniß oder mit Strafarbeit bis zu 3 Jahren zu bestrafen". Die Abtheilung hatte sich mit 7 Stimmen, worunter die Stimme des Vorsitzenden, Grafen Schwerin, gegen 7 Stimmen dafür entschieden, daß die Gotteslästerung an sich nicht als Verbrechen bezeichnet werden möge, daher auf die Weglassung der beiden Worte „Gott lästert" angetragen. In dem sorgfältig ausgearbeiteten Gutachten waren mit hoher Unparteilichkeit die Gründe und Gegengründe zusammengestellt, welche im Wesentlichen auch den Inhalt gegenwärtiger Verhandlung ausmachten. Die beiden Worte „Gott lästert" bildeten den Text zahlreicher, ernster und auf beiden Seiten von echter ungeschminkter Religiosität erfüllten Reden. Letzte Eigenschaft verleiht auch Verwirrung: den Vorurtheilen so leer gegenüber, welche die Religiosität unsachlichlich einer verlornen Minderheit zuschreiben, und Jener, denen alle Religiosität ebenso sehr ein Gräuel ist, als sie den großen Deutschen aller Jahrhunderte für das Palladium unsres Volks gegolten hat. Diese Verhandlung über den §. 148 muß mit tiefer Befriedigung dessen Gemüth erfüllen, dem die Geschichte der konfessionellen Spaltung in Deutschland unauslöschlichen Eindruck hinterlassen. Denn hier erblicken wir Stände eines paritätischen Staats in gemeinsamer Berathung und nicht etwa, wie weiland auf dem deutschen Reichstag ein Corpus Evangelicorum gegenüber einem Corpus Catholicorum. Und Katholiken, wie Fürst W. Radziwill, rühmen die Bundesakte wegen der Parität der Konfessionen! Dies ist keine müßige Bemerkung meinerseits. Es liegt mir daran, den Gesichtspunkt zu bezeichnen, ohne dessen Festhalten einer der wichtigsten Momente nicht richtig gewürdigt werden kann, und die Lösung der Frage Mißdeutungen unterliegen muß. Diese Lösung führte der Graf Schwerin herbei, und jener Augenblick war der, als derselbe ein vermittelndes Amendement stellte. Der Graf Schwerin hatte in der Abtheilung für den Antrag derselben den Ausschlag gegeben; von diesem wich er, wenn auch nicht im Wesentlichen, doch dergestalt ab, daß die heftigsten Gegner des Abtheilungsantrags ihm beistimmten. Er hatte gewissermaßen in dieser Frage an der Spitze der Opposition gestanden, und doch suchte er darauf die Vertheidiger des Antrags geneigt zu machen. Für den Parteimann ein unverzeihliches politisches Verirren! Ich höre schon den gellenden Ruf von dem „Centrum." Daher meine Abwehr. Hier ist keine Parteisache, wo Zusammenhalten Noth thäte. Religiöse Beziehungen, wie sie den deutschen Reichstag zweispalteten, müssen in heutigen Versammlungen deutscher Stände jeden Parteiunterschied vernichten. Hier ist Versöhnung gerade die gebotene Politik der Entschiedensten. Wem der Friede der Konfessionen theuer und werth ist, der wird mit Genugthuung wahrnehmen, wie Graf v. Schwerin die Veränderung des §. 148 erzielen konnte, ohne den Besorgnissen in Betreff jener hohen Rücksicht Raum zu lassen, welche der Antrag der Abtheilung hervorgerufen, wenn auch ohne Grund. Denn schon solche Besorgnisse trüben den Frieden. — Der Justizminister v. Savigny, Fürst W. Radziwill, Frhr. v. Gaffron (Schl.), v. Werdeck (Ostpr.), Frhr. v. Wetternich (W.), Graf Renard (Schl.), Wodiczka (Schles.), Frhr. v. Gudenau (Rheinl.), Graf Zech-Burkersrode (Sachs.) sprachen gegen den Antrag der Abtheilung und Strafbarkeit der Gotteslästerung. Die Abgeordneten Neumann (Br.) und Sperling (Pr.) unterstützten den Antrag der Abtheilung. Doch ist zu bemerken, daß die Gegner des Antrags nicht eigentlich das Wesentliche desselben bekämpften, sondern sich lediglich daran hielten und daraus Folgerungen zogen, daß die Worte „Gott lästert" wegfallen sollten. Dieses Mißverständniß suchte Graf Schwerin zu beseitigen, indem er das eigentliche Verhältniß des Antrags zum Entwurf bezeichnete. Eine Handlung, die seine Religionsgefühlsfreie verletzt, und welche dazu allein die Beschaffung jener Worte nothwendig machen möchte, kann nicht als Gotteslästerung bestraft werden. Die Gotteslästerung kann nicht auf der Einen Seite, und die Beleidigung einer Religionsgesellschaft auf der andern Seite als besondere, verschiedene Verbrechen hingestellt werden. Solchen Anschein hat der Entwurf. Also Gotteslästerung soll nicht unbestraft bleiben; das fürchteten die Gegner vom Antrag der Abtheilung. Aber auch nur als Verletzung von Religionsgesellschaften ein Verbrechen sein: darin fehlt der Entwurf. Diesen Fehler und jene grundlose Furcht tilgte der Abg. aus Pommern mit Einem Schlage durch sein Amendement: „Wer durch Gotteslästerung oder auf eine andere Weise eine der bestehenden christlichen Religionsgesellschaften zu schmähen oder herabzuwürdigen sucht". — Auch in der Versammlung entstanden schöne Bedenken gegen den scheinbaren Abfall. Hier fanden die Worte des edeln Grafen ihren Platz: „Wo ein Anstoß vermieden werden kann, wo ich entgegenkommen kann, ohne ein Recht aufzugeben oder eine Pflicht zu verletzen, ist es meinem Bedürfniß durchaus entsprechend, dies dann zu thun". Treffender dürfte schwerlich der politische Charakter dieser Abgeordneten zu charakterisiren sein! — Gegen seinen Vermittelungsvorschlag erhoben sich mehrere der hochbegabtesten Mitglieder; der Ref. Naumann (Pos.) in einer wirklich klassischen Rede gegen den „dagen Ausdruck" der Gotteslästerung, womit der tiefste Mißbrauch getrieben werden könne, wie denn das Schlagende Beispiel sei, daß Jesus Christus als Gotteslästerer angeklagt worden, und durch dessen Wegfall „das Gesetz Nichts verliert und Gott am allerwenigsten". Ferner Abg. v. Saucken-Tarputschen, der erklärte, eine Gotteslästerung, sofern sie kränkend und verletzend für Andere, bleibe dem §. 148 auch ohne die Worte „Gotteslästerung"; die Gotteslästerung anderem, eine Deutung, welche der Entwurf durch jene Worte herbeiführt, sei selbst Gotteslästerung. In den „Göttern Griechenlands", im „Kampfe" (erste Ausgabe) habe Schiller nach den Begriffen einer großen Anzahl von Menschen Gott gelästert. „Wenn heute Schiller wegen dieser Gedichte vor einen preußischen Richterstuhl gestellt würde, was möchte das wohl für einen Eindruck machen?" Sodann Abg. Camphausen, nach dessen Meinung §. 148 mehr einer Theokratie als einem monarchischen Staat angehört, der unter militelbem Regiment steht; dieses Vergehen, so schwer es auch sei, solle durch die Sitte verdannt werden und sei durch die Sitte verdannt. Endlich der Korr. Frhr. v. Minius. Sämmtliche vier Redner vertheidigten das Gutachten der Abthei-

*) Durch die Ueberfülle des tagesgeschichtlichen Stoffes sind wir in den letzten Tagen genöthigt gewesen, die Mittheilungen über die Verhandlungen der Ver. Ausschüsse zurückzustellen. Wir werden indessen auf die wichtigsten Punkte, namentlich auf die interessanten Verhandlungen über den Hochverrath am preußischen Bunde in einem unserer nächsten Blätter zurückkommen.
D. R.

Digitized by Google

lung. Abg. Knoblauch sprach gegen den Entwurf, weil nach dessen Fassung offenbar die Gotteslästerung von der Lästerung irgend einer Glaubensgemeinschaft unterschieden werde. Der Antrag der Abtheilung fand in seiner ursprünglichen Stellung nicht die Mehrheit. Dagegen in der veränderten Fassung, welche demselben das Schwerin'sche Amendement gegeben, wurde er mit 57 gegen 38 Stimmen angenommen. Ein zweiter Antrag der Abtheilung, das Maximum der Strafe von 3 auf 2 Jahre herabzusetzen, wurde abgelehnt. — — Wolle man dieser Verhandlung um ihrer konfessionellen Bedeutung halber in der Erinnerung des deutschen Volks ein Denkmal setzen, so wüßte ich nichts Schöneres, als was ein Protestant hier einem Katholiken zugerufen hat: „den Religionsfrieden nicht zu stören und die Eintracht zwischen den verschiedenen Religionsgesellschaften aufrecht zu erhalten, das ist nicht der Wunsch eines Einzelnen, sondern der Wunsch der ganzen Versammlung, das ist der Wunsch des ganzen Landes."

---

* Magdeburg, 10. Febr. Unsere neue Gemeinde gewinnt immer mehr die Formen, unter welchen sie ihr Leben führen wird. Am Sonntage war Reitestenmahl; zu den zweit Männern, welche vor zehn Wochen die beginnende kleinere Gemeinde an ihre Spitze gestellt hatte, wurden zweit andere gewählt, so daß nun die Zahl der Aeltesten vierundzwanzig beträgt. Zur Wahl berechtigt waren 1200 Männer u. gegen 400 Frauen, so viele nämlich haben die vom Patent geforderte gerichtliche Erklärung abgegeben. Dabei geht der Austritt aus der Staatskirche immer noch seinen Gang, in den letzten Wochen in dem Verhältniß, daß wöchentlich etwa 60 zum ersten, 120 zum zweiten Male vor Gericht traten. Dies Geschäft, in welches man sich ohne Weigern findet, ist so organisirt, daß in einem geräumigen Saale des Rathhauses ein Gerichtsrath mit seinem Aktuar die Austrittserklärungen protokollirt, während daneben einige Aeltesse sitzen, welche den zum zweiten Termine Erschienenen das Gemeinderegister zum Einschreiben darreichen und ihnen zum Austritt ihrer Stimmberechtigung eine Karte einhändigen. — Es ist bekannt, wie von Seite anderer freien Gemeinden Klage erhoben worden ist, daß der Staat einen Ausgangszoll aus seiner Kirche nehme, z. B. die freie Gemeinde in Rothhausen, bei welcher für den Austritt des Einzelnen mehrere Thaler verlangt worden waren, hat deßhalb eine Beschwerde eingereicht, und da noch kein Bescheid erfolgt ist, so ist dort noch kein Austritt auf Grund des Patents erfolgt. Hier nun in Magdeburg ward von vornherein erklärt: man begehre kein Austrittszeugniß, so daß die Kosten für dieses von selbst wegfielen, und nur eine Bezahlung des doppelten gerichtlichen Termins übrig blieb, welche Niemand unbillig finden konnte. Der Ansatz dafür beträgt von 10 Sgr. bis 2 Thlr. Jetzt aber fordert das Gericht diese Kosten ein, und zwar so, daß von den vielen Menschen, welche zu gleicher Zeit vor Gericht erschienen sind (oft hundert und mehr auf einmal), jeder Einzelne den Termin vollständig bezahlen soll. Dagegen führen die Aeltesten Beschwerde beim Oberlandesgericht und werden gewiß einen günstigen Erfolg erreichen. Denn es wäre offenbar eine arge Unbilligkeit, wenn hundert Menschen, die zu gleicher Zeit vor Gericht erschienen, und über deren Austritt ein einziges Protokoll abgefaßt ist, etwa 100 Thaler bezahlen sollten. Der Abfall von der Staatskirche kann unmöglich dazu ausgebeutet werden, um die Sportelkassen des Staates zu bereichern, und es darf angenommen werden, daß solche Ungefügigkeiten lediglich aus der Neuheit und Ungewohntheit der Sache hervorgehen. Ueber Mitte hat sich bis jetzt von Seiten der Staatsbehörden gegen die neue Gemeinde noch nirgends kund gethan. Seit mehreren Wochen hat P. Uhlich das Recht, Taufen und Trauungen zu vollziehen und das Abendmahl zu reichen; der Konfirmandenunterricht mit beinahe dreihundert Kindern ist längst im Gange. Nur die öffentliche Gottesverehrung ist noch nicht eingerichtet, denn auf Bewilligung des Mitgebrauchs vorhandener Kirchen wartet die neue Gemeinde immer noch vergeblich. Magdeburg ist reich an Kirchen, und die Mehrzahl derselben ist so spärsam besucht, daß die Gemeinden gar wohl der neuen Schwestergemeinde darin einen Platz einräumen könnten. Die beiden Gemeinden, welche darum angegangen sind, haben auch willig ihre Kirchen zugesagt, so daß die neue Gemeinde Vormittags über eine und Nachmittags über eine andere geräumige Kirche zu verfügen hätte. Aber die Staatsbehörde zögert seit zwei Monaten mit der Genehmigung, und wiewohl sind von Berlin Anfragen hierher gelangt, 1) ob denn das Bedürfniß der Gemeinde nicht auf andere Weise befriedigt werden könne. Aber dazu ist kein Raum vorhanden, denn das bis jetzt benützte deutsch-katholische Gotteshaus faßt höchstens achthundert Menschen. Es ist wohl mit Gewißheit zu erwarten, daß bald ein günstiger Bescheid eingehen werde; denn mit welchem haltbaren Grunde wollte ihr der Staat verweigern? Er macht den Anspruch, ein christlicher Staat zu sein; klarer aber ist kein Gebot im Christenthum, als, daß man von seinem Ueberfluße dem Nächsten abgeben solle, und es braucht bloß an das Gleichniß vom barmherzigen Samariter erinnert zu werden, um darzuthun, daß bei den Worten der Katholiken Niemand nach seinem Glauben gefragt werden soll. Freilich sind in diesen Tagen Dinge vorgekommen, welche mit diesen christlichen Grundsätzen nicht stimmen wollen. Eine der Gemeinden, welche den Gebrauch ihrer Kirche zugesagt hat, ist die unlutherisch-reformirte; da sie ihre große Kirche Nachmittags gar nicht benutzt, so sagte sie für diese Tageszeit dieselbe willig zu. Das hat aber den einen Geistlichen derselben so außer Fassung gesetzt, daß er einige Leute zu dem Antrage angeregt hat, für die Gemeinde selbst Nachmittagsverbannungen anzuordnen. Es ist zu wissen, daß seit Menschengedenken solche nicht mehr Statt gefunden hat, und daß selbst am Vormittage oft kaum zehn Leute in der Kirche sind. — P. Uhlich bewahrt noch das Pfarrhaus bei seiner frühern Kirche; denn der Kirchenvorstand wird nicht so bald eine neue Pfarrerwahl vornehmen. In diesem Hause hält er nun auch seinen Konfirmandenunterricht. Jetzt aber verlautet, es sei dem Magistrat als Patron aufgegeben, solches nicht länger zu dulden. Die Wohnung dürfte U. einstweilen noch behalten, aber nicht den Unterricht darin geben. Es ist allerdings schwer, dieses Verfahren mit Jesu klarer Lehre in Uebereinstimmung zu bringen. Indessen ist mit gefagt, Dinge dieser Art erklären sich zum Theil aus der Neuheit der Sache, aus der Ueberraschung, die mit dieser Neuheit verbunden ist; manche Leute sind außer Fassung gekommen, weil geschieht, was sie nicht erwarteten, und was ihnen sehr unangenehm ist. Da tappen sie denn umher und vergreifen sich leicht. Noch eine Ergötzlichkeit zum Schluß. In der Namensliste, welche die neue Gemeinde Behufs der Aeltestenwahlen ausgab, war Uhlich als „Pastor der Gemeinde" aufgeführt. Deßhalb legte die Polizei die Hand auf die Liste und erlaubte nicht eher, sie auszugeben, als bis die Worte „der Gemeinde" hinter Pastor auf gut russisch schwarz überstrakt waren. Der lange Kiecks steht nun zu polizeilichem Gedächtniß auf der Liste.

**Sachsen.** Der Allg. Z. schreibt man aus Leipzig unterm 10. Febr. Reisende, welche vor Kurzem das Erzgebirge besucht haben, machen eine erschreckende Schilderung von dem Nothstande, welcher in demselben noch immer herrscht. Zwar steht das Korn jetzt im Preise bedeutend niedriger als im vorigen Jahre, aber der Arbeitslohn ist auch gedrückter als damals, und der Spitzenklöppler empfängt also für dieselbe Waare nur ebenfoviel oder wenig mehr als während der Theurung. In Rittersgrün, im Breitenbrunn, bei Wiesenthal u. A. wird den Taglöhnern das fleißigen Klöpplers mit 2 Neugroschen gelohnt, und dabei ist das Himmels Segen in diesen verfallenen Gebieten so reichlich gekommen, daß an die zehn Kinder in einer Familie etwas Gewöhnliches sind. Schon hat das Uebermaß der Entbehrung den Muth so völlig gebrochen, daß der Fremde laute Klagen nicht eher hört als bis der Arme zu ihm Verteauen gefaßt hat; sich anders zu helfen, aus diesem Jammer sich herauszureißen, fehlt ihm die Kraft. An Beschaffung von Kleidung kann er nicht denken, er trägt die Lumpen der Kleider, welche die Mildthätigkeit im vorigen Winter ihm zuwarf. Brod ist das Ziel der Wünsche und fast schon ein Leckerbissen. Die gewöhnliche Nahrung ist Kleienmehl mit Lumpensöl angemacht und besonders die faule verdorbene Kartoffel. So verkündigen uns denn jene Reisenden zuversichtlich voraus, daß bei solcher Kost und solcher Noth in einiger Zeit die Seuche ebenso verheerend im Erzgebirge ausbrechen müsse, als sie jetzt in Preß und Typhus zum Entsetzen von ganz Schlesien, von Deutschland wüthet. Wie vorzeitig, jetzt schon von Staatswegen zum Andenken an die Theurung schwere Medaillen mit des Königs und der Königin Bildniß zu prägen, da dem Elend noch nicht gesteuert ist!

---

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oswald Mayer, 29 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an C. L. Mayer'sche Verlagshandlung 29 Boulevards, Poissonnière 29, Rue Notre-Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich 5 fl. 45 kr. durch die Post bezogen im Umfang der Großherzogthümer Baden 6 fl. 12 kr. für Ausländer nach der Raum einer Quadratzeile Petitschrift mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 52.** **Heidelberg**, Montag 21. Februar **1848.**

## Uebersicht.

**Ein Nachtrag** auf die Thronrede in Würtemberg. — Bern (englischer Kabinetskurier). **Schlesien** (königl. Verfügung wegen der Noth; Militärärzte nach Oberschlesien). **Aus Baiern** (die neue Benennung der Tänze). **München** (Adresse der Bürger an den Magistrat). **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen: die Steuerkommission, die Anhebung des Insgangsolls).

**Schweiz.** Antwort der Tagsatzung auf die fremden Noten. (Schluß.) Bern. Die Stimmen der Bundesrevisionskommission nicht öffentlich.

**Großbritannien.** Der Briefwechsel zwischen Palmerston und Fürst Metternich über die italienischen Angelegenheiten. Parlamentsverhandlungen über die Bill, betreffend die politische Gleichstellung der Juden, über die Bill zur Besserung des Sanitätswesens, über Schutz der Briten im Auslande. Friedliche Erklärungen Palmerstons im Parlament. Die Adresse des österreichischen Botschafters.

**Frankreich.** Die Kammerverhandlungen der letzten Tage ohne Bedeutung. Die Bertheidigungsanstalten der Regierung. Selbst der National will vorläufig keinen Aufstand. — **Spanien.** Entwurf des Preßgesetzes. Espartero in Logrono. Spanische Offiziere in Neapel.

**Italien.** Rom. Neue Zugeständnisse in Folge einer großen Volksdemonstration. Oeffentliche Erklärung des Papstes. **Neapel.** Die Antwort der Sicilianer. Lord Minto. Angebliche Protestationen der Mächte gegen die Verfassung. Delcarretto und der Beichtvater des Königs. Borzelli, Minister des Innern. Die Palermitanischen Angelegenheiten. Die Verfassung.

---

### Heidelberg, 21. Februar.

Es ist so begreiflich als verzeihlich, daß jene Stelle in der Thronrede des Königs von Würtemberg, welche die Verhältnisse der Schweiz berührt, in diesem Lande keine geringe Sensation hervorrufen mußte. Sie dürfte um so mehr überrascht haben, als man sich im Kanton Zürich wohl noch erinnern wird, wie der König, nicht sehr lange nach der von der sogenannten konservativen Partei bewirkten Umwälzung vom 6. Sept. 1839, Gelegenheit fand, seine Anerkennung auszusprechen über jene großartigen Schöpfungen zur Förderung der Bildung und für Zwecke der Humanität, die unter der gestürzten sogenannten radikalen Regierung zu Stande gekommen waren. Es sind in der Mehrzahl dieselben Männer, die schon früher im Geiste einer schofverfichen, aber allzu leichtfertig als zerstörend verschrieenen Politik gehandelt hatten; es sind dieselben Grundsätze, nur gemäßigt durch die warnenden Einflüsse einer vieljährigen Erfahrung, die auch jetzt wieder nicht bloß im Kanton Zürich, sondern weitaus im größten Theile der Schweiz zu Einfluß und Herrschaft gelangt sind. Allerdings also hoffen wir, daß bei der Fortdauer ungestörter Verhältnisse fortan weniger als je zu besorgen ist, daß man die Schweiz zu einem Heerde von Umtrieben gegen das Ausland machen wolle und könne. Auch das finden wir sehr natürlich, daß man in Deutschland und in der Schweiz mehr der besonnenen, umsichtigen und rücksichtsvollen Politik Baierns gegen die Eidgenossenschaft Beifall gibt. Allein das Alles wird keinen besonnenen Deutschen hindern, dem Könige von Würtemberg Dank dafür auszusprechen, daß er thatsächlich und auf sehr praktische Weise in das öffentliche Recht Deutschlands einen freisinnigen Grundsatz eingeführt hat, dessen weitere Entwickelung und Anwendung der ganzen auswärtigen Politik des Deutschen Bundes, namentlich auch in seinen Beziehungen zur Eidgenossenschaft, nur zu Gut kommen kann.

Seit dem Karlsbader Kongresse ist es bekannt genug, daß die zumal von dem österreichischen Staatskanzler vertretene Politik darauf gerichtet war, die ständischen Befugnisse mehr und mehr einzugrenzen, und sie allmählich auf den politischen Gefrier- und Nullpunkt jener Postulatenlandtage zurückzuführen, die jetzt wohl in Oesterreich selbst zur Antiquität geworden sind und nur der Vergangenheit noch angehören dürften. Vor Allem war man mit der größten Aengstlichkeit darauf bedacht, die gesammte auswärtige Politik nur den Kabineten zu reserviren und jede leiseste Berührung dieses Gebietes als frevelhafte Ueberschreitung der Schranken ständischer Befugnisse darzustellen und zurückzuweisen. In den großen konstitutionellen Monarchien Europas, in England und Frankreich, würde man schon den Versuch einer solchen abstrakten, in der lebendigen Wirklichkeit geradezu unmöglichen Trennung der innern und äußern Landesangelegenheiten von vornherein für unbegreiflich erklären. Es ist in Deutschland ebenso unausführbar. Gehen wir z. B. vom Fall, daß das Ministerium eines deutschen Staates eine Politik verfolgte, die nach der Ueberzeugung der Stände das Vaterland in unselige Verwickelungen mit dem Auslande, vielleicht in ungerechte Kriege stürzen könnte, so ist es geradezu rechtlich und moralisch unmöglich, daß sie einem solchen Ministerium die Mittel bewilligen dürften, die als unheilbringend erkannte Politik fortzusetzen. Die zur Vertretung der Interessen und zur Sorge für das Wohl des Volks berufenen Abgeordneten würden sich sonst mit ihrem Verfassungseide in den schroffsten Widerspruch setzen. Dursfe also Thiers in der französischen Deputirtenkammer vor Kurzem die Bemerkung hinwerfen, daß das Ministerium Guizot im Falle eines Eingriffes in die Unabhängigkeit der Schweiz von Seite der Abgeordneten nicht auf die geringste Abgabenverwilligung zu zählen habe, so glauben wir doch, daß auch in Deutschland die Thätigkeit der verfassungsmäßigen Gewalten schon weise genug abgewägt ist, um leichtfertige Verwickelungen oder gar unpopuläre Kriege mit dem Auslande, wenn nicht unmöglich, doch sehr unwahrscheinlich zu machen. Man kann dennoch in seinem ganzen Umfange den Grundsatz des positiven deutschen Bundesstaatsrechts anerkennen, daß die Stände, sobald erst ein Bundesbeschluß wirklich beschlossen worden ist, die zur möglichst glücklichen Verwirklichung desselben erforderlichen Mittel nicht mehr verweigern sollen. Allein um so mehr sind sie zu verpflichten, vorauszusetzen, daß eine Politik unmöglich zu machen, die in Widersprüche mit den materiellen und geistigen Interessen des Volks zu Verwickelungen jener Art führen könnte; und diese Pflicht können sie nicht erfüllen, ohne zugleich die Angelegenheiten der auswärtigen Politik in den Kreis ihres Urtheils zu ziehen.

Auch die politische Praxis in Deutschland gibt schon Belege genug, daß eine absolute Scheidung der inneren und auswärtigen Angelegenheiten zu den unmöglichen Dingen gehört. Es ist doch wohl kein persönliches Privileg des edlen Freiherrn von Gagern, wenn ihm in der 1. Kammer des Großherzogthums Hessen gestattet ist, selbst die Vorgänge ferrnster Zeiten und Räume erwägend seine oft so lehrreichen Betrachtungen über Gegenstände der internationalen Politik anzustellen. Unter Anderem möge man sich nur daran erinnern, wie schon früher auch in der badischen Volkskammer eine Berührung der schweizerischen Verhältnisse nicht vermieden werden konnte; und wie das Urtheil von Männern, denen die genaueste Kenntniß der schweizerischen Verhältnisse zur Seite stand, schon damals ganz anders lautete, als die unmaßgebliche Meinung in der Antwortsadresse der 1. Kammer der wortembergischen Stände. Allein das läßt sich freilich nicht läugnen, daß noch in der Regel die Mitglieder deutscher Ständeversammlungen eine übergroße, und mit der vollständigen Erkenntniß ihres ehrenvollen Berufs kaum vereinbare Scheu in der Berührung internationaler Fragen an den Tag legen. Um so freudigere Anerkennung verdient es also, daß der König von Würtemberg, den anderen konstitutionellen Regenten Deutschlands mit dem, unsere Wissens, ersten Beispiele vorangegangen ist, die Abgeordneten des Volks durch die Thronrede selbst zu veranlassen, sich über einen Gegenstand der auswärtigen Politik offen und ohne Rückhalt zu erklären. Vielleicht datirt in Deutschland von diesem Momente die Aera einer freisinnigen Praxis des öffentlichen Rechts, der ohnehin in der Theorie schon lange Nichts im Wege stand.

Um so eher läßt sich dies hoffen, als der erste Versuch in Würtemberg in der Hauptsache befriedigend ausgefallen ist. Das ist allerdings das einfachste Gebot der Billigkeit, daß man die gesellschaftliche Stellung der Standesherren und Prälaten der 1. Kammer nicht außer Augen setze; daß man auf den flüchtigen Blick, [illegible]

Digitized by Google

aus der Kavalleriperspektive auf das schweizerische Radebrechen geworfen, kein allzu großes Gewicht lege. Allein viel wichtiger ist die Ansicht jener Fabrikanten, Kaufleute und Gewerbsherren in der 2. Kammer, die zum Theil schon durch ihren Beruf in zahlreichere Verbindungen mit der Schweiz kommen und weit eher im Falle sind, sich ein unbefangeneres Urtheil bilden zu können. Es ist wahr, die Bemerkung des Abg. Römer, daß der Schweizer H. der Thronrede einer faktischen Begründung zu ermangeln scheine, hat nach Allem, was bis jetzt bekannt geworden, keine Diskussion hervorgerufen; allein sie hat ebensowenig Widerspruch gefunden. Da nun die Antwortsadresse der Kammer die in der Thronrede so stark betonte Schweiz kaum berührte, so hat sie wohl deutlich genug der Ansicht Römers beigepflichtet. Man muß ja überhaupt in deutschen Kammern weniger rhetorische Phrasen, als etwa bei französischen Adgeordneten erwarten. Allein gab es je ein beredtes Stillschweigen, so war dieß bei der 2. Kammer der wirksame Stände der Fall.

Doch — wie gesagt — viel bedeutender als dieser besondere Vorgang scheint es uns, daß der König von Würtemberg jene engherzige Marime der Bureaukratie, die den Vertretern des Volks kein wohl erwogenes Urtheil über Fragen der auswärtigen Politik zugestehen mag, aus eigenster Eingebung durchbrochen und zurückgewiesen; daß er sich mit ehrenvollem Vertrauen an die Abgeordneten gewendet und auf unzweideutige Weise zu erkennen gegeben, daß er auch in den Beziehungen zum Auslande stets nur mit seinem Volke Hand in Hand gehen will; daß er in demselben Augenblick, da er der Politik des österreichischen Staatskanzlers eine Konzession zu machen schien, mit der am konstitutionellen Monarchen Würtembergs so bekannten Selbstständigkeit vielmehr einen neuen Gewalt gegeben hat, daß die Herrschaft jener beschränkenden Politik des Karlsbader Kongresses für Deutschland ihrem Ende nahe ist. Sollte man noch diesem Vorgange von einem deutschen Fürstenthrone aus, nicht erwarten dürfen, daß fortan die deutschen Stände die Verhältnisse Deutschlands zum Auslande überhaupt schärfer in's Auge fassen und mit männlicher Offenheit besprechen werden? Darf man nicht erwarten, daß zumal die Stände Oesterreichs ihre warnende Stimme nun erheben werden, um die Bureaukratie darauf aufmerksam zu machen, wie weit auch ihre auswärtige Politik mit der öffentlichen Meinung und den öffentlichen Interessen der Gesammtmonarchie im Einklange oder im Widerspruche steht?

**Preußen.** Berlin, 17. Febr. Die „Berlinischen Nachrichten" melden: „Vorgestern Nachmittag um 5 Uhr traf hier ein englischer Kabinetskourier ein, welcher, wie man hört, die Erklärung des britischen Kabinets nach Wien überbringt, daß jede Einmischung Oesterreichs in die italienischen Angelegenheiten als eine Kriegserklärung von Seite Großbritannien's werde angesehen werden. Der Kourier ist noch am Abend um 10 Uhr auf der niederschlesischen Bahn von hier nach Wien abgereist".

**Provinz Schlesien.** Der König hat einen sehr großen Theil der Lagerbettstellen des VI. Armeekorps, bestehend in Betten, wollenen Decken, Kopfkissen ꝛc. ꝛc., zur Benutzung für die Kranken und Armen im rauhalter und strenger Kreise bewilligt. Nach einer Verfügung des Kriegsministers an die Königliche Regierung in Breslau sollen sich 18 Militärärzte ungesäumt nach Oberschlesien begeben, und zwar an die Orte, wo ihre Anwesenheit nach dem Ermessen des Oberpräsidenten von Wedell am Nöthigsten erscheinen wird. Sie derselben sind in Breslau anfällig, sieben dagegen kommen von außerhalb. (Br. Z.)

**§§ Aus Baiern.** Als ich Ihnen vor Kurzem schrieb: „Die Vorgänge in Baiern sind ernst, aber nicht so trostlos, als sie in der Ferne erschienen", ahnte ich nicht, wie bald mich die Ereignisse zum Propheten machen würden. Ihre Entwickelung ist erfolgt auf dem Grunde meiner Zuversicht, der Macht eines allgemeinen Bewußtseins, das sich neben dem Geiste der Zeit ihre Seele nennen möchte. Ich glaube, wir verstehen uns über Charakter und Aufgabe der Gegenwart. Wie im 16. Jahrh. die Welt, soweit sie eine Geschichte erlebt, vom Gedanken religiöser Erneuerung durchdrungen war, so ist das gleich energisch gefühlte Bedürfniß der Neuzeit: politische Reform. Nichts erregt jetzt so die in die verborgensten Tiefen alle Gemüther als die Frage nach dem Recht; und Nichts hat eine so allgemein beruhigende Gewalt, als das auf dem Rechtsboden gewachsene Gesetz. Dies, und nicht etwa Lust der Auflehnung, ist die treibende Macht, die wir nun so häufig und fast überall mit Erfolg die Völker gegen ihre Regierungen in die Schranken führen sehen, und die selbst in Italien, bei dem politisch am meisten vernachlässigten Volke, vor unsern Augen unglaubliche Wunder gewirkt. Nur die richtige Erkenntniß dieser allgemeinen, der Bildung Europas keinenden, geistigen Macht kann von Seiten der Regierungen, sie müssen die in jeder Bewegung auftauchenden Elemente der Zerstörung bändigen. Täuschen wir uns nicht! Auch wir waren an einem Punkte ernster Entscheidung angekommen, und die Bewegung war um so bedenklicher, als sie das (mit Unrechte Oesterreichs) ruhigste, friedliebendste, geduldigste unter den deutschen Völkern ergriffen hatte, und erhält ihre höchste Bedeutung dadurch, daß sie ohne alle Anwendung äußerer Gewalt, nur durch die Macht der moralischen Ueberzeugung zu ihrem Ziele gelangte. Mehrlos standen die Bürger mit ihrer Forderung vor dem Schloß, vor sich und hinter sich die bewaffnete Macht, die sie auf einen Wink vernichten konnte. Aber sie waren eben nicht wehrlos, ihre Waffe war der Gedanke, der in Allen eines unter wie in ihnen wohnte. Wie man auch die Sache wendet, sie bleibt immer dieselbe. Gestützt auf eine, wie unter dämonischen Einflüssen gewachsene Neigung, von deren Umfang und Gluth der vierte Band von König Ludwigs Gedichten mit seltener Offenherzigkeit Zeugniß ablegt, wurde der Versuch gewagt, die Zeiten Ludwigs XV. zurück und bei uns einzuführen. Aber man hatte im Taumel des ersten schnidbar glücklichen Erfolges vergessen, die Gegenwart an die Vergangenheit zu halten, die man ihr anpassen wollte; man erinnerte sich nicht, daß die Zeit vorüber sei, in welcher selbst eine Maria Theresia sich zur Bewpadour herabließ, und in der die ersten Geister Frankreichs um eine Du Barry sich versammelten, wo der Adel sich in der Gunst dieser Damen sonnte, und ein Fleury, ein Richelieu zu finden waren, die ihre Macht aus ihr schöpften. Das Alles ist vorbei; und wie wollen uns freuen, daß wir nur noch durch Verrücken und Reifröcke bei leitenden Festen an die Zeit Allgemeiner Schmach erinnert werden. Es war mehr als Thorheit; ohne allen Rückhalt in der Denkweise der Massen, in der Gesinnung der Corporationen, ohne Sympathie bei dem Adel, bei den Staatsdienern, bei der Ständekammer, ohne die wenn auch nur äußere Achtung vor Künstlern und Gelehrten, wider die entschiedene Abneigung des Militärs und des Hofes, mit einer kleinen Anzahl von Menschen, die sogleich allgemeiner Verachtung verfielen, einen Kampf der Willkür gegen Recht und Sitte zu beginnen. Der Erfolg hat gezeigt, daß es nicht nur eine Thorheit, sondern eine Unmöglichkeit war. Freuen wir uns aber, daß er ohne Blutvergießen gewonnen worden.

**München,** 18. Februar. Die hiesige Bürgerschaft bereitet, wie die Allg. Z. berichtet, eine Adresse an den Magistrat vor; sie will darin den Dank an die städtischen Behörden aussprechen, daß sie in Uebereinstimmung mit allen Gemeindegliedern gehandelt während der Tage der Erschütterung. Dann die Bitte, die städtischen Behörden möchten Sr. Maj. dem König ebenfalls den Dank der Bürgerschaft für die bewiesene neueste allerhöchste Huld zu Füßen legen. Sodann werden an die Gemeindebehörden die Wünsche gestellt: 1) um Abänderung des Gemeindeedikts bezüglich der Polizei, so daß die gesammte Lokalpolizei wie in allen Städten Baierns wieder dem Magistrat übertragen werden möge; 2) um Abänderung der Gemeindewahlordnung, daß die Bezirkswahlen gänzlich beseitigt und die Wahlfreiheit von den sie belastenden Fesseln befreit werden möchte. Diesen Wünschen reihen sich noch folgende Forderungen an: 1) daß die Sitzungen der Gemeindevertretungsmänner künftig öffentlich stattfinden sollen; 2) Verbesserungen des alten Bureauwesens und 3) bei städtischen Anstellungen gut belesmundete und dazu befähigte Gemeindeglieder andern Individuen vorzuziehen.

**Baden.** * Karlsruhe, 18. Febr. Heute übergab der Präsident des Finanzministeriums der Kammer ein landesfürstliches Reskript, worinnd das Ansuchen für die Erhebung der Steuern in den ersten sechs Monaten des Jahres zur nachträglichen Zustimmung vorgelegt wird. Unter den eingelaufenen Petitionen sind zu erwähnen: Bitten um Gleichstellung der Israeliten mit ihren christlichen Mitbürgern, Aufhebung des Bürgerrinnahmsgeldes in standes- und grundherrlichen Gebieten, von Wasserwerksbesitzern um Aenderung des Gesetzentwurfs für Wiesenkultur, um Verwendung der Weinaccise zu Asorten, um Aufhebung der Waggebühr für Landesprodukte in vielen Gemeinden. Der Präsident zeigt an, daß die Kommissionen für die Gewerbsteuerordnung und für die Einkommensteuer beschlossen haben, sich zu einer Steuercommission zu vereinigen und von der Kammer die Genehmigung dieses Beschlusses zu erlangen wünschen. Mathy, als Mitglied beider Kommissionen, setzt die Gründe für die Vereinigung auseinander. Auch für andere wichtige Gegenstände werden große Kommissionen gebildet, wie für das Eisenbahn- und Zollwesen, denen die Kammer alle hierauf bezüglichen Fragen zuweist. Nicht minder wichtig ist das Steuerwesen, und die Kammer ist berufen, über we-

Digitized by Google

sämtliche Veränderungen des Besterenden zu berathen und zu beschließen. Die Gesetzesvorlagen über die Gewerbesteuer und über die Klassensteuer stehen in einem innern Zusammenhange, der sich schon dadurch herausgestellt hat, daß verschiedene Meinungen über die Frage, ob dieser oder jener Vermögensantheil der Gewerbsteuer oder der Einkommensteuer unterliege, entstanden sind. Dazu kömmt die weitere Frage, ob die Einkommensteuer mit der Klassensteuer oder beide mit der Gewerbssteuer in Ein Gesetz zu fassen seien, welches die Besteuerung jeder Art von Einkommen, das nicht aus dem Besitze von Liegenschaften fließt, zu umfassen habe. Endlich ist zu erwägen, welche andere Abgabenzweige ermäßigt oder aufgehoben werden sollen; ob es nicht rathsam und thunlich sei, theils durch die Einkommensteuer, theils durch einen Beischlag zur directen Steuer der Gewerbe, welche jetzt eine Verbrauchssteuer vorzustellen haben, theils durch Ersparnisse an den Taxen und Verwaltungskosten und an dem Staatsaufwande die indirekten Steuern großentheils zu beseitigen. Für alle diese und andere Fragen ist eine gemeinschaftliche Vorberathung nothwendig, wenn die Kammer nicht Gefahr laufen will, auseinandergehende und widersprechende Anträge aus den verschiedenen Kommissionen vor sich gebracht und die Hoffnung auf einen ordentlichen Schritt zu dem Ziele einer gerechten Vertheilung der Staatslasten scheitern zu sehen. Ich hoffe daher, daß die Kammer der Vereinigung der Kommissionen ihre Genehmigung nicht versagen wird. Zugleich spreche ich den Wunsch aus, daß die Presse sich dreisten möchte, die Gesetzentwürfe für die Gewerbsteuer und die Einkommensteuer sammt den Vorträgen der Regierung, noch mehr als geschehen, im Lande zu verbreiten, daß die Handelskammern, die Gewerbsvereine, überhaupt die Bürger, welche die beabsichtigten Aenderungen angehen, sich ebenfalls mit den Vorlagen beschäftigen und ihre Ansichten möglichst bald zur Kenntniß der Kommission bringen möchten, sei es in Petitionen oder in unmittelbaren Zuschriften. Diese Gutachten werden namentlich dann von Nutzen sein, wenn sie weniger in allgemeinen Sätzen und Wünschen sich bewegen, sondern in die Sache und in das Einzelne eingehen. Besonders möchte ich die beabsichtigten Aenderungen an dem Gewerbsteuertarif der Aufmerksamkeit unserer Mitbürger empfehlen. Wenn in dieser Weise das ganze Volk uns die Gesetze berathen hilft, dann wird zwar unsere Arbeit nicht erleichtert; aber das Ergebniß derselben ein besseres werden. — Die Kammer genehmigt die Vereinigung beider Kommissionen.

Bei der frühern Berhandlung über 6 provisorische Gesetze über die Erleichterung der Einfuhr und die Erschwerung der Ausfuhr von Lebensmitteln war auf den Wunsch des Präsidenten des Finanzministeriums die Diskussion über den Ausfuhrzoll auf einige Zeit vertagt worden. Inzwischen wurde das Ergebniß der Unterhandlungen mit den benachbarten Vereinsstaaten über die Aufhebung des Zolles, die auch in einer Reihe von Eingaben, namentlich aus dem Seekreise, verlangt wurde, erwartet. In der letzten Sitzung hatte der Präsident des Finanzministeriums angezeigt, daß die Ausfuhr freigegeben und die betreffende Verfügung in dem Regierungsblatt enthalten sei. Dessen ungeachtet beschloß die Kammer, das nunmehr aufgehobene provisorische Gesetz zu berathen, um sich über die Zweckmäßigkeit der Maßregel auszusprechen. Der Bericht des Abg. Welcker hatte dieselbe als eine Maßregel des Nothstandes bezeichnet, welche nicht länger dauern sollte als ihre Ursache, die Theuerung. Die Kommission hatte deßhalb auch den Antrag gestellt, den betreffenden provisorischen Gesetzen die Zustimmung zu verweigern und die Regierung zu bitten, dasselbe sofort unter Wirksamkeit zu setzen und überhaupt alle Ausfuhrzölle von Getreide und Mehl aufzuheben.

Bleibern erklärt, daß die Kommission nunmehr beantrage, der erfolgten Aufhebung des Ausgangszolls die Zustimmung zu geben. Damit sind denn auch 12 Petitionen in diesem Betreff erledigt. Ueber die Frage der Zweckmäßigkeit der getroffenen Maßregel entspann sich eine längere Diskussion, wobei von allen Seiten getadelt wurde, daß der Ausgangszoll fortgedauert habe, nachdem die Fruchtpreise schon geraume Zeit einen niedrigern Stand erreicht hatten. Welcker bemerkt, daß die Beibehaltung des Ausgangszolls nach der Ernte besonders für die mittleren und ärmeren Landwirthe verderbend gewesen und weder gerecht noch politisch gegenüber der Schweiz, welche Kapitalien nicht zu wucherischen Zinsen, wie gewisse Leihkassen, die von der Polizei geschützt werden, verübereleiht. Der Seekreis habe überhaupt mehr Vortheil von der Schweiz als von der badischen Regierung, welche von diesem Landestheil Viel beziehe, aber fast Nichts für ihn thue. Blankenhorn schließt sich der Ausführung des Abg. Welcker hinsichtlich der längeren Dauer des Ausfuhrzolles an und wünscht, die Kammer möge aussprechen, daß künftig nur in Nothfällen und für deren Dauer solche provisorische Gesetze erlassen werden möchten. Jung-

hanns erklärt sich gegen jede Erschwerung der Ausfuhr, weil sie Nichts fruchte. Allein es hätten sich gar viele Stimmen, selbst aus dem Seekreis, erhoben, so daß die Regierung genöthigt war, nachzugeben. (S.-M.-V. Regenauer. So ist es). Die Befugniß dazu gibt ihr der §. 66 der Verfassung über die provisorischen Gesetze; wenn ein solches zurückgenommen ist, dann hat die Kammer Nichts mehr damit zu schaffen. Für den Seekreis hat die Regierung stets sehr Viel gethan im Verhältniß zu dem Ertrag, namentlich für Straßen. Der Redner bedauert, daß wucherliche Gesellschaften dort so viele Unterstützung finden, aber der Staat gewährt sie nicht, er schützt nur die Rechte der Gläubiger nach den Gesetzen. Schaaff ist bezüglich auf die Behandlung der provisorischen Gesetze mit Junghanns einverstanden, hält dem Abg. Welte entgegen, daß er mehr wie ein schweizer Taglzahnggesandter denn als badischer Abgeordneter gesprochen, und stellt den Antrag, den Gegenstand auf sich beruhen zu lassen. F.-M.-V. Regenauer weist den Vorwurf zurück, als habe die Regierung gegen die Schweiz unpolitisch gehandelt. Andere Staaten haben Verbote erlassen, Baden hat sich mit einem mäßigen Ausgangszoll begnügt. Diese Rücksichtsnahme ist auch von Seite der Schweiz anerkannt worden. Zur Zeit der Ernte hätte man den Zoll noch nicht aufheben können, weil die Preise, welche alsdann Etwas sinken, bald wieder zu steigen pflegen. Hätte die Regierung die Ausfuhr frei gelassen, so würde sie sich schwere Vorwürfe zugezogen haben.

Vogelmann vertheidigt den Ausfuhrzoll, welcher die Wirkung einer Preisminderung gehabt habe; ein großer Landwirth des Seekreises, Wehrle vom Reutehof bei Pfullendorf, habe ihm selbst gesagt, es sei unsinnbewerth, das weitere Steigen der Preise zu verhindern, weil er bei großer Theuerung viele Feine ernähren müsse und deßhalb wenig verkaufen könne. Mathy glaubt, daß Wenige dem Ausfuhrzoll aus dem Grunde das Wort reden werden, weil er die Reichen der Verbindlichkeit enthebe, für ihre ärmeren Mitbürger Etwas zu thun. Der Vorwurf des Abg. Schaaff, der Redner aus der Baar (Welte) habe wie ein Taglzahnggesandter gesprochen, sei unbegründet. Welte habe die Wahrheit gesagt, und das dürfe ein badischer Abgeordneter so gut wie ein Schweizer. Im Seekreis seien allerdings Straßen gebaut worden, aber noch entbehre die Hauptstadt Konstanz einer Verbindungsstraße mit dem übrigen badischen Lande. Der Redner begründet ausführlich seine Ansichten über die Leitung des Verkehrs mit Lebensmitteln in Zeiten der Theuerung und hebt namentlich den erfreulichen Umstand hervor, daß durch den Zollverein die einzelnen Staaten einer Stand gewinnen seien, gegen einander zu sperren, wie früher. Leider hätten Einzelne Versuche gemacht, auf Umwegen den freien Verkehr zu hemmen, wie Baiern, welches in der Geschichte der Theuerungen durch unzweckmäßige Verordnungen berühmt sei, und Kurhessen, dessen Verordnungen dem Moniteur von 1793 entnommen schienen. Wo das Volk polizeilich erzogen und daher nicht gewohnt sei, selbst nachzudenken und aus freiem Antrieb besonnene Entschlüsse zu fassen, da müssen die Regierungen den Vorurtheilen nachgeben, weil das Volk von der Polizei, von der ihm so viele Plackereien kommen, auch Hilfe in jeder Noth erwartet. Der Redner führt als Gegensatz das Beispiel von Bern an, dessen Regierung auf den Wege der Belehrung die richtigen Grundsätze zur allgemeinen Ueberzeugung gebracht habe. M.-V. Bekk erklärt sich mit diesen Ansichten einverstanden. Er habe selbst die Beschränkungen getadelt, die er nun erlassen müssen; die Regierung habe Manches gethan, was keinen andern Nutzen hatte, als die öffentliche Stimmung zu beruhigen und Excesse zu verhüten. (Bnbl. Man gebe Preßfreiheit und Schwurgericht!) Nachdem noch Straub, Hecker, Schaaff, Sachs, Rettig, Scheffelt, Baum und Rombede an der Verhandlung Theil genommen, wird der Antrag der Kommission zum Beschluß erhoben, mithin der Aufhebung des Ausfuhrzolls die Zustimmung ertheilt. Den Rest der Verhandlungen werden wir in der nächsten Nummer mittheilen.

### Schweiz.

Antwortsnote der hohen Tagsatzung auf die fremden Noten. (Schluß.) Diese ernstliche Auffassung wird noch im Minderen durch die in der Note vom 18. Juni, welche Behauptung widerlegt, daß mehrere Kantone durch die Wirkung der hohen Mächte bestimmt worden seien, sich der Bundesakte anzuschließen, und daß sie dieses erst gethan, nachdem sie sowohl von der Tagsatzung als von den hohen Mächten selbst die Versicherung erhalten hätten, daß ihre Souveränetät und ihre Religion durch ihren Bund niemals irgend einen Abbruch zu erleiden haben würden. Die Tagsatzung der Jahre 1814 und 1815 hat sich mit allen Kräften angestrengt, jene Kantone zum Anschluß an den Bundesvertrag zu bestimmen; sie hat dabei dieselben zu belehren versucht, daß der Bundesvertrag ihrer Souveränetät nicht mehr beschränke, als das gemeinsame Interesse verlange; aber nie hat sie einem Stande die Zusicherung ertheilt, daß der Bundesvertrag zu seiner Zeit werde verändert werden. Ebenso ist der Tagsatzung bekannt, daß die hohen Mächte sie durch ähnliche Vorstellun-

Digitized by Google

gen und Ermahnungen bei den drei Ständen, welche sich dem Bunde lange nicht anschließen wollten, unterstützen. Allein es dürfte schwer sein zu bestimmen, welchen Antheil diese Bemühungen in Verbindung mit dem Drang der Umstände und den energischen Schritten der Tagsatzung an dem Entschlusse jener Stände gehabt haben. So viel ist historisch gewiß, daß dieses Alles bei Unterwalden nicht zum Ziele führte, sondern daß dieser Stand erst in Folge einer militärischen Okkupation durch die Eidgenossenschaft sich dem Bunde anschloß. — Auch kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß jene drei Stände durch die Einmischung der Mächte gegen ihre Souveränität und Rechtsverhältniß zum Auslande traten, als die gesammte übrige Eidgenossenschaft. Die Tagsatzung kann dieses Geschehen nicht schöner andeuten, als dieses in den beiden Noten der hohen Mächte vom 8. April und 28. Juli 1815 an den Stand Nidwalden mit folgenden Worten geschah: „Sie, die verbündeten Monarchen, kennen nur Eine Schweiz, nur Schweizer derselben Bunds, derselben Einheit, derselben Verpflichtung. Sie werden immer Alles weit von sich entfernt halten, was eine unglücklicherweise bestehende Trennung auch nur einem Augenblick verlängern oder eine Gesinnung des Bunds nach sich ziehen könnte." Ein sprechender Beweis dafür, daß jene Verwendung der hohen Mächte nicht den in der Note angekreuzten Sinn haben konnte, liegt endlich noch darin, daß dieselbe der Neutralitätserklärung vom 20. März vorhergeht, und daß sie letztere gleichwohl die Kongreßnote vom 20. März unbedingt bestätigte, ohne irgendwie anzudeuten, daß noch eine neue Bedingung der Neutralität hinzugekommen sei. — Ebenso wenig ist die in der Note vom 28. Jun. herührte Geheimvertrags-Akte, der Schweiz gegenüber, in irgendwie rechtliche Auffassung zu modifiziren. — Ohne jetzt in die Frage einzutreten, in wie weit von dem Geschehenen aus, der Schweiz ihre ehemaligen Gebiete wieder zu geben, eine Gebietsvermehrung wieflich eingetreten sei, und ohne die Frage zu berühren, ob die Schweiz alles dieses besitze, welches ihr in der Kongreßakte vom 20. März 1815 zugesichert worden, muß die Tagsatzung darauf hinweisen, daß die politische Grund jener Gebietsvermehrung von den hohen Mächten in der Einleitung der Kongreßakte vom 20. März 1815 klar und unumwunden ausgesprochen ist, und daß in dieser Beziehung die Neutralitätserklärung vom 20. Nov. 1815 keine neue Bedingung aufstelle. Obwohl nun, wie aus wiederholten Berathungen über die Bundesrevision, aus den Erklärungen der Stände und aus der öffentlichen Meinung der ganzen Masse hervorgeht, ist Eidgenossenschaft im Bewußtsein ihrer Geschichte und ihrer Interessen weit entfernt ist, eine Bundesverfassung anzuerkennen, in welcher die Souveränität der Kantone und der föderative Charakter der Schweiz beseitigt werden, so glaubt der Stand Bern dennoch insbesondere, freie Abstimmungsrecht als die Grundbedingung jeder nationalen Selbständigkeit wahren zu sollen, als ein Recht, auf das sie nie verzichtet hat. Aus demselben Grunde muß sie auch jedes feigsliche Schutzverhältniß, welches in der Note in Bezug auf einzelne Kantone oder in Bezug auf die Schweiz gelten gemacht werden will, entschieden ablehnen. Wenn sich die Tagsatzung ferner die Frage vorlegt, worum wohl die Erörterung der rechtlichen Stellung der Schweiz im jetzigen Moment der Gegenstand diplomatischer Mittheilungen habe werden und dadurch die Verwirklichung der praktischen Revision so lange hingehalten, so findet sie hierüber in der Note den Aufschluß, daß theils die jüngsten Ereignisse und Zustände in der Schweiz überhaupt, theils einige speziell berührte Momente dazu Veranlassung gegeben haben. — Indem Tagsatzung sich im Allgemeinen auf ihre ausführliche Antwortnote vom 6. Dec. 1847 beziehet, muß sie wiederholt der Auffassung entgegentreten, daß zwölf und zwei halbe souveräne Stände gegen sieben souveräne Stände einen Krieg geführt und dadurch jenen Gewaltakt unternommen haben, den die Eidgenossenschaft war nach fruchtloser Anwendung aller friedlichen Mittel genöthigt, ein durch die Bundesakte unzweideutig untersagtes und den Frieden der Schweiz verbrechendes Separatbündniß aufzulösen und die rechtmäßige Bundesgewalt geltend zu machen. Sie hat auch weder vor der Tagsatzung noch vor ganz Europa je einen Augenblick daran gezweifelt, daß sie diese Gewalt nicht anmaßen, sondern wußte es dem Volk verstehen, auf dem die Souveränität beruht, überliefert, sie selbst zu konstituiren. Die Entlassung der Truppen ist weitaus zum größten Theil erfolgt und wird gänzlich erfolgen, sobald die Verhältnisse es gestatten werden. Eine Einmischung und die gesetzliche Freiheit der Kantone oder ihrer Einwohner findet in keiner Weise Statt. Ob Veränderungen in der Bundesverfassung mit Einstimmigkeit oder mit einer gewissen Mehrheit von Kantonen vorgenommen werden können, ist eine Frage, welche nur von der Eidgenossenschaft selbst unmittelbarst zustehenden Konstituirungsrechte aufs Engste zusammenhängt, und deren Entscheidung daher nicht Sache anderer Staaten sein kann. Die Art und Weise der Bevollmächtigung der politischen Institutionen der Schweiz ist demnach eine Aufgabe, welche die Kantone unter sich zu lösen haben, da sie in der feststehenden Fortbildung ihrer Bundeseinrichtungen durch keine Staatsvertrage beschränkt worden sind.

Wenn auch die Eidgenossenschaft in letzter Instanz jederzeit auf die guten Recht und ihre Kraft verwiesen ist, so kann sie gleichwohl nicht zugeben, daß die ausdrücklichen Garantien, welche in den angeführten Staatsverträgen enthalten sind, einseitig zurückgezogen werden; sie beat übrigens das volle Vertrauen, daß die Gerechtigkeit und die Ehre der hohen Garanten in dem ganzen Umfange anerkannt werde, in welchem sie nach dem klaren Wortlaute jener Verträge erlassen wurden. Gleich wie sie aber auf der einen Seite jedes Gelten machi, so hat sie auf der andern Seite zu jeder Diskussion und das Interesse, fremden Staaten in internationalen Beziehungen lediglich Stoff zu begründeten Beschwerden darzubieten und bei diesem Anlaß kann die Tagsatzung nicht umhin, auf eine Thatsache hinzuweisen, welche sie mit Erstaunen vernommen hat. Die Note sagt nämlich, als ob die Schweiz auf Seite einer Propaganda sei, welche auf den Umsturz der religiösen, sozialen und politischen Zustande der Staaten hinarbeite, ist in neuerer Zeit wiederholt durch eine böswillige Presse des In- und Auslandes verbreitet worden. Die Tagsatzung wartet es ihrer Stellung für unwürdig halten, darauf zu antworten. Allein da diese Beschuldigung in den höchsten Behörden verschiedener Staaten Anklang am Glauben, ja sogar Beitheidiger fand, so muß sie ihr Stillschweigen brechen. Sie protestirt feierlich gegen eine solche grundlose Anklage. Die Magistraten der souverainen Kantone wissen Recht von einer solchen Propaganda, sie kennen auch keine Thätigkeit, welche durch strafbare Umtriebe das Wesentliche unterwühlen. Es ist der ernstliche Wille der Behörden, solchen Tendenzen entgegenzutreten, welche ebensowohl dem eigenen Lande, als fremden Staaten Verderben bereiten. Die Tagsatzung hat noch eine Pflicht zu erfüllen, indem sie Ew. Excellenz allerhöchster Regierung deren Wünsche verdankt, welche dieselbe dem innern Frieden des Landes und der Erhaltung des innigen Verbandes zwischen den Kantonen darbringt; nicht minder verdankt die Tagsatzung auch die in der Note ausgedrückte Gesinnung der Achtung für die Würde und Unabhängigkeit der Schweiz. — Es wird ihr ernstes Bestreben sein, an der Realisirung jener Wünsche zu arbeiten, und sie hegt die Ueberzeugung, es werde viele Aussicht ihr dabei aber gelingen, jenseits die Unabhängigkeit der Schweiz auch den Worten der Neutralitätsakte vom 20. Nov. 1815 als „Unabhängigkeit von jedem fremden Einfluß" ihre volle Anerkennung finden möge. Die eidgenössische Tagsatzung gibt sich schließlich die Ehre, Ew. Excellenz ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern. Bern, 15. Febr. 1848.

Bern, 17. Febr. Die N. Zür. Z. berichtet: Gestern war die erste Sitzung der Bundesrevisionskommission. Unser Berichterstatter harrte $1\frac{1}{2}$ Stunden auf den Entscheid, ob die Sitzungen öffentlich sein werden; allein der Beschluß fiel in verneinendem Sinne aus.

## Großbritannien.

London, 16. Febr. Folgendes ist, seinem wesentlichsten Inhalt nach, der sehr bedeutungsvolle Briefwechsel, welcher in Betreff der ital. Angelegenheiten zwischen der ästerr. Regierung einerseits und der großbritannischen Regierung andererseits gewechselt und in der Nr. des Mr. Chr. vom 14. Febr. veröffentlicht worden ist: 1) Brief des Fürsten Metternich an den Grafen Dietrichstein vom 2. Aug. (dem Biscount Palmerston am 11. Aug. mitgetheilt). Es ist in diesem Schreiben der Wunsch erklärt, zu erfahren, welchen Entschluß die engl. Regierung den ital. Angelegenheiten gegenüber gefaßt habe, und wie sie jetzt weiter — Italien sei ein geographischer Ausdruck; die ital. Halbinsel sei aus souveränen und von einander unabhängigen Staaten zusammengesetzt; die Eristenz und die Landesgrenzen dieser Staaten seien durch politische Urkunden den unzweifelhafter Autorität gewährleistet; der Graf möge den Minister des Auew. ersuchen, die Ansichten kundzugeben, welche der Londoner Hof in Betr. jener Bürgschaften hege, unter welche die in Italien regierenden Souveräne gestellt seien, und zu deren Aufrechterhaltung der Kaiser seinerseits alles in seinen Kräften Stehende aufzubieten entschlossen sei. 2) Schreiben Metternichs an Dietrichstein von demselben Datum. Hierin ist vorzugsweise die Rede von der revolutionären Bewegung in Mittelitalien (damals reichte Oesterreich, wenn auch keineswegs ohne Besorgniß, noch auf der Nord der Romagna) und den Absolutismus des Königs von Sardinien, auf den Bestand der Dinge in Neapel und Sicilien!), welche nicht nur für Oesterreich allein Bedeutung, sondern auch die Wichtigkeit einer großen europäischen Frage habe. Unter dem Banner der Verwaltungsreform, zu welcher sich der Souverän Roms aus unbezweifelten Motiven gegen sein Volk verstanden, arbeiteten die Wühler dahin, ein Werk zu vollenden, welches ihren Ansichten nach sich nicht auf den Kirchenstaat oder irgend einen einzelnen Theil Italiens beschränken solle; diese politischen Sekten strebten vielmehr dahin, aus ganz Italien eine föderative Republik nach dem Muster von Nordamerika oder der Schweiz zu bilden. Der Kaiser mache keinen Anspruch darauf, eine italienische Macht zu sein; er begnüge sich damit, Oberhaupt seines Reichs zu sein und die Provinz, die sich jenseits der Alpen erstrecken, seinen Rechte zu erhalten. Der Gegenstand sei zu wichtig, um nicht eine Berufung nothwendig zu machen an alle Regierungen, welche nicht gewillt seien, die Zukunft den unbrechenbaren Wechselfällen allgemeiner Verwirrung anheimzugeben. 3) Schreiben Palmerstons an Ponsonby. Der Minister des Auswärtigen ersucht Letzteren, dem Fürsten Metternich die Versicherung zu geben, daß es die Absicht von Ihr. Maj. Regierung stets sei und sein werde, daß die Bestimmungen und Verbindlichkeiten des Wiener Vertrags in Italien wie überall aufrecht erhalten werden müßten, und daß in den Gebietsverhältnissen, wie dieser Vertrag sie bestimmt, keine Aenderung getroffen werden dürfe ohne Zustimmung und Mitwirkung aller Mächte, die daran Theil genommen. Keine europäische Macht aber denke daran, auf einen der Staaten Italiens einen Angriff zu machen, und so werde auch Oesterreich nicht in den Fall kommen, die Grenzen seiner italienischen Besitzungen gegen einen äußeren Feind vertheidigen zu müssen. Etwas Anders sei es aber mit dem jedem Souverän gebührenden Recht, in seinem Staate solche Reformen und Landesverbesserungen vorzunehmen, die er dem Wohle des von ihm regierten Volks für angemessen halte; dieses Recht zu üben schienen die italienischen Fürsten jetzt gewillt und bereit, und die engl. Regierung verlehe sich zu Oesterreich, daß dieses seinen großen politischen Einfluß in Italien dazu verwenden werde, jene Fürsten in ihren loderngwerthen Bestrebungen zu unterstützen. Leider bestehe in einem großen Theile Italiens eine tiefe, weit verbreitete und nur zu begrün-

Digitized by Google

dete Unzufriedenheit; und wer das schlechte Regiment, das bisher in Italien geführt worden, wer die Mißbräuche und Mängel in dem herrschenden System, namentlich aber im Kirchenstaat und Neapel kenne, der werde unmöglich davon überrascht sein, daß so grelle Uebel das stärkste Mißbehagen hervorrufen konnten, und es sei leicht möglich, daß Menschen, welche diese Kümmernisse und Bedrückungen, unter denen man eine lange Reihe von Jahren geschmachtet, mit empfanden und bei ihren gegenwärtigen Herrschern keine Hoffnung auf Abhilfe erblickten, wirklich solche wüste Plane geschmiedet hätten, von denen ihn öffent. Rede spreche. Diese Vorwürfe träfen jedoch nicht in gleichem Maße den zwischen den Parteien Vapst, der das Verlangen gezeigt, jene nothwendigen Reformen auszuführen, wozu im J. 1832 Oesterreich in Verbindung mit England, Frankreich, Rußland und Preußen selbst so dringend angeeathen. Aber keinerlei Hoffnung auf Besserung lasse sich in Neapel spüren, und hier möge Oesterreich seinen gewaltigen Einfluß geltend machen, um die Regierung zu Reformen zu bestimmen, welche geeignet seien, jenes Mißbehagen zu beseitigen, auf dem allein jene Gefahren entspringen, wodurch die Ruhe bedroht werden könne. 4) Foreign Office, 11. Sept. Palmerston an denselben. Der Minister des Aeuß. stellt der österreichischen Regierung als einfachste politische Weisheit hin, daß man jeden Souverän ungehört lassen müsse, wenn er den Weg zweckmäßiger Reformen und Verbesserungen betreten habe; so könne man auch von Oesterreich mit Recht erwarten, daß es keinerlei vom Könige von Sardinien oder dem Papst vorgenommene Reform in eine Gelegenheit verwandeln werde, sich einen Angriff, welcher Art er auch sein möge, auf die Gebiete oder Rechte derselben zu gestatten. Der Schluß lautet: Ihrer Majestät Regierung würde es tief beklagen, wenn Ereignisse eintreten sollten, welche Großbritannien unmöglich mit Gleichgiltigkeit betrachten dürfe. Die Kronen Großbritannien und Sardinien sind lange durch die Bande einer treuen und innigen Verbindung verknüpft gewesen, und Großbritannien kann Ansprüche, die eine so ehrenhafte Grundlage haben, nie vergessen oder zurücksetzen. Die Unverletzlichkeit des römischen Staates ist als ein wesentliches Element der politischen Unabhängigkeit der italienischen Halbinsel zu betrachten, und es könnte keine Invasion in das Gebiet dieses Staates Statt finden, ohne sehr ernste und wichtige Ereignisse zur Folge zu haben.

(Parlamentsverhandl. über die Bill, betr. die politische Gleichstellung der Juden. Forts.) A. Stafford, der das erwähnte Amendement auf Verwerfung der Bill stellte, suchte namentlich die Folgewidrigkeiten hervorzuheben, in welche die Gesetzgebung über die Juden durch diese Bill mit sich selbst gerathen sei. Der Verscherung Lord J. Russells, daß durch diese Maßregel der letzte bestehende Rest religiöser Unduldsamkeit in Betreff der Juden aufgehoben werde, stehe das Faktum entgegen, daß ein Jude weder Minister, noch irischer Leedkanzler, noch Richter höheren Grades, noch Kirchenpatron u. s. w. werden könne. Könnten die Juden nicht auch jene Beschränkungen als über Rechtsungleichheiten sich beschweren? Man mache immer wieder und wieder darauf aufmerksam, welche Härte darin liege, daß den Juden — wohlverstanden nur einigen ihrer reichsten Geld- und Börsenrepräsentanten, vielleicht einem Dutzend — der Eintritt in's Parlament nicht gestattet sei; was ihn betreffe, so scheine ihm eine viel größere Beeinträchtigung darin zu liegen, daß die Juden genöthigt würden, neben ihrem Sabbath noch den christlichen Sonntag zu respektiren, d. h. noch anderweitige 52 Tage im Jahre ihre Läden geschlossen zu halten, und zwar zu Ehren Desjenigen, den sie als ihren Messias nicht anerkennen. Die Franzosen hätten es sich, wie immer, leicht gemacht und der Emancipation der Juden dadurch vorgearbeitet, daß sie der strengen Sonntagsfeier entsagt hätten; aber zu einem solchen Gräuel werde man es doch in einem wahrhaft christlichen Lande wie England nicht kommen lassen. Er begreife, daß man Dissentern und Katholiken den Zutritt ins Parlament gestatte, diese seien mit den Protestanten doch in dem Grundgedanken alles Christenthums einig, daß sie Christus als ihren Herrn und Meister anerkennten, wogegen ihn die Juden als einen Abtrünnigen vom Gesetz, als einen Betrüger und Ketzer betrachteten. Namentlich wandte den Redner ein Schauder bei dem Gedanken an, daß Baron Lionel v. Rothschild des äußeren Decorums wegen sich werde versagen müssen, an dem christlichen Gebete Theil zu nehmen, womit die Sitzungen des Hauses eröffnet würden, und doch müsse dies ihm, wer einen guten Magen erhalten wolle. Der Redner ist übrigens derselbe Disraeli, der, nachdem sich Lord Brotinck ein in Folge seiner Besturwerung der Judenbill mit den „avancirtesten" Tories überworfen hat, wie mehrere Blätter versichern, zum künftigen Leiter dieser gegenwärtig kopflosen Partei auserkohren gewesen, neben Lord Granby, welcher jedoch ebenfalls abgelehnt hat. Lord Buccleugh, ältester Sohn des Marquis von Exeter (die hohe Aristokratie in England scheint, wie auch zum Theil die deutsche, die Rolle des heiligen Christophorus übernehmen und auf ihren Schultern das hilfesuchende Christenthum durch die gefährliche Brandung der Zeit tragen zu wollen) unterstützte das Amendement Staffords, indem er versicherte, daß durch diese Bill das Land entschieden zu werden drohe, oder wie könnten noch die an das Christenthum erinnernden Eide, Ceremonien u. s. w. jetzt noch beobachtet werden? An die Stelle der christlichen Glaubens- und Sittenlehre sei fortan der Kultus des jüdischen Mammon, die Verehrung des goldenen Kalbes getreten. Hr. Wood, für die Bill sprechend, ließ sich namentlich auf Erörterung des Grundsatzes ein, daß die Religion mit der Politik gar Nichts zu thun habe, daß der religiöse Glaube bei der Frage wegen politischer Berechtigung gar nicht in Betracht gezogen werden dürfe. Das Uechristenthum habe sich von allen Staatsfragen und Staatsangelegenheiten fern gehalten, erst mit dem Verderbniß der Kirche, die unter Kaiser Theodosius angefangen, habe es sich auch in politische Dinge eingemischt und jenem (spätee in den Polizeistaat übergegangenen) Verfolgungs-, Spionir- und Inquisitionssystem gehuldigt, dessen Quelle nicht die heilige Schrift, sondern päpstliche Dekrete seien. Man möge bedenken, daß jetzt der Gläubigste, wenn er vor 300 Jahren gelebt, dem Beile des Henkers nicht würde entgehen können, da ein Dekret Heinrichs VIII. Juden den Glauben an die Transsubstantiation bei Todesstrafe gebieten habe. Der Redner citirte mehrfach die Bibel, welche wohl zu unterscheiden wisse zwischen den Dingen, die des Kaisers, und denen, welche Gottes seien. Dem Einlaß der Juden ins Parlament stünde freilich ein Eid entgegen, dessen Form aber einem ganz anderen Zweck angepaßt sei, nämlich nicht gegen die Juden, sondern gegen die Jesuiten und zwar erst seit der Pulververschwörung unter Jakob I. Auch erklärte der Redner, daß ihm die Aussicht auf künftige heidnische und muhamedanische Parlamentsmitglieder keineswegs Schrecken einjage, im Gegentheil, er sehe nicht ein, warum nicht auch, bei der gewaltigen Ausdehnung der britischen Besitzungen in Indien, Eingeborene, welche Brahma oder Muhamed verehren, in eine gesetzgebende Versammlung gewählt werden könnten. Dadurch sei, gemäß einer von der ostindischen Kompagnie ausgegangenen Erklärung, jeder Eingeborene Ostindiens für befähigt erfunden, den höchsten Aemtern in diesem Kolonialgebiete vorzustehen, und er glaube, daß die ostindische Kompagnie durch diesen Beschluß ebensowenig entschristlicht sei, als das Parlament, wenn es Juden zulasse. (Forts. folgt.)

Die Erklärungen, welche Viscount Palmerston im Unterhause gestern dem Antrage des Dr. Bowring auf Mittheilung der Papiere in Betreff der italienischen Angelegenheiten entgegensetzte, lauten friedlicher, als man je erwarten konnte. Er habe, sagte der Minister des Auswärtigen, innerhalb der letzten 24 Stunden Briefe von dem britischen Gesandten am wienee Hofe erhalten, die sehr zufriedenstellender Natur seien, es sei kein Grund vorhanden zu der Befürchtung, daß Oesterreich irgendwie die Absicht hegt, sich in die Vorgänge jenseit des Po einzumischen. (Aber, wie die Times sagen, Oesterreich spiele in Betreff seines Systems und seiner Ital. Besitzungen ein ebenso gewagtes Spiel, ob es sich einmischt und die immer weiter um sich greifende Bewegung mit Gewalt zu hemmen sucht, oder ob es ruhig zuwartet und zusieht, wie sein Einfluß und damit sein System immermehr untergraben wird). Der Minister erblickte übrigens in der gegenwärtigen Bewegung der italienischen Völkerschaften die Bürgschaf: einer glanz- und ruhmvollen Zukunft des Landes und hob als Beispiel des moralischen Ansehens, welches Großbritannien genösse, den Umstand hervor, daß Lord Minto von beiden Seiten, sowohl von den Sicilianern wie dem Könige als Vermittler herbeigerufen werden. Palmerston versprach sich von Mintos Unterhandlungen den besten Erfolg. Diese Erklärungen wurden mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen. In derselben Sitzung des Unterhauses (vom 15. Febr.) brantragte Sir W. Sommerville die längst erwartete Bill, welche die Verhältnisse zwischen den Grundherren und Pächtern in Irland auf eine menschlichere Weise regeln soll. Die irischen Mitglieder erklärten, in ihren Erwartungen von der Bill nicht befriedigt zu sein. Näheres morgen.

Aus den früheren Parlamentsverhandlungen hier noch ein Nachtrag. Die von Lord Wecpeth am 10. eingebrachte Bill zur Bedeerssrung des Gesundheitswesens in den größern Städten trägt auf Errichtung eines Centralgesundheitsamts an und ist auf die Berechnung gestützt, daß bei besserer Gesundheitspolizei in England und Wales jährlich 30,000 Menschenleben gerettet, an Armensteuern aber nicht weniger als 7 — 8 Mill. Pf. erspart werden könnten. Von Interesse waren folgende Angaben Lord Morpeths: auf dem Lande sterben von

Digitized by Google

ben Kindern unter 15 Jahren alle 3 Monate etwa 1, in London 2, bei Männern über 35 Jahren verhält sich die übrigens gegen früher immer noch zunehmende Sterblichkeit in London zu der auf dem Lande wie 3 zu 2, die Influenza trat auf dem Lande, in den Netzereien und selbst in größeren Provinzialstädten in äußerst milder Form auf, in London, einer wahren Pestbeule, richtete sie die größten Verheerungen an; in den von Schmutz starrenden, mit keinen Abzugskanälen versehenen und dicht bewohnten Stadttheilen Londons ist die Sterblichkeit gerade noch einmal so groß als in den reinlicheren Stadttheilen mit Abzugskanälen, gerümmigeren Straßen und Plätzen, dünnerer Bevölkerung und besserer Gesundheitspolizei. Leider aber drängt sich die Luft- und Licht vergnichtende Fenstersteuer zwischen die guten Absichten dieser Gesetzesvorschläge und ihre wohlthätige Realisirung. Eben erst empfing der Schatzkanzler eine Abordnung der Londoner Kirchspiele, welche um gänzliche Abschaffung dieser vollsfeindlichen Steuer bei ihm nachsuchte und hiebei an die von Jemand gemachte Aeußerung erinnerte: daß, wenn legend wen am Hofe stürbe, die Geschworenen den Schatzkanzler, so lange er diese Steuer fortbestehen lasse, des Mordes für schuldig finden könnten. Der Kanzler schlug eine Haussteuer vor, diese wollten die Abgeordneten nicht; die Abgeordneten schlugen eine irische Vermögenssteuer vor (ein neuer Beweis der freundlichen Gesinnung Englands für die Irländer oder eine Anwandlung bittern Humore!), diese wollte natürlich der Schatzkanzler nicht. —

Die von Hrn. Berney in derselben Sitzung vom 10. Febr. an Palmerston gerichtete Anfrage, wie es mit dem Schutze der Briten im Kanton Freiburg stehe, beweist abermals für die Sorgfalt, womit der Brite zu Hause den Schutz seiner Landsleute in der Fremde überwacht. Die Folge davon ist, daß der Brite sich im entferntesten Winkel der Erde daheim und als Glied einer mächtigen Nation fühlt. Der Gegensatz zu Deutschland ist in dieser Hinsicht um so trauriger, je mehr wir als eine so große Nation, wären wir zugleich eine einige, im Auslande geachtet und geschützt dastehen könnten und sollten. Käme je Bassermanns Vorschlag einer nationalen Vertretung zur Ausführung, so würde sich ohne Zweifel auch diese für uns wenig ehrenvolle Angelegenheit zum Bessern wenden, das Konsulatwesen würde durchgreifend gebessert und umfassender geordnet, der Deutsche im Auslande unter den Schutz der deutschen Nation gestellt, und wenigstens soviel Kriegsschiffe erbaut und an den geeigneten Plätzen stationirt werden, um den z. B. bei Aufständen bedrohten Landsleuten zu Hilfe eilen und ihnen eine Zuflucht bieten zu können. Fürs Erste wollen wir uns freilich recht gern damit begnügen, daß unser Landsleute nur auf dem Festlande und so weit unser Arm reicht, des geeigneten Schutzes genießen, wozu freilich gehört, daß erst im deutschen Inlande die vielen ausländischen Beschränkungen aufhören. Der zu Lande und zur See materiell mächtigste deutsche Staat, Oesterreich, hat leider nicht bewirken können oder wollen, daß unser Name im Auslande ein besonders geachteter sei; man haßt uns, die wir doch im Rufe der Gemüthlichkeit stehen, bis auf den Tod, in Italien wie in Polen, man verhöhnt uns in Ungarn, man wirft uns aus Griechenland, trotz seines deutschen Königs und des österreichischen Schutzes. Welche beruhigende Betrachtungen knüpfen sich an das Geständniß eines unserer hannoverschen Korrespondenten, daß die Hannoveraner wenigstens insofern die Zeit der englischen Herrschaft glücklich preisen, als damals der Hannoveraner sich in allen Weltgegenden unter englischem Schutz geachtet und sicher gefühlt habe!

Daily News kündigen die nahe Ankunft des Grafen Dietrichstein, in Begleitung seiner Gemahlin und des Grafen Potocki, mit dem Bemerken an: daß über die Veranlassung zu der Abreise des österreich. Gesandten in den diplomatischen Kreisen die mannigfaltigsten Deutungen umliefen. Dagegen versichern die Times: der österreich. Botschafter, der sich 3 Jahre lang keine Ferien gemacht, werde, sobald er einige Familienangelegenheiten in Wien besorgt, sofort auf seinen Posten wieder zurückkehren. Etwas Auffallendes hat aber die Abreise des Grafen, indem sie gerade in eine Zeit so verwickelter politischen Stellungen und bedenklichen Aussichten fällt.

## Frankreich.

Paris, 16. Febr. Die Sitzungen der beiden Kammern während der letzten drei oder vier Tage waren ohne allgemeines Interesse. Die Kammer der Abgeordneten beschäftigt sich mit der schließlichen Regelung des Budgets von 1845, dessen Rechnungen erst jetzt vollständig ins Reine gebracht werden, und die Pairskammer verhandelt über ein Gesetz, welches die Arbeit der Kinder in den Fabriken betrifft. Da es sehr ungewiß ist, ob dieses Gesetz in der zweiten Kammer auch nur zur Erörterung kommen wird, so lassen wir dasselbe einstweilen unberücksichtigt, umsomehr als es seiner ganzen Anlage nach ziemlich verfehlt erscheint.

Die Blätter sind voll von Gerüchten über die Vertheidigungsanstalten, welche die Regierung für den Fall eines Aufstandes trifft. Es ist sehr schwer, auf diesem Gebiete das Wahre vom Falschen, ja auch nur das Wahrscheinliche vom Unwahrscheinlichen zu unterscheiden. Der Constitutionnel behauptet, daß bereits so viel Truppen in der Nähe von Paris zusammengezogen seien, daß man mit Hilfe der Eisenbahnen binnen kürzester Frist 60 — 80,000 Mann auf dem Platze haben könne. So oft ein neues Regiment herbeikommt, werden die Chefs desselben in bürgerlicher Kleidung nach dem Punkte geführt, den sie mit ihren Truppen im Falle des Aufruhrs zu besetzen haben, und an Ort und Stelle von ihrer militärischen Aufgabe in Kenntniß gesetzt. Ein Theil der Truppen in Paris soweit als in der Banlieue sei fortwährend in den Kasernen konsignirt, die man überdies mit Holz und Lebensmitteln für mehrere Tage versehen habe; in Vincennes seien mehrere Batterien Geschütz in schlagfertigen Zustand gesetzt u. s. w. Wie wenig übrigens selbst die äußerste Opposition einen Aufstand in dem gegenwärtigen Augenblicke wünscht, ohne Zweifel weil ihr der Erfolg desselben äußerst unsichere erscheint, das beweist die heutige Sprache des National. „Nehmet nicht auf Unbesonnenheiten von unserer Seite! ruft er den Ministern zu. Wenn Ihr einen Aufruhr wollt, so werdet Ihr ihn nicht bekommen. Doch, was wir für jetzt wollen, ist eine Aeußerung des Volkswillens, die Euch durch ihre Kraft zu Schrecken setzen soll. Die Ordnung wird unsere Stärke sein, und die öffentliche Meinung soll Euch über die Köpfe Eurer Bataillone hinweg niederschmettern. Die Parlthat der Dreien setzt sich von Euren Augen in Bewegung, um Euch das unausbleibliche Schicksal zu vergegenwärtigen, welches der Gegenrevolution vorbehalten ist. Die Bewegung wird um so furchtbarer sein, je ruhiger sie ist. Rein, es wird weder Aufstehung, noch Unordnung, noch blutiges Zusammenstoß geben; das Beil von Paris braucht keine Schlacht, es weiß, daß es sich nur zeigen darf, um Euch zu besiegen." Wer den National und seine Partei kennt, der weiß, was er von dieser Kleinlaut Prahlerei zu halten hat. Fühlte das republikanische Blatt halbwegs festen Boden unter seinen Füßen, es würde aus einem ganz andern Tone sprechen. Aber die Zeit des National ist noch nicht gekommen.

Paris, 17. Febr. Es bleibt dabei, daß die Reformversammlung am 20. in den elysäischen Feldern stattfinden soll. Man hat dabei mit lobenswürdiger Vorsicht von vorn herein auf den Schmaus verzichtet, von dem es gestern wieder hieß, daß man ihn bezahlen, aber sehr ungewiß, ob man ihn halten würde. Die Zahl der unterzeichneten Theilnehmer an der Versammlung beläuft sich auf 2000, lauter hochansehnliche Personen, Pairs, Abgeordnete, Bürgermeister, Gemeinderäthe, Offiziere der Nationalgarde, mit einem Wort heute, von denen man sicher ist, daß sie den Charakter der Gesetzlichkeit und der Ordnung, welchen die Versammlung tragen soll, durch Nichts stören werden. Nationalgardisten ohne Waffen sollen das Publikum in Ordnung halten. Eine einzige Rede soll gehalten werden, und zwar von Hrn. Odilon Barrot, der die Rothwendigkeit und die Vortheile der Wahlreform auseinanderlegen wird. Hierauf wird die Versammlung auseinandergehen. Man sieht, die Opposition zeigt sich in ihrem Festprogramme so sanft, so zahm, so friedertig wie ein Lamm. Möglich, daß die Regierung auf diese Bedingungen hin die Versammlung vor sich gehen läßt und sich darauf beschränkt, die Veranstalter derselben gerichtlich zu verfolgen. Damit wäre denn die ganze Sache ausgeglichen, friedlich nicht ohne Einbuße von beiden Seiten. Ein Gerücht, daß die Opposition nachträglich doch noch aus der Kammer austreten wollte, halten wir für unglaubwürdig, weil wir der Opposition eine solche Unsicherheit und ein solches Schwanken doch nicht zutrauen können, wie die Zurücknahme des frühern Beschlusses, in der Kammer zu bleiben, beweisen würde. — Der National veröffentlicht einen Brief des Herzogs von Montpensier, in welchem dieser Beseht gibt, aus dem Arsenal von Vincennes ohne Verzug 2 Batterien Feldgeschütz mit gefüllten Protzkasten, 20 Wagen mit Schießbedarf für Faßvolk, 300 Kartätschenpatronen, 400 Betarden und einen Wagen mit Hacken für den Nachtdienst nach der Militärschule in Paris abgehen zu lassen. Kurz, die Regierung nimmt die Sache ernstlich, und der Aufruhr würde dem Marschall Bugeaud gegenüber einen schweren Stand haben. Darum ist auch der National weiter Gewohnheit so friedliebend.

## Spanien.

Die Regierung hat den Cortes den Entwurf eines neuen Preßgesetzes vorgelegt, welchen die Oppositionsblätter den Entwurf eines Todesurtheils für die Presse nennen. Daß es übrigens damit so

Digitized by Google

schlimm nicht sei, wenigstens nach deutschen Begriffen, geht schon aus dem Umstande hervor, daß der Entwurf das seit drei Jahren aufgehobene Geschworenengericht für Preßvergehen wieder herstellt. Den Concessionen für die Zeitungen, von Cayhebung der Postversendung und hundert ähnlichen politischen Akademien der Presse, welche in Deutschland auf der Tagesordnung sind, ist in dem spanischen Gesetzentwurf natürlich mit keinem Worte die Rede. Bei dem gegenwärtigen Zustande der Dinge in Italien, welcher diesem Lande, wenn noch nicht überall gesetzlich, so doch thatsächlich eine beinahe vollständige Preßfreiheit gegeben hat, dürfen wir uns überhaupt dem schmeichelnden Gedanken überlassen, daß Deutschland jetzt nächst Rußland und der Türkei das einzige Land ist, welches noch unter der Fuchtel der Censur steht. Welch ein Beweis, welch eine Anerkennung der deutschen Bildung und des deutschen Geistes! — Espartero ist am 6. in Logrono angekommen. In mehreren Orten, die er berührte, wurde er mit Glockengeläut empfangen; in Logrono wollte man ihm die Pferde ausspannen, und es gelang ihm mit Mühe, die Huldigungen des leidenschaftlich erregten Volks in den Schranken zu halten. — Von Madrid sind 20 Officiere abgegangen, um der neapolitanischen Revolution ihren Degen anzubieten.

## Italien.

* Rom, 10. Febr. „Mit Gutem Nichts, mit Bösem Alles“ wird mehr und mehr zum Wahlspruch der italienischen Politik. Der König von Neapel hat die Wahrheit desselben so schön bekräftigt. Vorgestern hat er auch hier seine Kraft geltend gemacht. Es hat eine ihrer äußern Erscheinung nach sehr ernste Demonstration stattgehabt, durch welche man in einer Viertelstunde erreicht zu haben scheint, was in 16 bis 18 Jahren nicht hat zu Stande kommen mögen. Selbst von den konservativen Großmächten war bereits im J. 1831 die Nothwendigkeit der Säkularisation der ministeriellen Verwaltung des Kirchenstaats anerkannt worden. Sobald man das Volk begütigt zu haben glaubte, dachte kein Mensch mehr daran. Seit dem Regierungsantritt Pius IX. ist mehr als ein Mal davon die Rede gewesen, daß man daraus zurückkommen müsse. Es blieb aber nicht bloß beim Alten, sondern wurde, da die Geistlichen von Talent ausschließlich dem alten System zugethan sind, täglich schlimmer. Die Staatskonsulta, welche Pius IX. in wohlmeinender Gesinnung ins Leben gerufen hatte, sollte dazu mißbraucht werden, den Patrioten Sand in die Augen zu streuen. Ferretti gab derselben keine Arbeitsvorlagen, das neue Ministerkonseil hörte sie nicht an. Daß es nicht so fort gehen konne, sahen erfahrene nicht eben dem Liberalismus vorzugsweise ergebene Männer längst ein. Entgegenlautende Zureden half indeß nicht. Man versuchte es mit demselben von verschiedenen Seiten her. Der franz. Botschafter machte dem Papst wiederholte Vorstellungen in diesem Sinne. Sie mögen sich insofern wirksam erwiesen haben, als sie ihn an den Gedanken einer gründlichen Umgestaltung des Ministeriums mehr und mehr gewöhnt und seine Entschlüsse vorbereitet haben. Unterdessen schleifte sich die Lokomotive der Staatskonsulta mit seit eingeklemmter Bremse mühsam fort. Man sagte vorher, es werden keine vierzehn Tage vergehen, bevor die Konsulta ein Deliberativvotum beantragen werde. Alles aber war ruhig, ja die Zeitungen wurden dermaßen an einheimischen Nachrichten inhaltleer, daß alles Interesse an den eigenen Angelegenheiten erstorben zu sein schien. Diese Todtenstille war um so auffallender als sich der Nachbarstaat so kräftig bewegte. Die hiesigen Konstitutionsfeierlichkeiten äußerten sich so unerquicklich. Von einer Reaction, die man hier von der neapolitanisch-sicilianischen Krisis erwarten mußte, ließ sich keine Spur wahrnehmen. Um so heftiger war die nun plattgehabte Explosion. Eine dem gegenwärtigen Regiment zugewandte Demonstration hat überhaupt unter Pius noch nicht stattgehabt. Jetzt hieß es auf einmal: „Nieder mit dem Ministerium, fort mit der Mäßigung!“ Die Bewegung bot einen furchtbaren Anblick dar. Zum Glück gelang es dem wohlbekannten Leiter des niedern Volks, dem allezeit bereitwilligen Cicerwaccio, die Massen auf den großen am Ausgang des Corso gelegenen Platz del Popolo zusammenzuziehen und zu verhindern, daß man weder nach dem Polizeigebäude, welchen man zu stürmen drohte, noch zum Papst hinauf zog. Dieser kam nur mit durchaus friedlichen und wohlmeinenden Vorstellungen, welche der Senator, Fürst Corsini, ihm zu machen über sich genommen hatte, in Berührung. Er ging auf dieselben leicht und freundlich ein, versprach im Lauf der Woche einen Theil des Ministeriums Laien zu übergeben und stellte andere Concessionen in Aussicht. Als Corsini und Borghese, der ihn zum Papst begleitet hatte, diese Antwort dem auf dem erwähnten Platz versammelten Volke überbrachten, löste sich die gedrückte Stimmung in Rührung und Jubel auf. Die Ruhe trat augenblicklich wieder ein. Gestern Abend soll bereits mit der Säkularisation des Ministeriums der Anfang gemacht worden sein. Es heißt: D. Michele Gartani, Fürst von Teano, sei an Mons. Sovelli's Stelle zum Polizeiminister ernannt worden. Besonnenen Leuten gefällt diese Wahl nicht. Er ist zu sehr Wühling, um eine Gewähr für Charakterfestigkeit darzubieten. Auch schadet ihm bei dem hiesigen Volk die feindselige Stellung, die er gegen seinen noch lebenden Vater, den Herzog von Sermoneta, eingenommen hat. Die öffentlichen Blätter, namentlich die Palade, erklärten übrigens ganz offen, man werde diese ganze Woche noch warten, dann aber unter Umständen seine Forderungen aufs Neue geltend machen. Zur Organisation des Militärstandes werden 5 sardinische Officiere erwartet. Von einem Schutz- und Trutzbündniß, das zwischen Rom, Toskana und Sardinien geschlossen worden sei, hatte der Deputation, an der der Prinz Corsini mit mehreren Staatskonsultoren Theil genommen hatte, auch Pius IX. gesprochen. Gegenwärtig herrscht überall wieder tiefe Ruhe.

* Rom, 11. Febr. Pius IX. hat sich nun auch selbst vernehmen lassen in einer Anrede an das römische Volk und alle seine Unterthanen, welche auf dem Wege eines Manueranschlags verbreitet worden ist. Er nimmt in derselben die Ehre der Initiative in Anspruch, welche er in allen den Einrichtungen, die jetzt das Volk ihm stürmend abverlangt, ergriffen zu haben behauptet. Das Ganze ist einfach und schön gehalten, und man glaubt seine eigene Hand in der eigenthümlichen Weise des Vertrags zu erkennen. Er verspricht unter Wahrung seiner Pflichten gegen die Kirche, sich mit der weiteren Entwickelung und Vervollkommnung der von ihm begonnenen Reformen unablässig zu beschäftigen und versichert, an die Reorganisation des Militärwesens Hand angelegt zu haben, bevor irgend Jemand ihn daran erinnert habe. Er habe sich bereits bemüht, auswärtige Officiere herbeizuziehen, welche im Verein mit denen, die dem Staat ehrenvolle Dienste geleistet haben und noch leisten, das große Werk zu Ende zu führen im Stande sein. Auch gehe er damit um, dem Laienstand einen größern Antheil an dem Ministerrath zu verschaffen, damit Talente und Erfahrungen in größerem Umfang zuyvar gemacht werden möchten. Dies ist nun freilich nicht der Sinn, in welchem das Volk auf dieser Theilnahme der Nichtgeistlichen an den Staatsgeschäften so eifrig besteht. Leider läßt sich dem trefflichen Regenten auch kein großer Zuwachs von Staatsweisheit von dieser Seite her in Aussicht stellen. Den Römern liegt indessen nur am Faktum, und daher wird man wegen der vorgebrachten Motive nicht mit ihm groß rechten. Nun kommt aber nach dieser Captatio benevolentiae eigentlich erst die Hauptsache. Für das Volkswohl werde er sich auch ferner bemühen, wenn ihm Gott vergönnen möge, die Herzen seiner Unterthanen und aller Italiener mit dem Geist des Friedens zu erfüllen. Man möge den böswilligen Einflüsterungen auf dem Wege des Schreckens und falscher Gerüchte kein Gehör schenken. Die italienischen Fürsten seien in Einigkeit verbunden. Was habe am Ende aber der Papst zu fürchten, dessen 3 Millionen Unterthanen 200 Millionen Menschen jeder Nation und Sprache zu Brüdern und Hessen hätten für den Fall eines meuchlerischen Anfalls. Rom sei der Sitz der Christenheit. So lange es der sei, habe Italien Nichts zu fürchten. Gott möge nur den Glauben erhalten. Das Ganze schließt mit einem Gebet um die Segnungen des Himmels, die er auf Italien herabsenden möge. — Der Fürst Corsini ist zum definitiv zum Polizeiminister ernannt worden, wie die Palade versichert.

Neapel, 8. Februar. Die Allg. Zeit. bringt die Erklärung, welche die provisorische Regierung auf die angebotene Verfassung als Antwort gab. Es heißt darin: Wir können nur das wiederholen, was wir so oft feierlichst ausgesprochen haben, daß Sicilien die Waffen nicht früher niederlegen und die Feindseligkeiten nicht eher einstellen wird, als bis das zu Palermo gebildete vereinigte allgemeine Parlament die Konstitution, welche Sicilien nie aufgehört hat zu besitzen, den Zeitumständen angepaßt haben wird. Wir können einzig und allein hinzufügen, daß es ebenfalls allgemeiner Wunsch ist, sich mit denjenigen speciellen Banden an das Königreich von Neapel anzuschließen, welche vom sicilianischen Parlament genehmigt sind, auf daß zwei gemeinschaftliche Ringe der schönen italienischen Föderation gebildet werden. — Auf diese Originalerklärung, fügt der Korresp. hinzu, sandte gestern Abend der König drei neue Dampfschiffe mit Parlamentären nach Palermo ab; er selbst gab den Befehl, gleich hinter Capri die palermitanische Flagge aufzuziehen, und wir harren jetzt des Weiteren.

† Neapel, 7. Febr. Letzten Freitag traf Lord Minto hier ein, in außerordentlicher Mission von der Königin von England hierher gesandt. Er kömmt gerade recht, um dem Könige Muth zuzu-

Digitized by Google

sprechen und unter die Arme zu greifen. Es heißt, daß die Repräsentanten Oesterreichs und Rußlands, sogar Preußens und Roms *), Protest gegen die gegebene Verfassung eingelegt haben. Diese Mühe hätten sich die Herren ersparen können, sie stiften damit nur neue Verwirrung. Daß auch Preußen mit unter den Protestirenden ist oder sein soll, wird draußen bei Ihnen keinen sehr freundlichen Eindruck machen. — Ihre Korrespondenten von Livorno und Genua werden Ihnen mitgetheilt haben, welche Aufregung die Ankunft des abgeirrten Polizeiministers Delcaretto an jenen Plätzen hervorbrachte. Nachdem dieser durch ganz Italien verhaßte Mann weder an dem einen noch andern Orte landen konnte, aus Furcht, in die Hände des gegen ihn ergrimmten Volks zu fallen, das sich alsbald nach seiner Ankunft schreiend und tobend am Landungsplatze versammelt hatte, mußte ihn das Dampfschiff nach Gaeta zurückbringen, um anderweitige Verhaltungsbefehle von Hier einzuholen, die noch nicht bekannt sind **). Das ist der Mann, der 17 Jahre lang Neapel unter seiner eisernen Fuchtel hatte, vor dem zitterte, wer ihn nur von Weitem sah. Menzinger Cecle, der frühere Beichtvater des Königs, soll in einem nahgelegenen Kloster sich aufhalten. Wir wollen diesen beiden Herren gerne Muße lassen, in ihre Vergangenheit einen etwas ernsthaften Blick zu werfen. — Die hiesige Nationalgarde versieht mit dem größten Eifer und zur Zufriedenheit und Anerkennung der ganzen Bevölkerung ihren Dienst für die innere Sicherheit der Stadt. Aus allen Klassen stellen sich Freiwillige; viele, die noch nicht unsermehr sind, dienen in Civilkleidung und mit einem bloßen Jagdgewehre bewaffnet. Man sieht den Leuten den Stolz und die Wichtigkeit, die sie ihren Verrichtungen beilegen, auf der Stirne geschrieben, aber es macht auch in der That einen wohlthätigen Eindruck, auf den Straßen nicht mehr von allen Seiten von Spitzen und Polizeimännern umgeben zu sein, in deren Hände zu fallen (und es konnte dem Unschuldigsten begegnen), so lange Delcaretto am Ruder stand, seine Kleinigkeit war. — Für die auswärtigen Zeitungsblätter ist nun endlich auch das enorme Porto ermäßigt worden. Letzten Samstag kamen die ersten Blätter zur hernntergesetzten Taxe von 2 Gran hieher. Vorher zahlte das einzelne Blatt 15 Gran = 18 Kreuzer ehrlich, der ganze Jahrgang kam daher auf 110 fl. Porto. — Nachträglich habe ich Ihnen mitzutheilen, daß der für das Ministerium des Innern bestimmt gewesene C. Giorgiulli darauf verzichtet hat, an seine Stelle wurde der Advokat Cavalierr Francesco Paolo Borzelli ernannt. Diese Wahl findet allgemeinen Beifall. Borzelli war früher politischer Ursachen wegen verbannt und hat als Publizist und Literat einen Namen. Von Palermo kamen gestern mehrere Kriegsdampfschiffe, die die letzten Trümmer der k. Truppen hierher zurückbrachten. Das einzige Fort, das sich bis jetzt noch behauptet hatte, mußte auf ausdrücklichen Befehl des Königs ebenfalls kapituliren. Der Kommandant, ein Schweizer, verließ die Festung mit klingendem Spiel und trat mit seinen Leuten gestern ebenfalls hier ein; es ist rein unbegreiflich, was der König mit der Stadt Palermo vorhat, während man doch nicht glauben kann, daß er sie, wie es doch scheint den Anschein hat, sich selbst überlassen wolle. Die Palermitaner gehen nun wieder ihren Geschäften und Verrichtungen nach, als ob Alles in Ordnung wäre. Der einzigen Tagen sollte eine Deputation nach Palermo geschickt werden, an deren Spitze der Principe Carriati, Jugendfreund des Aufrührers der Palermitaner, Ruggiero Settimo, um mit demselben zu unterhandeln. Die Deputation war im Begriffe abzureisen, blieb jedoch einstweilen noch hier zurück, um, wie es scheint, sich vorher noch mit dem eben eingetroffenen Lord Minto zu berathen.

† Neapel, 8. Febr. So eben hört man, daß die Konstitution unterschrieben ist und morgen oder übermorgen publicirt werden wird. — Sie ist nach franz. Zuschnitt, mit dem großen Vortheil, daß Männer von Talent, auch wenn sie nicht das 3. B. in Frankreich vorgeschriebene Vermögen besitzen freiche Beschränkung in Frankreich schon so oft vergeblich bekämpft wurde) in die Deputirtenkammer gewählt werden können.

*) Die Bilancia widerspricht diesem Gerücht, soweit es Preußen betrifft, aufs entschiedenste; von Rom ist es fast noch weniger glaublich.

**) Delcaretto ist inzwischen bekanntlich in Marseille eingetroffen.

## Eingegangene Beiträge für die Armen in Oberschlesien:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Uebertrag: | 2599 | fl. | 37 kr. |
| „Von einer fröhlichen Gesellschaft des hiesigen Bürgervereins“ | 12 | „ | 30 „ |
| „Durch S. in Wiesbaden“ | 101 | „ | 30 „ |
| B. in Heidelberg | 5 | „ | — „ |
| G. R. C. in Heidelb. | 3 | „ | — „ |
| H. J. in Heidelb. | 2 | „ | — „ |
| C. Ch. geb. L. in D. | 21 | „ | — „ |
| Von einer Gesellschaft in C. | 5 | „ | — „ |
| „Von der Redaktion des Pforzheimer Beobachters“. (Zweite Sendung). | 131 | „ | 15 „ |
| Von A. in H. | 8 | „ | 45 „ |
| R. aus B. | 4 | „ | 38 „ |
| Th. in H. | 3 | „ | 30 „ |
| Von Ludwigshafen, durch H. D. . | 73 | „ | 21 „ |
| | 2971 | fl. | 6 kr. |

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[112]b Bei Fr. Bassermann in Mannheim erschien:

Wichtige Urkunden
für den
**Rechtszustand der deutschen Nation**
mit eigenhändigen Anmerkungen
von
**Johann Ludwig Klüber**
aus dessen Papieren mitgetheilt und erläutert
von
**C. Welker.**
Zweite Auflage. Preis 2 Thl. oder fl. 3. 36 kr. rhein.

**Handels-Archiv für 1848.**
Herausgegeben im Königlichen Handelsamte.
Redaktion: A. Peltzer. — J. Hegel.

Anfangs dieses Monats wurde ausgegeben:

**Handels-Archiv 1848.**
Januar-Heft.
Preis des Jahrgangs von zwölf Heften: 5 Thlr.
Alle guten Buchhandlungen sind mit Exemplaren versehen, um Bestellungen sofort zu expediren. Der bisherige Preis des I. Jahrg. 1847 wird mit Ablauf des Monats Februar d. J. von 4 Thlr. auf 5 Thlr. erhöht werden.
Berlin 1848 Januar.
**Wilh. Besser.**
Verlagshandlung.
[113]

## Bekanntmachung.

Die Ankunft und Abfahrt der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres in folgender Weise statt:

**I. Ankunft** von **Mainz** täglich zur Mittagszeit, im Anschluß an den um 2 Uhr 20 M. Nachmittags von Mannheim nach Offenburg, Kehl (Straßburg) abgehenden Eisenbahnzug K.

**II. Abgang** nach **Mainz** täglich 2½ Uhr Nachmittags im Anschluß an den Eisenbahnzug V. von Freiburg.

Die Fahrten am Samstag, Dienstag, Mittwoch und Freitag schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten am Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach London an.

Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Großh. Eisenbahn, so wie eine umgekehrt auf den Hauptstationen der Großh. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 31. Oktober 1847.

**Großh. Post und Eisenbahn-Amt**
**Eberlin.**
[114]a

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England bei Hrn. Owen u. Komp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. übereinlegen Länder werden man sich an G. A. Neumeier Strasbourg 28 Brantgasse, Paris 29, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Buchverleger besorgt das Groß. Gen. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt halbjährlich fl. 1.30.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.12. 8 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 53. Heidelberg, Dienstag 22. Februar 1848.

## Uebersicht.

Die dänische Verfassung und die deutschen Herzogthümer. — Wien (Prahovens), Nachfolger des Grafen Kolowrat). Berlin (Stoll und Stände). München (Versammlungen in Betreff auswärtiger Zeitungen; die Adresse der Bürgerschaft; zwei Broschüren über die Polizei in München). Karlsruhe (Kammer verhandlungen: der Rechnungsabschluß; Schweizer Abzüglichkeit). Kiel (Bürgeradresse an die versammelten Ständeabgeordneten). Bonn. Hesse (ein ritterschaftliche Deputation wird empfangen werden. Frankfurt (Verstärktes Gericht von einem Zeitungsverbot; politische Benehmungen wegen der Hatterscheimer Turnerversammlung).

**Schweiz.** Luzern. Die Annahme der Verfassung. Totenfeier des Sonderbundes.

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen über die Bill wegen Gleichstellung der Juden. Peel nicht mehr Leiter seiner Partei. Tödtliche Krankheit des Pascha von Aegypten.

**Frankreich.** Schreiben Girardins an die Wähler von Bourgneuf. Erklärung der Regierung über die angeblich Auerstörung der Pariser Forts. Das Reformfest verlegt. Erklärung des Moniteur. Strasburg. Demonstrationen.

**Italien.** Florenz. Großherzogl. Verordnung wegen einer Repräsentativverfassung. Mailand. Meuchlermörderische Anfälle. Rom. Antrag des Papstes an das Volk. Turin. Gutzot in effigie verbrannt. Neapel. Verkündigung des Verfassungsentwurfs. Verfassung von Beamten von und nach Sicilien. Projekt einer deutschen Zeitung. Staatsschatz des Grafen Trapani. Ein Bulletin Ruggiero Settimos. Endsolge Verfassungsedikt. Inhalt der Verfassung.

**Polen.** Ein Postenspiel.

**Handel.** Frankfurt. Börsenbericht. Verhaftungen an der Wiener Börse.

## Heidelberg, 22. Februar.

Das Verfassungsreskript des Königs von Dänemark vom 28. Jan. ist ein so wichtiges Dokument, daß wir von Neuem auf dasselbe zurückkommen und dessen Inhalt genauer beleuchten müssen.

Im Eingange des Reskripts kündigt der König als einen bereits gefaßten Beschluß an, daß die Verleihung einer Verfassung, welche einestheils die unantastbaren Rechte der Krone, dann die Rechte der Unterthanen im Allgemeinen, endlich die besonderen Gerechtsame und Interessen der Bewohner der verschiedenen Landestheile sicher stellen soll, in Erwägung gezogen werden sollte. Dieser Beschluß ist also kein voreiliger, sondern ein nach reiflicher Erwägung handelt, wenn gleich die Ausdrücke „Krone" und „Landestheile" schon hier den Gedanken der Staatseinheit durchblicken lassen. In dem zweiten Absatz des Reskripts spricht der König ferner die Absicht aus, gemeinschaftliche Stände für das Königreich Dänemark und die Herzogthümer Schleswig und Holstein einzuführen, welche in dreifacher Beziehung: der Periodicität, der Gleichheit der Mitgliederzahl aus dem Königreiche und den Herzogthümern und des Versammlungsortes näher charakterisirt werden, und im dritten Absatz ist von den Rechten die Rede, welche der König den Ständen beilegen will. Im vierten Absatz endlich spricht der König von der Verfassung, die er ertheilen, von den Bestimmungen, welche die Verfassungsurkunde enthalten werde, sey; muß in die Vervollständigung jener Absichten und Willensäußerung als eine sicher bevorstehende Thatsache voraus.

Wenn man nun bei dem bloßen Wortlaut des Reskripts stehen bleibt, so enthält dasselbe als unumwundene königl. Entschließung nur die Ankündigung, daß der König die Verleihung einer Verfassung in Erwägung nehmen wolle: alles Uebrige hat der König nicht als bereits von ihm entschieden, sondern nur als zur Zeit von ihm beabsichtigt hingestellt, und wenn auch im 3. und 4. Absatze von einem positiven „Wollen", von dem, was sein „wird", die Rede ist, so können diese Ausdrücke nach einer grammatischen Interpretation doch nur hypothetisch dahin aufgefaßt werden, daß, wenn die ausgesprochene Absicht des Königs nicht in Erfüllung geht, auch jene Konsequenzen hinwegfallen.

So nach dem reinen Wortlaut aufgefaßt, würde das Reskript kein Präjudiz für die Herzogthümer enthalten: Der König wird nur durch die Zusage gebunden, die Verleihung einer Konstitution in Erwägung zu ziehen; alles Uebrige, insbesondere die Gemeinschaftlichkeit der Stände, und die den Ständen zugedachten Gerechtsame wären offene Fragen, die erst nach Berathung der in dem Reskript angeordneten und sonst verfassungsmäßig vorzunehmenden Berathungen ihre Erledigung finden würden.

Das Reskript ist eben sowohl in Dänemark als in den Herzogthümern dahin verstanden, daß die Gemeinschaftlichkeit der Stände und der Verfassung, die Bildung einer Staatseinheit der Herzogthümer und Dänemarks mithin von der Staatsregierung bereits beschlossen und den Erwägungen über die Verfassung zu Grundlage dienen sollen. Daher der Unwille und die Empörung, welche gleich nach Erscheinung des Reskripts alle deutschen Gemüther in den Herzogthümern ergriffen hat, und die fast allgemeine Ansicht, daß man sich auf die Annahme des Gebotenen nicht einlassen, ja nicht einmal zu Wahlen für die vorberathende, wenn man will, die konstituirende Versammlung schreiten dürfe. Auch läßt sich nicht läugnen, daß nicht nur die sämmtlichen seit 1846 geschehenen Schritte der Staatsregierung ihr Bestreben, die behauptete Staatseinheit zur Geltung zu bringen, unzweideutig an den Tag legen, sondern daß auch der Geist des Reskripts eine vorgefaßte Ansicht verräth; und daß die Regierung im dänischen Sinne fortzuwirken beabsichtigt, ergibt die an demselben Tage bekreirte Danisirung der Hadersleberer Schule. Die Herzogthümer haben demnach allen Grund, sich nicht durch die ohne Zweifel künstlich gewählte Wortfassung des Reskripts täuschen zu lassen, sondern die darin angekündete Gabe, wie Alles, was von Kopenhagen kommt, mit Argwohn und Mißtrauen zu betrachten.

Wenn es der Staatsregierung daher wirklich Ernst damit wäre, den jetzt gerade mit erneuter Heftigkeit entbrennenden Kämpfen der beiden Nationalitäten ein Ziel zu setzen, so wäre sie um so mehr verpflichtet, die Gemüther in den Herzogthümern zu beruhigen, da gerade die Wahl der im Reskript gebrauchten Ausdrücke die gegenwärtig aufs Neue erweckte Unzufriedenheit und Aufregung in den Herzogthümern hervorgerufen hat. Es scheint daher sehr nahe zu liegen, daß die Regierung ihr Reskript dahin interpretiren mußte, daß ihr bisheriger Entschluß nur dahin gerichtet sei, die Verleihung einer Verfassung in Erwägung zu ziehen, daß sie als beabsichtigt angekündigte Gemeinschaftlichkeit der Verfassung aber noch eine offene Frage sei, über welche die beabsichtigten Berathungen stattfinden würden.

Die in dem vierten Absatz des Reskripts enthaltene Zusage, daß durch die beabsichtigte ständische Verfassung in den allgemeinen Gesetzen vom 28. Mai 1831 und 15. Mai 1834 wegen der Provinzialstände Nichts verändert werden solle, ist offenbar unbalbar und muß auf einem Irrthume beruhen; nach dem allgemeinen Gesetz vom 28. Mai 1831 sollen nämlich „die Entwürfe solcher allgemeinen Gesetze, welche Veränderungen im Personen- und Eigenthumsrecht und in den Steuern und öffentlichen Lasten zum Gegenstande haben" — den ständischen Versammlungen der Herzogthümer zur Berathung vorgelegt werden. Die Berathung mit den Provinzialständen ist mithin auch für solche Gesetze nöthig, bei denen den jetzt beabsichtigten Ständen eine beschließende Stimme zugedacht ist; es kann aber nicht die Absicht der Regierung sein, derartige Entwürfe zuerst den sämmtlichen Provinzialständen zur Berathung und demnächst den neuen Ständen zur Beschließung vorzulegen; und wenn dies auch der Fall wäre, wenn die Regierung auch ein so schwerfälliges und unzweckmäßiges Verfahren einschlagen wollte, so würden dennoch die bisherigen Provinzialstände nicht in ihrer jetzigen Stellung bleiben, sondern einer andern Versammlung untergeordnet werden, und so ihre wesentliche Bedeutung verlieren. Ebensowenig kann es der Regierung mit der Versicherung Ernst sein, daß durch die Verfassung in der bestehenden Verbindung der Herzogthümer und in den Verhältnissen Holsteins zum Deutschen Bunde Nichts geändert werden solle, da, sobald die Staatseinheit der Herzogthümer mit Dänemark bekräftigt worden, eine wesentliche Veränderung ihrer staatsrechtlichen Stellung sowohl zu einander als Holsteins zum Deutschen Bunde mit Nothwendigkeit gegeben ist.

Digitized by Google

Wir übergehen die ferner in diesem Abschnitt enthaltene Zusicherung wegen des beabsichtigten Schutzes für die dänische Sprache in Schleswig, die nur als Capitulo reservationis für die Dänen eine Stelle in dem Reskript erhalten haben kann, und wenden uns sofort zu der Art und Weise, wie die Verfassungsurkunde vorbereitet werden soll. Das Reskript kündigt zu diesem Ende die Berufung einer berathenden Versammlung aus Dänemark und den Herzogthümern, und zwar nach Kopenhagen an, über deren Zusammensetzung wir uns in einem folgenden Artikel näher aussprechen werden, verfügt aber zugleich, „daß die Ergebnisse der Verhandlungen dem Könige von den mit der Leitung derselben Beauftragten zur Allerhöchsten Beschlußnahme vorgetragen werden sollen." Der König hat es demnach ausgesprochen, daß er über die Verfassungsurkunde beschließen will, ohne daß selbige den Provinzialständen zur Begutachtung vorgelegt worden, und hierin liegt eine so offenkundige Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Herzogthümer, daß gerade dieser Punkt den entschiedensten Widerstand hervorrufen muß.

Auf diese Berathung mit den Provinzialständen haben die Herzogthümer ein Recht, nicht nur nach dem bereits angeführten Gesetze vom 28. Mai 1831, sondern auch nach der wiederholten in dem Gesetze vom 15. Mai 1834 gegebenen Zusage, welche wörtlich dahin lautet: „Sollten Wir zur vollkommenen Erreichung Unserer landesväterlichen Absicht für die Zukunft eine Veränderung in den wegen Anordnung und Regulirung der ständischen Verhältnisse erlassenen Vorschriften nöthig finden, so werden Wir dies als einen nach Maßgabe Unseres allgemeinen Gesetzes wegen Anordnung von Provinzialständen vom 28. Mai 1831 zu behandelnden Gegenstand betrachten und die solche Veränderungen betreffenden Gesetzentwürfe der ständischen Versammlung zur Berathung vorlegen lassen, ehe Wir darüber Unseren allerhöchsten Beschluß fassen." Dieses Versprechen der Regierung ist so bündig und ihrer Verpflichtung so klar, daß für der Anerkennung derselben nicht entgehen kann und die mit Rücksicht auf die bezügliche Stelle des Reskripts Statt findenden Bedenklichkeiten gegen die Wahlen zu der konstituirenden Versammlung nur durch die offene Erklärung zu beseitigen vermag, daß der Verfassungsentwurf den Provinzialständen vorgelegt werden solle. Es mag wohl sein, daß man in Kopenhagen die kompakte Opposition der Ständeversammlungen zu vermeiden wünscht und mit den nach Kopenhagen berufenen Notabeln eher fertig zu werden denkt; wenn es aber wirklich die Absicht des Königs ist, eine Verständigung herbeizuführen, so darf er auch diesen Schritt nicht unterlassen.

Wenn demnach die Staatsregierung an dem zur Vollziehung der Wahlen angesetzten Termin eine Deklaration des Reskripts dahin erlaßt, daß über die Gemeinschaftlichkeit der Stände ein Beschluß noch nicht gefaßt sei, vielmehr die Diskussion darüber der Versammlung frei stehe, und daß der Entwurf der beabsichtigten Verfassungsurkunde jedenfalls den Provinzialständen zur Berathung werde vorgelegt werden, so ist die Vollziehung der Wahlen zu erwarten und noch eine Verständigung möglich. Weigert sich die Regierung aber, den Herzogthümern auf diese Weise entgegenzukommen, so ist an ein friedliches Einvernehmen nicht mehr zu denken und der Bruch zwischen Dänemark und den Herzogthümern nicht mehr zu heilen.

---

**Oesterreich.** Wien, 14. Febr. Feldmarschall Graf Radetzki hat bei seinem hohen Alter und seiner zunehmenden Körperschwäche um einen Nachfolger gebeten, und G. F. M. L. Hrabowski wurde hierzu ernannt. (A. Pr. Z.)

**Preußen.** ** Berlin, 15. Febr. Meines Bedünkens hat eines politischen Phänomens von ungewöhnlicher Bedeutung die deutsche Presse noch mit keinem Wort Erwähnung gethan. Ich meine das Verhalten unseres Volks zu der gegenwärtigen Versammlung des Ausschusses. Die Regierung, wie sie sich aus dem Reglement und der Rede des Landtagskommissärs vom 18. Januar ergibt, räumt dem Ausschuß das Petitionsrecht ein, ausgenommen in Verfassungsangelegenheiten, gemäß der Verordnung vom 3. Febr. über den Ver. Ausschuß §. 5. Eine Fraktion der Versammlung, deren Wortführer am 18. Jan. der mkk. Marschall v. Rochow war, ist vollkommen hiermit einverstanden. Nun ist unläugbar, daß das Land von Petitionen gährt; es sind größtentheils hochwichtige Anliegen, welche den denkenden Theil des Volkes lebhaft bewegen, zum Theil solche, deren Erörterung als dringendes Bedürfniß erkannt ist. Unsere Opposition kann beim Zusammentritt des Ausschusses sich unmöglich vorhehlt haben, daß sie mit ihrer ausgesprochenen Ansicht, von einem Petitionsrecht des Ausschusses Nichts wissen zu wollen, auf vulkanischen Boden zu stehen kam. Wieklich lag viel Mal die Entscheidung in der Hand des Volks. Alles hing davon ab, ob an die Mitglieder des Ausschusses Petitionen eingingen oder nicht. Einer von den zahllosen stürmischen Wünschen, welche die preußischen Herzen erfüllen, brauchte nur wenige Köpfe zu entzünden, die Petition verfaßt und rechtzeitig an einen der sog. konservativen Mitglieder eingesandt zu werden, und die Sache der Opposition stand auf dem Spiel. Ich befinne mich nur auf Eine leise Stimme, die sich irgendwo vernehmen ließ, wenigstens der Presse wäre doch der Ausschuß gedenken. Sie fand nicht den geringsten Anklang. Keine, buchstäblich: keine Petition ist an den Ausschuß ergangen. Das scheint mir in hohem Grade bemerkenswerth. Anlaß war mehr als genug vorhanden. Möge der König morgen den Ver. Landtag zusammenberufen, so werden wir übermorgen einen Sturm von Petitionen sich erheben sehen. Also wollte man grundsätzlich nicht den Ausschuß in die Lage versetzen. Also war man in den weitesten Kreisen der Staatsgenossen allgemein einverstanden mit der Opposition. Hierin sind Züge politischer Reife, Merkmale politischer Mannesbildung erschienen. Man rühmt neuerdings häufig die Selbstbeherrschung und Mäßigung der jetzigen Kämmer. Hier ist ein Gegenstück ungleich ernsterer Art. Ein ganzes Volk enthält sich seines unverläugnetsten heiligen Rechtes, geleitet durch das sichere wenn auch unausgesprochene Bewußtsein, jene Versammlung sei keineswegs die reichsständische, bilde keineswegs die Landesvertretung. Ein ganzes Volk schlägt einhellig den einzigen Weg ein, Mißstände zu heilen. Denn das ist unverkennbar: die Regierung hat unvergeßliche Erfahrungen gesammelt und der Geschichte dieser Ausschußversammlung. Unter Mitwirkung der Stände und des Volks ist das so gewagte Experiment glücklich überstanden. Trotz des allgemeinen Widerwillens ist eine Versammlung zusammengetreten, von der die Regierung selbst erleben wollte, wie sie sich herausstellen werde. Das Volk hat dieser Versammlung gegenüber gezeigt, was es von dieser Institution halte. Die Verhandlungen verfolgt es wohl mit Theilnahme, aber zu der Aufnahme der zweiten „centralständischen" Versammlung in den lebendigen Organismus der Staatsverfassung ist es nicht willig befunden worden. Eine andere Erfahrung mag wohl kaum gemeint sein, welche verlautet ist, um die Verfassung weiter auszubilden. Sie liegt vor und ist jedem Unparteiischen verständlich. Ganz Preußen hat ohne Ausnahme durch jenes so beredte Schweigen eigentlich erst die Petition beider Kammern des Landtags wegen der Ausschüsse zu der seinigen gemacht, und über die Wünsche des Volks ist nicht mehr erlaubt zu zweifeln. Aber auch unsere Stände fanden hier Gelegenheit, das Volk, statt dessen sie politische Rechte ausüben, achten zu lernen. Während des Landtages hörten wir mitunter Abgeordnete zweifelhaft oder mehrdeutig über die Theilnahme des Volks an öffentlichen Dingen reden. Unsere Nation hat sich seither gerechtfertigt. Die Art und Weise, wie die Provinz Preußen den für sie so schmerzlichen Erfolg der Verhandlung über die Ostbahn aufnahm (bekanntlich sandte die konservatiose Stadt der Landschaft eine Dankadresse den Abgeordnetem, welche die Anleihe verweigert), sagte gut für die politische Bildung der Bevölkerung jedoch nur Einer Provinz. Jetzt Angesichts des Ausschusses hat die Resignation des ganzen Landes bewiesen, daß unsere Stände Veranlassung haben, stolz zu sein auf ihr Volk. In dem schwierigsten Stadium der konstitutionellen Entwicklung erfreuten sie sich seiner Unterstützung; mögen sie dessen eingedenk bleiben, damit das erhobene Bewußtsein und die Zuversicht, Abgeordnete eines Kaufmännigen Volkes zu sein, ihren Worten und Thaten, Beschlüssen und Entschließen das höhere Gepräge mittheilt, welches ermuthigend auf die Nation und begeisternd auf die Regierung des Landes zurückwirkt.

**Baiern.** München, 16. Febr. Die neuesten Verfügungen des kgl. Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten in Betreff der Censur der ausmärtigen Zeitungen und periodischer Schriften politischen Inhalts erweitern den Kreis derjenigen Zeitungen und Schriften, welche von nun an der Censur nicht mehr unterworfen sind, beträchtlich, so daß in der Folge und bis auf Weiteres von den Zeitungen, welche in englischer Sprache erscheinen nur eine, von jenen in französischer Sprache sieben, und von den deutschen Zeitungen 16 der Censur unterstellt bleiben. (A. Z.)

A München, 18. Februar. Ich bin in den Stand gesetzt Ihnen das Aktenstück mitzutheilen, in welchem eine Anzahl biesiger Bürger einen Antrag auf Durchführung mehrerer wichtiger Reformen im Gemeindeleben stellen. Die Adresse lautet wie folgt: „Mit dem Gefühle des wärmsten Dankes hat es die Herzen der unterzeichneten Bürger Münchens erfüllt, daß während der Tage der allgemeinen Erschütterung unsere gesetzlichen Organe in Uebereinstimmung mit allen Gemeindegliedern handelten, als es galt, durch einmüthigst loyales

Digitized by Google

Zusammenwirken die Ehre und die gesährdeten Interessen der Stadt aufrecht zu erhalten. Mit dem Ausdrucke dieses Dankes vereinigen wir zugleich die Bitte, unser Magistrat wolle Se. Maj. unserem allergnädigsten Könige es kund thun, wie sehr wir die allerhöchste Huld zu schätzen wissen, wodurch unsere Stadt, die Se. Majestät schon so unendlich Viel verdankt, neuerlich beglückt worden ist. Das Andenken an jenen erhebenden Augenblick wird in den Herzen aller treuen Münchner fortleben, so lange das großartigste Denkmal Ludwigs I., die Haupt- und Residenzstadt, welche seine Kunstschöpfungen so hoch erhoben und mit so viel unvergänglichem Glanze umgeben haben, bestehen wird. Ja, wenn es Etwas gibt, womit unsere Liebe und Treue gegen einen solchen königlichen Herrn verglichen werden kann, so ist es nur unser Dank und unsere Bewunderung. Wenn wir nun diese Gelegenheit ergreifen, vor unseren gesetzlichen Behörden einige Wünsche vertrauensvoll auszusprechen, die schon lange in Aller Herzen ruhen, so glauben wir nur im Sinne unseres geliebtesten Monarchen und Allerhöchstessen Regierung zu handeln, welche mit weiser Hand der zeitgemäßen Entwicklung neue Bahnen eröffnet. Durch manche erwunternde Erfahrungen in Bayern sowohl als im übrigen deutschen Gesammtvaterlande sind diese vollkommen gesetzgemäßen Begehren allmählich so gekräftigt worden, daß wir es nachgerade für eine heilige Pflicht gegen das allgemeine Beste ansehen, dieselben ebenfalls auszusprechen. Ein allgemeiner Wunsch ist es, daß die städtischen Behörden auf dem gesetzlichen Wege eine Abänderung der Gemeindewahlordnung erzielen möchten. Nach dem §. 41 derselben hat nämlich „jeder Wähler die Wahlmänner nur aus den Urwahlisten seines Bezirkes zu benennen." Es ist wohl der Beweis nicht erst zu führen, daß in dem einen Bezirke mehr, in dem anderen weniger wählbare Gemeindeglieder gefunden werden, welche Einsicht und Vertrauen in dem Grade besitzen, um das so wichtige Geschäft der weiteren Wahlhandlung in ihre Hände zu legen. Wie beengend also ist eine Bestimmung, vermöge welcher ein Wähler oft gerade jenen Mitbürgern, welche sein Vertrauen im vorzüglichsten Grade besitzen, seine Stimme nicht geben darf, bloß weil sie einem anderen Bezirke der Stadt angehören! Wozu die Gemeindeglieder, die in ihrer Gesammtheit gleichsam nur Eine Familie ausmachen, durch Schranken trennen, die häufig, ohne dem Ganzen je zu nützen, der besseren Willensmeinung Einzelner und dem Wohle Aller drückende Gewichte sind? Ueberdies haben auch die Mitglieder der städtischen Behörden nicht ihre verschiedenen Wohnbezirke, sondern die ganze Gemeinde zu vertreten. Ein zweiter Wunsch, dessen Erfüllung durchaus keine gesetzliche Bestimmung im Wege steht, ist dieser, daß die Versammlungen der Gemeindevollmächtigten künftig öffentlich Statt finden möchten. Selbst mehrbeschränkte Oeffentlichkeit aus nur unbekannten Gründen vielleicht nicht für zweckwidrig erachtet werden, so würden wir selbst die Beschränkung, daß nur die Bürger der Stadt zu diesen Sitzungen jeder Zeit freien Zutritt haben sollen, mit freudigem Danke begrüßen. Die Gemeindebevollmächtigten üben als Vertreter der Gemeindekorporation auf das Wohl jedes einzelnen Bürgers sowohl als auf das der ganzen Stadt den größten Einfluß aus. Durch öffentliche Verhandlungen muß der Eifer, die Sicherheit, die moralische Kraft dieser Behörde nothwendig ebensosehr erhöht werden, als das Vertrauen und die Zufriedenheit der Bürger, wenn sie von der sorgfältigen Vertretung aller ihrer Interessen sich selbst überzeugen können. Den Gemeindebevollmächtigten kann es daher nicht weniger als uns wünschenswerth erscheinen, recht bald eine Oeffentlichkeit eingeführt zu sehen, die ihrem redlichen Wirken für das Gemeindewohl Dank und Ehre in reicherem Maße zuwendet und allen Bürgern einen Gemeinsinn einpflanzt, in dessen Entfaltung von jeher alle aufgeklärten Regierungen die höchste und unerschütterlichste Kraft gefunden haben. Zum Schlusse erlauben wir uns, noch eines besonderen Anliegens Erwähnung zu thun; es ist dies die Bitte an unseren hohen Magistrat, die Mißstände in ernstliche Erwägung zu ziehen, welche sich rücksichtlich der unbedingten Verwendung der Gendarmerie, deren ersprießliche Dienste nach vielen Seiten hin wir keineswegs verkennen, ergeben haben. Wir halten es für überflüssig, hier an Vorgänge zu erinnern, wo es der vereinten Bemühungen der Bürgerschaft bedurfte, die durch politzeiliche Maßnahmen aufgereizten, statt beschwichtigten Gemüther zu beruhigen. Indem wir in unser gesetzliches Organe das vollste Vertrauen setzen, daß dieselben zur baldigen Erfüllung unserer hier ausgesprochenen Wünsche mitwirken, so wie das Wohl jedes Einzelnen unter uns stets nach Kräften fördern werden, zeichnen wir uns in treuester Ergebenheit." (Folgen die Unterschriften.)

= München, 17. Febr. Seit wenigen Tagen sind zwei Broschüren dahier, hervorgerufen durch die neuesten Vorgänge, erschienen. Die erstere, betitelt „Bericht aus München über die Ereignisse des 9., 10. und 11. Febr. 1848.*, schreint aus der Feder eines literarisch gewandten, doch nicht auf höherem politischen Standpunkte stehenden Mannes geflossen zu sein; die andere Broschüre, überschrieben „Lola Montez und ihre politische Stellung in München; nach einem öffentlichen Berichte mit einem Vorworte des deutschen Herausgebers", ist mehr nur eine Uebersetzung, doch erscheint auch dem kurzen Vorworte ein, daß ein Mann von reiferem Blicke der Verfasser und Herausgeber derselben sei. Er sagt unter Anderem darin: „Der Verfasser dieser deutschen Skizze, obwohl er nie und auf keinerlei Weise mit Lola Montez in persönlicher Berührung stand, besitzt doch soviel Materialien zur Auffassung und Beurtheilung dieses Weibes, das wie ein glühendes Meteor an unsern Blicken vorüberzog, daß es ihm wohl möglich wäre, sich einst zu einer ruhigen, aber nicht minder strengen und ernsten Charakterzeichnung der außerordentlichen Erscheinung zu entschließen. Wenn der laute Lärm des Tages verklungen und der denkenden Verarbeitung des gebotenen Stoffes Platz zu greifen vergönnt ist, mag erst jene folgtarische Natur hervortreten, deren Hauch jede Blüte brach und in deren Dunkelkreis jegliche Kreatur dem Verderben geweiht war." — Die Gräfin Landsfeld soll nun in der Schweiz sein. Auf ihrer Reise wurde sie in einigen oberschwäbischen Städten stark insultirt, als sie die Gräfin spielen wollte. — Dahier ist Alles ruhig. Man ist zufrieden, daß man ihrer ledig und los ist. Die Studenten brabschätigen einen großartigen Ball, wozu alle Bürger geladen werden. — Die verhaßte Gendarmerie versieht seit einigen Tagen wieder ihre Patrouillen. In öffentlichen Anschlägen wird das Publikum ersucht, derselben ihren ehnedies schweren Dienst nicht noch mehr zu beschweren. Auf ähnliche Weise wird es auch davon in Kenntniß gesetzt, daß keiner von den gefloehenen Studenten gefordert, sondern alle auf dem Wege der Besserung seien. Wie aber will die Gendarmerie diese Scharte auswetzen? Mißtrauen wird immer bleiben. — Ein dahier erscheinendes Volksblättchen bringt moderne „Schnaderhüpferl" auf die Landsfeld.

**Baden.** * **Karlsruhe**, 18. Febr. (Kammerverhandlungen. Schluß.) Der Bericht des Abg. Baffermann über die Rechnungsnachweisungen der ersten dreizehn Titel des Ministeriums des Innern für 1843 und 1845 hebt unter den Einnahmen der Amtskassenverwaltung eine Mehreinnahme von 32,239 fl. an. Ersatz für Untersuchungs-, Verpflegungs- und Strafkosten mit der Bemerkung hervor: sie sei wohl die unerfreulichste, der man in den Staatsrechnungen begegnen könne, zudem nur scheinbar, da ihr eine Mehrausgabe von 36,280 fl. für Kosten wegen Untersuchung und Bestrafung entgegenstehe. Bei dem Aufwand für das Ministerium und die Mittelstellen der Verwaltung, welcher die Voranschläge theils eingehalten, theils nicht erreicht hat, findet der Bericht Nichts zu erinnern. Auch bei dem Aufwand für Bezirksämter und Polizei wird die durch Minderausgaben bethätigte Sparsamkeit anerkannt. Bei den Besoldungen der Amtsaktuare wird gerügt, daß eine für 1845 bewilligte Aufbesserung von 8,000 fl. schon für 1844 verwendet wurde, doch wird die Ausgabe nicht beanstandet. Gegen eine Ueberschreitung von 3,044 fl. bei den Gehalten der Lokalpolizei wird kein Anstand erhoben, weil die ohne Bewilligung in Heidelberg angestellt gewesenen 6 Polizeidiener in den folgenden Jahren nicht mehr erscheinen. — Unter den verschiedenen Ausgaben wird ein Posten von 240 fl. herausgehoben, welche dem Verlag des Kalenders Alemannia gegeben wurden, damit er durch Umfang seiner lehrreichen Aufsätze um einen Bogen vermehre. Der Berichterstatter enthielt einen nicht unparteiischen Artikel über die Abgeordnetenwahlen und gehässige Bemerkungen gegen den Advokatenstand. Für die Unterstützung solcher Wiesfamelit sind die Staatsmittel nicht bestimmt, und die Kommission stellt den Antrag, die Ausgabe nicht anzuerkennen und die Regierung zu veranlassen, für den Ersatz Sorge zu tragen.

Der auf dem vorigen Landtag gefaßte Beschluß, die Kosten für Lokalpolizei und Festungsbauleiterspital in Rastatt von der Festungsbaukasse zu reklamiren, wird als Antrag niedergelegt.

Bei dem Aufwand für die Gendarmerie wird einer Ueberschreitung des Voranschlags für Einstandsgelder die Bemerkung beigefügt, daß die Mehrausgabe vermieden werden könnte, wenn die Soldaten nicht zu lange vor Ablauf ihrer Dienstzeit zur Gendarmerie genommen würden. Der Aufwand für das Unterrichtswesen gibt zu keiner erheblichen Bemerkung Anlaß, ebenso die Titel für den Kultus, für milde Fonds und Armenanstalten. Dagegen wird bei dem Aufwand für Wissenschaften, Künste und Gewerbe bemerkt, daß aus diesen Mitteln nicht, wie geschieht, Jemand Bezüge erhalten sollte, der schon aus der Staatskasse besoldet ist und sonst reichliche Einkünfte genießt.

Brentano benutzte die Gelegenheit dieser Debatte, um an

Digitized by Google

den Präsidenten des Ministeriums des Innern die Frage zu richten, ob er offizielle Kenntniß davon habe, daß einige der intellektuellen Urheber des an der Eidgenossenschaft begangenen Hochverraths, geflüchtete Jesuiten, zu Freiburg im Breisgau eine Zufluchtsstätte gefunden, gottesdienstliche Verrichtungen vorgenommen und die Absicht hätten, in der Nähe ein Haus zu kaufen und ein Kollegium einzurichten. M.-P. Brkk antwortete: er habe auf die Nachricht in den Zeitungen Bericht eingezogen und erfahren, daß ein oder zwei Jesuiten in Freiburg gewesen, aber nach kurzem Aufenthalt wieder abgereist seien. Die Geschichte mit dem Hauskauf sei ein Märchen. Bezüglich auf die Flüchtlinge aus der Schweiz seien die Aemter angewiesen, Erkundigungen über persönliche Verhältnisse, Subsistenzmittel und Benehmen für die Ruhe zu erheben und zu berichten; auch seien die Aemter ermächtigt, Flüchtlinge, deren Aufenthalt bedenklich erscheine, fortzuweisen. Es sei ihm nicht bekannt, daß jetzt noch Flüchtlinge im Lande seien, geschweige solche, von denen Störungen der Friedens der Schweiz zu besorgen wären. Brentano. Diese Erklärung wird das Land beruhigen, damit ist der Zweck der Frage erreicht. Kapp und Hecker bemerken, daß man auf verschrte Umtriebe aufmerksam sein sollte, und daß manche Beamte den Weisungen nicht folgen würden. Man sei jetzt im Besitz von Aktenstücken, welche die dem Jesuitenorden affiliirten Laien benennen, und darunter seien auch badische Staatsangehörige. Den Jesuiten, den Mördern jeder Freiheit, diesen schwarzen Vögeln, müsse man scharf nachgehen. Buß erläutert, daß ein Jesuit durch Freiburg gereist sei und dort Messe gelesen habe. Wären es soweit gekommen, daß ein Priester an seinen pflichtmäßigen Verrichtungen gehindert werden könne, dann wäre es mit der Freiheit am Ende. Gegen Hoffmann von Fallersleben würde man nicht so streng sein. Eprotestirt im Namen der Freiheit gegen solche Verfolgungen.

Die Unterstützung des Lahrer Kalenders mit 240 fl. (s. oben) gibt zu einer längeren Debatte Anlaß, in deren Verlauf die Abgg. Baum und Richter erläutern, daß dem Kalender ein Redakteur bestellt worden, der, von der öffentlichen Meinung vertrieben, mit einer großen Pension in einem Winkel des Landes lebe. M.-P. Brkk erklärt, daß die Ausgabe von seinem damaligen Vorgänger (Hrr. v. Rüdt) in gutem Glauben als eine gemeinnützige gemacht worden sei. Für die Zukunft werden solche Unterstützungen nicht mehr gegeben werden, auf dem Ersatz der Summe sollte die Kammer nicht bestehen. Eine Aeußerung des Hrn. Redners, daß Politik nicht in die Kalender gehöre, wurde von mehreren Seiten bestritten. Der Berichterstatter Bassermann entgegnete insbesondere, daß in einem konstitutionellen Staate die Bürger, welche politischer Rechte ausüben, auch politisch gebildet werden sollen. Zudem sei auch die Politik nicht mehr zu verdrängen, wofür er den Gevattersmann von Berthold Auerbach als lobenswerthes Beispiel anführt. Die Kammer beharrte auf der Ersatzforderung und beschloß auf den Antrag des Abg. Richter: die Budgetkommission zu beauftragen, ein Verzeichniß der früher reformirten Posten zu fertigen und Anträge zu stellen, um den Ersatz zu bewirken.

**Frankfurt a. M.**, 13. Febr. Das Gerücht von einem bevorstehenden Zeitungsverbot von Bundesmegen gewinnt durch folgende Mittheilung der Allg. Pr. Z. neuen Bestand: Was man in letzterer Zeit von dem möglichen Falle eintretenden Bundesverbot eines ultraradikalen badischen Blattes sagte, war nicht ungegründet. Es ist indessen diese auf besondere Beschwerde mehrerer Regierungen in Anregung gekommene Angelegenheit noch nicht erledigt, und es ist möglich, daß es in einer der nächsten Sitzungen geschieht.

Dresdner Zeitung schreibt man ferner: Wegen der in Hatterscheim vor einigen Wochen stattgehabten Versammlung der Turngemeinden und der dabei gehaltenen Reden und gefaßten Beschlüsse ist an verschiedenen Orten eine politzeiliche Untersuchung eingeleitet worden, welche auch hier zu einigen Vernehmungen Veranlassung gab.

**Kiel**, 17. Febr. Der Hamb. Korr. berichtet: Von einigen hiesigen Bürgern und Einwohnern war auf heute Vormittag 11 Uhr zu einer Versammlung zur Besprechung unserer Landesangelegenheit und Absendung einer Adresse an die hier versammelten Ständevertretern eingeladen worden. Nachdem es von der Polizei verhindert worden war, diese Versammlung in einem dazu bestimmten öffentlichen Lokale abzuhalten, fand dieselbe in einem von einem Privatmanne dazu eingeräumten Saale Statt. Professor Raoit und Advokat Samwer leiteten dieselbe und legten den Entwurf einer Adresse vor, welche die Wichtigkeit des Augenblicks in kräftigen, aber gemäßigten Worten hervorhob. So wenig die volksfreundliche Gesinnung des Königs zu bestreiten sei, so sei der König doch bei Erlassung des bekannten Reskripts offenbar nicht von der wahren Volksstimmung in den Herzogthümern unterrichtet gewesen. Die drei Kardinalsätze unseres Staatsrechts, Selbstständigkeit der Herzogthümer, Unzertrennbarkeit derselben und das Erbrecht des Mannesstammes würden vom Volke noch immer als Grundverbindungen unseres staatlichen Daseins anerkannt. Man vertraue dem Beschlusse der Abgeordneten, daß auch sie nicht von diesen Sätzen weichen würden, und überlasse die nächsten Schritte ihrem weisen politischen Ermessen. Am Schlusse heißt es: „Was Sie, hochgeehrte Herren, auch beschließen mögen, das schleswig-holsteinische Volk ist mit Ihnen, so lange Sie die Selbstständigkeit des Landes bewahren; der Schutz des deutschen Bundes, die Kraft des deutschen Volkes wird Ihnen zur Seite stehen!“ Nach einer kurzen Debatte wurde die Adresse von der zahlreichen Versammlung angenommen und beschlossen, dieselbe sofort durch ein Komité den versammelten Abgeordneten zu überreichen, zu welchem Komité die HH. Professor Stein, Kaufmann Brandt aus Rendsburg, Stamer und Denckmann aus Kiel und Riepen aus Neumünster designirt wurden. Die Abgeordneten sind soeben (12½ Uhr) zusammengetreten. Um 5 Uhr vereinigen dieselben sich zu einem gemeinschaftlichen Mahle, an welchem auch viele Nichtabgeordnete Theil nehmen.

**Kiel**, 16. Febr. Nachfolgende Erklärung bei der Wahl der erschienen Männer wird von einem Abgeordneten bei der Versammlung der Ständemitglieder am 17. Febr. 1848 in Kiel in Vorschlag gebracht werden: „Nicht als Abgeordneter, sondern als von Sr. Maj. zur Ermittlung von Ratgebern berufenen Bohtmann, wähle ich, von der Ueberzeugung geleitet, daß die Gewählten, der Rechte der Herzogthümer eingedenk, welchen ich durch meine Wahl Rechts bezeugen kann oder will, Sr. Maj. die Einführung jener auf der Jeer eines dänischen Gesammtstaats beruhenden Verfassung, als dem Wohle und den Interessen der Herzogthümer widersprechend, widerrathen, sondern dagegen eine konstitutionelle Verfassung für diese Herzogthümer unterthänigst beantragen werden.“

* Von der Oxse, 15. Febr. Der unter den obwaltenden Umständen allerdings begründete Zweifel, ob der König die ritterschaftliche Deputation sehen werde, ist durch die heute hier eingetroffene Nachricht gehoben, daß er für am Ende dieses Monats empfangen wolle. Außer der Ceremonie des Kondolirens und Gratulirens beim Thronwechsel hat diese Deputation den jetzt bedeutungsvollen Zweck, den Könige die ritterschaftlichen Privilegien zur Bestätigung vorzulegen. Da diese die Landesrechte von 1460 enthalten, so scheint eine Bestätigung derselben mit der beabsichtigten Gesammtstaatsverfassung nur nach den Regeln derjenigen Logik vereinbar, welche das Versprechen „des Schutzes der deutschen Sprache in den betreffenden Distrikten des Herzogthums Schleswig“ und die Umwandlung der seit Jahrhunderten deutschen Schule der Stadt Hadersleben in eine dänische, beide vom 28. Januar datirt. Christian der Achte hat bei nah seiner Krönung unumwunden bestätigt, Friedrich der Siebte dagegen hat die Bestätigung mehrere Jahre aufstehen lassen.

### Schweiz.

# **Luzern**, 15. Febr. Die revidirte Verfassung wurde vorgestern dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt. Sie wurde mit großer Mehrheit angenommen. Unter 25 Kreisen wurde sie bloß von 3 verworfen, von Weggis, Hasbourg und Luthern. An den Versammlungen haben sich 17,753 Stimmfähige eingefunden. Davon haben 12,431 angenommen und 5322 verworfen. 73 Stimmen zählten zu den Verlornen. Die Abstimmung war vollständig frei und geheim. Jedem Stimmenden wurde ein mit dem Kantonswappen getempelter unbeschriebener Stimmzettel zugestellt. Wer annehmen wollte, hatte denselben einfach in eine von den Urnen aufgestellte Staatsurne zu werfen; wer verwerfen wollte, der mußte Nein oder Verwerfung auf den Zettel schreiben. Beim Einwerfen, da die Zettel zusammengefaltet wurden, konnte man nicht wissen, ob sie beschrieben seien oder nicht. — Wenn man weiß, welche Umtriebe von Seiten einer unverbesserlichen Kotterie von Gesslichen gegen die Annahme gemacht wurden, indem das Volk neuerdings mit dem alten Geschrei von Religionsgefahr geängstigt werden sollte, so muß man sich über das Resultat höchlich verwundern. An der Annahme des Entwurfs, der übrigens Vieles zu wünschen übrig läßt, indeß trotz aller Mängel dennoch zu den liberalsten Verfassungen gehört — haben wir nie gezweifelt; doch haben wir auch nie dieses glänzende Resultat erwartet. Wären nur die Finanzen besser bestellt, so ließe sich von diesem niedergetretenen Kanton noch Gutes hoffen. So aber wird es Jahre lang dauern, ehe die Reminiskation wieder einen geregelten Gang nimmt, bevor das Erziehungswesen, welches durch die Jesuitenwirtschaft jämmerlich zerrüttet worden, nur einiger Maßen wieder geordnet sein wird. Doch läßt sich manches Gute erwarten, zumal der Gr. Rath, dessen Amtsdauer auf 3 Jahre gesetzt ist, nicht sobald einer totalen Veränderung unterworfen wird und eine Menge tüchtiger

Elemente zählt, wie er sie in diesem Maße selbst in den dreißiger Jahren niemals aufweisen konnte. — Gestern wurde die Annahme der Verfassung durch 100 Kanonenschüsse von der Höhe des Gütlichs aus dem Lande verkündet, und friedlich auf dem See eine majestätischer Todtenfeier für den Sonderbund abgehalten. Beim lieblichen Schreine des Mondes stand auf einem fackelbeleuchteten Schiff eine große, schwarz behängte Todtenbahre mit der Aufschrift: „der Sonderbund", geboren 1841, gestorben 1847, ruhe ewig!" Ein Tambur schlug feierlich-traurend den melancholischen Todtenmarsch, während auf einem andern Schiffe ebenfalls bei Fackelschein Blechmusik spielte, auf einem dritten Schiffe lustige Feuerwerke abgebrannt wurden und der Todtenzug von einer Unzahl beleuchteter Schiffchen begleitet auf dem stillen Wasser dahinschwamm.

### Großbritannien.

London, 17. Febr. (Parlamentsverh. lib. d. Bill betr. die polit. Gleichstellung der Juden. Forts.) Gegen die Bill sprach B. Cochrane, der übrigens versicherte, daß er Nichts gegen den Baron Rothschild habe, dessen menschenfreundlicher Sinn allbekannt sei; aber es handle sich hier um einen Grundsatz, an dem man festhalten müsse, um den Grundsatz, daß das Christenthum einen wesentlichen Bestandtheil des britischen Rechts ausmache; die Gleichgiltigkeit, womit man im Allgemeinen die Bill im Lande aufgenommen habe, sei kein gutes Zeichen. Hr. Milnes, der für die Bill das Wort ergriff, bob hervor, daß, wenn man die Juden emancipire, England dadurch auch andern Ländern — der Redner nannte Deutschland und Preußen — ein gutes nachahmenswürdiges Beispiel geben werde. Lord Mahon sprach sein Bedauern aus, daß durch Annahme der Bill die bereits vorhandene Gleichgiltigkeit gegen alles religiöse Leben nur noch mehr Nahrung erhalten werde; lasse man die Juden zu, so gehe es keinen Christen, aber auch keinen Ungläuben oder falschen Glauben mehr, den man feigerecht nicht auch ins Parlament zulassen müsse. Sir W. Molesworth bemerkte: das Parlament müsse in die Maßregel willigen und Baron Rothschild, der einmal gewählt sei, in Stand setzen, seine Pflicht als Parlamentsmitglied zu erfüllen, oder es müsse ein Gesetz schaffen, wodurch die Wahl eines Juden, der sich nicht zum Christenthum bekenne, als null und nichtig erklärt werde. Rothschild sei gesetzlich gewählt; wenn dem so sei, so sei er auch verpflichtet, seine Dienste als Parlamentsmitglied zu thun, thue er sie nicht, so verfalle er in die durch das Gesetz bestimmte Strafe, und selbst wenn das Parlament eine gesetzmäßig geschehene Wahl als null und nichtig erklären wolle, wer könne verhindern, daß Rothschild wieder und immer wieder gewählt würde? Im Fortgange seines Vortrags erhob sich der Redner zu immer größerer oratorischen Wärme, als er auf die Verfolgungen zu sprechen kam, welche sich die Heiden gegen die Christen, die Christen gegen die Juden, die geistlichen Sekten gegen einander gestattet hätten, als er mit beredtsamem Eifer gegen den Fanatismus sich wandte, der in englischen Gemeinen an der Regierung eines Weltreichs theilnähmen, welches von Millionen Menschen verschiedenster Abstammung, Sprache und Religion bewohnt werde, daß jeder Schritt, den England in der Richtung der Civilisation und Humanität vorwärts thue, auch gewißlich in andern Ländern nachgethan werde, daß England noch in den beiden letzten Decennien der Menschheit die wichtigsten und großmüthigsten Dienste geleistet, einmal durch Befreiung der Negersklaven, wodurch man anerkannt, daß jeder Mensch frei geboren und zur Freiheit berechtigt sei, sodann durch Niederreißen der Handelsschranken, daß man diesem Gebäude jetzt den Schlußstein aufsetzen und dem Beispiel der bürgerlichen und Handelsfreiheit noch das der religiösen Gleichheit gesellen möge; die Whig-Club der City sei von allen Freunden dieses Grundsatzes in allen Weltgegenden mit Jubel aufgenommen worden, die Bekenner der mosaischen Religion hätten sich in ihren eigenen Augen und in denen der Welt erhoben gefühlt, nicht Titel und Ehren, von Monarchen für diesen oder jenen Dienst verliehen, gälten den Stamm- und Glaubensgenossen Rothschilds so hoch als die Auszeichnung, die ihnen dadurch zu Theil geworden, daß man einen der Ihrigen in das Haus der Gemeinen gewählt habe. (Forts. f.)

Mehrere Blätter berichten, die Peelites seien in einer am 13. Febr. gehaltenen Versammlung zu dem einstimmigen Beschluß gekommen, daß ihre Mittheilung zwischen den Liberalen einer- und den Protectionisten andererseits nicht länger mehr haltbar sei, daß ihre Mißbilligung sie der Gefahr aussetze, bald zu den Whigs, bald zu den Tories gerechnet zu werden. Robert Peel, darum angegangen, auch fernerhin ihr Leiter zu sein, habe jedoch erwidert: er wolle sich in keine Verbindung setzen, die ihn nöthigen könnte, wieder an die Spitze der Verwaltung zu treten, dazu müsse aber der Führer einer Partei bereit sein, im Falle das Kabinet, dem die Tactikopposition gelte, vom Schauplatz abtrete. Als Leiter habe er ihnen den Lord Lincoln vorgeschlagen, unter dessen Banner wieder er, Peel, als erster Soldat für seine Freunde kämpfen. Fürs Erste sind also beide Parteien, die Peelten wie die Protectionisten, ohne Haupt, ein bedeutungsvolles Zeichen für die unter den Parteien eingetretene Zersetzung, die zur Folge hat, daß kein Parteiführer wagt, für den Augenblick den Whigs ihren Platz streitig zu machen. Wie stark auch die Whigregierung an sich sein mag, so liegt doch ihre Hauptstärke in der Zerfahrenheit und vergleichsweisen Schwäche der übrigen Parteien.

Dem M. Chr. zufolge liegt der Pascha von Aegypten so bedenklich krank darnieder, daß er selbst von seiner nahen Auflösung Ahnung hatte; ein Wunder, heißt es, müsse geschehen, wenn er diesen Anfall überstehen.

### Frankreich.

Paris, 17. Febr. In einem Schreiben an die Wähler von Bourganeuf begründet Hr. Emil von Girardin seinen Entschluß, aus der Kammer zu treten, welcher sehr großes Aufsehen gemacht hat, und durch den sich die Opposition augenscheinlich beschämt fühlt. Hr. Girardin erklärt, wie er dazu gekommen sei, sich in jüngster Zeit von der konservativen Partei loszusagen, der er seit seinem Eintritte in die Kammer im Jahre 1834 angehört, weil er sich endlich überzeugen müssen, daß dieselbe auch den nothwendigsten Reformen ihre Zustimmung versage. Bei der Opposition aber könne er jetzt auch nicht länger verharren, weil diese sich dadurch, daß sie nach der Abstimmung über die Adresse keine Berufung an die Wähler eingelegt, einer Inkonsequenz und Schwäche schuldig gemacht habe, welche beweise, daß auch von ihr Nichts zu erwarten sei. Gleichzeitig widerspricht Hr. Girardin dem Gerüchte, daß der eigentliche Grund seines Austritts die Absicht sei, sich unter vortheilhaften Bedingungen überhaupt aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Es sei ihm allerdings, sagt er, für sein Blatt, die Presse, eine Million geboten, aber er habe diesen Vorschlag zurückgewiesen.

In der gestrigen Sitzung der Kammer, in welcher es sich noch immer um das Budget von 1845 handelte, kam die Rede auf die angeblich heimliche Ausrüstung der Pariser Forts. Die Vorführer der Regierung erklärten, daß an den deßfalls im Umlauf gesetzten Gerüchten kein wahres Wort sei, daß die bis jetzt für die Forts gegossenen 1200 Kanonen theils in Douai, theils in Straßburg, theils in Toulouse liegen, und daß man sich mit dem Plane beschäftige, Arsenale in Bourges zu erbauen, wo dies Geschütz den früher darüber getroffenen gesetzlichen Bestimmungen gemäß untergebracht werden soll.

Paris, 18. Febr. Die Opposition hat sich anders besonnen. Die Reformversammlung soll nicht am 20. Katthinden, wahrscheinlich weil man den Sonntag für besonders geeignet hält, sondern „in den ersten Tagen der nächsten Woche", wie ein neues Tagesbefehl sagt, wenn die heutigen Blätter bekannt machen. Das heutige Journal des Débats läßt wieder einen Warnungsruf ergehen, der seinen Eindruck auf die Leute, welche aus Interesse oder Grundsatz Freunde der Ordnung sind, nicht verfehlen wird. Nehmt Euch ein Beispiel an England, sagt es. Erinnert Euch der Geschichte der Bittschrift des Lord Gordon. Erinnert Euch, daß O'Connell selbst der erste war, welcher Gehorsam gegen die Verfügung verlangte, durch welche die Regierung zuletzt die ungeheuren Volksversammlungen in Irland verbot, die sie Jahre lang geduldet hatte. „O'Connell war freilich ein Mann der friedlichen Bewegung, fährt das J. d. D. fort, wir dagegen kennen nur revolutionäre Gewohnheiten. Knechtlicher Gehorsam oder brutaler Widerstand, es gibt kein Mittelding für uns. Wenn ein General die Volksvertreter zum Fenster hinaus springen läßt, so unterwirft man sich; man gehorcht nicht blos, sondern man klatscht Beifall. Wenn aber eine Regierung, die hundert Beweise ihrer Freisinnigkeit gegeben hat, zum Schutze der öffentlichen Ordnung eine Versammlung untersagt, so sucht man das ganze Volk gegen sie aufzuwiegeln."

Der National nennt eine Reihe von Städten, fünfzig Meilen in die Runde um Paris, aus welchen sich Deputationen zu den Reformversammlung angemeldet haben. Das klingt prächtig, wer aber die französische Parteipolitik kennt, der erräth leicht, daß jene Anzeige des republikanischen Blattes Nichts ist als ein taktischer Streich, durch den man der Menge Sand in die Augen zu streuen und vielleicht auch einige Leichtgläubige anzulocken hofft.

In Bezug auf den gestern mitgetheilten angeblichen Brief des Herzogs von Montpensier, die Absiterung von Geschütz und Schießvorrath aus dem Arsenal zu Vincennes betreffend, erklärt der Moniteur: dieser Befehl sei niemals gegeben worden, und wenn er gegeben wäre, so hätte er nur vom Kriegsminister und dem Kommandanten der ersten Militärdivision ausgehen können. Diese Erklärung schließt

Digitized by Google

Sie bestreitet die Aechtheit des Briefes nicht, und scheint sie also anerkennen zu müssen. Solche Berichtigungen sind schlechter als gar keine.

† Straßburg, 20. Febr. 7 Uhr Morgens. Seit verflossenem Mittwoch ist einer unserer Abgeordneten, Renouard de Bussiere von Paris hier eingetroffen. Obgleich er mit der Majorität fürs Ministerium stimmte, war es auffallend, daß er als Vertreter unserer Stadt bei dem Landtage die Hauptstadt in einem Augenblick verlassen, wo erst die eigentlichen Debatten für das Interesse des Vaterlandes beginnen sollten. Verschiedene Muthmaßungen wurden hörbar; hier sprach man von Angst, dort von unbedingter Hingebung fürs Ministerium, kurz die öffentliche Meinung war größtentheils gegen das deßfallige Betragen dieses Abgeordneten. — Gestern Abend nun, gegen 9 Uhr, versammelte sich vor seinem Hause eine Anzahl junger Leute, wohl mehr als 2000, um ihm mit Gießkannen, Kasserolen, Pfannendeckeln, Pfeifen, Ratschen ꝛc. eine Serenade zu bringen. Die Polizei dachte Anfangs daran, einzuschreiten, und drohte mit Herbeiziehung von Truppen, zog sich aber zurück als sie sah, daß man diese Drohungen nicht achtete. Nachdem die Menge genug gelärmt, die Kuckuks: A bas Renouard, à bas Guizot, à bas les satisfaits, hatte hören lassen, setzte sie sich in Bewegung, zog unter Absingen der Marseillaise und Guerre aux tyrans u. s. w. durch die Stadt, begab sich vor das Haus des Advocaten Lichtenberger, der beim hiesigen Reform-Banket präsidirt hatte, sang ihm Freiheitslieder und versäumte sich dann vor jenen des zweiten Abgeordneten Straßburgs, Hrn. Humann (welcher aber in Paris ist), um durch gellendes Pfeifen ihr Mißvergnügen darüber kund zu geben, daß auch er für den letzten Paragraph der Adresse gestimmt hat. Von da ging der Zug, der mit jedem Schritte anwuchs, immer unter Absingen von Freiheitsliedern, noch vor das Haus eines andern Mitgliedes des Komitées des Bankets, wo die Menge abermals die Marseillaise absang und sich dann ruhig zerstreute. Man bemerkte unter dem Haufen auch Studenten und Personen aus den mittlern und höhern Klassen. Das Banket des 12. Bezirks in Paris wird, wie Privatkorrespondenzen melden, statt heute erst nächsten Dinstag oder Mittwoch stattfinden, weil die Polizei der Hauptstadt die Hergabe passender Lokale allenthalben bis dahin zu verhindern gewußt hat.

## Italien.

Paris, 18. Febr. Die Regierung veröffentlicht heute folgende telegraphischen Depeschen: „Neapel, 12. Febr. Gestern wurde die Konstitution verkündet. Der Einstandstag für den König ist außerordentlich." „Florenz, 11. Febr. Der Großherzog Leopold, geleitet durch die liberalen Gesinnungen, von denen er schon Beweise gegeben hat, hat aus eigenem Antriebe verordnet, daß künftig eine Repräsentativ-Verfassung als Regierungsform im Großherzogthume eingeführt werden soll. Indem der Großherzog seine Unterthanen zur Ruhe ermahnt, verspricht er ihnen, daß die Verordnung, welche die Grundsätze der neuen Regierung entwickeln soll, in wenigen Tagen erscheinen werde."

* Rom, 12. Febr. Pius IX. hat in dem Augenblick, wo er das Volk gestern Abend bei Gelegenheit einer Demonstration hergebrachter Weise segnen sollte, mit lauter, den großen Platz mächtig übertönender Stimme gerufen: Der Eindruck war über alle Maßen feierlich und ergreifend. Nicht bloß Frauen weinten, sondern auch sonst der Rührung nicht eben vorzugsweise zugängliche Männer. Er gab dies Mal seinen Segen nicht unbedingt, sondern mahnte vorher zur Eintracht der Herzen und verbat sich ausdrücklich gewisse Scherze, in denen er nicht die Stimme des Volks, sondern den Gesinnungsausdruck von einigen Wenigen erkenne. Man möge ihn nicht mit Versuchungen versuchen, die er nicht gestatten könne, dürfe, noch wolle. Nur unter dieser Bedingung unter dieser Bedingung, daß sie der Kirche und ihrem Pontifex treu seien, ertheile er die Hand zum Segen. Ein tausendstimmiges Ja stieg empor, und der Papst, beide Arme über der Brust kreuzend, segnete nun, wie er hinzusetzte, zum ganzen Seele. Die Worte lauten wie folgt: „Bevor ich den Segen auf euch vom Himmel erflehe und euch, den ganzen Staat, ja ganz Italien segne, laßt mich einige Worte an euch richten. — Ich empfehle euch, daß eure Herzen einträchtig sein mögen, daß eure Verlangen nicht der Gutsucht der Kirche und der Würde des Staats zu nahe treten mögen. — Gewiß Scherz, welche nicht aus dem Volke, sondern von Wenigen kommen, will, kann und darf ich nicht zulassen. — Ich bitte daher Gott, euch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß ihr der Kirche und eurem Pontifex treu seid, zu segnen. — Auf dieses Versprechen hin (man hatte tausendfältig mit Ja geantwortet) segne ich euch, ich segne euch von ganzer Seele. — Erinnert euch eurer Versprechen und seid Gott und dem Papst treu. — Die Ernennungen der Laienminister hat man bis jetzt vergebens erwartet. Als Kandidaten nennt man gegenwärtig nicht sowohl römische Prinzen, die allerdings wenig zu hoffen gehen würden, als vielmehr mehrere Doputirte der Staatskonsulta wie Menghetti, Rechi ꝛc., ohne daß jedoch darauf Etwas zu geben sei. Die geistlichen Minister sollen der „Gazzetta di Roma" zufolge bereits am Tage nach der großen Demonstration vom 8. d. M. abgedankt haben, die ihnen nach dem Verlust des Volksvertrauens nichts Anderes zu thun übrig gelassen habe.

Turin. Ein von der Karlsr. Z. mitgetheilter Privatbrief aus Genua vom 9. Febr. meldet Folgendes: „Vor einigen Tagen fand in Turin eine eigenthümliche Szene statt: es wurde nämlich auf einem öffentlichen Platze unter großem Zulaufe die Rede, welche Hr. Guizot über Italien gehalten, nebst seinem Bildnisse öffentlich verbrannt, und dieser Akt, wie gemüthlich, zugleich zu einer Demonstration gegen die Oesterreicher benutzt."

† Neapel, 11. Febr. Diesen Morgen kam von Wien der Kurier zurück, der dem kaiserlichen Hof die Nachricht von der Bewilligung der Konstitution überbracht hatte. Die die Antwort darauf lautet, ist noch nicht bekannt; doch wie es scheint, wenigstens nicht ganz verwerfend; einige Stunden später erschien der Entwurf der Verfassung. Es bleibt mir für heute nur Zeit, Ihnen dasselbe im Original beizulegen. Ob man mit dessen Veröffentlichung absichtlich wartete, bis die Antwort von Wien da war, oder ob es Zufall gewesen, daß das Dekret gleich nach deren Ankunft herausstam, müssen wir einstweilen dahin gestellt sein lassen. Der Tag der Beschwörung der Verfassung ist noch nicht bestimmt, jedenfalls wird's an großen Feierlichkeiten dabei nicht fehlen, und man sagt, daß der Magistrat der Stadt zu einer dreimaligen Beleuchtung Neapels 20,000 Ducati zur Verfügung gestellt habe. — Verschiedene Dekrete brachten eine lange Reihe von Versetzungen königl. Beamten von Neapel nach Sicilien und umgekehrt, da gemäß Verordnung vom 12. Jan. künftig alle Stellen in Sicilien nur von Sicilianern und die von Neapel von Neapolitanern besetzt werden sollen. Bis jetzt hatte man immer das entgegengesetzte System befolgt und die beiden Nationen möglichst zu vermischen gesucht, so daß obige Versetzungen keinen kleinen Umstoß durch das ganze Land von Oben bis Unten hervorbringen und für den Anfang wohl mancherlei Durcheinander verursachen werden. — Der hiesige Kardinal Erzbischof Sisto hat an das Volk einen Hirtenbrief erlassen, worin er ebenfalls dasselbe in schönen Phrasen und lateinischen Brocken zu Ordnung und Gehorsam gegen die neue Verfassung ermahnt. — Die Kollekte für die Armen hat bereits die schöne Summe von 25,782 Ducati (= 51,564 fl. rhein.) erreicht, darunter 5000 Duc. vom Könige, 2000 von der Königin und 9881 von dem hies. Handelsstande. Man sieht auch da, daß eine Konstitution zu allen Dingen nütze. Die freie Presse bringt Hunderte von Schriften und Gedichten zu Ehren der neuen Ordnung und zu Ungehren der frühern Gegner und Bedrücker des Volks hervor, die auf allen Straßen verkauft werden. Auf eine arge, aber nicht unordentliche Weise, wird Defterreichs und sein Anhang in solchen Blättern durchgehechelt und seine Thaten und Sich gestellt. — Der wohnender Deutscher hat die kühne Idee, hier eine deutsche Zeitung herauszugeben. Früher würde man sich darüber gewundert haben, jetzt aber ist man schon daran gewöhnt tagtäglich neue Zeitungen auf- und untertauchen zu sehen. — Dieser Tage ging das Brautgeschenk des Prinzen von Trapani, Bruders des Königs, an seine Verbotte, die königl. Prinzessin Alexandra von Baiern, ab; es besteht in einem goldnen mit Diamanten besetzten Bracelet, mit dem Porträt des Prinzen und soll 6000 Duc. gekostet haben. — Aus Palermo noch nichts Neues. Der Präsident des Komitées erließ nach erfolgter Räumung des letzten Forts von den Regierungstruppen folgendes Bulletin: „Das Kastell ist unser, es wird und in dem Zustande übergeben, in welchem es sich befindet, unsere elf Brüder kehren in unsere ausgestrichen Arme zurück, dagegen geben wir jene Gefangenen wieder zurück, die dies auf freiem Willen wünschen; unsere Revolution ist vollendet, die Wehen des Krieges sind vorbei, von diesem Augenblicke an eröffnet sich eine neue Aera der Glückseligkeit." Palermo, 4. Febr. 1848. Der Präsident des Genceaikomitées, gez. Ruggiero Settimo.

† Neapel, 12. Febr. Der Jubel des Volks während des ganzen gestrigen Nachmittags und Abends kannte fast keine Grenzen mehr. Kaum war das Dekret erschienen, so füllte sich der ganze große Platz vor dem Schlosse mit den freudetrunkenen Neapolitanern, um ihrem Fürsten ihren Dank darzubringen. Der König erschien auf dem

Digitized by Google

Balkon und dankte freundlich und huldreich für die aus tausend und tausend Kehlen kommenden Viva il Re, viva Ferdinando II. Nachts spät noch fuhr er durch die belebtere, von Zuschauern und Fahnen den wimmelnde Toledostraße, wo er vor Freude und Liebe fast erdrückt wurde. Diesen Morgen ist große Gala, Te Deum und am Abend brillant beleuchtetes Theater, wo der König mit der königlichen Familie erschienen wird.

* König Ferdinand II. hat sein Wort gelöst; zwölf Tage nach der gegebenen Zusage hat er eine Verfassung proklamirt, die Elemente genug zur freiern Entwickelung eines Volkes enthält, wenn das Volk selbst politisch so reif und der Wille der Regierenden so wohlmeinend und aufrichtig ist, als die Bestimmungen des neuen Grundgesetzes freisinnig und vielversprechend sind. Aus freiem und freiwilligem Entschlusse, so versichert König Ferdinand in den Einleitungsworten, habe er versprochen, eine Verfassung zu begründen, wie sie dem Bildungsgrade der Zeit entspreche und von dem einstimmigen Wunsche des Volkes verlangt werde. Er ruft den Namen des Allmächtigen Gottes, der allein in die Tiefen der Herzen schaut, zum Zeugen an, daß die Absicht rein, der Wille redlich und aufrichtig sei, womit er sich entschließe, die neuen Wege dieser politischen Ordnung zu betreten. In dem neueingerichteten „erblichen und konstitutionellen" Königreich Sicilien, dessen einzige Staatsreligion die römisch-katholische sei, theilt sich fortan die gesetzgebende Gewalt zwischen dem König und dem nationalen Parlamente, das aus zwei Kammern besteht; die exekutive Gewalt steht dem Monarchen allein zu; die Deutung der Gesetze steht der gesetzgebenden Gewalt zu; die gesetzgebende Initiative dem König und den beiden Kammern. Die Verfassung verbürgt die Unabhängigkeit der Richter und eine freie Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen, fremde Truppen können in den Dienst des Staates nicht aufgenommen werden, außer vermöge eines Gesetzes; ebenso kann die Besetzung und der Durchzug fremder Truppen nur durch ausdrückliche Gesetze gestattet werden. Doch bleiben die bestehenden Verträge über diesen Punkt in Giltigkeit. Militärpersonen können nur nach gesetzlichen Normen entlassen werden; im ganzen Reich soll sich eine Nationalgarde bilden, deren Offiziere die aus Hauptmann gewählt werden. Die öffentliche Schuld ist anerkannt und verbürgt. Keine Auflage kann erhoben, das Staatsvermögen nicht veräußert werden, außer in Folge eines Gesetzes; die bisherigen Auflagen werden alljährlich von den Kammern votirt, die Ausgaben von ihnen gepreßt, ebenso werden sie Besitzerin des Oberrechnungshofes von den Kammern geordnet. Das Petitionsrecht steht Jedem zu; das Bürgerrecht sowie die Bürgeraufnahme von Ausländern wird nur auf gesetzlichem Wege erworben. Vor dem Gesetze sind alle Bürger ohne Unterschied der Standes gleich; zu öffentlichen Aemtern sind alle Bürger zuzulassen, ohne einen andern Anspruch als den des persönlichen Verdienstes. Die persönliche Freiheit ist sichergestellt; kein Bürger kann verhaftet werden, außer in Folge eines gesetzlichen Aktes der zuständen Behörden; im Falle des Präventivarrestes muß innerhalb 24 Stunden die Anzeige an die betreffende Behörde gemacht werden. Niemand kann seinem zustehenden Richter entzogen oder nach Ausnahmsgesetzen verurtheilt werden. Das Eigenthum (auch das literarische) ist verbürgt und unverletzlich; Hausdurchsuchungen können nur nach gesetzlichen Vorschriften Statt finden. Das Briefgeheimniß ist unverletzlich und durch ein besonderes Gesetz sicherzustellen. Die Presse ist frei; das Preßgesetz richtet sich gegen Alles, was die Religion, die Sittlichkeit, die öffentliche Ordnung, den König, seine Familie und auswärtige Fürsten, oder auch die Ehre und Interessen von Privatpersonen verletzen kann. Eine Censur trifft nur die Schriften, die ausdrücklich religiöse Materien behandeln. Das Vergangene bleibt mit einem undurchdringlichen Schleier bedeckt; die politischen Prozesse sind niedergeschlagen.

Die gesetzgebenden Kammern können nur zu gleicher Zeit berufen werden. Den Fall ausgenommen, wo die Pairskammer als Gerichtshof sitzt; die Verhandlungen wie die Abstimmung sind öffentlich, ausgenommen wenn der Präsident eine geheime Sitzung vorschlägt und dieser Vorschlag von zehn Mitgliedern unterstützt wird. Die Kammern prüfen selbst die Vollmachten ihrer Mitglieder. Die Minister können jeder der beiden Kammern ohne Unterschied Gesetze vorlegen, nur die Abgabengesetze und das Budget muß zuerst der Abgeordnetenkammer vorgelegt werden. Nur ein von beiden Kammern angenommenes Gesetz kann dem König zur Sanktion überreicht werden; im Falle von Meinungsverschiedenheiten beider gesetzgebenden Versammlungen kann der Entwurf nicht mehr in derselben Sitzung vorkommen. Die Mitglieder dieser Kammern sind unverletzlich in Bezug auf ihre Meinungen und Abstimmungen; wegen peinlicher Vergehen können sie nur festgenommen werden mit Genehmigung ihrer Kammer (ausgenommen natürlich den Fall, wo sie auf frischer That ertappt werden). Jede der Kammern bildet ihre eigne Geschäftsordnung.

Die Mitglieder der Pairskammer werden vom König auf Lebenszeit ernannt; ihre Zahl ist unbeschränkt. Die Prinzen von Geblüt sind geborene Pairs, treten mit dem 25. Lebensjahre ein und erhalten mit Vollendung des dreißigsten Stimmrecht. Wählbar sind alle Bürger, welche eine Rente von 3000 Ducati seit 8 Jahren im Besitz gehabt haben, die Minister und Staatsräthe, die Gesandten, welche 3 Jahre und die bevollmächtigten Minister, welche 6 Jahre im Dienste waren, die Erzbischöfe und Bischöfe (doch nicht über 10), die Generale, Viceadmirale u. s. w., diejenigen, welche 5 Jahre der Kammer der Abgeordneten präsidirt haben, der Präsident und Generalprokurator des obersten Gerichtshofes, sowie der Generalprokurator des Oberrechnungshofes, ferner die Vicepräsidenten und Generaladvokaten, welche diese Stellen 3 Jahre lang versehen haben, oder die entsprechenden Beamten der Civilgerichtshöfe, welche 4 Jahre diese Stellen bekleidet haben, der Präsident der Societa Borbonica, endlich die Präsidenten der drei Akademien, welche dieses Amt 4 Jahre versehen haben.

Die Kammern der Abgeordneten, aus gewählten Vertretern gebildet, vertritt die Nation im Ganzen, nicht die einzelnen Wahldezirke; ihre Zahl richtet sich nach der Bevölkerung in der Weise, daß auf 40,000 Seelen ein Deputirter kommt. Das Wahlmandat erstreckt sich auf 5 Jahre. Um Wähler und wählbar zu sein, muß man das 25. Jahr zurückgelegt haben, nicht vergantet und nicht von einem Kriminalurtheil getroffen sein. Das aktive Wahlrecht wird an einen im Wahlgesetz näher zu bestimmenden Census geknüpft, doch werden auch eine Reihe von Personen, die man in Frankreich Kapazitäten nennt (die Akademiker, Professoren, Gemeindebeamten u. s. w.) als Wähler zugelassen; ebenso wird die passive Wahlfähigkeit theils durch einen Census, theils durch die Mitgliedschaft in einer der drei Akademien erworben. Beamte, die eine neue Stelle oder Beförderung erhalten, müssen sich einer neuen Wahl unterziehen. Die Kammer der Abgeordneten wählt jährlich ihren Präsidenten, Vicepräsidenten und die Sekretäre. Ein provisorisches Wahlgesetz wird erlassen und von der ersten Ständeversammlung definitiv darüber entschieden werden.

Die Person des Königs ist heilig, unverletzlich und keiner Verantwortlichkeit unterworfen; er gebietet über die Truppen, ernennt die Beamten, ertheilt Auszeichnungen, übt das Begnadigungsrecht, schließt Krieg und Frieden, unterhandelt über Bündnisse und Handelsverträge, beruft die Kammern jährlich, vertagt, schließt sie und löst sie auf. Alle von den Kammern votirten Gesetze bedürfen seiner Genehmigung; die Civilliste wird für seine Regierungszeit durch ein Gesetz bestimmt. Die Minister sind verantwortlich; alle königlichen Akte müssen von einem derselben kontrasignirt sein. Sie haben Zutritt in den Kammern, üben aber nur dann Stimmrecht, wenn sie wirklich Mitglieder sind. Die Kammer der Abgeordneten hat das Recht, die Minister in Anklagestand zu versetzen, die Kammer der Pairs sie zu richten. Ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit wird die Formen der Prozedur genauer bestimmen; der König kann die Minister nicht begnadigen, außer auf das ausdrückliche Verlangen einer der Kammern. Ferner wird ein Staatsrath von 24 Personen gebildet, dessen Verrichtungen durch ein Gesetz genauer geordnet werden. Die Gerichtsbarkeit wird nach bestehenden Gesetzen geübt; außerordentliche Gerichtshöfe können fortan unter keiner Benennung mehr berufen werden. Die Sitzungen sind öffentlich; gehreime Sitzungen können bei der Gergehen, welche die Sittlichkeit betreffen, stattfinden, oder bei politischen und Preßvergehen, wenn es mit Stimmeneinhelligkeit vom Gerichtshof beschlossen wird; die richterlichen Beamten sind unabsetzbar. Einzelne Bestimmungen dieses Grundgesetzes, so lautet einer der letzten Sätze der Verfassung, können modificirt werden für unsere Bestungen jenseit des Faro, nach den Bedürfnissen und besondern Verhältnissen der dortigen Bevölkerung. Erwägt man die Umstände, unter denen diese neue Verfassung abgerungen ward, und die Verhältnisse, in denen sich die neapolitanische Bevölkerung befindet, so wird man sich der sanguinischen Hoffnung nicht hingeben, daß nun ohne Aufschub eine neue goldne Aera beginnen werde; der wettliche und geistliche Absolutismus hat hier zuviel verwüstet, als daß ein liberales Grundgesetz sofort tiefe Wurzeln schlagen könnte. Aber für die Politik, die vor 28 Jahren die Reaktion mit den Waffen durchsetzte, liegt in dieser Wendung der Dinge eine fruchtbare Lehre; ob wohl der selige Gentz auch heute noch im Stande wäre, mit so viel Humor den Ausgang der damaligen neapolitanischen Bewegung zu schildern? Sein Ausspruch wenigstens — mich und den M. wird wohl noch auszuhalten — wird in seinem letzten Theile von Tag zu Tag bedenklicher erschüttert.

Digitized by Google

## Polen.

* Bei Gelegenheit des Brandes von Kostroma und der komischen Entrüstung der russischen Zeitung über die dabei Statt gefundene grausame Inquisition, „deren Name schon längst verschwunden", schreib ich Ihnen, daß in Rußland sehr oft der Name verschwindet und die Sache bleibt (beiläufig gesagt, hat, wie ich eben ersehe, der polnische Demokrat meine Worte auf eine ganz unverantwortliche Weise paraphrasirt). Ich muß leider jetzt wiederum auf diesen Ausspruch zurückkommen und einen Beleg dafür anführen. Der in Polen kürzlich publicirte Kodex Nikolai enthält einen merkwürdigen Paragraphen, wonach jordan das Vermögen der wegen politischer Verbrechen Verurtheilten nicht mehr dem Staate, sondern den Verwandten der Unglücklichen zufallen soll. Dieser Paragraph hat großes Aufsehen erregt und die Runde durch die namhaftesten deutschen Zeitungen gemacht; nur in der Ihrigen suchte ich ihn vergebens, obgleich Sie doch sonst den Ereignissen in Rußland fleißig folgen und uns schon manche Nachrichten aus jener ultima Thule gebracht haben. Gedacht diese Unterlassung mit Absicht? Zählten Sie etwa dieses Gesetz zu denjenigen und in Rußland so häufigen, die nur da sind, um nicht gehalten zu werden, und hielten Sie Ihr ernstes Blatt zur Aufnahme solcher Possenspiele nicht geeignet? Nun, da kann ich Ihnen sagen, daß Ihre Ahnung Sie nicht getäuscht und die Entwickelung der Intrigue dies Mal so rasch gefolgt ist, daß auch der Stumpfsinnigste sie begreifen und durchhelfen kann. Die polnischen Zeitungen enthalten mirrorum Bekanntmachungen der Regierung über neu erfolgte Vermögensconfiscationen, und zwar heißt es dort ausdrücklich und mit jener „prächtigen Impertinenz", deren nur der „Barbarus ex xylois Moscovius" fähig ist — daß die Güter dem Fiskus zufallen sollen!! Wo Etwas ist, da hat der Kaiser nie sein Recht verloren. — Indessen kann man sich zu dieser Abweichung vom Gesetze nur Glück wünschen und den Himmel nur um eine feste Ausdauer in dieser Inkonsequenz anflehen. Denn in Polen hat — wie ich aus glaubwürdiger Quelle erfahre — jener anscheinend humane Paragraph keineswegs Freude, vielmehr die größte Bestürzung hervorgerufen; man sieht darin einen jener perfiden Mittel, die die Regierung zur Depravation des Volkscharakters und Begünstigung des Lasters anwendet. Denn welche Versuchung liegt nicht in jenem Paragraphen für jeden raffinirten und depravirten Verwandten (und wo finden sich solche nicht?), der reicher Erbe werden möchte? Braucht er doch nur ein Familiengliedmegen Komplotts oder Besitzes verbotener Bücher geheim zu denunciiren und er ist versorgt! Nun, besser daß es so geworden — und Sie können ersehen, daß in Rußland wenigstens ein Schritt zurück nicht immer ein Schritt rückwärts ist! —

## Handels- und Börsennachrichten.

A Frankfurt a. M. 20. Febr. Einer handelspolitischen Notiz aus Wien entnimmt man, daß an der dortigen Börse am 12. d. M. 20 Personen polizeilich eingezogen worden. 19 derselben weil sie, wahrscheinlich zur Förderung ihrer auf das Weichen der Kurse berechneten Spekulationen, allerlei beunruhigende Gerüchte zu verbreiten gesucht. Eine aber, weil sie sich gesäußert habe, daß ihr zwei blanke Silbergulden lieber seien, als 5 Gulden Banknoten. Da diese Person fremd, so wurde sie sofort mittelst Schub über die Landesgrenze gebracht, den übrigen aber wurde nach dreitägiger Haft bedeutet, daß sie sich fortan jeder Betheiligung an der Börse zu enthalten hätten, weil die von ihnen ausgehenden Gerüchte falsch und in selbstsüchtiger Absicht erfunden seien. — Diese wohl etwas terroristische Maßregel hat jedoch dem Weichen der österreichischen Fondskurse an hiesiger Börse keinen Einhalt zu thun vermocht. Bisweilen gingen die in Sprocentigen Metalliques im Verlauf der letzten Woche von 101⅞ auf 100 (Papier) zurück, und die Bankaktien wichen um 22 fl. das Stück. Dabei beschränkte sich der Umsatz in Letztern auf unbedeutende Beträge, der Kurs der Metalliques aber ist nur als normal zu betrachten, da wirkliche Verkäufe nur unter 1 Pari abgeschlossen werden konnten. In süddeutschen 3½ und 4½ procentigen Obligationen wurden dagegen belangreiche Geschäfte in Kassa, und meist zu steigenden Kursen abgeschlossen, so z. B. im Frankfurter 3½ Prozent, von der ältern Schuld, welche mit 96¼ pr. bezahlt wurden. — Mit Hinsicht auf das vorbemerkte Weichen der österreichischen Fondskurse fängt die Spekulation an, sich wieder den damaligen Effekten zuzuwenden, deren Kurse schon geringen Fall. Nur den Getreidewerth ist maßgebend, das Spekulationsgeschäfte mit 20 Pr. Ueberdeckerung zu 3½ Pr. Zahreszins auf längere Zeit hinaus abgeschlossen wurden, Primadiskonto aber zu 2 Procent gesucht und nicht zu haben ist.

### Eingegangene Beiträge für die Armen in Oberschlesien:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Uebertrag: | 2971 | fl. | 6 kr. |
| N. aus Wesbach | 2 | „ | 42 „ |
| Z. aus B. | 4 | „ | „ „ |
| Sammlung in Dünkelsbühl in Franken durch H. v. R. | 183 | „ | 45 „ |
| Aus Calw in Würtemberg durch R. | 46 | „ | 54 „ |
| Ungen. aus H. | 4 | „ | — „ |
| | 3212 | fl. | 27 kr. |

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[115]³ Bei Fr. Bassermann in Mannheim ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Wirthschaftslehre**

**für den Fabrikanten und Handwerker.**

Aus Auftrag Großherz. Ministeriums des Innern für die Gewerbschulen des Großherzogthums Baden bearbeitet von

**L. C. Bleibtreu,**

Professor an der polytechnischen Schule zu Karlsruhe.

Preis 15 Sgr. oder 48 kr.

Eines der vorzüglichsten Lehrmittel, da es dem Gewerbsmann in allgemein faßlicher Darstellung die wichtigsten Dienste zu leisten vermag.

[116] Im Verlage der L. W. Leske'schen Buchhandlung in Darmstadt erscheint und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Der deutsche Auswanderer.** Centralblatt der deutschen Auswanderung und Kolonisirung. Redaktion: Dr. Künzel und Dr. Wolff. II. Jahrgang.

Mit diesem Blatte wird vom Juli l. J. an ausgegeben:

**Kosmos.** Zeitschrift für Geographie und Reisen, namentlich für Geschichte, Literatur und Kunst Nordamerika's.

Das Nähere über beide Zeitschriften besagt der in jeder Buchhandl. sich befindliche Prospectus.

[117]¹⁰ MEDICAL, INVALID & GENERAL LIFE ASSURANCE SOCIETY.

**Lebensversicherungs-Gesellschaft für Gesunde und Kranke,**

LONDON, Pall Mall No. 25.

**Verwaltung für Deutschland in Frankfurt a. M. — Kapital: 6 Millionen Gulden.**

**Gesunde Leben** werden von dieser Gesellschaft zu billigeren Prämien versichert, als von den meisten anderen Kompagnien. Gestützt auf sehr ausführliche statistische Berechnungen, versichert die Gesellschaft auch **Kranke** oder nicht völlig gesunde Personen. Die Versicherten können sich bei dem Gewinn der Gesellschaft nach ihrer Wahl betheiligen oder nicht, aber selbst im ersteren Falle nie zu Nachzahlungen angehalten werden. Die bei der Versicherten können zu jeder Zeit des Jahres von ein m Theil Europas zum andern reisen Die Prämien für Seereisen außer Europa sind besonders billig gestellt. Officieren ist diese Gesellschaft vorzüglich zu empfehlen, weil sie unter dem Ausdruck „activen Dienste" nur den Dienst in Kriegszeiten den Feind gegenüber versteht. Policen, die bereits ein Jahr in Kraft waren, werden durch Duell und Selbstmord nicht annullirt, auch wenn sie auf das eigene Leben geschlossen sind. Der Prospectus erklärt ausführlich die Vortheile der Lebensversicherungen am Rentenankaufen im Allgemeinen und im Besonderen bei dieser Gesellschaft. Derselbe wird auf dem Bureau der Gesellschaft in Frankfurt am Main, sowie von sämmtlichen Hauptagenten und Agenten z. gratis verabfolgt.

**Joh. Albert Varrentrapp,**

General-Agent.

**Verzeichniß der bereits ernannten Hauptagenten und Agenten.**

Altenburg Herr F. W. Barth sen. — Bayern Hr. H. J. Linde. Bremen Hr. Wilh. Alexisthl. Carlsruhe Hr. Wilh. Peter. Cassel Hr. Ludw. Fenner. Coburg Hr. C. W. Apelt. Darmstadt Hr. Hr. Hallwachs, Hofgerichtsadv. und Notarius. Dresden Hr. Jul. Fockel. Elsenach Hr. G. Brandt jun. Freiburg i. B. Herren Bürger und Komp. Gotha Hr. C. G. Biermüller. Hanau Hr. Karl Sippel. Heidelberg Hr. L. S. Walz. Heilbronn Herren L. Hächer un Meixner. Jena Hr. Th. Voigt. Leipzig Hr. Otto Schmidt. Lübeck Hr. Joh. Wilh. Geisman. Mannheim Hr. C. A. Renner. Rudolstadt Hr. Wagner. Rudolstadt Hr. G. Fröbel. Stuttgart Hr. Ferd. Neamsaam. Ulm Hr. Wilh. Kippert. Wiesbaden Hr. M. J. Frenkel. Zürich Herren Bürlo und Burkmeyer. Zwickau Hr. C. A. Schiedrum.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Griechenland Bücher werden man sich an H. H. Alexander Strasbourg, 28 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Redaction verbindet besorgt das Großh. Hrn. Professor Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 1 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Ausländer wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Ngr.) berechnet.

№ 34. Heidelberg, Mittwoch 23. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Die polnische Verschwörung.** VII. Zweite Phase der Demokratie. Die Verschwörung. **Wien** (Hofsteigrathe-Präsident Graf v. Dargegg-Glatz); in der Lombardei soll das Standrecht publicirt werden). **Berlin** (Unaufhörthaltungen; Kriegsaussichten). **Breslau** (der Unterstützungsausschuß). **Magdeburg** (das Konstitutium und Pastor Dulon). **Aus der Provinz Sachsen** (Kractüge). **Baiern** (die rechtfertigende Erklärung der „Alemannen"). **Mannheim** (Gräfin Landsfeld; Hofrath Dieterich). **Stuttgart** (Aufhebung des Ausgangszolls auf Getreide). **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen: Zollverwaltung; Steuerwesen; Bernsteck). **Wiesbaden** (Eröffnung der Stände). **Frankfurt** (Schleswig-Holstein und die deutschen Großstaaten). **Bremen** (polnisch-deutsche Redaktion der New-Yorker Schnellpost; günstige Kunde für die Bremer-Nordamerikanische Dampfschiffahrt). **Kiel** (ein Kümmiger Entschluß, nur mit Protest zu wählen; Adresse an die Abgeordneten; die deutsche Vertretung im Auslande).

**Schweiz.** Vom Rhein. Die Schweiz, die fremde Propaganda und die österreichische Politik. **Zürich.** Die freie Niederlassung.

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen über die Bill, betreffend die politische Gleichstellung der Juden. Sitzungen der Häuser vom 17. und 18. Febr.: Lord Russell's Worte über die Finanzlage des Landes. Antwortdrung in den Fabrikbezirken. Die Gutsherren- und Pächterbill. O'Connor. England, Frankreich und Nordamerika.

**Frankreich.** Einstimmigkeit der Pariser Presse in Bezug auf auswärtige Politik. Der Gesetzentwurf über Arbeit der Kinder in Fabriken. Die Reformversammlung.

**Italien.** Mailand. Polizeiliche Verbote; strenge militärische Maßregeln. Vorstellungen der Centralregierung in Neapel an den Kaiser. **Neapel.** Hartnäckigkeit der Sicilianer. Völlig organisirte Regierung in Palermo.

**Handel.** Der Status des Hauses Pitt.

---

### Die polnische Verschwörung.*)

### VII.

Zweite Phase der Demokratie: Die Verschwörung.

Der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. war nicht nur für die deutschen, sondern auch für die polnischen Interessen Epoche machend. Unter dem vielstimmigen Chorus von Wünschen und Hoffnungen, der damals erscholl, vernahm man auch das Bitten der Polen um den Schutz ihrer Nationalität, und neben dem Verlangen nach Verfassung von Seiten der Preußen hörte der Fürst auch am Krönungstage zu Königsberg die bestimmt gewordenen freimüthigen Worte des Grafen Eduard Raczynski, die an eine andere längliche Zusage des Verstorbenen mahnten. Der Sinn für Universalität und fast mittelalterischer Gleichmäßigkeit, der bei Friedrich Wilhelm III. so groß war, war dem polnischen Volksthum und dessen Entwicklung in den erbeuteten Provinz entschieden abgeneigt gewesen, und die unter ihm so mächtige Bureaukratie, der das Celeremen und Vernehmen einer fremden Sprache lästig war, und die gar nicht begreifen wollte, daß man Interessen und Rechte haben könne, die nicht im Allg. L.-R. geschrieben stehen, hatte die Germanisirung mit einer schonungslosen Gewaltsamkeit betrieben, zu der nicht selten noch verletzender Hohn hinzukam. Eine neue Wendung trat jetzt ein. Gegen die Bureaukratie erhob sich ein neues Tribunal, das der Oeffentlichkeit, zwar vielfach von ihr bedrückt, aber doch im Grunde gesträubt, und war noch bedeutender war: des neuen Regenten persönlicher Sinn für Mannigfaltigkeit wie sein eitterliches Mitgefühl mit Unterdrückten zeigte sich den Forderungen der Polen, im Anfange wenigstens, keineswegs verschlossen. Die Klagen des siebenzigjährigen Mrongowius fanden zum ersten Male Gehör, der edle Greis wußte sogar ungehindert und muthig gegen die Zwangsmaßregeln seines Raths und Gerichtes aufzutreten, und im Großherzogthum selbst wurde Manches abgestellt und angestellt, was unzweideutig für die guten Absichten des neuen Herrschers sprach. Die Abberufung Flottwells, eines entschiedenen Polenfeindes, ward mit Freuden aufgenommen; die Censur wurde mit geringerer Strenge gehandhabt und den Aeußerungen nationaler Gefühle kein großer Zwang angethan. Die Partei der friedlichen Agitation, der Gemäßigten, schöpfte Hoffnung und Zuversicht, und in Russisch-Polen, wo durch die Entfernung die Sache immer eher vergrößert als verkleinert wird, ging man noch weiter. Man sprach von einem Bruch zwischen „Moskau" und Preußen, man nannte den Monarchen dieses Staates einen warmen Polenfreund, man schwärmte sogar für ihn; Schriftsteller widmeten ihm Werke und das Volk Lieder.

Die Enttäuschung blieb nicht lange aus. Das Mißtrauen gegen den Liberalismus überhaupt, wie die Einflüsterungen des Petersburger Kabinets und die vielleicht kalkulirten, obgleich keineswegs übertriebenen Forderungen der Polen führten eine Reaktion herbei, und die Gibitterung folgte ihr. Die erwähnte Denkschrift des früheren Oberpräsidenten machte böses Blut, die gegenseitigen „hohen" Besuche zu Warschau und Berlin einen noch schlimmern Eindruck, die Censur ward verschärft und die bureaukratische Wirthschaft befestigt. Die Streiten um Vermehrung polnischer Schulen wurden verweigert, der Vorschlag zur Errichtung einer polnischen Universität, und zwar durch freiwillige Beiträge der Polen selber, nicht gebilligt und die Landtagsabschiede immer weniger befriedigend und verföhnend. In der Adresse vom Jahre 1843 äußerte sich der Provinzial-Landtag von Posen in folgenden Worten: „Die polnischen Unterthanen werden nie die Thatsache nicht verkennen, daß das Großherzogthum ein Theil Ew. Majestät Monarchie ist. Aber dieser politischen Verbindung ungeachtet war ihnen Erhaltung und Bewahrung ihrer Nationalität als Polen, war ihnen ein Vaterland, der Gebrauch ihrer Sprache in allen öffentlichen Verhandlungen zugesichert. Sollen sie gleich den in ihrer Nationalität nicht mehr bestehenden lithauisch und masovisch redenden Unterthanen ihren Vereinigungspunkt im Namen Preußen finden, so erblicken sie hierin eine Gefährdung jener Verheißung; sie fürchten nicht mehr sein und sich nennen zu dürfen, was sie nach ihrer Sprache, ihren Sitten, ihren geschichtlichen Erinnerungen, was sie feierlich geschlossenen Verträgen und ertheilten Zusicherungen gemäß sind — Polen..." Der hierauf erfolgte allerhöchste Bescheid mißbilligte „im hohen Grade" die ausgesprochenen Gesinnungen, nannte die Adresse, die mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen worden, das Werk einer „Partei" und fügte sogar die Drohung hinzu, dem Großherzogthume seine Provinzialstände zu nehmen, ohne jenes berühmten Ausspruchs Mirabeau's zu gedenken: ein Volk, dem man seine ständische Vertretung nehme, gleiche einem Stummen; es bleiben ihm nur die Arme, um sich deutlich zu machen.

Feinde, an denen Polen, wir Jeder vom Glück Verlassene, so reich ist, haben aus diesen Vorgängen „die Unverbrüchlichkeit jener Nation" gefolgert, sie fahren — und es sind Leute darunter, die jetzt über die Danisirung Schleswigs mit Recht so entrüstet sind — sie fahren nur in der rücksichtslosesten Germanisirung das Heil und machten sogar der preußischen Regierung ihre Milde — eine Milde, die auch nicht im Entferntesten das erfüllte, was eine bestimmte Zusicherung längst als Recht hingestellt — zum Vorwurf. Nur die humane Schonung, behaupten sie, habe das Posener Komplott hervorgerufen — eine Behauptung, deren Unwahrheit leicht erwiesen ist; denn die bureaukratische Bewegung war im Posen'schen schon seit 1836, also Jahrelang vor jener humanen Schonung, vor sich gegangen, konnte daher unmöglich durch diese erst hervorgerufen werden; und wenn irgend Etwas sie aufzuhalten geeignet gewesen, so war es eben eine Berücksichtigung gerechter Wünsche, und wenn irgend Etwas sie ermuntert, ihr in die Hände gearbeitet und die Bestrebungen der Gemäßigten zu nichte gemacht, so war es wiederum nur die Nichterhörung der Bitten und die Ueberzeugung, die sich nun festsetzte, daß auf diesem Wege Nichts zu erreichen sei. —

Freilich ist es nicht weniger unrichtig, wenn die Vertheidiger der Polen diese Nichterhörung und die ihr gefolgte Mißstimmung zu der einzigen Ursache der revolutionären Idee machen. Diese, wir brauchen nach dem bisher Gesagten es nicht mehr zu beweisen, war schon längst im Volke vorhanden, und die genannten Enttäuschungen konnten sie zwar bestärken aber nicht schaffen. Das aber, was diese Idee zu einer That machte und die theoretische Propaganda zu einer praktischen Verschwörung werden ließ, war etwas ganz Anderes: ein Ereigniß, das

*) Vergl. Nr. 18.

Digitized by Google

bufällig und von Außen kam, das aber allerdings mit dem Regierungs- und Systemwechsel in Preußen in innigem Zusammenhange steht.

Seit lange bestand — und besteht leider noch bis zu diesem Augenblicke — ein Vertrag zwischen Rußland und Preußen zur gegenseitigen Auslieferung von Ueberläufern. Wo Rußland im Spiele ist, da muß man sich hüten, unter gewöhnlichen Worten gewöhnliche Begriffe zu verstehen, und so glaube man nur ja nicht, jene verhängnißvolle Kartellconvention sei wie jede andere beschaffen, wie die z. B. zwischen Frankreich und Belgien, die die Austauschung von Dieben und gemeinen Verbrechern garantirt. Rußland bezweckt hiebei etwas ganz Anderes. Der lernbegierige Jüngling, der keine Möglichkeit findet, unter moskowitischer Tutel einen wissenschaftlichen Beruf zu ergreifen, und sich in die Fremde flüchtet; der ausgezeichnete Bürger, der das Land die gräflichsten Jammers und blutiger Tyrannei verläßt, um „seine Seele zu retten"; der Konstitutionsverlustige, der dem zwanzigjährigen Dienste unter der fürchterlichen, jedes menschliche Gefühl ertödtenden Herrschaft der Knute ein Tagelohnverleben im „Reiche der Freien" vorzieht — Alle diese sind Missethäter, Alle diese ist die preußische Regierung „zurückzustellen" verpflichtet, und die rächende Strafe für diese Expatriirung, für diese „arge Vertennung kaiserlicher Wohlthaten" ebenso grausam als unvermeidlich. Was dieser Kartellvertrag aber dem Unglücklichen ist, der durch ein entdectes Komplott (und was Alles versteht nicht darunter der Swod!) durch den Besitz verdonner Bücher, ja bloß durch die Richtangabe ersehen, wenn er sie bei einem Andern gesehen, dem Gesetze verfallen und zum Staatsverbrecher geworden, klebt, wie ein Bild gehegt unter unsäglichen Qualen und Gefahren der Grenze zueilt und hier, nachdem er endlich so glücklich ist — wenn es Glück genannt werden darf! — eine andere Sprache als die seinige um sich zu hören — ein mittelbloses „Zurück" vernimmt — dies mögen Jene Schaudern, die solche zurückgeführte Ueberläufer in die Weichsel stürzen, sich entleiden und den martervollsten Selbstmord dem Schicksale vorziehen sahen, das ihrer in dem Czarenreiche wartete. So ist dem Polen auch die letzte Hoffnung genommen, den Krallen des zweiköpfigen Ungeheuers zu entgehen; er ist der gladue adscriptus des neunzehnten Jahrhunderts und im viel scheußlichern, im moralischen Sinne. „Rußland ist ein großes Gefängniß und Preußen ein unerbittlicher Büchter", sagte einmal ein polnischer Bauer dem Schreiber dieser Zeilen. (Fortsetzung folgt.)

**Oesterreich.** Wien, 16. Febr. Der Allg. preuß. Z. wird berichtet: „In der vergangenen Nacht 2 Uhr ist der Hofkriegsraths-Präsident, Graf v. Hardegg-Glatz, im Alter von 76 Jahren gestorben. Wer sein Nachfolger sein wird, darüber verlautet bis jetzt nichts Bestimmtes. Die beiden Kommandirenden von Niederösterreich und Böhmen bezeichnet man zunächst; jedoch dürfte dem Vernehmen nach kaum Einer der Beiden berufen werden. Auch General Graf Ficquelmont soll zu den Kandidaten gehören.

Die letzten sehr beunruhigenden Nachrichten aus den italienischen Provinzen sollen den Beschluß veranlaßt haben, in denselben das Standrecht zu publiciren, und es ist deßhalb an den Erzherzog Vicekönig der Auftrag bereits abgegangen. Wegen dieser strengen und nothwendig gebotenen Maßregel konnte eine Einigung unter den Mitgliedern der Staatskonferenz lange nicht erzielt werden, allein die Ereignisse der jüngsten Zeit haben das längere Verzagen derselben unmöglich gemacht. Alles steht mit Spannung dem Ausgang dieser italienischen Unruhen entgegen, und Jeder gewinnt täglich mehr Ueberzeugung, daß die Konspiration eine sehr verzweigte und weit ausgedehnte sein müsse; wo diese jedoch ihren Hauptsitz hat und Unterstützung und Vorschub findet, darüber waltet ein Geheimniß, welches auf den Entschluß, mit aller Energie gegen die Aufwiegler vorzugehen, mehr als hemmend einwirkt."

**Preußen.** ○ Berlin, 18. Febr. In der Sitzung des 15. Febr. begann der ständische Ausschuß die Berathung des zehnten Titels, von den Verletzungen der Ehre. Die §§. 189 — 192, die von der Verleumdung handeln, wurden unverändert angenommen. Bei §. 193 (einfache Ehrenkränkung) wurde nur die Entscheidung, Betrachtet der Kompetenz der Ehrenlichen Gerichte, die zur Berathung des Kompetenzgesetzes vorbehalten. §. 194, der die unbefugte Mittheilung der Medicinalpersonen und deren Gehilfen bei Ausübung ihrer Kunst bekannt gewordenen persönlichen Verhältnisse als Ehrenkränkung betrachtet und mit 200 Thaler Geldbuße oder Gefängniß, resp. Festungshaft, bis zu drei Monaten bestraft, wurde insofern geändert, daß statt „persönliche Verhältnisse" „Familiengeheimnisse" gesetzt wurde.*) Hierauf folgte die Sitzung. In derselben war noch über den Antrag entschieden worden, den Canzbusen bei Berathung des zweiten Artikels Behufs des Verbotes des ständischen Ehrenrechts gestellt hatte. Der Vorschlag der Abtheilung, worin sie dem Antrage beistimmte, „daß nicht die Wahlbarkeit zu ständischen und kreisständischen Versammlungen und Gemeindeämtern, wohl aber das Stimmrecht in Gemeinden und Korporationen und das Wahlrecht zu ständischen und kreisständischen Versammlungen nach Ablauf der Zeit, in welcher die Ausübung der Ehrenrechte untersagt war, wieder ausleben möge" wurde von der Versammlung angenommen. — In der Sitzung vom 16. wurde die Berathung des zehnten Artikels fortgesetzt. §. 195, von der thätlichen Ehrenkränkung, wurde unverändert angenommen. Bei §. 196, der bei Ehrenverletzungen gegen öffentliche Behörden, Beamte rc. bestimmt, daß, wenn dieses entweder während der Dienstverrichtungen oder in Beziehung auf die Dienstverrichtungen oder das Dienstverhältniß geschieht, die durch die Ehrverletzung in jedem einzelnen Falle an sich begründete Strafe um die Hälfte zu erhöhen ist, wurde, statt „ist" „kann" gesetzt. Von dem Nachtrag, „jedoch soll der Richter in allen diesen Fällen den Beleidiger mit Freiheitsstrafe belegen und nur ausnahmsweise berechtigt sein, bei Beleidigungen, welche gegen niedere Beamten unter mildernden Umständen begangen werden, auf Geldbuße zu erkennen", wurden die Worte von „und nur" bis „erkennen" gestrichen. §§. 197 und 198, von „Milderung und Ausschließung der Strafe", wurden unverändert angenommen. Zu §. 199 (Antrag auf Bestrafung) war der also lautet: „Die Bestrafung einer Ehrverletzung erfolgt nur auf den Antrag des Beleidigten. Bis zum Anfang der Vollstreckung des Erkenntnisses kann der Antrag auf Bestrafung zurückgenommen werden" wurde hinzugefügt, „wenn nicht der Beklagte widerspricht." §. 200 ward ohne Aenderung angenommen. Von §. 201 wurde der erste Satz: „bei Ehrverletzungen gegen ganze Stände, Korporationen, Gesellschaften oder Familien ist jedes einzelne Mitglied derselben zu dem Strafantrage ermächtigt" angenommen. Im zweiten Satze wurde statt „ehrverletzende Aeußerungen über einen Verstorbenen berechtigen den Ehegatten rc., sowie die Erben des Verstorbenen, und zwar jede einzelne dieser Personen, auf Bestrafung des Beleidigers anzutragen" — „Verunehrungen und Schmähungen über einen Verstorbenen" gesetzt. Unter diesem §. wurde der §. 105, über Verunehrungen und Schmähungen verstorbener Mitglieder des königl. Hauses, der zurückgelegt war, mit eingebracht, mit der Bestimmung, daß die Strafe nur auf Antrag des Staatsanwaltes verhängt werden kann. Mit der Berathung dieses §. schloß die Sitzung vom 16.

Ueber die drohenden Kriegsaussichten wird der „Weser-Zeitung" aus Berlin geschrieben: Man erzählt hier seit gestern in den diplomatischen Kreisen, daß der König von Sardinien sich mit ganz bestimmten Anträgen um Unterstützung an England gewandt habe, um in den Stand gesetzt zu sein, jedweden möglichen Bestrebungen der Oesterreicher in Italien thatkräftig entgegentreten; daß das Wiener Cabinet dagegen, sobald es hiervon Kunde erhalten habe, sich an Preußen und Rußland als Mitgaranten des Wiener Traktats gewendet und dieselben aufgefordert habe, ihm erforderlichen Falls zur Aufrechthaltung der Stellung in Italien behilflich zu sein. Es soll, so wird hinzugefügt, in Folge hiervon in diesen Tagen der Befehl an das Generalkommando des in Pommern stationirten Armeekorps abgegangen sein, Alles so in Bereitschaft zu setzen, daß die Truppen jeder Zeit in zwei Tagen vollständig marschfertig sind. Der hiesige russische Gesandte, Baron v. Meyendorff, endlich macht kein Hehl daraus, daß an der galizischen Grenze 50,000 Mann Russen des ersten Winkes gewärtig seien, um zur Unterstützung Oesterreichs zu marschiren, wohin der Kaiser befehle.

**Schlesien.** Breslau, 18. Februar. Der Unterstützungsausschuß für die Armen in Oberschlesien zeigt in der Schles. Z. an, daß ihm bis zum 15. d. die Summe von 35,663 Thlrn. zugekommen ist; so namhaft diese Summe sei, so reiche sie doch bei Weitem nicht, dem beispiellosen Elend ganz abzuhelfen. Der Ausschuß fordert daher zu weitern Beiträgen auf, über sein bisheriges Wirken legt er in folgenden Worten Rechenschaft ab: Nachdem der Staat die eigentliche Ernährung der Hilfsbedürftigen im Allgemeinen übernommen und eingeleitet hat, haben wir desselben, unsere Wirksamkeit dahin zu beschränken, dort helfend einzuschreiten, wo der Umfang der Staatsunterstützung sich nicht hinzuwenden vermag. Namentlich also wollen wir unsere Thätigkeit richten: 1) auf die Pflege der Kranken; 2) auf die bessere Ernährung der Rekonvalescenten; 3) auf die Unterbringung, die Bekleidung und sorgfältigere Verpflegung der gänzlich hilflosen Waisen; 4) auf die Errichtung von Bäckereien, um die vom Staat gewährten Nahrungsmittel sorgfältiger zu verwenden; 5) auf die Er-

*) Der Nachsatz, der auf den Nachfall den immerwährenden oder zeitigen Verlust der Befugniß zur fernern Praxis erkennt, wurde ganz gestrichen.

Digitized by Google

richtung von Suppenanstalten, wo es die Sorge für die Rekonvalescenten erfordert. Die lokalen Einrichtungen haben wir beschlossen den Lokalkomités zu überlassen. In dem Kreise Pleß haben wir durch eine sehr zweckmäßige Einrichtung, Gliederung und Verwaltung des dortigen Komités bereits die nöthigen Organe überall zur Verfügung unserer angegebenen Zwecke erhalten. Im Kreise Rybnik sind diese Organe in der Bildung begriffen. Nächst dem Königl. Oberpräsidenten v. Wedell hat der Generalsekretär an Ort und Stelle von der Lage der Dinge in den bedrängten Kreisen in der vorigen und früheren Woche Kenntniß genommen und ist demnach beschlossen worden, das gegenwärtig im Rybniker Kreise anwesende Mitglied, Dr. Kuh, sowie den dahin abgehenden Herrn Biren von Karstand zu bevollmächtigen, alle für den Zweck des unterzeichneten Komités nothwendigen Einrichtungen in Gemeinschaft mit den Kreiskomités zu treffen, um so die Maßregeln zur Abhilfe der Noth ohne Zeitverläumniß und unnütze Rückfragen zu bewerkstelligen. Bis jetzt sind jedem der Kreiskomités 2000 Rthlr. zur ersten Einrichtung von Waisenbewahranstalten, Nachtasylen und Suppenanstalten und der besseren Verpflegung der Rekonvalescenten überwiesen worden, und ebenso haben wir zu dem letztgedachten Zwecke 500 Rthlr. und 25 Ctr. Reis dem Vorsteher der barmherzigen Brüder, welche sich der Krankenpflege doet gewidmet haben, gesandt. Heute haben wir zur Fortführung und Unterhaltung der gedachten Anstalten, wiederum den Kreiskomités jedem 2000 Rthlr. und ein Faß Reis überwiesen, in Summa also 8506 Rthlr. baar fortgeschickt.

Die Allg. Z. für Christenthum und Kirche berichtet aus Magdeburg vom 11. Febr., daß Pastor Dulon vom Konsistorium eine Mahnung empfangen hat, binnen 14 Tagen (der Erlaß ist vom 29. Jan. d. J.) die nach jener mündlichen Besprechung am 11. Jan. (Nr. 17) von ihm verlangte definitive Erklärung „über seine gegenwärtige Stellung zu den von ihm ausgegangenen öffentlichen Kundgebungen" schriftlich einzureichen. Das Konsistorium sagt, daß die fernere Berathung über diese Angelegenheit nicht weiter verschoben werden könne, und fügt hinzu, daß, wenn „zu seinem Bedauern" Dulon mit der verlangten Erklärung Anstand nehmen sollte, es zunächst davon ausgehen müsse, daß er bei allen seinen durch den Druck veröffentlichten Erklärungen in seinen letzten beiden Schriften unverrückt stehen bleibe.

Aus der Provinz Sachsen, 15. Febr. Der „Aachener Zeitung" wird geschrieben: Leider muß ich Ihnen melden, daß Krakrügge auch in dem zweiten Prozesse, welchen Hr. v. Ehrenberg gegen ihn anhängig gemacht, gestern in erster Instanz ebenfalls zu vier Monaten Zuchthausstrafe verurtheilt worden ist. Die zum Besten seiner Familie veranstalteten Sammlungen haben den besten Erfolg. Gestern ist in Erfurt ein ansehnlicher Beitrag zu den Prozeßkosten auch aus der bairischen Pfalz eingegangen.

**Baiern.** * Der D. M. Z. hatte in ihrer Nr. v. 19. d. berichtet, daß eine Anzahl „Alemannen" in Plauen angklagt sei, und nächstens eine Erklärung von ihnen erfolgen werde, worin sie es unternehmen wollten, sich als Märtyrer ihrer jesuitenfeindlichen Gesinnung darzustellen. Dieser kühne Versuch ist in der That erfolgt; in einem Inserat, welches in der D. A. Z. eine ganze Spalte einnimmt, bringen die Ausgewiesenen einen langen Bericht darüber, wie sie es eigentlich gewesen seien, die dem Liberalismus an der Universität eine Stütze werden, den Jesuitismus verdrängen und den Einfluß der ultramontanen Partei gründlich zerstören wollten. Sie finden es daher ganz natürlich, „den Salon einer Dame zu besuchen, die durch Beschäftigung des Liberalismus sich auszeichnete"; sie können es nicht tadelnswerth finden, daß „ein junger Mann Thränen vergießt bei dem Anblicke der stets neu gesäumieerten Fesseln, die sein Vaterland schänden sollten"; sie lassen daher alle Verdächtigungen und Beschuldigungen unbeachtet und scheiden „beruhigt durch ihr Bewußtsein" freiwillig (?) und gern von einer Universität, an der man ihnen wehren wollte, frei zu denken." Wir heben diese Stellen hervor, weil sie genügen, den Geist der ganzen Erklärung zu bezeichnen; über den innern Werth des Aktenstücks wird bei jedem Menschen von fünf Sinnen nur eine Stimme sein. Gottlob ist man in Deutschland noch nicht so weit in der Verwirrung der Begriffe gekommen, daß man Liberalismus und Libertinismus mit einander verwechselte; gottlob ist die Freiheit weder in Baiern noch anderwärts so verlassen, daß die Freunde und Gesellen der spanischen Tänzerin sich ihrer annehmen müßten. Man kann ein sehr entschiedener Jesuiten- und Rodelfeind sein, aber bejammern doch nur Freude darüber empfinden, wenn diese Jesuiten und dieser Adel über einen sittlichen Stand ihr Interdikt aussprechen, als dessen Vertheidiger sich höchstens noch Liberale vom Schlag der Alemannen aufwerfen. Lieber einen Adel, der einer Dubarry den Rücken kehrt, als einen bürgerlichen Minister, der aus solchen Händen ein Portefeuille annimmt. Es gibt Fragen, wo die politischen und kirchlichen Meinungen aufhören, wo allein der sittliche Maßstab anzulegen ist; solch eine Frage war die Wirksamkeit der Gräfin Landsfeld in Baiern. Daß sich in allen Theilen Deutschlands und unter allen Parteien Leute fanden, die über dieses stillste Aergernis übereinstimmend den Stab brachen, daß der Unwille zuletzt zu einer Stärke wuchs, deren Ausbruch noch in Aller Erinnerung ist, kann in uns nur befriedigende Gefühle erregen, auch wenn wir weder Jesuiten- noch Adelsfreunde sind, noch für Studentenemeuten schwärmen. Wenn sich aber die feile Frivolität in ein jugendhaftes Gewand hüllt, oder die an Sitte und Gesinnung schiffbrüchige Verderbtheit unter der Firma politischer Gesinnungen sich rechtfertigen will, so können wir für solche — wie sollen wir es nennen? — Begriffsverwirrung oder Frechheit keinen zu starken Ausdruck des Unwillens finden.

**München**, 19. Febr. Hofrath Thiersch ist zum Vorstand der Akademie ernannt.

Der Allg. Z. wird aus Lindau vom 18. d. geschrieben, daß die Gräfin Landsfeld sich dort noch aufhalte; die Nachrichten der Eiberf. Z., die sie in Bonn anwesend sein ließ, oder des Rh. Beob., der sie durch Köln reisen sah, scheinen demnach eben so zweifelhaft zu sein, wie die Berichte anderer Blätter, die sie in Zürich wußten.

**Württemberg.** Stuttgart, 19. Febr. Durch königlicher Verordnung ist der Ausgangszoll auf Getreide im Einvernehmen mit den Regierungen von Baiern und Baden wieder aufgehoben.

**Baden.** * Karlsruhe, 21. Febr. Der Präsident und der erste Vicepräsident der zweiten Kammer sind durch Unwohlsein abgehalten, den Vorsitz einzunehmen; die heutige Sitzung wurde daher von dem zweiten Vicepräsidenten Weller geleitet. Eingekommene Petitionen betreffen die Firirung der Weinaccise, wobei der Abg. Vogelmann bemerkt, daß die Regierung eine Aenderung der Gesetze über die Besteuerung des Weins vorbereite, — das Bienenkulturgesetz, gegen welches eine immer steigende Zahl von Wasserwerksbesitzern sich erhebt, — die 13 Offenburger Artikel, von deren Unterzeichnung — wie Richter anführt — viele Bürger von Achern durch die angeregte Besorgniß, das Oberamt nicht zu erhalten, abgeschreckt wurden, — die Unterstützung der Blindenanstalt u. s. w.

Die Tagesordnung führte zur Diskussion von Rechnungsberichten.

Dem Bericht des Abg. Blankenhorn-Krafft über die Rechnungsnachweisungen der Steuer-, Salinen- und Zollverwaltung für 1844 und 1845 entnehmen wir folgende Hauptergebnisse: Die Einnahmen der Steuerverwaltung haben in beiden Jahren zusammen 12,279,564 fl. betragen; die direkten Steuern 5,793,900 fl. Die Gewerbsteuer ist hinter dem Voranschlag zurückgeblieben, und das Eingehen mehrerer Fabriken wie die Verminderung der Gewerbsgehilfen deutet auf einen damals schon vorhandenen Zustand, der sich leider auch verschlimmert hat und Mittel zur Abhilfe, besonders durch eine zeitgemäße Gewerbsordnung dringend erheischt, auch die Zahl der Weinhändler hat abgenommen, was sich nicht allein durch den geringen Weinertrag jener Jahre, sondern auch durch die lästigen Kontrolvorschriften und Plackereien erklärt. Die Klassensteuer ist dagegen mit der Zahl der Angesteuerten, hauptsächlich bei der Einsendung, gestiegen. — Die indirekten Steuern haben 3,862,000 fl. (in beiden Jahren) ertragen. An Weinaccis und Ohmgeld, Branntweinkrifteigeld und Schlachthäuserzahl haben sich bedeutende Ausfälle ergeben, welche durch Mehreinnahmen an Biercaccis, Kauf-, Schenkungs- und Erbschaftscaccis nahezu aufgewogen werden. Daß dem verminderten Genuß von Wein auch theilweise vermehrte Kaffeeanwendung und Zwangsverkäufe gegenüberstehen, ist keine erfreuliche Erscheinung. Die Justiz und Polizeigefälle haben 2,324,500 fl. ertragen, die Forstgerichtsgefälle 203,200 fl. — Die Lasten und Verwaltungskosten sämmtlicher Einnahmen haben 1,545,690 fl. betragen.

Die Salinen haben eine reine Einnahme von 2,212,100 fl. nachgewiesen. Der Verbrauch von Kochsalz im Lande war 1844 — 307,218 Ctr. und 1845 — 314,081 Ctr.

Nach den Rechnungen der Zollverwaltung hat der Antheil Badens an den gemeinschaftlichen Zollgefällen 5,224,850 fl. betragen und den Voranschlag bedeutend überstiegen, was hauptsächlich der Mehreinfuhr von Rohzucker, Eisen, Kaffee, Tabaksblättern, Vieh, Wollenwaaren, Tabaksfabrikaten, Getreide und Wein zugeschrieben ist. — An unmittelbaren Einnahmen vom Rheinoctroi, Wasserzöllen von Nebenflüssen, Rübenzuckersteuer und Rheinbrückengefällen sind 973,976 fl. eingegangen. Verschiedene ohne ständische Genehmigung vorgenommene außerordentliche Ausgaben veranlassen die Kommission zu dem dringenden Wunsche: daß die im Verwaltungswege bewilligten Kredite

Digitized by Google

auf ganz dringende Fälle beschränkt, auch jedesmal der nächsten Ständeversammlung zur Kenntniß gebracht werden möchten.

Die Hauptmomente der Diskussion waren folgende: Die Accise, von Scheffelt als eine verderbliche und gehässige Abgabe, eine Schule der Unredlichkeit, ein Schaden für die öffentliche Sittlichkeit bezeichnet, sollte aufgehoben und in eine direkte Steuer umgewandelt werden, wodurch auch die kostspielige Aufsicht und Kontrole wegfallen würde. Dabei wurde bei Gelegenheit der Branntweinsteuer der Wunsch ausgesprochen, daß dem überhandnehmenden Branntweintrinken gesteuert werden möchte. Ulrich hält dagegen die indirekten Steuern für die am richtigsten angelegten; wer gut esse und trinke, der solle auch gut bezahlen. Welte erwartet weder von Polizei- noch von Steuermaßregeln Etwas gegen die Branntweinpest. Herabsetzung der Steuern auf Wein und Bier, Hebung der Volksarbeit, besonders der Gewerbe, werde der ärmeren Klasse möglich machen, gesundere Getränke zu genießen, während ihnen jetzt nichts Anderes zugänglich ist als Branntwein, bei harter Arbeit und rauher Nahrung. Mathy gab einen allgemeinen Ueberblick über die Ergebnisse der Steuerverwaltung in den letzten Jahren, woburch manche bedenkliche Wahrnehmung über den Rückgang der Gewerbe und die zunehmende Verarmung bestätigt wird. M.-Präs. Regenauer bemerkt, daß es leichter sei, eine Steuer zu bekämpfen, als den Ausfall durch eine bessere zu ersetzen. Die Regierung beschäftige sich mit der Frage, welche Modifikationen an der Gesetzgebung über die Accise vorzunehmen seien, und werde Sachverständige darüber hören. Solche Gegenstände bedürfen einer reifen Berathung. — Die Kammer war darüber einig, daß diese Fragen bei dem Budget zu erörtern seien, und wir beschränken uns daher auf die Erwähnung, daß zwischen dem Abg. Kapp und dem Präs. des Finanzministeriums ein sehr heftiger Wortwechsel entstand, wobei Brentano bemerkte, daß der Anstand, den man von den Abgeordneten verlange, auch ihnen gegenüber von Seite der hh. Regierungskommissäre beobachtet werden sollte. — Die Einnahmen der Zollverwaltung veranlaßten eine lebhafte Verwendung für Ermäßigung des Rheinbrückengeldes in Mannheim, welche durch die Verbacher Bahn geboten sei, wenn nicht ein großer Verkehr dem Lande entzogen und einer andern Richtung zugewendet werden soll. F.-M.-V. Regenauer erwiderte, daß dieser Gegenstand untersucht, und die Ermäßigung, sobald sie als nothwendig erscheine, eintreten werde. Scheffelt wünscht besseren Zollschutz für die Maschinenfabrikation, wogegen von Denning, Metz und Anderen entgegnet wird, daß die Maschinenfabrikation am Besten durch genügenden Schutz der Spinnerei gehoben werde, gegenwärtig würde ein hoher Zoll auf Maschinen die Zuckerfie schwer beeinträchtigen, und ein Zollaufschlag wird für die von Außen bezogenen Maschinen ohnehin nur dann gewährt, wenn nachgewiesen ist, daß dieselben im Vereinsgebiet nicht gefertigt werden können. — Die Einnahmen und Ausgaben der Zoll- und der Salinenverwaltung werden genehmigt. Bei letzterer brachte Scheffelt mehrere Uebelstände bezüglich auf Versendungen und Beschaffenheit des Salzes und der Säcke zur Sprache, worüber nach Angabe der Regierungscommission seine Beschwerden bei der Finanzverwaltung eingekommen waren. Da jedoch Petitionen vorliegen, so wird der Gegenstand ausführlicher zum Vortrage kommen.

Der Bericht des Abg. Dörr über die Berg- und Hüttenverwaltung zeigt, daß die Verhältnisse der Eisenproduktion in den Jahren 1844 und 1845 zwar gegen früher etwas besser geworden, aber doch hinter den Erwartungen, auf welchen das Budget beruhte, zurückgeblieben waren. Die badischen Berg- und Hüttenwerke, soweit sie Domänengut sind, haben ein festendes und umlaufenden Betriebsfonds von 2,173,500 fl. Der Reinertrag in den beiden Jahren 1844 und 1845 betrug 184,820 fl., welcher sich aber nur in der Zunahme der Naturalvorräthe findet. Diese haben sich nämlich im Laufe der zweijährigen Finanzperiode um 309,920 fl. vermehrt, dagegen war die Ausgabe um 125,100 fl. größer als die Einnahme. Es zeigt sich hieraus, daß der Absatz noch immer stockte, und daß das Staatsgewerbe nicht ganz 4 Procent ertrug; übrigens ist der Besitz und die Ausdehnung einer einheimischen Produktion, die uns hinsichtlich einer ausgezeichneten Qualität Eisen wenigstens theilweise vom Ausland unabhängig macht, höher anzuschlagen als nach dem Maßstabe der Zinsrente. — Fast von allen Gattungen, besonders von Walz- und Kleineisen, Blech-, Masset- und Gesichtreifen, Bengel- und Waltmaterial wurde bedeutend weniger verkauft als angenommen war, nur der Absatz von Stab- und Seebeisen übertraf den Voranschlag. Außer den allgemeinen Ursachen, welche die deutsche Eisenproduktion drücken, wirkte hier die Abnahme des Begehrs für die Schweiz. Auch hatte die Verwaltung die Preise nicht ermäßigt, während die Besitzer der Privateisenwerke die Preise um 5 bis 8 Procent billiger stellten, um der fremden Mitbewerbung zu begegnen. Die Budgetkommission erachtet daher im Interesse des Staates, daß den Veränderungen in den Preisen Rechnung getragen werde.

Bei dem Verwaltungsaufwand zeigt sich, daß die Beamten der Berg- und Hüttenverwaltung gegen jene der Salinen- und der Münzverwaltung besser bedacht sind, eine Erscheinung, die überall wahrzunehmen ist, wo Stellen der Grundstocksverwaltung mit solchen der allgemeinen Staatsverwaltung einen gemeinschaftlichen Etat haben.

Für den gewöhnlichen Bauaufwand ist der Voranschlag um mehr als 39,000 fl. überschritten, was die Kommission um so mehr mißbilligt, als der Ertrag der Hüttenwerke kein erfreulicher ist.

Eine Folge der Anhäufung von Vorräthen wegen stockenden Absatzes ist auch die verminderte Ausbeute an Erzeugnissen des Bergbaues, indem 172,261 Sester Erze weniger gefördert wurden, als im Budget angenommen waren.

Eine Bemerkung in dem Berichte, daß die Beamten der Grundstocksverwaltung besser bedacht seien als jene der Staatsverwaltungszweige, wird von dem Präsidenten des Finanzministeriums angefochten, von dem Berichterstatter und dem Abg. Mathy aber näher nachgewiesen. Gegen die Rechnungen wurde Nichts erinnert.

**Nassau.** Wiesbaden, 20. Febr. Auf landesherrlichen Befehl ist die Eröffnung unserer Ständekammer für den 11. März anberaumt.

**Frankfurt a. M.**, 17. Febr. Der Bassermann'sche Antrag macht hier auf alle Klassen der Bevölkerung einen ungetheuren Eindruck; man spricht von nichts Anderem. Die Einsicht, daß Deutschland im Innern einig sein müsse, um nach Außen stark zu sein, durchdringt das ganze Volk; das Beispiel der Schweiz, deren innere Schwäche aufrecht zu erhalten, damit sie auch nach Außen schwach bleibe, erklärte Absicht ist, schreckt und spornt uns so mehr, als die Deutschen ein großes Volk sind, und es um so schmachvoller für sie wäre, wenn sie ohne Einfluß auf die Geschicke Europa's und ihre eigenen blieben. Würde, fragt man, Dänemark den Versuch wagen, Schleswig-Holstein wie eine eroberte Provinz an sich zu ziehen und die Verträge, durch welche sie untrennbar von Deutschland sind, zu durchbrechen, würde es diesen Versuch wagen, wenn das deutsche Volk und seine Vertreter auf die Entschließungen des Bundes den gebührenden Einfluß hätten? Preußen und Oesterreich, sagt man, besolgen als Großmächte ihre eigene Politik, ihnen wirkt der Einfluß Englands, Frankreichs und Rußlands in Dänemark entgegenst entgegen; wie könnte, wie dürfte Dänemark sonst unter Friedrich VII. das Unternehmen Christians VIII. mit solcher Energie fortsetzen? Wie wenig sieht und hört man von Preußens und Oesterreichs Bemühungen, obgleich sie doch ungleich stärker auftreten könnten. Wie rührig nimmt sich dagegen das französische Kabinet, die englische Presse der dänischen Bestrebungen gegen Deutschland an, und ahmt Dänemark nicht bereits Rußlands Beispiel in den Ostseeprovinzen durch Unterdrückung der deutschen Sprache in Haberstehen nach? Die kränkende Geringschätzung Dänemarks gegen Deutschland findet man besonders darin, daß jenes im Vertrauen auf die Unpopularität des Bundestages wähne, die Holsteiner setzen an Kopenhagen fesseln zu können, als sie an Frankfurt gefesselt sein. Aber glücklicherweise wird Dänemark auch durch eine französische Verfassung zu seinem Frankreich, mit welchem die Verbindung zu Einem Reich etwas Lockendes hätte, und die Zeiten sind vorüber, wo ein deutscher Beikstamm in allgemeiner Erschlaffung gleichgiltig gegen die Behauptung der höchsten geistigen Güter war; und wie hat Deutschland diese Güter nicht vermehrt seit jener Zeit? — Hier kommt soeben eine kleine bei Hrse in Bremen erschienene Schrift „Annehmen oder Ablehnen — das Resteip über eine dänische Gesammtstaatsverfassung" an, welche von einem unterrichteten Verfasser geschrieben, in einfacher Sprache die zwingenden Gründe für Ablehnen kurz zusammenstellt.

**Bremen**, 18. Febr. Karl Hainzen, welcher durch den ironischen Zufall in Gesellschaft von 6 aus der Schweiz flüchtigen Jesuiten die Ueberfahrt nach New-Yorf gemacht hat, wird heute nebst dem kaufmännischen Direktor Zyssowski die Leitung der „Schnellpost" übernehmen, und es steht sich dadurch, ob sich unter dieser Redaktion die wünschenswerthe Stellung eines Besten zwischen der alten und neuen Heimath auffüllen wird. Wir fügen hier die für die deutsch-amerikanische Dampfschifffahrt erfreuliche Nachricht an, daß nach einer zuverlässigen Mittheilung die Verhandlungen der zwischen der Ocean-Steam-Navigation-Company und dem Generalpostamt abgeschlossenen Kontraktes um mehrere 5 Jahre schon in naher Aussicht stehen soll, der sicherste Beweis, wie man drüben an vorurtheilsfreier Stelle die Solidität des Unternehmens würdigt. (Br. H.)

Digitized by Google

**Schleswig-Holstein.** × **Kiel**, 18. Febr. Die Einstimmigkeit in der Frage: Wie ist die im Verfassungsentwurf gebotene Gesammtstaatsverfassung abzulehnen, welche sich auf der gestrigen Versammlung der Abgeordneten Schleswigs und Holsteins kund gab, muß Deutschland in der Ueberzeugung befestigen, daß Schleswig-Holstein ein deutsches Land ist. Einstimmig ist beschlossen, auf den demnächstigen Wahlversammlungen zu Itzehoe und Schleswig soll jeder einzelne Wähler vor der Wahlhandlung dem Kön. Kommissär folgende protestirende Erklärung, deren nähere Fassung den einzelnen vorbehalten, abgeben: „Nicht als Abgeordneter, sondern als von Sr. Majestät zur Erwählung von Rathgebern bestimmter Wahlmann wähle ich, von der Ueberzeugung geleitet, daß die Gewählten, der Rechte der Herzogthümer eingedenk, welchen ich durch meine Wahl Nichts vergeben kann oder will, Sr. Majestät die Einführung jeder auf der Idee eines dänischen Gesammtstaats beruhenden Verfassung, als den Rechten und Interessen der Herzogthümer widersprechend, widerrathen, dagegen die Vorlage einer konstitutionellen Verfassung für beide Herzogthümer Schleswig und Holstein unterthänigst beantragen werden". Falls der Kommissär unter dem Vorgeben mangelnder Instruktion die Annahme dieser Erklärung verweigere, ist ferner einstimmig beschlossen, auf die Wahlhandlung in keiner Art einzugehen, bis derselbe die betreffende Instruktion eingeholt; für den Fall endlich, daß die Erklärung wegen ihres Inhaltes zurückgewiesen würde, ist sofortiges Auseinandergehen ohne Wahl einstimmig beschlossen.

* Kiel, 18. Febr. Gestern waren hier aus beiden Herzogthümern Schleswig und Holstein die Abgeordneten zusammen gekommen, um sich über die Frage zu berathen, ob die von der Staatsregierung angeordneten Wahlen zur Berathung der im königl. Reskript v. 28. Jan. vorbestimmten Verfassung vorzunehmen seien oder nicht. Aus Holstein waren alle Abgeordneten, bis auf 3 durch Krankheit oder sonstige Umstände verhinderte Deputirten, erschienen. Es fehlten blos 16%, Gählert und Dawen. Aus Schleswig fehlten die Dänisch gesinnten Nordschleswiger insgesammt und außerdem noch einige Andere. Die Beratablitäten waren alle aus Schleswig erschienen. Die Berhandlungen begannen um 12 Uhr des Mittags und dauerten bis 11½ Uhr Abends, mit einer Pause von etwa 2 Stunden dazwischen. Endlich ward der Vorschlag des Advokaten Claussen aus Kiel einstimmig angenommen. Derselbe lautet dahin, daß die Abgeordneten bei der Wahl dem königl. Wahlkommissär erklären..... (s. die obenstehende Erklärung.) Will der Wahlkommissär diese Erklärung nicht zu Protokoll nehmen, so soll noch einstimmigem Beschluß die Wahl verweigert werden. Die Erklärung, daß man nicht als Abgeordneter, sondern als königl. ernannter Wahlmann wähle, rechtfertigt sich dadurch, daß nicht die Ständeversammlungen, wozu namentlich vom Königl. delegirte Mitglieder aus der Ritterschaft, der Geistlichkeit von der Universität gehören, sondern die 3 Kurien der großen und der kleinen Grundbesitzer und der Städter aus ihrer Mitte wählen. Die Wahlmänner, zur Wahl erfahrene Männer vom Volke nicht erwählt, sondern vom Könige ernannt, haben also durchaus keinen repräsentativen Charakter, sie können und wollen den Rechten des Landes, insbesondere dem Rechte, daß eine Verfassung vor ihrer Erlassung den Ständeversammlungen zur Berathung vorzulegen ist, Nichts vergeben. Zugleich spricht sich in der Erklärung die entschiedene Ansicht gegen eine Gesammtstaatsverfassung und für eine schleswig-holsteinische Verfassung aus. Nimmt die Regierung die mit solcher Erklärung abgegebenen Wahlen an und beruft sie die Gewählten, so kann denselben nicht verweigert werden, alle in den schleswig-holsteinischen Staatsrath, in der Natur der Dinge und in der entschiedenen Gesinnung des Volks enthaltenen Gründe gegen die Gesammtstaatsverfassung und für eine schleswig-holsteinische Verfassung geltend zu machen. Anfangs gingen die Ansichten sehr aus einander. Die Schleswiger wollten größtentheils nicht wählen, die Holsteiner waren meistens für die Wahl. Zuerst nahm Graf Reventlow aus Preetz das Wort für die Wahl, ihm stimmte Klenze bei. Darauf setzte Beseler die Gründe weiter die Wahl ausführlich aus einander. Für die Wahl sprachen sich aus Holstein aus: Graf v. Reventlow, Justizrath Kleye, Oberappellations- und Etatsrath Friese, Bürgermeister Dr. Balemann, Redakteur Th. Olshausen, die Advokaten Bargum und Claussen, sowie aus Schleswig die Advokaten Dr. Müller und Reinecklamp, endlich der Etatsrath Wisser. Gegen die Wahl aus Schleswig: Beseler, die Obergerichts- und Etatsräthe Rockels und Esmarch, die Advokaten Gülich, Brewer, der Gerichtshalter Haase, desgleichen aus Holstein die Advokaten Koch, v. Beangen und Oberauditeur Bonkel. Die Abstimmung ergab gegen die Wahl 21, für dieselbe 39 Stimmen. Darauf erklärte Etatsrath Rockels: Einigkeit scheine ihm nöthig, es gehe jetzt zur andern Seite über, ihm folgte Etatsrath Esmarch. Es ward sodann über die Form des Vorbehalts verhandelt. Reventlow wollte Anfangs seine bindende Formel, wollte freie Hand, ihm stimmten Etatsrath Wiese und Dr. Balemann bei. Allein Beseler erklärte sich jetzt für Clausens Vorschlag und sprach sich dahin aus, daß er unter solcher Bedingung wählen wollte. Jetzt stimmte Reventlow bei, um Einigkeit hervorzubringen, worauf denn der obige Antrag einstimmig angenommen ward, wobei indeß Einzelne sich vorbehielten, bei der Wahl den Sinn obiger Erklärung in andern Worten auszudrücken. — Die hauptsächlichsten gegen die Wahl vorgebrachten Gründe waren: Ein Gesammtstaat werde offenbar intendirt, das Reskript vom 28. Jan. sei eine Foetsetzung des offenen Briefs. Die entscheidende Erklärung dagegen sei die Ablehnung der Wahl, eine Wahl mit Protestationen und Reservationen sei eine protestatio facto contraria und wenig wirksam, wie Hannovers Beispiel erwiesen habe. Die Wahl sei ein Eingehen auf die Sache, die Regierung werde eine Verhandlung nur auf der Grundlage des Reskripts zulassen, die Gewählten würden im Sinne und Interesse der Bewohner der Herzogthümer in Kopenhagen Rechts ausbrichten können. Die Volksstimme im Lande und in Deutschland sei entschieden gegen die Wahl, deren Verneinung daher große Wirksimmung hervorbringen würde. Für die Wahl ward geltend gemacht: Eine negative Wirksamkeit, Reinsagen, Ablehnen sei nicht ausreichend, die Aggression, der Antrag auf eine schleswig-holsteinische Verfassung sei die beste Abwehr des Gesammtstaates. Die mündliche, klare und entschiedene Darlegung unserer Rechte und Ueberzeugungen, sowie der einstimmigen im Lande herrschenden Gesinnung, die Widerlegung der Gegengründe der Dänen, die Verhandlung mit ihnen und mit dem Könige wäre wirksamer, um drohende Uebel zu verhindern, zumal bei der gegenwärtigen politischen Weltlage in Italien, in der österreichischen Monarchie und anderwärts. Wenn das Volk in den Herzogthümern und in Deutschland die Verhandlung unserer Grundsätzen kräftigst unterstützte, so sei bei der jetzigen Stimmung der Fürsten, der Volksgesinnung Einfluß einzuräumen, die Erlangung einer schleswig-holsteinischen Verfassung wenigstens möglich. Jedenfalls sei durch die Wahl kein Recht vergeben. Werde die Regierung eine Gesammtstaatsverfassung einführen, nachdem sie auf das Dringendste davon abgerathen, so werde die Nichtwahl solches gewiß noch weit weniger hindern. Könne nicht die Regierung andere erfahrene Männer berufen? Was sichere insbesondere vor einer größeren Nachgiebigkeit gegen die Anforderungen der Dänen, welche eine Inkorporation Schleswigs, von Dänemark bis an die Eider wollten? Unsere Vertreter würden doch vielleicht größere Uebel abwenden können. Minoritätswahlen seien in Nordschleswig ziemlich gewiß. Die Ritterschaft, der Geistlichkeit, die Universität wolle wählen. Bei es unter solchen Umständen nicht ein größerer Fehler, wenn wir es verabsäumen, entschiedene Männer hinzusenden, zumal da diesihen keinen repräsentativen Charakter hätten, unsern Rechten Nichts vergeben könnten?

Kiel, 17. Febr. In der gestern erwähnten Adresse, die man an die hier anwesenden Abgeordneten richtete, heißt es: „Wenn Sie beschließen, nicht zu wählen, das Volk wird Ihrem Beschlusse Kraft verleihen. Wenn Sie beschließen, zu wählen, das Volk wird wissen, daß Sie nicht wählen werden, um zwischen Unvereinbarem eine Vermittelung anzunehmen. Sie werden nicht wählen, um Theil zu nehmen an der Errichtung eines Gesammtstaates und der Zerstörung unseres Landesrechts; Sie werden nur wählen, um aus der gebildeten Person des Monarchen sittlich abzumahnen von irgendeiner die anbedingte staatliche Selbständigkeit der Herzogthümer verletzenden Verbindung mit Dänemark. Sie werden nur wählen, dem Monarchen das Recht des Landes auf Wiederherstellung einer konstitutionellen Verfassung auszusprechen. Was Sie, hochverehrte Männer, beschließen, das Volk Schleswig-Holsteins steht neben Ihnen, solange Sie keines seiner Rechte aufopfern, und mit Ihnen werden sein des Deutschen Bundes Schutz und die Kraft des deutschen Volkes."

**Schweiz.**

* Vom Rhein, 22. Febr. Ich begreife nach dem Schlusse der vortrefflichen Antwortnote der Tagsatzung, daß die Anklagen Ihres Redakteurkorrespondenten gerade in Ihrem Blatte in diesem Augenblicke sehr ungelegen kamen, wo man eine Note abschloß und in ihr die offizielle Antwort auf eben die Anklagen der Mächte in Bezug auf die Propaganda in der Schweiz zu geben hatte. Sie werden mit dem Redakteurkorrespondenten so billig sein, einzusehen, daß in Rücksicht auf diese Verhandlungen der Moment der Warnung nicht wohl gewählt war. Bei alle dem soweit mir konnte die Schweizer Presse dem Redakteurkorrespondenten und selbst die Tagsatzung den Mächten

Digitized by Google

eine Antwort geben, die vielleicht von noch mehr gutem Bewußtsein zeugte und der ganzen Wahrheit mehr entsprochen hätte. Warum sollte man nicht, etwa wie Palmerston im Namen Italiens gegen Oesterreich that, eingestehen, es „wüchten einzelne unsinnige Fremde in der Schweiz sein, die propagandistische Entwürfe hegten, es möchten einzelne Schweizer sein, die mit ihnen Verkehr trieben, wenn man zu diesem Gständniß die Frage an Frankreich wie an Rußland richtete, ob es diese Propaganda nicht auch bei ihnen, ob es sie nicht überall gebe? Wenn man dieselben Namen zu nennen aufgefordert ward, in einer Sache, die kaum den untersuchenden Behörden bewiesbar sein würde, so könnte man nur auf das Notorische eintreten; es ist wohl nicht zu läugnen, daß Heinzen wühlerische Schriften nach Deutschland geworfen hat, und sein Verkehr würde sich wohl bezeichnen lassen. Aber man dürfte von der Schweiz aus nur dazu fragen, ob es nicht ebenso notorisch ist, daß Heinzens Freunde mitten in Deutschland jene Flugschriften ausbreiten oder auch drucken und machen? Man dürfte fragen, welche Nachbarschaft eigentlich die schlimmere sei, die deutsche, die diese Wühler gebiert und in die Schweiz ausstößt, oder die schweizerische, deren flüchtlinge wohl nie in Deutschland gesehen worden sind? Wie unbedeutend die Zahl und der Einfluß dieser heimischen und fremden Propagandisten heutzutage sein mag — und ich bin überzeugt, daß sie gerade bei dem jetzigen Stand der Schweizer Dinge ganz außerhalb wühlen — so ist doch auch jetzt, scheint mir, eine warnende Stimme nicht überflüssig. Denn Oesterreich sucht offenbar mit gierigen Augen nach einem Flecchen, wo das System noch einmal einen leichten und sichern Sieg erfechten könnte, in der Hoffnung, daß einem ersten Erfolge weitere und größere folgen würden; Rußland schielt nach, Frankreich leicht sich her, England ist hier am wenigsten zu fürchten: hüte man sich also aufs Vorsichtigste, daß man nicht der großen Politik zum Opfer falle. Kühret Ein Ereignis wie 1830 in der europäischen Welt, die trüben und bewegten Zustände der dreißiger Jahre auf, so ist kein Zweifel, daß Oesterreich und Frankreich in der Schweiz genug Anlaß haben werden, in Trüben zu fischen, daß sich ebensoviel Stoff vorfinden wird, um ihn mit Provokatoren nach Wunsch zu bearbeiten, wie dies damals geschehen ist. Wer es mit der Freiheit, wer es mit dem Frieden und mit geordneter Entwickelung gut meint, der kann jetzt keinen größeren Wunsch haben, als daß Oesterreich aller und jeder Anlaß genommen werde, sich außer seiner Grenze einzumischen und sich innerhalb seiner Grenze über Einmischung und Störung von Außen her zu beklagen. In diesem Staatskörper bereitet sich immer drohender eine gewaltige Krankheitskrise vor, und es ist unser Aller Interesse, ihn so viel als nur irgend möglich ist, zu isoliren.

○ Zürich, 14. Febr. Für die Geltendmachung des Grundsatzes der freien Niederlassung im ganzen Bereiche der Eidgenossenschaft, glaubt der Korrespondent aus Zürich (4. Februar Nr. 43) Schwierigkeiten entdeckt zu haben, die in dem Maße, als er sie voraussetzt, nirgends vorhanden sind. Nach den Versicherungen völlig ortskundiger Männer ist es keineswegs das Volk der inneren Kantone, welches der in Folge der freien Niederlassung zu erwartenden besseren Benutzung der „günstigen Gesellschaftsverhältnisse und des Wasserreichthums" durch größere Gewerbsanlagen im Wege steht. Dies ist sehr natürlich. Wie jetzt Männer, Frauen und Kinder in den industriellen Nachbarkantonen Arbeit suchen müssen, so würden sie dann in der Heimath bequemeren und reicheren Verdienst finden. Es sind nur wenige Reiche, welche, die Noth des Volks in den inneren Kantonen ausbeutend, von ihren Kapitalien bis zu 10 und 12 Proz. jährlich zu erpressen wußten, und welche nun die ihr Wuchergeschäft beeinträchtigende Uebersiedlung wohlhabender Fabrikanten zugern sehen würden. Wie aber die freie Niederlassung die bestehenden Almendgerechtsame beeinträchtigen solle, ist ganz und gar nicht abzusehen. Es gibt in den inneren Kantonen Gemeinden, in denen alle Ortsbürger ein Mitbenutzungsrecht an den Almenden haben; es gibt aber auch andere Gemeinden, wo dieses Recht nicht einmal allen Ortsbürgern, sondern nur einem Theile derselben (Genossen, Almendgenossen) zusteht. Das Almendrecht steht also nicht einmal mit dem Ortsbürgerrecht in nothwendigem Zusammenhange, und mit dem Niederlassungsrecht hat es ganz und gar Nichts zu schaffen. Dieses letztere gewährt nur die Befugniß der Gewerbsbetreibung und wird — in die neue Bundesverfassung aufgenommen — jedem Schweizer gestatten, an seinem Wohnorte zugleich seine staatsbürgerlichen (politischen) Rechte auszuüben. Dagegen bleibt es den Gemeinden nach wie vor überlassen, die Aufnahme in das Ortsbürgerrecht zu gestatten oder zu verweigern und mit Rücksicht auf die Größe des Gemeindevermögens, also auch mit Rücksicht auf die Almendsnutzungen, die Bedingungen der Aufnahme festzustellen.

## Großbritannien.

London, 17. Febr. (Parlamentsverh. über die Bill betr. die polit. Gleichstellung der Juden. Forts.) Hr. Malyole, der gegen die Bill zu Felde zog, äußerte: Die Ausschließung der Juden vom Parlament sei nicht, wie die Vertheidiger der Bill so oft versichert hätten, ein Ausfluß unduldsamen Geistes; man gewähre ja den Juden Alles, was sie verlangen könnten, gesetzlichen Schutz, bürgerliche Rechte und freie Religionsübung. Auch genieße der Jude das aktive Wahlrecht; aus dem Genuß dieses Rechts folge jedoch nicht, daß er auch gewählt werden dürfe. Man stehe vor der Lösung eines wichtigen Problems: ob es zur Theilnahme an der Landesgesetzgebung nothwendig sei, ein Bekenner derselben Religion zu sein, zu der sich das Land bekenne? Je wichtiger und folgenschwangerer diese Frage sei, um so besonnener und gewissenhafter müsse man mit sich zu Rathe gehen. Der Jude habe kein anderes Vaterland als das Land der Verheißung; er sei ein starres Ausnahmswesen, welches fordere, daß man ihm Zugeständnisse mache, ohne selbst welche zu machen. Aber das Christenthum sei das Fundament Englands in einem Maße, daß es straffällig und durch die Landesgesetze darf verpönt sei, nur seine Glossen darüber zu machen. Und selbst durch das 1. Ausschreiben, daß sie hieher zusammengerufen, sei den Mitgliedern des Parlaments die Sorge für die Kirche ebensogut wie für den Staat auferlegt; es sei ein in der Nation tief wurzelndes Gefühl, welches sich gegen die Bill empöre. Ob denn die Juden, wenn sie ein selbständiges Volk wären und ein selbständiges Parlament hätten, je den Christen gestatten würden, Mitglieder dieses jüdischen Parlaments zu sein? Ob denn Anhänger des Talmuds bei einer Frage, welche irgendwie mit der Landeskirche in Verbindung stände, ihre Stimme abgeben dürften? Der Redner verneint dies und hält die Zulassung der Juden für um so gefährlicher, da das politische Leben vom kirchlichen Element an unzähligen Punkten durchdrungen sei.

Hr. Shiel hielt eine glänzende Rede für die Bill, aus der wir jedoch hier nur das Wesentlichste mittheilen können. Nachdem der Redner bemerkt, daß Juden zu auch das Amt eines Oberherrrichs verwalten und sich bei einem Rechtsspruch betheiligen könnten, wodurch einem Christen das Leben abgesprochen würde, und nachdem er hervorgehoben, daß er selbst einer religiösen Gemeinschaft (der katholischen) angehöre, welche früher denselben Beschränkungen unterworfen gewesen, fuhr er, gegen den Sprecher gewendet, fort: „Sir! Ich betheuere, daß, vom Parlament ausgeschlossen zu sein, ein großes Unglück ist; es bleibt übrig, nachzuweisen, daß dieses Unglück zugleich auch ein ebenso großes Unrecht ist. Wozu und wober diese Oberherrfurcht? Zittert Ihr für die Kirche? Diese Kirche dürfte ein Recht haben, sich zu fürchten vor den 8 Mill. Katholiken, welche auch vor den 3 Mill. Methodisten, vielleicht selbst vor den anderthalb Millionen Freikirchenmännern, aber von der Synagoge und von dem unbekümmerten, neutralen, auf seine Proselytenmacherei ausgehenden Geist der Synagoge hat sie Nichts zu fürchten. Als O'Connell für die Emancipation der Katholiken kämpfte, hatte er sechs Millionen Volks im Hintertreffen, aber die Juden kommen mit Nichts weiter zum Parlament herangewandelt, als mit ihren Verunzt- und Gerechtigkeitsgründen. In solch einer Versammlung, welche die tiefe Einsicht und den hohen Sinn Englands darstellt, sind Vermunft und Gerechtigkeit ihres Sieges sicher, und die Wahrheit wird endlich durchschlagen. Manche fürchten, daß durch diese Maßregel das Christenthum erschüttert und untergräbt werde; aber das Christenthum ist fest in sich gegründet, wie diese beiden Eilande selbst. Verfolgung ist mit dem Geiste des Christenthums unvereinbar; wie kann nun das Christenthum durch ein Prinzip aufrecht erhalten werden, welches demjenigen ganz entgegen ist, durch das es erwuchs und erstarkte? Jahrhunderte lang war die Geschichte der Juden eine der Verfolgung und des Blutvergießens. Die Reformation that für sie Nichts. Eine andere Zeit ist jetzt gekommen. London hat seinen Willen deutlich erklärt, seine edle Gesinnung dargethan. Will das Haus den gewählten Juden auf London zurückweisen, damit London denselben Juden wieder auf das Haus zurückwerfe? Dies Verfahren stimmt mit den Grundsätzen des christlichen Glaubens nicht, im Gegentheil, es arbeitet dem von den Christen vorgesteckten Zweck, die Juden zum christlichen Glauben zu bekehren, schnurstracks entgegen. Man muß beabsichtigt, ist, die Juden in allen bürgerlichen Punkten den Engländern gleichgestellen, damit sie glauben, ein und dasselbe Vaterland mit denen zu haben, in deren Mitte sie leben. Man kann es den Juden nicht verargen, daß sie sich bisher an den Ufern der Themse und Seine so unbehaglich fühlen als vordem an den Wasserbächen Babylons. Mildert die Gesetze gegen die Juden, und sie werden das Land ihrer Ge-

Digitized by Google

durt lieben lernen, und britische Geschäfte und britische Vaterlandsliebe werden in ihren Herzen zur Blüthe kommen; befreit den Juden von allen Bedrückungen und Beschränkungen, von allen Unterschieden zwischen ihm und Euch, und er wird dieselben Gefühle haben wie Ihr, sein Herz wird in brittischen Pulsen schlagen. „Trotz der warmen Rede Shiels, die wir nur im Skelett geben konnten, ohne ihr volles Fleisch, hatte Newdegate's Gemüthsruhe genug, nicht Zeit, aber Wasser auf die erregte Stimmung zu gießen und zu behaupten, daß Rothschild'sche Dukaten eine Hauptrolle bei der Wahl gespielt, daß Rothschild die Petitionen zu Gunsten der Wahl hundertweis bezahlt habe, und zwar nach einer gewissen Skala, nämlich zu 1 Sh. 6 D., zu 3 Sh. und zu 5 Sh. das Hundert! (Forts. folgt.)

London, 18. Febr. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses beantragte Marquis von Lansdowne die zweite Lesung der Bill, wodurch die Regierung zur Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit Rom ermächtigt wird. Der Herzog von Newcastle stellte eine Motion auf Verwerfung der Bill, nahm aber seinen Antrag schließlich zurück, worauf die Bill zum zweiten Mal gelesen wurde. Im Unterhause wurde eine Motion des Hrn. Herries, zur Untersuchung der Bankakte einen Ausschuß zu ernennen, mit 163 gegen 122 Stimmen verworfen. Die Diskussion war fast nur eine Wiederholung des schon früher bei der Berathung über die Handelskrise Vorgebrachten. Gallignani's Messenger enthält auch bereits einen Bericht über den Anfang der heutigen Unterhaussitzung. Lord Russell begann seinen Vortrag über die Finanzlage des Landes; dem man mit so großer Spannung entgegengesehen hatte. Er hob hervor, daß die gewöhnlichen Ausgaben im vor. J. nm 1,065,709 Pf. hinter den Einnahmen zurückgeblieben seien; rechne man noch außergewöhnliche Ausgaben, z. B. für den Kaffernkrieg hinzu, so stelle sich ein Gesammtausfall von 2,401,000 Pf. heraus. Alsdann kam Russell auf die „zur Erhaltung des Friedens" nothwendige Vermehrung der Landvertheidigungsanstalten zu sprechen; zwar gab er wie gewöhnlich, wegen Erhaltung des Friedens, auch mit Frankreich, die tröstlichsten Hoffnungen; aber er erinnerte zugleich an Pitt, der noch wenige Monate vor dem Ausbruch der Revolutionskriege ähnlich lang dauernden Frieden voraussagte und sich bei all seinen politischen Weisheit doch verrechnet habe. Man erwartete, daß der Minister im Verlauf seines Vortrages eine Erhöhung der Einkommensteuer auf 5 pSt. beantragen werde.

In den Fabrikbezirken von Manchester, Stockport, Ashton, Bolton, Rochdale u. s. w. greift, wegen stets zunehmender Arbeitslosigkeit, die Auswanderung immer mehr um sich. Im Durchschnitt schlägt man die Zahl der auswandernden Familien für jede Woche auf 20 bis 30 an.

Hier in wenigen Worten, auf die wir uns bei der Ueberfülle von Tagesstoff beschränken müssen, die Grundzüge der von der Regierung dem Unterhause vorgelegten Gutsherren- und Pächterbill. Esfoll durch den ersten Theil derselben dem Pachter der über 10 Pfo. Pacht bezahlt, für die von ihm drainschrigten Grundstückverbesserungen eine gewisse Sicherheit gewährt werden, indem beide, Pachter und Gutsherr, Schiedsrichter ernennen, welche ihr Urtheil über Nutzen und Kosten dieser Verbesserungen abgeben. Hiernach richtet sich die Entschädigung, welche der Gutsherr dem Pachter für vorgenommene Gutsverbesserungen, deren Werth dieser noch nicht vollständig genossen, im Fall der Kündigung zahlt. Auch die kleineren Pächter erhalten Entschädigungen für vorgenommene Verbesserungen, doch ist hier das Verfahren abgekürzter. Im 2. Theile wird Sorge getragen, daß der kleine Afterpachter von dem Grundpächter nicht zu sehr bedrückt werde; Pächter können wegen Nichtbezahlung aus ihrem Pacht hinausgeworfen, aber über 2 Jahre fällige Pachtzinse nicht eingetlagt werden; das heißt doch wohl die größeren Pächter ausmuntern, Afterpächter wegen Nichtbezahlung aus ihrer Pacht zu werfen, ehe zwei Jahre um sind. Die Bill ist wohl ein Fortschritt zum Bessern, aber kein entschiedener, sie greift das Uebel an den Wurzeln fasern, aber nicht an der Wurzel selbst an. Die irischen Parlamentsmitglieder, die freilich ziemlich unzufriedene Köpfe sind, hatten eine Menge Einwendungen zu machen; nach Crawfords Versicherung bestände in der Provinz Ulster schon ein viel genügenderes Pächterrecht; viel besser wäre es gewesen, dieses Ulstersche Recht in ganz Irland einzuführen, statt sich mit dieser Bill abzuquälen. O'Connor fand das vorgeschlagene schiedsrichterliche Verfahren viel zu kompliciert und weitläufig.

Aus Nottingham ist eine Eingabe gegen O'Connor's Wahl, die, wie es scheint, auf dessen Vermögensverhältnisse sich stützt, beim Parlament eingelaufen; man hat nun eine Substkription eröffnet, zu welcher das bekannte frühere Parlamentsmitglied, W. C. Ferrand, einen Beitrag lieferte, in Begleitung folgenden Schreibens: „Ich darf wohl nicht erst versichern, daß ich mit einigen politischen Ansichten O'Connor's sehr wenig übereinstimme, aber wenn er jetzt im Sitz im Parlament auf redliche und ehrenhafte Weise erworben wurde, so war es dieser, und da die Reformbill die arbeitenden Klassen der Machtvollkommenheit beraubt, 200 Mitglieder und mehr ins Parlament zu schicken, so würde es mich tief schmerzen, wenn ich ein Mitglied, auf welches sie so viel Vertrauen setzen, seines Sitzes beraubt sehen sollte."

Schon zu verschiedenen Zeiten haben wir Gelegenheit genommen, unsere Vermuthung auszusprechen, daß England eher jeden andern Ausweg versuchen, als sich in einen Krieg mit den Vers. Staaten einlassen würde. Diese Vermuthung wird durch einen Artikel des Morning Chronicle neuerdings bestätigt. „Codven", sagt die genannte im Vertrauen Palmerstons stehende Zeitung, „habe Recht, in den innigen Handelsbeziehungen zwischen den Völkern auch die Verbürgung zu erblicken, daß sie Frieden unter einander halten. Mit Nordamerika sehe England allerdings auf einem so freundschaftlichen Handelsfuße, daß ein Krieg zwischen beiden Staaten fast unmöglich sei, ganz anders habe sich Frankreich in seinen Handelsbeziehungen zu England gestellt, sie seien so beschaffen sagt, daß sie unter Umständen dem Ausbruch eines Krieges eher fördertlich als hinderlich seien". Wir wagen, zu behaupten, daß selbst die Besitznahme der Insel Cuba Seitens der Amerikaner von England ebenfsowenig wie die Eroberung Mexikos als casus belli würde betrachtet werden, ja daß England sogar, wenn die westindischen Kolonien, die ihm gegenwärtig genug Verdruß und Sorge machen und sein amerikanisches Irland zu werden drohen, aber Kanada unter Mitwirkung der Nordamerikaner in den Vereinigten Staatenbund aufgenommen zu werden verlangten, sich gar sehr bedinnen dürfte, ob es mit jenem rüstigen Staate, der je ohnehin mehr als hunderttausend englische Seeleute in seinen Diensten hat, sich in einen Entscheidungskampf auf Tod und Leben einlassen solle; viel eher würde es, nach kurzen Waffenproben, sich anderwärts zu entschädigen suchen und sich theilweise durch die großen Handelsvortheile abgefunden halten, welche Nordamerika ihm im Friedensvertrage jedenfalls gewähren würde. Das Interesse beider an der Halbtheilung und Ausbeutung der übrigen Welt ist gemeinsam und hängt an einer und derselben Wurzel, die man sich von beiden Seiten hüten wird, durch einen bis zur Vernichtung des einen oder andern Theiles fortgeführten Krieg mittenburch zu zerschneiden. Daher wird England einen Krieg mit Nordamerika eben so vorsichtig aus dem Wege gehen, als den Kampf mit Frankreich nicht ausschlagen, wenn er ihm angeboten wird, oder die allgemeinen Verwicklungen ihn nothwendig und für England vortheilhaft erscheinen lassen.

## Frankreich.

Paris, 18. Febr. Die französische Presse wird durch die schwebenden Fragen der einheimischen Politik zu sehr in Anspruch genommen, als daß sie fremden Angelegenheiten in diesem Augenblicke eine große Aufmerksamkeit widmen sollte. Von allen Pariser Blättern ist das Journ. des Déb. das einzige, welches über die Münchner Ereignisse Originalberichte gegeben hat, die allem Anscheine nach aus einer diplomatischen Quelle kommen. Die übrigen Zeitungen drucken diese mit wenigen Bemerkungen begleiteten Berichte ab, indem sie ihre Ansicht von den geschilderten Vorgängen höchstens mit ein paar kurzen Worten andeuten. Den italienischen Ereignissen wird etwas mehr Aufmerksamkeit zugewendet. Regierungs- und Oppositionspresse ist einstimmig darüber, der Wendung der Dinge, welche jenseit der Alpen eingetreten ist, ihren Beifall zu geben und die besten Hoffnungen für die staatliche Zukunft Italiens auszudrücken. Sogar der legitimistischen Blätter zeigen sich mit dieser Auffassung einverstanden; selbst die Freygländsblätter derselben wagen es wenigstens nicht, sich gegen dieselbe zu erklären. Die Vorfälle in der Lombardei, die gewaltsamen Auftritte in Pavia und Padua werden von den französischen Zeitungen natürlich mit entschiedener Partteilichkeit gegen die Oesterreicher dargestellt. Die Oesterreicher sind es, welche die Studenten in jenen beiden Städten durch ihre unausgesetzten Herausforderungen endlich zu einem Angriffe gebracht haben, um ihren Blutdurst befriedigen zu können u. s. w. Der kameralschaftliche Empfang der Kroaten durch die italienischen Truppen in Bremona findet ebenfalls doch hie und da einige Bedenklichkeiten ein, die zwar nicht sehr laut ausgesprochen werden, aber doch den französischen Wünschen für die Lombardei einen kleinen Dämpfer anlegen.

Die Pairskammer hat sich in ihrer gestrigen Sitzung über den Hauptgrundsatz des neuen Gesetzes, über die Arbeit der Kinder in den Fabriken dahin geeinigt, daß Kinder unter 8 Jahren gar nicht, Kinder von 8—12 Jahren nur 6 Stunden und Kinder von 12—16 Jahren nur 12 Stunden in den Fabriken sollen arbeiten dürfen. Der letzte Satz gilt auch von Frauen jeden Alters.

Paris, 19. Febr. Die Reformversammlung wird in den heutigen Blättern auf Dinstag den 22. angesagt; „unwiderruflich" heißt es in dem Erlasse des vorberathenden Ausschusses. Der Ort der Zusammenkunft, wird hinzu gefügt, soll später bekannt gemacht werden.

Digitized by Google

Hat man den geringsten Raum wirklich noch nicht gefunden, so ist es sehr zweifelhaft, ob man ihn binnen diesen zwei Tagen noch finden wird. In der entgegengesetzten Voraussetzung würde das einstweilige Verschweigen des Versammlungsortes ein neues Zeichen der Schwäche sein, ohne daß sich gleichwohl absehen läßt, was durch die Heimlichthuerei gewonnen werden kann und soll. Das Pariser Volk weiß Ort und Zeit immer noch früh genug erfahren, um am Platze zu sein, wenn es sonst Lust hat, und der Polizei wird man wohl noch weniger ein Geheimniß aus demselben machen wollen. Wo bleibt überhaupt die Größe, die Würde, der imponirende Charakter des ganzen Festes, wenn man ein solches Versteckenspiel treibt? — Der Ministerrath hat sich mehrmals versammelt, um wegen der Reformversammlung das Nöthige vorzukehren, man scheint aber bis jetzt zu keinem Entschluß gekommen zu sein. Hr. Guizot soll sich zu verschönlichen Schritten hinneigen, während Hr. Duchatel auf der strengen Handhabung der in der Kammer angekündigten Maßregeln besteht. Der König selbst, heißt es, theilt die Ansicht des Hrn. Guizot. Ein Vermittlungsversuch, den eine Anzahl konservativer Abgeordneten zwischen dem Ministerium und der Opposition gemacht hat, ist von der letztern zurückgewiesen worden.

Der Courrier français versichert, am 22. werden die Pariser Werkstätten und Läden geschlossen bleiben, um den jungen Leuten der arbeitenden Klassen Gelegenheit zu geben, sich als Zuschauer bei der Reformversammlung zu betheiligen, und Abends werde eine allgemeine Beleuchtung der Stadt vor sich gehen. Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß der Courrier seine Wünsche für Thatsachen ausgibt.

## Italien.

Mailand, 15. Februar. Die hiesige Zeitung bringt die neuesten Akte der politischen Thätigkeit des herrschenden Systems: polizeiliche Verbote, die schwerlich den gewünschten Zweck erreichen werden. In dem einen Polizeibefehl wird das schon bestehende Verbot gegen „jedes politische Abzeichen oder Symbol" dahin ausgedehnt, daß auch die Hüte, die unter dem Namen „Calabresen, Puritaner, Hernanihüte" Mode geworden waren, bei Androhung augenblicklicher Verhaftung untersagt sind. — Eine andere Verordnung vom 12. d. verbietet alle politischen Demonstrationen, alle außerordentlichen Festlichkeiten und ungewohnten Volksversammlungen, namentlich zur Nachtzeit, und spricht die Hoffnung aus, daß alle Lombarden diesem Befehle um so bereitwilliger folgen werden, je unnachsichtiger die Strafe gegen die Widerstrebenden eintreten würde. — Mit diesem trüben Bilde der öffentlichen Zustände stimmen andere Berichte in italienischen Blättern überein; die polizeiliche Beschränkung und die militärische Strenge, die allenthalben geübt wird, macht den Anblick des Ganzen viel gehässiger und beunruhigender, als die brausenden Ausbrüche des Jubels und der Aufregung in Rom, Genua und Neapel. — Während der Prozeß gegen Mamin und Tomaseo seinen Fortgang nimmt, hat die Gensdarmerieabtheilung von Venedig, dem Kaiser vorgestellt, daß die Verhaftungen der beiden Verhafteten nichts weniger als radikal seien, vielmehr Vieles davon sogar unter Napoleons Herrschaft existirt habe.

Aus Palermo und Messina hat die Allg. Z. direkte Mittheilungen erhalten. Die aus Palermo reichen, in Tagbuchform, vom 25. Januar bis 6. Febr., und bestätigen, daß man in beiden Städten das Versprechen einer Konstitution für die Gesammtmonarchie zurückgewiesen hat, mit der Erklärung, daß Sizilien eine Konstitution nicht erst von des Königs Gnade zu erheffen habe, sondern sie bereits besitze und bei ihr beharre. Das sogen. „Generalkomitat" hatte sich in den ersten Tagen Februars in eine förmlich geglederte Regierung gebildet, an deren Spitze Cav. Ruggiero Settimo steht, während die Ministerportefeuilles folgendermaßen vertheilt sind: Krieg und Marine, Fürst Pontelleria; Finanzen, Marchese de Torre Resa; Justiz, Kultus und öffentliche Sicherheit, Advokat Calvi; Civilverwaltung, öffentlicher Unterricht und Handel, Fürst v. Scordia. Es hieß, das Parlament solle alsbald berufen, und Sizilien und Neapel sollten Föderativstaaten unter Einem König werden.

## Handels- und Börsennachrichten.

△ Frankfurt a. M., 18. Febr. Nach einem uns aus St. Petersburg übermittelten Stand des Handlungshauses J. Blitt, und dessen Katastrophe sich deutsche Blätter in letzter Zeit so viel beschäftigt haben, darf das dieses Haus J. Rec Dufay den allerdings wenig beneidenswerthen Vorzug beanspruchen, bei treffen Passivmasse am stärksten betheiligt zu sein, nämlich mit der Summe von circa 240,000 Silberrubel. Nächst ihm kommt allerdings die Assekuranzkompagnie Salamander mit 233,000 Sbrbl. Sodann werden noch etliche und zwanzig andere Gläubiger, jedoch mit ungleich geringeren Forderungen, worunter auch mehrere andere Frankfurter Firmen, namhaft aufgeführt. Die ganze Passivmasse wird zu 720,000 Silberrubel angegeben. Die Aktivmasse aber zu 472,000 Silberrubel, wovon jedoch nur 52,000 als gute Ausstände vorderweist sind. Dem Status wird nun noch die weitere Bemerkung beigefügt, daß sich die Betheiligung der Assekuranzkompagnie auf vorerwähnte Summe vermindere, weil Blitt verfehlen 2100 Aktien der Sinardschen Seidenfabrik, das Stück zu 200 Silberrubel als Deckung übergeben habe. Indessen seien diese Aktien dermalen ganz unverkäuflich, so gar nicht einmal zum vierten Theile ihres Nennwerths angebringen. — In Betreff von Blitt persönlicher Lage entnimmt man einer den Status begleitenden Notiz, daß sich derselbe noch fortwährend im Staatsgefängnisse befindet. Mehreren aber deutsche Tagesblätter unlängst diesen Freilassung, so kommt dies wohl daher, weil er von Zeit zu Zeit nach seinem Geschäftssitze gebracht wird, um der Untersuchungskommission mit Auskunften an die Hand zu gehen.

Berlin. Von hier schreibt man der Köln. Z. unterm 16. Febr.: Man hört mit Bestimmtheit, daß die österreichische Regierung durch die zahlreichen und enormen Ausgaben der neuesten Zeit genöthigt worden ist, von der österreichischen Nationalbank Vorschüsse bis zum Betrage von 35 Mill. Gulden zu entnehmen, und daß in Folge davon die Geldmittel der Bank im höchsten Grade erschöpft sind; man hört ferner, daß die eben jetzt beabsichtigte russische Anleihe lediglich dazu bestimmt ist, die Vorschüsse der Bank zum Theil wieder zu ersetzen. Man will endlich erfahren haben, daß sich der definitive Abschluß dieser Anleihe wegen einiger noch zu regelnden Formalitäten in die Länge ziehe und dadurch die Geldverlegenheit in Wien den höchsten Grad erreicht habe, und man fürchtet, daß daraus Folgen entstehen können, welche störend auch auf die preußischen Geldmärkte zurückwirken. Es haben diese Nachrichten im Augenblick sogar das Interesse für die wichtigen politischen Ereignisse in den Hintergrund gedrängt.

Frankfurt, 21. Feb. Oesterr. Met. 99¾ P. 2½% 50¼ P. Bankaktien pro ult. 1857 P. 500 fl. Loose von 1834 150¾. 250 fl. Loose von 1839 110 P., Preußen, Köln-Minden 92⅝ P 92¾ G. — Baiern, Ludwigs-Berbach 85¼ P. 85¼ G. Würtemberg. 3½% Oblig. 89⅛ G. — Geldsorten: Neue Louisd'or 11 fl. 5 kr. — Zeh'or 9 fl. 47 kr. ditto Preuß. 9 fl. 53½ kr. Holl. 10 fl. Stücke 10 fl. 1 kr. Rand-Dukaten 5 fl. 37 kr. — 20 Frankenstücke 9 fl. 32 kr. Engl. Sovereigns 12 fl. — kr. — Laubthaler ganz 2 fl. 43¼ — Preußische Thaler 1 fl. 44⅞ kr. — Hochhaltig-Silber 24 fl. 24 kr. — Gering und mittelhaltig 24 fl. 20 kr.

Berlin, 18. Febr. 3½% Staats-Sch. 91¼ Prämien-Scheine 92½ Poln. Loose 500 fl. 80 — ditto 300 fl. 99 — Ludwigs-Berbach — Fred.-Wilh.-Nord 53 Köln-Minden 92⅝.

Wien, 16. Febr. 5% Met. 100⅜ Bankaktien 1548 — 500 fl. Loose 151¼ 250 ditto 110 — Nordbahn 126⅞ — — Wien-Gloggnitz 106¼ — Mailand-Venedig 85¼.

Amsterdam, 18. Febr. 2½% Intregrale 53¾ 4% von 1844 84⅛ — 3% ditto 63⅞ 4% Anss. bei Hope — — ditto bei Stieglitz 85¼ 5% Span. Active 15⅞ 3% ditto inländ. 25⅞ — 4% Portugiesische 25⅜ 2½% Lebr. Met. 48¼.

Paris, 15. Feb. 3% 74 f. 70 5% 117 f. 30 Bankaktien 3165.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[117] Bei Fr. Ludw. Herbig in Leipzig erschienen und sind in allen Buchhandlungen zu haben:

**G. Kombst, Erinnerungen aus meinem Leben.**

8. eleg. geh. Preis: 2 Rthlr.

Der im Jahre 1846 verstorbene Verfasser, welcher durch seine Schriften, durch seine Conflicte mit der deutschen Diplomatie, sowie durch seine Schicksale in Frankfurt a. M., in der Schweiz und in England das Interesse so vieler Zeitgenossen rege theilt, hat in seinem Nachlasse seine lorgfältig geordneten Memoiren hinterlassen, die wir hier dem Publikum übergeben. Wir dürfen sie mit Recht einen höchst interessanten Beitrag zur Zeitgeschichte nennen, da sie nicht nur manches neue Licht auf einzelne Persönlichkeiten und Begebenheiten des letzten Jahrzehnts werfen, sondern auch ein vollständiges Bild eines modern n Charakters liefern, wie er nur in den Conflicten deutscher Verhältnisse sich herausbilden kann.

[118] Bei A. Förstner in Berlin erschien soeben:

**Rechtswissenschaft oder Volksbewußtsein?**

Eine Beleuchtung

des von Hrn. Staatsanwalt von Kirchmann gehaltenen Vortrags: „Die Werthlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft."

Von

Prof. **Dr. Stahl**, Geh. Justizrath.

gr. 8. broch. 6 Sgr.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Mr. Publicisten nehmen Bestellungen auf die „Deutsche Zeitung“ an. Für Frankreich der Herr Comte a. Lamy, 78 Boulevard Beaumarchais. Für Frankreich, Schweiz, Portugal u. Griechenland, Länder werden wenn sich an 9. 8. Allgemeine Zeitung, 20 Boulevard des Italiens, 20, Rue Notre Dame de Nazareth.

Die Zeitungsverleger besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 24 kr. Für Ausländern wird der Betrag einer preußischen Postzeile zu 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

# Deutsche Zeitung.

№ 55. Heidelberg, Donnerstag 24. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Die polnische Verschwörung.** VII. Zweite Phase der Demokratie. Die Verschwörung. (Fortsetzung.) — Wien (Einberufung der niederösterr. Stände). Berlin (v. Beyen. Das Obercensurforum. Ausschußverhandlungen). Posen (die preuß. Unterthanen in Sibirien). Aus Oberschlesien (Wallenlinder; Forstfrevlen der Sache). Stuttgart (die Bundesfestung Ulm). Leipzig (die Alemannen). Aus Hannover (die Berufung der Deutschen im Ausland). Karlsruhe (die Gläubiger der Keiserschen Fabrik). Vom Rhein (der neuen Verfassungen und die Publizisten der „bibulischen Schule“). Kiel (die Bewegung wegen der Verfassungsfrage. Ein deutsches Blatt mit dänischen Tendenzen).

**Schweiz.** Bern. Die Bundesrevision. Die auswärtige Diplomatie.

**Schweden.** Das Revisionswerk.

**Großbritannien.** Die Parlamentsverhandlungen, betreffend die politische Gleichstellung der Juden. Lord Russell's Antrag auf Erhöhung der Einkommensteuer; heftiger Sturm dagegen. Die Bill zur Eröffnung diplomatischen Verkehrs mit Rom.

**Frankreich.** Antwort des National an den Moniteur. Das S. d. D. über die Vorfälle in Paris. Eine Erklärung der Jesuiten und eine Predigt des Abbé Bautain. Wie es mit der Reformversammlung steht.

**Beilage.** Breslau (das Trauerspiel in Oberschlesien; die Beamten und die darniederzen Brüder). Aus Schlesien (Verhandlung der Kreisstände zu Rybnik). München (der Drang nach Reformen im Gemeindeleben; das Haus der Lola noch immer militärisch besetzt; die Anhänger der Lola). Leipzig (Verordnungen wegen Kirchendisciplin. Die Alemannen. Konfiskationen).

---

### Die polnische Verschwörung.
### VII.

Zweite Phase der Demokratie: Die Verschwörung.
(Fortsetzung.)

Jeder Schritt, den Preußen von Rußland zurücktut, ist ein Schritt vorwärts, — und gleichsam als wollte damals die Vorsehung selbst zu einem solchen Schritte Gelegenheit geben und eines der unnatürlichen Bande zwischen den beiden Reichen lösen, so lief auch bald nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. die Zeit jenes Kartellvertrags ab. Eine Kommission trat zur Genehmigung des Paktes zusammen, aber gegen dessen Abschließung erhob sich die damalige liberale Presse, die Königsb. Zeitung an der Spitze, einstimmig und mit einem Eifer und edler Entrüstung, für die ihr jeder Pole ewigen Dank wissen wird. Die Remontirten schien ihr unter allen Umständen und in jeder Beziehung ornrwürdig. Sie war vor Allem widerrechtlich und unmenschlich, denn sie verpflichtete einen so hoch in der Kultur Stehenden, so christlichen Staat wie den preußischen zu Handlungen, die selbst die wildesten und rohesten Völker als eine Schmach zurückweisen. Die Zustände unserer Gesittung mögen politzeiliche Kartellverträge nothwendig machen, der mit Rußland abgeschlossene und abzuschließende ist aber ein politischer, behandelte die Presse. Der wahre Verbrecher in Rußland hütet sich wohl zu stehlen; er bleibt lieber unter den Seinigen, er hat hier Mittel durchzuschlüpfen, auf die er in Preußen vergebens rechnen würde, ja er hat nicht selten die tröstende Gewißheit, unter seinen russischen Richtern treue ehmalige Bundesgenossen zu finden. Diejenigen Flüchtlinge, die Preußen immer auszuliefern, sind gewöhnlich ehrliche Menschen, deren einziges Verbrechen ist, in einem Lande wie Rußland geboren zu sein. Es sind dies Konstitutionspflichtige und Staatsverbrecher, sagt der Czar. Aber wo die Pflicht, im vaterländischen Heere zu dienen, keine Ehre, sondern vielmehr ein schmach- und unabwollter Tribut des Gehorchtens, eine Barbarisbuß ist, da wird auch der strengste Patriotismus diese Dienstverweigerung nicht für eine Pflichtverletzung erklären können, und am Allerwenigsten bei dem Polen, der den russischen Kamaschendienst flieht. Politische Verbrecher endlich gar auszuliefern, hieße jedem Gefühle, jeder vorgeschrittenen, selbst nur juristischen Erkenntniß unseres Jahrhunderts hohnsprechen; und was Alles begreift nicht überdies die Czarenpolitik unter jenem Namen! — Sicht man aber ganz von den Rücksichten auf Recht und Menschlichkeit ab und auf die bloße Nationalwürde hin, so fragt es sich auch hier, ob es des preußischen Staates würdig, ob es für ihn ehrenvoll sei, den Gelüstungsfrörter Moskaus zu machen und auf sich nicht nur den Fluch der Flüchtlinge zu laden, sondern auch die Mißachtung aller gebildeten Staaten, die eine solche Zumuthung für eine Beleidigung ansehen würden. — Und sollte man auch — was man nie sollte — das Recht, die Menschlichkeit und die Nationalehre außer Acht lassen, so bleibt doch noch immer die Frage, welchen Vortheil beim Preußen von dieser Konvention zieht? Jede Dienstleistung, zu der sich ein Staat einem andern gegenüber verpflichtet, setzt doch immer einen Gegendienst voraus; welche Entschädigung bietet aber Rußland für diesen Wächterposten? Die Grenzheere etwa, die das polnische Reich nie gelannt, und die den Handel der Grenzprovinzen auf das Härteste unterdrückt oder demoralisirt? Der Vertrag bestimmt zwar die gegenseitige Auslieferung von Ueberläufern — aber darin liegt nicht nur keine Entschädigung, sondern auch die größte Beleidigung für Preußen; denn noch nie ist es einem preußischen Unterthan eingefallen, sich seinen Gerichten durch die Flucht nach Rußland zu entziehen. — — Aus allen diesen und unwiderleglichen Gründen, argumentirte die Presse, dürfe der Vertrag nicht zu Stande kommen.

Er kam nicht zu Stande. Doch nicht das preußische Kabinet war es, das, die Stimmung des Volkes berücksichtigend, den Schritt zurückgemacht; — der Czar kündigte die Verhandlungen auf! Der Fall erregte das größte Aufsehn, und in Russisch-Polen prophezeihte man sogar einen Krieg zwischen beiden Mächten. Was bewog den Hof von St. Petersburg zu diesem so raschen wie besremdenden Schritte? Es ist uns nicht gegeben, einen Blick in die „Silberstiftzüge“ der subtilen Kabinetspolitik zu thun, wir können nur die „groben Striche“ der Volksmeinung aufzeichnen. Man meinte, daß die russische Regierung, erbittert über „das jakobinische Gesicht“ der deutschen Presse und die Schwierigkeiten, die der neue Regent machte, beschlossen habe, einen kleinen Versuch zu machen, es einzugehen ihr die Verpflichtungen nicht, die der Zusammenstoß der russischen und preußischen Polen nothwendig dem Berliner Kabinet bereiten müßte; mit einem Worte: dieses sollte eine kleine Lehre erhalten, die Folgen einer Konspiration kennen lernen und dann Rußland freiwillig um die Abschließung eines Vertrags angehn — geschah dies doch auch wirklich! — gegen den es jetzt sich zu sträuben Miene machte. Es ist aller Grund vorhanden, dieser Ansicht beizustimmen, zumal wenn jene Worte authentisch sind, die der Fürst Paskiewicz damals geäußert haben soll: „Nun, die Preußen wollen durchaus das russische Roß hineinziehen!“

War dies wirklich die Absicht des Petersburger Hofes, so kann man ihm eine große politische Klugheit und auch einen hohen Grad der Selbstentäußerung nicht absprechen; er bewies dadurch, daß er der Ehre des Volkes des Großen immer eingedenk ist und selbst große Opfer darzubringen vermag, wo Großes, wenn auch nicht Ehre auf dem Spiel. Denn das erste Resultat des Kartellbruches war eine Kalamität für Rußland, eine Kalamität, die den besten Kommentar zu dem berühmten Custine'schen Werke lieferte und die Staatsräthlichen Staatsschriften des Hrn. Gretsch gründlich widerlegte. Die Grenze war frei — und Tausende von Ueberläufern überströmten sie sogleich; eine wahre Völkerwanderung begann, und die Zeitungen brachten täglich Nachrichten von zahllosen Wandererscharen, die an allen Punkten der verhängnißvollen Schwelle sich erhalten. Väter verließen ihre Kinder, Landleute ihre Spollen, Kaufleute ihr Gut und Habe, ja selbst Offiziere ihre Regimenter, und eilten auf dem großen „Gefängnisse“ dem Lande der Freiheit zu. Und das unterließ Preußen wahrlich Nichts, um den Flüchtlingen den neuen Aufenthalt so wenig anziehend als möglich zu machen! Wurden doch jene Ungliücklichen, die keinen Lebensunterhalt gleich aufweisen konnten, zu Festungsarbeiten verwandt und gleich Arrestanten behandelt! Aber Nichts schreckte die Unglücklichen ab; und man vergesse es nicht: wenn die Grenze von der einen Seite frei war, so standen auf der andern Kosakenschaaren, um die nach der freien Luft haschenden mit Piken und Kolben zurückzudrängen, und mit blutigen Kämpfen mußte nicht selten jenes Glück erkauft werden, preußischer Festungsarbeiter zu sein! Und man vergesse auch nicht: fast alle diese zahllosen Flüchtlinge wa-

Digitized by Google

ren solche, denen das Glück zu Theil geworden, eben an der Sonne zu wohnen; die Einsassen im Innern mußten auf dieses Glück verzichten. Bedarf es noch eines besseren Beweises für die Unverbesserlichkeit der Polen, für ihre ganze Verkennung kaiserlicher Wohlthaten?!

Aber unter diesen Ueberläufern, die bloß „ihre Seele retten" wollten, befanden sich auch solche, die eine politische Ueberzeugung und eine in der Gluth der qualvollsten Marter gestählte patriotische Gesinnung setzteten, „Bündler" (Buntowniki), wie sie der Russe, „Unglückliche", wie sie der Pole schlechtweg nennt, Männer wie v. Ciszkowski, v. Mosinowski, v. Slomczewski u. s. w., kurz Alle die Russisch-Polen, die wir auf den Anklagebänken in Berlin gesehen, und noch viele Andere — und ihre Antwort in Preußen war verhängnißvoll und entscheidend.

Es kann dies nicht genug wiederholt werden: man kennt das Unglück der Polen unter russischer Herrschaft gar nicht, man faßt es höchstens nur summarisch als etwas Fürchterliches zusammen, — aber ein Völkerleben ist kein Rechenexempel, und nicht wie hier vertritt dort Ein Ausdruck die einzelnen Momente. Diese kannte bisher selbst der Großpole nicht. Jetzt wurde es anders. Er vernahm nun aus dem Munde der Verfolgten selber ihre Verfolgung. Nächte verginnen im Erzählen und Anhören der grausamen Unterdrückung, des unerschöpflichen Jammers und des blutigsten Elends. Wessen Herz würde solchen Schilderungen verschlossen bleiben können? Und diese Schilderungen kamen noch von Brüdern, klangen so wuth und erschütternd, klangen fast wie Vorwürfe gegen die beneidenswerthe Lage der Stammgenossen — und sie waren es auch. Man klagte, man weinte, man schwur — noch ein Schritt — und man verschwor sich.

Aber einen noch größeren Eindruck als die nähere Anschauung der russisch-polnischen Zustände auf den Posener machte die der preußisch-polnischen auf den Ueberläufer. Gleich dem lange im Finstern Gehaltenen, der beim plötzlichen Anblick der Sonne erblindet, waren jenem die neuen ungewohnten Verhältnisse berauschend und sinnbetäubend; die sümmerliche Freiheit seiner Brüder erschien ihm als eine gewaltige Macht und das Vermögen zu denken ein Vermögen zu handeln — ihm, dem bis jetzt Beides gleich versagt war. Jene thurmen, jene herrlichen Werke seines Mickiewicz, die er in Rußland nur unter Schloß und Riegel mit der Angst des Verbrechers gelesen, sie lagen hier an jedem Orte auf und wurden in neuen Auflagen verbreitet; jene demokratischen Schriften, deren Einsicht ihm auf Stunden nur erlaubt worden und nach Abnahme eines feierlichen Schwures, sie wurden hier in den Buchhandlungen feil geboten und befanden sich in den Händen von Tausenden. Von Vaterland und Polen sprach man hier ungescheut, in Versammlungen, ja in Zeitschriften an die Regierung; der polnische Adel, die Bilder Kosciuszkos, Kilinskis, Konarskis hingen an jedem Orte; eine militärisch organisirte Macht, die Landwehr, stand bereit da, bestand aus Polen, hatte Waffen — Waffen, wie er sie in dieser Fülle bis jetzt nur in den Händen der Russen gesehen — und die Ideen der Demokratie so weit, so hoch und tief verbreitet. . . .

Und dennoch geschah Nichts? Dennoch war man nicht über das bloße Propagiren hinausgekommen? . . . Dies schien dem Russisch-Polen unbegreiflich — um so unbegreiflicher, als bei ihm — wie wir schon berührt — die Propaganda von Anfang an eine Verschwörung war. Man hat Schriften, man hat Adler und Fahnen, hat einen großen Theil der Bevölkerung, man hat Waffen . . . und zögert dennoch! Offenbar weil es gar kein Ernst mit der ganzen Sache ist, weil die Ketten golden sind, weil man kein Herz mehr für Polen, keinen Sinn für dessen Wohl und Wehe hat. Was hätten wir nicht Alles schon gethan, wenn wir in Eurer Lage wären, riefen unzufriedrich die Russisch-Polen! Sollen wir es sagen? Sie erklärten geradezu, die Großpolen wären vom „deutschen Geiste", von der „Deutschweigerei" und der „Thatenohnmacht" der Germanen angeekelt. Ein Ueberläufer, Hr. K. v. S., kehrte heimlich nach dem Kongreßkönigreich zurück und schrieb von hier aus: „er wolle lieber hier unter den größten Gefahren, aber in der Mitte von Menschen leben, die noch den Glauben der Väter nicht verläugnet, und über deren Gesinnung er nicht zu erröthen brauche!"

Bedurfte es noch mehr, um bei der so aufbrausenden und beweglichen Natur des Polen die rasche Entschließung herbeizuführen? Und konnte hier eine Bedenklichkeit, eine ruhige Erwägung noch Statt finden, wo ihr Thatenahnlosigkeit und böser Wille zum Vorwurf gemacht worden? — Die Sache war bald entschieden: man beschloß zu handeln. Agenten wurden nach Polen, Galizien und Frankreich abgesandt, an die Organisation eines revolutionären Gesammtbundes hand gelegt, die Theorie nach zur Praxis und die Propaganda zur Vorbereitung.

Dies ist die wahre Ursache des Rückganges der Demokratie von ihrer ersten Entwicklungsphase in die zweite, und dies ward das Verderben derselben, der Anfang vom Ende. Vieles hatte sie dahin gedrängt, aus der Ruhe in die Bewegung getrieben; die geschichtliche Schuld läßt sich überhaupt nicht wie die juristische an einzelne Personen und Ereignisse klammern, sie liegt in der Luft und wird durch die Molekularbewegung des moralischen Lebens erzeugt, — und so hatten auch hier die größten wie die kleinsten Vorgänge, das Märtyrerthum Konarski's wie das Auftreten der Gemäßigten, die rege gewordenen Hoffnungen wie die bald erfolgten Enttäuschungen den Zündstoff gesammelt. Aber der zündende Funke war noch nicht vorhanden; erst seiner Stillstand des Kartellvertrags hatte ihn gebracht, und hierin liegt die verhängnißvolle Bedeutsamkeit jenes kurzen Zeitpunktes.

Indem wir dies offen aussprechen, wollen wir uns nur gegen eine Folgerung verwahren, die man aus unsern Worten ziehen könnte: die, als ob wir auch nur im Entferntesten dadurch die bald darauf erfolgte Ernennung der Konvention rechtfertigen wollten. Die momentane Aufhebung derselben hatte allerdings das Posener Komplott geschaffen, und sowenig wir an Polen einen absoluten Maßstab anlegen, sowenig thun wir das an Preußen, und am Allerwenigsten werden wir diesem Staate zumuthen, auf dieser Menschenliebe, vielleicht gar im Hinblick auf jenes Land, seine Verfassung Jahrhunderte und eine Erbweisheit ohne Gleichen gebildet haben, seine Grenzen unbedingt zu öffnen und gefährliche und gefahrbringende Elemente in sich aufzunehmen, vorausgesetzt nämlich, daß diese Folgen noch ein Mal sich wiederholen, und weise und milde Maßregeln ihnen nicht vorbeugen könnten. Aber zwischen einer unbesonnenen Großmuth und einer besonnenen Unbarmherzigkeit, zwischen Aufnahme und Auslieferung von Ueberläufern gab und gibt es noch immer einen Mittelweg: das Durchzirkeln lassen. Den Durchzugsweg, den „Königsstrg", wie es die Orientalen sinnig nennen, sollte jedenfalls ein hochsinniger König nie Unglücklichen verwehren. Preußen mag (und auch dies geben wir noch nicht unbedingt zu) die polnischen Flüchtlinge nicht in seinem Staate, wenigstens nicht im Großherzogthume dulden wollen, aber gewiß noch nicht weniger darf es sie einem rächerischen Henker auslifern — es soll sie zum Mindesten ziehen lassen, und die polnischen Unterthanen würden ohne Zweifel mit der größten Bereitwilligkeit die Kosten dieser Maßregel bestreiten! Dies ist es, worauf, unserer Ansicht nach, jeder Mann und jedes Blatt, die es mit Preußens und Deutschlands Ehre ernstlich meinen, zu dringen verpflichtet sind.

(Fortsetzung morgen.)

---

**Oesterreich.** Wien, 15. Febr. Die Allg. Pr. Z. berichtet: Vorläufig ist die Einberufung der niederösterreichischen Landstände auf den 10. März bestimmt. Unter die wichtigen Fragen, die am diesjährigen Landtage zur Sprache gebracht werden, gehört die Ablösbarung und Vertretung des vierten Standes mit allen demselben zustehenden Prärogativen und die Petition um Regelung der Censur oder vielmehr um Aufhebung derselben. Diese Anträge sollen auch von den böhmischen Ständen gestellt werden, die Majorität in Böhmen spricht sich für die Vertretung der fünfzig königlichen Städte beim Landtage durch eben so viele Deputirte aus. Allerdrückenden Orts zeigt sich eine große Genügtheit, den billigen Bitten der Stände Gehör zu geben und die Rechte der ständischen Verfassungen nicht weiter zu beschränken, alle Konflikte nach Möglichkeit zu beseitigen. Bei den ernstlichen, aufrichtigen und patriotischen Gesinnungen der ausgezeichnetsten ständischen Mitglieder, bei der unerschütterlichen Anhänglichkeit der Gesammtbevölkerung an das angestammte Herrscherhaus werden heitre Zugeständnisse dankbarst angenommen und nur beitragen, diese Anhänglichkeit noch mehr zu befestigen. Dem zeitgemäßen vernünftigen Fortschritte vertrauen, ist ja die beste Bürgschaft für den andauernden Frieden.

**Preußen.** ** Berlin, 19. Febr. Der F. M. v. Boyen wurde gestern mit allen militärischen Ehren zu Grabe geleitet; die Prinzen, die Abgeordneten, die Minister folgten; am Eingang des Friedhofs erwartete der König den Zug und ein frischer Vorbeerkranz wurde auf den Sarg gelegt. Die irdische Hülle des kriegerischen Sängers für Schwert, Licht und Recht ruht in unmittelbarer Nähe des Denkmals von Scharnhorst, seines Gesinnungsverwandten. Neben seinem Grabhügel erhebt sich der seiner treuen Lebensgefährtin, die fast von dem Anfange seiner kriegerischen Laufbahn bis nahe an das Ende Glück und Leid mit ihm getheilt hat und vor wenigen Jahren ihm vorangegangen ist. — Von den letzten Augenblicken des Verewigten

Digitized by Google

ist u. A. bekannt, daß er an dem Tage vor seinem Tode drin Kräfte zu verspüren gab, er wisse von dem nahen Ende, und daß er etwa 12 Stunden vor seinem Scheiden mit festem Schritt ohne Stütze durch eine Reihe von Gemächern ging und bei der Seinigen wie zum Abschied sich einfand. Die großen Schmerzen infolge der Operation entlockten ihm keinen Klagelaut. Er starb, wie er gelebt. Trug er doch Jahrelang die feindliche Kugel mit sich herum, von der ohne Lebensgefahr Trennung nicht möglich schien! — Die Hinterbliebenen empfangen von allen Klassen der Bevölkerung rührende Beweise der Theilnahme, die ehrenhaften aber von der untern Ständen, namentlich von Bettlern, deren Herz an dem Heimgegangen. Unzählige Unterstützungen, von denen kaum Jemand Kenntniß hat, fließen auf, seit die zwei Augen sich schlossen! Die preußische Welt steht aber einer Wohlthat entgegen, die der Verewigte ihr lebend zugedacht, deren Verbereitung die Arbeit seines Lebens war — Boyens Denkwürdigkeiten. Er hat an denselben wohl täglich geschrieben. Die 20jährige Muße, welche seine Treue für das als Recht Erkannte ihm zuzog, als auch W. v. Humboldt sein hohes Amt einbüßte, war dem Geschichtsschreiber günstig, und er soll sie trefflich genützt haben. Thut doch Zurückforschung und selbst ein gedrücktes äußeres Dasein der ewigen Heiterkeit des bitter Erkrankten niemals Eindrag! Deutschlands unglückseligste und schönste, schmachvollste und ruhmreichste Zeit wird hier in den Erlebnissen eines Mannes, der mitgetragen und mitgelitten hat, der außerdem niemals am Augenwerk Gefallen fand und das Kernhafte liebte, sich widerspiegeln, und Dorfens Klage, daß der deutsche Geschichtsforscher immer Jahre aus den trüben Quellen fremdländischer, feindlicher Zeugnisse zu schöpfen gezwungen sei, wird weniger schmerzvollen Anklang im Vaterlande finden. Es gibt Personen, denen Hr. v. B. Abschnitte aus seinem Werke vorgelesen, und die zwar sein Vertrauen ehrten, aber nicht müde wurden, den hohen Freimuth und die klassische Form zu rühmen. Dorenthalten kann dieses Testament des deutschen Ehrenmannes unserm Volke schwerlich werden; denn er schrieb für dieses Volk, und, wenn auch noch Individuen leben, denen Unterdrückung gewisser Thatsachen und Ihnen genehm wäre, welche sich darin vorfinden werden, so haben dieselben hoffentlich nicht die Macht, ihr Gelüste zu befriedigen. Mit viel „zur Lehre", „zur Besserung" wird die Schilderung der Zeit durch diesen ihren Sohn und darüberigen, gerechtigter Geist ihm die Worte seines Liedes eingab: „Und Preußens Könige riefen laut: das Licht hat uns den Thron erbaut!"

⁂ Berlin, 28. Febr. Die Zahl der Mitglieder des neuen Oberkonsistoriums ist vorläufig auf 30 bestimmt, die nach der Verordnung über dessen Organisation zum Theil als beständige Glieder desselben in Berlin wohnen, zum Theile zur Berathung wichtigerer Angelegenheiten jedenfalls ein Mal im Jahre aus den verschiedenen Provinzen einberufen werden müssen. Letztere sind die Vorsitzenden der Provinzialkonsistorien und die Generalsuperintendenten. Das größere Kollegium bilden daher mit den 15 bereits bekannten ständigen Mitgliedern die Konsistorialpräsidenten: v. Voß in Berlin, Geschel in Magdeburg, Mütelstädt in Stettin, Pessel in Königsberg, v. Uechtritz in Breslau, v. Beurmann in Posen, Eichmann in Köln und Flottwell in Münster; sowie die Generalsuperintendenten: Möller in Magdeburg, Ritschl in Stettin, Sartorius in Königsberg, Hahn in Breslau, Freymark in Posen, Küpper in Koblenz und Gräber in Westfalen.

○ Berlin, 20. Febr. In der Sitzung vom 17. Februar fuhr der ständische Ausschuß in Berathung des zehnten Titels fort. Der §. 202 wurde unverändert angenommen. Von den §§. 203 und 204 wurden die Schlußsätze gestrichen, die §§. 205 und 206 gingen ohne Veränderung durch. §. 207, der die Entziehung der Befugniß zum selbständigen Betriebe des Gewerbes gegen denjenigen erkennt, der dasselbe zur Anfertigung oder Verbreitung der durch Schriften, Abbildungen oder andere Darstellungen verpönenden Ehrverletzungen mißbraucht, wurde insofern abgeändert, daß statt „mißbraucht", „beim zweiten Rückfalle" gesetzt wurde. §. 208 wurde unverändert angenommen, §. 209 dagegen gestrichen. Die Versammlung gelangte nun zum ersten Titel vom Zweikampf. Die §§. 210 — 213 wurden ohne Abänderung angenommen. Zu §. 214 wurde der Zusatz gemacht, daß wenn einer der beiden Theile getödtet ist, die Freiheitsstrafe bis zu zwölf Jahren ausgedehnt werden kann. Bei §. 215 wurde für den, der seinen Gegner in einem Zweikampfe tödtet, welcher den Tod eines von beiden Theilen herbeiführen sollte, statt „zwölfjähriger", „drei- bis fünfzehnjährige Festungshaft" gesetzt. §§. 216 bis 218 gingen ohne Veränderung durch. Ebenso die §§. 220 und 221. §. 219 jedoch, der die Sekundanten und die zum Zweikampfe zugezogenen Zeugen mit Gefängniß oder Festungshaft von einem bis zu sechs Monaten bestraft, ward verworfen. Mit dem Schluß des ersten Titels schloß die Sitzung des 17. Februar.

*Posen*, 16. Febr. Die Köln. Z. berichtet: Die Stepper Skiriete thun von Zeit zu Zeit ihre Pforten auf, um einzelne ihrer Opfer und namentlich solche, die fremden, nichtrussischen Ländern angehören, der Welt zurückzugeben, aber gewöhnlich in einem Alter und in solch Körperlich und geistig schwachem Zustande, wo sie nicht mehr fähig sind, sich durch eigene Arbeitskräfte ihren Unterhalt zu gewinnen, und wo sie also auch den Kolonien Sibiriens nicht mehr von Nutzen, sondern eine Last sein würden. So sind man vor nicht langer Zeit einen aus Sibirien zurückgekehrten Greis in den Straßen Königsberg, der auffallender Weise kaum wußte, wie er dahin gekommen war, und so ist auch jetzt die russische Regierung im Begriff, 34 angeblich preußische Unterthanen aus den Anstrebungen in Sibirien zu entlassen. Wie und nämlich aus glaubhafter Quelle mitgetheilt wurde, hat die russische Regierung dem Ministerium des Auswärtigen zu Berlin, durch Vermittelung unserer Gesandtschaft in Petersburg, eine Liste von 34 Personen übersandt, die sie als preußische Unterthanen auszuliefern bereit ist und deren Eigenschaft als Preußen jetzt näher festgestellt werden soll. Von diesen 34 ist einer aus Posen gebürtig, Thomas Bardilewicz, der nach der Angabe der russischen Regierung im Jahr 1827 wegen Vagabundirens von der militair Gouvernementsregierung zur Deportation nach Sibirien verurtheilt worden ist. Damals war derselbe 30 Jahre alt und wird jetzt also, nachdem er 20 Jahre des besten Mannesalters in den Steppen gelebt, im fünfzigsten Jahre in sein Vaterland als schwacher Greis zurückkehren. Zur Zeit, wo Bardilewicz deportirt wurde, stand der bekannte Novossilzow als erster Senator und Minister an der Spitze der Gouvernementsregierung zu Wilna. — Es ist in der That himmelschreiend, daß ein preußischer Unterthan, ohne daß er ein anderes namhaftes Verbrechen begangen hat, als daß er vielleicht in dem südwarmen Rußland längere Zeit, ohne Arbeit zu finden, gewandert war und aus Mangel an Reisegeld in den Häusern um ein Almosen angesprochen hatte, anstatt über die nahe preußische Grenze zur Schub zurück, nach Sibirien geschickt werden kann, und daß erst nach zwanzig Jahren die Nachricht hierher gelangt, daß er sich dort befindet.

*Aus Oberschlesien*, 16. Febr. wird der Schles. Zeit. geschrieben: Heute Nachmittag wurden über 30 arme Wallen neu bekleidet und nach Ratibor zu Herrn Kanonikus Heide geschafft, von da werden selbige weiter untergebracht werden. Der biesige Standesherr, Graf von Oppersdorf, hat eine Besitzung zur Aufnahme solcher armen unglücklichen Kinder bereitwilligst hergegeben, und andere fürstlicher Beamte besorgen freundlichst deren Verpflegung. Auch haben schon viele Betheiligungen von Mehl u. s. w. stattgefunden, und der Wohlthätigkeitssinn zeigt sich unermüdlich, da täglich Gaben eingehen. Dagegen schreitet die Krankheit immer noch fort, und die schwere Pflicht der Geistlichen, namentlich am hiesigen Orte, wird sehr in Anspruch genommen; man sieht unsern braven Hrn. Kaplan unerschrocken bald zu diesem, bald zu jenem Kranken eilen. Was Referent nicht für gut hält, ist, daß mehrere Leichen in Ein Grab gelegt werden, denn so viel Platz muß doch wahrhaftig noch zu ermitteln sein, um für jede Leiche ein besonderes Grab zu bestimmen. Auch werden die Gräber nicht tief genug gemacht, und wie leicht kann bei dem heranahenden Frühjahr durch ein solches Verfahren die Seuche noch begünstert werden. Möge diesem Uebelstande bei Zeiten abgeholfen, resp. vorgebeugt werden.

**Würtemberg.** Stuttgart, 22. Febr. Der Schwäb. M. bringt eine königl. Verordnung, welche die Rayonsbestimmungen für die Bundesfestung Ulm bekannt macht.

**Sachsen.** Leipzig, 20. Febr. Die gestern erwähnte Erklärung der „Allemannen" hat bereits auch eine Gegenerklärung einiger Baiern in der D. A. Z. eine Abfertigung gefunden. — Daselbe Blatt verschärft auch, daß in dem laufenden Semester die „Allemannen" nicht mehr in Leipzig immatrikulirt würden, da zu ihren Gunsten keine Ausnahme gemacht werden könnte. Eine solche Ausnahme wäre auch sehr überflüssig; es ist schon Ausnahme genug, daß eine akademische Behörde Individuen, wie die Genannten, einer andern Universität zuschicke, unbekümmert darum, ob diese gesonnen ist, ihre akademische Körperschaft durch einen solchen Zuwachs vergrößert zu sehen.

*Aus Hannover*, im Febr. Ein Korresp. der Weserzeitung kommt auf die auch von uns schon mehrfach besprochene Mißhandlung der Hannoveraner in Bukarest zurück und vergleicht sie mit der Rücksicht, welche die Engländer im Auslande beanspruchen. Die Schamröthe, so ruft der Verfasser aus, muß dem Deutschen in's Gesicht steigen, wenn er diese klaffenden Kontraste bedenkt. Für alle die

Digitized by Google

Hunderttausende von Thalern, welche die sämmtlichen verschiedenen Gesandtschaften und Konsulate der einzelnen deutschen Staaten im Auslande jährlich kosten, haben wir an den meisten Punkten der Welt kaum eine Vertretung von solchem Ansehen, wie sie z. B. das kleine Portugal besitzt, ja jenseit der Meere sind es fast nur die Hansestädte, welche hier und da auf eigene Faust ein Wappenschild ausstrecken, unter welchem der Deutsche Schutz und Vertretung suchen kann. Wer erinnerte sich nicht des (in der Weisezig. 1846, Nr. 883) an das Mutterland gerichteten Gesuches der deutschen Kaufleute in China, worin sie ihre hilflose Lage schildern, wie sie bei einem ausgebrochenen Konsul nach dem andern um die konsularischen Assistenzen zu bettela gezwungen sind? Gehört mögen wohl einzelne deutsche Regierungen diesen Ruf haben, aber wann er erhört werden wird, wie lange wird man noch darauf harren können? Möge daher jener Bukarester Beruf allgemein als eine Gelegenheit ergriffen werden, die so überaus dringende Angelegenheit einer umfassenden systematischen Vertretung Deutschlands als Gesammtlandes im Auslande kräftig anzuregen, und möge die Hannoversche Zeitung, Falls die neuerlich (über künftige Kaufflarthen der öffentlichen Meinung durch sie) vorbereiteten Gerüchte Grund haben sollten, und unter Andern demnächst auch den Erfolg der Schritte melden, welche die hannoversche Regierung zur Wahrung unserer Ehre in jener empörenden Angelegenheit — wie hoffen es — thun wird.

**Baden.** * Karlsruhe, 21. Febr. Hr. Emil Kessler hat in einem Schreiben vom 12. Febr. die Gläubiger seiner Maschinenfabrik auf den 14. März zu einer Versammlung eingeladen, und ihnen zugleich drei Vorschläge mitgetheilt, um ihre Forderungen nebst Zinsen vollständig zu befriedigen. Der erste Vorschlag geht auf Bildung einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1,200,000 fl., welche hinreichen, um die Wechsel- und Kontokorrentschulden zu tilgen und den Betrieb zu erhalten; Hr. Kessler würde Direktor bleiben, 100,000 fl. seiner Forderung an das Geschäft in Aktien erhalten, jährlich 6000 fl. Gehalt beziehen, Wohnung und Garten wie bisher genießen. Der zweite Vorschlag besteht in der Annahme der Zinsgarantie des Staates nach den Beschlüssen der Stände, der dritte in der Liquidirung mittelst Ausarbeitung der Bestellungen und Verwerthung der Liegenschaften und Einrichtungen. Zu der ausführlichen Begründung wird gesagt, daß der Fortbestand der Fabrik nicht erhalten werden könne, wenn sie nicht zu einer allmählichen Schuldentilgung zugelassen werde, und daß eine gerichtliche Liquidation sicher große Verluste für die Gläubiger nach sich ziehen würde; nach den Regierungsvorschlägen würde der Stundungsvergleich wohl ebenfalls gerichtlich gemacht werden. Es wird daher eine gütliche, außergerichtliche Vereinbarung und vorzugsweise die Annahme des ersten Vorschlags, also die Bildung einer Aktiengesellschaft, empfohlen. Somit ist Aussicht vorhanden, daß wenigstens Eine der drei Fabriken ohne Staatshilfe zurecht kommen werde, und dazu haben die Verhandlungen und Beschlüsse, welche die Lebensfähigkeit der Anstalten nachwiesen und das Vertrauen der Regierung und der Stände auf die Meinung Andrer übertrugen, wesentlich mitgewirkt. Dies geht auch aus der Begründung hervor, welche sich auf jene Beschlüsse beruft und Stellen aus dem Kommissionsbericht anführt. Ob die Gläubiger die Aktien den Privatobligationen mit Staatshaftung für die Zinse vorziehen werden, mag für jetzt um so eher dahingestellt bleiben, als die Entscheidung nicht lange aufbleiben wird. Dem Börsenspiel und manchen Gläubigern mögen die Aktien angenehmer sein, zumal wenn bei einem Vergleiche Behörde der Zinshaftung nicht Rechenvortheile bedungen werden könnten. Dagegen wird im ersten Augenblick auffallen, daß Hr. G. Kessler einen Vorschlag, der ihn zum Betheiligten mit einem Zweifttel und zum Angestellten einer Gesellschaft macht, einem andern Vorschlage vorzieht, der ihm das volle und nach einer gewissen Zahl von Jahren das freie Eigenthum der von ihm gegründeten und großgezogenen Anstalt beläßt. Ohne Zweifel ist dies ein Beispiel von seltener Uneigennützigkeit. Dabei ist jedoch folgender Umstand nicht zu übersehen. Die Einladung nebst Beilagen ist von einem Rundschreiben des Bankiers Aug. Klose vom 14. Febr. begleitet, worin die Gründung einer Aktiengesellschaft als der einfachste Vorschlag auf das Wärmste empfohlen wird. Selbst — sagt Hr. A. Klose — habe er sich von allen Aktienunternehmungen, wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten und Gefahren, fern gehalten; aber hier sei Nichts gewagt, seine Freunde können ihre Kapitalien nicht sicherer und vortheilhafter anlegen. Hr. Kessler sorge mit seltener Ehrenhaftigkeit für die Sicherheit der Gläubiger, bringe schwere Opfer und übergebe den Aktionären fast gratis das Anlagekapital von 567,000 fl. Das ist wahr. Es wird den Gläubigern einleuchten; daß es aber auch Hr. Kessler einleuchtend gemacht wurde, spricht nicht minder für dessen Aufopferungsfähigkeit, als für die Geschicklichkeit seines Rathgebers. Am Schlusse des Begleitschreibens wird ausdrücklich gemacht, daß die Aktien der Taunusbahn bei einer Ertragsfähigkeit von etwa 7% mit 50% Agio bezahlt werden; welchen Preis werden erst die Aktien der Maschinenfabrik Karlsruhe unmittelbar nach der Ausgabe erreichen? — Dies wird den Agioteurs einzurechnen! —

* Vom Rhein, 21. Febr. Was sagt aber nun der Rhein. Beobachter? was sagen nun alle die preußischen absonderlichen Politiker, die vor einem Jahre hoffnungstrunken glaubten, die neue patriarchalische Konstitution vom 3. Febr. werde in Kraft ihrer inhärenten Vorzüge zuerst den süddeutschen französirenden Konstitutionalismus untergraben, und dann als das eigentliche Modell einer glücklichen Verfassung auch wohl selbst die französische Charte umstoßen? Was sagen alle die stieren Beobachter, die, das Auge zu nahe auf das Nahe geheftet, das Ferne nicht sehen und das Bessere nicht achten? die sich gegen die „dornige" Ansicht der Deutschen Zeitung sträuben, es sei die konstitutionelle Monarchie die normale Verfassungsform der neuen Zeit, wie der Feudalismus für das Mittelalter war, bedürfen, dieselbe Ausbreitung zu gewinnen wie jener, daß einst auch ihrer Zeit erfüllt sein wird? Was sagen sie nun? Das sind doch gewiß Erfolge eher einer klarvoraussehenden, als einer dornirten Politik? In acht Monaten der Existenz der Deutschen Zeitung hier neue Konstitutionen, und die zwei in ihren Grundzügen bekannt gewordenen, beide echtes Volksblut französischer Race! Wenn das so fort geht, so zieht die konstitutionelle Verfassung bis zum nächsten Schaltjahre im glücklichen Reiche der Mitte ein. Wer zweifelt, daß die Patentverfassung bis dahin ihren westlichen Eroberungszug bis zur Königin Pomare ausgedehnt haben wird. So sehr laumelt die dornirte Welt in jene vorderhistorische alter Staatsformen hinein! Noch vor vierzehn Tagen sagten Sie den leichtsinnigen Satz nur hin: das Programm einer vermittelnden Staatsordnung sei überall fertig und trete der Gefahr unvollständiger Begabten für den ersten Anfang vollkommen genügend. Ein Satz, der Niebuhr im Grabe umwenden und den Männern der echten historischen Schule die Fingerspitze im Leide umkehren müßte! Und im Sinne dieses Satzes gibt man sich am nämlichen Datum, wo Sie das schrieben, drei Verfassungen in Italien! Ihrer schwachen Verbindungen mit diesem Lande sind noch wenige; ich fange aber an, an unheimliche heimliche Verbindungen zu glauben, die Sie da unterhalten! Daß aber solche Dinge gesichten können! Leichtsinn und Oberflächlichkeit dominiren die Welt in Theorie und Praxis! Da lobe ich mir eine geschichtliche Entwicklung. Heute eine Verfassung ohne Namen, ohne Rechte, ohne Periodizität; über Jahr und Tag Eine nach dem Andern, gründlich und historisch gewachsen. Diese Welt die ewige Zeit geschaffen, als daß die lange Weile die Regel sein sollte, die von solchen festlichen Ueberraschungen, wie Verfassungsrechte sind, besser spärlich und öfter, als rauschend und Alles auf ein Mal umkehrenden wird?

**Schleswig-Holstein.** × Kiel, 13. Febr. Wenn der offene Brief Christians VIII., der seiner Form nach nur eine Ansicht der Staatsregierung aussprach, so große Aufregung in Schleswig-Holstein hervorbrachte, so ist die verhältnißmäßig große Ruhe bei dem Erscheinen des Verfassungsentwurfes, welches der erste Versuch im Großen ist, jene Ansichten zu verwirklichen, nur scheinbar und darin begründet, daß die Schleswig-Holsteiner die Verschiedenheit der damals und jetzt ihnen gestellten Aufgabe richtig erkennen. Beim offenen Brief Christians des Acten handelte es sich nur darum, der Abtretung gegen dessen leicht verständlichen Inhalt auszureden, dies geschah auf jede Art und so lebhaft, als die Grenze der Gesetzmäßigkeit es zuließ. Schon das Verständniß des Inhalts des Verfassungsentwurfs ist an sich der größeren Masse des Volkes schwerer zugänglich und kränkt deshalb nicht so unmittelbar und mit einem Schlage das Gefühl Aller; dann sind durch das verhaßte Verbot der Versammlungen und die unter Christians des Acten Regierung bis zur Abgeschmacktheit gesteigerte Strenge der Censur die Mittel theils für die Verständigung, theils für den offenen Ausdruck der Ansichten und Gefühle des Volks unendlich erschwert; endlich aber genügt es jetzt nicht, die Gefühle auszusprechen, die jeder Schleswig-Holsteiner der den Versuch, seine Nationalität zu beeinträchtigen, hegt. Jeder weiß es von dem Andern, daß diese Gefühle nicht allein fortdauern, sondern gesteigert sind. Nur Einige, die überhaupt oder wegen parteiloser Ueberstheite nicht sehen können oder aus mißverstandener Politik nicht sehen wollen, haben die für die Nationalität Schleswig Holsteins so tief fühlende, so kräftig und rücksichtslos handelnde Altersschwäche als nöthig zu vorübergehend gesucht. Jetzt handelt es sich darum, daß das Volk mit einem jeder Verfas-

Digitized by Google

chung widerstehenden, durch abstrakten Liberalismus nicht irregeleiteten Nationalgefühl als Grundlage über die Mittel nachsinne, die von ihm in der Neumünster'schen Adresse seinen Ständen und von diesen dem Landesherrn vorgelegten Grundsätze zu verwirklichen. Es ist erfreulich zu sehen, wie ein Jeder davon überzeugt ist, daß uns diese Aufgabe durch das Verfassungsgesetzt gesetzt ist, wie sogegen Niemand über die einzige Diskussionen einer Gesammtstaatsverfassung auch nur theoretisirt, geschweige kann an ihre praktische Ausführbarkeit denkt, wer einstimmig also bei der Frage: „Annehmen oder Ablehnen?" das Losungswort ist: Ablehnen. Dies sagt schon das Gefühl; das ist aber jetzt nicht mehr Dänenhaß, nicht mehr bloß schleswig-holsteinisches Nationalgefühl; es ist das durch die in Wort und That von Volk und Fürsten Deutschlands ausgedrückten Sympathien in allen Klassen des Volkes zum Durchbruch gekommene deutsche Nationalgefühl. Diese Sympathien haben unmittelbar und deßhalb mehr denn alle vermittelst geschichtliche Erkenntniß, die, noch so peinlich dargestellt, dem ganzen Volk schwerlich ein Motiv zum Handeln wird, dem schleswig-holsteinischen Volk die Ueberzeugung von seinem Recht im Nationalitätskreit mit den Dänen und von einer dasselbe schützenden Gewalt gegeben. Gründe und um Vertrauen auf Recht und Kraft setzen wir einer nahen Krisis entgegen. — Dies Eine sieht also zunächst nur zur Frage: Wie ablehnen? oder: Soll man nach dem Verfassungsentwurf „erfahrene Männer" für die Berathung über die projektirte Verfassung wählen oder nicht. Diese Frage hatte den Mittelpunkt des Gespräches in allen Kreisen der Gesellschaft; ihre hohe Bedeutung hat eine Zusammenkunft mehrerer unserer politischen Notabilitäten in Kiel veranlaßt; sie ist verhandelt in der neulich hier abgehaltenen Versammlung der Ritterschaft, welche zunächst den Zweck einer Wahl der beim Thronwechsel üblichen Deputation hatte; sie ist besprochen in einer in voriger Woche stattgehabten Versammlung der acht ritterschaftlichen Gutsbesitzer Schleswig-Holsteins, sie ist besprochen in verschiedenen sogenannten geschlossenen Gesellschaften im Lande, namentlich in Altona im „Bürgerverein", in einer Versammlung von reichlich 300 Theilnehmern. Ueberall war man für das Wählen. In dieser Woche wird hier in Kiel eine durch Privateinladungen veranstaltete Versammlung sämmtlicher Abgeordneten der Schleswig'schen und Holstein'schen Ständeversammlung zur Besprechung dieser Frage Statt finden; und erst in dieser wird sich die Ansicht des Landes kundgeben, indem jeder Abgeordnete die Sache mit seinen Wählern möglichst gründlich wird erortert haben. Einige, indeß wohl die Minderzahl, sind gegen alle Wahl, vorzüglich darauf gestützt, die Regierung werde von der Gesammtstaatsidee als Basis der Verfassung nicht ablassen und darnach die acht Männer, deren Wahl sie sich für die Herzogthümer gleich wie für Dänemark vorbehalten habe, einrichten, wodurch die scheinbare Gleichheit der Stimmen (26 für Dänemark, 26 für die Herzogthümer) aufgehoben und die Stimmenmehrheit für auf dänischer Seite sein würde; um deßhalb gar kein Präjudiz zu erregen, müsse man sich gar nicht auf Wahl einlassen. Andere dagegen meinen, man müsse wählen und versuchen, ob nicht die entschiedene Unzufriedenheit der Dänen mit dem Verfassungsentwurf und die bisher eingetlich noch unbekannte Stimmung des Königs in diesem Streit auf irgend eine Weise zum Vortheil zu benutzen sei, wie nicht, müßten die Gewählten unter Protest sofort abgehen, ohne sich irgendwie auf die Grundlage der Gesammtstaates hin auf eine Verhandlung über die Verfassung einzulassen. Man ist darüber einig, daß nur scheinbar das Land Etwas mit der Wahl der erfahrenen Männer zu thun hat, daß die Regierung (abgesehen von denen, die sie selbst direkt wählt) wählen läßt durch Prälaten und Ritterschaft, Geistlichkeit, Landwehrs-Konstituirten in Kiel und durch die einzelnen Abgeordneten der Schleswig'schen und holsteinischen Ständeversammlung, welche letztere hier aber nicht als Ständeversammlung, mithin nicht als Vertreter des Landes in Betracht kommen. Was daher immer die berathende Versammlung und insbesondere die von und vorhin gehenden erfahrenen Männer berathen und beschließen mögen, nie kann es für das Land bindend sein. Petitionsrechter werden die zur Wahl vom König auserkiesenen Individuen und Korporationen, um für sich persönlich keine Verantwortung auf sich zu laden, nur wählen unter dem Protest, daß sie bei dieser Wahl lediglich im allerhöchsten Auftrage und nicht als Landesvertreter handelten, und unter der Reservation, daß folglich aus der Wahl dem Lande kein Präjudiz in Anlehung des Annehmens der demnächst emanirenden Verfassung entstehen könne. Nur eine ganz frei vom Volk ausgehende Wahl, bei welcher eben ein Jeder wahlberechtigt wäre, würde eine Wahl des Landes genannt werden können, und erst bei einer solchen wäre die Unterschreibung wichtig, ob man die erfahrenen Männer als Mandatare mit einer bestimmten Instruktion oder als selbständig auf ihre Ueberzeugung angewiesene Vertreter wählen solle. Praktisch also steht nach unserer Ansicht die Sache so: mag man wählen, unbeschränkt oder unter welchen Klauseln immer, oder mag man überall nicht wählen, was auf jener Versammlung zugemacht, und was, darauf gestützt oder unabhängig davon die Regierung uns demnächst als Verfassung vorlegt, ist rechtlich nicht bindend für das Land. So wie diese nächste Frage über die Wahl entschieden sein wird, deren Wichtigkeit zur Zeit wir nicht läugnen, ist auch unsere Ansicht ohne Aufstand die zweite bestimmtere letzte Frage im Nationalitätskreit zu bedenken: Wie soll man eine von der Regierung beschlossene Gesammtstaatsverfassung zurückweisen, wenn man den Versuch macht, sie mit Gewalt durchzusetzen? Wir meinen nicht blos: wie sollen die Provinzialstände, deren Kompetenz für diese Frage noch sehr zweifelhaft sein kann, sich dabei verhalten? Wir gehen weiter: was soll man thun, wenn die Regierung ihren Beschluß den Provinzialständen gar nicht vorlegt oder ihren Rath nicht achtet?

Hamburg. Wir erfahren, schreibt die Br. Z., daß von beiden Instanzen der Censurbehörde in Hamburg der Druck einer Schrift des Professors v. Madai in Kiel über das Verfassungsgesetzt untersagt worden sei. (In derselben deutschen Stadt erscheint auch das einzige deutsche Blatt, der „unparteiische Korrespondent", das den dänischen Gesammtstaatsgelüsten neben deutschen Gesinnungen verschworen das Wort gibt. Daß diese dänischen Stimmen aus den Herzogthümern herrühren, ist ganz glaublich; warum sollte es nicht auch da ein paar Verräther an der deutschen Sache geben — aber daß ein deutsches Blatt diesen frechen Ablängungen der schleswig-holsteinischen Selbständigkeit, diesen faulen Behauptungen, „der Gesammtstaat sei ja in anerkannter Wirksamkeit vorhanden", seine Spalten öffnet, daß es sich zum Werkzeug hergibt, wenn dänischer Sophistik die deutschen Herzogthümer zu bereden sucht, sich in den Gesammtstaat einschmelzen zu lassen — für diese erhabene Unparteilichkeit des „unparteiischen Korrespondenten" haben wir keinen Ausdruck. Nachdem die dänische Reaktion die ganze schleswig-holsteinische Presse vernichtet, allen deutschgesinnten Blättern der Prozeß gemacht hat, sollten wir auch „Unparteilichkeit" auch noch einer Politik, die zwei deutsche Landschaften auf immer von Deutschland losreißen sucht, unsere Blätter öffnen! Als wenn die Dänen nicht selber Blätter genug hätten, als wenn die Berlingsche Zeit. oder das Fædrelandet oder die Friedenhansposten sich zu bedeigelassen hätten, deutsche Publicisten für die deutsche Sache reden zu lassen! Das ist eine Unbefangenheit, die selbst über Gesinnungslosigkeit hinausgeht.)

## Schweiz.

** Bern, 17. Februar. Die Tagsatzung hat sich gestern auf unbestimmte Zeit vertagt. Dagegen tritt nun die Bundesrevisionskommission in Thätigkeit. An den bisherigen Arbeiten nehmen bloß die Stände Unterwalden (nid dem Wald), Appenzell Innerrhoden und (wie sich von selbst versteht) das verunglückt gewinnte Neuenburg keinen Antheil. Von Nidwalden steht übrigens zu erwarten, daß es nachträglich noch sich zur Antheilnahme herbeilassen werde, da Obwalden, mit dem es sonst in allen Dingen Hand in Hand zu gehen pflegt, sich dazu bereit erklärt hat. Welchen Erfolg die daherigen Berathungen haben werden, läßt sich im Voraus schwer bestimmen. Wir gehen uns in dieser Beziehung keinen sanguinischen Hoffnungen hin. Den günstigen Moment zu durchgreifenden Reformen hat man unbenutzt vorübergehen lassen, und so wird man sich wohl vorerst mit theilweisen Verbesserungen begnügen müssen. Indessen ist es immerhin besser, es geschehe Etwas als gar Nichts, wäre es auch nur, um thatsächlich zu beweisen, daß die Schweiz das Recht, den Bundesvertrag nach ihrem Gutfinden abzuändern, sich nicht abtreiben lassen will. In dieser Beziehung hat die an die fremden Mächte erlassene Antwortsnote ihre Aufgabe vollkommen und überzeugend gelöst, und sie hat deßhalb auch bei allen Sachkundigen unbedingte Billigung gefunden. Das suaviter in modo, fortiter in re findet sich darin auf sehr angemessene Weise vereinigt. Auffallend ist, daß ehe und bevor nur die Antwort der Tagsatzung erlassen worden, sichern Vernehmen nach der russische Gesandte, wie verlautet im Einverständniß mit dem österreichischen, eine neue Note dem Bundespräsidenten eingereicht hat, welche die Erklärung enthalten soll, daß die Schweiz die ihr zugekehrte Neutralität verwirkt habe*), daß daher die betreffenden Großmächte sich ihren diesfälligen Verbindlichkeiten entledigt betrachten und fortan bloß nach ihrer Konvenienz handeln werden. Betnahe hat es den Anschein, als wolle man die schweizerischen Angelegenheiten mit den Italienischen in Verbindung bringen, und mit einem Schlage den Reformbestrebun-

*) S. die russ. Erklärung in Nr. 47. der Deutschen Zeitung.

Digitized by Google

gen im heißen Kampfe ein Ziel setzen. Daß etwas Derartiges im Werke liege, scheint bisjetzt außer Zweifel, ob es aber gelingen wird, ist eine andere Frage. Die nächste Zukunft muß es zeigen.

Schweiz, 20. Febr. Seitdem hat der Verfassungsrath sein Reformwerk beendigt. Mollerau und Pfäffikon bilden nun einen Bezirk. Der alte Bezirk Schwyz bleibt ungetheilt und Schwyz Stadt alter Kantonalbehörden. Am 27. d. stimmt das Volk über den so veränderten Entwurf ab.

## Großbritannien.

London, 18. Febr. (Parlamentsverh. über die Bill betr. die polit. Gleichstellung der Juden. Forts.) Hr. C. Peacock sprach für die Bill und suchte die drei Hauptgründe zu widerlegen, auf welche sich die Gegner der Bill beriefen, nämlich daß sie den verfassungsmäßigen Rechten des Landes zuwiderlaufe, den vermuthgemäßen Ansichten von der Religion widersprechе und den Gefühlen des Volkes entgegen sei. Er verscherte, so viel er auch mit Juden verkehrt, habe er doch nie ein Wort von ihnen gehört, welches für die Christen beleidigend gewesen oder einem Spott oder gar einer Lästerung über den Glauben der christlichen Religion gleichgekommen. Lord Drumlanrig eiferte gegen die Bill und tadelte bei diesem Anlaß aufs Heftigste das M. Chr., welches sich zur Aufgabe gemacht, über die christlichen Gefühle des Landes zu spotten. Man habe gerathen, sich an Frankreich ein Muster zu nehmen; aber ein christliches Land wie England habe eher ein Recht, ein Volk zu verabscheuen, welches erst vor 60 Jahren die Verehrung des wahren Gottes für abgeschafft erklärt und die menschliche Vernunft an dessen Stelle gesetzt habe. Der Heroismus der Wähler der City, indem sie einen Juden zu ihrem Repräsentanten auserkoren, sei von Vielen zu einem Gegenstande des ausschweifendsten Lobes gemacht worden, er für sein Theil könne in dieser Handlung ehr alles Andere erblicken als Heroismus. Hr. Conyers verabscheute in warmer, wenn auch nicht neuer Weise die Bill und hob namentlich hervor, daß im Hause 6 Mitglieder säßen, welche aus jüdischem Blute herstammten und dieser Nation alle Ehre machten. Von seinem Standpunkt in ziemlich geschickter Ausführung griff Hr. Seymer die Bill an. Zwar könne sich das Land, äußerte er, nicht länger mehr ein speciell protestantisches Land nennen und dürfe daher auch kein ausschließlich protestantisches Parlament haben, aber es sei bis jetzt wenigstens ein christliches Land gewesen, und ein solches solle es auch bleiben und nur eine christliche Gesetzgebung haben. Man habe geläugnet: das Parlament müsse den Baron Rothschild zulassen, weil die Londoner Alstadt ihn ins Parlament gewählt; er sehe aber nicht ein, wie die Wählerschaft der City dem Parlament Gesetze vorschreiben könne; die Einwohner der City seien auf Spekulation und offene Beute, und auch diese Wahl sei Nichts als ein Ergebnig dieses spekulativen Sinnes. Man habe gesagt: es handle sich hier nur um eine Handvoll Juden; mit nichten, sie würden sich in ziemlicher Anzahl durch die Bresche, die jetzt geöffnet werden solle, ins Haus eindrängen, denn die Juden gebieten über großen Reichthum und wüßten sich seiner zu ihren speciellen Zwecken trefflich zu bedienen. Lord Palmerston habe gesagt: es sei um so rathsamer, die Bill durchgehen zu lassen, da die englische Regierung die türkische vermocht habe, den Christen des Türkenreiches bürgerliche Rechte zu verleihen, und es eine Schande wäre, wenn England in Bezug auf bürgerliche Gleichstellung der Religionen hinter dem Großtürken zurückbleibe. Nun, er sei selbst im Orient gereist, und es wisse, was es mit den bürgerlichen Rechten der Christen dort zu Lande auf sich habe. Hr. Horsman vertheidigte die Bill, von dem Grundsatz ausgehend: daß das vollkommene Christenthum zugleich die vollkommene Freiheit sei. Spooner erblickte in der Bill einen Ausfluß jenes irreligiösen oder wenigstens indifferenten Geistes, welcher unter Andern Hrn. Macaulay verleitet habe, in einem Artikel in der Edinburgh Review zu versichern: man könne ebensowenig von einer christlichen Verwaltung als von einer christlichen Kochkunst sprechen, und die Religion habe mit der Gesetzgebung gerade ebensowenig zu thun als mit dem Verfertigen von Stiefeln oder dem Flicken von Schuhen. Cochburn, die Bill in Schutz nehmend, äußerte: wie könne man fürchten, daß ein Jude als Parlamentsmitglied dem Land Schaden bringen werde? Habe er nicht dasselbe Interesse daran, wie die Christen, daß die Landesmohlfahrt gedeihe, der Handelsverkehr geregelt, die Gesetze in gutem Stande seien? Könne man glauben, daß der Jude zu dem Land, das ihn erzeugt, und mit dem er Glück und Unglück theile, keine Liebe, keinen Patriotismus trüge? Daß ein Jude zurückstehen würde, wenn es gelte, das Vaterland zu vertheidigen? Der Redner erinnert an den deutschen Unabhängigkeitskrieg; da hätten die Juden sich mit demselben Eifer erhoben wie die übrigen Deutschen, um das französische Joch abzuschütteln. Wenn man 40,000 Juden im Lande dulde, warum wolle man die Gegenwart einiger Juden im Parlamente nicht dulden? Andererseits seien die Juden vor Christen gleichgestellt worden, und das Land habe davon keinen Nachtheil verspürt; er wolle von Frankreich nicht sprechen, da der allgemeinen Ansicht nach Frankreich kein besonders religiöses Land sei, aber von Holland, von Belgien, einem Lande, wo die katholischen Priester großen Einfluß hätten, wolle er sprechen, von Nordamerika, wo es keine Staatskirche gebe und wo, wie gewiß Niemand läugnen werde, unter dem Volke ein kräftig religiöses Gefühl vorherrsche. So könne man beschränkte Rußland und noch einige wenige despotische Länder zu Gunsten des Princips anführen, wonach man die Juden ausschließe. (Hört!) Aber in den eigenen englischen Kolonien habe der Versuch der Judenemancipation trefflich angeschlagen, in Jamaika und Kanada seien sie durch lokale Beschlüsse, welche die Königl. Genehmigung erhalten, zu Volksvertretern gewählt worden, und in Kanada hätten sie sich als höchst brauchbare Werkzeuge zur Unterdrückung der frühern revolutionären Bewegungen in diesem Lande bewährt. Uebrigens wolle er bisjetzigen, welche sich der Bill widersetzen, nicht tadeln, er habe sie sogar bei religiösen Gefühlen wegen, das sie zu diesem Widerstande antreibe. Aber ich frage, führt der Redner fort, warum haben die Juden, die so lange unter Euch leben, so wenig Zuneigung zu Eurem Glauben gewonnen, als aus dem einzigen Grunde, weil Ihr zwischen ihnen und dem Christenthum eine unübersteigliche Schranke aufgerichtet habt, weil Ihr sie gezwungen habt, das Christenthum als ihren bittersten und unversöhnlichsten Feind zu betrachten. Reißt diese Schranke nieder, und Ihr werdet sie einst Tags auf demselben seligmachenden Gebiet erblicken, auf dem Ihr selbst steht und für dessen Aufrechthaltung und Ausbehnung Ihr so ausnehmend besorgt seid. (Schluß f.)

London, 19. Febr. Die gestrige Unterhaussitzung schreint von Bedeutung werden zu sollen; es wird sich jetzt zeigen, ob das Ministerium Lebenskraft genug besitzt, um durch seine Stärke und nicht bloß durch die Schwäche, Zersetzung und Unsicherheit der Parteien Bestand zu haben, ob es mit einem Worte, ein Ministerium ist, wie es der Brite verlangt, ein Ministerium, welches auch finanziellen Verlegenheiten und Krisen gewachsen ist. Wie glauben und hoffen zwar — denn wir würden den Rücktritt der Whiggregierung in diesem Augenblick für ein Unheil ansehen — daß das Ministerium Russell sich halten wird; aber wir leben in einer Zeit, wo sehr oft gerade das geschieht, was man am wenigsten erwartet, und zwar gerade in dem Augenblick, we man am sichersten auf den Bestand der Dinge zählt. Russell sahe in seiner Darstellung der finanziellen Verhältnisse des Landes und, trotz wiederholter Friedensversicherungen, mit seinen Mitsassen und Vorschlägen für Vermehrung der Landesmehren fort. Er begann damit, wie sich England seit anderthalb Jahren in einer Lage wie nur zu Kriegszeiten befunden habe, wie die Waarenpreise in einem noch nicht vorgekommenen Grade geschwankt hätten, wie zugleich eine in England noch nie erlebte Theurung geherrscht habe. Der Minister ging nun auf die Zahlenstatistik des Budgets über und gestand das bedeutende in der gestrigen Rede bereits erwähnte Deficit ein. Unter diesen Umständen müsse die Regierung das Haus nicht nur um eine Verlängerung der Einkommensteuer auf eine Periode von weiteren 3 Jahren, sondern auch um eine Erhöhung derselben auf 5 pCt., und zwar für die nächsten 2 Jahre angehen. Er schlage aber zugleich vor, das diese Maßregel aus das nothleidende Irland nicht ausgedehnt, ferner daß die Steuer ganz in der bisherigen Weise forterhoben und zwischen Eigenthum und Einkommen kein Unterschied gemacht werde. Wenn man in dieser Weise die Steuer erhöhe, so werde man Ende des Jahrs ein Mehr von 113,000 Pf. haben, zwar nur ein geringer Ueberschuß, der sich aber doch, wie er hoffe, im nächstkünftigen Jahre vermehren werde. Sofort erhoben sich heftige Gegenreden. Hr. Hume gestand, daß ihm noch nie eine Rechnungsablage solchen Schmerz gemacht habe; er werde das Haus anrufen, nicht einen Heller mehr zu bewilligen, sondern in jeder möglichen Weise dahin zu wirken, daß die ungeheuren Ausgaben vermindert wüeden. Osborne äußerte ähnlich: daß die jetzt wenige Budgets vor das Haus gebracht worden, die so geeignet gewesen, das Land in Betrübnig und Bestürzung zu versetzen; bestände eine organisirte Opposition, so würde man nicht gezwgt haben, das Haus mit einer solchen Darstellung der Finanzen und solchen Vorschlägen zu behelligen. Sir B. Hall, Oberst Sibthorp, B. Baring eiferten ebenfalls dagegen. Disraelie verfuhrt: das Unglück rühre von Cobdens Freihandelsansichten her, welche deßhalb auf dem Kontinent so großen Beifall erhielten, weil Hr. Cobden so viel für den Kontinent gethan. Herr Cobden suchte sich gegen Disraeli zu wehren, griff aber von der andern Seite die Bewaffnungsvorschläge

Digitized by Google

des Ministers aufs Lebhafteste an. Zum Schluß sprach Palmerston begütigende und vermittelnde Worte und vertheidigte seinen Freund Russell, dessen Charakter keineswegs gemacht sei, den Buchhaun jenseit des Kanals Beschränkungen wegen Unterbrechung des Friedens einzuflößen. Die Fortsetzung der Debatte wurde sodann auf künftigen Montag ausgesetzt.

Im Oberhause ging an demselben Tage die Bill zur Eröffnung diplomatischen Verkehrs mit Rom durch das Komité, doch nicht ohne eine kleine Schlappe für die Regierung. Graf v. Eglintoun beantragte nämlich, der Bill eine Klausel anzufügen, wonach kein Jesuit, noch sonst ein Ordensgeistlicher als legalisirter päpstlicher Gesandter in London anerkannt werden solle. Stanley unterstützte drei Amendement; er habe Nichts dagegen, daß England gebührender Maßen in Rom vertreten sei, wünsche aber nicht, daß der Vatikan nach London versetzt werde. Obschon der Marquis v. Lansdowne der Klausel, als den Prärogativen der Krone zu nahe tretend, sich widersetzte, wurde sie doch mit einer Mehrheit von 3 Stimmen (87 gegen 84) angenommen.

## Frankreich.

Paris, 19. Febr. Der National setzt in Bezug auf das gestern mitgetheilte Schreiben des Herzogs von Montpensier der Erklärung des Moniteur die bestimmte Versicherung entgegen, daß jener Befehl wirklich von dem Prinzen unterzeichnet sei, was denn freilich nicht ausschließe, daß derselbe ursprünglich vom Kriegsminister oder vom Kommandanten der ersten Militärdivision ausgegangen. Der National fügt hinzu, daß er die Beweise für seine Behauptung in Händen habe, sie aber nicht vorlegen könne, ohne Jemand bloszustellen.

Das Journal des Débats weiß in der Entschließung der unglücklichen Vorfälle in Pavia den National noch zu überbieten. Man höre. Der Leichenzug, dem eine Anzahl von Studenten folgt, bewegt sich durch die Stadt. Ein österreichischer Officier, der gaffend in der Straße steht, bläst den Studentenzug geringschätzig den Rauch seiner Cigarre ins Gesicht. Die Vorstellungen, welche ihm gemacht werden, läßt er unbeachtet, und als endlich der Ruf: weg mit der Cigarre! sich hören läßt, zieht er seinen Degen, verwundet zwei Studenten mehr oder weniger gefährlich, und wird von einem dritten entwaffnet, der ihm unmittelbar darauf mit Verachtung den Degen zurückgibt, indem er sagt: so handelt ein Italiener. Inzwischen sind andere Officiere herbeigeeilt, und es würde bei der gegenseitigen Erbitterung zu schweren Ereignissen gekommen sein, wenn die Studenten nicht aus Mäßigung und Großmuth, und um Blutvergießen zu vermeiden, sich zurückgezogen hätten. So schreibt man in Paris die Tagesgeschichte.

Um die vielfach vorgebrachte Behauptung zu widerlegen, daß die Jesuiten den Neuerungen des Papstes feindlich gesinnt seien und entgegenarbeiten, veröffentlicht das Univers, der Moniteur des Ultramontanismus, ein seltsames Aktenstück, eine Adresse, welche die im vorigen Jahre in Rom abgehaltene Kongregation der Jünger Loyola's unterm 25. Nov. an Pius IX. gerichtet hat. Die frommen Väter legen durch dieses Schreiben feierliche Verwahrung ein gegen den Verdacht, daß sie die Pläne und Maßregeln des Papstes mit mißgünstigem Auge sehen. „Wir dulden oft schweigend und mit Freude, heißt es darin, jede andere Verleumdung; diese aber, die ungerechteste und beleidigendste von allen können wir unmöglich ertragen. Das heißt und den Augapfel verwunden. Denn der Beruf, der uns zu treuen Dienern des apostolischen Stuhles macht, ist unvergleichlich kostbarer, als alle Güter dieser Welt, kostbarer als das Leben selbst. Um jene ungerechte Beschuldigung zu widerlegen, hat unser General bereits öffentlich u. sogar in den Zeitungen (wir erwähnten seiner Zeit das an den Courrier français gerichtete Schreiben des Pater Roothaan am 26. Sept. v. J., auf welches hier Bezug genommen wird) die Ansichten der Gesellschaft Jesu dargelegt. Diese Erklärung ist der Ausdruck unserer gemeinschaftlichen Gesinnungen u. s. w.“ Als der Papst diese Adresse gelesen hatte, fügt das Univers hinzu, sagte er mit tiefbewegter Stimme: „Wir bedurften dieser Versicherungen nicht, um die Gesinnungen der Gesellschaft Jesu kennen zu lernen; wir wissen, wie sehr sie uns ergeben ist.“ Als ein Seitenstück zu der erbaulichen Erklärung der Jesuiten wollen wir eine Predigt erwähnen, welche am letzten Sonntag vor dem neuvrommen Karnevalspublikum der Hauptkirche von Paris gehalten worden ist, und zwar von dem Abbé Bautain, an dessen Ruhm ein Pariser Korrespondent der Allg. Z., der sich ebensosehr durch den Schwulst seines Styles, wie durch die Verworrenheit seiner Gedanken auszeichnet, seit vielen Jahren mit einer Unermüdlichkeit arbeitet, die eines besseren Erfolges würdig wäre. Der Abbé Bautain, den die Welt zum großen Kummer des Hrn. v. Eckstein noch immer nicht als einen großen Mann anerkennen will, bewährte sich dies Mal wahrhaftig als einen starken Geist, indem er die Ausführung des doppelten Satzes unternahm: „daß die Satzung der katholischen Kirche die Satzung der wahren Freiheit auf Erden, und daß der Geist der Kirche gleichbedeutend sei mit dem Geist der Freiheit.“ Wir müssen es uns Leider versagen, dem geistlichen Redner in seiner Beweisführung für diese „Wahrheiten“ zu folgen, die jedenfalls das Verdienst der Neuheit haben, wir rathen aber jedem unserer Leser, dem das Univers zugänglich ist, an der Quelle selbst Belehrung zu schöpfen. Als Zeichen der Zeit haben übrigens solche Erklärungen von solcher Seite her immerhin ihre große Bedeutung.

Paris, 20. Febr. Die große Angelegenheit des Tages, die bonapartistische Reformversammlung, beherrscht alle übrigen politischen Fragen. Die Zeitungen sprechen von nichts Anderem. Die Versammlung soll Dienstag um 12 Uhr an einem noch nicht näher bezeichneten Orte in den elysäischen Feldern Statt finden. Die Zahl der ausgetheilten Eintrittskarten beläuft sich auf 1500. Man will sich in einem förmlichen Zuge, welcher sich von dem Magdalenenplatze aus in Bewegung setzen wird, nach dem Versammlungsort begeben. Ein neuer Tagesbefehl des leitenden Ausschusses beschwört die Bevölkerung von Paris bei ihrer politischen Einsicht, bei ihrer Vaterlandsliebe, bei dem Interesse des Fortschritts, Alles zu vermeiden, was den ruhigen und gesetzlichen Verlauf des Parteifestes stören könnte. „Paris, heißt es in diesem Aufrufe, hat oft heldenmüthige Anstrengungen und große Revolutionen gemacht. Jetzt ist es berufen, den Völkern ein anderes Beispiel zu geben, ihnen zu zeigen, daß in freien Ländern die ruhige und feste Haltung der Bürger, welche das Gesetz achten und ihr Recht vertheidigen, die unwiderstehlichste und majestätischste aller Nationalkräfte ist. Auf die Weise werden zwei große Ergebnisse erreicht werden: die Anerkennung eines Rechts, das einen Bestandtheil jeder freien Verfassung ausmacht, und ein thatsächlicher Beweis des Fortschritts unserer politischen Sitten. Die Abgeordneten von der Opposition rechnen deshalb auf die Zustimmung und die Unterstützung aller guten Bürger, wie diese auf deren unermüdlichen Eifer und deren Festigkeit zählen können.“ Wir bezweifeln nicht, daß diese Stimme für dies Mal gehört werden wird, aber wir glauben, daß die Opposition später viele Ursache haben wird, die Handlung zu bereuen, welche sie jetzt, viel mehr durch die Umstände gedrängt, als aus freiem Antriebe durchsetzen will. Wir sprechen von der Opposition, deren Leiter die HH. Thiers und Odilon Barrot sind. Diese Opposition meint es nämlich nichtsweniger als aufrichtig mit dem Recht der öffentlichen Versammlungen, das sie jetzt mit Wort und That wahren zu müssen glaubt. Sie will dies Recht allerdings für sich, aber keineswegs für die Andern, am wenigsten für die Parteien, welche außerhalb der Verfassung stehen. Da ihr nun früher oder später die Gewalt in die Hände fallen und gleichzeitig eine raschere Bewegung in die französ. Parteipolitik kommen wird, so kann man mit Sicherheit voraussagen, daß sie sich durch ihr heutiges Beispiel endlosen Verlegenheiten und den bedenklichsten Selbstwidersprüchen aussetzt. Die Parteien, welche die äußersten Flügel der Opposition bilden, fühlen das sehr gut, und darum predigt auch der sonst so kriegerische National heute auch eifrigst das die Veranstalter der Reformversammlung selbst die Nothwendigkeit einer durchaus friedlichen, gesetzmäßigen Haltung bei dieser ersten Handlung durch welche die Befugniß des Volkes, sich ohne die Erlaubniß und selbst wider den Willen der Regierung zu versammeln, feierlich bethätigt werden soll. Der National behält sich stillschweigend vor, diese Befugniß später zu Gunsten seiner Partei auszubeuten, und es ist in der That nicht abzusehen, unter welchem Vorwande die Männer, welche die Reformfreunde heute in die elysäischen Felder zusammenbrufen, künftig, wenn sie selbst Minister sind, den Republikanern verbieten wollen, sich in der Rotunde St. Marceau oder St. Antoine zu versammeln. Gleichwohl ist Nichts gewisser, als daß sie einen solchen Vorwand suchen und finden werden. Und was von den Republikanern, gilt natürlich auch von Legitimisten, Kommunisten u. s. w. Darum klingt denn auch durch jene feierliche Rechtsverwahrung Etwas hindurch, wie die Stimme der Lüge und des bösen Gewissens; darum ist in der Handlung, die da vor sich geht, Nichts, was einen erheblichen Eindruck zu machen im Stande wäre.

Ueber den Entschluß der Regierung vernimmt man noch nichts Bestimmtes, doch ist es wahrscheinlich daß sie sich darauf beschränken wird, wegen der Uebertretung ihres Verbotes Protokoll aufnehmen zu lassen und den Rechtsweg gegen die Uebertreter einzuschlagen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

**Preußen.** ♂ Breslau, 12. Febr. Das gräßliche Trauerspiel des Hungers, des Elends und der Pest, das schon vor Monaten in der düstern Heimlichkeit abgelegener Dörfer und verschlossener Hütten seinen schauervollen Höhepunkt erreicht hatte, ohne daß wir, die Nächsten, es nur ahnten, fängt es jetzt an, sich vor unseren Augen in seinem ganzen Schrecken zu entfalten. Der schwarze Todesschleier der Alles in Nacht und Verderzgenheit hüllte, damit es das Land nicht erfahre, daß auch Preußen in den gesegnetsten seiner Provinzen ein schauervolles Stück Leland beherbergt, er ist nun durch den jammervollen Nothschrei von tausend Wittwen und Waisen zerrissen, und täglich werden uns neue Züge und Scenen offenbar, die aus den Rahmen jener Pest- und Hungersgemälde eines Thukydides oder Jeremias entnommen zu sein scheinen. Dem lebhaften Wunsch, jetzt zu helfen und zu retten, wo es fast schon zu spät scheint, gesellt sich gerade in den Kreisen, wo der Wohlthätigkeitssinn am mächtigsten ist, ein Gefühl der Erbitterung bei, das vielleicht nicht immer seinem Gegenstand richtig trifft, aber im Allgemeinen gewiß nicht ohne Grund ist. Warum erfahren wir erst jetzt von der ganzen Größe des Elends, das doch nicht von heute und gestern ist? so fragt man sich entrüstet überall. Warum wurde es nicht früher durch die Presse, durch officielle Anzeigen bekannt, was schon vor Jahr und Tag durch einzelne Anzeigenzeugen wie ein felsfames Reisemährchen hie und da erzählt wurde, daß das arme Landvolk Schafespäne bettelte, um sich daraus und aus geoder Kleie ein teidwenigendes Brod zu bereiten! Nachdem vor einigen Jahren die Webenunruhen im Gebirge ausgebrochen waren, war die Meinung allgemein verbreitet, daß der damalige Oberpräsident der Provinz, Hr. v. Merkel, zu wenig dazu beigetragen habe, die unglückliche Katastrophe abzuwenden, weil in seinen laufenden Berichten an die Centralbehörden immer nur von dem alten düsterem Zustand der Distrikte, und Nichts von dem überhandnehmenden Pauperismus die Rede war. Die Folge schien diese Meinung zu rechtfertigen; denn Hr. v. Merkel legte unmittelbar nach jenen Ereignissen sein Amt nieder. In der öffentlichen Meinung wird jetzt seinem Nachfolger, dem Hr. v. Wedell, ein gleiches Verhalten beigemessen und ein gleiches Loos vorausgesagt. Wenn die traurigen Ereignisse in der Provinz, wie man erwartet, weitgehende Folge haben werden, daß größere Oeffentlichkeit der Verwaltungsverhältnisse und größere Freiheit der Presse als eine deingende Nothwendigkeit erkannt werden müssen; so dürfte auf der anderen Seite ein ganz unschriftbarer Umstand für den Verlauf der gütigen und namentlich trligiösen Bewegung in unserer Provinz sehr bedeutlich und folgenreich werden. Soeset als der trostlose Zustand in den Kreisen Pleß und Rybnik hier bekannt wurde, begab sich — gewiß non some wanine — der dirtige Konvent der barmherzigen Brüder dorthin, um, in Stationen vertheilt, bei den verlassenen Unglücklichen die Krankenpflege auszuüben. Da der diesem Elend nur augenblickliche Hilfe etwas fruchten kann, und es mehr auf die Krankenpflege als auf die Aerzte ankommt, so stellt es sich als nothwendig heraus, daß den Konventualen zum größten Theil das Geld und die Linderungsmittel, die von nah und fern herbeigeströmen, eingehändigt werden, damit sie dieselben nach den augenblicklichen Bedürfnis verwenden.

Die Kirche hat also das ganze Werk der Wohlthätigkeit in die Hände genommen, und zu ihr fließt die ganze Fülle des Danks und der Ergebenheit der armen Geretteten wieder zurück. Man muß die Schilderungen der Konventualen lesen, wie sie in die verrammelten und verpesteten Hütten voller Leichen und Sterbenden eindringen; wie sie gleich wunderbaren gottgesandten Engeln von den Verlassenen angebetet werden; wie die federnen Kippen den Rosenkranz und das geistliche Gewand der Retter inbrünstig küssen und mit neubelebten Gliedern zu den Vertretern der Kirche aufblicken. Mit einer Waffe, die selbst verstehende und kälteer Herzen erobert, mit der Waffe einer wetthätigen und opfermuthigen Liebe gewinnt die Kirche dadurch Tausende von Gemüthern, die ihr vielleicht bei der religiösen Gährung der letzten Jahre schon halb abwendig geworden waren; sie erscheint wieder in dem längst erblichenen Heiligenschein der Charitas, die in den alten Glaubenskschlachten die Wunden der Gefallenen heilte, und die sich mitten in die größten Gefahren stellte, um den Verschmachtenden Trost und Labsal zu bringen. Sollte diese an sich gewiß preiseswerthe Thätigkeit des Ordens, der es nicht an Oeffentlichkeit fehlt, ohne Wirkung bleiben? Sollte die katholische Kirche, die sich in unserer Provinz in einem Kriegszustande mit der neuen Reformation befindet, nicht darauf bedacht sein, durch dieses edle Mittel, das ihr jetzt geboten ist, dieselben Zwecke energisch zu verfolgen, zu denen sie sich sonst auch minder lobenswerther Mittel bedient? — Wir müßten uns sehr täuschen, wenn wir nicht in der Mission der barmherzigen Brüderschaft, deren Verdienstlichkeit wir, wie gesagt, höchlich anerkennen, zugleich einen geschickten Operationsplan der occlesia militans erblicken. — Sonderbar genug ist es übrigens, daß in der Meinung des Landvolks ein großer Theil der Schuld des jetzigen Siechthums den forcirten Mäßigkeitsbestrebungen zugeschrieben wird, welche vor einigen Jahren in Oberschlesien gerade von der katholischen Geistlichkeit so eifrig betrieben wurden. Der Bauer ist überzeugt, daß ihm die saft gewaltsame Entziehung des Branntweins, der sein Labsal und sein Lebensbalsam war, alle Kräfte geraubt habe, und er hält es für ein bedeutungsvolles Wort der Remesis, daß die Kartoffel dem Mißwachs und der Verderbniß gewiesen sei, seitdem man sie ihrer wahren Bestimmung entzogen habe, für das Uebergewordene Getränk den Stoff derzugeben. — Dann freilich würde die Kirche nur die Wunden heilen, die sie selbst in allzugroßem Eifer mit bereiten half.

# Aus Schlesien, 19. Febr. Ich übersende Ihnen eine mir so eben zugekommene Verhandlung der Kreisstände zu Rybnik, welche zu dem Bericht des Hrn. Oberpräsidenten eine nothwendige Ergänzung bildet. „Verhandelt Rybnik, den 16. Febr. 1848. In dem heut nach dem Gesetz vom 7. Jan. 1842 angesetzten Kreistage machten nach Schluß der Verhandlungen über die vorgelegten Propositionen die Mitglieder Graf zu Limburg-Stirum und Professor Dr. Kuh auf den in der Allgemeinen Preußischen Zeitung enthaltenen Bericht ohne Datum des Hrn. Oberpräsidenten der Provinz, v. Wedell, an das Königl. Ministerium des Innern über den hier herrschenden Nothstand aufmerksam. Darauf erklärte die Kreisversammlung einstimmig: Der Hr. Oberpräsident der Provinz hat in seinem an das Königl. Ministerium des Innern gerichteten, die diesige Hungersnoth betreffenden und in der Königl. Zeitung abgedruckten Bericht der hiesigen Kreisstände gedacht und erklärt, es sei die Vorbereitung zu einer Petition, welche in dem allgemeinen Nothstande zur Aussührung gekommen, nur an dem Widerstreben der Kreisstände gescheitert, welche sich nicht dazu verstehen wollten, neue Lasten zu übernehmen. Wenn aus dieser Erklärung hergeleitet werden sollte, daß uns ein Verschulden daran treffe, daß die Petition unterblieben, so wird auch erklärt, daß wir dieses dekonere deshalb nicht thun konnten, weil die im allgemeinen Nothstande zur Aussührung gekommenen beziehungsweise angebotenen Mastregeln, nämlich Verschrift und Verkauf der Getreide des Staats an den Kreis, sich zum Theil in der Erfahrung nicht als nützlich bewährt haben, überhaupt aber nur ein Palliativmittel seien, das Uebel aber so tief greife, daß vorzügliche Mittel seinem Erfolg mehr versprechen, sondern Staatshilfe allein von Effekt sein könne. Wir erklären hiermit, was allerdings in dem Protokolle vom 29. Nov. v. J. enthalten ist, aber von denjenigen unter uns bezweifelt wird, welche an jenem Kreistage Theil genommen, daß der Kommissarius des Königl. Regierung, welcher unserer Versammlung beiwohnte, die Verhandlung mit der Eröffnung begann, daß Se. Majestät nicht gewohnt werden könne und werde. Diese Thatsachen dürften genügen, um nachzuweisen, daß jene für uns nachtheilige Fassetung, welche aus dem Berichte des Herrn Oberpräsidenten gezogen werden könnte, irrig ist. Wir sind die Darlegung derselben dem Königl. Ministerium des Innern, dem Kreise und der öffentlichen Meinung schuldig. Wir beschließen dahre: 1) Der Königlicher Landrath Barrn v. Durant wird ersucht, beglaubte Abschrift dieser Verhandlung dem hohen Könel. Ministerium des Innern zu übersenden. 2) Derselbe wird ersucht, die Erlaubniß zur Veröffentlichung dieser Verhandlung bei den Königl. Behörden nachzuholen und demnächst dieselbe in der Allg. Pr. Zeitung und in den Berlin erscheinenden 3 Zeitungen zum Abdruck zu befördern. Hierauf wurde von derselben Mitgliedern beantragt, daß die Kreisständische Landesehre ihre dankbare Anerkennung dafür aussprechen, daß er zur rechten Zeit die geeigneten Anträge zur Abhilfe des Nothstandes bei den hohen Königl. Behörden wiederholt angebracht hat. Der Königl. Landrath hat hierzu absolutem, indem er darin nur die einfache Erfüllung der übernommenen Verpflichten gegen die Kreiseinsassen finden könne und dieserhalb auf eine besondere Anerkennung seinen Anspruch machen zu dürfen glaube. Da die Versammlung darauf bestand, darüber diesen Gegenstand zu verhandeln, so erklärte er, an der Verhandlung fernere keinen Theil nehmen zu können und entfernte sich, nachdem er die frühere Verhandlung in seiner Eigenschaft als Kreisstand und für seinen Machtgeber, den abwesenden Herzog von Ratibor, unterzeichnet hatte. gez. v. Durant. Hierauf übernahm der Kreisdeputirte Rehmet den Vorsitz, und die Versammlung erklärte einstimmig: Nachdem wir, soweit es zulässig ist, Kenntniß von den Schritten genommen, welche der Landrath Baron von Durant bei den Königl. Behörden gethan hat, und nur der jetzt herrschenden Noth zu möglich verspätigen und steter abgeholfen, so sind wir vollständige Ueberzeugung geworden, daß derselbe zur rechten Zeit und mit Entschiedenheit die zweckmäßigsten Mittel ergriffen hat, um zur Verbütung der Noth im Kreise und später zur Abhilfe des Bestand des Staates beizuwirken. Wir halten uns verpflichtet, diese unsere Ueberzeugung dankbar hierdurch auszusprechen. gez. Stirum. Rzepedy. Preuß. v. Lyster. Kraus. Graf Oppersdorff. Polednik. v. Woiche. Schneider. Prohaska. Machat. Dr. Kuh. Friedrich. v. w. o. gez. Rehmet. Kreissekretair.

**Baiern** A München, 17. Febr. Die alte Wahrheit, daß es, wie im Leben einzelner Menschen, so auch in dem der Staaten Tage und Ereignisse gibt, welche eine solche Fülle von Erfahrungen mit sich

Digitized by Google

bringen, daß sie eine eben so große Anzahl von in gewöhnlicher Weise verletzten Jahren aufwiegen — diese Wahrheit hat sich in der jüngsten Zeit auch in unserer Stadt wieder bestätigt. Unsere Bürgerschaft, die bisher gewohnt schien, Alles gehen zu lassen, wie es eben gehen wollte, der man bisher so oft und gewiß nicht mit Unrecht, Mangel an gemeinschaftlichem Wirken und an Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten vorgeworfen hatte, scheint aus dieser Art von Schlaf erwacht zu sein. Nicht nur, daß die letzten Ereignisse wohl Jeden um einen bedeutenden Schritt vorwärts brachten — dieselben haben auch den intelligenteren Bürgern, die bisher von der großen Masse der minder Fähigen niedergehalten wurden, Gelegenheit, ihre Gesinnung zu erproben und das Vertrauen ihrer Mitbürger sich zu erwerben. Diese Ehrenmänner verdienen, daß ihre Namen auch in der Ferne bekannt werden, und ich bezeichne Ihnen als solche die Kaufleute Respal, Angelo Knorr, Schultze u. A. Nicht nur, daß ihrem kräftigen und entschiedenen Auftreten ein großer Theil des glücklichen Ausganges der letzten Vorgänge zu danken ist — sie haben nun auch den Anstoß gegeben, die Durchführung einiger Reformen im Gemeindeleben zu versuchen, die schon seit langer Zeit dringendes Bedürfniß sind. So namentlich die Oeffentlichkeit der Sitzungen der Gemeinde-Bevollmächtigten. Ferner eine Aenderung in der bisherigen Wahleintheilung für die Gemeinderäthe; die Wähler kuriren nämlich bisher die Wahlmänner nur aus dem Distrikte, in welchem sie wohnen, derselben. Es ist daher klar, daß von dem Zufalle, wie viel oder wie wenig fähige Männer in einem Distrikte sich befinden, der Ausgang der Wahlen abhängt. Die außerordentliche Wichtigkeit derselben beruht jedoch nicht nur darauf, daß in den Händen der Gewählten die Interessen der ganzen Stadt liegen, sondern namentlich auch auf dem Umstande, daß aus ihrer Mitte die beiden ständischen Abgeordneten Münchens hervorgehen. Wie wenig glänzend aber die Stadt seit langer Zeit vertreten ist — das haben die Verhandlungen der letzten Landtage wohl jedem aufmerksamen Beobachter genugsam bewiesen. Gewiß wird deßhalb Jeder, es mit dem Vaterlande gut meint, von ganzer Seele die Verwirklichung jener Pläne wünschen. Nur knüpfen jedoch hieran auch noch eine andere Hoffnung: Wird nämlich erst einmal in den Städten das Wahlsystem geändert, so äußert das vielleicht die günstige Rückwirkung, daß die Meinung allgemeiner wird, wie dringend auch bei unseren Wahlen zur zweiten Kammer eine Aenderung, eine Aufhebung des ungeheuren Census und des Systemes einer Beschränkung auf Wahlbezirke, Noth thue, und wie bisherd erst der Hauptbemmschuh einer Entwicklung des konstitutionellen Lebens in unserem Vaterlande entfernt würde!

= München, 19. Febr. Als ich eben an dem Hause der Gräfin Landsfeld vorbeiging, hörte ich Soldatenlieder aus demselben erschallen. Durch das geöffnete Thor erblickte ich eine Masse Soldaten, die im Hofe kampirten. Wehrschreiich wird der Gräfin Hausrath gepackt, und die Soldaten sind des Schutzes wegen da. Es soll ihr Alles nach Lindau, wo sie ihr Eigenthum erwartet, nachgeschickt werden. Uebrigens ist Ausang und Ende der Bayerntage mit Milität, das sehr friedfertig aussieht, besetzt. Bei 40 Kürassier und Infanteristen stehen hüben und drüben. — Gerts soll beim König den alten Favoriten der Entschwundenen spielen und dem Volke gegenüber thun, als ob er durch sein verdecktes Spiel den Sturz der Spanierin herbeigeführt habe. Das wäre jedenfalls eine doppelsinnige Rolle, aus der der Minister doch leicht bei der leisesten Kellisten fallen könnte. Die Meuigen, die von der Gunst der Spanierin lebten und sich in dieser sonnten, haben ihr Gutes genossen; in der öffentlichen Meinung sind sie von nun an gerichtet und werden sich nur schwer wieder in derselben heben können. Nur außerordentliche, dem allgemeinen Wohl zu Gute kommende Leistungen und ein reuiges Zurückblicken auf jene unglückliche Periode ihres Lebens könnte dies einigermaßen möglich machen. — Fürst Wallerstein ist bei Hofe wieder wohlgelitten und wird von Zeit zu Zeit zur Tafel gezogen, was vorher schon lange nicht mehr geschah. Wallerstein wäre ohne die Ausweisung der Lola wahrscheinlich zum Längsten Minister gewesen: die Gräfin hatte gerne schon einen andern im Hintergrunde. Armes Vaterland! Die viele Minister hätte dir dieses Weib noch in einem Jahre gegeben! Und Du hättest sie alle haben müssen! Den Münchner Schriftstellern aber wären wahrscheinlich mit wenigen Ausnahmen über Nacht einmal ihre Federn so zugerichtet worden, daß sie das Schreiben hätten aufgeben müssen. Das stand Alles zu erwarten!

**Sachsen.** ○ Leipzig, 16. Febr. Großes und nicht eben günstiges Aufsehen macht jetzt hier eine Verordnung unseres Kultusministeriums, wonach die Schüler der gelehrten Schulen insgesammt von Schulwegen zum regelmäßigen Kirchenbesuch angehalten und also wohl förmlich in Begleitung der Lehrer allsonntäglich zur Kirche geführt werden sollen. Diese Einrichtung mag bei den Fürstenschulen, deren Zöglinge der Schule gänzlich übergeben und vom Elternhause entfernt sind, allenfalls am Platze sein; bei den Stadtschulen aber, denen die Schüler bloß zum Unterrichte übergeben werden, während sie im Uebrigen unter der Pflege und Obhut entweder der eignen Familie oder Derer stehen, denen sie deßhalb von ihren Eltern anvertraut sind, ist dieselbe durchaus unstatthaft, ein in seiner Weise zu rechtfertigender Eingriff in die elterlichen Rechte. Unsre Schulvorstände sollen auch deßhalb Vorstellungen gemacht haben, und man erwartet sogar öffentliche Remonstrationen dagegen von Seite der betreffenden Gemeinden. Eine zweite Anordnung soll, wie man sagt, dahin gehen, daß die Lehrer der Gymnasien die häusliche Aufführung der Schüler zu überwachen und zu dem Ende von Zeit zu Zeit Visitationen in den Familien anzustellen hätten. Ebenfalls eine unzulässige und unausführbare Vermischung der Grenzen zwischen Haus und Schule! Man eifert so sehr gegen jede Antastung der Familie, wie der Communismus solche versucht, und mit vollem Recht! Aber man hüte sich, das gefährliche Beispiel dazu selbst zu geben, indem man von Staatswegen in das Heiligthum der Familie eingreift und die Polizeynarme der Polizei in das Innerste des Hauses hineinstreckt, welches nach allen vernünftigen Grundsätzen der häuslichen und elterlichen Gewalt unbeschränkt und unangetastet überlassen bleiben muß. Soll man sich vom Staate die Erziehung der Kinder verschreiben oder gar aus den Händen nehmen lassen — nun, so würde man am Ende doch noch viel lieber dieses Recht einer nach vernünftigen Gesetzen der Freiheit, Gleichheit und der geistigen Aufklärung gebildeten Gesellschaft einräumen, als einem Polizeistaate, der im Dienste einseitiger Orthodoxie, kleinlicher Bevormundung und Gefesselterzung handelt. — Die Nachricht, welche die D. A. Z. aus München brachte, daß die von dort verwiesenen „Alemannen" sich hierher wenden wollten, hat nicht eben angenehm überrascht. Wir haben solch übermüthiger adeligen Jugend, die ihren Ruhm in Verhöhnung der bürgerlichen Sitte und des Anstandes sucht, schon mehr als genug, und es fehlt nicht an Scenen ärgerlicher Art, wo dieser Uebermuth die verdiente Züchtigung Seitens der öffentlichen Meinung und des Volks herausfordert. Klemens aus Sachsen — leider auch nicht alle Mal eher noch nicht immer derb genug — findet. Ob der bessere Theil unser Studenten — die weit überwiegende Mehrzahl — dieselbe moralische Energie gegen jene Heerden zeigen würde, im Fall sie wirklich dichter kämen, wie ihre Münchner Komilitonen, steht zu erwarten. Uebrigens wird aber doch wohl die Art ihrer Ausweisung von der dortigen Universität eine solche sein, daß schon nach den akademischen Gesetzen eine Aufnahme der Ausgewiesenen auf einer andern deutschen Hochschule unmöglich ist. — „Zur Vervollständigung der Aktenmittheilungen an das Publikum über die Baarenklärung der Zehndtbalerschuldscheine der Chemnitz-Risaer Eisenbahngesellschaft" ist der Titel einer Broschüre, welche nunmehr endlich die Direktoren besagter Gesellschaft veröffentlicht haben, um sich wegen ihres Verfahrens in dieser Angelegenheit zu rechtfertigen und das Publikum über den eigentlichen Verlauf der Sache aktenmäßig aufzuklären. Diese Veröffentlichung befriedigt vollkommen, was in Ihrer Zeitung, sowie in der Broschüre: „Ein Wort aus Sachsens neuster Verwaltungsgeschichte" gesagt ist; der Verfasser dieser letztern hat nun auch noch eine specielle Entgegnung auf v. Zeschau „Erklärung" folgen lassen, worin er am Schlusse ausdrücklich Hrn. v. Falkenstein zu einer Erklärung im Betreff seiner Betheiligung bei der Sache provocirte. Da die Schrift des Direktoriums nur aktenmäßige Thatsachen, keine Reflexionen enthält, so ergänzen sich diese und die beiden genannten Broschüren gegenseitig und geben zusammen ein vollständiges Bild der ganzen Sachlage und eine ausreichende Unterlage zu deren richtiger Beurtheilung. — Bee wenigen Tagen wird hier nachträglich auch der 7. Band von Biedermann „Gegenwart" konfiszirt, auf Reklamation der kurhessischen Regierung, welche durch einen darin enthaltenen Artikel über die letzte kurhessische Ständeversammlung sich verletzt fand. Der schon früher mit Beschlag belegte 9. Band ist nun definitiv durch Entscheid des Ministeriums des Innern verboten. Als Grund des Verbots wurden angegeben die beiden Aufsätze: über Italien, mit besonderer Beziehung auf Oesterreich, und über den Polenprozeß zu Berlin.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Mit Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Cox, Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Westindien Länder werden man sich an G. A. Mercadier in Straßburg 20 Boulevards, Poissonnière 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.0.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.12. 20 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 56. Heidelberg, Freitag 25. Februar 1848.

## Uebersicht.

Oesterreich und seine Stellung in Italien. — Berlin (seine Gerichtsreform projektirt). Breslau (die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen; die Aerzte in Oberschlesien). Bonn (seine Probe ultramontaner Anschauung). Von der Saale (die kirchlichen Loyalitätsadressen). München (Ausweisung der Redemptoristen aus Baiern; Faillenrayer angeblich an Görres Stelle als Universitätslehrer; Professor Zuccarini †). Würzburg (Adresse der Studierenden). Von der baierischen Grenze (das Regiment und die Schätzung der Gräfin von Landsfeld). Leipzig (die Alemannen). Karlsruhe (der Kommissionsantrag auf Erlaß von Censurstrafen mit Mehrheit angenommen). Schleswig-Holstein (die Wahlen).

**Schweiz.** Aus der Schweiz. Die „harten Köpfe". Zürich. Die Bundesrevision. Bern. Die Arbeiten der Bundesrevisionskommission. — Schwedendorn. Der Schweizerbund und die Artilleriefrage.

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen über die politische Gleichstellung der Juden. (Schluß.) Das maltesische Flottengeschwader nach Neapel und dem adriatischen Meere.

**Frankreich.** Letzte Vorbereitung für die Reformversammlung und wie dieselbe nicht Statt fand. Auftauf in Straßburg.

**Italien.** Sardinien. Der Verfassungsjubel. Die Anliegen der Insel Sardinien. Turin. Dankfest. Gericht von Rechtsgelehrten der Konfessionen. Genua. Die toskanische Konstitution veröffentlicht. Livorno. Das Verfassungsverlangen hier und in Monaco. Parma. Die konstitutionelle Bewegung und der Herzog. Rom. Ernennung von Ministern aus dem Laienstande. Verfassungsarbeiten.

**Amerika.** La Plata-Staaten. Sieg des Generals Urquiza über die Correntiner. Niederwerfung der Gefangenen. Besetzung der Hauptwerke Montevideo's durch die Franzosen.

## Heidelberg, 25. Februar.

Von allen Seiten hören wir von einem Schutz- und Trutzbündniß der drei nordischen Mächte, das den Zweck habe, der Ausbreitung der italienischen Bewegung einen Damm entgegenzuwerfen. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so könnte es doch in diesem Bündnisse weniger um den Trutz als um den Schutz, nicht um Angriff, sondern um Vertheidigung handeln. Es ist wohl klar, daß in Italien jetzt andere Feinde zu bekämpfen wären, als einige Carbonari wie 1821 und 1831; wir fangen an, an die Aufrichtigkeit der Konzessionen zu glauben, weil uns die Ereignisse nöthigen, an die Gewalt der öffentlichen Meinung, an den Zwang der Verhältnisse zu glauben; es wäre jetzt den Königen von Sardinien und Neapel schwer, außer Landes zu gehen, wie damals, und mit den Fremdlingen ihre eigenen Landsmänner und die Bewegung zu Hause niederzuwerfen; der mächtige Einfluß Oesterreichs in Neapel hat mit dem Augenblicke ein Ende, wo der König die Vermittelung Englands angegangen hat, um eine friedliche Vereinbarung mit Sicilien zu Stande zu bringen. Die Handhabe fehlt zu einer Intervention, die Gelegenheit zu einem Angriffe ist nicht zu finden. Es war 1820/21 eine Revolution, ja nur eine Verschwörung zu dämpfen; Metternich durfte sich gegen den Kaiser von Rußland rühmen, sie zu rechter Zeit gefaßt zu haben; jetzt ist nur in Folge einer allgemeinen ersehnten Erhebung von Reformen die Rede; die Bewegung ist unfaßbar; ihr erster Anstoß durch Pius IX. ist nicht mehr mit jener taktvollen Raschheit paralysirt worden; der günstige Moment ist entschwunden; die Bewegung ist mit einer alle Berechnungen täuschenden Energie und Schnelligkeit den vorsichtigsten und wachsamsten Rechnern über den Kopf gewachsen; Metternich selbst würde jetzt nicht mehr, wie im August v. J. in dem Schreiben an Dietrichstein, diese Bewegung als eine republikanische Wühlerei bezeichnen dürfen, ohne seine Ansicht mit den Ereignissen selbst in einen komischen Kontrast zu setzen. Man muß sich ferner erinnern, daß schon in den dreißiger Jahren Oesterreich nicht mehr das freie Spiel in Italien hatte, wie 1821, wo Frankreich gelähmt war und England sein Auge auf die pyrenäische Halbinsel gerichtet hatte; ja man muß sich erinnern, daß selbst in den zwanziger Jahren nur der thörichte Eigensinn der neapolitanischen Freiheitsmänner und ihre Verpflichtet auf die spanische Kortesverfassung England verhinderten, schon damals für eine gemäßigte Verfassung seine Dazwischenkunft geltend zu machen. Heute nun liegt die Erklärung Englands vor, daß es sich zu Oesterreich verhalte, es werde Italien in seinen Reformbestrebungen unterstützen; es ist offenkundig, daß Frankreich seine ältere Waffen in Italien duldem wird, und daß Sardinien nur auf einer günstige Verwicklung lauert, um sich Oesterreichs Feinden beizugesellen. Wenn also bei diesem Stande der Dinge Oesterreich wirklich von den italienischen Regierungen, auf frei angebliche Bündnißfuhrend, Garantien verlangen sollte, dir es ihm möglich machten, seine Politik und seine italienischen Besitzungen sicher zu stellen, so wird es diese Garantien, trotz seines Bündnisses, mit den Waffen nicht verlangen. Es wird nur, dies geht schon aus den in England publicirten Noten und aus der ausdrücklichen Versicherung des Morn. Chron. und Palmerstons selbst hervor, seinen Territorialbesitand behaupten wollen, den ihm von Außen Niemand gefährden wird; es wird nur seine Politik, sein System sicher stellen wollen, und auch dies wirklich nur so lange, bis der Schein der Autorität gerettet ist. Auch selbst für diese beschränkten Zweck scheint allerdings das Bündniß nicht ohne innern Anlaß. Denn wenn es mit dem Beharren in dem System bitterer Ernst sein sollte, so selbst nur wenn man vorsahren will, die Bewegung durch Ermüdung zu unterdrücken und Zugeständnisse erst nach Herstellung der vollen Ruhe zu machen, so ist nach dem Geschehenen und Geschehenden voraussetzen, daß die Aufregung auch die lombardisch-venetianischen Provinzen ergreife. Träfe sie dann auf blutigen Widerstand, und gelänge es ihr, gegen diesen den geringsten festen Fuß zu fassen, so würde dann allerdings das Sein oder Nichtsein der österreichischen Herrschaft in Italien in Frage stehen.

Tritt diese unheilvolle Krisis jemals ein, so wirft sie uns Deutsche in eine Masse voll bitterer Pein. Schon jetzt, da uns die Frage noch nicht so nahe getreten ist, theilt sie die Gemüther, und die Spaltung läßt sich auch in unserer Presse bemerken, obwohl zum großen Theile ihre ganze Meinung nicht sagen darf oder mag. Wir mögen uns irren und wir wünschen zu irren; aber es scheint uns, als ob die meisten Sympathien in Deutschland auf der Seite der Unabhängigkeit der Lombardei stehen. Zu verwundern ist das nicht. Es ist der Standpunkt der Beurtheilung, auf den man uns geradezu gezwängt und gedrängt hat, der Standpunkt eines Volkes, das man in politischer Unmacht erhielt, das sich gleichwohl kraft seiner geistigen Bildung aller öffentlichen Fragen bemächtigt und sich eine politische Theorie gebildet hat, ohne eine Praxis zu besitzen. Machtlos, wie wir sind, haben wir einen Besitz nie schätzen gelernt; zum Begriffe der Freiheit gelangt, begehren wir sie über Alles und gönnen sie jedem Anderen; mit dem Begriffe der inneren politischen Freiheit ist auch der äußern nationalen Unabhängigkeit zu verschmelzen, liege sehr natürlich nahe.

Wir wollen versuchen, einen Grundsatz aufzustellen, von dem wir uns unsere Wege wollen zeigen lassen, wenn diese dornige Frage uns zu einer Entscheidung drängt.

Es ist ein Axiom unserer und wir glauben jeder gesunden Politik, daß Freiheit ohne Macht — und Macht ohne Freiheit in der Mitte einer civilisirten Staatenwelt, wie sie Europa darstellt, für jeden Staat halbe und gänzlich ungesicherte Dasein sind. Von diesem Satze scheint nur Rußland eine Ausnahme zu machen, das fast mit allen seinen Grenzen von der civilisirten Welt abliegt. Von diesem Satze schien auch Oesterreich bisher eine Ausnahme zu machen; aber an ihm gerade wird jetzt die Richtigkeit desselben in einer warnenden Lehre nachgewiesen. Es hat sich der Freiheit enthalten und hat sich damit seiner Macht abgethan; es ist durch Unfreiheit neben dem überholenden Zeitgange so machtlos geworden, daß es die Freiheit in seinen Schutzlanden, in Italien, nicht mehr abhalten, auf die Länge auch nicht in seinem Innern abhalten kann; greift sie erst Boden, so mag Oesterreich zusehen, wie es neben dem neuen Eindringling den alten Scheinbesitz seiner Macht beisammen hält und in einen wirklichen Besitz verwandelt. Die Aufgabe wird ein gänzlich neues System bedingen, sie wird, wenn sie gelöst werden soll, einen Staatsmann an der Spitze des Reiches verlangen, an dem auch ein Ein Zoll M. übrig bleibt.

Wenn wir in Deutschland einen Stein dafür haben, unsere wer-

Digitized by Google

dende Freiheit ausbilden zu wollen, so müssen wir sorgen, eine politische Macht zu ihrer Sicherung mitzugründen und die, die wir mittelbar oder unmittelbar bewirkt besitzen, und zu erhalten. Wir werden also wünschen und suchen müssen, daß unsere Großmächte Nichts an ihrer Macht einbüßen; wir müssen auch wünschen, daß Oesterreich seine italischen Besitzungen erhalte, die eben so rechtmäßig erworben sind, wie irgend ein anderer Titel in dem gegenwärtigen Besitzstande der europäischen Staaten. Wenn aber Deutschland durch Macht — und Macht durch Freiheit erhalten wird, so ist dieser Wunsch und dies Bestreben natürlich und nothwendig mit der Erwartung verschwistert, daß Oesterreich seine italienischen Besitzungen sich erhalte, den feindseligen Widerstandsgeist derselben banne, die Union mit Oesterreich und das Regiment eines fremden Hauses verlüre und vergüte mit Freiheit, mit voller Abtrennung der Verwaltung, mit Gewährung der Selbständigkeit, die Ungarn besitzt, mit Sicherstellung der Nationalität. Vor wenigen Monaten hätte vorerst noch eine geringere Gewährung genügt, jetzt bezweifeln wir es. Hätte am Anfange der italischen Bewegungen, sagen die Times vom 18. Febr., ein großer Staatsmann an der Spitze des diplomatischen Einflusses und der Militärmacht Oesterreichs gestucht, ein Handelsbündniß in Italien zu organisiren, ein allgemeines Eisenbahnsystem herzurichten, die Basis einer politischen Konföderation zu legen, so hätte Oesterreich die Führung in Italien durch den Strom fortschreitender Reformen vergrößert werden können, statt nun verkleinert zu sein. Statt dieser weitschichtigen Politik aber habe das Kabinet von Wien fortgefahren, die jammervollsten Eifersüchteleien und übertriebensten Befürchtungen zu zeigen, und nun ernte es den Erfolg seiner kleinlichen Manöver: an der eigenen Grenze die rächenden Gestalten des Nationalhasses und der Volksmacht. In dieser Stellung, schließt das englische Blatt, sei die defensive Stellung keine feste. Aber die offensive, zeigten wir oben, ist unmöglich und noch viel unsicherer. Die einzige Offensive gegen diese drohenden Mächte ist eine dargebotene Freiheit, die um so reicher zuzumessen sein wird, je länger sie verschoben wird. Noch ist es heute Zeit, ob sie morgen noch sein wird, wer kann es wissen? Die Lombarden tragen eben einen Spruch*) in Mailand um, der noch reichliche Frist gibt. Möchte sie rasch und weise benutzt werden. In ganz Italien wird der Spruch viel zu langsamstig gefunden.

Wenn aber dieser Weg nicht eingeschlagen wird, wenn man sich unheilbar, unheilvoll versteckt auf dem Systeme trotz seiner offenkundigen Verderblichkeit, die nun zum Schaden den Spott einträgt, wenn zuletzt die Bewegung ausbricht, die wir befürchten, sollen wir dann in Deutschland zufrieden dreinsehen, daß ein solches Bündniß, wie das, womit sich jetzt die Gerüchte tragen, in Wirksamkeit trete, daß sich für Oesterreichs Rathlosigkeit preußische, deutsche Kräfte vergeuden, daß russische Armeen im Rücken unserer beiden Großmächte ein System neu begründen, an dessen Untergang und Allen Alles gelegen ist? Nimmermehr! der ganze Preis unserer Fortschritte und Entwicklungen sei zwei Jahrhunderten wäre aufs Neue verloren!

Es sind nur zwei Fälle denkbar, die alle bride, wenn es zu diesem Aeußersten käme, zu unserm Verderb und zu Rußlands Vortheil ausschlagen müßten. Entweder gelingt es Oesterreich trotz dieser Hilfe nicht, der Bewegung Meister zu werden, der italienische Volksbaß, die heimliche oder offene Unterstützung ihres süfesüchtiger Nachbarn und Nächte gäben dem Aufstande gewonnenes Spiel, so wäre der letzte Rimbus von Oesterreichs Macht dahin, seine Seekaste geschmälert, der Rückschlag einer glücklichen Revolution, einer Abtrennung, von ganz unabsehbaren Folgen, die Ueberwirkung einer nicht mehr zu bemeisternden Verwirrung nach Deutschland wäre unausbleiblich. Oder Oesterreich bemeisterte mit siegreicher Uebermacht die Bewegung, so wäre dies der Ausgangspunkt einer allgemeinen Reaktion nicht allein gegen Italien, sondern auch gegen die Schweiz und gegen Deutschland; eine neue heilige Allianz würde sich knüpfen und ein unabsehbarer Rückgang in Aussicht genommen werden. Beide Ausgänge sind für uns in Deutschland gleich verderblich: der eine droht, und in eine Reaktion hineinzuwerfen, der wir mit saurer Mühe und in den legalsten Bewegungen entwachsen sind; der andere droht, uns in eine Revolution zu verwickeln, der wir, uns selbst überlassen und ohne Störungen von Außen, auf dem Wege legaler Fortschritte entgehen zu können hoffen dürfen. Je unerschütterlicher unser Grundsatz ist, diese beiden Extreme der Revolution und Reaktion in unsern Bestrebungen und Sympathien auszuschließen, desto unerschütterlicher müssen wir gegen jeden Anfang jener politischen Kombinationen und Komplikation stehen, die zu einem derselben unvermeidlich hinleiten wird. Und dies in diesem Falle um so mehr, als mit unserm Schaden hier nur der Vortheil Rußlands Hand in Hand ginge. Bliebe Oesterreich Sieger, so hätte es Rußland System und Macht mehr als das und die eigne festgestellt: Rußland würde sich seine Protektor- und Retterrolle so gut bezahlt zu machen wissen, wie es um und nach 1813—1815 that. Würde Oesterreich besiegt, so hätte Rußland eine tödtliche Schwächung dieses Nachbars herbeigeführt, die ihm im Osten von dieser Seite völlig freie Hand gäbe.

Käme dieses schlimmste aller Ereignisse, so haben wir in Deutschland Nichts so eifrig zu verfechten, als absolute Neutralität von unserer Seite und absolute Abwehr aller fremden Einmischung, auch einer zu Gunsten der Lombarden, damit nicht fremde Unterstützung derselben jedes Mittel der Rothwehr von Seite Oesterreichs gesetzlich mache und rechtfertige. Mag sich Oesterreich dann mit seinem System in einem letzten Wurfe versuchen; unser Interesse ist, es seinen Kampf allein ausfechten zu lassen; wie es dieser Tage einer unserer Korrespondenten ausdrückte, es zu steiliren; und uns mit einem dreifachen Schild der Entschlossenheit zu waffnen, seine innern Zustände und Verwicklungen nicht zu uns herübergreifen zu lassen. Oesterreich in seiner Gesammtmacht aufrecht zu halten, dabei sind wir, dabei ist ganz Europa interessirt, solange Rußland in dieser kolossalen Macht im Osten Europas liegt. Seine Schwächung zu vermeiden, rufen wir in Deutschland um die Wette nach seiner moralischen Erneuerung, nach der Verjüngung seiner inneren Politik, und lassen wir uns nicht von dem Vorwurfe der Undeutschheit irren, die wir die deutsch-, die österreichisch-gesinnsten Freunde Oesterreichs sind. Führen seine Fehler dahin, daß seine äußere Macht gerade im Westen geschmälert wird, so ist eine letzte Hoffnung, daß es dadurch genöthigt werde, seine Stellung desto kräftiger im Osten zu nehmen. Die Times finden es auffallend, finden es zu bescheiden, daß Oesterreich plötzlich nicht mehr den Anspruch macht, eine italienische Macht zu sein*); möchte es dahin die Letzte Stellung einer Osimacht suchen. Daran hängt Oesterreichs Zukunft überhaupt. Gegen Osten, dort ist der Beruf von Oesterreich, dahin weist es sein Name, dorthin wird es ganz Deutschland auf seinen Fersen haben, und Macht und Freiheit wird ihm zuströmen in Masse, sobald es in innerer und äußerer Politik diese Stellung einnehmen will: gegen Osten.

*) Nei quarrantott, se fa ngotti; nei quarantsnoeuv, se fa i proeur; nei cinquanta, se derv fanta: nei cinquantun, sem padron nün. Im Jahr 48 thut man Nichts, 49 macht man die Pforte, 50 öffnen sich die Thüren, 51 sind wir die Herren.

**Preußen.** Berlin, 18. Febr. Die hiesigen Buchhändler, unter denen sich einige sehr tüchtige Persönlichkeiten befinden, deabsichtigen in einer bereits zahlreich unterzeichneten Petition an das Ministerium des Innern den Antrag auszusprechen: daß die Censurfachen bei vorkommenden Kontraventionen nicht mehr auf polizeilichem Wege, sondern durch ein richterliches Erkenntniß entschieden werden möchten. Das Bedürfniß nach Ablösung der willkürlichen Polizeigewalt durch gesetzliche Rechtsgewährung macht sich jetzt bei uns in allen Lebensverein geltend und scheint je länger je mehr unabweislich. Für den preußischen Buchhandel ist aber der erwähnte Antrag, mit Hinblick auf manherlei alte und neue Erfahrungen auf diesem Gebiet, von besonderer und großer Wichtigkeit. (Br. Z.)

Demselben Blatte wie auch der Weserz. wird geschrieben, daß in nächster Zeit nicht nur die Periodicitätsfrage, sondern auch die Preßangelegenheit ihre Lösung erhalten werde.

Berlin 20. Febr. Man spricht davon, daß einer unserer bessten Rechtsgelehrten, ein ausgezeichnetes Mitglied des königl. Kammergerichts, eine Gerichtszeitung (nach Art der Gazette des Tribunaux) herausgegeben beabsichtige. (D. A. Z.)

Δ Breslau, 18. Febr. Das Dunkel, welches über den neuerdings von Seite der Polizei unternommenen Haussuchungen und Verhaftungen lag, ist durch die Polizeibehörde selbst wenigstens einigermaßen gelichtet worden. Die Vorgänge, welche ich Ihnen in meinem letzten Briefe des Weitern auseinandergesetzt, hatten unter einem Theile der Bürgerschaft eine gewisse Aufregung hervorgerufen; man befürchtete, daß die Polizei, wie bei früheren Gelegenheiten, z. B. bei dem bekannten Fürstenkleiner Feste (welches nicht einmal zum Anfange einer Untersuchung Veranlassung gegeben), ihre Amtsbefugnisse überschreiten habe; deßhalb hegab sich eine Anzahl Bürger zu dem Oberbürgermeister Pinder, der sich eines unbegrenzten Vertrauens von Seite der Bürgerschaft erfreut, und legte ihm die Bitte ans Herz, die Rechte der Betheiligten zu wahren. Derselbe hatte schon vorher darauf bezügliche Schritte gethan, ging aber jetzt wieder persönlich sowohl zum Polizeipräsidenten Hencke als zum Oberpräsidenten v. Merbell. Mehrere

Digitized by Google

untergeordnete Polizeibeamte hatten währenddem ausgeprägt, daß man eine Verschwörung entdeckt habe, welche den 15. Febr. in Breslau ausbrechen sollte u. dgl. m. So unglaublich diese Gerüchte waren, erhielten sie doch in der Stadt eine gewisse Aufregung. Jetzt hat sich endlich durch ein Reskript des Polizeipräsidenten an den Magistrat herausgestellt, was nach den bisherigen polizeilichen Ermittelungen an der Sache sein soll. Die Gesellen bildeten nämlich mit Erlaubniß das Turnercorps einen Turnverein, an welchem auch mehrere Glieder Theil nahmen. Von den letztern nun sollen verbotene Schriften unter die Gesellen vertheilt worden sein — doch hat man bei den Haussuchungen nur bei Diesen oder Jenen ein verbotenes Buch gefunden; ferner habe auch in einer Privatwohnung ein Rede- und Lesecursus Statt gefunden, und es sein da mitunter aufregende Reden gehalten worden; als Beweis wird ein bei dem Bürger Möller vorgefundenes Manuskript einer solchen Rede erwähnt. Diese Rede kann man unüberlegt nennen — aber gegen ein bestehendes Gesetz verstößt sie nicht. Ueberhaupt scheint in Bezug auf die Vereine selbst die Untersuchung kein besonderes Resultat geliefert zu haben. Schlimmer dagegen stellt sich die Sache für die beiden verhafteten Bürger, 2 Brüder Namens Hoffmann; diese sollen sich nämlich sehr starke Majestätsbeleidigungen vor mehreren Zeugen haben zu Schulden kommen lassen. Die deßfallsige Denunciation ist erst nach der Haussuchung erfolgt. Die Anklage ist bereits dem zuständigen Gerichte übergeben worden. — Für Oberschlesien ergeeift jetzt das Ministerium energische Maßregeln; wie wir hören sollen von Breslau aus 300 Soldaten zur Bebauung der Felder hingeschickt werden; auch in Betreff der Aerzte ist man von der früheren Sparsamkeit abgegangen; es sind wenigstens einigen von denen, die sich gemeldet hatten, jetzt Diäten bewilligt worden. Sehr thätig erweist sich der Minister von Stolberg. Die Unterstützungen gehen zwar von allen Seiten zahlreich ein — aber für das unermeßliche Unglück sind sie immer noch unzureichend. — Ich weiß nicht, ob Ihnen aus öffentlichen Blättern der Polizeiaufsehe Eisse bekannt ist; bei uns spielt er einen kleinen Duncer, und deßhalb ist auch folgende Nachricht für uns von Wichtigkeit. Das Polizeipräsidium hat nämlich von der Regierung die ernste und wiederholte Weisung erhalten, dem Aufsehen Eisse nicht mehr zu viel Vertrauen zu schenken, da er sich mehrere ungerechte Verhaftungen erlaubt und seine Amtsbefugniß mehrfach überschritten habe. Ich glaube, es gibt keinen Bürger in Breslau, der für diese Weisung der Regierung nicht dankbar wäre.

Breslau, 19. Febr. In der Schles. Z. gibt Dr. Kuh eine Erklärung über die Thätigkeit der Aerzte in den oberschlesischen Bezirken. Er bezeichnet zunächst als ihre Hauptaufgabe, bei den Kranken die Scheu und Furcht zu überwinden, die zum Theil Ursache war, daß man sich anfänglich und den ärztlichen Beistand versäumte. Die Aerzte werden durch das Kreiscomité mit Mitteln versehen, die sie zu verrechnen und dazu zu verwenden haben, daß die Kranken ihres Bezirks mit entsprechender Nahrung, Decken und andern dringenden Bedürfnissen und mit einfachen Heilmitteln versehen werden. Lazarethe im eigentlichen Sinne sind nur in Städten aufzuhalten und auch da ein unvermeidliches Uebel; denn sie sind Kontagienheerde. Auf dem Lande wird meist nur in größeren Dörfern die Einrichtung von Zufluchtshäusern zur Pflege obdachloser Kranken erforderlich. So wird hoffentlich fortan die Verlassenheit der Kranken aufhören, und eine möglich gleichmäßige und regulare Vertheilung der Gaben der öffentlichen Wohlthätigkeit erzielt werden. Die Aerzte aber werden noch geraume Zeit Gelegenheit haben, die über sie höheren Orts gehegte ungünstige Meinung durch die That zu widerlegen; denn noch leiden leider fast überall täglich neue Erkrankungen ein und die Sterblichkeit dauert fort.

A Bonn, 21. Febr. Bei einem am 17. d. hieselbst abgehaltenen Trauergottesdienst für Görres wurde ein Zettel in zahlreichen Exemplaren vertheilt, auf welchem das wechselvolle Schicksal des Seligen in seinem Verhältnisse zum Wechsel der Zeit im Lapidarstyl verzeichnet ist. Es ist erfreulich, daß die Partei, welche jenen Akt der Pietät gegen ihren verstorbenen Vorkämpfer ausgeübt hat, dabei mit großer Offenheit ihre Anschauung der gegenwärtigen und jüngstvergangenen Zeit dargelegt hat. Die interessanteste Aeußerung ist aber unstreitig, daß den großen Todten Verbannung betroffen habe „bei der Restauration ohne Gott und Kirche." Hiermit ist die preußische Herrschaft über die Rheinlande gemeint, zunächst zwar wohl die des vorigen Königs, allein auch die gegenwärtige preußische Regierung muß erwarten, jenem Vorwurf zu unterliegen, falls sie nicht ihre Vorgängerin bedauerlich. Solange sie jedoch beabsichtigt, auf dem seit 1815 betretenen Wege fortzuschreiten, so möge sie sich durch jenes Verdammungsurtheil der rheinischen Ultramontanen zu einiger Vorsicht in den Gunstbezeugungen bewegen lassen, welche jene Partei unverdingt in reichem Maße verlangt und erhält.

ƒ Von der Saale, 17. Febr. Mit lautem Tadel hat man in unseren Gegenden vielfach die Demonstrationen der unter dem Magdeburger Konsistorium stehenden Superintendenten zu Gunsten dieser Behörde aufgenommen. Sie haben Adressen an das Konsistorium unterschreiben lassen, in welchen der Dank der Geistlichkeit für das Verfahren in der Ulrich'schen Sache ausgesprochen und gesagt wird, daß die „Geistlichen von Durchführung des (von dem Konsistorium) eingeschlagenen Wegs nur Heil für die Kirche erwarten." Zur Unterschrift hat man Geistliche, die notorisch in ihren Ansichten mit Ulrich übereinstimmen, die heute noch die Agende nicht anders gebrauchen, als er es gethan, indirekt genöthigt. Wir beklagen, daß hier nur von Einzelnen ein entschiedener Widerstand gegen solche Zumuthung geleistet worden ist; allein wer die Verhältnisse kennt und weiß, welche Macht ein Superintendent über die Zukunft dieser armen Pastoren hat, wird sie bemitleiden, mit desto größerer Entrüstung aber die geistlichen Vorgesetzten anklagen, welche in der Kirche, unter dem Stande, der nur, wenn seine Glieder die Achtung der Gemeinden bestitzen, Etwas wirken kann, solche Korruption hervorgerufen haben.

**Baiern.** — München, 22. Febr. Die Wirksamkeit der Redemptoristen hat in Baiern aufgehört. Ein allerhöchstes Dekret hat ihre Aufstehung verfügt und Regierungsrath Graf v. Reigersberg ist bereits von Altötting zurückgekehrt, wohin er geschickt ward, um den frommen Vätern das Aufhebungsdekret ihres Ordens für Baiern zu überdringen *). Also die Jesuiten, denn die Redemptoristen sind nichts anderes, sollen einmal bei uns keinen Boden mehr haben. Sie haben mit ihrem Pfunde tüchtig gewuchert, so lange sie in Altötting, dem Gnadenorte, wie sie ihn in ihren Missionsbüchlein rc. nennen, waren. Unter Abel war ihre Blüthenzeit. Da war das ganze Land mit Jesuitenmissionären überschwemmt. Nach München kamen jährlich im Mai zwei — sie wohnten beim Pfarrer von St. Ludwig — und hielten in der Ludwigskirche Abends ihre glühenden, fanatischen Predigten. Hr. v. Abel und seine Genossen, ihre feistgesten Zuhörer, waren jeden Abend in der Kirche zu sehen. Gingen dann die frommen Väter — einigemal waren ganz junge Männer dabei, die über die Laster der Welt predigten, als hätten sie sie alle schon mit eignen Augen kennen gelernt — am Ende des Monats ab, so fanden sie den Postwagen, worin sie nach Altötting abfuhren, mit grünen Reisen und Blumengirlanden, unter denen manches kostbare Geschenk verborgen war, geschmückt. Das waren goldene Tage. Aber wohin gehen sie nun? O darum darf und nicht bange sein, in ihres Vaters Haus, d. h. in Oesterreich, sind viele Wohnungen für sie bereit. — Wie man hört, ist Rektor Thiersch zum Vorstand der Akademie ernannt. Fallmerayer soll an den verwaisten Lehrstuhl der Geschichte (an Görres Stelle) treten; das wäre freilich auch ein bedeutender Abstand. Man will auch wissen, daß den hiesigen Benediktinern das Lehramt auf dem Gymnasium entzogen werden soll. Die Augsburger Benediktiner, bekannt wegen ihrer feinern Bildung und Lebenweise, sollen an ihre Stelle hierher berufen werden. — Gestern fand die Beerdigung des kürzlich verstorbenen Prof. Zuccarini Statt. Das Geleite war ziemlich zahlreich. Nach einer kurzen, ächlich gehaltenen Leichenrede des funktionirenden Pfarrers der Frauenkirche sprach Prof. Martius an seinem Grabe ergreifende Worte. Zuccarini war bekanntlich ein warmer Freund eines freien Studentenlebens. Seine Lieder, von denen das Leipziger Liederbuch viele enthält, geben deutlich Zeugniß davon. Er soll vor seinem Tode noch freudig die Nachricht hingenommen haben, daß das hiesige Studentenleben eine freiere Gestaltung gewinne.

Würzburg, 22. Febr. Eine mit ungefähr 220 Unterschriften versehene Adresse der hiesigen Studirenden an die Studenten von München, die letzten dortigen Ereignisse betreffend, ist schon vor einigen Tagen von hier abgegangen. (W. Z.)

ƒ Von der baierischen Grenze, 22. Febr. Die Veränderungen in unserem baierischen Nachbarlande haben im weiten Kreise der deutschen Heimath lauten Beifall gefunden. War man doch an die nur leidende und schweigende Rolle dieses Landes so gewöhnt, daß ein Akt der Volkssitte, den die öffentliche Moral längst gefordert hatte, für ein Ereigniß gelten konnte. In diesem Sinne sind auch die Vorfälle vom 10. und 11. Febr. beurtheilt worden; einzelne Stimmen abgerechnet, die, ganz besonders scharfsichtig, Nichts als eine Koalition

*) Auch der A. Z. wird diese Nachricht geschrieben; dagegen stellt sie die Nachricht von einer Ausweisung in Abrede, da die Redemptoristen das Indigenat erhalten hatten. Der Korrespondent wird aber zugeben müssen, daß man in Baiern das Indigenat erhalten und doch ausgewiesen werden kann.

Digitized by Google

adeliger und ultramontaner Abneigungen mit materiellen Interessen wetterten, war man ganz einig darüber, daß es der sittliche Unwille und das Ehrgefühl einer tiefgekränkten Bevölkerung war, was den Bewegungen der Februartage den Anstoß und die Stärke gab. Möglich, ja wahrscheinlich, daß persönliche Abneigungen und Interessen mitwirkten (wo sind die nicht vorhanden?) — aber diesen die ganze Empörung jedes sittlichen Gefühls, den ungewohnten Aufschwung einer sonst allzu passiven Bevölkerung zuschreiben, kann nur die kurzsichtige Beisheit, die vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht. Ist es nun erfreulich, auch in dem Lande, wo man politisch so Vieles geschehen ließ, die Grenze gezogen zu sehen, über welche die Willkür nicht hinaus kann, so mögen wir doch nicht in jenen unbesümmerten Jubel einstimmen, der von der Verjagung der spanischen Tänzerin eine neues goldenes Zeitalter baierischer Entwickelung datirt. Haben wir doch vor kaum zwölf Monaten einen ähnlichen Jubel über die heranbrechende „Morgenröthe" hören müssen und harren noch vergebens des Sonnenaufgangs, der jener Morgenröthe erleuchtend und erwärmend hätte folgen müssen. Kränkt es doch das deutsche Ehrgefühl, daß unser Wohl oder Wehe an das Dasein oder die Entfernung einer einzelnen Persönlichkeit geknüpft sein sollte; sagt uns doch die nüchterne Erwägung, daß weder die Verhältnisse noch die Personen, durch die jener Einfluß möglich ward, mit dem 11. Febr. ihre Bedeutung verloren haben! Ist es wirklich der erbrochene Loyalität, sich die wahre Lage der Dinge zu verrücken, sich verbergen zu wollen, daß der Entschluß der Entfernung ein unfreiwilliger war? Ist es Kurzsichtigkeit oder Großmuth, zu verkennen, daß zwar die spanische Tänzerin aus dem Lande gewichen ist, daß aber ihre Schühlinge und Kreaturen geblieben sind? Wir meinen nicht die paar armseligen Handlanger und Lakaien, welche die Lynchjustiz zuerst betroffen, wir meinen die Einflußreichen und Mächtigen, die sich als Werkzeuge dieser schlimmsten aller Korruptionen gebrauchen ließen. Es gab eine Zeit, wo Huldigungen, die man in der Barrerstraße darbrachte, nicht so verpönt waren wie jetzt; ja noch am 9. Febr., ehe die unerwartete Katastrophe erfolgte, schien es den Schlauen und Fürsichtigen gerathen, mit schiefen Zeitungsartikeln, die unter offizieller Firma Eingang fanden, der öffentlichen Meinung entgegenzutreten. Der Umschwung erfolgte — und die dienstfertigen Publicisten der Barrerstraße machten schnell linksum und schlossen sich dem allgemeinen Jubel an, der den Einsturz der Beschützerin für immer begrub. Man spricht soviel von fremder Korruption, wie sie z. B. in Frankreich durch die jetzt lebenden Zöglinge der Talleyrand'schen Staatskunst gehegt wird; ist es nicht die schlimmste aller Korruptionen, wenn sich solche Gesinnung bis zu den höchsten Stellen hinaufdrängt und auch da nicht weicht, wo die öffentliche Stimmung vernehmlich genug gesprochen hat? — Die öffentliche Meinung hat unter Andern den Staatsrath Berks von Anfang an als einen der Schützlinge des bekannten Einflusses bezeichnet; jetzt wo sich ein so unzweideutiges Urtheil über diesen Einfluß geltend gemacht, wie will mancher streitlose Gleichmuth gehört dazu, das Vertrauen immer noch in Händen zu behalten?

**Sachsen.** Leipzig, 22. Febr. Die schon erwähnte Erklärung der „Alemannen" in der D. A. Z. hat eine zwei Spalten lange Fortsetzung in demselben Blatte erhalten; sie trägt den nämlichen Charakter, den wir in unserer gestrigen Nummer geschildert haben. Gleichzeitig erklären „viele Studenten" Leipzigs, daß sie sich die Gegenwart der „liberalen" Alemannen verbitten; „auch wir in Leipzig, sagen sie, mögen die Leute nicht, die Freiheit des Volkes in der Freiheit der Sitten, die Ehre des Vaterlandes in der Herrschaft bizarrer Meiber finden". — Die „Alemannen" haben übrigens einen unerwarteten Verbündeten erhalten an einem baierischen Korrespondenten der Deutschen Allg. Zeit., welcher ebenfalls die Gräfin E. als ein Opfer ultramontaner und adeliger Umtriebe beklagt und tiefsinnig bemerkt: „die Ansicht des gemäßigten Fortschritts" habe keinen Grund über die bekannten Vorgänge zu frohlocken. Daß wir mit dem „Liberalismus" der Alemannen nicht sympathisiren, haben wir schon gestern bemerkt; ein Gleiches gilt von dem „gemäßigten Fortschritt" der D. A. Z., der zu seinem Schutze gegen Adel und Klerus — einer spanischen Tänzerin bedarf.

**Baden.** * Karlsruhe, 23. Febr. In der heutigen Sitzung nahm die Kammer den Kommissionsantrag auf Erlaß der Censurkosten aus den Jahren 1843 und 1845 durch den früheren Minister mit großer Mehrheit an. (Die dabei gefallenen interessanten und bedeutungsvollen Bemerkungen theilen wir morgen mit.)

**Schleswig-Holstein,** 18. Februar. Die Weser. berichtet: Die Wahlen sind wie es heißt von dem Kommissär für das Herzogthum Holstein auf den 14. und 15. März und für das Herzogthum Schleswig auf den 28. und 30. desselben Monats bereits angesetzt; für das Herzogthum Schleswig wohl aus den Gründen so spät, daß Beseler und Tiedemann, nachdem sie als Abgeordnete wieder gewählt worden, noch zu dieser Wahl der „Erfahrnen" berufen werden und daran aktiv und passiv sich betheiligen können.

Dem Hamb. Korr. wird aus Kopenhagen geschrieben, man denke dort an Konzessionen, z. B. an ein eignes Ministerium in den Herzogthümern und schärfere Trennung der Verwaltung Dänemarks und Schleswigholsteins. Das war indessen auch bisher der rechtmäßige Zustand, nur wußte man ihn auf Umwegen zu umgehen.

## Schweiz.

* Aus der Schweiz, 20. Febr. Des Hrn. Thiers „barte Köpfe in den Alpen" mußten in den Alpen um so größere Heiterkeit erregen, da sie uns eine in der Schweiz wohl bekannte Anekdote wieder ins Gedächtniß riefen. Als Hr. Thiers um seiner historischen Studien willen die Schlachtfelder Europas durchraste, besah er sich vom Hüttlberge bei Zürich das schweizerische Hochgebirge. Man überblickt es von dieser Höhe vom Säntis bis zur Jungfrau; allein aus zurechenden Gründen läßt sich vom Montblanc und Monterosa keine Spur entdecken. Hr. Thiers glaubte sie jedoch entdeckt zu haben. Sein schweizerischer Begleiter wagte einige bescheidene Einwürfe. Es half Nichts; Hr. Thiers blieb dabei und ereiferte sich auch damals höchlich über die „harten Köpfe in den Alpen", welche die Jungfrau nicht für den Montblanc und das Finsteraarhorn nicht für den Monterosa ansehen wollten. Enthält nicht diese kleine Geschichte die ganze tragikomische Geschichte der fremden Interventionsversuche und der von übel- und wohlmeinenden Rathschlägern schwer mißhandelten Schweiz, die mit Gewalt ihre ganz eigenthümlichen Verhältnisse durch fremde Brillen betrachten soll? Es sei darum! So lange nicht die Warnungen und Rathschläge das Gepräge gemeinschädlicher Verdächtigung annehmen, werden die Schweizer zwar lachen, wenn man ihre Köpfe für „hart" erklärt, weil darauf schwache Gründe schwachen Eindruck machen.

†† Bern, 17. Febr. Das Schicksal scheint es darauf abgesehen zu haben, die Schweiz den monarchischen Staaten gegenüber zu rechtfertigen. Während auf den französischen Rednerbühnen die Kapuzinaden des Grafen Montalembert, die Sophismen des Hrn. Guizot noch nicht verhallt sind, führen die Aeußerungen der Thronrede über die Opposition in der Abgeordnetenkammer selbst zu einem Skandal, wie ihn keine schweizerische Volksversammlung je aufzuweisen gehabt hat; während der österreichische Beobachter über eine erdichtete republikanische Propaganda in hellen Flammen steht, macht die Regierung, deren Werkzeug er ist, in Mailand für den Absolutismus mit Kugeln und Bajonetten Propaganda; während der Ultramontanismus sich als den allein wahren Hüter der Staaten anpreist, seine radikalen Siege als Irrtümer oder Störung bemeistert, sieht es bei diesen zwar ganz friedlich aus, aber gleichwohl liegt im Süden eines der bigottesten Völker der Welt mit seinem Fürsten in offenem Kriege; während eine südbrasilische Thronrede beabsichtigt gegen die angebliche Zufluchtsstätte der gesetzlichen Revolutionäre auftritt, steigt in einer benachbarten Hauptstadt das Blut in den Straßen, und die gut katholische, sonst so loyale Bevölkerung ruht nicht eher, bis der Gegenstand der öffentlichen Unzufriedenheit dem wachsenden Aufstand zum Opfer gebracht ist. Gewiß, man kann es dem Schweizer nicht verdenken, wenn ihn die Vergleichung seiner heimischen Zustände mit auswärtigen eher stolz als schamroth macht, wenn er meint, daß in dem „Bärenland des Radikalismus und Kommunismus" für die öffentliche Ordnung um Nichts schlechter, als in den Staaten gesorgt sei, welche sich ferm so gerne mit ihrem Verdikt und ihren Rathschlägen aufdrängen. — Ob die Fruchte dieser die jüngsten Vorgänge in München dauernd sein wird, werden wir erst von der Zukunft erfahren. Eine erfreuliche Seite haben jene Ereignisse auf jeden Fall. Es ist erfreulich, sich zu überzeugen, daß wir nicht mehr in allen Beziehungen im vorigen Jahrhundert stecken, und daß gewisse Dinge, welche damals für nothwendige Bestandtheile einer fürstlichen Herdaltung galten, jetzt nicht mehr dafür angesehen werden. Es ist erfreulich, daß die schwachen und kurzsichtigen Freunde der Freiheit, welche das Heil des Volks von einer Landsfeld erwarten mochten, sich gelassen und eine tief einschneidende Lehre erhalten haben. Ein Volk ist nur dann frei, wenn es sich selbst zur Freiheit heraufarbeitet; aus dem Schooß des Zufalls wird sie keinem zugeworfen werden und noch weniger aus dem Schooß einer Lola Montez. Mögen sich alle Liberalen das merken und ein Bündniß, das ihre Sache in zweifelhaften Ruf bringt, für die Zukunft entschiedener ablehnen, als dies von Manchen in der letzten Zeit ge-

Digitized by Google

schehen ist. Ob aber auch die letzte Bewegung selbst in ihren Motiven und Folgen viel Erfreuliches hatte, darüber wollen wir erst weitere Aufklärungen abwarten. Es ist noch nicht lange, daß man über das entgegengesetzte Ereigniß gejubelt hat, aber die Freude war von kurzer Dauer. Man wird auch dies Mal wieder jubeln; möge man besseren Grund haben! Nüchternde sehen vielleicht schärfer; uns in der Ferne macht Manches bedenklich. Lola folgte auf Lovola; folgt wohl Loyola wieder auf Lola, und wer hat dann gewonnen?

**Bern**, 20. Febr. Die 4 Sektionen der Bundesrevisionskommission sind folgendermaßen zusammengesetzt: Erste Sektion: Bundespräsident Ochsenbein aus Bern, Bürgermeister Dr. Furrer aus Zürich, Großrath Dr. Bussard aus Freiburg, Staatsrath und Oberst Rilliet von Genf, Landschreiber Spitteler von Baselland. Zweite Sektion: Statthalter Dr. Steiger von Luzern, RR. und Oberst Frei-Herose von Aargau, Landammann Michel von Obwalden, Appellationsgerichtspräsident Fürstenberger von Baselstadt. Dritte Sektion: Landammann Munzinger von Solothurn, RR. Jauch von Uri, Rathsherr Jenni von Glarus, RR. Böschenstein von Schaffhausen, RR. und Oberst Müller von Zug. Vierte Sektion: Landammann Näf von St. Gallen, Großrathspräsident Dr. Diethelm aus Schwyz, Staatsrath und Oberst Luvini aus Tessin, Staatsrathspräsident Barmann aus Wallis, Bürgermeister und Oberstkriegskommissär Rhys aus Graubünden. Am Samstag hat die Kommission mit überwiegender Mehrheit folgendes Programm über den Gang der Kommissionalberathungen angenommen: I. Allgemeine Bestimmungen. 1) Verhältniß der Souveränität der Kantone zum Bund. a. Allgemeine Grundsätze; b. Beschränkung der Kantone insbesondere in Bezug auf Abschließung von Verträgen. 2) Garantie des Bundes: a. Unabhängigkeit nach Außen; b. Oeffentliche Ordnung im Innern: c. Gebiet; d. Kantonsverfassungen; e. Rechtsgleichheit; f. loyalistische Verhältnisse; g. Unterrichtswesen, (schweizerische Hochschule); h. Preßfreiheit; i. Petitionsrecht; k. freie Niederlassung. 3) Militärwesen: a. Allgemeine Wehrpflicht; b. eidgen. Militärorganisation; c. Kontingent der Kantone zeitgem. Mannschaftsstala). 4) Verkehr im Innern und nach Außen: a. Zölle; b. Weg- und Brückengelder; c. Konsulargebühren; d. Ausfuhr über die Straßen (Eisenbahnen); e. Handelsverträge. 5) Finanzen: a. eidgenössische Kriegssteuer; b. Grenzzölle; c. Ertrag der Regalien; d. direkte Beiträge der Kantone (Geldskala). 6) Posten. 7) Münzen. 8) Maß und Gewicht. 9) Pulverfabrikation. 10) Verbrechen: a. Verbot einer Beschränkung der Militärkapitulationen; b) Aufhebung der Abzugsverträge (Freizügigkeitsverträge); c. Criminalpolizei (Fremdenpolizei). II. Bundesbehörden. A. Tagsatzung. 1) Organisation (Repräsentationsverhältniß, Instruktionen u. s. w.); 2) Befugnisse. B. Bundesrath oder vorörtliches System. 1) Organisation; 2) Befugnisse. C. Bundeskanzlei. D. Bundesgericht. 1) Organisation; 2) Kompetenzen. E. Eid der Bundesbeamten. III. Revision der Bundesverfassung. IV. Schlußbestimmungen. Es wurde vorbehalten, vorstehendes allgemeine Schema zu ergänzen und einzelne Abschnitte specieller auszuführen.

Aus der Samstagssitzung der Bundesrevisionskommission wird noch berichtet, daß eine große Mehrheit dafür war, daß man an die Spitze des Bundes den Zweck desselben setze, wie es der Bund von 1815 thut. Ein Antrag, mit der Souveränetät zu beginnen und zu bestimmen, auf wem diese beruhe, vereinigte nur drei Stimmen auf sich. (N. Z. Z.)

* **Zürich**, 12. Febr. Seitdem einer der einflußreichsten Männer unserer Liberalen, Feldherr H. R. Rüttimann, vermalen zweiter Gesandter in Bern, sich für das Hasenschießbundesprojekt — mit wesentlichen Modifikationen — ausgesprochen hat, fängt man nach und nach auch innerhalb der streng legalen Partei an, sich die Möglichkeit und Wünschbarkeit einer durchgreifenden Reform des Bundes vor Augen zu stellen. Hr. R. glaubt, „das fragliche Ziel könne — mit Geduld und Geschick — in nicht allzuferner Zukunft erreicht werden", und er theilt nicht das früher geäußerte Bedenken, als ob die beiden nebeneinander gestellten Körper, die Tagsatzung und der schweiz. Gr Rath, sich nothwendig, weil keine dritte höhere Gewalt vorhanden wäre, in gegenseitigem Kampfe aufreiben müßten. Beide Körper wären nur die äußerliche Darstellung von Gegensätzen, die so alt wie die Eidgenossenschaft selbst: die des Kantonalinteresses und der schweizerischen Nationalgefühle; über einen bloßen Staatenbund seien wir hinaus, für die Einheit noch nicht reif. Die Hauptmodifikation des Zweikammersystems kömmt aber am Schluß; Hr. R. will die Tagsatzung einfach streichen und die Sanktion der Beschlüsse des schweiz. Gr. Raths einer Kommission desselben übertragen, in welcher jeder Kanton mit einer Stimme vertreten wäre — freilich eine sehr wesentliche Modifikation. Gegen den Ausspruch, daß wir zur Einheit noch nicht reif seien, protestirt die Eidgen. Zeit., indem sie sagt, es liege nicht in der Bestimmung der Schweiz, dieses Abbildes Europas, eine Nation aus sich herauszubilden, ihre Bestimmung sei viel höher, nämlich die, eine Art Allianz der Völker zur Erscheinung zu bringen; die Schweiz sei keine Nation, und werde auch nie eine werden, dazu mangle ihr die Verwandtschaft der Geburt, des Stammes und der Sprache. Das ist freilich eine Wahrheit, welche zu beherzigen man sich nicht immer entschließen kann. Die übrigen Einwürfe sind, es liege im Wesen der Republiken „dieses Staatsverbandes reiner Individualitäten", daß sie klein, und um stark zu sein, daß sie verbündet wären, ohne deßhalb in eine aufzugehen; je enger die Föderation, die Verbrüderung, desto besser, aber Zentralisation wäre der Tod der Freiheit der Einzelnen nach Innen. — Der Begriff von „klein" und „groß" ist freilich sehr relativ; die Schweiz scheint hier als relativ „groß" genommen zu werden; nun, einzelne Staaten Nordamerikas sind ebenso groß und bekunden sich ganz wohl dabei; auch die gerühmteste Zentralisation hat nicht nothwendig den Tod der individuellen Freiheit zur Folge, wenn wir nur zwischen politischer und administrativer Zentralisation unterscheiden lernen wollen; so spricht er von Baiern; aber wenn ein Luzerner sagt: „mein Vaterland", so meint er die Schweiz und nicht den Kanton Luzern." Avis à Vous! — Derselbe Korrespondent hat übrigens auch sehr genaue Erkundigungen über den famosen „Strafzug" eingezogen, welcher nach Montalembert damit beauftragt war, der Jugend die „Falschheit des Christenthums" zu beweisen; und siehe da! er macht die überraschende Entdeckung, daß dieser Strauß nie den Fuß auf schweizerischen Gebiet gesetzt hat, daß er im Jahr 1839 von der Züricher, nicht von der Genfer Regierung berufen wurde, „Philosophie zu lehren", daß er aber nicht kam, weil ihn das Volk nicht wollte. Die Hauptfrage, um die es sich im gegenwärtigen Augenblick handelt, ist aber nicht, ob das Zwei- oder Einkammersystem das bessere sei, sondern: was hilft die Tagsatzung für praktisch ausführbar und nöthig erachtenden Umständen für erhältlich? Und da müssen wir leider unsere Erwartungen nicht gar hoch spannen; selbst Hr. Rüttimann schreint sich von der gegenwärtigen versammelten Tagsatzung nicht die Lösung jener Aufgabe in einem umfassenderen Sinne zu versprechen, sonst hätte er nicht von einer „nicht allzu fernen Zukunft" gesprochen, in welcher das fragliche Ziel erreicht werden könne. Ein einflußreiches, entschieden liberales Mitglied der Tagsatzung aus der innern Schweiz äußerte kürzlich in Zürich, man werde sich begnügen, für den Augenblick drei Punkte durchzusetzen: 1) Streichung des §. 12 der Bundesakte, 2) freies Niederlassungsrecht der Schweizer in der ganzen Eidgenossenschaft, 3) ausdrückliche Anerkennung des Rechts der Tagsatzung auf eine durchgreifende Revision des Bundes. — Wir fürchten aber sehr, daß die Schwierigkeiten um so größer, um so unbezwinglicher werden, je länger man den günstigen Augenblick vorüberstreichen läßt; am Ende behalten die noch Recht, die das Eisen schmieden wollten, solang es noch warm war, die der Tagsatzung einen Vorwurf daraus machten, daß keine Kapitulirenden Ständen nicht zugleich mit der Kapitulation das neue Bundesprojekt zur Annahme vorgelegt zu haben.

### Schweden und Norwegen.

**Stockholm**, 4. Febr. Zu den merkwürdigeren Ereignissen, welche in der letzten Zeit an unserem Reichstage vorgefallen sind, gehört unter anderen die Diskussion im Adelsstand über die Religionsfreiheit. Ein Mitglied dieses Standes, Graf Stedingk, hatte bekanntlich einen Antrag gestellt auf Aufhebung des noch gültigen barbarischen Gesetzes, welches den Uebergang des eingebornen und in seinem lutherischen Glaubensbekenntniß erzogenen Schweden zu einer fremden Konfession mit der Strafe der Landesverweisung belegt. Ueber die Verwerflichkeit dieses Gesetzes von dem Gesichtspunkte der Vernunft, der Civilisation, der Billigkeit, der Politik, ja der Religion selbst kann unter Gebildeten in unserer Zeit kein Zweifel mehr sein, und ganz gewiß ist dies auch die Ansicht der überwiegenden Mehrzahl der Gebildeten in Schweden selbst. Daß aber jenes Gesetz nicht schon längst aufgehoben wurde, hat man hauptsächlich dem großen Einfluß

Digitized by Google

des geistlichen Standes auf unsern Reichstagen zuzuschreiben, welcher, wie man glaubte, die übrigen Stände zurückgehalten hat, auf die Auflegung zu dringen. Daß ein Widerstand gegen diese Auflegung, wenn ernstlich gemeint, von dem Adelsstand ausgehen würde, hatte man sich gewiß nicht vorgestellt. Die Erfahrung hat uns jetzt eines Bessern belehrt. Als der Antrag des Grafen Stedingk im Adelsstande gemacht war und einige Tage nachher zur Diskussion gebracht wurde, traten viele der bedeutendsten Mitglieder dieses Standes nach einander dagegen auf mit Argumenten, welche sich vor etwa zweihundert Jahren vielleicht hätten hören lassen können, aber jetzt nur geeignet sind, von dem niedrigen Bildungsgrad unseres „ersten" Standes ein leuchtendes Zeugniß abzugeben. Zwar wurden auch einzelne Stimmen in entgegengesetzter Richtung gehört, aber die große Mehrzahl der zahlreichen Sprecher redete dem mittelalterlichen Religionszwange das Wort auf eine Weise, die selbst unter pietistischen Geistlichen ein gerechtes Erstaunen erregt hat. Der Antrag mußte indessen dem Grundgesetze gemäß dem betreffenden Ausschuß zur weiteren Behandlung überwiesen werden und wird somit noch einmal, nachdem der Ausschuß sein Gutachten abgegeben hat, nicht nur im Adelsstande, sondern auch in den drei übrigen Ständen vorkommen. (K. Z.)

## Großbritannien.

London, 19. Febr. (Parlamentsverhandlungen über die Bill betreffend die politische Gleichstellung der Juden. Schluß). Noch glaubte Hr. Bankes gegen die Bill das Wort ergreifen zu müssen, indem er namentlich hervorhob, welch ein arges Schisma die Kirche bedrohe, wenn man Juden Theil nehmen lasse an der Gesetzgebung eines auf christliche Grundsätze gebauten Landes; habe doch die Hamptonsche Angelegenheit schon hinlänglich an der Staatskirche gerüttelt. Uebrigens bezweckte ja die Ausschließung der Juden nicht, ihnen Unehre anzuthun; es gebe auch noch andere ehrenwerthe Klassen, deren einzelne Glieder zwar wählen, aber nicht gewählt werden dürften, ohne daß sie über unbillige Zurücksetzung so viel Lärmens erhöben, wie die Juden. Wenn man diese zulasse, so erkläre man, daß fortan Niemand ausgeschlossen werden dürfe, daß der Anspruch auf bürgerliche Rechte eine allgemeine Anwendung erleide; man möge bedenken, daß, wenn man alle Eide abschaffe, die Krone ebenso gefährdet, als die Kirche bedroht sein würde. Doch hoffe er, daß wenn dieses Haus der Bill seine Zustimmung ertheile, an einer anderen Stelle (im Hause der Lords) die Bill werde verworfen werden. Der letzte Redner, und zwar für die Bill, war Sir R. Peel. Wir können uns hier nur auf die Anführung einiger Hauptpunkte beschränken, so leid es uns that, einzelne Bemerkungen aus dem wohlgeordneten und scharf gegliederten Bau des Ganzen losreißen zu müssen. Der Redner gestand, daß es ihm schwer gefallen, bei der ersten Lesung der Bill ein schweigendes Votum abzugeben, jetzt aber könne er mit den Gründen nicht mehr zurückhalten, die ihn veranlaßt, seine frühern Ansichten über die Judenfrage (im J. 1830 bei ähnlicher Gelegenheit) zu ändern. wenn er es schon schmerzlich empfinde, zu so manchen seiner Freunde, mit denen er bisher eines Weges gegangen, in eine ihm verhetzhunde Stellung zu gerathen. Trotzdem könne er nicht umhin, der Bill seine Zustimmung zu ertheilen, aber nicht etwa aus Gleichgültigkeit gegen die christliche Religion, da er im Gegentheil tief überzeugt sei, daß die Gesetzgebung von den Lehr- und Grundsätzen des Christenthums geleitet und durchdrungen sein müsse, da er ferner überzeugt sei, daß zwischen dem alten und neuen Bunde, zwischen Juden- und Christenthum ein wesentlicher Unterschied Statt finde, daß Beide in einem unausgeglichenen Gegensatz einander gegenüberständen. Aber das Haus habe kein Recht, die Juden für ihre religiösen Irrthümer zu strafen, bürgerliche Rechtsungleichheiten aber nähmen nur zu leicht die Natur einer Strafe an. Insofern nun ein Jude in England geboren sei, sei er auch britischer Unterthan und theile mit den übrigen Unterthanen die gleichen Rechtsansprüche und bürgerlichen Fähigkeiten. Früher habe man die Katholiken und Andere bestraft, nicht weil sie in Irrthum gewesen, sondern weil man sie für gefährliche Unterthanen gehalten. Besinde sich der Jude im Irrthum, so sei es auch Aufgabe der Gegner, nachzuweisen, daß dieser Irrthum ihn politisch unfähig mache, an der Gesetzgebung theilzunehmen. Diesen Beweis aber bleibe man eben schuldig, und auf Grund eines bloßen Irrthums Jemand seiner bürgerlichen Ansprüche zu berauben, dazu habe das Haus kein Recht. Theilweise Zugeständnisse genügten jedoch nicht, die Juden hätten vielmehr auf eine vollständige Rechtsgleichheit Anspruch zu machen; schon Lord Baron sage: einer jeden im Lande geborenen Unterthans Recht sei gänzlich und vollständig; insofern nun der Jude im Lande geboren sei, falle er in die Baconsche Kategorie der gänzlich und vollständig Berechtigten. Der Redner erklärte: daß er nach allen Seiten unbefangen, nirgends einen vernünftigen polnischen Grund erblicken könne, um beziehlich die Juden auszuschließen wünschen. Vorzugsweise bemerken sich die Gegner der Bill auf den Parlamentseid, der die Worte in sich schließe: „auf den wahren Glauben eines Christen." Der Redner suche nun historisch und logisch nachzuweisen, daß diese Worte nicht dazu eingeschoben seien, damit die eintretenden Parlamentsmitglieder ein christliches Bekenntniß ablegten, sondern nur, damit man ihres Willens, treu ihre Pflicht auszuüben, um so gewisser sei. Man habe die Quäker, die Separatisten, die mährischen Brüder, kurz alle Sekten zugelassen, die von Christus und der christlichen Religion zum Theil Ansichten hätten, welche von den orthodoxen Satzungen oft ebenso entfernt seien als die der Juden; warum wolle man nun nicht auch die Juden zulassen, warum nicht diese um so eher, da sie den Zehnten an die Kirche zahlten, dessen die Quäker sich weigerten. Möge man doch bedenken, daß in vielen Ländern Europas die Juden noch den ärgsten Verdrückungen unterworfen seien, daß es die Pflicht Englands sei, mit einem nachahmenswerthen Beispiel voranzugehen, eine Maßregel ins Leben zu rufen, welche auf diejenigen Regierungen, die ihre jüdischen Unterthanen noch aufs Grausamste heimsätzen, nicht ohne die günstigsten Rückwirkungen bleiben könne. Der Redner ertheilt den Juden im Gegensatz zu dem Lord Deamianeig, welcher sie der Gelehrsucht, der anmaßlichen Zudringlichkeit u. s. w. beschuldigt hatte, im Verlauf seiner Rede große Lobeserhebungen für ihre mancherlei Tugenden, Talente und Unterthanentreue und schloß im Namen des Christenthums mit einer beredten Stelle, welche von Seite der Regierungspartei wohl mehr noch den einstürzenden Redners als ihrer selbst wegen mit erschütterndem Beifall ausgezeichnet wurde. Schließlich glaubte Hr. Newdegate in Folge einer Gegenbemerkung des Lords D. Stuart auf seiner frühern Behauptung verharren zu müssen: daß Bar. Rothschild die Petitionen für seine Wahl bunderweise nach einer gewissen Skala honorirt habe, worauf die bekannte, der Bill günstige Abstimmung erfolgte.

Die bei dieser Diskussion für die politische Gleichstellung der Juden geltend gemachten Gründe lassen sich auf folgende Punkte zusammenziehen: Jeder auf großbritannischem Boden geborene Unterthan der englischen Krone ist in Hinsicht bürgerlicher und politischer Privilegien und Freiheiten mit allen übrigen gleich, d. h. vollständig und gänzlich berechtigt; mithin ist auch jeder in England geborene Jude als englischer Unterthan zu allen Unterthanenrechten berufen und befähigt. Stellt die Juden den Christen gleich, und sie werden aufhören, die Christen auszubeuten und als ihre Gegner anzusehen, sie werden sich mit ihnen verschmelzen, wie sich Briten, Angelsachsen, Dänen und Normannen miteinander verschmolzen haben, sie werden zu gutetzt sich zum Christenthum bekehren, wenn das Christenthum jenen Geist der Freiheit angenommen hat, der mit unwiderstehlicher Gewalt auch die schroffsten Gegensätze für das Allgemeinleben gewinnt und tilgig macht. Die Verbleibger erbieten häufig den lebhaftesten und begeistertsten Beifall, die Gegner für ihre geschickesten Einwendungen selbst nur von ihrer Partei meist nur ein „Hört! Hört!" — Auch die Geschichte ruft ihren Lieblingen, den Heroden und Helden des entschiedenen Fortschritts, ihren lauten Beifall zu, während sie für die Gegner des Fortschritts höchstens ihr „Hört! Hört!" in Bereitschaft hat. — Bei der dritten Lesung, die eigentlich nur pro forma geschieht, dreht der Bill keine Gefahr mehr; dagegen ist ihr Schicksal im Oberhause doppelt aufgeregt, seitdem bei der Berathung über die römische Bill, trotz der Einsprache von Seite der Regierung, die Eglintounsche Klausel durchgegangen ist.

Galignanis Messenger meldet aus Malta, daß das in dortigen Hafen liegende Flottengeschwader am 12. Febr. plötzlich, theils nach der Küste von Neapel, theils nach dem adriatischen Meere abgesegelt ist. So schnell geschah die Abfahrt, daß viele Schiffe nicht einmal die nöthigen Ausbesserungen ihre Werk setzen konnten.

## Frankreich.

Paris. Die Oppositionsblätter vom 21. Februar bringen ein von 92 Abgeordneten unterzeichnetes Schreiben an den Ausschuß, welcher die Vorbereitung der Reformversammlung übernommen hat. Dieses Schreiben lautet wie folgt: „MM. HH. Wir haben die Einladung zu der Reformversammlung des 12. Stadtbezirks von Paris erhalten, welche Sie uns die Ehre erwiesen haben, an uns zu richten. Da das Recht der Versammlung ohne vorgängige Erlaubniß während der Adressverhandlungen durch das Ministerium bestritten worden ist,

Digitized by Google

so sehen wir in dieser Versammlung das Mittel, ein verfassungsmäßiges Recht gegen die Eingriffe der Willkür zu behaupten und ein für alle Mal sicherzustellen. Wir betrachten es demnach als eine gebieterische Pflicht, und dem gesetzlichen und friedlichen Schritte, welchen Sie vorbereiten, anzuschließen und Ihre Einladung anzunehmen."

Nächt diesem Schreiben veröffentlichen die Blätter ein von dem Ausschusse ausgegangenes Festprogramm, welches gleichfalls mit einer feierlichen Verwahrung des Rechts der öffentlichen Versammlungen beginnt, dann eine dringende Berufung an die Ordnungsliebe und den gesunden politischen Sinn des Pariser Volkes einlegt und zuletzt die Ordnung des Zuges nach dem Versammlungsorte festsetzt. So war denn Alles so weit vorbereitet, daß die seit vierzehn Tagen auf das Aeußerste gespannte Neugier der Pariser endlich mit Sicherheit am folgenden Tage ihrer Befriedigung erwarten konnte. Selbst der Himmel schien zu dem großen politischen Feste mitwirken zu wollen, indem er sich nach mehreren stürmischen Regentagen plötzlich aufklärte. Und gleichwohl sind die Pariser um das gehoffte Schauspiel betrogen, weil die Opposition von ihrem so lange und mühsam betriebenen Vorhaben im letzten Augenblicke zurückgetreten ist. Eine in Straßburg angekommene telegraphische Meldung kündigt diesen unerwarteten Ausgang aller jener Vorbereitungen mit folgenden Worten an: „Die Maßregeln, welche die Regierung in Folge eines von dem Ausschusse veröffentlichten Manifestes getroffen hat, haben die Opposition bestimmt, auf die von ihr beabsichtigte Versammlung zu verzichten. Paris ist ruhig." Welcher Art jene Maßregeln gewesen, werden wir durch die nächste Post erfahren. Wahrscheinlich handelt es sich bloß um eine polizeiliche Sperrung der Zugänge zu dem Versammlungsorte. Daß die Regierung nach den wiederholten Erklärungen der HH. Duchatel und Hebert, welche in der Kammer im bestimmtesten Tone verschärten: die Versammlung werde nicht stattfinden, daß die Regierung nach solchen Erklärungen nicht anders handeln konnte, ohne sich um alle Achtung und alles Ansehen zu bringen, wird Jedermann einleuchten. Ob die Opposition ihrerseits die politische Ehre gerettet, müssen wir abwarten.

In Straßburg hat am 22. wieder ein Straßenauflauf stattgefunden, über den morgen Näheres.

## Italien.

Sardinien. Die neuesten Nummern der Turiner Blätter berichten über den festlichen Jubel der Städter bei Ankündigung der Verfassung; die „Gaz. Piem." kummarisch, die „Concordia" ausführlich. Ihre Briefe aus Alessandria lauten besonders ernstlich: die Kanonen und die Janitscharenmusik erinnerten den Schreiber an die glücklichen Zeiten des alten Griechenlande, „die Söhne des Kadmus schienen ihm aus der Erde emporzustiegen!" Und in einer andern Mittheilung erzählt er von fremden Emissären, die in der Nähe von Alessandria die Bauern gegen die Signori aufhetzten und die Zustände von Galizien bereiten wollen Die Stimmung der Blätter gegen Oesterreich bleibt immer gleich feindselig. Sehr erfreulich klingt unter diesen Berichten die warme Feier der Freuden des Eines Landes in dem andern: die Festlichkeiten in Rom wegen der neapolitanischen, in Pisa und Florenz wegen der sardinischen Verfassung. — Unterm 16. Febr. theilt die „Concordia" den königlichen Brief vom 11. mit, der der Insel Sardinien das Grundgesetz notificirt, und der der Insel statt der Reduktion des Salzpreises, der dort schon geringer war, als auf dem Kontinent, als eine entsprechende Wohlthat die Aufhebung der Zölle auf alle Produkte der kontinentalen Provinzen und der Insel ankündigt, welche bisher schon sich einer Begünstigung erfreuten. Der Cav. Baudi di Vesme greift dies Versprechen sehr verständig an. Der bezeichneten Gegenstände sein wenige, die von Sardinien nach dem Kontinent gehen, Sardinien werde also wenig Vortheil davon haben; die Erleichterung derer, die von hier dorthin gehen, wie Seide, Bücher ꝛc., brächte gerade den unteren Klassen Nichts ein. Dagegen drohe die Erleichterung auf Korn der Insel unermeßlichen Nachtheil. Der Preis des Korns sei in Folge der natürlichen Armuth des Landes auf der Insel um ⅓ geringer als auf dem Festland; die Aufhebung der Zölle werde den Preis in Sardinien mit dem in Genua gleichstellen, d. h. um 4 Lire das Hektoliter erhöhen: eine Aussicht, deren Folgen bei dem gegenwärtigen Elend unabsehbar seien. — Auf zwei weitere Fragen, die die Sarden gegenwärtig besonders beschäftigen, will „Vesme" zurückkommen: ob die vierkönigliche Gewalt aufhören, und ob das neue Preßgesetz dort sogleich publicirt werden soll. — Bei Mittheilung des jüngst in diesem Blatte erwähnten Aufsehens der k. k. Regierung in Mailand macht sich die „Concordia" über den nageleu erfundenen Ausdruck lustig, in dem die Demonstrationen mit antipolitischen Zwecken untersagt werden. Das fehlte noch, daß man dies System in dem Augenblick seines unausbleiblichen Verfalls in Italien als die Politik par excellence bezeichnete, sowie man jetzt bei und immer von Oesterreich aus an den deutschen Patriotismus appellirt!

Turin, 18. Febr. Die hiesige Stadtbehörde zeigt an, daß der Wunsch der Turiner, durch ein öffentliches Zeichen dem König, als Geber der Verfassung, ihre Dankbarkeit zu bezeugen, die königliche Genehmigung erhalten hat.

Die „Concordia", die schon jüngst für eine kirchliche Gleichstellung aller Konfessionen das Wort ergriffen, verficht jetzt, König Karl Albert habe den Protestanten den vollen Genuß aller bürgerlichen und politischen Rechte bewilligt.

Genua, 18. Feb. Die toskanische Konstitution ist erschienen. Hier findet den 27. ein Kirchenfest der Maria del Monte statt, es soll dies Mal zugleich Konstitutionsfest werden, und bereits trifft man Vorbereitungen dazu. (S. M.)

Florenz, 14. Febr. Die heutige „Gazzette di Firenze" kündigt an, daß in wenig Tagen das Versprechen Leopold II. durch Verkündigung der Verfassung erfüllt sein werde. (S. oben.)

Auch der Fürst von Monaco glaubt dem Strome der Zeit nicht länger widerstehen zu können; nach der Gaz. Piemontese hat er ebenfalls eine Verfassung versprochen.

Parma, 14. Febr. Auch die hiesige Bevölkerung ist von der Liebe zu verfassungsmäßiger Freiheit ergriffen; nur ist der neue Regent Herzog Karl II. bis jetzt noch nicht entschlossen, dem Beispiel seiner fürstlichen Kollegen in Neapel, Turin und Florenz zu folgen. „Die letzten Begebenheiten, sagt ein allerhöchstes Dekret vom 14. d., haben einige von unsern Unterthanen bewogen Demonstrationen zu machen, in denen sich ein dem Willen des Regenten und der Regierungsform fremder Geist aussprach." Herzog Karl droht nun zwar seinen getreuen Unterthanen nicht, sie für jede Meinungsäußerung, die ihm nicht gefällt, „sofort zu verhaften", wie jüngst in Mailand geschehen, aber er ermahnt sie sehr freundlich, dergleichen zu unterlassen, widrigenfalls er mit Gewaltmitteln einschreiten müsse.

Rom, 15. Febr. Gestern Morgen hat der Papst ein geheimes Konsistorium mit etwa 29 Kardinälen abgehalten, welches bis gegen 2 Uhr Nachmittags angedauert hat. Die „Gazzetta di Roma", indem sie dies meldet, bringt zugleich die Nachricht, daß der Papst eine Kommission niedergesetzt habe, welche sich mit der Zeitfrage und mit denjenigen Erweiterungen des Staatsgrundgesetzes beschäftigen solle, die mit der Stellung und den Gerechtsamen der päpstlichen Macht vereinbar seien. Die Kardinäle, welche mit dieser wichtigen Aufgabe betraut worden, sind Oltini, Castracane, Orioli, Altieri, Bofondi und Antonelli. Die Prälaten, die in diese Versammlung berufen sind, sind Monsignor Cordoli-Bussi, Alessi. Barnabo und Teodolfe Mertel, Auditor der apostolischen Kammer, welcher derselben als Sekretär beigegeben ist. (A. Z.)

* Rom, 14. Febr. Bei vielen Gelegenheiten hat man schon wahrnehmen können, daß wenn im Publikum von wirklich gegebenen Versprechungen Pius IX. die Rede ist, diese auf den Tag eingeholten zu werden pflegen. Auch diesmal ist dies der Fall gewesen. Noch vor Ende der Woche hatte man dem Volke die Ernennung von Laien zu Ministern in Aussicht gestellt. Sonnabend war derselbige Kommen, ohne daß man irgend etwas Sicheres von einer Ministerialveränderung hatte erfahren können. Schon fing man an, sogar an der Ernennung des Prinzen von Teano zum Polizeiminister aufs Neue zu zweifeln. War doch selbst, obwohl nur murmelnder Weise, von einer Erinnerungsdemonstration die Rede, als noch vor Ablauf des anberaumten Termins die Römische Zeit. die officielle Ernennung von drei Weltlichen zu Ministern brachte. Pius IX. hat sie dreien Körpern entnommen, welche gegenwärtig bei der Entwickelung der Staatsangelegenheiten am meisten und aktiv zunächst betheiligt sind, dem römischen Fürstenstand, der Staatskonsulta und der römischen Municipalität. Wie wichtig es ist, daß auch erstere bei einer solchen Veränderung betheiligt werde, leuchtet einem Jeden ein, der die guten Folgen vor Augen hat, die mit der Weckung der öffentlichen Interessen bei dieser weder in einen Starrkampfartigen Schlaf verfunkenen Klasse bereits verbunden gewesen sind. Der Prinz von Teano, welcher seit einer Reihe von Jahren das Korps der Bigili, denen die hiesigen Löschanstalten anvertraut sind, mit Auszeichnung kommandirt, scheint sich als ein Mann, der mitten im Volke lebt, zur Führung der Polizeigewalt im gegenwärti-

Digitized by Google

gen Angenblick ganz besonders zu eignen. Er besitzt Scharfblick, Umsicht und Energie. Das Portefeuille des Handels, der Industrie, der schönen Künste u. dgl. befand sich bisher in den sehr schlechten Händen des Kard. Camerlengo, Mario Sforza, der recht eigentlich den Wust des alten Priesterregiments repräsentirte. Giuseppe Pasolini, dem der Papst dasselbe anvertraut hat, ist ein Mann, auf welchen Fürst und Volk mit gleicher Zuversicht hindlicken. Er ist begütert, gutmüthig, hat Charakter oder wie dies der Römer nennt eine feste Brust und ist ein alter und intimer Freund Pius IX. Als Deputirter von Ravenna befindet er sich in der Finanzsektion der Staatskonsulta. Die dritte Wache ist auf einen der acht Konservatoren oder der Ausschüsse der römischen Municipalität gefallen. Es ist anerkannt der gründlichste, geschickte und geschickteste Rechtsgelehrte des Staats, der Advokat Sturbinetti, dessen lateinische Vertheidigungsschriften bei den hiesigen Appellationsprozessen sehr gesucht sind, und von dem das Volk noch ganz besonders rühmt, daß er seinen Ruf und sein Ansehen seiner Art von Prokektion, selbst nicht derjenigen, welche die Karriere je gewähren mag, sondern ausschließlich sich selbst verdankt. Dieser ist an Mons. Rusconis Stelle zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt worden. — Viele andere Verbesserungen, behauptet man, befinden sich unter des Papstes Feder!

### Amerika.

La Plata-Staaten. General Urquiza, der die Truppen des Präsidenten Rosas und die mit ihm verbündeten Streitkräfte von Entrerios befehligte, schlug die Correntiner in einer Schlacht vollständig aufs Haupt; den Siegern fielen 1200 Gefangene in die Hände; 700 dieser Unglücklichen wurden niedergemetzelt. Aus Montevideo wird berichtet, daß unter dem Vorwande eines Seitens des Generals Oribe erwarteten Angriffe die französische Flotte sechs Gesandte und ein Bataillon Seesoldaten ausgeschifft habe, welche sofort die Hauptwerke der Stadt besetzten.

**Eingegangene Beiträge für die Armen in Oberschlesien:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Uebertrag: | | 3212 | fl. 27 kr. |
| Von O. H. auf St. J. bei Landau | 10 | „ — | „ |
| G. S. | 5 | „ — | „ |
| L. R. | 1 | „ — | „ |
| Von Ettlingen (Ertrag eines von den beiden Männergesangvereinen und dem Seminar zu diesem Zwecke gegebenen Concertes) | 66 | „ 30 | „ |
| | 3284 | fl. 57 kr. | |

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

[123]

## Erklärung.

Herr Höffken hat in dieser Zeitung, die Unterzeichneten der Vorsätzlichkeit bezüchtigend, eine Darstellung seines Streites mit Herrn Kuranda gegeben, welche uns nöthigt, die wahre Beschaffenheit derselben, so weit wir davon berührt sind, unsererseits ebenfalls hier offenzulegen. Aufgefordert zu einem Gutachten darüber: ob das Buch: „Bismirk Belgien" von Höffken, die im Jahr früher erschienene Schrift: „Belgien sei seiner Revolution" von Kuranda durch Plagiat ausbeute, haben wir diese Frage bejaht; denn Herr Höffken hat nicht bloß den Gist des Kuranda'schen Werkes „bemyst" (wie sich Herr Höffken ausdrückt) — was allerdings sein Recht und seine Pflicht war — sondern er hat zahlreiche Stellen und derselben abgeschrieben zum Theil mit geringen Formänderungen, zum Theil sogar wörtlich; er hat Betrachtungen, Schilderungen, Bilder, Schlagwörter und Wendungen ihm geradezu entlehnt, und zwar nicht bloß, wie er vorgiebt, in dem Kapitel über die belgische Malerei, sondern noch in mehreren andern Abschnitten. Den Vorwurf, den Herr Höffken nun macht: gemeinhin zu haben, ohne beide Theile zuvor zu hören, müssen wir als gänzlich unzutreffend zurückweisen, denn in unserer Sitzung als begutachtende Sachverständige hatten wir lediglich die beiden Bücher mit einander zu vergleichen. Was Herr Höffken mit Herrn Kuranda privatim verhandelt hat, ging uns gerbt und Nichts an.

Leipzig, 1. Februar 1848.

**Dr. Wuttke. Prof. Karl Biedermann.**

Da Herr Laube gerade jetzt von Leipzig abwesend ist, so müssen wir diese Erklärung ohne seine Mitunterschrift abgehen lassen. **D. O.**

[124]

## Todesanzeige.

Den 21. d. M. Abends 5 Uhr starb an der Lungenschwindsucht meine liebe Frau, Elise geb. Egloff, im 27. Jahre ihres Alters, im noch nicht vollendeten zweiten unserer glücklichen Ehe und in der 5. Woche nach ihrer Entbindung von einem Töchterchen. Entfernten Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung diese betrübende Anzeige.

Heidelberg, 24. Februar 1848.

**Prof. Dr. J. Henle.**

[125]

## Niederländische

## Dampfschifffahrts- Gesellschaft.

**Erste Abfahrt am 22. Februar.**

Vorläufig geht jeden **Montag, Dinstag, Donnerstag** und **Samstag**, Morgens 5 Uhr, ein Boot in 2 Tagen direkt ohne Umladung nach Rotterdam.

Mannheim, Febr. 1848.

**Die Agentur.**

[126] Zu der J. Trautwein'schen Buch- und Musik. Hdlg. (J. Guttentag) — separ. Conto — Berlin ist erschienen:

## Die deutsche Schifffahrts-Akte

und die Differential-Zollfrage

im Interesse Deutschlands und des deutschen Zollvereins, erläutert mit Hilfe officieller Quellen, von

**W. Doenniges.**

Vor Kurzem erschien in demselben Verlage:

## Das System des freien Handels und der Schutzzölle

mit vorzüglicher Rücksicht auf den deutschen Zollverein, erläutert von

**W. Doenniges.**

[127] Bei uns ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

## Magyarische Alterthümer

von

**S. Cassel.**

gr. 8. 340 S. Preis 1 Thlr. 20 Sgr.

Berlin, Febr. 1848.

***Veit & Comp.***

[128] Bei F. C. W. Vogel in Leipzig erschien soeben:

**Der Freimaurerbund** in seiner gegenwärtigen Bedeutung dargestellt. Zur Entgegnung auf die Schrift: „Der Freimaurerorden in seiner gegenwärtigen Nichtigkeit dargestellt." Zweite Auflage. gr. 8. geh. 4 Ngr.

[129] Soeben erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

## Ich und mein Haus, Wir wollen dem Herrn dienen.

Erhebung zu Gott

in Gebeten und Betrachtungen für evangelisch-katholische Christen,

herausgegeben von

**Johannes de Marle.**

Erste Sammlung. 21 Bg. 8. (cartonnirt). Geh. Preis 20 Sgr.

Schleudig, Selbstverlag des Herausgebers.

Diese vom freien christlichen Standpunkte aus veranstaltete Sammlung soll Zeugniß davon ablegen, daß man dem genannten königlichen Wahlspruche huldigen kann, ohne einer privilegirten Landes-, Staats- oder Hofkirche anzugehören, und daß die mit ihren Anmaßungen immer dreister hervortretende Orthodoxie nicht berechtigt ist, jenes Bekenntniß des israelitischen Herrführers für sich allein in Anspruch zu nehmen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellung auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Kmp., 72 Kroggate Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal u. Oberitalien nimmt bestellungen an die A. H. Klemann Strasburg 28 Brandgasse, Paris 13, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Der Pränumerationspreis beträgt das Quartal 1 fl. 30 kr. Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 57. Heidelberg, Samstag 26. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Die polnische Verschwörung.** VII. Zweite Phase der Demokratie. Die Verschwörung. — Von der Elbe (Oesterreichs äußere Politik). **Berlin** (ein Beitrag zum geheimen Strafverfahren). **Schildberg** (Roth und Fanatismus). **München** (Graf Arco vom Hofe verbannt; officielle Erklärung in Betreff der Gräfin Landsfeld). **Von der baierischen Grenze** (Rückblick auf die Vergangenheit und Wünsche für die Zukunft). **Aus der baierischen Pfalz** (neue inquisitorische Verfügung des bischöflichen Ordinariats gegen Greiskirche). **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen: Erklärung Mathy's). **Wiesbaden** (die Ständeversammlung einberufen; Hausklotelle für die Schiefer). **Schleswig** (Garnisonswechsel).

**Schweiz.** Die Bundesrevision.

**Großbritannien.** Die Anträge auf Vermehrung des Heeresetats, auf Erriehtung einer Landwehr. Eindruck des Rafflichen Finanzplans auf Anhänger und Gegner. Journalstimmen darüber. Hypothesen über zukünftige Kabinetsbildungen.

**Frankreich.** Die Reformversammlung abgesagt; Volksaufstand; nachdrückliche Maßregeln der Regierung; die Opposition will die Minister in Anklagestand versetzen; telegraphische Meldung vom 23.; Paris ruhig. Prozeß Proudon in Toulouse. Straßburg. Der letzte Aufstand.

**Italien.** Die toskanische Verfassung. Sardinien. Die Concordia über die ital. Bewegung.

**Handel.** Frankfurt. Stimmung der Börse. Zalliment in Würzburg. Großbritannien. Der Staatshaushalt v. J. 1847.

**Beilage.** Karlsruhe (Kammerverhandlungen: Debatte über den Antrag auf Verfassung von Censurkosten; Bermischtes). Magdeburg (die Kirchlichen ohne Kirchen).

---

### Die polnische Verschwörung.
### VII.
### Zweite Phase der Demokratie: die Verschwörung.
(Fortsetzung.)

Als vor zwei Jahrhunderten der Einfall der Schweden Polen an den Rand des Unterganges brachte und alle Bande des Gehorsames, der Pflicht und der Treue löste, als der angestammte Polenkönig, Jan Kazimir, von Allen verlassen oder verrathen, in der Fremde, in Schlesien, einen Zufluchtsort suchen mußte, und Karl Gustav von Schweden sich zum Könige des besiegten Landes krönen ließ, besuchte dieser in Krakau die Gräber der frühern Könige Polens, jenem merkwürdigen Zuge des Hochmuths, wie vielleicht auch des düstern Vorgefühls folgend, das am Gelage Besiegers mit eigener Hand sein Menetekel schreibt, jenem Zuge, den wie fast bei allen größern Eroberern, von dem Macedonier bis zu dem Korsen wiederfinden. Ein Pole, von Jahren und Unglück gebeugt, begleitete den Sieger; er hieß Starowolski, „der alte Wille." — An dem Grabe des Königs Wladyslaw Lokietet angelangt, erinnerte der Pole an das Schicksal dieses Fürsten, der, drei Mal aus dem Reiche verjagt, doch wieder zurückkehrte, seinen Thron befestigte, das Glück und den Ruhm seines Volkes erneute und einen Nachkommen hinterließ, der Kazimir der Große war. Karl Gustav, übermüthig und siegestrunken und gar nicht ahnend, daß seine Macht bald an einen Felsen wie Czenstochowo und an dem Heldenmuthe eines armen Priesters wie Kordecki zerschellen sollte, erwiderte auf diese zukunftschwangeren Worte: „Euer Jan Kazimir wird nicht mehr zurückkehren, obgleich er nur einmal vertrieben wurde." „Wer weiß?" entgegnete der unerschütterliche Staarowolski. „Wer weiß? Gott ist allmächtig und das Glück unbeständig." — Dieses Gespräch ist im Andenken des Volkes geblieben. „Wer weiß?" sagt sich noch jetzt der Pole, sobald er von einem neuen Befreiungsversuche hört, sobald er vernimmt, „daß wieder Etwas im Werke sei." „Wer weiß?" flüstert ihm sein „alter Wille" zu. Daß das Glück veränderlich, hat er an sich selbst erfahren, daß Gott allmächtig, hat er nie zu glauben aufgehört, und daß man nach dreimaliger Niederlage dennoch wieder zu seinem heiligen, unveräußerlichen Rechte gelangen könne, das lehrt ihn sein König, Wladyslaw Lokietet.

Im Uebrigen muß der Darsteller verzichten, auch nur in den rohesten Umrissen die Resignation, die Ergebung zu zeichnen, mit der der Pole gewöhnlich an ein Werk zu gehen pflegt, als dessen beständige Begleiter er die entsetzlichsten Qualen „ein Sterben ohne Ende und ein Leben ohne Anfang" kennt. Der Fanatismus ist hier nicht glühend und vergänglich wie das Feuer, er ist kalt und ewig, wie der Tod, der um ihn ist und ihn hervorruft. „Das Vaterland" heißt es in dem berühmten Nationallede „steht aus dem Grabe auf und ruft: Wer mein Sohn, wer ein wahrer Pole, der folge mir!" — und man folgt, man folgt in Glied und Reihe, in geschlossenen Phalangen mit dem Gehorsam des Sohnes und der Disciplin der Entäußerung. Denn merkwürdig, dieses Volk, dessen verhängnißvolle Unruhigkeit zum Sprichwort geworden, durch dessen glorreichen Waffenklang vom Jahre 1831 selbst noch die Stimme der Zwietracht so restlend durchdrang, dasselbe Volk zeigt in seinen Verschwörungen einen Sinn für Folgsamkeit und Subordination wie kein anderes. Der Verschworene gehorcht den Befehlen, die ihm in der lakonischesten Sprache zugeschickt werden, von Personen, die sich in ein undurchdringliches Dunkel hüllen, die er nie kennen gelernt, ja auch nicht einmal geahnt; er wird hingeschickt und geht, ohne zu wissen woher und wohin, ohne selbst die ganze Gefahr des Pestens zu durchschauen, auf den er gestellt wird. Vor einigen Jahren schickte die Centralsektion in Paris einen Boten an einen Gutsbesitzer in Russisch-Polen mit einem Papierstreifen, auf dem nur wenige unverständliche Worte geschrieben waren. Er ging und war bald verschollen; ein anderer Sendling mußte nachgeschickt werden, der glücklicher war und seine Mission rasch erledigte. Die Sache war längst abgethan und längst vergessen, ein Zeitraum von zwei Herbsten verrollt, als jener Gutsbesitzer einen Bettler um sein Haus irren sah, und wie erstaunte er, als er in diesem den ersten, verlorn geglaubten Boten wieder erkannte. Voll der größten Entbehrungen und Qualen war seine „Wanderung" gewesen; er hatte in fremden Ländern durch Tagelöhnerarbeit sich die Mittel zum Weiterkommen schaffen müssen (denn die Centralsation gibt fast nie ihren Emissären die Kosten zur Reise, dafür müssen sie schon selbst sorgen); in Sachsen als Vagabund festgenommen, in Gefängnissen gehalten und dann über die Grenze transportirt, war er wieder zurückgekehrt, hatte sich bis Preußen durchgefragt, hier, dem Arrest entsprungen, noch gar nicht an das Auffinden seiner Sendung gedacht, den Sprung in die Charybdis gewagt und mit einer Ausdauer ohne Gleichen, als Bettler verkleidet, den Ort seiner Bestimmung endlich erreicht. Aber was noch merkwürdiger, der Unglückliche äußerte nicht den geringsten Mißmuth, kein Wort der Klage ließ er fallen, als er nun am Ziele seiner Irrfahrt die Vergeblichkeit derselben erfuhr, als er vernahm, daß ihn ein Anderer schon längst überholt; die Sache schien ihm ganz natürlich, und er verlangte nicht einmal die Gunst einer kurzen Beherbergung nach einer so langen, rastlosen Hetze, sondern machte sich gleich auf den Rückweg! — Und solcher Handlungen ist nicht der Adlige allein fähig; es ist dies auch der Bauer, so sehr auch eine stipendiirte Presse das wegzuläugnen sucht. Nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges von 1831 emigrirte ein Gutsherr aus Lithauen, nachdem er zuvor eine große Summung von Waffen „auf bessere Zeiten" vergraben. Ein treuer Bauer schwur ihm, den Schatz zu bewahren und ihn nur auf die Weisung des Herrn oder eines Freundes desselben in einer Stadt Ostpreußens hervorzuholen *). Fünfzehn Jahre lang war er der stumme Wächter des eisernen Schatzes; mehrere Male im Jahre mußte er ihn unter den größten Gefahren bei Nacht aufgraben, um durch Umlegung und Versorgung mit frischem Streh die Waffen vor Verrostung zu schützen. Als er endlich hörte, daß eine neue Bewegung im Schilde sei und dennoch keinen Befehl vom Herrn erhielt, unternahm er eine Reise zu Fuß von nicht weniger als hundert Meilen nach jener Stadt Ostpreußens in der der Vertraute des Geheimnisses wohnte. „Ist es noch nicht Zeit?" fragte er — „Nein!" war die Antwort, die das Erstaunen über eine solche Hingebung dem Befragten entriß: „Also Gott befohlen!" erwiderte der Bauer — er hatte seine Pflicht erfüllt.

*) Höhere Rücksichten verbieten uns hier Namen zu nennen. Für die Richtigkeit der Sache verbürgen wir uns auf das Bestimmteste.
Anmerk. d. Korresp.

Digitized by Google

Viel merkwürdiger, ja tragisch ist es, daß mehr als einer der Verschworenen einer Sache, der sie ihr Leben und der Seinigen Glück und Leben auf dem Spiele stehen, beitritt, indem er schon im Voraus die Ueberzeugung hat, daß sie zu Nichts führen könne und zur Erklärung dieses selbstmörderischen Widerspruchs sich und Anderen nur zu sagen vermag: es bedürfe neuer Opfer. Ein hochgeachteter Greis, der bei dem letzten Komplotte seinen Beitritt gelobte, fügte mit der Ruhe der Verzweiflung hinzu: „Meine Kinder sind nur Waisen!“ — „Je mehr Waisen in der Gegenwart, desto mehr Rächer in der Zukunft“, „das Feuer muß geschürt werden“ und „Blut schadet nicht“ — dies sind Aeußerungen, die man in Polen von dem Munde des Knaben wie des Greises, des Mannes wie der Frau gleich vernehmen kann. Furchtbare Theorien, die zu einer noch furchtbareren Praxis gelangt sind! Ist diese fatalistische Anschauungsweise eine wilde Pflanze der blutigen Unterdrückung oder ein Erbtheil der Vergangenheit? Wir wagen nicht zu entscheiden — nur Eines wollen wir bemerken: „Man muß die Gelegenheit, den Muth zu üben erdichten, wenn keine vorhanden“, dies sind die felsenfesten Worte, die schon die älteste polnische Mythe ihren ältesten mythischen König Krakus sprechen läßt.

Verblendung und Fatalismus! — Wer wollte das läugnen? Aber dem Polen ist auch der Patriotismus nicht bloß ein Ehrgefühl und eine Bürgerpflicht — er ist ihm eine Religion. Für die Jungfrau Maria, wie für sein Vaterland kennt er nur die eine und selbe Bezeichnung: „Die heilige Mutter“ und „Miara“ (Glaube) — mit diesem tiefen, geheimnißvollen Namen benennt er schlechthin seine Freiheitskämpfer**). Eine Religion aber, auf deren Bekenntniß der Tod steht, deren Sprechen nach Verfolgungen dürsten, eine solche kann nur fatalistische Märtyrer aufweisen, keine erleuchteten Reformatoren; von einem Kultus in Katakomben, einem Patriotismus — unter der Erde“, verlange man nicht jene weise Scheidung von Glauben und Aberglauben — jeder Zweifel könnte hier zur Verzweiflung führen und jede Häresie zur Apostasie werden.

(Fortsetzung morgen.)

**Oesterreich.** ✠ Von der Elbe. Der Zusammenstoß der konstitutionellen Bewegung Italiens mit dem Ministerium Metternich entwickelt eine Krisis für den jetzigen Bestand Deutschlands. Um ist zwischen Italien und dem Ministerium Metternich jetzt ein Kampf um Leben und Sterben, daraus nur der eine Theil wohlbehalten herausgeht. Ein Wurf um Alles oder Nichts kennzeichnet den verwegenen Spieler, der über jede Schranken der Schonung und Erhaltung hinaustritt, in der Leidenschaft die Mahnungen der Klugheit begräbt, und alles Angehörende in den taufenden Wirbel mit hinabzieht. In diesem Wirbel steht die Macht und das Ansehn Oesterreichs, also die äußere Sicherheit und Erhaltung Deutschlands auf dem Spiele. Deutschland, wie es seit 1815 besteht, beruht in seinem Grundwesen auf einem getheilten Einfluß mit dennoch einmüthiger Politik Oesterreichs und Preußens. Scheitert sich die Politik auseinander, wie der Einfluß getheilt ist, so sind die Bande zerrissen, welche Deutschland bisher zusammenhielten. — Es ist aber unmöglich, daß zwei entgegengesetzte Prinzipien, wie sie das Ministerium Metternich inspirirten und in Preußen zur Obmacht gelangen, auf die Dauer in dem nämlichen Gebiete herrschen, die nämlichen auswärtigen Sympathien und Abstoßungen zusammen besitzen können. Die Selbsterhaltung und Verstärkung mit der eingebornen Kraft, wie mit dem deutschen Nationalgeist überhaupt, führte mit Nothwendigkeit Preußen auf den Weg konstitutioneller Reform. Dadurch ist Preußen nicht nur von Innen heraus ein Anderes geworden, sondern auch seine auswärtigen Allianzen bestimmen sich in unvermeidlicher Konsequenz nach dem innern Prinzip. Ihm folgt das übrige Deutschland sowohl aus nationalem instinktivem Bedürfniß, wie aus staatskluger Berechnung, die in der Wahl nur der sicheren Zukunft sich anschließt. — In dem direktesten Gegensatz zu diesem Allem steht das Ministerium Metternich, als eine Scheidewand zwischen Oesterreich und Deutschland, und hat keine prinzipielle Wahl, gleich seinen berühmten Schützlingen — sint ut sunt, aut non sint. Von Stufe zu Stufe abwärts wankend, nachdem es die Zustimmung im Innern verstreut, die Finanzen erschöpft und damit die Macht des Reichs geschwächt hatte, verliert das Ministerium Metternich auch seinen diplomatischen Nimbus an einen ungeheuren politischen Betrug. Während die Staatsstunst der Tuilerien den Fanatismus der Leidenschaft gegen die Schweiz lenkt, löst sie unbemerkt an der andern Seite der Alpen Italien von Oesterreich ab, provocirt eine konstitutionelle Koalition, die ihre Spitze gegen das dynastische Interesse Oesterreichs einbringt, und treibt seinen Minister, der mit England verfeindet, in Deutschland ohne Freunde und in den eignen Provinzen gefährdet, zu dem letzten Verzweiflungsschritt, zur Hingebung an das reichsfeindliche Rußland. Was kann Rußland thun, so mächtig innerhalb und nahe seinen Grenzen? Vermochte doch 1807 selbst Napoleon, der mit 500,000 Mann auszog, an der Weichsel nicht 100,000 Mann auf das Schlachtfeld zu stellen. Welche Macht könnte Rußland in die Ferne senden, die nicht unfehlbar erdrückt und zertrümmert würde? Wer im besonnenen Zustande möchte aus solchen Ausgang die eignen Geschicke knüpfen? Wer sollte unterdeß das regenstaschtliche Frankreich dämpfen, um als Lohn aller Opfer und Gefahren Nichts zu ernten, als die Aufrechthaltung des Ministeriums Metternich? Rational und sicherer für Deutschland ist nur das Eine, das Niederstehen der Gegensätze zwischen ihm und Oesterreich, und in Wien die Vereinigung mit verwandten Reichstags aller deutschen Provinzen so schleunig als möglich zu befördern. Ist hierzu diplomatischer Einfluß zu schwach, bleibt also nur die Macht entweder mit eigner militärischer Macht das Ministerium Metternich zu halten oder es an den vordringenden Thatsachen scheitern zu sehn, um die konstitutionelle Selbstverjüngung Oesterreichs, Gewehr im Arm, abzuwarten, so ist Letzteres wenigstens staatsklüger, als so verzweifelte Kämpfe mit ihm zu theilen und alle sinkteren Aussichten mit über sich zu nehmen. — Im heutigen Europa ist kein Staat, wie weit sein Gebiet auch reichen mag, nach Innen und nach Außen wirklich stark ohne parlamentarische Grundlegung. Rußland hat sie nur durch die Gewaltsamkeit, die seiner Barbaren Sicherheit ein deutsches und ein starkes Oesterreich. Nicht nach einzelnen Provinzen, sondern als einheitlicher deutscher Staat sind Oesterreich in den Deutschen Bund getreten. Der Art. 13 der Bundesakte: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden“ — verpflichtet den Staat, nicht die Provinzen, wird daher nicht durch Provinzial-, sondern nur durch Reichsstände erfüllt. Soll Deutschland aus ritterlichen Gründen gegen seine eigne Grundlage für das Ministerium Metternich kämpfen, um vielleicht mit dem Verlust seiner schönsten Bestandtheile und seiner jetzigen föderativen Gestaltung zu spät solche Unbesonnenheit zu beklagen? Deutschland, das ganze Bundesland sollte jetzt mit aller Kraft an Oesterreich herantreten und von ihm die sofortige Vollstreckung des Art. 13. der Bundesakte fordern und nicht ruhen, bis es Oesterreich durch reichsständische Macht aus Frankreichs Umgarnung und Rußland Klauen herausgezogen hat. Nur der in Wien zusammenberufene Reichstag vermag allein Elend eines so großen Reichsverfalles ein Ende zu machen, Oesterreich wieder mit Deutschland zu verschmelzen und Deutschland nach Außen über alle europäischen Gefahren hinauszuheben.

**Preußen.** Berlin, 20. Febr. In den hiesigen Zeitungen machte vor einigen Tagen ein ehemaliger schwedischer Offizier, v. Lühmann, öffentlich bekannt, daß er seit 1828 ohne Urtheil und Recht von Kerker zu Kerker geschleppt worden und erst im letzten Herbst auf Befehl des Königs daraus befreit worden sei. Die Allg. Pr. Z. bringt heute eine Widerlegung, die beweist, daß L. verschiedener Verbrechen wegen (Brandstiftung, Mord, Fälschung) in Untersuchung war und sich während seiner Haft mit beispielloser Widerspenstigkeit benahm. Die Berichtigung der Allg. Pr. Z. thut aber auch dar, daß L. 1828 verhaftet und nach siebenjähriger Untersuchung 1835 durch ein Urtheil des Oberlandesgerichts zu Stettin vorläufig freigesprochen worden. Trotz dessen wurde Lühmann aber nicht freigelassen, sondern es entschied der Gerichtshof, daß sein fernerer Aufenthalt in polizeilichem Gewahrsam bleiben solle, d. h. auf sechs Monate. Aus diesen sechs Monaten sind jedoch mehr als 12 Jahre geworden, weil die Verwaltungsbehörden es immer noch für zu gefährlich hielten, dies Individuum in Freiheit zu setzen, und so ist es denn wirklich wahr, daß ein Mensch in Preußen, nachdem er von dem kompetenten Gerichtshof freigesprochen war, auf die Beamtenaussicht hin, er könne in seiner Freiheit etwas Uebles begehen, 12 Jahre seines Lebens in Zucht- und Strafanstalten gesessen hat, und zwar in einsamer Haft, nachdem die Untersuchung 7 Jahre gewährt hatte.

Die Schles. Zeit. theilt aus Schildberg unterm 12. Feb. Folgendes mit: „Seit 3 Wochen liegt in der Vorhalle der hiesigen kathol. Pfarrkirche die Leiche eines 3 Wochen alten Kindes in einem aus Dachschindeln ärmlich zusammengefügten Särgelin und wird nicht begraben, weil die Mutter des Kindes so arm ist, daß sie die wenigen Groschen, die der Geistliche für das Einsegnen der Leiche von ihr verlangt, nicht aufbringen kann. Die Polizei hat jedoch hiervon endlich Kunde erhalten und wird für die Beerdigung wohl sorgen. —

**) Selbst in den Bulletins. Da wo die andern Völker „Soldaten“ rufen, sagt der Pole immer „Glaube.“

Digitized by Google

Vor einigen Wochen ist von demselben Geistlichen ein hiesiger Bürger evang. Confession, der als Taufzeuge in der katholischen Kirche erschienen war, zurückgewiesen worden. Ottawa, Kehler d. Bürgerschule."

**Baiern.** München, 22. Febr. Die Allg. Zeit. berichtet officiell: „Dem Grafen Arco auf Valley ist der Hof verboten worden (wahrscheinlich weil er die Entfernung der Gräfin L. durch ein Gesuchen an die Armen feierte). Außerdem bringt die Allg. Z. eine andere officielle Erklärung, welche die angebliche Ausweisung der Gräfin L. betrift. Man hatte dieselbe ungesetzlich gefunden, da die Ausgewiesene das bairische Indigenat besaß. Die officielle Berichtigung sagt nun: ein solcher Befehl ist der Gräfin L. auch nicht gegeben, wohl aber ihr von dem König schriftlich der dringende Wunsch ausgesprochen worden, München saluarigh zu verlassen, um ihr leben zu retten.

3) Von der bairischen Grenze, 23. Febr. Wir haben in unserem gestrigen Briefe nicht verbergen, wir schwer es uns wird, in den lauten Jubel einzustimmen, welcher der Vertheilung der Gräfin Landsfeld gefolgt ist; wir sehen damit zunächst zwar das tägliche Aergerniß beseitigt, das jedem Deutschen das Blut in die Wangen trieb, aber wir möchten auch die politischen Aergernisse beseitigt sehen. Und hier liegt das Uebel tief; es läßt sich nicht mit einer einzelnen Person entfernen, es wurzelt in Zuständen, die älter sind, als die spanische Tänzerin und ihre Schöpfung. Wohl ist es leicht, wie wir dies seit zwölf Monaten erlebt haben, jedes Mal der adtretenden Gewalt die ganze Verantwortlichkeit zuzuschieben und vor dem aufgehenden Gestirn sich zu beugen; die Ministerien Abel und Maurer haben es bereits erfahren, und Wallerstein, wenn er abtrete, würde morgen dieselbe Erfahrung machen, wie die Schmeichler und Lobredner in dem Augenblick zu den bitterstten Tadlern werden, wo das Reich der Patrone „nicht mehr von dieser Welt" ist. Dahin muß es aber kommen, wenn man in einem Lande mit eisernen Konfessung jede freie Bewegung ächtet, jede andersgenne Stimme zum Schweigen bringt; ein solcher Mangel an politischer Mündigkeit und Charakterstärke ist nur die nothwendige Folge eines Systems, das den Servilismus als Loyalität, das erzwungene Schweigen als allgemeine Zufriedenheit hinzustellen sich Mühe gab. Beobergen wir es uns nicht; die Uebel, an denen das konstitutionelle Baiern leidet, sind Krankheiten, denen der Stoff seit lange zugeführt worden ist. Der furchtbare Druck, wonach Adels „gläubigster Gefolgsmann" die politische und die kirchliche Freiheit, Presse, Verwaltung, Gerichte, Schulen und Universitäten niederhielt und verdorbte, ist noch in Aller Erinnerung; das Gefühl der Erlösung von dieser konsequenten Reaktion macht es begreiflich, daß man schon die Entfernung Abel's als ein glückliches Ereignis pries, ohne abzuwarten oder sich die Frage ratzig vorzulegen, ob denn Bürgschaften einer durchgreifenden Besserung gegeben seien? Und doch lag diese Frage so nahe! Hatte nicht Maurer unter demselben Ministerium als Reichsrath eine Ergebenheit gegen die Gewalt bewiesen, die selbst über die äußersten Grenzen politischer und kirchlicher Indifferenz hinausging, war etwa unter Wallerstein bis 1837 die Presse frei, die Gerichte unabhängig, oder gab es damals keine Tendenzprozesse, keine politischen Verfolgungen, keine officielle Korruption? Die Antwort darauf wäre leicht gewesen; sie hätte das peinliche Geständnis enthalten, daß die Bureaukratie bis 1837 das sagte, was der Ultramontanismus bis 1847 gerantet hat. Freilich drang erst durch die falsche Devotion, durch die Vorschrift einer obligaten äußerlichen Frömmigkeit, durch den Bund zwischen Fanatismus und Heuchelei in alle Zustände ein tiefer sittlicher Schaden ein; aber daß solch ein System überhaupt möglich war, daß es Diener und Werkzeuge in Menge fand und sich zehn Jahre lang in alle öffentlichen und Privatverhältnisse eindrängen konnte, das setzt eben eine Vergangenheit voraus, die entweder die politische Mündigkeit nicht aufwachsen ließ oder sie mit allen Mitteln perfider bureaukratischen Taktik auf eine Generation hinaus gefferte. Daß diese Vergangenheit nicht wiederkehren möge — dieser Wunsch ist um so mehr gerechtfertigt, je besorglicher Personen und Antecedenten darauf hinweisen. Mit der Bestrafung, Zurücksetzung einzelner Personen, der Rehabilitirung anderer ist Nichts gethan; measures, not men möchte man auch der bairischen Politik aus Dringendste zurufen. Man hört bisweilen reden von einer bairischen „Hegemonie"; versteht man darunter ein Wiederaufwärmen der alten gurlischen Politik vergangener Jahrhunderte, oder der Montgelaschen Staatskunst oder den Versuch, sich an die Spitze eines süddeutschen Sonderbundes den deutschen Großmächten entgegenzustellen — so wird, dünkt uns, ganz Deutschland über eine solche Politik ebenso entschieden den Stab brechen, wie sie es jüngst bei den Lobreden des Journal des Débats auf Baiern, den Ausfällen auf Preußen gethan hat. Sucht aber Baiern als erste konstitutionelle Macht Deutschlands ein moralisches Gewicht im deutschen Bundesrathe auszuüben und dort im deutschen Sinne zu wirken gegenüber den Einflüssen der Karlsbader und Wiener Konferenzpolitik, so ist das eine „Hegemonie", wie sie Baiern naturgemäß erringen kann und soll. Die erste Vorbedingung dazu ist freilich, daß Baiern selbst in Wirklichkeit und Wahrheit ein konstitutioneller Staat werde. Wir wollen Nichts wort von jener französischen Staatskunst wissen, die mit dem Machiavellismus der alten Politik die modernen Verfassungsformen ausprezt und kraftlos macht, von jener Korruption, die das ganze Staatsleben zu einer großen Unwahrheit macht, von jener Routine, in deren Händen die junge repräsentative Form zum ohnmächtigen Spielwerk wird — wir wollen ein konstitutionelles Baiern, aber eins, in dem der Staatsmännische Ernst und die Wahrheit alle Gaukelei politischer Komödianten gründlich beseitige.

* Aus der baier. Pfalz, 23. Febr. Das bischöfliche Ordinariat zu Speier, unbekümmert um die öffentliche Meinung, unbekümmert um Recht und Gesetz, fährt fort mit Anwendung seiner wahrhaft inquisitorischen Maßregeln zur Ermittlung jener kath. Geistlichen, von denen die ihm mißliebigen, gegen den Ultramontanismus und das Jesuitenthum gerichteten Aufsätze in der Speierer Zeitung herrühren. Einige Pfarrer hatten sich durch die versuchte Niederrumpelung nicht beirren lassen, sondern auf die ihnen gewordene Aufforderung, eingedenk ihrer Mannespflichte und ihres guten Rechtes, geantwortet, daß sie keine Verpflichtung anerkennten zur Abgabe einer Erklärung, wie sie von ihnen erpreßt werden wollte. Daraufhin hat nun das Ordinariat folgende Verfügung erlassen: Speier, den 10. Februar 1848. Das bischöfliche Ordinariat Speier. (Die oberhirtliche Aufforderung vom 20. Jan. l. J. betr.) Unterm 29. Jan. l. J. ist Ihnen durch den Dekanatsboten eine oberhirtliche Aufforderung vom 20. Jan. eingehändigt worden, wodurch Sie sub obedientia canonica verpflichtet worden sind, sogleich eine positive oder negative Erklärung bezüglich mehrerer Korrespondenzartikel der Speierer Zeitung abzugeben. Da Sie diese Erklärung abzugeben sich geweigert, demnach Ihrer geistlichen Behörde den kanonischen Gehorsam versagt haben, so erhalten Sie nunmehr die oberhirtliche Aufforderung, Dienstag, den 22. Febr. d. J., Morgens 10 Uhr, vor dem bischöflichen Generalvikariate dahier zu erscheinen und die weitere Verfügung zu vernehmen. Folget. Für den abwesenden Sekretär: Cronauer. An H. R. N. in N. (N. t Gulden Botenlohn hat derselbe zu entrichten.)" Die betr. Geistlichen sind nun wirklich vor dem Generalvikariat erschienen. Man hat ein Inquisitionsverfahren gegen sie eingeleitet, wegen verweigerten kanonischen Gehorsams, wobei man einen unbedingt blinden Gehorsam in Anspruch nimmt, so daß, wenn dieser Grundsatz thatsächlich zur Geltung gebracht werden sollte, die Geistlichen den Beschlen des Ordinariats namentlich auch in Streitigkeiten mit der Staatsgewalt unbedingt Folge leisten müßten! Unter den den inquirirten Priestern vorgelegten Fragen ward besonderer Nachdruck auf jene gelegt, ob, wenn sie in Abrede stellten, Verfasser der inkriminirten Aufsätze zu sein, sie nicht wenigstens die darin ausgesprochenen Ansichten und Meinungen theilten! Also ein förmlicher Tendenzprozeß, dem, um ihn würdig an die alten Inquisitionsprozesse anzureihen, Nichts weiter fehlt, als die gehörige Gewalt der Inquisitoren. Wie weit wird aber die baier. Regierung dieses Verfahren gegen sie stehn gestatten? Treiben sie fortsetzen, wie lange wird sie die trefflichsten Priester schutzlos, wie lange ein solches rechtsund gerechtwidriges Treiben einer Anzahl Fanatiker fortdauern lassen?! Noch ist das Urtheil gegen jene Männer nicht gesprochen, es soll demnächst erfolgen. — Man hält sie nicht für die wirklichen Verfasser jener Aufsätze; diese sehen vielmehr, nach den früheren Erklärungen der Redakt. der Speir. Ztg., geschrect dem neuen Schauspiele zu, das sich nun über das Thema des „kanonischen Gehorsame" entwickelt. Wird man jene Pfarrer, die zu den würdigsten, edelsten und aufgeklärtesten im ganzen Lande gehören, der Wuth von Zeloten preisgeben?

**Baden.** * Karlsruhe, 24. Febr. Als heute unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten Bader die Diskussion über die Nachweisungen der Domänenrechnung für 1844 und 1845 eröffnet werden, nahm der Abg. Mathy als Berichterstatter das Wort und äußerte: „Als vor 2 Jahren die Verhandlung über diese Nachweisungen auf der Tagesordnung stand, wurden der Abg. Welcker und ich wegen Aeußerungen bei der kurz vorhergegangenen Debatte über den Zustand der Presse von der Regierungsbank zur Rede gestellt. Der Zufall will, daß gestern Aehnliches vorkam, und ich sehe mich dadurch zu einer Erklärung veranlaßt, welche auch der heutigen Verhandlung zuträglich sein wird. Einige Mitglieder haben mich gestern beschuldigt, ich hätte die Massen zur Revolution aufgefordert, um das der Nation verweigerte Recht der Preßfreiheit auf diesem Wege zu erlangen. Meine Herren, ich halte es nicht für zulässig, einem Abgeordneten solche Ansichten zu unterstellen, zumal, wenn man zu dieser Deutung seinen Worten Gewalt anthun muß. Ich habe gesagt, daß

Digitized by Google

ich von den Bemühungen deutscher Kammern für die Preßfreiheit keinen Erfolg erwarte, wenn sie nicht durch kräftige Kundgebungen der öffentlichen Meinung von Seite der Nation nachdrücklich unterstützt werden. Dies und nichts Anderes habe ich gesagt und konnte ich sagen; so und nicht anders haben wohl auch die meisten Mitglieder meine Worte verstanden (vielfeitige Zustimmung). Ich habe nicht von Revolution gesprochen, Andere haben es gethan, z. B. das gelehrte Mitglied für Breslau, der ehrenwerthe Abgeordnete von Wietersheim, der ordnungsliebende Vertreter der Stadt Baden. Ich habe weder an den Platz hinter dem Tuileriengarten, noch an das Fenster von Whitehall, noch an ein Schiff gedacht, das in den Augusttagen 1830 mit einer Königsfamilie, deren Haupt die Preßfreiheit unterdrückt hatte, an Bord, die Rhede von Cherbourg verließ. Ich habe an friedliche Verständigung zwischen Regenten und Völkern gedacht, wozu allerdings nothwendig ist, daß die öffentliche Meinung sich mit dem gehörigen Nachdruck ausspreche; das ist aber keine Revolution, sondern der Weg, sie zu verwieden. — Da nun auch heute wieder Fragen von hoher Bedeutung vorkommen, wie Ministerverantwortlichkeit und Steuerbewilligungsrecht, und da es möglich ist, daß dabei Ansichten ausgesprochen werden, welche hier oder dort unangenehm sind, so verwahre ich mich im Voraus gegen Mißdeutungen, wie sie gestern vorgekommen, als wie ich meinerseits mir stets zur Pflicht mache, keinem Gegner, auch wenn ich seine Ansichten noch so stark bekämpfen muß, eine Absicht zuzutrauen, die man hier nicht haben darf." — M. Bekk freut sich dieser loyalen Erklärung und bekennt, je mehr er über den Vorgang nachgedacht und dabon habe sprechen hören, desto mehr habe er bezweifelt, daß die Meinung richtig sei, als habe der Abg. Mathy die Massen zur Revolution aufgefordert — da eine solche Aeußerung von so schweren Folgen gewesen wäre, daß er darüber nicht ohne weitere Schritte hätte hinweggehen können. Er habe sich deßhalb vorgenommen gehabt, den Abg. Mathy um eine Erklärung zu ersuchen, und freue sich, jetzt dessen überhoben zu sein.

Die Verhandlung wendete sich nun zu dem Bericht des Abg. Mathy.

**Nassau.** (C Wiesbaden, 21. Febr. Durch ein heute ausgegebenes Edikt vom 16. d. M. wird die Eröffnung der diesjährigen Ständeversammlung auf den 11. März festgesetzt. — Nachdem die Landesregierung früher die öffentliche Bekanntmachung einer Kollekte für die Schlesier durch Privatpersonen untersagt hatte, wird jetzt auf Befehl des Herzogs eine allgemeine Hauskollecte durch die herzoglichen Aemter verfändigt.

**Schleswig**, 16. Febr. Die Weserzeit. berichtet: Es ist viel davon die Rede, daß jedes zweite Jahr künftig das Militär die Garnison wechseln soll, so daß unsere Landestuppen abwechselnd in Dänemark Militärdienste thun müßten, was bisher nur einzeln vorkam. Die Maßregel wäre ganz im Geiste des Gesammtstaates, würde eine große Mißstimmung hervorrufen, welche jetzt schon sich darüber kundgibt, daß Ausbrechungen zur Garde in Kopenhagen und zu der Garnison in Fridericia Statt finden.

**Schweiz.**

Ueber die Bundesrevision berichtet die N. Zür. Z.: Wenn in der zweiten Sitzung auch die Idee beseitigt wurde, daß die Bundessouveränetät in der Gesammtheit der Nation beruhe, so ist heute dennoch festgesetzt worden, daß im ersten Artikel auch auf irgend eine Weise der Gedanke aufgenommen werde, daß die souveränen Kantone sich zu Einer schweizerischen Nation oder doch zu Einer schweizerischen Eidgenossenschaft, und zwar Alle für Einen und Einer für Alle verbinden, um einander im Glück und Unglück als getreue Brüder beizustehen, auf daß das Princip einer einigen und einheitlichen Nation, sowie es seit 1830 immer mehr mehr Boden gewonnen hat, und wie es in den letzten Antwortsnoten an die fremden Mächte immer ausgesprochen ist, aufrecht gehalten werde. Geht man auch von der Souveränetät der Kantone aus, so sollen diese dennoch Rechte an den Bund abtreten, um ihn fest und stark zu machen, ohne den Bestand der einzelnen Kantone zu erschüttern, um bei der Vielheit der Stände dennoch stets die Einheit des Bundes zu behaupten. In diesem Sinne wurde denn auch festgesetzt, daß die Kantone keine politischen Bündnisse mehr unter sich, noch mit fremden Staaten abschließen dürfen, auf daß keine Sonderbündnisse mehr entstehen können. Ebenso ist denselben untersagt, Militärkapitulationen mit auswärtigen Staaten in Zukunft abzuschließen oder zu erneuern; auch sind dieselben angewiesen, alle Verträge, die sie unter sich selbst abschließen, der Kontrole der Bundesbehörden zu unterlegen; doch soll die Exekution derselben in diesem Falle nur dann gehindert werden dürfen, wenn sie den Bestimmungen des Bundes widerstreiten.

## Großbritannien.

London, 21. Febr. Galignani's Messenger enthält bereits einen kurzen Vorbericht über die Parlamentsverhandlungen an diesem Tage. Hr. Horsman und Sir B. Hall kündigten an, jener, daß er einen Antrag auf Trennung zwischen Einkommen- und Eigenthumsteuer, dieser, daß er einen Antrag auf Ausdehnung der Einkommensteuer auch auf Irland stellen werde.

Neben der finanziellen Partie der Russell'schen Rede verdient auch die militärische eine nachträgliche Erwähnung. Gegenüber den großen Anstrengungen, welche Frankreich für Vermehrung seiner Streitkräfte gemacht, habe, erklärte der Lord, auch die englische Regierung ihre Hände nicht in den Schooß gelegt. Unter Anderm sei das Landheer von 101,000 allmählich auf nahe 139,000 M. gebracht worden, freilich aber auch die Kosten der Landesvertheidigungsanstalten von 11,730,300 Pf. sein dem J. 1833 auf 17,340,096 Pf. gestiegen. Heimkehrende Truppen aus Indien würden das stehende Heer in Großbritannien und Irland um 5000 und bis auf nahe 60000 M. vermehren. Der Minister schlug nun eine Mehrverwendung von 164,000 Pf. für die Flotte, von 45,000 Pf. für das Landheer, von 245,000 Pf. für das Geschützwesen vor. Endlich ließ der Minister den Wunsch zur Errichtung einer Landwehr blicken, für welche er jedoch nur um die geringe Summe von 150,000 Pf. nachsuchte. (Man frage dagegen, was die preußische Landwehr z. B. in einem Jahre koste, was sie seit dem Frieden von 1815 gekostet hat? Die Engländer sind, wie man weiß und neuerdings an diesem Beispiel sieht, sparsame Leute, aber welcher Art die Russell'sche Landwehr sein soll, für die er nur 150,000 Pf. beansprucht, läßt sich nicht wohl rinschen.) Die torystischen Blätter sind übrigens über den Widerstand, welchen die Russell'schen Vorschläge hervorgerufen, voller Freude; der Standard sieht und sagt bereits den Sturz der Whigregierung mit Nächstem voraus; die Britannia wagt nicht so weit zu gehen, aber sie meint: man habe Lord John Russell die Qual angewerft, mit der er im Gefühl seiner schwierigen Aufgabe seine Rede begonnen habe; auch habe sein Vortrag unter den Anhängern des Ministeriums selbst einen peinlichen panischen Schrecken hervorgebracht, und aus der Art, wie Hr. Hume und Cobden sich geäußert, könne sich Se. Lordschaft eine Vorstellung von dem Widerstande machen, auf welchen seine Vorschläge unfehlbar stoßen würden; man dürfe annehmen, daß von dieser Sitzung an eine radikale Opposition gegen die bestehende Regierung sich erheben werde. Die Britannia, ein torystisches, aber mit Talent und Einsicht geschriebenes Blatt, wünscht für's Erste nur die Bildung einer kompakten Oppositionspartei, da sie wohl einsieht, daß ein torystisches Regiment unter seinen augenblicklichen Umständen als den gegenwärtigen die Last der Geschäfte auf sich nehmen könnte. Im Uebrigen ist die Britannia nicht gegen eine Verwehrung der Landwehren, wenigstens lobt sie, daß man Aussichten auf Errichtung freiwilliger Scharfschützenkompagnien eröffnet habe. Drohend, sagt sie, stehe Frankreich mit seinen gewaltigen Heeresmassen und friegerischen Gelüsten England gegenüber; wohl möge Ludwig Philipp den Frieden zu erhalten im Stande sein; aber schon in seiner sogenannten Friedenspolitik läge der Keim künftiger Verwickelungen; er habe nur die Politik Ludwigs XIV. wieder aufgenommen, durch die Heirath Montpensiers habe er sich Spaniens versichert, ein Enkel von ihm werde auf dem belgischen Thron sitzen, so habe er zwar Frankreich auf beiden Flanken gedeckt, aber diese dynastische Politik, in deren Hintergrunde eine Menge Vergrößerungsgedanken schlummern möchten, würde früher oder später eine Erhebung des übrigen Europas gegen das Frankreich Ludwig Philipps zur Folge haben, wie derselbe gegen das Frankreich Ludwigs XIV.

Bedeutungsvoller als die Russell'schen Parteiblätter sind die Kassandrasprüche der Times. „Die Einwendungen gegen die Bill, sagt diese Zeitung, sind deßhalb so bemerkenswerth, weil sie von so vielen verschiedenen Seiten kommen. Alle Winde des Himmels sind auf Lord John Russel losgelassen. Es ist wahr, diese Angriffe büßen durch den Mangel an Einheit und Zusammenhang etwas von ihrer Kraft ein; aber wenn eine geschlossene Phalanx ihre Schrecken hat, so hat solche auch ein Kreuzfeuer, und noch mehr ein Feuer von allen Seiten. Das schlimmste Feuer ist aber das, welches von den eigenen Verbündeten komm- u. s. w. Die meiste Gefahr, wie die Times meinen, drohe den Ministern von einigen jüngeren und ehrgeizigen Parlamentsmitgliedern, welche jetzt auf den Gedanken kommen konnten, sich zusammenzuschaaren, um das Ministerium aus dem Sattel zu heben. Aber wer soll Lieutenant Premierminister sein? Aus welcher Partei soll das künftige Ministerium hervorgehen? Aus den Protektionisten? Sie würden schon der Konsequenz wegen verlassen müssen, die Korngesetze wieder einzuführen und die Einfuhrzölle wieder

zu erhöhen, sie würden auf einem abgetakelten Schiff in die stürmische Fluth hinausgetrieben und gegen ihre eigenen Schuppwände zurückgeschleudert werden, um an diesen zu scheitern. Und wen würden sie bilden? Eine verhältnißmäßig schwache Partei, die ihre Aufgabe hinter sich hat. Vielleicht ein Ausschreiben des jetzigen Finanzministers und ein verbündetes Ministerium Peel-Russell! Sollte Peel, der Scharfblickende, die Leiterschaft seiner Partei im gerigneten Augenblick deßhalb abgelehnt haben, um nicht als Oppositionsführer dazustehen und um sich so den Weg ins Ministerium um so leichter zu bahnen? Was hindert uns, von dieser Hypothese zu einer noch kühnern fortzuschreiten und von der Möglichkeit eines Koalitionsministeriums Russell-Bentinck zu sprechen, da ja der Letztere von seiner eigenen Partei abgethankt worden ist? Doch alles dies sind sehr unwahrscheinliche Hypothesen — das Wahrscheinlichste ist, daß das Ministerium bleibt und Hr. Guizot somit nicht den Triumph erlebt, den Sturz seines verhaßten Gegners Palmerston noch vor seinem eigenen zu erleben. Der gleichzeitige Sturz dieser Kabinete hätten und drüben des Kanals hätte noch etwas Imposantes und Bedeutungsvolles, aber den einseitigen Sturz des Whigministeriums vor dem Falle des Guizot'schen würde man im Interesse des konstitutionellen Fortschrittes der Völker bedauern müssen. Wenn man nur den Ministern sagte, was sie bessernen sollen, nachdem man bereits fast alle Elemente Erde, Luft, Licht (durch die Fenstersteuer), Wasser (in den Getränken durch die Verzehrungssteuer) mit Taxen belegt hat. Gegen eine Vermögenssteuer würde sich derselbe Sturm erheben, wie gegen die Einkommensteuer. Vielleicht ertheilt der Sprößling der Frankfurter Judengasse besseren Rath, indem er das Parlament in die Geheimnisse des deutschen Steuerwesens einweiht; vielleicht will einst ein besonderes Geschick, daß der Eisenbahnkönig Hudson und der Bankerottirer Rothschild die finanziellen und politischen Geschicke Englands bestimmen und leiten! Die Weltgeschichte hat zuweilen auch ironische Anwandlungen.

## Frankreich.

Paris, 22. Febr. Wir haben die Geschichte eines ereignißvollen Tages zu erzählen. Die Regierung, welche bisher zu schwanken schien, hat mit einer Entschlossenheit und mit einer Sicherheit des Griffs, welche unter den schwierigen und drängenden Umständen des Augenblicks alle Anerkennung verdient, eine Blöße benutzt, die sich die Opposition im letzten Momente gab, um mit dem Schwerte des Gesetzes den entscheidenden Schlag zu führen, welcher die Opposition zermungen, die Waffen zu strecken. Zum richtigen Verständniß der Ereignisse müssen wir zunächst das bereits erwähnte Festprogramm, welches die Oppositionsblätter gestern unter dem Titel „Reformmanifest" veröffentlichten, seinem ganzen Inhalte nach wiedergeben. Es lautet wie folgt: „Der mit der Organisation der Reformversammlung des 12. Stadtbezirks beauftragte Ausschuß glaubt noch ein Mal erinnern zu müssen, daß die auf Dinstag, 22. Febr. festgesetzte Manifestation die gesetzliche und friedliche Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes, des Rechtes der politischen Versammlungen, ohne welche eine Repräsentativ-Regierung nur ein lächerlicher Wahn wäre, zum Gegenstande hat. Da das Ministerium auf der Rednerbühne erklärt und behauptet hat, daß die Ausübung dieses Rechtes von der Willkür der Polizei abhänge, so haben die Abgeordneten der Opposition, Paris von Frankreich, ehemalige Abgeordnete, Mitglieder des Departementalrath, Gerichtsbeamte, Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der Nationalgarde, Mitglieder des Centralwahlcomités, Redakteure der Pariser Zeitungen, die an sie ergangene Einladung angenommen, an der Manifestation Theil zu nehmen, die dazu bestimmt ist, gesetzlich gegen eine ungesetzliche und willkürliche Anmaßung Verwahrung einzulegen. — Da es natürlich vorauszusehen ist, daß diese öffentliche Protestation eine bedeutende Mitwirkung von Bürgern herbeiführen kann, da man auch annehmen darf, daß die Mitglieder der Nationalgarde von Paris, ihrem Wahlspruche: Freiheit und öffentliche Ordnung! treu, bei dieser Gelegenheit diese doppelte Pflicht erfüllen, daß sie, indem sie sich der Manifestation anschließen, die Freiheit vertheidigen, die Ordnung beschützen und jeden Zusammenstoß durch ihre Gegenwart verhindern werden wollen — daß es daher, in der Voraussicht einer zahlreichen Versammlung von Nationalgarden und Bürgern schicklich erscheint, Verfügungen zu treffen, die jede Ursache von Unruhen oder Unordnung entfernen — so hat der Ausschuß gedacht, daß die Manifestation in jenem Theile der Stadt stattfinden müsse, wo die Breite der Straßen und die Größe der Plätze der Bevölkerung erlauben, sich ohne Gedränge zu versammeln. — Zu diesem Zwecke werden sich die Abgeordneten, die Pairs von Frankreich und die andern zu dem Feste eingeladenen Personen Dinstag am 22. um 11 Uhr B.M. an dem gewöhnlichen Zusammenkunftsorte der parlamentarischen Opposition (bei Hrn. Odilon Barrot,

2. place de la Madeleine) versammeln. — Die Theilnehmer an der Versammlung, die der Nationalgarde angehören, sind gebeten, sich vor der Magdalenenkirche zu versammeln, zwei Reihen zu bilden, in deren Mitte sich die Eingeladenen begeben werden. Der Zug wird von den an der Manifestation Theil nehmenden Oberoffizieren der Nationalgarde geführt. Nach den Eingeladenen und den Theilnehmern der Versammlung kommen die Offiziere der Nationalgarde. Hinter diesen die Nationalgardisten in Kolonnen nach der Nummer ihrer Legionen. Zwischen der dritten und vierten Kolonne kommen die Studenten der Rechte und der Medizin, geführt von ihren Kommissären, dann die übrigen Nationalgardisten von Paris und der Bannmeile. Der Zug setzt sich um 11½ Uhr in Bewegung und nimmt seinen Weg über den Einfrachtsplatz durch die elysäischen Felder nach dem Orte der Versammlung. Der Ausschuß überzeugt, daß diese Manifestation um so wirksamer sein wird, je ruhiger sie ist, um so imposanter, je mehr jeder Vorstand zu Unordnungen vermieden wird, ladet die Bürger ein, sich aller Rufe zu enthalten, weder Fahnen noch äußere Zeichen zu tragen, sie ladet die theilnehmenden Nationalgardisten ein, ohne Waffen zu erscheinen; es handelt sich hier um eine gesetzliche und friedliche Protestation, die besonders durch die Zahl und die feste und ruhige Haltung der Bürger mächtig sein muß. Der Ausschuß hofft, daß bei dieser Gelegenheit sich Jedermann als ein mit Aufrechthaltung der Ordnung beauftragter öffentlicher Beamter betrachten wird — er vertraut auf die Anwesenheit der Nationalgarde, auf die Gesinnungen der Pariser Bevölkerung, die die Freiheit mit dem Frieden will, und die wohl weiß, daß um die Aufrechthaltung ihrer Rechte zu sichern, sie nur einer friedlichen Demonstration bedarf, wie sie einer aufgeklärten, geübten Nation geziemt, die das Bewußtsein der unwiderstehlichen Gewalt ihrer moralischen Kraft hat, und die sicher ist, ihre gerechten Forderungen durch den gesetzlichen und ruhigen Ausdruck ihrer Meinung durchzusetzen." Mit dieser Proklamation war der Regierung der Anhaltspunkt für nachdrückliche Maßregeln gegeben. Die förmliche Einberufung der Nationalgarde, die Aufstellung einer förmlichen Polizeiordnung für das Fest durch eine ungenannte Behörde, die ihre angebliche Machtvollkommenheit nur ihrer eigenen Anmaßung verdankte, waren Handlungen, die in allzu schreiendem Widerspruche mit allen Grundsätzen des Polizeistaates und mit den bestimmtesten Gesetzen standen. Die Regierung brauchte nur das Manifest der Opposition zurückdurch eine Verordnung des Polizeipräfekten, die zwar vom 20. datirt ist, aber erst gestern Abends angeschlagen wurde. Diese Verordnung verfügt nach Anweisung auf eine lange Reihe von Gesetzen wie folgt:

Art. 1. Die bezeichnete Versammlung ist verboten.

Art. 2. Die gegenwärtige Verfügung wird mitgetheilt wem Rechtens.

Art. 3. Alle Maßregeln werden getroffen, um die Vollziehung der gegenwärtigen Verordnung zu sichern.

Nächst dieser Verordnung wurde ein Tagesbefehl des Generals Jacqueminol, Kommandanten der Nationalgarde, erlassen, welcher diese an die ausdrücklichen Gesetze erinnert, durch welche es ihr unbedingt verboten ist, sich ohne Befehl ihrer militärischen Oberen zu versammeln.

Diese zweite Verordnung des Polizeipräfekten vom 21. wiederholte den Text einer sehr strengen Verfügung von 1831 gegen die Zusammenrottungen, welche zugleich die Formen bestimmt, unter deren Beobachtung solche Zusammenrottungen gewaltsam gesprengt werden können.

Die wichtigste der amtlich erlassenen Bekanntmachungen aber ist eine Proklamation des Polizeipräfekten, welche mit unmittelbarer Bezugnahme auf das Reform-Manifest den letzten Entschluß der Regierung ausspricht. Sie lautet:

„Bewohner von Paris! Eine Unruhe, die der Arbeit und den Geschäften schädlich ist, beherrscht seit einigen Tagen die Gemüther. Sie rührt von Manifestationen her, die vorbereitet werden. Die Regierung, bestimmt durch Gründe der öffentlichen Ordnung, die nur allzusehr gerechtfertigt sind, und ein Recht gebrauchend, das ihr die Gesetze einräumen, hat anfänglich jeder Zeit ohne Widerspruch ausgeübt wurde, verbot die Versammlung im 12. Stadtbezirk. Da die Regierung jedoch in der Kammer erklärt hatte, daß die Frage so beschaffen sei, daß sie eine gerichtliche Lösung zulasse, so beschloß sie, statt sich mit Waffengewalt der beabsichtigten Versammlung zu widersetzen, nur die Gesetzesübertretung konstatiren zu lassen, indem sie den Gästen freien Eintritt in den Versammlungssaal gestattete, wobei sie von der Klugheit derselben hoffte, sie würden sich auf die erste Mahnung zurückziehen, um nicht ein einfaches Polizeivergehen in Aufruhr zu verwandeln. Dies war das einzige Mittel, um die Ent-

Digitized by Google

scheidung der Frage durch das höchste Gericht, durch den Kassations-Hof zu veranlassen."

Die Regierung scheint sich durch diese Beschlüsse; das diesen Morgen veröffentlichte Manifest verräth der Regierung indessen einen andern Zweck und andere Absichten; es erscheint neben der konstitutionellen Regierung eine andere Regierung als die, welche sich auf die Charte und die Majorität in den Kammern gründet; es ruft eine für die Ruhe der Stadt gefährliche Manifestation hervor; mit Verletzung des Gesetzes vom Jahr 1831 ruft es die Nationalgarden zusammen, die es im Voraus in Spaliere vertheilt, nach der Nummer der Legion, die Offiziere an der Spitze. Hier ist für den Aufschlägen kein Zweifel mehr! Die klarsten Rechte sind verletzt. Die Regierung wird ihnen Achtung zu verschaffen wissen; sie sind die Grundlage und die Bürgschaft der öffentlichen Ordnung. Ich lade alle guten Bürger ein, sich nach diesen Gesetzen zu richten, sich nicht in Kabalen auf den Straßen zusammenzuschlagen, um nicht zu beklagenswerthen Unruhen Anlaß zu geben. Ich appellire an ihren Patriotismus und ihre Klugheit im Namen unserer Institutionen, der öffentlichen Ruhe und der theuersten Interessen unserer Stadt."

Auf diese Proklamation hin wurde in der gestrigen Kammersitzung nach vorgängiger Berathung der Opposition durch Hrn. Odilon Barrot eine Interpellation an das Ministerium gerichtet, die Hr. Duchatel mit großer Festigkeit und Entschiedenheit der Sprache beantwortete. Wie kommen auf diese Verhandlung zurück. Sogleich nach dem Schlusse der Sitzung veröffentlichte die Opposition, die wohl fühlte, daß sie sich auf einen unhaltbaren Boden gestellt hatte, die folgende Note: „Die Opposition, die sich bei Hrn. O. Barrot versammelt hat, hat geglaubt, in der Meinung, weder direkt noch indirekt die Verantwortung der Folgen auf sich zu nehmen, welche die heute von der Regierung ergriffenen Maßregeln nach sich ziehen werden, beschlossen, der Reformversammlung nicht beizuwohnen. Sie beschwört die guten Bürger, sich jeder Zusammenrottung zu enthalten, sowie jeder Manifestation, die als Vorwand zu Gewaltthätigkeiten dienen könnte. Zur selben Zeit begreift jedoch die ganze Opposition, daß ihr die neuen Maßregeln der Regierung neue und schwere Verpflichtungen auflegen, die sie zu erfüllen wissen wird.

Was unter diesen andern Pflichten gemeint sei, sagt die folgende zweite Note:

„In Folge eines Beschlusses der Opposition wird ohne Verzug der Kammer ein Anklagakt gegen das Ministerium vorgelegt werden. Derselbe wird unterstützt sein durch die HHrn. Odilon Barrot, Duvergier de Hauranne" u. s. w.

Der Ausschuß, der durch sein unklages Manifest der Regierung die Handhabe zu ihren Maßregeln gegeben, spricht sich aus wie folgt: „In Erwägung, daß der Minister des Innern auf der Tribune erklärt hat, daß er die Versammlung gestatten würde unter der Voraussetzung, daß man sich einzeln dahinbegebe;

daß man also den Ministern eine Gelegenheit gäbe eine Kontravention zu konstatiren und dadurch dem einfachen Polizeigericht die Befugniß zugestände, über ein Recht zu entscheiden, das den Kammern, dem ganzen Lande zusteht;

daß man damit gerade den Wünschen des Ministeriums entgegen käme und also zu seinem Vortheil eine Komödie spielen würde, die des Landes unwürdig wäre;

in Erwägung, daß der Betritt von ganz Paris der projektirten Demonstration grade den wahren Werth geben sollte;

daß die von den Militärbehörden ergriffenen Mittel und Maßregeln nothwendiger Weise eine blutige Kollision mit einer Kollektiv-Demonstration zur Folge haben würden;

daß die Menschlichkeit ebenso wie die Vaterlandsliebe gebieten, dieses Ereigniß zu vermeiden:

Aus diesen Gründen hat der Ausschuß der Reformversammlung beschlossen, die Versammlung zu vertagen. Er überläßt der Regierung die Verantwortlichkeit für ihre Gewaltthaten und Herausforderungen. Er hegt das vollste Vertrauen, daß morgen ein Anklageakt gegen das Ministerium in der Kammer eingebracht werde, weil es das Pariser Volk an die Schwelle des Bürgerkriegs geführt hat, und daß Frankreich durch das Gewicht seiner Meinung eine Politik verurtheilen werde, welche seit Langem die Verachtung und die Indignation des Volkes auf sich gezogen.

Ueber die weiteren Vorgänge erhalten wir aus Paris die folgenden schriftlichen Mittheilungen:

Paris, 22. Febr. (Vormittags 10 Uhr.) Wir haben so eben einen Gang durch einige Stadttheile gemacht, wir haben überall die größte Ruhe und Ordnung, nirgends eine Spur von Aufregung gefunden. Weder auf den Boulevards, noch auf den Plätzen oder Straßen ist Militär aufgestellt — nur in den an die Barrieren grenzenden Ortschaften sind militärische Vorkehrungen getroffen. Im Lachapelle vor der Barriere von St. Denis, wo heute Kälbermarkt ist, fanden wir drei Eskadronen Kürassiere auf der Hauptstraße in Schlachtordnung aufgestellt. Alle Truppen in Paris stehen marschfertig in ihren Kasernen, die Artillerie in Binennes und der Militärschule auf dem Champ de Mars hat die Hälfte ihrer Batterien mit Bespannung und Bedienung bereit stehen. Durch eine königl. Ordonnanz, die jedoch im Moniteur nicht veröffentlicht ist, ist Marschall Bugeaud zum Generalgouverneur von Paris ernannt, unter ihm kommandiren die Generale Tiburce Sebastiani, Aupick und Jacqueminot. General Thierry, Adjutant des Herzogs von Montpensier, kommandirt die Artillerie. — Wie es heißt, sollen heute Mittag die Umgebungen der Deputirtenkammer, wo die Opposition einen Antrag auf Anklage des Ministeriums stellen will, militärisch besetzt werden. Noch immer läßt Alles hoffen, daß die gewaltige Aufregung, in die die von beiden Seiten gestern ergriffenen Maßregeln die Bevölkerung von Paris versetzt haben, ohne Unordnungen und Konflikte vorübergehen wird. Das Wetter ist seit gestern Abend wieder kalt und regnerisch, was sehr Viel zur Abkühlung der Gemüther beitragt. Alle Journale ermahnen zur Ruhe und Mäßigung, nur die Reforme gießt Oel ins Feuer, sie klagt die Deputirten der Opposition der Feigheit an und fordert die Demokratie auf, sich künftig solchen Vertretern nicht mehr anzuvertrauen. — Die Liste, die der National verspracht und die die Namen der nachträglich Unterzeichnenden und der sich Ausschließenden enthalten sollte, ist nicht erschienen.

Vormittags 12 Uhr. Auf dem Concordeplatze bildeten sich um 11 Uhr Zusammenrottungen — die Studirenden der Rechts- und Medicinschule kamen vom Pantheonplatze in die Rue Duphot in der Nähe der Magdelenenkirche. Von den hier versammelten jasstreichen Haufen wurden sie mit den Rufen: Vivent les Etudiants! — A bas les Ministres! empfangen. Plötzlich setzte sich die ganze Menschenmasse etwa 20,000 Köpfe stark in Bewegung und zog unter Abfürgung der Marseillaise über den Concordeplatz, die Concordebrücke nach der Deputirtenkammer. Hier ertönten die Rufe: A bas les Ministres! Vive l'Opposition! Vive la réforme électorale! Vive la liberté! — Nachdem die Menge eine halbe Stunde getobten hatte, ohne daß sich Truppen, Municipalgarde oder auch nur Polizeigenten gezeigt hätten, rückten plötzlich aus der neben der Kammer gelegenen Kaserne d'Orsay zwei Eskadronen Dragoner aus, während auch aus den Champs élysées eine Eskadron Municipalgarde zu Pferd debouchirte. Die Menge wandte sich nun rückwärts und zog nach dem Boulevards. Die Dragoner sprengten im Galopp, jedoch ohne gezogenen Säbel, über die Concordebrücke, die sie so säuberten und ritten über den Concordeplatz, die Menge empfing sie mit dem Rufe: Vive la ligne! welchen Zuruf die Offiziere grüßend erwiderten. Die Kavallerie folgte hierauf der Menge nach den Boulevards (wo Hr. Guizots Hotel liegt). Die Gitterthore des Tuileriengartens waren indessen geschlossen worden und alle Posten hinter den Gittern unters Gewehr getreten. — Die Spaziergänger, die im Garten waren, durften darin bleiben.

2 Uhr Nachmittags. Die Zusammenrottungen um den Palast der Deputirtenkammer nehmen so zu, daß die Kielkutschen auf mehreren Punkten gehemmt ist. Auf dem Boulevard sind seit Mittag alle Läden geschlossen. Wee der Deputirtenkammer stehen ein Chasseurregiment, ein Dragonerregiment und starke Detachements von Municipalgarden zu Pferd und zu Fuß. Die Truppen ziehen sich von Zeit zu Zeit zurück machen, wenn ihnen die Massen zu nahe auf den Leib rücken. Das Rufen, das Pfeifen und Zischen unter den Volkshaufen dauert fort. Die Kavallerie sprengte einige Male im Galopp gegen die Menge, um die Umgebung der Brücke zu säubern, verfuhr jedoch mit Schonung und Vorsicht. Die Concordebrücke ist gesperrt und nur die Deputirten und die Personen, die sich mit Billeten in die Kammer begeben, läßt man passiren. Die Deputirten der Centren werden von der Menge mit Hohn, die der Opposition mit Vivat! empfangen, wobei Ehrenbezeugung oder Hohn zuweilen an den Unrechten kommen.

Vier Uhr N.M. Die Volksmassen vor der Deputirtenkammer werden immer dichter, so daß man sich genöthigt sah, die dort aufgestellten Truppen noch bedeutend zu vermehren. Ein großer Volkshaufe hat sich vor das Hotel des Hrn. Guizot auf dem Boulevard des Capucins begeben. Große Truppenabtheilungen waren hier aufgestellt und brachten es mit größter Mühe dahin, die Zusammenrottung zu zerstreuen — aber demungeachtet wurden die meisten Fenster im Ministerhotel durch Steinwürfe zerschmettert. Man bemerkt, daß

Digitized by Google

die Truppen ihr vollständiges Schanzzeug (zur Zerstörung etwaiger Barrikaden) bei sich haben. Kein einziger Stadtferegrant ist zu sehen, die Behörde hat diese der Bevölkerung ziemlich verhaßten Agenten alle für heute verschwinden lassen. Noch zeigt das Volk eine friedliche, fast lustige Stimmung, und man vermeidet Alles, was es reizen könnte. Der heutige Abend wird entscheiden, ob es noch zu ernsteren Folgen kommen dürfte. Die Läden auf den Boulevards und in den hauptsächlichsten Straßen sind noch immer geschlossen.

Schließlich die folgende telegraphische Meldung, die wir über Straßburg erhalten:

Paris, 23. Febr. Im Laufe des 22. haben Zusammenrottungen stattgefunden. Seit Mitternacht ist die Ruhe wieder hergestellt, und es sind Maßregeln genommen, um die Erneuerung der Unordnungen zu verhindern. Am gestrigen Abend war eine große Anzahl von Barrikaden errichtet, die von den Linientruppen und der Nationalgarde auf der Stelle zerstört wurden.

Paris, 21. Feb. Die Pariser Blätter widmen einen Theil der Spalten, welche ihnen die Bedeutungslosigkeit der gegenwärtigen Kammerordn. frei läßt, der Berichterstattung über den Proceß, der den Assisenhof zu Toulouse seit 14 Tagen beschäftigt. Wir haben bereits mitgetheilt, daß es sich bei diesem Processe um die Schändung und Ermordung eines 14jährigen Kindes handelt, welche einem Mitgliede des geistlichen Ordens der Schuldrüder (frères de la doctrine chrétienne, in der Volkssprache frères ignorantins genannt) Namens Lavabre zur Last gelegt wird. Der Angeklagte, gegen den sich von Anfang an die allerschwersten Indicien herausgestellt haben, hat als Beihülfe und Helfer nicht allein seinen Orden, der blos in Toulouse nicht weniger als 180 Mitglieder zählt, sondern auch die ganze Clerisei und das gesammte Volk der guten, rechtgläubigen Katholiken hinter sich, eine große und mächtige Partei, die ein gottgefälliges frommes Werk darin sieht, das Haupt eines Mönches, gleichviel ob schuldig oder unschuldig, um jeden Preis zu retten. Welche Mittel zu diesem frommen Zwecke in Bewegung gesetzt werden, ergibt sich aus der Thatsache, daß bereits mehrere der angetretenen Entlastungszeugen unter der Anklage des Meineides aus dem Sitzungssaale des Gerichts in das Gefängniß geführt worden sind. Andere Zeugen entgingen demselben Schicksale nur dadurch, daß sie ihre bereits gemachten falschen Aussagen auf die Ermahnungen des Präsidenten noch zur rechten Zeit zurücknahmen. Bei diesen Widerrufen und durch die Erklärungen, von denen sie begleitet wurden, kam es an den Tag, daß die geistlichen Obern des Ordens der Schuldrüder mit den für die Sache Lavabre's gewonnenen Zeugen vor dem Auftreten derselben förmlich Probe gehalten, um dieselben für das Erscheinen vor Gericht gehörig einzuüben. Nach den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen scheint es unmöglich, daß der Angeklagte der Verurtheilung entgehen könne.

# Straßburg, 23. Febr. Die Scene vom Sonntag wiederholte sich Montag nicht, wohl aber gestern Abend. Ich traf nach 9 Uhr vor Humanns Haus auf dem Komödienplatze ein paar Hundert meistentheils junge Männer, und wie es scheint Studenten, welche dort eine Weile pfiffen und lärmten, dann die Marseillaise anstimmten und am Kleberplatze vorbei über den alten Fischmarkt, wahrscheinlich zu Renouard de Bussières zogen. Auf demselben Wege kehrten sie zurück, nun aber schon von einer großen Menge Neugieriger begleitet. Als sie an der Hauptwache vorbeigekommen waren, folgte ihnen eine Abtheilung derselben, in der von ihnen gegen den Broglie eingeschlagenen Richtung. Von Unordnungen ist durchaus Nichts bekannt, auch scheint es, daß bei der gestrigen Bewegung den jungen Leuten das eben auf gestern festgesetzte Pariser Reformbankett vorgeschwebt habe.

## Italien.

* Die neuesten Florentiner Blätter bringen auch die toskanische Verfassung. „Vom ersten Tage an, wo Uns die Vorsehung berufen hat, einen so geliebten und ruhmbedeckten Staat zu regieren", sagt Leopold II. in den Einleitungsworten, „war die Eintracht und das Vertrauen Unserer geliebtesten Bevölkerung stets die Freude Unseres Herzens; Unser Bestreben, das Glück des Landes durch ökonomische und bürgerliche Reformen zu fördern, ist vom Himmel so sehr gesegnet worden, daß wir diesen so glücklichen Tag erleben und ohne irgend eine Erschütterung durch neue politische Formen das öffentliche Wohl fördern konnten. Sein Wunsch, fährt er fort, sei gewesen, Toskana Einrichtungen zu geben, wie sie zu dem neuerwachten politischen Leben Italiens sich paßten; der Gedanke sei nicht plötzlich in ihm entstanden, schon seinen Vorfahren sei er nicht fremd gewesen, und mit dem Leben, den Ueberlieferungen Toskanas, „der alten Pflegerin alles Wissens", fänden die neuen Einrichtungen in vollem Einklang. Das Repräsentativsystem, das er einsichtsvoll sei, einzuführen, sei ein Beweis des Vertrauens, das er auf seine Völker und ihre Reife setze; mit voller Sicherheit könne er es ihnen überlassen, die Last der Pflichten mit ihm zu theilen. Als politische Rechte sind den toskanischen Bürgern zunächst festgestellt: die römischkatholische Religion ist die einzige Staatsreligion; die andern gegenwärtig bestehenden Kulte sind nach den Gesetzen gestattet. Alle Toskaner jeder Religion sind gleich vor dem Gesetz, tragen ohne Unterschied zu den Staatslasten bei und sind zu allen Aemtern zugelassen. Die persönliche Freiheit kann durch Nichts gehemmt werden, außer in den Fällen und Formen, die das Gesetz vorschreibt. Keiner kann seinem rechtmäßigen Richter entzogen werden, außerordentliche Kommissionen und Gerichte sind unter keiner Benennung erlaubt. Die Presse ist frei, jedoch einem Repressivgesetz unterworfen; nur die Schriften, welche ex professo religiöse Materien behandeln, haben unter Censur. Die Freiheit des Handels und der Industrie sind Grundsätze des Staates; die Bestimmungen über die todte Hand bleiben in Giltigkeit. Alles Eigenthum ist unverletzlich, ausgenommen die Fälle gesetzlicher Expropriation zum öffentlichen Nutzen. Das literarische Eigenthum ist sichergestellt. Die Bürgergarde ist festgehalten Staatseinrichtung. Die Gesetze des Militärdienstes sind für alle Bürger bindend.

Als Grundprincipien der toskanischen Regierung sind aufgestellt: Die Person des Großherzogs ist heilig und unverletzlich; ihm allein gehört die exekutive Gewalt, er ist Staatsoberhaupt. Er kommandirt die Truppen, erklärt den Krieg, schließt Friedensverträge, Bündnisse und Handelsverträge, erneunt die Beamten, unterhält die Beziehungen zu auswärtigen Mächten und sorgt für Ausführung der Gesetze, ohne jedoch deren Beobachtung zu suspendiren oder davon zu befreien. Keine fremde Truppe kann in den Dienst des Staates genommen werden, außer vermöge eines Gesetzes. Der Großherzog allein sanktionirt und verkündigt die Gesetze. Die Gesetze und Handlungen der Regierung haben keine Giltigkeit, wenn sie nicht von einem Minister unterzeichnet sind; die Minister sind verantwortlich. Die Gesetzgebung der Gewalt wird gebt von der Regierung und zwei berathenden Versammlungen, dem Senat und dem Consiglio generale. Der Vorschlag zu Gesetzen steht dem Großherzog und jeder der beiden Versammlungen zu. Die Justiz geht vom Großherzog aus und ist durch Richter, die er ernennt, verwaltet; es übt das Begnadigungsrecht. Die ordentlichen Richter (mit Ausnahme derer an den kleinen Gerichten) sind unabsetzbar, sobald sie ihr Amt drei Jahre lang verwaltet haben. Die Oeffentlichkeit der Gerichte wird aufrecht erhalten; die Anordnung der Gerichte kann nur auf dem Wege des Gesetzes verändert werden. Die Integrität des toskanischen Gebiets wird erhalten.

Die gesetzgebenden Versammlungen kommen jedes Jahr in Florenz zusammen. Der Senat besteht aus lebenslänglichen Mitgliedern, die der Großherzog ernennt, deren Zahl unbeschränkt ist. Außer den Prinzen von Geblüt (die mit dem 21. Jahr eintreten, mit Vollendung des 25. Stimmrecht üben) ernennt der Großherzog die Senatoren aus den Bischöfen und Erzbischöfen, den Präsidenten, Vicepräsidenten und Mitgliedern der zweiten Kammer, nnm sie sechs Jahre darin gewesen sind, den Präsidenten, Vicepräsidenten, Prokuratoren und Generaladvocaten der hohe Gerichtshöfe, den Universitätsprofessoren, den Personen, welche einen hohen Rang in öffentlichen Aemtern eingenommen haben, den großen Grundeigenthümern, Handelsleuten, Kapitalisten und Industriellen und schließlich aus denen, die sich um ihr Vaterland wohlverdient gemacht oder es verherrlicht haben. — Die zweite Kammer (Consiglio Generale) besteht aus 86 Abgeordneten, welche nach einem noch zu erlassenden Wahlgesetze gewählt werden. Die Abgeordneten erhalten nne eine mäßige Entschädigung von ihrem Wahlbezirk, wenn sie nicht in der Residenz wohnen, und nur für die Zeit der Session. Der Besitz, die Fähigkeit, der Handel, die Industrie erwerben dem toskanischen Bürger das Recht, Wähler zu sein nach den Bestimmungen des schon erwähnten Gesetzes. Jeder Wähler ist wählbar, wenn er das Alter von 30 Jahren vollendet und im Wahlbezirk sein Eigenthum oder seine ständige Wohnung hat. Die Abgeordneten sind auf 4 Jahre erwählt; der Großherzog beruft die Wahlcollegien, der Gonfaloniere präsidirt den Bezirkswahlen. Die Versammlung selbst entscheidet über die Giltigkeit ihrer Wahlen. Kein Mitglied der beiden Versammlungen kann verhaftet werden während der Session, ausgenommen, wenn er auf frischer That ertappt wird. Die Senatoren und Deputirten sind wegen ihrer Meinungen und Abstimmungen in den Versammlungen unverletzlich; verliert ein Abgeordneter oder ein Senator die Eigenschaft, die ihn wählbar machte, so entscheidet die Versammlung darüber. Bei freiwilliger Entsagung, Tod oder bei Annahme eines besoldeten Regierungsamtes findet eine neue Wahl Statt. (Schl. f.)

* Sardinien. Die „Concordia" ist offenbar in diesem Augenblicke das italienische Blatt, das die Bewegung auf der Halbinsel am

Digitized by Google

**Baden.** * Karlsruhe, 23. Febr. In der heutigen Sitzung übergab der Abg. Kapp eine Reihe von Petitionen aus Lauberbischofsheim und Gerlachsheim, worin außer den Anträgen des Offenburger Programms schließlich noch um die Verlegung des Bezirksstrafgerichts von Wertheim nach Lauderbischofsheim gebeten wird. Der Redner empfiehlt diese klassischen Petitionen, die er drucken lassen würde, wenn er kein Hinderniß von der Censur besorgen müßte. Das Packet sei ihm mit dem schriftlichen Beisatz der Postbestehrer auf dem Umschlag zugekommen, der Versichtuß sei beschädigt gewesen, und das Packet daher postamtlich verschlossen worden; er lege übrigens darauf kein Gewicht, weil Alles, was er schreibe und was ihm zukomme, von Jedem gelesen werden dürfe. Heimburger übergab eine Petition für Ablösung der Jagdrechte, Bissing über Lehrerverhältnisse, Böhme über Straßenanlagen. v. Ihstein trug vor, daß eine Petition von Geiersheim, Amts Staufen, an die Budgetkommission gewiesen worden sei, worin um Linderung ihrer Noth durch Ausführung schon beschlossener Flußbauarbeiten gebeten wird. Die Eingabe, von 147 Bürgern unterzeichnet, erwähnt, daß im Juli vorigen Jahres ihre ganze Ernte durch Hagelschlag zerstört wurde. Sie haben zwar Unterstützung erhalten, allein diese konnte nun für den Augenblick, nicht auf die Dauer leisten; sie wollen auch die Wohlthätigkeit ihrer Mitbürger nicht länger in Anspruch nehmen, sondern wünschen Beschäftigung bei dem Flußbau und erbieten sich, sowohl um billigen Lohn zu arbeiten, als auch das Material billig zu liefern. Der Redner wünscht, daß die Kammer die Petition unverzüglich mit Empfehlung an das geosh. Staatsministerium überweise; die Hilfe sei dringend und die Kammer in der Lage, die Verhältnisse zu würdigen. Blankenhorn, Nieserer und Mez bestätigen die Richtigkeit der angeführten Thatsachen, Schaaff verwahrt sich nur gegen etwaige Konsequenzen des unregelmäßigen Verfahrens, wogegen erinnert wird, daß der Vortrag des Abg. v. Ihstein als Bericht der Budgetkommission anzusehen sei. Die Kammer beschließt einstimmig die Empfehlung der Petition an das Gr. Staatsministerium. — Die Tagesordnung führte zur Berichterstattung der Budgetkommission.

Dem sehr gründlichen Berichte des Abg. Dennig über die Rechnungsnachweisungen des Ministeriums des Innern Tit. 13 — 19 für 1844 u. 1845 entnehmen wir Folgendes: Bei der Siechenanstalt in Pforzheim, daß bei der an die Stelle der Kostverpachtung getretenen eigenen Kostberechtung für die Pflegline Wenig gewonnen, dingegen die Kost unverhältnißmäßig oertheuert worden ist (beiläufig 40%). Bei dem Aufwand auf Grundstücke und Gebäude wurde die Kommission durch eine Uebrschreitung von 13,339 fl. an einem Budgetsatz von 1,290 fl. auf das Unangenehmste überrascht. Es sind hier umfassende Bauveränderungen nicht nur ohne ständische Bewilligung, sondern sogar ohne Kenntniß des Ministeriums und ohne Credit — von der Kreisregierung angefischt worden, und die Kommission stellt den Antrag: das geosh. Staatsministerium wolle nach dem Schlusse der bereits eingeleiteten Untersuchung gegen den betreffenden Beamten das Geeignete verfügen und der Kammer von dem Ergebnis Nachricht geben. Von allen Seiten wurde zugegeben, daß das Verfahren der Kreisregierung in keiner Weise zu rechtfertigen sei; zur Entschuldigung führten die Abgg. Rettig u. Junghanns an, daß die Erweiterung der Anstalten im Interesse der Pfleglinge und zur Aufnahme einer größeren Anzahl unglücklicher Siechen zweckmäßig gewesen sei. Brentano entgegnete, daß bei diesen Bauten auch Privatrechte verletzt und ein frivoler Proceß, den der Fiskus schon in zwei Instanzen verloren habe, gegen einen Müller geführt worden sei. Auf die Bemerkung des Abg. Rettig, daß Brentano hier als Sachwalter des Müllers plädirt habe, erwiderte dieser, er halte eine solche Aeußerung für so unparlamentarisch, als wenn Er dem Abg. Rettig vorwerfen wollte, derselbe führe die Sache seines Schwiegersohns (Reg.-Rath Abegg, welcher den Bau angeordnet). Der Berichterstatter Dennig setzt dem von Junghanns gemachten Vorwurf, daß dem Antrag Leidenschaftlichkeit zu Grunde liege, die Ueberzeugung entgegen, daß mit großer Gelindigkeit verfahren worden sei. Das Verfahren erschrine noch viel verwerflicher nach der Angabe des Abg. Rettig, daß viele Siechs lange auf die Zulassung warten müßten, daß man also, um Ersparnisse zu anderen Zwecken zu machen, nicht einmal die Zahl, für welche Raum und Mittel gegeben waren, aufgenommen habe, wie die Rechnungen ausweisen. Die Kreisregierung hätte dem Gemeinderath in Pforzheim sogar zugemuthet, den Platz, welchen der Müller als Eigenthum besitzt, für Allmendgut zu erklären, was der Gemeinderath natürlich zurückgewiesen habe, da er den Anspruch mit Nichts hätte belegen können. Die Stimmung der Kammer gab sich durch einstimmige Annahme des Kommissionsantrags unzweideutig zu erkennen.

Die treffliche Heil- und Pflegeanstalt Illenau hat in den Jahren 1844 und 1845 außer ihren Einnahmen von 254,160 fl. noch einen Staatszuschuß von 129,850 fl. verwendet. Die Zahl der Pfleglinge betrug im Durchschnitte 382 Köpfe. Auch hier rügt der Bericht Ueberschreitungen des Bauaufwandes für Verwendungen, welche füglich einer kommenden, minder belasteten Periode hätten vorbehalten werden können, sowie die hohen Kostpreise, welche nicht durch die theuren Jahre, sondern durch die theurere Administration veranlaßt sind.

Die polizeiliche Verwahrungsanstalt hat bei einer Durchschnittszahl von 105 Köpfen in beiden Jahren neben ihren eigenen Einnahmen mit 31,625 fl. einen Staatszuschuß von 24,233 fl. erfordert. Wie bei der Siechenanstalt, so findet sich auch hier eine Ueberschreitung des Bauaufwandes, auf welche sich die dort rehobene Beschwerde ebenfalls erstreckt.

Die Abgg. Hecker und Häglin äußerten sich über die Nachtheile der Selbstbereitung der Kost für die Staatskasse, wogegen G. R. v. Stengel die Vortheile für die Pfleglinge hervorhob, aber von dem Berichterstatter Dennig gründlich widerlegt wurde, indem dieser ausführte, wie der Uebernehmer die Kost genau nach der Vorschrift unter Aufsicht in der Anstalt selbst bereiten müsse.

Für den Wasser- und Straßenbau sind in den Jahren 1844 und 1845 an ordentlichen Ausgaben 2,269,575 fl., an außerordentlichen Aufgaben 660,906 fl. verwendet worden. Der Bericht bemerkt, daß verschiedene Remunerationen in der Abtheilung II. d, aus früheren als dem unmittelbar vorhergegangenen Jahre verrechnet worden sind; die Posten seien zwar innerhalb der Grenzen des Finanzgesetzes gehalten, aber es sei im Hinblick auf die Klarheit der Rechnungen nicht wünschenswerth, daß dieser Rechnungsabtheilung eine so weite Ausdehnung gegeben werde. Eigentliche Ueberschreitungen kommen verhältnißmäßig nur wenige vor und die im Verwaltungswege bewilligten Kredite sind dadurch gerechtfertigt, daß sie ohne Ausnahme entweder zur Fortsetzung von Bauten, welche die Kammer genehmigt hatte, oder zur Herstellung unvorgesehener Beschädigungen durch Naturereignisse ertheilt wurden. Einige Wünsche für Beschleunigung nothwendiger Straßenbauten, z. B. von dem Abg. Zentner für die Staapbachertalstraße wurden durch die Bemerkung, daß Petitionen und das Budget Anlaß zu weiterer Erörterung bieten würden, für heute beseitigt.

Das Landesgestüt hatte eine Einnahme von 14,070 fl., wobei der Ertrag der Sprunggelder den Voranschlag um 2,961 fl. übertraf; die Kosten haben 437 fl., der eigentliche Staatsaufwand hat 139,339 fl. betragen. Ein Mehraufwand von 5,400 fl. für den Ankauf von Hengsten veranlaßt die Kommission zu der Bemerkung, daß der Budgetsatz von 15,000 fl. und der Budgetsatz von 1000 fl. für den Hengst doch genug seien, um ohne Ueberschreitung oder außerordentliche Bewilligung den Normalstand immer vollzählig zu erhalten, zumal wenn sogar, wie geschehen, 2 und 3jährige Hengstfohlen im Lande aufgekauft und den Hengsten beigezählt werden. Der Bericht rügt ferner eine Ueberschreitung von 746 fl. an Diäten und Reisekosten der Stallmeister, welche bei der Vereinfachung der Geschäfte durch Aufhebung des Fohlenstalls und Erleichterung der Reisen durch die Eisenbahn nicht hätte eintreten sollen. Nach einigen Bemerkungen des Abg. v. Ihstein hinsichtlich der Ueberschreitungen bei dem Ankauf von Hengsten und Erhöhung der Akkedvreise für Arbeiten im Stalle, worauf Vogelmann nähere Erläuterungen gab, wurde die Rechnung genehmigt.

Unter den „verschiedenen und zufälligen Ausgaben des Ministeriums des Innern" hebt der Bericht die Belohnung der Censoren mit 750 fl. im Jahre 1844 und 1028 fl. im Jahre 1845 hervor. Auf dem vorigen Landtage wurde zugesagt, daß die Censoren keine Belohnung mehr erhalten sollten, und die Rechnung von 1846 weiß auch keine solche verfassungswidrige Ausgabe mehr nach. Allein die Kommission hält es für nothwendig, auf dem Beschlusse der vorigen Kammer, die verwendete Summe von dem damaligen Vorstande des Ministeriums des Innern (Frhr. v. Rüdt) der Staatskasse ersetzen zu lassen — zu bestehen und erwartet, daß die jetzige Kammer so wenig wie ihrer Vorgängerin geneigt sein werde, durch Genehmigung dieser Ausgaben die Censur als eine gesetzlich bestehende Einrichtung erkennen zu wollen. Ferner reklamirt die Kommission eine Ausgabe von 920 fl. für Versehung der Lehrstunden eines Professers in Wertheim während seiner Abwesenheit beim Landtag, indem sie davon ausgeht, daß eine Berechtigung nicht bestehe, kraft welcher die Kammermitglieder, die Staatsdiener sind, ihre Stellvertreter aus der Staatskasse bezahlen lassen können. Mehrere Mal, so oft die Censur in den Ständesaal zur Sprache kömmt, so gab sich auch heute wieder die tiefste Entrüstung und sittliche Empörung gegen das Sklavenjoch kund, welches dem deutschen Geiste noch auflegt, nachdem sogar die Italiener angefangen haben, dasselbe vom Nacken zu schütteln.

Bassermann sprach sich zuerst in diesem Sinne aus und

Google

fügte bei, es scheine nicht, als ob wir bald von dieser Schmach erlöst werden sollten, denn es werde berichtet, die Bundesversammlung beabsichtige das Verbot eines badischen Blattes. Nichts wäre verkehrter als eine solche Politik. Es ist notorisch, daß gewisse Blätter, die den Nachen zu weit aufreißen, sich durch ihre Ausschweifungen am meisten selbst schaden und sich selbst unschädlich machen. Man sollte daher die Presse sich selbst überlassen. Der Redner hofft, daß die Kammer den Antrag der Kommission einstimmig annehmen werde.

Kapp würde es nach seinem Gefühle für christlos halten, wenn er gesetzt hätte, den Ersatz zu verweigern. Die Beamten, welche für die Censur sorgen, sollten dies aus ihren eigenen Kassen thun und Gott danken, wenn das Volk so gnädig sei, es dabei bewenden zu lassen. Nach dem in Europa herrschenden Systeme des Wortbruchs sei zu erwarten, daß statt der Censur ein Preßgesetz gegeben würde, das noch schlimmer wäre als jene; aber nie werde ein solches in dieser Kammer angenommen werden. Er könnte hier ein anderes ausbleiben Haus in ähnlicher Weise zeichnen, wie er unlängst ein Frankfurter Haus gezeichnet habe, und er wünsche nicht, in die Lage gesetzt zu werden, einen Lavastrom aus seinem Munde zu ergießen.

Min. Präs. Bekk erklärte sich gegen solche harte Ausdrücke, welche den Gang der Verhandlungen über die Presse nicht fördern, und nannte die Behauptung, daß ein System des Wortbruchs herrsche, eine Unwahrheit. Im Allgemeinen theilt er die Ansicht des Abg. Bassermann, daß es nicht nöthig sei, Blätter zu unterdrücken, indem die schlechte Presse, welche lediglich verneint, alles Bestehende von feindseligem Standpunkte aus selbst durch unerlaubte Mittel zu untergraben suche, sich selbst den Stab breche und den Kredit verliere. Allein es haben auch Andere mitzusprechen, welche nicht dieser Meinung sind. Wir haben einen hohen Grad gesetzlicher Freiheit, und der Lavastrom des Abg. Kapp ist weder nöthig zu fürchten. Die Beschuldigung der Ehrlosigkeit gegen diejenigen, welche den Ersatz einer Ausgabe verweigern, die sie in gutem Glauben an deren Rechtsmäßigkeit gemacht, weist er als eine gräßliche, grenzenlose Beleidigung zurück. Der Abg. Kapp möge seinen Standpunkt zur Beurtheilung dessen, was die Ehre gebietet, haben, Andere haben den ihrigen, und sie werden sich, so groß die Injurie auch ist, nicht an ihrer Ehre gekränkt fühlen. Den Ersatz der geforderten Summe könnte man nur auf gerichtlichem Wege suchen, der aber nicht zum Ziele führen würde. Nachdem sich noch Weigel und Schaaff gegen die Ersatzforderung ausgesprochen, führt Becker aus, daß man eine Forderung nicht sogleich vor Gericht bringe, sondern zuerst versuche, sie auf gütlichem Wege zu erhalten. Der Redner erhebt sich hierauf mit Wärme gegen die Censur, als eine verfassungswidrige, unmoralische, faustgesetzliche Einrichtung; nicht die freie Presse, sondern die Unterdrückung des freien Wortes haben in Deutschland und anderwärts bis auf die neueste Zeit Unruhen veranlaßt. Hecker richtet an den Präsidenten des Ministeriums des Innern die Frage, ob er von Bundesvorhandlungen über das beabsichtigte Verbot eines badischen Blattes Kenntniß habe. Auf die Antwort, daß das Bundespreßgesetz von 1819 solche Fälle voraussehe, über den besondern Fall aber keine Erklärung gegeben werden könne, sprach Hecker mit hohem Schwung der Rede die Erwartung aus, daß die badische Regierung zu diesem Verhalten nicht mitwirken und etwaige österreichische Noten mit einer Hinweisung auf die Vorgänge in den dortigen Staaten beantworten werde. Schließlich führt der Redner Beispiele von Censurstrichen aus der neuesten Zeit an, unter denen selbst Vertheidigungen der Schleswig-Holsteinischen Sache gestrichen waren, während derselbe Artikel in der Karlsruher Zeitung stehen blieb. Als schlechte Presse endlich werden jene Blätter angesehen, welche, auf gesetzlichem Boden stehend, Ungesetzlichkeiten und Mißbräuche rügen, während die den gesetzlichen Rechten des Volkes feindselige Presse als die gute gilt.

Mathy äußerte, er schäme sich als Deutscher, künftig noch über die Presse zu sprechen, denn er müßte den bestehenden Zustand der Nation zum Vorwurfe machen. Wenn die Deutschen schlechter sein wollen als die Italiener, so verdienen sie die Preßfreiheit nicht. Den Regierungen müsse daran gelegen sein, die Censur zu beseitigen, weil sie nicht mehr ausreiche und die Thätigkeit der Gerichte nicht zulasse. Gegen Bundesverbote habe er Rechts, man möge damit nur fort fahren, damit der Nation, endlich einmal die Augen aufgehen. Von dem herrschenden Systeme des Mißtrauens, das nothwendig auch Mißtrauen ernten müßte, erwartet er nichts Gutes, mögen die Redner und die Blätter noch so zahm sein. Wie weit wir mit der Zahmheit gekommen, habe der Abg. Welcker entwickelt, es wäre Zeit, einmal die Wildheit zu probiren, die aber nicht auf den Ständesaal beschränkt bleiben dürfe. Diese Aeußerung erregte einen heftigen Sturm auf der rechten Seite und der Regierungsbank. Jung hanns und Weizel brobeln, den Saal zu verlassen, Andere verlangten, daß die Sitzung aufgehoben werde, von der Regierungsbank wurde eine Erklärung verlangt, worauf der Redner mit der Frage entgegnete: ob man denn nicht befuge, was die Neapolitaner und die Münchener gethan, nachdem ihnen kein anderer Weg offen geblieben. Nachdem Vicepräsident Baader die Aeußerung mißbilligt, fuhr Mathy in seinem Vortrage fort, denn noch andere nicht minder deutliche von den Abgg. Brentano, Metz u. A. folgten, die ebenfalls von Min. Präs. Bekk bekämpft wurden. Der Antrag auf Ersatz der Censurkosten wurde mit großer Mehrheit angenommen.

* Magdeburg, 19. Februar. Unsere Elbe hat früher im Jahre als sonst ihre Bande gesprengt und fluthet wieder offen dahin. Die politische Entwickelung im Lande hat ihren Fortgang, und wir nehmen unsern Theil daran, soweit wir können, indem wir die gute Uebung in der öffentlichen Stadtverordnetensitzung nicht unbenutzt lassen. Aber in unserer religiösen Entwickelung werden wir allmählich ungeduldig. Da möchten wir wohl ein ernstes Wort mit dem christlichen Staate sprechen. Also ein christlicher Staat, also von christlichem Geiste durchdrungen, also damit etwas ganz besonders Gutes, das will unser preußischer Staat sein. Darum sagt er zu denen seiner Unterthanen, die sich an die Form seines Kirchenthums Kosten: scheidet aus! folgt eurem Gewissen! nimmermehr mag Ich Heuchler als Unterthanen zählen! hier, mit dem Patent vom 30. März habt Ihr den offenen Weg! Zehntausend Menschen befolgen den Rath; der Staat erkennt ihre Besonnenheit, ihre Gesetzlichkeit an; er spricht ihnen die vorgeschenen und erbetenen Rechte zu, und man ist gegenseitig zufrieden. Nun aber die Kirchen! Denn gerade diese Leute sind kirchlich; sie wollen die Sonntage feiern, sie wollen das Abendmahl begehen. Sie werden sich eine Kirche bauen, das ist ihre Sache; wer eine eigene Religionsgesellschaft stiftet, der muß auch den Willen haben, dafür Etwas zu thun. Darüber läßt sich Nichts sagen, das versteht sich von selbst. Aber für jetzt haben sie doch keine Kirche. Der christliche Staat aber besitzt in Magdeburg 12 Kirchen, und diese sind zum Theil sehr groß und meistens — sehr leer. Er hat also, was einem Theil seiner Diener fehlt, und diese bitten ihn nun darum. Was wird er nun thun? Gewiß was dem christlichen Staat geziemt. Bis jetzt aber, das heißt, seit dem 16. Dec. v. J. schweigt er beharrlich. Seit jener Zeit liegt ihm die Bitte um Mitgebrauch der Kirchen vor, er aber hat sie weder abgeschlagen noch zugestanden. Sie ist mehrere Male erneuert, aber immer noch ohne Bescheid. Der christliche Staat sagt, er halte daraus, daß die Unterthanen nicht ohne Erbauung bleiben. Hier sind nun viele Tausende, welche seit langer Zeit allsonntäglich den Anlauf zur Erbauung nehmen, aber sie können damit nicht ankommen. Diese sind nun offenbar in Versuchung, allen kirchlichen Leben entfremdet zu werden, denn wie nahe wird ihnen der Gedanke gelegt, daß sich eben so gut, wie nun bereits Monat auf Monat, auch ferner ohne kirchliche Erbauung werde leben lassen. Mit einem Wort, der christliche Staat, das so Viel an Kirchlichkeit liegt, entwöhnt geradezu einen Theil seiner Unterthanen von aller Kirchlichkeit. Vielleicht ebenso schlimm ist der Gedanke, den er durch sein Benehmen bei den Unterthanen erweckt, nämlich daß er sich fürchte. Der christliche Staat kann für sein Christenthum unsonvenirter fürchten, weil es das echte Christenthum, das Chth. per excellence ist. Also kann er über alle gegen dieses sein Christenthum gemachten Versuche nur mitleidig lächeln. Das hat er denn auch bekanntlich gegen die Versuche der Rationalisten, protestantischen Freunde u. s. w. gethan, und mit Recht. Als er nun einmal den Fuß fest aufsetzte, da verkrochen sie sich in ihre Löcher. Nun aber, da er, der christliche Staat, diesen Haufen Dissidenten in Magdeburg seine Kirche weder zugestehen noch abzuschlagen wagt, nun sagt das Volk: er fürchte sich doch! und es steht auch wirklich so aus. Das sieht aus, als besorge er: wenn dieser Ultich und sein Schwarm in eine der Magdeburger Kirchen einzieht, so werde alle Welt herbeilaufen, und die Staatsprediger werde vollends Niemand mehr hören wollen. Das Volk hat offenbar Unrecht; der christliche Staat sitzt auf jenem biblischen Felsen, welcher die Verheißung hat, auch die Pforten der Hölle sollen ihn nicht erschüttern. Aber das Volk netheilt nun einmal nach dem Schein, und der Schein ist allerdings vorhanden, daß der christliche Staat sich vor den Dissidenten in Magdeburg fürchte. Was denn auch im Herzen unseres christlichen Staates regieren möge, die Furcht oder die Liebe, wir Magdeburger Alle sehnen uns herzlich aus der unnatürlichen Spannung unserer gegenwärtigen kirchlichen Verhältnisse heraus, und zu solcher Sehnsucht haben wir wahrlich Grund genug! Der christliche Staat möge ein Ende machen!

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Überseeische Länder werden wir sich an G. B. Hirzenler Strasbourg 20 Boulevards, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Buchhandlungen besorgt das Verl. Bur. Commiss. Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich 6. 10. 1 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 8. 12. 20 kr. Für Knapper durch der Mann einer dreispaltigen Petitzeile 2 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 58. Heidelberg, Sonntag 27. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Die polnische Verschwörung.** VII. Zweite Phase der Demokratie: die Verschwörung. — **Wien** (die Politik in Italien. Die A. Pr. Z. über Radetzky falsch berichtet). **Berlin** (die offiziöse Ueberlandpost. Das evangel. Oberkonsistorium). **Breslau** (Mahregeln gegen die Noth). **Leipzig** (Bundesverbot). **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen: Die Kronbomänen. Es wird eine Beschwerde gegen den Zinsgnimister beschlossen). **Kassel** (plötzliche Vertagung der Ständeversammlung. Staatsrath Bickel lebensgefährlich erkrankt). **Braunschweig** (Antrag der Standesversammlung auf Oeffentlichkeit der Verhandlungen). **Kiel** (die ständischen Abgeordneten einberufen).

**Schweiz.** Bern. Berathung der Bundesrevisionskommission.

**Großbritannien.** Sir Stratford Canning nach Konstantinopel. Der Kaffernkrieg zu Ende. Grausame Ermordung von Engländern bei Kanton und Genugthuung dafür. Antheil der englischen Presse an den neuesten Pariser Ereignissen.

**Frankreich.** Ereignisse vom 22. und 23. Flauheit der Nationalgarde und eines Theils der Truppen. Abdankung des Ministeriums, Molé an der Spitze eines Kabinets. Abdankung des Königs. Ludwig Philipp K. Regentschaft der Herzogin von Orleans. Ein Ministerium Odilon Barrot in Aussicht. Rothwendigkeit der Auflösung der Kammern.

**Italien.** Von der italien. Grenze. Blutige Auftritte in Bergamo. Besorgnisse in Venedig. Beorthehende Kundmachung des Standrechts. Die toskanische Verfassung (Schluß). Rom. Die Kommission zur Erweitrung der Institutionen. Ancona dankt ab.

**Handel.** Handelsstatistik von Niederländisch-Indien.

## Die polnische Verschwörung.

### VII.

### Zweite Phase der Demokratie: die Verschwörung.

(Fortsetzung.)

Nichts gewisser feilich, als daß an diesem Fatalismus nächst dem Trübsinn auch der Leichtsinn des Volkes seinen Theil, und seinen großen, hat — aber ist denn dies nicht ganz natürlich und würde es nicht eher befremden, wenn es nicht der Fall wäre? Trifft man denn nicht immer jene Gegensätze beisammen, und wohl denn nicht in der moralischen wie in der physischen Welt durch extreme Pole der elektrische Funke erzeugt? Die polnische Jugend besonders findet an dem Konspiriren eine wahre Lust, und hier wenn irgendwo trifft jener Ausdruck von einem „revolutionären Kigel" zu, den die diplomatische Reaktion freilich auf jedes Streben nach Besserung anzuwenden bereit ist. Das mysteriöse Getriebe, das perspektivische Halbdunkel, das Gehorchen unsichtbaren Mächten wie das ebenso unsichtbare Befehlen über Andere, das Spielen mit den Gefahren wie das ewige Wachrufen der Sorge — uns dies Alles für „der süßen Worte süßestes" das Vaterland" wie der polnische Dichter so herrlich sagt — muß dies nicht verlockend genug sein für den jeder Jugend innwohnenden Hang zum Geheimnißvollen und Bewegenen, zur Wichtigthuerei und Bedeutsamkeit? Bietet es nicht Gelegenheit genug, unbeschäftigte Kräfte zu üben, schlummernde Gedanken und Empfindungen zu wecken und den sich selbst noch unklaren Charakter zu erproben? Dazu kommt noch, daß das Damoklesschwert neben der Schneide auch eine Spitze hat, daß in die blutigste Tragödie Episoden der capa y espada hineinspielen und jedes Furchtbare sein Abrntenerliches hat, das den „Humor davon" bildet und dem wechselfustigen Jünglingssinn ein mächtiger Sporn wird. Wie reich ist auch nicht die polnische Verschwörungsgeschichte an den wunderlichsten, kaum glaublichen Abenteuern, an den seltsamsten Jügen der kühnsten Verwegenheit und berechnetsten Verstellung, die, nicht zufrieden, den Feind zu hintergehn, ihn noch bupirt, von jenem Obersten Jasinski an, der auf einem Balle dem russischen General Resenieff scherzend seine Insurrektionspläne offen darlegte und sie grade dadurch rettete, bis zu jenem Zaleski, der von demselben Gouverneur, der auf seine Festnehmung einen Preis gesetzt, sich die Parole zum Durchzug geben ließ, und jenem Zawiša, der den preußischen Beamten mit großem Eifer in dem Aufsuchen eines Emissärs half, welcher eben kein anderer als er selbst war! Zu welcher Kunst, zu welcher Virtuosität ist hier nicht das Schein- und Maskenwesen gediehen!

Daß diese Kunst dem Polen für eine schöne gilt, diese Virtuosität zu einer Virtue geworden, ist allerdings traurig genug, ja vielleicht das Traurigste, was die Unterjochung überhaupt erzeugt, denn es ist dies ein schleichendes Gift, das das moralische Gewissen der Nation langsam aufzehrt, dem Einzelnen jeden sittlichen Rückhalt nimmt und jede Achtung vor dem Gesetze schwinden macht. Diese Achtung vor dem Gesetze, ein so tiefer Charakterzug germanischer Völker, ist dem Polen gänzlich fremd, und wie sollte er sie auch kennen, er, an dem der Gesetze beständig und heiligstes, geopfert, wenn irgend eines, das der Nationalität, so grausam, so höhnend verletzt worden und noch täglich verletzt wird? „Was Verträge, was Gesetze!" — hrißt es charakteristisch in einem beliebtem Liede — „Mein Schnurrbart ist älter als des Feindes Gesetze!" — „Wenn wir die Heuchelei betrachten, zu der uns die Unterdrückung wissentlich und systematisch erzieht, so kann man sich nicht genug verwundern über den Sinn für Ehre und Redlichkeit, der uns noch immer inne wohnt" hat ein Pole, und ein Ehrenmann, gesagt — eine wichtige Aussage, die der historische Richter in die Akten des geschichtlichen Polenprozesses sorgfältig verzeichnen muß! Ist dem Polen die erste Kardinaltugend der Patriotismus, so ist ihm die zweite die Verschwiegenheit — und wie leicht ist nicht der Uebergang von Verschwiegenheit zur Verstellung und Täuschung, vom Dissimulitren zum Simuliren gemacht? Wer aber könnte läugnen, daß der ursprüngliche Charakter der Nation ein ganz anderer, eher zu offen als verschlossen, eher redselig als verschwiegen ist? wer könnte unredlich genug sein, die Schuld der Zustände auf diesenigen zu wälzen, die ihnen erliegen? — wer, wenn nicht eben verblendete Polenfeinde? Eine Schlange habe man am Busen genährt, behaupten diese — O nein! Eine Taube hat man zur Schlange gemacht, und diese Schlange — was auch Bosheit erdichtet und Gewissenslosigkeit ihr nachgredet: man blicke nur auf das Moabitergefängniß und gestehe es sich: diese Schlange windet sich nur — sie verzgiftet nicht!

So geheim und umfichtig die jetzt zusammengetretenen Verschworenen handelten, so entging doch ihre Thätigkeit und die neue Wendung der Dinge gleich Anfangs nicht dem „Seelenauge" des Volkes, besonders der Jugend, und ein neues Leben, eine potenzirte Stimmung durchdrang die Gemüther. Hatte man doch endlich das Theoretikerthum verlassen und zur That gegriffen! „Die That, die That", dieser Schrei erscholl jetzt von allen Seiten; „geht unter meine Lieder, steht auf meine Thaten!", rief der große Sänger des Jeidion, der Graf Zygmunt Krasinski, in seiner „Morgenröthe" aus, und Tausende wiederholten den Ruf. Man ahnte es nicht, daß auch die „That" bald ihr Ende nehmen sollte, und ein fröhliches und ruhmloses, wie keine der frühern. Man freute sich über ihren raschen Fortgang, oder zu bereiten, daß nur „die Todten schnell reiten", wie es das Sprichwort des Volkes so sinnig ausdrückt. Die gesunde Lebenskraft war ihr entzogen, und sie glaubte nur rasch zu athmen, wo sie ihren Geist aufgab!

Wie noch hat sich das Leben ganz so gestaltet, wie die Idee es im Voraus konstruirt, und gegen die legislative Gewalt der Denkens wird die exekutive des Handelns immer die Veto behalten; — aber wo die letztere die erstere nicht bloß amendirt oder vertagt, sondern sie geradezu umstößt, da ist der Versall gleich gegeben, und die Auflösung folgt ihr auf dem Fuß — und dies war mit der von uns geschilderten Bewegung der Fall. Das Grundprincip derselben war die Masse, das Auftürren des Volkes, die Propaganda im weitesten Sinne; indem sie dies aufgab, gab sie sich selbst auf, indem sie, ohne auch nur den tausendsten Theil der vorgelegten ersten Bestimmung erfüllt zu haben, den Sprung in die zweite — in die Verschwörung wagte, beging sie einen Selbstmord, und ihr Schicksal wurde nun das, was das Schicksal und der Fluch aller geheimen Verbindungen von jeher gewesen: sich selbst untreu zu werden und von einer Inconsequenz in die andere zu verfallen. Wenn die demokratische Centralisation je eine Wahrheit ausgesprochen, so war es die, daß sie, wie überhaupt die Emigration, nicht für das Volk handeln könne, dies müsse das Volk selbst thun — und doch war das Feste, was die Verschwornen eben thaten, eine Aufforderung an die Centralisation zu handeln, ja sogar die ganze Leitung zu übernehmen. Eben weil

Digitized by Google

es der Sache an einem Halt in sich fehlte, suchte sie ihn außer sich und — wie wir bald sehen werden — nicht nur an diesem, sondern auch an jedem andern Orte, an allen Instanzen. Daß aber die demokratische Behörde in Paris auf den Vorschlag einging, und somit ihren eigenen Grundsatz verläugnete, ist freilich ein schlagender Beweis ihrer Verbindung, wird aber Niemand wundern, der die Ungeduld der Emigranten überhaupt und der polnischen insbesondere kennt. Die Centralisation schickte ihre tüchtigsten Mitglieder nach dem Lande ab, wie Wiktor Heltman, der so lange in Großpolen agirte, Teofil Wiśniewski, der an dem Galgen zu Lemberg endete, Alexyato Malinowski, Dzwonkowski u. A. Sie sollten hier die verschiedenen Verbindungen überwachen und eine Einheit in sie bringen, die Geldbeiträge entgegennehmen, statistische Nachrichten sammeln und genaue militärische Karten entwerfen. Dann übertrug sie Josef v. Wysocki und Ludwig v. Mierosławski die Eröffnung eines Kursus über Kriegskunst, besorgte die Herausgabe des Kursus der Militärwissenschaften, ließ verschiedene Emigranten in französischen Militärschulen, Waffenfabriken u. s. w. unterrichten und gründete sogar eine eigene Militärschule, um tüchtige Anführer für den Aufstand heranzubilden. Schon jetzt waren Aller Augen auf Mierosławski als einen viel versprechenden Offizier gerichtet. Die Generale Siemdek, Rozycki und Chrzanowski standen ihm in der Kriegsvorbereitungen zur Seite. Der Letztgenannte, einer der tüchtigsten Feldherren des Jahres 1831, gab eine Schrift heraus, in der er den Beweis führte, daß die polnischen Länder durch ihre ungeheuren Waldungen, Sümpfe und Sümpfe einen ergiebigen Boden für einen Parteigängerkrieg abgeben. Diese Idee, die überdies an so glorreiche Nationalerinnerungen, wie die Kosciuszko und die Kämpfe der Barer anknüpfte, fand großen Beifall. Die Jugend schwärmte für die „Partyzanka“ und bald hatte Mierosławski die größte Mühe, die Nothwendigkeit eines ordentlichen Heres und geregelter Operationen gegen jene Eingenommenheit für Guerillasgefechte darzuthun und die militärische Disciplin gegen die anarchischen „Rinaldinaden“ in Schutz zu nehmen, die der gleich zu nennenden Partei der Anarchisten besonders zusagten.

Ganz im Gegensatze zu dem aufgestellten Grundsatze, daß Polen sich nur auf sich selbst verlassen und auf jede fremde Unterstützung verzichten müsse, faßten sich die Verschwörer von gleich Anfang nach Bundesgenossen um, und sie waren nurebisch genug, sie unter den österreichischen Slaven zu suchen. Wie sind weit entfernt, die schmachvolle Lage und Unterdrückung dieser Völker gut zu heißen, aber diesen verwahrlosten Massen, statt Bildung und Aufklärung zu bringen, Empörungen zumuthen, sie zu Aufständen aufrodern, deren Ausgang nicht nur einer physische, sondern auch eine moralische Niederlage sein konnte — war ein Verbrechen, und ein um so größeres, als die Verschworenen auch nicht im Entferntesten daran dachte die allgemeine Sache der Slaven zu vertreten, ja sie gaben es nicht einmal vor, denn sie gestanden es offen, daß sie bloß eine „Flankenbewegung“ operiren, eine „Diversion“ veranstalten wollen. Daß ein Jerofiaß, wie Napoleon, mit Menschenleben und Völkerglück spielte und Taufende von Polen auf die Schlachtbänke von Domingo, Italien und Spanien führen ließ, ehne je an eine Belohnung jener unverständigen Treue zu denken, ohne für das Blut, das für ihn in Strömen floß, auch nur eine Thräne des Mitleids zu haben — daß ein anderer, nicht weniger selbstsüchtiger Fürst, ein Napoleon des Friedens, sich leicht mit seinem Gewissen abfand, wenn er mit polnischen Leichen sich vor einer Invasion der Legitimität barrikadirte und in den beiden Halbinseln schmähliche Intriken schmiedete und blutige Aufstände ermunterte, um seine Dotationen und dynastischen Streiche zu sichern, ist bei der Unnatur jenes ganzen Wesens oder Unwesens ganz natürlich; daß aber Polen und Demokraten, die für eine heilige Sache, für Recht und Freiheit zu kämpfen entschlossen waren, an ähnlich Mittel dachten und, eine wie dagewesene Stammliche ausbuteten, Brüder einem sichern Verderben zuführen wollten, um sich nur selbst die Arbeit zu erleichtern — das war eine nicht zu rechtfertigende Handlung, die unseres Erachtens viel tadelnswerther ist, als jene angebliche sicilianische Vesper, von der besolbete oder verirrte Schriftsteller mit einer so unnützen Entrüstung soviel Redens gemacht.

Und bedarf es noch dafür einer Beweises (ein Kenner damaliger polnischen Zustände wird ihn nicht verlangen), wie wenig Ernst es den Polen um die slavische Sache war, so ist er schon in dem Aufsuchen des zweiten Bundesgenossen von Seite der Verschworenen gegeben — dem der Magyaren. Wer kennt nicht die übermüthige Unterdrückung und höhnende Herrschsucht, die diese sich gegen die Slaven zu Schulden kommen lassen, und den unverwüstlichen Haß, den sie denselben einflößten? Und doch suchten die Polen nächst den Slaven und in viel größerem Maße Unterstützung bei den Ungarn, und — gestehen wir es — dieser Bund war ihnen natürlicher und gerechter. Denn mit nur knüpfen den Polen an die Magyaren dieselben Interessen; der gemeinsame Haß und Widerwille gegen die Russen, sondern auch glorreiche Erinnerungen glorreicher Zeiten. Eine Tochter Ungarns war jene polnische Königin Jadwyga, deren Hand dem Reiche der Sarmaten den Königsstamm der Jagiellonen und das Fürstenland der Lithauer erwarb; ein Sohn Ungarns war der polnische König Stefan Batory, volksthümlich wie je einer und im ewig theuren Andenken des Landes durch seine ruhmreichen Thaten für dessen äußere Macht und innere Bildung; und noch im Jahre 1831 rüsteten bekanntlich die tapfern Söhne Arpad's, um ihre polnischen Brüder im Kampfe gegen die Moskowiter zu unterstützen. Auch jetzt wandte man sich an die alten Freunde; ein berühmter Dichter leitete hier die Unterhandlungen und erhielt von den Magnaten das Versprechen mehrerer Husarenregimenter bei dem Ausbruch des Aufstandes. *)

Ueberall wurden Verbündete gesucht, mit italienischen Flüchtlingen und französischen Republikanern Verabredungen getroffen; erhielt doch sogar ein Emissär den Auftrag, die Opposition in Ostpreußen zu sondiren und mit in das Interesse zu ziehn — ein Bemühen, dessen Vergeblichkeit bald erkannt war. Russische und preußische Offiziere wurden geworben und auch einige gewonnen, darunter Einer in Posen, dem seine Geliebte, eine Polin, Thränahme an der Verschwörung zur Bedingung ihrer Hand machte. Im Uebrigen müssen wir uns aus manchen Gründen versagen, in die näheren Verlaufe und auf die einzelnen Persönlichkeiten der Komplotte einzugehen. Bei der gänzlichen Bedeutungslosigkeit des Unternehmens würden überdies die speciellen Vorgänge wenig Interesse darbieten; wir müssen nur das Gesammtbild der Bewegung entwerfen, und hier, wenn irgendwo, muß der Gedanke „der mächtige Epitomator der Geschichte“ oder vielmehr des Geschehenen sein. Ein Blick daher nur noch auf die Thätigkeit und Organisation der Verschwörung. (Fortsetzung morgen.)

---

**Oesterreich.** Wirn, 20. Feb. Der D. A. Z. wird geschrieben: In der letzten Zeit werden bänigere Staatskonferenzen gehalten, die sich, wie man vernimmt, vorzugsweise auf die administrativen Verhältnisse der italienischen Provinzen beziehen, über deren entsprechende Verbesserung mehrfache Bitten an den Thron gelangt sind. Gewiß wird unsere Regierung sich geneigt fühlen, billigen Wünschen in dieser Beziehung nachzukommen; allein jedem Trotze der Parteien im Lande dürfte ebenso mit Macht begegnet werden, als irgendein von den benachbarten Staaten Italiens etwa ausgehender Einfluß nur die bedauerliche Alternative einer bewaffneten Abwehr herbeiführen müßte. — Die Nachricht in der Pr. A. Z. von hier, daß der Feldmarschall Radetzky Alters halber um seine Pensionirung nachgesucht und sie erhalten habe, und der General Grabowsky zum Kommandirenden ernannt worden sei, entbehrt allen Grundes.

**Preußen.** Berlin, 21. Feb. Die seitherigen Bemühungen des österreichischen Lloyd, die anglo-orientalische Ueberlandpost durch Deutschland zu leiten, haben die verdiente Theilnahme im hohen Grade gefunden und sind bekanntlich auch von glänzenden Erfolgen begleitet gewesen. Um aber einen weiteren Schritt von dem gelungenen Versuche zu einer dauerhaften Einrichtung dieses neuen Verkehrs für Deutschland zu machen, werden hier gegenwärtig Verhandlungen gepflogen, zu denen der österreichische Lloyd Hrn. Hübner abgeordnet hat. Dieser hat kürzlich unserm Gouvernement eine Denkschrift überreicht, in welcher mit Schaefsinn und Sachkunde alle auf das vorliegende Unternehmen bezüglichen Verhältnisse entwickelt und geprüft werden. Es wird zuerst nachgewiesen, was bisher in dieser Sache geschehen, welches Resultat die verschiedenen Versuche, die kürzeste Route zwischen Triest und London auszumitteln, gehabt haben. Aus den Anlagen der Denkschrift ergiebt sich, daß z. B. die Tour von Triest über Berlin und Hamburg nach London 82 Stunden 5 Minuten dauert, die von Triest über Berlin und Ostende nach London 79 Stunden 10 Minuten, über Berlin und Bremen nach London 81 Stunden 20 Minuten, von Triest über Dresden und Bremen nach London 82 Stunden 30 Minuten, von Triest über Dresden und Ostende nach London 77 Stunden 20 Minuten. Die Hauptstärke der vorliegenden Denkschrift beruht auf ihrer einfachen und übersichtlichen Entwickelung der politischen und finanziellen Wichtigkeit, die sich an die dauernde

---

*) Dieser Thatsache ist, soviel wir wissen, nirgends Erwähnung geschehen; wir haben sie aus der besten Quelle. D. Korresp.

Digitized by Google

Verlegung jenes anglo-orientalischen Verkehrs durch Deutschland knüpft, so wie der Schwierigkeiten, welche sich dem Unternehmen entgegenstellen, und der Vorschläge, dieselben zu beseitigen. In kurzen, aber scharfen und treffenden Zügen entwirft der Verfasser ein Bild der deutschen Post, Postlelegraphen und Zollverhältnisse, welche die Hindernisse für jenen Theil des Weltverkehrs durch unser Vaterland bilden; es stellt dieses Bild aber zugleich die krankhaften Zustände überhaupt dar, an denen die so nothwendige materielle Fortentwickelung der deutschen Länder leidet. Als ein Hauptbinderniß bezeichnet Hr. Hübner das Zollwesen, das gleichfam als Alp schon Jahre lang die Entwickelung des deutschen Transithandels belastet und nach dem Orient die lange Segelschiffahrt um Gibraltar heute noch schneller erscheinen läßt, als die Eilgutbeförderung über die deutschen Eisenbahnen.

○ Berlin, 12. Febr. Das neueste Heft der „Mittheilungen aus der Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten" enthält über die „Verordnung wegen Errichtung eines evangelischen Oberkonsistoriums" einen längern, in die Nr. 43 der Allg. Pr. Z. übergegangenen Artikel, in welchem als die mit dessen Errichtung zu lösende Aufgabe bezeichnet wird, „eine kirchliche Behörde für die oberste Verwaltung und für die Berathung des Landesherrn bei der Ausübung der ihm selbst vorbehaltenen Rechte zu bilden und dadurch den an der bisherigen Verfassung noch haftenden Schein des Territorialismus zu beseitigen und das geschichtlich entwickelte Princip der Verfassung wieder zur Wahrheit werden zu lassen. Diese Auffassung", so heißt es weiter, „zu der im Wesentlichen auch die im J. 1846 versammelte Generalsynode abgelehnt haben, wird gleichzeitig gemachten Vorschlägen gelangt ist, hat gegenwärtig in der Errichtung eines Oberkonsistoriums durch die Verordnung vom 28. Jan. ihren Ausdruck gefunden." Wir können nicht umhin, unser äußerstes Erstaunen darüber auszudrücken, wie ein Blatt, welches unter den Auspicien des Kultusministers, bekanntlich selbst Vorsitzenden der Generalsynode, erscheint, so gänzlich die Intentionen, ja die klarsten und unzweideutigsten Beschlüsse dieser Versammlung hat mißverstehen können, wie es in den vorgedachten Worten gleichwohl geschieht. Wir erinnern zum Beweise dieser Behauptung an die Berathungen der Generalsynode über die Kirchenverfassung, an das Princip, welches derselben zum Grunde gelegt ist. Das Gutachten der zweiten Kommission, welches deren Referent, der Professor Stahl, der Versammlung vortrug, bezeichnet als solches die Befreiung der Kirche vom Territorialismus, die Gewinnung der wahren Selbstständigkeit, der evangelischen Weihe für die Verfassung der Kirche, durch einen in ihr auszubildenden zwischen Charakter, den gemeindlichen und den kirchlichen. Der erstere wird in dem Verfassungsentwurf angestrebt durch die Entwickelung des Presbyterial- und Synodalwesens, der kirchlich durch Anerkennung des Wortes Gottes und des evangelischen Bekenntnisses als Fundament der Verfassung und höchste Norm für die Kirchengewalt, durch Ernennung eines Oberkonsistoriums, durch Verpflichtung der Konsistorialmitglieder, durch die Stellung der Generalsuperintendenten und Superintendenten in den Synoden. Dies Princip, welches die Kommission ihrem Entwurfe voranstellte, bekleidet die Generalsynode im Wesentlichen bei, modificirte es jedoch in der Anwendung auf die einzelnen Bestimmungen der Verfassung dahin, daß sie den synodalen und presbyterialen Charakter derselben dem kirchlichen gegenüber in manchen Punkten erweiterte und stärkte. Die Kommission hatte im fünften Kapitel des Entwurfes die Errichtung eines Oberkonsistoriums beantragt und dessen Attribute vollständig ausgeführt. Dies Kapitel wurde mannigfach angegriffen, eine so ausführliche Detaillirung der Befugnisse des Oberkonsistoriums als overzeitig und dasselbe nur als der der eingeführten Verfassung beizufügende Schlußstein bezeichnet. Folgende drei Anträge wurden in der Synode gestellt, um an die Stelle der Bestimmungen des Kommissionsentwurfes zu treten. Der erste von Hrn. v. Bethmann-Hollweg: „Es wird ein Oberkonsistorium errichtet, welches unter Vorsitz des Ministers d. geistlichen Angelegenheiten über die Gegenstände der höchsten kirchlichen Verwaltung kollegialisch beschließt, u. in Sachen, welche zur Allerhöchsten Entscheidung Sr. Majestät des Königs gelangen müssen, Gutachten und Anträge macht. Daneben werde zu Protokoll erklärt: die wirkliche Ausführung dieses Vorschlags kann nach der Ansicht der Versammlung zweckmäßig nur als Schlußstein des ganzen Verfassungswerkes nach dessen Vollendung in den übrigen Theilen erfolgen. „Der zweite Antrag ist von Hrn. Prof. Stahl, er lautet: „Als ergänzendes Glied der Verfassung möge seiner Zeit ein Oberkonsistorium errichtet werden, fürs Erste als Rekursinstanz, fürs andere als begutachtende und zugleich mit den geeigneten Attributionen kirchlicher Verwaltung ausgestattete oberste Kollegialbehörde." Der dritte Antrag des Grafen v. Schwerin lautet: „als Ergänzung des Verfassungsorganismus wird ein Oberkonsistorium als oberste Kollegial-Centralstelle für die innere kirchliche Verwaltung, für die oberste Rekursinstanz in Disciplinarsachen zu errichten sein." Wir haben diese drei Anträge wörtlich angeführt, weil es aus ihnen hervorgeht, daß die verschiedenen, in jenen drei Mitgliedern repräsentirten Richtungen, welche sich auf der Synode geltend machten, darin übereinstimmten, daß die Errichtung eines Oberkonsistoriums der Einführung der Verfassung nachfolgen, nicht ihr vorhergehe, am allerwenigsten aber ganz unabhängig von derselben eintreten solle. Der Stahl'sche Vorschlag wurde übrigens mit überwiegender Majorität von der Versammlung angenommen. Es ist also schwer zu begreifen, wie der oben angezogene Artikel behaupten kann, daß die Generalsynode, abgesehen von andern gleichgiltig gemachten Vorschlägen, sich für Errichtung eines Oberkonsistoriums erklärt habe, indem gerade jene Vorschläge als die unumgänglich nothwendige, vorher zu erfüllende Bedingung zu dessen Errichtung von der Generalsynode angesehen und bezeichnet wurden. Wie sehr dies der Fall war, geht aus dem einstimmigen Beitritt zu dem in der vorletzten Sitzung gestellten Antrage des Hrn. v. Auerswald hervor, den Wunsch für die baldige Einführung einer neuen kirchl. Gemeindeverfassung noch besonders auszusprechen, „die er für ein dringendes Bedürfniß und für den einzigen Weg halte, das Wort Sr. Maj. des Königs, daß die Kirche sich aus sich selbst erbauen solle, zur vollen Wahrheit werden zu lassen"*).

Breslau. Die Schles. Zeit. berichtet: Bei einer durch den Hr. Staatsminister Grafen von Stolberg, in Begleitung des Regierungspräsidenten Grafen von Pückler, unternommenen Bereisung der von Hungersnoth und Typhus heimgesuchten Kreise Rybnik und Pleß, hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, nicht nur die polizeiliche Kräfte zur Erhaltung, weniger der Ruhe, als der Ordnung, zu vermehren, sondern vorzugsweise auch dadurch für sanitätspolizeiliche Zwecke und zur Sicherstellung einer pflichtmäßigen Vertheilung der Lebensmittel ꝛc. mitzuwirken, indem dafür weder die wenigen bisher in den Kreisen stationirten Gendarmen, noch die Kräfte der zum Theil selbst erkrankten Samtzen, Ortsgerichte ꝛc. ausreichen. Es wurde in Vereinbarung mit dem kgl. Oberpräsidium für den Zweck am meisten entsprechend erkannt, eine angemessene Zahl zuverlässiger, polnisch sprechender Unteroffiziere und Mannschaften aus den Truppen des 6. Armeekorps zu entnehmen, und unter Führung ihrer Offiziere, in jenen Kreisen stationirt, und nach dem für die Landgendarmerie bestehenden Organismus verwendet zu werden, eine Unterstützung, die um so nothwendiger ist, als im Rybnikter Kreise der Typhus und die Erscheinungen, welche er begleitet, sich über 113, im Pleßer Kreise über 120 Ortschaften verbreitet haben.

**Sachsen.** Leipzig, 21. Febr. Aus dem Reuß-Plauischen Amts- und Verordnungsblatte vom 18. Febr. ersahren wir, daß durch einen am 20. Jan. gefaßten Beschluß der Deutschen Bundesversammlung der Eingang sämmtlicher Verlagsartikel der Firma Jenny Sohn in Bern, sowie deren Annahme, Verbreitung und Versendung verboten worden ist. (D. A. Z.)

**Baden.** * Karlsruhe, 23. Febr. (Kammerverhandlungen Schluß.) Die Kameraldomänen haben in den Jahren 1844 und 1845 eine reine Einnahme von 1,431,082 fl. (im Jahresdurchschnitt 715,541 fl.) ergeben und den Voranschlag um 165,712 fl. übertroffen. Die bedeutendsten Einnahmen kommen aus Grundstücken (1,191,343 fl.) und Zinsen (1,551,798 fl.). Letztere vertreten die Stelle der früher so bedeutenden Zehnten und anderer Gefälle, und werden allmählich wieder in Ertrag von Grund und Boden übergehen, sowie die Ablösungskapitalien zum Ankauf von Wald und landwirthschaftlichen Grundstücken verwendet werden. Die Einnahmen aus Lehen-, zins- und salischtigen Gütern und aus Berechtigungen werden mit der fortschreitenden Befreiung des Bodens immer geringer. Der Bericht erwähnt unter Anderm mit Bedauern, daß in den beiden Jahren wieder Abgangsheuren für Ansuchen, nach Polen vorgekommen sind. Der Verwaltungsaufwand und die Lasten haben 1,568,303 fl. betragen. Die bedeutendsten sind: Kompetenzen, Bauaufwand und verschiedene Beitrittssteuer für Kirchen und Schulen 810,550 fl.; Aufwand für Gebäude, Liegenschaften (Meliorationen) u. dgl. 311,426 fl. Passivzinse (für Kaufschillinge), Bauaufwand aus besondern Verhältnissen und verschiedene Lasten 104,294 fl. Unter den außerordentlichen Ausgaben ist der Aufwand für Erweiterung und Einrichtung der Brauerei Rothhaus (Domän.-Verw. Bonndorf) der bedeutendste. Dafür waren bewilligt: in den Jahren

*) Der aus geehrterster Hand uns zukommende Artikel bricht hier ab der Schluß muß aus Versehen zurückgeblieben sein. Wir bitten um Nachsendung, falls etwas Wesentliches fehlt. D. Red.

Digitized by Google

1842 und 1843 100,000 fl. 1844 und 1845 14,650 fl. Verwendet wurden 232,950 fl.; außerdem wurde der Ertrag der Bauerei für Anschaffungen verausgabt. Die Ueberschreitung wird mit wesentlichen Mängeln des ursprünglichen Bauplanes und unvorgesehenen Bedürfnissen, die sich erst kurz vor und während der Ausführung herausstellten, mit der Unmöglichkeit, die Einhaltung abgeschlossener Verträge zu erlangen, und mit dem Steigen der Stoffe und Löhne entschuldigt. Die Kommission findet die Rechtfertigung nicht genügend, weil die Regierung in der Lage war, schon dem vorigen Landtage über die Verhältnisse Vorlage zu machen und die Bewilligung des Mehrbedarfs zu verlangen; weil sie ferner unterließ, wegen der Mängel des Bauplans und der Nichtbeachtung wesentlicher Momente (Klima, Abgelegenheit, Beschaffenheit des Bodens und der Baustelne) nach Vorschrift gegen die technischen Beamten einzuschreiten, und weil sie den Betrieb der Brauerei überhaupt für unzweckmäßig hält. Die Budgetkommission schlägt daher einstimmig vor: 1) die Regierung zu bitten, bei vorkommender günstigen Gelegenheit die Brauerei Rothhaus sammt Zugehör zu veräußern; 2) die Regierung zu bitten, nach Maßgabe der Verordnung vom 25. April 1839 eine Untersuchung gegen die betheiligten technischen Beamten einleiten zu lassen und das Ergebniß seiner Zeit der Kammer mitzutheilen; 3) Gegen den Präsidenten des Finanzministeriums, wegen Ueberschreitung der bewilligten Kredite für die Erweiterung und Einrichtung der Brauerei Rothhaus, auf den Grund der Ausführungen dieses Berichts in verfassungsmäßiger Form Beschwerde zu erheben.

Die Verhandlung über diesen Antrag wurde bald belebt durch einen Vortrag des Abg. v. Soiron, welcher ausführte, er stimme hauptsächlich darum für die Beschwerde, damit der Präsident des Finanzministeriums, ein Anhänger des alten Systems, zu dem er kein Vertrauen habe, von seinem Posten entfernt werde. F.-M.-L. Regenauer wurde in seiner Erwiderung so sehr von seinen Gefühlen übermannt, daß ihm die Thränen in den Augen standen und die Stimme versagte. Für die Beschwerde sprachen: v. Jhstein, Metz, Kapp, Helbing, v. Soiron, Hecker, Bukt. Bissing und Zittel wollten die Beschwerde auch auf den frühern Finanzminister, v. Böckh, ausgedehnt wissen, da derselbe die Ueberschreitungen hauptsächlich verschuldet habe. Zentner wollte es bei einer Rüge zu Protokoll bewenden lassen, Schaaff stimmte bei. Die Kammer beschloß, gegen den Präs. des Finanzm. Staatsrath Regenauer Beschwerde zu erheben, aber nicht gegen den frühern Finanzminister v. Böckh. Einen Ueberblick der Verhandlung werden wir morgen nachliefern.

Die Einnahmen der Forstdomänenverwaltung in den Jahren 1844 und 1845 haben 4,025,894 fl. betragen; Lasten und Verwaltungsaufwand 1,610,214 fl., also die reine Einnahme 2,415,680 fl. und im Jahresdurchschnitt 1,207,840 fl. Der Bericht beutet auf die seit mehreren Jahren bemerkliche Abnahme der schädlichen Frevel, rügt eine nicht bewilligte Ausgabe für Zulagen an die Forstamtsgehilfen, ohne deßhalls einen Antrag zu stellen, weil es sich um gering bezahlte Angestellte handelt, und bemerkt hinsichtlich einer Ueberschreitung der Ausgabe für Holzabführwege und Flößereirichtungen, daß mit der Einrichtung der Domänenverwaltungen auch das entsprechende Wegsystem festgestellt würde, und das Bedürfniß ohne Nachtheil nicht unbefriedigt bleiben dürfte. Bei dem Etat der Centralverwaltung wird angeführt, daß hier wie bei den Kameralbomänen Mehrausgaben vorkommen, welche durch Ersparnisse bei der Steuer- und Zolldirektion ausgeglichen sind, so daß die Mittelstellen der übrigen Verwaltungszweige kein Ursache haben, die Gemeinschaftlichkeit ihrer Etats mit denen der Grunsstockeverwaltung zu billigen. Die Nachweisungen wurden ohne Diskussion genehmigt.

* Karlsruhe, 24. Febr. Im Anfange der heutigen Sitzung nahm der Abg. Welker das Wort, um bezüglich auf die Gesetze über Ablösung der Frohnden und Grundgefälle an die Regierungskommission eine Frage zu richten. Die Adeligen hätten große Ablösungskapitalien erhalten, in manchen Fällen, z. B. bei Jagdfrohnden, Rauchhühnern ꝛc. mehr als ihnen gebührte. Dessen ungeachtet sei der Adel nicht zufrieden und habe, dem Vernehmen nach, Klage gegen den Fiskus erhoben und Entschädigung im 25fachen Betrage verlangt. Der Prozeß, so heiße es, werde von dem Finanzministerium lau betrieben, er ersuche daher die Regierung, der Kammer bald Aufklarung über den Stand der Sache zu geben und ihr die Akten vorzulegen. Es handle sich dabei um den Umfang der gesetzgebenden Gewalt; wenn diese hier sich dabei um den Umfang der gesetzgebenden Gewalt; wenn diese hier beeinträchtigt werde, so müsse man später ähnlichen Ansprüchen der Stiftungen, Pfarreien und anderer Gefällbezieher ebenfalls Rechnung tragen. Endlich sei es von Wichtigkeit, zu erfahren, wie es mit den neu vorgelegten Ablösungsgesetzen gehalten werden solle, ob diese nicht ebenfalls angefochten werden könnten. F. M. P. Regenauer entgegnet, es scheine ihm zu dieser Interpellation kein genügender Anlaß gegeben; es sei allerdings ein Rechtsstreit zwischen dem grundherrlichen Adel und dem Fiskus anhängig und berühe gegenwärtig bei dem Oberhofgericht. Man dürfe überzeugt sein, daß die Finanzverwaltung die Rechte des Fiskus geltend mache; die Kammer aber sollte sich nicht in den Gang der Verwaltung einmischen. Zentner ist nach seiner Stellung außerhalb der Kammer (als Mitglied des obersten Gerichtshofs) in der Lage, die Auskunft zu geben, daß die Sache von dem Fiskus eben so eifrig betrieben werde wie von dem Adel, und daß ein Vergleich eingeleitet sei. Weller bemerkt, daß nach öffentlichen Blättern das Obergericht in Darmstadt einen ähnlichen Streit zu Gunsten der Regierung entschieden habe. Hiermit wurde dieser Gegenstand verlassen, und die Kammer wendete sich zu der Diskussion über den Bericht des Abg. Mathy, die Rechnungsnachweisungen der Kameral- und Forstdomänen betreffend, worüber wir unserm gestrigen Berichte das Nöthige nachtragen. Die Abgg. Zentner, Romdrde, Welzel und Schmitt äußerten sich zunächst über den langsamen Gang der Zehntablösung und die Mittel, denselben zu beschleunigen, worauf der Berichterstatter bemerkte, daß dieser Gegenstand bei dem Budget wieder vorkomme, wo auch eine Uebersicht über den neuesten Stand der Ablösung werde vorgelegt werden. Böhme beklagt die Ersparnisse an dem Bauaufwand für Kirchen und Schulen, während viele Gebäude in traurigem Zustand seien, was von den Abgg. Kapp, Blankenhorn, Helbing und Bub bestätigt wird. F. M. P. Regenauer entgegnet, daß die Verwaltung zwischen den Geistlichen, welche gebaut haben wollen, und der Budgetkommission, welche die Ueberschreitungen tadle, in einer schwierigen Stellung sich befinde.

Mathy bemerkt, die Vertreter der Kirche möchten sorgen, daß dringende Bedürfnisse in das Budget aufgenommen würden; die Kommission sei solchen noch niemals entgegengetreten, würde sich aber allerdings gegen Ueberschreitungen erklären, wenn sie Posten betreffen, die man hätte vorhersehen und den Ständen zur Genehmigung vorlegen können. — Die Debatte über die Beschwerde wegen der Ueberschreitung des Kredits von 14,650 fl. für Vollendung der Brauerei Rothhaus um mehr als 100,000 fl. wurde von dem Abg. Zentner eröffnet, mit der Erklärung, daß er für den Verkauf der Brauerei und die Untersuchung gegen die betreffenden Baubeamten stimme, statt der Beschwerde gegen den Präsidenten des Finanzministeriums dagegen beantrage: die Kammer möge zu Protokoll erklären, daß sie den Aufwand zwar nachträglich genehmige, aber die Ueberschreitung rüge und der Finanzverwaltung die Einhaltung der Budgetsätze nachdrücklich empfehle. Die Beschwerde nennt er ein zu heroisches Mittel. — Ministerialrath Prestinari, welcher den Bau und die Einrichtung geleitet, suchte die Ueberschreitung in ausführlichem Vortrage zu rechtfertigen. Man habe gehofft, die Einrichtung aus dem Ertrag der Brauerei bestreiten zu können; allein man habe sich geirrt in der Unterstellung, daß obergähriges Bier noch Absatz finden werde, und deßhalb mehr Lagerkäller gebraucht; man habe sich geirrt in der Beschaffenheit des Baugrundes, die Löhne und Stoffpreise seien durch die Konkurrenz der Eisenbahn und des Festungsbaues gestiegen, das rauhe Klima der Einöde, 3000 Fuß über dem Meere, habe die Kosten ebenfalls vermehrt, den Unternehmern habe man die Akkorde nachlassen müssen, um sie nicht zu Grund zu richten. Die Finanzverwaltung habe den Ueberblick über die Kosten verloren, erst der Rechnungsabschluß habe gezeigt, daß eine Ueberschreitung unvermeidlich sei. Das Finanzministerium habe sogleich die Hofbaumännkammer, diese den Baubeamten zur Rechenschaft gezogen, welcher nachgewiesen habe, daß er keine Schuld trage. Im September 1844 sei der Direktor der Hofbaumänenkammer an Ort und Stelle gesendet worden und habe die Anordnung zweckmäßig, die Ausführung gut gelungen gefunden. Ein weiteres Einschreiten sei nicht begründet gewesen, man habe es daher bei einer Rüge der Ueberschreitungen bewenden lassen müssen. Der Vorwurf, daß die Verwaltung unterlassen habe, den erforderlichen Kredit von den Ständen einzuholen, sei unbegründet. Von den Ueberschreitungen in den Jahren 1844 und 1845 erhielt man erst Kenntniß, nachdem das Budget schon erledigt war. Für 1846 schien nach dem Bericht des Baubeamten kein Kredit erforderlich. Im Februar 1846 erhielt das Finanzministerium durch einen Vortrag der Hofbaumänenkammer Kenntniß von dem Zahlungsrest von 17,000 fl. für dieses Jahr; allein es lagen noch Anstände vor, die erst am 2. Juni 1846 erledigt wurden.

F.-M.-Lt. Regenauer eröffnete seinen Vortrag mit der Erklärung: Er sei ein Feind von Ueberschreitungen, sie seien ihm ein Gräuel, und er nehme es der Budgetkommission nicht übel, daß sie

Digitized by Google

dabei mit allem Ernst verfahre. Aber der Antrag auf eine Beschwerde gegen ihn, den demaligen Präsidenten des Finanzministeriums, gehe von einer irrigen Unterstellung aus. Die Hauptüberschreitung falle in das Jahr 1843; jene von 1845 und 1846 seien eine unvermeidliche Folge gewesen. Im Jahre 1844 aber war Hr. v. Böch der verantwortliche Minister; Er sei erst im November 1845 an den Posten gekommen. Schon im August 1844 war die Ueberschreitung eingetreten, und die Untersuchung, welche man verlange, habe stattgefunden. Zu einer Anzeige der Ueberschreitung an die Kammer, bevor die Zeit zur Vorlage der Nachweisungen gekommen war, sei die Regierung nicht verpflichtet, auch sei diese Anzeige noch nie verlangt worden; die Nachweisungen wurden rechtzeitig übergeben. Daß für 1846 kein Kredit begehrt wurde, war ein Versehen, welches in eine Zeit fiel, wo die Verwaltung mit Arbeiten des Landtags überhäuft war. Aber auch seinem Vorgänger falle Nichts zur Last. Derselbe war sorgfältig verfahren, allein es ging ihm wie Anderen, welche einen großen Bau unternehmen. Der Baumeister, einer der geschicktesten, war ein Mann aus der Ebene, der sich in dem rauhen Gebirge eine Lungenentzündung zuzog. Der Hr. Redner ist überzeugt, daß kein Kreuzer zu viel ausgegeben wurde, bekennt jedoch, daß die Budgetkommission in einer günstigen Stellung sei, da sie schon 1841 ein Widerstreben gegen den Bau zeigte. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn die Kammer ihr gefolgt hätte und die Brauerei verkauft worden wäre. v. Jpstein. Die Kommission hat sich allerdings schon früher dahin ausgesprochen, daß der Staat kein bürgerliches Gewerbe treiben sollte; der Verkaufsvorschlag sei geschritten, weil man nicht das nöthige Zugehör mit der Brauerei feil bot. Der Präsident des Finanzministeriums hat sich nicht von der Schuld freistellen können, namentlich darüber nicht, daß er 1845 oder 1846 die ungeheure Ueberschreitung nicht den Ständen vorgelegt; auf die Vorträge der Regierungskommissien werde der Berichterstatter antworten. Min.-Rath Kirchgeßner. Die Verheizerung wurde vorgenommen, wie man sie für zweckmäßig hielt. Metz. Die ganze Anlage war ein ungeheurer Irrthum, und das Hauptverstehen bestand darin, daß man der Brauerei eine fortan wachsende Ausdehnung gab. Daß die Regierung hoffte, den Bau aus dem Ertrag bestreiten zu können, ist ein Beweis, daß sie ihre Hand nicht in bürgerliche Gewerbe mischen sollte, womit er ihr jedoch keinen Vorwurf machen wolle. Der Redner führt aus, daß dem vorigen Landtage eine Vorlage hätte gemacht werden können und sollen. Kapp hört mit Vergnügen die höfliche Sprache, welche er bisher an dem Präsidenten des Finanzministeriums nicht gewohnt gewesen sei, und zollt ihm dafür Dank und Anerkennung. In der Sache selbst wird er zwischen der Anklage und der Rüge die rechte Mitte halten, und für die Beschwerde stimmen. Schaaff hat keine Freude an der Ueberschreitung, welche er nicht ganz gerechtfertigt finden kann; allein es sei ein Versehen des frühern Finanzministers, der gegenwärtige Vorstand habe den Bau vollenden müssen; er stimmt daher mit Zentner für eine Rüge zu Protokoll. Helbing als Mitglied der Budgetkommission von 1841 bestätigt die Angaben des Abg. v. Jpstein und stimmt für den Kommissionsantrag. Weizel sieht zwar die grandiose Ueberschreitung nicht gern, erkennt aber auch, daß die Regierung nicht verpflichtet war, die Nachweisungen früher vorzulegen, und hält es nicht für rechtlich, eine Anklage gegen Jemanden zu erheben, der den Mißbrauch nicht verschuldet. Schmitt hat ebenfalls das Bedenken, daß die Beschwerde nicht gegen die rechte Person gerichtet sei, doch hätte die Kammer von 1846 von der Ueberschreitung in Kenntniß gesetzt werden sollen. (Nach einer längeren zum Theil bewegten Debatte, die wir morgen nachtragen werden, wird der Antrag auf eine Beschwerde gegen den Präsidenten des Finanzministeriums von der Mehrheit der Kammer angenommen.)

**Kurhessen.** ** Kassel, 23. Febr. Schwerlich wird der heutige Tag vorübergehen, ohne daß der Staatsrath Bickel, Vorstand des Justizministeriums, diese Welt verlassen haben wird. Er wird einem Nervenfieber erliegen. Er war ein gründlicher Kenner des Kirchenrechts, ein orthodoxer Christ, er hielt das Heil der Menschheit durch eine enge Verbindung zwischen Thron und Altar bedingt; vielleicht hat er es nicht überschaut, daß die Auffassung, in welcher diese Ihre gehalten wurde, Fürst und Volk von der Herrschaft einer religiösen Partei abhängig machen mußte, die ihren Glauben als den allein berechtigten angesehen wissen möchte. Bickel folgt sehr bald seinem Freunde Münscher nach, der auf ihn großen Einfluß geübt hat. Bickel, von Münscher getrennt, war ein anderer Mann. Sie hatten den gemeinschaftlichen Auftrag erhalten, die Aenderungen zu bearbeiten, welche der kurhessischen Verfassung gegeben werden sollten. Ueber dieser Arbeit hat sie Beide der Tod ereilt. — Seit einiger Zeit ist der Staatsrath Schieffer, Vorstand des Ministeriums des Innern, erkrankt. Seit ein paar Wochen schon arbeitsunfähig, glaubt man kaum, daß er in der nächsten Zeit wieder werde vollkommen thatkräftig werden können, ohne daß jedoch seinem Unwohlsein ein ernsterer Charakter beizulegen sein möchte. — Gestern wurde die Ständeversammlung auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Vertagung darf längstens drei Monate dauern. Dem Vernehmen nach war die nächste Sitzung zur Erörterung der Frage bestimmt, ob bei dem kurhessischen Eisenbahnantehen die Bedingungen eingehalten sind, unter welchen dasselbe die Zustimmung der Landstände erhalten hatte. Es ist ein sonderbarer Zufall, daß die letzte Auflösung der Ständeversammlung auch gerade in dem Augenblick erfolgte, als jene Erörterung unmittelbar bevorstand. Darf man Gerüchten trauen, so soll der dermalige Prüfungsausschuß auf das nämliche Resultat wie das der aufgelösten Ständeversammlung gekommen sein, nämlich jene Frage zu verneinen. Doch läßt sich darüber Nichts mit Zuverlässigkeit sagen, weil die Verhandlungen nicht öffentlich betrieben sind.

† **Braunschweig**, 20. Febr. Der bereits mehrfach in verschiedenen Zeitungen besprochene Antrag auf Oeffentlichkeit der Verhandlungen der hiesigen Stadtverordneten ist von diesen jetzt endlich beschlossen. Die Hauptbedingung dieser Beschlußnahme hatte in dem Wunsche ihren Grund, die Grundzüge des Antrags so zu fassen, daß derselbe ohne Aenderung der Städteordnung von 1834 ausführbar werde. Eine Rücksicht, welche eine kommissarische Vorberathung nothwendig erscheinen ließ. Die wesentlichen Punkte des Antrags sind folgende: „1) Die Verhandlungen der Stadtverordneten sind öffentlich, und es werden Zuhörer zugelassen. 2) Auf Antrag des Magistrats oder von 4 Stadtverordneten kann die Sitzung in Betreff einzelner Gegenstände für eine geheime erklärt werden. 3) Die Tagesordnung wird am Tage vor jeder Sitzung durch das Intelligenzblatt bekannt gemacht, und nachher auch ein ausführliches Protokoll der Sitzung durch den Druck veröffentlicht. 4) Der Stadtmagistrat kann in pleno den Sitzungen beiwohnen oder sich in denselben durch einen Deputirten vertreten lassen, der dadurch jedoch nicht eigentliches Mitglied der Versammlung wird." — Umsomehr dürfen wir die Annahme des Antrags von Seite des Magistrats vorhersagen; als diese Behörde selbst wesentlich dabei betheiligt ist, daß ihre Wirksamkeit zur unmittelbaren Anschauung der von ihr Vertretenen gelange, als ferner gewichtige Stimmen in den höhern Regionen unseres Staatslebens sich dafür ausgesprochen haben, und als endlich der Beschluß der Stadtverordneten mit Einstimmigkeit gefaßt worden ist.

**Schleswig-Holstein.** Kiel, 22. Febr. Die ständischen Abgeordneten der Städte sind schon auf den 13. (oder 11.) März nach Itzehoe zur Vornahme der durch das Patent vom 28. Jan. angeordneten Wahl erfahrener Männer berufen. (Nach Gottesf sollen sie zum 28. oder 29. März eindernfen sein.) Es ist sehr erfreulich, daß die Sache einen raschen Fortgang hat. Sollte man in Folge der Ereignisse in den Herzogthümern sich nicht bis dahin in Kopenhagen besonnen haben, und dennoch den Rath der Herzogthümer über den dänischen Gesammtstaat hören wollen, so können wir erwarten, den außerordentlichen Staatsrath im Maimonat nach Kopenhagen einberufen zu sehen. (H. B.)

## Schweiz

Bern, 22. Febr. Der N. Zür. Z. wird geschrieben: Die Berathungen der Bundesrevisionskommission kommen immer mehr auf die Bestimmungen des Entwurfs vom Jahr 1832 und 1833 zurück. Hinsichtlich der Garantie des Gebiets der einzelnen Kantone durch den Bund verständigte man sich heute dahin, daß Grenzstreite und Grenzverträge der Kantone mit dem Ausland nur unter Mitwirkung der Bundesbehörde beseitigt werden dürfen, und daß selbst Grenzberichtigungen zwischen den Kantonen der Genehmigung des Bundes unterliegen. — Unter die weitern Beschränkungen der Kantonalsouveränität wurden aufgeführt, daß die Kantonsverfassungen den Bestimmungen des Bundes nicht widerstreiten dürfen, einen bestimmten Revisionsartikel enthalten, „dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz huldigen und die Ausübung der politischen Rechte nach repräsentativen oder demokratischen Formen sichern müssen, so daß einerseits die Unterthanenverhältnisse jeder Art zwischen einzelnen Theilen des Kantons untersagt, anderseits alle Staatsbürger, welche die durch das Gesetz vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen, die politischen Rechte auszuüben befugt seien, und diese Ausübung nie zu einer unabänderlichen Ortsberechtigung oder zu einem Vorrecht der Geburt von Personen oder Familien werden könne."

Der Bund garantirt den Kantonen neben dem Gebiet auch die

Digitized by Google

Unabhängigkeit nach Außen, und die Rechte der Behörden und des Volkes im Innern. Wenn hierüber die Berathungen auch noch nicht zu Ende gediehen sind, so darf man zum Voraus behaupten, daß die Kommission einstimmig die im letzigen Bunde durchgeführten Grundsätze des Stanzerverkommnisses verlassen und eben so sehr die Rechte und Freiheit des Volkes als die Rechte und Freiheit der Behörden zu schützen gedenke. Bei plötzlichen Gefahren von Außen wird die oberste Vollziehungsbehörde jedes Kantons verpflichtet, unter Anzeige an den Vorort die benachbarten Kantone zu Hilfe zu mahnen, und die Gemahnten sind zum Zuzuge verpflichtet; die Kosten trägt die Eidgenossenschaft. Hierüber war die Kommission einig. Bei Streitigkeiten der Kantone unter sich sind sie angewiesen, sich jeder Selbsthilfe und Bewaffnung zu enthalten und das vorgeschriebene Rechtsverfahren einzuhalten. Wie es bei Unruhen im Innern der Kantone selbst gehalten sein soll, ob, wie und wann von Bundeswegen zu intervenieren sei, ist einer weitern Diskussion vorbehalten.

### Großbritannien.

London, 22. Febr. Sir Stratford Canning hat bereits im Laufe der letzten Woche London verlassen, um sich auf seinen Gesandtschaftsposten in Konstantinopel zu begeben.

Der Globe meldet: Lord J. Russell kündigte vergangenen Freitag 18. Febr. an, daß die Regierung von Sir H. Smith eine Depesche erhalten habe, wonach der Kaffernkrieg zu Ende sei. Zufolge einer vom Globe mitgetheilten Schiffsnachricht hatte nämlich Sir H. Pottinger durch geschickte Operationen die Kaffern so in die Enge getrieben, daß sich ihm zuletzt sämmtliche Kaffernhäuptlinge sammt ihren Weibern und Kindern als Gefangene ergeben mußten.

Die letzten Nachrichten der Ueberlandpost aus Ostindien lauten wie jetzt gewöhnlich sehr friedlicher Natur. Dagegen melden die ostindischen Zeitungen aus Kanton den traurigen Fall, daß ein Haufe chinesischen Gesindels sechs Engländer, die sich auf einem Spaziergange etwas zu weit von ihren Booten entfernt hatten, in der Nähe von Kanton überfiel, zwei davon auf der Stelle, vier dagegen erst nach längerer maltervoller Gefangenschaft tödtete. Sofort verlangte John Davis vom chinesischen Gouverneur Sühnung für diese Schandthat, auch sind nach langen Unterhandlungen bereits 4 Chinesen mit dem Tode bestraft worden; 11 Andere befinden sich noch in Untersuchung. Englische Kriegsschiffe waren alsbald von Singapore nach Kanton beordert worden, um, wenn es nöthig sein sollte, den Chinesen eine neue Lektion zu geben. Wen jenen Vorfall, so traurig er an sich ist, werden die Engländer ohne Zweifel Nutzen zu ziehen wissen; den Chinesen dagegen dürfte er theuer zu stehen kommen.

Mit den letzigen, für das Ausland übrigens nicht sehr wichtigen Parlamentsverhandlungen wollen wir unsere Leser schonen, da die unberechenbar wichtigen Pariser Ereignisse ihre Aufmerksamkeit ohnehin von allen übrigen Vorgängen abziehen werden. Vorläufig bemerken wir nur dies: daß der bloße Bestand des Whigkabinets und die antinazionale Politik Palmerston's wenigstens indirekt viel zu diesen Erfolgen beigetragen haben; der englischen Presse, die unermüdlich thätig war, die Maulwurfsgänge der Politik Ludwig Philipp's und Guizot's aufzudecken, die von ihnen konsequent eingeschlagene volks- und verfassungsfeindliche Richtung zu enthüllen und die Franzosen an ihre Ehre und zugleich an die von diesem wieder „abgedankten Wahlkönig" gegebenen und nicht gehaltenen Versprechungen zu erinnern, kann man sogar einen direkten Antheil an dem Sturz der Herrschaft Ludwig Philipp's beimessen. Das M. Chr. schien bereits seit einiger Zeit diese Katastrophe an dem Brandgeruch zu wittern, welcher ihr voranging.

### Frankreich.

☞ Soeben erhalten wir folgende telegraphische Depesche:

Paris, 24. Febr. 1 Uhr. Der Minister des Innern an den Präfekten des Niederrheins. Ludwig Philipp hat abgedankt; sein Enkel Ludwig Philipp II. ist König. Die Herzogin von Orleans ist zur Regentin erklärt. Hr. Odilon Barrot hat erklärt, daß das Ministerium sich unter seiner Mitwirkung neu bilde. General Lamoricière ist zum Oberanführer der Pariser Nationalgarde ernannt. Alles wendet sich hier zur Ruhe und Versöhnung *).

*) Unsern Lesern in der Nähe haben wir diese Nachricht bereits durch ein Extrablatt heute früh mitgetheilt.

Paris, 23. Febr. Der gestrige Tag hat blutig geendet, doch wird von der einen Seite behauptet, daß nur Verwundungen vorgekommen seien; von der andern Seite spricht man von 50 Todten. Beide Theile legen ihren Berichtern gegenseitig große Rohheiten und Grausamkeiten zur Last. Die Patrie versichert, daß vor den Augen ihres Redakteurs zwei arme Frauen zusammengehauen worden seien. Der große Hanfe hat sich mancher Ausschweifungen schuldig gemacht. Man sagt, daß an das königliche Schloß zu Neuilly Feuer gelegt wurde; an einigen Thoren der Stadt wurden die Zollhäuser verbrannt. Die Nationalgarde hat sich laut gezeigt, die Linientruppen sogar hie und da schwierig. In der Vannnerie soll es zum Handgemenge zwischen Linienfoldaten und Municipalgardisten gekommen sein, weil diese einen Bajonettangriff auf das Volk gemacht. In der Stadt selbst mußte eine Abtheilung Soldaten in der Kaserne konsignirt werden, weil sie sich weigerte, zu marschiren. Andere bedenkliche Vorzeichen dieser Art verbietet und die drängende Zeit anzuführen. Für heute ist die Regierung entschlossen, der Volksbewegung, die man gestern noch geschont, mit dem größten Nachdeuke entgegen zu treten; sie will Ernst zeigen, wie das J. d. D. sagt.

Ueber die Vorfälle vom 23. geben uns folgende Mittheilungen zu:

Paris, 23. Febr. Vorm. 10 Uhr. Noch ist, wenigstens in den Innern der Stadt, die Ruhe nicht wieder gestört worden, das Wetter ist ziemlich heiter und die ganze Bevölkerung von Paris wogt durch die Straßen, um die Reste der Barrikaden und die Kugelspuren und Verwüstungen an den Wachthäusen zu sehen. In den elysäischen Feldern sind zwei Wachthäuser ganz zerstört, alle Stühle, die man dort an Spaziergänger vermiethet, etwa 4000 an der Zahl, wurden aufgeschichtet und angezündet. An der Kirche de l'Assomption in der Rue St. Honoré wurden die Eisengitter abgebrochen und die Lanzenstäbe derselben als Piken vertheilt. Gleiches wurde mit geringerem Erfolge an der Kirche St. Roch versucht. Die Barriere von Clichy wurde von einem Haufen genommen und der Wachtposten entwaffnet; an der Barriere de l'Etoile wurde das Octroigebäude in Brand gesteckt.

Mittags 12 Uhr. Die Regierung entwickelt jetzt außerordentliche militärische Streitkräfte, sie will die Bewegung heute um jeden Preis beenden. — Vier Regimenter schwere Kavallerie stehen in den elysäischen Feldern. Der Konkordenplatz und der Karoussellplatz sind mit Truppen überfüllt, ebenso die ganze Linie der Boulevards. Von allen Seiten rücken fortwährend Truppen nach Paris, und die Anzahl der bereits Anwesenden wird auf 100,000 Mann angegeben. Batterien sind an allen wichtigen Punkten aufgefahren, und die Truppen, die heute Nacht im Freien biwakirten, sind sodann durch frische Regimenter abgelöst worden. Fortwährend treffen auf allen Punkten Rüstwagen mit Lebensmitteln ein, die sogleich an die Soldaten vertheilt werden. Die Nationalgarde biwakirt ebenfalls, ist jedoch noch nicht sehr zahlreich. Es wird immerfort Generalmarsch geschlagen.

Soeben hören wir, daß die Unruhen in dem Quartier St. Martin auf's Neue beginnen, und daß die Municipalgarde schon mehrere Male gefeuert hat.

2 Uhr N.M. Der Kampf wird immer ernster und die Bewegung ergreift immer mehr Stadttheile. In dem ganzen Quartier der Hallen, in den Straßen, die in die Hauptstraßen Montmartre, Montorgueil, St. Denis, St. Martin einmünden, findet man umgeworfene Wagen, zerstörte Barrikaden — alle schon genommen und von Militär besetzt. Die Emeute hat sich wieder in den Straßen St. Martin und St. Denis festgesetzt, und es wird heftig gefeuert. An dem Thore St. Denis stehen vier Kanonen, ebensoviel an dem Thore St. Martin. Die Cirkulation fängt an sehr schwer zu werden, da die meisten Straßen gesperrt sind. Alle Leute, die Packete tragen, werden angehalten und untersucht, ob sie den Kämpfenden nicht Munition zutragen. Die Haltung des zuschauenden Publikums wird immer aufgeregter, alle Straßen und Boulevards sind mit Menschen bedeckt, die die Truppen und die Nationalgarde mit Lärmenden Zurufen empfangen. Niemand weiß noch, wie das enden wird, es ist kein Volksaufstand und doch mehr als eine Emeute. Die Anzahl der Todten und Verwundeten soll bereits sehr beträchtlich sein.

3 Uhr. Fortwährendes Feuern von beiden Seiten. In den Straßen wird aus den Fenstern auf die Truppen geschossen — diese unterhalten nun ein wohlgenähretes Feuer auf alle Fenster, um diese leer zu erhalten. Fortwährend werden Batterien aufgefahren, es mögen in diesem Augenblicke schon 400 Kanonen in Paris aufgefahren sein — doch hat man sich ihrer noch nicht bedient. Wenn es der Regierung nicht gelingt, bis heute Abend den Aufstand ganz zu bewältigen, steht zu erwarten, daß Morgen ganz Paris im Aufstande ist und die Umgebung von Paris an dem Kampfe Theil nimmt. Die

Digitized by Google

Minister waren Mittags beim Könige und es soll beschlossen worden sein, die äußersten Maßregeln anzuwenden, um Ruhe und gesetzliche Ordnung wieder herzustellen.

4 Uhr N.M. Die Stimmung der Nationalgarde fängt an in den meisten Legionen bedenklich zu werden; viele Kompagnien weigern sich zu marschiren, wenn nicht der Ruf: Es lebe die Reform! angestimmt werde, fast alle Kompagnien singen die Marseillaise. Die Nationalgarde verlangt der Mehrzahl nach den Rücktritt des wegen seiner auswärtigen Politik allzu unpopulären Ministeriums und die Wahlreform. Das ganze Offizierkorps der 2. Legion hat sich zum Könige begeben, um ihre Wünsche vorzutragen. — Man spricht auch bereits von blutigen Konflikten zwischen der Nationalgarde und der Municipalgarde. Eine Legion der Nationalgarde, die sich nach den Tuilerien begeben wollte, um vom Könige die Absetzung der Minister zu verlangen, ward von der Municipalgarde aufgehalten und es soll zu einem lebhaften Handgemenge gekommen sein. Auf dem Boulevard du Temple hat das Volk das Pflaster so gerissen, daß weder Kavallerie noch Artillerie manövriren können. Auch alle Gasbeleuchtungsröhren sind zerstört, und ein großer Theil von Paris wird heute Nacht finster bleiben. Wenn die Bewegung der Nationalgarde um sich greift, so muß das Ministerium weichen.

4½ U. N.M. Soeben erschallt Jubel in den Straßen. Kompagnien der Nationalgarde ziehen durch die Stadt mit den Rufen: Alles ist vorbei! Das Ministerium hat abgedankt! Es lebe die Reform! Alles schreit und jubelt; — die Zeit selbst wird, um die Wahrheit der Nachricht zu ermitteln. Das Feuer in den Stadtvierteln der Emeute dauert noch immer fort.

N.S. Alles ist wahr, das Ministerium Guizot ist gefallen — Graf Molé ist zum König berufen, um ein neues Ministerium zu bilden. Der größte Jubel herrscht in ganz Paris — die Truppen rücken ein. — So weit unser Korrespondent.

Hr. Guizot selbst hatte der Kammer auf einige an ihn gerichtete drängende Fragen über den Zustand der Stadt seinen Rücktritt angezeigt. „Es sei nicht nöthig", sagte er, „in diesem Augenblicke auf weitere Einzelnheiten einzugehen. Der König habe den Grafen Molé — (sobald dies Wort ausgesprochen war, erschallte ein unermeßlicher Beifallssturm — Hr. Guizot war todtenbleich) der König habe den Grafen Molé mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. So lange er, der Redner, übrigens an der Spitze der Geschäfte stehe, werde er Alles aufbieten, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten."

Wie nun in Folge dieses Ministerwechsels auch der König abgedankt, haben wir nach telegraphischer Mittheilung bereits in einer außerordentlichen Beilage gemeldet. Die Auflösung der Kammer muß allen diesen Schritten auf dem Fuße folgen, denn die Kammer hatte sich mit der Politik Louis Philipp's und des Hrn. Guizot identifizirt. Wir bemerken übrigens noch, daß die ganze Volksbewegung eigentlich nur gegen das Ministerium gerichtet war, und daß nirgends eine Stimme gegen Louis Philipp oder zu Gunsten der Republik gehört wurde.

Der Antrag, das Ministerium Guizot in Anklagestand zu versetzen, wurde gestern der Kammer wirklich vorgelegt. Wir bringen morgen den Text dieses von 52 Abgeordneten unterzeichneten Aktenstückes.

## Italien.

Von der italienischen Grenze, 21. Febr. Nachrichten aus Wien zufolge ist am 19. d. M. zur Kundmachung des Standrecht der Befehl nach Italien abgegangen. Nach dem österreichischen Strafgesetz ist in Aufruhrfällen unter den gesetzlichen Bestimmungen die Landesstelle (wenn Gefahr auf dem Verzug steht, sogar ein Kreisamt, eine Delegation) berechtigt, das Standrecht anzuordnen und zu verkünden. Daß Letzteres bei Gelegenheit der Unruhen in Padua und Pavia nicht geschah, sondern der Befehl hiezu von der Hauptstadt abgewartet wurde, beweist zur Genüge, daß man gegen Italien die größten Rücksichten walten läßt. (A. Z.)

Dasselbe Blatt bemerkt: Die neueste Post aus dem lombardisch-venetianischen Königreich (Mailand, 20., Venedig, 19. Feb.) bringt abermalige Meldungen von bedenklichen Aufstritten. Wie neulich in Pavia (das so nahe bei Mailand liegt) die Unruhen drei Tage dauerten, so erneuerten sich in Bergamo am 16. und 17. die blutigen Raufereien vom 15. Febr. Selbst in Venedig — dessen Bevölkerung, gegenüber der lombardischen, sonst so geschmeidig ist — hegte man ernsthafte Besorgnisse vor Ausbrüchen des allwärts waltenden Geistes. Die vielen aus Pavia und Padua ausgewiesenen Studenten werden in den Orten, wohin sie sich verbreiteten, schwerlich Friedenspredniger sein. (Der „Oesterreichische Beobachter" meldet die in Pesaro erfolgte Ernennung des Generalsekretärs der Legation, Nicolai.)

Rom, 16. Febr. Die neueste Regierungszeitung zeigt an, daß Se. Heil. den Kardinal Bizzardelli der Kommission beigegeben habe, die niedergesetzt worden, um „eine Erweiterung der bestehenden Institutionen und dazjenige Regierungssystem vorzuschlagen, das mit der Autorität des Papstes und den Bedürfnissen der Zeit übereinstimme". Mons. Amici hat das Portefeuille des Innern niedergelegt, das dann dem Mons. Pentini übergeben wurde.

(Schluß der toskanischen Verfassung). Der Großherzog kann die Dauer der Session unterbrechen und beide Versammlungen außerordentlicher Weise einberufen. Die Sitzungen beider Versammlungen sind öffentlich, können aber auf Antrag von fünf Mitgliedern geheim werden. Den Präsidenten und Vicepräsidenten des Senats ernennt der Großherzog, die Deputirtenkammer wählt ihre Präsidenten selbst. Ihr Reglement geben beide Versammlungen sich selbst. Die Gesetze müssen, um Kraft zu erhalten, vorher von beiden Versammlungen berathen und angenommen sein. Steuern können ohne Zustimmung der Kammer nicht auferlegt werden. Steuergesetze, Budgets u. dgl. müssen der Deputirtenkammer zuerst vorgelegt werden. Die direkten Steuern werden auf ein Jahr bewilligt; die indirekten können für mehrere Jahre festgestellt werden. Die Vorlagen der Regierung müssen vor allen übrigen berathen und votirt werden. Jeder Bürger, der das 21. Lebensjahr zurückgelegt, hat das Recht, an die Kammern Petitionen und Beschwerden einzusenden. Die Minister und Regierungskommissäre haben in beiden Kammern freien Zutritt. Der Deputirtenkammer steht das Recht zur Anklage der Minister zu; das Urtheil fällt der Senat. Die Civilliste wird von den Kammern für jede Regierungsperiode festgesetzt. Während des Regierens des gegenwärtigen Großherzogs wird die dermalige Hofdotation beibehalten. Dem Erbgroßherzog wird nach erreichter Großjährigkeit eine jährliche Rente zu Lasten des Staats ausgesetzt. Dem toskanischen Adel werden seine Ehrenrechte garantirt; neue Adelige kann der Großherzog ernennen. Jede neue Regierung beginnt mit der Eidesleistung der Regenten auf das Staatsgrundgesetz vor beiden vereinigten Kammern. Der Großherzog erhält sich die Promulgirung derjenigen Gesetze vor, welche zur Konstituirung der vollziehenden Gewalt und zum Vollzuge dieses Staatsgrundgesetzes erforderlich sind, namentlich: des Wahlgesetzes, des Preßgesetzes, des organischen Gesetzes über die Regierungen und Verwaltungen. Den gesetzgebenden Versammlungen dagegen sollen vorgelegt werden: Gesetzentwürfe über die Municipal- und Bezirksinstitutionen, gegründet auf das Wahlsystem; über den öffentlichen Unterricht; über die Verantwortlichkeit der Minister; über die Staatsdreanten und über Expropriation. In der ersten Session wird das Budget für 1849 und die Rechnung für 1847 vorgelegt werden. Die erste Session der gesetzgebenden Versammlungen wird sofort nach vollzogenen Wahlen eröffnet werden.

Die neuesten Florentiner Blätter sind voll von Freudenbezeigungen und Dankadressen, welche toskanische Bürger und Korporationen an ihren konstitutionellen Regenten richten.

## Handels- und Börsennachrichten.

Der Moniteur des Indes und nach ihm das Handelsblad bringt ein umfassendes handelsstatistisches Gemälde von Niederländisch-Indien, das sehr lehrreiche Seiten darbietet und mit seinen merkwürdigen unwiderlegbaren Zahlenangaben die reinste Handelspolitik in ihrer Kongruität mit Ruhe stimmiert wahrhaft verdammt. Die Ausfuhr von Java und Madura hat sich seit 1846 gegen die fünf früheren Jahre wieder ungemein erhöht, bei Ihre hat sie z. B. 369,311 Fl. gegen 116,484 Fl. betragen. Die Einfuhr dort hat sich an Kaufwaaren von 23,774,212 Fl. im Mittel der fünf frühern Jahre auf 26,876,623 Fl. 1846 erhöht, während die an Münze von 1,296,491 Fl. auf 509,896 Fl. gesunken ist. Von jener Waarreneinfuhr kam aus Deutschland nicht mehr als Neuneu Werthes, aus Niederland für 11,073,101 Fl. (gegen 11,295,182), aus England 5,440,863 Fl. (gegen 3,862,206 Fl. im Mittel, was beweist, daß die englischen Blätter eine Unwahrheit sagen, wenn sie behaupten, der Handel im holländisch-ostindischen Archipel befinde sich in der Abnahme, während er in Wirklichkeit doch bis nahe an die Resultate des holländischen Handels selbst dahin gestiegen ist), aus dem östlichen Archipel endlich 7,381,223 Fl. (gegen 6,458,133 Fl. im Mittel). Noch viel bezeichnender wird das Bild, wenn man die Ein- und Ausfuhr Javas in den drei Zeitpunkten von 1826, 1836 und 1846 miteinander vergleicht. Die sog. Privateinfuhr betrug nämlich:

| | 1826 | 1836 | 1846 |
|---|---|---|---|
| An Waaren Fl. | 10,250,175 | 17,848,748 | 26,876,623 |
| „ Münze | 3,982,822 | 676,150 | 509,896 |

Die Einfuhr für Rechnung der Regierung erlief außerdem 1836 auf

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Owen u. Knap., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Ueberseeländer übernimmt Bestellungen und versendet sie die A. Lacroutzer Strasbourg 20 Brantgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverbreiter besorgt das Großh. Bad. Hofamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10., durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 59. Heidelberg, Montag 28. Februar 1848.

Uebersicht.

lebenden Staatsmänner und Talente sich ekrutiren; denn mit den verbrauchten Kräften dieses achtzehnten Jahrh[undert]

## Extrablatt zur Deutschen Zeitung Nr. 58.

Wir erhalten soeben folgende telegraphische Depesche:

Paris, 24. Februar. Ein dreiviertel Uhr Nachmittags. Der Beauftragte der provisorischen Regierung an die Herren Präfekten.

Zusammensetzung der provisorischen Regierung:

Dupont (de l'Eure), Präsident.
Arago, Minister der Marine.
Lamartine, Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
Cremieux, Justizminister.
Supervic, Kriegsminister.
Ledru-Rollin, Minister des Innern.
Marie, Handelsminister.
Garnier Pagès, Maire von Paris.

---

[illegible] eine systematische Korruption der Kammern und der Bureau's und die beharrliche Widersetzung gegen die Wahlreform, dieses ehrlose Spiel in Spanien, diese Komivenz gegen das Pfaffenthum, diese zuletzt angenommene Stellung gegen die Schweiz waren Erscheinungen, die allerdings weniger grell auftraten, als die Reaktion von 1815—1830, aber im Grund und Wesen für eine große Nation, die eine Stagnation nie ohne Gefahr erträgt, nicht weniger bedeuteten. Das langsam und still geriterte Geschwür ist schneller gereift, als man dachte. Die strafende Gerechtigkeit hat L. Philipp noch bei seinem Leben ereilt und an ihm dieselben subtilen Fehler zu rächen gehabt, die die Bourbons nur gröber begingen, und die ihn auf demselben Wege befestigte, auf dem er sich an die Stelle seiner Verwandten schob. Daß der schlaue Greis, der so oft den meuchlerischen Kugeln entronnen ist, dies erleben mußte, wird ihm die empfindlichste Schadenfreude der Legitimisten bereiten.

Es ist Alles zu früh, was wir über den Fall in Bezug auf Frankreich sagen; wir haben eine Wirkung vor uns, deren letzte Ursachen wir noch nicht kennen. Aber in Beziehung auf die Folgen ist dieses Faktum voll der unmittelbarsten Anregung der Vorstellungskraft und der politischen Berechnung. Frankreich wird innerlich aufathmen; ein neues Wahlgesetz wird eine weitere Schichte der Gesellschaft zu den Werken der Politik berufen, und es ist wohl nöthig, daß die einflußreichen Klassen, welche [illegible] Gefahr des Zweifelhaften, nach der wir rufen, wird den Ereignissen gegenüber immer nöthiger, immer dringender, das Zusammengehen der Fürsten und Regierungen mit dem Volke immer gebotener. Nur eine energische, freisinnige und volksthümliche innere und äußere Politik wird uns in Deutschland fähig machen, dem verjüngten Frankreich gegenüber sicher und ungefährdet zu stehen. Sähe man dies endlich in Preußen ein, um zu begreifen, daß nicht allein eine regelrechte innere Prüfung und Erfahrung Verfassungswerke und Volksrechte entwickeln muß, sondern ebensowohl die Rücksicht auf die äußere Lage der Welt! Sich selbst überlassen mag die Freiheit und das Volksrecht vielleicht in langsamer Zeitigung gewinnen; aber wie selten sind die Zeiten einer solchen Ruhe, und wie wenig sind sie doch auch gewöhnlich dazu geartet, gerade diese ruhigen schlaffen Zeiten, Freiheit und Rechte zu reifen! Welche Lehre erleben wir in dieser Beziehung an Oesterreich! Dorthin wenden sich alle unsere Sorgen, und die ganze Nation kann nicht kräftig genug sich erheben, um dort und um uns von dorther ein drohendes Unheil abzuhalten.

So steht nun jener vielgepriesene Nestor der europäischen Diplomatie sein eigensinniges Werk noch zerbröckeln, und die Sündfluth hält sich nicht solange zurück, bis er seine Augen geschlossen. Das Schicksal erreicht ihn, wie es den Mächtigen und Schlauen in Paris erreicht hat. Was wird nun Oesterreich thun? Mit dem Frankreich des Louis Philipp sogar grollte dieses konservative System in dem Grade, daß

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden wir sich an G. L. Alexander Strassburg 20 Strandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverbindung besorgt das Großh. Bad. Hofraum Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 1 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (2 Ggr.) berechnet.

№ 59. Heidelberg, Montag 28. Februar 1848.

## Uebersicht.

**Die neueste französische Revolution.** — Die polnische Verschwörung. VII. Zweite Phase der Demokratie: die Besoldungsfrage. (Forts.). — Berlin (Mittheilung eines Reisenden über die oberschlesische Noth). Eisding (Mehrruf der königl. Regierung zu Danzig an den Magistrat und Antwort des Magistrats an die Regierung). — München (Die Berufung Fallmerayer's bestätigt. Erklärung des Grafen Arco. Grafen Landesein in Zürich). Karlsruhe (Kammerverhandlungen: die Beschwerde gegen den Präsidenten des Finanzministeriums). Kassel (Minister Bickell †). Schwarzburg-Sondershausen (Vorstellung der Ständeversammlung, die Lage des Landes betr.). Schleswig-Holstein (die Wohlstandsideen von beiden Seiten). Frankfurt a. M. (Ankündigung des Komites des allgemeinen deutschen Sängerfestes). Hamburg (die Reformbestrebungen).

**Großbritannien.** Die Times über die Münchner Vorgänge.

**Frankreich.** Beseitigung Odilon Barrot's und Einsetzung einer provisorischen Regierung mit vorwiegenden republikanischen Elementen. Antrag auf Anklage des Ministeriums Guizot. Die Straßenereignisse vom 23. Feb. Die Abdankung Guizot's. Die Abdankung des Königs und die Regentschaft der Herzogin von Orleans. Nachrichten vom 24. Feb. Die Post ausgeblieben.

**Italien.** Mailand. Die Aufstritte in Bergamo; bedenkliche Stimmung in Venedig; Deutschenhaß in Mailand.

**Handel.** Frankfurt. Die Börse unter dem Eindruck der neuesten Pariser Nachrichten.

**Beilage.** Berlin. Verhandlungen der vereinigten Ausschüsse; Berhandlung über das Assoziationsrecht. Karlsruhe. Kammerverhandlungen: Welcker's Erklärung über seine Motion, das minisserielle System betr. Die Rechnungen des Justizministeriums.

### Heidelberg, 28. Februar.

Der Schlag im Westen, den man allgemein bei Louis Philipp's Tode erwartet hatte, ist schon jetzt gefallen. Die Nemesis, die in der Geschichte selten so unmittelbar einschreitet, hat den Mann unerwartet schnell getroffen, dessen Politik als das nun plus ultra der Klugheit und Umsicht bei allen Denen galt, die nicht über die äußeren Erfolge und die Wirkungen des Tages hinausschen. Für die fortgeschrittene Zeit, die an den vor und nach 1830 gemachten Erfahrungen gereift war, für die empfindlicher und reizbarer gewordene öffentliche Meinung und Bildung in Frankreich war das System, das halb nach der Julirevolution anfing und in steigenden Graden sich zuletzt unerträglich, nicht viel weniger unerträglich, als für die Zeit und Generation um 1830 die Werke der Restauration waren. Diese Blosstellung der äußeren Politik, diese Niederlagen der Diplomatie, dieser heimliche Krieg gegen die geläuterten Grundsätze der Revolution, für deren Feststellung die Bewegung von 1830 Statt hatte, diese systematische Korruption der Kammern und der Bureau's und die beharrliche Widersetzung gegen die Wahlreform, dieses eheiose Spiel in Spanien, diese Konnivenz gegen das Pfaffenthum, diese zuletzt angenommene Stellung gegen die Schweiz waren Erscheinungen, die allerdings weniger grell auftraten, als die Reaktion von 1815—1830, aber im Grund und Wesen für eine große Nation, die eine Stagnation nie ohne Gefahr erträgt, nicht weniger bedeutete. Das langsam und stil geleitete Geschwür ist sanfter gereift, als man dachte. Die strafende Gerechtigkeit hat v. Philipp noch bei seinem Leben ereilt und an ihm dieselben tödtlichen Fehler zu rächen gehabt, die die Bourbons nur gröber begingen, und die ihn auf demselben Wege beseitigte, auf dem er sich an die Stelle seiner Verwandten schob. Daß der schlaue Greis, der so oft den meuchlerischen Kugeln entronnen ist, dies erleben mußte, wird ihm die empfindlichste Schadenfreude der Legitimisten bereiten.

Es ist Alles zu früh, was wir über den Fall in Bezug auf Frankreich sagen; wir haben eine Wirkung vor uns, deren letzte Ursachen wir noch nicht kennen. Aber in Beziehung auf die Folgen ist dieses Faktum voll der unmittelbarsten Anregung der Voestellungskraft und der politischen Berechnung. Frankreich wird innerlich aufathmen; ein neues Wahlgesetz wird eine weitere Schichte der Gesellschaft zu den Werken der Politik berufen, und es ist wohl nöthig, daß die einflußübenden Staatsmänner und Talente sich retruiren; denn mit den verbrauchten Kräften dieser achtzehn Jahre wird auch ein frischeres System der innern Politik Nichts vermögen. Nach Außen wird das französische Volk hoffentlich in einer erhörteren Weise vertreten werden, wüe bevoller, wo es nöthig ist, energischer; daß seine äußere Politik nicht waghalsig übergereize, davor sollte wohl die Zeit der Regentschaft vorerst sicherstellen. Mit England werden sich vielleicht gegen Erwarten freundlichere Beziehungen herstellen; das englische Volk hat auch 1830 bewiesen, wie vieles neidlosen Sympathien es bei dem Aufschwunge des Nachbars fähig war. Zunächst mag sich die Schweiz freuen! Sie ist ihren Verlegenheiten plötzlich entrückt; mit Frankreichs Sympathien zur Seite braucht sie Oesterreichs Drohungen und Rußlands Intervention nicht zu fürchten. Italiens „impertinentes“ Glück, wie es des Concordia nennt, ist im Fluthen; möge ein guter Genius die Völker der Halbinsel bewahren, daß dieser Impuls aus Paris sie nicht aus den Wegen der ruhigen Reform herausdränge, sie nicht zu den überschwenglichen Hoffnungen von 1830 hinreiße, sie nicht wanken lasse aus der eignen, selbständigen, von Außen her wedee zu hemmenden, noch zu treibenden Bewegung, aus jenem allein wüebigen und allein fruchtenden: Hlalin lurà da se. Für unsere Angelegenheit in Schleswig-Holstein mag die Veränderung in Frankreich gute Früchte tragen. Vielleicht ist die edle Regentin nur so weit deutsch gesinnt, um gerecht zu sein und um die Rathschläge abzuverbieten, mit denen Louis Philipp die dänische Krone ire leitete. Liegt den Gerüchten irgend eine Wahrheit zu Grunde, daß der deutsche Bund in Bezug auf diese deutsche Sache im Norden einen energischen Beschluß gefaßt habe, und daß sich die preußischen Rüstungen hierauf beziehen? Wenn nicht, so sollte dieser kostbare Augenblick zu einem solchen Beschlusse benutzt werden, nicht so sehr um von der momentanen Stöeung der französischen Einflüsse in Dänemark Vortheil zu ziehen, als um in Deutschland durch einen volksfinnigen Schritt den epidemischen Einwirkungen möglichst zu begegnen, die in diesen Zeiten eines viel allgemeineren politischen Interesses und Verständnisses wohl gewisser aus Frankreich zu uns herüber dringen werden, als im Jahre 1830! Wie ähnlich sah doch die Verfassungsfrage in München, in Kassel, in Wiesbaden den damaligen Zuständen in jenen Staaten, wo die Pariser Julierereignisse Nachahmung fanden! Die moralische Erniedrigung des deutschen Volks war es, die damals in Kassel, in Braunschweig die Bevorzugten hervorrief, eben sie, die sich auch jetzt wieder gereizt zeigt, während man unserer politischen Geobsüchtigkeit damals noch Vieles ungerechtet zumuthen durfte. Möchte man dies Letztere in diesen Zeiten jetzt nicht zu weit treiben wollen! Wir sind langsam auch in dieser Beziehung, gelehriger und gefüglicher geworden. Und die Zeit ist sonderbar erregt, ihre unsichtbaren Inkuenzen sind von einer unwiderstehlichen Gewalt. Die Ansteckung des Fortschritts, nach der wir rufen, wird den Ereignissen gegenüber immer nöthiger, immer dringender, das Zusammengehen der Fürsten und Regierungen mit dem Volke immer gebotener. Nur eine energische, freisinnige und volksthümliche innere und äußere Politik wird und in Deutschland fähig machen, dem verjüngten Frankreich gegenüber sicher und ungefährdet zu stehen. Sähe man dies endlich in Preußen ein, um zu begreifen, daß nicht allein eine regelrechte innere Prüfung und Erfahrung Verfassungswerke und Volksrechte entwickeln muß, sondern ebensowohl die Rücksicht auf die äußere Lage der Welt! Sich selbst überlassen mag die Freiheit und das Volksrecht vielleicht in langsamer Zeitigung gewinnen; aber wie selten sind die Zeiten einer solchen Ruhe, und wie wenig sind sie doch auch gewöhnlich dazu geartet, gerade diese ruhigen schlaffen Zeiten, Freiheit und Rechte zu reifen! Welche Lehre erleben wir in dieser Beziehung an Oesterreich! Dorthin wenden sich alle unsere Sorgen, und die ganze Nation kann nicht kräftig genug sich erheben, um dort und um uns von dorther ein drohendes Unheil abzuhalten.

So sieht nun jener vielgepriesene Rester der europäischen Diplomatie sein eigensinniges Weet noch zerbröckeln, und die Sündfluth hält sich nicht solange zurück, bis er seine Augen geschlossen. Das Schicksal erreicht ihn, wie es den Mächtigen und Schlauen in Paris erreicht hat. Was wird nun Oesterreich thun? Mit dem Frankreich des Louis Philipp sogar grollte dieses konservative System in dem Grade, daß

Digitized by Google

es ihm als das geringere Uebel galt, mit dem natürlichen Feinde, mit Rußland zu halten. Was soll nun ihm Frankreich der jüngern Orleans gegenüber geschehen? Soll der Bund mit Rußland jetzt enger geschlossen werden? Es wäre die Altertrümliche dieses Reiches nur hinschleppen und mehren, bis zuletzt Alles verloren wäre! Rathe dorthin wer kann, wo zu rathen und zu helfen unermeßlich schwer, und die Rathlosigkeit, scheint uns, die in's Verderbliche groß ist *).

## Die polnische Verschwörung.
### VII.
### Zweite Phase der Demokratie: die Verschwörung.
(Fortsetzung.)

Da die Centralisation in Paris die oberste Behörde der Verschwornen war, so mußte es vor Allem daran liegen, mit ihr in ununterbrochenem Verkehr zu bleiben und auf der großen Linie zwischen Frankreich und Polen Stationen und Informationspunkte zu haben. Dazu benutzte man die — deutschen Universitäten. Die meisten der Polen, die auf ihnen studirten, waren Mitglieder der Verschwörung und beauftragte Agenten; ihre Ferienreisen, Lesereise und Ortsveränderungen hatten ganz andere Gründe und Zwecke, als die ihrer deutschen Kommilitonen. Von Bonn und Heidelberg bis nach Königsberg und Breslau wurde auf diese Weise eine stete Verbindung unterhalten und Korrespondenz gepflogen, und so sollte 30 Jahre später, wenn auch in einem ganz andern Sinne, die Verschwörung die berüchtigten Denkschrift des Russo-Wallachen Stourdza zur Zeit des Wiener Kongresses sich bewahrheiten und die Hochschulen Deutschlands Verschwörungspunkte abgeben! Im Lande selbst, besonders in Großpolen waren es auch die Gymnasien, deren erwachsene Schüler fast alle im Bunde waren. Die Korrespondenz wurde mit sympathetischer Dinte und in Zahlenabschieden oder einer andern Geheimschrift geführt; man hatte geheime Erkennungszeichen und Losungen. Später, bei der immer größer werdenden Bewachung, errichtete man an den wichtigsten Orten geheime Telegraphen, man hatte sogar eine Taubenpost.

Die Verschwornen theilten sich gewöhnlich in Gruppen zu je einer bestimmten Zahl von Mitgliedern; nur Einer derselben, der Delegat, kannte den Delegaten der über ihm stehenden Gruppe und hatte ihm Bericht zu erstatten und seine Befehle entgegenzunehmen. So ging es immer fünfzehnweise in die höhern und höchsten Gruppen hinauf, an deren Spitze in jedem Landestheile ein Finanz- und Militärkomité und über diesen ein Centralkomité stand, welches direkt mit der Pariser Centralisation und deren Delegaten verkehrte. Durch dieses Eintheilungssystem wurde den Entdeckungen vorgebeugt; der Faden des Komplottes riß bei jeder Gruppe ab, und der preußische Staatsanwalt hat noch bis jetzt keine klare Vorstellung über die oberste Leitung bekommen und über deren Mitglieder nur Vermuthungen aufstellen können. Zu den Emissären wurden nur Mitglieder aus den höher stehenden Kreisen gewählt, und sie bildeten so zu sagen die Vedetten des Verschwörungskorps. Einem solchen Emissär, sobald er seine Vollmacht (gewöhnlich ein Papierstreifen mit wenigen Worten und in künstlicher Verschlingung fast nur von der Größe eines Stecknadelkopfes) vorzeigen konnte, mußte unbedingt gehorcht und, sobald er es verlangte, Geldmittel geschafft werden; mancher Student, Gymnasiast oder Handwerker verkaufte oft zu diesem Behufe mit der größten Bereitwilligkeit seine Kleider, Bücher und Werkzeuge. Die Emissäre waren gewöhnlich zugleich die ehrenden Ehrenkommissäre, die die militärischen Anordnungen trafen und beim Ausbruche das erste Aufgebot leiten sollten. Ein solcher war unter Andern der jetzt zum Tode verurtheilte Szwetzyn v. Elzanowski, ein Mann von ausgezeichneten Geistesgaben und überzeugungstreuem Charakter, wie selten einer. Unter diesen Provinzkommissären standen die der Kreise, die immer, auf den Fall der Verhaftung, Stellvertreter hatten, welche sogleich in ihre Funktionen eintraten und dadurch jeder Störung des Organismus vorbeugten. Von der Wirksamkeit der letzten Maßregel werden wir und bald überzeugen.

Der Delegat war auch im Besitze der Schwurformel, auf die er die Neuaufzunehmenden verpflichtete. In Posen und Galizien schwur man auf der Hand auf einer Pistole oder einem Dolch, man begnügte sich sogar später mit einem bloßen Handschlag. In Russisch-Polen geboten Gewohnheit wie Vorsicht strengere Formen. Die Gutsbesitzer haben hier zumeist auf ihrem eigenen Hofe eine Hauskapelle; hier wurde der Aufnahmende in stiller Nacht empfangen. Am Altar, mit der Hand auf dem Kruzifix, gelobte er, „treue Kindespflicht der heiligen polnischen Mutter", Verschwiegenheit bis zum Grabe, unverbrüchliche Anhänglichkeit den demokratischen Grundsätzen „der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" und ewige Feindschaft jenen Kaiserwerken und usurpirten Vorrechten. War der Geistliche des Orts gewonnen, so mußte er auch bei der Aufnahme zugegen sein. Nach geleistetem Eide erhielt das neue Mitglied von den Anwesenden den Bruderkuß, und der Akt schloß mit einem Gebete unter Anrufung der polnischen Märtyrer. Die Frauen, obgleich in großer Zahl bei den Komplotten betheiligt, waren vom Schwure dispensirt — charakteristisch genug für die Achtung, die der Pole seinem schönen Geschlechte zollt.

Der Verschworne mußte das demokratische Manifest und den Katechismus kennen und zum Theil auch im Besitze derselben wie der sechs erwähnten „Fragen" und anderer Schriften, vor Allem der militärischen, sein. Je nach seinen Vermögensverhältnissen hatte er einen ordentlichen und außerordentlichen Beitrag zu zahlen, den letztern ohne Einwenden und auf den bloßen Befehl des Vorgesetzten. Endlich war er verpflichtet, für die Verbreitung der demokratischen Ideen wie für die Vermehrung der Verschwornen zu sorgen und Waffen anzuschaffen. Den Kriegsbedarf für die Massen besorgten die Kommissäre; in England, Frankreich und Deutschland wurde Munition aufgekauft und nach dem Lande, bald in Wein-, bald in Theerfässern oder sonstigen Gefäßen eingeschwärzt, wozu noch die vielen Sensen hinzukamen, die man leicht zu einer Waffe, und einer in Polen furchtbaren, umwandeln konnte, wie dies schon die berühmt gewordenen Sensenträger unter Kosciuszko bargethan. Diese Vorräthe wurden zum Theil in den Wäldern oder Schluchten vergraben, am häufigsten aber in den Kirchenkellern und Tunels versteckt. Als die Insurrektion in Krakau ausbrach, fand man schon in Einem Kloster Munition zur Genüge, und unzählige andere Orte waren ebenso gut versehen. Noch die jetzt dauern die Nachsuchungen und Entdeckungen von geheimen Waffenverräthen in Russisch-Polen und Galizien fort.

Die Versammlungsorte der Verschwornen waren nach den verschiedenen Lokalverhältnissen verschieden. In Galizien dienten dazu die Kasinos und Redouten, in Posen der Bazar, die agronomischen, die Bildungs- und Lesevereine, die Jockeyklubs und Jagdpartien; in Russisch-Polen die Badeörter und — Bäle! Mitten im lustigen Wirbel des Tanzes erhebt hier der Verschworne von den geschwollen Verbeugungen, oft flüsterte das Mädchen im Taumel des Walzers dem Manne ein Wort zu, das ihn erbeben machte, und nicht selten kamen hier Situationen vor, die dem Künstler Stoff zu den originellsten Schöpfungen geben könnten, die der bloße Berichterstatter aber nur vorübergehend andeuten darf. Auch in Galizien und besonders in Großpolen wurden solche Zwecdbälle kurz vor dem Aufstande veranstaltet; doch geschah es nicht wie dort, um Verabredungen zu treffen, sondern bloß um gleichsam ein tastbares Symbol der Annäherung der Stände zu geben; Adlige, Bürger und Bauern fanden sich hier zusammen und reichten sich die Hände, mit diesem Tanze einen viel ernstern in der Zukunft andeutend, in den Reigen sah man die Reihen. Diese Bälle gaben damals viel Stoff zu den abenteuerlichsten Verleumdungen und zu jener panischen Furcht, die mehrere Monate glaubte hier Schlingen und Giftbecher sehen zu müssen — Phantome, die vor dem hellen Tageslichte des öffentlichen Processes in ihr eroigenes Nichts zurückfanken. Viel redlicher hätten jene Schnellschreiber der Tagesgeschichte gethandelt, wenn sie den Polen überhaupt diese wahnwitzigen Todestänze, diesen springenden Leichtsinn vorgeworfen. Es liegt etwas Würdeloses, das moralische Gefühl Verletzendes in solchem Drama Satyriken vor einer blutigen Tragödie, in so einer bachanalischen Tanzlust vor einer ernsten Katastrophe. Nur muß man auch hier wieder zu unterscheiden wissen und nicht in den giftigen Auswüchsen der Zuständ die natürlichen Früchte des Charakters sehen. Wenn es wahr ist, daß die Nationallänge den Nationalcharakter abspiegeln, so dürfen sich die Polen der übrigen am allerwenigsten schämen. Der „Polonez" nahmet Ernst und Würde, die „Kolomeja" drückt die edelste Zärtlichkeit aus, ohne auch nur den Schatten der Unkeuschheit zuzulassen und der „Krakowiak" ist ein Tanz, um den manches Volk das saumatische beneiden könnte, denn welches könnte sich wohl eines ähnlichen rühmen, bei dem der Bauer nach jeder lustigen Tour eine improvisirte Strophe absingt, deren Refrain immer die Worte bilden,

*) Der obige Artikel ist unter dem Eindruck geschrieben, den die Nachricht von der Regentschaft der Herzogin von Orleans hier machte, und unter dem Anschein und Glauben, die Bewegung in Paris habe so schnell um sich gegriffen wie im Jahr 1830 mit der Herstellung der „Monarchie mit demokratischen Institutionen", die das Losungswort der dynastischen Opposition war, die Zeit gefunden. Heute verwischen die Nachrichten von einer republikanischen Regierung diesen Eindruck. Wir nehmen darauf zurück. Hier ist nur Eine Stimme des Patriotismus: Deutschland soll sich nur zusammenfassen und auf der Wache stehen.

Digitized by Google

„theurer, über Alles theurer, ist mir mein liebes Vaterland?“ Erst mit dem politischen Verfall riß auch hierin das dem Volkscharakter so fremde feinere Taumelwesen der Franzosen ein, in dem der Pole im Grunde nur eine Selbstüberstürzung sucht. Ueberhaupt muß man aus diesem Standpunkte nie die Sinnesluft und Genußsucht betrachten, beklagen und verdammen, die in so erschreckendem Maße in jenes unglückliche Land eingedrungen, und am allerwenigsten redlich ist der, der diese traurige Erscheinung als immanent und beispielos darstellt, da doch ihre äußeren Ursachen so handgreiflich und die Analogien so leicht zu finden sind! Lust hard by hate, sagte Milton. Nie war Athen im Sinnesrausch so trunken, wie zur Zeit jener fürchterlichen Seuche, die uns Thukydides in so düstern Farben schildert; von den blutrieschen Gutthaten lief das Pariser Volk in Schauspielhäuser während der Tage des Terrorismus; mitten unter Greueln, unter dem schwülen Druck des schwarzen Todes rollen jene schlüpfrigen Erzählungen des Decameron, und über das berühmt gewordene „Tanzen über Vulkanen“ hat man nur hat bei Menschen gewundert, die eben nichts Menschliches an sich haben — bei Diplomaten. (Fortsetzung nächstens.)

**Preußen.** Berlin, 23. Febr. Daß die Nachrichten über das Elend in Schlesien keineswegs übertrieben sind, zeigt der Umstand, daß der hiesige Holzhändler F..... bei dem Besahren der Rybnicker Forste, in Begleitung eines dortigen Forstbeamten, zur Besichtigung von Hölzern, eine Anzahl von 8 Leichen im Walde aufgefunden hat. Hr. F. ist von seiner Geschäftsreise sehr angegriffen zurückgekehrt. (Voss. Z.)

* Elbing, 17. Febr. In der heutigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten kam nachstehende in Folge der bekannten Elbinger Denkschrift über den Strafgesetzentwurf an unsern Magistrat erlassene Verfügung der K. Regierung zu Danzig nebst der darauf ergangenen Antwort zum Vortrag:

„Reskript der K. Regierung zu Danzig an den Magistrat in Elbing. Nach den Nachrichten, welche die Tagesblätter (Elbinger Anzeiger Nr. 46 und Königsberg. Staats-, Kriegs- u. Zeitung Nr. 13 und 18) über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten zu Elbing liefern, hat die dasige Stadtverordnetenversammlung nicht allein einen Antrag auf Bildung einer Kommission, welche den Strafgesetzentwurf sich unterzogen, und zu diesem Zwecke eine Kommission erwählt, sondern ingleichen hat auch ihre Thätigkeit förmlich begonnen und öffentlich darüber Bericht erstattet, und die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß die zur Begutachtung des Strafgesetzentwurfs niedergesetzte Kommission fortbestehen solle, um den Gang der Berathungen des Ausschusses im Auge zu behalten und weitere Schritte in der Angelegenheit in Antrag zu bringen. Sollte diese Kommission noch fortdestehen, so hat der wohll. Magistrat sofort seine Auflösung bewirken und Sr. Exzellenz die Veranlassen. Insbesondere aber hat der wohll. Magistrat der Stadtverordnetenversammlung bemerklich zu machen, daß sie dadurch, daß sie eine Kritik des der ständischen Berathung jetzt unterliegenden Strafgesetzentwurfs und Erörterungen veranlassen. Insbesondere aber hat der wohll. Magistrat der Stadtverordnetenversammlung bemerklich zu machen, daß sie dadurch, daß sie eine Kritik des der ständischen Berathung jetzt unterliegenden Strafgesetzentwurfs und Erörterungen veranlassen, welche die Grenzen, welche der Wirksamkeit der Stadtverordnetenversammlungen gesetzlich gezogen worden, überschritten habe, da in der Einleitung der Städteordnung vom 19. November 1808 die Verwaltung des Gemeinwesens der Stadt als der Zweck und die Aufgabe der durch dieselben bestellten städtischen Behörden bezeichnet werden, und nach Fassung der §§. 108—110 L. c. darüber kein Zweifel obwalten könne, daß die Stadtverordnetenversammlungen nur über solche Gegenstände zu berathen und zu beschließen ermächtigt wären, bei welchen es sich um Vertretung ihrer Stadtgemeinden handle. Die dasige Stadtverordnetenversammlung ist daher aufzufordern, künftig den gesetzlichen Boden ihrer Wirksamkeit nicht wieder zu verlassen; widrigenfalls wir uns in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt sehen würden, dagegen einzuschreiten, event. auch in Gemäßheit des §. 4 der Allerhöchsten Kabinetsordre vom 23. Juli v. J. gemachten Vorbehalts die Entziehung der Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen höhern Orts zu beantragen. Den Bericht über die Erledigung dieses Auftrages erwarten wir binnen 3 Tagen. Danzig, 5. Febr. 1848. K. Regierung, Abth. des Innern. Im Namen wohldikt. Magistrat zu Elbing.

„Antwort des Magistrats auf vorstehendes Reskript. Elbing, 15. Febr. 1848. Einer K. Hochverordneten Regierung berichten wir auf das hohe Reskript vom 5. Feb. gehorsamst, daß in keiner Weise von den hiesigen Stadtverordnetenversammlung mitgetheilt haben, daß aber die in Rede stehende Kommission während der Berathungen des Ver. Ausschusses noch nicht zusammengetreten ist, daher ein Objekt der Auflösung nicht vorliegt. Im Uebrigen aber müssen wir gehorsamst bemerken, daß wir die Ansicht, welche auf der Ansicht beruht, daß die Stadtverordneten die Grenzen ihrer, durch die Städteordnung ihnen angewiesenen, Befugnisse überschritten hätten, für einen Eingriff in die Rechte der Städte erkennen, gegen den wir uns feierlichst verwahren müssen. Dadurch daß Gesetz, gegen welches nach dem hohen Reskripte enthaltenen Interpretation gesetzlich sein soll, steht und entscheiden zur Seite. Die Städteordnung gibt den Stadtverordneten die unbeschränkte Vollmacht, in allen Angelegenheiten der Gemeinwesens der Stadt die Bürgergemeinde zu vertreten. Die Bürgergemeinde besteht aber aus den einzelnen Bürgern als Individuen; die Vertretung ihrer Interessen concentrirt sich in der Stadtverordnetenversammlung. Diese Interessen können nicht etwa blos die materiellen — diese Beschränkung findet sich nirgends in der Städteordnung — sondern ebenso und mehr noch die geistigen. Leben, Freiheit, Ehre sind höherstehende Interessen als Geld und Gut. Finden daher die Stadtverordneten, daß diese Interessen ihrer Bürger, also der Gemeinde, berührt werden, finden sie, um von dem vorliegenden Falle zu sprechen, daß ein Strafgesetz in Aussicht steht, in dem sie eine wesentliche Verletzung dieser Interessen erblicken, so haben sie nicht nur das Recht, sondern die heilige Pflicht, ihre Stimme dagegen laut zu erheben. Seit Jahren werden von den Stadtvertretungen unzählige Gegenbilder allgemeiner Natur berathen, wie dies die zahlreichen Petitionen der Städte auf Aufhebung der Censur, Einführung der Geschworenengerichte, einer allgemeinen Landgemeindeordnung u. A. m. bei den Provinziallandtagen ergeben. Sind dies ungefährliche Schritte gewesen? Noch in diesen Tagen haben die Stadtverordneten Berlins das Hypothekengesetz, also bestehenden Gesetz, mit einer Kritik, einer Censur, einer ausführlichen Kritik unterworfen, ohne daß es Jemanden eingefallen wäre, dies für etwas Ungesetzliches zu halten. Also auch die Praxis spricht entschieden gegen die von dem hohen Reskript aufgestellten Auslegung der Städteordnung. Was ferner die am Schlusse desselben ausgesprochene Drohung hinsichtlich der Aufhebung der Oeffentlichkeit der Stadtverordnetensitzungen betrifft, so vermögen wir den Zusammenhang zwischen dieser Drohung und der vorliegenden Frage nicht zu finden. Gesetzt daß sich darzu, daß die Stadtverordneten zu einer Kritik des St.G.B. befugt sind oder nicht. Ob dies in öffentlicher oder geheimer Sitzung geschieht, ist hiebei um so unerheblicher, als das Gesetz hinsichtlich der Gegenstände, welche öffentlich verhandelt werden sollen, den städtischen Behörden keine positiven Vorschriften ertheilt hat. Der in der Allerh. Kabinetsorder vom 23. Juli 1847 gemachte Vorbehalt scheint nur den Sinn zu haben, daß, wenn von der Oeffentlichkeit selbst Misbrauch gemacht wird, sie zu entziehen vorbehalten bleibe, nicht aber, daß die Fortdauer der Oeffentlichkeit als eine Prämie an das Verhalten der Stadtverordneten im Allgemeinen geknüpft werde. Es kann endlich bei einem Gesetze so wichtiger Natur, wie ein Strafgesetz, doch nur erwünscht sein, daß dasselbe in allen Kreisen besprochen und erörtert werde, und daß überall ein lebhaftes Interesse dafür zeigt. Wir mußten wohl voraussetzen, daß das Gouvernement den Entwurf zu diesem Zwecke vorher bekannt gemacht hat. Es handelt sich doch nicht darum, einen Entwurf in seinen einzelnen Paragraphen durchzuberathen, sondern ein Gesetz zu geben, das die Sympathie der Nation hat. Wir sind Alle integrirende Theile des großen Staatskörpers, wir sind Alle dazu berufen, unser Scherflein beizutragen zu der zeitgemäßen Entwickelung, mag unsere Einsicht auch beschränkter, unser Verstand *) auch schwächer sein, als Andere, die die Beschäftigung mit der Gesetzgebung zu einer Kritik eines St.G.B. bestätigt. Läßt doch das Gouvernement selbst in der 15. Sitzung der Ver. Ausschusses (Nr. 44 der Pr. A. Z.) durch seinen hohen Vertreter sagen: „wir besitzen in einer langen Reihe organische Einrichtungen von der Gemeinevertretung an bis zu dem Ver. Landtage hinauf, welche die größte Freiheit der politischen Diskussion, jede in ihrer Sphäre, geben.“ Es haben sonach unsere Ausführung Gesetz und Praxis, sowie die von den höchsten Staatsbehörden manifestirten Ansichten für sich, und alle diese Umstände vereinigen sich in uns zu der gehorsamsten Bitte: es dem allgiltenden hohen Reskripte enthaltenen Verbote hochgeneigtest zurückzunehmen. Der Magistrat.

Der Inhalt beider Schreiben macht jede Erörterung überflüssig, wie denn auch die Stadtverordnetenversammlung nach Anhörung desselben ohne weitere Diskussion durch die energische und erfreuende Erwiderung des Magistrats die Sache für erledigt annahm und einstimmig dem letzteren eine Danksagung votirte, in die gewiß viele Städte der preuß. Monarchie mit einstimmen werden, wenngleich sie von dem Rechte, das hier so männlich vertreten worden, für dieses Mal leider keinen Gebrauch gemacht haben. Uebrigens wird von wohlunterrichteten Personen versichert, daß die Danziger Regierung vorstehende Verfügung nur auf ausdrücklichen Befehl des Ministeriums habe ergehen lassen, dessen Ministerium, dessen Chef zu der nämlichen Zeit in der Sitzung der Ver. Ausschüsse den Stadtgemeinden die „größte Freiheit der politischen Diskussion“ verkannt hat.

**Baiern** München, 24. Febr. Die Berufung Follenerayers als Professor der Geschichte bestätigt sich; wie man aus der Allg. Z. erfährt, befindet sich der berühmte Verfasser der „Fragmente aus dem Orient“ gegenwärtig in Smyrna.

In der A. Z. erklärt Graf Arco, daß ihm der Grund, der ihn treffenden Verfügung, weder eröffnet noch irgendwie bekannt gegeben sei; er habe daher geeigneten Orts sich die Eröffnung der Beweggründe zu dieser Verfügung erbeten.

Wie man aus dem Züricher Tageblatt ersieht, ist die „Gräfin Marie v. Landsfeld mit Gefolge“ in Zürich angelangt.

**Baden.** * Karlsruhe, 24. Febr. (Schluß der Verhandlung über die Beschwerde gegen den Präsidenten des Finanzministeriums). v. Soiron betrachtet die Beschwerde von der politischen Seite, von welcher aus sie den Zweck hat, den Staatsbaumeister, gegen welchen sie gerichtet ist, von seinen Posten zu entfernen. Der Präsident des Finanzministeriums hat die Wünsche des Volkes stets bekämpft, er war stets ein Anhänger des frühren Systems der Bureaukratie oder des Polizeistaates, welches jetzt einem besseren zu weichen scheint. Er hat bei dem Petitionensturm gespielt, daß er mit der schwarzen Schaar der Ultramontanen gegen die Volksvertretung halte. Sein schneller Umschwung zu dem neuen System erwecke ihm kein Vertrauen. Dazu komme das Verhalten des Präsidenten des Finanzministeriums bei

*) Das bekannte Reskript des Minister Rochow an die Elbinger spricht „vom beschränkten Unterthanenverstande.“

Digitized by Google

dem Steuerausschreibern. Anfänglich habe derselbe behauptet, der §. 62 der Verfassung sei hier anwendbar, die Kammer wolle Rechte erobern, welche der Regierung zuständen; als die Umstände bedenklicher wurden, habe er ein zweideutiges Schreiben an die Budgetkommission erlassen. Bei der offenen Erklärung seines Kollegen in der Diskussion habe er sich gewunden und, durch Fragen gedrängt, zugegeben, daß er „gewissermaßen", endlich, daß er „allerdings" mit diesen Ansichten einverstanden sei. So hätten seine Antworten stufenweise verschieden gelautet. Wer aber, dem Drang der Umstände nachgebend, die Leiter herunterstiege, der werde sie bei einer andern Wendung der Dinge auch wieder hinaufsteigen. Wir leben in einer kritischen Zeit; der Staat bedarf tüchtiger Männer von entschiedener volks- und verfassungstreuen Gesinnung; ich stimme für die Beschwerde.

Justiz-M.-Präs. Trefurt, welcher während dieses Vortrags seinen Sitz auf den Bänken der Abgeordneten verlassen und an der Seite seines bedrängten Kollegen, auf der Regierungsbank, Platz genommen hatte, zollt dem Abg. v. Soiron Anerkennung für die Offenheit, womit er, besser als alle früheren Redner, ausgesprochen, was er wolle. Er behaupte zwar nicht, daß jedes Mitglied der Budgetkommission dieselbe Absicht habe, aber die politische Antipathie habe doch etwas mitgewirkt bei den Anträgen auf Beschwerde. Jene wegen des Steuerausschreibens habe seinen Rechtsgrund gehabt, und auch bei der vorliegenden Frage könne der gegenwärtige Chef der Finanzen mit Recht nicht angegriffen werden, weil die Ueberschreitung von seinem Vorgänger veranlaßt sei, zu einer früheren Vorlage der Nachweisungen aber keine Verpflichtung bestand. Eine Aenderung des Systems der Regierung habe nicht Statt gefunden. Das frühere wie das gegenwärtige Ministerium hat als oberstes Grundsatz die Verfassung getreue, auf die Vergänger fällt kein Schatten. Von einem zweideutigen Verhalten des Präsidenten der Finanzen bei den Verhandlungen über das Steuerausschreiben kann keine Rede sein. Er ist nicht Rechtsgelehrter und konnte daher, ohne sich Etwas zu vergeben, seine frühere Ansicht als irrig erkennen und einer besseren unterordnen.

J.-M.-V. Regenauer unternimmt es, sich gegen einen noch nie vorgekommenen Angriff zu vertheidigen. Er dankt dem Gegner, einem Mann von Offenheit und Entschiedenheit, der die geheimen Gründe an den Tag gebracht, die in dem Berichte der Budgetkommission nicht angegeben sind. Ihm geleite von der Wiege bis zum Grabe der Grundsatz, so zu handeln, daß er jede Handlung auf dem öffentlichen Markte gelitten machen könne. Er könne irren, wie jeder Mensch, aber nur in der besten Absicht. „Man wirft mir vor, ich sei ein Anhänger des Systems der Bureaukratie, des Polizeistaates. M. H. ich bin ein Zögling des Mannes, der seit 1819, ein Menschenalter hindurch, die Finanzen des Landes in der vortrefflichsten Weise geleitet, des Mannes, der (hier versagen dem Redner die Worte, seine Thränen stießen, nach einigen Augenblicken fährt er mit gebrochener Stimme fort): eines Mannes, der mehr Leb verdient, als Jeder in diesem Saale, als Jeder von denen, die ihm häufig so schroff entgegengetreten sind. Ich rechne es mir zur Ehre, daß ich diesen Posten in Folge seiner Empfehlung bekleide; daß er mir sagte, auf dem Todbette würde er mich dem Regenten als seinen Nachfolger empfohlen haben. Er ist der freisinnigste Mann im Lande; ich gehöre mit voller Seele seinem System an. — Man hat ferner meine religiöse Ueberzeugung angegriffen (Viele Stimmen: Nein, nein). Man hat mich angegriffen, weil ich Petitionen einreichte von Katholiken, die sich in ihren Rechten bedroht glaubten. Ich halte fest an meiner Kirche, aber wer meine Ueberzeugung vor den Richterstuhl der Inquisition stellen will, der wird finden, daß wohl nur Wenige im Lande toleranter sind als ich. Ich lebe in gemischter Ehe; ich habe Kinder an Protestanten verheirathet, sie leben glücklich; daß ich aber zugeben sollte, daß Petitionen von Katholiken gleichgiltig weggeworfen würden, das muthen Sie meinem Rechtsgefühle nicht zu. Was meine Ansicht über das Steuerausschreiben betrifft, so könnte ich, und wenn Sie mich auf die Folter legten, von einem Irrthum reden. Ich war 15 Jahre auf jenen Sitzen, ich bin ein Freund der Oeffentlichkeit und habe dem Abgeordneten, der offen gegen mich aufgetreten. An meinem Posten ist mir nicht so Viel gelegen; ich werde bleiben, so lange mich die Krone mit ihrem Vertrauen beehrt, und allen Stürmen entgegen treten, die gegen mich erregt werden. In dem Lande, wo ich geboren, wo ich erzogen bin, wo ich die Mitte des Lebens überschritten habe, wird noch soviel Gerechtigkeit sein, daß man auch andere Verdienste als diejenigen anerkennt, die sich des Beifalls einer zufälligen Majorität erfreuen."

Hecker dankt dem Abg. v. Soiron ebenfalls, daß er die politischen Gründe vorgetragen habe, wodurch die Erklärung der Minister veranlaßt worden, daß das frühere System nicht geändert sei. So ist es, und darin liegt ein weiterer Grund für die Beschwerde. Er erinnert an das Benehmen des Chefs der Finanzen bei der Urlaubsfrage, bei den Wahlrechtsfragen, bei der Frage der Religionsfreiheit, die er gegen den Art. 18 der Verfassung ausgelegt, bei dem Petitionensturm, wo es sich nicht um religiöse Ueberzeugung, sondern darum handelte, durch ihre geleitete Massen die Volksvertretung zu stürzen; er erinnert noch an Anderes, von den Wiener Beschlüssen bis zu dem letzten verfassungswidrigen Steuerausschreiben, was Alles in ihm kein Vertrauen zu dem Chef der Finanzen, sondern den Wunsch erwecke, daß derselbe sein Portefeuille zurückgeben möge. Außer dem Vertrauen der Krone soll ein Minister auch das des Volkes besitzen. Aber auch die Finanzen befinden sich nicht mehr in dem früheren klaren und übersichtlichen Zustande, und ehe viele Jahre vergehen, werden wir sie mit düsteren Blicken betrachten. Eine Reihe von Bemerkungen des Redners benehmen „alle Versehen" entschuldigt; in dem letzten Budget der Eisenbahnschuldentilgungskasse wurde ein Zinsbetrag von mehr als 200,000 fl. vergessen, die Mittel sind aufgebraucht, ehe der Bau vollendet ist, jetzt liegt eine Ueberschreitung von 110,000 fl. bei einem einzigen Posten vor und. Ueber das Steuerbewilligungsrecht haben wir von dem jetzigen Chef nicht eine einzige konstitutionelle Erklärung vernommen. Finanzminister v. Böck hat stets den Gründen Gehör gegeben, und wenn er einsah, daß er im Irrthum war, hat er es offen zugestanden. Hier ist dies nicht der Fall, und darum stimme ich für die Beschwerde.

Zittel bemerkt gegen die Aeußerung des Just.-Min.-Pr. Trefurt, daß das frühere System nicht geändert sei, — man besserre auf demselben nur dem Schein nach, der That nach aber verhalte es sich nicht so. In Kurzem werde er Anlaß haben zu zeigen, welche Grundsätze unter dem Ministerium Blittersdorff bezüglich auf die Presse herrschten, und er werde dann die Männer der gegenwärtigen Regierung fragen, ob jene Grundsätze auch die ihrigen sind. Daß die Gründe des Abg. v. Soiron für die Beschwerde auch die der Budgetkommission seien, gehe aus ihren Berichten wenigstens nicht hervor. Er scheue ein Mißtrauensvotum nicht, aber es könne nicht improvisirt werden; die Beschwerde soll übrigens diejenigen treffen, welche gefehlt haben, also auch den früheren Minister, wenn dieser die Ueberschreitung veranlaßt hat. — J.-M.-V. Trefurt. Wenn richtig wäre, was der Abg. Hecker von dem früheren System sagte, kann wäre das Fehlhaben daran ein harter Vorwurf für die Regierung. Aber Niemand habe das unmittelbar vorhergegangene Ministerium Rotteneck der Verfassungsuntreue beschuldigt, — auf eine Reihe von Jahren aber gehe er nicht zurück, wenn er von dem System der früheren Regierung spreche. Hecker. Sind die geheimen Wiener Beschlüsse von 1834 bezavouirt? — Ihr Schweigen ist mir eine deutliche Antwort. Bissing stellt den Antrag, die Beschwerde auch auf den früheren Fin.-Min. v. Böck, welcher die Ueberschreitung verschuldet, auszudehnen. Christ. Die Abgg. v. Soiron und Hecker haben den Rechtsboden verlassen. Es fragt sich, ob die vorliegende Handlung ein Verschulden des Chefs der Finanzen begründet; ist dies der Fall, so stimme ich mit dem Antrag der Kommission. Allein die Sache ist mir thatsächlich nicht klar; ich ersuche den Berichterstatter, sich darüber zu äußern.

Mathy. Die Ahnung, welche mich zu der Erklärung bei Beginn der Diskussion veranlaßte, hat mich nicht getäuscht. Man hat der Budgetkommission vorgeworfen, sie habe selbst gefühlt, daß in der Ueberschreitung kein hinreichender Grund zu einer Beschwerde gegen den dermaligen Chef der Finanzen liege, sie habe ihre geheimen Gründe verschwiegen, erst der Abg. v. Soiron habe dieselben an das Licht gebracht. M. HH., dies ist ein harter Vorwurf gegen eine zahlreiche Kommission, die einstimmig war in ihrem Beschlusse, die sich noch nie geschent hat, die Beweggründe zu ihren Anträgen auszusprechen. Die Kammer würde uns schlechten Dank wissen, wollten wir, statt die Rechnungen und Voranschläge zu prüfen und die Ergebnisse vorzutragen, die politische Richtung des angestellten Personals untersuchen und den Grund in unsere Berichte aufnehmen. Das ist nicht die Aufgabe der Budgetkommission; wir haben die Gründe für die Beschwerde in der Ueberschreitung und dem Verfahren der Verwaltung gefunden, und die Beschuldigung, wir hätten andere, geheime Gründe, weise ich im Namen der Kommission mit dem Gefühle zurück, das sie verdient. Alles hat seine Zeit und seinen Ort, und ich habe Selbstüberwindung genug, um den Gang der Verhandlung nicht aufzuhalten durch eine Antwort auf mehr oder weniger versteckte Ausfälle; ich verspare dies auf eine schicklichere Gelegenheit. Der Redner geht nun auf die Vorträge der Regierungskommissäre ein, die ihm nicht nur keine Gründe

Digitized by Google

gegen die Beschwerde, sondern auch einige neue für dieselbe gelieferet haben. Man hat zugestanden, daß man sich geirrt habe, bezüglich auf den Absatz des Bieres, die Größe der Keller, die Zahl der Lagerfässer, bezüglich auf die Beschaffenheit des Baugrundes, der Stoffe, die Erfordernisse des rauhen Klimas und die Abgelegenheit der Baustelle, kurz, bezüglich auf eine Reihe von Verhältnissen, von denen man die meisten täglich hätte voraus untersuchen und beurtheilen können. Man hat zugestanden, daß man den Ueberdikt über die Kosten verloren und erst bei dem Rechnungsabschluß wahrgenommen habe, daß eine große Ueberschreitung unvermeidlich sei. Nun zog das Finanzministerium die Hofoemänenkammer, diese den Baubeamten zur Verantwortung; als dieser berichtete, er trage keine Schuld, schickte man den Direktor der Hofdomänenkammer an Ort und Stelle; der Direktor fand Alles in schönster Ordnung, und dabei ließ man die Sache bewenden. Allein die Verordnung von 1839, welche der Bericht mittheilt, schreibt eine genaue Untersuchung und Ermittelung des Thatbestandes und zugleich die Normen vor, nach welchen gegen die Techniker, die Ueberschreitungen verantlassen, eingeschritten werden soll. Diese Verordnung, deren Handhabung ein sicheres Mittel gegen die Ueberschreitungen wäre, die wir fast bei allen Staatsbauten beklagen, ist durchaus nicht beachtet worden. Dies hätte jeden Augenblick gut gemacht werden können, zumal da schon bei der ersten Ueberschreitung in den Jahren 1842 und 1843 von der Kommission darauf hingewiesen war; daß es bis heute nicht geschehen, trifft die gegenwärtige Verwaltung so gut wie die frühere. Ferner ist der ganze Ertrag der Brauerei seit vier Jahren und den Rechnungen verschwunden und unmittelbar auf die Einrichtung verwendet worden. Die Kammer weiß somit gar nicht, was die Brauerei eigentlich kostet; auch dies wurde auf dem vorigen Landtage gerügt, aber ohne Erfolg. Man hat endlich die Beschwerde damit zu entkräften gesucht, daß man behauptete, die Regierung sei nicht verpflichtet gewesen, die Nachweisungen früher als geschehen, vorzulegen. Allein hier gibt man sich einer vollständigen Täuschung hin. Nicht um die Nachweisungen der Vergangenheit handelt es sich, sondern um einen neuen Kredit, den man für das Jahr 1846 brauchte, aber nicht einholte. Die Einwendung des Chefs der Finanzen, man habe von dem Bedarf zu spät Kenntniß erhalten, ist durch die Ausführung des Min.-Rath Brecklinari selbst widerlegt, wonach das Finanzministerium schon im Februar aus einem Vortrage der Hofdomänenkammer den Sachverhalt erfuhr, also Zeit genug hatte, den Ständen, welche erst im Mai zusammentraten, die Vorlage zu machen, zu der es verpflichtet war. Aber man dachte wieder nicht an das Bewilligungsrecht der Stände, sondern machte Revisionsbemerkungen, die man allenfalls nebenher hätte besorgen können, und verzögerte damit die Sache bis in den Juni. Nun entgegnet man, es sei dem Lande durch die Unterlassung der Vorlage kein Schaden erwachsen. Allein abgesehen davon, daß man dies nicht wissen kann, kömmt hierbei der Gesbpunkt gar nicht in Betracht. Mit der nämlichen Einrede könnte man es rechtfertigen, wenn die Regierung die Stände nicht berufe, kein Budget vorlege, aber die Mittel im Interesse des Landes verwendete. Die zweckmäßige Verwendung würde uns nicht abhalten, gegen die Verletzung unseres verfassungsmäßigen Rechtes aufzutreten, dessen Vernichtung ein größerer Nachtheil wäre, als der Verlust einer Geldsumme. Eine solche Verletzung der ständischen Rechte liegt hier vor, sie trifft ganz allein den dermaligen Chef der Finanzen, sie ist der Hauptgrund zur Beschwerde. Allein der Vortrag des H. Präsidenten selbst fordert uns auf, an dem Beschlusse der Kommission festzuhalten. Er hat uns gesagt, er sei ein Feind von Ueberschreitungen; sie seien ihm ein Gräuel, er nehme es der Budgetkommission nicht übel, daß sie dagegen mit allem Ernst verfahre. Nun, m. HH., ist das nicht genug? Wollen wir dem Vorstand der Finanzen in seiner Stellung zumuthen, daß Er daraus den Schluß ziehe und die Beschwerde als begründet erkenne? Ich muthe ihm dies nicht zu, allein ich kenne für uns keine stärkere Empfehlung des Kommissionsantrags. Man hat sich endlich noch anderer Waffen bedient, denen ich keine ähnlichen entgegenzusetzen habe. Man hat von der Wiege und vom Grabe, vom Todtetite, von Weib und Kind gesprochen, um auf das Gefühl und auf das Gemüth zu wirken. M. HH., ich bin gewohnt, meine Familienangelegenheiten für mich abzumachen und persönliche Verhältnisse nicht in diesen Saal zu bringen. Hier handelt es sich um Angelegenheiten des Landes, nicht der Familie; um den Stand der Sachen, nicht um Gemüthsregungen. So kann ich zwar bedauern, daß der Baumeister sich im rauhen Gebirge eine Lungenentzündung zugezogen hat, allein dies kann nicht maßgebend sein für unsere Beschlüsse. Gegen die Ausdehnung der Beschwerde auf den früheren Minister habe ich Nichts einzuwenden, wenn dieselbe gesetzlich zulässig ist, was ich im Augenblicke nicht beurtheilen kann. — F.-M.-Präsident Regenauer folgert aus diesem Vortrage, daß ihm lediglich das Verstehen zur Last falle, die Bewilligung der Stände zu dem Kredit für 1846 nicht einzuholen, was zu unbedeutend sei, um Grund zu einer Beschwerde abzugeben.

Jungbauns hat sich seit Anfang des Landtags schon oft gefragt, woher denn die fortgesetzten Angriffe gegen den verehrten Präsidenten des Finanzministeriums kommen, der keine Fehler begangen, dessen angeerbte Thätigkeit seine Gesundheit angreife. Heute sei ihm die Ursache klar geworden; man wolle den Platz wechseln. Die Anschuldigungen des Abg. Hecker vergleicht der Redner denen des Wolfs gegen das Lamm, sie treffen den Angeschuldigten nicht. Der wahre Beweurf besteht darin, daß seine Grundsätze dem System einiger Führer der Opposition nicht entsprechen, welches System zur Auflösung aller sittlichen und bürgerlichen Ordnung und durch die maßlosen Angriffe gegen Anstalten zum Sturz der Verfassung und des Staates führt. (Unruhige Bewegung.) Der Redner fährt mit innerer Ergriffenheit, die sich immer mehr auch äußerlich kund gibt, fort: ich spreche nicht zu den Führern der Opposition, sondern zu den übrigen redlichen Mitgliedern der Kammer und zu dem Volke, sie werden mir Recht geben. (Hecker. Die Redlichkeit nehmen wir auch in Anspruch.) Buhl entgegnet, daß die Beschwerde, für welche auch er stimme, den Untergang des Vaterlandes nicht herbeiführen werde. Er entspreche damit seinen Verpflichtungen gegen das Volk, das er vertrete, und welches mit Recht verlange, daß bei solchen Ueberschreitungen streng geprüft und verfahren werde. Wenn es gesetzlich geschehen könne, stimme er auch für die Beschwerde gegen den vorigen Minister. Nachdem noch Bissing für die Gesetzlichkeit, M.P. Bekk gegen dieselbe, hauptsächlich aus dem Grunde gesprochen, weil die Beschwerde nichts Anderes als die Entfernung des betreffenden Beamten von seinem Posten bewirken könne, wird die Diskussion geschlossen. Die Mehrheit erklärt sich für die Beschwerde gegen den Präsidenten des Finanzministeriums, aber gegen die Ausdehnung auf den früheren Minister.

**Kurhessen.** Kassel, 24. Feb. Minister Bickell ist, wie unsere gestrige Korrespondenz aus Kassel sagt mit Gewißheit vorauszusehen war, am 24. gestorben.

* **Schwarzburg-Sondershausen.** (Unterthänigster Vortrag der Ständeversammlung, die Zustände des Landes betreffend.) „Durchlauchtigster Fürst, Allergnädigster Fürst und Herr! Die getreuen Stände des Landes, welche Ew. Hochfürstliche Durchlaucht wieder um Sich zu versammeln geruhet haben, nahen sich hiermit in Ehrfurcht, der ausgesprochenen Gesinnungen aller Sämmtlicher Mitglieder dieses Hauses bestimmert. Ew. Hochfürstl. Durchlaucht werden in unseren Worten den Ausdruck unserer treuen Anhänglichkeit an unser angestammtes Fürstenhaus, zugleich aber auch den unserer Liebergenung erkennen, daß das Wohl des Fürsten und des Vaterlandes unzertrennlich verbunden sei. Seit Jahren bedauern unsere Mitdürger mit uns, daß eine namhafte Zahl von Aussichten in hohe und niedere Stellen des Staates, der Kirche und des Militärs Civ- und Kriegsbeamten unseres Landes, die ihrer Güter des Vaterlandes sind ihnen anvertraut! — Die öffentliche Meinung hat die Tüchtigkeit einiger Einzelnen anerkannt, der Bildungsgang aber, den sie in größeren Verhältnissen anderer Staaten genommen haben, dürfte für sie und für die Veranlassung gewesen sein, die nöthige Stetigkeit durch zu großem Maßstabe zu bemessen. Damit steht innig in Verbindung, daß seit Jahren ein merkbar wiederkehrender Wechsel der höchsten und hohen Beamten in Staat und Kirche Statt gefunden hat. Die nächste Folge von allem diesem war, daß verschiedene, bisweilen sich entgegenlaufende Grundsätze und Ansichten in der Gesetzgebung, Verwaltung und der Organisation der Behörden sich darstellten; daß kaum erlassene Gesetze und getroffene Einrichtungen schnell wieder aufgehoben oder durch andere ersetzt wurden. Unter so rasch auf einander folgenden Umgestaltungen konnte bei der naturgemäße Entwicklungsgang unseres Staatslebens mehrfach gehemmt. Die Freunde des Vaterlandes sahen die Zufriedenheit sich allmählich mindern, die Ehrfurcht vor dem Gesetze nicht befestigt; es fanden gegründete Veranlassung zu Klagen. Das Budget, welches Jhrer Hochfürstlichen Durchlaucht den versammelten Ständen vorgelegt hat, ergibt ein demnächstiges Mißverhältniß zwischen Ausgabe und Einnahme. Wir entnehmen aus denselben die Gewißheit, daß dieser Zustand anderen Staatsverhältnissen durch eine zu große Zahl ruhig beförderter Staatsbeamten, durch die vielen und hohen Ruhegehalte, auch an solche, die nach kurzer Zeit aus dem öffentlichen Dienste getreten sind, durch den Bestand eines schon gehaltenen Militärs und endlich durch die bedeutenden Leistungen an Hochfürstl. Kammerkasse herbeigeführt worden ist. Wir sind der vollständige Benutzung der Beamtenkräfte und allseitige Einschränkung im Staatshaushalte läßt sich nicht allein einer Vermehrung der öffentlichen Lasten vorbeugen, sondern auch die gewünschte Verminderung derselben anbohren. Wir haben in Ew. Hochf. Vertreter eines deutschen Landes zu sein, deren Berührung niemals den Weg der Gesetzmäßigkeit verlassen wird. Die oben erwähnten Zustände aber haben stillen Unmuth und dange Besorgnisse um die Zukunft hervorgerufen, unter denen das alte Vertrauen nicht befestigt wird. Gegenwärtig ist wieder die höchste Stelle im Staatsdienste erledigt. Die Beschaffenheit Ew. Hochfürstl. Durchlaucht wird dahin einen Mann berufen, der, weit entfernt, tief eingreifende, hoffnungslose Veränderungen im Staatsorganismus herbeizuführen, unsere Verhältnisse kennt, der mit uns fühlt, der, inneren den Angelegenheiten des Landes seine Zeit und Kraft widmet, geistige und materielle Fortschritte zu fördern und Uebelstände schonend beschwinden zu machen bereit ist. Durchlauchtigster Herr! — Die Ueberzeugung durchdringt uns, daß Ersparnis im Staatshaushalte, vollständige Benutzung der Beam-

Digitized by Google

kraftvolle und ruhiger Festigkeit unter angemessenen Formen vor Allem uns Noth thut. Alle Treugesinnten im Vaterlande theilen diese Ueberzeugung. Wir halten es für Pflicht, dieselbe offen auszusprechen und Vertrauen und der Hoffnung, daß Ew. Hochfürstl. Durchlaucht halbwegs zu berücksichtigen geruhen werden, was wir als Mängel unserer Zustände und als Wünsche für die Zukunft angedeutet haben. Ew. Hochfürstl. Durchlaucht, allergetreueste Stände". Wie man hört wird sich unser Fürst an mehrere preußische und sächsische Minister mit der Bitte wenden, einen tüchtigen Mann für die Stelle eines dirigirenden Gebietmeraths vorzuschlagen. Möchte die Wahl glücklicher ausfallen, als diejenige, welche soeben zu einer etwas unmilitairischen Räumung des Platzes geführt hat.

**Frankfurt**, 24. Feb. Das vorbereitende Komité des allgemeinen deutschen Sängerfestes, das wegen der „mißlichen Zeitverhältnisse, besonders der in letzter Zeit eingetretenen Erschütterungen im Handels- und Geschäftsleben" die diesjährige Feier verschoben hat, kündigt an: Durch Beschluß hohen Senats d. d. 22. Feb. l. J. ist uns bereits in gleicher Weise wie für das Jahr 1848 auch für das Jahr 1849 die Erlaubniß zur Abhaltung eines Sängerfestes ertheilt worden. Es besteht daher das Komité in seiner Wirksamkeit. Zu der im Jahr 1849 abzuhaltenden Feier des Sängerfestes in unserer Stadt werden wir noch besondere Einladung erlassen. Wir hoffen dann, unsere Sangesbrüder aus allen Gauen Deutschlands herzlich zu begrüßen und in Vereinigung mit ihnen bei besserer Gestaltung der Zeitverhältnisse ein doppelt schönes Fest zu feiern.

**Hamburg**, 20. Febr. Es sollte zu Ende des Monats die gewöhnliche Bürgerschaft versammelt werden; indeß hat man in der Hoffnung, es werde sich die Aufregung mehr und mehr legen, diese Versammlung auf den kommenden Monat verlegt. Grundeigenthümer-, sowie Juristen-Vereine dauern noch fort und erhalten immer neuen Zuwachs; es ist daher nicht anzunehmen, daß deren Reformbestrebungen und Demonstrationen an Kraft und Umfang verlieren werden. Dem einstimmigen Verlangen welche Preßfreiheit hat man durch Verschärfung der Censur gantwortet. Was Oesterreich betrifft, so stehen die Reklamationen des neu ernannten Ministers im Hintergrunde, obgleich er noch immer nicht angekommen ist und also nur aus der Ferne wirkt. An Bremen soll derselbe sein Akkreditiv nur dann überreichen, wenn die dortige Presse ihre „Mißthreien" aufgebe. Auch der alte Bundesbeschluß wegen der Censurlücken ist den hiesigen Redaktionen von Neuem ins Gedächtniß gerufen worden, und mehrere Flugschriften über Schleswig-Holstein konnten das Imprimatur nicht erhalten, weil „der Vortheil gebiete, es mit einer der neuen Könige von Dänemark nicht zu verderben." (Köln. Z.)

**Schleswig-Holstein**, 21. Febr. Die Weser. berichtet: Die Regierung nimmt bereits auf die Aussicht der vier Männer aus jedem Herzogthume Bedacht, welche sie zur Berathung des Verfassungsentwurfs als „einsichtsvolle und erfahrene" zu berufen sich vorbehalten hat. Für das Herzogthum Holstein werden genannt als vorzugsweise in Betracht kommend: der Wahlkommissär, Kammerherr Antmann v. Kardorf zu Itzehoe, der Konferenzrath Kraus, seither Schleswigdirigent der schlesw.-holst. Regierung, erst seit Kurzem in Kiel wohnhaft, der Kammerherr Amtmann v. Heintze in Bordesholm, der Staatsrath Bürgermeister Behn in Altona, der Geh. Konferenzrath Graf v. Blome auf Salzau, auch der Kammerherr Amtmann von Cossel in Rendsburg. Für das Herzogthum Schleswig wird bei der Auswahl vorzüglich auf den Regierungspräsidenten Kammerherrn von Scheel, die beiden Amtmänner, Konferenzrath Johannsen und Kammerherr v. Krogh in Tondern, etwa auch den Kammerherrn Amtmann v. Stemann in Apenrade, auf die Bürgermeister Justizrath Lassen in Hadersleben und Knudsen in Tondern, so wie auf den Agenten Jensen in Flensburg Rücksicht genommen werden. Man wird keine Anderen berufen als Solche, deren Zustimmung zu dem neuen Werke man im Voraus gewiß zu sein glaubt.

Nach der Bremer Z. bezeichnet die öffentliche Meinung schon jetzt die Kandidaten, welche die Herzogthümer wählen würden, ziemlich sicher. Für Schleswig den Hofbesitzer Obergerichtsrath Nickels, den Hofbesitzer Richter Hansen in Leck, den Gutsbesitzer Henningsen zu Schönhagen, Besitzer und Advokat Bremer in Flensburg. Für Holstein Hofbesitzer Landesvollmächtigten Witt in Büsum, die Gutsbesitzer von Neergaard zu Dorfgünne und Hirschfeld zu Groß-Nordsee, Advokat Claussen zu Kiel. Unter den Pröbsten in Schleswig werden Probst Rehhof in Apenrade und in Holstein Probst Balemann in Oldenburg als Kandidaten genannt. In der Ritterschaft möchte die Wahl auf Graf v. Reventlow (Preez), v. Reventlow-Jersbeck, Graf v. Baudissin-Bustorf und Graf Hahn-Neuhaus fallen.

### Großbritannien.

**London**, 23. Febr. Die Times enthielten in ihrer Nummer vom 21. Febr. eine Betrachtung über die Vorgänge in München, die für gewisse Personen, wie sich denken läßt, nicht gerade schmeichelhaft lautet. Dagegen erhält Fürst Wallerstein seiner staatsmännischen Umsicht, seiner Reformabsichten, seiner freisinnigen Preßverordnungen wegen vieles Lob; auch wird die selbständige und kluge Politik, welche Baiern in manchen Fragen, z. B. der Schweizer, beobachtet hat, anerkennend hervorgehoben. In der darauf folgenden Nummer (vom 22. Febr.) bringt man dieselbe Zeitung eine kurze mysteriöse Korrespondenz aus München, worin es unter Anderem heißt: „An einer gewissen Stelle würden Fürst Wallerstein und Retter Thiersch, als Anstifter der Volksbewegungen betrachtet, beide würden geopfert werden. Baiern stehe übrigens am Vorabend einer ernsten Umwälzung." Wir, in der Nähe der Münchner Wirrungen, wissen hiervon Nichts, obschon man zugeben darf, daß die Münchner Zustände einen etwas chaotischen Knäuel bilden, von dem man für den Augenblick kaum weiß, wie er sich entwirren wird.

### Frankreich.

☞ Wir erhalten soeben folgende telegraphische Depesche:

**Paris**, 24. Febr. Ein dreiviertel Uhr Nachmittags. Der Beauftragte der provisorischen Regierung an die Herren Präfekten. Zusammensetzung der provisorischen Regierung: Dupont (de l'Eure), Präsident. Arago, Minister der Marine. Lamartine, Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Cremieux, Justizminister. Subervic, Kriegsminister. Ledru-Rollin, Minister des Innern. Marie, Handelsminister. Garnier Pagès, Maire von Paris*).

**Paris**, 23. Febr. Der Antrag, das Ministerium in Anklagestand zu versetzen, lautet wie folgt:

„Wir beantragen das Ministerium in Anklagestand zu versetzen, als schuldig:

1) Die Ehre und die Interessen Frankreichs nach Außen verrathen zu haben.

2) Die Grundsätze der Verfassung gefälscht, die Bürgschaften der Freiheit verletzt, in die Rechte der Bürger eingegriffen zu haben.

3) Versucht zu haben, durch eine systematische Korruption an die Stelle der freien Aeußerung der öffentlichen Meinung, die Berechnungen der persönlichen Selbstsucht zu setzen, und auf diese Weise die Repräsentativregierung innerlich zu vernichten.

4) Im ministeriellen Interesse mit öffentlichen Aemtern und mit den Vollmachten und Privilegien der Staatsgewalt Handel getrieben zu haben.

5) In demselben Interesse die Finanzen des Staates zu Grunde gerichtet und dadurch die Nationalkraft und Nationalgröße bloßgestellt zu haben.

6) Die Bürger eines jeder freien Verfassung einverleibten Rechts, dessen Uebung durch die Verfassung, die Gesetze und den Gebrauch gewährleistet ist, gewaltsam beraubt zu haben.

7) Durch eine offenbar konterrevolutionäre Politik alle Eroberungen unserer beiden Revolutionen in Frage gestellt und das Land in die größte Verwirrung gestürzt zu haben."

Es steht sehr zu bezweifeln, daß diesem Antrage bei der jetzt eingetretenen Wendung der Dinge weitere Folge gegeben werden wird. Die gegenwärtigen Machthaber haben eben so wenig als die Partei, die sie an's Ruder gebracht hat, ein Interesse dabei, „ein Exempel zu statuiren."

Die Unruhen, welche zuletzt den Thronwechsel herbeigeführt haben, nahmen ihren eigentlichen Anfang in der Nähe des Palastes der Kammer der Abgeordneten. Zuerst wurden mehrere Abgeordnete, die sich nach der Kammer begaben, von dem in großen Massen versammelten Volke angehalten, gewöhnlich, aus den Wagen zu steigen und eine Art Verhör zu bestehen. Gegen Mittag wälzte sich ein Haufe von 5 bis 6000

*) Vorstehende Depesche, die wir gestern (26. Febr.) Abends 9 Uhr erhielten, haben wir bereits als Extrablatt drucken und, durch die während der Nacht oder heute Morgen abgehenden Posten, versenden lassen. Wir machen hierbei darauf aufmerksam, daß dieselbe nur um ¾ Stunden später datirt ist als die gestern mitgetheilte Depesche, welche 24 Stunden früher eintraf. Wir vermuthen deßhalb, daß dieselbe irrthümlich das Datum vom 24. trägt und vielmehr vom 25. datirt sein sollte. Wir fügen nachträglich hinzu, daß die Kartsruher Zeitung, in Uebereinstimmung mit dieser Vermuthung, die Depesche vom 25. 10 Uhr Morgens datirt. D. R.

Digitized by Google

Menschen unter dem Geschrei: Es lebe die Reform! Nieder mit Guizot! gegen den Palast Bourbon heran. Da weder Truppen noch Nationalgarde auf dem Platze waren, so wurde es den zuerst Andringenden leicht, über das Gitter, das den Palast einfaßt, hinweg, und zum Theil bis in den Sitzungssaal zu dringen. Inzwischen kam der General T. Sebastiani mit Fußvolk und Reiterei herbei, und die Hauptmasse der Aufrührer wurde nach schwachen Versuchen des Widerstandes zurückgedrängt. In den benachbarten Straßen wurde im Laufe des Tages eine Menge von Barrikaden errichtet, aber keine einzige derselben wurde vertheidigt, und die Truppen konnten die umgestürzten Wagen u. s. w. überall auf die Seite schaffen, ohne daß ein Schwertstreich gefallen wäre. In den elysäischen Feldern wurde eine aus Wagen und mehreren tausend Stühlen errichtete Verschanzung beim Anrücken der Truppen in Brand gesteckt. Nach Einbruch der Dunkelheit wuchs den Aufständischen indessen der Muth so weit, daß sie einige ihrer Stellungen zu behaupten suchten. In der in der Nähe des Louvre gelegenen Rue de l'Arbre sec wurde eine Barrikade durch die Nationalgarde genommen; in der Rue St. Denis wurde um 10 Uhr Abends eine andere Barrikade mit Flinten und Pistolen gegen die Truppen vertheidigt; in der Vorstadt Batignolles wurde ein Wachtposten von 10 oder 12 Mann überfallen und entwaffnet. Der National sagt, daß der hartnäckigste Kampf in der Rue Bourdoury stattgefunden habe, wo man fünf vorhandene junge Leute befreien wollte. Hier wurde ein Municipalgardist und einer der Angreifer getödtet. Die Verhaftsten blieben in der Gewalt der Polizei. Mehrere Waffenläden wurden ausgeplündert, andere durch die bewaffnete Macht geschützt, noch andere waren durch die Eigenthümer zur rechten Zeit geräumt worden. Um Mitternacht war die Ruhe in allen Theilen der Stadt wiederhergestellt. Die Angabe, daß 50 Menschen getödtet seien, war bis dahin jedenfalls sehr übertrieben. Ueber die Ereignisse am folgenden Tage, 23. müssen wir weitere Berichte abwarten. Welche Rückschritt die neue Regierung vermacht habe, das Regentschaftsgesetz umzustoßen, und statt des Herzogs von Nemours der Mutter des jungen Königs die regentschaftliche Gewalt zu übertragen, darüber wollen wir keine Vermuthungen wagen. Jedenfalls deutet diese Maßregel, die einen ganz revolutionären Charakter trägt, auf gewaltsam drängende Bewegründe hin.

Die Pariser Post vom 24., welche gestern Abend um 6 Uhr hätte eintreffen sollen, ist heute Morgen (27. Red.) um 8 Uhr noch nicht angekommen. Die Verzögerung ist eine Bestätigung der obnehin nahe liegenden Vermuthung, daß die Abdankung des Königs, und was darauf gefolgt ist, durch weitere ernste Ereignisse herbeigeführt sei, welche man im Augenblicke der letzten brieflichen Nachrichten aus Paris, am Nachmittage des 23., noch nicht voraussehen konnte, indem durch den Rücktritt des Ministeriums Guizot Alles beruhigt und beendigt schien. In diesem Sinne wird dem niederrheinischen Kurier geschrieben: „Wir haben um halb 4 Uhr die Kammer verlassen, und wir schlugen den Weg über die Boulevards ein, indem wir unterwegs allenthalben ankündigten, daß der Kampf zwischen den Bürgern aufhören, daß die Ruhe in der Hauptstadt wieder einstehen würde, da das Ministerium seine Entlassung eingegeben hätte. Auf diese Nachricht haben brave Offiziere der Linie und die Hand gedrückt, und wir wurden fast erstickt inmitten der Umarmungen einer Detachements der Nationalgarde. Das Ministerium ist gefürzt; dieses Gerücht flieat von Mund zu Mund, und ungeachtet der Raschheit unseres Ganges war es schon vor uns an den Ort gelangt, wo wir still hielten, um diese Zeilen zu schreiben. Vier Uhr. Das Ministerium ist abgedankt! Diese Nachricht wird ohne Zweifel schleunigst dorthin gelangen, wo der Kampf noch dauert, da, wo seit 10 Uhr Morgens Kinder eines und desselben Vaterlandes auf einander schießen, weil die Gesetze des willenlosen Gehorsams gute und arme Soldaten verurtheilen, sich zu schlagen, um Hrn. Guizot zu vertheidigen. Wir hoffen, daß in einigen Minuten die letzten Schüsse gewechselt sein werden. Schon kehren Detachements der Nationalgarde in ihre Quartiere zurück inmitten der Rufe: „Es lebe die Nationalgarde! es lebe die Reform!“, welche von der Magdalenenkirche bis zur Bastille erschallen.

Wie wenig man übrigens noch am 23. an eine Revolution dachte, wir wenig ernstlich die ganze Bewegung bis dahin genommen wurde, das beweist die Sprache aller Pariser Blätter, welche von den Ereignissen der beiden letzten Tage nur wie von einem großen Krawalle sprechen, und welche Alle mit dem größten Nachdruck zum Frieden reden, den National nicht ausgenommen, der trotz alles seines kriegerischen Geistes gar keine Möglichkeit sieht, der Regierung mit Waffengewalt beizukommen. Dirselbe Zuversicht spricht sich in der Haltung der Börse am 23. aus, an welcher die Fonds nur um ein ganz Unbedeutendes gewichen sind; die 3% wurden zu 73 Fr. 70 C., die 5% zu 116 Fr. 10 C. geschlossen. Vermuthlich ist es ein freier Handstreich der republikanischen Partei, die sich noch im rechten Augenblick ermannt haben mag, welcher den Ausschlag zur Revolution gegeben. Daß Hr. Odilon Barrot sehr bald beseitigt werden würde, war von vornherein gewiß. Dagegen hätte wohl Niemand vorausgesehen, daß ihm die Männer nachfolgen würden, welche die neueste telegraphische Nachricht nennt. Die provis. Regierung ist ziemlich bunt zusammengesetzt, doch überwiegen die republikanischen Elemente in demselben ganz entschieden. Hr. Dupont (de l'Eure) ist Demokrat in strengem Sinne des Wortes, aber er zählte bis jetzt nicht zu den Gegnern der monarchischen Staatsform; er ist übrigens ein sehr alter, abgelebter Mann und eigentlich nur noch ein Name. Hr. Arago huldigt den Ideen eines gewissen vornehmen Republikanismus, von dem wir sehr zweifeln, ob er stichhalten werde gegen Anforderungen einer gemeinen Wirklichkeit; wir trauen übrigens Hrn. Arago mehr Ehrgeiz zu, als politische Ueberzeugung. Der General Subervie ist ein Haudegen aus der Kaiserzeit, der noch in den letzten Tagen von der Rednerbühne herunter einen wüthenden Feldzug zur Eroberung der Rheinprovinzen unternahm. Hrn. Lamartine kennt Jedermann; er hat demokratische Ansichten und monarchisch-aristokratische Liebhabereien und Instinkte. Hr. Cremieux, ein talentvoller aber gewissenloser Advokat, hat sich seit einigen Jahren unter die Wortführer der republikanischen Partei eingedrängt und ist jetzt der vorlautesten Einer. Hr. Ledru Rollin ist der Odilon Barrot der republikanischen Partei. Hr. Marie verdient einen höchst ehrenvollen Charakter mit großen Gaben des Geistes und mit einer ausgezeichneten gerichtlichen Beredsamkeit; aber er ist kein Politiker, er hat sich wenigstens bis jetzt nicht als solchen bewährt. Hr. Garnier Pages, der neue Maire von Paris, hat demagogischen Beruf, aber weder die Kenntnisse noch das Talent seines verstorbenen Bruders. Schließlich wollen wir noch darauf aufmerksam machen, daß die provisorische Regierung unter sieben Mitgliedern nicht weniger als vier Advokaten zählt, nämlich die HH. Dupont, Cremieux, Ledru Rollin und Marie.

Nachschrift. Eben geht uns die Brüsseler „Indépendance“ vom 25. zu, welche durch Zufall in den Besitz eines Exemplars der Pariser „Presse“ vom 24. gesetzt ist, aus der sie einige wichtige Nachrichten mittheilt. Durch Zufall, denn der ringetroffene Bahnzug hatte an jenem Tage weder Post noch Reisende nach Brüssel gebracht, sondern nur die Nachricht, daß das Volk die Schienen der Bahn in der Nachbarschaft von Paris zerstört habe, um die gefürchtete Ankunft neuer Truppen zu erschweren. Aus den Mittheilungen der Indépendance geht nun hervor, daß durch die Nachricht von dem Ministerwechsel die große Zahl Derer sich in der ganzen Stadt verbreitete, daß überall die Feindseligkeiten eingestellt, daß die Läden wieder geöffnet wurden, daß sich das Volk unter dem hundertlaufenfstimmigen Ruf: Es lebe die Reform! und mit Sang und Klang freudig durch die Straßen bewegte, die mit Einbruch der Nacht zur Feier des wiederhergestellten Friedens festlich beleuchtet wurden. Selbst Herr Rothschild erschien auf dem Balkon seines Hauses, stimmte in den Ruf: es lebe die Reform! ein, den ein vor seiner Wohnung versammelter Haufe ausstieß, und ließ seine Fenster glänzend erleuchten. Diese Stimmung dauerte bis 8 Uhr Abends. Da trat ein Vorfall ein, welcher den Ereignissen eine andere Wendung gab. Ein Volkshaufe, der auf das Ministerium des Auswärtigen eindrang, wurde von dem Wachtposten mit einer Gewehrsalve zurückgetrieben. Fünfzig Menschen fielen. Die Nachricht von diesem Vorfalle verbreitete sich blitzschnell in der Stadt, und sofort begann die Bewegung wieder einen drohenden Charakter anzunehmen. Barrikaden wurden von Neuem aufgeworfen, und das Volk griff wieder zu den Waffen. Die Sturmglocke ging die ganze Nacht. Die Minister hatten ihre Hotels verlassen, in denen sie sich nicht mehr sicher glaubten. Das neue Kabinet war bis um 11 Uhr Abends noch nicht zu Stande gekommen. An der kleinen Börse, die Abends in der Passage der Oper gehalten wird, wurde um 10 Uhr das 3% zu 73 f. 10 notirt.

Zweite Nachschrift. 11 Uhr Morgens. Die Pariser Post ist in dem Augenblick, wo unser Blatt in die Presse geht, noch nicht eingetroffen. In der Kartät. Zeit. finden wir folgende Notiz: Straßburg, 26. Febr. 2 Uhr Nachmittags. Von Seite der republikanischen Partei ist man hier im Begriff, den Präfekten und den Maire ihrer Stellen zu entsetzen. An die Stelle des Ersteren ist Advokat Lichtenberger bestimmt. Die Pariser Briefpost ist bis jetzt nicht hier eingetroffen. Nur die Diligence Lafitte kam an und brachte die Nachricht mit, daß die Diligence royale und die Mallepost wahrscheinlich ausbleiben würden, in-

Digitized by Google

## Verhandlungen der Vereinigten Ausschüsse.

** Berlin, 11. Febr. In der vierzehnten Sitzung, am 7. Febr., verhandelte der Ausschuß die §§. 108—125 des Entwurfs. Der 108 über Injurien gegen fremde Regenten und deren Gemahlinen, dessen Wegfall mit 57 gegen 39 Stimmen abgelehnt wurde, und der dazu von dem Abg. Neumann (Br.) beantragte Zusatz, „insofern der auswärtige Staat vollständige Reziprozität gewährt", wurde die Veranlassung lebhafter Erörterungen zwischen dem Landtagskommissär und den Abgg. Camphausen, von Saucken-Tarputschen und v. Auerswald. „Auf die Bemerkung" des Letztern, ohne Rücksicht auf Reziprozität kämen wir durch §. 108 in die sonderbare Lage, daß unsere Regierung jede Beleidigung eines fremden Regenten durch Schriften eifrigst verfolgen müßte, während dessen Unterthanen sich ungehört in den ärgsten Pasquillen gegen unsern König ergehen könnten, versetzte der Landtagskommissär: „Es ist vollkommen richtig, daß in einem unserer Nachbarländer ein Institut besteht, welches darauf gerichtet zu sein scheint, unsern König mit den niederträchtigsten Schmähungen und Verleumdungen zu verfolgen, und ich zweifle nicht, daß alle diejenigen Preußen, welche von den Produkten dieses Instituts Kenntniß haben, auf das Allertiefste dadurch verletzt werden und sie nicht allein als Beleidigungen des Königs, sondern auch als Insulte der Nation ansehen." Daraus dürfe man aber nicht folgern, ähnliche Institute gegen fremde Monarchen zu gestatten. Ob wohl die Duldung solcher Schmähinstitute die Bande der staatlichen Ordnung des Landes, das sie duldet, zu lockern oder zu befestigen geeignet ist? Die Wirkungen auf den Staat, welcher dergleichen duldet, seien nachtheiliger als auf den, gegen welchen die Angriffe gerichtet sind. — Wenn dem so sei, so glaube er: „daß alle Diejenigen, welche eine Veranlassung haben, auf Lockerung der Bande unserer staatlichen Verhältnisse zu sinnen, nicht dadurch werden u. s. w." Unter fortdauernder Aufregung der Versammlung nach vorheriger Rede legte der Abg. Camphausen (Rh.) „Protest ein" gegen eine solche Qualifikation der Stimmenabgabe. Ihm trat Abg. v. Saucken-Tarputschen (Pr.) bei: „einen solchen Vorwurf könnte Keiner von uns auf sich sitzen lassen, kein Einziger von uns, der dafür gestimmt hat oder noch dafür zu stimmen gewillt ist, hat eine Lockerung staatlicher Bande in Absicht, sondern wir haben nur das Eine im Auge, was uns Recht scheint, ohne Scheu, ohne Rücksicht zu vertreten, und über unsere Abstimmungen können wir keinen Vorwurf dulden." Viele Mitglieder erhoben sich und gaben ihre Beistimmung zu erkennen. Auf die Berücksichtigung des Landtagskommissärs, er sei nicht gemeint, Jemand etwas vorzuwerfen, noch dessen Votum zu beschränken, daß aber als Kommissär der Regierung das Recht, seine Ansicht mit derselben Freiheit auszusprechen wie jedes Mitglied der Versammlung, und glaube, von dieser Freiheit auch in diesem Augenblick keinen unrechten Gebrauch gemacht zu haben, erwiderte Abg. v. Auerswald, der zunächst durch die Reden des Landtagskommissärs betroffen sein mußte, insofern in diesen Worten, „wenn auch gewiß ohne Absicht", aber doch eine Andeutung lag, er könnte ein Verfahren solcher Art, dessen anderweite Folgen außerdem auf das Bedenklichste bezeichnet werden, billigen, so müsse er dies auf das Entschiedenste zurückweisen und könne, wenngleich er eine verletzende Absicht nicht voraussetzen mag, nur bedauern, daß der Hr. Landtagskommissär seine Worte nicht mit mehr Vorsicht gewählt hat." Auf eine zufriedenstellende Erklärung des Hrn. v. Bodelschwingh setzte Hr. v. Auerswald auseinander, daß der Letztere dem ausgesprochene Meinung, durch den Antrag auf Streichung des §. oder auf Versetzung desselben in einen andern Titel (im Interesse der fremden Regenten selbst) völlige Straflosigkeit der in Rede stehenden Beleidigungen herbeiführen zu wollen, „von keinem Derjenigen ausgesprochen ist, die überhaupt darüber gesprochen haben." Das Amendement des Abg. Neumann wurde übrigens mit 54 gegen 43 Stimmen verworfen. — Zu dem §. 125, welcher lautet wie folgt: „Wer öffentlich in Worten, Schriften, Abbildungen oder andern Darstellungen die Landesverfassung, die Gesetze, die Staatseinrichtungen oder die Maßregeln der Verwaltung durch Erdichtung von Thatsachen oder durch Entstellung der Wahrheit, durch Schmähung oder durch Verspottung herabzuwürdigen sucht, ist, ohne Rücksicht auf den Erfolg, mit Gefängnißstrafe nicht unter zwei Monaten zu belegen. Diese Strafbestimmung ist auch gegen denjenigen anzuwenden, welcher eine der bezeichneten Handlungen gegen den Deutschen Bund oder gegen einen der Bundesstaaten begeht u. s. w.", stellte die Abtheilung die Anträge, die Worte „nicht unter zwei Monaten" und „gegen den Deutschen Bund" zu streichen, und der Abg. Camphausen die Worte „oder durch Verspottung" wegzulassen. In Betreff des zweiten Antrags der Abtheilung erklärte der Abg. Frhr. v. Mylius, es gehe Verhältnisse, die im Interesse des deutschen Vaterlandes zur Sprache gebracht werden müssen, fasse man aber die Verhältnisse mancher kleinern deutschen Staaten im Auge, so komme man zu dem Sprichwort: „Difficile est satyram non scribere", und der Landtagskommissär, welcher nicht eine Rede pro domo halten möchte, sprach aus denselben Gründen, die ihn bewogen hatten, im Interesse des Deutschen Bundes und der deutschen Bundesstaaten die Beibehaltung der §§. 92. 93 zu empfehlen, damit sie durch unser St.G.B. vor Angriffen sichergestellt werden, auch für Annahme des §. 125, um dem Bunde und den vereinigten Staaten denselben Schutz zu gewähren, dessen der eigene Staat genießt. — Der Antrag der Abtheilung wurde verworfen. — Der erste Antrag derselben, das Minimum der Strafe wegzulassen, wurde dagegen mit einer Mehrheit von zwei Dritttheilen angenommen. — Der Antrag des Abg. Camphausen, für den die Abgg. Sperling (Pr.) und Reichen (Sch.) auftraten und welchen Warschall v. Rochow (Br.) angriff, wurde Anfangs auch vom Grafen Schwerin bekämpft. Dieser ging von der irrigen Voraussetzung aus, es stünde in dem §: „wer durch Erdichtung von Thatsachen oder Entstellung der Wahrheit zu schmähen, zu verspotten oder herabwürdigen sucht", und verthreidigte den Paragraph aus dem Beweggrund, weil ja das Verspotten nur gemeint sei in der bezeichneten Weise der Erdichtung und Entstellung. So gerechte der Angriff des Abgeordneten aus Pommern dem Antrage des rheinischen Abgeordneten zur kräftigsten Unterstützung. Denn der Paragraph nimmt eine Verspottung an, die von der Erdichtung von Thatsachen, von der Entstellung der Wahrheit, von der Schmähung unterschieden ist. Die Rede des Hrn. v. Rochow war darüber ein helles Licht: „die Lüge kann entdeckt, die Schmähung widerlegt werden, aber Spott, mit einer gewissen Geschicklichkeit geübt, ist das wirksamste Mittel, um Verachtung hervorzubringen. Es gibt keine bittere Geißel, als die Verspottung". Der Abg. Neumann wies nach, daß nach §. 125 Preußen künftig einen staatbaren und einen nicht staatbaren Spott haben würde. Der Abg. Sperling (Br.) bemerkte, wie der Ausdruck „Verspottung" einen von der „Lüge" ganz unabhängigen Sinn in dem Paragraph habe. Im Interesse des Staats und jedes Gemeinwesens liege es, daß die Freiheit, öffentliche Verwaltungsmaßregeln zu besprechen, so wenig als möglich beschränkt werde. Ueber manche Verwaltungsmaßregeln könne man sich nicht aussprechen, ohne in die Form des Spottes zu verfallen. Schallende Gelächter erregte die Erzählung der Abgeordneten von Königsberg, daß bei Gelegenheit eines polizeilichen Brandes von einem Polizeibeamten das Löschen während des Gottesdienstes untersagt wurde. Noch stärkeres Gelächter folgte seiner Erwähnung eines zweiten Falles, daß einem der Beamten, der sich auf der Brandstelle etwas später einfand als andere, dies von seinem Vorgesetzten verwiesen wurde, und er, da er sich mit der Entfernung seiner Wohnung entschuldigte, die Weisung erhielt, näher heranzuziehen. Ersterer Geschichte lasse sich durch Akten erweisen*). „Ist es möglich, dergleichen Dinge anders als im Tone des Spottes zum Gegenstand der Besprechung zu machen?" — Die Krone dieser Verhandlung bildete die kurze Rede des Abg. Camphausen zur Begründung seines Antrages: der Paragraph stelle ein „Verbrechen der beleidigten Verwaltung" auf, und wer es begehe, der hat im Maximum eine doppelt so hohe Strafe zu erleiden, als derjenige, welcher in Worten und Handlungen die Ehrfurcht gegen den König verletzt." Er sei nun nicht der Meinung, daß die Verwaltung so hoch stehe, daß ein spottender Angriff gegen sie schwer bestraft werden müsse, er sei es nicht hinsichtlich der Herren Minister, er sei es nicht hinsichtlich der Ministerialdepartements oder Regierungskollegien, er sei es auch nicht hinsichtlich der Herren Landräthe, Polizeidirektoren und Bürgermeister. Er finde ferner nicht, daß für die Verwaltung ein dringendes Bedürfniß bestehe, sich mit übergroßer Aengstlichkeit hinter den Mauern des Strafgesetzes vor den Pfeilen des Spottes in Sicherheit zu bringen. Im Gegentheil, wenn die begonnene und noch in Ausübung stehende größere Regsamkeit des öffentlichen Lebens sich mehr ausdehnt, was der Fall sein wird, wenn keine Hinderniße in den Weg gestellt werden, so wird es erforderlich sein, daß man auf eine Empfindlichkeit verzichte, die mit dem Rumbus der Beamtenwürde in einer nun dahinschwindenden Zeit getragt war. Im Interesse der Gesammtheit des Staats und der Staatsverwaltung kann auch die herbste Kritik der Verwaltungsmaßregeln nicht schädlich, sondern eher nützlich sein. Man möge Beispiele anführen, wo eine

*) Preußen haben mir verschert, daß jedes Kind in Königsberg diese beiden Polizeichen kenne, bei denen der dafür Polizeipräsident figurirte. Sobald ich dier Krähwinkel und die Schildbürger nennen würde, wäre ich dem §. 125 unausbleiblich verfallen — ohne Camphausens Antrag.

Digitized by Google

wirklich gute und tüchtige Verwaltungsmaßregel durch Spott verleidet worden wäre. Wenn dagegen schlechte oder lächerliche Maßregeln der Satyre nicht haben widerstehen können, so liegt darin die Aufforderung, auf ein so wirksames Mittel der Abwendung und der Besserung der Mißverhältnisse und Umstände nicht zu verzichten. Gegen persönliche Ehrenkränkungen, auch wenn die Censurschärfe nächstens in die Rüstkammer gewandert ist, schützt die Mitglieder der Verwaltung Titel 10 des St.G.B., wie jeden Privatmann. Der Wegfall der Worte „oder Verspottung" ist nicht minder zu fordern um der Freiheit willen. Die Grenze zwischen Tadel und Spott ist nicht zu erkennen. Wenn der Spott strafbar wird, so ist der Anklage und der Verfolgung ein unabsehbares Gebiet eröffnet, ein Gebiet, welches sich bis zum Unendlichen erweitert, weil in unserer verwalteten Zeit die Maßregeln der Verwaltung so zahllos sind wie der Sand am Meere. — Auf Antrag des Abg. Sperling fand namentliche Abstimmung Statt. Der Antrag Camphausens wurde mit 56 gegen 37 Stimmen angenommen. Statistisch von Interesse dürfte sein, daß der Marschall Fürst Solms, der Marschall von Sachsen, Graf Zech-Burkersroode, und die Abgg. Graf Eneisenar, Graf Renard, Frhr. v. Friesen, Giesler, Haußknecht, v. Katte, v. Werdeck, v. Witte dies Mal auf Seite Camphausens standen. Dieser Umstand läßt hoffen, daß die Regierung darauf eingehen und es künftig uns Preußen nicht so spottwohlfeil sein wird, in Anklagestand versetzt zu werden, wie aus Anlaß des „durch Verspottung" des §. 125! — Eine noch meinem Dafürhalten überaus wichtige Bemerkung des preußischen Marschalls von Brünneck, daß die im §. 125 vorkommende „Entstellung" nach dem Wortlaut auch eine unabsichtliche, in einem Irrthum begründete sein könne, daher das Beiwort „absichtliche" vorgesetzt werden möge, nahm der Landtagskommissär ausdrücklich für die definitive Fassung des St.G.B. „ad referendum". Wer ein eifriger Leser der Allg. preuß. Zeit. ist, den muß bei dem Wort „Entstellung" ein Schauder überlaufen, wie bei dem „Anathema sit" der Tridentiner Beschlüsse!

### Ausschußverhandlung über das Associationsrecht.

** Berlin, 12. Februar. Der vierte Titel des Entwurfs (Theil 2) führt die Ueberschrift: „Von unerlaubten Verbindungen". Welchem Deutschen umdüstert sich nicht der Blick bei diesem Namen? Er bezeichnet ein Nationalunglück. Dies Eine Wort spricht die ganze Niedertracht der Reaktion aus. Es ist das „T. F.", aufgebrannt einem hochherzigen Volk, da der Lorbeer noch grünte, den es blutig errungen. — Unser Ländchen Ausschuß kam in seiner 15. Sitzung am 8. Febr. auf die einschlägigen §§. 141—143, und wir haben denn doch die Genugthuung, daß §. 143 mit 79 gegen 18 Stimmen verworfen wurde. — Die Gutachten der Abtheilung waren meisterhaft ausgearbeitet und der Vortrag über §. 143 durch den Referenten Oberbürgermeister Naumann (v. Posen) war von vielseitigem Beifall begleitet. — Das Allg. Landrecht kennt unerlaubte Verbindungen und Strafen gegen deren Mitglieder nicht. Nach den §§. 184 und 185, Tit. 20, Theil 2, waren alle nicht heimlichen und auch heimliche Gesellschaften, wenn sie keinen Eingriff auf den Staat und dessen Sicherheit hatten, erlaubt, und es war selbst nicht erforderlich, daß der Obrigkeit davon Anzeige gemacht wurde. Wenige Jahre nach Publikation des Landrechts erging unter dem Einflusse der damaligen Zeitverhältnisse das Edikt vom 20. Oktober 1798, wodurch allerlei bestimmte Gesellschaften und Verbindungen verboten und gegen die Stifter und Mitglieder derselben harte Strafen angedroht wurden. Auf dieser durch Gesetz vom 6. Januar 1816 (!) republicirten Verordnung hat die Gesetzgebung in Betreff der verbotenen Verbindungen bis in die neueste Zeit fortgebaut, und erst der vorliegende Entwurf geht — noch weiter, indem nach §. 141 die Theilnahme an einer Verbindung, die aus keinem der vordem bestimmten Gründe unerlaubt, sondern lediglich deßhalb mit Kriminalstrafen gedroht werden soll, weil sie von der Obrigkeit untersagt worden ist. Diesen letzten Passus beantragte die Abtheilung zu streichen. Der Entwurf von 1847 geht ferner weiter als das Edikt aus dem vorigen Jahrhundert, indem er, abweichend von jenem, in §. 142 Verbindungen für strafbar erklärt, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen es gehört, „Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen zu verhindern oder zu entkräften." Die Abtheilung, welche nicht einsah, warum Maßregeln der Verwaltung, welche, wie der §. 142 will, nicht Vollziehung von Gesetzen sind, unter den Schutz von Strafgesetzen gestellt werden sollen, trug darauf an, die Worte „Maßregeln der Verwaltung" wegzulassen. — Der zur Ehre der Versammlung ausgestoßene §. 143 lautet: „Die Theilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen es gehört, über Veränderungen der Staatsverfassung, sei es des preußischen Staates oder des Deutschen Bundes*), zu berathschlagen, soll, insofern nicht schon der Zweck oder die Beschäftigung der Verbindung selbst in einer als Verbrechen strafbaren Handlung besteht, mit Gefängniß oder Festungshaft von 2 Monaten bis zu 2 Jahren, mit den Stiftern, Vorstehern und Beamten der Verbindung aber mit Gefängniß nicht unter 6 Monaten oder mit Festungshaft von 6 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft werden. Nach richterlichem Ermessen ist auch auf Stellung unter besondere Polizeiaufsicht zu erkennen." Darüber sagt das Gutachten der Abtheilung: Von der Verfassung eines Staates hängt wesentlich das Glück des Volkes ab, und es liegt den Staatsbürgern Nichts näher, als die Staatsverfassung kennen zu lernen, die Zweckmäßigkeit derselben mit Beziehung auf eigne Rechte und eigne Wohlfahrt zu prüfen und über geeignete Veränderungen gemeinschaftlich zu Rath zu gehen. In allen freien Staaten ist es immer ein Recht der Staatsbürger gewesen, hierüber zu berathschlagen, und es wird oft eine Pflicht, dies zu thun, um Mängel zur Sprache zu bringen und Verbesserungen zu erstreben. Erst das Edikt von 1798 trat diesem Rechte der Staatsbürger im preußischen Staat entgegen, und eine ängstliche Politik verhinderte, in spätern Decennien auf eine Maßregel zu verzichten, die — indem sie dem Volke Fesseln anlegt — seine sittliche Kraft lähmt und durch Mißtrauen entmuthigt. Es kann nicht zugegeben werden, daß Besprechungen über die Staatsverfassung und Berathschlagungen über gewünschte Veränderungen Anregung im Volke bewirken, vielmehr werden in Zeiten politischer Aufregung derartige Besprechungen und Berathschlagungen dahin führen, daß das Volk belehrt, über die Unstatthaftigkeit ungehörlicher Ansprüche aufgeklärt wird, daß sich die Leidenschaften beruhigen. Die Staatsgewalt findet gegen verbrecherische Handlungen Sicherheit in den Strafgesetzen, und wenn verbrecherische Handlungen nicht der Zweck oder die Beschäftigung einer öffentlichen Verbindung sind, so fehlt jeder Grund, sie unter besondere Strafgesetze zu stellen, da in der Oeffentlichkeit die Bürgschaft liegt, daß verbrecherische Zwecke nicht verfolgt werden können, ohne zur Kenntniß der Staatsbehörden zu gelangen. Wie die Verfassung öffentlicher Besprechung und Berathschlagung über die Staatsverfassung unter Umständen eine Nothwendigkeit ist, um die wahren Ansichten und Erwartungen des Volks zur Kenntniß der Regierung zu bringen, so wird umgekehrt die Unterlassung ofe der Grund, daß sich geheime Verbindungen bilden, die allein dem Staatswohl gefährlich werden können. Ein Verdot, über die Staatsverfassung zu berathschlagen, setzt voraus, daß die Staatsverfassung keiner Verbesserung fähig und vollkommen sei, oder es hat keinen Grund in dem Gefühl der Schwäche, welches nicht zuläßt, die Staatsverfassung einer Prüfung der Staatsbürger zu unterwerfen. Dies Gefühl der Schwäche ist im preußischen Staat nicht gerechtfertigt. Er ist stark genug, um das freie Wort nicht scheuen zu dürfen. Er ist stark genug, in die Reihe der freien Staaten einzutreten, in welchen das freie Wort ein Recht des freien Mannes ist. Darum trägt die Abtheilung auf den Strich des §§. 143 an. Für den Entwurf sprachen der Regierungskommissär Bischoff, Abg. v. Werdeck (Br.), der Landtagskommissarius und Marschall v. Rochow (Br.); gegen den Entwurf und für freies Associationsrecht vor Allen Graf Schwerin (Pomm.), dann Abg. Camphausen (Rh.), Dittrich (Sch.), Frhr. v. Gaffron (Schl.) Zimmermann (Br.). Die Verhandlung war nicht sonderlich lebhaft; die beiden Vertreter der Regierung hielten sehr umfassende Vorträge; den Glanzpunkt bildete die Rede des Grafen Schwerin, der ein vielstimmiges Bravo folgte. Der lange lichtvolle Vortrag des Reg.-Kom. Bischoff ging davon aus, daß das Mangelhafte der landrechtlichen Vorschriften das Edikt vom 20. Okt. 1798 nothwendig gemacht hätte. Die specielle Veranlassung zu demselben gab die Verbindung des sogenannten moralischen Behmgerichts (in Ostpreußen u. a. Landestheilen), deren Tendenz dahin ging, den Zustand der niedern Volksklassen zu verbessern und die nachtheiligen Prärogative der privilegirten Stände zu beschränken und aufzuheben. Doch die Strafen des Edikts sind übermäßig hart. Daher beobachtete die neuere Gesetzgebung mehr Mäßigung, so das Gesetz vom 7. Jan. 1838 über Studentenverbindungen, noch mehr dieser Entwurf. Gegen die Abtheilung, welche die Gestattung der Association, der politischen Verbindung für die unerläßliche Bedingung der politischen Freiheit ausgegeben, nennt der Kommissär die öffentliche Ordnung, um derentwillen die größten, mächtigsten und freisten Völker gern einen Theil ihrer Freiheit aufgegeben haben (aber doch nur solchen Theil, daß sie freiste Völker blieben!). Politische Verbindungen z. B. zur Herstellung der Einheit Deutschlands, sei es als Kaiserthum, sei es als Republik,

*) Die preuß. Regierung nennt in §. 143 also die Bundesverfassung „Staatsverfassung des Deutschen Bundes".

Digitized by Google

wenn sie Gewalt nicht ausschließen, zählen zum Hochverrath; doch andre, deren Mittel nur Uebrzeugung sein soll, können doch, eben durch Erreichung ihres Zwecks, einen ganz unberechtbaren Eindruck hervorbringen. Auch ist Preußen durch Bundesbeschlüsse von 1832 u. 1834 verpflichtet, politische Verbindungen zu untersagen. Schließlich findet für die Verfagung des Rechts auf politische Verbindung der Kommissär Entschädigung, da durch die größere Freiheit der Presse, durch die größere Liberalität, womit Associationen sich jeder Art aussprechen werden, ferner durch die Entwickelung der ständischen Verhältnisse genügende Gelegenheit gegeben sei, öffentliche Verhältnisse zum Austrag zu bringen. Der Redner wurde ein Mal durch Murren in der Versammlung unterbrochen. — Der Landtagskommissär sprach freiſinniger: „Wer wollte läugnen, daß in dem Streben nach Association eines der gewichtigsten Vehikel der gewaltigen Fortschritte liege, welche während der letzten 30 Jahre in Europa und überhaupt in der ganzen civilisirten Welt so auffallend hervorgetreten sind? u. s. w." Deßhalb darf man dem Associationsgeist im Princip nicht entgegentreten. Aber der Mißbrauch sei erschrecklich. Es kann Verbindungen geben, die ihrem offenbaren Zweck nach nichts Verwerfliches haben, und dennoch der öffentlichen Ordnung im hohen Grade gefährlich werden können, schon dadurch, daß sie der Zahl nach so zunehmen, daß sie eine Macht neben der öffentlichen Macht bilden u. s. w. Zu Beispielen dienten „die vielgebrauchten Namen: Communismus und Socialismus." Ob es wohl im Interesse der öffentlichen Ordnung liegt, solchen Gesellschaften ruhig zuzusehen und abzuwarten? u. s. w.*) Daß der Bundesbeschluß von §. 143 nicht unmittelbarlich macht, wird eingeräumt, ebenso daß unter selbigen „durchaus unschuldige, ja unter Umständen nützliche Gesellschaften begriffen sein können." Preußen berufe von den Gemeindeversammlungen hinauf bis zum Ver. Landtag organische Einrichtungen, welche die politischen Verbindungen entbehrlich machen. Endlich Abg. v. Rochow muß erklären, er halte das Recht der freien Presse für weit weniger gefährlich, als das Recht der freien Association und in letzterer Beziehung die Präventiven für viel nothwendiger als bei der Presse. Dieser Abgeordnete schloß mit den ewig denkwürdigen Worten: „Sind wir endlich auf das stolze Albion hingewiesen worden, so weiß ich nicht, ob die Engländer stolzer sind, als wir, glaube aber, daß sie keine Veranlassung dazu haben können, weil unsre Zustände in jeder Beziehung die Vergleichung mit den ihrigen aushalten."

Der Graf Schwerin war die Seele der Verhandlung. Ihm galt aber auch dieser Gegenstand als der „wichtigste Punkt im ganzen Strafgesetzbuch." Seine beiden Reden liefen von dem, was auf Seite der Regierung und von deren Anhängern vorgebracht war, auch nicht dem Schatten eines Etwas übrig. In der ersten widerlegte er den Regierungskommissär Bischoff, der Entwurf sei gegen das bestehende Recht milder allerdings im Strafmaß, aber durchaus nicht im Princip. Das Princip von 1798 aufzugeben, sei es in Preußen an der Zeit, ja für die freisinnigste Entwickelung des Vaterlandes nothwendig. Dies Princip aus dem vorigen Jahrhundert sei das der Präventionen. Es sei das Verhältniß hier ganz dasselbe, wie das der Censur zur Preßfreiheit, so wolle der Entwurf die Prävention, die Abtheilung, daß nur, was als strafbare Handlung erscheint, unter Strafe gestellt werde. Der Regierung müsse stets das Mittel gegeben bleiben, sich zu überzeugen, ob die Verbindung erlaubt oder unerlaubte Zwecke verfolge; daher dürfen nur öffentliche Verbindungen gestattet sein. — „Das Jahr 1798 liegt weit hinter uns. In dem Entwickelungsstadium, in welchem sich das preußische Vaterland heute befindet, wo wir, Dank sei es der Bewilligung, die uns unser großherziger König gemacht, im Begriff sind, aus den engen Schranken der Bureaukratie in das öffentliche und freie Staatsleben hinauszutreten, bedarf es der Censur nicht mehr und bedarf es der Präventionen nicht mehr in Bezug auf die Verbindungen. Die Regierung ist stark, sie bedarf nicht des Schutzes, den ihr §. 143 geben soll, sie kann es ertragen, daß über ihre Grundsätze frei beraths chlagt werde; und die Abtheilung hat deßhalb, weil sie Preußen nicht nur eingetreten glaubt in die Reihe der freien Staaten, sondern hofft, daß es fortschreiten werde auf der betretenen Bahn, den §. 143 verwerfen u. aus §. 141 die Verwaltungswillkür herausbringen gesucht." Seine zweite Rede widmete Gr. Schwerin einer Entgegnung auf Argumente des Landtagskom., der zwei Mal das Wort ergriffen hatte, vor und nach dem Abg. Camphausen (welcher in vollkommenster Uebereinstimmung mit dem Abg. aus Pommern sich ausgesprochen: „wir haben seit 1819 in Deutschland soviel aus Angst gethan; wir können auch jetzt einmal einen etwas muthigern Weg einschlagen! Man hat seit 1819 von den Völkern so viel Vertrauen zu den Regierungen gefordert, daß es nun wohl an der Zeit wäre, daß auch die Regierungen ihren Völkern etwas Vertrauen schenken"). Das ist eben der wesentliche Unterschied zwischen einem freien und unfreien Staat, sagte Graf Schwerin, daß ist der Unterschied zwischen Recht und Willkür, daß in einem freien Staat nur das bestraft werden darf, was als strafbare Handlung hervortritt, wogegen der unfreie Staat auch der Verbreitung von Ansichten mit Strafe entgegentritt, während der freie Staat Ansichten nur wieder mit Ansichten sich entgegenstellt, ein schlechtes System durch ein gutes bekämpft. Der Hr. Landtagskommissär hat uns auf die Zeit vor der französischen Revolution verwiesen und gesagt, dort möchten wir sehen, wie gefährlich die Verbindungen geworden seien. Ja, warum aber? Weil dort eine depravirte Regierung war, die Grundsätze hatte, welche nicht das Gegengewicht den Grundsätzen halten konnten, die damals verbreitet wurden. Sehen Sie aber auch im Gegentheil auf das stolze Albion (— hierauf bezog sich obiges Wort vom stolzen Brandenburg! —); dort entwickelt sich unter dem Schutze des freien Nationalbewußtseins, selbst unter den drohenden Stürmen der Zeit, das öffentliche Wohl. Die Regierung hält die Zügel mit fester Hand, sie schreitet sicher vorwärts und zwar nicht trotz des Associationsrechtes, sondern eben wegen der Freiheit der Associationen; sie glaubt, daß wir uns auf diesen Standpunkt stellen können, selbst mit größeren Rechte, als das Land, das auch in dieser Beziehung seine Erdweisheit bewährt!" — Der schlesische Landgemeinderath Abg. Krause beantragte Abstimmung durch Namensaufruf. 1) Der Antrag der Abth., in §. 141 die Worte „von der Obrigkeit unterlagt" auszustreichen, wurde mit 49 gegen 48 Stimmen angenommen. 2) Der Antrag der Abth., in §. 142 die Worte „Maßregeln der Verwaltung" wegfallen zu lassen, wurde dagegen mit 50 Stimmen gegen 47 verworfen. Die „Verwaltungswillkür" ward also nicht herausgebracht! 3) Der Wegfall des §. 143 wurde mit der ungeheuren Mehrheit von 79 gegen 18 Stimmen beschlossen, was denn doch nicht ermangeln wird, ein großes moralisches Gewicht in die Wagschale zu legen und Entgegnung des Verbindungsfreies verhindern, dessen Freiheit Camphausen weit über die Freiheit der Presse stellte. „Wenn aber, wie die Presse bekannt war, bestand für die Association der Antrag, daß der Mißbrauch bestraft, der Gebrauch aber nicht gehindert werde." Von den sechzehn Abgg., welche gegen die Freiheit der Association ihr Votum abgegeben, gehören der Provinz Brandenburg 5, worunter 4 aus der Kurmark, 1 aus der Niederlausitz, der Provinz Westfalen 4 nebst 2 Vertretern westfälischer Fürsten, der Provinz Pommern 4, der Provinz Sachsen der Dompropst v. Krosigk, der Provinz Posen Fürst M. Radziwill, der Rheinprovinz nur ein märkischer Vertreter eines rheinischen Fürsten, kein geborner Rheinländer, indem auch der Marschall Fürst Solms gegen den Entwurf stimmte, endlich den Provinzen Schlesien und Preußen durchaus Niemand.

*) Oder durch den Kr. Beob. ihre Theorie proklamiren zu lassen.

**Baden.** * Karlsruhe, 26. Febr. Die gestern Abend hier eingetroffene und heute früh bestätigte Nachricht von der entschiedenen Wendung der Dinge in Paris hat die Gemüther in eine Bewegung versetzt, die man auch in dem Saale der Ständekammer vor Eröffnung der Sitzung wahrnahm. Präsident Mittermaier leitete nach längerem Unwohlsein zum ersten Male wieder die Verhandlungen. Welcker spricht nach Uebergabe mehrerer Petitionen die Bitte an den Präsidenten aus, seine Motion über das ministerielle System auf eine der nächsten Tagesordnung zu setzen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerkt er, daß ihm der Gedanke fremd sei, die Leidenschaften aufzuregen. Er habe allerdings die Begründung so lange verschoben, weil er voraussehen, daß täglich die Aktien der Freiheit steigen werden. Der Geist der Treue und Wahrheit hat mit sichtlen rächenden Blitzen nie öfter als in der kurzen Zeit unsres Lebens die Urheber der Volksverachtung und des Meineids getroffen. In dieser Zeit könnten allerdings maßlose Leidenschaften und Begierden laut werden, aber sie werden in meiner Motion keine Unterstützung finden. Jetzt thut Nichts mehr Noth, als daß alle redlichen Deutschen, auf Thronen wie in Hütten, fest zusammenhalten. Die stärkste aller Grundmauern des europäischen Weltfriedens ist gebrochen. Jetzt werde ich reden für das feste Zusammenhalten gegen Ost und West; aber ich werde auch reden für die Grundlagen des Zusammenhaltens, für Erfüllung der Verheißungen, für absolute Freigebung der Wahrheit, für Volkswehr und deutsche Nationalsprache. Mein Antrag wird dahin gehen, die Kammer möge die Regierung bitten, sich alsbald von dem System der Reaktion loszulagen. (Allgemeiner Beifallruf.) Hecker stellt den Antrag, die Kommission über die Motion des Abg. Bassermann, die nichtsagte, die in diesem Hause beraths werden kann, um vier Mitglieder zu verstärken. Die Kammer stimmt bei.

Das Budget des Justizministeriums wird von den Abgg. Hecker

Digitized by Google

**Bericht über die Vorfälle in Paris am 23. und Morgen des 24. Februar.**

Wir erhalten endlich (Sonntag, den 27. Februar, 3 Uhr Nachmittags) einige der Pariser Blätter von diesem Datum. Sie sind voll von einzelnen Zügen zu dem bewegten Gemälde, welches die französische Hauptstadt am Tage zuvor darbot. Mir können nur die wichtigsten derselben hervorheben, indem wir Das, was einen bloß anekdotischen Charakter trägt, als nicht nur unbedeutend, sondern auch als unzuverlässig bei Seite lassen. Wie wir bereits berichtet haben, war es zu der blutige Zusammenstoß, der Abends vor dem Ministerium Statt fand, welcher der bereits ziemlich beschwichtigten Bewegung einen neuen Anstoß und den drohenden Charakter gab, den sie bis dahin nicht gehabt hatte. Wir erzählen diesen Vorfall mit den Worten des „National", welcher am ausführlichsten darüber berichtet. „Die Volksstimmung war am Abend, sagt das republikanische Blatt, durch das Gefühl des Erfolges belebt, man sah nur noch friedfertige Volkshaufen bei einander, und Alles ließ hoffen, daß das Einverständniß der Bürger durch keine schändliche Herausforderung mehr gestört werden würde. Es ist anders gekommen. Eine Volksmenge, welche an verschiedenen Punkten des Boulevard Halt gemacht hatte, erschien in der Nähe des Hotels der auswärtigen Angelegenheiten. Sie war unbewaffnet, füllte in mehreren Reihen die ganze Breite des Boulevard aus. Sie sang ohne Arg und wiederholte das Geschrei, das man im Laufe des Tages gehört hatte. Plötzlich, ohne vorgängige Aufforderung, ohne die Beobachtung irgend einer gesetzlichen Förmlichkeit wurde aus unmittelbarster Nähe eine Salve gegen diesen unbewaffneten Haufen gerichtet. Zwei und fünfzig Personen (das Journal des Débats sagt zwanzig) fielen todt oder verwundet zur Erde. Ein Schrei des Entsetzens und der Rache entfuhr sogleich der Brust des dem Meuchelmorde preisgegebenen Volkes. Die Menge theilte sich in verschiedene Haufen. Die Einen blieben zurück, um die Todten fortzutragen und die Verwundeten ins Spital zu schaffen; die Andern zogen sich bis auf das Boulevard des Italiens zurück, indem sie mit Wuth und Erbitterung ausriefen: Zu den Waffen! zu den Waffen! Man vermordet uns! Einige trugen die Erzählung dieser Schauderscene und ihren Zorn in die entfernten Stadtviertel, welche sie bewohnen. Bald darauf sahen wir vor dem Bureau des National einen Karren mit Leichnamen ankommen. Der Karren war mit Fackeln beleuchtet und von wackern Leuten umgeben, deren Grimm die Thränen erstickte, welche die blutenden Wunden der Todten aufdeckten, die noch vor wenigen Augenblicken heiter und singend durch die Straßen gezogen waren. Man schrie wüthend: wir werden sie rächen! Sie sind zu Mörderhaup gefallen! Geht uns Waffen! Waffen! Und die Fackeln warfen ihr flackerndes Licht auf die Leichname und auf die Männer aus dem Volke, welche dieselben umringten — es war ein Anblick, der die gewaltigsten Aufregungen hervorrief. Hr. Garnier Pagès, der sich in diesem Augenblicke in unserm Bureau befand, redete die Bürger an. Man kann sich leicht denken, was er und was wir Angesichts ihrer rechtsmäßigen Erbitterung empfanden. Der genannte Abgeordnete versprach, daß er Alles aufbieten werde, um dem hingewürgten Volke eine volle Genugthuung von diesen grausamen, ruchlosen Ministern zu verschaffen. Hierauf zog der Karren mit seiner Fackelbegleitung weiter. In den entferntern Stadtvierteln, in welche sich der Zug begab, ließ er dieselben Laute eines männlichen Schmerzes vernehmen, die überall in der allgemeinen Entrüstung ihren Widerhall fanden. In weniger als 2 Stunden war diese Ereignis in ganz Paris bekannt. Wir haben eben einen Gang durch die benachbarten Straßen gemacht, um uns zu versichern, welchen Eindruck es hervorgebracht. Man möchte sagen, daß es für Niemand mehr Schlaf gibt. Aufgeregte Gruppen stehn an allen Straßenecken; von allen Seiten hört man die Worte: es ist infam! In den Straßen Cadet, Vivienne, Grange-Batelière werden Barrikaden errichtet. An diesem Punkte der Hauptstadt, der sich sonst zuletzt regt, herrscht eine außerordentliche Bewegung. Man war also mit dem bereits vergossenen Blute nicht zufrieden? Man mußte noch im letzten Augenblick schießen, um 32 Bürger zu Boden zu strecken? Leben wir denn in einer Schlächterei? Geht man darauf aus, das Volk zum Aeußersten zu treiben? Glaubt man, daß seine Freunde, daß die Nationalgarde diesen Mord ungestraft lassen werde?

Wir wenden uns nochmals an die Nationalgarde. Ihre Sache ist dieselbe, wie die Sache der Bürger ohne Uniform. Wir wissen, daß sie den Frieden in den Straßen wiederherstellen will. So mag sie denn um sich blicken auf das Haufen, das sie wird sehen, um welchen Preis sie den Frieden wiederherstellen kann. Am Ende des heutigen Tages konnte man sich mit einer vollständigen Veränderung des politischen Systemes, mit einer Auflösung der Kammer, und mit den verlangten Reformen begnügen. Die Nacht hat diese Zugeständnisse ungenügend gemacht. Es ist ein Verbrechen begangen, und es muß Gerechtigkeit gehandhabt werden. Wer hat es befohlen? Wer hat es ausgeführt? Dieses Verbrechen häuft sich zu der Schuld, welche die Municipalgarde und die Scharfschützen von Vincennes auf sich geladen. Die Auflösung des erstgenannten Korps und die Entfernung des zweiten ist unverweidlich geworden. Das Ministerium muß in Anklagezustand versetzt werden, wäre es auch nur wegen dieser schändlichen Mißethat, für welche es verantwortlich ist. Ein großes Beispiel ist nothwendig. Die Nationalgarde muß ihre Stimme hören lassen.

In einem zweiten Artikel berichtet der National über die Veranlassung zu jenem unglücklichen Vorfalle Folgendes: „Herr Courtais, Abgeordneter, der Opposition, ist nach dem Ministerium des Auswärtigen gerilt nun sich nach den Ursachen der schändlichen Metzelei von heute Abend zu erkundigen. Es fand den Obersten des Regimentes, welches Feuer gegeben hat, in der größten Bestürzung. Dieser Offizier erklärte das Vorgefallene, das er selbst eine beklagenswerthe Unvorsichtigkeit nannte, in folgender Weise. In dem Augenblicke, wo die Volksmasse herankam, fiel aus Versehen ein Schuß aus dem Garten des Hotels, der von Pferde des Oberstlieutenants das Beim zerschmetterte. Der das Detachement kommandirende Offizier glaubte, es sei ein Angriff und befahl mit straffbarer Uebereilung, Feuer zu geben. Dieser Offizier ist sogleich in Verhaft genommen. Das ist die Hrn. Courtais gegebene Erklärung. Aber was ist eine Privaterklärung gegenüber einem so großen Unglück? Die wahren Schuldigen sind überdies nicht die, welche die Ausführung übernahmen. Warum ließ man Soldaten vor diesem einzigen Hotel? Warum stellte man sie zur Schau? Warum gab man das Leben der Bürger der Unbesonnenheit eines Offiziers preis? Nochmals, das Alles genügt nicht." Man sieht, daß der National trotz seiner feindschaftlichen Auffassung der Sache noch am Morgen des 24. (sein Bericht ist von 1 Uhr Nachts datirt) weit davon entfernt war, eine Wendung der Dinge zu hoffen, welche seine Partei binnen 12 Stunden an das Ruder bringen würde.

Die Nationalgarde zeigte sich im Laufe des 23. hie und da ziemlich schwierig, allein es war Nichts in ihrer Haltung das da angedeutet hätte, daß ihre Forderungen über den ursprünglichen Zweck der Bewegung: Sturz des Ministeriums Guizot und die Wahlreform hinausgehen würden. Die Nationalgarde zeigte sich nicht sehr zahlreich unter den Waffen, sie rief hin und wieder: „Es lebe die Reform!" aber nirgends hörte man in ihren Reihen den Ruf nach einer Veränderung der Verfassung oder nach einem Thronwechsel, ein Ruf der überhaupt im ganzen Laufe des 23. nicht vorgekommen zu sein scheint. Vierhundert Mann der 4. Legion der Nationalgarde begaben sich ohne Waffen nach der Deputirtenkammer, um derselben eine Adresse im Sinne der Reformbewegung zu überreichen. Dieser Zug wurde an der Concordebrücke von den Truppen aufgehalten, und mußte die Adresse von Cremieux, der ihm entgegengekommen war, in Empfang nehmen lassen. Diese Adresse enthält eine Erklärung dahin, daß sie zwar entschlossen seien zur Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuwirken, und das Blutvergießen verhindern zu helfen, daß sie aber keineswegs im Sinne hätten die ministerielle Politik damit gut zuheißen oder dem Ministerium, als Stütze zu dienen, daß sie das Ministerium vielmehr „mit der ganzen Willenskraft guter Bürger" tadeln. Aehnliche Züge einer der Regierung zwar mißgünstigen aber keineswegs geradezu feindlichen Stimmung der Nationalgarde bringen die Blätter mehrere. Die unzähligen kleinen Aufträge, welche die Zeitungen erzählen, und in denen der Gedenmuth der Männer des kämpfenden Volkes natürlich die große Rolle spielt, glauben wir, wie gesagt, übergehen zu müssen, weil wir die Art und Weise kennen, in welcher solche Erzählungen zu entstehen pflegen. Ueberdies ist es unzweifelhaft, daß der Straßenkrieg bis zum Morgen des 24. ohne große Anstrengungen und ohne nennenswerthe Opfer und Ergebnisse geführt worden ist. Die Linientruppen mit Ausnahme der Scharfschützen von Vincennes haben sich überall mit großer Mäßigung, mit dem Bewußtsein, Landsleuten gegenüber zu stehen, benommen, der Polizeimannschaft dagegen, der Municipalgarde und den Stadtsergeanten werden große Rohheiten und Grausamkeiten zur Last gelegt. — Die am Abend des 23. erfolgte Besetzung der Stadt wird von dem J. d. D. als erzwungen geschildert, indem bewaffnete Banden in die

Digitized by Google

Häuser gedrungen seien und die Bewohner durch Drohungen und Gewaltthätigkeiten zu der Kundgebung eines Enthusiasmus genöthigt haben, den sie nicht empfunden. Der National gibt zu, daß „Schwärme von Kindern“ durch die Straßen gezogen seien und an den nicht erleuchteten Häusern: Lichter! Lichter! geschrien haben. —

Der Courier français schreibt vom 23. Februar 1 Uhr Morgens: „Was eben geschieht, ist eine wahre Verrätherei der Regierung. Glaube Jemand dem Wort dieser Unglücksminister! Das Volk hatte im Vertrauen auf das gegebene Versprechen die Waffen niedergelegt und die Barrikaden verlassen. Bald wird es unversehens angegriffen. Wir können alle diese Scheußlichkeiten nicht beschreiben; eine einzige Thatsache wird eine Vorstellung geben von dem, was geschehen ist. Die Menge drängte sich, maßenlos und freudig nach dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und rief: „es lebe die Reform!“ Da wird auf sie geschossen, sie wird gemordet. Wierzig Bürger sind unter dem Feuer des 14. Linienregiments gefallen. Das Feuer kam aus den hintersten Reihen, denn es wurde auch eine Schildwache getroffen. Die Soldaten der vordersten Reihen haben ihre Unschuld bethenert, aber sich gegen die Mörder nicht umgewendet. Das Volk hat die Todten mitgenommen; unter ihnen befanden sich vier Nationalgardisten. Dieser Trauerzug zieht über die die Boulevards und regt den Unwillen aller redlichen Bürger auf. Verlasse man sich auf die Illuminationen des Abends! Barrieaden bilden sich auf allen Seiten. Schrecklich wird die Verantwortlichkeit dieser verrätherischen und mordenden Regierung sein!“ Der Courier français fügt (wohl übertrieben) hinzu, die Zahl der Todten betrüge im Ganzen etwa dreihundert, ein Drittheil etwa seien Weiber und Kinder.

Das Journal des Debats stimmt in so fern mit dieser Darstellung überein, als es den Angriff auf Unbewaffnete zugibt, aber natürlich von einer Hinterlist nichts wissen will. In der Nacht, schreibt das ministerielle Blatt (24. Febr. 10 Uhr Morgens), durchzog eine Masse Volkes mit Fackeln die Straßen und Boulevards. Gegen 10 Uhr war diese Masse am Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angelangt; die Truppen, die das Gebäude bewachten, glaubten, man wolle sie angreifen, und durch ein trauriges Mißverständniß (Unsere malentendu) gab man Feuer. Ungefähr zwanzig Individuen wurden getroffen und die Menge entfloh mit Wuth- und Rachegeschrei. Dieser unglückliche Vorfall, sagt das allen Theilen der Stadt erzählt, vergrößert, entstellt und für eine Verrätherei ausgegeben, hat schnell den Aufstand wieder angefacht. Während der ganzen Nacht hat man auf einer sehr großen Menge von Punkten Barrikaden errichtet; seit diesem Morgen hat sich ein Gewehrfeuer im Quartier St. Martin vernehmen lassen. Man richtet eine Proklamation an die Einwohner von Paris, welche ankündigt, daß der König Hrn. Thiers zum Präsidenten des Ministeriums ernannt und zugestimmt hat, als Hr. Thiers erklärte, daß er Hrn. Odilon Barrot darin aufnehmen würde. Das Journ. des Debats fügt diesen Nachrichten die Hoffnung bei, es werde jetzt der Nationalgarde gelingen, „eine Bewegung zu unterdrücken, die seinen Gegenstand mehr habe.“

Jetzt noch einige Worte über den Wechsel der verschiedenen Regierungen, die einander am 23. und 24. gefolgt sind.

Faßt man das Ergebniß der verschiedenen Berichte der uns vorliegenden Blätter zusammen, so stellt sich in Kürze folgende Thatsache heraus. Am 23. war dem Ministerium Guizot ein Ministerium Molé gefolgt, an dem nach dem Journal des Debats Remusat (Innere), Dufaure (Justiz) und Cultus), Passy (Finanzen), St. Marc Girardin (öffentlicher Unterricht), Du Place (Krieg), Billault (öffentliche Arbeiten) Theil nehmen sollten. Am Abend schien der Aufstand beschwichtigt; es folgten Siegesdemonstrationen, die Stadt Paris war illuminirt. Da sacht jene Mordscene am Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die Insurrection von Neuem an, sie nimmt in der Nacht auf den 24. eine drohende Stärke an und der Morgen des 24. findet die Stadt in vollem Kriegszustande. Dem Ministerium Molé war damit ein Ende gemacht; es folgte als zweite Concession die Zusage eines Ministeriums Thiers-Barrot, aber auch dieses Kabinet scheint ein todtgeborenes gewesen zu sein. Welche weitere Entwicklungen die Umwälzung durchlief von der Verkündigung dieses letzten Ministeriums an bis zur Abdankung des Königs und der Bildung der weiblichen Regentschaft, und von der wieder bis zum Sieg der republikanischen Parthei, den die jüngste telegraphische Depesche enthielt — darüber müssen uns die Berichte der morgen oder übermorgen eintreffenden Blätter Auskunft geben. Nur den Zweifel wollen wir noch ausdrücken, ob die „provisorische Regierung“ wirklich eine Centralgewalt für Paris bildet, oder vielleicht bloß in einem Winkel der Stadt ihren Sitz aufgeschlagen hat und eine Macht beanspruchl, welche nur von einem Theile der Bevölkerung anerkannt wird. Diese letzten Annahmen halten wir jeden Falls für wahrscheinlicher.

Ueber die Bewegung der demokratischen Parthei, deren Sieg die jüngsten Depeschen anzukündigen scheinen, gibt ein Aktenstück im Courrier français einigen Aufschluß. Das „demokratische Wahlcomité“, als dessen Mitglieder sich Männer wie Louis Blanc, David (von Angers), Marrin (von Straßburg), Felix Pyat, Jules Bastide und Andere unterzeichnen, fordert die Bürger auf, eine Petition folgenden Inhalts zu unterschreiben:

„In Erwägung, daß die Anwendung der Armee zur Unterdrückung bürgerlicher Unruhen ein Attentat ist gegen die Würde eines freien Volkes und die Moralität der Armee selber; — daß sich darin der Umfang jeder wahren Ordnung und eine permanente Verneinung der Freiheit ausspricht; — daß es ungerecht und barbarisch ist, Menschen von Gesinnung zu zwingen, zwischen ihren Pflichten als Soldat und als Bürger zu wählen; daß die Nationalgarde gerade deßhalb errichtet worden ist, um die Ruhe der Stadt zu verbürgen und die Freiheiten der Nation sicher zu stellen; — daß sie allein das Recht hat, eine Emeute von einer Revolution zu unterscheiden; — verlangen die unterzeichneten Bürger, daß das ganze Volk mit der Nationalgarde verschmolzen, daß die Munizipalgarde aufgelöst und gesetzlich bestimmt werde, die Armee in Zukunft nicht mehr zur Unterdrückung bürgerlicher Unruhen zu gebrauchen.

## Nachschrift.

Heidelberg, den 27. Abends 6 Uhr. — So eben erhalten wir noch von einem unserer Straßburger Berichterstatter folgende Nachrichten.

In Straßburg war um 1 Uhr Morgens (27. Febr.) der Pariser Kurier, der am Abend des 24. Paris verlassen hatte, angekommen; er überbrachte einen Auftrag unterschrieben von Stephan Arago, als provisorischem Generalpostdirector, und datirt aus dem Postbotel vom 24. Febr. Abends halb 5 Uhr. Die Kuriere hatten an diesem Tage ihren Weg durch die Stadt zu Fuß machen müssen und erst außerhalb der Stadt die Pferde bestiegen können. Der Kurier verstehrte, bei seiner Abreise habe der Kampf aufgehört und die provisorische Regierung sich organisirt. Er brachte einen Anschlagzettel mit, worin es hieß: „Keine Bourbonen mehr, es lebe die Republik!“, worin auser Dupont, Arago u. s. w. auch Marrast, Louis Blanc und ein Arbeiter als Mitglieder der provisorischen Regierung bezeichnet waren. Doch scheint dieser Anschlag mehr einen Wunsch als eine Thatsache enthalten zu haben. Die provisorische Regierung hat sich nach diesen Nachrichten am 24. Febr. Abends 10 Uhr gebildet und von diesem Datum ist auch die Depesche, die wir gestern mitgetheilt haben und die dort vom Mittag des genannten Tages datirt war. Daß die provisorische Regierung sich der Lage bemächtigt hatte, beweist eine Depesche (vom 25. Febr. 2 Uhr Nachmittags). Der Kriegsminister an die 8H. Generallieutenants. „Im Namen der provisorischen Regierung ist der Generallieutenant Subervic Kriegsminister; er behehlt den Generallieutenants, Kommandanten der Militär-Divisionen und Unterdivisionen, auf ihrem Posten zu bleiben, die Revue des Truppen zu passiren, die Disciplin und die Ordnung in allen Korps der Armee aufrecht zu erhalten“.

In Straßburg ist in Folge dessen eine mit der Pariser Umwälzung übereinstimmende Bewegung erfolgt; die Nationalgarde hat sich nru gebildet, der bisherige Maire Schützenberger ist zurückgetreten und eine aus radikalen Bürgern bestehende Municipalcommission hat ihn ersetzt. Der Generallieutenant Andre hat sich der neuen Ordnung der Dinge angeschlossen.

Abends 8 Uhr. Im Laufe des heutigen Nachmittags ist von Durchreisenden über die weiteren Pariser Ereignisse eine Menge von Gerüchten in Umlauf gesetzt, deren Glaubwürdigkeit wir dahingestellt sein lassen, die wir aber doch erwähnen zu müssen glauben. So heißt es, Louis Philipp sei mit seiner Familie aus Paris entflohen, aber unterwegs angehalten und zum Gefangenen erklärt worden. Ein ähnliches Schicksal soll den Herzog von Nemours getroffen haben, nachdem er mit Kartätschen auf das Volk habe feuern lassen. Der Herzog von Montpensier, heißt es weiter, sei an der Spitze eines bis auf 20 Mann niedergemachten Dragonerregimentes gefallen. Auch Hr. Guizot wird unter den verhafteten Männern von Bedeutung genannt. Der Straßenkampf soll am 24. und 25. mit einer steigenden Stärke gewüthet haben.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Westindien-Länder werden man sich an G. A. Meyerotto Strasbourg 20 Boulevards, Paris 33, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Postverleger besorgt das Großh. Gen. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 60. Heidelberg, Dienstag 29. Februar 1848.

## Uebersicht.

Neueste Tagesereignisse in Frankreich. — Wien (freiwillige Opfer im Kreise der kaiserl. Familie. Gerücht von einer Reichsverfassung). Berlin (Ausschußverhandlungen. Köln (Eingabe der Gemeindeverordneten an Camphausen, betr. den Strafgesetzentwurf). Breslau (Schlägerei zwischen Studenten und Zimmergesellen. Die Seuche. Die Magnaten. Graf Stollberg). München (Gerüchte). Vom Rhein (die Allianzen und die Revolution). Stuttgart (Entbindung der Prinzessin Feodorich). Hannover (geheime Ueberwachung der Sing- und Lesevereine verfügt. Rahe bevorstehende Einberufung der Stände). Mannheim (Versammlung zur Berathung einer Petition um Volkswehr). Kassel (die Dotationssumme). Bremen (die deutsche Auswanderungsangelegenheit).

**Schweiz.** Die liberale Schweiz und die fremde Propaganda. Bern. Die Bundesrevision. — **Schweden.** Stockholm. Finanzminister, Kriegsminister und mehrere Staatsräthe von einer Anklage bedroht.

**Großbritannien.** England und die französische Revolution. Ch. Austey und Lord Palmerston.

**Frankreich.** Vorgänge vom 25. Febr. Die Herzogin von Orleans und ihr Sohn mißhandelt. Die Tuilerien geplündert und verwüstet, das Palais Royal in Brand gesteckt. Paris ein Bild der Verwüstung.

**Italien.** Turin. Ernennung einer Wahlgesetzkommission. Freudenbezeugungen. Die Waldenser. Die sicilianische Presse. Das Konstitorium über die Verfassungsfrage. Venedig. Bekanntmachung des Gouvernators. Abgeordnete nach Wien.

**Handel.** Frankfurt. Kein Umsatz in Staatspapieren.

---

### Heidelberg, 29. Februar.

Wir haben die Republik in Frankreich. Wir wollen sehen, ob die Monarchie in Deutschland weite zu sein gelernt hat, wir zweifeln kann nicht, daß Deutschland zu sich selber stehen und von den Vorgängen in Frankreich nur Nutzen ziehen wird.

Niemanden wird die Demokratie in unserem Nachbarlande improvisirt erscheinen. Wer die Geschichte der französischen Revolution kennt, wer beobachtet hat, wie sie Volksbuch der Erziehung in Frankreich geworden ist und wie sich die junge Generation seit 1830 mit demokratischen Ideen gesättigt hat, den wird der Handstreich nicht überraschen, durch den die Republik in Paris ihre Fahne aufgepflanzt hat. Gestern wunderten wir uns, daß man nicht von einer Spur republikanischer Anstrengungen hörte; heute wundern wir uns weniger, daß für das Königthum keine Anstrengungen erhoben zu sein scheinen. Hat man doch von ihm aus nur dafür Sorge getragen, die monarchischen Sympathien zu ertödten.

Daß der Republik ein Versuch gelungen ist, kann nicht in Erstaunen setzen. Ob es ihr glücken wird, sich zu erhalten, und wie lange es ihr glücken wird, wer will das wagen, vorauszusehen! Wird die Nationalgarde und das Bürgerthum freiwillig sich entschließen, die republikanische Probe mitzumachen? Wird das Militär, das für den Moment die Sache entschieden haben wird, bei fälterer Besinnung ausharren? Wird die Nation, der Republik und dem Militär zu Liebe, sich in gefahrvolle Kriege stürzen mögen, die einen zweifelhaften, gewiß nur kleinen Gewinn versprechen, möglicherweise einen unheilbaren Schaden bringen könnten? Werden die Provinzen denselben Eifer haben, sich an den socialistischen Phantasien der Pariser Literaten, Staatsmänner und Proletarier zu betheiligen? Würden nicht dreierlei Prätendenten ihr Glück versuchen und das Land in Anarchie stürzen? Und wo wird sich so schnell, wie der Zwiespalt im Innern emporwächst, der militärische Diktator bilden, der ihn niederhält, und der zugleich an den Grenzen einen glücklichen Krieg unterhält? Sind dies die Leute, die Herren Lamartine und Ledru-Rollin, die der Republik im Innern einen guten Klang geben und nach Außen das System der europäischen Staaten erschüttern werden? Wir gestehen, ununterrichtet, wie wir über die Grundlagen und Stützen dieser provisorischen Regierung sind, hören wir uns Angesichts dieser Namen auch nicht wundern, wenn morgen wieder ein Rückschlag zu Gunsten der Dynastie folgte.

Wollten wir ein paar Tage zuwarten, und unsere Politik nach der Konvention bestimmen, so hätten wir vielleicht bequeme Gelegenheit, unter dem Schirme der Ereignisse mit der Republik zu liebäugeln, wie uns unsere verleumderischen Gegner absolutistischer Farbe so gerne zugetraut haben. Wir wollen lieber vor der Kenntniß der Ereignisse selbst in diesen Herzensergießungen, deren ephemere Geltung und nicht abhalten soll, unsere ganze Meinung sagen, auf alle Eventualitäten hin, um desto lauterer zu stehen und und selbst desto treuer zu erschienen, mag da kommen was will. Wir glauben nicht an die Möglichkeit des Bestandes der Republik in einer großen Nation, mitten unter Staaten, in denen die Monarchie fest begründet ist und nicht so leicht im Rausche einer tonangebenden und übrigens gut vorgesinnten Hauptstadt begraben werden kann. Nicht daß im Hintergrunde der Schicksale nicht einst ein Umschwung der Dinge zu einer Herrschaft dieser Staatsform führen könnte; aber dann müßte der Individualismus der Staatenbildung, die Trennung der Stämme, die Zerfetzung der heterogenen Bestandtheile der Völker, die Auflösungen der großen Volksmassen und der Massenstaaten ganz anders weit gediehen sein; so lange in Europa Ein Rußland möglich ist, wird eine Republik, die mehr als geduldet sein will, auf die Dauer unmöglich sein. Der Bestand der französischen Republik macht uns für die Länge ihn keine Sorge. Für die nächste Zeit könnte sie allerdings vielleicht Europa in volle Verwirrung stürzen und uns Deutsche in erster Linie unsanft aus unserer Ruhe schütteln.

Was wird dann von uns und bei uns geschehen? Wer will es vorhersagen, der nicht mit den Herzen unserer Lenker zu Rathe ist! Werden sie weise genug sein, Frankreich sich selbst zu überlassen, so wird wohl die innere Zwietracht dort sie eines Krieges überheben. Werden sie nach der einmal gemachten Erfahrung die Thorheit von 1792 wiederholen, so werden sie der unvollkommenen Verfassung Festigkeit, Eintracht und Macht verleihen. Wird man in Deutschland billigen Forderungen mit langverdienten Gewährungen entgegenkommen, so wird man ein williges Volk finden, gegen jeden Angriff auf unsere Grenzen das Aeußerste zu setzen. Ein Bund mit Rußland würde aber den guten Willen in uns ausschließen; ein Angriffskrieg gegen Frankreich und die Selbstbestimmung seines Volkes den guten Muth in uns ersticken. Wir werden, angegriffen, uns schlagen für unsern Boden und unsere Sprache, aber wenn wir für Metternichs und Aucillons System angreifen sollen, so werden wir geschlagen werden. Wir hatten erst neulich Gelegenheit, daran zu erinnern, daß man einem gebildeten Volke vergebens einen solchen fanatischen Grad von Patriotismus zumuthet, daß es sich für heimische Sklaverei gegen fremde Freiheit opfere. Wir hatten Gelegenheit, daran zu erinnern, daß, als man 1807 in Preußen die fremde Freiheit in die vaterländischen Kanäle leitete, man der fremden Herrschaft und Macht die Lebensader unterbunden hatte. Die Politik, die in Deutschland zu befolgen ist, hat also einfachen Rath in der einfachen Erfahrung. Ueberläßt man Frankreich sich selbst, entschlossen, dem eigenen Werke zu Hause zu fördern, welche Möglichkeiten und Aussichten für Deutschland! Je übergreifter wir sind, daß eine sich selbst anheimgegebene Republik in Frankreich vorerst und wohl für lange Rückts als Hader, Zerwürfnisse und innere Beschäftigung mit sich bringen würde, desto größer wachsen diese Aussichten vor uns. Einer französischen Republik gegenüber würde sich der deutsche Bund straffer zusammenziehen, die Fürsten würden willig werden, ein gemessenes Theil ihrer Souveränität dem Heil des Ganzen zu opfern. Es würde Oesterreich wieder als ein lebendiges, nicht als ein todtes, halbweggeschiedenes Glied in den Bund eintreten. Es würde sich hier seine natürlichen Bundesgenossen suchen und schaffen, indem es sich gleichartig anschließe zu gleichen Interessen und Bildungen und würde die östlichen Alliirten fahren lassen. Man würde uns unter diesen Konjunkturen den Staatenbund in einen Bundesstaat abändern lassen, ohne Eingriffe und Proteste von Außen;

Digitized by Google

wir würden plötzlich ein einiges, ein mächtiges Volk in der Reihe der Mächte bilden. Wollte man uns Schwierigkeiten machen im Osten, so haben wir eine Waffe, wie der Republik im Westen zu gleicher Zeit die Hände bände und der Despotie im Osten die Hände lähme: diese Waffe heißt Polen. Würde aber das Kriegsspiel nicht versucht, welche Zeit für uns, um im Innern den Bau unserer Staaten freier und kühner auszubauen, zugleich sichern Schirm für Fürsten und Völker. Wir hatten gestern Gelegenheit, in den Aufregungen des ersten Momente die Stimmungen in unserer Umgebung zu beobachten, vielmehr nur Eine Stimmung und Eine Stimme, die treueste und vaterländischste. Aber sie gründete sich freilich nur auf die Voraussetzung, daß man auf Seite unserer Regierer die Zeit zu begreifen wisse. Wir hätten selbst zu anderer Zeit diese Stimmung im solch einem Augenblicke nicht vorzufinden gehofft. Wer stellen uns vor, wie sie gewesen sein würde, wenn diese Pariser Ereignisse in das Regiment von Blittersdorf gefallen wären, und wir erschrecken. Was aber die Moral davon ist, das läßt sich wie aus den kleinen Verhältnissen in unserer Nähe, so aus den größesten in ganz Deutschland gleichmäßig abstrahiren. Möchten die süd- und westdeutschen Kleinen Staaten bei Preußen auf eine großartige Entwickelung unserer innern und äußern Hilfsquellen und Anlagen zu Macht und Freiheit dringen, Preußen mit diesen Staaten Oesterreich aus seinem unseligen Prinzip herausdrängen, Alles zusammen einen Heerweg einschlagen, das Panier unserer Nationalität und unserer Volksfreiheit in der Mitte, und wir dürfen nicht fürchten, daß uber gänzlich unbesorgt den Dingen entgegensehen, die sich im Westen ereignen.

---

**Oesterreich.** Wien, 23. Febr. Aus bewährter Quelle wird verschert, daß die gesammte kaiserl. Familie, in Betracht der jetzigen Krisis nach Innen und Außen, hundert Millionen Gulden von ihrem Privatvermögen zur Verfügung des Finanzministeriums gestellt hat. Die Familie Este hat sich allein mit dreißig Millionen Gulden betheiligt. Die Zeit der Zurückzahlung bleibt dem Staat überlassen. Man spricht hier von nichts Geringerem, als von der Ausarbeitung einer Staatsverfassung für alle deutschen und galizischen Erblände, wobei auf Grundlage der bestehenden ständischen Einrichtungen fortgebaut und mit Erweiterung der Repräsentation des Bürgerstandes zugleich den Landständen das Steuerbewilligungsrecht und die Mitwirkung beim Erlaß neuer Gesetze zuerkannt werden sollen. Die Erzherzoge Rainer und Stephan werden als einflußreichste Anreger dieses wichtigen Planes bezeichnet, der bereits der Ausführung entgegenreifen soll. (Wrsl. Z.)

**Preußen.** ○ Berlin, 22. Febr. In der Sitzung vom 18. Febr. begann die Berathung mit der Berathung des zwölften Titels und zwar zuerst den ersten Abschnittes, „Verbrechen wider das Leben". Der §. 222, vom Morde, wurde insofern verändert, daß der zweite Satz desselben, der für den Mord an leiblichen Verwandten in aufsteigender Linie oder an Ehegatten die geschärfte Todesstrafe bestimmt, gestrichen, und statt dessen — Verlust der Ehrenrechte, beim Elternmorde immer, sonst fakultativ, gesetzt wurde. §§. 223 u. 224, Todschlag, wurden unverändert angenommen. Zu §. 225, der den Todschlag an leiblichen Verwandten mit dem Tode bestraft, wurde die lebenswierige Zuchthausstrafe unter mildernden Umständen zugesetzt, von §. 226 die Worte gestrichen „um sich der Ergreifung auf frischer That zu entziehn", die von dem Verbrecher handeln, der deswegen einen Todschlag begeht, was der Paragraph mit dem Tode bestraft. §§. 227—230 (durch Mißhandlung bezweckte Tödtung) wurden unverändert angenommen. §. 231, vom Kindsmord, erhielt nur den Zusatz, daß statt „Zuchthausstrafe von zwanzig Jahren" — von „fünf bis zwanzig Jahren" gesetzt ward. Die übrigen Paragraphen des ersten Abschnittes, 231—237, wurden unverändert angenommen. Der zweite Abschnitt des zwölften Titels handelt von den schweren Körperverletzungen und den Verbrechen wider die Gesundheit. §. 238 wurde gestrichen und dafür der §. XXII. des Einführungsgesetzes für die Rheinprovinz gesetzt, der also lautet: „Wer vorsätzlich einem Andern eine solche körperliche Verletzung oder Mißhandlung zufügt, wodurch für denselben eine Krankheit oder eine Unfähigkeit zu seinen gewöhnlichen Berufsarbeiten während mehr als 20 Tagen entsteht, soll mit Strafarbeit von einem bis zu 10 Jahren oder mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft werden". In diesem Paragraph wurde noch statt 20 Tage — 30 Tage gesetzt und der Zusatz gemacht, daß der Richter nur dann auf Zuchthaus zu erkennen hat, wenn die That mit Ueberlegung und Vorsatz geschehen ist. Die letztere Veränderung wurde auch im §. 239 getroffen. §§. 240—242 wurden ohne Abänderung angenommen. Statt §. 243 (leichte Körperverletzung und Mißhandlung) wurde der §. XXII. des Einführungsgesetzes für die Rheinprovinz gesetzt. Er lautet: „Ist die einem Andern vorsätzlich zugefügte Körperverletzung oder Mißhandlung weder eine Krankheit noch Arbeitsunfähigkeit von mehr als 20 Tagen zur Folge gehabt, so soll Gefängniß oder Strafarbeit bis zu zwei Jahren eintreten". Hier wurde wieder statt 20 Tage — 30 Tage gesetzt. §. 244, „Thätlichkeiten, welche in Ausübung eines vorhandenen Rechtes der Zucht vorgenommen werden, sind nicht zu bestrafen, selbst wenn sie, abgesehen von einem solchen Verhältnisse der Zucht, die Natur von leichten Körperverletzungen oder Mißhandlungen haben möchten", ward völlig gestrichen. Die §§. 245—247 wurden unverändert angenommen. Von §. 248, der also lautet: „Ist bei wechselseitigen leichten körperlichen Verletzungen oder Mißhandlungen von einem Theile binnen drei Monaten auf Bestrafung angetragen worden, so kann der andere Theil auch nach Ablauf jener Frist bis zum Schluß des Verfahrens in erster Instanz auf Bestrafung antragen, sofern nicht etwa die von seiner Seite gerügte Verletzung oder Mißhandlung vor länger als einem Jahre verübt worden ist", wurden die Worte „bis zum Schluß des Verfahrens in erster Instanz" durch die „bis zur Auslassung auf den Strafantrag des Gegners" ersetzt, der Schluß aber von „sofern nicht etwa" an ganz gestrichen. Mit der Berathung dieses Paragraphen endigte die Sitzung vom 18. Februar. In der Sitzung vom 19. wurden zunächst die §§. 249—250 (Körperverletzung aus Fahrlässigkeit) unverändert angenommen. Bei §. 251, der für Medicinalpersonen, welche in Fällen dringender Gefahr ohne hinreichende Ursache ihre Hilfe verweigern, Falls in Folge dessen ein erheblicher Nachtheil für den Kranken entsteht, den Verlust der Befugniß zur ferneren Praxis und in mildern Fällen eine Geldstrafe festsetzt, ward die erstere Strafe ganz gestrichen. §§. 252—254 wurden unverändert angenommen. Die Versammlung gelangte jetzt zum dreizehnten Titel, „Verbrechen wider die persönliche Freiheit". In den §§. 255—358, die von Menschenraub handeln, wurde durchgängig die Aenderung gemacht, daß statt der Ausübung dieses Verbrechens an einem Menschen unter 16 Jahren — die an einem Menschen unter 18 Jahren bestraft wurde. §. 255 war unverändert angenommen worden; ebenso §. 259 (Entführung), wogegen bei §. 260 statt der Entführung eines minderjährigen Frauenzimmers die eines Frauenzimmers unter 18 Jahren gesetzt ward. §§. 261 und 262 wurden unverändert angenommen. Von §. 263 wurde nur der letzte Satz gestrichen, nach dem der leibliche Vater eines Geisteskranken nicht verbunden sei, der Obrigkeit Anzeige zu machen, falls er eine Freiheitsberaubung desselben eintreten läßt. Die §§. 264—266 wurden ohne Veränderung angenommen mit der Ausnahme, daß die im §. 265 für den, der einen Andern ohne Zweck der Nöthigung mit einem strafbaren Angriffe bedroht, festgesetzte Polizeiaufsicht nur bei einem Rückfall eintreten solle. Die Sitzung vom 19. schloß mit der Berathung des ersten Paragraphen des vierzehnten Titels, von Diebstahl und Unterschlagung, bei §. 267, der unverändert angenommen wurde. Am 20. fand, als einem Sonntage, keine Plenarsitzung Statt, den 21. herrscht nur Abtheilung, die nächste Plenarsitzung ist also erst heute, den 22. Febr.

○ Berlin, 25. Febr. In der Sitzung vom 22. fuhr die Ausschußpreß. in der Berathung des 13. Titels, „vom Diebstahl", fort, der §. 268 (gemeiner Diebstahl) erhielt den Zusatz, daß wenn aus den Umständen erhellt, daß der Diebstahl nicht aus gewinnsüchtiger Absicht geschehen ist, nicht auf Verlust der Ehrenrechte erkannt werden soll. §. 269 ward unverändert angenommen. §. 270, der für „schweren Diebstahl" Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren bestimmt, erregte sehr lange Debatten, die bis zum Schluß der Sitzung dauerten; die zahlreichen zur Milderung der Strafbestimmungen für die einzeln im §. angeführten Vergehen gestellten Anträge wurden größtentheils, oft nur mit geringer Mehrheit verworfen. Nur zu Nr. 3 „wenn der Dieb sich einer blödsinnigen Person oder eines Kindes unter zwölf Jahren ohne Gewalt und Drohung gegen deren Person bemächtigt, und ihnen Geld oder Sachen, welche sie an oder bei sich tragen, wegnimmt", ward mit zwei Dritttel Majorität beschlossen, daß das Minimum der Strafe ein Jahr Strafarbeit betragen soll. Zu Nr. 6 „wenn der Diebstahl aus einer Wohnung dadurch bewirkt wird, daß zu Eröffnung des Gebäudes oder der darin befindlichen Thüren falsche Schlüssel angewendet werden", wurde derselbe Antrag aber nur mit einfacher Mehrheit angenommen. Alle übrigen zum §. 270 gestellten Aenderungsvorschläge fielen durch. Mit dem Schluß der Berathung desselben endete die Sitzung vom 22. Febr.

† Köln, 25. Febr. Nachdem gestern Abend die Sitzung des Gemeinderaths aufgehoben worden, beschlossen die Gemeindevorordneten

Digitized by Google

einstimmig eine Eingabe an den Abgeordneten der Stadt bei dem Vereinigten ständischen Ausschusse, Hrn. Camphausen, in welcher sie ihn auffordern, dahin zu wirken, daß der Ausschuß bei Sr. Maj. dem Könige beantrage, den Strafgesetzentwurf einer nochmaligen Berathung von Seite des Vereinigten Landtages zu unterwerfen. Dieselbe lautet wörtlich:

Hochgeehrter Herr! Der Entwurf eines Strafgesetzbuches für die preußischen Staaten, welcher vorgestern in der Gegenberathung des Vereinigten ständischen Ausschusses unterlegt, ist in der Rheinprovinz wie in andern Theilen der Monarchie mit entschiedener Unzufriedenheit aufgenommen worden. In seiner Fassung der Aufgabe einer gemeinverständlichen, auf die Belehrung des Volkes berechneten Darstellung nicht genügend, in vielen seiner Bestimmungen über die Grenzen und den Zweck der Strafgewalt des Staates verkennend, und die freie Bewegung des bürgerlichen und politischen Lebens mehr als nöthig beschränkend, begegnete dieser Entwurf in der Rheinprovinz durchhängig, bei den Gerichten wie bei den Gerichtten, einem verwerfenden Urtheile. Diese Stimmung ist durch das Ergebniß der bisherigen Ausschußverhandlungen nicht ungewandelt worden. Wir sind mit der warmsten Anerkennung den unablässigen Bemühungen gefolgt, womit Sie, hochgeehrter Abgeordneter, und gleichgesinnte Freunde den gerügten Mängeln abzuhelfen suchen; wir theilen aber auch den Schmerz über die Erfolglosigkeit so vieler wohlberechneten Verbesserungsvorschläge. Wir sprechen hierin, wir wagen es zu sagen, das Urtheil nicht bloß Ihrer Wähler, sondern der ganzen Provinz aus, wenn wir hatten mit Dank ganz besonders und ohne Grenzen anerkennen, weil die Presse an einer getreuen Darstellung der öffentlichen Meinung fortdauernd behindert wird. Unter diesen Umständen erhalten die Bedenken ein verstärktes Gewicht, die Sie in der zweiten Sitzung des Vereinigten Ausschusses setzen über die Form dieses Gesetzes, das die Verfassung der ganzen bürgerlichen Ordnung bestimmt, mit dem Gutachten einer ständischen Institution sich zu begnügen, der die Staatsregierung selbst kaum eine bleibende Stätte zugesteht; einer Institution, auf welche die allgemeine Abgeld der Vertreter des Volkes bei dem ersten Vereinigten Landtage einmüthig angetragen; — es läßt sich bezweifeln, ob es wohl gethan, mit einem Gesetze, nach dessen Inhalte das Geschick so vieler Lebenden entschieden werden soll, auf einen solchen Wege voran zu gehen, daß über seine Beschaffenheit, über den verfassungsmäßigen Zustandekommen erhebliche Bedenken übrig bleiben. Als Vertreter einer der zahlreichsten Gemeinden des Staates fühlen wir uns berufen, es auszusprechen, daß Bedenken dieser Art bestehen, und daß sie sehr allgemein verbreitet sind. Wir beschränken den Vereinigten Landtag auf die allgemeine Befugniß der Vertreter, welcher nach den andrechtlichen Bestimmungen früherer Verfassungsstufe sertan die Entwürfe aller allgemeinen Gesetze vorzulegen sind. Auf den vorliegenden Strafgesetzentwurf findet diese Ansicht, selbst in einer engsten Begrenzung, ihre sachliche Begründung zahlreicher und wichtiger Abänderung, welche in dem früher berathenen Entwurfe nicht enthalten waren und folglich bisher einer ständischen Berathung noch gar nicht unterlegen haben. Dem Strafgesetzbuche, wenn es bei der Begutachtung des Vereinigten ständischen Ausschusses sein Bewenden hatte, würde unserer Ueberzeugung nach die Grundlage, auf welcher es nunmehr das Gebäude der drei Stände mit einer Mehrheit der Stimmen Sr. Maj. dem Könige die ehrerbietigste Bitte vorzutragen: 1) Daß das Strafgesetzbuch in seiner neuen Umarbeitung entweder dem damals versammelten oder dem nächsten Vereinigten Landtage zur Berathung und Begutachtung vorgelegt werde. 2) Daß die Berberathung dann gleich einer auf allen Provinzen zusammengesetzten Ausschuß eintrete. Der zuletzt vorgetragenen Bitte ist durch die Berufung des Ausschusses entsprochen worden, jedoch in einer solchen Weise, daß für die Rheinprovinz eine unvollständige Vertretung die Folge war. An Sie, hochgeehrter Herr Abgeordneter, als den Vertreter unserer Stadt, richten wir nunmehr das ergebenste Ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß die Gewährung auch der andern Bitte bei Sr. Maj. dem Könige durch den Ausschuß nochmals in Antrag gebracht werde. Zur Begründung unseres Verlangens erlauben wir uns, dem oben Vorgetragenen noch Hinzuzufügen, daß auch der von der Schmedelnitz dargelegten Ansicht vollständig anschließen, daß nämlich der durch eine nochmalige Berathung veranlaßte Aufschub in der Einführung des Gesetzes bei der Wichtigkeit des letztern keinesweges nicht in Anschlag gebracht werden kann. Köln, 24. Febr. 1848. Die Gemeinderordneten. An den Landtagsabgeordneten der Stadt Köln, Hrn. Handelskammerpräsidenten Camphausen, Hochwohlgeboren. Berlin.

† Breslau, 23. Febr. Es hat sich bei und der beklagenswerthe Fall ereignet, daß spät des Abends in einer Restauration Studenten und Zimmergesellen sich so ernstlich in die Haare geriethen, daß mehrere der ersteren bedeutend, einer sogar lebensgefährlich von den letzteren mit Messern verwundet wurden. Einige Zimmergesellen, die mit den Messern nicht gestochen, sondern gestochen haben, sind verhaftet und werden einer bedeutenden Strafe nicht entgehen. Ein erschwerender Umstand ist noch, daß sie, Anfangs mit der Faust kämpfend, von den Studenten zurückgeschlagen wurden und sich nun entfernten, um sich mehrere von ihren Kameraden und jene Waffen zu holen, die sie auf so barbarische Weise anwendeten. Noch spät in der Nacht mußten Wundärzte geholt werden. Ein Student hat einen tiefen Schnitt in den Rücken erhalten, und es ist noch nicht ausgemacht, ob er demselben überleben wird. — Nachdem die bekannte offizielle Aufforderung an hiesige Aerzte ergangen war, nach den hart bedrängten Gegenden Oberschlesiens zu gehen, und Anfangs sich nur wenige zu der bedenklichen Expedition entschließen wollten, macht man jetzt die erfreuliche Bemerkung, daß mehrere Aerzte, und nicht bloß aus Schlesien jenem Rufe gefolgt sind. Nachdem man längere Zeit ungewiß war, wie sie in Betreff ihrer Subsistenzmittel in jenen traurigen Gegenden gestellt sein würden, hat es sich jetzt herausgestellt, daß jeder Arzt täglich 3 Thlr. bekommt nebst der Erstattung der erwaigen Auslagen. Schon am 19. waren 4 Militärärzte in Ratibor angekommen, von denen 3 in die Kreise Rybnik und Pleß, einer aber nach Kobronig (Kreis Ratibor) gingen; wie nothwendig an diesem Orte tüchtige und schnelle ärztliche Hilfe ist, mag man daraus ersehen, daß am einem einzigen Tage dort nicht weniger als 10 Personen das Opfer der Seuche geworden sind, welche nach Dr. Neumanns Untersuchungen mit dem Namen „Hungertyphus“ durchaus fälschlich bezeichnet wird, indem es vielmehr ein „typhus petechialis“ sei. Jenes Dorf zählt 1200 mitunter recht wohlhabende Einwohner. Denn es ist ein großer Irrthum, daß jene Seuche nur am Hungertuche Nagende hinwegraffe; es sind ihr schon zahlreiche Opfer gefallen, die wahrscheinlich nie gewußt haben, wie ernstlicher Hunger thut. Fürchterlich aber ist das Wüthen und das Vordringen der Seuche, der Kreis Rybnik zählt 113, Pleß sogar 120 davon heimgesuchte Ortschaften. Auch in der Gegend von Kreuzburg und Neustadt ist andermo hat er sich gezeigt. Der Kaplan Hanschke in Ratibor hat einen sehr klugen Einfall gehabt, der auch mit dem schönsten Erfolge ist gekrönt worden. Unser Oberschiesien ist nämlich ein wahres Magnatenland und hat zahlreiche Latifundien, deren Besitzer in der Regel wo anders leben als auf ihren Gütern. Man sieht daher dem Hunger und der Verwilderung haben wir auch noch in den Landstrichen an der oberen Oder das echt irische Institut des Abtentümus. Mehrere dieser großen Grundbesitzer „residiren“ gewöhnlich in Wien. Unser guter Kaplan kam also auf die anerkennenswerthe Idee zu den besorgten Magnaten im Interesse ihrer verhungernden „Unterthanen“ eine Bettelfahrt zu unternehmen. Das beinahe überraschende Ergebniß dieses Beginnens war folgendes: Erzherzog Maximilian von Este hat gegeben 1000 fl. K.M., die Landgräfin von Fürstenberg 500, Rothschild 1000 — nicht etwa Gulden K.M., sondern — preußische Thaler! Und dazu noch eine bedeutende Quantität Mehl. Dank den Gebern; und tausendmal herzlichen Dank dem menschenfreundlichen Kaplan! — Für den Ratiborer Kreis hat sich ein besonderes Komitè zur Linderung des Nothstandes gebildet; an der Spitze steht der Fürst Lichnowsky, dessen Stellvertreter der Landrath Michura ist. Man hat es besonders auf die Versorgung der Waisen abgesehen, welche von den in Folge der schrecklichen Seuche Gestorbenen hinterlassen worden sind. Nachdem der geheime Staatsminister Graf zu Stolberg-Wernigerode in Begleitung des Grafen Bückler, Präsidenten von Oberschlesien 4 Tage lang in den von der Gottesgeißel des Hungers und der Seuche heimgesuchten Gegenden sich aufgehalten ist er am 21. wieder nach Berlin abgereist.

Vom Rhein, 20. Febr. wird dem Nürnb. Korresp. geschrieben: „Oesterreich ist nicht in der Lage, sich Reformen abzwingen lassen zu können, und da es möglich sein kann, daß die Bombarden, im Sturme der italienischen Bewegung, nicht warten mögen, um Das zu erreichen, was ihren übrigen Landsleuten über Nacht gewährt wird, so kann es schon dahin kommen, daß, trotz aller Friedensliebe Oesterreichs, Konflikte eintreten, die eine umfichtige Politik vorherersehen mußte. Wie haben aufmerksam gemacht, daß für einen solchen Fall Stipulationen zwischen den nordischen Mächten getroffen sind, wir können aber auch hinzufügen, daß Frankreich einer Haltung abseiten dieser Mächte, welche ohne traktionäre Tendenzen in Betreff des übrigen Europa's sein wird, keine Hindernisse in den Weg legen dürfte. Auch darüber soll nun sich vertragsmäßig verständigt haben. Das Zugeständniß, welches dafür der französischen Politik gemacht worden ist, soll sich auf die Sicherstellung der Thronrechte der jüngern Branche der Orleans auch von Seite des Auslandes beziehen.“ (Der 23. Febr., an dem der Korrespondent seinen Bericht schried, hat diese Angelegenheit praktisch gemacht; es wird sich nun zeigen, ob die europäischen Kabinete in der That entschlossen sind, die Politik des Pilsniger Vertrags sammt dem was daranhing noch einmal durchzuspielen.)

Baiern. München. Die Augsb. Postzg. erwähnt folgende Gerüchte: Die große Industrieausstellung soll nun nicht in München, sondern in Augsburg abgehalten, das Oberappellationsgericht nach Nürnberg verlegt, mit der Münchner Garnison ein ausgedehnter Wechsel vorgenommen werden. Die Allg. Z. sagt: „Unter den vielen Gerüchten, die in Umlauf sind, gewinnt das der Verlegung des obersten Gerichtshofs nach Nürnberg einige Wahrscheinlichkeit. Was den Gar-

Digitized by Google

nisonswechsel anlangt, so dürfte derselbe wegen des Kostenpunktes auf große Schwierigkeiten stoßen, und es ist das Unterbleiben desselben um so glaubwürdiger, als demnächst ein, wie man hört, im Kabinet selbst angefertigter Armeebefehl erschienen soll."

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 26. Febr. Gestern Abend wurde die Prinzessin Friedrich, die Tochter des Königs, von einem Knaben entbunden. Da die Ehe der Kronprinzen bis jetzt kinderlos ist, so ist das Ereigniß von Wichtigkeit, indem der Vater des Prinzen Friedrich als Bruder des Königs, nach dem Kronprinzen der Nächste in der Nachfolge wäre.

** **Hannover**, 24. Febr. Ehedem war der heutige Tag ein Freudentag für unser Land, denn es wurde der Geburtstag unseres ehemaligen Vicekönigs Adolf v. Cambridge gefeiert, während jetzt nur noch die Eröffnung der Kunstausstellung an die Vergangenheit erinnert. Ich benutze denselben zu der Mittheilung, daß an alle königl. Aemter der vertrauliche Auftrag gesandt ist, die Liedertafeln, Singund Lesevereine sorgfältig zu überwachen, ob und wie sich in ihnen politische Tendenzen zeigen. Uebrigens bemerken wir, daß diese Ueberwachung eine heimliche ist, sodaß die Uebermachten Nichts davon merken sollen, ein Beweis, daß wir unter Umständen gehetzte Vögel haben. So viel wir wissen, hat sich unter unsern Liedertafeln noch nie etwas politischer Sinn gezeigt, im Gegentheil bei allen Liederfesten wurde ausdrücklich von vornherein jedes politische Wort ausgeschlossen. Der Grund dieser geheimen Beaufsichtigung möchte daher wohl wo anders als in unserer Regierung zu suchen sein; man sagt, sie sei durch Mittheilungen der preußischen Gesandtschaft (?) veranlaßt. — Der Zeitpunkt, in welchem unsere Stände zusammengerufen werden, ist sehr nahe, wie wir sicher wissen. Das Budget ist in dem Ministerium bereits ausgearbeitet, wie denn gleichfalls schon einige Mittheilungen an das Generalsekretariat der Stände gelangt sind. Gleich Anfangs wird sich die Kraft der neuen Versammlung zeigen können, einerseits in der Beantwortung der Thronrede, andererseits vorzüglich bei einer Budgetforderung von 100,000 Thlr., um welche die königl. Kasse in Verlegenheit sein soll, da dieselben ihr in der verflossenen Finanzperiode aus der ständischen Kasse bis zum vergangenen Jahre gezahlt werden mußten. Für das Jahr $18^{47}/_{48}$ dürfte diese Summe nicht mehr nach jenem Finanzabkommen gezahlt werden, doch war der Zuschnitt darauf einmal gemacht, sodaß man jetzt die Stände zur Bewilligung angehen muß. Bei dieser Frage wird sich zeigen, was wir von der Wirksamkeit der Stände in den nächsten 6 Jahren erwarten und hoffen können. — Der König hat soeben die 3 Mitglieder für die 2. Kammer ernannt, es sind der Geh. Kriegsrath Wedemeyer, der Regierungsrath Bening und der Kabinetsrath Braun. Wedemeyer war der Präsident der vorigen Kammer und wurde es unfreiwillig wieder werden, wenn die Opposition nicht verzage, einen unabhängigen Mann zu wählen; als solchen bezeichnet man den Oberbürgermeister Lindemann von Lüneburg. Da aber 3 Kandidaten dem Könige präsentirt werden müssen, so ist leicht möglich, daß der von beiden Parteien geachtete Wedemeyer sich unter denselben befindet, wo dann seine Ernennung kaum zweifelhaft ist. Indessen bemerken wir, daß wir die 3 Wahlen für die Generalsyndiken der Kammer in der Sache für wichtiger halten, als die der Präsidenten, indem diese die Debatte leiten und aus sämmtlichen Petitionen und Konferenzen allein referiren. Hier wird es also insbesondere darauf ankommen, gänzlich unabhängige Männer zu wählen, und wird die Wahl wohl zwischen den HH. Schapratt Teßler (Abg. auf dem deutschen Wechselkongreß), Stadtrichter Dr. Francke und den Abg. Budde nburg und Hanselmann II. schwanken. Daß nicht Gen.-Direktor Dr. Klenze sondern Bening in die Kammer geschickt ist, muß auffallen, da unsere Missvens aus dem Minist. des Inn. nichts Erhebliches vorkommt, dagegen über die Finanzen die wichtigsten Vorlagen gemacht werden müssen. Politischer von Seite der Regierung ist Benings Ernennung gewiß, da dieser Mann durch sein offenes, liebenswürdiges und (soweit es mit seiner Beamtenstellung vereinbar) liberales Wesen der Opposition viel gefährlicher ist, als Klenze. Der Kab.-R. Braun war noch nicht in der Kammer, aber leitete immer die ständ. Sachen vom Kabinete aus, wohlab er sicherlich am besten über die letzten Schreiben in der Schlußfrage der vor. Stände (die Nichtöffentlichkeit der Kamm. Verhandlungen und die Spielbanken betr.) Auskunft geben kann. — Auffallend ist — daß bis jetzt fast sämmtlichen städtischen Beamten, die Abgeordnete gewerden sind, noch der erforderliche Urlaub von den königl. Behörden nicht ertheilt wurde; indessen haben wir guten Grund, zu glauben, daß es bald und bei Allen nächstens geschehen wird.

**Baden.** * Mannheim, 27. Febr. Heute fand im Anlaßsaale eine Versammlung Statt, um in einer Petition an die zweite Kammer diejenigen Wünsche zu bezeichnen, deren schleunige Verwirklichung in dem gegenwärtigen entschiedenen Augenblicke das Volk zunächst von der Regierung erwartet. Der Saal war überfüllt; die Zahl der Anwesenden stieg über 2500 Köpfe; auf der Galerie befanden sich viele Frauen. Wenige Minuten nach drei Uhr, der zur Eröffnung anberaumten Stunde, traten die Abgg. v. Itstein, Bassermann, Mathy, Sachs und v. Soiron in den Saal und wurden mit anhaltendem Beifallruf empfangen; mit nicht minder lebhaftem Zuruf wurde Hr. v. Itstein zum Vorsitzenden erwählt. Der Abg. Hecker war durch Unwohlsein abgehalten. Nachdem Hr. v. Itstein mit Hinweisung auf die bedeutungsvollen Ereignisse der letzten Monate und Tage mit Dank für das ihm bewiesene Vertrauen und mit der zuversichtlichen Erwartung, daß die Berathung mit Anstand und Ruhe gepflogen werde, die Verhandlung eröffnet hatte, nahm Hr. Buchhändler Heinrich Hoff das Wort. Er schilderte mit der ihm eigenen Volksberedsamkeit die Zustände rings um uns her, die Gefahren, welche dem deutschen Vaterlande drohen, die Nothwendigkeit, fest zusammenzuhalten, aber auch dahin zu wirken, daß der Schutz unserer Grenzen durch Volksbewaffnung, unserer Rechte durch Preßfreiheit und Schwurgericht, daß eine wahre Einheit Deutschlands durch ein Parlament sichergestellt werde. Zu diesem Zweck wird der Versammlung eine kräftige Petition an die zweite Kammer, also ein ganz gesetzlicher Schritt, vorgeschlagen. Die Petition soll, zum Beweis, daß sie wirklich den Ausdruck der Gesinnungen der Unterzeichner enthält, durch eine zahlreiche Abordnung nächsten Mittwoch dem Präsidenten der Kammer nach Karlsruhe überbracht werden; man erwartet, daß dieses Beispiel nicht nur in unserem Lande, sondern auch in andern deutschen Ländern, wo es nothwendiger ist, Nachahmung finde; dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Herr v. Struve verlas nach einer kurzen Einleitung die Petition. v. Soiron hielt den gesetzlichen Schritt, welcher den fortgesetzten Bestrebungen der Stände Nachdruck verleihen werde, und weist auf die Nothwendigkeit hin, mit unseren übrigen deutschen Brüdern gleichen Schritt zu gehen. Bassermann hat gegen die Petition ebenfalls Nichts einzuwenden, fühlt sich aber zu „dem unbanlbaren Amte" verpflichtet, zur Besonnenheit zu ermahnen. Wir dürfen unsere Wünsche und Gefühle nicht als wirkliche Thatsachen ansehen, müssen daher „besonnene Vorsicht" halten und dürfen uns nicht zu Schritten verleiten lassen, die nur schaden. — Der Redner wurde von den HH. Dr. Hammer, H. Hoff und von Struve eifrig bekämpft. Mathy äußert, er habe viel starke Worte, Muth und Siegesfreudigkeit aufbieten hören — für eine Petition. Gegen diese habe weder Bassermann noch sonst Jemand sich erhoben. Aber man werde Volksbewaffnung und Preßfreiheit nicht nur erbitten, man werde sie auch in das Leben führen wollen. Dazu sei Besonnenheit nothwendig und sehr zu wünschen, daß bei allen Berathungen über solche Schritte die reiferen und besonnenen Bürger, deren die Stadt zum Glück eine große Anzahl, von eben so entschiedener Gesinnung, wie die Redner vor ihm, besitze — sich nicht fern halten, sondern Theil nehmen. Es sei wesentlich, zu sorgen, daß nur nicht wieder wie 1832 bei der Preßfreiheit, von den übrigen Deutschen verlassen, allein stecken bleiben. Nicht für die Petition, sondern für das Mehr habe Bassermann Besonnenheit empfohlen, und mit Recht. — Der weitaus größte Theil der Versammlung zollte diesem Vortrag Beifall, und nach einer kurzen Schlußbemerkung des Vorsitzenden entfernten sich die Anwesenden. Viele unterzeichneten die Petition sogleich; bei der großen Menge war es aber nicht möglich, daß Alle dazu gelangen konnten. Die Petition wird daher noch an andern öffentlichen Orten aufgelegt werden *).

* **Heidelberg**, 27. Febr. Abends. Man schreibt uns von Karlsruhe, daß die dortige Bürgerschaft im Begriffe steht, Angesichts der drohenden Gefahr, welche die auswärtigen Verhältnisse angenommen haben, Schritte zu thun zur endlichen Herbeiführung einer Volksbewaffnung in Baden. Die verfassungsmäßigen Mittel zu diesem Zweck werden durch den glücklichen Umstand erleichtert, daß der Landtag in diesem Augenblicke versammelt ist. Für übermorgen deabsichtigt der Abg. Christ in der Kammer einen Antrag zur Nationalbewaffnung an ganz Deutschland ergehen zu lassen. Wir zweifeln nicht, daß die Regierungen diesen durch die heiligsten Interessen Deutschlands gebotenen Bestrebungen entgegenkommen, und daß sie dem deutschen Volke dadurch die Berathung geben werden, daß für den Fall einer neuen Weltkrisis der vereinigte Nationalwille und die gesammte Nationalkraft den Ausschlag geben soll.

*) Auch hier in Heidelberg wird eine ähnliche Petition vorbereitet.

Digitized by Google

**Kurhessen.** ** Kassel, 23. Febr. Das von den Landständen längst erledigte Finanzgesetz für die Jahre 1846, 1847 und 1848 ist noch nicht zur Verkündigung gekommen. Dessen Sanktion soll hindernlich in der Eröffnung neuer Verhandlungen über Festsetzung der Hofdotation gefunden haben. Durch die in der Verfassungsurkunde erwähnten Verträge des Jahres 1831 für die Lebenszeit des Kurfürsten Wilhelm II. auf 392,000 Thlr., von dessen Tode an aber auf 300,000 Thlr. bestimmt, wird jetzt auch ferner erster Summe für die Lebenszeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm angesprochen, also diejenige Summe, welche den Bedarf für die abgelonderten Hofhaltungen der verstorbenen Kurfürstin und des damaligen Kurprinzen ebenfalls in sich schieß. In das Finanzgesetz für die laufende Periode, in welche der Tod des Kurfürsten Wilhelm II. gefallen ist, hatten die Landstände die nämliche Summe aufgenommen, welche in das Finanzgesetz der abgelaufenen Periode eingetragen war, aber nur als Verlag, also nur zur Verwendung der vertragsmäßig zu zahlenden Beträge. Das Ministerium hat aber auf definitive Erledigung der Sache gedrungen. Es steht sehr dahin, inwiefern dies in der verlangten Weise durch die dermalige Ständeversammlung bewirkt werden kann. Die Verträge von 1831 sind nämlich ausdrücklich unter den Schutz der Verfassung gestellt, müssen also den nämlichen Schutz genießen, der dieser selbst zu Theil werden soll. Ein wesentliches Schutzmittel der letzteren besteht in der Anordnung, daß Aenderungen nur mit Stimmeneinhelligkeit der Mitglieder einer Ständeversammlung vorgenommen werden können. Demnach läßt sich auch eine Minderung oder Erhöhung der auf 300,000 Thlr. festgesetzten Dotationssumme nicht anders auf einem Landtage durchsetzen, als wenn alle Ständemitglieder darin einverstanden sind, ein Fall, der nicht leicht eintreten wird. Freilich können die Landstände Bewilligungen zu beliebigen Zwecken machen, also unzweifelhaft auch für die Unterhaltung des Hofes, aber dergleichen Bewilligungen haben immer nur Wirksamkeit für die Dauer einer Finanzperiode, können nicht die Meinung der für eine spätere Finanzperiode gewählten Landstände binden. So unzweifelhaft daher die dermalige Ständeversammlung befugt ist, durch einfache Stimmenmehrheit eine größere Summe als 300,000 Thlr. jährlich für die Unterhaltung des Hofes auf die Dauer der laufenden Finanzperiode zu bewilligen, so wenig kann man dieselbe ermächtigt halten, für die Lebenszeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm 392,000 Thlr. auszusprechen, wenn dies nicht in der Form und mit den Erfordernissen eines neuen staatsgrundgesetzlichen Vertrags geschieht. Dazu aber ist, soviel man vernimmt, keine Proposition gemacht. In der Ständeversammlung ist dagegen der Antrag gestellt, die Verhandlungen über die Revenuen der Rotenburger Quart in Verbindung mit der anderweiten Regulirung des Hofbedarfs zu bringen. Das Ministerium soll jedoch die Anfrage verneint haben, ob es geneigt sei, diese Streitfrage, die sich seit 1835 durch die Verhandlungen aller Landtage zieht, jetzt zur Erledigung zu bringen. In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung wurden zwei Anträge verkündigt, welche geringe Neigung zeigten, auf die Hofforderung wegen Erhöhung der Dotationssumme einzugehen. Einer derselben enthielt geradezu das Ersuchen an die Regierung, ihre behfallsige Proposition zurückzunehmen. Der zweite drabschtigte, die Beschlußnahme über letztere so lange auszusetzen, bis erst über die Legitimation derjenigen Deputirten entschieden sei, welche sich zum Eintritt in die Ständeversammlung angemeldet hätten, ohne zugelassen oder zurückgewiesen zu sein. Das wird sich wohl beziehen auf die Legitimation Wippermann's, die seit drei Monaten ohne Beschluß gebliebeu ist, der beiden neugewählten Deputirten Kassels, der Stellvertreter für die verstorbenen Abgeordneten Gundlach und Gerhold, sowie der Stellvertreter für zwei andere Deputirte, die sich vom Landtage zurückzogen haben. Ehe aber noch die Begründung jener beiden Anträge erfolgte, wurde, wie bereits angezeigt, die Ständeversammlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

**Bremen**, 24. Febr. Die Wiener, berichtet über die deutsche Auswanderungeangelegenheit: Seit einigen Tagen befinden sich die Herren Haas und Beck aus Darmstadt in unsrer Mitte, um für den Nationalverein zur Uebernahme der deutschen Auswanderung nach Nordamerika mit hiesigen Rhedern beguästigende Verträge abzuschließen. Der Nationalverein vertritt vorerst nur die Staaten Hessen, Würtemberg, Baden und Baiern, erwartet aber, daß sich bald auch andere Staaten anschließen. Sein Zweck ist zunächst möglichst billige und geregelte Beförderung der Auswanderer aus Süddeutschland. Er wünscht deßwegen den Strom der Auswanderung, der sich bisher durch Frankreich und Belgien zog, deutschen Seehäfen zuzuwenden, und hat zunächst Bremen ins Auge gefaßt, weil hier von Regierungswegen mehr zum Schutz und zur Ueberwachung der Auswanderer geschehen ist, als in irgend einem andern Seehafen Europas. Die Wichtigkeit, welche dieses nationale Unternehmen für Deutschlands Verbindungen mit den Vereinigten Staaten und insbesondere für Bremen hat, wird sich nicht verkennen lassen; unser Platz wird auch in dieser Beziehung als die natürliche Zwischenstation für Deutschlands Landund Seeweg nach Amerika seine Stellung wahrnehmen. — Am letzten Donnerstag kamen 25 der bedeutendern Rheder Bremens bei Bürgermeister Smidt zusammen, um die Anträge der beiden Abgeordneten des Nationalvereins anzuhören und zu besprechen. Das Resultat dieser Versammlung, bei der mehr als hundert unserer besten Schiffe repräsentirt waren, war die Ernennung eines Komités, um mit den beiden Abgeordneten die nähren Einzelheiten zu berathen und überhaupt für die Zukunft die Interessen des Nationalvereins in Bremen zu überwachen. Folgende Herren wurden zu Mitgliedern dieses Komités erwählt: Bürgermeister Smidt, John A. Droge, C. L. Gevekoth, C. A. Heineken, J. F. Lehmkuhl, Dr. J. H. Smidt. Wie wir hören, hat dieses Komité bereits mehrere Konferenzen mit den Abgeordneten des Nationalvereins gehabt, deren Ergebnis später wohl zur Oeffentlichkeit gelangen wird.

### Schweiz.

* **Aus der Schweiz**, 3. Febr. Ihr **Korrespondent hat sich einige Nachrichten über die Schweiz aus dem „Neckar" geschöpft, die für uns Schweizer von überraschender Neuheit sind. Er deutet auf geheimnißvolle Quellen, die ihm zumal in Bern zu fließen scheinen, und mit dem deutschen Flusse in unterirdischer, noch unerforschter Verbindung stehen mögen. Zwar will er das Wichtigste, was der Untersuchung werth wäre, „aus der Ferne ununtersucht lassen"; aber er zählt sich doch zu Denen, die sich „recht und unbefangen umgehört haben." Seine frühern Mahnungen zur Mäßigung, die so sehr das Gepräge des Wohlwollens für die Schweiz zu tragen schienen, durfte man trotz einiger Anfeindungen, die zu gehäffiger Auslegung Anlaß geben konnten, um der guten Absicht willen stillschweigend hinnehmen. In seiner Korrespondenz vom 26. Jan. (Nr. 30) geht er aber zu so bestimmten Anschuldigungen über, daß sie den Charakter der Berdächtigung annehmen würden, wenn er sie nicht Punkt für Punkt zu begründen und zu erweisen wüßte. Er macht wiederholt darauf aufmerksam, daß die interventionsslustigen Großmächte nur auf einen Vorwand der Einmischung warten. Er weiß es ohne Zweifel so gut, wie wir, daß Jesuiten und jesuitische Affiliirte, politische und kirchliche Renegaten, verstimmte „Staatsmänner", die ihre Sonderzwecke nicht durchzusetzen vermochten, literarisch-politische Abenteurer, die ihre „Wissenschaft der Welt" nicht an den Mann brachten, in den Blättern des Auslands ihr Möglichstes thaten, um eine helle Einsicht in die Zustände und Stimmungen der Schweiz nicht aufkommen zu lassen; daß sie aus Uebertreibungen und Entstellungen, aus Halbwahrem und ganz Unwahrem ein trübes Gebräu zu mischen wußten, das sogar einer hohen Diplomatie so sehr zu Kopf steigen konnte, daß sie den verlorenen Sonderbund auf allen Straßen suchen ließ, und das einen „österreichischen Beobachter" bis zu jener Weisheit von dem „durchbrauen Widerstande Freiburgs" entgeistert hatte. Um so gewisser ist es zu erwarten, daß der gerhrte Korrespondent die Vorsicht, die er der Schweiz angerathen, bei seinen eigenen Mittheilungen nicht außer Acht gesetzt, daß er sich mit hinlänglichen Beweismitteln zum Belege seiner Behauptungen versehen hat. Und um so leichter fällt es ihm nun, uns in seinem eigenen Interesse und zum Wohle der Schweiz, das ihm so warm am Herzen liegt, auf einige bescheidene Fragen gefällige Antwort zu ertheilen. Daß Stratford Canning nicht mit Allem in der Schweiz gleich zufrieden ist, wer könnte es nach seinem Memorandum bezweifeln? Wir trauen ihm sogar zu, daß er mit den Zuständen in Irland noch viel weniger zufrieden ist. Wer berichtete aber dem Reckarkorrespondenten, daß die Führer der radikalen Partei in Bern Stratfords Entfernung aus der Schweiz gewünscht haben? Eine officielle Erklärung hat vor Kurzem deutlich genug die dankbare Anerkennung der Eidgenossenschaft für die besonnene und umsichtige Politik Großbritanniens, und zumal für die bis zum Ende seiner Mission bethätigte wohlwollende Gesinnung des englischen Bevollmächtigten ausgesprochen. Und doch weiß der Neckarkorrespondent zu erzählen, daß er „eine bei dem Bundespräsidenten begehrte Audienz nicht erhalten konnte, weil dieser erkrankt war." Der Korrespondent wird schwerlich eine wirkliche Krankheit den Einflüssen der „Dreyagande" zuschreiben. Hat er etwa spezielle Nachricht, daß die Krankheit des „überhaupt so oft und viel verkannten Präsidenten Ochsenbein" nur eine fingirte gewesen sei? Was ist es doch für ein Glück für die unverbesserliche reaktionäre Partei, daß es noch in der Schweiz eine kleine, dahin und dorthin zerstreute Herde von Lämmern gibt, politische Flücht-

Digitized by Google

lage genannt, auf die sich die politischen Meisterstücke so bequem abladen lassen! Was war es gar für ein Glück, daß sich vor einem halben Menschenalter unter ganz andern Verhältnissen, als sich noch in Frankreich Republikaner und Monarchisten in den Straßen bekämpften, einige verzweifelte Polen, nebst einem Dutzend Italiener und Deutsche zu einem dreitürmigen Spaziergange nach Savoyen ausführen und von einem Kamerino um ihr Geld prellen ließen! Seitdem sind die „Flüchtlinge“ der probateste Artikel für alle staatsgefährlichen Gebäuden geworden. Schildert man in Paris die Alles zerfressende Korruption — Hr. Guizot spricht von den heimathlosen Wühlern in der anarchischen Schweiz. Hält man in Wien den Zustand der Finanzen nicht für allzu glänzend, sogar die Rechnung eines Rothschild kommt ins Stocken — erzählt man ihm von den die Sicherheit aller Kapitalien bedrohenden Flüchtlingen. Die Influenza der politischen Verdächtigung ist sogar ansteckend geworden: sie wüthet in deutschen und französischen Blättern, sie hat sogar ehrliche Männer befallen, wie den Neckarkorrespondenten. Auch nach ihm sollen italienische und deutsche Flüchtlinge das Schlimmste im Sinne haben. Wer sind sie? Wir wissen nur von Italienern, die seit Jahren ruhig und zurückgezogen in der Schweiz wohnen, und von denen politischer Thätigkeit nicht die geringste Spur vorliegt. Und die deutschen Flüchtlinge? Der „grimme“ Heinzen, von einem Kanton nach dem andern ausgewiesen, hat sich vor geraumer Zeit mit seinem Gesammtvorrath abgestandener Phrasen in die neue Welt eingeschifft. Er hat überhaupt bei Schweizern und Deutschen in der Schweiz gleich schlechte Geschäfte gemacht. Die andern deutschen Flüchtlinge, die in der Mehrzahl zu allerruhigsten Schweizerbürgern geworden sind, haben als Aerzte und Lehrer mit Patienten, Jungen und Mädchen genug zu thun, um sich mit Frau und Kindern durchzubringen. Es ist auch nicht ein Einziger unter ihnen — wir wagen getrost diese Behauptung, ohne gegründeten Widerspruch zu besorgen — der sich an solchem Unsinn betheiligen möchte, wie ihn der Neckarkorrespondent ihnen nachsagt. Und möchten sie, sie können nicht. Weiß denn der Korrespondent kein Wort von der schon seit Jahren, gerade bei Radikalen und Liberalen vorherrschenden und fast krankhaften Furcht vor allen etwa möglichen Einflüssen der Fremden in der Schweiz? Und doch spricht er von „Staatsmännern“, die mit Flüchtlingen und Propagandisten sympathisiren sollen; während er zugleich anerkennt, „daß die propagandistische Tendenz beseitigt ist.“ Wir dagegen wissen von „Staatsmännern“, die allen Ernstes den Wunsch geäußert, die Schweiz möge einmal Gelegenheit haben, durch strenge Maßregeln gegen fremde Hetzer die Verleumdungen im Auslande zu Schanden zu machen. Aber das geht auch nicht. Es ist Niemand da, der gemaßregelt werden könnte. Wollte sich also der Neckarkorrespondent die Mühe geben, die Namen jener Flüchtlinge zu nennen? Er wird übrigens selbst zugestehn, daß der von ihm entdeckte Plan für die Ruhe Europas sehr ungefährlich ist. Im „Nordosten“ sollen „Krawalle“ veranstaltet werden. Dürfte man fragen: wo? Der „Nordosten“ ist doch gar zu geräumig. (Schluß folgt.)

Bern, 24. Feb. Die N. Z. Z. berichtet über die Bundesrevision: Ein Antrag auf Beibehaltung des Klosterartikels oder des Artikels 12 des Bünzgenerbundes konnte keinen Anklang finden. Man fand es selbst im Interesse der Klöster und der Kantonalsouveränetät, denselben in Zukunft fallen zu lassen. — Das Weitere verschiedend, theilen wir heute nur noch kurz mit, daß die Gewährleistung des freien Niederlassungsrechtes für Schweizerbürger, der Preßfreiheit und des Petitionsrechtes ausgesprochen worden ist.

## Schweden.

Stockholm, 11. Febr. Der sogenannte ständische Konstitutionsausschuß hat den Beschluß gefaßt, bei den Ständen darauf anzutragen, daß der Finanzministerposten seine dießeitigen Staatsräthe, welche ihm zugestimmt, in den Anklagestand versetzt werden sollen wegen des verschiedenen Privatbankgesellschaften in Widerspruch mit den von früheren Ständen getroffenen Bestimmungen verliehenen Freibriefe. Derselbe Ausschuß hat einen ähnlichen Antrag, betreffend die Kriegsminister wegen Abschreibung einer Schuld an den Staat ohne Einwilligung der Stände, beschlossen.

## Großbritannien.

London, 24. Febr. Das „M. Chron.“ brachte noch kurz vor dem Sturze des Ministeriums Guizot eine Art Leichenpredigt auf den Letztern, worin es, wohl aus Anwandlung einer erklärlichen Furcht, daß der so lang gewünschte Sturz des Guizot'schen Ministeriums schließlich Folgen haben könne, die weit über die gewöhnliche Ordnung der Dinge hinausgriffen, Hrn. Guizot das Zeugniß ausstellt, daß dieser, bei rechtem Lichte besehen, doch unter allen französischen Staatsmännern der einzige sei, auf dessen Friedenspolitik man sich einigermaßen verlassen könne. Angesichts der nahen Erfüllung seiner Wünsche, insofern diese nur den Sturz der Ludwig Philipp'schen Politik, aber schwerlich den Sturz Ludwig Philipps selbst betrafen, mochte das „M. Chr.“ einsehen, welche Bürgschaften für das monarchische Prinzip und für den europäischen Frieden überhaupt bei dem Falle Guizot auf dem Spiele ständen; ihm mochte die Ahnung kommen, daß jenseit Guizot die Republik lag, wie es denn offen gestand, daß ein Ministerium Molé unmöglich sei. Was wollte auch nach Guizot ein Molé, was selbst ein Odilon Barrot bedeuten? Was sollte man hinterher mit Halb- und Dreiviertels-Phillippisten anfangen? Aber die unhaltbare Stellung Guizots hatte das „M. Chr.“ mit britischem Takt schon längst erkannt; hatten doch Ludwig Philipp und Guizot ihr Alles auf Eine Karte gesetzt, die konstitutionellen Begriffen und menschlicher Berechnung nach im Falle eines thatsächlichen Bruchs mit dem Volke nur zu ihrem Verlust zurschlagen konnte. Das Recht, in öffentlichen Versammlungen das Wohl und Wehe des Volks zu berathen, ist dem Briten so eingewurzelt, daß er eine Verfassung, in welche dies Recht nicht aufgenommen ist, nur für eine Zug- und Kriegsverfassung ansieht. Um Anerkennung und Geltendmachung dieses Rechts handelte es sich, abgesehen von allen weitern Entwürfen, wenigstens zunächst in Frankreich, und da man es auf der einen Seite unklug mit demselben Starrsinn verweigerte, als auf der andern mit Entschiedenheit forderte, mußte es zu einem Bruch, zu einem Kampf auf Tod und Leben kommen, der, nach den eigenthümlichen Verhältnissen Frankreichs, entweder den Sieg der Absolutie oder der Republik zur Folge haben mußte; ein Mittelweg war, der Lage der Dinge nach, wenn auch wünschenswerth, doch kaum möglich und denkbar. Noch acht Tage vorher rief das „M. Chr.“ Hrn. v. Salvandy diesen im Jahre 1830 gethane Aeußerung: „Wir tanzen auf einem Vulkane“ ins Gedächtniß zurück, und von Guizot sagte es: „Die unbeugsame Strenge seiner dogmatischen Grundsätze habe ihn in den gefährlichsten Irrthum hineingedrängt, und es sei für einen Machthaber zu verfallen nicht gut, seine Unduldsamkeit sei dahin ausgeartet, daß er seine politischen Gegner verfolge, daß er von dem Feuereifer Calvin's gegen Servet glühe.“

Die Frage ist: wird es noch einmal gelingen, die anarchischen Elemente in Frankreich wieder in ein ruhiges Bett zu leiten und jenen verfassungsmäßigen Zustand herbeizuführen, den England verheimwünschte, um gemeinsam mit Frankreich an der konstitutionellen Umund Durchbildung der europäischen Welt zu arbeiten und so gegen die Anarchie auf der einen und gegen die Absolutie auf der andern Seite einen festen Wall zu gewinnen? Aber Ludwig Philipp und Guizot haben unbelehrt durch die Geschichte, diese Aufgabe wie den richtigen Zeitpunkt dazu verfehlt und dadurch bewiesen, daß die Künste der diplomatischen Schule großen Reichen nicht gewachsen sind, daß gewöhnliche Menschenklugheit, wie auf die unbeirrten Triebe der Menschheit spekulirt, nicht ausreicht, um einen Bau für die Dauer in die Höhe zu richten. Werden, dies ist die zweite Frage, jene anarchischen Gährungsstoffe keine Schranke mehr anerkennen, werden wir abermals die Schrecken des Terrorismus erleben, werden wir republikanische Heere abermals am Rhein und am Po erblicken, werden wir, was bei dem Gährungszustande der Völker jetzt leichter denkbar wäre als je, die Bildung batavischer, cispadanischer, parthenopäischer und anderer Republiken erleben, wird diese Revolution, eine Frucht der hartnäckig betriebenen Reaktion, erschütternder und durchgreifender sein als irgend eine der frühreren? Und welche Stellung wird England zu ihr einnehmen? Werden die Whigs, schon durch die Finanzfragen in die Enge getrieben, sich den Extremen genossen zeigen, die an dem alten Bau Europa zu rütteln drohen? Werden die anarchischen Elemente in Irland, die republikanischen in Kanada, die chartistischen in England selbst im Falle einer weiter greifenden und selbst die socialen Verhältnisse bedrohenden Umwälzung sich für die Dauer ruhig verhalten? Wird England im Stande sein, seine Vermittlerrolle durchzuführen und zwischen den Bündnissen der Absolutie, zu denen man in der Angst wieder seine Zuflucht nehmen dürfte, und der losbrechenden Demokratie eine selbstständige und dadurch heilsame Stellung zu behaupten? Das sind Fragen, auf welche eine allen Aussichten nach schreckenschwangere und vielleicht nicht ferne Zukunft Antwort geben wird; sie liegt über menschliche Berechnung hinaus, sie liegt in den Ereignissen selbst, die ihrem dämonischen Zuge folgen werden. England hat aber, ungerechnet seiner insularischen Lage, fürs Erste, noch eine Mehr in seiner Verfassung, in seinem einheitlichen Volkswillen und nationalen Bewußtsein; was ist in Deutschland geschehen, um diesen Volkswillen zu erstarken, um uns Krisen, wie sie

Digitized by Google

und jetzt von Frankreich aus bedrohen möchten, gewachsen zu machen? Diesen Gefahren begegnen wir schlecht mit dem allgemeinen Mißtrauen, welches das Kennzeichen unserer Zustände ist, und es ist zu fürchten, daß man abermals zu Mitteln der Abwehr greift, die, gegen Volkskraft und Volkseinheit gerichtet, den heranwachsenden Gefahren eher die Schleuse öffnen, statt ihnen einen Damm entgegenzuwerfen.

Die englischen Blätter, welche wir über Paris beziehen, sind bis zur Stunde nicht eingetroffen. Aus rheinischen Blättern, die ihre Nachrichten und Briefschaften über Brüssel erhalten, ersehen wir, daß der ungeschickte Chiehoim Knyff in der Unterhausssitzung vom 23. Febr. abermals seine Anklagen gegen Palmerston richtete und diesen wenigstens nöthigte, seine Politik gegen Spanien zu vertheidigen.

**Frankreich** *)

Wir erhalten heute Morgen (28. Febr: 8 Uhr) die Brüsseler „Indépendance" vom 26., deren Nachrichten aus Paris, obwohl fragmentarisch, verworren und einigermaßen unsicher, bis zum 25. gehen. Der Postenlauf nach Brüssel war nach immer unterbrochen. Die Felleisen werden zwar immer von der Postverwaltung abgeholt, allein die Boten, welche sie bis an die Thore bringen sollten — denn für Wagen ist Paris durch zahlreiche Barrikaden ganz unpassirbar gemacht — werden von dem Volke angehalten und auf die Mairien geführt, wo man ihnen die Briefe abnimmt, um dieselben zu verbrennen, wenn sie verdächtig sind; verdächtig ist aber in diesen Zeiten Alles. Die Eisenbahnzüge müssen, da die Schienen in der Nähe der Stadt zerstört und die Stationsgebäude der Nordbahn verbrannt sind, in Enghien, 4 Stunden von Paris, anhalten, wie sie denn auch von diesem Orte abgehen. Die Nachrichten, welche auf der Eisenbahn nach Brüssel gebracht sind, werden von der Indépendance in folgende Sätze zusammengefaßt: „Alle Zugeständnisse, welche der König gemacht hat, wurden eins nach dem andern verworfen. Das Knerbieten einer Abdankung zu Gunsten des Grafen von Paris mit der Regentschaft der Herzogin von Orleans wurde gleichfalls zurückgewiesen. Die Tuilerien sind verwüstet. Die königliche Familie ist auf der Flucht. Die Republik ist ausgerufen und eine provisorische Regierung eingesetzt." Die Herzogin von Orleans begab sich persönlich, wie es heißt, in Begleitung ihres Sohnes nach der Kammer, um den Thron für den Grafen von Paris und die Regentschaft für sich zu fordern. In dem Palast Bourbon angekommen, wurde sie mit ihrem Kinde von dem dort eingedrungenen Volke mißhandelt und durch die Nationalgarde mit Mühe gerettet, so daß sie gezwungen gewesen, sich in aller Eile zurückzuziehen. Während die Kammer beschloß, die Forderung der Herzogin in Berathung zu nehmen, begann der Angriff auf die Tuilerien, welche mit Municipalgarde, Schaarschützen von Vincennes, Artillerie und Linientruppen sehr stark besetzt waren. Die Linientruppen weigerten sich, auf das mit Wuth heranstürmende Volk zu schießen, die übrige Mannschaft, ein Theil der Artillerie eingerechnet, gab Feuer. Es entstand eine furchtbare Metzelei. Die Municipalgarde (die bewaffnete Stadtpolizei) wurde fast ganz niedergemacht. Das Volk bemächtigte sich des Schlosses, welches von Oben bis Unten verheert wurde. Alle Möbel wurden zertrümmert, der Thron auf die Straße geschleppt und verbrannt. Die königliche Familie wurde vergebens gesucht. Sie war bereits entflohen, man wußte nicht wohin. Von den Tuilerien begab sich das Volk nach dem Palais Royal, das bekanntlich Privateigenthum des Königs ist. Hier wurden die königlichen Gemächer gleichfalls verwüstet und dann in Brand gesteckt. Dasselbe widerfuhr dem Hotel der Auswärtigen Angelegenheiten. Die provisorische Regierung ist in Permanenz in dem Palast Bourbon zusammenfest. Was sie bet treibt und was sie will, darüber schweigt die Tagesgeschichte bis jetzt. Wir machen bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß in dem Verzeichnisse der Mitglieder der provisorischen Regierung kein Vorstand des Finanzdepartements genannt ist. Man will vermuthlich keine Sinekuren. Paris bietet ein Bild der Verwüstung dar. Auf allen Straßen, allen Boulevards menschliche Leichname, Barrikaden auf je hundert Schritte, die Bäume der Spaziergänge innerhalb der Stadt niedergehauen. An jeder Barrikade wird man angehalten und ausgefragt, wie es scheint, um die Flucht der Minister zu verhindern.

Nachschrift. In der uns heute Morgen 11 Uhr zukommenden Kölnischen Zeitung finden wir unter der Ueberschrift: Straßburg, 27. Febr., 3 Uhr Nachm. folgende telegraphische Depesche. Der Minister des Innern an die Präfecten. Die republikanische Regierung ist konstituirt. Die Aaten wird berufen werden, ihr die Sanktion zu ertheilen. Sie werden unverzüglich die erforderlichen Maßregeln ergreifen, um der Regierung die Mitwirkung der Bevölkerung und die öffentliche Ruhe zu sichern. Berichten Sie mir in kürzester Frist über die Stimmung der Gemüther, und melden Sie zugleich die Verfügungen, welche Sie getroffen haben.

Eine Pariser Korrespondenz der Kölner. Zeit. bestätigt in kurzen Worten die von uns nach Brüsseler Nachrichten gemeldete Erstürmung der Tuilerien. Sie sagt hinzu, daß es heiße, der König habe sich nach Neuilly zurückgezogen. Die Unwahrscheinlichkeit der Angabe, daß Louis Philipp einen so unsichern Zufluchtsort, zwei Stunden von Paris, gewählt habe, brauchen wir nicht hervorzuheben. Wir fügen nach der Indépendance nachträglich noch hinzu, daß auch das Gerücht, Louis Philipp habe sich in das Schloß Vincennes geflüchtet, sich auf die erfolgte Nachforschung des Volks nicht bestätigt hat.

**Italien.**

Turin, 22. Febr. Die Concordia zeigt mit Genugthuung an, daß unterm gestrigen folgende Männer ernannt worden sind, um ein Projekt zu einem Wahlgesetze zu unterbreiten: Graf Cesare Balbo, Präs." Graf Siccar Sallina; Abv. Riccardo Sinez; Graf Christiani; Graf Camille Lavour; Baron Demargherita und Abv. Defferaris, beide Mitglieder des Cassationshofs. Das Blatt erklärt sich mit der Auswahl sehr zufrieden.

Die Turiner Blätter vom 23. sind erfüllt mit Freudenbezeugungen und Vorbereitungen zu dem großen Nationalfeste, welches am 27. stattfinden sollte; von der drohenden Katastrophe in Paris scheint man keine Ahnung gehabt zu haben.

In der Concordia bringt ein Pfarrer der Waldenser in rührenden Worten seinen Dank für die neuen Veränderungen, „welche in den Thälern der bisher unterdrückten Gemeinden eine neue Morgenröthe heraufführen und dem bisherigen Elend ein Ziel setzen werden".

Die Allg. Zeit. bemerkt: Journale schießen in Italien auf wie die Pilze. Eben erhalten wir aus Palermo die erste Nummer einer amtlichen Zeitung der dortigen provisorischen Regierung vom 13. Febr. d. J. Sie trägt das alte Wahrzeichen der Insel Trinakria an der Spitze: den Kopf zwischen drei gebogenen Schenkeln. Das Blatt enthält Regulirungen über Verwaltung der Kriminalpflz; zum Präsident des provisorischen Kriminalhofs für den Bezirk (valle) Palermo ist Don Stefano Tomaso ernannt, mit 7 beisitzenden Richtern; zum Generalprokurator (custode dei leggi) Don Giuseppe Pinelli. Ausserdem sind für die Stadt Palermo 7 Quartiervichter ernannt. Weitere Bestimmungen des Generalkomitès, dessen Präsident Ruggiero Settimo ist, betreffen die Organisation der Militärmacht. Ein besonderer Artikel rühmt, daß die Gegenden von Aldone, Piazza, Castrogiovanni und Caltagirona im Centrum der Insel, und die Ebene von Catania, wo bisher trotz der sie durchstreifenden Schaaren von Gendarmen die meisten Straßenräubereien und Mordthaten vorfielen, seit der glorreichen Erhebung vollkommen sicher geworden seien, sodaß die Verbrecher gegen Leben und Eigenthum mit der Tyrannei verschwunden zu sein scheinen.

In dem am 14. gehaltenen geheimen Konsistorium fehlten, laut der Patria, nur drei Kardinäle, Gizzi, Gazzoli und Macchi. Außen den Eminenzen waren auch die Barons Bentuea und Perrone zugegen worden. Das hl. Kollegium war fast einstimmig für die Konstitution. Nur Kardinal Bernetti opponirte lebhaft, indem er bemerkte: es habe so vieler Jahrhunderte bedurft, um das Gebäude zu Ende zu führen, und nun dürfe man es nicht auf Ein Mal abbrechen. Darauf soll Sr. Heil. grantwortet haben: eben die alten Gebäude bedürfen neuer Grundlagen.

Venedig. Die Gazetta di Venezia veröffentlicht eine Bekanntmachung des dortigen Statthalters Grafen Palffy vom 12. Febr. datirt, worin die Bewohner der venezianischen Provinzen sehr ernsthaft gewarnt werden sich der provisorischen Gewaltthätigkeiten, wie solche zur Zeit Betrübniß der Regierung seit einiger Zeit an verschiedenen Orten vorgekommen, künftig zu enthalten. Solche Exzesse könnten die traurigsten Folgen nach sich ziehen, indem die Regierung sich entschlossen sei für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der Personen kräftigst einzuschreiten und Zuwiderhandelnde strengstens zu bestrafen.

Der Bürgermeister Graf Correr und der Delegat Graf Marzani sind nach Wien abgereist. Ueber den Zweck ihrer Reise erzählt man sich die widersprechendsten Dinge im Publikum, ohne die eigentlichen Gründe erfahren zu können. (A. Z.)

*) Die Vorgänge bis zum Morgen des 24., soweit die Pariser Blätter von diesem Datum sie mittheilen, haben wir in einer zweiten Beilage zu unserer gestrigen Nummer (50) geschildert, welche bereits gestern Abend und heute früh ausgegeben und versandt worden ist. D. Red.

Digitized by Google

## Die neuesten Ereignisse in Paris (24. Februar). Sturz des Königthums. Errichtung einer Republik.

Wir erhalten heute, 28. Febr. um 3 Uhr Nachmittags, Briefe und Zeitungen aus Paris bis zum 25. Vom 24. schreibt man uns: „Nachdem gestern Abends die Abdankung Guizots bekannt geworden war, schien die ganze Stadt Eine Freude und Glückseligkeit zu sein. Der einzige Gegenstand der allgemeinen Entrüstung war nur noch die Municipalgarde — denn sie hatte ganz ohne Noth aufs Volk geschossen. Man ging Arm in Arm mit den Linientruppen, an der Spitze eines Bataillons Nationalgarde ritt ein Oberst von der Linie, die retirenden Jäger tranken mit den Bürgern und Blusenmännern, des Abends war die Stadt illuminirt, und Alt und Jung, Damen und Mädchen waren auf die Boulevards gegangen, um dem Schauspiel der fröhlichen Einigkeit beizuwohnen. Gegen 10 Uhr, als eben die wogende Menschenmenge auf dem Boulevard des Capucines angekommen war, schrie man à bas Guizot! — da gab ohne allen Grund das 14. Regiment Feuer unter die Menge und gegen 50 Menschen lagen in ihrem Blute. Natürlich glaubte sich das Volk jetzt verrathen. — Nationalgardisten, Soldaten, Damen in seidenen Kleidern, Blusenmänner und kleine Knaben und Mädchen waren gefallen — die Wuth des Volks war grenzenlos! Man stürzte augenblicklich in alle Stadtviertel, begann Barrikaden aufzuwerfen, im Quartier Latin und am Jardin des Plantes wurde die ganze Nacht gestürmt."

„War schon mit Molé dem Volke nicht gedient, so glaubte es in jenem Angriff den Beweis zu sehen, daß es mit diesem Namen nur gefirrt werden sollte. Die ganze Zusammensetzung des Ministeriums (Lassy, Dufaure, St. M. Girardin, ta Place, Billaut) flößte überhaupt kein Vertrauen ein."

„Die Nacht verging in fürchterlicher Aufregung. An das Bureau der Reforme brachte man 2 Wagen voll Todter, Weiber, Knaben und Nationalgardisten, Greise und Blousenmänner — 42 Leichen. Der Redakteur des National stund auf einem andern mit Leichen beladenen Wagen und redete auf den Boulevards zu dem Volke.

„So kam der Morgen heran. In allen Straßen arbeitete man an den Barrikaden; die Sturmglocken läuten in der ganzen Stadt — wir befinden uns mitten im gewaltigsten Zustande der Revolution. Der Karoussellplatz ist fortwährend in der Gewalt der Truppen, ebenso der Wachposten vor dem Palais royal. An dieser Stelle kämpft man bereits seit 3 Stunden (1/4 12—1/3 Uhr); unzählige Menschen fallen von beiden Seiten; man schlägt sich mit beispielloser Wuth um den Besitz des Palais royal und der Ausgang des Kampfes ist noch immer zweifelhaft. Auf den Boulevards hat sich ein Regiment Linie dem Volke ergeben, allein kein Mensch kann das Ende voraussehen, — denn das Volk ist unversöhnlich. — Das Ministerium Molé war von kurzer Dauer. Nach ein paar Stunden ließ der König Thiers kommen, und bildete mit ihm, Odilon Barrot und dem General Lamoricière ein Ministerium. Auch dies beruhigte das Volk nicht, man schreit à bas Louis Philippe! man hetzet einen Anschlag in allen Straßen an: Louis Philipp läßt uns ermorden wie Karl X., so möge er denn auch hingehen zu Karl X.!"

„3 Uhr. Ein furchtbares Gemetzel am Palais Royal. Man schickt die Schüler der Militärschule als Parlamentaire an die Truppen — doch scheint es, daß sie dieselben nicht erreichten. Das Volk läuft unter einem Kugelregen Sturm auf den Posten, der sich mit äußerster Tapferkeit wehrt; allein er ist verloren. Das Volk nimmt die Stellung. Es dringt in das Palais Royal, vertreibt die Truppen vom Karoussellplatz, erstürmt die Tuilerien. In den Theilen der Gebäude, wo sich die Municipalgardisten befinden, wird Feuer angelegt — man schreit sie müßten alle verbrennen. Jetzt ist ganz Paris bewaffnet, abermals liegt wie gestern Abend Siegesfreude auf allen Gesichtern — man proklamirt in den Straßen die Republik, und hat aus Arago, Ledru-Rollin, Lamartine, Dupont, de l'Eure, Flocon, Marrast, Marie und einem Handwerker Namens Albert eine provisorische Regierung gebildet. — Ludwig Philipp und seine Familie sind vorderhand nach Neuilly geflüchtet. Die Dynastie Orleans hört auf!"

Einen zweiten Brief, welcher den vorstehenden Bericht ergänzt und bestätigt, geben wir gleichfalls vollständig, obgleich er manche Wiederholungen des bereits Gesagten enthält.

„Der Moniteur erscheint, er bringt die Ernennung des Herzogs von Joly (Bugeaud) zum Kommandanten der Nationalgarde. Eine zweite Ordonnanz ernennt ihn zum Kommandanten der Linie — Beides so gut als sri es nicht geschehen. Man hatte gestern Morgen bereits eingesehen, daß man Guizot um einige Wochen zu lange gehalten, daß Molé's Ernennung verspätet — unnütz war; man ließ alle Thiers um 8 Uhr früh in die Tuilerien holen und bildete aus ihm, Odilon Barrot, Duvergier de Hauranne, Remusat und Lamoricière ein Ministerium. Das neue Ministerium kam zu spät! Es erließ eine Proklamation mit der Aufs: Ordnung, Freiheit, Reform! Kaum angekettet, war sie abgerissen, — das Volk hat kein Vertrauen auf die Männer der parlamentarischen Opposition.

Um 1 Uhr beginnt die Sitzung der Deputirtenkammer. Während dort Dinge vor sich gehen, die man vor 8 Tagen noch für Ausgeburten des Wahnsinns gehalten, wird am Palais Royal aufs Gewaltigste gekämpft. Das Palais Royal, die Tuilerien fallen endlich in die Hände des Volks. Mitten unter diesen harten Kämpfen eilte E. v. Girardin in die Tuilerien und legte dem König eine Proklamation vor des Inhalts: Abdankung des Königs, Regentschaft der Herzogin von Orleans, allgemeine Amnestie. Hr. v. Girardin erklärte dem König, jeder Augenblick Verzug könne ihm und seiner Familie das Leben kosten, der Herzog von Montpensier stürzte dem König zu Füßen und beschwor ihn, abzudanken. Der König that es — allein auch dazu war es bereits zu spät. Ob Ludwig Philipp abdankte oder nicht — dem Volke war Alles gleich — es ging seinen eignen Weg. Girardin eilte von Lamoricière begleitet auf den Tuilerienplatz, um mit der Entsagungsurkunde in der Hand die Parteien zur Einstellung des Feuers zu bestimmen. Unmöglich! Lamoricière ward vorwundet und Girardin brachte die Abdankungsakte in die Kammer. Kaum eine halbe Stunde nachher hatte die ganze königliche Familie die Tuilerien verlassen — und das Volk zog darin ein.

Die Kammer war versammelt. Sauzet präsidirte sie zum letzten Male. Da erscheint plötzlich die Herzogin von Orleans mit ihren zwei Kindern, dem Grafen von Paris und dem Herzog von Chartres im Halbkreis. Hr. Dupin steigt auf die Tribune und proklamirt den Grafen von Paris zum König mit der Regentschaft der Herzogin von Orleans. Die Majestät ruft Beifall. Die Tribunen zischen und bewiesen auf alle nur mögliche Weise ihre Mißbilligung. Da öffnen sich plötzlich alle Thüren, und das Volk geführt von Nationalgardisten und Schülern der polytechnischen Schule, die dreifarbige Fahne voran, erfüllt den Saal, die Herzogin von Orleans flüchtet mit ihren Kindern auf die höchsten Bänke der Linken, wo sie von Nationalgardisten weggeführt wurden. Ein kleiner Wagen stand zufälliger Weise im Hofe des Präsidentschaftshotels, sie stürzte sich mit dem Grafen von Paris hinein, der kleine Herzog von Chartres erreichte sie nicht mehr, und unerkannt entkam sie glücklich aus der Stadt. — Die Herzogin betrug sich wie eine Heldin, doch ihr Muth war fruchtlos — es war zu Allem, was das Volk nicht selber that, zu spät! — Die Sitzung hatte begonnen im Augenblick da die Herzogin den Saal verließ. Hr. Dupont de l'Eure, der greise Republikaner steigt auf den Präsidentenstuhl. Cremieux, Lamartine, Ledru Rollin, Larochejaquelin begehrten vor Allem eine provisorische Regierung, und da das Volk um und in den Kammern tobte, war nicht zu zaudern — die Deputirten des Centrums verlassen ihre Plätze, die Kammer gehörte dem Volke, Hr. Ledru Rollin steigt auf die Tribune und liest die 5 Namen der provisorischen Regierung: Cremieux, Ledru Rollin, Arago, Garnier-Pagès und Dupont de l'Eure. „Sind sie dem Volke genehm, so erkläre es dies — wo nicht so treten wir zurück!" Ledru Rollin sagt: dringendere Pflichten riefen die neue Regierung ins Stadthaus, die Sitzung ist aufgehoben, und das Volk verläuft sich.

„Von dem Bureau der Reform aus bildete sich zu gleicher Zeit eine neue provisorische Regierung von acht Personen. Dieselbe hat Causidiere und Febvier zu Polizeipräfecten, Garnier Pages zum Maire von Paris, Recurt und Guinard zu seinen Adjunkten ernannt. De Courtais ist Kommandant der Nationalgarde. Die republikanische Regierung scheint sich proklamirt."

„Morgens 9 Uhr. Eine Ordonnanz der provisorischen Regierung der Acte fordert die Bäcker auf, den fünften Theil ihres Brodes gegen Bons der Regierung auf die Posten der Nationalgarde zu bringen, damit die Kämpfenden versorgt werden. Das ganze Volk wird aufgefordert, die Waffen keinen Augenblick zu verlassen. Schon beginnen die Parteien sich zu scheiden. Eine Partei stimmt der provisorischen Regierung durch eine Proklamation nur mit Vorbehalt ihrer Ratifikation durch das Volk in Urversammlungen bei.

Digitized by Google

Die sozialistisch Redenden erheben sich. Sie proklamieren Achtung vor dem Eigenthum, aber Recht auf Arbeit. (So lautet die Proklamation der Fourrieristen.) Sie rufen den Reichen zu: „Reiche, fürchtet nichts vom Volk! Das Volk ist heute wie immer, groß und hochherzig nach seinem Siege!“ Man hört nirgends, daß Etwas gestohlen wurde! Haben die Bewaffneten Durst, so schellen sie an den Häusern und begehren Wasser. Wir selber haben den Letzgenden Wein angeboten — sie schlugen ihn aus, aus Furcht, man möchte glauben, sie wollten ihn erzwingen. Bettler in Lumpen aber mit einer Pike in der Hand standen an allen Ausgängen des Palais royal und sahen nach ob man etwas entwendet habe! — Die Sprache der Blätter ist mäßig.“

„Soeben (12 Uhr Mittags) trifft die Nachricht ein, daß das Heer von Vincennes sich an das Volk ergeben hat.“

„Der Herzog von Nemours konnte sich gestern nur dadurch aus den Kammern flüchten, daß er seinen Uniformen abwarf, einen Ueberrock anzog, zu einem Fenster hinaussprang und längs der Seine zu Fuß bis nach Neuilly lief.“

„Gutes Aufenthalt ist noch immer unbekannt — um die andern Minister kümmert sich Niemand. Duchatel ist ruhig in seinem Hotel. Die ministeriellen Deputirten haben sich nach allen Seiten geflüchtet.“

„Alle politischen Gefangenen sind in Freiheit gesetzt worden, ebenso wurden den Gefangenen im Schuldengefängnisse zu Clichy die Thore geöffnet.“

„3½ Uhr. Der Postdirektor Etienne Arago läßt soeben überall anschlagen, daß der Postdienst nicht einen Augenblick unterbrochen wird, daß bereits im ganzen Lande Anstalten getroffen sind, um die Briefe sicher an die Orenzen gelangen zu lassen und er ersucht alle Bürger, den Postbeamten, Schaffnern, Austrägern u. s. w. allen möglichen Beschuß zu leisten.“

Als die Grundlagen der neuen Verfassung sind die folgenden Punkte bekannt gemacht worden:

Das Volk tritt wieder in alle Rechte seiner Souveränetät.

Die Pairskammer, als ein aristokratisches Institut, ist aufgehoben.

Die Deputirtenkammer, die Rechts als das Produkt des Privilegiums, des Monopols und der Korruption war, ist und bleibt aufgelöst.

Die Nation konstituirt sich als Republik und bleibt bewaffnet, bis sie in dem Besitze aller ihrer Rechte ist.

Jeder großjährige Bürger ist Nationalgardist.

Jeder Bürger ist Wähler.

Jeder Bürger ist wählbar.

Unbedingte Gedanken- und Preßfreiheit.

Das Recht politischer und gewerblicher Associationen für Alle.

Veranstaltung beratheder Versammlungen überall, um die Vertreter der Volksherrschaft zu ernennen.

Jeder Versuch einer Wiederherstellung der gefallenen Gewalten ist Hochverrath.

Die provisorische Regierung hat folgende Ordonnanzen erlassen:

1. Unterrichtet, daß einige Soldaten desertirt sind, verordnen wir, daß die Gesetze gegen alle die, welche die Fahne verlassen, mit der größten Strenge gehandhabt werden sollen. Niemals bedurfte das Land mehr seiner Truppen, um gegen das Ausland seine Unabhängigkeit zu bewahren. Darum, Soldaten, seid Patrioten vor Allem, und bleibt bei Euren Fahnen.

gez. Lamartine. Garn. Pages.

2. An die Armee. Der Sturz der Regierung wurde durch ihre Attentate auf die Freiheit, und den Sieg des Volkes herbeigeführt. Ihr hattet ihr Treue geschworen, und seid dieser Treue nunmehr entbunden. Das Blut, das in Bürgerkriegen fließt, ist Frankreich vor Allem verhaßt. Darum muß die Einigkeit des Volkes und der Armee wieder hergestellt werden; das Volk vergißt Alles — nur nicht den Werth Eures Muthes und Eurer Mannszucht, seid daher willkommen in unsern Reihen und schwört mit uns Treue dem Volk und dem Vaterland. Lamartine. Garnier Pages.

Dem Courrier Français entnehmen wir über die Vorgänge vom 24. die folgenden Mittheilungen: Das Volk, sagt das genannte Blatt, ist in zwei Tagen zwei Mal das Opfer des Verrathes geworden: gestern vor dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, und heute vor dem Palais Royal, wo die Nationalgarde, die keine Patronen hatte, auf eine schändliche Weise von den Scharfschützen von Vincennes angefallen wurde, nachdem die Abdankung Louis Philipps schon bekannt gemacht war. Dreißig Nationalgardisten fielen auf die erste Salve. Die übrigen vertheidigten sich mit dem Bajonette bis zur Ankunft der 3. Legion, der die 2. Legion und der Bannmeile bald folgte. Kanonen, Fußvolk und Reiter, Alles wurde in einem Nu zu Staub zertrümmert, und dieser rächende Orkan legte sich erst nach der Erstürmung der Tuilerien. Doch die Rache war schon vor dem Siege gestillt, und wir haben gesehen, wie dieses wackere Volk diesselben Soldaten pflegte, die es verwundet hatte, und wie es die umarmte, die sich zu Gefangenen erklärten.“

Nach der Erstürmung der Tuilerien, fügt der Courrier hinzu, d. h. um 3 Uhr Nachmittags hörte der Kampf allenthalben auf, und die größte Sicherheit war alsbald in der ganzen Stadt wiederhergestellt. In den Tuilerien selbst wurden nur die Lurusmöbel zertrümmert, vorzüglich diejenigen, welche irgendein Sinnbild des Königthums an sich trugen; Bildsäulen und Gemälde dagegen wurden geschont und selbst durch eigene Wachtposten aus dem Volke geschützt. Noch eine charakteristische Aeußerung des Courrier. „Da das Herr, sagt er, den Schuß der innern Sicherheit der Bürgerwehr abgetreten hat, so muß das Heer in Masse an die Grenze geschickt werden. Unsere Finanzen erlauben uns den Krieg, wenn wir unser Budget umgestalten. Was aber die Mannschaft betrifft, so haben wir den Aufstand in Masse, der uns im Nothfalle abermals 14 Herrn zur Rettung der unterdrückten Nationalitäten und den leidenden Völker liefern wird.“

Wir bringen aus verschiedenen Blättern und nach Berichten von Reisenden noch verschiedene Einzelnheiten aus der Geschichte der letzten Tage. Nachdem Hr. Odilon Barrot mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt war, wurde er vom Volke im Triumph über die Boulevards getragen. Es war 10 Uhr Morgens. Er begab sich hierauf in das Ministerium des Innern, um sein Amt anzutreten. Eine Viertelstunde darauf ging er nach den Tuilerien, um dem Könige zu erklären, daß nur seine Abdankung den Sturm beschwören könne. Noch eine Stunde und Hr. Odilon Barrot selbst war abgedankt.

Da die Gaslichter an vielen Stellen durchbrochen waren, so würde sich Paris am Abend des 24. in vollständiger Dunkelheit befunden haben, wenn nicht die Häuser erleuchtet worden wären.

Die Bildsäule des Spartacus in dem Tuilerengarten wurde mit Stickereien begränzt, die man vom Throne des Königs gerissen.

Das Hotel des Generalrads der Hauptstadt wurde vom Volke genommen und alle darin befindlichen Papiere verbrannt. — In den elysäischen Feldern wurde ein Wachthaus der Municipalgarde, aus welchem man gefeuert, in Asche gelegt. — Ein Reisender will wissen, daß Tuilerien und Palais Royal bis auf die Mauern niedergebrannt seien, allein diese Angabe ist ohne Zweifel unrichtig.

Allgemein rühmt man den Edelmuth und die Uneigennützigkeit des kämpfenden Volkes. Nirgends wurde das Mindeste entwendet, selbst nicht aus den königlichen Schlössern.

Folgendes ist in Kurzem was das J. d. D. vom 25. Februar (es ist bloß in einem halben Bogen erschienen, und zwar ist auch von diesem nur die erste Seite bedruckt) über die Vorgänge mittheilt:

Nachdem Herr Mole in der Nacht dem Könige Ludwig Philipp angezeigt, daß es ihm nicht möglich sei, ein den Erfordernissen der gegenwärtigen Lage entsprechendes Kabinet zu bilden, begab sich Herr Thiers in die Tuilerien und übernahm die Präsidentschaft des Konseils, in welchem Hr. Odilon Barrot das Portefeuille des Innern zugeschiert wurde. Die Nachricht dieser ministeriellen Modifikation ward am 24. Febr., 10 Uhr Morgens, officiell den Legionen der Nationalgarde und der Bevölkerung von Paris mitgetheilt. Trotz dem und trotz den Anreden, die Hr. Odilon Barrot vom Pferde herab an die verschiedenen Volkshaufen auf einem Ritte durch die Stadt zu halten für nöthig fand, ward die Lage der Dinge von Moment zu Moment immer bedenklicher, so daß der König Ludwig Philipp „verzweifelnd, die Ruhe wieder hergestellt zu sehen“ um 11½ Uhr sich entschloß, eine Abdankungsakte zu Gunsten seines Enkels des Grafen von Paris unter der Regentschaft der Herzogin von Orleans zu unterzeichnen.

Seine dieser Kombinationen (sagt wörtlich das J. d. D.) konnte gelingen. In diesem Augenblicke hatte der Kampf bereits an allen Punkten aufgehört, die Truppen die Waffen niedergelegt und sie dem Volke übergeben, und kaum verließ der König L. Ph. Paris, als die siegreiche Menge sich in die Wohnzimmer des Hofes stürzte.

Alles Mobiliar, das man hier vorfand, wurde aus den Fenstern geworfen; die Keller und Magazine aller Art geleert, eine große Zahl

Digitized by Google

der Wagen wir das Amusement den Flammen übergeben. Noch drei Bombs (vom 24.) ward das Feuer durch die Reste Alles dessen unterhalten, was im Schlosse vorhanden war. Gleiche Scenen gingen im Palais Royal vor. Die großen Wohnzimmer wurden gänzlich ausgeleert, dagegen die Privatwohnungen geschont. — Diesen kurzen Abriß eröffnet das Journal mit folgenden Worten: Das Stillschweigen ist uns in diesem Augenblicke durch die Schnelligkeit der Ereignisse selbst geboten, die heute in Erfüllung gegangen. Wir haben nicht mehr nöthig die Gefühle auszusprechen die und jetzt beskürmen; Jedermann versteht sie. Wir können nur unsrere Anhänglichkeit an unser Vaterland, was auch kommen möge, bethauren, und für uns selbst jene Freiheit fordern, die wir den Andern nicht versagt haben!

Proklamation des Ministeriums Barrot und Thiers. 10½ Uhr. Bürger von Paris! Es ist der Besetl gegeben, das Feuer einzustellen. Wir sind vom Könige beauftragt, ein Ministerium zu bilden. Die Kammer wird aufgelöst werden. Der General Lamoricière ist zum Kommandanten der Nationalgarde ernannt. — Dir Herren Odilon Barrot, Thiers, Lamoricière, Dmorgier de Hauranne sind Minister. Freiheit! — Ordnung! — Einheit! — Reformen! — Unterz. Odilon Barrot und Thiers.

Proklamation des Ministeriums Odilon Barrot. 1 Uhr. Bürger von Paris! Der König entlagt zu Gunsten des Grafen von Paris unter der Regentschaft der Herzogin von Orleans. Allgemeine Amnestie. Auflösung der Kammer. Berufung an das Land.

Ueber die Sitzung der Deputirtenkammer vom 24. (die der Pairskammer war gänzlich bedeutungslos und bestand nur in einem Wortwechsel zwischen Hrn. Boissy und Barthe) berichten die französischen Blätter, wie folgt: Um 12½ Uhr kamen die Abgeordneten zusammen und erklärten die Kammer für permanent. Eine halbe Stunde später, nach (?) der Abreise Ludwig Philipp's erschien die verwittwete Herzogin von Orleans und nennemannt Regentin mit ihrem Sohne und den Herzögen von Nemours und Montpensier und ward mit demselben Jubel empfangen, der sie (wie das J. d. D. versichert) auf dem Wege von den Tuilerien dorthin begleitet hatte. Doch waren zugleich in ihrem Gefolge in die Kammer fremde Personen eingedrungen; mehrere von ihnen waren bewaffnet, andere trugen Fahnen. Nachdem Hr. Dupin das Wort genommen und den allgemeinen Beifall als eine Zustimmung und Anerkennung Ludwig Philipp's II. erklärt, entgegnete Hr. Crémieux im Sinne einer provisorischen Regierung. Der lange erwartete Hr. Odilon Barrot beschwört die Versammlung, den neuen König anzuerkennen, muß sich aber dann gegen die legitimistischen Forderungen des Hrn. Larochejacquelein verwahren. Crémieux, Ledru-Rollin und Lamartine leiten die Diskussion und die Herzogin von Orleans ist endlich gezwungen, mit den Prinzen die Kammer zu verlassen. Der Präsident, Hr. Sauzet, hebt die Sitzung auf und verläßt den Saal, worauf Hr. Dupont de l'Eure den Vorsitz einnimmt und die provisorische Regierung proklamirt wird, die sich nach dem Rathhaus begibt. Die übrgeordneten verlaßen die Kammer und zerstreuen sich.

Ein von den sonvierristischen Demokratie Pacifique herausgegebenes und als Manveauschlag verbreitetes Manifest scheint die Verfohnung der alten und neuen Ordnung zu bezwecken; mit welchem Erfolge, lassen wir dahingestellt. Diese „Wünsche des Volkes" sprechen sich für „Reformen für Alle" aus, für eine Amnestie mit Ausnahme der Minister, Anerkennung des Associationsrechts durch eine baldige Manifestation, augenblickliche Auflösung der Kammer und Berufung der Urversammlungen. Ferner fordert dieses Manifest „eine Stadtgarde unter dem Befehl der Municipalität; Aufhebung der Septembergesetze; Freiheit der Rede, der Presse, der Petition, der Association und Wahl. Wahlreform: Jeder Nationalgardist ist Wahler und wählbar. Parlamentsreform: Tagegelder an die Deputirten; Ausschluß der Staatsdiener. Reform der Pairskammer: Keine königliche Ernennung und aristokratische Erbeblichkeit mehr. Administrative Reform: Wegschaft für alle Beamten gegen den Mißbrauch der Gunst und des Einflusses. Das Eigenthum soll geachtet, aber das Recht zur Arbeit verbürgt, die Arbeit dem Volke zugesichert werden."

„Einigung und brüderliche Verbindung zwischen den Fabrikherren und den Arbeitern, Gleichheit der Rechte durch eine Allen zu Theil werdenden Erziehung: Kleinkinderbewahranstalten, Zufluchtsörter für Greise und Gebrechliche und Stadt- und Dorfschulen. Keine Unterdrückung und Austeutung der Kinder mehr. Absolute Freiheit der Kulte; absolute Unabhängkeit der Gewissen. Teenung der Kirche vom Staat. Sohng für alle Schwachen, Frauen und Kinder. — Friede und heilige Allianz zwischen den Völkern. — Abschaffung des Krieges, wo das Volk nur zum Kanonenfutter dient (od lo pouplo sert de chair à canon). Unabhängigkeit aller Nationalitäten. — Frankreich Beschützer der schwachen Völker. — **Die Ordnung auf die Freiheit gegründet. Allgemeine Verbrüderung.**"

„Es gibt einen Mann in Frankreich, der diese Principe annimmt, der sie schon verkündet hat: Hr. v. Lamartine!"

Am 24. Febr. gegen 5 Uhr Abends, sagt der National, konstituirte sich die provisorische Regierung auf dem Rathhaus, welche von einem begeisterten und bewaffneten Volke umringt war. Während die Mitglieder drs provisorischen Regierung über die ersten Maßregeln berietben, erfüllte eine ungeheure Volksmenge, bewunderungswürdig durch Energie, Muth und Enthusiasmus das ganze Rathhaus und klopfte an die Thore. Es gibt keinen menschlichen Ausdruck, welcher den Anblick dieser unerschrockenen Kämpfer mit Kleidern, die der Kampf zerrissen, geschwärzt von Pulver, der Eine mit einer Flinte, der Andere mit einem Beil oder einem Degen zeichnen könnte. Ihre Haltung war heldenmüthig, ihre Ungeduld furchtbar. Ein einziger Ruf kam aus allen Kehlen: die Republik, wir wollen die Republik. Plötzlich werden die Thore des Berathungssaales mit Gewalt aufgestoßen. Das Volk verlangt mit lautem Ruf Mittheilung des ersten Aktes, welchen die provisorische Regierung angenommen hat. Hierauf, begleitet, umringt von mehreren Polytechnikern wendet sich Hr. Louis Blanc mitten in einer unzählbaren Menge gegen den Grèveplatz und kündigt von den Stufen des Stadthauses an, daß die provisorische Regierung die Republik wolle. Bei diesem Worten bricht ein Beifall von allen Seiten los, dessen Kraft man nicht beschreiben kann.

Schon hatte um großen Saale des Stadthauses Hr. v. Lamartine das Volk mächtig bewegt; als die Anfregung fortdauerte sprach Hr. Ledru-Rollin bereits Worte, welche mit Enthusiasmus aufgenommen wurden. Allmälig verlief sich die Menge und die provisorische Regierung konnte sich ruhiger mit den zu nehmenden Maßregeln beschäftigen. Man ernannte Minister. Die öffentliche Sicherheit wurde verbürgt durch Ernennung eines Kommandanten der Nationalgarde (Courtais) und eines Chef des Generalstabs (Guinard). Die Generale Bedeau und Lamoricière (der durch einen Municipalgardisten verwundet wurde) stellten sich der provisorischen Regierung zur Verfügung; ihre Dienste wurden sehr bereitwillig (avec empressement) angenommen. Der erstere wurde zum Kommandanten der ersten Militärdivision ernannt und man hat ihm das Kriegsministerium angeboten; der zweite hat sich angeboten an die Grenze zu ziehen. Eine der ersten Obliegenheiten der provisorischen Regierung ist die Sorge für Lebensmittel des Volkes.

Das Volk, sagt der National, kann stolz sein auf seinen Sieg! Frankreich erfahre mit Freude, daß die Pariser abermals Gericht gehalten haben über eine Regierung, die bei einem Attentate gegen die Freiheit auf seichter That ertappt wurde! Italien, die Schweiz, alle Völker, unsere Brüder mögen unsern Triumphe Beifall zurufen. Und er soll, hoffen wir, fruchtbar sein an Resultaten!

Außerdem wird berichtet, daß der König glücklich von Neuilly die Su gelangt ist; wahrscheinlich wird er sich in Treport nach England einschiffen. Er hat 4 Fourgons mit Silberzeug, Pretiosen und Papieren auf den Tuilerien mitnehmen können. Die andern schon gepackten Wagen mußten zurückbleiben und wurden der provisorischen Regierung überliefert.

Nach dem National ist der König durch einen bedeckten Gang, der nach dem Ausgang zur Concordebrücke führt, entflohen und in einen Wagen gestiegen, welcher ihn nach Versailles brachte.

Am Abend des 24. Febr. waren alle Barrikaden bewacht; ganz Paris, wie der National sagt, ist wach und unter Waffen. Starke Abtheilungen von Nationalgarden, mit welchen sich eine große Anzahl Freiwilliger vereinigt hatten, machten Patrouillen in der ganzen Stadt. Ordnung und Sicherheit herrschen überall. Ganz Paris ist illuminirt. — Drei Leute die beim Diebstahl in den Tuilerien ermischt worden, sind, wie man sagt, auf der Stelle erschossen worden.

Der National theilt einige Aktenstücke mit, welche man in dem Büreau des Herzogs von Montpensier fand; es geht daraus hervor, daß jene frühere Behauptung von kolossalen Rüstungen der Regierung doch richtig war, trotz den officiellen Ableugnungen.

Digitized by Google

**Aufruf der provisorischen Regierung.** An das französische Volk! Eine retrograde und oligarchische Regierung ist durch den Heldenmuth des Pariser Volkes gestürzt. Sie ist geflohen, indem sie Blutspuren zurückließ, die ihr jede Rückkehr versperren. Das Blut des Volkes ist geflossen wie in den Julitagen; aber dies Mal ist dieses hochherzige Blut nicht getäuscht worden; es hat eine nationale und volksthümliche Regierung erobert, welche mit den Rechten, Fortschritten und dem Willen dieses großen und hochherzigen Volkes im Einklang steht. Eine provisorische Regierung unter Reclamation und dem Drang der Umstände durch die Stimme des Volkes und der Abgeordneten der Departements in der Sitzung vom 24. Febr. gebildet, ist in diesem Augenblick mit der Sorge bekleidet, den nationalen Sieg zu organisiren und sicherzustellen. Die Regierung besteht aus den Herren Dupont (de l'Eure), Lamartine, Cremieux, Arago, Ledru-Rollin, Garnier Pagès, Marie; sie hat als Sekretäre die HH. Armand Marrast, Louis Blanc, Ferdinand Flocon; diese Bürger haben nicht einen Augenblick Bedenken getragen, die patriotische Mission, die ihnen im Drange außerlegt worden ist, anzunehmen. Wenn Blut fließt, die Hauptstadt Frankreichs in Flammen steht, so liegt die Vollmacht der provisorischen Regierung in der Gefahr und in der öffentlichen Wohlfahrt. Ganz Frankreich wird sie hören und ihr die Unterstützung seines Patriottismus schenken. Unter der volksthümlichen Regierung, welche die provisorische Regierung verkündet, ist jeder Bürger Beamter. Franzosen! gebet der Welt das Beispiel, das Paris Frankreich gegeben hat, bereitet euch durch Ordnung und Selbstvertrauen auf die starken Einrichtungen vor, welche Ihr euch selbst zu geben berufen seid.

Die provisorische Regierung will die Republik, vorbehaltlich der Ratifikation des franz. Volkes, das augenblicklich darum gefragt werden wird. Weder das Volk von Paris noch die provisor. Regierung maßen sich an, ihre Meinung über die kommende Regierungsform der Meinung des souveränen Volkes aufzubringen. Die Einheit der französischen Nation, von nun an gebildet aus allen Klassen, aus denen sie besteht; die Regierung der Nation durch sich selbst; die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit als Grundsätze; das Volk als Devise und Schlagwort (le peuple pour devise et mot d'Ordre).

Dies ist die demokratische Regierung, die Frankreich sich selber verdankt, und die unsere Bemühungen ihm sichern werden!

Folgendes sind die ersten Akte der Regierung: Dupont de l'Eure ist zum Ministerpräsident ernannt, ohne Portefeuille. Lamartine, Minister des Auswärtigen. Arago. Marineminister. Ledru-Rollin, Minister des Innern. Goudchaux, Finanzminister. Cremieux, Justizminister. Marie, Minister der auswärt. Angelegenheiten. Carnot, Minister des Unterrichts. Bethmont, Handelsminister. Bedeau, Kriegsminister.

Der General Cavaignac ist zum Generalgouverneur von Algier ernannt. Garnier Pagès, Maire von Paris. Die übrigen Maires bleiben provisorisch in Geltung, ebenso die Adjunkten. Die Polizeipräfektur steht unter den Befehlen des Maires von Paris und wird unter einem anderen Titel eingerichtet werden.

Die Munizipalgarde ist entlassen. Die Bewachung der Stadt Paris ist der Nationalgarde anvertrat unter dem Befehle des Hrn. Courtais.

---

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

---

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Bengate Street in Dundee. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an D. A. Alexander Cloppenburg 29 Boulevard, Paris 33, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverschleiß besorgt das Druck- und Verlags-Bureau Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.48.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.2. 30 kr. Für Ausland wird der Raum einer dreispaltigen Zeitzeile zu 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 61. Heidelberg, Mittwoch 1 März. 1848.

## Uebersicht.

**Die Tagesereignisse.** — Berlin (Erklärung der Allg. Pr. Z. über angebliche Kriegsrüstungen. Unsere Noth und unsere Schuld). Köln (militärische Vorkehrungen. Eindruck der Nachrichten aus Paris). München (die Adressen der Bürgerschaft und der Reichsräthe. Gerüchte). Mannheim (Besprechung des Großen Ausschusses, über Volksbewaffnung, über den Regierungsvertreter u. s. w.). Vom Rhein (die französische Revolution und die Wünsche der deutschen Rheinlande). Darmstadt (Antrag auf Ernennung eines interimistischen Reichsoberhaupts und auf Volksvertretung beim Deutschen Bunde). Schleswig (die Stimmung in den Herzogthümern; die Wahlfrage).

**Schweiz.** Aus der Schweiz. Die liberale Schweiz und die fremde Propaganda. (Schluß.)

**Großbritannien.** Mittheilungen aus Paris.

**Frankreich.** Neuer Bericht über die Vorgänge vom 24. Febr. Organisirung der Nationalgarde in Straßburg. Unterbrechung der Eisenbahnverbindung mit Belgien. Unruhen in Lille. In Valenciennes die Republik anerkannt. Louis Philipp in Brighton gelandet. Neueste Nachrichten bis zum 26. Febr.

**Italien.** Verständigung des Staatsrechts in der Lombardei.

## Heidelberg, 1. März.

Wenn Papst Pius IX. auf den ersten Tag zurückblickt, wo er zu seinem Volke sein erstes Wort geredet, und er übersieht die Kette wunderbarer Entwickelungen, die sich an diese Inspiration knüpften, was mögen des Mannes Empfindungen sein! wenn er sich sagt, daß Er, allerdings nicht die Ursache, aber doch der Ausgangspunkt der überraschenden Bewegungen war, die sein Vaterland ergriffen, die nun nach Frankreich übergreifen, und wer kann sagen, wie viel weiter reichen werden! wenn er sich sagt, daß jenes erste Wort der Schall war, der eine Lawine löste, deren furchtbarer Fall begonnen hat, deren Wachsthum und Wirkung ganz unberechnbar sind! Der Steurer von Petrus Barke hat den Sturm noch nicht zu bestehen gehabt; möchte er dem drohenden Wetter gegenüber so unverrückt festhalten, daß ihm die Wimpern nicht zucken! In dem Orkan gerade gilt es, sich als das Werkzeug Gottes zu bewähren, das mit derselben Sicherheit die flutenden Wasser wie die erdrohen bemeistert. Gelänge es dem Papste, mit eben dem Erfolge wie er die nationale Bewegung in Italien hervorgerufen hat, ihr zum eine ruhige Entwickelung zu sichern, so würde er unsern Fürsten in Deutschland ein großes Beispiel geben.

Er sind bald acht Jahre her, daß der König von Preußen in seinem Volk ebenfolche Hoffnungen anregte, wie sie der Papst bei seiner Thronbesteigung im Kirchenstaate weckte: ein Zufall wollte, daß damals auch ein Alarm von der Westgrenze her die nationalen deutschen Antipathien aufregte, wie gleichzeitig mit des Papstes ersten Reformplanen in ganz Italien geschah. Ein kriegerisches Ministerium in Paris in jenem ersten Momente, nicht kleine Verwicklungen der großen Politik, dann acht Jahre der Geduld und der Ungeduld haben in Preußen, in Deutschland Nichts der Art hervorgerufen, was acht Monate in Italien zu Stande gebracht haben. Bei uns war das Verfassungswerk, war die Preßfreiheit, war die Einigung in Handels- und Industriesachen im Bundesgefetze vergeschrieben oder vorgesehen, die Bürgerwehr in Preußen vorhanden, die Bundesgewalt organisirt: Alles brauchte nur aufgefrischt, griesligt oder aufgefreiet zu werden; das kalkblütige Volk ließ sich nicht stacheln, obwohl es die Staaten in seiner Mitte hatte, deren Beispiel faft nur nachzuahmen war. In Italien dagegen war alle Verfassung durch Oesterreich in Traktaten oder durch sonstigen Einfluß verpönt, die Presse nicht allein, sondern auch die Talente unterdrückt, die sie hätten nutzen können, ein Zollverein nicht wie bei uns verbreitet, ein föderatives Band nicht in der Spur, sogar nicht in der geschichtlichen Erinnerung vorhanden, die Bürgerbewaffnung das Entfernteste, woran der reformatorische Gedanke sich gewagt hätte. Ein einzelner Anlaß in Ferrara, wo der Nationalfeind noch dazu in seinem formalen Rechte war, genügte, die Bürgerwehr im Nu über alle italischen Staaten auszubreiten und in ihrem Gefolge den Völkern Verfassung auf Verfassung, Preserleichterung, Ausschuß auf Zoll- und Staatenbünde zu bringen. Jetzt lagert an unsern Thoren die Revolution, die französische Republik, die von dem Kriegsgelüste der Nation getragen wird — wird dies endlich Mahnung genug sein, uns zu wahrer Einheit und Freiheit zu erheben?

Ein Anfang ist hier in unserer Nähe gemacht, wo die Gefahr am nächsten droht, zunächst die Volksbewaffnung ins Leben zu rufen. In Karlsruhe, in Mannheim, in Heidelberg hat man begonnen, Petitionen in diesem Sinne zu bereiten und zu unterzeichnen. Wir zweifeln nicht, daß der humane Staatsmann an der Spitze unserer Regierung die Dringlichkeit der Gewährung einsieht, nicht allein in Berücksichtigung der geographischen Lage des Landes, sondern auch des Beispiels wegen, das nach Innen zu geben, der Demonstration wegen, die nach Außen zu machen ist. Beides letztere kann nicht rasch, nicht energisch genug geschehen; und wir klagen mit unsern Blicken zunächst an Rheinpreußen, erwartungsvoll, daß von dort die kräftigste Kundgebung ausgehen werde eines unerschütterlichen Zusammenstehens mit dem ganzen für das ganze unabhängige Deutschland, eines unwandelbaren Einstehens — nicht wir damals mit Worten und Liedern für den freien deutschen Rhein — sondern, wenn die Noth es erheischt, mit Werken und Thaten für die freie deutsche Sache. Dies ist die Zeit, wenn je diese Zeit kommen soll, daß in der preußischen Volkswehr das Phlegma weiche und der Geist zurückkehre; sowenig wir erkünstelte und befohlene Begeisterung lieben, so weh sollte es uns thun, wenn einer so drohenden Aufforderung von der Landesgrenze her die natürliche und freiwillige, ja, daß wir bester sagen, die natürlich-willige Begeisterung nicht folgen sollte in einem Körper, der zur Landesvertheidigung organisirt und bewaffnet ist. Wir haben, kein Staat und kein Städchen in Deutschland soll in dieser patriotischen Agitation zurückbleiben, die so viel Festigkeit gegen unsere Feinde, wie Treue gegen unsere Fürsten bekunden wird.

Aber dies wird nicht genügen. Wer soll dem guten Willen und den bereiten Kräften gebieten, daß sie zweckdienlich bei einem großen Zusammenstoße zusammenwirken? Wir haben, und Andere haben es früher, vor Jahren in den Zeiten der größten Ruhe aufs Ruhigste erörtert, daß der deutsche Bund für den Fall eines Krieges jeder Konsistenz entbehrt. Die Frage nach einer Bundesverfassung, nach einer Nationalvertretung beim Bunde wird eine drängende Tagesfrage. Wir hatten sie beim Beginne des Blattes, wir hatten noch am Anfang dieses Jahres diese Frage als unpraktisch verneint, als unser Bassermann seine Motion begründete, war unsere Absicht und Ansicht, den Erfolg dieses Pulsfühlens bei der Nation erst abzuwarten und eine Frage dieser Bedeutung nicht künstlich zu treiben, sondern und ihrer zu bemächtigen, erst wenn sich in dem großen Ganzen des Volks ein naturmächtiges Interesse dafür zeigte. Aber jetzt drängt eine äußere Gefahr natürlich und ungekünstelt auf diese Frage hin. Wir hatten nur zu gelegener Zeit auf die Schwäche der Bundesform, auf die Lücken ihrer Organisation hinweisen wollen; aber eine gelegenere Zeit gibt es dafür nicht, als dieser ungelegene Anlaß ist. Wir erwarten und hoffen, wir bitten und ermahnen, so ernst und dringend wir nur können, daß Bassermann's Motion jetzt bei allen versammelten, bei allen zusammentretenden Ständen Deutschlands einsah adoptirt werde. Wir sind kühner. Man berät und bespricht sich in unserer Umgebung, Deputirte aller deutschen Stände zu einer Zusammenkunft in diesem Lande zu berufen. Wir können nur erwarten, daß man diese folgenreichste aller Demonstrationen gegen Außen nicht störe; die Versammlung wäre dazu eben hier im Lande an ihrem Orte. Für ihren gänzlich loyalen Verlauf getrauten wir uns bei der herrschenden Stimmung getrost zu verbürgen; so möge denn das Neue und Ungewohnte des Schrittes in dieser neuen Lage, in der wir uns befinden, nicht erschrecken. Wir haben uns zusammenzufassen zu aller Besonnenheit,

Digitized by Google

dies ist unser lauter Ruf nach Ruhe, während unsere Ermahnung nach Oben ist, daß man sich zusammenrafft zu Energie und zu gesegnen volksfreundigen Entschlüssen. Lassen wir die Phantasiestücke beiseite, mit denen unsern Nachbarn, aber greifen wir selbst mit sicherer und festerer Hand in die Zügel, uns auf unserer eigenen Bahn mit Gewandtheit, mit Umsicht, mit Ueberlegenheit zu erhalten. In den Tagen, da in Frankreich die Nation berufen werden soll, der Republik die Sanktion zu ertheilen, wird es uns wohl anstehen, in irgend einer, wenn auch improvisirten, Volksvertretung unserm Bunde, unserer Verfassung, unserer Nationalität die Sanktion zu erneuern. Aber sollte dies wirklich geschehen, dann freilich müßte dieser Anregung die Willfahrung folgen, es müßte der Weg gefunden werden, der Einheit der Nation eine feste Form, ihrem Bunde eine volksmäßige Grundlage, ihrer Verfassung Freiheit und Raum der Entwickelung zu geben.

**Preußen.** ** Berlin, 25. Febr. Ein Ungefähr läßt mich heute die Blätter der D. Z. von 1847 aufschlagen; an der Nr. vom 1. August haftet mein Blick, und ich stehe wie gebannt; ich traute meinen Augen nicht. Da steht schwarz auf weiß in der Ueberschrift: „Oberschlesien, Hungersnoth". Am 31. Juli wußte jeder Heidelberger, der das Blatt in die Hand nahm, daß in Oberschlesien eine Hungersnoth herrsche! Und wir? was thaten wir? Wo waren unsre Sinne, als wir das lasen? Was lasen wir denn damals? Hieß Hungersnoth nicht im August 47 dasselbe, wie im Februar 48? Freilich, es war damals ein andres Wort wie heute. Damals war ihr vielleicht zu steuern; heute wohl am Ende nicht! Schlagen Sie nach und lesen Sie. Da stehen feine Räsonnements von ewiger Ruh. Da stehen bärne Worte aus der Brdl. Zeit. vom 23. Juli abgedruckt, die nackte Thatsachen aussprechen — Hülfe, wo Menschen dort verhungert sind. O drucken Sie den Artikel noch einmal ab. Er enthält eine fürchterliche Anklage. Gestatten Sie mitten unter Ihren Nachrichten von politischem Aufschwung, von staatlichen Kämpfen und Ringen, wofür wir zum Heile des Vaterlandes offnen Sinn haben, auch einen Aufschrei der Empörung gegen diese Blindheit aller Schreibgedrornen! Mir kann es hier nicht Freude machen, einzelne Mitmenschen, deren Schuld vielleicht um so schwerer wiegt, auszusondern, unter deren Augen dies Alles vorging, untersucht, geschrieben und veröffentlicht wurde; denn wenn ich auch die Stirn hätte, den Schuldigsten zu nennen nach dem Justinke des oft unrichtigen Gefühls, wo wäre, bei dieser Schuldbelastung Aller, der den ersten Stein aufhebe? Doch den Geschichtschreibern unserer Zeit will ich es an die Hand geben, daß die tiefgen Spenden christlicher Liebe (von Hamburg in 12 Tagen: 4232 Thlr.) im Norden und Osten und Westen und Süden erst angefangen sind zu sammeln und zu senden, als Hekatomben verhungerter Landsleute dieses Volk vor Gott verklagt hatten: — fünfen Monate, nachdem in allen Lesezimmern und Zeitungsbuden die Literaturschmarotzer in Erfahrung gezogen, daß ihre Brüder verhungern! Das Christenthum ist nicht Jedermanns Sache*).

Berlin, 26. Febr. Die Allg. pr. Z. enthält folgende Berichtigung: ein Korrespondent der Augsb. Allg. Zeit. von der Spree meldet aus eigener Anschauung von der „auffallenden Thätigkeit im Kriegsministerium, er möge fast behaupten: Preußen rüste." Wenn der alte Satz: si vis pacem para bellum noch Giltigkeit hat, so möchte diese Nachricht an sich nicht unglaublich klingen. Aber welches sind die Indicien des Beobachters an der Spree, welche ihn zu seiner „Fast-Behauptung" führen? Er sagt 1) „die Grenzfestungen und andre, deren Lage es nothwendig macht, sollen unverzüglich retablirt werden." Der Ausdruck „retablirt" ist uns als ein fortifikatorischer nicht bekannt. Nach der Etymologie werden wir annehmen müssen, die Festungen hätten ihr Bestehen (etablissement) verloren, und sollte dies hergestellt werden. Dann aber können wir unsren Lesern zurufen: gehet hin, sehet, ob unsere Festungen solcher Herstellung bedürfen. 2) „Der Bau der swinemünder Forts solle ohne Zögern in Angriff genommen werden, und seien dazu vorläufig 30,000 Rthlr. ausgesetzt." Bekanntlich ist Swinemünde der Vorhafen Stettins. Durch einen Molendamm, welcher mehr als 1 Mill. Rthlr. gekostet, hat sein Eingangsfahrwasser eine Tiefe von mehr als 20 Fuß erhalten; die Fahrt nach Stettin wird durch Baggern auf eine Tiefe von 16 Fuß gebracht. Damit wird die Möglichkeit gegeben, mit einer Kriegsflotte kleiner Schiffe dies von Stettin zu gelangen, und war dafür längst die Nothwendigkeit erkannt, den Hafenwinkel zu Swinemünde durch ein Fort zu vertheidigen. Nachdem die Pläne festgestellt worden, soll mit diesem Bau in diesem Sommer begonnen werden. 3) „Eine andere Summe von 170,000 Rthlr. solle im laufenden Jahre zu Festungsneubauten in Stettin verwandt werden."

**Stettin** hat durch die Beförderung seiner Seekommunikation in den letzten 25 Jahren einen Aufschwung erfahren, wie verhältnißmäßig kaum ein andrer Handelsplatz der Welt. So kam es, daß es seinen Bewohnern innerhalb der Festungswerke zu enge wurde; sie mußten sich überrinander bauen und sandten doch nicht Raum, weßhalb Se. Maj. der König, auf vielfältiges Anlangen der Bürgerschaft, eine Erweiterung der Stadt auf dem linken Oderufer gestattete, die natürlich eine neue Befestigungslinie erforderte, während die alten Werke zu Baustellen verwandet werden sollen. Mit diesem Bau, der an 700,000 Rthlr. kosten wird, und dessen Kosten man aus den zu verkaufenden Baustellen vollständig zu decken glaubt, ist vor 2 Jahren begonnen; man wird ihn in diesem Jahre größtentheils vollenden. Das sind also die kriegdrohenden Rüstungen in Stettin und in seinem Hafen! 4) „Es sind an die Generalkommando's der verschiedenen Armeekorps Befehle ergangen, die auf eine Mobilmachung der Landwehr ersten Aufgebots schließen lassen oder mindestens darauf hindeuten, daß man an eine solche denkt. Wir unserrerseits wagen nicht, in die Gedanken des Kriegsministeriums einzudringen und noch weniger, zu behaupten, daß man an eine Mobilmachung nicht denke". Das wäre wirkliche Gedankenlosigkeit, wohl nur derjenigen vergleichlich, welche einen solchen „hingedeuteten Gedanken" eine Rüstung nennt. Sollten wir wirklich „rüsten" müssen, so werden handgreiflichere Beweise nicht fehlen!

* Köln, 27. Febr. Schon beginnt man hier, sich für alle möglichen Fälle gefaßt zu machen, und bereits ist der Befehl ertheilt, die Spaziergänge vor unsern Glacis zu raseren. Landwehr und Kriegsreserve sollen eindrussen werden. Die gestern Abend hier eingetroffene Nachricht von der Abdankung Louis Philipp's und der Umwandlung Frankreichs in eine Republik hat hier einen großen Eindruck hervorgebracht. So wenig man sich die Schwierigkeiten verhehlt, die daraus hervorgehen können, so war doch im Allgemeinen die Stimmung keine trübe. Man verspracb sich davon manche günstige Rückwirkung auf die eigenen Zustände, namentlich die Nichteinführung des neuen Strafgesetzentwurfs. Es ist ein seltsamer Umstand, daß auch die Revolution von 1830 gerade in den Augenblick fiel, als man eben das preußische Landrecht einführen wollte, was jedoch dann unterblieb.

**Baiern.** = München, 26. Febr. Es ist in mehreren biesigen und Augsburger Blättern verbreitet worden, als sei die Adresse der Bürger, die bei Kaufmann Rospal auflieget, schon vor einigen Tagen geschlossen worden, da die Theilnahme der Bürger an derselben eine sehr flaue gewesen sei und nur einige hundert Unterschriften gewonnen worden konnten. Wir müssen diese Nachricht als gänzlich unbegründet und unwahr bezeichnen. Die Adresse liegt noch offen bei Kaufmann Rospal auf, und es sind bereits über sechs hundert Bürger unterzeichnet. Darunter befindet sich fast der ganze intelligentere Theil der Bürgerschaft, nicht blos die sogenannte Bourgeoisie. Es bemerkt man unter den Unterschriften die Namen eines Thiersch (derzeitiger Rektor) Prof. Martius, Dr. Ernst Förster u. s. w. Es scheint, man habe obiges Gerücht von gewissen Seiten her absichtlich ausgesprengt, um das löbliche Unternehmen der Bürger in ihrem Fortgange zu hemmen und auswärtig die Ansicht von ihrer Jubelen; und Muthlosigkeit zu verbreiten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist überhaupt immer eine Masse falscher Gerüchte im Umlauf. So hieß es, die Universität werde gleich unmittelbar nach den Fasten geschlossen; ein Anschlag am schwarzen Brette der Universität widerlegt dieses Gerücht und sagt, daß die Vorlesungen, wie gewöhnlich, im Laufe des Monats April geschlossen werden. Auch das Gerücht ist hier ziemlich verbreitet, die Gräfin Landsfeld werde nächsten Dinstag (29. Febr.) in ihr Haus hieher zurückkehren, während wir allerwärts hören, daß dieselbe bereits auf der Reise nach Lausanne begriffen sei. Uebrigens will man bestimmt behaupten, daß an der hintern Seite des Hauses bereits der Platz für ein Wachthaus ausgemessen sei. — Die Adresse der Reichsräthe an unsern König werden Sie zuerst in franz. Blättern gelesen haben. Das ist echt adelig: wir müssen das, was der Adel unternimmt, von Paris her erfahren. Wir hahrn ja in Deutschland keine Blätter! — Die Nachricht, daß der Kronprinz incognito hier sei, wird als unwahres Gerücht von den hiesgen Blättern

*) Die A. P. Z. hat meinen Brief vom 12. d. M. über unsre Noth und ihr Bemänteiungssystem (nach dem Grundsatz der Schranzen, nichts „Unfarbiames" zu berichten) fast scherzhaft behandelt und meine patriotische Entrüstung über ihr unpatriotisches Mundpathos „angezweifelt." Hier ist wieder ein heiliges Gefühl ausgesprochen, das sie profanirn mag! Omne, odi profanum vulgus.

Digitized by Google

heutige zurückgewiesen *). Man sagt, daß der Kronprinz die Nachgiebigkeit seines Königl. Vaters gegen die Bürger und Studenten nicht gutgeheißen habe. (?)

**Baden.** * Mannheim, 28. Febr. Heute war der Gr. Ausschuß versammelt, um nochmals gefragt zu werden, ob er die Honneurs, welche dem Baumeister und den Ingenieuren für die projectirte Kettenbrücke über den Rhein bezahlt werden waren, bewilige. Der Gr. Ausschuß hatte die Ausgabe schon längst bewilligt, die Kreisregierung aber hatte den Gemeinderath zu hoch gestanden und den Mitgliedern des Gemeinderaths den Ersatz von 8000 fl. an die Stadtkasse angesonnen. Die Gemeinderathsdeputation hatte den Rekurs an das Ministerium d. J. ergriffen und den Bescheid erhalten, daß der Gr. Ausschuß nochmals um seine Zustimmung befragt, vorher aber über die geleisteten Zahlungen genau unterrichtet werde, was früher nicht der Fall gewesen zu sein scheine. — Die Redner, welche hierüber das Wort nahmen, äußerten ihr Befremden, ihre Entrüstung über ein Ansinnen, welches von der Voraussetzung ausgehe, daß der Gr. Ausschuß seine Zustimmung zu einer Ausgabe ertheilt hätte, ohne sie vorher gerüft zu haben. Man habe die Vertreter der Stadt zu einer Komödie berufen, um die nachträgliche, einstimmige Bewilligung der Ausgabe werde zugleich als der Ausdruck des Mißbilligung des Verfahrens der Regierung des Unterrheinkreises gelten. Der Antrag auf Bewilligung wurde auch sofort einstimmig zum Beschluß erhoben. — Ein Redner sprach hierauf den Wunsch aus, daß der Regierungsdirektor, welcher der Gemeinde schon so vielen Anlaß zu gerechten Beschwerden gegeben, der am 19. Nov. 1845 die bewaffnete Macht gegen eine gesetzliche Ausschußversammlung aufgeboten, von seinem Posten entfernt und durch einen besseren ersetzt werden möge. Die Versammlung erhob sich zum Zeichen der Zustimmung. Ein anderer Redner stellte den Antrag, daß Gemeinderath und enger Ausschuß für schleunige Bewaffnung der Bürger Sorge tragen möchten. Einstimmig trat die Versammlung bei. Bürgermeister Jolly erklärte: „Mitbürger, ich habe meine Jugend unter den Waffen zugebracht; gern werde ich die Waffen noch einmal ergreifen zum Schutze der Stadt!“ — Die Bürger drängten sich um ihren Vorstand; Jeder wollte ihm die Hand reichen.

○ Vom Rhein, 28. Febr. Die Botschaften aus Westen melden eine dritte französische Revolution, unerwartet und erschütternder als die zweite vor 18 Jahren und mit den ungeheuersten Leidenschaften der ersten aufgerührt. Frankreich in zwei Tagen eine Republik! — dieses überwältigende Ereigniß geht selbst über die Erwartungen und Befürchtungen aller derer weit hinaus, die von der Lebensfähigkeit des Julikönigthums am Geringsten dachten, die in Louis Philipp's Politik längst den Keim zu neuen Revolutionen erblickten. Die Männer des Rational selbst, die wie nach einem Kürmischen und blutigen Examen der Kammern den Souveränetäten Monarchie ihre Herrschaft aufgeben sehen, können nicht gewaltiger überrascht sein, als wir Alle, die wir dem alten Systeme nur noch wenig Lebenstage zuwiesen, die wir von der gewitterschwülen Lage Europas die düstersten Ansichten hegten, aber gleichwohl — wer wollte es nicht gestehen — diese Wendung der Dinge kaum noch zu fassen vermögen! Die Eindrücke der jüngsten Stunden — wurden ja die Minuten fast zu weltshistorischen Abschnitten! — sind, soweit wir beobachten konnten, längs des Rheines nicht minder tief und aufregend, als vor 18 Jahren; die Krisis erscheint der großen Mehrzahl um Nichts unbedenklicher und geringer, als jene jüngste erschienen war, und aus allen Mienen wie von allen Zungen spricht immer nur ein Einziges: die letzte französische Revolution, die ältervende Bewegung, die schon vorher Europa durchdrang, und der Keim von Umwälzungen, der längst vorhanden, jetzt neue Nahrung und Pflege empfängt. In der ungewissen Erwartung oder den Besorgnissen vor einer neuen Weltkatastrophe spricht sich ein dieteres Urtheil über jene „Friedenspolitik“ aus, die nach einem Menschenalter Nichts gethan und Nichts errichtet, unserem Vaterlande neue Katastrophen der Erschütterung zu erspare, die nach den blutigen Erfahrungen zweier Revolutionen auch Nichts gethan, uns gegen die Gefahren der dritten zu wassen! Die Vielen ist seit Jahren erwogen worden über Louis Philipp's Tod; aber das Glück, ihm sonst stets so treu, hat ihn im wichtigsten Augenblick verlassen, ihn zähllings herausgefischt aus der Tiefe und dem 75jährigen Greise nicht den leichten und ermöglichten Tod, sondern die bittere Qual bereitet, Herrschaft, Thron und Dynastie unter Barrikaden begraben zu sehen. Wo sind jetzt die Früchte jener Erwägungen, sind wir weniger rathlos als vorher, findet und die neueste Krisis nicht ungerüsteter, als die dunkste Besorgniß es wohl ahnen konnte? In Einem nur glauben wir eine Veränderung wahrzunehmen: das stumme Erstaunen früherer Zeiten ist einer thätigen Anregung gewichen; man will nicht abwarten, bis der Strom die Gerüste überstürzt, man will bei Zeiten den drohenden Fluthen Dämme setzen. Der Ruf nach Reform tönt von tausend Lippen; was die lange Politik der Reaktion seit dreißig Jahren ohne Recht und Klugheit uns verlagt, das jetzt und zwar folglich und ohne allen Verzug zu erlangen, ist das Ziel der kurze und einstimmige Programm, soweit wir längs des Rheines die Stimmen zählen können. Dem Feinde, wenn er als solcher käme, die starke Brustwehr eines einigen und freien Deutschlands entgegenzustellen, für immer zu brechen mit der Politik der „heiligen Allianz“, das ist jetzt die einfache Staatskunst, wie sie nicht ein großmüthiger Freisinn, wie sie die eigne Nothwehr vorschreibt. Die gesetzliche, aber unumwundene Agitation hat bereits in diesem Sinne begonnen, sie wird weiter greifen, lauter und dringender als je — denn auch die Lage war nie so dringend — fordern, daß man die Reform auf die deutsche Fahne schreibe, damit sie vor der Revolution nicht schmachvoll weichen müsse!

**Hessen.** ✕ Darmstadt, 27. Febr. In der badischen Ständekammer hat der Abg. Fr. Bassermann folgenden Antrag gestellt: „Die Kammer möge in einer Adresse an Se. Königl. Hoheit den Großherzog die Bitte richten, auf geeignete Weise dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen (Nation) Ständekammern am Bundestage ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsamer Gesetzgebung und einheitlicher Nationalmaßregeln gegeben werde.“ Es ist dieser Antrag und seine Motivirung Epoche machend; er war reif und ist seitdem noch mehr gereift. Der Unterzeichneten Absicht ging dahin, lediglich den Bassermann'schen Antrag in dieser hessischen Ständeversammlung aufzunehmen, damit die Uebereinstimmung der öffentlichen Meinung der Deutschen über das Bedürfniß einer mehr Vertrauen erweckenden und dadurch kräftigeren Organisation des Gesammtvaterlandes auch hier sich kundgebe. Es ist natürlich, daß solches Bedürfniß in den kleineren und exponirten Staaten Deutschlands dringender sich geltend mache. Seitdem haben die Ereignisse rings um uns her eine Entwickelung genommen, die zu schnellen und entschiedenen Schritten drängt. Wer politische Einsicht hat, der kann darüber nicht mehr im Zweifel sein, daß gegenüber den sich drängenden Begebenheiten die bestehende Bundesverfassung und die organischen Einrichtungen des Bundes zum Schutze Deutschlands gegen die es bedrohenden Gefahren unzulänglich sind. Deutschland bedarf unverzüglich einer einheitlichen, monarchischen Führung, die sich, um stark zu sein, auf den Beirath des Volkes stützen muß. Das ist, weltlich, die Stimme, das Verlangen des Volkes; die Terne aber gegen das gemeinsame, große Vaterland ist die heiligste Pflicht. Dieser Pflicht in ihrer durch das Vertrauen des Volks ihnen angewiesenen Stellung zu genügen, stellen die Unterzeichneten folgende Anträge: Die Kammer möge in einer Adresse an Se. kön. Hoheit den Großherzog die Bitte richten, unverzüglich in der Bundesversammlung und außer derselben in geeigneter Weise dahin wirken zu wollen, daß unter sie dringenden und von Außen Gefahr drohenden Umständen, und für die Dauer derselben 1) die Sorge für den Schutz der äußern und innern Sicherheit Deutschlands, insbesondere die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, des Heerwesens und der Volksbewaffnung in die Hand eines Kabinets gelegt werde, dessen Minister dem interimistischen Haupt Deutschlands und der Nation verantwortlich seien; 2) daß das interimistische Haupt Deutschlands Gesetzgebung und Besteuerung in Uebereinstimmung mit einem Rath der Fürsten und einem Rath des Volks nach den wesentlichen Formen des repräsentativen Systems ausübe, und daß die Berufung der Nationalrepräsentation gleichzeitig mit der Ernennung des Bundeshauptes erfolge. — Die Kammer wird sich ohne Zweifel veranlaßt finden, eine Angelegenheit von so dringender Natur und von so hohem konservativem Interesse, daß jedes andere Interesse dagegen zurücktritt, die möglichste Beförderung angedeihen zu lassen. Heinrich v. Gagern. Wilhelm Wernher. Lehne. Frank.

*) Baiern ist jetzt das Land der Gerüchte. Der Brem. Z. zufolge, deren Korrespondent aus Franken diese Nachricht verbürgen will, sind dem Kronprinzen neuerdings Briefe zur Uebernahme der Regierung gemacht worden, indem der König längere Zeit im Auslande zu verweilen gedenke, dem Kronprinzen sei Fürst Wallerstein nicht liberal genug, der Kronprinz sei entschieden für volle Preßfreiheit, für das frühere Kemandpergische System, sogar für ein deutsches Unterhaus in Frankfurt u. s. w. Furz, der Korrespondent aus Franken tafelt eine Menge von Gerüchten auf, die wir das auf das Fraufl. Unterhaus bezüglichste gerade unter den jetzigen bedrohlichen Umständen zwar sehr hoffen-, aber nicht eben so glaubwürdig finden. — Auch aus Nürnberg gehen uns ähnliche Briefe zu, welche die nahe bevorstehende Rückkehr der Gräfin Landsfeld mit Bestimmtheit verkündigen; wir erwähnen es als Gerücht, weil es von zwei verschiedenen glaubwürdigen Seiten uns zukommt. Der Zeitpunkt der Rückkehr, wenn sie wirklich erfolgen sollte, könnte freilich nicht unglücklicher gewählt sein.

D. Red.

Digitized by Google

† **Schleswig-Holstein.** Die Feuerprobe, der das dänische Gouvernement die Herzogthümer unterworfen hat, wird mit Ehren von ihnen bestanden werden, daran ist nicht zu zweifeln. Nachdem die Mittel der Ueberredung und Gewalt vergeblich versucht sind, ist man endlich dem Rathe des listigen Mannes in Europa, Louis Philipp's, gefolgt und hat den Versuch gemacht, durch die Verheißung konstitutioneller Freiheiten die Schleswig-Holsteiner geneigt zu machen, mit den Dänen einen neuen Gesammtstaat zu erbauen, mit ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft zu brechen, dem deutschen Volke den Rücken zu kehren. Wie lassen es dahin gestellt, ob vor zehn Jahren dieser Versuch ein gefährlicher gewesen wäre, jetzt kann schon wenige Wochen nach dem Reskripte vom 28. Jan. behauptet werden, daß er gescheitert ist. Im ersten Augenblick wurden hie und da einzelne Personen durch den Sirenengesang von Konstitution, welchen man in den Reskripte angestimmt hat, bethört, sie glaubten, daß ein Stück Freiheit mit den Dänen gemeinschaftlich zu erringen sei. Andere waren nicht abgeneigt, sich auf der leichten Warte historischer Anschauungen schlafen zu legen; es schien ihnen eine große Weisheit der Deutschen in den Herzogthümern zu sein, eine staatliche Verbindung mit den Dänen einzugehen, um durch das unausthaltsam und gewissermaßen von selbst wirkende Uebergewicht des deutschen Geistes in einem Halben- oder einem Vierteljahrhundert Dänemark zu germanisiren. Aber es konnte nicht fehlen, daß nach wenigen Tagen solche Verkehrtheiten vor den entschiedenen Kundgebungen der gesunden öffentlichen Meinung verstummten; die abstrakt Liberalen, deren es allenthalben etliche geben wird, räumen jetzt ein, daß bei uns kein Terrain sei für eine geteaumte welthürgerliche Freiheit, daß die Dänen in einem neuen dänischen Staate und wahre staatsbürgerliche Freiheit nicht einmal gehen könnten, daß ein solcher Staat, wenn man ihn zu Herzogthümern mit Gewalt derselben aufdrange, binnen Kurzem zur Revolution führen würde, und diejenigen, welche, um ihre Eitelkeit zu verdecken, sich auf die historische Haulbank legen wollten, können sich nicht verhehlen, daß ihr Standpunkt ein unpraktischer gewesen, daß jeder wirken müsse in seiner Zeit, daß ihre Thatlosigkeit, welche an die traurigsten Perioden der deutschen Geschichte erinnert, in wenig Tagen von dem Volke gerichtet ist. Obgleich wir vielleicht noch weit, sehr weit vom Ende unserer zunächst liegenden Entwickelungskämpfe entfernt sind, so ist für jeden Vorurtheilsfreien doch schon soviel gewiß, daß nach der Stimmung in den Herzogthümern der Gesammtstaat eine Unmöglichkeit ist. Eine Manifestation dieses Volkswillens war es auch nur, als die 60 Abgeordneten am 17. Febr. in Kiel einstimmig erklärten, daß man von einer Staatseinheit Nichts wissen wolle, daß dagegen von den nach Kopenhagen zu entsendenden Rathgebern des Königs eine Konstitution für die Herzogthümer zu erstreben sei. Die Frage, ob zu wählen sei oder nicht, und im ernsteren Fall unter welchen Vorbehalten, ist hier von Anfang an als eine offene betrachtet worden, wenn es gleich kaum zweifelhaft sein mag, daß die Mehrheit des Volks gegen jede Wahl gestimmt war. Die unbedingte Verweigerung der Wahl wäre die einfachste und durchaus keiner Mißdeutung fähige Antwort der Herzogthümer auf das Verfassungsreskript gewesen; nach sehr ernster und gewissenhafter Berathung hat man sich einstimmig für eine bedingte Wahl erklärt, welche in keiner Weise dem Lande und Volke präjudicirt, und von der man hofft, daß sie den Rathgebern des Königs aus den Herzogthümern Gelegenheit geben werde, im Hauptquartier des Feindes durch die Ueberzeugende Gewalt der mündlichen Rede daselnige mit Erfolg geltend zu machen, was das Land seit Jahren in Petitionen und Adressen aller Art dem Landesherrn ohne allen Erfolg vorgetragen hat.

### Schweiz

* Aus der Schweiz, 4. Febr. (Die liberale Schweiz und die fremde Propaganda. Schluß.) Es wird vom „Neckar" her weiter berichtet, daß man vor etlichen Wochen durch das Gerücht von einem Einfalle in Italien die Stimmung sondirt habe. Wir lasen vor Kurzem, daß in der deutschen Bundesfestung Mainz, als während eines Marktiages die Garnison versammelt wurde, zum Schrecken aller Gemüthsländerinnen, der Ruf erscholl: „die Schweizer kommen!" Sollte auch dieses Gerücht verbreitet worden sein, um zu sondiren, ob sich auf hundert Stunden Weg die Festung Mainz kurzweg überrumpeln lasse? Wer sagte es aber dem Neckarkorrespondenten, daß das bei einem leichtgläubigen Volke so leicht erklärliche Gerücht von der Schweiz aus verbreitet worden sei, um die Stimmung zu sondiren? Wenn etwa „Staatsmänner" in Bern „kaltblütig" von der Wahrscheinlichkeit eines mit dem Frühjahre beginnenden Krieges mit dem Auslande gesprochen hätten, so schiene uns dies nicht sehr zu beklagen, da meist doch Kaltblütigkeit und Besonnenheit Hand in Hand gehen. Auch Das versteht sich von selbst, wenn man im großesten Widerspruche mit den Geboten der Gerechtigkeit und des Interesses aller Staaten und Nationen Europas die Unabhängigkeit der Schweiz mit Füßen träte, daß alsdann die zur Verzweiflung gebrachten Schweizer, die von jeder nicht provocirten Einmischung in die Angelegenheiten des Auslandes weit entfernt sind, von übel berathenen Kabinetten die Berufung einlegen müßten an die Gerechtigkeitsliebe und die Moral der Völker. Unverantwortlich wäre es aber, wenn es „Staatsmänner" gäbe, die durch „Widersetzlichkeit" (!) gegen die Zumuthungen der Mächte eine Maßregel gegen die Schweiz hervorrufen wollten. Die völkerrechtlich als unabhängig anerkannte Schweiz ist überhaupt nicht in der Lage, gegen die „Zumuthungen" fremder Mächte eine „Widersetzlichkeit" begehen zu können. Sie ist aber in der Lage, daß sie auf eigenem Recht und auf eigenem Interesse die Verbesserung ihrer Bundesverfassung und die Ordnung aller inneren Verhältnisse in einer Weise durchführen kann und durchführen wird, die keiner auswärtigen Macht auch nur den scheinbaren Vorwand einer Einmischung an die Hand gibt. Der Schweiz geziemt nur eine, aber die einzig wirksame Propaganda: ein Beispiel zu geben, daß Ordnung und Freiheit vereinbar sind. Diese ehrenvolle Mission — wir haben guten Grund, es zu glauben — wird sie nach dem baldigen Ablaufe der unvermeidlichen Nachwirkung einer kaum erst überstandenen schweren Krisis zu erfüllen wissen. Und denkt auch der Neckarkorrespondent daran, was die unausbleibliche Folge einer leichtfertigen Politik wäre, die Maßregeln des Auslandes gegen die Schweiz provociren wollte? Gegen jeden ungerechten Angriff vom Auslande her würde das schweizerische Volksheer rasch entsammelt sein und im guten Vertrauen auf einen gerechten Gott der Wachsamen seine Pflicht gegen das Vaterland erfüllen. Aber nicht der zehnte Theil seiner Bürger und Bauern mit ihrem gesunden Menschenverstande ließe sich unter die Waffen stehen, um einer Politik der knabenhaften Unbesonnenheit zum Werkzeuge zu dienen. Die reaktionäre Partei würde viel früher jede Unbesonnenheit dieser Art auszubunten wissen, und die einzige Folge wäre, daß solche „Staatsmänner", die den wahren Bedürfnissen und Interessen des Landes nicht gewachsen wären, ohne große Anstrengung von den Sesseln entfernt würden. Kennt man die bei der großen Mehrheit des Volks und des Volksheers herrschende Stimmung, die von propagandistischen Gelüsten unendlich weit entfernt ist; erinnert man sich, daß die eidgen. Kriegskasse schwere Opfer bringen mußte, daß in allen Kantonen zur Deckung des Kriegsaufwands außerordentliche Steuern erhoben wurden; weiß man von jenen sehr verbitterten Klagen im Heere über die nur monatlange Entfernung von Geschäft und Erwerb: man könnte laut auflachen über den Traum, das durchaus nur für die nachdrückliche Vertheidigung des Landes geschaffene Volksheer zu offensiven Operationen im Auslande verwenden zu wollen. Und Das sollten die „Staatsmänner" nach augenfälligen Erfahrungen nicht wissen? Wo sind sie denn, diese Unverbesserlichen? Nirgends! Oder will der Neckarkorrespondent Namen nennen, damit sie der gesunde Sinn des schweizerischen Volkes mit Spott von den Stellen wegjeiche, wo sie vielleicht, aber kaum viel und lange schaden können? Der Neckarkorrespondent glaubt die von ihm Angeschuldigten genug bezeichnet zu haben, um sie aufzuforden, ihn der Unwahrheit zu überführen. Nicht doch! Wir sollten Diejenigen, die keiner Schuld sich bewußt sind, von den Regungen eines „bösen Gewissens" zu dem Versuche einer scheinbaren Vertheidigung getrieben werden können? Wir sollten Diejenigen, die sich nicht selbst alles Verstandes baar halten, nur auf den Einfall gerathen, sich gegen den Vorwurf von Uncereimtheiten und wahnsinnigen Planen zu vertheidigen? Es ist überall Sache des Anklägers, zu beweisen. Murhet er den Tagsatzungsgesandten in Masse, den Hunderten von schweizerischen „Staatsmännern" zu, gegen meist unbestimmte Anschuldigungen den unmöglichen negativen Beweis zu erdringen, daß sie sich keiner Thorheit schuldig gemacht haben, einen Beweis, den kein Einziger um seiner Ehre willen auch nur versuchen dürfte? Die keines Beweises bedürfende Präsumtion des gesunden Menschenverstandes streitet doch wohl für sie. Oder wie sollten es die mehr als 2 Millionen Schweizer anfangen, um zu beweisen, daß jenes Gerücht, in der angeblichen Absicht, die Stimmung in Italien zu sondiren, von der Schweiz aus nicht verbreitet worden ist? Und doch! wenn nicht Jeder einen solchen Beweis führte, bliebe der Vorwurf immer noch gegen alle Anderen gerichtet. Der Korrespondent steht bereits, wie sein Artikel in Nr. 30 von der gemäßigten Presse der Schweiz aufgenommen wurde, wie man ihn mit dem Vorwurfe der Lüge und Verleumdung belastet hat. Wir stimmen in diesen Vorwurf nicht ein. Wir halten ihn für einen ehrlichen Mann, dem sich die unter schwierigen Verhältnissen so äußerst schwierige Rolle

Digitized by Google

des Warners im Munde selbst in die des Anklägers verwandelt hat, den man in aller Ungelogenheit aus unlauterer Quelle viel Irrthum und wenig Wahrheit schöpfen ließ. Zwar ist und mehr als nur wahrscheinlich, daß er von der Schweiz her von „geheimen Mächten“ treulos bedient worden ist; doch mögen wir ihn nicht zu Denjenigen zählen, „die von geheimen Mächten aufgestachelt wurden.“ Daß hier und da in der Schweiz, wo man am Wenigsten gewohnt ist, die Worte ängstlich zu wägen, eine unbesonnene Aeußerung unterläuft, wer wird es nicht sehr verzeihlich finden? Aber davon ist es noch himmelweit bis zu ernstlichen Absichten, die zu beschleunigen oder gar bis zu ausführbaren Plänen. Und wahrlich! der Korrespondent vom Neckar hat seine Worte am Wenigsten gewägt. Er hätte es thun sollen in einer Zeit, da man im Auslande auf jenen scheinbaren Vorwand der Einmischung lauert, wäre es auch nur, um von gerlerten Mißdeutern, als sie in der Schweiz verbanden, die schärfer forschenden Blicke der Völker abzulenken, da nicht bloß in der ersten Kammer eines nichtdeutschen Staats, wo die politische Imbecillität seit Jahren schon einheimisch, sondern nun auch in der ersten Kammer eines durch die wichtigsten Interessen und verbundenen deutschen Nachbarstaats eine heillose Unkenntniß unserer schweizerischen Verhältnisse zu Tage trat, die sich vergebens hinter eine herkömmliche Phrase von leerer Allgemeinheit zu verstecken sucht. Der Korrespondent vom Neckar ist es noch selbst, er ist es der Pflicht der Wahrheit und der Schweiz schuldig geworden, mit Nennung von Namen seine Anbeutungen so weit zu belegen, daß sich die wahrscheinlich sehr bedeutungslosen Thatsachen von gewagten Muthmaßungen bestimmt unterscheiden lassen.

**Großbritannien.**

London, 25. Febr. Obschon wir, um in der Reihenfolge zu bleiben, unsere Londoner Nachrichten vom 25. datiren, müssen wir doch bemerken, daß die letzten über Paris und zugegangenen Zeitungen erst das Datum des 23. tragen. Auch die englischen Zeitungen und ihre Pariser Korrespondenten enthalten nicht die geringste Andeutung, welche darauf schließen ließe, daß man in England auf so große Dinge, wie in Paris vorgegangen sind, irgend gefaßt gewesen sei. Das M. Chr. enthält Nachrichten aus Paris vom 23. Febr., worin wir auf die Bemerkung stoßen, daß namentlich die unter der Pariser Bevölkerung an jenem Tage verbreitete Nachricht, daß Marschall Bugeaud von der Regierung mit unbegrenzten Vollmachten ausgerüstet worden, Bestürzung und Unwillen verbreitet habe; Jedermann sei in Paris überzeugt gewesen, daß dieser Mensch mit derselben Gewaltthätigkeit einige tausend Pariser niedermetzeln würde, als wären sie nicht Franzosen, sondern Araber; der Marschall solle, von der Regierung um Rath und Beistand angegangen, geäußert haben: „Je mitrailleral la canaille d'une bonne manière.“ Die Times bringen übrigens in ihrer Nummer vom 23. bereits Nachrichten aus Paris von demselben Tage, welche diese Zeitung über Dover durch den elektrischen Telegraphen erhielt. Es heißt darin, die Stimmung sei so aufgeregt, daß es ohne Vertheilung von Menschenleben schwerlich abgehen werde; eine Besorgniß vor einer so durchgreifenden Umwälzung ist darin nicht mit einer Silbe ausgesprochen.

Soeben erhalten wir noch Galignanis Messenger vom 26. Febr. mit Auszügen aus englischen Journalen, die jedoch auch nur bis zum 23. reichen. Daily News weiß bereits, daß Blut in den Straßen von Paris geflossen ist. „Hudson Philipp habe,“ sagt dies Blatt, einen mit republikanischen Einrichtungen umgebenen Thron versprochen, aber ihn wie Karl X. auf die Spitze von Bajonetten gestellt“ u. s. w. Der Herald spricht von dumpfen und beunruhigenden Gerüchten, meint aber: „Die Tage der blutigen Anarchie, der Verwirrung, der Gewaltthätigkeit sind für immer vorbei.“ Die alte Verblendung!

**Frankreich.**

Den Nachrichten, welche wir in der gestern (28.) Abend ausgegebenen Beilage mitgetheilt haben, lassen wir heute die nachstehenden Auszüge aus dem Niederrheinischen Kurier folgen. Nachdem das Straßburger Blatt den Vorfall erzählt, welcher am 23. Abends der bereits beschwichtigten Bewegung eine neue Wendung und ihre zermalmende Gewalt gab, fährt es fort:

„Das Ministerium Molé, welches am Abende einen Augenblick gebildet war, und welches außer anderen Mitgliedern, aus den Herren Billault, Dufaure, Passy, von Torqueville, Herzog von Reggio zusammengesetzt war, war nicht möglich nach dem Blutbade des Boulevard des Capucines. Sag der König ein, daß die Fluth stieg, und daß, wenn man ihr nicht ausweiche, sie Alles mitfortreißen würde? Wir wissen es nicht; aber jedenfalls ist es gewiß, daß in der Nacht die Herren Odilon Barrot und Thiers den Auftrag erhielten, ein Kabinet zusammenzusetzen. Der General Lamoricière war zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde der Seine ernannt worden, an die Stelle des Hrn. Bugeaud, den eine vorher unterzeichnete Ordonnanz mit allen militärischen Vollmachten belehnt hatte. Die Wahl des Hrn. Lamoricière war eine glückliche, denn der Name dieses Generals ist beim Volke beliebt. Aber er sollte Nichts beschwören. Die Ereignisse schritten so schnell voran, daß Niemand mehr ihnen Einhalt zu thun vermochte.“

„Gleich am Morgen ward Hr. Thiers von fast allen Bürgern zurückgewiesen. Um neun Uhr durchschritt Hr. Odilon Barrot die Boulevards inmitten der um ihn wogenden Volksmenge. Sein Name war mit Jubel begrüßt. Um Mittag verließ er seine Wohnung in der Straße de la Ferme des Mathurins, um sich in's Ministerium des Innern zu begeben, wo er noch die Elemente eines zerfallenden Kabinetes vereinigen zu können hoffte. Dem Ministerium des Innern lief Hr. Barrot bis in die Tuilerien. Er kam bald darauf mit der Abdankung des Königs und mit der Ernennung der Herzogin von Orleans als Regentin zurück. Aber noch einmal, die Ereignisse schritten schneller als der Wille, und die Hand des Volkes stürzte allmählich alle Versuche um, welche die Freunde der Monarchie machten, um deren Trümmer zu retten. Um Mittag war der König in seinem Tuilerienpalaste hart bedrängt und gezwungen, verkleidet und unter dem Schutze einiger Soldaten durch die Gärten zu flieben. Diese führten ihn durch die elysäischen Felder nach St.-Cloud. Um Ein Uhr hatte das Volk in der königlichen Wohnung alle Scenen von 1830 erneuert. Es hatte von den Tuilerien Besitz genommen und seine Rache begann. Bereiten wir uns, zu sagen, daß es sich auf die Zerstörungen beschränkte, und daß das Einzige, was es aus dieser Wohnung mit fortnahm, wo seine Verwünschungen ertönten, die Trümmer des Thrones waren, welche später auf dem Bastillenplatze verbrannt wurden.“

„Die Deputirtenkammer war vereinigt, wie wenn zu dieser Stunde es in Paris noch eine andere Gewalt gäbe als die des souverainen Volkes. Ehrenwerthe Deputirte der äußersten Linken riefen ihr ihre Niederlage und ihre Nichtigkeit ins Gedächtniß zurück, indem sie ihr sagten, daß in diesem Augenblick Nichts zu thun sei als eine provisorische Regierung zu organisiren und einen Aufruf ans Volk zu machen. Die Herzogin von Orleans mit dem Grafen von Paris und dem Herzog von Nemours wohnten der Sitzung bei, auf den nämlichen Bänken, wo die Deputirten sitzen. Sie hatte die Verwerfung der Vorschläge mit anhören müssen, welche Hr. Odilon Barrot zu ihren Gunsten gemacht hatte. Bald dringt man in den Saal ein; bewaffnete Männer aus dem Volke stürmen, die Einen in den Hallbreis, die Andern in die Tribunen ein. Die Unruhe wird allgemein; die Deputirten, die vor wenigen Stunden noch so stolz und anmaßend waren, flüchten sich zu allen Thüren hinaus; man sieht Nationalgarden entrock aus, und bald ist Niemand mehr im Saale zu sehen als die Deputirten, welche die neue Revolution angenommen und begrüßt haben, und welche, ihre Vollmacht aus den Erfordernissen der Lage schöpfend, sich berufen eine Regierung zu bilden und zu verkünden.“

„Um fünf Uhr zeigten sich die Mitglieder dieser Regierung und begaben sich, Dupont (de l'Eure) an der Spitze, nach dem Stadthause, wo das Volk und die Nationalgarde sie mit Jubel empfingen. Diese ergebenen Männer legten alsbald Hand ans Werk; den Abend und die ganze Nacht hindurch wurde über die wichtigen Maßregeln berathen, welche der weiter unten folgende Aufzug aus dem „Moniteur“ kund thun wird (wir haben dieselben bereits gestern mitgetheilt); dies ist nur der Anfang der unermeßlichen Aufgabe, welche die neue Regierung zu erfüllen hat, und wir sind versichert, daß sie es mit einer Einsichtsfestheit und einer Kraft thun wird, welche den Umständen entsprechen werden.“

„Vor allen Dingen muß nun die Ruhe in Paris wieder hergestellt werden; die Regierung hat es verstanden und arbeitet daran mit einem Erfolge, den die Ruhe der letzten Nacht bekräftigt hat. Einige Bürger begingen Unruhe für diese erste Nacht, welche auf eine so große Bewegung folgen sollte. Die Hauptstadt hat gewacht, weil sie einen Ueberfall befürchten konnte, weil zu besorgen war, die Herzoge von Nemours und Montpensier, die nicht mit dem Könige entflohen waren, möchten die Ergebenheit der in Paris liegenden Truppen aufs Neue beleben, um alsdann an ihrer Spitze in diese Stadt wieder einzichen, welche ihr Vater gern mit Feuer und Schwert verheert hätte; aber wider Erwarten ist Paris in der letzten Nacht ganz ruhig geblieben.“

„Diesen Morgen hat sich Paris die Frage gestellt, ob ein so vollständiger Aufstand wie der vom verflossenen Tag es nicht mit

Digitized by Google

Mangel und Hungersnoth in seinen Vorräthen bedrohe, und Paris hat, wie gewöhnlich, seine Bäckerläden mit Brod, seine Hallen verproviantirt, mit einem Wort, seine Nahrungsmittel gesichert gefunden. Mehr bedurfte es nicht, um sogleich das Zutrauen in den Männern (deren Übrigens sehr wenige sind) wieder herzustellen, die sich ihre die Folgen einer Revolution beunruhigen konnten, welche in so kurzer Zeit vollbracht, so wenig vorhergesehen und doch so vollständig war. Man hat alsdann die meisten Läden wieder eröffnen, die Circulation für die Wagen in den Hauptstraßen mittelst der in den Barrikaden gemachten Durchgänge wieder herstellen gesehen. Die Bevölkerung hat sich alsdann in der ganzen Hauptstadt verbreitet, und sie ist in die Bureaux der Journale gegangen, welche zur Bewegung beigetragen, und die sie als die wahren Urheber betrachtete. Sie betrachtete diese Journale als die amtlichen Organe der neuen Regierung und war begierig zu wissen, welche Maßregeln ergriffen worden waren, um den öffentlichen Frieden wieder herzustellen, die Ordnung aufrecht zu halten und eine regelmäßige Regierung zu organisiren."

„Von 7 Uhr Morgens bis Mittags haben wir mehr als 15,000 Exemplare vom „National" an brave Leute austheilen sehen, die sie durch die Stadt trugen, indem sie Allen, denen sie auf ihren Wege begegneten, die Maßregeln mittheilten, welche ergriffen worden waren, um die in den Händen eines meineidigen Königthums zerbrochene Macht wieder zu ersetzen. Ein Jeder wunderte sich und wünschte sich Glück über die Schnelligkeit dieser Maßregeln. In weniger als zwölf Stunden eine provisorische Regierung zusammensetzen, ein neues Kabinet bilden, worin sich Männer befinden, die eben sowohl durch ihren Werth wie auch durch ihre speciellen Fähigkeiten ausgezeichnet sind, der Armee und der Nationalgarde so rasch neue Chefs geben, dies hat eine Art Wunder geschienen."

„Die Zusammensetzung der neuen Regierung und die des Ministeriums, welches die exekutive Gewalt hat, und die sie mit fester und thätiger Hand ausüben wird, sind, wir zweifeln nicht daran, Frankreich angenehm."

„Die Regierung ist fest konstituirt; sie wird es noch mehr sein, wenn alle Männer, die vor Allem das Interesse des Landes suchen, und die dasselbe den Dynastien- und Systemesfragen vorziehen, sich mit ihr vereinigen, sich um sie scharen um ihr die Schwierigkeiten überwinden zu helfen, welche die besiegte Partei nicht ermangeln wird hervorzurufen. Paris hat volles Zutrauen auf sie, es hat dies bewiesen indem es heute seine Magazine wieder eröffnete. Sogar die französische Bank selbst hat mehr gethan als nach der Julirevolution, um welche Zeit ihre Kassen, während der vier oder fünf ersten Tage welche dem Siege folgten, geschlossen waren; die Bank hat hier Billets bei geöffnetem Bureau bezahlt. Ihr Beispiel haben die ersten Häuser der Hauptstadt befolgt, und wir wollen unter andern folgende anführen: Hr. v. Rothschild, die Kassen Laffite, Gameren, Bauvon, die Häuser Fould, Affenheim, Hottinger, Odier, Delessert u. s. w.; sie haben alle Tratten bezahlt, die ihnen vorgezeigt wurden. Von Morgen an wird das Geschäft überall wieder beginnen, und der Handel wird geschickt sein, seine Hilfsquelle da zu finden, wo er vor zwei Tagen alle für seine Operationen nothwendigen Fonds geschöpft hat?"

„Die Börse ist heute nicht eröffnet, aber wir glauben, daß sie morgen wieder geöffnet werden wird. Das Nämliche wird mit den Tribunalen der Hauptstadt der Fall sein, welche von dem Herrn Siegelbewahrer eingeladen worden sind, von Morgen an wieder ihre Arbeiten vorzunehmen. Es wird also eigentlich nur eine Unterbrechung von zwei Tagen in den Handelsbeziehungen und in der Ausübung der Gerechtigkeit stattgefunden haben. Ist dieses ja viel für eine Revolution, die eine ganze Staatsordnung geändert, und die Frankreich die Wohlthaten der demokratischen Institution genießen lassen wird, die den Principien der Nationalsouveränetät am besten entsprechen."

„Wir sagten weiter, daß Paris in der letzten Nacht einen Ueberfall hätte befürchten können. Dieser Ueberfall ist nicht mehr zu befürchten. Heute um 10 Uhr hat sich Vincennes ergeben und die neue Regierung anerkannt, alle um die Hauptstadt errichteten Forts haben das Nämliche gethan, so daß zur jetzigen Stunde die Regierung vollständige Herrin der bewaffneten Macht ist. In Paris hat sie die Nationalgarde, welche ihre ersten Entschließungen mit Zufriedenheit aufgenommen hat; außerdem hat sie die 60,000 Mann schöner und bewundernswerther Truppen, mit deren Hilfe man sicher glaubte, die Bevölkerung von Paris im Schach zu halten, so zügellos und rebellisch sie sich auch zeigen würde. Auf diese Art ist die große Frage der Befestigung von Paris gelöst, zum Vortheil der Männer, welche in diesen Befestigungen keine Gefahr für die Freiheiten des Landes erblickten, und die darin im Gegentheil ein mächtiges Mittel gegen das Ausland sahen."

„Das Ausland! Dieses ist ein Wort, welches wohl große Gedanken erweckt und das für Frankreich eine große Zukunft eröffnet. Welchen Widerhall wird nicht im ganzen Europa unsere glorreiche Revolution vom 22., 23. und 24. Febr. haben? Welche Begeisterung und welche Erschütterung wird daraus erfolgen bei allen Nationen, welche nach der Freiheit trachten! Die Regierung hat eine schöne Bestimmung zu erfüllen und sie wird dieselbe vollbringen. Sie muß, wenn nicht die Propagandapolitik, wenigstens die freie und vollständige Zustimmungspolitik für alle Versuche annehmen, die von den unterdrückten Völkern könnten gemacht werden, um ihre Emancipation und ihre Unabhängigkeit zu erobern. Wir glauben, daß sie so ihre Rolle bewerkt, und daß wir in sehr wenig Tagen anzuzeigen haben werden, daß eine Armee an den Rhein marschiren und eine andere an den Grenzen Italiens aufgestellt werden wird. Die so eben beendigte Revolution scheint Frankreich zur Republik zu führen. Frankreich soll in Allem zu Rathe gezogen werden, es wird es werden durch den Weg der Urversammlungen. Es muß sich aussprechen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn man die schnelle und feste Wiederherstellung der Macht gesehen haben wird, es in den neuen Elementen dieser Macht Bürgschaften von Ordnung, von Festigkeit und Erhaltung finden wird."

„Was die neue Regierung, welche soeben noch einmal aus den Barrikaden hervorgegangen, vor Allem will, was das ganze Land mit ihr wollen wird, ist die Wiederherstellung und Aufrechthaltung der Ordnung, die Achtung des Eigenthums, mit einem Worte, die Anwendung aller großen Principien, welche seit 17 Jahren, trotz aller Hemmnisse, trotz aller Verurtheilungen, von Schriftstellern der radikalen Schule entwickelt und gepredigt worden sind. Frankreich kann der Welt ein großes Beispiel geben, und es wird dies Beispiel geben. Es wird ihr zeigen, daß die demokratischen und republikanischen Regierungen nicht, wie man so oft gesagt hat, ein Herd von Gesetzlosigkeit sind, daß sie den Gesellschaften, die von ihnen die Grundfesten ihrer Konstitution verlangen, ernsthafte und wirkliche Bürgschaften darbieten. Daß sie sich dem Schutze aller gesetzlichen Interessen, der Entwickelung aller wirklichen Fortschritte weihen; mit einem Wort, daß Frankreich und die Welt sie annehmen und sich denselben anvertrauen können."

„Wir erfahren aus offizieller Quelle, daß Hr. Rothschilds seinen Kredit zur Verfügung der provisorischen Regierung gestellt hat, und daß er ihr die richtige und regulire Zahlung des von ihm unter der vorigen Regierung unterschriebenen Anlehens garantire. Dieses ist ein Zeugniß von Zutrauen, das nicht ermangeln kann, einen sehr lebhaften Eindruck auf das Land zu machen."

„Wir können außerdem versichern, daß von jetzt an die neue Regierung im Stande ist, das Semester der fünfprocentigen Rente zu bezahlen, welches den künftigen 22. März verfallen ist. Die kleinen Rentner können also beruhigt sein. Ihre Existenzmittel werden ihnen nicht genommen werden."

„— Das Gerücht hatte sich heute verbreitet, daß Hr. Guizot festgenommen worden sei. Diese Nachricht bedarf der Bestätigung, denn aus den von mehreren Quellen gekommenen Berichten hatten wir gestern erfahren, daß Hr. Guizot Paris am nämlichen Tage, um 8 Uhr Morgens verlassen hatte."

„Morgen wird Hr. von Courtais, Oberkommandant der Nationalgarde von der Seine, dieselbe in den verschiedenen Stadtbezirken von 9 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends die Revue passiren lassen."

„Es sollen 24 Bataillons Stadtgarde errichtet werden, welche zur Ersetzung der Municipalgarde bestimmt ist. Diese Garde wird ausschließlich aus Arbeitern zusammengesetzt, welche demnach eine Aufgabe der Ordnung werden zu erfüllen haben, wie sie so gut mit der Nationalgarde ein Werk der Freiheit ausgeführt haben."

„Gestern um vier Uhr sind die politischen Gefangenen zu St. Pelagie von der 12. Legion in Freiheit gesetzt worden. Hr. Delaroche, Gerant des „National", welcher sich seit sechs Tagen im Gefängniß befand, ist von seinen Befreiern mit einer enthusiastischen Herzensergießung umarmt und im Triumph durch das Volk getragen worden. Der Sohn des Hrn. Delaroche, welcher am Kampfe Antheil genommen hatte, war mit den Nationalgarden gekommen, die seinen Vater befreiten; er selbst ist an alle Herzen gepreßt worden."

Digitized by Google

Aus Straßburg schickt folgende Mittheilungen hinzu: „Das schlechte Wetter hat die Musterung aller Truppen der Garnison verhindert, welche Sonntags auf dem Kleberplatze Statt haben sollte; die Nationalgarde aber, deren Bewaffnung erst Freitag Abends begonnen hatte, hat sich dem Beschlusse des Municipalrathes zufolge in vier provisorische Bataillone konstituirt und ist in jedem Bataillon zur Wahl der Chefs geschritten, welche die Kompagnien bis zur definitiven und gesetzlichen Organisation der Legion befehligen sollen."

„Gegen Mittag haben sich die vier Bataillone auf dem Kleberplatze versammelt und boten schon am ersten Tage ein Ganzes dar, welches beweist, daß die Nationalgarde von 1848 in allen Stücken derjenigen von 1814 und 1815 und derjenigen von 1830 würdig sein, und daß sie, wie ihre Vorgängerinnen, eine gänzliche Hingebung für die Sache der Freiheit und der Nation darthun wird."

„Der Hr. Maire, in Begleitung der provisorischen Adjunkten, hat nacheinander Hrn. Steiner als Obristen, sodann die Bataillonschefs und die andern Offiziere anerkennen lassen, im Namen der provisorischen Regierung und unter dem Rufe: Es lebe die Republik! es lebe die Nation!"

„Eine Nationalgarde zu Pferd wird in diesem Augenblicke organisirt."

„Folgende Adresse ist aus Straßburg an die Pariser Universität gesendet worden: Die Straßburger Studenten an die Pariser Studenten. „Brüder und Freunde, Ihr habt euch unserer Väter von 1789 und von 1830 würdig gezeigt. Aus einer glorreichen Revolution entsprungen, saßtete eine meineidige Regierung auf Frankreich. Nachdem sie dem Volke alle seine Rechte geraubt hatte, wagte sie, die Freiheit des Gedankens zu fesseln; Ihr aber habt eine hochherzige Vermahnung eingelegt. Ruhm euch! Und als hierauf das Volk in die Straße herabstieg, um einem Verräther zu vergelten, da seid ihr auf die Bresche gestiegen. Ruhm Euch! Ihr werdet sie nicht verlassen, als bis Ihr die Verwirklichung unseres Wahlspruches gesichert haben werdet: Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe! (Es lebe die Nation! Abgeordnete (?) deutscher Universitäten kommen soeben an, und unterzeichnen mit uns. Das Komité."

Nachschrift. Wir erhalten heute (29.) Morgens um 8 Uhr die Brüsseler Independance. Die Pariser Nachrichten derselben gehen nicht weiter als die unsrigen. Die französische Nordbahn ist an so vielen Punkten zerstört, daß sie auf lange Zeit unbrauchbar geworden ist. Sogar Brücken und Bahnhöfe sind niedergebrannt, „um die Flucht der Minister zu verhindern". Valenciennes hat sich für die Republik erklärt. In Lille hat ein Volksaufstand stattgefunden, bei welchem die Präfektur verwüstet und die Gebäude der Eisenbahn in Brand gesteckt wurden. Die Ruhe wurde zwar wiederhergestellt, und die Behörden behaupteten sich im Besitz ihrer amtlichen Gewalt, aber man fürchtete sehr für den folgenden Tag, Sonntag den 27., wo man erwarten zu müssen glaubte, daß die Fabrikarbeiter aus Türcoing und Roubaix in Masse nach Lille kommen würden. In Valenciennes hat sich bereits Bürgerschaft und Besatzung für die Republik erklärt.

In einer von Mitternacht datirten Nachschrift sagt die Indépendance: „Wir ersahren aus sicherer Quelle, daß der König Louis Philipp gestern (25.) zu Brighton in England gelandet ist." Diese Nachricht ist sehr glaublich. Der König, wie sich jetzt herausstellen scheint, hat sich schon am Morgen des 24. in einen Miethwagen, der von reitender Nationalgarde und von Küraſſieren bedeckt wurde, nach St. Cloud begeben, wo er gegen 12 Uhr Mittags die Abdankungsurkunde unterzeichnete. Dann begab er sich nach dem benachbarten Neuilly, von wo aus er das kaum 20 Meilen entfernte Schloß Eu in zwölf bis fünfzehn Stunden erreichen konnte. In Eu angekommen, konnte es nicht schwer sein, sich noch in derselben Nacht einzuschiffen und am folgenden Morgen die britische Küste zu erreichen. Ueber das Schicksal der übrigen Mitglieder der königl. Familie verlautet bis jetzt nicht das Mindeste.

Das Gerücht von einer Gegenrevolution in Paris, die in der Nacht vom 25. auf den 26. zu Gunsten des Königthums Ludwig Philipps II. stattgefunden haben soll, erwähnen wir, ohne ihm den mindesten Werth beizulegen.

Zweite Nachschrift Morgens 10 Uhr. Wir geben aus Briefen und Zeitungen vom 26. in aller Eile noch folgende Notizen. Die Ruhe in der Stadt ist wieder hergestellt, die Barrikaden werden weggeräumt, die Läden öffnen sich wieder. Die Citadelle auf dem Mont Valerien ist nach 5stündiger Gegenwehr gefallen. Die provisorische Regierung hat die Todesstrafe für politische Verbrechen abgeschafft. Der Zeitungsstempel ist aufgehoben. Die Zahlung aller fälligen Wechsel ist um 10 Tage, bis zum 5. März vertagt worden. Louis Philipp soll in London am Schlage gestorben sein. Die Reiterstatue des Herzogs von Orleans ist aus dem Hofe des Louvre weggenommen; auf das Suggestel hat man die Inschrift gesetzt: „Den für die Freiheit gefallenen Bürgern das dankbare Vaterland." Die Stadt ist alle Abend glänzend erleuchtet; der russische Gesandte war einer von dreißigen, welche ihr Haus am ersten und prachtvollsten illuminirten. Hr. Hebert, der vorige Justizminister, wurde in einem Versteck aufgefunden und zur Strafe für seine im Ministerium Guizot gespielte Rolle gezwungen, gleichfalls zu illuminiren. Die Börse ist wieder eröffnet, aber es werden noch keine Geschäfte gemacht. — Die in Paris lebenden Polen haben sich als Legion konstituirt, in welcher ein unbeschreiblicher Enthusiasmus herrscht, als in der man zu hoffen scheint, daß es in den nächsten Tagen zum Ausbruche zur Wiedereroberung ihres Vaterlandes kommen werde.

Die Pariser Blätter vom 26. Febr. enthalten mehrere Proklamationen und Dekrete vom 24. und 25. der provisorischen Regierung „im Namen des französischen Volkes" an das französische Volk, an die Nationalgarden und die Armee. — Hr. Bobeau (nicht Hr. Subervic) ist Minister des Kriegs, Carnot des Volksunterrichts (die Kälte bilden eine Abtheilung dieses Ministeriums), Herr Flotard Generalsekretär. Die Deputirtenkammer ist aufgelöst, der Volkskammer unterlagt, sich zu versammeln und eine Nationalversammlung (Assemblée nationale) soll berufen werden „sobald die provisorische Regierung die Ordnungs- und Sicherheitsmaßregeln für das Stimmrecht aller Bürger getroffen hat". Canstellere und Sobrier sind provisorische Chefs der Polizei von Paris; Etienne Arago Generalpostdirektor; St. Amand Kommandant der Tuilerien, Oberst Dumoulin Kommandant des Louvre, Pagnerre Maire des 10. Arrondissements. Die provis. Regierung verkündet ferner, daß das Hort von Vincennes, sowie alle übrigen um Paris nebst den Kasernen sie anerkannt haben. Sie verordnet, daß unverzüglich 24 Bat. Nationalgarde in Paris aufgehoben werden unter dem Befehl des General Duvivier. Diesetben erhalten einen täglichen Sold von 1½ Fr. Sie verbietet aufrerdem allen Bürgern Arbeit und gestattet den Arbeitern das Recht zu, sich zu vereinigen; die tägliche Willion, der Civilliste wird den Arbeitern gegeben. Die Posten der Nationalgarde haben für ununterbrochenen Vertehr der Lebensmittel Sorge zu tragen. Die Polytechniker sind beauftragt, für Vollziehung der Verordnung wegen Lebensmittel Sorge zu tragen. Die Municipalgarde ist aufgelöst, die dreifarbige Fahne mit der Inschrift „République française" angenommen.

Alles, was die Direktion der schönen Künste und Museen betrifft, und früher zu den Attributen der Civilliste gehörte, bildet eine Abtheilung des Ministeriums des Innern. Die Jury, welche über die Aufnahme der Gemälde zu den jährlichen Ausstellungen zu entscheiden hat, wird durch Wahl gebildet und die Kunstausstellung am 15. März eröffnet.

Andere Beschlüsse mahnen zur Vorsicht gegen Gefahren der Gegner, beruhigen aber auch über die von Uebelwollenden ausgestreuten Gerüchte und stellen in Aussicht, daß der Gang der Geschäfte ohne Störung weiter gehen werde. Die provis. Regierung, bemerkt der National, befindet sich, wie schon die Menge ihrer Beschlüsse beweist, ganz vortrefflich (à merveille). Der Minister des Innern hat sein Amt mit der Freilassung aller politischen Gefangenen eröffnet. Dijon, Tours, Rouen und das Depart. der Unter-Seine haben bereits die Republik proklamirt. Bordeaux ist ruhig.

Ludwig Philipp hat sich bei Treport auf dem Furet, der seit zwei Tagen auf der Rhede lag, eingeschifft. — Nach Toulon ist der Befehl abgegangen, zur Bewachung Abdel-Kaders einen andern Offizier zu wählen. Eine Subskription für die Verwundeten vom Februar ist eröffnet worden; Rothschild gab 50,000 Fr.

## Italien.

* Die neuesten Nummern der Turiner Blätter bestätigen die Nachricht, daß in der Lombardei — das Standrecht proklamirt ist. Eine kaiserliche Resolution (vom 24. Nov. 1847) hatte die einzelnen Bestimmungen festgesetzt, nach denen in der Lombardei das Standrecht geübt werden solle; eine Resolution vom 13. Febr. 1848 verordnet

Digitized by Google

# Extrablatt zur Deutschen Zeitung Nr. 61.

Heidelberg, 29. Februar. Der heutige Tag wird der hiesigen Stadt unvergeßlich sein und auch in weiteren Kreisen den lebhaftesten Eindruck zurücklassen. Es fand die schon angekündigte Versammlung hiesiger Einwohner Statt, um über die Petition zu berathen, welche an die zweite Kammer gerichtet werden und

**Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Befehlshaber durch die Wehrmänner selbst,**
**Uneingeschränkte Freiheit der Presse,**
**Das Schwurgericht,**
**Vertretung und Vereinigung der deutschen Völker in einem Nationalparlament**

verlangen und auf schleunigste Einführung dieser Einrichtungen dringen soll.

Die Versammlung, die der weite Aulasaal zu fassen kaum hinreichte, bestand aus Männern jedes Standes und jeder politischen Farbe; man sah die Rechte vertreten wie die Linke, aber jene Forderungen, die zur inneren Freiheit und äußeren Sicherheit Deutschlands die Vorbedingungen sind, wurden von der ganzen Versammlung einstimmig angenommen. Es war der erste größere Versuch, eine Versammlung aus gemischten Elementen, eine eigentliche Volksversammlung auf der Bahn einer geordneten Debatte zu halten; wer aber die Mündigkeit unseres Volkes in Zweifel setzen wollte, konnte aus der zwar bewegten aber durchaus die Schranken der Würde und des Gesetzes einhaltenden Verhandlung die Ueberzeugung schöpfen, daß man dem deutschen Volke nur die freie Bewegung geben darf, um vor deren Mißbrauch sicher zu sein. Dank dem gesetzlichen Sinne der Versammelten selber, Dank der umsichtigen Leitung des durch Zuruf dazu erwählten Präsidenten Mittermaier, nahm man den reinen Eindruck einer Stunde mit hinweg, in welcher sich das Streben nach bürgerlicher Freiheit mit dem Sinne für gesetzliche Ordnung und mit dem wärmsten Nationalgefühl verschmolz.

Ein Augenblick von schwer zu beschreibendem Eindruck war es, als Präsident Mittermaier verkündigte, heute Morgen schon habe

**der Großherzog in öffentlicher Sitzung der Kammer Vorlagen zusagen lassen über Preßfreiheit, Geschworne und Volksbewaffnung.**

Ein Jubel, der nicht enden zu wollen schien, obwohl das Gerücht die Botschaft schon hatte ahnen lassen, begleitete diese Worte, die den freyen Augenblick einer politischen Wiedergeburt verkündigten. Dem deutschen Fürsten, der den ersten Schritt that zu einer volksthümlichen Politik, brachte Bürgermeister Winter in herzlichen Worten den Dank der Bürger, dem deutschen Vaterlande, dem „einigen und freien" Vaterlande der Präsident ein begeistertes Hoch aus.

Morgen werden von Mannheim, von Heidelberg, bald auch ohne Zweifel von anderen Theilen des Landes aus jene Petitionen nach Karlsruhe überbracht werden. Die Universität hat in einer Versammlung des großen Senats eine Adresse in ähnlichem Sinne beschlossen. Baden hält, wie heute treffend bemerkt wurde, in Thaten seine Ansprache an das deutsche Volk; das deutsche Volk wird die Ansprache nicht unerwidert lassen!

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

# Erzählung von Hinrich Jürnung Nr. 61.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an G. H. Alexander Strassburg 20 Brandgasse, Paris 29, Rue Neuve Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Quartalpreis-Zahlung beträgt das Gross. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich 6 fl. 30 kr. durch die Post bei gegen im Umfang des Deutschen Postvereins Bahn 6. 12. 24 kr. für Übrigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 62.** **Heidelberg,** Donnerstag 2. März. **1848.**

## Uebersicht.

**Die Tagesereignisse.** — Der Landtag des Großherzogthums Weimar. — Wien (der niederösterr. Landtag). Gräß (die Gährung unter den steiermärkischen Bauern noch nicht beschwichtigt). München (seine Deputation aus Altötting). Karlsruhe (Kammerverhandlungen: Eröffnungen der Minister der. Einführung von Volksbewaffnung, Pressfreiheit und Schwurgericht. Verhaftungen). Frankfurt a. M. (gute Wintergefährte der Hamburger Speichstelle. Die Offenbacher Turngemeinde. Der Bundestag).

**Schweiz.** Bern. Russlands Politik gegen die Schweiz. Das Gerücht von Heranziehung eines Truppen an die Schweizer Grenze gewinnt Bestand. Luzern. Regierungsumsturz.

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen: Antrag auf Abhaltung der Fensterrede verworfen; Besprechung über ein irisches Revolutionsblatt. Die Lage des Ministeriums. Journalistische über die Pariser Ereignisse. Am 23. Febr. Nachrichten aus Lissabon: die Tajofrage zum Abgrenzen fertig; Erwartung eines Aufstandes in Lissabon.

**Frankreich.** Stimmen nichtrepublikanischer Zeitungen über die neue Ordnung der Dinge. Eine Revolutionssterne auf dem Stadthause; Gewalt der Rede des Hrn. Lamartine. Antrag an die Arbeiter zur Schonung der bedrohten Maschinen. Der Nationalrat über die Grundsätze der neuen Regierung. Alternative und Erlasse der Regierung und der Behörden. Antrag des Generalprokurators am Kassationshofe auf gerichtliche Verfolgung der Minister der Ministerium Guizot. Odilon Barrot und seine Freunde schließen sich der neuen Ordnung der Dinge an. Die Generale und Admirale huldigen. Bank- und Finanzangelegenheiten. Telegraphische Depesche vom 27. Febr. als Widerlegung der Berichte von Gegenrevolution. Pariser Post vom 27. Alles wendet sich zu Ruhe und Ordnung. Lobenswerthe Haltung der Zeitungen und der Parteien. Allgemeine Mäßigung. Ein Versuch das Volk für Heinrich V. zu gewinnen wird vereitelt. Ein Augenzeuge über die Flucht Louis Philipps und den Tuilerienbrand. Feierliche Proklamierung d. Republik.

**Italien.** Neapel. Eindernung des allgemeinen Parlaments in Sicilien. Ereffe.

**Handel.** Frankfurt. Börsenbericht.

## Heidelberg, 2. März.

Wir haben gestern mitgetheilt, daß die Generale Bedeau und Lamoricière der Republik ihre Dienste gewidmet haben, der Letzte um an die Grenze zu gehen. Wir hören bereits die bekannte Sprache der Republik, die die großen fruchtbaren Erfolge der Pariser Ereignisse in Aussicht stellt; dem Niederrheinischen Kurier hofft ein Korrespondent in wenigen Tagen anzeigen zu können, daß eine Armee an den Rhein marschieren wird. Man wird uns also nicht tadeln, daß wir zur Eile, zu raschen Maßregeln, zur Entfaltung einer großen Politik dringen; man wird es Ständen und Volk von Baden nicht verdenken, daß sie keine Rolle der Vorschieber spielen, zu denen sie ihrer Lage nach bestimmt sind; es bedarf keiner Erklärung, daß man in Darmstadt gleichfalls die energischesten Anträge gestellt hat. Wir stehen hier auf einem verlornen Posten; Rastadt und Ulm sind in unfertigem Zustande; ein kühner Handstreich kann den ganzen Südwesten in Gefahr und Aufruhr bringen; es wäre ein verderblicher Leichtsinn, wollte man sich in den oberen Regionen vertheilen, daß die republikanischen Ideen überall auch in Deutschland unter der Asche glimmen. Noch einmal: die Entfaltung einer großen, freien, kraftvollen Politik nach Innen und Außen, das ist jetzt der allein richtige, gebieterisch geforderte Konservatismus, der uns dadurch retten wird, daß er uns vor uns selbst und vor dem Auslande zu Ehren bringt.

Gestern früh hatten wir nur noch bloße Wünsche und Beschwörungen, gestern Nachmittag konnten wir schon Erfüllungen und Thaten melden. Der Großherzog von Baden hat in einer Mittheilung an die Stände **Volksbewaffnung, Pressfreiheit und Schwurgerichte** seinem Volke zugesichert; sie werden uns nicht wieder wie in den 30r Jahren entzogen werden. So dringend, fühlt man hier, reden die Bedürfnisse, so entschlossen steht man sie zufrieden. Ganz Deutschland wird unserem Regenten für diesen Schritt einer edlen Selbstständigkeit und nachahmungswerthen Staatskunst danken; gehe Gott, daß das Beispiel in keinem Staate Deutschlands verloren ist. Wir aber freuen uns aus ganzem Herzen, mit unserer Ansprache an das Vaterland, die in der nicht so unmittelbar berührten Ferne vielleicht allzu rasch und übertrieben besorgt geschienen haben wird, schon jetzt nicht mehr allein und ausgesetzt zu stehen, sondern die ganze Wucht dieser großen Gewährungen einer aufgeklärten Regierung hinter uns und unseren Ermahnungen zu haben.

Das rasche einheitliche Auftreten des deutschen Bundes ist um so dringender geboten, als darin das einzig wirksame Mittel gelegen ist, Frankreich sogleich die Ueberzeugung zu geben, daß jede herkömmliche Hoffnung auf Spaltung und Theilung unseres Vaterlandes vergebens ist. Einzeln vermögen wir ja Alle Nichts; die Erfahrungen unserer letzten Geschichten sollten uns auf hier belehrt haben. Es ist traurig, daß die Ungeduld, das mangelnde Vertrauen, die gerechte Besorgnis — die ja so leicht nach jedem rettenden Anker greift — hier und da schon von einer Verbündung der süddeutschen Staaten sprechen kann und mag; diese Verbündung würde der Anfang der Auflösung sein. Mag immerhin Lage und Interesse die kleinen südwestlichen Staaten zuerst antreiben, ihre Volksfahne vor den andern in Bewegung zu setzen; aber jeder Schritt, der hier geschieht, muß auf das Gleiche von Seite unserer Großmächte dringen. Preußen wird, in gleicher Lage in seinem Westen, nicht zögern, zu rüsten und den Geist seiner Landwehr flüssig zu machen, bei allen diesen forglichen Rüstungen wird aber jede Stellung, jede Manifestation umschlagen zu vermeiden sein, die einer feindlichen Provokation ähnlich sehen könnte. Zugleich besinne man sich in glücklicher Stunde, was im Innern zu gewähren sein wird, wenn man sich eine Gewähr gegen Außen schaffen will. Der königliche Herrscher hat eine kostbare Verantwortung zur Hand, aus vielen Spannungen und Verlegenheiten sein Volk und sich selbst zu retten und zu bewähren, daß es ihm mit einer Umwälzung seines Verfassungswerkes ein Ernst war, daß er auch einer großartigen Entwicklung desselben gewachsen ist.

Im Gebiete der Diplomatie fiel Preußen ferner vor Allem die Aufgabe zu, uns in diesen entscheidenden Augenblicken mit kräftigem Nachdrucke zu vertreten. Mit England Hand in Hand zu gehen, wird in aller Weise das Gerathenste sein. Politisches und verwandtschaftliches Interesse wird England treiben, in dem neutralen Belgien sich der bestehenden Ordnung der Dinge anzunehmen. Hier wird der empfindliche Punkt sein, wo der Anlaß einer Kollision, wenn die Republik kriegerisch auftreten will, leicht gefunden ist; hier wird alle Geschicklichkeit, Weisheit und Kraft der Regierung und ihrer Verbündeten erfordert werden, um die französische Bewegung auf sich selbst zu begrenzen. In Spanien wäre am Ersten ein Uebersprung der republikanischen Bewegung zu fürchten; der Haß gegen die Orleans und ihre befreundete Christine, die gänzliche Rathlosigkeit aller bisherigen Machthaber, die Haltlosigkeit der Zustände, die Verbührung der öffentlichen Moral — Alles könnte dort zusammenwirken, einen ähnlichen Schlag wie in Paris gelingen zu lassen. England würde wohl eine Präsidentschaft Espartero's gewähren lassen, um den Orleanistischen Einfluß gründlich zu beseitigen; irgend eine monarchische Konstitution würde dort auf die Länge nicht sehen; in Spanien's isolirter Lage könnte die Republik übrigens auch am wenigsten Europa stören. Dagegen würde es in Italien das Meisterstück empfindlicher Politik sein, die Fürsten dort so zu berathen, daß ihre Throne mit ihren konstitutionellen Institutionen gesichert stünden; die Ruhe und Ordnung der Welt scheint wesentlich an ihnen zu hängen, daß in diesem Lande die Verwirrungen der Anarchie nicht noch einmal Boden greifen. Leider ist das konstitutionelle Prinzip allen romanischen Stämmen bis jetzt zu fremdartig geblieben, als daß man an einen kräftigen Widerstand einer so ganz jungen Schöpfung glauben möchte. Dazu kommt, daß die lombardische Frage ungelöst und drohend in der Mitte liegt. Will Gott dem Verderben bestimmte noch bis zuletzt verblenden, daß man grade das Standrecht an dem Tage verkünden mußte, wo die Stürme von Westen losbrachen? Oesterreich guten und ernsten Rath aufzudringen, dies wäre das gemeinsame Geschäft, um das sich Preußen und England werteifernd bemühen müßten. Wird man nun in Wien einsehen und begreifen, was man in Italien verspannt hat? Wenn man dort, statt nachzuschleppen, mit Reformen, mit Verfassungen und Freiheiten vorangegangen wäre, wenn man dadurch die Völker und Fürsten bereitwillig gemacht hätte, in einen Zollverband einzutreten, der jetzt der französischen Republik gegenüber mit einem Worte zu einem italienischen Bunde umzugestalten wäre, an dessen Spitze Oesterreich die Natur der Sache gestellt hätte, wie sicher könnte man

Digitized by Google

sich da fühlen, wo man jetzt auf einem Vulkan steht, von Unten, von Hinten, von der Seite gefährdet!

Unsere Blicke ruhen auf Preußen und auf dem Lande. Die Stunde ist für Preußen gekommen, die große Leitung der deutschen Sache an sich zu nehmen. Aber es müßte dann alle Fäden abschneiden, mit denen es an den Osten gebunden ist. Auf uns selbst gestellt, sind wir jeder Bedrängniß vollkommen gewachsen. Oesterreich, mit sich selbst und seinen anhängenden Provinzen beschäftigt, hat alle Hände voll zu thun und könnte leicht weit mehr unserer Unterstützung als wir der seinen bedürfen. Oesterreich wird nur durch die Verjüngung seines deutschen Elements gerettet, und dieses wird nur durch die Erfrischung des deutschen Volkes überhaupt verjüngt werden. Darum treiben wir so ungeheuren Unfug, daß die Schranken zwischen uns und Oesterreich fallen, die geistigen, die politischen, die materiellen. Es ist weit weniger, daß wir Hilfe dort zu suchen, als wir Hilfe dahin zu bringen meinen. Denn wir haben, wie von Metternichs politischer Weisheit, so auch von Oesterreichs Macht und Gewalt weit nicht die herkömmlichen Begriffe. Ueber den letzteren Punkt wollen wir uns morgen erklären, um unsere ungewohnte Ansicht der dortigen Dinge, so gut es in dem Drange dieser Tage geht, zu rechtfertigen.

---

Der Landtag des Großherzogthums Weimar, welcher im vorigen Jahre vertagt wurde, ist am 21. Febr. wieder zusammengetreten. Mit allgemeiner Theilnahme sieht man den Verhandlungen desselben im Lande entgegen.

Der im Jahre 1828 verstorbene Großherzog Karl August war bekanntlich der erste unter den zum deutschen Bunde zusammengetretenen Fürsten, welcher durch die That zeigte, daß ihm sein Wort, eine Verfassung mit Volksvertretung einzuführen, heilig gelte, während in andern deutschen Staaten die gleiche Zusage noch die heute unerfüllt geblieben ist. Das Grundgesetz vom 5. Mai 1816 verbrieft manches kostbare Volksrecht. Es mag hier nur die specielle Festsetzung des Etats, die Ueberwachung der Ausführung desselben durch die Stände und die rücksichtlich neuer Gesetze dem Landtage ebensowohl als dem Fürsten zustehende Initiative erwähnt werden. Dagegen walten Zweifel ob, inwieweit Gesetze, wenn sie kleinere Landestheile als eine Provinz betreffen, auch ohne ständische Zustimmung erlassen werden können. Es ist zu hoffen, daß diese Zweifel befriedigend beseitigt werden. Hierdurch ist zugleich besonders der Ausbau der Verfassung noch auf einen Seite hin, nämlich in Betreff des Umfangs der ständischen Rechte, bedingt. Die Frage ist an sich bedeutend, doppelt bedeutend, wenn man erwägt, daß ein Gesetz, nach und nach in einzelnen Landestheilen eingeführt, zuletzt ein allgemeines werden kann.

In welchem Sinne das Grundgesetz gegeben wurde, darüber geben manche Aeußerungen Karl August's das beste Zeugniß. So sagt er in einem Briefe an den Präsidenten v. Ziegesar: „Die Einführung der neuen landschaftlichen Konstitution ist eine Epoche für uns und unsere Nachkommen, an die man sich immer freudig erinnern wird, wenn nicht fremde Gewalt das Aufkeimen des Samens verhindert, der mit Sorgfalt gesäet und zweckmäßig ausgestreut worden ist. Stört uns keine äußere Gewalt, so wird, hoffe ich, ein Gemeingeist unsere Nachkommen beleben, dessen Erscheinung wohlthätig gewesen wäre, hätte er sich früher in den deutschen Landen gezeigt."

Als der Fürst dem Landtage die Oeffentlichkeit antrug, die wir noch heute entbehren, geschah es u. A. mit folgenden Worten: Immer dringender wird die Oeffentlichkeit verlangt, und in der That scheint sie nur das Mittel zu sein, durch welches ein freier Verkehr zwischen den Vertretern des Volkes und dem Volke selbst hergestellt, der Zweck einer repräsentativen Verfassung vollständig erreicht werden kann."

Die Gründe, welche dem Landtag im Jahre 1819 bestimmten, die Oeffentlichkeit der Sitzungen abzulehnen, erkannte Karl August nur insofern an, als er sagte: „Es werden jedoch diese Gründe immer schwächer und schwächer werden, je mehr man sich an Repräsentativverfassungen gewöhnt, je mehr Theilnahme Unsere Unterthanen an dem Wesentlichen derselben gewinnen."

Mehrfach wird das Grundgesetz nur als Grundstein des zu errichtenden Gebäudes bezeichnet.

Wenn der höchste Gewinn einer repräsentativen Verfassung nicht bloß in dem Werth oder Unwerth der Dinge liegt, welche die Volksvertreter berühren oder erstreben, auch nicht allein in der sorgsamen Prüfung und alseitigen Erwägung des Wichtigsten im Rechtsleben, wozu sie nöthig, sondern ganz besonders noch darin, daß sich das Volk durch seine Vertreter bei den öffentlichen Angelegenheiten thätig betheiligt sieht, und so mit dem Streben nach Freiheit zugleich einen lebendigen Sinn für Gesetz und Ordnung und jene Liebe zum Gemeinwesen gewinnt, wodurch eben dieses Gemeinwesen in gewöhnlichen Zeiten blühend erhalten, in der Stunde der Gefahr aber errettet wird, so muß man bekennen, daß dieser Gewinn den Weimarern die jetzt durch ihr Grundgesetz nur in sehr beschränktem Maße geworden ist. Obgleich in den landständischen Versammlungen oft einzelne reichbegabte und redlich strebende Männer Sitz und Stimme hatten, so haben dieselben im Ganzen doch weit öfter Gesellschaften geglichen, in denen man sich über die Angelegenheiten des Landes gemüthlich unterhielt, um zuletzt, je nachdem es gewünscht wurde, Ja oder Nein im Chor zu rufen, als daß sie das Bild eines würdig verhandelnden politischen Körpers, voll Ernstes und Kraft, gegeben hätten. Weil öfter hat in dem Saale, den die Vertreter des Landes bewohnten, ein vielfach verwirrendes Echo ertönt, von dem, was in den Wohnorten oder in den Ständen der Sprecher loyaler oder persönlicher Wunsch war, als daß das kleinliche Getreide des Alltagslebens in einem hohen, auf das gemeinsame Wohl des Vaterlandes gerichteten Sinn untergegangen wäre. So mag es gekommen sein, daß der Fürst, dessen scharfen, weiterfahrenden Blick und dessen edlen hohen Sinn man noch jetzt im Lande dankbar verehrt, in späterer Zeit der Fortbildung der Verfassung nicht mehr jene Theilnahme zuwendete, wie in den ersten Jahren ihres Bestehens, daß man sogar bisweilen ein entgegengesetztes Bestreben gewahren konnte. Er hatte dem Landtage die Oeffentlichkeit angetragen, dieser wies sie wiederholt zurück. Er trug sich lebhaft mit dem Gedanken, das Kammervermögen mit dem Steuervermögen zu vereinigen und eine Civilliste zu nehmen; der Landtag, nur eine Spanne Zeit ins Auge fassend, mahnte von der Verfolgung dieses Gedankens ab. Nirgends begegnete er einem großen Streben, nirgends jenem Geiste, der der Träger politischer Volksinstitutionen sein muß, und den Karl August, wäre er ihm auch in einzelnen Stunden unbequem und ärgerlich gewesen, allezeit geachtet haben würde. Schlaffheit glaubte er im Inlande zu erblicken, Streben nach Tiraden und hohle Eitelkeit in einem Theile der übrigen deutschen Staaten, in denen das konstitutionelle Leben zu keimen begann. Wer mag sich wundern über das, was der freie Lage der Dinge unterblieb zu einer Zeit, wo der treue Fürsten so nahe stehende große Dichter Deutschlands die Zierde dieser Stadt, zu einem bekannten Geschichtsforscher von der gänzlich politischen Unfähigkeit des deutschen Volkes sprach. Wer aber, der etwas weiter die Blätter der Geschichte umwendet, mag sich auch wundern, wenn jener vermißte politische Sinn nicht mit einem Male durch das Grundgesetz hervorgezaubert worden ist. Eingestürzt war einestheils das alte gothische Gebäude, theils wankt es noch im Einsturze, unter dessen Gebiet die Fürsten selig auf den Thronen saßen, umringt von einem Adel, der enmweder liebäugelnd nach dem Thron oder hoffärtig nach seinen Ahnen und Privilegien, selten nach eignem Verdienste, und fast nie nach dem Volke blickt. — Jenes ging, ein Anderes zog heran. — Aber es war nicht, wie in andern Ländern durch gewaltige tief erschütternde Volksbewegungen mit einer neuen Gestalt der Dinge zugleich ein neuer Volkssinn, der sie tragen sollte, blitzschnell herauf beschworen worden. Im Wege ruhiger Entwickelung sollte sich das Widerstreitende vermitteln und durch die Kulturgeschichte des Volkes die feste Grundlage gelegt werden, auf welcher ein neues Gebäude dauernd errichtet werden möchte. Was hier in mehr denn drei Jahrzehnten im Stillen geschaffen worden ist und was sich allmählich laut und lauter verkündet, das weiß, wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören. Wie überall im deutschen Lande, so ist auch im Weimarschen in dieser Beziehung eine sichtbare Wendung zum Besseren eingetreten. Und wenn man dies schon an der Wirksamkeit des vorjährigen Landtages ebensowohl als an der allgemeinen Theilnahme für öffentliche Angelegenheiten deutlich gewahren kann, so hat man mit weiterem Grunde, hierin das zusällige Wirken einiger Wenigen zu erblicken, als Veranlassung, sich darüber zu freuen, das politisches Selbstgefühl und vaterländischer Sinn, wie in Deutschland überhaupt, so auch dort zu erwachen und heimisch zu werden beginnt. Wir sind in der Zeit, in welcher wir an die Worte Karl Augusts über die Bedeutung der von ihm gegründeten Verfassung erinnern dürfen. Es wird sich zeigen, ob es der Staatsregierung im Ganzen — bei Einzelnen unterliegt dies keinem Zweifel — Ernst damit ist, in Wahrheit konstitutionell zu regieren, eben so bereitwillig das zu gewähren, was die Entwickelung des konstitutionellen Lebens fördert, als von den Ständen die Unterstützung begehrt wird, welche einer Regierung nöthig ist, damit sie, was sie sein soll, kräftig, stark, fest und dauernd sei.

Digitized by Google

Von dieser Seite ist das politische Leben in Weimar und die lebendige Durchbildung der konstitutionellen Staatsform auf das Innigste mit den Geschicken und der geistigen Bewegung des gesammten Vaterlandes verknüpft.

Durch sorgsame Pflege dieses Zusammenhanges können theilweise die Schranken beseitigt werden, welche der politischen Entwickelung in einem kleinen Staate eben wegen seiner engeren Grenzen gesetzt sind.

Ein Hemmniß anderer Art liegt in dem Grundgesetze selbst. Dasselbe trägt seinem ganzen Geiste nach den repräsentativen Charakter in sich, und es spricht sich derselbe auch in dem Umfange der den Ständen eingeräumten Rechte aus. Die Abstimmung erfolgt nicht nach Ständen oder Kurien, und ausdrücklich sagt das Grundgesetz:

„Jeder Abgeordnete, von welchem Stande, von welchem Kreise, von welchem Bezirke er auch sei, ist Vertreter aller Staatsbürger ꝛc."

Aber indem es nicht nur die Wahlen durch die Stände der Rittergutsbesitzer, Bürger und Bauern vollziehen läßt, sondern auch bestimmt, daß der Gewählte dem Bezirk und dem Stande der Wahlenden angehören solle, kämpft es gegen sich selbst und seinen schönen Zweck. Es drängt in die Bahn des Sonderinteresses und Lokalsinnes hinein und nöthigt da, wo der Gemeinsinn und der Blick auf das Ganze die erste Bedingung für ein gedeihliches Wirken ist, oft zu ungeeigneten Wahlen oder zwingt wenigstens dazu, den weniger Geeigneten zu wählen, weil man den Tüchtigern nicht wählen darf; patriotischer Sinn und politische Einsicht sind nicht gleichmäßig nach Quadratmeilen vertheilt. Dieser innere Widerspruch des Grundgesetzes erklärt und entschuldigt sich durch die Zeit seines Entstehens, in welcher man in Deutschland noch so arm an politischen Erfahrungen war.

Wohl ist es gut, daß die Kenntniß des Besondern und die Sorge für dasselbe in einem ständischen Körper nicht fehle, doch hat dies nur insofern Werth, wenn sich das Besondere nicht auf Kosten des Ganzen breit macht. Wer dies nicht erkennt, weil ihm eine höhere politische Einsicht abgeht, wem die Hausgreiflichkeit und der gemeine Nutzen, wem der nächste Vortheil das höchste Princip des Wirkens wird, der sorgt gewöhnlich — da er keinen allgemeinen Anklang findet — eben so übel für das besondere Interesse herer, die ihn gewählt, als für das Wohl des Ganzen; er tritt selbst oft den besten Bestrebungen der Staatsregierungen entgegen, indem er über den nächsten Opfern den im Gefolge gehenden Gewinn und die mittelbare reichliche Vergütung der ersten Aufwände übersieht.

Man könnte in Betreff der zu wählenden Abgeordneten die Beschränkung auf Stand und Bezirk füglich fallen lassen, zumal man auch ohne gesetzlichen Zwang nirgends einen Vertreter wählen wird, der die wirklich zu berücksichtigenden loyalen Verhältnisse und Ansiegen nicht kennt oder sich deren Kenntniß nicht leicht erwerben kann, und da auch der Umfang des Großherzogthums diese Kenntniß denen, welchen die öffentlichen Angelegenheiten ihres Landes am Herzen liegen, so sehr erleichtert. Will man dies aber nicht, so sollte man wenigstens nach dem Vorgange anderer deutschen Staaten die Wahl rücksichtlich der Hälfte der Volksvertreter frei geben, und die andere Hälfte derselben nur aus den betreffenden Wahlbezirken hervorgehen lassen.

Von den Vorlagen, welche den Ständen durch die Staatsregierung gemacht werden, sind die wichtigsten die Gesetze über eine Landrentenbank, über Ablösung grundherrlicher Rechte, über Benützung der öffentlichen Wasser- und Wiesenkultur, eine Medicinalordnung und ein Civilprozeßgesetzentwurf. Daneben liegen Petitionen zum Theil von hoher Wichtigkeit dem Landtage vor, und werden einzelne Mitglieder noch besondere Motionen von gemeinsamem Interesse stellen. Ueber das Ablösungsgesetz und die projektirte Landrentenbank hat der Abgeordnete Heuß jüngst eine kleine Schrift im Druck erscheinen lassen.

---

**Oesterreich.** Wien, 23. Februar. Der niederösterreichische Landtag soll am 10. März hier zusammentreten, und ein Theil der ständischen Mitglieder ist entschlossen, mehrere wichtige Anträge zu stellen, namentlich in Bezug auf Erweiterung der Repräsentation des Bürgerstandes und zu Gunsten der Preßfreiheit, wobei ihnen die Majorität gesichert scheint. Aber auch in den höchsten Regionen hat sich die Auffassungsweise ständischer Fragen sehr geändert, und man scheint gegenwärtig geneigt zu sein, den Wünschen und Bedürfnissen der deutschen Provinzen Rechnung zu tragen, wobei der Einfluß der politischen Zeitstellung unverkennbar ist. (N. K.)

**Grätz**, im Febr. Die Bauernunruhen in Ober-Steiermark sind in ihrer äußeren Erscheinung gedämpft, aber der Geist der Widersetzlichkeit und der Unfriedenheit ist noch immer sehr lebendig und thut sich in vielfachen Zeichen kund, die alle eine recht trübe Aussicht in die Zukunft wiffagen. Der gudenburger und drucker Kreis, welche hauptsächlich der Schauplatz der Rubotstrungen gewesen, sind noch immer stark mit Truppen besetzt. Der Kreishauptmann Hr. v. Grabmayr aus Bruck ist selbst auf dem Schauplatze gegenwärtig und leitet die Angelegenheiten auch Steinach im Ennsthale, wo er seinen Sitz aufgeschlagen hat. (Brsl. Z.)

**Baiern.** München, 27. Februar. Dem Nürnb. Korresp. wird geschrieben: Es soll seit gestern eine Deputation aus Altötting hier sein, wahrscheinlich um, wenn möglich, die Auflösung der Kongregation der Redemptoristen rückgängig zu machen. Die Sendung dieser Deputation wird natürlich ohne Erfolg sein. Die Bäcker, Fleischer und Wirthe in Altötting sollen nämlich befürchten, daß, wenn die Redemptoristen entfernt werden, nicht mehr so viele Wallfahrer nach Altötting kommen. Was man auch andern Orts sagen mag, die Auflösung dieser Kongregation hat hier, vielleicht mit Ausnahme eines kleinen Häufleins, einen sehr guten Eindruck gemacht. Man will hier wissen, daß anstatt der Redemptoristen eine Anzahl Benediktiner nach Altötting kommen werde.

**Baden.** * Karlsruhe, 29. Febr. Heute wurde der zweiten Kammer angekündigt: 1) Von M.-Pr. Bekk, daß alsbald die Bürgerbewaffnung angeordnet, und gleichzeitig der Entwurf den Ständen dereits vorgelegt werden; 2) von Minister v. Dusch, daß unverzüglich ein Preßgesetz beraberiet und verkündet werde, um die zu Erlassung eines allgemeinen Bundespreßgesetzes zu gelten; 3) von Just. M.-Pr. Trefurt: daß ein Entwurf über die Einführung von Schwurgerichten den Ständen zur Berathung vorgelegt werden soll. — Es folgte auf diese Eröffnungen eine denkwürdige Berhandlung, worin hervorgehoben wurde, daß die Kammer die etwaigen weiteren bringenden Wünsche und Forderungen berathen und der Regierung mittheilen werde. Räheres morgen.

Heute früh sind hier einige Bürger und verschiedene andere Personen, meist Handwerksgehülfen, und wie es heißt, die Literaten Mit und Blind, verhaftet worden. In der Nacht soll ein Haufe mit aufrührischem Geschrei durch die Straßen gezogen sein.

△ Frankfurt a. M., 24. Febr. Die Konzessionäre der Homburger Spielbank bereitsmen sich, im Verlaufe der Wintermonate noch bessere Geschäfte als während der eigentlichen Badesaison gemacht zu haben. Diesen Erfolg zu ermöglichen, verdanken sie der Konzessionsbestimmung, ihren bölischen Gewerbsbetrieb so lange fortzusetzen, als sich noch ein Kurgast zu Homburg befindet. Es fehlt daselbst aber das ganze Jahr hindurch nicht an Glücksjägern, die sich unter dem Vorwande der Gesundheitspflege an dem Orte aufhalten. Zudem unterhalten feds oder acht tägliche Omnibusfahrten der fürstlich Thurn und Taxischen Post, wofür die Konzessionäre ihr eine Bauschvergütung von 12,000 fl. jährlich bezahlen, eine beinahe stündliche Verbindung zwischen Frankfurt und Homburg und führen der Spielhölle stets neue Schlachtopfer zu. Es sind dies zumeist Fremde oder den Mittelklassen beizählende Frankfurter, die, unbekannt mit den materiellen Vortheilen, welche die Glücksspiele den Bankhaltern gewähren, darin eine leicht zugängliche Vereicherungsquelle gewahren. — Die täglich zu Offenbach wegen Verbreitung incendiärer Flugschriften, worunter man einen sog. Soldatenkatechismus namhaft macht, stattgehabten Verhaftungen haben, wie man hier erzählt, zu einem ins Lächerliche streifenden Zwischenspiele Anlaß gegeben. Die wegen ihrer überaus strengen Ueberwachungsmaximen auch in unserer Stadt wohlbekannte humane Polizeibehörde übermittelte dem dortigen Kreisamte verwarnungsweise die Nachricht von einem soeben entdeckten Turnerkomplotte, das an 500 Theilhaber zähle und welches bezweck, jene Gefangenen mit Gewalt zu befreien. Jedoch bereits innerhalb der nächsten 24 Stunden nahm die befragte Behörde ihre Verwarnung als unbegründet zurück.

* Frankfurt a. M., 29. Febr. Die Bundesversammlung hielt dem Vernehmen nach heute eine außerordentliche Sitzung, zu welcher wohl zunächst die politischen Ereignisse der Gegenwart Anlaß gaben. Das Zustandekommen des deutschen Preßgesetzes soll übrigens sehr eifrig, besonders auch von Seite einer großen Bundesmacht, betrieben werden.

**Schweiz**

** Bern, 27. Febr. Der Vorort hat die russische Note in der Weise beantwortet, daß er einfach die von der Tagsatzung an der drei andern Mächte (Oesterreich, Preußen und Frankreich) erlassene

Digitized by Google

Antwort dem russischen Gesandten, Hrn. v. Krüdener, abschriftlich mittheilte. Es ist zwar nicht zu erwarten, daß Rußland, welches in politischen Fragen lediglich seine Macht und seine Konvenienz zu berathen pflegt, der gründlichen staats- und völkerrechtlichen Erörterung, welche jene Antwort enthält, große Aufmerksamkeit schenken werde; vielmehr scheint sich Rußland in Hinsicht auf die Schweiz gänzlich der Politik der übrigen Großmächte angeschlossen zu haben, ja dieselbe sogar zu weitern Schritten gegen die Schweiz drängen zu wollen; so sehr hat es vergessen, daß gerade Rußland (Kaiser Alexander) es war, welches am Wiener Kongreß der Schweiz das wärmste Interesse erwies, und daß die letztere namentlich die Gewährleistung ihrer Unabhängigkeit und Neutralität großentheils dem mächtigen Einflusse jenes großmüthigen Monarchen verdankt. Freilich haben Zeiten und Verhältnisse seither Vieles geändert; allein gleichwohl ist schwer einzusehen, welche Rücksichten Rußland verwarten haben, jene Anklerdenheiten so ganz außer Acht zu lassen, seinen Einfluß auf die schweizerischen Angelegenheiten preiszugeben und den übrigen Großmächten, der Schweiz gegenüber, freies Spiel einzuräumen. Daß die letztern, bei günstiger Gelegenheit, hiervon den geeigneten Gebrauch machen werden, ist kaum zu bezweifeln, und vielleicht ist dieser Augenblick, wenn nicht alle Zeichen trügen, nicht mehr fern. Wie verlautet, soll der Bundesrathsdienst erst in den jüngsten Tagen eine Depesche des schweizerischen Geschäftsträgers in Wien erhalten haben, welche auf die Anbauung von Truppen an der Schweizergrenze aufmerksam macht und über die Gesinnungen Oesterreichs Nichts weniger als beruhigend lautet.

Luzern, 24. Febr. Diesen Morgen wählte der Gr. Rath den Hrn. Jh. Kopp zum Schultheißen, den Hrn. Jakob Robert Steiger zum Statthalter. In das Obergericht wurden gewählt die HH. Johann Stocker von Büron und Franz Widmer von Geßingen, die sich da besser als im Regierungsrathe zu befinden scheinen; ferner Hr. Bürgerrath Dammann von Münster. Zum Präsidenten des Obergerichts wurden bezeichnet Hr. Ant. Schnyder von Sursee, zum Vicepräsidenten Hr. Fellmann. Der Erziehungsrath wurde auf folgende Art zusammengesetzt: Als Präsident ward gewählt: Hr. Regierungsrath Franz Dula. Aus der Geistlichkeit: Hr. Pfarrer Siegrist von Ruswyl und Chorherr Leu in Luzern. Als weltliche Mitglieder: Hr. Regierungsrath Robert Steiger von Büren, Eduard Schnyder von Sursee, Ludwig Plazid Meyer von Luzern, Professor Zwicken von Luzern.

Der Berner Verfassungsfreund, der diese Nachrichten bringt, erklärt sich mit diesen Wahlen ganz zufrieden.

## Großbritannien.

London, 26. Febr. Das Morn. Chr. meldet aus Lissabon, daß Sir Gh. Napiers Geschwader eben Anstalten traf, unter Segel zu gehen, nicht nach England, wie sich von selbst verstehi, Niemand wußte wohin, da der Admiral, seinem Gebrauch gemäß einem Geheimbefehl handelte — ohne Zweifel aber in die Nähe der italienischen Küsten, wo England eine große Masse von Kriegsschiffen zu koncentriren gesonnen ist. In Lissabon befürchtete man übrigens eine Volksbewegung, die, wenn man dort das in Paris Vorgegangene erfährt, um so weniger auf sich warten lassen dürfte.

Das Parlament beschäftigte sich in der letzten Zeit mit Berathungen über die vom Schatzkanzler vorgeschlagene Niedersetzung zweier Komitée, das eine, um die Kosten für Heer und Flotte, das andere, um die vermischten Ausgaben zu prüfen. Die Ausschüsse wurden niedergesetzt. Dem Rh. Beobachter, der seine englischen Nachrichten über Brüssel bezieht, entnehmen wir die Mittheilung, daß in der Unterhaussitzung vom 24. Febr. ein Antrag Lord Dunans auf Abschaffung der Fenstersteuer mit einer Mehrheit von 92 Stimmen (160 gegen 68) verworfen wurde. Jedermann war von der Unzweckmäßigkeit dieser Steuer überzeugt, aber wie den Ausfall decken? Übrigens versicherte der Schatzkanzler, diese Steuer träfe besonders die höheren, nicht die niederen Klassen; von vierthalb Millionen Häusern seien drei Millionen Häuser, welche sämmtlich den ärmeren Klassen angehören, von der Steuer befreit. An demselben Tage suchte im Oberhause Lord Stanley die Aufmerksamkeit der Regierung auf das in Dublin jetzt erscheinende Kommunistenblatt „The United Irishman" zu leiten, welches direkt zur Umwälzung und zur Selbstbefreiung durch Waffengewalt auffordert. Die Redakteure und Mitarbeiter des Blattes, sagte der Lord Stanley, meinten es ehrlich, trieben mit dem Patriotismus keinen Schacher, buhlten nicht um ein Konsulat oder sonst um Aemter. Marquis von Landowne gab zu, daß die irischen Jung-Kommunisten allerdings gefährliche Leute seien, indem sie vor keiner Gesetzwidrigkeit zurückschreckten, glaubte aber nicht, daß es gerathen sei, unmittelbar dagegen einzuschreiten. Die wichtigen Berhandlungen über die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Einkommensteuer stehen nun bevor; Viele halten dafür, daß die Regierung an dieser Klippe scheitern könne, da die Agitation gegen diese Steuer, welche den Kapitalisten und den Grundeigenthümer mit demjenigen, der von seinen Berufsarbeiten lebt, über einen Leisten behandelt, immer mehr zunimmt. Die Katastrophe in Paris fällt in diese Angelegenheiten mitten hinein; ob sie dazu dienen wird, das Ministerium zu befestigen oder seinen Sturz zu beeilen. Läßt sich unter den jetzigen Umständen nicht voraussagen.*)

Das Pariser Ereignis läßt sich an Urplötzlichkeit des Eintretens, an Raschheit des Gangs und an Furchtbarkeit der Wirkung etwa mit einem Erdbeben vergleichen, das in wenigen Augenblicken eine ganze Stadt über den Haufen wirft, seine Hauptwirkung auf einen kleinen Raum koncentrirt, sich aber doch an den entferntesten Punkten der Welt spüren läßt und welchem Bangigkeit, Wetterschwüle und Gedrücktheit der Gemüther vorangegangen sind. Auch die Voraussicht der englischen Staatsweisheit ist an diesem Ereignis zu Schanden geworden. Times und Morning Chronicle vom 24. Febr. liegen vor uns. Jene Zeitung enthält Nachrichten aus Paris vom 23. Abends, worin es heißt: die Insurgenten seien zum Aeußersten entschlossen, hätten aber nicht die geringste Aussicht auf Erfolg, fernet eine Mittheilung bereits vom 24. (durch den elektrischen Telegraphen), worin gemeldet wird, daß die Nationalgarde mit dem Volke gemeinsame Sache gemacht, und einen leitenden Artikel, worin trotzdem versichert wird: diese Emeute würden ohne Zweifel nur dazu beitragen, die Regierung zu kräftigen und ihr Vertrauen der Opposition darzulegen. Die Times meinen, es seien so viel Truppen in Paris und die Forts so wohl bewaffnet, daß das Volk unmöglich Herr des Schlachtfeldes werden könne. Aber die Ereignisse in Palermo, in Paris und selbst im Kleinen in München haben bewiesen, daß Bajonette und Polizeimaßregeln gegen einen entschiedenen Volkswillen Nichts vermögen. Das „M. Chr." macht plötzlich Kehrtum; nachdem es so viel dazu beigetragen, die Ludwig Philipp'sche Politik in ihrer Unduldsamkeit und Demoralisation zu zeigen, feiert es jetzt Guizot und Duchatel als Aufrechterhalter der Ordnung und gesetzmäßigen Freiheit. „Dr. Guizot", beginnt der betreffende Artikel, „hat den Sieg an den Hörnern gefaßt". Wir wollen das „M. Chr.", wenn auch der Inkonsequenz, doch nicht der diplomatischen Unredlichkeit beschuldigen, sondern einfach annehmen, daß das Organ Palmerstons durch seine Betrachtung noch auf die Pariser Bewegungspartei und ihre Leiter entmuthigend zu wirken glaubte, in der Annahme, daß die Ereignisse unmöglich einen so raschen Gang nehmen könnten, daß die Katastrophe noch eine Zeit auf sich warten lassen werde. Die Umwandlung Frankreichs in eine Republik hat die englische Regierung weder erwartet noch gewünscht, sie weiß, wie viel Brandstoff in Irland und selbst in England liegt, wo nun auch die chartistischen und republikanischen Elemente versuchen möchten, wenn auch fürs Erste nicht ihr Haupt, doch ihre Stimme zu erheben.

## Frankreich.

Die Stimmen der Pariser Presse erklären sich einmüthig, wenn auch nicht alle ohne gewisse ausdrückliche oder stillschweigende Vorbehalte, für die neue Ordnung der Dinge. Die legitimistische Union monarchique, die seit dem 26. den einfachen Titel Union angenommen hat, spricht sich in folgender Weise über das Vergangene aus: „Das Schwert des Volks ist in die Scheide zurückgekehrt. Die gewaltige Stimme der Masse hat aufgehört zu donnern; die Gerechtigkeit Gottes hat ihr Werk vollendet. Nach dreitägigem Kampfe der erste Augenblick der Ruhe; nach tödtlichen Aengsten die Hoffnung. Frankreich, das sich selber wiedergewonnen hat, die Bedingungen seiner Größe und der öffentlichen Ordnung verwirklichen zu sehen. Allerdings herrscht noch eine große Aufregung in der Hauptstadt, aber es ist keine ernstliche Störung vorgekommen. Die Haltung des Volkes nach dem Siege ist eben so ruhmreich wie sein Heldenmuth während des Kampfes. So viel Mäßigung in den ersten 24 Stunden, die einem vollständigen Triumphe gefolgt sind, macht jedes Lob überflüssig. Das Volk von Paris hat sich um Frankreich und um die Menschheit verdient gemacht. Angesichts solcher Thatsachen haben wir weder Furcht

*) Geschäftsbriefen zufolge, die man aus London mit dem Datum des 25. Febr. in Mannheim erhalten, haben die an diesem Tage aus Paris eingetroffenen Nachrichten ernste Besorgnisse in London erregt, man spreche davon, daß Lord J. Russell sein Amt niederlegen werde.

Digitized by Google

noch Hintergedanken. Freunde der Ordnung vor allen Dingen, haben die Bürger, deren Aufstehen wir vertreten, begriffen, daß ihre erste Pflicht ist, ihre Anstrengungen und ihren Eifer zu Gunsten der öffentlichen Ruhe zu vereinigen. Wir sagen mehr, denn wir wollen Alles sagen. Durch siebenzehnjährige Erfahrungen haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß die Parteien vor dem Willen Frankreichs in den Hintergrund treten müssen. Unsere Zustimmung ist von vornherein jeder Staatsordnung zugesichert, welche das Land durch das Land selbst retten will. Dies Glaubensbekenntniß kann nicht verdächtig sein. Haben wir doch von jeher den Wahlspruch gehabt: Alles durch Frankreich und für Frankreich!"

Wir können uns nicht enthalten an dieser Stelle die Ueberzeugung auszusprechen, daß jeder Deutsche, der Kopf und Herz auf dem rechten Flecke hat, in den Wahlspruch einstimmen wird: Alles für Deutschland und Alles durch Deutschland! Ein Buchstabe weniger wäre eine Ehrlosigkeit.

Die Gazette de France ihrerseits sagt: „Wir haben jetzt Nichts zu thun, als unsere Aufrichtigkeit zu beweisen. Wir haben erklärt, daß wir Alles durch die Nation wollen. Vereinigen wir uns also mit denen, die es ernstlich damit meinen, daß der Nationalwille über Alles gelte. Der Wille Frankreichs ist das oberste Gesetz. Unser einziges Bestreben geht darauf hinaus, dieses große Volk zum Herrn seines eigenen Schicksals zu machen. An ihm ist es, zu sagen was es will; es hat das Recht dazu, und was es will, ist das für Alle geltende Gesetz."

Die Worte des ultramontanen Univers sind nicht weniger beachtenswerth. „Die Julidynastie ist gestürzt. Der Kampf war an dem Abend des dritten Tages beendigt. Die Revolution ist vollbracht, eine der staunenswerthesten, welche die Geschichte kennt. Der Sturm hat Alles hinweggefegt. Neue Männer werden auf die Bühne treten. Gott verrichtet seine Werke durch jegliche Hand. Er wandelt auf Wegen, welche die Welt nicht kennt. Heute wie gestern ist Nichts möglich, als was durch die Freiheit geschieht; heute wie gestern ist die Religion die einzige Unterlage der Freiheit; die Religion ist der Balsam, welcher die Freiheit vor Fäulniß schützt. In Jesu Christo sind die Menschen Brüder; in Jesu Christo sind sie frei. Eine aufrichtige Freiheit kann Alles retten. Die neue Regierung hat große Pflichten gegen Frankreich, gegen die ganze menschliche Gesellschaft. Wir wünschen, daß es sie möge erfüllen können. Jede Regierung hat die Möglichkeit, sich zu befestigen; sie bedarf dazu nur der Gerechtigkeitsliebe und einer aufrichtigen Hingebung an die Idee der Freiheit".

Hören wir jetzt noch das Journ. des Déb.: „Das Journal des Débats besteht lange genug, um nicht zu bezweifeln, daß das Wesen seiner Ansichten und Gesinnungen aller Welt bekannt sei. Durch alle Wechselfälle hindurch, welche unser Vaterland betroffen haben, sind wir immer den großen Grundsätzen treu geblieben, welche durch die Revolution von 1789 zur Anerkennung gebracht und durch die Julirevolution bestätigt worden sind. Freiheit, öffentliche Ordnung! war immer und ist auch jetzt unser Wahlspruch. Der Wunsch, der am tiefsten in unser Herz eingegraben steht, ist, daß unser Vaterland die Freiheit, welche wir immer vertheidigt haben, so weit unsere Kräfte reichten, und die wir auch ferner vertheidigen werden, daß Frankreich diese Freiheit behaupten und vertheidigen werde wie wir. Inmitten der schweren Prüfungen, deren Augenzeugen wir sind, wird die Mitwirkung und der Dank aller guten Bürger jeder Regierung zu Theil werden, welche es versteht, Frankreich die Ordnung und den Frieden zu geben".

Der Presse entnehmen wir die folgende Schilderung der Rolle, welche Hr. Lamartine in der Nacht des 25. gespielt hat. Fünf Mal nahm Hr. Lamartine das Wort, um das Volk von den Fenstern des Rathhauses herunter anzureden. Hier einige seiner Worte, welche uns im Gedächtniß geblieben sind: „Ihr habt uns gestern zugewuthet, im Namen des Volks die Rechte von 35 Millionen Menschen zu usurpiren, in ihrem Namen unbedingt die Republik zu proclamiren, mit andern Worten, den Willen eines Theiles des Volks der ganzen Nation aufzudringen. Und jetzt verlangt Ihr, daß wir die rothe Fahne anstatt der dreifarbigen aufpflanzen. Bürger, ich für meine Person werde diese Fahne niemals anerkennen, niemals, und ich will Euch mit Einem Worte sagen, warum ich mich ihrer Annahme mit aller Kraft meiner Vaterlandsliebe widersetze. Hier ist es: die dreifarbige Fahne, Bürger, hat ihren Zug durch die Welt gehalten; die rothe Fahne ist nur um das Marsfeld gezogen oder vielmehr im Blute des Volkes geschleift". Bei diesen Worten des Hrn. Lamartine, fügt die Presse hinzu, die nach einer sechzigstündigen Sitzung inmitten eines gereizten Volkes gesprochen wurden, wurde die Menge endlich weich; man klatschte mit den Händen, man vergoß Thränen, man umarmte zuletzt den Redner, man ergriff seine Hände und trug ihn im Triumphe. Einen Augenblick später kamen neue Volkshaufen an, bewaffnet mit Säbeln und Bajonetten. Sie pochen an die Thüren und füllen die Säle. Man schreit, daß Alles verloren ist, daß das Volk schießen will oder die Mitglieder der provisorischen Regierung ersticken wird. Man verlangt nach Hrn. Lamartine. Man setzt ihn an, noch ein Mal, das letzte Mal, das Wort an die wüthende Menge zu richten. Man hebt ihn auf die Treppe. Die Menge tobt eine halbe Stunde lang ohne ihn heren zu wollen, und Waffen werden über seinem Kopfe geschwungen. Hr. Lamartine kreuzt die Arme, kommt endlich zu Wort und rührt und bändigt zuletzt dieses gräßhoulie und verständige Volk, er bringt es dahin, daß es sich zurückzieht oder bleibt, um selber der Regierung als Schutzwache zu dienen".

Diese stürmischen Auftritte, von denen alle anderen Blätter schweigen, und über deren Veranlassung wir noch Aufklärung erwarten müssen, lassen die großen Schwierigkeiten voraussehen, mit denen die neue Regierung den Leidenschaften des großen Haufens gegenüber zu kämpfen haben wird.

Eine große Zahl Pariser Arbeiter hat folgenden Aufruf erlassen: „An die Arbeiter. Brüder! Wir erfahren, daß inmitten des Triumphs der Freude Einige der Unsrigen, durch schändliche Einflüsterungen irregeleitet, den Ruhm unserer Revolution durch Ausschweifungen zu schänden gedenken, die wie mit aller Kraft unserer Seele verabscheuen müssen: sie wollen die Dampfpressen zerstören. Brüder, diese Leute haben Unrecht! Wir leiden gleich ihnen von den Störungen, die die Einführung der Maschinen in das Gewerbswesen gebracht; aber, statt uns an den Erfindungen zu vergreifen, die die Arbeit abkürzen und den Ertrag vermehren, wollen wir unsre Leiden nur den selbstsüchtigen und voraussichtslosen Regierungen zur Last legen."

„Dem wird in Zukunft nicht mehr so sein!"

„Schonung also den Maschinen!"

„Die Dampfpressen zerstören, würde überdies soviel sein, als die Stimme der Revolution dämpfen und ersticken, und also in der ernsten Lage, in der wir uns befinden, als schlechte Bürger handeln."

Der Rational hebt in einem leitenden Artikel die dringende Nothwendigkeit hervor, sich um die provisorische Regierung zu scharen; „wir vertraut auf die Unterstützung der Nationalgarde und der Arbeiter, denen er zusammen das wesentliche Verdienst der jüngsten Tage zuschreibt. „Bemerkt übrigens, fährt das republikanische Blatt fort, bemerkt, tapfere Bewohner von Paris, die ganze Tragweite des Schlags, den Ihr geführt habt; die drei Februartage sind nicht auf die Mauern von Paris beschränkt, selbst nicht auf die Grenzen von Frankreich. Ihr werdet bald das Echo Eures Sieges hören, das Echo, das aus der Schweiz und Italien kömmt. Der Sieg, den Ihr erfochten habt, ist ein europäischer Sieg; und vermöge eines rühmlichen Vorrechtes fließt Euer edles Blut nicht nur für Euch allein, es fließt für ganz Europa, das Euch bewundert und nachahmen wird. Erwägt daher die unermeßlichen Interessen, die Ihr in Händen habt; seid für die Ordnung so gelehrig, wie Ihr im Kampfe tapfer wart, und macht so Euerm Sieg allen Nationen, Eurem Schwestern, fruchtbar. — Ein unwiderrufliches Ereignis ist geschehen, man muß sich ihm unterwerfen. Einmal betreten durch eine vorgeblich republikanische Monarchie, haben wir 18 Jahre lang alle unsere Hoffnung betrogen, alle Versprechungen gefälscht, Alles, was das wahre Gefühl Frankreichs ausmacht, tief verwundet gesehen. Konnte man sich zum zweiten Mal einer ähnlichen Täuschung aussetzen? Ministerwechsel, Abdankung, Regentschaft, Alles das drehte sich in einem Zirkel, führte uns unvermeidlich zu dem Punkte, von wo wir ausgegangen waren, und brachte über Kurz oder Lang die Nothwendigkeit einer neuen Revolution hervor. Man muß daher jeden Versuch dieser Art kräftig abschneiden; die Revubtik ist nothwendig — so gut für uns, welche sie wünschen, als für die, deren politische Meinungen sie davon entfernen. Es gibt sich darin nur die Wohlfahrt Aller kund. Die Dynastie Orleans ist die letzte; sie nimmt jede Möglichkeit der Monarchie mit sich fort, und das ist der einzige Dienst, den sie Frankreich geleistet hat. Aber eine Republik, die nur einen Präsidenten an die Stelle eines Königs setzte und sich nicht ernstlich mit den arbeitenden Klassen beschäftigte, wäre ein eben so großer Betrug als die Monarchie. Bei einer so ernsten Arbeit, einer so schwierigen Aufgabe kann Europa uns weder behindern, noch entgegentreten. Unser Aoanigarde ist da: die Schweiz, Italien, Deutschland, das unter dem Joche kauscht, und Polen, das erwürgt, aber nicht getödtet ist. Das ist die Lage der alten Regierungen; greifen sie uns an, so sind sie verloren, greifen sie uns nicht

Digitized by Google

an, so sind sie ebenfalls verloren, das heißt die revolutionären und socialen Ideen werden in kurzer Zeit die alten abgenutzten Maschinen völlig erneuern."

„Die französische Republik hat also die Verpflichtung, die Gesellschaft auf ganz neuen Grundlagen zu organisiren. Wenn sie in diesem Angenblicke der Rettungsanker Aller ist, so hat sie ihrerseits als Rettungsanker diese sociale Erneuerung. Das ist die gebieterische Bedingung, ohne welche nichts Festes sich je erheben wird. Niemand kann gegen eine so billige Verpflichtung einen Einwurf erheben. Die so lange enterbten Klassen haben ein Recht zur Arbeit, zur Erziehung und zu einer Existenz, welche den Genuß der Vortheile der Civilisation ihnen nicht verschließt. Alles, was äußerlich dieser Bedingungen in Frankreich, und wie sagen selbst in Europa, gleichen wird, ist von vornherein ohne Bestand. So ist in unsern Augen die Republik eine Bedingung der Ordnung und Wohlfahrt im Innern; nach Außen der Friede wahrscheinlich, wenn man uns nicht herausfordert, und dann wehe denen, die herausfordern! Im Innern die Verbesserung des Loofes unserer Bevölkerung, nach Außen die Brüderschaft mit den benachbarten Völkern. Aber um dieses herrliche Ziel zu erreichen, ist der erste Schritt: Herstellung der Ordnung und folglich Oberstarm gegen die provisorische Regierung."

Wir geben nachstehend einige der wichtigsten Aktenstücke und Proklamationen, deren Inhalt wir zum Theil schon andeutungsweise erwähnt haben: „An die Bürger von Paris. Bürger von Paris! Die Aufregung, welche Paris beherrscht, könnte leicht, wenn auch nicht dem Siege, doch dem Wohlstande des Volks schaden. Sie würde die Wohlthaten der Siege aufhalten, welche die Bürger während der letzten beiden unsterblichen Tage errungen. Diese Aufregung wird sich binnen Kurzem legen. Die am 22. gestürzte Regierung ist gefloben. Die Armee kehrt von Stunde zu Stunde mehr zum Volke und seinem Ruhme zurück. Der Verrath, durch die Barrikaden unterbrochen, stellt sich vorsichtig aber schnell wieder her; die Lebensmittel sind gesichert; die Bäcker, die wir abhörten, sind auf 35 Tage mit Mehl versehen. Die Generale haben uns schnell und vollständig ihre Unterwerfung angezeigt. Eins nur verzögert noch die Wiederkehr der allgemeinen Gemüthsruhe: nämlich die Agitation des Volks, dem es an Arbeit fehle und das wenig gegründete Mißtrauen, das die Läden geschlossen und den Verkehr unterbrochen hat. Mengen wird sich diese Bewegung, die durch das leidende Volk hervorgerufen wurde, offenbar durch die Arbeiten legen, welche wieder beginnen, sowie durch Bildung der mobilen Bürgergarden, für welche die Einschreibung eröffnet ist. Nicht Wochen verlangen wir mehr von der Hauptstadt und dem Volke, um die volksthümliche Regierung und die für die Arbeit nöthige Ruhe herzustellen. Nur zwei Tage noch, und der öffentliche Friede ist gesichert! Zwei Tage noch, und die Freiheit steht unerschütterlich fest!! Zwei Tage noch, und das Volk wird seine Regierung haben!

Am 25. Februar, Abends. Französische Republik. „Die Regierung der französischen Republik verpflichtet sich, dem Arbeiter seine Existenz durch Arbeit zu garantiren. Sie erkennt an, daß die Arbeiter sich, unter sich assoziiren müssen, um die gesetzlichen Wohlthaten ihrer Arbeiten zu genießen. Die provisorische Regierung gibt den Arbeitern die Million zurück, welche für die Civilliste fällig war. (Unterz.) Garnier Pagès, Maire v. Paris, Louis Blanc, Glieder der provisorischen Regierung."

Der Appellationshof von Paris war heute (25.) versammelt. Der von der provisorischen Regierung zum Generalprokurator an die Stelle des Hrn. Delangle ernannte Hr. Aug. Portalis leistete folgenden Eid: „Ich schwöre Treue der französischen Republik und Gehorsam den Gesetzen des Königreiches." Er stellte folgenden Antrag: „Wir, Generalprokurator bei dem Hofe: In Betracht, daß die Minister des Erlöschen Louis Philipp, indem sie einen nicht durch das Gesetz verbotenen Akt (die Reformversammlung des 12. Bezirks) verboten, und indem sie auf mehreren Punkten von Paris Truppenmassen aufstellen ließen, mit dem Befehle, auf die Bürger Feuer zu geben, eines durch den Artikel 91 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Verbrechens angeschuldigt sind; daß in der That eine solche Handlung, wenn sie durch die Instruktion nachgewiesen wird, das Verbrechen eines Attentats ausmacht, welches zur Folge hatte, daß die Bürger und Einwohner veranlaßt wurden, sich gegeneinander zu bewaffnen, und daß Verwüstung, Mord und Plünderung über die Gemeinde von Paris gebracht wurde; in Betracht, daß in Folge dieses Attentats, und um dessen Vollzug zu sichern, diesethen Angeschuldigten an den Tagen vom Mittwoch 23. und Donnerstag 24. Febr. Instruktionen und Befehle ertheilten, auf die Bürger zu schießen, was, ebenfalls nachgewiesen ein durch unsere Strafgesetze vorgesehenes und bestrafles Verbrechen ausmachen kann; in Betracht, daß in allen Procedueen die Appellationshöfe, so lange sie keinen Beschluß darüber gefaßt, ob Grund vorhanden, die Verfetzung in Anklagestand auszusprechen, von Amtswegen, mag nun eine Instruktion schon begonnen sein oder nicht, gerichtliche Verfolgungen verfügen, die Dokumente herbeischaffen lassen, informiren oder informiren lassen und sodann Das, was erforderlich sei, dekretiren können; in Betracht dieses und der Umstände, worin wir uns befinden, und um allen Bürgern den Beweis zu geben, wie sehr ihre Magistrate Interesse nehmen an ihrem Wohle und an der Bestrafung solcher Verbrecher, wenn sie nachgewiesen sind: — beantragen Untersuchung gegen die bezeichneten Urheber oder, wenn Grund vorhanden ist, gegen deren Mitschuldige, nach den Bestimmungen des Artikels 235 des Kriminalprozeßbuches, und sofortige Berathung über diesen Antrag." Der Generalprokurator zog sich hierauf zurück und der Hof trat alsbald in Berathung. (Beim Abgang der Post wurde versichert, daß der Hof dem Antrage des Hrn. Portalis Folge gegeben habe.)

Eine Verfügung der provisorischen Regierung enthündet die Beamten ihres Eides gegen die gestürzte Staatsgewalt. Eine andere bestebt die Zurückerstattung aller Leihhauspfänder, auf die weniger als 10 Fr. vorgestreckt sind. Eine dritte bestimmt die Tuilerien zum Arbeits- und Invalidenhause. Eine vierte erklärt, daß die dreifarbige Fahne und der gallische Hahn beibehalten werden.

Die Nationalgarde, die in den letzten Zeiten kaum 60,000 Mann stark war, zählt jetzt 120 bis 130,000 Mann. Zur Handhabung der Stadtpolizei sollen 24 Bataillone „Stadtgarde" errichtet werden, die man aus Arbeitern zusammensetzen will. Wenn man glaubt, dadurch die bewaffnete Polizei losgewerden, so ist man seelich im Irrthum. Die Stadtgarde wird die abgeschaffte Municipalgarde ersetzen, wie die Municipalgarde 1830 an die Stelle der damals aus Paris verbannten Gendarmerie trat.

Die Herzogin von Orleans soll in dem Invalidenhause eine Zuflucht gefunde haben und von dort noch nach Eu gereist sein. — Hr. Lamartine beschäftigt sich mit der Abfassung einer Proklamation an die Völker Europas.

Im niederrheinischen Kurier lesen wir: „Hr. Odilon Barrot und seine politischen Freunde, Hr. Thiers und die Männer, welche unter seiner Fahne marschirten, die HH. Billault, Dufaure und die spärlichen Streiter ihrer kleinen Schaar haben sich zu zwei verschiedenen Malen versammelt, um sich über das Betragen zu verständigen, welches sie in Gegenwart der bedenklichen Umstände einhalten sollten, in die sich das Land versetzt findet. Wir beeilen uns zu sagen, daß mit Stimmeneinheit, und ohne daß die geringste Uneinigkeit einen Augenblick herrschte, drschlossen worden ist, daß die Männer des sog. Tiersparti, des linken Centrums und der Linken, deren Plane und politische Bestrebungen soeben durch die Ereignisse überflügelt worden sind, der neuen Regierung ohne Vorbehalt ihren Beistand leisten würden. Jedermann sieht ein, daß man vor Allem die Ordnung wiederherstellen muß. Hiemit wird es jedoch nicht abgethan sein. Die Regierung wird sich zu organisiren haben, sie wird die Gerichtsbehörden und alle unsere Verwaltungen neu konstituiren müssen, und bei dieser Aufgabe, welche lang und schwierig sein wird, ist es sehr gewiß, daß ihr die Erfahrung und die Geschicklichkeit der Männer heilsam beistehen wird, welche ohne die heute republikanische Meinungen geoffenbart zu haben, nichtsdestoweniger in allen Umständen Beweis von ihrer Anhänglichkeit für das Land gegeben haben. Wir sehen zum Beispiel nicht ein, warum der ehrenwerthe Hr. Odilon Barrot nicht zum ersten Präsidenten des Kassationshofes ernannt werden sollte. Wir sehen nicht ein, warum die Gerichtsbehörde der Einsicht so empfehlenswerther Männer wie Hr. Abatucci beraubt werden sollte."

Sehen hat Hr. Cremieux gezeigt, daß er das Vertrauen der provisorischen Regierung auch auf Männer übertragen will, welche ohne ganz seiner Ansichten zu sein, geneigt waren, sich ihm anzuschließen, da er soeben Hrn. Pieron und Hrn. Corne, zwei Männer, welche sich noch vor Kurzem dynastisch nannten, ersterem zum Rath am Gerichtshofe von Paris und letzteren zum Generalprokurator am Gerichtshofe von Douai ernannte. Es wäre allerdings gefährlich, alle wichtigen Stellungen des Staates in den Händen von Männern zu vereinigen, welche nicht seit lange Pfänder aufrichtiger Anhänglichkeit für die republikanischen Ideen gegeben haben; aber es wäre gleichfalls gefährlich, auf ihre Dienste gänzlich zu verzichten. Wir hoffen, daß die Weisheit der Männer, welche beauftragt sind, die Regierung auf festen Grundlagen wiederherzustellen, diese zweifache Klippe zu vermeiden wissen werden."

Digitized by Google

Andern Angaben zu Folge soll der Geist des Hrn. Thiers durch die Erschütterung der letzten Tage gelitten haben.

Die Bank hat am 25., wie man sagt, 6 Mill. Banknoten gegen baares Geld umgesetzt, die Diskontirung von Wechseln aber verringert. Hr. Rothschild hat der Regierung angezeigt, daß er die Verbindlichkeiten, welche er bei der letzten Anleihe übernommen hat, pünktlich erfüllen werde. — Die Kronjuwelen sind in den Staatsschatz abgeliefert. — Der Staat übernimmt die Erziehung der Kinder der in den Februartagen Gefallenen und die Entschädigung der Verwundeten und ihrer Familien. Sämmtliche Theater haben Vorstellungen zu Gunsten derselben Personen angekündigt. —

Man berichtet, daß am Morgen des 25. ein Haufe von 3 bis 400 Menschen mit der weißen Fahne und dem Rufe: Es lebe Heinrich V. durch das Palais Royal zog. Die neue Ordnung der Dinge befestigt sich übrigens nach allen Seiten hin. Sämmtliche in Paris anwesende Generale und Admirale haben der Regierung gehuldigt. In Lyon ist die Republik bereits ausgerufen; von Widerstand ist nirgends die Rede. Der Gesandte der Vereinigten Staaten hat sich auf das Stadthaus begeben und die provisorische Regierung anerkannt. Die übrigen Gesandten werden diesem Beispiele hoffentlich bald folgen. Eine Anzahl von Generalprokuratoren, als eifrige Anhänger des Guizot'schen Systemes bekannt, ist abgesetzt worden.

Wenn die Frankfurter Blätter unermüdlich sind, Gerüchte von einer Gegenrevolution in Umlauf zu setzen, so weiß Hedermann, was er von solchen Nachrichten, die von der Hauptstadt des deutschen Biersenschwindels ausgehen, zu halten hat. Die hohe Widerlegung dieser Spekulationsgerüchte ist übrigens eine telegeaphische Depesche des Ministers des Innern, aus Paris vom 27. Febr., um halb zwei Uhr Nachmittags datirt und Dienstfreyhe betreffend, welche berichtet, daß die Bevölkerung von Paris fortwährend in der vollkommensten Ruhe ist.

Paris, 27. Febr. Von Stunde zu Stunde ordnet und regelt sich die Bewegung, organisirt sich das Staatsgebäude, befestigt sich die Republik. Die Anzahl der meist vor den Barrieren verübten Exceße ist sehr gering, und diese fanden nur am ersten Tage Statt und beschränkten sich auf Zerstörung einiger Eisenbahngebäude, Wachstuben und städtischen Zollhäuser. Kein Menschenleben wurde der Rache, der Willkür, politischer oder persönlicher Abneigung geopfert; — Niemand wurde auch nur einen Augenblick lang insultirt oder auch nur unartig behandelt. Heute herrscht schon die größte Ordnung, Reinlichkeit und Ruhe — die Bewaffneten sind von den Straßen verschwunden — man sieht nur diejenigen noch, die gemeinschaftlich mit der Nationalgarde Dienst thun. Das Feuer im Palais Royal ist ganz gelöscht — dieser Palast, sowie die Tuilerien sind geschlossen und werden vom Volke bewacht. Aus beiden Palästen werden Versorgungshäuser für alte und unfähig gewordene Arbeiter gemacht werden. — In Guizots Hotel ist ein Hospital für die Verwundeten; auch dieses Gebäude soll eine philanthropische Bestimmung erhalten, die das dort vergossene Blut sühnt. — Alle Zeitungen, ohne Ausnahme, erscheinen — mehrere, wie z. B. die Presse, sogar drei Mal des Tags. Der Moniteur bringt bereits alle amtlichen Erlaße der provisorischen Regierung und heißt: Moniteur de la Republique. Ein neues Blatt ist bereits entstanden: la Republique, zahlreiche Andere werden folgen. Das Wappen der Julimonarchie ist überall verschwunden, selbst die Postwagen tragen schon die Aufschrift: Republique francaise.

Das Jenen d. D. erklärt sich heute für die Regierung und die Republik, ohne zu verhehlen, daß es den Sturz der alten Ordnung der Dinge betrauert. Es sagt: Mitten in den Stürmen, durch die Gott und die Völker ihre Macht zeigten, mitten unter dem Schiffbruche aller Täuschungen und Träume, über den Ruinen aller Hoffnungen und Bestrebungen bleibe die heilige Arche des Vaterlandes aufrecht und verfolge ihren geheimnißvollen Weg. Einigkeit und Ordnung seien die Losungsworte. Alles möge sich fest um die republik. Regierung scharen, alle guten Bürger sollen augenblicklich in die Nationalgarde treten. Europa richte seine Blicke ängstlich und erwartungsvoll auf Frankreich, es müsse sich daher seiner Aufgabe würdig zeigen und weder durch die Unordnung Schrecken, noch durch die Zwietracht Hoffnungen erregen.

Der Erzbischof von Paris im vollen Ornat, von seinen Großvikaren und Erzpriestern begleitet, hat sich gestern unter Vortragung des Kreuzes in alle Spitäler begeben, um die Verwundeten zu besuchen; überall wurde er mit der größten Achtung und Ehrerbietung empfangen.

Hier der Bericht einer Augenzeugen über die Abreise des Königs und der Königin aus den Tuilerien: „Ich stand am Pont tournant dicht am Eingang von dem Concordeplatz in die Tuilerien. Es war 1 Uhr. Da kam ein junger Mensch daher gesprengt und rief beständig, daß Louis Philipp abgedankt habe, Jeder solle die Nachricht verbreiten. Wenige Augenblicke darauf zogen sich in der Hauptallee des Tuilerriengartens Nationalgardisten zu Pferde; sie hatten, man möge das Unglück ehren, müde jeden Zuruf verweigert und durchaus keine Zeichen des Uebelwollens geben. Darauf verließ Ludwig Philipp, am linken Arm die Königin, das Gitter des Tuilerienhofes; er war bloß wie der Tod, als er an mir vorübergieng; er war schwarz gekleidet, mit einem runden schwarzen Hut und lehnte sich sehr stark auf den Arm der Königin; diese blickte trotzig und zornig um sich, während der König sehr scheu und ängstlich war. Sie war in großer Trauer. An dem Asphalt angekommen, der den Obelisken umgibt, hielt das kgl. Paar, mit seiner aus etwa 30 bis 40 Personen bestehenden Begleitung an, das Volk schrie: Vive la France! Vive la Reformot man drängte sich so dicht an Beide, daß der König den Arm seiner Frau fahren ließ, und einige Schritte rückwärts verlorte; man sah, wie er ängstlich nach seinem Wagen blickte. Ludwig Philipp stand auf dem Platz, wo Ludwigs XVI. Kopf gefallen war. Die Königin erschrad als sie den Arm des Königs nicht mehr fühlte, ein Mann aus dem Volke bot ihr den Arm mit den Worten: fürchten Sie Nichts Madame, geben Sie vorwärts, das Volk wird Ihnen Platz machen! Mit einer Miene voll Zorn wies sie den Arm zurück und warf ihm die Worte zu: „Lassen Sie mich!", dann ging sie auf den König zu, 2 niedrige einspännige Stadtwagen fuhren heran, es saßen mehrere Kinder darin, der König und die Königin stiegen ein, und die Kutscher peitschten während auf die Pferde los. Man schlug den Weg nach dem Wasser ein und verschwand auf der Straße nach St. Cloud. Hr. Crémieux hatte dem Königthum in den Wagen geholfen und den Schlag sodann geschlossen."

Zehn bis zwölf junge Legitimisten hatten es gestern Abend versucht, im Faubourg St. Germain eine legitimistische Demonstration zu machen. Sie erschienen im schwarzen Anzuge mit weißen Kokarden und Bändern auf der Straße. Das Volk, das sehr heiter war, schrie: Die Todtengräber! Die Todtengräber! — Die jungen Leute wendeten sich um an das Volk; „meine Freunde! Brave Pariser! Ihr habt einen elenden Usurpator gestürzt, — aber erinnert Euch an den großen König Heinrich IV. Proklamirt seinen Urenkel. Es lebe Henri V.!" Aber das Volk blieb in seiner humoristischen Stimmung; von allen Seiten ertönten unter schallendem Gelächter die Zurufe: „Ach! der liebe Prinz! — Heinrich V. — Ist er noch? — Ist er noch nicht todt? — Wie geht es ihm denn? — Erzählen Sie uns doch etwas Neues von ihm. — Nun er wird jetzt zufrieden sein. — Heinrich IV. ist todt und Heinrich V. brauchen wir nicht. Es lebe die Republik!" — Und donnernd ward den tausend Kehlen die Marseillaise angestimmt, so daß an jungen Legitimisten nicht mehr zu Worte kommen konnten und sich davon machten. Die meisten Legitimisten haben übrigens die Lage der Dinge richtig begriffen — sie sind froh, daß sie durch die außerordentlichen Ereignisse der letzten Tage aus einer ganz unhaltbaren und unnatürlichen Lage befreit sind, die schon lächerlich zu werden anfing. Fast alle bedeutenden Legitimisten des Faubourg St. Germain haben sich in die Nationalgarde ihres Stadtbezirks einschreiben lassen. — „Heinrich IV. ist todt — Heinrich V. ist unmöglich, — es lebe die Republik."

Merkwürdig ist überhaupt die Art und Weise, wie sich die Parteien verhalten, Alles drängt seine Wünsche und Hoffnungen zurück, um nur vor Allem die Regierung klar, die Ordnung gesichert zu machen, Niemand denkt daran zu polemisiren, und man sieht selbst keinen Versuch nahen, die Revolution und die Republik zu kompromittiren. Die Haltung der Journale ohne alle Ausnahme ist musterhaft; von der Reforme bis zum Journal des Débats ermahnen alle zur Ordnung, zur Eintracht, zur Rückkehr zu den Geschäften. Alle Schlagworte des ehemaligen Schreckenssystems haben ihre Kraft verloren. Kein Mensch mag es auf sich nehmen, die neue Republik durch Blut, Raub, Verfolgung und Zerstörung der Parteien zu schänden und gehässig zu machen. Vom Erzbischof bis zum Redakteur der kommunistischen und atheistischen Blätter vereinigt sich Alles in dem einen Gedanken, die französische Nationalität sicher zu stellen, die Republik groß und hocherzig erscheinen zu lassen, die provisorische Regierung in allen ihren Planen zu unterstützen.

Diese Einstimmigkeit hat bis jetzt die schönsten Früchte getragen; der Kapitalist zeigt Vertrauen und erkennt es durch große Geschäfte an; der Geschäftsmann eröffnet seinen Laden, der Handwerker seine

Digitized by Google

Werkstätte; die Straßen ebnen sich; die Börse beginnt ihre Operationen; das Volk drängt sich zum regelmäßigen Waffenexerzieren — aber Alle hoffen eine glückliche, heitere Zukunft!

Nachmittags am 27. wurde die Republik feierlich ausgerufen. Wir erhalten über dieses politische Fest die folgenden Mittheilungen:

Abends 4½ Uhr. Wir kommen soeben vom Bastillerplatz zurück. Die provisorische Regierung hat sich in Corpore dem Volke gezeigt. Die ganze ältere Pariser Nationalgarde, 13 Legionen, im Ganzen etwa 60,000 Mann, war der Länge der Boulevards nach, von der Rue Meuwmartre bis hinab an die Julisäule, etwa eine Stunde Weges, aufgestellt. Zwischen ihnen gingen bereits Kompagnien der mobilen Bataillone, ohne Uniform und höchst unvollständig bewaffnet. Nationalgardisten in Uniform kommandirten sie. Ungefähr um 3 Uhr erschienen die Mitglieder der provisorischen Regierung am Fuß der Julisäule. Sie kamen vom Stadthaus durch die Rue St. Antoine zu Fuß an. Sie waren einfach schwarz gekleidet und trugen die dreifarbige Schärpe. Die Republik wurde unter dem Beifallauchzen einer unabsehbaren Menge proklamirt; die Nationalgarde schwor den Fahneneid, zuerst der Generalstab des Kommandanten und dieser selber, dann der Stab jeder einzelnen Legion. Der alte ehrwürdige Dupont de l'Eure von fünfzigjähr. Verdiensten Arbeiten ermüdet, fuhr in einem Wagen nach Hause; Arago ging mit Courtais zu Fuße weg. Alle bürgerlichen und geistlichen Behörden kamen herbei, um der Republik Treue zu schwören; die Schüler der polytechnischen und der Militärschule von St. Cyr wenn vollzählig. Alles ging mit der höchsten Ordnung zu, und die provisorische Regierung feierte den Triumph, noch so großen Tagen der Aufregung vielleicht 280,000 Männer versammeln zu können, die ihr alle ergeben sind.

### Italien.

Neapel, 19. Febr. Der Allg. Zeit. wird geschrieben: Morgens 11 Uhr. Soeben erhalte ich nach Briefe aus Palermo v. 17. d. Auf den 20. ist das allgemeine Parlament einberufen. Admiral Parker liegt vor Palermo mit 4 Linienschiffen, 1 Fregatte und 1 Dampfschiff. Lord Minto wird von den Palermitanern erwartet. Mehrere Briefe reden von einer porkets anarchia. Ein gewisser Santoro wurde des Verraths beschuldigt: man behauptete, er habe Briefe vom Könige empfangen. Er floh, wurde aber vom Volke ermittelt und erschossen. Er war ein Gerber und gehörte der Epoche von 1820 an.

(Nach Berichten desselben Blattes sanden in Palermo sehr beklagenswerthe Exzesse der Volkswuth Statt; die Annahme der englischen Vermittelung ist an die Beibehaltung der Konstitution von 1812 geknüpft).

### Handels- und Börsennachrichten.

* Frankfurt a. M., 29. Febr. Bei dem kritischen Zustande, in welchen die unerwarteten Ereignisse in Frankreich die Börse versetzen, war auch gestern um heute weder an Geschäfte noch an Kursnotirung zu denken. Es war sogar in Vorschlag, die Monatsliquidation zu verschieben bis das Wiedereintreffen von Pariser Renten-Kursen eingermaßen die Anstellung eines Durchschnittskurses der Effekten gestatten würde. Die Rücksicht jedoch, daß die Annahme und Ablieferung der Papiere auch den Fortgang der Wechselzahlungen bedingt und eine Störung hierin die bedenklichsten Folgen haben könnte, ließ jene Idee wieder aufgeben. So ging denn die Liquidation heute von Statten, und zwar für die gegenwärtigen Verhältnisse ziemlich gut. Die Verbindlichkeiten wurden soweit möglich gegen Baarzahlung, theilweise auch durch Stornirung oder Abrechnung nach bedungenen Kursen größtentheils geordnet. Das Eintreffen der Pariser Post am 26. d. M. beruhigte wenigstens insofern, als man die direkte Verbindung wieder hergestellt weiß.

### Eingegangene Beiträge für die Armen in Oberschlesien:

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag . . . . . | 3718 fl. | 23 kr. |
| Sammlung hier stubirender Preußen | 150 „ | — „ |
| Pr. B. dahier . . . . | 4 „ | — „ |
| Von einer Gesellschaft junger Leute, gesammelt durch E. F. . . | 13 „ | — „ |
| | 3885 fl. | 23 kr. |

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus

[132]

Niederländische

**Dampfschifffahrts-** **Gesellschaft.**

**Erste Abfahrt am 22. Februar.**

Verkehr geht jeden **Montag, Dinstag, Donnerstag und Samstag**, Morgens 5 Uhr, ein Boot in 2 Tagen direkt **ohne Umladung nach Rotterdam.**

Mannheim, Febr. 1848.

**Die Agentur.**

[153] In der Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim ist erschienen:

Die vierte Auflage
von
**Berthold Auerbach's**
**Schwarzwälder Dorfgeschichten**
mit zahlreichen Holzschnitten
in Umschlag broschirt 1 Thaler oder 1 fl. 45 kr.

Durch diese schön ausgestattete Ausgabe zu äußerst billigen Preisen hofft die Verlagshandlung einem deutschen Originalwerke von allerhand hohen Werthe eine Verbreitung zu verschaffen, die es gewiß mehr verdient, als die Verdeutschungen ausländischer Romantik.

[154] **Geschäftsverkauf.**

In einer gewerbsamen Stadt der französischen Schweiz, von 15,000 sehr wohlhabenden Einwohnern nebst einer nicht minder bedeutenden und bemittelten Umgegend, sucht man einen Käufer zu einem **Knopfmachergeschäfte**, welches das Einzige daselbst und in einer Umgegend von 20 Stunden ist; auch nach Belieben mit dem Posamentier-Berufe betrieben werden kann, so wie es bisher geschah. Wiewohl dasselbe schon eine große Kundschaft besitzt, so könnte sie doch noch bedeutend vermehrt und zu einem der ersten Geschäfte dieser Art erhoben werden, wenn es mit einem Laden dieses Fachs verbunden würde. Da dasselbe bis jetzt in einem gemietheten Lokale betrieben wurde, so könnte man es unter sehr billigen Bedingungen sogleich überlassen. — Die Niederlassungsbewilligung daselbst ist ebenfalls leicht und mit sehr geringen Kosten von einigen Thalern auch für Nichtschweizer zu erhalten. Wo? sagt die Exped. d. Bl. gegen portofreie Briefe.

[155] Bei Fr. Bassermann in Mannheim ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Stehendes Heer**
und
**Volkswehr,**
ein Beitrag zu der Bewaffnungsfrage der Gegenwart,
von einem **deutschen Offizier.**
Geh. 9 Bogen. ½ Thlr. (48 kr.)

Wer über die äußeren Gefahren, die dem Vaterlande drohen, und über die Mittel zur Abwehr nachdenkt, der sucht sich auch die Frage zu beantworten: ob in unserer Zeit und künftig das stehende Heer zur Landesvertheidigung genügt, oder neben demselben eine Volksbewaffnung (Landwehr) nöthig ist, oder ob letztere hinreicht und das stehende Heer entbehrlich macht. Bisher haben sich die meisten Stimmen für das Bestehen der Linie und der Landwehr neben einander ausgesprochen. Der Verfasser dagegen entscheidet sich für die Volkswehr allein und begründet seine Ansicht durch die Geschichte und die Wissenschaft. Wir wir sich von der Vorurtheilen freigemacht, welche in den Reihen der stehenden Heere gegen die Volkswehr erhalten, so ist auch seine Sprache lebendig, einfach und klar, und das Verständniß der Schrift verlangt keine technischen Vorkenntnisse. In unserer Zeit, wo in deutschen und italienischen Landen die Volkswehr verlangt und eingeführt, in Amerika und in der Schweiz ihre Tüchtigkeit bewährt wird, hat die Schrift eine tief in die Verhältnisse eingreifende Bedeutung und wird das Bestehen haben, die Bewaffnungsfrage in den weitesten Kreisen zur Erörterung zu bringen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ernst Behrend in London, 15 Newgate Street. Für Amerika, Belgien, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man Schiffe der H. A. Meyerschen Expedition in Bremen, Paris 28, Rue Notre Dame des Victoires.

# Deutsche Zeitung.

Die Haupt-Debitoren besorgt das Großh. Geh. Hofrath Winter in Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post dagegen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 63. Heidelberg, Freitag 3. März. 1848.

## Uebersicht.

**Die Tagesereignisse.** — **Posen** (russische Streitkräfte an der österreichischen Grenze). **Aus der Provinz Sachsen** (Versassungsgesuch in Dessau). **Stuttgart** (ältere Bewegung der Gemüther. Einer Adresse an den König der Druck verweigert, die Berathung und Erlassung derselben dem ständischen Ausschuß anheimgegeben). **Karlsruhe** (die Deputation in Karlsruhe. Das Preßgesetz von 1831 wieder hergestellt. Kammerverhandlungen vom 29. Febr. u. 1. März). **Hanau** (Reformbewegung). **Frankfurt a. M.** (Erklärung der Bundesversammlung).

**Belgien.** Brüssel. Die Bürgergarde. Versammlung der internationalen demokratischen Gesellschaft. Lüttich. Aufruf an die Bürger.

**Großbritannien.** Eindruck der neuesten Pariser Nachrichten. Journalismus darüber. Die Einkommensteuer und das Ministerium. M. Chr. über das Zutrauensvotum der Lords und Commons.

**Frankreich.** Musterhafte Haltung der Pariser Zeitungen aller Farben. Selbst der Nationalwill Frieden mit dem Auslande. Die Aufgabe der innern Organisation, besonders die ökonomische Seite derselben. Sammlung für die Verwundeten. Verwüstung einiger Landhäuser. Ein ehrlicher Finder. Noch einige Einzelnheiten über die Flucht des Königs. Todesurtheile für die Gefallenen. Ein Club. Polnische Legion. Bou Maza entflohen. Pest vom 28. Amtliche Maßregeln. Gute Nachrichten aus den Provinzen. Volksjustiz gegen Diebe. Die Ordnung bleibt. Sparkasse nicht bestürmt. Der König in Dreux. Vergleichungspunkte zwischen Karl X. und Louis Philipp. Bewegung in Lyon.

**Italien.** Mailand. Aufregung.

**Rußland.** Von der russisch-polnischen Grenze. Note an die Österreichische Regierung.

## Heidelberg, 3. März.

Die großen Staaten im Osten Europas haben ihre Bildung und ihren Umfang wesentlich Einem Verhältnisse zu danken, das aufgehört hat zu wirken: dem Eindrang der asiatischen Horden, zuletzt der Begründung der türkischen Herrschaft in Europa. Bei Oesterreich ist dies vorzugsweise sichtbar. Erst seit dem Fall von Konstantinopel begann die dynastische Politik in Oesterreich, die den Staat allmählich zu dieser Größe anschwellte. Mit dem Aufhören der Ursache hört die Wirkung auf. Der türkischen Macht allein gegenüber würde dieser Satz schon längst an Oesterreich seine Wahrheit erprüft haben; nur Rußland gegenüber fand es selbst Napoleon nöthig, Oesterreich aufrecht zu erhalten. Sollten je die Ereignisse den moralischen Nimbus, die physische Masse der russischen Macht erschüttern, so würde die letzte Ursache wegfallen, die die Welt dahei interessirte, Oesterreich, wie friedlich es sei, in dieser kriegsgünstigen Größe zu erhalten. Sich mit eigner Anstrengung aber, auch Europa zum Trotze, in dieser Macht zu erhalten, ist Oesterreich ganz nicht im Stande. Seine Geschichte ist seit lange auf der Neige und im abhinkenden Viertel; nur eine durchgreifende Verjüngung wird ihm ein neues Leben geben.

Dieser Verjüngung Oesterreichs zeigt sich von dem Moment an, wo es unter Ferdinand II. seine eigentliche Bestimmung zu vergessen schien. Diesem Regenten glückte die Aufrechthaltung seiner Macht gegen Osten hin, aber die Richtung dieser Macht gegen Westen, gegen Deutschland und seine Unabhängigkeit mißglückte. Vorher war die Geschichte von Oesterreich die Geschichte einer Reihe von Staatenverbindungen, seitdem ist sie eine Geschichte beständiger Ablösungen (Elsaß, Schlesien, Belgien), eines beständigen Rückgangs aller seiner Unternehmungen, die Geschichte eines verfallenden Staates. Dies ist nicht etwa die Grille eines Schreibers, der Oesterreich gern finden sähe, sondern es ist eine Bemerkung von Gentz, als er noch unbefangen und nicht in österreichischem Dienste war. Wie bemerken nur diese wahre Lage Oesterreichs weniger deutlich wegen der Nähe der Verhältnisse, wegen des Fortbestandes einer Scheinmacht, und weil wir nicht geübt sind, und geschichtliche Lagen in die Ferne der Zeiten zu rücken. Oesterreich hat in dem spanischen Erbfolgekriege gestrebt, die Zeiten Karls V. zu erneuern, aber Europa litt diese Herstellung einer solchen Uebermacht nicht. In dem baierischen Erbfolgekriege bedrohten zwei Nachbarn Oesterreichs Macht und Rang und versteppten seinem Ansehen in Deutschland tödtliche Schläge. Der siebenjährige Krieg, in dem Oesterreich ganz Europa gegen den preußischen König waffnete, konnte ihm Schlesien nicht wieder gewinnen, und die schnelle innere Entfremdung dieser Provinz verrieth, was Oesterreich in allen künftigen Kollisionen am meisten zu fürchten haben würde. Rußland stieg empor; ein gefährlicherer Nachbar als die Türkei je gewesen war! Aber Oesterreich, immer dieser Gefahr bewußt, immer im Wunsche sie zu beseitigen, hat ihr nie mit gerader Kraft zu begegnen getraut, hat Bundesgenossen gegen Rußland gesucht, sie aber nie mächtig und zahlreich genug gefunden, um mit Entschiedenheit zu handeln; es lagern mehr denn große Kanäle im Orient und hat nie Anstalt gemacht, weder ihn kräftig zu wehren noch ihn mächtig zu theilen. Die Kriege mit Frankreich haben die Haltlosigkeit und die Geistlosigkeit dieses Staatenkonglomerats jedem künftigen Angreifer an den Tag gelegt; die zweite Hälfte Napoleons hat das Reich vor gewaltsamer Auflösung oder vor dem Untergang durch Verschmachtung bewahrt; und hierin war die Tiefe der Demüthigungen gelegen. Nur eine so unverhoffte Koalition gegen Frankreich (1813) und eine Zeit der völligen Erschlaffung nachher konnte dem öfterr. Staate den Schein einer großen Macht erhalten und seinem Lenker den Namen eines großen Staatsmannes verschaffen. Oesterreich hat in Deutschland all seinen Einfluß verloren, im Orient hat es nie einen besessen; wie sind ihm Beispiele von Thatsachen, die es beweisen, daß es die gewöhnlichste Ehre seiner Konsulats- und Schiffbrüderen im Oriente nicht zu schätzen weiß. Das Beharren auf dem Systeme des Friedens um allen Preis, auf dem Systeme des Stillstandes im Innern, das Schmollen mit dem Zeitgeiste, der Rückzug von jeder großen Kollision hat es nun dahin gebracht, daß jetzt auch der Schein, der Nimbus von Oesterreichs Macht vor den Augen der Menschen zergeht. Noch vor 20 Jahren stand Oesterreich im Glanze aller Größe da, in den Augen aller Friedlichen und aller Konservativen geschehrter als irgend ein Reich in Europa, und jetzt erklären, wie plötzlich einstimmig gemacht, deutsche, schweizerische, französische, englische Publizisten, Historiker, Publicisten, daß Reich demüthiger sei, als die Zerstückelung dieses Staates, wenn irgend eine große Bewegung die Welt ergeiste.

Die ältere Geschichte seit den Habsburgern ist wesentlich Regentengeschichte; dynastische Geschicklichkeit und Kraft hat den Staat geschaffen und vergrößert; sie allein konnte ihn in dieser gegenwärtigen Gestalt noch nothdürftig erhalten. Aber Dynastenfamilien altern früher als die Staaten selbst. Wie lange ist es schon her, daß in Oesterreich nicht die Regenten, sondern ihre Bezirr herrschen! Dabei stammt denn diese fluchtbare Macht der Burreaukratie; die das Mark politischer Aktivität längst aus Oesterreichs Politik ausgelogen und den Spott eines bekannten russischen Memoieres verdient hat: daß es in Oesterreich nie an Maximen gefehlt habe, daß seine Thätigkeit gros gewesen sei, selten seine Thaten. Hormaye hat bemerkt, daß, ähnlich wie in der Türkei, Erbfeindschaften zwischen den Mitgliedern des Kaiserl. Hauses, Verfolgung, Verdächtigung von Bringen herkömmlich in diesem Hause war; es sagen Palastrevolutionen oft nahe, und es fand sich nie die Energie, sie zu bewerkstelligen. Selbst den hervorragendsten Männern dieses Hauses in neuerer Zeit fehlte immer der Schlußstein zu großen Charakteren; dem edlen Joseph entging die äußere Thatkraft, die erst den Staatsmann abschließt; der kriegskundige Erzherzog Karl war in der Zeit, wo er das größte Vertrauen besaß, schwach, ohne Energie, in der Hand von schlechter Umgebung, und Russen und Engländer machten Anschläge auf ihn, ihn zu benutzen und unter seinem Ansehen Oesterreich zu leiten und zu regieren. Ein unverdächtiger Mann wie Gentz hat auch diese schwache Seite des dynastischen Elements in Oesterreich wohl gekannt. Es hat sich gezeigt, daß das Vetirat auch nicht das Institut ist, das diesen Staat retten wird. So gehe man denn mit entschlossener Kraft daran, die Selbstthätigkeit des Volkes zu wecken, dem deutschen Geiste Eingang in Oesterreich zu geben, die Wiederüberung mit unserer Nation herzustellen, das engste Zusammenwachsen aller äußern und innern Gaben und Interessen zu befördern. Höre man endlich, da man bereits zu fühlen anfängt! Die edlen Herzen und die freieren Einsichten in der kaiserlichen Familie, der Adel und die Stände, die Kapacitäten und das Bürgerthum

Digitized by Google

sollen sich wetteifernd bemühen, den wunderlichen Druck abzuwerfen, der diesen Staat an den Rand des Abgrundes trieb, den eingebildeten Druck eines Alps, die Bluttaufe, von der eine kräftige Auffrischung schnell und eine gesunde Bewegung dauernd befreien wird.

**Preußen.** Posen, 24. Febr. Die Weserz. berichtet: Nach gestern eingegangenen glaubwürdigen Nachrichten bestätigt es sich vollkommen, daß die Russen bedeutende Streitkräfte, über welche Fürst Paskiewicz den Oberbefehl führen wird, an der österreichischen Grenze zusammenziehen. Das ganze hier aufgestellende Korps, von dem erst ein Theil an den Bestimmungspunkten eingetroffen ist, soll auf 60,000 Mann gebracht werden. Für diese Truppen stellt sich aber ein großer Uebelstand dadurch ein, daß nunmehr auch in den südlichen Kreisen des Königreichs Polen, gleich wie in Galizien und Oberschlesien, in Folge schlechter oder mangelnder Lebensmittel, sich der Hungertyphus eingestellt hat, welcher die dortige arme und in Wohnung und Lebensmitteln durchaus unordentliche Bevölkerung, indem sie dem Branntweingenuß übermäßig ergeben ist, in furchtbarer Weise decimiren soll. Freilich wird die dortige Regierung schwerlich solche Anstrengung zur Linderung des Uebels machen wie die preußische in Schlesien, und noch weniger wird die Privatwohlthätigkeit ihr zu Hilfe kommen.

Aus der Provinz Sachsen, 23. Febr. Briefen aus dem Dessauischen zufolge soll der dortige Herzog jetzt fest entschlossen sein, seinem Lande eine Verfassung zu ertheilen, ohne dabei eine Entschädigung von Seite Anhalt-Bernburgs länger abwarten zu wollen. (Nach. Z.)

**Württemberg.** ƒ Stuttgart, 28. Febr. Eine ungeheure Aufregung haben die jüngsten Nachrichten aus Paris in unserer Stadt hervorgebracht. Man verschlingt die Zeitungen; das Bureau des schwäbischen Merkurs, der Morgens Extrablätter ausgibt, wird förmlich belagert. Man regt sich aber auch. Eine kräftige Adresse an den König ist vorbereitet, worin dargethan wird, wie jene Vorfälle uns mahnen, es nicht gleichfalls zum Aeußersten zu treiben. Es werden die Hauptbeschwerden, die einer freien Entwickelung, einem heilsamen gegenseitigen Vertrauen zwischen Regierung und Volk entgegenstehen, bezeichnet und gefordert: volksthümlichere Gestaltung des deutschen Bundes, volle Preßfreiheit, Volksbewaffnung, eine Bürgerwehr als Schützerin der Verfassung, das Recht der freien Versammlungen u. s. w. Die Eingabe soll gedruckt und überall bald verbreitet werden, um in den weitesten Kreisen Zustimmung zu finden. Die Censur hat den Druck verhindert, die Eingabe sei nicht in Uebereinstimmung mit den Censurgesetzen. Tief müssen wir beklagen, daß Angesichts einer Zeit, wie der jetzigen, das Ministerium sein Heil noch im Verbot der Aeußerung des Volks sucht, das es nicht begreift, daß einzig und allein im Bunde mit dem Volke jetzt das Wohl Deutschlands und der Regierungen selbst ihre Stärke gegen Außen und gegen die leider nur zu leicht erregten Leidenschaften liegt. Was thut die Regierung? Statt die Bewegung der Zeit wohlthuend in ihre Hände zu nehmen, verbietet sie die freie Meinungsäußerung der Bürger, sie läßt nicht von den Placereien der Censur; sie ärgert sich, wenn in einer Gesellschaft die Marseillaise angestimmt wird. Die Adresse ist noch nicht der Unterzeichnung unterstellt; der Kanzler v. Wächter hat heute Abend die sämmtlichen ehrn hier anwesenden Abgeordneten versammelt. Der ständische Ausschuß soll jene Adresse statt des Volkes erlassen; die Wünsche der Adresse gleichfalls darin zu geben, hat der Kanzler zugesagt. Es ist nun für heute noch zugewartet worden, um erst zu sehen, was der Ausschuß thun wird. Wir rechnen auf den Vorgang Badens. Mögen auch unsere Stände bald Bassermann's und Welcker's Motion zu berathen haben, mögen sich zu Deutschlands Wohl seine Volksvertreter aus den verschiedenen Ländern vereinigen!

ƒ Stuttgart, 29. Febr. Alles bewegt sich, Jedermann ist in der höchsten Aufregung. Nach Tische kann man auf der schnell zum Corso gewordenen Planie und Neckarstraße Minister und Abgeordnete, Bürger und Beamte in der eifrigsten Debatte sehen; interessant ist immerhin, wenn sich der Minister v. Berolding mit dem Abgeordneten Römer unterhält. Demonstrationen, Agitationen auf Grund der Ereignisse in unserm Westen sind Gegenstände des Erwartens und anderseits Besürchtens. Auf Baden schauen wir mit der gleichen Spannung wie hinüber über den Rhein. — Die ständische Ausschußversammelte sich heute, um über Erlassung einer Adresse an den König zu beschließen. Es ist bekannt, daß seine Zusammensetzung mit der Kammermehrheit übereinstimmt, bloß Duvernoy gehört aus seinen Mitgliedern zur bisherigen Opposition. Aber eine andere Luft weht; sie wird, glaubt man, auch den Präsidenten Wächter leiten; die Petita, welche in der von Römer verlassen Adresse gestellt sind — die gleichen wie in Karlsruhe und Mannheim — sollen aufgenommen werden. Aber diese Thätigkeit des Ausschusses wird nicht genügen. Man hat im Volke nicht genug Vertrauen, und daß, wie ich gestern schrieb, jene außerkammerliche Adresse nicht einmal zum Drucke gelangen konnte, ist wahrlich nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken; eine solche Maßregel ist im Interesse der Regierung selbst tief zu beklagen. Die Zeit ist so kostbar, einige Tage ein Gewinn; warum hält in ihnen noch die Regierung am alten System fest? Jetzt, besonders nach den badischen Volksversammlungen, werden solche bei uns nicht ausbleiben, freilich wir müssen dazu erst politische Erlaubniß einholen, und wer steht dafür, ob diese in Uebereinstimmung mit dem Censurstrich nicht verweigert wird? Auf der einen Seite das bisherige System, seit Jahren konsequent und stark, auf der andern die öffentliche Meinung, der Geist der Zeit, der mit Riesenschritten wandelt von den Reformen Pius IX durch die schwüler, die italienischen Verhältnisse bis zu den Februartagen in Frankreichs Hauptstadt.

**Baden.** * Karlsruhe, 29. Febr. Der Andrang von Zuhörern in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer war ungeheuer. Als die Minister v. Dusch, Bekk, Treffurt und Major v. Böckh in den Saal traten, herrschte die tiefste Stille. Viele Mitglieder der Kammer drängten sich um sie her und sprachen eifrig mit ihnen. Nachdem die Sitzung von dem Vicepräsidenten Baader eröffnet worden, überreichten mehrere Abgeordnete Petitionen. Stößer übergab eine Petition von Karlsruhe für alsbaldige Herstellung der Preßfreiheit, der Schwurgerichte, Volksbewaffnung und ein deutsches Parlament. Diese Petition war gestern in einer zahlreichen Bürgerversammlung beschlossen und durch zwei der Sitzung durch eine Deputation überbracht worden. Der Redner erklärt die Petition als einen Beweis, daß Karlsruhe nicht zurückbleibe, wo es gelte, für gerechte Forderungen des deutschen Volkes, deren Verwirklichung durch die Zeitereignisse dringend geboten ist, aufzutreten. v. Soiron übergab eine ähnliche Petition von Turnern aus Karlsruhe; Baum eine Petition um Preßfreiheit und Schwurgerichte von Lahr. Hierauf ergriff Min.-Präsid. Bekk das Wort und sprach: Es ist eine schwere Zeit, in der wir leben. Die großen Ereignisse in unserm Nachbarstaate sind geeignet, die politische Welt ganz aus ihren Fugen zu bringen, alle Leidenschaften zu entzügeln, alle Bande der Ordnung aufzulösen. — In solchen Momenten darf der Staatsmann den Kopf nicht verlieren, und Alle, die sich für das Wohl Ihres Gesammtheit zu wirken berufen sind, müssen sich jetzt doppelt aufgefordert fühlen, für die allgemeine Beruhigung thätig zu sein. Die Regierung ihrerseits ist entschlossen, wenn gleich mit Beachtung der Verhältnisse und mit großer Umsicht, alle Kraft aufzubieten, etwaige Unordnungen niederzuhalten und Verbrechen zu unterdrücken. — Mitten in den Stürmen muß die Regierung feststehen, — mit der Gesetzkraft muß ihr Muth wachsen. — Ich hoffe, meine Herren! Sie werden uns darin unterstützen. Auf der andern Seite ist die Regierung bereit, auch ihrerseits Alles zu thun, was zu einer Beruhigung beizutragen geeignet ist. Namentlich soll in Dingen, die man im Allgemeinen für gut hält, die aber nach dem gewöhnlichen Verlaufe der Dinge noch mehrere Stadien zu durchlaufen hätten, rascher vorangeschritten werden. Zuerst bezeichne ich in dieser Beziehung die Bewaffnung der Bürger. Die Regierung fügt sich auf die Treue und Anhänglichkeit des Volkes. Dem Volke, welches Interesse hat an der öffentlichen Ordnung, an die seine eigene Existenz, seine Freiheit geknüpft ist, soll die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung anvertraut werden. Um Dies zu ergielen, soll überall schleunig eine bewaffnete Bürgerwache organisirt werden. Wie haben die Anordnung getroffen, daß unverzüglich ein diesfallsiger Entwurf gefertigt werde. Wegen der großen Eile der Sache werden wir, sobald der Entwurf bearbeitet ist, denselben als Provisorium sogleich vollziehen und ihn dann Ihnen, meine Herren, zur nachträglichen Genehmigung vorlegen. Weitere Eröffnungen in Bezug auf die Presse und auf Einführung der Schwurgerichte werden Sie, meine Herren, aus dem Munde meiner Herren Kollegen vernehmen.

Staatsminister v. Dusch. Meine Herren! Die langen eifrigen und aufrichtigen Bemühungen der Regierung zur Herbeiführung eines Bundespreßgesetzes setze ich als hinlänglich bekannt voraus. Ich sage davon Nichts weiter, und erinnere nur statt allem Anderen an die Worte der Thronrede. Unterdessen hat sich die Regierung überzeugen müssen, daß die Berathungen bei der Bundesversammlung auch bei dem besten Willen sich zu sehr in die Länge ziehen werden. Sie hat deßhalb bereits dem Gesandten in Frankfurt die Instruktion zugehen lassen, der Bundesversammlung anzuzeigen, daß die Regierung bei voraussichtlich längerer Verzögerung in dem Fall sein werde, bis zum Zustandekommen der Bundesbeschlüsse von sich aus einstweilige Anordnungen hinsichtlich der Presse zu erlassen, und daß sie darauf vertraue,

Digitized by Google

die Bundesversammlung werde ihre Gründe würdigen, wenn sie ein von den Ständen wie von der Regierung selbst längst erkanntes unabweisbares Bedürfniß für ihr Land nicht länger unbefriedigt lasse. — Die Regierung hat sich daher auch entschlossen, in ganz kurzer Zeit solche einstweilige Anordnungen unter Aufhebung der Censur bis zum Eintritt der erwarteten Bundesbeschlüsse über die Presse zu erlassen. Meine Herren! Nur noch wenige Worte lassen Sie mich dieser Regierungserklärung beifügen. Ich schließe mich in diesem großen Momente, in dem wir heute versammelt sind, von ganzer Seele den ernsten, würdigen und kräftigen Worten an, die Sie so eben von meinem verehrten Kollegen gehört haben. Lassen Sie uns einig, ruhig und fest sein, und gedenken Sie der Worte des großen Deutschen, der bei der Schilderung einer ähnlichen bewegten Zeit spricht:

„Der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist,
Der wemehret das Uebel und breitet es weiter und weiter."

Staatsrath Treffurt. Es sind kaum zwei Jahre, daß ich in diesem Saale von der Deputirtenbank aus sprach: Ich sehe den Tag kommen, an welchem das Schwurgericht ohnerachtet meines dagegen vorgebrachten Bedenkens eingeführt werden müsse. Ich gestehe es, ich glaubte damals nicht, daß dieser Tag schon im J. 1848 eintreten werde. Allein wer verkennt das Gewicht der Zeit, welche in den letzten Tagen hereingebrochen ist, einer Zeit von so schwerer Bedeutung, daß von ihr Tage, ja Stunden mehr wiegen, als Jahrzehnde der gewöhnlichen Art. In Anbetracht dieser Zeit hielt ich den Augenblick gekommen, wo die Bedenken, welche ich gegen das Institut der Geschwornen, bloß vom juristischen Standpunkt aus, gehabt, als geringfügig verschwinden; ich hielt es deßhalb für Pflicht, in meiner Stellung als Chef der Justiz, meine Ueberzeugung höchsten Orts auszusprechen, daß es am Platz sei, jetzt sogleich den Gesetzentwurf über die Gerichtsverfassung einer Umarbeitung zu unterwerfen, welche auf das Schwurgericht gebaut ist, und ich bin ermächtigt, Ihnen zu erklären, daß die Regierung sich sofort diesem Geschäft unterziehen, und so bald als thunlich die entsprechende Vorlage machen wird.

Kapp erinnert, daß er erst vor wenigen Tagen ausgesprochen habe: Auf Machiavellistische und jesuitische Bestrebungen folgen Umwälzungen; er erinnert ferner an den Satz des Aristeteles: Jedes Volk hat die Verfassung, die ihm gebührt. Er erwartet, daß die Bewaffnung der Bürger, die heute angekündigt worden, nicht den alten polizeilichen Charakter haben, sondern der That nach eine Volkswehr sein werde. Für die freie Presse haben wir ein Gesetz; das Volk wird erwarten, daß es alsbald wieder in Kraft trete. Das Schwurgericht ist uns ebenfalls zugesagt. Allein es bleiben noch viele dringende Wünsche unerwähnt. Der Redner hat Nichts vernommen von einem gerechten Steuersystem; Nichts von vollständiger Gewissensfreiheit; Nichts von einem deutschen Parlament, der Bedingung eines wahren deutschen Bundes. Er macht das Staatsministerium zum Danke der Regierung nicht zum Vorwurf, aber er berührt dieselben als unabweisbar nothwendige Punkte. Jetzt thut ein starkes Deutschland und darum auch eine starke Regierung noth, ein Staat, der das organisirte Volk ist. Es gähren mächtige Ideen im Volke. Es gilt allerdings nicht den Personen, sondern dem System. Allein das Volk verlangt Personen, die Vertrauen besitzen, und nicht alle Männer, welche dem Throne und der Regierung nahe stehen, haben das Vertrauen in dem Grade, wie zwei der Hrn. Sprecher der Regierung. In der heutigen Sitzung will der Redner nichts Störendes sagen; aber die Regierung möge seine Worte als eine gesetzliche, freundliche Warnungsstimme brauchen. Hätte der Monarch, der sich auf den Julithron gelegen, 2 Monate früher abgedankt — nach menschlicher Berechnung würde der Verlauf der Dinge in Frankreich ein friedlicher gewesen sein. Der Fluch des Blutes und der Gräuel ruht auf der Regierung, die es so weit kommen ließ. Darin liegt eine ernste Mahnung, die nothwendigen Maßregeln nicht zu spät zu ergreifen. Deutschland muß stark sein, weil Zeichen aufstehen, als ob gegen die aufsträrende Macht im Westen ein Sturm im Anzuge und zwei deutsche Mächte geneigt wären, mit Rußland im Bunde ihr entgegen zu treten. Aber der erste russische Trupp, der den deutschen Boden betritt, wird das Signal zu Aufzehrungen geben, wie sie noch nie dagewesen sind. Die deutsche Politik muß Eins sein mit der Nation und sich unbedingt abscheiden von allen Zumuthungen, die von Norden her kommen könnten. Deutschland darf nicht zum zweiten Male jener unklugen Politik anheim fallen, welche in den Zeiten der ersten Revolution die Schlächtereien in Frankreich hervorrief. Deutschland wird das Recht der Nachbarn anerkennen, sich selbst zu organisiren, wie sie es für angemessen halten. Wir stehen an einer großen Krisis; die alte Welt, das Mittelalter, sie haben ihre Kreise durchlaufen. Was jene Gutes und Wahres in sich trugen, das will sich neu gestalten, es gilt die Wiedergeburt der Nation von Innen heraus, aus ihrem unreigenen Geiste. Lassen wir uns warnen durch das Beispiel der Ständehalle, ehe es zu spät ist; lassen Sie uns zusammenhalten in dem Princip der gesetzlichen, volksthümlichen, sich organisirenden Freiheit.

(Fortsetzung folgt.)

* Karlsruhe, 1. März. Heute Vormittag hatte ein Riesenzug mit zwei Lokomotiven viele hundert Männer aus Mannheim, Heidelberg und der Umgegend hierhergeführt, welche die Petitionen dieser und anderer Städte um Preßfreiheit, Schwurgericht, Volksbewaffnung und Nationalparlament zu überbringen hatten. Aus dem Oberlande waren gleichfalls Bürger in großer Zahl gekommen, man schlug die Ausmärtigen auf weit über 2000 Personen an. Die Gallerien und der Saal waren mit nie gesehener Menge angefüllt, die Abgeordneten hatten Mühe durchzukommen, um auf ihre Sitze zu gelangen. — Man bemerkte angesehene Männer aus allen Landestheilen. Die ehemaligen Deputirten Winter von H., Rindeschwender, Krämer von Marlen erhielten Sitze auf den Bänken der Abgeordneten. Der ganze Hof des Ständehauses war dicht mit einer Masse Leute angefüllt, die von Zeit zu Zeit aus dem Saale Bericht erhielten, Vorträge von Rednern aus ihrer Mitte anhörten und in stark aufgeregter Stimmung waren. Die Deputation von Mannheim, H. v. Struve an der Spitze, verlangte in den Saal gelassen zu werden, um die Petition mit einer Anrede dem Präsidenten zu übergeben. Man verständigte sich endlich dahin, daß, nachdem die Deputation an einem für die Zuhörer bestimmten Platze im Saal erschienen war, H. v. Struve dem Abgeordneten Hecker die Petition übergab und dieser sie dem Präsidenten überreichte. Der Beifall auf der Gallerie und unten bei diesem Akt war betäubend. Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Bekk, wollte den Saal verlassen, wurde aber glücklicher Weise zurückgehalten; Präsident Mittermaier mahnte zur Ruhe, erinnerte an die Achtung des Gesetzes, wodurch sich die wahre Freiheit bekunde, und die sich besonders in bewegter Zeit bewähren müsse. Staatsrath Bekk eröffnete der Kammer, daß die gehörige Anlage wegen der Preßfreiheit bereits erfüllt sei. Im heutigen Regierungsblatt erscheine die Verfügung, durch welche das Preßgesetz vom 28. Dezember 1831 — welches heute vor 16 Jahren in Kraft getreten, bald aber wieder entzogen worden — von heute an wieder in Wirksamkeit tritt. Endlofer Jubel schallte von den Bänken der Deputirten, auf den Gallerien und wiederhallte im Hofe. Dem Großherzog Leopold wurde ein donnerndes Lebehoch gebracht. Eine Reihe von Volkspetitionen wurde übergeben.

Hecker trug hierauf eine von 8 Abgeordneten unterzeichnete Erklärung vor, welche die weiteren Volkswünsche enthält, die sich die Kammer aneignen und dem Gr. Staatsministerium überreichen soll. Er verlangt, daß alsbald darüber berathen und beschlossen werde. Staatsrath Bekk und Präsident Mittermaier verweisen auf die entgegenstehenden Bestimmungen der Geschäftsordnung; v. Itzstein und Hecker zeigten auf den Drang der Umstände, welcher keine Zögerung gestatte; eben verbreite sich die Nachricht, daß ein deutscher Fürstenthron ledig geworden (der Kurfürst von Hessen sei vertrieben). Da stellte Mathy den Antrag auf Verweisung der Erklärung zur Berathung an die Abtheilungen. Die Kammer dürfe dem Sturm nicht weichen; sie müsse dem Volke das Beispiel der treuen Pflichterfüllung und des Festhaltens an der gesetzlichen Ordnung geben. Eine abgeänderte Erklärung könne dem Volke kein Vertrauen einflößen. Ein Buch der Ordnung sei auch nicht nothwendig, die Preßfreiheit sei gegeben, das alte System gebrochen und die Kammer werde über die Berathung möglichst beschleunigen. Ja kann auf meinem Posten sterben, bemerkt der Redner, aber nie werde ich zu einem Beschluß mitwirken, dessen Beschaffenheit ich nicht aus gründlicher Berathung kenne. Der Antrag wurde von den Abgg. Brentano, Metz, Peter bekämpft, von Stösser, Welcker und Bassermann unterstützt. Auf den Vorschlag des Abg. v. Soiron vereinigten sich endlich die Ansichten. Die Kammer beschloß einstimmig, den Antrag zur schleunigsten Berathung in die Abtheilungen zu verweisen.

Die badische Revolution ist in friedlicher Weise, ohne Verletzung der Gesetze vollendet. (Näheres morgen.)

○ Karlsruhe, 1. März. Wer heute durch die Straßen der Residenz wanderte, mußte die sonst so stille, so apathische Stadt wie umgeschaffen glauben; es waren Säle zusammengekommen aus allen Theilen des Landes, Bürger verschiedener Parteischattirungen, namentlich aus Mannheim und Heidelberg, um den Petitionen, die sie unterzeichnet, den dringenden Bitten um freie Presse, Schwurgericht, Volksbewaffnung und Bundesreform den persönlichen Nachdruck zu geben. Die Bewohner der Residenz schienen erstaunt, ja fast bestürzt

Digitized by Google

darüber, daß so viel politische Bewegung auf ein Mal bei ihnen eingezogen war; beging man ja u. A. die unbegreifliche Ungeschicklichkeit, am hellen Tage furchtsam die Läden zu schließen, als ob die Tausende von verständigen und besonnenen Bürgern, die sich da zusammenfanden, eine revolutionäre oder rüthlerische Bande wären. Eine lebhafte Debatte war durch die Frage veranlaßt, wie man die Petitionen der Kammer übergeben sollte; man hielt es durch den Drang der Umstände und das Gewicht der Sache geboten, sie selber der Versammlung zu überreichen, nicht durch einen Abgeordneten überreichen zu lassen. Daß die ganze Masse nicht in den Ständesaal einziehen oder auch nur vor den Schranken erscheinen konnte, darüber schien die weitaus größte Mehrheit selber einig; sie mußte darüber einig sein, wenn sie sich selber nicht die festbaaren Formen der Volksvertretung zertrümmern wollte. Aber dafür erhoben sich die Stimmen zum Theil sehr laut, daß eine größere Deputation der Kammer die Petitionen übergeben und die Uebergabe mit nachdrücklichen Worten begleiten sollte; nicht die Mehrheit der Versammelten, wohl aber eine ungeführe, lärmende Minorität suchte diesem Gedanken auf jede Weise Eingang zu verschaffen, der, wie eine Menge der Petenten ausdrücklich erklärte, durchaus nicht in ihrem Sinne lag. Die Versammlungen zu Mannheim und Heidelberg hatten diesen Punkt keineswegs als Bedingung oder Wunsch geltend gemacht und nur das baarste Mißverständniß konnte sich auf diese berufen, als sei dort der ausdrückliche Auftrag gegeben worden, vor den Schranken der Kammer oder im Saale in größerer oder kleinerer Zahl redend aufzutreten. Die dringenden und energischen Vorstellungen einzelner Abgeordneten, namentlich Hecker's, bewirkten endlich, daß man eine Form der Uebergabe fallen ließ, die nicht nur gegen die äußeren Regeln der Geschäftsordnung der Kammer verstieß, sondern als höchst bedenklicher Vorgang das Repräsentativsystem wie die Unabhängigkeit und Würde der Volksvertretung in ihrem Wesen zu erschüttern drohte. Man begnügte sich, durch eine kleine Abordnung von sieben Petenten die Bittschriften schweigend überreichen zu lassen, indeß die große Menge im Vorhof des Ständesaales des Weiteren harrte. Die Konzessionen, die am Tage zuvor angekündigt waren, noch vor wenig Wochen seht dankenswerth, erschienen jetzt mit Recht nicht mehr genügend; man will eine Volksbewaffnung, nicht bloß eine „Bürgerwache", man will die ganze Preßfreiheit, nicht mehr provisorische Ueberganzsmaßregeln, man will Schwurgericht und die deutsche Bundesreform, und alles das muß rasch geschehen, wenn der Deutsche seine Institutionen lieben und achten, sie im Nothfall gegen den Angriff des Auslandes mit Aufopferung vertheidigen soll. Die deutschen Regierungen verstehen aber das Geheimniß nicht, sich den Dank ihrer Maßregeln zu retten; welch größeren Dank hätte die Konzession vom 1. März erregt, wenn sie am 29. Febr. verkündigt worden wäre. Während nämlich die Menge harrte, hatte der Präsident des Ministeriums des Innern der Kammer bereits die Eröffnung gemacht, daß die Regierung das im Jahr 1831 erlassene, 1832 gewaltsam aufgehobene badische Preßgesetz sofort wieder in seine volle Wirksamkeit einführe. Die Wiederherstellung dieses trefflichen Gesetzes *) wird im ganzen Lande lebhafte Freude erregen, wenn auch die politischen Wünsche aller deren keineswegs befriedigen, die jetzt eine ganze Reform begehren, zur Begründung rechtmäßiger Freiheiten im Innern wie zum Schutze nach Außen. Als Hecker im Vorhose erschien und das Wort des Ministers verkündigte, nahm man es mit Jubel auf, doch wäre die Freude noch größer und gerechter gewesen, wenn zugleich eine bestimmte und unverbrüchige Zusage über Volksbewaffnung gebört worden wäre. Die Menge schien ungeduldig und verlief noch lange den Vorhof nicht; erwarteten sie auch nicht, daß man Gesetzesentwürfe aus dem Stegreif bringe, so durfte sie doch eine Erklärung verlangen, die ohne auszuweichen in der Sache beruhigte. Im Interesse des Ministeriums selber, in dem eine liberale Richtung neben Elementen der alten Bittersdorff'schen Zeit vertreten ist, muß man wünschen, daß es sich so offen und vertrauend hingebe, den Zeitpunkt so unbedenklich und rasch erfasse, wie es das Volk jetzt erwartet, daß es Konzessionen nicht bloß sich abringen lasse, sondern sie auch mit der Mildigkeit gebe, die allein auf Dank rechnen darf. — Am Nachmittag sammelte sich eine Menge meistens junger Leute vor dem Schlosse, um die Lostassung einiger am Tage zuvor Verhafteten zu erbitten; nachdem ein Abgeordneter diese Bitte dem Großherzog vorgetragen und eine freundliche Antwort erhalten hatte, verlief sich die Menge. Ernste oder tumultuarische Auftritte waren kaum zu fürchten, da ihnen jeder eigentliche Beweggrund fehlte.

*) Wir werden wegen darauf zurückkommen. Die Red.

**Kurhessen.** * Hanau, 1. März. Hier, wie aller Orten, haben die Nachrichten aus Frankreich die größte Aufregung hervorgebracht. Die Bürgergarde hat bereits die Wache bezogen. Gestern Abend wurde in einer großen Versammlung (über 800 Männer) eine Petition an den Kurfürsten beschlossen und unterschrieben. Dieselbe verlangt ein neues Ministerium, Auflösung der jetzigen und Zusammenberufung einer neuen Kammer, sowie Preßfreiheit.

**Frankfurt**, 1. März. Der deutsche Bundestag, als das gesetzliche Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschlands, wendet sich vertrauensvoll an die Deutschen Regierungen und das Deutsche Volk.

Verfassungsmäßig berufen, für die Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands zu sorgen, spricht der Bundestag seine Ueberzeugung dahin aus, daß beide nur ungefährdet bleiben können, wenn in allen deutschen Landen das einmüthigste Zusammenwirken der Regierungen und Völker und die innigste Eintracht unter allen Deutschen Stämmen mit gewissenhafter Treue erhalten werde.

Nur auf dieser Eintracht und diesem Zusammenwirken beruht die Macht und die Unverletzlichkeit Deutschlands nach Außen, und die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe, sowie die Sicherheit der Personen und des Eigenthums im Inneren. Die Geschichte Deutschlands gibt den Beleg hierzu, sowie die bitteren Lehren über die traurigen Folgen, wenn Zwietracht zwischen den Regierungen und Völkern und den einzelnen Stämmen die Kräfte der deutschen Nation zersplittern und schwächen und ihr Inneres zerreißen.

Mögen diese theuer erkauften Erfahrungen in der bewegten Gegenwart unvergessen sein und während der stürmischen Zukunft benützt werden, die möglicherweise Deutschland nicht fern steht.

Der deutsche Bundestag fordert daher alle Deutschen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt — und andere Deutsche gibt es nicht — im Namen des gesammten Vaterlandes dringend auf, es möge Jeder in seinem Kreise nach Kräften dahin wirken, daß diese Eintracht erhalten und die gesetzliche Ordnung nirgends verletzt werde.

Der Bundestag wird von seinem Standpunkt aus Alles aufbieten, um gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach Außen, sowie die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen.

Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europa's gebührt, aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts und die einheitliche Entwickelung führt dahin.

Die Bundesversammlung vertraut mit voller Zuversicht auf den in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen Sinn, auf die alte Treue und die reife Einsicht des Deutschen Volks. Die Deutsche Bundesversammlung und in deren Namen *) das Präsidium:

Dönhoff.

**Belgien.**

Brüssel, 27. Febr. Die Köln. Zeit. berichtet: Heute Morgen fand der Bürgermeister es als Vorsichtsmaßregel nothwendig, der Mitwirkung der Bürgergarden sich zu versichern. Nachdem er die auf seine Aufforderung Erschienenen auf dem Rathhause Einen nach dem Andern angeredet, versprachen Alle einstimmig ihre Mitwirkung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und derjenigen Institutionen, welche das belgische Volk sich gegeben habe. — Die „internationale

*) Eine Beilage des Frankf. Journals enthält obige Erklärung der deutschen Bundesversammlung. Zu gleicher Zeit wurde sie uns auf Frankfurt von zwei Freunden der Deutschen Zeit. zugeschickt, das eine Mal in Begleitung eines Schreibens von geehrter Hand, dem wir folgende Stelle entnehmen: „Ein guter Grund ist gelegt, ein guter Geist erwacht, auch inmitten der B. V.; hoffen wir auf die Früchte, an denen man uns erkennen soll."

Digitized by Google

demokratische Gesellschaft" hielt gestern Abend ihre Versammlung. Dieselbe bewahrte eine durchaus ruhige Haltung, obgleich sie aus mehr als tausend Personen bestand. Inmitten der Wünsche, welche daselbst für die Reform und zu Gunsten einer Verbesserung des Loses der arbeitenden Klassen ausgesprochen wurden, bemerkte man zugleich eine sehr bestimmt und lebhaft ausgedrückte Anhänglichkeit für die belgische Nationalität.

Brüssel, 28. Febr. Das Organe des Flandres enthält nachstehende Erklärung, welcher gewiß alle guten Bürger zustimmen werden: „Jeder Streit zwischen den Parteien muß eingestellt werden. Liberale und Katholiken müssen sich die Hand reichen, um unsere Nationalinstitutionen und die Dynastie des Königs Leopold aufrecht zu erhalten. Wie müssen uns um den König und um die öffentliche Macht scharen. Ihre Sache ist die Sache der Ordnung; es ist die unsere. Wir fordern unsere Freunde auf, jede politische Meinungsverschiedenheit ruhen zu lassen, in der festen Ueberzeugung, daß das Ministerium seine Pflicht kräftig zu erfüllen wissen wird." „Diese Ueberzeugung — sagt das Journal de Liége — ist auch die unsrige, und wir vertrauen uns dem Patriotismus des liberalen Kabinets an."

### Großbritannien.

London, 27. Febr. Es ist nicht ohne Interesse, die mit den Pariser Ereignissen fortlaufenden Betrachtungen der beiden englischen Hauptblätter zu verfolgen. Die uns vorliegenden Nummern der Times und des Morn. Chroniele tragen das Datum vom 25. Febr., ihre Pariser Nachrichten reichen daher nur bis zur Abdankung des Ministeriums Guizot. Aus einem leitenden Artikel des M. Chr. erkennt man, warum dieses Organ Palmerstons plötzlich in so warmer Weise die Partei Guizots nimmt; es geschieht dies nur aus Furcht, daß Thiers an die Spitze der Regierung treten könne und werde, daß das Ministerium Molé nur die Brücke zu einem Ministerium Thiers sei, denn wie das M. Chr. sagt: wie kann der König vom Grafen Molé hoffen, daß er im Stande sein werde, die revolutionären Leidenschaften zu bändigen, gegen welche der Genius, die Beredtsamkeit, die Größe Guizots sich umsonst abgemüht? Das M. Chr. denkt mit Schrecken an die Verlegenheiten, welche Thiers der englischen Regierung zur Zeit seiner Premierschaft bereitete; daher die plötzliche Freundschaft für Guizot. Die Times erklären sich den Sturz des Guizot'schen Kabinets aus Natürlichkeit aus den hartnäckigen Bestrebungen desselben, die Konstitution um ihre Wahrheit zu betrügen und Ludwig Philipp künstlich zu der monarchischen Höhe eines Ludwig XIV. hinaufzuschrauben; Ludwig Philipp werde fortan wieder der „Bürgerkönig" sein müssen. Von dem was nun wirklich in Frankreich geschehen, haben beide Blätter von diesem Datum noch keine Ahnung.

Galignanis Messenger bringt bereits Auszüge aus englischen Zeitungen vom 26. Febr. Damals hatte man schon durch den elektrischen Telegraphen Nachrichten von Ludwig Philipps Abdankung und der Einsetzung einer aus provisorischen und republikanischen Elementen bestehenden Regierung, die unter andern der radikale Sun mit unverhehlter Freude begrüßt. Ueber Beifall erfahren wir von dem tiefsen Eindrucke, den diese Nachricht in London hervorgebracht hat. Im Unterhause wurde Lord Palmerston dieserhalb befragt, Palmerston antwortete, er habe noch keine amtliche Nachricht, die letzten Depeschen, die er erhalten, reichten nur bis zum Sturze Molé. Osborne äußerte: in Frankreich sei ein Ministerium gefallen und habe die Dynastie mit in seinen Sturz gezogen, weil es eine Mahlzeit verboten, wie könne in einer solchen Zeit sich ein Ministerium halten, welches für jedes Pfund Einkommen 1 Sh. Abgabe verlange? Die Post will wissen, daß das englische Ministerium entschlossen sei, abzudanken, wenn es mit seinem Antrage auf Erhöhung der Einkommensteuer nicht durchdringe.

In so ernster Zeit hat das Morning Chronicle noch Muße und Stimmung genug, um über das fast mährchenhaft abenteuerliche Lolajahr in München seine Scherze zu machen. „Wundebar", sagt dies Blatt, „sind die Wege der Frauenzimmer, folgenreich die Zuneigungen der Monarchen, reich an Wendungen und Schwankungen die Lage der Welt. Wird der König von Baiern Lola zurückrufen? Was wird geschehen, wenn er es thut? Was, wenn er es nicht thut? Es sind dies Fragen, die der Aufmerksamkeit Lord Palmerstons keinesweges unwerth sind, denn Baiern ist ein wichtiges Element im politischen Systeme Deutschlands, und Deutschland ein wichtiges Element im politischen Systeme der Welt, und es liegt auf der Hand, daß Lola in Verbindung mit ihrem hohen Schützer recht bald wieder in der Lage sein könnte auszuruhen: L'état c'est moi. Sie war ohne Zweifel keine gewöhnliche Favoritin, und was wir vor Kurzem von einem ernsthaften Staatsmanne (Guizot) sagten, mag auch mit einer leichten Aenderung auf die Tänzerin angewandt werden: „sie bildete in sich selbst ein Princip, eine Doktrin, eine Partei, ein ganzes System." Ferner, nach mancherlei Scherzen und Bestreitungen, heißt es: „Jedenfalls hat sie der Politik eines Königreichs eine andere Richtung gegeben und ein bigottes Regierungssystem durch ein liberales verdrängt". (Bei diesen Worten empfindet der Deutsche dem Auslande gegenüber aufs Schmerzlichste, daß man zu diesem Systemwechsel eine Lola nöthig hatte, daß die politische Bildung und Intelligenz in München nicht durch sich selbst im Stande war, den bösen Zauber zu lösen, daß dieser böse Zauber nur durch einen weiblichen verdrängt werden konnte, daß viele von denen, welche alle ihre Kräfte zusammenraffen mußten, um ein Weib zu verleiden, doch Anfangs, mögen sie sichs gestehen oder nicht, die jetzt mit Hohn und Schmach Vertriebene nicht ungern in den Armen Münchens erblickten und das Ihrige dazu beitrugen, daß sich die Ausgestoßene in der That als die Bannerherrin des Münchner Liberalismus, als die Vorkämpferin der religiösen Freiheit zu betrachten schien!) „Sie ist", schließt das Morning Chronicle seinen Artikel, „ein schlagender Beweis, daß Monteviles alter Grundsatz: private vices — public benefits etwas Wahres in sich hat, und wenn Hr. Cobden wieder einmal über sein Lieblingsthema, daß der Krieg durch den Freihandel und das wachsende Einvernehmen der Völker abgeschafft sei, seine Deklamationen loslassen sollte, so wünschen wir, er möge nicht ganz vergessen, daß die Träumereien des Philanthropisten durch einen leicht gedrehten Frauentaschel in Verwirrung gebracht oder Europa bis in seinen innersten Mittelpunkt durch einen Extrachat erschüttert werd en könnte".

### Frankreich.

Paris, 27. Febr. Die Haltung der Pariser Zeitungen, wie niederholen es, ist musterhaft, bewunderungswürdig. Sie sind einstimmig darin, zur Beruhigung, zur Mäßigung, zur Eintracht, zum Frieden zu reden; einstimmig darin, daß dem Volke selbst der Ausspruch über die Gestaltung des Staates gebühre; einstimmig vor Allem darin, daß es sich jetzt darum handle, mit Hintansetzung jeder Sondermeinung, mit Aufopferung jedes Parteiinteresses das Vaterland gegen auswärtige Gefahr sicher zu stellen, die Ehre und Selbstständigkeit der Nation zu retten. Ungeachtet der Aufregungen des Augenblicks hat man übrigens Besonnenheit genug, um zu begreifen, daß eine Bedrohung der französischen Republik von Außen in diesem Augenblick jetzt diesen des Gebieten aller Wahrscheinlichkeit liegt. Selbst der sonst so argwöhnische und kriegerische Nationalgeist spricht seine Ansicht sehr nachdrücklich dahin aus, daß der Krieg ebensowenig zu fürchten als zu wünschen sei. Wen man uns angreifen? fragt er. Nein, lautet die Antwort. Oesterreich kann nicht, weil es durch Italien gelähmt wird; das übrige Deutschland will nicht. Rußland ist zu entfernt, und was vermöchte auch Rußland ohne Deutschland. Sollen wir selbst angreifen? fragt der Nationalwetter. Ebensowenig, denn durch den Angriff würde Frankreich das Wohlwollen, die Zuneigung der Völker, die seine letzte Revolution mit Jubel begrüßen werden, von Neuem verscherzen, sich muthwillig in unabsehliche Verwicklungen stürzen, den Gang seiner Reaqlution durch die civilisirte Welt mit eignen Händen hemmen. Also Frieden! Nur der einzige Fall könnte den Krieg nothwendig machen, wenn Oesterreich gegen die konstitutionellen italienischen Staaten angreifsweise zu Werke ginge. Alsdann wäre die sofortige Einmischung Frankreichs unvermeidlich. — So der Nationalwetter. Wir wollen nicht verschweigen, daß ein anderes Blatt derselben Farbe, der Courrier Français heute von der Verpflichtung Frankreichs spricht, „den unterdrückten Völkern, auch ohne daß man es herausfordere, seinen Beistand zu leihen", diese Redensart sind indessen bloß darauf berechnet zu sein, dem Volke und den Parteien die Nothwendigkeit der Eintracht und des innern Friedens von einer neuen Seite her zu zeigen, und sie stört den vorherrschenden Eindruck, den die Sprache der Stimmführer der neuen Ordnung der Dinge hervorbringt, keineswegs, den Eindruck, daß Frankreich für jetzt entschlossen sei, den übrigen Völkern die Regelung ihrer politischen Verhältnisse ebenso zu überlassen, wie es sich selbst die Anordnung seiner eigenen Angelegenheiten vorbehält. Wir wünschen mit aller Kraft unserer Seele, daß es bei dieser Stimmung bleiben möge, und wir hoffen bei der gesunden Vernunft der deutschen Staatsgewalten, daß von ihnen keine Art der Herausforderung oder der Drohung ausgehen werde, welche die friedlichen Gesinnungen der Franzosen in die Luft Krieg oder in den Glauben an die Nothwendigkeit des Krieges umwandeln würde.

Solche Möglichkeiten liegen indessen für jetzt, wie gesagt, außerhalb aller Wahrscheinlichkeit. Die große Aufgabe des Augenblicks für die neue Regierung Frankreichs ist die der inneren Organisation, nicht der politischen, denn diese kann bis auf geringe Veränderungen drei-

Digitized by Google

den wie sie ist, sondern der gesellschaftlichen. Hierbei tritt sogleich die ökonomische Frage in den Vordergrund. Die Republik hat allen Bürgern das sogenannte „Recht zur Arbeit" zugesichert, das heißt Beschäftigung und angemessenen Lohn. Zur Verwirklichung dieses Versprechens sollen sofort „Nationalwerkstätten" errichtet werden, und bis dahin, daß dieselben in volle Thätigkeit treten können, will man die Unbeschäftigten bei den öffentlichen Arbeiten verwenden, welche die Verwüstungen der Tage des Aufstandes hinterlassen haben. Außerdem wird die „mobile Nationalgarde" oder „Stadtwache", zu welcher vorläufig 24 bis 25,000 Mann angeworben werden sollten, zu der aber schon am 26sten 27,000 Mann eingeschrieben waren, die Gelegenheit geben, eine gewisse Anzahl von Proletariern unterzubringen, mit einem Solde von anderthalb Franken den Tag. Wie weit werden aber die Mittel reichen, mit denen die Kosten dieser Einrichtungen, die natürlich immer größere und größere Verhältnisse annehmen werden, zu bestreiten sind? Und die „Nationalwerkstätten", werden sie nicht nothwendiger Weise alle Konkurrenz verdrängen, ohne daß man nach allen bisherigen Erfahrungen im Gewerbeleben darauf rechnen könnte, daß sie ihre Kosten decken werden, daß sie anders als auf Verlust arbeiten können? Das sind Zweifel, die wir vorläufig andeuten, weil uns scheint, daß in den Problemen, welche sie berühren, die große Gefahr für die neue Ordnung der Dinge in Frankreich liegt. Findet die Praxis des republikanischen Lebens den Schlüssel zu jenen Aufgaben, den die socialistische Theorie bis jetzt vergebens gesucht hat, so ist Frankreich und ist die Welt gerettet. Der Stadtgeld, welcher dem Volke äußerst verhaßt war, und mit Recht, so daß an mehreren Thoren die Zollhäuser niedergebrannt wurden, ist bereits wieder hergestellt, und die städtische Behörde hat in einem besondern Erlasse erklärt, daß Paris diesen Zoll nicht entbehren könne, daß man aber Sorge tragen werde, ihn von den nothwendigen Lebensbedürfnissen auf Luxusgegenstände zu übertragen. Wie schwer die Erfüllung eines solchen Versprechens sein werde, begreift Jeder, der da weiß, daß Paris bei einer Jahresein nahme von etwa 40 Mill. nicht weniger als 28 Mill. an städtischen Zöllen bezieht. Fleisch und Wein tragen den bei Weitem größten Theil dieser Last. Die Besteuerung von wirklichen Luxuswaaren an den Thoren von Paris würde in jedem Falle nur einen sehr kleinen Theil jener Summe liefern können, gar nicht zu reden davon, daß sie den Verkehr der Hauptstadt auf eine unerträgliche Weise erschweren würde. Mit Lebensmitteln ist Paris für mehr als einen Monat versehen, die Regierung wird es ohne Zweifel ihre vorzügliche Sorge sein lassen, zu verhindern, daß Mangel und Theuerung in der Hauptstadt eintreten. Die Bank von Frankreich hat wieder angefangen zu diskontiren und zugleich beschlossen, die Zahlungsfristen der vom 22. Febr. bis 10. März fälligen Wechsel um 10 Tag zu verlängern. Hr. Rothschild, von dem man wissen wollte, daß er abgereist sei, scheint in Paris bleiben zu wollen. Er steht mit 50,000 Fr. an der Spitze der Unterzeichnungen für die Verwundeten der Februartage, für welche auch die übrigen großen Bankhäuser mit Summen von 12 und 15,000 Fr. gestreuert haben, so daß bereits eine halbe Million gezeichnet ist. Das Landhaus, welches Hr. Rothschild zu Aénières, eine Stunde von Paris besaß, ist übrigens verbrannt, und dasselbe Schicksal scheint eine ihm gehörige Besitzung in Suresnes, an der Eisenbahn nach St. Cloud, getroffen zu haben. Das Schloß zu Neuilly soll geplündert und eingeäschert sein. Verbrannt sind auch mehrere hölzerne Eisenbahnbrücken, namentlich die, welche bei Aénières über die Seine führt. Besonders die Nordbahn scheint durch Verwüstungen aller Art sehr gelitten zu haben. Selbst ein Viaduct wurde zerstört.

Unter den vielen ehrenvollen Zügen, durch welche sich das Pariser Volk inmitten aller revolutionären Aufregungen auch dies Mal ausgezeichnet hat, wollen wir den erwähnen, daß ein Mann Namens Numa Lechêne eine Summe von 331,000 Fr., deren er sich bei dem Sturme auf die Tuilerien bemächtigt, sofort an den Schatz abgeliefert hat. Dies Geld gehörte der Civilliste, deren sämmtliches Eigenthum zu Handen des Staates eingezogen und unter den Schutz des Interesses der Republik gestellt ist. Einige Briefe an den Herzog von Montpensier, die man in den Tuilerien gefunden, beweisen, daß die Regierung seit kürzerer Zeit auf einen Aufstand gefaßt war und Anstalten getroffen hatte, demselben mit allem Nachdruck der Waffengewalt zu begegnen.

Zu unserer gestrigen Schilderung der Flucht des Königs aus den Tuilerien, fügen wir heute hinzu, daß Louis Philipp eine Retirebedeckung von etwa 200 Mann Nationalgarde, Kürassieren und Dragonern bei sich hatte. Diese Bedeckung verließ ihn in St. Cloud, nachdem sie, wie man sagt, zusammengeschossen hatte, um dem Könige das ihm fehlende Reisegeld zu verschaffen. Louis Philipp begab sich von St. Cloud nach dem zwei Stunden entfernten Trianon bei Versailles. Seine weitere Reiseroute bis Treport kennt man nicht. Eben so ist man über das Schicksal der andern Mitglieder der königl. Familie noch in völliger Ungewißheit. Daß die Herzogin von Orleans mit ihren Kindern am 24. in der Deputirtenkammer den rührendsten und unmittelbarsten Geschrei preisgegeben war, bestätigt sich leider. Sie konnte nur mit Mühe gerettet werden, die Einen sagen, durch eine Hinterthür, die Andern sagen, durch ein Fenster. Der Minister des Unterrichts hat Befehl ertheilt, daß allen Schulen zur Feier der Revolution 2 Tage Ferien gegeben werden. Der Erzbischof von Paris hat in allen Kirchen der Hauptstadt eine Todtenmesse für alle Gefallenen angeordnet. Die Zahl der Todten wird, wahrscheinlich übertrieben, auf 3000 angegeben.

Unter dem Vorsitze A. Blanqui's und unter dem Namen der „Republikanischen Centralgesellschaft" hat sich der erste politische Klub konstituirt. — Straßen, Plätze, öffentliche Gebäude in Paris haben ihre Namen aus der ersten republikanischen Periode wieder erhalten. Die polnische Legion, unter der Führung des Generals Dwernicki, zählt 700 Mann.

Ben-Maza hat die Verwirrung der Revolutionstage benutzt, um zu entfliehen. Abdel-Kader ist unter strengere Aufsicht gestellt. Von Algier spricht Niemand, an Algier scheint bisher Niemand gedacht zu haben. Was wird der Herzog von Aumale thun?

Paris, 28. Febr. Der „Moniteur", seit drei Tagen officielles Blatt der Republik, veröffentlicht heute folgende Schriftstücke:

1) Proklamation, durch welche alle die, welche auf den Landstraßen und Eisenbahnen Schaden anrichten oder auf irgend eine Weise öffentliches oder Privateigenthum zerstören oder angreifen, mit der ganzen Strenge der Gesetze bedroht werden.

2) Der Minister des Innern zeigt an, daß auf verschiedenen Punkten bedeutende öffentliche Arbeiten vorgenommen werden, damit die Fleißigen anständig von ihrer Arbeit leben können.

3) Im Sinne dieses Beschlusses erklärt die Regierung, daß augenblicklich der Eisenbahnhof der Westbahn in Paris, die Verbesserung der Schiffahrt auf der Oise und die Verlängerung der Eisenbahn von Creaur bis Orsay vorgenommen werden und die Erdarbeiten begonnen sollen.

4) Der Minister der öffentlichen Arbeiten fordert alle Unternehmer von Staatsbauten, mit Ausnahme der Forts, auf, augenblicklich ihre Werkstätten zu eröffnen und wieder an die Arbeiten zu gehen.

Ein Schüler der polyt. Schule, Servient, ist zum Kommandanten des Louvre ernannt. Auf den Wunsch der provisor. Regierung hat ihn die Schule zu diesem Posten vorgeschlagen.

Der Kriegsminister fordert alle Generale auf, ihre Truppen um sich zu sammeln und sie den Eid auf die Republik schwören zu lassen.

Der Delegirte im Departement der Polizei, Hr. Caussidiere, verkündigt, daß die drei Farben wieder auf dieselbe Weise geordnet sein sollen, wie zur Zeit der frühreren Republik: das Blau an der Stange, das Roth in der Mitte, das Weiß flattert.

Hr. Cormenin ist zum Staatsrathe ernannt.

Marschall Bugeaud war der erste von allen Marschällen, der die Regierung der Republik anerkannte.

Die Nachrichten aus den Provinzen lauten alle übereinstimmend dahin, daß die Anerkennung der Republik überall mit dem größten Jubel aufgenommen wurde, daß die Nationalgarde sich überall versammelte, und daß die Ordnung nirgends gestört wurde. Man hat übrigens noch keine Nachrichten von mehreren wichtigen Punkten, aus Bordeaux, aus Nantes, aus Marseille, aus Languedoc und der Bretagne, lauter Städten und Provinzen, deren Bevölkerung nichtswenniger als republikanisch gesinnt ist.

Paris hat sein gewöhnliches Aussehen wieder gewonnen. Nur durch verringerte Erscheinungen wird man daran erinnert, daß eine Revolution vorgegangen. In der Straße Richelieu z. B. liegen vor der Backstube der Nationalgarde noch immer zwei Leichen, auf ihrer Brust ist eine Tafel befestigt mit dem einzigen Worte Dieb. Ein Augenzeuge erzählt, daß er gesehen, wie eine Galgenphysiognomie sich mit einem Paar silberner Löffel aus dem Palais Royal schlich, dessen Inhalt eben zerstört wurde. Er hofft in dem Tumulte mit seiner Beute zu entkommen, aber schon hat das Volk alle Ausgänge besetzt und zwei Bewaffnete in Blusen halten den Spitzbuben an. „Auf die Knie, Dieb!" Zitternd gehorcht er. „Gib das Gestohlene heraus". Todtenbleich übereicht der Knieende die Löffel einem Nationalgarde-Offizier. — „Und nun einem Diebe seinen Lohn"! Beide Flinten der Freiwilligen knallen, und der Dieb wälzt sich in seinem Blute. Solcher Exempel wurden am ersten Tage sieben oder acht statuirt; am

Digitized by Google

25., nach dem Siege des Volkes, wurden alle Diebr einfach angehalten und unter guter Bedeckung nach der Polizeipräfektur geschickt.

Das diplomatische Korps hat gestern eine Versammlung gehalten und beschlossen, vorläufig auf seinem Posten zu bleiben, bis Instruktionen von den betreffenden Höfen eintreffen.

Die Herauszahlungen der Sparkasse, die nur alle Sonntage Statt finden, waren gestern sehr mäßig. Man hatte einen ungeheuren Andrang erwartet, und mehrere Millionen lagen bereit, um alle Forderungen befriedigen zu können, aber es wurden nicht mehr als 600,000 Fr. verlangt. — Heute findet eine Todtenfeier für den im Duell durch Emile Girardin getödteten Armand Carrel, einstigem Redakteur des National und Chef der radikalen Partei, Statt.

Aus Dreux wird gemeldet, daß Louis Philipp am 24. Abends 11 Uhr im Schlosse von Dreux angekommen sei. Die Königin und der Herzog von Montpensier waren mit ihm; man mußte aus einem Speisehause der Stadt Essen holen lassen, da Nichts vorbereitet war. Er schlief im Schlosse, nachdem er mit dem Unterpräfekten und einigen Vertrauten sich lange berathen hatte. Er war im Zustande der größten Niedergeschlagenheit, jeden Augenblick wiederholte er: „Wie Carl X., — wie Carl X.“ Vor Tagesanbruch verließ er Dreux und fuhr in einem Miethwagen auf Seitenwegen nach Verneu, wo seine Durchfahrt von allerhand Unanbmlichkeiten begleitet gewesen sein soll.

Unter den umlaufenden Gerüchten, deren es tausende gibt und die man nur mit größter Vorsicht aufnehmen darf, sind auch die, daß der Herzog von Nemours auf seiner Flucht verhaftet worden sei, und daß Hr. Guizot, nachdem er glücklich als Bediener verkleidet, durch die Barrikten entkommen, von Ermüdung und Verzweiflung gebrochen, nach Paris zurückgekehrt sei und sich als Gefangener gestellt habe. Uebrigens kümmert sich Niemand um diese gefallenen Größen, kein Ruf der Rache wird laut, das Volk hat ein solches Bewußtsein seiner Kraft und Sicherheit, daß es sich weder um den Exkönig, noch um seine Söhne, Minister oder Anhänger mehr kümmert. Ungefähr 30 Paires haben sich heute nach dem Stadthause begeben und sich zur Disposition der provisorischen Regierung gestellt. Bitter Hugo ist zum Maire des 9. Stadtbezirks ernannt. Auch eins und das andere Mitglied der Familie Bonaparte ist in derselben Absicht auf dem Stadthause erschienen. Die Verbannung der Bonaparte wird ohne Zweifel zurückgenommen werden; eine politische Zukunft läßt sich für dieselben aber die jetzt nicht voraussehen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Hr. Lamartine hat gestern an alle fremden Gesandten in Paris ein Notifikationsschreiben erlassen, worin er ihnen den Geschäftsantritt der neuen Regierung und die Proklamation der Republik anzeigt. Der päpstliche Nuntius hat augenblicklich gesantwortet und in den wärmsten Ausdrücken seine Bewunderung für das musterhafte Benehmen des französischen Volkes, seine Mäßigung und Menschlichkeit ausgesprochen. Er zweifelt keineswegs, daß Papst Pius IX. den Segen des Himmels für Frankreich anrufen werde.

Gestern wurde auf den Wunsch der Regierung von dem Erzbischofe von Paris angeordnet, daß in allen Kirchen das Gebet: Domine! salvum fac regem! durch die Formel: Domine! salvum fac populum! ersetzt werde, was auch überall geschah.

Folgende Vergleichungen der Umstände, unter denen die beiden letzten Revolutionen vor sich gegangen, sind nicht uninteressant. Die Julirevolution fand an einem Dinstag, Mittwoch und Donnerstag Statt, die jetzige Revolution abermals. Einen Monat nach dem Sturze des Dey von Algier, verlor Karl X. seine Krone, nachdem er zu Gunsten seines Enkels abgedankt hat. Ein Monat nach der Gefangennehmung Abdel-Kaders fällt Louis Philippe nachdem er ebenfalls zu Gunsten seines Enkels abgedankt hat. Der Sohn Karls X., wie der Sohn Louis Philipps, die beiden Thronerben, Herzog von Berry und Herzogin von Orleans starben einer plötzlichen und tragischen Todes. Beide Könige machten im letzten Augenblicke Konzessionen und Beiden antworteten man: „Es ist zu spät.“

Auf der andern Seite stellen sich bei den beiden Ereignissen wesentliche Unterschiedungspunkte heraus. Als Karl X. abtrat, war er wenigstens von seinen Generalen und Garden umgeben, Thränen standen in allen Augen und als eine neue Dynastie proklamirt wurde, zerbrachen Offiziere ihre Degen, Richter entsagten ihren Stellen, Beamte gaben ihre Entlassung. Louis Philipp sieht zu Fuß, faßt ganz allein, als Generale, Adjudanten, Ordonnanzoffiziere hatten ihn verlassen, — einige Kavallerieoffiziere und Nationalgarden deckten seine Flucht und verließen ihn vor dem Thore. Sein intimster Vertrauter, sein Familienrath, Hr. Dupin, d. ä. proklamirt schon am andern Tage am Kassationshofe, dessen Generalprokurator er ist, daß künftig alle Justiz im Namen des französischen Volkes gebt werden solle und derselbe Kassationshof beschließt augenblicklich die Verhaftung und gerichtliche Verfolgung der gefallenen Minister — ein Servilismus, der Dank dem gesunden Sinne des Volkes, seinen schärfsten Tadel durch gänzliche Nichtbeachtung empfing. Die 228 konservativen Deputirten, die sich noch bei Ueberreichung der Adresse Vive le Roi! jubelnd um den Thron gedrängt hatten, wütherten Beifall, als am 23. Hr. Guizot seinen Sturz anzeigte und fuhren am 24. Abends nach allen Richtungen davon. Marschall Bugeaud, der am 24. Morgens das Kommando der Truppen übernahm und durchaus mit Kartätschen feuern lassen wollte, kam am 25. Morgens auf das Stadthaus um die neue Regierung anzuerkennen. Guizot und seine Kollegen, die stets behaupteten für die Erhaltung der Dynastie und der Monarchie zu kämpfen, ließen am 24. den König allein in den Tuilerien und dachten nur auf ihre persönliche Sicherheit. „Wer war der einzige Deputirte der es wagte, in der Kammer seine Stimme für den Grafen von Paris zu erheben? Etwa einer der Konservativen? — Nein! Odilon Barrot, den die Thronrede einige Tage vorher als blind und feindlich“ bezeichnet hatte. Nach Karl X. bildete sich eine legitimistische Partei, nach Louis Philipp ist eine orleanistische Partei unmöglich. Hohn und Schmach würden eine solche Partei im Entstehen tödten. Den Takt, dies einzusehen, hat das Jorn. d. D. gehabt; der „Conservateur“ ist ganz erschwunden. Woher könnte diese gänzliche, rasche und so vollständige Auflösung dieser sogenannten Julimonarchie? Bloß daher, weil ihre einzige Triebkraft, das Geld war, wie ihr einziges Ziel: das Geld, ihr einziges Mittel: das Geld, und weil ihr ganzes System auf die niedrigste Leidenschaft basirt war, auf die Selbstsucht. Die Selbstsucht aber denkt nur an sich und fällt das Gebäude in dem sie sich eingenistet, so denkt nur sie sich selbst aus den Trümmern zu retten. Auch nicht die mindeste Sympathie für den gestürzten König zeigt sich, kein Nachruf, kein Bedauern, selbst seine hochgestellten Diener Anhänger verwünschen seinen Eigensinn. Mehrere, wie z. B. der Herzog von Decazes u. A. sind, ganz ruinirte Menschen, und man kann sich ihren Unmuth denken.

Ueber die Bewegung von Lyon, der zweiten Stadt Frankreichs, wird der Fr. O.-B.-A.-Z. Folgendes geschrieben: Lyon, 25. Febr. Die politische Bewegung in der Hauptstadt wurde uns gestern durch den Telegraphen verkündet und die Nachrichten folgeich an den Straßenecken angeheftet. Da das ganze Volk, auf die Ankunft längst vorbereitet, in fürchter Spannung sich befand, bildeten sich rasch Gruppen, welche in kurzer Zeit zu berathenden Versammlungen anwuchsen. Bald traten Redner auf, welche zur Bildung einer Bürgergarde ermunterten und zu entschiedenden Schritten aufforderten. Jetzt sei es Zeit, hieß es, dem Volke das lange Vorenthaltene zu erringen und das Glück der großen Masse zu gründen. Gegen die Regierung der Herzogin von Orleans erhoben sich alle Stimmen. Keine zweite Katharina von Medicis! rief man; es lebe die Republik! Alle Läden wurden geschlossen. Nun sammelten sich die Haufen auf dem großen Platze Belecour, wo sich die einzelnen Schaaren, meist Arbeiter, in Abtheilungen bildeten und Fahnen, die theils schon in Bereitschaft gehalten waren, theils in der Eile verfertigt wurden, mit Jubelgeschrei schwangen. Dann bewaffnete man sich, so gut es die Eile gestattete, und zog nach dem Platze Terreaux, auf dem das Stadthaus steht. Etwa 20 Soldaten bewachten die Eingänge des Gebäudes. Sie waren sämmtl entwaffnet und gefangen. Als man aber von Innen heraus das Stadthaus schloß, wurden die Fenster mit dem aufgetriebenen Straßenpflaster zerschmettert und man suchte sich andere Eingänge. Nun rückten die Linientruppen an. Sie wurden mit dem Rufe: vive la ligne! empfangen und die Soldaten wurden überall als Brüder begrüßt. Als diese den Bürgern freundlich entgegen gingen, und als verlautete: daß sie nicht schießen würden, versuchten die Offizier keinen Schritt weiter, so daß diese Ankunft glücklicherweise kein Blut kostete. Beim Anbruch der Nacht hätte sich der Aufstand noch vergrößert; in dem Arbeiterstadtviertel Croix-Rousse sah man ernstlichen Auftritten entgegen, als mit einem Mal die letzte Depesche aus Paris der Sache eine neue Wendung gab. Die rothe Fahne wurde alsbald auf dem Stadthause aufgepflanzt, diese beleuchtet, die Straßen mit Fackeln durchzogen, im Theater die Marseillaise gesungen, dann der Sänger Barrunat auf dem Theater auf den Altan des Stadthauses gebracht, wo er die Hymne wiederholte, in deren Endreim mehr als zehntausend Bürger einstimmten. Das Militär war indessen auseinander gegangen, hatte sich unter die Bürger gemischt, die zum Schluß das Bild des Königs verbrannten. Mit dieser Demostration war Ruhe und Ordnung zurück-

Digitized by Google

gekehrt, herrschte allenthalben Einigkeit, begannen die Geschäfte wieder ihren Lauf. Die Volksführer sind jetzt mit der Organisation und Bewaffnung der Nationalgarde beschäftigt.

Nachschrift. Das Mannheimer Journal meldet in einem Extrablatte, Louis Philipp sei auf der Ueberfahrt nach England gestorben. Diese Nachricht, welche über Straßburg gekommen sein soll, wird schon durch diesen Umstand durchaus unglaubwürdig. Die weitere Angabe des M. J., die Herzogin von Nemours und Montpensier sind glücklich nach England gekommen, hat ganz das Aussehen einer Behauptung, die man auf gut Glück wagt, weil sie an und für sich nicht gerade unwahrscheinlich ist.

Wenn man in Köln am 29. d. M. wissen wollte, der Herzog von Nemours habe sich in Toulon eingeschifft, so würde gewiß sich diese Nachricht von Lübeck, Lust und Sonne nur so viel, als unsere allmächtig herrschende Polizei für nöthig hält, unsere Existenz zu fristen". — Diese Notiz steht in einem Briefe, den einer unserer hiesigen Freunde von unserem bisherigen Korrespondenten in Mailand erhielt, und dem eine Einlage für die Redaktion beigeschlossen sein sollte. Die Einlage fehlte; die Oesterr. Polizei raubt auch uns also das nöthige Licht, um in die trüben Zustände der Lombardei klar hineinzublicken.

## Rußland.

Von der russisch-polnischen Grenze, 17. Feb. Soeben eingetroffenen Nachrichten und St. Petersburg zufolge, soll das dortige Kabinet eine in sehr kräftigen Ausdrücken abgefaßte Note an die österreichische Regierung erlassen haben, des Inhalts, Oesterreich möge unverzüglich auf das Energischste zur Niederkämpfung des in Italien immer mehr sich geltend machenden radikalen Elements auftreten, bevor solches von dort aus moralisch und materiell die Ruhe der übrigen Staaten Europas gefährdend sich verbreite. Es wird zugleich, wahrscheinlich in Berücksichtigung der in Wien herrschenden Finanzbedrängniß und der durch den Zustand Italiens nothwendig gemachten bedeutenden Vermehrung des Kriegsbudgets, das Versprechen wiederholt, jede Hilfe in dieser Beziehung in Form einer von dem Wiener Kabinete näher zu bestimmenden Finanzoperation zu leisten, eventualiter auch andere noch materiellere Hilfe zu gewähren: Letzteres wahrscheinlich, um den Eindruck der Palmerston'schen Erklärungen zu paralysiren. (H. K.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus

[122]

## BEKANNTMACHUNG.

# Zweiter Neuhäuser Steinkohlen-Verein.

**Für die vollständige und diversale** Befriedigung des **Kohlenbedarfs** der Werke der **deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie** zu Neuhaus, der sich jährlich auf 1½ Millionen Centner berechnet, wurde eine Vermehrung der dortigen Steinkohlenbergwerke dringend nothwendig. Ich habe daher den Abbau meines reichen Kohlenfeldes **Joseph** beschlossen. Es soll derselbe für **gemeinschaftliche und halbe Rechnung** mit einer Aktiengesellschaft unter der Firma: **Zweiter Neuhäuser Steinkohlen-Verein** geschehen und das erforderliche Kapital von **800,000 Thlr. Courant** durch Ausgabe von 1500 Aktien à 200 Thlr. Ct. oder 350 fl. im 24 fl.-Fuß, aufgebracht werden.

Von diesen Aktien wurde beim Angriff der Arbeiten der dritte Theil dem Publikum angeboten und auch sogleich begeben. Der Rest blieb im Portefeuille, um dann, wenn die Arbeiten vorgerückt sein würden, **weitere Betheiligung zuzulassen.**

Das **Steinkohlenfeld Joseph** liegt in der Mitte des Neuhäuser Bergreviers, wird von den Kohlenfeldern Sophie, August und Juliane begrenzt, und ist trift in demselben das bekannte **Neuhäuser Steinkohlenflötz** in **bester** Qualität mit einer Mächtigkeit von **36 Fuss** auf. Die Flächengröße des Feldes ist über **6 Millionen Quad. Fuss**, der geschätzte **Kohleninhalt** desselben, bei einer angenommenen mittleren Mächtigkeit von 22 Fuss, über **Einhundert und zwölf Millionen Centner**, die **Abbauzeit** ist auf 140 Jahre, die **jährliche Förderung** auf etwa 750,000 Centner berechnet. Es wird auf diese Forderung und auf den der Schienen-Compagnie für die nächsten 50 Jahre festgestellten Verkaufspreis von 24 Kreuzer per Ctr. Kaukkohle für die Aktionäre **über 100 Prozent Reinertrag** und etwa **sechs Prozent** Dividende bleiben, und ausserdem geniessen sie von ihrem Kapital **sechs Prozent** Zinsen. **Die zu erwartende Gesammtrente wird also vierzehn Prozent betragen.**

Ein Zehntel des gesammten Nettoertrags soll zur allmähligen Kapital-**Amortisation** verwendet werden. Bewirkt wird dieselbe von dem Zeitpunkte rentabler Kohlenförderung an durch jährliche Aktien**auslosung**. Die Inhaber der verlosten Aktien, deren Rückzahlung innerhalb drei Monaten nach der Verlosung erfolgt, bleiben zum Fortbezug der Dividende noch auf die nachstfolgenden fünf Jahre berechtigt. Dann ist ihr Antheil am Unternehmen erloschen.

Für die Aktienkapital tritt der Unterzeichnete dem Verein die **halbe Abbaurecht** für das ganze Feld, beziehungsweise den halben Ertrag der gesammten Kohlenförderung bis zur vollständigen Amortisation des Kapitals, ab, bestreitet in kürzester Frist das Abteufen eines **Hauptförder- und Maschinenschachts** von 12 Fuss Lichtdurchschnitte bis auf das Kohlenflötz, den Bau eines angemessenen, etwa 80 Lachter langen **Förderstollens**, die Aufführung sämmtlicher **Tagebauten**, die Anlage der nöthigen **Strassen und Schienenwege** ausserhalb und innerhalb der Gruben, die Anschaffung und Aufstellung **zweier Dampfmaschinen** von zusammen mindestens 60 Pferdekräften, die Construction und den Einbau der Apparate für die **Förderung** und **Wasserhaltung** und die **Verzinsung** des Aktienkapitals selbst für so lange, bis eine reinable Kohlenförderung eingetreten ist.

**Bereits** sind mehre der obigen Arbeiten ausgeführt, andere sind in Betrieb und die Tagesgebäude in Angriff genommen. Letztere werden Ende Mai fertig und bis zum Herbste wird auch eine Dampfmaschine von sechzig Pferden aufgestellt sein, deren Construktion der Maschinenfabrik der Deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie übertragen ist.

Von dem Zeitpunkte an, wo die **Kohlenförderung** beginnt, unterliegt die Rechnungsführung gesetzlich der **amtlichen Controlle.** Die Ermittlung des jährlichen Ertrags, behufs der Dividendentheilung, soll ebenfalls unter amtlicher Mitwirkung geschehen. Die Betriebsresultate der gemeinschaftlichen Gruben-verwaltung werden am Schlusse jedes Rechnungsjahres veröffentlicht.

Das Unternehmen genießt den **grossen** Vorzug, dass der **Kohlenabsatz im Voraus sicher gestellt ist.** Die Deutsche Eisenbahnschienen-Compagnie ist nämlich Abnehmerin für **alle** Kohlen, die gefördert werden. Ihre colossalen, bereits zum Betrieb gelangten Eisenwerke und Werkstätten für Maschinenbau liegen **auf** dem Steinkohlenfelde Joseph **selbst**, dessen Förderstollen dicht am Hüttenplatze mündet und mit den Verbrauchs-Lokalitäten der Werke durch Schienenwege unmittelbar verbunden werden soll, so dass die Kosten des Kohlentransports zu dem Hüttenplatz fortan wegfallen. Ueberdiess kommen unsere Kohlenwerke ganz nahe an den Bahnhofsplatz der durch Staatsvertrag in der Ausführung sicher gestellten Neunkauser Eisenbahn zu liegen. Es trat dadurch unsere Kohlenproduktion in die Mitte des deutschen Eisenbahnnetzes und dient vorschafft ihr nach allen Richtungen hin einen grossen Absatzkreis für den Fall, dass sie dessen jemals bedurfen sollte.

Ein anderer und sehr bedeutender Vortheil erwächst unsern Kohlenwerken noch aus dem Umstande, dass sie blos den **halben** Zehnten zu entrichten haben und durch landesherrliche Privilegien von allen übrigen Abgaben **befreit** sind.

## Aktien und deren Bezichung.

**1)** Von den Stamm-Aktien unsers Vereins sollen vorläufig nach 500 Stück für den festen Preis von **228** Rthlr. Ct. oder **399** Gulden rhein. im 24 fl.-Fuss begeben werden. In diesem Preis sind die laufenden 6prozentigen Zinsen von 1. Mai 1847 an inbegriffen.

**2)** Die Aktien lauten au porteur und sind für den Betrag von zweihundert Thlr. Ct. oder 350 fl. im 24 fl.-Fuss ausgestellt. Sie geben **sechs Prozent Zinsen**, unser den von Ertrag der Kohlenförderung abhängigen, veränderlichen **Dividenden**. Für Zins und Dividenden sind den Aktien **40** Coupons beigefügt. Die Beträge der Coupons sind **jeden ersten Mai** sowohl bei der Hauptkasse hier, als auch bei den auf den Zinsleisten bemerkten Wechselhäusern in Augsburg, Frankfurt a. M. und Berlin zu erheben.

**3)** Wer Aktien besitzt, hat für dieselben innerhalb 4 Wochen **Zahlung** zu leisten. Es kann dies sowohl durch portofreie Einsendung des baaren **Betrags**, oder durch kurze Remessen auf deutsche Wechselplätze, oder auch durch Einsendung von nisstragenden, kurranten deutschen Staatspapieren geschehen, die zum Tageskurs berechnet werden. Zahlungen an solche Bankhäuser sind gleichfalls zulässig, auch kann durch dieselben die Ausliefrung der Aktien erfolgen.

**4)** Alle Aktienbestellungen, die vor dem 15. März **eingehen**, werden soweit die zum Verkauf designirte Anzahl reicht, **bestimmt** vollzogen. Spätere Aufträge zur Betheiligung bei diesem sichern und hochrentirenden Unternehmen müssen sich ein grösseres **Aufgeld** gefallen lassen, dessen Regelung gegenseitiger Einigung vorbehalten bleibt.

Hildburghausen, am 15. Febr**uar** 1848.

Der Chef der deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie und Direktor der Neuhäuser Steinkohlen-Vereine,

***J. Meyer.***

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Serv. Ewer u. Komp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeischen Länder werden man sich an G. L. Lorenzo Strasburg 20 Boulevards, Paris 33, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptpreis beträgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt 12½ Sgr. 6 Kr. 1 Sgr. durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 28 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 64. Heidelberg, Samstag 4. März. 1848.

## Uebersicht.

Die Tagesereignisse. — Wien (bestimmte Stimmung). München (Graf Arco auf Valley). Heidelberg (Berichtigung. Stand des Ministeriums des Auswärtigen). Karlsruhe (Erlasse in Karlsruhe. Abmerberhandlungen vom 29. Febr. und 2. März; die 12 Forderungen). Hanau (die Adresse an den Kurfürsten).

**Schweiz.** Neuenburg. Aufstand in Neuenburg. **Belgien.** Ein Truppenkordon an der Grenze. Handelsverlegenheiten.

**Großbritannien. Anerkennung der französischen Republik durch England.** Der Herzog von Nemours in London anzekommen.

**Frankreich.** Die Abschaffung der Todesstrafe gegen politische Verbrecher und Bemerkungen des Courrier français darüber. Die „Réforme“ über die Centralgesellschaft“. Die „Presse“ empfiehlt die Propaganda des Beispiels. Der Commerce über die Leistungen und Aufgaben der neuen Regierung. Der Constitutionnel über die Aussichten auf Krieg. Wie die Nachrichten von der Revolution in Baden aufgenommen wurde. Brandstiftungen um Paris. Das Bild von Paris und in der Umgegend in den ersten Tagen nach der Revolution. Brief aus Strasburg; allerlei Besorgnisse. Verordnung zur Beruhigung der Arbeiter. Zwei Usurpatoren und dem Stadthause verjagt. Antrag von Bittfellern. Die Legitimisten schließen sich der Republik an; der Klerus verhielten. Stechbrief gegen die geflüchteten Minister. Vorfälle in Toulouse. Günstige Nachrichten aus den Departements überhaupt.

**Italien. Mailand.** Die standrechtlichen Bestimmungen. Anglio's Gemahlin ausgewiesen. Die Lügengeschichte vom Grafen Thun. Rom. Gerücht, daß der Papst eine Verfassung gewährt habe.

**Beilage.*)** Deutschland. Petitionen der Arbeiter. Zwei Usurpatoren und dem Stadthause verjagt. Antrag von Bittst

Bundestag in seiner neuesten Erklärung mit allem Rechte rühmt, um drei solche Jahrzehnde hindurch den Glauben an eine nothwendige Bundesgewalt bei solchen Erfahrungen nicht zu verlieren, es war die ganze Einsicht in die Bedenklichkeit unserer Lage nöthig, um Männer aller Parteien, die es ehrlich mit Deutschland meinen, unter dem Losungsworte zu vereinigen: Kein Staatenbund, ein Bundesstaat! Ein deutscher Abgeordneter von derselben Seite, die man als wühlerisch und demagogisch zu bezeichnen gewohnt war, mußte ahnungsvoll die Stimme erheben für eine kraftere Bundesgewalt, deren Nothwendigkeit Allen klar zu machen die jüngsten Ereignisse vollständig hinreichten. Sollen wir die kühlen Abweisungen, die solchen Aussprüche der Selbstgenügsamkeit, wie sie seit Jahren in deutschen Kammern von der Ministerbank vernommen wurden oder die zuversichtlichen Machtsprüche über das Ueberflüssige jeder Bundesreform — sollen wie das Alles in die eine Wagschale legen und die jetzt allgemein gewordene Ueberzeugung, wie sie in einer Krisis von drei Tagen erstie, in die andere? In einem Augenblick, wo der Bundestag so warm und beingend auf das „einmüthigste Zusammenwirken der Regierungen und Völker und die innigste Eintracht der deutschen Stämme" hinweis, entschlagen wir uns gern dieser peinlichen Erinnerung.

Wir leben in Zeiten, wo die Geschichte außerordentlich rasch ihre Wege macht, den Morin müssen die Thaten auf der Ferse nachfolgen, wenn die Worte Werth behalten sollen. So möchten wir auch das Gewicht jener Bundeserklärung nicht verkennen, denn wir sehen darin den ersten Schritt eines Lossagens vom Karlsbader und Wiener System; aber wir wünschten auch, daß den Worten aufs Schleunigste die Handlungen folgten, die allein jetzt die abgebrochene Verbindung zwischen der Nation und der Bundesgewalt wiederherstellen können. Nicht in Revolutionen allein, auch in friedlichen Reformen gibt es Momente, wo jenes verhängnißvolle c'est trop tard, dem jenseit des Rheines rasch nach einander drei Dynastien erlegen sind, einen tiefen Sinn erhält. Ohne Nationalvertretung kein Bundestag mehr! — Diese Ueberzeugung lebt jetzt in vielen Tausenden; möge nie der Moment uns überraschen, wo unsern Ihnern und innern Feinden zur Freude jenes „c'est trop tard" seine Anwendung fände!

**Oesterreich.** Wien, 27. Febr. Die Allg. pr. Z. berichtet: Die Stimmung unter allen Klassen wird immer beklommener, Jedem beschäftigen die Tagesereignisse, schwer bekümmert, welchen Ausgang diese nehmen werden, dabei gesteht sich Jeder, daß eine richtige Lösung der wichtigsten Lebensfragen sehr eine schwierige geworden, daß die bestehenden Hindernisse ausgeräumt werden, um größere Störungen in den sittlich socialen Verhältnissen herbeizuführen. Der Einfluß der politischen Konstellationen auf alle Geschäfte wird täglich empfindlicher, eine matte Stimmung beherrscht den Geldmarkt, er lähmt alle Thätigkeit der Kapitalisten und Industriellen, die immer zweifelhafter werden, welche Wendung die Dinge nehmen und ob es überhaupt noch möglich sein wird, den Frieden zu erhalten. Die verworrensten Berichte aus unserm Italien beherrschen die Böse und bewirken, daß alle Fonds bei dem vermehrten Angebote und der geringen Nachfrage, welche eben anfängt, sich auf Null zu reduziren, in fortwährendem Weichen begriffen sind.

**Baiern.** # München, 27. Febr. Die Allg. Zeit. bringt in ihrem Blatte vom 23. d. M. die officielle Mittheilung, daß dem Grafen Arco auf Valley der Hof sei verboten worden. Graf Arco erklärte hierauf zur Wahrung seiner Ehre, daß er geeigneten Ortes die nöthigen Schritte gethan habe, um den Grund dieser unerwarteten Maßregel zu erfahren, und heute verlautet, daß man sich geweigert habe, ihm den Grund jenes Verbotes mitzutheilen. Geschieht dies, fragt man sich im Publikum, aus Schonung oder aus Schamgefühl? Will man den Grafen, obgleich er selbst es fordert, nur darum nicht anklagen, um ihm die überflüssige Mühe der Vertheidigung zu ersparen, so erinnert diese Procedur an die türkische: erst gehangen, dann processirt. Hält aber eine Art Scham davon ab, die Gründe der Bestrafung anzugeben, so fällt man aus sichterm Versteck die Ehre bessen meuchlings an, dem ein offen Rede zu stehen nicht wagt. Die gesammte Einwohnerschaft Münchens, deren Stimme hier die Stimme der Wahrheit ist, findet den Grund jenes Hofverbotes in der Thatsache: daß Graf Arco Valley nach Kniserung des Lokalpybus, der seit Jahr und Tag an unserer Ehre gezehrt hat, am 11. Febr. dem städtischen Magistrate die Summe von 5000 Gulden zur Vertheilung unter die Armen überfendet hat. Es gibt hier ein paar Leute, welche München bei jeder Gelegenheit als Neuathen preisen, was, wenn Kleinest mit Großem verglichen werden darf, kaum in den Sinne wahr ist, in welchem man Konstantinopel Neurom genannt hat. Im alten echten Athen hätten sie, für die Gabe des Greises eine Gedächtnistafel im Burgtempel niedergelegt; hier in Neuathen verbietet man ihm deßhalb den Hof — gleich als ob dort Keiner erscheinen dürfe, der ein Herz hat für die allgemeine Freude des Volkes und ein Herz für die Leiden der Armen.

**Baden.** Karlsruhe, 29. Febr. Nach dem Schw. Merk. hatten die schon erwähnten Verhaftungen darin ihren Grund, daß man in einem Verhause gerufen habe, es lebe die deutsche Republik! Heute früh, sagt das Stuttgarter Blatt, wurde nun eine Anzahl Theilnehmer, im Bette noch, ausgeboben, verunter man den Bierbrauer Müller und seinen Schwager, Bierbrauer Glener, Tapezier Ertelen, den schon bekannten Blind u. A., und mehrere Gewerbsgehilfen nennt. Im Laufe des Tages dauern die Verhaftungen fort, und Polizei und Gendarmerie haben Vollauf zu thun. Die Absicht des wie es scheint förmlich konstituirten Komplotts sollte dahin gehen, heute früh in die Kesselersche Fabrik zu ziehen, die Arbeiter dort aufzuwiegeln, dann durch das sog. Dörfe zu marschiren, um weitere Theilnehmer beizuziehen, um dann auf das Schloß loszugehen. — Daß in so bewegten Zeiten einzelne exaltirte Köpfe sich zu Exzessen verleiten lassen, hat nichts Auffallendes, auch nicht viel Gefährliches, so lange die Freunde gesetzlicher Freiheit sich zusammenhalten. Die paar jungen Leute, die sich bei der Gelegenheit gerne ein wohlfeiles Märtyrerthum verschaffen möchten, werden keinen Staat umstürzen; sie erbieten nur dann Gewicht, wenn das Alter sich von ihnen die Politik machen ließe.

* Karlsruhe, 1. März. (Kammerverhandlungen vom 1. März. Forts.) Welcker. Die Regierungskommission kann auf ihre Mittheilungen keine Erklärung der Kammer jetzt erwarten; wir werden uns darüber berathen und verständigen. Selbst als Einzelner kann ich jetzt nicht näher eingehen, denn ich kenne die Entwürfe, die Ausführung der Principien nicht. Ich anerkenne, daß die Regierung in dieser außerordentlichen Zeit stark sein muß, und daß sie ihre Stärke da sucht, wo sie allein zu finden ist, in festem Zusammenhalten mit dem Volke. Wenn die Regierung ganz auf diesem Wege geht, so wird sie ehrliche und treue Männer genug im Volke finden, die ihr zur Seite stehen. Die heute von der Regierung ausgesprochenen Principien kann ich ebenfalls nur mit Freude begrüßen. Ich freue ihr zu, daß sie in dieser Zeit das Gute und Große nicht durch täuschende Beschränkungen wird in Schatten setzen, sondern unverkümmert durchführen will. Es ist natürlich, daß auch noch andere Wünsche als zeitgemäß und nothwendig erkannt werden; die Kammer wird nicht ansiehen, sich darüber auszusprechen, und ich hoffe, die Regierung werde ihr bereitwillig entgegenkommen. — Daß ein Punkt nicht berührt worden, schmerzt mich tief, es ist die Nationalvertretung. Ich anerkenne, daß die Regierung hier mit großer Umsicht verfahren muß, sie kann nur in Gemeinschaft mit andern wirken; allein Das kann und soll sie als konservative Regierung ernstlich sagen, daß dieses die nothwendigste und dringendste Forderung ist. Sagen Sie nicht, wir sind nur ein Dreißigstel der Nation, wir müssen diese Frage den Großen überlassen. Nein, regierem Sie, nehmen Sie die Politik in die Hand, damit es nicht Andere thun müssen. Sie müssen handeln, Sie haben das Recht und die Pflicht dazu, und wenn Sie vorangehen, so werden Sie Achtung, Vertrauen und Nachfolge begründen. — Die Throne in Deutschland, vor Allem die mittleren und kleineren, bedürfen derselben Kraft nach Außen, die sie durch Vereinigung mit dem Volke im Innern suchen. Sie finden dieselbe nach Außen nur in der Vereinigung mit der gesammten deutschen Nation. Die 40 Millionen Deutsche wollen nicht mehr durch äußere Macht preisgirt, in fremde Interessen und Bündnisse getrennt und verwickelt sein; sie wollen sich selbst raten und helfen als Nation. Sagen Sie an dem Orte, wo Ihre Stimme gehört wird, aber die unverhüllte nicht, daß die Vertreter des Volkes es Ihnen ausgesprochen, daß man bezüglich auf die Selbstständigkeit der Nation klar sieht; daß der romantische Schwindel, die absolute Thorheit eines blinden Franzosenhasses vorbei ist (Beifall); wenn man noch einmal spielen will mit der Souveränetät und Freiheit, wenn man wähnt, und mit diesem thörichten Franzosenhaß noch einmal zu blinden Bundesknechten fremder Despoten zu machen — so täuscht man sich. Eine Schmach war der Abtritt der Rheinlande von Deutschland, eine Schmach der Rheinbund; aber verständige Männer sagen: gleich groß war die Schande, größer das Unglück der unheiligen russischen Allianz nach den Freiheitskriegen (lauter Beifall). Die Rheinprovinzen haben als Erbe der französischen Herrschaft ihre fortdauernden Institutionen, die Befreiung von Fremdländern; als aber die russische Oberherrschaft in Deutschland begann, da wurden Tausende unschuldig in die Kerker geworfen, die Freiheit des Wortes, der Lehre

Digitized by Google

wurde unterdrückt; deutsche Soldaten mußten Polen vernichten helfen. Diese Vergleichung macht das Volk. Gott verhüte, daß bei deutschen Mächten der Gedanke aufstomme, zu unseligen russischen Bündnissen zurückzukehren; völkerrechtliche Bündnisse sind nicht ausgeschlossen, aber die deutsche Politik darf nur auf der Nation beruhen. Vor Allem verlangen wir Selbständigkeit; diese können wir nicht haben ohne Vertretung der Nation; dann ist die Regierung stark und Deutschland mächtig (anhaltender Beifall).

Peter zieht aus den Ereignissen in Paris, wo herzloser Mißbrauch der Gewalt und toller Uebermuth furchtbare Ereignisse herbeigeführt, die Lehre, daß man dirjenigen nicht festhalten kann, die entschlossen sind, für eine gute Sache zu streben. Auf der Seite des Volkes ist das Recht, und der Gott der Gerechtigkeit leidet nicht, daß der Uebermuth überall und auf die Dauer besiegt. Was die Regierung heute geboten, erkennt der Redner als einen Anfang zu Besserem; die Reihe der Concessionen könne aber damit nicht geschlossen sein. (Während des Vortrags war die Nachricht, welche sich bald als unbegründet erwies, in den Saal gelangt, der Herzog von Montpensier und General Lamoricière seien mit 40,000 Mann in Paris eingezogen, die Nationalgarde habe sich angeschlossen, die Republik sei gestürzt und der Graf von Paris als König eingesetzt. Diese Nachricht veranlaßte Bewegungen und Gespräche, die uns hinderten, dem Vortrage des Redners zu folgen.)

Max. Alles ist neu geworden; wohl denen, die unter veränderten Verhältnissen die Alten bleiben dürfen. Solcher Männer zählen wir manche auf der Regierungsbank, auf der rechten und linken Seite. Diejenigen dürfen in ihren Grundsätzen die Alten bleiben, die es von jeher aufrichtig mit dem Wohle des Volkes gemeint haben. Wenn die Regierung die gerechten Erwartungen des Volks erfüllt, so darf sie mit Ruhe auf daßelbe bauen. Ein herzliches Anschließen ist, was Noth thut und was uns rettet. Die Ankündigung der Regierung wird von der Kammer in ernste Erwägung gezogen werden; noch andere Forderungen erheischen Befriedigung, die Kammer wird auch diese mit Ernst und schleunig berathen und dem Volke zeigen, daß seine Vertreter gesonnen sind, seine Rechte zu wahren, seinen billigen Forderungen Gehör zu verschaffen. Wenn die Kammer ihre Pflicht thut und schnell thut, dann wird sich die Regierung auf die Bürger verlaßen können, und es wird Ruhe bleiben im Lande.

Brentano ist nicht so sanguinisch, heute seine Freude auszusprechen. Nicht weil man die Rechte des Volkes anerkannt, hat man Zusagen gemacht; wir sind nur um eine Versprechung reicher geworden. Wer bürgt für deren Erfüllung? Wir haben gesetzlich die Preßfreiheit; nehmen Sie die verfassungswidrige Ordonnanz zurück, die sie uns entzogen hat, in 2 Stunden können Sie den Staatsministerialbeschluß vorlegen — dann wollen wir Vertrauen haben. Der Hr. Präsident des Justizministeriums hat hinsichtlich des Schwurgerichts nicht wie der Hr. Min. des Aeußern bezüglich auf die Preßfreiheit, unser Recht anerkannt: er betrachtet das Schwurgericht nur als ein unvermeidliches Uebel. Erklären Sie ihre Ueberzeugung, daß Sie es als ein Recht des Volkes betrachten, so will ich glauben, daß es verwirklicht werde. Hr. Min. v. Dusch, ein Ehrenmann, will sich an den Bund wenden. Durch Wen ist Baden dort vertreten? Durch den Frhrn. v. Blittersdorff, den Mann der Reaktion. Rufen Sie ihn zurück, dann will ich vertrauen. Vor wenigen Tagen hat die Kammer ein Mißtrauensvotum gegen ein Mitglied des Staatsministeriums ausgesprochen; es sitzt noch im Rathe. So lange man uns so wenig Vertrauen beweist, können auch wir keines haben. Wir haben die Erklärung der Regierung vernommen; die Kammer wird ihr Programm vorlegen.

J. M. P. Trefurt erwidert, er habe das Schwurgericht immer nur aus juristischen Gründen bekämpft und in rechtsgelehrten Richtern mehr Garantie für richtige Urtheile gefunden, so lange die das Vertrauen des Volkes genießen. Diese Ueberzeugung habe er heute noch. Allein er habe auch weiter erklärt, die Zeit werde kommen, wo das Schwurgericht nöthig werde, ungeachtet daßelbe, wißenschaftlich betrachtet, minder gut sei. Nichts sei das absolut Gute oder Beste. In ernsten Zeiten müßen Bedürfnisse anerkannt werden, die wenige Tage zuvor noch nicht dringend waren. Der Abg. Brentano glaubt nicht, daß es uns Ernst sei bezüglich auf die Presse. Der Vorwurf ist ungegründet. Stets hat die Regierung das Recht auf Preßfreiheit anerkannt, allein sie erklärte zugleich, daß sie sich nicht vom Bunde losſagen könne; das thut sie auch jetzt nicht, allein wenn die Zeit drängt, dann sorgt sie vor Allem für die Angelegenheiten des eigenen Landes. Es ist weder Furcht noch Feigheit, wenn man seine Pflicht thut.

M. v. Dusch erinnert ergänzend, daß die Regierung ihre Bemühungen für die Presse seit Jahren nicht ausgesetzt habe. Er freut sich, heute aus dem Munde mehrerer Redner das wahre nationale Gefühl hervorströmen zu hören. Diese Sprache wird im Auslande, und auch bei den Kabinetten Anklang finden. Die Ausschweifungen, die Ausfälle gegen die Politik fremder Kabinete, welche auch heute, wie gewöhnlich vorgekommen sind, weist der Redner zurück. In den Kämpfen der physischen Gewalt fallen die Würfel bald so, bald anders. Man kann nur auf die Treue der Grundprinzipien, auf Vernunft und Mäßigung bauen, auch in der bewegtesten Zeit.

Christ heißt in einem großen Augenblicke, wo der europäische Weltgeist in Gährung ist, das Entgegenkommen der Regierung willkommen. Wenn es möglich ist, gemeinsam zu handeln im Sinne der Freiheit und des Fortschritts, so wollen wir das Beispiel für Deutschland geben. Wir sind ein kleiner Staat, aber wir haben schon oft bewiesen, daß wir Vieles können, wir haben ein großes Heer, — die Macht der öffentlichen Meinung. Wenn wir heute das gute Beispiel der Einigkeit geben, so wirken wir nicht nur für Baden, es wirkt für ganz Deutschland. Denken Sie sich ganz Deutschland, ausgerüstet mit den Bürgschaften der freien Presse, des Schwurgerichts, der Nationalbewaffnung, dann fehlt uns Nichts mehr, um das Vaterland auf die Höhe seiner Weltbestimmung zu heben. Ich wahne zu gemeinsamem Handeln; das badische Volk soll daran sehen, daß wir im Interesse des Fortschritts und der wahren Freiheit handeln. Geben wir das Beispiel der Verwirklichung der Freiheit.

Bassermann. Nicht der Moment darf es sein, der unsere Zunge lenkt, und der Blick Dessen, der hier und heute spricht, muß weiter reichen, als nur auf einige Schritte, er muß vorwärts und rückwärts gehen und sich auf einen höhern Standpunkt stellen. Er weiß aus der Geschichte, wie groß die Wechselfälle sind, und wie viel von dem besonnenen Handeln des Augenblickes abhängt. Noch nie erschien mir der Beruf oder die Pflicht, die ich hier zu üben habe, größer als heute. Ich will sie üben und glaube, daß der heutige Tag nicht ein Tag für Baden, sondern ein Tag für Deutschland ist. Eben darum aber, weil unsere Regierung es ist, die von jener Stelle aus die Grundlagen der Freiheit proklamirte, freue ich mich, ihr hier gegenüber zu stehen, und weil Baden es ist, von dem das Beispiel für unser ganzes übriges größeres Deutschland ausgehen wird, bin ich heute stolz, ein Badener zu sein. Die Ereignisse der Geschichte gehen wie die Wogen der See tief hinab in die Abgründe und hoch hinauf, wo sie sich überstürzen. Glücklich die Jahreszeit, glücklich für ein Staatsschiff die Fahrt, die nur gleichmäßige Wellen sieht. Sowie ich zur Zeit der Blittersdorff'schen Reaktion mit der mir verliehenen schwachen Kraft mich dieser Richtung entgegenwarf, so will ich heute nicht anstehen, das zu sagen, was ich, soweit meine geringe Einsicht reicht, in diesem größten aller Momente für geboten halte. Heute ist nicht der Tag, an dem wir Reminiszenzen vorbringen müssen. Heute ist Steuern, und eine leichte Aufgabe ist es, noch dazu mit in die Segel zu blasen, die ohnehin angeschwellt sind. Der Steuermann am Ruder aber hat die größte Aufgabe. Meine Herren, verlegen Sie sich einen Augenblick an die Stelle dieses Steuermannes, und Sie werden sich dann selbst sagen: er hat eine ungehrure Aufgabe. Wenn nun ein solcher Moment gekommen ist, so ist es Pflicht der Mannschaft des Schiffes, zusammen zu stehen und einig zu sein und ihn nicht in seinem ungeheuren Berufe zu stören. (Brave!) Das ist keine Schwäche, sondern ich behaupte, es ist Stärke, denn einen schwachen Gegner überwinden in dem Augenblick, wo alle Fugen los sind, ist eine leichte Aufgabe, aber sich selbst überwinden, das ist der größte Sieg. (Viele Stimmen: Sehr gut!) Meine Herren! Ich gehöre nicht zu Denjenigen, die den Augenblick unbenützt laßen wollen. Nein, Sie kennen mich, diese Schwäche ist mir nicht eigen. Allein ist schon durch die Ereignisse daßie gesorgt, daß dieser Augenblick benützt werde, und ich habe Zutrauen genug zu dieser Zeit und mehr Zutrauen zu uns, als daß ich glauben könnte, die nächsten Tage möchten die heutige Erklärung von der Regierungsbank zu Nichts machen. Aber fordern wir nicht das Unmögliche, und fordern wir nicht, daß nun in diesem Augenblick von jener Bank aus erfüllt werde, was Alles in unserm Herzen als Wunsch liegen mag. Wir werden unter uns zusammentreten, wir werden die gemachten Zusicherungen in reife und überlegte Berathung nehmen, unsere Wünsche und unser Begehren, die gerechten Forderungen des Volks zu Tag legen und zur Kenntniß der Regierung bringen. Ich sage es nochmals, es ist ohnehin daßie gesorgt, daß der Augenblick nicht unbenützt bleibe. Aber, meine Herren, noch etwas Größeres liegt in diesem Augenblicke, und zu etwas, ich möchte sagen, Heiligerem müßen wir ihn benützen. Täuschen wir uns nicht. Es gibt Feinde der Freiheit genug, es gibt

Digitized by Google

der Trägen und Aengstlichen in Masse, und wenn diese jetzt auch schweigen, so kann eine spätere Welle jene wieder zur Herrschaft bringen. Die Freiheit wird nur dann nicht für die nächsten Stunden und Tage, sondern dauernd gegründet, wenn sie in den Gemüthern und in der Ueberzeugung des Volks wurzelt, und darauf zu sorgen, daß Dieses geschehe, ist heute unsere größte Aufgabe. Lassen wir diesen Augenblick nicht vorübergehen, ohne uns zu sagen, daß vieles Gute, was die Geschichte gebracht hat, nur darum wieder verloren ging, weil das Gute mit dem Schlimmen gepaart auftrat, und weil es Folgen hatte, vor denen bald wieder die Mehrheit, das heißt das Volk, sich abwendete. Können wir die Freiheit erringen ohne solche Folgen, können wir in unserm kleinen Baden für das größere Deutschland, für welches wir auch die größere Pflicht haben, ein Musterbild aufstellen, daß die Freiheit, die heute anbricht, mit der Ordnung und der Gesetzlichkeit gepaart ist, so werden wir für die Freiheit, für alle Zukunft mehr erobern, als auf jede andere Weise, und Dieses erwarte ich von uns und unserem deutschen badischen Volke. Ich bin überzeugt, wir werden zusammenstehen und hierdurch Einigkeit und Festigkeit gewinnen; wir werden jetzt nicht von Parteien reden, vielmehr bei den großen Gefahren, von denen wir in der nächsten Zeit umgeben sein können, alle Zwischenschranken fallen und es dahin kommen lassen, daß der Bürger mit dem Beamten, jener mit dem Soldaten und dieser mit dem Bürger sich verbrüdere, und daß wir solchergestalt zusammenstehen Einer mit Allen und Alle mit Einem für Alles, was da kommen mag. (Allgemeines Bravo.)

Mathy. Nach den Vorträgen der Abgg. Bassermann und Becker verzichte ich auf jede Ausführung und erlaube mir nur, in kurzen Worten meine volle Beistimmung auszusprechen. In Augenblicken, wie der jetzige, habe ich vor Allem einen Gedanken und dieser ist — das Vaterland. Ich fühle mich zuerst als Deutscher, dann als Badener, und kein Widerspruch wird mir aus irgend einem Winkel Deutschlands entgegen können, wenn ich sage, unser erstes Bedürfniß ist jetzt die Einigkeit. Auch hier in dieser Kammer ist unser erstes Bedürfniß Einigkeit — Einigkeit unter uns und Einigkeit mit der Regierung. Aber diese Einigkeit ist nur unter der Bedingung möglich, daß diejenigen Grundsätze, die wir als Rechte und Bedürfnisse des Volkes schon so lange erkannt und immer vertheidigt haben, zur Anerkennung kommen. Ohne diese Anerkennung müßte ich heute, wie sonst, in Opposition gegen die Regierung stehen. Ich müßte es selbst in diesem Augenblicke, wenn ich könnte, daß man von Seite der Regierung an einem Systeme festhielte, von dem ich die Ueberzeugung hätte, daß es Deutschland ins Verderben führe. Aber ich wünsche dem Vaterlande und uns Allen Glück dazu — der Weg ist uns gebahnt, einig zu gehen mit der Regierung. Sie ist uns entgegengekommen mit Anerkennung der wichtigsten Grundsätze: der freien Presse, des Schwurgerichts, der Volksbewaffnung. Und hier kann ich nicht deuteln und grübeln, nicht wühlen im Schachte der Vergangenheit, ich kann nicht in die Herzen greifen und fragen, was ist früher gesagt worden, und was denkt man vielleicht jetzt? Wenn ich glaubte, es sei der Regierung nicht Ernst mit Dem, was sie uns bringt, so weiß ich doch, daß es uns Ernst ist, und Eines beruhigt mich: Wir nehmen die Waffen in die Hand. Wie werden sie tragen, zum Schutz unserer Heimath gegen Anrufen jeder Art, aber auch zur Vertheidigung unserer wohlbegründeten und wohlerworbenen Rechte. (Bravo!) Wenn ich in dem wehrhaften Volke seine Bürgschaft der Freiheit erblicken könnte, so würde mich auch der Gedanke nicht beruhigen, daß es den Ministern Ernst ist mit dem, was sie uns versprachen; denn, wer bürgt uns dafür, daß nicht morgen andere kommen, die das Gegentheil wollen und uns das wieder nehmen, was man uns heute anbietet? Das Einzige, worauf wir uns verlassen können, sind wir selbst; allein ich glaube auch von den Ehrenmännern auf der Regierungsbank, daß sie kein Spiel mit uns treiben wollen. Allerdings ist mit Dem, was wir heute hören, die Reihe der Bedürfnisse und Wünsche des Volkes nicht geschlossen. Diese Reihe ist überhaupt eine unendliche, die sich mit der Zeit fortbildet. Was gestern Bedürfniß war, ist es heute nicht mehr, und woran man heute nicht denkt, das wird morgen unabweisbar. Darum sind die Einrichtungen der freien und gebildeten Staaten so, daß die Völker Organe haben, um ihre wahren Bedürfnisse rechtzeitig zu berathen und zu befriedigen. Das freie Wort, das sichere Recht, das wehrhafte Volk — darin stehen wir die Grundpfeiler für den Bau eines freien und großen deutschen Vaterlandes. Die Kammer wird prüfen, welches die Forderungen sind, deren Verwirklichung in der nächsten Zeit und ferner unabweisbar erscheint. Aber vor Allem ist es unsere Pflicht, daran zu denken, daß wir der Nation ein gutes Beispiel, das Beispiel der Einigkeit, geben und keinen Samen der Zwietracht ausstreuen, der nur unseren Feinden, den Feinden deutscher Freiheit frommen würde. (Brave!)

Straud zählt alle Gebrechen des alten Systems, alle Kränkungen der Rechte und Bedrückungen des Volkes durch den Polizeistaat auf und fragt, ob wir uns dafür schlagen sollen? Eine Andeutung des Redners, daß es besser wäre, mit den Franzosen zu halten, als länger unter dem alten Druck zu seufzen, rief vielfache Mißbilligung hervor. Er schließt mit dem Verlangen, daß man dem Volke schleunigst die vorenthaltenen Rechte geben und durch eine Nationalvertretung am Bundestage sichern möge.

Weizel freut sich, daß die Redner der verschiedensten Meinungen in Einem Ziele zusammentreffen, und dieses Ziel ist — das Vaterland. Wir werden Opfer aller Art zu bringen haben, das leichteste darunter ist, die eigenen Leidenschaften zu überwinden. Es solle ein fremder Heerhaufe im Anzug sein, und da seien in einer Kammer, der man die Liebe zum Vaterlande und zur Freiheit nie abgesprochen, Haß, Groll und alle Leidenschaften nicht am Platz. Der Augenblick ist bedeutungsvoll durch Erringung politischer Rechte; es ist heute ein ewig denkwürdiger Tag, und hier kapitulire ich mit meiner Ueberzeugung, indem ich als Gegner des Schwurgerichts doch Nichts gegen seine Einführung einwenden werde, wenn ich sehe, daß damit ein billiger Wunsch des Volkes befriedigt werden kann. Schreiten wir in ruhiger Entwicklung vorwärts, und geben wir der Welt das Beispiel, daß die wahre Freiheit nur besteht mit Recht, Gesetz und Ordnung.

Zenner spricht über die loyale und wichtige Eröffnung der Regierung seine Freude aus; er erblickt darin die Morgenröthe besserer Tage. Um die Ruhe und Ordnung dauernd zu erhalten, müssen diese Zusagen in ganz Deutschland in Erfüllung gehen, und sie werden es. Das Schweigen der Regierung hinsichtlich des deutschen Parlaments erklärt der Redner mit der schwierigen Stellung, in welcher sie sich bei dieser Frage befindet. Er vertraut übrigens, daß sie auch bei andern Regierungen dahin wirken und daß die Versprechungen in Erfüllung gehen werden.

Hecker hätte für genügend gehalten, wenn die Erklärung der Regierung mit Schweigen hingenommen, geprüft, mit den Volksvmännern in Einklang gebracht, das Nöthige hinzugefügt und ebenfalls schweigend übergeben worden wäre. Wir verdanken die Zusagen nicht unserem Volke, sondern den rauchenden Leichen in Italien und Paris. Wir wollen einig gehen in den wahren Forderungen des Rechts und der Freiheit, nicht in halben Konzessionen, die man heute gibt und morgen wieder nimmt. Wir wollen auch keinen Haß gegen Franzosen und Italiener. Ich drücke die Hand lieber einem solchen, der für die Freiheit kämpft, als dem deutschesten Deutschen, der an dem bisherigen System hält. Das Volk ist kein provisorisches Volk, es will auch keinen provisorischen Verfassstand, sondern sein volles Recht. Die Regierung soll darin stark sein, daß sie nicht neben ihre Vorlagen das Mißtrauen als Klausel hängt. Die Gänsefedern des Bundestags sollen unsern Adlerflug nicht hemmen. Bewaffnen Sie das ganze Volk, dann ist das Volk und die Regierung stark. Wenn die Vorlagen kommen, wollen wir vernehmen, wie sie auszuführen; das Volk wird nicht zufrieden sein, bis es sein volles Recht erlangt hat.

Hetzing kann, Namens des Volkes, die Versicherung geben, daß ihm die Regierung eine Stütze finden werde, wenn sie selbst rechtsthümlich sein will. Wenn das Volk die Institutionen erhält, die es schon lange wünscht und liebt, dann wird es Alles aufbieten, sie zu erhalten und zu vertheidigen.

Buß führt aus, daß für die Nationalität während des langen Friedens nicht genug geschehen; dagegen sei das Gefühl dafür in der neuesten Zeit in allen Gemüthern rege geworden. Bei dem Namen Vaterland gebe es keine rechte, keine linke und keine Mittelpartei. Die deutsche Nation, die sittlichste und intelligenteste unter allen, werde sich auch in diesem großen Augenblicke ihrer Sendung würdig zeigen. Er ist überzeugt, daß der deutsche Bund seine Pflicht erfüllen werde auf dem Felde der Waffen und der friedlichen Eroberung. Das Vaterland rechnet auf unsere Einigkeit.

Weller. Die Lage ist ernst und neu, man kömmt mit Redensarten nicht aus. Wie kömmt es, daß Dinge, um die wir 20 Jahre gekämpft haben, uns jetzt als Geschenk, als Lohn für deutschen Patriotismus geboten werden? Ich habe auch ein patriotisches Herz, lasse aber meinen Verstand nicht verblenden. Bisher hatte man Furcht, daß die absoluten Mächte und die wenige Freiheit, die wir haben, nehmen möchten; jetzt liegen wir an der Grenze einer Republik und sprechen von ihrem Volke als von unsern Feinden. Hat man denn vor lauter Begeisterung den Verstand verloren? Wie sind nicht Feinde von Rußland und wollen keine Feinde Frankreichs sein.

Digitized by Google

Freilich, wenn jene Staaten uns mit Krieg überziehen wollten, dann wäre die Stunde des Kampfes da, und ich vertraue, daß Deutschland ihn siegreich bestehen wird, wenn es schnell genug die Organisation erhält, die es zu einem kräftigen Widerstand bedarf. Ich warne die deutschen Regierungen vor dem Gedanken, sich zu einer Einmischung in die Angelegenheiten unserer Nachbarn hinreißen zu lassen.

Nachdem noch der Abg. Knapp über den Werth der Einigkeit gesprochen, für deren Herstellung in Deutschland er aber aus seinen Erinnerungen wenig Hoffnung schöpft, wurde die Sitzung geschlossen.

* Karlsruhe, 2. März. Heute die nämliche Masse von Zuhörern in der Sitzung der zweiten Kammer. Von den vorbehaltenen Logen ist nur die des diplomatischen Korps respektirt. Die Logen des Hofes und der ersten Kammer sind vom Publikum besetzt.

Der Präsident bringt eine Petition der Professoren in Heidelberg für Bürgerbewaffnung, Preßfreiheit, Schwurgerichte und Revision der Bundesverfassung zur Kenntniß der Kammer. Er zeigt ferner an, daß die Kommission über die gestrigen Vorschläge der 8 Mitglieder ununterbrochen thätig gewesen und heute Bericht erstatten werde. — Nach Uebergabe verschiedener Petitionen spricht:

M.-P. Bekk. Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß man sich bei der gestrigen Verwerfung über die Presse zu dem Ausdruck „provisorisch" gestoßen habe. Die Ueberschrift ist bloß durch ein Versehen des Schreibers in das Regierungsblatt gekommen. Der Ausdruck „provisorisch" im Text besagt, daß die Verordnung gelte, bis ein allgemeines deutsches Preßgesetz zu Stande gekommen sein wird. Die Verordnung vom 28. Juli 1832, welche das Preßgesetz aufgehoben hat, ist nun selbst wieder aufgehoben, indem das Preßgesetz vom 28. Dec. 1831 wieder in das Leben getreten ist.

Metcker berichtet über die gestrige Erklärung von 8 Mitgliedern in Betreff der als dringend zu erfüllenden Forderungen des Volkes. Die Kommission hat einige Aenderungen und Ergänzungen an dem Vorschlage vorgenommen. Die einzelnen Punkte betreffen: 1) daß die Regierung die provisorischen Ausnahmsgesetze des Bundes nicht mehr als verbindlich erkenne; 2) daß sonst gleiche Beeidigung sämmtlicher Staatsdiener mit Einschluß des Militärs auf die Verfassung angeordnet werde; 3) daß alle Beschränkungen politischer Rechte aus dem Grunde, weil ein Bürger irgend bestimmten Konfession angehört, aufgehoben werden; 4) Verantwortlichkeit der Minister vor einem Staatsgerichtshof mit Geschworen; 5) daß in Beziehung auf die Anklage anderer Beamten eine Erlaubniß der Regierung nicht mehr erforderlich sei; 6) Aufhebung aller Reste des Feudalwesens; 7) Anordnungen für gerechte und gleiche Vertheilung der Staats- und Gemeindelasten, Pflege der Gewerbsamkeit und der einfachen Arbeit; 8) Ausheb.ung aller privilegirten Gerichtsstände; 9) volksthümliche Kreisverwaltung durch Betheiligung der Bürger; 10) dringende Hinwirkung auf Errichtung eines deutschen Parlaments; 11) unabhängige Stellung der Richter nach den früheren Anträgen der Kammer; 12) daß das Staatsministerium und die Stelle eines Bundestagsgesandten nur mit Männern besetzt werden, die das allgemeine Vertrauen des Volkes besitzen.

Im Eingang der Erklärung wird auf die bereits in das Leben gerufene Preßfreiheit, auf die zugesagten Schwurgerichte und die Volksbewaffnung hingewiesen, in Bezug auf letztere auch die Erwartung ausgesprochen, daß die Wahl der Officiere durch das Volk und eine wahre Volksbewaffnung gewährt werde.

Nach einer herrlichen Diskussion, die mit voller Freiheit auf beiden Seiten, bei musterhafter Haltung der Zuhörer, geführt wurde, und die erhebendste war von den vielen, die wir gehört, wurden die meisten Anträge einstimmig, einige, mit Ausnahme weniger Stimmen, angenommen. Den meisten Widerstand fand der letzte Artikel, der zwar einen allgemeinen konstitutionellen Satz ausspricht, aber von der Mehrheit der Kommission und der Kammer auf 2 Mitglieder des Staatsministeriums und den Bundestagsgesandten bezogen wird. Mehrere Abgeordnete, die über diesen Gegenstand das Wort erbeten hatten, schlossen sich der Erklärung des Abg. Bader an, daß sie für den allgemeinen Grundsatz stimmen, aber nicht für die Anwendung auf die bezeichneten Personen.

Bei den Schlußworten des Berichterstatters: Gott schütze das Vaterland und den Fürsten, brach die Kammer in ein donnerndes Hoch! aus. Die Sitzung wurde geschlossen.

Heidelberg, 2. März. Die Karlsruher Z. gibt als Wortlaut der „gestern übereichten Petitionen" ein Flugblatt, die „Forderungen des deutschen Volkes" betitelt; wir wissen nicht worin dieser Irrthum der Karlsr. Z. seinen Grund hat, aber wir können sie nach Einsicht beider Petitionen versichern, weder in Mannheim noch in Heidelberg hat man eine andere Petition unterzeichnet als jene bescheidene Bitte um die bekannten vier Punkte.

* Aus zuverlässiger Quelle wird uns geschrieben: Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Karlsruhe ist gestern Abend wiedergebrannt. Nach andern Nachrichten wäre nur der Dachstuhl verbrannt und der Staud durch Unvorsichtigkeit veranlaßt.

**Kurhessen.** Δ Hanau, 1. März. Heute wurde hier folgende Adresse an den Kurfürsten unterzeichnet und nach Kassel durch Abgeordnete überbracht: „Allerdurchlauchtigster Kurfürst! Allergnädigster Kurfürst und Herr! In einer Zeit und unter Umständen, wie sie sich während einer Reihe von Jahren allmählich gebildet, und wie dieselben gebieterisch nun vor uns stehen, emporgehoben zu einer unwiderstehlichen Macht durch den Umschwung der Verhältnisse in Frankreich, thut es Noth, zur Sicherstellung des Vaterlandes und zur Kräftigung der deutschen Macht dem Auslande gegenüber, Maßregeln zu ergreifen, aber Maßregeln, die eine wirkliche Sicherstellung und Kräftigung in der That verbürgen. Daß aber diese Maßregeln bei uns die rechten werden, dazu ist nöthig, daß unser Fürst über unsere Verhältnisse die Wahrheit höre, wie sie im Volke lebt, und daß diese nicht, durch unlautere Kanäle getrübt, sein Ohr erreichen. Das gegenwärtige Ministerium besitzt nicht das Vertrauen des Volkes und hat es nie besessen. Das System, welches von ihm befolgt wird, ist ein verhaßtes, und nur mit verhaltenem Unwillen sah das Volk bisher seine höchsten Güter und seine besten wohlverstandenen Interessen dadurch vernachlässigt, ja glaubs sie einer politisch-religiösen Sonderrichtung geopfert. Die dermaligen augenblicklich vertagten Landstände, in ihrer jetzigen Zusammensetzung, besitzen nicht das Vertrauen des Volkes. Zum Theil zusammengebracht durch Machinationen einzelner Beamten, unrechtmäßig durch willkürlichen Ausschluß würdiger Männer, boten sie bei ihren bisherigen Verhandlungen nichtsweniger als das Bild eines Volksorgans, vielmehr einer volksthümlichen Minorität gegenüber, in ihrer Majorität ein Schauspiel dar, von dem der Freund des Vaterlandes in kummervoller Erbitterung sich hinwegwandte. Die Presse ist bei uns in einem Zustande der Unterdrückung, wie er noch nie dagewesen. Selbstsucht, regellose Willkür und Hang zur Unterdrückung haben auf diesem Felde dem Ministerium Lorbeeren erworben, um die es Niemand auf der Welt beneidet. Wie ist es unter allen diesen Umständen nun möglich, daß Wahrheit zu dem Ohr des Fürsten dringe? Wahrheit muß aber sein zwischen Volk und Fürst, darum bitten wir: 1) Um Verabschiedung des gegenwärtigen Ministeriums und Einsetzung anderer Minister, deren Persönlichkeit Garantie bietet für durchgreifende Neuderung des bisherigen Systems. 2) Um Auflösung der gegenwärtig vertagten Landstände, sofortiges Berufen einer neuen Ständeversammlung, Ausschreiben neuer Wahlen und Verbot jeder Beschränkung freier Wahlbewegung. 3) Um sofortige Freigabe der Presse. Die Gewährung dieser Bitten wird drei Kanäle öffnen, die den Strom der Wahrheit zum Ohre unseres Fürsten leiten, und nur wenn dieser in höchster Lauterkeit zufließen angefangen, wird es möglich sein, Maßregeln für das Vaterland zu ergreifen, die als wirklicher Ausfluß einer vermöglichen Gesammtwillens in unserer ernsten Zeit allein den Namen wahrhaft verständiger verdienen, Maßregeln, allein geeignet, die Sicherung und die Zukunft unseres Vaterlandes zu verbürgen. Vertrauensvoll erwarten wir gewährende Verfügungen Eurer kgl. Hoheit, Verfügungen, um einem drapen treuen Volk verdientermaßen gerecht zu werden, dessen Name durch das bisherige System fast zu einem Spott geworden ist unter den Völkern. Wollte dazu mit Eure kgl. Hoheit allergnädigst entschließen: Für alle Fälle politischer Natur vom Jahr 1830 an bis heute eine vollständige Amnestie und politische Rehabilitation eintreten und die Ministerialbeschlüsse gegen die Deutschkatholiken sofort aufheben zu lassen, so würde dieses zur Beruhigung der in diesen Zeiten und unter den obwaltenden Umständen nothwendigen Weise aufgeregten Gemüther sicherlich nicht wenig beitragen. Wir verharren ehrfurchtsvoll Eurer kgl. Hoheit unterthänige Bürger der Stadt Hanau. Hanau, 29. Februar 1848.

**Schweiz.**

Neuenburg. Die Basler Z. berichtet: Briefe aus diesem Lande melden den Ausbruch einer Revolution. Am 28. beschloß das Patriotenkomité von La Chaux-de-Fonds, alle Komites des Landes auf Mittwoch 1. März einzuberufen, und am Donnerstag sollte die Regierung aufgefordert werden, ihre Entlassung einzugeben und die Royalisten zu entwaffnen. Der Anstoß vom Westen her scheint aber die Massen rascher und elektrischer ergriffen zu haben, als selbst die

Digitized by Google

Räthen abnahm. In Locle und La Chaux-de-Fonds wollte das Volk Nichts von diesem langsamen Wege wissen. Folgender Briefauszug zeigt den Weg, den man seit kurzer Zeit gemacht hat: La Chaux-de-Fonds, 29. Febr. 10½ Uhr Morgens: Die Revolution wird um 11 Uhr losbrechen. 12 Uhr: Soeben hat La Chaux-de-Fonds die eidgen. Fahne aufgepflanzt, wie auch Locle, man spricht von einem Zug nach Neuenburg mit Hülfe der Berner. ½ auf 2 Uhr: Alles ist vorbei, der Maire von La Chaux-de-Fonds hat seine Entlassung gegeben, die Behörden von Locle ebenfalls. Man erwartet, daß auch die Regierung seinen Widerstand versuchen werde.

## Belgien.

* Antwerpen, 28. Febr. (Aus einem Handelsbriefe). Belgien ist ruhig, nicht die geringste Befürchtung, daß die Revolution sich auf unser friedliches Land erstrecke. Das Gouvernement ergreift alle Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung. Es hat eine starke Truppenmasse an die Grenze geschickt, Mons und Tournay befestigt sc. Als Folge von den Begebenheiten in Frankreich hat die hiesige Banque commerciale ihre Zahlungen suspendirt. Die andere hiesige Bank wird zu ähnlichen Maßregeln gezwungen werden. Die Verlegenheiten des Handels sind ohne Maß. Man wartet auf die Hilfe des Gouvernements für den Handel. Als Gerücht in glaubhafter Weise gehört, England habe eine Flotte ausgerüstet, die Neutralität Belgiens zu schützen.

## Großbritannien.

London, 28. Febr. Galignani's Messenger meldet: man erfahre soeben, daß Lord Normanby, in Folge seiner letzten von Lord Palmerston erhaltenen Instruktionen, eine abermalige Zusammenkunft mit Hrn. v. Lamartine gehabt und Letzterem versichert habe, daß es Englands Wunsch nicht sei, der provisorischen Regierung Hindernisse in den Weg zu legen, und daß der neue Regierungswechsel in Frankreich die freundschaftlichen Beziehungen, welche bisher zwischen beiden Ländern bestanden, nicht stören sollten.

Wir lesen ferner im Rh. Beobachter, daß der Herzog von Nemours in Begleitung des Herzogs und der Herzogin von Sachsen-Coburg-Kohary (Prinzessin Clementine) am 27. Abends in London angekommen ist. Der Herzog von Nemours wird als sehr niedergeschlagen, das Zusammentreffen mit dem Prinzen Albert als sehr schmerzlich geschildert. Die Flucht der königl. Familie von Paris geschah in solcher Eile, daß es ihnen unmöglich war, das geringste Gepäck mitzunehmen.

## Frankreich.

Paris, 28. Febr. Unter den bisherigen Handlungen der neuen Regierung finden wir keine so bedeutungsvoll als die Abschaffung der Todesstrafe für polit. Verbrechen. Diese Verfügung, durch welche man die Revolution vor der gefährlichsten aller Entartungen bewahrte, durch welche man den Leidenschaften die Brücke zur Gewaltsamkeit abschneiden will, verdient ihrem ganzen Inhalte nach bekannt zu werden. Sie lautet:

„Die provisor. Regierung, überzeugt, daß Seelengröße die höchste Politik ist, und daß jede vom französ. Volke ausgeführte Revolution eine neue philosophische Wahrheit ins Leben einführen muß;

In Betracht, daß es keinen erhabenern Grundsatz gibt als die Unverletzlichkeit des menschlichen Lebens;

In Betracht, daß während der denkwürdigen Tage, in denen wir leben, kein einziger Scherf der Rache aus dem Munde des Volks hervorgegangen ist, wie die provisor. Regierung mit Stolz bemerkt hat;

Erklärt:

Daß sie die Todesstrafe in politischen Dingen als abgeschafft betrachtet (que dans sa pensée la peine de mort est abolie en matière politique), und daß sie ihren Wunsch der Nationalversammlung zur schließlichen Bestätigung vorlegen wird;

Die provisor. Regierung ist von der im Namen des französ. Volks ausgesprochenen Wahrheit so fest überzeugt, daß, wenn die strafbaren Menschen, welche das vergossene französische Blut zu verantworten haben, in ihrer Gewalt wären, es alsdann in ihren Augen eine wiederholte Strafe sein würde, sie zu entehren als sie hinzurichten."

Folgen die Unterschriften.

„Es war ein großer Gedanke, sagt der Courr. franç., die neue Revolution gleich an der Schwelle ihrer Geschichte durch die Abschaffung der Todesstrafe für polit. Verbrechen einzuweihen. Wir mußten der durch blutige Erinnerungen gesträubten Welt beweisen, daß wir bei der Verfolgung der von unsern Vätern gebrochenen Bahn kein Blut mehr nöthig haben, um die Freiheit zu befestigen. Die Sitten haben seit jener Zeit einen unermeßlichen Schritt gemacht. Als Beweis dafür brauchen wir nur an den begeisterten und gerührten Zuruf hinzuweisen, mit welchem das Volk am Stadthause die Worte des Hrn. Lamartine aufnahm, welche die neue Zeit der gegenseitigen Duldung und des Brudersinnes verkündigten. Lassen wir die Rache den Tyrannen. Die Freiheit bedarf nur edler Leidenschaften. Unsere innern Kämpfe werden künftig nicht mehr mit Blut befleckt und dadurch nur schöner und hochherziger werden. Die Verachtung der Nation wird ein wirksameres Mittel sein als das Schaffot, um Angriffe auf die Freiheit zu verhindern. Die öffentliche Verachtung ist es, welche das Königthum befestigt hat, und vor dem Gesetze der Verachtung werden die Feinde der Republik zittern als vor einer moralischen Schreckensgewalt, gegen welche es keinen Schutz gibt, sogar nicht jenseit der Grenzen, ja nicht einmal jenseit des Grabes. Wir haben den Thron auf dem Bastillenplatze verbrannt; wir werden das Schaffot auf dem Grèveplatze verbrennen. Europa, das vermuthlich schon die Lippen bewegte, um die Bestrebungen unserer Revolution zu verdächtigen, Europa möge schweigen und bewundern." Wir unserer Seits, wenn es der Republik gelingt, ihren am Tage nach dem Siege ausgerufenen Grundsatz auch im Gedränge des Kampfes zu behaupten, diesen Erneuerung nicht ausbleiben wird, wir werden nicht schweigen, sondern laut, und dreimal laut bewundern.

Die „republikanische Centralgesellschaft", deren Stiftung wir bereits erwähnt haben, hat sich jetzt förmlich konstituirt, und zwar unter dem Vorsitze August Louis Blanqui's, Bruders des Nationalökonomen, und bekannt als einer der Führer des republikanischen Aufstandes vom 12. Mai 1839. In dem Vorstande der Gesellschaft befinden sich neben vielen ganz unbekannten Namen mehrere Journalisten, von denen wir Durrieu, Thoré, Daly anführen. Das Verzeichniß der übrigen Mitglieder, deren bis jetzt an 300 eingeschrieben sind, enthält noch weniger bekannte Namen. Welche Zwecke diese Gesellschaft verfolgen, und welche Mittel sie zur Errichung derselben in Anwendung bringen wird, müssen wir abwarten. Aus den bisherigen Bekanntmachungen derselben ist nur ersichtlich, daß sie in Paris selbst möglichst viele Mitglieder zu werben, und in allen Städten Frankreichs Töchtergesellschaften zu bilden beabsichtigt. Auch von anderer Seite her wird an der Errichtung von Klubs gearbeitet, aber weniger geräuschvoll.

Die „Presse" ist eine sehr eifrige Republikanerin geworden. Sie hofft, daß in Uebereinstimmung mit einem bekannten Werke Napoleons binnen kurzer Zeit ganz Europa republikanisch sei. „Damit es aber dahin komme, sagt sie, müssen wir den Völkern den Wunsch einflößen, uns nachzuahmen, müssen wir den Regierungen jeden Grund und jeden Vorwand nehmen, uns dem sie ein Argument oder eine Waffe machen könnten. Vor allen Dingen, wir wiederholen es, Vertrauen! Achtung vor dem Gesetze! Erfüllung unserer Verbindlichkeiten! Warten wir nicht, bis der Steuereinnehmer uns ins Haus kommt, sondern gehen wir in das Haus des Steuereinnehmers. Verschieben wir nicht um einen Tag, nicht um eine Stunde die Zahlung des nächsten Semesters der Staatsschuld, kommen wir vielmehr dem Verfallztage zuvor. Der Kredit ist das Schlachtfeld aller friedlichen Siege. Er geht Hand in Hand mit der Ehre. Später werden wir unsere Ideen zusammenschließen und den Tauben und Blinden der gestürzten Regierung beweisen, daß man die Steuerlast erleichtern kann, ohne die Einnahme zu vermindern. Frankreich muß nicht bloß das freieste, sondern auch das reichste Land sein. Auf diese Weise werden wir die Republik bei uns erhalten und ihr im Auslande Eingang verschaffen."

Der Commerce gibt eine Schilderung der bisherigen Leistungen der neuen Staatsgewalt und ihrer fernern Aufgaben. „Die provisorische Regierung, sagt er, hatte vorerst vier Zwecke zu erreichen: die Ordnung aufrecht zu erhalten, die Revolution zu rüsten, dem öffentlichen Geist eine bestimmte Richtung zu geben, die Nationalversammlung einzuberufen. Die Ordnung ist aufrecht erhalten, Dank der guten Handhabung der Polizei durch die Barrikadenmänner, Dank der Wiederaufnahme der Geschäfte durch die großen Handelshäuser, Dank den Maßregeln, welche die Regierung in Bezug auf die Lebensmittel ergriffen hat. Die Ausrüstung der Revolution ist gesichert durch die Erweiterung der Cadres der Nationalgarde, durch deren Vermehrung und durch die Errichtung der mobilen Nationalgarde. Die öffentliche Meinung hat eine bestimmte Richtung auf die vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung erhalten durch die schließliche Ausrufung der Republik, durch die Verordnung, welche das Recht auf Arbeit gewährleistet, durch die Abschaffung der Todesstrafe bei politischen Verbrechen. Die Einberufung der Nationalver-

Digitized by Google

sammlung kann erst vor sich gehen, wenn die drei früheren Aufgaben erfüllt sind. Deßhalb konnte die provisorische Regierung sich bis jetzt nicht, wenigstens nicht in augenfälliger Weise, mit der Zusammenberufung der Nation beschäftigen, welche gefährlich sein würde, wenn sie vorellig wäre. Aber Alles, was geschieht, bringt uns diesem Ziele näher. Das Volk gewinnt Vertrauen zu sich selbst, und bald kann Frankreich sein Verfassungswerk beginnen". — Der Constitutionnel spricht von Kriegsmöglichkeiten, und will, daß Frankreich sich auf alle Fälle gefaßt halte. „Allerdings, sagt er, wir dürfen keine angreifende Haltung annehmen. Aber es geht in Frankreich keinen einzigen Bürger, welcher Meinung er auch angehören möge, der in der jetzigen Lage Europas und nach der tiefgreifenden Revolution, die in unserem Lande vorgegangen ist, den Krieg nicht für möglich, ja für wahrscheinlich hielte. Alle Welt ist in dem Gedanken einverstanden, daß die Unabhängigkeit des Vaterlandes das kostbarste aller Güter ist, und daß die Unabhängigkeit unserer Verbündeten einen Theil unserer eigenen Freiheit und unserer eigenen Ehre ausmacht. Keine Angriffspolitik, aber auch keine Zaghaftigkeit, die einer großen Nation unwürdig ist. Jede Stunde, die verstreicht, gebe man daß wie sie benützen zur Vorbereitung auf die auswärtigen Ereignisse, jede Stunde ist ein Zeitgriff, den die Regierung nicht begehen wird". Und so wiederholt sich in zahllosen Stimmen immer dieselbe Ueberzeugung aller Franzosen, daß die Nationalität und Nationalselbständigkeit um jeden denkbaren Preis, durch das Opfer jeder Meinung und jedes innern Vortheils aufrecht erhalten werden soll, wenn es sein muß, selbst um den Preis der bürgerlichen Freiheit. Für ein Volk, das Willen und Kraft besitzt, kann die schimpfliche Wahl zwischen Freiheit und Nationalität aber niemals vorhanden sein.

In Bordeaux hat die erste Nachricht von dem Sturze Louis Philipp's einen großen Schrecken hervorgebracht, der sich namentlich in einem allgemeinen Andrange gegen die Bank kundgab; die Inhaber von Banknoten wollten ihren papiernen Reichthum sofort in klingende Münze umsetzen, und es kam bei dem Sturme auf die Bank zu beklagenswerthen Auftritten. Das Nähere der Vorfälle ist noch unbekannt.

In der Nachbarschaft von Paris kommen noch immer, wie aus amtlichen Bekanntmachungen hervorgeht, einzelne Brandstiftungen vor, die auf Rechnung besoldeter Meordbrenner gesetzt werden. In Enghien und Pontoise sind auf diese Weise große Waarenvorräthe zerstört. Die Nationalgarde hat in den letzten Nächten viele Missethäter verhaftet.

In den Kellern des Schlosses von Neuilly, welches am 24. von einem bewaffneten Volkshaufen in Brand gesteckt wurde, hat man 150 Leichen gefunden; die Unglücklichen, betäubt durch den Wein, hatten sich nicht mehr retten können und ersticken. Eine ähnliche Scene hatte in den Tuilerien Statt; etwa 60 Individuen hatten sich in den Kellern total betrunken; die Fässer, die sie nicht schlossen, strömten aus und man fand jene Leute in einem förmlichen Weinmeere ersäuft.

Ein Pariser Korrespondent der Kartsr. Z. gibt am 27. folgendes Bild von dem Zustand der Hauptstadt und ihrer Umgebung. „Wenn man bedenkt, daß kaum drei Tage verflossen sind, seit ein Thron und eine Dynastie hier gestürzt worden ist, daß die ganze Stadt ein weites Schlachtfeld war, wo überall das Knallen der Gewehre, das Geschrei der Kämpfenden, der Schall der Trommeln und der Klang der Hörner in den unheilverkündenden Ton der Sturmglocke sich mischte, daß gestern Mittag noch die schlimmsten Erinnerungen aus den Schreckensjahren von 1792 und den folgenden durch den Gesang der Carmagnole und das Erscheinen der rothen Fahne in den Straßen wieder aufgeweckt, die ernstlichsten Besorgnisse gerechtfertigt wurden, so muß es fast unbegreiflich dünken, heute überall wieder, ohne daß auch nur ein Mann Polizei besteht, eine so unbedingte Ordnung in den Straßen zu finden, wie sie thatsächlich besteht. Die Regierung zeigt Thätigkeit und Thatkraft in hohem Grade, und dies gewinnt ihr das Vertrauen, wie sie solches dadurch einflößt."

„In der Gegend umher sieht es leider noch traurig aus — da herrscht noch Raub und Brand. Doch scheint bald Ordnung wiederkehren zu sollen in Folge der kräftigen Maßregeln der Regierung. Die Nationalgarde thut musterhafte Dienste."

In einem Schreiben in der Basler Z. heißt es:

„Der Ereß des Volkes hat sich auf das Schloß der Tuilerien beschränkt. Nur die Gemächer des Königs sind zerstört; die der Prinzen und Prinzessinen werden wie ein Heiligthum respektirt. Heute würde man nicht glauben, daß gestern früh noch ein Thron stand, der Nachmittags auf den Boulevards herumgetragen und endlich feierlich verbrannt wurde. Gestern Nachmittags um 4 Uhr war das Volk, das um 2 Uhr ohne Schwertstreich in die verlassenen Tuilerien eingezogen war, schon wieder so friedlich, daß geblutete Damen ohne Gefahr bis in die Tuilerien gehen und sich dort in der Mitte des Hofes den Gräuel der Verwüstung in den Königs Zimmern ansehen konnten. Alle Bildnisse Ludwig Philippe sind mit dem Bajonett durchstochen; an alle andern Gemälde und Kunstwerke hat das Volk selbst Wachen gestellt, damit sie nicht beschädigt werden. Alle Personen, besonders die Damen, sind auf eine merkwürdige Weise respektirt worden, und ich selbst habe sechs Mal, weil alle Straßen barrikadirt waren, die Hülflichkeit der Volksleute erprobt. Bei einer sehr hohen Barriere, über die ich sonst nicht konnte, bot mir ein Gensdarmerie-Volksmann die Hand, und als ich doch nicht hinüber konnte, nahm er mich in die Arme und trug mich sanft auf die andere Seite. Jedermann aus dem Volke sagt heute noch, daß, hätte man am Mittwoch Abend, wo Alles wieder ruhig war, nicht vor dem Ministerium des Auswärtigen auf das unbewaffnete Volk geschossen, der Thron heute noch sicher stehen würde."

„Die Seele der neuen Regierung ist Lamartine, die der augenblicklichen Ordnung Arago und Garnier-Pagès. Man hat die Republik erklärt, um schnell Ordnung zu haben. Das ist das allgemeine Geschrei heute: „Gebt uns, welche Regierung Ihr wollt, nur eine tüchtige, ehrliche, und die so viel Achtung genießt, um Ordnung und Freiheit handhaben zu können, Republik oder Regentschaft, gleichviel, wenn nur der Verkehr nicht stockt, und uns friedliche Volksfeste erlaubt sind."

* Straßburg, 1. März. Gestern war der große Tag der Proclamation der neuen Regierungsform Frankreichs in dieser Stadt. Die zahlreiche Nationalgarde und die ebenso zahlreiche Garnison leisteten den Eid. Die Feier war still und ruhig, kein dampfender Enthusiasmus, aber eine ernste Festigkeit in der Haltung der neuen Behörden, wie der übrigen Theilnehmer. Dem Zuschauer, der nicht tiefer blickte, mußte das Ganz wohl imposant, aber kalt erscheinen. So auch die übrigen Begebenheiten des Tages; an Fahnen, Illumination und Aehnliches ist man gewöhnt, steht sie für nichts Außerordentliches an. Sehen wir jedoch in die tiefer liegenden Verhältnisse, so finden wir die Erklärung dieses ungewöhnlichen Ernstes. Die Bourgeoisie fühlt es deutlich und lebendig, daß im Grunde die Revolution nicht dem Throne allein, sondern auch ihr gilt. So wie früher der Adel als Stütze mit dem Throne gefallen, so steht sie jetzt in den Augen der Masse als Bollwerk des Julithrones, und mancher vergißt, daß sie schon längere Zeit sich von dem Gang der Regierung losgesagt hat. Allerdings bleibt ihr der Vorwurf, daß sie es war, welche die servile Majorität in die Kammer schickte.

Das Wichtigste ist, daß sie, der gebildete Theil der Nation, dessen Interesse Ruhe und Frieden fordert, die feste Haltung nicht verliert, und dafür scheint vor Allem gesorgt zu werden. Die in dem ersten Sturm losgebundenen Elemente müssen wieder in die gehörigen Schranken eingewiesen werden, damit nicht die Anarchie oder noch schlimmere Leidenschaften sich ihrer bemächtigen. Daher der Ernst der Regierenden wie der Regierten. Beide wissen sehr gut, daß der Kommunismus und überhaupt das Proletariat hinter diesen Bestrebungen liegt, daß man diese beiden zu scheiden weiß, sowie auch die Bürgerschaft, bewiesen die neuesten Beschlüsse. Für den Proletarier, der von der Arbeit leben will, wird gesorgt, aber dem Träumer, der in der Gütervertheilung die Mittel, seine Genußsucht zu befriedigen, hofft, wird auf keine Weise Vorschub gethan. Aus diesen Tendenzen sind die Beschlüsse der Ernennung der Pariser Nationalgarde von dem „bewaffneten Volke" hervorgegangen und die Bildung des Letztern als „mobile Nationalgarde" in 24 Bataillone, die besoldet sind, (1 Fr. 50 Ct. für den Tag), aber auch aus der Hauptstadt entfernt werden können, von dem Boden, wo sie gefährlich sind, in die Departementsstädte, wo sie vereinzelt der Disciplin des Heeres unterworfen werden. Diese Trennung war nothwendig, denn in dem Kampfe haben sich letztere Elemente unter die Bürgerwache gemischt, und wie aus Vielem hervorgeht, die letztere beinahe aufgelöst, ihrer Selbstthätigkeit beraubt und beinahe die Hauptstadt der Pöbelherrschaft Preis gegeben. Diese wie alle übrigen Beschlüsse zeugen von Muth, Kraft und Besonnenheit.

Dasselbe muß auch von den neuen städtischen und Departementalbehörden in dieser Stadt gesagt werden. Sie handeln mit einem Ernste, der ihnen Ehre macht und der neuen Ordnung der Dinge eine Zukunft verspricht. Die rothe Kokarde darf nicht verlaust werden,

Digitized by Google

* Heidelberg, 2. März. Wir theilen hier die Petition unsern mit, welche die Universität im großen Senate, dem akademischen Wahlkörper, beschlossen hat, an den Großherzog und an die erste Kammer zu richten.

Die erste Petition lautet:

**Allerdurchlauchtigster Großherzog,**
**Allergnädigster Fürst und Herr!**

Ergriffen von der schweren Bedeutung der Lage, in welcher, vermöge der furchtbaren Erschütterung eines Nachbarstaates in diesem Augenblick unser badisches und das gesammte deutsche Vaterland versetzt ist, glauben die unterthänigst unterzeichneten Mitglieder der Universität Heidelberg eine Pflicht der Treue und der Offenheit zu erfüllen, wenn sie Eurer Königlichen Hoheit die Gesinnungen darlegen, von denen sie in diesem verhängnißvollen Momente durchdrungen sind.

Wir blicken mit begründeter Zuversicht nach dem Thron unseres gerechten und gütigen Fürsten, und wollen es in so ernster Zeit am Wenigsten unterlassen, Eurer Königlichen Hoheit den aufrichtigen Ausdruck unwandelbarer Treue und freudiger Hingebung zu erneuern.

Nicht minder erhebt und der heftig erregten Bewegung Frankreichs gegenüber die gute Zuversicht, daß nach den bittern Erfahrungen, welche Deutschland gemacht hat, seine Bürger und Söhne jederzeit bereit sein werden, die Unabhängigkeit des Vaterlandes zu vertheidigen gegen jeden Angriff, von welcher Seite derselbe auch kommen möge.

Zugleich aber achten wir es durch die unermeßliche Wichtigkeit der Weltlage geboten, Eurer Königlichen Hoheit vertrauensvoll aus Herz zu legen: Eure Königliche Hoheit wollen geruhen, mit allen im Höchst ihre Hand gelegten Mitteln dahin zu wirken, daß die wohlbegründeten Wünsche unseres badischen und deutschen Volkes in Erfüllung gehen und diejenige Freudigkeit und Zuversicht zu unsern vaterländischen Zuständen in allen Klassen der Nation hergestellt werde, aus welcher die feste Vertrauenswürdigkeit entspringt, in schwerer Zeit auch die größesten Opfer für Fürst und Vaterland zu bringen. Eure Königliche Hoheit werden es durch den Drang der Umstände gerechtfertigt finden, daß die gesammten Mitglieder Höchstihrer Universität Heidelberg ihre deßfallsigen Wünsche auch den Kammern des Landes ausgesprochen haben. Diese Wünsche fassen sich dahin zusammen: Es möge die hohe Regierung Eurer Königlichen Hoheit unter Mitwirkung der Stände die Einrichtungen treffen oder einleiten, welche geeignet sind, die geordnete Freiheit im Innern unseres Staatslebens zu erhöhen, den deutschen Nationalverband dauernd zu kräftigen und der deutschen Nation nach Außen die geachtete und einflußreiche Stellung zu sichern, die einem so großen und edeln Volke gebührt. Wird die gegenwärtige kritische Lage hierzu benützt, so zweifeln wir nicht, daß dadurch ein neues Band der Liebe und des Vertrauens zwischen Deutschlands Fürsten und Völkern geknüpft und mit der Macht und Größe der Einen auch die der Andern erhöht und fester begründet werden wird, während in entgegengesetztem Falle gerade der treueste Vaterlandsfreund, nicht ohne Besorgniß in die Zukunft blicken könnte. Heidelberg, 29. Febr. 1848.

Die andere Petition lautet:

**Hohe erste Kammer!**

Vorstellung und Bitte mehrerer Universitätsprofessoren zu Heidelberg, einige zeitgemäße Anordnungen betreffend.

Der Augenblick, in dem das französische Volk den Königsthron umgestürzt hat und weitere gewaltsame Ereignisse erwartet werden dürfen, erfüllt alle redlichen Vaterlandsfreunde in Deutschland mit ernsten Besorgnissen. Tief ergriffen von der Wichtigkeit und ernsten Bedeutung dieses Augenblickes fühlen sich die unterz. Professoren an der großh. Universität Heidelberg aufgefordert, ihre Ueberzeugung von dem, was in diesem verhängnißvollen Zeitpunkte zunächst Noth thut, der hohen Kammer vertrauensvoll auszusprechen.

Nichts scheint uns dringender, als ein festes Aneinanderschließen und ein einmüthiges, kraftvolles Handeln aller deutschen Regierungen und Völker, um die Unabhängigkeit, Sicherheit und Ehre Deutschlands unverletzt zu erhalten. Zu hierzu eine allgemeine Bürgerbewaffnung die erste Bedingung, damit wir auf alle Fälle stark gerüstet stehen, so würde doch die freudige Begeisterung, die sich auch den schwersten Opfern dreimüthig unterzieht und auf die in unserem Grenzlande ganz besonders gerechnet werden muß, nur dann in vollem Maße alle Bürger durchdringen, wenn zugleich durch Erfüllung mancher langgenährten, allgemeinen und gerechten Wünsche unserem Volke neue und werthvolle Bürgschaften der Freiheit, des Rechts und der Nationalehre gewährt werden. Diese Bürgschaften, nach denen sich schon seit den Befreiungskriegen ein eifriges Streben regt, finden auch wir in der Freiheit der Presse, in dem Schwurgerichte, endlich, — da es unmöglich ist, den Blick nicht über die Grenzen unseres engeren Vaterlandes hinaus auf den politischen Zustand von ganz Deutschland zu richten, — in einer solchen Gestaltung der Bundesverfassung, welche, ohne die Selbständigkeit der einzelnen Staaten zu gefährden, dem deutschen Volke eine geregelte Mitwirkung zu der Behandlung der gemeinsamen nationalen Angelegenheiten möglich macht. Durch eine solche Reform würde das allgemeine Vertrauen auf die Einrichtungen des Bundes, welches, wie wir nicht verhehlen dürfen, bei dem deutschen Volke fast erloschen ist, neu belebt und gestärkt werden, und diese Reform erscheint uns als dringend, wenn dem deutschen Vaterlande jene achtunggebietende Stellung unter den europäischen Mächten sowohl im Frieden, als im Kriege gesichert werden soll, die ihm nach seinem Territorialbestande, seiner Volkszahl, nach seinen geistigen und sittlichen Kräften und dem Umfange seiner materiellen Hilfsmittel unbestritig gebührt. Deutschland wird stark und geachtet bleiben, wenn es einig und von nationaler Begeisterung durchdrungen ist.

Durch diese offene Darlegung glauben wir eine Pflicht zu erfüllen, welche uns ebensowohl unsere unerschütterliche Treue gegen Se. königl. Hoheit, unsern geliebten und innig verehrten Landesherrn, als unsere verfassungsmäßige Wahlberechtigung auferlegt. Wir richten daher an Eine hohe erste Kammer die ehrfurchtsvolle Bitte:

Hochdieselbe wolle sich in Gemeinschaft mit der hohen zweiten Kammer bei hoher großh. Regierung angelegentlichst dafür verwenden, daß schleunigst die von uns bezeichneten Anordnungen getroffen werden, welche die bedrohte Lage des Vaterlandes erfordert.

Heidelberg, den 1. März.

**Oesterreich.** W Heidelberg. Der österreichischen Politik befreundete Blätter melden unermüdet, die Regierung wolle und könne sich in dem 2. B. Königreich keine Koncessionen abtrotzen lassen. Den Cigarrenkrawallisten, den Unsinnigen gegenüber, die das Militär muthwillig reizen und herausfordern, hätte diese Phrase Sinn genug. Welche Bedeutung hat sie aber den Wünschen des Landes gegenüber? Sind die Petitionen der ernstesinnten und landwirthschen Centralkongregation nicht in würdigem Tone abgefaßt, bitten sie nicht, fern von Trotz und Anmaßung, voll Loyalität und Vertrauen um nothwendige Reformen? Wenn es das Wohl des Landes, die Befestigung der Souveränetätsrechte gilt, so darf man doch wahrlich nicht den Manifestationen von Tollköpfen mehr Wichtigkeit beilegen, als der Haltung von Körperschaften, die gesetzlich berufen sind, die Wünsche des Landes an den Thron zu bringen. Die Parole: Nur langsam voran! die in Wien noch volle Anerkennung findet, hat bereits verderbliche Früchte getragen. Während man in Wien einige Reformen nicht gewähren will, wachsen die Konstitutionen in Neapel, Turin und Toskana wie über Nacht, und Pius IX. wird trotz aller feierlichen Gegenerklärungen nächstens ebenfalls eine Volksschrift proklamiren. Indessen wandern die angesehensten Familien in Mailand, die Borromeo Teotti und andere nach Genua aus, fällt der Handelsstand von Triest ab, wird die allgemeine Gährung mächtiger und drohender. Ist das auch Trotz, auf den nur Bajonette antworten können? Die Neugestaltung der Dinge in Frankreich wird die Staatskanzlei belehren, wie hochgefährlich es ist, die Erfüllung billiger Wünsche zu vertagen. Die Gewährung der Bitten der Centralkongregationen hätte, rasch ertheilt, den Sturm beschwichtigt. Bewilligt man sie jetzt, so kommt man zu spät. Die Lage der Dinge hat sich verändert seit es konstitutionelle Staaten in Italien gibt, seit republikanische Fahnen in Frankreich wehen! Oesterreich muß jetzt rasch mehr geben als verlangt wurde. Die furchtbaren Worte: „Es ist zu spät!“ die Karl X., Louis Philipp und seine Dynastie stürzten, mögen in Wien wirken und fruchten.

**Preußen.** ○ Berlin, 19. Febr. Die Berliner gemeinnützige Baugesellschaft rechtfertigt durch jedes neue Lebenszeichen das Lob, welches wir ihr in Nr. 12 dieser Zeitung ertheilt haben; wie denn dieses von den Herren Schrörer und Hoffmann angetrette Unternehmen auch nicht allein in Preußen und ganz Deutschland, sondern

Digitized by Google

nach Ausweis der fremden Journale, selbst im Auslande sich eines ungetheilten Beifalls erfreut. Die letzte Aeußerung der provisorischen Existenz der Gesellschaft (die Statuten sind noch nicht definitiv) ist die Broschüre: „Idee und Bedeutung der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft“ von einem Komitémitgliede, dem Kammergerichtsassessor Dr. Gähler. Die kleine, gestrichte Schrift setzt nicht nur den Plan und die Tendenz des Vereins klar auseinander, sondern prüft auch den Boden, auf welchem er steht, und würdigt sowohl seine moralischen als seine politischen Konsequenzen. Es treten darin mancherlei durch ihre Neuheit überraschende Gesichtspunkte hervor, von denen wir hier zwei besonders bezeichnen wollen, weil sie in unserer zu Wohlthätigkeitsvereinen sosehr geneigten Zeit jeden Falles von bedeutendem, wie uns dünkt, günstigem Einflusse sein, d. h. eine heilsame Umgestaltung der Bestrebungen zum Wohl der arbeitenden Klassen herbeiführen müssen. Während da, wo die Unzulänglichkeit, ja Schädlichkeit von Wohlthaten, welche die Form oder doch den Inhalt von Almosen haben, anerkannt ist, eine (gegenwärtig unausführbare) Reorganisation der Arbeit überhaupt erfordert wird, macht Dr. Gähler eine Ansicht geltend, welche unserer Uebergangsperiode zu einer allgemeinern Umgestaltung der sozialen Zustände angemessen erscheint. An Stelle der bisher verlangten Assoziation des Kapitals mit der Arbeitskraft setzt er eine Assoziation des Kapitals mit der moralischen Thatkraft, weil diese „die einzige Kraft sei, über welche der Unbemittelte noch zu gebieten vermag, nachdem seine materielle Kraft durch die Sorge für das nothdürftige tägliche Brod vollauf in Anspruch genommen ist.“ Nach diesem Grundsatze tritt die Berliner gemeinnützige Baugesellschaft mit ihren Schutzbefohlenen in ein förmliches Societätsgeschäft, zu welchem jene das Kapital hergibt in der doppelten Absicht, es sicher zu verzinsen und durch dasselbe („als Vertreterin und im Interesse des Allgemeinen und damit auch im Interesse der eigenen Selbsterhaltung“) zugleich den Stand der kleinen Leute zu heben. Die entsprechende Einlage in das Geschäft von Seite ihrer Miether besteht in „ordentlicher Wirthschaft und moralischer Führung“, welche ein Anstringen der Zinsen für das baare Kapital durch regelmäßige Miethszahlung einschließt. Der Gewinn dieses Societätsgeschäftes soll beiden Theilnehmern nach einem angemessenen Verhältniß zufallen. Die einflußreichen Folgen dieser neuen Aufstellung, deren Werth gleichzeitig durch praktische Anwendung erwiesen werden soll, leuchten ein. — Der zweite hochwichtige Punkt besteht in dem Hervorheben der Beherrung, welche der bisher so sehr vernachlässigte und fast unbeachtete Stand der „kleinen Leute“ für die sozialen und die speciell staatlichen Zustände der Gegenwart hat. Der Stand der kleinen Leute ist die letzte Stufe der Besitzenden vor dem Proletariat, also etwa kleine Handwerker und Alle, die freilich noch einen eigenen Hausstand, aber nur ihr nothdürftigstes, und zwar unfixirtes Auskommen haben. Aus diesen besonders Stand, den man bisher gewöhnlich in den Begriff des Proletariats hineingezogen hat, rekrutirt sich letzteres zunächst und hauptsächlich. Er bildet die Grenze gegen das Proletariat, und diese müssen die Besitzenden gegen den sie bedrohenden Feind der Besitzlosigkeit vor Allem zu sichern suchen. Der ergiebigste Boden ferner sind die destruktiven Ideen des Ultraradikalismus und Kommunismus für die Regionen der Besitzlosigkeit und des von ihr fortwährend bedrohten Standes. Da bei uns aber der kleinere Bürger, zumal wenn er sich eines kleinen Grundbesitzes erfreut (und einen solchen gewährt ihm die Gesellschaft), vorzugsweise konservativer Natur ist, so verspricht hier, wo meist noch nicht eine totale Umkehr zu erzwingen, sondern in der Regel nur geschwächte Geister zu ermuthigen, wankende Existenzen zu unterstützen sind, ein kräftiges Einschreiten einen um so günstigeren Erfolg. Nicht allein der Umstand hat also vom politischen Standpunkte, sondern auch die ganze Gesellschaft vom allgemein sozialen Gesichtspunkte aus im Interesse ihrer Selbsterhaltung die gebieterische Pflicht, den Stand der kleinen Leute zu heben und zu kräftigen. Dies geschieht durch die Berliner gemeinnützige Baugesellschaft, und die genannte Broschüre legt dar, in wie zweckmäßiger Weise die Gesellschaft dieses Ziel zu erreichen strebt.

○ Berlin, 26. Feb. In der Sitzung vom 23. fuhr der ständische Ausschuß in der Berathung des vierzehnten Titels, „vom Diebstahl“, fort. §. 271 (schwerer Diebstahl) ward unverändert angenommen. Die im §. 274 für Unterschlagung, deren Definition die §§. 272 und 273 geben, festgesetzte Strafe von sechs Wochen bis fünf Jahre Strafarbeit mit Verlust der Ehrenrechte ward auf 14 Tage bis 2 Jahre ohne Verlust der Ehrenrechte gemildert, Falls die Unterschlagung ohne gewinnsüchtige Absicht geschieht. Die §§. 275—277 wurden ohne Weiteres genehmigt. Zu §. 278 wurde mit einfacher Majorität beschlossen, daß Handelsbehörde nur auf Antrag des Hausherrn zu bestrafen sei. Bei §. 275 (Entwendung oder Unterschlagung unwichtiger Gegenstände ohne Absicht unrechtlichen Gewinns) wurde die im Entwurf enthaltene Strafe von 5 Thlr. Geldbuße oder 4 Wochen Gefängniß — auf 10 Thlr. Geldbuße oder 14 Tage Gefängniß herabgesetzt. Von dem neun folgenden fünfzehnten Titel, „Raub und Erpressung“, wurden die §§. 280 und 284, welche die Definition von Raub und Erpressung enthalten, gestrichen, und dafür die in dem Entwurf von 1845, welcher nur dem Ministerium vorgelegen, enthaltenen betreffenden §§. an deren Stelle gesetzt. Der §. 286, „wonach die Erpressung durch Androhung einer an sich nicht strafbaren Handlung mit Gefängniß oder Strafarbeit bis zu zwei Jahren zu bestrafen sei“, ward ganz gestrichen. Die übrigen §§. des Titels 281—283, 285, 287 wurden unverändert angenommen. Ebenso der folgende sechzehnte Titel, „Hehlerei“, §. 288—292, und auch der siebenzehnte Titel „Betrug“, §. 293—298.“ Mit der Annahme des ersten §. des achtzehnten Titels „Untreue §. 299 schloß die Sitzung vom 23. In der Sitzung des 24. wurde zunächst der §. 300 ohne Aenderung genehmigt. Zu §. 301, „Betrug von Hausbeamten und Beamten von Aktien- und andern öffentlichen Gesellschaften“ wurde beschlossen, daß der Betrug der Ehrenrechte nur fakultativ sein solle. Der ganze neunzehnte Titel „Münzverbrechen und Fälschung“, §. 302—320 wurde angenommen, mit Ausnahme des Satzes 2 von §. 314, der unter Urkundenfälschung und die von inländischem Stempelpapier begreift, und des §. 319, der völlig gestrichen wurde. Es setzt fest, daß „wer vorsätzlich, jedoch nicht in der Absicht, sich oder Andern Gewinn zu verschaffen oder Andern Schaden zuzufügen, die Ausnahme unrichtiger Thatsachen in öffentliche Urkunden, Bücher oder Register veranlaßt, mit Gefängniß oder Strafarbeit bis zu zwei Jahren zu bestrafen sei. In §. 320, „Fälschung von Grenzmalen“ wurde nur hinzugefügt, daß „wenn keine gewinnsüchtige Absicht dabei zu Grunde gelegen, der Verlust der Ehrenrechte nicht eintreten solle“. Der zwanzigste Titel handelt von den Verbrechen in Beziehung auf Standes- und Familienrechte. Der erste §. desselben, 321, Anmaßung von Standesauszeichnungen und Ehrenrechten, ward bis zur Berathung der Polizeiübertretungen ausgesetzt. Der §. 322, „wer Familienrecht, welche ihm nicht zukommen, sich anmaßt, ist mit Gefängniß oder Strafarbeit bis zu zwei Jahren zu bestrafen“, ward ganz gestrichen. Die Berathung über den §. 323 ward gleichfalls ausgesetzt. Der folgende einundzwanzigste Titel §. 327—328, „Bankerott“ ward unverändert angenommen, mit der einzigen Ausnahme, daß zum letzten Satze, des §. 324 der nur fakultative Verlust der Ehrenrechte für Personen beschlossen ward, die nur ein Gewerbe von geringem Umfange treiben. Mit der Berathung des einundzwanzigsten Titels schloß die Sitzung v. 24. Febr. In der Sitzung des 25. begann die Berhandlung mit der Berathung des zweiundzwanzigsten Titels. Der §. 329 vom „Wucher und dessen Bestrafung“, wurde mit 61 St. gegen 34 St. völlig gestrichen. Dem §. 330, „Beeinträchtigung von Versteigerungen“, fielen nur die Worte weg, „oder durch Erregung eines Irrthums“ (Jemanden nämlich vom Mit- oder Weiterbieten abzuhalten). §. 331, verbotene Spiele, ward bis zur Berathung der Polizeiübertretungen ausgesetzt, die beiden folgenden §§. 332 und 333 dagegen, die von denen handeln, die aus dem Hazardspiel ein Gewerbe machen, angenommen. Der Rest des Titels, §§. 334 — 340, ward ohne Aenderung angenommen, nur daß zu §. 335, Entwendung der eigenen Sache aus dem Gewahrsam des Nutznießers oder Pfandgläubers, die dafür bestimmte Strafarbeit von zwei auf ein Jahr und, Falls die Handlung in gewinnsüchtiger Absicht geschah, von drei auf drei Jahre herabgesetzt wurde. Von dem dreiundzwanzigsten Titel, „Vermögensbeschädigung“, §. 341 — 344, wurden nur der §. 342, „von der Beschädigung oder Zerstörung, verübt an Gegenständen der Verehrung von Religionsgesellschaften, Sachen die dem Gottesdienst gewidmet sind, öffentlichen Denkmälern u.“ die Worte gestrichen „so soll die Untersuchung von Amtswegen erfolgen.“ Die Sitzung schloß mit der Berathung des ersten §. des vierundzwanzigsten Titels, „Gemeingefährliche Verbrechen.“ In diesem, dem §. 345, der von unterlassenen Lieferungen handelt, wurde mit mehr als $^3/_4$ Stimmen beschlossen, „die in dem §. erwähnten Handlungen nur dann für strafbar zu erklären, wenn es aus dem Vertrag erhelle, daß derselbe zur Befriedigung des Bedürfnisses des Heeres zur Zeit eines Krieges oder zur Anwendung und Beseitigung eines Nothstandes abgeschlossen worden sei.“

* Vom Niederrhein, 23. Febr. Wir sind erstaunt, die

Digitized by Google

Börsennachrichten der Oster das Rheinische Seetheberrinternehmen wiederholt in einer Weise bekämpfen zu sehen, die wir als keine würdige bezeichen können. Wenn irgend Etwas die Schwäche dieses Kämpfens bekundet, so ist es die Wahl solcher Waffen. Die von Seite des Komités gestellten Anträge sind hervorgerufen durch das Bestreben, die so viele transatlantische Produkte bedürfenden Rheinlande vor und nach von den drückenden Fesseln der englischen und holländischen Monopolisten zu befreien, dagegen ihre reichen Industrieerzeugnisse im direkten Austausch den transatlantischen Producenten zuzuführen, und so erweiterte und gesicherte Absatzmärkte für dieselben aufzusuchen. Uns Rheinländern ist es nicht entfernt in den Sinn gekommen, Zollbegünstigungen anzusprechen für uns zu besorgenden, die wir ja in offenem Kampfe seit Jahren ein Differentialzollsystem erstreben, weil wir nur mittelst eines solchen eine gerechte Gegenseitigkeit und Abhilfe der seit Jahrhunderten uns bedrückenden Uebelstände erwarten zu dürfen glauben. Die merkantilischen und industriellen Verhältnisse des Rheingebiets und Süddeutschlands mögen andere Bedürfnisse hervorrufen und andere Maßregeln erfordern, als die anderer Provinzen; aber wenn wir uns nicht anmaßen, über die speciellen Bedürfnisse der Ostseeländer einseitig abzuurtheilen, so wollen wir dies hinsichtlich der unsrigen doch auch nicht von solchen dulden, die wegen ihrer offenbaren Unkunde dazu nicht berufen sind. Wir fragen uns vergeblich, was denn wohl eigentlich den großen Zorn unseres Stettiner Gegners gegen unsere rheinische Seetheberei-Bestrebungen hervorgerufen haben könne? „Sorge um eine verderbliche Konkurrenz für den transatlantischen Handel der Ostseeprovinzen kann es nicht sein, denn er wird doch wissen, daß wir unsere überseeischen Waaren nicht über die östlichen Häfen beziehen, sondern daß diese seit Jahrhunderten dafür den Engländern und Holländern zinspflichtig sind. Und wie stimmt sein erzwungenes Hohnlachen über die Unternehmungslust einer „kleinen Stadt", dieses ganz eigenthümliche Scherzen über unser Projekt mit dem Ingrimme, womit er dasselbe bekämpft, als ob nicht allein das Vaterland, sondern der ganze Welthandel durch diese Bestrebungen bedroht seien? Die Rheinländer denken nicht so anmaßend, durch das fragliche Unternehmen urplötzlich an ihrem schönen Strome ein zweites London oder Hamburg hervorzaubern zu wollen, sie wissen aber aus der Geschichte, daß die bestehenden großen Emporien auch nicht als solche vom Himmel herabgeschneit sind, sondern eben auch einen bescheidenen Anfang hatten und nebenher Unternehmungsstun, an dem es auch uns doch nicht völlig gebricht. Solchen Sinn aber schon in der Geburt zu ersticken, dazu bejaurragen, würde den bestehenden großen Emporien am Wenigsten ziemen. Die Rheinlande, vereint mit Süddeutschland, erstreben seit Jahren in offenem Kampfe ein Differentialzollgesetz, auch die beregten Anträge bezwecken nur allein, ein solches thatsächlich ins Leben zu führen und dem Staate den Beweis zu geben, wie man gewillt ist, die wohlthätigen Folgen eines solchen Gesetzes sofort praktisch anschaulich zu machen. Im Vergleich mit England, Holland, Frankreich, Belgien ꝛc., welche die Mitbewerbung anderer Flaggen zum Theil noch ausschließen, erscheint uns aber die bisherige Forderung äußerst bescheiden. Der erforderliche Schutz wird beanspruchet nur auf so lange, bis die übrigen Staaten uns gerecht geworden sind, und der Beweis geliefert ist, daß sie in Wahrheit und Redlichkeit volle Gegenseitigkeit uns gewähren wollen. Sind wir erst dahin gekommen, dann werden auch wir uns zum ganzen Freihandel bekennen. Bis dahin aber wollen wir uns von den handelsklugen Auslandern und ihren handelsunklugen deutschen Freunden nicht noch mehr Sand in die Augen streuen lassen. Die Beredtlichkeiten des Gegners über die Schwierigkeit der Aufführung in Rücksichtauzug eines auswärtigen Durchgangszolles, sowie die Besorgniß, daß der Waarenzug durch das betreffende Ausland sich dadei unverhältnißmäßig zur Belästigung der Staatskasse vergrößern werde, existirte wohl nur in seiner Phantasie. Wir unserseits leben der Hoffnung, daß Holland sich bald von der Unhaltbarkeit seines auf der barbarischen Vergangenheit stammenden Durchgangszolles überzeugen und denselben in seinem eigenen Vortheile aufgeben werde. So sehr wir es übrigens bedauern müssen, daß das unserer Industrie und unserem Handel so nothwendige Differentialzollsystem noch nicht zur gesetzlichen Geltung gelangt ist, so fest halten wir an der Ueberzeugung, daß dessen Unentbehrlichkeit sich je länger desto dringender herausstellen und dasselbe gewählet werden muß, wenn wir nicht mehr und mehr verarmen und in die traurigste Abhängigkeit unserer klügeren Nachbarn gerathen sollen. Möge die Weisheit der Regierungen des Zollvereins dieses drohende Unheil bald abwenden!

** **Hannover**, 24. Febr. Nachgerade wird ein Theil unserer Bürger wach und nimmt mehr als bisher Interesse an unserem Gemeindevertretungshandlungen. Es zeigt sich dies im Bürgervorsteherkollegium durch Stellung vieler zweckmäßigen Anträge und die lebhaften Besprechungen darüber unter der Bürgerschaft. Zu bedauern ist nur, daß jenes Kollegium durch die Censur des Magistrats verhindert wird, so schnell seine Verhandlungen zum Druck zu fördern, wie es im Interesse der Sache geschehen müßte. Unter den unnützen Beschlüssen bemerken wir nur den, der Magistrat möge sich gleichfalls entschließen, seine eigenen Verhandlungen zu veröffentlichen. Ob dies aber geschieht, ob der Magistrat auch Freund der Oeffentlichkeit bei seinen Angelegenheiten ist, wie er dies bei andern Gelegenheiten ausgesprochen hat, bezweifeln wir, nach seiner jetzigen Zusammensetzung fest. — Die Censur des Dr. Siemsen bei der Morgenz. vergreift sich jetzt sogar an hist. Sachen, so trich sie neulich Aufsätze aus der Sicilianischen Vers. von 1812. Ueberhaupt macht sich kein Mensch einen Begriff von der dann. Censur, die, z. B. in Hildesheim (Dr. Hoyer) kaum ein Wort über Hannover passiren läßt.

○ Vom Neckar, 1. März. Vor kurzer Zeit erst bethätigte Kaiser Nikolaus sein festes Vertrauen zur Politik Louis Philipps, zum Bestand seiner Regierung durch Anlegung vieler Millionen in französischen Staatspapieren. Jetzt, da der gepriesene König landflüchtig, sein Thron verbrannt, seine Dynastie gestürzt ist, jetzt, wo die neue Aera der Republik begann, beleuchtet der russische Gesandte in Paris zur Feier des weltaufregenden Ereignisses sein Hotel mit ostensibler Pracht. Was bedeutet das? Die russische Diplomatie, weitsichtig und wohl berechnend, weiß was sie thut, thut Nichts ohne Absicht. Daß jetzt so unerwartet plötzlich die Republik Frankreich die Schuldnerin Rußlands ist, kommt, wo so ungeheuer Viel auf dem Spiel steht, wenig in Betracht. Aber die leicht absehenden Wirkungen des großen Ereignisses auf Deutschland, die Schweiz, Polen und Italien, Wirkungen, die sich zum Theil bereits kund geben, können das despotische Rußland bestimmen, gute Miene zum verabscheuten Spiel zu machen. Das niederzutretende, ohnmächtige Polen wird sich wieder aufrichten, wendet seine Blicke nach dem Westen und hofft von der Republik, was die Monarchie gegen den Willen Frankreichs ihm nicht gewährte: Befreiung, Erlösung, Wiederbelebung! Deutschlands Stimmung ist dem Kabinet von St. Petersburg wohl bekannt. An eine zweite heilige Allianz ist schwer zu denken. Die Deutschen wollen nicht mit den Russen gemeinsam kämpfen, sie sehen in ihnen die Feinde der Civilisation, die Feinde des gemeinsamen Vaterlandes, mit welchen keine Waffenbrüderschaft möglich ist. Schmerzlich genug empfand man es in Deutschland, daß preußische Russen die Befreiung Deutschlands von Napoleonischer Zwingherrschaft den Russen zuschrieben, die doch, statt ihre Städte die auf den letzten Mann zu vertheidigen, sie dem Heranahen der Franosen mit eigner Hand in Asche legten. Also eine Allianz mit Deutschland ist nicht möglich, die Erhebung Polens steht in Aussicht, seine Erlösung kann bewirkt werden, wenn die junge Republik ihm die Hand reicht. Unter diesen Verhältnissen können leicht auf die Demonstration des russischen Gesandten in Paris andere bedeutsamere von St. Petersburg folgen, kann man von dort, wie bereits früher geschah, das linke Rheinufer als Köder aushängen, um die Sympathien für Polen niederzudrücken, um den Aufschwung Deutschlands zu hindern. Noch ist die Zukunft verhüllt, noch haschen wir im überwältigenden Drange der Ereignisse nach sichern Anknüpfungen, nach Bürgschaften für Deutschlands Freiheit, für seine Unabhängigkeit. Aber Eins ist klar: diese Unabhängigkeit ist gefährdet, vom Westen und Osten drohen ihr Gefahren. Vergessen wir nicht die Kosaken über den Bannern der Republik! Nach Ost und West müssen wir gerüstet sein. Begeisterung muß die Kraft der Arme verdoppelnden; sie wird uns erfüllen, sobald Deutschland freie Institutionen zu vertheidigen hat, sobald ihm die Palladien geschert sind, für die es seit mehr als einem Menschenalter fruchtlos gekämpft hat.

**Kurhessen.** ** Kassel im Febr. An die Stelle der beiden Landtagsdeputirten für die diesige Stadt sind jetzt, nachdem die Wahl des Baron v. Malz für nichtig erklärt, Arnold aber zu einem Staatsamte befördert wurde, zwei Andere ernannt worden. Beide gehören dem Gewerbstande an. Bei diesen Wahlen hat sich eine Erscheinung gezeigt, die in ihren Folgen bedeutungsvoll werden kann. Als die Verfassungsurkunde mit dem Wahlgesetz beabeitet wurde, war man sicher bedacht, die Freiheit der Wahl gegen Einmischungen der Wahl-

Digitized by Google

kommissäre zu schicken. Man suchte dies besonders durch die Zusammensetzung der Wahlkommissionen zu erreichen. In den Städten bestimmte man dazu eine gewisse Zahl von Mitgliedern des Stadtraths, die von diesem aus seiner Mitte dazu ausersehen werden. Meistens waren das selbst Wahlmänner. Für die Dörfer wurde sogar angeordnet, daß die Wahlmänner unter sich eine bestimmte Zahl zur Leitung der Deputirtenwahl ausersehen sollten, denen ein unabhängig gestellter Justizbeamter als Dirigent vorgesetzt wurde. Jetzt hat das Ministerium diese Wahlkommissionen zu Staatsbehörden erklärt, die der Leitung und Disciplin der Provincialregierung und dem Ministerium des Innern untergeben und mit Geldstrafen zur Befolgung der Weisungen angehalten seien, die ihnen von diesen Behörden ertheilt werden würden. Von dieser Gewalt wurde auch alsbald Gebrauch gemacht. Das Ministerium hat verlangt, daß die hiesige Wahlkommission zwei von den durch die Urwähler ernannten Wahlmännern ausscheiden solle, weil sie nicht wählbar seien, obwohl die Wahlkommission ihre Wählbarkeit ausgesprochen hatte. Letztere fügte sich diesem Befehle und wollte die zwei Ausscheidenden durch Berufung der Urwähler ersetzen lassen, allein das Ministerium hinderte auch dieses und verfügte, daß diejenigen eintreten sollten, welche bei der schon Statt gefundenen Urwahl nächst den Ausscheidenden die meisten Stimmen gehabt hätten. Die Wahlkommission unterwarf sich auch dieser Anordnung. Außerdem verfügte das Ministerium, daß den Wahlmännern von der Wahlkommission eine der Ansicht der letzteren widerstreitende Auslegung der Verfassung über die Erfordernisse erklärt werden soll, die zu Deputirter besitzen müsse, welche also von den Wahlmännern bei ihrer Abstimmung zu beachten seien. Dieses ebenfalls hat die Wahlkommission gethan. Alle diese Maßregeln haben auf das Ergebniß der jetzt hier vorgenommenen Wahlen seinen Einfluß gehabt; die Gewählten gehören zu den charakterfestesten Männern von durchaus liberaler Gesinnung. Das ganze Verfahren legt offenbar die Leitung der Wahlhandlung in die Hand des Ministeriums; sie ist nicht unabhängigen Wahlkommissionen anvertraut. Es erschient dies in seinen Folgen noch wichtiger, nachdem das Ministerium die Behauptung aufgestellt hat, daß zur Ausechtung einer Wahl nur ein Wahlmann berechtigt sei, nicht ein anderer Staatsbürger. Daraus folgt nämlich, daß, nicht einmal die bei der Urwahl zu Wahlmännern bestimmten Personen, die aber von der Deputirtenwahl ausgeschlossen werden, die Befähigung hätten, eben dieser Thatsache wegen, eine Wahl bei der Standeversammlung als nichtig anzufechten. So würde diese kaum Gelegenheit finden, sich selbst darüber auszusprechen, ob ein solches Verfahren rechtsbeständig sei. Es kann dies zu Konsequenzen führen, welche die Wahlfreiheit ungemein zu beeinträchtigen im Stande sind.

* **Marburg**, 29. Febr. Schon seit einer längeren Zeit hat man in Kurhessen ziemlich allgemein die Hoffnung aufgegeben, es werde auf dem Wege der parlamentarischen Debatten in den Landtagsverhandlungen etwas Bedeutendes gegen die erklärten Intentionen des Ministeriums von der Opposition durchgesetzt werden können. Wer die Geschichte unsres Landtages kennt, wird das begreiflich finden und ebenso daß man, bei dem gänzlichen Mangel einer guten politischen Bildung des Volkes, weit weniger von diesem sich verspricht, als von Ereignissen des Auslandes, welche mit zwingender Kraft auf die kurhessischen Zustände einwirken würden. Alle Nachrichten über die französische Revolution wurden auch hier mit einem wahren Heißhunger verschlungen, und die Aufmerksamkeit der Kurhessen auf Paris ist um so größer, als man noch immer den Zusammenhang der Intrivenolution mit der Erringung der Verfassungsurkunde im Gedächtniß hat. Gestern Abend ward dem von dem vertagten Landtage zurückgekehrten Universitätsdeputirten, Professor Bergk, eine Nachtmusik zuweist von den Mitgliedern des philologischen Seminars veranstaltet, bei der sich aber sämmtliche Studirende und viele Bürger betheiligten. Nachdem ein Studirender in einer Anrede an Bergk namentlich auch dessen landständische Verdienste hervorgehoben und dem gefeierten Manne ein mit Begeisterung dargebrachtes Hoch angestimmt, wies Bergk in seiner Antwort darauf hin, wie das Gewissen und die Einsicht in die sittlichen und rechtlichen Verhältnisse des Staates in den höchsten Regionen der Gesellschaft nicht verschieden sein könne, von dem, welches das Volk in seinem Gewußtsein hege. Zum Schlusse brachte er ein begeistert aufgenommenes Hoch der Verfassung aus. Die unabsehbare Menschenmasse zog hierauf unter Absimmung des Liedes: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los, wer legt noch die Hände jetzt feig in den Schooß" — vor das Haus des Bürgermeisters Lederer und brachte ihm und auf die Erwiderung desselben der Verfassungsurkunde ein dreimaliges Hoch aus. Die Aufregung, Reden und Toaste dauerten den ganzen Abend hindurch in dem Lederer'schen Bierhause fort. Professor Bayrhoffer verlas eine Adresse an Sr. Königl. Hoh. den Kurfürsten, worin derselbe gebeten ward, das gegenwärtige Ministerium zu entlassen und an seiner Stelle nur solche Männer zu berufen, welche mit voller Ueberzeugung an der Verfassung hingen und deren Verwirklichung erstrebten. Es wurden rasch Unterschriften gesammelt und auf heute eine offene Versammlung und Berathung angesetzt, wobei man Gebrauch machen wolle von dem verfassungsmäßig garantirten Petitionsrechte und ersehen wolle, ob es die Polizei wagen werde, sich zwischen das Volk und Sr. Königl. Hoh. den Kurfürsten zu drängen. Alle Gemüthen sind in fortwährender Spannung, man fühlte, daß ein Wendepunkt eintreten müsse.

## Italien.

Der Allg. Zeit. wird aus Wien geschrieben: „Aus Italien kommen von allen Orten Nachrichten von ausgebrochenen Revolutionsscenen. Zu Bergame soll Blut geflossen sein; zu Cremona waren Unruhen im Theater, und man warf auf den Logen ins Parterre auf die Offiziere; zu Piacenza wurden im Theater Verhaftungen vorgenommen, und man fand bei mehr als zwanzig der Verhafteten geladene Pistolen, bei einem sogar einen ungen Doppellauf verborgen. Man fürchtet sehr, daß nur noch ein geringer Anlaß dazu gehöre, um in Mailand furchtbare Scenen herbeizuführen. Ein Attentat, eine Verwundung eines höheren Offiziers oder gar des Feldmarschalls Radetzky, würde hinreichen, alle Bande zu lösen. Denn Ordnung und Disciplin werden nur noch mit der größten Mühe erhalten, und Jedermann muß einsehen, daß gegen solche fortgesetzte und wiederholte Anreizungen die Moralität des gemeinen Soldaten nicht auf die Länge verbürgt werden kann. Dem General Bianchi soll die Stelle des Hofkriegsrathspräsidenten angetragen und ein Kurier deßhalb an ihn abgefertigt worden sein." — Und in demselben Augenblick, wo die Gährung so den höchsten Punkt erreicht hat, wo die Katastrophe im Westen blumen Kurzem auf ganz Mittel- und Süderuropa herüberwirken muß, proklamirt man in Mailand das Standrecht (siehe unsere vorgestrige Nummer), als wolle man einen Aufstand provoziren! Unverantwortlicher ist noch nicht mit dem Wohle eines großen Staates gespielt worden, als hier.

**Turin**, 24. Febr. Heute ist das Patent erschienen, durch welches die Waldenser zu allen bürgerlichen und politischen Rechten zugelassen werden. Die Aeußerungen der Blätter beweisen, daß auch in Sardinien trotz den Jesuiten der humane und tolerante Geist einer besseren Bildung Eingang gefunden hat.

Die Turiner Blätter vom 26., die uns vorliegen, haben noch keine Ahnung von den Pariser Ereignissen; ihre Nachrichten gehen nur bis zum 22. Febr.

## Handels- und Börsennachrichten.

Δ **Frankfurt a. M.**, 1. März. Die gestrige Abrechnung für Februar gewährte mit Hinsicht auf die in jetzem Betracht so äußerst schwierigen Zeitverhältnisse ein recht befriedigendes Ergebniß, insofern wenigstens, als bis jetzt noch von keinem Mißfall gehört wurde. Nachdem am Abend zuvor, in einer Konferenz von Bankiers und Sensalen, die bei Rothschild erhalten wurde, ausgemacht worden war, daß es ganz unthunlich sei, die Liquidation zu vertagen, schritt man zur Börsenstunde zu den Adviserungen, welche, so weit die Kassenvorräthe der Beyerher (Käufer) reichen, leicht von Statten gingen. In andern Fällen aber, wo es sich um Ermittelung der Differenzen handelte, wegtlich man sich über Zugrundlegung eines freilich dieß dealen Kurses, da ein wirklicher Kurs schon seit mehrern Tagen, wegen absoluter Geschäftslosigkeit, gar nicht notirt worden war. So wurden man für Aberreichische 5procentige Metalliques 80 Pcor., für 2½procentige 41 Pcor. und für baarige 35 Gulden-loose 32½ fl. pr. Stück durchschnittlich als Anhaltpunkt für die Differenzvergütungen an. Halten nun auch einzelne Bankiers und Kapitalisten ihre Baarvorräthe beisammen, so daß es schwer hält, noch nicht fällige Kouponds bei ihnen zu verbibern, so verstanden sich doch Einige derselben, beispielsweise Rothschild, zu Prolongationen; freilich zu leider unerhörten Bedingungen, für welche maßgebend ist, daß namentlich Darmstädter 50 Gulden-loose, welche das Kourskleid vom Samstage noch zu 71 fl. pr. Stück notirt, zu nur 40 fl. angenommen wurden. — Auch heute bringen unsere Kourszettel keine Notirungen.

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim. — Druck von **G. Mohr** in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Den. Owen in Lond., 79 Newgate Street 6 Pence. In Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeischen Ländern werden sie durch die H. L. Allemagne Expedition in Strassburg, Preis 25 Sous, bezogen. Für Belgien durch die Buchhandlung Lumière in Brüssel, für Holland durch die Buchhandlung Nijhoff in Arnheim, für Dänemark durch die Buchhandlung Reitzel in Kopenhagen, für Schweden durch die Buchhandlung Hjerta in Stockholm, für Nordamerika durch die Buchhandlung Steiger in New-York.

Die Insertionsgebühren besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt zählich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Bei Abholung beim Verleger einer Postspedition Zeitgebühr 1 kr. (2 Sgr.) berechnet.

# Deutsche Zeitung.

№ 65. Heidelberg, Sonntag 5. März. 1848.

## Uebersicht.

**Die Tagesereignisse.** — **Berlin** (Gerücht von einem Allianzvertrag zwischen den drei Ostmächten und von Aussrüstung dreier Armeekorps). **Würtemberg** (Aufforderung der Constz). **Sachsen** (die kriegerischen Stadtverordneten beschließen eine Adresse an den König). **Heidelberg** (Aufruf des Großherzogs; die Petition der Heidelberger Universität). **Kassel** (Petition wegen Abdikte der Reth an den Kurfürsten: Artillerie nach Hanau und Marburg). **Darmstadt** (Kammerverhandlungen: Anträge auf eine Adresse an den Großherzog, auf freie Presse, Volksversammlungsrecht, Schwurgericht u. s. w.; bestimmender Bericht zu dem Antrag auf nationale Vertretung beim Bundestag). **Mainz** (kein Karneval; große Devotation nach Darmstadt). **Wiesbaden** (Erwähnung der Antragsteller auf nationale Vertretung am Bundestage). **Biesbaden** (Erwähnung der Pressfreiheit und Volksbewaffnung; unruhige Bewegungen; große Volksversammlung). **Frankfurt** (in der Bundesversammlung gestattet Pressfreiheit; Petitionen an den Senat; Bürgermilitär; der Herzog Alexander von Würtemberg angekommen).

**Schweiz.** Neuenburg. Die Revolution in Neuenburg.

**Großbritannien.** Zeitungsbetrachtungen über das Pariser Ereignis. Hume's Aeußerungen in Betreff der franz. Umwälzung. Erklärung Russells, daß England sich jeder Einmischung enthalten werde. Erklärung des Schutzkanzlers wegen der Landesvertheidigungsanstalten. Das Wor. Che. über die radikalen Wahlen in Kanada. Mißgriffer der Königl. Familie in England.

**Frankreich.** Stellung des J. d. D. zu der Republik. Beeidigung. Marschall Bugeaud bietet der Republik seinen Degen an. Pater Lacordaire beweist das Daseyn Gottes durch die letzte Revolution. Die „Presse" konservoire ein ruhiges Sinne. Gesetz-Schnelligkeit. Ernst der Regierung gegen die, welche das Eigenthum gefährden oder beschädigen. Plünderungen u. Brandstiftungen im Elsaß und Mosregeln dagegen. Neue Verordnungen. Börsen- und Geldkurs.

**Italien.** Sardinien. Erinnerung der Concordia an ein Napoleonisches Wort.

**Erste Beilage.** Rassauische Zustände. 1. Oeffentlichkeit. — Holstein. Versammlung von Dorfschulzen und Adresse an die Provinzialstände. **Aus der Schweiz.** Die französische Umwälzung und ihre Bedeutung für Deutschland.

**Zweite Beilage.** Heidelberg. Das badische Preßgesetz. **Bern.** Die Lage Oesterreichs. Die politischen Ansichten. Der angeblichen Konfessionen. Das Dortchen der kaiserlichen Familie. **Berlin.** Stimmung und Aufsichten des Tages. **Aus Baiern.** Die Lage Deutschlands in der gegenwärtigen Krisis. **Französische Grenze.** Stimmung in Brüssel.

### Heidelberg, 5. März.

Was die Republik in Frankreich vorerst sicher stellen wird, das sind zwei Momente einer entgegengesetzten, positiven und negativen Art, beide gleich wirksamer Natur. Der große moralische Eindruck, den eine glückliche Revolution immer macht, mußte in diesem Falle, wie es im Jahr 1830 war, von einer durchaus imposanten Wirkung sein; die Tapferkeit, die Todesverachtung des kämpfenden Volks, diese Eigenschaften, die dem Franzosen in einem beneidenswerthen Maße natürlich sind, haben die republikanische Bewegung mitten in einer ungeheuren Festung und unter furchtbaren Truppenmassen in einer Blitzesschnelle entschieden, die kaum zu einer Besinnung, geschweige zu einem Widerstande die Zeit ließ. Vor einem solchen vollendeten Erfolge würde sich auch jedes andere Volk rasch beugen, das auch nicht so viel Sinn für das Heroische und Glänzende und weniger Neigung zu Veränderung und neuen Dingen hätte, wie das französische. Es wird daher der neuen Ordnung unstreitig auch die Sanktion des Volkes nicht fehlen; eine Sache, die übrigens ihren Bestand so wenig sichern würde, wie die vielen Bestätigungen der Nation in den 90r Jahren irgend eine der verschiedenen Verfassungen damals gesichert haben. Was aber eine Rückkehr hrutzutage außerordentlich zu erschweren und darum in negativer Weise die Republik zu gewährleisten scheint, ist die Abwesenheit aller Personen und Namen, an die sich eine andere Ordnung wieder anknüpfen ließe. Es ist wahr, die republikanische Partei ist wir vom Glück beschert worden mit der Bewirklichung ihrer Idee, die sie noch am Tage des Sieges offenbar nicht ahnte; an ihrer Spitze stehen phantastische Philosophen, die sich in ihren ersten Erlassen lächerlich machen und einer Emporhaltung, sei es ihrer Sache oder ihrer Personen, nicht mächtig sein werden; aber gleichwohl war die plötzliche Verlassenheit der Monarchie doch noch greller und entschiedener als der plötzliche Erfolg der Republik; sie war gründlicher vorbereitet; die Dynastie verschwand, wie die legitimistischen Blätter ihr nachjöhnen, ohne Achtung und Ehre. Die Namen der Bourbons und Orleans sind in Frankreich unmöglich geworden; denkt man, wie die Julitage große Celebritäten, wie Chateaubriand und Royer Collard zu Grabe getragen und aus dem Gedächtniße der politischen Welt nie ausgelöscht haben, so wird auch Niemand an die Wiedereinsetzung der letzten dynastischen Staatsmänner, wie Thiers und Odilon Barrot, zu glauben wagen. Die Blöße und Leere an Charakteren, Talenten und Autoritäten irgend einer feindlichen Farbe gibt der Republik vorerst ganz freien Spielraum.

Wir freuen uns, die berühmten sozialistischen Theorien und die republikanischen Formen, die ersten zum ersten Mal, die zweiten zum zweiten Mal, ihre großen Experimente in Frankreich machen zu sehen: will uns das Schicksal wohl, und meint es unser Regiment mit sich selber gut, so sehen wir in Deutschland nicht Rereich, nicht gestört zu, und lernen an fremder Erfahrung. Frankreich hat uns in dem Vierteljahrhundert seiner ersten Revolution unter vielem Schaden vielen Nutzen gebracht. Vielleicht bringt es uns dies Mal, wenn wir klug zu sein gelernt haben, manchen Nutzen ohne allen Schaden.

Dies könnte freilich nur dann sein, wenn die Republik auf den friedlichen Wegen bliebe, die sie in Kraft der nächsten Verhältnisse zunächst einhalten wird, in Kraft der wiekenden Prinzipien aber sogar auf die Dauer einzuhalten verspricht. Die Sprache der meisten Blätter, selbst des „National", ist friedlich; die erwartete Proklamation Lamartine's wird gleichfalls den Sieg der neuen Grundsätze nur durch die Macht des Geistes erfechten wissen wollen; der Republik ist schon der kleine Krieg der Beamdisputer und Plünderer von den Thoren von Paris höchst ungelegen, wie viel muß ihr daran gelegen sein, daß nicht ein großer Krieg an den Grenzen ihr unbesestigtes Werk im Innern störe. Auf die Friedensliebe alle, soweit sie von den nächsten Verhältnissen eingraben ist, ist für den Anfang zu rechnen, aber auch nur für den Anfang zu bauen. Dagegen in den sozialen Theorien sollte es scheinen, müsse eine dauerhaftere Bürgschaft gelegen sein. Das Schild der Verbrüderung ist zu ausgehängt, und man weiß, wie alle Ideen des Sozialismus und Kommunismus zuletzt auf ein Schlaraffenleben hinauslaufen, das den Anstrengungen des Kriegs am Weitesten entgegenliegt. Wunderbar, wie die Kraft der Einbildung und Vorstellung gerade in diesem kriegslustigsten Volke die Ausgeburten der Friedenstheorien auf diese Höhe treiben konnte, daß nun in den Sympathien von einelei Menschen die ruhmvollen Erinnerungen an die kriegerische Republik der 90r Jahre und die vorgespiegelten Friedensbilder der sozialistischen Republik der Zukunft unbereinander liegen; daß die Feuerrieser in Einem Athemzuge von den ewigen Frieden sprechen und von Frankreichs Schutz der kleinen Staaten, was doch eher von dem ewigen Kriege sprechen heißt. Schon diese sonderbare Mischung also verspricht uns auch nicht viel von den neuen Grundsätzen, verspricht uns nicht einmal reine Friedensprinzipien; und dann müßte man alle die schönen Tiraden der republikanischen Regierungen von 1792 uns später vergessen haben, um sich von den schönstklingenden Worten im Geringsten berücken zu lassen.

Weder die nächsten Verhältnisse, sagen wir, noch die sozialistischen Grundsätze in Frankreich geben uns eine sicherer Aussicht auf dauernden Frieden; die Verwicklungen vielmehr, in die sich das neue Regiment stürzt, geben uns eine fast sicherer Aussicht auf einen fast nothwendigen Krieg. Wenn wir die ersten Akte der provisorischen Regierung durchlaufen, schwanken wir zwischen Staunen und Lächeln; die beste Meinung läuft da neben der kürzesten Einsicht, hohle Phrasen neben sehr bedenklichen Bestimmungen her. „Die Regierung, sagt der Philosoph Lamartine in seiner neuen Würde, überzeugt, daß die Seelengröße die oberste Politik ist (!!), und daß jede durch die französische Nation bewerkstelligte Revolution der Welt die Weihe einer neuen philosophischen Wahrheit (!) schuldig ist, — in Betracht, daß es kein erhabenerres Prinzip gibt, als die Unverleihlichkeit des menschlichen Lebens (?!) — " ist der Ansicht, die Todesstrafe für politische Verbrechen abzuschaffen. Der Erfolg zeigt an seinem Schlusse, daß er zur Sicherung des Lebens der abgetretenen Minister gegeben ist; eine Absicht, die Lamartine's Charakter ebenso große und nicht genug an-

Digitized by Google

zuerkennende Ehre macht, wie sein Verschwinden dem Volke gebrandmarkt. Aber wie gut, daß die dynastische Gewohnheit, gar leere Anhaltspunkte mehr hat, sonst möchte ein solches Gesetz bei der Jugend der neuen Zustände derselben doch gar zu gefährlich werden; und da man übrigens keinen Freund gering achten soll seine Lehre, die eben jetzt durch die Republikaner eingeschärft worden ist), so halten wir dies für ein Beispiel jener Kurzsichtigkeit, mit der die Neulinge der Politik ihre Laufbahn zu beginnen scheinen. Aber dies Beispiel hat zu unserer eigentlichen Betrachtung keine unmittelbare Beziehung. Eine desto nähere dagegen ein Theil der übrigen Akte, die die erste Thätigkeit der provisorischen Regierung bezeichnen. Die Republik hat die Garantie der Arbeit ausgesprochen, hat Nationalwerkstätten zu errichten versprochen, hat eine billige Mission der Civilliste den Arbeitern zuerkannt — sie hat alle die Lösungsworte der Theorie, die singsprechen nicht schwer war, in ihrer praktischen Stellung nachgesprochen; sie schient ohne alle Uebersicht der praktischen Schwierigkeiten auch nur dieses Anfangs und ohne alle Vorausssicht dessen, was sich an diesen Anfang knüpfen wird. Man macht sich zu Dingen anheischig, die kein Staat je vermochte, als noch kein Recht der Forderung dazu gegeben war, die aber bei der provocirten Anforderung viel unmöglicher zu leisten sein werden; man vergißt, daß nicht allein Arbeiten bisher die Mißverwaltung des Proletariers war, sondern auch das Arbeitsuchen, und daß die geöffneten Werkstätten des Staates (von den andern Bedenken abgesehen, die schon vorgestern in diesem Blatte berührt wurden) leicht den Tagslöhner von dem unsicheren, zufälligen Tagdienste abziehen können, der doch der Welt eine der nothwendigsten Handlesleistungen ist; endlich giebt man in der dargebotenen Million einen Tropfen auf einen frisch erhitzten Stein; man reizt die Forderungen von einer Seite, von wo sie unerschöpflich und immer heftiger nachquellen werden; man gibt Gewährungen nach einer Seite, wo man in ein unausfüllbares Danaidenfaß gießt. Schon verlangt man Aufhebung der Konsumtionszölle in Paris, und schon verspracht man, was nicht zu halten sein wird. Dies Alles ist nur der Anfang des Anfangs. Es werden sich die bisher versteckten theoretischen Sekten der Kommunisten nun in Klubs umbilden, die mit ungestümem Verlangen die Regierung drängen werden. Schon hat Cabet das Programm an seine Irrarier eingelaufen, worin er sich zwar bereit erklärt, die Regierung zu unterstützen, aber zugleich eine lange Reihe von Forderungen stellt, die in den Konsequenzen alle aufgestellten Principien liegen. Formelle Anerkennung und Garantie des Rechts zu leben durch Arbeit; Sicherstellung des Wohlstandes durch die Arbeit; Aufhebung aller Auflagen auf die Gegenstände des ersten Bedürfnisses; Aufhebung der Douanen und Octrois; allgemeinen, unentgeltlichen, reellen, kompletten Unterricht für das Volk; Institutionen und Garantien für das Glück der Frauen und Kinder, damit Jeder die möglichkeit habe, sich zu verheirathen, mit der Gewißheit, seine Familie erziehen und beglücken zu können; Aufhebung aller materiellen Ungleichheiten; Unterdrückung der Noth (misère); reelle Garantien des allgemeinen Friedens durch allgemeine Bewaffnung u. s. f. Alle diese oft vorgebrachten Dinge las man mit Bayer bisher wie utopische Romane; aber dieser Mann wird nun den leichtsinnigen Mähren derstellen, da sie auf die Höhe der Wirklichkeit gekommen sind, saurer zu bewältigen werden, als irgend einer derer, die in der Zeit der ersten Revolution aufgelaucht sind, zu bekeiligen war. Wie dann, wenn diese Anforderungen, die mit dem Unmöglichen beginnen, in das Unsinnige ausarteten? Es wird dann geschehen müssen, was das Regiment eines jeden neuen Herrschers am sichersten erhält: daß er die brauchsten Geister und aufgeregten Leidenschaften im Kriege beschäftigt und von den inneren Gebrechen durch auswärtige Erfolge abzulenken sucht. Das hatte Louis Philipp aus angeborenem Charakter, in Konnivenz gegen die Mächte, im Aberglauben der Quasilegitimität nicht beachtet. Die Republik wird es beachten; und wenn die Zeit kommt, wird man sehen, wie auch sie, die proletarierfreundliche, den Mann des unteren Volkes am besten zu nutzen wissen wird vor den feindlichen Kanonen. Die Republik sieht sich dem Courrier fr. zufolge frei von allen Verbindlichkeiten der Vergangenheit, frei ihre äußere Handlungen zu regeln, wie es die Interessen verlangen und die Umstände darbieten. Er auch hält den Krieg für ein schlechtes Mittel der Propaganda; er meint, Frankreich habe Europa genug mit dem Degen bestellt, es gelte jetzt, die Saat zu freuen und zu ernten. Frankreich werde Europa mehr mit dem Frieden beunruhigen, als Europa Frankreich mit dem Krieg. Aber doch klingen die friedlichen Beunruhigungen, mit denen der Courrier droht, kriegerisch genug. Wenn es Nationalitäten zu retten oder zu vertheidigen gibt, sagt er, so hat die Regierung nicht nöthig, den Unterdrückern den Krieg zu erklären; sie darf nur das Volk machen lassen, es wird seine Freiwilligen nach Italien und Polen schicken; wir werden sie einfach zur Verfügung. Will Europa widerstreben, so sind unsere Armeen an der Grenze; es kommt!" Dies ist die Sprache des Blattes, das mit der Republik das souveräne Volk ohne Weiteres „auf der Höhe aller Heldenthaten und Tugenden" angekommen sieht. Man dürfe nur „auf gut Glück" in seinen Schooß greifen, es werde Alles gehen, Staatsmänner, Krieger, große Bürger. Man verstehl diese Sprache? Man sollte auch verstehen, was die Strategie ist, die aus diesen Sätzen für uns folgt. „Retten" wir unsere Völker vor Allem selbst, damit sie sich vor Allem auch selbst „vertheidigen." Und vielleicht möchte dann Europa eher Frankreich mit dem Frieden beunruhigen, als Frankreich Europa.

**Preußen.** Berlin, 28. Febr. Der Hamb. C. berichtet Alle Konditoreien, Leseimmer u. s. w. sind von Leselustigen umlagert, und gestern Abend hatten sie sich fast sämmtlich in Kubikerien verwandelt, in welchen Zuhörerschaften von hundert und mehr Personen einen Vorleser umdrängten, der, auf einem Stuhl oder einem Tisch stehend, die neuesten rheinischen Extrablätter vortragen mußte. Die Allg. Preußische vulgo Staats-Zeitung schweigt beharrlich. Dagegen können wir eine andere wichtige Nachricht verbürgen, daß nämlich in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag noch um 1 Uhr ein Ministerrath bei Sr. Majestät gehalten wurde, dem sämmtliche hier anwesende Prinzen, viele Generale rc. beiwohnen mußten. Es scheint die Mobilmachung eines Armeekorps zur Bewachung der Rheingrenze in Rücksicht zu sein. Kröpnlich lauten andere Berichte über den Eindruck der Ereignisse im Westen.

**Berlin**, 29. Febr. Das Frankf. J. berichtet: In Folge des Eintreffens einer russischen Depesche ist gestern der Allianzvertrag zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen Behufs gemeinsamer Unterstützung Oesterreichs in Italien ratificirt worden. Drei Armeekorps haben Befehl zur Mobilmachung erhalten. Das 4. geht aus Sachsen und Thüringen nach Westfalen, das 7. aus Westfalen bis Köln hinab, das 8. an die französische Grenze. Das 3. Armeekorps in der Mark rückt nach an die Stelle des 4. nach Sachsen. (Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so müßte ein solcher Vertrag die mächtigste Gegenbewegung hervorrufen; mit Rußland ergreift Deutschland die Waffen nicht.)

**Würtemberg.** Die Reformbewegung in Deutschland schreitet vorwärts; schon hat sie den größten Theil des Südens und Westens durchdrungen, und dahin hoffen wir, wird kein Fleck auf der deutschen Erde sein, der nicht davon ergriffen wäre. Hören wir die Berichte der Blätter. Würtemberg hat sich mit aller Entschiedenheit der Bewegung angeschlossen. Die Bürgerversammlung der Stadt Stuttgart hat in einer Vorstellung an den König ein deutsches Parlament, Geschwornengerichte, unbedingte Preßfreiheit, Associationsrecht, Religionsfreiheit, gleiche Besteuerung, Volksbewaffnung, kräftige Entwickelung der handelspolitischen Macht gefordert. Vielleicht, so schließt die Eingabe, wäre es uns erspart worden, Ew. K. Maj. mit diesen Wünschen behelligen zu müssen, wenn man Deutschland in Folge des bestehenden Bevormundungssystems nicht daran gewöhnt hätte, Alles, selbst das Unmögliche, von den Regierungen zu erwarten, und wenn unsere deutschen Staatsmänner, statt die gehörige freigist. Regierung in ihren vertragsaten Grundsätzen zu behärten, die Kulturverhalten von einem andern Gesichtspunkte aus betrachtet hätten. Gerade heit, Offenheit, Ehrlichkeit ist die einzig wahre und die einzig würdige Politik." Dem Beispiele der Hauptstadt ist Eßlingen gefolgt; die dort unterzeichnete Adresse verlangt Preßfreiheit, Volksbewaffnung, ein deutsches Parlament, eine einfachere Staatsverwaltung und Geschwornengerichte. Aehnliches wird von Göppingen und Waiblingen bekannt. Insbesondere ist auch in Würtemberg die erste Absschlagszahlung erfolgt; eine königliche Verordnung vom 1. März hebt die Censur auf und stellt das Preßgesetz vom 30. Jan. 1817 wieder her; über „einstweilige Einführung eines abgekürzten, öffentlichen und mündlichen Verfahrens in Preßsachen soll den Ständen demnächst eine Vorlage gemacht werden." Der „Beobachter", noch am Tage zuvor von der ganzen Schwere der Censur gedrückt, bezeichnet sein Blatt vom 3. März mit Nr. 1, „um die neue Aera für die würtembergische Presse zu bezeichnen."

**Sachsen.** Auch hier hat die Bewegung begonnen; Leipzig hat eine Sitzung der Stadtverordneten angesagt, um eine Adresse an den König zu erlassen.

**Heidelberg**, 3. März. Die Karlsruher Zeitung bringt folgenden Aufruf: „Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Die schweren Ereignisse der neuesten Zeit können nicht anders, als sich weithin fühlbar machen auf die Grundlagen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Nie mehr

Digitized by Google

als in solchen Zeiten ist es Bedürfniß, daß, so wie Regierung und Stände, so Fürst und Volk fest zusammenhalten, um den Feinden unserer verfassungsmäßigen Freiheit und des gesellschaftlichen Zustandes, ob sie im Innern oder von außen sich zeigen, mit vereinter Kraft entgegenzustehen. In solchen Augenblicken steht es nicht an Verführern aller Art, Unter dem mißbrauchten Vorwande der Freiheit mich kühn für die Gesetzlosigkeit, in der alle Freiheit untergeht, gewerbig, oder eine Schreckensherrschaft Einzelner, die jede freie Aeußerung Anderer auf die gehässigste Weise verfolgen, hervorgerufen. Ich weiß, daß so viele wohlgesinnte Bürger, welches auch ihre politische Ansicht sei, sobald sie nur zu ruhiger Besonnenheit sich fassen, und sich von keiner Verwirrung hinreißen lassen, die Besorgniß hegen, es möchte unter den obwaltenden schwierigen Verhältnissen auch in unserm glücklichen Lande, durch verbrecherische Bestrebungen Einzelner und Verführung Anderer, eine Störung der Ordnung, Verletzung des Eigenthums und anderer verfassungsmäßiger Rechte herbeigeführt werden. In dieser ernsten Lage wende Ich Mich mit dem vollen Vertrauen und mit der alten, nie unterbrochenen Liebe an Meine Volk, das Mir auch schon in guten, wie in schweren Tagen so viele Beweise seiner Liebe und Treue gegeben hat: Ich wende Mich an Alle, denen die Ordnung, das Recht und die wahre Freiheit am Herzen liegen, mit der Aufforderung: daß sie mit Mir zusammenwirken, um die heiligen Güter — die Ordnung, das Eigenthum und die verfassungsmäßige Freiheit auch in den Stürmen der Gegenwart aufrecht zu erhalten, so wie es Meine Pflicht und Mein fester Entschluß ist, die guten Bürger des Landes in dieser Bestrebung zu unterstützen, verbrecherische Unternehmungen mit allen gesetzlichen Mitteln niederzuhalten. Meine Badener! An Euch ist es nun, der Welt das Beispiel zu geben eines in gesetzlicher Entwicklung der Freiheit, unter Festhaltung der Ordnung glücklich fortschreitenden Volkes: Ihr werdet — Ich weiß es, Ich vertraue darauf — dieses großartige Beispiel geben. Gegeben zu Karlsruhe den 2. März 1848. Leopold. Welt. Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Bichler.

* Heidelberg, 4. März. Die in der Beilage Nr. 64 mitgetheilten Adressen der Universität sind, obschon sie nur mit der bescheidenen Ueberschrift „Vorstellung und Bitte mehrerer Universitätsprofessoren“ erscheinen, doch beinahe von allen ordentlichen Professoren der Hochschule unterzeichnet worden; nur Kortüm und v. Leonhard, der bei der Verhandlung nicht erschienen war, sind nicht unterschrieben. Die erste in angeführter Beilage mitgetheilte Petition ist, wie dort auch erwähnt wurde, an den Großherzog gerichtet, die zweite an beide Kammern.

**Kurhessen.** Kassel, 2. März. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses wurde der Beschluß gefaßt: den Stadtrath zu ersuchen, durch eine Deputation St. königl. Hoh. dem Kurfürsten den Nothstand der Bürger vorzustellen, Mittel und Wege anzugehen, wie ihm abgeholfen werden könne und um Abhilfe zu bitten. — Heute hat eine Abtheilung Artillerie Marschorder nach Hanau und Marburg erhalten. (Fr. J.)

**Hessen.** Auch in Worms und Offenbach wurden Petitionen um Verantwortlichkeit der Minister, freie Presse, Bewaffnung des Militärs auf die Verfassung, Volksbewaffnung, ungehemmtes Associations- und Petitionsrecht, Volksvertretung beim Bunde, Aufhebung der Karlsbader und Wiener Beschlüsse und andere Hessen specielle betreffende Punkte u. s. w. unterzeichnet.

**Hessen.** ** Darmstadt, 2. März. Heute war Sitzung der zweiten Kammer. Gegenstände von allgemeinem Interesse für ganz Deutschland kamen folgende vor: Legationsfekr. v. Radenau stellte den Antrag die Einführung eines allgemeinen deutschen Gesetzbuchs zu Stande zu bringen mit Hilfe des Bundestags, wenn dieser aber nicht darauf eingehe, durch freie Vereinbarung der einzelnen deutschen Regierungen. Franck und Lehne beantragten Angesichts der dringenden Zeitverhältnisse Einräumung des Petitionsrechts. Sedann stellte Reh zwei Anträge; den einen auf freie Presse, Schwurgericht und Volksbewaffnung, der andere ist folgenden Inhalts:

„Das Königthum in Frankreich ist gestürzt, eine Republik ist an seine Stelle getreten. Welterschütternd ist dieses Ereigniß, unabsehbar sind seine Folgen. Deutschland vor Allem wird von ihnen betroffen werden, in Deutschland zunächst der westliche, Frankreich begrenzende Theil. Kann sich noch die Beleuchtung der Nothwendigkeit eines Krieges hoffen. Nur zu unbeleuchtet ist die Besorgniß aufrührerischer Zuckungen auch in den einzelnen deutschen Ländern. Hier der Anarchie, dort der Eroberungslust eines freiheitsirrenden, in die Geschichte Deutschlands nur mit Blut eingeschriebenen Volkes — kann nur durch volle Einigung und den Aufwand aller Kraft des deutschen Volkes im Ganzen, sowie der einzelnen Stämme im Verein mit ihren Fürsten ein Ziel gesetzt werden. Pflicht, heilige, ernste Pflicht aller aufrichtigen Vaterlandsfreunde — derer, die ebenso sehr eine von Fremden aufgezwungene Freiheit verschmähen, als die Freiheit wollen, welche Verfassung und Recht bietet und zu entwickeln gestattet — dieser Männer Pflicht ist es, ruhig und besonnen zu bedenken, was diese Einigung und Kraft hervorrufen kann. Solche Pflicht liegt auch der Vertretern des deutschen Volkes auf, einem wie allem, und so habe auch ich wie die Frage gestellt, was in jetziger unheilschwangeren Zeit vor Allem geeignet ist, dem deutschen Volk die Einigung und Kraft zu geben, deren es bedarf zum Schutz nach Außen und im Innern zum Schutz des großen Vaterlandes und seines angestammten Fürstenhauses. Auch Pflicht und Ehre der Regierung muß ich diese Frage stellen. Nur durch einen Wechsel des bisherigen mit dem Wünschen und Forderungen des hessischen Volkes nicht im Einklang stehenden Regierungssystems — kann diese Einigung und Kraft gewonnen werden. Einstimmung und einmüthige Kund alle Hoffen in der Liebe zu ihrem Fürsten. Alle sind von des frohen und festen Glaubens, daß ihr Fürst nur die Bestes beabsichtigt, daß Er ihnen jetzt Recht und jede vernünftige Freiheit gewährt wissen will. Aber Sein Volk könnte nicht zur That werden, weil seit Jahren zwischen Ihm und Seinem Volk ein Minister steht als Träger eines Systems, das in allen Verzweigungen, mit denen es in das Staatsleben eingreift, die gesetzliche Freiheit des Volkes und die Entwicklung seiner Institutionen lähmt, welches das Institut der Kreisräthe zu einer fast unerträglichen Machtvollkommenheit erhoben, die Presse in Fesseln schlug, das natürliche Recht der Versammlung und Besprechung gemeinsamer Angelegenheiten zum Verbrechen stempelte. Die unausbleibliche Folge dieses Systems war und ist Mißstimmung und Mißtrauen im ganzen Lande, in Städten, wie in Dörfern und in allen Ständen. Diese Mißstimmung, dieses Mißtrauen, eine beachtenswerthe Erscheinung in jeder Zeit, ist in der jetzigen eine sehr besorgliche, in eine gefahrdrohende, und wie sie ergezeigt wurde durch das bisherige Regierungssystem, so kann sie auch nur beseitigt werden anschließlich gemacht werden durch das Aufhören dieses Systems. An seine Stelle trete das ihm entgegengesetzte, die oberste Staatsgewalt sei Männern anvertraut, welche die Sympathien des Volkes für sich haben, welche die Verfassung achten und zur Wahrheit werden lassen. Ich stelle hiermach den Antrag: die Ständeversammlung des Großherzogthums wolle in diesem Sinne eine allerunterthänigste Bitte Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog ehrfurchtsvoll vorlegen“.

Reh wünschte, daß diese beiden Anträge in Betracht der großen Gefahr sogleich berathen würden. Der Präsident widersetzte sich unter Berufung auf die Geschäftsordnung; Lehne nannte es kindisch, dem Drang der bewegten Zeit einen Artikel der Geschäftsordnung entgegenzusetzen. Andere Abgeordnete wünschten zum Behuf ruhiger Prüfung die Vertagung der Discussion; somit unterblieb diese heute. Reh hatte zweimal mit trefflichen Worten zur Begründung seines Wunsches gesprochen. Späterhin trug Eigenbrodt den Ausschußbericht über Gagern's Motion auf Ernennung eines interimistischen deutschen Reichsoberhaupts vor. Der Ausschußbericht erkennt an, daß der Bundestag unfähig sei, in entscheidendem Moment kräftig einzuschreiten, daß er alle Bedeutung für Deutschlands Glück verloren habe, und hiernach es doch so leicht sei, daß gute, treue, kraftbare Band durch Gewährung billiger Forderungen zu befestigen zu stellen. — Die Discussion über Gagern's Motion wurde vorläufig auf Montag festgesetzt.

— Ein Regierungskommissär war in der Sitzung nicht zugegen. Möge unsere Regierung dem Beispiel der erleuchteten badischen Regierung möglichst bald nachfolgen und nur nicht durch Ergreifung strenger Maßregeln die Aufregung noch unselbiger Weise steigern. Unser Großherzog befindet sich noch in München; die Bevölkerung Darmstadts wünscht ihn sehnlichst nach Hause zurück, man sagt, er werde Morgen hier sein.

* Zur Ergänzung der vorstehenden Correspondenz entnehmen wir einem Extrablatt zum „Rheinischen Volksblatt“ noch Folgendes. Der Antrag des Abg. Lehne lautet:

„Der Unterzeichnete stellt den Antrag, die Kammer möge Großh. Staatsregierung ersuchen: unverzüglich einen Gesetzvorschlag in die Kammer zu bringen, welcher dem Rechte des Volkes auf Bildung öffentlicher Versammlungen und Vereine zur Berathung allgemeiner politischen Interessen und Einrichtung von einsetzenden Petitionen unbeschränkte Anerkennung zu Theil werden läßt. Die Repräsentativverfassung bezweckt die Verwirklichung der Idee, daß der richtig erkannte Gesammwille herrsche. Jede Verfassung, welche dem Ausdrucke dieses Gesammwillens hindernd entgegensteht, ist fehlt, wenn sie das Erkennen desselben erschwert, ein nicht zu rechtfertigender Widerspruch gegen den Staatszweck. Die gerühmten Folgen solchen Widerspruchs sind unvermeidlich; die Zeit hat sie uns entgegengetragen. Der nahen Gefahr gegenüber muß die Furcht vor Gefahren eines Bringens nöthig ist, das was, was geschehen muß, rasch geschehe, damit der zum Heile des Vaterlandes sich erhebende Volkskraft in seiner ihrer Handlungen den Charakter der Ungesetzlichkeit an sich trage.“

Auch über diesen Antrag darf man baldiger Berichterstattung entgegen sehen. Ferner berathen wurde dann noch der Antrag des Abg. Emmerling auf Einführung der Oeffentlichkeit der Gemeinderathssitzungen. Wir bemerken vorläufig, daß keine Stimme sich gegen die Oeffentlichkeit der Gemeinderathssitzungen als Regel und im Allgemeinen erhob, wohl aber insofern eine Verschiedenheit der Ansicht sich kund gab, als Antragsteller, Bericht und die meisten Redner die Frage der Oeffentlichkeit jener Sitzungen in das Belieben der einzelnen Gemeinden, ohne Störung durch die Regierung, gestellt haben wollte, während Abg. Zix jene Oeffentlichkeit als Norm, der nothwendig von Regle-

Digitized by Google

rung und Gemeinden nachzukommen sei, ausgesprochen haben wollte, und die Abgg. v. Gagern und Beuud durch eine Theilung des Zitzschen Amendements fürd Aussprechen des Prinzips der Oeffentlichkeit, aber weniger für die von Zitz verlangten Folgerungen waren. Der Antrag der Abgg. v. Gagern, Wernher, Lehne und Fraud, die Vertretung deutscher (Nation) Ständekammern u. s. w. am Bundestage betreffend, über welchen Abg. Eigenbrodt Namens des dritten Ausschusses in der heutigen Sitzung bestimmend berichtete, wird, einer Aeußerung des Präsidenten am Schluß der Sitzung zufolge, nächsten Montag den 6. März, von der Kammer berathen werden.

** Darmstadt, 3. März. Mit größter Theilnahme blicken wir hier auf die Ereignisse in Ihrem Baden; mit aufrichtiger Hochachtung für Ihre Staatsregierung verfolgen wir die Schritte, die sie zum Heil des Landes unternimmt. Wollte doch Gott, daß in demselben Sinn, in welchem Baffermann erklärte, jetzt auf seine Omalität als badischer Staatsbürger stolz zu sein, auch wir auf unser theuerstes Vaterland Hoffen stolz sein könnten. Unsere Regierung hörte das so leicht! Aber in derselben Stunde, in welcher Staatsrath Bekk bei Ihnen Preßfreiheit verkündete, wurde hier eine unverständige Maßregel ausgeführt. In den Kasernen war das Reiterregiment zu Pferde und die reitende Artillerie in Bereitschaft, jeden Augenblick die Gewalt der Waffen zu erproben. Man hatte ohne allen und jeden Grund Angst vor einem Aufstand — weil dem Gerücht nach eine Deputation aus Mainz ankommen und eine Adresse an die zwei Mainzer Abgeordneten überdringen sollte. Es blieb Alles ruhig; aber die Entrüstung über jene Maßregel ist groß und allgemein; freilich bemüht man sich jetzt hinterher das Gerücht zu verbreiten, daß jene Dinge nur militärische Uebungen gewesen, wie solche von Zeit zu Zeit stattfinden müßten. Möge doch unsere Regierung dem Volk sich freundlich erweisen, möge sie aber dem Volk auch vertrauen und hierbei nicht vergessen, daß sei der großen Noth vor Jahresfrist die Noth im Großherzogthum nicht eine Stunde lang gestört war. — Unter solchen Vorgängen, wie dem oben erwähnten, wünscht man noch lebhafter den Erbgroßherzog in unsere Mauern zurück; denn man weiß, daß sein Herz warm schlägt für das Wohl der Bürger.

* Mainz, 2. März. „Kein Karneval, sondern Preßfreiheit und Nationalbewaffnung!" Mit diesem Ausruf wurde gestern die Generalversammlung des Narrenvereins geschlossen, die zusammenberufen worden war, ob es rathsam sei, in der jetzigen kritischen Epoche ein heiteres Fest zu begehen. „Kein Karneval!" und alsbald verschwanden die Narrenkappen, und die aus tausend Narren bestehende Versammlung konstituirte sich zu einer Bürgerversammlung, um über einen Zug nach Darmstadt zu berathen, welcher Zug in Masse der Deputirtenkammer eine bereits entworfene Adresse überbringen soll, worin volle Preßfreiheit, Zurücknahme des neuen Civilgesetzbuches und Beibehaltung der alten französischen Institutionen gefordert wird, dabei aber auch noch Nationalbewaffnung und deutsches Parlament. Diese monströse Deputation ist wirklich diesen Morgen mit Extra-Eisenbahnzügen nach Darmstadt abgegangen; sie bestand etwa aus 300 Mainzer Bürgern aus allen Ständen und aus sehr vielen rheinhessischen Landleuten, die sich freiwillig den Demonstranten angeschlossen haben. Möchte derselbe von dem besten Erfolg begleitet sein! Daß wir auf unsere liberalen Deputirten buuen können, ist gewiß; ebenso zweifelt man nicht, daß die Regierung Zugeständnisse machen wird. Die Hauptsache ist nur, daß diese Zugeständnisse rasch kommen, denn die Gemüther sind furchtbar aufgeregt von dem französischen Revolutions-Champagner, und bei aller Aufregung sind sie dennoch nüchtern und wissen nur zu gut, was ihnen fehlt. Davon gaben die drei Bürgerversammlungen, welche diese Woche stattfanden, hinreichenden Zeugniß, denn nicht nur Advokaten traten in denselben hervor und liehen den Wünschen des Volkes Worte, sondern auch schlichte Bürger, die mit einer Klarheit die Gebrechen unserer Institutionen schilderten, als hätten sie schon Jahre lang unter dem Einfluß einer freien Presse sich zu einer gewissen politischen Bildung emporgeschwungen. Was das Erfreulichste an dieser Aufregung ist, besteht darin, daß nicht die speziellen Interessen von Mainz oder Rheinhessen, sondern fast mehr noch die deutschen Fragen in Anregung kommen und mit Wärme verhandelt werden. Man fühlt, daß vor allen Dingen eine Einheit, der der Hand gebaut auf eine deutsch nationale Repräsentation und auf eine allgemeine Volksbewaffnung, Noth thue, wenn Deutschland gerettet werden soll. Dabei ist auch erfreulich, daß von der alten französischen Sympathie jetzt hier gottlob Nichts mehr verspürt wird. Die französische Revolution wird uns nützlich sein, unter ihrem Eindruck werden wir unsere Rechte erwerben. Aber wir wollen nicht französisch sein. Um diesen Preis wollen wir unsere neuen Zustände nicht erkaufen!

* Gießen, 2. März. Es ist jetzt die Aufgabe, daß aller Orten klar und fest das Volk in nationalrestfreinigem Geist die Wichtigkeit des Moments erfasse und demgemäß ohne Krawall, wie ohne Konfpiration mit maßvollet Entschiedenheit seine Forderungen aussprechen, die ihm dann keine Gewalt der Erde verweigern wird. Schon liegen verschiedene Erklärungen mehrerer Städte vor uns; auch die hiesige läßt eine ergehen in Form einer ernster Adresse an Gagern, Wernher, Lehne und Fraut, deren Antrag die Deutsche Zeitung mitgetheilt hat. Es heißt hier: „Ein großer und ernster Augenblick ist plötzlich hereingebrochen, und unser Volk hat offen auszusprechen, ob es das deutsche Land ganz und unverletzt zu bewahren und das deutsche Leben eigenthümlich und selbständig fortzuentwickeln gesonnen ist, sodaß weder durch die leckende Freiheit des Auslandes manche Gemüther der Heimath entfremdet werden, noch ein etwa wieder aufstachendes Eroberungsgelüste im Osten oder Westen unsre Grenzen mit Gewalt überschreite. Dies ist unser Wille und damit er That werde, müssen uns aus den uneigenen Geist unsrer Nation tiefst die Güter gerahet werden, deren wir bedürfen: Freiheit der Presse, ein deutsches Gesetzbuch, Schwurgerichte, Assoziations- und Petitionsrecht; es muß ein Einheitsband gewunnen sein, in welchem alle Stämme sich durchdringen und welches zugleich ein Organ ist, um die materielle Wohlfahrt, wie das volksthümliche Selbstbewußtsein sicher zu stellen und zu fördern. Dies Einheitsband ist ein deutsches Parlament, und nur mittelst desselben kann eine gemeinsame, rasche und doch besonnene Entfaltung unsrer innern Zustände, sowie eine starke und eindringliche Sprache gegen das Ausland möglich werden. So bleibt in einem organischen Staatsganzen die Eigenthümlichkeit der besondern Glieder bewahrt, und wird unsern Brüdern jenseit des Rheins der Schwerpunkt ihres Strebens in das Herz des eignen Vaterlandes gelegt, und dafür sind wir entschlossen, jede Sächsische deutscher Ehre mit Gut und Blut zu vertheidigen. Damit wir es können, muß eine allgemeine Bewaffnung und Waffenübung geschehen. Wir werden uns dann vielleicht ohne Kampf des Friedens erfreuen, wie aber der Würfel auch falle, wir werden des Sieges gewiß sein, der nie der Volkskraft fehlt, die nicht erobern, sondern sich erhalten will, sobald sie weiß, wofür sie ficht; wir werden der Losung getreu bleiben: Alle für Einen und Einer für Alle! — Wir wollen Sie, verehrte Männer, ersuchen, diesen unsern Gedanken zu ihm Zheigen zu machen und ihm Ihr beredtes Wort in der zweiten Kammer zu leihen. Sie haben bereits selber die Initiative ergriffen und mögen nun diesen Ausdruck unsrer Gesinnung als einen dankenden Anklang Ihres eignen Strebens hinnehmen, das vereinter Kraft und Geist zum Ziel führen wird."

**Rastatt**, ++ Wiesloch, 2. März. Die Nachrichten, welche vom Westen und unseren deutschen Nachbarn zu uns herübergedrungen, haben auch hier die größte Aufregung und denselben Geist hervorgerufen, der in unserem deutschen Vaterlande der erspriesslichste ist. Bereits vorgestern traten die Männer zusammen, denen unsere Bürgerschaft Vertrauen schenkt, und trafen die vorbereitenden Einleitungen zu derjenigen Versammlung, welche heuten nicht bloß von Bürgern unserer Stadt, sondern von einer großen Menge von Einwohnern der Umgegend hier gehalten wurde. Ihre Zahl mag an dreitausend betragen haben, die trotz des solchen Wetters drei Stunden unter freiem Himmel vor dem Schauspielhause der öffentlichen Berathung beiwohnten. Das Resultat derselben war folgendes Programm: „Die Forderungen der Nassauer. Die neueste französische Revolution, hervorgerufen durch die Treulosigkeit und Korruption der Regierung, hat Europa erschüttert. Sie stopft an die Pforten von Deutschland. Es ist Zeit, daß Alles, was von nationaler Kraft, was von Freiheitsgefühl in der deutschen Nation ruht, zur schleunigsten Entfaltung gerufen werde. Es ist Pflicht, was die Deutschen, was namentlich der Stamm der Nassauer zu fordern berechtigt ist. Aber die Zeit drängt, sie gestattet nicht Alles, was seit 33 Jahren versäumt worden ist, auf einmal zu ordnen. Folgende Forderungen aber sind es, welche sofort erfüllt werden müssen: 1) Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Anführer, namentlich sofortige Abgabe von 3000 Flinten und Munition an die Stadtbehörde von Wiesbaden. 2) Unbedingte Preßfreiheit. 3) Sofortige Einberufung eines deutschen Parlamentes. 4) Sofortige Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. 5) Schutz der freien Bereinigung. 6) Oeffentlichkeit, öffentliches mündliches Verfahren mit Schwurgerichten. 7) Ersätzung der Domänen zu Staatseigenthum, unter Kontrole der Verwaltung durch die Stände. 8) Sofortige Einberufung der zweiten Kammer lediglich zur Entwerfung eines neuen Wahlgesetzes, welches auf dem Hauptgrundsatz beruht, daß die Wahlbarkeit nicht an einen gewissen Vermögensbetrag gebunden ist. 9) Beseitigung alles Beengungen der uns verfassungsmäßig zustehenden Religionsfreiheit." Wiesbaden, den 2. März 1848. Deputirtenen, welche in Abwesenheit des Herzogs an den Ministern gingen, brachten die mit Jubel begrüßte Nachricht, daß Nr. 1 und 2 von dem Minister sofort bewilligt seien. In der Gewährung der übrigen Desserten hielt sich der Minister nicht befugt und machte diesselben von der Zustimmung des bald von seiner Berliner Reise zu-

Digitized by Google

rückkommenden Herzogs abhängig. So ist die versammelte Menge auf übermorgen wieder zusammengerufen. An demselben Tage werden die Landstände, zu deren feierlicher Zusammenberufung der Minister noch nachträglich seine Genehmigung ertheilte, hier zusammen treten, zu welchem Behufe Eilboten in das Land gesandt worden sind. Seit gehr, daß die Eintracht, zu welcher sich die jetzt Alle einläßt, durch keinen unvorhergesehenen Zwischenfall gestört werde. Die einzelnen Abtheilungen der bereits bewaffneten Bürgergarde durchziehen unter dem Jubel des Volks die Straßen. Bereits ist das erste Blatt einer ohne alle Censur gedruckten neuen Zeitung, der ersten in Nassau seit 1819, erschienen.

△ Wiesbaden, 3. März, Morgens 10 Uhr. Wir haben Sie von dem Gange der Ereignisse bis zum gestrigen Abend in Kenntniß gesetzt. Die Nacht verlief ruhig, ohne daß ein Einschreiten der Bürgergarde nöthig gewesen wäre. Heute Morgen verbreitete die Nachricht, daß das Militär einberufen worden sei, und daß 3000 Oesterreicher nach Wiesbaden einrücken würden, allgemeine Entrüstung. Der Administrativrath v. Gagern las auf öffentlichem Platze einer Anzahl von Volksfreunden die sich auf die Einberufung des Militärs und auf einen Bundesbeschluß beziehende Resolution der Regierung vor, welche ernste Gegenreden zur Folge hatte. Statt der von dem Minister gestern Abend zugesicherten Einberufung der zweiten Kammer habe man über Nacht das Militär einberufen und wolle sich auf die Oesterreicher stützen; in Nassau solle also der blutige Würfel geworfen werden, ob das Militär gegen seine Mitbürger von den Waffen Gebrauch machen werde; man weise alle Verantwortlichkeit für solches verzweifelte Verfahren der Regierung hin. Hierauf begaben sich die Volksfreunde auf das Ministerium, woselbst in dringender Rede die Zurückhaltung der Maßregel der Einberufung des Militärs verlangt und von dem Minister sofort zugesagt wurde. Die übrigens durch Nichts bestätigte Nachricht des Einrückens der Oesterreicher zieht eine Masse des Volks herbei nach der Eisenbahn, um dieß zu verhindern. Wir werden Alles aufbieten, dieses Verbrechen zu hindern. Die morgige Volksversammlung, welche von mehr als 15,000 Menschen besucht werden dürfte, bereitet sich durch Versammlungen in andern Orten des Herzogthums vor, wir wir sorben glaubhaft vernehmen. — Während uns die „Oberpostamtszeitung" sorben die Nachricht bringt, der Herzog habe heute Nacht Frankfurt passirt, läßt man in Wiesbaden das Gerücht verbreiten, derselbe befinde sich noch in Berlin. Der Minister erwartete ihn nach seinen gestrigen Erklärungen stündlich. Der Ausgang läßt sich nicht vorhersehen.

† Frankfurt, 3. März. Auf heute Abend 7 Uhr ist in der hiesigen Reitschule große Versammlung der Bürger angesetzt, in welcher die bereits in andern deutschen Staaten gestellten Anträge auf zeitgemäße Umgestaltung der öffentlichen Verhältnisse zur Berathung kommen sollen. Das Resultat werde ich Ihnen alsbald mittheilen. Zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe ist bereits seit gestern dem Bürgermilitär das Patrouillen- und ein Theil des Wachtdienstes übertragen. — Se eben vor Postschluß wird durch eine Extrabeilage des Frankfurter Journals folgender Bundesbeschluß bekannt:

Frankfurt, 3. März 1848. Nachdem die Bundesversammlung sich die Aeußerungen sämmtlicher Regierungen über den unterm 9. Septbr. v. J. erstatteten ausführlichen Vortrag der Kommission in Preßangelegenheiten Behufs einer möglichst gleichförmigen Bundes-Preßgesetzgebung erbeten hat, so hat sie auf anderweiten Vortrag der Kommission beschlossen:

1) Jedem Deutschen Bundesstaate wird frei gestellt, die Censur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen.
2) Dies darf jedoch nur unter Garantien geschehen, welche die andern Deutschen Bundesstaaten und den ganzen Bund gegen Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicher stellen.

† Frankfurt a. M., 3. März. Die Petition welche hier von gemäßigter Seite an den Senat erfolgen soll, enthält die 4 Punkte der Mannheimer Petition und spricht sich gegen einen Angriffskrieg aus. Eine größere Volksversammlung bereitet sich auf diesen Abend vor, worin der Radikalismus vorherrschen wird. — Der Herzog Alexander von Würtemberg ist, von Allem entblößt, hier angekommen mit seinem Sohn. Die Herzogin von Orleans mit ihren Kindern soll in Koblenz sein. (?) Das Bürgermilitär beginnt die Wachen, man will sich keine Oesterreicher mehr gefallen lassen." — In Wiesbaden erscheint seit gestern die erste Nassauische Zeitung unter dem Titel: Freie Zeitung.

## Schweiz

Neuenburg. Ein Brief aus Neuenburg vom 29. Febr. (sagt die Basl. Z.) schreibt vom Anmarsche der Montagnards, und daß die Regierung ihnen keinen Widerstand entgegensetzen, sondern sich zurückziehen werde. Wirklich bringt nun ein Bulletin des Solothurner Blattes: „Solothurn, 1. März, Abends 4 Uhr. Der eben ankommende Kurier von Neuenburg berichtet, daß die Regierung von Neuenburg heute Morgen um acht Uhr „abgegeben" habe. — Sie hatte mit den durch die Ereignisse in Frankreich elektrisirten Montagnards zu unterhandeln versucht, aber keinen Anklang gefunden. Sie stellte daher von freien Stücken der Opposition den Antrag, die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu übernehmen. Wie wir hören, ist heute Mittags schon der Kanzler Favarger durch Solothurn, wahrscheinlich Bern zu, gereist." — Er passirte gestern auch durch Basel. — Der Sitz der neuen Regierung ist in Lachaux-de-fonds.

## Großbritannien.

London, 29. Febr. Die englischen Zeitungen können jetzt fast ebensogut für französische gelten, so ganz und gar sind sie mit Betrachtungen über die neueste französische Revolution angefüllt. Von dem radikalen Sun versteht sich von selbst, daß er über die unter Blutwehen stattgehabte Aenderung der Dinge in Frankreich seine Freude laut äußert, aber die Art, in der es geschieht, bewirkt, daß sich die republikanische Partei in England (wohlverstanden eine republikanische Partei in englischem Sinne!) gehoben fühlt und demnächst kräftiger auftreten dürfte. Eine republikanische Stimme aus England zu vernehmen, mag nicht ohne Interesse sein. „Ruhm den Reformern von Paris!" ruft diese Zeitung aus, „Ruhm der liberalen Opposition! Ruhm den Gamins der Vorstädte! Ruhm den Abgeordneten, den Handwerkern, die in einer so prüfungsvollen Krisis eine solche erhabene Mäßigung bewiesen haben!" Der Sun zählt nun die Verbrechen auf, welche seiner Ansicht nach die Dynastie und Regierung von 1830 an den Freiheiten und den Rechten der Völker begangen hat: Korruption, Stellenwucher, Trug, Geldmacherei, Tödtung aller frischeren Regsamkeit, Unterdrückung der Lehrfreiheit im Innern; die Nationalität mit Füßen getreten in Spanien, die Reform im Stich gelassen in Italien, dem Despotismus unter die Arme gegriffen in der Schweiz; der Gesandte in Athen ein Aktienwucherer, der in Wien ein Absolutist, der in St. Petersburg ein Beförderer der Ausplünderung; Krakau seinem Schicksale überlassen, Algerien durch Sengen und Brennen geknechtet, Abd-el-Kader hinterlistig zu einem Vertrage überredet, um sodann hinter Verschluß und Riegel gehalten zu werden u. s. w. In einem andern Artikel desselben Blattes heißt es: „Louis, Schatten des großen Vergnaud! Freut Euch, Ihr Geister Gensonne's, Condorcet's, Brissot's, Barrere's, der schönen und erhabenen Roland! denn nach einem Kampfe von fast 70 Jahren, nach der Erbebung und dem Sturz von drei Dynastien, mitten durch so viele Gräbern von Innen und Außen, Verräthern und Koalitionen, trotz feindlicher Waffen und Parteiverschwörungen, trotz Despotismus und Verraths hat der Genius des Patriotismus triumphirt, ist der Genius der Freiheit endlich Sieger geblieben, ist Frankreich endlich, endlich frei! Sollte Frankreich (der Sun beginnt sich auf die provisorische Regierung) nicht eine Republik sein? Ist nicht Ledru-Rollin ein Republikaner? Ist nicht Garnier-Pages ein Republikaner? Ist nicht Marrast — Marrast, der Herausgeber des National — ein Republikaner? Ist nicht Louis Blanc, der Geschichtschreiber der Revolution von 1830, ein Republikaner? Ist nicht Arago, der große europäische Forscher, ein Republikaner? Ist nicht Lamartine, der edle und beredte Lobredner der Girondisten, ein Republikaner? Ruhm also, sagen wir, den Bewohnern von Paris, welche ihre Freiheiten Angesichts einer Heeresmasse von 100,000 Mann erobert, den Thron auf den Boulevards zerbrochen und in Staubatome zertreten, einen teuflosen Tyrannen aus seinem Palast vertrieben und an seiner Statt das dreieinige Volkssymbol erhoben haben: Freiheit, Gleichheit, Bruderschaft!" Ueber die Mitglieder der provisorischen Regierung spricht sich der Sun folgendermaßen aus: „Lamartine ist ein sentimentaler Republikaner, aber kein Geschäftsmann, noch ein Mann von That, (vielleicht wird der Sun jetzt von Lamartine anders denken); Arago ist Republikaner aus Ueberzeugung, dessen Name der Regierung ein großes Gewicht verleihen wird, Ledru-Rollin der neuen Bewegung aber werden Ledru-Rollin und Garnier-Pages sein, beide Volksmänner, beide Republikaner, beide mit jener Kühnheit ausgerüstet, welche, wie Danton sagt, das große Geheimniß des Erfolges in Revolutionen sind."

Anders freilich lautet das Urtheil des Morn. Chr.: da wird

Digitized by Google

Lebru-Rollin ein pedantischer Demagoge genannt, von Hrn. Marie wisse man gar Nichts, von Garnier-Pagès nur, daß er einen berühmten Bruder gehabt, von Arago, daß er nicht drei Worte im Zusammenhange öffentlich sprechen könne u. s. w. (Unsere weitern bereits im Sitz befindlichen Auszüge aus den Betrachtungen der englischen Zeitungsorgane über die französische Revolution müssten wir, da der Raum durch so viele wichtige Mittheilungen aus dem Vaterlande und durch den französischen Artikel in Anspruch genommen ist, für heute zurückstellen. Aus einem Artikel des Morn. Chr. vom 28. Febr. entnehmen wir vorläufig folgende Stelle: „Wir hegen nicht den geringsten Zweifel, daß Lord Palmerston dem Lord Normandy sein Beglaubigungsschreiben zuschicken wird in den Augenblick, wo irgend eine begründete Aussicht auf die Dauer der neuen Einrichtungen in Frankreich sich eröffnen sollte.“)

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses richtete Hr. Hume folgende Frage an die Regierung: Ich wünsche zu wissen, ob das Kabinet die Absicht hat, sich von jeder Intervention in die Angelegenheiten des französischen Volks fern zu halten und ihm freie Hand zu lassen, sich eine Regierung nach seinem Gefallen zu wählen (Langer und rauschender Beifall), mit Einem Worte: Alles zu vermeiden, was sie in die Nothwendigkeit einer Intervention versetzen könnte.“ Nach diesen Worten des Hrn. Hume erhob sich ein langer Beifallssturm, während dessen Lord J. Russell sich erhob. Nachdem tiefes Schweigen entstanden war, antwortete der Premierminister: „Ich habe über die Ereignisse, die soeben in Paris stattgefunden haben, die Nachrichten erhalten, welche alle Welt kennt. Obgleich ich nicht geglaubt hätte, daß es nöthig wäre, diese Erklärung abzugeben, kann ich der Kammer versichern, daß wir durchaus nicht beabsichtigen, zu intervenieren wegen der Form der Regierung, welche die französische Nation anzunehmen für gut finden wird (Langer und rauschender Beifall), oder uns auf irgend eine andere Weise in die innern Angelegenheiten dieses Staates zu mischen.“ (Neue Beifallsbezeugungen.) — Der Schatzkanzler bemerkte: „Dieser Tage sind Ereignisse in Frankreich von der Art vorgefallen, daß ich die Meinung der großen Mehrheit der Kammer auszusprechen glaube, wenn ich sage, daß mit Rücksicht auf diese Ereignisse es nicht angemessen sein wird, irgend eine Verminderung der Vertheidigungsmittel des Landes vorzuschlagen.“ (Lauter Beifall.) (Wir entnehmen Vorstehendes der Köln. Z., da die englischen Zeitungen in zu später Stunde der Redaktion zugegangen sind, um weitläufigere Auszüge daraus zu geben).

Einige Aeußerungen des Hrn. Hume in der Unterhaussitzung vom 25. Febr. verdienen eine nachträgliche Erwähnung. Hr. Hume stellte den Antrag: „es sei zweckmäßig, die Staatsausgaben zu vermindern und sofort mit dieser Reduktion zu beginnen“, bei welchem Anlaß sich der Redner gegen jede Einmischung in die Angelegenheiten fremder Länder erklärte und sodann fortfuhr: „er müsse das Kabinet warnen, sich nicht der Täuschung zu überlassen, als ob eine Regierung ihren Bestand auf Bajonette gründen könne; als Beweis seiner Ansicht, daß dem nicht so sei, erwarte er, unverzüglich Ludwig Philipp an der englischen Küste landen zu sehen. Oft hätten ihn die Maßregeln dieses sonst so klugen Mannes in Verwunderung gesetzt, welcher für die Befestigung seiner Dynastie kein anderes Mittel gekannt, als in seiner Hauptstadt Massen von Truppen anzuhäufen und sie mit einem Festungsgürtel einzuschließen. Daher müsse er der Regierung aufs Ernstlichste anrathen, Nichts zu thun, was dazu beitragen könne, England in einen Selbstekel umzuschaffen und im Volke den Geist des Mißtrauens und der Unzufriedenheit zu verbreiten. Wege man sich die Ereignisse zunutze des Kanals zu einer ernsten Lehre und Warnung dienen lassen! „Die Partei,“ schloß der Redner, „welche in Frankreich so eben ihr Haupt aufgerichtet, ist gerade dieselbe, für die ich auch hier in England das Wort führe; ich meine die mittlern und untern Klassen. Ich spreche die Hoffnung aus, daß kein Oberhaupt das Wort Elisabeth's: daß sie ihren Schutz in der Liebe des Volkes suche, je vergessen werde.“ Diese im Parlament gefallenen Worte sind nicht ohne Bedeutung; es besteht in England eine große Partei, welche, wenn auch in verschiedenen Schattirungen auseinanderegehend, doch ein und dasselbe Ziel: Vertretung der mittlern und untern Klassen und daher weitere Ausdehnung des Wahlrechts, überhaupt eine neue Reform der Reformbill zu ihrer Aufgabe gemacht hat. Diese Partei, Demokraten, Radikale, Chartisten u. s. w., ist bereits durch einige tüchtige Sprecher im Parlament und rüstige Agitatoren außerhalb desselben vertreten und wird sich jetzt doppelt angespornt fühlen, ihr Banner höher zu heben, den Agitationsgeist im Lande zu wecken und durch den Druck von Außen die Thore des Parlaments für eine größere Anzahl eigentlicher Volksvertreter zu öffnen. Es ist jedoch zu erwarten, daß dieser Zweck auf rein friedlichem und gesetzlichem Wege erreicht wird; dafür bürgt der verfassungsgemäße Sinn der Engländer, dafür bürgt diese Verfassung selbst. Im Uebrigen ist es erklärlich genug, daß unter den jetzigen bedrohlichen Aussichten, wo Niemand für die Ereignisse des nächsten Tages, ja der nächsten Stunde gut sagen kann, der Hume'sche Antrag und zwar mit einer Mehrheit von 98 Stimmen (157 gegen 59) abgeworfen wurde.

Das Mor. Chr. enthält eine kurze von einem „zuverlässigen“ Korrespondenten mitgetheilte Nachricht: daß Ludwig Philipp sowohl als Guizot in Sicherheit seien. Den Times zufolge haben sich die Mitglieder der k. Familie abstadtlich noch in Frankreich getrennt und verschiedene Wege eingeschlagen, um desto sicherer zu entkommen. Daily News meldet, aus Portsmouth, daß sichern Nachrichten zufolge Abends den 29. Febr. Ludwig Philipp in London eintreffen werde.

Die Herzogin von Montpensier ist dem „Standard“ zufolge in Southampton gelandet.

Das Morning Chronicle dringt jetzt eine längere Betrachtung über die Lage der Dinge in Kanada und geht ein, daß die „demagogische Partei“ bei den Wahlen für das kanadische Parlament eine Mehrheit von 25 Stimmen, welche einer Mehrheit von 150 Stimmen im englischen Reichsparlament gleichkomme, erhalten habe. Der Artikel geht darauf aus, die umfassendsten Zugeständnisse für die französischer, d. h. republikanische, und den Anschluß an die Vereinigten Staaten betreibende Partei dringend anzurathen, da jener Theil der kanadischen Bevölkerung allerdings Grund genug habe, über Zurücksetzung Klage zu führen. Das M. Chr. tröstet sich wohl zu sanguinisch damit, daß die französischen Kanadier im Allgemeinen durchaus keine Radikalen und Demokraten und im Grunde so gut royalistisch und aristokratisch gesinnt seien, als die Bauern der Vendée; aber sie seien auf die englische Regierung eifersüchtig, daher jene „scheinbare“ Hinneigung zu der amerikanischen oder republikanischen Partei, daher endlich jene radikale Mehrheit bei den Wahlen. Der Artikel schließt: „Mit jedem Tage, wo man sie, die französischen Kanadier, ohne Selbstverwaltung läßt, werden sie auch für eine feste unabhängige, den Engländern unähnlicher und in Charakter und ihren Gewohnheiten denjenigen Völkern verwandter, welche unter den Grundsätzen des Despotismus aufgewachsen, mit der Freiheit Mißbrauch getrieben haben.“ Trotz der bezüglichen Vorschläge des M. Chr. glauben wir, daß wenigstens das französische Unterkanada nicht auf die Dauer von England zu halten sei, und daß die Nachrichten von dem in eine Republik umgewandelten Frankreich auch hier nicht ohne Rückwirkung bleiben werden. Zugeständnisse, die man zu spät, die man mitten in der Katastrophe macht, sind oft schädlicher, als wenn man sie gar nicht gemacht hätte. Die Annahme, daß die Bewohner Nieder-Kanadas, welche zu drei Viertheilen französischen, zu einem Viertheil britischen Ursprungs sind, der Masse nach im Grunde gute Royalisten seien, gehört wohl zu jenen Selbsttheorirungen, die sich Regierungen zu ihrem Schaden so oft einreden, oder sich von liebedienerischen Beamten einreden lassen. Nur befremdet es einigermaßen auch die kluge, klardenkende und im Ganzen von ihren Angestellten gut bedient englische Regierung hier, wie es scheint, auf einer solchen falschen Fährte zu erblicken.

## Frankreich.

Paris, 29. Febr. In seinem leitenden Artikel erklärt sich das J. d. D. von Neuem einverstanden mit der neuen Ordnung der Dinge, indem es versichert, daß es jeden friedlichen Gedanken und jedes bittere Gefühl aus Kopf und Herz verbannt habe. Noch über allen politischen Systemen, sagt es, gibt es Interessen, die unter jeder Verfassungsform und von jeder Staatsgewalt Anerkennung verlangen. So die Sicherheit der Personen und des Eigenthums, die Freiheit der Arbeit, der Meinungen und des Wortes. „Diesen Grundsätzen, fährt das J. d. D. fort, wird kein Ehrenmann seinen Beistand, seine Hingebung, ja, wenn es sein muß, das Opfer seines Lebens versagen. Und was wir da sagen, das thut ganz Paris in diesen Augenblicke. Die Bürger, ohne Unterschied der Klassen und der Meinungen, ohne Vorwürfe, ohne Hintergedanken, arbeiten mit einer ehrenvollen Einstimmigkeit an der Wiederherstellung des Vertrauens.“

„Es gibt noch einen andern Punkt, in welchem Alle einig sind. Wir wünschen die Erhaltung des Friedens, den wir immer als eine der schönsten Errungenschaften unserer Civilisation betrachten werden. Aber das Ausland würde uns einig finden. Wenn es zum Kriege käme, so würden alle Kräfte Frankreichs zu Einer Gesammtkraft zusammenwachsen. Wir würden auftreten wie Ein Mann um unsere

Digitized by Google

Nationalität, unsern Boden, die Ehre und den Rang, den unser Vaterland in der Welt einnimmt, zu vertheidigen. Es gibt keinen Franzosen, der nicht vor allen Dingen will, daß sein Vaterland frei, geachtet und ruhmvoll sei. Man hoffe nicht uns getheilt zu finden. Wir haben uns einig gezeigt, um die innere Ordnung aufrecht zu erhalten; wir viel mehr Gründe aber haben wir, einig zu sein gegenüber den Angriffen, die auf unsere Unabhängigkeit gemacht werden könnten, die Nationalunabhängigkeit, das erste der Güter eines großen Volkes."

Der Marschall Bugeaud hat sich durch folgendes Schreiben an den Kriegsminister zur Verfügung der Regierung gestellt. „Hr. Minister! Die jüngsten Ereignisse und das Bedürfniß der allgemeinen Eintracht zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Innen und Außen machen es mir zur Pflicht, der neuen Regierung meinen Degen anzubieten. Ich habe die Vertheidigung des Vaterlandes und des Gebietes immer als die heiligste der Pflichten anerkannt. Ich bitte Sie, mir den Empfang dieses Schreibens anzuzeigen und die Versicherung meiner hohen Achtung zu genehmigen. Grz. Marschall, Herzog v. Isly." Ein starkes Beispiel davon wie die Geistlichkeit mit dem republikanischen Strome zu schwimmen versucht, gab der Pater Lacordaire in seiner vorgestrigen Predigt in der Kirche Notre Dame. Das Dasein Gottes war der Gegenstand seiner Rede. „Doch was bedarf es meiner Beweisführung," rief er aus. Wagte ich den Frevel, Gott beweisen zu wollen, so würden sich die Pforten der Kirche von selber öffnen, und Euch das heldenmüthige Volk zeigen, das in sich selber und in seinen Thaten die glorreichste Offenbarung des ewigen Wesens ist." Ein ungeheurer Beifallssturm der tausend und abertausend Zuhörer bei Mönche antwortete auf dieses gewaltige Wort, welches entweder eine riesenhafte Lästerung oder der Ausdruck eines unermeßlich erhabenen Gedankens ist.

Die weltlaufe so trostzläubig monarchische „Presse" erklärt heute, daß sie nach wie vor ein konservatives Blatt sei, nämlich: le journal conservateur de la république. Wir erwähnen das nicht im tadelnden Sinne, denn wir glauben, daß der Bürger sich vor allen Dingen dem Staate schuldig ist, und wir begreifen sehr wohl, daß man in der gegenwärtigen Lage der Dinge in Frankreich bei monarchischen Ansichten der Republik huldige, nachdem das Königthum bei den Franzosen wenigstens für eine Zeit, deren Dauer sich nicht absehen läßt, unmöglich geworden ist.

Die meisten Theater geben zu Feier des Sturzes des Königthums Gratisvorstellungen, eine Aufmerksamkeit, welche dem Volke sehr zu schmeicheln scheint, und die es mit dem größten Anstande anerkennt.

Der Kriegsminister hat das folgende Kunschreiben erlassen. An die Herren Generale, Befehlshaber der Militärdivisionen und Unterdivisionen. Paris, 26. Febr. General, ein großer Nationalakt ist soeben vollbracht; das Königthum ist vor der Volkssouveränität verschwunden. Alle guten Bürger, alle Männer von Herz sollen sich um die provisorische Regierung der Republik vereinigen. Die Herren Generale, Befehlshaber der Divisionen und Unterdivisionen werden also die unter ihnen stehenden Truppen versammeln, werden an der Spitze derselben die neue Regierung proklamiren und die Kundgebung ihres Beitrittes hervorrufen. Sie werden hierauf unverzüglich dem Kriegsminister die Akte mittheilen, welche diesen Beitritt darthun sollen.

Die Herren Generale werden überdies alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um unter den Truppen aller Waffengattungen die Zucht aufrecht zu halten; sie werden darüber wachen, daß für ihre Bedürfnisse regelmäßig gesorgt werde und werden alle zu diesem Behufe nothwendigen Maßregeln ergreifen.

Sie werden sich mit den Verwaltungsbehörden verabreden, damit die öffentliche Ordnung respektirt werde, und zu diesem Behufe werden sie sich auf die Nationalgarde stützen, welcher insbesondere die Pflicht anvertraut ist, unsere öffentlichen Freiheiten zu vertheidigen.

Die Regierung zählt darauf, daß die Armee, ihren Pflichten treu, immer auf dem Pfade der Ehre bleibe.

Sie werden mir den Empfang des Gegenwärtigen anzeigen, dessen Vollziehung ich Ihrem Patriotismus anvertraue. Der Kriegsminister Subrovie.

Ihren Entschluß das Eigenthum zu schützen und die Sicherheitspolizei nachdrücklich zu handhaben, bekundet die Regierung durch folgenden Erlaß: „Die provisorische Regierung der Republik, benachrich, daß Plünderer die Landgemeinden in den Umgegenden der Hauptstadt durchstreifen, die Privatbefestigungen in Brand stecken oder verwüsten, an einigen Punkten die Eisenbahnen zerstören, um Verbindungen abzuschneiden oder die Stationsbäuser abzubrennen versuchen, hat die entschiedensten Maßregeln ergriffen, um solchen Unordnungen ein Ende zu machen. In den ersten Augenblicken, welche unsern blutigen und ruhmvollen Siege gefolgt sind, wendete sich die Erbitterung gegen die Schlösser ohne Landgüter, welche das entthronte Königthum bewohnt hatte, eine Rache, die man allerdings beklagen muß, aber die in solchen Umständen leider begreiflich ist."

„Heute könnte Niemand wollen, daß der Zorn des Volkes sich durch Eingriffe gegen Privateigenthum äußere; unsere republikanische Bevölkerung hat sicherlich nicht diese unwürdigen Gedanken. Die Schuldigen sind Unruhestifter, aus den Reihen aller Parteien hervor getreten, die durch die Nahe und die Ferne, welche die Wiederaufrichtung der Republik begleiten, zur Verzweiflung gebracht werden. Die provisorische Regierung wird ihre Pflicht thun. Mobilisirte Bataillone werden gegen diese feindlichen Banden ausziehen, die guten Bürger können ruhig sein."

Daß auch das Elsaß von Plünderern und Brandstiftern beunruhigt wird, beweist die folgende Mittheilung des niederrheinischen Kurier:

Straßburg. — Die Departementalkommission hat soeben folgendes Zirkularschreiben an die Herren Maires des Niederrheins geschickt.

Strasburg, den 29sten Horaung 1848.

Herr Maire!

„Verübte Unordnungen sind in mehreren Gemeinden des Departements ausgebrochen.

„Unruhestifter haben sich an dem Privateigenthum vergriffen. Schnelle Maßregeln müssen ergriffen werden, um der Wiederkehr von dergleichen Handlungen zu steuern, und die strenge Bestrafung die Anstifter dieser strafbaren Versuche erreichen.

„Ihre persönliche Verantwortlichkeit würde in Gefahr gerathen, wenn sie nicht mit aller Kraft und mit allen Mitteln, welche das Gesetz Ihnen zugesteht, sich den Vorfällen, welche Uebelgesinnte erfinnen können, entgegen stellen würden.

„Sie müssen unverzüglich die Verfügungen von Art. 1 des ersten Titels, Art. 1 und 2 des 4ten Titels des Gesetzes vom 10ten Vendemiaire, Jahr IV. ausrufen lassen, welche lauten wie folgt:

Titel 1. — „Sämmtliche in der nämlichen Gemeinde wohnende Bürger haften bürgerlich für Frevel, die auf dem Gebiete der Gemeinde wider Personen oder Eigenthum verübt worden."

Titel 4, Art. 1. — „Jede Gemeinde ist verantwortlich für die „mit offener Gewalt oder irgendwie gewaltsam auf ihrem Gebiete „durch bewaffnete oder unbewaffnete Ausläufe oder Zusammenrottirungen wider Personen, wider National- oder Privateigenthum verübten Verbrehen, wie auch für den zu leistenden Schadenersatz."

Art. 2. — „Im Fall, daß die Einwohner der Gemeinde an den Unordnungen Theil genommen hätten, die durch Ausläufe und Zusammenrotirungen ihrem Gebiet verübt worden, so „muß eine solche Gemeinde an die Republik eine Geldbuße zahlen, die „dem Betrag des Hauptschadens gleichkommt."

Möchten die guten Bürger ihre Bestrebungen vereinigen und nicht gestatten, daß die Morgenröthe der republikanischen Regierung, einer Regierung, welche die Rechte Aller sichern soll, durch Vergessen oder Verachtung der Gesetze bezeichnet werde. Uebelgesinnte Leute werden erfahren, daß die Centralgewalt wacht, und daß Gesetz die Oberhand behalten muß.

Empfangen Sie, u. s. w.

Für die Departemental-Kommission:

Der Präsident, Lichtenberger.

Paris, 1. März. Der heutige „Moniteur" enthält die folgenden Verordnungen: „1) In Erwägung, daß jede neue politische Systems sich in einem neuen Systeme des Kredits und der Steuern zu reformiren muß; daß das französische Steuerwesen nothwendig gleichheitlicher eingerichtet werden muß, daß die provisor. Regierung entschlossen ist, der Nationalversammlung ein Budget in diesem Sinne vorzulegen; daß jedoch eine provisor. Regierung nicht das Recht hat, hierüber zu entscheiden; daß Frankreich fernere, obgleich Erbe einer bestechlichen und verschwenderischen Regierung fest entschlossen ist, alle Kontenakte zu halten und alle Verpflichtungen zu erfüllen; daß in Mitte der Schwierigkeiten, die eine jede große Geschütterung zur Folge hat, es im höchsten Grade unklug wäre, die Hilfsquellen des Staatsschatzes zu verringern, und daß man dann kaum denken könnte, den Kreisnissen die Spitze zu bieten, von denen Frankreich und Europa heimgesucht werden könnten, aus diesen Gründen beschließt die provisorische Regierung: 1) Alle Steuern ohne Ausnahme werden nach wie vor erhoben werden. 2) Im Namen der Vaterlandsliebe sind alle guten Bürger aufgefordert, alle Zahlungen ohne Verzug zu leisten. 3) Die provis.-Regierung verpflichtet sich, der National-

Digitized by Google

## Russische Zustände.

### I.

### Oeffentlichkeit.

In Nr. 30—32 dieser Blätter haben wir erwähnt, wie in Rußland das Princip der Oeffentlichkeit grundgesetzlich anerkannt sei. So heißt es im Verwaltungsorganisationsedikt vom 9.—11. Sept. 1815: „Für die neuen Behörden sollen in der kürzesten Zeitfrist möglichst vollständige Instruktionen ausgearbeitet und öffentlich bekannt gemacht werden, damit der Gang der gesammten Staatsverwaltung zu Jedermanns Einsicht und Kenntniß offen vorliege; ferner: „Die Dienstinstruktionen aller einzelnen Unterbehörden sollen ebenfalls öffentlich bekannt gemacht, überhaupt unserer gesammten Staatsverwaltung, soweit es nur immerhin die Natur der verschiedenen Gegenstände gestattet, überall der Charakter der Oeffentlichkeit gegeben werden"; endlich im Edikt die „illimitirte Preßfreiheit" betreffend: „Wir sehen die Entfesselung der öffentlichen Meinung sammt der wieder erlangten Freiheit, dieselbe zu verbreiten, unter die folgenreichsten und vortheilhaftesten Gerechtsame, in deren Ausübung die verschiedenen Stämme des deutschen Volks wieder eingesetzt worden sind". Nur hinsichtlich der Sitzungen der Landstände war von diesem Prinzip in der Konstitution eine Ausnahme statuirt, indem es dort heißt: „Die Sitzungen der Landstände sind nicht öffentlich, doch können dieselben durch Stimmenmehrheit die öffentliche Bekanntmachung ihrer Verhandlungen im Ganzen und im Einzelnen verordnen". In der im Jahr 1818 von der Regierung selbst entworfenen und von der Kammer angenommenen Geschäftsordnung war indessen jene Bestimmung der Verfassung dahin modificirt, daß Zuhörer gegen Einlaßkarten zu den Sitzungen der Deputirtenversammlung zugelassen werden könnten. Die Oeffentlichkeit der Sitzungen bestand in dieser Art bis zum Jahre 1832, wo das im Munde des Volks unter dem Namen „Hünsmännerkammer" fortlebende Rumpfparlament — um Kleines mit Großem zu vergleichen — es für rathsam erachtete, wie sich die Herren wörtlich ausdrückten, für seine Verhandlungen das im §. 9 der Konstitution gegründete Recht zu nicht öffentlichen Sitzungen zu Anfang zu nehmen. In einer dieser geheimen Sitzungen schlossen diese fünf, Letzthen aus drei Geistlichen, Einem Schulvorsteher und einem einzigen Bürgerdeutschen des Volks, die Mehrzahl von 16 aus und erklärten dieselben ihres aktiven und passiven Wahlrechts verlustig. Als im Jahr 1833 die Kammer durch neu gewählte Mitglieder wieder vollzählig zusammentrat, wurde die Oeffentlichkeit der Sitzungen faktisch vermittelst der Polizeigewalt gehindert. Einer der Deputirten, Baltus, bemerkte wenigstens in der letzten Sitzung: Die Deputirtenversammlung glaube im Besitz des Rechts zu sein, öffentliche Sitzungen zu halten, und sei nicht gesonnen, dieses Recht aufzugeben; sie habe aber nicht verhindern können, daß die mit Einlaßkarten Versehenen an den äußeren Eingängen des Gebäudes, worin der Sitzungssaal sich befinde, durch Polizeibeamte unter irgend einem Vorwande abgewiesen worden seien. Der Regierungskommissarius bestritt diese Letztere nicht, lud die Deputirten aber ein, diese Frage für jenes Jahr beruhen zu lassen; dagegen habe er Nichts dabei zu erinnern, wenn die Versammlung in Beziehung auf die Oeffentlichkeit der Sitzungen einstweilen eine Verwahrung ins Protokoll niederlege. Nachdem darauf einer der Geistlichen salbungsvoll bemerkt hatte, die Regierung habe gewiß ihre wohlerwogenen Gründe, man solle diesen Gründen — es waren aber von der Regierung keine angegeben — einmal volles Vertrauen schenken, und nachdem der Deputirte, der Schulvorsteher, Namens Friedemann, gerührt und in fast plastischer Darstellung geäußert hatte: „es müsse gestehen, daß der heutige Tag (es war gerade der Konstitutionstag des Erbprinzen) den tiefsten Eindruck auf ihn gemacht habe, und wer heute früh den Landesvätern mit seiner Familie gefolgt, die Deputirten beider Ständebrüstungen rechts und links und in der Mitte den Erbprinzen, wie er die Gelübde seines Lebens und Sterbens ablegte, müsse diesen Eindruck theilen", legte die Versammlung eine Rechtsverwahrung gegen jene zur Unterdrückung der öffentlichen Sitzungen in Anwendung genommene Maßregel ein, bewilligte die Steuern und ging auseinander. — Diejenigen, welche viel von Verwahrungen halten, mögen wissen, daß von da an von Oeffentlichkeit nicht mehr die Rede war, daß die Deputirtenversammlung selbst im Jahr 1839 den oben erwähnten Paragraphen in aller Stille aus der Geschäftsordnung entfernte, und erst die neu gewählte Versammlung im Jahre 1846 und wiederholt im Jahre 1847 die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen beantragte, ohne damit bis jetzt durchzudringen, weil die Geschäftsordnung von 1818 nicht mehr in Gültigkeit ist.

Jene grundgesetzlichen Bestimmungen über Oeffentlichkeit der gesammten Staatsverwaltung sind seitdem bei den Russischen Staatsmännern in Vergessenheit gerathen. Man scheint sie höchst andrerum zu finden: denn um z. B. die Oeffentlichkeit durch die Presse innerhalb der Grenzen des Herzogthums gründlich zu beseitigen, hat man die einzige Zeitung, die Rheinischen Blätter, unterdrückt und zu einer neuen keine Konzession gegeben — ein vortreffliches Mittel, der gehässigen Censur überhoben zu sein! Die Dienstinstruktion der Landesregierung, der wichtigsten Behörde des Landes, hat man so wesentlich geändert, daß man sie in den 1820r Jahren aus einer kollegialischen, und als man vor einigen Jahren erkannt hatte, daß dadurch, namentlich auch in der Gemeindeverwaltung, doch gar zu viel von den mechanischen Händen der Kalkulatoren und Predatoren abhange, wieder aus einer bureaukratischen in eine theilweise kollegialische verwandelte, und kein Mensch hat davon offizielle Kenntniß erhalten außer den Mitgliedern der Regierung. Man gebt im schneidendsten Widerspruch mit dem Grundsatz der Oeffentlichkeit sogar so weit, daß kein außerhalb der Regierung Stehender mit Sicherheit weiß, aus welchen Mitgliedern der s. g. korrektionelle Senat an der Regierung zusammengesetzt ist. Der heimlichen Scheue gleich richten diese ungekannten Richter über Zumult und Störung der öffentlichen Ruhe, Sterung, Unterschleif bei Entrichtung der Abgaben, Feld-, Forst- und Jagdfrevel, Verbal- und Realinjurien, wozu auch Mißhandlung und Körperverletzung gerechnet werden, Ehebruch, Wucher, Unsittlichkeit, Vergehen gegen öffentliche Beamte ꝛc., ohne daß der Angeklagte weiß, wer über ihn richtet. Es soll sogar vorgekommen sein, daß einst, nachdem das heimliche Kollegium ein Individuum wegen Betrugs verurtheilt hatte, der Präsident der Regierung, welcher gewöhnlich den Vorsitz nicht führt, in Folge der an dieselbe Behörde gehenden Berichterstattung mit einiger Verfärbung in den Senat getreten sei, und nun aus unbekannten Gründen — denn Entscheidungsgründe werden nicht gegeben — ein entgegengesetztes freisprechendes Erkenntniß durchgesetzt habe.

Während früher, im Jahr 1817, der Lehrplan für die Elementar- und gelehrten Schulen öffentlich zu Jedermanns Kenntniß gebracht wurde, hat man den seitdem gegebenen, welcher den ersteren völlig aufhebt, niegends bekannt gemacht, so daß nur die Lehrer Kenntniß davon haben, und selbst die Eltern der Schüler in dieser sie so nahe berührenden Sache im Finstern tappen, und keine Ahnung in dieser Beziehung das Licht nicht zu scheuen, denn es läßt sich nicht verkennen, daß sie in neuerer Zeit mit löblichem Eifer Vieles gethan hat, um allgemeine Bildung zu fördern. Einzelne Mißgriffe würden durch Veröffentlichung der Lehrplane Gegenstand offener und wohlthätiger Besprechung werden können.

Auf gleiche Weise sind die Instruktionen der Unterbehörden in den wichtigsten Zweigen der Staatsverwaltung wesentlich selbst in gesetzlichen Bestimmungen abgeändert oder neu geschaffen durch s. g. Generalreskripte, welche für die Uneingeweihten wahre Mysterien bleiben, bis einmal Einer oder der Andere vor ihre empfindlichen Anwendung zusammenzufrecken ein Unglück hat. Vor dem neuen Konskriptionsgesetz beruhte — um nur Einiges anzuführen — sich das ganze Konskriptionswesen auf solchen zu einem Chaos angewachsenen Generalreskripten, und durch ein niemals publicirtes Reskript vom 2. Febr. 1830 wurde die Bestimmung der Forststrafgesetzes, wornach das Erlegen von Wild durch Nicht-Jagdberechtigte, wenn es nicht auf der Mildbahn, sondern in geschlossenen Gärten, im Ortsbering und auf öffentlichen Wegen geschah, nicht als gesährliches Jagdverbrechen, sondern als Jagdpolizeivergehen betrachtet wurde, dahin abgeändert, daß das Erlegen von Wild in Zukunft auch dann als gefährliches Jagdverbrechen angesehen werden solle, wenn es im Ortsbering, eingefriedigten Gärten ꝛc. geschehe. Ein Bauer im Amt Höchst machte mit diesem Reskript erst Bekanntschaft, als ihm, der in seinem eingefriedigten Garten einen Hasen erlauerte, der Förster auf den Grund des ihm bekannten Reskripts seine Schreiladung durch den Mantel schoß, als der Bauer auf seinen Aufruf nicht still stand, sondern in eine Schrune flüchtete.

Durch ein anderes ebenso geheimes Reskript hat das Ministerium die Direktoren der Justizkollegien ermächtigt, wegen des großen Arbeitsdrangs je zwei Mitglieder von den Sitzungen zu dispensiren, ohne zu bedenken, daß dadurch die jedesmalige Zusammensetzung der Gerichte, auf welche die Parteien ein Recht haben, wesentlich in der Hand der Direktoren liegt.

Stille Subskriptionen für Bessler, für die unglücklichen Schiffer hat die Regierung herzlichlig gestattet; jede öffentliche Ankündigung derselben aber untersagt.

Auf solche Art hat man die Wetzung der Fürsten jenes Landes

Digitized by Google

## Das badische Preßgesetz.

* Heidelberg, 2. März. Das badische Preßgesetz vom 28. Dezember 1831 ist wieder in seine volle Wirksamkeit eingesetzt; es sind sechzehn Jahre verflossen, seit das Regierungsblatt verkündigte: „Das Preßgesetz tritt mit dem 1. März 1832 in Wirksamkeit", und wieder war es der 1. März, an dem ein badischer Staatsmann die feierliche Wiederherstellung des gewaltsam aufgehobenen Gesetzes verkündigte. Ein halbes Menschenalter ist hingegangen seit jener vom Bunde verordneten Aufhebung; es ist daher nicht überflüssig, die wesentlichen Grundzüge der jetzt wieder zum Gesetz erhobenen Bestimmungen kurz zusammenzufassen. Das Preßgesetz hebt vor Allem die Censur unbedingt auf; „für jede im Großherzogthum Baden erscheinende Zeitschrift oder Zeitung ist ein badischer Staatsbürger, der das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt hat, der Polizeibehörde als verantwortlicher Redakteur zu benennen. Unter dieser Voraussetzung ist die Gründung oder Herausgabe solcher Schriften nicht abhängig von irgend einer obrigkeitlichen Erlaubniß; jedem Hefte einer Zeitschrift und jedem Blatte einer Zeitung soll der Name eines verantwortlichen Redakteurs beigefügt sein." Konzessionen und Konzessionsentziehungen, Fähigkeits- und Unfähigkeitserklärungen der Redakteure kennt demnach das badische Preßgesetz nicht. Nur eine Kaution in Geld (10000 bis 20000 Gulden je nach der Zahl der wöchentlich erscheinenden Nummern) ist für Zeitungen zu hinterlegen, jedoch steht es frei, diese Bürgschaft in Liegenschaften, Gelo, inländischen Staatspapieren oder durch Bürgen zu stellen. Von jedem Blatt oder Heft wird, sobald die Austheilung oder Versendung beginnt, ein Exemplar bei der Polizeibehörde hinterlegt, doch kann die Austheilung und Versendung dadurch nicht aufgehalten werden. Amtliche oder amtlich beglaubigte Berichtigungen von Thatsachen werden unentgeltlich, jede andere Berichtigung von Seite des Angegriffenen gegen die Einrückungsgebühren aufgenommen. Die Uebertretung dieser Vorschriften wird mit Geldstrafen (von 5 bis 100 Gulden) belegt. Zeitungen und Zeitschriften, „insoweit sie die Verfassung oder Verwaltung des deutschen Bundes oder einzelner deutschen Bundesstaaten außer Baden zum Gegenstand haben, sollen nur mit Vorwissen und auf vorgängige Genehmigung der Staatsbehörde, welche solche nur den obigen Bestimmungen der §§. 18—28 für strafbar zu achtenden Schriften oder Schriftstellen zu versagen hat*), zum Druck befördert werden". Doch werden durch die erhaltene Druckerlaubniß Verfasser, Redakteur, Verleger und Drucker hinsichtlich des Inhalts von der Verantwortlichkeit frei; auch wurde 1831 ausdrücklich bestimmt, diese letzten Anordnungen schon auf dem nächsten Landtage einer Revision zu unterwerfen und die Regierung ermächtigt, sie auch vorher außer Wirksamkeit zu setzen. Die Erkennung der Strafen selbst steht ausdrücklich den Gerichten zu und zwar wenn der Staatsanwalt auf eine Freiheitsstrafe anträgt — den Hofgerichten, vorbehaltlich der Appellation an das Oberhofgericht, wenn aber die beantragte Strafe eine Geldstrafe ist, den Gerichten erster Instanz, vorbehaltlich der Appellation an die Hofgerichte. Verantwortlich sind bei Druckschriften in folgender Reihe: der Verfasser oder Herausgeber, der Verleger, der Drucker und zuletzt der Verbreiter (als solcher auch der Buchhändler); für den Inhalt der Zeitungen und Zeitschriften haftet jedenfalls der verantwortliche Redakteur, insofern er seine Schuldlosigkeit nicht darthut. Die strafrechtliche Verfolgung der durch die Presse verübten Verbrechen oder Vergehen geschieht im Wege des Anklageprocesses; das Verfahren ist öffentlich und mündlich (auch sollte dieser Titel „mit Rücksicht auf das Institut der Geschwornengerichte" einer Revision unterworfen werden). Die Polizeibehörde kann eine Druckschrift mit Beschlag belegen, wenn entweder der Verleger, Drucker, Druckort nicht genannt und die Kautionen nicht geleistet ist, oder wenn der Inhalt ein Preßvergehen begründet, „welches im öffentlichen Interesse von Amtswegen verfolgt werden kann". Andere Beschlagnahmen können nur durch die Gerichte erkannt werden; auch jene polizeiliche muß binnen 24 Stunden dem Gerichte angezeigt und sogleich nach erhaltener Anzeige entschieden werden, ob der Beschlag wieder aufzuheben sei oder fortzubestehen habe. Auch die Bestimmungen über das Strafverfahren enthalten schöne Bürgschaften für die Presse; die Hofgerichte entscheiden über Preßvergehen, dem Angeklagten und seinem Vertheidiger steht die Einsicht der Untersuchungsakten in der Gerichtskanzlei offen; die Gerichtssitzung ist öffentlich und diese Oeffentlichkeit nur aus sittlichen Schicklichkeits-rücksichten zu beschränken, niemals, wenn es sich um ein Vergehen gegen den Staat oder die Staatsbehörde handelt. Bei gleicher Stimmenzahl wird der Angeklagte freigesprochen; Appellation steht dem Angeklagten wie dem Kläger zu. Das Urtheil des Hofgerichts kann, wenn nicht der Staatsanwalt oder Privatkläger die Appellation ergriffen hat, nie zum Nachtheil des Angeklagten abgeändert werden.

*) In den §§. 18—28 werden nur eigentliche Verbrechen oder Vergehen, Verleumdung des Regenten, verächtliche Angriffe auf anerkannte Religionsgesellschaften, unzüchtige Darstellungen für strafbar erklärt.

**Oesterreich.** † Wien, Februar. Welch ein tragischer Karneval! Kriegserklärungen im großen Maßstabe, bei Ebbe in der Staatskasse, die italienischen Provinzen jeden Augenblick zum Aufstande bereit, in den deutschen, böhmischen, galizischen die agrarische Bevölkerung entschlossen, bei einem günstigen Anlaß gegen ihre Herren loszubrechen. Die Börse hat keinen Muth und läßt ihre Lieblingspapiere fallen, die Industriellen jammern über Mangel an Absatz, die Schriftsteller und das ganze Publikum über die unerträgliche Preßsklaverei und die polizeiliche Abschleifung von Deutschland. Das grelle Bild ist damit erst leicht skizzirt. Mehr noch als der Abfall emancipirter Schützlinge auf den italienischen Thronen drückt den Patrioten die wachsende Freundlichkeit Rußlands! Wir wollen Nichts von Rußland, das uns Geld bietet, um uns zu Schergen seiner Politik zu machen, das hintenrnach, die Unterdrückung des verhaßten Geistes gelinge oder mißlinge, mit der großen Rechnung kommen wird, die zu der Schmach, zu der moralischen Schuld noch die materielle fügt, an der wir ebenfalls schwer zu tragen haben. Und bei diesen äußern und innern Gefahren, in die uns eine volksfeindliche, siebenfach blinde Politik geführt, behält das Staatsschiff die alte trostlose Stillstandsfluge, die alten Steuerleute, die geradezu den Klippen und Riffen zusteuernten, und um ihren verderblichen Sinn durchzusetzen, das Schiff mit seinen reichen Gütern, mit seiner kräftigen Bemannung preisgeben! Man spricht von großen Konzessionen und proklamirt in Italien das Standrecht, und schleift und vermehrt die Censurschreeen; man spricht von Reformen und bemährt uns durch die Censur-, Studien- und Postreform, welche kleinliche Bedeutung man einem großen, tiefsinnigen Worte zu geben vermag. Die Censur kostet jetzt vier Mal mehr als früher und ist zehn Mal schlechter als sonst; die ganze Studienreform beschränkt sich auf Nichtigkeiten; jede Postreform ist illusorisch, solange uns das schmähliche Geheimnißsystem in voller Blüthe steht und die Post die Sklavin der Polizei ist. Ich bedenke das wohl und sende Ihnen diese Mittheilung auf Umwegen. Die kaiserl. Familie, heißt es, wolle der Finanznoth drängnißt des Staates durch ein Darlehen von 100 Millionen zu Hilfe kommen. Wenn uns diese Hilfeleistung die russischen Gelder erspaart, so verdient sie doppelten Dank. Indessen brauchen wir weniger Geld, als ein durchweg neues politisches System. Tritt dies ins Leben, so bedürfen wir keiner enormen Anlehen zur Unterdrückung des aus dem Todesschlummer geweckten Volksgeistes, so wird neues Vertrauen die Gemüther beleben, so werden die Privatkassen der Bürger sich öffnen, so wird Oesterreich seine Wiedergeburt, seine Auferstehung feiern. Ohne eine neue, oder besser gesagt, ohne die richtige Staatsidee werden die 100 Millionen verschwinden, wie die früheren Millionen erfolglos verschwanden, wird die alte Finanznoth rastlos wiederkehren, werden in ihrem Gefolge Gefahren kommen, gegen die alles Gold der Welt machtlos ankämpfen würde. Reformen, große, in freien Institutionen wurzelnde Reformen! Sie werden besser streiten als dichte Heersäulen, die das Mark des Landes verzehren und den Zündstoff vermehren, besser als alle uniformirte und geheime Polizei, die ohnmächtig dem Zeitgeist entgegentritt, besser als die rastlosen Anlehen, welche die späte Zukunft für die Fehler der Gegenwart verantwortlich machen und das politische Elend durch das materielle vermehren!

**Preußen.** ** Berlin, 29. Febr. Die Pariser Nachrichten haben alle Klassen der Bevölkerung seit gestern Morgen in eine namenlose Aufregung versetzt. In den Lesezimmern werden häufig von Tischen herab Vorlesungen der neuangekommenen Blätter gehalten; in der Zeitungshalle standen Hunderte umher. Man vernimmt auf den Straßen, in den Cirkeln kein anderes Gespräch. — Es läuft viel Thorheit mitunter; unserem Socialisten hat der Name „Albert" eine

Digitized by Google

andere Aussicht eröffnet, als der Kh. Bevd. ihnen darbot; unsere Unruhigen quand-même trugen sich mit dem zauberischen Wort „Revolution“; man ist sogar auf Seite der fabelhaften „provisorischen Regierung“; Aeußerungen fallen, die schaudern machen; Personen dürfen, wenn auch nicht im Ernst, den Wunsch laut werden lassen, Guizot möge ein Opfer gefallen sein! — Auf der andern Seite zeigt sich ein merklicher Gegensatz zu 1830. Man bejaht die Pariser Ereignisse augenblicklich auf unsere auswärtigen Angelegenheiten; man befürgt Intervention; man erachtet einen Vertheidigungskrieg um das Rheinufer für kein Unglück; man wünscht vom Rhein her jetzt einen Ausbruch deutscher Sympathien. Und Aller Blicke richten sich unwillkürlich auf das tön. Schloß, wo vergangene Nacht die gegen Morgen Sitzung des Staatsraths stattgefunden haben soll. Häufiger als den Namen Ludwig Philipps vernehmen wir gestern und heute das Wort „Vereinigter Landtag“! Die baldige Berufung nach Griaß organischer Statute, deren Erscheinen äußerlich Nichts verbürgt, gewinnt immer mehr Glauben. — Als die Mitglieder des Ausschusses heute nach der Sitzung, worin Herr v. Auerswald dem unverletzlichen Briefgeheimniße mit fingrichter Beredtsamkeit das Heil gewonnen haben soll, das Schloß verließen, fanden sie zum ersten Male zahlreiche Scharen, ihrer wartend, am Ausgang. Aus welchem Grunde? weiß Niemand. — Wie wird sich die provisorische Behörde behaupten? Die Revolution seit 1789 verzehrte doch nach und nach die bessern und intelligentern Kräfte, bis die Hefe zurückblieb. Die Rebellion von 1848 schreitet über Männer hinweg, die kaum noch in der Oppositien standen und verworfen werden, ehe sie ihre Rolle gespielt. Lamoricière, Bugeaud, Thiers, Hauranne und selbst Odilon Barrot werden sich schwerlich beruhigen. Hier richtet man die Blicke auf Joinville, wenn das Königthum des zweiten L. Ph. wirklich unmöglich geworden. Wird Preußen jetzt handeln wie unter Friedrich Wilhelm II.? Gesetzt die Republik erhielte klar und bestimmt Anerkennung — wird Preußen intervenieren? Ob die bestimmte Antwort, welche wir hier setzen lassen, sich bewahrheitet, wird die Zeit lehren. Registrieren Sie Aussichten und Ueberzeugungen. Unser König wird nicht intervenieren, sondern im Sinne einer gesunden Politik, wenn die Republik Bestand gewinnt, auch die Republik anerkennen. Doch sobald das erste deutsche Dorf in Flammen steht, sobald die Franzosen den ersten Schritt über die Grenzen des deutschen Bundes wagen, wird Friedrich Wilhelm unsere Landwehr und Linie setzen gegen den Feind führen, um das Vaterland zu retten. — Der König, heißt es, zeige den erschütterten Gegebenheiten gegenuber eine unerschütterliche Ruhe der Seele.

§§ Aus **Baiern**, 29. Febr. Wäre Europa nicht durch die Ereignisse der jüngstverflossenen Zeit schon bis in das Innerste bewegt und aufgeregt, die erschütternden, alle Erwartung und sich selbst überstürzenden Nachrichten aus Paris müßten die Völker vom festesten Schlafe, ja vom Scheintode erwecken, und ihren Führern eine Leuchte sein auf ihren Wegen. Sind wir auch noch ohne Nachricht vom 24. Februar, mithin ganz im Dunkeln über die am 23. noch durch kein einziges Zeichen angedeutete Wendung und gänzliche Umgestaltung der Verhältnisse, das Ergebniß ist klar und spricht vernehmlich: Auch der energischsten Regierung, unterstützt selbst von einer weitüberwiegenden Majorität in der gesetzlichen Landesvertretung, gestützt auf eine wohlgeschulte, wohlversorgte, zulgefährte und tapfere Kriegsmacht von wenigstens 100,000 Mann in unmittelbarer Nähe und geschützt durch eine Kette von Befestigungen, die selbst vom Feind als das Wunderwerk des Jahrhunderts und das Bollwerk der Dynastie gepriesen werden, — ist es unmöglich, gegen die einmüthige Denkweise einer zum Selbstbewußtsein erwachten Nation auf die Dauer sich zu behaupten und ihren Forderungen einen fingrichen Widerstand entgegenzusetzen. Es war wohl eine der größten Thorheiten der gestürzten französischen Regierung, in der europäischen Politik Hand in Hand zu gehen mit dem Wiener Kabinet und zu glauben, daß eine hochherzige und freie, durch das Feuer der Revolutionen geläuterte Nation ihr auf diesen Wegen geduldig folgen werde; aber es verrieth keine geringere Kurzsichtigkeit, wenn man derselben großen Nation zutraute, bei einer der Korruption überwiesenen Verwaltung und einer in ihrer Mehrheit ebenso verderbten und abhängigen Volksvertretung in Demuth und Ergebenheit auszuharren, solange man nur immer Gesetzesparagraphen gegen jede Bewegung in Bereitschaft hatte. Thorheit und Kurzsichtigkeit haben den wohlverdienten Lohn empfangen. Wenn wir aber dem Siege dieser Revolution große, selbst volle Berechtigung für Frankreich zugestehen, so dürfen wir nicht einen Augenblick den Einfluß derselben auf die Lage und Verwickelungen Europas außer Acht lassen. Louis Philipp und Guizot waren die Hüter des europäischen Friedens, sogar um jeden Preis. Der höchste ist eingesetzt, das Spiel ist verloren und damit der Friede unbedenklich in Frage gestellt. Damit tritt für Deutschland, auf das der Krieg den alten Seiten einstürmen würde, die Pflicht der Selbsterhaltung in den Vordergrund. Aller Berechnung nach ist die Lombardei der erste Kampfplatz. Das erste Kriegszeichen dafselbst ruft nicht nur das konstitutionelle Italien in den Kampf, sondern das republikanische Frankreich über die Alpen. Oesterreich wird sich mit Rußland und vielleicht mit Preußen verstärken. Damit tritt die doppelte Gefahr für Deutschland ein. Haben die Franzosen ihre Grenze an irgend einer Stelle überschritten, so ist die deutsche gefährdet; aber ein Bündniß mit Rußland ist für Deutschland — eine Unmöglichkeit und für den, der es unternimmt, das sicherste Verderben. Deutschland ist somit auf sich angewiesen und seine Hoffnung, daß Preußen zu Deutschland zählt. Deutschland muß seine Grenzen wahren — mehr braucht es vor der Hand nicht. Eine bewaffnete Neutralität sichert seine Stellung vollkommen. Dazu gehört aber mehr als Marschordre an die Regimenter, dazu gehört der durch das Gemeingefühl zwischen den Stämmen gekräftigte Nationalgeist, dazu gehört vor Allem jene aus der Einheit zwischen Fürst und Volk geborne Hingebung und patriotische Begeisterung. Diese Einheit aber läßt sich weder von Oben fordern, noch überhaupt künstlich machen; sie ist das Ergebniß der Ueberzeugung, daß die Fürsten deselben Geistes sind wie ihre Völker, daß sie den klar und übereinstimmend ausgesprochenen Forderungen der Zeit nach Recht und gesetzlicher Freiheit zuvorkommend entsprechen und sich vor jedem Akt, ja selbst vor dem Schein einer auf Fürsten Macht sich stützenden Willkür ängstlich hüten. Mögen die Zeichen der Zeit nicht mißverstanden oder gar mißachtet werden! Für das Volk ist mir nicht bange.

Δ **Aus Frankfurt**, 29. Febr. (Dinstag Morgen 7 U.) Als ich gestern Abend Brüssel verließ, um nach Paris zu reisen, war die Stadt in großer Aufregung. Die jüngsten Nachrichten aus Frankreich hatten die Gemüther zu sehr ergriffen, als daß dies anders hätte sein können. Nichtsdestoweniger scheint der größere Theil der belgischen Bevölkerung entschlossen, die Ruhe und die Ordnung der Dinge energisch aufrecht erhalten zu wollen. Alle Leute, welche Etwas zu verlieren haben, oder im Handel und in der Industrie ihre Existenz finden, zittern indeß von den Ereignissen, welche uns die nächste Zukunft bringen kann, und man hörte wiederholt die Meinung aussprechen, daß der wirklichen Befestigung der französischen Republik die belgische Konstitution nicht widerstehen dürfte. Gegen jede Annäherung an Frankreich ist man indeß noch wie vor — fast die ganze Nation, vom Höchsten bis zum Letzten ist entschlossen die belgische Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten. Vorgestern, Sonntag Abends, hielt die liberale Gesellschaft „Alliance“ eine Sitzung und faßte Beschlüße in diesem Sinne. Ebenso die in diesem Augenblicke immer mehr an Einfluß gewinnende, jüngst entstandene „Demokratische Gesellschaft“ in Brüssel, welche außerdem noch ihre Mitglieder, die großentheils aus Arbeitern bestehen, ermahnte, die Ruhe nicht zu stören und abzuwarten, was das Gouvernement in den nächsten Tagen thun werde. Nichtsdestoweniger fanden in der Nacht von Sonntag auf Montag zahlreiche Zusammenrottungen Statt, und die Gendarmerie mußte ernstlich einschreiten, indem man viele Individuen, darunter auch einige Deutsche, verhaftete. Die Bürgergarde ist unter den Waffen. Zahlreiche Linientruppen in den Kasernen in und um Brüssel. Das Gouvernement schickte auch eine Abtheilung Polizeimannschaft an die Grenze nach Frankreich, um jedes Eindringen französischer Revolutionäre zu verhindern. Im J. 1830 waren es, wie bekannt, die franz. Eindringlinge, welche viel Unfug mit sich brachten. König Leopold war gestern den ganzen Tag in der Stadt, und man versichrte, daß Hr. Julius Barrot, ein sehr populärer Kommunalrath, in den Ministerrath berufen sei. Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß die beiden englischen Parlamentsmitglieder: der Oberst Thompson und Hr. Wakley nach Brüssel geschrieben haben, man sei im englischen Parlamente entschlossen, den Dingen in Belgien oder der Rheinprovinz freien Lauf zu lassen, man werde aber sofort einschreiten, sobald Frankreich es wage, auf diese Länder thätlich Feindseligkeiten einzuwirken.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Oesterreichischen Länder werden man sich an G. L. Alexander Strasburg 28 Brandgasse, Paris 33, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeber.

Die Herausgeber.

Die Herausgeber

Nachschrift. Gegen 11 Uhr Abends. Eben höre ich Generalmarsch schlagen. Auf die Straße gerufen, erfahre ich, daß der Volkshause nach der Residenz geht, und eben vor Herrn Lindners Hause bei der Loggia mit Militär durch sind, in die Arkaden einlenkte und dann die Fenster des hinteren Theiles der Residenz zertrümmerte. Es wird noch fortwährend Generalmarsch geschlagen. In der Nähe der Arkaden stehen Volkshaufen. Sobald sich das Militär nähert, ertönt ein lauter Hoch. Als ich im Nachhausegehen an Berks Hause vorbei kam, fand ich dasselbe von mehr als 600 Soldaten besetzt, die übrigens keinen Vorübergehenden anhalten. Ich glaube, diese Nacht wird vollends ruhig herumgehen. Was aber werden uns die nächstfolgenden Tage und vielmehr Nächte bringen?

Aus einem Bericht der Allg. Zeit. über diese tumultuarischen Scenen entnehmen wir, daß Hr. v. Berks nicht eben die höflichsten Redensarten anzuhören bekam. Unter fürchterlichem Pfeifen schrie man u. A. nach seinem Hause hinauf: Pereat! Nieder mit dem H.... Minister! Nach solchen Vorgängen kann ein solcher Minister nur noch in einigen Theilen von Deutschland möglich sein — wir zweifeln übrigens nicht daran, daß die Münchner Hrn. v. Berks eben so unmöglich machen werden, als die Lola.

Nürnberg, 2. März. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß die in dem gestrigen Blatte mitgetheilte Nachricht von einem bereits eingetroffenen Befehl zur Einberufung der Bruttausenden der Begründung entbehrt. (N. K.)

Nürnberg, 2. März. Auch in unserer Stadt fand heute Nachmittag eine Bürgerversammlung Statt, die eine Petition an den König um Gewährung der Preßfreiheit ꝛc. berieth und solche heute noch nach München abgehen ließ.

Würtemberg. Stuttgart, 3. März. Der König hat eine Antwort auf die Adresse des ständischen Ausschusses gegeben, worin es heißt: „Alle Maßregeln, welche die Einigkeit, das Wohl und die Kräftigung Deutschlands befördern, werden in mir den wärmsten Vertheidiger finden — — Wünsche die auf den Bedürfnissen der Zeit hervorgehen und deren Erfüllung Ich nach ruhiger und unbefangener Prüfung dem Wohl meines Volkes für zuträglich erachte, werde ich immer willig gewähren".

Von den Wünschen des ständischen Ausschusses hat indessen der um Preßfreiheit seine Erfüllung gefunden; auf das Uebrige antwortet der König: „Ueberdies habe Ich angeordnet, daß die Frage von Errichtung von Bürgerwachen ungesäumt in Erwägung gezogen und das Ergebniß an die Stände gebracht werde. Einstweilen kann Meine Verordnung vom 13. Mai 1847 über die Errichtung von Sicherheitswachen auch fernerhin zur Anwendung kommen. Die gedrückte Lage, insbesondere der kleinen Gewerbe, geht Mir sehr nahe, und Ich werde jedes Mittel gerne ergreifen, durch welches ihnen aufgeholfen werden kann; indeß haben diese Grenzen; ausführbare Anträge zur Erreichung dieses wünschenswerthen Ziels werden Mir stets willkommen sein. Daß ich Mich des Schutzes der Gewerbe nach Außen auch fernerhin kräftig annehmen werde, bedarf nach den bisherigen Vorgängen wohl keiner Zusicherung. Dem ständischen Ausschusse ist bekannt, daß Gesetzesentwürfe über die Ablösungen der Grundlasten und der Baunrechte den Ständen mitgetheilt werden sollen. Eine ständige Berathung über die Verordnung vom 12. Juni 1832 über die Abhaltung politischer Versammlungen steht bereits in Aussicht und Ich behalte Mir vor, nach Eingang des diesfälligen Gegenbrisses Meine Entschließung zu ertheilen."

* Tübingen, 3. März. Eine Adresse, von Uhland verfaßt, mit einer großen Zahl Unterschriften bedeckt, ist nach Stuttgart abgegangen. Sie dringt auf 1) Ausbildung der Gesammtverfassung Deutschlands im Sinne eines Bundesstaats mit Volksvertretung durch ein deutsches Parlament am Bundestage; 2) allgemeine Volksbewaffnung; 3) Preßfreiheit im vollen Umfang, gemäß dem §. 28 der Verfassungsurkunde; 4) Aufhebung der Beschränkungen, welche gegen Vereine und Versammlungen zu Berathung öffentlicher Angelegenheiten bestehen; 5) vollständige Durchführung des Grundsatzes der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit allen sich daran knüpfenden Konsequenzen; 6) vollkommene Herstellung einer wirklichen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden und Bezirks-Körperschaften; 7) Revision der Verfassungsurkunde.

Ulm, 1. März. Wir hören soeben, daß auch in unserer Stadt eine Adresse an den König vorbereitet wird, in welcher die Bürgerschaft ihre Wünsche niederlegen will.

Sachsen. * Aus Leipzig kommen uns ausführliche Berichte zu über die Stadtverordnetenversammlung am 1. März; wir sind durch den Raum gehindert, sie heute vollständig mitzutheilen. Der Hauptinhalt der Adresse berufet die schon bekannten volksthümlichen Forderungen (freie Presse, deutsches Parlament u. s. w.), deren dringende Nothwendigkeit in der Adresse ausführlich motivirt wird. Die Adresse ist von Prof. Biedermann beantragt und von den Stadtverordneten wie vom Stadtrathe einstimmig angenommen worden. Eine im Schützenhause abgehaltene Versammlung von Bürgern und Einwohnern beschloß eine Dankadresse an die Stadtverordneten und sprach darin die Ueberzeugung aus, daß zur Beruhigung der Gemüther unverzüglich folgende Punkte erlangt werden müßten: 1) Geschworenengerichte, 2) Preßfreiheit, 3) Verantwortlichkeit der Minister, 4) Wahlreform, 5) Bildung eines deutschen Mittelpunktes zur Wahrung der deutschen Freiheit nach Außen.

Baden. * Karlsruhe, 4. März. Die allgemeine Bewegung, welcher wir bis jetzt die Gewährung und Zusicherung der wichtigsten Bedingungen für die Einigkeit und das feste Zusammenhalten der deutschen Nation, für innere Wohlfahrt und Freiheit und äußere Sicherheit verdanken, ist in letzter Quelle das Erwachen des Triebs der Selbstbestimmung. Das badische Volk hat erkannt, was noth thut, und hat sich zu Ein Mann erhoben um das als nothwendig Erkannte durchzuführen. Daß die Bewegung erschlafft oder gar das Ziel erreicht ist, besorgen wir nicht. Aber die ganze deutsche Nation muß mit uns gehen, und dafür haben wir bis jetzt in den Nachbarstaaten zwar einige, im Ganzen aber nur schwache und spärliche Anzeichen. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die Zeit gar kurz gemessen ist, und daß unsere Ungeduld die Entfernungen zu wenig bedenkt. Neben der großartigen, edeln Erhebung der Bürger für die Rechte der Nation und die Bedingungen ihres Lebens und ihrer Größe geht aber eine andere Bewegung her, deren Ziel der Zerstörungstrieb vorzeichnet, die in ihren Ansen und ihrem Wesen einen traurigen Gegensatz zu dem Beispiele der republikanischen Besonnenheit von Paris und ihrer Führer der Stadt. Diese letztere Bewegung, welche uns neben andern Gütern des Lebens und der Gesellschaft am ersten die Freiheit zerstören würde, haben wir in Karlsruhe am offenen Werke gesehen. Die Bürger der Residenz hatten, ohne das Beispiel einer andern Stadt abzuwarten, in zahlreicher Versammlung die Begehren der freien Presse, der Volksbewaffnung, der Schwurgerichte und des deutschen Parlaments gestellt und durch einen ihrer Abgeordneten der Kammer überreicht. Sie haben sich ohne Zaudern auf die Seite der Bewegung gestellt. Wer aber gehört hat, wie in der Nacht vom 28. auf den 29. Febr. von einer trunkenen Rotte nicht nur „Es lebe die Republik", sondern auch: „Wir wollen Blut saufen" durch die Straßen gebrüllt wurde, wer gesehen hat, wie außer den achtbaren Bürgern vieler Stadt- und Landgemeinden, noch Viele ganz andern Schlages in die Residenz zogen, der weiß, was diese Horden für Geheimniß machten; wer die Flammen des Minsteriums des Auswärtigen gesehen und die, zwar noch auf keinen Beweis gestützte, aber einmüthige Meinung hörte: „das Feuer ist angelegt"; wer da weiß, daß eine nicht geringe Anzahl verhaftigen Gefangenen im Laufe des gestrigen Tages eingefangen wurde, und daß ungeachtet aller Verschärfungsregeln doch heute Morgen wieder Feuer in dem Keller eines Hauses in der Schlegelstraße auszubrechen drohte — wer Alles dies und manche Nebenumstände hier mit erlebt hat, der wird es wahrlich den Bürgern der Residenz nicht verargen, daß sie Vorkehrungen trafen, um ihr Eigenthum und ihre Familien zu sichern. Nicht ihren wackern Mitbürgern von nah und fern, die unter der Bürgerschaft der Residenz nur den Widerhall ihrer eigenen Gesinnung fanden, galten die Wachposten und Rundgänge der Schützen und der bewaffneten Bürgern; sie galten ganz andern Leuten und Gesinnungen, deren Vorhandensein nicht geläugnet werden kann, deren Herrschaft aber sich jede Bürgerschaft im Lande zu verbitten suchen wird. — Wenn nun Mißgriffe von Seite einzelner Abtheilungen der Bürgerwache vorgekommen sind, so darf man doch, wenn man billig sein, die Umstände und das Mangelhafte eines improvisirten Waffendienstes berücksichtigen will, solche Versehen nicht zur Verdächtigung einer ganzen Bürgerschaft ausbeuten. Es mag unmöglich gewesen sein, daß die Mannschaft der Feuerwehr am Schlosse gegen einen ungestüm andrängenden Haufen junger Leute das Gewehr fällte. Allein es wurde Niemand dabei verletzt, und der anständigere Weg eingeschlagen, daß eine Deputation von Bürgern das Gesuch um Freistellung der Verhafteten dem Geschirrzeug vortrug. — Wenn Sie in den Blättern lesen, daß die Schützenwache am Gittinger Thore einer Deputation von Kenzingen, die von dem Bahnhofe heraufkam, die schwarz-roth-goldenen Kokarden abgerissen habe, so ist daran nur wahr, daß die Wache die Leute aufmerksam machte, es könnten ihnen diese Abzeichnung Unannehmlichkeiten bereiten; allein selbst diese Bemerkung findet unter den Bürgern starke Mißbilligung, und Aehnliches wird nicht mehr vorkom-

Digitized by Google

men. Selbst der natürliche Unmuth über Vorgänge, welche die meisten Bürger seit mehreren Tagen ihren Geschäften und seit Nächten der Ruhe entziehen, konnte keine rohe Handlung veranlassen. Sie haben einer Mißhandlung des Schwäb. Merkur die Angabe entnommen, daß die jungen Leute, welche hier die Republik proklamiren wollten, auf die Arbeiter der Kessler'schen Fabrik gerechnet hätten. Wie bitter sie sich in dieser Hoffnung getäuscht haben würden, mögen Sie aus dem Umstande entnehmen, daß Hr. Kessler dem Gemeinderath 400 Mann zum Schutze der Ordnung angeboten hat, die auch im Falle der Noth thätig mitgewirkt haben würden; daß ferner das wohlorganisirte Pompierskorps der Kessler'schen Arbeiter bei dem Brande des Ministeriums das Auswärtigen sich Unglaubliches leistete, und daß man ihm, neben der bürgerlichen Feuerwehr, hauptsächlich zu verdanken hat, daß das Feuer in verhältnißmäßig kurzer Zeit (1½ Stunden) gelöscht wurde, und außer dem Dachstuhle nicht noch Weiteres verzehren konnte. Alles ist gespannt auf die Antwort, welche der Großherzog der Deputation der zweiten Kammer geben wird, die gemeinschaftlich mit einer Deputation der ersten Kammer heute empfangen werden soll. Letztere hat nämlich gestern ebenfalls eine Dankadresse für die Preßfreiheit und die zugesicherten Schwurgerichte und Volksbewaffnung überreicht. Die unbedingte Annahme der 12 Artikel der zweiten Kammer liegt in den heißen Wünschen aller Freunde des Vaterlandes. Wäre es möglich, daß die Räthe des Fürsten ihm einen andern Rath ertheilt hätten, so würde ihre Verantwortlichkeit so unermeßlich sein wie die Folgen. Man vermimmt jedoch, daß die Regierung heute noch den Ständen eine vollkommen befriedigende Erklärung geben werde. Hinsichtlich der Sonderungen in den Ministerien hieß es, daß zu Präsidenten: 1) des Justizministeriums, Geh.-Rath Mittermaier; 2) des Finanzministeriums, Geh.-Finanzrath Hoffmann in Stettin oder Zolldirektor Gotzweiler; 3) des Kriegsministeriums, Oberst Hoffmann in Mannheim bestimmt seien.

* **Karlsruhe**, 4. März. Heute um die Mittagsstunde empfing der Großherzog die Deputationen beider Kammern, welche die Dankadressen für Herstellung der Preßfreiheit und Zusicherung der Volksbewaffnung und der Schwurgerichte überbrachten. Die zweite Kammer war durch Umfage bei den einzelnen Mitgliedern zu einer Sitzung auf 1 Uhr berufen. Der Präsident verliest die übereinstimmende Adresse, welche lautet, wie folgt:

„Durchlauchtigste, Großherzog, gnädigster Fürst und Herr! Eurer Königlichen Hoheit haben geruht, in den Sitzungen vom 29. Febr. und 1. März d. J. der zweiten Kammer der treuen Stände die Eröffnung machen zu lassen, daß das Preßgesetz vom 28. Decbr. 1831 wieder in Wirksamkeit gesetzt, daß allgemeine Volksbewaffnung eingeführt, und ein Gesetzentwurf über Einführung der Schwurgerichte den Kammern vorgelegt würde. Durch diese Eröffnungen haben Eure K. Hoheit einen Zustand beseitigt, welcher schmerzlich auf dem Volke lastete. Ihre Zusicherungen werden wesentlich zur Beruhigung des Landes beitragen. Uns, den Vertretern des treuen badischen Volkes, liegt die heilige Pflicht ob, den tief gefühlten Dank für die Erfüllung der Wünsche des Volks Eurer K. Hoheit ehrfurchtsvoll darzubringen. In einer Zeit, in welcher die aufrorderlichsten Ereignisse im Nachbarlande das deutsche Vaterland zur angestrengten Waffenprüfung auffordern, darf dem badischen Volke zunächst möglichst schwere Opfer auferlegen und es vor Allem wünschenswerth machen, daß ein fester Bund des Vertrauens Fürsten und Völker umschlinge, ist es ein beseligendes Gefühl in den Anordnungen Eurer K. Hoheit einen neuen Beweis der Liebe zu Ihrem Volke und des Strebens, die verfassungsmäßigen Zustände zu verbessern, verehren zu können. Wir geben und der Hoffnung hin, daß Eure K. Hoheit für die schnellste Verwirklichung der ertheilten Zusagen und für die folgerichtige Durchführung des verfassungsmäßigen Lebens Sorge tragen werden; wir dürfen voraussehen, daß insbesondere die zugesicherte Volksbewaffnung unverzüglich eingeführt, die Wahl der Offiziere dem Volke eingeräumt und die Wehrverfassung so geordnet werde, daß in Friedenszeiten die Belastung der Bürger durch stehende Heere vermindert werden kann, und nöthigenfalls die Volksbewaffnung ein kräftiges Mittel zur Vertheidigung des Vaterlandes gegen jeden äußern Feind werde. Es ist eine süße Pflicht, in den Zeiten drohender Gefahr die Gefühle der Treue und Anhänglichkeit dem geliebten Fürsten zu erneuern, mit der ehrfurchtsvollen Bitte, daß Eure K. Hoheit überzeugt sein möchten, daß die überall laut ausgesprochenen, von uns im Namen des Volks erklärten Wünsche nicht von einer Partei, sondern von dem Kerne des Volks getheilt werden; wir bitten aber auch Eure K. Hoheit, unbedingt Ihrem Volke zu vertrauen, das, wenn auch in dem schwer drängenden Augenblick bewegt durch die Erinnerungen an lange dauernde beklagenswerthe Zustände des deutschen Vaterlandes und an die Weise, mit welcher der Sinn für deutsche Nationalität nie befördert wurde, erfüllt von Ahnungen einer verhängnißvollen nahen Zukunft, feuriger das Bedürfniß besserer politischen Gestaltungen erkennt und lebhafter seine Wünsche und seine Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten ausspricht, nie in der Liebe zur Ordnung und in der Achtung der Gesetzesherrschaft wanken wird. In heiliger Stunde sprechen wir als Vertreter des Volks die Versicherungen aus, daß das badische Volk mit Begeisterung, die in dem Maße steigt, je mehr die Staatsregierung auch die gerechten Wünsche des Volks erfüllt, bereit sein wird, das theure Vaterland und den geliebten Fürsten mit Gut und Blut zu vertheidigen."

Hierauf erwiderte der Großherzog: „Ich empfange mit aufrichtigem Danke den Ausdruck der Treue und Anhänglichkeit der zweiten Kammer; Ich theile mit der zweiten Kammer die Ueberzeugung, daß Mein Volk, dem ich von jeher Meine volle Liebe schenkte, und dessen Wohl ich stets nach Kräften zu befördern suchte, auch in der gegenwärtigen erregten Zeit seinen alten Sinn für Ordnung und für Gesetzesherrschaft bewahre. Ich werde die den Ständen zugelagten Vorlagen in einer sehr billige Forderung befriedigenden Weise bearbeiten lassen und bei der mit den Ständen zu pflegenden Berathung derselben ihre Wünsche gebührend berücksichtigen".

Der Protokollanzug, welchen der Präsident hierauf dem Großherzog überreichte und in seinen einzelnen Punkten aufführlich und klar begründete, ist folgender:

Auf den Bericht des Abg. **Welcker** im Namen der Kommission über die von mehreren Abgg. gestellten Anträge beschließt die Kammer theils einstimmig, theils mit allen Stimmen gegen zwei, die Großherzogliche Regierung zu ersuchen, sie möge erklären: 1) daß sie fortet die provisorischen Ausnahmegesetze, als die Karlsb. Beschlüsse v. 20. Sept. 1819, die Frankfurter vom 30. Mai, 28. Juni und 8. Nov. 1832, sowie die Beschlüsse der geheimen Wiener Konferenzen von 1834 als rechtsverbindlich für das Großherzogthum Baden nicht betrachte; 2) daß ungeachtet gleicher Beeidigung sämmtlicher Staatsbürger, mit Einschluß des Militärs, auf die Verfassung angeordnet werde; 3) daß alle Beschränkungen politischer Rechte aus dem Grunde, daß ein Staatsbürger einer bestimmten Konfession angehöre, aufgehoben, beziehungsweise den Ständen ein Gesetzeskentwurf darüber vorgelegt werde; 4) daß ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister in der Art, daß ein Staatsgerichtshof mit Geschwornen entscheide, vorgelegt werde; 5) daß in Beziehung auf die übrigen Staatsbeamten eine vorgängige Ermächtigung des Ministeriums zur Anstellung von Klagen über Handlungen ihrer Verwaltung nicht erforderlich sei; 6) daß die Großherzogliche Regierung die Zusicherung ertheile, daß sie in nächster Bälde die Reste des Feudalwesens, insbesondere das Jagdregal, die Bürgerannahmsgelder, sowie die Abzugsfreiheit der Standes- und Grundherrn beseitigen werde; 7) daß Anordnungen für gerechtere Vertheilung der Staats- und Gemeindelasten für Pflege der Gewerbsamkeit und der einfachen Arbeit getroffen werden, 8) daß die privilegirten Gerichtsstände aufgehoben werden; 9) daß eine volksthümliche Kreisverwaltung, durch geeignete Betheiligung der Bürger an derselben, eingeführt werde; 10) daß die Regierung dringend darauf hinwirken möge, daß bei der Bundesversammlung eine Vertretung des deutschen Volkes eingerichtet werde; 11) daß eine unabhängige Stellung der Richter noch den bereits früher von der Kammer gestellten Anträgen gesichert werde; 12) daß das Staatsministerium und die Stelle eines Gesandten des Großherzogthums Baden bei der Bundesversammlung nur mit Männern besetzt werde, welche das allgemeine Vertrauen des Volkes genießen.

Die Antwort des Großherzogs lautet: „Die wichtigen und zeitgemäßen Wünsche, welche die zweite Kammer in ihr Protokoll niedergelegt und Mir der Herr Präsident soeben vortrug, werde ich mit dem Staatsministerium berathen. Der Chef des Ministeriums des Innern wird dem Herrn Präsidenten der Kammer darüber alsbald eine nähere befriedigende Mittheilung machen."

Diesen Eröffnungen fügt der Präsident bei, daß die befriedigende Erklärung des Präsidenten des Ministeriums des Innern noch heute Nacht gedruckt und unverzüglich im Lande verbreitet werden soll.

Staatsrath **Bekk** bestätigt, daß er die befriedigende Erklärung dem Präsidenten der Kammer heute noch schriftlich zustellen werde.

**Welcker** freut sich dieser allgemeinen Erklärung, welche einen beruhigenden Eindruck im Lande machen werde; aber es sei natürlich, daß eine volle Befriedigung erst aus der Beantwortung der einzelnen Punkte hervorgehen könne. Die Stunde drange und er frage daher den Vorstand des Ministeriums, ob er die Zusage geben könne, daß die Erklärung eine vollständige Befriedigung allen unserer Wün-

Digitized by Google

sche enthalten werde, und besonders, ob der Wunsch einer Purificirung des Ministeriums und des Bundestages seiner Erfüllung gewiß sei. Die Kammer hat thatsächlich bewährt, daß sie Maß zu halten und mit hoher Achtung die Freiheit des Thrones zu schonen weiß. Tausende von Anwesenden und mehrere Abgeordnete hatten verlangt, daß die Adresse unmittelbar nach der Schlußfassung überbracht werden solle. Die Kommissären und der Berichterstatter haben durch ihr Benehmen und ihre Bitten diese Art des Verfahrens zurückgehalten. Der Krone wurde ihre vollständige Freiheit gewahrt, die Würde der Regierung geachtet, es wurde von ihrem Vertreter keine Erklärung darüber gefordert, ob er sich verpflichte, zur Erfüllung aller Wünsche der Kammer zu rathen. Jetzt aber, da der vollständige Beweis unserer Achtung der Krone und der Regierung vorliegt, darf ich das Mittel nennen, welches mich beruhigt. Wir können und werden erlangen, was wir wollen. Wir haben dazu einen guten, verfassungsmäßigen Weg. Wenn nur ein Jota an unsern Wünschen abgezogen, wenn eine der drei Personen, deren Entfernung von ihren Stellen verlangt wird, nur einen Tag länger bleibt, so werde ich — im Namen der Kammer kann ich nicht sprechen (Stimmen: Allerdings) — nun so wird die Kammer erklären, daß sie kein Vertrauen zu den Ministern hat; ich werde im Augenblicke auf ein Mißtrauensvotum antragen, und wenn dies nicht reicht, das Ministerium durch Nichtbewilligung der Steuern zu bestimmen suchen. Auch dabei bleibt die Achtung und die Würde des Thrones unverletzt. Unsere Wünsche sind eine wahre petition of rights; werden sie nicht angenommen, so kann man entweder und nach Hause schicken und an das Volk appelliren oder die Minister entfernen. Wir sind sicher, unsere Wünsche zu erreichen, unser Zweck bei meiner Erklärung ist, das Volk zu beruhigen, und es kann sich beruhigen, im Hinblick auf das Verhalten der Kammer. Ich beschwöre nun meine Mitbürger, keinen übereilten Schritt, am wenigsten einen solchen zu thun, der die Nation gegenüber dem Ausland kompromittiren könnte. Ich beschwöre sie, ruhig zu bleiben, und die gesetzliche Ordnung zu handhaben, und Frevler, wo sie sich zeigen sollten, zu Paaren zu treiben.

Staatsrath Bekk kann nur bemerken, daß die Kammer mit der Erklärung zufrieden sein werde. Wenn man aber sadle, daß dieselben noch nicht vorliege, so treffe dieser Tadel ihn allein. Er sei jedoch in diesen Tagen vom frühen Morgen bis Mitternacht ununterbrochen auf den Beinen gewesen, so daß es Niemanden einfallen werde, ihm Saumsal vorzuwerfen.

Welcker wolle keinen Tadel aussprechen, sondern nur das Volk beruhigen; er bittet die Kammer, durch einfache Zustimmung seine Ueberzeugung zu bestätigen, daß das Volk sich nicht eher zufrieden geben werde, bis seine und der Kammer Wünsche erreicht sein werden. Die meisten Abgeordneten erhoben sich von ihren Sitzen.

Junghanns erklärte sich gegen das Drängen einer Partei, welche die Ereignisse dieser Tage veranlaßt habe und die moralische Verantwortlichkeit dafür trage, daß sie die Massen herbeigeführt, die ihr jetzt über den Kopf wachsen. Diese Aufregung veranlaßte heftige Entgegnungen von Seite Heckers, Richters, Brentanos, v. Itzsteins und Anderer, welche darin eine Achtserklärung gegen Mitglieder dieses Hauses und die Beschuldigung erblickten, als ob dieselben die intellectuellen Urheber der hier vorgekommenen Frevelthat (des Brandes des Ministeriums des Auswärtigen) seien. Auf die bestimmte Aufforderung des Abg. Hecker erklärte endlich der Abg. Junghanns, daß er kein Mitglied des Hauses der intellectuellen Urheberschaft dieser That beschuldige, auch in seiner Rede Nichts enthalten sei, was als eine solche Beschuldigung gedeutet werden könne.

Welcker bemerkt, daß die gegenwärtige Bewegung den Bürgern von Karlsruhe einige Nachtruhe gekostet habe. Die Bewegung ist allerdings durch die Liberalen entstanden, und ich gestehe, daß ich mein volles Theil daran habe. Abgesehen von andern unlautern Bestrebungen, die vielleicht ganz andere Zwecke haben, verursachte mir diese Bewegung große Freude. Die Deutschen waren eine große Nation und sind durch fortgesetzten Druck und Beraubung ihrer heiligsten Rechte der Gegenstand des Mitleides, des Spottes und Hasses anderer Völker geworden, obgleich wie jedem seine Freiheit gönnten. Jetzt, nach dreißigjähriger Unterdrückung fühlt gottlob das deutsche Volk selbst seine Schmach und will sie abwälzen. Dank daher allen Bürgern, die agitiren. Die Bürger von Karlsruhe haben gewiß die Einsicht und den Verstand, daß sie einen einzelnen Frevel und ein Unglück nicht in Anschlag bringen gegen das allgemeine Unglück und die Schmach der Nation, zu deren Befestigung die Bewegung nothwendig ist. Gottlob, das Vaterland ist erwacht und wird kämpfen.

Der Präsident schließt die Sitzung. Die nächste Sitzung ist Donnerstag, 9. März, (wenn die Ereignisse nicht eine frühere Berufung nöthig machen.) Tagesordnung: Diskussion über die Rechnungsnachweisungen des Kriegsministeriums, (wenn die Umstände nicht einen andern Gegenstand auf die Tagesordnung bringen).

**Kurhessen.** Δ Marburg, 3. März. Die Aufregung, von welcher ich Ihnen in meinem letzten Berichte schrieb, dauert hier ununterbrochen fort. Sie hat bis jetzt schon ihre Früchte getragen. Gestern war die Deputation von Hanau, welche die Petition der dortigen Bürgerschaft dem Kurfürsten überbringen soll, hier anwesend: Männer von ehrenfester Gesinnung, welche augenscheinlich auf die hiesige Bürgerschaft den fürstlen Eindruck machen. Die Adresse, welche Prof. Bayrhoffer verbreitet hatte, ist nicht abgegangen; dagegen hat der Bürgeransschuß eine Petition an den Kurfürsten entworfen und einstimmig angenommen. In derselben wird Entlassung des gegenwärtigen Ministeriums, Auflösung des jetzigen Landtages und Einberufung eines neuen, Preßfreiheit für innere Angelegenheit und Vertretung des Volks bei dem deutschen Bundestage verlangt. Auch wird nach Zusammenberufung des neuen Landtags die Einführung von Geschworenengerichten, Uebergabe der politischen Gewalt an die Kommunen u. s. w. von der Regierung erbeten. Heute Abend geht die Deputation, bestehend aus dem Landtagsabgeordneten Lederer, einem Obergerichtsprokurator und einem achtbaren Kaufmann, nach Kassel ab. Gestern Abend brachte die Bürgerschaft den Hanauer Deputirten eine Nachtmusik. Form und Inhalt der dabei gefallenen Reden läßt sich denken. Die Kraft und warme Offenheit, mit welcher von dem Balkon herab der eine Deputirte die Marburger Bürgerschaft anredete, machte einen ganz ungewöhnlichen Eindruck, der sich in den stürmischen Akklamationen wiederholt aussprach. Der Polizeidirektor Wangemann hatte erst seine Erlaubniß zum Ständchen verfagt; erst gegen Abend erfolgte sie. Ob auf ihn das allgemein während des Nachmittags verbreitete Gerücht: der Kurfürst sei nach Hannover gereist und das gegenwärtige Ministerium sei entlassen, bestimmenden Eindruck gemacht, läßt sich nicht absehen. Die hiesige Polizei trägt unstreitig das Meiste dazu bei, die Aufregung fortwährend zu erhalten und zu steigern, gewiß nicht mit Absicht, aber das mindert den Erfolg nicht. Der aus der Jordanschen Untersuchung überall bekannte Polizeiwachtmeister Schmitt, vom Volke allgemein der Eisenschmitt genannt, weil er, so viel ich weiß, wegen schwerer Mordthat früher in den Eisen gesessen hat, ist gestern verhaftet. Individuum, hat auch dieses Mal wieder Klagen wegen ganz unberufener Verhaftung und wegen brutaler Mißhandlung der Verhafteten, worunter auch ein von ihm eigenmächtig gegen das Gebot des Gesetzes in das Polizeigefängniß abgeführter Student, unter der Bevölkerung hervorgerufen. Die Studentenversammlungen folgten eine der andern. Auf das Andringen der Studirenden ward ihnen die Zusicherung ertheilt, daß von der Polizeidirektion jeder Konflikt mit Schmitt unmöglich gemacht sei. Trotzdem aber, daß man allgemein den sog. Eisenschmitt im Hausarrest glaubte, geht derselbe heute wiederum in voller Uniform überall umher und erregt aufs Neue dadurch die allgemeine Erbitterung. Die Studenten haben dem Prorektor offen erklärt, daß sie sich, so lange ein so gefährliches Individuum frei hier umhergehe, kaum getrauen, nahenswesse Abends auszugehen. Die Polizeidienez rechnen abe in Kurhessen stark auf ihre Unverletzlichkeit; die Polizei kann in Kurhessen gradezu fast Alles, ohne daß auch gegen das beferendenste Einschreiten derselben irgend wie hinlänglicher Schutz zu finden wäre.

Man erwartet hier mit Sicherheit, daß auch die übrigen Städte Kurhessens Petitionen ähnlichen Inhaltes an den Kurfürsten absenden werden.

**Hessen.** O. Darmstadt, 4. März. Die von unserer Regierung gewährten Zugeständnisse sind folgende: Beim Beginne der heutigen Sitzung der zweiten Kammer verlas der Präsident verschiedene von einem Schreiben S. G. des hirigierenden Staatsministers begleitete Schreiben der Gr. Regierungskommissäre an die betreffenden Ausschußreferenden über bei der zweiten Kammer eingereichte Motionen, wonach S. K. H. der Großherzog Preßfreiheit, auf die Grundlage des badischen Gesetzes, Bürgergarden in den Städten, Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Geschworenengerichte ꝛc. zu bewilligen gerabt haben und die deßfallsigen nöthigen Vorlagen unverzüglich an die Stände kommen werden. Diese Mittheilungen wurden mit lange anhaltendem Lebehoch, von der Kammer und den dicht gefüllten Gallerien dem Großherzoge ausgebracht, aufgenommen. Abg. Reh beantragte sofort eine Dankadresse an Se. Kgl. Hoheit, welchen Antrag, da er bei dem Abg. Zitz Anstände fand, an den Ausschuß zum Berichte ver-

Digitized by Google

wiesen ward. Diese Zugeständnisse wurden zwar mit einer Dankadresse der Kammern, jedoch beschränkt durch die Erwartung, es sei dies nur ein Anfang zu Besserem, beantwortet. Zig protestirte gegen jeden Dank, solange nicht das ganze Land bewaffnet werde, unter stürmischer Acklamation der Gallerien. Hn. v. Gagern gelang es, den Sturm zu beschwören und die Adresse zur Verweisung an den Ausschuß durchzusetzen. Der Antrag, beim Großherzog auf Aenderung des Regierungssystems und der Pensionen zu dringen, ist vom Ausschusse empfohlen und wird berathen. Den Mainz sind der Magistrat, Handelskammer und Handelsgericht hier, um den Verlangen Nachdruck zu geben. Zugleich haben sich sehr viele Hanauer, wie ich eben höre, eingefunden, um den Erbgroßherzog zu bitten, die Regierung Ausbessern zu übernehmen. Darmstadt ist in einem sonst nie vorgekommenen Fieber.

* Aus Darmstadt kommt uns der Bericht des dritten Ausschusses zu über den Antrag der Abgeordneten v. Gagern, Wernher, Lehne und Franz, Kräftigung der Organisation des deutschen Bundes betreffend. Derselbe enthält eine ausführliche Darlegung des Verhältnisses, in welchem sich die Bundesgewalt zur Nation jetzt findet und schließt mit dem Antrag: die der Schwierigkeit der Lage und dem Drange der Umstände entsprechende, zur Abwendung der drohenden innern und äußern Gefahren, und zur Aufrechterhaltung der Ehre des Vaterlandes nothwendigen Maßregeln bei seinen hohen Verbündeten in Vorschlag zu bringen und nachdrücklich zu vertreten. — Wir kommen auf den Bericht zurück.

Mainz, 3. März. Das Frankfurter J. berichtet: In diesem Augenblicke sind in der Fruchthalle mehr als tausend Bürger versammelt, um an der Berathung zur Errichtung einer Bürgergarde Theil zu nehmen und ihre Namen in die zu diesem Zwecke anzuseitigenden Listen eintragen zu lassen. Es geschieht dies mit Genehmigung der kreisräthlichen Behörde. (Es hatten an dem Tage zuvor unruhige Auftritte Statt gefunden; namentlich waren dem Abg. Aull die Fenster eingeworfen worden, weil er sich gegen die in der Adresse niedergelegten Wünsche ausgesprochen habe).

* Frankfurt, 3. März. Die auf heute Abend angekündigte Volksversammlung fand in der Reithahn in Anwesenheit von wenigstens 2000 hiesigen Bürgern und Einwohnern Statt. Zum Vorsitzenden der Versammlung war Dr. Mappes erwählt worden, welcher dieselbe mit der Bemerkung eröffnete, sie hier nicht Frankfurt allein, daß das gesammte deutsche Vaterland ins Auge gefaßt werden müsse. (Beifall.) Derselbe trug sodann die Adresse an den Senat vor, welche die nachfolgenden Punkte umfaßt: Aufhebung aller seit 1819 erlassenen Ausnahmsgesetze, unbedingte Preßfreiheit, allgemeine Volksbewaffnung, Schwurgericht, allgemeines deutsches Parlament, staatsbürgerliche Gleichheit ohne Unterschied des Glaubens, freie Berechtigung zu öffentlichen Versammlungen, Amnestie mit Wiedereinsetzung in den Vollgenuß der Rechte, seinen Angriffskrieg gegen Frankreich (mit dem Beisatz: wer Freiheit will, muß auch die Freiheit achten und gewähren). Ungetheure Acklamation bezeugte die Zustimmung der Versammelten zu den hier aufgestellten Grundsätzen. Es sprachen nacheinander Hadermann, Funk und Reimannn, von denen besonders Letzterer durch kräftige Charakteristrung der letzten franz. Revolution und durch entschiedene Protestation gegen die Möglichkeit einer wiederholten Besetzung Frankfurts durch fremde Truppen die Versammlung zur begeistertsten Bestimmung hinriß. Nachdem durch Dr. Mappes ein Lebehoch auf Deutschland unter endlosem Jubel ausgebracht worden, drängte sich Alles zur Unterschrift der Adresse. Dieselbe wird noch morgen aufliegen und dann durch eine Deputation dem Senat übergeben werden. Eine Uebergabe in Masse unterbleibt, um jeden Vorwand einer Verdächtigung zu entfernen, wie überhaupt die ganze Demonstration bei aller Erregtheit der Gemüther die gesetzlichen Schranken streng einhielt. In den spätern Abendstunden zogen Volkshaufen unter Gesang und Lebehoch auf die Preßfreiheit durch die Stadt, doch fielen keine Exzesse vor, und um 10 Uhr war Alles zur gewöhnlichen Ruhe zurückgekehrt.

Frankfurt a. M., 29. Febr. Gestern Abend aus Wien hier eingegangene Briefe vom neuesten Datum theilen mit, daß dem Vernehmen nach die Verwirklichung von wichtigen politischen und administrativen Reformen für sämmtliche Staaten der Öster. Monarchie nun nähre bevorstehe, als es anfänglich geheißen, und daß diese Reformen bestimmt das konstitutionelle Gepräge tragen würden. Diese Mittheilung war für unser durch die Vorgänge im Westen mit so lebhaften Besorgnissen erfüllten Handelspublikum eine wahre Freudenbotschaft, und mit höchste Spannung sieht man weitern und nähern Nachrichten über diese hochwichtige Angelegenheit entgegen. (D. A. Z.)

Frankfurt, 3. März. Das hiesige Journal erklärt: Nach eingegangener Erkundigung können wir aus zuverlässiger Quelle versichern, daß alle in den letzten Tagen dahier verbreiteten Gerüchte über beschlossene oder in Aussicht genommene Verhaftziehung fremder Truppen in die hiesige Stadt jeden Grundes entbehren.

B Frankfurt a. M., 4. März. Mittags. Soeben kommt eine Estaffette von Wiesbaden hier an. Das Ministerium von Dungern hat bei Abwesenheit des Herzogs unter Garantie der Herzogin Wittwe und des Prinzen Nikolaus sämmtliche Forderungen der Nassauer bewilligt und dadurch weise den Sturm beschworen, der für diesen Nachmittag zu befürchten war. Zu wünschen ist, daß der Herzog nun bald eintreffe und seine Bestätigung ertheile.

**Schleswig-Holstein.** Kiel, 27. Febr. Die Weser, berichtet: Einer zuverlässigen Nachricht zufolge soll der zum königlichen Kommissär bei den Wahlen deßignirte Amtmann Kardorf sich bereits dahin erklärt haben, daß er die protokollarische Reservation von Seite der Wähler entgegennehme werde. Ob indeß dieser Aeußerung bereits eine bestimmte Instruktion der Regierung zu Grunde liegt, oder ob sie nur erst seine Privatansicht enthält, muß vor der Hand noch dahin gestellt bleiben.

**Schleswig.** * Aus Schleswig kommt uns ein Brief zu, dem wir folgende Nachricht entnehmen: Bei der am 28. Febr. zu Tondern gehaltenen Wahl in Besser zum Abgeordneten, der Kaufmann Todsen zum Stellvertreter gewählt worden. Von 72 Wählern waren 52 bei der Wahl erschienen, von welchen 46 für Beseler stimmten; Todsen erhielt 36 Stimmen.

** Aus Kiel kommt uns ein Brief zu, der die Eindrücke der französischen Umwälzung in Holstein schildert; es circulirte in Kiel eine Adresse, welche von dem Herzog Preßfreiheit dringend verlangte. Sie sollte mit zahlreichen Unterschriften bedeckt am 3. d. nach Kopenhagen abgehen.

**Schweiz.**

Bern. Der Vorort hat ein Kreisschreiben an die Kantone erlassen, dahin gehend: die Lage Europas erheische, daß die Schweiz von vornherein den Standpunkt festhalte, den ihr ihre Verhältnisse und natürliche Lage anweisen, nämlich denjenigen der strengsten Neutralität. In den Kantonen sei daher Alles zu vermeiden, was irgend eine Verletzung oder Verletzung dieser Grundsätze enthalten könne. Zur Aufrechthaltung dieses Grundsatzes seien die Kantone eingeladen, Alles, was auf ihre materielle und persönliche Ausrüstung Bezug hat, in gehörigen Stand zu setzen. Ebenso werden sie eingeladen, das von der Schweiz von jeher gewährte Asylrecht zu behaupten. Auf der einen Seite sein dahee, wenn von fremdem Gebiete her bewaffnete Flüchtlinge herüber kommen, diese zu entwaffnen und ihnen im Uebrigen jeder Schutz zu gewähren, auf der andern Seite aber auch darüber zu wachen, daß von schweizerischem Gebiete aus keine ruhestörerischen Umtriebe gegen benachbarte Staaten unternommen werden. — Der Vorort hat die Aufnahme eines Anlehens von 3,300,000 Fr. beschlossen, und zwar in der Schweiz selbst, verteuernd auf den Paricitätsmaß. Das Anlehen wird zu 5 Prc. verzinset und in Serien rückzahlbar erklärt bis 1858.

* Einer unserer Berner Korresp. bestätigt die Nachricht von der Revolution in Neuenburg. Die provisorische Regierung hat dem Vorort bereits ihre Konstituirung angezeigt und die eidgen. Kommissarien, die hingeschickt sind, werden die Weisung erhalten, den offiziellen Beschluß mit ihr zu eröffnen. — Graf Bois le Comte hat am 2. d. dem Bundespräsidenten eröffnen lassen, daß er seine Mission als eine persönlich vom König erhaltene für vollendet ansehe und um ein Asyl im Kanton Bern nachsuche, um seine Angelegenheiten zu ordnen! Das Gesuch ist ihm gewährt worden.

**Belgien.**

In der Kammer der Repräsentanten hat der Minister des Auswärtigen auf eine Interpellation die Erklärung abgegeben, daß die provisorische Regierung mit dem belgischen Botschafter bereits in diplomatischen Verkehr getreten sei. „Die Regierung hat den Fürsten von Ligne angewiesen, Hen. v. Lamartine unverzüglich zu antworten, um ihm zu erklären, daß die Regierung die von der provisorischen Regierung ausgesprochenen Gefühle, welche Frankreich gegenüber den Mächten hegt, die gleich ihm die Unabhängigkeit der Nationen und den Frieden der Welt wollen, Gefühle, welche den eigenen Gefühlen Belgiens so ganz entsprechen, mit Freuden vernommen hat."

**Großbritannien.**

London, 2. März. Die gegenwärtige großbritannische Regierung hat den echt britischen, die Verfassung und das ganze Staatsgebäude zusammenhaltenden Grundsatz, daß eine Regierung nur dadurch stark und dauerhaft ist, wenn sie mit dem Volkswillen in Ueber-

Digitized by Google

einstimmung handelt und den Wünschen des Volke sich zu rechter Zeit fügt, abermals aufs Glänzendste bewährt, indem der Schatzkanzler im weiteren Verlauf der Unterhaltung vom 28. Febr. erklärte: er könne nicht sagen, daß die Anträge der Regierung auf Erhöhung der Einkommensteuer im Laufe günstig aufgenommen worden; aus allen Gegenden, sowohl innerhalb als außerhalb des Hauses, hätten die Minister die unzweideutigsten Beweise erhalten, daß das Volk die vorgeschlagene Erhöhung dieser Steuer um 2 Proc. mißbillige. Was ihn betreffe, so glaube er zwar, daß das Raisonnen der Regierung klug gewesen, aber die Regierung sehe ein, daß es nicht klug sein würde, eine unvolksthümliche Steuer dem Hause der Gemeinen wider dessen Willen aufzuzwingen. — Es gibt eine Nachgiebigkeit, welche Stärke anzeigt, wie es eine Hartnäckigkeit gibt, welche Schwäche anzeigt. (Man denke an Hrn. v. Berks in München!) Die englische Regierung hat sich stark gezeigt, indem sie dem deutlich ausgesprochenen Willen des Volkes sich fügte und, andere Auskunftsmittel treffend, auf die Erhöhung der Einkommensteuer verzichtete. Offenbar ist überhaupt ein Charakterzug der englischen Regierung; diese haben auch Russell's entschiedenste Feinde ihm zugestehen müssen, als er das vorhandene Defizit bis auf Heller und Pfennig eingestand und nachwies. Ganz anders in so manchen Staaten Deutschlands, in denen ein gutes Rechnungswesen für ein gutes Verfassungswesen gilt, und wo alljährlich, wenigstens der Rechnungsablage zufolge, die Ausgaben bis zum letzten Heller mit den Einnahmen sich aufwehen, während Jedermann weiß, daß dies in alljährlicher Wiederholung ebensowenig im Staats-, als im Familienhaushalt möglich und denkbar ist; die Verhältnisse selbst in den solidesten Staaten schwanken und mit ihnen das Verhältniß zwischen Einnahme und Ausgabe, außerordentliche Umstände erfordern auch außerordentliche Ausgaben, ein Deficit folgt, das erst durch weise Sparsamkeit oder Auffinden neuer Hilfsquellen gedeckt werden kann. Dies steht der schlichtesten Menschenverstand ein, und Budgets, in denen alljährlich Alles auf Heller und Pfennig klappt, haben nicht den Schein der Redlichkeit und Offenheit für sich. Uebrigens ist mit der Nachgiebigkeit der englischen Regierung der Steuer gegen die Einkommensteuer in ihrer jetzigen Form, die alle Arten von Einkommen über einen Leist schlägt, noch nicht beschwichtigt. Die Debatte wurde vertagt. In der Sitzung vom 29. erklärte Lord Palmerston, daß er Morgens früh vom Marquis von Normanby eine Abschrift der Depesche, die Hr. v. Lamartine demselben und seines Meinens allen Gesandtschaften in Paris gemacht, erhalten habe; Lamartine als Minister des Auswärtigen erkläre darin, daß sich eine provisorische Regierung gebildet habe, daß aber diese Regierungsänderung keinerlei Störung in der Stellung der französischen Nation zu Europa hervorbringen solle, und daß die französische Regierung fortfahren werde, denselben aufrichtigen und ehrlichen Wunsch für Aufrechthaltung der freundschaftlichsten Beziehungen mit allen Mächten darzulegen, welche wie die französische Nation entschlossen seien, die Unabhängigkeit und Rechte der Völker heilig zu achten. (Lauter Beifall.)

Die Nachricht von der Landung Ludwig Philipps schreint sich nicht zu bestätigen. Der Standard sagt: es sei bei der franz. Gesandtschaft keine Nachricht eingegangen, welche über das Schicksal des Königs, der Königin und anderer vermißten Mitglieder der k. Familie Auskunft gebe. Das Dampfboot Violet ist ausgesandt, um im Kanal zu kreuzen und die flüchtigen Mitglieder der k. Familie aufzusuchen.

London, 1. März. Bei den diplomatischen Lenkern der Weltgeschicke, selbst wenn sie auf der Höhe eines englischen Staatsmannes stehen, nehmen politische Zerwürfnisse oft einen persönlichen Charakter an, und so findet sich Palmerston leichter mit der neuen französischen Republik ab, deren Zukunft weder er noch sonst Jemand kennt, als er sich mit Thiers abgefunden haben würde, dessen Vergangenheit wie seine Zu- und Rückgangen ihm nur zu wohl bekannt sind. Aber das Schicksal hat dem Morning Chronicle die Schadenfreude gegönnt, daß sowohl Hr. Guizot als Hr. Thiers, dieser wenigstens für jetzt, beseitigt sind und ihm so die qualvolle Wahl erspart, unter zwei faß gleich großen Uebeln das geringere zu wählen. Ueber den Sturz der Orleanisten, sagt das M. Chr. in seiner Nr. vom 26. Febr.: „Inmitten einer Straßenrevolution dankt ein Ministerium ab, ein anderer Minister, ähnlich dem Herzog von Mortemart, wird in Vorschlag gebracht; ein liberalerer Minister, ähnlich wie Kasimir Perier, wird zugestanden, als es zu spät ist; ein König dankt ab; ein Kind wird halbwege zum Thron berufen; eine Regentschaft wird verworfen; eine provisorische Regierung wird eingesetzt, eine königl. Familie ergreift die Flucht — das sind zu alles Dinge, die wir schon vor 18 Jahren erlebten. Die Geschichte, ähnlich einem Spektvogel, wiederholt nur sich selbst. — Der Russes unserer Zeit, dem ganz Europa die politische Ähre, und die Palme der Weisheit zuerkannte, wird noch einmal in die Verbannung geschickt, nicht in der Blüthe seiner Jugend, nicht im Anfang einer Laufbahn für seinen Genius und Ehrgeiz, sondern in den Jahren, die weder Hoffnung noch Wiedererstag gestatten. Im Sonnenpunkt seiner Macht, als seine politische und schlaue Erfahrung seinem Thron eine Höhe gesichert zu haben schien, um mit den Capets oder Valois zu wetteifern, als sein Glück zu hoch angewachsen war, um noch einen Zweifel Raum zu geben, als man in ihm eine Art Vorsehung erblickte, als er einem römischen Kaiser gleich noch bei Lebzeiten wie eine Gottheit verehrt wurde, teil ihn der Schlag, der ihn niederschreckte. Ein kurzer Tag reichte hin, den mächtigsten Herrscher seiner Krone zu berauben und das am künstlichsten durchgearbeitete System unseres Zeitalters zu vernichten." Sofort aber kommt eine Rasmessen'sche Grille: Ludwig Philipp stürzte, weil er Palmerston bei den spanischen Heirathen hinterging, weil er sein Auge auf Spanien warf; „das Geheimniß seines Falls", sagt das M. Chr., läßt sich in den beiden Worten erzählen: Pyrenaeos transiit;" das heißt doch wohl: jenseit der Pyrenäen beginnt England. Man sieht, ein Diplomat hat diesen Artikel geschrieben; der unfelige Sieg in Spanien bezeichnet freilich den höchsten Grad von Ludwig Philipps Macht und Verblendung, aber die Grundursachen seines Sturzes liegen tiefer, und diese Grundursachen werden in einem trefflichen Artikel der Times (26. Febr.) erschöpfend auseinander. Das Grundthema dieses Artikels ist: In eben demselben Grade, wie die englische Regierung sich immer mehr dem Volke näherte und mit dieser aufrichtigen Volkspolitik ihre Stütze suchte, in demselben Grade entfremdete sich die Regierung Ludwig Philipps dem Volke und trieb Mißbrauch mit der Verfassung zu Gunsten eines militärisch-polizeilichen Despotismus und einer donastischen Politik, deren äußerste Spitzen sich allerdings in den spanischen Heirathen erkennen lassen. Die Times sprechen bei dieser Gelegenheit das nur allzuwahre Wort: „eine verhängnißvolle Schwäche haftet jeder Politik an, welche sich aus der Theilnahme des Volkes Rechts macht und dessen Trotz und Widerstand herausfordert." Warnende Beispiele dieser Politik hat die Geschichte namentlich der letzten Jahre wie mit gesperrten Lettern in ihre Jahrbücher eingeschrieben, so daß man nicht begreift, mit welchen Augen Sie von denjenigen gelesen wird, in deren Händen die Geschicke der Völker ruhen. Aber freilich unter Umständen liegend eines Kämmerlings überschaut man so gern die Seiten jenes großen Buches, welche, wenn auch nicht gerade die anmuthigsten, doch gewiß die lehrreichsten sind. Das M. Chr. gefeiert übrigens, nicht sowohl die Weiterentwicklung des revolutionären Princips zu fürchten, als die Gegenrevolution und die Versuche, durch Aufwärmung sogenannter heiliger Bündnisse nicht nur die neue Bewegung in ihre alten Bett zurückzuweisen, sondern dieses selbst noch zu verengen. Die Times fahren auch in ihrer Nr. vom 28. Febr. in ihren Betrachtungen über die Entwicklungen der französischen Revolution fort, von der freilich auch der Weiseste nicht voraussagen kann, wie sie enden wird, da solche gewaltige und gewaltsame Ereignisse etwas Dämonisches haben, was außer aller menschlichen Berechnung liegt. Die genannte Zeitung bewährt sich in diesem Artikel als Kennerin deutscher Literatur, wenn sie sagt: der 24. Febr. wird spetan in der Geschichte eine unendlich furchtbarere Bedeutung haben, als ihm in den Werken dramatischer Dichtkunst zu Theil geworden; „ein deutscher Dichter (Zacarias Werner) hat nämlich unter diesem Titel eine berühmte Tragödie geschrieben, gegründet auf den verhängnißvollen Gang wiedervergeltender Gerechtigkeit und die geheimnißvollen Triebe verbrecherischer Leidenschaft."

## Frankreich

Paris, 1. März. Folgendes sind die Forderungen des Volkes, wie sie gestern in einer öffentlichen Versammlung diskutirt und dann der provisorischen Regierung übergeben worden sind. 1) Recht auf Arbeit. Der Staat muß jedem Bürger ein Minimum von Arbeit und Verdienst geben. 2) Verbürgung für die Invaliden der Industrie. 3) Verbindung der Klassen durch Verschmelzung durch Umwandlung der Armee in Arbeiterregimenter, die zugleich die Grenzen vertheidigen und alle großen öffentlichen Arbeiten ausführen. 4) Gleichheit, unentgeltlicher Erziehung für Alle, und zu der Alle verpflichtet sind. 5) Die Sparkassen vom Volke selbst verwaltet, als Betriebskapital für seine Industrie. 6) Reform des ganzen Zollsystems, überall Geschwornе. 7) Unbegrenzte Gedanken- und Preßfreiheit. 8) Progressive Steuer. 9) Proportionelle Steuer nach der Anzahl der von irgend Jemand beschäftigten Arbeiter und Maschinen. 10) Theilung des Gewinns zwischen Kapital und Arbeit. 11) Luxussteuer. 12) Allgemeines Wahlrecht. 13) Nationalversammlung von 900

Digitized by Google

Mitgliedern, alle besoldet und alle Jahre neu gewählt. 14) Allgemeine Volksbewaffnung. Viele dieser Ideen werden durch die Nationalversammlung ins Leben treten. Ein anderer Vorschlag, die Forts um Paris zu zerstören und nur die befestigte Ringmauer stehen zu lassen, findet wenig Anklang.

Die Administration der Nordbahn hat beschlossen, alle ihre Arbeiter und Angestellten an dem Gewinn der Unternehmung Theil nehmen zu lassen.

Die Zahl der in den drei Tagen Gebliebenen wird auf 5 bis 600 angegeben. Die Anzahl der in sämmtlichen Spitälern befindlichen Verwundeten der drei Tage ist jetzt amtlich mit 4340 ermittelt; außerdem befinden sich etwa 2000 Verwundete bei ihren Familien oder in Privathäusern. Man kann aus diesen Zahlen leicht schließen, daß der Kampf doch nicht so heiß und blutig war, als man Anfangs sagte.

Eine Korrespondenz vom 1. schildert die Äußerseite des gegenwärtigen Zustandes von Paris in folgender Weise: „Die größte Ruhe und Ordnung herrscht fortwährend in Paris, auch nicht ein Kaufladen ist mehr geschlossen, der Werkstätten sind größtentheils eröffnet, Handel und Wandel treten in ihre alten Rechte. Die Sicherheit der Personen und des Eigenthums ist größer, als sie je war, Paris war nie so gut bewacht, an jeder Straßenecke fast ist ein Wachtposten, den die Nationalgarde und das bewaffnete Volk gemeinschaftlich beziehen — Patrouillen durchziehen die ganze Nacht alle Stadttheile, und wie zahlreich und eifrig diese sind, mag der Umstand beweisen, daß ein ganz unbedeutender Posten, wie der an der Pointe St. Eustache z. B. in der vorigen Nacht von 85 Patrouillen visitirt wurde. — Wie können somit ohne Optimismus sagen, daß Paris auf seiner Äußenseite vollkommen zu seinem frühern Ansehen zurückgekehrt ist. Der städtische Zoll wird an den Thoren wieder erhoben, die Straßenreinigung geht ihren Gang, Diebe und Bettler werden aufgegriffen wie sonst, man hört nicht von der geringsten Störung der Ordnung und Ruhe, kurz Paris regiert sich selbst, nun die provisorische Regierung auf dem Stadthause hat ganz andere Dinge zu thun. — Hier handelt es sich um die baldigste Einberufung der Nationalversammlung, um die Form der Wahlen zu dieser, um den Entwurf der dieser Nationalversammlung vorzulegenden Konstitution und ähnliche Angelegenheiten von allgemein französischer Bedeutung. Nachdem wir so gesagt haben, daß Paris sich der wunderbarsten Ruhe und der musterhaftesten Ordnung erfreut, daß die Regierung unermüdet arbeitet und Alles sie aufrichtig und kräftig unterstützt, dürfen wir als unparteiische Beobachter auch nicht verhehlen, daß sich bereits Stimmen erheben, denen die Regierung noch zu gemäßigt, zu wenig energisch und republikanisch ist, und daß sich eine ganze neue Tagespresse bildet, die die alte, diskrete und abgerundete Journalistik der Debats, Constitutionnel, Siècle und Konsorten bald zum Schweigen bringen wird."

„Indessen haben diese in einer solchen gewaltigen Bewegung unerläßlichen Symptome kein gefährliche Bedeutung, sie werden im Gegentheile dazu dienen, der Regierung mehr Spannkraft zu geben und sie aus dem alten parlamentarischen Schlendrian des Palais Bourbon herauszureißen. Selbst die äußersten Parteien sind darüber einig, daß eine Rückkehr des Schreckenssystems von 1793 eine Unmöglichkeit sei, und daß man heut zu Tage nur mit der Philosophie und der Humanität etwas Bleibendes schaffen könne. Eine Menge ängstlicher Personen hat in diesen Tagen Frankreich verlassen — wir glauben, daß dies ein großer Fehler war. — Was reizte in der ersten Revolution die Volkswuth so furchtbar auf? Die Emigration; denn sie war gerade der Anstrengung des Mißtrauens gegen das Volk und dann das Symbol offener Feindschaft. Aber die Weltgeschichte wiederholt sich nur in ihren großen Zügen, nie in ihren Details — Alles wird sich auch dieses Mal anders gestalten, als politische Kannegießer herausspintisiren, und wir für unsern Theil glauben nach Allem, was wir in den letzten Jahren und namentlich seit 8 Tagen gesehen haben, an eine große und starke französische Republik ohne Schreckenssystem und ohne Eroberungsgelüste."

Der Erzbischof von Paris hat an alle Pfarrer ein Rundschreiben erlassen, worin er sie auffordert, den Anordnungen der Regierung gemäß, die dreifarbige Fahne auf allen Kirchen aufzupflanzen.

Herr August Luchet, der unter der Julieregierung wegen seines Romanes: Un nom de famille zu fünf Jahren Gefängniß und 10,000 Fr. Geldbuße verurtheilt worden war und sich durch Flucht nach England gerettet hatte, ist zum Gouverneur von Fontainebleau ernannt worden; ein anderer ebenfalls verfolgter Schriftsteller, Felletan von Rudelle ist Gouverneur von Versailles.

Die Ankunft der Königlichen Familie in Eu soll das kläglichste Schauspiel geboten haben. So kam z. B. die Herzogin v. Orleans mit ihren Kindern in einem schlechten Miethwagen, ganz mit Koth bedeckt und fast ohne Kleider in Eu an, wo ihr der Hüter des Schlosses Kleider und Wäsche seiner Frau borgen mußte. Der König hatte schon in Dreux die Nachricht von der Absetzung seiner ganzen Dynastie erhalten, worüber er in die bittersten Klagen ausbrach. Die Nationalgarde von Eu bewachte das Schloß und beschützte die Einschiffung des Königs und seiner Familie, obgleich Niemand sie auch nur im Geringsten zu insultiren suchte.

Unter den Papieren, welche bei der Erstürmung der Tuilerien in die Hände der Nationalgarde gefallen sind, befanden sich zwei Bände der Memoiren Louis Philipps, von seiner eigenen Hand geschrieben und in rothen Maroquin gebunden. Merkwürdiger Weise schließen sie mit der Proklamation der Republik im Jahre 1792.

Die Nachrichten aus den Provinzen lauten fortwährend günstig. In Lyon hat das Volk den General Neumayer, einen Pfälzer, dessen Bruder als Notar in Frankenthal lebt, zum Kommandanten gewählt, und die Regierung um die Bestätigung seiner Wahl gebeten.

Der amerikanische Gesandte, Hr. Rufs, begleitete die Anerkennung der französischen Republik mit der folgenden Anrede an die provis. Regierung: „Meine Herren! Als Vertreter der Verein. Staaten mit Wahrung der Interessen und Rechte meines Landes und meiner in Frankreich wohnenden Mitbürger beauftragt und von ersterm zu weit entfernt, um Instruktionen abzuwarten, ergreife ich die erste Gelegenheit, um Ihnen meine Glückwünsche darzubringen, überzeugt, daß meine Regierung diesen Schritt vollständig billigen wird. Ich kann nicht unterlassen, Ihnen zu sagen, daß die Erinnerung an die Allianz und Freundschaft, welche die Vereinigten Staaten und Frankreich verbanden, in uns noch in alter Stärke fortlebt. Ich bin überzeugt, daß ein allgemeiner und mächtiger Ruf in meinem Lande ertönen wird, um Frankreich Wohlfahrt, Glück und Ruhm unter den Institutionen zu wünschen, die es sich unter Vorbehalt der Genehmigung der Nationalversammlung gegeben. Alle Amerikaner nähren die heiße Hoffnung, daß, Dank der Weisheit Frankreichs, diese Institutionen für das menschliche Geschlecht die glücklichen Folgen haben werden, welche das großherzige Benehmen der Nation bei den letzten Ereignissen verbürgt. Unter ähnlichen Institutionen ersevern sich die Vereinigten Staaten schon seit 70 Jahren eines dauernden Wohlstandes u. s. w. Wenn nun auch die Vereinigten Staaten, andern Ländern die Wahl ihrer Regierung überlassend, sich in keiner Weise darein mischen, so freut es sie doch ungemein, diese große Nation unter denselben Staatsformen emporblühen zu sehen, welche Amerika schon lange die Wohlthaten der allgemeinen Ordnung und der öffentlichen Freiheit gewähren. Erlauben Sie mir, meine Herren, diese Anrede mit dem Ausrufe des unsterblichen Gründers der Vereinigten Staaten, des großen Washington, zu schließen: „Die Freundschaft dieser beiden Republiken sei ihrer Dauer gleich." Hr. Arago antwortete im Namen der Regierung: „Die Glieder der provis. Regierung empfangen ohne Ueberraschung, aber mit lebhaftem Vergnügen die Versicherung der durch den Gesandten der Vereinigten Staaten ausgedrückten Gefühle. Frankreich erwartete nicht weniger von einem Verbündeten, dem es sich heute durch die Verkündung der Republik unmittelbar nähert. Die provis. Regierung wiederholt nicht nur mit Ihnen die Wünsche Washington's, sondern sie wird sie auch zur Wirklichkeit zu machen bemüht sein." Dupont (de l'Eure), Präsident der Regierung, näherte sich hierauf dem Gesandten mit den Worten: „Ich drücke Ihnen herzlich die Hand und bitte Sie, überzeugt zu sein, daß das französische Volk hiermit dem amerikanischen Volke die Hand reicht."

Die Gesandten von Uruguay und Buenos Ayres haben die Republik gleichfalls auf eigne Verantwortlichkeit anerkannt. Wir haben bereits die Hoffnung ausgesprochen, daß die übrigen Mächte dem Beispiele Englands und der amerikanischen Republiken unverzüglich folgen werden. Dies gilt namentlich für Deutschland. Von Deutschland her allein könnten die Franzosen, wenn sie über die Absichten unserer Regierungen länger in Ungewißheit blieben, einen Angriff zu befürchten, und an Deutschland ist es, ihnen diese Besorgniß von vornherein zu nehmen. Was wäre leichter, als daß der Krieg aus der Welt, der Keim eines Krieges entführe! Man lasse von beiden Seiten friedliebende Heere an die Grenze rücken, und der Friede ist keinen Augenblick mehr sicher. Also vor allen Dingen eine rasche, unumwundene Erklärung. Die Haltung, welche Deutschland durch Recht und Interesse Frankreich gegenüber vorgeschrieben wird, können wir nicht besser bezeichnen, als mit den folgenden Worten der Köln. Zeitung: „Zunächst haben wir das festzuhalten: Jener gefährliche Versuch mit fellenem Segen oder Unsegen, den er bringen mag, ist eine rein fran-

Digitized by Google

**Preußen.** * Köln, 2. März. Die jüngsten Debatten in der zweiten badischen Kammer, daß nämlich Aufteten der Mannheimer u. Heidelberger und nach ihnen der Mainzer Bürger hat gleichfalls nicht verfehlt, namentlich in dem für Politik empfänglichen Theile der Bevölkerung eine lebhafte Aufregung, Anerkennung, ja Begeisterung hervorzurufen. In Ihrem gestrigen Blatte bemerken Sie, daß Ihre Aufmerksamkeit namentlich auch auf Rheinpreußen gerichtet sei, indem Sie erwarten, daß Baden in seinem kühnen Streben dort Unterstützung finden werde. Wir wollen hoffen, daß Sie sich darin nicht täuschen. Was aber werden Sie sagen, wenn Sie nun, um dieser Stimmung nachzuspüren, die Kölnische Zeitung ergreifen, und das erste, was, Ihnen in die Augen springt, ist: der Hanswurst? Heute als am Aste-Weiber-Fastnachtstage tritt der Hanswurst auf der Zeitung hinaus, sogar in die Straßen. Die Erde frächzt in ihren Aren von der gewaltigen Bewegung der Zeit; in unserer Nachbarschaft kämpft man für die edelsten Güter des Menschen, man kämpft diesen Kampf auch für uns, und wir — wir feiern Fastnacht und ziehen hinter dem Hanswurst her! Wir sind ihm sonst wahrlich nicht abhold, dem buntscheckigen Gesellen, und wir erkennen gern an, daß er selbst nicht ganz ohne politische Verdienste ist, indem er nämlich der strengen kastenmäßigen Sonderung der Stände entgegenwirkt; nichtsdestoweniger aber hätten wir ihm für dies Mal, wie einem alten guten Freunde, die Weisung geben mögen, sich leise zu drücken. Daß dies nicht geschehen ist, wird aber auch hier bei Allen, welche Sinn für das Allgemeine haben, lebhaft mißbilligt. Selbst den Festleitern ist es nichtsweniger wie karnevalistisch zu Muthe, aber sie bestanden sich in einer eigenen Lage. Die Vorbereitungen sind einmal getroffen, sie betragen mehrere tausend Thaler. Findet keine Einnahme Statt, so lastet die Forderung allein auf den wenigen Festleitern, da die Vereine keine koncessionirten Gesellschaften sind und folglich keinen gesetzlichen Körper bilden; dennoch glauben wir, die Herren spekulirten falsch. Wenn sie mit dem Geist der Zeit gingen, so hätte sich leicht ein Ersatz für einen Ausfall finden dürfen, nicht so jetzt, wo sie gegen diesen Geist sich verstündigen.

**Würtemberg.** § Stuttgart, 2. März. Das Preßgesetz von 1817, also vollkommene Preßfreiheit in innern und auswärtigen Angelegenheiten ist offiziell verkündigt, zwar mit dem fatalen Beisatze „bis ein die Verhältnisse der Presse regelndes Beschluß der deutschen Bundesversammlung erfolgt"; allein wir glauben, der durchlauchtigste Bund wird sich zwei Mal bedenken, ehe er wagt, wiederum die Hand an dieses der deutschen Nation ungesetzlicher und bundesverfassungswidriger Weise vorenthaltene Gut zu legen. Man erwartet von der vertagten und jetzt in Kürze wieder einzuberufenden Abgeordnetenkammer, daß sie diese zu vielen Zweifeln Anlaß gebende Klausel durch ihre feste Haltung zu beseitigen wissen wird. Merkwürdig ist, wie die Ereignisse zu Paris und fast eben so sehr die lebhafte Bewegung in dem badischen Nachbar- und Bruderlande hier auch die sonst konservativsten Männer mit fortgerissen hat. Die hier wohnenden Abgeordneten der ministeriellen Seite und der Mittelpartei haben vor 2 Tagen schon in einer Versammlung trübtige Schritte bei der Regierung und dem ständischen Ausschusse für Preßfreiheit, Nationalbewaffnung und Schwurgerichte gethan. Die heutige Bürgerversammlung im großen Saale der Bürgergesellschaft war von mehr als eintausend zweihundert Bürgern besucht, welche sonst verschiedenen Parteien angehören, und die sämmtlich die heute Abend in den zum ersten Mal wieder unconfirt erscheinenden Blättern zu lesende, von dem Abg. Römer verfaßte Adresse an den König vollkommen billigten und unterzeichneten. Wie sehr es der Opposition darum zu thun ist, Gesetzlichkeit und Ruhe zu wahren, zeigt der bemerkenswerthe Umstand, daß, als die Adresse angenommen und unterschrieben und nur noch über die Art der Uebergabe zu berathen war, der von einem Bürger gestellte und bereits mit Jubel aufgenommene Antrag, solche unter Begleitung aller Anwesenden ins Schloß zu tragen, von dem Abg. Murschel, einem Mann der festesten Gesinnungen, seit 20 Jahren durch seinen heilsamen und entschieden liberalen Einfluß auf alle Gemeindevorgelegenheiten Stuttgarts bewährt und erprobt, bekämpft wurde. Murschel stellte der Versammlung vor, wie jede Demonstration auf der Straße, wider Willen und Absicht der Bürger, zu Unordnungen Veranlassung geben könnte. Mit gerechtem Selbstbewußtsein bezog sich Murschel auf seine treuen Dienste für das Gemeinwohl seit langer Zeit, und unter jubelndem Zuruf wurde sein Antrag, den ehrenwerthen Bürger, welcher die Adresse in Anregung gebracht, Hrn. Heinrich Müller (vom Handlungshause Schill, Köbel und Müller) mit der Uebergabe allein zu beauftragen, angenommen. So dürfen wir hoffen, die Freiheit zu erringen, ohne die öffentliche Ruhe auch nur einen Augenblick gefährdet zu sehen. Freilich ist aber Noth auch ein rascher, ferneres freundliches und entschiedenes Zuvorkommen der Regierung vonnöthen. Es ist nur ein erster Anfang gemacht, Viel noch rückständig. Unsere Justizverfassung liegt total im Argen; das neue Strafgesetzbuch mit seinen furchtbaren Strafbestimmungen gegen politische Vergehen und gegen Amtsehrverletzungsdelikten; selbst mit seiner Drakonischen Strenge gegen Rückfälle, auch bei unbedeutenden Eigenthumsverletzungen, ist eines gebildeten Volksstammes unwürdig; das Gemeindeleben wie das politische bedürfen neuer frischer Institutionen, wie z. B. schon der mittelalterliche Unterschied zwischen Bürgern und Beisassen alsbald fallen muß; Religionsfreiheit für Alle und Repräsentation in der protestantischen Kirche sind dringende, unabweisliche Forderungen; den Bürgern muß das verfassungsmäßige Recht, Waffen zu tragen, gesetzlich verbürgt werden; ein tüchtiges Wehrsystem und eine selbständige Stellung gegen jegliche Uebergriffe größerer Mächte, sei es auf die Integrität des Gesammtvaterlandes, sei es auf unsere verfassungsmäßige Freiheit, sichern; der Boden muß endlich frei werden, und zwar mit mäßiger Ablaufsumme der schweren, auf ihm ruhenden Feudallasten, denn mit Rechten darf dadurch der Adel noch reicher werden und den jetzigen Zehntpflichtigen vollends auskaufen, so daß er zuletzt bloßer Pachter und Tagelöhner wird; endlich, aber nicht zuletzt, sollen und wollen wir mitwirken zur Errichtung eines deutschen Parlamentes. Bassermann's Wort hat in ganz Deutschland den ungetheiltesten Anklang gefunden; er hat ausgesprochen, was Millionen denken, fordern, was schleunigst zum Wohle, zu zur Rettung Deutschlands nothwendig, unentbehrlich ist, gegenüber der ungeheuern moralischen und physischen Kraft, der wiedererstandenen franz. Republik, gegenüber den von fern blinkenden Bajonetten der Russen. Eintracht sei unsere Losung durch ganz Deutschland; beinahen wir den Augenblick, die Freiheit zu erobern, die uns gehört, auf die wir nicht nur ein vermünftigst, auf die wir selbst ein verbrieftes Recht haben. Festigkeit und Ordnung führen zum Ziele, denn indem wir Freiheit fordern und erkämpfen, sichern wir zugleich die Gesellschaft gegen Gelüste, deren Bekämpfung für Jeden Pflicht ist, der nicht nur Besitz und Eigenthum, sondern der auch nur Kultur und Humanität erhalten will. Baden und seinen wackern Männern gebührt die Anerkennung Deutschlands; Würtemberg folgt ihm auf dem Fuße, und gelobt es sich mit ihnen zu verbrüdern, durch gute Schwabenweise: zurück bleibt es nicht, wedet bei Erringung der Freiheit, noch bei Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung.

**Schweiz.**

* Aus der Schweiz, 1. März. Die Ereignisse gehen schnell. Vor Allem scheint es uns unbesangenen Beobachtern im Alpenlande, daß man zur Verhütung von Anarchie, Umwälzung und Krieg der Bestsolsen gegen die Bestrebungen im noch monarchischen Europa sich handeln müßte, ohne lange zu verhandeln. Ueber die Mittel der Verhütung, wo diese überhaupt noch möglich, herrscht wohl unter allen Besonnenen vom Mittelmeere bis zur Ost- und Nordsee nur eine Stimme. Deutsches Parlament; Reform unter seiner hauptsächlichen Mitwirkung; freisinnige Verfassung für das lombardisch-venetianische Königreich, nach vorgängigem ehrenvollen Rücktritte des österreichischen Staatskanzlers; unverzügliche Berufung der preußischen und deutsch-österreichischen Stände zu vereinigten Landtagen; schnelle Theilnahme auch preußischer und österreichischer Abgeordneten am deutschen Parlamente, das allein noch im Stande ist, die Ruhe und Ordnung im größeren Theile Europa's zu sichern; endlich — keine Russen. Auf der ungesäumten Anwendung und Kombination dieser Mittel beruht wohl die Erhaltung der Monarchie, versteht sich, der wirklich und wahrhaft konstitutionellen. Und welches Glück, daß uns öffentliche Blätter schon vor der Pariser Katastrophe verkündet haben, daß unter dem Einflusse der edlen Erzherzoge Rainer und Stephan auch die deutsch-österreichischen Provinzen ihre gemeinsame repräsentative Verfassung haben werden. Mit dem Glücke, der Ruhe und Wohlfahrt der Völker der österreichischen Monarchie ist also zugleich die Würde der österreichischen Regierung gewahrt: es ist nun offenbar, daß die alsbaldige Verheißung dieser Verfassung keine durch die Umwälzung Frankreichs abgedrungene Konzession ist. Ueber „keine Russen", über diese negative aber höchst wichtige Bedingung zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung in Europa noch einige Worte. Für den Frieden unsers Welttheils hängt Alles davon da, daß sich die Regenten keine ähnlichen Illusionen mehr machen, wie sie der klügste und schlauste von ihnen, wie sie Louis

Digitized by Google

Philipp sich gemacht hatte. Unläugbar sind zumal in Italien die Verwicklungen von der Art, daß das geringste Wagestück von österreichischer Seite, im allzublinden Vertrauen auf russische Hilfe unternommen, die französisch-republikanische Intervention unvermeidlich machen und Alles gefährden würde. Größere Umsicht ist wohl von der preußischen Politik zu erwarten, obwohl sie in der schweizerisch-neuenburgischen Frage nicht umsichtig war, wie sie dies sehr bald zeigen dürfte und auch ohne die Pariser Vorgänge gezeigt haben würde. Aber immerhin ist doch die preußische Landwehr ein Institut demokratischer Natur, womit in einer Zeit der allgemeinen Volksaufregung äußerst vorsichtig verfahren werden sollte. Ueberhaupt wird jetzt wohl Deutschland die Politik nicht befolgen, die es bei der ersten französischen Revolution befolgt hatte. Es wird sich hüten, die neue französische Republik auch nur im Geringsten zu reizen, da ihr nur Beschwichtigung ihrer unausbleiblichen innern Händel nichts Besseres als die Gelegenheit geboten werden könnte, sich auf das Ausland zu stürzen. Man wird also hoffentlich nicht viele Linientruppen an den Grenzen versammeln und dadurch dem Volke einen neuen, nicht bloß unnützen, sondern wirklich schädlichen Aufwand auf den Hals laden. Man kann sich wohl füglich, wenigstens vorläufig, darauf beschränken, die Besatzungen in den Grenzfestungen zu verstärken. Dagegen wird man durch ganz Deutschland ehe man noch durch einzelne Emeuten dazu gezwungen ist, mit Errichtung einer Bürgerbewaffnung, einer Volkswehr, sich beeilen, die den nächsten Zweck hätte, die Ordnung und die wohl nicht überall ungefährdet bleibende Sicherheit des Eigenthums zu erhalten; die aber im Nothfalle mit zur Vertheidigung der Grenzen gebraucht werden könnte. Stand doch auch die pariser Nationalgarde — der 23. Febr. ist Zeuge dafür — für Erhaltung der Ordnung ein. Erst ein trauriger Zufall, jene verhängnißvolle Kugel in ein Pferdedrein, zumal aber die unselbstständige Zaghaftigkeit der kgl. Familie, hatte sie über Nacht gewaltsam zu Republikanern gemacht. Es ist indessen nicht nöthig, daß sich deutsche Regierungen diese Thorheit zum Muster nehmen, wenigstens die Pflege werden sich ja nur vor einer Nachahmung der Franzosen zu hüten wissen. Vor Allem aber keine Russen! Die Macht Rußlands ist nicht gering anzuschlagen. Es ist nicht bloß unangreifbar in seinem Innern, es ist auch ihr gefährlich für den ganzen Osten Europas, bis nach Konstantinopel. Aber für die deutschen Großmächte wäre es nicht bloß ein schwacher, es wäre ein verderblicher Bundesgenosse. Die Allianz mit ihm würde den Glauben der Völker an ehrlich gemeinte Reformen geradezu vobtödtigen. Die Politik des russischen Kabinetts, die wieder in den Artikeln der „Deutschen Ztg." über „die polnische Verschwörung" so meisterhaft in ihrer ganzen Schmutzsüchtigkeit dargestellt wurde, ist allen Gebildeten ein Gräuel. Den Völkern, den westlichsten sogar, die mit den Polen sympathisiren, ist auch das russische Volk verhaßt. Die russischen Truppen, die nur in Massen operirend auf dem Schlachtfelde etwas zu bedeuten haben, sind vereinzelt oder in kleineren Schaaren wenig furchtbar. Man erinnere sich aus den deutschen Kriegen gegen Frankreich und aus den Polenkriegen, aus dem Felde und aus den Quartieren, wie oft mit sehr geringem Aufwande von Muth und Geistesgegenwart ganze Haufen zu bändigen waren. Und nun denke man sich ein russisches Heer mit seinen schlechten Verpflegungsanstalten, mit seinem besonders starken Bedarfe von Menschen- und Pferdefutter in der Mitte gereizter Völkerschaften und vieler Millionen trotzig gewordener und aufgereizter Bauern, durch ausgehungerte Gegenden nach Süden ziehend und das leicht und bald wieder aufgährende Polen im Rücken. Sollten da Reibungen ausbleiben? Wäre es unmöglich, daß ein solches Heer zerrieben würde, ehe es nur französisches Pulver zu riechen bekäme? Aber diese Reibungen müßten eine Flamme entzünden, die mehr als nur eine russische Armee verzehren würde. „In fünfzig Jahren," sagte Napoleon, „ist Europa republikanisch oder kosakisch." Der erste Theil dieser alternativen Weissagung geht um so gewisser in Erfüllung, wenn man Kosaken zu Hilfe ruft: sie sind die sichersten Propagandisten der Republik. Darum noch einmal und immer wieder: „keine Russen!"

*** Bern, 29. Febr. Die Nachricht von den Ereignissen in Paris, die mit der Abdankung des Königs und der Verkündung der Republik ihre Vollendung erreicht haben, ist hier wie in der ganzen Schweiz mit Enthusiasmus aufgenommen worden. Die Sympathien der Schweizer für den Sieg des Volkes sind zu natürlich, als daß sie einer Erklärung bedürften. In dem Sturze des Ministeriums und der Dynastie Orleans erblickt die Schweiz zugleich eine Genugthuung, die ihr das Schicksal hat zu Theil werden lassen für die schnöde Behandlung, welche sie von der französischen Diplomatie in so reichem Maße erdulden mußte. Der Umschwung der Dinge in dem mächtigen Nachbarlande gestattet ihr ein freieres Athemholen und bietet ihr den günstigen Moment, um ohne Beeinträchtigung fremder Einmischung ihre innern Angelegenheiten selbst ordnen und die Reorganisirung ihrer Bundesverhältnisse vollenden zu können. In der That, die Zeit pocht laut und hörbar genug an der Pforte, und ihre mahnende Stimme darf nicht überhört werden. Sie fordert zu einer beschleunigten Lösung der Bundesfrage auf, zu einer raschen Beseitigung aller kleinlichen Bedenklichkeiten und aller der Hindernisse, die die Kleinherzigkeit der Kantone, ihr zäher Egoismus, die Engherzigkeit und Eifersüchtelei einzelner Stände einer kräftigen Einigung der nationalen Interessen der schweizerischen Völkerschaften noch in den Weg legen. Die europäische Krisis ist bereits herringebrochen. Der Sturm kündigt sich nicht mehr bloß durch Zeichen aus der Ferne an, sein Grollen ist schon in der Nähe vernehmbar und wie

„Wenn Wolken ziehn, nimmt man den Mantel um,
Wenn Blätter fallen, ist der Winter nah".

(Oberkraner. Richard).

Jeder mag sorgen, daß er nicht ungedeckt von dem drohenden Sturm überrascht werde, dessen Gewalt Niemand zu berechnen vermag. Die Schweiz kann sich nicht so sicher fühlen, daß sie hoffen darf, bei der gegenwärtigen losen Verbindung ihrer Bundesstaaten ihm begegnen zu können. Die ihr gewährte Neutralität ist eitel tönend Erz — vox praeterea nihil. Sie hat dies zur Genüge im Jahre 1813 erfahren, als die alliirten Heere über die Neutralität zur Tagesordnung schritten und in das Gebiet der Eidgenossenschaft einrückten. Wer noch sonst einen Zweifel haben kann, wie es mit der Neutralität gemeint ist, dem gibt die jüngste „russische Erklärung", die sie schon auskündet, vollständigen Aufschluß. Die Schweiz besitzt zwar in einem tüchtigen und zahlreichen Bürgerheer die Mittel, ihrer Neutralität die nöthige Anerkennung zu verschaffen, aber wie schwer es bei den gegenwärtigen Bundeseinrichtungen hält, rasche Entschließungen zu fassen und zum Handeln überzugehen, wie es die Noth des Augenblicks erfordern würde, das weiß Jedermann nur zu gut, um nicht einzusehen, daß es jetzt vor Allem nöthig ist, für größere Einheit und Beweglichkeit der Bundesgewalt Sorge zu tragen. — Man erwartet, daß wegen der außerordentlichen Ereignisse und zur Erzielung einer raschen Förderung der Bundesrevision die Tagsatzung werde einberufen werden. — Nach einem Gerüchte, das aber der Bestätigung bedarf, hätte der Neuenburger Staatsrath gestern Abend abgedankt, um einen drohenden Konflikt der Parteien zu verhüten.

## Niederland.

Das Grundgesetz, sagt die Arnheimer Zeitung, überträgt die Wahlen zu den Generalstaaten an die Provinzialstände, die wieder durch drei sogenannte Stände gewählt werden, ungeachtet uns Niederländern für Stände durchaus alle Elemente fehlen. Wie wenig die Provinzialstände sich als Wahlkollegium für die Generalstaaten eignen, sieht man am Besten daraus, daß sie nicht selten zu gleicher Zeit Männer ernennen, deren politische Ueberzeugungen schnurstracks auseinanderlaufen, wie z. B. die der HH. Thorbecke und Faber von Riemsdrik. Ihren Wahlen liegt eben kein politisches Princip zum Grunde. Die Konservativen finden einen solchen Anstand, wo häusliche Tugenden und alle andern nur nicht staatsfinnige Rücksichten den Ausschlag bei den Wahlen geben, bewunderungswürdig; die politischen Wahlkörper müssen, ihnen zufolge, völlig gleichgiltig gegen politische Ueberzeugungen sein, sie sollen das Wort zur Wahrheit machen — perinde ac cadaver. Der Staat aber ist etwas ganz Anderes als die Familie, und wenn diese nur blüht bei guten Söhnen, guten Vätern, guten Gatten, so wollen die öffentlichen Interessen von Männern vertreten sein, die Einsicht in die Staatsgeschäfte, politische Eigenschaften und Tugenden besitzen. — Noch immer weiß man nichts Genaues darüber, wie weit die Regierung in ihren Vorschlägen zur Reform des Grundgesetzes zu gehen gedenkt. Was sie aber auch vorlege, wir sind überzeugt, daß das Stündlein der altständischen Verfassung bald auch in Niederland schlagen werde. Und wie sollte anderwärts erst diese Form wieder ins Leben gerufen werden können, um den neuen Geist darin zu bannen? Ein alter Schlauch paßt nicht für jungen Wein. — Die zweite Kammer ist auf den 7. März einberufen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die allgemeine Deutsche Zeitung an. Für England bei Frau Ewer u. Komp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal u. Ueberseeische Länder vermittelt sich gefällig die Verlagshandlung 28 Boulevard Poissonnière, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 4 fl. 12 kr.; somit die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 4 fl. 12 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 67.** **Heidelberg,** Dienstag 7. März. **1848.**

Heidelberg, 5. März. Heute waren hier 51 Männer versammelt aus Preußen, Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt, fast alle Mitglieder von Ständekammern, um in diesem Augenblick der Entscheidung über die dringendsten Maßregeln für das Vaterland sich zu besprechen.

Einmüthig entschlossen in der Hingebung für Freiheit, Einheit, Selbstständigkeit und Ehre der deutschen Nation, sprachen Alle die Ueberzeugung aus, daß die Herstellung und Verbreitigung dieser höchsten Güter im Zusammenwirken aller deutschen Volksstämme mit ihren Regierungen — solange auf diesem Wege Rettung noch möglich ist — erstrebt werden müsse.

Einmüthig nicht minder war der tiefe Ausdruck des Schmerzes, daß die traurigen Erfahrungen über die Bürgsamkeit der deutschen Behörde das Vertrauen zu derselben so sehr erschüttert haben, daß eine Ansprache der Bürger an sie die schlimmsten Mißklänge hervorrufen würde. Tief betrübend in einem Augenblicke, wo diese Behörde sich auf die traurigen Erfahrungen der Geschichte beruft und mit schönen Worten von der hohen Stellung spricht, welche die Nation unter den Völkern einzunehmen berufen ist, wo sie jeden Deutschen zu vertrauensvollem Mitwirken auffordert — tief betrübend in diesem Augenblicke ist die Erinnerung, daß sie selbst den Deutschen verboten hat, Vorstellungen an sie zu richten.

Die Versammelten sprachen ihre Ueberzeugung von dem, was das Vaterland dringend bedarf, einstimmig dahin aus:

Deutschland darf nicht durch Dazwischenkunft in die Angelegenheiten des Nachbarlandes oder durch Nichtanerkennung der dort eingetretenen Staatsveränderung in Krieg verwickelt werden.

Die Deutschen dürfen nicht veranlaßt werden, die Freiheit und Selbständigkeit, welche sie als ihr Recht für sich selbst fordern, andern Nationen zu schmälern oder zu rauben.

Die Verbrüderung der Deutschen und ihrer Fürsten darf hauptsächlich nur in der Treue und dem bewährten Kriegsmuth der Nation, nie in einem russischen Bündnisse gesucht werden.

Die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung ist unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren, wie zur Entwickelung der Kraft und Blüthe deutschen Nationallebens.

Um zur schleunigsten und möglichst vollständigen Vertretung der Nation das Ihrige beizutragen, haben die Versammelten beschlossen:

Ihre betreffenden Regierungen auf das Dringendste anzugehen, so bald und so vollständig als nur immer möglich ist, das gesammte deutsche Vaterland und die Throne mit diesem kräftigen Schutzwalle zu umgeben.

Zugleich haben sie verabredet, dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten.

Zu dem Ende wurden sieben Mitglieder ersucht, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu einer Versammlung deutscher Männer schleunigst zu besorgen.

Eine Hauptaufgabe der Nationalvertretung wird jedenfalls die Gemeinschaftlichkeit der Vertheidigung und der Vertretung nach Außen sein, wodurch große Geldmittel für andere wichtige Bedürfnisse erspart werden, während zugleich die Besonderheit und angemessene Selbstverwaltung der einzelnen Länder bestehen bleibt.

Bei besonnenem treuen und mannhaften Zusammenwirken aller Deutschen darf das Vaterland hoffen, auch in der schwierigsten Lage Freiheit, Einheit und Ordnung zu erringen und zu bewahren, und die Zeit einer kaum geahnten Blüthe und Macht freudig zu begrüßen.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Bantlin, Württ. | Dreßel, Baier, Nass. | Helmreich, Bad. | Nedwig, Württ. | Weller, Bad. | |
| Barchet, Württ. | Eppelsheim, Bair. | v. Zysstein, Bad. | Römer, Württ. | Wernher, Darmst. | |
| Bassermann, Bad. | Fetzer, Württ. | Dr. Jucho, Frkf. | Sachs, Bad. | Wiesner, Oesterr. | |
| Becher, Württ. | Frank, Hess. | Kapp, Bad. | Schmitt, Regierungsrath, Bad. | Wiest, Württ. | |
| Binding l., Frkf. | v. Gagern, Hess. | Kirchgessner, Bair. | Schweickardt, Württ. | Willich, Bair. | |
| Bissing, Bad. | Gervinus, Bad. | Langen, Hess. | v. Soiron, Bad. | Winter, Bad. | |
| Brentano, Bad. | Hansemann, Rh.-Pr. | Lehne, Hess. | Stedmann, Rh.-Pr. | Witzemann, Württ. | |
| Brunk, Hess. | Häusser, Bad. | Leisler, Emil, Nass. | Stockinger, Bair. | | |
| Buhl, Bad. | Hagen, Bad. | Mathy, Bad. | Stöber, Bad. | | |
| Caroso, Rh.-Pr. | Hecker, Bad. | Peter, Bad. | v. Struve, Bad. | | |
| Christmann, Bair. | Dr. Heldmann, Hess. | Raffauf, Rh.-Pr. | Welcker, Bad. | | |

## Uebersicht.

Das russische Bündniß — Berlin (Beschlüsse im Staatsrath. Aufklärungen über die Maßregeln. Aufgeregte Stimmung. Ein Kurier nach Baiern). Breslau (Pariser Einrücke. Der Typhus in Oberschlesien). Köln (amtliche Gesammtschrift in Betreff vorgefallener Judenhörungen). Magdeburg (Gerüchte über Unruhen in Petersburg). Koblenz (die Herzogin von Orleans). Düsseldorf (Petition an den König). München (die Auflösung vom 2. März. Erklärung des Kronprinzen in Betreff der Ereignisse im Februar. Die Adresse der Bürgerschaft an den König. Adresse der Studirenden. Antwortung der Vorstellung des Königs. Die Kammer aufgelöst und für den letzten Mai einberufen). Stuttgart (königliches Manifest. Antwort des Ministeriums auf die Bürgeradresse). Heidelberg (eine Versammlung deutscher Abgeordneten). Kassel (Petition an den Kurfürsten.). Darmstadt (der Bericht Eigenbrodt's über den Antrag auf Kräftigung des Bundes. Der Ehrgeizbezug Mittregent; ein Ministerium Gagern). Wiesbaden (der Herzog bestätigt mündlich die Gewährung verlangter Rechte). Braunschweig (Truppenbewegungen). Oldenburg (Loyalation an den Großherzog). Kiel (Adresse an den König). Frankfurt (Verfügung der Bundesversammlung über militärische Anordnungen). Hamburg (Reformbewegung).

Schweiz. Zürich. Die Resolution in Neuenburg. Die Obersten Ziegler und Burckhardt „Mailand in Trauer". Bern. Absetzung der alten fürstenthümlichen Regierung in Neuenburg. Die neue Verfassung daselbst. Kanzler Favarger nach Berlin. — Belgien. Von der Schelde. Stimmung in Belgien.

Großbritannien. Daily News über den ehrenvollen Empfang des Herzogs v. Nemours bei Hofe. Montpansier und die Herzogin v. Nemours in England angekommen. Flüchtige Engländer.

Frankreich. Herabsetzung der Arbeitszeit um eine Stunde. Proklamationen an Heer und Volk in Algerien. Zeitungsstempel wieder eingeführt. Garnisonswechsel der Pariser Besatzung. Unruhen in Marseille.

Nachschrift München. Offener Ausbruch.

Beilage. Die A. Pr. Z. über die Zeitlage. Köln. Versammlung von Landtagsabgeordneten und Besprechung mit dem Oberpräsidenten. Von der Ostsee. Die Aufgabe Preußens. Aus dem Hannoverschen. Zur Abwehr gegen die Rheingrenze und Ostseeländergelüste. Schleswig. Belgien. Die Königin Mutter †. Gerüchte vom Kabinetswechsel in Frankreich. Ueber die Vorgänge bei Einsetzung der prov. Regierung. Neapel. Wachsende Anarchie in Palermo.

Digitized by Google

## Heidelberg, 7. März.

Wir haben anfänglich das russisch-österreichisch-preußische Bündniß besprochen, mit dem die Gerüchte sich trugen, dessen Abschluß nunmehr in den Blättern bestätigt wird. Wir haben damals weit zurückgewiesen, daß Deutschland der Ausführung dieses Bündnisses ruhig zusehen sollte. Wir waren schon vor der französischen Republik weitgehend in Deutschland an nationalem Selbstgefühl und Freiheitsliebe vorgerückt, um uns nicht stillschweigend noch einmal in eine heilige Allianz zu schmiegen, um für die Knechtschaft der Völker zu fechten. Dennoch warnte man uns damals, daß wir uns mit dieser Sprache verwegen und nutzlos aussetzten. Wir haben Glück. Dieses Bündniß ist seit dem Datum, wo es abgeschlossen wurde, unmöglich und in sich null geworden. Es ist eine letzte Schmach der Diplomatie. Es hat nur seines Gleichen in der Handreichung gegen den Sonderbund, als er nicht mehr existirte. Wenn dort der Ausführung jener Vermittelung das Object fehlte, so werden nun der Ausführung dieses Bündnisses die Subjekte dazu fehlen. Mag Oesterreich von seiner Seite die Russen nach Italien schleppen, von denen es im Oriente jede Herabwürdigung duldet, von denen es in dem Bunde von 1805 Mißhandlungen trug, die selbst den gutmüthigen Genz, den damaligen Verächter der Oesterreicher knirschen machten vor Grimm und Unmuth, mag es sein Glück versuchen mit den Horden, gegen deren Einschreiten sich jetzt ein europäischer Freiheitsaarenzug erheben würde, in dem sich Deutsche und Franzosen und Italiener brüderlich die Hand reichen würden, mag Oesterreich zu seiner letzten und äußersten Demüthigung das thun — Deutschland, Deutsche, die nicht mit Oesterreichs Schicksalen verwickelt sind, sollen und werden nicht für die Sklaverei der Lombarden fechten, jetzt vollends, nachdem die französische Papaganda droht, werden und sollen sie nicht! Was wollen wir den Franzosen doch entgegenwerfen, welchen Grund, welch Recht, welche Waffen, um ihren republikanischen Befreiungszügen zu widerstehen, wenn wir selbst nach Italien ziehen wollten, um den Lombarden Fesseln zu schmieden? Wie? glaubt man in Berlin, daß es in diesem Augenblicke, wo nicht die kügelnde Besonnenheit der Einzelnen, sondern der leidenschaftliche Trieb der Massen wirkt, eine Wahl und Frage sei in Deutschland, ob man lieber mit französischen Waffen die Freiheit in Deutschland festigen werde oder mit deutschen Waffen (Schmach über den blogen Gedanken!) die Sklaverei in Italien? Gebe Oesterreich zuerst seinem lombardischen Reiche, was es ihm schuldig ist, mit Neue, mit Offenheit, mit voller Hand: dann wird es dort die Spitze des Widerstandes brechen. Und wenn ihm auch dies nicht mehr nutzt — früher hätten wir dann vielleicht im Zweifel erwogen, ob man einen rechtmäßigen Territorialbesitz Oesterreich nicht sollte verfechten helfen, nachdem es den Forderungen der Freiheit genug gethan — jetzt fürchten wir, würde Alles vergebens sein, was wir selber thun und rathen möchten, jetzt fürchten wir, würde von dort aus jener verhängnißvolle verdammte Ruf erschallen: Es ist zu spät! und aus der Mitte von Deutschland her würde es entgegenrufen: Es ist zu spät!

Uebrigens scheint uns, als ob wir uns kaum ereifern dürften über dies Bündniß. Wir wiederholen es, es ist unmöglich und in sich null. Wenn die Nachrichten aus Berlin richtig sind, so sollten in Folge des Bündnisses drei Armeekorps gegen Westen vorgeschoben werden. Unsere neuesten Briefe aus Berlin sagen uns, daß in Folge der französischen Ereignisse beschlossen wurde, keinerlei Dislocirung von Truppen vorzunehmen, um nicht den Schein einer Demonstration oder Herausforderung zu geben. Träte der casus foederis heute ein, so wird Preußen Nichts thun, um in Italien mitzuwirken, auch Nichts, um Frankreich im Schach zu halten, auch nicht, wenn jene Freiwilligen des Courrier français den Lombarden zu Hilfe eilten. Es wird zu Hause genug zu thun haben mit sich selbst.

Wir wollen nicht mit russischer Hilfe Italien unterdrücken, viel weniger bedürfen wir russischer Hilfe, uns selbst zu schützen und zu erhalten. Bedürfen wir irgendwelcher Bundesgenossen, so ist die gegenwärtige Verwirrung, Verlegenheit, Noth und Bedrängniß ein natürlicher Anlaß, eine viel natürlichere Politik in Deutschland zu entwickeln. Wir haben es früher in diesem Blatte gesagt, es ist aus der Ansicht, die dieses Blatt leitet, anderswo, es ist auch von Andern gesagt worden, es wird von den Verhältnissen selbst gepredigt: die natürliche Politik Deutschlands und seiner beiden Großmächte ist es, den ganzen Kompler kleiner Staaten in Mitteleuropa, von Schweden an bis Sicilien und Griechenland in die Sphäre Einer gesammten Entwicklung und staatlichen Ausbildung, in Allianzen, in Handelsverträge, in politische Bündnisse, zum Theil in den deutschen Bund zu ziehen. Wenn je ein Moment war, wo dies realisirt werden kann, so ist es jetzt. Wird Oesterreich unverwüstet, morgen, heute, seinen Lombarden die beste und freieste der Verfassungen in Italien, und die italischen Fürsten, bedroht von der gallischen Republik, werden bereitwillig in eine italische Föderation mit ihm treten, um sich ihre Throne, um Italien seine ruhige politische Ausbildung und Nationalität zu sichern. Bilde der deutsche Bund seine Verfassung aus, rasch, ohne kleinliche Bedenken in einem großartigen Zuge, und Holland und Belgien, in seiner besondern Lage auch Dänemark, werden, wenn jemals, jetzt geneigt sein, in diesen Bund einzutreten, der ihnen seine Macht leiht und mit ihr ihre nationale Unabhängigkeit sicher stellt. Nur freilich, daß dieser Bund durch seine Freiheiten ebenseher anzuziehen geeignet sein möchte, als er bisher gemacht war, nur abstoßen. Die Bedenken von England gegen eine solche Ordnung der Dinge würden unter diesen Konjunkturen schweigen; Frankreich hat im ersten Momente genug Beschäftigung in seinem Innern; Rußland schweigen zu machen, haben wir die Mittel zur Hand; Rußland schweigen zu machen, müssen wir die Gelegenheit eher wünschen, als fürchten, denn wenn und Etwas jetzt mit Einem Schlage aus aller äußeren Bedrängniß und innern Gefahr retten könnte, so wäre es ein populärer Krieg. Einen volksthümlicheren Krieg aber, volksthümlicher in Deutschland, populärer in Europa, von der moralischen Unterstützung der Welt so getragen wie ein Krieg gegen Rußland gibt es nicht. Kein Mensch von halbem Sinne wird diese Wahrheit bestreiten. Ist dem aber so, weich ein Irrsinn und Wahn ist es dann, in diesem Augenblick, unter solchen Stimmungen ein Bündniß mit Rußland zu schließen! Es ist nur ein Unglück, wo man, wie über die äußern, so auch über die innern Verhältnisse Deutschlands sich in der unbegreiflichen Verblendung befindet, daß man nicht allein zu Hause, weit hinten und scheinbar entfernt vom Zuge des Sturmes, Konterflossen zurückhält, sondern auch Baden anräth, zurückzuhalten, dem Baden, das den Wühlereien der Propaganda, der Straßburger Emissäre ausgesetzt ist, wo die republikanischen Ideen jetzt künstlich in den Thälern des Schwarzwaldes angepflanzt werden, wo sie sich auf den Straßen regen, von wo sie schon weit über die Grenzen bis sogar in die Berliner Kaffeehäuser getragen sind. O, es thut weh, dieser Rathlosigkeit und wie abscheulichen Selbsttäuschung zusehen zu müssen, die uns sicher verderben muß, wenn sie nicht von Grund aus beseitigt wird. Man handelt sich jetzt nicht mehr um Anschauungen oder so, um Periodizität von zwei oder vier Jahren; das waren vor einem Jahre sehr wichtige Gegenstände und sind nun Kleinigkeiten geworden; aber vielmehr sie sind damals als sehr wichtige Gegenstände behandelt worden, während man sie jetzt bei ihrem Namen nennt. Es handelt sich jetzt ganz einfach um die Sicherheit der Throne. Vor acht Monaten, als wir die „Deutsche Zeitung" begonnen, haben wir unsern Zuständen gegenüber gesagt, daß in ihnen ein Ruin keime, dessen Wachsthum wir mit Sorge beobachteten. Wir haben gesagt, die Zeit scheine uns nicht so zu liegen, daß sie langgedehnte, behagliche Muße zu passiven Erfahrungen gestatte, sie verlange nach positiven Handlungen und Schöpfungen, damit den furchtbaren Wirkungen der negirenden Kräfte Einhalt gethan werde". Das schalt man damals revolutionäre Sprache und Hatz. Wo sind nun diese eifernsüchtern französischen Zeitungen, die uns mit so viel schrödem Stolze belehrten? Jetzt wäre an uns die Zeit zu demonstriren, mit Werkfamkeit und Erfolg, wenn wir zu so gemeinen Mitteln der Poiemik greifen möchten! Jetzt steigt unser konservativer Kredit! Jetzt haben wir die Briefe und die Anklagen in der Hand, die die schwache kleine bescheidene Hilfe suchen, die man damals als die ärgste Feindschaft von sich stieß. Wir haben vor diesen Zeiten gewarnt, die nun gekommen sind, als sie Niemand ahnen wollte. Höre man uns wenigstens nun, da sie gekommen sind. Unser Rath ist wohl heute noch von Frucht. Vielleicht übt morgen auch mit ihm zu spät. Was aber unser Rath ist, steht jetzt in unsern Blättern. Noch gestern hat ihn ein Artikel aus der Schweiz kurz und bündig ausgesprochen. Aber über das Was und Wie geht das Wann. Was geschehen soll, muß bald geschehen, wenn es nicht „zu spät" sein soll.

**Preußen.** ƒ Berlin, 1. März. Der Donnerschlag, der in die Politik der kontinentalen Großmächte niedergefahren ist, hat unser Gouvernement — wie gleich die ersten Anzeichen wahrnehmen lassen — nicht gelähmt, sondern scheint viele Uebel, die am Lassalle schwebten, zerstreuen und die Lüfte reinigen zu wollen. Es wurden vom 28. bis zum 29. Februar drei Sitzungen des Staatsministeriums gehalten. Meine Kenntniß geht für den Augenblick nur bis zum Aus-

Digitized by Google

gange der zweiten, in Folge deren die Regierung beschlossen hat, keine Bewegung der Truppen von irgend einer Provinz in die andere vornehmen zu lassen, wenn auch mit gespannter Aufmerksamkeit den ferneren Lauf der Ereignisse zu beobachten; die Geschichte hat ihre Lehren an Preußen nicht verschwendet; gutem Lehr ein Vertrauen in die Provinzen, daß sie selbst deutsch zusammenhalten wollen, welches Keinen von uns Allen durch ein Verbrechen gegen den gebrüigten Schooß seiner Mutter täuschen wird. Lediglich und allein zur Sicherung gegen Hanstreiche zusammengerafter Freiheraubin fand der Beschlußhaber von Saaleunis die Stadt und Festung, wegen der besonderen Vorsicht, welche ihm selbstredend wegen der Grenze oblliegt, in Belagerungszustand auf eigne Hand erklärt und um Genehmigung hiefür nachgesucht, welche ihm auf die geschrieben Motive seines königen und patriotischen Berichtes gewährt worden ist. Die Gerüchte von sonstigen militärischen Rüstungen Preußens sind sämmtlich und durch und durch völlig aus der Luft gegriffen, ja die außerordentlichen Lücken in der Ausstattung des sechten Armeekorps mit Verpflegungsgegenständen, welche nach Oderschlesien gewandert sind, werden nur im ganz gewöhnlichen Wege wieder ausgefüllt. Die Eisenbahn von Stettin und Oderberg, von der Ostsee und dem Auslaufe der Karpathen bis Deutz am Rhein macht es der Regierung möglich, in so fester und ruhiger Haltung, ohne irgend ein Versäumniß ihrer Sorgfalt, ihr Recht des still beobachtenden Zuschauens im Mitgefühle der deutschen Bruderlandsliebe zu üben. Mit solchen Instruktionen ist ein bekannter mißlaunischer Diplomat nach Wien geschickt worden, dem kaiserlichen Kabinet die brabstichtige Haltung und die freundlichen Rathschläge unsres Gouvernements zu überbringen. Dieser Mann hat sich zuletzt zu einer Mission von einer Art hergegeben, mit welcher die allgemeine Stimmung durchaus zerfallen war — indessen ist er gerade dadurch geeignet, bei dem amtlichen Chef des Wiener bisherigen Systems eine erleichterte Ansprache zu finden. Unter den Blinden gilt der Einäugige immer noch als Seher. — Verlassen Sie sich darauf, daß keine Befehle zur Rüstung irgend einer Art gegeben worden sind. Die Rüstung liegt seit Jahren da, in zehn bis zwölf Tagen ist sie für eine halbe Million Mann vollständig an- und umgethan, das Geld zum Betriebe nationaler Feldzüge, Muth und Arme fürs Vaterland fehlen nicht, — aber nicht ein Lüftchen, nicht der halbe Wink eines Auges hat besehlen, das Alles hervorzuholen. Frankreich wird, so viel es an Preußen liegt, seine Zukunft durchaus in sich selbst gebären. Was uns im Lande betrifft, so hat eine in jedem Betracht wichtige Person sich dahin vernehmen lassen, es freue sie innig, daß der König bereits im Febr. v. J. den Weg der Verständigung mit den Volkswünschen betreten, und versprochen habe, weiter darauf zu wandeln. Das konnte denn Niemand mit Recht besaupten, daß ein kühliger Fortschritt nicht schon längst bestätigt worden wäre. — Für meine Person jedoch huldige ich durchaus dem geschichtlichen Grundsatze: daß auf die Länge kein Volk anders regiert wird, als es in gediegener Weise zu wollen verstebt. Dies gediegene Wollen aber ist das Schwere und Seltene, daher die gouvernementale Berücksichtigung desselben folgereckt auch nur selten erscheint.

♂ Berlin, 2. März. Ich beeile mich, Sie zur Vervollständigung meines gestrigen Berichtes zu benachrichtigen, daß in Folge der letzten Beschlüsse unseres Gouvernements die Reserven des achten, in der Rheinprovinz stehenden Armeekorps, zusammengezogen werden sollen, ohne daß irgend Märsche dieses Armeekorps im Bereiche der Provinz selbst angeordnet wurden. Die Verhaftung wird auf diese Weise lediglich verhärtet. — Hohe Beamte haben sich bereits aus ihren Wahrnehmungen darüber beflagt, daß es den Anschein gewinne, als ob die französischen Vorgänge sich zu Motiven eines stärkeren Drängens in unsern eigenen Verwaltungsangelegenheiten gestalten könnten. Der Scharfsinn dieser Wahrnehmung scheint von außerordentlicher politischen Besähigung zu zeugen.

** Berlin, 2. März. Hier wird mit Bestimmtheit versichert, daß gestern von hier ein Kurier nach Karlsruhe abgegangen ist, mit „Allerhöchstem" Auftrage, Ihr volksfreundlicher Großherzog möchte sich gegenwärtig auch nicht die geringste Konzession abnöthigen lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß er gezwungen würde, sein Land zu verlassen: in diesem Nordstaate wollten die Mächte ihn schon wieder einsetzen.

Berlin. Der Mittheilung eines unserer Berliner Korrespondenten zufolge ist auch hier die Stimmung „in hohem Grade aufgeregt", selbst die Gewährung der Periodizität des Landtags werde kaum noch im Stande sein, sie zu beschwichtigen. Hoffen wir, daß auch hier jenes Ziel vorschwebt, welches allein Deutschland Einheit in sich und Kraft gegen das Ausland zu verleihen im Stande ist. Möge Preußen in die Gemeinsamkeit deutscher Bestrebungen immer inniger eintreten! Aller Augen richten sich auf Preußen, alle deutschen Patrioten rechnen auf seine Bethilfe.

† Breslau, 2. März. Der Eindruck, den die neuesten Nachrichten aus Paris hier gemacht haben, ist ein außerordentlicher, unbeschreiblicher. An allen öffentlichen Orten bilden sich Gruppen Begierigster um den einen Berichterstatter, welcher sich im Besitz der neuesten Extrabeilage der Kölner Zeitung befindet, und lauschet mit gespannter Aufmerksamkeit den Worten des nun vorlesenden glücklichen Besitzers. Vorgestern, wo wir die Nachricht von der Proklamation der französischen Republik erhielten, wurde in Breslau illuminirt, zwar nur von einem Einzigen, aber es ist doch einmal feststehendes geschichtliches Ereignis, wenn auch die Polizei alsbald diese bedeutsame Aeußerung republikanischer Denkungsart zu unterdrücken sich angelegen sein ließ und für baldigste Vertilgung der Lichter väterliche Sorge trug. — Das Oderschließen ist wenig zu melden; im Ganzen Alles noch beim Alten. Aerzte und Geistliche erkranken in Folge ihres Berufes, der sie in unmittelbare Berührung mit den Erkrankten bringt, sehr häufig; von den letzteren sind bereits mehrere gestorben. Ein Gleiches sagte man auch schon von dem Medicinalrath Dr. Kuh, welcher freimüthig von Breslau nach Rybnik gegangen war. Thatsache ist nur, daß er leider schwer erkrankt aus Rybnik nach Breslau gebracht worden ist.

Der „Magdeb. Ztg." wird vom 29. Febr. aus Berlin geschrieben: Während wir dies schreiben, verbreiten sich neue Gerüchte .... Auch in Petersburg seien Unruhen ausgebrochen; es sei ein Attentat auf den Kaiser verübt. — Die Befehle zur Einberufung der allgemeinen Ständerversammlung sollen so eben an sämmtliche Oberpräsidenten „abgegangen sein.

Köln, Samstag den 4. März 1848, Morgens 2 Uhr. — (Köln. Ztg.) So eben geht uns folgende „amtliche Bekanntmachung" zur Veröffentlichung zu: Die Ruhe der Stadt ist heute Abend in bedauerlicher Weise gestört worden. Es hat eine Anzahl von Personen gewagt, den in Ausübung seines Berufes im Rathhause versammelten Gemeinderath nicht mit Bitten, sondern mit „Forderungen der Volks" zu bestürmen und versucht, eine Genehmigung von Anträgen mit Gewalt zu erzwingen, die in ordnungsmäßigem, gesetzlichem Wege bei den loyalen Vertretern der Stadt in keiner Weise Eingang finden konnten. Diese „Forderungen des Volkes", wie sie in vielen Exemplaren vertheilt und laut verlesen wurden, lauten: 1) Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk. Allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wahlbarkeit in Gemeinde und Staat. 2) Unbedingte Freiheit der Rede und Presse. 3) Aufhebung der stehenden Heeres und Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit vom Volk gewählten Führern. 4) Freies Vereinigungsrecht. 5) Sorgt der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für Alle. 6) Beschränkige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten. Es wurde unter aufrührerischen Reden die Versammlung der Gemeindevertreterin eine geraume Zeit in dem Rathhause belagert, bis die beruffnete Macht den Rathhausplatz von der zahlreich versammelten Menge säuberte und einer der Rädelsführer, der seit längerer Zeit den Behörden als solcher bezeichnet war, zur Haft gebracht wurde. Er ist der Justiz überantwortet. Die gerichtliche Untersuchung wird sofort über diese in unserer Provinz unerhörte Attentat eingeleitet werden. Die friedliebenden Bürger Kölns werden mit mir diese Verletzung des Gesetzes und der Ordnung beklagen. Die Behörden rechnen auf ihren Beistand; es wird die vereinte Kraft und Wachsamkeit beider ferneres Unheil, das durch die Konspiration Böswilliger planmäßig vorbereitet wurde, von der Bevölkerung einer ruhigen, glücklichen Stadt mit Erfolg abzuwenden wissen. Köln, den 3. März 1848. Der Regierungspräsident, v. Kaumer."

Koblenz, 2. März. Nach der Kölner Zeitung ist die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen, dem Grafen von Paris und dem Herzoge von Chartres, in Begleitung der Marquis de Montequieu und de Mernay, gestern Abend hier angekommen. Von Paris aus waren dieselben in einem kleinen einspännigen Fiaker bis Nachen gefahren, hatten von da die Eisenbahn bis Köln benutzt, in Deutz im strengsten Inkognito übernachtet und waren von da per Dampfboot hieher gereist. Sie haben sich von hier nach Ems begeben, wo sie im „Englischen Hofe" bis auf Näheres zu verweilen gedenken. Heute empfing die Herzogin den Besuch der Gemahlin des kommandirenden Generals, Hrn. v. Thile, welcher letztere selbst gestern von Berlin hier angekommen ist.

Düsseldorf, 3. März. Wie der Rhein. Beob. berichtet,

Digitized by Google

findet heute Abend eine Versammlung Statt zur Unterzeichnung einer Petition an den König. Die Versammlung, die von den Behörden erlaubt zu sein scheint, findet Statt in Folge einer Besprechung einer großen Anzahl hiesiger Bürger, welche gestern Abend in einer hiesigen Restauration gehalten wurde und in der man übereingekommen ist, Se. Majestät um Ertheilung einer Konstitution, Gewährung der Preßfreiheit und des Assoziationsrechtes, so wie Zurückziehung des Strafgesetzentwurfes zu bitten.

**Baiern.** ϟ München, 3. März. (Nachdem der Kerweipendent die bekannten Vorgänge vor dem Hause des Hrn. Berks geschildert, fährt er fort): Um 10½ Uhr erkönte der Generalmarsch. Die Bürgergarde sammelte sich und besetzte mehrere Posten. Ein tebenter Haufe suchte das Bürgerzeughaus zu erreichen, allein eine Abtheilung Bürgergarde kam noch zeitig genug, um die Erbrechung desselben zu verhindern. Angesichts der Hauptwache und der zwei Kanonen vor derselben, bei denen die Artillerie bereit stand, riß das Volk das Pflaster am Schrannenplatze und die zertrümmerte alle Fenster des Regierungsgebäudes, Niemand that Einhalt? Auch an andern Gebäuden, z. B. dem Hause des verhaßten v. Mussinan, wurden die Fenster zertrümmert. — Heute 10 Uhr. Vormittags ist Bürgerversammlung im Saale der Blauen Traube Behufs einer Adresse an den König. Zu gleichem Zwecke versammeln sich die Studenten in der Aula; letztere wollen sich militärisch organisiren und im Gebrauch der Waffen üben, ebenso die jungen Künstler und andere junge Männer.

ϟ München, 3. März. Nachmittags. Hier die Adresse, welche heute von der äußerst zahlreich versammelten Bürgerschaft zur Ueberreichung an den König angenommen wurde. (Sie folgt weiter unten.) Auch die hier anwesenden Reichsräthe haben diese Adresse unterzeichnet. Man drängt sich in bunterster Mischung in den Rathhaussaal. Der Polizeichnter Stillthrauer aus der Pfalz wurde gestern Nacht, als das Volk die Gendarmerieklassen an der Reichsrathsbrücke stürmen wollte, von einem Gendarmen durch einen Stoß verwundet, in Folge dessen heute an dem Verwundeten eine Amputation vorgenommen werden mußte. So lange die verhaßte Uniform der Gendarmerie nicht abgeschafft wird, ist ein Zeit zu Zeit liegend ein Auflauf zu fürchten. — Um 3½ Uhr wird die Adresse übergeben werden. Man ist sehr auf den Abend und die Nacht gespannt. Zu aller Aufregung der Gemüther kommt noch das braunrüthende Gerücht, die Soldaten hätten Order zum Feuern erhalten, auch wenn kein Angriff auf sie gemacht würde. Der König hat genähert, daß er die Deputation der Bürger mit größtem Vergnügen empfangen werde. Auch wurde in der heutigen Bürgerversammlung ein Schreiben des Kronprinzen mitgetheilt, in welchem er sich mit der Erklärung über die falschen Gerüchte aussprich, welche man ihm verbreitet habe, und seine volste Billigung der Ereignisse vom 9., 10. und 11. Febr. kund thut. (Wir haben noch mehrere Briefe aus München erhalten, die zum Theil schon Erzähltes wiederholen, übereinstimmend aber die Aufregung der Gemüther als sehr bedenklich schildern.)

(Adresse der Münchner Bürger an den König.) „Angesichts der gegenwärtigen Wirrage, Angesichts eines bevorstehenden Ereignisses furchtbar, weil Unheil, welches den Frieden Europens in Frage stellt, können sich die unterzeichneten Bürger und Einwohner der Hauptstadt der Besorgniß nicht entschlagen, daß die Tage der Gefahr das Vaterland weniger einig und stark finden möchten, als noch vor den verhängnißvollen Erfahrungen von 1813 und 1815, nach welche als 30 Friedensjahren hätte erwartet werden müssen. Die Gefahr ist groß, nicht minder die Mittel, sie zu bestehen — sie liegen in der unwandelbaren Treue und Hingebung des Volkes an König und Vaterland, aber gepaart durch verdrießige Anerkennung und gesetzmäßige Freiwerwirklichung seiner Rechte. — Vollständige Abschaffung der Censur und unverwellte Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege mit Beschwornengerichten in die bringendes Bedürfniß, um der erhöhten Einheit, sowie der natürlichen Rechtssicherheit des Volkes zu genügen. — Gleiche Lasten fordern ein gelegemäßes Volkszieher. — Es ist eine Forderung allseitig erkannte Nothwendigkeit, daß Rechte im Wege stehe, Ihrigheiten, wo sie sich finden mögen, mit Strebeit zur Beseitigung des Landes Verwirrungen. Hiebei wird die Berathung der Wahlordnung für die Stände des Reiche bedingt. Doch keine Aenderung in den öffentlichen Einrichtungen hat eine Zukunft, wenn die Besonnenheit der Minister keine Wahrheit ist, die kann nur durch ein Gesetz gewährleistet werden, das den Richter, das Verfahren und die Unabhängigkeit der Strafe genau bestimmt. Die Beeidigung des stehenden Heeres auf die Verfassung ichtieb die Reihe jener Bürgschaften, deren Erreichung das Volk als heiligen Preis in den Herzen trägt. Zu Verfahren, welche das deutsche Vaterland von Ost und West bedrohen, die bedenkliche Gestaltung seiner inneren Verhältnisse verlangen eine exakte Berathung der Fürsten und des Volkes in einer wohlverbürgten, einheitlichen Berathung am Bundestage. Die Bürger und Einwohner der Hauptstadt erachten Gut und Leben für ein geringeres Pfand der Treue, als die Wahrheit, und indem sie diese nun Ew. Königl. Maj. in allerkindlichst Ehrfurcht darlegen, sollen die Tage der Gefahr uns als Männer finden, deren unerschütterliche Liebe in ihres Königs Weisheit, dem Vaterlande die sicherste Bürgschaft seiner Unabhängigkeit bieten wird und muß. Nun aber richten wir an Ew. Königl. Maj. die allunterthänigste Bitte: „Allerhöchst dieselben wollen die getreuen Stände des Reichs unverzüglich zu sich zu versammeln, und unter ihrer gesetzlichen Mitwirkung jene Maßregeln zu ergreifen geruhen, welche des Vaterlandes Wohl nach Innen und dessen Sicherheit nach Außen dringend fordert". Gott der Allmächtige erhalte Ew. Königl. Maj. zum Glück und Ruhm des deutschen Vaterlandes! München, 3. März 1848. Folgen die Unterschriften: 52 Bogen.

ϟ München, 3. März. Ernste Ruhestörungen haben Statt gefunden. Volkshaufen durchzogen gestern Abend von 7 Uhr bis 1½ Uhr nach Mitternacht mit Lärmen und Geschrei die Straßen der Stadt und richteten an einzelnen Stellen arge Verwüstungen an. Die Wohnung des Ministers v. Berks — vielmehr nur die untern Stockwerke des Hauses, in denen mit Steinwürfe nicht erreichbaren dritten er wohnt — wurde verheert, desgleichen sein Ministerialgebäude, die Polizei, das Regierungsgebäude und selbst das Ständehaus, da man es den Ständen zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht auf Entfernung der Pela gebrungen, ist nicht verschont geblieben. Die Aufregung hat wohl Nahrung erhalten durch die Nachrichten aus Paris, ihren Grund aber hat sie in der unverkennbaren und zum Ueberfluß ausgesprochenen und bethätigten Absicht einer Reaktion gegen die Ergebnisse des 11. Febr. Die officiellen Artikel der Allg. Zeit., welche in direktem Widerspruch mit den von den Ministern im Namen des Königs gegebenen Erklärungen an die Bürger standen, die unausgesetzte Korrespondenz mit der Landsee, die langes Verweilen in Lindau, die Errichtung von besondern Wach- oder Schützenklassen in der Ihre Wohnung und in der Stoße versehen, Beledungen und Belehnungen betreffen, die mit ihr gehalten, Kränkungen nach entgegengesetzter Seite — alles dies lieferte Stoff genug, um die Massen in Gährung zu bringen. Am entschiedensten sprach sich seither schon immer der Unwille gegen den Minister von Berks aus, den — seine Unpäßlichkeit abgerechnet — die öffentliche Meinung nur als eine Handhabe der Landsee betrachtete. Schon am Tage gestern las man an vielen Straßenecken: „Nieder mit Berks!" Es hat nun auf 4 Wochen Urlaub erhalten und ist heute abgereist. Inzwischen, so brachtenswerth diese Strömungen in den untern Regionen sind, wobei hervorzuheben, daß das Militär einzeln und in Trupps vom Volke überall mit Lebehoch begrüßt wurde und durchaus schonend sich benahm — viel bedeutender ist, was weiter oben zu berichten. Die Bürgerschaft von München hat heute einen Akt ausgeführt, mit welchem sie sich das Zeugniß ihrer deutschen Gesinnung und ihrer klaren Erkenntniß der Lage des Vaterlandes gegeben. Es ist in zahlreicher Versammlung auf dem Rathhaus eine Adresse an den König beschlossen und genehmigt und sogleich von mehreren Tausend Bürgern und Einwohnern Münchens unterzeichnet worden, in welcher in Anbetracht der dem gemeinsamen deutschen Vaterland drohenden Gefahren und zur Belebung und Stärkung seiner Einheit und Kraft politische Reformen für Baiern und mittelbar für Deutschland verlangt werden. Sollten Sie den Artikel „Volksbewaffnung" in der Adresse vermissen, so dient zur Nachricht, daß wir bereits eine Bürgergarde haben, die nur besser organisirt zu werden braucht, um dem Zweck vollkommen zu entsprechen. Auch die Studenten haben eine Adresse entworfen zu unterzeichnen, in welcher sie unter Bezugnahme auf Gewährung von Reformen im öffentlichen Leben ihre Dienste für Vertheidigung des Vaterlandes anbieten, mit dem Wunsch, ein Freikorps bilden zu dürfen. Die Künstler versammeln sich heute Abend zu einem ähnlichen Zweck, indem sie sich, wie ich höre, für die Sicherheit der Stadt in die Schranken stellen wollen. Alle Kreise sind von demselben Geiste beseelt, dem Entschlusse, das Vaterland zu schützen, aber daßselbe vorher durch vollkommen freisinnige Institutionen und eine wahrhaftige Einheit zum Widerstande gegen die auffleigende Gefahr zu rüsten. Denn mit einem republikanischen Frankreich kann 1848 nur ein feiges und einiges Deutschland den Kampf bestehen.

= München, 3. März, Abends. Die Adresse, wovon ich sahen sprach, wurde heute Nachmittag um 3 Uhr Sr. Majestät von einer magistratischen Deputation, der 2. Bürgermeister an deren Spitze, übergeben. Der König soll sie gnädig aufgenommen, jedoch ihr den Bescheid ertheilt haben, daß er erst in einem bis zwei Tagen über die Gewährung der in derselben ausgesprochenen Wünsche des Volkes sich bestimmt erklären könne. Die Stimmung ist immer noch eine sehr unruhige: das Bürgermilitär zieht bereits (gegen 5 Uhr) auf und besetzt verschiedene Plätze, z. B. die Residenz.

= München, 4. März. Die Ruhe ist diese Nacht nicht gestört worden. Nur ein Haufe Volks aus der Au suchte gegen 1 Uhr in die Stadt einzudringen, um dort vielleicht die vorgestrigen Scenen zu wiederholen, aber die entschiedene und kräftige Haltung des Bürger- und Linienmilitärs schreckte sie zurück. — Der Staatsrath soll heute

Digitized by Google

früh bis 2 Uhr versammelt gewesen sein. Die Resultate liegen bereits vor; Mauercanstätige machen bereits bekannt: im Namen Sr. Majestät ist die bisherige Kammer aufgelöst, neue Wahlen haben stattgefunden und die neugewählte Kammer ist auf den 31. Mai einberufen. Sie wäre das, was die eingereichte Adresse vornehmlich bezwecke, erreicht. Unter diesen Verhältnissen, glaube ich, düfen wir an keine Aufstellerungen und Revolten denken. Das Volk wird mit Dank hinnehmen, was sein Monarch ihm gewähete. — Der Staatsrath soll dem Könige die bedenkliche Lage der Verhältnisse dringend vorgehalten haben. Fürst Leiningen, sagt man, habe es sich sehr angelegen sein lassen, Se. Maj. auf den schwankenden Boden aufmerksam zu machen, auf dem jetzt der Thron stände.

**Würtemberg.** Stuttgart, 5. März. Der König hat befohlen, daß das nachstehende Manifest vom 2. März den Gemeinde-Räthen und Bürger-Ausschüssen und durch sie, wie durch Verkündigung in den Kirchen, den Bürgern eröffnet werde: „Würtemberger! Die großen Weltbegebenheiten, deren Wirkungen für unser Land, für unser großes gemeinschaftliches Vaterland noch nicht zu übersehen sind, haben die größte Aufregung hervorgebracht. In diesem entscheidenden großen Augenblick spricht euer König zu seinem treuen Volk. Bewahet auch jetzt wieder Euern echt deutschen Charakter, fest in dem Vertrauen in die göttliche Vorsehung, deren Allmacht und Weisheit das Schicksal der Völker lenkt, treu gegen Eure Regierung und Verfassung, die Eure Rechte und Eigenthum beschützt; Ruhe, Ordnung und Gehorsam vor dem Gesetz ist die heiligste und nothwendigste Pflicht. Reichen wir unsern deutschen Brüdern die Hand; wo unserem Vaterlande Gefahr droht, werdet Ihr Mich an Eurer Spitze sehen. Segen unserem Vaterland, Heil und Ruhm für ganz Deutschland!“ — Das Ministerium des Innern erläßt eine Bekanntmachung, welche die schon erwähnte Adresse Stuttgarter Bürger beantwortet. Die Petenten werden auf die Erklärung verwiesen, welche der König bereits dem ständischen Ausschusse ertheilt habe. Zugleich fügt der Minister „nach höchstem Auftrage“ noch hinzu, daß die Regierung sich bereits mit der Einführung von Bürgerwachen beschäftige und überzeugt sei, den Ständen bei ihrer Wiederversammlung einen Gesetzentwurf hierüber mittheilen werde, und daß bis zur Verabschiedung eines solchen Gesetzes die durch die königl. Verordnung vom 13. Mai v. J. angeordnete Sicherheitswache sogleich wieder organisirt werden könne, als wozu die königl. Stadtdirektion kräftig mitzuwirken angewiesen wird. — Als Nachtrag zu der Tübinger Adresse gehen noch sogleich Erklärung, welche Hr. Prof. R. Köstlin aus übersicht hat. Derselbe sieht sich veranlaßt, andrücklich zu erklären, daß er unter den „Konfoederirten der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege“, welche in der Tübinger Adresse an den würtembergischen ständischen Ausschuß als Gegenstand dringenden Bedürfnisses aufgeführt werden, namentlich auch das Schwurgericht verstehe, da nach seiner wissenschaftlich gewonnenen Ueberzeugung ohne dieses die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege eine illusorische Halbheit ist. —

* Heidelberg, 5. März. Die große Angelegenheit der deutschen Bundesform scheint endlich mit dem Ernste und der ruhigen Gutschlossenheit angegriffen zu werden, die allein zum Ziele führen kann. Es fand heute hier eine Versammlung Statt, an der einige und vierzig Abgeordnete deutscher Ständekammern und Mitglieder gesetzgebender Körper Theil nahmen, um eines gemeinsamen ersten Schritt zu berathen, der die deutsche Nationalrepräsentation vorbereiten könne. Die Versammlung wäre noch viel zahlreicher gewesen, wenn die Kürze der Zeit es möglich gemacht hätte, die Einladungen auf einen größeren Umkreis auszudehnen; allein es kam zunächst darauf an, daß rasch Etwas geschehe, um die peinliche Ungewißheit der gährenden Stimmungen zu beschwichtigen. Denn so dringend wie jetzt war ein deutsches Parlament noch nie von der Noth gebeten, von der öffentlichen Meinung laut gefordert; selbst die andern großen Fragen treten einen Augenblick zurück vor dieser unabweisbaren alles Reformen, an welche die innere Wohlfahrt wie die äußere Sicherheit Deutschlands geknüpft ist. Das gibt sich in allen Volksadressen kund, die und bis jetzt zu Gesicht gekommen sind; es spricht es auch der Eingang laut und entschieden aus, daß hier keine Zögerung mehr gestattet sei, wenn es in unserem Willen liegt, Deutschland eine ernste Krisis von ungewissem Ausgang zu ersparen. Diese Ueberzeugung war auch in den Männern lebendig, die heute aus verschiedenen Theilen des großen Vaterlandes, aus Preußen, Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt zu diesem Zwecke zusammengekommen waren; es verschwand der Partikularismus der Provinzen und der politischen Meinungen vor dem ernsten Gebot eines gemeinsamen deutschen Wirkens. Denn wer die Liste der Anwesenden durchläuft, wird verschiedenen Meinungsnuancen begegnen, die sich auch in der Versammlung geltend machten; aber sie waren alle zusammengehalten durch die übereinstimmende Ueberzeugung von der Krisis dieses Augenblicks und der gebietenden Nothwendigkeit, ihr zu begegnen. Die Versammlung trug weder ein konservatives noch ein liberales oder radikales Gepräge; ihre Farbe war die nationale, und wie in diesem Augenblick in Frankreich geschieht, reichten sich verschiedene Fraktionen bereitwillig die Hände, um das Eine, was Noth thut, Freiheit und Ordnung im Innern, Selbstständigkeit nach Außen zu verbürgen. Daß so die nationale Eintracht Verschiedenes verschmolz und die abweichenden Ansichten nicht ausschieden, sondern willig und bereit sich dem allgemeinen Wohle unterordneten — diese in Deutschland so seltene Erscheinung einer Einigkeit, einer Selbstverleugnung individueller Wünsche und Meinungen gibt uns die Hoffnung, daß sich auch im großen Vaterlande um das Eine Banner Alle so freudig und opferbereit scharen werden, wie hier eine Versammlung von fünfzig Männern das Beispiel gab. Ihre erste That wird wohl morgen schon durch Ihr Organ dem Volke bekannt werden; über dessen Zustimmung sind wir nicht besorgt.

**Kurhessen.** * Wir erhalten so eben noch ein Schreiben aus Kassel, in welchem gemeldet wird, daß die Bürgerdeputationen aus Hanau und Marburg in der Hauptstadt angekommen waren, wogegen diese Städte als Gegengeschenk Verstärkung an Reiterei und Geschütz erhielten, ferner daß in Kassel selbst eine ähnliche Petition vorbereitet wurde, endlich daß an Bideles Stelle Moritz v. Baumbach, ein Gegenführer des Verstorbenen in politischer sowohl als religiöser Hinsicht, zum Justizminister ernannt werden soll. (Ein Korrespondent aus Frankfurt meldet inzwischen, daß der Kurfürst alle an ihn gestellte Forderungen gewährt habe.)

Kassel, 3. März. Dem Frankfurter Journal wird geschrieben: Der Stadtrath hat den Antrag des Bürgerausschusses genehmigt und wird, außer den Lokalinteressen, auch noch allgemeine Desiderien, als Preßfreiheit, Geschwornengerichte, Religionsfreiheit ꝛc. der Petition einverleiben. Die Aufregung der Gemüther ist stark. Mit der gespanntesten Erwartung sieht man der Ankunft der Post entgegen. Die Zeitungen werden in den Kaffeehäusern ꝛc. vor einem großen Auditorium vorgelesen. — Die Sitzung im Ministerium dauerte gestern bis spät in die Nacht. — Morgen früh um 8 Uhr rückt eine Batterie reitende Artillerie und 200 Mann vom 1. Husarenregiment von hier nach Marburg und Hanau. — Der ehemalige Minister Koch soll die Uebernahme eines Portefeuille abgelehnt haben.

**Hessen.** * Darmstadt, 4. März. Aus dem Berichte, welchen der Abg. Eigenbrodt über den schon erwähnten Antrag auf kräftigere Organisation des Bundes erstattet hat, heben wir folgende Stellen hervor: „Die bestehende Bundesverfassung gibt keine Gewähr für ein rasches, entschiedenes und konsequentes Handeln der Behörde, welche das Kriegswesen und die auswärtigen Angelegenheiten des Bundes zu leiten hat. Die Entscheidung über den Krieg und Frieden, das Aufgebot des Bundesheeres, der Aufruf der zur Kompletirung desselben erforderlichen Mannschaften, die Ernennung des Oberbefehlers, die Instruktion desselben, die Unterhandlungen mit dem Auslande liegen in den Händen der Bundesversammlung, einer vielköpfigen unbeholfenen Behörde, zusammengesetzt aus Gesandten, die nach Instruktionen handeln, unfähig, in entscheidenden Momenten rasch zu beschließen und kräftig einzugreifen. Eine Erfahrung von 32 Friedensjahren hat bewiesen, daß sie keine einzige der zur Entscheidung drängenden, für die Entwicklung Deutschlands wichtigen Fragen innerer oder äußerer Politik hat zur Lösung bringen können, und daß, wenn Deutschland in dieser Zeit Feilschritte gemacht hat, dieses nicht durch den Bund, sondern neben demselben geschehen ist. Wie sollte also die Bundesversammlung fähig sein, da mit Erfolg die Leitung zu übernehmen, wo nur entschiedenes Handeln zum Ziel führen kann? Als die Hälfte Luxemburgs von Deutschland abgetrennt wurde, haben Dutzende von Bundesversammlung dieses nicht zu verhindern gewußt. — Dazu kommt: der Bund hat kein eigenes Heer, er hat keine unmittelbare Disposition über die Streitkräfte der einzelnen Staaten, die das Bundesheer komponiren sollen, oder über die Geldmittel der einzelnen Länder; die Beschlüsse des Bundestags wegen Zusammenberufung und Kompletirung des Bundesheeres und wegen Aufbringung der zur Kriegsführung nöthigen Mittel unterliegen der Ausführung der einzelnen Regierungen und der Mitwirkung der einzelnen Ständeversammlungen. — Wer läugnen wollte, daß in Deutschland eine in der Zeit herangewachsene Verstimmung des Volks gegen die Regierungen herrscht, würde sich einer augenscheinlichen Wahrheit verschließen; die Symptome dieser Verstimmung treten überall in beängstigender Weise ans Licht;

Digitized by Google

die herkömmlichen Phrasen von dem „Mißvergnügen einiger Wenigen“, von „Aufreizung“, von der „Zufriedenheit der großen Mehrzahl“ können nicht mehr täuschen; die Wahrheit muß sich den Weg zum Throne bahnen, es ist die Pflicht der Volksrepräsentanten, die Anordnungen zu verschaffen. Mag diese Unzufriedenheit zum Theil in drückenden Zeitverhältnissen und in Ursachen begründet sein, welchen keine Macht der Regierungen abzuhelfen vermag, zum großen Theile wurzelt sie in buntmäßigem Widerstand gegen gerechte und billige Wünsche und gegen die Forderungen der Zeit, in übermäßigem Verwaltungsaufwand, in Beamtenwillkür, in einzelnen Mißbräuchen und in dem Fortbestand aus der Vorzeit ererbter drückenden Verhältnisse; sie wurzelt in unklugen Angriffen auf die Gesetzgebung und die Einrichtungen einzelner Provinzen, welche diesen theurer geworden und die sie erhalten wissen wollen. Es ist dringendes Gebot der Gerechtigkeit und Klugheit, die Ursachen dieser Verstimmung hinwegzuräumen; nur wenn dieses geschehen, wird Deutschland den drohenden Kampf glücklich bestehen können. Neben dem Wunsch nach einer kräftigeren Centralgewalt hat sich mit gleicher Stärke in den deutschen Volksschichten das Bewußtsein, daß sie berechtigt und berufen sind, an der Leitung ihrer öffentlichen Angelegenheiten Theil zu nehmen. Die Verfassungen der einzelnen Staaten gewähren ihnen mehr oder weniger eine solche Theilnahme; aber hinsichtlich der wichtigsten Anliegen der Nation, derjenigen, die den Händen der obersten Bundesbehörde anvertraut sind, waren sie bisher von aller Theilnahme ausgeschlossen. Diese oberste Bundesbehörde hat sich mit allen im deutschen Volk lebenden politischen Ideen und Bestrebungen in offenen Widerspruch gesetzt. Es ist eine traurige Wahrheit, aber es ist eine Wahrheit, die wie in diesem ernsten, vielleicht entscheidenden Augenblick dem Throne nicht verenthalten dürfen, daß die Bundesversammlung wegen ihrer Mißachtung aller Wünsche des deutschen Volkes, wegen ihrer Unthätigkeit, die dringendsten Anliegen bestehen zu helfen, wegen ihrer offenen Feindschaft gegen jede freiere Regung, und weil sie dem deutschen Volk bisher nur als eine große Polizeianstalt gegenüber getreten ist, alles Vertrauen in Deutschland verloren hat, und daß, wenn noch einige Sympathie für den Bund besteht, diese nur darin begründet ist, daß das nach kräftigerer Einigung strebende Nationalbewußtsein in ihm wenigstens eine Andeutung dessen erblickt, was bestehen sollte und was von der Zukunft erwartet wird. Soll Deutschland in diesen gefahrvollen Zeiten dem Ausland kräftig und achtung gebietend gegenüber treten, so muß diese Kluft des Mißtrauens zwischen der Nation und der ihre Geschicke leitenden obersten Behörde geschlossen werden; das Ausland muß die Ueberzeugung gewinnen, daß die Centralgewalt ihm gegenüber im Geist des Volkes handelt; das Volk muß die Ueberzeugung gewinnen, daß seine Angelegenheiten so geleitet werden, wie es seinen wahren Bedürfnissen entspricht; die Fürsten müssen die Ueberzeugung erhalten, daß sie fest auf ihre Völker rechnen können.“

△ **Darmstadt**, den 5. März. Unser Großherzog hat seinen Sohn, den Erbgroßherzog, zum Mitregenten des Großherzogthums und zwar in der Weise angenommen, daß von jetzt an alle, die Staatsregierung betreffenden, landesherrlichen Entschließungen vom demselben ausgehen, auch deren Ausfertigungen von ihm allein unterzeichnet werden sollen. Dies verkündigt ein soeben ausgegebenes Regierungsblatt. Weiter, und zwar auf guter Quelle vernimmt man, daß der neue Mitregent ein Ministerium Bogern an die Stelle des Ministeriums du Thil treten lassen werde; desgleichen, daß er den in der Darmstädter Adresse an ihre Abgeordneten ausgesprochenen Wünschen entsprechen werde. Schon morgen, heißt es, würde zur Beeidigung des dahier garnisonirenden Militärs auf die Verfassungs-Urkunde geschritten werden. Jene Nachrichten haben hier große Freude erregt. Eine große Bürgerversammlung brach aus dem Hof der höheren Gewerbsschule, wo sie sich beim Empfang der Nachricht befand, auf, um dem Großherzog und dem neuen Mitregenten ihr Lebehoch zu bringen. Es geschah. Als man hörte, daß Bogern in Heidelberg gewesen sei und seine Rückkunft um 5 Uhr erwartet werde, zog man ihm in den Bahnhof entgegen und empfing ihn mit Hoch. So eben vernehme ich, daß morgen die so lange brach liegende Offenbacher Eisenbahn eröffnet werden soll. Es heißt, es sei gebroht worden, das Stationsgebäude anzuzünden, wenn sie nicht eröffnet würde. Und da verstand man sich denn dazu.*)

**Braunschweig**, 1. März. Die Köln. Z. berichtet: Unsere Truppen werden auf den Kriegsfuß gesetzt, und ein preußisches Corps von 23,000, nach Anderen sogar von 45,000 Mann wird mindest der Eisenbahn hier durch nach dem Rheine zu passiren, wofür auch unserer Eisenbahn-Verwaltung bereits Weisungen zugegangen sein sollen.

**Nassau.** # **Wiesbaden**, 4. März. Soeben erscheint hier folgende Bekanntmachung: Heute Nachmittag um 4½ Uhr kamen Seine Hoheit der Herzog mit der Eisenbahn nach Wiesbaden, begaben sich von da zu Fuß nach dem Schlosse und richteten dort von dem Balkone herab zu dem versammelten Volke folgende Worte: „Nassauer! Die Forderungen, die Ihr an mich gestellt habt, deren Gewährung Euch mein Minister versprochen und meine Mutter und mein Bruder mit ihrem Namen verbürgt haben, genehmige ich und werde ich halten. Habt Vertrauen auf mich, wie ich Vertrauen habe auf Eure Treue und Muth, wenn das Vaterland bedroht ist und Eurer bedürfen sollte. Nun geht mit Gott nach Haus und habt Vertrauen zu mir, wie ich auf Euch.“

**Oldenburg**, 2. März. Der hiesige Stadtrath hat beschlossen, eine Deputation mit der Bitte an Sr. Königl. Hoheit den Großherzog zu senden, die letzten Ereignisse der Gegenwart nicht ein Hinderniß zur baldigen Publikation der lange vorbereiteten ständischen Verfassung werden zu lassen, da vielmehr dieselben die Beschleunigung unseres Uebergangs zum konstitutionellen Leben wünschenswerth zu machen scheinen. In der That sollen aber auch schon manche Vorbereitungen darauf schließen lassen, daß die Emanirung unseres Staatsgrundgesetzes in Bälde bevorstehe. Wie verlautet wird sich die Deputation schon Morgen zu Sr. Königl. Hoheit begeben. (Br. Z.)

† **Frankfurt a. M.**, 4. März. Abends spät. Heute Nachmittag 4 Uhr versammelten sich der gesetzgebende Körper und der Senat in dem Römer, wurden aber in ihren Berathungen von einer lärmenden, in die Säle Beider dringenden Menge gestört, einer der Bürgermeister sogar an der Brust gepackt. Nachdem man an einer Laterne des Gebäudes eine schwarz-roth-goldne Fahne aufgepflanzt, zieht man jetzt (Abends 10 Uhr) scheinend durch die Stadt, aber die Sache wird, wie gestern Abend, wohl mit diesen Aeußerungen der Volksfreude allmählich vorübergehen. Zum größern Theile besteht der Haufe aus Nichtfrankfurtern aus der Umgegend. Es sind alle Vorsichtsmaßregeln getroffen. — Noch diesen Abend erschien folgende Bekanntmachung: „Wir Bürgermeister und Rath der freien Stadt Frankfurt verkünden anmit in Gemäßheit des Art. 3 lit. D der Bundesinstrumentgänzungsakte und auf verfassungsmäßigen Beschluß der gesetzgebenden Versammlung vom 4. März 1848: Die gesetzgebende Versammlung hat einstimmig auf den Senatsvortrag, Preßgesetz betreffend, die Verkündigung nachfolgenden Gesetzes beschlossen:

1) Die Presse ist frei. Die Censur darf nie wieder eingeführt werden. 2) Vergehen oder Verbrechen, durch die Presse verübt, werden nach dem bestehenden Rechte geahndet. 3) Jede Druckschrift muß mit dem Namen des Druckers und Verlegers, jede Zeitung mit dem Namen des Druckers und verantwortlichen Redakteurs versehen werden. In der sofort Tagesordnungen Großen Rathsversammlung wurde die Verkündigung des Obigen beschlossen.

**Frankfurt**, 4. März. Sichtrem Vernehmen nach hat die Bundesversammlung in ihren letzten Sitzungen mit den militärischen Anordnungen beschäftigt, die zur Vertheidigung der Bundesgrenzen gegen mögliche Angriffe nothwendig sind. Insbesondere hat sie verfügt: an Preußen und die Staaten des 7. und 8. Bundes-Armeekorps (Baiern, Würtemberg, Baden und Großherzogthum Hessen), für die Sicherheit der westliche Grenze des Bundesgebiets Sorge zu tragen und darüber, was zu diesem Zwecke geschehen, der Bundesversammlung Anzeige zu machen; an Oesterreich, Preußen, Baiern, Würtemberg und Baden, diejenigen Besatzungstheile der Bundesfestungen Mainz, Luxemburg, Landau, Ulm und Rastadt bereit zu halten, die jedem dieser Bundesstaaten nach der Bundes-Kriegsverfassung zu stellen obliegt; an Preußen, Baiern und Baden, als die betreffenden Grenzstaaten, von jedem Angriffen einer Bedrohung des Bundesgebiets von Außen sofort der Bundesversammlung Mittheilung zu machen; an sämmtliche Bundesregierungen die nach der Bundesmatrikel pro rata sie treffende Summe für die nöthig werdenden Ausgaben in die Bundeskasse sogleich einzuzahlen. (F. J.)

**Hamburg**, 1. März. Es bereiten sich auch hier ernste Reformbewegungen vor, da der Senat beharrlich die gewünschte Konzession verweigert. — In dem Saale der patriotischen Gesellschaft liegt eine Adresse an Hrn. Bassermann auf, zum Dank für seinen Antrag auf eine Nationalvertretung des deutschen Volkes beim Bundestage. Sie bedeckt sich stündlich mit zahlreichen Unterschriften. (Wir kennen auf die Adresse, welche die Weserz. mittheilt noch zurück.)

*) Wir sind genöthigt, die Briefschaften, welche über die dem Darmstädter Ereignis vorangegangenen Vorfälle berichten unter andern die Mittheilung der Darmstädter Adresse auf morgen zu verschieben, ebenso eine Anzahl Briefschaften aus Köln, Frankfurt, Leipzig, Kassel, der Schweiz. Wir bitten unsere geehrten Korrespondenten, bei der großen Fülle des tagesgeschichtlichen Stoffes sich auf das Nothwendigste beschränken zu wollen.

Digitized by Google

* Kiel, 1. März. Die Ereignisse in Paris haben in den Herzogthümern Schleswig und Holstein die Hoffnungen auf Erringung einer schleswig-holsteinischen Verfassung für beide Herzogthümer sehr gefördert. Die weltererschütternder Pariser Revolution wird Bassermann's Antrag, der Manchen als eine Träumerei erscheinen mochte, sicher bald in Erfüllung gehen lassen. Nationalvertretung und Nationalbewaffnung Deutschlands als einer Einheit muß, dem republikanischen Frankreich gegenüber, jetzt dem blödsinnigsten Politiker als eine Nothwendigkeit einleuchten. Sämmtliche Glieder des deutschen Reichs, welche schon Ein Geist durchdringt, werden sich bald die Organe ihres freien Willens, eine freie Presse und ein deutsches Parlament schaffen. Wie man hier jetzt denkt und fühlt, können Sie aus einer Adresse ersehen, welche, bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, hier cirkulirt, und welche Freitag nach Kopenhagen gesandt werden wird. Diese an den König, unsern Herzog, gerichtete Adresse lautet also: Allerdurchlauchtigster ꝛc. ꝛc. Der entwürdigende Druck, dem die Presse in Schleswig-Holstein erliegt, das einem freigeborenen Volke unwürdige Verbot öffentlicher Versammlungen zur Berathung der Landesangelegenheiten, der eignen und vornehmsten Sache des Volks, zeigert die Erbitterung der Bewohner der Herzogthümer über solche unwürdige Zustände mit jedem Tage. Der Ernst der Zeit gebietet uns, mit völliger Offenheit zu unsern Fürsten zu reden, da wir nicht erwarten können, daß die amtlichen Rathgeber Ew. Majestät Ihnen die volle Wahrheit sagen können und werden. Die deutschen Unterthanen Ew. Majestät in den Herzogthümern sind sich bewußt, einen auf Recht und Vernunft gegründeten Anspruch auf eine eigene selbständige Staatsverfassung zu haben, welche ihnen gestattet, in enger Vereinigung mit dem übrigen Deutschland, sich und ihre Institutionen in deutscher Eigenthümlichkeit zu entwickeln. Unsere echten Vertreter werden diese Volksüberzeugung niemals verläugnen; wir vertrauen, daß, wenn die erfahrenen Männer noch nach Kopenhagen kommen sollten, sie dort einmüthig eine solche Verfassung dem Lande zur Annahme vorzulegen Ew. Majestät anrathen werden. Aber schon bis zu diesem Zeitpunkt ist die Freiheit der Presse und der Volksversammlungen nicht zu entbehren, wenn die Volksstimmung unverfälscht und in ihrer wahren Kraft zu Ew. Majestät Ohr gelangen soll. Ew. Majestät bitten wir daher dringend: Allerhöchstdieselben wollen geruhen, sofort den Censurbefehlern der Herzogthümer den Befehl zu ertheilen, die Landesangelegenheiten frei in den öffentlichen Blättern und Druckschriften besprechen zu lassen und den Polizeibehörden aufzugeben, öffentlichen Versammlungen zur Besprechung des Gemeinwesens keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen. Kiel, 29. Febr. 1848."

## Schweiz.

☽ Bern, 4. März. Die provisor. Regierung von Neuenburg hat eine Proklamation erlassen, worin sie ihren Mitbürgern die Uebergabe der Stadt Neuenburg durch den Stadtrath meldet und die Verhaftung des Stadtraths anzeigt, dessen Mitglieder in die Gemächer des Schlosses geführt worden sind, wo sie mit Schonung behandelt werden. Ferner spricht die provisorische Regierung die Absetzung der alten fürstenthümlichen Regierung aus. Das monarchische Prinzip ist vernichtet. Der Kanton ist als Republik proklamirt. Alles durch das Volk und für das Volk. Alle Bürger, die das Opfer der alten Regierung waren, sind in ihre Rechte wieder eingesetzt und alle gegen sie verhängten Verfolgungen für politische Vergehen sind für null und nichtig erklärt. Die gesetzgebende Behörde ist aufgelöst; das Volk wird sich als Nationalversammlung konstituiren, um zur Aufstellung der Verfassung zu schreiten. Diese Verfassung wird auf die breiteste freisinnige Grundlage gebaut werden, bestimmt zur Wiedergeburt des Landes und zur engern Verknüpfung der eidgen. Bande durch Gegenseitigkeit im Genuß politischer Rechte und freier Niederlassung. Alle Stellen sind provisorisch erklärt. Es werden gehörige Maßregeln genommen werden, um den bürgerlichen und militärischen Rechtsgeschäften so schnell als möglich ihren Fortgang zu sichern. Die Justiz wird fortan im Namen der Republik verwaltet werden. Die Verfallzeit der Handelswechsel wird um 20 Tage verlängert werden für solche, welche den 28. Febr. fällig waren, und um 14 Tage für solche, welche den 2. März fällig waren. Die gerichtlichen Betreibungen, welche vom 28. Febr. bis 2. März stattfanden, sind als null und nichtig erklärt für solche Bürger, die die Waffen ergriffen oder Verrichtungen bei den Komités der provisor. Regierung gethan haben. Dieses Verzicht werden die genannten Bürger so lange genießen, als dieselben im Dienste der provisor. Regierung der Republik bleiben. — Die Mitglieder der alten Regierung erklärten in einer Proklamation vom 1. März, daß sie nur der Gewalt wichen, die Rechte des Fürsten von Neuenburg verwahrten und die Intervention der Eidgenossenschaft anriefen. Kanzler Bavarger ist nach Berlin geeilt, wahrscheinlich um preußische Intervention nachzusuchen. Auch Polizeiminister de Perrot ist verhaftet.

* Zürich, 3. März. Am 1. d., Morgens um 8 Uhr, hat die Neuenburger Regierung den Insurgenten von Locle und Chaux-de-fonds Platz gemacht; der Kanzler Favarger passirte gegen Mittag durch Solothurn, „um die königl. Genehmigung zu den stattgehabten Ereignissen einzuholen". Inzwischen wird sich im Gegensatz zu dem bisherigen „Fürstenthum" die „Republik" Neuenburg konstituiren. Nur in Lachaux-de-fonds kam es zum Handgemenge, jedoch ohne großes Blutvergießen; an allen andern Orten genügten bloße Demonstrationen von Seite der durch die Pariser Revolution elektrisirten „Montagnards". Der Vorort hat durch Aufbieten von Truppen, Entsendung von Kommissarien ꝛc. sein Möglichstes gethan, um strenge Neutralität aufrecht zu erhalten. — In Zürich wird binnen einigen Tagen ein neues sozialistisches Blatt erscheinen, unter der Redaktion von Hrn. Oetiker, bisherigem Red. der „Eidg. Ztg."; die neue Revolution der letztern ist noch nicht bekannt. Es ist gegründete Hoffnung vorhanden, die abgetretenen eidg. Obersten Ziegler und Burkhardt wieder für den eidg. Dienst zu gewinnen; seit der Herzog von Joly der franz. Republik seinen Degen zur Disposition gestellt, werden jene Herren auch wohl ein wenig nachsichtiger werden. — Mehrere Blätter bringen laut eines italienischen Blattes die Nachricht, „Mailand sei im Kampf"; wahrscheinlich wird dieselbe die Runde durch ganz Deutschland machen; sie beruht aber auf einem Mißverständniß: die „Concordia" sagt aus Anlaß der in Mailand verfügten Standrechts: „Milano in lotto" (Trauer): das wurde auf obige Weise übersetzt. Heute Morgen kamen mehrere Badener nach Zürich, um „preiarbige" Fahnen für Bürgerwachen einzukaufen, sie wußten jedoch nicht recht, ob sie „blauweiß-rothe" oder „schwarz-roth-goldne" zu überbringen hätten. (?!) Im Zweifel wurden ihnen in Zürich die ersteren eingehändigt.

## Belgien.

ADL Von der Schelde, 1. März. Bevor ich Ihnen von dem Eindruck schrieb, den die französische Umwälzung in Belgien gemacht hat, wollte ich abwarten, bis ich Ihnen darüber etwas Bestimmtes mittheilen konnte. Die erste Zeitung des Pariser Ereignisses erregte hier Mitleranen und Niedergeschlagenheit. Wenige Tage später war die volle Gemüthsruhe wieder gewonnen, und jetzt — ich sage das nicht ohne ein Gefühl freudigen Stolzes — nun ist die Haltung des belgischen Volkes bewunderungswürdig. Die kalte Spur von Panik teigerist ist verschwunden. Zwist und Zwietracht sind als unpraktisch abgethan. Belgien hat nur einen Willen, ein Losungswort mehr: die Behauptung unserer Volksunabhängigkeit, unserer Nationalität. Die Bürger aller Stände, aller Sprachen drücken sich als Brüder die Hand, sie stehen einmüthig bereit zur mannhaften Abwehr aller Angriffe und „Freimacherei." An der Haltung des belgischen Volkes unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen mögen die Staatsmänner anderwärts eine Lehre nehmen. Wie pflücken nun die Früchte unserer durch und durch liberalen Einrichtungen. Was Frankreich sich mit Hilfe seiner neuesten Revolution verschafft hat, das besitzen wir Belgen seit 1830. Wirklich, nicht bloß schriftbare Preßfreiheit, Associationsfreiheit, Freiheit des Unterrichts, gegenseitige Unabhängigkeit von Kirche und Staat, zwei wählbare Kammern, Abschaffung aller Taxe zur Wählbarkeit, bezahlte Volksvertreter — kurz, Alles das, was man jetzt in Paris, und nach diesem Vorgang vielleicht auch in ganz Europa, einzuführen gedenkt, es sind Einrichtungen, welche seit 17 Jahren im Wesentlichen unser volles Eigenthum geworden sind. Darum hier auch die wunderbare Eintracht! Das Benehmen der Regierung ist vortrefflich. Leopold von Sachsen-Coburg bewährt sich als der Fürst eines so braven und doch so viel verschiedenen Volkes, mit dem er jetzt mehr und herzlicher verkehrt, denn je. Unsere südwestlichen Grenzen sind wohl besetzt. Das Heer ist in voller Stärke aufgerufen, um die Mannschaften eilen mit Begeisterung, vaterländische Lieder singend, zu den Fahnen. Binnen 4 oder 5 Tagen werden wir, ohne die Bürgerwehr und die Freiwilligen, welche beim ersten Schuß zum Gewehr greifen werden, 100,000 Mann unter den Waffen haben. Die Festungen an der Schelde sind gewaffnet und gut besetzt. England ist höchst wahrscheinlich erklärt worden, daß man sich dem Einlaufen einer brüllenden Flotte in die Schelde nöthigen Falls mit Gewalt widersetzen würde. Auch bei Preußen, so versichert man, ist unser Recht der Neutralität in Erinnerung gebracht worden. Wir wollen nicht, daß irgend Jemand auf der Welt den neuen Republikanern einen Vorwand verschaffe, unsern neutralen Boden zu betreten. Geschieht es von ihnen dennoch und ungerufen, dann werden wir uns wehren Einer für Alle und Alle für Einen, dann bauen wir auch auf

Digitized by Google

**Preußen.** Berlin, 2. März. Die Allg. preuß. Z. spricht sich heute in einem größeren Artikel über die französische Staatsveränderung aus; daß sie ihre Mißstimmung darüber wenigstens zwischen den Zeilen lesen läßt, kann man sich denken. Sie erkennt bis jetzt nur zwei Fäden in dem Revolutionsdrama: „Untreue und rohe Gewalt," sie kommt auf die noch sehr zweifelhaften Mißhandlungen zurück, welche der Herzogin von Orleans widerfahren sein sollen und stellt sich die Fragen: Wird ganz Frankreich dem Beispiel seiner Hauptstadt folgen? Wird die ganze Armee — auch diejenige in Algier — wie im Jahre 1830 — ohne Weiteres, ihres Eides vergessend, sich der neuen Gestaltung der Dinge anschließen, oder wird ein treu bleibender Theil der Nation, des Heeres einen Führer finden und ein Bürgerkrieg sich entzünden? — Wie wird die Katastrophe Frankreichs auswärts reagiren? — Wird die Revolution auch anderswo neue Triumphe feiern? Wird der Taumel des Volkes in Raserei enden? oder werden die Halbtrunkenen, zu dem Spiegel Frankreichs ihre eigene Zukunft erblickend, zum Besinnen sich kommen und umkehren auf der leichtsinnig betretenen Bahn?" Ueber alle diese Fragen hat die Allg. preuß. Z. indessen bereits Antwort erhalten. Frankreich ist dem Beispiele der Hauptstadt gefolgt, die Armee hat bis jetzt zum größeren Theile „ihres Eides vergessend" sich der neuen Ordnung der Dinge angeschlossen, die Revolution hat angefangen, auch „auswärts zu reagiren." Die Krisis ist so ernst geworden, daß mit den alten abgebrauchten Schlagwörtern „Taumel", „Raserei", „Halbtrunkene", „Leichtsinn" durchaus Nichts mehr gesagt ist. — Ueber Deutschlands und Preußens Beruf in dieser Lage spricht sich die Allg. preuß. Ztg. in folgende Weise aus: „Vor Allem rufen wir den deutschen Fürsten und Stämmen zu: seid einig und durch Einigkeit stark! Das predigt auch die Geschichte unserer Zeit — dem westlichen Nachbar gegenüber — mit Flammenzügen. Fern von dem Gedanken einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs, welches dieselbern nach eigenem Gefallen gestalten möge, gebietet es die Vorsicht, gebietet es die lebendige Erinnerung an die nahe liegende Zeit tiefster, Erniedrigung des deutschen Vaterlands mit scharfem Blick Frankreichs Bewegungen zu folgen, damit, wenn neues Gelüste erwachen möchte nach deutschen Fluren, vielleicht geleidet in das Streben der Völkerbeglückung nach dort reifenden Theorien, Deutschland dastehe wohl vorbereitet, jeden Angriff ernst und, wenn es sein muß, blutig zurückzuweisen. — Preußen wird — so hoffen wir — auch hier mit gutem Beispiele nicht zurückbleiben; es wird, seiner Pflichtbewußtsein getreu, jedem seiner deutschen Bundesgenossen, wo er angegriffen werden möchte, mit seiner ganzen, durch unerstrickte Wehrverfassung gehobenen Kraft zur Seite stehen — und es darf mit Zuversicht Gleiches von seinen Bundesgenossen erwarten. — Irren wir hierin nicht, vertrauen wir, daß auch die übrigen Großmächte das ernste Wort reden werden: wir wollen keine Verletzung der Verträge dulden, welche den europäischen Frieden seit länger als dreißig Jahren getragen, wir werden jeden Bruch derselben als eine Kriegserklärung betrachten: dann ist auch die Hoffnung auf Erhaltung der Segnungen des Friedens noch wenig getrübt, dann dürfen wir uns immerhin noch dem Vertrauen hingeben, daß die Entwicklung der Kunst, Wissenschaft und des Gewerbfleißes, wie sie dieser Friede in nie gekannter Weise hervorgerufen, seine schmerzliche Unterbrechung erleiden werde durch des Krieges unvermeidliche und unberechenbare Gräuel und Zerstörungen. Vor wenigen Tagen erinnerten wir unsere Leser an den Spruch: si vis pacem, para bellum. Daran abermals erinnernd, werden wir in Preußens und Deutschlands Rüstung, wenn und so weit sie unvermeidlich sein möchte, kein Vorzeichen des Krieges, sondern nur die Gewähr zur Erhaltung des Friedens erblicken."

* Köln, 3. März. Heute vereinigten sich hier mehrere rheinische Landtagsdeputirte, wie wir hören, v. Beckerath, Hansemann, von der Heydt, Meyssen, Stedmann und Aldenberg, zu einer Besprechung. Dem Vernehmen nach haben sie mit dem ebenfalls hier anwesenden Oberpräsidenten, Hrn. Eichmann, eine Unterredung gehabt, um demselben vorzustellen, wie dringend nothwendig es sei, aus Sofortnahme den allgemeinen Landtag zu versammeln und mit ihm eine neue, die Freiheit sichernde, auf wahrer Volksrepräsentation beruhende Verfassung zu vereinbaren. Besonders lebhaft sollen die Deputirten auf den Anschluß an die Bestrebungen Süddeutschlands zur Erlangung der deutschen Einheit durch ein deutsches Parlament bestanden, und ein Bündniß mit Rußland als nationalfeindlich und daher als unheilbringend abgerathen haben.

* Von der Ostsee, 1. März. Die Pariser Februartage werden einen Wendepunkt der europäischen Geschichte bezeichnen. Wir sind mit ihnen über die Schwelle einer neuen Epoche getreten; die Welt wird sich umgestalten; das fühlt ein Jeder. Ein Faktum ist vor allen andern gewiß: daß das politische System Europas durch die unverhoffte und gewaltige Explosion nicht nur durch und durch erschüttert, sondern völlig über den Haufen geworfen ist. Gleich dem Meersturme, der die dunkeln Wogen der Tiefe an die Oberfläche wirft, hat dieser Losbruch des politischen Ozeans neue Gewalten heraufbeschworen und die alten begraben. Die europäische Pentarchie ist gesprengt und der Ausdruck „Staatensystem Europas" wird eine Zeit lang ohne Anwendung bleiben; es kommt darauf an, erst ein neues zu schaffen. Die Pariser Revolution wird weiter greifen als die an die Grenzen Frankreichs. Italien, Spanien, vielleicht auch Belgien fallen in ihre Erschütterungs- und Umwälzungssphäre hinein. Italien wird sich unter der Aegide Frankreichs, der revolutionären, republikanischen Frankreichs! zu einer großen Föderativ-Republik umgestalten, und Spanien, mit Portugal vereinigt, vielleicht zu einer pyrenäischen Republik umgeschaffen werden. Dabei fällt mit Genf ein, der schon im Jahre 1840, in einem Briefe an Adam Müller, von einer dereinstigen Gestaltung West-Europas in diesem Sinne vorahnend schrieb. Jene drei Völker: Franzosen, Italiener und Spanier werden sich, aller Wahrscheinlichkeit nach, dicht zusammenschließen und ihre Staaten eine feste Gruppe bilden — fest genug, um allenfalls dem Andrange der ganzen übrigen Welt, wenn überhaupt an einen solchen zu denken wäre, zu trotzen. Es könnte die Vermuthung aufgestellt werden, daß der West-Europa, dieser Gruppe gegenüber, Frankr machen und seiner Seits sich eng zusammenschließen werde; ich glaube aber nicht daran. Europa ist ein anderes geworden seit dem Sturze Napoleons. Alles trennend und sondernd macht sich die Differenz der Regierungsprinzipien unter den vier Großmächten England, Preußen, Oesterreich und Rußland geltend; der Weg der ersten Beiden ist nicht der, auf dem die beiden andern wandeln oder vielmehr stillstehen. Preußen und England werden eine andere Staatengruppe, und zwar den Kern derselben, bilden, denn die deutschen Mächte zweiten Ranges und Holland, Dänemark und Sardinien werden in dieses Sonderssystem nothwendig hineinfallen. Endlich werden Oesterreich und Rußland, dicht aneinandergeschlossen, eine dritte Gruppe formiren.

Dem Deutschen muß das Herz bitter klein Haddlich auf die Zerrissenheit mit der die Zukunft aus Neue und mitten in jenem Wirbelsturme, der eine neue Aera für die Menschheit heraufzuführen verspricht, droht; aber nimmer wird er die Einheit der Politik mit dem politischen Rückschritt der größeren Hälfte erkauft wünschen. Einer Allianz mit Oesterreich und Rußland wird das, nunmehr unter Preußens Führung ausschließlich gestellte Deutschland ein englisches Bündniß unter allen und jeden Umständen vorziehen. In Englands und Preußens Hand wird hinfort die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens liegen. Die Aufgabe ist unermeßlich und Niemand vermag zu entscheiden, ob die Kräfte hinreichen werden, sie zu vollbringen. So viel ist gewiß, daß kein europäischer Großstaat dem neuen Frankreich mehr Sympathien zuwenden im Stande sein und auf einen besseren Fuß mit ihm sich stellen können wird, als gerade England. Aber Letzteres sowohl wie Preußen werden waffnen und eine entschiedene Stellung einnehmen müssen, um als Schiedsrichter des Weltheils mit Kraft und Nachdruck auftreten zu können. — Die preußische Regierung hat nicht gesäumt, augenblicklich die Mobilmachung der beiden am Rhein und in Westfalen stehenden (7. und 8.) Armeekorps anzuordnen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das 4. Armeekorps ebenfalls mobil gemacht, ja vielleicht die ganze Armee auf den Kriegsfuß gesetzt werden. Ich glaube, daß die Mobilmachung der beiden erstgenannten Armeekorps nur einige Wochen dauern, und daß Preußen zu Anfang kommenden Monats eine Streitmacht von mindestens 70,000 Mann (jedes Armeekorps berechnet man einfchl. der Landwehr auf 35,000 M.) unter den Waffen am Rhein konzentrirt besitzen wird. Will man demonstriren und imponiren, so wird man indeß dennoch mehr dazu bedürfen. Davon — ich komme noch einmal darauf zurück, denn der Punkt, obgleich sonnenklar, kann nicht genug aufs Neue beleuchtet werden — davon: in Frankreich zu intervenitren, zu Gunsten der Dynastie Orleans oder sonst einer, und könnte es mit den Kräften von ganz Europa geschehen! zu intervenitren, davon kann unter unseren Staatsmännern und Feldherren im Ernsternsten nicht die Rede sein. — Nachschrift. Soeben höre ich von einem höheren Offizier, daß bis zum

Digitized by Google

29. Febr. Mittags aus dem Kriegsministerium in Berlin noch kein Befehl dieser Art ergangen war. Dagegen seien die Festungen Mainz, Saarlouis und Luxemburg in Belagerungszustand erklärt und die Arbeiten zur Armirung derselben begonnen worden. (S. unser Berliner Korrespondenz im Hauptblatt.)

†† Aus dem **Hannover**'schen.

Sie sollen ihn nicht haben,
Den freien deutschen Rhein —
Sie sollen ihn nicht haben,
Den grünen Ostseestrand
Zu dem Kosackenland"!

Mit dem Siege des Volkes in Paris kommt die Rheingrenzenpartei, die eigentliche Majorität Frankreichs wieder ans Ruder. Auf der andern Seite sitzt nicht weniger drohend das Ostseelandgelüste schon seit Peter I. auf dem Throne der Czaaren. Aber Deutschland mit Geist und Muth hat Nichts zu fürchten. Das weiß das ganze deutsche Volk, seit es den ständischen Antrag von Bassermann kennt und der Versammlung eines deutschen Parlamentes entgegenharrt. — Die Frage Ob hat die jetzige Gefahr entschieden und dadurch Deutschland von der noch größeren Gefahr der Vorberathungen errettet. Ueber das Wie folgt der Rath zugleich mit der That. — Preußen thut einen ungeheuren Griff in die Zukunft, größer als alles Geld und alle Soldaten des Czaars zu bieten vermögen, wenn es sofort einige Minister mit einem Wahlauftrag von hundert ständischen Deputirten zur Verstärkung des Bundestags nach Frankfurt sendet und die übrigen deutschen Staaten auffordert, nach dem Verhältniß des bundesmäßigen Truppenkontingents eine gleiche ständische Beschickung zu verfügen. In kaum acht Tagen würden aus allen deutschen Staaten die Deputirten auf ihrem Platze, und das deutsche Parlament zu Rath und That in Wiesamkeit getreten sein. Bis dahin muß auch Oesterreich sich beeilen, seine Stände zum Reichstag zusammenzuziehen, um seine Stelle in Frankfurt zu behaupten. Wesshalb sollte der konstitutionell monarchische Bundesstaat nicht eben so fest, und wohl noch fester sein, als der republikanische in Nordamerika? Die deutschen Fürsten, auf die glänzende Spitze des mächtigsten Staats des Kontinents erhoben, würden in dem großen Gesammtstaat an politischem Bewußtsein und Besitz hundertfach wiedergewinnen, was sie im Kleinern zu dessen Konstituirung beibringen. Das deutsche Volk aber könnte dann in ruhender Größe die politischen Wogen der Nachbarstaaten ihrem Kreislauf machen sehen. Möge Geist und Muth den rechten Augenblick erfassen!

* **Schleswig**, 29. Febr. Die mannigfachen Versuche der Staatsregierung, Beseler von der Ständeversammlung auszuschließen, sind, wie dies von vornherein vorherzusehen war, gänzlich gescheitert und haben nur dahin geführt, daß sich in ganz Deutschland eine Anerkennung Beseler's ausgesprochen hat, wie sie früher nicht leicht für einen öffentlichen Charakter laut geworden ist. Sie wissen, daß Beseler in Toulon zum Ehrgeordneten gewählt worden. — Privatnachrichten aus Kopenhagen zufolge ist die verwittwete Gemahlin Friedrich's VI, die Königin Marie Sophie Friederike, am Donnerstag, den 24. Febr. mit Tod abgegangen. Die Verstorbene war eine Tochter des Landgrafen Karl zu Hessen-Kassel, vieljährigen Statthalters der Herzogthümer Schleswig und Holstein, und der Prinzessin Louise von Dänemark, einer Tochter des Königs Friedrich V., und am 28. Okt. 1767 auf dem Schlosse Gottorp geboren. Am 31. Juli 1790 ward sie mit dem damaligen Kronprinzen Friedrich, später König Friedrich VI., vermählt, und nach beinahe 50jähriger Ehe, am 3. Dec. 1839 Wittwe. Mehrere Söhne sind in frühere Kindheit verstorben, weßhalb von Zeit zu Zeit mysteriöse Gerüchte fortgetragen haben; nur zwei Töchter, Karoline, vermählt mit dem jetzigen Erbprinzen Friedrich Ferdinand von Dänemark, und Wilhelmine Marie, früher Gemahlin des jetzigen Königs Friedrich VII. und nach ihrer Scheidung von demselben mit dem Herzog Karl von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg vermählt, haben sie überlebt. Die Verstorbene war ebenso sehr durch Geist und Bildung, als durch häusliche Tugenden ausgezeichnet. Ihrem verstorbenen Gemahl war sie eine treue und zärtliche Gattin, ihren Kindern eine liebevolle Mutter, allen Hilfsbedürftigen eine freundliche Wohlthäterin. Schon vor mehreren Jahren hat sie ein genealogisches Tabellenwerk herausgegeben und soll sich in der letzten Zeit mit Memoiren beschäftigt haben, die, wenn sie im Druck erscheinen sollten, nicht uninteressante Beiträge zur Zeitgeschichte liefern würden. — Auch meldet man die freilich nicht verbürgte Nachricht, daß der dänische Justizminister v. Stemann, der Finanzminister Graf Wilhelm Moltke und der Minister des Auswärtigen, Graf Reventlow-Criminil, ihre Entlassung gegeben hätten, sowie daß der Oberhofmarschall von Lerchan, ein Günstling des verstorbenen Königs, entlassen sei.

## Frankreich.

Die stürmischen Vorgänge, welche die Einsetzung der prov. Regierung begleiteten und über die alle Berichte bisher ein Auge Stillschweigen beobachteten, werden von einem Korrespondenten der K. Z. in folgender Weise geschildert: Auf welche Weise die provisorische Regierung in der Deputirtenkammer gewählt wurde, haben Sie aus dem „Moniteur" oder andern Blättern erfahren, was später zu demselben Behufe im Stadthause vorging, darüber hat kein Blatt vollständige Angaben, ich glaube daher nach der Aussage eines glaubwürdigen Augenzeugen Einiges nachtragen zu dürfen. Mit den in der Deputirtenkammer vor den wenigen Deputirten und dem bewaffneten Volke, das sowohl in den Berathungssaal als in die Galerien gedrungen war, durch Namensaufruf bezeichneten Mitgliedern der prov. Reg. begab sich eine zahllose Menge bewaffneten Volkes und Nationalgarde ins Stadthaus. Dort wurden die Namen noch einmal verlesen; darunter davon, die mißfielen, verworfen und andere an ihrer Stelle vorgeschlagen und ausgerufen. Nachdem nun die prov. Regierung, wie sie gegenwärtig besteht, zusammengesetzt war, proklamirte das Volk die Republik; die Regierung verlangte, sich in ein Berathungszimmer zurückzuziehen, über die Form der neuen Regierung zu berathen. Dieser Wunsch ward sehr ungnädig aufgenommen und mit dem allgemeinen Rufe: Es ist hierüber Nichts zu berathen, wir wollen die Republik und keine andere Art Regierung! Nach einigen Anreden Ledru-Rollins und Lamartines, welche dem Volke vorstellten, daß die eben gewählten Mitglieder sich über eine so wichtige Frage verständigen und einen Beschluß fassen müßten, beschwichtigte sich das Volk augenblicklich und erklärte, das Ergebniß der Berathung abwarten zu wollen. Nach einer halben Stunde kehrte die Regierung in die Volksversammlung zurück, und Hr. Dupont de l'Eure erklärte in ihrem Namen, die prov. Reg. habe sich nicht berechtigt, irgendeine Form anzunehmen, und wolle hierüber die Nation durch Urwahlen entscheiden lassen, übrigens wolle die Regierung, wie das hier versammelte Volk, die Republik. Diese Erklärung brachte nicht nur einen größeren Sturm als den früheren hervor, sondern setzte das Volk so sehr in Wuth, daß es seine geladenen Gewehre gegen die Mitglieder der Regierung richtete. Ledru-Rollin, Lamartine und Cremieux hatten den Muth, eine Zeit lang dieser Drohung die Stirn zu bieten und in eindringlichen Reden dem Volke begreiflich zu machen, daß sie kein Recht hätten, eine bestimmte Regierungsform zu proklamiren; doch ihre Beredsamkeit war vergebend; sie wurden fortwährend mit dem Rufe: Es lebe die Republik! unterbrochen, und die Gewehre blieben so lange gegen sie gerichtet, bis sie erklärten, daß sie die Republik proklamiren würden. Um 5 Uhr Abends ward in der That die Republik in der Stadt proklamirt, doch diese Proklamation hat keinen offiziellen Charakter, und weder der gestrige „Moniteur", noch die anderen ministeriellen Blätter „Reforme" und „National" enthielten in dieser Hinsicht eine andere Phrase, als die: „Die provisorische Regierung will die Republik". Erst gestern um 4½ Uhr ward eine Proklamation in allen Straßen angeschlagen, worin die prov. Reg. verkündete, daß sie sich für die Republik entscheiden habe und dieselbe der Nation zur Ratifikation unterbreiten werde. Alle seitdem erlassenen Dekrete sind auch im Namen „der französischen Republik" erlassen.

## Italien.

Neapel, 22. Febr. Gestern den 21. Febr. hat ein englisches Geschwader unter Admiral Sir William Parker, drei Linienschiffe und zwei Dampfer, von Palermo kommend auf unserer Rhede Anker geworfen. Die Offiziere alle äußern sich gleich mißmuthig über die Halsstarrigkeit und die alles Maß überschreitenden Ansprüche der Sicilianer. Thatsache ist und bleibt, daß bis zu dieser Stunde auch nicht die geringste Verständigung zu Stande gekommen ist. In Palermo ist das Volk nun dem Komite über den Kopf gewachsen, mehrere der gefangenen Skirren mit furchtbarer Wildheit nieder, die alte Lust zu Raub und Plünderung scheint wieder wach zu werden. In Messina erhält die Citadelle heute von hier aus abermals Verstärkung an Truppen und Munition, Schwieger sagt man, sollen nachfolgen, denn dieser letzte aber auch wichtigste Punkt, an dem der König den Fuß auf die Insel setzt, soll auf seinen Fall dem Volk in die Hände fallen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gerwinus

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Pränumeration beträgt für das Quartal in Heidelberg 1 fl. 30 kr., für das ganze Jahr 6 fl. Man pränumerirt in Heidelberg bei der Expedition, Hauptstraße Nr. 23, und bei allen Großherzoglich Badischen Postämtern. Für Amerika, England, Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Spanien, Portugal u. s. w. übernehmen Bestellungen die Herren Gebrüder Bary in Straßburg.

Die Insertionsgebühren betragen 2 kr. für die Petitzeile oder deren Raum.

# Deutsche Zeitung.

№ 68. Heidelberg, Mittwoch 8. März. 1848.

## Uebersicht.

**Die deutsche Bundesvertretung.** — **Oesterreich.** (Die Antwort des Kaisers auf die Adresse der Stände. Die Antwort auf die Adresse der Studirenden. Die Adresse der Bürgerschaft. Die Antwort auf die Adresse der Bürgerschaft. Die Adresse der Universität. Die Antwort auf die Adresse der Universität

Mittelpunkt, den es nur zu stärken, aber nicht zu verschieben gilt. Es ist eine Schwäche, wenn man sich die Kraft der Thatsachen nicht zu, wenn man die Sache frisch greifen will, an der nur ihre zufällige Gestalt und Beschaffenheit beseitigt zu werden braucht.

Unser Wunsch wäre dem Allem zu Folge, daß der in der Heidelberger Versammlung ernannte Ausschuß, dem der Fortbetrieb des angefangenen Werkes anvertraut wurde, seine Entwürfe zu einer Bundesverfassung nicht auf einzelne Hauptzüge beschränkte, sondern in aller Vollständigkeit, mit aller Umsicht ausarbeitete, daß er ausrufe zur Einsendung von Projekten und Vorschlägen, und daß er unverweilt zur Vereinbarung über die anzustrebende Bundesverfassung eine allgemeindeutsche Versammlung berufe auf den bestimmten Ort, auf den bestimmten Tag, auf eine nicht zu entfernte aber auch nicht zu nahe Frist. Die Zeit drängt, doch ist in jedem einzelnen Lande zunächst genug im Heimischen zu thun; ein so großes Werk will vorbereitet sein; die Aussicht auf den energischen Angriff derselben wird ohnehin zufriedenstellen und beruhigen.

Es wäre selbstverständen nicht nur zu wünschen, sondern auch darauf zu bestehen, daß ganz Deutschland, ganz Deutschland, auch Oesterreich, auch die Provinz Preußen, auch Schleswig bei dieser Zusammenkunft vertreten seien.

Es wäre, um keinerlei Uebergewicht irgend eines Theiles bei der Berathung aufkommen zu lassen, nothwendig, daß ein Verhältniß der Vertretung und Stimmgebung beobachtet werde.

Es wäre, um die Berathung einer so verwickelten und schwierigen Materie nicht zu sehr zu erschweren, nothwendig, daß die Zahl der Abgeordneten begrenzt und nicht zu groß sei.

Wir wagen auch hier, um allen unpassenden formalen Berathungen und Streitigkeiten vorzubeugen, einen Vorschlag zu machen.

Die gegenwärtig versammelten Stände deutscher Staaten wählen aus ihrer Mitte (in beiden Kammern) ein Zehntheil ihrer Gesammtzahl zu stimmberechtigten Abgeordneten.

Die nicht versammelten Stände der einzelnen Staaten und der Provinzen von Preußen und Oesterreich suchen sich, je nach den Verhältnissen, zu eben einer solchen Wahl zu vereinigen.

Ist dies bei der (unvermeidlichen) Kürze der Zeit in größern Provinzen oder Staaten nicht möglich, so mögen der Abgeordneten aus einem solchen Distrikte so viele als möglich an Ort und Stelle erschienen, um dort aus ihrer Mitte die Zahl der sitz- und stimmberechtigten Mitglieder zu wählen. Es begreift sich von selbst, daß es in dem Drang der Umstände mit den Formalitäten nicht so genau zu nehmen ist.

Es sei der Gesammtzahl ständischer Abgeordneten, die von einem Staat oder einer Provinz zu Mitgliedern der in Rede stehenden Versammlung gewählt werden, verstattet, eine Anzahl guter und kundiger Männer, aus welchen Theilen Deutschlands es sei, die auch nicht ständische Abgeordnete sind, als sitz- und stimmberechtigte Mitglieder, einzuführen. Diese Zahl sollte sich indeß höchstens auf die Hälfte der Zahl des einheimischen Körpers belaufen.

Alles Uebrige wird man der Versammlung selbst überlassen dürfen.

Sie sollte in unserer Ansicht eine gänzlich loyale und patriotische Versammlung sein. Sie würde ihre Thätigkeit rein auf den in Frage stehenden Entwurf beschränken; sie würde den von ihr angenommenen Entwurf dem hohen Bundestage und dem öffentlichen Urtheile Deutschlands vorlegen; sie würde ihn mit Nichts unterstützen als mit dem Werthe, den ihre Arbeit in sich selbst trägt, und mit der moralischen Kraft, die eine solche Versammlung der Edelsten aus dem ganzen Vaterlande, eine erste solche Versammlung, ihrer Arbeit mittheilen wird. Gefahr kann dieser Versammlung nicht innewohnen, sondern Rettung. Bedenken sollen die Regierungen, die Behörden des Landes und Orts, wohin man sie anschriebe, die Männer selbst, die man beriefe, nicht haben, sondern Hoffnung und Freudigkeit; die Formen sollen nicht ängstlich gewägt, es soll die Sache ins Auge gefaßt werden, um die es gilt. Dieser Eine Gedanke der Festigung unsres Bundes und seiner Verfassung soll jetzt die ganze Nation bis zum untersten Manne durchdringen, alle Kräfte sollen sich anspannen, sie ins Werk zu stellen, alle anderen Bestrebungen sollen sich dieser Einen unterordnen: die Rettung, die Einigung, die Kraft des Vaterlandes hängt an dieser Einen Frage. Wann sollen wir sie lösen, wenn nicht jetzt, wo ein Nachbarvolk in furchtbarer Eintracht und gefahrdrohender Haltung neben uns lagert, ein nicht minder gefährlicher Feind im Innern wühlt? Kommt der schlimmste Feind von Allen hinzu, unsere eigene Unthätigkeit und Schlaffheit, unser Hinzögern der Zeit, unser Abwarten eines Maschinengottes, der uns helfen werde, so mag der lebendige Gott mit allen seinen Wundern zu uns stehen, oder dies theure Land mit allen seinen jungen Hoffnungen ist verloren.

**Oesterreich.** Unsere Briefe, sagt die Allg. Z., aus Wien reichen bis zum 2. März. Man kannte daselbst die Pariser Ereignisse bis zur Verkündigung der Republik. Den Eindruck auf die Börse schildern unsere gestrigen und heutigen Börsenberichte. Auch in Wien wurden die Zeitungen an vielen Orten vorgelesen. Wir müssen Alberes auf morgen verschieben und bemerken nur, daß auch unsere Briefe aus Wien den Abschluß des Anlehens von 30 Millionen Gulden von Rußland an Oesterreich bestätigen. Die durch preußische Blätter verbreitete Sage, daß die Mitglieder der kaiserlichen Familie 100 Millionen ihrer eigenen Vermögens zur Verfügung des Staats gestellt hätten, scheint irrig, umsomehr als jene Blätter das Frühstehagen der russischen Finanzoperation als Grund jenes Schritts bezeichnet hatten.

Aus **Preußen**, 28. Febr. Briefe aus St. Petersburg melden, daß daselbst die in den öffentlichen Blättern erwähnte Finanzoperation, der zu Folge ein Anlehen von 30 Millionen an Oesterreich stattfinden sollte, bereits abgeschlossen und von Sr. Maj. dem Kaiser Nikolaus sanktionirt worden sei, und daß letzterer sich bei dieser Gelegenheit der verbindlichsten Aeußerungen gegenüber von Oesterreich bedient habe, z. B. „daß es Sr. Maj. zur innigsten Freude gereiche, seinem Freund, dem Kaiser Ferdinand, diesen Dienst erweisen zu können".

Berlin, 3. März. Die Allg. preuß. Zeit. bemerkt: Nicht auf unbegründete Hoffnung hin geschah es, daß wir vor wenigen Tagen den deutschen Fürsten und den deutschen Stämmen zuriefen: Seid einig und durch Einigkeit stark; daß wir, fern von dem Gedanken einer Einmischung in die innern Angelegenheiten Frankreichs, doch mahnen durften: die Deutschen mögen schaefen Blickes den Bewegungen des Nachbarstaates folgen und zum Kampfe gerüstet sein, um den Frieden zu erhalten. Einmüthig im Osten und Westen, Süden und Norden Deutschlands hat sich die Presse für diesen Weg ausgesprochen: Keine Intervention, aber die Selbstständigkeit Deutschlands über Alles! So sprechen die rheinischen Zeitungen, so die sächsischen, so die süddeutsche, die deutsche Zeitung, so versucht man in Berlin und überall, von wo und wie das jetzt Kunde zugekommen. Dies ist ein schöner Beweis, wie gleichartig und lebendig das Nationalgefühl ist. Wenn daßelbe aber die Haltung nach Außen so richtig auffaßt, so wird und die Hoffnung zur Gewißheit, daß es auch die Rückwirkung der schwergewichtigen Ereignisse jenseit des Rheins auf unser innerestes nationales Leben eben so klar auffaße, und in gleichem patriotischen Sinne behandle. Der Sinn, in welchem dies von der hohen Bundesversammlung geschehen, ist der beste Beweis, daß die deutschen Fürsten und die deutschen Stämme in Einigkeit handeln können und wollen. Dann ist aber kein Zweifel, was auch die Zukunft bringen mag: „daß Deutschland auf die Stufe gehoben werden wird, die ihm unter den Nationen Europas gebührt — auf dem Wege der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts und der einheitlichen Entwicklung". (Der Sinn, in welchem das Volk die „Rückwirkung auf unser innerestes nationales Leben" auffaßt und behandelt, ist durch unzweideutige Thaten in Baden, Würtemberg, Hessen, Nassau, Baiern, Sachsen bereits klar geworden und wir zweifeln nicht, wie sich die südliche und westliche Hälfte Deutschlands aufgesprochen, so wird es auch die nördliche und östliche thun.)

Königsberg. Die poln. Posener Zeit. berichtet, daß in Königsberg in Pr. eine kommunistische Verbindung entdeckt worden und der Staatsanwalt Grothe dorthin abgereist ist, um die Untersuchung einzuleiten.

Köln, 3. März. Die hier unterzeichnete Adresse verlangt: 1) Errichtung einer Repräsentativ-Verfassung mit Verantwortlichkeit der Minister und entscheidendem Stimmrecht der Repräsentanten, allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wahlbarkeit in Kirche und Staat. 2) Freiheit der Presse und unbedingte Preßfreiheit. 3) Freies Vereinigungsrecht. 4) Verminderung und allmähliche Abschaffung des stehenden Heeres, Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung, Wahl der Führer durch das Volk. 5) Gleichheit vor dem Gesetz ohne Unterschied der Kulte. 6) Errichtung eines deutschen Parlaments. (Ueber die Vorfälle vom 3. morgen Näheres.)

Düsseldorf, 3. März. Die hiesige Petition an den König bittet (nach der Oberpostamtsz.) in ehrfurchtsvollster aber fester und

Digitized by Google

bestimmter Sprache um: die Verleihung einer liberalen Verfassung auf den breitesten Grundlagen, unbedingte Freiheit der Presse, Religionsfreiheit und Gleichheit der Bekenner aller Kulte in politischer Beziehung, Wählbarkeit der geistigen Fähigkeiten (die bekanntlich bisher in Preußen von der Künzlichen Merkfamkeit ausgeschlossen waren), Assoziationsrecht und Unterdrückung des noch in Berathung befindlichen Strafgesetzentwurfes. Nach der Verlesung drängte sich Alles zur Unterzeichnung der Adresse, die sowohl in Bezug auf ihren Inhalt als auch auf ihre Fassung von allen Anwesenden gebilligt wurde. Noch vormittwochs eilen Schaaren von Bürgern nach dem Versammlungslokale, so daß es seinem Zweifel unterliegt, daß die Eingabe morgen mit Tausenden von Unterschriften bedeckt nach Berlin abgehen wird. Ordnung und Anstand herrschen durchweg in der Versammlung. Von Seite der Behörden war ebenfalls zur Störung derselben Nichts unternommen worden.

**Baiern.** * München. Wir haben von hier eine ganze Reihe Briefe, und zwar von verschiedenen Korrespondenten erhalten, können davon jedoch nur wenige, und auch diese meist nur im Auszuge mittheilen. Im Ganzen machen sie den Eindruck, als liege in der Bewegung ein ganz geordneter Zusammenhang; oder wie könnte es sonst geschehen, daß man das bürgerliche Zeughaus nur schwach bewacht und die Waffen daraus rauben läßt, später aber die Bewaffneten wieder überredet, die Waffen abzuliefern, mit der Bemerkung: „man könne sie ja gelegenten Falles wieder holen!“ Die Münchner Bürsten mit ihren Waffen noch manches Andere aus den Händen gegeben haben. Einer unserer Korrespondenten bezeichnet den Fürsten Wrede als denjenigen, der sich zwischen die Forderungen und Wünsche des Volkes und die volle unverzügliche königliche Genehrung gedrängt habe. Wir lassen jetzt einige der Briefe folgen:

A München, 3. März. In den Mirren des gestrigen Abends machte sich namentlich der aus den drei Februartagen sich herschreibende Zorn gegen die Gendarmerie dadurch Luft, daß mehrere Wachthäuser derselben gestürmt und dort Möbel und Betten zerstört wurden. Einige von den Gendarmen ergriffen die Flucht, ein paar hatten kniend um ihr Leben, ein paar Andere schossen, wodurch zwei der Angreifenden verwundet wurden. (Einem derselben mußte bereits der Fuß amputirt werden). Erst um 2 Uhr Morgens war in der Stadt vollkommene Ruhe. — Mit vieler Lebhaftigkeit bei dem Angriffe auf seine Wohnung über die Gartenmauer die Flucht ergriffen; heute früh reitet er mit dreiwöchentlichem Urlaub ab, anstatt daß er nothwendig hätte entlassen werden sollen. — Gestern Abend erschien auch noch ein k. Reskript, welches einen Wechsel der Garnisen für die nächste Zukunft in Aussicht stelle. Doch wohl nicht als Strafe dafür, daß das Militär sich so human benommen hatte? Natürlich trug auch dies wesentlich zur Vermehrung der Mißstimmung bei. — Heute früh ward nun auf dem Rathhause große Bürgerversammlung gehalten und in derselben eine Petition an den König berathen, welche die bekannten Punkte verlangt. Nachmittags ward die große Adresse der Bürger dem König überge ben, welcher erwiderte, er werde sogleich Ministerrath abhalten und kann später die Antwort vernehmen lassen. Abends nach 7 Uhr erschien auch wirklich Fürst Wallerstein, der eben vom Könige kam, und erklärte, es sei soeben der Befehl unterzeichnet worden, „die zweite Kammer, die noch unter Abel's Einflusse und unter den Beschränkungen des §. 44 gewählt worden, sei aufgelöst, und die freigewählten neuen Vertreter des Volkes treten auf den 31. Mai einberufen, um mit ihnen die verfassungsgemäßen Wünsche des Volkes zu berathen.“ Auf alle übrigen Bitten erfolgte keine Antwort, jedoch ward in Bezug auf den Garnisenswechsel erklärt, daß vor der Hand an denselben nicht mehr gedacht werde. So gering nun auch die Zugeständnisse sein mögen, sie wurden doch mit Jubel aufgenommen, und deren Bekanntwerdung trug sehr zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung bei. Uebrigens hatten sich die Bürger, die Künstler und die Studenten dahin vereinigt, dem Militär bei Verhütung weiterer Exzesse gegen das Eigenthum beizustehen.

* München, 4. März. Soeben erhalten wir die k. Bekanntmachung wegen Einberufung des Landtags, die an Berks Stelle bereits vom Staatsrath von Volz unterzeichnet ist; sie lautet: Ludwig von Gottes Gnaden König von Baiern ꝛc. Zu Erwägung, daß die gegenwärtige Kammer der Abgeordneten durch die damalige Anwendung des Tit. I. §. 44. lit. c. der X. Verfassungsbeilage eine von den ursprünglichen Wünschen der Wähler wesentlich abweichende Zusammensetzung erhalten hat, und in der Absicht, Unserem Lande einen neuen Beweis Unserer landesväterlichen Gesinnungen zu geben, verordnen Wir hiemit auf den Grund des Tit. VII. §. 23. der Verfassungsurkunde, was folgt: Art. I. Die gegenwärtige Kammer der Abgeordneten ist aufgelöst. Art. II. Die neuen Wahlen, nach Maßgabe des Gesetzes vom 23. Mai 1846 über die Anwendung des genannten Tit. I. §. 44. lit. c. der Verfassungsbeilage, haben sogleich stattzufinden. Art. III. Die Kammer der Reichsräthe und die Kammer der Abgeordneten sind auf den 31. Mai dieses Jahres zusammenberufen, damit Wir mit den frei gewählten Vertretern Unseres Volks diesen verfassungsgemäße Wünsche in herzliche Berathung nehmen können. München, den 3. März 1848.

= München, 4. März. Während der nachmittägigen Volksversammlung auf dem Rathhause stürmte das Volk das städtische Zeughaus und holte sich seine Waffen, Hellebarden und Flamberge und hunderterhande Gewehre. Indeß erschien Prinz Karl mit der nochmals abgefandten Bürgerdeputation auf dem Rathhause und verlas Folgendes: „Die Stände des Reichs sollen am 16. dieses einberufen werden. München, 4. März 1848. Ludwig.“ Der Bürger Rospal ermahnte nun zur Ruhe, Aufrechthaltung der Ordnung und Rückgabe der aus dem Zeughaus genommenen Waffen. Das Volk gab nicht Gehör, sondern zog sich zu einer Abtheilung Bürger auf den Promenadeplatz. Dort suchten höhere Offiziere vom Linienmilitär ihnen ihr Beginnen auszureden. Vergebens. Auch der bekannte Deputirte Closen erbat sich das Wort und sprach: daß Alles erreicht sei, was man von Könige gewollt, daß Prinz Karl mit seinem Worte verbürgt habe, und für Erfüllung seines Wortes mit seinem Leben einstehe. Er übergenete wenig. Man forderte unmittelbar Einberufung, nur dann wolle man glauben, daß es Ernst sei! Prinz Karl kam selbst herbei, tritt der Reihe der Hellebardiere entlang und verlas dieselbe Erklärung, die er auf dem Rathhaus verlesen. Dennoch haben die jungen Männer (es sind sehr viele Studenten darunter und mögen im Ganzen 800 sein) die Waffen noch nicht abgeliefert, sondern zogen auf das Rathaus mit ihren Waffen gegen 5 Uhr. Viele Bürger halten es mit ihnen. Es kann heute Nacht noch zu bedenklichen Auftritten kommen. Die Residenz ist ringsum mit Militär umgeben; auch mehrere Kanonen sagen: noli me tangere! — Einer anderen Korrespondenz entnehmen wir die Stelle: Zu Folge der Adresse hat der König den Ministerrath zusammenberufen und auf dessen Antrag die bisherige Ständeversammlung aufgelöst, sogleich Wahlen für eine neue, mit Anfgebung des Rechts, den Urland zu verweigern, ausgeschrieben und die Ständeversammlung auf den 31. Mai einberufen. Letzteres, die natürliche Folge der Auflösung, macht einen sehr ungünstigen Eindruck. Die Bürger berathen eine neue Adresse.

= München, 4. März. Um 1 Uhr Nachmittags ist große Versammlung im Rathhaussaale angefagt; Jeder auf dem Volke kann daran Theil nehmen. Mehrere Bürger sprechen sich entschieden dahin aus, daß man nicht eher ruhen werde, bis Alles gewährt sei, was man in der Adresse verlange. Eher sei auch an keinen Frieden zwischen Fürst und Volk zu denken. Die Adresse der Mannheimer Bürger, die vorgelesen wurde, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Diese Entschiedenheit unserer Bürger und des Volkes überhaupt ist ein erfreuliches Zeichen für die Reife Deutschlands.

= München, 5. März. So drehend das Gesicht des gestrigen Tages war, so ruhig und friedlich war das der Nacht. Es rührte sich Nichts, und die Kanonen standen umsonst mit ihren geöffneten Rachen da. Mit dem letzten Eisenbahnzuge (gegen 8 Uhr) kamen einige Estadronen Chevauxlegers von Augsburg. Die Zeughausstürmer halten ihre Waffen bereits gegen 6 Uhr wieder ins Zeughaus abgegeben. Ein Mann von Bedeutung soll zu ihnen gesagt haben, sie könnten sie ja wieder holen, wenn sie sie brauchten. Ich glaube übrigens, man wird diesmal wohl bessere Vorsichtsmaßregeln treffen und am Ende die Waffen im Stillen wo anders hindringen. Das aber ist Alles von geringer Bedeutung, daß Alles mit einmal ernstliche Absichten hat, Waffen haben zu wollen. Unter den Bewaffneten sah man gestern ganz junge Leute, die kaum über 15 Jahre alt sein konnten. Ein kleiner, junger Tambur hatte eine alte Trommel umhängen, mit einem Schlägel aus uralten Zeiten. Prinz Karl mußte trop des ernsten Augenblickes lachen, als er die groteske Bewaffnung sah. — Alles Militär ist heute früh von der Residenz genommen, auch die Kanonen. Die Stimmung ist übrigens immer noch eine unruhige. Man ist besonders darüber ungehalten, daß in der Kelegskaffe kein Geld vorhanden. Alle Bekanntmachungen von gestern sind von den Straßenecken abgerissen.

Baierische Pfalz, 4. März. In Neustadt fand heute eine Zusammenkunft der Mehrzahl der pfälzischen Abgeordneten Statt; dieselben unterzeichneten eine Adresse, welche sie persönlich nach München überbringen werden. Die Hauptpunkte derselben sind nach der

Digitized by Google

Sp. 3.; 1) Unverzügliche Berufung der Stände; 2) Revision der Verfassung, namentlich des Wahlgesetzes, damit eine echte und wahre Volksvertretung Statt finde; 3) unbedingte Preßfreiheit; 4) Volksparlament für das eine und einige Deutschland; 5) Volksbewaffnung, mit freier Wahl der Führer, und zwar unverzüglich für die Pfalz; 6) Beeidigung des Militärs auf die Verfassung; 7) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und Schwurgerichte, da wo sie nicht bestehen, auch Zurückverlegung des Kassationshofes in die Pfalz; 8) Trennung der Justiz von der Verwaltung und Ueberweisung der Polizei an die Gerichte (in den jenseitigen Landestheilen); 9) Freiheit des Glaubens und der Lehre, mit gleichen Aufsprüchen zu allen politischen und bürgerlichen Rechten, ihre Rückkehr auf das Glaubensbekenntniß; 10) Freiheit der Gewerbe und des Grunds und Bodens, Ablösbarkeit aller Feudallasten zu billigen Bedingungen (betrifft die ältern Kreise); 11) Revision der Landrathe- und Gemeindegesetze und Recht zu freien Versammlungen der Bürger; 12) Revision der Steuergesetze, zur Erzielung eines gerechten Steuersystems.

**Nürnberg**, 3. März. Auch von hier aus ist eine Adresse abgegangen, welche die Kräftigung deutscher Zustände durch Reformen im Innern verlangt. Es heißt darin: Wir bezeichnen als solche: „I. durchgreifende und zeitgemäße Reform der bestehenden Wahlgesetze in allen ihren Richtungen; II. unbedingte Preßfreiheit; III. öffentliche Gerichtsbarkeit mit Geschwornen nach dem Vorbild Englands; IV. Beeidigung des Militärs auf die Verfassung; V. gleiche Berechtigung aller Religionen; VI. ein Polizeigesetzbuch; VII. Volksvertretung bei dem deutschen Bunde. Diese Forderungen sind gerecht, und allenthalben, wo nicht unbarmherzige Finsternis herrscht oder physische Gewalt jede freiere Regung unterdrückt, haben diese Verlangen in einer Weise sich kund gegeben, daß man wohl sieht, wie die Zeit der Erfüllung gekommen. Indem wir im vollsten Vertrauen auf unsern gerechten deutschen König der gewissen Hoffnung sind, daß es bei seinen Gesinnungen kaum einer solchen Anregung bedürfte, haben wir es gleichwohl für unsere Pflicht gehalten, unsere Wünsche, sowie unsere Gesinnungen zur Kenntniß Ew. königl. Majestät zu bringen. Doppelt gibt, wer schnell gibt, sagt ein alter Satz; und so stellen wir denn an Ew. königl. Majestät die allerunterthänigste Bitte: „es mögen Allerhöchstdieselben bei den drohenden Zeitverhältnissen vor Allem die Stände des Reichs einberufen und zur Vorlage der von uns gestellten Anträge die Initiative geben.“ ⁂

**Würtemberg**, 4. März. In Balingen, Calw, Crailsheim, Eßlingen, Heilbronn, Rottweil, Ulm sind Adressen vorbereitet oder schon unterzeichnet worden, welche sich den Wünschen für eine Reform der würtembergischen wie der deutschen Bundesverhältnisse entschieden anschließen.

♂ **Stuttgart**, 6. März, Morgens 9 Uhr. Die Bürgerkollegien sind auf dem Rathhause versammelt. Eine königl. Eröffnung soll ihnen vorgelegt werden, welche auf die Volkswünsche, die in der Adresse der Stuttgarter Bürgerschaft ausgesprochen waren, günstig sich einlasse. — Die Stände sind einberufen, wahrscheinlich auf Montag den 13. d., eine Nummer des Regierungsblattes wird erwartet.

**Dresden**, 3. März. Das Frankf. J. berichtet: daß in der heutigen Sitzung der Stadtverordneten ein Antrag, den König in einer Petition um Gewährung der Preßfreiheit, eines deutschen Parlamentes zu bitten, mit 34 gegen 24 Stimmen abgelehnt wurde. Dagegen wurde ein anderer Antrag, den König um Einberufung der Stände zu bitten, gegen 9 Stimmen angenommen.

* **Aus Leipzig**, 5. März, erhalten wir eine Extrabeilage zu Nr. 65 des Generalanzeigers, welcher über die Aufnahme der k. Antwort in Leipzig berichtet. Eine unzählbare Menschenmenge war schon auf dem Marktplatze versammelt. Pref. Biedermann verlas die ausweichende Antwort des Königs. Das Volk wollte sie nicht zu Ende hören. Blum mußte reden, er erklärte: in der nächsten Stadtverordnetensitzung den Antrag zu stellen, Stadtrath und Stadtverordnete möchten an den König die Bitte richten, die Minister zu entlassen Diese Versicherung erregte einen unermeßlichen Jubel, der lange jede weitere Mittheilung unterbrach. Als das Sprechen wieder möglich war, versicherte Prof. Biedermann, daß morgenden Tages um 11 Uhr eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten stattfinden solle. Das Volk zog nun vor die Häuser eines oder des andern mißbeliebten Mannes, um sein Mißfallen durch Katzenmusiken zu bezeugen; Blum hielt die Masse von weiteren Demonstrationen ab. Noch in der Nacht überbrachte eine Deputation aus der Bürgerschaft dem Stadtverordnetenvorsteher Werner das Gesuch, die Stadtverordnetenversammlung folgenden Tags in einem geräumigeren als dem gewöhnlichen Sitzungslokal abzuhalten. Es soll ihrem Wunsche entsprochen worden sein.

Ueber den Empfang der Deputation in Dresden wird der Deutschen Allg. Z. berichtet: Der König empfing die Deputirten zwar persönlich wohlwollend, dankte für die ausgesprochenen Gesinnungen, lies auch am Schlusse seine Leipziger grüßen, erklärte aber im Wesentlichen Folgendes: Die Deputation werde gewiß erwartet haben, daß der König eine sofortige und bestimmte Antwort auf die Adresse nicht ertheilen könne! Deßhalb wolle er auch jetzt auf den Inhalt der Adresse nicht weiter eingehen. Nur eine Bemerkung könne er nicht unerwähnt lassen: die Aeußerung, daß zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem Geiste des Volks die innige Eintracht und Wechselwirkung vermißt werde, durch die eine vollständige Ausführung der Verfassung möglich sei. Seit beinahe 18 Jahren habe er in Sachsen regiert; aber sein Gewissen gebe ihm das Zeugniß, daß seine Regierung stets in Uebereinstimmung gestanden habe mit den Grundsätzen der Verfassung, denen er auch ferner treu bleiben werde; das in der Adresse ausgesprochene Mißtrauen habe ihn tief geschmerzt. Eine nähere schriftliche Antwort auf die Adresse selbst werde sobald als möglich folgen. Nach der ziemlich langen Rede, die der König in der schriftlichen Beweguug, ja Erschütterung sprach, zog er sich, die Deputation verabschiedend, rasch zurück, sodaß zu einer etwaigen zweiten Ansprache der Letztern an ihn keine Gelegenheit war.

* **Aus Leipzig** sind uns ausführliche Berichte zugekommen, aus denen wir schon gestern einen Theil der Resultate mittheilten; sie ganz ausführlich zu geben, ist bei der gleichzeitigen Bewegung in Baden, Würtemberg, Hessen, Nassau, Baiern u. s. w. nicht möglich, vielmehr wird durch die Ueberfülle des Stoffes dringend geboten, uns so viel wie möglich auf das Thatsächliche zu beschränken. Aus der schon erwähnten Adresse der Leipziger Stadtverordneten heben wir noch einige Stellen hervor. Dieselbe weist zuerst darauf hin, wie die Rückwirkung der Vorgänge in Frankreich abermals Störungen der öffentlichen Ordnung bringen könnte, denn auch in Sachsen wie im übrigen Deutschland seien Anlässe zu solchen Besorchungen vorhanden, auch in Sachsen werde eine innige Eintracht und Wechselwirkung zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem Geiste des Volkes vermißt. Auf der andern Seite drohe ein Rückschlag, wenn die Gährung in Frankreich die Grenzen überschreiten sollte, oder durch eine Koalition der absoluten Mächte Frankreich herausgefordert und Rußland der willkommene Anlaß gegeben würde, mit seinen Waffen und seiner Politik uns zu umspannen. „Wir aber, und mit uns gewiß alle Deutschen wollen ebensowenig Russen als Franzosen werden, wir wollen weder unser Gut und Blut im Dienste des Absolutismus hingeben zur Unterdrückung freier Völker, noch aber auch, und wäre es selbst im Namen der Freiheit, deutsche Länder und deutsche Bevölkerungen von dem gemeinsamen Vaterlande losgerissen sehen“. Zum Schutze Deutschlands reiche aber die physische Macht allein nicht aus, es bedürfe zugleich jener moralischen Macht, welche nur aus der innigen Begeisterung der ganzen Nation für die Sache des Vaterlandes und seiner Institutionen entspringt. „Solche Institutionen gibt es hauptsächlich zwei, von deren ungesäumter Herbeiführung wir uns die wohlthätigsten Folgen für die Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands versprechen. Es sind dies: die Entfesselung der öffentlichen Meinung, der Presse im ganzen Umfreise des deutschen Bundes und die Berufung von Vertretern sämmtlicher deutschen Völker an den Sitz des Bundestages, um die hohe Versammlung mit der moralischen Macht eines öffentlich ausgesprochenen und verkörperten Nationalwillens zu umgeben, um jenen Zusammenhang zwischen ihr und der Nation herzustellen, der jetzt so oft vermißt wird, um ihren Beschlüssen eine sichere Grundlage und einen starken Rückhalt in dem Vertrauen und den Sympathien aller deutschen Völker zu geben und dem Auslande zu zeigen, daß Deutschlands Fürsten und Völker Eins sind in dem Entschlusse, jeden fremden Angriff und Einfluß auf Deutschland abzuwehren.

**Baden. Karlsruhe**, 4. März. Die hies. Z. berichtet: Wie man vernimmt, ist die Versetzung des großherzoglichen Bundestagsgesandten auf einen andern Posten beschlossen worden. Dasselbe Blatt bemerkt: Schon vor vierzehn Tagen hatte Staatsrath Regnauer um Enthebung von der Leitung des Finanzministeriums gebeten; eben so suchte vor acht Tagen der Chef des Justizministeriums, Staatsrath Trefurt, um Enthebung von seiner Stelle nach. Heute verlautet, daß beide ihre Gesuche dringend wiederholt haben. (Wie wir hören, ist die offizielle Anzeige der Ministerveränderungen jeden Augenblick zu erwarten.)

* **Heidelberg**, 6. März. Privatnachrichten zufolge hat sich

Digitized by Google

in Bruchsal, in Neckarbischofsheim, auch in Emmendingen und anderwärts der rohe Judenhaß in beklagenswerthen Excessen geäußert; inwieweit die starken Schilderungen daran begründet sind, müssen wir abwarten. Denn wir leben in einer Zeit der feststehenden Allarmgerüchte; aus auswärtigen Blättern erfahren wir Nachrichten über Unruhen, die hier und in der Nähe stattgefunden haben und worüber man hier Nichts weiß; uns erzählt man von Mannheim die beunruhigendsten Geschichten, während der Bürgermeister dieser Stadt öffentlich bekannt macht, es sei an allen Gerüchten über Brandstiftung und Zerstörungswuth auch kein wahres Wort, vielmehr habe nach officieller Mittheilung in den letzten fünf Tagen nicht eine einzige Brunst stattgefunden. — Daß indessen in bewegten Zeiten auch die Hetz zu Tage kommt und den alten Judenhaß wieder anfacht, hat nichts Unwahrscheinliches; nur sollte in allen diesen Erscheinungen, ob Thatsachen oder Gerüchten, die ernsteste Aufforderung liegen, auch keinen Tag zu zögern mit der Volksbewaffnung. Es liegt nun in den Händen der Bevölkerung selbst, die raschesten Schritte zu thun; man scheint aber das Selbsthandeln und Selbstsorgen noch nicht gewöhnt zu sein.

**Hessen.** ** Darmstadt, 6. März. Vorgestern war bereits eine Deputation der Bürger bei dem Erbgroßherzog und legte ihm die Wünsche vor. Ebenfalls vorgestern noch war der Beigeordnete K. längere Zeit bei dem Erbgroßherzog und machte ihn mit der Lage des Landes und der Stimmung der Bürger bekannt. Gestern früh empfing der Erbgroßherzog die Abgg. Emmerling und Eigenbrodt. Dieselben waren nachher auch bei andern Prinzen. Der Stadtvorstand übergab noch Vormittags dem Erbgroßherzog die Adresse, welche ich Ihnen bereits gestern schickte, und empfahl ihm noch mündlich, für die Entlassung des Ministers Sorge zu tragen. Inzwischen hatten schon Tags zuvor die Prinzen Georg und Karl den Großherzog gebeten, von den Regierungsgeschäften sich zurückzuziehen, gegen 1 Uhr Mittags erfolgte die Ernennung des Mitregenten mit Uebertragung aller Regierungsgeschäfte. Um 4 Uhr große Volksversammlung im Freien; dort wurde unter Anderm verkündet, daß Gagern von dem Erbgroßherzog bestimmt sei, an die Spitze des Ministeriums zu treten. Die Menge zog vor Palais und Schloß, um den Großherzog und Erbgroßherzog zu begrüßen, und empfing dann am Bahnhof Gagern, der von Heidelberg zurückkehrte. — Um 4 Uhr aber auch feierliche Sitzung erster und zweiter Kammer, wo Du Thil den Mitregenten proklamirte und — wenn ich nicht irre — Volksbewaffnung und ein Gesetz über Volksversammlungen vorschrab. Daß du Thil noch fungirte, hat sehr böses Blut gesetzt. — Vermittags ½9 Uhr. Gestern Abend haben einige Dragoner auf Bürger vor dem Haus Mittgenstein eingehauen; kommandirt von Offizieren waren sie nicht. Es sind bereits mehrere hundert Odenwälder da; um 10 Uhr sollen Tausende von Rheinhessen kommen. So lange du Thil am Ruder ist, gibts keine Ruhe; aber heute wird Gagern Minister, oder es geht die nächste Nacht nicht ruhig hin.

* Darmstadt, 6. März. Ludwig von Gottes Gnaden Großherzog und Mitregent von Hessen und bei Rhein. Nachdem Unser Herr Vater, des Großherzogs Königliche Hoheit, beschlossen haben, durch das Edikt vom gestrigen Tag Uns zum Mitregenten zu ernennen — eine Anordnung, der Wir Uns in Betracht der durch das vorgerückte Alter Unseres Herrn Vaters gegebenen Veranlassung mit Schmerz unterzogen haben, — ist es Uns ein Bedürfniß, Unserm Volke den Dank für die treue Liebe, welche es bisher Unserm Hause bewährt hat, zu verkünden und die Zuversicht auszusprechen, daß Uns diese Liebe und das Vertrauen in Unsere wohlwollenden Absichten werden bewahrt bleiben. Was zur Gewähr politischer und bürgerlicher Freiheit gehört, soll Unserm Volk nicht vorenthalten bleiben. Wie zählen auf die verfassungsmäßige Mitwirkung und Unterstützung Unserer Stände bei Leitung der Landesangelegenheiten, und Wir finden darin eine Gewähr des Vertrauens des Volkes. Die Presse ist frei, die Censur hiermit aufgehoben. Wir werden den Ständen eine allgemeine Volksbewaffnung in Vorschlag bringen lassen. Das Militär wird auf die Verfassung fort bereidigt werden. Wir werden den Ständen unverzüglich einen Gesetzentwurf auf Aufhebung des Art. 81 der Verfassungsurkunde vorlegen lassen, damit das Petitionsrecht und das Recht der Volksversammlungen frei ausgeübt werden können. Die freie Ausübung aller religiösen Kulten ist gestattet. Die Bundesverfassung hat die gerechten Forderungen des deutschen Volkes auf nationale Geltung nicht befriedigt; dadurch haben Wir die Ueberzeugung gewonnen, daß eine Nationalvertretung zur Vervollständigung der Organisation und zur Festarkung Deutschlands wesentlich beitragen wird. Wir werden Uns nach Kräften bemühen, bei den mitverbündeten deutschen Fürsten dieser Ueberzeugung Eingang zu verschaffen. Der Wunsch des Volks, daß für ganz Deutschland ein Civil- und Strafgesetz und dieselben Formen des Verfahrens gelten möchten, theilen Wir ganz und werden in diesem Sinne wirken. Einstweilen werden Wir in Anerkennung des dringenden Bedürfnisses in den beiden diesseitigen Provinzen den Ständen alsbald Gesetzesentwürfe über ein neues auf Mündlichkeit und Oeffentlichkeit gegründetes Civil- und Strafverfahren, verbunden mit Schwurgerichten und Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände, vorlegen lassen. Der Provinz Rheinhessen sind bis zur Einführung einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung ihre Institutionen und Gesetze garantirt. Den Ständen wird ein Gesetzesentwurf auf Zurücknahme des Polizeistrafgesetzes unverzüglich vorgelegt werden. Wir haben durch diese Zusagen die Bitten bereitwilligst gewährt, die in der gegenwärtigen kritischen Lage zu Unserer Kenntniß gekommen sind, und stellen mit Vertrauen die öffentliche Ordnung unter den Schutz der Freiheit und der Bürger, welche sie lieben. Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels. Darmstadt, 6. März 1848. Ludwig. Der Minister des Innern: H. Gagern.

**Nassau.** * Wiesbaden. Hier erschien vom 5. März folgendes herzogl. Schreiben an sein Volk: Getreue Nassauer! Gestern Nachmittag von einer achttägigen Reise zurückgekehrt, habe ich die außerordentliche Lage des Landes erfahren. Ihr habt von mir gefordert: 1) Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl seiner Anführer, namentlich sofortige Abgabe von 2000 Flinten und Munition an die Stadtvorstehe von Wiesbaden. 2) Unbedingte Preßfreiheit. 3) Sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments. 4) Sofortige Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. 5) Recht der freien Vereinigung. 6) Oeffentlichkeit, öffentliches mündliches Verfahren mit Schwurgerichten. 7) Erklärung der Domänen zum Staatseigenthum, unter Kontrole der Verwaltung durch die Stände. 8) Sofortige Einberufung der zweiten Kammer lediglich zur Entwerfung eines neuen Wahlgesetzes, welches auf dem Hauptgrundsatz beruht, daß die Wahlbarkeit nicht an einen gewissen Vermögensbetrag gebunden ist. 9) Sicherung aller Bewegungen der verfassungsmäßig zusammenkommenden Religionsfreiheit. Diese Forderungen, deren Gewährung Euch, mein Minister versprochen und meine Mutter und mein Bruder mit Ihrem Namen verbürgt haben, genehmige ich und werde ich halten. Habt Vertrauen auf mich, wie ich Vertrauen habe auf Eure Treue und Muth, wenn das Vaterland bedroht ist und Eurer bedürfen sollte. Die erste dieser Forderungen, die Volksbewaffnung, hat sich bereits gestern bewährt durch die muthige und treue Haltung der Bürgergarde von Wiesbaden und ich rechne darauf, daß sie auch überall im Lande mit Ordnung in Ausführung gebracht wird. Getreue Nassauer! Jetzt gilt es, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten; dies ist um so nothwendiger in einer selbstständigen freien Gemeindeverfassung, die ich Euch gerne geben werde. Nassauer! wie ich mich auf Euch verlasse, so verlaß Euch fest auf Euren Herzog. Wiesbaden, 5. März 1848. Adolph.

**Homburg,** 5. März. Auch hier ist eine Adresse an den Landgrafen unterzeichnet worden, welche Preßfreiheit, Schwurgericht, deutsches Parlament, Associations- und Petitionsrecht, bürgerliche Gleichheit der Konfessionen, allgemeine Volksbewaffnung, politische Amnestie, eine zeitgemäße Gemeindeordnung, Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände, Einführung einer Verfassung und andere Punkte verlangte. Nach dem Frankf. Journ. nahm der Landgraf die Adresse „allergnädigst“ entgegen und genehmigte sie im Allgemeinen mit dem Bemerken, daß über einige Punkte noch eine Christliche Resolution nachfolgen solle, worauf die Bürgerschaft unter niederholtem Vivat ruhig und friedlich das fürstliche Residenzschloß verließ. Die Vertheilung der Waffen an das Volk soll morgen schon geschehen.

○ Koburg, 4. März. Eine Petition an den Herzog ist in Umlauf. Sie enthält die Erklärung, daß die Bürger der Stadt Koburg dem aller Orten kund werdenden dringenden Verlangen nach Preßfreiheit, Schwurgerichten, Volkswehr und Vertretung bei der Bundesversammlung sich anschließen. Es wird um Einberufung der Stände gebeten. — Welch ein Nationalglück ist es, daß in diesen hochwichtigen Tagen Baden zweite Kammer, die unermüdliche und unerschrockene Verfechterin deutscher Volksrechte, versammelt ist.

† Frankfurt a. M., 6. März. Wir freuen uns sehr, ich in Folge eingezogener Erkundigungen in den Stand gesetzt, der auch durch Ihr Blatt verbreiteten Nachricht von einem zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse auf das Entschiedenste zu widersprechen. Dagegen kann ich versichern, daß nähere Beziehungen zwischen Preußen und England

Digitized by Google

eingetreten, und daß wegen gemeinsamer, eventueller Defensivmaßregeln Verhandlungen eröffnet worden sind. — Was aus guter Quelle über die jetzt in Berlin herrschende Stimmung laut wird, berechtigt zu der zuversichtlichen Annahme, daß Preußen ehrlich und offen zu Deutschland halten und in keiner Weise dem Anstinnen nachgeben werde, die nur zu wahrscheinlich von der einen oder der andern Seite um dynastischer Interessen willen, gestellt werden möchten. — Die Sendung des Hrn. v. Radowitz nach Wien hat, so heißt es, nur den Zweck, dort über diejenige Politik, welche Preußen sich selbst und Deutschland in dem gegenwärtigen kritischen Momente schuldig zu sein glaubt, die geeigneten Erklärungen abzugeben. Daraus läßt sich schließen, daß es nicht in der Absicht Preußens liegen dürfte, in eine Verhandlung mit Oesterreich sich einzulassen, daß es vielmehr fest und entschlossen seinen eignen Weg gehen will. Freudig begrüßt man hier die Hoffnungen, welche an diese Kunde sich knüpfen. — Die treffende Schilderung der jetzt nebeneinander gehenden, aber höchst verschiedenartigen Volksbewegungen, welche ein Artikel aus Karlsruhe in Nr. 66 Ihrer Zeitung enthielt, paßt Wort für Wort auf die hiesigen Zustände und auf die manchen andern Städte und Staaten. Die Gefahr, die von Seite der Wühler droht, welche, sei es nach dem Phantom einer deutschen Republik, sei es nach Blut und Rache, sei es nach Geld und Gut, schreien, hat auch hier die einmüthigste und aufopferndste Thätigkeit und Wachsamkeit der Bürger und Einwohner in die Schranken gerufen. Es gilt, auch um der Güter willen, nach denen die wahren und besonnenen Vaterlandsfreunde trachten, es gilt, jene Wühlerien und Experimente mit Stumpf und Stiel, mit aller Kraft und Strenge auszurotten. Nur wenn Ruhe, Sicherheit und Vertrauen wiederhergestellt sind können die großen Aufgaben gedeihlich gelöst werden, welche allen deutschen Regierungen jetzt obliegen.

## Großbritannien.

London, 4. März. Das Morning Chronicle, wie die meisten englischen Blätter, geben sich, gestützt auf die bisherigen Handlungen und Verfügungen der provisorischen Regierung, den besten Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens hin. Auch der Sun schwärmt jetzt für Lamartine, dessen praktischen Sinn er bei jetzt bezweifelt hatte; Lamartine, sagt dieses Blatt, habe jetzt mehr Macht in Händen, als selbst der „furchtbare" Guizot je gehabt, aber nicht eine Macht, gegründet auf Festungen, auf Geschütze, auf hunderttausend Mann, sondern eine viel wirksamere und ungerstörbarere, die Macht des sittlichen Ansehens und Einflusses, unterstützt durch Muth, Redlichkeit und Genie. Wer aber die Dinge ruhig prüft, wird sich diesen Friedenshoffnungen nicht mit ganzer und voller Seele hingeben können. In Revolutionszeiten werden die Ereignisse oft mächtiger als die Personen. Erschrint auch Paris als der Hauptkrater, so ist doch der ganze Boden Europas vulkanisch; kleinere Krater waren schon vorher da, und an Lavaergüssen hat es nicht gefehlt. Lamartine wird schwerlich Herr der Lage bleiben, die Lage wird über ihn Herr werden. Das Programm der Regierung verspricht allen Völkern Friede und Eintracht, aber es enthält auch das Versprechen, daß die französische Nation sich der schwachen Völker gegen die mächtigen annehmen werde. Dies ist ein Punkt, welcher der Kriegspartei, die ohne Zweifel in Frankreich früher oder später ihr Haupt erheben wird, eine willkommene Handhabe bietet. Wenn das republikanische Frankreich sich und seinem Programm treu bleiben will, kann es seinen thätigen Schutz seinem Volke versagen, welches sich gegen seinen fremden Gewalthaber und in weiterer Folge gegen seinen eingeborenen Herrscher erhebt. Um ein kleines Ländchen wie Neuenburg kann sich zuletzt ein Weltkampf entzünden. Die auswärtige Politik hat zu Ludwig Philipps Sturze vorzüglich auch mehr beigetragen, als seine innere; im Hintergrunde der jüngsten Revolution, abgesehen von ihren idealen Zwecken, schlummert die Hoffnung, die eingebüßte „gloire" wieder einzubringen. Daher rüstet man sich, aber mit den Waffen, die hier allein helfen können; hoffen wir, daß es nicht bereits zu spät ist, sie zu schmieden.

Ein Glücksfall für das Ministerium ist die glückliche Beendigung des Kaffernkrieges, welche auch den Ministern die Verschiftstiftung auf Erhöhung der Einkommensteuer erleichterte oder dazu den günstigen Vorwand gab. Oberst Somerset hatte die Kaffern so in die Enge getrieben, daß sich der Häuptling Pato mit zwölf der Seinigen endlich auf Gnade und Ungnade ergab. Zweitausend nackte, arme, jämmerde und hungernde Kaffern wurden in einen Kreis gestellt, und der neue Statthalter, Sir H. Smith, in der Mitte stehend, las ihnen dort dafür den Text, daß sie es gewagt, bisher auf freier Faust zu leben und ihre Existenz gegen die Briten zu vertheidigen. Der an England abgetretene Landstrich liegt zwischen dem Keiskama und dem Fischflusse und soll künftig Viktoria heißen; der andere, welcher Britisch Kaffernland genannt wird, erstreckt sich vom Keiskama bis zum Kei und wird im Besitz der Kaffern bleiben, jedoch unter britischer Oberhoheit. Die ofindischen Völkerschaften können den Kaffern sagen, was eine Existenz unter britischer Oberhoheit zu bedeuten hat.

Der Standard hat von den Lords der Admiralität die Mittheilung erhalten, daß Ludwig Philipp und die Königin in einem kleinen Schiffe auf englischem Boden gelandet seien. Ein Brief in dem Sun gibt näher Details. Ludwig Philipp und Marie Amelie kamen auf dem Packetboote Express in Newhaven an. Sie waren auf das Aeußerste ermüdet und angegriffen und verlangten nur vor Allem Betten, um zu Ruhe zu kommen. Der König hatte eine grüne Blouse an und darüber einen Ueberrock, vom Kapitän des Schiffes geborgt. Der König hatte nicht das mindeste Gepäck bei sich. Guizot ist ebenfalls in Folkstone angekommen, Herr Duchatel ist in Brighton. Die Kurse heben sich etwas, doch schwerlich auf die Dauer. Consols 82¼.

## Frankreich.

Paris, 3. März. Die Honigtage der jungen Republik scheinen kurz sein zu sollen. Schon trübt sich der Himmel, die bisherige wenigstens scheinbare Eintracht, erleidet bedenkliche Störungen, Klagen werden laut, Unzufriedene fangen an zu murren, und manches für Rothwendigkeit Gehaltene zeigt sich im Lichte der Unnöthigkeit. Hören wir den Courrier français, so erheben sich bereits von entgegengesetzten Seiten Beschwerden gegen die Anfangs so freudig und einmüthig begrüßte Regierung. „Wie, sagt man auf der einen Seite, Ihr beschäftigt Euch so wenig mit der auswärtigen Politik, während eine europäischer Koalition uns bedroht, und Ihr widmet alle Eure Sorgfalt der Idee der Organisation der Arbeit, die Ihr der Nationalversammlung überlassen sollte? Was, sagt man auf der andern Seite, Ihr besaßt Euch damit, Verfügungen auszuarbeiten, Proklamationen an die Stadt Paris zu richten und ein wenig Ordnung in der Hauptstadt herzustellen, und Ihr denkt nicht an Frankreich, welches die Einberufung der Wahlversammlungen erwartet, um Vertreter zu ernennen, denn es bei diesem gewichtigen Zusammentritte der Leidenschaften und Interessen bedarf?" Mitten zwischen diesen beiden widersprechenden Vorwürfen taucht ein dritter auf, welcher besagt: Ihr thut gar Nichts, Ihr versteht gar Nichts, Ihr vermögt gar Nichts, und wir rufen den Zorn des bewaffneten Volks auf Euch herab."

Die „Presse" übersteigt weit uns in die Klagen und Besorgnisse des Gewerbs- und Handelsstandes ein. Die Geschäfte stocken, Handel und Wandel geht zu Grunde! lautet die jetzt noch schüchterne Beschwerde der Ladenbalter und Zuhaber von Werkstätten. Die „Presse" will zur Ruhe sprechen, aber ihre Beweisführung klingt fast verzweifelt. „Entweder, sagt sie, wird die französische Republik dahin führen, daß alle diejenigen, welche Etwas besitzen, durch diejenigen, welche erwerben wollen, ohne zu arbeiten, geplündert und niedergemetzelt werden, oder die Republik wird die Lösung aller rückständigen Fragen mit sich bringen. Im ersten Falle, wenn man doch ein Mal zu Grunde gehen muß, wozu nützt es, seine Habe zu vermehren und sich in seinem Geldkasten zu versteden, wie der Hase in seinem Lager? Warum seine Gewohnheiten verändern und sich die frühern Genüsse versagen" u. s. w. Kurz, die „Presse" verlangt, daß Jedermann beim Heile der Republik und bei seinem eignen Heile in der bisherigen Lebensweise fortfahre, daß er nach wie vor Geld ausgebe, kaufe und verzehre, daß er so bandle, als ob er die Zukunft für vollkommen gesichert hatte. In dieser Voraussetzung wird Handel und Gewerbe ohne merkliche Störung in der bisherigen Weise fortgehen, und damit wird dann allerdings eine mächtige Bürgschaft der Ordnung und des innern Friedens gewonnen sein. Das Räsonnement ist richtig, aber daß die wohlhabende Bevölkerung von Paris dasselbe befolgen werde, wagen wir kaum zu hoffen.

Eine nicht geringe Schwierigkeit für die Regierung bildet ferner der allgemeine Sturm von Stellenjägern, der sich gegen das Stadthaus von Paris erheben hat. Man kann gerade nicht sagen, daß die Regierung bis jetzt sparsam gewesen sei gegen die Freunde ihrer Mitglieder (viele von denselben sind in Aemter eingesetzt, denen sie nicht entfernt gewachsen, die ihrem bisherigen Geschäftskreise völlig fremd sind, so namentlich viele Zeitungsschreiber), die Befriedigung aller Ansprüche aber, oder auch nur des hundertsten Theiles derselben gehört in das Reich der Unmöglichkeit. Binnen zwei Tagen sollen sich über 100,000 Bittsteller im Stadthause gemeldet haben.

Digitized by Google

Reden der officiellen Bewegung, die von der provis. Regierung ausgeht, sowie von ihren Ministerien, geht die nicht officielle, volksthümliche, ursprüngliche Bewegung ihren eigenthümlichen Gang weiter. Die alten Journale erlöschen theils, theils treten sie durch ihren geringen Sinn für die neue Staatsverfassung in den Hintergrund. Dies geht soweit, daß selbst die alten Witz- und Spottblätter, von denen man glauben konnte, ihr Reich sei jetzt gekommen, all' ihren Witz und all' ihre Satyre verloren haben. Charivari und Corsaire sind matt — es sind alte Menschen. Wie Pilze wächst neben ihnen eine Masse neuer Zeitungen in allen Formaten, erscheinend zu allen Stunden des Tages, in Form von Maueranschlägen, Flugblättern und regelmäßigen Lieferungen, in Octav, Quart und Riesenformat, aus dem aufgewühlten Boden. Sie alle tragen Namen von Journalen der ersten großen Revolution von 1789: La Sentinelle du peuple, Le Représentant du peuple, L'ami du peuple, La voix du peuple, Le Républicain, La République, Avenir u. s. w. Auch diese Namen, sowie der ganze Schreibart beweisen uns, daß selbst diese neuen Blätter alten Menschen angehören, unter denen wir nur Pascal Dupras, Lamennais, Dupleßis, Raspail nennen. Also auch hier hat die Republik ihre Originalität noch nicht gefunden. Wirksamer sind einige früher unbeachtete Blätter, als der Populaire von Cabet, die Fraternité, und, um die volle Wahrheit zu sagen, es hat die innere Charaktereigenthümlichkeit der „Presse", Hrn. v. Girardin's Organ, eine sicherer Existenz unter der Fluth neuer Erscheinungen der Journalistik bewahrt.

Neben der Journalistik geht das Klubwesen seinen Gang. In allen 12 Stadtbezirken von Paris bilden sich Klubs, und auch hier wird man es an den alten Namen, Jakobiner und Cordeliers, Freunde der Freiheit u. s. w. nicht fehlen lassen. Zugleich mit der vollen Preßfreiheit ist auch das unbeschränkte Assoziationsrecht erstanden, und gleichsam um es zu intheonisiren und zu regularisiren, um, wie sich ein Regierungsorgan, der „National", ausdrückt, den Strom in einen Fluß zu verwandeln, hat die Regierung einen Regierungsklub für die Arbeiter in der ehemaligen Pairskammer errichtet. Allein in den Klubs so wenig als in den Zeitungen kann sich die ursprüngliche rohe Gewalt entfalten; man wird die erste Revolution nachahmen, aber niemals erreichen, man wird in sie den Sinn mittbringen, in den man erzogen wurde, d. h. den bürgerlichen der Extreme möglichst vermeidenden Verstand. Dies ist der wesentliche Formzuschnitt der volksmäßigen, neben der Regierung bergehenden Bewegung. Mäßig Unmittelbarkeit und ein schliches Bestreben zur Mäßigung. Zugegeben, daß es nicht kommt, daß auf der Arena noch keine neuen Menschen aufgetreten sind, so liegt in dieser Wahrnehmung doch eine Bürgschaft für die nächste Zukunft. Kommt dann die Nationalversammlung und bringt sie auch neue Menschen auf die Bühne, so finden diese doch bereits die Hauptposten von einer Wache besetzt, deren Losung Ordnung in der Freiheit und Mäßigung ist. Wie sich die Dinge aber im Fall eines gewaltsamen Zusammenstoßes der Alten und der Neuen gestalten werden, darüber eine Meinung zu äußern, würden wir zur Zeit noch für sehr voreilig halten.

Die hiesigen Deutschen werden heute Abend eine Adresse entwerfen, worin sie dem französischen Volke ihre Sympathien für die Sache der Republik aussprechen werden. Jedoch verwahren sie sich in derselben gegen jeden Gedanken Frankreichs, die Freiheit mit Waffengewalt nach Deutschland bringen zu wollen. Einige Deutsche sind bei der provis. Regierung um Nationalisirung eingekommen. Es ist so gut wie gewiß, daß diesem unwirksamen Begehren in einem Augenblick, wo Deutschland seiner Männer wohl selber bedarf, wenn auch sicherlich nicht aus diesem Grunde, nicht entsprochen werden wird. Ein jeder der in Paris lebenden Deutschen, der einen Funken von Ehrgefühl hat, fühlt sich durch diesen Schritt tief verletzt. Auch die hiesigen Amerikaner haben unter der Präsidentschaft des Hrn. Deaper Esq. aus Massachusetts heute früh ein Meeting gehalten, in welchem sie eine in stylistischer Beziehung meisterhaft abgefaßte Adresse an die provisorische Regierung erließen.

Man versichert, daß die Arbeiterversammlung im Luxembourg gestern keineswegs so ruhig verlief, als eine gestern mitgetheilte Ordonnanz glauben läßt. Mit größter Mühe gelang es den HHrn. L. Blanc und Marie, die Arbeiter zu einer Frist von 24 Stunden zu bestimmen, in welcher eine Entscheidung wegen der Verkündigung der Arbeitslosigkeit und wegen der Marchandage erfolgen müsse.

Gestern wurde eine Todtenfeier zum Gedächtniß Armand Carel's gehalten. Hr. Marrast hielt an dem Grabe seines Freundes eine Rede, in welcher er die Verdienste desselben hervorhob; Hr. E. Girardin, der Carrel erschossen, klagte sich dieser unglücklichen That an und huldigte den Manen des Gefeierten. Hr. Marrast erklärte diese Worte Girardin's für einen neuen Beweis der Einigkeit aller Franzosen (das Duell zwischen C. und G. war nämlich ein politisches gewesen, und die Partei des National, dessen Redakteur M. ist, lebt seit jener Zeit in tödtlicher Feindschaft mit G.), und er schloß damit, daß die Gebeine Carrels mit denen Cavaignacs (gleichfalls republikanischer Schriftsteller, Bruder des jetzigen Statthalters von Algerien, und Sohn des gleichnamigen Konventsmitgliedes und „Königstödters") demnächst im Pantheon, dargestellt werden sollen. — Das Ganze hatte einen Anstrich von Komödie, und zwar einer schlechten Komödie, die am hellen Tage gespielt wird.

Der englische Botschafter Lord Normanby hat sich gestern zu Hrn. von Lamartine begeben und ihm die am Abende vorher erhaltenen Depeschen Lord Palmerston's mitgetheilt. Der Inhalt dieser Depeschen ist Folgendes: Das englische Kabinet zeigt dem Botschafter an, daß England auch nicht einen Augenblick anstehe, das Recht anzuerkennen, das Frankreich haben sich eine Regierung nach seiner Wahl zu geben, er fügt hinzu, daß, wenn auch die diplomatischen Gebräuche nicht gestattet bei einer provisorischen Regierung einen Botschafter zu akkreditiren, England nur die Einsetzung einer definitiven Regierung durch die Nationalversammlung erwarte, um einen Botschafter in Paris zu beglaubigen. Einstweilen bevollmächtigt Lord Palmerston den Marquis von Normanby mit der provisorischen Regierung nicht bloß in den herkömmlichen, sondern in den besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu bleiben.

Das ganze Personal der franz. Gesandschaft in London hat seine Entlassung gegeben.

**Paris**, 4. März. Der Finanzminister macht bekannt, daß das am 22. d. M. fällige Semester der 4, 4½ und 5% Schuld vom 6. d. M. an vorausbezahlt werden soll. Die 3proc. Rente, welche bekanntlich den beweitem größten Theil der franz. Staatsschuld bildet, ist in dieser Maßregel nicht mitbegriffen.

Die Regierung macht die folgende amtliche Meldung aus Rouen vom 3. bekannt: „Bürger Minister, der ehemalige König Louis Philipp, der seit mehreren Tagen in der Nachbarschaft von Trouville verborgen war, ist mit der Fluth von gestern Abend von Honfleur nach Havre übergesetzt und hat sich dort auf dem Dampfboot Express nach England eingeschifft. Die Vorbereitungen zu dieser Einschiffung wurden sorgfältig geheim gehalten, und die Kapitäne der Dampfschiffe, welche bei dieser Reise benutzt wurden, wußten gar nicht, wozu sie mitwirkten. Ich bin erst in dem jetzigen Augenblick von Leuten benachrichtigt worden, die bei der Einschiffung thätig waren." Gruß und Brüderlichkeit. Gez. P. Deschamps, außerordentlicher Regierungskommissär.

Eine andere Depesche aus Avranches vom 3. datirt meldet, daß die Herzogin von Orleans (soll wahrscheinlich heißen von Nemours) mit ihren Kindern und Hrn. Guizot von Granville nach Jersey übergesetzt sein, und daß man dort ein Dampfboot zu ihrer Verfügung gestellt, um sie nach England zu bringen.

**Lyon**, 29. Febr. Das Volk hat ein Kloster gestürmt und verwüstet, dessen Mönche sich seit langer Zeit dadurch verhaßt gemacht hatten, daß sie Seidenfabrikation im Großen betrieben. Auch einige durch Maschinen betriebene Fabriken wurden zerstört.

### Italien.

Die italienischen Nachrichten sind ohne Bedeutung; es liegen uns Turiner Blätter bis zum ersten März, Florentiner bis zum 29. Febr. vor; erstere sind gefüllt mit den Neuigkeiten aus Paris. Ueber die Lombardei auch kein Wort. ·

### Handels- und Börsenmachrichten.

° **Frankfurt**, 6. März. Zum ersten Mal seit 10 Tagen wurden heute an unserer Börse wieder Geschäfte gemacht. Der Umsatz war jedoch unbedeutend und beschränkte sich auf wenige Fondsgattungen. Nach Wiedereröffnung der Pariser Börse dürfte indessen das Geschäft auch hier wieder Leben gewinnen, zumal unser ersten Bankiers eben jetzt mit Berathungen über Verbesserung der Geldverhältnisse beschäftigt sind.

### Nachschrift.

° **Darmstadt**, 6. März. Gagern hat die Herren Eigenbrodt und Emmerling, mit denen er die ganze Nacht hindurch gearbeitet, als Mitglieder in sein Ministerium genommen.

Hr. Zimmermann, der bisherige Präsident des Finanzministeriums, wurde heute Morgen 4 Uhr zu dem Erbgroßherzog-Mitregent berufen und — wie man sagt — zum Finanzminister ernannt.

Prinz Emil und die ihm innig verbundene Familie Wittgenstein sind abgereist.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus

Digitized by Google

**Preußen.** ✕ Münster, 2. März. Gestern ist der Befehl zur Mobilmachung des 7. Armeekorps hier angelangt. Man glaubt aber doch nicht, daß Preußen Truppen an die Grenze schicken wird; es wäre dies eine bedenkliche Maßregel, welche die Franzosen zu gleichen Schritten veranlassen und ihnen im Grunde willkommenen Anlaß zum Ergreifen der Offensive geben würde, und selbst die meisten unserer jungen Offiziere sprechen es unverhohlen aus, daß ein ernstliche Zusammentreffen unserer ungerüsten, nur an Gamaschendienst und unpraktische Spielereien, aber an keinerlei Strapatzen gewöhnten Truppen mit den kampfgeübten und für eine große Idee begeisterten Franzosen für jetzt noch keineswegs wünschenswerth sei. Unsere Soldaten werden nur durch äußere Zucht, aber nicht durch begeisterte Hingebung an eine Idee zusammengehalten; ja, sie fühlen, wie neuere, nur allzubekannte Vorgänge beim Militär zu Genüge darthun, nicht einmal Ihren haben und nach einer Aeußerung des Obersten von Thümen sich allein mit dem Reglement beschäftigen, sich aber in keinerlei Art um Politik bekümmern. Es ist denn auch jetzt vom Ohre der Befehl ergangen, den Soldaten jedes Sprechen über die jetzige französische Revolution strenge zu untersagen. Wann wird man denn endlich zur Einsicht gelangen, daß der Militärstand nicht als ein abgeschlossener, besonderer Interessen verfechtender Stand, sondern nur dann, wenn er in Gemeinschaft mit den übrigen Bürgern handelt und dieselben Interessen, nur mit andern Mitteln verficht, Großes beweisen kann, nur dann, wenn er aufhört, eine „Abnormität" zu sein, wie der Divisionsgeneral von Tietzen in seiner bekannten Rede über Kommunismus und Militärstand selbst zu nennen beliebte? Die Schwerkraft des Staates ruht heutzutage im Volke, und ist der Soldatenstand kein volksthümlicher, so wird er nimmer Großes leisten. Dies scheint man wenigstens insofern eingesehen zu haben, als der Plan zu einer dem Linienmilitär mehr annähernden Reformirung der Landwehr, welche ehedem im Laufe der Zeiten schon viel von ihrer ursprünglichen Volksthümlichkeit eingebüßt hat, jetzt aufgegeben worden ist. Auch scheint ein Befehl an die Offiziere ergangen zu sein, die Gemeinen möglichst zuvorkommend zu behandeln, denn gestern verschierte mir ein gemeiner Soldat in westfälischem Jargon: „daß die Herren Offiziere in ihrem Benehmen gegen die Soldaten ganz anders geworden seien; man höre sie nicht mehr so viel schimpfen und fluchen, aber — schloß er mit einem schlauen Augenzwinkern — sie wissen auch wohl, warum." Sollte, was Gott verhüten wolle, Preußen mit Frankreich in einen Krieg verwickelt werden, so ist es die höchste Zeit, dem Heere eine volksthümlichere Basis zu geben und — was vor allem Noth thut — die Presse zu entfesseln, damit die Regierung die Stimmung und die geeigneten Wünsche des Landes erfahre.

**Baden.** ✕ Heidelberg, 6. März. Nach Ihrer heutigen Mittheilung aus München hat der König von Baiern die französische Republik anerkannt. Diese Eile, mit der er allen deutschen Fürsten zuvorkommt, muß Befremden erregen. Nicht, als betrachteten wir diese Anerkennung von Seite Deutschlands für ein ausschließbares Geschäft. Im Gegentheile, es muß aus Schleunigste von allen deutschen Fürsten gemeinsam erledigt werden. Was aber bewegt den König von Baiern, allen übrigen zuvorzukommen? Hat er sich mit diesem Schritte übereilt, wie Louis Philipp den Thron bestieg? Will er jetzt, wo Alles auf eine gemeinsame deutsche Politik hindrängt, sich mit einem souveränen Schritte isoliren, der bei der viel unverfänglicheren Thronbesteigung der gegenwärtigen (ich weiß nicht, ob sie in diesem Augenblicke noch gegenwärtig ist) spanischen Königin unterlassen wurde? Der König von Baiern kann gewiß nicht hoffen, durch eine solche Höflichkeit seine Besitzungen auf dem linken Rheinufer zu retten, wenn noch in Frankreich zu den vorhandenen Gelüsten darauf auch die Macht, sie sich anzueignen, kommen sollte. Eine französische Allianz ist in Altbaiern in allen Köpfen, welche aus Montgelas Zeiten noch übrig sind, sehr populär; hofft der König vielleicht durch eine auf Außen schielende Politik diese Popularität als eine Stütze für seine unhaltbare Lage im Innern zu gewinnen? Er wird sich darin irren, wir aber wollen deßhalb doch nicht weniger auf unserer Hut sein. Man halte dieser Furcht nicht die bekannte deutsche Gesinnung jenes Fürsten entgegen. Sein letztes Lebenszahr, in welchem er die Anhänglichkeit eines deutschen Stammes an seinen Fürsten gründlicher entwurzelt hat, als ein ganzes Heer radikaler Schriftsteller vermocht hätte, enthält keinerlei Garantie für die Beständigkeit seiner frühern Gesinnung.

** **Hessen.** Wir glauben, obschon seitdem die Krisis in Darmstadt sich entschieden hat, die Darmstädter Adresse nebst einem Berichte über die Sitzung der Kammer vom 4. März unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen. Die Adresse an die landständischen Abgeordneten der Stadt Darmstadt lautete: „Es ist fast unnöthig, die Wünsche auszusprechen, welche gegenwärtig unsere deutsche, unsere vaterländische Welt bewegen. Sie sind nicht erst durch die neuesten Ereignisse in Frankreich entflammen, sie waren schon vorher da. Nur bestärkt wurden sie darnach in ihrer Nothwendigkeit und Dringlichkeit. Unsere Brüder aus Mainz haben den Augenblick ihrer Stadt dereits vorgetragen, was sie von ihnen erstredt verlangen. Unsere Brüder aus Offenburg haben den Begriffe, ihrem Ang. das Nämliche zu thun. Gewiß, wir Darmstädter können und wollen in so ernstem Bestreben nicht zurückstehen. Ja Darmstadt die Hauptstadt des Landes, so liegt ihm daselbstlich ob, die Bestrebe der Zeit zu erkennen; ist Darmstadt der Wohnort seiner Fürsten, so hat es auch die erste Pflicht, offen zu zeigen, daß es sie ehrt durch das Vertrauen, das es in sie setzt. In großen Augenblicken, welche jetzt über Deutschland und über unser Vaterland gehen, verschwiligt jene frühere politische Neigung und Abneigung; Jeder, Alle sind angeregt, durchdrungen, daß, wenn es jemals eine Zeit in Deutschland gab, welche Vaterlandsliebe und Liebe zur Freiheit in schönem Vereine, zum Schutz unserer Grenzen, zur Ausbildung unserer Institutionen ruft, dieses die jetzige ist. Sie wissen um den bewerte, den laufenden Mißtänden Auf, welcher nach einem treulichen, die Volksrechte gehörig schützenden Parlamente, nach vollständiger Preßfreiheit, nach Schwurgerichten, in Verbindung mit Mündlichkeit und Oeffentlichkeit und nach Bewaffnung geht. Die Anträge sind Ihnen bekannt, nehmen sie an diese, sowie um vermanete hochwichtige Angelegenheiten in der Kammer, welcher Sie als Mitglieder angehören, gestellt werden. Bewahren dadurch Sie Ihren Stand vor dem Verluste, welcher durch Verfassungsbruch bedingt ist, daß jeder religiöse Glaube, der gegen die Zwecke der Verfassung nicht verstößt, durchaus freigegeben und von keinerlei politischen Nachtheilen begleitet sein soll, daß man endlich einsehe, wie privilegirte Gerichtsstände den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetze und vor Gericht aufheben. Wenn diese dringenden Forderungen der Zeit, wie wir nicht zweifeln, Anerkennung finden, und, wie wir nicht minder hoffen, für die Dauer unser Staatsleben durchdringen sollen, dann muß auch eine vollständige Aenderung des dermaligen Regierungssystems nothwendig; es ist dies eine Ansicht in der zweiten Kammer ausgesprochene Ansicht, welche wir vollständig auch zu der unsrigen gemacht haben. Wir haben das Vertrauen zu Ihnen, geehrte Herren, daß Sie sich mit voller Ueberzeugung allen diesen Punkten kräftig anschließen; aber wir fühlen uns zugleich getrungen, Ihnen auf die bestimmteste Weise auszusprechen, wie sehr Sie alsdann mit den Ansichten und entschiedensten Wünschen der Mehrheit der Bürgerschaft sympathisiren. Der Augenblick ist wichtig und entscheidend. Entscheidend für Fürst und Vaterland, die wir nicht von einander trennen, aber darum nicht weniger heiße Wünsche für die Wiedergeburt ihres Vaterlandes, des deutschen und des besondern, in Einheit, Freiheit und Gesetzlichkeit, auszusprechen. Wir bringen unausschiebare Rechte des Volkes, ohne deren schleunige Gewährung weder Ruhe in die ersten Gemüther einkehrt, noch das Vaterland nach Außen mit Kraft und Nachdruck geschützt werden kann, fordern wir sonach: 1) Vollständige Preßfreiheit; 2) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im gerichtlichen Verfahren und die schwurgerichte im Strafverfahren; 3) Volksbewaffnung; 4) Versammlungs- und Vereins- und Petitionsrecht; 5) Beeidigung des Militärs auf die Verfassung; 6) Freiheit des Gewissens, Freiheit und politische Gleichstellung der Religionen und des Kultus; 7) Abschaffung der privilegirten Gerichtsstände; 8) Verwerfung des politischen Systems im Großherzogthum Hessen; 9) Umgestaltung des deutschen Bundes auf den Grundsatz der Vertretung des Volkes bei demselben; 10) Revision der Verfassungsurkunde, der organischen Gesetze und der Gesetzgebung überhaupt auf der Grundlage der revidirten Verfassung.

** Darmstadt, 4. März. Eine große Bürgerversammlung beschloß vorgestern eine Adresse an die beiden Darmstädter Regierenden, übergaben der Adresse auch an den Stadtvorstand zur eigenen Unterstützung und einer Deputation an den Großherzog. — Gestern protestirte der Stadtvorstand gegen jede Einschreiten von Militär verlangte die Errichtung von Bürgergarden und beschloß eine Unterstützung jener Adresse auf die Weise, daß der ganze Stadtvorstand dieselbe persönlich dem Großherzoge empfehle. Heute war Sitzung der 2. Kammer. Die Präsident Hesse eröffnete die Sitzung, indem er ein Schreiben des Ministers du Thil an ihn — den Präsidenten — gerichtet, verlas, in welchem Gesetzentwürfe über Preßfreiheit auf den Grund der badischen Gesetzgebung, Bürgergarde in Städten versprochen und Geschwornengerichte in Aussicht gestellt waren, während Gesetzentwürfe bekanntlich der Uebereinstimmung der drei Kollegien der Gesetzgebung bedürfen und bis dahin — Alles bleibt wie bisher!! Tausendstimmiger Jubel. Antrag von Reh, diese Kunde durch ein offizielles Blatt sogleich im ganzen Land zu verbreiten und dem Großherzog Dank zu sagen. Brunck, Zitz, Lehne, Gagern, Behlen erklärten, es sei zu wenig gegeben; dies genüge nicht mehr. Gagern erklärte u. A.: eine Garantie der rheinhessischen Gesetzgebung für ewige Zeiten wolle er jetzt nicht, denn bald müssen wir eine einige deutsche Gesetzgebung haben und, diese müsse

Digitized by Google

auch in Rheinhessen gelten. Diese Worte schlugen durch. Nun kamen neue Anträge; Sommerlung, Lehne u. A. beantragten Aufhebung des Instituts der Kreisräthe; Kahlert, Lehne, Otto, Sagern und A. übergaben Adressen, welche ihnen in den letzten Tagen zugekommen und machten die ausgedrückten Wünsche zu ihren Anträgen. Wernher berichtete Namens des einstimmigen 3. Ausschusses über den Antrag Reh's auf Aenderung des Systems und Entlassung des Ministers. Die Regierung habe seit Anfang der 30er Jahre ein verfassungswidriges System verfolgt, sie habe den Wiener Ministerialbeschlüssen von 1834 sich unterworfen und in deren Sinn die Freiheit vernichten wollen. Rächter zur Verfassung verpflichtet sich von selbst. Man solle alle den Großherzog bitten: zu befehlen, daß seine Regierung von den Wiener Ministerialbeschlüssen thatsächlich und für alle Folgerungen sich lossage und für alle Zeiten zur Verfassung zurückkehre. Den Männern, welche so lange ein verfassungswidriges System verfolgt hätten, könne man nicht zumuthen, das entgegengesetzte System durchzuführen; deßhalb müsse man nothwendig den Großherzog weiter bitten: einen Wechsel in den Personen der Regierung eintreten zu lassen. Unbaltender Beifallssturm auf den dichtgedrängten Galerien. Jetzt trug Reh eine von ihm und Emmerling verfaßte Dankadresse an den Großherzog vor. Zitz protestirt gegen jeden Dank; Brunck will verlesen, also Dank für den Anfang der Bewährungen; Zitz protestirt nochmals; die Stimmung Rheinhessens erwähnend; Sagern bietet seine ganze Beredsamkeit auf für eine Adresse im Sinne Brunck's, umsonst! Die Sache wird zum Bericht an den 3. Ausschuß gewiesen. Dieser geht sogleich in Berathung. Um 4 Uhr wieder Sitzung. Zitz protestirt gegen Berathung der Dankadresse, weil sie nicht auf der Tagesordnung stehe, verlangt aber, daß eine neue Eingabe von ihm zur Sprache komme, wiewohl auch sie nicht auf der Tagesordnung stand. Dies erbittert, und die Sitzung ist längst faktisch aufgelöst, bevor der Präsident sagen konnte: die Sitzung ist bereits geschlossen. — Eine Tagesordnung war zwischen 12 u. 4 U. überhaupt nicht angegeben worden, aber Jedermann wußte, worum es sich handle. Das Bewehren von Zitz ist nicht zu billigen, aber auf der andern Seite hätten auch der Präsident und die Führer der Parteien die Sitzung mit Aufbieten aller Energie zusammenhalten müssen. — Im Laufe des Vormittags waren der gesammte Stadtvorstand, die Handelskammer, das Handelsgericht und die notabelsten Bürger von Mainz hierhergekommen, um ihre Wünsche abermals vorzubringen; die Leute versicherten, daß nur ihre Hierhereise für den Augenblick die Ruhe habe erhalten können; wenn man nicht den Wünschen des Volks nachgebe, würden in den nächsten Tagen Tausende von Rheinhessen zu gleicher Zeit nach Darmstadt kommen. — Man war mit der Audienz, die der Minister gab, keineswegs zufrieden. Um 5 Uhr Abends kam der Großherzog. Eine große Menschenmenge aus allen Ständen empfing ihn am Bahnhof und geleitete ihn zum Palais. Im Schritt, in offener Kalesche, entblößten Hauptes sahe der Großherzog, unter ununterbrochenen donnernden Hoch durch die lange Rheinstraße. Sie sehen, die Darmstädter haben deutlich gesprochen.

**Kurhessen.** ** Kassel, 4. März. Hier beschäftigt man sich mit dem Gedanken an eine ähnliche Bittschrift, wie die von Hanau und Marburg. Ehe diese nach dem Landestheorn überreicht sind, ist der Nachfolger des Justizministers Bickel genannt worden. Der Regent hat sein Augenmerk auf Moritz v. Baumbach, Obergerichtsdirektor in Rinteln, gerichtet. Es konnte kaum eine den allgemeinen Wünschen mehr entsprechende Wahl getroffen werden. Baumbachs Ernennung bildet den geraden Gegensatz gegen die Richtungen, welche Bickel verfolgte. Als er noch Mitglied des Oberappellationsgerichts war, trat er als Abgeordneter der Ritterschaft während des Jahres 1831 in die Ständeversammlung ein und wurde deren Präsident. Nach Auflösung derselben war Baumbach eines der fünf Mitglieder des permanenten Ständeausschusses, von welchem die erste Anklage Hassenpflugs ausging. Bei seiner Wiederernennung zum Deputirten wurde ihm durch Hassenpflug die Genehmigung zur Annahme der Wahl versagt. Bald darauf erfolgte seine Versetzung vom höchsten Gerichtshofe an das Gericht zweiter Instanz zu Rinteln. Hier wurde er nach Verlauf mehrerer Jahre von den schaumburger Städten zum Deputirten gewählt, erhielt die Genehmigung dazu von dem damaligen Justizminister Mackeldey und wurde wieder Präsident der Ständeversammlung. Jetzt aber trat zwischen ihm und dem Hof eine offene Spaltung ein, die auch seinen Wiedereintritt in die folgende Ständeversammlung hinderte. Ihn als Justizminister zu sehen, wäre vor wenigen Wochen für eine Unmöglichkeit gehalten worden. Ob er bereit sein wird, dieses Amt anzunehmen, ist noch nicht bekannt; es bürgt aber dafür seine warme Vaterlandsliebe, wenn es ihm vergönnt wird, sich eine Stellung zu bereiten, in der ihm kein Hinderniß entgegengestellt wird, durch seine Thätigkeit Wohlthaten über das Land zu verbreiten. Man wird unwillkürlich daran erinnert, daß im Jahre 1830 die Berufung seines nun verstorbenen Schwiegervaters, des würdigen Schenk zu Schweinsberg, zum Justizminister als das erste Zeichen für das Anbrechen einer besseren Zeit genommen wurde.

**Nassau.** Wiesbaden, 4. März. Die politische Umwälzung hat hier friedlich aber rasch ihr Ziel erreicht. Das entschlossene Auftreten der Bürger bewog die Regierung schon heute Morgen, zu erklären, daß sie die Forderungen des Landes bewilligt. „Der Herzog, so lautete die Bekanntmachung des Ministers v. Dungern, ist bis jetzt nicht hier eingetroffen. Ich will daher länger nicht zurückhalten, Euch zu erklären: Ich meinerseits bewilige Euch die mir vorgebrachten Forderungen unbedingt und spreche auch die feste Ueberzeugung aus, daß der Herzog sie Euch bewilligen wird. Die Frau Herzogin begibt sich mit ihrem Sohne Prinz Nikolaus, dem allein anwesenden Bruder des Herzogs, mitten unter Euch und leistet mit ihrer Person dafür Sicherheit und Bürgschaft. Wenn der Herzog Eure Forderungen nicht genehmigen sollte, so lege ich, der Minister, wie ich bereits erklärt, bereitwillig meine Stelle ohne Pension nieder. Nassauer, bleibt treu! Bürger schützet unsere Stadt! Seid deutsch! — Seid einig!“ Diesem Aufruf hatten die verwittwete Herzogin und Prinz Nikolaus, der 18jährige Bruder des Herzogs, ihre beglaubigten Unterschriften beigefügt; Prinz Nikolaus war auch selber unter den Bürgern erschienen und hatte sie zu beruhigen gesucht. Am Abend kam der Herzog selber an und gab seine Zustimmung zu Allem, was geschehen war. (S. die gestrige Nummer).

* **Oldenburg,** 2. März. Die Bewegung, die ganz Europa durchzittert, bleibt auch uns nicht fremd, obgleich die Wellen hierher nur leisere Ringe werfen. Die Frage nach unserer verzögerten landständischen Verfassung wird aufs Neue aufgeworfen. Der Stadtrath, d. h. unsere Stadtvorsteher, entsendet morgen eine Deputation an den Großherzog, um nochmals die Nothwendigkeit vorzustellen, die Arbeit an der konstitutionellen Verfassung fortzusetzen und den Entwurf zuerst „erfahrenen Männern“ vorzulegen. — Der Major der oldenburgisch-hanseatischen Brigade ist in vorgestriger Nacht nach Berlin entsendet, um längst bestellte Artilleriematerial herbeizuschaffen. Auch wird die patriotische Frage ventilirt, ob es zulässig sei, daß ein Hofmann General bleibe, wenn das Bundeskontingent auf den Kriegsfuß gesetzt werde.

□ **Frankfurt,** 3. März. Die Petition der hiesigen Bürgerschaft, die nahe an 2500 Unterschriften trägt und ihrer noch mehr hätte, wenn in der kurzen Zeit der Antrag nicht zu groß gewesen wäre, daß es Vielen unmöglich war, beizukommen, wurde heute von einer dazu gewählten Deputation aus der Bürgerschaft dem Senate übergeben, der gleichzeitig mit der gesetzgebenden Versammlung Sitzung hielt. Die Deputation bestand aus den angesehensten Kaufleuten aller Konfessionen, aus Gliedern aller Stände der Bürgerschaft. Hr. Dr. Mappes richtete einige Worte an die zahlreiche Masse, die sich um das Senatsgebäude (den Römer) gedrängt hatte und in dichten Haufen in demselben stand. Der regierende Altere Bürgermeister, Hr. Schöff von Heyden, empfing die Deputation sehr freundlich und erklärte, die in der Bittschrift ausgesprochenen Wünsche stimmten mit den Wünschen des Senats überein. Verschiedentlich wurde heute noch gewühret werden. Was das Andere betreffe, so würde man dem Beispiele folgen, das die anderen Staaten geben würden. Aber die Masse brausbigte sich nicht und wollte augenblickliche Gewährung aller in der Petition enthaltenen Punkte. Ein deutsches Parlament kann aber ganz natürlicher Weise von unserm kleinen Staate nicht bewilligt, höchstens mit beantragt werden. Staatsbürgerliche Gleichheit ohne Unterschied des Glaubens erforderte eine Revision der Konstitution, welche indeß durch zwei Drittheile des Senats und des gesetzgebenden Körpers an die Bürgerschaft gebracht und dann gesetzmäßig erledigt werden kann. Es erschient dies, wie schon in unserem früheren Berichte angedeutet, um so zeitgemäßer, da auch der wichtige Punkt der völligen Trennung der Justiz von der Administration sämmtlich länger verschoben werden kann. Indeß ist es ganz richtig, wie auch der ferrinnige Mathy in der badischen Kammer bemerkte, daß der Weg des Gesetzes, den drohenden Massen gegenüber, allein der würde- und

Digitized by Google

wirthwolle sei. Wie dem auch sei, die nach Mitternacht dauerte das Gedränge und der Lärm vor dem Senatsgebäude, noch länger die Sitzung des Senats. Endlich verlief sich die Menge, fünftigte aber an, nicht länger als bis morgen Abend zu warten.

4. März. Die Nacht verlief im Ganzen ruhig. Einige Schreien wurden eingewiesen und Viel gesungen. Unruhestifter, hauptsächlich Knaben, wollten auch ihren Krawall mitmachen und machten Miene, die Sturmglocke zu ziehen. Glücklicher Weise wurden sie von den braven Metzgern kräftig zurückgetrieben. Die Bürgerwache zu Pferde machte, wie die andern Bürgerkorps, Patrouille. In der Nacht sind einige Arrestationen vorgenommen worden. Den Handwerkmeistern ist angezeigt worden, ihre Arbeiter zu beaufsichtigen, und die hiesigen Bürger tragen die Bänder, welche sie als Hessische kennlich machen, am Arm. Diesen Morgen soll eine Deputation von Handwerkmeistern Herstellung der Zünfte verlangt haben. Viel fremdes Volk treibt sich auf den Straßen umher. Die Zugänge zum Römer und der dahin führende große Platz sind von Bürgermilitär besetzt. Die Bürger unserer freisinnigen, aber durchaus nicht für Aufstand und Unruhe gestimmten Stadt sind alle für Erhaltung der Ordnung und wußten kräftig dafür zu wirken. Wir glauben nicht, daß es zu ernstlichen Scenen kommen wird. Daß die Preßfreiheit diesen Morgen vom Senate proklamirt worden und „nie wieder eingeführt werden darf", ist bereits durch unsere Blätter bekannt. — Eben trifft die Nachricht ein, daß der Kurfürst von Hessen in das Verlangen der hessischen Bürger gewilligt hat. Es war hohe Zeit, zumal in Beziehung auf Hanau.

△ **Frankfurt a. M., 28. Febr.** Nicht weniger Aufregung, als die Wiederercrichtung der französischen Republik, verursacht hier die Nachricht von der Erneuerung der „heiligen Allianz", zunächst zur Bezwingung der Lombarbei. Man sieht in dieser Einmischung Preußens in die Verhältnisse eines nicht zum deutschen Bunde gehörigen Landes und gar in der Hilfeleistung einer dem deutschen Bunde ganz fremden Macht, wie Rußland, eine nur zu gefährliche Veranlassung für die französischen Republikaner, ihrerseits den Lombarden Hilfe zu leisten, was wohl nur als der Anfang eines allgemein europäischen Krieges zu betrachten wäre. Zugleich aber wähnt russische Hilfe als Sympathien in Deutschland auf eine höchst gefährliche Weise von den deutschen Großmächten abwenden, es würde fast als eine gebotene Wahl zwischen französischer oder russischer Herrschaft erscheinen, welche Wahl dann wohl nicht zweifelhaft sein könnte; es würden insbesondere die konstitutionellen süddeutschen Staaten einem gemeinsam mit Rußland zu führenden Krieg im Interesse der absoluten Gewalt sich entziehen — und von Neuem hätten wir die Zeiten des traurigen Rheinbundes und das Schlachtfeld in unsrer Gegend, aber den Separatisten wäre diesmal kein Vorwarf zu machen. Man täusche sich nicht über die Bedeutung des gegenwärtigen Augenblicks; Deutschland hat Alles zu gewinnen oder Alles zu verlieren; er ist gekommen, „der Tag auf Erden, der freie Männer scheidet von Knechten!" Endlich wäre es Zeit, dem deutschen Volke den schmerzlichen Zwiespalt zwischen Freiheit und Nationalität zu ersparen und beide zu vereinigen durch eine ehrliche, wahrhaftige Volksverfassung und Preßfreiheit; es ist die letzte Stunde, seitdem Italien, mit dessen Schicksal bisher Deutschland sich noch trösten konnte, in wenig Tagen die Güter erlangt, die Deutschland seit 30 Jahren vergebens ersehnt, seitdem Deutschland und Rußland mit ihrer gefesselten Presse allein stehen in Europa. Wahrlich, es ist Zeit, durch Verleihung der europäischen Volkerrche an Deutschland die Mongolen dahin zu weisen, wohin sie gehören, nach Asien, und eine Schreidenwand aufzurichten zwischen ihnen und Europa. Es ist vor der Kammer in Koblenz offen ausgesprochen worden: „Wer werde ein Land vertheidigen, das so regiert werde." Man berechne die ganz andern Mittel, über die Frankreich jetzt gebietet, gegen 1789 oder selbst 1830, dieses in Algier geübte Heer, diese Flotte, dieses befestigte Paris, diese wohlgerüsteten Festungen und endlich in allen Ländern ringsum der für seine Saaten durch Stürme gelockerte Boden. Dagegen bedenke Preußen, welchen Schutz das „tamerlanische Prinzip" von jeher gebracht, wie es 1760 in Königsberg sich huldigen ließ und 1813 dies von Neuem versuchte, 1792 mit tönenden Reden die Bundesgenossen nach der Champagne schickte und inzwischen in Polen im Trüben fischte, 1807 den alten Bundesgenossen um ein Stück Landes beraubte, 1815 das Elsaß bei Frankreich ließ, um auf Preußens Kosten großmüthig zu sein und Deutschland nicht zu mächtig werden zu lassen, und 1817—19 den Aufschwung in Deutschland durch eine Saat von Verdächtigungen und Denunciationen lähmte, wie es seitdem gegen die deutschen Ostseeprovinzen gewirkt.

## Schweiz.

* **Aus der Schweiz, 26. Febr.** Kaum ist in Paris der entscheidende Schlag gefallen, noch ist keine vollständige Bedeutung nicht von Ferne zu ermessen, und schon richten sich mit gespannter Aufmerksamkeit die Augen aller Wohlwollenden und Verständigen auf die zweite Schicksalsstadt Europas. Sie richten sich auf Wien und auf die am 10. März zu versammelnden Stände Niederösterreichs. Dort liegen jetzt die Loose für Friede oder Krieg, für Reform oder Revolution. Dort wird so gut oder so schlimm über das Schicksal Italiens wie über die Stellung Schleswig-Holsteins entschieden werden. In der Kaiserstadt an der Donnau haben sie jetzt die Wahl, eine Anklage zu erfüllen, größer und erhabener, als sie kaum noch die Weltgeschichte dargeboten hat; oder eine Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, unter deren Last die Throne beugen können, und welche Europa mit den Gräueln der Anarchie erfüllen würde. Wie es in Frankreich komme, sehr weit reichende Reformen werden im besten Falle nicht ausbleiben können. Zu offenbar trat an den Tagen der Entscheidung die Ohnmacht jener Deputirten, mit Einschluß des größeren Theiles der Opposition, und die völlige Nichtswürdigkeit der Pairskammer hervor. Doch was auch der Einfluß der drei Pariser Februartage auf Spanien sei, auf Deutschland zunächst und hauptsächlich auf Italien: neben den Männern der Mäßigung werden sich die anarchischen Elemente eines schon lange sinster grollenden Proletariats auf den Kampfplatz drängen. In seinem Innern wird Frankreich so viel zu kämpfen, zu schlichten und zu ordnen haben, daß es nur gerecht gegen das Ausland sich führen würde. Aber es kann, es will dies nicht, wenn ihm Europa von allen Seiten mit der Idee der zureichenden Reform in entschiedener Haltung, in der Kraft der Mäßigung und Besonnenheit, nicht entgegen, sondern zur Seite tritt. Darum ist nicht sowohl Frankreich zu fürchten, als jenes treibende, hetzerische Rußland. Darum wird sich — wir hoffen es — von der Südspitze Italiens bis zum Belte bei allen weisen Regierungen in der Mitte der Abgeordneten und in den Reihen der Völker der zweifache Ruf erheben: „Reform!" und „keine Russen!", diese unter keinerlei Vorwand, unter keinerlei Bedingung. Und dieser Ruf des Friedens und der Versöhnung, sollte er sich nicht zunächst und am entschiedensten bei den Ständen Niederösterreichs erheben? Wer möchte es bezweifeln, daß sie sich ihrer großen Aufgabe gewachsen zeigen, daß sie ein freudiges Echo in der gesammten Nation finden werden, wie bei den vom Josephinischen Geiste wiederbeseelten Mitgliedern der kaiserlichen Familie? Sie haben ja nur sich selbst treu zu bleiben. Waren es doch diese Männer Niederösterreichs, die dem Bürgerthume, so viel an ihnen lag, die lange verkümmerten Rechte ständischer Vertretung wieder zurückgaben; die mit Hinweisung auf ein nur schlummerndes Recht die wirksamere Theilnahme der Stände an der Gesetzgebung forderten; die in der offensten, kräftigsten Sprache erklärten, daß nur die vollständigste Oeffentlichkeit der Verwaltung die Monarchie vom Untergange noch zu retten vermöge. Jener große Gedanke eines vereinigten Landtages der deutsch-österreichischen Provinzen, zur Einleitung von Reformen für die Monarchie, die für keinen andern Staat dringender nothwendig sind; jener schon lange schädlich trennende Gedanke, er wird jetzt endlich, mit Unterstützung und Zustimmung der Stände Ungarns, Böhmens, Steiermarks und aller andern Provinzen im wichtigsten und nicht mehr zu verzögernden Momente seinen Austrucf finden und zur rettenden That werden.

Aber auch der große Staatsmann an der Spitze der Verwaltung hat noch eine wichtige Mission zu erfüllen. Er glaubte den Staat zu erhalten, und hat ihn dem Abgrunde nahe gebracht; er glaubte den Frieden zu bewahren und hat den Krieg gefärt; er glaubte die Reform niederzuhalten und steht auf dem Punkte, die Revolution heraufzubeschwören. Vom bösen, verneinenden Geiste gegen die schädlichen erhaltende Kraft der Nationen getrieben, sehen wir Oesterreich in der bedrängtesten Lage, wir sehen es in Feindschaft mit England, seinem natürlichen Verbündeten; wir sehen und sahen es im Bunde mit Rußland und Frankreich, seinen natürlichen Feinden. Und welcher furchtbare Lehre für das Wiener Kabinet! Fast in demselben Augenblicke, da Oesterreich die lange zögernde Hand jenem Louis Philipp entgegenstreckte, da stürzte der Thron des Erbfeinds zusammen. Und doch war die Pariser Politik des starren Konservatismus nur der ge-

Digitized by Google

mildernte Nachdruck jener öfterr. s. g. Erhaltungspolitik. Soll auch Oesterreich, sollen auch Deutschland und Europa in diesen Sturz verwickelt werden? Der Staatsmann, der sich so lange die Bewahrung des Friedens zur vergeblichen Sorge gemacht, wird dem Zwecke des Friedens ein zeitiges Opfer zu bringen wissen. Die Völker brauchen zu ihrer dauernden Beruhigung ein sichtbares Zeichen, daß in Oesterreich ein entschiedener Wechsel des Systems erfolgt ist. Der freimüthige Rücktritt eines zu lange allmächtigen Ministers wird dieses System vor Mitwelt und Nachwelt nur als beklagenswerthen Irrthum erscheinen lassen, ohne daß sie es als Verbrechen verdammen müßten. Doch wie auch die Entscheidung falle, die Stände Oesterreichs werden ihre Pflicht thun. Schon einmal hat der Adel Ungarns den Staat von drohenden äußeren Gefahren errettet. - Auch jetzt wird der Adel Oesterreichs, durch unverzögerte Anbahnung befriedigender Reformen, zugleich den Frieden Europas, die Monarchie und — sich selbst zu erhalten wissen.

*** Bern, 2. März. Daß Neuenburg sich den Einwirkungen der Pariser Ereignisse nicht werde entziehen können, mußte Jeder voraussehen, der mit der Stimmung in diesem Lande einigermaßen vertraut war. Die an mehreren „Patrioten", namentlich in Locle, Seitens der Bedouins (so nennt die Gegenpartei die Royalisten) verübten Gewaltthätigkeiten, die Verhaftungen, die noch in der letzten Zeit vorgenommen wurden, die zahlreichen Ausweisungen von Bürgern schweizer. Kantone, die im Neuenburgischen seit Jahren niedergelassen waren, dies Alles trug sehr viel bei, die im Lande — namentlich im Traversthale und Locle-Chaux-de-Fonds — herrschende Unzufriedenheit zu steigern. Schon vor etwa 14 Tagen war wiederholt von einem Zug der Montagnards nach der Stadt die Rede. Die Ereignisse in Frankreich brachten nun die Gährung zum Ausbruch. Gestern den 1. März war Volksversammlung zu Lachaux-de-fonds. Hier und in Locle wurden die Beamten geradezu abgesetzt, ihre Gewalt niedergelegen. Am gleichen Tage hatte der Vorort auf Ansuchen des Neuenburger Staatsraths um eidgen. Vermittlung 2 Bataillone aufgeboten und 2 Kommissäre abgeordnet. Allein schon am Abend des 1. März rückten bei 2000 Bergleute, wohlbewaffnet, mit dem Rufe vive la Suisse! vive la Republique! in die Stadt Neuenburg ein, ohne Widerstand gefunden zu haben. Der Staatsrath, der Gewalt der Umstände nachgebend, dankte in corpore ab. Die Republik wurde proklamirt und eine provisorische Regierung von 7 Mitgliedern, an deren Spitze Advokat Piaget, eingesetzt. Die corps legislatif soll tagleich frisch gewählt und einberufen werden. Heute den 2. kam neuer Zuzug, namentlich auch dem Traversthale. Die Stadt ist angefüllt mit bewaffnetem Volke, man spricht von 5000 Bewaffneten. Das Schloß, das Arsenal, das Stadthaus sind fest besetzt worden. Es wird strenge Mannszucht gehalten. Gewaltthätigkeiten sind bis jetzt keine vorgefallen. Der preußische Gesandte, H. v. Sydow, soll in der Stadt sich befunden und Zeuge der ganzen Bewegung gewesen sein.

☽ Bern, 3. März. Während ich dies schreibe, verkündet Kanonendonner dem Lande den Sturz der Neuenburger Regierung. Wie ich Ihnen bereits gemeldet habe, wirkten die Ereignisse in Frankreich wie ein elektrischer Schlag auf die Bergbewohner des Kantons Neuenburg. Der Augenblick war gekommen, wo Neuenburg wieder eidgenössisch werden sollte. Am 29. Febr. wurden in Lochauxdefonds, Locle und Travers die Municipalbehörden abgesetzt, von allen öffentlichen Gebäuden die preußischen Adler herabgenommen und die eidgenössische Fahne aufgepflanzt. Am 1. März marschirten 15 — 1800 Montagnards mit 2 Kanonen und wohl bewaffnet gegen die Stadt. Auf die Aufforderung, das Regiment niederzulegen, antwortete die Regierung zweideutig und schien sich vertheidigen zu wollen. Der Stadtrath widersetzte sich aber einer Vertheidigung, und so war die Regierung gezwungen, ihre Söldnerelemente zu entlassen und abzudanken, jedoch unter dem Vorbehalte der Genehmigung des Königs von Preußen. Hierauf zogen die Patrioten ein, und eine provisorische Regierung übernahm die Geschäfte. Dieselbe besteht aus den Herren Piaget, Advokat, Präsident; L. Brandt-Stauffer; L. Montandon v. Travers; Dr. Dubois; Grandjean v. Locle; Borel; Sandoz; Matthieu. In einer Proklamation an das Volk heißt es, Neuenburg werde von nun an sich selbst regieren, und sofort soll ein Verfassungsrath zusammenberufen werden. Die provisor. Regierung Neuenburgs hat bereits dem Vorort ihre Konstituirung angezeigt, und die hingeschickten eidgenössischen Kommissäre werden die Weisung erhalten, mit ihr den officiellen Verkehr zu eröffnen. Die nun abgetretene Regierung hatte am 1. März Hrn. Chambrier nach Bern geschickt mit einer Depesche an den Vorort, worin sie Abtretung eidgenössischer Kommissarien verlangt und die Anordnung von Maßregeln, damit von den Grenzkantonen kein Zuzug für die „sich so nennenden Patrioten" von Lachauxdefonde ꝛc., die sich plötzlich unabhängig erklärt hätten, stattfinde. Der Vorort beschloß hierauf, zwei Kommissäre nach Neuenburg abzuschicken und zwei Bataillone aufzubieten, erklärte aber dabei ausdrücklich, daß dies nur „mit Rücksicht auf die Stellung Neuenburgs als eidgenössisches Stand geschehe und von seinen Verhältnissen zu dem Fürsten von Neuenburg oder König von Preußen ganz abgesehen werde". Die Regierung von Neuenburg hatte sich nämlich in ihrem Schreiben als Depositär der Gewalt des Königs von Preußen, als Fürsten von Neuenburg bezeichnet. Der preußische Gesandte, Hr. von Sydow, hat eine Note an den Vorort gerichtet, worin er zum Voraus Verwahrung gegen Alles einlegt, was eine Verletzung der Rechte Sr. Majestät enthalten könnte. Auf diese hat der Vorort geantwortet, daß die vorliegende Frage, sowie das Verhältniß Neuenburgs zur Eidgenossenschaft überhaupt den König von Preußen als Fürst von Neuenburg nicht berühre, auf seine Note daher keine Rücksicht genommen werden könnte. — Die beiden aufgeforderten Bataillone, die nun für den drohlichsten Zweck unnöthig sind, haben nun nebst einem dritten vom Vorort die Weisung erhalten, die Grenzen von Neuenburg, Bern, Waadt und Basel zu besetzen, weil nach eingegangenen amtlichen Berichten die Zahl flüchtiger Juden sich von Tag zu Tag mehrt und ihre Verfolgung im Elsaß allgemein zu werden droht. In einem Cirkular werden die Grenzkantone eingeladen, den flüchtigen Juden Asyrecht zu gewähren, jedoch dieselben möglichst nach dem Innern zu verlegen. Der französischen Regierung wird von dieser Maßnahme Kenntniß gegeben.

## Italien.

* Neapel, 22. Febr. Unsere Zustände stehen auf dem Punkte, an welchem eine Veränderung bevorsteht, ohne daß zu besorgen ist, daß diese unser ganzes mühsam errungenes konstitutionelles Leben in Frage stellen wird. Zuerst wird das jetzige Ministerium geändert werden. Serra Capriola genießt das allgemeine Vertrauen nicht, man wirft ihm, wie seinen Kollegen, Mangel an Energie und eine nachtheilige Geheimnißkrämerei, selbst eine schwankende schlaue Haltung in dem Zwiste mit Sicilien vor. Zum Ministerpräsidenten ist durch die allgemeine Stimme Poggeli, der jetzige Minister des Innern, berufen. Er ist in allen Lagen seines Lebens sich gleich geblieben, ist freisinnig, sehr verständig, charakterfest und hat schon harte Verfolgungen wegen seiner Freiheitsliebe erduldet. Man ist auf das neue Dekret über die Wahl der Abgeordnetenkammer gespannt, das, wenn es zwar nur verübergehenden Einfluß haben, d. h. auf die erste Wahl zur Kammer sich beschränken soll, dem künftigen verfassungsmäßigen Leben die Hauptgestaltung geben wird. Ich kann Ihnen versichern, daß das Dekret den Census für die Wählbarkeit auf 600 Ducati (der Ducato steht gleich zwei Gulden rheinisch) an Kapitalrenten stellen wird. Die freisinnige Partei findet diesen Census nach den Verhältnissen Neapels zu hoch; man sieht voraus, daß dann zu viele Talente von der Kammer ausgeschlossen werden würden, insbesondere würden wenige Advokaten, die doch durch ihr Talent und ihre Stellung in die Kammer berufen sind, exiftent bleiben. Manerancschläge greifen den Vorschlag dieses Census heftig an. Man bereitet eine Petition vor, um das Dekret abzuwenden. Man macht sich auf heftige Kämpfe in den Kammern gefaßt. Mehrere neue Zeitschriften sind entstanden. Ein Wochenblatt: Il risveglio (die Befreiung), herausgegeben von dem geistreichen Manetni, verdient besondere Aufmerksamkeit. Das wissenschaftliche Leben findet übrigens unter den politischen Kämpfen, die alle Gemüther beschäftigen, keine Nahrung.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellung auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Oberitalien Länder vermittelt man sich an G. L. Lezmayer Straßburg 28 Brandgasse, Paris 53, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt Ludwig Bamberger. Die Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post dagegen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Die Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 2 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 69. Heidelberg, Donnerstag 9. März. 1848.

## Uebersicht.

Die Tagesereignisse. — Wien (Veränderungen in der Armee; Eindruck der Pariser Nachrichten). — Von der Spree (kein russisches Bündniß). Aachen, Burtscheid, Koblenz (Reformadressen). München (erschütternde Lage der Dinge; das Schreiben des Fürsten v. Leiningen an König Ludwig). Augsburg (Adresse). Neustadt a. d. H. (Versammlung von Vaterlandsfreunden). Stuttgart (Sistirung und Wiedereinlassung eines reactionären Ministeriums). Dresden (die Verhandlungen der Stadtverordneten; die Reformbewegung; frühere Einberufung der Stände; ein Theil der Besatzung angeblich nach Leipzig). Leipzig (Eindruck der Antwort des Königs; neue Deputation; Reformadresse des akademischen Senats). Hannover (Reformadresse). Braunschweig (Reformbewegung). Kassel (drohende Antwort des Kurfürsten; die Lage Kurhessens; Eingabe der Stadt Kassel; die Hanauer Deputation; Aufregung in Hanau). Darmstadt (das neue Ministerium; Beilage zum Gesetzesblatten). Mainz (Antwort des Mitregenten Ludwig). Wiesbaden (Eröffnung der Stände durch den Herzog).

Niederland. Die Kammern.

Großbritannien. Parlamentsverhandlungen: Palmerston's Vertheidigungsrede für seine Politik, Erklärung Lord J. Russell's. Eine materialistische Ansicht von den Pariser Februartagen. Verschiedene Zeitungsstimmen über die provisorische Regierung in Frankreich.

Frankreich. Friedenspolitik des National. Haltung der fremden Gesandten in Paris. Der Minister des Innern gegen anonyme Denunciationen. Ein Dampfschiff nach Algier zur Abholung Abmate's und Joinville's. Leichenfeier der in den Februartagen Gefallenen. Einberufung der Nationalversammlung. Vorbereitungen zur Aufregung der Arbeiterklasse. Verrathsscheu des Lamartine's an die diplomatischen Agenten der Republik. Bank für den Kleinhandel. Abschaffung des Zeitungsstempels. Quinet und Michelet. Huldigung der Marschälle. Manifeste an die Abgeschlagenen.

Italien. Sardinien. Die Politik der Concordia. Messina. Erstürmung einer Citadelle.

Rußland. Moskau. Dankgebet wegen Aufhörens der Cholera.

Nachschrift. Mainz. Amtliche Bekanntmachung über Einberufung des Landtags und zugesagte Gesetzesvorschläge.

## Heidelberg, 9. März.

Der Revolution in Frankreich ist die Reformbewegung in Deutschland auf dem Fuße gefolgt, und zwar mit einer Raschheit und Lebendigkeit, die das Interesse von der jungen Republik jenseit des Rheines schon anfangt abzuziehen und den eigenen Angelegenheiten alle Theilnahme zuwendet. Sachsen, Würtemberg, Hessen, Nassau, Frankfurt, Sachsen, die Rheinlande haben sich bereits ausgesprochen; fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung hat der Politik der heiligen Allianz den Absagebrief geschrieben, und auch die andere Hälfte wird jetzt, wo es gilt, vom Wort zur That zu kommen und die deutsche Einheit in der wichtigsten Lebensfrage des Jahrhunderts praktisch darzuthun, hinter dem Beispiele des Südens und Westens nicht zurückbleiben. Haben Länder wie Baiern, Hessen, Nassau, in denen durch eine zahe und langwierige Reaktion jeder Keim einer politischen Bewegung abgetödtet schien, rasch und energisch eine Vergangenheit von Jahrzehnden überwinden können, so wird auch der Norden und Osten Deutschlands, der seinem politischen Stillleben schon seit Jahren mehr und mehr entlaufe hat, den rechten Ausdruck für die rechte Sache zu finden wissen. Wie Vieles von dieser innern Einmacht abhängt für die äußere Stärke des Vaterlandes, kann nicht oft genug gesagt werden. Nicht als wenn wir besorgt wären für die innere Lebensfähigkeit und nachhaltige Kraft der Bewegung im Süden und Westen, vielmehr haben wir die feste Ueberzeugung, daß eine wiederholte Reaktion ein ganz anderes Ende finden würde als die im Jahr 1832; aber daß die Bewegung eine allgemeine, eine wesentlich deutsche werde und bleibe, diesen dringendsten aller patriotischen Wünsche können wir nicht laut genug wiederholen. Als eine deutsche Sache hat man die Reformbewegung bei uns im Süden allenthalben aufgefaßt; die badischen, hessischen und baierischen Anliegen waren alle zugleich allgemein deutsche, und die Forderung, die am entschiedensten betont, die am Rhein, Main und Neckar wie an der Donau und Iser aufs Einstimmigste verlangt wurde — war ein deutsches Parlament.

Diesen großen Fortschritt hat also die politische Bildung bei uns gemacht; es ist allgemeine Ueberzeugung geworden, daß die innere Reform die erste aller nationalen Fragen sei, daß eine baierische oder badische Freiheit wenig bedeute ohne den starken Rückhalt einer deutschen Freiheit. Diese Ueberzeugung ist in die Massen eingedrungen; der Partikularismus der Meinungen wie der Lokalitäten ist mit einem Male in einem Programm einer deutschen Politik aufgegangen. Die Agitation ist vielleicht nicht so laut und stürmisch wie vor achtzehn Jahren, aber allgemeiner und in dem vorgesteckten Ziele übereinstimmender jedenfalls; sie trägt den Charakter einer gesetzlichen, aber eben darum in sich unendlich mächtigen Bewegung. Frankreich gegenüber ist man den Sympathien des Jahres 1830 fremd geworden, aber auch den feindlichen Antipathien des Jahres 1840; die Franzosen haben — und diese Thatsache sollte man keinen Augenblick vergessen — durch die jüngste Umwälzung vor der öffentlichen Meinung fast Alles wieder gutgemacht, was eine Politik ohne Ehre, ohne Konsequenz und ohne Moral sie seit achtzehn Jahren hat verlieren lassen. Man will zwar keine Franzosen auf deutschem Boden, aber auch keine Deutschen auf französischem Boden sehen; man billigt jene Lamartine'sche Friedenspolitik, wie sie die neue Regierung angekündigt hat, aber man möchte sich auch für den Fall sicherstellen, daß übermächtige Verhältnisse sie zwängen, jenem ersten Worte untreu zu werden. Wer auf die schwächliche Franzosenthümelei einer unglücklichen Zeit bauen möchte, würde sich verrechnen; aber nicht minder bitter würden die sie sich täuschen, deren Staatskunst deutsche Sympathien für die Politik Metternich's oder des russischen Czaren voraussetzte.

Dies Alles spricht sich mit jener Entschiedenheit und Uebereinstimmung aus, die die Frucht einer langen innern Arbeit ist; während man in den Kabinetten vielleicht die Politik des Tages für eine unendlich verwickelte hält, haben sich im Bewußtsein des Volkes die Sätze einer gesunden Staatskunst mit aller möglichen Klarheit und Einfachheit festgestellt. Mit einer Raschheit, die bei einem sonange bevormundeten Volke doppelt bemerkenswerth ist, hat man angefangen, selbst zu sprechen, selbst zu handeln; die Schranken, die der Unterdrückte Staat dem freien Worte, dem Rechte der Petition und Association mühsam aufgebaut hatte, waren in einem Momente überspringen und in dem Augenblicke, wo man ihre Wegräumung so laut und allgemein verlangte, thatsächlich schon aufgehoben. Das sonst so schüchterne politische Bewußtsein des deutschen Bürgerthumes nannte mit einem Male die Dinge beim rechten Namen, war mit Worten nicht mehr so leicht zu trösten, mit Versprechungen nicht mehr zu beruhigen, mit Abschlagszahlungen nicht mehr abzuweisen. Man will die ganze Reform, kein Stückwerk mehr; man will sie sogleich besitzen, nicht erst wenn das „Unmöbel aute portas" die zähe Kabinetspolitik zu verspätetem Konzessionen drängt. Möge man diesen Weg allenthalben einhalten, möge die alte Mäßigkeit überall verschwinden und die gerühmte deutsche Loyalität in dem offenen Muthe des gesetzlichen Forderns, in der unbeugsamen Festigkeit des Beharrens ihre wahre Feuerprobe bestehen! Es wird an Versuchen nicht fehlen, mit halben Mäßregeln die Bewegung der Augenblicke zu beschwichtigen; man wird Personen statt Mäßregeln als sichere Bürgschaften zu bieten suchen, man wird jede alte Politik, die seit einem Menschenalter aus Verlegenheiten in Verlegenheiten flüchtete, nicht mit einem Tage ablegen! Einmacht und ruhige Beharrlichkeit sind jetzt wie immer die Grundbedingungen unserer inneren Wohlfahrt, unserer äußeren Sicherheit; daß in den dreißiger Jahren uns Beides fehlte, hat den Sieg einer Reaktion möglich gemacht, deren schlimmste Rückwirkungen freilich auf sie selber fallen.

Denn daß von dem politischen Systeme der letzten Jahrzehnde Nichts bedenklicher gefährdet worden ist als das monarchische Princip selber: die Wahrheit können sich nur die ganz Blödsichtigen verbergen oder jene thörichten Schmeichler der Gewalt, die noch keiner unregelmäßigen Monarchie gefehlt haben. Wir sehen in diesen Augenblick einen Monarchen in die Verbannung gehen, den die diplomatische Staatsweisheit seit Jahren als den Weisesten pried, den taktlose Schmeichler den Napoleon des Friedens nannten, und der wenigstens in seinem Anfange die Parallele zu rechtfertigen schein. Unbewußt, ohne irgend eine theilnehmende Empfindung zurückzulassen, sieht er sein Gebäude unter der furchtbaren Wucht ei-

Digitized by Google

ner kalten, verachtenden Gleichgültigkeit erklären. Ob wohl die Stimmen der Bewunderung auch jetzt noch so laut sind, ihm und seiner Politik als eine Stütze der monarchischen Prinzips zu preisen?

Sollen wir es uns verbergen, daß die Abneigung gegen die monarchische Ordnung auch in Deutschland jetzt schon viel tiefer gewurzelt ist, die Sympathien für die Republik viel kühner hervortreten als im Jahr 1830? Dürfen wir die Thatsache wegläugnen, daß, was früher meist nur theoretische Ansicht oder frommer Wunsch war, sich jetzt bereits zur praktischen Forderung steigert, und die Freunde republikanischer Staatsformen, vor noch nicht langer Zeit als Ideologen verlacht, allmählich anfangen, festen Boden zu gewinnen? Die Mehrzahl der Bereuter dieser Richtung hat unsere „monarchische" Politik, hat die Fortsetzung der heiligen Allianz geworben. Aber wollte man die trockene Thatsache ableugnen, daß eine Politik der verwerflichsten Reaktion, zumal nach Zeiten wie die Jahre 1813 und 1814 waren, eine Staatsform der geheimen Beschlüsse, der Missiverständnisse, der Ausnahmsgesetze die moralische Macht der Monarchie untergraben mußten? Wollte man bestreiten, daß ein konsequentes Anklämpfen gegen die verfassungsmäßigen und natürlichen Rechte des Volks, ein langsames Untergraben oder gar ein gewaltsames Umstürzen der beschworenen Verfassungen augenblicklich vielleicht zum erwünschten Ziele führen können, auf die Dauer aber nur der Monarchie selber tödliche Wunden zufügen. Wir wollen nicht im Einzelnen aufzählen, was man dem deutschen Rechtsgefühl nur seit 1832 Alles zugemuthet hat. Die offenen Verfassungsverletzungen, die Tendenzprosesse, die Wahlschikanen, die Finanzoperationen, die persönlichen Duellereien, die Denunziationen, die Polizeiwirthschaft und religiöser Verfolgungen, die raffinirten Polizeikünste bis zur unverschämten an den Tag gelegten Absicht, eine bestehende Verfassung umzuwerfen — kurz, Alles was wir seit Jahren z. B. in Kurhessen erlebt haben, der Verfassungsbruch in Hannover, die reaktionäre Politik in den einzelnen Staaten und im Bundesrathe selber, die officiellen Deutungen, die man dem unzweideutigen Buchstaben und Geiste bestehender Rechte aufzwang: das sind härtere Schläge gegen die Monarchie, als sie eine republikanische Partei oder eine revolutionäre Propaganda jemals zu führen vermag. Man hat mit Recht die Korruption, der vor wenig Tagen die Monarchie Louis Philipps erlag, laut verdammt; man sollte auch über die Korruption den Stab brechen, die mit Sophistik oder Gewalt das Rechtsgefühl und das öffentliche Gewissen eines Volkes verwundet.

Diese Politik wird sich aber so leicht nicht gefangen geben; die Gefahren, denen wir von Außen wie von Innen ausgesetzt sind, werden ihr nicht allzuschwer weichen. Sie wird der Reformbewegung die Bewegerung jeder Konzession entgegenstellen, sie wird aber damit Niemand tiefer betrüben als alle Diejenigen, denen die äußere und innere Wohlfahrt Deutschlands auf friedlichem Wege ernstlich am Herzen liegt. Es steht diesem Allem die nahe Erfahrung zu sehr vor dem Gedächtniß, wie der jetzt flüchtige Guizot dem bescheidenen Verlangen nach einer kleinen Reform das dürre „Nichts" entgegensetzte, wie man diese Beschränktheit als hohen staatsmännischen Stoicismus zu bewundern sich Mühe gab, und wie dann die im Barrikadenfeuer bewilligten Einräumungen des stolzen Mannes mit dem welthistorischen „trop tard" für immer abgewiesen wurden. Solche Thatsachen sind schlagender als die beredteste Erörterung.

Wir wissen recht gut, wie undankbar nach beiden Seiten hin es jetzt ist, in den raschen Gang der Agitation Warnungsstimmen einzumischen; aber zum Schweigen und Verhüllen haben wir das freie Wort ja nicht erhalten, sondern zur ernsten und freimüthigen Rede. —

---

**Oesterreich.** Wien, 3. März. Der Allg. Z. wird geschrieben: Es sind in der Armee einige Veränderungen vorgegangen. Graf Fiequelmont ist zum Vicepräsesten des Hofkriegsraths ernannt, Graf Wallmoden ist zum Feldmarschall Graf Radetzky ad latus gegeben, und dem Grafen Wratislaw, Generaladjutanten Sr. Maj. des Kaisers, ist das Kommando des ersten Armeekorps in Italien übertragen worden. Graf Montecuculi, Landmarschall der österreichischen Stände, ist als kaiserlicher Kommissär in die Lombardei abgegangen. Dasselbe Blatt schildert die Aufregung, welche durch die Pariser Nachrichten hervorgerufen wurde, als außerordentlich groß. Auch in Wien werden die Zeitungen den in ängstlicher Spannung Harrenden vorgelesen und die frühere politische Stille ist gewichen.

**Preußen.** Aachen, 5. März. In seiner gestrigen Sitzung hat der hiesige Gemeinderath eine Adresse an Se. Maj. den König beschlossen, in welcher die Bürgerschaft bei Sr. Majestät dringend befürwortet werden. Ganz in demselben Sinne hat auch der Gemeinderath von Bartscheid und Koblenz in seiner heutigen Sitzung Beschlüsse gefaßt. (Nach. Z.)

** Von der Spree, 4. März. Oppositionelle Blätter, welche die Mission des Herrn v. Radowitz nach Wien mit dem Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Preußen, Oesterreich und Rußland in Verbindung bringen wollen, sind übel berichtet. Preußen wird dem ausdrücklich ausgesprochenen Willen des Königs gemäß aus seiner bisherigen und zuwartenden Stellung der neuen französischen Republik gegenüber nicht herausstreten und seine Alliirten nur in der Kraft, Einheit und Einigkeit Deutschlands suchen. Sollte aber der Fall eintreten, daß Bestheidigung und Abwehr eine Verbindung Preußens mit einer Großmacht nöthig erscheinen ließe, so wird diese Großmacht, wie ich Ihnen hiermit bestimmt versichern kann, nicht Rußland, sondern England sein. Ich hoffe, Ihren deutschen Lesern mit dieser verbürgten Mittheilung eine rechte Freude zu machen. Die Missionen des Generals von Radowitz hat keinen andern Zweck, als dem Wiener Kabinet die Maßregeln anzukündigen, welche Preußen für nöthig hält, um die Vertheidigungskraft des deutschen Bundes zu vermehren.

**Baiern.** § München, 5. März. Unmittelbar nach Abgang meines gestrigen Briefes nahmen die Ereignisse einen sehr ernsten Charakter an, und einen Augenblick war der Bestand der Dinge aufs Gefährlichste bedroht. Er ist nur durch des Königs Nachgiebigkeit im letzten Augenblick gerettet, aber die Verhältnisse sind doch nur aus dem Grund erschüttert, und die gerade jetzt mehr als je nöthige Einheit und Stärke aller Kräfte des Staates auf das Bedenklichste blosgestellt. Niemand sieht ein, warum man es auf dieses Aeußerste hat kommen lassen; Niemand begreift, wie man glauben konnte, das Volk werde sich in dem Sturmdrang der Gegenwart auf drei Monate hinaus verrotten lassen. Aufrichtige Zustimmung zu dem Inhalt der Adresse, sofortige Einberufung der Stände hätte Alles zugemacht: nun ist ein Riß geschehen, der schwer zu heilen sein wird. Hören Sie, was ein hochgestellter Mann, der Fürst von Leiningen, am 3. März, noch vor der Abgabe der Volksadresse dem König geschrieben: „Ew. Maj. Befehl gemäß gebe ich mir die Ehre, auf Allerhöchstero gnädigst handbillet ehrerbietigst zu erwidern, daß die Reichsräthe von der Verfassungswidrigkeit durchdrungen waren, sich als eine Körperschaft darstellen zu wollen. Es konnte daher jetzt wie in einem früheren Falle nur von individuellen Meinungsäußerungen von Notabeln die Rede sein, welche tief erschüttert sind von den Ereignissen, welche Ew. Maj. und dem Vaterlande drohen. Ich beschwöre Ew. Maj. bei Allem was Ihnen theuer ist, bei den Ihnen Ihres erhabenen Hauses, empfangen Ew. Maj. heute die Adresse Ihrer Unterthanen gnädig, versprechen Sie, die gestellten Bitten in Erwägung zu ziehen, und zu diesem Zwecke die sofortige Einberufung der Stände befehlen zu wollen. Ich kenne soeben vom Rathhause. Die Adresse enthält Nichts, was das Königthum in den jetzigen Zeitverhältnissen nicht freudig annehmen könnte; ich habe sie deßhalb mit unterschrieben. Allergnädigster König, der feste Wille eines Königs ist groß und edel; bleibt er aber unbeugsam gegen die Anforderungen der von der Vorsehung beschlossenen Richtung der Zeit, dann zerfällt er in Staub und wird zu einem Fluch für Königthum und Volk. E. M. werden mich nicht leiden können, jemals ein Wort der Unwahrheit zu Ihnen gesprochen zu haben, empfangen E. M. daher jetzt die feierlichste Versicherung, daß wenn E. M. unabänderlich auf Ihrer Willensmeinung beharren, Sie, nachdem vielleicht Ströme von Blut geflossen sind, sich in Kurzem werden genöthigt sehen, von dem Throne Ihrer Väter herabzusteigen. Wenn aber auch E. M. gerne Ihre Krone Ihrem Willen zum Opfer bringen, so ziehen Allerhöchstdieselben in Erwägung, daß ein solcher Verfall ganz Deutschland, das theure Vaterland mit in den Abgrund schleudern würde. Ew. M. werden dies nicht thun, können dies nicht thun, dürfen dies nicht thun. Allergnädigster König, ich bin Ihr treuester Unterthan, allein ich bin auch ein deutscher Fürst, ich würde als solcher E. M. nicht zur Nachgiebigkeit rathen, wenn es mit der Ehre eines Fürsten unverträglich wäre. Um Eines aber beschwöre ich E. M. noch. Nur keine halben Maßregeln! Seit erleuchte und schütze Ew. Maj.!" — Dessenungeachtet folgte die unheilvolle halbe Maßregel, deren Zurücknahme am 4. seit bald dringende Nothwendigkeit wurde. Eine Bürgerdeputation war beim König, um die Zurücknahme von ihm zu erflehen; der König war unerbittlich; da wagte einer der Bürger die Gefahr — wie der Fürst gethan — beim Namen zu nennen — die unausweichliche Gefahr der Krone wie des Vaterlan-

Digitized by Google

des; — in demselben Augenblick erhielt Prinz Karl, der Bruder des Königs, der bei ihm war, die Nachricht von der Erstürmung des Zeughauses, und der Bewaffnung des Volkes und bestimmte damit den König zur Nachgiebigkeit. Meiner Ihnen bekannten Denkweise nach — und sie ist hier sehr allgemein — beklage ich aus tiefste Seele, daß es soweit gekommen, es hätte so leicht vermieden werden können — nur nicht vom Volke. Dies ist durchdrungen von dem Gefühle, das ganz Deutschland beseelt; der Kampf, der uns bevorsteht, ist kein Kampf für die Dynastien, sondern mit ihnen, wenn sie wollen, für das Vaterland. Es ist die Größe und Kraft und wirkliche Einheit Deutschlands, wofür auch in Baiern alle Herzen schlagen und Alles zu Opfern bereit sich rüstet.

**Augsburg.** Auch von hier ist eine Adresse nach München abgegangen, welche in den wenigen Stunden ihres Aufliegens über 2000 Unterschriften erhielt.

† **Neustadt a. d. H.,** 7. März. Uebermorgen wird hier zur Berathung über die Lage des Vaterlandes und unserer Provinz eine zweite Versammlung abgehalten werden, zu welcher Männer aus allen Theilen der Rheinpfalz eingeladen sind. Es steht nicht zu bezweifeln, daß es, unbeschadet der durch unsere geographische Lage vorzugsweise gebotenen Mäßigung, zu kräftigen Beschlüssen kommen, und daß man diese Beschlüsse in München nachdrücklich geltend zu machen wissen wird.

**Würtemberg.** ± **Stuttgart,** 6. März. Der heutige Tag hätte ein Tag der aufrichtigen Bürgerfreude und der allgemeinen Eintracht und Versöhnung sein können, wäre nicht plötzlich eine trübe Wolke an dem schon heiteren Himmel vorübergezogen, welche die Gemüther abermals in hohem Grade verstimmte. Gestern Abend wurden die Mitglieder der beiden städtischen Kollegien (Stadtrath und Bürgerausschuß) zur Entgegennahme der Entschließung Sr. Majestät auf die in der Adresse der hiesigen Bürgerschaft vom 2. d. vorgetragenen Volkswünsche auf heute Vormittag einberufen, und bald durchdrang die Stadt die freudige Kunde, daß der König alle die Wünsche, also — außer der schon gewährten Preßfreiheit — öffentliche Schwurgerichte, Volksbewaffnung, das Recht der Bürgervereine u. s. w. bewilligt, daß auch, übereinstimmend mit der gestern übergebenen ehrerbietigen weiteren Vorstellung, die unverzügliche Einberufung der vereinigten Ständeversammlung beschlossen sei. Die fröhliche, begeisterte Stimmung erfaßte alle Stände, alle Bürger; man wünschte sich Glück, daß Würtemberg, ohne die geringste Störung der Ruhe und der öffentlichen Ordnung, ja selbst ohne alle, wenn auch noch so friedliche Demonstration auf den Stufen des etlangt habe, was allein zur Befriedigung und zur Begründung dauernder Eintracht zwischen Fürst und Volk dienen konnte. Schon hatten Stadtrath und Bürgerausschuß, denen heute Vormittag die erwähnte freudige Mittheilung in der That amtlich mitgetheilt wurde, eine lebhafte Dankadresse an des Königs Majestät beschlossen, als man plötzlich erfuhr, es sei eine Ministerialveränderung eingetreten und zwar, nach Ausweis der bekannt gewordenen Namen, in einem dem Volke und den Bürgerwünschen diametral entgegengesetzten Sinn. Es wurde bekannt, daß an die Stelle des Hrn. von Schlayer der Staatsrath Frhr. von Linden zum Minister des Innern ernannt werden sei; Hr. v. Linden, der ritterschaftliche Abgeordnete, welcher seit Jahren das in der Kammer zu vertheidigen übernommen hatte, was selbst sein Minister mehr vertheidigen wollte oder konnte, der Mann voller Stadt nicht nur für die Censur in thesi, sondern sogar für die Art ihrer Ausübung durch Hrn. v. Neurath und durch seinen Bruder, d. h. für die geisteserdrückendste, kleinlichste, dornirteste Censur in ganz Deutschland; der Redner in wohlgesetzten Phrasen für heimliche Gerichte, für Kleinmäßigkeit und Steckprügel; der einzige Vertheidiger der Bundestagspolitik, der Vorschläger für die „rohierwordene" Feudalrechte, Zehnten, Gülten, Beden, Frohnden u. s. w.; Hr. v. Linden endlich, dessen Ernennung zum Vorstande des katholischen Kirchenrats Minister Schlayer nur kann erst kontrasignirt hatte, als er von Sr. Majestät die schriftliche Zusicherung erhielt, es solle und werde damit dem ultramontanen Prinzip keinerlei Konzession gewährt werden. Zugleich erfuhr man, daß auch der Stadtdirektor Gärtner, ein Mann, welcher in seiner schwierigen Stellung bisher vielen Takt bewährte, und der in der letzten Zeit höchsten Orts die oberherrschende Stimmung pflichtmäßig vorgetragen hatte, seiner Stelle entsetzen und ein ehemaliger hiesiger Oberpostcommissär, jetzt Oberamtmann auf dem Lande, zum Stadtdirektor ernannt sei. Auch von Veränderungen im Justizministerium, welche im Sinne des Vorstehens am Dringendsten zu wünschen wären, sowie ebenfalls im Sinne der Reaktion ausgestalten seien (Direktor v. Bayhenegger, Regierungskommissär zur Betheiligung unseres famosen neuen Strafgesetzbuchs und der eben so prädicirten Strafprozeßordnung), von Ernennung eines obersten Finanzrathes an die Stelle des Hrn. v. Gärtner, des bisher so viel vermögenden Finanzministers u. s. w. sprach man allgemein und zuversichtlich. Alsbald beschlossen die städtischen Behörden, denen der im „Schwäbischen Merkur" von heute Abend abgetruckte Erlaß mitgetheilt worden war, die Dankadresse, welche sie für denselben einzureichen beschlossen hatten, vorerst zurück zu behalten, und die Sitzung schloß in der höchsten Aufregung. Von allen Seiten wurde sofort mit Eifer und Ernst sowohl den neu berufenen Ministern selbst, als den fast einflußreichen Personen vorgestellt, wie hoch gefährlich die Verwirklichung solcher Berufungen im gegenwärtigen Augenblick sei, wo die ganze Bürgerschaft, das Volk und das Land ziemlicher eine Reorganisation des Ministeriums im liberalen Sinne erwarte. Das machte den erwünschten Eindruck. Heute Nachmittag 4 Uhr waren die Neuernannten im Schloß berufen: sie erscheinen, um Sr. Majestät ehrerbietig zu erklären, daß sie im gegenwärtigen Augenblick der Sache des Thrones und des Vaterlandes durch Annahme der Portefeuilles zu schaden fürchten und deßhalb ablehnen müßten. Der eine — 6½ Uhr Abends — ausgegebene „Schw. Merk." erklärt bereits offiziell, daß vor dem Zusammentritte der Ständeversammlung eine Ministerveränderung nicht eintreten werde. — Wie beträgt ist es, daß diese Episode den allgemeinen Jubel, welchen sonst die Verkündigung hervorgebracht haben würde, daß Geschwornengerichte, Bürgergarden und Bürgervereinsammlungen zugegeben seien, abgeschwächt hat.

**Baden.** ± **Stuttgart,** 6. März. Das Ministerium Linden-Varnbüler ist noch kurzer Dauer gewesen. Die allerwärts sich kundgebende Aufregung schient schnell die Unmöglichkeit desselben klar gemacht zu haben. Das ganze Regierungskollegium, ohne Ausnahme (wie ich heute geschrieben hatte), erkärte, unter Linden nicht zu bleiben. Eine offizielle Nachricht, daß vor Zusammentritt der Kammer keine Ministerveränderung mehr vorgehen werde, scheint nur noch in einen Theil der Exemplare des Schw. M. gekommen zu sein. Die Petition an die Kammer um ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium wurde nun nicht weiter verfolgt, ist aber jedenfalls ein bedeutendes Aktenstück für ein regeres politisches Leben. Diesen Abend in der Bürgergesellschaft wurde beschlossen das aufgetragen, daß jenes Votum auch gegen das alte Ministerium gelte. Man in der That wäre der Wechsel hierin, aber freilich nicht zu Gunsten Derer, sondern zu Gelt sin, die einzige Garantie, an die wir glauben können. — Die stürmischen Kollegien haben diesen Abend ihre bereits beschlossene, aber durch jene Krisis sistirte Adresse abgehen lassen.

**Sachsen.** * **Dresden,** 4. März. Nachdem der König die Leipziger Deputation zwar gnädig aufgenommen, aber in unentschiedener Weise und in schmerzvollem Ergriffensein über das ausgesprochene Mißtrauen gegen die Regierung entlassen hatte (der König soll sogar Thränen vergossen haben), meldete Dr. Köchly gestern in der Sitzung der Stadtverordneten seinen Antrag auf Erlaß einer Adresse an den König in ausgezeichneter Rede. Er stellte folgende Punkte als Bitten auf: 1) Preßfreiheit, 2) Freiheit des religiösen Bekenntnisses, 3) Assoziationsfreiheit, 4) Wahlreform, 5) Vertretung des deutschen Volkes beim Bunde, 6) baldigste Berufung des Landtags. Eine schlechte Beobredeitung war es, daß der Antrag auf Zulassung des zahlreich versammelten Publikums in den Saal, weil es auf den gedruckt zu verlesenden Tribunen nicht Platz finden konnte, verworfen wurde. In der That wurde der Köchlysche Antrag größtentheils aus Gründen der Kompetenz, die Städteordnung gebiete diese Verhandlungen über kommunalliche Angelegenheiten) beseitigt; und wirklich unter Verwahrung des Kompetenzrechtes von vielen Seiten mit 32 gegen 24 abgelehnt, indem man zur Tagesordnung übergehen beschloß. Nichtsdestoweniger verlas hierauf der freisinnige Stadtverordnete Hofhoto seine bereits fertige Adresse, worin wegen Unzufriedenheit und Mißtrauen gegen das Ministerium auf schleunige Einberufung des Landtags angetragen wird. Dieser Antrag wurde mit 51 gegen 9 Stimmen angenommen. Der wahrscheinliche Vertreter der Residenz auf dem Landtage, Finanzprokurator Küttner, hat sich bei dieser Angelegenheit in so kleinlicher Weise benommen, daß seine Wahl eine Unmöglichkeit ist, was wir als ein Glück betrachten, da er wegen Mangels an advokatischer Praxis rein auf die Gunst des Finanzministeriums verwiesen ist und also noch abhängiger dasteht als ein Staatsdiener. — Schaffrath und Joseph deutschkatholischen ebenfalls eine Petition an den König um Einberufung des Landtags, der unter solchen Stimmungen höchst bedeutsam werden muß. Man erwartet Adressen von allen Seiten und die Stadt Leipzig wird auf direktere und entschiedenere Weise ihre Forderungen von Neuem erheben. — Nach dem Schlusse der gestrigen Stadtverord-

Digitized by Google

nctenfitzung hat sich noch eine Anzahl freisinniger Männer in Dresden vereinigt, um in einer demnächstigen größeren Bürgerversammlung über die zu treffenden Maßregeln zu verhandeln.

* Dresden, am 4. März Nachmittags 4 Uhr kam der Kreisdirektor aus Leipzig mit einer Extra-Lokomotive hier an, und sogleich ward eine Ministersitzung angeordnet, deren Resultat der Beschluß war, die Stände schon zwischen Ostern und Pfingsten (nicht erst im Oktober) zusammenzuberufen. Immer aber kommt man dem Volke nicht entgegen, und selbst in diesem kleinen Zugeständniß sucht man mit erbärmlicher Beschränktheit noch andere Gründe, wie die finanziellen, in den Vordergrund zu stellen. Man erwartet jetzo Augenblick die Rückkunft oder die Antwort der Leipziger. So eben sagt man, die hiesige Garnison soll theilweise nach Leipzig verlegt werden. Wahrscheinlich will man die verhängnißvollen Leipziger Schüssen nicht wieder ins Feuer führen. Hoffentlich erfahren Sie bald mehr.

○ Leipzig, 4. März. Die Adresse den Stadtrath und Stadtverordneten Leipzigs ward am 2. März durch eine Deputation persönlich überreicht. (Die Antwort des Königs darauf haben wir bereits ihrem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilt.) Der König war aufs Tiefste erschüttert; mehrmals ward er durch hervorbrechende Thränen unterbrochen, so namentlich bei der Stelle, wo er von seiner Regierung spricht. — Die Deputirten kehrten noch an demselben Tage nach Leipzig zurück. Schon auf mehreren Anhaltpunkten der Bahn wurden sie von Bewohnern umliegender Städte erwartet, welche den Erfolg der Sendung zu hören begierig waren. In Leipzig harrte ihrer eine ungeheure Volksmasse, die sich vor dem Rathhause aufgestellt hatte und zu wissen begehrte, was die Deputirten mitgebracht. Daß sie Preßfreiheit mitbrächten, war das Wenigste, was man erwartete; die Nachrichten aus Baden ließen diese Hoffnung so natürlich erscheinen. Die Antwort des Königs, die der Menge vom Balkon des Rathhauses herab, soweit der Lärm es zuließ, mitgetheilt ward, konnte freilich unter diesen Umständen nicht befriedigen. Die Masse wurde immer bewegter, stürmischer. R. Blum sprach zum Volke, beklagte das Unbefriedigende der Antwort, sprach über den Unwillen darüber vom König auf die Minister abzuladen, welche den König über die Stimmungen und Wünsche des Volkes täuschten. Er werde in der morgenden Stadtverordnetensitzung den Antrag stellen auf eine Bitte um Entlassung der Minister. Großer Jubel folgte diesen Worten. Biedermann gab die Versicherung, daß Stadtrath und Stadtverordnete auch ferner in dieser Sache Hand in Hand gehen und die nöthigen Schritte thun würden. Auch diese Versicherung erregte große Freude, und auf Blum's Ermahnung ging das Volk ruhig vom Markte fort. Ein Theil zog aber noch vor die Wohnung des Stadtverordneten H. Breckhaus, nöthigte diesen zum Erscheinen am Fenster und verlangte Rechenschaft von ihm: warum er in der Sitzung, wo die Adresse beschlossen werden, vor der Abstimmung fortgegangen sei? Breckhaus versuchte, sich zu rechtfertigen, und gab Zusagen, welche die Menge zufrieden stellten. Viele wollten nun noch vor die Kreisdirektion und des Kreisdirektors Wohnung ziehen, wurden aber von Blum zurückgehalten und zum Auseinandergehen veranlaßt. Lange vor Mitternacht war die vollkommene Ruhe hergestellt. Am 4. März früh ging sofort eine zweite Deputation nach Dresden ab, um dem Könige den Eindruck seiner Antwort zu schildern und das dringende Verlangen des Volks nach einem Ministerwechsel kundzuthun. — Die Ruhe ward nicht weiter gestört, selbst Zusammenläufe oder Gruppirungen, wie sonst gewöhnlich nach solchen Erregungen, finden nirgends Statt. Auch war weder heut noch am vorigen Abend irgend welche außerordentliche polizeiliche oder militärische Macht entwickelt. Heute Vormittag, 11 Uhr fand eine Sitzung der Stadtverordneten Statt, worin folgende an den König in geeigneter Form zu richtende Erklärung einstimmig angenommen ward: 1) Wir erklären, daß wir uns nicht nur befugt, sondern für verpflichtet halten, in Verhältnissen wie die gegenwärtigen die Wünsche und Gesinnungen der Bürgerschaft auch über „allgemeine" Angelegenheiten des Vaterlandes dem Könige vorzutragen. 2) Die Adresse an den König war nicht der Ausdruck und die Stimme einer Partei, wir waren nicht verleitet, sondern wir sprachen darin einstimmig unsere innigste, freie Ueberzeugung und zugleich die der Bürgerschaft aus. 3) Wir baten in der Adresse rein Mißtrauen gegen die Person des Königs, wohl aber gegen das System seiner Rathgeber ausgesprochen, und wir erklären jetzt nochmals, daß nach unserer Ueberzeugung die Ruhe des Landes nicht anders erhalten werden kann, als wenn der König sich mit neuen Rathgebern umgibt, welche das Vertrauen des Landes genießen. 4) Wir erklären, daß wir die schleunige Einberufung der Stände für dringend nothwendig erachten. — Der Stadtrath ist auch dieser Erklärung einstimmig beigetreten. Von der Deputation in Dresden weiß man bis jetzt schriftlich so viel: dieselbe werde angenommen werden und „beruhigende Erläuterungen" in Bezug auf die gestrige Antwort erhalten. Soeben hält der akademische Senat Sitzung, um über eine von v. d. Pforden beantragte Anschlußadresse an die Wünsche der Stadt zu berathen.

Leipzig, 5. März. Der akademische Senat hat ebenfalls eine Adresse beschlossen, worin es unter Anderm heißt: „Das deutsche Volk bedarf nach seinem jetzigen Bildungszustande der konstitutionellen Monarchie, und will sie, wie alle gebildeten Völker Europas. Es will sie aufrichtig und ehrlich, als eine Wahrheit mit ihren Folgerungen, und es wird sie in dieser Gestalt mit Gut und Blut vertheidigen nach Außen und Innen. Worin diese Folgerungen bestehen, darüber ist in den wichtigsten Punkten kein Zweifel mehr. Das deutsche Volk bedarf aber auch einer kräftigen Vertretung seiner Einheit nach Außen, damit eine Nationalität und sein Gesammtgebiet unverletzt erhalten werde. Sind denn nun die Bedürfnisse des deutschen Volkes befriedigt? Die Regierungen sagen: Ja! die Völker sagen: Nein, und dies ist der Streit, der seit 1815 unser Vaterland bewegt und in einer so krankhaften Stimmung erhält, daß jeder politische Akt des Auslandes und in fieberhafter Erregung erzittern macht."

Hannover, 3. März. In der heutigen Sitzung der Bürgervorsteher, die bekanntlich den Stadtverordneten der preußischen Städte entsprechen, wurde beschlossen, den Magistrat um eine gemeinschaftliche demnächst anzuordnende Sitzung zu bitten. Diesem allgemeinen Antrage fügte der Bürgervorsteher Peters folgende Vorschläge hinzu: gemeinschaftlich mit dem Magistrate den König zu ersuchen 1) um sofortige Aufhebung der Censur, da mit der Aufrechung der Censur von Seite Badens kein in der Bundesgesetzgebung liegender Grund zur Aufrechterhaltung dieser Einrichtung mehr vorhanden sei; 2) baldthunlichste Einberufung der hohen Ständeversammlung; 3) Einberufung der durch eine Verordnung von 1831 organisirten Bürgergarde. Diese Anträge wurden von der Bürgervorsteherkern einstimmig angenommen. (Köln. Z.)

* Aus Braunschweig erhalten wir eine Adresse der Stadtverordneten an den Herzog, worin die Freiheit der Presse, Anerkennung des Rechtes der Staatsbürger auf politische Versammlungen, Oeffentlichkeit der landständischen und Kommunalverhandlungen, der Civil- und Strafgerichtspflege, Einführung der Schwurgerichte, einer geregelten Volksbewaffnung und ein deutsches Parlament verlangt werden.

Kurhessen. Δ Kassel, 5. März. Ich melde Ihnen sogleich die Antwort, welche die Marburger Deputation in der Audienz von dem Kurfürsten erhalten hat. Es war der Obergerichtsprokurator Schanz (der Vertheidiger Jordans), der Kaufmann Möller und der Landtagsdeputirte Bierbrauer Lederer. Seine königl. Hoheit bemerkte: „Rein Bierbrauer regieren, Universität verlegen, Audienz beendigt" ꝛc. Wenn es nicht die Deputirten selbst erzählt hätten, so würde es Niemand glauben. Daß Lederer Bierbrauer ist, scheint ganz gleichgiltig zu sein, er war hier als Deputirter der Stadt Marburg und nicht als Bierbrauer, der regieren wollte. Man spricht allgemein davon, daß Scheffer dem Kurfürsten noch Härteres angerathen habe. Es wäre das, wenn nicht alle Zeichen trügen, ein schlimmer Dienst, den er ihm geleistet, denn dieses Mal möchte selbst in Kurhessen die Sache keine offizielle Wendung nehmen. Was die Universität anbetrifft, so kann wie und scheint dieselbe nicht ohne Weiteres verlegt werden. Auch abgesehen davon, daß ihre Privilegien auf Grund und Boden hasten, steht ausdrücklich in der Verfassungsurkunde „die Landesuniversität Marburg"; gerade das jetzige Oberappellationsgericht wurde bei seiner bekannt gewordenen entschiedenen Haltung als strikte Verfassungen (Zeder als Zeder d. h. als Einzelner) konsequent hier entscheiden müssen: es heißt die Landesuniversität Marburg und da es so heißt, so kann die Landesuniversität weder irgendwo anders sein noch ganz aufgehoben werden, vielmehr muß verfassungsmäßig immer die Landesuniversität Marburg vorhanden sein. Wer bisher noch nicht gemußt, wir ganz eigenthümlich Kurhessen unter allen Ländern und Ländchen Deutschlands dasteht, wird sich jetzt kräftig des Unterschiedes bewußt werden. Die Deutschen sollen sich drüderlich die Hände reichen, um durch Einheit stark zu werden, die Deutschen streben nach Einheit des Zolles, des Gewichtes, der Münze — werden die Kurhessen darauf zählen können, daß sie auf dem betretenen Wege, sich in Einklang zu setzen mit den Forderungen des vorgeschrittenen Volksbewußtseins, sich nicht länger „zum Gegenstand des Spottes" bei allen Nachbarn gemacht zu sehen, sich von ihren deutschen Brüdern unterstützt sehen? Das bisherige „System" in Kurhessen hat sich, so scheint es, nun einmal „unmöglich" gemacht. Möge der Kurfürst selbst sich davon überzeugen.

Kassel, 4. März. Der Bürgerausschuß der Residenz hat

Digitized by Google

eine Eingabe an den Kurfürsten beschlossen, welche um Aenderung des Ministeriums bittet. — Der Hanauer Deputation ist eine zweite nachgeschickt worden, welche der ersten ankündigt „man könne für die längere Aufrechterhaltung der Ruhe nicht stehen, wenn die Konzessionen nicht aufs Schleunigste erfolgten"; die Deputation solle sich daher schleunigst nach Hanau zurückbegeben. Dem 6. März wird dem Frankf. J. aus Hanau geschrieben: Hier rüstet sich in diesem Augenblick Alles zum Abmarsch nach Kassel, um die Petition um Volksgarantien, die bis jetzt nicht den erwünschten Erfolg gehabt zu haben scheint, im großartigsten Maßstabe zu wiederholen.

* Marburg, 6. März. Gestern Abend reiste von hier eine Deputation der Studirenden an der hiesigen Universität mit einer Petition an den Kurfürsten ab. Eine ungeheure Menschenmasse umstand den Postwagen und begleitete mit ihrem Jubel die Abziehenden. Die Studirenden wollen den Kurfürst ersuchen um Wiederherstellung der früheren Rechtsverhältnisse an der hiesigen Universität, Rehabilitation der suspendirten Professorn (eine kleine Fakultät: Jordan, Hilbebrand, Bayrhoffer) u. dgl. m. Man muß den hiesigen Studenten das Verdienst lassen, daß sie auf den Gang der Ereignisse in der hiesigen Stadt den größten, den entschiedenen Einfluß gehabt haben. Haben sie es doch auch allein durchgetrieben, daß der sogenannte Eisenschmitt in sein Wohnhaus konfignirt ist. Der Senat der hiesigen Universität hat ein anderes Verhalten eingeschlagen, obgleich es nicht weniger charakteristisch für viele der gelehrten Herren ist. Eine Anzahl von Professoren hatte gleichfalls eine Petition an den Kurfürsten entworfen und legte sie dem Senat zur Annahme vor. Der Hr. Prorektor erklärte aber, die Sache nicht der Diskussion vorlegen zu wollen, nachdem fast alle Mitglieder der juristischen Fakultät sich dahin erklärt hatten, der Senat habe kein politisches Petitionsrecht, nur ein Petitionsrecht in wissenschaftlichen Angelegenheiten, der Senat, der offizielle Vertreter einer an Grundbesitz aufvorordentlich reichen, mit eigner Verwaltung betrauten Korporation! So geschehen Anfang Martii 1848.

**Hessen.** * Darmstadt, 7. März. Gagern eröffnete heute die 2. Kammer: die innere Civilverwaltung werde in 3 Departemente zerfallen: Innres, Justiz und Finanzen. Er sei Minister des Innern; Präsident Zimmermann Finanzminister; ein Justizminister sei noch nicht ernannt. Eigenhodt sei Min.-Rath im Ministerium des Innern. Gagern legte Gesetzentwürfe vor: über Pressfreiheit, Versammlungs- und Petitionsrecht, und Zurücknahme des Polit. Strafgesetzes und versprach unmittelbare Auseinbringung eines Gesetzentwurfs über politische Gleichstellung alter Konfessionen.

○ Mainz, 7. März. Folgendes die Antwort unsers Erbgroßherzogs-Mitregenten auf die von der Stadt Mainz an ihn gerichteten Wünsche: „Ich habe von den Wünschen Kenntniß genommen, welche durch eine Deputation der Magistratur Mainz seiben Stadt Mainz im Interesse der Entwicklung der bürgerlichen Freiheiten und der Erhaltung der öffentlichen Ordnung Mir sind zu erkennen gegeben worden. — Ich genehmige die Erfüllung sämmtlicher dieser 10 Wünsche, wie diese bereits durch Meine Proklamation vom heutigen Meinem ganzen Volke zugesagt worden ist. Ich werde also, nach dem Mir vorgetragenen Wunsche sofort Vorlagen in diesem Sinne an Meine getreuen Stände gelangen lassen. Auch Mein Wunsch ist die Verminderung des stehenden Heeres, und es wird diese gewiß eintreten, wenn auswärtige Rüstungen feener nicht zu besorgen und die Erhaltung des Friedenszustands, den wir Alle wünschen, und für die Ich, was in Meinen Kräften steht, leisten werde, gesichert erscheint."

Darmstadt, den 6. März 1848. Ludwig, Erbgroßherzog und Mitregent. Der Minister des Innern: H. Gagern.

**Nassau.** O Wiesbaden, 6. März. Der Herzog eröffnete die Ständeversammlung heute mit folgender Anrede: „Meine Herren und lieben Stände! Ich bin gekommen, diese Versammlung selbst zu eröffnen, und gebe Ihnen den Beweis, daß ich mich offen und frenge an den Gang der Bestimmungen halte, welche gestern durch meine Proklamation dem Lande verkündet worden sind. Ihre gegenwärtigen Sitzungen haben nur das versprochene neue Wahlgesetz zum Gegenstand. Ich empfehle diese wichtige Angelegenheit Ihrer sorgfältigen Erwägung. Auf Ihre Einsicht und Treue muß ich mich in diesen schweirigen Zeitverhältnissen mehr als je verlassen können; ich verlasse mich darauf! Ihre Sitzungen werden öffentlich sein. Meine Herren und lieben Stände! Ich hoffe und vertraue zu Gott, daß die neuen Institutionen unserm Lande und dem ganzen deutschen Vaterlande Segen bringen werden."

**Niederland.**

* Amsterdam, 4. März. Am 7. März versammeln sich die Kammern und bald darauf wird das Ministerium seine Reformvorschläge dem Lande vorlegen. Möge es der Stimme der Vernunft, der Billigkeit und der Zeit Gehör geben, und nicht in dieser schweren Zeit durch Verenthaltung von heiligen Rechten bittere Gefühle erzeugen. Denn mehr als je bedarf es in solchen Drieben der Einigkeit zwischen Fürst und Volk!

**Großbritannien.**

London, 5. März. Die Sitzung des Unterhauses vom 1. März liefert einen neuen Beweis, wie sorgfältig der Engländer daheim das Wohl seiner Landsleute draußen überwacht. Hr. Wakley richtete eine Frage an Lord Palmerston in Betreff der britischen Unterthanen, welche sich zeitweilig in Paris aufhalten, worauf dieser erwiderte: „Er habe nicht den geringsten Grund zu glauben, daß irgend eine persönliche Gewaltthätigkeit gegen irgend einen der britischen Unterthanen ausgeübt worden, welche sich während der letzten Unruhen in Paris aufhielten." Wollte Gott, es würde einmal von einem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands auf eine ähnliche an ihn gerichtete Anfrage in einem deutschen Parlament eine ähnliche Erklärung in Betreff deutscher Landsleute abgegeben! In derselben Sitzung vertheidigte Lord Palmerston seine Politik gegen die HH. Urquhart und Anstey in einer Rede, welche sechsthalb Stunden dauerte, und welcher auch von denjenigen Blättern, die sonst nicht gerade Freunde der Palmerston'schen Politik sind, das Lob hoher Beredsamkeit, Gewandtheit und Meisterschaft zuerkannt wird. Lord Palmerston schlug seine beiden Gegner gründlich zu Boden. Für einen Auszug — dies gestehen auch die Times — ist die Rede nicht geeignet. Die darin berührten Gegenstände haben Anlaß zu 139 Parlamentsdebatten gegeben und füllen mit ihren Details einige 1000 Folioblätter. Wer sich aber gründlich über die politischen Vorgänge seit dem Frieden von Aeclanopel unterrichten und einen Einblick in die Palmerston'sche Politik gewinnen will, der nehme die Times oder das Morn. Chronicle vom 2. März zur Hand, wo die Rede vollständig mitgetheilt ist.

Napoleon sprach einmal das Wort aus: „Ce n'est que le ventre qui gouverne le monde." Allerdings hat der Hunger einigen Antheil an der Weltgeschichte und vielleicht einen größeren, als man gemeinhin glaubt; wer eine Geschichte des Hungers schriebe, hätte auch ein Stück Weltgeschichte geschrieben. Aber die Völker wollen, auf einer höhern Stufe der Bildung angelangt, nicht bloß gestillt sein, sie verlangen, daß auch ihre geistigen Bedürfnisse befriedigt, daß ihnen die Rechte und Freiheiten verliehen werden, deren Besitz ihnen ein höheres Bewußtsein, ein stärkeres Selbstgefühl, eine freiwilligere Thatkraft verleiht, und gerade darum, weil Napoleon eine solche materialistische Ansicht von der Menschheit hatte, wie sie sich in jener cynischen Phrase ausspricht, gerade darum erlag er im Kampfe gegen die höhern Motive, welche die Völker Europas gegen seinen Despotismus, der sie bloß als Maschinen, Wagen und Kanonenfutter behandelte, in Bewegung setzte. Es wundert uns, daß die Times in einer ihrer jüngsten Betrachtungen über die franz. Revolution, welcher das Napoleonische Motto vorangestellt ist, das große Pariser Ereignis einzig und allein auf denselben Satz zurückführen. „Nicht weil man ein Reformbankett nicht abhalten durfte", sagt jene Zeitung, „sondern weil es Tausenden und aber Tausenden an täglichem Brod fehlte, darum ist Ludwig Philipp entthront und ein Pöbelregiment (!) in Paris aufgerichtet worden. Beschäftigung und gute Arbeitslöhne würden diese verwegenen Arbeiter bessr im Zaume und Zügel gehalten haben, als 100,000 Linientruppen, als 20 wohl bemannte und ausgerüstete Fregatten, ja selbst als eine wohl gesinnte Majorität in der Deputirtenkammer. — Der Trieb des Volks geht darauf hinaus, zu gebrauchen, zu arbeiten und genährt zu werden. Wird er in dieser mäßigen Erwartung getäuscht, so kehrt er sich gegen die bestehende Ordnung der Dinge auf, nicht ausdrücklich für die Nahrung, sondern gegen die Einrichtungen, die er zu achten keinen vernünftigen Grund hat. Lehi die Parlamente er wohl bedenken: der Hunger thut weh, er ist das Zeughaus der Revolutionen". Es ist aber sehr zu fürchten, daß, wenn Regierungen diese einfeitig materielle Auffassung geschichtlicher Ereignisse und Entwickrungen, die doch in ihren Berknüpfungen zuletzt ein organisches Ganzes bilden, zu den ihrigen machen und darnach allein ein Volk regieren wollen, endlich der grimmige Hunger dirfelbe Rolle spielen würde, die, wenigstens den Times zufolge, jetzt der leibliche Hunger in Paris gespielt hat. Dagegen macht dirselbe Zeitung mit Recht auf das drohnkliche soriale Problem aufmerksam, auf welches die provisorische Regierung sich eingelassen hat, und bezweifelt, daß ihr die Lösung gelingen werde. Eben so wenig gibt sie etwas auf die Versicherungen von Weltfrieden und allgemeiner Verbrüderung

Digitized by Google

der Menschheit. Solche Phrasen habe man auch im Anfange der ersten franz. Revolution gemacht, und alle Völker hätten ihnen schon damals ein gläubiges Ohr geliehen.

In den Times finden sich über die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung Frankreichs folgende Bemerkungen: Lamartine, dem übrigens die edelsten Motive nicht abgesprochen werden, sei vielleicht dazu bestimmt, mit den Girondisten, deren Geschichte er geschrieben, auch das gleiche Loos zu theilen; Leon Reilins und Garnier Pagès Talente werden als sehr gewöhnlicher Art bezeichnet; Hrn. Arago wird Heftigkeit und Rauheit vorgeworfen, nicht bloß in seinen politischen Ansichten, sondern auch in seiner wissenschaftlichen Laufbahn; von den ehrgeizigen Generalen Bedeau und Lamoricière, welcher letzteren in Thiers Plane eingewirkt sei, wird Störung für die Ruhe Europas befürchtet, so wenig sich über den Gang der jetzigen Revolution, wie jeder großen Volkserhebung, Etwas voraussagen lasse. Daily News dagegen findet, daß die Namen derer, welche an der Spitze der provisorischen Reg. stehen, vielleicht die einzigen und besten Namen seien, die bei einem solchen Zustande der Dinge in Vorschlag gebracht werden konnten; schon der Muth sei ehrenwerth, mit dem diese Männer ihren gefährlichen Posten angenommen. Ihre sonstigen Befähigungen ungerechnet, wodurch sie für redliche Geschäftsführung Bürgschaft leisteten, seien sie auch Männer von Vermögen, der guten Gesellschaft angehörig und in öffentlichen Angelegenheiten wohl erfahren. Dieses Blatt fährt fort: „Wie müssen sagen, daß Ludwig Philipps frühere Aufführung seine Nachkommenschaft für ewige Zeiten in Frankreich unmöglich gemacht hat. Die schändliche Weise, womit er sein im Stadthause im August 1830 gegebenes Versprechen gebrochen hat, macht es den Revolutionshäuptern zur Nothwendigkeit und Pflicht, niemals ihm oder seiner Familie wieder Vertrauen zu schenken. Hätte man den Grafen von Paris angenommen, so würde man auch jene allzu conservative Partei wieder ans Ruder gebracht haben, welche während der letzten Woche mit der Kammer in so grober und unverfassungsmäßiger Weise Mißbrauch trieb. Und wie gesagt, in den gegenwärtigen Prospecten und der Zusammensetzung der provisorischen Regierung erblicken wir einigen Grund zur Hoffnung und gewiß keinen zum Tadel." — Der torystische Standard, von jeher ein Verehrer Ludwig Philipps, beklagt dessen Sturz aufs Tiefste, meint aber, man müsse die französischen Republikaner gewähren lassen und dürfe sich in die innern Angelegenheiten Frankreichs in keiner Weise mischen.

Der Examiner sagt: Jedermann werde, wenn auch mit gemischten Gefühlen, mehr oder weniger Freude über Ludwig Philipps Sturz empfinden, über diesen Mann, für den die Freiheit nur dagewesen, um seinen Spott damit zu treiben; wie würden die Höfe und Aristokraten heimlich ins Fäustchen lachen (sollten sie wirklich?), daß ein vom Volke eingesetzter König auf eine so unhöfliche Weise wieder abgesetzt worden! wie würden die Demokraten aufjubeln, wenn sie ihn, der sie daheim und auswärts verfolgt, als das Opfer der Volksfeast erblicken! wie würden die Dichter und Moralisten des Ereignis zu ihrem Thema machen und ausrufen, daß Hoffnung, Gerechtigkeit und Wiedervergeltung noch auf Erden gefunden würden!" Der Examiner war von Beginn an ein entschiedener Gegner Ludwig Philipps und seiner Politik.

Folgende vom Premierminister Lord J. Russell im Unterhause abgegebene Erklärung haben wir noch nachzutragen. Der edle Lord sagte: England wird jede Regierungsform, die Frankreich selbst wählt, anerkennen und sich in keiner Weise in seine inneren Angelegenheiten mischen. England ist an der französischen Regierung nur wie ein Freund und Nachbar interessirt, und der einzige Wunsch Englands ist, daß die Institutionen, die Frankreich angenommen, soviel als möglich zu seinem Glück beitragen möchten. England wird aber auch die heilige Pflicht der Gastfreundschaft, die es zu allen Zeiten gegen Jedermann, welchen politischen Glaubens er auch sei, ausgeübt hat, nicht hintansetzen; diese Pflichten der Gastfreundschaft haben das Land zu einem Asyl für die Unglücklichen gemacht, und ich werde niemals dazu stimmen, daß man sie vernachlässigt.

## Frankreich.

Paris, 4. März. Die „belgische demokratische Gesellschaft" hat eine Adresse an die provis. Regierung gerichtet, in welcher unter den lebhaftesten Ausdrücken der Theilnahme und der Freude über die jüngste Revolution die belgische Staatenunabhängigkeit und Nationalität gewahrt wird. Der National nimmt von dieser Zusschrift Veranlassung, sich von Neuem mit großem Nachdruck gegen jeden Gedanken der gewaltsamen Propaganda und der Eroberung auszusprechen. „Die republikanische Regierung, sagt er, wünscht, daß Belgien unabhängig und frei, und sie will, daß es der Freund Frankreichs sei. Der Gedanke der Eroberung hat sich überlebt. Ueberlassen wir es jedem Volke, auf seinem eignen Gebiete den Sieg des demokratischen Princips zu erringen, und treiben wir den befreiten Nationen eine brüderliche Hand zur Bildung eines großen europäischen Bundes. Möge sich Belgien über unsere Gesinnungen nicht täuschen. Wir beabsichtigen durchaus nicht, ihm eine Verfassungsform aufzudringen. Ihm selbst gehört die Initiative, das belgische Volk allein hat über sein Schicksal zu entscheiden. Wir denken nicht daran, uns in seine innern Angelegenheiten zu mischen. Da Belgien als Nation aufgetreten ist, so ist es mit Recht stolz auf seine Unabhängigkeit, und wir begreifen sehr wohl, daß es, als ein schwacher Staat von mächtigen Nachbarn umgeben, ein empfindliches Ehrgefühl hat. Dazu sollte uns auch eine Gebietsvergrößerung nützen? Der beste Schutzwall, der beste Schild sind bekreundete Männerherzen." Der National verbreitet nicht, daß er die republikanische Regierungsform in Belgien lieber sähe, als die monarchische, aber das Wesentliche ist ihm die Freundschaft des Nachbarstaates. „Unsere Ansicht, schließt er, ist in kurzen Worten zusammengefaßt die folgende. Es wird ein Tag kommen, wo alle Völker nur noch eine unermeßliche Familie bilden. Um den Beginn dieser neuen Zeit der allgemeinen Wohlfahrt zu beschleunigen, müssen wir jeden Gedanken an Krieg, an Eroberung, an Gebietsvergrößerung bekämpfen. Möge jede Nation im Sinne ihrer Bedürfnisse und ihrer Interessen ihren natürlichen Entwicklungsgang geben, möge der Fortschritt in jedem Staate ein selbstständiger sein, und das republikanische Frankreich wird jeden Erfolg der andern Völker für einen eigenen Sieg rechnen. Belgien hat das Beispiel Frankreichs vor Augen, es kennt die Absichten unserer Regierung, es darf ohne Besorgniß zu Werke gehen, wir verbürgen ihm, daß Niemand seinen Entschlüssen Gewalt anthun wird." Wir brauchen nicht hinzuzusetzen, daß wir in dieser Auffassungsweise, wenn sie sich ehrlich und dauernd behauptet, die sicherste Gewähr der großen gemeinschaftlichen Interessen der europäischen Völker sehen. Möge der National bei der neuen Politik, welche er angenommen hat, beharren, möge er sie durch seinen Einfluß und durch die Kraft des Wortes, die ihm zu Gebote stehen, in alle Köpfe und Herzen des französischen Volks übertragen. Daß von anderer Seite der Nichts mehr geschehe, um Frankreich zu reizen und herauszufordern, daß die deutschen Gewalten die friedlichen Gesinnungen, welche bis jetzt in Frankreich die Oberhand haben, zu schonen und zu erhalten suchen werden, das glauben wir nach den letzten Vorgängen im Vaterland als unzweifelhaft betrachten zu dürfen.

Einige der heutigen Pariser Blätter lassen sich von Straßburg schreiben, daß in Karlsruhe und München die Republik angesagten sei. Wir wollen den Pariser Zeitungen ihre leichtgläubigkeit nicht vorwerfen, da ja auch bei uns das bedenkene Geschwätz von der Republikausrufung Ungarns Eingang gefunden hat.

Alle Gefandten ermahnen ihre Landsleute, die sich bei ihnen Rathe erholen, ruhig in Paris zu bleiben und nicht durch eine übereilte Abreise ihre Interessen zu gefährden oder ihre Geschäfte zu vernachlässigen; — nur der österreichische Gesandte, Graf Appony, dringt darauf, daß alle Oesterreicher augenblicklich abreisen. „Ich wünsche, sagte er zu einem Wiener Bankier, daß in 14 Tagen kein einziger österreichischer Unterthan mehr in Frankreich ist." Ein Wunsch, der schwerlich in Erfüllung gehen wird.

Der Minister des Innern zeigt an, daß ihm täglich eine Menge anonyme Denunciationen zukommen, und erklärt hierauf, daß jeder Brief, der nicht Namen und Adresse des Briefstellers enthält, augenblicklich ungelesen verbrennt wird.

Die Dampfkorvette Titan ist von Toulon nach Algier abgegangen; sie ist zur Verfügung der Prinzen Joinville und Aumale gestellt, die sich auf selber mit ihren Familien einschiffen und nach einem beliebigen Bestimmungsorte begeben können.

Abends 4 Uhr. (Korrespondenz.) Wir haben vor Postschluß nur noch eine halbe Stunde und sollen einen Zug beschreiben, der von der Magdalenenkirche ausgeht und an der Julisäule ankömmt, ohne daß die letzten Schwadronen Kavallerie sich noch in Bewegung setzen. Einen Zug, der etwa 3 Stunden braucht, um an uns vorbeizudefiliren, — den größten Leichenzug, selbst den des Kaisers nicht ausgenommen, den man noch jemals sah. Die Aufgabe ist nicht zu lösen. — Voran eine kleine Armee Nationalgarde, zivile, und ein Theil der neu uniformirten mobilen Nationalgarde. Sodann unzählige Menschen mit Lorbeer und Immortellen geschmückt. Dann die Trauerwagen mit dreifarbigen Fahnen — wieder Legionen von Nationalgarden, die Schulen, die Generale der Armee, der Stab der Nationalgarde, die Räthe am Kassationshofe in ihren Scharlachroben, die Akademiker, die Polen, die anhaltender Jubel auf allen Punkten begleitet, dann der Riesenwagen mit

Digitized by Google

den Zuſtgnten der Freiheit und der Republik, dann ein Regiment Kanoniere zu Pferd; zu Fuß, zwiſchen Leidtragenden um verlorene Verwandte bei den Februartagen, die Mitglieder der proviſoriſchen Regierung — das Perſonal ſämmtlicher Opern, die Muſiker aller Regimenter, die Mitglieder aller Geſangvereine — kleine Gruppen kaiſerlicher Soldaten in ihren reichen Uniformen; Deputationen aller Gewerke von Paris; die Advokaten in ihren ſchwarzen Talaren, die Mitglieder des Oberrechnungshofs in ihren ſchreiend gelben Gewändern, die Löſchanſtalten, die Journaliſten, eine Deputation der belgiſchen Demokraten, die Geſellſchaft der Einfamis de Paris, die Briefträger — und der ganze lange Zug umflutet von einem Meere von Volk, das, im Bewußtſein ſeiner eignen Gewalt und Größe, Ruhe und Ordnung hält, wie es vor Kurzem Sturm und Verwirrung angerichtet — das damals die Polizeimacht nicht fürchtete und ihrer heute nicht bedarf. Auf den Boulevards war ohne Zweifel eine halbe Million Menſchen beiſammen. Die Marſeillaiſe und das Girondiſtenlied werden von Tauſenden von Stimmen, aber in Zwiſchenräumen geſungen, welche verhindern, daß die Melodien ſich vermiſchen. In den verſchiedenen Koſtümen iſt das ganze Volk, mit ſammt ſeiner Geſchichte ſeit 50 Jahren repräſentirt; was bewerkſtelligende Bedeutung hat, iſt da — um ein paar Leichname in die Gruft zu begleiten, in die ihnen die Helden der Barrikaden zum Fall vorangegangen. — Paris iſt nach der Ceremonie ſo ruhig, als ſei Nichts geſchehen; Jeder geht an ſeine Arbeit und verteilt vor der Hand auf die Ohhut der proviſoriſchen Regierung!

Paris, 5. März. Die Moniteur enthält folgende amtliche Aktenſtücke:

1) In der Abendſitzung des 4. März hat die proviſ. Regierung die Einberufung der Wahlverſammlungen auf den 9. April und den Zuſammentritt der konſtituirenden Nationalverſammlung auf den 20. April angeſetzt. — In derſelben Sitzung hat die proviſ. Regierung die Grundlagen des behufs zu erlaſſenden Dekretes feſtgeſetzt, und zwar a) die Nationalverſammlung wird die künftige Verfaſſung dekretiren. b) Die Wahl hat als Grundlage die Volkszahl. c) Die Anzahl der Volksvertreter iſt auf 900 feſtgeſetzt. d) Das Wahlrecht iſt allgemein und unmittelbar und an keinen Cenſus gebunden. e) Alle Franzoſen, die 21 Jahre alt ſind, ſind Wähler und alle Franzoſen, die 25 Jahre alt ſind, ſind wählbar. f) Die Wahlen finden in geheimer Abſtimmung ſtatt. 2) Eine Kommiſſion der Nationaldelohnungen iſt ernannt — an ihrer Spitze ſteht der Bürger Albert, Mitglied der proviſ. Regierung. 3) Eine Kommiſſion iſt eingeſetzt, um mit dem Marineminiſter ſogleich alle Maßregeln zu beraͤthen, um die Negerſklaverei augenblicklich in allen franzöſiſchen Kolonien aufzuheben. Präſident dieſer Kommiſſion iſt der Bürger Schölcher, ein Elſäſſer, der ſeine Kenntniſſe und ſein großes Vermögen ſeit vielen Jahren vorzugsweiſe der Beförderung der Emancipationsidee gewidmet hat.

Der Miniſter des Auswärtigen, Hr. Lamartine, hat an die diplomatiſchen Agenten der franzöſiſchen Republik ein Rundſchreiben erlaſſen, in welchem er die Ideen der Mäßigung, der Duldſamkeit, des Friedens ausſpricht, welche die Regierungspolitik beſtimmen. Hr. Lamartine erklärt, daß die Republik zwar die Verträge von 1815 als abgeſchafft betrachte, daß ſie aber die durch dieſelben getroffene Territorialeintheilung Europas anerkenne. Sie wolle den Frieden, oder die Intervention in der Schweiz oder Italien würde ſie als einen Kriegsfall betrachten. Wir kommen morgen auf dies Aktenſtück zurück.

Zur Unterſtützung des Kleinhandels iſt die Errichtung einer neuen Bank beſchloſſen, deren Kapital 20 Millionen betragen, und die auf 3 Mill., die unter d m Handelsſtande aufzubringen ſind, von dem Staate und der Stadt vorgeſchoſſen werden ſoll. Eine ähnliche Einrichtung wurde 1830 getroffen und leiſtete damals ſehr gute Dienſte. — Der Zeitungsſtempel iſt zum zweiten Male abgeſchafft, und jetzt wohl auf immer.

Die HH. Quinet und Michelet haben natürlich ihre Vorleſungen wieder eröffnet; Hr. Arrelar begann die geſtrige mit der Zergliederung des Begriffes der Volksſouveränetät. — Alle von hier weggewieſenen Flüchtlinge kommen einer um den andern wieder zurück, und namentlich hat ſich bereits vor 3 Tagen Bakunin aus Brüſſel wieder eingeſtellt. — Armand Barbès, der Führer des Aufſtandes vom Mai 1839, der vier Jahre lang Staatsgefangener in Doullens war, iſt zum Gouverneur des Luxemburg ernannt worden.

Zahlloſe Deputationen melden ſich Stunde für Stunde auf dem Stadthauſe, um ihre Anerkennung der Republik und der proviſoriſchen Regierung zu erklären. Unter ihnen ſind die bedeutendſten die des Staatsraths, der aufs Beharrlichſte von einer Rede Cremieux's ergriffen unter dem einſtimmigen Ruf ſich entfernte: Es lebe die Republik! — dann die der Wechſelagenten.

Hr. Garnier-Pagès antwortete ihnen mit folgenden Worten. „M. HH.: Wenn die gegenwärtige Lage kritiſch iſt, ſo iſt ſie weitaus nicht verzweifelt. Die Regierung iſt im Stande, alle von der geſallenen Verwaltung eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen; und es iſt dies ſo wahr, daß der Finanzminiſter bereits heute für die Zahlung der Zinſen der griechiſchen Anleihe Vorſorge getroffen hat. Um aber ſo ſchnell als möglich der heutigen Kriſe zu entgehen, einer unausbleiblichen Folge eines politiſchen Umſturzes, iſt uns Ihre aufrichtige konale, ungetheilte Mitwirkung nöthig. (Zahlreiche Stimmen: die unſere iſt Ihnen geſichert.) Nun denn, m. HH., mit Ihrer Beihilfe werden wir ſtark ſein, denn das Vertrauen wird wieder erwachen und der Kredit wird ſich auf unerſchütterlichen Grundlagen erheben. (Lebhafte Bewegung.) Unerſchütterlich, ſage ich, m. HH., denn wir werden keine Budgets von 15 bis 1800 Millionen mehr haben; und wenn ſich die Einnahmen durch Aenderung einiger Steuern verringern ſollten, ſo werden doch die Ausgaben in einem viel bedeutenderen Verhältniß verringert werden, durch Unterdrückung all der ſchimpflichen Händel, durch die ſich die alte Regierung beſudelte"!

Die ſämmtlichen Marſchälle von Frankreich haben der Republik gehuldigt. Der letzte war Gerard, der Erfinder eines Syſtems der militäriſchen Beſetzung des Innern von Paris, von welchem man behauptete, und wie es ſcheint auch hie und da glaubte, daß es jeden Sieg eines Volksaufſtandes ſortan unmöglich mache. Marſchall Bugeaud iſt, unmittelbar nachdem er ſich der Regierung in ſeinem etwas grämlichen Briefe zur Verfügung geſtellt, nach ſeinem Landſitze in Freiburg abgereiſt. — Aus Nizza weiß man noch Nichts über den Eindruck, den die Nachricht von der Revolution dort gemacht hat.

## Italien.

Sardinien. Es freut uns zu ſehen, daß die freien Turiner Blätter der franzöſiſchen Republik gegenüber denſelben Gedanken faſſen, dem wir auch in Deutſchland nachſtreben. Die Concordia hofft, daß ſich die Lage Italiens noch verbeſſern könne, wenn es ſorge, von dem Geſchehenden Vortheil zu ziehen, wenn es ſeine Kräfte vereinige zur Vertheidigung im Falle eines Inſultes und zur Erſtrebung einer gebührenden Rolle in dem neuen europäiſchen Gleichgewichte. Seine Fürſten müßten ſich dahee in Einem einzigen Gedanken verbinden, die zugeſtandenen Freiheiten feſtigen und aus ihnen ſelbſt ſich einen Schild gegen ihren feindlichen Angriff bilden. Italien ſoll ſeine neuen Inſtitutionen vollenden und Fürſten und Völker ſich einträchtig zuſammenſchließen; man ſoll ſich rüſten, ehe zu fragen, woher der Feind kommen werde.

Meſſina, 26. Febr. Das Volk hat eine an der Stadt gelegene Citadelle mit Sturm genommen. Die große Citadelle, gegenüber der Stadt, hielt ſich noch. Es herrſchte die größte Aufregung, und die Stadt wurde 42 Stunden mit ziemlichem Schaden bombardirt. (Schw. Merk.)

## Rußland.

Moskau. Nach einer Mittheilung des „Moskauiſchen Stadtblattes" iſt Sonntag, den 8./20. Febr., vom hochwürdigen Metropoliten Philaret in dem ſchönſten Kloſter, nach der Liturgie, ein Dankgebet wegen des gänzlichen Aufhörens der Cholera-Epidemie abgehalten werden.

## Nachſchrift.

* München, 6. März. Eine königliche Proclamation, die wir ſchon erhalten, beſtätigt die Einberufung des Landtags auf den 16. d. M. Zugleich werden Geſetzesvorſchläge zugeſagt über Verantwortlichkeit der Miniſter, über Preßfreiheit (die übrigens ſogleich in volle Wirkſamkeit tritt), über die Wahlordnung, über Gerichtsreform mit Schwurgerichten, über die Stellung der Staatsdiener, über „Verbeſſerung der Verhältniſſe der Israeliten." Dieſe königliche Bekanntmachung ordnet ferner die unverzügliche Verpflegung des Heeres auf die Verfaſſung an (die Münchner Beſatzung iſt bereits, einem von uns erhaltenen Briefe zufolge, vereidet worden), erklärt die Cenſur und erhaltenen Briefe zufolge, vereidet worden), erklärt die Cenſur über äußere wie innere Angelegenheiten außer Anwendung tretend, und ſpricht die Abſicht des Königs aus, auf eine Vertretung der deutſchen Nation durch ſchleunige Reviſion der Bundesverfaſſung hinzuwirken.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

[165]¹ Bei Georg Franz in München erscheint und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

## Geschichte der Wiedergeburt Italiens

### mit Belegen. Aus dem Italienischen besonders.

In 12 bis 14 Heften à 5 Bogen in gr. 8. Preis des Heftes 27 kr. oder 8 Sgr.

Davon ist das erste Heft erschienen und versandt.

Italien, bis vor Kurzem in den Banden knechtender Politik und religiöser Finsternis schmachtend, hat sich plötzlich aufgerafft, seine Fesseln gesprengt und die verwunderten Blicke der ganzen civilisirten Welt auf sich gezogen. Wenn wir daher in dem vorliegenden Werke eine gedrängte Uebersicht der älteren Geschichte Italiens, ein treues Gemälde der neueren und neuesten Ereignisse, des Landes, der Völker und ihrer Fürsten finden, und wenn dieses Gemälde mit glühenden Farben von Meisterhand ausgeführt ist, so dürfen wir der allgemeinen Theilnahme an dieser bedeutenden Erscheinung auf dem Gebiete der politischen Literatur versichern sein. Der Verfasser wird sich erst am Schlusse des Werkes nennen, um während dessen Bearbeitung von Störungen und Anfechtungen nicht drückt zu werden.

## Für Fondsinhaber und Kapitalisten

Manchen Kapitalisten und Fondsinhabern, welche den jetzigen politischen Verhältnissen misstrauen und die ihre Gelder ausserhalb des Bereichs der Wechselfälle deselben und der damit verbundenen Gefahren zu placiren wünschen, glaubt der Unterzeichnete mit der Anzeige zu dienen, dass eine Be-theiligung bei den seit mehreren Jahren in gutem Betrieb stehenden herzgleichen Unternehmungen der Neuhäuser Steinkohlen-Vereine und der Deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie unter annehmlichen Bedingungen noch zulässig ist.

Es liegen diese Unternehmungen ausserhalb des Bereiche der Politik, und bei anerkannter Solidität gewähren sie (neben allmählicher Zurückerstattung der Einlagen durch Amortisation) auf lange Zeiten hinaus eine hohe Rente.

Hildburghausen, am 28. Februar 1848.

Der Chef der deutschen Eisenbahnschienen-Compagnie

[166]¹ **J. Meyer.**

[167] In der Arnoldschen Buchhandlung in Dresden und Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

## Reisen im Innern Brasiliens

### besonders durch die nördlichen Provinzen und die Gold- und Diamantendistrikte.

Von **G. Gardner.**

Aus dem Englischen von M. B. Lindau. — Nebst einer Karte von Brasilien.

2 Bände. 8. broch. 3 Thlr. 15 Ngr.

Dieses Werk bietet außer dem allgemeinen Interesse noch ein besonderes für Botaniker, welche wir hiermit darauf aufmerksam machen wollen.

[168]² Bei Fr. Bassermann in Mannheim erschien:

Wichtige Urkunden
für den

## Rechtszustand der deutschen Nation

mit eigenhändigen Anmerkungen
von

### Johann Ludwig Klüber

aus dessen Papieren mitgetheilt und erläutert
von

### C. Welker.

Zweite Auflage. Preis 2 Thl. oder fl. 3. 36 kr. rhein.

## Versteigerung eines Waldes.

Montag den 10. Juli l. J. Nachmittags 2 U. im Gasthause zum goldenen Löwen dahier, wird auf Anstehen der Erben und Rechtsnachfolger des zu Freinsheim verlebten Kgl. Friedensrichters und Weinhändlers Herrn Georg Jakob Reyer abtheilungshalber die denselben in Ungeltheilheit mit den Erben des zu Wachenheim verlebten Gutsbesitzers und Weinhändlers Herrn Johann Ludwig Wolff angehörige Hälfte an nachbeschriebener, früher Herzoglich Dalberg'schen Besitzung an den Meistbietenden auf Eigenthum versteigert.

Die fragliche Besitzung, worein die ungetheilte Hälfte zur Versteigerung kommt, ist in der Gemarkung von Ethal, Kantons Neustadt a. d. Haardt in der baierischen Rheinpfalz gelegen und gröbren bezieht:

I. 2650 Tagewerke oder 5700 Morgen Kiefern, Buchen- und Eichenwald, gegen Süden und Osten durch den Elmsteiner Thalweg nördlich und westlich durch Staatswald um das zum Theil Ethal. Kgl. Forst Ackerle begrenzt.

II. Ein in dem Orte Ethal gelegenes Wohnhaus mit Scheuer, Stall, Hof und Garten, die Dienstwohnung des von den Eigenthümern des vorbeschriebenen Waldes angestellten Försters.

III. 5 Tagewerke, 39 Dezimalen oder 777 Ruthen Ackerfeld und 3 Tagwerke, 4 Dezimalen oder 428 Ruthen Wiese.

IV. Eine am Saume jenes Waldes, in der Nähr der Sattelmühle und des Elmsteiner Weges gelegene Sägmühle mit dabei befindlichem Wohngebäude, Lagerplätzen für Holz und Garten, und endlich

V. Die Burgruinen Breitenstein und Erfenstein, letztere der Schlosskruine Spangenberg gegenüber, welche, beide in obigem Walde gelegen, herrliche Ansichten des romantischen Elmsteiner Thales bieten.

Für die Bewirthschaftung des beziehenden, sich in bestem Zustande befindlichen Waldes und die Verwerthung der Erzeugnisse desselben, ist es von großem Werthe, daß solcher von zwei Floßbächen, nämlich dem Spitzerbache und dem sich in denselben ergiessenden Breitenbach, welche, von verschiedenen Fahrwegen, theils begrenzt, theils durchschnitten wird, und daß derselbe nur ¾ Stunden von dem zu Landeck-Herxheimer pfälzischen Bahnhofe der pfälzischen Ludwigsbahn und nur 2 Stunden von Neustadt entfernt liegt.

Die sehr günstig gestellten Zahlungstermine, sowie die sonstigen Bedingnisse, unter denen die Versteigerung stattfinden soll, können erfragt werden bei den nachgenannten Betheiligten:

Herrn Bürgermeister Renz in Worms.
„ Wilhelm Reyer in Mannheim.
„ Moritz Reyer in Freinsheim.
„ Notar Köster in Annweiler.

sowie bei dem Unterzeichneten, mit der Versteigerung beauftragten Notar.

Neustadt, a. d. Haardt, 3. März 1848.

[169] **Werner**, Notar.

## Ausschreibung einer Professur in der staatswissenschaftlichen Fakultät der Hochschule in Zürich.

In der staatswissenschaftlichen Fakultät der Hochschule in Zürich wird eine ordentliche Professur zu freier Bewerbung ausgeschrieben. Dieselbe soll mit vorzüglicher Hinsicht auf deutsches Recht und Ausübung des römischen Rechts besetzt werden. Der fixe Gehalt beträgt gegen die Verpflichtung zu zwölf wöchentlichen Stunden und zu Abhaltung der gesetzlichen Prüfungen jährlich mindestens 1200 Schweizerfranken, welcher Gehalt jedoch unter Umständen noch bedeutend erhöht werden könnte. Der Amtsantritt soll, womöglich, auf Ostern Statt finden.

Die schriftlichen Anmeldungen für diese Lehrstelle müssen spätestens bis zum 31. März an den Präsidenten des Erziehungsrathes, Herrn Bürgermeister Dr. Zehnder, portofrei eingesandt werden, und die Bewerber haben, insofern sie nicht durch Leistungen an öffentlichen Lehrstellen ihre Kenntnisse und die Lehrgeschick hinlänglich erwiesen haben, der Anmeldung einen Bericht über ihre Studien und Leistungen und eine unter ihrem Namen gedruckte Schrift beizufügen.

Zürich, den 3. März.

[170] **Von dem Erziehungsrathe des Kantons Zürich der erste Sekretär: Dav. Frei.**

## Bekanntmachung.

Die Ankunft und Abfahrt der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres in folgender Weise Statt:

**I. Ankunft** von **Mainz** täglich zur Mittagszeit, im Anschluß an den um 2 Uhr 20 M. Nachmittags von Mannheim nach Offenburg, Kehl (Straßburg) abgehenden Eisenbahnzug X.

**II. Abgang** nach **Mainz** täglich 2½ Uhr Nachmittags im Anschluß an den Eisenbahnzug V. von Freiburg.

Die Fahrten am Samstag, Dienstag, Mittwoch und Freitag schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten am Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach London an.

Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillete für die Großh. Eisenbahn, so wie ausgetheilt auf den Hauptstationen der Großh. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 31. Oktober 1847.

[171]¹⁵ **Großh. Post und Eisenbahn-Amt**
**Eberlin.**

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellung an auf die Deutsche Zeitung. — Für Engelland in Hrn. Owen's Buchh., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Brasilien-Länder werden neue Ab. an G. A. Nieszner Strasburg, 20 Brandgasse, Paris 25, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Buchhandlungen besorgt der Verlag. Das Journal Deutschlands. Der Preis beträgt 3 fl. 30 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 70. Heidelberg, Freitag 10. März. 1848.

Mit dem 1. April beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement auf die **Deutsche Zeitung**. Der Preis für die Monate April, Mai und Juni ist bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg 2 fl. 30 kr.; im Umfang des Großherzogthume Baden durch die Post bezogen 3 fl. 6½ kr., wozu auswärts noch der Postaufschlag kömmt.

Die Politik und die Verfassung für Deutschland, welche die Deutsche Zeitung von ihrer Entstehung an aufgestellt und verfochten, haben durch die Ereignisse Geltung erlangt. Die große Zahl tüchtiger Mitarbeiter, welche an dem Blatte mitwirken, setzt uns in den Stand, über die Ereignisse in allen Theilen Deutschlands und im Auslande zuverlässige Berichte schnell mitzutheilen und unser Urtheil über den Gang der Entwicklung und das, was dem Vaterlande frommt, mit den Ereignissen gleichen Schritt gehen zu lassen.

Die Verhandlungen der badischen Kammer, welche in diesen Monaten durch die Berathungen der Gesetzentwürfe für die Sicherung der Volksrechte besonders Wichtigkeit erlangen, werden wir aus den unmittelbarsten und zuverlässigsten Quellen mittheilen.

## Uebersicht.

**Republik oder konstitutionelle Monarchie?** — **Wien** (Aufsicht auf Wiederherstellung der ständischen Rechte). **Berlin** (die Kriegergerüchte. Schluß der Ausschüsse. Bewilligung der Periodicität für den Verein. Landtag und Beschränkung der Wirksamkeit der Ausschüsse. Die Stellung des Ausschusses zu den Zeitereignissen. Nothwendigkeit der Einberufung des Ver. Landtags. Erweiterte Volksmünsche. Die Forderungen der Leipziger Adresse). **Breslau** (Vordringen des Typhus; Sterblichkeit unter den Aerzten und barmherzigen Brüdern). **Magdeburg** (von hier und vielen Städten der Provinz Sachsen Petitionen an den König). **Koblenz, Krefeld** (Adressen). **München** (der 6. März: Thon-Dittmer Minister des Innern. Die königl. Bekanntmachung. Die Berreisung der Besatzung auf die Verfassung. Allgemeine begeisterte Stimmung). **Neustadt a. H.** (ein Volksversammlung verlangt.) **Dresden** (Einleitung des Ministers v. Zeschendorf. **Leipzig** (Reformbewegung in Sachsen). **Braunschweig** (Adresse an den Herzog). **Kassel** (Antwort des Kurfürsten auf die Deputation. Staatsrath Schäffer heimlich entlassen. Lob an seiner Stelle). Einberufung der Stände). **Marburg** (Unzufriedenheit mit der kurfürstl. Antwort. Eine zweite Deputation nach Kassel). **Weimar** (Reformbeschlüsse der Ständeversammlung). **Ulingen** (Bürgergarde). **Homburg** (Gewährungen). **Hamburg** (communistische Arbeiter; Reformbewegung; der Bürgerverein beschließt einen Zug ans Rathaus).

**Schweiz. Bern.** Die Schweiz und die Revolution.

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen: Antrag wegen Griechenlands. Die Einkommensteuer. Ernennung des Königs Ludwig Philipp auf englischem Boden. Die Ankunft Guizots in Dover.

**Frankreich. Wahlordnung** für die Nationalversammlung. Die Emissegesetzlichkeit stellt die Zahlungen ein. Der Finanzminister gibt seine Entlassung. Die Nachricht von der Pariser Revolution in Algier.

**Italien.** Messina. Der Krieg der Stadt gegen die Citadelle. Das **Bombardement.** Die Anarchie in Palermo.

**Handel. Amterhandel** und Pariser Märkte. Nachrichten auf die Börse.

**Tagesschriften.** Stuttgart. Ein Ministerium Paul Pfizer. — Duvernoy. Kassel. Die Familie des Kurfürsten über Recht verreist. Sehr bedeutsame Stimmung. Verhaftung eines Artillerieoffiziers. Verhaftungen. Rußland. Geschenke an die südrussischen Höfe wegen Thronbesteigung.

**Erste Beilage.** Denkschrift eines deutschen Fürsten über die Lage Deutschlands und über eine Bundesvertretung. Aus Mittelschlesien. Das englisch-deutsche Bündnis. Stuttgart. Die Volksstimmung. Die Reformbewegung. Die Ultraradikale Partei.

**Zweite Beilage. Frankreich.** Sendschreiben Lamartines an die Agenten der Republik. Die Klubs. Gewaltthätigkeiten gegen die Presse. Offiziere wählen den Nationalgarde. Der Infant Heinrich erklärt sich für die Republik. Der preußische Gesandte aus Paris abgereist. Schillers Wilhelm Tell auf dem Pariser Theater. Von Maja in Berlin gesungen.

### Heidelberg, 10. März.

Auf der Schweiz, dem Lande der Republiken, ruht man und zu: nur seine Republikchen am Rheine! In Italien hat die blutjunge Politik der freiesten Blätter in Turin, in dem französischen Grenzlande, den Lott, zu Eintracht zwischen Fürst und Volk, zur Ausbildung der begonnenen konstitutionellen Verfassungen zu mahnen! In Belgien, scheint es, wird die große Probe der echten konstitutionellen Monarchie in einem kleinen, von Parteien, Stämmen und Religionsstreitigkeiten getheilten Lande, das beste auf dem anscheinend ungünstigsten Boden, bestanden. Dort ist diese Monarchie, was sie sein soll, während in Frankreich die Dynastie sie zu Allem gemacht hatte, was sie nicht sein soll. Würde sie die Probe in Belgien auch nicht bestehen, so wäre es vielleicht unbillig, aus diesem Falle auf den Werth oder Unwerth der echten konstitutionellen Monarchie zu schließen, weil der Staat zu jung, seine Lage zu ausgesetzt, seine Größe und Selbständigkeit zu gering, die Dynastie ungewandert, in fremd und neu ist. Wird sie aber, allen Verfolgungen und Reizen der französischen Nachbarin Republik zum Trotze, wirklich auf diesem ungünstigen Boden sogar, und auf die Dauer bestanden, dann wollen wir doch sehen, wie und Angesichts dieser Erfahrung die preußischen Doktrinäre die größere Haltbarkeit und Macht der Absolutie und der halben Verfassungen länger demonstriren werden, nachdem diese überlebten und zwitterhaften Staatsformen überall in der Grundfeste erschüttert sind, und wir die Staaten, wo die konstitutionelle Monarchie eine Wahrheit ist, England und Belgien, den Sturm ruhig überstanden haben werden. Doch, nicht an die Absolutisten wollen wir uns dies Mal mit der Hindeutung auf diese Erfahrung die Tages richten, sondern an unsere deutschen Republikaner, die sich unter der alten deutschen Erbsünde der Nachahmungssucht hingerissen fühlen, die auf ganz verschiedenen Zuständen gewurzelte französische Republik bei uns auf dem Stegreife nachzubilden. Wir wenden uns mit den folgenden Worten vorzugsweise an die Jugend, der es natürlich ist und selbst wohl ansteht, sich in Ideen und Idealen für die Republik zu begeistern, die wir aber nicht deingend genug auffordern können, das Ideal mit den möglichen Dingen nicht zu verwechseln, und ihre Ideen nicht vorzeitig, bei dieser günstig scheinenden Zeit, in die Wirklichkeit übertragen zu wollen, ehe sie sich, reifer an Jahren, an der harten Praxis erst selbst geprüft und versucht haben.

Man hat lange Zeit die Verfassung, die England in einem vorschlagen aristokratischen Charakter ausgebildet hat, für die Form der Republik gehalten, wie sie neuerer Zeit in größeren Staaten, die eine aktive Rolle in dem europäischen Staatenwesen spielen wollen, möglich ist. Noch zur Zeit der französischen Revolution war dies die übliche Weise der Anschauung; seit der damals gemachten Probe der Republik in Frankreich, seit der nachfolgenden Militärdespotie und Verkümmerung der konstitutionellen Formen ist sie ausser Brauch gekommen. Treten diese in ihre natürliche Gestalt zurück, und füllen die Menschen sie mit dem rechten Geiste aus, so wird diese Betrachtungsweise wieder mehr hervortreten. Die Erfahrung einer großen Republik ist seit Rom, zu diesen Zeit das Königthum nur in orientalischer, und noch dazu verfallener Form existirte, nicht gemacht worden. Die amerikanischen Freistaaten sind eine Föderation, die, umgeben von amerikanischen Monarchien, in der Kraft der englischen und russischen, ganz unmöglich Bestand haben könnte: nur eine gänzliche Unmündigkeit in geschichtlichen Kenntnissen könnte diesen Satz bestreiten. Frankreichs erste Republik ist, trotz ihrer furchtbaren Energie, mit der sie anfänglich auftrat, nur durch einen Diktator erhalten und umgestürzt worden. Die Erfahrung steht zu machen, ob Frankreich jetzt in der zweiten Probe die Bebauptung seines Monteequieu auf längere Zeit widerlegen wird, daß Republiken nur in kleinern Staaten möglich seien. Ehe diese Erfahrung gemacht ist, hüten wir uns, in Deutschland wenigstens, das Nichterprobte nachahmen zu wollen. Eine föderirte Republik in Deutschland, im Gedränge zwischen dem einheitlichen Frankreich und den kolossalen Monarchien in Osten, ist ein Mißgebrauch für einen praktischen Staatssinn, auf den Niemand kommen wird, der vor Allem das erwachte Bestreben theilt, Deutschland zu einer Macht zu bilden, nicht aber in dem Momente, wo es in diesem Streben begriffen ist, in eine Unmacht aufzulösen.

Man kann für die Idee einer deutschen föderirten Republik

Digitized by Google

schwärmen, wenn man sich aus allen Bedingungen der wirklichen Verhältnisse herausversetzen mag, kann sie aber nicht praktisch wollen, weil zwar einen Staat zu kennen, die Sache bei den Einzelnen, das wirksame Handeln im Staate aber nur unter der Mitwirkung der Massen möglich ist. Die Massen aber hangen in den germanischen Landen an der Monarchie. Die republikanischen Männer, die es aus politischer Einsicht und Grundsatz sind, sind zu zählen; die es aus tiefgreifender Antipathie gegen Monarchie, Hof und Hofwesen, Aristokratismus des Adels und der Bureaus sind, derer sind mehr, obwohl im Verhältnisse immer nur sehr Wenige. Im Verhältnisse nämlich zu den andern Gesinnten zu Hause, ganz besonders aber auch im Verhältnisse zu den Gleichgesinnten in Frankreich. Frage man sich ehrlich und mit unsichtiger Erwägung der gegenwärtigen und der vergangenen Zustände, woher in Frankreich die republikanischen Ideen so weit im Volke ausgebreitet sind, und man wird überall auf die zwei Antworten stoßen: weil die Beamtenwelt käuflich, und weil die Dynastie moralisch und politisch faul war. Beide Gründe beruhen auf einem tiefen, ebensosehr, vielleicht mehr moralischen als politischen Gegensatze der romanischen gegen die germanischen Stämme. Von jenem Ausbeuten des Amtes, von jenen raschen und durchgreifenden Amtswechseln, die zur Nutznießung des kurzen Besitzes verlocken, von jenem leichtfertigen Grundsatze, daß ein Thor sei, wer am Zoll tüge und nicht reich werde, von jener Bestechlichkeit im Kleinen, von jenen systematischen Defraudationen im Großen, die in allen romanischen Staaten herkömmlich sind, weiß man in England und in allen reiner germanischen Staaten nur aus Amtsmißbräuchen; Religiösität, Erziehung, Schule, die Ehrbarkeit im Hause, Familiensinn, tausend Züge unseres öffentlichen und häuslichen Lebens und unserer Volksanlage und Natur geben unserm Wesen in diesen Beziehungen eine andere Richtung; wir können viel über kleine Amtstyrannieen klagen, aber nicht über den materiellen Mißbrauch der Aemter, von dem noch zuletzt in Frankreich so skandalöse Thatsachen zu Tage kamen. Und was die Dynastien angeht, so vergleiche man nur die Regentengeschichte Frankreichs mit Englands, um den Unterschied germanischer und romanischer Zucht kennen zu lernen, und um plötzlich zu begreifen, woher in dem Einen Lande diese anhängliche Pietät, in dem andern zuletzt diese frivole Verachtung der herrschenden Familie stammt. Welch eine Geschichte, die der Häuser Bourbon und Orleans! Wer sie nun halbwegs kennt, diese beispiellose Verkunkenheit und Unheilbarkeit in sittlicher und politischer Beziehung, der wird sich nicht wundern, daß dies zuletzt der Ausgang war, sondern daß er so lange ausbleiben konnte. Aber wo wäre in Deutschland auch nur das entfernt Aehnliche? Und dabei bedenke man, daß wir nicht Eine, sondern einige dreißig — ja vor nicht langer Zeit eine viel unermeßlichere Reihe von Dynastien gehabt haben; in dieser Viel- und Ueberzahl wird man vergeblich nach Einem solchen Beispiele suchen, wie es Frankreich in dem Dualis seiner letzten Königsfamilien durch Jahrhunderte an der Spitze des Staates sah. Kein Wunder denn, daß in Deutschland die Ehe (wie Dahlmann das Verhältniß gern versinnlicht) zwischen Königthum und Volk häuslich und familiär zusammenwuchs, während sie sich in Frankreich gewaltsam schied. Kein Wunder, daß sich dieses Verhältniß nicht auf das erste leichtsinnige Vorbild im Auslande hin lockern oder lösen mag. Der Instinkt der Völker hält ein Maß zwischen Ursachen und Wirkungen ein; und es wäre sehr unnatürlich, wenn bei uns geschehen sollte, was in Frankreich seit 1789 geschah, ohne die Gründe, die das in Frankreich Geschehene hervorgerufen haben.

Als sich Amerika von England republikanisch loslagte, hielt in England die Monarchie unerschüttert Stand, und nicht zu Englands Schaden. Sorgen wir, daß das bei uns dem republikanischen Frankreich gegenüber auch so komme. Es sollte dem enthusiastischsten Republikaner in Deutschland einleuchten, daß die Republik in Frankreich, wenn sie einigen Bestand und Gedeihen haben kann, die Anhänger dieser Staatsform in kurzer Zeit unendlich weit verbreiten wird. Es wird dann mit jedem Jahre leichter werden, Völker zu demokratisiren. Jene Erfahrung abzuwarten, sollte also auch dem Eifrigsten ein leichter Entschluß sein. Zeigt sich dagegen, daß sich die Republik, der sich schon jetzt ihre Freunde als die gefährlichsten Feinde zu zeigen, ihre Feinde als nur versteckte Freunde zu verraten anfangen, nicht halten kann, so hätte man uns in Deutschland mit den ähnlichen Gesinnten nur eine neue Reaktion vorbereitet. Wir brauchen nicht einmal von der förmlichen Absicht zu reden, die auf republikanische Ordnungen dringt: wir warnen selbst vor dem ungestümen Vordrängen zu extremen Schritten innerhalb der monarchischen Formen. Wie sich die Dinge durch die neuesten Bewegungen in Baden, Darmstadt und Nassau begründet haben, rathen wir dringend, auf dieser Stufe zu ruhen, und das verjüngte Zustandene hier zu festen Besitzungen auszubilden; in dem Maße, daß selbst ein unverhoffter Sturz der französischen Republik, das selbst eine österreichische Reaktion, wenn die denkbar wäre, sie uns nicht mehr verkümmern konnte. Das ist das Ein und Alles in Deutschland, daß wir uns nur in Masse, nur im Ganzen bewegen, weil nur im Ganzen Macht gelegen ist, und weil es uns am Erwerb von Macht ebensosehr zu thun sein muß, wie um den Besitz der Freiheit. Die östlichen Deutschen aber sind in ihren innern Institutionen und in politischer Bildung gegen den Westen zurück: es ist nicht weise, diese Distanz immer noch zu erweitern, dadurch, daß man den Westen noch weiter vortreibt, sondern die wahre Politik verlangt, daß man den Osten erst heranzieht. Wenn es gilt, das Ganze des Volks in einer Entwicklung zusammenzuhalten, so wird klüglicher von dem leichtfüßigen Bewegenlassen verlangt, daß er warte, als von dem schwerfälligen Zurückgebliebenen, daß er den Andern plötzlich fliegend überhole. Das aber, was hier zeigt im ersten Anlaufe für den südwestlichen Deutschlands errungen ist, wird im Osten viele Zeit oder viel gewaltsamere Stürme verlangen. Harren wir dem dabei aus, bis daß dasselbe Ziel erreicht ist; festigen wir und im Besitze, daß für den leidigen Fall, wenn es dort nicht erreicht werden sollte, es uns nie wieder von dort aus gestohlen werden kann.

Mittlerweile gibt es für unsere eifrigen Republikaner auch in dem monarchischen Staate eine große Aufgabe zu erfüllen. Montesquieu hat den ewig wahren Satz ausgesprochen, daß eine Republik auch nicht sein kann ohne Bürgertugend, ohne die Nachsetzung des Menschen hinter den Bürger. Unsere ganze humanistisch christliche Bildung ist in dieser Beziehung so antirepublikanisch wie nur möglich. Wir bestehen überall zehn Mal auf Menschenrechten, bis wir uns ein Mal bereit zeigen, uns einer Bürgerpflicht zu unterziehen. Einige der größten Forderungen des Liberalismus, wie völlige Religionsfreiheit, Aufhebung des Militärs, Freiheit des Unterrichts und dergleichen, zielen, ohne daß man es weiß oder einsehen will, mehr auf Lockerung als auf Anziehung der Staats- und Bürgerbande ab; Man ist zuweit gegangen in diesem Kosmopolitismus; die socialistische Bewegung zielte daher in andern Beziehungen ganz inkonsequent in sich selbst auf eine größere Uebermacht des Staats- und Allgemeinwohls über den Individualismus ab. Gleiche man dem auch gehässigen Worte dieser Bestrebungen, unsolgerichtigen Bestrebungen aus; bilde man sich die Idee der Gesetzherrschaft, den wahren Begriff einer Republik, den wahren Begriff eines Bürgers aus, pflege man den Sinn in dem Einzelnen, der dem Ganzen des Staats bereitwillig Opfer bringt, der eine menschliche Besorglichkeit der bürgerlichen Pflicht unterordnet: und man wird, im einen Falle der Republik im antiken Sinne des Worts, wo der ἀκολουθος eine untergeordnete Rolle spielte, und im andern Falle der republikanischen, konstitutionellen Monarchie, wo der König den sichtbaren Mittelpunkt des Staates bildet, einen gleich großen Dienst geleistet haben.

Wir wollen unsern Gedanken zum Schlusse noch ein Mal in den Worten eines Engländers aus der Zeit der großen Staatsleute des vorigen Jahrhunderts sagen, jenes berühmten Ulmanisten, über dessen Staatsansicht bis auf Lord Brougham nur Eine Stimme war: „Ich kann, sagen die Briefe von Junius, bereitwilliger den freien Geist und die Redlichkeit als das Urtheil Derjenigen bewundern, der die republikanische Verfassung in diesem (englischen) oder einem Reiche von ähnlicher Ausdehnung der beschränkt monarchischen vorzieht, wie sie in England ist. Ich bin überzeugt, daß es weder in Theorie das weiseste System der Regierung, noch auch praktisch in solch einem Lande ausführbar ist. Indeß, obgleich ich hoffe, die englische Verfassung werde für immer ihre ursprüngliche monarchische Form behalten, so wünschte ich doch die Sitte des Volkes rein und streng republikanisch. Ich meine nicht den frechen Geist der Anarchie und des Aufruhrs. Ich meine eine allgemeine Anhänglichkeit an das Gemeinwohl; getrennt von jeder partiellen Anhänglichkeit an Personen oder Familien, eine unbedingte Unterwerfung nur unter die Gesetze und eine Liebe zu der Obrigkeit, je nach der Unbescholtenheit und Weisheit, mit der sie dem Volke Gerechtigkeit zutheilt und ihre Geschäfte verwaltet."

**Oesterreich** Wien, 4. März. Der A. Z. wird berichtet: Bezüglich der Feststellung der ländlichen Rechte in den deutschen Erblanden sieht man einer allerhöchsten Erklärung baldigst entgegen, wodurch die alten nicht unbedeutenden Gerechtsamen, die in der Ungunst der Zeiten Schmälerungen erfahren hatten, ihre volle Wiederherstellung erhalten werden.

**Preußen.** ○ Berlin, 5. März. Wir haben Ihnen in

Digitized by Google

den letzten Tagen über die Verhandlungen des ständischen Ausschusses nicht berichtet, weil wir glaubten, daß bei dem jetzt Alles verschlingenden Interesse der Revolution in Frankreich, bei den bedeutenden Vorgängen, die sogar in Ihrer nächsten Nähe mit überraschender Schnelligkeit sich entwickeln, Sie kaum Platz für die gegen diese gewaltigen Ereignisse allerdings unbedeutenden Berathungen unserer Ausschüsse über den Strafgesetzentwurf haben, noch weniger die Aufmerksamkeit Ihrer Leser sich denselben zuwenden würde. Die Blätter der Allg. Preuß. Zeitung werden Sie schon von den ersten Sitzungen der vergangenen Woche in Kenntniß gesetzt haben. Wir behalten uns vor, über die letzten Verhandlungen morgen Einiges nachzutragen und beschränken uns für heute darauf, den Schluß der Sitzungen als auf morgen bevorstehend anzuzeigen. Obwohl die Ausschüsse ihrer ganzen Stellung zufolge sich wahrscheinlich nicht darauf einlassen werden, einen bestimmten Antrag bei dem Gouvernement Betreffs der in diesen brennbenden Zeitläuften von jenem zu ergreifenden Maßregeln zu stellen, so stehen doch in der gestrigen Sitzung von verschiedenen Seiten der Aeußerungen, welche beweisen, wie tief der Eindruck ist, welchen die Weltbegebenheiten auch in der Brust der Versammlung hervorgerufen haben. Halten Sie es übrigens nicht für einen Pedantismus von Seite der Oppositionsmitglieder, wenn sie sich enthalten, einen Antrag Betreffs der gegenwärtigen Lage des Landes den Ereignissen in Frankreich und auch in Deutschland gegenüber bei der Krone zu stellen. Nicht weil sie Anstoß daran nehmen würden, aus dem Kreise ihrer Kompetenz herauszutreten, sondern weil nach der Zusammensetzung der Ausschüsse zu befürchten steht, daß ein Antrag an die Krone mehr im reaktionären, als im liberalen Sinne sich gestalten dürfte, enthalten sich die Abgeordneten der Opposition eines solchen, um nicht der Rückschrittspartei einen Triumph zu bereiten. Die Rechtsfrage, wie sie bisher auf dem Landtage und in den Ausschüssen aufgeworfen wurde, ist durch den gewaltigen Gang, den in den letzten Tagen die Ereignisse in Frankreich und Europa genommen haben, bei Seite geschoben. Die Erfüllung der Gesetze von 1815, 1820 und 1823 würde bei Weitem nicht hinreichen, jetzt die öffentliche Meinung zu befriedigen und jene Einmüthigkeit des Wollens und Handelns im Volke zu erwecken, die nothwendig ist, um innern und äußern Stürmen Trotz zu bieten. Auf einer breitern und festern Basis muß das öffentliche Recht in Preußen hinfort aufgestellt werden. Dieses zu begreifen und durchzuführen ist die Aufgabe des Ver. Landtags, dessen Einberufung unmöglich lange auf sich warten lassen kann; sollte dessen Verbreitet sich nicht zu der Höhe dieser Anschauung erheben, so wird sie ebenso von den Ereignissen überflügelt werden, wie es andern Majoritäten gegangen ist, die den Ansprüchen der öffentlichen Meinung ihres Volkes nicht mehr genügten. Ob die Regierung jetzt schon sich zur Einberufung des Ver. Landtages entschließen hat, wissen wir nicht; daß sie diesem Schritt nicht wird ausweichen können, halten wir für gewiß, um so mehr als binnen Kurzem der Ruf laut werden wird durch das ganze Lande erheben und man von verschiedenen Seiten der bestallige Gesuche an die Krone richten wird. Das Beispiel Ihres erleuchteten Fürsten, der ohne Schwanken und Zögern die gerechten Wünsche seines Volkes befriedigt hat, wird hoffentlich für die übrigen deutschen Souveräne nicht verloren gehen. Schon folgen Hessen-Darmstadt und Sachsen dem von dem badischen Volke gegebenen Beispiele nach. Möchten die Fürsten dieser Länder nicht zurückbleiben. Die Leipziger Adresse circulirt hier schon in besondern Adreßen. In dem Bericht, welchen die D. Allg. Zeit. von der Versammlung gibt, die unter Ruges Vorsitz in Leipzig gehalten worden, haben wir unter den drei formulirten Wünschen mit Befremden den „des Wahlrechts und der Wahlbarkeit für jeden Staatsbürger“ wahrgenommen. Ist dem überhaupt das Wahlrecht für Alle gemein, so bedauern wir auf das Höchste, daß eine Versammlung, in der sonstige ernste und bedeutende Männer sich vorfanden, sich zu einem solchen Beschlusse hat hinreißen lassen. Benützen wir die französische Bewegung zur Erlangung freier oder vernünftiger und gemäßigter Institutionen, die man uns seit einem Menschenalter vorenthalten hat, hüten wir uns aber, sie in ihren Excessen nachzuahmen. So sehr wir für die möglichst weiteste Ausdehnung des Wahlrechts auf Alle sind, bei denen sich irgend die nothwendige Fähigkeit zu dessen Ausübung voraussetzen läßt, so halten wir doch das allgemeine Wahlrecht in den heutigen Zuständen der Gesellschaft für einen gefährlichen und für die Freiheit verderblichen Mißgriff. Frankreich wird uns in Kurzem die Beweise dafür liefern, und man bedenke, daß unsere unteren Klassen noch weit hinter den französischen zurückstehen, freilich nicht an Schulbildung, aber an politischen Begriffen. — Wir können Ihnen mittheilen, daß die Kriegerservoen der rheinischen, westfälischen und posenschen Armeekorps ganz, des sächsischen theilweise einberufen worden sind.

**Berlin**, 6. März. Die Vereinigten Ausschüsse sind vom Könige persönlich geschlossen und mit Bewilligung der Periodicität des Vereinigten Landtags entlassen worden. Nach der Allg. preußischen Z. erschien der König begleitet von dem Prinzen von Preußen und den Mitgliedern des Staatsministeriums im Versammlungssaal und hielt folgende Rede: Nachdem Mir angezeigt worden, daß Meine zum ersten Verein. Ausschuß versammelten getreuen Stände die Ihnen aufgetragene mühsige Arbeit vollendet und — Ich darf zu meiner wahren Beruhigung hinzufügen — mit großer Ausdauer und Fleiß von dem schönsten Geist echter Vaterlandsliebe erledigt haben, bin Ich in Ihrer Mitte erschienen, um Ihnen ein herzliches Lebewohl zuzurufen! Es ist dieser Augenblick überdies für Mich ein wichtiger und erfreulicher! Durch die Erledigung der dem Verein. Ständischen Ausschuß ertheilten Vorlagen und durch die gleichzeitige Eindernfung und Einführung der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen ist Meine Gesetzgebung vom 3. Febr. v. J. zur vollen Ausführung gebracht und damit derjenige Zeitpunkt eingetreten, bis zu welchem Ich nach der Botschaft vom 24. Juni v. J. Meine Entschließungen über die Anträge des ersten Verein. Landtags auf einige Modifikationen jener Gesetzgebung vorbehalten hatte. Schon in Meiner Thronrede vom 11. April v. J. hatte Ich wohlüberlegt ausgesprochen, daß Ich den Verein. Landtag gern und öfter um Mich versammelt wünschte, wenn derselbe Mir die Ueberzeugung gewähre, daß Ich es könne, ohne höhere Regentenpflichten zu verletzen. — Die Periodicität ständischer Centralversammlungen hatte Ich von Anfang an als nothwendig für Mein ständisches Gebäude anerkannt und sie den Ver. Ausschüssen gegeben. Nachdem aber beide Kurien des Verein. Landtages die fast einstimmige Bitte an Mich gerichtet hatten, die Periodicität auf den Ver. Landtag selbst zu übertragen, so war es längst Mein Entschluß — Mehrere von Ihnen wissen das aus Meinem Munde — diesen Wunsch durch die That zu erfüllen. Gern benutze Ich daher diese Veranlassung, Ihnen nun auch zu erklären, daß Ich sie in der Gesetzgebung vom 3. Febr. dem Verein. Ausschusse ertheilte Periodicität auf den Verein. Landtag übertragen und die Befugniße des ersteren in entsprechender Weise beschränken will, wie dies in einer Botschaft näher ausgeführt ist, welche Ihnen Mein Minister des Innern mittheilen wird. Sie aber Meine Herren, mögen, indem Sie heimkehren, diesen Meinen Entschluß, wodurch die von beiden Kurien des ersten Ver. Landtages gestellten Anträge in vollem Umfange gewährt sind, allen denen verkünden, welche sich danach gesehnt haben, und darunter sind — Ich weiß es — viele Meiner redlichsten und getreuesten Unterthanen. Ja, Meine Herren, gehen Sie mit Gott in Ihre Provinzen und Städte als Boten des Friedens, der Einigkeit und Kraft! Die Versetzung daß Ereignisse eintreten lassen, welche die gesellschaftliche Ordnung in ihren Grundfesten zu erschüttern drohen. Deutsche Herzen, preußische Männer, Männer der Vaterlandsliebe, der Ehre wissen, welche eigenthümlich, heilige Pflicht solche Zustände bedingen. Kein Volk auf Erden hat unter ähnlichen Verhältnissen jemals ein erhebenderes Beispiel gegeben, als das unsrige. Das aber bedingt die Wiederholung desselben Erscheinung in diesem Augenblick um so unerläßlicher, dem wir wollen nicht weniger treu, nicht weniger muthig, nicht weniger ausdauernd sein, als unsere Väter oder wir selbst als Jünglinge es waren! Was jeder klare Verstand begreift, was jedes edle Herz fühlt, das sprechen Sie, Meine Herren, in Ihrer Heimath aus! Rufen Sie einem Jeden die unwidersprechliche Wahrheit zu: Lasset alle Parteien ruhen, stehet nur auf das Eine, was Noth thut, wenn wir mit Ehren und Segen aus dem Sturm hervortreten wollen, den unsere Einmüthigkeit, unsere Haltung, unser Beispiel unter Gottes gnädigem Beistand allerdings beschwichtigen kann. Zu Euch Euch, wie einer eherne Mauer, in kindigem Vertrauen um Euern König, um Euern besten Freund! Fern von dem Gedanken an die Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Völker, thue Ich Alles, Meine Herren! was an Mir ist, um durch die Eintracht und das mächtige Wort der Großmächte, vor Allem aber durch Kräftigung des deutschen Bundes einen ehrenvollen Frieden zu sichern, der den Völkern Europas nöthig ist, wenn nicht die Bahn des geistigen und materiellen Fortschritts, welche sie so rüstig betreten, unterbrochen, ja vielleicht auf Jahrhunderte zerstört werden soll. Wenn Mein Volk den deutschen Stämmen das Beispiel der Einheit und Kraft gibt, so ist ein großer Schritt zur Erreichung dieses fegenreichen Zieles der Erhaltung des Friedens geschehen!

Doch sollte es Gottes unerforschlicher Rathschluß anders fügen; sollten die Verträge gebrochen werden, auf denen Europas politisches Gebäude beruht, sollte ein Feind es wagen, das eigene Gebiet oder das Meiner deutschen Bundesgenossen anzutasten, dann würde Ich, wie es Ehre und Pflicht gebieten, selbst die Gefahren des Kriegs einem

Digitized by Google

schmählichen Frieden vorziehen. Ich werde dann Mein wehrhaftes Volk zu den Waffen rufen, es wird sich um Mich schaaren wie vor fünfundzwanzig Jahren unter den Fahnen Meines unvergeßlichen — nun in Gott ruhenden Vaters — der auch der Vater seines Volkes war; dann wird — das ist Meine Zuversicht! — der Heldenmuth der Jahre 1813, 1814 und 1815 nicht fehlen. — Sobald die Maßregeln, welche Ich für Preußens und Deutschlands Sicherheit und Ehre ergreifen muß, den Beistand Meiner getreuen Stände erfordern, spätestens dann, wenn (was Gott gnädiglich verhüten wolle!) der allgemeine Ruf zu den Waffen erschallen müßte, werde Ich Sie, Meine Herren, und Ihre Mitstände — den ganzen Vereinigten Landtag — wiederum berufen, um Mir mit Rath und That beizustehen, wohl wissend, daß das Vertrauen Meines Volkes Meine festeste Stütze ist, und um der Welt zu zeigen, daß in Preußen der König, das Volk und das Heer dieselben sind von Geschlecht zu Geschlecht! Auch das verkünden Sie den Ihrigen in der Heimath, und noch einmal ein herzliches Lebewohl! — Nach Verabredung dieser Rede verließen der König den Saal unter dem erneuerten Lebehoch der Versammlung. Darauf verlas der Landtagskommissär und Minister des Innern nachstehende Allerhöchste Botschaft: „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. ꝛc. entbieten Unseren zum Vereinigten Ausschusse versammelten getreuen Ständen Unseren gnädigen Gruß. Nachdem der, nach Unserem Befehl vom 3. Dez. v. J. berufene Vereinigte Ständische Ausschuß die ihm gestellte Aufgabe gelöst hat, gleichzeitig auch die Ständische Deputation für das Staatsschuldenwesen versammelt und entlassen worden, nachdem damit die Verordnungen vom 3. Februar v. J. ihren wesentlichen Inhalte nach zur Ausführung gekommen sind, ist gegenwärtig der Zeitpunkt eingetreten, bis zu welchem Wir, nach Inhalt Unserer Botschaft an den ersten Vereinigten Landtag vom 24. Juni v. J., Unsere Entschließung auf die Anträge desselben wegen Abänderung Unseres Patents und der Verordnungen vom 3. Februar v. Js. ausgesetzt hatten. Demnach haben Wir jetzt nachstehende Beschlüsse gefaßt: 1) Wir wollen die durch das Patent vom 3. Febr. v. J. dem Ver. ständischen Ausschusse verliehene Periodicität auf den Ver. Landtag übertragen. 2) Die Wirksamkeit des Ver. ständischen Ausschusses soll in der von beiden Kurien des ersten Ver. Landtages übereinstimmend kundgegebenen Weise beschränkt werden. Wir behalten uns vor, nach diesen Unseren Entschließungen, von welchen Wir Unsere zum Ver. Ausschusse versammelten getreuen Stände hierdurch vorläufig in Kenntniß setzen, die Verfassungsgesetze vom 3. Febr. v. J. durch eine besondere Verordnung abzuändern, welche vor Einberufung des nächsten Ver. Landtages publicirt werden wird. Uebrigens bleiben wie Unseren zum Ver. Ausschusse versammelten getreuen Ständen in Gnaden gewogen. Gegeben Berlin, 5. März 1848. Friedrich Wilhelm. An den Ver. Ständischen Ausschuß" — und erklärt sodann auf Befehl Sr. Majestät des Königs den ersten Ver. ständischen Ausschuß für geschlossen.

**Berlin**, 4. März. Der Köln. Z. wird geschrieben: Es ist als bestimmt anzunehmen, daß von Seite unseres Staates vorläufig nur die Kriegsreserven bei 7. und 8. Armeekorps einberufen werden, und daß alle weiteren Nachrichten über Truppenbewegungen aus den östlichen Provinzen leere Gerüchte sind. Man erwartet hier, daß unser Ver. Landtag baldigst einberufen werden dürfte, womit man die Hoffnung auf Vorlage von Gesetzentwürfen verbindet, wie sie aus den Petitionen und Anträgen des ersten Ver. Landtages hervorgegangen sein möchten.

† **Breslau**, 4. Febr. Leider nehmen die Erkrankungsfälle bei Geistlichen und Aerzten in Oberschlesien, welche ihr Beruf mit der so arg von Hunger und Seuche heimgesuchten Bevölkerung täglich, ja stündlich in Berührung bringt, immer mehr und mehr überhand. So ist auch jetzt Dr. Künzer, der Anführer der barmherzigen Brüder, vom typhus petechialis ergriffen worden, über dessen unaufhaltsames Verdringen die allerbeunruhigendsten Nachrichten einlaufen. Auch in Breslau herrscht eine ungewöhnliche Sterblichkeit, in der letztverflossenen Woche sind nicht weniger als 102 Individuen vom Tode abgefordert worden. — Bekanntlich war in einem Schreiben des Polizeipräsidiums an die Stadtverordneten davon gesprochen worden, daß unbenannte Personen bei den Zusammenkünften der Turner revolutionäre Reden und anderweitig gefährliches Gebahren sich hätten zu Schulden kommen lassen; zwei Bürger waren dabei namentlich genannt und richteten Vertheidigungsschreiben an die Stadtverordnetenversammlung, deren Vorlesen aber Prof. Regenbrecht konsequent verwigerte und, da man ernstlich darauf drang, die Versammlung aufhob. Hierauf einige Tage lang in unsern sämmtlichen Journalen ein Feder-Guerilla-Krieg. Dann die nächste Sitzung, welche Regenbrecht damit eröffnete, daß er auf sein Vorstehteramt — welches er anstatt des Buchhändlers Aderholz verwaltete, der wiederum Stellvertreter des Justizraths Gräff ist — freiwillig verzichtete. Darauf wurde der Fabrikant Milde an seine Stelle gewählt: seine erste Amtshandlung war das Vorlesen jener Schreiben, welche durchaus nichts Verfängliches, viel weniger Beleidigendes oder gar Verbrecherisches enthielten. — Vorgestern kündeten die Theaterzettel die Oper „Wilhelm Tell" an; man begab sich an Ort und Stelle und bekam „Monteschi und Capuletti" zu hören, diewell die Aufführung jener Oper ganz unverhofft war unterfagt worden. Aber Paris ist weit von Breslau.

**Magdeburg**, 3. März. Die Mag. Z. berichtet: Die außerordentliche Sensation, welche die Nachricht der französischen Revolution auch hier am Orte erregte, hat nebenher die Blicke aufs Vaterland zurück gerichtet, und in diesen außerordentlichen Zeiten werden Wünsche laut, deren Erfüllung, wie es scheint, nicht länger ausbleiben kann. Die gesetzlichen Organe der Nation haben insbesondere in solchen Zeiten den Beruf, dem Regenten des Landes mit ihrem Beirath zur Seite zu stehen und aus dem Volke die Wünsche und Bedürfnisse dem Throne näher zu bringen. In diesem Sinne haben die hiesigen Stadtverordneten an den König eine Petition gerichtet, in welcher sie um Einberufung der allgemeinen Stände bitten, und Falls ein Bündniß von Monarchen beliebt würde, daß dies ein volksthümlicher, ein den Sympathien des Volkes entsprechendes sein möge. Obwohl, wie zu erwarten stand, der Magistrat sich dieser Petition nicht angeschlossen hat, so findet sie doch in der hiesigen Einwohnerschaft eine allgemeine Billigung. Wie wir vernehmen, werden von den bedeutenderen Städten der Provinz: Naumburg, Halle, Merseburg, Calbe, Burg, Schönebeck, Neuhaldensleben, Nordhausen ꝛc. ähnliche Petitionen an den König gelangen, und es möchte nicht in Zweifel zu stellen sein, daß auch in andern Provinzen ähnliche Wünsche der Bewohner sich kund geben werden.

**Koblenz**, 4. März. Auch hier ist eine Eingabe an den König unterzeichnet worden, worin es nach der Oberpostamtsz. heißt: Wir erkennen die Gefahr und sind gefaßt auf das Schwerste. Wir eilen daher, Ew. k. Majestät die Versicherung unserer Liebe zum Vaterlande und unserer Treue gegen den und vorgesetzten Fürsten, zugleich aber auch unsere Ueberzeugung auszudrücken, daß eine außerordentliche Zeit außerordentliche Entschlüsse fordern. Wir beschwören Ew. Majestät bei den schweren Pflichten unverbrüchlich eines Königs, den Wünschen zu bestehen, von dem Regierungsgrundsatz abzulassen, welches sie bisher haben seit dem Jahre 1819 und noch jüngst bei dem Erlaß des k. Patents vom 3. Febr. 1847 und bei dem Ver. Landtage, welchen man als eine Erfüllung der Verheißungen des Jahres 1815 willkürlich auslegen können und als einen Reichstag nicht beschickt haben. Wir bitten Ew. k. Majestät flehentlich, uns ein Wahlgesetz auf der breitesten Grundlage mit Ausschluß jedes unter uns unleidlichen ständischen Unterschiedes, solange es noch Zeit ist, zu gewähren. Wahre Reichsstände mit beschließender Stimme aber alle die Staatsmittel, die Personen, und Sachenrechte betreffende Gesetze als Stützen des bedrohten Thrones zusammenzuberufen, uns endlich die zum gesitigen Leben der Nation gehörige Preßfreiheit zu verleihen, vor Allem aber den mit so großer Unzucht aufgenommenen Gesetzentwurf über Vereine zu wahrer Absicht offen zu Tage liegt, zurückzunehmen. Wir sind es Ew. königl. Maj. schuldig, offen und treu zu erklären, daß die seit 30 Jahren gedemüthigte Nation die ungerechte Gewährung erwartet, und wir Alle, die wir nicht neuerungssüchtige Jünglinge, sondern Männer in gereiftem Alter sind, bitten, daß Ew. k. Majestät Allerhöchstihren eigenen Stolz in derselben finden wird, so wie wir die Rettung des Vaterlandes, die Sicherstellung unseres Vermögens, unserer persönlichen und dinglichen Rechte darin suchen, daß unsere Nachbarn Nichts zu bitten haben möchten, was wir nicht schon der Huld Ew. k. Maj. verdanken. In tiefster Ehrfurcht verharren ꝛc." Koblenz, 3. März 1848.

Aus **Rheinpreußen** 5. März. Der Reformbewegung der Städte Köln, Düsseldorf, Koblenz, Aachen, Burtscheid hat sich jetzt auch Crefeld angeschlossen.

**Baiern.** München, am 6. März Vormittags. — Seit meinem letzten Berichte vom 5. Morgens ist keinerlei Ruhestörung mehr vorgefallen. Nachmittags aber kam — ohne daß meines Wissens eine Verabredung vorangina — wieder eine Volksversammlung auf dem Rathhaussaale zu Stande, die einen sehr stürmischen Verlauf hatte, aber auch nur die herrlichsten Gesinnungen für Deutschlands Ehre, Macht und Sicherheit offenbarte. Das Verfahren des anderthalbhundertjährigen Ministers Fürst Wrede*) wurde in den stärksten Ausdrücken gerügt. Wie ich vernahm, ist derselbe schon gestern Nach-

*) Einer unserer Korrespondenten erwähnt, das Volk sei während der Unruhen gegen den Fürsten von Wrede so aufgebracht gewesen, daß es sich vornahm, seine Wohnung zu stürmen und ihn aufzuknüpfen: Fürst Wrede habe sich aber eiligst fortgemacht. Das Gerücht hat ihm Stoff, dem König angeraten zu haben, nöthigenfalls auf das Volk mit Kartätschen feuern zu lassen. Unser Korrespondent glaubt, das diesem Gerücht, wenn nicht Erdichtung, doch übertreibender Parteihaß zum Grunde liegen möchte, da bekanntlich Fürst Wrede auf dem vorletzten Landtag als einer der entschiedensten Gegner der Ultramontanen aufgetreten sei.

Digitized by Google

mittag eiligst von hier abgereist. Mitten unter den Debatten wurde Herrn Oberappellationsgerichts-Accessisten Greiner, einem Pfälzer, eine von schöner Hand überfandte, schwarzrothgoldene Schärpe überreicht. Gegen Abend traf der Kronprinz von Würzburg aus hier ein. Sehr starke Patrouillen durchzogen gestern Nachmittag, Abend und Nacht die äußerlich ruhige Stadt; auch heute erblickt man sie allen Orten. Wie lange übrigens der Zustand der Dinge, welcher jetzt hier herrscht, andauern wird, ist die allgemeine Frage. Es existiren de facto zwei Gewalten — der König und die Volksversammlung! — Letztere macht die Ersasse des Ersteren durch Bitten und bewaffnete Demonstrationen rückgängig und verkehrt mit den Ministern; ja vorgestern war die Handhabung der öffentlichen Gewalt auf Null herabgesunken, indem Angesichts der angeschlagenen Aufrufzettel das Volk sich bewaffnete.

= München, den 6. März. Die ganze Stadt ist in freudiger Bewegung; die meisten Einwohner sieht man die weißblaue Nationalfarbe tragen. Der König hat soeben folgende Proklamation erlassen: „Ich habe mich entschlossen, die Stände Meines Reichs um Mich zu versammeln; dieselben sind auf den 16. d. Mts. in die Hauptstadt berufen. Die Wünsche Meines Volkes haben in Meinem Herzen jederzeit vollen Widerhall gefunden. An die Stände des Reichs werden ungefäumt Gesetzesvorlagen gelangen, unter anderen: über die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der Minister; über vollständige Preßfreiheit; über Verbesserung der Stände-Wahlordnung; über Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in die Rechtspflege mit Schwurgerichten; über die in der IX. Verfassungsbeilage angedeutete umfassendere Fürsorge für die Staatsdiener und deren Relikten; dann deren Ausdehnung auf die übrigen Angestellten des Staates; über Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten. Ferner ordne Ich in diesem Augenblicke die schleunige Abfassung eines Polizeigesetzbuches an; ebenso befehle Ich die unverzügliche Beeidigung Meines Heeres auf die Verfassung, und lasse sich von heute an die Censur über äußere wie innere Angelegenheiten außer Anwendung treten. Nehmen erkenne in diesem Entschlusse die angestammte Gesinnung der Mittelsbacher. Ein großer Augenblick ist in der Entwicklung der Staaten eingetreten. Ernst ist die Lage Deutschlands. Wie Ich für deutsche Sache denke und fühle, davon zeugt Mein ganzes Leben. Deutschlands Einheit durch wirksame Maßnahmen zu fördern, dem Mittelpunkte des vereinten Vaterlandes neue Kraft und nationale Bedeutsamkeit mit einer Vertretung der deutschen Nation am Bunde zu sichern und zu dem Ende die schleunige Revision der Bundesverfassung in Gemäßheit der gerechten Erwartungen Deutschlands herbeizuführen, wird Mir ein theurer Gedanke, wied Ziel Meines Strebens bleiben. Baierns König ist stolz darauf, ein deutscher Mann zu sein. Baiern! Unser Vertrauen wird erwidert, es wird gerechtfertigt werden! Schaaret Euch um den Thron. Mit Eurem Herrscher vereint, verteten durch Eurer verfassungsmäßigen Organe, laßt Uns erwägen, was Uns, was dem gemeinsamen Vaterlande Noth thut. Alles für Mein Volk! Alles für Deutschland!" — Heute noch soll das Militär beeidigt werden; die Studenten werden eben auf dem Rathhause bewaffnet. Die Stadt wird nun wohl in Ruhe bleiben; obschon es freilich noch eine Frage ist, ob die nach zum Theil in blinder Wuth sich befindende niedere Volksmasse sich ebenfalls beschwichtigen lassen wird. Bürger und Studenten halten es nun mit dem König.

4 München, 6. März. 11 Uhr Vorm. Thon-Dittmer, Bürgermeister von Regensburg, ist Minister des Innern! Allenthalben herrscht nun eine freudige Aufregung. Der Kronprinz soll zur Beschleunigung der königlichen Genehmigung das Meiste gethan haben.

1 Uhr Nachmittags. Die königliche Proklamation ist erschienen und geht soeben zu vielen tausend Exemplaren in das Land hinaus. In einem Augenblick waren sämmtliche Band- und Posamentier-Läden ausgekauft. Jedermann trägt die baierische blau und weiße Schleife oder Kokarde oder auch beides zugleich. Auch die Frauen bleiben nicht hinter dem allgemeinen Enthusiasmus zurück, auch sie tragen am Busen Schleife oder Kokarde. Heute Nacht wird die Stadt erleuchtet.

5½ Uhr Nachmittags. Bon 11 Uhr an herrscht endloser Jubel in den Straßen, sehr viele Häuser sind mit Fahnen geschmückt. Auf dem Residenzplatz eine unzählbare Volksmenge, deren dem Könige und dem königlichen Hause dargebrachtes Lebehoch nicht enden wollte. Um 4 Uhr zogen sämmtliche Regimenter auf den Dultplatz, begleitet von der Bevölkerung Münchens. Der ungeheure Dultplatz bot einen imposanten Anblick. Die Truppen formirten ein länglichtes Viereck, und nun schweren die einzelnen Regimenter — auch die Gendarmen wurden mit vereidet — nach folgender Formel, welche ein Auditor mit entblößtem Haupte vorsprach: „Wir schwören Treue dem König — Gehorsam dem Gesetz — Beobachtung der Landesverfassung — so wahr uns Gott helfe — und sein heil. Evangelium!" — Es wird unter den Zuschauern, deren Zahl leicht 30,000 sein mochte, nicht viel gegeben haben, die von der hohen Bedeutsamkeit des Augenblicks nicht tief ergriffen waren! Durch diese Eidesleistung sind bei uns, sowie auch durch die Genehmigung alter Punkte der Adresse, die berüchtigten Karlsbader Beschlüsse so gut wie aufgehoben! Von dem Jubel, der gegenwärtig hier herrscht, kann man sich auswärts keinen Begriff machen. Eine Sammlung für die Armen, unmittelbar nach der Beeidigung unternommen, hatte einen unerwartet günstigen Erfolg. Es regnete ganze und halbe Gulden aus allen Fenstern.

† Neudatt a. d. H., 8. März. In Folge der letzten Nachrichten aus München, welche die Bewilligung der dringendsten Forderungen des Landes bringen, ist die auf morgen beschlossene Volksversammlung in unserer Stadt einstweilen vertagt worden. Die Freude über die endlichen Zugeständnisse der Regierung ist groß und allgemein, aber ebenso groß und allgemein ist die Entschlossenheit über der vollständigen Erfüllung der gemachten Versprechungen auf das Schärfste zu wachen.

**Sachsen.** Dresden, 5. März. Die D. A. Z. berichtet: Hr. v. Falkenstein, Minister des Innern, hat seine Dimission eingereicht, der König hat diese Anfangs verweigert, dann aber angenommen, nachdem Hr. v. Falkenstein darauf bestanden, „indem er nicht die Verantwortung oder den Vorwand abgeben wolle zu irgend fernerweiten unangenehmen Demonstrationen oder möglichen Unordnungen."

Leipzig, 6. März. Mehr als Gerücht ist, daß unser Bürgermeister geh. Justizrath Dr. Groß den bestimmten Entschluß, sein Amt niederzulegen, ausgesprochen hat.— In Gremmitzschau haben am 4. März über 200 Bürger eine Adresse an den König unterzeichnet, worin sie Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung, freies Versammlungsrecht, allgemeines Stimmrecht, Einkammersystem, deutsches Parlament und Entlassung der Minister fordern. Der Stadtrath wird diesen Forderungen beitreten. In Werdau, Glauchau und Borna versammelen sich am 5. März die Gemeindevorsteher, um ähnliche Schritte zu thun. Von Chemnitz ist eine ähnliche Adresse an den König abgegangen, jedoch nur vom Stadtrath, nicht von den Stadtverordneten mit unterzeichnet. (D. A. Z.)

**Kurhessen.** Kassel, 7. März. Was ist des gestrigen Tages Ergebnis gewesen? Staatsrath Schieffer ist entlassen, auf sein Ansuchen, heißt es in der amtlichen Ankündigung; er ist heimlich, in der Nacht, von dannen gezogen; sein Ausscheidet, wir Wenigen bekannt, wird abstichtlich verborgen gehalten; des kranken Mannes hat die Furcht vor einer Volksrache sich bemeistert. Er, der noch vor wenigen Wochen jedem edlen Gefühle, das im Volke lebte, Hohn sprach, mit Verachtung dasselbe behandelte, unter dem Schilde der Verfassung dessen Rechte mit Füßen trat, der noch vor wenigen Tagen von seinem Krankenlager her jede Waffung niederschmettern wollte, Alles unter dem Vorgeben, das Ansehen des Thrones zu erhalten und die von Gott verliehene Macht des Fürsten zu schützen, er flieht bei der ersten Regung eines Volkswillens und bittet den Landesherrn um seine Entlassung; er weiß für diesen keinen Rathschlag mehr, sobald es verlautet, daß andern Tages ein paar Tausend Menschen auf der Straße zusammen laufen werden, um anzusehen, wie Einige vom Rathe der Stadt ihrem Landesherrn eine Petition überbringen wollen. Selbst dem Blinden sollte es hierbei wohl klar werden, daß sein ein System der Gewalt, wie Schieffer es sich angeeignet hatte, eine schlechte Stütze für die Throne ist, nur zu deren Nachtheil eine Selbstherrschaft eines Ministeriums begründet. Schieffers Entlassung ist entschieden viel, aber sie ist doch sehr wenig, wenn man sie mit der Bitte der hiesigen Stadtbehörden vergleicht. „Die Minister, welche jetzt die Regierung bilden, besitzen nicht das Vertrauen des Landes, mit ihnen ist das einmüthige Zusammenwirken unmöglich, welches die Bundesversammlung im Namen des gesammten Vaterlandes von allen Deutschen fordert; die jetzigen Minister vermögen nicht die Eintracht zwischen Fürst und Volk zu befestigen". So haben die drei Kollegien der Bürger in der Hauptstadt einmüthig zu ihrem Fürsten gesprochen; es ist wohl nicht leicht ein schwereres Wort in Deutschland gefallen. Man hat volle Gewähr für eine durchgreifende Aenderung des bisherigen Regierungssystems und für die Förderung eines nationalen Lebens begehrt, aber davon ist man doch weit entfernt bei der alleinigen Entlassung Schieffers, und sein Nachfolger Boy kann einen solchen Umschwung nicht herbeiführen. Baumbachs Name ist freilich dazu geeignet, doch vermag er das auch nicht allein; es ist dies unbedingt unmöglich, so lange noch ein Mann von dem System des Geheimen

Digitized by Google

Kabinetsraths Abe in der unmittelbarsten Nähe des Fürsten ist, ja zwischen diesem und den verantwortlichen Räthen steht. Aller Berechnung nach werden die Zeitereignisse drängen und baldigst zeigen, daß halbe Maßregeln, ungenügend sind, daß auch in Hessen eine Vermittelung einander widerstrebender Marimen unausführbar wird. Es wird entweder Scheffers System mit verdoppelter Kraft hervorbrechen oder ein durchaus liberales Prinzip der Verwaltung unterliegt werden müssen. Die jetzige Ständeversammlung ist nicht so zusammengesetzt, um eine ersprießende Wirksamkeit entwickeln zu können, sie wird, wenn nicht der Zufall wesentliche Personalveränderungen veranlassen sollte, äußersten Falls nur einen schwankenden Charakter anzunehmen im Stande sein. Dies muß in seinem Rückschlage nothwendig zu dem alten Zustande führen. Sollte einem solchen Deutschland überhaupt das Todesurtheil gesprochen haben, dann wird der Streich auch hier einschlagen, hier aber nur unter thatartigen Zuckungen, die jeder Seite beklagenswerth sein werden. Es wird sich dann Alles auf eine Spitze drängen, von wo nur ein zerschmetternder Fall denkbar ist. Wenn die Einsicht gekommen ist, daß die liberalen Institutionen, die seit 1831 gezeigt worden, eine Wahrheit werden müssen, daß die materiellen Interessen in der That einer Förderung bedürfen, wie sie so viele Male in Aussicht gestellt ist, dann mögen diejenigen, die jetzt zu rathen haben, erwägen, daß eine solche Umwälzung auf friedlichem Wege nur durch das gänzliche, ungetheilte und aufrichtige Eingehen an ein dem bisherigen diametral entgegenstehendes Prinzip ausführbar erscheint; durch die angehörte Bitte der hiesigen Stadtdeputirten, wenn sie nicht als eitles Spielwerk aufgefaßt werden muß, ist jedenfalls ein Wurf geschehen, der eine Krisis unvermeidlich herausbeschwören hat. Möge sie nicht führen, daß an Kurhessen nicht mit Spott, wie die Hannaver sagen, sondern mit Ehre gedacht werden darf.

** Kassel, 7. März. Die kurhessische Ständeversammlung ist auf den 20. d. M. einberufen.

* Kassel, 6. März. Die Antwort, welche der Kurfürst der hiesigen Deputation ertheilt hat, lautet: Ich habe bereits vor dem Empfang Ihrer Eingaben die Einberufung der dermaligen Ständeversammlung zu dem Zwecke der Berathung eines Preßgesetzes und anderer allgemeinern Landesangelegenheiten verordnet und werde derselben Ihre Bitten und Anträge, so weit es zu deren Realisirung der Mitwirkung der Stände bedarf, zur Berathung vorlegen lassen, um die gesetzliche Feststellung auf verfassungsmäßigem Wege herbeizuführen. Zu diesem Zwecke habe ich bereits andere Rathgeber in mein Ministerium berufen. Ich wünsche, daß diese Maßregeln zum Wohle meines mir von Gott anvertrauten Volkes, welches stets zu fördern meine Absicht war, führen mögen, insbesondere wird meine landesväterliche Fürsorge dahin gerichtet sein, den Wohlstand meiner lieben Residenz so viel es irgend möglich ist zu heben. Sagen Sie dies Ihren Mitbürgern und wirken Sie dahin, daß Eintracht und gesetzliche Ordnung unserm Vaterlande gesichert bleiben.

* Marburg, 7. März. Die Antwort, welche der Kurfürst den hessischen Deputationen ertheilt hat, und die officiell gedruckt ist, wird Ihnen schon bekannt sein. In Kassel scheint man noch immer nicht zu wissen, was dies Mal die Stunde geschlagen hat. Schäffer wäre auf sein Nachsuchen des Ministeriums entlassen, ein Preßgesetz in Aussicht gestellt, und das, nachdem so große Anwerten vorher, namentlich der Marburger Deputation ertheilt waren — fürwahr, das ist zu arg, selbst für den kurhessischen Unterthanenverstand. Hier hat die officielle Antwort nur Entrüstung hervorgerufen. Heute Morgen kam das nach Hanau bestimmte Militär hier durch. Es ward mit einer herzlichen Anrede und einem Lebehoch begrüßt, worauf der Führer der Schaar mit einigen dankenden Worten antwortete. Dann zog man auf das Rathhaus zur vorbereitenden Volksversammlung. Nachmittags ward die Bürgerglocke gezogen und durch Generalmarsch die Bürgergarde zusammenberufen. In der zahlreich besuchten Versammlung ward beschlossen, sofort eine weitere Deputation, und zwar dieses Mal aus 24 Männern bestehend, nach Kassel zu senden, welche nicht zurückkehren sollen, bevor sie die Erfüllung umfassender Wünsche erlangt hätten. Von den Akademikern sind unter den Deputirten Hildebrand, Bid, v. Sybel, Bunsen, Bergk und Ludwig. Erhebend war namentlich die Schlußrede, womit der greise Jordan, den man nur auf wiederholtes Bitten von der Deputation entband, zu dem versammelten Volke sprach. Als Hüte wurden abgezogen, und ein immer wiederholtes Hoch ertönte diesem verehrten Mann am Schlusse seiner ergreifenden Rede. Weitere Unruhen stehen gar nicht vor. Der hiesigen Studentenschaft haben die Bürger Marburgs und Kurhessens überhaupt sehr viel zu danken. Die Deputirten, welche in einer Stunde mit Extrawagen abreisen, haben umfassende Vollmacht, den vom Magistrat aufgesetzten Petitionen, welche nur die neue Richtung, die man verlangt, enthalten, Einzelnes in denselben Geiste hinzuzufügen, damit sich im Allgemeinen nicht von der Position des Magistrats losgesagt werde.

* Weimar. Wir erhalten soeben die von Dr. von Bydenbrugt am 4. März in der Kammer gestellte Motion, die fast einstimmig angenommen ist, und auf welche der Minister v. Wydorf sich so äußerte, daß mit Sicherheit zu erwarten steht, es werde die Regierung den Anträgen in energischer Weise entsprechen. Wir bedauern sehr, das Dokument, das sich besonders einläßlich mit Oesterreichs und Deutschlands auswärtiger Politik beschäftigt, aus Mangel an Raum nicht ganz mittheilen zu können. Aus folgender Stelle gegen den Schluß hin mögen unsere Leser die Anträge entnehmen: „Was unsere innern Verhältnisse betrifft, so hoffen wir, um Das, was fernet liegt nicht zu berühren, auf eine das Mißverhältniß zwischen Kammer und Landschaft beseitigende Kabgleichung gemäß der Erklärungsschrift des Landtags, welche man abzuändern sein wird; wir hoffen auf Anerkennung der Mitwirkung des Landtags bei authentischen Interpretationen und Spezialgesetzen; wir hoffen auf Gewährung der Oeffentlichkeit unserer Verhandlungen, und auf eine gemeinsame Städteordnung, deren oberste Grundsätze im Einklange stehen mit einer wahren Repräsentativverfassung und den Gemeinden mehr Selbständigkeit gewähren. Dies berühre ich hier nur, Gegenstand dieses Vortrags ist nur das gemeinsame Deutsche und Abwehrung der nächsten Gefahr. Um nicht die ersten Züge zu dem Bilde der Zerrissenheit zu zeichnen, sc gehe ich nicht allzusehr in das Einzelne und deantrage nur, was allgemeiner Wunsch von Deutschland ist. Mein Antrag geht dahin: Der Landtag möge den Großherzogs königl. Hoheit bitten, mit den übrigen zum deutschen Bunde vereinigten Fürsten eine Vereinigung dahin zu treffen, daß 1) sowohl es nicht schon geschehen, die schon längst bestehenden Repräsentativverfassungen mit entscheidender Stimme der Stände bei der Verwilligung und Verwendung der Steuern und bei der Gesetzgebung eingeführt werden, daß 2) die Karlsbader und Wiener Konferenzbeschlüsse, bezüglich die darauf gebauten Bundestagsbeschlüsse und die vom 28. Juli 1832, außer Kraft gesetzt werden, und daß das Recht der Preßfreiheit nicht länger beschränkt bleibe, daß 3) eine auf wesentlich gemeinsame Interessen berechnete und beschränkte deutsche Nationalvertretung eingeführt, dabei 4) die Verminderung und Umwandlung der stehenden Heere und gleichzeitig eine allgemeine Volksbewaffnung ins Auge gefaßt werde, daß endlich 5) zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr die geeignetsten provisorischen Maßregeln in echt nationalem Sinne getroffen werden."

* Ulingen, 6. März. Heute Nacht ist der Aufruf des Herzogs an sein Volk durch Estafette hierher überbracht und von den hiesigen Bürgern, welche auf einem Frühball vereinigt waren, mit lauter Begeisterung aufgenommen worden. In Folge des Aufrufs konstituirte sich heute Morgen ein provisorisches Komité, welches in einer zu dem Ende berufenen Versammlung die hiesigen Einwohner zur sofortigen Errichtung einer Bürgergarde aufforderte. Wie voraus zu sehen, fand der Vorschlag den allgemeinsten Beifall, und nachdem in wenigen Stunden gegen 200 Bürger ihre Namen eingezeichnet, wurden in einer zweiten Versammlung von ihnen die Züge bestimmt und die Oberzugführer erwählt, worauf das Komite sich auflöste und die Ergreifung der weiteren Maßregeln den Oberzugführern u. zuständigen Behörden überließ.

Homburg v. d. H., 7. März. Gestern schon erhielt Se. hochfürstl. Durchlaucht der regierende Landgraf auf die in diesen Blättern bereits mitgetheilte Petition eine willfährige Resolution, und heute lesen wir in unserem Amtsblatte bereits die Verordnungen, betreffend ein Gesetz über Preßfreiheit, Amnestie für politische Vergehen, die Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände, das Petitionsrecht und die Regulirung der privatrechtlichen Verhältnisse der Ifraeliten im Amte Homburg. (F. J.)

* Hamburg, 4. März. Wie wir vorläufig einer Korrespondenz entnehmen, fanden hier am 3. März Ruhestörungen Statt, welche namentlich gegen den Bürgermeister Dr. Kellinghausen gerichtet waren. Man zertrümmerte Abends in dessen Hause die Fenster, Meubles u. Folgenden Tags war die Ruhe wieder hergestellt. Der Bürgerverein beabsichtigt, 3000 Mann stark, nach dem Rathhause zu ziehen und so in Masse das Reformwerk und Verleihung der Preßfreiheit zu betreiben.

## Schweiz

** Bern, 6. März. Die Revolution in Frankreich und die Proklamation der Republik hat auch hier eine gewaltige Sensation hervorgebracht. Die Folgen dieses unerwarteten Ereignisses sind schwer zu ermessen und dürften auch auf die schweizerischen Verhältnisse nicht ohne Rückwirkung bleiben. Vorläufig bewiekte sie den Fall der Regierung von Neuenburg und die Unabhängigkeit dieses Kantons von

Digitized by Google

Preußen, und insofern kann sich die Schweiz, von ihrem Standpunkte aus, nur Glück wünschen, wie dem auch übrigens dieselbe — abgesehen von den Verwicklungen, welche jenes Ereigniß herbeiführen kann — als Republik weit eher als die übrigen Nachbarstaaten mit ihrer neuen Schwester sich wird vertragen können. Gleichwohl steht man die Sache in den höhern Regionen selbst für unsere Zustände und Verhältnisse als bedenklich an, und nicht ohne Besorgniß blickt man auf die Verwicklungen, welche möglicher Weise auch für die Schweiz entstehen können, und deren sie in der That nicht bedarf. Der Bericht hat nach unserm Dafürhalten die Stellung der Schweiz inmitten der ihr drohenden Gefahren vollkommen richtig aufgefaßt, indem er sich in einem an die Stände erlassenen Kreisschreiben für unbedingte Beachtung der ihr durch die Verträge zugesicherten Neutralität aussprach und die Kantone ermahnte, Alles in Bereitschaft zu setzen, um dieselbe nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand zu vertheidigen. Bereits soll auch der eidgenössische Kriegsrath alle erforderlichen Vorkehren treffen, um im Fall eines ausbrechenden Krieges sofort den ganzen ersten Bundesauszug (beiläufig 60,000 Mann) unter die Waffen rufen zu können. Indessen hält man den Ausbruch eines Krieges, wenn auch für wahrscheinlich, doch nicht für so imminent, daß eine Truppenaufstellung schon jetzt erforderlich schiene. — Höchst gespannt ist man auf die Entwicklung der Dinge in Deutschland, und allgemein lebt man der Ueberzeugung, daß bloß partielle Concessionen nicht mehr genügen können, sondern durchgreifende Reformen erforderlich, wenn der drohende Sturm nachhaltig beschwichtigt werden soll.

## Großbritannien.

London, 6. März. In der Unterhaussitzung vom 2. März brantragte Hr. G. Cochrane die Vorlage der zwischen der Regierung und Sir E. Lyons Statt gehabten Korrespondenz in Betreff der griechischen Frage, bei welchem Anlaß der Redner ein trauriges Bild von den Zuständen Griechenlands entwarf. Namentlich beklagte sich Cochrane, daß man auch dort, wie an so vielen andern Orten Europa's, die Verfassung zu einer Lüge gemacht habe; er fand es schimpflich, daß sich die griechische Regierung immer mit der Unmündigkeit des griechischen Volkes entschuldige, eines Volkes, welches durch seinen jahrelangen Freiheitskampf doch mindestens verdiene, daß es eine echte Verfassung habe, und daß man ihm die in dieser Hinsicht gegebenen Versprechungen halte. Er nannte die griechische Regierung geradezu die schlechteste in ganz Europa. Der Redner schloß: „Ich bin überzeugt, daß die gegenwärtige, aus so ausgezeichneten und fähigen Männern zusammengesetzte Regierung Frankreichs von dem fürnehmsten Recht der Freiheit Gebrauch machen, d. h. sie andern Nationen mittheilen werde. Es handelt sich hier nicht um die sormigen Hügel Griechenlands und die rund um die griechischen Küsten fließenden Meereswogen, es handelt sich hier um die Sache der konstitutionellen Freiheit in allen Theilen der Welt.“ Palmerston gestand, daß selber des Redners Schilderung der griechischen Zustände nicht übertrieben sei, und erklärte, an sich Nichts gegen die Vorlage jener Aktenstücke zu haben, wünschte den Antrag jedoch in anderer Form gestellt, worauf Hr. Cochrane seinen Antrag für jetzt zurücknahm. — In derselben Sitzung stellte Hr. Horsman den Antrag, daß für die Einkommensteuer, wenn man sie überhaupt beibehielte, eine gewisse Skala eingeführt würde; bleibendes Eigenthum und Kapital solle mit 8 Pence, durch Berufsarbeit und geistige Anstrengung erworbenes mit 4 Pence, Handel und Gewerbe (Kapital mit Arbeit verbunden) mit 6 Pence besteuert werden. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, mit 316 gegen 141 Stimmen; Mehrheit 175. Die vom Oberhause ins Unterhaus gesandte Bill für Aufhebung diplomatischen Verkehrs mit der päpstlichen Regierung wurde zum ersten Mal gelesen.

Dem Globe und andern englischen Zeitungen zufolge ist der König Ludwig Philipp auf englischem Boden sehr herzlich empfangen worden. Der König und die Königin waren von den Generalen Rumigny und Dumas und einer deutschen Dame, Kammerfrau der Königin, begleitet. Als der König, der sehr ermüdet und kummervoll aussah und dessen Bart mehrere Tage nicht abgenommen sein mochte, das englische Ufer betrat, rief er aus: „Gott sei Dank, ich bin auf englischem Boden“. Zu denen, welche ihm zu seiner Rettung Glück wünschten, sagte er: „Ja wohl, ich weiß, daß ich unter Euch sicher bin. Ich kenne das englische Volk; die Briten sind gütig gegen die, welche vom Unglück betroffen sind.“ Er und die Königin schüttelten den Umstehenden die Hände. In Newhaven wurde er mit den Worten begrüßt: „Willkommen in England, Ew. Majestät.“ Der König, der sich jetzt erholt zu haben schien und ziemlich heiter blickte, erwiderte: „Ich danke, ich danke! Gott sei Dank, ich bin noch ein Mal in England!“ Abermals sagte man zu ihm: „Wir werden Ew. Majestät schützen“, worauf der König sehr bewegt seinen Dank wiederholte. Der König und die Königin sind am 4. März bereits in London eingetroffen. — Am 3. März kam Hr. Guizot in Dover von Ostende an, auch Guizot sah sehr niedergeschlagen und leidend aus. Als Jemand ihm tröstend mit den Worten entgegentrat: „Ich vermuthe, mein Herr, daß Sie gehört haben, daß Ihre Tochter bereits angekommen sind“, antwortete er, die Hand jenes Mannes ergreifend, mit großer Bewegung: „Ja — ich weiß — ich danke Ihnen — Gott segne Sie.“ Hr. Guizot hatte kein Gepäck bei sich, nur ein Portefeuille, das er in der Hand hielt.

Englische Blätter melden, daß sich Mehemed Ali, auf Anrathen seiner Aerzte, nach Malta eingeschifft und zur Leitung der Regierungsgeschäfte inzwischen eine Art Regentschaft eingesetzt hat. Es herrscht, wie man sieht, große Bewegung unter den Machthabern und ihren Ministern.

## Frankreich.

Paris, 6. März. Der Moniteur veröffentlicht eine Verordnung über die Form der Wahlen zu der Nationalversammlung. Die Wahlen werden an dem Kreishauptorte (chef-lieu du canton) vorgenommen, und zwar vermittelst eines Stimmzettels, der so viele Namen enthält, als das ganze Departement Vertreter zu ernennen hat. Die Stimmen werden in dem Kreishauptorte selbst gezählt, und das Gesammtergebniß wird in die Departementshauptstadt durch Zusammenstellung der einzelnen Kreisabstimmungen herausgebracht. Niemand kann Volksvertreter sein, der nicht 2000 Stimmen hat. Die Mitglieder der Nationalversammlung erhalten 25 Fr. Taggelder. Die Vertheilung der 900 Mitglieder der Versammlung auf die einzelnen Departemente gibt Paris 34 Vertreter. Auch Algerien ist mit 15 Vertretern genannt, was vermuthen läßt, daß demnächst die vollständige Einverleibung der afrikanischen Besitzungen in den französischen Staatskörper erfolgen soll.

Die Caisse générale du Commerce et de l'industrie (ehemals Bank Laffite, jetzt Firma Gouin und Comp.) hat ihre Zahlungen eingestellt. Ein schwerer Schlag für den Pariser Handel.

Galignani's Messenger meldet in seiner zweiten Ausgabe, daß der Finanzminister Goudchaux seine Entlassung gegeben habe.

Der „Moniteur algerien“ vom 29. Febr. bringt die Nachricht von der Einsetzung der provisorischen Regierung. Der Herzog von Aumale begleitet diese Bekanntmachung mit der Erklärung, daß durch die Ereignisse in Paris die Pflichten des afrikanischen Heeres gegen Frankreich nicht verändert seien, und daß man mit Ruhe die Entscheidung des Mutterlandes abwarten müsse.

## Italien.

* Messina, 24. Febr. Die Hoffnung, daß Lord Minto Vermittelung die Differenzen zwischen Sicilien und Neapel beilegen werde, hat sich leider noch nicht verwirklicht, im Gegentheil scheint die Ankunft einer Kompagnie Artilleristen und Sendung von Provisionen anzudeuten, daß die Regierung in Neapel die Citadelle nicht freiwillig an die Sicilianer übergeben will, sondern daß der Ausgang auch hier durch die Waffen entschieden werden soll. Trotz der friedlichen Aspekten, die die Vermittlung Lord Mintos bot, haben die Sicilianer ihre Rüstungen fortgesetzt; in der letzten Woche erwartete man von Tag zu Tag die Nachricht von der Ankunft Mintos in Palermo; als die Freitag nichts Bestimmtes bekannt wurde, kündete das Komité der Konsuln und der Kommandanten der Kriegsschiffe an, daß Samstag Abend der Termin des Waffenstillstandes ablaufe, und daß bald Messina wetlig die Stadt und ging theils nach Neapel, theils auf Land; alle Schiffe suchten das Sichere. Der General drohte, daß er Samstag Abend nach Verdrängung des Waffenstillstandes den Angriff nicht abwarten, sondern aufs Neue bombardiren würde, doch ging Sonntag und Montag ruhig vorüber. Die Leiter des Aufstandes vom 1. Sept. kehrten am Sonntag vom Grill wieder zurück, und da solche angeführt von Neapel nach Messina sich einschiffen durften, schöpfte man neue Hoffnung auf die Verschaffung der Regierung, Dinstag Morgens 7 Uhr ging der Angriff auf Porta Real Bassa los, bei einem furchtbaren Regen, Militärmusik der Knaben des Waisenhauses begleitete den Angriff. In der Nacht waren die Schanzen in den Straßen aufgeworfen worden und die Kanonen der Stadt thaten so treffliche Wirkung, daß in kurzer Zeit eine starke Bresche geschossen wurde, worauf gestürmt und die Trikoloreahne aufgepflanzt wurde. Am Salvadore heurathigte zwar die Stürmenden etwas, allein nicht lange; auf beiden Seiten fielen mehrere. Sodann wurden die Verschanzungen von Portorance, Arsenal und Terra nueva, sowie das Kloster S. Chiara angegriffen, die Soldaten leisteten keinen Widerstand und zogen sich alsobald in die Citadelle zurück, nur das Fort Don Blasco,

Digitized by Google

## Denkschrift eines deutschen Fürsten über die Lage Deutschlands und über eine Bundesvertretung*).

### I.

Die politische Bewegung, welche sich dermalen Deutschlands mit erneuter Kraft bemächtigt, der Kampf, welcher allenthalben zwischen Regierungen und Völkern sich zeigt, leitet den parteilosen Beobachter und den wahren Freund seines Vaterlandes zu ernsten Betrachtungen.

Deutschland kennt gottlob jene moralische, soziale und politische Entsittlichung nicht, welche seinen Zeit die große französische Revolution herbeigeführt hatte. Bei uns bestehen schon lange nicht mehr jene schlechten verdorbenen administrativen Einrichtungen, jener finstere Despotismus, an deren Folgen heute noch andere europäische Staaten in schweren Drangsalen darniederliegen. Im Gegentheil: die französische Revolution hatte für Deutschland die segenreiche Folge gehabt, daß an den meisten Orten längst die alten Zöpfe und Perrücken milden, gerechten und aufgeklärten Regierungen Platz gemacht haben.

Woher kömmt es nun, daß wir demungeachtet allenthalben Unzufriedenheit, Gährung, Groll und Kampf erblicken? Woher kommt es, daß wir auch in Deutschland mit gewaltsamer Umwälzung und jenen Zuständen bedroht sind, welche wir mit Recht in anderen Staaten, die bereits ihre Revolutionen durchgemacht, beklagen? Woher die Bangniß, die ängstliche Unruhe, mit welcher man der Zukunft entgegensieht?

Es ist in Deutschland Sitte geworden, herbe Meinungen nicht gerade herauszusagen, sie werden umschrieben, angedeutet; dem Verfasser dieser Zeilen fehlt hierzu das Geschick, er bittet daher im Voraus um Nachsicht.

Der Ursachen jenes beängstigenden Zustandes der inneren Angelegenheiten Deutschlands sind wohl mehrere; allein die Hauptsache sucht man überall, nur da nicht, wo sie wirklich zu finden ist. Man richtet zu viel sein Blick nach Unten, nicht aber nach Oben oder auf sich selbst. Jene Hauptursachen nämlich müssen in den persönlichen Gesinnungen, in den persönlichen politischen Meinungen und Ansichten der Fürsten selbst gesucht werden.

Von einer Auflage oder dem Vorwurfe bösen Willens soll und kann hier auch nicht entfernt die Rede sein, denn Niemanden kann es besser als dem Verfasser dieser Zeilen bekannt sein, wie eben die meisten dieser Fürsten sich durch vielfältige Regentenzugenden auszeichner, wie ihnen das Wohl ihrer Unterthanen und des Gesammtvaterlandes wahrhaft am Herzen liegt, wie manche selbst ihr Leben dafür hingeben würden. Derselbe verwahrt sich daher auf das Entschiedenste gegen jede andere Deutung des eben Gesagten; allein die meisten Fürsten verkennen die Zeit und ihre Anforderungen, sie sind sich selbst unklar und halten daher an Dingen fest, welche in der That gar nicht mehr bestehen.

Ihre Umgebungen, eine engherzige Bureaukratie, Parteimänner, oft noch schlimmere Rathgeber, befärlen dieselben fort und fort in diesen Täuschungen.

Selbst die Bevölkerung im Allgemeinen ist in dieser Beziehung nicht frei von Schuld, indem sie abgeschmackte, oft dem Interesse entsprungene Lobhudeleien an die Stelle des Ausdrucks jener biederen, wahren Treue und Anhänglichkeit an die angestammten Fürsten setzt, welche Deutschen geziemt.

Unumschränkte Herrschaft war in Deutschland niemals Sitte; die Freiheit ist auf germanischem Boden so alt, wie seine Bewohner, und gerade die Vorfahren des höhern Adels, aus welchen die jetzt regierenden Häuser hervorgegangen sind, waren die eigentlichen Träger jener Freiheit.

*) Wir machen die Leser auf dieses merkwürdige Aktenstück aufmerksam, das am 20. Febr., ehe man eine Ahnung von der nassen Umgestaltung der Dinge hatte, abgeschlossen ist, dessen Anhang (über eine Bundesvertretung) schon aus der Mitte des vorigen Jahres stammt. Es ist uns eine angenehme Pflicht, darauf hinweisen zu können, daß in unsern höhern Regionen nicht überall der gesunde politische Sinn und die richtige Schätzung der Zeit ausgegangen war. D. Red.

Die wohlorganisirte Willkürherrschaft haben wir erst unseren romanischen Nachbarn zu verdanken, von denen uns niemals viel Gutes zu Theil geworden ist. Auch waren die Früchte davon: Erniedrigung Deutschlands in tiefe Schmach, endlich fast sein Untergang.

Jetzt ist die deutsche Nation, wenigstens dem Buchstaben nach, zum größern Theil wieder in ihr altes Recht eingesetzt, nur daß, wie billig, bei geistiger und materieller Entwickelung aller Stände, nun auch Alle auf jene Rechte und Freiheiten Anspruch machen, welche früher nur einzelnen Klassen zustanden.

Durch die sogenannten oktroyirten Verfassungen sollten jene Rechte und Freiheiten neu begründet werden. Man nahm dankbar als Geschenk an, was man hatte als Recht fordern können.

Allein die That blieb hinter dem Buchstaben zurück; denn kaum waren die Verfassungen gegeben, so scheint man vor den Konsequenzen erschrocken zu sein. Freilich war es auch nicht leicht, einzelne Bestimmungen dieser Verfassungen, welchen zu Folge die Regierungsgewalt in einzelnen Fällen unbezweifelt zwischen Regent und Ständen getheilt ward, mit jenem §. 57 der Bundesakte in Einklang zu bringen, wornach die höchste Staatsgewalt allein bei dem Souverän verbleiben sollte.

Die Reaktion begann auch wirklich bald, und da sie in vielen Fällen offenbar gegen beschworene Rechte und deren Konsequenzen gerichtet war, so darf man mit Zwerlicht annehmen, daß die revolutionären Tendenzen, welche im deutschen Volke sich zeigten und in der Neuheit eine weitere Ausdehnung gewonnen haben, hauptsächlich hierdurch erst gebildet und hervorgerufen sind.

Zum Behufe jener Reaktion wurden jene Theorien von Legitimität, monarchischem Prinzip, Konservatismus, guter Sache, Selbstregieren ꝛc. promulgirt; nicht ihrem wahren innern Begriffe nach, sondern wie dieselben in der Wiener Hof- und Staatskanzlei erfunden und durch verschiedene Kongresse und Konferenzen ausgebildet und geltend gemacht worden sind. Durch sie wurde die Bundesversammlung ihrer eigentlichen Bestimmung entfremdet, zu einer Polizeianstalt umgewandelt und so in den traurigen Zustand versetzt, in welchem wir sie heute sehen.

Wenn oben gesagt worden ist, daß der Hauptgrund der Verwickelungen der Gegenwart in Deutschland in den persönlichen politischen Ansichten der Fürsten zu suchen sei, so gehört dies vorzugsweise zu den herrlichen Früchten jener Theorien, und die Verwechslung des Begriffs von monarchischem Prinzipe, Konservatismus und guter Sache mit Absolutismus durfte hier in erster Linie der Schuld stehen.

Wir sahen und sehen noch, daß, sobald die Völker ihre Rechte wollen geltend machen, sobald die Stände verlangen, daß die Konsequenzen der Verfassungen zur Wahrheit werden, sobald sie selbst nur gemäßigten Fortschritt begehren, alsbald der Ruf erschallt, das monarchische Prinzip sei gefährdet! die gute Sache verlangnet u. s. w. und die Verheißungen werden ohne Unterschied sofort in den Höllenpfuhl des Radikalismus geschleudert. Wie lange hat nicht Alles vor jenen politischen Bannstrahlen gebebt und gezittert, welche von Wien ausgegangen sind?!

Die Völker und die Stände hat man hierdurch aber daran gewöhnt, wirklich jenes monarchische Prinzip als Zielsprche zu betrachten, so wenig es seiner Natur nach mit Willkürherrschaft, mit mehr oder minderer Beschränkung der königlichen Gewalt gemein hat.

Durch diesen Mißbrauch hat dies Prinzip harte Schläge erdulden müssen, und ist zu unwiederbringlichem Schaden für Deutschland selbst wesentlich gefährdet.

Auch den vermeintlichen Unterschied zwischen ständischen Verfassungen und Konstitutionen hat man herbeigezogen, um sich aus dem Labyrinthe herauszufinden, in welchem man durch das reaktionäre System sich täglich mehr verirrt fand.

Die sogenannten oktroyirten Verfassungen lassen sich nun einmal durchaus nicht als ständische im älteren Sinne darstellen oder interpretiren. Ebensowenig wird man die neu sich bildenden dorthin zurückführen können. Die Vertretung der Gesammtheit der Staaten, nicht einzelner Stände, wenn auch Letzteres mit Ersterem verbunden sein kann, ist die Forderung und die Richtung der Zeit, und gerade

Digitized by Google

was in dieser sich erst anbilden soll, muß und wird nothwendig durch jene Richtung bedingt und geformt werden.

Hier dürfte eine weitere Hauptursache der Täuschungen zu suchen sein, welchen die Fürsten in bester Ueberzeugung sich hingeben. Sie wähnen, keine konstitutionellen Regenten zu sein; denn diese müssen ihre höchste Staatsgewalt mit einer oder zwei andern Gewalten theilen; sie dagegen vereinigen dieselbe noch dem Buchstaben des Gesetzes allein in ihrer Person. — Hierauf wird die Behauptung basirt, daß die deutschen Fürsten keine konstitutionellen Regenten seien, folglich sich auch nicht allen jenen Konsequenzen zu unterwerfen brauchten, welche die konstitutionelle Regierungsform unzertrennlich mit sich bringt. Die Stände und die Nation verstehen aber die Sache ganz anders! Die Theorien der Hof- und Staatskanzlei haben bei ihnen wenig Glück gemacht. Wo geschrieben steht: der Souverän kann ohne Zustimmung der Stände keine Steuern erheben, keine Gesetze geben, keine Schulden machen, keine Staatsverträge einseitig abschließen, muß von den gemachten Verwendungen der Staatseinnahmen Rechenschaft ablegen, die Rathe sind den Ständen verantwortlich u. s. w., da meinen die Stände, daß in diesen Fällen ihr Antheil an der höchsten Staatsgewalt jenem des Souverains völlig gleich sieht, sie dieselbe mit ihm theilen, derselbe folglich ein konstitutioneller Regent ist. Allerdings kann und soll es in Deutschland Konstitutionen mit sehr ausgedehnten Prärogativen der Krone geben. Soweit diese sich erstrecken, kann der Regent in gewissen Fällen ganz unumschränkt regieren, wenigstens soweit hierdurch diejenigen Regierungshandlungen nicht insinuirt werden, wo er seine Gewalt mit den Ständen theilt. Allein in jenen Punkten, wo er nur mit Zustimmung der Stände handeln darf, seien derselben auch noch so wenige, ist er in vollem Sinn des Wortes und mit allen Konsequenzen eben so konstitutionell, als irgend ein anderer Fürst, welcher mit der allereinschränkendsten Konstitution regiert, wie z. B. in Belgien.

Anstatt den in jetziger Zeit noch so günstigen Standpunkt zu ergreifen, d. h. zwar konstitutionell zu sein, aber mit sehr ausgedehnten und starken Prärogativen, hat man dies durchaus verworfen. Man hat in Erinnerung an jene undeutsche Periode unumschränkter Herrschaft des vorigen Jahrhunderts und der noch undeutscheren des Rheinbundes, in den Provinzialtagen gern eine Fortdauer jenes Zustandes erblickt. Man hat, soviel es die Stände und die öffentliche Meinung irgend geduldet haben, auch in jenen Fällen den konstitutionellen Schein zu vermeiden gesucht, wo doch die konstitutionelle Wirklichkeit geboten war. Man hat selbst durch Verwerfung der Formen, welche von dem konstitutionellen Wesen unzertrennlich sind, die Konsequenzen desselben zu umgehen sich bestrebt.

Es muß hier wiederholt werden: — böser Wille —, despotische Absichten, Schmälerung der Rechte des Volkes lagen hier gewiß nicht überall zu Grunde; sondern Zweck und Ansicht ist: das monarchische Prinzip, den Konservatismus, die gute Sache hierdurch zu wahren.

Als Resultat haben wir gerade das Gegentheil erlebt. Die nächste Folge dieser Theorie ist, daß die Minister in eine falsche Stellung gerathen. Dem Gesetz nach sind sie verantwortlich, in der Praxis dürfen sie es nicht sein, denn wo bliebe dann da das Alleinund Selbstregieren, wo die in der Person des Regenten allein vereinigte höchste Staatsgewalt? Sie sollen die Befehle des Regenten unbedingt befolgen, und somit auf den Ausspruch der Majoritäten bei den Ständen, wenn sie im Widerspruch mit jenen sind, wenig oder keine Rücksicht nehmen. Sie schweben daher stets zwischen Himmel und Erde, und ist es ihnen in einzelnen Staaten jeweils gelückt, einen festeren Boden zu gewinnen, dann packt sie der Bund beim Kragen. — Daher jenes Hin- und Herschwanken, jenes System von Lug und Trug, was in diesem labyrinthischen Zustande zur unvermeidlichen Politik werden mußte. Alles so nothwendige Vertrauen ist nach und nach hier abgenutzt worden. Allgemeine Mißtrauen und Bitterkeit ist an dessen Stelle getreten, — Mißtrauen aber ist der gefährlichste Boden für alle böse Saat. Die konservativen Elemente und jene konservativen, aber freisinnigen Männer aller Stände, welche diese Elemente zu einem kräftigen Ganzen zu schaaren wünschen, finden keinen Anhaltspunkt, zerstreuen und zersplittern sich. Es ist leicht erklärlich, daß man auf diese Weise der Partei der gewaltsamen Revolution das Spiel erleichtert.

Eine weitere Gefahr besteht darin, daß die Fürsten, indem sie in der Besorgniß, konstitutionell zu erscheinen, jene Formen von sich weisen, welche das konstitutionelle System erfunden hat, um die Würde des Regenten gegen die unvermeidlichen Verletzungen parlamentarischer Diskussionen zu schützen, sich selbst in den Vordergrund stellen und somit sich direkt und persönlich angreifen lassen. Einem solchen Verfahren widersteht allerdings das monarchische Prinzip auf die Dauer nicht.

Man hat bisher in Deutschland versucht, nicht mit den Ständen, sondern ungeachtet der Stände zu regieren. Daher die Klagen auf der einen Seite über Feindseligkeit, Mangel an Anhänglichkeit, Undank; auf der anderen über Unwahrheit und Gewaltthätigkeit! Hat man auf Seite der Regierung nicht konstitutionell sein wollen, so haben sich auch die Stände weniger leicht innerhalb der verfassungsmäßigen Grenze halten lassen, und der Kampf hat hierdurch häufig einen viel gefährlicheren Charakter angenommen.

Wenn man sich nicht absichtlich der thatsächlichen Wahrheit abschließen will, so muß man jetzt erkennen, daß jenes ganze System der Reaktion, für welches zwei so mächtige Staaten, wie Preußen und Oesterreich, von allen übrigen deutschen Regierungen mehr oder weniger unterstützt, in die Schranken getreten sind, vollkommen mißlungen ist und daß, wenn in diesem System allein das monarchische Prinzip und der Konservatismus repräsentirt waren, es damit sehr schlimm aussieht. Schritt vor Schritt ging das Terrain verloren, Konzession folgte auf Konzession, ohne daß irgend entsprechende Vortheile dafür errungen worden wären. Man sieht sich jetzt einer durch langen Widerstand gereizten, zu größeren Forderungen sich berechtigt glaubenden Bevölkerung mit abgestumpften Waffen gegenüber.

Selbst im Kaiserstaat, wo seit 30 Jahren nichts dem diktatorischen Willen gegenüber stand, der dieses System erfunden hat, scheint es keine sonderlichen Früchte tragen zu wollen.

Lag es an der Fehlerhaftigkeit des Prinzips selbst? oder an ungenügenden Maßregeln? oder zerfallen überhaupt die mühseligen Bestrebungen einsichtsloser Kabinete, wenn sie gegen den in der Kultur des Menschengeschlechts von providenzieller Hand vorgezeichneten Forzschritt gerichtet sind, in Nichts?

Mehr als dreißigjährige Erfahrungen, alle die Ereignisse, welche außerhalb Deutschlands einen Thron nach dem anderen entweder umgestoßen oder doch erschüttert haben, die Ereignisse, welche eben jetzt in Italien vor sich gehen und als Vorbild dessen dienen könnten, was sich bald in Deutschland zutragen dürfte, scheinen leider auf jene eingewurzelten perfönlichen politischen Ansichten der deutschen Regenten noch wenig berichtigenden Eindruck gemacht zu haben.

Könnten und wollten die deutschen Fürsten erkennen, daß das Terrain, auf welchem sie Position gefaßt, bereits unter ihren Füßen abgegraben ist, daß sie am Dinge kämpfen, welche in Wirklichkeit bereits nicht mehr bestehen; wollten sie sich aus den Schlingen der Bureaukratie und des Schreiberthums herauswinden; wollten sie den Einflüsterungen, welche von der Donau und der Newa kommen, sich verschließen, so lieblich dieselben auch scheinbar klingen mögen; wollten sie dagegen sich jener großen liberalen Majorität der Nation unter den gegebenen Bedingungen anschließen, die konstitutionellen Konsequenzen ihrer Verfassungen ehrlich acceptiren und sich damit begnügen, ihre großen Prärogative aufrecht zu erhalten, dann könnte man noch jetzt, statt mit Bangigkeit, getrost der Zukunft entgegensehen.

Kein Land bietet solche konservative und monarchische Elemente dar, wie Deutschland. Seine Loyalität allein hat den verschiedenen Experimenten und Evolutionen widerstanden, welche seine Regierungen mit ihm vorgenommen haben. Allein jedes Volk nimmt gewisse freie Institutionen als ein Recht in Anspruch, sobald es zu einer höheren Stufe der Ausbildung gelangt ist, zumal die germanischen Völker, welchen ein historisches Recht dazu zur Seite steht.

Das deutsche Volk duldet daher in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts nicht mehr, daß man unter monarchischem Prinzip, Konservatismus und guter Sache, ihm jenen patriarchalischen, wenn auch sehr gut gemeinten Despotismus der Vorzeit, jenen bureaukratischen, alles bevormundenden Staat, wie wir ihn jetzt noch sehen, aufdringen will. Es verlangt: eine größere Theilnahme an allen Zweigen der Verwaltung, freie Entwick-

Digitized by Google

lungen seiner Verfassungen, Oeffentlichkeit im Gerichtsverfahren, Geschworenengerichte, Preßfreiheit, Hebung des Handels und der Industrie, Vorsorge für das Proletariat und die unbemittelten Klassen, endlich: ein einiges und kräftiges Deutschland. Alles dies sind Anforderungen, welche weder dem monarchischen Prinzip, sobald man es nicht mit Absolutismus identifiziren will, noch dem wahren Konservatismus, sobald darunter nicht Reaktion gegen die Richtung der Zeit und die Macht der Ideen verstanden werden soll, noch der Wahrung der Rechte und des Besitzes irgend zu nahe treten.

Auf der andern Seite muß in Erwägung gezogen werden, daß der großen liberalen, aber monarchischen und konservativen Majorität der Nation, eine kleine, wirklich revolutionäre Minorität gegenübersteht, jenes Häuflein wirklicher Demokraten, Republikaner und Kommunisten, der eigentlichen Männer des Umsturzes.

Sie sind ohnmächtig an und für sich; höchst mächtig und gefährlich aber, weil jetzt noch alle diese Elemente, die guten wie die verwerflichen, in einem Kessel durcheinander kochen — und dieser Zustand von jener Minorität zu ihren Zwecken ausgebeutet wird.

Der besonnene und ruhige Charakter der Deutschen ist zwar eine große Bürgschaft gegen die Gefahr blutiger Revolutionen; aber wird nicht bald Hand angelegt, die eben erwähnten Elemente zu sondern, versäumen die Fürsten die nur noch spärlich übrige Zeit, jene Majorität der Nation an sich zu ziehen, dann sind wir keineswegs sicher, von der Partei des Umsturzes nicht auch zu blutigen Umwälzungen geführt zu werden! Der glücklichste Fall, der eintreten wird, wenn man bei dem jetzigen System beharrt, dieser sein: daß man, statt oktroyirter Konzessionen und Erhaltung eines starken Prärogativs der Krone, durch höchst legale, höchst verständige, höchst unblutige revolutionäre Demonstrationen zu paktirten Konzessionen mit Erhaltung eines schwachen Prärogativs sich gezwungen sehen wird;" und dann, „aber auch nur dann", wird sich Deutschland in einen politischen Zustand versetzt sehen, wie er jetzt in Frankreich, Belgien, Spanien, Portugal, bald auch in den meisten Staaten Italiens vorhanden ist.

Sollte eine Aenderung, eine Erkenntniß in den persönlichen politischen Ansichten der Fürsten wirklich rechtzeitig noch eintreten, so versteht es sich von selbst, daß die erste Frucht eines solch veränderten Systems eine Reorganisation des Bundes sein muß. Ohne solch schützenden Organ würden sich vernünftig reformirende Regierungen von unvernünftig halsstarrigen reaktionären, oder durch die Ueberreilung einzelner auf der Bahn des Fortschritts zur Ueberstürzung fortgerissen sehen.

Der Verfasser dieser Zeilen hat in einer kurzen Denkschrift vorigen Sommer diese Frage der Reorganisation des Bundes bereits anzuregen gesucht, — er schließt dieselbe als eine Beilage hier an.

Am 20. Februar 1848.

---

## II.

Deutschland ist durch zwei mächtige Elemente in Bewegung gesetzt. — Sie sind: das Streben nach konstitutionellen Regierungsformen, als die bürgerliche und religiöse Freiheit repräsentirend, und nach deutscher Nationalität und Einheit.

Die Geschichte der letzten 30 Jahre, sowie die täglichen Ereignisse setzen diese Thatsache außer allen Zweifel. Beide große bewegende Kräfte treten den dynastischen Interessen der Fürsten mit den strengen Souveranetätsprinzipien identifizirt, feindlich entgegen.

Wenn das Regierungssystem in monarchischen Staaten nicht in Republik und Anarchie ausarten soll, so ist nicht nur ein bestimmtes Prärogativ der Krone nothwendig, sondern es muß auch dem Regenten die Möglichkeit gegeben sein, dieses Prärogativ vollständig ausüben zu können.

Nicht nur, daß die meisten deutschen Staaten, mit Ausnahme Preußens, Baierns und weniger anderen, dem Begriffe, den man sich heut zu Tage von einem Staate macht, nicht mehr entsprechen, sondern die wirkliche und vollständige Ausübung des Prärogatives der Krone wird bei völliger Entfaltung des parlamentarischen Regierungssystemes in denselben so gut wie unmöglich. Wie sollen z. B. in einem kleineren Staate nach mehrmaliger Auflösung von Ständeversammlungen, oder nach politischer Abnutzung einer gegebenen Zahl tüchtiger Männer, andere gefunden werden, die nur einigermaßen dem Zwecke entsprechen? Wo soll der Regent nach Abdankung mehrerer Ministerien neue Minister finden? Selbst die Pensionslast mehrerer abgetretenen Minister würde der Ausübung eines Prärogatives unübersteiglliche Hindernisse in den Weg legen, ohne welches überhaupt alles Regieren des Regenten in konstitutionellen Staaten ein Ende nimmt.

Gefahr ahnend hat man den Kampf mit jenen Regierungssystemen selbst und mit all jenen geistigen Bestrebungen und freien Institutionen, welche damit zusammenhängen, begonnen.

Wie klaglich und unglücklich dieser Kampf aber ausgefallen, zeigt die Gegenwart. Bald rascher, bald langsamer, aber unaufhaltsam, vorwärts rückte die gefürchtete Gestaltung der Dinge! In dem Maße als das Prärogativ der Krone schwächer wird, steigt die Macht der Kammern und jenes wird schließlich von dieser absorbirt. Das Erlöschen der einzelnen Souveränetäten, oder anarchische Zustände, oder das Einschreiten eines mächtigeren Staates, welcher sich vor jenen konstitutionellen Gefahren nicht zu fürchten braucht, müssen die unausbleiblichen Folgen sein.

In gleicher Richtung, aber in erhöhtem Grade wirkt das Streben nach deutscher Nationalität und Einheit. Es tritt den dynastischen Interessen, so weit sie mit der Souveränetät identifizirt sind, geradezu in offenem Kampfe gegenüber. Dieß bedarf wohl keiner Erläuterung. Zeigt nun die Erfahrung, daß der Kampf mit diesen Bestrebungen unserer Tage ein fruchtloser war, und gibt eben diese Erfahrung für die Zukunft durchaus keine Gewähr für besseren Erfolg, so liegt die Frage nahe: „ob es nicht einer gesunden und allein rettenden Politik entspreche, statt mit den feindlichen Elementen den ungleichen und unglücklichen Kampf fortzukämpfen, sich mit denselben zu befreunden?"

Unter einer Befreundung mit jenen feindlichen Elementen wird aber zunächst verstanden, daß die Regenten, jenen unglücklichen und ungleichen Kampf aufgebend, selbst die völlige Entwicklung des parlamentarischen Regierungssystemes und der damit verbundenen freien Institutionen begünstigen und leiten. Ferner, daß dieselben das Bestreben der deutschen Nation nach Vereinigung zu ihrem eigenen machen.

Hierdurch allein wird indeß die drohende Gefahr noch nicht beseitigt.

Dieß könnte nur geschehen, wenn die deutschen souveränen Fürsten mit Beschränkung einzelner Theile dieser Souveränetät dem bestehenden Bunde eine weitere Ausdehnung gäben, oder in einem neuen sich vereinigten.

Wenn es den einzelnen kleineren Fürsten nicht möglich wird, sich dem völlig entwickelten Repräsentativsystem gegenüber zu behaupten, so wird ihnen dieß vereinigt und durch ein Organ, welches diese Vereinigung repräsentirt, leicht und mit Erfolg möglich werden.

Dasselbe gilt von den nationalen Bestrebungen; nur daß hier ein kräftiger Bund noch wichtiger erscheint. Ein solcher an der Spitze der nationalen Bewegung würde die bedrohlichste Gefahr für den Fortbestand der meisten souveränen Fürsten in ein Schutzmittel für dieselben umwandeln.

Die Idee ist jetzt vielfach verbreitet, daß die vielen Regenten in Deutschland das Hauptbinderniß für die Entwicklung freier und nationaler Institutionen seien, daß sie es seien, welche Deutschland verhindern, unter den Nationen jenen ersten Rang einzunehmen, den es einst besaß und der ihm gebührt. Sobald dieser theils begründete, vielfach aber auch fälschliche, verbreitete Glaube beseitigt ist, wird das Segensreiche, welches darin liegt, daß Deutschland durch viele Fürsten regiert wird, deren Bestrebungen, mit weniger Ausnahme, doch nur auf das Wohl ihrer Unterthanen gerichtet sind, dann die den Deutschen innewohnende Anhänglichkeit an ihre Fürsten, welche zwar erlöschend, aber noch nicht erloschen ist, in voller Kraft hervortreten, und sich als ein mächtiges konservatives Element bethätigen.

Die großen Schwierigkeiten für die Belebung des Bundes durch Beschränkung mancher Souveränetätsrechte sind nicht zu verkennen; doch sind sie nicht unüberwindlich, zumal, wenn man in Erwägung zieht, daß eigentliche Souveränetät einzelner deutscher Fürsten nicht deutschen Ursprungs ist, und daß diese Souveränetät selbst sehr illusorisch ist, da die meisten Regenten entweder von ihrer Bureaukratie, oder von ihren Ständen, oder von beiden zugleich, bereits beengt sind.

Daß deutsche Fürsten für ihre dynastischen Inter-

Digitized by Google

## Frankreich.

**Paris, 5. März.** Rundschreiben des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an die diplomatischen Agenten der französischen Republik. „Mein Herr, Sie kennen die Ereignisse in Paris, den Sieg des Volkes, seinen Heldenmuth, seine Mäßigung, seine Bewährung, die durch Mitwirkung aller Bürger hergestellte Ordnung — gerade als ob in diesem Zwischenreiche der sichtbaren Gewalten die allgemeine Vernunft für sich allein Frankreich regiert hätte.

„Die franz. Revolution tritt fortan in ihre Schlußperiode ein. Frankreich ist eine Republik; die franz. Republik bedarf keiner Anerkennung. Sie besteht kraft natürlichen, kraft vernünftigen Rechtes. Sie ist der Wille eines großen Volkes, der hierzu nur sich selbst und sich allein um Rath befragt. Da jedoch die franz. Republik wünscht, als eine regelmäßige Gewalt in die Familie der übrigen bestehenden Staaten einzutreten, und nicht als ein die europäische Ordnung störendes Phänomen, so ist es passend, daß Sie alsbald die Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, von den Grundsätzen und Richtungen in Kenntniß setzen, welche seitdem die auswärtige Politik der französischen Regierung bestimmen werden.

„Die Proklamation der freien Republik enthält durchaus keinen Angriff gegen irgend eine bestehende Regierungsform der Welt. Die Regierungsformen haben eben so rechtmäßige Verschiedenheiten wie die Charaktere, die geographische Lage, die geistige, moralische und materielle Entwickelung der Völker. Sie begehren mehr Freiheit, je nach dem Maße ihrer Kraft sie zu ertragen; sie verlangen mehr Gleichheit und demokratisches Element, je nachdem sie mehr oder minder von Gerechtigkeit und Liebe zum Volk durchdrungen sind. Das Alles ist nur eine Frage der Zeit. Ein Volk geht ebenso zu Grunde, wenn es die Stunde der Reife nicht abwartet, wie es sich entehrt, wenn es sie entschlüpfen läßt, ohne sie zu nützen; die Monarchie und die Republik sind in den Augen wahrhaftiger Staatsmänner keine absoluten Prinzipien, die sich bis auf den Tod bekämpfen — sondern es sind Zustände, die zwar Gegensätze bilden, die aber nebeneinander leben können, indem sie sich wechselseitig begreifen und achten.

„Der Krieg ist daher das Prinzip der französischen Republik nicht, wie er im Jahr 1792 seine unsichtbare und ruhmreiche Nothwendigkeit war. Zwischen 1792 und 1848 liegt ein halbes Jahrhundert. Nach einem halben Jahrhundert in die Grundsätze von 1792 oder in die des Kaiserreichs verfallen, das hieße in der Zeit rückwärts, aber nicht vorwärts gehen. Die Revolution von gestern ist ein Schritt vorwärts und kein Schritt zurück. Wir und die Welt wollen friedlich und brüderlich zusammengehen.

„Wenn die Lage der französischen Republik vom Jahr 1792 den Krieg begreiflich macht, so erklärt die Verschiedenheit beider Epochen den Frieden. Bemühen Sie sich, diese Unterschiede zu verstehen und sie Ihrer Umgebung verständlich zu machen.

„Im Jahr 1792 war die Nation noch keine einige Nation! Zwei Völker lebten auf demselben Boden. Es dauerte ein fürchterlicher Kampf zwischen der Klasse, welche ihrer Vorrechte entäußert werden war, und der, welche die Freiheit und die Gleichheit kaum errungen. Die ihrer Vorrechte entäußerten Klassen vereinigten sich mit dem gefangenen Königthum und mit dem Ausland, um Frankreich seine Revolution streitig zu machen, und um ihm die Monarchie, die Aristokratie und die Ehrekratie wieder aufzuzwingen. Heut zu Tage gibt es keine verschiedenen oder ungleich berechtigten Klassen mehr. Die Freiheit hat Alles frei gemacht. Die Gleichheit vor dem Gesetz hat Alles ausgeglichen. Die Brüderlichkeit, deren Verwirklichung wir proklamiren, und deren Segnungen die Nationalvorsammlung durch Organisation möglich zu machen hat, wird Alles vereinigen. Es gibt keinen einzigen Bürger in Frankreich, welcher Meinung er auch angehöre, der sich nicht zu seinem Vaterlande bekennte, und der durch diese Einigung nicht jeden Versuch einer Invasion unmöglich macht.

„Im Jahr 1792 war nicht das ganze Volk im Besitz der Regierung; es war nur die Mittelklasse, die sie üben und die Freiheit genießen wollte. Der Triumph der Mittelklassen war egoistisch, wie der Triumph jeder Oligarchie. Sie wollte die Rechte, welche Alle erkämpft, für sich allein zurückbehalten. Zu diesem Zwecke mußte man das Volk abwenden und es auf die Schlachtfelder werfen, damit es nicht an der Regierung Theil nehmen könne. Diese Diversion war der Krieg. Der Krieg war der Gedanke der Monarchisten und Girondisten: er war nicht im Sinn der vorangeschrittenen Demokraten, die wir wir die wahrhafte, vollständige und regelmäßige Herrschaft des Volkes wollen, und die unter diesem Namen alle Klassen ohne Ausschluß und ohne Vorzug begreifen.

„Im Jahre 1792 war das Volk nur das Werkzeug, das Mittel zur Revolution, heute ist es ihr Gegenstand. Es ist die Revolution selber. Nach dem Wohlbrachten denkt es an seine neuen Bedürfnisse der Arbeit, Industrie, Unterricht, Ackerbau, Schifffahrt, Handel, Wohlstand, Eigenthum, Moralität, wohlfeilen Lebens — an alle Bedürfnisse der Civilisation des Friedens. „Volk und Friede bedeutet Eins und Dasselbe!“

„Im J. 1792 waren die Ideen Frankreichs und Europas nicht weit genug vorgeschritten, um die Harmonie der Völker zu begreifen und einzusehen, daß sie zur Wohlfahrt des Menschengeschlechtes führe. Der Gedanke des zu Ende gehenden Jahrhunderts war nur in wenigen philosophischen Köpfen. Heute ist die Philosophie populär. Eine Allgäh. Freiheit zu denken, zu reden und zu schreiben brachte dies Ergebniß hervor. Zeitungen, Bücher und Rednerbühnen waren die Apostel der europäischen Bildung. Die Vernunft, die sich an Ländergrenzen nicht aufhalten ließ, schuf in allen Geistern jene große Nationalität der Intelligenz, welche die franz. Revolution abschließt und die brüderliche Eintracht aller Völker begründet.

„Endlich war im J. 1792 die Freiheit etwas Neues, die Gleichheit ein Skandal und die Republik ein Problem. Die Rechtstitel des Volkes, kaum von Feuelen, Montesquieu und Rousseau entdeckt, waren so sehr vergessen, und unter allen feudalistischen, dynastischen u. priesterlichen Ueberlieferungen versteckt, daß die Einmischung des Volks in seine eigenen Angelegenheiten den Staatsmännern der alten Schule als etwas Ungeheures (monstruosité) erschien. Vor der Demokratie zitterten nicht nur die Throne, sondern auch die Grundpfeiler der Gesellschaften. Heute haben sich die Throne und Völker fast in allen, selbst den monarchischen Staaten, an das Wort, an die Formen, an die regelmäßigen Bewegungen der Freiheit gewöhnt. Sie werden erkennen, daß es auch eine konservative Freiheit, sie werden erkennen, daß die Republik nicht nur mit der Ordnung verträglich ist, sondern, daß selbst mehr Ordnung herrscht in einer Regierung Aller für Alle, als in einer Regierung Weniger für Wenige.

„Aber auch außer diesen uneigennützigen Erwägungen würde schon das Interesse der Befestigung und der Dauer der Republik den Staatsmännern derselben den Frieden empfehlen. Nicht das Vaterland läuft in Kriegen die größte Gefahr — sondern die Freiheit! Der Krieg ist fast immer eine Diktatur. Ueber den Menschen ergreifen die Soldaten den Staat, die Eingezogenen bilden die Throne. Der Ruhm verwandelt die Liebe zum Vaterland. Die Glorie eines fegreichen Namens unsicherer die Angriffe gegen die Volkssouveränetät. Die Republik will auch den Ruhm, aber sie will ihn für sich, und nicht für Cäsaren oder Napoleone!

„Jedoch täuschen Sie sich nicht, diese Ideen, welche Ihnen die provis. Regierung ansträgt, den fremden Mächten vorzulegen, um ihnen als Pfand für die europäische Sicherheit zu dienen, haben nicht zum Zweck, etwa Verzeihung für die Republik zu erflehen, weil sie so kühn war, in die Welt zu treten; noch viel weniger den Zweck, etwa unterwürfig, um den Platz eines großen Volkes in Europa zu betteln; sie haben einen erlaubten Zweck; sie sollen die Fürsten und die Völker zum Nachdenken veranlassen und ihnen nicht gestatten, sich unfreiwillig über den Charakter unserer Revolution zu täuschen; sie sollen das Ereigniß in sein wahres Licht setzen; sie sollen der Menschheit als Garantien dienen, die wir noch daran gebacht, solche für unsere eigenen Rechte und unsere Ehre aufzustellen, falls sie mißkannt oder bedroht würden.

„Die französische Regierung wird also gegen Niemand einen Krieg beginnen. Sie darf nicht erst sagen, daß sie ihn annehmen wird, wenn man das französische Volk in die Lage versetzt, ihn führen zu müssen. Der Gedanke der Männer, die für den Augenblick in Frankreich regieren, ist der: Es ist ein Glück für Frankreich, wenn man ihm den Krieg, erklärt und wenn man es trotz seiner Mäßigung zwingt, an Stärke und Ruhm zu wachsen! Es ist eine fürchterliche Verantwortlichkeit für Frankreich, wenn die Republik selber den Krieg erklärt, ohne dazu herausgefordert zu sein. Im ersten Fall würde es sein kriegerischer Geist, seine rasche Thätigkeit, eine durch einen langen Frieden angehäufte Kraft, innerhalb seiner Grenzen, unüberwindlich — jenseit derselben vielleicht gefährlich machen. Im zweiten Falle

Digitized by Google

würde es alle Erinnerungen seiner Eroberungen gegen sich heraufschwören, sich die Nationalitäten entfremden und seine erste und allgemeinste Bundesgenossin bloßstellen: die Civilisation und die Freiheitsbestrebungen der Völker. Nach diesen Grundsätzen des ruhig und kaltblütig gewordenen Frankreichs, die wir ohne Furcht und ohne herausfordernde Absicht Freunden und Feinden vorlegen, mögen Sie sich wohl von den folgenden Erklärungen durchdringen:

„In den Augen der französischen Republik haben die Verträge von 1815 ihre Rechtskraft verloren. Jedoch erkennt sie die Territorialgrenzen dieser Verträge als einen Zustand (an sait) an, der ihr als Basis und Ausgangspunkt in den Beziehungen zu andern Nationen gilt.

„Aber wenn die Verträge von 1815 nur noch als ein Zustand bestehen, der durch gemeinsamen Beschluß abzuändern ist, und wenn die Republik offen erklärt, daß ihr Recht und ihre Aufgabe darin bestehen, regelmäßig und friedlich diese Abänderungen herbeizuführen, so besteht daneben das Gewissen und die Klugheit der Republik, und diese sind für Europa eine bessere und ehrenhaftere Bürgschaft als die Buchstaben von Verträgen, die es so oft geändert und verletzt.

„Bemühen Sie sich, m. H., die Emancipation der Republik von den Verträgen von 1815 den Mächten begreiflich zu machen, und ihnen zu erklären, daß darin durchaus Nichts sei, was unverschuldlich durch die Europa's stören müsse.

„Daher sagen wir es offen: Wenn die Stunde der Wiedergeburt einiger unterdrückten Nationalitäten in Europa oder anderwärts uns nach den Beschlüssen der Versehung gekommen zu sein scheint; wenn die Schweiz, unsere treue Alliirte seit Franz I., in ihrem Wachsthum bedroht, wenn die unabhängigen Staaten Italiens von fremdem Fuß betreten würden, wenn man ihrer innern Umgestaltung Grenzen oder Hindernisse in den Weg legte, wenn man ihnen mit Waffengewalt das Recht bestreiten wollte, sich unter sich zu vereinigen und sich ein italienisches Vaterland zu gründen — so würde sich die französische Republik berechtigt glauben, sich zu bewaffnen und die rechtmäßigen Fortschritte der Nationalitäten zu beschützen.

„Sie sehen, daß die Republik mit dem ersten Schritte das Zeitalter der Proscriptionen und der Diktaturen überschritten hat. Sie ist entschlossen, niemals im Innern die Freiheit zu verschleiern; sie ist gleichfalls entschlossen, ihr demokratisches Prinzip nach Außen niemals zu verhüllen. Sie wird nicht dulden, daß irgendwelche Hand sich zwischen den friedlichen Strahl ihrer Freiheit und die Blicke der Völker erhebe. Sie erklärt sich als die herzliche und intellektuelle Genossin und Verbündete aller Rechte, aller Fortschritte, aller rechtmäßigen Entwicklungen der staatlichen Einrichtungen der Völker, die nach demselben Grundsatze leben wollen, wie sie selbst. Sie wird keine heimtückische und mordbrennerische Propaganda bei ihren Nachbarn machen. Sie weiß, daß es keine dauerhafte Freiheit gibt, als die von selber auf eigenem Boden wächst. Aber durch den Glanz ihrer Ideen, durch das Schauspiel der Ordnung und des Friedens, das sie der Welt zu geben hofft, wird sie den einzigen ehrbaren Proselytismus ausüben — den der Achtung und des Wohlwollens; das ist also nicht der Krieg — sondern die Natur, die wirkt. Das ist nicht die Brunnstubung Europas, sondern sein Leben. Das heißt nicht die Welt in Brand stecken, sondern von seinem Platze aus am Horizont der Völker leuchten, um ihnen voranzugehen und sie zu führen zugleich.

„Zum Wohl der Menschheit wünschen wir, daß der Friede erhalten werde. Wir hoffen es selbst. Eine einzige Frage des Krieges war vor einem Jahre zwischen Frankreich und England gestellt; diese Frage stellte nicht blos republikanische Frankreich, sondern die Dynastie. Die Dynastie nimmt die Gefahr dieses Krieges für Europa, die allein ihr dynastischer Hochmuth in Spanien erzeugt, mit sich weg. Die Republik kennt keinen Hochmuth und keinen Nepotismus. Sie erbt die Ansprüche einer Familie nicht. Möge sich Spanien selbst regieren, möge es frei und unabhängig sein. Für die Sicherheit dieser natürlichen Allianz zählt Frankreich mehr auf die Aehnlichkeit der Principien, als auf die Erbfolge des Hauses Bourbon.

„Dies, m. H., ist der Geist der Republik, dies wird unverändert der Charakter der offenen, starken und gemäßigten Politik sein, die Sie zu vertreten haben.

„Bei ihrer Geburt und in Mitte der Hitze eines Kampfes, den das Volk nicht hervorrief, sprach die Republik drei Worte aus, die ihre Seele offenbart haben, und die auf ihre Wiege die Segnungen Gottes und der Menschen herabrufen werden: Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe! Den Tag darauf gab sie durch Abschaffung der politischen Todesstrafe für das Innere des Landes den wahrhaften Kommentar dieser drei Worte. Geben Sie ihnen auch nach Außen ihren wahrhaften Kommentar. Der Sinn dieser drei Worte, angewendet auf unsere auswärtigen Verhältnisse ist der: Beseitigung Frankreichs von den Ketten, die sein Prinzip und seine Würde schändeten; Wiederverlangung des Rangs, den es unter den Großmächten Europas einzunehmen berufen ist, endlich Erklärung der Allianz und der Freundschaft mit allen Völkern. Hat Frankreich das Gefühl seines Anthrals an der freiheitlichen, civilisirenden Aufgabe des Jahrhunderts, so bedeutet keines dieser Worte Krieg! Ist Europa verständig und gerecht, so heißen alle drei Friede!

„Empfangen Sie m. H. u. s. w. Lamartine, Mitgl. der prov. Regierung der Republik und Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Paris, 2. März 1848."

Die Clubs organisiren sich rasch, der der Société centrale républicaine unter A. Blanqui hielt gestern schon seine vierte Sitzung. Auch ein Club de l'emancipation des peuples ist bereits gebildet und wird Sonntag um 5. seine erste Sitzung im Saale Montesquieu halten. Wir haben bereits — heißt es in einer Korrespondenz — mehrere Clubs besucht und überall eine große Mäßigung und Besonnenheit gefunden. Die leitende Idee, die Alles beherrscht, ist die: die Ordnung zu erhalten und alle Excesse zu vermeiden. Wie ernstlich dies gemeint ist, hat bereits der so populäre Republikaner Raspail erfahren. Er ließ seit dem 26. Febr. ein Blatt erscheinen, das den Titel von Marats berühmtem Blatte: l'ami du peuple angenommen hatte, und in dem die provisorische Regierung als nicht energisch, als nicht republikanisch genug heftig angegriffen wurde. Ein solches Blatt konnte in dem jetzigen provisorischen Zustande der Dinge nur Zwietracht und Unordnung herbeiführen. Vorgestern Abend drangen zahlreiche Haufen in die Druckerei des Ami du peuple und zerschlugen die Pressen, und als Raspail das Blatt, das schon gedruckt war, aufgeben lassen wollte, wiegerten sich alle Zeitungsträger, sich damit zu befassen.

Auch dem ultramontanen Univers wurden während der Tage des Kampfes die Pressen zertrümmert. Ueber diese und ähnliche Gewaltthaten brachten die sämmtlichen Blätter wie auf Kommando Verurtheilungen ein einmüthiges Stillschweigen.

Die allgemeinen Wahlen aller Offiziere und Unteroffiziere der Nationalgarde werden noch in diesem Monate, und zwar auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts Statt finden. Eine offizielle Bekanntmachung des Generalkommandanten Courtais zeigt dies mit dem Bemerken an, daß sich alle Bürger bereiten mögen, sich in die auf allen Mairien eröffneten Dienstlisten der Nationalgarde einschreiben zu lassen. Alle früheren Beschränkungen fallen künftig weg, jeder Bewohner von Paris, der 20 bis 55 Jahre alt ist, ist Nationalgardist und zu allen Offiziersgraden wahlfähig. Nach dem Andrange zu schließen, mit dem Alles zur Einzeichnung in diese Listen eilt, dürfte die Nationalgarde von Paris und der Banmeile bald über 200,000 Mann stark sein. Wer sich meldet, wird augenblicklich bewaffnet, und die Unbemittelten erhalten auch die Uniform auf Staatskosten.

Der Infant Don Enrique, der seit mehreren Monaten mit seiner Frau, aus Spanien verbannt, in Toulon lebt, hat der provisorischen Regierung geschrieben, daß er mit seinen wärmsten Sympathien die französische Republik begrüße.

Der preußische Gesandte, Baron Arnim, hat Paris verlassen und ist nach Berlin gereist. Hr. v. Hapfeld versieht indessen als preußischer Geschäftsträger seinen Posten.

Schillers Wilhelm Tell, von Virgil Boileau frei übersetzt, wird seit dem 27. Febr. alle Abende im Theater St. Martin gegeben. Man kann sich denken, mit welcher Begeisterung alle Anspielungen auf die Freiheit, den Sturz der Tyrannei u. s. w., aufgenommen werden.

Eine telegraphische Depesche aus Brest vom 2. d. M. Mittags meldet, daß Bou-Maza daselbst eingriffen worden und unter strenger Aufsicht sei.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Cox & Wyman, London. Für Frankreich, Belgien, Portugal u. Griechenland übernimmt diese Zeitung gegen 30 Sgr. Vierteljährlich Herr C. A. Alexandre Creutzburg 28 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Deutsche Zeitung besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 71. Heidelberg, Samstag 11. März. 1848.

## Uebersicht.

Die Bundesverfassung. — Preußen und die deutsche Reformbewegung. — Berlin (die Herzogin von Orleans angekommen). München (der König; festlicher Zug; Gerüchte von Unruhen in Wien). Stuttgart (Ueberlegenheit der liberalen Presse über das Zwischenministerium: das neue Ministerium Pfizer — Duvernoy.). Dresden (das Ministerium nach der Entlassung Zaschens; eine große Bürgerversammlung deshalbtagt). Hannover, Hildesheim (Adresse an den König). Braunschweig (ungenügender Konseßionen). Karlsruhe (das Gerücht von einem preußischen Kurier widerlegt; Eröffnung des Kammerpräsidenten in Betreff eines deutschen Parlaments; Berichtigung). Mannheim (Erklärung badischer Regierungsräthe über die Judenverfassung). Freiburg (die Abhaltung einer Diözesansynode von dem erzbischöflichen Ordinariat beschlossen). Kassel (die Gelichäte der letzten Tage; kurfürstliche Bekanntmachung). Hanau (neue Forderungen). Sigmaringen (auch hier die Reform bewilligt). Frankfurt (Schreiben zur Revision der Bundesverfassung und zur fürstlichen Vertretung beim Bunde von der Bundesversammlung eingeleitet; Antrag des bad. Bundestagsgesandten auf Revision der Bundesverfassung; die Zustände in Hanau).

**Niederland.** Amsterdam. Defensiv- und Offensivvertrag mit Belgien.

**Großbritannien.** Ludwig Philipp als Graf von Neuilly. Rückwirkung der franz. Ereignisse auf Irland und England. Ludwig Napoleon und die provisorische Regierung. Nachrichten aus Amerika.

**Frankreich.** Oekonomische Erpertemente in Paris und deren ungewisser Ausgang; ein Beispiel der Association von Kapital und Arbeit. — Die Bewegung in Deutschland vom franz. Standpunkt; das linke Rheinufer. — Neuorganisirung des Heeres. — Finanzen des diplomat. Körpers. — Der preußische Gesandte abgereist. — Der Zudrang der Tuilerien. — Freiwillige Herauszahlung der Steuern. — Wiederherstellung der Ruhe in Lyon. — Ausübung des Strandrechts bei Boulogne. — Eingelaufenes Gestnel. — Garnier Pagès Finanzministerium. — Die Direktion der Bank. — Verordnung über die Presse. — Entschädigungskommission. — Nationalwerkstätten. — Thiers, Gesandter in der Schweiz. — Hieronymus Bonaparte, Gouv. der Invaliden. — Deutsche Adresse an den Bürgerkönig. Wolf. — Reibungen zwischen Franzosen und Engländern. — Vermögensangelegenheiten Louis Philipps, jetzt „Grafen v. Neuilly". — Börsenkurs.

**Spanien.** Vertheidigungsanhalten der Regierung nach Innen und Außen. Hoffnungen der Bewegungspartei.

**Rauschkrift.** Karlsruhe. Ministerialdirektor Brunner zum Justizminister. Geh.-Finanzrath Hoffmann zum Finanzminister ernannt.

**Beilage.** Braunschweig. Die Adresse an den Herzog. Hamburg. Die Reformbewegung. Die hannöverschen Vorgänge vom 3. März. Aus der Schweiz. Deutschland und mit Frankreich. Paris. Wie Pr. Cremieux Regierungsmitglied wurde.

## Heidelberg, 11. März.

Wir vervollständigen heute die gestern gegebene Nachricht von den Initiativen, die Nassau in Bezug auf die deutsche Bundesvertretung ergriffen hat. Der Herzog, der in seinen gegebenen Zusagen auch für die sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments zu wirken versprach, hat bereits am 7. d. M. Schritte gethan, hierüber übernommene Verpflichtung zu entsprechen. Er hat den Freiherrn von Gagern in außerordentlicher Mission an die Höfe von Darmstadt, Baden, Würtemberg und Bayern abgesandt, als wenigstens zunächst an diesen Orten, wo die deutsche Bewegung einen gleichmäßigen Charakter und die gleiche Richtung inne hält, eine Vereinbarung zu übereinstimmendem Handeln in dieser großen Angelegenheit zu Stande zu bringen. Die Vorschläge Nassaus gehen, sicherem Vernehmen nach, vorerst dahin, einen Ort der Verhandlung festzusetzen; Einer der Regierungen der genannten fünf Lande die Leitung der Verhandlung in die Hände zu geben, die man sich vielleicht über eine alternirende Leitung verstände; mit der in der Heidelberger Versammlung ernannten Kommission in Beziehung zu treten, um sie zu vermögen, auch ihrer Seits die Angelegenheit in die Hände jener Regierung zu geben; dann den Versuch zu machen, wie die exzielte Nationalvertretung mit der bestehenden, oder mit der zweckmäßig (in ein Oberhaus) verwandelten Bundesbehörde in Verbindung zu bringen sei, d. h. mit andern Worten, die Basis einer Bundesverfassung zu finden. Herr v. Gagern hat am 8. bereits seine Mission angetreten; und da wir heute hören, daß ihm Darmstädtischer Seits der Graf v. Lehrbach auf dem Fuße nach Karlsruhe gefolgt ist, so zweifeln wir nicht, daß Darmstadt, wie sich schon aus der Erklärung des Erbgroßherzogs-Mitregenten erwarten ließ, auf Nassaus Vorschläge unbedingt eingegangen ist.

Niemand hat uns im Verdacht, Regierungs- oder Regentenschmeichler zu sein: die Anerkennung, die wir nach den obern Regionen hin aussprechen, ist unverdächtig und unverrufen. Wir freuen uns, den Herzog tiefen Weg betreten, diesen energischen Impuls zuerst geben zu sehen. Wir dürfen nicht vergessen, welche Grundsätze den kraftvollen Charakter seines Vaters bestimmten, in welchen Principien alle unsere Fürsten, und Er wohl vor Andern erzogen ist, wir müssen uns des unzweifelhaft begründeten Gerüchtes erinnern, daß der junge Fürst noch eben in Berlin in diesen Principien mit Ermahnungen und Versprechungen neu gefestigt worden war, um zu überschlagen, wie ihm der plötzliche Wechsel der Dinge zu Hause nahe treten, und welche Kämpfe ihn der Bruch mit den Vergangenheit und der traditionellen Politik aller deutschen Höfe verschlich gekostet haben muß. Diese Schritte zeigen aber, daß er in treuem Entschlusse jenen Nachdruck auf die Worte legte, er werde halten, was er versprochen. Es wird nicht an den Einflüsterungen fehlen, die ihn diese Zusage und diese Schritte werden bereuen machen wollen; wir hoffen, sein jetziger Entschluß ist für immer gefaßt. Mit welch anderem Bewußtsein wird sich der Herzog einst, nach der Befestigung der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland, in der Mitte und im Frieden mit einem aufstehenden, einem dankbaren Volke fühlen, im Einklang und getragen von den Bedürfnissen und Strebungen einer großen und versprochenden Zeit, als wenn sein Leben nur der engherzigen Bewahrung eines eigensüchtigen Familienprivilegs gewidmet gewesen wäre.

Die Absicht der Regierungen ist offenbar, sich dieser Angelegenheit der Bewegung offen anzuschließen und sie zu leiten, indem sie sich an ihre Spitze stellen. Wenn dies mit Offenheit, mit Umsicht, mit volksthümlichem Sinne geschieht, können wir nur Beifall schenken. Der Weg, den die Heidelberger Versammlung einschlagen wollte, würde so bedeutend abgekürzt; wenn in der Kommission und in der neu zu berufenden größern Versammlung ein Entwurf durchgegangen ist, so bedarf es dann nicht mehr der Bearbeitung der einzelnen Regierungen, sondern es kann sich eine Unterhandlung mit den zusammengetretenen Abgeordneten der vereinigten Regierungen anknüpfen. Denn wenn wir die obigen Vorschläge Nassaus recht verstehen, so ist darin nicht gemeint, die Arbeiten der Volksmänner sollten aufhören, sie sollten die Sache ganz unbedingt in die Hände der Regierungen abgeben. Der Wille und Wunsch der Regierungen selbst konnte und sollte dies nicht sein; denn wollen sie in der That der Bewegung für diese Sache Meister werden, so müssen sie sich eben mit ihr verständigen und benehmen, und Berathung und Annahme einer Bundesverfassung wird leichter werden, wenn sie von dem volksthümlichsten Anfang angeht. Wir bleiben bei unserem Vorschlage, eine freie Vorversammlung, aus ständischen Wahlen hervorgegangen, den ersten Entwurf beraten zu lassen. Könnten sich die betreffenden Regierungen, ja denen nun auch die von Frankfurt, Kurhessen, Koburg, Weimar, Sachsen hinzutreten dürften, bald entschließen, die Einladung dieser ständischen Notabeln zugleich von sich und in Verbindung mit der Heidelberger Kommission ausgehen zu lassen, so würde die ganze Sache einen noch viel ebeneren Verlauf nehmen.

Dem Vereinigten Landtage in Preußen ist die Periodicität bewilligt; die Wirksamkeit der „Ausschüsse" soll auf ein beschränkteres Maß zurückgeführt werden. Das innige Verhältniß dieses Landes zur deutschen Entwickelung, die gewichtige Krisis, worin sich Deutschland und mit ihm Preußen befindet, macht es der unabhängigen Presse zum doppelt ernsten Gebot, jedem Schritt, der dort geschieht, parteilos und ruhig, aber auch mit aller Unumwundenheit einer vaterländischen Gesinnung zu besprechen. Preußen hat eine periodische Ständeversammlung (wie weit diese Perioden auseinanderliegen werden, ist noch nicht gesagt), es ist damit entschiedener als durch das Patent vom 3. Febr. aus der Reihe der absoluten Staaten herausge-

Digitized by Google

treten, um sich den konstituirenden zu nähern. Es hat nun gewisse Verfassungsrechte, die auf dem Papier geschrieben stehen, die Theorie vom „Rechtsboden", die von der servilen Presse so tattlos geschmähte Theorie, hat im Erfolge ein Stück Feld behauptet, das die Politik der „Gnade" aufgegeben hat. Von Rußland und seinem System ist Preußen um einen weiteren Schritt entfernt; ein Theil der Befürchtungen, die man über seine auswärtige Politik in diesen Tagen hegte, ist durch diesen jüngsten Akt seiner inneren Politik gemindert worden. Denn die Politik des Ostens gebot, auch die kleinste von der Noth der Zeit und dem unzweideutig ausgesprochenen Willen des Volkes geforderte Konzession zu versagen; für sie ist ein periodischer Reichstag ein bedenkliches Symptom der Entfremdung, wie für den Süden und Westen der deutschen und europäischen Staatenwelt es ein erfreuliches Zeichen der Annäherung ist.

Aber gleichwohl wird die Erfahrung nicht ausbleiben, daß diese jüngste Einräumung, die vor zwölf Monaten mit Jubel, die noch am 24. Juni mit dankbarer Freude aufgenommen worden wäre, in diesen verhängnißvollen und bewegten Tagen die Erwartungen keineswegs befriedigen wird. Was bei Verständigung des Patents vom 3. Februar für Alles geachtet worden wäre, was noch am Schlusse des ersten Ver. Landtags für Vieles gelten konnte, wird jetzt als eine mäßige Abschlagszahlung betrachtet werden, auf die man seit Monaten zu warten berechtigt und veranlaßt war. Die Zeiten und Stimmungen sind für sparsame politische Abschlagszahlungen nicht günstig; wir leben in einer Krisis, welche die politischen Errungenschaften rasch zeitigt und das langsam zeitig Gewordene wie reife Früchte vom Baume schüttelt. Was vor Wochen noch als eine dankenswerthe Einräumung erschien, ist jetzt ein hartes Gebot der Noth geworden; die Reformen, die drauchsüchtig und mit zähem Nachhalt bewilligt werden, erregen statt des Dankes nur Mißmuth; nicht nach Monaten und Jahren, ja nach Tagen, ja oft nach Stunden schon tritt jener Wendepunkt ein, wo jenes verhängnißvolle Wort „zu spät" seine volle Anwendung findet.

So liegen die Dinge wenigstens in Süd- und Westdeutschland; ob der Norden und Osten von dieser friedlichen, aber durchgreifenden Agitation ganz unberührt bleibt, oder nur wenig davon ergriffen wird, darüber müssen uns die nächsten Tage belehren. Eines steht aber fest; ein Stück Deutschland, das von der Iser bis an die Weser, von der Elbe bis an den Rhein reicht, dessen Bewohner an Zahl denen der preußischen Monarchie nicht nachstehn, bildet bereits ein Ganzes; im Flug hat das lakonische Programm der deutschen Reform durch Baden, Würtemberg, Baiern, Hessen, Nassau, Sachsen, die Rheinlande, Braunschweig seinen Weg gemacht und nicht bloß Worte und Zusagen, sondern thatsächliche Ergebnisse errungen. Nicht ein Stückwerk, die ganze Reform will man; nicht eine provinzielle, eine allgemein deutsche wird allenthalben gefordert, und das deutsche Parlament ist in wenig Tagen der friedliche Schlachtruf geworden, auf den sich die deutschen Stämme, Franken wie Schwaben, Baiern wie Sachsen einträchtig zusammenschaaren. Es ist eine neue Zeit hergangebrochen; so in die Massen eingedrungen, so von einem Geiste der ruhigsten Entschlossenheit erfüllt, so wenig geneigt, mit Worten und Hoffnungen sich zu beruhigen, war die politische Bewegung in Deutschland noch nie.

Wir verbergen uns nicht, daß die jüngsten Konzessionen im Westen und Süden zum Theil unfreiwillige Gaben waren, wie wissen recht gut, wie zäh und ängstlich man in diesem Augenblick da und dort noch zaudert, das Rechte und Nothwendige zu thun, aber wir wissen auch, daß die Bewegung mächtiger geworden ist als die alte Politik. Mag man es in Stuttgart vorübergehend mit einem reaktionären Ministerium versuchen wollen, es wird nur ein um so entschiedeneres nachkommen müssen; wollte man in Karlsruhe mit der Erfüllung der Zusagen zögern, der Widerstand wird nur an Heftigkeit zunehmen, mochte man in München nur halbe Maßregeln vorzuschicken, es mußte die ganze und unverstümmelte Reform nur um so schneller folgen. Denn leben inmitten der Agitation und teunen ihren Charakter; das Mißtrauen, die Verstimmung und dabei die ruhige Energie, die sich allenthalben ausspricht, sind Thatsachen, welche die diplomatische und bureaukratische Staatsweisheit, welche eine unverständige Regierungspresse, wie immer die schlimmste Feindin der Gewalt, vergebens sich selber zu verhüllen oder abzustreiten sucht. Wie auch der Geist der alten Politik bleiben oder sich wenden möge, die Bewegung im Volke ist der Staatskunst der geheimen Beschlüsse und Ministerkonferenzen für immer über den Kopf gewachsen, und die Konservativsten sind jetzt die, welche jede halbe Maßregel entschieden abweisen und die ganze Reform unbedingt fordern. Jeder erneuerte Versuch einer Reaktion wird alte Andere eher hervorrufen, als eine Wiederholung der Zeit seit 1832; vielleicht das Schlimmste, was für die monarchische Ordnung im Innern, für die Einheit und Selbstständigkeit nach Außen kommen kann, aber gewiß Nichts von Dem, was die gealterte Staatsweisheit der heiligen Allianz sich träumen mag. Noch stehen wir inmitten ei ner gesetzlichen Agitation; wie bald sie dies anders werde, wie bald die Reform zu Revolution sich wende, das hängt ganz wesentlich, ja fast allein von der Politik ab, welche die Regierungen und Kabinete deutscher Staaten einhalten werden.

Und hier liegt die ungeheure Verpflichtung, die Preußen in diesem Augenblick auferlegt ist; man hat im Süden die alten Antipathien abgelegt und will, daß die deutsche Einheit und Einigkeit eine Wahrheit werde, es ist jetzt an Preußen, dieses vertrauende Entgegenkommen zu erwidern und die alten Sympathien mit dem Osten und der östlichen Politik für immer zu überwinden. Hoffe man nicht, die Bewegung im Süden noch einmal auf ein Jahrzehnd oder länger zum Schweigen zu bringen, rechne man nicht darauf, daß eine ruhigere Gestaltung oder ein Rückschlag jenseit des Rheines die Zeiten Louis Philippe zurückführe, täusche man sich nicht mit der einen Bersprgelung, man habe hier nur das Wirken einer Partei vor sich, die Bewegung ist innerlich und nachhaltig geworden, sie ist nicht das Werk einer Partei, sie hat den ganzen Kern der Bevölkerung ergriffen. Preußen, dessen Geschicke von Deutschland nicht gesondert sein dürfen, hat die heilige Verpflichtung, einer Spaltung in Theile, einer Trennung zwischen Nord und Süd vorzubauen. Von Rußland und seiner Politik ist es durch Natur und Interessen geschieden; jeder neue Schritt auf dem Wege seiner inneren Entwickelung muß die Kluft erweitern, aber es darf diesen Schritt mit gutem Muthe wagen, wenn es mit der deutschen Entwicklung Hand in Hand geht, wenn es nicht auf halbem Wege bleibt, sondern den Verbündeten, den ihm Natur, Geschichte und Nothwendigkeit anbrängt, aufrichtig und entschlossen ergreift.

Schon ist Oesterreich durch eine unverantwortliche Politik mehr zu einer offenen Wunde als zu einer starken Stütze Deutschlands geworden; will auch Preußen der Entwicklung, der schon fünfzehn Millionen Deutsche sich angeschlossen haben, Andere sich anschließen werden, den Rücken wenden und in der östlichen Politik seine Stütze oder, was ebenso schimm wäre, zwischen Beiden eine unhaltbare Mitte suchen, die Freundschaft des Einen verscherzen, ohne das Vertrauen des Andern zu erwerben? Die unheilvolle Trennung Deutschlands in ein österreichisches, preußisches und konstitutionelles wäre dann unter den gefährlichsten Konstellationen neu befestigt, und es hinge von dem Willen der Nachbarn im Westen und Osten ab, diese Bruchstücke eines großen Volkes nach Wunsch und Vortheil auszubeuten. Es hieß in den jüngsten Tagen, Preußen habe sich im Osten seinen Verbündeten an Rußland gesucht (daß es sich davon nicht entschieden losjagte, war offenbar); es hieß dann wieder, es werde sich ihn an England suchen — daß es fest entschlossen sei, sich an den Nachsten und Mächtigsten anzuschließen — an Deutschland selbst — diese Kunde haben wir bis jetzt vergebens erwartet. Und doch drängen die Verhältnisse gewaltsam darauf hin; ob es drei Gruppen deutscher Staaten geben soll mit allen Folgen der Zerspliterung, oder ein einziges starkes Deutschland; diese Frage war ihrer Entscheidung seit langer Zeit nie so nahe gerückt, wie eben jetzt. Auf Preußen ist es, der deutschen Nation diesen unheilvollen Riß zu ersparen; an dem Volke, dessen Willen unumwunden auszusprechen, an der Regierung, diesem Willen eilig und freudig zu folgen. Ohne eine harmonische Entwicklung im Innern werden wir auf lange geschieden; mit dieser Entwicklung und durch sie sind wir unbesiegbar, am Rhein wie am Niemen.

**Preußen.** Berlin, 3. März. Nachdem schon oft dasselbe Gerücht verbreitet gewesen, ist die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen heute hier angelangt. Sie wird jedoch nicht hier verweilen, sondern alsbald nach Schwerin gehen. Ihre Wohnung habe sie, wird versichert, im Schlosse Bellevue genommen. (Elberf. Z.)

**Baiern.** ♀ München, 7. März. Der König verließ gestern Nachmittag nach 2 Uhr die Residenz, um sich noch dem stillen Rumpfenburg zu begeben. Abends war die ganze Stadt erleuchtet mit sehr wenig Ausnahmen, das Palais Leuchtenberg und das des russischen Gesandten blieben dunkel, während das Palais Mar, sowie die Hotels der übrigen Gesandtschaften in hellem Glanze strahlten. Von Wien Gerüchte, ziemlich bestimmt, daß dort bedeutende Unruhen ausgebrochen seien. Die Artikel von da in der gestrigen Augsb. Allgemeinen lassen allerdings die Annahme zu, daß obiges Gerücht sich in

Digitized by Google

der kürzesten Zeit bestätigen dürfte. — Das bloße Gerücht einer russisch-preußisch-österreichischen Allianz hat hier eine allgemeine gewaltige Mißstimmung hervorgerufen.

**Würtemberg.** Stuttgart, 8. März. Borgestern noch rief der „Beobachter" bei Erwähnung des Briefes von Bett an Mittermaier, welcher die Erwährung aller Volkswünsche zusagte, voll verwundernden Entzückens: „Man weiß nicht ob man träumt oder wacht!" Und siehe da, heute ist für uns das Gleiche, ja was die Bürgschaft in Betreff der Personen betrifft, noch ein Mehr in naher Aussicht. Borgestern ein Ministerium Linden-Bezzenberger, heute . . . sehen Sie diese Zeilen nicht verwundert an, ein Ministerium Duvernoy-Pfizer. Und das, ohne die mindeste Demonstration auf der Straße, durch die bloße, unwiderstehliche Kraft der öffentlichen Meinung, welche freilich so frisch, so ernuicknd hervorbricht, wie die Kraft der Natur in der Frühlingsblüthe. Ich hatte Ihnen den Hergang des raschen Endes des zweistündigen Ministeriums Linden und Genossen berichtet. Das war vorgestern. Indessen waren vom Lande dringende Mahnungen gekommen, man solle doch nicht immerfort diese Versprechungen annehmen, sondern Bürgschaften verlangen. Auf nächsten Dinstag sollte eine große Zusammenkunft von Männern aus allen Landestheilen, wahrscheinlich in Plochingen stattfinden. Aus andern Städten trafen und treffen noch stündlich viele Männer hier ein, welche die bei ihnen herrschende Agitation als überaus groß schilderen. Auf dem Bürgermuseum, seit Jahren dem Hauptquartier der freisinnigen Partei, jetzt der Mittelpunkt und Sammelplatz der gesammten Bürgerschaft, auf den Straßen, überall wurde lebhaft, bewegt, aber stets in größter Ordnung und Gesetzmäßigkeit besprochen, was nun zu thun sei, wobei aber dem Benehmen des Oberregierungsrathskollegiums am vorigen Montag überall die größte Anerkennung wurde, als man heute in der Früh durch eine fast wunderbar klingende Nachricht überall in die freudigste Aufregung versetzt wurde. Gestern Abend hatte der Geheimeraths-präsident Freiherr v. Maucler dem Abg. Duvernoy, bekanntlich der entschiedenen Opposition angehörig, und durch Redlichkeit des Charakters, wie durch Milde und Bescheidenheit in seinem Wesen überall beliebt und geehrt, geschrieben und ihn gebeten, ihn heute um 8 Uhr zu besuchen. Da eröffnete Hr. v. Maucler dem Hrn. Duvernoy, daß Se. Majestät entschlossen seien, mit aller Kraft und Aufrichtigkeit den Volkswünschen zu entsprechen, daß Dieselben zur Bewährung dieser Gesinnung beabsichtigen, ihn, Duvernoy, zum Minister des Innern zu ernennen; daß ihm, dem Hrn. Duvernoy, anheim gegeben sei, die übrigen Ministerstellen mit seinen politischen Freunden zu besetzen und die Namen Sr. Majestät in Bälde vorzulegen, daß aber der König, um darzuthun, wie sehr dieser Entschluß seiner eignen freien Entschließung entsprossen, und wie er brabsichtige, eine neue Aera seiner Regierung zu beginnen, ausdrücklich den Wunsch hege, daß Paul Pfizer das Portefeuille der Justiz übernehmen möchte. Hr. Duvernoy erklärte alsbald, daß — obgleich er seine Kräfte dem großen Werke kaum gewachsen erachte — er doch nicht glaube, dem Vaterlande und dem Könige seine Dienste entziehen zu dürfen, daß er aber mit seinen Freunden vorher Rücksprache nehmen und dann sich zur Verfügung des Königs stellen werde. Auf heute Nachmittag war nun eine Versammlung von Oppositionsdeputirten im Ständehause angesagt. Der mit Bildung des neuen Kabinets beauftragte Dr. Duvernoy eröffnete den anwesenden Deputirten seinen Auftrag und bat um ihren Rath und ihre Unterstützung. An Pfizer, welcher in Tübingen ist, wurde ein Kurier abgeschickt; man erwartet ihn heute Abend zurück. Ebenso an den Abg. Goppelt nach Heilbronn, welchem die öffentliche Stimme das Finanzministerium zudenkt, das in keine fähigeren und reineren Hände kommen könnte. Im Bürgermuseum war große, freudig bewegte Versammlung. Die Verkündigung der königl. Botschaft an Duvernoy und Pfizer wurde mit ungetheiltem Jubel empfangen. Bei Ausgang der Vorberathung im Ständehause theilte der Abg. Murschel mit, daß sämmtliche Abgg. zur Bildung eines Ministeriums aus der bisherigen Opposition gerathen, daß beschlossen worden sei, der gegenwärtigen und nächsten Montag wieder zusammentretenden Kammer nun die dringendsten Gesetzesentwürfe von Seite des neuen Ministeriums vorzulegen, also über Volksbewaffnung, öffentliche politische Versammlungen ꝛc.; daß alsdann die Kammer aufzulösen und der neu zu wählenden die organischen Aenderungen alsbald vorzulegen seien. Ferner daß das, was die Regierung für sich allein thun könne (einstweilige Bildung der Bürgergarde, Beeidigung des Militärs auf die Verfassung) alsbald geschehe, und daß angekündet, als Programm des neuen Ministeriums, von Seite des Königs und der Regierung in einer Proklamation oder einem Manifeste die bestimmte Zusage auf Erfüllung aller allgemein vorgebrachten Volkswünsche gegeben werde. Da jedoch Paul Pfizer erst heute Abend zurück erwartet wird, so ist jede bestimmte Beschlußnahme bis dahin vertagt. Sobald er ankömmt, werden die Oppositionsabgeordneten wiederum zusammentreten; die Bürgergesellschaft bleibt in Permanenz in ihrem Lokale. Man hofft morgen das neue Ministerium bereits amtlich ernannt zu sehen. Für die Stelle eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten gedenkt man den würdigen, greisen General (a. D.) v. Bangold zu gewinnen. Zu der Deputirtenversammlung war nur der allverehrte Vater Schott geladen.

Stuttgart, 7. März. Ueber die letzte Ministerkrisis äußert sich der „Beobachter" in folgenden Worten: Hr. v. Schlayer nahm dem Vernehmen nach von dem Kollegium seiner Räthe einen bewegten Abschied, und Einer derselben erklärte auf der Stelle, das Kollegium könne unter diesen Umständen nichts Anderes thun, als seine Entlassung einreichen. Der Stadtrath ließ um die zwölfte Stunde die beschlossene Dankadresse zunächst ununterzeichnet; die Menschen kamen weiten sich auf den Straßen an; Hunderte strömten nach dem Bürgerhause; unser Bureau wurde von Vermittago 11 bis Nachmittags 4 Uhr reinen Augenblick von ab- und zulaufenden Menschen leer, die bald diese bald jene Nachricht brachten, was zu thun sei; Nachmittags um 3 Uhr unterzeichnete die ganze Oberregierung (die Herren Oberregierungsräthe Autenrieth, Sauter, Camerer I., Camerer II., Regierungsräthe Schoder, Pfeiffer, Seeger, Gtzler) eine Eingabe um ihre Entlassung; im Hause der Bürgergesellschaft wurde sogleich eine Adresse an die Ständeversammlung abgefaßt und unterzeichnet, worin gegen die die Zusammensetzung eines solchen Ministeriums Verwahrung eingelegt wurde; in der Druckerei des „Beobachters" wurde in der Eile ein Flugblatt gedruckt, welches den Inhalt dieser Adresse zu Jedermanns Kenntniß bringen sollte und die Agitation des ganzen Handels gegen ein solches Ministerium zu Hilfe rief; auf den Straßen bildeten sich immer zahlreichere Gruppen; die Gerüchte thaten das Ihrige; man sah hinter dem Plane das Gespenst des Geheimerathspräsidenten Frhrn. v. Maucler, auf dessen Haupte, wie in Baden auf dasjenige v. Blittersdorffs, die Summe aller Unpopularität sich sammelt; die Einwohnerschaft nahm eine drohende Haltung an. Schließlich fügt der Beobachter hinzu: Wir glauben nicht, daß mit dieser Zusammensetzung eines neuen Ministeriums ein retrograder Schritt wirklich beabsichtigt war, vielmehr könnte wohl der Fall sein, es habe mit der Entlassung des gegenwärtigen Ministeriums ein Zugeständniß gemacht werden wollen; aber die unglückliche Wahl der Personen scheint uns zu beweisen, daß vor der hindernden Umgebung die Wahrheit nichten den Thron gelangen kann, vor Allem nicht die wahre Kenntniß der Sachlage und der Personen.

** Stuttgart, 8. März, Abends 6 Uhr. Wir haben Reform und eine sichere Garantie derselben, Ministerwechsel im liberalen Sinn: Paul Pfizer, Duvernoy. Der König hat heute früh Duvernoy berufen, um ihn und Pfizer an die Spitze eines neuen Ministeriums zu stellen. Duvernoy soll das Innere, Pfizer die Justiz übernehmen. Pfizer ist heute früh, schon vor seiner Berufung, nach Tübingen zu Uhland abgereist; eine Staffette wurde ihm alsbald geschickt, er wird heute noch erwartet. Es scheint, daß Anfangs oder von einer Seite daran gedacht wurde, eine Kombination mit Schlayer und den Frhrn. v. Varnbüler einzuleiten. Zum Glück ist hieran nicht zu denken. Noch Tisch waren die in Stuttgart anwesenden Oppositionsabgeordneten, zu denen sich der Präsident auch gesellte, im Ständehaus versammelt. Duvernoy erklärte seine Bereitwilligkeit, mit Pfizer zugleich einzutreten; weiter handelte es sich um die übrigen Minister, und genannt wurden: für die Finanzen der Abg. Goppelt, für das Aeußere der General Bangold (ein Mann von liberaler Denkungsart) oder der Gesandte in München, Graf Degenfeld (nicht der ritterschaftliche Abgeordnete), für den Krieg wurde an Beibehaltung des Grafen Sontheim gedacht. Inzwischen war bald Stuttgart auf der Königsstraße versammelt, Gruppen von Abgeordneten überall. Nach seiner Besprechung kamen Oppositionsabgeordnete ins Bürgerhaus, um die Bürger von dem Geschehenen zu unterrichten. Die Versammlung daselbst sprach sich dafür aus: daß Ministerium Pfizer — Duvernoy müsse ein ganz liberales sein, also alle Ministerien mit Männern derselben Denkungsart besetzen, auch das Kriegsministerium neu besetzen, es möge unmittelbar eine Proklamation erlassen werden, welche die bekannten Volkswünsche, soweit die Regierung allein für sich sie gewähren kann, dem Volke zusage. Die anwesenden Abgeordneten übernahmen es, darauf hinzuschreiben. — Der Geh. Rathspräsident Maucler hat, wie man hört, seine Entlassung; an die Stelle des Stadtdirektors Gärtner, Bruders des bisherigen Finanzministers, tritt der Regierungsrath Seeger, einer der liberalen Räthe im innern Ministerium. — Gestützt ist nun im Augenblick das Ministerium noch nicht; auf Pfizers Entschluß steht die Hoffnung des ihn so sehr verehrenden Volks. Man hofft, endlich

Digitized by Google

werde er ins öffentliche Leben zurückkehren. Die Kammer wird dann, glaubt man, nur kurz zusammen sein, das Dringendste erledigen, und neue Wahlen dem freisinnigen Ministerium eine freisinnige Kammer bringeselfen, in der Ultand und Schott sein werden.

* Stuttgart, 9. März. Die neue Ministerernennung ist erfolgt. Duvernoy ist Minister des Innern, P. Pfizer Minister der Justiz, Goppelt Finanzminister. (Wir erhalten diese Nachricht aus Karlsruhe von glaubwürdigster Hand; unsere direkten Berichte aus Stuttgart lauten vom 8 März. Hiernach hatte Pfizer seine Berufung unter der Bedingung angenommen, daß auch Römer in das Ministerium gezogen würde.)

**Sachsen.** * Dresden, 6. März. Die Bewegung in Leipzig hatte auch in der Residenz nach und zeigte sich allenthalben so fest, daß gestern Mittag 12 Uhr der Minister Falkenstein sein Portefeuille in die Hände des Königs niederlegte, um nicht feinerseits weitere Veranlassung zu unglücklichen Bewegungen zu geben. Der König hat die Entlassung angenommen. Unbeschreiblicher Jubel verbreitete sich in der Stadt. Zugleich aber sagt Jedermann, dies könne erst der Anfang der Concessionen sein. Wie fast zwar die Beschränktheit losgewerden, aber das böse, volksfeindliche Prinzip ist in den hocharistokratischen Ministern Könneritz und Zeschau geblieben. Wir wissen zu gut, daß sie nur zu oft den Neuling Falkenstein die Bolzen verschießen ließen, die sie selbst gebrecht hatten, um die ganze Last der Unpopularität auf ihn zu wälzen. Man wird also sich mit diesem ersten Schritte nicht begnügen und auf eine volksthümliche, bürgerliche Gestaltung des Ministeriums dringen, damit endlich dieses beschadlige Unwesen ein Ende nehme. Der antideutsch-katholische Kultusminister Wietzendorf-Heim wird seine früher beabsichtigte Resignation nun wahrscheinlich schneller ins Werk setzen. Hier bereitet man eine größere Bürgerversammlung vor, in welcher man ein Manifest an sämmtliche Sachsen erlassen, die bei Ihnen aufgestellten Minister ebenfalls auffordern und schließlich die Entlassung des Ministeriums fordern will, wenn es sich mit diesen Wünschen nicht vereinbaren kann. Für unsere zahme Residenz wäre es viel, wenn man ein solches Manifest zu Stande brächte. Unter den Kandidaten für das Ministerium des Innern nennt man den liberalen Herrn v. Watzdorf und die ehemaligen Kammerpräsidenten Reiche, Eisenstuck und Braun.

**Hannover,** 6. März. Der Magistrat hat die von den Bürgervorstehern gewünschte Sitzung zur Berathung einer Adresse auf morgen früh 10 Uhr angesetzt. Man behauptet, das Patent, welches die Stände auf Mitte d. M. einberufen, sei schon unterzeichnet.

(Weserz.)

* Also Hildesheim ist, wie uns von da geschrieben wird, bereits eine Adresse mit den bekannten Forderungen an den König abgegangen.

† **Braunschweig,** 7. März. Unsere Regierung hat dem Rufe des Volkes nach Waffen bisher nur mit Offerirung von 380 abgenutzten Flinten entsprochen. Die alte Bürgergarde zählt 2000 M.! — Von Concessionen anderer Art ist überall noch nicht die Rede; sogar auf die Anfrage wegen Berufung der Stände soll ein Minister nur grantwortet haben: „Im Laufe des Jahres kämen sie sicher noch zusammen!“ — Ein Vorgesetzt könnte durch Zustimmung des ständischen Ausschusses erlassen werden, und man brauchte sich wegen der Redaktion keine Mühe zu geben, denn das badische paßt auch für Braunschweig. — Es wäre bedauerlich, wenn man die Stimme des Volke, d. h. des eigentlichen Kerns der Bürgerschaft, dieses Mal nicht hören und die Hoffnungen, welche durch den Bundestag und die großen Beispiele der süddeutschen Staaten erregt sind, unerfüllt lassen wollte in Braunschweig, welches doch die freieste aller deutschen Verfassungen hat, denn sie kennt keinen Wahlcensus und keine Pairskammer! Leider ist diese Verfassung durch die Publication eines mangelhaften Zinsgesetzes und durch Erhebung von Steuern, welche nach dem Ausspruch des ständischen Ausschusses nicht verwilligt sind, in einigen wichtigen Punkten außer Wirksamkeit gesetzt, und eine Anklage hängt noch wie ein Domokles-Schwert über dem Ministerium. Indessen diese Frage würde, da der Schaden durch Bewilligung der Stände zu heilen ist, jetzt leichter als je zu beseitigen stehen, da jene Finanzdifferenz bei den großen Fragen der Gegenwart in den Hintergrund treten würde, wenn die Regierung die Stände freiwillig berufe. Anders stände die Sache, wenn der Ausschuß von seinem Selbstconvokationsrechte Gebrauch machte! — Gestern Abend ward wieder eine Bürgerversammlung gehalten, in welcher überall Nichts von Bedeutung vorfiel. Mancher blickt aber doch mit bangem Herzen in die Zukunft! — Das sicherste Mittel zur allgemeinen Beruhigung bleibt allein die sofortige Berufung der Stände!

**Baden.** ☞ Karlsruhe, 8. März. Dem Berliner Artikel,

** Berlin 2. März, in Ihrer Zeitung vom 7. d. M., welcher das fel same Gerücht verbreitet, es sei am 1. März ein Kurier von Berlin nach Karlsruhe mit dem „Allerhöchsten Auftrage“ abgegangen, der Großherzog von Baden möchte sich eher zwingen lassen, sein Land zu verlassen, als die geringste Konzession zu machen, die Mächte würden ihn schon wieder einsetzen, kann aus zuverlässiger Quelle widersprochen werden. Es wäre zu wünschen, daß besonders in der jetzigen Zeit die Korrespondenten vorsichtiger in der Mittheilung derartiger Gerüchte wären.

△ Karlsruhe, 9. März. Ich kann aus zuverlässiger Quelle Ihnen die für alle Freunde des Vorschritts in religiösen Angelegenheiten wichtige Nachricht mittheilen, daß am 7. an dem erzbischöflichen Ordinariate in Freiburg der Antrag auf Abhaltung einer Diöcesansynode nach lebhaftem Kampfe durchgegangen ist. Die Staatsregierung wird der Verwirklichung des Beschlusses kein Hinderniß in den Weg setzen.

* Die heutigen Kammerverhandlungen werden unsere Leser in einer zweiten Nachmittagsbeilage finden. Fürs Erste bringen wir Folgendes zur Kenntniß unserer Leser: Nachdem die Sitzung eröffnet war, theilte Präsident Mittermaier einen Nachtrag zu dem gedruckten Schreiben des Präsidenten des Ministeriums des Innern mit, wonach die Verlegung sämmtlicher Truppen, nicht bloß der Offiziere, auf die Verfassung unverzüglich vorgenommen werden soll, und für die Berufung eines deutschen Parlaments ein bestimmter Antrag an die Bundesversammlung bereits abgegeben worden ist.

** Karlsruhe, 5. März. Von den am Dinstag, 29. v. M. dahier verhafteten Personen wurden am andern Tage die beiden hiesigen Bürger, Bierbrauer Müller, und sein Schwager, Bierbrauer Clever, sowie Polytechniker Bluth (Bruder des Studenten Karl Blind) wieder in Freiheit gesetzt, da durchaus kein Grund vorlag, sie länger in Haft zu behalten. Ohne Zweifel dürften die übrigen Verhafteten in dieser Woche ihrer Freilassung entgegensehen.

**Mannheim,** 8. März. Die hier wohnenden Abgeordneten Hecker, Helmreich, Jftein, Mathy, Bassermann, Soiron, Welker, Sachs haben einen Aufruf erlassen, worin sie ihren tiefen Schmerz aussprechen über die Judenverfolgungen, welche den reinen Genuß der jüngsten Tage befleckt haben. „Es ist, sagen sie, eine heilige Pflicht eines jeden Ehrenmannes, der nicht mit dem heiligen Namen der Freiheit ein schändes Spiel treibt, der nicht ihren Namen zur Bezeichnung anderer Leidenschaften mißbrauchen will, es ist eine heilige Pflicht aller wahren Volks- und Freiheitsfreunde, mit aller Energie solch frevelhaftem Beginnen entgegen zu treten. Nur Diener der Reaktion oder von ihnen Irregeleitete vermögen zu Judenverfolgungen die Hand zu bieten, wie sie nie in freies Land, wohl aber der Despotismus kannte. Wir unterzeichnete Abgeordnete fordern in unserem und aller unserer Kollegen Namen, im Namen Aller, die es treu und redlich mit dem Volke und seiner Freiheit meinen, auf, durch Belehrung, Wort und That, mit aller Kraft und Energie dahin zu wirken, daß solche Entweihungen der Tage der Freiheit unterbleiben und nicht des Volkes Ehre und Name geschändet werden durch Frevel und Unthaten.“

**Kurhessen.** ** Kassel, 5. März. Es hat hier eine wesentliche Aenderung in der öffentlichen Stimmung stattgefunden. Gestern noch gingen alle Wünsche auf Abhilfe des herrschenden Nothstandes; man schöpfte sich Hoffnungen, weil Mißlichkeiten außer Landes gesetzlich seien, Banken eingestellt seien und ähnlicher Dingen mehr. Dies war vorzugsweise die Richtung, welche eine gestern bei den Stadtverordneten berathene und vollzogene Eingabe an den Kurfürsten einschlug, die aber als Mittel, den gewünschten Erfolg zu erreichen, einen Wechsel der Minister bezeichnete. Die Berathung geschah in öffentlicher Sitzung; es waren Zuhörer gegenwärtig, so viel deren der Saal fassen konnte. Solche öffentliche Sitzungen hatten die Stadtverordneten früherhin mehrfach gehalten, doch waren dieselben kaum besucht. Vor einigen Monaten zuerst wurde durch eine Ministerialverfügung die Oeffentlichkeit der Sitzungen untersagt, die in der Gemeindeordnung nicht verboten war. Kaum war jene Eingabe unterschrieben, so erhoben sich Stimmen laut, welche den örtlichen Charakter derselben mißbilligten, es wurde dafür eine mehr allgemein politische Haltung gewünscht. Heute wurden verschiedene Berathungen des Stadtraths und der Stadtverordneten gepflogen, in deren Folge eine andere Petition an den Landesherrn angenommen wurde. Dieselbe schildert die Verkümmerung, welche die verfassungsmäßigen Institutionen erlitten haben, und enthält die Erklärung, daß das einmüthige Zusammenwirken der Regierungen und Völker, welches der Bundestag in seiner Proklamation vom 1. März d. J. erwartet, mit den Ministern, die jetzt hier im

Digitized by Google

Amte wären, unmöglich sei, mit der Bitte, Männer dafür zu wählen, welche auch im hiesigen Lande ein nationales Leben zu fördern geeignet seien. Mittlerweile hatten heute die von Hanau und Marburg eingetroffenen Deputationen, jede aus drei Personen bestehend, Audienz bei dem Kurfürsten, wurden aber unfreundlich empfangen und mit bitter verletzenden Worten nach Hause zu gehen beschieden. Durch den Hrn. v. Dörnberg, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der während Scheffers Krankheit auch dem Departement des Innern vorsteht, ist den Deputirten die Erklärung des Kurfürsten schriftlich eingehändigt worden, die freundlicher lautet, aber nur die Weisung enthält, zu Haus die Entschließungen zu erwarten, die der Landesherr seinem fürstlichen Worte gemäß treffen werde. Hinzugefügt ist die Bemerkung, daß wegen der durch den Beschluß des Bundestags in den Censurverhältnissen nöthig gewordenen Aenderungen die erforderlichen Entwürfe bearbeitet werden sollten. Vor dieser Audienz hat der Kurfürst in Scheffer's Krankenzimmer einen Besuch gemacht. Der Empfang, den die Deputationen erlitten haben, hat große Erregung unter den hiesigen Bürgern erzeugt. Die Petition, welche Stadtrath und Stadtverordnete beschlossen haben, scheint der Menge nicht zu genügen. In Schaaren ziehen die Leute an einen Versammlungsort, um eine andere mannigfach ähnliche Petition zu unterzeichnen, die morgen durch Landesboten überreicht werden soll. Es läßt sich vorhersehen, daß, wenn auch aus Einzelne mit der Einreichung brauftragt werden, diese doch eine Begleitung durch die ganze Menge erhalten werden. So kann der morgende Tag Ereignisse bringen, die sich nicht überblicken lassen. Inzwischen hört man, daß morgen frühzeitig die Kollegien der Staatsdiener sich zum Kurfürsten begeben wollten, um demselben persönlich eine Darstellung der Stimmung des Volkes zu geben. Die Tambours der Bürgergarde sind an verschiedenen Plätzen der Stadt aufgestellt, um zeitig den Generalmarsch schlagen zu können. Der Kommandeur hat dieselbe benachrichtigt, sich bereit zu halten, um auf das erste Alarmzeichen vollständig versammelt zu sein. Die jungen Bürger sind heute in großer Zahl in die Bürgergarde eingetreten und haben sich Waffen aus deren Depot geholt. Die Bevelaunten des Militärs sind einberufen und treffen allmählich ein. Soeben treffen noch Deputationen von Hersfeld und Geinhausen ein, welche Adressen an den Landesherrn mit der Bitte um Aenderung des Ministeriums und Auflösung der Ständeversammlung überdringen. Ein Offizier der Artillerie hat geäußert, daß kein Bürgerblut fließen dürfe, und ist verhaftet worden, was lebhafte Theilnahme findet.

Den 6. März. In der vergangenen Nacht hat die Familie des Kurfürsten Kassel verlassen. Staatsrath Scheffer, krank wie er ist, in Betten gebillt, ist ebenfalls abgereist. Tausende versammeln sich auf dem Friedrichsplatze. Die Geistlichkeit beabsichtigt in Prozession dahin, um geeigneten Falls bei Allen zum Frieden zu mahnen. Es wird kein Militär aufgeboten. Der Kurfürst veranlaßte die Bürgergarde, vor seinem Palaste ein Bataillon aufzustellen. Scheffer ist vom Ministerposten entlassen. Die beschränkenden Verfügungen gegen die Deutschkatholiken sind zurückgenommen. Der Deputation von Marburg ist wegen der gestern gegen dieselbe geäußerten verletzenden Worte eine Erklärung gemacht; falsche Berichte sollen dieselben hervorgerufen haben. Die Deputation des hiesigen Stadtraths und der Stadtverordneten erhält Audienz, es schließen sich Deputirte der Bürger an. In der Antwort, welche der Kurfürst ertheilt hat, ist ein die Presse freigebendes Gesetz zugesichert, welches den alsbald wieder zu versammelnden Landständen vorgelegt werden soll. Man sieht überall heitere Mienen. — Scheffer's Nachfolger ist der Regierungsdirektor Lyn in Marburg; der Tausch ist Gewinn, aber Lyn wird schwerlich den Bewegungen der Gegenwart gewachsen sein; er ist ein pedantischer, ängstlicher Mann mit starren Formen. Es war derselbe früher Ministerialreferent Hassenpflug's, konnte aber nicht lange mit diesem in Gemeinschaft wirken; er wurde zum Diregenten der Regierung in Hanau ernannt und blieb hier in dieser Eigenschaft bis zu der Zeit, als bei der Durchreise Konge's die Stadt illuminirt wurde. Diese Beleuchtung, die es vielleicht nicht kräftig genug verhindert hatte, soll die Ursache seiner Versetzung von Hanau nach Marburg gewesen sein. Die Ernennung Bumbach's zum Justizminister flößt mit Recht großes Vertrauen ein; man weiß aber noch nicht, ob er sich annehmend erklärt hat und ob er seine Stellung dauernd sichernde Garantien zu erlangen wissen wird. — Das Kastell, wo der verhaftete Artillerieoffizier sitzt, muß geschützt werden; doch ist es nöthig geworden, ein daselbst aufgestelltes Militärdetachement zurückzuziehen und durch Bürgergarde zu ersetzen.

** Kassel, 7. März. Nach großer, jedoch friedlicher Bewegung wurde heute spät Abends vor dem Hotel des Staatsministeriums und vor dem Palast des Kurfürsten unter Trommelschlag der Bürgergarde folgender Kurf. Erlaß verkündigt. „Wir Friedrich Wilhelm der I., u. s. w. haben Uns seit Unserer siebenzehnjährigen Regierung stets bemüht, auf den Grundlagen einer monarchischconstitutionellen Regierung das wahre Wohl Unseres geliebten Volkes zu fördern. Wenn nun zur weiteren Beförderung desselben in den Uns von mehreren Städten überreichten Petitionen Wünsche und Anträge kund gegeben worden sind, so wollen Wir dieselben, in Berücksichtigung der dermaligen Zeitverhältnisse, durch nachstehende Entschließungen allergnädigst gewähren: Die Censur bei der Besprechung innerer Landesangelegenheiten ist aufgehoben. Die den Privatgottesdienst der s. g. Deutschkatholiken und Lanzsennen hindernden Verfügungen sind zurückgezogen; über die Regulirung der sonstigen Rechtsverhältnisse dieser und anderer Dissidenten aber wird den alsbald einberufenen Landständen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. Dasselbe wird geschehen in Beziehung auf die in Gemäßheit der Verfassung und der Bundesgesetze gegen den Mißbrand der Presse zu gewährenden Garantien, in Beziehung auf die Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens, des Anklageprocesses und des Instituts der Geschworenen; in Beziehung auf die Minderung der Landlände bei der Besetzung des Oberappellationsgerichts, die Rechtsverhältnisse der Anwälte und andere zur Beförderung der allgemeinen Landeswohlfahrt gereichende Gegenstände, wie es denn überhaupt Unser ernster landesväterlicher Wille ist, die Wohlfahrt Unserer geliebten Unterthanen auf jede vernünftige, rechtlich statthafte Art soviel möglich zu befördern. Indem Wir den anfrichtigen Wunsch aussprechen, daß die Ausführung dieser Unserer allerhöchsten Entschließungen zum Wohle Unserer geliebten Unterthanen gereichen möge, hegen Wir zu denselben das gerechte Vertrauen, daß sie durch Ruhe und Ordnung und durch einen verständigen Gebrauch der gesetzlichen Freiheit selbst zum allgemeinen Wohle mit beitragen und Unsere Huld durch treue Anhänglichkeit und gesetzlichen Gehorsam vergelten werden."

* Hanau, 9. März. Die gestern hier ernannte Volkskommission hat heute in einer Zuschrift an den Kurfürsten folgende Forderungen gestellt: Besetzung aller Ministerien mit Männern, die das Vertrauen des Volkes genießen; Auflösung der Stände und alsbaldige Berufung neuer; vollständige Preß- und Religionsfreiheit, vollständige Amnestie; Mitwirkung zu einem deutschen Parlamente; Zusage, daß die versprochenen Gesetzentwürfe (über Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, Deutschkatholiken) schleunigst vorgelegt werden; endlich Antwort binnen drei Tagen, deren Verstreichen als Ablehnung betrachtet würde. Für diesen Fall wird „Lostrennung" in Aussicht gestellt.

Sigmaringen, 6. März. In Sigmaringen zog das Volk, um seinen Forderungen Nachdruck zu geben, zuerst vor das Haus des Geheimenraths Schenk zu Schweinsberg und spürte vor das Schloß. Eine Proklamation des Fürsten, welche im Allgemeinen Versprechungen machte, und zum Vertrauen ermahnte, wurde mit Hohn und Pfeifen aufgenommen. 600—800 Menschen aus den umliegenden Ortschaften strömten zusammen, und man verlangte, daß der Fürst ganz dieselben Freiheiten und Rechte, wie in Baden, verwilige. Auf das ungestüme Anbringen wurde dem Volke von Sigmaringen noch an demselben Abend Alles gewährt.

† Frankfurt a. M., 9. März. Sichrem Vernehmen nach hat die Bundesversammlung einen wichtigen Beschluß gefaßt, der für die Kräftige und einheitliche Entwicklung Deutschlands einen neuen Zeitabschnitt zu bilden verheißt. Offen und unumwunden soll sie dahin sich ausgesprochen haben, daß eine Revision der Bundesverfassung auf zeitgemäßer und nationaler Basis dringend nothwendig sei. Eine Bürgschaft dafür, daß es der Bundesversassung, welche in ihrer Majorität längst die vorhandenen Uebelstände erkannt haben mag, mit jener Revision voller und heiliger Ernst ist, erkennt man darin, daß sie die Hauptgebrechen des bisherigen Bundessystems den Regierungen mit der größten Offenheit und Entschiedenheit dargelegt haben soll. Es heißt, daß Einleitungen zur schleunigsten Ausführung jener Beschlüsse getroffen sind.

* Frankfurt, 9. März. Wie können die für ganz Deutschland erfreuliche Mittheilung machen, daß der Bundestag bereits gestern und heute sich unter dem Vorsitz des preußischen Gesandten, Grafen Dönhoff, mit Berathungen über die Einführung einer Volksvertretung am Bunde beschäftigt hat. Diese Nachricht, welche für die künftigen Geschicke der deutschen Nation so erfreuliche Aussichten eröffnet, ist ganz zuverlässig und wird dem Vernehmen nach auch noch heute Abend durch das Frankfurter Journal veröffentlicht werden. — Wie man sagt, hat der französische Gesandte am Bundestag nebst

Digitized by Google

dem Gesandtschaftsperſonal ſich der republikaniſchen Regierung zur Verfügung geſtellt. — Ueber die Lage der Dinge in Hanau gehen hier Berichte ein, die das Aeußerſte fürchten laſſen, wenn nicht von Kaſſel volle Gewährung der Volkswünſche zugeſichert wird. Sicher iſt, daß aus unſerer nächſten Nähe (von Offenbach, Bockenheim u. ſ. w.) ſowohl als von Frankfurt ſelbſt eine Anzahl Bewaffneter den Hanauern zu Hilfe gezogen und daß dort Alles, ohne Unterſchied des Standes und Geſchlechts, zur kräftigſten Gegenwehr entſchloſſen iſt. In wie weit die neueſten Konceſſionen des Kurfürſten den Sturm zu beſchwören vermögen, muß ſich jetzt bald erweiſen.

*** Frankfurt, 9. März. Faſt in demſelben Augenblicke, da die zweite Kammer der badiſchen Stände ein Mißtrauensvotum gegen den badiſchen Bundestagsgeſandten ausſprach, ſoll dieſer in der Bundesverſammlung einen Vortrag erſtattet haben, worin mit aller Energie das Erforderniß einer den Anforderungen der bewegten Gegenwart genügenden Reviſion der Bundesverfaſſung geltend gemacht worden iſt. Bleibt dieſe Bundesverfaſſung, wie ſie jetzt beſteht, ſo wird von Seite der badiſchen Regierung auf daſſelbe nicht eingegangen ſein, wenn Letztere die Kammer in voller Kenntniß von der Wirkſamkeit jenes Geſandten erhalten hätte. — Ueber die Art und Weiſe, wie die Reviſion der Bundesverfaſſung bewirkt werden ſoll, hoffen wir bald Beſtimmteres und Erfreuliches berichten zu können.

△ Frankfurt a/M., 8. März. Die Erbitterung in Hanau war durch die Zögerung aus Kaſſel aufs Höchſte geſtiegen, als heute um 2 Uhr eine Staffette mit folgenden Bewilligungen anlangte, welche der Bürgermeiſter vom Söller des Rathhauſes verkündete: 1) Preßfreiheit in innern Angelegenheiten (!). 2) Zurücknahme aller reactionären Maßregeln gegen die Deutſchkatholiken. 3) Vorlegung eines Strafgeſetzes mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit. Natürlich war das Volk damit nicht zufrieden, zumal da gleichzeitig die Abſendung von Reiterei und Geſchütz von Kaſſel nach Hanau bekannt wurde. Heute Abend oder morgen früh geht eine dritte Abſendung, aus zwei Männern beſtehend, nach der Hauptſtadt, bis zu deren Rückkehr mit Errichtung der proviſoriſchen Regierung gewartet werden ſoll. Faktiſch iſt der Stadtrath bereits dieſe proviſ. Reg., denn die Regierungsdekrete haben ſich den Forderungen der Bürger angeſchloſſen, der Stadtrath bleibt beſtändig verſammelt und in der Fabrikſtadt Hanau iſt doppelt zu wünſchen, daß er das Ruder nicht aus den Händen gebe. Bewaffnet iſt Alles, von 12jährigen Knaben an; in den Straßen werden Wachtmannſchaften vorgenommen. Außer der Bürgergarde beſtehen noch zwei Freiſcharen, eine der Scharfſchützen aus Jagdliebhabern und Turnern beſtehend, und eine von Fabrikarbeitern und Landleuten gebildet, mit Piken, geradegerichteten Senſen u. ſ. w. bewaffnet. Das Militär hält ſich ruhig in den Kaſernen, die Offiziere fraternisiren mit den Bürgern.

## Niederland.

Amſterdam, 6. März. Der Köln. Z. wird geſchrieben: Ich beeile mich, Ihnen die Mittheilung zu machen, daß zwiſchen der holländiſchen und der belgiſchen Regierung ein Defenſiv- und Offenſivvertrag abgeſchloſſen iſt. Die offizielle Bekanntmachung wird, wie es heißt, in dem heutigen „Handelsblad“ erſcheinen. Die Truppen werden einberufen.

## Großbritannien.

London, 6. März. Der abgeſetzte König von Frankreich und die Königin haben den Titel eines Grafen und einer Gräfin von Neuilly angenommen. Uebrigens iſt der engliſche Hof und was ihn zuſammenſetzt, aufs Beſte bemüht, die Vertriebenen ihres Unglücks vergeſſen zu machen. Das M. Chr. beſtreitet ſich, dieſe Aufmerkſamkeiten des Hofes zu rechtfertigen. Es ſei England gleich, ſagt dieſes Journal, wer an ſeine gaſtliche Thüre klopfe, Karl X. oder Armand Carrel, Ludwig Philipp oder Marraſt. „Aber“, fährt das M. Chr. fort, „es iſt kaum ein Jahr her, daß die Königin Victoria und der Erbprinz Ludwig Philipp zuſammenkamen, mehr wie Vater und Tochter, denn als Souveräne; und wir ſind deßen gewiß, daß J. M. ihn jetzt nicht als einen Fremden empfangen, noch ihm eine Zuflucht verweigern, noch ſich mit Kälte von ihm wenden wird, wo er, gebeugt von ſeinen Jahren und vom Kummer, ein ſeiner Krone beraubter Verbannter an den Pforten des Palaſtes ſteht, in welchem er vor nicht langer Zeit mit allen königlichen Ehren empfangen ward.“

Die Einwirkungen der franzöſiſchen Revolution beginnen bereits ſich in Irland wie in England zu zeigen. Namentlich ſchwärmt das ſüdliche Irland (zugleich ein für Frankreich zumeiſt zugänglicher Punkt) für die neue Ordnung der Dinge in Frankreich, und die katholiſchen Prieſter ſchüren das Feuer. Einer derſelben hat in einer Anrede an das Volk nur um drei „Groans“ für Ludwig Philipp und die Tyrannei, wo ſich dieſe immer auch finden möge u. ſ. w. das Freemans Journal beginnt einen Artikel mit den Worten: „Das Geburtsland der Franzoſen iſt ein freies Land; das Geburtsland der Jorn iſt ein Sklavenhaus und ein Zuſchlemel der Unterdrücker; über Frankreich weht das Banner der Freiheit, über Irland die ſchwarze Flagge des Todes wie auf einem Schiffe, auf dem die Peſt ausgebrochen iſt. Wach, Ihr Irländer, fehlt Euch? Ihr ſeid nicht einig. Haltet zuſammen wie die Franzoſen, und dieſelben Freiheiten und Rechte werden Euch zufallen.“ Aber auch in England, ja in einem Theile der Hauptſtadt ſelbſt, in Marylebone, rührt ſich der Geiſt der Arbeiter. Sir G. Cochrane und Reynolds hatten hier ein Meeting von Arbeitern veranſtaltet. Einer derſelben redete das Volk an: „das Scepter ſei aus den Händen deſſen gefallen, der Frankreichs Tyrann geweſen, alſo ein Lehrbrief der franzöſiſchen Revolution!“ Die Verſammelten waren 10—12,000 Köpfe ſtark. Man ſprach für den Volksfreibrief (Charter), man beantragte Beſchlüſſe gegen die Einkommenſteuer, man beſchloß „Glückwünſche für die franzöſiſchen Republikaner kundzugeben. Hierauf zerſtreute man ſich. Ein Haufe gerieth jedoch beim Nachhauſegehen in eine Klopferei mit der Polizeimannſchaft; es ſetzte blutige Köpfe und 40 Perſonen wurden verhaftet.

Durch die neueſte weſtindiſche Poſt erfährt man, daß die Geſchäfte in den weſtindiſchen Kolonien keineswegs in einem befriedigenden Zuſtande ſich befanden, ferner aus Mexiko, daß die nordamerikaniſchen Truppen von den Bergwerksbezirken und andern wichtigen Punkten Mexikos Beſitz und die Einkünfte in Beſchlag nahmen, endlich aus Cayenne, daß im dortigen Kongreß ein Fauſtkampf Statt hatte, daß fünf Perſonen dabei getödtet wurden und der Streit zuletzt auf gut Südamerikaniſch in ein Straßengefecht ausartete.

Die Times enthalten eine Mittheilung aus Hollethone über den Prinzen Louis Napoleon, die in Bezug auf die Lage der gegenwärtigen proviſoriſchen Regierung in Frankreich nicht ohne Intereſſe iſt. Der Prinz hat, wie man weiß, der Regierung ſeine Dienſte an, dieſe erwiderte, ſie ſei von ſo viel Schwierigkeiten umgeben, daß ſie fürchte, ſein berühmter Name möchte ein neues Element zu Umtrieben und Unruhſtiftungen ſein, daher möge er es als den beſten Dienſt, den er dem Vaterlande leiſten könne, anſehen, wenn er ſich „auf eine kurze Zeit“ noch vom Vaterland zurückzöge. Uebrigens ſei, wie der Prinz verſichert, die proviſoriſche Regierung vom beſten Vertrauen beſeelt und ſehe mit Zuverſicht der Zeit entgegen, wo ſie im Stande ſein werde, alle Mitglieder der bourboniſchen, orleaniſtiſchen und napoleoniſchen Familien, im Genuß aller bürgerlichen Rechte, auf franzöſiſchem Boden neben einander zu dulden. Sämmtliche einſtöndige und gutdenkende Franzoſen wünſchten der jetzigen Regierung von Herzen Beſtand und Dauer, man halte ihre Mitglieder für die Einzigen, welche den Sturm beſchwören könnten, wogegen man fürchte, daß wenn ſie zur Verzichtleiſtung gezwungen würden, ſofort die blutigſte Anarchie über Frankreich hereinbrechen werde, deren Ende Niemand vorausſagen könne.

## Frankreich.

Paris, 6. März. Nicht zufrieden mit der ihnen bewilligten Abkürzung der Arbeitszeit, fangen die Arbeiter an, auch eine Erhöhung ihres Lohnes zu verlangen. Einige Gewerbe haben dieſe Forderung bereits durchgeſetzt, und die übrigen, das iſt ſicher, werden ſie früher oder ſpäter gleichfalls durchſetzen. Wie wüthen uns darüber von ganzem Herzen freuen, wenn wir es für wahrſcheinlich halten könnten, daß das Gewerbsweſen im Stande iſt, auf die den Unternehmern und den Verzehrern hingeſtellten Bedingungen überhaupt zu beſtehen. Was die Unternehmer betrifft, die größeren zumal, ſo werden ſie ſich für den Augenblick wohl jede Bedingung gefallen laſſen, um perſönlicher Gefahr und ökonomiſchen Ruin wenigſtens zu verzögern; daß aber Viele unter ihnen in der Lage ſind, ihr Gewerbe bei verminderter Arbeitszeit und erhöhtem Lohne auf die Dauer fortzuſetzen, das müſſen wir ſehen, um es zu glauben. Die unvermeidliche und erſte Folge dieſer Neuerungen iſt natürlich die Erhöhung der Preiſe aller Erzeugniſſe des Gewerbsfleißes und demnächſt die Verminderung des Abſatzes. Die Unmöglichkeit der Konkurrenz mit dem Auslande wollen wir hier gar nicht in Anſchlag bringen, denn der einheimiſche Markt könnte den ausmärtigen unter gewiſſen Vorausſetzungen allerdings entbehrlich machen, und überdieß würde, wenn das große ſociale Experiment in Frankreich gelänge, das Ausland daſſelbe ſehr bald nachmachen und nachmachen müſſen. Wir fürchten aber, daß das Experiment eben in zu großem Maßſtabe angelegt iſt, und daß man daſſelbe dem unrechten Ende angreift, indem man den Vortheil des Arbeiters anderswo ſucht als in der Erleichterung und in der Vermehrung der Produktion, deren Erfolg dann dem Reſultat, auf welches man jetzt hinarbeitet, ganz entgegengeſetzt ſein

Digitized by Google

würde, nämlich: größere Wohlfeilheit der Erzeugnisse und demnach größerer Absatz und allgemeinerer Verbrauch. Wie wenig die jetzigen Wucherherren in Paris, in der „Hauptstadt der europäischen Intelligenz" mit den einfachsten Grundsätzen der Volkswirthschaft bekrautet sind, beweist unter Andern der Umstand, daß die Buchdrucker darauf bestehen, daß die Dampfpressen abgeschafft, oder doch höchstens für die Zeitungen beibehalten werden. Wir brauchen nicht darauf aufmerksam zu machen, daß solche Forderungen nicht zum Wohlstande führen, sondern zur Verarmung, nicht zur stärkern Organisation der schaffenden Kräfte, sondern zur Auflösung der gesellschaftlichen Maschine in Atome. Es ist ein großes Unglück für Frankreich, daß das Volk durch eine Kette von Folgerungen, der wir hier nicht nachgehen können, zu der Meinung gebracht worden ist, die Staatsgewalt könne Alles, was sie nur ernstlich wolle; vermöglich ein noch größeres Unglück aber ist es, daß der große Haufe glaubt, der vorhandene gesellschaftliche Reichthum sei genügend, um allen mäßigen Ansprüchen zu genügen, und es komme deßhalb lediglich auf eine billigere Vertheilung desselben an. Nein, tausend Mal nein. Nächst der billigeren Vertheilung müssen die schaffenden Kräfte gesteigert, muß der Ertrag der nationalen Arbeit vermehrt werden, und was Ihr bis jetzt unternommen, führt zu einem geradezu entgegengesetzten Ergebnisse.

Wir sind erfreut, wenigstens Ein Beispiel von richtiger Auffassung des gesellschaftlichen Problems anführen zu können, an dessen Lösung sich Frankreich versucht. Der Mann, welcher das Beispiel gegeben hat, ist Emil de Girardin, der viel verfolgerte Redakteur der „Presse". Er hat die Abschaffung des Zeitungsstempels sogleich bewußt, um den Preis seines Blattes um den ganzen Betrag der Stempelgebühr herunterzusetzen, und theils durch diese Wohlfeilheit, theils durch die besonnene, kräftige und verständige Sprache seines Blattes die Zahl seiner Abonnenten binnen wenigen Tagen so sehr vermehrt, daß die „Presse" jetzt in mehr als 70,000 Exemplaren abgezogen wird. Nach einer Uebereinkunft mit den übrigen Miteigenthümern der Zeitung soll nun künftig der Ertrag des Blattes in folgender Weise auf Alle diejenigen vertheilt werden, welche in irgend einer Eigenschaft an demselben arbeiten, wenn auch nur als Falzer oder Austräger. Zuerst wird der Arbeitslohn bezahlt, dann das in dem Blatte stehende Kapital mit 5 Proc. verzinst, und was übrig bleibt, wird je nach dem Antheile, den man als Arbeitslohn oder als Zinsen bezogen hat, auf die sämmtlichen Betheiligten verhältnißmäßig vertheilt. Das ist Organisation, das heißt auf festen Boden bauen. Wenn man aber damit anfängt, höhere Preise zu fordern, ohne zu wissen, ob diese Preise möglich sind, so heißt das mit andern Worten das Fell des Bären theilen, den man noch nicht gefangen hat.

Die Nachrichten von den konstitutionellen Bewegungen in Deutschland werden in Paris, wie man sich leicht denken kann, mit großem Beifall aufgenommen. Es freut uns, sagen zu können, daß die Zeitungen sich dadurch die jetzt in ihrer friedertigen Haltung nicht stören lassen. Eins der Pariser Blätter, der Courrier français, läßt indessen heute auf einen enthusiastischen Friedensartikel einen andern folgen, in welchem der einstätige Gedanke wieder zum Vorschein kommt, daß den Landen des linken Rheinufers die Wahl zwischen Frankreich und Deutschland, bei Strafe des sofortigen Einschreitens der Franzosen, völlig freigelassen werden müsse. Wir sind weit entfernt davon, unsere Landsleute des linken Rheinufers durch den Verdacht zu beleidigen, als könnten sie auf den unglücklichen Einfall gerathen, ihr Heil irgendanderswo zu suchen, als in dem gemeinschaftlichen Heile der Nation. Wenn es hie und da noch verschrobene Köpfe gibt, denen die Bedeutung des nationalen Elements im Völkerleben ein verschlossenes Buch ist, wenn hie und da sogar noch eine schamlose Stimme laut wird, welche von dem Anschlusse dieses oder jenes deutschen Landestheiles an Frankreich zu reden wagt, so verdienen solche vereinzelte Aeußerungen einer verwahrlosten Verstandes und eines abgestumpften Ehrgefühles im glücklichsten Falle unser achselzuckendes Mitleid. Die Niederträchtigkeit ist weder ansteckend noch gefährlich für den gesunden Sinn des deutschen Volkes. Wenn aber die Franzosen bei einem ganzen Landestheile Deutschlands verächtliche Gesinnung und äußerste Beschränktheit auch nur als möglich voraussetzen, oder wenn sie gar auf eine solche Voraussetzung Drohungen und Ansprüche gründen, wenn auch nur eventuelle Drohungen und Ansprüche, alsdann ist es an der Zeit, diese Frechheit in ihre Schranken zurückzuweisen. Wir verwerfen den Courrier français indessen keineswegs mit Frankreich, von dem wir wünschen und hoffen, daß es bei den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und der Gerechtigkeit beharren werde, die es an die Spitze seiner letzten Revolution gestellt hat.

Die provisorische Regierung beschäftigt sich auf das Thätigste mit der Reorganisation der Armee; die große Geschützfabrik in Bourges ist in voller Thätigkeit — die Arsenale von Brest, Toulon und Rochefort werden auf das Vollständigste gestellt — das Gesetz über die Stellvertreter im Heere wird aufgehoben; Jeder muß selbst dienen. Uebrigens wird die Armee durch die Nationalvorsammlung wahrscheinlich eine ganz neue Einrichtung erhalten.

Das ganze diplomatische Korps Frankreichs wird demnächst von der provisorischen Regierung erneuert werden. General Thiard geht als Gesandter nach der Schweiz. die Herren Harcourt nach Spanien Boisso nach Rom.

Der preußische Gesandte, Hr. v. Arnim, hat Paris verlassen, und die Besorgung der diplomatischen Geschäfte dem Grafen Hatzfeld übertragen.

Die Tuilerien werden jetzt gar nach Allersorgfältigste bewacht, da mehrere Versuche gemacht worden sind, die dort aufgehäuften werthvollen Gegenstände zu entwenden.

Ungefähr 30 Blusenmänner, die in die Tuilerien drangen, haben sich daselbst in einem Zimmer des Pavillon de l'Horloge förmlich einquartiert. Sie schlafen in den kgl. Betten, haben sich aus Keller und Küche des Schlosses auf lange Zeit mit Lebensmitteln versehen, und keine Ueberredung, keine Versprechungen haben sie bisher vermocht, zu weichen. „Wir sind hier recht gut, sagen sie, und wir bleiben hier." Gewalt will man nicht anwenden.

Mehrere Blätter versichern, daß die Voraus bezahlung der Steuern für 1848 den besten Fortgang nimmt. Die Geistlichkeit mehrerer Kirchen in Paris ist dem Volke mit gutem Beispiele vorangegangen.

In Lyon ist nach der Zerstörung mehrerer Klöster und Fabriken die Ruhe so ziemlich wiederhergestellt. Die Bronzarbeiterkaserne, welche in den Tagen der Bewegung vom Volke genommen wurde, ist noch immer im Besitze der Eingedrungenen, die sich beharrlich weigern, diesen Posten wieder zu räumen. — Aus Boulogne wird geschrieben, daß in der Nähe dieser Stadt ein französisches Schiff gestrandet und nach guten altem Strandrechte vollständig ausgeplündert worden ist.

Die Eisenbahnen, Stationshäuser, Bahnhöfe werden noch immer bedroht, ohne daß man sagen könnte, unter welchem Vorwande. Ueber hundert Mann räuberisches Gesindel, die sich bei solchen Zerstörungen ausgezeichnet haben, sind eingefangen und zur Untersuchung gezogen.

Paris, 7. März. An die Stelle des Hrn. Goudchaux ist Hr. Garnier-Pagès zum Finanzminister ernannt. Goudchaux übernimmt die Direktion der Bank von Frankreich. — Eine Verordnung, welche die Verhältnisse der Presse regelt, bestimmt, daß künftig alle Preßvergehen von dem Geschwornengerichte abgeurtheilt werden sollen, und daß das Schuldig künftig nur mit 9 Stimmen gegen 3 erkannt werden kann. — Eine andere Verordnung ernennt eine Kommission, durch welche der während des dreitägigen Kampfes angerichtete Schaden zum Behufe entsprechender Entschädigung für die Betheiligten ermittelt werden soll. — Eine zweite Kommission ist mit Errichtung der Nationalwerkstätten beauftragt. — Der General Thiard, ehemaliges Konventsmitglied und „Königsmörder" (so nannte man bekanntlich die Konventsmänner, welche für die Hinrichtung Ludwigs XVI. gestimmt hatten) ist zum Gesandten in der Schweiz ernannt. — Hieronymus Bonaparte, der letzte Bruder des Kaisers, soll zum Gouverneur der Invaliden ernannt und die Hut des Kaisergrabes ihm übertragen werden. — Gestern Abend wurde in einer Versammlung von mehreren Tausend Deutschen unter dem Vorsitze G. Herwegh's eine Adresse an das französische Volk angenommen, deren Ton für unsern Geschmack gar zu überschwänglich ist, deren letzter Satz aber unsern ganzen Beifall hat, wenn er Frankreich zuruft: „Die einzige Hilfe, welche wir von Dir begehren, ist, daß Du Deinbahn bleibst und und zujauchzest, wenn wir von den Zinnen des für die Freiheit von deutschen Händen eroberten Deutschlands Dir zurufen: Es lebe die Freiheit, die Gleichheit, die Bruderliebe!"

Lamartine und der englische Botschafter haben gestern eine Konferenz gehabt, die die Kellsion zum Grunde hatte, welche in Havre zwischen französischen und englischen Arbeitern Statt fand, und durch die die Letztern gezwungen wurden, nach England zurückzukehren. Auch in Granville hatten sich die Arbeiter der Ausfuhr des Schlachtviehes nach England widersetzt. Der französische Minister erfuhr den englischen Gesandten, diesen ersten Ausbruch einer unbedeutenden Bewegung zu entschuldigen, und verdürgte sich, daß die freundschaftlichsten Gesinnungen zwischen Engländern und Franzosen nach wie vor bestehen würden.

Louis Philipp hat den Namen eines Grafen von Neuilly angenommen. Man sagt, ohne Zweifel mit großer Uebertreibung, daß

Digitized by Google

† **Braunschweig**, 5. März 1848. Die großen Ereignisse in **Paris**, vereint mit den von Ihrer Landesregierung ertheilten Zusicherungen und der Proklamation der Bundesversammlung haben auch hier eine Aufregung hervorgerufen, die bis jetzt jedoch nur den Charakter einer ruhigen Demonstration trägt. In den letzten Abenden voriger Woche wurden zahlreiche Versammlungen hiesiger Bürger gehalten. Man vereinigte sich über eine Adresse an den Herzog, in welcher Herstellung der seit einigen Jahren außer Thätigkeit gesetzten Bürgergarde, Preßfreiheit, Oeffentlichkeit der ständischen und städtischen Deputirtenversammlungen, sowie der gesammten Rechtspflege, Schwurgerichte und einheitliche Institutionen Deutschlands mit besonderer Hinweisung auf die uns so drückende Zollgrenze, vorzüglich aber baldige Berufung der Stände erbeten wurde. Dieselbe war bis heute Mittag von mehr als 1200 Bürgern unterzeichnet. Magistrat und Stadtverordnete schlossen sich dieser Adresse an und sprachen ihre Zustimmung in einer eigenen Adresse aus, von welcher wir eine Abschrift beifügen. Eine Deputation, bestehend aus dem Stadtdirektor, zwei Stadtverordneten und drei Bürgern, überreichte dann diese beiden Adressen und soll im Ganzen befriedigende Antworten aus dem Munde des Landesfürsten erhalten haben. Namentlich ist die sofortige Beschleunigung der Bürgerwehr durch Revision der ungenügenden ältern Reglements versichert worden. Ein Theil der Deputation und die Mehrzahl der Stadtverordneten begaben sich darauf nach dem Saale des medizinischen Gartens, um den dort versammelten Bürgern über das Ergebniß der Audienz zu berichten. In dem großen überfüllten Saale hörte man keinen Athemzug, als zunächst die städtische Adresse verlesen ward. Den Stadtbehörden ward stürmischer Beifall gezollt, ebenso den landesherrlichen Verheißungen, der Bericht über die nicht bestimmt ausgefallenen Antworten mit der Ruhe der Erwartung angehört. Es erfolgte dann noch die Mittheilung, daß die Concession zu einem lange hier vermißten politischen Tagblatt ertheilt sei, und die Versammlung trennte sich, nachdem auf morgen die Wiederversammlung verabredet war. — Es steht mit Sicherheit zu erwarten, daß nunmehr auch dem ständische Anschein auf baldige Einberufung eines außerordentlichen Landtages antragen werde, auf welchem dann auch die finanziellen ständischen Differenzen geordnet werden können. Die Adresse lautet:

„Die Bürger Höchst Ihrer getreuen Residenzstadt Braunschweig haben uns die unterthänigst angelegene an Ew. Hoheit gerichtete Adresse überreicht und uns aufgefordert, dieselbe mit ihnen an den Stufen des Thrones niederzulegen. Wir dürfen seinen Auftrag nehmen, dieser Aufforderung nachzukommen. Denn auch wir sind überzeugt, daß unser Volk nur dann mit vollem Vertrauen auf seine Regierung blicken, der bestehenden Ordnung der Dinge nur dann Gut und Blut zum Opfer bringen kann und wird, wenn ihm eine wahrhafte Uebereinkunft zwischen Fürst und Volk zur Norm mit vollem Best

Gesetzlichkeit. Der Bürgerverein will (mehr als 3000 Bürger) nach dem Rathhaus ziehen und unter dem Schutze dieser imposanten Macht vom versammelten Senate Preßfreiheit und sonstige Reformen verlangen, ohne auf die zusammentretende Kommission zu warten.

### Schweiz.

* Aus der Schweiz, 3. März. Im Osten: nur keine Russen! Am deutschen Rhein im Westen: nur keine ungeitigen Versuche zur Improvisation deutscher Republiketten; nur kein vermißgeg Fraternisiren und Schönthun mit den benachbarten Republikanern Frankreichs. Das ist der selbstste Wunsch aller Besonnenen in der republikanischen Schweiz, der verherrlichende Gedanke auch jener „hohen Alpen, die fest Jahrhunderten schon an der Freiheit festgehalten, die sich vor wenigen Monaten von Neuem überzeugt haben, daß Zweitracht und Unordnung, ohne ihre rasche Bewältigung, das Grab der Freiheit geworden wären. Wie möchte jetzt noch im Hinblicke auf jene französische Umwälzung, da in der Glut eines zufällig wieder entbrannten Kampfes eine Nation von 35 Millionen mit kaum noch überwiegend monarchischen Ansichten und Gesinnungen, binnen wenigen Stunden zu Republikanern umgeschmolzen wurde — wer möchte da noch mit doktrinärem Hochmuthe sich vermessen, diese oder jene Form der Verfassung als unabänderlich nothwendig für alle Zukunft zu bezeichnen? Die eine Verfassungsform wird möglich, wenn die andere unmöglich geworden ist, und unsere fortschrige Weisheit kann so wenig die Todesstunde der Verfassungen als der Einzelnen vorhersagen. Darum weg jetzt mit allen theoretischen Liebhabereien für Republiken, konstitutionelle und andere Monarchien! Freue man sich immerhin jener ersten Akte der Mäßigung in Frankreich, des Dekrets über Abschaffung der Todesstrafe bei politischen Verbrechen u. dgl. Aber hüte man sich vor Täuschungen, glaube man nicht nach den ersten Schritten den weiteren Verlauf der Ereignisse bemessen zu können. Auch Robespierre war ein theoretischer Anhänger der Abschaffung der Todesstrafe. Auch die Sicilianer zeigten sich gemäßigt in den ersten Wochen ihrer Revolution: jetzt haben sie bereits angefangen, zu morden und zu plündern. Es ist wahr, die Franzosen stehen auf höherer Bildungsstufe als diese Insulaner; wie sie sagen sind, so sind sie bis zu einem gewissen Grad auch gutmüthig und großmüthig. Aber lange gezähmte Leidenschaften, ein lange verhaltener bitterer Groll wird dort nicht weniger aufgähren. Schon hat in Brandstiftung und Plünderung außerhalb der Ringmauer von Paris der kleine, aber gefährliche Krieg gegen das Eigenthum begonnen; schon haben wir in der Schweiz eine neue Species politischer Flüchtlinge, ganze Schaaren elsässischer Juden. Diese Juden im Elsasse sind die Wucherer des platten Landes. Die neurepublikanischen Bauern scheinen aber die Republik damit angefangen zu haben, daß sie ihre Gläubiger mit Prügeln bezahlten; daß sie ihre politische und bürgerlich schon lange gleichgestellten Mitbürger hebräische Konfessionen zum Lande hinausjagten, obwohl diese in der Angst ihres Herzens das „Vive la république!“ gewiß aus vollem Halse geschrieen haben. Zu lange hat in Frankreich die Korruption in engeren und weiteren Kreisen um sich gefressen; zu tief haben antisociale Lehren sie zu jener bekannten Rechtfertigung des Diebstahls die Köpfe verwirrt, als daß noch die Wiedergeburt einer neuen gesellschaftlichen Ordnung ohne die furchtbarsten Wehen von Statten gehen könnte. Darum gibt es jetzt nur noch zwei Hauptparteien: abschließe oder thörichte Anhänger und Begünstiger der Anarchie, der politischen und socialen Revolution; oder Feinde der Anarchie, besonnene und begeisterte Freunde der durchgreifenden politischen und socialen Reform. In diesem Sinne, aber nicht mehr zur Erhaltung der einen oder andern Verfassungsform, sind nun alle Männer von Kopf und Herz Konservative geworden. Was indessen geschehe, Das ist vor Allem zu wünschen, daß die deutschen Völker sich selbst ihre Zukunft schaffen, daß sie Meister ihres Schicksals bleiben, daß sich ihre Geschicke gemeinschaftlich erfüllen vom Rhein bis zur Grenze des Ungarlands, vom adriatischen Meere bis zur Ostsee und Nordsee. Darum ist es vom Uebel für Deutschland wie für Frankreich, jetzt schon Verbindungen mit Franzosen anzuknüpfen, ehe noch der Volksbund der Deutschen selbst abgeschlossen ist. Deutschland wird in Stücke zerrissen, wenn es in seinen westlichen Provinzen den Nachbar im Westen die Hand bietet. Die neue französische Republik hat die „Bruderliebe“ zum Wahlspruch genommen. So mögen denn die Deutschen darin den Franzosen nachahmen, daß zunächst die deutschen Völker unter sich zum neuen Bunde die Bruderhand sich reichen. Darum vor Allem, außer der allgemeinen Volksbewaffnung, eine freiwillige Versammlung der deutschen Männer des Volksvertrauens zu einem deutschen Parlamente, damit die gemeinsame Reformbewegung sofort einen gemeinsamen Mittelpunkt und Ausgangspunkt habe. Könnte noch den Deutschen in längster Frist diese Einigung gelingen, dann wäre wohl möglich, daß die Franzosen den Baum der Freiheit geschüttelt hätten, daß aber der beste Theil seiner Früchte den Völkern deutschen Stammes zufiele.

### Frankreich.

Obgleich wir, wie unsere Leser wissen, den rheinischen Beobachter nicht gerade als Quelle oder als Autorität betrachten, so haben wir doch einigen Grund, seine Schilderung der Rolle, welche Hr. Crémieux bei den Ereignissen am 24. gespielt haben soll, in unserm Blatte wiederzugeben. Als am Morgen des erwähnten Tages die Proklamation erschien, worin die Abdankung Ludwig Philipps zu Gunsten seines Enkels dem Volke angezeigt wurde, erkannte die republikanische Partei, daß sie verloren wäre, wenn sie nicht schnell die Ausrufung der Regentschaft der Herzogin von Orleans verhinderte. Es galt vor Allem, jeden Schritt Ludwig Philipps zu belauschen. Da die radikalen Deputirten nicht wußten, wen sie aus ihrer Mitte in die Tuilerien einführen könnten, um den König im Auge zu behalten, erbot sich der jüdische Deputirte Crémieux dazu. Als Advokat des Barons Rothschild fand er durch den Einfluß des Letzteren leicht den Weg bis zu Ludwig Philipp, vorgeblich um als Vermittler zwischen der Krone und der radikalen Partei aufzutreten. Als der Herzog von Nemours gegen 1 Uhr Nachmittags leichenblaß in das Kabinet des Königs stürzte, um zu melden, daß das Volk die Tuilerien stürme, war die erste Idee Ludwig Philipps, die Herzogin von Orleans und den Grafen von Paris unter bloßer Bedeckung der Nationalgarde durch die Straßen von Paris ziehen zu lassen, um durch ihren Anblick das Volk zu rühren und zu entwaffnen; allein Hr. Crémieux, der die Folgen eines solchen Schrittes sogleich berechnete, wandte seine ganze Beredsamkeit an, um den König zu bereden, die Herzogin von Orleans mit dem Grafen von Paris lieber zurück in die Deputirtenkammer zu schicken und dort ihre Regentschaft von den Repräsentanten der Nation proklamiren zu lassen, indem der junge König und die Reichsverweserin alsdann mit desto größerem Jubel vom Volke aufgenommen und begrüßt werden würden. Ludwig Philipp, der nichts Arges ahnte, nahm den Vorschlag des Hrn. Crémieux an, der den entthronten Monarchen sogar bis zu dem Wagen begleitete, als dieser sich genöthigt sah, die Tuilerien zu verlassen. Kaum war Ludwig Philipp und seine Gemahlin in den Wagen gestiegen, als Hr. Crémieux das bewaffnete Volk, welches auf dem Conceedeplatz sich gegen die Municipalgardisten schlug, bestimmte, in Masse nach der Deputirtenkammer zu eilen, um die Deputirten einzuschüchtern und die Regentschaft der Herzogin von Orleans zu hintertreiben. Er hatte schon die Liste der Männer, welche die provisorische republikanische Regierung bilden sollten, in der Tasche. Diese Liste war in aller Eile in den Büreaus des National, des Hauptquartiers der Emeute, entworfen worden, sobald die Abdankung Ludwig Philipp's, am 24. Febr. um $10^1/_2$ Uhr Morgens, bekannt war. Als nach einer stürmischen Diskussion die Regentschaft der Herzogin von Orleans verworfen wurde, und die bewaffnete Menge in der Deputirtenkammer die Republik proklamirte, zog Hr. Crémieux die Liste hervor, welche ihm die Direktoren des National mitgegeben hatten. Hr. Crémieux fand gar nicht auf der Liste, sondern die Namen der Herren Dupont de l'Eure, Lamartine, Garnier-Pagès, Ledru-Rollin, Arago, Bethmont, Carnot und Marie, und diese Namen waren mit Dinte geschrieben. Hr. Crémieux glaubte aber, durch die Ueberlieferung des schlauen Ludwig Philipp einen hinreichenden Rechtstitel erworben zu haben, um ebenfalls Mitglied der provisorischen Regierung zu werden, er fügte daher mit Bleistift seinen eigenen Namen bei und gab die Liste, nun Hrn. Dupont de l'Eure, welcher, ohne den Streich zu argwöhnen, ihn, Hrn. Crémieux, mit den übrigen schon genannten Deputirten, zum Mitglied der provisorischen Regierung und zum Minister der Justiz proklamirte. Alle diese Einzelnheiten sind mir von einem Redakteur des National selbst, welcher anwesend war, als man die Liste im Bureau des Journals anfertigte, und worauf ursprünglich der Namen des Hrn. Crémieux nicht im geringsten erwähnt wurde, verbürgt worden.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter liefern Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Frau Cheer n. Sons, 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Überseeische Länder werden noch an G. H. Alexander Strasburg 28 Brandgasse, Paris 33, Rue Notre Dame des Victoires.

# Deutsche Zeitung.

Die Handverkäufer besorgt das Bureau. Ges. Pommer Esche in Heidelberg. Der Preis beträgt hierselbst fl. 2.45, durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2.42. Bei der Post Aufgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 72. **Heidelberg**, Sonntag 12. März. **1848.**

## Uebersicht.

Die Tagesereignisse. — **Wien** (Ein russisches Armeekorps). **Prag** (Singular der böhmischen Ständemitglieder). **Berlin** (die Partei Prerussens). Die Arnenburger Sache). **Breslau** (ein verbindertes Reformbankett. Einschreiten des Militärs. Aresse an den König. Das Unterstützungskomite). **Krefeld** (Reformbewegung und Aresse). **Krefeld** (Adresse an den König). **München** (die Freiheiten der Studenten und Künstler). **Neuhaus** a. d. D. (Volksversammlung). **Württemberg** (Bauernunruhen in Würtemberg und Baden). **Stuttgart** (das neue Ministerium mit Römer). **Dresden** (Kammerernennungen. Forderungen der Dresdener). **Leipzig** (Beschlüsse der Stadtverordneten. Stimmung. Gerücht von Metternich's Absetzung). **Hannover** (Antwort des Kabinetsministers auf die Beschwerde der Stadt Hannover. Petition der Stadt Penne). **Karlsruhe** (Misbrauch gegen Judenverfolgungen. Gesetzentwurf wegen Aufhebung schimpflicher Strafen). **Kassel** (die Marburger Deputation. Fliegende Blätter. Freisprechung Bippermann's). **Hanau** (die Forderungen der Volkskommission). **Darmstadt** (die Aufschubzeit im Darmstädter. Der Festzubel in Mainz). **Homburg** (Gemeinheit an der Juden). **Wiesbaden** (die deutschen Farben Landeszeichen). **Frankfurt** (das Frankfurter Journal in Kurzschen wieder erlaubt; die Bundesversammlung entschuldet sich für die deutschen Farben und das deutsche Reichswappen; Schreckschüsse; die bewaffneten Zuzüge im Hanauischen). **Bremen** (Aufhebung der Censur. Reformbewegung).

**Dänemark.** Kopenhagen (Kabinetsveränderung).

**Großbritannien.** Arbeiteraufstand in Glasgow. Erleuterung der Strafsemente in London. Bevorstehende Stimmung in Irland. Die Einkommensteuer.

**Frankreich.** Handelstrübe und Geldverlegenheiten. Unruhen-Gerücht und Ruhe-Regierung. Der von der provis. Reg. angeordneten Wahlumzug ungeeignet zur Erzielung einer wahren Volksvertretung. Italienischer Klub in Paris. Die Blusenmänner aus den Tuilerien vertrieben. Prof. Bayhofer als Vorsitzer Deutschlands gegenüber Frankreich. Diebstahlsbanden in Paris und in den Provinzen. Steigen der Rückzahlungen der Sparkasse. Fallen der Börsenkurse. Vorschreiten der Regierung für neue Anstellungen. Schleusung der Zorn bei Lyon. Die Deutschen in Lyon.

**Italien.** Mailand (die Stadt dem Anschein nach ruhig). Neapel (Veröffentlichung der provisorischen Wahlgesetzes. Bestimmungen betreffen. Der Prinz von Salerno).

**Handel.** Frankfurt (Börsennachricht).

**Beilage.** Karlsruhe (Kammerverhandlungen: Allgemeine deutsche Angelegenheiten; Volksbewaffnung; Gesammterklärung gegen die Judenverfolgungen). Stuttgart (das neue Ministerium). Niederland (die öffentliche Stimmung in Bezug auf den Niederlanden). Ungarn (Reformbeschlüsse der Ständetafel; eine Reichsdeputation nach Wien).

## Heidelberg, 12. März.

Wir haben bereits zu wiederholten Malen die Schwierigkeiten hervorgehoben, welche die junge französische Republik im Innern bedrohen; wir waren aber dabei von dem guten Glauben weit entfernt, es werde durch diese Schwierigkeiten schon in nächster Zeit der Rückkehr der Monarchie der Weg gebnet werden, vielmehr haben wir die feste Ueberzeugung, daß jene neue Katastrophe nur zur weiteren Ausbildung aller Lebensphasen der jüngsten Revolution den Anstoß geben wird. Der moralische Bankerott, den die Monarchie jenseit des Rheines gemacht hat, die tiefe Verachtung und Gleichgiltigkeit, womit man ihr den Abschied gab, läßt alles Andere eher hoffen als eine rasche Rückkehr des monarchischen Princips; die Stärke der jungen Republik liegt eben darin, daß Louis Philipp auf geraume Zeit die Monarchie „abgewirft und unmöglich gemacht" hat. Wenn eine Veränderung eintreten sollte, so wird sie nach der Linken, nicht nach der Rechten hin ihren Weg nehmen; die Verschmelzung gironditischen und sozialistischen Republikanismus wird sich in ihre natürlichen Elemente sondern, die Lamartine'sche Politik des Weltfriedens und der ruhigen innern Gestaltung wird unvermeidlichen Erschütterungen weichen müssen. Die gegenwärtige Lage der Dinge ist gewiß noch die günstigste und ungefährlichste für unser ungeschütztes, unzufriedenes und getheiltes Vaterland; jeder Tag kann neue Verwicklungen bringen, deren von der Roth diktirtes Programm viel weniger friedfertig lauten wird als das der provisorischen Regierung. Die bevorstehende Nationalversammlung wird sowenig monarchisch gesinnt sein als der Konvent; mag sie im Ganzen eine andere Physiognomie tragen als dieser, der alten Kabinets- und Reaktionspolitik wird sie ebenso schroff entgegenstehen wie die Versammlung von 1792.

Diese Erwartungen scheinen uns in der Natur der Sache so sehr begründet, daß wir kaum für nöthig hielten, sie ausdrücklich zu betonen. Anders scheint man in dem Lager der Unverbesserlichen zu denken, in den Reihen derer, die Nichts vergessen und Nichts gelernt haben. Das Zögern, das Hinhalten, das Verstümmen des rechten Momente, das Abnützen der fortbarsten Gelegenheiten deutet unverkennbar darauf hin, daß man dort immer noch nicht begreift, wie viel die Stunde geschlagen hat; weil der entfesselte Strom der dritten französischen Revolution nicht sofort am andern Tage über die schwülsten Marken hereinbrach, scheint man sich abermals in den gefahrlichen Traum der Gefahrlosigkeit einzuwiegen. Schon das unglückliche Zaudern von Oben, das ängstliche Markten, wie wir es in diesen Tagen zum Theil erleben, leiset auf diese Vermuthung hin; mehr noch die Art, in der Organe deutscher Großmächte die Krisis dieser Zeiten auffassen.

Es liegt ein halboffizieller Aufsatz der Wiener Blätter vor uns, der von der unermeßlichen Gefahr, in welche die alte Politik Deutschland versetzt hat, auch keine Ahnung zu haben scheint; derselbe trägt so sehr das Gepräge der baarsten Unfähigkeit, große Verhältnisse zu erfassen, daß man den Staat und das Volk nur tief bedauern kann, wo solche angehorne und unergrene Blindheit das Ruder führt. Die Wiener Blätter machen die Entdeckung, daß theils eine tief verderbte öffentliche Meinung ganzer Klassen der Gesellschaft, theils eine förmliche ihrer Zwecke bewußte Verschwörung die neueste Krisis über Europa heraufbeschworen habe; sie sehen Badens Lehre an der Spitze des französischen Staatsreformfeuds, sie finden, daß dies aber nur die folgerichtig entwickelten Lehren der heutigen Weltverbesserer seien. Die französische Revolution ist nach dem Ausspruch der Wiener Staatsweisheit eine Mine, die glücklicher Weise (!) früher angelegt sein, als es in der Berechnung der Brandstifter liegen mochte; jene fürsichtige Weisheit beruhigt sich daher bei der Hoffnung, daß der Monarch Oesterreichs „Kark in der Hoffnung auf die Bersehung, stark im Vertrauen zu seinen Völkern und eingedenk dessen, daß dieses Reich schon schwerere Stücme überstanden, gerost den kommenden Zeiten entgegengehen könne."

Nach dem Zeugnisse, welches sich jüngst die alte Diplomatie in den Schweizerangelegenheiten angestellt hat, durfte man freilich auf Vieles gefaßt sein; aber diese Armuth und Mittellosigkeit, diese Verschiedung der einfachsten Verhältnisse ist uns denn doch überraschend. Man scheint in Wien auch keine Ahnung davon zu haben, daß jene „Mine" sehr zur rechten Zeit anflog; daß jene „tief verderbte öffentliche Meinung ganzer Klassen der Gesellschaft" bereits ganze Nationen ergriff hat, daß jene „bewußte Verschwörung" viel weiter greift, als die Staatsphilosophen an der Donau es sich träumen lassen. Man versucht es, mit den alten Drohwortern des Konmunismus und denn damit die Besitzenden und Aengstlichen einzuschüchtern; man sieht gegen Windmühlen und verschleißt gegen den wahren Feind furchtsam oder unwissend die Augen.

Welch eine Zukunft für Deutschland, wenn solch eine Weisheit im Rathe der Großmächte sitzt; welche Hoffnungen auf eine umsichtige Politik, wenn so die an Geist und Willen altersschwache Staatskunst das leck Schiff durch den Sturm hindurchführen soll! So stehen wir mit unser offenen Grenze jedem Feinde preisgegeben und wo wir eine weise Leitung fordern dürften, ist man ratchlos oder übel berathen. Oesterreich, oder dessen Zukunft die officielle Presse sich so hernlich ausschreibt, wird uns Verlegenheiten bei schlimmsten Zeit bereiten, Schutz und Hilfe haben wir nimmer zu erwarten. Nicht einmal in den alten deutschen Erblanden ist jenes Behagen, jener Glaube an die Ewigkeit der österreichischen Monarchie vorhanden, auf den die officielle Presse ihre Zuversicht setzt; daß in den übrigen Theilen des Reichs eher alles Andere thätig ist, als jene loyale Hingebung an Dynastie und Regierung, darüber können sich

Digitized by Google

denn doch selbst die nicht blöchern, deren ganze Staatsweisheit eine lange und gefährliche Taschenspielerei war. Die Lombardei kaum noch durch kriegerische Massen von dem drohenden Aufruhr zurückgehalten, Ungarn von bedenklichen Bewegungsgelüsten erfüllt, Böhmen und Galizien durch slavische Sympathien in Gährung versetzt — und das Alles im Angesichte einer europäischen Umwälzung, der dieser morsche Bau nicht mehr widerstehen kann — das sind die Ergebnisse einer Politik, die sich für die „erhaltende" und vorzugsweise „monarchische" ausgab. Ein Krieg mit Frankreich durch die Lombardei, eine slawische Bewegung bis in die Mitte von Deutschland, russischer Einfluß in Galizien, Ungarn und der Donau — das ist die Mitgift, womit die Metternich'sche Politik in dieser Krisis uns zu Hilfe kommt.

Könnten wir dieser Bedrohtheit von Westen wie von Osten wenigstens das beruhigende Bewußtsein einer festen und geschlossenen Nationalmacht entgegenstellen; hätten wir uns nicht erst durch eine Krisis durchzuarbeiten, deren Ausgang, wie die Sachen liegen, Niemand voraussagen kann. Unser Süden und Westen zwar hat sich ausgesprochen; so einmüthig und unzweideutig, daß es nicht Jahre, Monate oder Wochen, neun, nur weniger Tage bedurfte, um die alte Politik sie immer zu begraben. Wir täuschen uns nicht über den Grad von freiem Willen, der bei Gewährung des guten Rechts in den obern Regionen hier und da sich sehr bemerklich machte; wir zweifeln auch nicht daran, daß die alten Neigungen der Reaktion nicht so an einem Tage abgelegt worden sind; aber daß sind wir gewiß, daß jede Rückkehr zum alten Systeme der Anfang einer neuen furchtbaren Krisis würde, einer Krisis, die alle dämonischen Elemente der Revolution entfesselte.

Diese Elemente sind vorhanden; sie sprechen sich in einzelnen Parteiäußerungen, in der zitternden Unruhe der ganzen Gesellschaft, in Erscheinungen aus, wie in dem eben ausbrechenden Aufstande der fränkischen Bauern, die an der alten geschichtlichen Stätte den „Bundschuh" von 1525 erneuern. Alle diese Gährungsstoffe sind in die Wege gesetzlicher Entwicklung zurückzuleiten, wenn das „Suum cuique" der aufrichtige und entschlossene Wahlspruch unserer Staatsweisen wird; sie sind aber von furchtbar drohender Gewalt, wenn man den Hundertmillionen, die sich dem Losungswort der Reform angeschlossen haben, keine Wahl mehr läßt als — Reaktion oder Revolution.

Diese furchtbare Entscheidung zu vermeiden, ist es noch Zeit, wenn man auch keinen Augenblick mehr zögert, die Reform, aber die ganze, die durchgreifende und aufrichtige Reform, sich zur Aufgabe zu setzen. Keine Zögerungen, keine Abschlagszahlungen mehr; jede Minute friszet die Gährung und mindert den Dank. Keine halben Zugeständnisse mehr; Personen und Sachen stehen sich unerbittlich schneidend auf, und was heute noch befriedigen konnte, ist morgen abgenützt. Die alte Sage von den sibyllinischen Büchern, die der römische König um immer höhern Preis erheben mußte, findet jetzt ihre vollständigste Erfüllung.

Aber dazu bedarf es des ganzen einigen Deutschlands. Ein getheiltes Interesse, das den Westen vom Osten scheidet, führt für jenen zum Rheinbund, für diesen zum Frieden von Tilsit, und nicht zum zweiten Male dürfte die Erlösung eine so unerwartet glückliche sein. Wenn Erfahrung und Geschichte nicht ganz fruchtlos an uns vorübergegangen sind, so wäre es jetzt der gewichtigste Augenblick, die Früchte davon zu nützen; eine Scheidung in Theile, wir wiederholen es, wird beiden Theilen der Tod sein. Ob dann der Westen zuerst der französischen Republik, der Osten später dem russischen Absolutismus erliege, ob so das Wort Napoleons: die Welt werde in fünfzig Jahren republikanisch oder kosakisch sein, an uns hier oder an den Brüdern dort zuerst in Erfüllung gehen wird, darüber könnte uns eine nicht allzuferne Zukunft belehren, sobald das Urtheil der Trennung einmal erfolgt ist.

**Oesterreich.** Wien, 5. März. Nach dem Schwäb. M. werden hier die Rüstungen in sehr ausgedehnten Maße fortgesetzt. Rußland, versichert dasselbe Blatt, ist mehr als jemals zu großer Entfaltung von Militärkräften den neuesten Ereignissen gegenüber entschlossen, und zwar vor der Hand durch Aufstellung eines ansehnlichen Armeekorps an der polnisch-gallizischen Grenze, das nöthigenfalls als Reserve von Oesterreich verwendet werden könnte.

Prag, 2. März. Nachstehende Eingabe, die fürs Erste freilich nur als ein Privatgesuch zu betrachten, ist von 20 der angesehensten Ständeglieder vor einigen Stunden dem permanenten Landesausschusse überreicht worden: „Hochlöblicher ständischer Landesausschuß! Die gefertigten Landstände erachten es bei der gegenwärtigen Zeitlage für unumgänglich nothwendig, daß den Ständen Böhmens Gelegenheit gegeben werde, in schaler Form dem Allerhöchsten Throne gegenüber ihre loyalen und treuen Gesinnungen auszusprechen und die Versicherung niederzulegen, wie sehr es ihnen Bedürfniß ist, in dem jetzigen ernsten Zeitmomente sich fest um den Thron zu schaaren, jedes Opfer zu bringen, welches das Wohl der Dynastie und der gesammten Monarchie fördern sollte, und auch zu jeder dem Nutzen und Frommen des Vaterlandes entsprechenden Erweiterung der ständischen Landesrepräsentation freudig und bereitwillig die Hand zu bieten. Auf Grundlage dieser Ueberzeugung legen die Gefertigten dem hochlöblichen Landesausschusse hiermit die Bitte vor, die möglichst schleunige Ausscheidung einer ständischen Versammlung auf geeignetem Wege in Anregung zu bringen. Prag, 2. März 1848. Rudolf Graf Morzin. Karl Graf Kinsky. Friedrich Graf Deym. Johan Graf Sayanefky. Robert Frh. Hildprandt. Wenzel Ritter von Bohusch. Johann Ritter v. Neuberg. Xaver Graf Auersperg. Barone de Fin. Ritter v. Bergenthal. Ritter v. Berdta. Fürst Karl Auersperg. Albert Graf Nostiz. Franz Thun. Franz Altgraf zu Salm. Franz Freiherr Mladota. Heinrich Graf Kolowrath. Albert Graf Deym. Frhr. v. Rehrenthal. Werner Friedrich Frh. v. Riese-Stallburg". (K. Z.)

**Preußen.** Berlin, 6. März. Der Köln. Zeit. wird geschrieben: Die Stellung Preußens ist gegenwärtig unstreitig von unendlichem Gewichte zunächst für das Schicksal Deutschlands und ferner für die Gestaltung der europäischen Verhältnisse. Es gewinnt den Anschein, als wolle Preußen sich von der bisherigen Politik Oesterreichs in den deutschen Verhältnissen trennen; man verschert sogar, der hiesige österreichische Gesandte sei abberufen, was als eine Folge der Sendung des Hrn. v. Radowitz nach Wien betrachtet wird. — Die Nachricht, daß der Kanton Neuenburg seine Regierung verändert und in Folge dessen vielleicht seine Verbindung mit Preußen aufgelöst hat, wird hier mit ziemlicher Laubeit aufgenommen; denn jedenfalls ist diese Trennung kein Verlust, sondern ein Gewinn für Preußen. (Auch die Allg. Pr. Zeit. erwähnt jetzt unter dem Datum Berlin die Neuenburger Umwälzung, doch enthält sie sich jeder weitern Betrachtung.)

† Breslau, 5. März. Am 3. hielt das Komité für die Rybnik-Pleßer eine außerordentliche Sitzung, in welcher auch Prinz Biron von Kurland erschien, der eben von seiner achttägigen Reise durch die heimgesuchten Gegenden zurückgekommen war. Bis jetzt sind bereits 95,000 Thlr. eingegangen; viel Geld, sehr viel Geld, doch noch lange nicht genug. Das Rybniker-Komité hatte dem hiesigen bekannt gemacht, daß zur erfolgreichen Bekämpfung der Seuche durchaus 40 Aerzte nöthig seien; letzteres hat bestätigen, alle Mittel in Bewegung zu setzen und diejenigen, welche an jener Zahl noch fehlen, möglichst bald aufzuteilen. Läge es binnen Kurzem gelingen! — Von den im Rybniker Kreise stationirten 12 barmherzigen Brüdern sind leider nicht weniger als 9 bereits erkrankt; auch Dr. Neumann und Medicinalrath Dr. Kuh liegen noch hart darnieder.

Δ Breslau, 7. März. Wie haben gestern Abend einen Straßenskandal gehabt, von dem man in der That sagen kann, daß er durch Militär und Polizei recht eigentlich hervorgerufen und unterhalten worden ist. Es sollte nämlich am gestrigen Abend in dem sogenannten Wintergarten, dem größten Lokale, das wir besitzen, eine Bürgerversammlung abgehalten und in derselben eine Adresse an Magistrat und Stadtverordnete berathen werden, damit diese Behörden so schleunig als möglich diejenigen Garantien fordern, welche geeignet sind, das Band zwischen Volk und Regierung immer fester zu knüpfen. Diese Versammlung sollte nach dem Willen des Oberpräsidenten v. Wedell, der sein bureaukratisches Talent ganz besonders im Ergreifen von allen möglichen Polizeimaßregeln und in Unterdrückung jeder nur irgendwie freien Regung des Volkes offenbart, verhindert werden; nach einer Besprechung mit dem Oberbürgermeister Pinder rief der letztere den Magistrat zusammen und es wurde nun eine Bekanntmachung an die Bürgerschaft erlassen, die Sie in der heutigen Schles. Z. abgedruckt finden. Da wir das treffliche Institut der Censur, welche das Unglück in Oberschlesien zu dem furchtbaren Grade steigen ließ, noch besitzen, so mußte ihr natürlich diese Bekanntmachung vorgelegt werden; der Oberpräsident strich daraus oder ließ streichen die Erklärung: daß Nachmittags eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung stattfinden würde, um das zu berathen, was die Bürgerversammlung berathen haben würde. Ungeachtet des Wedell'schen Censurfetzchs versammelte sich im Sitzungssaale ein ungemein zahlreiches Publikum, welches den Verhandlungen mit der gespanntesten Aufmerksamkeit folgte. Einstimmig wurde beschlossen, Se. Maj. dem König durch eine aus Mitglie-

Digitized by Google

deren des Mag. und der Stadte, zusammengesetzte Deputation schleunigst eine Adresse zu überreichen, in welcher um sofortige Einberufung des Ver. Landtags und Gewährung unbeschränkter Preßfreiheit gebeten werde. Mehrere Redner haben in entschiedenen Worten hervor, daß es mit diesen beiden Punkten allein nicht gethan sei; man müsse zugleich mit auf Abänderung des Wahlgesetzes und Einführung von Geschworenengerichten dringen, denn Preßfreiheit ohne diese sei ein Unding, da sei die Censur vorzuziehen. Jedoch drang die Meinung bevor durch, welche das Einzelne dem Landtage überlassen wollten. Da gegen das Ende der Debatte Einige verlangten, daß noch ein immittelten der Sitzung eingegangenes Schreiben mehrerer Bürger und Schutzverwandten, wegen Affectationsrecht, gänzlicher Umänderung des Patents vom 3. Febr. u. s. w. forderten, vorgelesen werden sollte, und da das Publikum bereits sich einmischte, so wurde die Sitzung geschlossen. Die Zuhörer aber blieben zusammen und forderten nochmals die Verlesung jenes Schriftstückes; besonders sprachen in diesem Sinne Dr. Borchardt und Stadtgerichtsrath Simon: nur dadurch, daß man die wörtlichen Forderungen der Bürger höre und sie dem König vortrage, könne die Ruhe der Stadt erhalten werden. Nach und nach beschwichtigte sich die Aufregung durch die Reden des Oberbrg. Pinder, des Justiz. Gräff und des Landtagsdeputirten Schecke, der die feste Versicherung gab, daß diese Forderungen jedenfalls wie die übrigen berücksichtigt werden müßten. Unterdessen war der Wintergarten, wo die Bürgerversammlung abgehalten werden sollte, mit zahlreichem Militär besetzt; selbst die Kanonen fehlten nicht; auch an den Bahnhöfen waren Detachements von Kürassieren. Mehrere Theile der Stadt wurden von Infanterie- und Kavallerieabtheilungen durchstreift. Die Brücken, welche nach dem Wintergarten führen, waren besetzt, die Wachen verdoppelt. Demungeachtet hatten sich ein paar Tausend Menschen vor dem Wintergarten versammelt, doch gingen sie auf die Ermahnungen solcher Männer, die das Vertrauen der Stadt besitzen, ruhig auseinander; alle Vorbereitungen des Militärs waren unnöthig. Dagegen kam es in einigen andern Theilen der Stadt zum Skandal, und am Ring wurde von den Kürassieren sogar scharf eingehauen... — Heute hat der Magistrat die Adresse an den König gleichfalls genehmigt, und morgen wird die Deputation nach Berlin abreisen. Statt daß die Behörden unter den jetzigen Umständen dem Volke mit Vertrauen entgegenkommen sollten, sind sie mißtrauischer als je; sie hohen Militär gelernt aus Nichts vergessen; so ist z. B. in den heutigen Zeitungen auf besondern Befehl des Oberpräsidenten sogar gestrichen worden, daß überhaupt eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten Statt gefunden, natürlich ebenfalls, was beschlossen worden ist. Und gleichwohl würde diese Veröffentlichung ungemein viel zur Beruhigung der Bürger beigetragen haben. Ebenso werden jetzt Tag für Tag wieder Schilderungen der Noth aus Oberschlesien gestrichen. Da haben sie unsere Bureaukratie, wie sie leibt und lebt! — Soeben höre ich, daß mehrere Kreisversammlungen zusammentreten und ähnliche Beschlüsse, wie unsere Stadtverordneten, fassen werden. — Die erfreulichen Nachrichten aus Baden sind hier fast mit größerem Enthusiasmus aufgenommen worden als die aus Paris.

Kreuznach, 7. März. Auch von hier ging gestern eine Petition der Stadtverordneten und Bürger von Kreuznach an den König ab, um die durch das Zeitbedürfniß gerechtfertigten Wünsche unserer Stadt ohne Rückhalt darzulegen.

Elberfeld, 5. März. Die von hier aufgegangene Petition verlangt: 1) Preß- und Redefreiheit; 2) Erweiterung der Wahlgesetze; 3) Beschlußrecht Stimme des Landtags mit einfacher Majorität; 4) ständische Vertretung bei der deutschen Bundesbehörde; 5) Religionsfreiheit; 6) Verlegung des Strafgefetzentwurfs an den Vereinigten Landtag.

* Crefeld, den 5. März. Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben unsere Bürgerschaft in eine tiefe Bewegung versetzt. Wir blicken mit Theilnahme, Besorgniß und Aufregung auf Frankreichs Schicksal hin, während Deutschlands Los, wie es unter den neuen Einflüssen sich gestalten muß und wird, unsere thätigste und hingebendste Mitwirkung erheischt. Diese letzte dringende und allgemein anerkannte Forderung war die Veranlassung, daß eine Bürgerversammlung zur Berathung einer Immediateingabe an des Königs Majestät veranstaltet wurde. Gestern Abend vereinigte sich im Lokale des Singvereins, wo so oft das deutsche Lied uns begeisterte, der Kern unserer Bürgerschaft, und wir durften uns fernen, alle Theile derselben reichlich vertreten zu sehen. Der hohe Ernst der Berathung entsprach der Bedeutung des Augenblicks; der Geist der Geschichte wehte über unsern Häuptern. Es sprach sich die innige Theilnahme an dem Schicksale der benachbarten großen Nation aus, welche vor mehr denn 50 Jahren mit ihrer Geschichte gebrochen habe und jetzt unter den gewaltigsten Erschütterungen wieder Anstrengungen mache, um den Riß zu heilen, das durch Unlauterkeit getrübte Nationalleben zu läutern und auf neuen Wegen Freiheit und Ordnung zu begründen. Wir Deutsche aber — das war die vorherrschende Ansicht der Versammlung — möchten die große Errungenschaft unserer Geschichte nicht hinopfern, sondern auf ihr und unserer Nationalität, als sicherer Grundlage, mit gemeinsamem Eifer, mit Festigkeit, aber auch mit besonnener Mäßigung unsere staatliche Verfassung ausbauen. Die freiheitlichen Einrichtungen, welche wesentliche Bestandtheile derselben bilden müssen, setzen namentlich in diesen Tagen als ein so unabweisliches Bedürfniß des Volksgeistes erkannt waren, daß dessen Befriedigung mit Zuversicht zu erwarten stehe. Diese Erwartung jetzt auszusprechen, sei nicht eine unwürdige Benutzung des Augenblicks, sondern beruhe auf dem Bewußtsein, daß der gute Bürger seine Treue und seine Vaterlandsliebe zunächst durch offenen Freimuth bewähren müsse; sowie das Gefühl, daß wir Rheinländer dem Punkte der Gefahr am Nächsten ständen und mit Leib und Leben, mit Hab und Gut zunächst in die Schranken treten müßten, uns zum unumwundenen Ausdruck dessen, was Noth thue, veranlasse. Es wurde beschlossen, sogleich eine motivirte Petition um sofortige Einberufung des allgemeinen preußischen Landtages zu entwerfen. Dies geschah von einer dazu gewählten Kommission, und der Entwurf wurde fast unverändert in nachfolgender Fassung angenommen. „Ein großes weltgeschichtliches Ereigniß hat die Grundsätzen Europas erschüttert. Ein Thron und eine Dynastie sind in wenig Tagen gestürzt worden. Auf ihren Trümmern hat sich eine Republik erhoben. Trotz aller friedlichen Versicherungen der neuen Gewalthaber dürfen wir uns nicht verhehlen, daß vielleicht bald die entfesselten Leidenschaften die Grenzen des eigenen Landes überstürzen werden. Dann sind die Rheinlande dem ersten Angriff ausgesetzt. Eine hohe Besorgniß hat sich der Gemüther bemächtigt. Militärische Maßregeln allein vermögen dieselbe nicht zu heben. Nur das kräftigste Zusammenwirken von Fürst und Volk und die innigste Vereinigung aller Glieder des großen Vaterlandes sind im Stande, Beruhigung zu gewähren. Ein solches kräftiges Zusammenwirken kann aber nur Statt finden auf dem Boden einer Verfassung, die der freien Entwickelung des Volkes Raum und Garantien gewährt. Der Wichtigkeit des Augenblickes muß es endlich, wie auch entgegenstehen, daß unsere jetzigen staatlichen Verhältnisse diesen Anforderungen nicht genügen. Die durch Censur gelähmte Presse kann ebensowenig die Volksgesinnung darlegen, als die bloß zum Beirath berufene und nicht gleichmäßig aus den verschiedenen Ständen des Volkes zusammengesetzte Landesvertretung die Rechte und Interessen der Nation zu wahren vermag. Stolz in dem Bewußtsein, daß unsere Liebe zur gesetzmäßigen Freiheit mit der Treue gegen unser Königshaus Hand in Hand geht, und von der Ueberzeugung, daß den Gefahren der Gegenwart nur durch Erfüllung lange gehegter vaterländischen Hoffnungen begegnet werden kann, richten die unterzeichneten Bürger der Stadt Crefeld an Eure Königl. Majestät die ehrfurchtsvolle Bitte: Allerhöchstderselben möge es gefallen, in diesem ernstzugroßen Augenblicke die gesetzlichen Vertreter des Landes sofort um Ihren Zuruf versammeln, um den Bau der preußischen Monarchie auf den unerschütterlichen Grundlagen der Freiheit und des Rechtes zu befestigen und sie durch innige Verbindung mit den Bruderstämmen zum Grundstein deutscher Einheit zu erheben." Heute ist diese Adresse, mit beiläufig 500 Unterschriften bedeckt, nach Berlin abgegangen.

Baiern. ♀ München, 8. März, Nachmittags. Heute Mittag 12 Uhr zog das Freikorps der Studirenden in schöner Ordnung, an der Spitze den Rektor Thiersch zu Pferd, begleitet von den beiden Kommandanten, welche gleichfalls zu Pferd waren, von der Universität durch die Stadt an das Gebäude der Königl. Akademie, wo sie von heute an ihre Wache und Sammel- wie Exerzirplatz haben. An der Zahl 1300, sind sie in 16 Kompagnien eingetheilt und werden demnächst auch Uniform bekommen, welche die Vermöglichen aus eigenen Mitteln schaffen; die minder Bemittelten erhalten dieselben auf Kosten der Universitätskasse. Als der Zug am russischen Gesandtschaftshotel vorüberkam, konnte man sehen, wie die jungen Männer sich fester aneinander schlossen und eine kriegige Haltung annahmen. Das Freikorps der Künstler uniformirt sich gleichfalls. — Gestern Abend waren wieder sehr viele Häuser der Stadt glänzend beleuchtet.

† Neustadt a. d. H. Die vertagte Volksversammlung wird Sonntag am 12. in unserer Stadt abgehalten werden. Zweck derselben ist die Berathung der Aufsätze, welche den rheinpfälzischen Abgeordneten für den bevorstehenden Landtag nach München mitgegeben werden sollen. Daß dieselben im Sinne des entschiedenen Fort-

Digitized by Google

schritts und der raschen Entwickelung des gemeinsamen deutschen Volks- und Staatslebens ausfallen werden, ist von vornherein gewiß. Die Neustadter Versammlung wird ohne Zweifel diese Gelegenheit ergreifen, um die Verdächtigungen auf das Entschiedenste niederzuschlagen, welche noch einer von gewissen Seiten her gegen die echt vaterländischen Gesinnung eines Theils unserer Volkes erhoben worden.

**Würtemberg**, 7. März. Der Beobachter berichtet aus dem Oberamt Gerabronn: Gestern früh um 3 Uhr erschallte die Sturmglocke, und der anbrechende Tag brachte die Nachricht, daß mehrere hundert Bauern das fürstl. hohenl. Schloß in Niederstetten erstürmt, an drei Orten zugleich angezündet und niedergebrannt haben. Dasselbe Schicksal hat das Gebäude der fürstlichen Domainenkanzlei gehabt, aus welchem vorher die Lehensbücher herausgeschafft und besonders verbrannt worden sind. Sodann ist in das Haus des Vorstandes der fürstlichen Domänenkanzlei, Hofrath v. Gegler, in Niederstetten eingedrungen worden; wie es da hergegangen, können Sie sich denken; Alles wurde zusammengeschlagen und v. Gegler mußte sich flüchten. Dasselbe Blatt berichtet aus Niederstetten selbst Aehnliches über diese Auftritte. (Auch hier in Heidelberg sind Berichte eingetroffen über Excesse, welche in den Standes- und grundherrlichen Bezirken stattgefunden haben; die Hohenlohe'schen, Leiningenschen, Helmstädtschen, Rüdischen Besitzungen werden namentlich bezeichnet. Die Wuth der Bauern richtet sich besonders gegen die Rentbeamten, sie stürmen die Archive der Rentämter und geben sie den Flammen Preis; in einer Ortschaft ist dies unter lautem Jubel und unter dem Ruf: es lebe der Großherzog! geschehen. Die größte Aufregung herrscht zum Theil in denselben Gegenden, die der Hauptsitz des fränkischen Bauernkrieges waren. Militär ist heute zur Herstellung der Ordnung hier durchpassirt.)

**Stuttgart**, 8. März. Der ständische Ausschuß hat eine Adresse an den König gerichtet, worin er seinen Dank für das bereits Geschehene ausspricht und bittet, wo möglich noch vor dem Zusammentritte der Stände diejenigen Aenderungen zur Ausführung zu bringen, welche ohne Mitwirkung der Stände geschehen können.

* **Stuttgart**, 9. März. Die 4 Minister sind ernannt. Ihr Programm wird Pfizer verfassen. Der König hat ihnen freie Hand für Durchführung ihrer Ansichten gegeben, er soll sich als einen konstitutionellen Monarchen betrachten. Die Stände werden nun doch den 13. zusammentreten; vor einer Auflösung müßte jedenfalls ein Auslauf erwählt werden. Zwei Gesetzentwürfe über die Bürgerwehr und über das Versammlungsrecht sollen von ihnen erledigt werden. Man erwartet jetzt das Programm der neuen Regierung mit Spannung.

△ **Stuttgart**, 9. März. Wie gebührend und nach streng parlamentarischer Regel haben die durch das Vertrauen des Königs zur Bildung des neuen, aus der Oppsition zu wählenden Ministeriums berufenen Deputirten den Führer der Opposition, den Abg. Römer, als ein zur Festigung der neuen Verwaltung unentbehrliches Mitglied derselben bezeichnet, und Dr. Mayer hat mit der zuvorkommendsten Bereitwilligkeit zugestimmt. Das neue Ministerium ist gebildet und ernannt. Römer Justiz; Duvernoy Inneres; Pfizer Kult- und Schulwesen; Goppelt Finanzen. Heute Mittag 12 Uhr sind die neuen Minister von Sr. Majestät dem Könige empfangen worden. Dem Vernehmen nach wurden sie huldvoll aufgenommen und ihnen alle Befugniß ertheilt, die liberalen Principien, besonders die in den bekannten Volkswünschen ausgedrückten, zu verwirklichen. Die Vollmacht zur Auflösung der gegenwärtigen Kammer soll darunter eingegriffen sein. Morgen erwartet man ein Manifest. Die Kammer, welche nächsten Montag wieder zusammentreten sollte, wird wahrscheinlich auf eine weitere kurze Zeit vertagt, um den neuen Ministern die Möglichkeit zu geben, die dringendsten Gesetzentwürfe zu fertigen; sobald diese erledigt sein werden, soll die Auflösung erfolgen. Der Minister des Auswärtigen, Graf v. Bretdlingen, und der Kriegsminister, General Graf v. Sentheim, bleiben; doch zweifelt man, ob namentlich der erstere lange wird bleiben wollen oder können. — Nach Berichten aus dem würtembergischen Theile von Franken (der Gegend von Mergentheim) sollen sich dort, und in dem benachbarten Badischen, Haufen bewaffneter Bauern herumtreiben, welche Gewaltthaten üben und die Bevölkerung in Schrecken setzen. Man wird diesem Anfang einer Ebenuerie sicherlich bald und kräftig steuern.

** **Stuttgart**, 9. März. Mittags. In diesem Augenblick sind Pfizer, Römer, Duvernoy und Goppelt beim König. Das Ministerium ist gebildet. Römer hat die Justiz, Duvernoy das Innere, Pfizer das Kirchen- und Schulwesen (bisher unter Schlayer mit dem Innern vereinigt), Goppelt die Finanzen. Für das Kriegsministerium ist General Bangold genannt, Falls er es annimmt; im auswärtigen Ministerium, heißt es, bleibe vorerst noch Graf Bretdlingen. Der Jubel ist ungemein; endlich einmal hat die Sache des Fortschritts den Sieg errungen. Wenn keine Demonstration der Freude stattfindet, so ist es weil man dem ausdrücklichen Wunsche des Königs wie der Neuernannten sich fügt. Eine Proklamation wird erwartet, welche die Volkswünsche in ihr Recht einsetzen wird. Die auf den 13. zusammenberufenen Stände werden sich nicht versammeln; wahrscheinlich ist eine Auflösung der konservativen Kammer. An mehrere Abgeordnete haben ihre Ernennung bereits gelangen lassen, sie mögen, da sie jetzt das Volksvertrauen nicht mehr genießen, abtreten.

**Sachsen.** Dresden, 7. März. Dem Vernehmen nach beabsichtigt man, die definitive Leitung des Departements des Innern dem jetzt noch in Berlin verweilenden geheimen Regierungsrath Kohlschütter zu übertragen. (L. Z.)

Dresden, 7. März. Eine Anzahl hiesiger Bürger hat eine Aufforderung zu einer Bürgerversammlung erlassen, um in einer Eingabe dem König die Forderungen vorzutragen, deren schleunige Erfüllung die Zeit gebietet. Sie bezeichnen als solche Forderungen: 1) Freiheit der Presse, Wegfall des Konzessionszwanges für Zeitschriften und Ueberweisung der Preßvergehen an die ordentlichen Gerichte. 2) Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der kirchlichen Vereinigung. 3) Freiheit des Versammlungs- und Vereinsrechtes. 4) Gesetzliche Sicherstellung der Personen gegen willkürliche Verhaftung, Haussuchung und Untersuchungshaft. 5) Verbesserung des Wahlgesetzes namentlich durch Herabsetzung des Census und Ausdehnung der Wahlbarkeit auf das ganze Land. 6) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Schwurgericht. 7) Vereidung des Militärs auf die Verfassung. 8) Verminderung des stehenden Heeres, Umbildung des Militärwesens und der Bürgerbewaffnung. 9) Vertretung der deutschen Völker bei dem Deutschen Bunde. 10) Lossagung der sächsischen Regierung von den Karlsbader Beschlüssen von 1819, den Frankfurter Beschlüssen von 1832 und den Wiener geheimen Konferenzbeschlüssen von 1834.

**Sachsen**, 7. März. In Folge einer heut bekannt gemachten Proklamation wurden in der sofort angelagten Stadtverordnetensitzung folgende zwei Anträge einstimmig angenommen. Im Verein mit dem Stadtrathe am Throne die bestimmte Erklärung niederzulegen: 1) Daß die Presse nach der Verfassungsurkunde, §. 35, nachdem der Bundesbeschluß vom 3. März erlassen worden, gesetzlich frei sei, daß die Verfassung der sofortigen Einführung der Preßfreiheit nicht im Wege stehe, indem §. 88 derselben dazu das verfassungsmäßige Mittel biete, und daß die bestehende Kriminalgesetzgebung völlig anderweite, um die erforderlichen Garantien gegen Mißbrauch der Presse zu gewähren; 2) daß durch die Entlassung des Ministers v. Falckenstein das Hindernis nicht beseitigt sei, welches nach unserer in der Erklärung vom 4. März niedergelegten Ueberzeugung, der Wiederherstellung eines friedlichen und harmonischen Verhältnisses zwischen Thron und Volk entgegen steht, daß dieses Hinderniß vielmehr solange fortbestehe, als nicht auch die übrigen Träger des bisherigen ministeriellen Systems zurückgetreten sind, indem wir gerade in der neuesten Proklamation den thatsächlichen Beweis finden, daß der König nach wie vor über die dringlichsten Bedürfnisse des Landes, sowie über die Pflichten und Rechte, welche die Verfassung auferlegt und verbürgt, getäuscht sei; daß ferner aber auch eine Bürgschaft für eine wahrhafte Systemänderung nur dann vorhanden sei, wenn Männer, die durch ihre öffentlichen und ständischen Wirken sich das Vertrauen des Volkes erworben haben, in den Rath des Königs berufen werden.

* **Leipzig**, 8. März. Die Sachen stehen hier so, daß nimmermehr ein Nachgeben Seitens des Volks, sondern nur von Steigerung der Forderungen die Rede ist. Für jetzt ist Leipzig der Herd der Bewegung, die sich aber schon über das ganze Land verbreitet. Vielleicht wird man erst dann in Dresden nachgeben, wenn einige Tausend Menschen auch den verschiedenen Städten in die Residenz ziehen. Die dreifarbigen Kokarden mehren sich auch hier, aber die bis zu den Soldaten sind sie noch nicht gedrungen; diese sind die jetzt nur etwas erstaunt, daß man ihnen jeden Abend ein Vivat bringt. Das deutsche Parlament hat auch hier schon tiefe Wurzel gefaßt, und ich bin der festen Meinung, daß es zu Stande kommt, was sich vorgestern noch für einen Traum gehalten hätte. Sorgen treffen hier Beiefe aus Wien ein mit der Nachricht, daß Metternich abgedankt habe. Wien befände sich im Freudentaumel. (Wir bemerken, daß mittelst der Eilendboten die Nachrichten aus Wien über Leipzig einen Vorsprung vor der Route über Augsburg haben, obschon wir der obigen Nachricht nicht unbedingten Glauben schenken möchten.)

Digitized by Google

** **Hannover**, 8. März. Soeben bringt die Hann. Z. den wesentlichen Inhalt der an die Deputirten gerichteten Rede des Königs, worin derselbe erklärt, er sei der Preßfreiheit nicht entgegen, er wolle sich aber sowohl mit seinen Nachbarn und Verbündeten als mit den Ständen über die Garantien gegen den Mißbrauch benehmen. Der betreffende §. schließt: Es versteht sich von selbst, daß Se. Majestät den von der Mehrheit Ihrer hohen Bundesgenossen dieserhalb zu fassenden Beschlüssen Ihre Zustimmung nicht versagen werden. Einem Gerüchte zufolge soll auch im Ministerium bereits ein auf Beseitigung der Censur gerichteter Gesetzentwurf ausgearbeitet werden, der, fürchten wir, dem heute in Bremen veröffentlichten sehr ähnlich sein wird, wenigstens mehr als der Name Preßfreiheit gewonnen ist. Was der Geh. R. v. Falcke wörtlich über die Volksvertretung beim Bunde sagt, hat wohl allgemeines Interesse: „daß eine Theilnahme deutscher landständischer Deputirten an den Berathungen und an den aus solchen hervorgehenden Beschlüssen des deutschen Bundes, denen die Landesherren Selbst Sich vertragsmäßig unterworfen haben, mit der monarchischen Regierungsform nicht vereinbar sei, wird bei ruhiger und reiflicher Erwägung Niemand verkennen." Der dritte Punkt der Antwort lautet: In Betreff einer baldigen Einberufung der allgemeinen Ständeversammlung des Königreichs ist die Entschließung Se. Maj. dem jetzt ausgesprochenen Wunsche bereits zuvorgekommen. (Wir theilen diese Schlußnachricht aus einem längeren Briefe mit, den wir morgen vollständig bringen werden.)

Gleichzeitig hat die Stadt Peine ein Gesuch an den Magistrat gehen lassen, worin es nach der Weserzeitung bringt: „Se. Maj. zu bitten, unverzüglich die Landstände zusammenzuberufen und dabei den Wunsch um 1) Preßfreiheit, 2) Nationalbewaffnung, 3) deutsches Parlament vorzutragen. Das Gesuch der Bürger wurde willfährig vom Gesammtmagistrate entgegengenommen und wird so schleunig als möglich höhern Orts befördert werden.

**Baden.** * Karlsruhe, 10. März. Die Judenverfolgungen haben leider eine Ausdehnung erlangt, die es dringend nöthig macht, daß die Bestrebungen der guten Bürger, solche Schandthaten zu verhüten oder zu unterdrücken, in einzelnen Gegenden durch die öffentliche Gewalt unterstützt werden müssen. Was Einzelne und was die Kammer gethan, finden Sie in dem Berichte über die gestrige Sitzung. Nicht minder ist geschehen, was der Abg. Hetzing mit gerechtem Stolz den Gemeindigen berichtete, daß die Bürger ohne amtliche Aufforderung zusammenstraten und das Eigenthum der Israeliten gegen angekündigte Frevel kräftig schützten. Nicht überall ist die Stimmung, wie in Mannheim, wo nicht die Juden, wohl aber Jeder, der sich unterfangen würde, sie zu verletzen, Gefahren ausgesetzt sind. Staatsrath Bekk setzte die Kammer von einer am 8. getroffenen Anordnung in Kenntniß, wodurch die Beamten angewiesen wurden, an den Orten, wo sich Spuren brabbelichter Greesse zeigen, die Gemeinde zu versammeln, die Bürger über das Unsinnige und Strafbare solcher Handlungen zu belehren, die Entgegnungen zur Mitwirkung aufzufordern, um Unordnungen unterzudrücken. Was die Bürger zu diesem Zwecke dienlich erachten, soll geschehen. Die Staatsgewalt wird die größte Thätigkeit entwickeln. Nach Müllheim ist auf Requisition der Gemeindebehörde bereits Militär beordert, um die Bürger zu ermuthigen und gegen die Frevler zusammen zu halten. Auch in den Gegenden von Sinsheim, Eppingen, Boxten u. a. sind militärische Streifzüge angeordnet. Gestern ist ein Bataillon auf der Eisenbahn nach Langendrücken abgegangen, um von dort nach Sinsheim zu marschiren und die Gegend zu durchstreifen. Es ist zu erwarten, daß das Verdammungsurtheil aller wohlmeinenden Bürger, unterstützt durch die Anordnungen der Regierung, den Gelüsten zu Freveln, welche dem ganzen Lande zur Schmach gereichen, alsbald ein Ziel setzen werde.

* Karlsruhe, 10. März. In der heutigen Sitzung eröffnete Staatsrath Bekk, daß einem der zwölf Wünsche der Kammer heute schon entsprochen werden könne, durch Aufhebung der Zendurrichte. Hätte die Regierung die einzelnen Entwürfe ausarbeiten wollen, so würde dazu längere Zeit erfoderlich gewesen sein. Sie habe es daher vorgezogen, die Aufhebung durch ein allgemeines Gesetz auszusprechen und das Weitere nachfolgen zu lassen. Der Entwurf lautet:

1) Die sämmtlichen Zendurrechte, über deren Beseitigung nicht schon besondere Gesetze ergangen sind, werden hiermit für aufgehoben erklärt. 2) Eine billige Entschädigung der Berechtigten wird durch besondere Gesetze nachträglich bestimmt werden. So weit eine Berechtigung nicht einen privatrechtlichen Entstehungsgrund hat, kann die Entschädigung nur aus der Staatskasse bezahlt werden. Durch dieses Gesetz wird einer der stärksten Beschwerden eines Achtheils der Bewohner Badens abgeholfen; über die Größe der späteren Entschädigung wird sich das Volk keine große Sorge machen. Die Standes- und Grundherren werden erwägen, ob es noch gerathen ist, ihre Processe gegen den Fiscus wegen ungenügender Entschädigung fortzuführen. (Die vollständige Mittheilung der Kammerverhandlungen von diesem Tage in der Beil. zu Nr. 73).

**Kurhessen.** ** Kassel, 9. März. Die gestern früh von Marburg eingetroffene Deputation hat noch keine Audienz beim Kurfürsten gehabt. Die erlangte Preßfreiheit in inneren Angelegenheiten äußert sich seit gestern durch liegende Blätter. Tags vorher ist Wippermann, gegen den eine Anschuldigung auf Beleidigung ꝛc. der kurhess. Regierung anhängig war, vom Kriminalsenat des Kasseler Obergerichts völlig freigesprochen worden. (Morgen Näheres.)

* Hanau, 9. März. Wir haben gestern die Forderungen, welche die Volkskommission im Namen des Volkes an den Kurfürsten gestellt hat, bereits mitgetheilt. Der Schluß lautet charakteristisch: „Jetzt ist die Stunde gekommen, wo Sie zu zeigen haben, Königl. Hoheit, wie Sie es mit dem Volke meinen. Zögern Sie nicht einen Augenblick, zu gewähren, vollständig zu gewähren. Besonnene Männer, Königl. Hoheit, sagen Ihnen hier, daß die Aufregung einen furchtbaren scharfer angenommen hat. Bewaffneter Zuzug aus den Nachbarständen ist bereits vorhanden, schon wird man mit dem Gedanken einer Losternung vertraut und kennt recht wohl das Gewicht der vollendeten Thatsache. Königl. Hoheit, gewähren Sie! Lenke Gott Ihr Herz!"

**Hessen.** ** Darmstadt, 10. März. Kreisrath Maurer von Offenbach, ein achtbarer Mann, der stets und auch in den letzten 14 Tagen mit vielem Takt sich benommen hat, ist Ministerialrath im Ministerium des Innern geworden. Emmerling hat eine Stelle im Ministerium abgelehnt. — Im Odenwald starke Bewegungen gegen die Standesherren. Die Leute wollen den übrigen Bewohnern des Landes gleichgestellt sein, sie wollen nicht zweien Herren dienen. Im Auftrag und auf Ersuchen von Gagern sind gestern Eigendroht, Maurer und Emmerling in den Odenwald gereist, um die Verhältnisse der Standesherren und ihrer s. g. Unterthanen durch Uebereinkunft zu regeln. — In Mainz ist großer Jubel. Vorgestern früh große kirchliche Feier im Dom unter Assistenz des Bischofs und der übrigen hohen Geistlichkeit; Abends Illumination. Nämende Ernährung verdient es, daß die Generalität der öfir. und preuß. Festungsbesatzung an der Feier im Dom Theil nahm (wie das „Festungsgouvernement übrehaupt den Bürgern sich freundlich und gefällig beweist), und daß die Buchdrucker zu Ehren der freien Presse das Standbild Guttenbergs besonders dekorirten.

Homburg v. d. H., 8. März. Verordnung, die bürgerlichen und politischen Verhältnisse der Juden betreffend: Wir Gustav, von Gottes Gnaden souveräner Landgraf zu Hessen ꝛc. haben zur Erfüllung Unserer deßfallsigen gnädigsten Zusage vom Gestrigen verordnet und verordnen wie folgt: Auch in orts- und staatsbürgerlicher Beziehung soll fortan kein Unterschied mehr zwischen Unsern christlichen und jüdischen Unterthanen stattfinden. Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten landgräflichen Insiegels. Homburg, 7. März 1848. (L. S.) Gustav. vdt. Henrich. (Ztr. J.)

Wiesbaden, 9. März. Unsere Nationalgarde hat, gleich am ersten Tage ihrer Konstituirung am 2. und 3. die Kokarde schwarz-roth-gold mit der Schleife der Landesfarbe angenommen. Diese Kokarde wurde heute von dem Gouvernement bestätigt.

Frankfurt, 8. März. Das Debit des Frankfurter Journals ist in Kurhessen wieder gestattet worden.

□ Frankfurt, 9. März. Der großartigen Gesinnung, welche sich in unserer Adresse kundthat, war, wie bereits berichtet, allerlei Unfug gefolgt, der indeß bald unterdrückt ward, und auch, wie in unserer aufgeregten Zeit sehr natürlich, viel mehr Schrecken verbreitete als er Bedeutung hatte. Am Ende waren es Schreier und Thoren, die ihr Kramallgewissen salviren und unserer Stadt das Schauspiel einer Miniaturemeute geben wollten, damit von hier doch auch Etwas der Art berichtet werden könne. Bei einigen Bagabunden wurden nun noch Terzerolen und Waffen gefunden, woraus dann Fama und spießbürgerliche Angst eine kattilinarische Verschwörung machten. Dazu kamen die an sich ganz zweckmäßigen und von der Vorsicht gebotenen Maßregeln, welche der Senat ergreift, als: theilweises Schließen der Thore, Aufstellen aller Klassen der Stadtwehr zum Tag- und Nachtdienste, und — wie hätte es fehlen können — der Junist- und Jörger"-Geist trat in seiner ganzen jämmerlichen und abgekanteten Form dem edlen Bürgergeist entgegen. Nachdem die deutsche Bewegung sich ausgetoben hatte, trat die krähwinkelliche auf und machte sich

Digitized by Google

breit. Da kamen Deputationen an den Senat, den alten Zunftzwang noch mehr zu verstärken und die große Bewegung der Zeit zu benützen, um — den alten reichsstädtischen Kastengeist in seiner ganzen Glorie wieder aus dem Grabe zu bannen. Und Verdächtigungen wurden laut — der schönen Tage der alten Scheinpolitei völlig würdig. Die braven, unbescholtenen, allgemein hochgeachteten Männer, welche an der Spitze der Bürgerversammlungen standen, wo die Adresse berathen und endlich unterzeichnet ward, warnen auf einmal Marais und Dantons geworden. Der Janhagel hatte sie leibhaftig auf den Vorstschalen gesehen, die Landwehrpur zu genauer Bewerbung der Stadt aufgeboten, wo diese Männer zum Theil schöne Häuser besitzen. Dann waren es die Turner, die als Wahrwölfe dienen mußten. „Das kommt Alles von den neumodischen Wesen, und zuletzt stecken sie uns noch die Häuser über dem Kopfe an.“ Auch die Juden mußten herhalten. Sie sollen Krawaller bezahlt haben, mit welcher Verleumdung wenigstens die edle Absicht erreicht ward, die Männer, welche in unserer freisinnigen Republik von politischer Gleichstellung aller religiösen Parteien in einer Adresse gesprochen, die der Senat angenommen hatte, aufs Niederträchtigste zu verdächtigen. Der jüngste Tag schien vor der Thüre; statt der neuerrungenen Preßfreiheit entgegen zu jubeln, waren gar Viele voll Angst und Besorgniß, und sahen ihren Mammon schon in den Händen neuer Ninaldo Ninaldini, die aus der Erde auftauchen würden. Einer unschuldigen Deputation aus Oberingelheim, die mit einer schwarz-roth-goldenen Fahne hier durchzog, wurde diese von dem Pöbel entrissen und der Schaft zerbrochen. Kurz, es zeigte sich wieder, daß eine knechtische Gesinnung, wenn sie von Oben herunter unterdrückt wird, bei uns von Unten herauf auftaucht! Aber sie kann und wird nicht halten. Die Preßfreiheit ist uns wieder geworden und wird das lichtscheue Eulenvolk schon in seine Nester zurückstreben.

* Frankfurt, 10. März. Ein großer Theil unserer Bürger trägt bereits seit mehreren Tagen die frühere so hart verpönten Farben Schwarz, Gold, Roth. Die Stadtwehr und selbst das Linienmilitär soll den nun an mit denselben geschmückt werden. Soeben vernehmen wir auch, daß der Bundestag in seiner gestrigen Sitzung die drei Farben als Bundesfarben und den Doppeladler als Bundeswappen angenommen hat. Also eine Rehabilitation in optimo forma! — Die Gränzberichtigungsfrage dauern hier fort, wenn auch in vermindertem Grade. Die Ruhe ist übrigens seit vorigem Samstag nicht mehr gestört worden. — Aus Hanau heute nichts Neues. Alles sieht mit gespannter Erwartung der Zeit entgegen, wo die Antwort oder Nichtantwort des Kurfürsten auf das gestern gestellte Ultimatum eine entscheidende Wendung herbeiführen muß. In Bockenheim stehen mehrere Hundert Bewaffnete zum Marsch nach Hanau und vielleicht noch weiter bereit. Auch Offenbach liefert den Hananern ein nicht unbedeutendes Kontingent.

Bremen, 8. März. Eine obrigkeitliche Verordnung vom heutigen Datum schafft die Censur im Bremischen Freistaate ab. Gleichzeitig hat eine Anzahl Bürger eine Vorstellung an den Senat unterzeichnet, worin gebeten wird: 1) Derselbe wolle unverzüglich zur definitiven Feststellung unserer Verfassung eine auf den Grundlagen gleicher Wahlfähigkeit und Wahlrechts aller Staatsbürger beruhende Vertretung einleiten, indem er nach altem Brauche zum Zwecke der Wahlen die Gemeindheit nach Kirchspielen in Partialversammlungen zusammentreten läßt; 2) von diesem Augenblicke an Oeffentlichkeit der Sitzungen des Konvents und vollständigen Druck der Verhandlungen desselben mit Namensnennung der Redner verfügen; und 3) sofort die Presse unumschränkt frei geben.

## Dänemark.

Kopenhagen, 4. März. Die seit lange erwarteten Veränderungen im Ministerium sind heute amtlich bekannt gemacht. Der Rector unserer Staatsmänner, der bisherige Justizminister und Präsident der dänischen Kanzlei, von Stemann, ist v. 1. April an von allen seinen Aemtern entlassen und dagegen zum Oberkammerherrn ernannt; gleichfalls ist Oersted als Mitglied der dänischen Kanzlei und als Generalprokurator entlassen, dagegen bleibt er Geh. Staatsminister und Mitglied der Kommission zur Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs; der Staatsminister v. Bordenskiold ist zum Justizminister und Präsident der dänischen Kanzlei, und Etatsrath Algreen-Ussing zum Generalprokurator ernannt. Der Generalmajor v. Høegh-Guldberg ist zum kommandirenden General in Jütland und Fühnen, und Major v. Schöller zum diensthuenden Generaladjutanten beim König ernannt.

## Großbritannien.

London, 7. März. In Glasgow sind am 6. März schwere Pöbelunruhen ausgebrochen. Ein Haufe Volks („Chartisten“, wie die Blätter auf gut Glück sagen) plünderte die Gewehrhandlungen, zog in den Straßen umher und ließ sogar den in Großbritannien fast unerhörten Ruf: „Nieder mit der Königin“ laut werden. Der Aufruhr verbreitete sich über mehrere Theile der Stadt. Es heißt, daß zwei Polizeileute erschossen, mehrere andere verwundet worden sind. Auch viele Waarenläden wurden ausgeleert. Von Edinburgh sollte auf der Eisenbahn Militär herbeigeholt werden; die Aufrührer hatten jedoch, den neuesten durch den elektrischen Telegraphen nach London gelangten Berichten zufolge, die Eisenbahnstienen ausgebrochen und inzwischen sowohl an Zahl als an Bewaffnetheit immer noch zugenommen. In London selbst hatten sich die Arbeitervereine, die wir bereits in der gestrigen Nr. erwähnt, folgenden Tags erneuert. Man tröstet sich damit, daß es bei diesen Tumulten ausschließlich auf Raub und Plünderung abgesehen sei; aber bedenkliche Symptome eines aus den Fugen gegangenen gesellschaftlichen Zustandes bleiben sie doch; die aufgeregte zu dem Unerwartetsten befähigte Zeit gibt ihnen doppelte Bedeutung. Schlimmeres dürfte sich noch in Irland ereignen, wo die Gemüther, von jeher aufgeregt, jetzt noch heftiger entzündet sind. In der letzten Sitzung der sogenannten Irischen Konföderation stellte Lord Wallscourt ganz im Sinne der französischen sozialistischen Partei mehrere Anträge, vor Allem auf Organisation der Arbeit. Die dieses Ziel erreicht sei, erklärte der Lord, erschiene ihm jedes Pächterrecht, jedes Gutsherrnrecht, jedes Bischofsrecht, ja überhaupt jede Sorte von Recht, als in hohem Grade sächerlich. (Lauter Beifall.)

Hr. Mitchell, Herausgeber des revolutionären „United Irishman“, hat bereits seinen Operationsplan für den irischen Landesaufstand bekannt gemacht, und andeinandergesetzt, wie Dublin in diesem Falle zu vertheidigen sei.

Man sieht, daß auch der Horizont in England sich immer mehr trübt. In Folge dieser schlimmen Aussichten, namentlich aber in Folge der Symptome, welche einen im Schooße der provisorischen Regierung Frankreichs ausgebrochenen Zwiespalt anzeigen, gingen an der Londoner Börse den 7. März sämmtliche Fonds zurück; die Konsols wichen auf 81⅞.

Unter diesen Umständen und den großen Fragen gegenüber, welche die Menschheit in Bewegung setzen, erscheinen die ziemlich matten geführten Parlamentsverhandlungen von geringem Interesse. Man debattirt noch immer über die Steuerfrage. Die Gefahren von Außen sind dem Bestande des Ministeriums für den Augenblick günstig, da Jedermann gerne den Whigministern den heißen Plap überläßt, auf dem sie sich befinden. Selbst Lord G. Bennint erklärte in der Sitzung vom 7. März, daß er dem Antrage der Minister auf Verlängerung der Einkommensteuer unter den jetzigen Umständen keinen Widerstand leisten wolle; als Grund seiner Bestrchtungen führte er an, daß es den französ. Republikanern einfallen könne, Ansprüche auf die preußischen Rheinlande zu machen und mit bewaffneter Hand durchzusetzen; Großbritannien sei aber durch Verträge verpflichtet, diese Provinzen als einen Theil der preußischen Monarchie gegen jeden äußeren Angriff in Schutz zu nehmen. Dagegen fand am 6. März in der City ein gregarirtes Meeting gegen Beibehaltung der Einkommensteuer Statt, wobei namentlich hervorgehoben wurde, daß sie für Personen von kleinem Einkommen (über 150 Pf.) die drückendste sei, welche man auffinnen könne.

## Frankreich.

Paris, 7. März. Das große Ereignis des Tages ist der Fall des Hauses Gouin und Kompagnie. Die Bank, an deren Spitze es stand, war von Ch. Laffite in den letzten Jahren seines Lebens gegründet, und zwar unter Umständen und mit voranggesetzten Absichten, welche das „Journal des Debats“ damals zu dem Ausspruch veranlaßten: daß mit diesem Unternehmen die Revolution in Aktien gesetzt sei. Obgleich sich nun die mit diesen Worten angedeuteten Befürchtungen nicht bestätigten, so war und blieb doch die Bank Laffite — später Caisse centrale oder Bank Gouin genannt — eine demokratische Anstalt in dem Sinne, daß sie ihre Dienste vorzugsweise den kleinen Pariser Geschäftsleuten leistete, denen das Bank von Frankreich nach vornehmer und vorsichtiger Gewohnheit den Kredit versagte, und die deßhalb früher nur gar zu oft dem wucherlichen Winkelgeschäfte anheimfielen. Nach und nach hatte die Bank Gouin einen großen Theil der Diskontgeschäfte des Pariser Kleinhandels an sich gezogen,

Digitized by Google

die sie mit einem Kapital von 17 Millionen und mit einem, wenn nicht glänzenden, doch recht guten Erfolge betrieb. Da trat die Februarrevolution ein, die Schuldner der Bank kamen ihren Verpflichtungen nicht nach, die fälligen Wechsel wurden nicht bezahlt, und mit einem Vermögen in Papier, welches die Masse der Passiva weit übersteigt, sehen sich Gouin und Komp. gezwungen, ihre Zahlungen einzustellen und die Liquidirung ihres Geschäftes anzuzeigen. Damit hat der Pariser Handel und Wandel einen furchtbaren Stoß erlitten. Tausende von kleinen Kaufleuten und Fabrikanten sehen sich des Kredits beraubt, mit dessen Hülfe sie ihre Geschäfte seit Jahren betrieben hatten, der ihnen in der gegenwärtigen Krisis doppelt unentbehrlich ist, und man sieht mit Schrecken einem allgemeinen Stocken des Verkehrs entgegen. „Wenn der jetzige Zustand nur noch ein paar Tage dauert, sagt der „Constitutionnel“, so werden wir 40,000 Arbeiter ohne Beschäftigung und ohne Lohn auf dem Pariser Pflaster haben, 40,000 Menschen, die dem Staate zur Last fallen.“ Das Geld verkriecht sich, der Kredit ist bald zerstört, bald wenigstens in seinen Grundfesten erschüttert — wie also das Gewerbswesen im Gange erhalten, welches in Paris bloß zur Bezahlung der Handarbeit tagtäglich ein ungeheures baares Kapital verlangt? Die 50 Millionen des vorausbezahlten Semesters der Staatsschuld, durch welche die Regierung dem Geldmarkte einen kräftigen Aufstoß zu geben hoffte, sind wie unter der Erde verschwunden, so daß diese ganze Operation für müßungen gist. Jedermann hält sein Geld an sich, und im Augenblicke, wo Niemand auch nur seine Schulden zahlen mag, ist natürlich am allerwenigsten an neue Unternehmungen zu denken, welche baare Vorschüsse erfordern.

Alle Welt verlangt Hilfe von der Regierung, alle Welt klagt, daß die Regierung nicht bereits geholfen, daß sie der Geldkrisis nicht vorgebeugt hat. Wer allen Dingen will man, daß die „Diskontobank für den Kleinhandel“, von deren beabsichtigter Errichtung wir früher gesprochen haben, unverzüglich ins Leben gerufen werde, und zwar mit einer Ausstattung nicht von 20, sondern mindestens von 50 Millionen. Die „Presse“ schlägt vor, daß 250 Mill. verzinslicher Schatzscheine ausgegeben werden, mit deren Hilfe man dem Gewerbswesen auf die nachdrücklichste Weise unter die Arme greifen solle, z. B. durch Darlehen auf die in den Magazinen der Fabrikanten befindlichen Waaren und durch eine reiche Ausstattung der besprochenen Diskontobank.

Hand in Hand mit diesem Gedanken geht der Vorschlag der „Presse“ auf der Stelle die Hälfte des stehenden Heeres zu entlassen, und damit die Hälfte der 360 Mill. zu ersparen, welche das franz. Kriegsbudget verschlingt. Der Krieg, sagt das genannte Blatt, ist für jetzt nicht zu fürchten, und überdies ist die Gefahr, welche der Krieg für Frankreich mit sich bringen würde bereitem nicht so groß, wie die Gefahr, welche uns durch das Aufhören der Arbeit droht. Von zwei Gefahren soll man aber immer die kleinere vorziehen. Die neuesten diplomatischen Erneuerungen gehen der Presse überdies Veranlassung darauf zu dringen, daß die 3,600,000 Fr., welche die Besoldung des diplomatischen Personals erfordert, gleichfalls aus dem Budget gestrichen werden, und daß sich Frankreich künftig nur durch Konsuln im Auslande vertreten lassen. „Wozu dient die ganze Diplomatie? fragt sie, zu Nichts, zu gar Nichts. Oder doch höchstens dazu, Schwierigkeiten, Nebenbuhlerschaften und Verwicklungen herbeizuführen.“ Durch diese und ähnliche Ersparnisse würden sich dann die Mittel finden lassen, den Kredit auf Staatsburgschaften neu zu gründen und die gewerbliche Katastrophe, welche Frankreich mit unermeßlichem Unglück bedroht, hintanzuhalten. Vom Staate aber, und vom Staate allein, wir bemerken nochmals darauf zurück, erwartet der Pariser Handel und Wandel die einzige Hilfe. Wenn der Staat uns nicht hilft, sagen tausend Fabrikanten und Unternehmer, so können wir unsere Arbeiter nicht länger bezahlen. Die Folgen einer solchen Einstellung der Zahlungen brauchen wir nicht auszumalen. Was die Regierung betrifft, so fehlt es ihr sicherlich nicht an dem besten Willen; ob sie die in diesen schwierigen Umständen erforderlichen Fähigkeiten in gleichem Maße besitzt, das müssen wir abwarten.

Gewiß ist es, daß die Unzufriedenheit mit dem Thun und Lassen der provis. Staatsgewalt täglich größer und allgemeiner wird. Man klagt über die Langsamkeit ihrer Entschließungen, über die Unsicherheit ihres Verfahrens, über Nepotismus, über Ertheilung unnöthiger Stellen und Aemter, über unbefugtes Eingreifen in den Kompetenzkreis der Nationalversammlung. Allgemeine Mißbilligung erregt es zumal, daß die Nationalversammlung erst auf den 20. April einberufen ist. Selbst der „National“, den man das Journal des Débats der Republik nennen darf, kann sich nicht enthalten, dem in dieser großen Angelegenheit bewiesenen Zögern der provis. Regierung das rasche entschlossene Handeln der Staatsgewalt von 1792 entgegenzusetzen, die schon zwei Tage nach dem Sturze des Königthums, nämlich am 12. Aug. die Wahlen zu dem Konvente ausschrieb, der dann bereits am 20. Sept. zusammentrat.

Mit dem von der provis. Regierung festgesetzten Wahlmodus ist der National allerdings zufrieden, die andern Blätter dagegen erklären ihn fast einstimmig für einen durchaus verkehrten, der nimmermehr zu einer wahrhaften Ermittelung des Volkswillens führen könne. Diese Ansicht hatten wir für begründet. Wenn jeder einzelne Bürger die sämmtlichen Abgeordneten wählen soll, die sein Departement in die Nationalversammlung zu senden hat, so wird nur die kleinste Zahl der Stimmen mit wirklicher Kenntniß der Sache oder vielmehr der Personen abgegeben werden. Ein jeder Bürger kann einen oder den andern Mann seines Vertrauens haben, den er mit wahrer Ueberzeugung als seinen Vertreter in der Nationalversammlung sehen möchte; wenn aber der einfache Landmann, wenn der Bewohner der kleinen Provinzialstadt zehn, fünfzehn, zwanzig und mehr Namen von Kandidaten aufzeichnen soll, so versteht es sich von selbst, daß dabei von einem halbwegs selbständigen Urtheile nicht die Rede sein kann. Bei diesem Modus müssen sich die Stimmen der unermüdlichen Mehrzahl der Franzosen auf eine Anzahl von dunkeln Kandidaten verspliltern; und da zur giltigen Wahl einer Mitglieder der Nationalversammlung 2000 Stimmen erforderlich sind, so kann eine kleine Minderzahl, die zusammenhält, sehr leicht den Sieg über die Mehrheit davon tragen. Ein solches Zusammenhalten ist aber vorzugsweise in den Städten zu erwarten. Dort werden sich die verschiedenen Parteien über ihre Kandidaten verständigen und ihre Kandidaten dem zerstreuten Landvolke gegenüber in der Regel durchsetzen. Kurz, das allgemeine Stimmrecht nach dem von der Regierung aufgestellten Wahlmodus ist eine ungeheure Lüge. Eine wahre Vertretung der Wünsche und Ansichten des Volks kann nur aus kleinen Wahlbezirken hervorgehen, von denen jeder einen Abgeordneten zu ernennen hat. Aber die provis. Regierung steht voraus, daß bei den Wahlen nach kleinen Bezirken das monarchische und namentlich das legitimistische Prinzip eine sehr starke Vertretung in der Nationalversammlung bekommen würde, und um dies Ergebniß unmöglich zu machen, steht sie nicht an, die Nationalrepräsentation in ihrer Quelle zu verfälschen.

Die Democratie pacifique veröffentlicht heute den Brief, durch den der preußische Gesandte die ihm von der provis. Regierung geschickte Sicherheitsmache dankend abgelehnt hat.

Die in Paris lebenden Italiener haben sich gestern Abend versammelt, einen Klub gegründet und Joseph Mazzini zu ihrem Präsidenten ernannt.

Die Bande, welche sich, wie wir gestern berichteten, in drei Tuilerien festgesetzt hatte und durch kein Mittel der Ueberredung und der Güte zu bewegen war, den Platz zu räumen, ist endlich theils der Drohung, theils der Gewalt gewichen. Diese Menschen verlangten eine Leibrente von 1200 Fr. für einen Jeden von ihnen als Preis des Nachgebens, eine Unverschämtheit, welche die allgemeine Entrüstung im höchsten Grade reizte und Drohungen hervorrief, denen die Einlagerer endlich wichen. Sie verließen das Schloß am 7. mit klingendem Spiele, etwa 250 Mann stark, und wurden nach dem Stadthause geführt, wo man ihnen, wie es scheint, in der Stille doch eine unter der Hand anbedungene Abfindungssumme gezahlt hat. Bemerkenswerth ist noch, daß diese Leute bei ihrer Kapitulation die Bedingung gestellt hatten, daß man ihnen die Taschen nicht durchsuchen solle, eine Forderung, welche ohne Weiteres bewilligt wurde. Alle Welt kennt diesen Hergang der Sache; hört man aber die Pariser Blätter darüber sprechen, so sind jene Leute die uneigennützigsten, wackersten Patrioten, junge Helden, die nur aus übertriebenem Pflichteifer oder „in Folge eines Mißverständnisses“, wie das J. d. D. richtig sagt, den ihnen anvertrauten Posten in den Tuilerien ein wenig zu lange behauptet haben.

Wir lesen mit großer Verwunderung in der O.P.A.Z. einen Artikel, der keinen geringern Titel führt als den eines „Manifestes Deutschlands an die französische Nation“. Wen mag Deutschland denn wohl beauftragt haben, seine Ansichten und Gesinnungen Frankreich gegenüber im amtlichen Tone zu „manifestiren“? Siehe da, der Selumschlüsser unsres Vaterlandes ist der Hr. Prof. Baxthofer, welcher sein Manifest, ohne mit der Wimper zu zucken, „im Namen der unermeßlichen Mehrheit der Deutschen“ unterzeichnet. Wir gestehen, daß es uns für die Dreistigkeit und die Unbescheidenheit eines solchen Auftretens an jedem parlamentarischen Ausdrucke fehlt, der nicht tief unter dem Begriffe bliebe, den er bezeichnen soll.

Digitized by Google

**Baden.** * Karlsruhe, 9. März. Ein und dreißig Abgeordnete, die Hälfte sämmtlicher Kammermitglieder, legten heute Vormittag vor; die Meisten hatten deren nur größere Anzahl, dazu noch die unmittelbar an das Sekretariat gelangten Vorstellungen. Dankadressen an die Kammer für ihr Verhalten an den Tagen des ersten und zweiten März, Zustimmung zu den von ihr beschlossenen und von der Regierung gewährten Forderungen, worunter das deutsche Parlament und die Volksbewaffnung besonders in den Vordergrund gestellt wurden, neue Wünsche, namentlich die Aufberufung des Jagdrechts, bilbeten, neben einigen besonderen Angelegenheiten, den Hauptinhalt der Eingaben. Tausende von Bürgern bringen darin auf schleunige Erfüllung der gegebenen Zusagen, erklären, daß sie mit Herz und Arm, mit Gut und Blut bereit sind, für die Freiheit und das Vaterland einzustehen. v. Isstein verlas eine Adresse von 600 Bürgern und Einwohnern zu Neustadt an der Haardt (baierische Rheinpfalz), welche der Kammer für ihr kräftiges Verancherieren danken und den Badenern über den Rhein brüder die deutsche Bruderhand bieten. Nachdem die Sitzung eröffnet war, theilte Präsident Mittermaier einen Nachtrag zu dem gedruckten Schreiben des Präsidenten des Ministeriums des Innern mit, wonach die Verpflegung sämmtlicher Truppen, nicht blos der Offiziere, auf die Verfassung, unverzüglich vorgenommen werden soll, und für die Berufung eines deutschen Parlaments ein bestimmter Antrag an die Bundesversammlung bereits abgegeben worden ist. Hecker verlangt, daß die Gesbesemeli, sowie der Antrag an den Bund wegen des deutschen Parlaments auf den Tisch des Hauses niedergelegt werde. Nach längerer Verhandlung verlangt man sich dahin, daß die Vorlagen an die Kommissionen für Bassermanns Motion auf ein deutsches Parlament erfolgen sollen, dieselbe wird durch Wahl in der Kammer um 1 Mitglieder (Bubl, Hecker, Helbing, v. Isstein) verstärkt und versammelt sich heute Nachmittag zu schleunigster Berathung des wichtigsten Gegenstandes. Im Laufe dieser Verhandlung äußerte Welcker: Es müsse ein vollkommenes Vertrauensverhältniß zwischen der Regierung und der Kammer bestehen; die nachträglichen Erklärungen sind hierfür zuträglicher als die schriftliche Erklärung an den Präsidenten, welche befürchten ließ, daß das Ministerium das Vertrauen des Landes nicht erhalten könne, weil die Antwort noch kleinliche Bescheränkungen enthielt. Jeder Gedanke, noch das geringste Stück der alten Allianz festzuhalten, kann nur Störung in die Bewegung bringen; jetzt aber ist in Beziehung auf zwei Hauptpunkte eine bessere Erklärung gegeben. Doch ist es nicht genug, daß man sich wegen des deutschen Parlaments an den Bundestag gewendet, man sollte sich auch in unmittelbare Kommunikation mit befreundeten Regierungen setzen (Staatsrath Bekk. Dies ist gleichfalls schon geschehen). Das Vaterland muß zusammengehalten werden durch unmittelbare Versammlung von Vertretern der Nation um die Throne, sonst fällt es in häßlichen Zuckungen auseinander. Die innigste Vereinigung aller Staaten aber hindert nicht, daß vor Allem die mittleren und kleineren Staaten sich ein gemeinsames Band schaffen und mit einem Beispiele vorangehen, dem sich die übrigen anschließen können. Ihre trennen sich dadurch nicht von dem Bunde, aber das Gebot der Selbsterhaltung fordert, daß sie mit einem Nationalrathe zusammentreten, eine Macht bilden, die den Uebrigen Respekt einflößt und deren Stimme gehört wird. — Bekk. Alles, was der Abg. Welcker gesagt hat, muß ich aus voller Seele als wahr anerkennen. —

Hecker hätte die heutigen Erklärungen gern etwas früher vernommen, und erkennt an das Mißtrauen, welches die Fürsten von Leiningen zu dem König von Baiern: „nur keine halben Maßregeln.“ Die Ministerialerklärung an den Kammerpräsidenten habe überall im Lande großen Unwillen hervorgerufen. Jedermann verlange eine bündige, bestimmte Antwort. Ist es nun würdig, sich hinter sophistisch-rabulistische Ausdrücke zu verschanzen? Warum hat man sich nicht gradezu losgesagt von den Karlsbader, Frankfurter und Wiener Bundesbeschlüssen? Warum sagt man nur, „man werde sie nicht in Anwendung bringen?“ Das Volk muß glauben, es sei so gemeint, daß man nur für jetzt davon abstehe, zu anderer Zeit aber sie wieder vollziehen wolle. H. von Gagern in Darmstadt, der Herzog von Nassau, haben offene Erklärungen gegeben. Der Herr Minister hätte unbedingte Rechtsgewährung verlangen oder sein Portefeuille niederlegen sollen. Statt dessen ist das gewundene Ministerialschreiben erschienen, welches das Mißtrauen steigerte. — Es ist die höchste Zeit, daß Sie mit einer kurzen bündigen Erklärung vortreten. — Staatsrath Bekk ist durch dieses Auftreten gegen das Ministerialschreiben überrascht; wer daselbe mit Ruhe und Besonnenheit prüft, werde eine solche Auffassung kaum begreifen; freilich entspreche in diesem Augenblick der Verwirrung auch das Unbegreiflichste begreiflich. Der Abg. Hecker glaubt, es sei wie um mein Vorterfeuille zu thun? Wahrlich, wenn nicht eine höhere Pflicht es geböte, ich würde keinen Augenblick mehr bleiben. (Hecker: Ich habe dies wohl mit Bezlebung auf Sie gesagt; ich wünsche nur, daß Sie Muth und Energie zeigen.) Muth glaube ich in diesen Tagen bewährt zu haben; jetzt ist es schwerer zu bleiben, als sich zurückzuziehen und es sich bequem zu machen. Die Kammer hat in ihrer Erklärung nur gesagt, man solle die Karlsbader und die übrigen Ausnahmsbeschlüsse für nicht rechtsverbindlich erklären. Wie sind weiter gegangen, indem wir erklären, daß wir sie nicht mehr anwenden. Dieß setzt doch voraus, daß wir sie nicht für rechtsgiltig halten. Man hätte eine Proklamation, wie in Darmstadt, statt eines Schreibens gewünscht. Allein in Darmstadt war ein neuer Regent angetreten und hat den passenden Augenblick benutzt, um zu dem Volke zu reden. Bei uns hat der Großherzog in der Audienz Ihre Wünsche vernommen. Warten sie schon im Staatsministerium berathen gewesen, so hätte die eine Erklärung geben können. Die Berathung erfolgte aber noch am nämlichen Abend, und darauf erfolgte das Schreiben, welches sich auch gegen die Karlsbader und andere Beschlüsse aussprach, von denen in Hessen und Nassau kein Wort gesagt wurde. Die Gesetzentwürfe werden vorgelegt, sobald sie gemacht sind; würde man eine oberstädtliche Vorlage machen, so würde die Kammer nur länger mit der Verbesserung zu thun haben. Nach meiner Meinung hätte die Erklärung der Regierung, welche allen Ihren Wünschen zusimmte, mehr Anerkennung verdient, als sie gefunden hat. — Kapp bringt die Zumuthung eines deutschen Kabinets an den Großherzog, seinerlei Konzessionen zu machen, zur Sprache. Wenn diese in den Zeitungen mitgetheilte Nachricht wahr sei, so möge die Regierung solches Aeußerungen mit Indignation zurückweisen. Die Macht eines Kabinets, das dergleichen Begehren stellte, sei Null. Brentano nennt das betreffende Kabinet; es ist das preußische. Aus dem Schweigen der Regierung folgert er, daß die Nachricht Grund habe.

Staatsrath Bekk entgegnet, man werde sich nicht fordern, daß er über Mittheilungen anderer Regierungen, welche nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt sind, eine öffentliche Erklärung abgebe. Die Nachricht, wie sie in der Zeitung gekommen, sei unbegründet, wäre aber auch eine solche Mittheilung erfolgt, so finde man die Antwort der Regierung in dem, was geschehen ist. — Hecker. Wenn der erste preußische Soldat seinen Fuß nach Baden, der erste Russe den Fuß auf deutschen Boden setzt, um die Freiheit zu unterdrücken, so wird das Insurrektionsheer durch ganz Deutschland erschallen. Gegen die Russen werden Bürger und Soldat Seite an Seite ziehen. Fragen Sie, ob es wahr ist, vom Bodensee bis zur Eider. Mez. Mögen einzelne deutsche Kabinete sich veranlaßt sehen, gegen unsere oder andere Regierungen, welche die Bahn der Freiheit betreten haben, solche Zumuthungen zu erheben, so erwarte ich, daß die Völker jener Länder sich von ihren Kabinetten losfagen; ich glaube, daß alle deutschen Stämme Eins sind vom Bodensee bis zur Nordsee.

Der Abg. Bissing drückt die Nothwendigkeit der schleunigsten Volksbewaffnung zur Sprache, worauf Staatsrath Bekk erläuterte, daß der Bedarf an Waffen nicht augenblicklich herbeigeschafft werden könne. Die Regierung habe einstweilen schon aus den Vorräthen so viel als möglich abgegeben, und werde die Lücken aus den Ankäufen wieder ersetzen. v. Isstein spricht sein Bedauern aus, daß nicht rechtzeitig zur Anschaffung von Waffen gesorgt worden; Baum fügt bei, es erwecke kein Vertrauen, daß die Einzelnen die Waffen bezahlen sollen; wird das Volk bewaffnet, so soll die Gesammtheit bezahlen, nicht der Einzelne. Staatsrath Bekk bemerkt, daß die Gemeinden jetzt noch nicht verpflichtet seien, die Waffen zu kaufen; sei das Gesetz einmal erschienen, dann falle diese Frage hinweg. Bassermann empfiehlt das Beispiel von Mannheim, wo man in Anerkennung der Allmöglichkeit, von der Regierung die nöthigen Waffen im Augenblick zu bekommen, Kommissäre nach den Waffenfabriken in Belgien und am Niederrhein gesendet habe, um 2000 Gewehre für Rechnung der Stadt zu kaufen.

Welcker kömmt auf einen andern Gegenstand. Jeder Zweifel in Beziehung auf das Ministerialschreiben könne jetzt als gelöst betrachtet werden. Die heutigen Erklärungen seien bestimmt und ohne Rückhalt gegeben. Bezüglich auf die heute nicht berührten Punkte müßte ein großes Mißverständniß obwalten, wenn die maßvollen Forderungen der Kammer nicht als vollständig gewährt betrachtet werden könnten. — Von den Staatsdramen, deren Entfernung gewünscht worden, sind nach dem heutigen Regierungsblatt, zwei in Ruhestand versetzt. Ich wünsche, daß auch darüber eine Erklärung gegeben werde, ob Hr.

Digitized by Google

v. Bittersdorf bestnitiv abberufen worden ist. Staatsrath Bekk. Seine Abberufung ist beschlossen; der Vollzug liegt nicht in meiner Hand, wird aber beschleunigt werden.

**Welker.** Diese Eröffnung kann nur auf ganz kurze Zeit beruhigen. Wenn aber in den allernächsten Tagen der Vollzug nicht bekannt wird, so werde ich die Frage abermals in das Haus bringen. Wir müssen und wollen die Regierung unterstützen, so lange sie auf gutem Wege geht. Dazu gehört aber, daß wir Kraft und Vertrauen haben, und dies kann nur sein, wenn die bringenden Wünsche der Kammer entweder befriedigt, oder die Ständerversammlung aufgelöst wird.

**Präsident Mittermaier** bringt die beklagenswerthen Excesse zur Sprache, welche in einzelnen Ortschaften gegen unsere Mitbürger mosaischen Glaubens stattgefunden haben. Er kenkt die Aufmerksamkeit der Kammer auf die Erklärung der in Mannheim wohnenden Abgeordneten, welche er verliest, und sist überzeugt, daß alle Mitglieder der Erklärung beitreten und sich mit Nachdruck dafür aussprechen werden. **Staatsrath Bekk.** Der Aufruf der acht Abgeordneten hat mich in der Seele getroffen, ich dankt ihnen dafür. **Hecker.** Wir haben in Ihrer aller Namen gesprochen, wir kennten Ihnen keine Kenntnis davon geben, weil wir nicht versammelt waren, aber wir waren Ihrer Zustimmung gewiß. (Sämmtliche Mitglieder erheben sich unter lautem Zustimmungsruf von ihren Sitzen). **Brentano** erzählt die schändlichen Excesse gegen die Juden in Bruchsal, wobei er Spuren reaktionärer und jesuitischer Umtriebe zu erkennen glaubt; insbesondere beschuldigt er den dortigen Beamten (Leiblein) strafbarer Nachlässigkeit, indem derselbe auf erhaltene Anzeige beim Tarockspiel im Gasthaus sitzen geblieben sei. Rotk sucht den Beamten damit zu entschuldigen, daß derselbe, wie Andere, nicht geglaubt habe, daß es so weit kommen werde. Staatsrath Bekk erfucht den Abg. Brentano um nähere Mittheilungen; die Untersuchung soll gepflogen, aber Niemand ungehört verurtheilt werden.

**Bassermann** und **Hecker** benutzen diesen Anlaß, um ihre Mitbürger dringend zu ermahnen, solchen Angriffen gegen die Freiheit, das Eigenthum und die Person aus allen Kräften zu steuren, und die schöne Bewegung für die Freiheit nicht durch Rachsucht der Roheit entweihen zu lassen. Jetzt räche es sich, daß man so viele Jahre nur gesügige Werkzeuge der servilen Partei als Beamte angestellt, die nun durchaus kein Vertrauen genießen. Viele der nach Mannheim geflüchteten Juden haben erklärt, daß sie schuldlos seien, weil gar Niemand mehr auf die Beamten höre. Es sei nothwendig, Veränderungen in den Beamtenstellen vorzunehmen. **Hecker** machte noch darauf aufmerksam, daß die Juden, wenn sie von den höheren Rechten der Christen ausgeschlossen bleiben, nur um so tiefer sinken müssen, und daß man gerade durch die Ausschließung sie zu gesellschaftlichen Geheimen mache, die lediglich auf Wucher, Gaunerei und Sinnengenuß angewiesen sind. **Mez** ermahnt die Juden, vom Schacher und Wucher abzulassen, und sich mehr dem Landbau und den Gewerben zuzuwenden. **Kapp** sügt bei, daß diese Ermahnung auch bei manchen Christen gut angewendet wäre, und führt das Beispiel eines Advocaten in Freiburg dafür an.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 8. März Abends. Pfizer ist diesen Abend noch von Tübingen zurück hier eingetroffen; sogleich fand eine Versammlung von Abgeordneten Statt, wobei aber bloß die Oppositon erschien. Man hört, daß Pfizer seine Bereitwilligkeit, ins Ministerium einzutreten, erklärt habe, wenn auch Römer, der Führer der Opposition, eintrete. So verkündete es nach dieser Besprechung noch der Abg. Murschel im Bürgerhause vor einer zahllosen Menschenmenge. Jetzt ist überall Spannung und Hoffnung auf den morgenden Tag. Wird der König einwilligen? Das Verlangen Pfizer's und Duvernoy's ist von der größten Bedeutung, denn es ist Römer's Bedingung die Garantie, daß kein bloßes Uebergangsministerium gebildet würde, dem Mißtrauen des Unglauben radikale oder reaktionäre Elemente folgen würden. Bei gleichen Ansichten haben doch Pfizer und besonders Duvernoy in der Form eine Milde und Nachgiebigkeit, welche als Grundprincip eines Ministeriums in jetziger Zeit einigen Maßen bedenklich sein könnten. Römer's Entschiedenheit mit jener versöhnenden Bürgertugend gepaart, gibt Garantie für ein konstitutionelles Ministerium, das die Volkswünsche durchführen wird. — Der ständische Ausschuß hat heute den König in einer Adresse gebeten, durch eine Proklamation noch vor Zusammentritt der Stände diejenigen Volkswünsche zuzusichern, welche auch schon ohne die Stände gewährt werden können. Eine solche Proklamation von dem Ministerium Pfizer würde Befriedigung gewähren. — Man hatte beabsichtigt, bei Eröffnung der zweiten Kammer diese eine gemeinsame Petition vom ganzen Lande durch Deputirte, denen Jedermann aus dem Volk sich anschließen solle, zu überreichen. Der Plan ist, verschoben, bis Gewißheit über das Ministerium eintritt. Welcher Wechsel von Frhrn. v. Linden zu Pfizer und Römer!

** Von Stuttgart erfahren wir eben folgende Zusammensetzung des Ministeriums. Justiz: Römer; Inneres: Duvernoy; Kirchen- und Schulwesen: Pfizer; Finanzen: Goppelt; Krieg: wahrscheinlich Bangold.

**Niederland.**

* Die konservative Presse fordert alle Vaterlandsfreunde auf, die Meinungsverschiedenheit auf dem Altare des Vaterlandes zu opfern, alle besondern Wünsche hinzugeben und sich einträchtig um Thron und Regierung zu schaaren. Sie weist dabei auf das Beyspiel Belgiens. Aber, antwortet die liberale Presse, Belgien und Niederland sind durchaus nicht in derselben Lage. Belgien hat das Glück, ein sehr freisinniges Grundgesetz und ein Ministerium zu haben, das gewißt ist, dem Grundgesetz die vollständigste Ausführung zu geben. Niederland dagegen ausält sich noch unter der ererbten Verfassung von 1815, durchgesehen und verschlimmert im Jahr 1840, und unter Ministerien wie von Rappard und van der Heim. — — — „In Belgien hat man Ursache, sich an die Regierung anzuschließen, in Niederland nicht. In Belgien hat man gute Gründe, den Umsturz der grundgesetzlichen Bestimmungen nicht zu wollen; in Niederland hat man gute Gründe, einen solchen zu wollen."

Belgien liefert in der That gegenwärtig ein ebnse treffendes Beispiel von der großen Kraft einer Regierung, welche der nationalen Ueberzeugung Gehör gibt, als Frankreich von den unsäligen Felgen, die ein unverständiges Festklammern an Formen, an die Niemand glaubt, nach sich zieht. „Belgien", sagt der Charivari, „bedarf der republikanischen Revolution nicht, um sich in den Besitz konstitutioneller Volksrechte zu setzen." Nationen machen keine Revolutionen aus Liebhaberei, sondern nur, wenn sie deren nöthig haben; die Verantwortlichkeit dafür fällt auf Diejenigen zurück, welche die revolutionären Bewegungen hervorsorderten.

„Das Grundgesetz", schrieb Prof. Thorbecke prophetisch schon vor zehn Jahren, „soll nicht bloß eine lautere Form, es muß auch eine nationale Kraft sein. Wie viel Ursache wir haben, diese zu festigen, zeigt jeder Blick, den wir auf Frankreich werfen. Unsere Heere, unsere Festungen, unsere Ströme werden eine allgemeine Gefahr, die gleichsam durch die Luft sich verbreitet, nicht von uns abwenden. Doch uns sittlich, konstitutionell zu stärken, ja unüberwindlich zu machen, das hängt von uns ab. In unserer Zeit entscheidet physische Uebermacht auf die Dauer nicht mehr, doch hat ein kleines Volk mit einem schwachen politischen System Alles zu fürchten." Um jene nationale, jene sittliche und konstitutionelle Kraft zu stärken, hat die Regierung zur Rechten gethan. Will sie dieses endlich ihr System ändern und wahre Staatsmänner ins Ministerium berufen, dann wird auch die liberale Presse sich ihr mit gleichem Eifer anschließen, wie es in Belgien geschehen. Die niederländische Regierung handle wie die belgische, und das niederländische Bürgerthum wird sich ihr anschließen, wie das belgische an die belgische Regierung. „Aber wie geben die Waffen nicht ohne Bedingung, noch auf ein bloßes Versprechen der Besserung aus den Händen." So erklärt die Amheimer Zeitung.

Seit dem Ausbrend der französischen Revolution findet täglich ein Ministerrath Statt, dem auch die anwesenden Prinzen des königlichen Hauses anwohnen.

**Ungarn.**

Preßburg, 3. März, 12 Uhr Mittags. Was man geahnt, ist nunmehr eingetreten. Die Pariser Ereignisse haben die ungarische Oppositieu exaltirt, und sie teilt nun mit ihrem ganzen Plane hervor. Wir sind nur noch einen Schritt von der Revolution. Die gestrige geheime Sitzung der Ständetafel dauerte bis 10 Uhr in der Nacht. In der heutigen öffentlichen Sitzung, welche eben geschlossen worden, nahm die Tafel mit Einstimmigkeit und Akklamation den Antrag des Oppositionsches, Ludwig v. Kossuth, an, welcher dahin geht, morgen eine Reichsdeputation an den König nach Wien zu senden, welche die sofortige Ernennung eines verantwortlichen ungarischen Staatsministeriums, das aus lauter Ungarn zu bestehen habe und von den übrigen Ministerium getrennt sei, sowie auch die sofortige Aufhebung aller Beschwerden und eine zeitgemäße Umänderung der Verfassung unter reichstäglichen Auspicien verlangen sollen! Um 4 Uhr Nachmittags wird wieder eine öffentliche Sitzung stattfinden, in welcher die Formulierung dieser Punkte vorgelesen und einfach angenommen werden soll. Ludwig v. Kossuth hat in der ganzen Sitzung allein gesprochen, seine Rede dauerte 1½ Stunde und versetzte die Versammlung in Erstase. Es war heute auch Sitzung der Magnatentafel, aber die vornehmsten Redner dieser Tafel waren in der Ständesitzung anwesend. Die Bankrotterwerwirrung hat den höchsten Grad erreicht. (Brest. Z.)

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim — Druck von **G. Mohr** in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Cox, 4, Nov., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Südamerika: Bureau wenige man sich an G. A. Wienerer Straßburg 28 Boulevards. Paris 20, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeber: Heinrich Bassermann. Gust. Mevissen. Heinrich Simon. Der Preis beträgt jährlich 6 fl. 30 kr. durch die Post bezogen im Innern des Großherzogthums Baden 8. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 73. Heidelberg, Montag 13. März. 1848.

## Uebersicht.

Die Bewegung in Kurhessen. — Wien (der Czechenzug Kainer und Johann. Finanzkrisis. Bestürzung des niederösterreichischen Gewerbevereins. Petition für den freyen Verkehr Landtag. Gerüchtungen in Ausssicht). Berlin (Reformadresse. Der Magistrat lehnt die Beförderung an Reformadressen ab. Die Erklärung des Bundestags. Freilassung Bebede's und Jordyke's). Königsberg (durch ein Ministerialreskript Uebermachung der Stadtverordnetenverhandlungen aufgehoben. Russisches russischer Truppenmarsch an die Grenze). Breslau (die Vorgänge vom 6. März. Petition um allgemeine Bürgerbewaffnung). Koblenz (Adresse an den König). Köln (Truppenverstärkungen). Neuwied (Reformpetition). München (bairische Deputation wegen der Bundesreform). Würzburg (Bauernaufruhr in Schallenburg). Stuttgart (Landesadresse und über das sind Ihren getretene Volksministerium. Die Anfregung im Hohenlohischen. Adresse der Tübinger an die Stände). Leipzig (Eingabe der Censoren; Eingabe zweier Landtagsabgeordneten). Dresden (Verhandlungen über die Censurverfassung). Kassel (die Deputation. Freisprechung und Rehabilitation Bippermann's. Loh sagt ab). Hanau (Adresse an den Kurfürsten; die Stadt verbarrikadirt). Fulda (Adresse). Darmstadt (neuer Justizminister; Wiederherstellung der Turnvereine). Wiesbaden (Bürgerwehr; die Stadt unter der Landesvertretung). Weilburg (Reformagitation). Biebrich (Zumutte; Advokat Düberg). Weimar (sämmtliche Aufritte). Koburg (Reformbewegung). Gotha (auch hier Sieg der Reform). Bremen (die Reformbewegung; die Deputation an den Senat).

**Niederland. Haag.** Eröffnung der zweiten Kammer.

**Großbritannien.** Der Arbeiteraufstand in Glasgow. Meetings zu Gunsten der französischen Republikaner. Bemerkungen über die irische Bewegung. Rauschdom der Times über die Stellung der europäischen Länder zur französischen Republik.

**Frankreich.** Versammlung von Abgeordneten aller Pariser Gewerbe einberufen. Aufrufe und Manifeste der Arbeiter. Die Aufgabe der zu errichtenden Staatswerkstätten. Ausrufe angewiesener Ausländer und deren Mißhandlung in Brüssel. Ueberreichung der Adresse der Deutschen. Veränderungen im diplomat. Körper. Der österreichische Gesandte abgereist. Decker, Bankhaus unter Knie, selbst bei Rothschild, dem über. Generalkonsul. Börsenkurse vom 9

**Spanien** Aufregung in Madrid. Volksaufstand mit Mühe gedämpft: es lebe die Republik!

**Handel.** Frankfurt. Börsennachrichten.

**Beilage.** Karlsruhe (Kammerverhandlungen: Antrag Trefurt's auf Gründung einer Landesbank zur Unterstützung der Arbeiter und Adelbauer. Die Rechnung gen des Kriegsjahres; Besetzungsrecht über Erlaß des Schadens an Eigenthum durch Aufruhr; Besitzer über die Rothwendigkeit deutscher Verbrüderung). Heidelberg (die Lage Oesterreichs). Vom Rhein (die Tagesgeschichte und die reaktionäre Presse). Mainz (die Freiheitsfeier. Stellung zur Bundesverfassung, gerichtl. Aufrufer. Verbrüderungsdemonstrationen). Kassel. Volksmunkte. Der Kriegsminister und General Stabella treten ab. Haß gegen die Oesterreicher.

## Heidelberg, 13. März.

Von allen konstitutionellen Ländern Deutschlands, welche die Reformbewegung berührte, hat in den letzten Tagen keines die Aufmerksamkeit so sehr beschäftigt als Kurhessen. Es fühlte Jeder, daß der politische und sittliche Schaden hier so tief gewurzelt war, daß eine gewaltsame Lösung ganz im Gebiete des Wahrscheinlichen lag. Indessen fand langsam einige Zugeständnisse abgerungen worden; daß sie keine Bürgschaft boten für die Dauer, daß sie die Absetzung gegen die Reform, in selbst gegen die Feststellung schon bestehender und beschworener Rechte so groß war wie früher, diese Ueberzeugung nahm Jeder mit sich, der die Kasseler Vorgänge vom 6. und 7. März aufmerksam verfolgte. Diese Ueberzeugung ist von den Hanauern in ihrer letzten Adresse scharf und unumwunden ausgesprochen worden; sie bergen ihr tiefes Mißtrauen nicht, sie setzen dem Kurfürsten eine Frist der Nachgiebigkeit, sie stellen das Entscheidende in Aussicht — eine kostenfreyung Hanau's von Kurhessen.

Es ist schlimm, wenn Bürger so zu ihren Regenten sprechen; schlimm, wenn sie so zu ihm sprechen müssen. Die Erklärung zu diesem Müssen liegt in der Geschichte, die Kurhessen seit siebenzehn Jahren erlebt hat, in dem konsequent durchgeführten System von Falschheit, despotischer Laune und Gewaltthätigkeit, womit dieses bedrückte Volk seit lange heimgesucht worden ist. Daß dieses treffliche Land, das nach bittern Erfahrungen seine treue Anhänglichkeit an das „angestammte Fürstenhaus" durch sieben Jahre einer Fremdherrschaft unverkümmert bewahrt hatte, statt der gehofften Restauration nur die ueberschwängliche Reaktion erlebte, daß es nun weniger Jahre beburfte, um die Periode der Fremdherrschaft wie bessere Zeiten erscheinen zu lassen, daß es sich im Drange einer Umwälzung sein gutes Recht erringen mußte — schon das hatte etwas tief Beschämendes für das deutsche Ehrgefühl, Etwas, das man den Fremdegern wie eine Schmach vorbergen hätte. Aber es sollten der deutschen Langmuth noch größere Prüfungen bereitet werden; es folgte eine Zeit, die wieder jenen soldatisch patriarchalischen Despotismus der Vorgänger als eine glückliche Periode erscheinen ließ.

Denn dreister und gewaltsamer ist doch in keinem deutschen Staate gegen alles politische und sittliche Bewußtsein des Volkes verfahren, schonungsloser nirgends mit Verfassung und Recht gespielt worden als in Kurhessen. Gegen die Verfassung Konstitution, die Unabhängigkeit der Gerichte, die persönliche Freiheit, die Freiheit des Glaubens und der Rede ist hier siebenzehn Jahre unaufhörlich Sturm gelaufen worden, und es gehörte die ganze Zähigkeit eines fernhaften Volkes dazu, um in diesem unaufhörlichen Ringen nicht mehr zu verlieren, als verloren worden ist. Wurde doch mit kecker Sophistik der ganze Inhalt und das Wesen der Landesverfassung in Frage gestellt; ihren unzweifelhaft repräsentativen Charakter suchte eine rabulistische Advokatenkunst unverhohlen in einen nur „ständischen" umzugestalten! Trieb man doch die Fälschung der Volkswahlen in ganz Deutschland — die bekannten hannoverschen Minoritätswahlen etwa ausgenommen — nirgends bis zu dieser Höhe. Hier wurde dieser, dort jener ganz freisinnige Vorwand aus der Luft gegriffen, um bewährte Männer und der Ständeversammlung aufzuschließen; Majestäts- und Tendenzprozesse, die an raffinirter Erfindungsgabe an die römische Kaiserzeit erinnerten, mußten als Mittel dienen, unabhängige Männer aus dem Rathe der Volksvertreter fernzuhalten. Die Prozesse von Sunckel, Pieter, Henkel, Wippermann, die Ausschließung von Waitz, Kraus u. A. sind in der Erinnerung noch zu frisch, als daß wir die einzelnen Züge dieser politischen Sophistik und Chikane aufzuzählen brauchten. Freilich waren die Gerichte besser als die Regierung, und nicht immer traf der Schlag, den man führen wollte; aber auch die Gerichte fing man an langsam umzugestalten, um an ihnen allmählich gehorsame Werkzeuge des administrativen Willens zu finden. Und es gelang es nicht zuletzt doch, nach ermüdenden Vertagungen und Auflösungen, nach Tendenzprozessen und Ausschließungen eine Kammer zusammen zu bringen, die nimmer der Ausdruck des Volkes war, wohl aber das willenlose Werkzeug einer gewaltsamen und perfiden Regierungspolitik? Man hatte frühern Kammern bei aller Nachgiebigkeit doch nicht Alles zumuthen dürfen. Die letzte versprach in ihrer Mehrheit jedem ministeriellen Gewaltstreich, jeder offenen Verfassungsverletzung die sichere Sanktion.

Die Uebergriffe der Beamten- und Polizeigewalt, die Verbote und Beschränkungen jeden Kurhessen eine nicht minder traurige Berühmtheit, als jene berechtigten Deutungen der Gewaltsamkeitsfreiheit, jene modernen Ketzerverfolgungen, jene Begeisterungsverweigerungen, womit das Land Philipp's des Großmüthigen heimgesucht ward. Und doch hatte dies nichts Ueberraschendes mehr, wenn man die Tendenzprozesse und politischen Verfolgungen, die persönlichen Chikanen, den durchaus verarorischen und launenvollen Charakter der ganzen Verwaltung betrachtete, wenn man sah, wie seit lange das Verdienst und die Gesinnung mißhandelt, der Abfall belohnt und dadurch die Korruption systematisch großgezogen ward.

Wäre es möglich, zu einer Regierung dieses Schlages Zuneigung und Vertrauen zu hegen, so hätten die ersten Vorgänge nach dem Tode des jüngst verstorbenen Kurfürsten auch diese Möglichkeit beseitigen müssen. Wie glauben nicht, daß die officiellen und halbofficiellen Klärungen des beabsichtigten Staatsstreichs je viel Glauben gefunden haben; wir haben vielmehr die feste Ueberzeugung, daß man in Kurhessen wie im übrigen Deutschland nicht einen Augenblick daran zweifelte, daß der neue Kurfürst seine Regierung mit einem Bruche oder einer Aenderung der Verfassung zu beginnen entschlossen

Digitized by Google

war. Ist und ja noch in frischer Erinnerung, wie man die braven Offiziere zur Strafe versetzte, die es wagten, an die Heiligkeit des Eides zu erinnern, wie man der Feier des Verfassungstages wehrte, wie man die Hanauer knebelte, auf denen bekanntlich darmstädtischen Boden das kurhessische Verfassungsfest zu begehen!

Daß eine solche Regierung kein Vertrauen wecken konnte, ist ebenso klar als es unläugbar ist, daß eine Politik dieser Art für die schlimmste und verderblichste Feindin der monarchischen Ordnung gelten muß. Man kann den innern Zusammenhang zwischen Thron und Volk nicht gründlicher zerstören, den ganzen Staatsorganismus nicht sicherer entsittlichen als durch ein vielzähriges, System von Sophistei, Chikane, Gewaltsamkeit und politischer Immoralität. Es können tiefe Mißverständnisse eintreten zwischen Regierung und Volk, aber sie werden gelöst werden, sobald es nur Mißverständnisse sind; wo der Schaden den ganzen sittlichen Kern ergriffen hat, ist eine Heilung viel schwerer oder unmöglich. Dieser Fall liegt jetzt in Kurhessen vor. Die „Zugeständnisse", die der Kurfürst zuckerweise bewilligte, sind keine Zugeständnisse; es sind meist verfassungsmäßige Rechte. Ist es schon traurig genug, diese zu Recht bestehenden Bürgschaften unter dem Eindruck einer allgemeinen deutschen Agitation wieder erringen zu müssen, so ist es noch trauriger, die Ueberzeugung zu haben, daß selbst diese Einräumungen nicht aus freiem und aufrichtigem Willen, sondern mit knappen Beschränkungen und Hintertüren gegeben sind. Diese Ueberzeugung lebt aber in Hunderttausenden und man kann es den Hanauern nur danken, daß sie offen und rückhaltlos sie ausgesprochen haben. Das allgemeine Mißtrauen ist vorhanden; warum sollen man ihm nicht Worte leihen, warum nicht offen sagen, daß im Hintergrunde einer solchen Politik nichts Anderes liegt als die Revolution?

Die Hanauer haben es ausgesprochen; möge das ganze kurhessische Land es ihnen nachsprechen. Nicht eine Trennung möge erfolgen, sondern eine einmüthige und entschlossene Manifestation des Volkswillens, daß man die ganze und vollständige Reform begehre, keine Ausrede, keine Kniffen mehr dulde, denn zu lange schon ist in Kurhessen mit Worten, Versprechungen und Konstinktion ein unverantwortliches Spiel getrieben worden.

**Oesterreich.** Wien, 3. März. Der Vierkönig, Erzherzog Rainer, hat die Weisung erhalten, sein Hoflager in Verona aufzuschlagen, da der Aufenthalt in dem offenen Mailand nicht mehr sicher scheint. — Die Verwelgerung der Annahme von Banknoten nimmt in Oesterreich von Tag zu Tag zu. — Der Erzherzog Johann ist mittelst eines Kuriers zu den Staatskonferenzen herbeirufen worden. Er befand sich acht Tage in Grätz. Die Konferenzen dauern fort, und nachdem gestern die erste direkte Nachricht vom Beischafter Grafen Appony über die neuesten Ereignisse aus Paris bis zum 26. Feb. eintrafen, so ist kaum zu zweifeln, daß die diplomatischen Verhandlungen mit Frankreich vor der Hand keine Störung erleiden dürften.
(Dresl. Z.)

Wien, 7. März. Dem Nürnb. K. wird geschrieben: Der niederösterreichische Gewerbeverein in Wien hat in seiner gestrigen Sitzung nachstehende Adresse an den Kaiser angenommen: „Eure Majestät! Ungetrurer Ereignisse haben im Westen von Europa stattgefunden. Der Kredit ist auf das Tiefste erschüttert. Alle Gewerbe stocken, und es droht die höchste Gefahr. Nur ein festes, inniges Anschließen der Regierung an die Stände und Bürger, ein festes inniges Anschließen Oesterreichs an die Interessen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes und Offenheit kann das alte so oft erprobte Vertrauen wieder gewinnen. In dieser Zeit der Noth wagt es daher der gehorsamste niederösterreichische Gewerbeverein, Eurer Majestät die Versicherung zu geben, daß alle seine Glieder bereit sind, Gut und Blut für das angestammte Kaiserhaus zu opfern, indem sie überzeugt sind, daß Ew. Maj. nur die weisesten und zweckmäßigsten Mittel wählen werden, das drohende Uebel abzuwenden. Ew. Maj. Treugehorsamster niederösterreichischer Gewerbeverein." — Hierauf antwortete der in der Sitzung anwesende Erzherzog Franz Karl: „Ich danke Ihnen im Namen Sr. Maj. für diesen Ausdruck Ihrer Anhänglichkeit, welchen ich auch nicht ermangeln werde, dem Kaiser allsogleich mitzutheilen. Gewiß! Wir haben nie in die Treue Zweifel gesetzt, welche Sie neuerdings an den Tag legen. Ja, es ist nun an uns, festzuhalten, denn nur dann können wir zum gewünschten Ziele gelangen." (Ungeheurer Applaus.) Der Erzherzog wendet sich nochmals mit folgenden Worten an die Versammlung: „In Ihrer Mitte zu stehen, kann mir nur höchst erfreulich sein!" (Applaus.)

Dasselbe Blatt berichtet: Der Landtag der nieder-österreichischen Stände wird am 22. d. M. eröffnet werden. Die vorbereiteten Petitionen des Landtages beziehen sich auf die Anschaffung Oesterreichs an Sr. bei der Bundesversammlung beantragte Beferung der Presse vom Censurzwange und Zuziehung des vierten Standes zu den Bundesberathungen in der Art, daß der Prälaten-, Herren- und Ritterstand zusammen eine Kammer, und die andere der niedere Adel mit den Abgeordneten der Städte und Gemeinden bilden würde. Wie man indessen glaubwürdig vernimmt, wird der Monarch aus eigener Bewegung die Stände der deutschen Erblänber mit einer neuen Gewähr über Rechte in zeitgemäßer Ausdehnung erfreuen, die, auf uralte Grundlagen in deutscher Weise und nicht unbedeutendem Umfange gebaut, mehr und mehr ausser Uebung gekommen waren.

**Preußen.** Berlin, 9. März. Die hiesige Zeit. schreibt: Es cirkulirten in unserer Stadt gegenwärtig mehrere Adressen, welche zur Ueberreichung an den König bestimmt sind. Eine dieser Adressen liegt namentlich an verschiedenen öffentlichen Lokalen auf und ist bereits mit vielen Unterschriften bedeckt, ohne daß von Seite der Behörden hiergegen irgend eine Einwendung erhoben worden ist. Diese Adressen stimmen im Allgemeinen mit den Wünschen überein, welche gegenwärtig in den anderen deutschen Staaten laut geworden sind, namentlich wird in solchen um Preßfreiheit, Geschworngerichte, allgemeine Betretung beim deutschen Bund u. s. w., als die besten Mittel, die Eintracht zwischen den verschiedenen Elementen des Staates zu kräftigen und sich gegenseitig für die drohenden Gefahren zu stärken, gebeten. Da eine Anzahl hiesiger Bürger die Absicht gehabt haben soll, eine dieser Adressen Sr. Majestät persönlich zu überreichen, so ist gestern Mittag der L. Polizeipräsident v. Minutoli selbst in einem hiesigen öffentlichen Lokale erschienen und hat den dort in dieser Angelegenheit versammelten Personen präventiv eröffnet, daß der König nicht geneigt sei, Deputationen der fraglichen Art persönlich anzunehmen, daß aber einer Beförderung der Adresse auf dem gewöhnlichen Wege durch das Hof-Postamt Nichts entgegenstehe. Der Präsident hat verheißen, die richtige Ankunft der Adresse selbst zu bezeugen und überhaupt Worte der Beruhigung und Verständigung gesprochen. Demgemäß wird wahrscheinlich die Absendung der Adresse durch die Post erfolgen.

Eine Korrespondenz der Weser. versichert, die bekannte Erklärung des Bundestags sei von Preußen veranlaßt worden, und zwar schon vor den Februarereignissen, als deren Rückwirkung man sie zu betrachten Ehr versucht war.

**Berlin**, 8. März. Die hiesigen Blätter melden, daß Dr. Jroberg und der Eh. Hofrath Wedecke resp. vorgestern und gestern in Freiheit gesetzt worden sind.

* **Berlin.** Der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Berlin hat, wie und soeben von dort geschrieben wird, mit 18 gegen 7 Stimmen abgelehnt, im Sinne der ganz Deutschland ergreifenden Reformbewegung, im Sinne deutscher Einheit und Verbrüderung bei dem König Schritte zu thun. Eine von einer Versammlung junger Männer beschlossene Adresse an den König, worin auch um Vertretung des deutschen Volks beim Bundestage gebeten wird, hatte bis zum 9. März nur 500 Unterschriften; verzweifelt wenig für eine Stadt von 400,000 Einwohnern!

**Königsberg**, 3. März. Ein bedrohliches Gewitter hat sich über unsere Stadtverordnetenversammlungen zusammengezogen. Die erste öffentliche Sitzung derselben, über deren stürmische Debatten ich der „Deutschen Zeitung" zur Zeit berichtet habe, ist nach Ablauf von fast 4 Monaten Gegenstand eines fulminanten Ministerialreskripts an die hiesige Regierung zur weitern amtlichen Veranlassung gegen Magistrat und Stadtverordnete von Königsberg geworden. Das Ministerialschreiben tadelt darin die hiesige Regierung darüber, daß dieselbe unmittelbar nach der erwähnten Sitzung nicht sofort officiell eingeschritten, in so starken Ausdrücken, daß das Regierungskollegium dagegen remonstrirt haben soll. Dem Magistrate wird darin nach pflichtigen Vorwürfen, daß sein Kommissarius die einen so mißfälligen politischen Charakter annehmende Debatte nicht verhindert habe, aufgegeben, die Verhandlungen der Stadtverordneten in Zukunft aufs Strengste zu überwachen. Ansterdem wird dieselbe bei der nächsten Veranlassung der Art mit dem Verluste der Oeffentlichkeit bedroht. Die Mitglieder des Magistrats worden — wie ich aus sichrer Quelle weiß — es entschieden ablehnen, eine Mission wie die ihnen zugedachte in der Stadtverordnetenversammlung zu übernehmen, und wahrscheinlich wird diese das am nächsten Dinstage ihr mitzutheilende Ministerialreskript einfach ad acta verweisen. — Nachschrift. Aus Rußland hier eingetroffene glaubwürdige Reisende versichern, daß eine außerordentliche rasche und starke Truppendersorgung sich von dort der preußischen Grenze zuwälze. — (Den größten Theil dieses Briefes, der den gewaltigen

Digitized by Google

Eindruck der Pariser Nachrichten auf die Bevölkerung Königsbergs schildert, heben wir für spätere Mittheilung aufgespart.)

† Breslau, 7. März. Ueber die gestrigen Ereignisse kann ich Ihnen noch Folgendes melden: Verhaftet sind 5 Personen. Verwundet, und zwar mit scharfer, nicht mit flacher-Klinge sind zahlreiche Individuen aus verschiedenen Ständen; darunter ein Student und ein Arzt. Das Schicksal des Fenstereinwerfens hat auch unter andern das Rathhaus betroffen. Abends nach 8 Uhr suchte der bekannte Stadtrath Simon an der Hauptwache das zahlreich versammelte Volk durch eine Anrede zu beschwichtigen; seine Bemühungen wurden jedoch durch eine Eskadre der Kürassiere unterbrochen. Bischofsstraße, Schweidnitzerstraße, Ring und Krämermarkt, wie auch der Hinterdom — wo nämlich der Mintergarten liegt — waren die Hauptpunkte, wo das Militär mit dem Volke in etwas unangenehme aber durchaus unblutige Berührung kam. Heute früh war Alles ganz ruhig; Nachmittags sah man an allen Straßenecken Anschläge, worin das „königliche Gouvernement und Polizeipräsidium" in Erinnerung bringt, daß nach dem Gesetz vom 17. Aug. 1835 bei Volksaufläufen, wenn sie nach zwei Mal ergangener Aufforderung, oder nachdem man durch Trommelschlag u. dgl. das Signal zum Zerstreuen gegeben, nicht auseinander gehen, von den Waffen Gebrauch gemacht werden darf, und daß bei Widersetzlichkeiten gegen die bewaffnete Streitmacht Feuerwaffen in Anwendung kommen sollen. Alle die, welche nach erfolgter Anwendung von Waffengewalt auf dem Kampfplatz betroffen würden, sollten sofortdarsich für den etwa entstandenen Schaden haften. Sie können denken, daß angesichtlich dieser ziemlich unerwarteten Bekanntmachung von zahlreichen Fetern umstanden und Mienen ging Hochstimmung auf einander. Militär war den ganzen Tag über nicht zu sehen; es war aber bereitet, sich in den Kasernen jeden Augenblick schlagfertig zu halten. Allgemein ist die Empörung über die gestern erfolgte leichtsinnige — um das mildeste Wort zu gebrauchen — Anwendung der bewaffneten Macht; allgemein ist die Ueberzeugung, daß einzig und allein die unbefonnene Verwarnung des Magistrats und das Aufsehen erregende Manövriren des Militärs die gestrigen traurigen Auftritte hervorgerufen haben. — Heute Abend war eine sehr lebhafte Versammlung der Bürgerrepräsentirt im Wintergarten. Eine Petition an die Stadtverordneten um allgemeine Bürgerbewaffnung, damit der Bürger sich selbst schützen könne und eine so unangemessene Verwendung der Militärmacht, wie gestern, nunmöglich gemacht werde, wurde unterzeichnet.

* Koblenz. Die von hier an den König abgesandte Adresse lautet vollständig: „Zwischen mir und meinem Volke Wahrheit! Erhabene Worte Ewr. Majestät, welche von den Ufern des Rheines bis an den Niemen allgemeinen Anklang gefunden haben. An den Grenzen des Reichs, das durch eine dritte gewaltige Revolution das Königthum zerstört, und eine Volksregierung eingeführt hat; in der Mitte der großen Bevölkerungen Deutschlands sühlen die unterzeichneten Bürger von Coblenz unter Anrufung der Königsworte sich ergriungen, vor Allem die Verscherung ihrer Loyalität und Hingebung für Krone und Vaterland darzubringen, zugleich aber ihre dringenden Wünsche vor den Thron Ew. Majestät ehrfurchtsvoll niederzulegen. Nur gegenseitiges Vertrauen kann die drohende Gefahr verschwinden machen, und das Bewußtsein desselben ermuthigt uns, die Bedürfnisse unserer Zeit anzuerkennen und deren Realisirung auf dem gesetzlichen Wege zu erstreben. Es sind nicht die Bürger von Coblenz allein, sondern sind der ganzen Provinz vereinigen sich mit ihrer Sympathie. Wir bitten um 1. Unbedingte Freiheit der Rede und Presse. Geschworene für alle politischen und Preßvergehen. 2. Repräsentativverfassung mit Verantwortlichkeit der Minister, entschiedene Stimme der Repräsentanten auf den Grundlagen allgemeinen Wahlrechts. 3. Freies Associationsrecht. 4. Bewaffnetwaffnung mit freier Wahl der Führer. Möglichste Beschränkung des stehenden Heeres bei gutem Sold. 5. Zurückziehung des Entwurfes des Strafgesetzbuches. Verbesserung der gerichtlichen Institutionen der Abschaffung in ihrer zeitgemäßen Reinheit. Aufhebung des Gesetzes vom 27. März 1845 über die Stellung der Richter — völlige Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit — seine Bestrafung gegen den Willen derselben. 6. Gleiche Vertheilung Aller zu den öffentlichen Aemtern; seine Bevorzugung des Militärs. 7. Abänderung der Kommunalordnung von 1845. Freie Wahl des Bürgermeisters ohne Unterschied auf Stadt und Land und Größe der Bevölkerung. 8. Gleichheit aller Kulte. Gewissen Ew. Majestät auf die Verleihung jener Güter, welche die unerschütterlichen Rechte eines freien großen und freien Volkes sind, allergnädigst einzugehen. Die Rheinprovinz wird ein Schirm und Hort gegen alle Eventualitäten sein, und werden Ew. Majestät in den Zeiten der Gefahr das Volk am Rheine, das schon so viele Beweise seiner Treue und Loyalität gegeben hat, stets als dasselbe wieder erkennen. Im Vertrauen auf die Weisheit und Gerechtigkeit Ew. Majestät u. s. w.

* Neuwied, 7. März. Unser Gemeinderath hat gestern eine „Vorstellung" an den Oberpräsidenten Eichmann beschlossen und abgesandt, in welcher er sich den bekannten Wünschen der andern rheinischen Städte wegen Berufung des Landtages etc. anschließt. (A. Z.)

Köln, 10. März. Ich hatte eine Nachricht, die mir so eben aus der sichersten Quelle zugeht, für wichtig genug, um sie noch heute in einem zweiten Briefe zur Post zu geben; sie beweist, daß Preußen größere Streitkräfte an seiner westlichen Grenze zu versammeln für nöthig erachtet, als man bisher vermuthete. Es werden nämlich in den nächsten Tagen zwei dem 4ten (sächsischen) Armeekorps angehörende Regimenter, das 26. und 27. Infanterieregiment, hier eintreffen, um nach Koblenz weiter zu gehen. Schon morgen kommen die beiden ersten Bataillone derselben mit der Eisenbahn hier an.

**Baiern.** München, 9. März. Wie wir so eben hören, ist heute an den baierischen Bundestagsgesandten in Frankfurt von hier die Instruktion ergangen, eine unverzügliche Revision der Bundesakte zu beantragen und kräftigst zu unterstützen. (N. K.)

**Würzburg**, 8. März. Zur Dämpfung von ausgebrochenen Unruhen in Aschaffenburg werden diesen Nachmittag 125 Mann unserer Garnison mit Dampfboot dorthin abgeschickt. — (Noch den neuesten Briefen und Blättern aus Aschaffenburg waren die eingedrungenen Bauern beschwichtigt worden und wieder abgezogen, um ihre Wünsche in gesetzlichen Petitionen einzureichen. Doch schien man nicht ohne Besorgniß einer Wiederholung der Scenen.) (A. Z.)

**Württemberg.** ♂ Stuttgart, 10. März. Wer es mit dem Wohl des Volks gut meint, wendet den gerechten Blick nach Deutschland hin, freut sich seiner Fortschritte, aber auch mit Sorgfalt. Auch unsere Presse stellt sich ganz auf die Seite des Ministeriums. Auch der Schw. Merkur spricht sein volles Vertrauen aus: „Deutschland darf von der Kraft und Einsicht seiner Beth, Pfizer, Thon-Dittmer, Gagern und von den Männern, die ihnen folgen werden, sein Bestehen, seine Größe, sein Glück erwarten", lautet der Schluß seines Artikels. Auf dem Lande scheint besonders der Abstand von dem Widerstreben gegen das gescheiterte Preßministerium zu dem Jubel über das Volksministerium groß zu sein. Es war hohe Zeit! Denn in einem Theile unseres Landes, besonders im Hohenlohischen, herrscht ein beunruhigender Geist unter den durch die standesherrlichen Realrechte schwer gedrückten Einwohnern; Brandstiftung an herrschaftlichen Gebäuden, Gewalt gegen die Rentämter, und Judenverfolgungen sind vorgekommen. Beängstigende Gerüchte gehen heute hier um über weitere Vorfälle dasselbst. Die Kunde von den Veränderungen der letzten Tage werden ihre Wirkung nicht verfehlen. — Eine Versammlung in Tübingen unter Uhlands Vorsitz hat eine neue Adresse an die Stände, verfaßt von Prof. Fallati, angenommen; es handelt sich darum, daß die Regierung die Forderung eines deutschen Parlaments kräftig in ihre Hand nehme, um Aufberufung der Bundesbersammlung von 1819, 1832 und 1834. Der kräftige Schluß derselben lautet so: „Noch müssen wir ein Wort hinzufügen, und die Presse vom Drucke frei zu machen: einen Ruf des tiefsten und entschiedensten Widerwillens gegen ein Bündniß mit Rußland, mit diesen barbarischen Despotismus deutsche Staaten nicht Hand in Hand zur Unterdrückung der Freiheit geben dürfen. Wir fühlen uns zu dem wärmsten Anliegen getrieben, daß durch die Vermittelung der hohen Kammer die Staatsregierung vermocht werde, nicht nur in keine Allianz mit Rußland einzutreten, sondern auch allen ihren Einfluß aufzubieten, damit andere deutsche Regierungen von einem Schritte abstehen, welcher Deutschland zu einem Gegensatze zwischen die deutschen Völker und ihre Fürsten führen würde".

**Sachsen.** Leipzig, 8. März. Die „D. R. Z." theilt eine Eingabe sämmtlicher hiesigen Censoren mit, worin dieselben abermals um Aufhebung der Censur bitten. Es heißt in dieser Vorstellung: Wir sind in der schrecklichen Lage von Männern, deren Pflicht mit ihrem Gewissen in Widerspruch gestellt worden ohne ihr Verschulden, indem wir uns selbst sagen müssen, daß jeder Akt, der wir amtlich vollziehen, die Unruhe mehrt, die Gefahr des Vaterlandes erhöht. Das sächsische Volk ist in einem Zustande höchster Erregung durch den Gedanken, daß ihm noch ein Recht vorenthalten wird, welches die meisten seiner deutschen Bruderstämme in diesen Tagen erhalten haben. Darum bitten wir ein königl. h. Gesammtministerium auf das Dringendste: dem hochgefährlichen Zustande des Vaterlandes durch die einzig beruhigende Erklärung ein Ende zu machen, „daß die Censur in Sachsen sofort aufgehoben sei".

* Auch cirkulirt eine Eingabe der Landtagsabgeordneten Joseph und Schaffrath, worin sie dem König in dringendem Tone die Stimmungen und Anliegen des sächsischen Volks aus Herz legen und bitten, daß nach Vernehmung der Ergänzungswahlen die Stände des Königreichs zahlreichst einberufen werden möchten.

**Baden.** * Heidelberg, 12. März. Wir erfahren so eben auf beschleunigten Wege, daß in Folge der Mission des Hrn. v. Gagern die Verhandlungen über die Bundesreform bei den süddeutschen Regierungen ihren raschen Fortgang nehmen. Man war in Darmstadt und Karlsruhe darüber einig, daß man ein möglichst gemeinsames Wirken der deutschen Staaten veranlassen müsse; in Würtemberg, Baiern,

Digitized by Google

Sachsen und Preußen soll durch Bevollmächtigte in diesem Sinne gehandelt werden. Die Regierungen wollen die Sache selbst in die Hände nehmen und durch rasches Handeln verhüten, daß nicht die Leitung der Dinge ihnen entwunden werde, so wenig man auch den berathenden Versammlungen von anderer Seite entgegentreten will. Als leitende Gedanken tauchten bis jetzt auf: Vertretung der Fürsten und Völker (nach der Seelenzahl, etwa 1 zu 100,000) in einem deutschen Parlament; die Kompetenz desselben würde betreffen: Gemeinschaftlichkeit der Gesetzgebung und des Gerichtsverfahrens, Heerwesen und Volksbewaffnung, Handel, Münze, Maß u. s. w., Vertretung Deutschlands gegenüber dem Ausland. — In Stuttgart scheint kaum die Entschlüsse des Königs die besten Aussichten gegeben haben.

**Kurhessen.** ** Kassel, 8. März. Während des gestrigen Tages kam hier eine zweite Deputation der Hanauer Bürgerschaft an, welche eine unter der letzteren herrschende bedenkliche Stimmung schilderte und auf schleunigste Beruhigung durch bestimmte Zusicherung einer Berücksichtigung der vorgetragenen Wünsche drang. Unmittelbar darauf langte eine dritte von den Staatsdienern in Hanau abgesendete Deputation an, welche deren Uebereinstimmung mit den Bürgern kund gab, bestehend aus dem Obergerichtsdirektor Nadelehrp, früherem Justizminister, und einem Forstbeamten, dem Baron Skeyd zu Schwinsberg, Schwager des jetzigen Justizministers von Baumbach. Daß brache auch hier diesen Bürger in Bewegung, daß Versammlungen in kleineren Kreisen hielten. Haufen durchzogen die Straßen, sangen, Unordnungen fielen nirgends vor; die Bürgergarde versah überall den Dienst, allenthalben streiften deren Detachements umher; militärische Kräfte waren nirgends aufgeboten. Bei sehr gedrängter Menschenmenge, zumal in der Umgegend des Schlosses, sah man den Abend herannahen; Alle meinten, es müsse eine landesherrliche Proklamation erfolgen. Das geschah denn wirklich noch in der einbrechenden Dunkelheit. Daß eine Mitwirkung der Landstände bei Besetzung des Oberappellationsgerichts versprochen wurde, kann nur durch die jüngsten Ernennungen einiger Appellationsräthe veranlaßt worden sein, die so ungemeine Unzufriedenheit erneuten. Mit dieser Proklamation zogen die Deputationen von Hanau und Marburg, durch heftige Einwohner bis zum Thore mit Jubel begleitet, nach ihrer Heimath ab. Während dessen war eine zweite Deputation der Bürger von Marburg auf dem Wege hierher, die aus 22 Personen bestand, darunter 6 Professoren. Sie fanden ihren Auftrag durch die auf der Reise erhaltene Proklamation des Kurfürsten nicht erledigt, setzten diese fort und trafen heute Morgen hier ein.

Im Laufe des gestrigen Tages wurde vom Kriminalsenat des hiesigen Obergerichts ein Urtheil in der Untersuchungssache gesprochen, welche gegen Wippermann anhängig gemacht war. Derselbe ist von der Anschuldigung einer Beleidigung und Verleumdung der kurhessischen Regierung, sowie der Erweckung einer Unzufriedenheit gegen dieselbe völlig freigesprochen. Es ist zugleich die öffentliche Verkündigung des Urtheils verordnet. Die Anklage war durch einen Artikel über hessische Zustände in Nr. 8, 10, 11 und 12 der Deutschen Zeitung veranlaßt, für welchen Wippermann die Verantwortlichkeit tragen sollte. Die hierin gerügte Mittheilung über einzelne, ohne Hervorhebung spezieller Fälle und ohne Beziehung auf bestimmte Persönlichkeiten im Allgemeinen angedeuteten Regierungsmaßregeln hat nach den Entscheidungsgründen des Urtheils keine strafrichtlich unwürdigen, schimpflichen Handlungen zu ihrem Gegenstande. Das Urtheil nimmt an, daß bei dem Angeklagten rücksichtlich seiner Mittheilungen das Bewußtsein der Unwahrheit nicht unterstellt werden könne, weil derselbe sich zu deren thatsächlicher Begründung auf öffentliche Vorgänge und den Inhalt der Landtagsverhandlungen in der Untersuchung berufen habe. Dann erklärt das Urtheil weiter, daß, soweit die Vorgänge des öffentlichen Lebens von dem politischen Standpunkte des Angeklagten aus einer Beleuchtung unterzogen seien, die Grenzen der durch die Verfassungsurkunde gewährleisteten freien Meinungsäußerung nicht überschritten wären. Auch die Suspension von Wippermanns Gemeindeamt soll nach einem durch den Civilsenat des Obergerichts erlassenen Erkenntnisse vom Ministerium des Innern zurückgenommen werden. Die Zusammenkunft der Landstände, Anfangs auf den 20. d. M. berufen, soll nun schon am 11. März d. J. stattfinden. Man hört, Regierungsdirektor Jos in Marburg habe die Annahme des ihm angetragenen Ministeriums abgelehnt. Baumbach von Rinteln ist noch nicht angekommen.

Fulda, 9. März. Oberbürgermeister, Stadtrath und Bürgerausschuß hiesiger Stadt haben unter dem gestrigen eine Adresse an den Kurfürsten beschlossen und sofort nach Kassel entsendet, womit sich diejenigen, als Organe unserer Stadt den öffentlich gewordenen Bitten und Beschwerden aus den verschiedenen Gebietstheilen des Kurstaates anschließen. (D. P. Z.)

Aus dem Kreise Schlüchtern. Am 7. März hatte die Bürgerschaft der Stadt Schlüchtern ihrem Stadtrath eine Schrift übergeben, worin sie erklärte, daß sie den von den Städten Hanau und Gelnhausen an Sr. k. Hoheit gerichteten Petitionen beitrete. (D. Z.)

— Hanau, 10. März, Abends 8½ Uhr. So eben werden die Thore verbarrikadirt, um gegen jedmöglichen Ueberfall gesichert zu sein. Das Militär hat die Stadt verlassen. Es hatte dies nicht nöthig, denn die Bürger sehen in den Soldaten nur Landeskinder, mit denen sie auf einem glücklichen und freundlichen Fuß stehen möchten. Wir haben ein und dasselbe Interesse, weil wir unter ein und demselben Regiment litten. (B. Z.)

Hanau, 10. März, 9 Uhr. So eben erscheinen Deputationen von Steinau, Schlüchtern und Gelnhausen, welche uns ihren Beitritt zu der Volkskommission bekannt machen und uns mit Gut und Blut zu unterstützen sich bereit erklären. — Hanau ist in diesem Augenblick in einem förmlichen Kriegs- und Belagerungszustand. (B. Z.)

Hanau. Die schon gestern von uns erwähnte Adresse lautet vollständig: Die Volkskommissären in Hanau an den Kurfürsten von Hessen, königl. Hoheit. Königliche Hoheit! Durch die Proklamation Eurer königl. Hoheit vom 7. d. sind die Wünsche des Volkes nicht erfüllt und seine Bitten unvollständig gewährt worden. Das Volk ist mißtrauisch gegen Eure königl. Hoheit Selbst, und sieht in der unvollständigen Gewährung seiner Bitten eine Unaufrichtigkeit. Das Volk hat in der unvollständigen Gewährung seiner Bitten Nichts gesehen, als die bedingende Aufforderung, sich noch enger zusammenzuschaaren und eine noch festere Haltung Eurer königl. Hoheit gegenüber einzunehmen. Das Volk, welches wir meinen, ist nicht der vage Begriff mehr von ehedem; nein es sind Alle — Alle! Ja, Ihn, Hoheit: Alle! Auch das Militär hat sich dafür einstimmig erklärt! Das Volk verlangt, was ihm gebührt. Es spricht den Willen aus, daß seine Zukunft besser sein solle als seine Vergangenheit, und dieser Wille ist unwiderstehlich. Das Volk hat sich eine Kommission erwählt, und diese verlangt nun für es und Namens seiner: 1) Besetzung aller Ministerien, soweit diese nicht neuerdings geschehen ist, mit Männern, welche das Vertrauen des Volkes genießen. 2) Auflösung der wieder einberufenen Ständerversammlung und alsbaldige Berufung neu zu wählender Stände. 3) Bewilligung vollständiger Preßfreiheit auf Grund der hier hingu in §. 95 der Verfassungsurkunde gerühmten Zustandigkeit. 4) Vollständige Amnestie für alle seit dem Jahre 1830 begangenen politischen Vergehen. 5) Gewährung vollständiger Religions- und Gewissensfreiheit und deren Ausübung. 6) Hinweisung bei dem deutschen Bund auf Bildung einer deutschen Volkskammer. Zurücknahme aller den Genuß verfassungsmäßiger Rechte, ganz insbesondere des Petitions-, Einigungs- und Versammlungs-Rechtes beschränkenden Beschlüsse. 7) Die bestimmte Zusage, daß die bereits durch die Proklamation vom 7. d. zugesicherten und in Beziehung auf die ausgesprochenen Desiderien weiter erforderlichen Gesetzentwürfe der nächsten Ständerversammlung vorgelegt werden. 8) Entschließung Eurer königl. Hoheit binnen 3 Tagen von heute an, deren Verstreichen ohne Antwort als Ablehnung angesehen werden soll. Frei ist die Stunde gekommen, wo Sie zu zeigen haben, königl. Hoheit, wie Sie es mit dem Volke meinen. Zögern Sie nicht einen Augenblick, zu gewähren, vollständig zu gewähren! Besonnene Männer, königl. Hoheit, sagen Ihnen hier, daß die Aufregung einen furchtbaren Charakter angenommen hat. Bewaffneter Zuzug aus den Nachbarstädten ist bereits vorhanden; sicher wird man mit dem Gedanken einer Lostrennung vertraut und kennt recht wohl das Gewicht der vollendeten Thatsache. Königliche Hoheit, gewähren Sie! Gott lenke Ihr Herz! Die Volkskommission: (Folgen die Unterschriften der 24 Mitglieder.) Dieses von der Volkskommission erlassene Ultimatum erhielt die Zustimmung nicht nur des Stadtraths, sondern auch des ganzen Militärs.

**Hessen.** Darmstadt, 9. März. Einer der ersten Verfügungsgründe gegenwärtigen dirigirenden Staatsministers, Herrn Hagern, betraf die Turnvereine und Turngemeinden, welche, da das bürgerliche Verbindungsrecht jetzt gewährleistet ist, wieder hergestellt werden können. (O. P. A. Z.)

Mainz, 10. März. Der bisherige Generalprokurator am Cassationshofe zu Darmstadt, Herr Kitian, ist zum Minister der Justiz ernannt. (Mz. Z.)

**Nassau.** * Wiesbaden, 10. März. Das Sicherheitskomité dahier befindet sich in Permanenz, um die sofortige Ausführung der Bewaffnung der Bürgerwehr im ganzen Lande zu betreiben und die Kollisionen zu vermitteln, in welche allenthalben die Behörden auf dem Lande mit dem Volke geraten sind. Eine vollständige Organisation der Bewaffnung ist schon ausgearbeitet und nicht zweifelt von der Regierung publicirt. Wir werden Ihnen diese Organisation zusenden. Eine Hauptschwierigkeit der Desiderien dürfte darin liegen, daß sie die Stellung der Schultheißen, indem sie, als Regierungsbeamte und von

Digitized by Google

der Regierung ernannt, in den meisten Fällen eines tyrannischen Verfahrens gegen die Gemeinden sich schuldig machten. Es ist daher von hier die Weisung ergangen, diese mißliebigen Individuen zu suspendiren, dieselben durch eine Wahl der Gemeinde zu ersetzen, bis die neue freie Gemeindeverfassung in Wirksamkeit getreten ist. Von dem Assoziationsrecht machen wir den schönsten und nützlichsten Gebrauch. Jeden Abend werden in einer Versammlung von einigen Hundert Bürgern aller Klassen die wichtigsten Fragen des Tages parlamentarisch diskutirt, und Keiner geht unbefriedigt und unbelehrt von dannen.

**Koburg**, 7. März. Auch hier fand gestern eine sehr zahlreiche Versammlung Statt, welche einstimmig beschloß, dem Herzog die Forderungen der Zeit — Abschaffung der Censur, Schwurgerichte, Volksbewaffnung, Vertretung der gesammten deutschen Nationalität beim deutschen Bunde — in einer Eingabe vorzutragen.

**Wismar**, 3. März. Während ich dieses schreibe, werden in den Hauptstraßen fast alle Läden geschlossen. Haufen von Matrosen und anderem Pöbel durchziehen lärmend und Friedeitlieder singend die Straßen. Die Wachen sind verstärkt und, wie es heißt, mit scharfen Patronen versehen. Es ist nicht unmöglich, daß es in der Nacht noch zu groben Exzessen kommt. Die Veranlassung ist folgende: Der aus den dreißiger Jahren her bekannte Advokat Oldenz hatte während der letzten Tage politische Vorlesungen im Saale im Schützenhause gehalten. Etwa 40—50 Personen mögen daran Theil genommen haben. Die Polizei hatte dies untersagt, und der Pöbel ist nach dem Schützenhofe und zu Oldenz's Landhaus gezogen, um diesen im Triumphe in die Stadt zu führen. (Hamb. C.)

* **Sachsen-Gotha.** Auch Gotha hat seine Umwälzung gehabt. Ein herzogl. Restript vom 7. März gab die Zusicherung, daß den Gothaischen Staatsbürgern durch eine zeitgemäße Repräsentativverfassung gleiche politische Rechte gewährt werden sollten, wie sie in dem Herzogthum Koburg dermalen gesetzlich festgestellt sind, ebenso daß die Verordnung über die Brauntwortlichkeit der Staatsdramten in Koburg auch auf das Herzogthum Gotha erstreckt und die Censur sofort aufgehoben werden solle. Nachdem eine Deputation der hiesigen Bürgerschaft noch die weitern Wünsche derselben dem Herzog vorgetragen hatte, wurde vom Ministerium am 8. März Folgendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

1) Antrag auf ein allgemeines deutsches Parlament. Se. Hoheit der Herzog werden seinen Hochstimmen Bundestagsgesandten instruiren, diesen Wunsch bei der hohen Bundestagsversammlung nach Kräften zu fördern. 2) Allgemeine Volksbewaffnung, unter Verantwortlichkeit der gewählten Chefs, mit eigener Wahl der Führer. Siehe gern werden Se. Hoheit der Herzog zu einem Uebereinkommen die Hand bieten, welches die Last der stehenden Heere den Bundesstaaten erleichtert und für die Sicherheit des Bundes die nöthige Gewähr leistet, und werden auch sofort hierüber mit den Bundesgliedern in Berathung treten. 3) Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens mit Schwurgerichten. Se. Hoheit der Herzog haben den Werth und die Vorzüge dieses Verfahrens bereits seit längerer Zeit erkannt und werden, nach Benehmung des hierauf gerichteten Wunsches, seinen Entschluß nehmen, die zur Einführung des ersteren in dem Herzogthum Gotha nothigen Vorbereitungsmaßregeln anzuordnen. 4) Allgemeine Preßfreiheit. Durch das im nächsten Stücke des Regierungsblattes zur Vereffentlichung im hiesigen Lande gelangende Gesetz über diesen Gegenstand ist dem diesfallsigen Wunsche bereits die weitest Genüge geschehen. 5) Freie Bürgervereine und freies Petitionsrecht. S. H. der Herzog finden zur Bewilligung dieses Wunsches um so unbedenklicher, als schon nach der jetzt bestehenden Gesetzgebung der Bürgervereinigung und dem Petitionsrecht kein Hinderniß entgegensteht, wie die Erfahrung der letzten Tage bestätigt hat. 6) Besetzung der höchsten Landesstellen mit das Vertrauen des Landes besitzenden Personen. S. H. der Herzog hegen die Ueberzeugung, daß sie die in den höchsten Landesstellen bereits befindlichen Personen das Vertrauen von Seite des Landes eine wesentliche Voraussetzung zu ersprießlicher und gemeinnütziger Thätigkeit bilde. Sollte einer oder der andere dieser Beamten dieses Vertrauen sich nicht erhalten, so werden Se. Hoheit einer diesfallsigen Wahrnehmung gewiß geeignete Maßregel zuwenden.

Die übrigen Wünsche des Volkes, Verleidigung des Militärs sowie der Gloibeamten auf die Verfassung, Feststellung der Verbindlichkeiten des Kammervermögens, Schutz der Innungen durch ein zeitgemäßes Gesetz wurden durch ebenso verbindliche Zusagen beantwortet. Leider wurde der Abend dieses bedeutungsvollen Tages durch unruhige Auftritte getrübt, in Folge deren sich eine aus Bürgern bestehende Schutzwache bilden wird, um weitere Störungen abzuhalten.

* Einem uns aus Gotha zugehenden Schreiben vom 10. März entnehmen wir vorläufig folgende Nachschrift: Auch der gesammte Bauernstand hat gleichzeitig eine schon früher vorbereitete Petition eingereicht, worin er gebeten hat, daß er als ein gleichberechtigter Stand in die Landesvertretung aufgenommen werde.

**Weimar**, 9. März. Heute kam es hier zu unruhigen, tumultuarischen Auftritten. Vor unserm Stadthause, wo die konstitutionell gesinnten Männer unserer Stadt in lebhaften Berathungen über unsere Landesinteressen versammelt waren, verbreitete sich plötzlich die Nachricht, daß auf dem Schlosse ein wüthender Volkstumult ausgebrochen sei. Alles, über Tausend Menschen, eilte schnell dorthin, wo bereits über eine Stunde der maßlose Tumult herrschte, der nur durch das persönliche Einschreiten des Großherzogs und durch die Mahnungen des Abg. v. Wydenbrugk wieder beschwichtigt werden konnte. Trotz der Beruhigung enthielten Verfügungen des Großherzogs, daß es alle Mühe seines Volkes bedürfe, um, bewaffnet das Volk doch seinen Platz vor dem Schlosse, und schien mit den Versicherungen seines Fürsten noch nicht zufrieden. Wydenbrugk aber redete nochmals zum Volke, worauf sich die Menge alsbald entfernte, später aber vor die Wohnungen mehrerer Staatsdiener zog, und diese mehr oder weniger beschädigte. Erst gegen Mitternacht stellte sich die Ruhe wieder her. (Fr. J.)

* **Bremen**, 7. März. Heute Abend wird im hiesigen „Bürgerverein", einer Gesellschaft „zur Förderung echten Bürgerthums", welche im Januar d. J. gegründet worden ist, eine Versammlung von Bürgern Statt finden, um einen Antrag zu berathen, welcher morgen dem Senate unserer freien Stadt übergeben werden soll. Die Forderungen sollen darauf hinausgehen, durch Preßfreiheit nicht nur für innere, sondern auch für auswärtige Angelegenheiten, durch Oeffentlichkeit der Regierungsverhandlungen, Veröffentlichung der Protokolle mit Nennung der Namen und andere Reformen eine Umgestaltung unserer verwurzelnd aristokratischen Verfassung in eine mehr demokratische herbeizuführen. Sie sehen, daß die große deutsche Bewegung, deren erste Schwingungen von Ihrem Baden ausgingen, ihre Wellenschläge auch bis zu uns verbreitet. Dahin gehört nun freilich nicht ein gestern Abend stattgefundener Gassenauflauf, gegen den zuletzt die Bürgerwehr aufgeboten werden mußte, da das Hanseatische Kontingentesmilitär — aus geworbenen in- und ausländischen Söldnern bestehend, wie immer sie auch diesmal nicht zur Dämpfung dieser Emeute austreichte, welche, aus dem Uebermuthe trunkener Gesellen hervorgegangen, im Einwerfen von Fenstern und Laternen und im Verjagen der Thorsperrgölner ihre Tapferkeit zeigte. Wenn übrigens die jetzt die nationale Seite der großen deutschen Agitation hier noch in keinem öffentlichen Schritte sich bethätigte, so darf daraus nicht auf Theilnahmslosigkeit für dieselbe gefolgert werden. Im Gegentheil ist die öffentliche Stimmung hier mehr als je zugewendet. Was wird Preußen thun?" Diese Frage hört man überall, wo sich Menschen versammeln, um die neuesten Ereignisse zu besprechen. Die Kaffeehäuser, die großen Lokale der geschlossenen Gesellschaften, des Museums, der Union, der Börsenhalle u. s. f. sind allabendlich bei jeder Ankunft von Posten voll Menschen. Die Hauptnachrichten werden öffentlich vorgelesen, und Berlin und der „Preußische Reichstag", dessen Zusammenberufung hier Jeder stündlich erwartet, sind die Punkte, auf welche sich das allgemeine fragende Interesse besonders richtet. Bedenkliche Zeichen des Mißtrauens sind es gewiß, wenn, wie vorgekommen ist, preußische Papiergeld mit Zögerung oder auch wohl gar nicht angenommen wird; wenn Getreidehändler sich weigern, gegen Agiofällige Zinsknospend preußische Staats-Schuldscheine einzunehmen; wenn man es offen ausspricht, daß nur die schleunige Zusammenberufung der Reichsstände das erschütterte Zutrauen in den wankenden Staatskredit herstellen könne; wenn man überall erklärt, daß ein längeres Zurückhalten Preußens hinter den Manifestationen von Baden, Würtemberg, Hessendarmstadt das „größte Unglück" für Deutschland sei. „Noch ist es Zeit! Noch kann viel Verderbtes gut gemacht, viel Versäumtes nachgeholt werden. Aber die Zeit drängt, und Eile ist vom Nöthen. Die deutsche Bewegung ohne Preußen ist eine Halbheit. Nie aber that es mehr Noth, als jetzt, daß in Deutschland etwas Ganzes geschehe. Dr. Andree, der frühere Redakteur der Bremer Zeitung, ist heute von hier an den Rhein gereist und wird vielleicht auch Paris besuchen. (Den Forderungen ist inzwischen vom Senat entsprochen worden.)

### Niederland.

**Haag**, 7. März. Die zweite Kammer der Generalstaaten hat heute ihre Sitzungen wieder aufgenommen. (Morgen Näheres).

### Großbritannien.

**London**, 7. Jan. Die Times, in allgemeinen Fragen und, wo ein spezielles Interesse ihre Ehrlichkeit gefangen nimmt, stets ein Organ der gesunden und praktischen Politik, enthalten in einer der letzten Nummern eine interessante Betrachtung, worin die muthmaßlichen Wirkungen der französischen Revolution auf die übrigen Länder, und die Stellungen, welche diese zu der jungen Republik einnehmen dürften oder sollten, besprochen werden. Nachdem die Times bemerkt

Digitized by Google

die arabischen Clänme würden sich plötzlich wundern, bei der Nachricht, daß die königliche Gewalt, die in den Küsten des Atlas und in der Fläche der Metidschah so unwiderstehlich schien, kraftlos in den Straßen von Paris zusammenbrach, daß sogar die Königin Pomare einsehen werde, wie auch nicht ein von der letzten Regierung Frankreichs muthwillig begangenes Unrecht ungesühnt geblieben, geht die Zeitung auf die europäischen Staaten über. 1) Belgien: Es gereicht diesem dem Einflusse der neuen republikanischen Ideen doch am Nächsten ausgesetzten Lande zur Ehre, daß auf Regierung und Volk die neueste französische Revolution keine andere Wirkung ausübte, als um so lebendiger sie an Erfüllung ihrer Pflichten zu mahnen; Unabhängigkeit, Neutralität und Frieden ist der Ruf der Belgier, und die Regierung König Leopold's thut wohl daran, die Bedingungen ihrer Existenz wahrzunehmen und zu vertheidigen. 2) Deutschland und Preußen: Ein Angriffskrieg auf die Rheingrenze wird in jeder Gegend, wo die deutsche Zunge herrscht, die Gemüther zur höchsten Begeisterung entflammen, und die große Angelegenheit politischer Reform wird bei der Verbindung mit der heiligen Pflicht der Landesvertheidigung nicht zu kurz kommen. Aber während Deutschland eine vertheidigende Stellung anzunehmen hat, da man nicht weiß, welche Gefahren aus dem Schooße der französischen Revolution hervorgehen können, würde jede Idee eines Angriffsverfahrens auf die republikanischen Einrichtungen Frankreichs sündlich und unpraktisch sein. Die deutsche Bundesversammlung kann einen solchen Versuch nicht degen, das deutsche Volk würde einen solchen Versuch als eine Handlung des Wahnsinns Seitens seiner eigenen Regierungen betrachten. Wir zweifeln nicht, daß der König von Preußen seine Politik dem offenbaren Interesse und dem Geiste seines Volkes anpassen wird, und daß, während er gegen die französische Republik eine Politik des Friedens und der Verbrüderung beobachtet, er anderer Seits für Deutschland eine unbezwingliche Vertheidigungswehr gegen jeden Angriff vorbereitet. 3) Rußland: Der entschiedenste Gegensatz gegen die französische Republik und die offenste Mißbilligung derselben dürfte vom Petersburger Hofe zu erwarten sein. Trotzdem ist es keineswegs erwiesen, daß der Czar sich feindlich in eine offen feindselige Stellung zu Frankreich setzen werde. d. h., daß der Feldzugsplan Philipp'schen Regierschaft wird gewißlich in St. Petersburg weder Zweifelmuth, noch Bedauern erregen. Der Czar mag beklagen, daß er unklug genug gewesen, zwei Millionen in französischen Stocks anzulegen, aber für ihn gibt es keinen Unterschied zwischen einer Monarchie und einer Republik, welche beide den Barrikaden von Paris und der Souveränetät des Volks ihren Ursprung verdanken. Auch kann Rußland nicht für sich allein handeln, und wenn es einen Versuch machen wollte, die deutschen Regierungen dahin zu bringen, daß sie eine feindliche Stellung gegen Frankreich einnähmen, so würden die Deutschen mit entschiedenem Unwillen sich weigern, ihrer eigenen Volkssache Schaden zu thun, indem sie dem Russinnen Rußlands gehorchten. Die Times deuten darauf hin, daß sich Polen wohl zu einem Erhebungsversuch gegen Rußland hinreißen lassen, d. h., wie die Times sich ausdrücken, „abermals schrach seine Ketten schütteln dürfte." (Schluß folgt.)

Die M. Post bemerkt, daß bei allem Eifer, welchen die französischen Nachbarn für die Freiheit bekundeten, doch in den Erlassen der provisorischen Regierung auch nicht ein Wort über die Abschaffung des Paßwesens gefunden werde. „Und doch", sagt dieses Blatt, „ist dies Uebel unter allen übrigen drückenden Uebeln, welchen freie Männer unterworfen werden können, eins der größten. Es ist leicht zu sagen, daß ein Mensch frei ist, wenn er sich aber unbedingt verbindert sieht, von einem Orte zum andern zu reisen, ohne daß er einen von der Polizei ausgestellten Erlaubnißschein in der Tasche hat, so ist seine Freiheit ohne Widerrede einer der ärgsten Beschränkungen unterworfen, die es geben kann. Wir empfehlen allen Söhnen der Freiheit die Agitation gegen das Paßwesen."

Die letzten Nachrichten über den Aufstand in Glasgow lauten: daß bei einem Zusammenstoß mit einem Trupp Soldaten ein Aufrührer erschossen, fünf andere verwundet wurden. Große Menschenmassen strömen sich noch in den Straßen umher, doch schienen sie für den Augenblick eingeschüchtert zu sein. Die beabsichtigten Truppen Betrugen zuletzt gegen 1500 Mann. Längere Zeit war die Stadt in der Gewalt des Volks, es war kein bloßer Tumult mehr, sondern trug Waffen aller Art, warf Barrikaden auf u. s. w. In London hat sich die Emeute nicht wiederholt. Dagegen spricht sich in den Meetings, welche man an verschiedenen Orten, u. A. in Newcastle hielt, um den französischen Republikanern seine Huldigung zu bezeugen, ein wahrhaft republikanischer Geist aus. Man begleckwünschte die Franzosen, „daß sie die Tyrannei Ludwig Philipp's und seines schlechten Ministeriums abgeworfen und dafür ihre Leben eingesetzt haben, daß sie nach dem Siege eine Mäßigung bewiesen, welche Bewunderung verdiene, daß das französische Volk, indem es seine Regierungsform änderte, nur das gethan, was gerecht, billig und angemessen sei, denn das Volk sei die einzige wahrhafte Quelle aller Gewalt und habe ein unbezweifeltes und natürliches Recht, seine Einrichtungen, Gesetze und Regenten zu ändern." Die Spectator gibt zu, daß Besorgnis nicht bloß den Russen brechen, daß auch England in seinem Schooße zahlreiche republikanische Elemente nähre.

Die englischen Journale bringen jetzt in ihren Riesenspalten auch zahlreiche Nachrichten über die Reformbewegung in Deutschland, die sie mit warmer Anerkennung und als ein schönes Zeichen für eine bessere Zukunft Deutschlands begrüßen. Ein Privatkorrespondent der Times beginnt sein Schreiben aus Dresden mit den Worten: „Es liegt am Tage, daß Deutschland einer großen Reform entgegenreift, doch wird, so viel sich vorherseben kann, der Gang der Ereignisse ein friedlicher sein." Nur für einige Staaten Deutschlands fürchtet der Korrespondent, für Hessen, Hannover, Baiern und — Baden (Baden unter seiner volksfreundlichen Regierung!). Das Metternich'sche System wird als ein ganz verlorner hingestellt; Oesterreich könne sich nur retten, wenn es unerzüglich seinen Völkern die geforderten Verfassungen auf der freisinnigsten Basis verleihe. Das Morning Chronicle sagt: „diese Bewegung sei zwar durch die französische Revolution mittelbar veranlaßt, aber in ihrem innersten Wesen und ihrer tiefsten Natur nach rein deutsch." Allerdings! es sind nur verhüllte und niedergedrückte Keime, die jetzt durch den solange mißsam festgestampften und nun wieder locker gewordenen Boden in kräftiger Fülle hervorbrechen. Und so geschieht, was schon so oft geschehen ist: eine Bewegung, die früher als eine vorbereitende und zerstörende galt und auf jede Weise verfolgt wurde, wird jetzt als eine gesetzliche, ja als die wahrhaft konservative anerkannt.

## Frankreich.

Paris, 8. März. Die arbeitende Bevölkerung von Paris harrt mit täglich wachsender Spannung der Dinge, die da zu ihren Gunsten kommen sollen, und um die ungeduldige Bewegung derselben einigermaßen zu beschwichtigen, hat die „Regierungskommission für die Arbeiter", an deren Spitze Louis Blanc und Albert stehen, Auf Sonntag, den 12. d. M., eine allgemeine Versammlung von Abgeordneten der verschiedenen Gewerbe in den Sitzungssaal der ehemaligen Pairskammer berufen. Jedes Gewerbe soll aus seiner Mitte drei Abgeordnete schicken. Ueber die Form der Wahl heißt die Arbeiter sich unter sich selber zu verständigen, und ebenso ist es ihnen überlassen, sich in so viele Gewerbe abzutheilen als sie wollen, nur daß die Kommissien den Wunsch ausspricht, die benachbarten oder verwandten Gewerbe möchten sich über die Ernennung gemeinschaftlicher Vertreter verständigen. Es liegt in der Natur der Sache und der Menschen, daß dieser Wunsch nur wenig Berücksichtigung finden kann, und wir glauben, daß sich auf den Ruf der Kommission eine Versammlung einfinden werde, für welche der Saal des Luxemburg viel zu eng ist, und mit der es schon ihrer Zahl wegen sehr schwer sein wird, eine Unterhandlung zu führen. Die Stellung Louis Blanc's ist überhaupt unter den schwierigen Verhältnissen der Männer der letzten Revolution die allerschwierigste, und seine Aufgabe, binnen heute und einigen Tagen, oder höchstens Wochen, ein System der Organisation der Arbeit, wo nicht für Frankreich, so doch wenigstens für Paris aus dem Stegreife zu schaffen, diese Aufgabe scheint uns die unkundigste, welche es in der Welt geben kann. Wenn Louis Blanc dabei nicht wenigstens die ganze Volksgunst einbüßt, deren er bis jetzt genießt, so wollen wir seine Gewandtheit loben, und noch mehr sein Glück.

Ein großer Theil der arbeitenden Bevölkerung von Paris hat indessen durchaus keine Lust, das Ergebnis der Berathungen der Kommission abzuwarten. Wir haben schon früher einige Fälle angeführt, in denen gewisse Klassen von Arbeitern eine unmittelbare Verbesserung ihrer Lage verlangten und durchsetzten. Wie wollen heute das Beispiel der Pariser Steinsetzer hinzufügen, welche verlangen, daß ihr Tagelohn von 4 auf 5 Fr. erhöht werde, und die sich weigern, zu arbeiten, bis ihrer Forderung nachgegeben sei. Die städtische Behörde hat sich nicht veranlaßt gefunden, auf diese Zumuthung einzugehen, sondern sich zur Wiederherstellung des Straßenpflasters an das Mauergewerk gewendet, das die bis jetzt noch auf billige Bedingungen arbeitet. Auch die Dumthut- und Dreschenkutscher, die schon am vorigen

Digitized by Google

Sonntag den Dienst verlaßt halten, sind mit der inzwischen erfolgten Verwechsung ihres täglichen Lohnes um 50 Cent. nicht zufrieden und drohen mit einer abermaligen Abdankung in Masse. Louis Blanc hat es übernommen, einen Vergleich der Vermittlung zwischen den Kutschern und den Unternehmern zu machen, in deren Dienste sie stehen.

Die Verordnung, welche die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabsetzt, wird von den Arbeitern zwangsweise in Wirksamkeit gesetzt gegen diejenigen aus ihrer Mitte, welche aus freiwilligem Entschlusse länger arbeiten möchten. So namentlich gegen die Tuchscherer, deren Geschäft dann und wann eine anhaltende Arbeit von 14 bis 16 Stunden zu fordern scheint. Der große Haufe der Arbeiter will durchaus nicht zugeben, daß die Tuchscherer das Maximum der von Ausnahmen aufgestellten Arbeitszeit überschreiten, und ein im Interesse der Freiheit gegebenes Gesetz verwandelt sich also hier in ein Werkzeug der unerträglichsten Tyrannei, einer Tyrannei, die in das Herz des Privatlebens eingreift und die häusliche Thätigkeit einer Staatsorgel unterwerfen will.

Ein Blatt, welches sich vorzugsweise mit gewerblichen Angelegenheiten beschäftigt, der Courrier des chemins de fer, schätzt die Zahl der Bürger, welche Jahraus Jahrein vom Staate Arbeit verlangen werden, auf eine Million und den Tagelohn, den ihnen der Staat werde zahlen müssen, auf 2 Fr. Demnach würden die zu errichtenden Staatswerkstätten eine tägliche Ausgabe von 2 Mill. nöthig machen, eine Annahme, von der es viel wahrscheinlicher ist, daß sie unter der Wahrheit bleibt, als daß sie dieselbe übersteigt. Und was wird neben der auf Staatsrechnung betriebenen Arbeit aus der freien Gewerbthätigkeit werden? Hoffen wir, daß der Vorschlag auf diese und so manche andere nicht minder inhaltschwere Frage eine besser Antwort geben werde, als die staats- und volkswirthschaftliche Spekulation zu geben im Stande ist.

Eine Anzahl von Ausländern, namentlich von Deutschen, welche von der französischen Regierung des Landes verwiesen waren und sich in Brüssel angesiedelt hatten, ist von dort nach Paris zurückgekehrt, und zwar in Folge einer jetzt von belgischer Seite erfolgten Ausweisung. Wir nennen unter diesen Männern C. Marx, A. Bernstedt und den Russen Bakunin. Alle klagen über die rohe Behandlung, mit welcher ihnen die belgische Gastfreundschaft aufgekündigt ward. Sie wurden des Nachts aus den Betten geholt, zum Theil mit Frau und Kindern ins Gefängniß geschleppt, wo man sie auf nackten Brett zu schlafen hieß, und zuletzt auf dem Schub nach die Grenze gebracht. Einem Deutschen, Namens Wolf, wurde bei dieser Gelegenheit von einem Polizeidiener ein Auge ausgeschlagen. Ein Franzose, Namens Allard, der sich unter den Mißhandelten befand, hat Klage bei seiner Regierung erhoben, welche sofort Entschädigung und anderweitige Genugthuung für ihn verlangt hat und ohne allen Zweifel für ihn auch erlangen wird. Wir haben das Vertrauen zu dem Ernste der gegenwärtigen deutschen Bewegung, daß sie auch dem schimpflichen Zustande der Dinge ein Ende machen wird, der den Deutschen im Auslande dis jetzt, Dank der Ohnmacht seiner Diplomatie, ohne allen Schutz und Rath und Beistand läßt.

Um die vorgestern erwähnte Adresse an die französische Nation der provisorischen Regierung in feierlichem Zuge zu überreichen, versammelten sich heute Nachmittag die hiesigen Deutschen, über 6000 an der Zahl, auf dem Carousselplatze, und da hier seine Platz für um 3 Uhr der unabsehbare Zug sich noch dem Stadthause in Bewegung. Voran flatterte die schwarz-roth-goldne Fahne, der die Sängervereine, angefähr 500 Köpfe stark, folgten. Hierauf kamen die Bannerträger mit der dreifarbigen Fahne Frankreichs und der schwarz-roth-goldnen Fahne Deutschlands — beide Fahnen durch ein breites weißes Band verbunden. Nun folgte der Vorstand, seinen Präsidenten Georg Herwegh an der Spitze, und hierauf hier und hier die Deutschen, alle mit der schwarz-roth-goldnen Kokarde am Hute, der dreifarbig französischen Kokarde auf der Brust. Eine ungeheure Volksmenge, die sich schon auf dem Carousselplatze gesammelt hatte, begleitete den Zug, der sich unter dem schallenden Gesange unserer deutschen Nationallieder nach dem Stadthause bewegte. Von allen Fenstern herab wehten Tücher, von allen Seiten ertönte der Gruß: Vivent les Allemands, nos frères! Vive l'Allemagne libre! Die Sänger-Chöre wurden nach jedem Liede mit stürmischem Beifalle überschüttet. Vor dem Stadthause angekommen, wo die Wache unsere Ehrerbietung erwies, bildete der ganze Zug nun einen ungeheuren Halbkreis vor dem Stadthause, und der Vorstand, gefolgt von einer Deputation, bestehend aus deutschen Schriftstellern, Studirenden, Handelsbeflissenen und Arbeitern, ward durch Zöglinge der polytechnischen Schule in das Stadthaus und in den Audienzsaal geführt. Im großen Saale des Stadthauses wurde die Deputation von der provisorischen Regierung empfangen. — G. Herwegh richtete an dieselbe eine Anrede, in welcher er sagte: „Wir kommen im Namen der deutschen Demokraten in Paris, um Ihnen den Tribut unseres Dankes und unserer Bewunderung für das französische Volk darzubringen, dessen Geschick an diesem Augenblicke Ihren patriotischen Händen anvertraut ist. Die muthige und hochherzige Weise, mit der Sie alsbald Fragen angeregt haben, sind in der That ihrer Lösung die Dimmelkarte der ganzen Menschheit erforderlichen Sternbilder Nationen. Voraussetzend, daß der unvermeidliche Krieg des Absolutismus gegen die Freiheit noch verschoben bleibt, können wir Ihnen versichern, daß ein großes und freies Deutschland stets Ihr Verbündeter sein wird. In dem Augenblicke, wo wir hier uns noch Worte unserer Theilnahme aussinnen, antworten Deutschlands Ihrem Aufe bereits durch die That." — Mit lebhafter Zustimmung empfingen die Mitglieder der provisorischen Regierung diese Worte, und Herwegh las nun die Adresse vor. In den Schlußsätzen: „Es lebe die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderliebe!" stimmten alle Mitglieder der Regierung mit großer freudiger Begeisterung ein.

Hr. Cremieux antwortete im Namen der provisorischen Regierung in einer ziemlich langen Rede. „Deutsche Bürger", sagte er, „unser Herz fühlt durch die edeln Worte, die Ihr uns sordet hören ließet, sehr schnell, diese Worte sind würdig des großen Volkes, das Ihr repräsentirt, und wir nehmen Teil der Freiheit, in die Frankreich zurückkehrt, und in welche ihm alle aufgeklärten Nationen folgen werden, die sie frei wollen." (Von allen Seiten: Ja! Ja!) „Euer Deutschland, der Sitz der Philosophie und reiner Wissenschaften, weiß sehr gut, was die Freiheit werth ist, und wir sind überzeugt: Deutschland wird sich selbst seine Freiheit zu erobern wissen, ohne fremde Hilfe, als daß Frankreich sie ihm sympathisirend bieten wird. Ich sage, 

**Baden.** * Karlsruhe, 9. März. (Kammerverhandlungen. Schluß.) Nachdem sich die Kammer in solcher Weise gegen die Judenverfolgungen ausgesprochen und dem Aufrufe ihrer acht Mitglieder in Mannheim angeschlossen hatte, erhob sich der Abgeordnete Trefurt zu einer Erklärung, würdig des großen Augenblickes. Er erwähnte die Aeußerung seines Freundes, Staatsrath Bekk, daß es jetzt leichter sei, die Ministerstelle niederzulegen als zu bleiben, und fuhr fort: Ich habe meinen Posten niedergelegt, und will über diesen Schritt Rechenschaft ablegen; hätte ich in dem Beschlusse der Kammer ein Mißtrauensvotum gegen meine Person erblickt, so bedürfte es dessen nicht; ich glaube aber nicht, daß ein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden wollte. In einer andern Zeit wäre ich daher vielleicht an meiner Stelle geblieben; aber in einer so außerordentlichen Zeit wie jetzt thut es dringend Noth, daß überall die Ueberzeugung wurze, daß die Männer des Ministeriums mit dieser Kammer, daß Regierung und Stände Hand in Hand gehen auf dem Wege des Fortschritts. Unter solchen Verhältnissen hätte ich befürgt, den Frieden zu stören, wenn ich nicht abträte; ich habe meine Entlassung in einer Form erhalten, welche meinem Herzen unvergeßlich sein wird. Hiermit verbinde ich eine weitere Erklärung. Nicht ein Funke von Groll lebt in mir gegen diejenigen Mitglieder, welche ihr Mißtrauen gegen meine Person offen ausgesprochen haben. Ich habe dies vorgesehen und bin ganz der Ihrige. Ich bitte alle meine Freunde, daß sie sich gleich mit offen dem Gang anschließen, den die Kammer genommen hat. Die Männer, welche ihr Mißtrauen aussprachen, haben ohne Zweifel die Wahrheit gesagt. Und wenn ich in meinen Busen greife und der vielfährigen Kämpfe gedenke, die ich gegen sie geführt, so finde ich, daß auch in mir ein Mißtrauen gegen sie bestand. Wie sie mir Anlaß zur Reaktion vorwarfen, so glaubte ich sie zu Umtrieb und Revolution geneigt. Ich habe ihnen Unrecht gethan. Das Programm, welches sie in Heidelberg erlassen, hat mich überzeugt, daß sie so wenig als ich den Umsturz wollen. Darin bestärkt mich, was sie heute gegen die Judenverfolgungen geäußert. Ich bitte Ihnen das Unrecht ab; richten Sie mit die Hand, ich gehe offen mit Ihnen denselben Gang und schreite vom Wort sogleich zur That. Mit der Strenge des Gesetzes können Sie die anarchischen Gelüste nicht zurückweisen. Wir müssen Opfer bringen und den Dardenden unter die Arme greifen. Es ist Zeit, daß die zweite Kammer, welcher die Ehre gebührt, in politischen Dingen in Deutschland voranzuschreiten zu sein, auch in der Bereitwilligkeit zu Opfern voranginge. Ich fordere Sie auf, den Antrag an die Regierung zu bringen, eine Landeskasse zur Unterstützung der Arbeiter einzurichten, die Arbeitsnot zu gründen und die Mittel dazu aus einer außerordentlichen freiwilligen Steuer auf das Einkommen der Begehrenden zu schöpfen. Ich lege meinen Antrag mit dem Entwurf auf den Tisch des Präsidenten nieder.

Der Präsident verliest den Entwurf. Derselbe bestimmt, daß sofort eine freiwillige außerordentliche Besteuerung alles Einkommens von 500 fl. an bei Ledigen und von 1000 fl. bei Verheiratheten mit $^1/_{20}$ und über 2000 fl. mit wenigstens $^1/_{10}$ des Einkommens umgelegt und in Monatsbeträgen erhoben werde. Listen zur Einzeichnung des Jahreseinkommens sollen in den Ständesälen und in den Gemeindehäusern aufgelegt werden. Eine Steuerkommission prüft die Angaben und kann, wo sie Grund zu haben glaubt, eine Vermögensuntersuchung anordnen. Wer hiernach einer zu niederen Angabe sich schuldig gemacht, wird durch Vermögenseinziehung zur Besserung seiner Mitbürger verpflegerden. Das aufgebrachte Kapital fließt in eine Landeskasse und wird zur Unterstützung von Handwerkern und Ackerleuten mittelst unverzinslicher Darlehen, zur Errichtung von Anstalten, zur Beschäftigung und Ernährung der Armen, zur Erleichterung der Auswanderung für Mittellose u. s. w. verwendet. — Wenn der Bedarf der Kasse es verlangt, wird eine nochmalige Jahressteuer ausgeschrieben; nachhaltige Zufüsse erhält dieselbe durch eine Erbschaftssteuer.

Kapp unterstützte den Antrag mit der Bemerkung, daß die Vertheilung der Unterstützungen nicht der Geistlichkeit überlassen werden dürfe. Hecker freut sich, daß der Abg. Trefurt auf den Boden der socialen Prinzipien gelangt sei, und erinnert an die Aehnlichkeit des Entwurfs mit den Vorschlägen, welche der Deutsch-Amerikaner Hilgard in einer Broschüre bekannt gemacht. Metz erklärt, daß er nur mit einer solchen Steuer für die Erhebung aller Staatslasten einverstanden sei und jede andere für verwerflich erklärt habe. Buhl erinnert, daß er zu Anfang des Landtags eine Motion für Einführung einer Einkommensteuer angekündigt und sie nur darum nicht begründet, weil die Regierung eine Vorlage gemacht und die Kommission beschlossen habe, eine Einkommensteuer zu beantragen. Er ist längst überzeugt, daß politische Reformen nicht genügen, und daß die materiellen Interessen des Volkes berücksichtigt werden müssen. Dazu gehöre eine Einkommensteuer mit steigender Scala und eine Erbschaftssteuer zur Bildung einer Kasse für Unterstützung der Unbemittelten. Die französische Revolution geht uns mit dem Beispiele voran, sie macht Versuche, die für uns lehrreich sein werden. Der Redner wünscht übrigens keine Centralkasse, sondern Bezirkskassen. Schaaff ist überzeugt, daß die edle That seines hochverehrten Freundes Trefurt die Anerkennung des Landes finden müsse. Er bemerke, daß es in diesem Saale keine linke und keine rechte Seite mehr gebe, daß Alle dem zeitgemäßen Fortschritt huldigen. — Die Kammer beschließt einstimmig, den Antrag in den Abtheilungen zu berathen, und dieß dann noch zu einer gehenmen Sitzung versammelt.

* Karlsruhe, 10. März. Gestern waren der Kammer 101 Petitionen übergeben worden; heute kam eine beträchtliche Anzahl neuer hinzu. Die Stadt Konstanz schließt sich in einer am 4. März zum Gemeindebeschluß einstimmig erhobenen Eingabe den Petitionsanträgen an. Mittermaier, Strand, Becker, Richter u. A. reichen ähnliche Vorstellungen ein. In einer von dem Abg. Reichenbach übergebenen Petitivn wird die Abschaffung der ersten Kammer verlangt; Fentner übergibt eine Dankadresse von Wolfach für den Kammerbeschluß zur Unterstützung der drei Fabriken; Junghanns Wünsche aus grundherrlichen Bezirken um Befreiung von verschiedenen Lasten und Beschränkungen.

Die Tagesordnung führte zu der Diskussion des von dem Abg. Metz erstatteten Berichtes über die Rechnungsnachweisungen des Kriegsministeriums. Wir übergehen die Aeußerungen über den Ankauf der Pferde im Lande, die Ueberschreitungen bei dem Bauwesen, die bereits zugesagte Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, die Reiseforderungen der Rekrutirungsofficiere u. s. w., um einige wichtigere Punkte hervorzuheben. Der Abg. Schmitt hat vernommen, daß an den ursprünglichen Plane für den Bau der Bundesfestung Rastatt Aenderungen angenommen worden seien, um den Kostenüberschlag nicht zu stark zu überschreiten. Dies könne nicht gebilligt, vielmehr sollte der Mehraufwand von den einzelnen Staaten erhoben werden. Sachs verlangte Vorlage über den gegenwärtigen Stand des Festungsbaues. Major v. Böckh erläuterte, daß die badische Regierung die Ansicht theile, daß der Festungsbau nicht um der Kosten willen an Stärke verlieren dürfe; Aenderungen seien vorgenommen worden, allein keineswegs in einer Richtung, welche die Festung schwäche; über den gegenwärtigen Stand würde der Kommission für die Vorlage in der gestrigen geheimen Sitzung jeder gewünschte Aufschluß gegeben werden. Welcker und Hecker erhoben sich mit Nachdruck gegen die Korruption des Officierstandes durch Verschonungen wegen militärischer Gesinnungen, durch das Beibehalten der Officiere von dem Umgange mit Bürgern; sie sprachen mit Wärme für die Beförderung tüchtiger Unteroffiziere zu Officieren. Die Menschenrechte des Soldaten wurden bisher unterdrückt, es konnte daher auch nicht der Geist aufkommen, welcher die französische Armee beseelt, die sich als ein Glied der Nation fühlt, welche ihr die Waffen zum Schutze des Vaterlandes anvertraut hat. Major v. Böckh weiß Nichts davon, daß Officiere wegen mißliebiger Gesinnung verfolgt worden seien, es ist ihm nur ein Fall bekannt, wo ein Officier austrat, weil seine Stellung unter den Kameraden unhaltbar geworden war; ein Officier, welcher den Obern Gehorsam und Achtung verweigert, muß selbst einsehen, daß er für diesen Stand nicht paßt. Disciplin muß gehandhabt werden, denn ohne sie ist das Militär das gefährlichste Element im Staate. Tüchtige Unteroffiziere werden bei uns zu Officierstellen befördert, wenn sie die nöthigen Kenntnisse erwerben. Luft und Mittel dazu haben. Peter bemerkt, daß Angehörsam im Dienst allerdings mit der Stellung eines Officiers unvertrüglich sei; aber eine Meinungsverschiedenheit mit den Vorgesetzten, die sich außerhalb des Dienstes kund gebe, mache den Officier nicht unfähig, zu dienen. Andere Redner erwähnten, daß die Beförderung der Unteroffiziere an zu viele unnöthige Bedingungen geknüpft und dadurch erschwert werde. Gegen die noch immer bestehende Prügelstrafe erhoben sich Weicker, Hecker, Brentano u. A. mit gerechter Entrüstung und kündigten an, daß, wenn diese Schmach des Kriegerstandes nicht in den nächsten Tagen vollständig beseitigt werde, sie eine Anklage gegen den Kriegsminister erheben würden.

Geh. Ref. v. Stengel erklärt die Prügelstrafe als unverträglich mit dem neuen Wehrsystem und zweifelt nicht, daß sie bald ganz beseitigt sein werde. Die Kommissäre der Kriegsverwaltung versicherten, daß sie dem Chef die hier gefallenen Aeußerungen berichten würden; man kann mit Zuversicht jetzt schon die schmählichen Prügel als abgeschafft betrachten. Mehrfach, besonders von dem Abg. Bassermann, wurde das Bedauern ausgesprochen, daß der verantwortliche Vorstand der Kriegsverwaltung nicht in der Kammer erscheine. Ohne

Digitized by Google

den Verdiensten des ergrauten Kriegers im Geringsten zu nahe zu treten, sei dies doch ein Mangel, der in jetziger Zeit sehr fühlbar werde. (Bekanntlich steht eine Renderung durch die Berufung des Obersten Hoffmann in Mannheim an die Spitze der Kriegsverwaltung nahe bevor.) Auf die Frage, bis wann die Beeidigung der Militärs auf die Verfassung stattfinden werde, wird die Auskunft ertheilt, daß die Eidesformel bereits die höchste Genehmigung erhalten habe und die Feierlichkeit morgen stattfinden werde. Die nach dem Schauplatz der Unruhen abgegangenen Truppen werden unterwegs beeidigt werden. Schmitt stellt die Frage, ob für Officiere die nämlichen Körpereigenschaften erforderlich sind, wie für die Soldaten. Er ist zu dieser Frage durch die Wahrnehmung veranlaßt, daß so viele Officiere Augengläser tragen. Hecker fügt bei, er habe bei dem Manöver in Heilbronn ein Regiment eines Nachbarstaates gesehen, wo die meisten Officiere Brillen trugen, was einen ganz eigenen Eindruck auf ihn gemacht habe. Major v. Both erwidert, daß die jungen Männer, welche sich dem Officiersstande widmen wollen, von einer Kommission untersucht werden, welche besonders auch auf die Eigenschaft eines guten Gesichtes zu sehen habe; man könne aber später die Augen verderben. Hildebrand rügte, daß anhaltender Dunkelarrest ohne die gesetzlichen Zwischenräume nicht selten verhängt werde, und die Kammer war nicht befriedigt durch die Erläuterung, daß man durch geschärfte Strafen die Dauer abkürzen suche, damit der Mann nicht zu lange dem Dienste entzogen werde. Man fand darin keine Rechtfertigung für eine Barbarei.

Auf eine Frage des Abg. v. Ihstein, bis wann das Gesetz über die Volksbewaffnung vorgelegt werden könne, wurde erwidert, daß dasselbe von dem Ministerium des Innern entworfen, dem Kriegsministerium mitgetheilt worden sei, und daß die Vorlage in wenigen Tagen erfolgen werde. Nachdem noch verschiedene Bemerkungen über eine zweckmäßigere Vertheilung für das Militär (Käppis statt der Tschakos) erwähnt und die Rechnung über Verwendung des 1841 bewilligten außerordentlichen Credits für die Ausrüstung des Armeekorps zugeschert war, wurden die Rechnungen der Kriegsverwaltung genehmigt.

Geh. Ref. v. Stengel legte einen Gesetzentwurf vor, wonach vom 11. März an die Gemeinden zum Ersatz des Schadens an Eigenthum, welcher durch Aufruhr oder Zusammenrottungen unter den in §. 622 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Umständen angerichtet wird, angehalten werden sollen. Die Umlage geschieht auf die Bürger und staatsbürgerlichen Einwohner theils nach Köpfen, theils nach dem Steuerkapital. Wenn die Frevel durch Leute verübt werden, die aus andern Gemeinden herbeigeeilt sind, so haben diese den Schaden zu tragen, falls sie von dem Anzug und der Absicht ihrer Angehörigen Kenntniß haben konnten. Der Rückgriff auf die Schuldigen, wenn sie ermittelt und in Anspruch genommen werden können, bleibt vorbehalten. Die Gerichte entscheiden über die Ersatzpflicht und die Größe des Betrags; die Umlage geschieht durch die Verwaltungsbehörden.

Der Entwurf wird unverzüglich berathen werden.

Welcker nimmt das Wort, um der Regierung einen Wunsch an das Herz zu legen. Es ist Alles daran gelegen, daß das bestehende Band, welches die Deutschen noch vereinigt, soviel Kraft besitze, als nach den gemachten traurigen Erfahrungen möglich ist; daß die ganze Nation vereinigt den drohenden Stürmen entgegengehe. Damit aber gemeinschaftliches Wirken durch alle Adern des Vaterlandes ziehe, ist durchaus nothwendig, daß das alte Unrecht, welches die Nation bedrückt, überall beseitigt werde. Der deutsche Bund, durch die Noth gebunden, hat erlaubt, daß die Censur aufgehoben werde. Damit hat er aber seine Pflicht nicht erfüllt, welche gebietet, die Preßfreiheit überall in Deutschland einzuführen. Zu dem Hohne des Reaktionssystems auf die Vernunft und Redlichkeit gehört auch der Satz, daß der Sohn nicht gehalten sei, die Schuld des Vaters abzutragen, daß der Sohn sich lossagen dürfe von den Verpflichtungen des Vaters. Dies mag unter Räuberhorden gelten, aber uns liegt daran, daß unsern Mitbrüdern die Verheißungen erfüllt, daß sie dadurch mit uns vereinigt werden. Wozu soll es führen, wenn ein feiler Austausch der Gedanken nach der Seine hin uns vergönnt ist, wenn wir uns aber nicht frei verständigen können mit unsern Brüdern in Preußen und Oesterreich? Ist dies nicht eine Herausforderung zur Zerspliterung Deutschlands? Daß die Leidenschaften gähren und ungemessene Wünsche laut werden, ist eine große Gefahr der bewegten Zeit; aber diese Gefahr werden wir bemeistern, dafür bürgt der deutsche Geist. Aber die andere Gefahr, daß die Blicke, statt nach dem gemeinsamen Vaterland, sich nach Frankreich wenden, dessen Grundsätze zur Freiheit und Menschenwürde begeisternd wirken müssen — diese Gefahr werden wir nicht bewältigen ohne den Schein und Schutz, den wir darin zu suchen haben, daß sich alle deutschen Bruderstaaten mit uns vereinigen in den allgemeinen Nationalrechten; der Bund und alle Regierungen müssen sich losſagen von der Reaktion. Wir lesen von einem Bündniß, wonach preußische Truppen in Böhmen die alten Rechte unterdrücken sollen, damit Oesterreich in Italien freie Hand behalte. Wenn deutsche Truppen in deutschen Landen zu solchem Zwecke verwendet werden sollen, dann rede man nicht mehr von Vertrauen, dies wäre nur noch ein hohles Wort. Nichts heunenhaft auch unsere Bürger mehr, als daß fremde Truppen ihnen die Freiheit wieder nehmen könnten. Ich wünsche daher, daß die Regierung unmittelbar bei dem Bund und bei den Regierungen, die noch an den Ausnahmsbeschlüssen festhalten, dahin wirke, daß sie sich davon lossagen und daß mit den deutschen Brüdern vereinigen durch Einführung wirklicher Preßfreiheit und repräsentativer Verfassungen. Vereinigen wir alle Gedanken in dem geliebten deutschen Vaterland, lassen Sie uns für Herstellung des Rechtszustandes überall wirken, wenn der Bund nicht ganz verloren sein will, so muß er sich mit uns vereinigen. Unterstützen Sie meinen Wunsch durch Ihre Zustimmung. (Die ganze Kammer erhebt sich wie auf Einen Schlag. Schaaff ruft: die Erfüllung dieses Wunsches des Abg. Welcker ist das einzige Mittel, Vertrauen zu erwecken. Kapp unterstützt denselben mit großem Nachdruck). Präsident Mittermaier. Die Kammer hat den Wunsch des Abg. Welcker einstimmig zu dem ihrigen erhoben. Der H. Regierungskommissär (v. Stengel) wird denselben gehörigen Orts mittheilen.

Nachdem noch einige Petitionsberichte erstattet waren, wird die Sitzung geschlossen. Die Mitglieder werden aber alsbald wieder zurückberufen, um eine Mittheilung der Regierung zu vernehmen. (Sie betraf den Gesetzentwurf über Ablösung sämmtlicher Frohnen, worüber in der gestrigen Nr. das Nähere).

**Baden.** W Heidelberg, 1. März. Die Oesterreicher sind seit langer Zeit in großer, furchtbar peinlicher Spannung. Die innere Politik, sie fühlen es, führt an einen Abgrund, die äußere in Rußlands Arme, also noch tiefer als in einen Abgrund, aus dem doch Rückkehr ans Licht möglich ist. Abgeschnitten von Deutschland, von der politischen Presse freier und freierer Staaten durch dunkel Barrieren, durch unzählige Gedankenzöllner getrennt, trifft jedes Signal einer volksthümlichen Bewegung das Herz der Oesterreicher tiefer, gewaltiger als dort, wo man die Feuerzeichen der Zeit nicht löscht oder dämpft, wo selbst Donnerschläge des politischen Horizonts frei anhallen können. Die Nachricht von dem Sturze der Julidynastie, von dem raschen Zusammenfall des mit List und Trug aufgebauten Glücks der Orleanisten, der Hervordruf von der jugendkräftigen Auferstehung Deutschlands muß in Oesterreich, dessen Herzen für alles Große naturkräftig schlagen, die Gemüther entzünden, die so vielfach gebundenen Schwingen der Volkspsyche lösen. Wie war etwa in dem großen Moment der innersten Erregung, der freudigen Begeisterung? Wohin sich wenden? Unter welches Banner treten? In Oesterreich fallen die politischen Schranken und Dressuranstalten nicht, wenngleich ihre Schuppatrone ein Gewitter der Zeit betäubt. Metternich und Sedlnitzki oder die Staatspolizei des Ballplatzes und der Herrengasse sind nicht die Männer, die Konzessionen machen, wenn die Erhaltung des Staatsgebäudes, wenn das Recht, wenn die Menschlichkeit sie fordert. Sie sehen ihren Abgott Sulzer, weiland in den Kammern ihren Bannerträger, als Lakai aus seinem Ministerhotel flüchten, aber sein tragisches Ende gibt ihnen keine Lehre. Sie haben Nichts gelernt, wollen und werden Nichts lernen. Sie glauben, daß die Ernten einer volksfeindlichen Regierungssystems die Früchte einer Politik der Bajonette und Polizeiknüttel nicht so leicht verderben und verwehen. Das divide et impera bleibt ihr Wahlspruch, eh auch die Zeit sich verjüngt, ein neues goldenes Morgenroth seinen Verjüngungsschein über sie ausgießt. In Oesterreich ist der Bürgerstolz vom Adeligen, der Bauer von Beiden durch eine tiefe Kluft getrennt. Die einzelnen Stände sind wieder unter sich zerklüftet durch die verschiedene Nationalität. Unter diesen Verhältnissen können die verschiedenen Völker, können die einander fremden oder gar verhaßten Staatsbürgerklassen desselben nationalen Ursprungs sich nicht finden, sich nicht fest aneinanderschließen, wenn auch das Gefühl des unerträglichen Druckes gemeinsam ist, wenngleich der Strom der Begeisterung im Angesichte erschütternder Weltereignisse alle Seelen einstimmt und fortreißt. Die Erhebung einer und der andern Provinz, das plebiszitfassende Ungarn ausgenommen, würde Nichts nützen, die Lombardei ist ein Zeuge mit 100 Zungen. Hat man doch Soldaten von allen Nationalitäten, kann man doch Ungarn nach Italien, Deutsche nach den slavischen, Slaven nach den deutschen Provinzen werfen; kann man doch, wenn die Rothschilde und Genossen ihre Kassen nicht mehr öffnen wollen, wenn die alten Bundesgenossen abfallen oder schmach-

Digitized by Google

bedeckt vom Schauplatz ihres Wirkens flüchten, in Rußland neues Geld erlangen, neue verhaßte Bündnisse schließen. Man gibt den Völkern Schmerter, wenn sie Recht verlangen; man zeigt ihnen die ultima ratio, wenn sie Aufschub verlangen, wohin die ungeheuren Summen wandern, die sie zahlen, wenn sie zittern vor einer Rückkehr des Jahres 1811; man stempelt in der Staatskanzlei die gerechtesten Bitten zum Trotz und schaudert nicht zurück vor einem Bürgerkriege in einem Königreiche für Metternich's und Schlukki's unreigene Staatsideen; für ihren Wunsch, allem Haß, allem Verderben ihres Systems zum Trotz, ihre Ministerien zu behaupten, sollen die Oesterreicher Habe und Gut opfern, sollen sie auf die Eintracht der Völker, auf den Fortschritt, auf Freiheit, Glück und Ehre verzichten! Unter diesen entsetzlichen Verhältnissen ist ein Aneinanderschließen der Volksstämme und Volksklassen in Oesterreich, ein gemeinsames Zusammenwirken für bessere, menschliche Zustände unendlich schwer. Und doch muß Etwas geschehen, damit die traurige Verwicklung sich löse, ehe es zu spät ist, damit der große Moment, der in Deutschland das Metternich'sche System so rasch zusammenbrach, auch für das schöne, herrliche Oesterreich nicht unbenutzt vorüberflicht. Man bedenke das und handle in diesem Sinne. Man verschmähe nationalen Lager und Standarten in den verschiedenen wie in einzelnen Provinzen, wie z. B. Ungarn und Böhmen, müssen sie den Augenblick fallen. An ihre Stelle komme ein Lager für alle Männer des Fortschritts, ohne Unterschied der Abstammung. Die Oesterreicher, die allen Hindernissen zum Trotz in bescheidener Stille die gedachteten Wege des Fortschritts gewandelt, die über alle Schlagbäume der uniformirten und geheimen Polizei hinaus, mit dem rüstigen Zeitgeiste unermüdet verkehrten, dürfen den Glockenschlag der politischen Auferstehung nicht unbenützt verhallen lassen. Es gilt keine Empörung, die in dem vielgetheilten Lande hundertfache Schrecken und keinen Nutzen in ihrem Gefolge hätte, sondern eine mannhafte Auflehnung gegen eine Politik des Verderbens und der Schmach, einen allgemeinen offenen Abfall von Metternich's, dessen System längst gerichtet und jetzt gottlob völlig geschlagen ist. Landsleute in Oesterreich! zeigt, bewährt jetzt ohne Furcht, ohne Besorgniß die Brudhaftigkeit Euerer Gesinnung. Vergeßt in einer Zeit, wo Brüderlichkeit alle Völker das große, heilige Losungswort aller freiheitsdurstigen Seelen geworden, kleinen, zeigt kleinlichen, zu fluchwürdigen Zwiespalt. Bindet Euch die Nationalität die Hände, lähmt sie durch Haß und Mißtrauen die Kraft der Gesinnung, sie taucht die Nationalität für den vom Weltgeist der Ermannung geweihten Augenblick in Lethe. Die Nationalität soll nicht Euern Aufschwung, Euer gemeinsames Handeln unmöglich machen. Keine Deutschen, keine Magyaren, keine Slaven, keine Italiener, nur einträchtige Männer, die ein gemeinsames Ziel begleitet, ein gemeinsames Bedürfniß vereint! Schließt Euch aneinander, verbindet Euch zu Rechte, die Euch gehören, ohne die Ihr klein und schmachvoll verkümmert! Man kann nicht viel, ohne die Ihr klein und schmachvoll verkümmert! Man kann nicht überall mit 100,000 Soldaten auf billige Volkswünsche antworten, und könnte man's, Furcht ist wackerer, selbstbewußter Männer unwürdig! Wartet nicht auf die Ständeversammlungen, in welchen der Bürger seine Berechtigung hat, der lebendskräftige Theil des Adels, wie in Ungarn, vergebens sich erhebt. Eben das Bewußtsein, daß Ihr keine politische Berechtigung habt, muß Euch spornen und treiben, sie zu erlangen. Denkt, Bürger, an Joseph II. Der Volkskaiser hat sich in Euerer Mitte „ein Parlament der Denker" gebildet, dessen Stimmen er lauschte, das in kurzer Frist Großes wirkte! Nach zwei Menschenaltern, die über den Abschenkrug des despotischen Kaisers hinwuchsen, hat Oesterreich unendlich gewonnen an geistiger Kraft. Itzt muß „das Parlament der Denker", das sich Joseph wünschte, wahr, neu unter sechen und zum allgemeinen Besten sich konstituiren. Die Karlsbader Beschlüsse und ihre ebenbürtige Nachkommenschaft sind in Deutschland der Wucht des Volksgeistes zum Sühnopfer gefallen. Sollen sie in Oesterreich fortwuchern, in Oesterreich unsterblich werden? Die Oesterreicher müssen rathen und thaten, wie jetzt in allen Theilen Deutschlands geschieht. Es bedarf dazu keiner ständischen Rechte. In der heiligen Bürgerpflicht, das Vaterland zu wahren, liegt die Berechtigung, Alles zu thun, was zu des Vaterlandes Ehre, zu seinem Wohle, zu seiner Erhaltung nothwendig ist. Wo Ihr über die Freiheit, Unabhängigkeit und Ehre des Vaterlandes berathen verbedet, da wird Euer Parlamentsgebäude sein. Außerordentliche Gefahren bedrohen Oesterreich. Das Staatsschiff schwankt von Klippen zu Klippen, seine Flagge wird hier verhöhnt, dort verstuft! Oesterreichs Kinder stehen gegen sich selbst zu Felde. Hier Soldaten gegen Bauern, die 70 Jahre in Geduld auf eine Besserung ihres Sklavenloses harrten, dort Soldaten gegen ein Volk von 5 Millionen, die Metternich töten muß, daß sie um mildere Censur, um besseres Recht u. s. w. bitten. Die Finanzen sind nach 30 Friedensjahren zerrüttet. Rußland ist nicht nur Bundesgenosse, sondern auch Gläubiger Oesterreichs geworden. Rußland will Oesterreichs Ueberfahren nach Belieben lenken, Oesterreichs Kinder als Schergen seiner Politik verwenden. Ist das nicht Elend genug, um die alten bleiernen Siegel des Stillschweigens zu brechen, um aus dem Bann zu treten, der nach allen Seiten lähmt, um nationale Gehässigkeiten aufzugeben und, brüderlich gesinnt, Bürgschaften für eine würdige Entfaltung des Staatslebens, für Freiheit, Unabhängigkeit und Recht zu verlangen? Metternich ist geschlagen in Italien, in England, Frankreich, Deutschland; geschlagen in Rußland, dem er Oesterreich als Sühling überliefern möchte. Soll er in Oesterreich allein seine Allgewalt behalten, soll er in Oesterreich allein so furchtbar bleiben, daß die Bürger sich nicht zu ermannen vermöchten?

○ Vom Rhein, 8. März. Die ersten Botschaften aus Westen hatten auf die reaktionäre Presse einen nicht minder niederschlagenden Eindruck gemacht als auf die Diplomatie; sogar der Rhein. Beob. war ruhig und anständig geworden, er hatte auf ein paar Tage seinem Handwerke ganz entsagt. Allmählig ermannt er sich wieder; so die Allg. Ztg. 3. mit jener bekannten Beurtheilung der jüngsten Ereignisse hervortrat, die, wie die Köln. Zeit. bemerkt, so obenhin sich ist, daß die Redaktion des unbedeutendsten rheinischen Lokalblättchens errühren würde, sie zur Schau zu tragen, haben sich auch im Organ des Prof. Bercht die zerfrorenen Truppen der reaktionären Publicistik wieder gesammelt und stimmen ihr altes Lied so aufreichtig an, als wollten sie (woran kein Mensch zgzweifelt) der Welt recht handgreiflich beweisen, daß auch sie „Nichts vergessen und Nichts gelernt haben". Spricht auch aus diesen neuesten Ergüssen der ohnmächtige Zorn viel vernehmlicher als die politische Ueberlegung, so sind sie doch für die Beurtheilung der Partei von Werth, und wir wünschen recht sehr, man möchte in der Bewegung des Augenblicks diese kostbaren Herzensergießungen nicht zu flüchtig übersehen. Wir Leute außerhalb des geweihten Kreises, den der Rh. Beob. vertritt, haben ohnehin nur eine unvollkommene Vorstellung von der großartigen Verwirrung der einfachsten Begriffe, von dem Tyuismus in der Unwahrheit und Verdrehung, worin man dort erzeliirt. So läßt sich an der Spitze des Kölner Blattes vom 3. März eine Stimme vom Main vernehmen, die wohl verdient, das man sie aus den obstaren Spalten des Beobachters aus dem volle Tageslicht ziehe. Denn wir armselig muß es mit einer Staatsweisheit bestellt sein, die im Augenblick einer europäischen Krise Nichts weiter in Bereitschaft hat, als eine dicke Ladung abgebrauchter Redensarten, wie sie in den Kapuzinaden des „Berl. Wochenblattes" schon alle da gewesen sind. Man wird es uns erlassen, den Rhein. Beob., der die letzte Revolution als „Scenen von rohen Mordgesellen aufgeführt" bezeichnet, der von einem „Gesindel das man in solchen Fällen gewöhnlich Volk nenne" spricht, der uns erzählt, wie dies Gesindel „gleich losgelassenen Hunden Alles was Widerstand leistete angefallen habe, vor keinem Fewel zurückgebebt sei und mit bestialischer Wuth das Eigenthum der Nation und des von ihr erwählten Königs zerstört habe", der die gegenwärtige französische Regierung mit „Robespierre und Marat" vergleicht — man wird es uns, wie gesagt, erlassen, den Rhein. Beob. mit ruhiger Gegenrede widerlegen zu wollen; es genügt, den moralischen Eindruck damit zu charakterisiren, den die jüngsten Ereignisse auf die Unverbesserlichen gemacht haben. Was für eine Stirne gehört aber dazu, kek zu fragen: welches Unrecht von der Regierung in Frankreich denn geschehen, da denn die Charte verletzt worden sei? und die Frage mit einem stolzen Nein zu beantworten! Wie gründlich muß man sich durch eigene und fremde Sophistik die unbefangene Freiheit des Denkens und Urtheils ruinirt haben, um mit dem Rh. Beob. sagen zu können: die Begebenheit der letzten Tage stehe in den Annalen der Menschheit wohl einzig da, denn es sei eine Revolution ohne Ursache und vorbedachten Zweck! Wie beneiden den Rhein. Beob. wahrhaftig um den Schafsfleiß nicht, der in dem franz. Volke eine Meute losgelassener Hunde sieht, und in Louis Philipp den „Würdigsten" begrüßt, den Mann der „alle Tugenden eines das Heil seines Volkes fördernden Fürsten" besaß; wir beneiden den Beobachter auch nicht um die merkwürdige Entdeckung der „großen Opfer", die Louis Philipp und sein Haus dem Staate gebracht, denn der Rh. Beob. ist nicht zurechnungsfähig; er hat seit 18 Jahren geschlafen, hat von dem Machiavellismus im Großen und Kleinen, dem Dickstadt, dem Wucher, der offen protegirten Schlechtigkeit, der ehr- und charakterlosen Staatskunst auf allen Punkten des Erdkreises, der Dynastien- und Scraitpolitik auf der pyrenäischen Halbinsel, der Koketterie mit den schlechtesten Künsten des Absolutismus, der Künstlichkeit und Korruption, kurz er hat von Allem dem, was die Welt seit 18 Jahren mit Entrüstung verfolgte, Nichts gesehen; die Männer des

Digitized by Google

Rh. Beob. sind unter dem Eindruck der „besten Republik“ sanft eingeschlafen und der süße Traum einer charte verité hat ihren achtzehnjährigen Schlaf lieblich umgaukelt. So ist dem Rh. Beob. auch unbekannt geblieben, wie die berüchtigten Korruptionsskandale des Jahres 1847 für das Julikönigthum dasselbe Schicksalszeichen waren, wie der Halsbandprozeß für die alte Monarchie, wie es fortan nur noch eines kleinen Tropfens bedurfte, um das gefüllte Maß überfließen zu machen und ein kleiner Anstoß hinreichte das Gefühl der sittlichen Empörung zum offenen Ausbruch zu bringen. Die Julimonarchie fiel dann, wie sie es verdiente, rasch, ruhmlos, von Niemanden aufrichtig betrauert, von den eigenen Freunden mit kalter Verachtung preisgegeben. Ludwig XVI. nahm die Sympathien von Zusehenden mit sich, Napoleon hinterließ noch eine Partei, Karl X. noch ein Häuflein ritterlicher Freunde und Leidensgenossen, Louis Philipp ließ Nichts hinter sich, sogar Reichsfälle hat ihn aufgegeben, die Sympathien für die Orleans'sche Monarchie sind selbst an der Börse erkaltet und beschränken sich auf Louis Philipp selbst und seine Familie. Wie Schade für den Rh. Beob., daß sein süßer Traum von Louis Philipp's „Tugend“ ihn das Alles nicht hat sehen lassen, daß beim unsanften Erwachen er sich naiver Weise wundert, daß das Alles so gekommen, er seinen Groll ausschüttet über die verrätherische Deputirtenkammer, die verrätherische Nationalgarde, die verrätherische Armee. Eine ganze Nation, das sollte doch der Beobachter wissen, wird nicht so leicht verrätherisch werden; wohl muß aber das Gebäude entsetzlich morsch und unterwühlt sein, das so von Allen theilnahmlos preisgegeben wird. Indessen, wie gesagt, der Rh. Beob. hat geschlafen; hätte er gewacht und konnte doch so reden, dann müßten wir ihm seiner Wahrheitsliebe noch schlimmer denken als von seiner politischen Einsicht.

* Mainz, den 9. März. Gestern hatten wir im wörtlichen Sinne einen Freietag der Freiheit, und zwar einen lieblichen. Eingesetzt wurde dieser Freietag von unserm edlen Volksvertreter und Deputirten Dr. Zitz, der in seiner denkwürdigen Rede vom Balkon des Theaters herab, nachdem er die Siegesbotschaft der Freiheit gebracht, das Volk ermahnte, den 8. März als einen Freietag zu begehen und dem Himmel zu danken, daß wir auf friedlichem, unblutigem Wege in Hessen unsere Revolution glücklich durchgemacht haben. Die Glocken läuteten und riefen ungeheure Schaaren in den Dom, wo der Bischof nach abgehaltenem feierlichen Messe eine Lobrede auf die Reform und auf die Freiheit hielt. Ob wir wissen, als hörte er den Erzbischof von Paris über die neueste französische Republik reden. Die Oberchirten der Kirche ahmen alle Pius IX. nach; in staatlichen Dingen sind sie jetzt meist liberal; in kirchlichen Dingen möchten sie es gern beim Alten gelassen sehen. Ob unser Bischof es aufrichtig mit der von unserm edlen Fürsten nun gewährten Gleichstellung und Emancipation der Juden und Deutschkatholiken meint? Ich glaube kaum. Uebrigens machte diese kirchliche Feier einen tiefen Eindruck. Nach dem Gottesdienste zogen den ganzen Tag hindurch Musikchöre durch die Straßen und von der Höhe des ehrwürdigen Domes herab ertönten Chorale; alle Läden waren geschlossen, und auf den Straßen wogten ungeheure Mengen mit freudigen Gesichtern und ließen ununterbrochen die Freiheit und Gleichheit leben. Vor vierzehn Tagen noch hätte ein solcher allgemeiner Ruf die Polizei wahnsinnig gemacht; heute aber ließ sie sich nicht sehen, und doch wurde die Ordnung keinen Augenblick gestört. Der herrlichste Moment des heutigen Festtages war aber die allgemeine Illumination der Stadt, die großartig und glänzend war. Dazu noch ein Fackelzug von vielleicht 2000 Fackelträgern, dem sich die Sänger und die Turner anschlossen, um dem verehrten Deputirten Zitz eine Serenade zu bringen. Zitz sprach hier wenig, begab sich aber später an das Gutenberg-Denkmal, wo er nach stattgehabtem Männergesang eine Rede an das Volk hielt, worin er versicherte, er werde wachen, daß uns auch nicht ein Jota weniger gegeben werde, als man uns in den Tagen der Bedrängniß (am 4. März) versprochen. Darauf begab sich der Zug zu den Wohnungen des Gouverneurs und des Kommandanten, welche ebenfalls Serenaden erhielten, da sie sich in den Tagen der Aufregung gegen die Mainzer brav benommen. Hr. v. Dalwigk aber, unser Provinzial-Komödiant, erhielt keine Serenade, man ließ sogar die Musik schweigen, als man vor seinem Hause vorbeizog.

† Mainz, 10. März. Die Gemüther beruhigen sich allmählig; man überzeugt sich von der Aufrichtigkeit und Wirklichkeit der so schnell gemachten Zugeständnisse und erkennt den unermüdlichen Eifer des neuen Ministers H. Gagern, das begonnene Werk rasch zu Ende zu führen und zu befestigen, mit freudigem Danke an. — Der Proletarier ist freilich mit dieser Wendung der Dinge wenig zufrieden, da er sich die sonderbarsten Vorstellungen von dem und für ihn jetzt eintretenden glücklichen Zeiten machte; indessen auch für ihn wird wenigstens in unserer Stadt getreulich gesorgt; eine Stiftung zur Unterstützung armer Arbeiter wurde vorgestern in Anregung gebracht und bereits sind über 30,000 fl. gezeichnet; einzelne wohlthätende Bürger zeichneten 1000 fl. — Die hiesige Festung wird bereits mit Eifer in Vertheidigungszustand gesetzt und verproviantiret; zur Verstärkung der Garnison dienende preußische und österreichische Truppen sind, wie man vernimmt, auf dem Wege; eine Belagerung haben wir jedoch, wenn die deutschen Fürsten ein freies deutsches Volk am sich schaaren, von einem auswärtigen Feinde nicht zu fürchten; nur eine gewaltsame Unterdrückung des immer allgemeiner werdenden Strebens nach der Erringung jenen freien Mauer gebührenden und schon längst versprochener Rechte könnte der Sachlage eine andere Gestalt geben und Fürsten und Volk zugleich unberechenbares Unglück bringen.

## Italien.

* Neapel, 28. Febr. Die hiesige Staatszeitung, welche über die Ereignisse in Sicilien bisher ein tiefes Stillschweigen beobachtet und deßhalb mit Recht bitter getadelt wurde, hat dieses Stillschweigen endlich gebrochen und sich damit entschuldigt, daß die Regierung von einem Tage zum andern hoffte, die Streitigkeiten zu beseitigen. Sie sagt nun, daß Grund vorhanden sei, diese Differenzen dadurch zu einem guten Ende geführt zu sehen, bittet aber, das Ministerium noch ruhig machen zu lassen und ihm sein gegenwärtig obwaltes so schweres Amt nicht noch mehr zu erschweren. Wirklich ist dieser Tage das Ultimatum des Königs und vom Minisci an das Generalkomité in Palermo abgegangen, und man ist in großer Spannung auf den Entscheid. Einstweilen spricht man hier von starken Rüstungen gegen Sicilien, im Falle diese Insel das Ultimatum nicht annehme. Ein anderes hiesiges Blatt will aus sicherer Quelle wissen, der König habe die Entschränkung den fünf Großmächten überlassen, und diesen schreit man laut dagegen. Vielleicht ist dies der Grund von einer Kartätschenden Zusammenrottung von Volkshaufen, die unter den Fenstern der Minister Abbruzo il Ministro, poco alla Sicilia riefen. Andere behaupten, diese und ähnliche Krawalle weren von den sich hier aufhaltenden Sicilianern angestiftet. Letzteres wäre wohl wahrscheinlicher, vielleicht ist's aber auch nur ein Machwerk von Solchen, die gerne im Trüben fischen. Es würde hier wohl kaum gelingen, eine Reaktion hervorzurufen, man ist hier zufrieden und viel zu stolz, daß die bestandenen Unruhen einmal aufgehört haben. — Letzten Freitag zog die hiesige studirende Jugend in langer Procession mit einem Leumpwagen, worauf die Namen der im Jahr 1820 unter Ferdinand I. hingerichteten Freiheitsmänner, durch den Tolebo vor das Kön. Schloß und auf dem gleichen Wege wieder zurück. Eine eigenthümliche Idee, dem Könige seinen Dank oder sonst Etwas darzubringen. Vor dem Hause Viala fand ein etwas ernsthafter Volksauflauf Statt. Die Nationalgarde konnte dies Mal nicht allein Meister werden und mußte Truppen zu Hilfe rufen, um denselben zu zerstreuen. Der Kommandant von Neapel und Inspekteur der vier Schweizerregimenter, General Stadella, ist seines Amtes entsetzt, an seine Stelle tritt General Labrane, und als Inspekteur der Schweizer interimistisch General Steckalyer, ein Schweizer. Stadella ist Sicilianer und soll sich dem Verfassungseid dadurch entzogen haben, daß er sich krank meldete. Er hat seine Besitzungen in Sicilien und wurde durch seinen dasigen Eidest dieselben verlieren, wenn er nicht der Grund seiner Entfernung. Der Kriegsminister Garzia hat seine Entlassung eingereicht. Als seinen Nachfolger nennt man den greisen Principe Cariati, der allerdings diesen Posten würdig besetzen würde. In Caserta weigerte sich ein Dragonerregiment, den Verfassungseid in die Hände des sich in Calabrien und Messina beträchtigt gemachten Generals Nanzlaute zu schwören; der König ging selbst dahin, um diesem Regimente den Eid abzunehmen. Auf unsrer Rhede sind gegenwärtig drei englische Linienschiffe: L'Ibermia, Trafalgar und Superbe; eine englische Dampfregatte L'Estate; eine spanische Korvette und eine österreichische Fregatte. Letztere kam von Palermo, wo man der Mannschaft derselben bedeutet haben soll, nicht ans Land zu steigen, um Unordnungen zu vermeiden; sie wird auch hier gut thun, sich so wenig als möglich zu zeigen. Die Aversälle in der Lombardei müssen natürlich den Widerwillen gegen die Oesterreicher nur noch mehr steigern.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cave v. Kent., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Griechenland können Bestellungen auf sie in M. L. Alexandre Strasburg 20 Brandgasse, Paris 15, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Postverwaltungen besorgt das Verl. Exp. Comm. Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich 6 fl. 36 kr.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 26 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 74. **Heidelberg**, Dienstag 14. März. **1848.**

Mit dem 1. April beginnt ein neues **vierteljähriges** Abonnement auf die **Deutsche Zeitung.** Der Preis für die Monate April, Mai und Juni ist bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg 2 fl. 30 kr.; im Umfang des Großherzogthums Baden durch die Post bezogen 3 fl. 6½ kr., wozu auswärts noch der Postaufschlag kömmt.

Die Politik und die Verfassung für Deutschland, welche die Deutsche Zeitung von ihrer Einstiftung an aufgestellt und verfochten, haben durch die Ereignisse allenthalben Deutschlands und im Auslande zuverlässigr Berichte schnell mitzutheilen und unser Urtheil über den Gang der Entwickelung und das, was dem Vaterlande frommt, mit den Ereignissen gleichen Schritt gehen zu lassen.

Die Verhandlungen der **badischen Kammer**, welche in diesen Monaten durch die Berathungen der Gesetzentwürfe für die Sicherung der Volksrechte besondere Wichtigkeit erlangen, werden wir aus den unmittelbarsten und zuverlässigsten Quellen mittheilen.

## Uebersicht.

**Hannover** und die deutsche Reform. — **Wien** (Gerücht von Metternich's Abdankung wiedersprochen. Der böhmische und niederösterreichische Landtag). **Berlin** (Kabinetsordre über Aufhebung der Censur. Gerücht von einer Amnestie für die Polen. Der Ber. Landtag soll einberufen werden. Die Neuenburgische Frage. Die Großmächte und die franz. Republik). **Königsberg** und **Elbing** (Adressen an den König). **Breslau** (Deputation an den König). **Halle** (die Professoren Leo und Wippermann). **München** (die deutschen und die national baierischen Farben. Volksjubel. Gerücht von einem Eintritt Wilich's und v. Lerchenfeld's in das Ministerium. Kirchliche Feier für die Errettung der königlichen Familie). **Stuttgart** (Programm des neuen Ministeriums. Umsichgreifen des Bauernkrieges). **Dresden** (Aufregung im ganzen Lande. Die angebotene Entlassung des Ministeriums nicht angenommen. Gesetzentwurf über Preßfreiheit versprochen. Deutsches Parlament). **Kassel** (Entlassungsgesuch des alten Ministeriums; die neuen Minister). **Hanau** (Beitritt der Stadt Fulda und anderer Orte zu dem Verhalten von Hanau). **Gotha** (die letzten Vorgänge). **Weimar** (Electorenversammlung der Preßfreiheit). **Hamburg** (freie Presse gewährt). **Frankfurt** (angeblicher Beschluß des B.-T. in Betreff nationaler Vertretung). **Bremen** (der Tag der Reformgewährung). **Schleswig** (Adresse an den König).

**Schweiz.** Bern. Verhandlungen über die Bundesreform.

**Niederland.** Haag. Eröffnung der Kammer. Erklärungen der Minister.

**Großbritannien.** Rundschau der Times über die Stellung der europäischen Länder zur franz. Republik (Schluß). Die Wahl in Glasgow wieder hergestellt, in Evinburg, Manchester u. s. w. gesiegt.

**Frankreich.** Wie die provis. Regierung die Wahlfreiheit und das allgemeine Stimmrecht verkündet; die republikanische Freiheit und die Centralisation. Die Oppositionsmänner der letzten Kammer als Kandidaten für die Nationalversammlung. Einzahlige Frankreichs laut amtlicher Bekanntmachungen.

**Italien.** Neapel. Rücktritt des Ministeriums.

**Griechenland.** Athen. Wiederankunft der Hrn. Musurus in Athen.

---

Der Ausschuß, welchen die zu **Heidelberg** am 5. März versammelten deutschen Männer beauftragten, vorläufig die Grundlagen einer nationalen deutschen Parlamentsverfassung zu berathen, hat über diese Grundlagen sich soweit geeinigt, daß dieselben einer größeren Versammlung der Männer des Vertrauens unseres Volkes zur weiteren Berathung vorgelegt werden können. Wir laden demgemäß alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen in allen deutschen Landen (natürlich Ost- und Westpreußen und Schleswigholstein mit einbegriffen) hiermit ein, sich Donnerstag 30. März in Frankfurt a. M. zu dieser Berathung einzufinden. Eine bestimmte Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichneten Männer, die bisher nicht Ständemitglieder waren, werden noch besondere Einladungen erhalten. Alle diejenigen, welche dieser Einladung Folge leisten, bitten wir, am 30., als dem Anmeldungstage, oder vor der ersten Sitzung am 31. in dem Anmeldungsbureau, welches die Frankfurter Blätter noch besonders bezeichnen werden, ihre Namen einschreiben und ihre Eintrittskarten abholen zu wollen. Heidelberg, 12. März. Binding 1. Gagern. Jtzstein. Römer. Stettmann. Welcker. Willich.

### Heidelberg, 14. März.

Die Bundesreform und die Einführung eines deutschen Parlaments, wie sie im Volke das allgemeinste und mächtigste Schlagwort der neuen Bewegung geworden ist, hat auch bei den Regierungen durch die siegreiche Macht der innern Nothwendigkeit raschen Eingang gefunden. Der Bundestag selbst, über dessen bisheriges Wirken die öffentliche Meinung in den letzten Tagen mit seltener Einstimmigkeit sich ausgesprochen hat, der Bundestag, dessen völlige Umgestaltung der erste Akt der neuen Bundesverfassung sein muß, hat sich dieser Nothwendigkeit gefügt und, was mehr ist, die süddeutschen Regierungen bieten in ihrer neuen populären Zusammensetzung die sichere Gewähr, daß, was von dieser Seite geschehen wird, nur aus dem ehrlichsten und aufrichtigsten Willen entsprungen kann. Nur ein Staat hat sich bis jetzt bereit, sein Votum gegen die große nationale Angelegenheit abzugeben — Hannover; und zwar ist dies in so unzweideutiger Weise geschehen, daß man zu jeder andern Zeit befürchten müßte, hier ein unüberwindliches Hinderniß zu finden. Aber die Zeit, wo dergleichen Besorgnisse gegründet waren, ist eben jetzt vorüber; Hannover konnte i. J. 1837 einen öffentlichen Rechtsbruch der entsetzlichsten Art begehen, ohne den einmüthigen Widerstand Aller befürgen zu müssen; es konnte nachher, seinem britischen Vasallenverhältniß getreu, sich der deutschen Handelspolitik in den Weg stellen, — daß es aber auch jetzt noch in der wichtigsten Angelegenheit der Nation die Rolle des Sonderbundes spielen kann, das stellen wir entschieden in Abrede. Hannover hat seit 1837 dem deutschen Rechtsgefühl und dem öffentlichen Gewissen Viel zugemuthet; diese jüngste Zumuthung könnte zur letzten Probe werden.

Ein deutsches Parlament, so lautete die officielle Antwort, sei mit der monarchischen Regierungsform nicht vereinbar. Allerdings dann nicht, wenn das hannoversche Gouvernement seit 1837 die monarchische Musterform darstellte, oder wenn eine dreißigjährige Gesetzlosigkeit ohne gesetzliche Einheit, ohne nationalen Mittelpunkt das monarchische Prinzip in seiner reinsten Entwicklung ausdrückte. Dann gewiß nicht, wenn eine bunte Vielheit in der Politik, der Gesetzgebung, dem Gerichtswesen u. s. w. gleichbedeutend wäre mit dem Wesen der Monarchie, oder wenn jede weise und nothwendige Schranke, die man dieser Vielheit setze, als ein Attentat gelten könnte gegen die monarchische Regierungsform. Aufrichtig gesprochen, liegt in dieser Besorgtheit um die Monarchie nur die Furcht vor Schranken gegen die Willkür; es spricht sich darin Nichts aus die Neigung aus, der Entfaltung einer starken und kräftigen Nationalgewalt gegenüber die Stellung eines Sonderbundes zu behaupten.

Wir haben vor Kurzem in unserer Nähe auf kleinerem Raume eine Verwirklichung erlebt, die uns der unserigen manche Berührungspunkte bietet: die Schweizer Angelegenheit. Dort wie bei uns machte sich das allgemeine Bedürfniß eines einträchtigeren und festeren Zusammenschließens, einer stärkeren Centralgewalt und einer wirklich nationalen Einheit geltend; dort wie bei uns war man durch Erfahrungen zu der Einsicht gelangt, daß mit der bisherigen Bundesverfassung die innere wie die äußere Wohlfahrt gleich übel berathen

Digitized by Google

frei. In der Schweiz wie in Deutschland regte sich gegen diesen im Grunde monarchischen Zug der anarchische Eigensinn, die Willkür, wo in der Spaltung auch Einheit ihre Spitze findet; dort nannte sich das die Souveränetät des Volks, hier gab es sich für das monarchische Prinzip aus. Es fehlte nun noch, um die Parallele vollständig zu machen, eine fremde Diplomatie, die uns Deutschen erklärte, sie werde eine Umgestaltung der Bundesverfassung nicht dulden oder sehe sich dadurch ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen für entbunden an! Der mächtige Gang der jüngsten Ereignisse hat in der Schweiz diesem Treiben mit einem Male die gefährliche Spitze benommen, und die Sonderbündelei wie die fremde Diplomatie für lange Zeit unschädlich gemacht. Auch in Deutschland liegen die Dinge so, daß die sonderbündischen Gelüste, mögen sie von Hannover oder anderswoher kommen, mit allen ihren Folgen nur auf die Urheber zurückfallen müßten.

Hat die hannoversche Regierung in diesem einen und wesentlichen Punkte bewiesen, daß sie die Zeit und ihre Gefahren nicht erfaßt, so ist auch ihr Verhalten in den andern Fragen der Reform nicht nur ein Unrecht, sondern ein politischer Fehler. Es mag der hannoverschen Regierung gelungen sein, das durch ein langes und erfolgloses Ringen ermüdete Volk zuletzt in eine gewisse Apathie und Hoffnungslosigkeit zu versetzen, aber sie vergesse nicht (und die Erfahrungen der jüngsten Tage konnten sie belehren), daß solch eine Stimmung, wäre sie auch noch so sehr herabgedrückt, nie eine dauernde Bürgschaft gibt gegen einen mächtigen Rückschlag. Eine so grelle Rechtsverletzung wie die von 1837 wird nicht mit einem Male aus der Erinnerung des Volkes weggewischt werden können! Die Gegenbewegung kann und wird nicht ausbleiben. Sera numinis vindicta sed eo certior!

Die hannoversche Regierung hat nun den Forderungen der Reform eine kalte, ziemlich unumwundene Ablehnung entgegengesetzt; staatsklug war das gewiß nicht. Daß sie wieder verfahren hätte, Reformen zu gewähren, ehe man sie ihr abringt, darüber kann es keine Meinungsverschiedenheit geben. Zeit und Umstände können ihr das Abringen näher rücken, als sie zu glauben scheint. Im Volke — das haben die jüngsten Wahlen gezeigt — ist nach einem zehnjährigen Zustand der Widerrechtlichkeit das Bedürfniß der Emanzipation lebendiger geworden als zuvor; und nicht im Innern allein hat sich Gährungsstoff gesammelt, die raschen Wogen der Bewegung schlagen auch von Außen an die morschen Wände. Wir sehen es unter anderen Augen, wie sich in Kurhessen Alles zur gewaltsamen Lösung eines heillos verwickelten Knotens anläßt, wir sehen, wie sich Freischaaren bilden, um der zu jedem Widerstand gerüsteten Stadt Hanau zu Hilfe zu kommen. Wenn die schon wogende Fluth die Grenzen überschritte, ganz Kurhessen ergriffe und gewaltsam mit sich fortrisse, wer bürgte dann der hannoverschen Regierung dafür, daß die Bewegung nicht noch weiter ginge und mit Gewalt einen Bau angriffe, der nur auf Gewalt gegründet ist? Viel zu spät würde man dann zu der Einsicht gelangen, daß zwar ein deutscher Parlament sich mit der monarchischen Regierungsform wohl vertragen kann, daß es aber eine Politik gibt, die dem monarchischen Prinzip viel schwerzlichere Wunden bereitet, als die freisinnigste Bundesverfassung.

**Oesterreich.** Wien, 5. März. Auch die leipziger Zeitung berichtete die Abdankung des Fürsten Metternich; dagegen versichert die D. A. Z. nach einem Wiener Briefe vom 6. März, der Fürst habe sich sehr wohl und in voller Aktivität befunden.

Wien, 6. März. Nach dem Fr. Journ. wird der böhmische Landtag am 10. d. in Prag eröffnet (?) Die niederösterreichischen Stände sollen am 22. d. zusammentreten.

**Preußen.** Berlin, 9. März. Die A. P. Z. bringt folgende Kabinetsordre: Nachdem die deutsche Bundesversammlung unter dem 3. d. M. folgenden Beschluß gefaßt hat: „1. Jedem deutschen Bundesstaate wird freigestellt, die Censur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen. 2. Dies darf jedoch nur unter Garantien geschehen, welche die andern deutschen Bundesstaaten und den ganzen Bund gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicher stelle," und dadurch die Grundlagen gegeben sind, auf welchen eine neue Bundespreßgesetzgebung zu bauen Ich seit geraumer Zeit beantragt habe, so würde Meinerseits nunmehr kein Hinderniß mehr obwalten, die Censurfreiheit unter den nöthigen Garantien in Meinen Staaten einzuführen, wenn Mich nicht der dringende Wunsch davon zurückhielte, in dieser, wie in vielen anderen wichtigen Angelegenheiten, ein gemeinsames deutsches Bundesrecht zu erstreben. — Demgemäß beauftrage Ich das Staatsministerium, unverzüglich solche Einleitungen zu treffen, daß Meine dahin gerichteten Anträge bei der Bundesversammlung schleunigst zur Entscheidung gebracht werden. Sollte dies unerwartet auf Hindernisse oder Verzögerungen stoßen, so würde Ich dann mit einer auf Censurfreiheit begründeten, durchgreifenden Reform der Preßgesetzgebung, vorbehaltlich des späteren ständischen Beiraths, interimistisch vorgehen, weßhalb auch dieserhalb die Vorbereitungen so zu treffen sind, daß eintretenden Falls sofort ein Meinen Absichten entsprechendes Gesetz erlassen werden könne. Berlin, 8. März 1848. Friedrich Wilhelm.

Berlin, 5. März. Der Allg. Z. wird geschrieben: Ich theile Ihnen mit, daß nach den neuesten Meldungen aus London das Kabinet von St. James, auf dessen erste Aeußerung über den großen Umschwung der Dinge in Frankreich man hier mit großer Spannung wartete, sich bereit erklärt hat, mit den konservativen Mächten Hand in Hand zu gehen und der neuen französischen Republik gegenüber allen Maßregeln, welche zur Wahrung des Weltfriedens und zur Sicherung des europäischen Territorialbestandes dienen können, beizutreten. Eine Vereinigung der Mächte im Geiste des Vertrags von Chaumont (abgeschlossen 1. Mai 1814, erneut in Wien 25. März 1815) soll von einem britischen Minister in Anregung gebracht worden sein. Uebrigens soll England gesonnen sein, vorausgesetzt, daß die französische Republik die Traktate von den Jahren 14 und 15 achte, dereselben die Anerkennung nicht zu verweigern.

Berlin, 8. März. Die Köln. und Schles. Z. verschern, der König habe die in erster Instanz verurtheilten Polen sämmtlich begnadigt, indem er die zum Tode verurtheilt gewesenen mit sechsjähriger Freiheitsstrafe belegt, und die sofortige Freilassung der zu Freiheitsstrafen Verurtheilten befohlen habe. — Ebenso war das Gerücht verbreitet, es werde alsbald eine Zusammenberufung des Ver. Landtags erfolgen.

Berlin, 8. März. Der Kölner Z. wird geschrieben: Es soll als gewiß angesehen werden, daß die Adresse Preußens gegen die Ereignisse in Neuenburg sich vorläufig auf einen Protest gegen das Vergefallene beschränken werden, und daß es erst von den sich in der Folge darbietenden Eventualitäten abhängig bleiben wird, was man weiter zu thun für angemessen finden werde.

** Berlin, 10 März. Gestern Abend, 9. März, war an den Zelten im Thiergarten die große Volksversammlung zur Berathung einer Adresse über die deutschen Punkte, deren oberster die deutsche Volksvertretung. Es waren wohl mehrere Tausende anwesend. Im Saal waren die Wenigsten; die Thüer war offen; zur Abstimmung war man genöthigt, auf den freien Platz hinauszugehen und die Minderheit und Mehrheit wurde durch Beleuchtung erkannt. Die Adresse wird den Stadtverordneten eingehändigt werden, sie ist an den König gerichtet. Hr. v. Minutoli, der Polizeipräsident, hat diese Versammlung bereitwillig gestattet, ebenso das Aufsetzen der Petition an öffentlichen Orten.

* Elbing, 7. Febr. Soeben empfangen wir aus Königsberg die Abschrift einer Adresse von 600 Bürgern der Stadt an den König gerichtet und den städtischen Behörden zur Unterstützung empfohlen. Sie lautet: Allerdurchlauchtigster ꝛc. Die Staatsumwälzung Frankreichs, herbeigeführt durch ein freiheitsfeindliches Ministerium und das hervorbrechende Einrücken russischer Truppen in das Herz Deutschlands gefährdet von Osten und Westen die Grenzen unseres Vaterlandes. In so verhängnißvoller Zeit nehmen wir keinen Anstand, uns offen und frei an Ew. Majestät zu wenden und gegen Ew. Majestät es auszusprechen, daß nur ein in freien Institutionen erstarktes, den Interessen Deutschlands sich hingebendes Preußen uns Schutz bringen kann. Durch wahre, aus allen Ständen des Volks hervorgehende Volksvertretung, durch Herstellung eines deutschen Parlaments, durch unbedingte Preßfreiheit erlangt Deutschland die Kraft, allen Feinden zu widerstehen. Uns beseelt aufrichtige Liebe zum Vaterland. Möge Ew. Majestät dem Volke vertrauen und uns das gewähren, was uns allein retten kann. Königsberg, 6. März 1848. (Folgen die Unterschriften.) Auch an unserem Ort wird am heutigen Tage folgende mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Adresse hiesiger Bürger von zehn der angesehensten Männer unserer Stadt dem Oberbürgermeister überreicht: „Wir bitten eine wohllöbliche Stadtverordnetenversammlung, daß sie, in Betracht der gegenwärtigen dringenden Gefahr, im Verein mit dem Magistrat unserer Stadt eine ehrfurchtsvolle Adresse an Se. Majestät den König richten möge, des Inhalts, daß die Bürgerschaft unserer Stadt zu jedem Opfer bereit ist, welches die Vertheidigung unseres Vaterlandes nothwendig macht, daß sie sich aber zugleich überzeugt hält, wie ein Bündniß mit Rußland nicht nur uns nicht zum

Digitized by Google

Siege verheißen, sondern die Abreißung unserer Provinz und die Knechtung und Schande des gesammten Vaterlandes zur Folge haben wird, daß sie endlich, den Abfchen der ganzen Provinz gegen die angebliche Freundschaft der Russen theilend, auch die Ueberzeugung hegt, es werde einer Erstlaufungen und verbrüderlichen Politik der preußischen und der deutschen Regierungen im Verein mit einem freien und durch Selbstregierung starken Volke ohne allen Zweifel gelingen, jede Drohung von Westen und von Osten her mit dem entschiedensten Erfolge abzuweisen. Wir bitten den Hrn. Stadtverordnetenvorsteher zu diesem Zwecke schleunigst eine außerordentliche Versammlung zu berufen. Elbing, 7. März 1848. (Folgen die Unterschriften.)

**Breslau**, 8. März. Der hiesige Magistrat und die Stadtverordneten haben beschlossen, eine Deputation, an deren Spitze der Bürgerwerder Binder steht, nach Berlin zu senden, um dem König für die Periodicität zu danken, und die Wünsche des Volks mündlich auszusprechen.

**Halle**, 7. März. Hier hat ein kleiner Studententumult Statt gefunden. Der bekannte Prof. Leo hat sich gegen seinen Kollegen Hupperann, welcher eine Revolution unter Umständen für gerechtfertigt aufstellen wollte, auf eine so grob beleidigende Weise geäußert, daß er sich störende Demonstrationen der Studirenden zuzog.

**Baiern.** = **München**, 9. März. Alles ist bei uns auf der Aufregung und Bewegung zu seinen beständigen Beschäftigungen zurückgekehrt. Uebrigens ist keineswegs etwa Erschlaffung an die Stelle der Aufregung getreten, vielmehr steht man gespannt dem Tage entgegen, an dem unsere Stände eröffnet werden. Unser Volk zeigt sich von dem gewaltigen Strudel der Ereignisse ergriffen und in das politische Leben, von dem es so lange fern gehalten wurde, hineingetrieben. Ueberall, wo man sich befindet, wo man zusammen und stehen mag, begegnet man Leuten, die immer noch die Nationalfarben tragen. Manche haben auch das schwarz-roth-goldene Band, die Farbe des deutschen Reichsbanners, damit verbunden und teagen so die innländer verschlungenen Bänder. Leider kam es hier schon vor, daß solche, welche die eben bezeichnete Tricolore trugen, aus Wirthshäusern hinausgeworfen wurden, da das Volk die echt deutsche Farbe nicht immer zu kennen scheint (!); die Volksjustiz ist überhaupt nun gleich bei der Hand. Solche, die als Reactionäre bekannt sind, und die es sich beigehen lassen, die königliche Proklamation vielleicht ungünstig zu kommentiren und zu ironisiren, werden in manchen Kreisen wenigstens auf der Stelle fortgewiesen. — Studenten und Künstler sieht man nun beinahe zu jeden Tag- und Nachtzeit bewaffnet. Sie üben sich tüchtig im Exerciren ein und versehen die nächtlichen Patrouillen. Aehnliche Corps aus andern Ständen werden sich wohl auch noch bilden, wenigstens ist nicht abzusehen, warum bloß Studenten und Künstler die Waffen außer dem Militär tragen sollen. — Unsere Stadt ist zum Theil heinahe jeden Abend beleuchtet; nächsten Sonntag stürgend will die ganze Stadt festlich geschmückt und beleuchtet werden. — Hrbr. v. Thon-Dittmer ist bereits hier von Regensburg angekommen. Man spricht davon, daß Advokat Willich Justiz- und Frhr. v. Lerchenfeld Finanzminister werden soll. Das wäre jedenfalls eine glückliche Wahl, und das Volk würde sie gewiß ebenso, wie die des Frhrn. v. Thon-Dittmer zum Minister des Innern, freudig begrüßen. — Gestern war eine Deputation des Magistrats und der Bürger bei Sr. Majestät, um ihm den Dank und die freudigen Gefühle der Bewohner Münchens auszudrücken. Der König soll sie sehr gnädig empfangen haben. — In den katholischen Kirchen dahier fand heute ein feierliches Hochamt für die Errettung des Königs und der Königl. Familie in den letzten stürmischen Tagen, sowie für die Herstellung der Ruhe und Ordnung Statt. Die Kirche, die gute Kirche, weiß doch Alles gleich zu benützen!

**Würtemberg**, ** **Stuttgart**, 11. März. Schwaben ist wieder eingetreten an die Stelle, die es in Deutschland früher einnahm, an die Spitze des Fortschritts. Der wichtige Akt des neuen Ministeriums ist erlassen; eines Kommentars bedarf es nicht, hier der Wortlaut des Ministerprogramms: „An die Würtemberger. Seine Majestät der König haben einen Theil der verfassungsmäßigen Verwaltungsdepartements neu zu besetzen geruht, und es ist demnach das Departement der Justiz dem Abg. Römer, das Departement des Innern dem Kbg. Duvernoy, das Departement des Kirchen- u. Schulwesens dem Dr. B. Bürer und das Departement der Finanzen dem Abg. Goppelt anvertraut. Im vollen Bewußtsein der Schwierigkeit ihrer Aufgabe und der gegen König und Vaterland übernommenen Pflichten treten die durch das allerhöchste Vertrauen Berufenen in ihr Amt, und die Unterzeichneten sind ermächtigt, zu erklären: daß mit der Wiederherstellung der Verfassung das erste Wahrzeichen und die nächste Bürgschaft einer neuen Zeit für die Entwicklung unserer staatlichen Verhältnisse gegeben sein soll; als weitere Bürgschaft soll die unverweilte Berathung des Heeres auf die Verfassung folgen; Gesetzentwürfe zur Aufhebung der bestehenden Beschränkungen in dem Rechte der Abhaltung öffentlicher Versammlungen und zum Zwecke der Volksbewaffnung sollen den hiernächst wieder zusammentretenden Ständen vorgelegt werden. Nach Erledigung der dringendsten ständischen Angelegenheiten wird dem würtembergischen Volke die Gelegenheit geboten werden, durch neue Ständewahlen seine Ordnung der neu gebildeten Verwaltung gegenüber auszusprechen, und die Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege, durch Schwurgerichte, die Revision des Strafgesetzbuchs und der Strafprozeßordnung, die Entlastung des Grundeigenthums, die Hebung der Gewerbe und der Sorge der Arbeit durch hierzu geeignete Maßregeln, die Verein fachung des Staatshaushalts und der Staatsverwaltung, die Kräftigung der Gemeinden zu erhöhter Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, die weitere Entwicklung der Verfassung, wo eine solche im Bedürfnisse der Zeit gegründet erscheint, bleiben der neuen Ständeversammlung vorbehalten. Vor Allem aber ist es der Entschluß Seiner Majestät des Königs, Sich dem Rufe nach Vertretung der deutschen Nation am Bundestage anzuschließen, damit die Verfassung des Deutschen Bundes eine den gerechten Erwartungen Deutschlands entsprechende Ausbildung erhalte, damit das allen Deutschen längst verheißene deutsche Bürgerrecht durch Berufung von Abgeordneten des deutschen Volks zur Mitberathung der gemeinsamen Angelegenheiten verwirklicht werde und damit Deutschland, durch Befestigung seines Nationalverbandes zu der Stufe, die unter den Nationen ihm gebührt, empor gehoben, nicht wieder den Gefahren der Theilung, der Zerstückelung und der Abhängigkeit vom Ausland entgegen gehe. Nachdem so der königl. Wille den Wünschen des Volks entgegen gekommen ist, richten die Unterzeichneten an ihre Mitbürger die Aufforderung, die Ausführung des Beschlossenen mit Vertrauen zu erwarten und ihre Bemühungen mit der Staatsregierung dahin zu vereinigen, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten und ein Umschwung der Dinge, welcher bei Verwirrung und Mißtrauen die gegenwärtige Zukunft für das gesammte Vaterland verstört, nicht in das Gegentheil verkehrt und zu verbrecherischen Zwecken ausgebeutet werde. Doch ist es nicht die Ruhe der Theilnahmlosigkeit, zu der die Unterzeichneten auffordern wollen. In einem Augenblick, wie er nur selten im Leben der Völker wiederkehrt, sind Alle, Jeder an seinem Theil, der Mitwelt und Nachwelt verantwortlich, daß die günstige Stunde, welche für die Sache der Menschheit und die Ehre unseres Volks geschlagen hat, nicht ungenützt verstreiche, und daß nach dem Ziele einer gesicherten und freien Nationalität jetzt ein entschiedener Vorstritt geschehe." Stuttgart, 11. März 1848. Der Chef des Justizdepartements: Staatsrath Römer. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Bereidingen. Der Chef des Departements des Innern: Duvernois. Der Chef des Departements des Kirchen- und Schulwesens: Pfizer. Der Kriegsminister: Graf v. Sontheim. Der Chef des Finanzdepartements: Goppelt.

**Stuttgart**, 10. März. Während unter der Bürgerschaft die einhellige Absicht sich kund gibt, das neue Ministerium mit allen Kräften zu unterstützen, dringen die beruhigenden Nachrichten vom Lande zu uns. In Jart- und Kocherthale, dem alten Heerde des Bauernkriegs, wiederholen sich die Scenen einer Zeit, welche 300 Jahre hinter uns lage, hätten die mediatisirten Fürsten und die ehemalige Reichsritterschaft, statt sich allem Raisonnen auf Ablösung zu widersetzen und auf ihre durch die Bundesakte und die Bundesversammlung geschützten drückenden Privilegien zu pochen, dem wohlgesinnten Adel gestellt, den sie in die Ferne stiehenden Männer ihnen wiederholt aus Dankbarkeit erbieten. Der Bauernkrieg ist förmlich wieder entbrannt. Das schreckliche Losungswort: Krieg den Schlössern! ist bereits durch die Einäscherung einer Zahl derselben durch bewaffnete Banden von Bauern zur gräuelhaften Wirklichkeit geworden. Der Aufstand ist da entbrannt, wo auch der Druck der Feudalsystem am unerträglichsten war, in den Besitzungen der Fürsten von Hohenlohe. Das Schloß und die Domänenkanzlei zu Niederstetten, Hauptsitz der Hohenlohe-Bartenstein'schen Besitzungen, wurde zuerst von den wüthenden Bauern angezündet; alle Grundbücher, alle Dokumente der fürstlichen Kanzlei planmäßig in die Flammen geworfen; alle fremden Wäschmannsfachen mit Gewalt vertrieben. Ihm ist, wie man heute erfährt, wenige Tage darauf das Schloß und die Domänenkanzlei der Fürsten von Hohenlohe zu Oehringen gefolgt. Tausende von bewaffneten Bauern sollen in das Städtchen eingedrungen und unter dem Rufe: Nieder mit Hohenlohe! das schreckliche Werk vollbracht haben. Die obrigkeitliche Gewalt mußte der Empörung weichen. Das Schloß der HH. von Ellrichshausen zu Assumstadt, das der HH. von Berlichingen zu Jartshausen

Digitized by Google

hausen (des alten Götz Schloß, des Führers im Bauernkriege des 16. Jahrhunderts!) — Alle sind zu Asche verwandelt. Durch den ganzen Jagdgrund die hin und zur Tauber braust und wütet der Bauernaufstand. Man hat in aller Eile 2000 Mann Soldaten von Ludwigsburg und Heilbronn dahin abgeschickt; aber was wird das nützen, wenn die Empörung sich über Hunderte von grundherrlichen Dörfern ausbreitet, wie es den Anschein hat? Das neue Ministerium hat eine schwere Aufgabe dadurch bekommen, und die unselige Unthätigkeit seiner Vorgänger in der Ablösungsfrage hinterläßt ihm ein erschrecktes Inventarium. Um so kräftiger und energischer müssen sich alle diejenigen um es reihen, denen das Wohl, die Ruhe und die Freiheit des Vaterlandes ernstlich am Herzen liegt, und jetze frühere Parteikampf muß alsbald aufhören, denn Niemand kann sich darüber täuschen: das Vaterland ist in Gefahr".

Nachschrift. Eben gehen Nachrichten ein, daß auch auf dem Schwarzwald ernste Bauernunruhen ausgebrochen sind. Unter solchen Umständen wird das Gesetz über Volksbewaffnung vereilt sich wohl auf die Bewaffnung der Nichtsehen Bürger beschränken müssen.

Die Gährungen im Hohenlohischen haben das Ministerium zu der folgenden Erklärung veranlaßt: Stuttgart, 11. März. In einigen Bezirken der Oberämter Neckarsulm, Oehringen, Künzelsau und Gerabronn sind grobe Excesse gegen Personen und Eigenthum theils versucht, theils wirklich ausgeübt worden. Die Staatsregierung ist fest entschlossen, die Urheber dieser Excesse in gleicher Weise zu strafen, wie sie es nicht wollen, daß wahre oder vermeintliche Rechte, statt über Erlangung im gesetzlichen Wege zu erhalten, durch Anwendung roher Gewalt gegen Personen und Eigenthum verfolgt werden. Sie hat daher bereits die geeigneten Maßregeln ergriffen, um der Wiederholung solcher Frevelthaten mit den ihr zu Gebot stehenden Mitteln kräftig entgegenzutreten, und sie richtet an alle Diejenigen, welche etwa versucht sein könnten, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu beeinträchtigen, die wohlgemeinte Warnung, die Schranken des Gesetzes nicht zu überschreiten. Eine Mißachtung dieser Warnung würde das Unglück der Aufrührer und ihrer Familien zur unausbleiblichen Folge haben.

**Sachsen.** * Dresden, am 9. März Nachm. 4 Uhr. Die Aufregung verbreitet sich über das ganze Land, die ruhigsten Bürger beklagen sich über das Benehmen der Minister, über die baarschen Antworten des Königs, der gestern erst eine Deputation aus der Provinz mit entschiedenem Unwillen abfertigte. Die gestrige Bürgerversammlung hat in begeisterter Stimmung die Ihnen bekannten Propositionen angenommen. Endlich — eben jetzt — erklären die Minister, daß sie dem König sämmtlich ihre Entlassung eingereicht haben, daß sie aber nicht angenommen worden sei. Man habe deßhalb einen außerordentlichen Landtag (also den alten mit der der Regierung günstigen Majorität) auf den 20. d. M. einberufen, um zu ersahren, ob die Stimmung gegen die Minister die des ganzen Landes sei. Dieser Versammlung verspricht man endlich auch die Vorlage eines Gesetzentwurfs, die Preßfreiheit betreffend — ein Wort, das wie zum ersten Male in den Proklamationen des Ministeriums sein. Aus guter Quelle melde ich Ihnen übrigens, daß Sachsen auf Niederlegung eines deutschen Nationalparlaments angetragen und Dresden als Sitz dazu vorgeschlagen habe.

Hannover, 7. März. Nach dem H. K. werden die Städte Hameln, Münden, Lüneburg, Celle und Harburg mit Petitionen um Reformen dem gegebenen Beispiel folgen. Daßelbe berichtet die Weserz. von Stade. Hildesheim machte mit dieser Reformbewegung im Königreiche den Anfang. In Bezug hierauf schreibt man uns aus Hildesheim: So hat die alte Bischofsstadt, die sich eben erst wieder durch die Wahl eines durchaus freisinnigen und unabhängigen Mannes zum Deputirten ausgezeichnet hat, auch insofern ihren alten Ruhm behauptet, als sie die erste Stadt des Landes war, welche den allgemeinen Forderungen des Vereins Auedruck gegeben hat, und das, nachdem sie erst vor wenigen Wochen von blodsinnen Dote die beschelene Ehre um Oeffentlichkeit der Magistratssitzungen abgeschlagen war. — Soeben erhalten wir noch eine von Bürgern und Landleuten aus dem Lande Hadeln, Keilingen, Wursten und den Aemtern Neuhaus a. d. Oste und Bederkesa beschlossene und an das Kabinet gerichtete Eingabe in demselben Sinne nebst einer Dankadresse an Hrn. Bassermann. Beide Aktenstücke theilen wir demnächst mit

**Kurhessen.** ** Kassel, 10. März. Sämmtliche Minister haben um ihre Entlassung nachgesucht, auch der Kabinetsrath Abee; sie haben gesiegt, daß sie als Träger eines Systems, welches so allgemeinen Anstoß erregt hat, nicht länger im Amte bleiben konnten. Das Kriegsdepartement ist dem Obristlieutenant Bleiz zugetheilt, einem Manne, der vollkommenes Vertrauen verdient. Bleiz war der Schwager des nun verstorbenen früheren Finanzministers Meisterlin, der im Jahre 1834 vergeblich gegen Hassenpflugs Regierungssystem ankämpfte, aber demselben, ungeachtet der Unterstützung, die er in der Ständeversammlung fand, für immer weichen mußte. Zum Finanzminister ist jetzt der Bergwerksdirektor Schwedes ernannt, von guter Gesinnung, guter Absicht; möge sein Wille stark genug sein! Er war bisher vielfach zu diplomatischen Sendungen, namentlich in Angelegenheiten des Zollvereins gebraucht worden. Er wäre auch wohl geeignet gewesen, das Departement der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen; aber es ist dieses dem Hrn. v. Trott überlassen, dem Präsidenten der jetzigen Ständeversammlung, demselben, der als Kurhessens Gesandter die Wiener Konferenzbeschlüsse unterschrieb, der seinen Namen unter diejenige Bestimmung derselben setzte, wonach keine Beeidigung des Militärs auf die Verfassung zugegeben werden soll, obwohl solche ausdrücklich durch die kurhessische Verfassungsurkunde vorgeschrieben ist. Trott hat sich zudem jetzt als Kammerpräsident in einer für diese seine Stellung auffallenden Weise als Anhänger des nun entlassenen Ministers Schaffer kund gegeben. Trotts Ernennung ist kein Mittel, unruhige Gemüther zu beschwichtigen. Doch hört die landständische Eigenschaft desselben durch jene Ernennung auf, und somit ist eine neue Volkswahl nöthig. Das hat Trott vielleicht unter den jetzigen Umständen gerne gesehen; er kommt so auf passende Weise aus der Ständeversammlung, selbst wenn er den Ministerposten wieder verlieren sollte. Die Provinz Hanau ist durch die landesherrliche Proklamation vom 7. d. M. noch nicht zufriedengestellt; es trifft eben eine aus acht Personen bestehende Deputation von dort ein; auch der dasige Polizeidirektor, Herr von Specht, ist angelangt. Die gestern hier anwesend gewesene Marburger Deputation ist, ohne den Landesherrn gesprochen zu haben, mit ihren Anliegen an den Landtag verwiesen. — Sämmtliche verboten gewesene Zeitungsblätter sind noch durch das abgegangene Ministerium wieder erlaubt worden. Auch sind die drei Offiziere, welche zu den Garnisons- und Invalidenkompagnien versetzt wurden, als sie zuerst sich dehenklich über den am 6. Juni, vom Militär gefoderten Eid äußerten, wieder in den aktiven Dienst gezogen worden.

**Hanau**, 11. März. Soeben geht hier die zuverlässige Nachricht ein, daß sich die Stadt Fulda den dahier ergriffenen Maßregeln zur Erlangung volksthümlicher Garantien vollständig angeschlossen habe, und gleiche Nachrichten treffen fortwährend auch von andern Orten in der Nähe und Ferne ein. Der Volkskommissirs zu Hanau sind heute Zustimmungszuschriften von Steinau, Salmünster und Soden zugegangen. (H. J.).

*** Gotha, den 10. März 1848. Bei dem Drängen des tagesgeschichtlichen Stoffes folgen wir Ihrem Wunsche gern, uns auf das Faktische zu beschränken. Auch unser Herzogthum hat die Bewegung mit ergriffen, der Feudalstaat ist aufgehoben; wir sind aus Unterthanen Bürger eines freien Staates geworden. Hier der Hergang. Am 3. d. M. wurde, jedenfalls nach vorausgegangener Besprechung in der Bürgerschaft, in einer öffentlich unter dem Zudrange einer großen Menge Bürger stattfindenden Stadtverordnetensitzung von einem dem Gewerbsstande angehörigen Mitgliede der Antrag gestellt: in Gemeinschaft mit dem Stadtrath bei dem Landesherrn eine zeitgemäße, in Gemäßheit der Forderungen in den übrigen deutschen Staaten einzurichtende Staatsverfassung für unser Herzogthum zu erbitten. Der Antrag wurde seinem Wesen nach mit Jubel aufgenommen, der Form nach verworfen; man beschloß, in die Bürgerschaft zurückzutreten und mit ihr in Gemeinschaft eine Petition zu Stande zu bringen. Der Beschluß war gefaßt, als sich die größte Menge der anwesenden Bürger hinweg, von einer Ihre geleitet, in ein öffentliches Lokal begab und sich daselbst unter einem Sprecher zur Berathung konstituirte. Aus dieser Berathung ging der Beschluß hervor, eine zeitgemäße, dem Volke Mitwirkung an der Gesetzgebung und der Verwaltung des Staatsvermögens in ihrem ganzen Umfange verleihende Repräsentationsverfassung mindestens mit denselben Bestimmungen, welche die Konstitution des Herzogthums Coburg zur Zeit den dasigen Staatsunterthanen gewährt, zu beanspruchen. Die Petition wurde in diesem Sinne logisch entworfen. Bei dem Auftragen derselben sammelten sich die verschiedensten Gruppen der Bürger zur Diskussion. Bald war sie mit vielen Hunderten von Unterschriften bedeckt. Auf den Sonntag war eine große Bürgerversammlung festgesetzt. Es waren hier wohl über 700 Bürger vereinigt. Der Beschluß ward gefaßt, dem Vorsitzenden der Stadtverordneten die Wahl der Deputirten zur Ueberreichung der Petition zu übertragen, und den Deputirten die Instruktion ertheilt, eine bestimmte Zusage des Herzogs auszuwirken und die Bürgerschaft von Tag und Stunde der Deputation in Kenntniß zu setzen, damit sie die Antwort selbst erharre, auch zu beanspruchen, daß die Protokolle der zur Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs niedergesetzenden Kommission der Oeffentlichkeit übergeben und die Diskussion der Verfassungssache mit Censurfreiheit verwilligt werde. Montags wurde eine

Digitized by Google

Deputation der Bürgerschaft vom Staatsminister von Stein — der Herzog wurde erst aus England zurückerwartet — um Mitwirkung zur Verhütung jeder Demonstration angegangen. Umsonst! die Aufregung der Gemüther hatte schon zu weit um sich gegriffen. Neue Forderungen wurden berathen, auf die wir unten kommen. Am Dienstag fand eine stürmische Versammlung Statt, welche die aufgestellten Punktationen genehmigte und darauf bestand, daß die bestimmte Zusicherung der Gewährung derselben ausgewirkt werde. Die Aufregung wuchs mächtig empor. Inzwischen war am Dienstag Abend der Herzog angelangt, und noch am selben Abende erschien eine Proklamation, welche die erste Sitte in Betreff einer Repräsentativverfassung genehmigte; das Herzogthum Gotha war also ein konstitutioneller Staat proklamirt, die Presse wurde frei erklärt. — Damit beruhigten sich die Bürger noch nicht. Am andern Morgen empfing der Herzog die Deputation, welche von einer Anzahl Bürger begleitet war, die sich in ruhigster Haltung vor dem Palais aufstellten. Die Deputation überbrachte die gewährende Antwort. Es erschallte zwar ein dreimaliges Hoch, aber die Bürgerschaft war nicht zufrieden. Sie war zwar weggezogen, kehrte aber wieder um und verlangte die Zusage des Herzogs aus seinem eigenen Munde zu hören. Der Landesherr erschien auf dem Vorplatze seines Palais und wiederholte seine gewährende Erklärung. Trotz dem blieb die Aufregung unter den Bürgern in gesteigertem Maaße zurück. Man will Punkt für Punkt schriftlich gewährt sehen, Deputationen verhandeln mit dem Ministerium. Es wird willfahrt. Noch an demselben Abend erscheint der ersehnte Erlaß. (Vgl. No. 73 dieser Zeitung.) Nun sind die Bürger beruhigt; es herrscht allgemeine Freude, und überall regt sich ein guter Geist: „Das ist die gothaische Reformbewegung, welche eine totale Umwälzung des Staates zu Wege bringt." Wiederum ein Stück deutsche Erde ist für das Princip der freien Staatsgenossenschaft erobert. Deutschland wird frei! Auch in unser Haus dringt Licht und Helle, und die mittelalterlichen Eulen und Nachtfalter werden entweichen.

Weimar, 9. März. Ein großh. Patent verordnet die Wiederherstellung der Preßfreiheit nach den Bestimmungen der Jahre 1848 und 1819. Weitere Bestimmungen werden vorbehalten und hierüber dem Landtage ein Gesetz vorgelegt werden.

Frankfurt, 11. März. Die Oberpostamtszeitung berichtet: Sicherem Vernehmen nach hat die Bundesversammlung, davon ausgehend, daß eine Revision der Bundesverfassung nothwendig ist, sich mit der Berathung der zu diesem Zwecke den Bundesregierungen vorzulegenden Vorschläge beschäftigt. Es soll sich ihr jedoch bald die Ueberzeugung aufgedrungen haben, daß, damit diese Vorschläge mehr Aussicht hätten, allgemeine Befriedigung zu gewähren, sie der Mitberathung namentlich solcher Männer von außerhalb der Bundesversammlung bedürfe, welche das öffentliche Vertrauen auf ihre richtige Würdigung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse besitzen. Die Bundesversammlung soll daher sämmtliche Bundesregierungen aufgefordert haben, Männer des öffentlichen Vertrauens unverzüglich zu diesem Zwecke hierher zu senden.

Hamburg, 9. März, 10 Uhr Abends. Der „Hamb. K." enthält eine Bekanntmachung des „hochedlen" Raths, wonach derselbe in seiner Sitzung von demselben Tage die Aufhebung der Censur beschlossen hat. Doch gelten bis zur verfassungsmäßigen Erlassung eines Preßgesetzes folgende Bestimmungen: 1) Vergehen oder Verbrechen durch die Presse werden nach den bestehenden Rechten bestraft. 2) Jede Druckschrift muß mit dem Namen des Druckers und Verlegers, jede Zeitung und sonstige periodische Schrift mit dem Namen des Druckers und Redakteurs versehen werden. 3) Verfasser, Redakteur, Herausgeber, Verleger und Drucker sind für den Inhalt der Schriften verantwortlich. — Gegeben in Unserer Rathsversammlung. Hamburg, 9. März 1848."

Bremen, 8. März. Die heutigen Zeitungen bringen eine wichtige Nachricht. Eine „Verordnung" des Senats der freien Stadt Bremen verfügt das Aufheben der Censur für unsern Staat und die gesetzliche Geltung der Preßfreiheit, deren wir uns faktisch bereits längere Zeit zu erfreuen hatten. Indessen herrscht darüber lange nicht der Jubel, mit welchem eine solche Verordnung noch vor wenigen Wochen begrüßt worden wäre. Die Censur war seit den beiden letzten Bundesbeschlüssen in Deutschland ferner eine Unmöglichkeit geworden. Ihr Todestag ist der 1. März, der Tag, an welchem der Deutsche Bund das deutsche Volk reif und würdig erklärte. Wohl aber hört man bei uns viele Stimmen, welche sich über dies Schwanken in den Bestimmungen einer Verordnung aussprechen, welche die „Verletzung von Rücksichten gegen den Deutschen Bund im Ganzen oder gegen einzelne Mitglieder" mit Strafen, ja mit Debits- und Konzessionsentziehung bedroht, ohne auszusprechen, wer über die Frage entscheiden soll, ob eine „Verletzung" über verletzte Rücksicht begründet sei oder nicht. Die neulichen Exzesse am 6. März schienen sich gestern Abend wiederholen zu wollen. Im Theater war die „Stumme von Portici" angekündigt, deren Aufführung man vor einigen Tagen aus übertriebener Besorgniß vor möglichen Ruhestörungen untersagt hatte. In der That drang nach Oeffnung des Theaters ein Schwarm Knaben und fremder Arbeitsgesellen ins Theater ein, ohne Eintrittsgeld zu bezahlen und besetzte die erste Logenreihe. Allein sofort schritt die Bürgerwehr, zu der sich mehrere Vereine, unter andern auch der Verein „Verwärts", welcher aus Gigarrenmachern besteht, gestellt hatte, ein, die Logen wurden gesäubert, und die Ruhe in und außer dem Hause ohne Polizei und Linienmilitär nur durch einige 30 Mann Bürgerwehr und durch die Mitglieder jenes Vereins aufrecht erhalten, welche unbewaffnet mit weißen Binden um den Arm sich überall zeigten. Die Folge war, daß die Menge vor dem Hause sich schon nach einer Stunde gänzlich verlief. Auch wurde die Ordnung in keiner Weise weiter gestört. — So eben wimmelt aber der Marktplatz von Tausenden von Bürgern, die sich einer Deputation angeschlossen hatten, welche sich vor einer halben Stunde zum Senat auf das Rathhaus begeben hat, um denselben eine Petition um Preßfreiheit, Vertretung der Bürgerschaft auf den Grundlagen gleicher Wahlfähigkeit aller Staatsbürger und Oeffentlichkeit der Verhandlungen durch die Presse mit Namensnennung zu übergeben. Die Haltung dieser versammelten Tausende ist musterhaft. Nicht die geringste Unordnung, sondern ernste und bekannte Ruhe, wie sie Männern ansteht, welche wissen was sie wollen, und die Rechts als ihr Recht verlangen. Die Bewegung hat, wie Sie sehen, hier ein vorwiegend lokales Interesse, doch schließt sie sich auch so an die allgemeine deutsche Bewegung an. Bei der tiefen politischen Einsicht, welche Bremens „Perikles", wie man den Bürgermeister Smidt genannt hat, in so hohem Grade auszeichnet, ist die Gefälligkeit desto, was sich als wahres Bedürfniß unserer Stadt herausgestellt, vollkommen geschehen.

Bremen, 9. März. Der gestrige Tag soll hier eine Reformbewegung wie sie ernster, würdiger, gehaltener noch nie und nirgends in Deutschland vorgekommen ist. Darum aber wird sie auch mit einem vollständigen Erfolge gekrönt. Der 8. März beginnt eine neue Epoche für den „freien Staat Bremen", der an diesem Tage wirklich eine Wahrheit, der zu einem freien Staate geworden ist. Gestern Vormittag um 1/2 12 Uhr begab sich eine Deputation der Bürgerschaft auf das Rathhaus, wo der Senat und Bürgermeister versammelt waren, um dort die Forderungen der Bremischen Bürger vorzutragen. Ein Zug von einigen Tausenden der Letzteren, welcher sie begleitete und auf dem Marktplatze vor dem Rathhause versammelt blieb, bewies die unbezweifelte Einstimmigkeit der überwiegenden Majorität der Bürgerschaft mit den Anträgen auf Verfassungsreform. (Vgl. dieselben in Nr. 72.) Zu diesen Anträgen gesellten sich aber, herausgefordert durch die als ungenügend betrachtete „Verordnung" des Senats über Preßfreiheit im Laufe des Nachmittags, noch vier andere in folgendem Sinne enthaltene: „Zu der Ertheilung der obigen Anträge ist freilich Alles enthalten, was zu einer zeitgemäßen Gestaltung unseres Freistaats führen kann; indeß können wir nicht unterlassen, als dringenden Wunsch der Bürgerschaft auch noch namentlich hinzuzufügen: Oeffentlichkeit und Mündlichkeit aller Gerichtsverhandlungen, namentlich auch des Kriminalgerichts. Vollständige Trennung der Justiz von der Verwaltung. Geschworenengerichte bei politischen, kriminellen und Preßvergehen. Zugleich beantragen wir bei dem hohen Senate, daß derselbe aus allen Kräften das von dem ganzen deutschen Volke ausgesprochene Verlangen nach einem deutschen Parlamente bei der hohen Bundesversammlung durch unsern Gesandten unbedingt unterstützen lasse." Vier Stunden und länger suchte der Senat durch eingeine Konzessionen die Bürgerschaft zufrieden zu stellen. Auf so verengert dieselben und verlangte einfache Entscheidung über alle durch Ja oder Nein! Der Senat berief sich darauf, daß er ohne den Konvent eine solche nicht geben könne. „Der Konvent" erwiderte man, „ist nur die, und zwar ungenügende bisherige Repräsentation der Bürgerschaft. Was diese will, zeigt ihre Anwesenheit in und vor dem Rathhause." Und in der That dort war fast die ganze Bürgerschaft in ernster Haltung versammelt. Kein Lärmen und Toben, kein Geschrei, keine Spur von all dem, was sonst wohl bei uns in Deutschland solche Demonstrationen zu begleiten pflegt. Ueberall Ruhe, Ordnung und Entschlossenheit. Nur als nach vier Stunden noch immer die Deputation nicht zurückkehrte, ward die Stimmung bedenklicher, und einer der Abgeordneten machte den hohen Senat darauf aufmerksam, daß es höchste Zeit sei, es aufgeregten Gemüther durch eine für sie genügende Entscheidung zufrieden zu stellen, die er, wie es heiß, selbst formu-

Digitized by Google

lirt. Da nach 4 Uhr Nachmittags erfolgte die Entscheidung auf jene fixirten Anträge in folgender Fassung: „Der Senat genehmigt seinerseits die in so heute vorgetragenen Wünsche der Bürgerschaft alle und wird zu ihrer sofortigen Ausführung die nöthigen Einleitungen treffen.“ Allgemeine Freude verbreitete sich bei dieser Nachricht. In einer Stunde war die ganze Stadt festmäßig erleuchtet, und die von Tausenden freudiger Bürger belebten Straßen boten den festlichsten Anblick. Auch nicht die kleinste Störung fiel vor, und Bremen's Bürger wenigstens haben das Wort des deutschen Bundestags bewährt, daß das deutsche Volk reif an Einsicht, daß es mündig und reif zur Freiheit sei. Die Mitglieder der höhern Kaufmannschaft, welche sich von dieser Bewegung ferne gehalten hatten, versuchten gestern Nachmittag vergebens eine Adresse an den Senat zu Stande zu bringen, in welcher sie ihn ersuchten, die Wünsche der Bürgerschaft, mit denen sie sich einverstanden erklärten, nur auf gesetzlichem Wege, d. h. nach Berathung mit dem Convente, zu gewähren. Ehe diese Adresse zu Stande kam, erfolgte schon die Entscheidung. Die Art und Weise dieser Reformbewegung, wie ihr Resultat, werden nicht ohne Einfluß in Norddeutschland bleiben. Es herrscht hier ein nachhaltiger Ernst, der allein zum erwünschten Ziele führt. Die Excesse vom 6. d. M. gehören trunkenen Gesellen und lärmender Gassenjugend an. Ihre Wiederholung ward am 7. versucht, aber sofort durch andenwollende Bürger, denen sich mehrere Hundert Mitglieder des Arbeitervereins „Vorwärts“, mit weißen Armbinden versehen, anschlossen, ohne Polizei und Militair — die sich nirgends zeigten — unterdrückt. — Im Uebrigen beschäftigt hier alle Patrioten nur eine Frage: wann und wie wird endlich Preußen thun, was Deutschland von ihm erwartet?

* **Schleswig**, 8. März. Anstatt bis zu der angekündigten Ordnung der Verhältnisse zwischen Dänemark und den Herzogthümern wenigstens den Status quo aufrecht zu erhalten, führt die dänische Staatsregierung fort, die dänischen Interessen in den Herzogthümern zu begünstigen. Der an dem verhängnißvollen 28. Januar selbst angeordneten Danisirung der Haderslebener Schule folgte die Bevorzugung einer sehr bedeutenden Summe für die Flensburg-Husumer Eisenbahn, die keinen anderen Zweck hat, als der direkten Eisenbahnverbindung zwischen dem Herzogthum Schleswig und Hamburg in den Weg zu treten; und der Kurzsinn ist die Kinnahme der Zeitel der dänischen Nationalbank bei den landesherrlichen Kassen der Herzogthümer, begünstigt worden, obgleich es der Regierung sehr wohl bekannt ist, daß die öffentliche Meinung kaum empfindlicher verletzt werden kann, als durch die Zulassung dänischen Papiergeldes in den Herzogthümern. Dabei dauert, obwohl man den dänischen Blättern völlige Freiheit läßt, die öffentlichen Verhältnisse rücksichtslos zu besprechen, in den Herzogthümern der Drepzwang und das Verbot der Versammlungen bisher fort, und wir dürfen erst seit der Bundestag die Censur aufgehoben hat, Herstellung unserer Preßfreiheit erwarten. Der Polizeidirekt wird indeß mit jedem Tage unerträglicher, und da das Bedürfniß der freien mündlichen und schriftlichen Besprechung unserer Angelegenheiten allgemein empfunden wird, so werden von allen Seiten des Landes Petitionen um Wiederherstellung der Preß- und Assoziationsfreiheit an den König gerichtet. Die am 8. März von Schleswig abgesandte und mit einer großen Anzahl Unterschriften aus allen Ständen bedeckte Adresse lautet folgendermaßen: „Der ernstzeigende Druck, dem die Presse in Schleswig-Holstein erleidet, das einem gesiegbenen Volke unwürdige Verbot öffentlicher Versammlungen zur Berathung der Landesangelegenheiten, der eigenen und gemeinsamen Sache Heils, steigert die Verbitterung der Herzogthümer über solche unwürdige Zustände mit jedem Tage. Der Ernst der Zeit gebietet uns mit vollkiger Offenheit zu unserem Fürsten zu reden, da wir nicht erwarten können, daß die amtlichen Ratgeber Ew. Majestät Ihnen die volle Wahrheit sagen werden und werden. Die deutschen Uiverethanen Ew. Majestät in den Herzogthümern sind sich bewußt, einen auf Recht und Vernunft gegründeten Anspruch auf eine eigene selbständige Staatsverfassung zu haben, welche ihnen gestattet, in enger Vereinigung mit dem übrigen Deutschland sich und ihre Institutionen in deutscher Eigenthümlichkeit zu entwickeln. Unsere dichten Vertreter werden diese Volksüberzeugung niemals verläugnen; wir vertrauen, daß wenn die erkorenen Männer nach Kopenhagen kommen sollten, sie unverzüglich eine solche Berathung dem Lande zur Annahme vorzulegen, Ew. Majestät anrathen werden. Aber schon bis zu diesem Zeitpunkte ist die Freiheit der Presse und der Volksversammlungen nicht zu entbehren, wenn die Volksstimme unverfälscht und in ihrer wahren Kraft zu Ew. Majestät Ohr gelangen soll. Ew. Majestät bitten wir d'ber dringend, Allerhöchstdieselben wollen gerohen, sofort den Censurbefehlen der Herzogthümer den Befehl zu ertheilen, die Landesangelegenheiten frei in den öffentlichen Blättern und Druckschriften besprechen zu lassen, und den Polizeibehörden aufzugeben, öffentlichen Versammlungen zu Besprechung des Gemeinwesens keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen.“

## Schweiz.

**Bern**, 7. März. Die eidg. Tagsatzungskommission hat heute in Beziehung auf die Bundesrevision einen ziemlich wichtigen Schritt vorwärts gethan. Nach einer längeren Diskussion wurde die Beibehaltung der Repräsentation der Kantone nach dem Systeme des Bundesvertrags von 1815 mit Stimmenmehrheit verworfen. Die Frage über die Einführung eines neuen Repräsentationssystems ist an eine Kommission verwiesen. Am meisten Anklang findet, wie uns mitgetheilt wird, eine Tagsatzung aus Abgeordneten des Volkes, welche in so viel wie möglich gleich großen und von den Kantonsgrenzen unabhängigen eidg. Wahlkreisen gewählt werden sollten. Neben dieser Tagsatzung würde dann entweder eine zweite Kammer aus Abgeordneten der Kantone, oder aber ein Veto oder Bestätigungsrecht der Kantone angenommen werden, durch welche Institute in den Fällen, wo die Interessen des Bundes mit denen der Kantone in Widerspruch geraten könnten, die Kantonalsouveränetät gewahrt wäre. Wir wünschen der Tagsatzungskommission Glück zu diesem ersten Schritt über den Kantonalegoismus und hoffen nur, daß sie auf der betretenen Bahn konsequent fortschreiten werde. (B. Z.)

## Niederland.

**Haag**, 7. März. Die zweite Kammer der Generalstaaten ist heute eröffnet worden. Eine Menge Gesetzentwürfe wurde eingebracht. Darauf gaben die Minister des Innern und des Aeußern, Namens des Königs, Erklärungen mit Bezug auf die jüngsten Pariser Ereignisse. Der Minister des Auswärtigen theilte einen Frieden athmenden Brief Kamartines an den holländischen Gesandten in Paris mit, den dieser im gleichen Sinne beantwortet hat. Die meisten Gesandtschaften hätten eben das Beileidsschreiben gesandt, sowie an ihnen, ein Ministerium zu unterstützen, welches durch seine Handlungen beweist, daß es die Aufrechthaltung der Ordnung im Auge hatte. Auch sei dem Gesandten des Königs aufgegeben, allbort zu verbleiben. Inzwischen gebiete die Vorsicht, daß Maßregeln gegen mögliche Ereignisse ergriffen würden, wobei als ein sehr glücklicher Umstand hervorgehoben wird, daß zwischen der niederländischen und belgischen Regierung das beste Verständniß und volle Uebereinstimmung obwalte. Für Bewahrung der so überaus wichtigen Neutralität Belgiens, sowie für Aufrechterhaltung der bestehenden Verträge, der Unabhängigkeit Belgiens und der zwischen beiden Ländern obwaltenden Beziehungen sei in Brüssel eine Gesandtung gemacht und von der belgischen Regierung hoch aufgenommen worden. Was unter jenen Maßregeln gegen mögliche Ereignisse zu verstehen ist, geht aus der Rede des Ministers des Innern hervor. Außer der Mannschaft der Nationalmiliz von der Aufbietung des Jahres 1847 sollen auch sämmtliche Beurlaubte von den Aufbietungen der Jahre 1845 und 1846 unter die Waffen gerufen werden. Außer dieser Vermehrung des aktiven Theils der Landmacht sollen zur Sicherung der Grenzvertheidigung noch „Mittel zu Waffen“ aufgeboten werden, die der Minister nicht näher angegeben hat. Gesetzentwürfe zur Erhöhung der Ausgabenposten für Krieg und Marine sollen unverweilt vorgelegt werden, doch gebe der günstige Zustand des Schatzes Aussicht, daß die Mehrausgaben vor der Hand ohne größere Belastung des Landes bestritten werden könnten. Die Gesetzentwürfe zur Umgestaltung des Grundgesetzes sind noch nicht bekannt, doch sollen sie, wie der Minister des Innern versprach, unverzüglich der Kammer mitgetheilt werden. Die Kammer war vollzählig; alle Minister waren anwesend, und die Tribunen mit den Zuschauern angefüllt. Die Arnheimer Zeitung hält die Vermehrung der Landmacht um 15,000 Mann für unverständig, weil sie zwecklos sei und ganz ohne Wirkung auf den Gang der Dinge. Sie sei zu viel oder zu wenig und werde nur das Land noch mehr drücken, ohne ihren Zweck zu erfüllen. Hatte die Regierung die Unabhängigkeit Niederlands für bedroht, dann solle sie zu einer ganzen Maßregel übergehen, nämlich zu der Volksbewaffnung, dann solle sie vor allen Dingen durch Gewährung der politischen Rechte die Herzen der Bürger gewinnen und für sich bewaffnen.

## Großbritannien.

**London**, 7. März. (Rundschau der Times. Schl). 4) Oesterreich: Die größte und unmittelbarste Gefahr für den europäischen Frieden droht von der Lage der österreichischen Monarchie, die natürlicher Weise auf beiden Seiten der Alpen tief erschüttert sein muß. Diese Gefahren abzuwehren, ist, soviel man einsehen kann, Oesterreich selbst außer Stande. In der jüngsten Zeit haben sich die Stände Böhmens und Niederösterreichs in einer Weise gerührt, daß selbst im Kern der Monarchie das alte System stark bedroht ist. In Ungarn, einem so wesentlichen Bestandtheile der Monarchie, ist man mit seinen Forderungen immer entschiedener und kühner aufgetreten; von dieser Seite her kann man sich auf Alles gefaßt machen, selbst auf eine Unabhängigkeitserklärung. Die Hauptgefahr aber liegt in der Lombardei. Noch ist

Digitized by Google

das Wiener Kabinet entschlossen, hier unbeugsamen Widerstand zu leisten. Das Standrecht ist verkündigt worden. Die italienischen Unterthanen sind im alleräußersten Grade erbittert und aufgeregt. Die Nachrichten aus Paris dürften sehr geeignet sein, einen allgemeinen Ausbruch zu veranlassen, wenn er nicht bereits stattgefunden hat. In diesem Falle wird Nichts Volk und Heer Sardiniens abhalten können, mit den Lombarden gemeinsame Sache zu machen; ganz Italien wird daselbe thun. So wird sich Oesterreich in sehr kurzer Zeit auf die Defensivstellung des Mincio beschränkt sehen. 5) Italien. Von der Lombardei ist bereits die Rede gewesen. Für das übrige Italien erscheint es als ein Glück, daß die Fürsten und Souveräne, mit wenigen Ausnahmen, schon vor dem Pariser Ereignisse ihren Völkern mit Vertrauen entgegenkommen sind und Verfassungen gewährt haben. Säße Gregor XIV. noch auf dem Thron, und schmachtete das übrige Italien noch unter österreichischem Druck, so würde ein allgemeiner Aufstand die Folge gewesen sein. Es ist zu hoffen, daß sich die Fürsten Italiens nicht von ihrem Pfade zügeln und mäßigen Fortschreitens abdrängen lassen werden. Glückliche Weise steht England dem Lande der beiden Fürsten in hohen Ehren, und so ist zu hoffen, daß die Herrschaft der Mäßigung und des Friedens Bestand haben werde. 6) Deutschland. Uebrauf hin wird die französische Revolution ihren Rückschlag spüren lassen. Das deutsche Volk wird eine gänzliche Aenderung eines politischen Systems fortern, welches die Namen Metternich, Pistocatro und Guizot trägt, und Rechts als eine solche durchgreifende Aenderung wird den König Otto von dem ihm drohenden Fall retten können. 7) Spanien. Auch hier wird die Gerechtigkeit ihren Gang gehen. Bereits sind die französischen Akteure, welche bei dem Intriguenstück der spanischen Heirathen die Hauptrolle spielten, gründlich bestraft worden; Bresson, Ludwig Philipp, Guizot, Montpensier — wo oder was sind sie jetzt? was ist aus ihren Plänen geworden, für die sie ihre Ehre und ihre Macht in die Schanze schlugen? Christine allein steht trotz ihrer Sünden noch unbestraft da; die Bevölkerung Madrids wird aber wissen, daß, was auch die Zukunft über das Land verhängt hat, Spanien nicht länger mehr in den Fesseln der orleanistischen Familie schmachtet. 8) England. Unter all' den Erörterung gibt sich nur eine englische Stelle eine unvernünftige Begeisterung für revolutionäre Bewegungen oder Neuerungen kund, und wir glauben, das englische Volk ist überzeugt, daß, obschon unter den ausländischen Regierungen Kalamitäten solcher Art unvermeidlich sein möchten, es der Stolz und die Zuversicht Großbritannniens ist, daß die britischen Freiheiten unter dem Schutz und Schatten einer altbegründeten Verfassung erwachsen sind, ohne zu plötzlichen oder gewaltsamen Heilmitteln ihre Zuflucht nehmen zu müssen. Es ist zu erwarten, daß in jedem Lande, wo das Volk einen wahren Begriff von seiner Würde und nationalem Charakter hat, es um so fester und sicher an seinen eigenen Einrichtungen hängen wird, voll Hoffnung, daß es Frankreich gelingen möge, seine Freiheit auf eine eben so sichere als breite Basis zu stellen und der Lösung der großen sozialen Schwierigkeiten, von welchen Frankreich umgeben ist, mit nicht unzuversichtlicher Erwartung entgegenblickt. So die Times. Wielleicht wird schon eine sehr nahe Zukunft lehren, ob diese minderstens klug und eubig urtheilende Zeitung das Richtige gewissagt hat. Leicht möglich, daß die Times über die geschichtige Lage Großbritanniens sich einer zu süßen Täuschung hingeben; auch die Lage Englands ist schwierig, sie ist es, trotz der vortrefflichen Verfassung und der Bürgschaften, welche sie bietet. Diese Schwierigkeiten sind in England selbst nicht politischer Natur, wie bei uns, sondern wesentlich sozialer Natur, indem ganze Klassen, die schon als Masse Gewicht und Bedeutung haben, allmählich aber auch zu einem Bewußtsein ihrer Rechtsansprüche gekommen sind, sich im Parlament nicht oder höchst unzulänglich vertreten sehen. Es ist aber kaum zu zweifeln, daß die englische Regierung auch diese Krisis wie so manche andere durch allmähliche Anstrebung des Wahlrechts, durch die Expansivenkraft der englischen Verfassung selbst, durch Ausgleichung noch bestehender Rechtsungleichheiten, nöe überhaupt durch freundliches Entgegenkommen überwinden wird. Anders gestalten sich die Verhältnisse in Irland, wo zu den sozialen Uebelständen auch wirklich politische, in der Geschichte des Landes wurzelnde Ungleichheiten und daraus abgeleitete Forderungen, endlich Religionsabneigung und Stammeshaß treten.

Den letzten Nachrichten aus Glasgow zufolge war die Ruhe daselbst wieder hergestellt und das Geschäftsleben so ziemlich wieder im gewöhnlichen Geleise. Zusammenrottungen fanden auch in Edinburg, wo die Truppen aufgeboten werden mußten und einige Verwundungen vorfielen, ferner in Airdrie und Newcastle Statt. Auch in Manchester und einigen andern Fabrikstädten gab es Aufläufe. In Manchester forderte das Volk, daß alle im Arbeitshause befindlichen Personen freigegeben würden; es gelang der Polizei ohne viele Mühe die Aufrührer zu zerstreuen.

## Frankreich.

Paris, 9. März. Wir haben bereits zur Sprache gebracht, daß die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung in der von der provisorischen Regierung angeordneten Form durchaus kein dem wahren Volkswillen entsprechendes Ergebnis liefern können, kein Ergebnis, welches einen richtigen Maßstab gäbe für die in der Nation obwaltenden politischen Meinungen und Wünsche, kein Ergebnis, von welchem sich guten Glaubens sagen ließe: es ist der unverfälschte Ausdruck des öffentlichen Willens! Daß es ihr darauf auch gar nicht ankomme, gesteht die provisorische Regierung heute mit der größten Naivetät ein, und ein großer Theil der Presse stimmt ihr darin zu- umwunden bei. Die herrschende Partei erklärt geradezu, daß es im Gegentheile nur darauf ankomme, daß die Wahlen im Sinne des neuen polit. Systems ausfallen, gleichviel, ob dies System den Wählern zusage oder nicht. Hören wir zuerst den Courrier français, der sich mit dem Nationak in die Rolle eines fast unmittelbaren Regierungsorganes theilt. „Die Wähler auf dem Lande, sagt er, ließen zwei Drittheile der Nationalrepräsentation (den Stimmenverhältnisse nach sogar noch viel mehr, bei der angenommenen Wahlreform aber voraussichtlich sehr viel weniger. D. Red.). Wenn nun die Regierung diesen Wählern nicht den Weg zeigt (si le gouvernement ne prend aucune initiative sur eux lautet der diplomatische Ausdruck des Courrier), so darf man nicht bezweifeln, daß die Mehrheit der Nationalversammlung reaktionär oder ausschließlich (exclusive, wir bekennen, daß wir dies Wort nicht verstehen; die Meinung des Courrier ist dafür deste deutlicher) sein wird. Gegen eine solche Versammlung wird dann Paris unfehlbar reagiren. Die Departements überfeels werden dem Drucke (pression) der Hauptstadt auf diese oder jene Weise widerstreben, und wie werden den Bürgerkrieg des Föderalismus wieder auferstehen sehen, auf den unsere einhimmischen Feinde nur warten, um ihn auszubeuten. Deßhalb muß man unmittelbar auf das Volk einwirken, um es über die Bedeutung des Wortes Republik aufzuklären." Wir würden glauben, der Einsicht unserer Leser eine Beleidigung anzuthun, wenn wir eine Erläuterung dieses Raisonnements und namentlich des letzten Satzes desselben für nöthig hielten. Wenn die Worte des Courrier eines Kommentars bedürften, so würden sie denselben in dem Rundschreiben finden, welches der Minister des Innern, Hr. Lebru-Rollin, an die Kommissäre der Regierung in den Provinzen gerichtet hat. In dem Rundschreiben, das wir schon erwähnt haben, ist von Besetzung der öffentlichen Aemter die Rede. „An die Spitze jedes Bezirks und jeder Gemeinde, sagt der Minister, stellen Sie entschlossene Männer, welche mit uns sympathisiren. Seien Sie nicht sparsam gegen Reisekosten und gegen Instruktionen und belehren Sie ihren Eifer. Mit den bevorstehenden Wahlen haben sie das Schicksal Frankreichs in ihrer Hand. Mögen sie und also eine Nationalversammlung geben, die im Stande ist, das Werk des Volkes zu begreifen und zu vollenden." Also eigenmächtige Einsetzung neuer Gemeinde- und Bezirksbehörden, besonders neuer Maires durch die Gewaltherren der Regierung. Und diese aufgedrungenen Beamten werden, nach den eigenen Worten des Ministers, die Wahlen und mit ihnen das Schicksal Frankreichs in ihrer Hand haben, und von ihnen erwartet die Regierung, daß sie Frankreich eine Nationalversammlung „geben" sollen, wie man sie im Sinne des neuen Systems wünschen muß! Vier 14 Tagen sprach die Regierung aus einem andern Ton. Damals hieß es, es falle der provis. Regierung nicht ein, über die Frage von Republik oder Monarchie entscheiden zu wollen, und ebenso frage von Republik oder Monarchie entscheiden zu wollen, und ebenso wenig wolle sich Paris an, der Nation irgend eine Verfassungsform aufzudringen; das gesammte Frankreich solle aufgerufen werden, um über sein politisches Schicksal selbst zu entscheiden. Davon ist jetzt nicht mehr die Rede. Die Republik wird nicht mehr in Frage gestellt, und wenn Frankreich aufgefordert wird, über die in Paris vorgenommene Staatsveränderung seine Stimme abzugeben, so geschieht es in der Voraussetzung, daß es, obwohl mit der Revolution im Grunde genommen nicht einverstanden, dennoch durch die Anwendung von allerlei außerordentlichen Mitteln dahin gebracht werden könne, im Sinne der neuen Ordnung der Dinge zu wählen. Mit einem Worte, was die provis. Regierung verlangt und erwartet, ist nicht eine freie Meinungs- und Willensäußerung des Landes, sondern eine unbedingte Gutheißung des Geschehenen, gleichviel ob sie freiwillig erfolgt oder erschlichen, vielleicht sogar halbwegs erzwungen wird.

Wir sind nicht unbillig, wie gehen zu, daß es eine dringende

Digitized by Google

politische Nothwendigkeit ist, daß die entschiedene Mehrheit der Nationalversammlung aus republikanisch gesinnten Männern besteht. Eine royalistische Mehrheit, oder auch nur eine starke royalistische Opposition würde in diesem Augenblick ohne Zweifel das größte Unglück über Frankreich bringen, denn Paris, d. h. der Theil seiner Bevölkerung, welcher die Revolution gemacht hat, würde sich einer solchen Mehrheit nimmermehr unterwerfen, würde die Berechtigung einer solchen Opposition nimmermehr anerkennen. Hierin offenbart sich die Furchtbarkeit des Mißverhältnisses, kraft dessen die französische Hauptstadt die Stelle Frankreichs usurpirt. So lange es ein Paris gibt, so lange wird das in die Verfassung geschriebene allgemeine Stimmrecht wenig oder nichts bedeuten. Ist Frankreich mit Paris einverstanden, so darf es zu den Beschlüssen der Hauptstadt Ja sagen; ist es mit denselben aber nicht einverstanden, dann wehe ihm, wenn es sich herausnehmen wollte, Nein zu sagen. Tausend Uebelstände des französischen Staatswesens sind seit dem Sturze Louis Philipps zur Sprache gebracht, gegen tausend Mißbräuche hat man Abhilfe verlangt und versprochen, aber bis jetzt hat sich auch nicht eine einzige Stimme gegen die große Staatskrankheit Frankreichs erhoben, die die Centralisation heißt. Im Gegentheil, man verlangt die Steigerung derselben; selbst die sonst so einsichtsvolle „Presse“ fordert, „daß die Centralisation centralisirt werde.“ Und auf solche Staatsbegriffe und Staatsgewohnheiten will man die Republik bauen! Die Gemeinde, der Eckstein jedes freien Staatswesens, ist in Frankreich eine bloße Verwaltungsmaschine, die Gemeindefreiheit, diese unentbehrliche Schule der Selbstregierung, ist nicht einmal dem Namen nach vorhanden, und kein Mensch läßt sich einfallen, daß die Staatsfreiheit ohne die selbe nicht bestehen kann. Man hat seit alle Tage von der Emancipation der Regierlosen, und das Wort Emancipation der Gemeinde ist noch nicht ein einziges Mal ausgesprochen! Natürlich. Wie Frankreich durch Paris beherrschet wird, so muß die Gemeinde unter der Bevormundschaft des Staates bleiben; würde die Gemeinde für mündig erklärt, so würde sich bald auch Frankreich emancipiren wollen. So verschroben und widernatürlich diese Verhältnisse sind, so läßt sich doch etwas Gewichtiges zu ihrer Entschuldigung sagen; das Volk fühlt den Druck derselben nicht, die Centralisation mit allen ihren Ungeheuerlichkeiten ist nicht eigentlich unpopulär, der Franzose der Provinzen lebt und webt so sehr in und mit Paris, daß er nicht recht zum Bewußtsein seiner Abhängigkeit und Bevormundungsbedürftigkeit gelangt. Dieser Umstand mag, wie gesagt, das System einigermaßen entschuldigen, er verhindert aber nicht, daß die französische Centralisation, solange sie besteht, einen wahrhaft republikanischen Geist, ein wahrhaftes Bürgerthum und ein die ganze Nation durchdringendes freies Staatsleben niemals aufkommen lassen wird. Indessen die Franzosen sind in gewissem Sinne über die Maßen genügsam. Sie fragen wenig nach der Sache, wenn sie nur den Namen haben. Und gibt es doch auch unter uns unzählige Köpfe, die für ein bloßes Wort ins Feuer gerathen, und die da überzeugt sind, die Form sei die Hauptsache; das Wesen werde schon hinterdrein kommen, oder man könne es auch wohl im Nothfalle entbehren.

Die Oppositionsmänner der letzten Deputirtenkammer werden fast alle als Kandidaten für die Nationalversammlung auftreten. Nur Hr. Thiers scheint sich einstweilen noch im Hintergrunde halten zu wollen. In der That ist seine Zeit entweder vorbei oder noch nicht gekommen. Was Hrn. Odilon Barrot betrifft, so hat er der neuen Regierung seine Mitwirkung zugesagt.

Die Ankunft der Prinzen Joinville und Aumale von Toulon bestätigt sich nicht. Der *Tontonnais* vom 7. meldet, daß die Prinzen in Algier die Republik proklamirt haben und die Ankunft des Generals Cavaignac abwarten, um ihm die Kolonie zu übergeben.

**Paris**, 10. März. Der Moniteur enthält eine Reihe von amtlichen Bekanntmachungen, welche den Zweck haben, Frankreich über den Zustand seiner Finanzen zu beruhigen. Diesen Angaben zufolge beläuft sich die konsolidirte Staatsschuld auf 5,179,000,000 Fr., die schwebende Schuld auf 839,000,000 Fr., das letzte Budget der Monarchie auf 1,712,000,000 Fr. Von den 325 Millionen, die der Sparkasse anvertraut waren, sind die neue Regierung nur 60 Mill. in baarem Gelde verrathig. Kurz, die Finanzwirthschaft des alten Regimente erscheint in dieser Darstellung als die hellseste von der Welt, und es knüpft sich daran die natürliche Folgerung, daß den Finanzen des Staats durch bessere Verwaltung sehr leicht aufzuhelfen sei. Zu diesem Behufe wird eine Reihe wichtiger Maßregeln angeordnet, deren Mittheilung wir aus Mangel an Raum auf morgen verspären müssen.

### Italien.

† Neapel, 3. März. Das Ministerium hat seine Entlassung eingereicht. In seinem Entlassungsschreiben gibt dasselbe als Grund seines Rücktritts, neben den unbilligen und ungestümen Forderungen des Volks, die schwierige Lage Siciliens an.

Der König hat das Entlassungsgesuch angenommen, indessen bleiben die Minister in ihren Funktionen, bis das neue Ministerium, mit dessen Bildung der Principe Cariati beauftragt ist, ernannt sein wird. Zu gleicher Zeit mit dem Ministerium haben der Polizeidirektor Peerio und der Präfekt Tofano ihre Entlassung eingereicht.

### Griechenland.

* Den 21. Febr. traf Musurus, wie uns Sorben aus Athen geschrieben wird, unter starker Bedeckung in der Hauptstadt Griechenlands wieder ein. Diese Schmach hat sich die schwache und würdelose griechische Regierung — denn das Volk hat damit ebensowenig zu thun als mit der ganzen bekannten Hofbalgeschichte — durch seine diplomatischen Rathgeber, namentlich aber durch Hrn. Piscatory aufbürden lassen. Auch dieser Sündenrückstand der Ludwig Philippischen Politik wird nicht ungesühnt bleiben; der Lauf des Ministeriums Guizot wird, wie man wohl kaum zweifeln darf, auch den Fall des gegenwärtigen griechischen Ministeriums zur Folge haben.

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus**

[179]* Bei Friedr. Bassermann in Mannheim ist erschienen:

# Geschichte der Chalifen

## nach handschriftlichen, größtentheils noch unbenützten Quellen bearbeitet

### von Dr. Gustav Weil,

a. o. Professor der morgenländischen Sprachen und Bibliothekar an der Universität Heidelberg, Mitglied der asiatischen Gesellschaft zu Paris und der deutschen morgenländischen zu Halle und Leipzig.

## Zweiter Band.

Die Abbasiden bis zur Einnahme von Bagdad durch die Buiiden. 132 334 d. H. oder 749—945 n. Chr.

Preis 4 Thlr. (6 fl.)

Der im vorigen Jahr erschienene erste Band dieses Werkes hat in der historischen Literatur Epoche gemacht. Das Journal des Savans (Novbrh 1846) bemerkt unter Anderm: „Das Werk des Hrn. Weil stillt eine bedeutende Lücke in der Völkergeschichte. Man besaß bis jetzt keine zusammenhängende, vollständige Geschichte der Muslims. Der Autor hat nun in der gründlichsten Weise seine eigenen Schriftsteller, verglichen mit den Werken der byzantinischen und abendländischen. Die Zeitbestimmung der Ereignisse ist äußerst sorgfältig bedauert.“ — Schlosser, der Verf. unserer Geschichtserzählung, sagt in der vorrede seiner neuen Weltgeschichte (IV B. 7.): „Dr. Weil ist also einer der besten Kenner der orientalischen Sprachen in Frankreich und Deutschland bekannt; er hat aus Handschriften ganz neue Dinge aus Licht gebracht, sein Buch ist also Quelle zu betrachten. Die Namen, die Data, die Orte, die Thatsachen, welche Hr. Weil aus seinen Quellen oder auch sonst genauer Forschung ermittelt zu haben bekannt hat, als der Verfasser gethan hatte, sind daher in diesem Hefte (IV. 7.) ohne Bedenken geändert worden. In der Auffassung des allgemeinen ist Hr. Kriegk mit Recht ihm allein gefolgt“.

So ist der ausstehenden Lücke in der Literatur Epoche gemacht. Das Journal des Savans (Novbrh 1846) bemerkt unter Andern

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oser z. Alm.. 29 Rowgate Street in Preston. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Überseeische Länder werde man sich an G. J. Mayer'sche Expedition in Brockhagen, Post Herford, Prov. Rhein. Preuss. Brandenburg.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeber dieses besorgt das Großh. Bad. Hofbuchhandlung Winter in Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 1 Thaler. Die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 75. **Heidelberg**, Mittwoch 15. März. **1848.**

## Uebersicht.

Die Bundesreform. — Wien (Spannung auf den nächsten Landtag. Freiheitsgesetz. Nothwendigkeit durchgreifender Reformen). Berlin (ministerielle Zusicherungen. Bevorstehende Stimmung in den untern Klassen. Die Periodicität des Ver. Landtags. Eine vermuthliche Demonstration. Entschiedene Reformen nöthig). Breslau (bevorstehender Gerichte über Ausstand). Kleve und Bonn (Reformpetitionen). Köln (die Truppen am Rhein rücken nicht an die Grenze). Halle (Truppenmarsch nach Sachsen). München (Baiern und die französische Republik. Fürst Wallerstein seines Ministeriums entboben). Aschaffenburg (die Bauernunruhen in Franken). Stuttgart (die Standesherren und das neue Ministerium. Bauernunruhen). Leipzig (großer Zug nach Dresden). Osnabrück (Eingabe an den Magistrat). Kattenhof (Antrag Seitens der badischen Regierung wegen Aufrichtung eines Bundesgerichtshofes). Kammerverhandlungen: Eröffnung des Kammerpräsidenten; Erklärungen der Minister. Waffenstillstand für die Bürgerwehr). Kassel (Gerüchtungen des Kurfürsten). Darmstadt (Erwerbungen). Saalfeld u. Jena (die Arretten). Weimar (die Reform genehmigt). Detmold (Reformen zu gestatten). Frankfurt (die Berathungsangelegenheiten in Hanau. Freudenbezeugungen über die Zugeständnisse. Die schwarz-roth-goldene Fahne am Bundespalast in Frankfurt. Bremen (Versammlung des Senats).

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen? Die Ausstreibung englischer Arbeiter aus Frankreich. Durch ganz Irland Versammlungen für Betreibung der Repeal angeordnet. Republikanische Meetings in England. Aufstürmungen der Lola Montez über ihre Ausweisung aus München.

**Frankreich.** Der Gesetzentwurf, den den Wahlen zur Nationalversammlung. Finanzmaßregeln der Regierung. Mißtrauungen des Volkes, den englischen und des belgischen Gesandten an die Regierung. Ungustierungen über die ausländischen Flüchtlingen in Belgien. Verbot revolutionärer Propaganda. Ein Schreckensmann, welcher 3000 Köpfe verlangt. Beamwahlen und Steuerwilligkeit zeichnen. Granier aus Lassagnac als Abgeordnete. Zwei deutsche Klubs in Paris. Errichtung einer Arbeitsorganisationskommission für die Arbeiter. Brief aus Algier; Zuwendung nach Gibraltar.

**Italien.** Sardinien. Liberales Ministerium. Ein Brief von Gioberti.

**Russschweiz.** Aufstand in Hochpolnischen-Preußen.

**Beilagen.** Berlin (die ministeriellen Äußerungen; Einziehung der Reserven, auch im Posenschen; bureaukratische Zeitanschauen; die Zustände der preußischen Presse; die Berichte des Hr. Bassi aus Oberschlesien). Hannover (die Deputation, der Magistrat, die Antwort des Königs; Wirtsamkeit Hrn. v. Falcke's). Heidelberg (Petitionen und Ferdinand II. Polizei in Italien; Lage der Lombardei und der österreichischen Truppen in Italien; dringendes Erfordernis von Reformen). — Italien. Sardinien. Turin. Die Verfassungsurkunde. Neapel. Das motivirte Entlassungsgesuch der Minister. — Griechenland. Athen. Nächste des Pluffirus. Kosten der Deputirtenwahlen von 1847.

## Heidelberg, 15. März.

Wir haben gestern den Aufruf des Siebener Ausschusses niedergeheilt, der eine größere Versammlung ständischer Abgeordneten aus allen Theilen Deutschlands auf den 30. März nach Frankfurt ladet. Wir machen noch ein Mal auf den Unterschied unseres Vorschlags aufmerksam, von dem es uns leid thut, daß er nicht beachtet worden ist, weil dadurch Inkonvenienzen vermieden worden wären, die bei dem eingeschlagenen Wege allerdings nicht nothwendig eintreten müssen, aber doch in sehr unbequemem Maße eintreten können.

Wir hätten eine ruhige, dem großen Gegenstand entsprechende, wohlerwogene Berathung eines ganzen Verfassungsentwurfs von einer solchen Versammlung gern angenommen sehen, während man sich hier nur über einige Grundzüge rasch und tumultuarisch wird vereinigen können. Gehe in der Nähe von Frankfurt sind alle Ständeversammlungen in diesem Augenblicke vereinigt; wer würde nicht gern an diesen Berathungen Theil nehmen? Die Deputirten werden in Masse hinzuströmen; aber ihre Ferien werden kurz sein; man wird ebenso schnell wieder wegeilen; man wird kommen und gehen, und Andere werden vielleicht abstimmen als die berathen haben. Die wünschenswerthe Gründlichkeit der Arbeit in einer so unendlich schwierigen Aufgabe wird so nicht in dem Maße erreicht werden, wie wenn jede Ständeversammlung nur eine Anzahl der besonders Geeigneten auf ungemessene Zeit abgesandt hatte.

Wenn die Zahl der Zusammentretenden nicht nach unserem Vorschlage oder nach einem anderen, von der Versammlung selbst vielleicht aufzustellenden Modus beschränkt wird, so wird die Erreichung jenes Zweckes einer soliden Berathung unendlich erschwert, ja vielleicht unmöglich gemacht. Die Masse der Anlangenden kann möglicher Weise außerordentlich groß werden, man sollte glauben, sie wird es gewiß werden, man müßte es wünschen, denn wer sollte bei einem solchen Auf und Anlasse ausbleiben? — Von einer übergroßen Masse aber wird die Besprechung einer Materie, von deren verwickelter und schwierigen Beschaffenheit sich die Wenigsten eine Vorstellung zu machen scheinen, keineswegs gewinnen. Die Vorschläge des Ausschusses werden dann nur stürmisch angenommen werden, die ohne Zweifel vortrefflich sein werden, die aber selbst nur die allgemeinsten Züge werden enthalten können, um deren Annahme es eben in einer größern und längern Versammlung gegolten hätte.

Überfest, die Zahl wird nicht so übergroß werden, wie wir es befürchten, so wird ein auch schimmerer Umstand eintreten: die Vertretung wird sehr ungleich sein. Aus der größeren Ferne würden ohnehin unter aller Bedingung die Wenigsten kommen. Werden aber gerade bis zu jener Zeit — was ja fast nothwendig überall geschehen muß und zum Theil schon geschehen ist, in den nördlichen und östlichen Staaten Deutschlands die Stände berufen, so würde von diesen, von den preußischen z. B., bei der Weite des Wegs, bei der Dringlichkeit der eigenen Geschäfte, sogut wie Niemand erscheinen. Nichts scheine uns so beklagenswerth wie das. Die Versammlung will nur berathen, eine Privatstimme abgeben; aber sie will doch die Nation und ihre Ansichten bestimmen. Dazu sollten aber die Männer der ganzen Nation mitwirken. Ein Votum der südwestlichen Stände würde als die Stimme der geschlossensten Deputirten sein Gewicht in ganz Deutschland geltend machen; aber ein ganz anderes Gewicht würde es haben, wenn es aus völlig gleichgewogener Stimmzahl von Vertretern aller deutschen Lande hervorginge. Es thut uns leid, daß selbst bei dieser Vorberathung einer Vorfrage, die zum ersten Mal die große allgemeine deutsche Frage betrifft, irgend ein Theil des Vaterlandes fehlen sollte. Der große Grundsatz sollte auch bei diesen privaten Schritten leiten, daß Alles, was für das ganze Vaterland geschehen soll, fortan auch von dem ganzen Deutschland geschehe.

Berhüte Gott, daß wir ein böses Omen darin sehen wollten. Wir geben aus Pflicht unsere Ansicht und meinen, besser sei besser gewesen. Noch ist durch freiwilligen Trieb das Befürchtete alles zu verhindern. Bleibe Niemand zu Norden und an den äußersten Grenzen, aus Bequemlichkeit, aus Aengstlichkeit, aus Rücksichten, zurück! In Oesterreich mögen die unabhängigen Stände zum ersten Mal wagen zu zeigen, daß sie deutsch sein wollen! So wird sich die mangelhafte Vertretung vermeiden lassen. Ist sie der Zahl nach ungleich, so bestimme die Versammlung selbst eine verhältnißmäßige Zahl von Stimmberechtigten für jedes Land, die aus der ganzen Zahl der Anwesenden durch Wahl angeschieden würden. Vor Allem halte die Versammlung auf die äußerste Würde und Ruhe. Es wäre eine ewige Schmach, wenn diese erste Zusammenkunft eines neu verbrüderten Volkes durch Exzesse irgend einer Art gestört würde. Dieselbe einstimmige und scharfe Entschiedenheit, mit der man hier in Heidelberg selbst eine kleine unschuldige Demonstration zurückwies, wird, hoffen wir, auch dort Alles abweisen, was die Unbefangenheit der Berathungen stören könnte. Gesetze und Gesetzvorschläge müssen von der Weisheit der Berather und nicht vom Tumulte getragen werden. Wir stehen jetzt so, daß wir in Deutschland eine Reform an Haupt und Gliedern in der steckenlosesten Bewegung durchsetzen können, die noch von keinem Volke in dieser wunderbaren Eintracht, Großheit und Mäßigung begonnen worden ist; aber hüten wir denn auch diese Glorie vor dem ersten Flecken mit aller Sorgfalt, damit sie uns in aller Reinheit verbleibe.

Wenn die in der D.P.A.Z. mitgetheilte Nachricht, daß der Bundestag auf Zuziehung von Männern des öffentlichen Vertrauens zur Mitberathung des Bundesreformwerks angetragen hat, so wäre doch sehr zu wünschen, daß dieser und alle ähnlichen Schritte officiell verkündigt würden. Und ebenso wäre es gewiß sehr zufriedenstellend, wenn bei einer solchen Gelegenheit ausgesprochen würde, daß der Bundestag gern die Resultate der Berathung der Frankfurter Versammlung zur Förderung seiner eigenen Arbeiten entgegen nehmen werde.

Digitized by Google

**Oesterreich.** Wien, 7. März. Der Allg. preuß. Zeit. wird berichtet: Den Verhandlungen der außerösterreichischen Staaten ist bei den gegenwärtigen erschütternden Ereignissen die größte Aufmerksamkeit zugewendet, und allenthalben mit Publikum erwartet man während der Dauer dieses Landtages die Allerhöchste Schlußfassung über viele wichtige Verwaltungsreformen, und deren Vorarbeiten sich die oberste Staatsbehörde vielfach befassen soll. Jetzt, da sich Alles um das energische Vorwärtsgehen der vernünftigen Fortschritt mit der höchster Begeisterung bewegt, und dem Interessen des Tages die untersten Volksklassen beschäftigen, ist ein Stillstehen unmöglich geworden; zu mächtig haben die Pariser Ereignisse Alles ergriffen; dabei ist der Wunsch, den Frieden zu erhalten, immer vorwaltend.

Das Mißtrauen hat so sehr namentlich die mittlere Volksklasse ergriffen, daß Jeder sich beeilte, sich der Banknoten zu entledigen und dafür baare Münze zu verlangen. Um hierüber zu beruhigen, ist ein Restript an sämmtliche Gewerbe, welche sich mit dem Verkaufe von täglichen Lebensmitteln befassen, ergangen, daß sie keine Ankunft von Waaren Banknoten anzunehmen und diese auf Verlangen gegen Silbergeld auszuwechseln haben, das ihnen die kaiserl. privilegirte Nationalbank jede beliebige Menge baaren Silbergeldes gegen Banknoten sortan verabfolgt. Zugleich wurde den Gewerbsgenossen bedeutet, daß Jeder sich mit der nothwendigen Baarschaft zur Auswechselung der Banknoten zu versehen habe, und daß jede der Art vorkommende Beschwerde der Parteien streng geahndet werden wird.

**Preußen.** Berlin, 8. März. Die A. Z. berichtet: Wie hören, daß der Minister von Bodelschwingh nach dem Schlusse der gestrigen Ausschußsitzung, nachdem er die Königl. Botschaft wegen der Vereinigung der Periodicität an den Ver. Landtag verlesen, noch privatim an viele der abschiednehmenden Ausschußmitglieder die beruhigendsten Zusicherungen ertheilt, und es namentlich ziemlich deutlich ausgesprochen habe, daß die am Schlusse der Botschaft verheißene Räumerung der Verfassungsgesetze vom 3. Febr. z. B. Jahr bald erfolgen und bei dieser Gelegenheit dann auch mehrere der vom Ver. Landtage in Berathung gezogenen Punkte, wie z. B. eine Aenderung des Wahlmodus ꝛc., eine Berücksichtigung und Erledigung finden würden. Auch soll er die Worte des Königs wegen der Einberufung des Landtags noch dahin erläutert haben, daß allen Anzeichen nach der Zeitpunkt hierfür nahe bevorstehen dürfte, so daß er die scheidenden Abgeordneten bald wiedersehen hoffe.

**Berlin**, 8. März. Die D. A. Z. bemerkt: Die Zustände und Stimmungen der hiesigen Arbeiter fangen an sehr bedenklich zu werden, und wenn auch der Zusammenhang mit den großen Zeitereignissen hier nur noch instinktartig oder wenigstens nicht aus erster Hand wirkt, so ist er doch dabei bereits im Spiele und drängt auf Richtungen hin, die jedenfalls bei uns diesem Kreise vor Kurzem noch sehr fern zu liegen schienen. In Moabit und vor dem neuen Thor haben gestern und vorgestern Arbeiterversammlungen stattgefunden, in denen es zwar noch keineswegs zu Excessen kam, die sich aber auf eine jedenfalls drunruhigende und drohende Weise über die gegenwärtige Lage ihres Standes auslißen.

○ **Berlin**, 9. März. Durch die mit beispielloser Schnelligkeit sich drängenden Ereignisse, durch die von allen Seiten einlaufenden aufregenden Nachrichten sind die Gemüther hier in eine große Spannung versetzt. So hat das heute beim Schluß des ständischen Ausschusses gewährte Zugeständniß der Periodicität des Ver. Landtags begreiflicher Weise nur wenig Eindruck hervorgebracht. Dazu kommt noch, daß man im Allgemeinen den Ausdruck der königl. Rede, die Periodicität des Ver. Ausschusses solle auf den Landtag übertragen werden, dahin deutet, der Ver. Landtag solle, wie bisher der Ausschuß, eine vierjährige Periodicität erhalten. Dies ist nun freilich Nichts weniger als ausgemacht, vielmehr soll die nähere Bestimmung der Dauer der Periodicität erst erfolgen und es ist mehr als wahrscheinlich, daß dieselbe auf ein geringeres Zeitmaß zurückgeführt werden dürfte. Bei der Aufregung der Gemüther und dem durch frühere Vorgänge hervorgerufenen Mißtrauen hält es aber schwer, diesen Betrachtungen Eingang zu verschaffen, und es ist daher sehr zu bedauern, daß nicht sofort eine klare Bestimmung über die Absichten des Gouvernements betreffs der Periodicität gegeben ist. Jener Akt, der, obwohl an und für sich bei Weitem nicht genügend, doch beschwichtigend wirken, hätte dann die verdiente Anerkennung gefunden, die ihm jetzt völlig entgeht. Wir, die wir keineswegs die Förderhafte Unruhe und Aufregung, die jetzt so allgemein hier vorherrscht, theilen, sollen diesem Zugeständniß hauptsächlich deshalb unsern Beifall, weil wir es als den ersten und wichtigsten Schritt zur Beilegung des ermüdenden und den Fortschritt nach allen Seiten hin hemmenden Rechtsstreites betrachten und uns der Hoffnung hingeben, daß jetzt der nächste Landtag den Ausbau unserer Verfassung auf einer weiteren Basis betreiben werde. Ein fernerer wesentlicher Vortheil ist, daß die drohende Spaltung der liberalen Partei auf dem Landtag mit dem Wegfall der Ausschüsse als beseitigt anzusehen, und ein einmüthiges Zusammenwirken derselben auf der Bahn der Reform zu erwarten ist *). Doch sind wir auf das Bestimmteste der Ansicht, daß die Regierung schnell Etwas thun müsse, um die aufgeregte öffentliche Meinung zu beschwichtigen. Freigebung der Presse mit provisorischen Bestimmungen bis zum Erlaß eines in Vereinbarung mit den Ständen auszuarbeitenden Preßgesetzes und sofortige Einberufung des vereinigten Landtags würden unserer Meinung nach dem Bedürfniß des Augenblickes genügen. In ersterer Maßregel zeigt sich die Regierung geneigt, ein Preßgesetz liegt, soviel uns bekannt, bereits dem Staatsrath vor; möchte man dessen Berathung aufs Aeußerste beschleunigen und ohne Weiteres zu seiner Veröffentlichung schreiten. Was die Einberufung des Ver. Landtags betrifft, so liegen uns Gouvernement leider noch immer damit, theils weil es befürchtet, von den Ständen mit zu weit gehenden Forderungen bestürmt zu werden, theils weil angeblich jener Akt einer Kriegsdrohung gegen Frankreich ähnlich sähe. Der letztere Vorwand ist gar nicht haltbar, da wenn man jetzt den Landtag z. B. 1. Mai einberiefe, Frankreich darin keine kriegerische Absicht erblicken kann, das Gouvernement auch durch officielle Erklärungen im Stande ist, den Verdacht jeder feindseligen Drohung gänzlich abzuwenden. Den ersteren Punkt betreffend, so werden die Forderungen, die später an die Stände und durch diese an das Gouvernement geleitet werden, im Falle der Nichteinderung diesem direkt in wenig glimpflicher Weise zukommen. Leider scheint es, als ob die Regierung sich noch immer sowohl über ihre Lage, als über die Stimmung des Volkes in der vollkommensten Illusion befände. Noch ist diese allerdings so beschaffen, daß man mit gemäßigten, aber rechtzeitigen, Zugeständnissen ernsteren Gefahren vorbeugen kann; das möge man sich aber vor Allem klar machen, daß das gegenwärtige System unhaltbar ist, es handelt sich darum, den Uebergang zu dem neuen in möglichst milder Weise zu bewirken, durch schnelles Entschließen und Handeln radikalen Forderungen den Anklang zu nehmen, den sie sonst gewiß im Volke finden würden. Es wäre eine unglaublich kurzsichtige Politik, dies zu verkennen, oder etwa noch um die Frist wenige Wochen oder Monate zu markten. Zwar glauben wir nicht, daß schon jetzt gewaltsame Bewegungen Erfolg haben würden, trotzdem müßten wir es tief beklagen, wenn die Regierung Preußens dazu auf zurückgeführt würde, die Garantie ihres Bestehens in Anwendung der Bajonette zu suchen und so den jetzigen deutschen Staaten in einem ähnlichen Verhältniß gegenüber zu stehen, wie Neapel von der sicilischen Insurrektion den befreiten Staaten Italiens. Schon haben wir Nachrichten, daß am 6. in Breslau tumultuarische Vorgänge Statt hatten, die nur durch Einschreiten der bewaffneten Macht mit Blutvergießen unterdrückt werden konnten, ja man machte sich daselbst für den folgenden Tag auf eine Erneuerung der Unruhen im vergrößerten Maßstab gefaßt. Bis jetzt werden diese Auftritte sowie die Kölner Tumulte von der großen Mehrheit besonders der Gebildeten, als unsinnige Versuche betrachtet, sie werden gänzlich zu Boden fallen, wenn die Regierung thut, was Noth ist, sie werden dagegen mit erneuter Kraft ihr Haupt erheben, wenn es unterbleibt. Möge sich das Herz der Mächtigen dem zuwenden, was ihr und des ganzen Volkes Heil gebieterisch erfordert. Mehr kann nach der furchtbaren Lehre der Februarrevolution auch nur ahnen wollen, was schon die nächsten Tage bringen können.

**Breslau**, 9. März. Die hiesige Zeitung sagt heute: „Wie haben des seit längerer Zeit verbreiteten Gerüchten von dem erfolgten Tode des Kaisers von Rußland bisher keiner Erwähnung gethan. Heute wird jedoch dieses Gerücht durch mit solcher Bestimmtheit erzählt, und als Folge ein soll beispielloses Fallen der russ. Staatspapiere damit in Verbindung gebracht, daß wir dasselbe nicht mehr übergehen zu dürfen glauben."

Durch Handelsbriefe ist heute Abend aus Warschau die Nachricht hier eingetroffen, daß die polnischen Pfandbriefe plötzlich von 82 auf 62 Proz. gefallen sind, was auf ein Ereigniß von höchster Wichtigkeit schließen läßt.

*) Unser Korrespondent bespricht hier die schon erwähnte Reformpetition der Berliner Jugend, die wir bereits erwähnt haben, uns hebt hervor, wie wenig Eintracht nach Oben wie nach Unten eine so schmähliche Demonstration machen mußte. Hätte man, sagt er, sich auf zwei Forderungen beschränkt, Freigebung der Presse und Einberufung des Landtags und die wenigen Wünsche und Beschwerden des zum Zusammentritt des Letztern zurückgehalten, so hatte man verlangt, was erreichbar war.

Digitized by Google

**Cleve**, 10. März. Auch der hiesige Gemeinderath schickte schon vor einigen Tagen eine Petition an den König, worin die Wünsche ausgesprochen wurden, daß Se. Maj. schon jetzt unbedingte Preßfreiheit geben und schleunigst die Landstände zusammen berufen wolle.

**Bonn**, 10. März. Eine über abgehaltene Versammlung beschloß, wie die **Köln. Z.** berichtet, eine Adresse über folgende Punkte an den König zu richten: 1) unverzügliche Berufung des Ver. Landtags zur Erledigung der Besserung einer zeitgemäßen Verfassung; in dieser Beziehung insbesondere 2) Bewilligung einer wahren Repräsentativverfassung mit entscheidender Stimme in Angelegenheiten der Gesetzgebung und Besteuerung; Abänderung des bisherigen Wahlsystems durch Aufhebung der bis jetzt angenommenen Gliederung der Stände und Bewilligung eines allgemeinen Wahlrechtes auf der breitesten Basis, mit Verantwortlichkeit der Minister; 3) Vertretung des deutschen Volkes durch seine Stände bei der deutschen Bundesbehörde; 4) Bewilligung unbedingter Preßfreiheit, mit einem Preßgesetze und Entscheidung der Preß- und politischen Vergehen durch Geschwornengericht; 5) freies Associationsrecht zur Besprechung und Vereinigung zu an sich erlaubten Zwecken; 6) Gleichstellung der verschiedenen Religionsgesellschaften in Absicht auf staatsbürgerliche Rechte und Pflichten; 7) Beseitigung der Kirchen aller Confessionen von der Bevormundung der Staatsgewalt; 8) freies Petitionsrecht der Bürger bei den Provinzial- und den Ver. Landtagen; 9) Verbesserung der Lage der Armen und der Armenpflege und der Lage der Fabrikarbeiter durch nähere gesetzliche Bestimmungen; 10) Vorlegung des neuen Staatsgesetzentwurfes und der künftigen Kriminalordnung bei dem Ver. Landtage; endlich 11) Aufhebung der mißliebigen Ausnahmsgesetze, namentlich der Karlsbader Beschlüsse und des Gesetzes vom 29. März 1844, die Unabhängigkeit des Richterstandes betreffend.

Die **Köln. Z.** versichert, daß die Truppen am Rhein außer den einberufenen Kriegsreserven nur durch zwei Regimenter des vierten Armeekorps verstärkt werden, um die großen Festungen jederzeit mit hinlänglicher Besatzung versehen zu können. Von einem Vorrücken nach der Grenze ist daraus keine Rede. — In dem Tagsbefehle, welcher der Landwehr des achten Armeekorps verlesen werden soll, heißt es: Der König habe unter den eingetretenen Verhältnissen im Nachbarlande die Reserven ausschließlich zur Sicherstellung der Rheinprovinz und der Festungen einberufen. Wie der König bereits dem Antritt seiner Regierung erklärt hat, teile sogenanntes gierreiches Regiment führen zu wollen, das sich den Völkern durch Kanonendonner verkündigt, so ist es auch in dieser bewegten Zeit sein ernster, unabänderlicher Wille, nur dann zu den Waffen zu greifen, wenn die Unabhängigkeit des theuern Vaterlandes durch einen Angriff von Außen wirklich bedroht wird. Die Landwehren sollen somit ihrer Heimath nicht früher entzogen werden, als die Preußen zum Kriege gezwungen wird und es dann gilt, Haus und Heerd, Weib und Kind, alle Güter, welche dem Menschen heilig und theuer sind, zu vertheidigen, mithin die Wehr des Landes aufgerufen werden muß.

† **Halle**, 10. März. In diesem Augenblick wird um Halle eine bedeutende Truppenmacht von mehreren Tausend Mann, wenn nicht ein ganzes Armeekorps zusammengezogen, und zwar so, daß selbst das Weißenfelser Jägerbataillon und die zwei Schwadronen Merseburger Husaren hierher oder auf die nächsten Dörfer zu liegen kommen. Das hiesige Füsilierbataillon, mit Ausnahme der Freiwilligen, welche zum 1. April ausgedient haben, erhielt heute Mittag scharfe Patronen. In Stendig steht ein Bataillon Artillerie, das gestern dahin marschirt sein soll. Es ist offenbar, man will die sächsische Regierung in ihrem Widerstande gegen die Volkswünsche verstärken und nöthigen Falls mit den Waffen unterstützen, besonders gegenüber Leipzig bewohnen. Hoffentlich wird diese Maßregel nicht ins Leben treten, da durch die neuesten Bewilligungen provisor. Preßfreiheit und Berufung der Kammern das Land vorläufig beruhigt zu sein scheint. Aber sollte es wirklich mit unserer Polizei dahin gekommen sein, daß man und gegen deutsche Brüder ins Feuer schicken will, die dieselben Wünsche gegen ihren Herrscher aussprechen wie wir? Hilfe der Himmel, daß sich auch bei uns Männer erheben, wie der Fürst Leiningen in Baiern.

**München**, 11. März. Die Allg. Z. bringt folgende Mittheilung, deren Quelle nicht schwer zu errathen scheint: „Es fand in diesem Blatte die Sage „Baiern habe die Republik Frankreich anerkannt". Se. Maj. der König wünscht Friede mit Frankreich, ohne daß solches von dessen Regierungsform abhängig; sollte es jedoch gegen Deutschland eine aggressive oder Gebietsausdehnungspolitik annehmen, so wird Baiern, seinen Pflichten treu, den letzten Blutstropfen vergießen für deutschen Vaterlandes Unabhängigkeit und Integrität."

**Baiern.** A **München**, 12. März. Fürst Wallerstein wurde heute Vorm. der von ihm seit 1. Dec. bekleideten Ministerien des Aeußeren und des Kultus enthoben: das erstere ward interimistisch dem eben in Urlaub hier anwesenden Gesandten in der Schweiz, Frhrn. von Berger, das zweite dem Justizminister Beisler übergeben. Ziemlich allgemein wird die Freude über die Entlassung des Fürsten Wallerstein sein, der durch seine Zweideutigkeit sich so um alle Achtung gebracht hatte, daß sein Fall zur Nothwendigkeit geworden. Das Urtheil, das ich in früheren Artikeln mehrmals über ihn gefällt, hat sich somit grecchfertigt. Erst seitdem Wallerstein aufgehört, zu den Räthen der Krone zu gehören, kann eine Besserung unserer Zustände wirklich erwartet werden, um so mehr, wenn Baierns König dem Beispiele Würtembergs und Hessens folgen, und sich nunmehr dazu entschließen sollte, einen so allgemein geachteten Mann wie Thon-Dittmer mit der Konstituirung eines freisinnigen, wahrhaft konstitutionellen Ministeriums zu beauftragen.

**Aschaffenburg**, 10. März. Der Ränd. Korr. berichtet: In der Stadt ist nicht nur die Ruhe, sondern auch das Vertrauen zu derselben zurückgekehrt. In einer Bekanntmachung dankt der Magistrat den Einwohnern für die Bereitwilligkeit und Aufopferung, mit welcher sie zur Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit rühmlichst mitgewirkt haben, und fündigt an, daß von nun an die verstärkte Garnison allein den Dienst übernimmt. — Desto beruhigender aber lauten die Nachrichten aus der Umgegend. In Rothenbuch haben die Bauern das Landgerichtsgebäude förmlich beschossen und das Landgerichtspersonal hat sich unter Lebensgefahr hieher geflüchtet. Aehnliches wird auch aus Amorbach, aus Miltenberg und Großwallstadt berichtet; nach der März. Zeit. wurden zwei Schadronen Chevauxlegers an die bairisch-badische Grenze vorrücken.

**Würtemberg.** ♁ **Stuttgart**, 12. März. Die Nachrichten vom Unterland lauten heute beruhigender, als gestern. Man vernimmt, daß die Angaben über die große Zahl angezündeter Schlösser übertrieben waren: mehreren der gestern genannten war nur damit gedroht worden. Es ist eine hinlängliche Militärmacht in die bedrohten Gegenden abgesendet worden. Von Seite des Ministeriums des Innern wurde der ehemalige Abgeordnete von Reutlingen, Oberregierungsrath Cammerer in den Jagstkreis als Kommissär abgeschickt. — Die diplomatischen Verhandlungen über die Vertretungen des Volkes am Bunde haben bereits lebhaften Fortgang. — Bei dem heutigen Zug der Bürger vor das Schloß, um Se. Majestät den Dank des Landes für seine freisinnigen gestrigerzigen Entschlüsse auszusprechen, bemerkte man zahlreiche Kokarden mit den deutschen Farben. Alles ging in bester Ordnung und mit aufrichtiger Herzlichkeit vorüber. Standesherren und Adel sollen sich bereit erklärt haben, auf das Jagdrecht auf fremdem Boden unentgeltlich zu verzichten.

**Stuttgart**, 11. März. Die hier anwesenden Standesherren haben in öffentlicher Zuschrift erklärt, sie würden dem neuen Ministerium das in seinem Programm neben der Entwicklung des nationalen Volkslebens, der Umgestaltung bisheriger Einrichtungen und der Einführung neuer zeitgemäßen Institutionen auch die Handhabung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sowie der Schutz des Eigenthums und die Achtung des Rechts an die Spitze stelle, ihre aufrichtige Mitwirkung zu Theil werden lassen.

**Leipzig**, 11. März. Hier herrscht Ruhe, aber morgen geht auf der Eisenbahn ein großer Theil hiesiger Einwohner in corpore (man sagt 5000 Personen) als Deputation nach Dresden. (O. P. A. Z.)

**Osnabrück**, 8. März. Man vergißt alle konfessionellen, alle politischen Differenzen und einigt sich in der deutschen Frage. Unsere vier Aeltesten (Bürger-Repräsentanten) Brüning, Schmedes, Quirll und Hoberg jun. an der Spitze, hat die Bürgerschaft in einer großen, gestern abgehaltenen Versammlung eine Eingabe an den Magistrat beschließen, die, mit etwa 500 Unterschriften versehen, schon zwei Stunden später in einer Erteositzung von letzterem entgegen genommen wurde. Dieselbe verlangt vor allem Andern „Entfesselung der Presse, Aufhebung des Verbotes der Volksversammlungen und Volksvertretung am Bundestage"; — ferner Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer und noch viele andere auch in anderen deutschen Petitionen hervorgehobene Rechte und Garantien, deren nähere Erörterung für unsere den baldigst einzuberufenden Ständen vorbehalten will. Einstimmig ist vom Magistrate Unterstützung zugesagt. Dem Vernehmen nach wird man sich zunächst ans Ministerium des Innern wenden. Wie großer Spannung wird dem Erfolge entgegen gesehen. Besserung muß und wird kommen, soll sich nicht Alles in Anarchie auflosen.

**Baden.** * **Karlsruhe**, 13. März. Bei Beginn der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ereffnete Präsident Mittermaier,

Digitized by Google

daß die körperliche Züchtigung bei dem Militär aufgehoben ist. M. v. Dusch erklärte, daß die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich nicht gestört seien, sondern unverändert fortbestehen, und daß er eine weitere Erklärung darüber später geben werde. Gr. und Geh. Kriegsrath Vogelmann äußerten ferner, daß die Gerichte über Verletzung der badischen und Herbrüchung anderer Bundestruppen durchaus falsch seien. Hinsichtlich der Besetzung der Rheingrenze seien noch keine Anordnungen getroffen; vertragsmäßig müsse in Kriegszeiten und bei drohendem Kriege die Ersatzung von Rastatt zu einem Drittheil aus Bundestruppen bestehen. Dagegen werde bemerkt, daß diese aus dem 8. Armeekorps genommen werden sollten.

Die weitern Verhandlungen betrafen die Unruhen von Grundholden u. s. w. Eine sehr warme Debatte entspann sich über die von Welcker ausgesprochenen Wünsche für Nationalvertretung beim deutschen Bunde und über die Rückberufung des Hrn. v. Blittersdorff. Wir geben die Debatten morgen in ausführlicherer Darstellung.

**Karlsruhe**, 12. März. Die heutige Z. meldet: Wie man vernimmt, hat die großherzogliche Regierung nun einen Weg gefunden, auf dem sie in kurzer Zeit eine bedeutende Anzahl Gewehre erhalten kann, um sie dann gegen Ersatz des mäßigen Preises an die Gemeinden zur Bewaffnung der Bürgerwehr abzugeben.

Die Berathung des Militärs auf die Verfassung war für die verschiedenen Garnisonen auf den 13. und 14. festgesetzt.

*y* **Karlsruhe**, 13. März. Wir sind in den Stand gesetzt, nach zuverlässigen Nachrichten versichern zu können, daß der Gr. badische Minister des Äußeren bereits unterm 7. d. M. dem Bundestagsgesandten die Weisung zugehen ließ, einen Antrag der badischen Regierung wegen ständischer Vertretung der deutschen Länder bei der Bundesversammlung dieser letztern zu übergeben und auf schleunige Berathung dieser Nationalfrage zu dringen. Die Begründung dieses Antrags soll insbesondere auf den von Durchführung desselben zu erwartenden großen Erfolg hinweisen, daß die Bundescentralbehörde, von allseitigem Vertrauen umgeben, die volle nationale Kraft in sich vereinigen würde, deren sie bedarf, um einer natangemäßen, freien und geordneten Entwicklung der deutschen Völker mit ihren gemeinsamen Interessen vorzusehen und zu allen Zeiten durch die Kraft der Einigkeit und eines höhern geistigen Aufschwungs der Nation deutsches Glück und deutsche Ehre nach allen Seiten hin zu schützen und zu bewahren. — Diesen Antrag zugleich auf alle Weise zu unterstützen, soll Se. Königl. Hoh. der Großherzog im Einverständniß mit mehreren andern deutschen Fürsten einen eigens Abgesandten an mehrere deutsche Höfe abgeschickt haben.

**Kassel**, 11. März. Die kurz Verfügung, welche die Forderungen der Hanauer beantwortet, lautet: „Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., u. s. w. finden Uns allergnädigst bewogen, zu dem durch Unsrer allerhöchste Verkündigung vom 7. d. M. erlassenen Bestimmungen folgende weitere Zusagen zu ertheilen: 1. Bei der Besetzung aller Ministerien, soweit diese nicht neuerdings bereits geschehen ist, werden Wir darauf Bedacht nehmen, Männer, welche das Vertrauen des Volkes genießen, dazu zu berufen. 2. Ueber die Bewilligung vollständiger Pressfreiheit haben Wir bereits heute eine Verordnung erlassen. 3. Es wird für alle seit dem Jahre 1830 bis hierhin begangenen politischen Vergehen, insoweit solche nicht durch die Bestimmung im §. 126, Absatzt 4 der Verfassungsurkunde von dem landesherrlichen Begnadigungsrechte ausgenommen sind, vollständige Amnestie bewilligt. Zur Herbeiführung einer gleichen Amnestie, auch hinsichtlich der auf den Umsturz der Verfassung rc. gerichteten Unternehmungen, soll der demnächst Ständeversammlung alsbald ein Gesetz vorgelegt werden. 4) Wir gewähren vollständige Religions- und Gewissensfreiheit und deren Ausübung. 5) Alle den Genuß verfassungsmäßiger Rechte, insbesondere des Petitions-, Einigungs- und Versammlungsrechtes beschränkenden Beschlüsse wollen wir hiermit aufheben. 6) Die durch unsere Verkündigung vom 7. d. M. zugesicherten und in Beziehung auf die uns vorgetragenen Desiderien weiter erfolgenden Gesetzentwürfe sollen der demnächst Ständeversammlung vorgelegt werden. 7) Wir werden dahin wirken, daß bei dem Bundestage Nationalvertretung eingeführt werde. Urkundlich unserer allerhöchsteigenhändigen Unterschrift, gegeben zu Kassel, am 11. März 1848. Friedrich Wilhelm. vdt. Meroux, k. A."

**Hessen.** ** **Darmstadt**, 13. März. Heute wurde der sehr ehrenwerthe Generalstaatsprocurator und Landtagsabgeordnete Kilian zum Justizminister und Jaup zum Präsidenten des Staatsrathe ernannt. Auch soll nach zuverlässiger Notiz Emmerling Ministerialrath im Justizministerium geworden sein.

**Sachsen-Meiningen.** Saalfeld. Auch hier ist eine Adresse um: 1) Uebereweisung der Domänen an das Land; 2) Wahlreform; 3) Auflösung der Landstände; 4) Preßfreiheit; 5) Bürgerbewaffnung; 6) deutsches Parlament; 7) freies Versammlungsrecht, entworfen worden.

**Sachsen-Weimar.** * Jena. In einer Adresse von hier fordert man: 1) sofortige Gewährung der freien Presse nebst dem Rechte zu freier Volksversammlung; 2) sofortige Errichtung einer Centralgewalt und einer aus allen deutschen Gauen nach liberalen Grundsätzen und möglichst unbeschränktem Wahlrechte zu wählenden Volksrepräsentation für ganz Deutschland an die Stelle der seitherigen Diplomatenversammlung zu Frankfurt; 3) sofortige Organisirung einer allgemeinen deutschen Landesbewaffnung unter selbstgewählten Anführern; 4) Umänderung des Gerichtswesens nach den Grundsätzen der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit und in Strafsachen mit Schwurgerichte.

**Weimar**, 10. März. Der Großherzog hat eine Erklärung erlassen, welche auf die schon erwähnten Reformanträge der Kammer folgende Antwort gibt: Die gegenwärtig versammelten Stände sind das verfassungsmäßige Organ, durch welches die Wünsche der Gesammtheit Unserer Unterthanen mittelst einer Erklärungsschrift vom 7. d. M. Uns vorgelegt worden sind. Wir haben, nachdem der deutsche Bund, den Erfordernissen der Zeit gemäß, mehre beschränkende Verfügungen aufgehoben hat, die Preßfreiheit in dem Großherzogthume wieder hergestellt. Eine engere Vereinigung des gemeinsamen deutschen Vaterlandes erschient auch Uns dringend nothwendig. Wir betrachten eine deutsche Nationalvertretung als ein wirksames Mittel zu diesem Zwecke, werden, was an Uns ist, sofort dafür thätig sein und auf eine Dem entsprechende Umgestaltung der Bundesverfassung hinwirken. Die Verminderung und Verwandlung der stehenden Heere und eine allgemeine Volksbewaffnung werden Wir, nach dem Antrage des getreuen Landtages, in das Auge fassen. Ueber eine auf neuere Grundsätze gestützte Umgestaltung der Redtespflege behalten Wir Uns weitere Entschließung bis dahin vor, wo die Anträge des getreuen Landtages an Uns gelangt sein werden. Um den allseitig gegen Uns ausgesprochenen Wünschen Unserer getreuen Unterthanen zu entsprechen, haben Wir beschlossen, das Kammervermögen mit dem landwirthschaftlichen Vermögen, gegen Gewähr einer Civilliste, zu vereinigen. Wir werden hierüber dem getreuen Landtage sofort weitere Eröffnung zugehen lassen. Mit demselben werden Wir auf verfassungsmäßigem Wege auch weitere an Uns gelangende Anträge erwägen und, soweit zweckmäßig, gnädigen.

**Detmold**, 9. März. Auch der Fürst von Lippe hat die verlangten Reformen in ihrem ganzen Umfange gewährt.

**Frankfurt a. M.**, 12. März. Gestern Nachmittag und Abend brachte ich in Hanau zu, wo gerade die glückliche Lösung der bisherigen Spannung zwischen dem Kurfürsten und der Volkskommission erfolgte. Gegen vier Uhr kam ich daselbst an, kurz nachdem die Proclamation vom Balkon des Rathhauses priesen worden war. Schon auf dem Wege dahin war in dem großen Dörnigheim dicht vor Hanau die Oede auffallend; außer Weibern und Kindern war fast kein Einwohner zu sehen; die wenigen anwesenden Männer hielten die Wachthäuser an beiden Enden des Dorfes besetzt. Weiterhin standen auf dem Wege nach Mühlheimdao mit Sensen bewaffnete Männer und die Kinglbrücke war mit Kisten und Wagen verrammelt, daß nur ein Wagen vorbeikommt; alle Straßen der Vorstadt verbarrikadirt mit Fässern, welche mit den Steinen des aufgerissenen Pflasters gefüllt waren. In der Stadt selbst waren die Seitenstraßen gegen die Hauptstraße hin durch Barrikaden abgeschlossen und gegen Kassel zu lagen große Baumhölzer zur Verrammlung bereit. Nach Verlesung der Gewährung aller Hanauer Forderungen wurden deutscher Kraft, — Einheit, — der Hanauer Bürgergarde rc. schallende Hoch ausgebracht, und gerade in diesem Augenblick hörte der bis dahin strömende Regen auf und die Sonne erschien am Himmel. Nun begann ein Umzug der Bürgerbewaffnung und sämmtlicher bewaffneten Zuzüge aus der Stadt Hanau (Freischaar und Turner), aus der Grafschaft *), aus Offenbach und Frankfurt. Es waren hier alle Arten Waffen von der Doppelbüchse bis zur Hellebarde herab vertreten; Terzerole, Reiterpistolen, Musketons, Saiegerbrehre aller Art, Dolchmesser und schwere Reiterschwert, Säbler und Hirschfänger, Piken u. s. w., aber die furchtbarste Waffe, mit der mehrere 1000 Landleute versehen waren, war die geradegeschmiedete Sense, hinten mit einem starken Hahn versehen, und zum Schutz gegen Säbelhiebe mit Eisen beschlagen. Es herrschte vortreffliche Ordnung und der beste Geist unter diesen bunten Schaaren, welche förmlich einquartirt waren und von denen die Unbemittelten

*) Allein aus dem Städtchen Bockenheim waren 4—500 Mann gekommen.

Digitized by Google

von der Verpflegungskommission mit Lebensmitteln versehen wurden. Die Turner zogen unter ihrer wieder entfalteten Fahne nach dem seither verödeten Turnplatz, den sie unter Reden und Freudenschüssen von Neuem einweihten. Zwei Offiziere der Bürgerbewaffnung ritten sogleich ab, um die Truppen zur Rückkehr in die Stadt einzuladen. In der Stadt begann nun ein ununterbrochenes Freudenschießen und friedliches Straßen- und Wirthshausleben. Die kurfürstliche Proklamation wurde sogleich gedruckt, befriedigte aber nicht ganz, da einer der Schlußsteine des ganzen Baues: „Vereidigung des Militärs auf die Verfassung“ fehlte, eine Gewähr, deren Nothwendigkeit durch die bekannten Ereignisse bei dem Thronwechsel hinlänglich nachgewiesen ist. Vielleicht wäre bei dem rein persönlichen Grund des letzten Zwiespalts, bei dem Mißtrauen, welches, wie die Hanauer in ihrem Ultimatum ganz offen aussprachen, nicht gegen die Regierung, sondern gegen den Fürsten selbst gerichtet ist, bei der Mißachtung, welche sich in den Benennungen aussprach, mit denen der Fürst bezeichnet wurde, eine vollständige Trennung, wie sie das Ultimatum in Aussicht stellte, die genügendste Lösung des Streites gewesen. Abends wurde die Stadt erleuchtet und die Hilfsdiebe auf dem Markte mit Wein bewirthet. — Abgesehen von dem lokalen Grund, bei es ein erhebendes Gefühl für jeden Deutschen, daß ein so kleiner Strich Landes für seine Freiheit und sein Recht eine solche Menge wohlgeordneter und muthiger Streiter aus allen Ständen in wenigen Tagen zu stellen vermag. Wenn erst ganz Deutschland für etwas so Hohes zu kämpfen entschlossen ist, so hat es keinen feindlichen Bund in der Welt zu fürchten.

Seit gestern weht von dem Thürmchen auf dem Hintergebäude des Bundespalastes die dreifarbige deutsche neben der Frankfurter Fahne. — Die Sammlung für Bester wurde dahier mit 1909, die für Oberschlesien mit 10,946 fl. abgeschlossen. — In Preußen sieht es noch finster aus, der Censor der Köln. Z. hat noch in ihrer letzten Nummer gewagt, das Hanauer Ultimatum — ein Aktenstück — zu verstümmeln!

* Bremen, 10. März. Die Reform unserer Verfassung hat die feierliche Sanktion des Senats durch eine soeben erschienene Bekanntmachung erhalten, in welcher es heißt: „Dem Senate ist am gestrigen Tage eine Vorstellung von einer großen Anzahl Bremer Bürger überreicht worden, in welcher bei ihm darauf angetragen wird.... (Es folgt jetzt dir bereits dem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilte Adresse der Bremer Bürgerschaft). Der Senat hat diese Wünsche sehr gerne bereits genehmigt und die nöthigen Einleitungen zu ihrer sofortigen Ausführung getroffen. „Der gegebenen Zusage getreu“, macht jetzt der Senat bekannt, daß er zunächst in den ersten Tagen der kommenden Woche die Bürgerschaft versammeln, und dieselbe durch Zuziehung von mindestens hundert, bisher nicht eingeladenen Bürgern aus der Stadt und Vorstadt, namentlich aus der Zahl der Antragsteller verstärken werde. In dieser Versammlung sollen „einige Bürger“ gewählt werden, mit deren Zuziehung der Senat für die jetzt reformirten Wahlen das Nöthige veranstalten wird, damit inzwischen noch vor Ablauf des Monats März diese Wahlen stattfinden können. Unter den bisherigen privilegirten Wahlbürgern d. h. unter der höhern Kaufmannschaft, zeigt sich eine große Niedergeschlagenheit und Bestürzung. Man sieht jetzt selbst die Folgen davon, daß man sich der Bewegung vorsätzlich fern gehalten und die Bestrebungen der Mittelklasse ignorirt hat. Wir sehr die Reform und ihre Resultate, welche allerdings vielen Aussichten und Hoffnungen mancher unserer Privilegirten den Todesstreich geben, alle Gemüther beherrschen, zeigt die Thatsache und daß gänzlicher Stockung aller kaufmännischen Geschäfte, eine Stockung, deren man sich in dem rührigen fleißigen Bremen seit einem Menschenalter nicht erinnern kann. Manche Leute sprechen von drohenden Gefahren, von Kommunismus und Guillotine! Es sind Leute, die nicht wissen, was die Glocke der Zeit laut genug geschlagen hat, wie es davon auch unter unsern Honoratioren noch Manche gibt.

## Großbritannien.

London, 10. März. In den Unterhaussitzung vom 9. März stellte Hr. Stafford eine Anfrage an den Minister des Innern: ob derselbe über die Ausstellung englischer Arbeiter aus Frankreich Nachricht erhalten habe? Sir G. Grey bestätigte, daß allerdings englische Arbeiter in Rouen die Stadt so schnell zu verlassen gezwungen worden seien, daß sie zum Theil nur mangelhaft bekleidet die Flucht ergreifen mußten und nicht einmal Zeit hatten, den ihnen schuldigen Arbeitslohn beizutreiben. Glücklicher Weise habe gerade ein englisches Dampfboot im Hafen gelegen, dieses habe sie aufgenommen. 97 an Zahl seien sie bereits in Portsmouth angekommen und sofort mit Kleidungsstücken versehen worden. Der Kommissär von Rouen habe übrigens versichert, daß er Alles thun würde, um ähnlichen Fällen vorzubeugen und Namens der provisorischen Regierung sich verbürgt, daß diese armen Verirrten entschädigt würden. Auf eine weitere Frage in Betreff der englischen Eisenbahnarbeiter in Frankreich erklärt Sir G. Grey: so viel wisse er allerdings, daß man gegen dieselben an den Orten, wo sie in Arbeit sich befänden, sehr erbittert sei; Hr. Locke, Parlamentsmitglied für Honiton, erklärte: er habe die bestimmte Nachricht von dem Obermeister in Tours, daß viele englische Arbeiter von dort in derselben Weise ausgetrieben worden, wie dies mit den Flachsspinnern in Rouen geschehen. Der Engländer ist in dieser Hinsicht sehr empfindlich, und es läßt sich denken, daß diese Arbeiterausweisungen unter den Seiten viel böses Blut machen. Wir sahen unlängst preußische und sächsische Fabrikarbeiter, welche auf dieselbe gewaltsame Weise aus dem Elsaß vertrieben worden, durch Heidelberg ziehen; welches Organ, welches deutsche Parlament, welche deutsche Regierung hat sich ihrer angenommen oder annehmen können?

Der Repräsentein hat einstimmig folgenden Entschluß gefaßt: „Es wird hiermit anempfohlen, daß nächsten 17. März in allen Kirchspielen Irlands Versammlungen gehalten werden sollen, zu dem Zweck, daß das Parlament eine Eingabe um unverzügliche Aufhebung der Unionsakte zu richten, ferner durch eine Deputation bei dem ersten Minister anzufragen, ob man in der Zwischenzeit nicht ernstlich daran denken wollte, den Millionen in Irland, welche durch die schlechte Regierung eines fremden Parlaments in einen Hungerzustand versetzt sind, Beschäftigung und Nahrung zu verschaffen, oder ob die Regierung entschlossen sei, in ihrer unbarmherzigen Verfahrungsweise zu beharren, in Folge welcher Millionen mitten in aller Fülle verschmachten müßten.“ Eine Agitation anderer Art findet auf Englands eigenem Grund und Boden Statt. Hier wiederholen sich die Meetings von Demokraten, welche zusammenkommen, um, wenn auch nicht fürs Erste der künftigen englischen Republik, so doch der bereits ins Leben gerufenen französischen ihre Huldigungen zu bezeugen. Eine solche Versammlung hielt u. A. der Nationalverein. Mit vielem Beifall wurde ein Vorschlag Hrn. Linton: das französische Volk habe unter Ludwig Philipp's Tyrannei lange Zeit das Möglichste ertragen, als aber er und seine Minister nicht gestatten wollten, daß eine Anzahl Menschen ein friedliches Festmahl hielten, da hätte es diesen Druck nicht länger ertragen können, es habe sich erhoben, und in einer Nacht seien mehr weniger als 33,000 (!) Barrikaden in Paris errichtet worden. Hr. Watson, der Vorsitzende, bekräftigte sich bei dieser Gelegenheit über die Lügen nehmen der Times und des M. Chronicle, welche für die arbeitenden Klassen kein Herz zeigten; es müsse hier ein Wechsel eintreten, in diesem Systeme seien ja die Times ebenfowohl bewandert, als der Moniteur und die Debats, die ehedem Dogane Ludwig Philipp's, jetzt plötzlich in den Republikanismus verfallen seien. — Inzwischen hat sich der Geist des Aufruhrs in London nicht wieder gezeigt, doch fürchtet man für den 13. März, wo eine Chartistenversammlung stattfinden soll. Man hat bereits die nöthigen Vorsichtsmaßregeln gegen Unordnungen und Ruhestörungen ergriffen, die bei diesem Anlaß drohbrütigt oder doch die unoerbegreifene Folge einer so großen und gewaltsoeltzen Versammlung sein könnten.

Das M. Chr. bringt einen Brief der Lola Montez, den sie nach ihrer Austreibung aus dem Münchener Paradiese an einen englischen Herrn richtete, mit dem sie früher so ziemlich vertrauten Fuße zu stehen scheint. Dieser Brief läßt einzelne natürlich nicht sehr erfreuliche Blicke in das ganze Treiben werfen, obschon die Erzählung offenbar an den Ärgsten und lächerlichsten Uebertreibungen leidet. Die Gräfin T. und die Gräfin P., heißt es u. A., hätten, weiße Schnupftücher in den Händen, den Münchener Pöbel angeführt, Graf A. B. habe 10,000 fl. auf ihren Kopf gesetzt und Geld ausgetreut, man habe Pistolen gegen sie abgefeuert, Gesellige hätten sich unter die tobende Menge gemischt und namentlich die Studenten gegen sie gehetzt u. s. w. Zum Schlusse des Briefes, dat. Lindau 28. Febr., erklärt sie: sie habe ihren Muth nicht verloren, der König habe versprochen, sie nie und nimmer im Stich zu lassen, er werde die ruhige protestantische Stadt Nürnberg zu seiner Residenz erheben, jetzt hätten die Pfaffen ihr Werk gethan, aber erst die Reaktion werde nicht ausbleiben und dann (ihre folgen mehrere Gedankenstriche). „Ich habe wenig Freunde“, sagt sie schließlich, „aber auf die wenigen, die ich habe, kann ich mich verlassen, ich habe sie erprobt. Muth und Ausdauer ist mein Wahlspruch.“ Sogar die Gräfin Land. soll hofft mit Sicherheit auf eine Reaktion!

Digitized by Google

## Frankreich.

**Paris**, 10. März. Die Regierung hat über den bei den Wahlen zur Nationalversammlung zu befolgenden Geschäftsgang eine Verfügung erlassen, aus welcher wir die wichtigsten Punkte hervorheben. Die Wählerlisten werden in jeder Gemeinde von der Ortsbehörde nach alphabetischer Ordnung angefertigt und nach der Kreishauptstadt geschickt. Dort versammeln sich die Wähler am Wahltage, jeder mit einer seine Eigenschaft als Wähler legalisirenden Karte versehen. Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt nach Gemeinden, so daß die von der Kreishauptstadt am weitesten entfernten Gemeinden zuerst stimmen. Dabei wird den Wählern noch ganz besonders eingeschärft, daß sie verpflichtet sind, so viel Namen aufzuschreiben als das ganze Departement Abgeordnete zu stellen hat. Ist die Abstimmung vollendet, so erfolgt unter Aufsicht und Leitung der Ortsbehörde der Kreishauptstadt die Stimmenzählung, deren Ergebniß dann sammt den Akten in die Departementshauptstadt geschickt wird, wo durch die Zusammenstellung der Resultate der einzelnen Kreisabstimmungen das gesammte Stimmenverhältniß ermittelt wird. Da die Zahl der Wähler auf 9 — 10 Mill. angeschlagen wird, so begreift man leicht, welche ungeheure Arbeit dieser Mechanismus der Wahlen nöthig macht, selbst wenn nur die Hälfte der berufenen Wähler sich an den Wahlorten einstellen sollte.

Die gestern erwähnten Verfügungen in Bezug auf die Finanzen lauten: Erstens: a) Alle Sparkassabücher, die Einlagen bis zu 100 Fr. betragen, werden auf Verlangen ganz und baar zurückgezahlt. b) Alle Sparkassabücher von 100 bis 1000 Fr. werden folgendermaßen bezahlt: 100 Fr. baar, die Hälfte des Ueberschusses in Staatsschatzscheinen zu 5 Proz. Interessen in vier Monaten fällig, die zweite Hälfte in 5proz. Staatsrenten al pari. c) Alle Sparkassabücher über 1000 Fr. werden bezahlt: 100 Fr. baar, die Hälfte des Ueberschusses in 5proz. Staatsschatzscheinen in 6 Monaten fällig, die andere Hälfte in 5proz. Staatsrenten al pari. d) Sparkassebücher, die wechselseitigen Hilfsvereinen gehören, werden ganz baar ausgezahlt, ebenso alle Sparkassabücher, deren Einlagen nach dem 24. Febr. d. J. datiren. Zweitens: Die prov. Regierung, in Anbetracht, daß die Krondiamanten der Nation gehören, ebenso die Einrichtung der erkönigl. chen Residenzen — daß diese in ihrem Interesse darüber verfügen kann, und da das Baargeld in Circulation jetzt ungenügend ist, — beschließt: 1) Der Finanzminister ist ermächtigt: a) die Krondiamanten nach den von Sachverständigen festgesetzten Preisen zu veräußern. b) Alles Silberzeug, Gold- und Silberbarren, die in den Tuilerien, in Neuilly und in den andern k. Residenzen der Civilliste gefunden worden, sogleich in Geld mit dem Prägstempel der Republik umwandeln zu lassen. Nur Kunstgegenstände sind von dieser Maßregel ausgenommen. Drittens: Die prov. Regierung, in Erwägung, daß durch die Errichtung der Republik alle Güter der Civilliste wieder an den Staat zurückfallen — daß der Verkauf derselben politische und finanzielle Vortheile darbietet — beschließt: a) Der Finanzminister ist ermächtigt, die Güter der Civilliste zu veräußern. Die Veräußerung findet in folgender Weise Statt. b) Der Käufer muß ein Viertel des Kaufschillings baar zahlen. c) Für die übrigen drei Viertel hat der Käufer Wechsel an seine Steuereinnehmer auszustellen, die jedoch nicht über ein Jahr Verfallzeit haben dürfen. d) Diese Wechsel, mit dem Staatsstempel versehen, können dann negeliert werden. e) Die Privatdomänen des gefallenen Königthumes sind in diese Maßregel nicht einbegriffen und bleiben vorläufig unter Sequester zur Disposition der National-Versammlung. Viertens: Die provisor. Regierung ermächtigt den Finanzminister, eine Anzahl Partrellen der Staatswaldungen bis zum Betrage von 100 Mill. in den Formen des vorhergehenden Dekretes zu veräußern. Fünftens: Die provisor. Regierung, in Anbetracht der von allen Seiten der Regierung gemachten patriotischen Anerbietungen von Geldsummen, in Erwägung, daß die Lage des Staates zu beruhigend ist, um diese patriotischen Gaben ohne Gegenleistung anzunehmen, beschließt: a) die Summe von 100 Mill., die noch auf die letzte Anleihe von 1847 zu emittiren ist, wird sogleich emittiert werden. b) Diese Anleihe wird Nationalanleihe heißen. c) Die Unterzeichnung bleibt einen Monat eröffnet. d) Die Unterzeichner erhalten eine 5prozentige Rente, deren Zinsen vom 22. März d. J. beginnen. e) Wenn selbst die 5prozentige Rente indessen über pari steht, werden die Rentenscheine der Nationalanleihe doch al pari ausgegeben werden. f) Die Dotation der Amortisationskasse wird um ein Hundertstel der Kapitalsumme der negocierten Renten vermehrt. Sechstens: Die provisl. Regierung, in Anbetracht, daß die Schuldhaft noch ein Ueberbleibsel der römischen Gesetzgebung sei, die die Person der Sache gleichstellt, daß diese Schuldenhaft gegen Billigkeit und Menschlichkeit ist und die Menschenwürde verletzt, beschließt: Alle und jede körperliche Verhaftung für irgend eine Geldschuld ist aufgehoben.

Herr Armand Marrast ist an die Stelle von Garnier-Pagès zum Maire von Paris ernannt.

Der Bürger Pagnerre ist zum Direktor der allgemeinen Diskontobank ernannt worden.

Achthundert kleine Kaufleute sind gestern auf dem Stadthause erschienen, um von der Regierung zu verlangen, daß alle fälligen Wechsel noch um 30 Tage verlängert würden. Der Bürger Pagnerre antwortete ihnen, daß die provisorische Regierung diesem Verlangen nicht willfahren könne, daß sie sich eher zurücktreten würde. Die Lage sei für alle Welt gleich — wer seinen Wechsel nicht zahlen könne, solle ihn protestiren lassen und so Zeit gewinnen. Eines nur könne die Regierung thun, sie wolle nämlich die Gerichtskosten, welche die Wechselklagen veranlassen, für jene Fälle niederschlagen.

**Paris**, 11. März. Der Moniteur meldet, daß der dänische Gesandte sich gestern zu Hrn. Lamartine begeben und ihm im Namen seiner Regierung erklärt habe, daß Dänemark die freundschaftlichsten Gesinnungen gegen die franz. Republik hege, und daß es die Republik anerkennen werde, sobald dies die diplomatischen Gebräuche zulässig machten. Eine ähnliche Erklärung gab der Gesandte Sardiniens, auch er versicherte Hrn. Lamartine der freundschaftlichsten Gesinnungen seiner Regierung und ihrer Absicht die Republik anzuerkennen.

Der englische Botschafter Lord Normanby hat Hrn. Lamartine gestern zwei Depeschen Lord Palmerstons mitgetheilt; in einer derselben ersucht Lord Palmerston die franz. Regierung in der gastfreundlichen Aufnahme Louis Philipps, seiner Familie und seiner Minister seine für Frankreich beunruhigenden politischen Sympathien zu sehen. — Lord Normanby wird auf das Nachdrücklichste ersucht, die franz. Regierung zu überzeugen, daß in diesem einem großen Unglücke gewährten Asyle keine andere Bedeutung liege, als die der Gastfreundschaft.

Der belgische Gesandte Fürst de Ligne hat eine amtliche Zusammenkunft mit Hrn. Lamartine gehabt und ihm eine Depesche des Ministers Hoffschmidt mitgetheilt, des Inhalts, daß Belgien die loyalen und aufrichtigen Erklärungen des Cirkulars des Hrn. Lamartine freudig aufnehme und auch seinerseits mit Offenheit und Aufrichtigkeit dahin wirken werde, die freundschaftlichen und wohlwollenden Beziehungen mit Frankreich zu erhalten. Der belgische Gesandte hat zugleich den Aufteag, der franzöf. Regierung zu versichern, daß die Einberufung der belgischen Milizen keine Frankreich feindliche Bedeutung, sondern nur den Zweck habe, die Neutralität Belgiens gegen alle Mächte aufrecht zu erhalten, und daß die belgische Regierung die Republik anerkennen werde, sobald diese von der Nationalversammlung bestätigt sei, und daß indessen die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen beiden Völkern bestehen sollen. — Die militärischen Maßregeln Belgiens werden übrigens, so ungefährlich sie auch sind, in Paris mit sehr ungünstigem Auge gesehen. Viele Blätter nehmen bereits eine heftige Sprache gegen die belgische Regierung an. Sie sagen, die Freundschaftsversicherungen, die der König Leopold der Republik macht, stimmen sehr schlecht mit seinen drohenden Handlungen und Rüstungen überein. Die belgische Regierung solle wohl bedenken, was sie thue, durch ihre Falschheit und Ränke sehe sie ihre eigene Existenz aufs Spiel. — Die Herren A. Marrast und Pagnerre haben die ihnen übertragenen Stellen eines Maire von Paris und eines Direktors der neuen Diskontobank unter der Bedingung angenommen, daß diese Aemter mit keinem Gehalte verbunden seien.

Es fangen an sich allerhand Emissäre zu zeigen, die es versuchen, Mißvergnügen zu erregen und das Volk gegen die Regierung zu stimmen. Ein solcher Emissär ward gestern an der Barriere Blanche verhaftet — er gab sich für einen Deutschen aus, konnte aber nur gebrochen Deutsch sprechen. Ein Anderer ward in der Lilleestraße verhaftet, als er Leute um sich versammelte, ihnen Geld gab und: à bas la République! rief. Man fand einen Paß auf den Namen Linsmann bei ihm und erfuhr, daß er in dem vornehmsten Hotel von Paris (hotel Meurice) eine Wohnung gemiethet habe. Eine Untersuchung ist bereits eingeleitet.

In einem politischen Klub in der Straße Bourg l'Abbé, der größten Theils von Leuten aus der arbeitenden Klasse besucht wird, erhob sich neulich Abends ein Mann mit der Erklärung, die Schonung und Mäßigung seien nicht am Platze, man müsse die Guillotine in Permanenz erklären und in Paris allein wenigstens 3000 Köpfe ab-

Digitized by Google

schneiden. Die ganze Versammlung empörte sich bei diesen Worten. Der blutdürstige Sprecher wurde beim Kragen genommen und auf die Polizeipräfektur gebracht, wo man einen ehemaligen Hofbedienten in ihm erkannt haben soll.

Die bekannten Herren Braun-allon und Crequeillon, beide wegen falschen Zeugnisses zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt, haben die Verwirrung der ersten Augenblicke der Republik benützt, um aus der Conciergerie zu entspringen. Steckbriefe sind ihnen nachgeschickt, und eine Untersuchung über die Art und Weise ihres Entkommens ist eingeleitet worden.

Herr Granier aus Cassagnac, der übelberufene Redakteur der weiland überroyalistischen Epoque, ist jetzt Republikaner geworden. Er erschien vorgestern im republikanischen Klub der Straße Fontaine St. Georges, ward aber mit Einstimmigkeit abgewiesen.

Es bestehen hier bereits zwei deutsche Klubs, der eine der deutschen Verbrüderung, der andere der der deutschen Demokraten. Beide versammeln sich jeden Abend. Wir wollen wünschen und hoffen, daß sich diese Klubs jedes Gedankens der Einwirkung auf die deutschen Zustände und Ereignisse enthalten, deren Schlüssel dem Deutschen im Auslande so leicht abhanden kommt, und die man am Allerwenigsten in dem jetzigen Augenblicke vom klubistischen Standpunkte auffassen darf, wenn man sie verstehen will.

* Paris, 10. März. Gestern fand im Luxembourg die erste Sitzung der Regierungskommission für die Arbeiter Statt. Louis Blanc und Albert führten den Vorsitz. Eine große Menge Arbeiter hatte sich in der Nähe des Palastes versammelt, allein nur die Abgeordneten der verschiedenen Gewerbe erhielten Zutritt. Louis Blanc eröffnete die Sitzung mit einer sehr schönen und oft von lautem Beifall unterbrochenen Rede, deren wohltönende Worte wir indeß mehr als die sonst vorgebrachten Dinge zu bewundern fanden. Er gab seine Freude und seinen Stolz darüber zu erkennen, daß er an der Spitze einer Versammlung stehe, welche die wichtigsten Interessen der Gesellschaft zu berathen habe, und wies namentlich darauf hin, wie herrlich sich bereits die Zeiten geändert haben, da jetzt der Arbeiter auf denselben Plätzen sitze, wo bisher nur fastende Aristokraten den Faden der Langeweile gesponnen. Die Schwierigkeit des begonnenen Unternehmens wollte sich der Redner nicht verhehlen, indem er die Meinung aussprach, daß an der Ehre der jetzt bestehenden socialen Ordnung oder vielmehr Unordnung nicht leicht ein Glied zu ändern oder zu verschieben sei, ohne daß man auch die andern und schließlich das Ganze auflöse. Man schritt dann zur Wahl eines engern Ausschusses, der in Zukunft gemeinschaftlich mit Blanc und Albert zu berathen und der provisorischen Regierung sowie später der Nationalversammlung Vorschläge zu machen hat.

Algier, 5. März. Das Packetboot der Compagnie Bagin, das Marseille am 29. Februar verlassen hatte, brachte uns am 2. d. die Verkündung der Republik. Sie ward mit lautem Jubel empfangen, die Truppen schienen diese Nachricht mit großer Freude aufzunehmen. Die Prinzen benahmen sich gut, obwohl die Nachricht sie auf das Tiefste erschütterte — besonders soll Joinville ein Mal über das Andere ausgerufen haben: „Habe ich es nicht vorausgesagt, dahin mußte es kommen!“ — Der Herzog von Aumale veröffentlichte sogleich am 2. die telegraphische Depesche, die die Republik verkündigt, wie sie in den vom Dampfschiffe mitgebrachten Marseiller Blättern enthalten war; er fügte hinzu: er sei ohne amtliche Mittheilungen und mahnte Alles zur Ruhe und Ordnung. Am 3. trafen die Depeschen der Regierung ein, und der Prinz erließ folgenden Tagesbefehl: „Soldaten von Algier! Meinen Pflichten als Bürger und Soldat getreu, bin ich auf meinem Posten geblieben, so lange ich meine Gegenwart dem Lande nützlich glauben konnte. Diese Lage besteht nicht mehr. General Cavaignac ist zum Statthalter von Algier ernannt. Bis zu seiner Ankunft wird General Changarnier die Statthalterschaft führen. Dem Nationalwillen gehorchend, entferne ich mich, aber selbst in der Ferne der Verbannung werden alle meine Wünsche nur dem Glück und dem Ruhme Frankreichs gelten, dem ich gern länger gedient haben würde.“

Gez. H. v. Orleans.

Vorgestern (3.) noch schifften sich die Prinzen mit ihren Gemahlinen auf dem Staatsdampfer Solon nach Gibraltar ein, von wo sie nach England gehen werden. General Changarnier zeigt heute in einem Tagesbefehl an, daß General Cavaignac bereits angekommen sei. Heute am 5. ward die republikanische Flagge unter dem Donner der Kanonen aufgezogen und von allen im Hafen liegenden Schiffen begrüßt.

## Spanien.

Madrid, 5. März. Der Gesetzvorschlag, der die Regierung zu Ausnahmsmaßregeln ermächtigt, ist gestern Abend mit 148 gegen 45 Stimmen angenommen worden, nachdem Narvaez zuvor erklärt hatte, derselbe sei nur eine Vorsichtsmaßregel für mögliche Fälle, die Regierung wolle auf dem gesetzlichen Wege bleiben und das Budget der Prüfung der Cortes nicht entziehen; nur für unvorgesehene Ereignisse wolle man gerüstet sein. Er erklärte ferner, die spanische Regierung werde nur auf die schriftliche Konstituirung der Republik durch die Nationalversammlung, nur sie sogleich anzuerkennen und mit ihr in denselben freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben, wie früher mit der Monarchie. — Der politische Chef von Madrid hat den Zeitungen den Abdruck einer progressistischen Bittschrift an die Königin verboten und die Blätter, in denen er erschien, mit Beschlag belegen lassen. Die Oppositionspresse hat hiergegen eine Verwahrung veröffentlicht, worin sie „vor Gott und der öffentlichen Meinung“ gegen diese Verletzung des jedem Spanier verbürgten Petitionsrechtes protestirt. Der heutige Faschingssonntag mit seinen Volksbelustigungen ist ohne alle Störung vorübergegangen. Madrid ist vollkommen ruhig.

## Italien.

Nach Berichten aus Palermo v. 19. Febr. hat Lord Minto an die neapolitanische Regierung ein Ultimatum gerichtet, welches erklärt, daß, um den sicilianischen Angelegenheiten eine befriedigende Beendigung zu geben, 1. die Insel ein getrenntes Königthum werden müsse, unabhängig von Neapel; 2. daß sie eine besondere Regierung und ein eigenes Parlament haben müsse; 3. daß der König von Neapel auch König von Sicilien sein könne; 4. daß die gemeinschaftlichen Ausgaben der zwei Königreiche, wie die Civilliste, das diplomatische Korps u. s. w. durch eine gemischte Kommission von Sicilianern und Neapolitanern bestimmt werden sollen. (Basl. Z.)

Sardinien. Die „Concordia“ vom 2. März veröffentlicht mit großem Gepränge einen Brief von Gioberti aus Paris über die französische Revolution und ihre möglichen Folgen in Italien. Er zeugt allerdings von politischem Sinn und enthält Stellen in Menge, die ebenfogut für Deutschland als für Italien passen. Es sei wesentlich, sagt er, daß die italienischen Regierungen sich den rechten Begriff von dieser Revolution machten und rasch die einzige Partei ergriffen, die ihre Throne sichern und Europa vor Krieg bewahren könnte. Diese Partei bestehe in der schnellen Anerkennung der Republik. Sie würde verhindern, daß sich in Frankreich die Maßlosigkeiten des vorigen Jahrhunderts erneuerten; sie würde dem italienischen Bunde einen mächtigen Alliirten gegen Oesterreich sichern; sie würde die italienischen Throne befestigen, denn die Republiken seien der Monarchie nur gefährlich, wenn sie anarchisch den Despotien gegenüber ständen, nicht wie diese gemäßigt den konstitutionellen Monarchien Italiens; sie würde endlich vielleicht einem allgemeinen Kriege ausbeugen. „Ich würde glauben, heißt es gegen Ende des Briefs, der Weisheit, Loyalität und Großmuth unserer Fürsten Unrecht zu thun, wenn ich einen Augenblick fürchten sollte, daß sie sich mit Oesterreich gegen Frankreich verbinden oder von dem freisinnigen Weg zurückkehren würden, den sie so zahlreich beschritten haben. Ich würde ebenso der Einsicht meiner Landsleute Unrecht zu thun glauben, wenn ich besorgen sollte, es werde in Italien eine republikanische Partei entstehen. Es würde dies eine große Undankbarkeit sein gegen unsere reformatorischen Fürsten, die uns vor Europa entehren würde. Die Franzosen selbst könnten uns nicht achten, da sie ihren Fürsten vertrieben haben, nur weil er den unseren nicht glich. Die Verschiedenheit der Umstände verlangt ein verschiedenes Verfahren. Hüten wir uns vor jenen Nachahmungen, die am Ende des vorigen Jahrhunderts so viele schöne Hoffnungen in der Blüthe erstickten. Wir wollen unserm Genius treu bleiben. Wir wollen uns begeistern in der Betrachtung der guten Beispiele unserer Nachbarn, ohne sie sklavisch nachzuahmen. Wäre es nicht eine unverdiente und kindische Sache, daß Italien sich republikanisch machen sollte, blos weil Frankreich durch den Drang des Schicksals es geworden ist?“

## Nachschrift.

Auch Hohenzollern-Hechingen hat sich in Bewegung gesetzt. Am 11. versammelten sich mehrere tausend Bauern in der Hauptstadt, um der Regierung 24 Punkte vorzulegen, unter denen namentlich die Abschaffung der drückenden Feudallasten. Der Fürst bewilligte die Forderungen, verlangte aber nachträglich militärischen Beistand von Stuttgart, der ihm schwerlich geleistet werden wird.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus

Digitized by Google

**Preußen.** ⨍ Berlin. Auf die Nachrichten von der Bildung einer französischen Rhein- und Maas-Armee und von den großen Schwierigkeiten, die mobilen Nationalgarden aus franz. Handarbeitern sofort angemessen zu beschäftigen, sind die Befehle von hier ergangen, auch das siebente Armeekorps (Westfalen und Rheinprovinz) mit seinen Reserven zu versammeln. So steht denn die ganze vierte preußische Armeeabtheilung (siebentes und achtes Armeekorps) binnen kürzester Zeit in Kriegsstärke, ohne Landwehr, bereit. Möge die beiderseitige Bewaffnung der Grenzen ohne Recketen und Aufreizungen vorübergehen, insofern es möglich sein sollte, eine mächtige Republik von Angriffsoperagen abzuhalten, sobald sie keine Bürgerkriege hat. Da die Nachrichten aus Galizien von einem unheimlich unter der Asche glühenden Feuer zeugen, so zieht ferner das 18. und 19. Infanterieregiment vom fünften Armeekorps im Großherzogthum Posen seine Reserven an sich. Außerdem werden die Reserven des 24., 31. und 32. Infanterieregiments in Brandenburg und Sachsen eingezogen, um diese Regimenter zur eventuellen Disposition nach irgend einer Seite zu haben. Wir halten also in allen diesen Truppentheilen 53 Bataillone und 8 Kavallerie-Regimenter in voller Kriegsstärke bereit, wozu noch die Artillerie, Pioniere u. s. w. zu rechnen sind. Endlich sind die Potsdamer Garden marschfertig, ohne Pferden, versehen mit allem um uns hier und den Magdeburgern bei Vorkommnissen ihre Gegenwart zu sichern. Dergleichen Vorkommnisse durch Herstellung der Zufriedenheit im liechischen Gebiete zu verhüten, dazu steht man noch keine Anstalt getroffen, ein Punkt, der besonders die Magdeburger wegen des rastlosen Eifers ihres Konstituirens auf das Aeußerste berührt. In politischer Beziehung ist das eben erfolgte Versprechen einer Periodicität des vereinigten Landtages von den jetzt entlassenen ständischen Ausschüssen mit demjenigen falschen Tenste aufgenommen worden, der naturgemäß aus dem Rückblick auf die gezwungene Verzögerung der ständischen Entwickelung durch das unsrechtbare Patent vom 3. Febr. vorigen Jahres hervorgehen mußte. Auch haben wir in der nun verisprochenen Periodicität des verein. Landtages materiell noch Nichts von den Veränderungen der Verwaltung erfangt, um welche es sich doch vor allem hauptsächlich handelt. Zugleich müssen wir uns sagen, daß diese aufs Aeußerste bedurften Veränderungen von der Schule hoher Beamten nicht einmal zu erwarten stehen, die sich am Ruder der Angelegenheiten befinden. Erst kürzlich haben wir Einige von ihnen, die wir als das treueste Echo der Departementsehrs kennen, sich mit lautem Eifer in Schmähungen über die Entfernung Ludwig Philipps ergehen hören. Sie erhiten sich auf das Heftigste, sobald die Rede auf die bämischen Insinuationen der pretriebenen französischen Regierung über das Verhältniß zwischen Baiern und Preußen kommt, auf das ganze im Innern und Aeußern verderbenvolle System des cuttvronten Königs, sie bedauern bitter, daß die Kartätschen nicht besser unter den Arbeitern aufgeräumt haben, und geberden sich — diese brigadiers in Glacehandschuhen — als ob sie an der Stelle der Herzöge von Nemours und Montpensier ganz Paris in seinem eigenen Blute ertränkt haben würden. Dergleichen Taumel pflegt einer unvorhergesehenen, unpläglichen Ernüchterung voranzugehen. Die Abtheilung für Polizei und Censur im Ministerium des Innern, unter der Leitung desselben Beamten, der früher die Entfernung v. Ilgsteins aus Berlin angeordnet hatte, erläßt Restriktive über Restrikte, um polizeiliche Steenge dringente anzuempfehlen und die Presse in einer Weise einzuwängen, die die Censuegesetzgebung zum Theil schnurstracks entgegenläuft; wir haben Gelegenheit gefunden, die unwiderlegtischsten Data hierfür zu sammeln, da die Betroffenen nicht schweigen. So wird auch jetzt auf eine rutzige kattstische Darstellung der Noth in Schlesien gefahndet, worin bei dem Ueberblick dieser Schauer-Zustände der Bureaukratie ein Zag von Zeng gemünscht wird. Die hiesigen Zeitungen, von denen nur die Zeitungshalle dann und wann ein verständig analysirtes Räsonnement bringt, liegen überhaupt im traurigsten Zustande darnieder, und ein paar greise Herausgeber sind nicht mehr geneigt, sich den Kämpfen für eine männlich ehrbare Freiheit der Rede auszusetzen *). Wie wirkungslos aus so gefesselten und entwürdigten Organen das Wort für deutsche Einigkeit erschallt, wie ganz heterogene Betrachtungen über unsere eigenen drückenden Uebel es weckt, statt uns aus einem glücklichen Selbstbewußtsein zum frohen, kraftvollen Anschlusse nach Außen hin anzuregen, das ist hieraus leicht zu entnehmen. Zu gleicher Zeit wachsen die materiellen Verlegenheiten. Viele Fabrikherren müssen wegen stockender Bestellungen und Kreditverhältnisse ihre Arbeiter zum Theil entlassen, zum Theil schlechter stellen; da hilft denn weder der Zuruf einer charakterlosen Zeitung, die Arbeiter möchten sich nicht durch Hoffnungen auf Veränderung täuschen lassen, noch anderweitige Begütigungen. Berathen wird übrigens in den höheren Kreisen sehr viel, indessen trauen wir keinem Gerüchte eher, als bis es Wahrheit wird. — Die Abneigung gegen die Anschauungsweise der Dinge, wie sie bei den Liebhabern und Werkzeugen der Polizei herrscht, hat übrigens hier wenigstens noch eine Verstärkung dadurch empfangen, daß sich der Direktor der Eisenbahnpolizei, Duncker, in Betreff des Dr. Freybeeg so völlig vergriffen hat, indem er in wiederholten Zeitungsartikeln diesen für gänzlich schuldlos erkannten Mann als einen verschmitzten und gefährlichen Menschen voll Trug ausgab. Dr. Glaser deabsichtigt, hier eine politische Zeitschrift herauszugeben, durch welche er den allgemeinen Emancipationsgelüsten entgegen wirken will. Da nun nach seiner Meinung die materiellen Interessen den mächtigsten Hebel für politische Bewegungen abgeben, so will er insbesondere der durch das Schwindelstystem des Freihandels drohenden materiellen Emancipation entgegen arbeiten und für tüchtige Schutzzölle schreiben. — Die hier von dem Dr. Duncker gestiftete Aktien-, Sterbe- und Unterstützungskasse erfreut sich zahlreichen Theilnehmer, mußte aus der dienenden Klasse; sie zählte im verflossenen Jahre 7952 Mitglieder und schloß mit einem Bestande von 113,000 Thlrn. ab, nachdem sie 91 Ausstreuen und 6 Sterbefälle, zu durchschnittlich 200 Thlrn., zu honorieren gehabt hatte.

⨍ Berlin, 9. März. Was die militärischen Verhältnisse betrifft, so empfängt eben, dem ziemlich sichren Gerüchte nach, der General v. Neumann (aus der Umgebung des Königs) das Kommando des 2. Armeekorps in Pommern, der Gen. von Hedemann das Kommando des 7. Armeekorps in Westfalen und Rheinprovinz. Das 24. Infanterieregiment marschirt aus diesiger Provinz nach der Provinz Sachsen, um die Garnison zu Magdeburg und Wittenberg zu verstärken, das Letztere voraussichtlich auf die Ereignisse Ereignisse im Königreich Sachsen. Sie scheinen denn Preußen, Sachsen und Braunschweig vorläufig und zunächst auf ein gemeinsames militärisches System gegen die Herrschrifte der europäische Welt bewegenden polnischen Idee bedacht zu sein. Die ganze Landwehr wird in diesem Jahre in etatsmäßiger Stärke ihre Uebungen vornehmen, theils für sich, theils bei den zu großen Uebungen bestimmten Armeekorps. Die Rekruten in den Potsdamer Gardeu, vom Herbste her, haben gestern ihre ersten Schießübungen abgehalten. In der Regel halten die Regierungen es für ihrer Ehre zuwiderlaufend, bei großen feischen Athemzügen der Volksgeschichte (und das ist nicht dieselbe, welche die angestellten Historiographen der Regentenfamilien im orientalischen Style malen), einer neuen Nothwendigkeit der Dinge nachzugehen; ein Satz, dessen „beschränkten Unterthanenverstand" seine Wurzel sucht. Indessen ist der wahrsten Wahrheit gemäß hier bei uns auch bisher noch keine innere Nothwendigkeit von der gemeinten, eigentlich entscheidenden Art zu sehen. Die Berliner städtischen Kollegien haben freilich auch ihre Wünsche, und der Oberbürgermeister ist so gefällig gewesen, sie dem beliebtesten Kabinetsminister mündlich zu hinterbringen; auch halten freilich heut die Potsdamer Stadtverordneten Rath über eine Adresse wegen Preßfreiheit — indessen läßt sich das auf mein „freilich" gehörige Aber bei den vor Augen liegenden Umständen noch gänzlich ersparen. Seit der Rückkehr eine hohen Person ist ein wegen einer Unterstützung in Schuldsachen Verhafteter in Freiheit gesetzt worden, da die Umstände seine längere Verhaftung nicht erforern. — Die Berichte des diesigen praktischen Arztes, Geh. R. Dr. Lorz, aus Oberschlesien lauten in keinsicher Beziehung höchst ungünstig über die anfänglich Behandlung des Hungertyphus, dessen immenses Umsichgreifen durch die von den Gesetzen und der Wissenschaft vorgeschriebenen Normen des Verfahrens durchaus hätte verhütet werden können und sollen.

** **Hannover**, 8. März. Wir müssen zu Ihnen flüchten, wenn wir ein freies Wort über unsere Zustände sprechen wollen, zu Ihnen, die Sie im Besitz der ersehnten Preßfreiheit sind. Wohl hat die feanzösische und deutsche Bewegung hier lebhafte Besprechungen und die Theilnahme der Gebildeten erwecken müssen, aber unser Volk in der Masse ist politisch ungebildet und wie in vielen anderen Dingen hinter seinen deutschen Brüdern zurück. Daß gerade die Residenz sich vor allen übrigen Städten durch politischen Indifferentismus auszeichnet, ist bekannt; doch müßte der Anstoß von hier ausgehen, wenn überhaupt Etwas geschehen sollte. Die staatsgrundgesetzliche Partei, wir meinen die Führer derselben, haben seit dem Mißlingen ihres und des

*) Dies wird nun doch, da die Reide der für Preußen zu hoffenden Erwährungen bereits begonnen hat und der Theilnahme des Volkes an allgemeinen deutschen Anliegen immer kräftiger und lebendiger sich aufprischt, ohne Zweifel wie so manches Andere eine bessere Gestalt annehmen. D. R.

Digitized by Google

Bells Kampfes fortwährend still getroffen, Nichts dazu beigetragen, daß im Volke das politische Bewußtsein geweckt und gestärkt werde, keine Petition zur nachhaltigen Bewegung an die schwachen letzten Stände gebracht. Damit nicht zufrieden, tadelten sie sogar häufig die Bedrängten wahrhaft liberaler Männer mit einer gewissen vornehmen Geringschätzung, deren Anwendung schon in der 30. Jahren die traurigsten Folgen gehabt hat. Auch jetzt hat keiner jener Herren den Zeitpunkt benützt und seine Stimme laut werden lassen. Wie fürchten dies an mit Bedauern, hoffen aber noch immer, daß sie endlich die Zeit verstehen lernen. Rasch zu Thatsachen! Die Kölner Zeitung wurde hier wie überall verschlungen, die Zahl der Abonnenten steigt von Tag zu Tag. Im Bürgerversthrerkollegium fühlte man es endlich, daß Etwas geschehen müsse, und während Hr. Klug eine schriftliche gemeinschaftliche Sitzung beantragte, reichte Hr. Peters drei Anträge auf rasche Einberufung der Stände, Preßfreiheit und Volksbewaffnung beim Kollegium ein. Der Magistrat und das Stadtgericht legten dann darauf in der bewilligten gemeinschaftlichen Sitzung ihren Petitionsentwurf den Bürgervorstehern vor, der an die Spitze der Forderung der Volksbewaffnung, wozu unser Volk nicht reif ist, die Vertretung des Volkes beim Deutschen Bunde setzte. Die Sitzung soll sehr stürmisch gewesen sein, indem mehrere Bürgervorsteher (Peters, Schläger, Wellhausen rc.) den Entwurf als schwächlich und ungenügend bezeichneten, aber bei der Zusammensetzung des Magistrats nicht mit andern Forderungen und kräftigen Worten durchdringen konnten. Sie erlangten soviel, daß eine gemeinschaftliche Kommission niedergesetzt ist, welche die übrigen Wünsche (Wiederherstellung des Staatsgrundgesetzes, Schwurgerichte, Oeffentlichkeit der Stände und Gemeindebehörden, Gleichheit aller Konfessionen rc.) prüfen und dann vorlegen sollen. Die Petition mit jenen 3 Wünschen ist dann sofort unterzeichnet und vom Vorstande des Magistrats (Ewers) und der Bürgervorsteher (Meyer) in das Schloß gebracht worden. Am andern Morgen wollte der König einer Deputation aus 10 Mitgliedern die Antwort ertheilen, wie die Serle der Regierung (Hr. v. Falcke) anzeigte. Der König empfing dieselbe, wir man sagt, gnädig, erklärte, die Stände seien auf den 18. März bereits berufen; zu einer Vertretung beim Bunde könnte er sich nicht verstehen u. s. w. Nebenbei soll der König wiederum erklärt haben, daß sein Land ein sehr glückliches sei, in dem jeder Bauer sein Brod habe. Nach dieser Audienz, die im Grunde alle Bitten abschlägtlich beschieden hat, soll wiederum eine sehr harte Sitzung stattgefunden haben. Was jetzt weiter für Schritte geschehen werden, steht dahin, gewiß aber ist, daß aus den übrigen Städten des Landes energischere und vielseitigere Wünsche dem König vorgetragen werden, die vielleicht dem Monarchen ein anderes Bild von dem Lande geben. Solange aber Hr. v. Falcke das Ruder in Händen behält, wird es schwerlich anders, wird der Knebel von der Presse nicht genommen, die Bramtengewalt nicht gebrochen werden. Das Gerichtsverfahren bleibt heimlich und die verfluchte traurige Prozeßordnung wird Gesetz werden, das stehender Heer noch ferner Millionen verschlingen, und eine freie politische Bewegung unmöglich sein. Dir Leser dieser Z. kennen soweit unsere Verhältnisse wohl, so daß wir hier nicht nöthig haben, alle schreienden Mängel unseres Regierungssystems aufzuführen, wornglerich die Fruchtbarkeit des Landes unsere Bürger vor dem Hungertode schützt; doch der Mensch lebt nicht vom Brod allein! Unsere Hoffnungen sind auf die Stände gerichtet, die männlich und offen ihre dringenden Wünsche vorbringen müssen Wenn sich endlich der Geschäftsgang und die Aktenkammer die Volksanträgen nicht leicht kräftig zum Throne gelangen lassen, wenn ihre heimliche Berathung auch wenig das Volksbewußtsein stärken kann, so wollen wir doch noch auf sie hoffen, wenngleich Mißmuthig im Hinblick auf unsere übrigen deutschen Brüder. Wundern Sie sich nicht über meine gedrückte Schreibweise, sie findet ihren Grund in den traurigen Erfahrungen der letzten Tage. Es kommt auch für Hannover die Zeit der Reife; das ist mein Trost.

*** **Hannover**, 8. März. Wir haben in hiesiger Stadt auch ein Stück Reform-Bewegung gehabt, freilich von solcher Lumpigkeit, daß man sich schämen muß, davon zu reden. Bürgervorsteher und Magistrat der Residenz haben dem Könige eine Petition übergeben, gerichtet auf Einberufung der Ständeversammlung (die indeß bereits erfolgt war, die einmal die Petition zu des Königs Händen gelangte), Preßfreiheit und Vertretung des Volkes am Bundestage. Der König hat darauf abschlägtlich beschieden, und damit ist die Geschichte aus. — Daß dies das Ende sein würde, war mit größter Sicherheit vorauszusetzen, und deßhalb war es Unrecht, zu einer Bewegung den Anlaß zu geben, die ein so klägliches, abermal Ende nehmen mußte. Dazu hätte es wahrlich nicht erst einer französischen Republik und der Bewegungen im übrigen Deutschland bedurft, um mit einem solchen Resultate sich zu begnügen; einen solchen Schritt hätte man mit demselben Erfolge schon früher thun können und dürfen. Das Resultat war, wie gesagt, mit Sicherheit vorauszusehen, denn daß König Ernst August auf Bitten um Preßfreiheit u. dgl. nicht eingehen werde, konnte jedes Kind wissen; daß aber die Hannoversche Bürgerschaft in ihrer Wagnitz nicht über eine demüthige Bitte hinausgehen werde, war ebenso klar. Deßhalb denn riethen auch die Einsichtigeren überall von Schritten ab, die gar keine Aussicht auf Erfolg haben konnten, die aber, bei der starren Hartnäckigkeit auf der einen und bei der lahmen ohr kriechenden Gesinnung auf der anderen Seite, in jetziger Zeit geradezu ein gefährliches Beispiel heidrsführen und obendrein als Präredens für den Kronprinzen sogar die glückliche Lösung der Fragen in der virlleicht nicht mehr ganz fernen Zukunft präjudiciren mußten. In hiesiger Stadt ist, vorzüglich seit den Ereignissen vom Mai 1843, alles politische Bewußtsein ganz und gar abgeschreben, und namentlich der Magistrat, seit Mai 1848 in den Schooß der allreinfeligmachenden königlichen Gnade zurückgekehrt, kennt keine höhere Aufgabe, als dirsen kostbaren Besitz sich und nebender der Bürgerschaft zu bewahren. Das Benehmen des Magistrats in dieser Reform-Petitions-Angelegenheit ist denn auch wahrhaft ergötzlich, da er, als das Wort von einer solchen Petition einmal ausgesprochen war, die schiefsten Mienen gerieth, entweder durch eine solche Petition die königliche Gnade zu verscherzen oder sich die Leitung der Petition aus der Hand gewunden zu sehen und dann gedrängt dafür zu bürgen dem Könige und der öffentlichen Meinung gegenüber. Und dieser Riemm hat der Magistrat sich mit vielem Glücke herausgezogen. Als im Bürgervorsteher-Kollegium Anträge auf eine solche Petition (um Preßfreiheit, deutsches Parlament rc.) gestellt, und eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Magistrat zu diesem Behufe gefordert wurde, setzte der Magistrat diese Sitzung auf den 7. d. M. an, rückte sie dann aber in aller Eile und Stille um einen Tag vor und hielt sie schon am 6. Abends ab, um so zu vermeiden, daß nicht etwa während der nach der Meinung des Publikums erst am 7. Statt findenden Berathung ein Theil der Bürgerschaft sich vor dem Rathhause versammle, um das Resultat der Berathung abzuwarten. In der Sitzung selbst legte der Magistrat eine Petition an den König vor, worin um die oben erwähnten drei Gegenstände gebeten wurde. Die Bürgervorsteher hatten noch mehr Anliegen auf dem Herzen, der Magistrat aber wollte darauf nicht eingehen, und so wurden diese weiteren Anliegen an eine Kommission zur Berathung verwiesen, die Magistrats-Petition aber angenommen und unterzeichnet. Nun war noch Gefahr, daß vielleicht ein Theil der Bürgerschaft die Deputation, welche die Petition dem Könige überreichen mußte, zum königl. Palais begleiten werde. Auch das mußte vermieden werden, was dem Benehmen nach Alles vorher mit dem königl. Landrosten v. Dachenhausen abgeredet worden war. Deßhalb vorsichtigen sich gleich nach der Sitzung vom 6. noch spät Abends zwei Mitglieder mit der unterzeichneten Petition in das königl. Palais und ländigten dieselbe, da der König sie nicht verlieh, eine dienstthuenden Personen ein. Am den folgenden Tag, den 7., beschied der König dann eine Deputation des Magistrats und der Bürgervorsteher zu sich und ertheilte denselben: daß die Stände bereits vor Eingang der Petition einberufen worden, daß er Preßfreiheit für unnütz und schädlich halte, und daß es einer weiteren Vertretung des Volkes am Bundestage nicht bedürfe, da Er dasselbe genügend vertrete. Worauf die Deputation abzog. —

W **Heidelberg**, 9. März. In Neapel schwur der König mit seiner Familie, mit seinen Ministern auf die neue Verfassung, in Turin rüstet man Konstitutionsfeste, Fürstin beschäftigen ähnliche Freudenfeyern, Rom erwartet in froher Spannung das Morgenroth des neuen konstitutionellen Lebens. Welch ein Kontrast in dem österreichischen Italien, Modenas und Parmas nicht zu gedenken. Die lombardischen und venetianischen Städte umdüstert die tiefste Trauer. Hier findet der Völkerjubel in Sardinien, dem Kirchenstaate, in Toskana und Neapel kein Echo. Statt des Hochrufes, das die Konfessionen brüchte, waren welche die Centralkongregationen geboten, Konfessionen, die sich weder zu einer Konstitution, noch zur Preßfreiheit verstigen, sondie man von Wien rin Martialgesetz, ein ganz neu geschmiedetes, spezielles Martialgesetz, noch schrecklicher, noch umfassender, als das im Strafgesetzbuch enthaltene! Statt der Friedensbotrn von der Donau, die den wirren Knoten der bedrohenden Verwicklungen im Geiste der Zeit menschlich lösen, läßt man die Trommel rühren, unter deren Schall immer neue Regimenter in die italienischen Provinzen rücken.

Digitized by Google

Wohin soll das führen? Um 5 Millionen zu hüten, deren überwiegende Mehrzahl, wie die Allg. Zeit. erst unlängst zuverschtlich behauptete, ganz zufrieden sein soll, bedarf man 120,000 Soldaten! Und im Schatten dieses grandiosen Bajonettenwaldes fühlt man sich noch so unsicher, daß man die Einführ von Sensen verbietet, daß man ein neues Armeekorps brauner Ackersoldaten in Marsch setzt, daß die Polizei einen Krieg gegen Hüte eröffnet, als ob die Telle in Italien aus dem Boden hervorwüchsen! Mailand ist ruhig, ruhig wie ein Kirchhof, auf dem eine Armee die Auferstehung der Geister verhindern soll, ruhig wie eine Bevölkerung, über deren Haupt die Damoklesschwerter der Martialgesetze — eine Martialjustiz gibt es nicht — zweifachhalig hangen. Fürst Metternich folgt derselben Politik, die König Ferdinand von Neapel an den Rand des Abgrunds trieb. Ferdinand sandte statt Kanonenschuten und Kanonen, Metternich entsalbet dieselbe Regierungskunst, die ultima ratio ist das einzige Streitmittel der Staatskanzlei. Ferdinand verfolgte in unsinniger Verblendung — und dies war ein Hauptgrund seiner Niederlage — auch die gemäßigten Liberalen, die zwischen ihm und dem erbitterten Volke vermitteln wollten — Metternich ließ Manin und Tomaseo, die zur Mäßigung im Freiheitsstreben mahnten, die nuhiosen, kindischen Aufbrüchen den Stab brachen, ins Gefängniß werfen und schürte dadurch den unter der Asche glimmenden Brand zur hellen Flamme und brachte es dahin, daß die Regierung sich nun vor Hütten fürchtet! Ferdinand's Streitmacht ist sämmtlich geschlagen, seine Flotte wurde ein Spital, ein schwimmendes Siechhaus, Sicilien fiel aus seiner Krone, Neapel rettete nur eine Konstitution, die Ferdinand mit Thränen im Auge geben mußte. Auch diese Lehre ging spurlos an Metternich vorüber. Er zählt auf die Tapferkeit der österreichischen Bataillone, die freilich von ganz anderem Schrot und Korn sind, als die neapolitanischen Hafenpanzerdiebe. Aber seemmt Tapferkeit, frommt Kampfluft, wenn der Krieg nicht auf dem offenen Schlachfelde, wo man die Schlachtlinie frei umfassen kann, wenn er im Heichkilde der Städte, im Labyrinthe enger Straßen sich entzündet, wo jedes Haus sich zur Festung improvisiren kann, wo die Gegner unsichtbar, unerreichbar sind, das Niederdon geflügelt aus der Luft kommt? Paris, Wessel, Warschau beweisen schon im J. 1830, daß keine Armee sich gegen einen Volksaufstand in Großstädten halten könne. Die österreichischen Heersäulen in Italien stehen auf einer Brefkmatter für Leute stehen gegen sie im verbissenen Groll 5 Millionen, die sie verhöhnen und verachten, an der Grenze gegen Saedmien lagern 30,000 Mann Piemontesen, auf das erste Signal bereit, in die Lombardei zu marschiren und mit dem Volke gemeinschaftliche Sache zu machen. Die österreichischen Heersäulen werden nicht bewähren, was sie bewirken sollen; sie werden, sie können den erwachten Volksgeist nicht unterdrücken, sie werden, wenn er sich in Verzweiflung rebellt, unrühmlich fallen. Das sieht Jeder ein, der unbefangen die traurige Sachlage beurtheilt, der in der alten und neuen Geschichte ein untrügliches Evangelium des Wettgerichts, der Völker- und Fürstenschicksale erblickt. — Die neue unheilige Allianz mit Rußland, das Schutz- und Trutzbündniß mit den winzigen Herzogen von Modena und Parma, der letzthin den Kaiser von Oesterreich in einer Brefkmatter für sein Oberhaupt erklärte, die russischen und sträuslichen Millionen sind ganz ohnmächtige Rüstungen gegen den gegenwärtigen Geist der Zeit, seit in Paris der Thron der Barrikaden durch Barrikaden vernichtet wurde, seit Metternich's glorreiche Werke, die Karlsbader Beschlüsse und ihre ebenbürtigen Epigonen, in Deutschland gestürzt sind, seit der panischer Schrecken vor einem Staatsbankerott die Gemüther in Oesterreich ergriffen, seit die Furcht vor einer unter furchtbaren Krämpfen erfolgenden Auflösung des österreichischen Staatenkolosses in Oesterreich selbst sich in die aufwallende Freude über den Sieg der Freiheit in Frankreich und Deutschland gemischt hat.

Die Abdankung Metternichs — wahr oder nicht wahr — reicht jetzt nicht hin, den Sturm in Oesterreich zu beschwören. Hinter Metternich steht eine Legion reaktionärer Staatsschreiber. Ein neues Banner muß in eee Staatslanzlei aufgesteckt werden. Nicht Bajonette, die zuletzt nur für den Staatsbankerott kämpfen, zeitgemäße Ideen der Freiheit muß man in den Kampf senden. Man sende sie vor Allem beflügelt in die Lombardei, man lasse sie dort das entsetzliche Martialgesetz ablösen, man gebe ein Zeichen, daß man gerechte Bitten der Völker nicht mit Acht und Aberacht, nicht mit den rasenden Wetterstrahlen der Kabinettsjustiz beantworten will. Nur auf diese Weise kann wieder einiges Vertrauen die Geister in Oesterreich erfrischen, nur durch eine freisinnige Politik kann der Riesenbau des vielgestaltigen Staatsgebäudes zusammengehalten werden. Man zögere nicht länger. Man sendr Friedensboten in die Lombardei, sonst wird man auf gar vielen Seiten 150,000 Mann brauchen, und auch in den übrigen Provinzen Seiten und Hüte fürchten müssen! Man wende jetzt einen Blick auf Louis Philipp, der vom König von Frankreich zum Usurpator eines Grafentitels herabsank, man blicke auf Guizot, der, mit dem Fluche seiner Feinde und Freunde belastet, vermummt aus Frankreich flüchten mußte! Man hat Beide verehrt, vergöttert, wohlan denn — man kenne von ihnen; ihr politisches Ende enthält bessere Lehren, als ihr politisches Wirken.

## Italien.

† Neapel, 2. März. An die Stelle des zurückgetretenen Kommandanten der Nationalgarde, Prinz Leopold, wurde der Prinzipe Pignatelli Strongoli mit Generallieutenantsrang berufen. Aus Sicilien sind wir seit mehreren Tagen ohne alle Nachrichten, der Verkehr der Postdampfschiffe ist sehr unregelmäßig und selten; Regierungsschiffe gehen zwar immer hin und her, aber man erfährt nicht, was sie bringen. Die Staatszeitung, anstatt das Volk durch irgend eine Nachricht wenigstens aus der größten Ungewißheit und Unruhe über jene Insel zu ziehen, füllt ihre Spalten mit nachträglichen, früh anfommenden Berichten über die Aufnahme des Konstitutionsedikts in den Provinzen. Geschichten zufolge wäre Messina wieder in den Händen der Regierungstruppen; wenn sich diese Nachricht bestätigt, so geschah es wohl nicht ohne viel Blutvergießen. General Provio, der jetzige Kommandant der Festung, ist ein Mann von zwar wenig Bildung, aber biederem Charakter und viel Energie. Er focht in Palermo unter Defauget und soll Thränen geweint haben über die Unthätigkeit und Feigheit dieses Generals.

† Neapel, 3. März. Das Schreiben, womit der Minister ihr Entlassungsgesuch motivirten, gibt zugleich einiges Licht über die Unterhandlungen des Ministeriums mit dieser Insel. Es sagt: Um die Wünsche der Sicilianer zu befriedigen und den Frieden wieder herzustellen, bewilligte man den Sicilianern ein eigenes, aus 2 Kammern zusammengesetztes Parlament, mit den gleichen Rechten wie sie in der Konstitution für Neapel bestimmt sind, man willigte ein, daß sie ein eigenes getrenntes Ministerium haben sollen und einen eigenen Staatsrath, beide nur aus Sicilianern zusammengesetzt, daß ferner alle Remter nur mit Sicilianern besetzt werden und der Generalstatthalter nur ein Prinz aus der kön. Familie oder sicilianischer Bürger sein solle, obschon diese letzte Bedingung eine Verunstaltigung der Borrechte des Königs in der Wahl seiner Stellvertreter sei. Die Schwierigkeiten, die sich erheben könnten über Fragen von für beide Theile des Reichs gemeinsamem Interesse wie z. B. die Bestimmung der Civilliste, der diplomatischen Repräsentanten, das stehende Heer zu Land und Wasser und Verträge aller Art hoffte man durch Kommissionen, aus den beiden Parlamenten zusammengesetzt, entscheiden zu lassen. Aber hier verlangte Sicilien, daß diese Kommissionen aus einer gleichen Anzahl Neapolitaner und Sicilianer zusammengesetzt sein müsse. Das Ministerium antwortete darauf, daß es seine Befugniß habe, diese Bedingung einzugehen, doch wolle man des Friedens halber auch hierin in so weit nachgehen, daß man die Entscheidung dieses Punktes den versammelten beiden Parlamenten überlasse, obschon überzeugt, daß dies nur den Kampf hinausgeschoben hätte, der wahrscheinlich später mit um so größerer Heftigkeit geführt werden würde. Sicilien hat sich auf die letzte, aber wesentlichste Frage zu entscheiden übrig. Die Sicilianer wollen, daß der König in Sicilien nur sicilianische Truppen halten und nur neapolitanisches Militär hinüber schicken dürfe, welche letztere als fremde Truppen angesehen werden sollen. Eine solche Maßregel würde den Sicilianern nicht nur leicht machen, sich, wenn es ihnen beliebt, gegen die Regierung und den König aufzulehnen, sondern ihnen auch dadurch, daß sie dir bedeutende, auch für das Festland so wichtige Festung von Messina in Händen haben, einen Einfall in das Neapolitanische Gebiet selbst erleichtern, während der König durch obiges Verbot, seine neapolitanischen Truppen nach der Insel durch obiges Verbot, seine neapolitanischen Truppen nach Sicilien zu schicken, ihnen nie kräftigen Widerstand leisten und ebenfowenig die Integrität des Territoriums unverletzt behaupten konnte. Gegen ein solches Ansinnen empörte sich das Gewissen der Minister, Gegen ein solches Ansinnen empörte sich das Gewissen der Minister, und da es ihnen auf der andern Seite unmöglich ist, ein anderes Mittel zu finden, durch das die Streitigkeiten dergelegt werden können, so bitten sie sämmtlich, man möge ihnen erlauben, ihr Amt niederzulegen, und hoffen, es möge einem andern Ministerium leichter sein, Wege zu finden, die geeigneter sind, den Frieden mit Sicilien wiederherzustellen.

Digitized by Google

* Turin, 5. März. Die Verfassungsurkunde (84 §§.) ist verkündet. Der König spricht aus, daß er die kräftigen und ausgedehnten Einrichtungen der Repräsentativverfassung, wie sie in der neuen Verfassung verliehen sind, als das sicherste Mittel betrachte, die Bande unauflöslicher Anhänglichkeit zu verstärken, welche mit der Krone ein Volk verbinden, das so viele Beweise des Gehorsams und der Liebe gegeben hat, und daß er daher die Verfassung in dem Vertrauen verkünde, daß Gott die königlichen Absichten segnen werde, und daß die freie, kräftige und glückliche Nation sich immer würdiger des alten Ruhms zeigen und einer glorreichen Zukunft würdig zu sein sich bestreben werde. Nach §. 1 ist die katholische Religion die einzige Staatsreligion. Die Bekenner anderer Religionen sind in Gemäßheit der Gesetze geduldet. Nach §. 2 ist der Thron erblich nach dem salischen Gesetze. Die Ständeversammlung wird alle Jahre berufen (9). Der Vorschlag eines Gesetzes steht dem Könige und jeder der zwei Kammern zu (10). Gesetze über Steuern, Auflagen, Rechnungsnachweisungen werden zuerst der zweiten Kammer vorgelegt (10). Die Dotation der Krone wird während der Regierung des jetzigen Königs nach dem Durchschnittsverhältniß der letzten 10 Jahre bestehalten (19). Neben den Rechten und Pflichten der Bürger bestimmt §. 24, daß alle Staatsangehörigen ohne Rücksicht auf Titel und Grad gleich vor dem Gesetze sind, alle bürgerlichen und politischen Rechte genießen und auf alle Civil- und Militärstellen, mit Vorbehalt der in den Gesetzen bestimmten Ausnahmen, Anspruch haben. Nach §. 27 ist die Wohnung unverletzlich, und eine Haussuchung findet nur kraft der Gesetze und nach den gesetzlichen Formen Statt. Nach 28 ist die Presse frei, ein Gesetz bestraft die Mißbräuche; nur Bücher, Zeitschriften, literarische und Gebetbücher können ohne vorgängige Censurerlaubniß des Bischofs nicht gedruckt werden. Der §. 32 erkennt das Recht an, daß sich die Staatsangehörigen friedlich und unbewaffnet versammeln, jedoch mit der Verpflichtung, sich nach den Gesetzen zu richten, welche die Ausübung des Rechts im Interesse des öffentlichen Wohls ordnen. Diese Vorschrift ist nicht anwendbar auf Versammlungen an öffentlichen oder dem Publikum zugänglichen Orten. Versammlungen dieser Art bleiben den Polizeigesetzen unterworfen. Der Senat besteht (§. 33) aus Mitgliedern, die der König auf Lebenszeit ernennt, 40 Jahre alt sind und einer der folgenden Kategorien angehören, und zwar 1) den Erzbischöfen und Bischöfen des Königreichs, 2) den Präsidenten der Deputirtenkammer, 3) Deputirten, wenn sie dreimal an der Ständeversammlung Theil nahmen, 4) Ministern des Staats, 5) Ministerstaatssekretären, 6) Gesandten, 7) außerordentlichen Geschäftsträgern nach 3 Jahren Dienstzeit, 8) Präsidenten des Kassationshofs und der Oberrechnungskammer, 9) ersten Präsidenten der Appellhöfe, 10) Generaladvokaten am Kassationshofe und Generalprokuratoren nach 5 Jahren Dienstzeit, 11) Präsidenten der Klasse der Appellationsrichter, 12) Räthe des Kassationshofs und Oberrechnungskammer, 13) Generaladvokaten und Fiskale am Appellhöfen, 14) Offizieren, 15) Staatsräthen, 16) Mitgliedern der Bezirksräthe, 17) Generalintendanten, 18) Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften, 19) ordentlichen Mitgliedern des obersten Erziehungsraths nach 7 Jahren Dienstzeit, 20) Alle, welche durch ihre Dienstleistungen oder sonstige Verdienste dem Vaterlande zur Zierde gereichten, 21) Allen, welche seit 3 Jahren 3000 Lire direkte Steuern wegen ihrer Güter oder ihres Gewerbes bezahlen. Nach §. 34 gehören die Fürsten der königl. Familie von Rechtswegen zum Senat. Nach §. 34 besteht die Wahlkammer aus Abgeordneten, die nach dem nächstens erscheinenden Wahlgesetze von den Wahlkollegien gewählt werden, Unterthanen des Reichs, 30 Jahre alt sind und die bürgerlichen und politischen Rechte genießen. Die Abgeordneten vertreten die Nation im Ganzen; sie dürfen von ihren Wählern keinen sie verpflichtenden Auftrag annehmen (41); sie sind auf 5 Jahre gewählt. Die Präsidenten, Vizepräsidenten und Sekretäre werden von der Kammer erwählt (43). Kein Abgeordneter kann außer dem Falle der Betretung auf frischer That verhaftet oder vor ein Kriminalgericht gestellt werden, wenn nicht die Kammer vorher ihre Zustimmung gibt (46). Die Deputirtenkammer hat das Recht, die Minister anzuklagen und sie vor den höchsten Gerichtshof zu stellen (47). Die Senatoren und Abgeordneten sind wegen ihrer Abstimmungen und Meinungen in der Kammer nicht verantwortlich (51). Die Sitzungen sind öffentlich und können nur geheim werden, wenn 10 Mitglieder schriftlich geheime Berathung fordern. Die Abstimmungen geschehen nach Stimmenmehrheit. Nach §. 57 kann jeder Großjährige Petitionen an die Kammer richten, welche durch eine Kommission sie prüfen läßt und entscheidet, ob die Petitionen in Betrachtung gezogen und an das Ministerium oder den einschlägigen Staatsbeamten gewiesen werden soll. Keine Petition kann persönlich den Kammern vorgetragen werden; nur die anerkannten Behörden können Kollektiv-Petitionen überreichen. Nach §. 59 kann auch die Kammer keine Deputationen empfangen oder andere Personen außer den Ministern und den Regierungskommissären anhören. Die italienische Sprache ist in den Kammern üblich; es können jedoch Mitglieder, die Provinzen angehören, in welchen die französische Sprache die Landessprache ist, dieser Sprache sich bedienen. Die Minister werden von dem Könige ernannt; sie haben kein Stimmrecht in der Kammer, wenn sie nicht Mitglieder derselben sind (63, 64). Die Minister sind verantwortlich. Gesetze und Regierungsakte erhalten nur Kraft, wenn sie von einem Minister unterzeichnet sind (67). Die Justiz geht von dem Könige aus und wird in seinem Namen von den von ihm ernannten Richtern verwaltet. Der König ernennt die Richter; sie sind, mit Ausnahme der Friedensrichter, nach dreijähriger Dienstzeit unabsetzbar (68, 69). Die jetzt ernannten Richter und die angeordneten Gerichtshöfe werden beibehalten. Die bestehende Justizorganisation kann nur durch ein Gesetz geändert werden. Niemand kann seinem ordentlichen Richter entzogen werden (71). Außerordentliche Gerichte oder Kommissionen können nicht errichtet werden (71). Die Gerichtssitzungen in Civilsachen und die Verhandlungen in Straffällen sind öffentlich (72). Die Militärgerichtsbarkeit wird durch ein Gesetz geordnet (73). Eine Bürgergarde wird nach den von einem Gesetze zu bestimmenden Grundlagen errichtet (76). Die Adelstitel werden beibehalten; der König kann neue verleihen. — Die Verkündung dieser Verfassung erweckt große Freude bei Allen; unsere Gemüther sind durch die Nachrichten aus Frankreich und durch den Schmerz, daß unsere Brüder in der Lombardei unter der Schmach des Standrechts seufzen, so sehr bewegt, daß die Freude über die Verfassung nicht so groß ist, als sie sonst sein würde. Nicht zufrieden ist man, daß die Verfassung sich zu sehr an die französische als Vorbild gehalten hat. Man sollte einmal aufhören, solche allgemein leicht nachtheilige Phrasen, z. B. toute justice emane du roi nachzuahmen. Ob uns die Verfassung recht lieb werden soll, hängt von den Gesetzen ab, die erst noch erlassen werden sollen, insbesondere dem Wahlgesetze (man besorgt, daß man auf den Census zu viel bauen wird), von dem Vergesetze und dem Gesetze über Ministerverantwortlichkeit.

### Griechenland.

* Athen, 27. Februar. Montag Mittag ist Herr Musurus unter starker Bedeckung in seinem Hotel angekommen, unangefochten auch deßhalb, weil die Leute müde waren, ihn zu erwarten. Die Opposition sagt zwar, die Aufregung habe nur in den Köpfen der Minister bestanden, und die Vorsichtsmaßregeln, wie die starken Patrouillen und das Konsigniren der Truppen in die Kasernen mehrere Tage vor und nach der Ankunft seien überflüssig gewesen; allein wir theilen diese Ansicht keineswegs. In einer längeren Unterredung mit dem Minister des Äußern wurden die aufrichtigsten Versicherungen des gegenseitigen Wohlwollens ausgetauscht, wie die ministeriellen Blätter melden. Nun, man kennt die griechische Aufrichtigkeit. Wenn es dagegen noch anderer Beweise bedürfte, daß der König nur einer größeren Kraft, dem Willen der fünf Großmächte gewichen ist, so möchte dazu dienen, daß die Audienz des H. Musurus keine fünf Minuten gedauert hat und eine fünfundzwanzigtägige Hofkrauer für den König von Dänemark den Fastnachtsbelustigungen ein Ende macht. Der Senat hat den Finanzminister aufgefordert, die Listen über die eingegangene Naturalsteuer in den Jahren 1846 und 1847 vorzulegen. Man weiß nämlich, daß 1846 900,000 Maller Frucht einginge, 1847 aber nur 200,000. Die Herren Koryphotaiks und Palamides werden einen schweren Stand haben, diesen Ausfall zu rechfertigen, welcher nicht etwa einem schlechten Jahrgange zuzuschreiben ist, sondern bei den Wahlen gefperdet worden ist, damit die unfindbare Kammer zu Stande komme.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Griechenland Bücherhandlung Brockhaus und Avenarius in Paris.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverbindlichkeiten besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 3.30.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 3.42. 30 kr. Für Angehörige durch der Mainz einer dreimaligen Portogebühr mit 7 kr. (8 Sgr.) berechnet.

№ 76. Heidelberg, Donnerstag 16. März. 1848.

## Uebersicht.

**Das deutsche Parlament.** — **Wien** (Reformadresse; officieller Artikel; bedenkliche Krisis des ungarischen Reichstages). **Berlin** (das Gesetz über die Presse; die Reformversammlung und die Polizei). **Mülheim**, Doetmund (Adressen). **Breslau** (das Fallen der russischen Staatspapiere ein Irrthum). **Bonn** (Reformadresse der Universität Bonn). **Vom Rhein** (Adresse rheinischer Agronomen an den König). **München** (Erklärung des Fürsten Wallerstein). **Stuttgart** (der Aufstand in Hohenzollern-Hechingen; der Fürst landflüchtig). **Neuhaus** a. d. Oste (Eingabe an den König; Landadresse an Bassermann). **Hamelin, Lee** (Eingabe um Reform). **Karlsruhe** (Welcker zum Bundestagsgesandten, Bassermann zum Beirath für die Bundesreviſion ernannt). **Mannheim** (Beitritt des Militärs; Einverständniß zwischen Militär und Bürgern; die Ruhe vollständig; Adressen an Bassermann). **Kassel** (die Vorfälle am 11. März und die neuen Bewilligungen). **Hirschberg** (Adresse an den Fürsten von Reuß-Lobenstein-Ebersdorf). **Darmstadt** (Aufruf des Ministers Gagern an die Odenwälder). **Weimar** (Reformagitation). **Weimar** (Adressmals neuruhige Auftritte). **Hohenzollern-Sigmaringen** (Gewährung der Reform). **Frankfurt** (Scheinfehde der Hanauischen Bürgerschaft. Reaktionsund Spießbürgertum. Sollen die Deutschen in Posen bei der Bundesreform-Kommission unvertreten bleiben?).

**Großbritannien.** Fortdauernde Arbeiterbewegung in Manchester. Eine Mittheilung der Mor. Chr. über die beabsichtigte Belegung Galiziens durch Rußland. Guizot und Ludwig Philipp. Eine politische Rede des Ritters Bunsen.

**Frankreich.** Polnische Legion. Schreiben der franz. Prinzen aus Algier. Paris ohne Truppen und Polizei. Das Verlangen einer Verminderung der Beamten und ihrer Gehalte.

**Italien.** Neapel. Messina noch immer im Kampfe mit der Citadelle. Mailand. Locale vom Volke verhaftet. Gerücht von einer Beschwörung der Reaktionsmänner. Rom. Die Verfassung bereits unter der Presse. Beschwörender Eindruck der Pariser Ereignisse. Piemontesisch.

**Nachschrift.** Stuttgart (Eröffnung der Kammer).

**Beilage.** Karlsruhe. Kammerverhandlungen vom 13. März: Eröffnung des Präsidenten über die Ansdehnung der bisherigen Zusitzung beim Militär; Erklärung des Min. v. Dusch über die feindlichen Beziehungen zu Frankreich; Debatte über die Unordnung im Oberwald; Welcker über die Nothwendigkeit nationaler Bereitung beim Bunde; die Rechnungen des Ministeriums des Innern; Debatte über die Vertheilung von Hrn. v. Blittersdorff. **Berlin.** Errichtung eines fliegenden Korps zwischen Halle und Erfurt; in Potsdam keine Aufreſſ. Stürmische Stadtverordnetensitzung bei offenen Thüren; Fürst Metternich **Trier.** Adresse an den König. **Aus Bayern.** Abwehr gegen Oel und Web. **Frankfurt.** Der Vorgang in Kassel. Die Börse. Bedürfniß. Eine Aussicht auf Nachahmung der Pariser Vorgänge. Hr. Castian. Diplomatischer Verkehr mit der provisorischen Regierung in Paris. Französische Emissäre.

### Heidelberg, 16. März.

Die Ueberzeugung, daß unter allen Reformen, welche die Zeit gebietet, die Errichtung eines deutschen Parlaments die dringlichste und unaufschiebbarste ist, hat sich nicht nur bei deutschen Volkes in den verschiedensten Kreisen bemächtigt, sondern auch die Regierungen, wenigstens die im liberalen Sinne neugebildeten im Süden, haben begonnen, in diesem Geiste zu handeln. Nassau, Hessen Darmstadt, Baden waren gleich Anfangs darüber einig, daß das Parlament ein wirklich deutsches werden müsse; durch eine rasche und einmüthige Thätigkeit in Stuttgart, München, Dresden, Berlin u. s. w., durch Bevollmächtigte, die mit Anfragen in diesem Sinne ohne Säumen dahin abgingen, ist ein schnelles Erreichen dieses ersten Zieles möglich gemacht. Auch über die allgemeinen Bestimmungen des künftigen deutschen Parlaments waren die drei genannten Regierungen ganz einig; daß es eine wirkliche Vertretung der Fürsten und des Volkes sein solle (nach der Seelenzahl etwa von 1 zu 100,000), daß die deutsche Gesetzgebung, das Gerichtsverfahren, das Heerwesen und die Volksbewaffnung, Handel, Zollwesen, Münzen, Maß und Gewichte, dann die Vertretung der deutschen Nation gegenüber dem Auslande vor Allem dieser Versammlung zugewiesen werden müsse, darüber konnte kein Zweifel bestehen, sobald man einmal einschlossen war, eine in Wahrheit lebenskräftige Institution zu begründen. Nur wenn die große Angelegenheit gleich Anfangs mit allem Ernst und mit dem festen Hinblick auf das nationale Ziel ergriffen ward, konnte die Thätigkeit der Regierungen in dieser Sache auf populäre Unterstützung rechnen, nur dann konnte eine engere Beziehung zwischen den Befreiungen, wie sie in diesem Augenblick die liberalen Regierungen verfolgen, und denen, welche die Heidelberger Versammlung und ihr Ausschuß sich vorgesetzt haben.

Mit diesen Grundlagen ist denn auch Würtemberg vollkommen einverstanden. Auch taucht bei den Berathungen in Stuttgart der so nahe liegende Gedanke auf, die Leitung der deutschen Angelegenheiten in diesem kritischen Augenblicke einer einzigen Regierung zu übergeben. Natürlich kann diese Hegemonie nur eine freiwillig anerkannte, mit allgemeiner Zustimmung übertragene sein; daß sie einem Staate übergeben werden muß, dessen nationale und politische Stellung zu einem solchen Verhältniß berechtigt, versteht sich von selbst. So ist auch, wie wir hören, von gewichtiger Seite Preußen als der Staat bezeichnet worden, dem diese ebenso schwierige als beneidenswerthe Verantwortlichkeit übertragen werden müsse. Aber freilich nicht das alte bureaukratische Preußen, sondern nur ein durch verfassungsmäßige Freiheiten verjüngter, durch die begeisterte Zustimmung des Volkes getragener Staat kann einer solchen Mission genügen.

Die Einheit, die wir in Deutschland aufzubauen im Begriffe sind, muß in der gleichmäßigen innern Freiheit ihre möglichste Stütze finden. Uns einer bunten Zusammensetzung verschiedener Länder mit verschiedenen Rechten und Freiheiten wird nimmer eine deutsche Nationalvertretung hervorwachsen können; es bedarf bei aller Mannigfaltigkeit der Individualitäten zuerst einer höhern Einheit politischer Rechte, in der sich die getrennten Stämme wieder einträchtig zusammenfinden. Nur wenn Preußen diesem Rufe folgt, nur wenn dort dieselbe Reform, um die sich eben Süd- und Westdeutschland einmüthig geschaart, vollständig und unverzüglich eine Wahrheit wird, nur dann wird Preußen auf die populäre Unterstützung rechnen können, die zur Erfüllung einer solchen Aufgabe die erste Bedingung ist. Ein absolutes, ein altständisches Preußen wird zu der Entwicklung im Süden und Westen Deutschlands allmählich in dasselbe Verhältniß gerathen, wie jetzt Oesterreich, das bei aller Größe seiner geschichtlichen Erinnerung, bei allem noch wirklich vorhandenen Umfang der Kräfte in dieser nationalsten aller Fragen ohne Einfluß dasteht. Gern reicht Deutschland auch dem österreichischen Stamm die Bruderhand; aber mit dem Systeme Metternichs, dem unverbesserlichen, ist jedes Zusammengehen, jede Kapitulation unmöglich.

Wie wir hören, werden die vier deutschen Regierungen, die sich der großen Angelegenheit bis jetzt angenommen haben, in diesem Sinne handeln; man wird sich vergangener Mißstände entsinnen, aber auch offen und unumwunden den Kreis bezeichnen, innerhalb dessen ein einträchtiges Handeln allein möglich ist. Der konstitutionelle Süden ist bereit, jede Schranke wegzuräumen, die ihn von dem Norden trennt; es ist jetzt an dem Norden, das Gleiche zu thun. So wie die Sachen bis jetzt liegen, wird Etwas in jedem Falle geschehen; wie viel oder wie wenig, davon liegt ein großer Theil der Hoffnungen oder Befürchtungen auf Preußen. Bis jetzt ist noch Nichts geschehen, was auf eine Wiedergeburt zerrissbündischer Spaltung hinwiese; an Preußen liegt es, auch für die Zukunft dies Unheil von Deutschland abzuwenden.

Niemand, der unsern gestrigen Leiter gelesen hat, ladle uns, als ob wir, neben unserer sonstigen Unbefümmertheit und gutem frischen Muthe, zwischendurch einer fliegenden Aengstlichkeit und unnöthigen Besorgniß Raum gäben. In solchen Zeiten einer so gewaltigen, umfassenden Aufregung und Bewegung geht man immer am Rande eines Abgrundes hin. Für so ungeübte Wanderer, wie wir sind, ist es gut, doppelte Vorsicht zu rathen. Den ersten Fehltritt zu vermeiden, ist uns vielleicht nicht so schwer, ihn zurück zu thun — unmöglich.

Indem wir dies schreiben, liegen uns Briefe sehr entgegengesetzter Natur vor, die ganz geeignet sind, unsere Betrachtung vielfeitig zu theilen und uns die Wege unserer nächsten Zukunft vorsichtig bedenken zu machen. Zuerst Briefe aus Paris, die uns sagen, so unglaublich es scheinen möge, so mache doch, nach ganz unzweifelhaften Zeichen, die Reaktion gegen die Republik namentlich in der Natio-

Digitized by Google

nalgarde schnelle Forschreiten. Darüber Briefe von Arbeitern aus Hanau, die die Erwartung aussprechen, man werde dort die Republik proklamiren; und Korrespondenzen aus der Schweiz, die die Regsamkeit der Propagandisten gegen Deutschland und Italien bezeugen. Dann eine Reihe von Briefen aus dem Auslande, besonders auch aus der Schweiz, in denen selbst von Solchen, die gern die Republik hätten nach Deutschland vordringen sehen, die Unmöglichkeit, die Tiefe, die Selbständigkeit, der politische Takt in unserer gleichgerichteten Bewegung ihre verdiente Bewunderung finden. Die dreierlei Nachrichten, so nebeneinander gestellt, machen uns fühlbar, wie wir nach zwei Seiten hin am Abgrunde hergehen, aber bis jetzt mitten auf einer breiten, großen, gänzlich sichern Heerstraße. Wie natürlich ist es dann, daß wir ganz unbesorgt sind, solange wir die Nation auf diesem Heerwege hinziehen sehen, daß wir aber doppelt Ursache zu fürchten hätten, wenn wir denken müßten, es könne diese sichere Straße unter Verlockungen und Täuschungen verlassen werden.

Es ist uns nicht glaublich, wir haben das schon früher gesagt, daß in Frankreich eine Reaktion so bald über die Republik Meister werden würde, schon auf dem Grunde, weil die Dynastie zu entschieden verspielt hat. Indessen ist es immer gut, sich zu erinnern, daß in diesem Volke schon sehr vieles Unerwartete geschehen ist und auch jetzt schon wieder im Monat I. der Republik geschieht. Es ist ganz unmöglich, nach unserm Dafürhalten, daß die gegenwärtige Regierung, die sich in das Gewebe ihrer Theorien verfangen hat, und die mit denselben Wahlmanövern beginnt, gegen die die Republikaner unter dem dynastischen Regimente gewühlt haben, sich halten könne. Den Werth des Menschen deckt eben eine Republik gar zu schonungslos auf; es ist vielleicht ein Segen der Monarchie, daß das Haupt, wenn es auch Nichts ist, doch immer noch Etwas anscheint; eine Republik von 36 Millionen dagegen, die keinen Präsidenten von wahrhafter Bedeutung aufzuweisen hat, stellt sich gar zu offen in ihrer Blöße hin. Herrn v. Lamartine aber als Washington dieses mächtigen Frankreichs zu denken, macht uns lächeln. Sein schul- und hofmeisterliches, ebenso eitles als leeres Raudschreiben an die Diplomatie muß ihn bei jedem nüchternen Kopfe außer allem Kredit gebracht haben. Machen sich nun die Förderer der Republik durch ihre eigenen Schwächen unmöglich, so könnte ein ähnliches Verhältniß über Erwarten schnell von der Republik zur Monarchie wieder drängen wie vorher von der Monarchie zur Republik. Die Napoleoniden sind zur Hand; wiebald bestache ein neuer Rausch für das empire wie für die Republik! Zumerhin ist es gut, sich mit jeder Möglichkeit vertraut zu machen. Jene in Frankreich aber so bald eine monarchische Reaktion ein, so fürchten wir die jetzt gar nicht, daß sie zugleich in Deutschland eintreten werde. Die Lehre in Paris war gleichwohl sprechend genug. Ihre Benutzung bei uns war stark, durchgreifend, aber in Schranken und Maß. Wir würden zu hoffen wagen, daß wir Manne genug in Deutschland geworden wären, jedes Titelchen der errungenen Rechte und Zusagen zu behaupten. Aber nur für den Fall würden wir das hoffen, daß wir uns fest und unverrückt auf jener geraden Linie der konstitutionellen Reform halten, die wir eingeschlagen haben, immer das Ziel der Nationalvertretung im Auge, die der Schlußstein des Ganzen ist. Es wird also gut sein, diese Nichtschnur im Handeln inne zu halten: Nichts zu thun, was uns bei einer vorübergehenden, rückfälligen Reise in Frankreich gethan zu haben reuen könnte.

So wenig uns auf der einen Seite die Nachricht von der Reaktion in Paris für die nächste Zeit eine Bedeutung zu haben scheint, so wenig wollen wir jene andere Nachricht glauben, daß man in Hanau die Republik zu proklamiren die Absicht hatte. Auch diese entgegengesetzte Seite unserer Gefahren aber ist es gut, sich nicht zu verschleiern. Alles schwärmt jetzt von Republikanern in Deutschland; zu den Bauern und Soldaten ist dies Looswort gedrungen; zu verzweifelten Streichen ist die Jugend so rasch; an der Grenze lauern die Auffistfer und Unterstützer; auf einen Anlaß hin, wie die Haltung der Hanauer war, sammeln sich Tausende dieser Freischärler; man weist die ähnlichen Anlässe wieder suchen; man gebe irgend einen festen Anhaltspunkt, eine kecke Reaktion oder einen hartnäckigen Widerstand oder eine Rotabelversammlung, die sich zu einer konstituirenden darzuliefern verspricht, wer will dafür stehen, daß nicht ein toller Haudstreich versucht wird, das Zeichen der Republik aufzupflanzen? Wills Gott, so wird uns diese Prüfung erspart. Wenn aber je irgend ein unbesonnener Versuch dieser Art doch gemacht werden sollte, arbeite dann Jeder, der es mit Deutschland gut meint, mit aller kriegerischen Energie zur schleunigsten Unterdrückung; denn jeder größere Erfolg der Republik wäre für Deutschland eine ganz unausbleibliche Kalamität. Es ist unbegreiflich, wenn dies nicht begriffen werden sollte. Ihr größerer Erfolg würde sich nur auf eine kurze Zeit, nur auf diesen südwestlichen Winkel beschränken; er würde nur mit fremder Hilfe auch da zu behaupten sein; eine furchtbare Reaktion von den Norden und Osten Deutschlands aus, wenn die Republik ertrichten oder sie in die Hände des Auslands werfen; Deutschland würde zerrissen und zerfleischt werden in dem Momente, da es in einem so beneidenswerth einigen Zuge nach Verbindung strebte; die Macht der Nation, da sie eben eine erste Basis und Begründung suchte und fand, würde gebrochen werden vielleicht für immer. Ehe wir unsere Einigung in einer neuen Bundesverfassung und einem deutschen Reichstage gefunden, ehe wir uns in jährlichen Versammlungen deftelben zusammeneingelebt, der Entwicklung der Nationalkräfte einen großen gemeinsamen Anschwung gegeben haben, ist uns, bei den ganz lockeren Fäden unseres Zusammenhanges, jede größere Parteiung und Spaltung, jeder kleinste Bürgerkrieg tödlich und von sicherem Verderben. Haben wir nur erst ein Jahrzehnt der Wirksamkeit eines deutschen Parlaments hinter uns, dann wird Niemand mehr Deutschland wieder kennen: so wird sich plötzlich zeigen, was ein einheitliches Volk unter einer einheitlichen Leitung bedeutet.

Und dann sind dem Ehrgeize unserer Freiheitsmänner ganz andere Ziele gesteckt, als mit der französischen Republik in deutschen Republikchen zu wetteifern! Laßt uns unserer eigenen Freiheit erst sicher sein, laßt uns den Bau unseres eigenen Schutzes erst anbauen, laßt uns uns fühlen in unserer Gemeinsamkeit und wachsenden Kraft, dann lassen sich der deutschen Nation auf dem jährlichen Volks- und Bundestag die Programme einer großen Politik stellen, von der wir bisher keine Ahnung hatten, da die Hänslichkeit eines Ministerii, die Mißgriffe eines Censors, das Mißere eines kantlichen Kleinlebens die ganze Sphäre unserer politischen Bekümmernisse ausfüllte. Dann gibt es Gegenstände, mit jener französischen Republik zu rivalisiren und zu fraternisiren. Dann laßt und thun, was in Frankreich so oft versprochen wurde: Laßt uns zurückdenken an jene niedergeworfene Nation der Polen, deren Vernichtung wir mitverschuldet, deren Befreiung darum und vor Allen zukommt. Laßt uns bei der Gegenheit fragen nach der Nationalität der Deutschen an der Ostsee. Laßt uns im Süden die Thore der gesperrten Donau öffnen. Laßt uns durch friedliche Einwirkung dem Orient unsere Kolonisation und Civilisation aufthun — weich andere Ziele des Ehrgeizes, des nationalen Bestrebens sind das, als die Träume des Kommunismus und des ewigen Friedens unter industriellen Herren! Es ist nicht die Eine und alleinige Art des Freiheitsbestrebens, in Republiken zu leben: die Natur und Macht der Despote zu brechen, ist ein eben so großer, ja ein größerer Zweck. Während sich die Lebensfähigkeit der Republik, der freiesten Staatsform, im Westen erprobt, laßt und arbeiten, im Osten die Despotie, die unfreieste Staatsform, lebensunfähig machen. Es wird sich zeigen, wer der Welt die größern Dienste thut. Aber um dies zu können, müssen wir uns in der freien Staatsform vereinigt halten in aller Kraft und Ueberzeugung, für die jetzt Alles gewonnen werden kann, nicht aus auf Republiken zu zersplittern, die die Volkonatur und die politische Sucht großer Strecken des Vaterlandes gleich unmöglich macht. Bewährt sich die Republik in Frankreich als das, was sich die Phantasie davon versprecht, so wird sie uns zeitig genug erreichen: Besser, sie findet uns dann in Eine Nation bereits umgewandelt, als so. Bis dahin aber laßt uns den Weg verfolgen, auf den uns die Natur und die Geschichte gewiesen haben; laßt uns den Bund und die Vertretung am Bunde ausbilden, um uns zuerst und zum ersten Male als Ein Volk zu erkennen und zu prüfen: dann wird sich von selber zeigen, ob diese Staatsform der Repräsentation diesen Volksförper liedet oder nicht.

**Oesterreich.** Wien, 10. März. Folgende von unzähligen Unterschriften begleitete Adresse ist gestern abgefragt und übergeben worden: „An die hochlöblichen Stände des Erzherzogthums Oesterreich unter der Enns zu Handen des hochlöblichen ständischen verordneten Kollegiums! Seit einer Reihe von Jahren ist von jedem Vaterlandsfreunde der Wunsch lebhaft gefühlt, und von manchem in Rede und Schrift die Nothwendigkeit laut ausgesprochen worden, auch unser schönes und mächtiges Oesterreich den Weg friedlichen, gedeigenen Fortschrittes betreten zu sehen. Die letzten Ereignisse im Westen Europa's lassen diese Forderung um so unabweislicher und unaufschiebbarer erscheinen, als sie dem Weltfrieden, sowie dem Staatskredit, der Sicherheit des Eigenthums, der Ordnung und des Rechts in jedem Reiche gefährlich werden können. Was in Deutschland in diesen Augenblicke zur Wah-

Digitized by Google

rung vor jedem Wechselfall des Glücks, zum Schutze und zur Stärkung nach Außen und im Innern gesichert, ist Niemanden unbekannt. Jeder hegt zugleich die Ueberzeugung, daß Oesterreich, dessen Herrscherfamilie durch Jahrhunderte die deutsche Kaiserkrone trug, auch nur in festem Anschließen an deutsche Interessen und deutsche Politik sein wahres Heil gewinnen könne; wenn die österreichischen Bürger sich vor Allem gedrungen fühlen, ihre unerschütterliche Liebe und Anhänglichkeit an das erhabene Kaiserhaus auszusprechen, so hatten sie es auch zugleich für ihre heilige Pflicht, diejenigen Maßregeln offen und frei darzulegen, welche ihrer Meinung nach einzig und allein geeignet sein können, in so drohenden Zeitverhältnissen der Dynastie, sowie dem Gesammtvaterland neue Kraft und neuen Halt zu verleihen. Diese Maßregeln sind: 1) Unverweilte Veröffentlichung des Staatshaushalts, 2) periodische Berufung eines alle Länder der Monarchie, sowie alle Klassen und Interessen der Bevölkerung vertretenden ständischen Körpers mit dem Rechte der Steuerbewilligung und Kontrole des Finanzhaushaltes, sowie der Theilnahme an der Gesetzgebung, 3) Herstellung eines Rechtszustandes in der Presse durch Einführung eines Repressivgesetzes, 4) Durchführung des Grundsatzes der Oeffentlichkeit in der Rechtspflege und in der gesammten Verwaltung, 5) Berufung einer gehörigmäßen Municipal- und Gemeindevertretung und auf deren Grundlage, 6) Vertretung der in der gegenwärtigen ständischen Verfassung gar nicht oder nur unvollkommen begriffenen Elemente des Ackerbaues, der Industrie, des Handels und der Intelligenz. Die Stände, wenngleich in ihrer dermaligen Verfassung nicht der vollständige Ausdruck des ganzen Landes, sind als verfassungsmäßiges Organ für die Bedürfnisse des Volkes berufen, die Gewährleistung unserer Bitten bei unserm gütigen Monarchen zu vermitteln. Die Unterzeichneten stellen daher die Bitte: die hochlöbl. niederösterreichischen Stände wollen die vorgeschlagenen Maßregeln in der nächsten Landtagssitzung in Berathung nehmen und die geeigneten Anträge zu deren baldiger Verwirklichung an den allerhöchsten Thron gelangen lassen."

**Wien**, 10. März. Die N. Z. berichtet: In einer gestern Abend hier unter dem Vorsitz des ungarischen Hofkanzlers abgehaltenen Konferenz der ungarischen Reichswürdenträger wurde dem Vernehmen nach die einstimmige Ansicht ausgesprochen, daß bei der neuen Stellung, welche die Opposition in der Ständetafel eingenommen, eine konstitutionelle Berufung an die Wähler eingelegt werden sollte. Man sieht demnach einer alsbaldigen Auflösung des ungarischen Reichstages entgegen. Heute begibt sich der Erzherzog-Palatin nach Preßburg, und morgen wird die Magnatentafel wahrscheinlich die Adresse der Deputirtentafel an Se. Maj. in Berhandlung nehmen, worin diese Verantwortlichkeit des Ministeriums, Vorlage des Budgets, Nationalbewaffnung, Ertheilung einer Konstitution für die Lehrovinzen u. s. w. verlangt. Von dem Beschluß der Magnatentafel in dieser Angelegenheit hängt also die nächste Zukunft Ungarns ab. Denn die Besorgnen einer Auflösung in dieser bewegten Zeit wären nicht vorherzusehen, und einige der Reformen, welche man von diesem Reichstage erwartete, sind von der Art, daß sie jetzt um so weniger einen Aufschub leiden können!

**Wien**, 10. März. Die Wiener Z. vom heutigen Tage enthält nachstehenden Artikel: „Im Angesichte der wichtigen Begebenheiten der jüngst verflossenen Zeit ändern Se. Maj. der Kaiser sich verpflichtet, sich über Ihre Stellung zu dem, was geschehen ist und was nach den Rathschlüssen der Vorsehung die Zukunft beingen mag, offen auszusprechen. Se. Maj. erwarten, daß Ihre Worte richtige Begriffe berichtigen und Mißverunungen vorbeugen werden, welche unnöthige Besorgnisse erregen könnten. Die Regierungsveränderung, welche in Frankreich vor sich gegangen ist, betrachten Se. Maj. als eine innere Angelegenheit jenes Landes. Oesterreich ist fern von jeder Absicht, mittelbar oder unmittelbar auf die dortigen inneren Verhältnisse einzuwirken. Se. Maj. der Kaiser erkennt es für Seine Pflicht, innerhalb Seiner Länder die Institutionen des Staates und das Recht zu schützen und die Wohlfahrt der Ihm anvertrauten Völker zu befördern. Diese Verpflichtung wird Er auch in der gegenwärtigen politischen Lage der Welt in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen wissen. Sollten jedoch wider Erwarten die bestehenden europäischen Verträge verletzt oder die Grenzen, entweder der eigenen Staaten oder die des deutschen Bundes, fernhin bedroht werden, so wird Se. Maj. der Kaiser mit allen von der Vorsehung Ihm verliehenen Mitteln einen solchen Friedensbruch zurückweisen. Es ist der Wille Sr. Maj., in diesem ernsten Zeitpunkte kräftigst dafür zu sorgen, daß Oesterreich sich nach Innen stark, nach Außen geachtet und geachtet fühle. Se. Maj. werden aber auch eben so ernstlich darüber wachen, daß keine Besterungen zum Umsturze der rechtlichen Ordnung stattfinden, die Sein von Gott gesegnetes Reich in einen Zustand von Zerrüttung versetzen könnten, der es als leichte Beute den Angriffen jedes Feindes überliefern würde. Für diese allein dem Wohle Seiner Unterthanen gewidmeten Zwecke zählt Se. Maj. der Kaiser auf das Vertrauen und die kräftige Mitwirkung der getreuen Stände Seiner Reiche, sowie aller Klassen Seiner Unterthanen, denen die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung am Herzen liegt, und die sich die Fähigkeit bewahrt haben, inmitten einer vielfach bewegten Zeit die Folgen zu ermessen, zu denen der entgegengesetzte Weg unausbleiblich führen würde".

**Preußen**. **Berlin**, 10. März. Die Köln. Z. berichtet: Der Bundesbeschluß in Betreff der Aufhebung der Censur hatte auch hier die Veranlassung gegeben, sofort ein Gesetz über Gewährung der Preßfreiheit zu entwerfen und zu berathen. Dasselbe hatte innerhalb weniger Tage die verschiedenen Berathungsstadien durchgemacht, hatte auch bereits sichernen Vernehmen nach vorgestern die Genehmigung des Königs erhalten und war gestern Behufs der Veröffentlichung durch die Gesetzsammlung in die Druckerei gegangen. Es wird und heute jedoch versichert, daß sich der Veröffentlichung neue Schwierigkeiten entgegengestellt hätten, und das Erscheinen des Gesetzes dadurch leicht noch um einige Tage verzögert werden könnte. — Die gestern Abend in den Zelten abgehaltene zweite Versammlung zur Abfassung einer Petition an den König, welche zwar überaus zahlreich, aber hauptsächlich nur von neugierigen Zuschauern besucht war, ist, wie erzählt wird, die Veranlassung geworden, daß die Wiederholung derartiger Versammlungen heute auf das bestimmteste untersagt worden ist. Es sind alle Maßregeln getroffen, um eine etwaige abermalige Versammlung heute Abend, im Rothfalle selbst mit Gewalt, zu verhindern.

**Mülheim** a. d. R., 9. März. Heute beförderten die Stadtverordneten die unterthänige Bitte an den König, die Vereinigten Vertreter des Volkes ungesäumt um sich versammeln zu wollen, um mit ihnen zu berathschlagen, was dem Vaterlande Noth thue. (K. Z.)

**Dortmund**, 10. März. Soeben treffet hier eine Adresse an den Magistrat, welche denselben ersucht, bei der Staatsregierung auf sofortige Einberufung des Vereinigten Landtages und die Gewährung derjenigen Rechte, die zu einer dauerhaften Gründung der Verfassung erforderlich sind, sofortige Aufhebung der Censur, Schwurgerichte u. s. w. anzutragen. Die Adresse ist bereits mit den Namen einer großen Anzahl der achtbarsten Einwohner unserer Stadt bedeckt.

**Breslau**, 10. März. Die in den hiesigen Zeitungen mitgetheilte Nachricht von einem beispiellosen Fallen russischer Staatspapiere beruht lediglich auf einem Mißverständniß.

**Bonn**, 11. März. Auch unsere Universität hat eine Adresse an Se. Majestät gerichtet, in welcher die bekannten Wünsche, welche jetzt das Vaterland bewegen, ausgesprochen werden. Wer wird vernehmen, ist die Adresse von Prof. Dahlmann entworfen worden.

(Aachener Zeit.)

# Vom Rhein, 12. März. Eine Anzahl rheinischer Ständemitglieder hat gestern in Bonn nachstehende Adresse beschlossen und heute an den König abgehen lassen: Allerdurchlauchtigster u. s. w. Unter dem Eindruck einer ungetrueren Thatsache, im Angesicht der Gefahren, mit welchen sie und bedroht, treten wir unterzeichnete rheinische Mitglieder des Ver. Landtags vor Ew. königl. Majestät, um der heiligen Pflicht der Treue, mit der man der unerschütterlichen Wichtigkeit des Augenblicks gehorenen Offenheit zu genügen. Ein mächtiges Nachbarvolk hat sich, die bestehende Staatsordnung und einen Königsthron vernichtend, neue Formen des Daseins geschaffen. Deutschland, gegenüber diesem erschütternden Ereigniß von dem Gefühl der Nationalität tief durchdrungen, erkennt klar, daß auch auf dem Boden der Nationalität nur in der Lebenseinst der Freiheit die Kraft gedeihen kann, die unter den Stürmen einer solchen Zeit das Vaterland zu retten vermag. Nationale Freiheit und Einheit, festbegründet durch eine das ganze Volk umfassende Vertretung, ist der Ruf, der aus allen deutschen Landen im Volke wie auf Thronen ertönt: es ist der Ruf, mit dem wir deutsche Männer unserem deutschen Könige nahen. In der innigen Verschmelzung des Königthums mit der Volksfreiheit liegt die einzige Abwehr der wachenden Gefahren, die einzige Bürgschaft, daß die große Errungenschaft unserer Geschichte nicht in innern zerrüttenden Kämpfen untergehe; in dieser Verschmelzung endlich, und nicht in fremder Hilfe, am Wenigsten in einem Bündnisse mit jener roebischen Macht, die der Deutsche als den Feind seiner Nationalität und Freiheit betrachtet, liegt die Siegesgewißheit gegenüber jedem Angriffe von Außen. Vergebens hat die deutsche Nation drei Jahrzehnde lang nach Freiheit und Einheit gestrebt; die Schwäche der Bundesverfassung, die traurigen Wirkungen der Ausnahmsge-

Digitized by Google

sehe, unter welchen unser Vaterland zu leiden hatte, sind an das hellste Licht getreten: möge die unabweisbar gewordene Erkenntniß des Uebels mit dem thatkräftigen Entschluß der Heilung zusammenfallen! Preußen hat einen hohen Beruf empfangen, die Zeit drängt, ihn zu erfüllen. Was alle deutschen Stämme, mehr noch als Kriegsgefahr von Außen, Zwiespalt im Innern ahnend, wie mit Einer Stimme fordern; es ist das große Werk, zu welchem die Vorsehung Preußens Herrscher berufen hat, es ist der Gegenstand unserer Bitte: Vertretung des Volkes beim deutschen Bunde. Nur die sofortige Lösung dieser großen nationalen Frage vermag in unserem Volke jenes Selbstvertrauen, jenes stolze Gefühl der Sicherheit und der Kraft zu begründen, welches der Augenblick so gebieterisch erheischt. Aber der Einheit würde die Lebensbedingung fehlen, wenn nicht die preußische Verfassung diejenige organische Entwickelung erlangt, welche dieselbe mit den freien Verfassungen anderer Bundesstaaten in größerer Uebereinstimmung bringt, und welche der nachtvolle Drang der Zeit nunmehr zu einem unabweisbaren Bedürfniß macht. Eine Bitte um Gewährung der Preßfreiheit wird es nach dem Erlaß der hohen Bundesversammlung vom 4. d. M., wie wir der Gerechtigkeit Ew. Maj. vertrauen, nicht mehr bedürfen, sowie wir uns auch überzeugt halten, daß die Ausdehnung des unbeschränkten Petitionsrechts und des Rechts, Petitionen in Versammlungen zu berathen, fortan nirgendwo wird gehindert werden. Wir bitten aber im Hinblick auf den Gang der Ereignisse und insbesondere auf die gefahrvolle Lage unserer Provinz Ew. Königl. Maj. ehrfurchtsvoll, den Ver. Landtag sofort einzuberufen und demselben Gesetzentwürfe nachfolgenden Inhalts vorlegen zu lassen, 1) Abänderung des Wahlsystems in der Art, daß die verschiedenen Volksklassen in richtigem Verhältniß vertreten werden. 2) Zeitgemäße Umgestaltung der Herrenkurie. 3) Beschleunigte Mitwirkung des in vorgedachter Weise umgestalteten Ver. Landtages in der gesammten Gesetzgebung und im Staatshaushalte mit einfacher Majorität. 4) Gleichheit der Staatsbürgerlichen Rechte ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntniß. Wir hegen die Ueberzeugung, daß die Gewährung dieser Bitten alle edlen Kräfte der Nation wecken, und sie beständen wird, nicht nur den Gefahren des Augenblicks zu begegnen, sondern auch im Zusammenwirken mit den Regierungen an der Lösung der großen Aufgabe zu arbeiten, die die Lage der handarbeitenden Volksklassen allen civilisirten Staaten der Gegenwart gestellt hat. Der materielle und moralische Fortschritt, das Vertrauen des Volkes zu den Regierungen ist durch seine Institutionen bedingt. Indem wir für deren Gewährung und für ein volksthümlicheres Regierungssystem unsere Stimmen zu Ew. Maj. erheben, können wir in Wahrheit hinzufügen, daß sie aus dem tiefsten Bedürfnisse einer Provinz hervorgeht, welche rings von freien Staaten umgeben ist, und deren Bewohner sich des Ansprucks bewußt sind, nicht weniger Rechte zu besitzen, als ihre deutschen Bruderstämme. In tiefster Ehrfurcht verharren u. s. w.

**Baiern.** München, 12. März. Die A. Z. bringt eine Erklärung des Fürsten Wallerstein, worin es heißt: Mit Freude, mit Begeisterung sah ich der Stunde entgegen, wo mir vergönnt sein würde, vom Ministertische aus über alle meine Amtshandlungen ohne Ausnahme Rechenschaft vor den Vertretern der Nation abzulegen. Ihr Urtheil sollte über das Vertrauen des Volkes zu dem Minister, sonach auch darüber entscheiden, ob ich den Monarchen um Zurücknahme des Portefeuille bitten würde oder nicht. Der Wille des Königs hat anders entschieden; mir ist durch plötzliche Enthebung das ministerielle Wort in dem Augenblicke entzogen, wo die Ständehallen sich öffnen. Diesen Willen habe ich zu ehren; wohl aber bemerke ich hiemit öffentlich, daß nach meiner Ansicht der Austritt aus dem Amte Nichts an dem Rechte eines constitutionellen Ministers ändert, die unter seiner Verantwortlichkeit vollzogenen Akte vollständig gegenüber jener Landesrepräsentation zu vertreten, welcher verfassungsmäßig das Wächteramt über die Wirksamkeit der öffentlichen Beamten zukommt, daß sonach in der Kammer, deren Mitglied ich bin, von mir geäußert werden wird, was die Ehre und die konstitutionelle Pflicht gebieten.

**Würtemberg.** Stuttgart, 13. März. La révolution française sera le tour du monde . . . gegenwärtig ist sie auf ihrer Reise in dem Miniaturfürstenthume Hohenzollern-Hechingen angelangt. Man muß sich die Zustände solcher Duodezfürstchen bei Leibe nicht idyllisch vorstellen. Je kleiner das Ländchen, um so drückender ist im Gegentheil die Beamtenwillkür, um so unerträglicher der Druck im Kleinen und im Einzelnen. Das Fürstenthum Hechingen, im Besitz der Zollern, mit dem jetzigen Fürsten ausübenden Linie des Hauses Hohenzollern, wird seit Jahren auf das „zu-Ende-gehen" verwaltet. Der Fürst, von Natur ein guter und selbst ein verständiger Mann, seit einigen Jahren durch reiche Erbschaften (zuletzt von seiner Mutter, der verstorbenen Herzogin von Curland) wieder „flott" gemacht, tümmert sich um Land und Regierung im Mindesten nicht, lebt herrlich und in Freuden mit einer Zahl landesfremder Ebelleute; und seit im vorigen Jahre seine Gemahlin, eine geborne Prinzessin Leuchtenberg, die eine Heilige in der reinsten Bedeutung war, schwierigend duldend, fromm entsagend, eine Mutter der Armen und der Leidenden, wie man nur in Legenden liest, seit seine Gemahlin gestorben, ist vollends jedes Band der Zuneigung zwischen den Unterthanen und dem Fürsten aufgelöst. Das Ländchen ist mit Feudalsteuern, fürstlichen Bannrechten und drückenden Steuern (weil der Fürst sämmtliche Domänen besitzt) höchlich beschwert. Schon vor einigen Jahren war der Fürst persönlichen Mißachtungen ausgesetzt. Vorgestern brach der Unmuth der Bauern zu hellen Flammen der Empörung aus. Einige Tausend bewaffnete Landleute drangen in das Städtchen Hechingen ein, umzingelten das Schloß und drangen gewaltsam in die Gemächer des Fürsten. Unter persönlichen Drohungen wurden ihm 24 Beschwerdepunkte vorgelegt, deren augenblickliche Abstellung gefordert wurde, darunter Entlassung aller fremden (d. h. nichtchingenschen!) Beamten und Hofdiener, völlige Entlassung des Militärs, Aufhebung der Bannrechte, der Jagdrechte, der Feudalabgaben u. s. w. Der Fürst mußte Alles zugestehen. Die Bauern zerstreuten sich dann im Städtchen, Unfug und Gewaltthat ausübend, besonders auch gegen die Israeliten, und mit Aufbietung furchtbarer Drohungen. Die fremden Kavaliere und Beamten haben sich bereits hierher geflüchtet, und das Städtchen war den meuterischen und undisciplinirten Rotten, welche wieder zu kommen zugesagt haben, wehrlos preisgegeben. Dem Vernehmen nach hat man hier um militärische Hilfe nachgesucht, allein es stehte zweifelhaft sein, ob man solche im gegenwärtigen Augenblicke, bei dem besten Willen, zu leisten vermag, nachdem der Zustand unseres eigenen Unterlandes die Abberufung bedeutender Militärkräfte erheischt. Solche Städchen, wie Hechingen, Sigmaringen, Lichtenstein, Neuf-Greig und Lodenstein u. s. w. sind ein Anachronismus in unserer Zeit und in dem nationalen Lebe Deutschlands, und wenn sie jetzt rathlos und listlos daßtehen, so sollte Ihnen das ein Fingerzeig sein, sich möglichst bald durch Anschluß an das nächste größere deutsche Land, selbst zu mediatisiren. — Im ganzen Jagkkreis sind die Bauerschaften entschieden, alle und jede Frohdienste, mit Einschluß der Zehnten, gänzlich und gar zu verweigern, Aufhebung nicht Ablösung zu erlangen.

Stuttgart, 11. März. So eben trifft der Fürst von Hechingen landflüchtig hier ein. (A. Z.)

§ Aus Würtemberg. Die Desiderien der hohenzollschen Grundholden, über welche die Deutsche Zeitung im November v. Jahrs berichtete, sind unverdrossen in Folge der gemeinsamen Zögerung der Standesherrschaften zu Postulaten geworden. Beinahe in allen hohenzollschen Städten fanden im Verlauf der letzten Tage Reformbewegungen, theilweise sehr heftiger Art, Statt. Leider ging denselben das schauerliche Morgenroth des Brandes der fürstlichen Domänenkanzlei zu Haltendorf stellen voran. Alles ist gespannt und aufgeregt; der Verkehr stockt. Solche beklagenswerthe Ereignisse aber sollen den Machthaberlisten unserer Tage zur Last, welche sogar ihres Meisters Worte vergessen zu haben scheinen: — „Kurz: es ist nothwendig, daß ein Fürst allezeit mit eben dem Volke, aber nicht mit eben den Fürsten lebe." —

**Hannover.** * Neuhaus, 8. März. Gestern fand hier eine zahlreiche Versammlung von Bürgern und Landleuten aus dem Lande Hadeln, Krdingen, Wursten und den Aemtern Neuhaus a. d. Oste und Bederkesa Statt, in welcher folgende Eingabe an den Kabinet Sr. M. beschlossen, unterzeichnet und unterschrieben wurde. Die allerunterthänigst Unterzeichneten halten sie eine heilige Pflicht, Eurer königl. Majestät diejenigen Wünsche zu nennen, deren Erfüllung ihrer aufrichtigen Ueberzeugung nach das Wohl des Vaterlandes bedingt. Die Zeitereignisse drängen zum vorwärts, und Eure königl. Majestät haben durch den Bund zu uns gesprochen, daß der Fortschritt Allerhöchst beliebten Maße sei. Im Vertrauen, daß dieses Zusicherung eine Wahrheit ist, dürfen wir erklären, daß dem Gedanken seine Freiheit, daß durch Oeffentlichkeit Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Vertrauen zur Justiz hergestellt, daß freie Verwaltung der Gemeinden durch sich selbst gestattet, kurz, daß eine konstitutionelle Verfassung mit einer Volksvertretung beim deutschen Bunde zur Wahrheit werden müsse. Diese Wünsche liegen uns vor Allem am Herzen, ohne ihrer Verwirklichung ist treue nationale Einigung und Macht daher durch den Bund zu uns gesprochen, daß der Fortschritt Allerhöchst beliebten Maße sei. Im Vertrauen, daß diese Zusicherung eine Wahrheit ist, dürfen wir erklären, daß dem Gedanken seine Freiheit, daß durch Oeffentlichkeit Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Vertrauen zur Justiz hergestellt, daß freie Verwaltung der Gemeinden durch sich selbst gestattet, kurz, daß eine konstitutionelle Verfassung mit einer Volksvertretung beim deutschen Bunde zur Wahrheit werden müsse. Diese Wünsche liegen uns vor Allem am Herzen, ohne ihrer Verwirklichung ist treue nationale Einigung und Macht daher den Deutschlands möglich. Wir zweifeln nicht, daß unsere Landsleute mit uns nach demselben Ziele streben werden, und damit des Volkes Stimme zu Eurer Majestät dringe, bitten wir allerunterthänigst: daß Allerhöchstdieselben vorerst unsere Landstände zu berufen mögen. Allerunterthänigst u. s. w. (folgen die Unterschriften).

Unter allgemeiner Zustimmung wurde zugleich eine Dankadresse an Herrn Bassermann genehmigt und unterschrieben.

Digitized by Google

**Hameln**, 8. März. Die Weserz. berichtet: Morgen früh wird von hier eine Deputation des Magistrats und Bürgervorsteher-Kollegiums an Se. Maj. den König nach Hannover abgehen, um sichern Vernehmen nach in einer Petition um Gewährung nachstehender Punkte zu bitten. 1. Schleunige Einberufung der allgemeinen Ständeversammlung. 2. Um vollständige Preßfreiheit. 3. Um allgemeine Bürgerbewaffnung. 4. Um das Recht der freien Vereinigung. 5. Um Oeffentlichkeit in allen Verwaltungssachen, vorzüglich und insbesondere in Hinsicht auf die allgemeine Ständeversammlung. 6. Um Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit beim Gerichtsverfahren. 7. Einführung von Geschworenengerichten in peinlichen Sachen. 8. Um Instruktion des Gesandten Sr. Maj. beim Bundestage dahin, daß eine Vertretung des Volkes bei demselben eingeführt werde.

**Leer**, 9. März. Die großen Ereignisse der letzten Tage haben auch hier ihre Wirkung nicht verfehlt. In einer gestern abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Bürgerversammlung wurde eine Kommission zur Entwerfung einer Adresse an das Kabinet Sr. Maj. erwählt, in der die lang gehegten, jetzt von allen Seiten laut werdenden Wünsche der Bürger unserer Regierung vorgetragen werden sollen.

**Baden**. A. Karlsruhe, 14. März. Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß am 10. d. die für die Revision der Bundesverfassung niedergesetzte Bundestags-Kommission erklärt hat, sie glaube diese Revision nur dann mit Erfolg berathen zu können, wenn sämmtliche Bundesregierungen Männer des allgemeinen Vertrauens, und zwar für jede der 17 Stimmen des engeren Rathes einen, alsbald (spätestens bis zu Ende dieses Monats) mit dem Auftrage nach Frankfurt abordnen, bei dieser wichtigen Berathung mitzuwirken. Die Bundesversammlung hat diesen Antrag sofort zum Beschluß erhoben. — Ich freue mich, Ihnen ferner aus guter Quelle mittheilen zu können, daß S. k. Hoheit der Großherzog heute den Abgeordneten Welcker zum Bundestagsgesandten ernannt hat, und daß der Abg. Bassermann badischer Gesandter zur Mitberathung der neuen Bundesverfassung auserwählt worden ist. Durch die Wahl des Abg. Welcker und des Antragstellers auf ein deutsches Parlament beweist nun wenigstens die badische Regierung, daß es ihr mit der Reform der Bundesverfassung „auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Basis“ (dies sollen die eigenen Worte des Bundesbeschlusses sein) vollkommener Ernst ist. — Beide Männer sollen die schwierige Mission angenommen haben und in wenigen Tagen nach Frankfurt abreisen.

(Die Verhandlungen der Kammer vom 14. März, worin unter andern Welte und Bassermann berichtigende Erklärungen in Betreff der angeblich im Seekreise ausgebrochenen Unruhen und Bassermann in Betreff der Judenverfolgungen in Sinsheim abgab, müssen wir, wie einen Theil der französischen Nachrichten in die Beilage verweisen.)

* **Mannheim**, 13. März. Als heute das Militär zur Beeidigung auf die Verfassung sich auf dem Zeughausplatze aufgestellt hatte, erschienen der Gemeinderath und Bürgerausschuß, traten in das gebildete Carré, und Bürgermeister Jolly drückte in einer kurzen Anrede dem Obersten des Regiments die Gesinnung der Bürgerschaft dahin aus, daß diese, sich nun ebenfalls bewaffnend, mit der Linie Hand in Hand gehen werde zur Vertheidigung der höchsten menschlichen Güter. Der Oberst dankte für diese brüderliche Gesinnung, nahm die Beeidigung in feierlicher Weise vor und ließ dann mit klingendem Spiele das Regiment an den Gemeinderathsherrn vorbeidefiliren. Diese schöne Handlung ist ein neues Zeugniß, wie in großer Zeit die kleinen Schranken fallen. Mögen die Feinde kommen, woher sie wollen, sie werden finden, daß alle Deutschen, im bürgerlichen oder im Soldaten-Rock, Brüder sind. — Daß hier noch nicht die mindeste Unordnung vorgefallen, werden Sie wissen, und Mannheim wird, wie sind dessen gewiß, diesen Ruhm bewahren. — Der Abgeordnete Bassermann erhält fortwährend aus allen, auch den entferntesten Theilen Deutschlands, in Zuschriften Adressen u. s. w. Beweise, wie das Bedürfniß nach einem deutschen Parlamente, die ganze deutsche Nation durchdringt.

**Kurhessen**. Kassel, 12. März. Der gestrige Tag ist nicht ohne bedeutende Folgen geblieben. Die Ernennung des Hrn. v. Trott zum Minister des Aeußeren erregte große Mißstimmung; es würde solche noch stärker hervorgebrochen sein, hätte derselbe nicht die Ernennung abgelehnt. — Die von Hanau angekommene Deputation überbrachte eine in den stärksten Ausdrücken abgefaßte Adresse an den Landesherrn, unterzeichnet von einer aus 24 Personen bestehenden Volkskommission, die aber Männer der gemäßigsten Gesinnung in sich schloß. Aus Eberbard, der Oberbürgermeister von Hanau, fehlte dazu. Es waren von jener Volkskommission Bitten vorgetragen, die wohl Jeder billigte, deren Entwährung aber mit gänzlichem Abfall der Provinz Hanau von Kurhessen bedroht wurde. Um Mittag wurde Eberhard, statt des Regierungsdirektors Loh in Marburg, zum Vorstande vom Ministerium des Innern bestellt. Es konnte keine glücklichere Wahl getroffen werden. Eberhard ist ein in jeder Beziehung ausgezeichneter Mann, der wesentlichen Antheil an der Begründung der Verfassung hat, der Einzige im Lande, der wahrhaft würdig jetzt jenem Departement vorzustehen vermag. Einstweilen fungirte gestern als Minister des Innern der Polizeidirektor Mergutt; er genoß persönlich auch im Volke so viel Vertrauen, um jenem Amte sich in dieser Krisis unterziehen zu können, wo eigentlich gar kein Ministerium vorhanden war. Inzwischen traf der Justizminister v. Baumbach aus Rinteln ein. Nun wurde die Petition der Hanauer in Berathung genommen und gewährt, aber unberücksichtigt blieb die Bitte, dahin zu wirken, daß eine Nationalvertretung bei dem Bundestage eingeführt werde. Nun wird die Provinz nicht beruhigt werden, es droht dort völlige Anarchie auszubrechen, erklärten die von Hanau angekommenen Deputirten, als sie zur Adresse sich anschickten. Auf einmal kam die Bevölkerung von Kassel in Bewegung; es war als ob die Menschen aus dem Straßenpflaster aufschössen; in einigen Augenblicken war alles mit Leuten bedeckt, welche unter lärmendem Getöse die Wagen der Hanauer anhielten, und diese nicht eher abfahren lassen wollten, als bis dieselben auch in jener Beziehung eine befriedigende Antwort erhalten haben würden. Die Bürgergarde begleitete die Zugänge zum fürstlichen Palais, um solches zu schützen, doch war deren Detachement schwach. Da wurde die Alarmtrommel der Bürgergarde gerührt, was die Gefahr als ernstlich erscheinen ließ. Doch jetzt wurde auch die Nationalvertretung beim Bundestage versprochen, und im Augenblick war die Stadt illuminirt und wurde ganz ruhig. Eine Proklamation gibt sofort die Presse völlig frei, verspricht Besetzung des Ministeriums mit Männern, die das Vertrauen des Volkes besitzen, so weit es noch nicht geschehen sei, gibt Amnestie für alle seit 1830 begangenen politischen Vergehen, gewährt vollständigste Berücksichtigung der Religionsübung der Bekenntnisse, der Association u. s. w. und verheißt Einführung des Schwurgerichts während des jetzigen Landtags. Deputationen, die um Gleiches bitten, treffen noch stündlich aus allen Theilen des Landes, nun unnöthig, ein. — Morgen wird die erste Sitzung der Ständeversammlung, zu der auch Wippermann eingeladen ist, stattfinden.

**Hessen**. Darmstadt, 12. März. Die Gr. hess. Zeitung theilt einen Aufruf mit, welchen der Minister Gagern an die Odenwälder erlassen hat. In offener und herzlicher Ansprache wiederholt er die schon früher gegebene Zusage, alle Feudallasten zu beseitigen, die Privilegien einzelner Klassen aufzuheben und alle Staatsangehörigen vor dem Gesetz unbedingt gleichzustellen, ermahnt aber auch zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung; denn nur auf diesem Wege könne etwas Gutes gestiftet und für die Dauer erreicht werden.

* **Weilburg**, 6. März. Die hiesige Bürgerversammlung beabsichtigt an die Nassauische Kammer eine Vorstellung einzugeben, worin außer den schon bekannten und auch anderwärts ausgesprochenen Forderungen verlangt wird: Ein neues Wahlgesetz, Annahme des Einkammersystems, selbständige Gemeindeverwaltung, sorgfältige Pflege der Gewerbe, entschiedene Hinwirkung auf nationalpolitische Ausbildung des Zollvereins, Einkommensteuer, Schutz der persönlichen Sicherheit und Freiheit nach dem Muster der englischen Habeas-Corpus-Akte, unbedingte Religionsfreiheit, vollständige Trennung der Kirche vom Staat, freie Wahl der Geistlichen durch die Gemeinden, Aufhebung aller seit 1819 erlassenen Ausnahmsgesetze, Organisation eines deutschen Parlaments nach dem Muster des englischen, mit gleicher Wahrung der Selbstständigkeit der einzelnen Bundesglieder, sowie der kräftigen Gestaltung der Bundescentralgewalt, endlich die kräftigste Verwendung gegen jede unnöthige Demonstration an der westlichen Grenze, sowie für offenes Losfagen der deutschen Mächte von dem Bunde mit Rußland und eine entschiedene Wahrung der deutschen Interessen im Osten.

* **Hirschberg a. Saale**, 9. März. Die hiesige Einwohnerschaft dachte gestern eine Petition mit den bekannten Forderungen durch eine Deputation an den Fürsten von Reuß-Lobenstein-Ebersdorf zu bringen. Die Deputation konnte nicht erlangen, dem Fürsten vorgestellt zu werden, weil er unwohl sei, und erhielt die Weisung, daß das gebrauchte Wort „Forderungen“ in Bitte umgewandelt wäre, alsdann solle geschehen, was möglich sei. Das Unwohlsein des Fürsten hat sich inzwischen so schnell gehoben, daß er kurz darauf nach Lobenstein, zwei Stunden weit fahren konnte. Die Bürgerschaft ist nicht gesonnen, eine Änderung in ihrer Eingabe zu machen, und hat dieses heute zu erkennen gegeben. Der Schluß der Adresse lautet: Ew. Durchlaucht Bürger denken zuerst an ihr schönes, aber noch un-

Digitized by Google

glücklichst allgemeines Bedürfniss. Sie führen sich in so drohender Zeit zunächst als Deutsche und nahen sich mit der Forderung: Ew. Durchlaucht wiede mit aller Kraft durch Hochhero Gesandtschaft beim deutschen Bundestag dahin, daß dem deutschen Volke nicht länger diese Rechte vorlagt bleiben: 1) das Vereinsrecht, 2) Preßfreiheit ohne Caution oder Presse, 3) Schwurgerichte nach dem Vorbilde Englands, 4) allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Officiere, 5) die Vertretung der Nation durch eine Volksammer, damit Deutschland wie Eine Nation werden. Zum Ueberm aber mahnen wir Ew. Durchlaucht an Artikel 13. der Bundesakte. Zwar bestehen wir Stände, aber Stände, die Ew. Durchlaucht selbst als veraltet und den Anforderungen der Zeit nicht entsprechend öffentlich bezeichnet; daher die zweite Forderung: Ew. Durchlaucht wolle in Gemeinschaft mit dem Volke zeitgemäße Vertreter und in Vereinigung mit Höchst dero Vettern den Landen eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Verfassung ertheilen. Eine große Zeit wird Ew. Durchlaucht nicht klein finden. Wir schließen ordentend an Ew. Durchlaucht schönes Wort „Wolkes Stimme ist Fürsten Rath“ und bei dem heranbrausenden Sturm bat Jeder die heilige Verpflichtung, diese Stimme an das Ohr seines Fürsten dringen zu lassen.

**Weimar**, 11. März. Nach dem Frankf. Journal haben an diesem Tage hier unruhige Auftritte Statt gefunden. Die Massen drangen in den Redoutensaal, wodurch ihnen die Bürgerversammlung eine Zeit lang Widerstand geleistet hatten, und erzwangen den Sturz des Ministeriums Schweizer. Die Ruhe ward erst hergestellt, als der Großherzog den freisinnigen Landtagsabgeordneten v. Wydenbrugk um Uebernahme des Ministeriums ersucht hatte.

**Hohenzollern Sigmaringen.** Das Verordnungs- und Anzeigeblatt v. 12. März enthält folgende Verordnungen: 1. Die Aufhebung der Censur und Einführung der Preßfreiheit. 2. Die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. 3. Die Gestattung öffentlicher Versammlungen der Bürger. 4. Die Gestattung der Oeffentlichkeit der Gemeinderathssitzungen betreffend. Sodann wird bekannt gemacht, daß zu folgenden Gesetzesmaßregeln zur Vorlage für den außerordentlichen Landtag bereits Auftrag mit möglichster Beschleunigung ertheilt sei: Ueber Ablösung der sogenannten alten Abgaben rc. nach dem im Großherzogthum Baden bestehenden Maßstabe; über Allodifikation der Lehen; über Fixirung der Zehnten und sonstigen Ablösgebühren und über eine Revision des bisherigen Steuersystems. Wegen Beseitigung der Jagd- und Bannrechte wird man sich, wie bereits zugesichert, nach den diesfälligen Bestimmungen des Großherzogthums Baden richten.

† **Frankfurt**, 14. März. Der Aufruf zu der allgemeinen Abgeordnetenversammlung erregt die freudigsten Erwartungen. Gleichwohl kricht man ein Zweifel. Wird es zu verstehen, daß die Kommission, nachdem sie Ost- und Westpreußen und Schleswig genannt hat, Posen mit Stillschweigen übergeht? Sollen sich die Posener Abgeordneten nicht als geladen betrachten, soll die halbe Million Deutsche in Posen auf der Versammlung vom 30. März keinen Vertreter und keine Stimme haben, um ihrer Interessen und ihrer Rechte geltend zu machen? Es ist uns unmöglich, anzunehmen, daß dies die Absicht der Kommission gewesen sei, und wir können daher jenes Auslassen nur für ein Vergessen halten, von welchem wir mit Zuversichtlichkeit hoffen, daß es ohne Zögern — denn es ist Gefahr im Verzuge, größere Gefahr, als man beim ersten Blicke glauben möchte — wieder gut gemacht werden wird.

† **Frankfurt**, 14. März. Endlich nach langem gesträubten und unpolitischen Zaudern hat der Kurfürst von Hessen sich entschlossen, zu thun, was mächtigere deutsche Fürsten mit größerer Bereitwilligkeit und auf würdigere Weise bewilligt hatten, nämlich den Wünschen des deutschen Volkes nachzugeben, welches sich gern um seine Fürsten schaart, wenn diese konstitutionelle Freiheit gewähren. Gestern Abend zogen nun die bewaffneten Schaaren aus Hanau in kriegerischer, aber durchaus ruhiger Haltung hinwärts durch unsere Stadt. Voraus Männer mit Knotenstöcken, dann welche, die mit Flinten, endlich solche, welche mit scharf geschliffenen Sicheln und Sensen versehen waren, unter Begleitung kriegerischer Musik und einer unübersehbaren Wolkswenge, die ihnen zujubelte. Vor dem Thore, das nach dem kurhessischen Bockenheim (eine kleine halbe Stunde von hier) führt, waren alle Landhäuser, sowie fast das ganze kleine Städtchen selbst festlich beleuchtet. In Letzterem waren Ehrenpforten errichtet, und ein tausendstimmiges Hoch begrüßte die deutsche (schwarz-roth-goldne) Fahne, welche aus dem Zuge hervorwehte. Aber es ist nöthig, daß die neue Schöpfung sich ruhig und gesetzmäßig entwickle. So wird es, so Gott will, werden, wenn nicht unvernünftige Reaktion von Neuem reizt und die Männer, welche die Freiheit eben so sehr lieben, als sie die Unordnung hassen, nicht auf eine andere Seite, gegen ihren Willen und ihre Natur, fast gewaltsam treibt. Bei uns in Frankfurt ist Alles ruhig, der Straßenkrawall, eine exotische Pflanze in unserer friedlichen Handelsstadt, war mehr wirrig als für vernünftige, nicht überängstliche Leute sehr brunnahrend, und für einige Spießbürger hat derselbe die erwünschte Folge gehabt, daß sie die Sympathie für politische Gleichstellung aller Religionsparteien, worin — horribile dictu — auch die Juden eindegriffen sind, nun nicht verläugnen können, nachdem sie dieselbe feierlich in der von mehr als 2200 Bürgern unterzeichneten Petiten an den Senat ausgesprochen haben. Gegen den Handelsgebrauch mochten Viele ihre Unterschrift in dieser Beziehung so quasi nicht honoriren. Einige mehr übelberathene als übelgesinnte Leute aus dem hiesigen Volke haben natürlich Zeter dagegen geschrien, und dieser Volksstimme nachzugehen, sind viele Optimaten in unserer freien Stadt immer bereit, ohne sich darum so lange wie der Kurfürst von Hessen bitten zu lassen. Man schämt sich nur ein Wenig vor der öffentlichen Meinung und beklatschert das Ding, so gut es eben gehen mag.

## Großbritannien.

**London**, 11. März. In Manchester ist die Ruhe noch nicht wieder hergestellt. Abends den 9. März griffen Haufen aufrührerischer Rebeller ein Polizeiwachtgebäude an, zerschlugen die Laternen, plünderten Läden und drewaffneten sich mit dem, was sie darin vorfanden. Im Laufe des Nachmittags hatten mancherlei Händel und Raufereien mit der Polizei stattgehabt. Das Militär befand sich unter Waffen, der Major und die Magistratspersonen hielten Sitzung im Rathhause.

Das Morning Chronicle bemerkt: „Wahrscheinlicher Weise ist kein Staat in Europa in Folge des jetzt über das europäische Festland dahinbrausenden Revolutionssturms mit einer gewaltsameren Katastrophe bedroht, als das fremdartige Gemisch von Staaten, welches den Namen des österreichischen Kaiserreichs trägt. — — — Den Forderungen des Volks nachzugeben, welche um so übermäßiger sind, weil ihnen bis aus Aeußerste Widerstand geleistet worden, oder sich auf die Hilfe Rußlands zu stützen — dies sind die Alternativen, welche sich dem Fürsten Metternich darbieten. Seine frühere Laufbahn läßt kaum einen Zweifel übrig, daß er zu dem letztern, obschon dem gefährlichsten Rettungsmittel seine Zuflucht nehmen wird. Die schon lange vorbereitete Beförderung Galiziens durch Rußland, deren Ausführung jetzt nahe bevorsteht, ist für Rußland ein neuer und nicht unbedeutender Schritt zur Erreichung seines Lieblingsziels: „alle slavischen Stämme unter seinem Scepter zu vereinigen.“

Am 9. März wurde die dritte Jahresfeier der Stiftung des deutschen Hospitals durch ein Festmahl begangen. Gegen 250 Eh ren, Deutsche und Engländer, nahmen daran Theil; auf der Galerie waren auch viele Damen gegenwärtig, die an den gebalteten Reden und Gegenreden großen Antheil zu nehmen schienen. Der Vorsitzende war der bekannte Sir R. H. Inglis, der starre Anglikaner und, wie es schient, intime Freund des Ritters Bunsen. Letzterer hielt eine mit ausnehmendem Beifall aufgenommene Rede, welche, obgleich sie ein Wenig in das Gebiet der Phrase hinüberspielte, doch in der That beredt genannt werden darf, insofern Beredsamkeit mehr in der momentanen Anregung, in allgemeinen Phrasen und in wohl gesetzten Worten besteht. Die glücklich bewirkte Beseitigung des wohlmeinenden und thätigen, aber in diplomatischen Künsten nicht sehr erfahrenen und daher etwas derben und rauhen Dr. Freund schient den Herren von der Gegenpartei die Zunge gelöst und den Appetit für Speisen und Reden geweckt zu haben. Die Rede des Ritters Bunsen hat auch eine politische Bedeutung, indem er auf die neuesten Weltstürme, auf die französische Revolution, auf die das deutsche Vaterland durchziehende gemeinsame Bewegung und auf die innige Verbindung zwischen Großbritannien und Preußen Bezug nahm, eine Verbindung, welche allein schon für die Fortdauer des Friedens Gewähr leiste. Mit derselben Sicherheit rechnete Ludwig Philipp auf den Bestand seiner Herrschaft, und er erlag, nicht etwa den wohlgesetzten Reden eines Hrn. Odilon Barrot oder Thiers, sondern der Tollkühnheit der Pariser Gamins und Barrikadenhelden. Es ist zu fürchten, daß sich Ritter Bunsen in eine zu gefährlichen Sicherheit wiegt, jene Barrikadenhelden haben ihre Rolle noch nicht ausgespielt, und wenn Hr. Bunsen auch Recht haben mag, daß die Bewegung eine wesentlich soziale sei, so ist doch schwer einzusehen, daß sie, wie er anzunehmen scheint, nachträglich durch blose Gnadengelder, Almosen und Beiträge zu Spitälern unterdrückt werden könne. Obschon Sir R. H. Inglis der Bunsen'schen Rede eine „europäische Bedeutung“ zuerkannte, glauben wir doch, daß die Bedeutung europäischer Fragen ganz wo anders, als in blosen gut stylisirten Reden und in allgemeinen Versicherungen von der Unerschütterlichkeit des Weltfreiedens liegt. Der Krieg droht uns nicht mehr, wir sind schon mitten darin, ohne es zu merken oder glauben zu wollen.

**Guizot**, schreibt man uns von London, lebt sehr zurückgezogen, — fast alle hier wohnenden fremden Gesandten machten ihm ihre Auf-

Digitized by Google

wartung, die er am 9. März erwiterte. Die Familie Orleans verhält sich ganz ruhig in Claremont und Louis Philipp soll den ganzen Tag beschäftigt sein, seine finanziellen Verhältnisse und Geldgeschäfte zu ordnen. Er hat jeden Gedanken an eine Wiederherstellung seiner Dynastie aufgegeben und reklamirt nicht einmal den Thronerben, den Grafen von Paris, den er früher mir von seiner Seite lassen wollte. — Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß Ludwig Philipp die Fortsetzung seiner finanziellen Geschäfte unter den gegenwärtigen Verhältnissen für einträglicher hält als die Fortsetzung seiner Dynastie.

## Frankreich.

Paris, 12. März. Der Moniteur bringt heute die Verordnung der provisorischen Regierung, wodurch die Errichtung einer polnischen Legion befohlen und dieselbe zur Verfügung des Kriegsministers gestellt wird.

Der Moniteur zeigt ferner an, die provisorische Regierung habe von den Herren Heinrich und Franz von Orleans (Aumale und Joinville) zwei Briefe erhalten, in welchen sie melden, daß sie das französische Gebiet verlassen und ihre Befehlshaberstellen ihren Nachfolgern übergeben haben.

Das große Bankhaus Charles Mount, Lassite und Komp. hat gestern seine Zahlungen eingestellt. Es zeigt jedoch in einem Circular an, daß seine Angelegenheiten keineswegs schlecht stehen, und daß es nur einiger Frist bedürfe, um seine Zahlungen wieder aufzunehmen. Man spricht überdies von dem bevorstehenden Falle mehrerer anderer großen Häuser.

Die gesammte Besatzung von Paris hat die Hauptstadt seit 8 Tagen verlassen, so daß auch nicht einmal eine Kompagnie Linientruppen zurückgeblieben ist, eine Maßregel, welche ohne Zweifel nöthig war, um die Truppen von dem drückenden Gefühle der Niederlage zu befreien, das sie augenscheinlich mit sich umhertrugen. Die Pariser gefallen sich so wohl ohne Soldaten, daß auf das Gerücht, man beabsichtige 20,000 Mann neue Truppen kommen zu lassen, sogleich mehrere Deputationen an die Regierung abgingen, um sich dieß Gäste im Namen verschiedener petit. Klubs zu verbitten.

Hr. Lamartine, der die Deputationen empfing, erklärte diese Gerüchte für unwahr und sagte, die Regierung beabsichtige, um der Nationalgarde den allzubeschwerlichen Dienst zu erleichtern, in einem Monate 4 bis 5000 Mann nach Paris kommen und diese gemischt mit der Nationalgarde die Wachtposten beziehen zu lassen. Es seien, fügte er hinzu, keine Befürchtungen für die Störung des Friedens da, aber defensungeachtet erwecke das Entstehen einer Republik gewisse Besorgnisse in Europa und mache Rüstäne möglich. Deßgen vorgassisse die Regierung das Heer so schleunig, um dem Auslande gegenüber bereit zu sein — nicht aber um es gegen die inneren Freiheiten zu wenden. Polizeimannschaft gibt es in Paris ebensowenig als Soldaten, und sie scheint in der That bis jetzt nicht vermißt zu werden. Es ist indessen handgreiflich, daß ein solcher Zustand nicht dauern kann, und die Folgerungen, welche einige Blätter und Korrespondenzen aus dem augenblicklichen Bestehen desselben auf die Entbehrlichkeit der Polizei in einer Stadt von 1 Mill. Einwohnern ziehen, dieser Schluß ist höchst voreilig. Für jetzt steht die Pariser Bevölkerung noch unter der Nachwirkung der Begeisterung der Februartage, und sind 200,000 Mann Nationalgarde unter den Waffen, die einen so angestrengten Dienst thun, daß der Nationalgardist jeden dritten oder vierten Tag die Wache bezieht. Dieser Eifer wird und kann aber natürlich nicht vorhalten, und die Pariser werden bald einsehen, daß sie trotz der letzten Revolution doch wieder eine Polizeitruppe nöthig haben.

Mehrere Blätter dringen täglich auf Verminderung des Beamtenheeres, welches nicht weniger als 174,000 Köpfe zählt, und auf eine Verminderung der Besoldungen der höheren Staatsämter. Außer einer Herabsetzung der Ministergehalte auf 25000 Fr. ist von der prov. Regierung nach jenen beiden Richtungen hin noch Nichts geschehen. Von manchen Seiten hat verlangt man sogar, daß die Beamten der Monarchie in Masse abgesetzt werden, zumal die Gerichtsbeamten ohne Rücksicht auf die ihnen durch die vorige Verfassung gewährleistete Unabsetzbarkeit. Solche Forderungen setzen voraus, daß die republ. Charaktere und Talente sich dem 24. Febr. wie Pilze aus der Erde gewachsen seien. Die jetzige Regierung wird sich zu unverständigen Maßregeln dieser Art schwerlich verleiten lassen, aber die Männer der jetzigen Regierung werden im Widerstreben gegen so manche Strömung der Tagesmeinung leider nur allzu selb abgenutzt werden. Frankreich sollte doch an dem Beispiele Spaniens gelernt haben, was ein Staat durch Absetzungen in Masse gewinnt — nichts Anders nämlich als eine stehende Armee von Unzufriedenen, die, zum Theil in verzweifelter Lage, bei jeder Staatsneuerung Alles zu gewinnen haben.

## Italien.

* Rom, 6. März. Die Nachrichten aus Paris sind hier mit Gerüchten von neuen Unruhen in Neapel zusammengetroffen und haben den politischen Jünglingen hoch auch Hoffnung machen. Der Sinn der äußerlich so fanatisch wahrhaftigen Ausgüsse und Demonstrationen, welche Millibus Alexis in seinen italienischen Reisefragmenten den Lesern der Augsb. Allgem. Zeit. so harmlos in dem zierlichsten Novellenstyl zu schildern sich bemüht, stellt sich mehr und mehr in seinem bittren Ernst heraus. Die Dinge würden hier leicht eine wahrhaft drohende Wendung nehmen können, hätte man nicht zum Glück die Vorarbeiten, welche die jetzt nothwendig gewordene Erstheilung einer Verfassung erheischt, so rasch zu Ende geführert. In der That äußert sich das Verlangen nach derselben nun schon auf eine sehr dringende Weise. Gestern wurde ein Rundschreiben, in welchem der Papst um die beschleunigte und ungeräumte Veröffentlichung der Konstitution gebeten oder vielmehr angezwungen wird, mit vielen tausend Unterschriften bedeckt. Er hat auch dies Mal sich in Zeiten vorgesehen, und kann mit gutem Gewissen erwidern, daß sie bereits unter der Presse ist. Gestern Nachmittag zog man vor den Palast des katholischen Gesandten unter Vorrragung einer Flagge mit der Devise: Viva Pio IX. Viva lo Straniero. Der Gesandte dankte vom Balkon herab in kurzer Anrede für die Demonstration, versicherte seinen König davon zu benachrichtigen, und äußerte die Ueberzeugung, es werde ihm sehr angenehm sein Abends geschah wieder auf dem Caffe nuovo etwas Eigenthümliches. Achttausend Liberale erklärten sich bereit, an die Grenze zu ziehen und wollen von dem Papst diesen ihren heißen Wunsch an den Tag legen. Gut wäre es, man brächte diese unbesonnenen Schreier in den Reihen regulärer Truppen, deren Verbesserung der Kriegsminister gestrnet hat, unter. „Karl Albert in der Lombardei" ist das verführerisch klingende Losungswort. Daß durch solche vorrilige und stürmige Aeußerungen hier Alles eingeschüchtert wird, daß Gewerbe und Handel in bedrohliche Stockung gerathen, bekümmert diese Leute, die in den Tag hinein leben, gar nicht. Der arme Papst soll Augenblicke haben, wo er kaum seiner Sinne mächtig ist. Es geht zu arg durcheinander, und die Begebenheiten folgen einander allzu rasch.

† Neapel, 4. März. Das letzte Dampfschiff von Messina brachte Nachrichten von dort der bis zum 29. Febr. Der Brand in Portefranco war erst am 28. gelöscht worden; das Bombardement hatte bei Abgang des Schiffes etwas nachgelassen. Die Truppen hatten einen Ausfall versucht, waren aber zurückgeschlagen worden. Die Gebäude an der Marine sind bedeutend beschädigt. General Pepwie hat das Commando der Festung nur unter der Bedingung übernommen, daß man ihm unumschränkte Gewalt lasse. Die Messinenser sehen ihre Angriffe gegen die Citadelle fort, werden aber noch harte Arbeit haben; Sachverständige sagen, daß diese Festung von der Landseite fast uneinnehmbar sei. Wer schlecht indessen für die Besatzung gesorgt ist, beweist unter anderm der Umstand, daß in dem Fort nicht einmal ein Chirurg ist, daß sogar die zum Verband der Verwundeten nöthigen Tücher fehlen, und viele ihre Wunden mit Erde verstopfen mußten. Ein Regierungsschiff brachte gestern die Galeerensträflinge von Messina, wahrscheinlich um zu verhüten, daß dieselben in die Hände der Messiner fallen und von diesen feelgelassen, mit ihnen gemeinsame Sache machen.

† Neapel, 6. März. Monsigner Cecle wurde im Castellamare vom Volke verhaftet, gerade, als er sich verkleidet nach dem Auslande einschiffen wollte. Man will wissen, daß er, Delcarretto und die Generale Landi und Nunziante im Bunde seien, um eine Contrerevolution hervorzubringen. Im Quartier des Mercato entdeckte man gestern eine Minkelgießerei, worin man bereits 2 kleine Kanonen vorfand. Diesen Umstand setzt man ebenfalls mit einem Reaktionsversuche in Verbindung, welchen Delcarretto etwa im Schilde führen möchte.

## Nachschrift.

* Stuttgart, 14. März. Wir erhalten soeben einen Bericht über die an diesem Tage eröffnete Kammer der Abgeordneten. Das Volk — auch viel Landvolk war herbeigeströmmen — füllte die Galerien, war sogar in die Standesherren- und Standesherrengalerie eingedrungen, stand in den benachbarten Straßen. Die neuen Minister wurden mit lebhaftem Beifall empfangen. Der Minister des Innern, Duvernoy, übergab einen Gesetzentwurf über Volksbewaffnung. Die weitere Diskussion vertagt die Abfassung. Weiteres morgen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gerbinus.

Digitized by Google

**Baden.** * Karlsruhe, 13. März. Bei Beginn der heutigen Sitzung der zweiten Kammer eröffnete Präsident Mittermaier, daß die körperliche Züchtigung bei dem Militär aufgehoben ist. Die Kommissionsberichte über die Nachweisungen der Ständeversammlung über Gesetzentwürfe wegen Ersatzpflicht der Gemeinden für Schäden durch offene Gewaltthat und über die Aufhebung der Feudalrechte wurden zum Druck übergeben. Auch heute kam wieder eine Menge von Petitionen für die dringenden Forderungen des Volkes und viele andere Wünsche an die Kammer, darunter mehrfache Begehren für Aufberufung der ersten Kammer und eine Petition für Aufhebung des Bundestags, sowie für Anerkennung der französischen Republik; dann gegen die Verlegung der badischen Truppen und Herbeiziehung anderer Bundestruppen. M. v. Duesch erklärte, daß die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich nicht gestört seien, sondern unverändert fortbestünden, und daß er eine weitere Erklärung darüber später geben werde. Er und Geh. Kriegsrath Vogelmann äußerten ferner, daß die Gerüchte über Verlegung der badischen und Herbeiziehung anderer Bundestruppen durchaus falsch seien. Hinsichtlich der Besetzung der Rheingrenze seien noch keine Anordnungen getroffen; vertragsmäßig müsse in Kriegszeiten und bei drohendem Kriege die Besatzung von Rastatt zu einem Drittheil aus Bundestruppen bestehen. Dagegen wurde bemerkt, daß diese aus dem 8. Armeekorps genommen werden sollten. Staatsrath Bekk fügte den früheren Erklärungen in Betreff der Volksbewaffnung bei, daß die Regierung eine Quelle ermittelt habe, aus der sie höchst wahrscheinlich in Bälde, vielleicht noch im Verlauf dieser Woche eine bedeutende Anzahl Gewehre um einen mäßigen Preis beziehen könne. Da die Anschaffung von Waffen der allgemeine Wunsch der Kammer sei, werde eine Vorlage deßhalb wohl unterbleiben können; wenn daher Nichts dagegen erinnert werde, so werde die Regierung die Zahlung einstweilen aus Staatsmitteln leisten, die Waffen einstweilen an die Gemeinden verabfolgen, die deren am dringendsten bedürfen und den Ersatz für die Staatskasse einfordern. v. Jstein zweifelt nicht, daß die Kammer die Ausgabe genehmigen werde, wünscht aber doch, daß sie von dem Sachverhältniß Kenntniß erhalte. Ueber die Frage, ob die Einzelnen und die Gemeinden die Waffen bezahlen sollen oder die Staatskasse, waren die Meinungen getheilt. Welte, Peter, Bleiborn u. A. waren für Anschaffung auf Kosten der Gesammtheit. Hecker, Brentano, Mathy u. A. dagegen hielten sie besser, wenn die Bürger die Waffen als Eigenthum behalten, damit sie ihnen nicht wieder genommen oder, wie in Preußen, in die Zeughäuser eingeschlossen werden können. Unbemittelte Bürger und Gemeinden sollen von wohlhabenderen Mitbürgern und, wo dies nicht reiche, auch vom Staate unterstützt werden. Die Vorlage des Gesetzes über die Wehrverfassung wurde dringend in Erinnerung gebracht und für die nächsten Tage zugesagt, da das Kriegsministerium seine Begutachtung bereits gegeben habe.

Auf die Frage des Abg. Junghanns, ob sich die Regierung nicht für befugt erachte, die Verordnungen von 1837 wegen der Beschränkung der Bürgermeisterwahlen und des Bezugs von Bürgereinkaufsgeldern durch die Standes- und Grundherren zurückzunehmen, oder doch mit diesen über die Frage zu verhandeln, ob sie nicht zur Verrichtleistung geneigt seien, erklärte Staatsrath Bekk: Es sei allerdings jetzt am Platze, mit den Standes- und Grundherren in Bezug auf diese Rechte möglichst schnell zu unterhandeln, und er hoffe, daß die Verhandlungen zu einem gedeihlichen Ziele führen werden. In der Main- und Taubergegend und noch in andern Bezirken seien Gemarkthäufigkeiten (gegen Standes- und Grundherren vorgekommen, wobei das Eigenthum auf das Gröbste verletzt wurde. Sie selbst und ihre Beamten seien durch offene Gewalt zur Verrichtleistung nicht nur auf Feudalrechte, sondern theilweise auch zur Abtretung wahrer Privatrechte gezwungen worden. Es sei Thorheit von den Betheiligten, wenn sie glauben, daß solche Verrichtleistungen irgend Geltung hätten, es sei Unsinn und strafbares Vergehen, durch offene Gewalt solche Erpressungen zu verüben. Die Bewohner der betreffenden Gegenden seien hierüber belehrt und ermahnt worden; allein es sei erklärlich, daß in Augenblicken, wie der gegenwärtige, die Vernunft wenig Eingang finde. Im Uebrigen habe die Regierung Alles gethan, was zur Aufrechthaltung der Ordnung, zur Sicherheit der Personen und des Eigenthums möglich war; wenn auch die Kammer in gleicher Richtung wirke, so werden die berechtigten Standes- und Grundherren in diesen Anstrengungen einen weitern Billigkeitsgrund erblicken, um eine Vereinbarung auf die für den Staat günstigste Weise zu erzielen. Welte: Die Kommission für Abschaffung der Feudalrechte hat auch die Aufhebung der provisorischen Gesetze von 1837 aufgenommen, diese wird daher auch nächstens zur Erörterung kommen. Die Freesse im Odenwald gegen Standes- und Grundherren wird Niemand billigen; aber die Schuld fällt hauptsächlich auf die Regierung und die Kammern, welche für die gedrückte Lage der Bewohner zu wenig gethan haben. Die Abgeordneten des Odenwalds hätten sich in ihre Bezirke begeben sollen, vorausgesetzt, daß sie das Vertrauen derselben besitzen; sie hätten die Leute belehren sollen, welcher Weg zur Freiheit führt, ob der Aufruhr oder das feste Zusammenhalten auf gesetzlicher Bahn. Die Kammer kann so wenig als die Regierung wirken, wenn sie nicht das Vertrauen des Volkes besitzt. Ich habe im Seekreis eine bittere Stimmung wahrgenommen, und von Petitionen um Auflösung der Stände und Berufung einer wahren Volkskammer gehört, auf welche sich auch die Minister verlassen können. Staatsrath Bekk will nicht widersprechen, daß es unter Umständen eine moralische Pflicht der Abgeordneten sein könne, den Erörterungen der Ordnung persönlich entgegenzuwirken. Ich weiß auch, daß die Abgeordneten des Odenwaldes das Vertrauen besitzen. (Vielfältige Zweifelslosäußerungen.) Es waren bei den denselben Bewegungen keine politischen Elemente im Spiel, sie seien rein: „Wir leben der Freiheit entgegen.“ (Peter: Sie wissen zu unterscheiden.) Man wolle sich privatrechtlicher Verbindlichkeiten entledigen und hat an mehreren Orten die Unterjochandelsicher verbrannt, in der Meinung, dadurch schuldenfrei zu werden.

Brentano fühlt, wie gegen die Judenverfolgungen, so gegen die Gemarkthaften an Standes- und Grundherren die gleiche Entrüstung. Aber es ist doch ein Unterschied. Die Juden wollen gleiche Rechte mit ihren christlichen Mitbürgern. Der Adel hat Vorrechte, welche das Volk verdrücken. Außer der Aussaugung und der Unterdrückung jeder politischen Bildung der dortigen Bewohner, haben aber die Greuel noch einen weiteren Grund in dem früheren Reaktionssystem, wodurch bei Besetzung der Beamtenstellen weder Kenntnisse, noch Talent, sondern nur der niedrige Servilismus berücksichtigt wurde. Jetzt nächst sich im Odenwalde dieses Geschrei. Die Beamten, bes Vertrauens und der Kenntnisse baar, können die Freesse nicht Verhalten. Frig verlassen sie ihre Bezirke und flüchten in die größeren Städte. Schaffen Sie nebst den übrigen Vorrechten auch das Präsentationsrecht des Adels für landesherrliche Aemter ab, dann werden Sie Beamte bekommen, auf welche sie sich verlassen können. Säubern Sie unter den Lokalbeamten, es ist unumgänglich nöthig, daß Sie die Unfähigen zurückrufen, selbst wenn deshalb die Pensionslast noch höher anschwellen sollte. Schaaff entgegnet, daß die Anordnungen im Odenwald schon geschehen waren, als die Abgeordneten Kenntniß davon erhielten; es wäre Unrecht gewesen, wenn sie ihre Sitze hier, wo jeden Tag die wichtigsten Fragen verkommen, hätten verlassen wollen. Auch in anderen Gegenden hätten Gemarkthäufigkeiten stattgefunden, und wenn die betreffenden Abgeordneten hätten in ihre Bezirke reisen wollen, so würde der Ständesaal gelichtet sein. Die Abgeordneten des Odenwaldes und Er insbesondere hätten sich stets für die Aufhebung der Feudalrechte bemüht. Vogelmann und Böhme äußerten sich in ähnlicher Richtung; der letztere erwähnte, daß auch in dem Bezirk des heute anwesenden Abgeordneten Bassermann Unruhen vorgekommen seien, worauf Mathy entgegnete, der Abgeordnete Bassermann habe die Hände nicht in den Schooß gelegt, was Staatsrath Bekk und der Abg. Schaaff bestätigen.

Nach den Debatten über die Unruhen im Odenwald nahm Welcker das Wort. Er kam auf seinen von der Kammer einstimmig getheilten Wunsch zurück, die Regierung möge für sich allein und in Verbindung mit andern befreundeten Kabineten bei dem Bunde und den noch nicht auf Repräsentativverfassungen stehenden Regierungen, wie Oestreich, Preußen und Hannover, dahin wirken, daß sie sich von den teutobrüchigen, zeaktionären Maßregeln lossagen und sich für die Grundrechte der Völker mit uns vereinigen. Er stellt die Frage, ob die Regierung schon daran gedacht habe, diesen Wunsch der Kammer in Vollzug zu setzen. Auf die Antwort des Hrn. Ministers v. Dusch, die Regierung habe sich für die Preßfreiheit schon seit längerer Zeit und auch neuerdings wieder verwendet; von dem weiteren Wunsche habe sie keine Kenntniß gehabt (in der letzten Sitzung war G. R. v. Stengel allein anwesend, der unmittelbar darauf in den Odenwald abreiste) — fuhr Welcker fort: Die Preßfreiheit ist bisher nur für Baden verlangt worden, allein damit sind die Verheißungen der Fürsten und der Bundesakte, welche Preßfreiheit für Deutschland aussprechen, nicht erfüllt. Der weitere Wunsch, nämentlich die Nationalvertretung am Bund, ist von der dringendsten Nothwendigkeit. Als Beleg für die große Gefahr des Verzugs verliest der Redner mehrere Stellen aus einem Briefe, der von einem der kundigsten Männer des Oberlandes kömmt, welcher berichtet: die Stimmung im ganzen badischen Oberlande, im Hegau, in der Baar, auf dem Schwarzwalde

Digitized by Google

sei entschieden und zum Aeußersten bereit. Es könne nicht die Rede davon sein, Wochen und Monate lang auf ein deutsches Parlament zu warten; wie seien nicht eine Minute sicher, daß und die Bewegung nicht über den Kopf wachse. Das Losungswort „deutsche Republik" ist gefallen und übt seinen Zauber; es ist im Stande, einen Losbruch der Massen und damit unabsehbaren Zwiespalt zu veranlassen. Die Reaktion werde sich durch diese Gefahr aufgefordert sehen, das Letzte zu versuchen. Jetzt müsse man berathen, wie die Bewegung zu führen und zu leiten sei. — Der Redner hat aus andern Ländern noch schlimmere Nachrichten, die er aber jetzt nicht mittheilen will. Durch Vorgänge in diesen Staaten habe die Monarchie eine Erschütterung erlitten, worüber Jeder erschrecken müsse, der an dieser Staatsordnung noch festhalten will. Ich bedaure, daß die Minister noch immer nicht begreifen, wie nur die kühnsten, entschiedensten Maßregeln, aufs Schnellste durchgeführt, allein retten können. Die Regierung schreint zu langsam aus dem alten Geleise zu lenken, ich will dafür einige ihrer Bedenken zu beseitigen suchen. Sie sagt: wir haben nicht das Recht, uns in die Angelegenheiten anderer deutschen Staaten zu mischen. Dies ist nur von der Zeit an richtig, wo alle durch den Beitz ihrer grundvertragsmäßigen Rechte beseitigt sein werden; dann können sie für sich selbst sprechen. Wie oft haben fremde Regierungen zu Gunsten des Unrechts in unsere badischen Verhältnisse gesprochen; vergelten Sie Böses mit Gutem und verwenden Sie sich bei jenen für das Recht. Aber auch die Politik gebietet, rasch zu handeln. Gegenüber den republikanischen Wünschen spreche ich ganz offen meine Ueberzeugung aus. Ich weiß, daß die Monarchie nur eine Form ist, wie die Republik auch; die Hauptsache der Allem ist Recht, Freiheit, Gestitung. Wo der Gesammtwille sich für die Republik ausgesprochen, da wäre es Unrecht, nicht in ihr für das Vaterland zu wirken. Aber nach 30jährigen Studien und Bestrebungen huldige ich aus Ueberzeugung der Monarchie, nicht wegen ihrer historischen Geltung, sondern weil ich sie für die beste Form halte, wenn sie mit einer freien Verfassung vereinbarlich ist. Meinem König hat erklärt, wenn die Nation die Republik vorziehe, so solle darum nicht ein Tropfen Blut fließen, aber das Volk schaare sich um den Thron, bei dem seine volle Freiheit besitzt. Es bedarf der entsetzlichen Opfer nicht, wenn wir bei den bestehenden Grundlagen der Staatsordnung die Freiheit erlangen und sichern können. Allein dies beruhigt mich nicht. Auch ist der Umstand nur scheinbar beruhigend, daß die unendliche Mehrzahl, namentlich unter den Besitzenden des deutschen und des badischen Volkes, keine Republik will. So war es auch, nach der Versicherung von Augenzeugen, in der Hauptstadt des Nachbarlandes. Die Nationalgarde wollte die Republik nicht, aber sie hat dennoch den Thron nicht vertheidigt, es drückte sie das Bewußtsein einer Schuld. Sie hatte es unterlassen, den König und die Minister zu rechter Zeit von ihrem verderblichen System abzulenken; und weil sie im Frieden nicht gehandelt hatte, waren im Sturm ihre Waffen gelähmt. Die Republik ist hereingebrochen, weil die Republikaner die Entschlossensten und Kühnsten, die Andern feig und unthätig waren. Also ist bei uns die höchste Zeit, daß Regierung und Kammer und alle Freunde der Ordnung entschlossen und entschieden handeln. Jeden Tag nähert sich uns — darüber habe ich keinen Zweifel — ein furchtbarer Krieg; jede Nacht wächst die Zahl unserer Republikaner. Handeln Sie, ehe es zu spät wird. Es ist nicht möglich, daß wir die mächtigsten deutschen Bundesstaaten, daß wir Preußen und Oesterreichen mit Vertrauen aufnehmen, bevor nicht dort das Wort erfüllt, ein freier und sicherer Rechtszustand hergestellt ist. Es ist Zeit, das unselige Kuartische und altvaterländische System des göttlichen Rechts, wie das neubourbonistische System der Ueberstürzung abzuthun. Die Fürsten müssen wissen hören, sie müssen ehrliche Männer sein, wenn die Monarchie bestehen soll. Von hier aus — da ich in einem deutschen Parlament nicht sprechen kann — beschwöre ich meine deutschen Mitbürger in Preußen und Oesterreich, zu sorgen, daß das Wort erfüllt werde. Man fürchtet in Baden, daß sie unsere Freiheit, daß sie die freie Presse uns rauben könnten. Sie dürfen unsern Boden nicht betreten, bevor das Fürstenwort in Preußen und Oesterreich erfüllt ist. Ich beschwöre die Minister, sich für diese Bedingung der Ruhe und Sicherheit in Deutschland dringend zu verwenden.

Präs. Mittermaier theilt den Ministern mit, daß die Kammer dem in der letzten Sitzung geäußerten Wunsche des Abg. Welcker einstimmig beigetreten ist.

Minister v. Dusch. Die Regierung wird in dieser Richtung gewiß mit Freude und Eifer thun, was von ihr abhängt; wir müssen allerdings energisch wirken und Alle zusammenhalten. Allein ich bitte Sie, zu bedenken, daß in diesem Momente die Einigkeit wichtiger ist als je. Die Zwietracht hat Deutschland schon oft an den Abgrund geführt, ich warne vor dieser.

Die Tagesordnung führt zur Diskussion des von dem Abg. Hecker erstatteten Berichtes der Budgetkommission über die Rechnungsnachweisungen des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten für die Jahre 1844 und 1845. Auf dem vorigen Landtage war ein Posten von 9098 fl., welcher gegen die Beschlüsse der Kammer verausgabt wurde, für nicht gerechtfertigt erklärt und beschlossen worden, die Regierung zu ersuchen, den früheren Minister, jetzigen Bundestagsgesandten, Frhrn. v. Blittersdorff, auf geeignetem Wege, etwa durch Abzug an seiner Besoldung, zum Ersatz anzuhalten. Die erste Kammer war diesem Beschluß nicht beigetreten. Der Bericht setzt auseinander, daß nach der Verfassung die erste Kammer nur das Recht hat, das von der zweiten Kammer bewilligte Budget im Ganzen anzunehmen oder zu verwerfen; daß sie also über einzelne bewilligte oder verweigerte Posten nicht zu beschließen hat. Die Kommission wiederholt den Antrag auf Ersatz der verfassungswidrigen Ausgabe und wird bei Berathung des Budgets die erforderlichen Anträge stellen. Hinsichtlich einer starken Ueberschreitung des Voranschlages für verschiedene und außerordentliche Ausgaben trägt die Kommission, daß einem Gesandtschaftssekretär während der Abwesenheit (Gabriel) des Gesandten regelmäßig eine bedeutende Zulage gegeben werde; desgleichen eine Ausgabe von 2134 fl. für eine Note an den Minister v. Gise, bei Anlaß des Münzvertrages vom 27. März 1845, endlich einen Funktionsgehalt von 2000 fl. für Verfehung des Gesandtschaftspostens in Brüssel und im Haag durch den Bundestagsgesandten.

Nach Eröffnung der allgemeinen Diskussion spricht Hecker: Das Mißtrauen hat Baden in der Vergangenheit, denn 1831 sprach die Regierung wie heute, und bald folgten die Maßregeln der Reaktion und die geheimen Beschlüsse der Wiener Konferenz; das Mißtrauen hat Baden in der Gegenwart, denn der englische Vasall auf dem Throne von Hannover erklärt die Nationalvertretung am Bunde für unvereinbar mit der Monarchie, der König von Sachsen weist den Andrang des Volkes mit höhnischen Worten ab, Preußen beobachtet die Breslauer mit Kürassieren. Und während in Wien das Heer an die Sturmglocke gelegt wird, während der Magyare Kelz nach seinen Rechten greift, während der Czeche Zisko's Trommel sucht, während die Republik die Kühnsten entflammt — zögern Sie mit kleinen Konzessionen, mit der Abberufung eines Herrn v. Blittersdorff. (M. v. Dusch: Sie ist geschehen; allein Sitte und Regel erlangen, daß er so lange an seiner Stelle bleibe, bis sein Nachfolger ernannt ist.) Da haben wir das Zögern. Catilina ist vor den Thoren, Sie dürfen seinen Augenblick mehr zaudern. Der König von Würtemberg hat Römer berufen, warum suchen Sie einen Mann, der die Diplomatie beherrscht, und nicht einen Mann, der das Vertrauen der Nation besitzt? Dieses Zögern muß Sie stürzen; wenn Zaudern und Muthlosigkeit nur kurze Zeit noch dauern, dann führt Ihnen ein Sturm über den Kopf, der fortwährend wirkt vom Westen nach Osten. (v. Dusch. Drohung wird mich nie schrecken; ich werde meine Pflicht erfüllen bis zum letzten Augenblick. Gerade in der letzten Zeit hätte ich den Bundestagsgesandten am wenigsten entbehren mögen, weil er am meisten mit Thätigkeit, Kraft und Einsicht gewirkt hat; ich bedaure, daß seine Kräfte in diesen Augenblicke fehlen müssen). Dann können Sie auch den Satan beschwören, weil auch er ein gescheiter Kerl ist (donnernder Beifall auf der überfüllten Gallerie). Und wenn er alle Eigenschaften hätte, er ist eine Schlange im Grase und darf keinen Augenblick mehr bleiben. (M. v. Dusch. Wie haben bereits angezeigt, daß er abberufen ist).

Präs. Bekenn der Herr Minister sagt, er werde seine Pflicht bis zum letzten Augenblick erfüllen, so kann dies nur dadurch geschehen, daß er im Sinne der unermeßlichen Mehrheit des Volkes handelt. Mit seinem Rücktritte ist es nicht gethan; die Verantwortlichkeit ist groß. Staatsrath Bekk. Nicht nur unsere, auch Ihre Verantwortlichkeit, wenn auch nur eine moralische ist groß. Sie sollten den Sturm nicht brauf beschwören. Die großen Mächte können wir nicht zwingen zu thun, was wir wünschen. v. Itstein. Hören Sie mich, einen alten Mann, der stets für Freiheit und Recht des Volkes gewirkt hat. Wenn Sie mit der Gewährung unserer gerechten Wünsche zögern, so wird ein Sturm aus dem Oberland hereinbrechen, der Ihnen schwere Stunden bereiten wird. Mathy. Unsere Verantwortlichkeit ist allerdings groß, und mehr als eine bloß moralische. Dies wissen wir und handeln nach unserer festen Ueberzeugung. Wir haben ebenfalls bewiesen, daß uns nicht Drohungen schrecken. Aber was hilft Sie das Bewußtsein, Ihre Pflicht erfüllt zu haben, wenn Sie später sich gestehen müssen, daß Sie gezirrt haben und daß dieser Irr-

Digitized by Google

thum die schlimmsten Folgen hatte? Nicht unsere Reden veranlassen den Sturm, sie haben den Zweck, ihn vorzubeugen; hätten wir geschwiegen, er wäre schon losgebrochen. Sie können Preußen und Oesterreich nicht zwingen; allein Sie können dem Volke ein offenes Zeichen geben, daß Sie ernstlich für sein Recht und Freiheit und damit für die Einigung aller Deutschen wirken. Die Aenderung an dem Posten des Bundestagsgesandten gehört zu den dringendsten Angelegenheiten; fällt es Ihnen schwer, einen Nachfolger zu finden — das ganze Volk sind Ihnen den rechten Mann nennen und Ihnen aus der Verlegenheit heisen. Welcker. Sprechen Sie offen zu den Großmächten, dies wird besser wirken, als wenn es nur von demokratischer Seite geschieht. Ich habe keine Persönlichkeit vor Augen, aber wir können nicht auf das Vertrauen des Volkes rechnen, wenn es nicht Männer an der Spitze der Geschäfte sieht, denen es vertrauen kann. Wir haben unsere Verantwortlichkeit vor Augen gehabt, wir waren maßvoll in unsern Forderungen und in der Form, mehr als andere deutsche Völker. Ist nun das unser Dank, daß wir hinausgeschoben werden mit der Erfüllung unserer Wünsche? Allgemein hören wir sagen, wir seien mißachtet, wir hätten keine Kraft. Wenn die Minister unser Vertrauen im Volke schwächen wollen, so werden wir es zu erhalten suchen.

Staatsrath Bekk. Weit entfernt davon, erkläre ich offen, daß ich das Vertrauen des Volkes zu der Kammer für unbedingt nothwendig halte.

Hiermit schloß die allgemeine Diskussion. Die Anträge der Budgetkommission wurden nach einer längeren Verhandlung, auf welche wir hier nicht eingehen können, angenommen. — Nach der öffentlichen Sitzung fand noch eine geheime Statt.

---

**Preußen.** ☌ Berlin, 10. März. Von Voltaire sagt eine der Memoirenschreiberinen über ihn, daß seine ersten Regungen so menschlich schön gewesen seien, und Tallenrand warnte Jeden davor, der ersten Regung des Herzens zu folgen, die in der Regel milde zu sein pflege. Die zweiten Regungen sind es also, von denen das Verfängliche ausgeht. Ich habe Ihnen in meinen letzten Berichten beide Arten der Regungen in hoher Sphäre treulich gemeldet und fahre mit der ferneren Benachrichtigung über alle die Wandelungen dieser Regungen und Beschlüsse fort, von denen zum größten Theile unsere öffentlichen Angelegenheiten abhängig bleiben. Die militärischen Sachen enthalten bisher noch den unmittelbarsten Ausdruck des Staatswillens, daher erscheint es von großer Wichtigkeit für die Kenntniß desselben, daß dem Vernehmen nach zwischen Erfurt und Halle ein fliegendes Korps von etwa 8000 Mann errichtet werden soll. Das Kommando desselben, sowie den Auftrag zur Organisation, erhielt der General v. Wedell aus Potsdam, der, wenn er ausführt, was damit in Verbindung gesetzt ist, wiederholt versichert, daß ihn die Specialgeschichte Preußens nicht an die Seite des edlen Franzosen stellen wird, der vor der Pariser Blutbescheit an seinen König meldete, daß er nur das zu thun pflege, was „loisible“ ist. Das Königreich Sachsen wird nun von der Seite der preußischen Provinz Sachsen der umstellt durch die Garnisonen von Erfurt, Halle, das fliegende Korps dazwischen, Torgau (wo der durch seine absoluten Abstimmungen am Landtage hinlänglich bekannte Fürst Radziwill den Befehl übernommen) und in nahem Rayon zurück auch Wittenberg. Die Potsdamer Garden mit ihren langen, unreifen jungen Männern sind auch für diese Eventualität nicht weit entfernt. Sollte sich jedoch die Schwägerschaft mit dem königl. sächs. Hause bis zu einer bewaffneten Einmischung in Sachsens innere Angelegenheiten getrieben machen, so würde dem dortigen regierenden Hause, sowie dem deutschen Bunde unverhofft damit der allerübelste Dienst geleistet werden! — Außerdem zieht die im Frankfurter Regierungsbezirke stehende fünfte Division ihre Reserven ein und verstärkt sich dadurch sowohl in der Richtung gegen das Königreich Sachsen (durch den Weg der Lausitz), als auf das Großherzogthum Posen. Es gehören zu der Division das 8. und 12. Infanterieregiment, sowie das 2. Dragoner- und 3. Ulanenregiment, abgesehen von der zunächstliegenden Artillerie. — Die jungen Beamten bei den Landesbollegien werden also Zunächstliende bei den zu verstärkenden Intendanturen beigeordnet und zugeschrieben. — Die Potsdamer Bürger haben gestern im Schooße ihrer Stadtverordnetenversammlung den Antrag auf eine festländige Adresse glänzend durchfallen lassen, wie von dieser Bevölkerung im Voraus erwartet werden mußte; 3 dafür, 45 dagegen.

** Berlin, 11. März. Die Verordneten oberer Stadt hielten heute bei offenen Thüren Sitzung; die Zuhörer, von jedem Stand und Alter, füllten nicht nur den Saal, sondern auch die Hausflur bis an die Treppe. Eine Adresse an den König wurde beschlossen. Bei jeder „loyalen“ Aeußerung eines Redners von Weisheit, Fürsorge ꝛc. folgte Murren, oft laute Mißbilligung der Anwesenden. Als der Berathende Mertens von der „Zeit der Versprechungen“ sprach, wo man es gerne gesehen, wenn die Väter der Stadt es mit der Kompetenz nicht so genau nahmen, erscholl ein nicht enden wollender Beifallruf. Jene Adresse soll durch eine Deputation dem Könige überreicht werden, auch wenn der Magistrat, der sich, wie verlautet, ganz unpolitisch verhalten will, seine Mitwirkung versagt; sie betreibt außer einigen der bekannten „preußen Punkte“ die Einberufung des Vereinigten Landtags. — Dagegen wies die Versammlung die Zumuthung zurück, eine in der Volksversammlung vor den Zelten beschlossene Petition gleichzeitig einzuhändigen, wie von den Petenten gewünscht war. — Erst bei dem folgenden Theil der Verhandlungen gelang es mir, in den Saal einzudringen. Die Berathung betraf den von der Mehrheit der Deputation (d. h. vorberathenden Abtheilung oder niedergesetzten Kommission) gestellten Antrag auf Einrichtung einer Bürgerwehr, den namentlich die Verordneten Schauß, Naujoreck, v. Kaumer, Mertens unterstützten. Jene Deputation war darin über einen Vorschlag, den die Stadtverordnetenversammlung seit 2 Jahren vor dem Magistrat angerregt, hinausgegangen, nämlich in Betreff von sogenannten Schutzkommissionen. Die Rudimente parlamentarischer Sitte lassen keinen Zweifel, daß erst über das „Mehr“, dann über das „Minder“ abgestimmt werde. Viele kannten für Schutzkommissionen sein, aber nur für den Fall, daß die Bürgerwehr verweigert werden, damit dann doch Etwas geschehe. Richter-Bowenitzer sieß der Vorsteher, Hr. Fournier, wenn auch mit der Erklärung, daß, wer sich jetzt für Schutzkommissionen erkläre, gegen Bürgerwehr stimme (was parlamentarisch gar keinen Sinn hat) zunächst über die Schutzkommissionen und nicht über den Antrag der Abtheilung abstimmen. Die Mehrheit war für Schutzkommissionen. Jetzt verlangte Verordneter Mertens die Abstimmung über den ihm, wie es heißt, gestellten Antrag der Deputation. Und zwar mit ausschiedenem Recht, auch mit formellem Recht, wie Jeder zugeben wird, der weiß, was in solchen Verhandlungen Form und Recht ist! Der Vorsteher erklärte, die Bürgerwehr sei bereits verworfen. Jetzt entstand unter Zischlern eine Aufregung, die alle Grenzen überstieg. Man verlangte von hier aus Abstimmung. Zu wiederholten Malen wurde die Sitzung für geschlossen erklärt. Fast Niemand verließ den Saal. Endlich machte Jemand aufmerksam, man solle hinausgehen und den Verordneten Mertens mit Lebehoch empfangen. Beinahe sämmtliche Anwesenden warteten auf der Straße, und donnernde Lebehoch empfingen Hrn. Mertens. Die Stimmung war übrigens nagelbeißt; Jedermann sah ein, daß die Versammlung „kapitulirt“ worden, indem auch die vorhergehende Erklärung des Vorsitzers, die Viele ganz überhört haben, keineswegs die Unschicklichkeit entschuldigt, über das Geringere früher als über das Mehr abstimmen zu lassen und einen Antrag der Deputation nur nebenher abzufertigen. Um der allgemeinen Gereiztheit willen ist diese Zeitlesigkeit ungerügt zu beklagen.

Die Voss. Zeit. erzählt heute Rückkritt Metternichs. Was man wünscht, glaubt man. Die Fürstin hat noch ganz vor Kurzem hier geschrieben, ihr Gemahl sei in rüstigster Thätigkeit für das Wohl des Staats und lasse sich von den Ereignissen nicht imponiren. Ich traue der österreichischen Kanzleiweisheit auch nicht den Funken von Staatsweisheit zu, sich im rechten Augenblick verleren zu geben.

† Trier, 9. März. Der Gemeinderath hat folgende Adresse an den König gerichtet: Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster, Allergnädigster König und Herr. Seit Frankreich durch eine weltgeschichtliche Bewegung seiner Regierungsform ganz Europa erschüttert, in Deutschland der Lage der Dinge die längst vorhergesehene, wenn auch nicht wohlab erwartete Wendung gegeben, hat die Stadt Trier, der westlichen Grenze am nächsten, ihre Stimme nicht erhoben. Was sollte sie auch? unser Vaterland und ihres Entschlusses fo. Aufrechthaltung der Nationalität das Aeußerste zu wagen, bewurfte es nicht; Niemand konnte daran zweifeln. Eine Mahnung an die Regierung, nunmehr in neuen Zeiten der Gefahr, die Einheit der Vertretung zwischen Fürsten und Volk, deshen wohlbegründete Wünsche zu erfüllen sehen überstürzt; so er T g der letzten Jahre hatte den einzuschlagenden Weg bezeichnet, über den Willen und die Gesinnung des Volkes konnte kein Zweifel obwalten; wozu also eine neue Kundgebung da, wo die Stimmen von 3 Millionen der der Gewalt der Ereignisse verhallen mußten, und diese in unabweichbarer Nothwendigkeit die Stelle des Gesetzgebers einnehmen? Diese Macht der Nothwendigkeit hat in wenigen Tagen einem großen Theile unseres Vaterlandes eine andere Gestaltung gegeben, es verwehren die fürsten dieser Länder nicht ihr die Sanktion zu verfagen. Rheinpreußen, fern von dem Sitze seines Herrschers, hat das jetzt ruhig gewartet, welches Schicksal ihm durch diese Lage der Dinge bereitet werden, und es konnte ruhig zusehen, daß auf seinen Thron die Ordnung und Gesetzlichkeit und ihm Bewährten seines guten Rechts, welches ihm werden mußte. Allein vergebens. Abermals ertönt jetzt aus jedem Winkel der Provinz der Ruf: „Es ist Zeit“ Was seit der Februar 1847 in ängstlicher Zumessung von Königsthrone nicht vermocht, wird den weltumwandernden

Digitized by Google

Gebeten des Februars 1848 nicht verweigert werden können. Angesichts dessen hält es der Gemeinderath von Trier, als öffentliches Organ der Bürgerschaft, für eine Pflichtverletzung, länger die in allen Klassen der Bevölkerung herrschende Stimmung zu verschweigen, er verbindet seinen ernsten Mahnruf mit seinem des übrigen Rheinlandes, indem er durch übermalige Angabe derjenigen Maßregeln, welche allein geeignet sind, großes Unheil zu verhüten, jeder Mißdeutung an einer schlimmen Wendung der Zukunft von sich abwälzt. Soll das Volk die Schaaren, welche dem Vaterlande von Innen wie von Außen droht, durch eigene Kraft von treuer Selbstbewußtsein bewältigen, so müssen vor Allem die Schranken fallen, welche dem freien und gemeinschaftlichen Wirken des Geistes, von längst gerichteten Staatsmaximen gesetzt, in bewegter Zeit nur geeignet sind, die Waffe und den Schild des Bürgers, das Selbstgefühl, auf die geheimen Wege der Angeberschaft zu leiten. Absolute Rechtswohlgleichheit scheint daher für die nächste Zeit, zu für die nächsten Tage die Gewährung unbedingter Preßfreiheit und des Associations- und Petitionsrechts." Möge dann treuer Muth, treuer Maßhalt — eingedenk der in schwerer Zeit dem Volke gewordenen Verheißungen, mehr aber noch in Anerkennung der dem Bürger zustehenden unveräußerlichen Persönlichkeit und seines Rechts der Theilnahme an der Verwaltung des Gemeinwesens, welchem er sich angeschlossen hat — alsbald „eine wahrhafte, nicht aus dem unzulänglichsten Maßstabe eines Stämmevertretersfestes hervorgegangene Volksvertretung an den Stufen des Thrones versammeln, um mit ihr die wesentlichen Bestandtheile einer die Person, das Eigenthum und die Religion des Bürgers für alle Zukunft sichernden Verfassung festzustellen." Wir sind überzeugt, daß in dem deutschen Bergen unsers Königs der Ruf nach einer volksthümlichen Umgestaltung des deutschen Bundes lebhaften Anklang gefunden hat. Möge daher das gewichtige Wort Prevßens bald für „Schaffung eines deutschen Parlamentes" in die Wagschale der Berathungen der deutschen Fürsten und Völker fallen. Hierin erkennt der Gemeinderath die Mittel und Wege, durch welche sich die deutschen Fürsten den unerschütterlichen und festen Bundesgenossen erwerben können, es sind die Bedingungen einer Allianz mit dem deutschen Volke selbst. Das Selbstbewußtsein und die Einigkeit dieses Volkes werden Preußen, werden Deutschland dem Westen gegenüber unbesiegbar machen, aber auch jene Allianz mit dem deutschen Wesen und deutscher Freiheit nicht weniger Gefahr drohenden Osten unnöthig erscheinen lassen. Trier, 8. März 1848.

§§. Aus Baiern. 9. März. Meine Mitbürger haben das Vertrauen, das ich vor nicht gar langer Zeit für sie als Deutsche in Anspruch nahm, rasch und vollkommen gerechtfertigt, insonderheit haben die Bürger Münchens durch ihre Klarheit, Festigkeit und Ausdauer des Dankes von ganz Deutschland sich würdig gemacht; denn ihnen und der mit ihnen gleichgestimmten, thatenfrohen Jugend, sowie dem durch Mäßigung und Besonnenheit ausgezeichneten Heere gebührt das Verdienst, die volle rückhaltslose Vereinigung von Volk und Regierung des größten deutschen Staates für die große und heilige Sache des Vaterlandes, und somit ein durchgreifendes Beispiel für alle andern gewonnen zu haben. Freilich auch die Regierung könnte ein Theil des Verdienstes für sich in Anspruch nehmen, denn offenbar verdankt das Volk der Festgereiztheit ihrer Mißgriffe und hatten Maßregeln seine rasche Umwandlung und die schnelle Zeitigung politischer Bildung. So anziehend und lehrreich die Geschichte der Entwickelung der neuesten Ereignisse in Baiern ist, so möchte ich doch mit ihr jetzt nicht den Raum beengen für die Mittheilungen über den Stand der Angelegenheiten in Deutschland überhaupt und besbrünke mich darauf, von der jetzt beseelenden Stimmung Nachricht zu geben. Die Freude über den Sieg der Volksrecht ist allgemein und das aufs Tiefste erschütterte Vertrauen in die Regierung durch die in und außer der Proklamation gegebenen Zusagen und Zugeständnisse soweit möglich hergestellt. Die Jugend steht in Waffen, Studenten und Künstler bilden eigene Freikorps, ein drittes für Artillerie die Botyechnik er. Alles rüstet sich zum Kampf. Fragt man aber: Gegen Wen? so ist überall nur Eine Antwort: „Gegen Rußland"! Der Gedanke einer Verbindung mit Rußland eine Unmöglichkeit; das erste russische Bataillon auf deutschem Boden würde ganz Deutschland in Brand stecken. Möge man in Preußen dies wohl erwägen! Unsere Aufgabe, die Aufgabe aller Besonnenen und Redlichen muß aber daneben sein, die Augen zu öffnen über die ebenso gefährliche Freundschaft einer französischen Republik, über das unausweichliche Verderben, das aus einer Waffenverbrüderung mit ihr über uns kommen müßte. Wir haben kein anderes Ziel und hegen keinen andern Gedanken haben, als unsere Selbstständigkeit gegen West und Ost. Wir sind stark genug gegen den Andrang von beiden Seiten. Wenn der Geist der erwachten Volksthümlichkeit das mächtigste Triebwerk in der Bewegung der Gegenwart ist, so werden die Deutschen, die Träger des kräftigsten und ursprünglichsten Nationalsinnes, nicht die Schmach über sich kommen lassen, in der Bewunderung fremder Größe und gerauschi vom Schimmer einer von der Volksfreiheit geschaffenen Regierungsform oder auch aus Haß gegen einen obnedin unmöglichen Einfluß autokratischer Mächte, Vaterlandsliebe und Nationalstolz nur einen Augenblick zu verläugnen. Deutschland wird frei, einig und stark, aber ebenso ohne die von jeher verderbliche Hilfe Frankreichs, wie gegen den verwerflichen Beistand Rußlands.

* Frankfurt, 12. März. Von Kassel ist diesen Nachmittag die Nachricht eingetroffen, daß gestern der Kurfürst, nachdem das Volk in einer Anzahl von mehr als 20000 Menschen das Schloß umringt, die Fenster eingeworfen und, wie es heißt, sogar mit Feuerangriff gedroht hatte (das Militär verhielt sich passiv) in alle Forderungen gewilligt hat. Die Hanauer Deputation, welche im Augenblick der Abreise von dem Volk zurückgehalten und nach dem Schloß geleitet wurde, reiste nach erhaltenem günstigen Bescheid Nachts 10 Uhr nach Hanau zurück, wo sie grade zu rechter Zeit ankamen, um dem Ausbruch einer durch mehr als 10000 Bewaffnete unterstützten Bewegung Einhalt zu thun. Die Sensation, welche die Nachrichten aus Kassel hier hervorbrachten, ist unbeschreiblich. — Von Wien ist weder die Post vom 8. d. M. noch irgend eine Mittheilung auf außerordentlichem Wege hierher gelangt. Von dem Zustande des Effektenhandels, auf unserm Platze mag der Umstand einen Begriff geben, daß heute auter einem einzigen Stücke $2^1/_2$ prec. Met. (zu 36) gar Nichts umgesetzt wurde. Morgen wird die gesetzgeb. Versammlung über die Ausgabe von 2 Mill. fl. Reservoscheine gegen gute Hypotheken und Frankfurter Obligationen zur Erleichterung des Platzverkehrs zu berathen haben.

## Belgien.

* Brüssel, 8. März. Die öffentliche Meinung in Belgien entwickelt sich mit jedem Tage zu bestimmterer Gestalt: Man will keine Nachahmung der französischen Revolution, weiß man alle Freiheiten hat oder auf gesetzlichem Wege erhält, man will seine nationale Unabhängigkeit nicht aufgeben. Man will im Falle eines Krieges die Neutralität aufrecht erhalten und hegt die Hoffnung, daß die Selbstständigkeit Belgiens, wenn sie diese Feuerprobe bestanden, auf fester und dauernder Basis ruhen werde. Auch die materiellen Interessen unterstützen diese Politik. Die inländische Industrie und der Handel würden die Vortheile des Friedens ausbeuten und das Land bereichern. Das Bedürfniß des Bannens der Dynastie zur Aufrechthaltung der nationalen Selbstständigkeit spricht sich instinktartig in den Massen aus. Die königl. Familie zeigt sich jetzt täglich auf den öffentlichen Spaziergängen. Wenn in früherer Zeit etwa die Hälfte des Publikums bei diesem Anlasse das Haupt entblößte, so geschieht dies jetzt von Allen ohne Ausnahme, und mit nie gekanntem Eifer — ja, Knechtsame werden durch die Umstände dazu aufgefordert. Die drei ersten Klassen vorzüglich sind es, welche der Nachahmung des Pariser Treibens entschieden entgegen sind, und diese Klasse ist sehr zahlreich in Belgien. Sie ist gewarnt durch die Folgen des Benehmens der Pariser Nationalgarde. Sie sammelt sich in dichten Schaaren bei der Bürgergarde, legt großen Eifer an den Tag und ruft im ganzen Volke den besten Geist hervor. Jüngst gab sich dieser Geist in entschiedener Weise zu erkennen; als in der Kammer der Abgeordneten Hr. Castian den „franz. Ideen" eine Lobrede hielt, äußerte Hr. Delfosse: „Die französischen Ideen mögen die Runde um den Erdball machen — aber sie brauchen ihren Weg nicht über Belgien zu nehmen, denn wir haben die Freiheiten alle, um die man sich an der Seine streitet" — und ein stürmischer Applaus erschallte, von allen Bänken eilte man auf den Redner zu und drückte ihm die Hand. Er hatte die Sache getroffen, die in allen Herzen widerklang. Den andern Morgen fand an vielen Straßenecken Brüssels zu lesen: „mort à Castian, mort an teufre." Hr. Castian sah sich veranlaßt, in der folgenden Sitzung eine erläuternde, resp. einlenkende Rede zu halten, um seine Vaterlandsliebe zu bethenen. Das Ministerium hat durch seine Reformen die progressistischen Massen gewonnen, und wird nicht weniger eifrig von Jenen unterstützt, die bei einem Umsturze mehr noch zu verlieren hätten. Es geht sicheren Schrittes den Gang, der in dieser bewegten Zeit der konservativste zu sein scheint. Der belgische Botschafter in Paris ist angewiesen worden, Hrn. v. Lamartine zu erklären, daß er officiewsement den freundschaftlichsten Verkehr mit der provisorischen Regierung zu pflegen habe. Es ist dieselbe Stellung, die England angenommen hat. Schon sind mehrere Emissäre des l. g. „prosselytisme pacifique des idées" aus Paris hier im Lande angekommen, um den Boden vorzubereiten. — Ihre Umtriebe werden aber vorerst erfolglos bleiben.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England 79 Newgate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal u. Overseeländer Bureau de poste rue Jacob Nr. 30 in Paris. Einrückungsgebühren 20 Centimes die Zeile. Paris 33, Rue Notre Dame de Nazareth.

Die Hauptexpedition besorgt das Groß. Gen. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 2 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

# Deutsche Zeitung.

№ 77. Heidelberg, Freitag 17. März. 1848.

## Uebersicht.

Die Krisis Oesterreichs. — Entlassung. — Von der Donau (Militärische Demonstration. Keine Intervention. Freiwilligkeit). Prag (eine Reformpetition). Berlin (Zusammentritt der vereinigten. Militärische Vorkehrungen. Die politische Lage. Gerücht, der Durchzug russischer Truppen sei verweigert worden. Die Breslauer Deputation. Verbot gegen Volksversammlungen). Von der Havel (Schreiben von einem Emigranten der preuß. Polizei; eine Denkschrift Hansemann's). Halle (Zusammenziehung von Truppen gegen Sachsen hin). Stuttgart (Eröffnung der Kammer der Abgeordneten; Gesetzentwurf über Preßfreiheit; die Adreßangelegenheit; Gerücht von einer Berufung Alms nach Oesterreich; eine Interpellation; Petitionen; Verbesserungsvorschläge; Truppenzug durch Leipzig). Hannover (Ständische Adresse; Gerücht von Flucht des Königs; Ruhe). Nassau (Bestätigung der Adresse an den König; in Folge derselben Stadt mit Militär besetzt). Osnabrück (Reformpetition). Karlsruhe (Aufhebung von Verordnungen, betr. Handwerkerliche Rechte; Einlassung zu einer Versammlung in Offenburg; die republikanische Bewegung im Seekreis). Kassel (Eröffnung der Kammer; die früher ausgeschlossenen Mitglieder aufgenommen). Schwarzburg-Sondershausen (freiwillige Gewährung von Reformen). Anhalt-Dessau (Reformbewegung). Sachsen-Altenburg (Petition). Breslau (Bewegungen der Polen-gung). Oldenburg (die neue Verfassungsreform und ständische Verfassungsadresse). Sachsen-Meiningen (ein herzogl. Schreiben, Reformpetitionen). Hamburg (Gewährung der Reform). Lübeck (die Censur aufgehoben). Holstein (Stadt der erlauchten Männer).

**Schweiz.** Bern. Versuch einer Reaktion in Neuenburg. Die Verfassung.

**Großbritannien.** Charitistenversammlung in Hull. Die Times über das deutsche Parlament. Das landtäsche Parlament mit einer Ritterlage für die Regierung eröffnet.

**Frankreich.** Versammlung gegen Belgien; Ausfall des Couvrier gegen die Brüsseler Regierung; Mäßigung und Besonnenheit des Nationalen. Die Reformer will die ehemalige Jugend-Association von der Rue Mercoeur ins Leben gerufen haben. Bewerbungsschreiben Lamartine's. Abschaffung der Körpert. Strafen in Heer und Flotte. Entlassung aller Schutzgefangenen. Absetzung mehrerer Staatsräthe und andern Beamter. Mittheilungen der Gesandten von den Zuständen in den Provinzen. Unterschriften für die Diskontobank und für die Verwundeten der Februartage. Die Kandidaten der Pariser Arbeiter für die Nationalversammlung. Tesse aus dem Gefängniß und in das Gefängniß zurück. Journille nach Frankfurt. Ein Vorschlag Louis Blanc's zu Gunsten der Arbeiter. Ministerielle Umschreiben an die Bischöfe. Die Schweizer in Paris beschwichtigen die Republik. Fallen der Börsenkurse.

**Spanien.** Arrestirt der Oppositionsblätter an die Königin und deren unglückliche Aufnahme. Unwille des Hofs gegen den Infanten Heinrich. Aufregung in Madrid, Saragossa, Katalonien; Zuruf nach London; Espartero nach Madrid.

**Italien.** Das Fürstenthum Monaco eine Republik.

**Amerika.** John Quincy Adams †. Gerücht von einem Friedensvertrage mit Mexiko.

**Handel.** Frankfurt. Trostloser Börsenzustand. Fall des Hauses Briloff.

**Beilage.** Münster. Aufruf des Bischof. Der frühere Gouverneur von Neuenburg, v. Pfuel. Einberufung der Reserven. Bombardement Kehlar. Die Bewegung in Hohenzollern. Das Programm des würtemb. Ministeriums. Göttingen. Hannover und die deutsche Reformbewegung. Unganstige Aufnahme der Deputation aus Hannover. Kassel. Kammerverhandlungen: zahlreiche Eingaben; Berichtigung Welcker's dete, die angeblich im Seekreis aufgebrochen Unruhen und die Aig Baffermann dete. die Zudenverfolaungen in Sinsheim. Aus Baden. Insbesondere Freiburg stürmen Dauerlos in der Bundesstadt. Koburg. Die Reformforderungen erfüllt. Andere Staaten. Die Socialstrage und ihre Lösung. Niederland. Haag. 27 Gesetzentwürfe für die Grundgesetzreform. Frankreich. Die Finanzlage Frankreichs und die im Interesse derselben zu treffenden Maßregeln; Bankrott der Spartakisten. Die Versammlung der Regierungskommissäre für die Arbeiter; Rede Louis Blanc's. Ruhestörungen und Gewaltthätigkeiten in den Provinzen. Strasburg. Der Klerus und die Legitimisten. Die Hauptstadt. Die Erzesse gegen die Israeliten.

## Heidelberg, 17. März.

Als in diesen Tagen das Gerücht umlief, Fürst Metternich sei zurückgetreten, da sprach sich bei Männern ganz verschiedener Parteien dieselbe laute und ungetheuchelte Freude aus; es schien damit von der deutschen Entwicklung ein drückender Alp hinweggewälzt. Schwerlich war diese Einstimmigkeit ein Tribut, den man der überwiegenden persönlichen Bedeutung des österreichischen Staatsmannes zollte, vielmehr war man längst gewohnt, von derselben nur Handlungen wahrzunehmen, in denen sich der starre Eigensinn des Alters aussprach, und die Unfähigkeit, neue große Lebensverhältnisse zu begreifen und zu nützen. Längst war ja der Gang der europäischen Entwicklung in einer Reihe von Niederlagen für das Metternich'sche System geworden, und auch die letzte charakteristische Hoffnung dieser gewissenhaften Staatskunst: „Mich und den Metternich wirds wohl noch ausdauern" — wird in diesen Tagen aufs Bedenklichste erschüttert. Längst schon sah man diese Politik in den Agonien des Todes befangen und beklagte nur den Staat, der im Augenblick einer europäischen Krisis dies Experiment, auf Leben und Tod mit durchmachen mußte. Daß diese Politik in ihrer ganzen Starrheit und Gesetzlosigkeit, dieser träge und zähe Widerstand gegen das Nothwendige und Wohlthätige, dieses Absperren vor dem frischen Luftstrome der Zeit sich einem Menschenalter durch Metternich personifizirt ist, das knüpft an sein Bleiben oder Gehen eine Hoffnung, wenn auch nur negative Bedeutung. Die Opposition gegen diese Politik war nicht nur im Volke, nein, in den Regionen der Staatsmänner und der Bureaukratie, ja selbst der Dynastie seit lange lebendig geworden; der Rücktritt des traditionellen Vertreters derselben war ein mächtiger Sieg der Zeit, war aber zugleich der Anfang einer vollständigen Umwälzung, einer Umwälzung, bei der innere Nothwendigkeit eben von Männern ganz verschiedener Parteiansichten einmüthig anerkannt ward.

Denn wie auch die Krisis in ihrem Verlaufe sich wende, welch starke und gewaltsame Mittel die Heilung auch fordern mag, daß sie eine nothwendige und dringend gebotene ist, darüber können die Meinungen kaum nicht mehr getheilt sein, wenn es einmal soweit gekommen ist, daß nur zwischen langsamer Auflösung und dem gründlichen Versuch einer durchgreifenden Heilung die eine peinliche Wahl noch bleibt. Die Finanzen sind nach dreißig Friedensjahren zerrüttet, keine Klasse der Bevölkerung mit ihrer Lage zufrieden, der Adel voll unruhiger Gährung, der Bürgerstand in Unmündigkeit gehalten und eben deßhalb für einen wankenden Staatsbau die schlechteste Stütze, der Bauer zum Theil in offener Auflehnung, zum Theil von tiefer, drohender Mißstimmung erfüllt. In den heterogenen Nationalitäten, die sonst in Zeiten der Noth zu gegenseitiger Erhebung bereit waren, sind jetzt Trennungsgelüste lebendig geworden, und weder der Deutsche und der Slave, noch der Magyare und der Italiener würde für die gegenwärtige Monarchie Gut und Blut so freudig und opferbereit einsetzen, wie es die deutsche, magyarische und slavische Bevölkerung früher in kritischen Zeiten zu wiederholten Malen gethan hat. Dahin hat es ein System gebracht, das sich vorzugsweise für das „monarchische" ausgab, während es doch die Monarchie unter die Bureaukratie gebeugt, dem Volk die lebendige und unmittelbare Anschauung einer kraftvollen monarchischen Hand durch eine schwerfällige Schreibermaschine verdunkelt und den monarchischen Bau in ferner starken Einheit langsam aufgelöst und stückweise zerbröckelt hat.

Die jüngste Aeußerung der Metternichschen Politik im Oesterr. Beobacht., jener Aufsatz über die französische Umwälzung, worin sich eine so trostlose Unfähigkeit in staatsmännischen Dingen aussprich, tröstet sich damit, daß der österreichische Kaiserstaat schon so manche Krisen überstanden habe, also auch diese glücklich überstehen werde. Dieser politische Aberglaube, der übrigens nicht nur im Oesterr. Beobachter umgeht, ist eben nur wieder ein Beweis der Rathlosigkeit und politischen Verzweiflung. Freilich hatte Oesterreich Krisen auszustehen, die furchtbar genug erschienen mögen, und das Glück, womit es unverhofft diesen schweren Entscheidungsstunden anzubeugen wußte, ist fast sprichwörtlich geworden. Aber jene Krisen kamen doch vorzugsweise von Außen; die innere Gährung stand nie im Verhältniß zu dem Zustand, wie er heute ist. Die Türkengefahr oder der Kampf unter den Agnaten oder die Rebellion in Ungarn und Böhmen oder der Kampf mit Frankreich unter Ludwig XIV. und Napoleon — das Alles waren harte Proben, aber Oesterreich überstand sie, weil eben die Gährung im Innern den Bau noch nicht aus seinen Fugen getrieben hatte, weil ringsum noch nicht dies frisch erwachte Leben der Völker an die morsche Hülle anschlug. Solange diese innere Auflösung den Kern des Staates nicht angegriffen hatte, reichte ein gewaltsamer Streich despotischer Reaktion auch wohl hin, beruhigte Gefahren abzuwehren, war eine plötzlich eingetretene Wendung der Dinge, eine Heirath, ein Todesfall bedeutend genug, um einen drohenden Sturm zu beschwören. Auch dazu ist heute keine

Digitized by Google

Aussicht mehr; die blutigen Schreckensscenen in Böhmen, in Oberösterreich, in Ungarn, womit die „konservative" Politik des Hauses Habsburg sich zu Hilfe kam, konnten heute die gesuchte Auflösung nur beschleunigen, nicht hemmen. Die glücklichen Familienverbindungen, die weltgeschichtlichen Heirathen, die vom Zufall gebotenen Schicksalsspiele, an denen die Geschichte des Hauses Habsburg und Lothringen so reich ist, werden sich schwerlich mehr wiederholen und, wenn sie sich auch wiederholten, in einer Zeit, wo diese alte Politik überwunden ist, den früheren Zauber nicht mehr üben.

So ist denn die Stunde nicht mehr ferne, wo die Metternichsche Politik ihre letzte Probe wird bestehen müssen. Wie diese Probe ausfallen mag, das läßt und ein Blick auf die politische Stellung des österreichischen Kaiserstaates ahnen. Dieser einst so mächtige Staat, der auch heute noch herrliche Kräfte enthalten könnte, muß Italien und Galizien mit einem Aufwand von militairischer Anstrengung niederhalten, der auf die Dauer kaum zu ertragen ist, muß in Deutschland und Ungarn eine politische Entwicklung gewähren lassen, der er sich seit Jahrzehnden aufs Feindlichste widersetzt hatte. Die Hegemonie in Italien, die eine weise Politik hätte erringen können, ist den Oesterreichern entwunden, die in Deutschland, nach der Joseph II. noch streben konnte, ist die auf die Erinnerung weggeworfen, und ganz kleine Staaten nehmen an der so hochwichtigen Entwicklung der deutschen Gegenwart einen größern und wirksamern Antheil, als der Staat, mit dem vor drei Jahrhunderte die deutsche Kaiserkrone eng verbunden war. Von Verbündeten hat Oesterreich mit seiner bisherigen Politik kaum einen andern zu hoffen — als Rußland; jenes Rußland, dessen Bündniß Oesterreich mit allen Sympathien Deutschlands und der eignen Unabhängigkeit würde bezahlen müssen.

Das Gefühl dieser Noth, auch wenn die diplomatische und bureaukratische Welt, auch wenn das „System" dagegen mit dreifachem Erz gepanzert ist, hat sich langsam und allmählich in der Bevölkerung geltend gemacht, und was eine unverantwortliche Politik geschieden hat, scheint in dem Bewußtsein der gemeinsamen Noth sich wieder zusammenzufinden. Wir hören, wie die böhmischen Abgeordneten sich regen, die niederösterreichischen Stände und der unmündigen Stellung eines Polizeilandtags sich zu der Bedeutung einer repräsentativen Versammlung emporzuringen suchen, wir hören, wie die Ungarn dringende Reformforderungen geltend machen, Forderungen, die weder die Lossreißung von der Gesammtmonarchie, noch deren Auflösung bedingen, die aber das lauteste Verdammungsurtheil über die bisherige Politik aussprechen. Wird man diesem Rufe folgen oder das verzweifelte Ringen gegen diese Vorposten einer neuen Zeit bis aufs Aeußerste treiben, wird man von der Reform zur Revolution drängen und, wo es sich nur um das „System" handelt, zugleich Monarchie und Staatseinheit auf Eine Karte setzen? Von dem politischen Grossist des „Systems" läßt sich Alles erwarten; ob aber das Gewissen der einzelnen Stämme und Stände, ob ihre Einsicht und ihre Vaterlandsliebe zu diesem Aeußersten die Hand bieten wird, bezweifeln wir. Drum wäre es an ihnen, jetzt, wie nie zuvor, ihre Stimme laut und durchdringend vernehmen zu lassen; denn heute noch wie nach 1809 gilt das Wort des Erzherzogs Karl: „Nicht durch Männer im Fürstenstande geboren kann Oesterreich gerettet werden!"

## Erklärung.

Es ist durch Wort und Schrift das Gerücht verbreitet worden, in der am 5. d. M. zu Heidelberg abgehaltenen Versammlung, von welcher die Erklärung wegen eines „deutschen Parlaments" ausgegangen, habe man insgeheim die Gründung einer „deutschen Republik" beschlossen. Die Unterzeichneten, welche der erwähnten Versammlung beigewohnt, erklären dieses Gerücht für eine Unwahrheit. Karlsruhe, 15. März 1849. Soiron. Stösser. Bissing. Bassermann. Schmitt. Weller. Becker. Kapp. v. Ihstein.

**Oesterreich.** Von der Donau, 11. März, schreibt die Allg. Z. Wie man hört, soll eine Deputation aus dem Mailänder Adel an Se. Maj. den Kaiser abgesendet worden sein, um die Wünsche, Bitten und Versicherungen der Bewohner vor die Stufen des Throns zu bringen. Die Truppenverbindungen nach Italien scheinen aufzuhören, dagegen hört man, daß binnen Kurzem ein österreichisches Beobachtungskorps gegen den Rhein hin zusammengezogen werden soll, in derselben Weise, wie auch Holland und Belgien ihre Truppen gerüstet halten, um auf mögliche Fälle gefaßt zu sein. Einstweilen wiederholen die Wiener Zeitungen in potenzirter Weise die Versicherung, daß man an keine Intervention über die Grenzen denke, an die auch in diesem Augenblicke kein Oesterreichischer denken wird.

Die Berichte aus Wien verstehen übereinstimmend, daß die Ruhe in der Lombardei nicht gestört worden, wohl aber der lombardische Adel aus Besorgniß vor der Revolution geneigt sei, sich mit der Regierung, wenn sie Konzessionen gebe, zu verständigen. Daß solche Konzessionen gemacht werden sollen, wird seit Wochen täglich versichert, bis jetzt ist aber noch Nichts geschehen. Inzwischen steigt die Kreditlosigkeit bis zu einem beunruhigenden Grade, und wenn nicht bald Etwas geschieht, möchte auch hier das weltgeschichtliche „trop tard" seine Anwendung finden.

* Aus Prag erhalten wir soeben noch Berichte über eine am 11. d. M. abgehaltene Versammlung, welche eine Reformadresse berath, die nicht verfehlen wird, in ganz Oesterreich tiefen Eindruck zu machen, und Nachahmung zu finden. Wir werden in unserer nächsten Nummer den Bericht mittheilen.

**Preußen.** ** Berlin, 13. März. Schon heute in der Frühe haben zwischen dem Anhalt. und Potsdamer Bahnhof starke Zusammenrottungen stattgefunden; mein Bote erreichte erstern nur mit Mühe. Man vergnügt, es sei auf die Eisenbahnschienen abgesessen. — Heute Abend fanden noch stärkere Zusammenrottungen am Brandenb. Thor und unter den Linden Statt; Kavallerie besetzte das Thor und suchte den Platz zu säubern. Es sollen Steinwürfe gefallen sein. Ebenso waren verschiedene Ausgänge der Stadt, auch gegen das „Voigtland" hin militairisch besetzt. Allmählich, heißt es, habe die Menge sich nach dem Schloß hingezogen. Die Stimmung wird täglich, stündlich schlimmer. Man ist sich nicht bewußt, was bevorsteht. Die Revolution ist ein Scherzwort aller Klassen; aber dieser Scherz ist saurstüß. Heute Abend wurde eine zahlreich besuchte namhafte Gesellschaft mitten in einem sehr feierlichen Akte mörklich auseinander gejagt durch die Nachricht, ein Aufstand sei ausgebrochen! Der Polizeipräsident steigt mit jedem Tag in der öffentlichen Achtung. Wer die gemäßigtsten Männer sprechen in den ersten Kreisen hört und in allen Klassen der Gesellschaft sich gegen das unbegreifliche Benehmen der Regierung aus, Minunter ist man versucht zu glauben, Metternich regierte Preußen! Und in dieser Krisis streut das Philisterthum noch Sand in die Augen. Lesen Sie, wie reizend in der Merseburger Stadtverordnetenversammlung die deutsche Bewegung beurtheilt wird! Sie gehören nicht zu denen, welche „in diesen Tagen der Verwirrung und der Leidenschaft, Maß und Takt (!!) vergessend, in unsteiger Nachahmung wälschen Treibens, die Würde des Königs und die Ehre der Nation frevelnd besecken"; sie wollten die ersten Güter der Menschheit „nicht entreißen und nicht erschleichen (??)", sondern „verdienen": „Die zahllosen Meeresen, welche jetzt zu Tage kommen, dieses athemlose Rennen und Ueberstürzen noch einem schwerlich erkannten Ziel, diese federhafte Bewegung deute auf keine gesunde Entwickelung." — Nein, die Spießbürger von Merseburg wollen erst eine Schlacht bei Jena und einen Tilsiter Frieden! Gott habe die selig. Vulgus vult decipi: decipiatur ergo. Mit unserer Seite halten es mit der Adresse von Krefeld. Aber sie wird wohl ebenso wenig Einlaß in die A. P. Z. finden, wie die Koblenzer Wahrheiten; die Merseburger Reden entnehmen wir aus diesem Blatte! — Wer dem König abräth, den Landtag sofort zu berufen, ist ein Verräther! Das unterschreiben jetzt in Preußen Millionen.

Berlin, 11. März. Die Abgeordneten aus Breslau hatten heute Audienz beim Könige. Sie sprachen auch ihre Wünsche um Preßfreiheit, Berufung des Landtags und Bürgerwehren aus. — Den Besitzern der Kaffeehäuser und öffentlichen Lokale ist gestern der Befehl zugegangen, keine Volksversammlungen zu gestatten, widrigenfalls ihnen die Lokale geschlossen werden.

Berlin, 11. März. Aus glaubwürdiger Quelle wird der Allg. Z. versichert, daß Preußen das Anerbieten Rußlands auf Verlangen ein Armeekorps über die diesseitigen Grenzen rücken zu lassen abgelehnt habe, was bei der Bevölkerung außerordentlicher Freude erregt.

Von der Havel, 10. März, schreibt man der Weserzeitung: In Berlin sollen, wie man hört, sich wichtige Veränderungen vorbereiten. Die Vorgänge im südlichen Deutschland, insbesondere jene von München, haben tiefen Eindruck gemacht. Es sollen Erweiterungen der ständischen Rechte, überhaupt soll ein weiterer Ausbau der Verfassung im Sinne der Gegenwart und der Bedürfnisse der Nation, welche jetzt immer klarer hervortreten, in Aussicht genommen worden sein. Betreffenden Orts wurden die geeigneten Männer näher ins Auge gefaßt, welche als neue Elemente in den höchsten Rath berufen werden könnten. Die gemäßigt liberalen Herren v. Auerswald und Graf Schwerin und der einer etwas entschiedenen Richtung angehörende

Digitized by Google

Hr. Campshausen sollen jetzt als möglich betrachtet werden. Doch schwanken in Berlin die Dinge oft lange hin und her, ehe es zu einem definitiven Entschlusse kommt. — Von Hrn. Hanfemann in Aachen soll der Hrn. v. Bodelschwingh eine Denkschrift über die gegenwärtige Lage Deutschlands eingetroffen sein; Auffassung und Haltung sollen ihrem Eindruck nicht verfehlt haben.

† Halle, 12. März. Am 10. März, als ich Ihnen schried, sind noch gegen Abend plötzlich auch den ältern Freiwilligen je 30 scharfe Patronen geschickt worden, mit der Weisung, ihre Tornister zu packen und sich marschfertig zu halten; es könne jeden Augenblick in der Nacht Generalmarsch geschlagen werden. — Noch am Nachmittage war ausdrücklich angezeigt, die Freiwilligen, welche am 1. April ausgeboten, würden belassen werden. Das mußte Etwas bedeuten. Doch blieb die Nacht ruhig, und am andern Morgen — — mußten die ältern Freiwilligen Tornister und scharfe Patronen wieder abgeben! — Seit vorgestern Abend hat sich unter dem Befehle des Generalmajors v. Werder allmählich ein Truppenkorps um Halle zusammengezogen, welches aus 2 Regimentern Husaren, 6—7 Bataillonen Infanterie und 24 Geschützen mit Bedienung besteht. Nach dem, was hier verlautbart, hängt die Sache so zusammen: Sachsens König befürchtet einen Aufruhr, dessen Ursache die Leipziger Deputation werden könne (!!). Diese wollte am heutigen Tage nach Dresden kommen; aber, wie es heißt, ist dies auf morgen verschoben; daher Ordre, Contreordre! Denn der sächsische König habe deßhalb um Leipzig herum 12 Bataillone zusammengezogen, sich jedoch für den Nothfall (!!!) Hilfsmannschaft von Preußen ausgebeten, welches zu deren Stellung durch Konventionen und von Bundes wegen verpflichtet sei. So erklärt man sich, warum die vielen Truppen hier versammelt sind. Das Stück hat demnach noch nicht ausgespielt. Hoffentlich kommt es nicht zur — Entscheidung! — — Heute sind die Reserven zum Theil angekommen und sofort eingekleidet. Von Frankfurt a. d. Oder und Posen stehen hier und in den umliegenden Dörfern zwei Bataillone. — Bei uns scheint man Oberhaid die Mahnung an das „Zu früh" noch nicht verstehen zu wollen. Das ist traurig, sehr traurig. Die Oede über die Presse wird stets Ungeduld nur noch steigern, mehr als Hülfe.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 11. März. Heute wurde die Kammer der Abgeordneten wieder eröffnet. Hunderte vom Lande waren gekommen und standen in den benachbarten Straßen des Ständehauses. Die Galerien waren so voll wie wir sie noch nie sahen, selbst in die Standesherren- und Staatskiener-galerie war das Volk eingedrungen. Unter den offenen Saalthüren und in den Gängen standen Bürgergarden. Als der Redakteur der Ulmer Chronik, Elsner, auf der Galerie eintrat, erscholl ein einmüthiges Hinaus; er blieb — man ist bei uns in der Regel nicht so leidhaft, um solche Demonstrationen zu machen. Die Minister Berodingen und Sontheim und die vier neuen Minister Römer, Duvernoy, Pfizer und Goppelt traten ein; allgemeines Bravo empfängt sie. Der Präsident verweist den Galerien ihren Beifall, er eröffnet die Sitzung, begrüßt die Versammlung nach der kurzen Unterbrechung der Sitzungen, welche aber an Wichtigkeit ein Vierteljahrhundert in sich schließe; er freut sich der Ereignisse, das drückende Gefühl über unsere Verfassungsnöthe sei geschwunden, eine Sonne über Deutschland aufgegangen, er hoffe, sie werde belebend und wohlthuend wirken. — Graf Berodingen theilt mit, daß die Kammer nach der Berathung zweier ihr vorzulegenden Gesetzentwürfe über Volksbewaffnung und das Versammlungsrecht wieder aufgelöst werden, da das jetzige Ministerium nicht aus ihrer Majorität hervorgegangen sei. — Der Minister des Innern, Duvernoy, übergibt einen Gesetzentwurf über Volksbewaffnung, welchen er mit einem gediegenen Vortrag einleitete, zeigte, daß Wehrhaftigkeit des Bürgers in den jetzigen Zeiten die erste Bedingung sei, daß die bisherigen Beschränkungen in Waffenbesitze fallen müssen. Der Entwurf zerfällt in 3 Abtheilungen: 1) Das Recht des Waffenbesitzes; dasselbe hat im Allgemeinen Jeder; Personen, welche ihrer bürgerlichen Rechte verlustig sind, verlieren es; 2) über Schießübungen, welche die Gemeinden zu einer Gemeindeangelegenheit zu machen das Recht haben, und Schützengesellschaften; 3) die Bürgerwehr. Dieses Institut wird auf die Gemeinde basirt. Die Mitglieder jeder vereinigen sich in eine Abtheilung, sie bewaffnen sich, wo es angeht, auf eigne Kosten; die Wahl der Offiziere und Unteroffiziere geschieht durch die Bürgerwehr, bloß bei den Oberoffizieren hat die Regierung ein Bestätigungsrecht. Vorgeschrieben ist zur Theilnahme im Allgemeinen jeder volljährige, selbständige Staatsbürger bis zum fünfzigsten Jahre. Der Gesetzentwurf wird an eine Kommission gegeben, welche in einer besondern Sitzung heute Abend gewählt werden soll. — Schwerlich macht auf den Mangel an Waffen aufmerksam, man sollte Anstalten zu einer schleunigen Fabrikation treffen. — Müller, Abg. von Künzelsau im Hohenlohe'schen, bespricht die Unruhen daselbst; er widerlegt die zu weit gehenden Gerüchte, sagt, die Ministerernennung habe zwar guten Eindruck gemacht, aber das Volk erwarte Erleichterung von den durch die Grundherren aufreizenden Lasten; er bespricht eine in öffentlichen Blättern von ihm gegebene Erklärung, welche der Adel für aufreizend halte, welche er aber um zu beruhigen gegeben, denn wenn er, wenn Leute von Einfluß dort zu Lande dem Adel schaden wollten, so hätten sie Nichts zu thun, als das Volk machen zu lassen und die Hände in den Schooß zu legen. — Prof. v. Hornstein hat oft in seiner 33jährigen ständischen Laufbahn mit den jetzigen Ministern einen Strauß bestanden, sie aber für redliche Männer gehalten, und sagt ihnen jetzt seine Unterstützung zu. In einem Punkte mögen die Minister jetzt schon eine Initiative ergreifen, auch in unser Wappen die schwarz-roth-goldne Farbe bringen. Diese Kammer werde aufgelöst, aber sie sollte doch Gegenstände weiter als das Programm sagt, drealhen, über Ablösung der Feudallasten und über die Lage der Gewerbe. — Wiest: die Ablösungsfrage sei so gut als die Wehrhaftmachung eine Lebensfrage, das beste Mittel, die herrschende Aufregung und Unordnung zu ersticken. Mit der badischen Mahregel ist er nicht einverstanden; er will sogleich den Preis, den Ablösungsmaßstab beigefügt haben. Er bittet um einen Gesetzentwurf in möglichster Eile, kein umfassendes Gesetz, bloß allgemeine Grundsätze, die werden die Ruhe herstellen. Meyrer: Redner schließen sich dem Wunsche an. — Weiß vermißt in der Proklamation die Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Rücksicht auf ihre Religion, er will diesen Gegenstand zur Sprache bringen, und hofft, die Minister werden darauf eingehen. — Holzinger: Eine Berathung für das Volk, das unter den Standesherrschaften stehe, sei nothwendig, Vorarbeiten liegen vor, der Gesetzentwurf könne sogleich eingebracht werden, Adel und Volk müssen sich jetzt die Hand bieten. Die Feudalkommission solle eine Adresse vorlegen, um die Staatsregierung um ein Gesetz zu bitten. — Präs. v. Mehring, der katholische Dekan v. Strodel und eine Reihe von Abgeordneten sprechen sich für die Nothwendigkeit der alsbaldigen Lösung der Ablösungsfrage aus. Sergel sagt bei, man solle dem Volke verkündigen können: es gibt keinen Mißbrauch mehr. (Schluß morgen.)

Stuttgart, 13. März. Auch die ritterschaftlichen Abgeordneten haben übereinstimmend mit den Standesherren die Erklärung abgegeben, daß sie bereit seien, dem neuen Ministerium ihre Unterstützung zu widmen und zum Besten des Vaterlandes Opfer zu bringen.

Stuttgart, 14. März. Des Beobachter schreibt: Aus sicherer Quelle geht uns so eben die Nachricht zu, daß am Mittwoch oder Donnerstag 2000 Mann österreichische Truppen mit 80 M. Kavallerie und etwas Artillerie von Bregenz nach Friedrichshafen, nach abgeschlossenen Kontrakt pr. Dampfboot, von da nach Ravensburg pr. Eisenbahn und nach Ulm instradiet werden sollen; wir fragen, was sollen diese Truppen in Ulm, einer Festung, die noch nicht vollendet?

Nachschrift. Verläßige Briefe vom Bet Hestätigen das Vorhaben der österreichischen Occupation: 2—3000 Oesterreicher, schreibt man, sein von Bregenz aus mit einer Batterie auf dem Wege, um die Bundesfestung Ulm zu besetzen. Ihre Absicht, woraus höher gestellte Militärs kein Geheimniß machen, sei, uns Würtemberger in Ordnung zu halten.

Aus den würtembergischen Blättern ersieht man, daß die Schilderungen der Auftritte im Hohenlohischen übertrieben waren; mit Ausnahme der bekannten Szenen zu Niederstetten scheint es im Ganzen ruhig dergegangen zu sein.

**Sachsen.** ○ Leipzig, 13. März. Gestern fand eine Zusammenkunft von Männern aus allen Theilen Sachsens statt — meist Abgeordneten und Solchen, die bei den neuen Wahlen als Kandidaten aufgetreten sind — zu dem Zwecke der Meinungsäußerung und Besprechung über die Lage des Vaterlandes und die Anliegen des Volks. Von den Führern der Kammeropposition waren gegenwärtig: Oberländer, Todt, Joseph, Schaffrath, Schumann, außerdem Semme, Brockhaus und einige liberalgesinnte bäuerliche Abgeordnete. Auf besondere Veranlassung der Leiter der Versammlung nahmen auch einige Mitglieder des Stadtraths und der Stadtverordneten von hier an den Berathungen Theil. Man beschäftigte sich zuerst mit der Aufstellung eines Programms der Volkswünsche, welches in Form von Resolutionen veröffentlicht werden sollte. Der Entwurf dazu ward von Schaffrath vorgelegt und von der Versammlung in der Hauptsache, mit wenigen Abänderungen und einigen Zusätzen angenommen. Entlassung der Minister, Berufung eines ordentlichen statt des außerordentlichen Landtags, ein freisinniges Preßgesetz, Vertretung am Bundestage, volle Religionsfreiheit, Geschwornengerichte und Aehnliches —

Digitized by Google

das waren die Hauptpunkte des Programms. Der zweite Gegenstand der Berathung war: die Beschickung der auf die nächste Zeit anberaumten Zusammenkunft von Vertretern der verschiedenen deutschen Länder zu Frankfurt a. M., Behufs weiterer Ausführung der in Heidelberg entworfenen Grundzüge eines deutschen Parlaments. Den einer Seite ward die Ansicht ausgesprochen: man möge diesen so wichtigen Gegenstand lieber einer zweiten, zahlreichern Versammlung aufschieben und dann zugleich, bei mehr Muße über die Sache selbst sich besprechen, damit die abgeordneten Vertreter Sachsens die Ansichten ihrer Kommittenten über die individuelle der gewünschten Nationalvertretung wenigstens einigermaßen kennen lernten und berücksichtigen könnten. Allein die Versammlung beschloß: sofort die Wahl vorzunehmen und wählte sodann mit Stimmenmehrheit die Abg. Blum und Biedermann. Da der Hr. Blum ablehnte, trat an seine Stelle der mit der nächstgrößten Stimmenmehrheit gewählte Abg. Todt. — Seit vorgestern befindet sich ein außerordentlicher Kenigl. Kommissär, in der Person des Ministers v. Carlowitz, in unserer Stadt. Derselbe hat an Stadtrath und Stadtverordnete 4 Forderungen gestellt, nämlich: 1) man solle sich künftig im Stadtverordnetenkollegium aufregender Reden politischen Inhalts enthalten; 2) die Versammlungen im Schützenhause sollten der politischen Agitation frei bleiben; 3) es solle kein nächtliches Herumlaufen fremder Menschenmassen auf den Straßen mehr stattfinden; 4) der beabsichtigte Zug nach Dresden (zur Unterstützung der gefesselten Wünsche) solle verfehlten Erscheinen vor dem Königl. solle unterbleiben. Um diesen Forderungen nöthigen Falls Nachdruck zu geben, sind bedeutende Truppenmassen rings um Leipzig zusammengezogen. Der Kommissär wollte diese Mittheilung an Stadtrath und Stadtverordnete mündlich richten; weil er jedoch, auf vorher gethane Anfrage, erklärte, in eine Diskussion mit denselben sich nicht einlassen zu können, so erklärten die Stadtverordneten, dann wollten sie auch seine Mittheilung nicht anhören und erbäten sich dieselbe schriftlich. Dies geschah, und das Kollegium erwiderte darauf gleichfalls schriftlich: 1) gesetzlich strafbare Reden der besagten Art seien nicht vorgekommen; man müsse das Recht und die Pflicht der freien Meinungsäußerung, zumal in solchen Zeiten, sich durchaus wahren, es daher jedem Einzelnen überlassen, das, was er sage, vor dem Gesetz zu vertreten; 2) dies liege außer dem Geschäftsbereich der Stadtverordneten — übrigens gelte vom Recht der freien Versammlung dasselbe, was von der freien Rede; 3) es habe ein solches Herumziehen seit der Abwahnung des Raths nicht wieder stattgefunden, werde auch nicht stattfinden, sofern die Truppen schleunigst von L. zurückgezogen würden; 4) es sei von diesem Zuge abgemahnt worden — eine weitere Garantie deßhalb könne aber nicht verlangt, noch gegeben werden. Zugleich drang man noch besonders und energisch auf Zurückziehung der Truppen, da zu dieser außerordentlichen und für die Stadt drückenden Maßregel durchaus kein Grund vorliege.

**Hannover**, 11. März. Die Weser, berichtet: Seit zwei Tagen ist eine Deputation der Stadt Hameln hier anwesend, um eine Adresse dieser Stadt an den Königl. Maj. zu überreichen. Eine zweimalige Bitte derselben um eine Audienz blieb erfolglos, und zwar aus dem Grunde, weil St. Maj. zu sehr mit Geschäften überhäuft sei, um die Abgesandten der Stadt Hameln zu empfangen. Darnach konnte weiter Nichts geschehen, als Ueberreichung der Adresse ohne Audienz. Unter gleichem Bewande wies Hr. v. Falke die Deputation, welche sich nach der vom Königl erhaltenen abschlägigen Bescheidung bei ihm zur Begründung ihres Beschwerden meldete, zurück.

* Hildesheim, 12. März. (Man sendet und die hier berathene und mit 400 Unterschriften versehene Adresse zu, welche in einem sehr warmen und herzhaften Stile die Wünsche des gemeinsamen deutschen Vaterlandes und die Rechtsbitte des hannoverschen Landes dem Könige und Herz zu legen bittet. Bei dem täglich wachsenden Andrange des Material müssen wir uns versagen, sie vollständig mitzutheilen.) Die darin niedergelegten Forderungen sind folgende: „Revision des Landesverfassungsrechts, Einkommensteuern und unentgeldliches Wahlrecht, Verantwortlichkeit der Minister vor den Landesvertretern und im Falle der Anklage vor einem von denselben zu erwählenden Gerichte, zweimalige Berathung der Gesetze, Oeffentlichkeit der Kirche vom Staat, unbedingte Rede- und Preßfreiheit, gegen deren Mißbrauch die bestehenden Strafgesetze anzurufen, Gewährleistung der Freiheit des Advokaten durch Revision, Einführung des mündlichen und öffentlichen Prozeßverfahrens und des Schwurgerichts, Trennung der Justiz von der Administration, Beschränkung der Polizeigewalt auf das wahrhaftige Maß, völlige Unabhängigkeit der Gemeinden in der Verwaltung ihres Vermögens, freie Wahl der Gemeindebeamten, Volkswehr und Bewaffnung und freie Wahl der Führer von den Volkswehrmännern, Vertretung des hannoverschen Volks bei einem vereinigten deutschen Parlament, nach beendigtem Frieden Reduktion des bei der jetzigen Unmöglichkeit eines Kriegführens in Volksfreiheit nicht nöthigen Heeres und in Friedenszeiten überhaupt stehenden Heers, und Gewährleistung der neuen Staatsgrundgesetzlichen Einrichtungen durch eidliche Bekräftigung von Seite des Staatsoberhaupts und aller männlichen Staatsbürger nach zurückgelegtem 20. Lebensjahre.“ Der Einsender setzt hinzu: In Folge der Berathung vorstehender Adresse und noch vor ihrer Ueberreichung wurde sofort Militär auf der Eisenbahn nach Hildesheim transportirt. Die Maßregel hat hier die größte Erbitterung erregt, obgleich das Militär, das einmal gekommen muß, mit der größten Humanität aufgenommen wurde. Die Bürgerschaft will durchaus den Urheber der Maßregel wissen; die Landdrostei hat jeden Antheil daran auf Feierlichste von sich abgewiesen, und der Landdrost soll persönlich versprochen haben, Alles aufzubieten, um ihn zu ermitteln.

**Osnabrück**, 10. März. Die hier am Dinstage von fast 500 Personen unterzeichnete Petition fordert: 1) Preßfreiheit; 2) Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer; 3) Vertretung des Volkes am Bunde; 4) eine Bundesbestimmung zum Schutz der Personen und zur Verhinderung der Auswanderungen; 5) gleiche Berechtigung aller Konfessionen; 6) Erweiterung der aktiven und passiven Wahlfähigkeit in der Landes- und Gemeindevertretung; 7) Oeffentlichkeit in der Landes- und Gemeindevertretung; 8) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Geschworenengerichte; 9) Verbesserung der Schulen und des Unterrichts, nöthigenfalls auf Staatskosten; 10) kräftige Fürsorge für die arbeitenden Klassen durch Sicherstellung der Arbeit und eines entsprechenden Lohnes; 11) Verwaltung der Polizei durch das Volk und Entscheidung der Polizeiübergehen durch die Gerichte; 12) freies Assoziationsrecht; 13) Verantwortlichkeit der Minister u. s. w. (C. Z.)

**Karlsruhe**, 14. März. Ein großh. Edikt hebt einige Verordnungen auf, welche zu Gunsten der Standesherren Ausnahmen von unserer Gemeindeordnung festgesetzt hatten. Eine Anzahl Abgeordneter (Hecker, v. Ihstein, Seiron, Peter, Richter, Straub, Sachs, Mez, Welcker, Kapp), denen sich Struve, Grehe, Eller, B Struver und H. Hoff aus Mannheim angeschlossen haben, fordern die badischen Staatsbürger auf, zu einer allgemeinen Versammlung am 19. d. in Offenburg sich einzufinden. Die freiheitlichen Bestrebungen des badischen Volkes, heißt es in der Einladung, entbehren der Einigung. Die Aufregung äußert sich theilweise in bekagenswerthen Ausbrüchen. Die Feinde der Freiheit und des Vaterlandes treten zwar im Augenblick nicht offen auf, können aber leicht wieder ihre Macht entwickeln. Unter diesen Umständen ist zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der Rechte des Volks ein Zusammentreten aller Freunde des Vaterlandes nothwendig, wenn sich nicht der gute Geist zersplittern oder gar von feindseligen Umtreiben unterdrückt sehen soll.

Ueber die republikanische Bewegung im Seekreis waren in den letzten Tagen sehr übertriebene Gerüchte verbreitet; das Erschienen einer so populären Regierungsdirektors, wie der Abg. Peter ist, und die Anwesenheit von Mathy und Staudt in ihren Wahlbezirken werden gewiß ihre Wirkung nicht verfehlen. Welche Mittel man in Anwendung brachte, um in einem Winkel von Deutschland einen republikanischen „Putsch“ möglich zu machen, das beweist schon der eine Umstand, daß man dem Volke berichtete, die Heidelberger Versammlung die über das deutsche Parlament berieth, habe sich vereinigt, nächstens eine deutsche Republik auszurufen!

**Kurhessen.** ** Kassel, 13. März. Gestern hat die erste Sitzung der wieder einberufenen Ständeversammlung stattgefunden. Es schien kaum die nämliche Versammlung zu sein, welche vor wenigen Wochen vertagt war. Herr v. Trott, der das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten abgelehnt hat, nahm wieder den Präsidentenstuhl ein, erklärte aber sogleich, unter den wesentlich veränderten Verhältnissen nur so lange fortsungiren zu können, bis die Kammer sich darüber ausgesprochen habe, wem sie künftig dies Präsidium anvertraut sehen möchte. In ähnlichem Sinne sprach sich der Vicepräsident Rebelthau aus. Die Kammer war sehr schwach besucht; mehrere Mitglieder hatten um Einberufung ihrer Stellvertreter gebeten oder ganz neue Wahlen veranlaßt. Die Bevollmächtigten der Prinzen und Standesherren, darunter Dehn-Rothfelser und die Brüder von Buttlar erschienen nicht wieder, ihre Vollmachten sind zurückgenommen. Fünf Deputirte, die bisher noch von der Versammlung ausgeschlossen geblieben waren, wurden für legitimirt erachtet und eingeführt; unter diesen befand sich Wippermann, der eine Ansprache an die Versammlung hielt, in welcher er erklärte, auch ferner der konstitutionellen Monarchie mit dem Repräsentativsystheme treu bleiben zu wollen. Es wurde eine Revision der Geschäftsordnung beschlossen, um die Fesseln abzustreifen, welche deren starre Handhabung bisher der freien Entwicklung einer geistigen Thätigkeit angelegt habe. Dann fand die Begründung eines Antrages Statt, welcher den abzegangenen

Digitized by Google

Finanzminister v. Moy und Schaffer, den entlassenen Minister des Innern, mehrerer Verletzungen der Verfassung beschuldigte, um dieselben in Anklagestand zu versetzen. Der Vorschlag fand aber kaum irgend einen Anklang, es wurde derselbe wohl nur zur weiteren Prüfung verstellt, weil er einmal schon entwickelt war und die Wichtigkeit der Beschuldigung an sich die einfache Zurückweisung ohne vorgängige Erörterung nicht gestatte. Als Landtagskommissär trat der Geheime Finanzrath Dunsing auf, früher Bürgermeister in Marburg, als solcher 1831 Ständemitglied, im folgenden Jahre von den Landständen für die Direktion der Landeskreditkasse bestimmt und seit ungefähr Jahresfrist Referent im Finanzministerium. Der Justizminister von Baumbach zeigte sich in der Versammlung, ohne jedoch Vorträge zu halten. Ebenhard, der neue Vorstand vom Ministerium des Innern, ist noch nicht eingetroffen. In einer vertraulichen Sitzung, welcher 33 Mitglieder beiwohnten, wurden vier Kandidaten für das Präsidium gewählt, aus denen der Landesherr Präsident und Vizepräsident zu ernennen hat. Die Wahl fiel mit 30 Stimmen auf Wippermann, ferner auf Schwarzenberg, Henkel und den Deputirten der Universität, Professor Bergk, von denen jeder 22 Stimmen erhielt. Es wurde auf Trotto Vorschlag beschlossen, sämmtliche Arbeitsausschüsse neu zu konstituiren und den bisherigen Verband derselben aufzulösen. In der nächsten Sitzung werden wahrscheinlich zwei neue Vorsitzmännchen der beiden Landgrafen von Philippsthal eintreten, in der Person des Barons Waitz v. Eschen und des Hrn. Louis v. Baumbach, bekannt unter dem Namen Baumbach III., Hauptmann a. D., der Bruder des Justizministers, Beide äußerst ehrenwerthe Männer von freisinnigem Charakter. So scheint die Kammer auch ohne Auflösung zu einer durchaus liberalen Färbung zu gelangen. Das Ministerium des Aeußeren ist noch ohne Vorstand und wird nur interimistisch verwaltet.

* **Schwarzburg-Sondershausen**, 11. März. Unser Fürst hat die Bitte um Reformen nicht abgewartet und ist ihnen zuvorgekommen; am Morgen des 13., bevor noch die Deputation um Reformen angelangt war, hatte er schon eine Proklamation mit wesentlichen Bewilligungen unterzeichnet. (Nächsten Morgen).

**Dessau**, 10. März. Auch hier wurden, wie die D. A. Z. berichtet, die bekannten Wünsche in einer Petition dem Herzog vorgetragen; eine Vertretung beruhigte die Petenten nicht, sie verlangten eine augenblickliche Entscheidung, die ihnen denn auch zugesagt ward.

**Altenburg**, 8. März. Auch bei uns wird eine Petition an den Herzog vorbereitet, mit den Anträgen auf freie Presse, Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen, wie der der Stadtverordneten, Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens mit Einrichtung von Schwurgerichten, Abänderung des Wahlgesetzes für ständische Vertretung. (L. Z.)

**Arolsen**, 10. März. Nach der Köln. Z. wurden auch hier Petitionen eingereicht um 1) freie Presse; 2) Vertretung des Volks beim Bundestage; 3) allgemeine Volksbewaffnung; 4) Einberufung der Stände, Behufs Reform der Verfassung; 5) Verantwortlichkeit der Regierungsmitglieder für ihre Amtshandlungen; 6) Reform der Gerichtsverfassung mit Zugrundelegung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, mit Schwurgericht; 7) standesbürgerliche Gleichstellung ohne Unterschied der Konfession. Die Deputation wurde zwar freundlich empfangen und ebenso entlassen, aber der ihr schriftlich ertheilte Bescheid war in so allgemeinen Ausdrücken abgefaßt und so ausweichend, daß derselbe allgemeinen Mißmuth und Unzufriedenheit erregte, welche sich dermaßen steigerten, daß man große Besorgniß hegen mußte. Doch es stellte sich die Sache günstig, und durch Dekret vom heutigen Tage bewilligt die Fürstin die ersten vier Forderungen und verspricht, die drei übrigen mit den Ständen zu berathen.

** **Oldenburg**, 12. März. Der letzte deutsche Staat ist jetzt in die Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten. Die allgemeine deutsche Reformbewegung hat die langen Geburtswehen endlich beendet. Ein gestern erschienenes Patent verordnet, daß in allen Kirchspielen des Landes erfahrene Männer gewählt werden sollen, um mit ihnen die bereits ausgearbeitete Verfassung zu berathen und zu vereinbaren. Deputationen der Oldenburger Bürgerschaft und der Jeveraner, an der Spitze der Letztern als Sprecher Herr v. Thünen, gaben durch ihre männlich entschiedene Sprache, mit der sie von dem übrigens mit Recht allgemein verehrten und beliebten Großherzoge schleunige und bestimmte Entscheidung in diesen wichtigen Zeitpunkte erbaten, den Ausschlag. Der Schritt ist gelungen und der Jubel allgemein. Preßfreiheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, Schwurgerichte, beschließende Kammern mit dem Rechte der gesetzgeberischen Initiative auch ihrerseits sind unabweisbare Forderungen des Landes. Die Bewegung ist allgemein, und ihre Stimmführer sorgen dafür, das Eisen zu schmieden, solange es warm ist. Bei Ueberreichung der Adresse der Jeveraner sagte Hr. v. Thünen, als der Großherzog antwortete, daß solche Dinge nicht übereilt sein wollten, dieselbe Antwort habe er von Sr. k. Hoheit schon vor 17 Jahren bei gleicher Gelegenheit erhalten, und das sei wahrlich eine lange Zeit. Man spreche die Wünsche des ganzen Landes aus, wenn man dies ihnen nicht glaube, würden Tausend nachfolgen mit gleichen Bitten. Und das war, wie ich verbürgen kann, keine Redensart. Als die Entscheidung des Großherzogs bekannt wurde, strömte die Bevölkerung der Stadt dem Theater zu und brachte dem Fürsten ein donnerndes Hoch. Dann wurden die halbe Nacht hindurch in den menschenwimmelnden Straßen den freisinnigen Männern von Jever und Oldenburg Lebehoch gebracht, und der Jubel schien nicht enden zu wollen. Allerdings ist der 10. März für Oldenburg ein unendlich wichtiger Tag. Der Schritt vom Patriarchalismus, auch dem besten, zur Mündigkeit freien Bürgerthums, von bloßen regierten Unterthanen zu mitberathenden Staatsbürgern ist ein sehr bedeutender, und auch für Deutschland kann dieser Zuwachs von konstitutionneller Kraft nicht gleichgiltig sein.

* **Sachsen-Meiningen**, 13. März. Auch aus Hildburghausen ist eine umfassende Reformpetition unterzeichnet worden, auf die wir noch zurückkommen werden.

**Meiningen**, 10. März. Nachdem der Finanzausschuß der hiesigen Landstände, wie die D. A. Z. berichtet, bei Vorberathung des Budgets Gelegenheit genommen hatte, die Reformwünsche anzuregen, erschien ein herzgl. Reskript, worin ein Preßgesetz vorgelegt, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit zugesagt, über die Geschworenengerichte die restlichste Erwägung versprochen, die Volksbewaffnung, als „nicht nöthig" abgelehnt war. Diese Eröffnung hat natürlich unsonvenirger befriedigt, als noch die Mißfälligkeiten über die Domänenangelegenheit nicht beseitigt sind. Eine Bürgerversammlung in Meiningen hat nun eine Petition an die Landstände vorbereitet, worin um freies Associationsrecht, um Revision des Wahlgesetzes, um Schwurgerichte, um Vereidigung des Militärs auf die Landesverfassung, um Schutz der Gewerbe, um Aufhebung der Salzsteuer, um Verminderung des stehenden Heeres in ruhigen Zeiten und einige Punkte von örtlichem Interesse gebeten wird.

**Hamburg**, 11. März. Es geht rascher vorwärts, als wir den letzterwähnten Antrage des Senats noch hoffen konnten. Seitdem ist die Censur aufgehoben, und der Senat erklärt heute in einem Nachtrage, die folgenden Propositionen zu den seinigen zu machen: 1) Politische Vereitigung für jeden Staatsangehörigen, der dem Staate durch seine Person oder aus seinem Vermögen Pflichten erfüllt; namentlich allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wahlpflicht. 2) Gänzliche Trennung der Kirche vom Staate, Unabhängigkeit der bürgerlichen und politischen Rechte von dem religiösen Bekenntnisse. 3) Mündliche Anerkennung der Oeffentlichkeit, nicht nur der Gerichtssitzungen, sondern auch der religiösen Assoziation. 4) Gestattung der vorgeschriftenen Bürgerschaft und ihrer bisherigen Ausschüsse durch eine Versammlung periodisch gewählter Repräsentanten, mit Oeffentlichkeit der Verhandlungen, jedoch unter Vorbehalt des absoluten Veto für die Wähler in den wichtigsten, grundgesetzlich näher zu bestimmenden Gesetzesvorlagen. 5) Aufhebung der Lebenslänglichkeit und Selbstergänzung des Senats. 6) Verantwortlichkeit Aller, die in öffentlichen Geschäften thätig sind. Schutz für jedes Recht durch unabhängige, von der Verwaltung getrennte Gerichte. 7) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichte, Schwurgerichte in Kriminalsachen, politischen und Preßvergehen. 8) Unterricht für die Jugend aller Staatsangehörigen als Staatsangelegenheit. 9) Vertretung der Nationalinteressen durch ein deutsches Parlament. 10) Baldige Herbeiführung einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung in allen Rechtsgegenzen. 11) Freie Wahl der Offiziere der Bürgergarde. 12) Trennung der Schule von der Kirche. Ein 13. Artikel wegen Aufhebung der Zunft und Einführung einer Gewerbeordnung wird noch dazu kommen. Die 12 genannten Punkte wurden dem Senate gestern durch eine Deputation des Kollegiums der 180er überreicht. Heute erfährt sich der Senat bereit, sie der aus allen Bürgern zu ernennenden Deputation zu überweisen. Die Verhandlungen der letztern sollen verröffentlicht werden. Diese Wendung der Dinge überhebt uns einer großen Sorge. Der nächste Morgen war zu einer Volksdemonstration bestimmt, die nun unterbleiben wird. Es herrscht große Freude in der Stadt.

**Lübeck**, 11. März. Nach dem H. Kor. hat der Senat auf den Wunsch der Bürgerschaft die sofortige Aufhebung der Censur verfügt. An dem Verfassungsentwurf wird mit allem Eifer gedruckt.

**Ihehoe**, 11. März. Die größten Landbesitzer wählten heute, wie die Bremer Zeitung berichtet, in Deputirten den Klosterprobst, Grafen Reventlow-Preetz und den Landsassen Schwerdtfeger auf Wen-

Digitized by Google

fung Stellvertreter, wurde Rerrgard von Oydegaune. Sollte es, was allerdings sehr unwahrscheinlich ist, wirklich zur Einberufung der ersehnten Männer kommen, so wird wahrscheinlich Schwerdtfeger ersetzt werden. Die kleinen Landbesitzer zählten zu Deputirten Rohwer sen. aus Holdorf und den Landesgerichtsassessor Witt aus Dümmerlohe. Stellvertreter wurde Manthaud aus Cloppenburg, Kammerherr von Bardorff, nahm, was man freilich vorher wußte, die Wahl an. Die Weigerung ab.

Nach andern Berichten fürchtete man einen plötzlichen Handstreich, der Schleswig mit Dänemark einverleiben sollte; nämlich die Proklamation einer Verfassung für Dänemark bis zur Eider. Man ist in den Herzogthümern darauf gerüstet und wünscht die Zusammenberufung der Stände.

## Schweiz

Bern. Einen Privatbrief entnehme ich die Nachricht, daß am Sonntag Zusammenkünfte in Neuenburg Statt fanden. Der Ruf: es lebe der König! ertönte. Eine Bajonnette wurde verbogen und bedroht. Sie machte von ihren Waffen Gebrauch, und zwei Individuen stürzten, tödtlich getroffen, nieder. Leider wurde auch eine Frau verwundet. Durch Dekret vom 7. d. werden die Wahlversammlungen in Neuenburg auf den 17. d. zur Wahl des Verfassungsrathes einberufen. Auf je 500 Seelen ist ein Mitglied des Verfassungsraths zu wählen. Vom 20. Jahre ist jeder Neuenburger Wähler und vom 25. Jahre an wählbar. Der Wahlcensus ist aufgehoben.

## Großbritannien.

London, 12. März. In Bull hielten die Chartisten am 9. März eine Versammlung, welcher etwa 300 Personen beiwohnten. Man ergoß sich in wüthenden Ausfällen gegen die englische Reformpartei, feierte die französische Revolution und den Republikanismus mit begeisterten Worten und forderte zu gleicher Erhebung und Selbstbefreiung auf. Auch beschloß man, Abgeordnete für die allgemeine Charttistenversammlung zu wählen, welche den 3. April in London stattfinden soll. — In den verschiedenen Städten, wo der öffentliche Friede gestört worden, scheint übrigens jetzt vollkommen Ruhe zu herrschen.

Die Verhandlungen des Parlaments betreffen fortwährend die Einkommensteuer; es handelt sich gegenwärtig um ein Amendement des Hrn. Hume, wonach diese Steuer nicht auf weitere 3 Jahre, sondern nur auf ein Jahr bewilligt werden soll. Dieser Vorschlag scheint viele Stimmen für sich gewinnen, die Regierung aber auf ihrem ursprünglichen Antrag dreijähriger Verlängerung beharren zu wollen.

Die Times, die sich auf jede neue Bewegung mit großer Hast zu werfen pflegen, widmen in ihrer Nr. vom 9. März auch der Reformbewegung in Deutschland einen leitenden Artikel, aus der jedoch für uns Deutsche nicht viel Neues zu lernen ist. Diese Zeitung entwickelt stets ein gesundes Urtheil, wenn sie die mehr äußerlichen Fragen der allgemeinen Politik bespricht und die Stellungen der Länder zu einander in objektiver Weise abwägt, aber für die innern Bedürfnisse der Völker hat sie keinen Sinn oder faßt sie in einer mehr oder weniger einseitigen und selbst oberflächlichen Weise auf, wie z. B. die Anliegen der dänisch-deutschen Herzogthümer, wo sie stets in der einseitigsten Art die Partei der Krone nimmt. Die Times geben zu, daß der deutsche Bund einer Reform bedürfe, denn er habe seine Aufgabe nicht erfüllt, er sei immer repressiv, zögernd, hinausschiebend, zurückdrängend verfahren, er sei nicht einmal mit der Vollendung der Bundesfestungen Ulm und Rastadt in so langer Friedenszeit fertig geworden. Aber die Times wollen doch nicht glauben, daß der deutsche Bund durch Hinzufügen volksthümlicher Elemente wesentlich gekräftigt werden könne; wenigstens sei der jetzige Augenblick dazu nicht gut gewählt. (Es gab und gibt keinen geeignetern; aber die Times oder der große und einflußreiche Theil des englischen Volks, der durch sie vertreten wird, würden ohne Zweifel ein wirklich einiges, d. h. ein durch ein gemeinsames Parlament verbundenes Deutschland mit wenigstens militairischen Blicken ansehen, in der wohl nicht unbegründeten Furcht, daß wir dadurch jene Selbstständigkeit und Unabhängigkeit auch in Handelssachen erhalten würden, wie sie einer so großen Nation geziemen und ihr von Rechtswegen zukommen. Wir bedürfen eines deutschen Parlaments, nicht blos gegen Frankreich, nicht blos gegen das andrängende russische Barbarenthum, sondern auch gegen die Despotie des kaufmännischen Englands in Handelssachen.)

Aus Kanada hat man durch das Dampfschiff Hibernia Nachrichten erhalten, wonach das kanadische Parlament am 25. Febr. zusammengetreten ist; der General-Inspektor schlug Seitens der Regierung als Sprecher Allan M'Nab vor, der aber nur 19 Stimmen erhielt, wogegen der Kandidat der Opposition, Augustus Morin, zum Sprecher gewählt wurde. Somit erklärt sich das kanadische Parlament mit einer Niederlage für die Regierung — ein wenig ermuthigendes Vorzeichen!

## Frankreich.

Paris, 12. März. Paris hatte mit großer Zuversicht darauf gerechnet, daß Belgien die neueste französische Revolution binnen Kurzester Frist nachmachen werde, und man erinnert sich, daß die Pariser Blätter schon am 26. meldeten, in Brüssel sei die Republik ausgerufen. Nachdem man sich endlich überzeugen mußte, daß in Belgien, Dank seiner durchaus festen und volksmäßigen Verfassung, kein Revolutionsstoff vorhanden ist, und daß man dort am allerwenigsten daran denkt, die Staatsform, bei welcher man sich einstweilen sehr wohl befinden, mit einer neuen gesellschaftlichen Ordnung zu vertauschen, welche sich erst noch zu bewähren hat, seit dieser Zeit hat sich in Paris eine gewisse Verstimmung gegen Belgien eingefunden, die sich bereits durch bittere und heftige Worte Luft macht. So im Courrier français: „Die Stellung, sagt er, welche die belgische Regierung nach der Revolution vom 24. Febr. dieser Revolution gegenüber angenommen hat, läßt sich gar nicht entschuldigen. Wir reden nicht von der lächerlichen Schaustellung seiner Truppen an der französischen Grenze. Diesen Spaß für Ernst nehmen, hieße ihm wahrhaftig zu viel Ehre anthun. Dagegen aber wundert, ja empört es uns, zu sehen, daß die belgische Regierung zögert, die französische Republik anzuerkennen, daß sie uns statt einer offenen und ehrlichen Zustimmung nur „freundschaftliche Beschleunigungen“ anbietet, die wir nicht brauchen können, weil sie keinen amtlichen Charakter haben. Noch mehr, die belgische Regierung nimmt sich heraus, das in Frage zu stellen, was durch den Sieg des Volkes entschieden ist; sie wartet darauf, daß die Republik durch die Nationalversammlung bestätigt werde, als ob die Republik, diese leuchtende und ein für alle Mal abgemachte Thatsache, noch irgend einer Revision unterworfen werden könnte, selbst einer Revision durch eine Versammlung. Ebenso gut könnte man behaupten, daß die Versammlung die Grundsätze unserer drei unsterblichen Revolutionen unterdrücken und sogar den Namen Frankreich abschaffen kann. Und die kleinen Staatsmänner des ehemaligen Departements der Dyle wagen, gegen unsere provis. Regierung eine solche Sprache zu führen! Und die provis. Regierung läßt sich herbei, sie anzuhören! Man macht sich keine Vorstellung von einer solchen Unverschämtheit, und wir werden noch erleben, daß die Rathgeber des großen und mächtigen Königs Leopold die französische Republik erst dann anerkennen, wenn sie ihre Fahne auf seinem Palast in Brüssel gepflanzt hat.“ Es freut uns, hinzufügen zu können, daß der National, dessen Ansehen und Einfluß den des Courrier überwiegt, neben jenen knabenhaften Deklamationen eine durchaus besonnene und politische Sprache behauptet, die wir bis zum Beweise des Gegentheils sehr gerne als den wahren Ausdruck seiner gegenwärtigen Gesinnungen annehmen. Mit der größten Rücksichtslosigkeit nach Innen wie nach Außen spricht dagegen das dritte der Blätter, welche nicht erst seit der Revolution republikanisch gewesen sind, die Reforme. Sie bestertet zum Beispiel den Männern der ehemaligen dynastischen Opposition die Fähigkeit, in der Nationalversammlung Sitz und Stimme zu haben. „Diese Männer, sagt sie, werden durch ihre Vergangenheit verurtheilt, sich zurückzuziehen, zu schweigen, in der Stille zu sühnen. — Was würden auch die Ehrenwerthen unserer frühern Parlamente in der Nationalversammlung machen? Was könnten sie sagen zu Gunsten der politischen Rechte, zu Gunsten des Rechtes auf Arbeit, über die gesellschaftliche Organisation, deren Gedanke in den demokratischen Köpfen und Herzen zährt? Aristokraten ohne Grundsätze, Philosophen des Eigennutzes und der Furcht, könnten sie nur sich selbst verläugnen, wenn sie die große Sprache der Revolution sprächen, denn gestern noch waren sie die Staatsmänner, die Redner und die Geschäftsführer des Privilegiums und der Monarchie. Und um Alles zu sagen, die Republik kann sich nicht ihren Feinden in die Hände liefern, und, wie schön auch die Worte der Bewerbungsschreiben lauten, wir fordern das souveräne Volk auf, sein Parlament selber zu machen“. Trotz dieser und ähnlicher Aufsprengereien ist es indessen eben so wahrscheinlich als wünschenswerth, daß eine ziemlich große Anzahl der gräbten Politiker der vorigen Kammer in die Nationalversammlung gewählt werden wird. Unter den bereits aufgetretenen Bewerbern dieser Klasse befindet sich auch Hr. von Larochefaucauld, der dem Inhalt seines Rundschreibens nach völlig darthun ergeben zu sein scheint, daß es mit der Monarchie, mit der legitimen sowohl als mit der revolutionären, in Frankreich aus sei.

Digitized by Google

Paris, 13. März. Der heutige „Moniteur“ bringt eine Verordnung der Regierung, durch welche im Heere und auf der Flotte alle körperlichen Strafen, als das Kugeltragen, das Kielholen, die Tanhiebe u. s. w. abgeschafft und durch Gefängniß von 4 Tagen bis zu einem Monate ersetzt werden.

Eine zweite Verordnung verfügt die sofortige Freilassung aller Schuldgefangenen.

Durch eine dritte Verordnung wird die Zahl der Mitglieder des Staatsraths von 30 auf 25 vermindert. Ausgeschlossen werden aus dem Staatsrathe die HH. Jacqueminot, Felix Real, Hauberfaert, Mottet, Tupinier und Ladiérres, welche zu den eifrigsten Anhängern des gestürzten Systems gehörten. Dasselbe Schicksal trifft fünf Maitres de requêtes. Auch Hr. Baroul, Vorsitzer der obersten Baubehörde, ist abgesetzt. Im Sinne dieser Maßregeln ist ferner der Landrath des Seinedepartements aufgelöst.

Der Gesandte von Spanien hat Hrn. Lamartine eine Depesche seiner Regierung mitgetheilt, worin diese die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien aufrecht erhalten zu sehen wünscht. — Eine ähnliche Erklärung hat der Gesandte der deutschen freien und Hansestädte Hrn. Lamartine gemacht.

Die gestern eröffnete Unterzeichnung für die nationale Diskontobank hat eine Summe von 1,688,000 Fr. ergeben. Zur Ergänzung des durch Unterzeichnung aufzubringenden Drittheils des Bankkapitals von 20 Millionen bleiben also ungefähr noch 5 Millionen aufzubringen übrig.

Die Unterzeichnungen für die Februarverwundeten weisen 425,000 Fr. aus. Ein zu Gunsten derselben im Wintergarten abgehaltener Ball, der von den Frauen der Mitglieder der prov. Regierung veranstaltet und von einer ehrn sie glänzenden als zahlreichen Versammlung besucht war, hat 47,000 Fr. reine Einnahme geliefert.

Die Arbeiter von Paris haben beschlossen, bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung ihre Stimmen an folgende Personen zu geben: 1) An sämmtliche Mitglieder der provisorischen Regierung. 2) An die Häupter der socialistischen Schulen Lamennais, Cabet, Considerant, Buchez und Pierre Leroux. 3) An mehrere Arbeiter, unter denen Cordon, Wildhauer und Redakteur des Atelier. Perdiguier, Tischler und Verfasser mehrerer Werke über die Lage der arbeitenden Klassen, Martin Bernard, Buchdrucker, als einer der Anstifter des Aufruhrs im Mai 1839 vom Pairshofe verurtheilt, Lerei, Goldarbeiter und Präsident eines der ältesten Handwerkervereine, Sacary, Schuster u. s. w.

Der Ex-Minister Teste, der im ersten Tumulte freigelassen worden war, ist wieder in das Gefängniß der Conciergerie gebracht worden.

Wie die Presse meldet, will sich der Prinz von Joinville, der mit seinem Vater ganz zerfallen ist, nach Brasilien begeben und dort mit seiner Frau leben.

Der Moniteur veröffentlicht heute nachträglich den ausführlichen Bericht über die Verhandlungen einer Arbeiterversammlung vom 5. März. Hr. Louis Blanc machte darin den Vorschlag, eine kleine Stadt in Paris für die Arbeiter zu gründen, deren Herstellung die Architekten auf 2 Millionen anschlagen. Heizung, Beleuchtung und Speisung soll darin gemeinschaftlich sein; jede Familie soll jedoch abgesondert wohnen und sich je nach ihrem Verdienste besondere Bequemlichkeiten nach Belieben bereiten. Entscheiden ist darüber Nichts.

Der Minister des öffentlichen Unterrichts und des Kultus, Hr. Carnot, hat ein Rundschreiben an die Erzbischöfe und Bischöfe gerichtet, worin er sie auffordert, der Republik als gute Franzosen beizutreten und volles Vertrauen in dieselbe zu setzen. Freiheit, Gleichheit, Brüderliebe, heißt es darin, drei Grundsätze, welche die Grundlage jeder Moral bilden, also auch die der christlichen sein müssen, sind von heute an unseren Staatseinrichtungen einverleibt und müssen nothwendiger Weise den Beziehungen der Bürger untereinander einen neuen Charakter aufdrücken. Sie werden das Reich der Gerechtigkeit herbei führen, und indem sie die gesellschaftlichen Vortheile gleichmäßiger vertheilen, wird sich der Kampf der Interessen in einen Geist gegenseitigen Wohlwollens verwandeln. In diesem Sinne verlangen wir die Adhäsion des Klerus an die Republik.“

Zweitausend Schweizer haben gestern der prov. Regierung eine Glückwunschadresse überreicht.

Die Rente ist heute wieder um mehrere Franken gefallen: 3% 49 Fr., 5% 74 Fr. 50, Banktien 1725.

## Spanien.

Die schon früher erwähnte Adresse der Oppositionsblätter, deren Druck die Polizei ganz willkürlich unterfagt hatte, wurde der Königin am 6. durch eine Deputation von Zeitungsschreibern überreicht. Die Adresse geht dahin, das die Königin den von den Ministerium beantragten und von dem Kongresse bereits genehmigten Ausnahmsmaßregeln ihre Zustimmung verweigern möge. Inhaltlich empfing die Deputation in Gegenwart des Präsidenten des Ministerraths, dem sie die Adresse sogleich zur Erledigung überwies, so daß die Nichtberücksichtigung des aufgestellten Wunsches so gut wie gewiß ist. Die Forderungen der Regierung werden gegenwärtig im Senate berathen, der dieselben ohne allen Zweifel ebenfalls gutheißen wird. — Das Schreiben des Infanten Heinrich, worin derselbe seine Sympathien für die französische Republik aussprach, macht in den Regierungskreisen großes Aufsehen, und es soll beschlossen worden sein, den Prinzen aus der Liste der Infanten von Spanien zu streichen. Die Gemüther sind in lebhafter Aufregung, am 5. hat es bereits Unruhen in Sarragossa gegeben, und man befürchtet auch in Catalonien einen Ausbruch, — selbst in Madrid dürfte es nicht lange mehr ruhig bleiben. Am 6. und 7. waren alle Truppen in den Kasernen konsignirt und die Posten verdoppelt. Hr. Isturiz schickt sich an, auf seinen Botschafterposten in London abzugehen. — Espartero soll im Begriff sein, nach Madrid zu kommen.

## Italien.

Das Fürstenthum Monaco, das mit der ihm vor einigen Wochen gegebenen Konstitution nicht zufrieden war, hat seinen Fürsten Florestan I. weggejagt und am 4. März die Republik proklamirt.

## Amerika.

Die Köln. Z. meldet unterm 26. Febr. aus New-York: John Quincy Adams ward am Montage im Hause der Repräsentanten plötzlich vom Schlage gerührt. Beide Häuser des Kongresses vertagten sich auf der Stelle. Der berühmte Staatsmann ward bewußtlos in das Zimmer des Sprechers getragen, welches an die Halle stößt, und Alles, was die Geschicklichkeit der Aerzte und die Sorgfalt der Seinigen thun konnte, ward vergebens angewandt. Die beiden Tage, wo der Todeskampf dauerte, kamen die Mitglieder beider Häuser wie gewöhnlich zu ihrer Versammlung; aber der Gedanke, daß einer der ersten Männer der Republik, einer der geschicktesten, rechtschaffensten, ältesten Diener des Staates vor ihren Augen und Ohren mit dem Tode rang, verhinderte ihre Berathungen. Sie vertagten sich. Adams starb auf dem Kapitol wie ein Soldat auf dem Schlachtfelde — Die Einmischung der Engländer an der Mosquitoküste hat nicht verfehlt, die Ausmerksamkeit und die Eifersucht der Nordamerikaner zu erregen. Man spricht wieder lebhaft von einem Frieden mit Mexico, welcher unter folgenden Bedingungen abgeschlossen sein soll: 15 Millionen zu bezahlen für Ober-Californien; 3 Millionen sogleich beim Friedensabschlusse zu entrichten; das Heer der Vereinigten Staaten nach drei Monaten aus Mexico zu ziehen. Einige behaupten, eine Bedingung sei, daß vorläufig eine amerikanische Besatzung von 12,000 Mann in der Stadt Mexico bleibe. (Aus und über Mexico weiß man eigentlich seit mehr als einem halben Jahre nur etwas Bestimmtes und Sicheres, daß nämlich die nordamerikanischen Truppen die Hauptstadt Mexico am 13. und 14. September mit Sturm genommen haben und seitdem in deren Besitz geblieben sind. Was seitdem als Thatsache vermeldet wurde, oerlor sich bald darauf wieder in einem Nebel von Widersprüchen und Berichtigungen.)

## Handels- und Börsennachrichten.

* Frankfurt, 14. März. Unsere Börsenzustände bieten noch immer einen sehr trostlosen Anblick dar, und es ist leider keine Aussicht zu baldiger Besserung vorhanden. In den Kurszetteln bekunden sich zwar mehrere Effektengattungen notirt; allein der Umsatz darin ist so gut wie null und die Notirung fast nur nominell. Die Ausstände mit 2 Mill. fl. Wechselschulden ist, bei unverkennbarem guten Willen in der jetzigen Beränqnis ungeeignend. Denn das Handlungshaus Gebrüder Bethmann seine Zahlungen eingestellt. Denn das Handlungshaus Gebrüder Bethmann seine Zahlungen eingestellt. Schon vor 3 Monaten in seiner Existenz bedroht, ward es damals durch mächtige verwandtschaftliche Hülfe (man sagt, mit mehr als 1 Mill. fl.) gerettet; die jetzige beispiellose Entwerthung aller Papiere stürzte aber seinen Sturz herbei. Der Betrag der Passiva ist noch nicht bekannt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

**Preußen.** * Münster, 11. März. Bei der in Folge des unsinnigen Arbeiterkrawalls in Köln vorgenommenen Beschlagnahme der Papiere eines der Mitverhafteten, des ehemaligen Lieutenants und jetzigen Sekretärs an der Feuerwerkerschule ungenannt Colonia, Knuete, soll man wichtige Entdeckungen über eine weitverzweigte Verbindung gemacht haben. Gewiß ist, daß auf Grund der vorgefundenen Korrespondenz bereits verschiedene Untersuchungen, auch gegen Militärpersonen anhängig gemacht sind. Wie sind übergeugt, daß sowohl Knuete als der andere Anstifter jenes Krawalls, der Expremierlieutenant von Willich, der Schreinerlehrling verschiedene ergötzen ist, um dieser Auf die Handwerker einwirken zu können, hauptsächlich durch die unnatürliche, „abnorme" Stellung unseres Offizierstandes in ihrer jetzigen ertemen Richtungen hineingetrieben sind, und daß sie unter natürlicheren Verhältnissen bei der Entschiedenheit ihres Charakters und ihren bedeutenden geistigen Fähigkeiten ausgezeichnete Offiziere geworden wären. — Wir man aus glaubwürtiger Quelle hört, hat der frühere Kommandeur unseres 7. Armeekorps und Gouverneur von Neuenburg, v. Pfuel, schon seit mehrern Jahren über die wahre Stimmung der neuenburger Bevölkerung nach Berlin berichtet und den Wunsch ausgesprochen, dieses der Krone zur feinen Nahen bringende Ländchen aufzugeben. Da man diesem Wunsche nicht willfährte, legte er in der Voraussicht der jetzt eingetretenen Ereignisse, vor mehreren Monaten seine Stelle als Gouverneur nieder, obgleich ihm dieselbe jährlich 3000 Thlr. einbrachte. Der Abgang dieses einsichtsvollen und humanen, allgemein beliebten Generals von hier ist sehr bedauert worden. Der neue Kommandeur, v. d. Gröben, ein intimer Freund des Königs, ist dem Vernehmen nach zwar auch ein tüchtiger Offizier, aber der pietistischen Richtung sehr zugethan. — Die Reservetruppen des 2. Bataillons des 13. Infanterieregiments werden in diesen Tagen nach Koblenz marschiren, ebenso das 2. Linienbataillon; auch müssen sich 2 Kompagnien Fußartillerie dieselbst marschfertig halten. — Wie ich höre, soll meine Korrespondenz vom 2. März (Nr. 68), welche nicht in den Augen aller Offiziere Gnade gefunden, von einem ausgezeichneten Offizier in der Eifrel, Zeit. eine Widerlegung finden; ich kann daran Nichts zurücknehmen; nur muß ich berichtigen, daß das Verbot, über die jetzigen Tagesereignisse zu sprechen, nicht von Oben her, sondern von einzelnen Vorgesetzten auf ihre Faust erlassen worden ist.

**Würtemberg.** △ Von dem Neckar, 12. März. In den benachbarten Hohenzollern'schen Fürstentümern ist die Ruhe auf eine heftige Weise gestört worden. Der Zorn des Volkes war hauptsächlich gegen den Abgabendruck und wider die aus dem Auslande berufenen Civil- und Militärbeedienstern gerichtet. Der erste Beamte des Fürsten zu Sigmaringen soll von dem Volke auf der Straße herumgetrieben und nur auf das Bitten von Frau und Kindern dem Tode entgangen sein. In Hechingen zogen gestern Abend die Bauern von zwei Dörfern ein, besetzten das Rathhaus und bliteten von hier aus Spalierе bis zur Villa des Fürsten, der durch eine Deputation eingeladen wurde, dahin zu kommen. Als der Fürst diesem Verlangen widerstand, wurd er von der Masse, die seine Wohnung umzingelte, auf das Rathhaus begleitet und hier veranlaßt, 25 Artikel anzuerkennen, worin hauptsächlich Befreiung von Frohnen und andern Lasten, mit Ausnahme der Steuer und des Zehnten, ferner Aufhebung des Bierzwangs, Entfernung der ausländischen Offiziere und anderen Diener und Gleichstellung der Landgemeinden mit der Stadt zugesagt wurde. Die fremden Diener, worunter die höchsten Angestellten, z. B. von Wangenheim, v. Leoprasz, v. Billing, sind bereits mit ihren Familien abgereist. Ebenso die reichsten Juden. Der Fürst drohte, seine Residenz für immer zu verlassen und sich auf seine Güter in Schlesien zurückzuziehen; indessen soll sich heute schon wieder Alles zur Ruhe gelegt haben, nachdem die Artikel jeder Gemeinde besonders ausgestellt und von des Fürsten eigener Hand unterfertigt worden. Man ist begierig, ob die Wiederherstellung der alten Burg Hohenzollern, welche auf Rechnung des preußischen Monarchen kaum begonnen ist, unter diesen Umständen werde fortgesetzt werden. — Auch in dem sonst so ruhigen würtembergter Lande ist die Bewegung der untern Klassen hauptsächlich gegen die gutsherrlichen Lasten und einen Theil der Beamten gerichtet. Das Programm des neuen Ministeriums wird vorausschlich diese Bewegung, worin sich der vor 300 Jahren versuchte Bauernaufstand zu wiederholen scheint, nicht aufhalten, und es wird der Gesetzgebung schwer werden, das lang Versäumte durch ein Entschädigungsgesetz nachzuholen und die Entschädigung auch wirklich zu bewerkstelligen, nachdem sich das Volk der an manchen Orten sehr gesteigerten Abgaben bereits entledigt hat. Was an dem sonst sehr befriedigenden Programme aufgefallen, ist, daß die Revision des Strafgesetzbuches und der Strafprozßordnung, welche doch nur eine radikale sein kann, gleichsam schon auf die Tagesordnung der künftigen Stände gesetzt wird, während der früher schon gehegte Wunsch einer gemeinsamen Gesetzgebung auch in diesen Beziehungen durch die Aussicht auf ein deutsches Parlament und die Uebereinstimmung in dem Verlangen nach Schwurgerichten seiner Erfüllung um Vieles näher gerückt ist. Möchte doch die deutsche Sache die erste bleiben und über den örtlichen Neuerungen nicht die feste Einrichtung des großen Ganzen, wohin jetzt die Sehnsucht der wahren Vaterlandsfreunde gerichtet ist, vergessen werden! Möchte auch die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, wohin ja leider auch die Bundesfachen gehören, überall in zuverlässige und geschickte Hände gelegt werden! Caveant Consules!

**Hannover.** * Göttingen, 11. März. Es kann auswärts zeitig erschrinen, daß der Magistrat und die Bürgervorsteher der Stadt Hannover sich über das Verdächtigste größerer deutschen Volksfreiheit und Einheit ohne vorhergehende Verständigung mit dem ganzen Lande vor dem Throne aussprachen. Daß sie den Sinn des Landes in seinen einsichtsvollen Bestandtheilen traf, leidet keinen Zweifel. Ein gemeinsamer Schritt aller der Städte, in denen sich Adressen vorbereiteten, hätte aber von größtem Erfolg sein können, wo das Volk durch das Aeußergemein, das Hr. v. Falcke wohlbedacht hinter der monarchischen Regierungsform versteckt, hindurch nur schwer zum Ohr seines Königs gelangt. Wirklich gereichen die Adressen und Deputationen, die sich unterwegs befanden, durch die schon erfolgte abschlägige Antwort in eine gewisse Verlegenheit, und andere, die sich vorbereiteten, wie die des Senats der Landesuniversität, sind vorläufig ins Stocken gerathen. Indeß hatten die Worte des Königs in ihrer ungekünstelten Weise etwas Zutrauliches, wie nie früher. Die trübe Zukunft, die dem Lande bevorsteht, hallte hindurch. Schon zeigt sich das monarchische Prinzip nicht mehr ganz abgeneigt, die Preßfreiheit zu gewähren. Ist sie erlangt, so sind mit ihr allein schon alle übrigen Freiheiten zu erreichen. Die Landstände sind auf den 28. März einberufen, womit man bisher zögerte, und es kommt Nichts auf die kleine Frist an, daß dies längst beschlossen gewesen sein soll. Wir sind nicht bisorgt, es wird der zweiten Kammer unter dem Zuspruch des ganzen Landes in Adressen und zahlreichen Deputationen schon gelingen, volksthümliche Einrichtungen und Maßregeln durchzusetzen, die ein gutes Einvernehmen zwischen Regierung und Volk begründen, dessen Mangel bei Ereignissen, die einen Thätigkeiten oder einen blinden König fänden, bedauert schwer treffen könnte. Die Einheit des deutschen Vaterlandes durch ein deutsches Parlament, deren Begehren in einer Weise abgelehnt wurde, die mit dem früher ausgesprochenen „untergeordneten Standpunkte des Unterthanen", nicht aber mit der „treuen Einsicht des deutschen Volks", wovon der Bundestag auf einmal redet, übereinstimmt, ist nicht mehr der Traum der Jugend und das Streben einiger „Erbertsuchter", wie man sich in Hannover gern ausdrückt. Nicht mehr vereulet sich ihre Hoffnung auf den Trakt eines Erzherzogs, sondern zwei deutsche Kabinets, mit wahren Staatsmännern besetzt, haben den Gedanken schon offen und ernstlich zu dem ihrigen gemacht. Eigentlich sind schon alle süddeutschen Bundesstaaten dafür gewonnen. Schon ist Hoffnung vorhanden, daß sich Preußen der Sache mit seinem gewaltigen Einflusse annimmt, und so halten wir auch Hrn. v. Falcke für staatsmännisch klug genug, um die noch herrschenden Antipathien gegen freiere Institutionen zu überwinden, das bürgerliche Element unsers Landes mit dem Adel zu versöhnen, den unheilvollen Druck durch das wahres Bedürfniß zu ersetzen und mit Beseitigung des stummen Gwalts, wenn im Lande herrscht, offen und freudig mit allen Hannoverananern zu dem großen Gedanken zurückzukehren, den Hannovers Vertreter beim Wiener Kongreß, Graf Münster, zwar erfolglos und mit spätterer Apostasie, aber dessenungeachtet so scharfbildend und warm verfocht.

**Baden.** △ Karlsruhe, 14. März. Auch in der heutigen Sitzung wurden von den Abg. Hecker, Peter, Helmreich, Richter, Kapp, Heimburger, Welcker, Buhl, Ulrich, Schaaff und Blankenhorn eine große Anzahl Dankadressen und Petitionen übergeben, mehrstens die allgemeinen, bekannten Volksbegehren betreffend, unter welchen ein deutsches Parlament immer obenan steht. In mehreren dieser Eingaben ist auch der, gewiß ganz unbegründeten, Besorgniß erwähnt, als sollten die badischen Truppen aus dem Lande gezogen und durch nicht badische ersetzt werden. Eine der Petitionen beantragt die Aufhebung der 1. Kammer und „Abschaffung aller Adeligen", eine andere: Amnestie für alle politischen Vergehen. Der Abg. Zittel bemerkt hiezu, dieselbe habe den Sinn, daß man Vergehen, welche ihren Grund nur in einer etwaigen Uebertreibung freiheitlicher Bestrebung haben,

Digitized by Google

in einer Zeit wie die jetzige nicht weiter verfolgen solle, etwaige Versuche aber, sich mit dem Auslande zu landesverrätherischen Absichten zu verbinden, wolle Niemand in Schutz nehmen (allgemeine Zustimmung). Welcker und Zentner ersuchen die Reg., die Vorlage von Gesetzentwürfen zu beschleunigen, um das Land zu beruhigen. Andere Abgeordnete bemerken, wenn auch diese Entwürfe noch nicht durch alle Instanzen berathen seien, so könne und werde ja die Kammer nachhelfen. Regierungskommissär Fröhlich versichert, mehrere Gesetzentwürfe seien fertig, und die Kammer könne deren Vorlage jeden Tag gewärtigen, namentlich verspricht er dies von dem Gesetzentwurf über Volksbewaffnung. (Wie wir hören, ist der Präsident des Justizministeriums, Hr. Brunner, erkrankt, sonst würde wohl der Gesetzentwurf über Geschworne schon vorgelegt sein.) Auf weitere Mahnungen ersucht der Hr. Regierungskommissär die Kammer, den Verhältnissen des Augenblicks auch einige Rücksicht zu tragen.

Durch die ausgebrochenen Unruhen sei die Absendung zweier Mitglieder des Ministeriums des Innern nothwendig geworden und die unverschieblichsten, dringendsten Verwaltungsarbeiten seien bis zum größten Maße gehäuft. Helbing stellt den Antrag, solange, bis die Volksbewaffnung vollendet, den Eingangszoll auf Waffen aufzuheben, da man Waffen in genügender Menge nicht innerhalb des Zollvereins erhalten könne. Obschon der Regierungskommissär erklärt, daß die Regierung die Anschaffung einer großen Zahl Gewehre gesichert habe, und Präsident Mittermaier mittheilt, von einer Gewehrfabrik des Zollvereins seien 60,000 Gewehre zu mäßigem Preise angeboten, wird Helbings Antrag von der Kammer angenommen. Christ macht darauf aufmerksam, daß man bei Bestellungen einzelner Gemeinden die Nothwendigkeit eines gemeinschaftlichen Kalibers mit dem des 8. Armeekorps berücksichtigen solle. Gegen eine Aeußerung von Zentner, wonach im Seekreis Unruhen ausgebrochen seien, verwahrt der Abg. Welte, der eben persönlich dort gewesen, das sei unrichtig, im Seekreise herrsche eine musterhafte Ordnung, was die Kammer mit sichtlicher Zufriedenheit aufnimmt. — Die Tagesordnung führt nun zur Berathung von Straßenpetitionen, über welche Wie indeß hier nicht einzeln berichten wollen. — Bei Beginn der Sitzung hatte der Abg. Bassermann zur Berichtigung des Landtagsbotens der Kammer mitgetheilt, daß in der Stadt Schliengen kein Zoll auch nur mit Worten beleidigt worden sei; sowie die Zusicherung anderer Gemeinden seines Wahlbezirks, sie würden sich durch strenge Aufrechthaltung der Ordnung der neu errungenen Freiheit würdig zeigen. (Viele Stimmen: Ehre diesen wackeren Bürgern!)

Der frühere von Blittersdorff verfolgte Abg. Hoffmann, jetzt Präsident des Finanzministeriums, ist gestern angekommen. Das Wiedersehen seiner alten politischen Freunde war ein ergreifender Augenblick.

**M. Baden**, 8. März. Schon ist der Schleier zerrissen, mit dem Metternich und seine Bundestagsgesandten Deutschland seit 32 Jahren umhüllten; schon haben die von unserm volksfreundlichen Großherzoge gewährten Forderungen der Badener mit gleichem Erfolge die Runde in Deutschland beinahe gemacht, und noch immer hort der in allen Gauen mit Jubel begrüßte Antrag Bassermanns auf ein deutsches Parlament seiner Verwirklichung nach immer tagen dieselben Männer in Frankfurt, obgleich alles Vertrauen verlustig. Wie beschämend für uns ist das Benehmen der Franzosen, die, bisher in viele heftig sich befeindende Parteien getheilt, nun einmüthig vom Var bis zur Finisterre die Staatsform und die provisorische Regierung sanktionirt haben, die einige wenige Abgeordnete der gesprengten Kammer und ein kleinster Brustheil der Nation in höchster Erregtheit gewählt! Warum denn eine vorberathende Versammlung in Heidelberg, warum gar noch eine zweite abwarten? Warum wählt nicht heute schon unsere Kammer die Vertreter zum deutschen Parlamente nach dem Modus, der ihr in der Eile der Beste dünkt? Warum erklärt sie nicht ungesäumt allen deutschen Volksstämmen, daß im März noch Abgeordnete der badischen Kammer mit Stimmrecht und andere Badener von ausserhalb der Kammer über Stimmrecht in Frankfurt tagen werden, mit der Befugniß, im Namen der deutschen Nation zu sprechen und zu beschließen, sobald 10 Millionen vertreten sein werden? Sowie das bisherige durch die Lage begründete Vorgehen Badens in allen deutschen Landen mit Beifall aufgenommen worden, so wird und muß auch diese erste That allenthalben Lob und Nachahmung finden. Mit dem Reden allein ist hier Nichts gethan. Handeln, schnelles Handeln thut Noth. Auf den Schlag in Paris muß ein Gegenschlag in Frankfurt erfolgen und in allen Gauen widerhallen. Vertraue die Kammer auf die Hochherzigkeit der deutschen Fürsten, die vor einem kleinern Opfer nicht zurückbeben werden, wenn es gilt, die Unabhängigkeit, den Frieden, die Ordnung und den Wohlstand der Nation sicher zu stellen. Hüte sich die Regierung und die Kammer, durch Mangel an Thatkraft und durch fortdauernde Beibehaltung verhaßter Wettern chianer im Staatsdienste das Volk zu Mißtrauen und zu Ungesetzlichkeit zu reizen und den Aufwieglern in die Hände zu arbeiten. Schon ist des Ungesetzlichen zu viel geschehen, als daß man, die Hände in den Schooß legend, dem Wahne sich hingeben dürfte, daß Alles von selbst recht. Bevor noch die Vertreter der Nation mit dem Verfassungsentwurfe sich beschäftigen, scheint mir, hätten sie folgenden dringenden Obliegenheiten zu genügen: 1) Die französische Republik anzuerkennen und das Manifest an dieselbe zu richten, das von Lamartine demnächst zu erwarten steht; 2) ein Manifest an den Kaiserthron Oesterreichs und Preußens unterworfene Polen zu erlassen, daß die deutsche Nation entschlossen ist, im Vereine mit ihnen die Wiederherstellung des polnischen Staates zu erkämpfen und zur Vereinbarung über die künftige Grenze dem unparteiischen Schiedsgerichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika sich zu unterwerfen; daß sie sich dagegen die Wiederherlangung der deutschen Ostseeprovinzen von Rußland vorbehält; 3) ein weiteres Manifest an die Völker Italiens zu richten: daß die deutsche Nation Oesterreich veranlassen wird, auf die Herrschaft des Venetianisch-Lombardischen Königreichs unter dem Vorbehalte zu verzichten, sich durch die Donauländer bis zur Sulinamündung zu entschädigen; 4) ein Aufnahme-Schleswigs, Ost- und Westpreußens und der übrigen dem deutschen Bund zu bewerkstelligen, welche ihm beizutreten wünschen. Inzwischen möge es unsern Fürsten gefallen, über die Stiftung eines Oberhauses in Frankfurt sich zu vereinbaren, dem künftigen Unterhause aber das Recht einzuräumen, aus dem Schooße aller Monarchen und Fürsten Deutschlands für die Gesammtangelegenheiten deutscher Nation auf je vier Jahre den Träger der höchsten vollziehenden Gewalt zu wählen. Kehrlich, die Krisis ist so ernst, daß nur eine gewaltige Autorität, hervorgehend aus der Vaterlandsliebe und dem herzlichen Einverständnisse aller Fürsten und Völker Deutschlands, uns vor der größten Katastrophe bewahren kann: dem Umsturz der Throne und dem Verlust unserer Unabhängigkeit. Mit dem Rex sonatus populusque gormanus werden wir unüberwindlich sein, wie einst die Römer mit ihrem weltbeherrschenden S. P. Q. R.; mit ihm bleibt die Treue ohne Makel, die Fürsten und Völker sich geschworen haben.

* **Koburg**, 12. März. Soeben wird hier folgende Erwiderung des Herzogs auf die Bürgeradresse bekannt gemacht: Bürger Meiner Residenzstadt Koburg! Die aus Eurer Mitte hervorgegangene, an Mich gerichtete Adresse vom 6. d. M. gibt Mir die willkommene Veranlassung, Euch Meine wahre Ansicht darüber in der ruhig gelegten Haltung auszudrücken, die Ihr in den Tagen einer allgemeinen politischen Aufregung bethätigt habt. Für die Gesinnungen treuer Anhänglichkeit, die Ihr darin ausgesprochen, empfangt Meinen wärmsten Dank. Wohl muß dies Alles für ein unerläßliches Zeichen gegenseitig verheißener Eintracht gelten. Diese Eintracht zwischen Mir und Meinem theuren Volke mag und möge zu befestigen, soll eine Zier Meines eifrigsten Bestrebens sein. Das Vertrauen, womit Ihr Euere Wünsche freimüthig und offen, wie ich es liebe, dargelegt habt, thut Meinem Herzen wohl; Ich werde, so viel an Mir liegt, es zu rechtfertigen wissen. Ich habe Mich entschlossen, die Stände Meines Herzogthums Koburg auf den 2. l. M. zu berufen, um vereint mit ihnen zu erwägen, was in diesen ernsten Augenblicke die Interessen des Landes mit Rücksicht auf die Interessen der gemeinsamen deutschen Vaterlandes erfordern. Inzwischen werde ich zur Vorlage an dieselben ein Gesetz über Einführung „vollständiger Preßfreiheit" vorbereiten lassen. Die letztere stimmt ganz mit Meinen Grundsätzen überein, und Ich genehme sie gern. Ebenso wird den Ständen ein Gesetzentwurf auf Abänderung des §. 79 der Verfassungsurkunde mitgetheilt werden, damit das „Petitionsrecht" und das Recht der „Volksversammlung frei" ausgeübt werden könne. Die Vorgänge der „Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege mit Schwurgerichten" habe Ich bereits seit längerer Zeit erkannt und die zur Einführung dieses Gerichtsverfahrens nöthigen Verordnungen getroffen sind im vorigen Jahre angeordnet. Auch diese letztgemäßen Institution soll Mein Herzogthum Koburg theilhaftig werden. Sehr gern werde Ich zur Einführung eines „Wehrsystems" die Hand bieten, welches die Lust der stehenden Heere den Bürgerklassen erleichtert und für die Sicherheit des Bundes die nöthige Gewähr leistet. Ich werde hierüber mit den mitverbündeten deutschen Fürsten in Berathung treten. Bis dahin, wo allgemeine Volksbewaffnung eintreten kann, wünsche Ich die Aufstellung einer Bürgergarde in den Städten gern gestatten. Wegen „Vereinigung von Mitgliedern der Volksversammlung" wird eine Gesetzvorlage an die Stände gelangen. Als ein Mann von deutscher Gesinnung und durchdrungen von der wärmsten Vaterlandsliebe habe Ich Mich bereitwilligst den Bundesreformbestrebungen angeschlossen. Die Vertretung der deutschen Nation am Bunde das wirksamste Mittel zur Erstarkung Deutschlands und zur Beförderung seiner gemeinsamen Interessen erkennen. Ich habe bereits Meinen Bundestagsgesandten instruirt, den Antrag auf ein „allgemeines deutsches Parlament" nach Kräften zu unterstützen. Koburger Bürger, möchtet Ihr zu diesen Eröffnungen den Beweis finden, wie gern Ich geneigt bin, Wünsche, welche dem wahren Bedürfnisse der Zeit entsprechen, in Erfüllung zu bringen. Sieher Mir mit der erprobten Treue fernerhin zur Seite, um die öffentliche Ruhe und Ordnung in dieser bewegten Zeit aufrecht zu erhalten. Vertrauensvoll stelle Ich sie unter Euren Schutz. Gotha, am 10. März 1848. Ernst, H. z. S. K. G. Bröhmer.

Digitized by Google

## Schweiz.

* Aus der Schweiz, 9. März. Mit erfreulicher großartigen Uebereinstimmung hat die Bewegung — nenne man sie nun Reform oder Revolution — ihren raschen Fortgang im größeren Theile des südlichen und westlichen Deutschlands genommen. Es ist im Interesse der Einigung, der Macht und der ganzen Zukunft der deutschen Nation zu wünschen, aber auch zu erwarten, daß der Norden und Osten, Oesterreich nicht ausgenommen, ebenso rasch nachfolge. Viel trug zusammen, um den Gang der Dinge in Baden für das gesammte Deutschland maßgebend zu machen. Umsomehr durfte man darauf gespannt sein, in welcher Weise dort die sociale Frage in Bewegung kam; denn das wird Niemand in Abrede stellen, daß diese Frage sehr bald, wie in Frankreich so in Deutschland, in den Vordergrund treten wird. Schon eine unvorsichtige, unzweckmäßige Einleitung der Sache kann Unordnung und Anarchie zur Folge haben. Um so eher darf man sich freuen, daß bis jetzt in Baden Nichts versäumt und Nichts übereilt worden ist. Auf die Forderung der Gewährleistung der Arbeit, der Befestigung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und persönlicher Thätigkeit haben sich die Abgeordneten Badens zunächst darauf beschränkt, der Regierung die Pflege der Gewerbsthätigkeit und der einfachen Arbeit anzuempfehlen; damit ist freilich an sich Nichts gewährt, nicht einmal etwas Bestimmtes verheißen. Allein es ist das Mittel gegeben, in geordneter Berathung mit dem Volke und den Arbeitern selbst, das wirklich Erreichbare ins Leben einzuführen. Ueberall wird auch in Deutschland das Recht der friedlichen Association und der Versammlung anerkannt werden, auch Arbeiter werden sich hinaus associiren können, um aus ihrer Mitte Ausschüsse zu wählen, die mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse motivirte und ausführbare Vorschläge im Interesse der Arbeiter vorlegen. So werden sich die Arbeiter selbst auf praktische Weise überzeugen, daß zu ihrem eigenen Wohl kein plötzlicher Sprung in eine neue Gesellschaft und neue Organisation der Arbeit möglich ist. Die nicht mehr zu umgehende Socialfrage wird sich hiernach ganz von selbst in eine Reihe einzelner und successiver Reformen auflösen; während sich Regierung und Abgeordnete zunächst auf provisorische Maßregeln gegen Stockung der Arbeit und zur Beseitigung der „dringendsten" Noth beschränken können. Wir glauben also, daß sich die Socialfrage auf nicht demokratische Weise im geordneten Verkehr zwischen den Behörden und den Vollmächtigten der Arbeitervereine selbst ihrer allmählichen und darum befriedigenden Lösung entgegenführen läßt; daß nur auf diese Weise einem ungeeigneten Drängen und einer die Sicherheit des Eigenthums und das Wohl der Arbeiter selbst gefährdenden Anarchie vorgebeugt werden kann.

## Niederland.

Il Haag, 9. März. Heute wurden der Kammer 27 Gesetzentwürfe vorgelegt, die sich auf die Grundgesetzreform beziehen. Wir können die Anführung derselben hier um so mehr unterlassen, als sie im Ganzen Wenig zu bedeuten haben und die Wünsche des Landes in keiner Weise befriedigen, und als wir bei der Berathung doch näher darauf zurückkommen müssen. In der Hauptsache hält die Regierung fest sowohl an der königlichen Kuriebratie in den Kolonien als an den mittelbaren Wahlen in die Generalstaaten, die nach wie vor aus den Provinzialständen hervorgehen sollen. Nur ist zum Erstaunen, wie man so viele Gesetzentwürfe hat machen können, ohne doch irgend eine wesentliche Verbesserung zu Stande zu bringen. Als eine solche würde der neunte Gesetzentwurf gelten können, welcher der zweiten Kammer das so lange gewünschte Recht des Amendements gewährt (bisher konnte die Kammer nur annehmen und verwerfen, weßhalb schon die Berathungen in den Abtheilungen fast immer weitläufige Abänderungen der Gesetzentwürfe nothwendig machten), wenn er nicht zugleich verböte, irgend ein Amendement, das erst vorher „mit des Königs Erlaubniß (!)" in den Abtheilungen untersucht worden ist, zur öffentlichen Berathung zu bringen. Welch eine Ungereimtheit, welch eine Verdrehung im jetzigen Augenblick! Auch sollen die Provinzialstaaten fort und fort nach Ständen gewählt werden, welche gar nicht mehr bestehen. In den Entwürfen, welche sich auf die Miliz, die Schulterei und einen für Kriegszeiten zu organisirenden Landsturm beziehen, scheint nur der Gedanke Beachtung zu verdienen, daß ein Gesetz über Errichtung auch einer Semiliz eingebracht werden soll (eine Semiliz besteht bisher unsers Wissens nirgends als in Dänemark und in Spanien). Kurz, die 27 Gesetzentwürfe erscheinen für die Verfassungsreform so unbedeutend als möglich, und sie verschwinden vollends, wenn man sie mit dem Entwurfe vergleicht, welchen die bezannten neun Mitglieder der zweiten Kammer als niederländisches Grundgesetz aufgestellt haben. Haben denn die großen Tagesereignisse wirklich die Lehre noch nicht genug eingeschärft, daß Concessionen, zu spät gemacht, Nichts vermögen, daß die Regierungen nur dadurch, daß sie bei Zeiten den Volkswünschen entgegenkommen und allgemeine Bedürfnisse zu befriedigen suchen, Stärke und Festigkeit gewinnen können?

Wie holländische Blätter berichten, werden die niederländischen Grenzfestungen seit einigen Tagen auf den Kriegsfuß gebracht (in Herzogenbusch selbst werden die Wälle mit Kanonen bepflanzt und 15,000 Bomben und Haubitzen sind aus dem dortigen Arsenal nach Maestricht geschickt worden). Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar soll wieder in aktiven Dienst treten und den Befehl über einen Theil des holländischen Heeres übernehmen.

## Frankreich.

Paris, 11. März. In seiner Darlegung der Finanzverhältnisse des Staates sieht Hr. Garnier-Pagès den Fall voraus, daß die Unternehmer der letzten Anleihe die gegen die Monarchie übernommenen Verbindlichkeiten gegen die Republik nicht erfüllen werden. Von dieser Anleihe, im Belaufe von 250 Millionen, sind erst 82 Millionen eingezahlt, und der Finanzminister scheint sich allem Anscheine nach ganz in den Gedanken ergeben zu haben, auf den Rest verzichten zu müssen. Um die in der Staatskasse dadurch entstehende Lücke auszufüllen, wird dann die freiwillige Nationalanleihe ausgeschrieben, deren Papier al pari ausgegeben und mit 5 Procent verzinst werden soll. Obgleich der Minister versichert, daß ihm bereits von patriotischen Bürgern große Summen zu Gebote gestellt seien, so müssen wir doch sehr stark bezweifeln, daß die freiwillige Anleihe ganz Fortgang nehmen werde. Im Jahre 1830 brachte eine ähnliche Maßregel nicht mehr als 20 Millionen ein, und damals waren die Umstände viel günstiger. Bessern Erfolg kann man sich von dem Verkauf der Güter der Civilliste und eines Theils der Staatswaldungen versprechen, wiewohl der Staat bei diesen Veräußerungen in dem gegenwärtigen Augenblicke schwerlich ein glänzendes Geschäft machen wird. Indessen ist es noch immer nicht gewiß, daß alle diese Hilfsquellen nicht ausreichen werden, um den Staatsschatz in Stand zu setzen, allen seinen Verpflichtungen nachzukommen. Zu diesen Verpflichtungen gehört die Einlösung einer Summe von etwa 300 Millionen Schatzscheinen, die binnen den nächsten Monaten fällig werden, und die Rückzahlung von 355 Millionen, die den Sparkassen anvertraut sind, auf welche jetzt wahrscheinlich ein allgemeiner Sturm gelaufen werden wird. Wir haben die Maßregeln angegeben, durch welche die Regierung diesen Sturm beschwören will. Auf der einen Seite Erhöhung des Zinsfußes der Sparkassen, auf der andern Seite die Verfügung, daß ein Theil der Einlagen statt in baarem Geld in hyrocentigen Staatspapieren al pari zurückgezahlt werden soll. Es thut uns leid, es zu sagen, allein diese Maßregel verspricht so sehr die öffentliche Treu und Glauben, daß die provisorische Regierung damit in die Bahn der gewissenlosesten Staatsgewalten eintritt. Wenn die Sparkasse ihren Gläubigern, die baares Geld zu fordern berechtigt sind, ein Papier bietet, an welchem sie mehr als 20 Procent verlieren, so begeht sie damit einen wahren Bankerott. Und Hr. Garnier-Pagès scheint gleichwohl zu glauben, daß er mit seiner Maßregel den Gläubigern der Sparkassen noch eine Wohlthat erweist. Das Kapital dieser Anstalten bestand im Augenblicke der Revolution zu fünf Sechstein in Papier, das vielleicht nicht einmal die Hälfte seines Nominalwerthes mehr hatte. Nun denn, Hr. Garnier-Pagès sagt: „Die neue Regierung hätte zu den Gläubigern der Sparkasse sagen können: Da ist das Pfand, welches Euch die Regierung, in die ihr Eurer Betrauen setzet, gelassen hat; nehmt es zurück. Dieses Mittel, eine bedeutende Schwierigkeit zu lösen, war nicht ungerecht. Es war leicht ebenderein. Aber wir haben es nicht in Anwendung bringen wollen." Wir enthalten uns jeder weitern Bemerkung über die saumseligen würdigen Zaschenspielerkünste, welche hier mit den Begriffen von Staat und Regierung getrieben werden. Daß der Kredit der Republik bei solchen Maximen nicht zu Ehren kommen kann, läßt sich mit Händen greifen.

Wir kommen auf die gestrige Sitzung der Regierungskommission für die Arbeiter zurück. Die Versammlung zählte 250 Mitglieder, Abgeordnete der verschiedenen Gewerke. Die Rede, mit welcher Hr. Louis Blanc die Versammlung eröffnete, war sehr schwunghaft, wurde aber augenscheinlich nicht immer verstanden. So an einer Stelle, wo der Redner sagt: „Frankreich stellt sich von Neuem an die Spitze der Bewegung von Europa, und wenn die französische Familie ihre naturgemäße Verfassung gefunden hat, alsdann wird diese Familie die Familie der Welt werden." Bei diesen Worten brach die ganze Versammlung in

Digitized by Google

das Geschrei aus: Wir schwören es! Zum deutlichen Beweise, daß sie die Propaganda des Beispiels, von welcher Louis Blanc sprach, durchaus nicht begriff, denn der Schwur, daß die Welt Frankreich nachahmen werde, wäre natürlich nichts Anderes, als eine Albernheit. Um aber anzunehmen, daß die Versammlung den Redner dennoch richtig verstanden, um zu glauben, daß Louis Blanc wirklich darauf hingedeutet habe, daß Frankreich die übrige Welt mit Hülfe von Bajonetten zum Eintritt in seinen Familienverband veranlassen wolle und werde, um diese Voraussetzung zu machen, müßte man Hrn. Louis Blanc selbst einen Unverstand zutrauen, der an Wahnsinn grenzen würde. — Als die Aufgabe der Regierungskommissionen für die Arbeiter bezeichnete Louis Blanc die Ausarbeitung von Entwürfen für die künftige Organisation der Arbeit, welche der Nationalversammlung vorgelegt werden sollen. „Habe ich nöthig, hinzuzufügen, fuhr er fort, daß die Nationalversammlung über die höchsten Interessen zu entscheiden haben wird, welche die Menschheit jemals in Bewegung gesetzt haben? Denn um die Abschaffung der Sklaverei handelt es sich, der Sklaverei der Armuth, der Unwissenheit, des Lasters; um die Abschaffung der Sklaverei des Arbeiters, der keine Zuflucht für seinen alten Vater hat; um die Sklaverei des jungen Mädchens, das sich mit sechzehn Jahren preisgibt, um zu leben; um die Abschaffung der Sklaverei des Kindes, das mit zehn oder zwölf Jahren in einer verpesteten Spinnerei begraben wird. Sind denn alle diese Zustände der Natur der Dinge so gemäß, daß es Thorheit wäre, zu glauben, daß sie einst abgeändert werden können? Wer wagt den Fortschritt so weit zu läugnen, daß er das behaupte? Wenn die Verfassung der Gesellschaft schlecht ist, so muß sie umgestaltet werden, und vor allen Dingen muß die Sklaverei aufhören." Worte, die den stürmischen Beifall, mit dem sie aufgenommen wurden, in vollem Maße verdienen. Hr. Louis Blanc verhehlt sich und seinen Zuhörern indessen keineswegs die unermeßliche Schwierigkeit der Aufgabe, die denn auch begriffen zu werden schien. Die Versammlung schloß damit, daß sie einen engeren Ausschuß von 10 Mitgliedern aus ihrer Mitte durch das Loos bestimmte, mit denen die Regierungskommissionen ihre Arbeiten feststehen wird.

Aus mehrern Provinzen laufen Nachrichten ein über ernstliche Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit. In Rouen vertreibt man die englischen Fabrikarbeiter, in der Touraine die engl. Eisenbahnarbeiter, in der Gegend von Lyon haben sich Banden gebildet, die das Privateigenthum gewaltsam angreifen, im Dep. des Allier hat man die südlichen Zollhäuser zerstört und die Octroibeamten bedroht; in dem gewerbthätigen Thale von Malaunay, in der Normandie begehen die Fabrikarbeiter die größten Ausschweifungen, um der Forderung einer Verbesserung ihrer Lage Nachdruck zu geben.

* Straßburg, 10. März. Eine ganz eigenthümliche Stimmung durchwogt Frankreich von einer Grenze zur andern. Es liegt derselben etwas Moralisches zum Grunde, das sich leicht errathen läßt. Der Uebertreiber staunt diese ruhige Haltung des gesammten Volkes an, es steht seine Ruhe so weit hinter der eigenen Begeisterung zurück. So wie diese die Folge eines erst errungenen Sieges ist, der Unerwartetes herbeigeführt hat, so scheint jene Besonnenheit einem Volke natürlich, das, an politische Uebergänge gewöhnt, endlich einmal sich an das Praktische halten will. Denn es geht wechtlich Alles in der gewöhnlichen Weise, Jeder liegt seinem Gewerbe ob, selbst die Neuigkeiten der Zeitungen haben nicht Reiz genug, von den nothwendigen Beschäftigungen abzuziehen: bringen sie doch täglich ungefähr dasselbe! Nur einige junge Leute sind rühriger, aber auch hier ist der Enthusiasmus ruhiger geworden, schabd sie in die Berathungen gegen oder in die Nationalgarde eingetreten sind. Von dem Vorurtheil, den bewaffneten Theil des Volkes niederzuhalten, ist man ganz zurückgekommen; man läßt denselben mit an Allem Theil nehmen, und die große Erzieherin der Völker, die Erfahrung, die Verbrüderung der Humanität, die freundliche Behandlung, söhnen Alle aus. Nur der Klerus und hinter und mit ihm die Legitimisten stehen lauernd da; aber auch sie fürchtet man nicht. Sie drängen sich in das republikanische Leben, wo sie können; aber wehe ihnen, sollten ihre schlimmen Absichten zur That übergehen! Rubig überlegt man, ob die Staatsverwaltung die Kirche sich selbst überlassen wird, oder ob sie durch Schutz — soweit ihn das Gesetz der Gewissensfreiheit erlaubt — und Beförderung den Klerus an sich schließen soll. Man wünscht nur den wühlerischen Kongregationen zuvorzukommen und Unruhen und Gewaltthätigkeiten, welche ihre Unthätigkeit hervorrufen möchte. Das Betragen dieses Klerus ist Ekel erregend; für ihn hat die gefallene Regierung die Achtung des Volkes, ihr Sein eingesetzt, und er ist es, der nach dem Fall am lautesten jauchzt. Wo sind jetzt die sogenannten feinen Royalisten, die man mit Stellen und Auszeichnungen erkauft zu haben glaubte? Beide Kategorien erinnern an den Fall Napoleons, welcher zu auch die Elemente, die ihn emporgehoben, vernachlässigt, und Bischöfe und alten Adel alten Donaßten vorgezogen hatte. Nur die Jesuiten sind verschwunden oder vielmehr haben sich gebückt, sie werden aber, wie alle Andern ihres Gelichters, wieder auftauchen, sobald die erste Gefahr vorüber ist. Wann wird diese den allgemein Verhaßten vorüber gegangen sein? Ich glaube wohl lange nicht. Das Bürgerthum herrscht jetzt in Frankreich, aber nicht mehr die bourgeoisie allein, welche Ludwig Philipp gemeint, eine Geldaristokratie, die ihren Vorzug mit 200 Franken und darüber bezahlt hat, sondern mit ihr hat sich Jeder verschmolzen, der ein Eigenthum, wenn auch beschränkt, oder ein Gewerbe besitzt, das ihn und die Seinigen, wenn auch kärglich, nährt. In frühern Zeiten war England der Typus, nach welchem die Gesellschaft sich zu konstituiren strebte, jetzt sind wir mehr Nordamerikaner. Vieles erinnert mich an die braune städtische Gemeinde, in welcher sich sehr Gleichheit so schön erhalten hat, nur hin und wieder durch die Oligarchie der Rathsverwandten noch niedergehalten wird. Die Krisis, welche die augenblickliche Störung in Handel und Gewerbthätigkeit hervorgebracht hat, wird wohl nur vorübergehend sein, so drohend sie auch scheinen mag. Sie mußte natürlich eintreten bei einem so geschraubten Zustande, da die vorige Regierung alle Interessen an sich zu fesseln suchte und überall ein künstliches Kreditwesen bewerkte. Wie die öffentlichen Administrationen in Schulden und kostspielige Projekte sich stürzten, so auch der Handel, die Fabriken, sogar die kleinern Gewerbe. Alles gewann eine Ausdehnung, welche mit den eigenen Kräften nicht mehr im Verhältniß stand, einen Umschwung, der einem Schwindel glich. Doch ist die gegenwärtige Lage bedenklich genug, um zu bedauern, der Regierung einen größern Halt zu geben. Daher die Beschleunigung der Wahlen der Nationalversammlung und ihre eilige Zusammenberufung. Denn von dem 9. bis 21. April ist die Zeit kurz zur Abstimmung, Zählung der Stimmen und Abreise der Gewählten. Das niederthein. Departement wird allein über 160,000 Wähler haben. Vielleicht will man auch allerlei Umtrieben zuvorkommen und den Enthusiasmus, der Alle jetzt einigt, nicht erkalten lassen, wo dann allerlei Einflüsse sich eindrängen könnten. — Störungen sind in einzelnen Landgemeinden vorgefallen; aber mit einigen Ausnahmen, nur unbedeutende. Einige Waldungen wechten wieder alle Gelüste; hin und wieder war es bloß, um Fragen zu lösen, welche von der Administration verwickelt worden waren, wo z. B. der Ertrag des Waldes die jährliche Grundsteuer nicht bezahlte und die Gemeinde herausfigen mußte. Jene Auftritte, die die Greise gegen die Israeliten, die leider ihre bürgerliche Gleichstellung nicht immer benützt haben, um zu bürgerlichen Ehren zu greifen, sondern noch in unendlicher Mehrzahl nur in dem Schacher und Güterhandel ihren Lebensunterhalt suchen. So ist die Judenschaft namentlich im Elsaß eine wahre Landplage. Der Israelit insinuirt sich so bei den Bauern, daß kein Vertrag ohne sein Zwischentreten möglich ist, weder Kauf, noch Verkauf, sei es von Feld, Haus oder Vieh. Uebrall trifft man den Juden an, der den Landmann überlistet, ihn zu unglücklichen Spekulationen drängt, indem er die Schwierigkeiten hebt, Termine verschiebt oder sonstige Bedingungen stellt, was über kurz oder lang den armen Schuldner mit Hab und Gut in seine Hände fallen läßt. Der Jude kennt die Lage eines Jeden, Schaarenweise ziehen die gemeinen Schacherjuden von Dorf zu Dorf und arbeiten für ihre reichen Kapitalisten. In dem Handel verderbt er durch Konkurrenz die Preise: Niemand wie er kann sich so einschränken, von so Wenigem leben. Er fallirt hier, und in dem nächsten Städtchen eröffnet er einen andern Laden. Leider gibt es nur wenig Ausnahmen, Wenige, welche ein anderes bürgerliches Gewerb ergreifen; sie können dies auch nicht wohl, wenn sie auch Lust zur Handarbeit hätten: der Christ läßt nicht bei ihnen arbeiten, und an ihren Glaubensgenossen läßt sich Nichts verdienen. Ein Gesetz sollte hier helfen können; denn schon lebt bei und die dritte Generation unter den gegenwärtigen Verhältnissen, und Nichts oder nur Wenig hat sich geändert.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oxer n. Stirp., 73 Hargrave Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal u. übereinsche Länder werde man sich an G. L. Alexander Strassburg 28 Brandgasse, Paris 25, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverbindung besorgt die Groh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt fürs halb. fl. 1.45, durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.12. 30 kr. für Auswärts noch der Summ einer verhältnißen Portionle mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 78.** **Heidelberg,** Samstag 18. März. **1848.**

Mit dem 1. April beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement auf die **Deutsche Zeitung.** Der Preis für die Monate April, Mai und Juni ist bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg 2 fl. 30 kr.; im Umfang des Großherzogthums Baden durch die Post bezogen 3 fl. 6½ kr., wozu auswärts noch der Postaufschlag kömmt.

Die Politik und die Verfassung für Deutschland, welche die Deutsche Zeitung von ihrer Entstehung an aufgestellt und verfochten, haben durch die Ereignisse Geltung erlangt. Die große Zahl tüchtiger Mitarbeiter, welche an dem Blatte mitwirken, setzt uns in den Stand, über die Ereignisse in allen Theilen Deutschlands und im Auslande zuverlässige Berichte schnell mittutheilen und unser Urtheil über den Gang der Entwicklung und das, was dem Vaterlande frommt, mit den Ereignissen gleichen Schritt gehen zu lassen.

Die Verhandlungen der badischen Kammer, welche in diesen Monaten durch die Berathungen der Gesetzentwürfe für die Sicherung der Volksrechte besonderer Wichtigkeit erlangen, werden wir aus den unmittelbarsten und zuverlässigsten Quellen mittheilen.

## Uebersicht.

**Das soziale Problem in Frankreich. — Wien** (Antwort des Kaisers auf die Eingabe der Centralkongregation. Bittgesuch an den Monarchen. Studentenversammlung). **Prag** (Reformversammlung. Eine Adresse nach Wien). **Berlin** (Eröffnung des Ver. Landtags. Antwort des Königs auf die Adresse der Stadtverordneten. Erklärung der J. P. J. Ein Fürstentongreß zu Dresden. Zwei dintige Tage. Schleunige Einrufung der Reserven aller Infanterieregimenter). **Magdeburg** (Bürgerbewaffnung. Die freie Gemeinde). **Königsberg** (die städtische Resource. Die Adresse. Ein Antrag des Oberpräsidenten auf Verhaftung Waleske's, Dinter's, Rupp's und Jacoby's vom Regierungskollegium abgelehnt. Politzeiliche Verordnungen). **Bonn** (drei Arrestien). **München** (Zürst Wallerstein. Volksjubel gegen unbeliebte Landrichter). **Stuttgart** (die Sitzung der Kammer vom 14. März (Schluß). Der Amerika schreiendsichter Truppen; Aufregung verbaalt, namentlich in Ulm; Berichtigung in Betreff einer Berichtigung des schwäbischen Merkurs). **Dresden** (Entlassung des Staatsministers v. Könneritz und der übrigen beschlossen). **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen: Verlust wichtiger Gesetzentwürfe). **Sachsen-Weimar** (Antrag des Abg. Kieser in Betreff nationaler Vertretung). **Kiel** (der braufschtige häusche Staatsstreich in Bez. Schleswig. Bald der erfahrenen Männer. Preßfreiheit und Versammlungsrecht). **Schleswig** (Verhaftungsanstalten in Kopenhagen. Agitation für Inkorporirung Schleswigs).

**Großbritannien.** Times über die deutsche Reformbewegung. Der neue französische Botschafter. Lord J. Russell leidend. Eine große Chartistenversammlung.

**Frankreich.** Die die prov. Regierung die Wahlfreiheit verübt. Ein Republikaner über sie im Namen der Freiheit geübte Willkür. Erklärungen der Gesandten von H. Darmstadt und Baden. Gen. Dumas verlangt von der Regierung Unterstützung für Louis Philipp; Armuth der Familie Orleans. Ein konservativer Klub. Fall des Louis Baudin. Unterzeichnungen für die freiwillige Anleihe. Fallen der Rente. Oeffentliche Arbeiten. Die Besatzung von Paris nach den Festungen der Nordgrenze.

**Belgage.** Berlin (Fürst und Volk. 1806. 1813 und 1848). Stuttgart (die österreichische Offensative der Bundesstellung Ulm. Die Aufregung im Hohenzollern'schen). **Mecklenburg** (die Reformbewegung) **Aus der Schweiz** (Vorschläge für die Reform der Bundesverfassung). **Amsterdam** (Darmnächtigkeit der Regierung. Die Ueberschwemmung mit Staatspapieren. Der Despotismus der Börse).

### Heidelberg, 18. März.

Die größere Schwierigkeit der jungen Republik des Nachbarlandes war vom Anfang an die sociale Frage. Politisch würde die neue Ordnung um so rascher konsolidirt sein, je verbreiteter in Frankreich seit der ersten Revolution die republikanischen Ideen waren, und je abgenützter die abgetretene Dynastie war. Dagegen führt die sociale Reform, die, dem Proletariat der Hauptstadt gegenüber, weitgehend als ein Versprechen, als eine Zusage, unabweisbar erscheint, die neue Regierung schon jetzt zu mächtigen, wenn nicht zu unentwirrbaren Verwicklungen. Man konnte nicht erwarten, daß mit dem ersten Anlaufe die Lösung der schwierigsten Aufgabe gelinge, man kann aber schon hinzusetzen, daß die erste republikanische Regierung an dieser Klippe scheitern wird. Die ähnlichen Reformbewegungen oder Reformbedürfnisse sind in England von weit älterem Datum; eine Lösung der Aufgabe ist auch dort nicht gelungen, im Gegentheil, es haben die Experimente, die gemacht wurden, den Nothstand eher vergrößert als verringert, die Armenlasten hat die Geber hartherziger und egoistischer und die Nothleidenden indolenter und unsolider gemacht. Man erkennt jetzt mit Besorgniß die Folgen. Ob und wie man diesen Folgen begegnen könne, ist auch dort noch das ungelöste Problem. Und doch hat England den unvergleichlichen Vortheil der längst befestigten freieren Institutionen; seine politischen Reformen waren vollendet, noch ehe die socialen Verwickelungen in Rede gestellt waren; es konnten alle Kräfte und zwar ohne den Zwang eines verkehrten Rezierungssystemes in freiern Beratungen auf den einen Punkt hin konzentrirt werden: wie den socialen Unglückheiten abzuhelfen sei, die mit der Zunahme der Dichtigkeit der Bevölkerung unvermeidlich verbunden scheinen. Dies fordert nur um so mehr auf, dem Gange der Dinge in Frankreich auch in dieser Richtung mit aufmerksamem Auge zu folgen und mit Dank es anzuerkennen, daß man Versuche dort macht, die auch Beachtung so werth, die für uns jedenfalls lehrreich und vielleicht in naher Zeit von praktischem Nutzen sein können.

Es wäre schon als ein großes Resultat zu bezeichnen, wenn alle jene Versuche zunächst nur zu einer Verständigung hinführen würden, in wie weit den einem direkten Eingreifen des Staates ein günstiger Erfolg zu erwarten ist, oder ob nicht gar nur indirecte Wege, Förderung des Volksunterrichtes, Förderung des Handels, Leitung der Auswanderung und Kolonisation, Regelung des Armenwesens hier zum Ziel führen oder doch die unvermeidlichen Nachtheile einer all zu dichten Bevölkerung ermäßigen könnten.

Die ersten Zusagen der provisorischen Regierung sind offenbar nur im Drange der Begebenheiten gemacht, sie sind unausführbar und würden, wenn sie ausführbar wären, das Uebel, das sie beseitigen sollen, das wachsende Proletariat, vermehren, und nicht vermindern. Garantie der Arbeit, Errichtung von Nationalwerkstätten sind offenbar nur Schlagwörter, mit denen man die Massen zu beruhigen und zur täglichen Beschäftigung zurückzuführen versuchte, denn die kurzsichtigste Logik muß erkennen, daß die vom Staate garantirte Arbeit nothwendig die theuerste sein muß, daß sie Niemand lassen wird, oder daß wenn Zwang hier möglich wäre, wenn ein hermetisches Abschließen gegen das Eindringen fremder wohlfeilerer Arbeit auch nur gedacht werden könnte, doch nothwendig, weil der Erwerb der übrigen Bewohner sich hiermit nicht steigert, wohl aber abnimmt, eine Einschränkung jedes Einzelnen im Bedarf an Industrieprodukten, eine Verarmung des ganzen Staates, ein Zurückgehen an Intelligenz, ein Zurückgehen an Erwerbsfähigkeit der Erfolg wären. Man kann es nicht eine Abnahme des Proletariats nennen, wenn man Mittel gebraucht oder in Vorschlag bringt, die den ganzen Staat zu einer großen Proletariersanstalt machen würden.

Noch nach einer andern Seite würde es sehr bedenklich erscheinen, jenen ersten Zusagen Folge zu geben. Man nimmt hiermit die Sorge der Selbsterhaltung, die mächtigste Spannkraft menschlichen Willens und Wirkens hinweg; die Indolenz wird befördert, die thierische Natur wird überwiegen, und es steht zu befürchten, daß aus einem thätigen Volke ein Lazzaronigeschlecht künftlich da herangezogen wird, wo sonst schon die äußeren klimatischen Verhältnisse zu vermehrter Thätigkeit auffordern, und jenes verschlechte menschliche Leben unmöglich machen sollten. Man kann nicht treffender die Folgen bezeichnen, als dies von Forster geschehen ist, der, mitten in den ersten

Digitized by Google

Revolutionsstürmen, das rein menschliche Gefühl und den klaren staatsmännischen Blick nicht verlor. „Das Bedürfniß, sagt er, mehr zu umfassen, als der jedesmalige Endpunkt, auf dem wir weiden, und gewähren kann, sei aus unserer Natur hinweg gedacht, und wie kommen nicht weiter als die Tiere, die so gut wie wir ein geselliges Leben führen und sich zu gegenseitigem Schutze vereinigen. Nur dieses innere Streben, das Maß in unseren Köpfe allen Dingen anzupassen, macht uns zu Menschen, und je kräftiger es sich in uns regt, desto tiefer lassen wir die bloße Thierheit unter uns zurück."

Die zur Berathung für das Arbeiterwohl niedergesetzte Kommission hat auch hiermit im Einklange die Frage über Gesantie der Arbeit noch gar nicht aufgenommen, und wird sie sicher, als durchaus unpraktisch, auch gar nicht aufnehmen. Bis jetzt hat man sich erst über zwei Punkte vereinigt: Ueber Verringerung der Zahl der Arbeitsstunden und über das Aufheben des Geschäfts der Zwischenhändler, durch welche der hilflos in die große Hauptstadt eintretende Arbeiter um geringen Lohn zur Arbeit gelangt, gepreßt wurde; Dinge, die, wenn auch jedenfalls der Aufmerksamkeit und Fürsorge werth, doch im Vergleich zum Geiste der zu lösenden Fragen verschwindend klein sind und beinahe ins Gebiet der klein politischen Maßregeln fallen oder doch durch solche längst hätten beseitigt werden können und sollen, die aber zur Entwirrung der großen socialen Mißverhältnisse begreiflich nur nach dem Maße ihrer eigenen Kleinheit Etwas beitragen werden. Nach so kleinen, beinahe nur auf lokale Verhältnisse sich beziehenden Anfängen werden freilich die Hoffnungen nicht wenig herabgestimmt. Vielleicht ist es aber auf diesem direkten Wege unmöglich, kleine Mißverhältnisse zu beseitigen und die allzu schroffen Mißverhältnisse in den Schichten der Gesellschaft auszugleichen, während der Staat als solcher der dichter werdenden und hiermit unlogisch sich schichtenden Gesellschaft gegenüber nur für Erwerbsfähigkeit nach Innen und Abhalt einer eintretenden Uebervölkerung nach Außen sorgen kann. Wir wollen auf diesen Gegenstand zurückkommen, veranlaßt durch einen jüngst in der zweiten badischen Kammer auf die socialen Verhältnisse sich beziehenden Antrag.

---

**Oesterreich.** Wien, 12. März. Morgen schon wird der hiesige Landtag eröffnet werden, auf dessen Ergebnisse man bei den mancherlei in die Zeitverhältnisse eingreifenden Verhandlungen als über die Nothwendigkeit politischer Reformen, ein zu erwirkendes Preßgesetz u. s. w., gespannt ist. — In den letzten Tagen wurde unter der hiesigen Bürgerschaft ein Bittgesuch an den Monarchen verbreitet, dessen hauptsächlicher Inhalt die Zuziehung des vierten Standes (der Städte und Gemeinden) zu allen landständischen Berathungen bildet, und welchem Wunsche von Seite der Regierung, wie verlautet, bereits zuvorgekommen worden ist. Nach breiteren die Petition noch andere Dinge, deren Gewährung nach der erfolgten allerhöchsten Erklärung, daß in unseren Staatsinstitutionen eine wesentliche Umgestaltung nicht beabsichtigt werde, minder wahrscheinlich ist. — Heute haben die Studenten die hiesige Universität eine Versammlung in der Aula gehalten, wobei es ziemlich stürmisch herging und den Professoren ein Bittgesuch um Preßfreiheit, Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen u. s. w., in sofern gleichsam aufgenöthigt wurde, daß man die Unterbreitung desselben durch den Vorstand der Universität an Se. Maj. persönlich begehrt hatte. (N. K.)

Auf die Eingaben der Centralkongregationen der Lombardei und Venedig ist denselben im Namen des Kaisers eröffnet worden: Se. Majestät habe die Anträge der Kongregation dem Staatskanzler übergeben, mit dem Auftrage, sie von einer eigenen Kommission prüfen zu lassen. Zugleich lassen Se. Maj. hiemit erklären, daß, wie er einerseits fest entschlossen sei, denjenigen Verbesserungen, deren Gewährung mit dem Interesse des Reichs, mit der Würde und den Pflichten der Krone nicht in Widerspruch stehen, möglichst vollständig und rasch Folge zu geben, er ebenso erwarte, man werde sich keine Hoffnungen machen auf Reformen in den organischen Institutionen des Königreichs und auf eine derartige Ordnung der Dinge, welche eine Lockerung der Bande, die dasselbe mit der Monarchie verknüpfen, herbeiführen würde. Die Absendung von Deputirten der Kongregationen nach Wien sei unzulässig. (N. K.)

* Wien, 12. März. Ich beeile mich, Ihnen Bericht über eine Demonstration zu geben, die in Tendenz und Form hier zu Lande etwas Unerhörtes ist. Schon seit 8 Tagen cirkulirte das Gerücht, die böhmische Partei habe eine Versammlung auf den 11. beschlossen. Dieses Gerücht versetzte die ganze Residenz in ungemeine Aufregung und die Behörden in Alarm. Die Polizei ließ eine Ermahnung an alle Bürger anschlagen, worin sie ersucht, die Hausangehörigen Abends nicht aus dem Hause zu lassen; das Militärkommando ließ alle Posten verdoppeln, an drei Hauptwachen die Kanonen vor den Augen der Menge laden und jedem Soldaten 9 Patronen geben, denn die in solchen Dingen ganz unerfahrenen Wiener konnten die Begriffe „Volksversammlung" und „Umsturz alles Bestehenden" nicht trennen. — Allein gerade die ungeheuren Maßregeln hatten das Volk erst von der Wichtigkeit der Versammlung belehrt, es wäre bedenklich gewesen, wenn die Behörden auf ihrem anfänglichen Verbote bestanden hätten, und man muß ihnen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß ihre Anordnungen im letzten Augenblicke die früheren Mißgriffe beobeseiten. Trotz der ungeheuren Menge, die sich auf dem Platze vor dem Versammlungssaale und in denselben eingefunden hatte, zeigte sich nirgends Militär, noch Polizei. Der Polizeidirekter funktionirte durch seine Gegenwart im Saale die Versammlung, die, obwohl weder Präsidium noch Sekretäre zu bemerken waren, und immer nur der augenblickliche Redner die Versammlung leitete, in größter Ordnung von sich ging. Die Vorschläge der Redner wurden entweder durch Akklamation angenommen oder durch Zischen verworfen. Man vereinigte sich, eine Adresse nach Wien abzusenden und folgende Desiderien zu stellen: 1) Gleichstellung der czechischen und deutschen Sprache in Schule und bei Gerichten. 2) Preßfreiheit durch ein Strafgesetz geregelt. 3) Repräsentation des Bürgerstandes beim Landtage und Vereinigung der böhmischen, mährischen und schlesischen Stände. 4) Oeffentliches Gerichtsverfahren. 5) Kommunalverfassung, Wahl der Magistrate. 6) Bewahrung des Briefgeheimnisses. 7) Sicherheit der persönlichen Freiheit. 8) Ablösung der Robote. 9) Alle Centralbehörden in Prag, verantwortliche Minister. 10) Vier Jahre Militärdienstzeit, alle Stände gleich zum Militärdienst verpflichtet und Ziehung durchs Loos. 11) Nationalgarde. 12) Aufhebung der privilegirten und Patrimonial-Gerichtsbarkeiten. 13) Gleichstellung aller Konfessionen. 14) Oeffentliche Rechnungsablegung der Staatseinnahmen und Ausgaben. — Hierauf schritt die Versammlung zur Wahl der Kommission zur Verfassung der Adresse, wobei wieder in Ermangelung einer vorbereiteten Liste die Namen durch Zuruf theils aus dem Saale, theils von den Gallerien vorgeschlagen und durch Akklamation votirt wurden. Nachdem viele Namen durch Murren und Zischen verworfen, wurden nacherzielte Personen meist mit Stimmeneinheit gewählt: Dr. jur. Trojan, Dr. Strobach, Dr. Brauner, Dr. Gabriel, Dr. Gautsch, Dr. Fritsch, Faster (Gastwirth), Dr. jur. Wanka, Dr. jur. Pinkas, Wolfram (Gastwirth), Wischin (Bauer), Eger jun. (Schlosser), Wawra (Müller), Jos. u. Ant. Veit (Gutsbesitzer), Dittrich (Holzhändler), Popik (Buchdrucker), Franz Pstroß (Lederfabrikant), Halla (Kaufmann), Emanuel Zeckauer (Literat), Kreschmar (Buchhändler), Ehrlich (Buchhändler), Lämel (Kaufmann), die Grafen Albert und Friedrich Thun, Graf Buquoy, Graf Franz Thun, Anton Schulz (Ziegeleizeder). Lebhafte Verhandlungen gab es über die gewählten Grafen, die, obwohl sie allgemein beliebt sind, wegen ihres Standes nicht gern gesehen wurden; schließlich nahm man sie aber mit großer Majorität an. Bei der Nennung des Namens Lämel schrien einige: „es ist ein Jude!" Man verlangte Abstimmung, bei der er mit großer Majorität und dem Rufe Dibreeni (ausgezeichnet) gewählt wurde. Man bemerkte mit Entrüstung, daß Bürgermeister und Stadtverordnete sich trotz einer an sie ergangenen Einladung von der Versammlung ausgeschlossen hatten. Nach Beendigung der Wahlen ermahnte einer der Redner zu ruhigem Auseinandergehen, was auch erfolgte, und zum Triumphe des Volkes endigte die erste Bürgerversammlung Prags ohne in allerreich wie sie begonnen, mit Ordnung und allgemeinem Enthusiasmus.

**Preußen.** Berlin, 15. März. Die A. Pr. Z. bringt folgende Mittheilung: Die Regierungen von Oesterreich und Preußen haben sich über ihre Stellung zu den Fragen, welche sich an die in Frankreich eingetretene Verfassungsveränderung knüpfen, bereits offen und deutlich ausgesprochen. Es kann Niemand darüber im Zweifel sein, daß sie, fern von jedem Gedanken einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Staates, eben so entschlossen sind, jede Verletzung der bestehenden Verträge mit vereinten Kräften zurückzuweisen. Ihre weitere Betrachtung hat sich auf die gegenwärtige Lage des Bundes wenden müssen, welchem die Pflicht obliegt, in einer so tief bewegten Zeit für den äußern Schutz Deutschlands und dessen innere Wohlfahrt Sorge zu tragen. Wenn je, so bedarf es jetzt der ganzen Weisheit der Regierungen und der ganzen Eintracht der Nation, um die Gefahren abzuwenden, mit denen das gemeinsame Vaterland bedroht ist. Oesterreich und Preußen haben daher ihre deutschen Bundesgenossen ersucht, sich mit ihnen ungesäumt zu einer um-

Digitized by Google

fassenden Berathung alles dessen zu vereinigen, was unter den gegebenen Umständen das Wohl Deutschlands erheischt. Diese Versammlung wird am 25. März zu Dresden eröffnet werden. Beide Regierungen hegen die vertrauensvolle Erwartung, daß es auf diesem geordneten Wege gelingen werde, den wohlbegründeten nationalen Bedürfnissen zu entsprechen und diejenigen Institutionen zu sichern, durch welche Deutschland gekräftigt und erhoben, dem Auslande gegenüber aber in der ihm gebührenden Stellung unter den europäischen Nationen befestigt werde. Sie werden aber auch im Vereine mit ihren deutschen Bundesgenossen ebenso ernst und nachdrücklich solchen Versuchen entgegentreten, die auf die Vernichtung der rechtlichen Ordnung in Deutschland hinausgehen und im deutschen Bunde einen Zustand von Zwietracht und Auflösung erzeugen würden, der ihn wehrlos in die Hände jedes Feindes gäbe. Indem die deutschen Regierungen sich zu diesem Werke vereinigen, nehmen sie für dasselbe den besten Geist der Nation in Anspruch, die Einsicht und den Willen Aller, welche es vermögen, inmitten der Aufregungen und Täuschungen der Gegenwart auch die Zukunft ins Auge zu fassen und die Bedingungen zu erkennen, unter welchen allein eine heilsame Entwickelung des alle deutschen Stämme umfassenden Bundes möglich ist.

Berlin, 14 März. Nach der hiesigen Zeitung empfing der König die Adresse der Stadtverordneten freundlich; nachdem sie gelesen war, äußerte er, er fühle die Bedeutung des Augenblicks; es sei die erste Adresse, welche er in dieser bewegten Zeit von Hand zu Hand entgegen nehme und es sei ihm ein angenehmes Gefühl, daß sie von seiner lieben Vaterstadt komme, die sich auch in dieser Zeit der Bewegung in erfreulichster Weise bewährt habe. — Wenn es ringsum koche, dürfe man freilich nicht erwarten, daß hier allein die Stimmung unter dem Gefrierpunkte stehe, und erwäge man dies, so sei es anerkennungswerth, daß in einer Stadt von solcher Größe und in der es an reichlichen Elementen der Unruhe nicht fehle, die Ordnung nicht erheblich gestört sei. Selbst der gestrige Abend könne dieses Anerkenntniß nicht wesentlich trüben; denn bei allen denen, auf deren Benehmen der König Werth lege, wäre die ruhigste und besonnenste Haltung zu erkennen, und er sei über diese Haltung hoch Bürger erfreut gewesen. Daß die Adresse selbst betreffe, so könne er nicht, wie es in andern ähnlichen Sitte sei, darauf im wohlstilisirter Rede antworten; nur im Konverfationstone wolle er einige Worte erwidern — : Zunächst freue er sich, auf die Hauptbitte erwidern zu können, daß sie bereits gewährt sei. Die Einberufung des Ver. Landtags sei seit mehreren Tagen beschlossen und das Berufungspatent bereits vollzogen. Mit Zuversicht sehe der König diesem naher Versammlung entgegen, da echt preußische Gesinnungen in Tagen der Gefahr am wenigsten fehlen werden. Mit vollster Offenheit und vollem Vertrauen werde er dem Landtage entgegentreten. Seine Losung sei: „freie Völker, freie Fürsten"; nur wenn beide frei wären, könne die wahre Wohlfahrt gedeihen! Die anderen Bitten könnten nur durch den Landtag ihre Lösung erhalten, ein näherer Eingehen darauf sei daher nicht nöthig. Doch Ausdruck der Adresse müsse er erwähnen, denjenigen nämlich, welcher gegen die allmählich Entwickelung der Verfassung gerichtet sei; diesen könnten sie nicht unbedingt beitreten. Es gebe gewisse Dinge, die sich nicht übereinen ließen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, sie auf den Kopf zu stellen. — Das lehre ja auch die Geschichte des Nachbarlandes, wo sich innerhalb Menschengedenken fünfzehn beschworene Verfassungen einander verdrängt hätten, wo erst neuerdings das feldtgeschaffene Gebäude zusammen gefallen sei. — Nicht in 6 Wochen dürfe man ein Haus bauen, welches zu bauen anderthalb Jahre erforderte; auch nicht auf Sand dürfe man es bauen, wenn es bestehen solle! — „Rühn und bedächtig", das seien die Losungsworte jedes guten Feldherrn, ungestraft dürften sie nicht getrennt, nicht das Eine über dem Andern vergessen werden! das wollte auch er nicht vergessen. — Die gute, alte deutsche Ordnung dürfe nicht unbeachtet bleiben, auch die Gliederung der Stände sei deutsch; wer dagegen ankriebe, der setze sich Gefahren aus. Auch dafür fehle es nicht an Beispielen! Ebenso der Besitz als alt hergebrachte Grundlage der Standschaft komme in Betracht. Doch alles dieses könne nur mit dem Landtag erledigt werden; wie der König ihm vertraue, so möchte auch das Volk ihm vertrauen, und „dadurch eine recht innige Vereinigung der Regierung, der Stände und des Volkes erwirken". Diese Einigkeit müsse das höchste Ziel des Strebens sein bis zum Landtag! während des Landtages! Nur durch festes Zusammenhalten könne übrigens das Unheil vom deutschen Vaterlande abgewendet werden, welches den Revolutionsstoff über dasselbe gebracht hätte! Er suchte die Verantwortlichkeiten der Zwiespalties mit über sich nehmen. Was überhaupt Deutschland betreffe, so liege dessen Schicksal nicht in seiner Hand, Alles aber, was seine Kraft vermöge, wolle er ihm redlich und ernstlich anwenden, damit auch diese Krisis zu dessen Einigkeit, Kraft und Größe ausschlage; sie liege ihm so nahe am Herzen, als diejenige Preußens.

Berlin, 15. März. Die Allg. Pr. Z. bringt folgendes Patent wegen Einberufung des Vereinigten Landtages. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. ꝛc. haben im Vereein mit der Kaiserlich österreichischen Regierung Unsere deutschen Bundesgenossen eingeladen, sich unverzüglich zu einer gemeinsamen Berathung über diejenigen Maßregeln zu vereinigen, welche unter den gegenwärtigen schwierigen und gefahrvollen Verhältnissen das Wohl des deutschen Vaterlandes erheischt, und sind entschlossen, mit allen Unsern Kräften dahin zu wirken, daß diese Berathungen zu einer wirklichen Regeneration des deutschen Bundes führen, damit das deutsche Volk in ihm wahrhaft vereinigt, durch freie Institutionen gekräftigt, nicht minder aber auch gegen die Gefahren des Umsturzes und der Anarchie geschützt, die alte Größe wiedergewinne, damit Deutschland den ihm gebührenden Rang in Europa einnehme. Welches aber auch der Erfolg dieser Unserer Bemühungen sein möge, so werden jedenfalls dadurch Maßregeln für Unsere Staaten bedingt, zu deren Ausführung Wir der Mitwirkung Unserer getreuen Stände bedürfen. Dieselben sind um so weil Wir überzeugt in so großen und entscheidenden Epochen, wie die gegenwärtige, Uns nur in Vereinigung mit Unseren Ständen stark fühlen, haben Wir beschlossen, den Vereinigten Landtag auf Donnerstag, den 27. April d. J., in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin zu eröffnen, und demzufolge das Staats-Ministerium, die Einberufung desselben durch den Minister des Innern zu veranlassen, auch die sonst erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Gegeben Berlin, 14. März 1848. Friedrich Wilhelm. Prinz von Preußen. Mühler. von Rether. Eichhorn. von Thile. von Savigny. von Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. von Canitz. von Duesberg. von Rohr.

○ Berlin, 14. März. Wir haben die Vergiftung von Bürgerblut zu beklagen. Die Regierung fand es für gut, gestern Abend ungewöhnlich viele militärische Kräfte zu entfalten, und zwar in so auffallender Weise, daß dadurch schon allein eine Masse Menschen auf die Straßen gelockt werden mußte. Die nächste Veranlassung zu dieser Maßregeln fand sich wahrscheinlich in einer Versammlung unter den Zelten, die am gestrigen Abend stattfand; ob der Regierung noch anderem Nachrichten zugegangen sind, die Befürchtungen gewaltsamer Versuche zur Störung der Ordnung erregen konnten, wissen wir nicht. Wir hegen die feste Ueberzeugung, daß, wenn sich die bewaffnete Macht auf Beobachtung beschränkt hätte und nur da eingeschritten wäre, wo thatsächlich Excesse vorfielen, keinerlei Unglücksfälle zu beklagen sein würden. Statt dessen entfaltete man auffallend große Kräfte und forderte eitens die Versammelten zum Auseinandergehen auf, nachdem man die Truppen so geschickt aufgestellt hatte, daß für Niemand ein Ausweg übrig blieb. Auf die so eingeforderten, die natürlicherweise der an sie ergangenen Aufforderung nicht gehorchen konnten, wurde dann einmehr eingetrieben oder gar eingehauen. So sind mehrere zum Theil bedeutende Verwundungen vorgefallen, und wie es bei solchen Gelegenheiten meistens geschieht, fast nur an Unschuldigen, ja sogar an Personen weiblichen Geschlechts. Der Unwille über die gestrigen Scenen, über die Brutalität des Militärs, sowie über das sinnlose Benehmen der Kommandeure ist ebenso stark, als allgemein. Dieser Unwille wird sich mit verdoppelter Kraft auf die städtische Behörde werfen, wenn dieselbe nicht die schleunigsten Maßregeln trifft, um der Wiederholung so empörender Vorgänge vorzubeugen und eine strenge Untersuchung der veräbten Unthat zu veranlassen. Der Magistrat hat durch seine fernste Weigerung, Scheitte bei dem Könige um Einberufung des Landtags und Freigebung der Presse zu thun, schon tief in der allgemeinen Achtung gesunken. Die Stadtverordneten, wenngleich kein Vereinsmitglied von ihnen verlangte, sie sollten die unter den Zelten beschlossene Adresse zu der ihrigen machen, haben gleichwohl durch ihren Beschluß, dem Könige für die Verfügung in Sachen der Presse zu danken, Viel, und das mit Recht, in der öffentlichen Meinung verloren. Werden sie jetzt ihre Pflicht erfüllen, indem sie auf sofortige Errichtung einer Bürgergarde zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung bei der Regierung antragen? Wir glauben es nicht. Man wird heuchlerische Proklamationen an die Bürger und Einwohner richten, sich ruhig zu verhalten, während gestern mehrere derselben, die friedlich ihren Beschäftigungen nachgingen, von dem Militär mit Säbelhieben traktirt wurden. Unsere offiziellen Blätter werden alle Schuld der gestrigen Vorfälle auf die Unruhestifter und Böswilligen schieben, während sie zu neun Zehnteln auf die unver-

Digitized by Google

ständigen und herausforderuden Maßregeln der Behörden fallen. Wir beklagen die verderbliche Verblendung und Charakterschwäche jener Männer, die im Rathe der Krone sitzen und den Monarchen, statt ihm mit ehrenvollem Muthe die ganze Wahrheit über die öffentliche Stimmung zu offenbaren, in unglückschwangern Täuschungen erhalten. Hätte man die Freiheit der Presse bewilligt und die Stände schleunigst einberufen, so würde man Tumulte vermieden oder doch die Unterdrückung derselben den bewaffneten Bürgern haben anvertrauen können, von denen man jetzt, da Nichts geschehen ist als ein zweideutiges Dekret über Censurfreiheit, politische Demonstrationen besürchtet. Nach den gestrigen Scenen wird die Regierung ihre Hartnäckigkeit mit dem abgenutzten Vorwande beschönigen, sie wolle sich Nichts abtrotzen lassen; dann mußte man mit vernünftigen Konzessionen Ereignissen zuvorkommen, die anderen Falls unter den heutigen Verhältnissen so gewiß vorauszusehen waren, wie das Erscheinen der Schwalben im Frühjahr. Man glaube nicht, daß die gestrigen Scenen sich nicht erneuen werden, sie werden es bestimmt und im verstärkten Maßstabe; die öffentliche Meinung hat schon längst entschieden, auf wen die Verantwortung davon fällt.

** Berlin, 14. März. Leider erst gegen Abend machen der Gouverneur von Pfuel und der Polizeipräsident von Minutoli durch öffentlichen Anschlag bekannt, daß gestern die Verabredung einer Volksversammlung vor den Zelten eine „bedeutende“ Menschenmenge in Bewegung gesetzt, daß dies die Aufstellung von Truppen als Vorsichtsmaßregel nöthig gemacht und letztere ihrem Zweck entsprochen habe; dann folgt die Einschärfung des §. 8 der Verordnung vom 30. Dec. 1798 und des §. 5 der Verord. vom 17. August 1835, eine Art von Aufruhrakte, sowie die Aufforderung, Läden und Häuser zu schließen, Pfleglinge, Kinder, Gesellen daheim zu halten und an die Straßenjugend eine Bedrohung des Pfeifens u. s. w. — Die Menschenmenge war allerdings sehr „bedeutend“ und die Truppen „genügten ihrem Zweck.“ Sie haben martialisch eingehauen und jämmerliche Verwundungen müssen vorgekommen sein. Ich weiß namentlich von der eines Knaben, den thörichterweise der Lehrer dem Gedränge nahe brachte, des Sohnes einer Wittwe; er empfing an der Stechbahn mehrere Säbelhiebe über den Kopf. Der König, davon unterrichtet, hat seinen Leibarzt hingesandt. Eben da ritten Militärs unter den bedeckten Gang, die eigentliche Stechbahn!!, und hier wurden die achtbarsten Personen verwundet! — Auf dem Petriplatz versuchte die Masse, sich zu verbarrikadiren. In der Jägerstraße machten Jungen von 10, 12, 14 Jahren in Masse, von Andern unterstützt, Miene, einen Waffenladen zu stürmen. Hier wurde fuechtbar eingehauen. Ein achtbarer Bürger sah 5 Dragoner um einen Burschen von etwa 12 Jahren „beschäftigt.“ An der Schlesischebrücke hätte man bald einen Officier vom Pferde gerissen; ein Anderer, den Säbel in der linken Hand, theilte mit der rechten kräftige Ohrfeigen ringsum aus. Beklagenswerthe Ueberschreitungen fanden Statt; mehrere Beispiele von Rohheit und Unsinn sind mir erzählt. Von dem Militär sollen sich namentlich diejenigen in roher Bravour ausgezeichnet haben, die einige Male wegen Trunk und andern Vergehen gestraft worden! — Vor dem Schloß wollte man unter dem Hansen etwa 200 Menschen unterscheiden haben, aus deren Mitte zuweilen Rufe, wie „Preßfreiheit“ erschollen; die Uebrigen ergingen sich meist in Witzen, Zoten, auch in gemeinen Travestien, z. B. des den genannten Rufs. Mehrere Militärs stürzten mit dem Pferde. Ein Hagel von Steinen wurde mitunter auf die Truppen geschleudert, die ohnedies exbittert sind, weil sie seit etwa 14 Tagen von 6 Uhr Abends in den Kasernen konsignirt gewesen. Es wird von einem Bürger erzählt, der, nachdem er selbst verwundet worden, einen verwundeten Soldaten hervorzog, mit Mühe nach einem Wagen und zum Lazareth brachte, wo er dann auch daran erinnert wurde, sich verbinden zu lassen. Auf Anfrage sagte er, „man müsse doch sagen können, auch dabei gewesen zu sein!“ — Von einigen Seiten sollen doch merkwürdige Erklärungen der Gemeinen gegen das Einhauen gehört worden sein. So ernst, so jammervoll die Sache ist, so sehr man sich der Haltung unsrer Einwohnerschaft zu schämen hat, die in den niedern Regionen so wenig Sinn für Ordnung, in den mittlern und obern so wenig wahre Menschenwürde und politischen Takt verräth, sie hat auch ihr Komisches. Wer gestern gesehen, wie die im Zeughaus verdeckten Soldaten, durch einen Lärm verlockt, sich an den Fenstern sehen ließen und nun dem Spott und Gestikulationen der Straßenjugend verfielen, wer von den 5 Kanonen im Schloßhof, von den 2 geladenen im Zeughaus vernommen hat, der wird über so furchtbare Anstalten lächeln, spöttisch, sarkastisch, bitter lächeln! Die allgemeine Stimme geht dahin, daß die gestrige Truppenaufstellung nutzlos, ja die alleinige Veranlassung zu dem Blutvergießen war. Hätten wir eine Bürgerbewaffnung, so wäre die Ruhe wiederhergestellt, ohne daß ein Blutstropfen vergossen worden!

Nachschrift. Eben sprach ich Augenzeugen neuer Scenen. Als ich gegen Abend ausging, wogten Menschenmassen auf und ab; fast Niemand sah nach der Bekanntmachung. — Nun ist es wieder zum Einhauen gekommen; in der Brüderstraße ist Blut geflossen; der Name deutet auf Besseres! Einer meiner Berichterstatter ist mit einigen Kolbenstößen, aber mit Gefahr von dort davongekommen. — Unmittelbar nach dem Rufe zum Auseinandergehen oder den Trompetenstößen wird auf die Menge zugeritten! — Das Pflaster soll aufgerissen, viele Soldaten sollen heute gestürzt sein. — — —

** Berlin, 14. März. Die Censur ist härter als je. Der Zeitungsschein, höre ich, ist wenigstens eine halbe oder ganze Beilage gestrichen worden. Ein Druckergehilfe sah in der Zeltendversammlung vor, was der Voss. Zeit. gestrichen worden in letzter Zeit! — Das jetzige System der HH. v. Thile und Duncker, denn diese zwei Namen sind gleichsam das Symbol, kann und darf sich nicht halten. — Sie wundern sich über die geringe Zahl der Unterschriften bei der Zeltendresse? Ich gebe zu bedenken, daß unter denen, welche Anfangs das große Wort führten, mit Recht oder Unrecht solche Leute bezeichnet wurden, welche zugleich für den Hr. Beod. schreiben. Auch ließ die erste Besprechung der durch Manches genährten Vermuthung Raum, es werde höhern Orts eine Adresse gewünscht, die im Stande sei, das ganze Wesen zu pressiren. Jedenfalls entspricht übrigens weder Form noch Inhalt den Anforderungen gereifter und politisch durchbildeter Männer, wenn auch achtbare junge Leute ihr eine minder befremdliche Gestalt gegeben haben, als Anfangs zu erwarten stand. — Sollte aber nach den Absichten verborgener Anstifter der gegenwärtige Pöbellauftand die deutsche Bewegung durch ekelnde Nachäffung verleiden und lächerlich machen wollen, so wird dieser Zweck höchstens bei denen erreicht sein, an deren Meinung überhaupt Nichts gelegen ist. — An das Fußvolk sind heute scharfe Patronen vertheilt, überall liegt Militär im Verborgenen.

ƒ Berlin, 12. März. Auf den Befehl des Kriegsministers v. Rohr ziehen fortan und schleunig alle Infanterieregimenter der Armee ihre Kriegsreserven an sich, mit Ausnahme der Garden (wofür die Reserven nur sehr kostspielig aus dem ganzen Lande und von allen Ecken weit her zusammenzuholen sind) und einiger Reserveinfanterieregimenter. Jenes ist ein Grund mehr gegen die Haltung von Garden überhaupt, da ohnehin ein langer Körperbau immer das schlechteste Requisit für die Nerdauer schwerer Strapazen bleibt. Von der 5. Division marschirt ein Theil auf dem Reg.-Bezirk Frankfurt nach Halle und Umgegend. — Die Kabinetsordre wegen der Preßfreiheit hat einen üblen Eindruck gemacht, da sie in ihrer Schwankenden Fassung Nichts als die Ankündigung des Temperirens bringt. Der Bundestag schiebt die Gewährung auf die einzelnen Staaten Deutschlands, und unser Staat schiebt die Gewährung wieder auf den Bundestag, der sich über ein halbes Jahr fruchtlos damit beschäftigt hat. — Die politische Adresse der Berliner Stadtverordneten ist in sehr ehrerbietigen Ausdrücken gestern als ein Echo der allgemeinen Volkswünsche (mit Ausnahme der allgemeinen Volksbewaffnung) abgefaßt worden und liegt nun dem Magistrate zur weiteren Beförderung und Erklärung darüber vor. — General Hahemann hat das 4., nicht das 7. Kemeekorps bekommen. General v. Pfuel wird nun die Früchte seiner Neuerungen Aktivität in dem Rudepostен eines Gouverneurs von Berlin ernten; seit langer Zeit haben wir die geistig Invaliden in diesem Verhältnisse figuriren sehen.

Magdeburg. 10. März. Heute Morgen um 11 Uhr fand eine Bürgerversammlung auf dießigem Rathhause Statt, um die Mittel zu berathen, wie den in jetziger Zeit leicht möglichen Unruhen in unserer Stadt am besten zu begegnen sein würde. Man beschloß eine Bewaffnung der Bürger, und die Militär-Behörde erklärte sich bereit, zu diesem Behufe vorläufig 1500 Säbel zur Verfügung der Bürger zu stellen. — Sichrern Vernehmen nach ist heute denn auch endlich nach langem Petitioniren von den oberen kirchlichen Behörden der hiesigen ferien Gemeinde, die, beiläufig gesagt, zur Zeit gegen 12000 Mitglieder zählt, die Erlaubniß zugegangen, für ihre gottesdienstlichen Versammlungen eine der hiesigen evangelischen Kirchen mit benützen zu dürfen. (K. Z.)

⚓ Königsberg, 7. März. Unsere städtische Ressource, so glaubt man wenigstens heute allgemein, wird gestern wohl ihre letzte Versammlung gehalten haben, falls unsere Regierung es nicht vorzieht, unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Gesellschaft bestehen zu lassen,

Digitized by Google

deren Thun und Treiben sie zu überwachen im Stande ist, als durch die Auflösung derselben den nicht mehr zu bändigenden Triebe der Association neue Mittel u. Wege zu eröffnen, welche der Polizei unzugänglicher sein dürften. Außerdem könnte auch Rücksicht auf die ausgesprochene Stimmung den Behörden Vorsicht zur Pflicht machen. Der große Saal des Kreishöfgerichts z Ansbach und dessen Vorzimmer waren in der gestrigen Versammlung voll gedrängt, wie selten, denn Jeder erwartete irgend eine Manifestation. Stadtrath Meyerowicz wies bald Anfangs in kräftigen, beherzigenswerthen Worten auf die weiterschütternde Thatsache hin, welche gegenwärtig uns Alle ergriffen, und ersuchte unter lauter Akklamation den Vorstand, die Sitzung sofort aufzuheben, um die Versammlung sich selbst zu überlassen. Waldstrohe stellte darauf bar, wie es überhaupt eine Schmach gewesen wäre, daß in einer Versammlung von vielen hundert Männern das Wort unter Censur gestellt werden konnte, während die vaterländischen Zustände jammervoll genug waren, um den ganzen Ernst einer Bürgerversammlung in Anspruch zu nehmen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber wäre es Verrath an der Manneshre, Verrath am Vaterlande, noch länger sich bloß müßiger Unterhaltung hinzugeben. Er wies auf die Mannheimer Ereignisse hin, die auch an uns appellirten. Nachdem der Vorsitzende, Dr. Kosch, erklärt, daß er durchaus mit diesen Ansichten sympathisire, daß er jedoch als Mitglied dieses Vorstandes die Interessen der Ressource so lange als möglich zu wahren für seine Pflicht gehalten habe, wich er den ungestümen Forderungen der Versammlung und hob die Sitzung auf. Jetzt war die Versammlung eine frei. Zeitungen wurden vorgelesen und kommentirt. Was in Baden vorgegangen war, wurde mit dem ungeheuersten Jubel und mit einem dreifachen Hoch auf das badische Volk aufgenommen. Da Rupp wandte sich darauf mit einer wahrhaft begeisternden Ansprache an die Versammlung, die er aufforderte, an der Ostgrenze Deutschlands dem Beispiele unserer Brüder an der westlichen Grenze zu folgen. Dieser von Dr. Jacoby noch gehörig formulirte Antrag wurde durch Akklamation in der Versammlung acceptirt und eine Adresse an den König (ausdrücklich war das Wort „Petition“ verbeten) beschlossen, in welcher die Forderungen Königsberger Bürger ausgesprochen werden sollten. Zu sofortiger Abfassung dieser Erklärung wurden Rupp, Dinter und Jacoby ernannt. *)

△ Königsberg, 8. März. In Folge der Ereignisse in der städtischen Ressource fand gestern eine stürmische Plenarsitzung der Regierung statt. Der Oberpräsident stellte auf den Bericht des Polizeipräsidenten Lauterbach den Antrag, Waldstrohe sofort verhaften zu lassen. Das Kollegium erklärte sich jedoch unter strikter Verschwörung des Regierungspräsidenten Bollach gegen eine solche Maßregel. Nach Rupp, Dinter und Jacoby waren zur Arrestation designirt, von denen man jedoch ebenfalls abstand. — Die städtische Ressource soll vor der Hand nicht aufgehoben werden. Man fürchtet, wie ich in meinem obigen Schreiben schon muthmaßte, daß die Auflösung dieser Ressource eine gefährliche Association hervorrufen könnte. Jedenfalls will man die Entscheidung aus Berlin abwarten. Heute früh wurden Dr. Kosch und der Stadtrath v. Facius auf der Polizei wegen der Vorgänge in der Ressource drei Stunden lang zu Protokoll vernommen. — Während Sie gegenwärtig sich einer freien Presse erfreuen, sind, wie ich soeben erfahre, für unsere Censoren aus Berlin strenge Instruktionen angekommen.

Bonn, 12. März. Die Köln. Z. berichtet: Aus unserer Stadt sind drei verschiedene Adressen an Se. Maj. den König abgegangen, eine von den ordentlichen Professoren der Universität, die zweite vom Gemeinderathe und die dritte von zahlreichen Bürgern aus allen Ständen. Sie unterschrieben sich in den ausgesprochenen Wünschen alle durch das Mehr oder Weniger von einander, aber in der ersten und wesentlichsten Bitte kommen sie ganz überein, nämlich, daß der Vereinigte Landtag unverzüglich zusammen berufen werden möge. Bei dieser Gewährung werden alle übrigen patriotischen Wünsche von selbst zur Sprache kommen. Außerdem haben sich neuerdings am Rhein die Städte Eupen, Lennep, Xanten, in Westfalen Herford und Minden mit Reformpetitionen dem Beispiel der übrigen angeschlossen.]

**Baiern.** = München, 14. März. Die Abdankung Wallerstein war gewissermaßen eine Nothwendigkeit; die Volksstimmung sprach sich bereits laut und entschieden gegen ihn aus. In solchen Zeiten, wie die jetzigen sind, wo nur ein wahrhaft freisinniges und entschieden volksfreundliches Ministerium sich zu halten im Stande ist, hielt man den Fürsten für entbehrlich, glaubt jedoch, er werde über kurz oder lang, besonders wenn der Kronprinz den Thron einnimmt, wieder an das baierische Staatsruder kommen. Der König und das königliche Haus scheinen nie sich größerer Anhänglichkeit und Liebe von Seite des Volkes erfreut zu haben, als eben jetzt. — Von dem faulen Baume unserer Bureaukratie fallen bereits die Früchte herab. Bereits haben 4 Landrichter ihren Landgerichtssitz verlassen und sich nach anderen Gegenden hin gestichtet, indem sie theils ihr böses Gewissen, theils die drohende Volksstrafung von hinnen jagte. Auf diese Weise sind Landsberg, Miesbach, Mindelheim und Rain von seiner bisherigen Landplage befreit worden. Man erzählt sich Dinge von den Gefälschten und Betrügereien, die man nur noch in Rußland und in der Türkei für möglich hielt.

**Württemberg.** ♂ Stuttgart. (Kammerverh. v. 14. März). Das adelige Mitglied, Frhr. v. Varnbüler, sagt, er sei heute als ob die Kammer erst nach 100 Jahren wieder zusammengekommen sei. Dann zu dem badischen Entwurf über Aufhebung der Erbunfällen übergehend, sagt er, er habe mit Bedauern vernommen, daß eine benachbarte Gesetzgebung die Freiheit mit einem Raub verbunden habe. Der Adel werde bei uns beweisen, daß ihm ein deutsches Herz im Busen schlage, aber er könne die Gerechtigkeit wie jeder Staatsbürger verlangen. Diese Erklärung veranlaßt ziemliche Aufregung in der Kammer; von verschiedenen Seiten wird Varnbüler der gebrauchte Ausdruck verwiesen und gesagt, daß man vom Adel eine nähere Erklärung über seine Bereitwilligkeit zu Opfern erwartet hätte, als er sie gegeben. Varnbüler erläutert, er habe die badische Gesetzgebung als eine Gewaltthat bezeichnen wollen, und, nochmals gedrängt, bedauert er seine Aeußerung: er habe von der badischen Kammer keine Mißachtung erregen wollen. Eine Reihe von Reduern erhebt sich nun für und gegen Antrag, sogleich Ablösungsgesetze vorgelegt werden. — Frzr.: Die Kammer müsse sobald möglich aufgelöst werden; wir stehen im Begriff, in die alte Ruhe zurückzufallen; für Ablösung seien Vorarbeiten nöthig, ein Gesetz aber über Aufhebung, wie in Baden, würde genügen. Schwerlich wird noch eine Reihe von Wünschen, besonders Verfassungsrevision vor die Kammer dringen. Holzinger: Wenn die Regierung zu der Kammer kein Vertrauen habe, so müsse sie dieselbe sogleich auflösen. Frzer: Daß im Volk kein Vertrauen zur Kammer sei, könne man überall im Lande hören (Bravo auf den Gallerien, Verweis des Präsidenten), die Auflösung sei alsbald nöthig; Murschel stimmt bei. — Scott sprechen die 4 neuen Minister; Tuorono: Wenn die Kammer die Frage wegen Entlastung des Eigenthums unter die bringenden zähle, so werde die Regierung, soweit möglich, entgegenkommen, man möge übrigens bedenken, daß das Ministerium in seinem verkleinerten Amte noch nicht Viel habe thun können. Römer: Er und seine Freunde haben beim Uebergang ins Ministerium ihre Ansichten nicht verändert. Ein Gesetzeentwurf über Ablösungen habe nicht übereilt, nicht so schnell ausgeführt werden können. Die Auflösung der Kammer sei ein konstitutionelles Princip, das Volk sei zu befragen, ob es Zutrauen habe? Pfizer: In die Einzelheiten des Amtes, an das sie nicht im Traume gedacht hätten, können sie nicht schon eingehen, für Gesetze müsse man Zeit lassen. Doppelt verspricht, nicht nur für Wohlhabenheit der Staatskasse, sondern für den Wohlstand des Volks arbeiten zu wollen. — Eisenlohr gedenkt unseres großen vor 20 Jahren verfolgten Landsmanns, der leider den Tag der Freiheit nicht mehr gesehen, Fr. List; die Kammer erhebt sich zu seinem Andenken von den Sitzen. — Der Präsident ermahnt zum Frieden; bei den neuen Ministern habe er vergeblich gesucht, die Auflösung zu vermeiden. Wenn die Kammer geblieben wäre, so hätte er die Präsidentenstelle niedergelegt; er zeigt die Austrittserklärungen von Khuen und Schaffer an.

♂ Stuttgart, 15. März. Das Tagesgespräch ist für den Augenblick zum großen Theil von der Bauernagitation und selbst von der bevorstehenden politischen Aufgeklärung Deutschlands durch die unerwartete und unter den gegenwärtigen Umständen sogar bedrohliche Ankündigung von den Gelüsten Oesterreichs, Ulm mit befestigen 6000 Mann zu besetzen, abgelenkt. Man sieht darin eine politische Demonstration gegen die allgemeine Volksbewegung des konstitutionellen Deutschlands, und es ist aller Grund vorhanden anzunehmen, daß auch die württembergische Regierung die Sache so ansieht. Man ist vor einigen Jahren am Bunde übereingekommen, daß in Friedenszeiten Württemberg allein Garnison in Ulm zu halten habe, und nur 400 Mann österreichische Artillerie dort, unter Befehl des wurtemb. Platzkommandanten, stationirt sollen. In Kriegszeiten soll die Besatzung zur Hälfte von Württemberg, zur andern Hälfte von Oesterreich gestellt werden, unter Befehl eines württemb. Gouverneurs und eines österreichischen Kommandanten. Neu-Ulm hat auch in

*) Diese Adresse findet sich bereits in Nr. 74 unserer Z. abgedruckt.

Digitized by Google

Kriegszeiten nur baierische Besatzung. Was bewegt nun Oesterreich, was berechtigt es jetzt, im Frieden, plötzlich seine Truppen in die noch nicht verödete Bundesfestung, wo noch nicht einmal die nöthigen Kasernen erbaut sind, zu verdrängen. Der Oberkommando von Tettnang (Grenzoberamt), welcher von der österreichischen Behörde in Vorarlberg ganz einfach in Kenntniß gesetzt wurde, daß vorerst 2000 Mann Oesterreicher nach Ulm durchmarschiren würden, hat — seiner Pflicht gemäß — alsbald dagegen protestirt, bis er Befehle des Ministeriums eingeholt haben werde, und eine Staffette hieher abgesendet. Die Kreisregierung hat Befehl ertheilt, den von Bregenz anmarschirenden Truppen allen Proviant und Vorspann zu verweigern. Das Ministerium hat den bisherigen Censor, Geh. Leg.-Rath v. Neurath, mit den gemessensten Befehlen der österreichischen Kolonne entgegengeschickt. In Ulm ist die Agitation aufgeregtentheils: keine bürgerliche, noch militärische Behörde dort war im Geringsten in Kenntniß gesetzt, als die Nachricht vom Anzug eintraf. Die Bürger sind im höchsten Grad erbittert. — Der gestrige „Schwäbische Merkur" spricht sich sehr alttlug über die von mir auf den Grund des auch von ihm zugegebenen, allgemein verbreiteten und geglaubten Gerüchts gemeldete Anzündung von weitern Schlössern im Jagdbezirke aus. In demselben Blatte aber berichtigt der Freiherr von Berlichingen die Angaben des stets wohlunterrichteten „Schwäb. Merkurs" über die Bauernunruhen auf seinen Gütern, woraus übrigens hervorgeht, daß die Bauern dreier Orte Drohs- und Brandbriefe mit nur Jtägiger Bedenkzeit an ihn erlassen hatten. Ebenso war es in Aspumstadt, und Freiherr v. Ellrichshausen hier soll das dortige Schloß seiner Familie selbst für verloren gehalten haben. In Weiler haben die Bauern aus den Büchern und Akten der Rentamts ein solches Feuer gemacht, daß die Schlossmannschaft von Heilbronn zu Hilfe, in der Ueberzeugung, das dortige Schloß brenne, so licht war der Himmel geröthet — nebenbei ein merkwürdiger Beleg der Vielschreiberei! — Unter solchen Umständen wird ihr Korrespondent wohl entschuldigt sein, wenn er zum Theil und überdies noch durch allgemein verbreitete und von den ehrenhaftesten und glaubwürdigsten Männern geglaubten und erzählten Gerüchte dabei in Irrthum geführt ward, was übrigens gleich am folgenden Tage aus freien Stücken berichtigt wurde.

**Sachsen.** Dresden, 13. März. Die halboffizielle Leipziger Zeit. berichtet: Se. k. Maj. haben den Staatsminister v. Könneritz aus dem Staatsdienst entlassen. Se. k. Maj. haben auch die Entlassung der Staatsminister v. Zeschau, v. Wietersheim, v. Carlowitz und v. Oppeln bewilligen, zugleich jedoch angeordnet, daß sie die ihnen übertragenen Departements so lange fortführen sollen, bis die ihnen des baldigen zu gebenden Nachfolger eingetreten sein werden.

**Baden.** Δ Karlsruhe, 16. März. In der heutigen Sitzung legte M. B. Bekk vor: 1) einen Gesetzentwurf, wonach auch zukünftig die Beeidigung des Militärs, wie aller Staatsbürger auf die Verfassung zu geschehen hat; 2) einen Gesetzentwurf, durch welchen aller durch die Verfassung ausgesprochene Unterschied politischer Rechte für die verschiedenen Konfessionen aufgehoben wird. (Vielstimmiges Bravo.)

**Geh. Ref. Jung hanns** legt drittens vor: einen Gesetzentwurf, wodurch eine vollständige Unabhängigkeit der Richter ausgesprochen wird. Die weiteren Verhandlungen betreffen die Annelliefrage. Der Abg. Bassermann sprach schöne und zu beherzigende Worte über die von gewissen Seiten her Statt findenden Verleumdungen zu Sympathien mit der französischen Republik und zur Errichtung einer rheinischen Republik verfordert dringend auf, treu zu halten an dem Begriff deutscher Einheit und Unabhängigkeit, zu gemeinsamem Handeln aller deutschgesinnten Männer nach dieser Richtung. (In einer heute noch nachzulegenden Beilage Ausführlicheres.)

Δ **Weimar**, 13. März. Im hiesigen Landtage ist aus der Mitte des Vorstandes vom akademischen Deputirten Dr. Kieser nachfolgender Antrag gestellt und vom Landtage einstimmig angenommen worden: „Nach öffentlichen Blättern sind im Süden und Westen Deutschlands, namentlich von der herzogl. nassauischen Regierung und am Rhein, bereits Schritte geschehen, um die Errichtung eines allgemeinen deutschen Parlaments und die damit verbundene Umgestaltung der Bundesverfassung anzuführen. Der Osten und Norden Deutschlands ist noch zurück, und mit Schmerzlicher Spannung sieht man der fernern Entwicklung in Preußen und Sachsen, sowie in Hannover, Braunschweig, Mecklenburg rc. entgegen, während Oesterreich noch in den Geburtswehen der neuen Zeit liegt. — Nun ist aber nur dann Segen zu erwarten, wenn der Osten und der Westen, der Süden und der Norden Deutschlands sich hier die Hand reichen. — Weimar steht in der Mitte Deutschlands. — Soll nicht der alte das nationale Wohl Deutschlands beeinträchtigende Zwiespalt zwischen Norden und Süden Deutschlands genährt werden, will man nicht den Volksbewegungen in den südwestlichen Staaten in dieser Beziehung Alles in die Hände geben, ist nun dauern Erfolg zu erwarten, wenn alle Fürsten und Völker Deutschlands in Eintracht an dem großen Werke der Einigung Deutschlands arbeiten und dadurch zugleich eine Mauer bilden, an welcher sich die drohenden Wogen der immer näher kommenden Ereignisse in Paris brechen, so ist hier Eile dringend nöthig. Ich erlaube mir daher, nachdem unsere Regierung sich durch das Patent vom 9. März an die Spitze der Reform in unserem Lande gestellt hat, den Antrag zu stellen, daß der Landtag bei der Staatsregierung anfrage, ob und was in Beziehung auf die wichtigste Frage der Nationalvertretung bei uns, vielleicht durch eine außerordentliche Mission eines Staatsbeamten in andere benachbarte thüringische Staaten und nach Süddeutschland, bereits geschehen oder eingeleitet werden ist, um wenn in dieser Hinsicht noch Nichts geschehen, dadurch an die hohe Staatsregierung einen bestimmten Antrag stellt, um den entscheidenden Moment nicht passo zu verstehen. Unser weimarischer Staat wirgt in materieller Hinsicht wenig in der Wage Deutschlands. — Möge ein großer Geist ersehen, was der räumlichen Ausdehnung abgeht, und vorerst in Thüringen einen Centralpunkt bilden, an welchen verwandte Bestrebungen sich anschließen können."

* **Schleswig**, 12. März. Nach der „Berling'schen Zeitung" vom 10. März will auch die dänische Regierung sich, man sieht nicht gegen welchen Feind, in Vertheidigungszustand setzen. Es sollen bereits die nöthigen Befehle gegeben sein, um den Kopenhagener Citadelle gegen die Seeseite zu bewaffnen, sowie die Kopenhagener und Rendsburger Festungswerke zu verstärken, auch sind Verausstattungen getroffen, die Kriegsreservebataillone für den Fall ihrer Einberufung mit Subalternoffizieren zu versehen. Dasselbe Blatt, die radikale Partei in Kopenhagen den Herzogthümern förmlich den Krieg erklärt; die „Berling'sche Zeitung" enthält folgende Annonce: „Von den Gefahren, welche die Selbstständigkeit des dänischen Volks bedrohen, ist der Einfluß der schleswig-holsteinischen Partei die nächste und größte. Wenn diese Partei ihren Willen durchsetzt, so wird in näherer oder fernerer Zukunft ein neuer schleswig-holsteinischer Staat auf der Ruinen der dänischen Monarchie entstehen, das dänische Schleswig der verhöhnenden Unterdrückung einer fremden Macht überliefert werden. Dieser weit verzweigten Partei hat das dänische Volk bisher nur in geringem Grade entgegengearbeitet; es hat geglaubt, dieser die Regierung überlassen zu können. Das dänische Volk hat in dieser Gleichgiltigkeit schwer gefehlt. Aber eine solche blinde Sorglosigkeit würde doppelt strafbar sein, nachdem das Volk berufen ist, in die Rechte der freien Nationen einzutreten. Die freie Verfassung gibt große Rechte, aber diese Rechte gehen Hand in Hand mit großen Pflichten. Keine konstitutionelle Regierung kann das Volk von der Verantwortlichkeit befreien, wenn es verfäumt, über seine Selbständigkeit zu wachen. In dem Gedanken, daß diese Pflicht nicht klar genug vor den Augen des Volks steht, sind einige dänische Männer zusammengetreten, um in dem Volke eine klarere Erkenntniß des Ernstes des Augenblicks zu wecken. Sie sehen es für nothwendig an, daß durch alle gesetzlichen und zulässigen Mittel, vor Allem durch das schriftliche und mündliche Wort, „für Schleswigs und Dänemarks konstitutionelle Vereinigung" gewirkt werde. In einer öffentlichen Versammlung, die am Sonnabend den 11. d. M., Nachmittags 1 Uhr im großen Saale des Kasino's gehalten werden wird, wird deshalb eine nähere Aufforderung zu sofortiger Wirksamkeit in dieser Richtung an vaterländisch gesinnte Mitbürger ergehen. Kopenhagen, 7. März 1848. In Auftrag. Hvidt." Und während solche Aufforderungen in der öffentlichen Zeitung erscheinen, schließt die Polizei in Kiel den Bürgerverein!

**Schleswig-Holstein.** Kiel, 12. März. Einem am gestrigen Tage aus Kopenhagen hier eingegangenen Reskript zufolge ist uns Preßfreiheit bewilligt. Dem hiesigen Bürgerverein ist alle 8 Tage eine Versammlung gestattet und dadurch allerdings der für nächsten Dinstag drohende Ausbruch eines Konflikts vorläufig abgewendet. (Br. Z.)

Von der Niederelbe, 13. März, meldet die Weserz.: Heute wurden zu Ihnen zu „erfahrenen" Männern für Holstein gewählt: Von den Süderen: Clausen und Olshausen in Kiel. Von der Geistlichkeit: Probst Paulsen in Altona.

Ueber die Projekte eines neuen dänischen Gewaltstreichs berichtet die Börsenhalle aus Kiel den 12. März: Nach gestern hier mit dem Dampfboot „Stirner" von Kopenhagen eingetroffenen Privatbriefen ist am Freitage im k. Staatsrath die Frage der Inkorporirung Schleswigs in Dänemark verhandelt worden. „Sämmtliche Staatsräthe, mit Ausnahme des Kanzleipräsidenten Melike, haben sich für die sofortige Inkorporation erklärt." Melike hat hierauf um seinen

Digitized by Google

Abschied geben, den der König jedoch bei Abgang des Dampfboots nicht bewilligt hatte. Am Abende erwartete man Demonstrationen vor Moltkes Wohnung. In der von Hvidt auf Sonnabend (gestern) berufenen Versammlung, von der man sich in Kopenhagen große Dinge verspricht, wird wahrscheinlich auch auf Moltkes Verabschiedung angetragen werden. Die Eidergänen fordern außer der Einverleibung Schleswigs und Moltkes Entfernung, sofortige Armirung der Flotte und Absendung einiger Fregatten und Kanonenboote nach dem Kieler Hafen. Die schleswiger Frage steht jetzt zur Entscheidung, sie wird schwerlich eine friedliche sein; die Herzogthümer werden jeden Angriff von jenseits mit Jubel als das Signal ihrer Befreiung begrüßen.

## Großbritannien.

London, 13. März. Der Graf v. Jarnac hat sein Hotel bereits verlassen, die Stelle eines Geschäftsträgers versieht Lajwischen im Auftrage der provis. Regierung von Frankreich Hr. Cottu, welcher früher als unbesoldeter Beamter der Gesandtschaft des Grafen St. Aulaire zugetheilt war. Eine Hauptsorge der jetzigen provis. Regierung ist ihre lobenswerthe Sparsamkeit. Hr. Cottu erhält für seinen Dienst jährlich nur 300 Pf., wogegen die frühere Gesandtschaft zwischen 14,000—15,000 Pf. kostete. Dieser Unterschied bezeichnet deutlich den Abstand zwischen einer ökonomischen Republik und einer Monarchie, die trotz ihres konstitutionellen Stichnamens sich auf den kostspieligen Fuß der Monarchie Ludwig's XIV. eingerichtet hatte.

Zu den „Man sagt" gehören die Gerüchte über den erschütterten Gesundheitszustand Lord J. Russell's. Eins der Sonntagsblätter geht sogar so weit, zu behaupten, daß der edle Lord Krankheitshalber ferner nicht mehr den Debatten des Unterhauses beiwohnen und an seiner Statt Lord Clarendon die oberste Leitung des Cabinets übernehmen werde. An welcher Krankheit Lord Russell leidet, wird nicht gesagt; wahrscheinlich ist es ein komplizirter Krankheitszustand von Einkommensteuer und französischer Republik. Offenherzig gestanden, glauben wir kaum, daß der weiche, humane, vortrefflicher und das Beste wollende, wenn auch ein Wenig ehegeizige Russell der jetzigen europäischen Krise gewachsen ist, viel eher möchte man glauben, daß er jede Gelegenheit, vielleicht auch nur eine kathartische benutzen dürfte, sich zurückzuziehen.

Eine große Chartistenversammlung, welcher einigen Angaben zufolge 4—5000, andern Angaben zufolge fogar 10,000 Personen beiwohnten, fand am 13. März im Kennington Common statt. Hr. Reynolds, „der Held der Trafalgar-Square", und Hr. Williams hielten bei dieser Gelegenheit Heerlage, predigten gegen Königthum und Aristokratie, und beantragten ein Beglückwünschungsschreiben an die französischen Republikaner. Der Antrag wurde unter unermeßlichem Beifall angenommen, auch der Beschluß gefaßt, nächsten Sonntag unter freiem Himmel im Hyde-Park abermals eine Zusammenkunft zu halten. Gegen mögliche Friedensstörungen waren allerlei Vorkehrungen getroffen, die sich jedoch im Hintergrunde hielten; die Königin oder ihre Minister gaben keinen Befehl, mit scharfen Klingen einzuhauen und auch wohl Unbetheiligte mit Roßschweifen zu zerstampfen, und so lief Alles ruhig und friedlich ab. An brutalen Bürgermetzeleien, wie sie in gewissen und sogenannten civilisirten Ländern vorkommen können, hat der Breite keine Freude. Bekanntlich darf in England nur im äußersten Nothfalle, bei hellem Aufruhr und eine volle Stunde nach Verlesung der Aufruhrakte, bewaffnete Macht bei Zusammenrottungen einschreiten.

Die Times haben einen guten Korrespondenten im rheinischen Preußen, der dieser einflußreichen Zeitung fortlaufende Berichte liefert. Der Korrespondent ist ein Vertreter der Anliegen der Mittelklasse. Diese, sagt er, sei sowohl in Alt- als in Rheinpreußen entschlossen, die ihr gebührende Stimme in Verwaltung der Landesangelegenheiten zu erhalten und auf friedlichem Wege sich in den Besitz der Rechte zu setzen, auf die sie Anspruch habe. Hierauf habe sie mit „fast mehr als deutscher Geduld" gewartet; jetzt, jetzt endlich wisse sie, daß ihre Stunde gekommen sei. Der Zustand sei ganz analog demjenigen Englands im J. 1830; da habe auch ein ähnlicher Kampf zwischen der Mittelklasse und der Aristokratie stattgefunden, wie er jetzt zwischen dem Bürgerthum und der Krone in Preußen stattfinde. Die Frage sei, ob der König den Forderungen der Bürger Genüge thun oder im Falle eines Kriegs den französischen Republikanern eine mißvergnügte Nation entgegenwerfen wolle? Preußen sei ein einseitiger Soldatenstaat, aber die Herrschaft, die sich auf Bajonette gründe, könne nie und nimmer von langer Dauer sein u. s. w. Die Kölnischen Faschingsmarktreden kann, nebenbei gesagt, der Korrespondent der Times nicht als „dumm" und langweilig genug schildern.

## Frankreich.

Paris, 13. März. Der Minister des Innern hat an die Regierungscommissäre in den Provinzen ein Rundschreiben gerichtet, welches wir unbedenklich für das merkwürdigste Aktenstück erklären, das bis jetzt von der provisorischen Staatsgewalt ausgegangen ist. Der Zweck dieses Rundschreibens ist, die bisher ziemlich zweideutige Stellung der Regierungscommissäre festzusetzen. „Welches sind Ihre Vollmachten?" fragt Hr. Ledru-Rollin sich selbst. „Sie sind unbeschränkt", gibt er sich zur Antwort. „Als Agent einer revolutionären Gewalt sind Sie selbst revolutionär. Der Sieg des Volks hat Ihnen die Aufgabe gegeben, das Werk des Volks zu verkündigen und zu befestigen. Zu Lösung dieser Aufgabe sind Sie mit seiner (des Volks) Souveränetät bekleidet; Sie hängen nur von Ihrem Gewissen ab, und Sie müssen Alles thun, was die Umstände zu Gunsten der öffentlichen Wohlfahrt erfordern." Damit ist denn bereits Alles gesagt, und Hr. Ledru-Rollin hätte gar nicht nöthig, nachträglich den Commissären noch die ausdrückliche Vollmacht zur Ab- und Einsetzung von Beamten zu geben, die bewaffnete Macht, die Justiz, kurz den ganzen Staat, so weit er in dem Departement repräsentirt wird, zu ihrer Verfügung zu stellen. „Ihre Hauptaufgabe aber, sagt Hr. Ledru-Rollin zuletzt, sind die Wahlen"; der franz. Text lautet bezeichnender als unsere Ueberfetzung: Les élections sont votre grande oeuvre. Die Wahlen sind „das Werk" der Regierungscommissäre! Man weiß nicht, mit welchem Namen man eine solche Aufrichtigkeit nennen soll. „Das Land, fährt der Minister fort, hat bis jetzt seine Ertiefung gehabt (l'éducation du pays n'est pas faite), und es ist an Ihnen, sie zu leiten." Welche Verschiedenheit! Einige junge Menschen ohne Uebung in öffentlichen Geschäften, großen Theils ohne Kenntniß und ohne verbürgten Charakter, sollen die versaumte „Erziehung" des französischen Volks durch ihre Führerschaft auf der Bahn des republikanischen Lebens ersetzen — es schrint uns unmöglich, einer großen Nation eine kedere Beleidigung ins Gesicht zu werfen. Die schließliche Weisung des Hrn. Ledru-Rollin geht darauf hinaus, daß die Kommissäre Sorge tragen sollen, daß überall „neue Männer so viel als möglich aus dem Schooße des Volks hervorgegangen" gewählt werden. Wenn wir uns nach einer solchen Sprache eines Mitgliedes der Regierung noch über irgend Etwas wundern könnten, so würde es darüber sein, daß die republikanischen Blätter sich nicht schämen, das Rundschreiben Ledru-Rollins in den Himmel zu erheben, während die übrigen Zeitungen ihr Urtheil darüber nur durch ein bedeutsames Schweigen, oder höchlens in Form eines Seufzerfuzers abgeben.

Die „Presse" sagt übrigens ein offenes, dreistes Wort über die schaamlose Willkür, welche Hr. Ledru-Rollin schon in seinem frühern die Wahlen betreffenden Kunstschreiben im Namen der republikanischen Freiheit auf den Thron zu setzen bemüht war. „Ich bin von jeher Republikaner gewesen, sagt sie sich von einem Korrespondenten belehren zu lassen, ich bin Republikaner auf zu wenig. Meine Schriften und meine Handlungen geben davon Zeugniß. Ich habe mich müde gedacht und müde geschrieben zu Gunsten der Arbeiter, in einer Zeit, wo der National die Arbeiter von Oben herab behandelte. Jetzt sange ich an zu glauben, daß es leichter war, unter Louis Philipp Republikaner zu sein, als unter der Republik; mit einem Worte, Nichts scheint wenniger frei zu sein, als die Herrschaft der Freiheit. Schon das die Wahlen betreffende Rundschreiben des Hrn. Ledru-Rollin gleicht auf ein Haar — nur die Farbe ist verschieden — dem Rundschreiben des Hrn. Duchatel vom 3. 1845. Hr. Duchatel verlangte ministerielle Abgeordnete, gleichviel wie schmer sie wogen; Hr. Ledru-Rollin verlangt republikanische Abgeordnete, gleichviel wie undezeatend sie sein mögen. Dies ist aber nach Allem, Die Reformer, der National, die Democratie pacifique erklären einen Jeden, der nicht Republikaner ist, für einen Verräther am Vaterlande. Hr. Guizot begnügte sich damit, die Männer, welche nicht zu seiner Partei gehörten, „blind und feindselig" zu nennen. Jetzt sind wir weiter. Wer die Meinung der HH. Redakteren des National u. s. w. nicht theilt, ist nicht blind — einem Blinden kann man verzeihen — ist kein Feind — mit einem Feinde kann man sich auseinander — nein, er ist ein Verräther am Vaterlande, d. h. ein Mensch, der höchstens verdient, in Stücke gerissen zu werden. Das ist die Freiheit, welche diese Herren, noch gestern meine Freunde, uns versprechen; das ist der Fortschritt, den sie predigen."

Paris, 14. März. Der großh. kessische Gesandte, Baron Drachenfels, und der großh. badische Gesandte, Baron Schweiger, ha-

Digitized by Google

**Preußen.** A Berlin, 10 März. In dieser Zeit der Bewegung mahnt und der König zur Einigkeit. Hören wir auf seine Stimme! Festreden wir Einigkeit in der Bewegung! Aber Einigkeit setzt Einigung voraus. Und zur Einigung ist offenes Aussprechen der Ansichten und Wünsche, gegenseitiges Berichtigen jener und möglichstes Befreiedigen dieser vonnöthen; daß Wünsche und Ansichten bei Fürst und Volk in Preußen nicht jetzt übereinstimmen, liegt allzuklar am Tage. Den von den gesetzlichen Organen aller Landestheile vor den Thron gebrachten Wünschen um freiere Staatseinrichtungen wurden bisher in allen wesentlichsten Punkten zuwiderlaufende Ansichten Seitens der Krone bedarflich entgegengesetzt. Und bis zu welchem Grade die Ansichten der Krone über die Wünsche des Volkes von der Wirklichkeit abweichen dürften, das bewiesen die neuesten Eröffnungen, wonach sie zu wähnen scheint, daß die Bestimmung einer nur vorübergehen Wiederkehr des vereinigten Landtags die Sehnsucht des Landes, in Betreff der Modifikation der Verfassung, in vollem Umfange gestillt habe! Dies, neben dem schwerfälligen Hinwegsehen über alle sonst verlangten und erwarteten Gewährungen, und zwar in einem Augenblicke, da in so vielen Theilen Deutschlands die Wünsche um größere Freiheit so nachdrücklich gesäußert und in Vereinen, wie wir glauben, eben so selbstständig geworden. — Dies erhebt für uns zur Gewißheit die betrübende Ueberzeugung, daß zwischen Krone und Volk in Preußen die Einigung erst bewerkstelligt werden muß. Also um der Einigkeit willen vor Allem Offenheit. Dies ist das Gebot der Treue. Die Geschichte sitzt zu Gericht über Fürsten wie über Völker, und in dieser Zeit werde Recht gesprochen nach der Wahrheit! Jetzt oder nie! Ein Jeder rede, was er denkt und auf dem Herzen hat. Man zähle die Stimmen durch's ganze Land. Zeigt es sich, daß die Einsicht und der Wille für freie Betheiligung an der Staatsregierung bei der großen Mehrzahl aller ersätig selbstständigen Männer in Preußen reif und rege ist, dann wird das Staatsoberhaupt, wenn ihm der Beweis unwiderlegbar vorliegt, nicht umhin können, seine Ansichten von dem, was Noth thut, zu ändern. Zeigt sich aber das Gegentheil — was wir nicht befürchten — zeigt es sich, daß diejenigen, welche ein rasches Vorschreiten, ja nach so langem Vergögern einen kühnen Sprung fordern, in der Minderzahl und nicht von der Stimme des Volkes unterstützt sind, dann mögen sie ans einer gefährlichen Täuschung gerissen werden. Sie werden ihre Ansicht von dem Zustande politischer Gesinnung in ihrem Vaterlande berichtigen und sich mit ihren Wünschen in das Nothwendige fügen. Sie werden zwar, schmerzlich betroffen, ihre Zuversicht nicht verlieren, sondern nach Kräften für die Verbreitung der Bildung arbeiten, um den Grund für eine künftige höhere Staatsentwickelung zu bereiten. Also in jedem Falle, Einheit zwischen Fürst und Volk! Darum jetzt freimüthiges Aussprechen, damit eine Basis dauerhafter Vereinigung gewonnen werde. Aber nicht blos zwischen Fürst und Volk in Preußen, sondern auch zwischen allen deutschen Fürsten und Völkern herrsche Einigkeit! Wie erhalten wir diese? Bahern, Baiern, Württemberger, Hessen, Nassauer — alle größere und kleinere Völker des Südens haben gefordert und errungen die langersehnten Einrichtungen politischer Freiheit. Wie stellen wir Preußen uns mit diesen unseren deutschen Brüdern einigen? Theilen wir ihre Gesinnung nicht, so hat alle Verbrüderung ein Ende. Bleiben wir von der großen Bewegung des deutschen Nationalgeistes zurück, so verkümmern und gefährden wir die neuerrungenen Freiheiten der Vorangeschrittenen. Sie werden auf uns als auf Abtrünnige herabsehen. Sie werden uns als Werkzeuge ansehen, die sich gebrauchen lassen dürften, sie wieder einem unumschränkten Herrschervillen für die Zwecke einer dynastischen Politik zu unterwerfen. Verhelfen wir es nicht, daß wir nicht langer Zeit der Name „Preuße" in ganz Deutschland ein Vergerniß war. Erst die ehrenvolle Freisinnigkeit des vereinigten Landtags hat uns die allgemeine Achtung und Sympathie wiedergewonnen. Sollen die frischen Blüthen des Geistes unserer Gemeinschaft jetzt zerpflückt werden, da sie uns Früchte über allen Preis versprechen? — Einigkeit unter allen Deutschen ist einzig dann möglich, wenn Alle vereint und in einer Richtung sich bewegen, und Keiner hinter dem Andern zurückbleiben will. Auch auf Gefahr von Außen her lenkt man unseren Blick. Doch wird der Friede eigentlich nur dann gesichert, wenn Preußen den Geist verlängnet, welcher zum Schutze der bürgerlichen und nationalen Selbstständigkeit sich um uns her erhebt, wenn es sich der großen Freiheitsbewegung entgegenstellt, anstatt sich ihr anzuschließen. Und zeigen sich die Preußen theilnahmlos für die Freiheit, unempfänglich für den Begeisterung, vollendes inmitten allgemeiner Regung, dann bezeichnen sie sich als eine leichte Beute und laden zum Angriffe auf sie ein. Dies wäre die einzige Gefahr. Und sollte Preußen wirklich diese Gefahr herbeirufen, was wäre das Ende? Man verweist uns auf die Geschichte und erinnert uns daran, daß kein Volk auf Erden jemals ein erbenderes Beispiel gegeben hat, als das preußische, unter ähnlichen Verhältnissen wie die gegenwärtigen. Aber hierin liegt, wie uns dünkt, eine verhängnißvolle Verwechselung. Das preußische Volk ist zwei Mal in diesem Jahrhunderte, unter sehr verschiedenen innern Verhältnissen, angegriffen worden. Im Jahr 1806, als es sich von der freien Zeitbewegung ganz abgesondert hielt, da fiel es, beim ersten Schlage, zu einem gliederlosen Schutthaufen zusammen. Im Jahr 1813, 1814, 1815, als es an der Spitze der freien Bewegung stand und redlichst der Vertreter der deutschen Intelligenz war, gestärkt durch eine politische Wiedergeburt und angefeuert durch fürstliche Verheißungen, da zerschmetterte es mit mächtiger Faust den Gewaltigsten der Erde. Wie scheinen wir diese Geschichtslehren uns zu Nutzen zu machen? In welcher jener Epochen finden wir die Aehnlichkeit mit unsern jetzigen Verhältnissen? — Ruft man den Geist von 1813 an, so erwecke man ihn, wie man ihn damals erweckte! Fordert man die Thaten von 1815, so erfüllt man die Träume, die man damals erregte! Einigkeit und Kraft — dies sind des Königs Worte. Des Volkes Lose Worte sie auch, so Gott ihm helfe! Aber damit sie nicht als bloße Worte verhallen, mögen König und Volk sich die Hände reichen, um der Einigkeit und Kraft zu geben als festen Boden: die Wahrheit und die Freiheit.

**Würtemberg.** ♂ Stuttgart, 15. März. Eine Probe sehr ernster Art ist unserer Regierung bereitet durch die beabsichtigte Besetzung Ulms durch 3000 Oesterreicher. Die Reaktion greift ihr Werk schlau an; Gefahr für die Bundesfestung soll den Vorwand bilden, um uns in die Hand zu bekommen. Es begreift sich, daß unsere Regierung diesen Eingriff nun und nimmermehr dulden kann. Die Kreisregierung zu Ulm, der die Truppen angekündigt wurden, hat ebenfalls angeordnet was sie konnte, um den Einmarsch der Oesterreicher aufzuhalten, bis die Regierung Maßregeln ergreifen kann. Gemeinschaft ist angewiesen, keinerlei Vorschub zu leisten. Von Stuttgart aus ist der Geh. Legat.-Rath v. Neurath den Oesterreichern entgegengeschickt werden, um ihren Rückmarsch zu verlangen. Werden sie folgen? Wenn wenn sind sie eintreulet? Diese Maßregel fehlte noch! Ulm ist in größter Aufregung, alsbald wurden Versammlungen gehalten, Adressen erlassen, um gegen die Fremden zu protestiren. Jetzt ist Römers ganze Energie an ihrem Platze. — Andererseits ist die Aufregung im Hohenlohischen eine schwierige Sache. Sie ist allgemein, aber blos gegen die Standesherren, nicht gegen die Regierung und nicht gegen die Bürger. Der Bauer will einfach Staatsbürger sein, wie alle andern, und keinen Grundherren haben, er will auch nicht adlisen, sondern des Adels Ansprüche aufgehoben wissen. Die Gewalthandlungen daselbst sind, wenn man will, die gleichen wie in München und Kassel, Demonstrationen und auch so große Zwang; die Akten der Rentämter werden an die Gerichte geliefert, oder auch verbrannt. Wer von Bauernfreiheit redet, verkennt den Charakter der Bewegung, und verständig sich schwer an den Joden des Feuerschritts der Befreiung, welche sich dort das Volk nimmt. Wenn Etwas gelegnet ist, die Aufregung zu steigern, derselben erst einen bösen Charakter zu geben, so ist es ein Auftreten des Adels, wie das des Hrn. v. Varnbüler in der gestrigen Sitzung der Abgeordneten, wo er den Entwurf der badischen jüngsten Gesetzgebung über die Grundlasten einen Raub, eine Gewaltthat nannte, dann freilich, von der Kammer gedrängt, seinen Ausdruck zurücknahm. Wenn der Adel so zu Werke geht, so ist es vorbei mit der friedlichen Ausgleichung der Sache. Begreift er nicht die eine Lungsstunde in Frankreich? Die allgemeinen Gemeinbefreiterklärungen der Standesherren und Ritter genügen nicht; das Volk will etwas Greifbares, Zahlen, ein Resultat. Heute ist seine Kammersitzung, dagegen sitzen der Adel, Standesherren und Ritter zusammen mit Abgeordneten, um eine Ausgleichung zu veranstalten. Man spricht von Ablösungen (der Gülten, Handlohn, Sterbfall u. s. w.) zum 16—18fachen Betrag. Es fragt sich, ob diese Zahlen im Hohenlohischen nicht zu hoch sind. Wie wünschen ein Resultat dieser Verein darung, sie könnte der Selbsthilfe steuern. Möge der Adel bei Zeiten einwilligen, opfern; was man vor 4 Wochen als eine Wohlthat genommen hätte, ist jetzt eine Last; darum gehe er der Zeit nach; die Grafen sind für noch weitere Konzessionen, sie fallen, nicht für Steigen.

† Mecklenburg, 11. März. Auch unser sonst so ruhiges Land, von dem man selten in Deutschland hört, steht sich durch den Umschwung der neuen Ereignisse plötzlich in eine gewaltige Aufregung

Digitized by Google

versetzt. Gleich die erste Nachricht von den Pariser Begebenheiten war für dasselbe bedeutungsvoll, weil sie den Abfall der in Berlin kontrahirten Eisenbahnanleihe, auf die man schon mit Sicherheit rechnete, verhinderte. Die Vorgänge im südlichen Deutschland zogen noch wichtigere Folgen nach sich. In allen größern Städten Mecklenburgs vereinigten sich Bürger und Einwohner zu freien Versammlungen, um ihre Wünsche und Beschwerden in Petitionen an den Großherzog aufzusetzen. Diese Petitionen, welche vor einigen Tagen fast gleichzeitig aus Rostock, Wismar, Güstrow, Parchim und andern Orten nach Schwerin abgegangen sind, dringen zuerst und hauptsächlich auf Reform unserer ständischen Verfassung im Sinne des Repräsentativsystems. Daneben werden nicht weniger die allgemeinen deutschen Forderungen: Preßfreiheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Geschwornengerichten, allgemeine Volksbewaffnung, freies Associationsrecht, ständische Vertretung beim Bundestage erhoben. Es ist, als ob der ganze Wust des Mittelalters mit einem Male hinweggeschwemmt werden sollte. Selbst die Stadträthe nehmen Theil an dieser Bewegung, weil sie müssen, weil sie selbst sich am stärksten in ihrem aristokratischen Regiment bedroht sehen. So hat der Rath von Rostock um Preßfreiheit und ein allgemeines deutsches Parlament petitionirt, aber nicht um Reform der ständischen Vertretung unseres Landes, weil er sich selbst erst reformiren muß. Auch die dürftige Ritterschaft will sich in einem Konvent zu Güstrow versammeln, um vornehmlich die schleunige Eindersung eines Landtages zu brauttragen. Der Adel verhält sich ganz still und wartet die kommenden Dinge nicht ohne Besorgniß ab. Und er hat allen Grund, besorgt zu sein, da es wirklich scheint, daß für unsere alt-landständische Verfassung, an der er hängt, die letzte Stunde geschlagen hat. Denn zu diesem Ziele hin drängen gegenwärtig alle aus der Tiefe aufgeregten Kräfte, und unser Land bietet in diesem Augenblick das auch für Deutschland eigenthümliche Schauspiel dar, daß das Volk einerseits der Regierung das vollkommenste Vertrauen entgegenbringt, und dagegen ihr nur seine kräftige Unterstützung anbietet, um vor Allem die eigenen Stände, die es nicht mehr als die seinigen anerkennt, über den Haufen zu werfen. Ueber die gleich altertümliche Stadtverfassung von Rostock ist schon das Todeswort gesprochen. Hier hält eine doppelte Bewegung in zwiefachen Versammlungen gleichen Schritt, die eine gegen die Landesverfassung, die andere gegen die Stadtverfassung. Die Bürgerschaft hat die Aufhebung von dieser mit den beiden Quartieren (Kollegien der Kaufleute und der Gewerke), mit dem Selbstergänzungsrecht des Raths u. s. w. und Einführung eines einzigen Kollegiums von Bürgerrepräsentanten mit allgemeinem Wahlrecht der Bürger, Herabziehung der Eximirten u. s. f. begehrt, und der Rath hat diese Forderungen schon in allen Hauptpunkten bewilligt. Die Antwort des Großherzogs auf die allgemeinen Petitionen des Landes, oder richtiger der Städte, wird jeden Augenblick erwartet.

### Schweiz.

Aus der Schweiz, 10. März. Mit Freude lesen wir die förderlichen Vorschläge in Nro. 68 der deutschen Zeitung zum großen Werke einer Wiedergeburt der deutschen Nation zum unerläßlichen Uebergange von einem lockern Staatenbunde zu einem deutschen Völkerbunde und Bundesstaate. Vor Allem verdient es wohl Beachtung, daß an der vorberathenden Versammlung für den Vorschlag einer neuen Bundesverfassung nicht bloß Mitglieder der Ständekammern, sondern auch andere Männer des Volksvertrauens Theil nehmen, daß darin alle Kreise der Gesellschaft vertreten sein sollen. Im Geiste dieser Vorschläge machen wir beingend darauf aufmerksam, daß schon zur nächsten Versammlung wenigstens einige Mitglieder aus der Klasse der Arbeiter eingeladen werden möchten. Unläugbar besteht zwischen den Handwerkern und Arbeitern auf der einen Seite, den mittlern und begüterten Klassen auf der andern Seite ein schon lange genährtes Mißverhältniß des Mißtrauens und des Grolles. Dieses Verhältniß wurzelt wesentlich darin, daß bei der seitherigen Hemmung und Stockung des geistigen Verkehrs die eine Schichte der Gesellschaft von der andern gewaltsam losgerissen wurde; wohl beruht dieses Mißtrauen zum großen Theile nur auf Irrthum, Unkenntniß, Vorurtheil und Mißverhältnissen; allein unläugbar ist es bei einem großen Theile der Arbeiter schon zu einem solchen Grade gestiegen, daß sie wenig Vertrauen mehr auf die Männer haben, die in andern Kreisen der Gesellschaft als Männer des Volksvertrauens gelten. Das Werk der Wiedergeburt muß aber, um Bestand zu haben, um wahr von Anfang an den Keim der Zersetzung in sich aufzunehmen, zugleich ein Werk der Vereinigung und Versöhnung aller Klassen der Gesellschaft sein. Es gibt aber unter den Arbeitern — der Schreiber dieses müßte selbst einige Namen zu nennen — nicht wenig Männer, ausgezeichnet an Kopf und Herz, die sich einen so vorzugsweisen Grad einer autodidaktischen, politischen und sozialen Bildung angeeignet haben, daß sie leider deutschen Nationalversammlung zur Zierde gereichen würden. So möge man denn die Reform der deutschen Bundesverfassung von Anfang an mit vollem Vertrauen auf alle Klassen der Gesellschaft beginnen; und so wiederholen wir noch einmal den dringenden Wunsch, daß man zur nächsten vorberathenden Versammlung auch einige dieser Arbeiter berufen möge, die in weiten Kreisen ihrer Mitarbeiter als Männer des Volksvertrauens dastehen. Sodann ist zu erwarten, daß sich die gesetzlichen Agitation in den deutschen Bundesstaaten, die bereits die ersten Schritte einer entschiedenen Reform gethan haben, zunächst und hauptsächlich auch auf die unverzügliche Ernennung vollständig populärer Gesandten am Bundestag richten wird. Ohne eine solche Veränderung des Personalstands dieser Behörde dürfte die brabsichtigte friedliche Reform der deutschen Bundesverfassung nur allzuleicht in Revolution umschlagen. (Baden ist hierin mit einem guten Beispiel vorangegangen.)

### Niederland.

* Amsterdam, 12 März. Auch unsere Kammern sind eröffnet. Auch unser Ministerium hat Vorschläge gemacht. Auch hier spricht man von Vaterlandsliebe, von Bewaffnung der Nation und von einem Schutz- und Trutzbündniß mit Belgien. Auch hier sind die Gemüther in großer Spannung und in fortwährender Aufregung, beinahe ganz so wie überall in Deutschland. Ich sage „beinahe", denn ein kleiner, unbetrautender Unterschied ist doch bemerkbar. Bei Ihnen werden die gerechten, die gemäßigten Wünsche des Volkes erhört und berücksichtigt; hier werden sie mit Füßen getreten. Ihre Regierungen fühlen, daß das deutsche Volk intelligent genug ist, einen Antheil am Princip des self governement zu erhalten; das Ministerium im Haag dagegen verkündet dem alten freien niederländischen Volke, daß die Zeit gekommen ist, wo Krone und Regierung die Zügel fester in die Hand nehmen müssen. Woher kommt es aber, daß man es wagt, in einer so bewegten Zeit, welche allen benachbarten Nationen Reformen und Zugeständnisse bringt, unserm Lande 27 Vorschläge zu machen, deren reaktionäre ohre pusillanime Tendenz jeden billig denkenden Mann tief betrüben muß? — Die Hauptursache ist in der unglücklichen Ueberschwemmung von Staatssparieren aller Art zu suchen, welche unser kleines Land fast erstickt und die in Augenblicken, wie der jetzige, die Lebenskraft der Nation schwächt und theilweise vernichtet. — Fast Jeder, der Etwas besitzt, hat einen großen Theil seines Vermögens in Fonds angelegt und hat somit während der letzten 14 Tage ein Drittel oder die Hälfte seines Besitzes eingebüßt. Die Aufregung und Spannung der Gemüther, die in dem gesänderten Deutschland sich durch Volksdemonstrationen Luft macht, verkümmert hier kleinmüthig in den Mauern des Börsengebäudes. Man fürchtet, daß die Integralen, seit der Pariser Katastrophe von 34 auf 39 zurückgegangen, durch einen Ministerwechsel oder durch irgend eine sonstige Veränderung einen weitern Sturz erleiden würden. Man petitionirt nicht, man macht keine Demonstration; man räsonnirt bloß und hofft auf bessere Zeiten. Die Optimisten — drittaufig gesagt, sah alle Millionäre — sind so lange zufrieden, als Aussicht auf Bezahlung ihrer halbjährlichen Coupons besteht. Das Mark der Mittelklasse ist durch ihre Verluste gelähmt, und dieselbe hat die Besinnung verloren; und die Proletarier werden hier — im Beschäftnig zu andern Ländern — so kräftig unterstützt und sind dabei politisch so gänzlich ungebildet, daß man vor ihnen so ziemlich sicher ist. Ich unterlasse es, Ihnen die 27 Vorschläge des Ministeriums aufzuzählen; Sie haben den Raum Ihrer Spalten für wichtigere Gegenstände nöthig. Mit Recht ruft das Handelsblad gestern aus: parturiunt montes, — nascetur ridiculus mus! Ob unsere jetzt versammelte zweite Kammer fest und energisch auftreten und den Nachbarländern jene alte Achtung für Niederland und seine Bewohner wieder abgewinnen wird, welche unser Ministerium so leichtsinnig verschergt, dies wird die nächste Zukunft lehren. Jeder freie und edel denkende Mann wird den Bestrebungen ihrer unabhängigen Mitglieder zujauchzen!

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England der Herr Ewer in Lond., 70 Bourgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeischen Länder werden mögl. ein in D. A. Verwandte Expedition 20 Boulevards, Paris 20, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich. Preis vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird per Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Ngr.) berechnet.

№ 79. Heidelberg, Sonntag 19. März. 1848.

## Uebersicht.

**Die deutsche Aufgabe Preußens.** — **Wien** (Unruhen)/ **Berlin** (der Abend vom 14. März. Fortgesetzte Bürgermethetzien. Der Abend vom 15. blutiger als die früheren. Wachsende Erbitterung. Nachricht von einer Revolution in Wien. Gerücht.). / **Königsberg** (die Aeltesten aufgehoben). **Danzig** (Adresse der Gewerbsbehörde). **Köln** (Adresse an den König). **Erfurt** (Unruhen). **Breslau** (Antheil der Censur an den neuesten Scenen. Empfang der Deputation beim Könige. Petition der Studenten). **Vom Rhein** (die Unterzeichner der ritterschaftlichen Adresse). **München** (Graf Waldkirch Minister). **Nürnberg** (beruhigende Nachrichten über die Unruhen in Oberfranken). **Stuttgart** (Bericht der Feudalkommission. Nahe bevorstehende Auflösung der Kammer. Versammlung von Feudalherren). Wegräumung des Bollschlagbaums. **Kassel** (die Erklärung des Ministeriums. Neue Ministerliste). **Leipzig** (der Kaiser von Rußland). **Hannover** (die Göttinger Deputation). **Göttingen** (die Ordnung wieder hergestellt. Reformpetitionen). **Braunschweig** (Bewilligungen). **Karlsruhe** (Annahme des Gesetzentwurfs über Pairsrecht der Bürger des Aufruhrschauen). **Oldenburg** (die Preßfreiheit hergestellt). **Schwarzburg-Sondershausen** (die Proklamation des Fürsten). **Bückeburg** (Bewilligungen). **Sachsen-Meiningen** (Zustimmung zu der Bassermann'schen Motion. Die Verwaltung des Gemeindevermögens. Der Herzog gibt in der Domänenfrage nach). **Hamburg** (Unruhen). **Schleswig** (die Verfügungen wegen Aufhebung der Censur).

**Niederland.** **Brüssel.** Das belgisch-holländische Bündniß. Das Ministerium tritt ab; Dr. v. d. Linde mit Bildung eines neuen beauftragt.

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen: Sieg der Regierung in der Frage der Einkommensteuer. Erklärung Lord Palmerston's über das angelsächsische Schutz- und Trutzbündniß zwischen Preußen. Bevorstehende Stimmung in Irland. Die chartistische und jungirische Bewegung. Abbruch kommerzieller Verhältnisse mit Brasilien.

**Frankreich.** Finanzlage. Die heutigen Blätter ohne polit. Interesse. Stimmung des Nationals über die Ereignisse.

**Italien.** **Rom.** Günstige Antwort des Papstes auf eine Adresse. Gerücht von einem Ministerwechsel.

**Polen.** Einfluß der jetzigen Bewegung auf die russ. Regierung.

**Beilage.** **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen: Gesetzentwürfe über Beeidigung des Militärs, Gleichstellung aller Konfessionen in polit. Hinsicht und über vollständige Unabhängigkeit der Richter; Verhandlungen über die Amnestirtage; Bassermann's Rede gegen Republikanisirung und Franzisirung Deutschlands. Proklamation des Großherzogs; die Aktenmäßigkeit). **Magdeburg** (Bekanntmachung des Oberbürgermeisters an die Mitglieder der freien Kirche). **Halberstadt** (Reformadresse an den König). **Elberfeld** (Adresse an die bad. Kammer). **Bon Rheinhessen** (Reformbewegung). **Dresden** (die Verhandlungen über einen Kongreß der deutschen Regierungen). **Göttingen** (Polizeibrutalität). **Rudolstadt** (Reformforderung gewährt). **Lübeck** (Ruhestörungen). **Hamburg** (die Reform).

**Schweiz.** **Bern.** Die Bundesreform.

## Heidelberg, 19. März.

Im Mittelalter pulsirte das Leben vorzugsweise im Süden und Westen des Vaterlandes. In den Rheinlanden, in Franken, der Pfalz, Schwaben und an der Donau stand die Wiege unsrer Kultur, und Jahrhunderte hindurch blieben diese Landschaften der eigentliche Herd der geistigen, sozialen wie politischen Entwicklung der Nation. Die großen Schwingungen derselben setzten sich zwar nach dem Nordosten wellenförmig fort; dieser nahm wohl allmählich die Bildungsrichtungen des Südwestens auf und eignete sie sich bis auf einen gewissen Grad an, aber stets überwiegend mehr empfangend als selbständig erzeugend und schaffend. Erst mit der Reformation trat ein Umschwung in diesem Verhältnisse ein, Norddeutschland ward die Geburtsstätte und blieb vorzugsweise die Heimath des Protestantismus. Gleichzeitig fand auch die Idee des neuen Staates hier ihre erste Aufnahme und Einführung ins deutsche Leben, und dies beides in inniger Verbindung untereinander und mit weitern geschichtlichen Momenten gab dem Nordosten allmählich eine gänzlich veränderte Stellung zum Gesammtleben der Nation. Während das religiöse, soziale und politische Leben im Südwesten bis auf einen hohen Grad versumpfte oder verknöcherte, trieb es im Nordosten neue Bildungen hervor, deren Bedeutung für das gemeinsame Vaterland mit jeder Phase ihrer ferneren Entwicklung stieg. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts hatte der Nordosten den Südosten fast nach allen Richtungen und Beziehungen hin überflügelt. Da brach der Sturm der ersten Revolution Frankreichs los. Er zertrümmerte zuerst im Südwesten die alten, starren Formen, in welchen das Leben verkommen war, dann bereitete er auch dem Nordosten ein ähnliches Schicksal, hier wie dort den Boden für ein neues Leben bereitend. Hier wie dort erfolgte eine Wiedergeburt, und noch einmal überrag der Nordosten in dieser den Süden und Westen. In jenen Jahren der Noth und Schmach (1806—13) erstehen Preußen von Neuem jugendlich frisch. Es erkannte am klarsten die allgemeine Aufgabe, es strebte am kraftigsten, sie im wahrhaft deutschen Geiste und deutscher Gesinnung zu lösen. Von ihm ging der moralische Anstoß zur innern wie zur äußern Befreiung vorzugsweise aus, und in den Freiheitskampfe hat es das Meiste und das Beste gethan. Damals waren aller Deutschen Blicke auf Preußen gerichtet, die Herzen aller deutschen Patrioten schlugen ihm entgegen, alle Hoffnungen einer besseren, großen Zukunft knüpften sich an seinen Namen. Wie anders ward das, als der Friede hergestellt war!

Preußen hielt an auf der Bahn, welche es bisher verfolgt hatte. Es baute das Gebäude seiner innern politischen Ordnung nicht auf, dessen Grundlagen es gelegt, dessen Hauptmauern es kerzlich aufgeführt hatte in jenen Zeiten der Noth. Man zerstörte freilich jene Grundlagen nicht, man riß jene Mauern nicht wieder nieder: aber im Einzelnen entstellte man sie durch Um- und Anbauten ganz anderer Art und führte in den Bau ein ganz anderes Leben ein, als für welches er ursprünglich bestimmt war. Der politische Sinn, der in der Zeit der Wiedergeburt im besten Reimen gewesen war, ward von 1820—30 von der Regierung, so weit ihre Macht und ihr Einfluß nur immer reichte, bald künstlich, bald gewaltsam in seiner Entfaltung aufgehalten, zum Theil erstickt. Ein Frost kam über die jungen Saaten: es war ein Jammer es zu sehen. Mit dem 3. 1820 versiegte die frische schöpferische Kraft des Staats. In den bisherigen Formen stagnirte das politische Leben und mit der geistigen wie politischen Führerschaft in unsrer Nation, die in Preußens Händen schon lag, war es rasch genug völlig vorbei.

Dagegen hob sich der Westen und Süden empor. Schritt vor Schritt entwickelte sich dort von 1820—1830 und darüber hinaus ein neues wirthschaftliches, geistiges und politisches Treiben. Der Landbau, das Gewerbe, die Industrie und der Handel wurden allmählich von den Schranken befreit, welche früher in diesen Landschaften überall und tausendfältig auf ihnen gelastet hatten. Sie alle nahmen den großartigsten Aufschwung. Zugleich erhielten die geistigen Interessen der Bildung neue Nahrung und Lebenslust, und die Einund Durchführung des konstitutionellen Princips in das Staatsleben erweckte hier den Sinn für die öffentlichen Interessen und die politische Freiheit, der für das wahre Gedeihen einer großen Nation immer unentbehrlich war und in unsern Zeiten an unentbehrlichsten ist. Allerdings lastete während dieser ganzen Zeit das Gewicht des politisch stagnirenden Nordostens auch auf dem Südwesten und hemmte überall den naturgemäßen frischen und fröhlichen Fortschritt, wenn es ihn auch nicht ganz zu verhindern vermochte. Er brach sich vielmehr bei jeder günstigen Gelegenheit, an jeder unbewachten Stelle Bahn, und die letzten Wochen und Tage, sollten wir meinen, haben für Jeden, der hören und sehen kann, es unwiderleglich erwiesen, daß das politische Leben unserer Nation wieder vorzugsweise in den alten Landen unserer Kultur am Rhein, Neckar und Main pulsirt. Die Wünsche und Forderungen, welche dort jetzt ausgesprochen sind, finden überall im Vaterlande ihren Anklang, und man kann mit den Worten des Dichters sagen, daß sie in tausend und abertausend Herzen widertönen: „Soweit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt"!

Bis jetzt allerdings ist es keinem der südwestlichen Staaten gelungen, eine auch äußerlich anerkannte Führerschaft im politischen Leben der Nation zu erringen, aber jeder Fürst, der die Ideen der Zeit ergreift und zu gestalten versteht, kann und wird sie erringen. Preußen kam auf keinem andern Wege empor. Denn alle Macht dient der Idee, wenn die Zeit ihrer Realisirung im wirklichen Leben gekommen ist. Welche Stellung wird nun Preußen zu dieser Bewegung einnehmen? Wird man in Berlin diese Blitze, welche jetzt

Digitized by Google

recht hell und lustig aus dem Volke herausfahren, als Blitze anerkennen, welche den dunkeln Weg der Zukunft wie Sonnenlichter erleuchten und weisen, aber mit dem sie dort wiederum als Irrlichter verschreien, die vom wahren Wege deutschen Heiles abführen in die Wüsteneien fremdländischen Unheils? Wir wünschen im Interesse Deutschlands, im Interesse Preußens, daß man in Berlin sich nicht täusche. Ueber einige Erscheinungen in dieser Bewegung zu lächeln, aber Andere zu schmollen, ist gar leicht. Man höre sich aber, den Splitter im fremden Auge, doch nicht den Balken im eigenen zu sehen und Einzelnes für den Kern und Inhalt des Ganzen zu halten. Die besten Köpfe und die redlichsten Männer haben sich an dieser Bewegung betheiligt; Männer, deren Namen im ganzen Vaterlande von gutem Klange sind. Wir stehen wahrscheinlich am Wendepunkt einer großen geschichtlichen Entwickelung, und es muß sich jetzt in Preußen entscheiden, auf welche Seite es mit Entschiedenheit treten will.

Kann es sich abschließen wollen gegen das übrige Deutschland? Dies System, sollten wir meinen, hat der Tilsiter Friede hinlänglich gerichtet, der nur die Rehrseite des Baseler war. In Deutschland und nur hier liegen alle Wurzeln des preußischen Lebens, die geistigen sowohl wie die materiellen, und man durchschneidet diese Wurzeln, man unterbindet sich selbst die Adern des Lebens, wenn man in Berlin vermessen genug sein könnte, zu glauben, Preußen könne auch ohne das übrige Deutschland ein eigenes bedeutendes Dasein führen. Diesen Irrthum haben wir schon einmal theuer genug gebüßt mit Elend, Noth und Jammer aller Art, jahrelang; sollen wir in ihn noch einmal verfallen? Oder kann man daran denken, Preußen an das erschütterte Oesterreich anzulehnen, welches selber der Stütze viel bedürftiger ist, als daß es sie andern sein könnte? Es bliebe Nichts übrig als nach St. Petersburg die Blicke zu wenden, um — — mit dem Fluche des Volks beladen, der Schildknappe und Sklave der Czarenpolitik zu werden! Gewiß, wir können nicht glauben, daß diese Politik in Berlin den Sieg davon tragen könnte, aber wir sind nicht ohne bange Furcht, daß man sich dort schwer, sehr schwer entschließen wird, sich der nationalen Bewegung mit Aufrichtigkeit und Entschiedenheit anzuschließen.

Es wird dort leider die größte Neigung vorhanden sein, einen mittleren Weg zu gehen, d. h. sich weder von Wien noch Petersburg, noch auch von Deutschland zu trennen und den Versuch zu machen, sich selbst als den Mittelpunkt dieses Dreibundes hinzustellen. Freilich steht auch diesem Versuch die eigene Geschichte Preußens warnend entgegen und auch wir wollen mit unserer Stimme oben und unten daran erinnern, daß Abwarten und Zusehen, und ein Ergreifen halber Maßregeln in großen Krisen noch Keinem geholfen hat. In solcher Zeit thut allerdings Besonnenheit Noth, aber ebensoviel als Besonnenheit auch rascher und fester Entschluß. Das eben ist ja das Zeichen eines großen staatsmännischen Geistes, daß er, die Zeichen der Zukunft erkennend, Beides mit einander verbindet und in der Besonnenheit rasch und in der Raschheit besonnen zu handeln versteht. Einen solchen Staatsmann wünschen wir jetzt in Berlin. Wir fürchten aber, weil wir so oft dort die Rede gehört haben: man dürfe sich nicht treiben lassen vom Volk, weil die Hoffnung so verführerisch gleiße, man werde nach dem Vorübergehen der ersten Sturmfluth die angeregten Wogen doch wieder in die alten Dämme einfangen und ihrer Herr werden können; vor Allem aber, weil wir zu erkennen glauben, daß die Trennung von der unumschränkten Gewalt noch immer dort als das schwerste Opfer gilt. Diese Trennung aber, das ist der Kern der Frage! Die unumschränkte Gewalt ist das Band, welches Berlin mit Petersburg verknüpft und mit Wien, und ohne sie zu opfern ist keine Verständigung, keine innige Vereinigung mit Deutschland und seiner nationalen Bewegung zu schließen. Man hat gesagt, die Hohenzollern hätten eine Geschichte „ohne Gleichen". Es wäre der Triumph ihrer Geschichte, wenn diese Dynastie, wie sie die erste Begründerin straffer monarchischen Ordnung und Kraft auf deutschem Boden gewesen ist, auch zugleich die Begründerin der deutschen politischen und nationalen Freiheit würde. Noch ist das Bemühen bisher darauf gerichtet gewesen, Beides mit einander zu vereinigen: das unumschränkte Königthum und die Freiheit des Volkes; aber mit allem Mühen ist man zu keiner wahren Versöhnung beider gelangt, denn sie ist und bleibt unerreichbar. Wird die große Krisis der Welt diesem innern Streit ein Ende machen? Wir wissen es nicht, aber wir wünschen es aus vollem Herzen, weil nach unserer tief begründeten Ueberzeugung das Heil Preußens und Deutschlands an diesed Opfer der Unumschränktheit geknüpft ist. Schon auf dem Vereinslandtage sprachen die edelsten Männer, Männer, deren Patriotismus unzweifelhaft ist, auf deren Treue kein Schatten des Verdachtes ruht, dieselbe Ueberzeugung aus. Also noch ein Mal: Preußen an sich ist keine Hauptmacht der Welt, es wird diese erst durch seine Vereinigung mit Deutschland, und die rechte Vereinigung mit Deutschland ist ohne Preußens Aufschluß an die Ideen der Zeit und der Zukunft unmöglich.

Man glaube nicht, die großen Strömungen der Geschichte aufhalten oder gar zurückwenden zu können. Weit mehr als die Hälfte Deutschlands ist bereits konstitutionell. Das sind 18 Mill. Seelen und darüber, die sich diese Verfassungsform weder durch Gewalt noch List auf die Länge wieder entreißen lassen werden. Sie werden sich niemals der preußischen Absolutie unterwerfen, wohl aber werden sie mit Jubel dem preußischen Könige folgen, sobald dieser die Fahne politischer Freiheit und deutscher Einheit entschieden aufpflanzt. Unter dieser Fahne geht Preußen sicher einer großen Zukunft entgegen. Ohne Trug und ohne Gewalt kann es auf diesem Wege das Ziel erreichen, nach welchem es so oft gestrebt hat: die unbestrittene Hegemonie in dem Bunde der deutschen Stämme und Staaten. Ist dies nicht ein hohes, ein großes zukunftreiches Ziel? ist es nicht ein besseres, als isolirt vom Vaterlande und der Nation ein Trabant Rußlands zu werden?

---

**Oesterreich.** Wien, 13. März. Der Rürnb. K. berichtet: Auch hier dürfte man wesentlichen Veränderungen entgegen gehen. Die Aufregung ist in allen Ständen von beinahe beunruhigender Art. Adressen, die seit vorgestern zur Unterschrift öffentlich bei allen Buchhändlern anliegen, sprechen die billigen, aber bestimmten Wünsche des Volkes aus. Gestern waren an 3—4000 Studirenden in der Aula versammelt, um auch ihre Wünsche zum Throne zu bringen. Sie wurden von den wohlmeinenden, aber ängstlichen Professoren zur Ruhe ermahnt. Heute, am Tage der Ständeröffnung, wogen viele Tausende von Menschen in den den Ständehause und der Wohnung des Fürsten Metternich anliegenden Plätzen und Straßen umher. — (Drei Stunden später, halb zwei Uhr Nachmittag). Soeben verbreitet sich das Gerücht, daß das Palais eines hohen Staatsbeamten vom Volke demolirt sei. — (3 Uhr Nachmittags.) Die Nachricht ist ungegründet. Für diesen Abend erwartet man bedeutliche Unruhen. Zu diesem Ausgenblick sind alle Gewölbe und alle Thore geschlossen, letztere, um den Andrang der Massen aus den Vorstädten zu verhindern. Soeben bildet sich eine Deputation aus dem höheren Bürgerstande und den Industriellen, die sich, ich weiß nicht, ob zum Kaiser oder in die Ständeversammlung begeben wird. — (Halb vier Uhr Nachmittag.) Auf dem Graben und dem hohen Markte soll es bereits zu blutigen Konflikten zwischen dem Militär und dem Volke gekommen sein.

Wien, 13. März. Die Allg. Z. meldet nach einem Privatbriefe Nehmliches: Heute sind bedenkliche Unruhen hier ausgebrochen. Auf einem der öffentlichen Plätze wurde geschossen, und 10 Personen sollen gefallen sein. Die Vorstadt ist von der Stadt abgesperrt. Die Kanonen der Burg geladen, zahlreiche Militär aufgeboten. Ein Handbillet des Kaisers, worin auf die heute durch die Studenten eingereichte Petition ausweichend geantwortet wurde, führte zu großer Aufregung unter der Jugend. Man sieht mit Besorgniß dem Abend entgegen. Der Erzherzog Albrecht kam selbst ins Gedränge. Im Ständehause kam es zu stürmischen Auftritten *).

**Preußen.** ○ Berlin, 15. März, Mittags 1 Uhr. Es haben sich gestern Abend hier Scenen der empörendsten Art zugetragen. Wie zu erwarten war, wogte gegen Abend eine bedeutende Menschenmasse auf den Straßen, besonders unter den Linden und in der Nähe des Schlosses. Viel zur Anregung von Unordnungen trug diesselbe auffallende Entfaltung von Militär, wie am vorgestrigen Tage, bei, wozu noch kam, daß die Stimmung des Volkes gegen dasselbe durch die Ereignisse des 13., und das mit Recht, sehr erbittert war. Wir sind nicht im Stande, Ihnen einen ausführlichen Ueberblick der gestrigen Vorfälle zu geben, wir beschränken uns darauf, zu schildern, was wir selbst mit ansahen. In der Brüderstraße, welche den Betriplatz mit dem Schloßplatz verbindet, war von Jungen im Alter von 12—16 Jahren gegen 9 Uhr Abends eine Art Barrikade von ziemlich spaßhaftem Charakter errichtet. Vom Betriplatze aus rückte eine Schwadron der Potsdamer Gardekürassiere gegen dieselbe an. Nach

*) Unser Berliner ** Korrespondent (s. unten) berichtet sogar von einer förmlichen Revolution. So wenig das nach der bisherigen Haltung der österreichischen Kaiserstadt zu erwarten schien, so unzweifelhaft ist auch nach den beiden baierischen Blättern die Thatsache, daß in Wien mehr als ein gewöhnlicher Krawall sich bedenerkte. D. Red.

Digitized by Google

einigen Steinwürfen zerstreuten sich die Vertheidiger der Barrikade (sie bestand in einer ausgebrochenen Rinnsteinbrücke und einem dünnen, über die Straße gezogenen Brette) in ein enges Seitengäßchen, welches die Brüderstraße an dieser Stelle durchschneidet; Einigen glückte der Rückzug nach dieser Seite wegen des schnellen Vordringens der Kürassiere nicht, und da der Ausgang nach dem Schloßplatze gleichfalls durch Truppen gesperrt war, so befanden sie sich ohne die Möglichkeit des Entrinnens, da sämmtliche Hausthüren geschlossen waren, von beiden Seiten abgeschnitten. Nachdem einige abgestiegene Kürassiere die Kommunikation schnell wieder hergestellt hatten, so drang die ganze Schwadron in den Theil der Brüderstraße, der zwischen der Barrikade und dem Schloßplatz lag, ein, in welchem sich 2—3 Zungen und ein paar Bürger, welche ihr Unthun auf dem Heimwege dahin verschlagen hatte, befanden. Die Wuth der losgelassenen Soldateska stürzte sich auf diese wenigen, zum Theil völlig unschuldigen Menschen auf welche trotz aller Rufe um Erbarmen so lange scharf eingehauen wurde, bis sie am Boden lagen. Aus den in der Bellestage gelegenen Fenstern zweier dicht neben einander befindlichen Kaffeehäuser, die dicht mit Menschen besetzt waren (auch wir befanden uns daselbst) tönte umsonst der Ruf nach Schonung herunter, der sich bald in ein wahres Wuthgeschrei verwandelte, als man das blutige Werk gewahrte. Nicht zufrieden mit der Niedersäbelung jener Unglücklichen stoben die Kürassiere in ihrer Zerstörungslust in die Fenster der Parterrewohnungen u. zertrümmerten die Scheiben. Das that die bewaffnete Macht, die mit Ruhe erhaltung der Ordnung beauftragt war. An andern Stellen der Stadt haben sich ähnliche Scenen ereignet. Die Wuth des gemeinen Soldaten war so groß, daß kaum die Officiere sie zügeln konnten. Zahlreiche und gefährliche Verwundungen haben stattgefunden, zum Theil an friedlichen Bürgern. An den Mündungen der Kur- und Gertraudenstraße in den Spittelplatz waren 2, einen rechten Winkel bildende Barrikaden errichtet, die nach 10 Uhr Abends von den Truppen genommen wurden. Das Volk ließ Fußgänger passiren, zwang aber die Wagen zur Umkehr. Die heutige Stimmung Ihnen zu beschreiben, geht über die Kraft meiner Feder. Der in allen Klassen gegen das Militär herrschende Unwille ist beispiellos, nur Ein Ruf ist in Aller Munde, das ist Errichtung einer Bürgergarde. Ein Gerücht, das Landtag und Preßfreiheit, die sonst gewiß mit einstimmigem Beifall aufgenommen worden wäre, beachtet man unter diesen Umständen gar nicht. Das Amtlich der Stadt ist heute sehr beunruhigend. Ueberall bilden sich Gruppen, am Zahlreichsten auf dem Schloßplatze und in der Brüderstraße, und das in drohender Haltung. Adressen werden gezeichnet, die die Zurückziehung des Militärs aus den Straßen verlangen. Auf dem Gendarmenmarkt wurden mehrere Stabsoffizire mit Steinwürfen vom Volke empfangen und die Hofwagen auf dem Schloßplatz mit drohendem Geschrei verfolgt. Wenn heute abermals eine Entwickelung von Streitkräften, wie an den vorigen Tagen erfolgt, so kann Niemand voranssehen, wie das enden soll. — Ein Hanschuhmacher, der gestern Abend in der Brüderstraße niedergeschossen wurde, als er seine Schwester nach Hause begleitete, liegt an sechs gefährlichen Kopfwunden hoffnungslos darnieder. In der unvergleichen Bewaffnung der Bürger und der völligen Zurückziehung des Militärs aus den Straßen liegt das einzige Mittel, großen Unglücksfällen vorzubeugen. — Die Adresse der Stadtverordneten, welcher der Magistrat beigetreten ist, steht in den Blättern von heute. Wir sind bis auf den J., der die Presse behandelt, damit einverstanden. In diesem müßte unserer Ansicht nach das Ungenügende des neulichen Edikts und die sofortige Freigebung der Presse als durch die Umstände erfordert bezeichnet werden. Jetzt fordert alle Welt von der städtischen Behörde, daß sie von der Regierung eine eklatante Genugthuung für die vom Militär an den Bürgern verübten Mißhandlungen und die sofortige Errichtung der Bürgergarde verlangt. Sie war eine Pflicht dringender als diese unter den jetzigen Umständen, wie eine Verantwortlichkeit größer, als die jetzt auf den Vertretern der Residenz und der Regierung lastet. Wir hoffen, daß der Landtag sie der Letztern gegenüber aufs Strengste geltend machen wird.

** Berlin, 15. März. Allgemeine Erbitterung des Militärs gegen die Bürger, weil es gestern furchtbar gereizt worden sein soll durch die Menge; der Bürger gegen das Militär wegen des gefühllosen, gedankenlosen, abscheulichen Einhauens! Es sind gestern entsetzliche Roheiten vorgefallen. Ein Gymnasiast mit der Schulmappe ist todt davon getragen worden. Ein Handschuhmacher ist tödlich verwundet. Ein junger Arzt, der zu einem Kranken in die Brüderstraße gerufen wurde, ebenfalls schwer verwundet. Zwei Bürger, die sich plötzlich zwischen Soldaten und Pöbel sahen, baten vergeblich um Arretirung, obwohl auch der Offizier es anbefahl; sie flüchteten mit Wunden an Kopf und Hand in einen Bierkeller. In der Brüderstraße waren 2 Lächerliche Barrikaden erbaut; die Kavallerie setzte über die eine; die Zte hinderte den Rückzug, und nun wurde blind darauf losgehauen. An den Kolonnaden in der Königstadt sollen Mehrere „Preßfreiheit“ gerufen, der Offizier zwar vorschriftsgemäß, aber mit dem Zusatz: „ich will Euch Preßfreiheit geben“, das Einhauen kommandirt haben. — Der Pöbel soll gegen die Soldaten wüthen, und es ist für heute ein neues, noch schrecklicheres Blutbad zu besorgen, wenn nicht die Bürger sich in's Mittel werfen. Eben höre ich, auf dem Schloßplatze sollen die notabelsten Bürger sich heute versammeln und Einigerung alles Militärs, sowie auf eigene Hand Herstellung der Ordnung veranlassen wollen. Es ist sonst gar kein Ende abzusehen. Auch sagte mir Jemand, unter den Studenten sei im Werk, wenn die Bürgerwachen nicht zu Stande kämen, Friedensmachen zu organisiren; man bezweifle nur, daß das Militär zurückgezogen werde, und jetzt ist ja Niemand seines Lebens sichre! — Auf Plünderung und Verletzung des Eigenthums ist es augenscheinlich nirgends abgesehen; der einzige Grund der Unruhen ist jetzt die Wuth gegen das Militär.

** Berlin, 15. März, Abends 11 Uhr. Mir kostet es die höchste Ueberwindung, Ihnen zu schreiben. Die Konsequenzen des Militärregiments werden immer entsetzlicher. Trotz der bekannt gewordenen Zusage, daß heute die angesehenen Bürger für die Ordnung sorgen wollten, erschienen die verhaßten Söldlinge wieder. In unglaublicher Schnelle wurden in der Brüderstraße Barrikaden errichtet, von Wasserkufen, Leitern, die in merkwürdiger Masse zur Hand waren; hinter denselben wurde das Pflaster aufgetrieben; 20—30 Mann vertheidigten sie. Die Ulanen mußten den Rückzug antreten. Die Infanterie mit gefüllten Bajonetten stürmte sie. Da flüchteten die Angegriffenen in die Seitengassen. An der Jungfernbrücke, so sagte mir ein Augenzeuge, begegnete dem Haufen ein Trupp Infanterie. Da er sich weigerte, sofort auseinanderzugehen, wurde „Feuer“ kommandirt. Etwa 8 Gewehre gaben an. Das Volk jubelte. Man glaubte, zu erkennen, es sei nicht Ernst gemeint. Diese Menschen, in ihrer Naivetät, hielten es ganz für unmöglich, daß eine Exekution vor sich gehen solle. Sie riefen Bravo, sie spotteten. Da wurde der Ruf „Feuer“ wiederholt. Eine Salve folgte. Sie war von Wirkung. Eine zweite, eine dritte folgte. Die herzzerschneidendsten Heulen und Wehklagen erhob sich. Mein Berichterstatter sah selbst fünf Todte. Einem derselben, einem scheinbar fein gekleideten Manne, strich man das Haar aus dem Gesicht; man küßte die Leiche. Sie wurde auf die Schultern genommen und unter Flüchen weiter getragen. Man zählt 20—30 Todte; man redet von 50! Ich hoffe, das sind Uebertreibungen. Das müssen Uebertreibungen sein. Wohin soll das führen? Den morgenden Tag soll man schon gestern baden nennen hören; dann werde man Waffen haben! — Vor allen Dingen muß das Militär entfernt werden; alle ruhigen Einwohner scheuen sich, Abends das Haus zu verlassen, aus Furcht nicht vor der untern Volksklasse, sondern — vor den wüthenden Soldaten! Es ist ja, als wären die Russen in der Stadt. Hr. v. B., den Sie kennen, ist auch mehrere Male, so ganz ruhig seines Wegs. Das Militär reitet über das Trottoir, in die Kolonnaden! — Am Alexanderplatz soll man bereits mit Dachziegeln herunterbombardirt haben. — Der Senat der Universität soll gebilligt haben, daß die Studenten ihren Beschluß, den sie heute gefaßt, ausführen und sich den Stadtverordneten zum Dienste der Ordnung anbieten, zugleich aber allgemeine Bürgerbewaffnung in Anregung bringen. Unser Groll gegen die Schleicher, die Anfangs, um die Jugend anzulocken, sich hinter politischen Interessen, die ihnen fremd sind, verdeckten und später mit ihrem kommunistischen Aufwiegelervorschuh hervorgetreten sind, wird ganz erklärt durch den Groll, ja fast durch den Haß gegen die menschenfeindliche Handhabung der Waffengewalt, die wir mit allen Ständen der Bevölkerung theilen. Aber der eigentliche Gegenstand unseres Abscheues sind nicht selbst die einzelnen Widerhandelnden, sondern die ganze Vernunftlosigkeit der Anordnung.

** Berlin, 15. März Mittags 2 Uhr. Eben ist ein Kurier angelangt. Wien ist in voller Revolution. Das Militär hat sich sehr tapfer benommen, aber das Volk hat gesiegt. Man verlangt Absetzung des Kaisers; gegen den Fürsten Metternich wendet sich aber vorzugsweise die Bewegung. Man soll ihn lebend oder todt haben wollen. In den Vorstädten dauert noch der Kampf.

Berlin, 15. März. Nach der Br. Z. hat der Minister von Bodelschwingh der Breslauer Deputation unter Anderem erklärt: wenn der Congreß der deutschen Fürsten wider Vermuthen keinen Essekt haben sollte, so würde der König die vereinigten Stände sofort einberufen.

† Breslau, 13. März. Ganz allgemein mißt man jener Waenung des Magistrats, die er an dem Tage des Krawalls anschla-

Digitized by Google

gen ließ, die Hauptschuld des ungeheuren Menschenauflaufs zu. Man hat aber späterhin erfahren, daß wieder einmal der Censor sein gut Theil dabei hat, indem er das Ende jener Bekanntmachung gestrichen hatte, worin gesagt war, daß an demselben Nachmittage die Stadtverordneten in einer außerordentlichen Sitzung sich versammeln würden, um über die Forderungen des Volkes zu berathen. Durch diesen Censurstrich wurde jener Bekanntmachung natürlich alle beruhigende Kraft genommen, und ihre Wirkung konnte eben keine andere sein als sie wirklich war. — Die nach Berlin abgegangene Deputation, welche dem König den Dank unserer Stadt für die allergnädigste bewilligte „Periodicität" des allgemeinen Landtags überbringen und zugleich einige zwar fromme, jedoch bescheidene Wünsche an den Stufen des Thrones niederlegen sollte — Beides mündlich! — ist heute zurückgekehrt. Ueber das Ergebniß derselben herrschen zwei verschiedene Sagen, Gewissen ist noch nicht bekannt. Nach der einen hätte sie der König aus Prinzip gar nicht vor sich gelassen, weil er — vielleicht nicht ganz mit Unrecht — befürchte, es möchte sich daraus so eine Art von Schraube ohne Ende entwickeln; nach der andern habe er sie gnädig empfangen und auf ihre Wünsche erwidert, er sei schon darauf bedacht gewesen, alle diese hochwichtigen Dinge in ernste und reifliche Erwägung zu ziehen. Darauf sei die Deputation mit einer Einladung zur königlichen Tafel bedient und demgemäß buchstäblich „abgespeist" worden. Mag dem nun sein wie ihm wolle, so viel steht fest, daß ein wirkliches und erspriessliches Ergebniß bei der ganzen Expedition sich nicht herausgestellt hat und dieselbe — wie nach der ganzen dabei beliebten häßlich unzweckmäßigen Form mit Sicherheit vorauszusehen stand — auf deutsch gesagt, durchaus überflüssig war. Bei den heutigen Welt-Umständen sollte man den rechten Augenblick ganz anders wahrnehmen; denn es ist keine Zeit des Zuwartens, sondern des Zugreifens. — Heute war eine große Studentenversammlung, in welcher eine Petition sehr vielsagender und vielverlangender Natur berathen und zahlreich unterschrieben wurde. Der akademische Senat hat bereits die Zusage gemacht, sie nach Kräften zu befürworten. Die Hauptpunkte sind: unbedingte Lehr- und Hörfreiheit, Abschaffung der Zeugnisse über den Besuch der Vorlesungen (des hier sogenannten Testirbogens), wie auch des Regierungsbevollmächtigten, bekanntlich eine nordische Erfindung aus den leaweigen, in schwäbischen Zeiten der leidigen Demagogenriecherei. Endlich sollen auch auch den Studenten fest gewählte Beisitzer an dem Universitäts-Gericht Theil haben, damit der akademische Bürger nach der alten löblichen Einrichtung wenigstens theilweise von seines Gleichen Recht gesprochen erhalte. Man ist allgemein gespannt, was das Ergebniß dieser Forderungen sein wird, sieht aber mit Bestimmtheit voraus, daß einigen die erwünschte Gewährung nicht zu Theil werden wird z. B. den zuletzt erwähnten. — In Darlehnskassen sind nunmehr 6 Aerzte am Typhus erkrankt und ein siebenter sogar daran gestorben.

Königsberg, 11. März. Nach der Brest. Z. ist die städtische Ressource wegen der Adresse an den König (s. unsere gestrige Korrespondenz aus Königsberg) definitiv aufgelöst und schon die nächste Beersammlung, die auf den 13. gefallen wäre, darf nicht mehr stattfinden. Gegen die Urheber und Verfasser der Adresse sollte sonderlich auch eingeschritten und die ganze Versammlung am 6. als eine unerlaubte Volksversammlung von politischer Tendenz betrachtet werden, doch ist, wie man hört, politischer Seits vorläufig davon abgestanden worden.

Danzig, 10. März. Von der Gewerbebörse aus ist an die städtischen Behörden unter dem 9. März ein Gesuch gerichtet worden, worin angetragen wird, „ungesäumt bei Se. Majestät unserm Allergnädigsten König, unter Verschreuung unwandelbarer Treue der Stadt Danzig, eine Petition dahin einzureichen: 1) daß Allerhöchstdieselbe unbedingte Preßfreiheit, 2) Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse, 3) eine aus allen Ständen des Volkes hervorgehende Volksvertretung mit entscheidender Stimme, baldreichst verleihen, 4) aber auch dahin Allergnädigst wirken wolle, daß Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufgenommen werde." (Z. s. P.)

Köln, 15. März. Der heutige Gemeinderath beschloß in einer heute Vormittags gehaltenen außerordentlichen Sitzung, sofort eine Deputation von zwölf Mitgliedern an den König abzusenden, um denselben Vorstellung über die Lage der Stadt und die Provinz zu machen. (K. Z.)

Reformpetitionen sind außerdem aus Düllen, Mayen, Königswinter, Bergheim, Altenkirchen, Düren abgegangen, die mit den schon erwähnten der andern rheinischen Städte übereinstimmen.

Erfurt, 14. März. Nach dem Frankf. J. haben hier ebenfalls unruhige Auftritte stattgefunden. Das Haus des Regierungsraths v. Ehrenberg (der aus dem Prozesse mit Krackrügge bekannt ist) sei demolirt worden; darauf sei das Militär eingeschritten und habe mehrere Leute aus dem Volke tödtlich verwundet.

* Vom Rhein. Die schon erwähnte Adresse rheinischer Abgeordneten an den König (s. D. Z. Nr. 76) ist unterzeichnet von: Aldenhoven aus Zons; Baum aus Düsseldorf; von Beckerath aus Crefeld; Biesing aus Bonn; Brust aus Boppart; Camphausen aus Köln; Dahmen aus Aldweiler; Fabbinder aus Dünnwald; Flemming aus Geilenkirchen; Grach aus Zeltingen; Häger aus Rinderrodt; Hansemann aus Aachen; Jungbluth aus Jülich; Rieberg aus Lennep; König aus Klosser bei Gummersbach; Merkens aus Köln; Mevissen aus Düllen; Minderjahn aus Cornelimünster; Müller aus Wesel; von Nyvenheim aus Caldenhausen; Raffauf aus Wollen; Reichardt aus Neuwied; Röchling aus Saarbrücken; Scheidt aus Kettwig a. d. Ruhr; Schöller aus Düren; Schult aus Gressen; Stettmann aus Bissesich bei Koblenz; Uellenberg aus Niederbreid; Zuverer aus Kleeburg.

**Baiern.** München, 15. März. Graf v. Waldbeck ist gestern Abend von Karlsruhe hier eingetroffen, und hat bereits heute die Funktionen eines Ministerverwesers des königlichen Hauses und des Aeußern angetreten. (A. Z.)

Nürnberg, 14. März. Die Nachrichten aus Oberfranken lauten immer erschreckender, alle Bande der Ordnung scheinen gelöst. Heute Morgen schon ging ein starkes Detachement des hiesigen Linieninfanterieregiments mit einem Extrazuge nach Lichtenfels ab, in dessen Umgegend die verabscheuungswürdigsten Exzesse von Leuten in der Nacht von 12. auf den 13. verübt wurden. Mehrere Ehrlleute wurden arg mißhandelt, Baron Künsberg liegt dem Tode nahe, Baron Redwitz rettete mit Mühe sein Leben, er erhielt mehrere Stichwunden. Reisende die aus der Gegend kommen, erzählen von Bränden. (A. Z.)

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 16. März. Noch früher als man geglaubt hätte, wird unsere Ständeversammlung aufgelöst werden, wie aus der heutigen Sitzung hervorgeht. Es wurde eine erkkaunliche Menge von Petitionen als eingegangen angekündigt; sie kommen von Stadt und Land, zum Theil mit sehr vielen Unterschriften versehen, und betreffen die Bitten um politische Reform, ein Zeichen, wie weit die Bewegung überall verbreitet ist. Eine verlangt die Anerkennung der französischen Republik durch den deutschen Bund, andere die bürgerliche Gleichstellung der Juden. Diese sämmtlichen Wünsche werden der Regierung zur Berücksichtigung übergeben. In der vorgestrigen Sitzung hatten sich sehr viele Mitglieder dahin ausgesprochen, daß die Feudalfrage, die Ablösung oder Aufhebung der Grundlasten noch unter die jetzt sogleich vor der Kammerauflösung zu erledigenden Gegenstände gehöre, und die Feudalkommission wurde beauftragt, in diesem Sinne eine Adresse an die Regierung vorzubereiten. Holzinger erklärte nun den Bericht dieser Kommission. Dieselbe will die Regierung nicht drängen, sie ersuchen zu überlegen, ob es jetzt oder beim folgenden Landtage am Platze sei, die Feudalfrage zu erledigen; sie beantragt eine Bitte an die Staatsregierung, dieselbe möge während dieses oder doch zu Anfang des nächsten Landtags einen Gesetzeentwurf vorlegen, der eine vollständige Entlastung des Grund und Bodens bezwecke, alle Lasten nach einem billigen und zeitgemäßen Maßstab für ablösbar erkläre; die Regierung möge erwägen, ob das Ablösungsgeschäft den Betheiligten überlassen oder vom Staat vermittelt werden solle; sie möge Vorlagen machen über Beseitigung der Zagdrechte, der Steuerbarkeit, des Novalzehntens und der Bannrechte, und den Adel zu Verzicht auf die Patrimonialgerichtsbarkeit, den privilegirten Gerichtsstand und das Ernennungsrecht von Ortsvorstehern veranlassen. Hiller (von der zeitherigen Minderheit) bittet die Regierung, die Kammer je eher je lieber auszulösen. Eine Reihe von Rednern äußern sich in gleichem Sinn, heute will Alles die Auflösung, während noch vorgestern Alle die Ablösungsfrage erledigt wissen wollten. Man ist versucht, dem Abg. Muschel Recht zu geben, der erklärte, die Kammer sei nicht mehr recht in der Lage, der Ausdruck des Volks zu sein. Auf die Kommissionsanträge ging die Kammer nun gar nicht ein; Viele äußerten, wenn die Feudalfrage nicht mehr erledigt werde, solle auch der Volksbewaffnungsentwurf und das Versammlungsrecht unberathen bleiben. Letzteres könne im Verordnungswege beregestellt, Volksbewaffnung von der Regierung vorläufig vermöge des §. 89 der V.-Ur. eingeführt werden. Römer erklärt, die Einberufung sei noch von der alten Regierung ausgegangen, zur Wahl des Ausschusses sei Einberufung der Kammer vor der Auflösung jedenfalls nöthig gewesen; die zwei noch zur Berathung bestimmten Gesetze seien als das Dringlichste erschienen. Die Feudalfrage betreffend, werde die Regierung bis zum nächsten

Digitized by Google

Landtag thun, was in ihren Kräften stehe, er hoffe, die Aufregung werde sich legen, in keine weiteren Excesse ausbrechen. Die Kammer beschließt eine Adresse an die Staatsregierung, worin sie bittet, dieselbe möge die Absicht, die Kammer aufzulösen, sofort in Vollzug setzen, ohne daß die Volksbewaffnung und das Zammlungsrecht noch berathen würden. — Wir dürfen der Auflösung somit jetzt unmittelbar entgegensehen.

**Stuttgart**, 16. März. Gestern fand ein Zusammentritt von Mitgliedern beider Ständekammern, von Standesherren und Rittern mit bürgerlichen Abgeordneten Statt, um über Vorschläge für Ablösung der Grundlasten sich zu vereinigen. (S. M.)

Der Fürst von Hohenlohe-Oehringen hat die Entfernung des Wildschadens durch das Schießen des Wildbräts zugesichert und durch angeordnete Treibjagden den Anfang gemacht. (Oehr. W.Bl.)

**Sachsen.** * Dresden, 14. März. Endlich, endlich haben wir gesiegt! Sämmtliche Minister sind entlassen und behalten ihre Portefeuilles nur provisorisch bis zum Landtage. Allgemeiner Jubel und frohe Aussichten für die Zukunft. Die entschlossene Haltung Leipzigs hat den Ausschlag gegeben. Minister v. Carlowitz, derjenige unter den Dahingegangenen, welcher noch den freiesten Blick hatte, übergeugte sich bei seiner Anwesenheit in Leipzig von der gefesselten, aber entschiedenen Opposition der ganzen Stadt. Gestern zurückgekehrt, eröffnete er dem Ministerrathe, daß der Ruin Leipzigs bevorstände, wenn man mit Waffengewalt das Bleiben des Ministeriums erzwingen wolle. Man sei dort bereit, sich Mann für Mann, Straße für Straße zu schlagen. Dazu kam die Erhebung der Provinz, die immer kompakter auftretende Opposition selbst in der Residenz, die Wirkung der freien Presse und endlich auch der Einfluß des ehemaligen Ministers v. Lindenau, und so entschied sich der König zu dem Schritte, der ihm die ganze Popularität wieder erringen wird, um welche ihn das hartnäckige Ministerium Könneritz, besonders in der letzten Zeit gebracht hat. Es circulirt folgende Ministerliste: Braun, Zunres; v. Thenenstein (ein junger, talentvoller Finanzrath), Finanzen; Dr. Zschinsky, Justiz; v. d. Pfordten, Kultus; Aeußeres und Krieg unbestimmt. Das Finanzministerium hätte man am Liebsten in den Händen Georgi's, eines liberalen Mitgliedes der 2. Kammer gesehen. Doch weiß man hierüber noch nichts Bestimmtes. — Allgemein heißt es übrigens, daß am 25. d. M. hier ein Kongreß mehrerer Regierungen stattfinden wird, an dem selbst einige Fürsten persönlichen Antheil nehmen werden. Hiernach ist meine letzte Nachricht zu berichtigen.

**Leipzig**, 14. März. Die D. A. Z. berichtet: Briefe aus Petersburg vom 22. Febr. (5. März) melden, daß der Kaiser gesund, und im Uebrigen dort Alles ruhig war.

**Hannover**, 14. März. Die Göttinger Deputation hat noch keine Audienz bei dem König erhalten.

**Göttingen**, 13. März. Die Weserz. berichtet: Die Ruhe ist vollkommen wiederhergestellt; auch nicht eine Ordnungswidrigkeit hatten die Patrouillen zu bemerken Gelegenheit. Die größte moralische Niedrigkeit brachte man dem Senator Heinze dadurch bei, daß stets eine Patrouille von 12 Mann vor seinem Hause Schauwache hielt. Noch in der Nacht reiste eine Bürgerdeputation nach Hannover mit einer Petition, in welcher unsere Forderungen auf Preßfreiheit, freies Associationsrecht, Reform der Polizei, sofortige Entfernung des Ehrs und Einleitung einer Untersuchung gegen ihn mit Entschiedenheit ausgesprochen sind. Die übrigen vielerlei dringenden Wünsche werde die Göttinger Bürgerschaft vor den gesetzgebenden Körper, die Stände bringen. Dasselbe Blatt schreibt vom 14. März: Wie wir aus einem Schreiben von vorsthendem Datum ersehen, war Göttingen am 14. vollkommen ruhig; Bürger- und Studentenpatrouillen halten die Ordnung aufrecht; die Polizei läßt sich nicht blicken; 33 Gimbedischer Jäger liegen in der Kaserne; die Kürassiere sind in dem Dorfe Weende dicht vor Göttingen einquartirt. Im Theater fand gestern eine Studentenvorsammlung statt, in welcher die Wehrzahl sich für einen Auszug erklärte, falls ungünstiger Bescheid aus Hannover einträfe.

**Braunschweig**, 15. März. Die D. A. Z. berichtet: Eine Verordnung vom 13. März beruft die Ständeversammlung zu einem außerordentlichen Landtag auf den 25. April ein und bezeichnet als Vorlagen die Wechselordnung und ein Gesetz über den Wechselprozeß, und außerdem Gesetze über die Freiheit der Presse, die Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen, die Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Stadtverordneten und die öffentliche und mündliche Rechtspflege mit Geschworenengerichten in Strafsachen. Daneben wird eine Mittheilung über eine allgemeine Landesbewaffnung verheißen und erklärt, daß, soweit es auf das Herzogthum ankomme, dahin gewirkt werden solle, die Einheit und Macht des gesammten deutschen Vaterlandes durch neue Belebung der Bundesverfassung zu kräftigen und zu mehren. Ein Gesetz vom 13. März hebt ferner die Censur auf.

**Celle**, 15. März. Die Reformpetition der hiesigen Stadt ist gerichtet auf: 1) Aufhebung der Censur unter Vorbehalt eines demnächst zu erlassenden Preßgesetzes. 2) Oeffentlichkeit in allen das Volk angehenden Angelegenheiten, insbesondere für die Justizpflege und die ständischen Verhandlungen. 3) Umgestaltung der jetzigen Wehrverfassung, insbesondere Verminderung des stehenden Heeres und Einführung einer angemessenen Volksbewaffnung und 4) Vertretung des deutschen Volks am Bundestagen.

**Baden.** Δ Karlsruhe, 17. März. Nachdem in der heutigen Sitzung zweiter Kammer wieder eine große Anzahl Petitionen übergeben worden, wurde der Gesetzentwurf, welcher die Gesammtheit der Bürger für den bei Aufruhr entstehenden Schaden haftbar erklärt, nach längerer Berathung mit einigen wenigen Abänderungen angenommen.

**Oldenburg**, 14. März. Durch eine im heutigen Gesetzblatte erschienenen Verordnung ist die Censur aufgehoben und die Preßfreiheit wiederhergestellt.

**Bückeburg**, 14. März. Durch fürstlichen Erlaß vom gestrigen Tage werden die Angehörigen des Fürstenthums Schaumburg-Lippe in Kenntniß gesetzt, daß dem Lande folgende Punkte bewilligt seien: 1) Preßfreiheit: 2) gründliche Reform des Gerichtswesens; 3) Verwendung für ein deutsches Parlament; 4) Vorbildung des Ständischen Justituts und sofortige Einberufung der Ständeversammlung; 5) ein neues Wahlgesetz; 6) ein Gesetz über die Befreiung des Bauernstandes von allen gutsherrlichen Abhängigkeit, von Frohnden ꝛc. ꝛc. (B. Z.)

* **Schwarzburg-Sondershausen.** Die (gestern erwähnte) Proklamation des Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen, Günther Friedrich Karl, lautet vollständig: „Uns einzelnen Wünschen, die zu Meiner Kenntniß gekommen sind, darf ich schließen, daß auch meine getreuen Unterthanen sich theilnahmlos gefühlt sind an den Bewegungen, welche die Herzen der Völker gegenwärtig bewegen. Weit entfernt, den Aeußerungen eines erwachenden Volksbewußtseins, soweit sie sich in den Grenzen gesetzlicher Ordnung halten, hindernd entgegenzutreten, bin Ich vielmehr mit Freuden bereit, auch Meinerseits dazu beizutragen, um Meinen treuen Unterthanen eine glückliche Zukunft zu sichern. Jene allgemeinen Klagen über Censurdruck, Gewissenszwang, politische Verfolgungen u. s. w. finden keinen Widerhall in der Brust Meines Volkes, denn Ich bin Mir bewußt, ihm niemals Beschränkungen auferlegt zu haben, zu denen Ich nicht durch Bundespflichten unabweislich gedrungen war. So weit Ich unbeschränkt bin durch solche Verpflichtungen, werde Ich Meinem Volke diese Freiheiten durch Gesetze verbürgen, als Bundesgliedes werde Ich Meinen Einfluß geltend machen zur allgemeinen Beseitigung jener Fesseln und zur Gewährung der Güter, um deren Besitz die Völker meiner Völker (!) sich vereinigen. Wie Ich niemals billigen und gerechten Wünschen Mein Ohr verschlossen habe, so will Ich in der gegenwärtigen bewegten Zeit Meinem Volke eine Gelegenheit mehr geben, seine Wünsche auf gesetzlichem Wege auszusprechen. Ich will zum 20. d. M. die Stände des Landes um Mich versammeln. Mit ihnen, den gesetzlichen Vertretern des Volks, will ich selbst Anträge berathen und die Erledigung der Fragen einleiten, welche von der letzten Versammlung der Stände in Anregung gebracht worden sind, und welche der Hauptsache nach auf eine gerechtere Vertheilung der Steuern, auf Erlaß eines Gesetzes wegen Verantwortlichkeit der Minister und des Gesammtstaats-Kollegiums, auf Abänderung mehrerer Gesetzbestimmungen des Landesgrundgesetzes und auf anderweitige Auseinandersetzung zwischen dem Lande und Meiner Kammer sich beziehen. Zur Berathung der obigen Angelegenheit setze Ich eine Kommission von Staatsbeamten und Mitgliedern der Ständeversammlung ernannt, und wie Ich bereits früher beschlossen habe, die zur Entscheidung der Sache die Zahlung des vom Lande an die Kammer abzugebenden Neujahrsalars ausgesetzt werden. Im Hinblick auf das Interesse, welches Meine geliebten Unterthanen entbreitig an der Lösung jener Fragen nehmen, habe Ich ihnen diese Eröffnungen nicht vorenthalten mögen, und sie dürfen mit Vertrauen einer gerechten und zufriedenstellenden Erledigung dieser Angelegenheiten entgegensehen. Möge mein Volk überall auf die treue Liebe seines Fürsten zählen, wie ich unter allen Umständen fest auf die Treue meines Volkes zähle. Sondershausen, 13. März 1841.

Günther Friedrich Karl.

# **Meiningen**, 5. März. Die Motion Bassermanns hat unter dem gebildeten Theile in unserem Lande große Sensation bewirkt und freudige Zustimmung erlangt. Was der Redner von unserm kleinen Lande bemerkt, haben wir nicht gewußt; nun haben wir es aus einer fernen Ständekammer vernommen. Sicherm Vernehmen nach ist die genannte Motion von unsern Landtagsdeputirten angenommen und wird nächstens zur öffentlichen Verhandlung kommen. In dem mittlern Stande hat jene Motion im Ganzen geringe Bewegung veranlaßt, denn das bürgerliche Leben ist in den meisten unserer Städte erst noch im Werden. Ist doch erst in drei Städten, darunter die Residenzstadt, die Oeffentlichkeit der Gemeinderathssitzungen seit kurzer Zeit eingeführt. Welche Vortheile aber daraus dadurch das Zögern mit Einführung eines solchen zum Beförtrnis gewordenen Instituts schon in dem engern

Digitized by Google

Kreise entdeckt werden, hat sich bereits in einer Stadt des Landes, einer früheren Residenz, deutlich herausgestellt. Nur Oeffentlichkeit vermag ein unheilvolles, meist von Privatinteressen getrogenes Parteiwesen und ein auf fremden Vorgängen wohlbegründetes Mißtrauen „Aller gegen Alle“ zu entwurzeln. Wo solche Uebelstände einmal vorhanden sind, da hätte wohl von vornherein eine Mittheilung in Auszügen aus den Protokollen der Gemeindevorstehungen als den besonders Betheiligten diesen Stadt ungenügend erscheinen müssen, wie denn auch nach den vorliegenden Protokollen die Bürger ihre Sorge gerechtfertigt sehen. — Nicht erst jetzt würde durch das Pathos einer Partei, deren Streben weit mehr den Privatinteressen als dem Gemeinwohl gilt, die Oberbehörde Gelegenheit erhalten haben zu einer schärferen Untersuchung der Verwaltung des Gemeindevermögens. Es war schon in der Mitte des vorigen Jahres von einer ganz formwidrigen Erborgung einer bedeutenden Summe aus der städtischen Sparkasse von Seite des Bürgermeisters ein starkes Gerede, das ohne Zweifel auch zu Ohren der Behörde gekommen ist; gegründeten Verdacht mußte dieselbe schöpfen aus der beharrlichen Weigerung des Bürgermeisters, dem Kurator seiner Kasse, die Einsicht in den Stand derselben einzuräumen. Die jetzt vorgenommene Untersuchung der städtischen Verwaltung hat jene formwidrige Erborgung, sowie wohl noch manches Andere herausgestellt. Dem Vernehmen nach hat nun der Vorstand des Magistrats, unwillkürlich veranlaßt, seine Stelle aufgegeben, wobei der Volkswitz, indem die Nachricht von der Abdankung Louis Philippe zugleich damit eintraf, die Firma des bibliogr. Instituts (Hildburghausen und Paris) anzudeuten versuchte. Wie verlautet, hat jedoch die Abdankung des Bürgermeisters die Gerechtigkeit unsers Fürsten nicht genügt. — Man schreibt schon einen jungen tüchtigen Juristen als Kandidaten für die Bürgermeisterstelle; ein solcher Versuch, zu helfen, ist schon einmal gemacht worden, doch ist nach dem Ergebniß desselben dringend zu wünschen, daß eine durchgreifende Reform der städtischen Behörde vorgenommen, daß nämlich gerade solche Mitglieder derselben entfernt werden, die dem Anscheine nach weniger schädlich sind, in der That aber die größte Schuld an den städtischen Gebrechen tragen. So lange besonders noch der Fuchs in dem Hofe Herr ist, überlistet und fängt er auch den wachsamsten Hahn. — Möge bald geschehen, was geschehen muß. Wir wissen nicht, was die nächste Zukunft bringt, aber man muß das eigene Haus bestellt wissen, wenn man in die stürmische Welt gerufen wird. Das Kleine muß abgethan sein, wenn wir an große Arbeit gehen sollen. Wir stützen die Forderung der Gegenwart fort mit dem kindischen Spiel kleinlicher Interessen, unerquicklicher Gezänke! — Nachschrift. Soeben höre ich, daß die Schützengesellschaft, deren Hauptmann der Erbürgermeister ist, eine Petition entwirft, um Beibehaltung des Bürgermeisters, ihres Hauptmanns. Sie fühlt so wenig, daß der Bürgermeister unmöglich geworden ist, als daß sie selber, noch vom alten Reißaus-armeegeneral beschlammend, sich überlebt hat. — Abends 6 Uhr. Heute Abend wird, da nicht, wie man hoffte, der Herzog von freien Stücken Zugeständnisse machte, eine Adresse berathen.

* Sachsen-Meiningen, 14. März. Eine herzogliche Verordnung vom 13. d. setzt das Gesetz vom 26. März 1846 über das Finanzwesen wieder außer Kraft; der Domänenüberschuß wird fortan in der Weise zur Theilung gebracht, daß ein Drittheil dem Herzog zur eigenen Verfügung im Interesse des Staatswohles überlassen bleibt, zwei Drittheile auf den Landesetat in Einnahme gesetzt werden.

Hamburg, 14. März. Die Bremer Blätter bringen Berichte von unruhigen Auftritten, welche hier stattfanden; erst bildeten sich nur Volkshaufen, ohne ernsten Zusammenstoß, dann scheinen ähnliche Auftritte wie in Berlin erfolgt zu sein. Die Weserz. sagt: Die bedrübendsten Scenen seien gestern am Millernthore und in St. Pauli ganz nahe bei Altona vor. Ein schreiender, lärmender, tobender, steineverfender Haufe, aus Männern, vielen Weibern und jungen Burschen bestehend, hatte zwischen 7 und 8 Uhr am Thore Posto gefaßt. Plötzlich ritten Hanseatendragoner im Galopp heran, die Hanseateninfanterie flach und hieb unbarmherzig darauf los. Heute früh sprach man von 5 Todten (3 Männern, einem alten Weibe und einem Kinde); Nachmittags jedoch hörte ich von einem Arzte in St. Pauli, er selbst wisse nur von einem Todten (dem Maurergesellen Wehnke, einem ruhigen Familienvater) und 7 Verwundeten, von denen einige schwere Verletzungen davon getragen hätten. Die Hanseatenwache in der Nähe Altonas (bei der neuen Dreße) machte sich aus dem Staube und heute war dieser Posten von Bürgergardisten besetzt. Aber nicht blos wegen dieser Excesse und der traurigen Folgen derselben herrschte heute eine düstere Stimmung in Hamburg; auch die Wahl der Deputation findet keinen großen Beifall. Zwar sind die Gewählten sämmtlich mehr oder minder angesehene, gescheite und verständige wohlgesittete Männer, aber es fehlt ihnen mit wenigen Ausnahmen der politische Ruf. Auch ist man ungehalten darüber, daß sich kein mißtrauenserfreuter Bürger in der Deputation befindet.

* Schleswig, 13. März. Die heutige Post von Kopenhagen brachte uns die, für jeden der beiden Herzogthümer besonders, unterm 10. d. M. erlassenen provisorischen Verordnungen über die Presse. Die in Holstein bisher bestehende Censur ist aufgehoben, und für beide Herzogthümer verfügt, daß von Schriften, die keinen größeren Umfang als 6 Druckbogen haben, vor dem Verkauf oder Vertheilung der Polizeibehörden ein Exemplar eingeliefert werden soll; die Polizeibehörden sind autorisirt, Schriften, deren Inhalt mit den bestehenden Gesetzen in Widerspruch steht oder gegen den deutschen Bund und befreundete Staaten gerichtet sind, mit Beschlag zu belegen; über die Aufhebung oder Bestätigung der Beschlagnahme hat zwar die schleswig-holsteinische Regierung auf administrativem Wege zu entscheiden, auf Verlangen der Betheiligten ist die Sache aber auf den Weg Rechtsanlage zu verweisen und dann unter den Formen des fiskalischen Processes bei den Obergerichten zu verhandeln. Die Regierung hält demnach die Präventivmaßregeln so viel thunlich fest, hat sich auch noch nicht entschließen können, die Herausgabe der Tagesblätter und periodischen Schriften freizugeben — durch die Verweisung der Erkenntnisse über die Beschlagelegung an die Gerichte ist aber nicht Viel gewonnen, da nach der bestehenden gerichtlichen Procedur ein solcher Proceß in kürzerer Zeit als 6 Monaten nicht leicht beendigt werden wird. Die erste der Verordnungen lautet:

Provisorische Verordnung betr. die Aufhebung der Censur und das in Preßsachen zu beobachtende Verfahren, vom 10. Dezember 1845. Christiansburg, 10. März 1846. Wir Friedrich VII. rc. thun kund hiemit: Nachdem von der deutschen Bundesversammlung unterm 3. d. M. beschlossen worden ist: 1) Jedem Deutschen Bundesstaate wird freigestellt, die Censur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen; 2) Dies darf jedoch nur unter Garantien geschehen, welche die andern Deutschen Bundesstaaten und den ganzen Bund gegen Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicher stellen — haben Wir, im Vertrauen auf die loyalen Gesinnungen Unserer getreuen Unterthanen, den Beschluß gefaßet, die bisherige Censur in Unsern Herzogthum Holstein aufzuheben. Setzen und ordnen demnach bis Weiter wie folgt: §. 1. Es soll künftig Jedem gestattet sein, größere oder kleinere Schriften unter Vorbehalt der Verantwortlichkeit wegen etwa gesetzwidrigen Inhalts, ohne vorgängige Genehmigung der Censurbehörde zu drucken. §. 2. Schriften, welche einen größeren Umfang als 6 Druckbogen haben, sind jedoch vor dem Verkauf oder Vertheilung der Polizeibehörde des Orts, wo sie erscheinen, bei Vermeidung einer Strafe von 100 bis 500 Reichsbankthaler, von dem Buchhändler, Verleger oder Verfasser, wenn er im Lande wohnt, in zweifacher Exemplaren eingeliefert werden. §. 3. Wenn die Polizeibehörden eine gerichtliche Entscheidung in Anspruch nehmen, oder Unsere schleswig-holsteinische Regierung wegen der mit Beschlag belegten Schriften zu einem strafrechtlichen Einschreiten Veranlassung findet, sollen Sachen dieser Art bei Unserem holsteinischen Obergerichte im Wege des fiskalischen Processes zur Verhandlung und Entscheidung gebracht werden. Unsere schleswig-holsteinische Regierung hat in vollen Fällen das holsteinische Oberlandwaltergericht mit Einbringung der deßfallsigen Klage und Wahrnehmung des weiter Erforderlichen zu beauftragen. §. 6. Die in der Verordnung vom 9. Nov. 1819 wegen einer Censur für die Bücher, die nicht über 20 Bogen im Druck halten, sowie für die Schriften, welche Hefterweise oder in der Form täglicher Blätter herauskommen, getroffenen Anordnungen werden, mit Ausnahme der im §. 7 gegebenen Vorschriften, hierunter aufgehoben. Dagegen soll es bei den rücksichtlich des Mißbrauchs der Presse bestehenden Anordnungen bis weiter sein Bewenden behalten, und sind diejenigen Preßmißbräuche, hinsichtlich welcher eine bestimmte Strafe in den bestehenden Gesetzen nicht angedroht ist, nach richterlichem Ermessen zu ahnden. (Die zweite Verordnung morgen).

## Niederland.

* Amsterdam. Man schreibt uns aus Frankfurt, 17. März: Nach eben eingehenden Briefen aus Amsterdam vom 15. d. M. war dort durch den elektrischen Telegraphen die Nachricht aus dem Haag eingetroffen, daß das gesammte Ministerium abgetreten und Herr Luzac mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt worden ist. Die Reform hat also auch in Holland gesiegt.

Brüssel, 14. März. Die „Indépendance belge“ widersprecht aufs bestimmteste dem Gerüchte von einem Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Belgien und Holland. Belgien könne nie vergessen, was es

Digitized by Google

Frankreich schuldig sei, und nie einen Schritt thun, der als eine üble Gesinnung gegen dasselbe gedeutet werden könnte.

## Großbritannien.

London, 14. März. Das Kabinet hat sich im Parlament eines bedeutenden Sieges zu erfreuen gehabt, indem die von ihm beantragte Bewilligung der Einkommensteuer auf weitere drei Jahre in der Unterhausſitzung vom 13. März durchging; das Amendement Hume's, die Steuer nur für ein Jahr zu bewilligen, hatte 138 Stimmen für ſich, 363 gegen ſich, Majorität für die Minister 225 Stimmen. Lord John Ruſſell, deſſen katarrhaliſche Anwandlung mithin nicht ſo bedeutend geweſen zu ſein ſcheint, als ſie ausgegeben wurde, hielt eine mit großem Beifall aufgenommene Rede für den Regierungsvorſchlag, zu deren Schluß er erklärte: habe das Kabinet in dieſer Frage nicht das Vertrauen des Hauſes, ſo hoffe er, daß die Oberleitung der Geſchäfte andern Händen anvertraut werden würde, welche beſſer geeignet ſeien, dieſe Angelegenheiten zum allgemeinen Beſten des engliſchen Volks zu beſorgen. Dieſer Schreckſchuß wirkte, da bei der Zerfahrenheit der Parteien und namentlich unter den jetzigen Umſtänden Niemand große Neigung zeigt, in die ſchwierige Stellung der Whigs einzurücken. In der Sitzung vom 14. März richtete Hr. Hindley an den Miniſter die Anfrage, ob es wahr ſei, daß zwiſchen England und Preußen ein Schutz- und Trutzbündniß geſchloſſen worden. Lord Palmerſton erwiderte: zwiſchen Großbritannien und Preußen ſei kein Vertrag irgend welcher Art geſchloſſen worden; das einzige „Arrangement" (ein ſehr beliebter diplomatiſcher Ausdruck, bei dem man ſich Nichts oder Alles denken darf — nach Belieben!) „ſei geweſen, daß Preußen ſich gegen die großbritanniſche Regierung dahin erklärt habe, es werde in ſeiner Weiſe ſich während der jetzigen Kriſis in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einmiſchen, vielmehr gedenke es in dieſer Hinſicht ganz dasſelbe Verfahren einzuhalten, welches Großbritannien für geeignet finde."

Inzwiſchen geht die chartiſtiſche Bewegung in England und die Repealbewegung in Irland ihren Gang, und es iſt ſchwerlich zu läugnen, daß Beide in Verbindung früher oder ſpäter der Regierung hart zuſetzen möchten. Maſſenbewegungen dieſer Art können ſchließlich nicht ohne Erfolg bleiben, und wenn wir ſchon trotz der Verſicherung des Chartiſten Reynolds: „daß die Grundſätze des Republikanismus reißende Fortſchritte machten und demnächſt in der ganzen Welt die allein giltigen ſein würden" nicht ſofort an die Umwandlung Großbritanniens in eine Republik glauben können, ſo iſt doch kaum zu zweifeln, daß die Regierung früher oder ſpäter in die Gewährung einzelner im chartiſtiſchen Volksſtreibeleſe aufgeſtellten Forderungen willigen wird. Solche republikaniſch chartiſtiſcher Verſammlungen wurden unter in London auch in Sheffield, Salford und Birmingham gehalten. Es verdient erwähnt zu werden, daß Smith O'Brien, der Führer der jung iriſchen Partei in einer am 9. März zu Dublin gehaltenen Verſammlung erklärte, Irland begehre nichts weiter als ein eigenes Parlament; habe es dies, ſo werde es jeden Fremdling, von welcher Seite er auch komme, von ſeinen Küſten abzuwehren wiſſen. Ob man aber, um dies iriſche Parlament zu erlangen, die Hilfe Frankreichs ablehnen würde, darüber ſprach ſich der Redner nicht deutlich aus.

In Dublin finden von Zeit zu Zeit Aufläufe Statt; bei einem derſelben wurde der Statthalter angegriffen, den Franzoſen und der Republik ein Lebehoch gebracht. Man erklärt in allen Verſammlungen laut und offen, daß die Zeit der Beſeitigung Irlands gekommen ſei; kurz, die Stimmung durch ganz Irland ſcheint bee bedenklichſten Art zu ſein. Auch England macht Miene, zu dem verfänglichen Mittel ſtreng militäriſcher Maßregeln zu greifen; es verſtärkt die Beſatzung von Dublin und andern Städten, Bajonette gegen die Rache- und Sühngeiſter alten Unrechts, welche ſich in Schaaren aus dem ſo lang mißhandelten Boden Irlands erheben!

Das Morning Chronicle meldet: daß Lord Howden alle Beziehungen mit der braſilianiſchen Regierung abgebrochen habe, weil es ihm nicht gelungen, einen für Großbritannien im gewünſchten Maße günſtigen Handelsvertrag abzuſchließen.

## Frankreich.

Paris, 15. März. Alle politiſchen Fragen werden von dem Finanzintereſſe verſchlungen. Die Geldkriſis iſt in fortwährendem und raſchem Steigen begriffen. Vergebens verſuchen die Zeitungen, das Publikum mit der Hinweiſung auf die Finanzkriſis zu beruhigen, von welcher England im vorigen Jahre heimgeſucht wurde, eine Kriſis, welche viel gefährlicher geweſen als die franzöſiſche, und aus welcher England gleichwohl unverſehrt hervorgegangen. Jedermann ſieht ein oder fühlt wenigſtens, daß eine ſolche Vergleichung nicht Stich hält. In England wechſelten die Kapitalien den Beſitzer; in Frankreich verſchwinden ſie, indem ſie theils auswandern, theils ſich verſtecken. Ein großes Haus ſtillt unaufhaltſam (3⅞ 46 Fr., 5⅝ 69 Fr.), auf die Sparkaſſe wird Sturm gelaufen, obgleich ſie nur 100 Fr. in baarem Gelde und den Reſt in größeren Einlagen in Papier von zweifelhaftem Werthe bezahlt, und die Bank wird von den Leuten, welche ihre Zettel in baares Geld umſetzen wollen, dergeſtalt bedrängt, daß eine ganze Kompagnie Nationalgarde kaum hinreicht, dieſes Heer von geängſtigten Papier-Reichen in Ordnung zu halten. Die Aktien der Bank ſielen heute auf 1300, ſo daß ſie gegen den Kurs vor der Revolution gerade 2000 Fr. verloren haben.

Der Inhalt der heutigen Zeitungen iſt ſehr unbedeutend. Der Moniteur füllt ſeine Spalten mit Reden und Gegenreden, die zwiſchen der proviſor. Regierung und glückwünſchenden Deputationen gewechſelt ſind; einige Blätter greifen das Cirkular des Hrn. Ledru-Rollin mehr oder weniger ſcharf an, welches in der „Reforme" einen kecken Vertheidiger findet; die „Demokratie pacifique" beſchwört die Reichen, nicht auszuwandern; der „Rational" begrüßt mit Worten der Freude und der bundesbrüderlichen Geſinnung die deutſche Bewegung, und er erklärt bei dieſer Gelegenheit, daß die Aufgabe, welche Frankreich bisher Polen gegenüber gehabt habe, jetzt an Deutſchland übergehe und von Deutſchland ohne Zweifel gelöſt werde.

## Italien.

• Rom, 7. März. So hätte denn nun auch der Papſt feierlich und in unumwundenen Ausdrücken ſeinen Unterthanen eine Konſtitution und zwar eine zeitgemäße und in wenigen Tagen zu veröffentlichende zugeſagt! Eine Deputation, beſtehend aus Bologneſen und einigen Mitgliedern des römiſchen Senats, hat geſtern Morgen unter Vortritt des Prinzen Corſini dem Papſt eine Adreſſe übergeben, in welcher er mit Hinweiſung auf die gebieteriſch herandringenden Zeitverhältniſſe nicht bloß um raſche Ertheilung der in Ausſicht geſtellten Verfaſſung, ſondern auch um Beſchleunigung des politiſchen Staatenbunds zur Vertheidigung der italieniſchen Unabhängigkeit erſucht wird. Seine Antwort iſt ſehr willfährig ausgefallen. Erneute Verſicherungen, daß ihm die Reformen wahrhaft am Herzen lägen, Hinweiſung auf die Schwierigkeiten, mit denen man bei Ausarbeitung einer den eigenthümlich gearteten Verhältniſſen des Kirchenſtaats anzupaſſenden Verfaſſung zu kämpfen habe. Demnach ſei er bereits im Stande, in den nächſten Tagen an das große Werk die letzte Hand anzulegen. Er hoffe, ſeine Unterthanen zufriedenſtellen zu können, und wolle Gott danken, wenn er's im Stande geweſen ſein werde. — Die Pallade, ein unſcheinbares, meiſt in buleskeen Ton abgefaßtes Tagblatt, welches aber namentlich in der Mittheilung von Gerüchten ſehr glücklich geweſen iſt, die trotz ihrer Unglaublichkeit ſich nachmals, obwohl manchmal erſt recht ſpät bewahrheitet haben, bringt jetzt die Nachricht von einem abermals bevorſtehenden Miniſterwechſel. Das Kriegsminiſterium würde danach in die Hände des Prinzen Aldobrandini übergehen, was von geringerem Belang ſein würde, da daſſelbe ſchon in den Händen von Laien ſich befindet, und kein Grund vorhanden iſt zu glauben, daß es dieſem Rohile beſſer gelingen ſolle als ſeinen Vorgängern, ſich auf dieſem ſchwierigen Poſten die allgemeine Zufriedenheit zu erwerben. Dagegen ſcheint es von großer Wichtigkeit, wiederum zwei Mitglieder der Staatskonſulta auf miniſterielle Poſten berufen zu ſehn, und zwar zwei der anerkannt tüchtigſten Geſchäftsmänner. Marco Minghetti, der berühmte Publiciſt von Bologna, wäre demnach zum Miniſter des Innern berufen, Gaetano Recchi dagegen, einer der Amneſtirten, zum Miniſter der Finanzen.

## Polen.

• Die polniſchen Zeitungen, die wir uns liegen, gehen in ihren Nachrichten über Frankreich nur bis zum 21. Febr.; in den zehn darauf folgenden Nummern iſt kein Wörtchen von dieſem Lande. Dagegen berichten ſie von zahlreichen, neuen — faſt hätten wir geſagt: Reformen — Konfiskationen und Verurtheilungen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

## Uebersicht.

**Beilage.** Karlsruhe (Kammerverhandlungen: Gesetzentwürfe über Beeidigung der Militärs, Gleichstellung aller Konfessionen in politi. Hinsicht und über vollständige Unabhängigkeit der Richter; Verhandlungen über die Amnestiefrage; Bassermann's Rede gegen Republikanisirung und Franzosirung Deutschlands. Proklamation des Großherzogs; die Akarmgerüchte). Magdeburg (Belanntmachung des Oberbürgermeisters an die Mitglieder der freien Kirche). Halberstadt (Reformadresse an den König). Elberfeld (Adresse an die hod. Kammer). Vom Niederrhein (Reformbewegung). Dresden (Die Verhandlungen über einen Kongreß der deutschen Regierungen). Göttingen (Polizeidruta!tät). Rudolstadt (Reformforderung gewährt). Lübeck (Ruhestörungen). Hamburg (die Reform).

**Schweiz.** Bern. Die Bundesreform.

---

**Baden.** Δ Karlsruhe, 16. März. Bei Beginn der heutigen Sitzung eröffnete der Präsident Mittermaier, daß die Berathung über die Abschaffung aller Kabinettsordre auf Samstag verschoben sei, da noch Aenderungen an dem Kommissionsantrage vorgenommen werden müßten. Auf erhobene Anfrage, ob diese Veränderungen ein Rückgang seien, entgegnete der Präsident der Kammer, wie der des Ministeriums, Bekk, daß man im Gegentheil von Seite der Regierung noch weiter gehen wolle, als der Kammerbericht. Darauf werden wieder von den Abgg. Hecker, Justein, Speyerer, Vogelmann, Böhme, Richter, Bader, Welte, Helmreich, Kapp, Brentano, Bassermann, Oster, Knittel, Buhl, Mittermaier und Blankenhorn eine große Anzahl Dankadressen und Petitionen übergeben, aus welchen wir zwei gegen die Emancipation der Juden, eine um Aufrechung aller Ehrenrechte des Adels in der ersten Kammer, und wieder eine um Amnestie für politische Vergehen hervorheben. Brentano schlägt vor, über letztere noch kurzer Unterredung der Sitzung sofort zu berichten, um noch vor der Oeffnungder Versammlung einen Beschluß darüber fassen zu können. Ministerialpräsident Bekk will nur berweisen, daß es bei uns in Baden so gut wie gar keine wegen politischer Verbrechen Verurtheilte gebe, eine Vergleichung mit andern Ländern (man hatte Kurhessen genannt) passe bekanntlich gar nicht, er habe übrigens eine Zusammenstellung angeordnet, glaube aber, daß sich höchstens drei aufinden lassen würden. Gegen die sofortige Berathung habe er Nichts einzuwenden. Justein unterstützt den Antrag auf diese sofortige Berathung, mit der Bemerkung, daß man wirkliche Verbrecher damit nicht in Schutz nehmen wolle.

Knapp verlangt ein Gesetz über gerechte Vertheilung von Kriegskosten; ein solches schon 1831 zugesagtes Gesetz könne vielleicht bald nöthig werden; aber nicht allein auf Baden, sondern auch auf ganz Deutschland müßte sich die Vertheilung erstrecken, da Baden nur für die hinter ihm liegenden deutschen Länder die Opfer zu bringen haben würde.

M. Präsident Bekk legt vor: 1) einen Gesetzentwurf, wonach auch zukünftig die Beeidigung des Militärs, wie aller Staatsbürger, auf die Verfassung zu geschehen hat; 2) einen Gesetzentwurf, durch welchen aller durch die Verfassung ausgesprochene Unterschied politischer Rechte für die verschiedenen Konfessionen aufgehoben wird. (Vielstimmiges Bravo.) Der Gesetzentwurf in Bezug auf die in der Gemeinde-Ordnung ausgesprochenen Unterschiede werde nachfolgen. Den Gesetzentwurf über die Volksbewaffnung werde er übermorgen der Kammer vorlegen.

Sich Ref. Jung hannß legt drittens vor: einen Gesetzentwurf, wodurch eine vollständige Unabhängigkeit der Richter ausgesprochen wird. Diese Vorlagen bringen einen sehr guten Eindruck hervor, sie bewiesen den ernstlichen Willen, die gegebenen Zusagen rasch zu erfüllen.

Nun folgt die Berathung mehrerer Petitionsberichte, die aber für unsere Tage kein solches Interesse darbieten, um eine ausführlichere Mittheilung in diesen Blättern zu rechtfertigen.

Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen; nach einer halben Stunde erstattete Brentano Bericht über die Petitionen auf Amnestie und stellt. Namens der Kommissionen den Antrag:

Die Regierung mit Ueberweisung der Petition an das Staatsministerium zu ersuchen, 1) S. k. Hoh. zu Begnadigung dieselben zu empfehlen, welche wegen politischer Verbrechen verurtheilt wurden, insofern diese Verbrechen nicht un er § 58 oder unter die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über Landesverrath fallen, oder den Charakter eines besondern gemeinen Verbrechens an sich tragen; 2) die Zurücknahme der Ermächtigung zur Einleitung von Untersuchungen wegen Majestätsbeleidigungen oder Preßvergehen zu bewirken, insofern diese Vergehen vor dem 16. März begangen wurden; 3) den Kammern einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, wodurch alle wegen politischer Verbrechen anhängigen Untersuchungen der in den ersten Antrag bezeichneten Art, insofern die Vergehen vor dem 16. März begangen wurden, niedergeschlagen werden; 4) die Aufhebung des einstweiligen Untersuchungsverfahrs gegen die im dritten Antrage bezeichneten Angeschuldigten durch Kommunikation mit den Gerichten, soweit es die bestehenden Gesetze gestatten, vorfügen zu wollen.

Hecker will, daß auch der frei sein soll, der im überströmenden Freiheitsgefühl, vielleicht in Rückerinnerung an seine jugendlichen klassischen Studien, ausgerufen „es lebe die Republik!“ Er stellt dann den Antrag, den Termin der Amnestie bis heute auszudehnen.

Bassermann glaubt, daß solche Ausrufungen durch den Kommissionsantrag als mit in der Amnestie begriffen zu betrachten sind. Dann fährt er fort: Ich benütze diese Gelegenheit zu einer öffentlichen Warnung, die ich für eine ernste Pflicht halte. Wie ist aus dem westlichen Ausland eine Anzahl gedruckter Blätter zu Handen gekommen, worin wir südwestliche Deutsche aufgefordert werden, die Franzosen mit offenen Armen zu empfangen und unter ihrem Schutze eine südwestliche deutsche Republik zu gründen; es ist dann noch von einer zweiten und den preußischen Rheinprovinzen zu bildenden Republik u. s. w., von Plänen die Rede, die nichts Anderes zur Folge hätten, als eine schmachvolle Zerstückelung Deutschlands zu Gunsten des Auslandes. Solche Aufforderungen sind wohl nicht unverbreitet geblieben. Ich will hoffen, ja ich weiß es, daß sie bei unserem patriotischen Volke keinen Anklang finden; es wird solche unter französischem Protectorat gebotene Freiheit zu würdigen und genug mit ähnlicher Entschiedenheit zurückzuweisen wissen, wie die Belgier. Als jüngst in der belgischen Kammer der Abgeordnete Castian sagte, die französischen Ideen werden wieder so tour du monde machen, entgegnete ihm würdig der Abg. Dolfosse: sie sollten ihren Weg aber nicht über Belgien nehmen. Ein ungeheurer Bilsatzsturm überschreite die letzteren Worte, und am Abend sah man an allen Straßenecken von Brüssel: „Tod dem Castian, Tod dem Verräther.“ Dies ist ein Beweis, wie die wahre Freiheit auch unter monarchischer Regierungsform so kräftig erblühen kann, daß ein ganzes aufgeklärtes Volk diese der Republik vorzieht. Welch ein Wink für die Fürsten, die Monarchien so freiheitlich einzurichten, daß die Völker in ihr sich befriedigt fühlen können! Die deutschen Völker sind jetzt auf dem Wege, ihre Verfassungen auf gleiche Weise auszubauen, die Gesetzesvorlagen, die wir auch heute wieder erhielten, sind uns ein erfreulicher Beweis, daß wir in Baden unsere gestellten Forderungen in der kürzesten Zeit werden erfüllt sehen. Wie wir täglich sehen, folgen unsere übrigen deutschen Mitstaaten in unverbrüchlichem Zuge nach, und das Größte, was wir jetzt in Deutschland und für Deutschland zu thun haben, ist der Ausbau, die Reform der allgemeinen deutschen Verfassung, der Bundesverfassung. Jeder gute Deutsche wird diesen großen Weg der Reform, der Einigung auf freiheitlicher Grundlage, der schmählichen Trennung, der noch schmählicheren Verbindung mit dem Auslande vorziehen. Ich erwarte, daß die Aufforderungen dazu auch nicht einen Deutschen in die Falle bringen. — Daß es mit der großen Reform des gemeinsamen Vaterlandes unserer badischen Regierung vollkommen Ernst ist, beweist die Ernennung des Abg. Welcker zum Bundestagsgesandten, beweist wohl auch die Abordnung meiner Person zur Berathung nach Frankfurt. Was jetzt in Deutschland Noth thut, ist, daß auch die andern Kammern, die andern Völker, dem badischen nachfolgen, dafür sorgen, daß auch sie durch gleichgesinnte Männer in Frankfurt vertreten werden, damit unsere Bestrebungen dort nicht vereinzelt bleiben, sondern daß gemeinsame Gesinnungen einen gemeinsamen Erfolg haben und ein einiges, starkes, aber auch vom Ausland völlig unabhängiges Deutschland begründen (allgemeines Bravo).

Hecker bemerkt ausdrücklich, daß er den Landesverrath nicht amnestirt haben wolle. „Wir brauchen die Franzosen nicht, wir wollen unsere eigenen Angelegenheiten allein ausmachen. Wenn uns die Franzosen die Freiheit bringen wollen, so wollen sie auch die Zeche bezahlt haben; dafür bedanken wir uns.“ (Bravo.)

Weller will den Termin der Amnestie bis zum 18. März ausgedehnt haben. Trefurt aber findet ungerecht, wenn man nicht, wie Hecker will, den Termin bis heute ausdehnt. Von heute aber solle dann auch von diesem Saale aus, wie durch jeden Einzelnen auf strenge Handhabung der Gesetze hingewirkt werden. Die Ausdehnung der Amnestie bis zum heutigen wird nach Heckers Antrag, und damit der Kommissionsantrag im Ganzen angenommen. Der Präsi-

Digitized by Google

dent erklärt, daß er den Beschluß heute noch dem Staatsministerium übergeben werde.

**Preußen.** Magdeburg, 12. März. Die „Magdeb. Zeit." enthält folgende Bekanntmachung: „Es gereicht mir zur besondern Genugthuung, den Mitgliedern der neuen christlichen Gemeinde die Nachricht geben zu können, daß nach einem bei mir so eben eingegangenen Erlaß des Königs Majestät die Simultan-Gottesverehrung dieser Gemeinde in der dazu bereitwillig zugestandenen Kirche der wallonischen reformirten Gemeinde genehmigt hat. Magdeburg, 10. März. Der Oberbürgermeister Francke." — Gestern hat der Magistrat das Ehrenbürgerrecht der Stadt an Uhlich verliehen, nachdem die früheren Bedenken durch die numehrige Bewilligung des Mitgebrauchs von Kirchen für die christliche Gemeinde gehoben waren.

**Halberstadt**, 12. März. Auch von hier ist eine Reformadresse an den König abgegangen.

**Elberfeld**, 12. März. Die Aach. Zeit. theilt eine Adresse mit, welche von hier aus an die freisinnigen Mitglieder der zweiten badischen Kammer gerichtet worden ist.

☆ Vom Niederrhein, 13. März. Sie werden die Immediateingabe bereits erhalten haben, welche gestern von Bonn aus an den König gerichtet worden ist (wurde bereits in Nr. 76 mitgetheilt). Dieselbe ist von 28 rheinischen Landtagsabgeordneten unterzeichnet, worunter die Vertreter fast aller größern Städte der Provinz. Eine ungeheure Kraft ist eingetreten und wo es irgend eine Kraft im Vaterlande gibt, jetzt muß sie mit äußerster Anstrengung sich regen und schaffen, daß in die Saale der Freiheit Gewächse auf Gewächse fallen. Die Petitionsbewegung in Preußen wächst fort; wird der Vereinigte Landtag eindenken, so sind wir gerettet. — Nach der Köln. Zeit. hat auch auf dem Lande die Reformbewegung begonnen; der Kreis Geldern ist mit dem Beispiele vorangegangen.

**Sachsen.** Dresden. Die vorläufigen Verhandlungen über einen Congreß der deutschen Regierungen scheinen einen erfreulichen Fortgang zu haben, und je entschiedener sich hierbei bereits die Erkenntniß der wahren Bedürfnisse Deutschlands ausgesprochen hat, um so mehr ist zu hoffen, daß das Resultat ein unser gesammtes Vaterland befriedigendes, allen Parteien genügendes sein wird. Schon der Umstand, daß man die deabsichtigten Verhandlungen nicht an den Bundestag gewiesen hat, weist darauf hin, daß man auch Seitens der Regierungen die Ueberzeugung gewonnen, daß von jenem auch seiner dermaligen Einrichtung eine schnelle Lösung der wichtigen Fragen, der Deutschland mit Nugeduld entgegensieht, nicht zu erwarten sei. Können auch bei dem Congreß die auf die jetzige auswärtige Lage des Bundes bezüglichen Fragen nicht unerwogen bleiben, so werden doch die auf Entwickelung der Bundesinstitutionen, die bereits in einer großen Anzahl der Bundesstaaten laut ausgesprochenen Wünsche und die auf die nationalen Bedürfnisse bezüglichen Vereinbarungen den Hauptgegenstand der Verhandlungen bilden. (L. Z.)

**Hannover.** Göttingen, 12. März. Die Br. Bl. berichten von Brutalitäten, welche sich die Polizei gegen Studenten erlaubt hat; die Gendarmen hieben auf Studenten, welche von einem Kommers nach Hause gingen, scharf ein, und zum Ueberfluß erschienen am anderen Morgen noch Kavalliere, welche die Polizei requirirt hatte. Eine Abordnung des Senats hat sich nach Hannover verfügt, um Beschwerde zu führen.

**Baden**, 14. März. In der Oberrh. Zeit. wird aus Waldshut selbst der vielfach verbreiteten Sage widersprochen, es sei von Errichtung einer Republik oder einer provisor. Regierung die Rede gewesen. Aehnlich ist es mit vielen Gerüchten derselben Art beschaffen.

**Karlsruhe**, 16. März. Die hiesige Zeit. bringt folgendes Allerstolzest: „Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Der Geist, der, durch große Ereignisse gehoben und belebt, gegenwärtig den größten Theil von Europa durchweht, kann und wird, wenn er innerhalb der schuppenten Schranken des Gesetzes sich bewegt, segensreiche Früchte bringen. Er kann und will alle Verbesserungen, die unter anderen Verhältnissen noch längere Zeit zur Reife bedurft hätten, rasch und glücklich zu Tage fördern. — Es kann und wird aber auch, wenn er die gesetzlichen Schranken überschreitet, zerstörend wirken, und mit der Ordnung auch die Freiheit, den Wohlstand und das Glück der Völker gefährden. Leider sind auch in Unserem Lande schon Gewaltthätigkeiten zu Tage gekommen, und es ist an unserm Ohren durch öffentliche Reden der Friede, das Recht und die Verfassung bedroht worden. Um so dringender ist es daher, daß Alle, welchen das Glück des Volks am Herzen liegt, mit der Regierung zusammenwirken, um mit vereinter Kraft verderbenvolle Bestrebungen niederzuhalten, und in dieser gefahrvollen Zeit durch ruhe, wenn auch rascher, doch besonnene Entwicklung unserer staatlichen Zustände im verfassungsmäßigen Wege zugleich das höchste Gut der Deutschen, ihre Einigkeit zu bewahren. Wir selbst erkennen die großen Bedürfnisse der Zeit. Wir werden sie zu befriedigen suchen. In dieser Richtung haben Wir Uns auf die von der zweiten Kammer der Stände Uns vorgetragenen Wünsche zusammenden erklärt. Verwirrung von dem Zugestandenen haben wir bereits zur Erfüllung gebracht. Wir haben bei verschiedenen wichtigen Erneuerungen das öffentliche Vertrauen dazu vorzugsweise im Auge gehabt. Wir haben verschiedene frühere Ausnahmsmaßregeln außer Wirksamkeit treten lassen. In der Grundlage des staatlichen Lebens gestattet wird, doppelt nöthig ist, die Unabhängigkeit an die Verfassung zu erhöhen und zu stärken, haben Wir sämmtlicher Truppen auf die Verfassung beeidigen und die Gerichtsbarkeit auf diejenige auch für diejenige Fälle ausgedehnt, welche bisher Militärgerichten zugewiesen waren, und in den Amtseid der öffentlichen Diener aufnehmen lassen. — Durchdrungen von dem hervorragenden Bedürfnisse einer innigern Verbindung der deutschen Volksstämme zur Störung der nationalen Einheit und Kraft, haben Wir bei der Bundesversammlung den beantragten Antrag auf eine nationale Vertretung der deutschen Länder am Bunde stellen und nachdrücklichst empfehlen lassen. Endlich haben wir die Freiheit der Presse, worauf die Wünsche so allgemein gerichtet waren, bergestellt. Hinsichtlich der andern Gegenstände, auf welche sich die von der zweiten Kammer Uns vorgetragenen Wünschen beziehen, bedarf es der Vorlage von Gesetzesentwürfen. Wir haben die schleunige Bearbeitung derselben anbefohlen. Bei der ungeheuern Geschäftsüberhäufung im jetzigen Augenblick wird jener Beschleunigung nicht anerkannt werden, daß es dieser nicht möglich war, alle jene Entwürfe schon zur Vorlage zu bringen. Ein wichtiger Entwurf, wornach alle noch übrigen Frohnverbote beseitigt sind und dadurch insbesondere die Hunde- und grundherrlichen Bezirke wesentlich erleichtert werden sollen, ist denselben bereits zugegangen. Einige andere, darunter jener über die Bürgerwehr, werden in wenigen Tagen zur Vorlage reif sein, und so werden in nicht langer Zeit alle an Uns gebrachten Wünsche zur Erfüllung kommen. Wir erwahren Unser Staatsangehörigen, gegen die Einstellerungen Solcher, welche die Ruhe und Ordnung Unseres Willens zu verdächtigen sich vermessen, auf der Hut zu sein, und ebenso den Aufstrengungen nicht zu glauben, als wenn Wir zur Unterdrückung der Freiheit oder im verfassungsmäßigen Wege getrieb gemachter öffentlichen Wünsche fremde Hilfe nachzusuchen oder anzurufen beabsichtigten. Bauten! — Wir berufen Uns auf Eure männliche Besonnenheit und Ehrenhaftigkeit. — Wir berufen Uns auf Eure eigene Ueberzeugung, daß nur mit der Ordnung die Freiheit, nur mit dem Festhalten an dem Gesetze die Ordnung bestehen kann, daß nur in einem gemeinschaftlich friedlichen Zusammenwirken aller deutschen Regierungen und Volksstämme unser höchstes Ziel erreicht, und die Einheit des großen deutschen Vaterlandes gegen die unheilvollsten Störungen bewahrt werden kann. Gegeben zu Karlsruhe in Unserm Staatsministerium. den 15. März 1848. Leopold. v Dusch. v. Fresdorf. Nebenius. Bekk. Hoffmann. Auf allerhöchsten Befehl Seiner K. Hoheit des Großherzogs: Büchler.

**Rudolstadt**, 10. März. Auch hier haben ziemlich aufgeregte Scenen stattgefunden, die sich der Fürst entschloß, die geforderten Reformen, die ihn wie Besenlichen an die schon bekannten Petitionen anschließen, zu gewähren.

**Hamburg**, 13. März. Die Bürgerdeputation, welche über die Reformanträge berathen soll, ist in der heutigen Sitzung der Erbgef. Bürgerschaft gebildet worden, ebenso hat der Senat seinerseits die Rathsdeputation gewählt.

**Lübeck**, 12. März. Die Börsenh. berichtet: Leider haben auch bei uns am gestrigen Abend Ruhestörungen und Straßentumulte stattgefunden, deren Grund indeß in keinerlei politischer Unzufriedenheit zu suchen ist, sondern lediglich in dem Uebermuthe des Pöbels, welcher auch seine kleine Revolution haben wollte. Die Haufen zogen vor die Häuser mehrerer mißbeliebter Rathsglieder, warfen hier die Fenster ein und vertrieben erst um 10 Uhr durch das inzwischen versammelte Bürgermilitär verjagt, wobei auch einige Arretirungen vorkamen.

## Schweiz.

**Bern.** Die N. Z. Z. berichtet: Einer Korrespondenz entnehmen wir, daß die mit der Frage des Repräsentationssystems beauftragte Section sich über die Hauptgrundlagen dahin verständigt hat: „1) Daß in Bundesangelegenheiten eine Repräsentation der schweizerischen Nation nach dem Maßstab der Bevölkerung (auf 20,000 Seelen ein Abgeordneter) eingeführt werde (Repräsentantenrath). 2) Daß neben dieser Repräsentation aber auch noch eine Vertretung der Kantone nach gleichem Stimmrecht (Tagsatzung) beibehalten werde, welche dem kleinen Kantonen gegen die so gefürchtete Uebermacht der großen Garantien gewähre. 3) Daß die Kompetenzen möglichst genau bestimmt, die Befugnisse der einen und andern dieser Abtheilungen der obersten Bundesversammlung speziell ausgeschieden werden sollen, um Konflikten und zugleich auch der besorgten Verschleppung der Geschäfte entgegenzuwirken."

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oser u. Comp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder wende man sich an G. A. Alexander Expedition 28 Boulevards, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Pränumerationen beträgt: bei Groß. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt 1fl. 45 kr. durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Auswärts wird der Betrag einer preußischen Postquelle mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 80. Heidelberg, Montag 20. März. 1848.

## Uebersicht.

**Ein socialistischer Antrag.** — (Wien (Revolution in Wien, Metternich gestürzt. Officielle Bekanntmachung). Berlin (der Abend des 15. März. Die Unruhen. Eindruck der Wiener Ereignisse. Die Ruhe durch Studenten und Schutzwache für den Augenblick wiederhergestellt). München (neue Excesse.) Würzburg (Unruhen im Spessart). Würtemberg (Beruhigung über das Einrücken der Oesterreicher). Stuttgart (Ultimo Bericht des Bundestagsgesandten). Dresden (das neue Ministerium). Hannover (seine patriarchalische Proklamation). Göttingen (die Universitätsdeputation vom Könige abschläglich beschieden. Von den Studenten Auswanderung nach Hamburg beschlossen). Karlsruhe (Kammerverhandlungen vom 18. März: Abschaffung der Zivadalsteuer; Amnestie. Die Offenburger Versammlung. Erklärung Welcker's in Betreff der Posen'schen Deputirten; Aufruf desselben an die in Offenburg Versammelten). Marburg (Jordan zum Deputirten erwählt). Schleswig (die Berufung wegen Aufhebung der Censur).

**Niederland.** Erweiterung der Reformen.

**Großbritannien.** Straßenauflauf in Liverpool. Parallele zwischen englischen und französischen Aufruhrstiftern. Parlamentsverhandlungen.

**Frankreich.** Die Bank stellt ihre Zahlungen ein. Die Spannung zwischen der alten Nationalgarde und der Masse des Volkes wird zum Bruch. Der Nationalwill, daß die Regierung in der Lombardei diplomatisch intervenire. Diplomatische Mittheilung des baierischen Gesandten an die prov. Regierung.

**Beilage.** Heidelberg (die Adresse der Wiener und ihre Bedeutung. Bürgerliche und Standesherren. Mächtige Stellung der Bürgerlichen. Pflicht der Bürgerlichen ohne adeliges Proletariat eine neue Zeit in Oesterreich zu gründen. Verausschaftliche Folgen einer unselbständigen Anklammerung an die ständische Aristokratie). **Niederland.** (die liberale Presse über Revolutionen). **Italien.** Turin (das Ministerium. Mehemed Ali. Stürme der Meeresfee auf die Citadelle. Gericht über eine verurtheilende Anzeichnung mit Sicilien.)

## Heidelberg, 20. März.

Nachdem die politischen Reformen über einen großen Theil von Deutschland sich ausgebreitet haben, werden die wichtigen socialen Fragen entschiedener in den Vordergrund treten. Sie sind mit den politischen Bewegungen nicht nothwendig verbunden, sie wären auch ohne diese zur Geltung gekommen, vielleicht nicht so rasch, aber gewiß auf eine um so gewaltsamere Weise, je später und in je größerer politischen Einengung sie uns überrascht hätten. Es ist wohl eine günstige Fügung, daß in Deutschland die Erörterung über Mittel zur Abhilfe gegen die schroffen Gegensätze zwischen reich und arm früher aufgenommen wird, als jene Gegensätze eine gefahrliche Höhe erreicht haben; denn ein eigentliches Proletariat, eine Armuth, gegen welche Fleiß und Energie vergebens ankämpfen, eine Armuth, die mit jeder folgenden Generation nur hoffnungsloser wird, bis zuletzt die ganze unterste Klasse in einen animalischen Zustand versinkt und nur eine Existenz behält, um eine gleich unglückselige Proles zu erzielen, besteht in Deutschland kaum in größeren Städten, und dort erst in schwachen Anfängen. Gerade deßhalb ist es jetzt an der Zeit, jeden Vorschlag, der den socialen Mißständen vorbeugen, sie mildern oder gar beseitigen kann, zur allgemeinen Besprechung zu bringen.

In der 2. bad. Kammer wurde durch den Abg. Trefurt, den zurückgetretenen Justizminister, der Antrag gestellt, eine Landesklasse zur Unterstützung der Arbeiter einschließlich der Ackerleute zu gründen und die Mittel dazu aus einer außerordentlichen freiwilligen Steuer auf das Einkommen der Besitzenden zu schöpfen. Ein beigegebener Entwurf motivirt näher die Größe der Besteuerung des Einkommens, und die Art der Verwendung der zu erhebenden Summen. Die Steuer soll eine in Monatsbeiträgen erhobene Jahressteuer sein; verlangt es der Bedarf der Kosten, so wird eine nochmalige Jahressteuer angeschrieben. Nachhaltige Zustüfe erhielte die Kasse durch eine Erbschaftssteuer.

Bei solchen Anträgen sind wesentlich zwei Punkte zu beachten, nämlich ob die Größe der freiwillig auferlegten Steuer nicht direkt oder indirekt Noth und Verarmung nach sich zieht, und ferner, ob die Verwendungsart den abzustellenden Uebeln wirklich begegnet, ob sie zur Thätigkeit anspornt, Erwerbsfähigkeit befördert, einer bedrohlichen Bevölkerung Abfluß gewährt und endlich den durch Krankheit oder Alter zur eigenen Erhaltung Unfähigen Unterstützung zuwendet.

Gewiß liegt in beiden Richtungen dem Antrage die beste Meinung zu Grunde. Es läßt sich aber bezweifeln, vielleicht entschieden in Abrede stellen, ob die gestellten Anträge, in der Art, wie sie näher motivirt sind, den bezeichneten Forderungen genügen können. Die Besteuerung soll für Unverheirathete bei einem Einkommen von 500 fl., für Verheirathete bei einem Einkommen von 1000 fl. beginnen und $^1/_{100}$ für ein Einkommen von über 2000 fl. soll sie wenigstens $^1/_{10}$ des Einkommens betragen. Wir meinen, daß hiermit zum Theil Solche zur Armensteuer beigezogen werden, welchen diese Steuer ein empfindlicher Verlust wird. Eine Handwerkerfamilie von etwa 6 Personen wird in unseren Städten, wenn ihr Erwerb unter 1000 fl. bleibt, kümmerlich leben, und wird, wenn diese Summe erreicht wird, noch Nichts erübrigen, wie die so häufig mit dem Tod des Familienvaters eintretenden Konkurse zeigen. Nicht besser ist der Beamtenstaat daran, dessen Gehalt 1000 fl. erreicht. Die vergangenen Nothjahre haben gerade für diese Familien, die auch in den günstigsten Jahren sich Nichts ersparen konnten, die empfindlichsten Folgen. Es wird also ebenso unmöglich wie unbillig sein, eine Armensteuer bei einem Einkommen von nur 1000 fl. zu erheben.

In dem Entwurfe ist für ein Einkommen von 2000 fl. $^1/_{10}$ als Minimum der Armensteuer vorgeschlagen. Hier ist die Größe des Satzes die Hauptschwierigkeit. Nicht als wenn wir meinten, daß nicht zur Erreichung eines großen Zweckes einer wohlhabenden Familie eine solche Einschränkung zugemuthet werden könne, wohl aber weil wir glauben, daß mit einer so hoch gegriffenen Summe gerade das, was erreicht werden soll, Abhilfe gegen Verarmung, nothwendig zum größern Theile wieder vereitelt wird. Wer bei 2000 fl. Einkommen eine Ausgabe von gleichem Betrage hat, wird, wenn er $^1/_{10}$ seines Einkommens zur Armensteuer zahlt, begreiflich seine Ausgaben um $^1/_{10}$ mindern, er wird sich einschranken, er wird weniger Arbeit bezahlen können, die Nachfrage nach Arbeit wird sich also verringern, die Arbeitslosigkeit wird zunehmen, und zwar beinahe um den vollen Betrag der Armensteuer. Nur für die Wenigen wird möglicherweise die Armensteuer keinen Unterschied in den Ausgaben begründen, die bei minder zahlreicher Familie oder größerer Sparsamkeit den Betrag der zu erhebenden Armensteuer bisher als Ersparniß zurücklegen konnten. Eine zu hoch gestellte Armensteuer wird also Verarmung nicht beseitigen, wohl aber rascher herbeiführen. Es ist daher zweckmäßig, die Steuer jedenfalls auf einen weit geringeren Satz zurückzubringen. Hierfür spricht auch noch der Umstand, daß jede auch nur etwas beträchtliche Einkommensteuer, namentlich wenn eine Wiederholung derselben in Aussicht gestellt ist, und wenn gänzlich eine Erbschaftssteuer daran angeschlossen wird, den Besitzenden über die Grenzen treibt und den Wohlhabenden und Unabhangigen von Niederlassung abhält, ein Umstand, der für ein Land von ausgedehnten Grenzen und kleinem Bodenbesitz von um so größerer Bedeutung wird.

Eine eingeschränktere und auf einen kleineren Satz reducirte Einkommensteuer wird nur kleinere Erträge liefern, und daher eine vollständige Aufführung der beantragten Verwendungen verhindern. Dieß schint aber nur wünschenswerth zu sein. Zu experimentiren haben wir Alle noch in allen diesen Richtungen; es ist aber nicht rathsam, einen so großen Wurf, wie ihn der Trefurt'sche Anschlag verlangt, gleich auf Ein Spiel zu setzen. Es sind von dem Antragsteller drei Punkte bezeichnet, Unterstützung armer Handwerker und Ackerleute mittelst unverzinslicher Darlehen, Errichtung von Anstalten zur Beschäftigung und Ernährung der Armen, Erleichterung der Auswan-

Digitized by Google

berung für Mittelloſe. Sollte mit den kleineren anfzubringenden Summen auch nur der letzte dieſer Punkte verwirklicht werden, ſo wäre dies immerhin ein hochenswerther Gewinn, umſomehr als gerade hiermit am unmittelbarſten einer zu dicht werdenden Bevölkerung begegnet wird. Gerade für dieſen Zweck iſt auch die Staatshilfe und Verwendung zum gerechtfertigſten und alle Theorie aus dem Spiele; während wir, was die Errichtung von Anſtalten und dergl. betrifft, überall lieber die Praxis der Privaten und Gemeinden dem großen Experimentieen des Staates vorausgehen ſahen. Freilich werden auch die Aufwanderungen erſt dann dem Mutterlande einen nachhaltigen Nutzen oder einen Erſatz für gebrachte Opfer gewähren, wenn die Niederlaſſungen in der Weiſe geleitet ſind, daß Verbindung und Verkehr mit dem Mutterlande ihnen wünſchenswerth und möglich wird. Dies iſt eine Aufgabe, die das kleinere Land nur anſtreben, die es aber nicht löſen kann. Hoffen wir auch in dieſer Richtung auf eine raſche Einigung des Geſammtvaterlandes. — In Summa ſind wir der Meinung, daß dieſe Art einer ſex agraria, auf ihr richtiges Maß zurückgeführt, wohlthätige Folgen haben kann und ohne gewaltſame Erſchütterung ausführbar iſt. Sie wird keinen Gracchen zum Opfer verlangen, ſowie überhaupt der Loeber eines Gracchus hierbei nicht mehr zu ernten iſt, weil Alle darin aufgeklärt ſind, daß glücklicher Weiſe der berechneſte Egoismus bei der Löſung der ſocialen Fragen ebenſoſehr betheiligt iſt, wie die wärmſte Humanität.

**Oeſterreich.** Wien, 13. März. Ueber die geſtern erwähnten Unruhen bringen die Leipziger und Breslauer Blätter ausführliche Mittheilungen. Die D. R. Z. berichtet: Geſtern nach beendigtem akademiſchen Gottesdienſte theilten die Studirenden den Profeſſoren mit, daß ſie ſich auch der allgemeinen Bewegung anſchließen wollten und eine Schrift an den Kaiſer aufgeſetzt hätten, worin ſie Preßfreiheit, akademiſche Freiheit ꝛc. verlangten. Um ſie zu beſchwichtigen, übernahm Profeſſor Hyé die Bittſchrift und hat ſie geſtern Abend noch dem Erzherzog Ludwig übergeben. Heute früh haben ſich nun ſämmtliche Studirende in das landſtändiſche Gebäude verfügt, um die Rückkunft der Landſtände aus der Burg abzuwarten (heute iſt Eröffnung des Landtags); ſie wichen nicht vom Platze, bis ſie Antwort haben, 12 Uhr. Da beſuchte ſodann den Schauplatz des Tumults (Herrengaſſe, Burg, Kohlmarkt, Graben, Burggiacis ꝛc.); es war aber ſchwer, ſich durch die Tauſende und Tauſende durchzuwinden, die ganze Burg auf dem Glacis, ſowie auf der Stadtſeite (Ballplatz, Herrengaſſe, Schauſpergaſſe) iſt mit Militär gedrängt voll, Bajonett an Bajonett, Alles hat ſcharf geladen, die Studenten, welche im landſtändiſchen Hauſe noch keine Antwort erhalten haben, weil die Landſtände noch beim Kaiſer ſind, fangen an dort Alles zu demoliren; Tiſche, Stühle, Bücher, Alles fliegt zum Fenſter heraus. Als ich dort war, kam Erzherzog Albrecht angeſprengt und rief, nur eine halbe Stunde ſollten ſie noch warten, es werde Alles bewilligt; ihm wurde die Friſt zugeſtanden, und nach Ablauf derſelben Revolution angefagt. Zwei Spitzeln (gehaßte Polizei, die einen der erſten Sprecher, der eine Rede von einem Baune, der erſtiritrt, herunter hielt, arretiren wollten, wurden unter allgemeinem Brauſe halb erſchlagen. 1 Uhr. Man läßt eben die Kaufläden ſchließen, der Kohlmarkt, Graben, Stephansplatz, Herrengaſſe, Schauſpergaſſe, Alles wird geſperrt, und eben macht die Wallnerſtraße auch zu. 2 Uhr. Während man in letzterer Straße ſperrte, zog ein Trupp von etwa 1000 jungen Leuten, meiſt Studirenden, unter Aufführung eines jungen Mannes durch dieſelbe. Der Aufführer gab das Motto: Es lebe die akademiſche Freiheit, es lebe der Fortſchritt, fort mit der Cenſur ꝛc., welches der ganze Trupp immer mit Hurrah beantwortete. Den Fürſten v. Metternich ſah ich am Fenſter; er kam öfter und ſah heraus. Ein Student hielt vor ſeinen Fenſtern eine Rede an das Volk. 2½ Uhr. Ich komme eben vom landſtändiſchen Gebäude, wo Jemand Feuer auf das Volk, welches ruhig ſtand und ohne Waffen iſt, kommandirte. In meiner Umgebung fielen wenigſtens ſieben Todte, Verwundete die Menge, wer kann das in der erſten Beſtürzung überſehen! Alles ſtürmt jetzt nach dem Zeughaus, um ſich Waffen zu holen. Nach der Breel. Zeit. dagegen wäre die Maſſe nach der kaiſerl. Burg und dem Reichskanzleigebäude gezogen. „Das Geſchrei der Maſſen wurde größer, dieſelben mehrten ſich fortwährend und ſchritten endlich zu gewaltthätigen Handlungen, welche ſie an Gebäuden verübten. Dies ſcheint das Signal zu dem Einſchreiten der bewaffneten Macht gegeben zu haben; es wurde in mehreren Theilen der Stadt ſcharf gefeuert, man zählt jetzt (halb 7 Uhr) eine große Anzahl Todter und Verwundeter, und noch iſt der Einbruch der Nacht zu erwarten.“ Nach dem Ränndſ. K. wäre das Volk wirklich in die Burg eingedrungen. Eine andere Korreſpondenz der D. R. Z. (vom 13. Mittags 2-Uhr) ſagt bisher Alles in im tiefſten Aufrube; man verlangt laut nach drei Preßfreiheit und Entfernung des böſen Metternich, ſowie eine freiſinnigſte Konſtitution; auf allen Plätzen um das Landhaus, in welchem heute zum erſten Male die Stände verſammelt waren, hört man die freiſinnigſten Reden, welche einen unbeſchreiblichen Eindruck auf die Bevölkerung hervorbringen, die bis jetzt dergleichen Scenen noch nicht gehört hatte; an manchen Orten ruft man ſogar den Erzherzog Franz als Kaiſer aus. Im Augenblick wird alles in Wien liegende Militär zuſammengezogen, und wer weiß, wie der heutige Tag endet, da ſchon die niedere Volksklaſſe in den Vorſtädten Miene macht, an dieſen Vorgängen Theil zu nehmen. Nach einer Mittheilung der Schleſ. Z. wäre die Villa Metternich's am Rennwege zerſtört worden; auch ſoll ein feſtiges Belvedere mit Kanonendonner vernichtet worden ſein. Nach dieſem Berichte hätte es 19 Todte und 14 Verwundete gegeben. Man ſperrte die Thore, ließ die innere Stadt durch Militär von den Vorſtädten abſchließen. Das Wogen der Menſchenmaſſe iſt unbeſchreiblich. An Geſchütze und an eine Börſe war nicht zu denken.

‡ Wien, 14. März Mittag. Ich ſchrieb Ihnen geſtern*) über den erſten Akt der Tragödie, die ſich bei uns abzuſpielen beginnt, der zweite war ein furchtbarer, blutiger. Kaum daß mein Brief auf der Poſt war, noch auf dem Wege nach der Stadt, hörte ich die erſte Gewehrſalve, und bald darauf ſprengte von dem Glacis, wo die Truppen aufgeſtellt waren, der kommandirende General Erzherzog Albrecht mit der ganzen Suite in geſtrecktem Galopp und todtenblaß der Stadt zu. Die Truppen waren beim Ueberfliegen von den Studirenden und dem Volke zurückgedrängt worden, und hatten eine Salve gegeben, wodurch 4 Menſchen todt und 2 ſchwer verwundet hingeſtreckt wurden. Von dieſem Augenblicke an war die Revolution nicht mehr zu unterdrücken; das Volk machte mehrere Angriffe gegen das bürgerliche Zeughaus auf dem Hof, das vom Militär vertheidigt wurde, und wurde immer mit großem Blutvergießen zurückgeſchlagen. Die Verwundeten wurden vom Volke aufgehoben, auf erbeutete Offizierspferde geſetzt und mit Rachegeſchrei und unterwährtem Hoch durch die Straßen geführt. Wo ein ſolcher Zug kam, riefen Alles: Hut ab! Hut ab!, und die Aufregung wuchs wie eine Lawine mit fürchterlicher Schnelligkeit. Die Bürger deginnen hier den großen Fehler, ſich nicht zeitig genug zu verſammeln. Wo einer in der Uniform erſchien, wurde er mit Jubel und Hochrufen „Es lebe die Bürgergarde!“ empfangen, und nun begannen die Trommler die Straßen zu durchziehen und den Generalmarſch zu ſchlagen. Eine komiſche Epiſode aus dieſer Stunde (zwiſchen 4 und 5 Uhr) iſt, daß das Volk einen Trommler der Linie gefangen nahm und ihn nun zwang, durch die Straßen mit ihm zu ziehen und den Generalmarſch zu ſchlagen. Das Volk zertrümmerte indeß die Baugerüſte und nahm die Latten, Hauen, Schaufeln, Eiſenklammern, kurz, was man fand, als Waffe. Um dieſe Zeit wurde das ſogenannte alte Gericht geſtürmt, wobei wieder Blut floß. Auf der Univerſität, wo in den Hallen und Gängen und in der Aula wohl an 6000 junge Leute verſammelt waren, war indeß die Aufregung auf das Höchſte geſtiegen, denn unter den Geſallenen befanden ſich mehrere Studenten, und der Rektor zögerte noch immer, den akademiſchen Senat zu berufen, um energiſcher Maßregeln zu ergreifen. Eine Deputation nach der andern, die an die Bürger abgeſchickt wurde mit dem Erſuchen, die Studenten aus dem bürgerlichen Zeughauſe ſich bewaffnen zu laſſen, ſcheiterte an der Unentſchloſſenheit der Bürger. Zwei Deputationen, die an den Kaiſer abgeſchickt wurden, kehrten mit unbefriedigenden Antworten zurück, und der Ruf „Waffen! Waffen!“ erſcholl in jeder Gaſſe. Bereits Nachmittags waren die meiſten Thore gegen die Vorſtädte zu geſperrt worden, unzähliges Volk drängte ſich aber theils durch die kleinen Pforten, theils durch das Schottenthor, das vom Volke eingeſprengt worden war. Ein Theil der Burg wurde geſtürmt, und die herrliche kaiſerl. Reitſchule, wo ſonſt immer die Muſikfeſte gehalten werden, zum Theil verwüſtet. Es war indeß Abend geworden, ein großer Theil des Volkes aus den Vorſtädten hatte ſich auf den Glacis zuſammengeſchlagen um die Vorſtadt Mariahilf und vor dem Burgthore verſammelt. An dieſer Stelle mögen wohl an 40,000 Menſchen beiſammen geweſen ſein. In einem Augenblick waren alle Laternen rings umher zertrümmert, die eiſernen Kandelaber der Gasbeleuchtung umgeſtürzt und als Mauerbrecher gebraucht, womit man gegen das Burgthor anrannte. Ich kam in dieſem Augenblicke mit noch Zweien, die wir von der Univerſität weggegangen waren, um uns ſelbſt von dem Stande der Sachen in der Stadt und bei der Burg zu überzeugen, hier an, nachdem wir mit genauer Noth von dem Glacis

*) Iſt uns noch nicht zugekommen. D. Red.

Digitized by Google

herumsprengenden und immerfort schießenden Husaren entgangen waren. Ein fürchterliches Geschrei scholl aus von der Brücke des Burgthors schon entgegen, denen plötzlich mehrere Divisionen des Militärs folgten, worauf das Volk mit einem unbeschreiblichen Geheul und Gebrülle neuerdings vordrang. Selbst als wir schon ziemlich weit auf einem andern Glacis waren, hörten wir noch fortwährend schießen, und die Anzahl der hier Gefallenen muß sehr beträchtlich gewesen sein. Schauerlich beleuchtet wurde die Scene durch die aus dem Steinvierdestal der Gaskandelaber fußhoch hervorbrennende Gasflamme. Während dieses vor der Stadt vorging, hatte sich darin die Nachricht verbreitet, das Volk breche die Schranken der Nordbahn aus, um sich damit zu bewaffnen, aus dem Polizeigebäude war auf eine Bürgerpatrouille gefeuert worden, wobei ein Mann blieb; nun zogen der Rektor und der Dekan der medizinischen Fakultät vor das Zeughaus und verlangten dessen Eröffnung. Diese geschah, und in Zeit von einer Stunde waren vielleicht 4000 Studenten bewaffnet, welche im Verein mit den Bürgergarden die Stadt durchzogen. Augenblicklich war die ganze Stadt beleuchtet, in allen Straßen, wo die Lüge durchgingen, öffneten sich die Fenster. Damen wehten überall mit ihren Tüchern, warfen Blumen herab, „es leben die Bürger und die Studenten!“ wurde überall gerufen, und für den Augenblick schien die Ruhe in Etwas hergestellt. Dabei dauerte aber das Stürmen des Burgthors, das Schießen des Militärs und das Verwüsten der kais. Gebäude in den Vorhäuten immer fort. Bald darauf eilten Bürgeroffiziere durch alle Straßen und riefen aus: Der Kaiser hat in Alles eingewilligt, Metternich ist entlaßt, und es werde noch in dieser Nacht eine Proklamation erscheinen. Jetzt gewann die Stadt zuerst ein ruhigeres Aussehen, das Militär zog zum Theile ab, Studenten und Bürger formirten ihre Patrouillen, da leuchtet Feuerschein am Horizont auf, die Accise- und Mauthgebäude an der Marxlinie-Linie waren vom wüthenden Volk, das auch Niemand zum Löschen zulassen wollte, in Brand gesteckt worden. Nun wurden Patrouillen in alle Vorstädte geschickt, um wenigstens in Etwas die Ruhe während der Nacht aufrecht zu erhalten, und es gelang auch, obgleich der Kampf und das Schießen vor dem Burgthore bei den k. Stallungen bis nach Mitternacht fortwährte. Auch in der Vorstadt Neubau waren arge Arbeiterexcesse vorgekommen. Um $10^{1}/_{2}$ Uhr erschien endlich die erwartete Proklamation und rief neue, aber mehr innere Wuth hervor. Sie war nur vom Präsidenten der Provinzialregierung Frhrn. v. Talaczo und nicht einmal vom Kaiser unterzeichnet, sie wurde zerrissen, mit Füßen getreten und Alles rief: Wir warten nur Morgen noch ab.

Heute sind alle Truppen aus der Stadt zurückgezogen, und die Wiener Zeitung enthält eine Proklamation, worin Reformen versprochen, aber nicht deutlich ausgesprochen werden, zugleich die Anzeige, daß Metternich seiner Stelle entboben sei. Die Ruhe ist in der Stadt insoweit hergestellt, als es jetzt gilt, den entfesselten Pöbel der Vorstädte in Zaum zu halten und niederzudrücken, der bereits mehre Fabriken angezündet, Häuser gestürmt und sogar die Gefangenen des Arbeitshauses befreien wollte. Der Enthusiasmus für die neugebildete Nationalgarde — das bürgerliche Zeughaus ist den ganzen Tag offen und jeder anständige Mann erhält Waffen und Munition — ist unbeschreiblich; vornehme Damen theilen auf der Straße aus und werfen von den Fenstern herab seidene Kokarden, aber, merken Sie wohl, roth-weiß, und nicht die kaiserl. Farben schwarz-gelb. Erzherzog Albrecht, der den Befehl gegeben haben soll, zu feuern, ist seines Kommandos entlaßt und hat die Stadt verlassen. Die Prinzen, die man gestern noch mit Enthusiasmus aufnahm, wurden heute mit Pfeifen und Höhnen empfangen, man sagt sogar, der Kaiser habe Wien verlassen. Soviel ist sicher, daß heute früh um 7 Uhr 3 Hofwagen unter sehr starker Kavalleriebegleitung die Stadt verlassen haben. Studenten aus Prag, Grätz, Brünn und Olmütz sind bereits als Zuzug hier eingetroffen, heute wird die ungarische Landtagsjugend ans Preßburg hier erwartet. Die Generalkommandanten in den Provinzen, von denen man Militär verlangte, haben durch den Telegraphen zurückberichtet, daß sie ebenfalls überall den Ausbruch erwarten, der auch in Prag bereits erfolgt ist. Und selbst auf das Militär kann die Regierung nicht bauen, denn die Jäger, die Polen, ein Theil der Italiener, ein Theil der Deutschen und Ungarn haben theils gar nicht, theils hoch geschossen. Viele Truppen riefen den Bürgern zu, keine Furcht zu haben, sie würden nicht schießen, denn sie wüßten es, daß Alle „der Schuh drückt“. — So stehen jetzt die Sachen, die aber bei Weitem noch nicht zu Ende sind. Blut ist einmal geflossen, und wie weit noch ihr Kugel rollen wird, weiß nur Gott. Natürlich daß gestern und heute in der Stadt alle Läden gesperrt, alle Bureaus geschlossen sind, von einem Geschäftsverkehr ist gar keine Rede.

Die Bedeutung dieser Ereignisse in Wien ist fast zu groß, als daß man den Eindruck alles dessen, was sich daran knüpft, so in einem einzigen Augenblick zusammenfassen könnte. Vor drei Wochen ist ein ungeheurer Akt der Nemesis im Westen erfolgt, wie halten aber diesen im Osten noch für bedeutungsvoller. Deutschland ist damit eine Genugthuung zu Theil geworden, wie sie gewaltiger und erschütternder kaum gedacht werden konnte; das Streben nach einem einigen und umgestalteten Deutschland hat jetzt erst den festen Rückhalt gefunden, den es im Osten vergebens suchte; wir haben freilich die größte und schönste Eroberung gemacht. Indem wir uns vorbehalten, darauf zurückzukommen, halten wir es für eine Pflicht, auch die diplomatische Seite zu vernehmen; die alte Sage, daß die Ratten das leck Schiff verlassen, erhält dadurch eine neue schlagende Bestätigung. Die Allg. pr. Z. nämlich macht sich (unter dem Datum Berlin 16. März) in folgender Ergießung Luft: Die gestern hierher gelangten unvollständigen Nachrichten über unruhige Bewegungen in Wien haben sich heute dahin bestätigt, daß der zwischen der bewaffneten Macht und der aufgeregten Bevölkerung ausgebrochene Kampf in Folge dringender Vorstellungen mehrerer Mitglieder der österreichischen Stände durch die Versicherung des Kaisers, zeitgemäße Reformen zu bewilligen, gedämpft, und die Ruhe wieder hergestellt worden ist. Der Fürst v. Metternich hat seine Entlassung gegeben, und die Bildung eines neuen Kabinets soll dem Grafen Kolowrat und dem Grafen Montecuculi übertragen sein. Demnach ist Oesterreich auch in die Bahn der Reformbewegung eingetreten, der es sich lange verschlossen hatte. Hoffen wir, daß dadurch sein Verhältniß zu Deutschland, und vorzugsweise zu Preußen, welches diesen Weg schon längst betreten hat und auf ihm konsequent fortzuschreiten gedenkt, ein innigeres werde, daß nunmehr drei deutsche Großmächte, im Verein mit ihren deutschen Bundesgenossen, mit um so größerm Erfolge für die Umgestaltung Deutschlands zu einem kräftigen, von dem nationalen Bewußtsein getragenen Staate zu wirken befähigt sein mögen! Dagegen bemerkt die Allg. Z.: das weltgeschichtliche Resultat ist: die Abdankung des Fürsten Metternich, der Sturz seines ganzen Systems, Preßfreiheit und die Einleitung von Reformen, wie sie dem ganzen übrigen Deutschland, mit Ausnahme Preußens, Sachsens*) und Hannovers, jetzt zugestanden sind und nun auch von diesen nicht mehr verweigert werden können. Demselben Blatte wird geschrieben: Nachrichten aus allen Provinzen sehr bedenklichen. Die Forderungen an die Regierung sind dieselben, die ganz Deutschland an seine Regierungen stellt oder überdietet, als daß hierüber zweifelhaftigkeit bleibend.

Die Wiener Zeitung vom 15. März enthält folgende Bekanntmachung: „Um die Ruhe in dieser seit gestern bewegten Residenzstadt zu sichern, haben Seine Majestät der Kaiser auch die Bewaffnung der Studirenden, mit Ausschluß aller Ausländer, und unter zweckmäßiger Regelung anzuordnen geruhet. Se. Majestät erwarten, daß alle Bürger durch Einreihung in die Bürgerkorps diese möglichst verstärken und zur Erhaltung der Ruhe kräftig mitwirken werden. Se. Majestät haben bereits ein Komité zur Erwägung des Zeitgemäßen zusammengesetzt, und werden demselben nicht allein ständischer, sondern auch anderer Mitglieder aus dem Bürgerstande beigegeben. Se. Majestät erwarten, daß in dieser Maßregel ein neuer Beweis der väterlichen Fürsorge erkannt werde, und daß die Ruhe zurückkehren wird. Wir Bedauern würden sonst Allerhöchstdieselben die Strenge der Waffen eintreten lassen. — Der Geh. Haus-, Hof- und Staats-Kanzler Fürst v. Metternich hat seine Stelle in die Hände Sr. Majestät des Kaisers niedergelegt.“

**Preußen.** ** Berlin, 16 März. Nachträgliches über gestern. In der Jakobs- und der Alexanderstraße ist es am Heftigsten hergegangen. Dort soll aus den Häusern geschossen und mit alten Möbilien, auch mit Ziegeln von den Dächern geworfen worden sein. Man will unter den Geschossenen einen Bürger mit weißer Binde am Arm gesehen haben, also einen Ruhestifter! — Es cirkulirt das freilich nicht verbürgte Gerücht, das gesammte Officierkorps der Artillerie habe eine Schrift unterzeichnet, worin sie für den Fall, daß von ihnen gefordert würde, auf das Volk zu schießen, sie allesammt ihre Entlassung einreichten! Mein Glaube an die militärische Menschheit ist so gesunken, daß ich auch hieran zweifle, wiewohl die Artillerie als der gebildetste Truppentheil stets durch Humanität und Bekanntsein sich vor den andern Gattungen ausgezeichnet hat. Aber das bloße Gerücht erregte Begeisterung. — Hr. v. Bodelschwingh, Hr. v. Pfuel und Hr. v. Rohr haben sich, wie es heißt, gestern vor Insulten der Menge von der Straße flüchten müssen. — Als der Prinz von Preußen, wie erzählt, an einem Haufen Menschen vorüberkam, grüßte nur Einer, und au-

*) Die Ausnahme kann jetzt wohl auch aufgehoben werden.

Digitized by Google

gendlichkeit wurde dieser von den Umstehenden mit Schlägen überhäuft. Dem Prinzen schreibt man die militärischen Maßregeln zu; ich weiß nicht, mit welchem Recht. — Das Gerücht, dessen ich erwähnte, heute werde das Volk Waffen haben, ist allgemein verbreitet; es soll daher flammen, daß Schmiede und Schlosser an Waffen arbeiten und versprechen haben sollen, bis heute Abend fertig zu werden (?). Gestern sah man schon einzelne Aexte! — Die Voss. Z. läßt sich schreiben, eine Invasion der Dänen stehe bevor. Schicke man unsere beheimten Straßenhelden gegen die Dänen! Aber da werden Bessere sich stellen! Was sagt man auswärts zu dem lakonischen Bericht der Allg. Pr. Z.? Hier ist darüber Alles empört.

** Berlin, 16. März zegen Abend. Meine gestrige Meinung hat sich bestätigt. Es sind nicht 20—30 getödtet, leider aber Einige doch gefallen! — Die Aufstellung von Militär am Schloß, am Zeughaus, auf dem Gendarmenplatz und an vielen Orten lockt wieder Unzählige herbei; wenn nun noch dazu diejenigen kommen, welche Rache treibt und Erbitterung, so steht fürchterlicher Blutbad zu erwarten.

** Berlin, 16. März. Studentenversammlungen, wie sie Berlin noch nicht gekannt hat, fanden heute vor und zuletzt in der Aula statt. Das Resultat war, daß mit Zustimmung des Senats und unter freudigem Dank der Stadtverordneten die Studentenschaft sich zum Theil den schnell ins Leben getretenen Friedensmachen oder Schutzkommissionen der Bürgerschaft anschloß, aber mit dem ausdrücklichen Bedeuten, nur eine vollständige Bürgerbewaffnung könne beisen, diese möchten die Studenten gerechten nochmals berathen und dieser würden die Studenten sich anschließen. Der leitende Gedanke ist jedenfalls das Militär, welches der Bevölkerung unauslöschlich verhaßt geworden, überflüssig zu machen, zu beseitigen. Ein entsetzlicher, nicht zu schildernder Augenblick war es, als bei der Schlußberathung, nach 6 Uhr, plötzlich die Nachricht gemeldet wurde, eben werde gefeuert! Die Aufregung stieg auf das Höchste, und es ist wahrhaft zu verwundern, daß auch jetzt, und während gemeldet wurde, morgen sollten 15000 Mann einrücken, man im Ganzen dem Entschlusse treu blieb, für die Ordnung sorgen zu wollen. An edler jugendlichen Aufwallung, die gemeinschaftliche Sache mit dem Volk gegen das Militär zu machen wünschte, fehlte es nicht. Aber so sehr die Sympathien mit dem Volk getheilt wurden, so wenig Anklang fanden sie. Die ganze Schaar — vielleicht 500 — spricht heute mit weißen Tüchern am Arm, marschirte nun zu drei und drei aus, in Todtenstille. Im königlichen Rathhaus angelangt, wurde der Zug von Stadtverordneten empfangen, die Meinungen dort ausgetauscht, die Binden ausgetheilt, die Quartiere: Breitenstraße, Brüderstraße, Schloß, Gertrautenstraße, Scharrenstraße angewiesen und endlich eine Deputation, worunter 3 Studenten, an den Kommandanten von Difurth abgeordnet, der sich im Schlosse befand. Sie stellten vor, daß die Studenten ihre Dienste der Stadt angeboten hätten unter Voraussicht, daß das Militär außer dem Spiele gelassen werde. Zu der gänzlichen Entfernung der Truppen war keine Aussicht; das Betragen des Militärs wurde mit einzelnen Beispielen gerechtfertigt, aber bereitwilligst doch eingeräumt, daß die Truppen nirgends von den Waffen Gebrauch machen dürften, wo die friedlichen Schutzwachen ausreichten, zu beruhigen und die Ordnung herzustellen. In den Erfolg wurden Zweifel gesetzt. — Er war herrlich; wenn auch nicht nach der Ansicht derer, die es lieber gesehen hätten, wenn die Studentenschaft den Binder abgegeben, sich an der Spitze des Volks geschlagen und den Aufstand zur Revolution gezeitigt hätte. Um 11 Uhr Abends war Alles wohl kommen ruhig und namentlich die Brüderstraße, sowie der angrenzende Theil des Schloßplatzes allmählich freiwillig geräumt. Hinderend war für die Schutzwachen nur, daß ihre Nachricht aus der Kommandantur, wonach es bloß von dem friedlichen Benehmen der Bevölkerung mit den Friedenshirten abhinge, jede Gewaltmaßregel zu verhüten, fast gar keinen Glauben fand, und daß an demselben Abend schon Todte geblieben waren. Insultirt wurden die Studenten nirgends, beschränkt namentlich Anfangs von Mehreren. Sie gingen mit den Bürgern in die dichten Haufen; viertelstundenlange Gespräche wurden angeknüpft. Welche tiefe Blicke in das Gefühl und die Gesinnung des Volks! Ueberall Erbitterung gegen das Militär. An einigen Orten offenbare Anwiegelei, namentlich von Personen anständigerer Bekleidung. Dann aber herzzerreißende Klagen wegen Arbeitslosigkeit: „der Tod vor den blutdürstigen Soldaten ist ein Heldentod, der Hungertod aber ein Atmeiertod"; Hoffnungslosigkeit für die Zukunft! größtentheils Theilnahme für den König und Schmähung seiner Räthe; laute Forderung freier Presse und freier Versammlungen, um ihre Noth zu klagen; „hätten wir nur einen Vertreter, bei dem wir einreichen und anzeigen, was uns fehlt"; „Niemand hört uns, am wenigsten die reichen Bürger", welches Hundetaggeld gibt der Magistrat für die Arbeit, die er ausstheilt", — Entrüstung über das Zurückbleiben hinter andern Ländern, z. B. eine merkwürdige Entrüstung gegen den Erlaß einer Censurfreiheit — das waren Stimmen aus dem — „Pöbel". Nicht durch bloßen Aufruf zum Auseinandergehen, sondern durch förmliche Unterhaltungen und Darstellungen des ohnmächtigen und zwecklosen Unkämpfens gegen solche Zustände wurde langsam Friede gestiftet. Doch auch ohne Ohrenbläser, die nicht schlten, sagten die gewöhnlichsten Leute, man dürfe den Augenblick nicht vergessen, höchstens könne man erschossen werden, aber (und dann folgten furchtbare Drohungen gegen das Militär) man werde fegen und Alles erringen. Sehr besremdend war für Viele die Bedeutung, daß in Baden und anderswo die Bewegung eine ganz andere gewesen als hier. Darauf kamen häufig dieselben 3 Antworten, der König verbarrikadire sich mit Kanonen vor den Deputationen seines Volkes, das sei in Baden nicht geschehen. Und dann habe man in Baden so schnell und aufrichtig das Volk erfreut, daß es undankbar wäre, dort noch sich zu empören. Wie oft lag Thorheit und Weisheit dicht aneinander. Hundertfach wiederholt wurde den Studenten: „Sie machen jetzt Ruhe; aber Sie thun nichts Gutes; sobald Ruhe da ist, „sind wir übers Maul gewischt" und Alles bleibt beim Alten; weder die Presse werde frei werden, noch die Versammlungen, noch werde Bürgerbewaffnung eingeführt werden, noch für die Armen gesorgt werden! So verging dieser denkwürdige Abend. Das Betragen nicht sowohl der Bürger als der Studenten wird vielfach gelobt und anerkannt werden. Dieser Letzten wegen mache ich Glaubwürdigkeit; er ist um Mitternacht, also sich beraus, niedergeschrieben. — Ein Kuriosum ist noch, daß im königl. Schlosse ein Mitglied der Deputation von einem Pelzlieferfitzer zur Rede gestellt wurde über die schwarz-roth-goldne Kokarde am Hut. Solche waren am Morgen an Viele ausgetheilt worden. Die Antwort war sehr unbefangen. Die Verwunderung über diese Unbefangenheit war groß; natürlich dachte der ehrenwerthe Herr an die Burschenschaft und ihre politischen Phantasien. Einem der Umstehenden wurde beschieden bemerkt, die hohe Bundesversammlung führe diese Farben. „Welche Bundesversammlung?" wurde nun gefragt. Und man wäre doch hier in Preußen; das wäre nicht die preußische Kokarde. Es ist dem Hrn. v. Kamph u. A., die G. M. Arndt verfolgten, gelungen, daß die Farben des deutschen Bundes als Deutschlands Farben wachsen sind.

○ Berlin, 16. März. Morgens 9 Uhr. Unsere Vorhersagungen sind nur zu sehr eingetroffen. Die Emeute ist gestern Abend von Neuem losgebrochen und zwar exbitterter und heftiger, als an den beiden vorhergehenden Tagen. Sie bewegte sich wieder in denselben Stadttheilen, wie früher, nämlich in der Brüderstraße, der breiten Straße, die beide auf den Schloßplatz münden, der Unterwasserstraße und den an dieselbe stoßenden Querstraßen. Die Brüderstraße war von mehreren Barrikaden durchschnitten, die schon besser angelegt und besser vertheidigt wurden, als am Tage vorher. Zwei Dutzend Berliner Gassenjungen schlugen mit ihrem Steinhagel eine dreimalige Charge der vom Schloßplatze anfrengenten Ulanen zurück und endlich mußte die Infanterie vorrücken und feuern. Hierauf räumte das Volk, in dessen Reihen Mehrere niedergesunken, die Straße und flüchtete in die engen Seitengassen, in welche es einen Todten mit fortrug. Der Anblick der Leiche steigerte die Erbitterung aufs Höchste. Die in der Unterwasserstraße befindlichen Aufrührer zogen die von der andern Seite des Spreearms dahinführende Brücke auf, und die Infanterie, die aus der Brüderstraße durch das Spreegäßchen nach dem Wasser gerückt war, feuerte über dasselbe hinüber. In der Breitenstraße waren ebenfalls Barrikaden, die auch von den Truppen genommen werden mußten. Auch erzählte man uns, daß in der Alexanderstraße der Kampf ziemlich heftig gewesen und sogar Steine von den Dächern auf die Truppen geworfen wurden. Um 7 Uhr begannen die Unordnungen und dauerten etwa bis 11 Uhr, wo die Ruhe vollständig hergestellt war. Wir versichern jedoch für heute die Erneuerung des Aufstandes im verstärkten Maßstabe. Man hatte Proklamationen angeschlagen, in denen man die strengste Untersuchung und Bestrafung der am Tage vorher durch das Militär begangenen Brutalitäten verhieß; Bürger mit weißen Binden bemühten sich im Laufe des Tages vergebens, das Volk zu beschwichtigen, Dr. Wöniger, Rellstab, sogar der Oberbürgermeister Krausnick sprachen auf dem Schloßplatze am gestrigen Vormittag Nachmittag und ermahnten zur Ruhe. Die Wuth gegen das Militär hat einen gefährlichen Grad angenommen, man befürchtet auf heute ein massenhaftes Theilnehmen der Arbeiter an der Insurrektion, weil schon seit einigen Tagen im Volke der Donnerstag als der zum allgemeinen Losbrechen bestimmte Tag bezeichnet wird. Hiezu kommt,

Digitized by Google

daß überall bis in die untersten Stände die Nachricht von einer in Wien ausgebrochenen Revolution verbreitet ist. Das Volk soll im Besitze der innern Stadt sein, des Kaisers Absetzung und Metternich's Auslieferung verlangen. Dies steigert die Aufregung und ermuthigt das Volk zum erneuerten Kampfe, „da es doch wohl auch soviel als die Wiener ausrichten könne.“ — In der heutigen Stadtverordnetensitzung wird der Antrag auf Bürgerbewaffnung gestellt werden. Resultat ergaben sich nur 3 Stimmen dafür. Wird er jetzt mehr Anklang finden? Es könnte eintreten, daß, wenn man noch länger zögert, man auch dies Mal, wie schon so oft, zu spät käme. — Bestätigt sich die Revolution in Wien, so stehen wir am Rande eines Abgrundes.

**Baiern.** = München, 16. März. (Nachts 11 Uhr.) Wieder Krawall! Um weßhalb: das Volk glaubte, die Lola Montez sei wieder hier. Der Polizei, die darauf unbefriedigende Antwort gab, wurden alle Fenster eingeworfen. Das Volk — es waren größtentheils Leute aus der untersten Klasse — wollte, als dort ein Schuß fiel, das Zeughaus wieder stürmen und Waffen holen. Dies war aber stark mit Militär besetzt. Es wurde verbarrikadirt, mit Steinen geworfen und das Militär hieb einigemale ein. Auch einzelne Schüsse fielen. Das Volk war sehr auf die Soldaten erbittert und rief ihnen zu: „.... Soldaten, H.... Bestheidiger! Auch vor der Residenz erschallte es: das mit der Lola, raus mit der H..! Doch hier zerstreute zahlreiches Militär bald die Tumultuanten. Es sind dort bereits Kanonen aufgefahren. Auf dem Schrannenplatze verhöhnt das Volk noch jetzt das Militär (besonders die Freisinger Kürassiere) und fordert es heraus. Ob es noch zu blutigen Auftritten kam, werde ich morgen berichten. Die Bürger und Studenten und das Linienmilitär hielten diesmal zusammen.

= München, 17. März. Nach Mitternacht verlief sich der Volkshaufe; das Militär verhielt sich ruhig und hieb nicht mehr ein. — Ich habe in Kurzem bereits den gestrigen Krawall — denn es war nur dies — in wenig Zügen geschildert und trage einige Specialitäten nach. Das Volk fragte auf der Polizei zuerst an, wo die Lola sei. Darauf erfolgte die Antwort: man wisse es nicht. „Was, sagten Mehrere, das soll die Polizei nicht wissen, wo diese Person sei, da sie sie doch erst vor etwa 6 Tagen — Lola wurde bekanntlich vor etwa 6 Tagen hier aufgegriffen und noch in der Nacht fortgebracht, nachdem sich der König gegen 3 Stunden bei ihr auf der Polizei aufgehalten hatte — arretiren ließ?“ Weiß sie doch sonst Alles und weiß dergleichen von Handwerksburschen und armen Leuten recht gut.“ Darauf erfolgte dann der Sturm auf die Polizei, an der auch kein ganzes Fenster mehr zu sehen ist, wie ich mich so eben überzeugte. Als hierauf, wie es heißt, aus der Polizei heraus einige Schüsse fielen, und Militär sich des Platzes bemächtigte, wichen die Tumultuanten unter dem Geschrei: Zum Zeughaus! Ein Haufe zerschlug sich auch zu der Residenz und rief „raus mit Lola, raus mit der H...!“ Das Zeughaus war bereits von einer Schwadron Kürassiere besetzt. Das Volk glaubte jedoch, diese würden nur einen Scheinwiderstand entgegensetzen. Dem war nicht so. Es wurde das Zeichen zum Einhauen (mit flacher Klinge zuerst) gegeben. Als das Volk hierauf Barrikaden errichtete, das Pflaster mit Piken aufhieb und Schimpfworte, z. B. H.... vertheidiger, gegen das Militär ausstieß, ja auch Steine schleuderte, wurde es mit Hilfe herbeigekommenen Fußvolks (Linie, Bürger und Studenten) vertrieben, nachdem auch einige blinde Schüsse (getroffen wurde wenigstens Niemand) fielen. Derweil fand ein ähnliches Manöver auf dem Schrannenplatze Statt. Auch dort wurde von den Freisinger Kürassieren — das Volk ist auf diese Truppen wüthend, und es kann heute wieder zu bedauerlichen Auftritten kommen — eingehauen und geschossen und einem Manne der Kopf von einem Kürassier gespalten. Da hieß es wenigstens. Daß die Kürassiere einbießen, habe ich selbst gesehen. Ein Junge wurde stark am Hinterkopfe verwundet und hielt die Wunde weinend zu. Ein Parlamentär von der Linie wurde von einem Hansen, der sich um ihn sammelte, verhöhnt. Nicht so erging es einem Studentenoffizier, der dem Volke, das sich um ihn sammelte, das Wort abnahm, Nichts gegen die öffentliche Ordnung zu unternehmen. Es solle ihnen ihr Recht werden. Die Rohesten und Keckſten aus dem Volke waren jedoch damit nicht zufrieden und reizten unaufhörlich das Militär, auch schlenderten sie Steine wenigstens in ihre Nähe, und bei einem abermaligen Angriffe der Kürassiere mögen auch Einige verwundet worden sein. Die Studenten wurden einigemal mit Hoch! begrüßt. Die Bürger weniger; sie mußten sich sogar bittere Dinge nachrufen hören. Wie ich vernahm, ging die Nacht übrigens von 11 Uhr an ruhig herum. Das Volk spricht sich bitter gegen den König aus. Alles Zutrauen ist wie verschwunden und weggeblasen. „Weg mit weiß und blau!“ ertönte oft der Ruf.

**Würzburg**, 17. März. Der Speffart und Odenwald sind vollständig beruhigt; dagegen laufen beträchtende Nachrichten aus der Rhön ein. Der Freiherr von der Tann in Tann wurde zum Zugeständniß vieler Forderungen genöthigt, und an der sächsisch hessischen Grenze zieht eine Rotte von Meuterern umher und übt bei den Einwohnern förmliche Erpressungen. Zur Abwehr gegen diese verbrecherischen Excesse gingen heute 120 Mann unserer Garnison dahin ab. Würzb. Z.

**Würtemberg**. 16. März. Ueber das Einrücken der Oesterreicher gibt eine Bekanntmachung des Stadtschultheißen Schuster in Ulm „an die Bürger und Einwohner Ulms“ folgende beruhigende Aufschlüsse: „Zur Beruhigung der Bürgerschaft mache ich hiemit auf den Grund der gestern Abend durch Estaffette angekommenen Nachricht Folgendes bekannt: Unmittelbar nach den Ereignissen in Frankreich wurde von Seite Würtembergs von dem Kabinete in Wien verlangt, daß es das vertragsmäßige Drittel zur Besatzung der Bundesfestung Ulm stellen solle. Nachdem die Befürchtung eines Einfalls der Franzosen sich vermindert hatte, wurde durch Bundesbeschluß vom 2. März festgesetzt, daß die verschiedenen Staaten den vertragsmäßigen Theil der Besatzung der Bundesfestung in Bereitschaft setzen sollen. Oesterreich that dieses und noch mehr, indem es die Besatzung sofort abmarschiren lassen wollte. Um dies zu verhindern, ist heute Nacht Regationsrath v. Neurath nach Bregenz abgereist, um im Auftrage Sr. Majestät des Königs zu verlangen, daß jene österreichischen Truppen vorerst nicht marschiren.“ Ulm, 17. März. (Beob.)

* Stuttgart, 17. März. Soeben geht Uhland von dem Könige; er ist zum Beirathe des Bundestagsgesandten ernannt. So weit vertrefflich, und Deutschland wird diese Wahl seines großen Dichters und des echt deutschen Mannes mit Vergnügen begrüßen. Daß aber nicht auch ein neuer Bundestagsgesandter ernannt wurde, ist, gelinde gesagt, unbegreiflich. Baron Blomberg gehört wohl zu denjenigen Mitgliedern des bisherigen Bundestags, welche den wenigsten Anklang in der öffentlichen Meinung haben, und Niemand weiß besser, als er selbst, daß man keinen neuen Wein in alte Schläuche schüttet. Uhland ist zu beklagen; er ist völlig „Pegasus im Joche“.

**Sachsen**. Dresden, 15. März. Die D. A. Z. berichtet: Das neue Kabinet soll folgendermaßen zusammengesetzt sein: Braun, Präsident und Justizminister, nach Andern v. Lindenau Präsident; v. Beust, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, nach Andern v. Wydenbrugk; v. Zeschau, Kriegsminister; v. Ehrenstein, Finanzminister, nach Andern Georgi aus Mitau; Zschinsky, Minister des Innern; v. d. Pfordten, Kultusminister.

**Hannover**, 14. März. König Ernst August hat eine Proklamation an sein Volk erlassen, die als ein Musterstück jener patriarchalischen Politik, der das Volk als eine wichtige und unmündige Heerde gilt, betrachtet werden kann. Ob die Hannoveraner sich nach dieser Ansprache beruhigen werden, ist zweifelhaft, wenn man erwägt, wie allenthalben die vortrefflichen Staatsweisheit der Bevormundung und Versprechungen an dem Ungehorsam der entwöhnten Kinder Schiffbruch leidet. Der König sagt: „Hannoveraner! Diese Anrede erregt in Mir nur die Gefühle von Liebe und Zutrauen, welche durch die stärksten Beweise der Anhänglichkeit an den angestammten König und das Vaterland in der unglücklichen Zeit von 1803—13 von Euch ohne Ausnahme bewiesen, auch seitdem bethätigt sind. Von diesen Gefühlen erfüllt, antworte Ich hierdurch Selbst auf alle Eure Petitionen, denn von früh Morgens bis spät Abends, oft bis zur Erschöpfung, mit Geschäften überhäuft, kann Ich nicht Euch Alle sehen oder einzeln antworten; aber Jeder soll sein Recht haben. Die meisten dieser Petitionen beweisen Mir noch immer die alte Liebe und das Zutrauen Meiner geliebten Unterthanen. Wo andere Wünsche darin laut werden, kommen sie — davon bin Ich überzeugt — nicht von Hannoveranern selbst, sondern sind durch Fremde eingeflößt (!), die überall Unordnungen und Verwirrungen anzuregen bemüht sind. Ich bin fest überzeugt von der Treue und dem gesunden Sinne Meiner Unterthanen, daß sie sich nicht ihre eigene Ruhe und ihren Wohlstand, den jeder Fremde, welcher in das Land kommt, beneidet, vernichten werden. Die Begründung und Erhaltung Eures Glücks und Eures Wohlstandes, welche stets Meine unablässige Sorge gewesen ist, wird nicht aus Meinen Augen gelassen und liegt Mir jetzt mehr am Herzen als jemals. Ich bestrebe Mich, Alles zu thun, was in Meinen Kräften steht, um Eure Wünsche zu erfüllen, ohne Euer wahres Glück zu zerstören. Das Ergebniß Meiner Erwägungen über die Zulässigkeit der Gewährung eines Theils dieser Wünsche, und die Maßregeln, welche Ich im verfassungsmäßigen Wege

Digitized by Google

dieserhalb vorbereiten lasse, werden Euch dies beweisen. Diese Versicherung wird jeder Hannoveraner verstehen und glauben, da Jeder weiß, daß sein König nie Das sagt, was Er nicht wirklich meint, und Nichts versprecht, was Er nicht ehrlich halten wird. So sage ich Euch denn auch, daß Ich zwar Meine Zustimmung nicht geben kann zu dem Antrage auf Volksvertretung bei dem Deutschen Bunde, daß Ich aber alle Meine Kräfte aufbieten werde — wie Ich dies schon gethan habe, seit Ich Euer König bin — damit die hohe Deutsche Bundesversammlung mit mehr Fleiß und mit größerer Energie in den Deutschen Angelegenheiten handele, als dies bisher geschehen ist. *) Bedenkt Hannoveraner, daß die Zeit kommen kann, wo Ich Eure Kräfte entgegen nehmen muß. Wie Ich überzeugt bin, daß auf Meinen Aufruf Keiner zurückbleiben wird, da Jeder weiß, daß Ich Mich an die Spitze Meines Volkes stellen werde; so ermahne Ich Euch, bereitet Euch vor auf Das, was die Zukunft bringen kann, durch Festhalten an der gesetzlichen Ordnung und durch Erhaltung des Vertrauens auf Euren König. Ich werde dieses Vertrauen nicht täuschen; sondern gern Meinen letzten Tropfen Blut dem Wohle Meines Volkes opfern. Hannover, 14. März 1848. Ernst August. v. Falcke.

Göttingen, 14. März. Von hier aus schreibt man der Wes. Z.: Wohl wenigstens 400 Studenten, also fast sämmtliche hier Studirende, versammelten sich heute Abend, und es wurde der einmüthige Beschluß gefaßt, wenn man ihnen eine abschlägige oder schwankende Antwort gäbe, spätestens am Freitag Morgens 10 Uhr, unter Begleitung derjenigen Professoren, denen ihr Ehrgefühl zu bleiben verbietet, auszuwandern und nach Hamburg zu ziehen. Man will die nöthigsten Sachen auf Bagagewagen schaffen. Studenten aber und Professoren wollen zu Fuß bis Hildesheim reisen und von dort die Eisenbahn benutzen. Dieselben sind schon darüber mit Hamburg in Kommunikation getreten und haben von demselben die Zusicherung erhalten, daß man sie mit offenen Armen aufnehmen werde.

Göttingen, 15. März. Dieselbe Zeitung meldet: Soeben ist die Deputation der Universität von Hannover zurückgekehrt, und ich berufe mich Ihnen das Resultat ihrer Bemühungen, welches der in der Aula versammelten Studentenschaft verkündet wird, mitzutheilen. Die Deputation hatte am Montag vergebens auf eine Audienz gewartet, erst gestern kam sie mit den HH. v. Wedell und v. Falcke zur Verhandlung. Nur den ihm von früher schon persönlich bekannten Prof. Ruhs ließ der König selbst vor. Die Universität verlangte 1) Suspension des jetzigen Polizeidirektors Hetzke und 2) Aenderung des Polizeisystems, namentlich unabhängige Stellung der Universität gegenüber der Polizei. Beide Forderungen wurden abgeschlagen. Die größte Aufregung herrscht. Die Studenten halten so eben eine allgemeine Versammlung, um zu beschließen, was zu thun sei.

**Baden.** Δ Karlsruhe, 18. März. Unter dem heutigen Einlauf befanden sich Dankadressen aus Bremerhafen und Lehr an die badische Kammer für ihre Berathung über den Antrag auf ein Deutsches Parlament. An der Tagesordnung war die Abschaffung alter Feudalrechte. Der Antrag ist sehr umfassend und führt eine große Liste alter Abgaben auf, deren Namen man in Städten nicht einmal kennt, und deren Fortbestand bis in unsre Tage Viele nicht ahnten. Ueber einige besondere Feudalrechte, z. B. Stammgüter und Patronatsrechte betreffend, finden bereits Unterhandlungen zwischen Regierung und Adel Statt. Die Kammer beschließt, in Bezug auf diesen Theil der Feudalrechte, daß man den Erfolg dieser Verhandlungen abwarten und einen zu erwartenden Vergicht einem Gesetze vorziehen soll. Der letzte §. des Gesetzes bestimmt, daß die Entschädigung später durch die Kammer festzusetzen sei. Durch die einstimmig erfolgte Annahme dieses ganzen Gesetzes, wenn die Zustimmung auch der ersten Kammer in diesen Zeiten gewiß nicht fehlt, wird dem gedrückteren Theile unseres Landes eine außerordentliche Wohlthat erwiesen.

Staatsrath Bekk legt hierauf den Gesetzentwurf über die Errichtung einer Bürgerwehr vor.

Hecker fragt nach dem Erfolge des Kammerbeschlusses über Amnestie.

Bekk hält es für angemessen, in Zeiten wie die jetzige, Gnade zu üben, ob aber dies jetzt gleich zu geschehen habe, sei eine andere Frage; es sei vielleicht angemessen, damit bis zu dem Zeitpunkte zu warten, wo man gewiß sei, daß die Ruhe nicht mehr gestört werde. Hecker, Brentano und Jtstein wünschen, daß die Amnestie der morgenden Volksversammlung verkündet werden könne, das werde einen beruhigenden wohlthätigen Eindruck machen. Es würde dies zeigen, daß die Regierung die Hand zum Frieden bietet. Bekk meinte, dieß habe die Regierung bereits in hinreichendem Maße bewiesen (viele Stimmen: allerdings) übrigens wünsche die Regierung darüber einen Kammerbeschluß. Nachdem die Kammer sich einstimmig für sofortige Begnadigung ausgesprochen, erklärt Staatsrath Bekk, man solle der Aussprüche heute noch erfolgen, wofür Jtstein den Dank der Kammer ausspricht.

Ueber die morgen in Offenburg Statt findende Volksversammlung laufen die übertriebensten Vorstellungen um, und große Besürchtungen sind dadurch erregt. Mit Sicherheit aber glaube ich vorherlegen zu können, daß an eine Proklamation der deutschen Republik nicht zu denken ist, daß die Versammlung, so groß sie auch werden mag, in voller Ordnung ablaufen und durch sie die Errungenschaften der letzten Wochen nicht werden gefährdet werden. Alle Besonnenen wünschen nun aber mit dieser Versammlung die Aufregung unseres Volkes für einige Zeit beschlossen, um die großen Gegenstände, die zur Berathung vorliegen, mit Würde und Ruhe zum Abschluß zu bringen.

Karlsruhe, 18. März. Es war keineswegs die Absicht des Ausschusses, welcher die gegenwärtigen und früheren Ständemitglieder zur Berathung der deutschen Nationalrepräsentation auf den 30. März nach Frankfurt a. M. einlud, die Posenschen früheren und jetzigen Ständemitglieder auszuschließen, und zwar um so weniger, da wir deutlich die höchst politische Nothwendigkeit erkannten, daß Preußen mit allen seinen Landestheilen dem deutschen Nationalverein angehöre. C. Welcker.

Zu gleicher Zeit erhalten wir einen Aufruf Welckers an seine „Theuren Mitbürger in der Offenburger Versammlung", den wir bei seinem späten Eintreffen heut zu geben uns versagen müssen. Welcker bedauert darin, durch Berufspflichten verhindert zu sein, an der Offenburger Versammlung Theil zu nehmen und stellt in herzlicher Brosprache seinen Mitbürgern die Thorheit eines etwa beabsichtigten Versuchs vor, vom südwestlichen Winkel Deutschlands aus dem übrigen Vaterlande die Republik aufzuzwingen.

Marburg, 16. März. Professor S. Jordan ist von den Städten der Schwalm am 13. d. zum Landtagsdeputirten erwählt worden.

Frankfurt, 18. März. Die hiesigen Blätter bringen folgende Aufforderung: Um die erforderlichen Vorbereitungen zu der unter dem 12. März auf den 30. d. M. von dem Siebner-Ausschuß hierher eingeladenen Versammlung treffen zu können, müssen wir die Zahl der daherseienden wenigstens annähernd wissen. Wir ersuchen daher alle diejenigen Männer, welche sich in Gemäßheit jener Einladung an der gedachten Versammlung betheiligen wollen, uns von ihrem Entschluß möglichst bald, längstens bis zum 27. d. M., beiefliche Nachricht geben zu wollen. Zugleich bitten wir die Erscheinenden, sich. Z. ihre Ankunft in dem am 30. d. M. von 8 Uhr an geöffneten Anmeldungsbureau, im Gasthofe zum Weidenbusch, anzeigen zu wollen und gegen den Nachweis ihrer Eigenschaft als Ständemitglieder oder Theilnehmer an gehtzgedenden Versammlungen oder gegen Vorzeigung der von dem Siebner-Ausschuß erhaltenen besonderen Einladungsschreiben, ihre Eintrittskarten zu dem Versammlungslokale in Empfang zu nehmen. Frankfurt a. M., 18. März 1848. Die Frankfurter Theilnehmer an der Heidelberger Versammlung vom 5. März d. J. Dr. Binding l. Dr. Jucho.

* **Schleswig**, 13. März. Der gestern mitgetheilten Verordnung, die Censur betreffend, lassen wir hier die zweite folgen:

Provisorische Verordnung betreffend einige Modifikationen in den Bestimmungen der Verfügung vom 22. Febr. 1820, wegen Verhütung des Mißbrauches der Presse für das Herzogthum Schleswig, d. d. Christiansburg, 10. März 1848. Wir Frederik VII. ꝛc thun Kund hiemit: Wir haben uns allerdings bewogen gefunden, rücksichtlich der wegen Verhütung des Mißbrauchs der Presse in der Verfügung vom 22. Febr. 1820 für das Herzogthum Schleswig getroffenen Anordnungen, im Vertrauen auf die loyalen Gesinnungen Unserer getreuen Unterthanen, bis weiter folgende Modifikationen eintreten zu lassen. §. 1. Die in der gedachten Verfügung den Buchdruckern aufgelegte Verpflichtung, von jeder Schrift, die nicht 20 Bogen im Drucke ausmacht, vor deren Verkauf oder Vertheilung ein Exemplar an die Polizeibehörde einzuliefern, soll künftig nur bei solchen Schriften zur Anwendung kommen, welche seinen größeren Umfang als 6 Druckbogen haben. Dieser soll es indessen sämmtlichen Polizeibehörden obliegen, möglichst darüber zu wachen, daß in ihren

*) In diesem Vorwurf liegt tiefe Wahrheit; z. B. in der hannoverschen Verfassungsfrage hat der Bund gewiß nicht mit dem rechten „Fleiß und Energie" gehandelt. Daß ihm aber der Vorwurf gerade vom König von Hannover gemacht werden muß, ist eine sehr bittere Züchtigung für die deutsche Bundesversammlung.

Digitized by Google

Distrikten überhaupt keine Schriften Umlauf finden, deren Inhalt mit den bestehenden Gesetzen in Widerspruch steht, und der Verbreitung solcher Schriften durch Verhinderung des Debits und Beschlagnahme der etwa vorgefundenen Exemplare vorzubeugen. §. 2. Jede verfügte Beschlagnahme ist unverzüglich an Unsere Schleswig-Holsteinische Regierung einzuberichten, welche wegen Aufhebung oder Bestätigung dieser Maßregel nähere Verfügung zu treffen hat. Von der durch die Regierung getroffenen Verfügung sind die Betheiligten in Kenntniß zu setzen. §. 3. Wenn die Betheiligten eine gerichtliche Entscheidung in Anspruch nehmen, oder Unsere Schleswig-Holsteinische Regierung wegen der weiteren Fortsetzung der Schriften in einem strafrechtlichen Entscheidungsverfahren für angemessen findet, sollen Sachen dieser Art bei Unserm Schleswigschen Obergerichte im Wege des fiskalischen Prozesses zur Verhandlung und Entscheidung gebracht werden. Unsere Schleswig-Holsteinische Regierung hat in diesen Fällen das Schleswigsche Oberlandesgerichtsamt mit Einbringung der deßfallsigen Klage und Wahrnehmung des weiter Erforderlichen zu beauftragen. §. 4. Im Uebrigen bleibt es bei den in der Verfügung vom 22. Febr. 1820 getroffenen Bestimmungen und den deßfalls im Herzogthume Schleswig ergangenen Gesetzen und Verordnungen über Mißbrauch der Presse erlassenen Anordnungen bis weiter sein Bewenden, und sind dieselben Preßmißbräuche, hinsichtlich welcher eine bestimmte Strafe in den bestehenden Gesetzen nicht angedroht ist, nach richterlichem Ermessen zu ahnden.

## Niederland.

* Haag, 14. März. Eben verbreitet sich die freudige Nachricht, daß der König, aufgeklärt darüber, daß die Reformgesetzentwürfe der allgemeinen Erwartung nicht entsprechen, den Vorsitzer der zweiten Kammer hat zu sich rufen lassen, um ihm, ohne Dazwischenkunft der Minister, zu erklären, daß er Nichts sehnlicher begehre, als die Wünsche seines treuen Volkes zu erfüllen, und daß er bereit sei, alle die Veränderungen ins Grundgesetz aufzunehmen, welche die zweite Kammer zum Heil des Staats für rathsam erachte. Man sieht hieraus endlich den ersten und wichtigsten Schritt auf dem Weg zur Reform, und die Freude ist allgemein. Doch können die jetzigen Minister, welche sich bisher zwischen den König und sein Volk stellten, unmöglich im Amte bleiben. Um das Vertrauen im Lande gründlich herzustellen, muß — darüber herrscht nur Eine Stimme — ein neues freisinniges Ministerium Behufs der Durchführung der Reformen gebildet werden *). Einem solchen Entschluß sieht man von Seite sowohl der jetzigen Minister als des Königs entgegen. Die Verantwortlichkeit der zweiten Kammer ist inzwischen durch die Initiative, welche der König für die ganze Frage der Staatsreform in ihre Hand gelegt hat, ungemein gewachsen. (Die Ankunft des niederländischen Gesandten zu London, Graf Schimmelpenninck, im Haag wird mit der Veränderung des Ministeriums in Verbindung gebracht.)

## Großbritannien.

London, 15. März. Auch in Liverpool haben Auftritte stattgefunden, welche, obschon sehr harmlos, wenigstens die Börsenmänner so in Furcht setzten, daß sie nichts Eiligeres zu thun hatten, als die Börse mit polizeilicher Mannschaft zu umzingeln. Bei dieser Gelegenheit ziehen wir folgendes aus dem Globe aus. „Es ist ein wesentlicher Unterschied zwischen dem aufrührerischen englischen und französischen Pöbel (mob), und obschon man in einiger Hinsicht versucht sein mag, daß dieser Unterschied zu Gunsten des Letztern ausfalle zu glauben, so sind wir im Ganzen geneigt, unserm Volke zu diesem Unterschied Glück zu wünschen. Der französische Pöbel hat im Allgemeinen ein bestimmteres Ziel, mehr Hitze und Einigkeit, mehr Regelmäßigkeit in seinen Bewegungen, lebhaftere Sympathien und größeres Geschick. Auch entwickelt er mehr Festigkeit, wenn er sich Etwas vornimmt, und mehr Muth, wenn er, was er sich vorgenommen, ausführt. Ein englischer Pöbelhaufe sieht bei seinem ersten Ausbruch oft furchtbar genug aus, als sei er zu jederlei Exceß bereit, aber bald verläuft er sich, wenn ihm Militär oder selbst Bürgerwache zu Gesicht kommt. Deßhalb aber hat der englische Pöbel nicht im Geringsten weniger Muth. Nimm die Männer einzeln, und sie sind nachhaltigere und bessere Arbeiter, bringe sie in einem Heere zusammen, und sie zeigen sich als ebenso gute, wo nicht bessere Soldaten. Die Engländer haben aber, und hierin beruht das ganze Geheimniß, mehr Ehrfurcht vor dem Gesetz; an diese Ehrfurcht wird der Engländer von Jugend auf gewöhnt u. s. w."

Die Parlamentsverhandlungen schleppen sich, so großen Zeitstürmen gegenüber, ungewöhnlich matt hin, und man kann sagen, daß die kleinste deutsche Ständeversammlung jetzt mehr parlamentarisches und politisches Leben entwickelt, als das große englische Parlament. Ein Ersatz dafür findet sich freilich in der ganzen lebensvollen Thätigkeit außerhalb des Parlaments, auch pflegen solche Windstillen oft bedeutenden Stürmen vorauszugehen. Aus der Unterhaussitzung vom 14. März mag noch nachgetragen werden, daß in dieser Sitzung ein Antrag des Hrn. Ewart auf Abschaffung der Todesstrafe mit 166 gegen 122 Stimmen verworfen wurde.

## Frankreich.

Paris, 16. März. Die Bank von Frankreich hat ihre Zahlungen eingestellt. Nachdem sie im Laufe des gestrigen Tages nicht weniger als 10 Millionen ihrer Zettel eingelöst, blieb ihr nur ein Baarvorrath von 59 Millionen, der voraussichtlicher Weise binnen wenigen Tagen erschöpft worden sein würde. Auf eine deßhalb gemachte Vorstellung hat nun die Regierung die Bank der Verpflichtung, ihre Zettel einzulösen, bis auf Weiteres überhoben und zugleich verfügt, daß die Bankzettel an allen öffentlichen Kassen wie baares Geld angenommen werden sollen. Diese Maßregeln haben wider Erwarten die Folge gehabt, daß an der heutigen Börse alle Kurse gestiegen sind: 3% 50 f. 5% 73 f. Bankaktien 1500.

Man kann sich nicht länger darüber täuschen, es hat eine Reaktion in Paris begonnen, deren Endpunkt sich nicht absehen läßt. Die Mittelklassen werden sich alle Tage deutlicher bewußt, daß sie mit der Monarchie gefährzt sind, und das Verlangen, den verlornen Boden wieder zu gewinnen, fängt an sich in ihnen zu regen. Ein schwerer, und, wie wir fürchten, unheilbarer Riß trennt bereits die beiden Hauptmassen der Bevölkerung, die bisher in dem Gedanken der Republik einig zu sein schienen. Aber freilich auch nur scheinen. Der heutige Tag hat den Schleier von der Bruchstelle hinweggezogen. Eine Verordnung der Regierung hat die sogenannten Elitenkompagnien der Nationalgarde, Grenadiere und Voltigeurs, aufgehoben, um die Mitglieder derselben unter die übrigen Kompagnien zu vertheilen. Die Mitglieder dieser Korps nun, ausschließlich den wohlhabenderen Ständen angehörend, begriffen, daß es bei dieser Maßregel bloß darauf abgesehen sei, sie ihres Einfluß bei den bevorstehenden Wahlen der Offiziere der Nationalgarde zu berauben, und sie beschlossen, durch eine große Demonstration gegen jeden Beschluß zu protestiren. Heute um 1 Uhr setzten sich etwa 15,000 Mann der alten Nationalgarde bataillonweise nach dem Stadthause in Bewegung.

Die ersten Legionen (die 10. und 11.), die erschienen, ließ das Volk ruhig vorbeiziehen, doch wurden die Bärenmützen der Grenadiere schon mit Pfeifen und den Rufen: A bas les bonnets! begrüßt. Allein bald sammelte sich eine ungeheure Volksmenge, das Gerücht verbreitete sich: die Nationalgarde wolle Ledru-Rollins Absetzung, und die Aufregung ward ungeheuer. In diesem Augenblicke kam die erste Legion den Quai herauf, allein schon am Pont au Change versperrte ihr das Volk den Weg und ließ sie nicht weiter ziehen. Als die Legion darnach durchdringen wollte und nun auch die zweite Legion dazu kam, kam es zu Thätlichkeiten. Nach beinahe dreistündigem erbitterten Wortwechsel und Andrängen gegen das wie eine Mauer feststehende Volk mußte die Nationalgarde unverrichteter Sache umkehren. Die Nationalgarde hat sich durch diese Manifestation von dem, was man vorzugsweise „das Volk" nennt, getrennt, es gibt wieder zwei Klassen, die Einigkeit ist zerstört. Die Erstlieren in den Reihen der Nationalgarde drohten, morgen mit den Waffen wieder zu kommen. Wenn sie diese Drohung ausführen, so werden sie Barikaden finden, und der Bürgerkrieg ist unvermeidlich.

Der Nationalgarde als Organ der Regierung gilt, will heute, daß Frankreich die tyrannische Gewalt, mit der Oesterreich auf der unglücklichen Lombardei und Venedig laste, nicht länger dulde, sondern vorerst im diplomatischen Wege dem österreichischen Kabinete Vorstellungen mache und im Namen der Menschlichkeit das Aufhören der rohen und blutigen Gewaltmaßregeln anfrage, mit denen man die erwachende Freiheit dieser Provinzen zu ersticken suche.

Wie bereits mehrere andere deutsche Staaten, so hat jetzt auch Baiern der provisor. Regierung durch seinen Geschäftsträger angezeigen lassen, daß es die freundschaftlichen Beziehungen mit der franz. Republik fortzusetzen wünsche.

*) Bereits gestern haben wir eine über Frankfurt uns zugegangene Nachricht mitgetheilt, wonach Hr. v. Luzac mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt ist.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

W Heidelberg, 14. März. Wien hat den Flügelschlag der neuen Zeit nicht fruchtlos rauschen gehört, Wien hat im deutschen Oesterreich zuerst die tödtenden Siegel des siebenfachen Schweigens gebrochen und sich somit der großen Bewegung in Deutschland anzuschließen begonnen. Vorstellung des hinter einer finsteren Mauer versteckten Staatshaushalts, eine Konstitution, deren Dom alle Theile der Monarchie zur Aufersteyung rufe, Beendigung der Preßsklaverei, Reorganisirung der Municipal- und Gemeindeverfassung, Vertretung des ganzen Landes in den Ständekammern sind jetzt in Wien die großen Stichworte des Tages, die Devisen eines schönen, hocherhobenen Paniers, das über dem Abschluß der alten, unseligen Zeit des langen Winterschlafs glückerbringend weht. Für den ersten isolirten Schritt in einer mit Militär wohl versehenen Großstadt ist das Viel, ja mehr, als es scheint. Wenn auch noch manches hochwichtige Bürgergut, wie Verantwortlichkeit der Minister, Schwurgerichte und Volksbewaffnung, Theilnahme an dem Segen eines deutschen Nationalparlaments im ersten Momente des politischen Wiedererwachens noch nicht in der Reihe der Bürgerforderungen glänzt, so liegt doch schon in der ausgesprochenen Verbrüderung, daß Oesterreich nur im festen Anschließen an deutsche Interessen und deutsche Politik sein wahres Heil gewinnen könne", die volle Bürgschaft, daß die Unterzeichner der Adresse wohl begreifen, wie Oesterreich nicht mehr hinter Deutschland zurückbleiben, wie es auf sein Palladium, seine Errungenschaft der deutschen Brüder Verzicht leisten dürfe und wolle. Wien ist somit den Städten der Monarchie mit einem großen Beispiele vorangegangen. Wien hat das Banner des Fortschritts in den Reihen der Bürger aufgepflanzt, hat den deutsch-österreichischen Ständekammern einen Vorsprung abgewonnen, ein höheres Streben zeigt. Wien hat auch stillschweigend und doch beredt ein kräftiges Wort eingelegt für die italienischen Landesbrüder. Indem die Forderungen der Wiener die Bitten der Lombarden jetzt überwiegen, prophezeihen die Bewohner der österreichischen Haupt- und Residenzstadt kraftvoll gegen die patriarchalische Regierungskunst der Staatskanzlei, die gerechte Bitten mit Kanonen beantwortet, und um zwei Provinzen für baldmöglichst Hinzuhenswerte zu strafen, Gut und Blut der ganzen Monarchie aufs Spiel setzt. Wer wird jetzt noch Wien das Capua der Geister nennen? Wer will jetzt noch von Phäaken an der Donau sprechen? Aber wenn wir uns innig freuen über das Erwachen des Volksgeistes, der aller politischen Schwungkraft beraubt schien; wenn wir den Wienern gern unsern Dank für ihr veranlassendes Beispiel aus entlegener Ferne zurufen, wenn wir erwägen, wie ihre Erhebung die Geister in der ganzen Monarchie beschwingen und über die Metternich-Sedlnitzki'schen Saatgedrehl des eisernen Zeitalters hinausschnellen werde; so müssen wir doch die Richtung der Adresse, den Umweg, auf dem man sie ans Ziel sendet, von Herzen bedauern. Der Schreiber dieser Zeilen kämpft seit Jahren für sein schönes Vaterland, er erfreut sich des Vertrauens vieler Landsgenossen, er hat daher jetzhindert die Pflicht, seine Ansicht rücksichtslos zu enthüllen. Eins vor Allem! Die Bürger Wiens, die Bürger von ganz Niederösterreich haben in der niederösterreichischen Ständeversammlung weder Sitz, noch Stimme. Für die wenigen sogenannten Vertreter des Bürgerstandes öffnen sich die Flügelpforten des Ständesaales nur auf einige Minuten. Die Repräsentanten des Bürgerstandes haben kein ander Recht oder besser gesagt keine andere Rolle, als am Landtag die landesfürstlichen Vorlagen im Hintergrunde des Ständesaales schweigend anzuhören. Hat der landesfürstliche Kommissär die letzte landesfürstliche Forderung ausgesprochen, so müssen die bürgerlichen Ständekomparsen den Ständesaal verlassen. Prälaten, Herren und Ritter rathen dann allein über die Postulate; die Bürger müssen anerkennen, was die Standesherren beschlossen; sie müssen ohne Widerspruch thaten, was jene allein rathen! Dieses vorausgeschickt, können wir unser Bedrmden nicht verhehlen, daß die wackern Bürger Wiens sich bewegen ließen, ihre selbstlegene Adresse „an die hochlöblichen Stände des Erzherzogthums Oesterreich unter der Ens" zu richten, an jene Stände, unter denen sie eine so unlöbliche Stellung einnehmen, daß der Gedanke an sie ihnen das Blut in das Antlitz jagen muß. Die Adressteller sagen selbst, daß die Elemente der Industrie, des Ackerbaus, des Handels u. der Intelligenz in der gegenwärtigen ständischen Verfassung gar nicht oder nur unvollkommen — wir meinen nicht anders als zu Schimpf und Spott — vertreten sind und pochen doch zur Zeit der höchsten Noth, zur Zeit der Auferstehung an die Pforten des aristokratischen Ständesaals! Erwartet man den Aufgang des albleidenden Lichtes dort, wo es unterging? Kann, vermag auch das Licht gerade dort wieder hervorzubrechen, wo lange, endlose Nacht über seine Strahlen zusammenschlug? Die Versammlung, auf welche die Prälaten, Herren und Ritter ihre alten Rechte stützen, enthalten auch das bessere Recht der Bürger, um das sie einst durch die Standesherren kamen, und das ihnen jetzt einige aus ihrer Reihe vergeblich wieder zuwenden wollen.

Wir sagen dies bloß im tiefen Schmerz, daß die Bürger im Drange des großen Momente einen falschen Weg einschlugen. Wir werden dies noch anderweitig beweisen können. Die Adressteller sagen mit unbestreitbarem Rechte, daß ihre Forderungen unabweisbar und unaufschiebar erschienen, sie sind überzeugt von der dringenden Nothwendigkeit ihrer Forderungen und richteten sie doch nicht, um jeden Aufschub zu vermeiden, unmittelbar an den Thron und bitten doch die Stände, das, was sie schon ernst berathen und als unabweisbar erkannten, in Berathung zu nehmen und die geeigneten Anträge zu deren baldiger Verwirklichung an den Thron gelangen zu lassen. Damit bewirken sie den Aufschub, den sie für gefährlich erklären; damit stellen die Bürger ihre selbstlegene Ueberzeugung unter das Nichtschrei der gröstlichen und weltlichen Aristokratie, von der sie nicht nur im Ständesaal, sondern auch im sozialen Leben vielfach getrennt sind. Unbezweifelt erhalten durch diesen Schritt die Stände, die in ihrer Mitte wackere, dem Fortschritte, so weit sie können, geneigte Männer zählen, ein Vertrauen, das sie bisher nicht besaßen; unbezweifelt wird ihnen damit ein Halt, ein Anknrgrund im bürgerlichen Leben gegeben und somit die schmale Basis, auf der sie stehen, zur breiteren Grundlage erweitert. Aber wäre dies Alles nicht rascher, nicht im höheren Maße, nicht für das Bürgerthum schöner und würdiger erfolgt, wenn die Bürgerlichen sich auf sich selbst, auf die unermeßliche Grundveste der öffentlichen Meinung gestützt, und das Schiff, das sie allein zimmerten, das sie mit der kostbaren Fracht der Volkswünsche beluden, mit eigener Hand und Ziel geleitet hätten? Konnte die weltliche und geistliche Aristokratie im Ständesaal zurückbleiben, wenn die Bürger außerhalb des Landes, den Glockenschlag der Zeit begreifend, selbständig seinem Weckruf folgten? Man sagt, um diesen Schritt zu rechtfertigen. die Bürger hätten kein Petitionsrecht. Ganz recht; aber ist in diesen Schreckenstagen die politische Rechtlosigkeit ein Hemmschuh oder ein Sporn zur That? Man blicke auf Frankreich, auf Deutschland, und die Antwort liegt in den Ereignissen. Haben übrigens die Oesterreicher kein Petitionsrecht an den Thron, so haben sie noch weniger eins an die Stände. Wir müssen es beklagen, daß die Bürger Wiens ihre Forderungen nicht unmittelbar an den Thron richteten. Abgesehen davon, daß sie dadurch 12 — 14 Tage verloren — die erste Sitzung der Stände war damals für den 22. März festgesetzt, die Adresse aber ist vom 9.; — abgesehen, daß die Bürger den Standesherren das Recht einräumten, ihre Forderungen auf die ständischen Wagschalen zu legen und zu verminderen, so zeigen sich noch andere Nachtheile dieser Hingebung. Die Metternich'sche Politik hat keinen Respekt vor den Ständeversammlungen. Wie lange ist's her, daß man den n. ö. Ständen ihr Landbaud verbot, als sie darin die alten, ihre Rechte enthaltenden Urkunden aus den Archiven holen und studiren wollten? Wie lange ist's her, daß man die böhmische Verfassung beinahe ganz über den Haufen rannte, weil die Stände einen Steuerumehebetrag nicht ohne Aufschub über seine Verwendung bewilligen wollten? Verwiegerte man nicht den n. ö. und böhmischen Ständen ihr unbestreitbares, verbrieftes Recht, ihre Bitten und Vorstellungen den Monarchen selbst kundzugeben? Wie oft hatte seit dem Jahre 1839 die Oppesition der ungleich mehr begünstigten ungarischen Stände die Majorität, ohne daß man sich in Wien an ihre Beschlüsse irgendwie band? Und an diese ohnmächtigen Stände knüpften die muthigen, aber übelberathenen Bürger ihre hochwichtige Petition! Sie hatten die Einschüchterheit, unter sich zu sagen, die Unterthanen begannen schon, sich zu Staatsbürgern zu erheben, aber ein unglücklicher Gedanke läßt sie auf die volle Frucht des erwachenden Selbstbewußtseins verzichten und ihre hochwichtigen Forderungen dem Urtheile der Stände unterwerfen, deren Ausschuß, wie die Adressteller wohl nicht wußten, bloß Petitionen für Befreiung der Presse und Zuziehung der 4. Standes zu den ständischen Berathungen vorbereiteten, somit viel weniger anstrebten, als die Bürgerlichen in ihrer eigenen Adresse. Wie wünschen, daß man in den übrigen Städten der Monarchie, besonders in den Hauptstädten der Provinzen das schöne Beispiel der Wiener in Entfaltung der Forderungen der Bürger ohne Verzug nachahme, wir rathen aber dringend, die Beschlüsse der Bürger in ihrer Thatkraft nicht zu lähmen, in ihrer Selbstständigkeit nicht zu verkürzen. Man soll die Beschlüsse der Bürger nicht durch die Ständesäle an den Thron bringen, nicht der Censur der Prälaten unterwerfen,

Digitized by Google

die bis jetzt für den Fortschritt kein Lebenszeichen gaben; man soll ohne Herren und Ritter vollenden, was der sittliche Bürger zur Rettung des Vaterlandes unternommen. Bürgermuthig und bürgerstolz soll man die erwählte Bahn des Fortschritts betreten. Folgen die Standesherren den Bürgern, so können sie am gemeinsamen Ziel ein Bundesfest feiern; wollen die hohen Herren zurückbleiben, so soll es dem Bürger nicht schaden. Durch gleichzeitiges selbständiges Wirken von Seite der Bürgerlichen und Adeligen kommt Wetterfer, Bewußtsein und zehnfache Kraft in das staatsbürgerliche Streben. Für das selbständige Auftreten des Bürgers streitet noch ein höherer Grund. Der Bürgerliche in Oesterreich steht in diesen verhängnißvollen Tagen unbefangener, kräftiger, ungebundener als der Adelige; er vermag trotz seiner politischen Rechtlosigkeit mehr zu wirken als die berechtigten Standesherren. Zwischen dem Bürgerstande und der überwiegenden agrarischen Bevölkerung in Oesterreich gähnt nämlich keine unermeßliche Kluft, trennt kein Herrschaftsrecht, kein Anspruch auf Frohndienste, Zehnten u. s. w., gährt kein tiefunnerster Groll, keine unversöhnliche Feindschaft zwitterträgtiger Verhältnisse, welche bisher die Ständeversammlungen beständig in Athem erhielten und in der Ausübung ihrer Pflichten lähmen. Dies ist ein unermeßlicher Vortheil für den Bürger, dies beruft ihn zum Vermittler in drangvoller Zeit, gibt ihm die Kraft zur unerschrockensten Intervention zwischen Volk und Thron, zwischen einer Anzahl Standesherren und vielen Millionen von rechtlosen Staatsbürgern. Wenn erst die Bürgerlichen in Oesterreich die Vortheile, die Macht dieser Stellung erkannt haben, dann werden sie einen kräftigen Anstoß haben, dann werden sie durch selbstständiges, an krinn Wappen, an keinen Krummstab gelehntes Handeln, die Schöpfung eines zeitgemäßen freien Staats- und Bürgerlebens hervorrufen, das dem Bauer wie dem Edelmann frommt, das seine wiederbelebende Gewalt siegenkräftig bewähren wird. Kettet der Bürger aber seine freie treue Ueberzeugung, seinen guten Rechtsanspruch an die Censur, an die Protektion der Standesherren, wirft sich das frischaufkeimende politische Leben dem abgestorbenen in die Arme, dann bleibt die alte Nacht ungelichtet, dann erhält sein Streben keine Krone, und unaufhaltsam naht das Verderben für Alle. Der Bürgerliche in Oesterreich soll sein Gewicht, soll seinen Werth richtig schätzen. Ueberall in der civilisirten Welt entscheidet das Gewicht, das Ansehen des dritten Standes; er gibt die Parole des Tages, seine Stimme entscheidet im Völkerleben, beherrscht die Sturmfluthen der gährenden Zeit. In Oesterreich heißt der dritte Stand der vierte Stand; der Bürger steht um eine Stufe tiefer in der politischen Rangliste der Staatsbürger, als sonstwo. Er begreife seine Sendung, seine heiligen Pflichten, und Prälaten, Herren und Ritter werden auch in Oesterreich, die Unthätigkeit mittelalterlicher Rangstufen einsehend, den Panieren, den Strömungen der Bürger folgen müssen. Frank, frei, selbständig wandle der Oesterr. Bürgerstand die Bahn des Fortschritts; er wird sich und alle Staatsgenossen an's Ziel bringen und ein neues Mercurerolk über Oesterreich heraufführen. Wollte er ohne adeliges Protektorat nicht wirken, wollte er als blinder Passagier auf das matte Roß des Standesherrn reiten, um nur mit ihm den Weg zu machen, so würde der Klepper seinen Lauf in die Hofkanzlei nehmen und dort beide zum Amusement der hohen Bureaukraten auf den Boden setzen. Es ist schon geschehen *). Daß es nicht wieder geschehe, Ihr wackeren Bürger in Oesterreich, müßt Ihr selbständig auftreten. Prälaten, Herren und Ritter mögen zum gleichen Ziele ihren eigenen Weg gehen. Sie sind Nichts ohne Euch, Ihr seid Nichts mit Ihnen, aber allein werdet Ihr unabweisbar sein.

### Niederland.

Die liberalen Blätter sind über die Unbeweutendheit der Reformvorschläge äußerst aufgebracht. Die Amheimer Zeitung ergeht sich in Betrachtungen darüber, wie die meisten gewaltsamen Umwälzungen Folge der Teufelsgkeit der Fürsten gewesen. Ludwig Philipp hatte den Thron unter der Bedingung und dem Versprechen erhalten, denselben mit republikanischen Einrichtungen zu umgeben — er hielt es nicht. Seine Regierung sollte eine nicht drückende und billige sein — sie war eine theuere. Als Bürgerkönig war er ausgerufen, und er um gab den Thron mit unnützen Hofchargen, Sinekuren, feudalem Räthwerk. Darum verstieß man nicht bloß den Monarchen, sondern die Monarchie selbst. „Seht zu", rief das bewaffnete Volk Morrast zu, „seht zu, daß wir nicht noch einmal betrogen werden." Und sind dem deutschen Volke, dessen Haltung man jetzt in Holland bewundert, nicht auch Verheißungen gemacht worden? Auf die Fahnen des Kriegszuges gegen Napoleon ward allein die konstitutionelle Regierungsform geschrieben, und wie erfüllten vorenthielt Oesterreich und Preußen dieses Versprechen? Was that der König beider Sicilien mit der von ihm beschworenen Sicilianischen Konstitution? Darf man sich wundern, wenn die Völker am Ende die Geduld verlieren und Fürstenwortern keinen Glauben mehr schenken wollen? Wahrlich, die republikanische Regierungsform liegt nicht in den Wünschen der Mehrheit; nirgends in Europa. Aber man will wahrhaft liberale Institutionen, konstitutionelle Bürgschaften und Erleichterung von drückenden Lasten.

### Italien.

† Neapel, 7. März. Das neue Ministerium ist gebildet und wie folgt zusammengesetzt: der Herzog de Serra capriola Ministerpräsident, Baron C. Bonanni kirchliche Angelegenheiten, Fürst Dentice Finanzen, Fürst Torella Akerbau und Handel, Cav. G. B. Vogzelli des Innern, Fürst Cariati auswärtige Angelegenheiten, Oberst B. degli Uberti Krieg und Marine, J. Savarese öffentliche Arbeiten, C. Poerio, bisheriger Polizeidirektor, öffentlicher Unterricht, Aurelio Saliceti, Gnade und Justiz. Die ersteren 5 Namen sind aus dem alten Ministerium, nur die letzteren 5 sind neu. Der König hatte gestern die alten Minister zu sich berufen und ihnen erklärt, es sei ihm unmöglich ein neues Ministerium zu bilden, weßhalb er sie nicht entlassen könne. Mit Ausnahme des Kriegsministers Garzia, der wegen Gesundheitsrücksichten jedenfalls austreten wollte, sind nun die übrigen wieder geblieben, jedoch unter der Bedingung, daß der König die Zahl der Minister und somit den Kreis der Rathgeber zu leichterer Lösung schwerer Fragen vermehre. Der bisherige Polizeipräfekt J. Tofano ist an Poerio's Stelle zum Polizeidirektor und an seine Stelle Kaff. Conforti (bisheriger Prokurator am Kriminalgericht) zum Polizeipräfecten ernannt. Gestern Morgen kam auf einem französischen Dampfschiffe Mehemed Ali hier an. Er wurde von den Forts und den fremden Kriegsschiffen mit den üblichen Salven begrüßt und sodann am Borde seines Schiffes von Ibrahim Pascha, Prinz Louis, Admiral Parker u. s. w. empfangen, worauf er nach der Stadt ihn schon seit mehreren Tagen gemietheten Privatwohnung fuhr. Die Nachrichten von den großen Ereignissen in Frankreich, die gestern hier eintrafen, wurden hier ruhiger hingenommen als man fürchtete. Die öffentliche Ruhe wurde keinen Augenblick gestört, doch hatte man die Wachtposten verdoppelt, die Truppen in ihre Quartiere kranfagnier und Patrouillen durchgingen die Stadt. Das Generalkomité in Palermo hat das Parlamentar auf den 25. März einberufen. Gestern Abend spät hielt der König noch Ministerrath, worauf heute in aller Frühe ein Dampfschiff nach Messina abging. Man vermuthet, es bringe dem Kommandanten der Citadelle Befehl, sich zu ergeben. Die Messinesee hatten ihre Angriffe auf diese Festung Tag und Nacht fortgesetzt und bereits eine bedeutende Bresche geschossen; am 5. sollte sodann ein Hauptsturm unternommen werden.

Nachschrift. Immer mehr Wahrscheinlichkeit gewinnt die Ausgleichung mit Sicilien. Zu dem gestrigen Ministerrath waren alle hier anwesenden Notabilitäten Siciliens beigezogen. Man sagt, Admiral Ruggiero Settimo, gegenwärtig Präsident des Generalkomités in Palermo, werde Vicekönig, die andern 4 Mitglieder des Komités Minister mit Portefeuille. Die noch obschwebenden Fragen sollen durch die beiden Parlamente entschieden werden. Der Kommentar G. Sovazzo ist bereits zum Minister für die sicilianischen Angelegenheiten ernannt; dagegen hat der Polizeipräfekt Conforti seine Entlassung eingereicht. — Die englischen und französischen Kriegsschiffe haben uns plötzlich verlassen.

*) Vom 9. März datiren die Forderungen der Bürger, vom 10. die Hofentschließung, daß der Kaiser die bestehenden Institutionen des Staates schützen werde.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr. Ewer u. Comp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Griechenland können Bestellungen bei den Herren Firmen Strassburg, 20 Brandgasse, Basel, 23, Aux Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Pränumerando-Zahlung beträgt bei Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Ausgängen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 81. Heidelberg, Dienstag 21. März. 1848.

Mit dem 1. April beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement auf die **Deutsche Zeitung**. Der Preis für die Monate April, Mai und Juni ist bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg 2 fl. 30 kr.; im Umfang des Großherzogthums Baden durch die Post bezogen 3 fl. 6½ kr., wozu auswärts noch der Postaufschlag kömmt.

Die Politik und die Verfassung für Deutschland, welche die Deutsche Zeitung von ihrer Entstehung an aufgestellt und verfochten, haben durch die Ereignisse Geltung erlangt. Die große Zahl tüchtiger Mitarbeiter, welche an dem Blatte mitwirken, setzt uns in den Stand, über die Ereignisse in allen Theilen Deutschlands und im Auslande zuverlässige Berichte schnell mitzutheilen und rascher Urtheil über den Gang der Entwicklung und das, was dem Vaterlande frommt, mit den Ereignissen gleichen Schritt gehen zu lassen.

Die Verhandlungen der **badischen Kammer**, welche in diesen Monaten durch die Berathungen der Gesetzentwürfe für die Sicherung der Volksfreiheit besondere Wichtigkeit erlangen, werden wir aus den unmittelbarsten und zuverlässigsten Quellen mittheilen.

## Uebersicht.

Die deutschen Reformen. — Wien (die österr. Verfassung proklamirt. Aufhebung der Censur. Die einleitenden Vorgänge der Wiener Revolution. Errichtung einer Nationalgarde. Bewaffnung der Studenten. Oeffentliche Proklamation. Zusammenberufung der deutschen, slavischen und italienischen Stände. Einzelnes über die Vorfälle vom 14. Gerücht von Metternich's Flucht). Berlin (die Vorgänge d. 16. März. Die Staatsverordneten sprechen sich gegen fehlende Bürgerwehr aus. Reformagitation. Besammlung der Notbs der Stadt, des Kommandanten und des Ministers des Innern). Magdeburg (Ruhestörungen). Von Westfalen (allgemeine Versammlung in Königsberg zur Berathung einer Adresse). Weitere (Dr. Dronke entlassen). München (Sola Montez des Jungfrauen für verlustig und vogelfrei erklärt. Kandidatenwahlen zu den Präsidentschaften der Kammer). Stuttgart (Berreitgung des Militärs auf die Verfassung. Die Kammern. Der Verkauf. Aufruf des neuen Ministeriums. Der Landtag auf d. 20. d. nicht einberufen. Leipzig (Verhaftung. Unruhen in Dresden). Göttingen (Studentenanzug. Erklärung der Studenten. Die Hildesheimer Deputation. Mißt. Verstärkung nach Hildesheim). Braunschweig (Verordnung über ein Vorparlament und Landesvertretung der Landtage). Kurhessische (Unmeldebefehl). Offenburg (Beschlüsse der Volksversammlung). Marburg (Jordan und Hildebrand rehabilitirt. Eberhard wirklicher Ministerrath; Bippermann Ministerialrath. Neue Zeitung). Rostock (unbefriedigende Antwort auf die Rostocker Anfrage).

**Großbritannien.** Demonstration des Volkes zu Gunsten der Regierung und gegen die Nationalgarde. Steuerzuschlag und Verlängerung der Verfassung der Irländischen Schöpfkreuz. Falsche Nachricht vom Falle Rothschilds. Wahlmanifest der Regierung.

**Italien.** Rom. Ein neues Ministerium. Neapel. Kundmachung der für Sicilien getroffenen Verfügungen.

**Nachschrift** Breslau. Abermals Bürgerblut geflossen. Fürbin Metternich angekommen. Köln. Comphausen zur Bildung eines Ministeriums nach Berlin berufen.

**Handel.** Frankfurt. Börsenbericht.

**Beilage.** Innsbruck (Eintreffen der franz. Umwälzung. Die neue Zeit und das alte System). Breslau (Adresse. Schutzpflichtig der Bürger gegen militärische und polizeiliche Gewalt. Bankerotte. Rüstungen.) Elbing (die Adresse.) Minden (die Adresse der Bürger an die Stände-versammlung). Tübingen (die Bewegung in den unteren Gauen Deutschlands). Meiningen (die herzogl. Bewilligungen. Bürgergarde. Unruhen im Unterlande). Coburg (die Bauernunruhen im Baierischen. Forderungen der Landleute im Koburgischen). Dessau (Deputation aus Zerbst bei dem Herzog). Gotha (Bekanntmachung wegen einer neuen Landesverfassung). Bremen (Eintretung einer Deputation). **Schweiz.** Bern (die Neuenburger Frage. Mehrere Kantone wegen Neuenburg aufs Pikt gestellt. Die Bundesrecursion.) Niederland. Amsterdam (Ministerliste. Haag (die Ministerliste. Die Generalstaaten). **Frankreich.** Strasburg (die Finanzlage Frankreichs). **Polen.** Journalistischer Tagesbefehl über die Pariser Revolution. Emissäre.

### Heidelberg, 21. März.

Wir haben in der Deutschen Zeitung, immer die Ansicht verfochten, daß in diesem hochcivilisirten, auch für politische Bildung langsam gereiften Volke eine blutige Erschütterung nicht nöthig sei, um ihm die staatlichen Gestaltungen zu schaffen, unter denen es zu dem Besitze von Freiheit und Macht gelangen werde. Bei der verhältnißmäßig großen Gleichartigkeit der Bildungsstufe der Nation schien uns ein gleichmäßiger Ausbruch der öffentlichen Meinung in irgend einer Zeit des moralischen Aufschwunges, wie wir sie jetzt erlebt haben, möglich, wahrscheinlich und alsdann hinreichend, um auch ohne Gewalt den jedesmaligen Standpunkt zu erreichen, dem sich die Nation gewachsen fühlte. Was jüngst geschehen, hat unsere Ansicht auf eine so schlagende Weise gerechtfertigt, daß wir selber sogar unsere kühnsten Hoffnungen noch überflügelt sehen. Es bestätigt sich, daß die Ordnung der Dinge in Oesterreich gebrochen ist; sie ist auch in Preußen nicht mehr haltbar; und so hat die Reform in drei bis vier Wochen einen Siegeszug durch ein Volk von vierzig Millionen gemacht, wie nie etwas Aehnliches in der Geschichte erlebt worden ist. Denn was sind drei Tage eines kriegerischen Erfolges in einer Hauptstadt von einer Million Menschen, wo das Regiment den Zügel verloren hat, in einem Lande, wo das Volk den Ton der Hauptstadt immer nachzufingen pflegte, gegen diesen unblutigen Triumph des Geistes in dreißig bis vierzig Staaten, wo nicht Eine Form und Ein Geist der Regierung, sondern 30—40 ganz verschiedene Elemente von Menschen und Zuständen zu überwinden waren, und wo trotz dreißig Abweichungen der Stammstitte und der herkömmlichen staatlichen Isolirung der Eine Volksgeist Herr geworden ist über allen Partikularismus und den kleinen Kranz von Forderungen überall durchgeführt hat, zu denen Bedürfniß, Einsicht und Ehrgefühl das deutsche Volk reif und fähig gemacht.

Die Alten pflegten bei zu großem Glücke die Scheu vor der Gottheit und die Mäßigung im Gebrauch des Glückes in sich aufzurufen, um nicht den Neid der Götter zu reizen und dem Unheil die Bahn zu bereiten. Thun wir auch so; es ist Nichts menschlicher als dieser Zug. Mögen wir unserer guten Natur, dem Bürgen unseres guten Glückes, vertrauen, aber Nichts verstummen, was uns nach Rechts und Links über unsere Laufbahn aufklären und auf dem gerade Wege halten kann. Wir müssen mehr und mehr zu einer bestimmten politischen Ueberzeugung kommen und uns dann mit entschiedenen Entschlüssen ausrüsten, mit aller Kraft auch bei ihr ausharren. In dieser Ueberzeugung das Maß zu halten, dem die Nation in möglichster Vollzahl zustimmen wird, in ihr die Energie zu bewähren, die sie gegen die kleinen Fraktionen, die nach Rechts und Links ausschweifen oder zurückbleiben wollen, schützen und befestigen wird, das ist die Aufgabe, die zu lösen nicht schwer ist, sobald der große Körper der Nation nicht in Schlaffheit zurückfallen, nicht blind dem ersten vollklingen Wahnlaut zufallen will.

Die Ueberzeugung, zu der wir zu stehen mahnen, ist die, daß uns zu unserer Erhaltung und Kräftigung Nichts taugt als die konstitutionelle Staatsform in konsequenter Durchführung in jedem einzelnen Lande und für das Ganze. Weit entfernt, daß wir diese Staatsform schon überwunden glauben könnten, zeigen sich mitten in dem großen Zuge unserer reformistischen Eroberungen die Stellen, wo entschiedene Antipathien ihr, nicht zu Gunsten der Republik, sondern der Absolutie entgegenarbeiten. Man hat gesehen, wie das alte System in Oesterreich noch ein Mal seine Stirne zeigte und, nachdem es in Italien gescheitert, an der Schweiz abgeprallt war, noch an dem kleinen Würtemberg versuchen wollte, was es in Deutschland vermöchte. Man sieht die preußische Harmonikigkeit, die Sachsen mit Invasionen bedroht, immer sich sträubend gegen die neue Ordnung der Dinge, gegen die es sich eine abgesonderte Art von Politik und Verfassung in die Wage zu legen vermessen hatte. Man sieht in Baiern an dem Wiedererscheinen der Lola Montez, an der verzögerten Bildung eines entschiedenen Ministeriums, wie schwer einem älteren Fürsten der Uebergang zu einem volksfinnigen Regimente wird, der Stellen und Aemter des Staates wie Gnaden zu vergeben gewöhnt worden war, den seine ministeriellen Bedienten in den Traum der

Digitized by Google

Allmilitär gegankelt hatten. Man hat in Kurhessen erlebt, die die frühere Lehre der dreißiger Jahre nicht getrübet hatte, daß nach einer Saat von Erbitterung und Volksschande man noch immer bis zum letzten Momente zu rüsten brauche, in der Hoffnung, noch ein Mal die deutsche Gutmüthigkeit und Ehrlosigkeit ernten und von ihr Frucht ziehen zu können. Noch ist Hannover übrig. Wir hoffen, daß Hannoverland nicht hinter Oesterreich zurückbleiben will. Ist in diesem Lande in elf Jahren der verletzte Rechtszustand so ganz vergessen worden, daß unter den kleinen bisherigen Regungen die Herstellung der gestürzten Verfassung nicht einmal mit Namen genannt worden ist? Diese Söhne ist der alte Fürst dem Lande schuldig, selbst wenn man sich nicht bei jener Verfassung zufriedengestellt wollte. Wir erwarten aber mehr von Hannover. Wir erwarten, daß es in keinem Partikelchen der Forderungen zurückbleibe, die das Loosvort unserer politischen Reformation geworden sind. Zu der friedlichen Bewegung, zu der energischen Agitation aufzurufen, die wir überall in Deutschland haben zum Ziel dringen sehen, heißt jetzt nicht Rebellion predigen, sondern vermeiden. Weil man in Kassel solange zögerte, darum lagerten in Hanau die Freischaaren, die zu einer Waffenentscheidung drängten. Sollen wir diese Scenen an der hannoverschen Grenze wieder erleben? Will man es auf das Spiel hin wagen, ob diese Waffenlager immer so friedlich und ruhig auseinandergehen werden? Oder glaubt man in Hannover, man werde es in Deutschland auf die Länge andern, daß ein einziges Land sich allein großen gemeinsamen Gangen entziehe? Daß es von Einem Fürsten abhängen könne, sich der deutschen Bundesreform zu entschlagen? Und will man endlich in Hannover allein das traurige Vorrecht haben, sich nicht selbst geholfen zu haben?

Zur Durchführung der gemäßigten Ziele, auf die wir steuern, rufen wir die ganze Kraft und Entschiedenheit der Nation auf, um nach dieser Einen Seite des Absolutismus hin endlich die Flanke frei zu haben, um nun nach der andern Seite hin in voller Rüstung stehen zu können, die jetzt die weit gefährlichere ist. Darum kommt nun Alles darauf an, daß auch in Beziehung auf die Bundesreform Alles einträchtig und energisch zusammengehe. Auch von dieser Seite, das verhehle man sich nicht, drohen uns Hemmungen, die zu überwinden die ganze bisherige Energie der Nation andauernd nöthig sein wird. Man hat gesehen, daß in Kurhessen und Hannover die Charaktere, die aus ihren Prinzipien am wenigsten Hehl hatten, diesen Reformpunkt als den empfindlichsten verschoben oder ablehnten. In München stockt der bis dahin erfolgreiche Umzug des nassauischen Abgesandten; schon kommen uns dorther Nachrichten zu, nach denen man, dem schleppenden Gang der Verhandlungen gegenüber, es scheint sogar unter dem Adel ein demokratisches Parlament mit allen revolutionären Folgen in Aussicht nimmt, sei es, um die Regierungen zu einer monarchischen Bundesreform anzureden, sei es, im Falle des Mißlingens, mit der Demokratie im Ernst und in der That vorzudringen. Unter diesen Umständen schreit es uns von Preußen einer der herkömmlichen, auf ganzlichem Verkennen selbst bieser so deutlich sprechenden Zeit beruhenden Fehler gewesen zu sein, einen Kongreß mit Oesterreich nach Dresden zur Berathung dieser Angelegenheit anzuzuschreiben. Nach Dresden, wo eben dieser Widerstand gegen die Volksbewegung versucht ward! Mit Oesterreich, das eben sein Systembekenntniß in bloßer Gedankenlosigkeit neu hergesagt hatte! Von Preußen aus, das Nichts gethan hatte, um seinem Entgegenkommen gegen Deutschland Vertrauen zu erwecken! Ein geheimer Fürsten- und Ministerkongreß in dieser offensten Volkssache, die Deutschland je bewegt hat! Man dürfte sich nicht wundern, wenn gegen einen solchen Versuch, bei den geringsten Mißhelligkeiten, die in irgend einem Winkel von Deutschland aufsauchten und Mißtrauen erregten, der Gegenschlag ein konstituirender Volksparlament gelten machte. Wie wir hören, so haben mehrere süddeutsche Fürsten das Erscheinen auf dem Dresdner Kongreffe abgelehnt, der durch die neuesten Vorgänge in Wien, und die die in Berlin folgen werden, ohnehin gestört sein wird. Es ist das Beste was sie thun konnten; etwas definitives konnten sie ohnehin dort nicht abschließen wollen; die deutschen Ständeversammlungen werden es jetzt durchzusetzen wissen, daß ohne ihre Zustimmung über Deutschlands Vertretung und Verfassung Nichts festgesetzt wird. Dies sind nicht Zeiten für Laibacher Kongresse. Dies sind nicht Zeiten, dies sind nicht Dinge, die das Dunkel der Kabinette ertragen. Möge der König von Preußen den großen Entschluß fassen, nach Frankfurt zu kommen, derthin seine Bundesgenossen oder ihre vollmächtigen Abgesandten zu berufen, im Angesichte der Nation von dieser ihre Wünsche hinnehmen, sie im Schooße der Bundesbehörde rasch zu berathen und das Fundament des großen Baues zu legen, zu dem sich, wie auf jenen Amphionischen Klang der Harmonie und Einmuth hin, die Werkſteine in gegen Lande drängen.

Die Männer aber von dem Vertrauen, wie der Fürst Leiningen, sollen doch so bald sie können den Fürsten Deutschlands zurufen, in diesem Werke den Bundesreform nichts Obskures, nichts Halbes darzubieten! Das ist ja keine Konzession, die sie den Völkern zu machen haben, es ist ein Werk, das ihre eigne Sicherheit und Stärke ebenfosehr erheischt, wie die der Völker. Und ehe man ein erstes Programm, einen ersten Wink über die Absichten der Höfe in Bezug auf dieses Schlußwerk unserer Reform laut werden läßt, überdenke man um Alles diese Eine Betrachtung: Man kann einem Volke von vierzig Millionen nicht eine Verfassung geben, die ein Schein wäre, die keine wahren und großen Rechte besäße, Rechte, die greifbar sind, ein Stolz der Nation zu werden. Das Spottwort mit den kleinen Verfassungen kleiner Länder blieb doch wenigstens im Dunkel der Unbekanntheit vor der großen Welt; die offenen Anstrengungen einer mächtigen und großen Nation würden ihrer nicht ungestraft spotten lassen: es wäre das mehr, als man selbst einer deutschen Gedult bieten dürfte. Man schaffe auf einem trügerischen Grunde und mit mehrlichen Hintergedanken eine Scheinrepräsentation, wie die territorialen Konstitutionen bisher waren, man versuche, die Illusion später zu nutzen, man fördere für den Moment, um nachher auf die Dauer zu hemmen, man prostituire so die Nation vor sich selbst und dem Auslande, und man wird vielleicht noch einmal, wenn's hoch kommt, achtzehn Jahre gewonnen haben. Wenn aber dann wieder eine Bewegung wie diese durch die Welt fährt — und diese Bewegungen bleiben nie ganz aus — dann wird man nicht allein das illusorische Werk, das man gebaut hätte, besonders die Erbauer selbst in die Luft springen sehen. Und dann wird keine Deutsche Zeitung mehr für Monarchien und Konstitutionen kämpfen.

**Oesterreich.** Wir entnehmen der „Prager Zeitung“ folgende telegraphische Nachricht: Die Konstitution für alle Provinzen ist proklamirt. Wien ist im Jubel. Am 15. März 1848. Rudolf Graf Stadion.

Kundmachung. Nach einer soeben an mich gelangten telegraphischen Nachricht haben Se. k. k. Majestät die Aufhebung der Censur und baldige Veröffentlichung eines Preßgesetzes, ferner die Einberufung der Herren Stände der deutschen und slavischen Reiche und der Centralkongregation des lombardisch-venetianischen Königreichs beschlossen. Diese im öffentlichen Interesse liegende Mittheilung beeile ich mich hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit dem Bemerken zu bringen, daß die näheren Bestimmungen mir in kurzer Zeit zugeschickt sind. Vom k. k. böhm. Landespräsidium. Rudolf Graf Stadion.

Wien, 15. März. Die hiesigen Blätter theilen folgendes Kabinetsschreiben des Kaisers an den Oberthkanzler mit: Ich habe die Errichtung einer Nationalgarde zur Aufrechthaltung der gesetzmäßigen Ruhe und Ordnung der Residenz und zum Schutze der Personen und des Eigenthums, und zwar unter den Garantien, welche sowohl der Besitz als die Intelligenz dem Staate darbieten, genehmigt und gleichzeitig Meinen Oberstjägermeister und Feldmarschalleutenant, Ernest Grafen v. Hoyos, zum Befehlshaber der Nationalgarde, zu deren Organisirung sogleich die nöthigen Einleitungen zu treffen sind, ernannt. Ich erwarte von der Treue und Ergebenheit Meiner Unterthanen, daß sie dem ihnen hierdurch bewiesenen Vertrauen entsprechen werden. Wien, am 14. März 1848. Ferdinand.

Im Laufe des gestrigen Tages sind hier nachstehende Bekanntmachungen erschienen:

I. Die gegenwärtigen Ereignisse berühren das Wohl des Staats ebenso wie der Stadt Wien, sie bedürfen einer besonnenen Entwicklung, und es ist daher im Interesse der Gesammtheit und der Einzelnen von höchster Wichtigkeit, daß Ruhe, Ordnung und Sicherheit bewahrt werden. Dies fordert das allgemeine Beste, dies fordert die Ehre der wackeren und patriotischen Bewohner Wiens. Zu diesem Behufe hat Se. kaiserl. Maj. bereits die Bewaffnung der Studirenden allergnädigst zu gestatten und die Erwartung auszusprechen gerubt, daß alle Bürger durch Einreihung in die Bürgerkorps diese möglichst verstärken und zur Erhaltung der Ruhe kräftig mitwirken

Digitized by Google

werden. Diese Maßregeln, diese heilsamen Bestrebungen der Studirenden und der Bürgerschaft müssen aber auch von allen übrigen Bewohnern Wiens thätigst unterstützt werden. Es werden daher alle Haus- und Familienväter, alle Inhaber von Fabriken und Werkstätten aufgefordert, ihre Angehörigen und Untergebenen, insofern sie nicht zur regelmäßig bewaffneten Einwohnerschaft gehören, zu Hause zu halten, um die Menschenmenge auf den Straßen nicht zu vermehren, wodurch die wünschenswerthe Gestaltung der Dinge gehindert oder doch vielleicht verzögert werden könnte. Die Behörden und die achtbare Bewohnerschaft Wiens werden keine Anstrengungen scheuen; sie rechnen auf das gemeinnützige Zusammenwirken Aller. Wien, 14. März 1848. Johann Talatzko Freiherr v. Gestieticz, kaiserl. niederösterr. Regierungspräsident.

11. Mai. Der Kaiser haben die Bewegung des gestrigen Tages durch Gewährung einiger Ihnen vorgebrachten Bitten, in der festen Hoffnung und im Vertrauen auf die Ihm von den Ständen, den Mitbürgern und dem akademischen Senate gegebene Versicherung zu gewähren geruht, daß dadurch die Ruhe und Ordnung ohne weitere Anwendung der Waffengewalt hergestellt werden wird. Heute werden abermals Bitten gestellt und die nämlichen Zusicherungen wiederholt, obgleich die Dinge sich noch hinreichender gestalten als gestern. Die Festigkeit des Thrones wäre erschüttert, wollten Sich Se. Maj. abermals täuschenden Hoffnungen hingeben. Die zeitgemäßen Einrichtungen, welche Se. Maj. sodann in Ueberlegung nehmen lassen, können während des Zustandes der Aufregung unmöglich berathen werden, noch weniger in's Leben treten, es liegt daher im Interesse der Bittenden selbst, sich ruhig zu verhalten und dadurch den Zeitpunkt möglicher Gewährung herbeizuführen. Fest entschlossen, die Würde Ihres Thrones nicht zu gefährden, haben Se. Maj. die Wiederherstellung und Erhaltung der Ruhe und Ordnung dem Feldmarschalllieutenant Alfred Fürsten von Windischgrätz zu übertragen und demselben alle Civil- und Militärbehörden untergeordnet gesetzt, mit gleichzeitiger Uebertragung aller zu diesem Zwecke nothwendigen Vollmachten. Se. Maj. erwarten von der stets bewährten Treue und Anhänglichkeit der gesammten Bürgerschaft, daß sie, vereint mit Ihren tapfern Truppen, die Bestrebungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe mit allen ihren Kräften unterstützen werden. Wien, am 14. März 1848. Johann Talatzko Freiherr von Gestieticz, Kaiserl. niederösterr. Regierungspräsident. (Schluß folgt.)

III. K. K. apostolische Majestät haben die Aufhebung der Censur und die alsbaldige Veröffentlichung eines Preßgesetzes allergnädigst zu bestätigen geruht. Wien, am 14. März 1848. Johann Talatzko Frhr. v. Gestieticz, Kaiserl. niederösterreich. Regierungs-Präsident.

Ein fernerer Kaiserl. Erlaß lautet, wie folgt: „In Erwägung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse haben Wir beschlossen, die Stände Unserer deutschen und slavischen Reiche, so wie die Central-Congregationen Unseres lombardisch-venetianischen Königreichs, durch Abgeordnete in der Absicht um Unseren Thron zu versammeln, Uns in legislativen und administrativen Fragen deren Berathung zu versichern. Zu diesem Ende treffen Wir die nöthigen Anordnungen, daß diese Vereinigung, wo nicht früher, am 3. Juli l. J. stattfinden könne. Wien, am 14. März 1848. Ferdinand m. p.

Der Oesterr. Beob. macht zu allen den Umwälzungen die folgende tiefsinnige Bemerkung: „Durch eine Bewegung in den Gemüthern der Einwohner Wiens ist eine Veränderung in der Verwaltung dieses Landes herbeigeführt, welche in dem naturgemäßen Gange der europäischen Länder zu liegen scheint."

Wien, 15. März. Der Allg. Z. wird geschrieben: Die Bildung der Nationalgarde schreitet unglaublich rasch fort; Wien zählt augenblicklich gewiß 25,000 Bewaffnete. Die Wahl des Fürsten Windisch-Grätz zum Stadtkommandanten erscheint nicht den allgemeinen Wünschen, und sein Reich endigte in Einer Nacht; er ist durch den beliebten Fürsten Karl Liechtenstein ersetzt.

Wien, 15. März. Der Brel. Z. wird geschrieben: Heute sind die Stände einberufen, leider erst zum 3. Juli. Aber das Land ist groß und Galizien und die Lombardei weit entfernt. Bei all dem ist das Volk mit dem langen Termin nicht zufrieden. Jetzt eben fährt der Kaiser mit seinem Bruder Franz und dessen ältestem Sohn ohne Begleitung in der Stadt umher. — Ungeheurer Jubel, wir erhalten also eine vollständige Konstitution und Erzherzog Franz ist Mitregent, so heißt es jetzt allgemein. — 3 Uhr. In Aggersdorf, Mödling, Hütteldorf hat man überall gewirthschaftet. Jetzt scheint man des Tumults nach und nach Meister zu werden. Fürst Windischgrätz soll abgedankt haben; der sehr beliebte Fürst Liechtenstein soll an seiner Stelle Kommandirender sein. Erzherzog Stephan ist angekommen und mit Jubel empfangen worden. Gegen 200 ungarische Deputirte und Magnaten treffen eben ein. Alles wird zusammenwirken.

Wien, 14. März. Die Schles. Z. berichtet: Der bewaffnete Volkshaufen zählt bereits 50,000 Köpfe. Man sieht kein Militär mehr auf den Straßen; das Volk hält alle öffentlichen Posten besetzt. Die Erzherzoge Ludwig, Wilhelm und Albrecht haben resignirt und die gestrigen Wünsche des Volkes sind vollständig erfüllt worden. Noch ist aber das Volk nicht befriedigt; es verlangt stürmisch verantwortliche Minister, und will die Waffen nicht eher niederlegen, bevor nicht auch diesem Wunsche willfahrt ist. Eine Resolution der Art ist bis jetzt von der höchsten Stelle noch nicht erfolgt. Ungarn sind in großer Menge hier anwesend, bewaffnet und in Nationaltracht. Ihr Ruf ist: „Wir sind zwar Ungarn, wir handeln sich jedoch jetzt um Oesterreich, ihr haltet euch brav, und deswegen wollen wir euch helfen". Allgemein ertönt der Ruf: „Fort, fort mit den Russen, nur keine Russen mehr!" Die Beschädigungen an fremdem Eigenthum sind im Ganzen nicht von großem Belang. Vollständig verwüstet dagegen ist die Villa des Fürsten Metternich, und an der Hofkanzlei sind die Fenster zertrümmert worden. Die Erstürmung der Arsenale hat nur geringe Beschädigung verursacht. Die von dem Gouvernement aus der Stadt gezogenen Truppen kontoniren und bivouakiren in der nächsten Umgebung und werden bis morgen durch den Zuzug der zunächst liegenden Regimenter wahrscheinlich bis auf 18,000 Mann gebracht werden. Man fürchtet nicht, daß die Regierung mit diesen Truppen irgend Etwas gegen die Stadt zu unternehmen beabsichtigt; man faßt zu den Absichten des Kaisers das beste Zutrauen. Schon im Laufe des morgenden Tages dürfte die bewaffnete Macht der Bürgerschaft sich bis auf 70,000 Mann steigern. Die Ordnung ist überall vollkommen hergestellt; die Sicherheit des Eigenthums keinen Augenblick gefährdet. Zahlreiche Patrouillen von Bürgern und Studenten durchziehen die Stadt. Man sagt, daß der Kaiser sich selbst unter den Schutz des Volks begeben habe. N.-S. Bis jetzt weiß ich sicher, daß sich unter den durch das erste Pelotonfeuer Getödteten auch drei Studenten befinden. Die Zahl der Verwundeten soll größer sein als man glaubt. Ein verwundeter Student wurde mit verbundenem Kopfe auf ein Pferd gesetzt und, wie im Triumph, durch die Straßen geführt. Noch immer ist die innere Stadt von den Truppen abgesperrt.

# Wien, 15. März, Mittags halb zwei Uhr *). Jacta est alea! Was man nie erwartet, nie gefürchtet, es ist eingetroffen und leider in einem Grade, der das Aergste noch befürchten läßt. In der innern Stadt ist die Revolte ausgebrochen und über alle Glacis strömen aus den Vorstädten die Menschenmassen der Stadt zu, während zugleich überall Arjutanten umherspringen, um das Militär in die Stadt zu beordern. Nach einer Aufregung, die bereits mehrere Tage (seit dem ersten Eintreffen der Nachrichten von Paris) dauert, kam der Sturm heute im Ständehaus zum Ausbruche. Bereits um 8 Uhr früh waren das Ständehaus und die nahen Straßen mit einer ungeheuren Menschenmasse umgeben, von denen ein Theil um 9 Uhr in den innern Hof des Ständehauses zog. Der größte Theil der Anwesenden bestand theils aus Studenten, theils aus Menschen der bessren Klasse, und man konnte die im Hof Anwesenden wohl auf 6000 schätzen. Es wurden die Wünsche des Volkes laut ausgesprochen, und ein ungeheurer Jubel erscholl, als der Landmarschall Graf Montecuculi am Fenster erschien und in einer kurzen Rede die Zustimmung der Stände mit den Volkswünschen aussprach. Die Rednerbühne im Hofe war das Dach des Brunnens, und dahin stieg nun Einer und das im Auftrage der Stände die wörtliche Uebersetzung von Kossuths berühmter Rede vom 3. März am ungarischen Landtage ab. Immenser Jubel begleitete jede freisinnige Stelle, welche oft 2 bis 3 Mal abgelesen werden mußte, so daß das Verlesen der Rede fast anderthalb Stunden dauerte. Während dessen wurde vom dem Landmarschall ein Papier in den Hof hinabgeworfen. Der Redner auf dem Brunnen mußte es verlesen, es enthielt das Versprechen, daß die Stände um Vorlage des Budgets und um Einberufung allgemeiner Landstände bitten würden. Ein wüthendes Geschrei folgte dieser Mittheilung, und einer aus der Menge (Studenten Hermann) kletterte, mit diesem Papiere in der Hand, auf den Brunnen; indem er sich an die Menge wandte, sagte er: „Nicht wahr, meine Herren, keiner von uns kann mit dem zufrieden sein", und während ein tausendstimmiges „Nein, Nein"

*) Es ist dies der von unserm Korrespondenten in seinem Schreiben vom 14. März (Nr. 80) erwähnte Brief, der auf Umwegen an uns gelangene sich verspätete. Wir glauben jedoch bei der großen Bedeutung des Wiener Ereignisses auch dieses Schreiben unsern Lesern nicht vorenthalten zu sollen; die weiteren Vorgänge schildert der gestern mitgetheilte Brief.

Digitized by Google

erschoß, zerriß er die Zuschreiung der Stände und begann nun selbst zu sprechen. Was er als Forderungen des österreichischen Volkes nun aufstellte, ist dasselbe, was alle deutschen Völker jetzt verlangen; mehrere andere Redner erweiterten dieses noch, und ich zähle nur die Oesterreich speciell angehenden Forderungen auf: In Anklagestandsetzung Metternichs, keine Allianz mit Rußland, Vertretung der Liguorianer, gleiche Verfassung für alle Nationalitäten Oesterreichs, Gleichheit der Kulte, Lehrfreiheit, verantwortliches Ministerium. Dazu kommen nun noch alle übrigen Forderungen der andern deutschen Völker: Der Ruf „feste Verbindung mit Deutschland“ wurde mit fanatischem Jubel aufgenommen. — Bis hieher war Alles noch ziemlich ruhig abgegangen, da erschienen mehrere Mitglieder der Stände mit dem Grafen Kolloredo auf dem Balkon, und was Graf Kolloredo sprach, war so vag, so nichtssagend, so deßhalb hinterthüren offenlassend, daß der Unmuth in einen rasenden Lärm ausbrach. Er sagte: die Stände werden berathen — heute, heute! schrie Alles, und mit einem bezüglichen Worte, mit dem Versprechen, sogleich zu dem Kaiser zu gehen, wäre Alles beruhigt gewesen. Statt dieses aber zu thun, lockte man auf schmähliche Art sechs der jungen Leute, welche Reden gehalten hatten, in den Saal hinein und sperrte sie hier ein. Man hört nun auf einmal dumpfe Schläge, Alles schreit auf, man schießt mit Kanonen, und in der That glich auch der Klang ferner Kanonenschüssen, da erschienen die Hinausgesperrten am Fenster, rufen hinab: Verrath! und nun begann die Zerstörung im Ständesaale, wo Alles zusammengeschlagen wurde. Es ist jetzt 2 Uhr, man hört Nichts als Trommelschlag, die Stadthore gegen die Vorstädte zu sind bereits gesperrt. Gott gebe, daß der heutige Abend kein blutiger werde, wie es leider allen Anschein hat.

**Preußen.** Die Köln. Blätter theilen folgende telegraph. Depesche mit: Berlin, 17. März, 5 Uhr Nachmittags. Telegraphische Depesche. Der Minister des Innern an den Herrn Regierungs-Präsidenten v. Kamer. An drei Abenden zog der Pöbel in Trupps durch die Straßen. Die Bürgerschaft wirkte beruhigend. Seit gestern Abend ist Alles ruhig und kein Zeichen der Erneuerung vorhanden.

— Bedrohlicher.

Berlin. Oberbürgermeister und Rath der Hauptstadt Berlin haben am 16. Mai folgende Bekanntmachung erlassen: Seit 3 Tagen ist das Eigenthum und die Sicherheit der Bürger Berlin's in der größten Gefahr. Die Stimme der Bürgerschaft hat sich mit Entschiedenheit gegen ein solches Beginnen erhärt und ist zu hoffen bereit. Es ist daher beschlossen worden, daß in jedem Bezirk der Stadt eine Schutzkommission gebildet werde, aus den sämmtlichen bürgerlichen Kommunalbeamten bestehend, welche aus der Zahl der Mitbürger ihres Bezirks die geeignetsten und behufs der Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit der Bürger und Einwohner hierdurch zuziehen werden. Das Abzeichen der Schutzbeamten ist eine um den linken Arm getragene schwarz und weiße Binde mit der aufgedruckten Bezeichnung „Schutzbramte“ und ein weißer Stab. — Widersetzlichkeiten gegen die Schutzbeamten werden gleich denen gegen Obrigkeit und Polizeibeamte gegen Schutzwachen bestraft. — Wer Binde oder Stab des Schutzbramten trägt, ohne dazu berufen zu sein, wird ebenso bestraft, als wenn er sich widerrechtlich die Ausübung eines obrigkeitlichen Amtes angemaßt hätte und hat strenge Verhaftung zu gewärtigen.

Eine andere Bekanntmachung des Kommandanten und des Ministers des Innern vom 15. März lautet: „Auf die an den mitunterzeichneten Minister des Innern von mehreren Einwohnern der Brüderstraße gemachte Anzeige von Mißhandlungen friedlicher Einwohner durch eine Abtheilung des Garde-Kürassier-Regiments haben wir sofort eine gemischte Untersuchungskommission ernannt, welche dieses zu beklagende Ereigniß auf das genaueste konstatiren soll, damit Diejenigen, welche schuldig befunden werden möchten, zur gebührenden Bestrafung gezogen werden können. Dagegen erwarten wir, daß die Einwohner der Brüderstraße gleich allen andern Bürgern der Stadt zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther, sobiel an ihnen ist, mitwirken und dadurch größerem Unglück vorbeugen werden. Der Dr. Justizrath Bergling wird ersucht, diese Eröffnung seinen Nachbarn mitzutheilen.

○ Berlin, 17. März. Obwohl die Besorchungen, die man für den gestrigen Tag allgemein hegte, in ihrem ganzen Umfange nicht eingetroffen sind, so sind doch wieder blutige Konflikte zwischen Volk und Militär vorgefallen. Während des ganzen Tages war das Aussehen der Stadt gegen die Tage vorher sehr beruhigend. Zwar wallfahrteten eine Menge Neugieriger nach der Brüderstraße, um dort die Spuren des am Abend des 15. stattgefundenen Kampfes zu besichtigen. Hauptsächlich drängte man sich in dem von der Brüderstraße zum Wasser führenden Sperrgäschen. Hier waren an den Häusern die durch die Musketenkugeln gemachten Verletzungen sichtbar, an dem Eckhause der Brüderstraße waren sogar Blutflecke ersichtlich, über die mit Bleistift „Bürgerblut“ geschrieben war. Eine messingene, die Gestalt einer Schlange tragende Thürklinge eines Hauses der Brüderstraße erregte gleichfalls die Neugierde, weil die deutliche Spur eines Säbelhiebes sich an ihr zeigte. Im Ganzen war jedoch die Menschenmasse bei Weitem geringer, als am 15. und ihr Aussehen friedlicher. Abends zwischen 6 und 7. Uhr waren diese Stadtheile sogar ziemlich zu ihrem gewöhnlichen Ansehen zurückgekehrt. Da wurde von einem am Opernhause der neuen Wache gegenüber stationirten Infanteriedetachement eine Salve auf die vor ihr befindlichen Volksmassen gegeben. Die Wirkung war verderblich, man spricht von mehreren Todten, die Zahl ist bis jetzt nicht genau festgestellt. Auch über die Veranlassung des Feuerns zirkulirten verschiedene Gerüchte. Obwohl es allgemein heißt, daß ohne Aufforderung gefeuert wurde. Sogleich brach ein furchtbarer Tumult los. Ein panischer Schrecken bemächtigte sich der Massen, die sich verrathen wähnend, mit wildem Geschrei durch die Straßen liefen. Die entsetzliche Aufregung ließ für den Augenblick das Aeußerste befürchten. Wir befanden uns gerade in der Zeitungshalle an der Jäger- und Wallstraßenecke. Die hier sich drängenden Volkshaufen verlangten ungestüm Einlaß in die Häuser der Bürger, welche mit ängstlicher Eile verschlossen wurden. Man machte sogar einen Versuch, eine Barrikade zu bauen, die aber durch schleunig herbeieilende Infanterie vereitelt wurde. Der diese letztere führende Offizier war in dem Wahne, ein ihn treffender Stein sei aus den mit Zuschauern besetzten Fenstern der Zeitungshalle geflogen und war nahe daran, dieser abgeschmackten Vermuthung halber auf dieselben feuern zu lassen. Der Abend ging übrigens ruhiger vorüber, als sich nach dem Vorfall am Opernhause erwarten ließ. Soviel wir wissen, hat das Militär nirgends mehr von der Schußwaffe Gebrauch gemacht, und es sind auch keine Barrikaden errichtet worden. Die Studenten hatten sich am Nachmittage versammelt und gingen den bürgerlichen Schutzkommissionen bei Aufrechthaltung der Ordnung hilfreich zur Seite. Trotzdem halten wir diese Einrichtung für bei Weitem nicht ausreichend, und das um so mehr, da sie durch die Ereignisse der letzten Tage in den tiefsten Mißkredit gekommen ist. Ohne eine bewaffnete Bürgergarde ist die Erhaltung der Ordnung nicht zu garantiren und nutzlose Vergeudung von Menschenblut stets zu gewärtigen. Heute Vormittag findet eine Versammlung in Gangerhof, einem im Thiergarten gelegenen, sehr geräumigen Vergnügungslokal, Statt, um von dem Magistrat die unverzügliche Bewaffnung der Bürger zu verlangen. Obwohl die Stadtverordneten sich gestern mit 60 gegen 31 Stimmen gegen ein stehende Bürgergarde entschieden haben (!), so muß diese Einrichtung binnen Kurzem sich Bahn brechen. Wir hegen die Hoffnung, daß heute die Ruhe sich erhalten und somit der viertägige Kriegszustand endigen wird, in dem unsere Stadt sich befindet. — Die Nachrichten aus Wien, vor Allem Metternich's Fall, erregen hier ungeheure Sensation. Auch heißt es, daß aus Halle, Breslau und Leipzig Studenten in großer Anzahl gestern hier eingetroffen seien.

Die Brsl. Z. berichtet aus Wien: Fürst Metternich ist nach dem Rhein geflüchtet, seine Gemahlin nach Schlesien. Die bewaffnete Bürgergarde zählt bereits 40,000 Maan; die Burg ist zur Hälfte mit Militär und zur Hälfte mit Bürgergarden besetzt. Das italienische Regiment Deutschmeister hat sich zu feuern geweigert. Man erzählt sich, daß der Kaiser sofort alle Forderungen durch seine Unterschrift zu erfüllen versprochen hat. Ein kais. Handbillet mit der Bewilligung der Preßfreiheit circulirt bereits in der Stadt. Die Nrd. des genannten Blattes bemerkt dazu: Die Fürstin Metternich soll mit dem gestrigen (15) Nachmittagszuge der oberschlesischen Eisenbahn in Breslau eingetroffen und sofort mit der niederschlesischen Eisenbahn weiter gereist sein.

* Magdeburg. Auch hier fanden, wie und sodben geschrieben wird, am 15. März sehr bedauerliche Ruhestörungen Statt, welche das Einschreiten des Militärs zur Folge hatten. Den betreffenden Brief theilen wir morgen mit.

Wesel, 12. März. Der wegen Majestätsbeleidigung zu 2jähriger Festungsstrafe verurtheilte Dr. Dronke, wovon er auf bisher Citadelle bereits ein Jahr verbüßt hat, ist seit gestern Abend verschwunden. (Rh. Beob.)

Von der Weichsel, 11. März. Mittwoch, den 15. März, findet in Königsberg eine allgemeine Versammlung aus allen Theilen der Provinz Statt, um eine Adresse an Seine Majestät den König und außerdem die Maßregeln zu berathen, welche zu treffen sein würden, wenn die Russen als Feinde oder als Freunde bei uns einrücken sollten.

**Baiern.** München, 17. März. Der Allg. Zeit. wird geschrieben: Bei der heute Nachmittag stattgehabten Wahl der 6 Kandidaten zu den Präsidentenstellen der Kammer der Abgeordneten wurden im ersten Skrutinium bei 123 anwesenden Mitgliedern (absolute Majorität 62 Stimmen) erwählt: die HH. Abgeordneten 1) Oehninger, Appellationsrath (Pfälzer) mit 114; 2) Kiebgrüner, Advokat mit 111; 3) Willich, Advokat (Pfälzer) mit 94; 4) Dr. Müller mit 84; 5) Steckinger, Advokat (Pfälzer) mit 75; 6) Kelb, Gottfried, Bürgermeister in Straubing, mit 72 Stimmen. Daß diese Wahlen im

Digitized by Google

großen Publikum das angenehmste Aufsehen erregen, ist natürlich. Waren ja Zweifel genug aufgetaucht, ob die Kammer den Anforderungen der Zeit und des Volkes entsprechen werde; nun sind nur Männer der freisinnigsten Richtung gewählt. Die adeligen Gutsbesitzer der vorigen Kandidatenliste: Frhr. v. Rotenhan, Graf Hegnenberg, Frhr. v. Lerchenfeld und Frhr. v. Closen wurden umgangen, dem Anschein nach mit eigenem Einverständnisse. Das Gerücht, daß die Beseitigung der Feudallasten unmittelbar in Anregung gebracht und befriedigend gelöst werde, gewinnt hierdurch an Bestand. Man glaubt, daß der König wie im vorigen Jahre die ersten zwei Kandidaten als Präsidenten bezeichnen werde. Die Kammer der Reichsräthe hat als Kandidaten für ihre zweite Präsidentenstelle gewählt: Frhrn. v. Zu-Rhein, Graf Reigersberg und Berlichingen. v. Schrank, sohin die vorjährigen Kandidaten, Fürst Wallerstein und Graf Schönborn, sind nicht in Vorschlag gebracht. Als Sekretäre wurden wieder gewählt: Frhr. Schenk v. Stauffenberg und Graf Montgelas. — Die Kammern werden nun wahrscheinlich nächsten Montag eröffnet.

= München, 17. März. Heute Vormittag wurde eine Adresse von dem Volke auf dem Rathhause abgefaßt, des Inhalts: Der bisherige Polizeidirektor solle abgesetzt und Lola Montez durch Verhaftnahme unschädlich gemacht werden. In kürzester Zeit war die Adresse mit Tausenden von Unterschriften angefüllt. Eine Deputation überbrachte sie noch am Morgen dem König. Nachmittags wurde der Bescheid überbracht: der bisherige Polizeidirektor sei abgesetzt, der frühere, durch die Lola verdrängte (Frhr. v. Pechmann) wieder berufen, Lola Montez sei des Indigenats verlustig, Jedermann könne sie haben und den Gerichten einliefern. Diese Nachricht verbreitete das aufgeregte Volk, worunter sowohl Studenten als Bürger und gewiß auch viele Militärs von der Linie. — Die Adresse des Volks an die Deputirten liegt zur Unterschrift heute und morgen auf dem Rathhause auf und ist mit Tausenden von Unterschriften schon bedeckt. Soeben, Nachmittags 3 Uhr, erwartet eine Masse Volkes die pfälzischen Deputirten am Bahnhofe. Man wird sie mit Jubel empfangen. — Merkwürdig ist, daß gestern Nacht die Polizei noch einen gedruckten Zettel des Inhalts ertheilte: die Gräfin Landsfeld sei nicht hier, und es sei konstatirt, daß sie am 14. in Mannheim (und Heidelberg) gesehen worden sei. Das Volk las mit Hohn und Lachen diese Bekanntmachung.

**Würtemberg. Stuttgart, 17. März. Nach zuverlässigen Nachrichten hat die hiesige Regierung dem Marsch ihrer Truppen nach Ulm Einhalt gethan.

** Stuttgart, 18. März. Heute wurde unser hiesiges Militär auf die Verfassung beeidigt; die Soldaten schwuren „die Verfassung, so weit es an ihnen ist, gewissenhaft zu wahren." — Unsere Kammer ist noch nicht aufgelöst; gestern waren Ministerrath, Konferenzen von Beamten der verschiedenen Ministerien; es handelt sich darum, die Ablösungsfrage doch noch mit der jetzigen Kammer zu erledigen. Die Vorschläge des Adels sind, wie man hört, billige, und in diesem Falle ziemt es freilich der Würde und Rechtlichkeit einer Staatsregierung, im gesetzlichen Wege einzuschreiten, statt die Ablösungsfrage den Bauernmonstrationen zur Erledigung zu überlassen.

Sachsen. Dresden, 14. März. Auch hier haben gestern unruhige Auftritte stattgefunden. Die halboffizielle Leipziger Zeit. berichtet darüber. Die Masse zog vor das Schloß, wo sie dem abgetretenen Ministerium ein Vivrat, dem König ein Hoch brachte, der Kommunalgarde im Stadthause sich gegenüberstellte, wieder vor das Schloß zog, zahlreiche Vivat ausbrachte, im Abzingen von deutschen Liedern und der Marseillaise auf die Morisstraße zog, dem dort wohnenden Minister v. Könneritz wiederum ein Pereat brachte und trotz mehrerer Anfprachen nicht auseinander gehen mochte. Als endlich die meist aus jüngern Leuten bestehende Masse, die schon theilweise mit Kokarden von Schwarz, Roth und Gold sich zu schmücken anfing, wieder an das Stadthaus gezogen war, verlor sie sich auf Ansprache des Vicefferes Bigard.

Dresden, 17. März. Das neue Ministerium hat folgenden Aufruf erlassen: „An das sächsische Volk! Von Sr. Maj. dem König an die Spitze der Geschäfte berufen, haben sich Unterzeichnete über folgende Hauptgrundsätze und Maßregeln vereinigt: Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. Aufhebung der Censur für immer. Ein Preßgesetz ohne das System der Konessionen und Kautionen. Reform der Rechtspflege auf Grundlage der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit; in Strafsachen Geschworenengericht. Reform des Wahlgesetzes. Anerkennung des Vereinsrechts mit Repressivbestimmungen wegen Mißbrauchs. Gesetzliche Ordnung der kirchlichen Verhältnisse im Geiste der Duldung und Parität. Antrag auf Revision des Verfassungseides. Kräftige Mitwirkung zu zeitgemäßer Gestaltung des Deutschen Bundes mit Vertretung des Volks bei demselben. Se. königl. Maj. haben diesen Maßregeln und Grundsätzen Ihre Zustimmung zu ertheilen geruht. Gemäß ihnen wird das Erforderliche eingeleitet werden. Das sächsische Volk wird die hohe Bedeutung dieser königlichen Entschließung würdigen und dies durch Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande bethätigen. Dresden, den 16. März 1848. Die Staatsminister. Dr. Braun. Dr. von der Pforden. Georgi."

Eine andre Bekanntmachung sagt: „Nachdem Se. königl. Maj. die zeitherigen Staatsminister entlassen, auch wegen Wiederbesetzung und beziehentlich Verwaltung der erledigten Funktionen allerhöchste Entschließung gefaßt haben, der Zweck der Einberufung eines außerordentlichen Landtags aber sich theils hierdurch erledigt, theils dem angenblicklichen Bedürfnisse gesetzlicher Bestimmungen, insbesondere über die Presse, auf andere Weise abgeholfen werden kann, demnächst auch die Kürze der Zeit den neueintretenden Departementsministern die erforderliche Vorbereitung zur Abhaltung eines Landtags nicht gestattet, so haben Sr. Maj. der König beschlossen, den auf den 20. d. M. zusammenberufenen außerordentlichen Landtag nicht abhalten zu lassen."

Leipzig, 16. März. Eine Menge Gerüchte sind über Dresden heute hier im Umlauf, doch war Bestimmtes nicht zu erfahren, nur zu verbürgen ist, daß die Brücke gestern Abend und während der Nacht von beiden Seiten gesperrt war. (D. A. Z.)

Hannover. Der Weserzeit. schreibt man aus Hildesheim unterm 12. März: Die Mitglieder der nach Hannover gesandten, aber vom König nicht empfangenen Hildesheimer Deputation wurden bei ihrer Rückkehr auf dem hildesheimischen Bahnhofe von zahlreich versammelten Männern empfangen, welche, nachdem ihnen das Ergebniß der Sendung einfach kund gethan, mit dem Vorsatze festen Beharrens bei Gesetzlichkeit und in dem Bewußtsein, nur ein Recht geübt und eine Pflicht gegen König und Vaterland erfüllt zu haben, ruhig und mit ernster Würde heimkehrten. — Gestern wurde mit der Eisenbahn ein Bataillon des Celler Regiments nach Hildesheim befördert. Abends waren alle Wachen verstärkt, vor dem Thore patrouillirte die Nacht eine Schwadron Garde du Korps. Man fragt sich allgemein, wozu diese aufregende Maßregel? Die auswärts verbreiteten Schreckgerüchte, als ob hier Sengen und Morden schon an der Tagesordnung wäre, sind ohne alle Begründung.

Göttingen. Erklärung. Heute 12 Uhr Mittags haben die sämmtlichen Studirenden der Georgia-Augusta in ernstem würdigen Auszuge die Universität verlassen, um nicht wiederzukehren, so lange hannooversche Polizeigesetze das Leben harmloser Menschen gefährden können. Die Studirenden werden durch eine in aller Kürze erscheinende Darstellung des Sachverhältnisses, mit der die HH. Baumgarten, Lauenstein und Uhlhorn beauftragt sind, ihren Schritt rechtfertigen und verweisen auf dieselbe mit der Bitte, den bisherigen unvollständigen Zeitungsberichten nicht unbedingten Glauben zu schenken. — Kraft besondern Auftrages der Göttinger Studirenden. Göttingen, 17. März. Arthur Breusing, Kand. d. Math.

Braunschweig, 14. März. An diesem Tage erschienen zwei wichtige Gesetze. Das erste ist das provisorische Preßgesetz, folgenden Wortlauts: Nachdem die Hinderniße, welche der durch §. 1 des Landesgrundgesetzes verbürgten Freiheit der Presse entgegenstanden, durch den Beschluß der Bundesversammlung vom 2. d. M. beseitigt sind, und Wir angemessen finden, die Aufhebung der Censur nicht bis dahin aufzuschieben, daß durch ein umfassendes, im verfassungsmäßigen Wege zu erlassendes Gesetz die Verhältnisse der Presse geordnet sind, so erlassen Wir, mit Zuziehung des Ausschusses Unserer getreuen Stände, die nachfolgenden provisorischen gesetzlichen Bestimmungen: §. 1. Die Censur ist aufgehoben. §. 2. Der Bundesbeschluß vom 20. Okt. 1819 und die in Gemäßheit desselben in der Verordnung vom 25. Okt. 1819 erlassenen Bestimmungen, soweit die in den §§. 1 bis 15, 17 und 18 der Verordnung vom 28. März 1814 enthaltenen Vorschriften über die Censur treten mit dem Tage der Publikation dieses Gesetzes außer Wirksamkeit. Dagegen bleibt in Kraft: 1) Der §. 1 der obgedachten Verordnung, wo selbst von demjenigen freie politische Zeitung und ein Intelligenzblatt in Unsern Landen ohne Unsere Genehmigung erscheinen darf. 2) Der §. 4 dieser Verordnung, nach welchem für den Inhalt einer Schrift der Verfasser, und wenn sich dieser nicht genannt hat, der Drucker verantwortlich ist, und keine Schrift gedruckt werden darf, wenn nicht einer von beiden genannt ist oder der Verlage die Verantwortlichkeit übernommen hat. 3) Der §. 16 derselben Verordnung, welcher vorschreibt, daß den vorstehenden Verfügungen zuwider zum Druck oder Verkauf im Publikum gebrauchte Exemplare von Schriften nach der Konfiskation unterworfen sind. §. 3. Durch die Preßvergangene Verbrechen sind nach den bestehenden Gesetzen, insbesondere nach den Bestimmungen des Kriminalgesetzbuches, zu bestrafen. Durch das zweite wird ein außerordentlicher Landtag einberufen. Es lautet: Wir haben beschlossen, Unsere getreuen Stände zu einem außerordentlichen Landtag um uns zu versammeln. Wir verordnen daher, daß die Mitglieder der Ständeversammlung sich Dinstag den 25. April z. J. in unserer Residenzstadt Braunschweig einfinden, und werden sodann wegen Eröffnung des Landtags das Weitere verfügen. Wir werden Unseren getreuen Ständen Gesetzvorschläge

Digitized by Google

über folgende Gegenstände vorlegen lassen: eine Wechselordnung und das Verfahren in Wechselsachen; die Freiheit der Presse; die Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen; die Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Staatsvorgesetzten; die öffentliche und mündliche Rechtspflege mit Geschworenengerichten in Strafsachen. Daneben werden wir Unsern getreuen Ständen eine Mittheilung über eine allgemeine Landesbewaffnung machen lassen. Zugleich werden Wir diese Veranlassung, um zu erklären, daß Wir, soweit an Uns ist, dahin wirken werden, die Einheit und Macht des gesammten deutschen Vaterlandes durch neue Belebung der Bundesverfassung zu kräftigen und zu wahren. Aufmerksam Unserer eigenthümlichen Aufgabe und beigerechten Herzogl. Gnehmen Kanzler-Siegerts. — Braunschweig, 13. März. 1848.

Wilhelm, Herzog. (L. S.)

**Baden.** Karlsruhe, 19. März. Die heutige Zeitung enthält ein politisches Amnestiedekret, welches bestimmt: Se. k. H. der Großherzog haben allergnädigst beschlossen: 1) Allen, welche etwa wegen politischer Verbrechen (den Landesverrath ausgenommen), namentlich a) wegen Hochverraths (Titel XXII. des Strafgesetzbuchs, Zusatz des §. 588 ausgenommen); b) wegen Majestätsbeleidigung (Tit. XLIV.); c) wegen Widersetzlichkeit, öffentlicher Gewaltthätigkeit oder Aufruhr (Titel XLV.); d) wegen Befreiung von Gefangenen (Titel XLVI.); e) wegen Verleumdungen oder Ehrenkränkungen gegen öffentliche Behörden oder öffentliche Diener (§. 297 des Strafgesetzbuchs) auf Anklage des Staatsanwalts (§§. 317 und 318) verurtheilt wurden, die wegen dieser Verbrechen, und soweit nicht andere gemeine Verbrechen damit verbunden sind, erkannte Strafe oder den noch nicht erstandenen Theil derselben nachzulassen, ohne Unterschied, ob das Verbrechen durch die Presse oder in anderer Weise verübt worden sei. Ferner wollen Seine königliche Hoheit diese Begnadigung 2) auch auf Diejenigen ausdehnen, welche wegen eines der unter 1 erwähnten schon vor dem 16. März 1848 verübten Verbrechens in Untersuchung stehen oder noch zur Untersuchung gezogen werden könnten, in der Art, daß dieselben freigelassen, und alles weitere Verfahren gegen sie niedergeschlagen werde.

* Offenburg, 19. März. Die Volksversammlung hat stattgefunden, ohne daß irgend eine der Befürchtungen, die man hegte, sich als gegründet erwiesen hätte; die Menschenmenge, die versammelt war, bewies, daß sie auch für diese Freiheit vollkommen reif sei. Indem wir uns vorbehalten, auf die Versammlung und ihren Eindruck zurückzukommen, theilen wir einstweilen die gefaßten Beschlüsse mit: „Bereits unterm 12. Sept. v. J. stellte die Versammlung zu Offenburg die Forderungen des Volkes fest. Sie verlangte damals schon unter Anderm namentlich eine Volksbewaffnung, eine Jurisdiktion, eine Besteuerung, Ausgleichung der Mißverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital und Abschaffung aller Vorrechte. Die Regierung hat diesen Forderungen mit Hochverrathsprozessen geantwortet, allein das Volk hat sie beim Zusammentritt des Landtages erneuert und nach dem gewaltigen Umsturze im Westen mit gesteigerter Kraft auf deren Erfüllung gedrungen. Diesem unwiderstehlichen Drange nachgebend, haben dieselben Regierungsmänner, welche die Redner der Offenburger Versammlung vom 12. Sept. mit Hochverrathsprozessen verfolgt hatten, Zugeständnisse gemacht, deren Haltbeit nur schlecht den Hintergedanken verhüllte, bei günstiger Gelegenheit, wie in den 30er Jahren, die abgedrungenen Zugeständnisse zurückzunehmen und in ihr Gegentheil zu verkehren. Das Volk hat erkannt, daß die ihm zu Theil gewordenen Zugeständnisse nicht der Staatsmännischen Einsicht und dem guten Willen der Machthaber, sondern den gewaltigen Bewegungen des Volkes, der äußeren Anregung der französischen Revolution und den Kundgebungen vom 1. und 2. März d. J. zuzuschreiben seien. Jeder denkende Freund des Vaterlandes erkennt klar und deutlich, daß in den Pariser Febeuartagen nur der Anfang einer Völkerbewegung gemacht worden sei, welcher mit unabweisbarer Nothwendigkeit seine Fortsetzung in allen Staaten Europas erlangen müsse. Der Kampf der Volksherrschaft und der Einherrschaft hat begonnen. Deutschland, seit Jahrhunderten das große Schlachtfeld aller staatlichen und kirchlichen Kämpfe, wird auch jetzt wiederum den Zusammenstoß zwischen dem despotischen Nordosten und dem freiheitsinnen Südwesten Europas am schwersten empfinden. Darum thut es Noth, daß unser Vaterland bei Zeiten eine feste Stellung seinen auswärtigen und innern Feinden gegenüber einnehme. Es verlangt daher vor allen Dingen: Ein deutsches Parlament, welches im Großen seine Verhältnisse nach Innen und Außen kräftig ordne und frei gestalte, und dessen erste Aufgabe sein wird, der deutschen Nationalität und Selbstständigkeit Anerkennung zu verschaffen.

Was insbesondere unsere badenschen Angelegenheiten betrifft, so erklärt die Volksversammlung von Offenburg: I. Mehrere Mitglieder der Regierung und der größte Theil der Beamten besitzen das Vertrauen des Volkes nicht, weil Einzelnen der gute Wille, Anderen die erforderliche Kraft fehlt. Das Volk kann kein Vertrauen in Männer setzen, welche vor wenigen Wochen noch als revolutionär bekämpften, was sie theilweise jetzt selbst zugestanden haben. Es läßt sich nicht täuschen durch das Vorschieben liberaler Persönlichkeiten. Nothwendig ist es dem Volke namentlich der Einfluß, welchen der Markgraf Wilhelm seit langer Zeit auf die Staatsgeschäfte übehaupt und das Militärwesen insbesondere ausgeübt hat. Nicht minder anstößig ist ihm der Einfluß einiger Personen aus der nächsten Umgebung des Großherzogs, welche man mit dem Namen Kamarilla zu bezeichnen pflegt. II. Das Volk hat kein Vertrauen zu der ersten Kammer der Ständeversammlung, da dieselbe aus Privilegiren besteht, welche ihren Sonderinteressen das Wohl des Volkes stets geopfert haben. — Das Volk verlangt Abhilfe gegen diesen Uebelstand vermittelst einer Revision der Verfassung. III. Das Volk hat kein Vertrauen zu einer großen Anzahl der Mitglieder der zweiten Kammer, da dieselben durch Wahlbeherrschung und Wahlverfälschung unter dem Einfluß der Beamten und der Polizei gewählt wurden, und sich als blinde Werkzeuge in den Händen jedes Ministeriums erwiesen haben. — Das Volk verlangt den Rücktritt der reaktionären und gefinnungslosen Partei der zweiten Kammer. IV. Das Volk besitzt durchaus keine Bürgschaften für die Verwirklichung seiner Forderungen und die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit. Es muß sich diese Bürgschaften selbst verschaffen. Demzufolge bildet sich: 1) In jeder Gemeinde des badenschen Landes ein vaterländischer Verein, dessen Aufgabe ist, für die Bewaffnung, die politische und soziale Bildung des Volkes, sowie für die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen. 2) Sämmtliche Vereine eines Wahlbezirks bilden einen Bezirksverein, sämmtliche Bezirksvereine einen Kreisverein, die vier Kreisvereine einen Landesverein. 3) An der Spitze jedes dieser Vereine steht ein leitender Ausschuß. 4) Für jeden dieser Vereine bildet sich sofort eine Vereinskasse zur Bestreitung der nothwendigen Auslagen. 5) Alle Provinzen Deutschlands sollen aufgefordert werden, ähnliche Vereine zu bilden und mit dem badenschen Landesverreine in freundschaftlichen Verkehr zu treten. V. Das Volk verlangt von der Ständeversammlung, daß sie die entschiedensten Maßregeln treffe, um zu bewirken, daß die Regierung: 1) Sofort eine Verschmelzung der Bürgerwehr und des stehenden Heeres durchführe zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr. 2) Alsbald alle Abgaben abschaffe, außer den Zollvereins-Abgaben und etwa der direkten Steuern, und ihre Ansätze dabei nach einer progressive Skala nehmen und Vermögensteuer. 3) Daß sofort alle Vorrechte, welchen Namen sie tragen, abgeschafft werden. 4) Daß ungesäumt die Schule von der Kirche getrennt werde.

Vorstehende Anträge wurden der Volksversammlung vorgelegt und von derselben mit nachfolgenden Abänderungen und Zusätzen mit überwältigender Stimmenmehrheit angenommen: Zu I. wurde beschlossen, statt „mehrere Mitglieder der Regierung" zu setzen: der Präsident des Kriegsministeriums. Zu II. Wurde angenommen mit dem Zusatze: das Volk will nur eine Kammer. Zu V. 1) wurde angenommen mit der Abänderung, statt sofort: unverzüglich oder auf der Stelle. Zu V. 2) wurde angenommen mit dem Zusatze: Wir wollen eine wohlfeile Regierung, Abschaffung der Apanagen und unverdienter Pensionen. Zu V. 4) wurde angenommen mit dem Zusatze: Die Pfaffen haben zu viel, die Lehrer zu wenig. Wir wollen gerechte Ausgleichung dieses Mißverhältnisses.

Nachdem diese Beschlüsse gefaßt worden waren, wurden folgende Männer zu Mitgliedern des Central-Ausschusses gewählt:

1) Unterrheinkreis: G. Struve von Mannheim; Heinrich Hoff von Mannheim; Bürgermeister Winter von Heidelberg; Jungbans von Moebach. 2) Mittelrheinkreis: Brentano von Bruchsal; Bürgermeister Rée von Offenburg; Rehmann von Offenburg; Schubert von Lahr. 3) Oberrheinkreis: Kieser von Emmendingen; Rettich von Freiburg; Torrent von Waldshut; Weltzbaar von Lorrstetten. 4) Seekreis: Würth von Konstanz; Banotti, praft. Arzt von Konstanz; Bürgermeister Emmert von Möskirch; Gesninger von Donaueschingen. Als Ohmann: Friedrich Hecker von Mannheim.

* Marburg, 19. März. Sie eben Uhrt die Nachricht hier ein: daß die bisher suspendirten Professoren Jordan und Hildebrand wieder rehabilitirt sind. Jordan hat zugleich die Mittheilung erhalten, daß wegen der auf ihn gefallenen Wahl zum Landtagsdeputirten für die Städte des Schwalmgrundes ihm von Seite des Ministeriums der Urlaub ertheilt wurde. Zugleich ist der provisorische Minister des Innern, der vorherige Bürgermeister von Hanau, Eberhard, briefflichen Nachrichten zufolge nunmehr zum wirklichen Minister ernannt worden, sowie Wippermann zum Ministerialrath und vortragenden Rathe. Wenn irgend ein Land die Folgen der neuesten Ereignisse markirt aufweist, so ist es Kurhessen. Der Zustand des Landes noch vor vier Wochen erschient

Digitized by Google

wie eine Fabel. In Marburg ist eine neue Zeitung „der neue Verfassungsfreund“ aufgetaucht, welche ebenso entschieden als würdig die Preßfreiheit benutzt. Bis jetzt ist hier noch immer die so verhaßte Polizeigewalt faktisch geradezu außer Wirksamkeit gesetzt. Der Ortsvorstand, eine städtische Behörde, hat die officielle Leitung für Erhaltung der Ruhe und Ordnung übernommen, die Bürgergarde, die ihr inkorporirten Studentencorps und selbst ein Reservekorps ältrer Leute haben sich der städtischen Behörde zur Verfügung gestellt, und die beiden ersten Korps versehen die Wachdienste Tag und Nacht. Alles geht prächtig: man vermißt die Polizei in Nichts, es sei denn darin, daß alles öffentliche Aergerniß verstrigt ist.

**Schleswig.** Kiel, 12. März. Der Brem. Z. wird von hier geschrieben: Rußland hat an Dänemark die Forderung gestellt, ihm seine Flotte zur Disposition zu stellen und ihm dagegen seine Garantie für die Inkorporation, und für den Fall eines allgemeinen Krieges Gebietsvergrößerung in Deutschland versprochen. Der Korrespondent setzt hinzu: Wahrscheinlich, daß die Februarrevolution dieses neue Attentat vereitelt. Uebrigens wird Kopenhagen armirt und alle seefähigen Schiffe der Marine werden angerüstet.

† Rostock, 14. März. Die Rostocker Deputation hat ein Restript als Antwort zurückgebracht, welches, da es beinahe in allen Punkten ablehnend oder nichtssagend ist, natürlich wenig befriedigt hat. Es ist sogleich eine neue Versammlung anberaumt worden, um über die weitern Schritte zu berathen. Man spricht von einer gemeinschaftlichen Deputation sämmtlicher Städte und wird vor Allem auf die sofortige Berufung eines außerordentlichen Landtags dringen.

## Großbritannien.

London, 16. März. In Irland rüstet man sich von beiden Seiten wie zum Kriege; die englische Regierung sendet militärische Verstärkungen hinüber; die äußerste Linke der irischen Nationalpartei fordert in ihren Journalen, namentlich in der „Nation“, das Volk auf, sich für den bevorstehenden großen Tag der durchs ganze Land angeordneten Kirchspielversammlungen mit Spießen zu bewaffnen, weil diese eine bessere Waffe seien, als das Schießgewehr. Richard O'Gorman äußerte sich in einer der letzten unter Smith O'Brien's Vorsitz gehaltenen Versammlung der irischen Konföderation in einer wuthschnaubenden Rede auf ähnliche Weise und forderte zu offenem Widerstande offen auf. Der Swift Club hat eine Adresse an die französischen Republikaner erlassen, worin gesagt ist, man betrachte die französische Republik „als die einzige Rettung für Europa, als den Morgenstern der Freiheit, als den Schrecken der Tyrannen, als die Hoffnung der Unterdrückten, als die Rächerin der Menschheit; Irland aber denke sich der französischen Republikaner würdig zu zeigen.“ Inzwischen sucht John O'Connell die Aufregung des Landes durch eine lauwarme Adresse zu beschwichtigen, worin er das Volk von jedem gewaltsamen und bewaffneten Widerstande abmahnt, dagegen tüchtigen moralischen Widerstand predigt. Uebrigens sprach sich John O'Connell in einer am 13. März gehaltenen Sitzung des Repealvereins dahin aus, daß er sich der jungirischen Partei gern nähern und zu diesem Zweck einige seiner Ansichten aufgeben würde, wenn diese ihm halben Wegs entgegenkäme. Lord Wiltown, der in derselben Sitzung seinen Beitritt zu dem Repealverein erklärte, wies darauf hin, welch ein Unterschied zwischen der frühern Herrschaft Ludwig Philipp's und dem englischen Königthum stattfinde, wir Großbritannien von einer wahrhaft konstitutionellen Königin regiert würde. Sein Vorschlag, auf die Königin ein dreimaliges Hoch auszubringen, wurde mit unermeßlichem Beifall aufgenommen. Dies ein Beweis, daß die O'Connellitische Repealpartei gut königlich gesinnt ist, und im Falle eines Zusammenstoßes zwischen England und den irischen Radikalen und Republikanern (letztere namentlich durch Mitchell, Herausgeber des United Irishman vertreten) eine Stütze des konstitutionellen Königthums sein würde.

## Frankreich.

Paris, 17. März. Die mißglückte Demonstration der Nationalgarde hat heute eine Gegendemonstration zur Folge gehabt, welche ganz geeignet war, wenigstens durch die Masse ihrer Theilnehmer zu imponiren. Um 10 Uhr Morgens füllte sich der ganze Reossinceplatz und der angrenzende Theil der elysäischen Felder mit einer ungeheuern Menschenmenge, welche sich bald darauf in geordneten Züge in Bewegung setzte, um der Regierung Glück zu wünschen zu ihren bisherigen Leistungen und sie dringend aufzufordern, ferner Anseindung zu weichen, sondern treu und muthig auf ihrem Posten zu beharren. Die Mitglieder der provisor. Regierung verstehen den Oberbefehlern des Zuges, daß sie Gärtlings gewillt seien, ihren Platz bis auf das Aeußerste zu behaupten, und sie stellten sich dann an die Spitze derselben, um wieder einmal eine Processon nach dem Bastillenplatze und der Julisäule zu veranstalten.

Zur Hebung des öffentlichen Kredits hat die Regierung einen bedeutenden Steuerzuschlag (45 Ct. auf jeden Franken) verordnet und überdies angekündigt, daß die demnächst fälligen 274 Mill. königl. Schatzscheine erst 6 Monate nach ihrer Verfallzeit bezahlt werden sollen. — Ein Gerücht, das von Haus Rothschild seine Zahlungen eingestellt habe, hat sich als grundlos herausgestellt. — Um den schlimmen Eindruck des Ledru-Rollin'schen Rundschreibens zu mildern, hat die Regierung ein von allen ihren Mitgliedern unterzeichnetes Manifest erlassen, auf das wir morgen zurückkommen werden.

## Italien.

† Neapel, 8. März. Die hiesige Staatszeitung bringt heute folgende Bestimmungen für Sicilien: Für die sicilianischen Angelegenheiten soll hier ein besonderer Minister sein, wozu der Kommerzhur Gaetano Scovazzo ernannt ist. In Palermo soll sich am 25. März ein allgemeines Parlament versammeln, um den Zeiten und den politischen Konventionen die Konstitution von 1812 anzupassen und für die Bedürfnisse der Insel zu sorgen, festhaltend jedoch an der Abhängigkeit vom König und der Integrität der Monarchie. Die zwei Parlamente von Neapel und Sicilien werden sich in Einklang setzen für Fragen von gemeinsamem Interesse. — In Sicilien soll ein Generalstatthalter residiren in der Person des Königs oder eines Prinzen aus der königl. Familie oder einer andern ausgezeichneten Person der Insel. Dem Generalstatthalter, wozu der Admiral Ruggiero Settimo ernannt ist, der zugleich den Auftrag hat, das Parlament am 25. März zu eröffnen, stehen zur Seite drei Minister der Gnade, Justiz und der kirchlichen Angelegenheiten, des Innern und der Finanzen. Zu diesen Ministern sind ernannt der Advokat Pasquale Calvi für Grazia, Giustizia und kirchl. Angelegenheiten; Pietro Lanza, Fürst von Scordia, fürs Innre; Vincenzo Fandella, Marquis von Torrearsa, für die Finanzen. Ein anderes Dekret bringt die von allen Civil- und Militärbehörden zu leistende Eidesformel. — Die Staatszeitung gibt diese Verfügungen ohne ein Wort dazu zu sagen, ob damit die Differenzen mit Sicilien beigelegt sind, oder ob erst noch die Genehmigung des General-Komitös einzuholen ist. Die beiden Generale Statella sind nach Sicilien abgereist, der eine nach Messina, der andere nach Palermo, wahrscheinlich um das Kommando dieser Plätze zu übernehmen. Mit Letzterem reiste Lord Minto, Monsignor Coste wurde mit dem Dampfschiff „Neptun“ nach Malta gebracht.

* Rom, 11. März. Zwar noch nicht die Konstitution, aber ein nicht viel geringeres Ergebniß der langen Krisis hat uns der heutige Tag gebracht. Das neue Ministerium ist durch das Regierungsblatt offiziell veröffentlicht worden. Es enthält, bis auf zwei durch die Umstände bevorzugte Ausnahmen, lauter Laien. Von den Geistlichen sind allein Mezzofanti und Moreichini zurückgeblieben. Letzterer ist jetzt zum ersten Mal definitiv zum Finanzminister ernannt worden. Er ist an seinem Platz, hat sich der Geschäfte mit Liebe und Eifer angenommen, und es wäre offenbar hart gewesen, ihn, bloß weil er Prälat ist, von einem Posten zu entfernen, dessen Mühen er bis dahin allein getragen hat, und an dem er sich Ehre und Verdienst zu erwerben im Begriff ist. Warum Mezzofanti beim öffentlichen Unterricht geblieben ist, begreift man weniger. Ein Mann von Einsicht und Geschäftsthätigkeit ist er nicht. Aber bei er sich als Seelsorger in früheren Zeiten Lob erworben. Seine wunderbare Gabe, alle Sprachen zu plappern, hat für den öffentlichen Unterricht keine Bedeutung. Welche Rücksichten sonst dabei obgewaltet haben, ist mir nicht bekannt. Dagegen ist es von um so größerer Wichtigkeit, den Kardinal Antonelli zum Staatssekretär ernannt zu sehen, nicht bloß weil er tüchtig und brav ist, sondern weil dadurch das ganze Ministerium Festigkeit und Vertrauen erhält. Vor ein paar Monaten würde er sicher nicht acceptirt haben. Daß er es jetzt gethan hat, zeigt, daß er selbst Macht und Zutrauen gewonnen hat. Zum Kriegsminister ist Prinz Aldobrandini ernannt worden. Er selbst hat auszuweichen gesucht. Vorbereitungen oder Talent bringt er zu dieser Stelle nicht mit. Es steht zu fürchten, daß man mit seiner Ernennung dem römischen Adel ein Kompliment hat machen wollen: in jetzigen Zeiten eine schlimme Maxime. Titel bieten für die Verwaltungsfähigkeit keine Garantie mehr dar. Früher war er jesuitisch verschrien. Von diesem Ruf hat er sich zu befreien gewußt. Er steht

Digitized by Google

**Oesterreich.** * Innsbruck, 8. März. Der Eindruck, den die franz. Umwälzung in unserem Lande machte, war nach seinem Theilen verschieden. In Welschtirol, das mit dem sprachverwandten Italien liebäugelt, erblickt man darin eine frohe Vorbedeutung der Befreiung der Lombarden und Venetianer von der grausten österreichischen Herrschaft; das geistig und physisch versumpfte Eisch- und Eisackthal klebt nun an der blutigen Thatsache und flucht ihr gleich seinen Mönchen und Pfaffen als einer Drachensaat für die Zukunft; in unserm Norden endlich, wo der Verkehr mit den deutschen Brüdern lebhafter, der Geist geschärfter, das Bewußtsein selbständiger, gibt es Manche, die sich mit sichtbarer Freude Etwas zukünftern von der Vaterlandsliebe, die gegenüber den Eroberungsgelüsten Frankreichs aufsteht, von den elektromagnetischen Wünschen für Deutschlands Einigung und Kräftung, von Preßfreiheit, Volksbewaffnung und Schwurgerichten, der Nationalvertretung auf einem deutschen Parlamente, der nöthigen Unnährung der Fürsten an die Völker. Das Verlagen und Bevormunden, das Niederhalten und Scheinschreiben, der Gisthedrang und physische Zwang waren so lange verbürgt, als auf Frankreichs Thron ein Fürst saß, der den Frieden um seiner Krone, Europas Knechtung seiner eigenen Herrschaft willen suchte und aufrecht hielt; der Fall lag außer Frage, daß öffentliche Meinung, Gemeinsinn und Stärke von Unten erwünschlich oder gar nöthig scheinen konnten. Jetzt hat sich eine unruhige Schaar selbst befreit, die schon lange grimmig in ihre Ketten biß, schon verkündet der ferne Schlachtruf den heranwogenden Kampf, die Stunde ist gekommen, in der die Kronen wanken, wenn sich nicht die Herzhaftesten und Edelsten um sie mit wahrem Männermuth schaaren, ein nach Ländern und ihrem Reichthum lüsterner Feind drecht mit gezücktem Schwerte. Wir haben mit unsern Fürsten daselbe Interesse, von ihm nicht besiegt und beherrscht, angelegegen und geknechtet zu werden, aber nur dann, wenn unsere Freiheit und Wohlfahrt kein leerer Schall, keine Phrase der Amtsfprache, keine Lüge im Munde der Minister ist, ja dann nur, wenn wir nicht bloß Knechtschaft um Knechtschaft tauschen. Das ist der Punkt — für Metternichs Jesuitenallianz, für Kolowrats Bureaukratie, für Kübecks Finanzwuth tragen wir keine Begeisterung, als 34 Millionen österreichischer Unterthanen suchen dieser unheilvollen Leute, selbst wir in Tirol, wo wenn sich auch unser armer Soldat von der allzeit dienstfertigen, weil allzeit bevorzugten Aristokratie mit Stock und Ruthe in den Kampf hetzen läßt, er fällt ungerächt unter der Leitung dieser Zopf- und Paradyehelden; Italien hohnlacht hinter den niedergedonnerten Schlachtreihen, und wir Andern werden uns wohl hüten, als Tetarier auszurücken für die jetzige Bundeslade in Wien, die nur Opfer gefordert und Bedürfe gefunden, Segnungen verheißen und Täuschungen gewährt hat. Nicht als ob wir und darüber freuten, daß es blutig roth im Westen tagt, nein, nur darüber frohlocken wir, daß das feindliche Kanonenfeuer die Luft rein fegen wird von den bösen Dünsten womit seine grauen Rathskollegen umnebelt, darüber, daß auch den Verstocktesten die Binde vom Auge fallen muß über die Gruben, die sie sich selbst gegraben, und den Schutt, womit man keine Dämme baut. Jedem, der Ohren hat zu hören, drängt sich laut die Entscheidung auf, daß auch die Mächtigsten nun aus Volk kommen müssen, und von ihm keine Thatkraft erwarten können, wenn sie ihm keine Vertretung seiner Interessen, keine freie Sprache, keine Kontrole des Staatshaushaltes gewähren. Unsere Erfahrungen werden sich, so viel vertrauen wir zu ihrem gesunden Sinn und edlen Herzen, auf das einzig Nöthige verstehen; Fürst Metternich freilich, selbst in einer Lage wie Guizot in der letzten Kammersitzung — nie (?!). Wo dieser Hilfe sucht, zeigt die jüngste russische Anleihe.

**Preußen.** Breslau, 12. März. Die Köln. Zeit. berichtet: Heute geht von hier nachstehende mit 4000 (?) Unterschriften bedeckte Adresse an den König ab: „Majestät! Staatsbürger hatten friedliche Vereinbarung und Berathung unter Genossen beschlossen. Die Berechtigung hierzu nahmen dieselben aus der Vergangenheit und Gegenwart. Die Aufforderung empfingen dieselben in dem vom Bundestage dem deutschen Volke öffentlich angestellten Zeugniß der Reife. Eine öffentliche Abmahnung und militärische Maßregeln haben diese friedliche Berathung verhindert. Wir wurden aufgefordert, die Ermägung der nothwendigen Maßregeln der Stadtbehörde anheimzugeben. Wir gehorchten dieser Mahnung zur Vermeidung jedes möglichen Vorwurfs. Wir waren Zeugen der in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung gepflogenen Berathung und Beschlußfassung. Wie vernahmen, daß dieselbe in der falschen Voraussetzung wurzelte, die Berufung des Vereinigten Landtags sei Volkswunsch. Wir verwahren uns hiergegen und erklären dieselbe für einen Irrthum. Die Einberufung des Vereinigten Landtags genügt dem Volke nicht. Das Volk fordert: 1) Volksvertretung durch das Volk. 2) Unbedingte Preßfreiheit. 3) Geschwornengerichte. 4) Recht ungehinderter Versammlung der Staatsbürger. 5) Allgemeine Volksbewaffnung mit Selbstwahl der Führer. 6) Einsetzung eines deutschen Parlaments. 7) Gleichberechtigung Aller im Staate." Versaßt ist diese Adresse von einem hiesigen namhaften Schriftsteller. Unter den Unterschriften finden sich Namen von gutem Klange, Regierungs-, Justiz-, Subalterne, städtischer Beamte in Menge, doch meistens Bürger.

† Breslau, 15. März. Aus der neulich in Breslau ganz zwecklos, ja sogar zweckwidrig stattgefundenen Menschenhetze, ergibt sich zum Erschrecken deutlich, wie schuldlos im Jahre des Heils 1848 in Breslau der einfache und ruhige Bürger gegen die Uebergriffe der bewaffneten und polizeilichen Macht dasteht! Und Breslau liegt in Preußen, und Preußen ist der Staat der Intelligenz!! Höchst bezeichnend ist aber bei dem ganzen Vorfall jenes blutigen Montags, daß die zahlreichen Verwundeten — natürlich alle mitleidender wehrs- und harmlose Gesellschafts — den gebildeten Ständen angehören, und daß sich unter denselben sogar eine Frau befindet. Auch einige Studenten sind darunter, von denen der eine sogar, wiewohl fälschlich, dieser Tage todt gesagt wurde. Ein sich hier aufhaltender Russe, Namens Rossow, hat ebenfalls einige scharfe Hiebe erhalten und äußerte später bei Erzählung dieses Ereignisses: „so Etwas ist mir selbst in Rußland nicht vorgekommen". Sehr viele Augenzeugen haben übereinstimmend versichert, daß von den heidenmäßigen Kürassieren gegen Gruppen von 2—3 Menschen, ja gegen Einzelne sogar, „ohne vorhergegangene Aufforderung sich nach Hause zu begeben", hitzig eingehauen worden sei. Es wäre überigens zu wünschen, daß alle diese einzelnen Thatsachen durch die besonderen Aussagen der Betheiligten festgestellt und durch die Presse veröffentlicht würden. Eine andere Sonderung wird den Verwundeten wohl schwerlich zmals werden. — Gestern Abend ist die Cirkular-Note ausgeblieben; hingegen berichten von dort kommende Reisende Wunder- und Schreckenssage auf Kosten Metternichs. Ihren Aussagen nach hätte beim Abgange der Post der Metternich'sche Palast in Flammen gestanden — in Folge eines allgemeinen Aufruhrs — und man habe sich eben angeschickt, die kaiserliche Burg zu stürmen. Welchen Schreck diese neue Hiobspost bei unsern Geld- und Börsenmännern verursacht, ist leicht zu denken: längst ist man von einem österreichischen Staatsbankerott moralisch überzeugt. — Von unserer Breslauer Deputation, bestehend aus dem Oberbürgermeister Binder, Justizrath Gräff, Apotheker Lochstädter und Bäckermeister Rösler, sind die beiden Letzteren vorgestern, die beiden Ersteren gestern wiederum in unsere Mitte zurückgekehrt. In Betreff der Preßfreiheit und Volksbewaffnung hat sie der König dahin beschieden, daß bereits zur Berathung beider Gesetze die nöthigen Verfügungen getroffen seien, und daß Beides sogar zu seiner Zeit erfolgen werde. In Breslau haben ganz natürlich in Folge der schwierigen Geld- und Zeitverhältnisse nicht weniger als sechs — nach Andern sogar sieben — Bankerotte stattgefunden. Man beschichtet sehr, daß es bei dieser schon nicht ganz unbedeutenden Zahl nicht sein Bewenden haben werde. — Unsere Kriegsreserven werden wirklich eingezogen. Sie sollen an den Rhein marschieren. An der oberschlesischen Grenze stehen, sagt man, Kosaken. Im Allgemeinen glaubt man bei uns durchaus nicht an Krieg, man ist fest überzeugt, daß die junge französische Republik noch auf lange an tausend andere Dinge als an die Befriedigung von „Rheingelüsten" werde zu denken haben.

* Elbing, 11. März. In der heutigen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten, bei welcher der Zudrang so groß war, daß das Publikum Tribunen, Vorsaal und Treppe des Gemeinderathsaales füllte, wird folgende von einer gemischten Kommission entworfene und vom Magistrat bereits genehmigte Adresse fast einstimmig und noch längere Dauer Debatte an Se. Maj. den König abgesandt beschlossen. „Aber durchtaugtigster, großmüthigster, allergnädigster König und Herr! Die erschütternden Bewegungen, welche den großen Nachbarstaat Deutschlands ergriffen haben, legen dem ganzen deutschen Vaterlande die heilige Verpflichtung auf, in voller Einigkeit in sich und zwischen Fürsten und Völkern die Kraft zu erringen, welche allein den drohenden Ereignissen gegenüber uns und unser Vaterland zu schützen vermag. Schon hat in den meisten Staaten Deutschlands diese Einigkeit durch sofortige Erfüllung der so lange gehegten Wünsche der Völker sehr Wurzel gefaßt. Auch wir beeilen zur Befestigung dieser Einigkeit der Erfüllung gleicher Wünsche. Diese Sm. Majestät gegenüber auszusprechen, halten wir für unsere unabweisliche Pflicht. Wir vermögen sie in ihren verwerfenden Geschäftspunkten Geschäftspunkten nicht länger zusammenzufassen, als in der ehrfurchtsvollen wir bringenden Bitten: 1) Unsere Provinz in den Verband des deutschen Bundes mit verhältnißmäßiger Vertheilung an der bei demselben einzuführenden Volksvertretung aufzunehmen. 2) Die fernere Entwicklung unserer Verfassungsverhältnisse von den Fesseln jedes fremdartigen, besonders aber russischen Einflusses zu befreien. 3) Der russischen Armee einen Durchmarsch durch unsere Provinz nicht zu gestatten.

Digitized by Google

4) Den Vereinigten Ständen des preußischen Staates eine Theilnahme an der allgemeinen Gesetzgebung mit entscheidender Stimme zu gewähren. 5) Die Presse den Beschlüssen der hohen Bundesversammlung gemäß sofort von allen Fesseln der Censur zu befreien. 6) Das mündliche und öffentliche Gerichtsverfahren mit dem Institut der Geschwornen in allen Provinzen des Staates, welche derselben noch nicht theilhaftig sind, einzuführen. Mit der Hoffnung, daß Ew. Majestät diesen Bitten ein geneigtes Gehör schenken werden, verharren wir in tiefster Ehrerbietung Ew. Majestät unterthänigst. Erlbing, 11. März 1848. Der Magistrat und die Stadtverordneten von Elbing.

**Baiern.** München. Die von unserm Korrespondenten erwähnte Adresse der Einwohner München's an die Ständeversammlung lautet: Hohe Kammer der Abgeordneten der Stände des Reichs! Die unterzeichneten Bürger und Einwohner der Hauptstadt sind von dem Ernst des Augenblicks, in welchem die Stände des Reichs diesmal den von der bewaffneten Volkswehr beschirmten Frieden dieser Stadt betreten, tief ergriffen. Die Stunde der Entscheidung naht. Sie soll dem ganzen Volke seine vollen Rechte, den Gemüthern Beruhigung und Vertrauen, besonders aber dem Vaterlande jene sittliche Erhebung wieder bringen, deren allgewaltige Kraft zu allen Zeiten der einzige Rettungsanker unserer Ehre und unserer Freiheit war. Vertreter des Volks! wir fordern die Freiheit auf dem Boden des Gesetzes, — wir fordern Rechte, ohne welche die Freiheit nur ein Name ist, und dann sind wir auch bereit Gut und Leben für sie einzusetzen. Keine Täuschung mehr! — Nur die Wahrheit, die ganze Wahrheit kann uns retten! Es gibt kein Vertrauen, das nicht durch die That erworben ist, — das verlorne kehrt nicht zurück; — im Leben der Völker kann es nur durch Heilighaltung ihrer Rechte errungen und durch rechtzeitige und redliche Gewährung zeitgemäßer Ansprüche erhalten werden. Das Herr hat die Verfassungsurkunde des Reichs beschworen und damit deren Verbindlichkeit übernommen; es möge sich auch deren Wohlthaten, besonders durch Anwendung der Staatsdienerpragmatik auf dasselbe in vollem Umfange zu erfreuen haben. Dieses ist der feurige Wunsch, mit welchem die Bevölkerung München's die baierische Armee begrüßen will. In diesem Augenblick erwartet das Volk eine Wahlordnung mit möglichst gemindertem Census für die aktive Wahlfähigkeit und mit der größten Ausdehnung für die passive Wahlfähigkeit, ohne Minoritätswahlen, ohne Gebundenheit an einen gewissen Bezirk, bedingt durch das Vertrauen der Wähler. Alle Interessen sind gleichberechtigt, Grundbesitz, Kapital und Arbeit, — müssen Vertretung finden, wenn Berücksichtigung wiederkehren soll. Die Räthe der Krone müssen die größte Summe des Volksvertrauens in sich vereinigen, und ihre Handlungen vor einem Richter vertreten, dessen Strafurtheil der Volksrechung niemals entgehen darf. Das Volk erwartet Gleichberechtigung aller legislativen Gewalten in dem Recht der Initiative für die Gesetzgebung, und zeitgemäße Erweiterung ihrer Wirksamkeit durch alljährliche Berufung der Reichsstände. Die allgemeine Forderung einer einheitlichen Vertretung des Volkes in einem deutschen Parlamente setzt gebieterisch voraus, daß sich in der Landesvertretung und den Räthen der Krone der unverkümmerte Ausdruck des wahren Volkswillens finde, und daß dieser zu jeder Zeit einen gesetzmäßigen Weg finden der freien Aeußerung habe. Wie die deutschen Fürsten durch ein Staatsrechtliches Band vereinigt sind, so wollen auch die deutschen Volksstämme in nächster Zukunft von denselben Rechten und Sympathien getragen ein Solidaritätsbilden, an welcher sich alle feindlichen inneren und äußeren Zeitströmungen als einen unüberwindlichen Wall brechen werden. Das Volk erwartet unverzügliche Trennung des Richteramts von der Verwaltung und Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in die Rechtspflege mit Schwurgerichten nach dem Vorbilde Englands; — es erwartet eine durchgreifende Verbesserung des Schulwesens, unbedingte Lehrfreiheit, bürgerliche und politische Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse, das Recht der Association und freien Volksversammlung, auf daß in Verbindung mit der entfesselten und gesetzlich gecontrairten Presse das Gebäude einer vernünftigen Volksentwickelung vollendet und jener Grad von Bildung und Einsicht in die öffentlichen Angelegenheiten erreicht werde, der allein gegen Extreme schützt. Wir werden mit Freuden den Tag begrüßen, wo durch ein Petitionsgesetz und dessen Handhabung durch Richteramtspersonen der Willkühr auch der letzte Boden entzogen und das ehrbende Bewußtsein gewonnen wird, daß unter allen Umständen nur der klar erkannte Wille des Gesetzes entscheidet. Wir verlangen Volksbewaffnung zum Schutz des Gesetzes und der Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlandes. Die Befreiung des Grundgesetzes von drückenden Reallasten, ist ein unabweisliches Bedürfniß. Das Volk erwartet, daß alle Vorrechte schwinden, welche die Kraft der Verwaltung schwächen, die Sicherheit der Rechtspflege gefährden und den Wohlstand des Landes verkümmern. Bessere Fürsorge für die arbeitende Klasse einerseits durch Hebung der Industrie und Gewerben, anderseits durch zweckmäßigere Vertheilung der Steuern ist zur unabweislichen Nothwendigkeit geworden. Angehemmte Entwicklung der individuellen Freiheit fordert das Volk als erste Bürgschaft seiner staatlichen Existenz, — von Ihnen aber, Abgeordnete des Landes, schreed und rasches Handeln in diesen Tagen der Gefahr. Alle formellen Fragen mögen in Hintergrund treten vor der beschlüsten Eile, mit welcher die Ereignisse dieser Zeit uns überholen. Wir beschwören Sie! geben Sie dem Volke ungesäumt Beruhigung durch redliche Gewährung seiner gerechten Forderungen, — schenken Sie ihm Vertrauen, — es ist dessen würdig, — geben Sie ihm Güter, deren Verbürgung es für werth hält, und Sie sollen es unüberwindlich finden in der Stunde blutiger Entscheidung, die uns jeder Tag aus Osten oder Westen bringen kann. Handeln Sie im Sinne der königl. Proklamation vom 6. d. M.; sie führt die Sprache des Zeitverständnisses und der Wahrheit, unmittelbar einsprungen aus einem ächt deutschen, — aus einem königlichen Herzen. Ergreifen Sie aber auch diesen Augenblick von diesem Herzen eine allgemeine Amnestie für alle politischen Vergehen zu erbitten und der Dank des Vaterlandes wird Ihre Tugend krönen. Deutschland hat sein Auge auf Sie gerichtet, täuschen Sie das Vaterland nicht in dieser großen Stunde! München, am 17. März 1848.

**Würtemberg.** * Tübingen, 15. März. Es ist nothwendig, daß es immer wieder und von allen Seiten ausgesprochen werde: die Bewegung, welche jetzt auch die untern Stände in Deutschland ergriffen hat, ist keine kommunistische, überhaupt keine künstliche, sondern sie ist im Zusammenhang mit dem Ringen der ganzen Gesellschaft nach einer gründlichen, die Lebensbedingungen sichernden Verbesserung ihrer Zustände. Gerade bei dem Landvolk ist noch zu viel Achtung für Religion und Sitte, und man kann im Allgemeinen sagen, zu viel Verstand, als daß eine gänzliche Umkehr der Eigenthumsverhältnisse von der besseren Mehrzahl zu fürchten wäre. Aber die heutigen Bauern wollen die Gelegenheit benützen, sich die Früchte ihres Fleißes zu sichern und den Acker von der drei- und vierfachen Besteurung, welche nach und nach darauf gelegt worden, frei zu machen. Ganz dasselbe wollten auch die Bauern des 16. Jahrhunderts: die Steuer an den Landesherrn und den Zehnten an die Kirche wollten sie geben, aber nicht darüber. Weil sie schlecht geleitet waren und ihre Begehren mit Grausamkeit unterdrückt, ging ihre Sache verloren, und die Folge war, daß sie noch härter angelegt wurden und den Rest von Freiheiten, welche sie hatten, vollends einbüßten. Die Vertilgung der Grundbücher ist eine Handlung unsinniger Roheit. Die Thäter überlegen nicht, daß sie aus jenen Büchern ebem oft Beweise zu führen haben, wie die Herrschaft, da dort auch ihre Rechte verzeichnet sind, wie das Maß ihrer Schuldigkeiten. Dieselbe blinde Zerstörungswuth hat nach dem verunglückten Bauernkriege die Erneuerung der zerstörten Lagerbücher nothwendig gemacht, worin die Sieger, wie sich denken läßt, nicht zu ihrg gekommen sind. Wie neben manchen Ueberschreitungen doch die gute Art unserer vielfach zu gering geschätzten Bauernklasse sich bethauptet hat, sieht man auf dem Bergang in Kirchberg an der Jagst, wo 300 Bauern, ehe sie ihre beimgehenden Anliegen an die Herrschaft brachten, erst ihre Tabakspfeifen und Stöcke im Wirthshause ablegten. Ein noch sprechenderes Zeugniß kann ich Ihnen aus dem benachbarten Fürstenthum Hechingen mittheilen, wo die beiden Dorfgemeinden, welche dem Fürsten jährlich 24 Artikel abgenöthigt hatten, von den andern 22 Gemeinden gezwungen wurden, die Urkunden wieder dem Fürsten zurückzustellen. Aber man lasse sich durch solche Züge von Gutmüthigkeit, welchen leider Zeugnisse von zunehmender Verwilderung in größerer Zahl gegenüberstehen, nicht abhalten, billige Zugeständnisse zu machen, so lange es Zeit ist, und dem Volke in seinen vorhandenen Gliedern gegen eine vernünftige Freiheit zu geben, durch welche es allein im Staate ist, sich zu befriedigen.

* **Meiningen,** 14. März. Sie wissen bereits, daß der Herzog alle Reformwünsche bewilligt, den Alp des Landes, die Domänenfrage, aus freier Bewegung gelöst, die Domänen dem Lande zurückgegeben, sich auf eine Civilliste von 225,000 fl., und wenn der Erbprinz sich vermählt von 250,000 fl. beschränkt hat. — Hier hat sich gestern eine wohlbewaffnete Bürgergarde von schon 575 Mann gebildet; morgen wird sie in Hildburghausen zusammentreten; es ist die Bürgerbewaffnung an hoher Zeit. Im sogen. Unterland haben am 12. bebauertiche Exesse Statt gefunden; in Salzungen zog eine Rotte des unterssten Volkes von 7 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens auf Raub und Plünderung umher, nachdem sie den Oberamtmann, den Kreisrichter und den Förster fortgejagt hatte. Auch auf dem Waldezjagt man die Förster weg.

**Koburg,** 15. März. Auf die Adresse, in welcher die hiesige Bürgerschaft die Wünsche vor den Thron brachte, von welchen jetzt ganz Deutschland erfüllt ist, erschien eine Proklamation des Herzogs,

Digitized by Google

welche weithin die größte Freude verbreitet hat. Die Ruhe der Stadt ist noch nicht einen Augenblick unterbrochen worden. Beunruhende Nachrichten sind aber aus den benachbarten bairischen Landgerichten Kronach, Langstadt und Lichtenfels eingetroffen. Ein Haufe losen Gesindels — nicht vielleicht anfässige Bauern — hat in den Schlössern des Hrn von Redwitz zu Kyps und Unterlangstadt, so wie auch an einigen andern Orten große Verwüstung angerichtet; einige Amthäuser sind zerstört und die daselbst vorgefundenen Akten und Bücher in den Fluß geworfen worden. Gestern erschien bairisches Militär in den genannten Ortschaften, um die Ruhe wieder herzustellen. Der koburgische Marktflecken Sonnefeld, hart an der bairischen Grenze, beschäftete in vergangener Nacht einen Ueberfall von jenem Gesindel und hat um militärische Unterstützung. Sogleich übernahm die Bürgergarde, welche sich in diesen Tagen hier gebildet hat, die Bewachung der Stadt, und der größte Theil des Militäs eilte nach Sonnefeld. Der befürchtete Ueberfall hat nicht Statt gefunden. Auch die Landleute der koburgischen Aemter haben sich in diesen Tagen Versammlungen gehalten, um eine Adresse an den Herzog zu berathen, in welcher namentlich Aufhebung der Feudallasten, Verminderung der Salzsteuer, Aenderung der bisherigen Jagdverhältnisse verlangt werden soll. Die Versammlungen verliefen im Ganzen ruhig.

* Dessau, 15. März. Soeben empfängt der Herzog eine Deputation der Stadt Zerbst, welche eine Adresse der dasigen Bürgerschaft überreicht, die hauptsächlich das Gesuch um Verleihung einer zeitgemäßen Verfassung mit „wahrer Volksvertretung, Verantwortlichkeit der Minister, Nothwendigkeit ministerieller Contrasignatur bei allen landesherrlichen Erlassen, mit dem Recht der Steuerbewilligung durch die Landstände, und deren Zustimmung bei allen Gesetzen, mit Unabhängigkeit des Richteramts und Gleichheit aller Staatsgenossen vor dem Gesetz," enthielt. Die Adresse, welche dem Vernehmen nach aus der Feder des freisinnigen (Anhalt-Bernburgischen) Mitgliedes des Oberappellationsgerichts in Zerbst geflossen ist, erschirnt vor allen andern als ein Muster ruhiger, gesinnungsvoller und kluger Sprache. Auch wird in jener Deputation in Beziehung auf die durch das herzogliche Patent vom gestrigen Tage bereits bekanntgemachten Bewilligungen eine Dankbezeigung überreicht. dabei aber mit fester Sprache daran erinnert, daß in dem genannten Patente vom 14. d. M., welches allerdings bezüglich der Konstitution nur von „Berücksichtigung" der von den Dessauischen Deputationen ebenfalls vorgebrachten Wünschen spricht, die bestimmte Zusicherung einer Verfassung mit allen obigen unveräußlichen Grundzügen hinreichend enthalten sei, und es ist daher dem Herzoge wiederholt die dringende Bitte vorgetragen, die Ertheilung einer solchen Verfassung mit unumwundener Bestimmtheit dem Lande zuzusichern. Bis jetzt verlautet noch Nichts über den Erfolg dieser Bitte.

Gotha, 17. März. Gestern ist eine an die Bewohner des Herzogthums Gotha gerichtete Bekanntmachung des Herzogs erschienen, aus welcher mir nachfolgende Stelle, als von allgemeiner Wichtigkeit, mitzutheilen und wreanlaßt sehen. „Ich verkündige daher mit Genugthuung, daß in Kurzem der Entwurf zur neuen Ordnung der grundgesetzlichen Institutionen des Landes vollendet sein wird. Ich beabsichtige, diesen Entwurf dann einer Versammlung von Abgeordneten aus den verschiedenen Klassen der Staatsbürger zur Berathung und Annahme vorzulegen, um unter Benutzung ihrer Einsicht und mit ihrer Zustimmung ein neues Verfassungsgebäude zu errichten, damit aber ein Organ zu schaffen, welches fähig ist, die wechselnde Erfahrung und Einsicht der jeweiligen Zeitgenossen in sich aufzunehmen. Es wird demnach eine in den nächsten Tagen erscheinende Verordnung für diesen Zweck provisorische Bestimmungen aufstellen, betreffend die Zusammensetzung der gerechten Versammlung, die Bedingungen der Wahlfähigkeit und Wahlberkeit, die Form der Wahlen und den Geschäftsgang bei den Verhandlungen der zu versammelnden Abgeordneten, auch wird gleichzeitig die Landesregierung zur sofortigen Einleitung der Wahlgeschäfte selbst angewiesen werden." Also ein vollständiger, neuer Grundvertrag! Mögen die übrigen Fürsten die rückständige Schuld so rasch und bereitwillig bezahlen, wie der unsrige. — Daß unser Staatsgrundgebäude auf breitester Basis aufgeführt werden wird, kann wohl nun keinem Zweifel mehr unterliegen, aber wir werden, bis wir den Giebel aufsetzen, noch etwas Lehrgeld zahlen müssen.

† Bremen, 14. März. Unsere Reformbewegung geht ihren ruhigen und entschiedenen Gang fort. In der so eben anstatt des frühern Konvents abgehaltenen großen Bürgerversammlung, zu welcher 600 Bürger geladen waren, ist eine Deputation von achtzehn Männern, fast sämmtlich der Reformbewegung und ihren Leitern angehörig, erwählt worden, welche sofort die zur Wahl der Repräsentanten nöthigen Vorkehrungen berathen und Bestimmungen über den Wahlmodus entwerfen soll. Unsere Patrizier und Oligarchen ergehen sich allmählich in das Geschick der gestürzten Verfassung und zeigen sich als gute Bürger, indem sie jetzt mit ehrlichem Herzen sich der andern Verfassung anschließen. Zu den 18 Deputirten, welche eine Art gesetzgebende Versammlung bilden, sind auch die Bürger Wischmann, Kohnenberg und Feldmann, die drei Häupter und Leiter der Bewegung, welche die alte Verfassung stürzte, erwählt.

## Schweiz.

☽ Bern, 14. März. Die königlich gesinnte Partei im Kanton Neuenburg weicht nicht und versagt mit hartnäckigem Trotz der provisorischen Regierung den Gehorsam und die Anerkennung; den fürstlen Anhang hat sie in dem Bezirk Valangin. Vorgestern Abend kam eine Depesche von der Neuenburger Regierung an den Vorort. Sogleich hielt derselbe Sitzung und beschloß, da die früher abgesandten Kommissäre wieder zurückgeschickt waren, in den Personen der Herren Blanchenay und Migy zwei neue eidgenössische Abgeordnete hinzuschicken und 4 Bataillone Waadtländer und Berner Truppen aufs Piket und den Kommissären zu steter Verfügung zu stellen. Welche Wendung die Dinge noch nehmen werden, läßt sich nicht voraussagen. Die Stellung, welche der Vorort einzunehmen hat, ist ihm durch die Verhältnisse klar und unzweideutig vorgezeichnet. Will der Kanton Neuenburg den Unterthanenvertrag zu Preußen auflösen, so erwächst hieraus der Eidgenossenschaft durchaus keine Verbindlichkeit. In dem Vertrag vom 19. Mai 1815, dem einzigen, welcher zwischen Neuenburg und der Eidgenossenschaft besteht, ist weder des Fürsten von Neuenburg, noch des Königs von Preußen, noch der Unterthanenverhältnisse von Neuenburg zu dem König von Preußen Erwähnung geschehen; jener Vertrag kontrahirt „ausschließlich" mit den Behörden des Kantons Neuenburg und begründet „auf ewige Zeiten" eine staatliche Einverleibung dieses Kantons in die Eidgenossenschaft ohne irgend eine Bezugnahme auf das Separatverhältniß dieses Kantons zu dem König von Preußen. Daraus folgt, daß dieses Separatverhältniß für die Eidgenossenschaft in allen öffentlichen Beziehungen, d. h. für sie als Staat und für ihre staatlichen Rechte und Verpflichtungen gar nicht existirt; es ist dem einzen. Bund gegenüber ein rein privatrechtliches Verhältniß, das jene ganz zu ignoriren hat. Lösen also die Neuenburger das Unterthanenverhältniß zu Preußen auf, so hat nach dem erwähnten Vereinigungsvertrag die Eidgenossenschaft durchaus keine Verpflichtung, dieses durch einen Beistand aufrecht zu erhalten. Um eine solche Verpflichtung zu begründen, müßten andere erhalten. Um eine solche Verpflichtung zu begründen, müßten andere Verträge mit Preußen, namentlich ein Garantievertrag des Territoriums nachgewiesen werden, die aber nirgends existiren. Dem Kanton Neuenburg, als Glied der Eidgenossenschaft, steht nach noch vorhandenen Gesetzen das Recht zu, seine Verfassung von sich aus zu ändern. Durch die Auflösung des Unterthanenverbandes begeht also auch das Neuenburger Volk keine Bundesverletzung, und aus alle dem geht hervor, daß die Eidgenossenschaft sich in diese ganze Angelegenheit nicht zu mischen hat. Wollte aber der König von Preußen die Neuenburger mit Waffengewalt zum Unterthanengehorsam zwingen, so würde und könnte der Vorort den Durchmarsch von Truppen auf keine Weise zugeben, sondern müßte sich demselben mit allen Mitteln widersetzen.

** Bern, 14. März. Die Bundesrevisionskommission ist unausgesetzt mit der Lösung ihrer schwierigen Aufgabe beschäftigt. In derselben sind nunmehr sämmtliche Stände vertreten mit alleiniger Ausnahme Neuenburgs, welches noch gesetzhener Konstituirung ohne Zweifel ebenfalls zu einer Revision Hand bieten wird. Die Arbeiten der Kommission schreiten äußerst langsam vor, überall stößt man auf Widersprüch und über die wichtigsten politischen und materiellen Fragen herrscht eine solche Verschiedenheit der Ansichten, daß eine Vereinbarung beinahe unmöglich scheint. Kein Wunder, wenn unter diesen nichts weniger als erfreulichen Aufpicien der Gedanke sich kund gibt und Wurzel faßt, daß die Revisionskommission in ihrer gegenwärtigen Gestalt nicht geeignet sei, die Bundesreform auf eine den dringenden Bedürfnissen der Zeit entsprechende Weise zu bewerkstelligen und durchzuführen. Wirklich läßt sich nicht in Abrede stellen, daß eine Tagsatzungskommission, zusammengesetzt aus den ersten Gesandten der betreffenden Kantone, welche sich mehr oder weniger durch die Interessen und Rücksichten der Stände gebunden fühlen, die sie vertreten, und somit saufen müssen, sich den Tadel ihrer Konstituenten zuzuziehen, wenn sie den hergebrachten Rechten in Etwas vergehen — sich nicht in der Lage befindet, die Sonderinteressen der einzelnen Stände dem allgemeinen Bundeszwecken unterzuordnen und das Revisionswerk auf solche Grundlagen zu bauten, welche der schweizerischen Nation eine

Digitized by Google

festere und kräftigere Stellung nach Innen wie nach Außen zu verleihen geeignet wären. Denn wenn auch die Mitglieder der Kommission an keine bestimmten Instituionen gebunden sind, so sind sie gleichwohl schon vermöge ihrer Eigenschaft als Magistrate und Abgesandte ihrer Kantone gezwungen, sich allzusehr durch Kantonalsichten leiten zu lassen, während ein direkt von dem Volke gewählter Ausschuß eine weit unabhängigere und freiere Stellung einnehmen würde und daher auch viel eher im Stande wäre, das Revisionswerk auf eine den Gesammtinteressen der schweizerischen Nation entsprechende Weise zu vollbringen. Wir geben zwar zu, daß ein solcher Nationalkongreß nicht ganz im Einklang stände mit den bisherigen föderativen Principien, und daß namentlich die Vertheidiger der Kantonalsouveränetät sich schwerlich hiermit einverstanden erklären werden. Allein die jüngsten allgewaltigen Ereignisse haben so mächtig gewirkt und einen solchen Umschwung in den Ideen und Grundsätzen hervorgebracht, daß die Einsetzung eines schweizerischen Verfassungsrathes beinahe als eine politische Nothwendigkeit erscheint.

### Niederland.

* **Amsterdam**, 16. März. Verschiedene Listen des neuen Ministeriums sind in Cirkulation; die am Meisten Anklang und Glauben findende meldet folgende großentheils populäre Namen: Baron von der Capellen, Konsteil-Präsident und Kolonien; Luzac, Justiz; Thorbecke, Minister des Innern; Schimmelpenninck, Minister des Aeußern; van Stall, Finanzminister; Storm, katholischer Ehrendienst; Byl, Marine. So schlüpft sich Niederland auf eine würdige Weise dem Fortschritt der Süddeutschen Völker an, und unser Königs hat die Genugthuung aus eigenem Antrieb (aber doch wohl gedrängt durch die Umstände? D. R.) die Initiative ergriffen und somit den Grundstein zu seiner Popularität selbst gelegt zu haben. Der Nachricht von der definitiven Bildung des Ministeriums sieht man morgen entgegen.

**Haag**, 15. März. König Wilhelm hat sein vorgestern dem Kammerpräsidenten gegebenes Wort heute gelöst. Alle Minister sind entlassen, und der freimüthige Luzac ist mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, in welchem wohl auch Prof. Thorbecke einen Platz einnehmen wird. Nur das Ministerium Thorbecke, hört man sagen, könne das Ministerium van Rappard vergessen machen. Die Freude ist groß, gestern Abend schon hat man hier wie in Amsterdam und Rotterdam illuminirt und gefeiggt. Das Band zwischen Oranien und Niederland, ruft das Handelsblad aus, ist „unzerreißbar befestigt“; es schärft dabei den vaterländischen Spruch ein: Eintracht gibt Macht. Indessen sehen die Nächternen nicht ohne Besorgniß auf die Generalstaaten selbst. Eine Versammlung, die wie diese zusammengelegt ist, bietet in der That wenig Gewähr, daß aus ihrem Schooße eine wahrhaft zeitgemäße Staatsreform hervorgehe.

### Frankreich.

* **Straßburg**, 13. März. Frankreich befindet sich in einer finanziellen Krisis, welche Viele an der Haltung der gegenwärtigen Ordnung zu Zweifeln drängt. Sie haben den Rapport des neuen Finanzministers, Garnier-Pages, erhalten. Wie einst Necker, deckt er schonungslos den Abgrund auf. Von drei Seiten her fällt der Steuern auf den öffentlichen Kredit ein. Zuerst der flockende Kleinhandel, dann die Nothwendigkeit, doch etwas zu thun, den Arbeitern Brot zu geben, und endlich die Sparkassen, welche wieder mit jener Klasse des Volkes innig zusammenzuhängen. Die erste Verlegenheit ist schon an sich sehr bedenklich, weil hier Vielen von dem öffentlichen Zutrauen abhängt, das nicht so leicht wiederbelebt, wie 1830. Denn kein königliches Haus geht mehr mit Einkäufen in Paris, Lyon u. s. w. voran; sogar die Aristokratie flieht aus der drohenden Hauptstadt oder schränkt sich, schon jetzt geforderter, noch mehr der in Aussicht gestellten Opfer wegen auf das Nothwendigste ein. Die „luisos d'exemple“, welche nach dem Vorbild der Hauptstadt sich in den gewerbtreibenden Städten bilden, sind nur Palliative; der heute flott gemachte Fabrikant fährt mit der Geldaushilfe zu arbeiten fort und die neuen Produkte rebnieren die als Bürgschaft gegebenen Produkte zu Schatten. Man hat die Geldopfer berechnet, die die Stadt bringen muß, um seinen Versprechungen an die Arbeiter nur zum Theil nachzukommen; die Summen laufen ins Unendliche! Und wie soll der nicht subventionirte Arbeiter bestehen? Jeder Einzelne, der so unterstützt wird, macht zwei andere brodlos und zwingt sie an derselben Quelle zu schöpfen. Dann beschränkt sich die Unterstützung wohl nur auf Paris, und die Gewerbthätigkeit in den Departementalstädten wird vollends vernichtet. Am nachtheiligsten wirkte aber der gefallene Kredit auf die Sparkassen. Die Rückforderungen übersteigen alle Besürchtungen. Wenn es so fortgehen könnte, so wären in 14 Tagen oder höchstens 3 Wochen alle 355 Millionen aufgezehrt worden. In Straßburg sind von etwa Einer Million 250,000 Fr. zurückbehalten und nahe an 200,000 Fr. ausgetheilt. Noch schlimmer ist es in dem Mittäglichen und dem Westen. Alles Geld, welches in die Kassen fließt, und wer kann, zahlt wenigstens für 6 Monate die Mobiliar- und Grundsteuer voraus, geht in die Sparkassen über, denn hier muß vorerst geholfen werden, weil sie großentheils dem Volke schulden. Doch was bleibt für anderweitige Bedürfnisse? Man wirft der Regierung vor, so schnell die Zinsen der Staatspapiere abgetragen und diese Eventualität nicht vorhergesehen zu haben; denn die Zusicherung, die Einlagen in die Sparkasse mit 5 Prcc. zu verzinsen, hat wenig gefruchtet. Und so mußte zu dem neuen Dekrete geschritten werden, bei jeder Forderung nur 100 Fr. baar zu zahlen, für das Uebrige zur Hälfte Tresorscheine und zur andern Hälfte 5procentige Papiere zu geben; beide al pari. Also gezwungene Annahme des Papiergeldes zu einem bestimmten Kurse. Wer aber dort Geld braucht, muß die Papiere verschleudern und vertiert auf Tresorscheine, die vielleicht auf 6 Monate hinausgestellt sind, 12—15 Prcc., auf die andern bei dem Kurs von 72 bei 28 Proc. Jetzt deckt sich die heillose Wirthschaft auf: die Anstalt, die eine wahre Wohlthat werden konnte, ist durch Leichtsinn zur Quelle des Unglücks geworden. Vergebens haben Viele, namentlich die Verwaltung der hiesigen Sparkasse, vor dem Mißbrauche gewarnt und behauptet, die Anstalt sei nur für den Arbeiter oder den Mittellosen gegründet; sie erhielt von Paris die Weisung, auch die Beiträge der Reichern anzunehmen. *) Nur Geld in die Kassen! an spätere Verlegenheiten dachte Niemand, und so stieg die Schuld auf jene ungeheure Summe. — Noch eine andere Assignatengefahr. Der Käufer von Domänengütern der Krone wird nur gehalten, den vierten Theil der Kaufpreises baar zu zahlen, für das Uebrige gibt er Papiere mit längern Terminen. Letztere sucht die Regierung in Umlauf, ein Papier, wie einst mit einer Hypothek, die Niemand kennt, Keiner kontrolliren kann. Auch sprechen schon die Zeitungen von dem Bankerot, welchen die gefallene Regierung bereitet hat, noch hoffend, die Republik werde ihn verhindern können. Allerdings trägt hier die vorige Regierung die Schuld: sie hat systematisch einen überspannten Kredit geschaffen, um Alles an ihre Existenz zu fesseln. Und doch wäre auch der ruhige Eintritt der Regentschaft unter Menoors schon die erschütternde Probestunde dieses Kartenhauses geworden. Heilloß hat man dem Interesse der Dynastie die Wohlfahrt des Landes geopfert!

### Polen.

* Endlich brechen die polnischen Zeitungen vom 11. März ihr Schweigen über die Pariser Revolution. Ihre Sprache ist kurz und flostanzig wie ein militärischer Befehl, der sie auch anzuweisen hat. Die Worte sind zu charakteristisch, als daß wir sie nicht hersetzen sollten. „Wichtige Ereignisse sind in Paris vorgegangen. Die durch die Reformbankette hervorgerufene Agitation ist in eine Revolution (dieses Wort dürfte wohl seit dem Jahre 1831 zum ersten Male in den russisch-polnischen Zeitungen stehn; sonst hieß es Etwas, wo es absolut unvermeidlich war, Verwirrung) übergegangen; den 24. Febr. hat der König Ludwig Philipp abdicirt zu Gunsten des Grafen von Paris und der Regentschaft der Herzogin v. Orleans. Die Regentschaft hat sich nicht erhalten. Eine provisorische Regierung aus Leuten wie Dupont de l'Eure, Lamartine, Cremieux, Marie, Marrast, Louis Blanc, Pleeon und Garnier-Pagès hat die Republik proklamiet. Der König und die kön. Familie haben Frankreich verlassen. Die kön. Familie befindet sich in England. Der Aufenthalt des Königs ist unbekannt“. So das Blättlein. — Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß eine große Anzahl polnischer Emissäre nach dem Lande abgegangen. Im Posen'schen hat man Waffen-Depots entdeckt.

*) Die Unterscheidung zwischen reichen und armen Einlagen scheint uns unmöglich durchzuführen. D. Red.

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim. — Druck von **G. Mohr** in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Owen in Lond., 19 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Nordamerika Länder werden man sich an G. H. Alexander Expedition in Straßburg, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Quartalpreise betragt das Stück. Ganz. Personen Druckerei. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 24 kr. Für Ausgaben nach der Ausm einer kreuzbandigen Postzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 82. Heidelberg, Mittwoch 22. März. 1848.

## Uebersicht.

**Die deutschen Reformen.** — **Wien** (Preßfreiheit eingeführt, eine Reichskonstitution verheißen. Unruhiger Zustand. Metternich's Villa. Münz-Versammlungen. Empörung über die Polizei vom 13. 5. Die Ruhe in Ungarn nicht gestört. Unsicherer Zustand. Drohende Gerüchte. Erzherzog Stephan. Ankunft ungarischer Magnaten). **Prag** (Verfassungsjubel. Adresse der Slawodeutschen. Bürgerrevision). **Berlin** (Gerücht einer Verschwörung Polnisches in der Nacht v. 18. zum 19. März. Die militärische Execution gegen die Bürger am 16. Der Fürsten- und Ministersturz. Gerücht über Berufung des Bundestags. Hr. v. Potsdendorf). **Magdeburg** (Tumulte. Schutzlosigkeit der Bürger). **Breslau** (antirussischer Antrag des Stadtverordneten Krosick. Aufhebung des Eids und preußische Preßfreiheit. Der abermalige Eintritt des Militärs gegen Bürger. Nothwendigkeit der Bürgerwehr). **Koblenz** (Aufregungen). **Köln** (Stimmung unter den gegen Solingen ausgesandten Truppen. Die Arbeiterunruhen in Solingen. Adresse in Solms-Braunfels). **München** (Gelungen der süddeutschen Mission. Die Stände. Adresse an die Wiener deßhalbige. Mittregentschaft angeblich beantragt. Die Bevorzugung über Lola Montez. Heintz und Richgassner Kammerpräsidenten. Gerüchte von neuen Bewegungen). **Heidelberg** (die kritische Lage Baierns). **Stuttgart** (Wörterberg von Baden angeblich um militärischen Zuzug angegangen). **Dresden** (das neue Ministerium). **Leipzig** (Freude über das neue Ministerium. Hr. v. d. Pfordten. Der Landtag. Die Truppen um Halle nach Berlin). **Hannover** (die Antwort des Königs. Bereitliche Stimmung). **Göttingen** (der Auszug der Studirenden und was ihm vorangieng). **Sonneberg** (die Reformbewegung in Sachsen-Meiningen). **Oedingen** (die Vereinigung deutscher Auslander). **Hessen** (Reformverfassungen des Herzogs). **Weimar** (die Antwort an die Rostocker Deputation, Aufregung, Tumulte). **Kiel** (die Bahlen. Das Vorgefecht).

**Großbritannien.** Die Times über die Reformbewegung in Deutschland. Das Morning Chronicle. Die Hartlichste Bewegung.

**Frankreich.** Schlechter Erfolg der Unterzeichnungen für öffentliche Zwecke. Militärische Maßregeln.

**Rußland.** Alias des Kaisers an den Kriegsminister.

**Nachschrift.** Aus Berlin.

## Heidelberg, 22. März.

Die Schlußbetrachtung unserer gestrigen Artikels ist von so außerordentlichem Gewichte, daß wir nicht nachdrücklich genug wiederholen und anempfehlen können, es möge doch jede Berathung über die Anführung unseres großen Entwurfs der Einigung deutscher Nation von ihr allein ihren Ausgangspunkt nehmen und bei jeder einzelnen Streitfrage auf sie als auf das wesentliche Kriterium zurückkommen. Es ist in unserer Ueberzeugung, bei der Lage der Welt, ganz unvermeidlich, daß Deutschland in die Wagnisse der Republik gestürzt werde, wenn es sich noch ein Mal, wenn es sich als Ganzes in seinen Hoffnungen und in seinem Vertrauen auf das monarchische und konstitutionelle Prinzip getäuscht sieht.

Was ist es anders als diese Täuschungen, die in den einzelnen konstitutionellen Staaten die republikanische Partei hervorgerufen haben, die jetzt das Haupt so zuversichtlich hebt? Staatssophisten, Geistliche, Aristokraten, Hofleute hatten durch die dreißig Jahre der Existenz unserer konstitutionellen Einrichtung die Abneigung der regierenden Häuser gegen dieselben so sorgsam gepflegt und hatten diese Staatsform so systematisch untergraben, daß sie hie und da nur für eine kostspielige Verbrämung der Absolutie galt. Die Männer des Volks wurden aus den Ständesälen entfernt, ganzen Kategorien der Gewechten der Eintritt verwehrt, die freie Wahlbesprechung in Presse und Volksversammlung gehindert, die zugänglichen Mitglieder der Kammern durch Korruption gewonnen, die klarsten Rechte der Stände mit Gewaltsaberei oder Sophistik entzogen oder entstellt; mißliebigen Anträgen, die nicht zu umgehen waren, wurde mit brutalen Landtagsabschieden begegnet. Daß diese Art von Regiment bei der Langmuth der deutschen Natur für die Weile gelang, dieses traurigen Triumphs können sich unsere Staatsmanner rühmen; sie haben in Koterien das Ohr der Fürsten belagert und ihr System mit und trotz den konstitutionellen Formen durchgesetzt; sie haben die Stimme der einsichtigen und patriotischen Bürger erstickt; sie haben die Ehrlichen, die gegen die Schwindertreiung eiferten, als Wühler, als Radikale, als Anschter der göttlichen Weltordnung verfolgt. Von den vielen politischen Verbrechern seit 1819 haben nur die wenigsten etwas Anderes gewollt, als wozu in diesem Augenblick sich das ganze deutsche Volk bekennt, ja, selbst die früheren Verfolger jener Männer sich bekennen zu müssen glauben. Konnte unter solchen Umständen die Repräsentativverfassung der volksthümlichen Gestalt des Staates nicht förderlich sein, so war sie ihr in andern Beziehungen geradezu hinderlich. Die Reste des Feudalwesens, selbst wenn eine freisinnige Regierung sie hätte abschaffen wollen, fanden in den ersten Kammern eigenmächtigen, aber verfassungsmäßigen Schutz, in eben diesen Kammern, die sonst mit Nichts beschäftigt waren als sich zu nullifiziren. Zu den einheimischen Erfahrungen, die man mit der konstitutionellen Monarchie machte, gesellten sich dann die fremden. Man hatte ihr 1830 in Frankreich nach einer glücklichen Revolution, die die Macht der Entscheidung in die Hand des Volkes gab, noch ein Mal mit gutem Glauben vertraut. Und dieser Glaube ward achtzehn Jahre lang betrogen.

Die Regierungsweisheit dieser ganzen Zeit sei mehr als dreißig Jahren, von der gänzlich unfruchtbaren, jedes organisirenden Talentes entbehrenden Metternich'schen Politik diktirt, ging darin auf, die ständischen Verfassungen unschädlich zu machen; es gelang ihr mehr als sie wollte: sie hat sie diskreditirt. Die Dinge in Frankreich haben zur Republik geführt; sie war nicht das Ziel der letzten Revolution, aber ihre sehr natürliche Folge. Das Beispiel des losangebenden französischen Volks hat die konstitutionelle Monarchie verworfen. Diese Thatsache macht sich, in ihrer ganzen erschütternden Gewalt, in Deutschland im Sturme geltend. Das Volk erringt sich bei uns gleichsam nur durch die Aussicht dieser Neuigkeit die tiefgreifendsten Verbesserungen, die es seit langen Jahren auf dem konstitutionellen Wege vergebens erstrebt hat; es erhält sie nicht durch das Ansehn der Kammern, sondern durch seine massenhafte Erhebung, durch die Einschüchterung, die in jener bloßen Neuigkeit liegt. Die Niederlage des konstitutionellen Prinzips setzt sich in Deutschland fort, wenngleich die Throne und Konstitutionen erhalten sind. Daß ist die Lage der Dinge, die sich Niemand verhehlen wird, der vor der Wahrheit und ihren Konsequenzen nicht zurückbebt.

Kein Wunder denn, daß sich so Viele die Frage stellen, ob es gerathen sei, den Versuch mit dieser Staatsform noch immer fortzusetzen! Kein Wunder, daß so Viele es geradezu aussprechen, wir hätten jetzt höchstens ein Jahr 1830, eine Julirevolution erlebt, auf die für uns wie für Frankreich ein neuer Zustand der Erniedrigung folgen werde! Und gewiß, ob dies geschehen soll, das liegt wesentlich in der Hand unserer Fürsten, liegt in der Frage oder Antwort, mit der sie in das volksthümliche Prinzip der konstitutionellen Staatsform eingehen oder nicht, zu Hause und in der Sache des deutschen Bundes; es hängt davon ab, ob sie die innere und äußere Stellung einer großen Nation, die sich zum Ersten Mal als Gauzes fühlt, so wollen verkommen lassen, wie das Louis Philipp in Frankreich gethan hat, oder ob sie Sorge tragen wollen, sie mit großen Rechten und Freiheiten innerlich und mit einer weiten Entfaltung ihrer Kräfte und Hilfsmittel nach Außen befriedigend zu beschäftigen. Soll dies wirklich nur eine Julirevolution sein, die wir erlebt haben, so sehen wir allerdings die unausbleibliche Folge einer Februarrevolution voraus. Was uns nur bessern Muth gibt, ist eben diese Gefahr für die Monarchie selbst. Sie sollte doch auch den Erfahrungen gelernt haben. Wir wollen uns nicht von Gemüthlichkeit verleiten lassen, noch so vielen Gründen zum Mißtrauen zu vieles, unzeitiges Vertrauen zu haben. Aber da das Interesse der Fürsten selbst mit dem der Nation so wohl übereinstimmt, so sollte man denken, wäre aller Anlaß gegeben, Beide zum einträchtigen Umbau der Verfassung und Freiheit dieses Volkes zusammenzuhalten.

Denn gewiß, nicht das Interesse der Fürsten allein, auch das des Volkes geht in diesen Zeiten einer unbrestigten Einheit, einer bedrohten äußeren Lage, einer inneren Ungleichheit der politischen

Digitized by Google

Standpunkte gegen alle Republik. In Oesterreich und Preußen hat man sich an der Konstitution noch nicht versucht; es ist ganz gegen alle Natur, daß man von der Absolutie in die Republik überspringe, und zu was solle wohl auch die Republik in den besitzerungsarmen Standestaaten von Preußen, in den rohen Händen slavischer Stämme dienen, als diese Staatsform noch viel mehr als die konstitutionelle vor aller Welt zu entwerfen! Der Versuch auch nur Einer kleinen Republik wird daher in Deutschland nur um den Preis der Spaltung der Nation gemacht werden. Es handelt sich in der Frage um Republik oder Monarchie nicht um die absoluten Vorzüge der einen oder der andern Form, sondern um den Zustand des Volks, welchem sie entsprechen soll, und um die Mittel, durch welche man aus der einen in die andere gelangen kann. Träte die Zeit ein, wo das deutsche Volk in der imposanten Mehrheit, wie jetzt für die Konstitution, so für die Republik seine Meinung und Ueberzeugung einsetzte, so ist es die konstitutionelle Staatsansicht selbst des Königs von Belgien gewesen, einer solchen friedlichen Allgemeinheit ohne Blutvergießen zu weichen. Zur Zeit aber wäre in den vielgetheilten Volke das Mittel, zur Republik zu gelangen, kein anderes als ein lange fortgesetztes Blutbad, eine unabsehbare Verwüstung. Denn die Entscheidung dieses Kampfes an Einem Orte wäre kein Sieg der Sache für das Ganze; wir haben kein Paris, in dem die Geschicke Deutschlands ausgefochten werden. Zahllose Kämpfe wären zu bestehen, nicht mit geordneten Heeren, sondern mit jenen Horden, die wohl in Paris eine kurze patriotische Erhebung ohne Nachtheil errangen, die aber längere und fortgesetzte Kämpfe nur auf eigne Rechnung, losgesagt von ihren Leitern, mit wachsendem Blutdurst, zum Ruin des Vaterlands führen würden. Welche politische Gestalt Deutschland annehmen würde, wenn diese Horden zuletzt gebändigt wären, würde von der Gewalt abhängen, die sie bändigte. Es ist zu vermuthen, daß diese ohne eine militär-despotische, als eine republikanische sein würde.

Man wird und entgegenhalten, eine republikanische Armee werde eine viel edlere Gestalt als die von rohen undisciplinirten Horden haben. Um hierüber Etwas auszusagen, muß man den Charakter der republikanischen Partei in Deutschland kennen. Man kann zu dieser keineswegs Alle rechnen, welche die republikanische Staatsform für die vernünftigste halten. Nur Jene zählen dazu, welche die Einrichtung einer deutschen Republik in dem gegenwärtigen Zeitpunkte für nöthig und möglich erachten und die zu diesem Ziele führenden Schritte, d. h. eine Revolution, zu machen entschlossen sind. Diese Partei besteht, mit sehr wenigen hervorragenden Ausnahmen, aus jungen Männern, welche, wenn auch bisher ohne allen Einfluß auf die Bildung des Volks, sowie auf die Staatsgeschäfte, doch durch Energie des Charakters, Feuer der Ueberzeugung und gänzliche Gewissenlosigkeit in der Wahl der Mittel geeignet sind, jene Massen in Bewegung zu setzen, welchen es nicht um politische Gestaltung, sondern um eine zerstörende Bewegung zu thun ist, und die sich ebenso leicht zum Umsturz eines Throns, als zum Todschlagen eines armen Juden hinreißen lassen. Von den Bürgern hingegen, die durch Besitz oder redlichen Erwerb im geordneten Familienleben befestigt sind, ist eine Betheiligung an revolutionärer Bewegung nicht zu erwarten. In dem größten Theile Deutschlands beruhigt man sich um so lieber bei dem Gedanken einer radikalen Reform, als in einigen Ländern Anhänglichkeit an alte Regentenstämme besteht, in andern der Gedanke an die Einführung einer republikanischen Verfassung den meisten neu und abenteuerlich erscheint. Unsere radikalsten Radikalen, welche ebenso wie die Fürsten und Diplomaten, nur immer mit sich selbst verkehren, wissen eben deßwegen so wenig wie diese von den Dingen außerhalb ihres kleinen Kreises. Möchten sie in Oesterreich, Preußen, Baiern, Hannover, Würtemberg vorurtheilslose Umschau halten, um sich von der Stimmung des Volks zu unterrichten, um zu erfahren, daß es nicht der politisch gebildete Theil des Volkes ist, auf welchen sie bei einer republikanischen Bewegung rechnen dürfen. Es bleibt ihnen also Nichts übrig, als der Proletarier. Der deutsche Proletarier! Haben die Zauberlehrlinge auch nur einen entfernten Begriff von dem Elemente, welches sie unter diesem Namen entfesseln wollen? Ahnen sie nicht, daß die Furcht vor diesen zerstörenden Fluthen den ruhigen Bürger plötzlich einen größern Muth finden lassen wird, als unsere Himmelstürmer ihm zutrauten, und daß dieser Muth, einmal in siegreiche Bewegung gesetzt, möglicherweise seinem Triumphe eine loyalere Richtung gibt, als im gegenwärtigen Augenblicke für die Sache der Freiheit wünschenswerth ist? Ist somit schon bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Erfolg eines republikanischen Aufstandes mehr als zweifelhaft, so würde selbst ein Sieg dann vergeblich errungen sein, wenn die Republik in Frankreich scheiterte. Das ist sehr möglich, es ist sogar wahrscheinlich, wenn man die ungeheuren, ja die unerschwinglichen Forderungen des 4. Standes bedenkt, welche die neue Regierung öffentlich anerkannt und deren Befriedigung sie zugesagt hat. Einem selbstgeschaffenen Ungeheuer verzeiht man die Impotenz nicht; man ändert es, so oft man es hat; man stürzt von einer Revolution in die andere, bis zuletzt die vis inertiae Alle vereinigt, welchen die Ordnung so theuer als die Freiheit ist; und damit hat die Republik ein Ende. Die deutsche Republik aber wird keinen Tag länger bestehen, als die französische.

Dies sind die Gründe, warum wir rathen, von der Republik abzulassen, die uns zuletzt zu Bürgerkriegen und polnischen Theilungen führen, deren Bestand von einem fremden Volk und dessen Staatsordnungen abhängig sein würde; warum wir rathen, an der Staatsform festzuhalten, die uns in Masse zusammenhalten wird, die wir behaupten und ausbilden können, es mögen die Würfel in Frankreich fallen wie sie wollen. Aber wir wollen sie nicht festhalten, wie sie war, sondern sie umgestalten und ausbilden, sie erwerben als etwas Neues, das wir bisher nur dem Namen nach, das wir für das Ganze gar nicht besessen haben. Wir wollen halten zu unsern Fürsten, in der festen Voraussetzung, daß sie zu uns, dem Volk und seinen großen Interessen halten werden, und übrigens in jenem energischen Betriebe unserer eigenen Sache, das unsre Fürsten bewegen soll, zu uns zu halten. Zu uns zu halten vorzüglich in jener Einen großen Frage der Bundesreform, wo sich die Fürsten selbst unter einander einigen müssen. Möge man da nicht vergessen, was wir noch einmal einschärfen, daß es nicht gilt um eine nothdürftige Gewährung, sondern um eine große, starke, feste Staatsschöpfung und Form, die nicht bloß den Diplomaten befriedigen, sondern auch den begeisterten Patrioten fesseln und ihm genug thun soll. Jede Saat der Verkümmerung und der Kleinlichkeit in diesem Werke würde die bittersten Früchte tragen.

**Oesterreich.** Wien, 15. März. Soeben erscheint hier folgende Proklamation: Wir Ferdinand I. von Gottes Gnaden, Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, König der Lombardei und Venedig ꝛc., haben nunmehr solche Verfügung getroffen, die Mir als zur Erfüllung den Wünsche Unserer treuen Völker erforderlich erkannten. Die Preßfreiheit ist durch Meine Erklärung der Aufhebung der Censur in derselben Weise gewährt, wie in allen Staaten, wo sie besteht. Eine Nationalgarde, errichtet auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz, leistet bereits die ersprießlichsten Dienste. Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände und der Centralcongregationen des lombardisch-venetianischen Königreichs in der möglichst kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzialverfassungen zum Behufe der von und beschlossenen Konstitution des Vaterlandes ist das Nöthige verfügt. Sonach erwarten Wir mit Zuversicht, daß die Gemüther sich beruhigen, die Studien wieder ihren geregelten Fortgang nehmen, die Gewerbe und der friedliche Verkehr sich wieder beleben werden. Dieser Hoffnung vertrauen Wir um so mehr, als Wie Uns heute in Eurer Mitte mit Rührung überzeugt haben, daß die Treue und Anhänglichkeit, die Ihr seit Jahrhunderten Unseren Vorfahren ununterbrochen und auch Uns bei jeder Gelegenheit bewiesen habt, Euch noch jetzt wie von jeher beseelt. Gegeben in Unserer kaiserlichen Residenzstadt Wien, am 15. März im achtzehnhundert acht und vierzigsten, Unserer Regierung im vierzehnten Jahre. Ferdinand m. p. Graf Stadion, Hofkanzler. Joseph Freiherr von Weingarten, Hofkanzler. Nach Sr. k. k. apostol. Majestät höchsteigenem Befehl: Peter Edler von Salzgeber, k. k. Hofrath.

Wien, 15. März. Die Spen. Zeit. berichtet: Der unruhige Zustand in der Kaiserstadt und der ganzen Umgebung dauert auf eine furchtbare Weise fort. Mordbrenner und ganze Banden entlassener Fabrikarbeiter rauben und plündern nach allen Seiten. Die im Laufe des gestrigen Tages erfolgten Zugeständnisse des Monarchen werden kaum mehr beachtet, und Jeder fürchtet für sein Hab und Gut. Die edelsten Geschlechter drängen sich zu der deketirten Nationalgarde. Die Stände sind in Permanenz, als Vermittler zwischen dem Kaiser und dem Volk aufgetreten. Der Fürst Metternich, dessen Villa vom Volke gräulich zerstört wurde, hat, von einem treuen Diener und seiner Gemahlin begleitet, die Stadt gestern in einem Wagen mit zwei Pferden verlassen. Einstweilen wird das auswärtige Departement durch den Grafen Münch-Bellinghausen versehen. (Kann doch unmöglich so bleiben!) Der heutige „Beobachter“ enthält bereits einen Artikel, der, zum ersten Mal nach Freigebung der Presse, von Staatsgebrechen spricht.

Digitized by Google

Wien, 15. März. Der D. A. Z. wird geschrieben: Trotz dem, daß uns gestern vor der Burg die Proklamation öffentlich verlesen wurde, und dieselbe heute in den Zeitungen steht, traut man noch nicht. Alles ist still, über Wien herrscht heute eine dumpfe Schwüle; kein Gewölbe offen, alles auf den Straßen in Massen. Falsche Nachrichten werden absichtlich verbreitet. Der Kaiser fuhr heute aus. Er fuhr unter immerwährendem Rufen durch die Menge langsam im offenen Wagen über den Hohlmarkt, Graben, Hohenmarkt, Tuchlauben und so zurück. Trotz alle dem ist es hier noch nicht ruhig. Metternich's Villa am Rennweg ist heute Nacht völlig von Grund aus zerstört worden; heute hat man nun zwei Mann Nationalgarde hingestellt, damit nicht etwa den Ruinen Etwas geschähe. Die Bauern kommen gar nicht begreifen, daß sie jetzt bei den Linien mit ihren Produkten frei hereinfahren können und nicht mehr von den Zöllnern gequält und gebrandschatzt werden. Ein Weinbauer, der meinte, dies sei nur eine bereitete Falle, glaubte es eher nicht, als bis er eine Tracht Prügel bekommen, dann fuhr er erst hinein. — Soeben treffen wieder neue Nachrichten ein, die, wenn sie sich bestätigen, allerdings die drückende Luft erklären. Es sollen fünf neue Regimenter im Anzuge sein; die frühere Besatzung von Wien hält die Stadt ermist, und es ist sehr möglich, daß wir zum Abend Kartätschen hören werden. — Erzherzog Stephan kommt eben von Preßburg; man will ihn dort zum Könige haben, Aufstrdung der ungarischen Hoffanzlei in Wien, selbständige verantwortliche Minister in ihrem Lande ꝛc., da steht er wohl zwischen Feuer und Schwert. — Von der Preßfreiheit ist hier bereits in einer gutgeschriebenen Flugschrift Gebrauch gemacht worden. Es heißt darin: „Hütet euch vor den Feinden des Volkes, laßt euch von denselben nicht zu kommunistischen Tendenzen mißbrauchen, aber erkennt eure Rechte, erkennt den errungenen Moment, der sonst in einem Jahrhundert nicht wiederkehren dürfte. Erringet Euch Volksbewaffnung, Preßfreiheit, vollständige Religionsfreiheit, Verantwortlichkeit der Minister, Verrechnung der Steuern." So eben langt von Preßburg ein Dampfschiff mit 150 Magyaren an. Sie haben den Auftrag, dem Kaiser den Wunsch der ungarischen Nation auszudrücken: er möge seinen sämmtlichen Staaten freisinnige Institutionen verleihen, und zwar den Bedürfnissen der Zeit angemessen, andernfalls Ungarn die gerechten Wünsche des österreichischen Gesammtvolks mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen wissen werde. Es wird uns, wenn es dem Kaiser nach geht, Alles gewährt werden. Ich hörte den Kaiser aus dem Wagen dem Volke zurufen: „Ich gewähre Euch Alles!" Zu beklagen sind Exzeße an den Linien, wo es schauderhaft herging. Fabriken wurden zerstört, die Verräthe verbrannt; die Druckfabrik von Spitzer ist von einer Horde betrunkener Drucker zerstört worden, das Feuerzeichen gelang ihnen aber nicht. Raub und Mord wüthelen. — So eben heißt es, Wöhling brenne. Jäger und bewaffnete Studenten ziehen hinaus. Das Raubgesindel wird zusammengeschossen. — Die Zeitungsfrei hat bekannt gemacht, daß vor dem 18. d. M. kein Protest leviert werden darf.

Wien, 15. März. Die Brest. Zeit. berichtet über die Vorgänge: Seit drei Tagen befinden wir uns im Revolutionszustand, und die Aufregung dauert noch immer fort. In wenigen Stunden ist mit dem Charakter des Wieners eine merkwürdige Verwandlung vorgegangen; aus dem harmlosen und leichtgläubigen Optimisten ist ein mißtrauischer, unbeugsamer Insurgent geworden, der auf Nichts mehr baut, als auf die eigne Kraft und von Versprechungen Nichts mehr hören will. Die Leute sind über sich selbst erstaunt, um wie viel mehr ist dies bei den Fremden der Fall. Noch am Sonntag (12. März) konnte die Regierung durch schnelle Gewährung der von den Studirenden in der Aula Vormittags gestellten Volksbegehren allgemeine Zufriedenheit herstellen, ja noch am 13. warteten die Massen geduldig auf den Plätzen und Straßen, abermals bis Mittag verstrichen; die Mittagsstunde kam und es erschien noch immer Nichts. Doch auch diese Verspätung würde man sich haben gefallen lassen, wenn nicht einer der Redner unter den Studenten, die den Hof und die Korridors des Ständehauses anfüllten, plötzlich verhaftet worden wäre. Nun brach der Sturm los; die jungen Männer stürmten den Saal, in dem Graf Montecuculi mit den Landständen berathschlagte, zertrümmerten Tische und Stühle, Kasten und Schränke und schleuderten Alles zum Fenster hinaus. Die ständische Sitzung wurde aufgehoben und Alles eilte jetzt nach der k. k. Hofburg, die bereits von 4000 Mann besetzt und abgesperrt war. Graf Montecuculi stellte sich an die Spitze der Arm in Arm entschlossen auf die Grenadiere zuschreitenden Bürgerwehrglieder; es war ein feierlicher Moment, als die Vertreter des Volkes, dem Jubelgeschrei der Menge ermuntert, so muthig vor den blitzenden Bajonneten der Soldaten standen, und mit lauter Stimme Einlaß zu ihrem Monarchen verlangten. Der General Matauschek ließ öffnen und die Deputation gelangte in die Burg, wo ihnen Se. kais. Hoh. der Erzherzog Ludwig antwortete: Mit dem Aufruhr wird nicht unterhandelt! — Das zündete, und als gleichzeitig die Garnison unter Führung der Erzherzoge Albrecht und Wilhelm anrückte, entspann sich der Kampf, zuerst in der Herrengasse beim Ständehaus, wo viel Blut floß. Die Peinzen kommandirten selbst „Feuer". — Die Nürnb. Korr. verschärft: Laut direkten Briefen aus Preßburg vom 15. und Pesth vom 14. März war die Ruhe in Ungarn nicht einen Augenblick gestört worden. Aus Pesth schreibt man uns vielmehr: „Bis diesen Augenblick haben die großen politischen Stürme in Frankreich und Deutschland hier, abgesehen von der sehr natürlichen geistigen Erregtheit der gebildeten Klasse, nur schwachen Widerhall gefunden." Auch die Nachricht der Regensb. Zeit. von Unruhen in Prag bestätigt sich nicht.

† Prag, 16. März. Am 15., Nachmittags 5 Uhr verkündete Graf Stadion, der Kaiser habe Preßfreiheit, fernere Einberufung der Stände der deutschen und slavischen Reiche und der Centralkongregation des lomb. venet. Königreichs beschlossen. Vor einem Monat hätten solche Zugeständnisse die Beseitigung der Hauptstadt aufs Höchste begeistert;, jetzt nahm man sie mit eisiger Kälte, ja mit Unwillen auf! Selbst der wohlberechnete, sonst nie gebrauchte Ausdruck „slavische Reich:" hatte keinen Reiz für die erregten Gemüther, die im Sturmdrange einer neuen Aera Abschlagszahlungen zurückwiesen. Und wie hatte sich Prag in kurzer Zeit verwandelt! Volksversammlungen im „Kaffee- und Weinhäusern, stürmische Verhandlungen die tief in die Nacht hinein, Volksreden, die begeisternd auf das von der Größe des Moments ergriffene Volk einwirkten; auf den Straßen Studenten und Bürger, die Waffen in der Hand, durch die weitgedehnten Straßen der großen Königsstadt ziehend, um die herrliche Erhebung der Geister durch feinen Pöbelexceß entweihen zu lassen. Die Zahl der Bürgergarde hatte sich bald als unzureichend bewiesen, man beschloß, sie zu verstärken, und in Zeit von drei Stunden traten 400 neue Streiter in ihre Reihen. Um 9 Uhr (am 15.) kam von Wien die telegraphische Nachricht: „Die Konstitution für alle Provinzen ist proklamirt". Der Gouverneur ließ die Depesche sogleich im Theater, in allen geschlossenen Gesellschaften und öffentlichen Versammlungen kund machen. Der Jubel war unermeßlich. Sogleich ward ein Fackelzug veranstaltet; zu Tausenden und aber Tausenden strömte Alles der Festlust zu. Man hielt vor den Palästen der Gouverneure und der Grafen Deym, Thun, Clary und andern beliebten Mitbürgern der Stadt. Heute ist Freie-Theater, Festzug der Studenten und Bürger, glänzende Beleuchtung der Stadt angeordnet, um das große Ereigniß würdig zu feiern. Mehrere böhmische Standesherren haben nach der Prager Zeitung von heute die Uebertreichung „einer loyalen, den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechenden Adresse" an Seine Majestät beantragt. Zu diesem Zwecke soll am 30. März in der Landtagshalle ob dem Prager Schlosse eine ständische Versammlung stattfinden. Die Bürger und Einwohner Prags sind ebenfalls zusammengetreten und haben „in Folge der eingetretenen wichtigen Ereignisse mit der Versicherung ihrer Treue und Anhänglichkeit an den Thron" ihre tiefgefühlten Wünsche in einer Petition niedergelegt.

**Preußen.** * Berlin. Wir erhalten von einem Frankfurter Korrespondenten Nachricht von folgenden angeblichen Vorfällen in Berlin, die, wenn sie sich in ihrem ganzen Umfange bestätigen, in den an Gräßlichkeiten so reichen Jahrhunderten der Geschichte kaum ihres Gleichen haben würden. Wir theilen diesen Bericht mit. Von Berlin selber haben wir nicht nur keine Briefe, sondern auch keine Blätter erhalten; die Post ist also, wie unser Korrespondent berichtet, ganz ausgeblieben, und das sogar allerdings „weil Pferde fehlten", wie es in Frankfurt erzählt wurden. Der Bericht unseres Korrespondenten lautet: „Frankfurt, 20. März. Die Berliner Post vom 18. d. ist diesen Nachmittag ausgeblieben. Auf außerordentlichem Wege sind jedoch Briefe hochwichtigen Inhalts eingelaufen. Der König hatte vorgestern Nachmittag der Kölner Deputation Preßfreiheit, Ministerwechsel und Berufung des Landtags auf den 2. April zugesagt. Das Volk drängte sich unter Jubel und Drudgeschrei um den Palast. Da stürzte das Militär auf die Masse los, hieb und schoß auf dieselbe. Das auf solche Weise angefallene Volk floh unter dem Ruf „Verrath!" auseinander, sammelte sich aber wieder und leistete Gegenwehr. Es sollen Barrikaden errichtet, von den Dächern Steine geschleudert werden sein u. s. w. Das Militär habe mit Kartätschen geschossen, und ein fürchterliches Blutbad sei entstanden, die Leichen zu Hunderten von den Straßen weggetragen worden. Der Kampf scheint einen großen Theil der Nacht fortgedauert zu haben; ein Brief von gestern früh 5 Uhr meldet jedoch, daß damals das Schießen aufgehört hatte.

Digitized by Google

Camphausen, Beckerath und Auerswald seien zu Ministern ernannt. Wegen Postschlusses kann ich Ihnen nur diese wenigen Notizen mittheilen."

Ein Bericht der Köln. Z., aus Hagen 17. März, bestätigt die gestern von uns gebrachte Mittheilung, Hr. v. Binde sei nach Berlin berufen, Camphausens dagegen geschieht keine Erwähnung.

× Berlin, 13. März. Obgleich durch die großen Ereignisse des Tages die frühern einzelnen gehässigen Polizeimaßregeln mehr in den Hintergrund treten, werden Sie doch in Ihrer Zeitung der Mittheilung Raum gönnen, daß der durch solche Polizeimaßregeln für beschollen erklärte Ehrenmann v. Holtzendorff von dem Militärehrengerichte, an welches er sich als ehemaliger Landwehrpfiffizier zur Erlangung eines Urtheilspruches gewendet hatte, als vollkommen ehrenhaft erklärt worden ist.

Berlin, 16. März. Wir vernehmen aus sonst wohl unterrichteter Quelle, daß der von Oesterreich und Preußen ausgeschriebene Fürsten- und Minister-Kongreß nicht, wie es früher bestimmt war, in Dresden, sondern in Potsdam abgehalten werden wird, wohin auch der Bundestag seinen Sitz provisorisch zu verlegen eingeladen ist.

y Berlin, 17. März. Wir haben vier Tage der furchtbarsten Anfregung, des Ingrimms über die bürger- und volksfeindlichste Anwendung der Waffengewalt, aber auch der Furcht der Besitzenden vor Plünderung und Raub durchlebt, obschon wir zur Ehre unseres sogenannten Pöbels sagen müssen, daß er die Tagelang dauernden anarchischen Zustände unserer weitläuftigen Stadt, die unmöglich an allen Punkten mit genügender militärischen Mannschaft besetzt werden kann, unseres Wissens durchaus nicht zu Plünderungsorgien benützt hat. Noch gestern wurde auf das Volk gefeuert; drei Personen, hierunter eine Frau, sollen getödtet sein. Der Schloßplatz war an diesen Tage gänzlich frei, aber das Volk hatte sich in großen Massen vor der Universität zusammengezogen, man sagt, daß es einen Sturm auf das Zeughaus versuchen wollte. An die Beabsichtigung eines solchen unsinnigen Versuchs können wir unmöglich glauben, da dem Volke bekannt war, daß der Hof des Zeughauses und das Zeughaus gepreßt voll Soldaten steckten; es heißt, daß zwei Bataillone in dessen weitläufigen Räumen lagen. Wie konnte das Volk nur irgend im Sinne haben, unbewaffnet, wie es war, gegen die festverwahrten Thore, hinter denen 2 Bataillone kampferdrter Soldaten standen, Sturm zu laufen oder sich gar einen Erfolg davon versprechen? Viel eher darf man glauben, daß die gerade stattfindende Versammlung der Studenten in der Aula das Volk auf den Universitätsplatz gelockt hatte. Man erzählt nun, die Schutzkommissionen hätten das Volk aufgefordert, den Platz zu räumen, das Volk habe sich dessen geweigert, die Mitglieder der Kommission sogar verspöttet, insultirt, bis zur Königswache verfolgt und dort Miene gemacht, sich der Gewehre zu bemächtigen u. s. w. Wir glauben hieran nicht, obschon es an einzelnen Neckereien nicht gefehlt haben mag, wie sie bei solchen Gelegenheiten, namentlich unter den spöttischen, witzeladen Berlinern gewöhnlich sind, Neckereien, die ohne Zweifel mit Menschenblut etwas theuer bezahlt sind. Eine gewisse Klasse tröstet sich damit, daß die eingefangenen Aufrührer (nicht aber die Niedergeschossenen und Niedergefabelten!) lauter entlassene Sträflinge sind und sucht die guten Bürger Berlins damit zu schrecken, daß die Polizei hier in Berlin allein 14,000 solcher Galgenvögel zu überwachen habe; diese habe man (von welcher Seite?) durch Geld, Branntwein und Versprechungen aufgewiegelt u. s. w. Wunderlich nur, daß solches Volk sich keinen Plünderungen überließ! Welch eine Anerkenntniß fauler Zustände liegt aber in jener Angabe von 14,000 entlassenen Sträflingen, die, wie von gewisser Seite her versichert wird, eine ganz Stadt Tagelang in Belagerungszustand und gewaltige Truppenmassen in Athem erhalten! Solchen faulen Zuständen wird wahrlich nicht durch jene Hieb- und Schießübungen auf arme Weber und Bürger abgeholfen, wie sie sich bei uns leider so oft und an so vielen Orten wiederholen! Man bilde das Volk, man kläre es auf, man behandle es nicht wie ein Vieh Wegmord, man hege nicht gleich Soldaten, welche auf Alles, was den ehrenvollen Bürgertitel trägt, mit Verachtung herabsehen, auf die unglücklichen Verbrecherin. Ja ein überzeugt, daß es bei der großen Offenburger Versammlung in Ihrem politisch aufgeklärten Baden keiner Bajonette bedürfen wird, um die Geister in Ordnung zu halten, sie werden sich durch sich selbst zügeln! Man fühlt sich fast beschämt, hier in Berlin zu leben, das sich so gern die „Metropole der deutschen Intelligenz" nennt, in einem Staate, welcher so viel Ansprüche macht, ein vorzugsweise „christlicher" zu sein, während doch Christus wahrlich keinen Militärstaat vor Augen hatte, der gegen seine eigenen Kinder wüthet. General Pfuel hat sich übrigens am 15. so ausgesetzt, daß er durch einen Pflasterstein an der Hüfte getroffen wurde.

Magdeburg, 16. März. Auch hier Tumult. Soldatenpatrouillen durchziehen die Straßen, Kompagnien und Schwadronen sind an mehreren Orten aufgestellt. Vormittags hat sich, aber nur bei einer Handvoll Arbeiter, einige Plünderungslust kund. Die Sache stammt von gestern Abend. Da hatte sich die Aufforderung verbreitet, einigen beliebten Männern ein Hoch zu bringen. Das geschah, als aber der Haufe einmal beisammen war, zog er vor das Haus eines unbeliebten Geistlichen, warf einige Fenster ein, und dann nach dem Domplatz, um auch hier seinen Unwillen gegen den Polizeidirektor v. Kamptz und den Konsistorialpräsidenten Göschel kund zu geben. Hier war eine Kompagnie Soldaten aufgestellt. Ueber ihre Köpfe weg warf man Fenster ein, schrie und lärmte. Vergebens die Aufforderungen besonnener Bürger und des kommandirenden Generals an den nicht großen Haufen, nach Haus zu gehen. Da stellten sich plötzlich zur Seite Artilleristen auf, und ehe sie noch förmlich aufgestellt sind, ohne alles Warnungsschuß, stürzen sie plötzlich auf die Menschen los und hauen mit ihren kurzen Seitengewehren ein, durchermessen den ganzen weiten Domplatz, schlagen, worauf sie treffen, und verwunden eine Menge Menschen. Die Sache ist vorüber und wird vergessen werden; aber zweierlei tritt gerl daraus entgegen. Erstens die völlige Rath- und Wehrlosigkeit des preußischen Bürgers, sowohl um solchen Unfug zu unterdrücken, als auch um nur sein Eigenthum zu schützen. Soweit hat die Regierungslust von Obenher den sonst mehrhaften, sich als Mann fühlenden Bürger gebracht; in Allem, was über sein Hauswesen hinausliegt, muß er Andere für sich denken und handeln lassen! Die Bürger sind zwar breit zusammengetreten, aber man hat ihnen Waffen verweigert. Zum Andern die Herzenskluft zwischen Soldaten, breinzuhauen. Und diese Menschen schinden seit Jahren in Magdeburg und konnten kaum vom Volke insultirt sein, da sie dem erst aufgestellt wurden. — Mitten in der unruhigen Zeit hält die freie Gemeinde ihre ersten Gottesverehrungen; endlich ist die Bewilligung des Mitgebrauchs einer Kirche von Berlin gegeben, aber nicht eher, als bis die Behörden dem König sagten, die Ungebuld der seit dem 16. December v. J. hingehaltenen Gemeinde lasse sich nicht länger zügeln.

† Breslau, 16. März. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung stellte der Kaufmann Kopisch in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede den Antrag, eine Petition an den König ergehen zu lassen um Auflösung der dem gesammten deutschen Volke so verhaßten entente cordiale mit dem Selbstherrscher aller Reußen, wie auch um Entfernung der gegenwärtigen Minister, sie für den Vertrauens von Seite des Volkes bekanntlich durchaus nicht zu erfreuen haben. Vorgestern kam eine beträchtliche Masse russischen Goldes mit der Eisenbahn, eskortirt von 3 Beamten der Warschauer Bank hier an; setzte aber die Reise ohne Aufenthalt nach Berlin fort, wo es angeblich zum Ankauf von polnischen Pfandbriefen, deren Kurs jetzt sehr niedrig steht, verwendet werden soll. Vielleicht aber — denn was ist nicht am Ende Alles möglich? — ist auch seine Bestimmung eine ganz andere. Das russische Geld ist von jeher der Freiheit Europas verderblicher gewesen als die russischen Waffen. — Mit unserer schulmäßig erwarteten Preßfreiheit will es immer noch Nichts werden. Es ist sonderbar, da fällt mir ein eigenthümliches Ergebniß meiner vergleichenden kulturstatistischen Studien ein: die Wiener sterbaren Nachtmöndel Männer, die Schwarzen auf Haiti, bekanntlich lauter in-devant Sklaven, die neapolitanischen Lazzaroni, die griechischen Klephten und Seeräuber, die Renuthier weidenden und Fischthran trinkenden Lappen im nordwegischen Lappland, die Grönländer, ja sogar die Spitzbuben in Botanybay haben alle miteinander Preßfreiheit, aber wir Preußen, das „Volk der Intelligenz", haben sie nicht. Ist das nicht seltsam genug? Celorum censeo — quousque tandem!

† Breslau, 16. März, Abends 11 Uhr. Soeben haben die Kürassiere wieder eingehauen, sodaß ist wieder Bürgerblut, ganz unschuldiges Bürgerblut geflossen. Man gibt die Anzahl der Verwundeten verschieden an, von 2 bis 11. Noch in diesem Augenblick stehen auf dem Markte Menschenmassen, worunter zahlreiche Studenten, welche den auf- und niederpatrouillirenden Kürassieren ein herzliches und lautes Pereat bringen. Die Veranlassung aber vielmehr gänzlich vom Zaun gebrochene Gelegenheit zu diesem „Exceß" der bewaffneten Macht gegen den unbewaffneten Bürger — anders kann man es durchaus nicht nennen — war folgende. Vor den Wohnungen der Stadtverordneten Kopisch und Lockstädter versammelten sich Schaaren von Bürgern, um ihnen wegen ihrer wackren Gesinnung, die sie durch die heut in der Stadtverordnetenversammlung abgehaltenen Reden kund gegeben, ein Lebehoch zu bringen. Da erschienen als eben

Digitized by Google

so unerbetene wie überflüssige Gäste die Kürassiere und hatten nichts Eiligeres zu thun, als auf dem Markte auf die vor dem Hause des Apothekers Lockstädter zahlreiche Menge scharf einzuhauen. Die Erbitterung gegen die so unverantwortlich angewendete bewaffnete Macht ist in allen Klassen der Bevölkerung ungeheuer. Nur die schleunige Einführung einer Volksbewaffnung kann uns vor möglicherweise sehr blutigen Auftritten retten. Das setze als klare und handgreifliche Notwendigkeit vor meiner Seele; möchte man höhern Orten dieser so nahe liegenden oder vielmehr wie von selbst sich aufdrängenden Ansicht nicht gar zu hartnäckig sein Ohr und Herz verschließen! Die Folgen könnten höchst traurig sein.

* Köln, 18. März. Unter unsern Truppen gibt sich ein Geist zu erkennen, den man in den höhern Kreisen keinen guten zu nennen pflegt. Die nach Solingen beorderten Truppen sollen dort einen ernsten Angriff auf die Fabrikenstürmer verweigert haben, der übrigens gefährlich hätte werden dürfen, der dortigen Waffenfabriken wegen. (Uebrigens lauten die Berichte über die Arbeiterunruhen in Solingen beruhigend, indem die Arbeiter mehrere Gußfabriken zerstört haben. Wie wenig muß geschehen sein, um zwischen Fabrikherrn und Arbeitern ein freundliches Verhältnis herzustellen und diese über ihren wahren Vortheil und Nutzen aufzuklären! Nirgends bei diesen Aufständen eigentliche Plünderungen aus Raubsucht, aber um so mehr Zerstörungen aus Rachsucht oder Verblendung!)

**Koblenz**, 18. März. Die Oberpostamtszeit. berichtet: So eben, Mittags, ist das Füsilierbataillon des hier garnisonierenden 29. Regiments plötzlich nach dem Kreise Wetzlar abmarschiert. Es sollen dort bedeutende Unruhen angebrochen sein. Einige Erläuterung darüber gibt ein Bericht des Frankf. J. aus Wetzlar 18. März: Wir hören, daß auch in dem benachbarten Fürstenthume Braunfels die Bauern von ungefähr 40 Ortschaften auf Abschaffung so mancher jahrelang drückenden Mißbräuche der Verwaltung bringen und von Lasten befreit sein wollen, welche sie nicht mehr zu erschwingen vermögen. Leider soll der Fürst bis jetzt sich nicht nachgiebig gezeigt haben und namentlich an den alten Jagdpachten festhalten. Es ist nur zu wünschen, daß keine Exzesse vorfallen. Möge der Fürst die gegenwärtigen Verhältnisse begreifen und bei Zeiten gewähren, was nur bewilligt werden kann! — Nachschrift, Abends 5 Uhr. Soeben erfahren wir, daß der Fürst Alles bewilligt hat.

**München**, 17. März. Der gestern erwähnte Erlaß gegen Lola Montez lautet: In Anbetracht daß die Gräfin v. Landsfeld, welche laut Allerhöchster Entschließung Sr. Majestät des Königs vom heutigen aufgehört hat, das baierische Indigenat zu besitzen, ihre Versuche nicht aufgibt, die Ruhe der Hauptstadt und des ganzen Landes zu stören, sind unterm heutigen alle Gerichts- und Polizeibehörden des Königreichs angewiesen worden, auf besagte Gräfin zu fahnden, sie überall, wo man sie finden mag, zu Haft zu bringen, und sie der nächste Festung zu verschaffen, um sie sofort der richterlichen Untersuchung zu überweisen. München, 17. März 1848. Justizministerium und Ministerium des Innern. v. Beisler, Staatsrath. Frhr. v. Thon-Dittmer, Staatsrath. — Wir begreifen diese Procedur eben so wenig, als wir im August vor. Jahres begriffen, wie man eine Lola Montez in den baierischen Grafenstand erheben konnte.

**München**, 18. März. Die Bevollmächtigten von Württemberg, Großh. Hessen und Nassau haben, nachdem sie 6 Tage in der deutschen Parlamentsfrage verhandelt, heute Nachmittag unsere Residenz verlassen und ihre Reisen nach Dresden und Berlin fortgesetzt. Wie wir mit großer Befriedigung vernehmen, wird denselben ein Bevollmächtigter unserer Regierung auf dem Fuße folgen, um ganz in Einverständnis mit den genannten und dem Zweifel auch mit dem bereits vorausgeeilten großherzogl. badischen Bevollmächtigten die Verhandlungen in dieser wichtigsten Angelegenheit des gemeinsamen Vaterlandes weiter zu führen.

= **München**, 18. März. Am Montag den 20. wird unsere Kammer eröffnet werden. Die Beständen der 1. und II. Kammer sind bereits bestätigt. Der Pfälzer Heinr. ist erster, Kirchgegner zweiter Präsident. Unter den übrigen Kandidaten befanden sich Bischof, Müller, Stockinger und Kolb. Beide Letztere werden wohl auch heute Abend zu Sekretären gewählt werden. Also kein einziger Adeliger! Die erste Kammer erhielt Frhrn. v. Zu-Rhein zu ihrem zweiten Präsidenten. Sekretäre sind: Frhr. Edelsf v. Staufenberg und Montgelas. — Die Volksadresse ist unsern Ständen bereits überreicht. Die Adresse an die pfälzischen Abgeordneten ist wohl am Grundlichsten abgefaßt. Die einzelnen Forderungen des Volkes sind hier alle mit Klarheit und Bestimmtheit ausgesprochen. Unsere Stände haben übrigens eine herkulische Arbeit vor sich: da gilt es mit Einsicht, Energie und rascher Thatkraft zu wirken. Das Volk wird diesmal lebhaften Antheil an den Verhandlungen nehmen. Leider sind aber die Räume unsers Ständesaalsaales so beschränkt, daß nicht abzusehen ist, wie diese befriedigt werden kann. Denn Viele wollen nicht bloß lesen, sondern auch hören und sehen. — Gegen die Oeffentlichkeit der Reichsrathssitzungen, die das Volk wünscht, werden sich wohl Manche sträuben; man scheut sich hörte, sind besonders die königlichen Prinzen dagegen. Die Reichsräthe sollen übrigens eine Mitgenehmigung (in der Person des Kronprinzen) beantragen. — Die Ruhe ist völlig hergestellt, und die Lustgegend hat sich gelegt. Aber des Volkes Zutrauen zum Könige hat einen bedeutenden Stoß erlitten. Der Lokalwaal mag eine Schöpfung einer Partei — man hatte Ursache, vom exzbischöflichen Palais eine Volksdemonstration abzuleiten — oder ein Werk der Spanierin selbst sein. — Demnächst erscheint eine neue Zeitung in kleinem Formate: „Freie Presse“ betitelt. Ein Probeblatt liegt bereits auf. Es ist von Dr. Riedel redigiert. — Die Wiener Ereignisse haben hier — und es wird allerwärts in Deutschland so sein — ungemeinen Beifall und Enthusiasmus erregt und hervorgerufen. Vielleicht geht demnächst eine Adresse von hier an die Wiener Bürger und das österreichische Volk ab.

* **Heidelberg**, 20. März. Nach unseren neuesten Nachrichten über den Fortgang der Unterhandlungen bei den süddeutschen Höfen über die Nationalvertretung beim Bunde steht derselbe in München an denselben Ursachen, worin auch die übrigen innern Verhältnisse ihre Hemmungen finden. Dem König scheint es so wenig mit einer wahren Repräsentation des deutschen Volkes Ernst, wie den Fürsten von Hannover und Kassel, und nach allen seinen Präcedentien ist dies nur natürlich; darüber sollte man sich keine Täuschungen machen. Man sagt, der König habe sich hinter Oesterreich verstekt, ohne dessen Zuziehung er Nichts von der Bundesreform wissen wolle; dieser Stab ist ihm nun wohl gebrochen. Sehr möglich, daß er seine Versprechen, über diese Sache den Ständen eine Vorlage zu machen, dadurch zu lösen dachte, daß er dieselbe von den Ständen, wie Zurheinsfinanzgesetz, verwerfen lassen wollte. Das würde nun freilich auch schetern; aber darüber geht die kostbare Zeit verloren; die Vorschläge der Abgeordneten von Nassau, Darmstadt, Würtemberg werden abgelehnt; die Weiterreise nach Dresden verschiebt sich; die ganze Sache, statt baldigh eine Lösung zu finden, wird ins Wilde gerathen. Unsere Leser haben aus den Münchener Nachrichten gesehen, wie Alles auch in den inneren Angelegenheiten dort verschoben und rathlos ist. Alle Briefe stimmen darin überein, daß ein neuer Sturm heranzieht.

Nachschrift. Soeben erfahren wir, daß nun doch Hr. v. Berger von Seite Baierns die Rundreise der süddeutschen Gesandten zunächst nach Dresden mitmachen wird. Die Ereignisse von Wien und Berlin werden nun hoffentlich die Sache schneller zur Reife bringen. — Wunderlich klingen alle Privatnachrichten aus München: bald ganz rathlos über das nächst zu Erwartende, bald wieder ganz sicher, als ob man das Extremste ganz beliebig in der Hand hätte. Einem unserer Briefe vom 18. entlehnen wir folgende lakonische Stelle: „In drei Tagen gleichartiges populäres Ministerium oder Abdikation.“

**Würtemberg.** ♂ **Stuttgart**, 19. März Abends. Große Aufregung veranlaßte die heute Abend hier angelangte Nachricht, es sei von der badischen Regierung die Bitte um freundnachbarlichen militärischen Zuzug gestellt worden. Das 5. Infanterieregiment erhielt alsbald Befehl, sich fertig zu halten. Der Platz vor der Kaserne war den ganzen Abend von Tausenden besetzt, die des Auszugs desselben harrten. Um 10 Uhr war der Bahnhof nicht beleuchtet, keinerlei Anstalt zum Abmarschiren. — 20. früh. Das Regiment ist nicht abmarschirt.

**Sachsen.** **Dresden**, 17. März. Der König hat den Vorsitz im Gesammtministerium dem Staatsminister Dr. Braun, ebenso dem Obersten Albrecht Ernst Stellanus Grafen von Holzendorff, unter Ernennung zum Staatsminister, das Departement des Kriegs übertragen. (D. A. Z.)

**Leipzig**, 17. März. Wir erfahren, daß mit allen der Anhaltischen Eisenbahn zu Gebote stehenden Transportmitteln ein Theil der in der Gegend von Halle u. stehenden Truppen nach Berlin befördert worden. (D. A. Z.)

* **Leipzig**, 18. März. Am gestrigen Abend war ganz Leipzig illuminiert. Die gestrige Bekanntmachung des neuen Ministeriums und der erste Erlaß desselben, in welchem die gewünschten Zugeständnisse anerkannt werden, haben einen solchen wohlthuenden Eindruck gemacht, daß die erst gegen Abend angeschlagenen Straßenzettel, welche alle wackeren Sachsen zu einer Illumination aufforderten, eine begeisternde Kraft bewährten und bereits am Abend die ganze Stadt glänzend, wenn auch in der Schnelligkeit ohne alle Transparente erleuchtet da-

Digitized by Google

stand. Die Volksmassen bewegten sich ohne alle Störung durch die Straßen. Die neue Ministerliste hat bis auf Einen die Zustimmung des Volkes. Braun und Georgi sind Männer der Bewegung, also auch des Volkes, der Wunsch nach ihnen war der Sachsens. Graf v. Holzendorf, seitdem Oberst der hiesigen Garnison, genießt viel Achtung, ist aber dem Volke wenig bekannt. Hr. v. d. Pfordten hat allein nicht die Zustimmung der Bewegungspartei. Es genügt das Vertrauen des Hofes, aber die Bewegungspartei wünschte ihn nicht, die Staatsbürgerzeitung schildert sogar seine etwaige Ernennung als einen großen Mißgriff, da er sich als Gegner der Schwurgerichte bewährt, mehrfach unbestimmt und unentschieden gezeigt und mehr als Freund des Hofes als des Volkes gezeigt habe. Andererseits wird er als tüchtiger Geschäftsmann bezeichnet. Seine Stellung ist daher von vornherein keine freudig begrüßte, und die Zukunft muß bewähren, ob er den Zeitinteressen entspricht. Der erste Ministererlaß gibt die Zugeständnisse zu den vom Volke gewünschten Reformen. Daß der beabsichtigte außerordentliche Landtag wieder abgesagt wird, hat umsomehr Freude gemacht, als derer ist sich viele Stimmen gegen dessen Kompetenz erhoben, weil er, als aus Männern des alten Systems bestehend, den Anforderungen der neuen Bewegung nicht zu entsprechen schien, und die festländen Distrikte gar nicht vertreten worden wären.

** **Hannover**, 18. März. Die Verhältnisse haben sich hier endlich geändert, eine große Bürgerversammlung beschloß eine tüchtige Adresse, die am gestrigen Morgen unter Vortritt des Magistrats und der Bürgervorsteher von Tausenden begleitet, ins Palais gebracht wurde. Der König war bettlägerig, es wartete daher das Volk, bis der Kabinets-R. v. Münchhausen die K. Antwort überbrachte. Im Uebrigen bemerke ich, daß die Antwort keineswegs genügt, sondern sehe auf Schrauben gestellt ist. Gestern Abend wurden Hrn. v. Falcke die Fenster eingeworfen und mehreren Polizeibeamten; das Militär war zahlreich in den Straßen. Heute organisirt sich eine Bürgerwache, aber der unpolitische Sinn des Magistrats verweigert vorläufig die der Bürgerschaft vom Könige offerirten Waffen. Ehe nicht v. Falcke, v. d. Pfordt, Klenze, Backmeister, v. Scheele u. m. A. den Männern Stüve, Frande, Hantelmann ll. u. s. w. Platz gemacht haben, ehe wird's auch bei uns nicht besser. Man befürchtet heute Abend größere Unruhen, jedenfalls wird aber die Bewegung erst groß bei Eröffnung der Stände, wo die Deputirten am 25. März von ihren Wählern begleitet hier eintreffen sollen. Morgen mehr. — Auf die eingegebenen Petitionen hat der König Ernst August über einzelne der vorgetragenen Wünsche sofort willfahrende Entscheidungen mündlich erklären zu lassen, namentlich die Censur von heute an aufzuheben, die Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Ständeversammlung gestatten, das Associationsrecht anzuerkennen und die erbetene Amnestie und Rehabilitation der wegen politischer Vergehen Verurtheilten zuzusichern. Wegen der übrigen Punkte sind die weiter erforderlichen Erwägungen und Verhandlungen vorbehalten und versprochen worden. Der Magistrat beeilt sich, diese Allerhöchsten Verfügungen sofort zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, und wird, sobald die schriftliche Erwiderung Sr. Majestät auf die Petitionen eingegangen sein wird, auch diese unverzüglich mittheilen.

* **Göttingen**, 18. März. In diesem Augenblicke hat die gesammte Studentenschaft die hiesige Stadt verlassen. Es ist viel Unrichtiges über den Hergang der Angelegenheit verbreitet. Ich will daher nur zusammenfassen, was in diesem Augenblick, wo sich die Ereignisse förmlich überstürzen, noch von einigem Interesse ist. Es verstand sich von selbst, daß da, wo Universität und Bürgerschaft Reformadressen vorbereiteten, die Gemüther erregter waren als gewöhnlich. So kam der Abschiedskommers der Studenten, und diese stürmten Abends allerdings etwas in den Straßen, aber sicher würden die Predelle die Ruhe durch ihr Zureden hergestellt haben. Da ließ Senator Heintze, der Chef der Polizei, auf die wehrlosen, sogar noch auf die flüchtigen Studenten scharf einhauen. Sonntag Mittag versammelte sich der akademische Senat, die Klagen der Studenten zu vernehmen, die sich in Masse, aber gerauschlos in und vor der Aula versammelten. Kürassiere besetzten den Markt mit gezogenem Schwert. Die Bürgerschaft wurde empört über die Behandlung der jungen akademischen Bürger und den Ingrimm gegen die Stadt. Der Magistratsdirektor zögerte einzuschreiten. Endlich erschien er an der Spitze der Bürgerschaft, Hrn Heintzes Wuth zu mäßigen. Das Militär wurde zurückgezogen, die Bürger übernahmen die Wache für die öffentliche Sicherheit. Es ging eine Deputation von Seite der Universität nach Hannover ab, um Beschwerde zu führen. Es folgte eine zweite von Seite der Bürgerschaft mit einer vom Magistrat und Bürgerschaft unterzeichneten Adresse an den König, die Reform überhaupt und Entsetzung Heintzes verlangte. Beide Deputationen wurden vom Könige gar nicht vorgelassen. Herr v. Falcke empfing nur die Professoren; aber auch sie reisten sehr unzufrieden ab. Alles, was erlangt wurde, war ein Kommissär in der Person des Herrn v. Scheele, Vorstands des Justizministeriums, der dem verhaßten Polizeimann Anlaß ertheilte und eine Untersuchung einleitete. Von Verwendung der ganzen politischen Systems sollte keine Rede sein. Die Studenten verlangten aber bauernde Garantien gegen die Brutalität der bewaffneten Macht. Sie erlangten sie nicht und verließen die Stadt. Alles war stumm, aber gewaltig erregt. Die Garnison ist verstärkt, aber sie zeigt sich, Dank der Humanität der Offiziere, kaum auf den Straßen. Kavallerie liegt in den nächsten Dörfern. Indeß war man ruhig, indem man auf die Ständeversammlung baute. Wir wußten sehr wohl, daß die Frage über die Existenz unserer Universität diesmal nicht auf dem Rathhause von Göttingen, sondern in Hannover entschieden werden müßte. Und wirklich verbreitet sich in diesem Augenblicke schon das gut verbürgte Gerücht, die Bürgerschaft von Hannover habe ihre Petition um Reform mit größerem Nachdruck vor den Thron gebracht, und der König habe die Hauptpunkte, sogar seine Mitwirkung für das deutsche Parlament bewilligt. Wir sind auf diese Weise über unsere Zukunft einigermaßen beruhigt. Unsere Stände werden das Ministerium Falcke unzweifelhaft stürzen. Sechen kokettiren die HH. Wedel, Scheele, Klelmannsegge mit den liberalen Ihren in Opposition gegen Herrn v. Falcke; aber auch ihr Adelsregiment wird vielleicht schon in acht Tagen ein Ende nehmen. Doch will ich Nichts als nahe bevorstehend vorhersagen, noch auch Etwas hinausdrücken. Die Ereignisse überholen sich der Art, daß ein Räsonnement über Reformen u. s. w., das man in diesen Augenblick niederschreibt, im nächsten schon überflüssig wird.

* **Hechingen**, 17. März. In Folge unruhige Auftritte, die am 11. d. M. in Hechingen stattgefunden, mußten am nächsten Tage sämmtliche nicht aus Hechingen gebürtige Civil- und Militärbeamte die Stadt verlassen. Es geschah dies nicht freiwillig, sondern auf ausdrücklichen Befehl Sr. Durchlaucht des Fürsten. Es sollte durch diesen Akt am deutlichsten an den Tag gelegt werden, daß man beabsichtige, die abgezwungenen Versprechungen in ihrer ganzen Ausdehnung zu halten. Die Ausgewiesenden, zum Theil schon über zwanzig Jahre im Dienste des fürstlichen Hauses, haben sich Nichts vorzuwerfen. Sie hatten sämmtlich Mühe mit den Ihrigen zu ihrem neuen Bezug zumeist die Beschwerden des Landvolks hervorrief. Nicht sie tragen die Schuld der Organisation des öffentlichen Dienstes, die eine unverhältnißmäßige Zahl von Beamten herbeiführte, nicht sie veranlaßten die Anstellung von vielleicht weniger befähigten Dienern. Jeder von ihnen hat an seinem Platze seine Pflicht gethan, nirgends ist eine Klage über ihre Amtsführung oder ihr Privatleben laut geworden. Sie haben sich die Achtung und — ich darf es ohne Furcht vor Widerspruch sagen — die Liebe Aller erworben, die sie kannten. Und doch mußten sie scheiden? Sie waren nur wenige Stunden entfernt von der Hechinger Grenze, jedenfalls in Deutschland geboren, nur einer unter ihnen ist Schweizer, doch war sein Vater bereits in Diensten des fürstlichen Hauses. Das garmüthige Volk der Hechinger wird das Unrecht fühlen, was den von der sich gewordenen Heimath, von dem gewohnten Wirkungskreis Vertriebenen geschieht, es wird den schreienden Widerspruch zwischen solcher Gewaltthat und dem Verlangen nach deutscher „Einheit" begreifen und wird dennoch — ich fürchte — dem Drängen der Wenigen, denen die „Fremden" ein Dorn im Auge sein mochten, nicht widerstehen.

**Meiningen.** Δ Sonneberg. Die Reformbewegung macht in unserm kleinen Staat immer größere Fortschritte. Sowie von den übrigen bedeutenderen Städten des Landes, ist auch von unserer Handelsstadt Sonneberg eine Petition an den Herzog ergangen, die die allgemeinen deutschen Volksfreiheiten, Preßfreiheit, Nationalvertretung beim Bundestag, Volksbewaffnung, Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens mit Schwurgerichten u. s. w. Geltung zu verschaffen sucht und dabei noch Socialinteressen des Landes berührt. An einem günstigen Erfolg wird nicht mehr gezweifelt.

**Dessau**, 15. März. Die D. A. 3. bringt folgendes Edikt. Zur Ausführung der in meiner Antwort vom 12. d. M. auf die an mich gerichtete Adresse vom 9. d. M. geschehenen Verheißungen, soweit diese im Augenblick schon möglich ist, mache ich bekannt: 1) Ich habe Befehl ertheilt, die anhaltische Landschaft binnen 14 Tagen zusammen zu berufen, um über die zeitgemäße Reorganisation der Verfassung zu berathen. 2) Ich bewillige Preßfreiheit von heute an, ein Preßgesetz wird demnächst publicirt werden. 3) Die Holzauktionen sollen fortan nicht mehr stattfinden. 4) Die Stadt- und Landgemein-

Digitized by Google

den mögen binnen acht Tagen zusammentreten, um sich in Bezug auf die gewünschten Achervertheilungen von meinen Domänen darüber zu berathen, wie viel Acker etwa zur Bestreitung ihrer dringendsten Bedürfnisse erforderlich ist, und das Resultat bei mir einreichen, um dadurch die gewünschte Vertheilung von Acker auf eine verhältnißmäßige Weise verfügen zu können. Dessau, 14. März. Leopold Friedrich, Herzog zu Anhalt.

Wismar, 14. März. Die Aufregung ist in den mecklenburgischen Städten im Wachsen, und hören wir so oben von tumultuarischen Auftritten in Schwerin, Mitterburg und Rostock. Die am 12. d. erfolgte Antwort des Großherzogs an die Rostocker Deputation ist ganz dazu geeignet, diese Aufregung noch zu vergrößern, da sie theils abschläglich, theils ausweichend lautet. Ihr Inhalt ist kurz folgender: 1) es wird anerkannt, daß das ständische Institut einer Reform bedarf; allein über die Berufung eines ordentlichen oder außerordentlichen Landtags vermögen Se. königl. Hoh. noch Nichts zu bestimmen. 2) Was über das deutsche Parlament und sub 5 über die Rechtspflege gesagt wird, ist allgemein und vieldeutig. 3) Die Aufhebung der Censur betreffend, so ist über den Mißbrauch der Preßfreiheit ein Gesetzentwurf bereits dem Gouvernement von Stralsund dem engern Ausschuß mitgetheilt. 4) Das Associations-Recht wird abgeschlagen wegen der entgegenstehenden Bundes- und Landesgesetze. 5) Einer allgemeinen Volksbewaffnung bedarf es nicht. (Börsenh.)

Kiel, 16. März. Die Börsenh. berichtet: Das soeben von Kopenhagen anlangende Dampfschiff hat die Nachricht von der Incorporation Schleswigs nicht gebracht. Die Volksversammlungen, welche sich am Sonnabend und Sonntag in Kopenhagen bildeten, um eventualiter einen solchen Gewaltstreich zu erzwingen, sind wieder auseinandergegangen, ohne einen dieser Schritte auch nur versucht zu haben.

Kiel, 17. März. In der gestrigen Sitzung des akademischen Konstituriums wurde für die Versammlung erfahrener Männer Seitens der Universität der Professor der Nationalökonomie und Statistik Rankl gewählt. Zum Stellvertreter wurde der Etatsrath Olshausen, Professor der orientalischen Sprachen, Bruder des hiesigen Abgeordneten, gewählt. (H. K.)

## Großbritannien.

London, 17. März. Zahlreich besuchte chartistische Meetings fanden neuerdings in London u. Birmingham statt. Dort sagte Hr. Jones unter Anderm: „der französische Ruf: nieder mit Guizot! lautete ins Englische übersetzt: nieder mit Russell!“ Man beschloß sodann, eine Deputation mit einer Glückwunschadresse für die französische Republik nach Paris zu senden. Bei der Versammlung in Birmingham erzählte Joseph Sturge die Versammelten, sich nicht über die Frage, ob Monarchie oder Republik? zu trennen, sondern gemeinsam gegen die England beherrschende Oligarchie anzustreben. Der Vorsitzende, Hr. Baldwin, äußerte unter Anderm: Er sür sein Theil möchte lieber ein französischer Republikaner sein, als der Herzog Wellington, welcher in der Erschießung des Marschalls Ney gewüthet. Die bereits singlich gewordene Regierung hatte übrigens zwei Kanonen und einige Truppen nach Birmingham geschickt — zu viel, um nicht Erbitterung zu erregen, zu wenig, um einen ernstlich gemeinten Massenaufstand niederzuhalten. Hr. Sturge nahm hierauf in der Versammlung Bezug und äußerte: Soldaten seien bei bürgerlichen Unruhen ganz unnütz; er hoffe die Zeit noch zu erleben, wo die Soldaten sich weigern würden, auf das Volk, welches seine Rechte fordere, zu schießen. — Der Ausschuß der Chartisten hat eine Erklärung ausgehen lassen, worin die auf dem Trafalgar-Square jüngst stattgehabten Unruhen aus Entschiedenste getadelt werden, auch hätten sie mit den Chartisten nicht den geringsten Zusammenhang gehabt; die Aenderungen, welche die Chartisten bezwecken, sollten einzig und allein durch moralische und verfassungsmäßige Mittel erreicht werden.

Das Morning Chronicle hat sich bis jetzt noch der ziemlich nahe liegenden Versuchung enthalten, in einem leitenden Artikel über die deutsche Reformbewegung sein Urtheil abzugeben. Das Eigenthum der genannten Zeitung ist übrigens vor Kurzem verkauft worden und, wie es heiße, in die Hände des Grafen Lincoln, eines Peeliten, übergegangen. Es hat mithin die Bedeutung, ein Organ Palmerston's zu sein, verloren, zu gleicher Zeit aber auch viel an Lebendigkeit, Fülle und Interesse seiner Mittheilungen eingebüßt. Die deutsche Reformbewegung wäre ohne Zweifel für Palmerston ein sehr ergiebiges Thema gewesen, während sich das M. Chr. unter seiner jetzigen Leitung auf eine ziemlich vollständige Zusammenstellung des Thatsächlichen und auf Mittheilung einzelner gelegentlichen Privatkorrespondenzen aus Deutschland beschränkt.

Inzwischen bringen die Times einen langen Artikel über die deutschen Entwickelungen. Wir übergehen die Mäkeleien dieser Zeitung, die sie sich vom englischen Standpunkt über das beabsichtigte deutsche Parlament erlaubt, obschon auch wir unsererseits die eigenthümlichen Schwierigkeiten nicht verkennen wollen und dürfen, mit welchen dieses Centralinstitut bei seinem Entstehen zu kämpfen haben wird; wir beschränken uns hier auf einen kurzen Auszug aus dem allgemeinen Theile dieser Betrachtung. Die Lage Deutschlands, sagen die Times, verdiente die Aufmerksamkeit Europas gleich nach der allerdings dramatischeren, aber auch in ihren künftigen Bestimmungen unklaren Revolution Frankreichs. Die Bewegung in Deutschland, so mächtig und durchgreifend sie sei, trage doch keinen revolutionären Charakter, man verlange durchaus nur so viel an konstitutionellen Rechten, als den deutschen Völkerschaften zugesagt worden. Das seien keine wüsten Neuerungen, keine Pläne ex tempore, gefaßt von Leuten, welche nicht wüßten, was sie wollten; die Forderungen der Deutschen drängen sich im Gegentheil nur auf Erfüllung feierlich gegebener Versprechen und auf die Entwickelung derjenigen Volksrechte, zu welchen sie laut Geschichte und Bildung berechtigt seien. Diese deutsche Bewegung sei viel bemerkenswerther durch die Einmüthigkeit bei Verfolgung eines gemeinsamen Ziels, als durch Mannigfaltigkeit des Ausdrucks. München mache gewissermaßen eine Ausnahme, hier schreibe sich die Bewegung aus einer Ursache her, die dem Königthum wenig Ehre mache, hier hätte das Volk mit bewaffneter Hand seine Rechte begehrt, aber doch nur Rechte, die das billige Maß konstitutioneller Forderungen nicht überschritten. Die Times gehen dann die Reformbewegungen durch, welche in verschiedenen Ländern Deutschlands stattgefunden und äußern unter Andern, daß es durchaus nicht wundern dürfe, wenn z. B. das blinde Hochtoryspstem des Königs von Hannover so gut wie der Despotismus des Kurfürsten von Hessen-Kassel ins Gedränge gerathen sollte. Mit großem Wohlgefallen verweilen die Times bei der Adresse Leipzigs an den sächsischen König, in welcher sie den wahren, kräftigen und doch gemäßigten Ausdruck der Mittelklasse finden. „In dieser Adresse der Mittelklasse“, sagen die Times, „ist Etwas, was uns mit größerer Achtung erfüllt und mehr Wahrheit und Rechtsaffenheit in sich zu haben scheint, als alle jene konventionellen Phrasen, womit selbst in der britischen Zeit das Volk von seinem Herrscher abgefertigt wurde. Diese Adresse, wie Stadt leipzig, eine Adresse im echten Sinne des Worts, wurde vom sächsischen König ungnädig aufgenommen, und die Rede, welche der König von Preußen am 6. März beim Schlusse der Sitzung des ständischen Ausschusses hielt, blieb, fürchten wir, hinter den billigen Erwartungen seines Volks weit zurück.“ u. s. w. Wir erinnern hier schließlich an einen Ausspruch, welchen das M. Chr. bereits vorgangenen Juli that: „die preußische Verfassung ist ein Anlauf, aber Nichts weiter; sie wird erst Etwas werden, wenn Umstände und Krisen hinzutreten, bei deren bloßer Erwähnung jetzt den König ein Schauder überkommt, und das Volk verzweifelt den Kopf schütteln mag.“ Diese Krisis ist früher, als man wähnte, jetzt bereits eingetreten, und es fragt sich nur, ob Fürst, Monarch und Volk, sich ihr gewachsen zeigen werden. Die jetzt vorgefallenen blutigen Meuterein und Brutalitäten können den wahren Vaterlandsfreund hierüber nur besorgt machen.

Nachträglich mag erwähnt werden, daß Lord Russell in der Unterhaussitzung vom 13. März den Antrag auf dreijährige Verlängerung der Einkommensteuer hauptsächlich mit Darlegung der drohenden Kriegsgefahren in Schutz nahm. Es sei unmöglich, sagte er, vorauszusehen, zu welchem Ausgange das große französische Ereigniß schließlich führen werde, ebensowenig, wie selbst so scharfsinnige und mit dem tiefsten politischen Blick begabte Staatsmänner, ein Pitt, ein Burke, ein Fox die Folgen der Begebenheiten von 1790 und 1791 vorausgesehen hätten oder hätten voraussehen können. Was ihn betreffe, er wage nicht vorauszusagen, wie das J. 1848 enden werde, und gerade darum, weil er dieses Ende nicht voraus wisse, möge er bei all seiner Hoffnung auf Erhaltung des Friedens die Verantwortung, die Landesvertheidigungsmittel nur um Einen Mann zu vermindern, nicht auf sich nehmen.

Den Times zufolge ist in Chambery Karl Albert in effigie verbrannt worden; die Savoyarden begehren den Anschluß an die französische Republik.

## Frankreich.

Paris, 18. März. Die folgende Zusammenstellung, die wir nach einem Pariser Blatte geben, ist zu merkwürdig und charakteristisch, als daß wir sie unsern Lesern vorenthalten sollten.

Wahl-Cirkular des Ministers des Innern, Grafen Duchatel, an die Präfekten des Departements, 1845. „Veranlassen Sie auf allen Punkten des Departements das Zusammentreten von Wahl-Komitös; prüfen Sie die Ansprüche der Kandidaten mit Sorgfalt; bleiben Sie

Digitized by Google

nur bei Denen stehen, die der konservativen Meinung die meisten Garantien und die meisten Aussichten auf Erfolg zu bieten scheinen. Keine Transaktionen, keine Nachgiebigkeit. Der Tag der Wahl sei der Triumph der Juli-Regierung!"

Wahl-Cirkular des Ministers des Innern, Bürgers Ledru-Rollin, an die Kommissäre der Departements, 1848. „Veranlassen Sie auf allen Punkten Ihres Departements das Zusammentreten von Wahl-Komitée; prüfen Sie die Ansprüche der Kandidaten mit Sorgfalt; bleiben Sie nur bei Denen stehen, die der republikanischen Meinung die meisten Garantien und die meisten Aussichten auf Erfolg zu bieten scheinen. Keine Transaktionen, keine Nachgiebigkeit. Der Tag der Wahl sei der Triumph der Revolution!"

Die Unterzeichnungen für die Nationalanleihe von 100 Mill. bleiben ganz aus, und die Unterzeichnungen für die National-Diskontobank stellen sich so sparsam ein, daß sie noch nicht 2 Mill. betragen. Die Regierung hat daher beschlossen, dem Zwecke dieser Bank in Paris und in den Provinzen 60 Millionen aus Staatsmitteln zu widmen. Die Börsenkurse halten sich seit einigen Tagen: 3proz. 51 f. 50, 5proz. 74 f. 50.

Die Vorbereitungen zu einem möglichen Kriege gehen hier neben den inneren Bewegungen ihren Gang fort. In Dijon wird ein Lager von 30,000 Mann zusammengezogen, und man spricht von Zusammenziehung größerer Truppenmassen in den nordöstlichen Provinzen. Der Vertheidigungsrath hat sich in Permanenz erklärt, und die Regierung hat beschlossen, ihm die Chefs der Nationalgarde für alle Fragen beizugeben, bei denen dieselbe betheiligt sein könnte. Die mobile Nationalgarde organisirt sich mit bewundernswerther Schnelligkeit. Bereits steht man einzelne Kompagnien in schönster Haltung durch die Stadt marschiren; nach dem, was diese Truppen vor ihrer Organisation geleistet, läßt sich schließen, was für Soldaten diese Leute im Felde sein müssen. Im Augenblick befinden sich nur 1500 Mann Linienfoldaten in Paris.

(Das auf heute versprochene Wahlmanifest der provisor. Regierung müssen wir aus Mangel an Raum in die Beilage für morgen verweisen).

## Rußland.

St. Petersburg, 10. März. — Berliner Nachr. Se. M. der Kaiser, die gegenwärtige Lage Europas berücksichtigend, hat vorgestern nachstehenden Ukas an den Kriegsminister erlassen: „Im westlichen Europa haben Ereignisse Statt gehabt, welche die böse Absicht verrathen, alle gesetzlichen Autoritäten zu stürzen; die freundschaftlichen Verträge und Verbindungen, welche Rußland mit den Nachbarstaaten binden, legen Uns die heilige Verpflichtung auf, zeitig Maßregeln zu treffen, um einen Theil Unserer Heere in kriegerisches Zustand zu versetzen, damit, wenn die Ereignisse es erheischen, gegen den verderblichen Strom der Anarchie eine zuverlässige Gegenwehr gestellt werden kann." (Hier folgen die Bestimmungen des Ukas, der unter andern Punkten unverzügliche Einberufung der Reserven, die den aktiv zu machenden Truppenkorps angehören und allobaldige Zusammenberufung der Beurlaubten enthält.)

---

Nachschrift. Soeben, beim Schlusse des Blattes, erhalten wir noch einen Brief aus Berlin, datirt vom 18. März, an demselben Tage zwischen 12 — 1 Uhr Mittags auf die Post gegeben. Die von unserem Frankfurter Korrespondenten mitgetheilten Vorfälle mögen, wenn sie sich bestätigen, Abends, eilfe nach der Postaufgabe dieses Briefes, sich ereignet haben. Zeitungen sind nicht mitgekommen.

---

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[223] In der Stettin'schen Verlagsbuchhandlung in Ulm ist erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands und der Auslandes zu haben:

**Der Staat.**

Von

**Johann Jakob Wagner.**

Zweite Auflage mit Zusätzen nach des Verfassers mündlichen Vorträgen und handschriftlichem Nachlaß vermehrt und berichtigt von

**Philipp Ludwig Adam.**

Velinpap. gr. 8. steif brosch. 3 fl. 12 kr. oder 2 Thlr.

„Wenn es eine Zeit gab dem Nachdenken über Staat und Leben im Staat förderlich, so sind es unsere Tage. Die Verhältnisse haben in folgerechter Entwicklung es dahin gebracht, das nachgerade Keiner sich solchem Nachdenken entziehen kann und die Politik eben so sehr dem Bürger als dem Staatsmann nahe gelegt ist. — Angesichts dieser Lage der Dinge schien es an der Zeit, das Zeitalter in den Besitz einer Lehre zu setzen, die bei ihrem ersten Erscheinen nur die edelsten Gemüther und höchsten Geister, gleichsam ein auserwählter Kreis, sich ganz angeeignet haben. Nun aber ist aller Grund zu glauben, mit Pulte der überall erkannten Zusätze werde keinem Verhältnisse der Inhalt unerkannt bleiben; die herrlichen Ihren dieses Werks und die klassische Schönheit seiner Darstellung werden dem Leser, je mehr er sich darein versenkt, desto schöner und herrlicher aufgehen, und finden werde er, daß keine Frage und kein Zweifel ist, die nicht hier ihre auf Geschichte und Natur von Volk und Staat gegründete Lösung finden".

[224] Bei C. F. Fürst in Nordhausen ist erschienen und in allen übrigen guten Buchhandlungen zu bekommen:

**Die Organisation der Arbeit.**

Von **Louis Blanc.**

Aus dem Französischen übersetzt von F. S. gr. 12. brosch. 15 Sgr. = 12 gGr. = 54 kr.

Für Zeitungsleser.

[225] Im Verlage der Nicolai'schen Buchhandlung in Berlin ist soeben erschienen:

**J. V. Kutscheit's**

**Karte von Frankreich**

mit genauer Angabe der Departements und mit einer historisch statistischen Tabelle.

Sorgfältig colorirt. Preis 6 Sgr.

Bei der in Frankreich jetzt stattfindenden Staatsumwälzung wird diese vortrefflich ausgeführte Karte zur Gewinnung eines Ueberblickes über die Fortschritte der revolutionären Bewegung von großem Interesse sein, welches durch die beigefügte historisch-statistische Tabelle noch besonders erhöht wird.

**Bekanntmachung.**

Die Ankunft und Abfahrt der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres in folgender Weise Statt:

**I. Ankunft** von **Mainz** täglich zur Mittagszeit, im Anschluß an den um 2 Uhr 20 M. Nachmittags von Mannheim nach Offenburg, Kehl (Straßburg) abgehenden Eisenbahnzug X.

**II. Abgang** nach **Mainz** täglich 2½ Uhr Nachmittags im Anschluß an den Eisenbahnzug V. von Freiburg.

Die Fahrten am Samstag, Dienstag, Mittwoch und Freitag schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten am Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach London an.

Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillete für die Großh. Eisenbahn, so wie umgekehrt auf den Hauptstationen der Großh. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 31. Oktober 1847.

**Großh. Post und Eisenbahn-Amt**

**Eberlin.**

[226]16

[227] **Verpachtung einer großen Jagd mit Jagdschloß und Fischerei.**

Eine ausgedehnte, sehr ergiebige Wald- und Feldjagd, mit einer nachhaltigen guten Fischerei, sammt einem geräumigen herrlichen Jagdschloß, Garten u. s. w. in einer der schönsten Gegenden des Königreichs Baiern ist auf mehrere Jahre um jährliche 720 fl. zu verpachten. Portofreie Anfragen beantwortet genau

**C. Größer** in Heidelberg.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an H. A. Alexander Strassburg 28 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Pränumerationspreise betragen das Quartal: Für Heidelberg 1 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen im Umfang des Zwölfergroschenvereins Baden fl. 12. 24 kr. Für Preußen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 83. Heidelberg, Donnerstag 23. März. 1848.

## Uebersicht.

**Die Wiener Revolution.** — Wien (der Erzherzog Palatin. Fürst Metternich. Veränderungen im ungarischen Regierungspersonal. Uebertragung der Gefallenen. Beisetzung der Stadt. Anordnung in der Umgegend. Personalveränderungen. Uebersicht der jüngsten Ereignisse). **Berlin** (blutiger Kampf am 18. u. 19. März. Die Soldaten räumen die Stadt. Neues Ministerium gebildet. Antrede des Königs. Die Bürgergarde gewährt. Gerücht von einer Polsdamer Fürstenkonferenz. Das Preßgesetz. Der rhein. Bund. und die Revolution). **Köln** (die Arretse). **München** (Verordnung über Ablösung gutsherrlicher Gefälle des Staats. Die Ministerkrisis. Dessen Folgen eines unpopulären Ministeriums. Gährung und Unruhe. Der Adel. Die politische Deputation). **Nürnberg** (die Wiederherstellung Polens). **Stuttgart** (die Ablösungsfrage. Die neuen Wahlen). **Hannover** (unruhige Auftritte). **Braunschweig** (Staatsminister Graf v. Veltheim entlassen). **Oldenburg** (Professor Albrecht). **Schwerin** (ablehnende Erklärung des Großherzogs). **Frankfurt** (ein Gutachten des Bundestags über die Lage). **Luxemburg** (Unruhen.)

**Niederland.** Verfassungskommission. Prinz Alexander †.

**Großbritannien.** Entbindung der Königin. Bedrohte Lage der Regierung in Irland. Ein Antrag auf eine irische Einkommensteuer verworfen.

**Frankreich.** Die Finanznoth und die zu ihrer Abhilfe getroffenen Maßregeln. Vorräthigkeit der Einstellung der Baarzahlungen an der Bank. Beginnende Spannung zwischen der Republik und der Geistlichkeit. Legitimistische Demonstrationen. Abzug der in Paris lebenden Britten.

**Nachschrift.** Breslau. Beseitigung des Militärs und der Polizei, Volksbewaffnung erlangt. Krakau. Revolution und Republik.

**Beilage.** Aachen, Bonn, Saarbrücken (die Arretsen). Bom Bodensee (die Zustände des Seekreises). Zweier (die Reformbewegung in Oldenburg). — **Niederland.** Haag. Die Reformansichten der zweiten Kammer. — **Frankreich.** Bedrohlichkeit der Regierung. Vergleichung einer monarchischen und republikanischen Wahlinstruktion. Die Schriften des Hrn. Ledru Rollin bezahlt. — **Griechenland.** Athen. Die Jury und die freie Presse. Die Verleumung der deutschen Volks.

---

### Heidelberg, 23. März.

So ist nun diese Größe in Oesterreich auch zusammengesunken! Fürst Metternich entsetzt und landesflüchtig! In dem Momente, wo er sich noch ein Mal zur äußersten Anzeit aufzuraffen versuchte, wo der alte Hochmuth lächerlich, wo der alte Trotz kindisch geworden war, brach seine Macht darnieder. Die erste Bewegung der Gemüther ist Jubel. Die nächstkommende wird Schadenfreude und die Befriedigung des Vergeltungstriebes sein. Mit der Zeit, wenn die Schäden dieser Politik sich immer sichtbarer aufthun und immer klarer herausgestellt sein werden, wird Fluch und Verwünschung folgen. Dann aber wollen wir in den eignen Busen zurückgreifen und, wenn wir uns aller bittern Empfindungen gegen den gefallenen Staatsmann entledigt haben, uns selbst anzuklagen nicht vergessen, die wir so lange Zeit in System des sichern Verderbens als eine tieffinnige Staatsweisheit mitbewundert haben.

Fürwahr, der alte Gott im Himmel ist jetzt in der Laune, offenes Gericht zu halten. Wie bei dem Haupte der Orleans'schen Dynastie, so hatte die Menschheit auch bei Metternich auf einen Strafakt bei seinen Lebzeiten verzichtet. Die Geschichte richtet gewöhnlich erst die Todten. Man sehe ihre Blätter, man wird die Nemesis selten ihr Amt an den Lebenden ausüben finden, wenn sie auch noch so verderbte sind. Jenes Wort des Dichters: daß den ganz Schlechten die Vollendung der Schlechtigkeit freispricht, scheint in den Schicksalen so vieler Verderber der Welt und Menschen bestätigt zu werden. Man hatte sich auch in Bezug auf Metternich darein gefunden. Bei seiner Todtenschau erst hoffte man, die wahre Gestalt dieses Mannes Allen erkenntlich werden zu sehen; sein Ende erst, glaubte man, werde den Nimbus um ihn zerstreuen und sein Werk verstehen und mit dem Verständniß zugleich fallen machen. Es ist anders gekommen. Den Mann, der ewig Revolutionen und Verschwörungen witterte und verfolgte, auch wo keine waren, hat die Revolution nun selbst erreicht, im eignen Hause, wo er sie nicht im Traume geahnt, wo er sie mit allen ihren Schrecken glaubte gebannt zu haben! Der Mann des Friedens um jeden Preis hat eine Scene des schrecklichsten aller Kriege, des Bürgerkrieges, in seinen Straßen, um seinen Sturz spielen sehen! Der Mann, von dessen Wink und Rath noch vor nicht lange Kaiser und Könige abhingen, ist aus dem Schauplatz seiner Macht lanfstüchtig entwichen! Der Mann, in dessen Taschen es strömte aus den Ländern autokratischer und plutokratischer Potentaten, seiner Kleinern, der Mann, den gleichwohl dieser Zustrom des Ueberflusses nicht sättigte, wird jetzt im hohen Alter lernen, was das Loos gesallener Größe wird vielleicht noch lernen, was Mangel und Entbehrung ist. Und was die Hauptsache bleibt: das politische System, dem er für seine Lebenszeit wenigstens Haltbarkeit zutrauen mochte, wird er zerkrümeln sehen vor seinen Augen, obgleich ihm sein Ammanuensis Gentz dieses Schicksal erspart glaubte.

Wir wollen dem gestürzten Manne keinen Fußtritt versetzen, wir wollen seinen Fall nicht mit Hohn, noch mit Schadenfreude begleiten. Wir haben aber noch in der Zeit seiner Machtfülle unsere Ansicht über seine ebenso unselige als armselige Politik so wenig verhehlt, wir haben uns über die nächsten Folgen derselben so wenig getäuscht, daß es uns wohl erlaubt sein wird, auch nun nach ihrer Befreiung über ihren Urheber und ihren Charakter ein aufrichtiges Wort zu sagen, ohne daß man uns eines wohlfeilen Muthes und einer bequemen Weisheit zeihen dürfte. Wir wollen, sobald der Drang der Tagesereignisse es erlaubt, in der ruhigsten und würdigsten Weise eine geschichtliche Skizze dieser Politik entwerfen und dem Leser selbst überlassen, ohne viel Aufdringlichkeit von unsrer Seite, sich seine Ansicht zu bilden über eine Geschichte, die große hervortretende Momente nicht hat, die aus lauter Negationen besteht, die im Zusammenhange noch nicht überblickt worden, und über die daher ein wohl motivirtes Urtheil bisher von Wenigen nur gefällt worden ist. Wir glauben diese Entwicklung unsern Lesern darum schuldig zu sein, weil sie vielleicht dazu beitragen wird, die entfernteren Folgen dieses Systems zu erklären, die wir Alle unstreitig in den nächsten Zeiten in Oesterreich erleben werden.

Die nächste Folge wird schon Viele erschreckt, noch Mehrere erfreut, die Meisten überrascht haben: die Wiener Revolution. Wir selbst gestehen, daß wir auf diesem abkürzenden Wege sobald die Lösung der österreichischen Verwicklung nicht erwartet hatten. Wir haben zwar immer Oesterreich als einen der Ausnahmspunkte bezeichnet, auf den unsere Hoffnung einer friedlichen und ebenen Reform nicht mitgerichtet war; dennoch glaubten wir, die Opposition der Stände, die Bewegung der anhängenden Landes- und Volkstheile müsse erst weiter gediehen sein, ehe ein Anstraben der deutschen Bevölkerung denkbar wäre; auch erwarteten wir einen ersten Schlag der Verzweiflung von dem elend gedrückten Bauernstande ausgehen zu sehen. Die Zeiten haben es anders gefügt; die Auflehnung hat in der Hauptstadt begriffen, und Bürger und Studenten haben den Ausschlag gegeben in einer Erhebung, die sich der Pariser an Muth und Todesverachtung zur Seite stellen darf, die in ihren Folgen unberechenbar ist. Dieser moralische Aufschwung des Bürgerthums, des intelligenten Volkstheiles, der hier Berlin beschämt und plötzlich überholt hat, ist für uns von der allerfreudigsten Ueberraschung gewesen: der Werth eines Volksthumes von Charakter, Ueberlieferung, Geschichte hat sich in diesem Falle vortrefflich bewährt. Was unsern süddeutschen Bewegungen den friedlichen Verlauf, den anständigen Charakter geschert hat, ist die konstitutionelle Schule der Bürgerschaft; was ihr Mangel bedeute, ist Berlin jetzt eben zu seinem Schaden inne geworden; Wien hat durch diesen Einen Aufschwung diesen Mangel überwunden. Woran wir schon fast verzagen mochten, daß geht uns nun in neuen Hoffnungen auf: wohl darf man nun erwarten, daß der Volksgeist von 1809 in Oesterreich nicht erstickt ist, daß er noch einmal erwachen werde, um sich nicht wieder unterdrücken zu lassen!

Digitized by Google

Was wir auf dem Punkte waren, aufzugeben, als wir in den verlaufenden Regungen in Wien und Prag nichts von Deutschland erwähnen hörten: daß nämlich Oesterreichs Bevölkerung zugleich das Signal zu einer innen Verbrüderung mit Deutschland, zu einem Oeffnen aller Thore geben werde, um auf geistig, materiell, social, politisch engere und enger zusammenzuführen, das dürfen wir jetzt mit allem Vertrauen wieder hoffen. Welche Tage für Oesterreich! Es ist ein Erwachen aus tiefer Nacht in der Helle der Mittagssonne! Uns Deutschen im Reiche ist es, als sei ein unheimlicher Druck, eine unsichtbare Kette von uns genommen; wie dies Gefühl der Erleichterung und Befreiung in Oesterreich selber tief und energisch sein muß, ist uns gewiß schwer, und nur vorzustellen.

Ein zweiter Genius walte nun über Oesterreich, daß das plötzliche Licht nicht blende und nicht zünde. Mit dem grellen Uebergang zur freien Presse wurde im vorigen Jahrhundert schon einmal in Oesterreich die Erfahrung eines Mißbrauchs gemacht, die man sich ja warnen lassen möge. Wir stehen in gespannter Erwartung, ob man die Männer finden werde, die die eingetretenen Schäden der neuesten Politik und der innern Verwaltung mit fester und sicherer Hand anzugreifen verstehen; die in den Provinzen versöhnen, im deutschen Stammlande beleben, nach dem Auslande hin die alte Würde des Kaiserstaates behaupten werden. Viele Dinge sind hier zu erreichen, die fast nur auf dem Revolutionswege gewonnen werden können: möge Adel, Bürgerthum, Geistlichkeit zusammenstehen, um die großen Opfer herzuschießen, die unvermeidlich sein werden, wenn diesem Staate fundamental geholfen werden soll. Wir wünschen, daß Oesterreich zunächst Alles thue, um Italien zugleich mit Deutschland in einer großartigen Weise zufriedenzustellen, denn Alles schreint und daran zu liegen, daß das Reich Friede behalte und mit ihm die Zeit zu einer radikalen Umgestaltung seiner Verwaltung und seiner Finanzen. Noch scheint jetzt ein letzter Moment, um Italien zu gewinnen und dadurch diesen kostbaren Besitz des Friedens sich zu erhalten. Die Italiener von Einsicht und verständigem Freisinn sehen die Lage und Gestaltung der Dinge in Frankreich aus vorurtheilsfreiem Geiste an. Sie sagen sich klar heraus, daß die Experimente mit der Organisation der Arbeit dort letzter Hand zu einem europäischen Kriege führen werden. In dieser Voraussicht rufen sie ungeduldig wie wir nach der Bundesreform, nach der italienischen Ligue: sie dringen in ihre Fürsten, Zögern, Gehemmiß, Unentschlossenheit in dieser großen Sache fahren zu lassen. Diese Ligue war im Anfang nur gegen Oesterreich betrieben; wie bald würde sie Oesterreich zum Schutzbund gegen Frankreich gestalten, wenn es in die ganz gleichen Reformwege einträte, wenn es die Lombarden plötzlich zufrieden stellte. Aber die bloße Berufung der Centralcongregation nach Wien würde dazu nicht ausreichen; eine gemeinsame Verfassung dieses Raum aufzubauen, ist Noth. Es wäre ein Meisterstück österreichischer Politik, wenn es die französische Republik dazu nützte, den ganz verlorenen Einfluß in Italien durch eine große Versöhnung und Verständigung im freiesten Sinne wiederzugewinnen, sich zum Haupt und Protektor der italienischen Ligue zu machen, den obersten Einfluß in Deutschland in Preußens Hände zu geben und zwischen Deutschland und Italien dann das mächtige Bindeglied zu bilden, das diese föderativen Kleinstaaten gegen östliche und westliche Beeinträchtigung zugleich zusammenschlösse.

---

**Oesterreich.** Wien, 17. März. Der Erzherzog Palatinus ist zum außerordentlichen und bevollmächtigten Kommissär für Ungarn ernannt. — Fürst Metternich hat sich, wie die Allg. Zeit. berichtet, auf seine Herrschaft Königswart in Böhmen begeben, nach einer Station bei Münd. Kerseb. dagegen will er zu seinem Schwiegersohn, dem Grafen Sandor nach Ungarn geflüchtet. — Der Präsident der ungarischen Hofkanzlei in Wien, Graf Georg Apponyi, welcher durch seine Energie den Haß der Opposition in vorzüglichem Grad auf sich gezogen, hat bereits seine Entlassung eingereicht. Der Vizepräsident v. Zebenyi wird ebenfalls resignirn. Als die neu zu ernennenden beiden Präsidenten werden die Oppositionschefs, Graf Ludwig Batthyanyi und L. v. Kossuth bezeichnet. Den Ersteren hat der Letztere bereits gestern bei Gelegenheit des Fackelzugs als den unzweifelhaften ersten Präsidenten laut verkündigt. Die beiden Präsidenten der ungarischen Hofkanzlei, welche auch bisher die königl. Dekrete und Reskripte gegengezeichnet, würden nun als die verantwortlichen ungarischen Minister erscheinen. Die Stellung des Palatins braucht dadurch nicht, wie Einige glauben, eine wesentliche Veränderung zu erleiden. (D. A. Z.)

Wien, 17. März. Der Rämd. K. berichtet: Heute um 2 Uhr Nachmittag fand die feierliche Uebertragung der am 12. d. M. Gefallenen vom allgemeinen Krankenhause in den Währinger Friedhof Statt. Die 27 Leichen hat Dr. Skoda einbalsamirt, damit sie sich bis zum 27. d. M. erhalten, wo die große Todtenfeier begangen werden soll, denn man beabsichtigt den edlen Freiheitsopfern ein öffentliches Denkmal zu errichten, und schon sind Konzerte und Theatervorstellungen angekündigt, deren Ertrag zu diesem Zwecke bestimmt ist. 20000 Mann Nationalgarde und eine unabsehbare Menschenmenge gab den Särgen das Geleite zum Grabe, und viele Personen sahen wir weinen. — Gestern Abend war die Stadt zum dritten Male beleuchtet, und die Nationalgarde und die Studirenden brachten der hier anwesenden Deputation des ungarischen Reichstages einen solennen Fackelzug, wobei sich auch eine Schaar von Amazonen den Reihen anschloß, die aus anmuthigen, mit Bändern und Schärpen geschmückten jungen Damen bestand. — Die Hoffnung ist noch immer durch Militär abgesperrt und soll erst am Sonntag sich öffen, wo die Studirenden und die Nationalgarde dem Kaiser eine solenne Serenade mit Fackelzug darbringen werden. Fortwährend treffen aus Krems, St. Pölten, Odenburg, Wiener-Neustadt u. s. w. Truppen hier ein, die in das Bivouak am Glacis rücken, wo die ganze Garnison Tag und Nacht unter Waffen steht. Leider herrscht in den Dorfschaften Fünf- und Sechshaus, Simmering, Meidling u. s. w. vor der Linie die gräßlichste Unordnung, die von der Fabrikbevölkerung zur Plünderung benützt wird. Militär und Nationalgarde mußten viele Plünderer erschießen und niederstechen, und stündlich werden Banden dieses Raubgesindels eingebracht, die bei der Ueberfüllung der Gefängnisse in Speichern und im Ligurianerkloster untergebracht werden, dessen Bewohner das Weite gesucht haben.

Wien, 17. März. Der zum Chef des Hofkriegsraths ernannte Staats- und Konferenzminister, Graf Hiquelmont, ist aus Mailand hier eingetroffen. Interimistisch versieht die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Staatsrath der Staatskanzlei Frhr. v. Lebzeltern. Als künftigen Minister des Aeußern bezeichnet man den Grafen Colloredo-Wallsee, frühern Botschafter in St. Petersburg, der sich gegenwärtig in einer Mission zu Frankfurt a. M. befindet. (K. Z.)

* Wien, 15. März. Ueber die letzte Entwickelung der Ereignisse entnehmen wir aus einem Briefe Folgendes: Als der Kaiser, nachdem der gestrige Tag und die schriftliche Zusage der Nationalbewaffnung und Preßfreiheit gebracht hatte, heute um 10 Uhr Morgens mit seinem Bruder dem Erzherzog Franz Karl und dessen ältestem Sohne durch die Straßen fuhr, war der Jubel groß und allgemein, der ihn begrüßte; kaum war er aber in die Burg zurückgekehrt, traten auf den freien Plätzen der Stadt Volksredner auf, um die sich Tausende schaarten. Sie ermahnten zur Ordnung und Einigkeit, beschworen aber auch das Volk, nicht eher nachzulassen, bis sie Alles erreicht hätten, was ihre deutschen Brüder zum Theil schon lange besäßen, zum Theil zu erringen sich jetzt allenthalben erhoben hätten: Volksvertretung, Ministerverantwortlichkeit, Geschwor.-, Preß- und Redefreiheit. Die Reden wurden von mehreren Stimmen des Beifalls unterbrochen, die Wirkung derselben auf die Gemüther war ungeheuer, an hundert Orten wurde so geredet! Doch bei der freudigen Theilnahme, zeigte sich oft eine finstere Entschlossenheit auf den Gesichtern. Da endlich um 4 Uhr Nachmittags erschien eine Bürgerdeputation zu Pferde aus der Burg gesprengt, hielt das in allen Formen schriftlich gegebene Versprechen einer Konstitution in Händen und las es allenthalben in den Straßen laut vor. Bald wurde es in tausenden von Exemplaren, die mit Blitzesschnelle gedruckt worden waren, ausgetheilt. Da wollte der Jubel kein Ende nehmen. Man scherie, sang, umarmte sich auf den Straßen, weinte vor Freude; Menschen, die sich nie gesehen, drückten sich die Hände. Alle jauchzten frei auf im Bewußtsein, daß der furchtbare geistige Druck, welcher auf ihnen von ihren Geburt, nun von Allen niedergeworfen sei. Niemand trug man das Bild des Kaisers im Triumph durch die Stadt. Da kam, als der Jubel am größten war, der Erzherzog Stephan mit der ungarischen Deputation an, und nun wendete sich das jubelnde Volk diesen zu. Am Wagen des jungen Palatin wurden die Pferde ausgespannt, Studenten und Bürger zogen ihn bis zur Burg und trugen den Fürstensohn auf ihren Händen die Treppe hinauf zum Kaiser. Auch Kossuth war unter den Gekommenen und wurde ebenso stürmisch wie der Erzherzog begrüßt. Oesterreich hat in seiner Geschichte keine größeren Tage aufzuweisen als die Tage des 13. 14. und 15. März. Es war eine Revolution, die jeden mit Bewunderung erfüllen muß, eine Revolution der Intelligenz und des mächtigen Willens, die Alles im Sturme errechte, ohne bloße materielle Gewalt anzuwenden. Hätte der Erzherzog Albrecht nicht am ersten Tage den unglückseligen Befehl, Feuer zu geben, ausgesprochen, so wäre gar kein Blut geflossen. So aber zählt man leider auf der inneren Stadt gegen 30 Todte und viele Verwundete. So trefflich auch die Bürger sich im Laufe der Bewegung benommen und den Ausschlag gegeben haben, so ge-

Digitized by Google

bührt die Ehre dieses Freiheitssieges doch vorzugsweise den Studenten, welche das Werk begonnen und besonders im Anfang wahrhaft heldenmüthig ihr Leben ohne irgend einen glücklichen Erfolges bei den vorhandenen Verhältnissen sicher zu sein, für das Vaterland einsetzten.

**Preußen.** Berlin, 19. März. Nachstehende Proklamation (datirt von der Nacht des 18. auf den 19. März) ist am heutigen Morgen von dem Könige erlassen worden: „An meine lieben Berliner! Durch mein Eindurchlaßpatent vom heutigen Tage habt Ihr das Pfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesammten deutschen Vaterlande empfangen. Noch war der Jubel, mit dem unzählige treue Herzen mich begrüßt hatten, nicht verhallt, so mischte ein Haufe Ruhestörer aufrührerische und freche Forderungen ein und vergrößerte sich in dem Maße, als die Wohlgesinnten sich entfernten. Da ihr ungestümes Vordringen bis ins Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ und sie Belcidigungen wider meine tapfern und treuen Soldaten ausgestoßen hatten, mußte der Platz durch Kavallerie im Schritt und mit eingelegtester Waffe gesäubert werden, und zwei Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst, gottlob! ohne irgend Jemand zu treffen. Eine Rotte von Böswichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgescheucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verbreitet und die ertönten Schüsse von Bleiern meiner treuen und lieben Berliner mit Rachegedanken um vermeintlich vergossenes Blut erfüllt, und sind so die gräulichen Urheber von Blutvergießen geworden. Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute, haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königsstraße dazu gezwungen wurden. Das fegreiche Vordringen der Truppen war die nothwendige Folge davon."

„An Euch, Einwohner meiner geliebten Vaterstadt, ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuster Freund, beschwört Euch darum, bei Allem, was Euch heilig ist, den unseligen Irrthum! Kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg und entsendet an mich Männer, voll des echten, alten Berliner Geistes mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen, und ich gebe Euch mein königliches Wort, daß alle Truppen aus der Stadt gezogen werden sollen und die militärische Besetzung nur auf die nothwendigen Gebäude, des Schlosses, des Zeughauses und weniger andern, und auch da nur auf kurze Zeit beschränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner meines teuren und schönen Berlins, und vergesset das Geschehene, wie ich es vergessen will und werde in meinem Herzen, um der großen Zukunft Willen, die unter dem Friedenssegen Gottes für Preußen und durch Preußen für Deutschland anbrechen wird. Eure liebreiche Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin, die sehr leidend darniederliegt, vereint ihre innigen, thränenreichen Bitten mit den meinigen. Gesch. in der Nacht vom 18—19. März 1848.

Friedrich Wilhelm."

Zugleich verkündigt eine königl. Proklamation, daß Graf Arnim mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sei und vorläufig, außer dem Vorsitz im Staatsrathe das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und der Verfassungssachen übernehmen werde, Graf Schwerin wird Minister des Auswärtigen, v. Auerswald Minister des Innern, „wenn, wie zu erwarten, derselbe zur Uebernahme bereit ist"; Generalsteuerdirektor Kühne übernimmt bis zur definitiven Besetzung die interimistische Verwaltung des Finanzministeriums; der Justizminister, die Minister Graf Stolberg und v. Rohr bleiben einstweilen „bis zur weiteren Beschlußnahme über die Besetzung ihrer Ministerien" auf ihren Posten. — Welche Vorfälle dieser Proklamation vorangingen und folgten, darüber berichtet die Voss. Z. Folgendes:

Berlin, 19. März. In dem Augenblicke, wo wir (am 18.) unsern Bericht über die Verleihungen und Verheißungen, die der König dem Volke gewährt, mit den Worten beginnen wollten: „Preußen hat seinen glücklichsten Tag erlebt!" drang ein Ruf des Schreckens und Entsetzens zu uns. Auf dem Platze vor dem königl. Schlosse, wo sich die Bürger noch in Freudenthränen umarmten, wo der König zweimal, als er auf dem Balkon erschien, mit lautem Jubel begrüßt wurde, waren plötzlich zwei Schüsse gefallen, und eine Abtheilung Kavallerie hatte, ins Volk sprengend, und wie viele Augenzeugen berichten, einhauend dem Platz geräumt. Anlaß und Erklärung dieser Maßregel, die so unglückselig wirkte, sind in der königl. Proklamation aus der Nacht vom 18. auf den 19. gegeben. — Allein der äußerste Schrecken war dadurch in die Volksmassen gedrungen. Man glaubte sich verrathen, man schrie: „Wir werden niedergehauen, niedergeschossen! Das Entsetzen und die Erbitterung pflanzte sich mit reißender Schnelle fort und wuchsen in der Verbreitung, wie alle Gerüchte. Ein so furchtbarer Wechsel der Empfindungen ist vielleicht in der Weltgeschichte noch nicht da gewesen. Die Stadt der Freude, des Jubels war urplötzlich ein Ort des Grauens und des Kampfes. In allen Straßen wurden Barrikaden aufgerichtet, das Volk stürzte zu den Waffen, es nahm sie, wo es deren habhaft werden konnte. Es eilte auf die Dächer der Häuser und waffnete sich mit den Ziegeln. In zwei Stunden war die ganze Stadt umgestaltet, in Vertheidigungszustand gesetzt. — Da alle Cirkulation urplötzlich gehemmt war, sind wir noch nicht im Stande, über die Ereignisse in den verschiedenen Stadttheilen zu berichten, sondern müssen uns auf das beschränken, von dem wir Augenzeugen gewesen. Nachmittags gegen halb fünf Uhr hörten wir von der Königsstraße aus die ersten Schüsse! Von der Zeit ab dauerten die Gefechte des Volks gegen die Truppen in der ganzen Stadt fort. Eine der am stärksten vertheidigten Barrikaden war in der breiten Straße am Königlichen Rathhause errichtet. Sie wurde von der Zeit des Dunkelwerdens an bis Mitternacht vertheidigt. Vielfache Infanterie und Artilleriean griffe geschahen gegen dieselbe bevor es den Truppen gelang, sie zu besetzen. Von dem Hof-Neurussischen Hause am Königlichen Fischmarkt so wie von vielen Häusern der Friedrichsstraße wehte die schwarz roth goldene Fahne. — Wie wir hören, waren die Studirenden bewaffnet und die ganze Nacht im Gefecht; die Schützengilde hatte sich zu ihnen gesellt. — Auf der Friedrichsbrücke war der Kampf schon so entschieden, daß den von der Bank ist erschossen worden. — Am Morgen war die allgemeine Stimmung eine tief düstere, wie es so unglückselige Ereignisse, die so viel Blut der Bürger gekostet haben, nicht anders erwarten ließen. — Es erschien schon in den ersten Frühstunden die Proklamation Sr. Maj., die in der Nacht vom 18ten zum 19ten aufgesetzt worden. Der König wünschte eine Anzahl von Bürgern zu sprechen, um ihnen selbst persönlich die Versicherung zu geben, wie tief ihn das vergossene Blut schmerze, und wie bereit er sei, jede irrgend ausführbare Maßregel zu treffen, die ferneres Blutvergießen verhindern könnte. Gegen dreißig Bürger der Umgegend erschienen auf dem Schloß. Alle waren der Ueberzeugung, daß das Zurückziehen der Truppen die günstigste Wirkung auf die öffentliche Meinung haben werde. — Um elf Uhr trat eine allgemeine freudige Bewegung auf den Straßen. Die Truppen zogen ab von allen durch sie besetzt gewesenen Barrikaden zurück. Wir sahen sie nach verschiedenen Richtungen abmarschiren, von Massen Volks umringt, deren Ausdruck nur Freude über die Maßregel ausdrückte. — Ein Bataillon marschirte mit klingendem Spiel die breite Straße hinunter; das Musikkorps wurde von einer Volksmasse umdrängt, die einen unmäßigen Ruf erhob. Sie verlangte statt des fröhlichen Marsches einen Choral, als diese Absicht erkannt, und derselbe nachgekommen war, gab das Volk seine volle Beistimmung. — So heftig der Kampf getobt hat, so erbittert er in allen Stadttheilen geführt wurde, so ist doch nirgend das Eigenthum verletzt worden, und dieser Zug zeigt am besten, von welchen Gesinnungen die Kämpfenden Bürger beseelt wurden.

Diesen Vormittag hat die Bürgerschaft sich versammelt und wird sich alle Verwerfe zugesellen, um auf solche Weise die Ordnung herzustellen. Möge es gelingen, und bald Stadt und Land nunmehr zu dem Genuß der Vereinigungen kommen, die uns diese Tage gebracht, und die der zusammenberufene Landtag am 2. April vollständig ins Leben rufen wird. — Nachdem der Bürgerkrieg gestern 12 Stunden hindurch in unsern Mauern gewüthet hatte, bot unsere Stadt heute früh einen höchst bedenklichen und furchtbar schrecklichen Anblick dar. Das Militär behauptete zwar das Schloß, die breite und Brüderstraße und den Stadttheil von den Linden bis zur Leipziger Straße, auch war die Friedrichsstraße mittelst Kanonenschüsse geräumt worden, aber in den übrigen Stadttheilen, namentlich in dem Theil vom Dönhofsplatz bis zu dem Hallischen Thor und in den Alexanderplatz umgebenden Stadttheilen stand das Volk kampfgerüstet hinter furchtbaren Barrikaden. Das Volk hatte in der Nähe des Kaserne der Lehr-Eskadron und die Dragonerkaserne am Hallischen Thore erstürmt und nach einem zweistündigen mörderischen Kampfe am Morgen auch das Landwehrzeughaus und die Kaserne des Alexander-Regiments eingenommen und sich in solcher Weise mit Waffen aller Art versehen. Die Brandfackel hatte schon mehrfach in der Stadt gewüthet, eine Bude auf dem Alexanderplatz und ein Theil einer Kaserne waren eingeäschert worden, und namentlich in der Lindenstraße hatte das Volk dreimal Feuer an die Kaserne der Lehr-Eskadron gelegt. Es stand demgemäß ein furchtbar blutiger Kampf zu erwarten. Die Gefahr wuchs mit jeder Stunde. Um dieser zu entgehen und die Stadt von einem furchtbaren Unglück zu retten, trat am Morgen eine Deputation von etwa 12 hiesigen angesehenen Einwohnern, an deren Spitze der Bürgermeister Naunyn, Stadtrath Dunker, Bezirksvorsteher Bollmer und der Dr. Stieber stan-

Digitized by Google

den, zusammen und begaben sich unter der schützenden Parlamentairflagge auf das Schloß, wo ihnen auch sofort eine Audienz bei Sr. Maj. bewilligt wurde. Sie fanden dort die Prinzen und Prinzessinnen des königl. Hauses, die Staatsminister und die Generalität um die Person Sr. Maj. versammelt. Die Deputation erklärte Sr. Maj., daß das äußere durch Gewährung der allgemeinen Wünsche des Landes die Bürgerschaft nur durch sofortige Zurückziehung des Militärs von den Straßen und durch Freilassung der bei den Unruhen verhafteten Personen zu bewegen sein würde, die Barrikaden zu öffnen und sich zur Ruhe zu neigen. Se. Maj. drückten ihren tiefsten Schmerz über das Geschehene aus, reichten den Mitgliedern der Deputation freundlich die Hand und beriethen, nachdem man saß eine Stunde lang die Lage der Stadt berathen hatte, der Deputation zu eröffnen: daß sofort alle Straßen und öffentlichen Plätze vom Militär geräumt werden sollten, daß das Militär die Stadt theils verlassen, theils in die Kasernen zurückziehen solle, und daß die allgemeinen Wünsche des Landes soweit nur irgend möglich erfüllt werden sollten. Namentlich solle sofort eine Volksbewaffnung eingerichtet werden und eine Veränderung im Ministerium eintreten. Se. Maj. verteuten aber auch, daß es dem Einflusse der Deputation gelingen würde, nunmehr die Barrikaden zu eröffnen und die Ruhe wieder herzustellen. Der Minister v. Bodelschwingh erklärte zugleich der Deputation, daß er statt zum letzten Male als Minister zu ihr spreche, da er sein Amt bereits niedergelegt habe. Nach den hierbei gemachten Andeutungen waren Männer wie Binde, Beckerath, Auerswald, Graf v. Schwerin bestimmt, das neue Ministerium zu bilden. Nach Empfang dieser freudigen Botschaft wurden der Deputation drei Stabsofficiere zur Disposition gestellt, um mit Hilfe derselben den Rückzug der Truppen und Herstellung des Friedens zu bewirken. Der Bürgermeister Naunyn wendete sich mit einem dieser Parlamentaire der Friedrichsstraße, Dr. Stieber mit einem andern der Lindenstraße zu, der Dritte eilte nach der Wilhelmsstraße. Ueberall schwenkten diese Boten des Friedens weiße Tücher und verkündeten dem Volk den Zweck ihrer Sendung. Aus allen Fenstern wurden weiße Tücher geschwenkt, lauter Jubel erschallte und die Barrikaden öffneten sich. In wenigen Minuten waren die Gefangenen frei gelassen, und das Militär marschirte, selbst jubelnd und mit klingendem Spiele und den Bürgern freundschaft zurufend, aus der Stadt.

Den ganzen Vormittag hatten noch den Kämpfern Aerzte, die Verletzten Geistliche im Kampf gefallenen Bürger durch die Straßen tragen zu sehen. Sie waren mit Kränzen geschmückt, die Wunden offen gelegt. Ein das tiefste Innere erschütternder Anblick. Die sämmtlichen Leichen wurden nach dem Schloßhofe gebracht. Viele Verwundete des Militärs und Civil sind in den Räumen des Schlosses untergebracht worden. General Möllendorf ist von den Bürgern gefangen genommen, aber auf sein Wort, die Waffen nicht wieder gegen die Bürger zu gebrauchen, in Freiheit gesetzt worden. — Sämmtliche in der vergangenen Nacht gefangen genommenen Bürger sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

Berlin, 18. März. Patent wegen beschleunigter Einberufung des Ver. Landtages. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnadern, König von Preußen ꝛc. ꝛc. Als Wir am 14. d. M. Unsere getreuen Stände zum 27. April d. J. berufen, um vereint mit ihnen diejenigen Maßregeln zu beschließen, welche die Unseren deutschen Bundesgenossen vorzugsschlagende Regeneration Deutschlands auch für Preußen nothwendig bedingten, konnten Wir nicht ahnen, daß in denselben Stunden große Ereignisse in Wien einerseits die Ausführung Unserer Vorschläge wesentlich erleichtern, andererseits aber auch die Beschleunigung ihrer Ausführung unerläßlich machen würden. Jetzt, nach jenem wichtigen Ereignis fanden Wie Uns vor Allem bewogen, nicht allein vor Preußen, sondern vor Deutschlands — so es Gottes Wille ist — bald innigst vereintem Volke laut und unumwunden auszusprechen, welches die Vorschläge sind, die Wir Unseren deutschen Bundesgenossen zu machen beschlossen haben. Vor Allem verlangen Wir, daß Deutschland aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelt werde. Wir erkennen an, daß dies eine Reorganisation der Bundesverfassung voraussetzt, welche nur im Verein der Fürsten mit dem Volke ausgeführt werden kann, daß demnach eine voelässige Bundesrepräsentation aus den Ständen aller deutschen Länder gebildet und unverzüglich berufen werden muß. — Wir erkennen an, daß eine solche Bundesrepräsentation eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig erheischte, damit die Mitglieder jener Repräsentation ebenbürtig neben einander sitzen.

Wir verlangen eine allgemeine deutsche Wehrverfassung und werden beantragen, solche im Wesentlichen derjenigen nachzubilden, unter welcher Unsere — Preußens — Heere in den Freiheitskriegen unvergeßliche Lorbeern sich errangen. Wir verlangen, daß das deutsche Bundesheer unter einem Bundesbanner vereinigt werde, und hoffen, einen Bundesfeldherrn an seiner Spitze zu sehen. Wir verlangen eine deutsche Bundesflagge und hoffen, daß in nicht zu langer Frist eine deutsche Flotte dem deutschen Namen auf nahen und fernen Meeren Achtung verschaffen werde. Wir verlangen ein deutsches Bundesgericht zur Schlichtung aller Streitigkeiten staatsrechtlichen Ursprungs zwischen den Fürsten und Ständen, wie auch zwischen den verschiedenen deutschen Regierungen. Wir verlangen ein allgemeines deutsches Heimathsrecht und volle Freizügigkeit in dem gesammten deutschen Vaterlande. Wir verlangen, daß sodann keine Zollschranke mehr den Verkehr auf deutschem Boden hemme und den Gewerbsfleiß seiner Bewohner lähme. Wir verlangen alles einen Allgemeinen deutschen Währverein, in welchem gleiches Maß und Gewicht, gleicher Münzfuß, ein gleiches deutsches Handelsrecht und das Band materieller Vereinigung bald um so fester schließen möge. Wir schlagen vor Preßfreiheit mit gleichen Garantien gegen deren Mißbrauch für das gesammte deutsche Vaterland. Das sind Unsere Beschlüge, Unsere Wünsche, deren Verwirklichung Wir mit allen Unseren Kräften zu erstreben suchen werden. Mit stolzem Vertrauen rechnen Wir dabei auf die bereitste Mitwirkung Unserer deutschen Bundesgenossen und des gesammten deutschen Volks, welches Wir mit Freuden durch Einverleibung Unseres nicht zum Bunde gehörigen Provinzen in den Bund verstärken werden, wenn, wie Wir voraussetzen, deren beutsene Beeleeter diesen Wunsch theilen und der Bund sie aufzunehmen bereit ist. Wir geben der freudigen Hoffnung Raum, daß der Ausführung Unserer Absichten, zu daß eben deren Anbahnung die Spannung heben wird, die jetzt zwischen Unseren großen Schwesterstaaten, das deutsche Vaterland erfüllt, die Beeteke und Erwerbe lähmt, es fast, die es zu zerreißen droht — zu, Wir hoffen, daß jene Maßregeln Deutschland in sich stark, nach Außen geachtet machen werden, damit in seinen vereinigten Kräften Europa die sicherste Gewähr eines dauernden, gesegneten Friedens finden möge. Damit adee die Erfüllung Unserer Absichten am wenigsten in unseren Staaten Zögerung und Hindernis finden könne, damit Wir desto eher diejenigen Vorschläge zu entwickeln im Stande sind, welche Wir für die Verfassung Unseer Staaten nöthig erachten, haben wie beschlossen, die Berufung des Ver. Landtags zu beschleunigen, und beauftragen das Staatsministerium, diese Einberufung auf Sonntag, den 2. April d. J., zu bewirken. Gegeben Berlin, 18. März 1848. Friedrich Wilhelm. Prinz von Preußen. Bodelschwingh. v. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg. v. Rohr.

Gesetz über die Presse. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. haben durch Unsere im vergangenen Jahre bei der deutschen Bundesversammlung eine auf Censurfreiheit deruhende Preßgesetzgebung in Antrag gebracht. Nachdem inzwischen der Bundesbeschluß v. 3. März d. J. ergangen, ein für alle deutschen Bundesstaaten gemeinsames Preßgesetz aber, wie Wir es im Interesse deutscher Einheit gewünscht haben, für jetzt nicht zu erzielen gewesen ist, verordnen Wir, unter Vorbehalt eines nach Anordnung des Ver. Landtages zu erlassenden Preßgesetzes, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt: § 1. Die Censur wird hiermit aufgehoben. Alle auf die Censur bezüglichen Bestimmungen, Anordnungen, Curirschungen und Strafvorschriften treten ausser Kraft. §. 2. Die Entscheidung darüber: ob in Druckschriften over vermittelst mechanisch vervielfältiger Bildwerke ein Verbrechen over Vergehen verübt worden, und wer dafür strafbar sei, steht den ordentlichen Gerichten zu. Dieselben haben hierbei lediglich nach den Vorschriften der in Unseren Staaten geltenden Strafgesetze sich zu achten. Sämmtliche zur weiteren Verbreitung noch vorräthige Exemplare von Schriften oder Bildwerken, welche rechtskräftig für verbrecherisch erachtet worden, sind ganz oder theilweise zu vernichten. Auch darüber haben die Gerichte zu erkennen. §. 3. Auf jeder Druckschrift muß am Schlusse der Name und Wohnort des Druckers, auf jedem mechanisch vervielfältigten Bildwerke am Fuße der Name und Wohnort desjenigen, der die Vervielfältigung bewirkt hat, angegeben werden. Aufredem muß auf der Schrift over dem Bildwerke, wenn sie, es sei mit oder ohne Uebereinigung des Verlagsrechts, durch den Buch- over Kunsthandel verbreitet werden sollen, der Name und Wohnort der mit der Verbreitung beauftragten Handlung genannt sein. §. 4. Für periodische Schriften gelten folgende Bestimmungen: 1) Wer fortan eine Zeitschrift in kürzeren over monatlichen Fristen herausgeben will, ist verpflichtet, vor der Herausgabe: a) in einem dem Oberpräsidenten einzureichenden Prospektus die Gegenstände, mit welchen sich die Zeitschrift beschäftigen, die Zeitabschnitte, in denen sie erscheinen soll, so wie den Titel bestimmt anzugeben, und b) eine Kaution zu bestellen, deren Höhe, wenn das Blatt sechs Mal oder öfter erscheinen soll, wie folgt, bestimmt wird: für Städte, welche nach dem Gesetze vom 30. Mai 1820 „wegen Einrichtung der Gemeindeverfassung" (Gesetzsammlung Seite 147) zur ersten Abtheilung gehören, auf 4000 Thlr.; für Städte der zweiten Abth. auf 2000 Thlr.; für Städte der dritten Abth. auf 1000 Thlr.; für die zur vierten Abth. gehörenden Ortschaften auf 500 Thlr. Für ein Blatt, welches weniger als sechs Mal wöchentlich erscheint, wird die Kaution auf die Hälfte der oben gedachten Summen bestimmt. Die Kaution ist bei der Regierungshauptkasse, und zwar in preußischen Staatsschuldscheinen zum Nennwerthe, zu hinterlegen. Befreit von der Kautionsbestellung bleiben: die bei Erlaß dieses Gesetzes bestehenden periodischen Blätter, so wie die diejenigen, welche ausschließlich mathematischen, naturwissenschaftlichen, geographischen, medizinischen, musikalischen oder rein gewerblichen Gegenständen ge-

Digitized by Google

widmet sind. 2) Ausgeschlossen von dem Rechte zur Herausgabe periodischer Schriften sind nur diejenigen, welche wegen eines von ehrloser Gesinnung zeugenden Verbrechens rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt sind. 3) Eine periodische Schrift, welche wider die Bestimmung unter 2., oder ohne vorangegangene Erfüllung der unter 1. vorgeschriebenen Bedingungen erscheint, ist von der Polizeibehörde zu unterdrücken. 4) Wird der Herausgeber oder der Verleger eines bei Erlaß dieses Gesetzes bereits bestehenden periodischen Blattes, welches in kürzeren als monatlichen Fristen erscheint, oder der Vertreter des Herausgebers wegen eines vermittelst des Blattes begangenen Verbrechens oder Vergehens rechtskräftig verurtheilt, so hat der Richter zugleich auf Verbietung einer Kaution zu erkennen. Die Höhe derselben bestimmt unter 1 b. abzumessen. Bis zur Bestellung der vom Richter erkannten Kaution darf das Blatt nicht erscheinen. 5) Beim Rücktritt hat der Richter, mit Rücksicht auf die Schwere des begangenen Verbrechens oder Vergehens, neben der dafür zu erkennenden Strafe (§. 4 b.) oder in Folge eines durch Urtels 14.) dessellen Kaution ganz oder einen Theil verfallen zu erklären, und zugleich zu bestimmen, ob die Kaution zu ersetzen, oder die fernere Herausgabe des Blattes zu verbieten sei. 6) Der Herausgeber einer in kürzeren als Monatsfristen erscheinenden Zeitschrift ist verpflichtet, Einsendungen, zu welchen sich die betheiligte Staatsbehörde veranlaßt findet, in das nächste Stück des Blattes kostenfrei aufzunehmen und solchen Entgegnungen den Platz anzuweisen, an welchem sich der angreifende Artikel befindet hat. Dasselbe gilt von Entgegnungen solcher Privatpersonen, welche in der Zeitschrift Angriffe erlitten haben. Uebersteigt der Umfang der Entgegnung den Umfang des Artikels, auf welchen die Entgegnung sich bezieht, so sind für die mehreren Zeilen Einrückungsgebühren zu zahlen. 7) Im Erste jenes Stückes einer Zeitschrift ist der Herausgeber, sowie der Verleger, wenn dieser vom Herausgeber verschieden ist, und der Drucker namhaft zu machen. §. 5. Der Verleger einer nicht periodischen Druckschrift, sowie derjenige, in welchen Kommission eine nicht periodische Schrift verlegt hat, imgleichen derjenige, welcher eine solche Schrift, ohne sie in Kommission zu geben, im Selbstverlage erscheinen läßt, ist verpflichtet, zugleich mit der Herausgabe des Werkes eine schrift. Anzeige, welche den Titel des Werkes enthalten muß, bei der Ortspolizeibehörde einzureichen, auch derselben auf Verlangen ein Exemplar der Druckschrift vorzulegen. §. 6. Wer eine der in den §§. 3, 4 und 5 enthaltenen Bestimmungen verletzt, verfällt in eine von den ordentlichen Gerichten zu erkennende Geldbuße von 5 bis 100 Thlrn., oder im Unvermögensfalle in eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe. §. 7. Die Polizeibehörden sind berechtigt, zur Verbreitung bestimmte Druckschriften oder Bildwerke, durch welche nach ihrem Ermessen ein Strafgesetz verletzt ist, vorläufig in Beschlag zu nehmen; sie müssen jedoch innerhalb 24 Stunden nach der Beschlagnahme die gerichtliche Verfügung beantragen. Das Gericht hat über die Fortdauer der Beschlagnahme binnen vierundzwanzig Beschlagnahme schleunigst zu beschließen. §. 8. In Ansehung des Debits der im Auslande erscheinenden Zeitungen verbleibt es, bis dahin ein allgemeines deutsches Preßgesetz verabredet sein wird, bei den bisherigen Vorschriften. §. 9. Alle Strafen, welche wegen Uebertretung der bisherigen Censurvorschriften verwirkt und noch nicht verbüßt sind, werden hierdurch niedergeschlagen, und jedes dieserhalb eingeleitete Verfahren wird aufgehoben. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedr. Staaten Siegel. Gegeben Berlin, 17. März 1848. Friedrich Wilhelm. Prinz von Preußen. von Rother. Eichhorn. von Thile. von Savigny. von Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. von Canitz. von Düesberg. von Rohr.

**Berlin**, 19. März. Ferner berichtet die Voss. Z. Diesen Mittag um 1 Uhr hatte sich die Bürgerschaft Berlins, so weit sie in der Eile hatte benachrichtigt werden können, vor dem Schlosse auf der Seite des Lustgartens versammelt, wofelbst der König in Begleitung der neu ernannten Minister und Generale sich auf einer hierzu in der erhöhten Terrasse erschienen. Dem schon durch eine Deputation vorgetragenen Wunsche um eine Bürgerbewaffnung wurde sofort durch den König entsprochen, indem er sagte: „Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die Ruhe der Stadt durch Niemand besser als durch die Bürger selbst bewahrt werden kann.“ Diese Anrede wurde mit einem lauten Jubel aufgenommen. Demnächst sprachen noch die Minister v. Arnim und Schwerin in einem gleichen Sinne, und wurden ihre Anreden ebenfalls jubelnd begrüßt. (Fünf Uhr Nachmittags.) Das Königliche Schloß bietet soeben ein ganz neues Schauspiel dar; seit 5 Uhr sind die Wachen desselben von bewaffneten Bürgern besetzt, die ihre Waffen dazu aus dem Königl. Zeughause empfangen haben. Nachmittags um halb 6 Uhr zog die Berliner Schützengilde mit ihren Fahnen durch das Schloß und that Vorbeimarsch. — Abends war die ganze Stadt beleuchtet, und das Volk zog jubelnd durch die Straßen.

Bekanntmachung. Se. Maj. der König haben auf den Wunsch der Einwohner Berlins die Bürgerbewaffnung zu genehmigen geruht, und ist dadurch von den dazu ernannten Unterzeichneten einstweilen folgende provisorische Bestimmung getroffen. §. 1. Es wird eine Bürgerbewaffnung organisirt. §. 2. Daran nehmen die Bürger und Schutzverwandten Theil. §. 3. Die Kosten der Bewaffnung trägt der Staat. §. 4. Die Schützengilde wird auf der Stelle eindrucken und außerdem eine angemessene Zahl von Bürgern sogleich gewirkt. §. 5. Alle näheren gesetzlichen Bestimmungen dieser Organisation werden so schnell als möglich in den nächsten Tagen erfolgen. Berlin, den 19. März 1848. v. Minutoli. Holdbein. Glaue. Haack. Moering. Devarenne. Krug.

**Berlin**, 19. März. Eine vollständige Aufklärung über den Anlaß und Verlauf der Blutszenen vom 18. März gibt der obige Bericht nicht, doch läßt er zwischen den Zeilen lesen. So viel ist klar, daß ein mehr als zweitstündiger Kampf nicht durch ein „Mißverständniß“ veranlaßt sein kann; auch wenn der erste Zusammenstoß dadurch erklärt würde, so ist es doch von Mittags 3 Uhr bis Morgens 5 Zeit genug, sich über ein Mißverständniß zu besinnen und es gut zu machen. Leider macht die Hartnäckigkeit des Kampfes auch die traurigsten Gerüchte wahrscheinlich; berichtet doch das Frankf. Journ., die Todten müßten nach Hunderten, die Verwundeten nach Tausenden gezählt werden, und auch die D. A. Z. spricht von einem mörderischen Kampfe. Inzwischen müssen wir die ausführlichen Berichte unserer Korrespondenten abwarten, die heute abermals mit der Allg. Pr. Z. ausgeblieben sind.

**Berlin**. Mehrere Blätter bringen auch das sehr wunderliche Gerücht, der Bundestag solle nach Potsdam verlegt werden, wo auch der Fürstenkongreß stattfinden solle. Es schint, man will noch immer nicht begreifen, daß die Zeit der Fürstenkongresse in großen Nationalangelegenheiten vorüber ist, und daß Alles, was von einer Drechsler oder Potsdamer Konferenz ausgehen würde, ein lobtgeborned Ding wäre.

**Berlin**, 16. März. Der Rh. Beob. berichtet: Dem Vernehmen nach sind die Bestimmungen über die Behandlung der Presse im preußischen Vaterlande zur Publikation fertig, um sofort der Oeffentlichkeit übergeben zu werden, Falls die mit allem Eifer angestrebte Einigung des Bundes in dieser Angelegenheit nicht zu Stande kommen sollte.

**Berlin**, 16. März. Der Rh. Beob. gibt heute zu verstehen, unter welchen Voraussetzungen er eine Revolution für gerechtfertigt ansehe. „Die neuesten Vorgänge in Wien“, läßt er sich von Berlin schreiben, „sind hier so zu sagen mit ungetheilter Freude aufgenommen worden, so sehr man auch den gewaltsamen Charakter der Bewegung bedauert. Die Wiener Bürgerschaft, welche hauptsächlich an den Bewegungen betheiligt war, entbehrte eigentlich jedes Organs, sich irgend in politischen Fragen geltend zu machen, wie dies mit den Kommunalkollegien in Preußen der Fall ist, und von diesem Gesichtspunkte aus ist ihr die thätliche Demonstration weniger übel zu nehmen, als dies unter andern Umständen der Fall sein müßte“. Also die Kommunalkollegien bilden den Talisman, der in Preußen den Dämon der Revolution gebunden hält.

In der Antwort der Kölner Deputation, deren Ueberreichung den Konzessionen am 18. vorangegangen ist, heißt es: Die Bewegungen in Süddeutschland müssen bei einem fortgesetzten Widerstande gegen die Nationalwünsche zu einer Auflösung des Bundes führen, als dessen nächste Gefahr wir leider die Isolirung und die Abtrennung der Rheinprovinz bezeichnen müssen. In ihr, in unserer Stadt, liegt die Aufregung, die ängstliche Spannung, die Furcht vor der Erschütterung aller Zustände und mit ihr die Stockung der Gewerbe von Stunde zu Stunde, und schon zu ihrer Beschwichtigung haben wir uns gedrungen sehen müssen, persönlich nach der Hauptstadt und zu begeben, damit die Bevölkerung mit Hoffnung der Verkündigung verheißungsvoller Worte entgegen sehen dürfe. Ein Wort geht jetzt in Deutschland wie Mund zu Mund; so auch hier: es ist die Einheit des deutschen Volkes. Die Adresse verlangt daher eine Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung und eine klare und feste Zusicherung im Sinne der in den letzten Tagen im ganzen Lande laut gewordenen Wünsche.

**Baiern.** †† **München**, 19. März. Hier herrscht noch immer ein schwankender, unsicherer Zustand und leider fehlt die Bedingung alles Heils, das Vertrauen. Die König hat wohl den Münchnern des Volkes die Konzessionen gemacht, daß er einen populären Minister für die Verwaltung des Innern gewählt, aber zu einem populären Ministerium will er sich nicht verstehen. Thon-Dittmer hat nur den einzigen ganz tüchtigen, in der neuesten Zeit aber leider verkannten oder richtiger gesagt nicht recht erkannten Beisler zur Seite. Beisler ist in Intelligenz und Charakter ganz zuverlässig, seine Anhänglichkeit rein, auch war er seiner Zeit ein Mitredakteur des baierischen Volksblattes, und schon diese Thatsache muß ihn populär machen. Er hat keine Grundsätze nie verläugnet, und den Präsidentenstuhl in Passau mußte er bekanntlich übrigens verlassen, weil er zu einer Zeit, wo die Priesterpartei in Baiern allmächtig war, sich nicht unter das Joch derselben beugte, sondern ihren Uebergriffen die Stirne bot. Nicht zu gedenken der vortrefflichen Werke, die er über Volksbewaffnung und Gemeindeverwaltung geschrieben. Wenn wir nicht sehr irren, so standen Beisler und Thon-Dittmer immer in freundlichen Beziehungen zusammen, und sie werden gewiß ihren jetzigen ebenso schwierigen als ehrenvollen Weg vereint gehen. Aber zwei Minister sind kein Ministerium, und jedes freundartige Element raubt der Regierung Vertrauen und Kraft. Behaupten man ja bereits, daß Thon-Dittmer gar keinen Einfluß höchsten Orts habe, und wir haben Ursache, solches zu glauben. Die öffentliche Meinung hat den Grafen v. Giech als Minister des Ausw., den Bar. v. Lerchenfeld als Finanzminister

Digitized by Google

gefordert, und wir müssen gestehen, die öffentliche Meinung hat gut gewählt. Man ist versucht um einen Kriegsminister; aber gerade an den einzigen, der dieser Stelle jetzt gewachsen wäre, und dessen Wahl einen großen Enthusiasmus in der Armee hervorbringen würde, an den Frhrn. v. Seckendorf denkt man nicht, oder man will nicht an ihn denken. Freilich hat er als Abgeordneter gegen die Kniebeugung gestimmt und als kommandirender General die Ungeschicklichkeit eines Prinzen gerügt. Das sind allerdings schwere Sünden, aber er hat das Vertrauen der Armee, ist ein tüchtiger General, ein vorzüglicher Administrator und ein braver Mann. Wenn es dem Könige wirklich Ernst mit einem parlamentarischen Regimente in Baiern ist, so bitten wir ihn dringend, ja keine Zeit zur Bildung eines populären, compakten Ministeriums zu verlieren. Ist es ihm aber nicht Ernst, und scheint er die Folgen seiner Politik nicht, dann mag er Leute wie Graf Waldkirch und andere unbekannte Größen mit seinem Vertrauen beehren; wir aber wollen ihm sagen, wozu diese Politik führen wird. Selbst in der unter Abels Einfluß gewählten Kammer wird sich eine fürchterliche Opposition erheben, denn das ganze Land steht hinter ihr; und gerade solche Männer, die durch ihre frühere Pflichtvergessenheit höchst unpopulär geworden waren, wie z. B. ein Besselmeyer von Nürnberg, werden mit Verwegenheit nicht für die Ehre, sondern für die Popularität kämpfen. Man wird der Regierung jede Unterstützung versagen; der König wird vielleicht gar die Kammer auflösen, und es wird dann eine Kammer zusammenkommen, gewählt in der höchsten Aufregung, welcher gegenüber besonnene Männer wie Thon-Dittmer, Beisler, Eisch, Verkennen, Seckendorf nicht mehr möglich sind. Aber jetzt die Majorität einer Abgeordnetenkammer von sich stoßen, der muß darauf gefaßt sein, die Majorität eines Konvents zu hören. Den HH. Thon-Dittmer und Beisler aber können wir nur rathen, eine solche Katastrophe nicht abzuwarten, sondern lieber zurückzutreten und ihren guten Namen für eine andere Zeit zu erhalten.

= München, 19. März. Mit der Ruhe ist es so ziemlich schon wieder aus bei uns. Wie ein Proteus wechselt die Stimmung der Stadt ihre Gestalt. Kürzlich großer Jubel, dann Krawall, dann wieder auf kurze Zeit Ruhe und gestern und heute schon wieder Alles voll Unruhe. Alles Militär ist konsignirt, Bürger, Künstler, und Studenten haben scharf geladen, und eine Warnung des neuen Polizeidirektors lagt dem Volke, daß bei feuerlustigen Excessen sofort ohne alle weitere Rufforderung von den Waffen Gebrauch gemacht werden solle — eine Warnung, die übrigens mannigfaltig mißdeutet Volkeskrise bereitet. Militär, Studenten, Bürger und Künstler aber sind einig und halten es mit der gesetzlichen Ordnung. Die Bürger wissen, was sie wollen und ich möchte obigen Ausdruck auch nicht auf sie bezogen haben. Aber man scheint besonders vom Adel aus (und wahrscheinlich steckt auch noch eine andere Partei dahinter) allerlei Machinationen deabsichtigt zu haben, und man will bestimmt wissen, daß der jüngste Lolakrawall durch Geldaustheilungen veranlaßt worden sei. Uebrigens soll der Adel heute in aller Frühe dem Könige eine in den submissesten Ergebenheitsausdrücken abgefaßte Adresse übergeben haben. — Der Haß der Bürger hat sich vornehmlich auf den Fürsten Wallerstein geworfen, und man klagt ihn hart an. Er habe Geld austheilen lassen, heißt es, und suche dem Könige den Kronwinzen zum Mitregenten aufzudringen. Die verschiedenartigsten Gerüchte durchkreuzen sich. — Das ist gewiß, daß die Bürgerschaft und alle Bessern alles Heil von den Ständen erwarten. Zu Ehren der pfälzischen Deputirten fand heute ein Essen Statt. Am Anfange schienen sich republikanische Elemente hervorzuthun; es sollte die Marseillaise gesungen werden. Die überwiegende Mehrzahl wies diese Anwandlungen zurück. — Die Deputation der Pfälzer übergab den Bürgern und Bewohnern Münchens eine Adresse, die die entschiedenste Freisinnigkeit athmet und mit Wärme abgefaßt ist. Sie beginnt: „Unsere Brüder in der Pfalz haben uns abgesendet, von der Krone die Freiheitsrechte zurückzufordern, die das heilige Erbgut jedes mündigen Volkes bilden."

München. Das Regierungsblatt Nr. 11 (vom 18. März) enthält folgende Verordnung, die Ablösung des Handlohns und anderer gutherrlichen Gefälle des Staates betreffend. „Ludwig rc. rc. Wir finden Uns bewogen, Unsere Verordnung vom 21. April 1810, die Ablösung des Handlohns und anderer gutsherrlichen Gefälle des Staates betreffend, hiermit außer Wirkung zu setzen und die Ablösung der ständischen Dominikalgefälle, sowie des Handlohns, nach den Bestimmungen Unserer frühern Verordnungen vom 13. Februar 1826, die Ablösung der ständigen Dominikalgefälle betreffend, dann vom 19. Juni 1832, die Fixirung und Ablösung des Handlohns betreffend, auf so lange Wir nicht anders verfügen, wieder ungehindert zu gestatten."

†† Nürnberg, 18. März. Die neuesten Nachrichten aus Petersburg melden, daß der Kaiser Nikolaus die Nachricht von der Proklamation der französischen Republik auf einem Ball erhalten und sofort den anwesenden Offizieren zugerufen habe: Meine Herren, halten Sie sich bereit zu Pferd zu steigen! Die Nachricht ist nicht verbürgt, aber sie hat innere Wahrheit, denn Kaiser Nikolaus ist bekanntlich der erste Ritter des Absolutismus, und da sein politischer Verstand mit seiner Kühnheit nicht eben in geradem Verhältniß steht, so wird er jetzt gewiß seine Pläne von 1830 um so ungestümer wiederaufnehmen. Im Jahre 1830 sperrte die Weisheit des Königs von Preußen den Russen die deutschen Grenzen; wird der Nachfolger dieses Königs auch der Nachfolger seiner Politik sein? Wir wagen nicht darüber abzuprechen, ja wir können nicht einmal sagen, ob wir jetzt dieselbe Politik von Seite des preußischen Kabinets wünschen oder fürchten. Wir wollen uns deutlicher aussprechen: Wenn nicht der Marsch der russischen Armee über die deutschen Grenzen die Eristenz sämmtlicher deutschen Throne in die größte Gefahr brächte, so würden wir einen Krieg mit Rußland innigst wünschen, sei es auch nur um Polens willen. Da aber jedem aufrichtigen Vaterlandsfreunde sehr daran gelegen sein muß, Deutschland auf ruhigem und gesetzlichem Weg in einen föderativstaat von konstitutionellen Monarchien mit einem deutschen Parlament umzubilden, so wünschen wir aufrichtig, daß Oesterreich und Preußen Alles aufbieten, um dem Kaiser von Rußland den Wahn zu nehmen, als sei er berufen, die politischen Verhältnisse von Europa zu ordnen. Sollten aber die Monarchen von Oesterreich und Preußen ihre Zeit und ihre Aufgabe gänzlich mißkennen, oder sollte Rußland trotz der ernstlichen Protestationen der deutschen Monarchen unsern Boden betreten, so wollen wir kein Wort des Bedauerns verlieren, sondern den Moment benützen und für den gegebenen Fall die Parole vertheilen. Frankreich wird mit einer Flotte, die polnische Emigration und ein mäßiges Heer eigener Truppen an Bord, in die Ostsee steuern, dort mit seiner gelandeten Macht ein freies und einiges Polen, von der Ostsee bis zum schwarzen Meer proklamiren, während wir uns die Ehre ausbitten, die Russen in der Fronte anzugreifen. Willkommen sei das Signal, daß zu diesem Kampfe ruft, es ist ein Kampf, der das Czarenthum in seine Heimath nach Asien zurückführen wird. Wer dann ihm beistrandet zur Seite steht, wird wohl auch mit Treue bei ihm aushalten und es begleiten. Unter allen Umständen aber bleibt die Herstellung des Königreichs Polen für Deutschland, Frankreich und England eine Aufgabe der Pflicht und der Ehre.

**Württemberg.** ** Stuttgart, 20. März. In der Ablösungsfrage hat jetzt die Regierung ihre Vorschläge vollendet, und der Gesetzesentwurf dürfte den Kammern vorgelegt werden. Wenn man nicht, wie eine Volksversammlung in Gaildorf es wollte, die Abschaffung sämmtlicher Grundlasten ohne Entschädigung gewaltsam auf Einen Tag aussprechen will, so dürfte der Vorschlag nicht unbillig gefunden werden. Die Grundlasten sollen im 12fachen Betrag in 25 Jahreszielern abgelöst werden. Bei Handlohn u. s. w. ist angenommen, daß er alle 25 Jahre stattfinde. Zehnten und Gülten werden im 15fachen Betrage in 25 Jahreszielern abgelöst, Novalzehnten sind abgeschafft. Dabei sind billige Preise zu Grunde gelegt, und das ganze Geschäft in die Hände des Staats gegeben. Die Nachricht hievon sollte wohl Beruhigung verbreiten, und extremen Ansichten, wie jenen in Gaildorf gefertet gemachten, in den Weg treten. — Obgleich die Kammer noch nicht aufgelöst ist, ist doch schon die Wahlagitation im Gange. Eine Versammlung zu Besprechung hierüber ist auf künftigen Sonntag anberaumt. Rötinger hat an die Wähler von Oehringen, seinen früheren Bezirk, bereits ein Manifest erlassen; er, Schott und Tafel werden der künftigen Kammer nicht fehlen.

**Hannover**, 17. März. Die Konzessionen befriedigten nicht, denn es kam heute zu unruhigen Auftritten, die jedoch zunächst keine blutige Folge hatten. Die Weserzeitung bemerkt: daß der Aufstand nicht aus reiner Lust zu Zerstörungen hervorging, sondern daß er einen politischen Charakter hatte, bewiesen die Personen, an welchen man seine Erbitterung ausließ, da diese gerade von der öffentlichen Meinung sehr bestimmt bezeichnet werden. — (So ging gegen Abend das Gerücht von der Entlassung Falke's, jedoch nicht etwa, weil er der öffentlichen Meinung zu lange widerstrebt habe, sondern weil er gegen dieselbe nicht energisch genug aufgetreten und aus diesem Grunde in Ungnade gefallen sei. — Der König ist krank, schon seit einigen Tagen.)

**Braunschweig**, 16. März. Der Staatsminister, Graf von Veltheim, hat seine Entlassung erbeten und erhalten, der Finanzdirektor v. Geyso wird das Ministerium einnehmen. (Hamb. C.)

**Oldenburg**, 16. März. Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß das Kabinet sich entschieden hat, den Professor Albrecht in Leipzig zu ersuchen, an der Verhandlung des Bundesta-

Digitized by Google

ges wegen Reform der Bundesverfassung als Mann des öffentlichen Vertrauens Theil zu nehmen, und daß bereits in der letzten Nacht ein Kabinetskurier mit der Einladung an den Prof. Albrecht abgefertigt ist. (Br. Zeit.)

Schwerin, 16. März. Der Großherzog hat gestern bekannt machen lassen, daß „er nicht geneigt sei, Petitionen, die etwa in Landes-, Verfassungs- oder ähnlichen Angelegenheiten an ihn gerichtet werden möchten, weiter persönlich entgegenzunehmen oder durch das Regierungskollegium entgegennehmen zu lassen, daher denn dergleichen Vorträge nicht durch Deputationen, sondern in dem gewöhnlichen Wege zur Abstimmung zu befördern sein würden". (D. A. Z.)

Luxemburg, 16. März. Wie die Trierer Zeitung berichtet, haben hier Pöbelexcesse Statt gehabt — organisirt und geleitet von dem Bischof Laurent! Für den heutigen Tag, heißt es in dem genannten Blatte, war eine Bürgerversammlung angesagt, in welcher eine Adresse an den König berathen werden sollte. Das Gerücht ging, daß ein Paragraph die Abberufung des Bischofs Laurent fordere, den eine Gegenmine anzulegen sich beeilte und Tags vorher von der Kanzel verkünden ließ, daß alle guten Katholiken sich dieser Adresse widersetzen müßten, zu welchem Behuf eine Gegenpetition zum Unterzeichnen auflliege. Die Bürgerversammlung unterblieb, weil man von den Aufhetzungen der Geistlichkeit Kunde erhielt und Unruhen befürchtete; die Demonstration des Herrn Laurent hingegen ging vor sich. Um 5 Uhr versammelte sich eine Masse Individuen, meist den Vorstädten und den umliegenden Ortschaften angehörig, vor der Hauptkirche, wo im Hause des Küsters die Laurent'sche Adresse auflag. Wer unterschrieb — darunter sahen wir persönlich eine große Anzahl Kinder, die kaum über 12 Jahre alt sein mochten — erhielt nach der Verschreibung mehrerer glaubwürdigen Augenzeugen eine Belohnung in Geld. Die dahin war Alles ruhig geblieben. Auf einmal erhob sich ein fürchterliches Geschrei — man hatte einen Freimaurer unter den Zuschauern entdeckt, der alsbald von allen Seiten umringt und mit Mißhandlungen bedroht wurde, vor denen ihn nur das kräftige Einschreiten der Gendarmerie zu schützen vermochte. Ein anderes Mitglied der hiesigen Loge war nicht glücklicher und hatte in der That brutale Mißhandlungen zu erdulden. Jetzt bewegte sich der tobende Haufe — einige bezahlte Sackträger als Führer an der Spitze — was wir schreiben, ist historisch wahr, und wir bürgen für diese Wahrheit mit unserer Unterschrift — durch die Pastorsgasse, wo vor der bischöflichen Residenz die Mützen geschwenkt wurden, nach dem Hause des Bürgermeisters, wo alsbald verschiedene Verwüstungen verübt wurden.

(Nicht in Luxemburg allein, auch anderwärts haben sich solche Regungen gezeigt; in dem westfälischen Städtchen Gütersloh hat eine branntweintrunkene Masse, von pietistischen Geistlichen aufgehetzt, ähnliche Excesse begangen, und zwar unter dem Rufe: es lebe die Religion und der König. Ein Royalismus und eine Gläubigkeit dieses Schlags ist ja von den bisherisch-politischen Blättern und dem Herrn v. Radowitz längst als die beste Stütze der Monarchie gepriesen worden; hat man ja selbst die galizischen Mordthaten mit einem liebäugelnden Seitenblick bedient, weil die gemordeten Schlachtopfer mit dem „liberalen Mittelstande" in Parallele zu setzen waren.)

### Niederland.

König Wilhelm hat unterm 17. März eine Kommission aus den liberalen Männern Luzac, Diet Donker Curtius, de Kempenaer, Storm und Thorbecke ernannt und dieselbe beauftragt, mit Rücksicht auf die von der zweiten Kammer für die Erweiterung der Grundgesetzbefugnisse vorgebrachten Wünsche, einen umfassenden Reformentwurf aufzustellen und zugleich dem Könige ihre Ansichten über die Zusammensetzung eines neuen Ministeriums vorzutragen. Dieser Schritt findet einmüthigen Beifall. Nur scheint im Augenblick gar kein Ministerium zu bestehen, und man begreift nicht recht, warum jene Männer nicht sogleich zu Ministern ernannt sind.

Von Madeira ist über Madrid die Nachricht von dem Hingang des Prinzen Alexander der Niederlande, zweiten Sohns des Königs, eingelaufen.

Der Andrang der Auswanderer, scheibt das Handelsblad aus Rotterdam, die nach Amerika ziehen, scheint heuer noch alle früheren Jahre übertreffen zu wollen.

### Großbritannien.

London, 18. März. In dieser Zeit der unerwarteten Ereignisse ist in England ein längst erwartetes eingetreten: die Königin ist heute von einer Prinzessin entbunden worden und befindet sich den Umständen nach wohl.

Sonst enthalten die Zeitungen nichts Neues, aber wohl lange Berichte aus Dublin vom 16. März, in denen nicht unbegründete Besorgnisse für den folgenden Tag, den St. Patriks-Tag, wo durch ganz Irland Volksversammlungen angeordnet sind, ausgesprochen werden. Die Repealer gerfallen in drei Fraktionen; die eine, die O'Connellsche, ist gut königlich gesinnt, begehrt nur ein besonderes irisches Parlament und räth von jedem gewaltsamen Widerstande ab; die zweite, die des Smith O'Brien, hält im Rothfall Mittel der Gewalt für erlaubt oder geboten, rechnet offen auf fremdländischen Beistand und begehrt ungefähr dasselbe, was die Sicilianer begehrt haben: ein irisches Parlament, ein irisches Heer, eine irische Flotte und eine irische Nationalgarde; die dritte endlich, die des Herausgebers des „United Irishman", Mitchell (gegen dessen Blatt, einem Gerücht zu Folge, jetzt gerichtlich eingeschritten werden soll), predigt offenen Umsturz, die Verwandlung Irlands in eine Republik und allgemeinen bewaffneten Aufstand. Die Regierung rüstet sich und versieht die Städte mit Besatzungen, verstärkt andere. Hoffentlich wird sie sich darauf gefaßt gemacht haben, daß sie im Falle eines Zusammenstoßes ebensowenig mit blosem sogenannten Pöbel zu thun haben wird, als die Berliner Soldateska mit blosem Pöbel oder gar blosen „Jüchtlingen" zu thun hatte, sie wird, wie wir hoffen, in Rechnung gebracht haben, daß in einem Volkskriege, wenn er massenhaft und nicht blos militärisch wie in Polen im J. 1831 geführt wird, für jeden Erschlagenen ein Rächer erstehen, daß ein ernstlich gemeinter Bürgeraufstand, hier niedergekämpft, an einem andern Orte um so lebhafter ausbricht. Hat die englische Regierung nicht diese moralischen Faktoren in Rechnung gebracht, so möchte es mit ihren militärischen Vorkehrungen im Falle eines allgemeinen Ausbruchs in Irland bedenklich stehen. — In der Unterhaussitzung vom 18. März stellte Sir B. Hall den Antrag dacauf, daß die Einkommensteuer auch auf Irland ausgedehnt werde. Der Zeitpunkt hierzu, so unmittelbar vor dem St. Patriktage, war unglücklich genug gewählt, denn obschon Halls Antrag mit einer Mehrheit von 80 Stimmen (218 gegen 138) verworfen wurde, so wissen die Iren doch recht wohl, daß diese Mehrheit zum größten Theile von ihren eigenen Landsleuten gebildet wurde.

### Frankreich.

Paris, 19. März. Die Aufzüge, Deputationen, Adressen, Anreden und Antworten der Regierung wollen kein Ende nehmen. Alle Welt will sich der neuen Staatsgewalt vorstellen, vom Staatsrathe bis zu den Damen der Halle, von den Invaliden bis zu den Maitrankenern; alle Welt will sich hören und hören lassen, sogar die Taubstummen haben eine Anrede an die Regierung gehalten. Alle diese Worte und Schaustellungen haben den allergeringsten — um nicht zu sagen gar keinen — Werth in unsern Augen, und wir meinen, daß die öffentliche Sache ihre Rechnung dabei finden würde, wenn die Zeit und die Kräfte der Regierung für Schau- und Wortgepränge etwas weniger in Anspruch genommen würden. Das Alles gehört vielmehr in den Bereich des Drama als in den der Politik. Die ganze französische Politik ist überhaupt für den Augenblick auf das finanzielle Gebiet zusammengedrängt. Die Geldfrage beherrscht das gesammte staatliche Interesse. Daß die Regierung selbst ihr die allergrößte Bedeutung beilegt, beweist die fast ängstliche Sorgfalt, mit welcher sie den künftigen Verlegenheiten des Schatzes zuvorzukommen sucht, bevor dieselben sich eigentlich fühlbar machen. Die neuesten Finanzmaßregeln bezwecken, daß man selbst in äußerordentlichen Maßregeln nicht scheut, um für eine lange Zeit hinaus die Befreiung der laufenden und nothwendigen Staatsausgaben zu sichern. Die Verordnung, welche die Zahlungen der Sparkasse beschränkt, und jene andere, welche die Einlösung der Schatzscheine um 6 Monate vertagt, geben dem Staate Zahlungsfristen für eine Summe von mehr als 600 Millionen, die im Lauf der nächsten Wochen fällig waren. Zu gleicher Zeit müssen indessen auch außerordentliche Hilfsquellen eröffnet werden. Der Verkauf des beweglichen und unbeweglichen Eigenthums der Krone läßt sich nicht so geschwind als nöthig sein würde, ins Werk setzen, der Versuch einer Volksanleihe von 100 Millionen ist vollständig fehlgeschlagen, der Kredit des Staates bei den Gebmännern ist mehr als zweifelhaft, die freiwillige Vorausbezahlung der Steuern liefert nur geringfügige Ergebnisse. So schien denn zunächst Nichts übrig zu bleiben als die Erhöhung der Abgaben, welche in Gestalt eines Steuerzuschlags von 45 Cent. auf jeden Franken der direkten Abgaben erfolgt ist. Geht dieses auf der Stelle zahlbare Mehr regelmäßig ein, so werden der Staatskasse dadurch etwa 190

Digitized by Google

**Preußen.** * Aachen, 18. März. Indem ich Ihnen die von dem hiesigen Gewerbstande in einer von der Handelskammer veranlaßten Versammlung desselben gestern durch Akklamation angenommene Adresse an den König sende, wird Ihren Lesern wie mir die Bemerkung auffallen, daß nach den heute hier eingegangenen Nachrichten schon das, was in Beziehung auf Oesterreich gesagt wird, glücklicherweise nicht mehr zutrifft. Die Ereignisse drängen sich, möge ein Jeder, der Einfluß hat, darauf hinwirken, daß sie ihr wirkliches Ziel, ein im Innern freies und dem Auslande gegenüber einiges und Achtung gebietendes Deutschland, nicht durch Ueberschreitung des richtigen Maßes verfehlen. Die Eingabe lautet wie folgt:

„Die unterzeichneten Gewerbtreibenden von Aachen und Burtscheid wenden sich allerunterthänigst an Ew. K. Maj., um ihre Ueberzeugungen mit derjenigen Offenheit, welche die schwierigen Zeitverhältnisse gebieterisch erheischen, auszusprechen. Die Ereignisse der letzten Wochen haben jedem verunheilafreien Auge klar gemacht, daß das seit 30 Jahren in Deutschland eingeführte System kein gutes Fundament hatte; denn sonst hätte es nicht durch eine in Frankreich eingetretene Umwälzung der Staatsverfassung in einigen Tagen zusammenstürzen können. Was ist aus dem deutschen Bunde, aus allen den Bestimmungen geworden, durch welche die Völker in Unfreiheit gehalten, die Fürstengewalt sogar den Volksrechten gestellt, mittelalterliche Privilegien zum Privatinteresse einzelner Familien begründet oder erhalten werden sollten? Von den mittleren und kleineren Staaten Deutschlands ist fast kein einziger mehr, in welchem nicht alles dies in wenigen Tagen gefallen, oder der sichere Fall vorbereitet wäre. Oder ist etwa noch die geringste Aussicht vorhanden, mit Hilfe russischer Armeen das alte Gebäude wieder herzustellen? Sicherlich nicht! Denn Ein Ruf des Abscheues vor solch einem Mittel geht durch alle deutschen Gaue vom Niemen bis zur Saar. Unter solchen Verhältnissen ist der Handel- und Gewerbstand dieser Gegend von den größten Besorgnissen für die Erhaltung der Ruhe im Innern und des Friedens mit dem Auslande durch die Betrachtung erfüllt worden, daß Preußen sich noch immer nicht an die Spitze dieser Bewegung, welche offenbar der Freiheit des Volkes wie der Einheit, Würde und Macht Deutschlands gilt, unumwunden gestellt hat. Auch Derjenigen unter uns, die früherhin eine schnelle Entwickelung der Volksfreiheit nicht für ausführbar erachteten und deßhalb keinen darauf zielenden Antrag hätten stellen mögen, erkennen jetzt als unabweichbare Nothwendigkeit an, daß in Preußen die Freiheit des Volkes schnell in gleicher Weise begründet werden müsse, wie dies bereits in den meisten deutschen Staaten geschehen ist, nämlich durch Einführung einer wahren, auf ein Wahlgesetz, das alle Interessen des Volkes zur Vertretung bringt, basirten Repräsentativverfassung, durch verantwortliche Minister, zu welchen man nach ihrem bisherigen Wirken das Vertrauen haben kann, daß sie wirklich die Volksfreiheit und eine freie Verfassung aufrichtig in Ausführung bringen wollen, so wie durch Wegräumung aller Privilegien und Exemtionen, welche mit Lasten für andre Staatsbürger verknüpft sind. Ew. Maj.! Der Erlaß vom 3. d. M. wegen Beschleunigung des Landtags, hat Mißstimmung erregt, weil man daraus erkennt, daß Ew. K. Maj. Minister das große Bedürfniß der Zeit für Preußen und Deutschland nicht erkannten. Nur durch positive Gewährungen, nur durch das Gleichstellen auf eine Linie mit andern jetzt freisinnig gewordenen Regierungen Deutschlands ist die Gewißheit gegeben, daß Deutschland stark werde, daß die jetzige Anarchie im deutschen Bunde zu einer volksthümlichen Einheit sich gestalte. Und nur, wenn dies geschehen, wird unsre durch ihre Lage an der Grenze so sehr bedrohte Provinz das Vertrauen zur Erhaltung der inneren Ordnung und des europäischen Friedens gewinnen können; nur hierdurch werden die beschäftigen Besorgnisse, durch welche der Kredit gelähmt und dem Verkehr und dem Wohlstande die tiefsten Wunden geschlagen werden, beseitigt. Auch der eben bekannt gewordene Erlaß vom 14. d. M., und die zugleich mit der Allg. Pr. Z. gegebene Erläuterung vermögen nicht, die Besorgnisse, die wir aussprachen, aufzuheben. Eine Initiative von Preußen in Gemeinschaft mit Oesterreich, mit demjenigen Kabinete, dessen unglückselige Politik leider im Rathe der Fürsten so lange vorgeherrscht hat, ist nicht, was Deutschland von Preußen erwartet; es hat gehofft, Ew. K. Maj. würden mit den übrigen freisinnigen Regierungen Deutschlands die Initiative ergreifen und so durch die Macht der Umstände Oesterreich nöthigen, für seine zum deutschen Bunde gehörigen Staaten der Politik der Mehrheit zu folgen und sein bisheriges System zu verlassen. Ebenso haben auch die in jenem Erlasse vom 14. d. M. gegebenen Andeutungen wegen Ausbildung der preußischen Verfassung keine Befriedigung und folglich keine Beruhigung gewähren können. Von allen den Maßregeln, durch welche die Freiheit des gedruckten Worts und der Rede eingeschränkt, die richterliche Unabhängigkeit vermindert, die Polizeigewalt außerordentlich vermehrt, Ausnahme-Gerichte eingeführt, und überhaupt die bürgerliche und politische Freiheit eingeschränkt worden ist — von allen diesen Maßregeln, die ohne ständischen Beirath erlassen und also auch ohne ständischen Beirath aufgehoben werden konnten, ist noch keine aufgehoben; keine Zusage ist ertheilt worden, daß mit dem allgemeinen Landtage eine wahrhafte Repräsentationsverfassung, ein besseres Wahlsystem und überhaupt Gesetze, durch welche die politische, bürgerliche und religiöse Freiheit sest begründet wird, vereinbart werden sollen. Dazu endlich die Berufung des allgemeinen Landtags erst in sechs Wochen, während die Zeit drängt, und die Tage jetzt wie viele Jahre in der Zeitgeschichte wegen — und durch diese späte Berufung dem Landtage der Einfluß und die Einwirkung auf die Berathung wegen allgemeiner deutscher Angelegenheiten genommen, da diese Berathung fünf Wochen vor dem Zusammentritt des Landtags schon beginnen soll. Ist auch der Landtag nach seiner mit den wirklichen socialen Verhältnissen in Widerspruch stehenden Zusammensetzung nicht völlig als reiner Ausdruck der allgemeinen Ansichten des Volkes zu betrachten, so ist er doch einstweilen das einzige allgemeine Organ dafür, und dieses sollte doch billig gehört werden bei der wichtigsten Angelegenheit des Vaterlandes, so gut, wie die jetzt sast in allen deutschen Staaten versammelten Stände ihre Stimme erheben können. K. Maj.! Möge unsre sehrentliche Bitte, möge die Hoffnung Deutschlands erfüllt werden, möge Preußen seinen Beruf nunmwunden erkennen, den Beruf, die Volksfreiheit nicht nur, sondern auch die Freiheit und Einheit Deutschlands zu begründen; möge deßhalb baldigst verkündet werden, daß jene ohne ständischen Beirath erlassenen Bestimmungen aufgehoben sind, daß der allgemeine Landtag in wenigen Tagen zur Vereinbarung einer wahren Repräsentativverfassung für Preußen sich versammelt, und daß Preußen in Verbindung mit freisinnigen Regierungen Deutschlands, unter Zuziehung von Männern, die des Volkes Vertrauen besitzen, in Frankfurt a. M. eine Repräsentativverfassung für Deutschland berathe! Dann nur werden die Besorgnisse aufhören, deren traurige Wirkungen unsere handarbeitenden Mitbürger mit Hunger und Elend, unsere schon stark beeinträchtigte Industrie mit Ruin bedrohen; dann wird der jubelnde Dank eines treuen Volkes und vieler Millionen anderer Deutscher Ew. K. Maj. für das Aufhören der auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegten Unbefriedigkeit der Monarchengewalt lohnen!"

**Bonn**, 18. März. Die Zuschrift der ordentlichen Professoren der Universität Bonn (wie man hört von Dahlmann verfaßt) lautet wörtlich: „Allerdurchlauchtigster rc. Wohl niemals noch, so lange die deutsche Geschichte läuft, haben sich die glänzendsten vaterländischen Hoffnungen und die schwärzesten Schatten der Sorge so gekreuzt, als in den zwei jüngst erlebten Wochen. In diesem Drange der sich im raschen Wechsel überstürzenden Ereignisse wagen es die unterzeichneten ordentlichen Professoren der Universität Bonn, G. K. M. in Ehrerbietigkeit den Indegriff ihrer Hoffnungen und Sorgen zu Füßen zu legen. Der Königsthuhl im nahen Frankreich ist umgestürzt, und eine schwer vermeidliche Kriegsgefahr droht von dort — an sich gewiß schon Ursache genug, um ein vaterländisches Gemüth im tiefsten Innern zu ergreifen; denn von den lang genossenen Segnungen des Friedens schridet der Mensch ungern, am schwersten die Pfleger der Wissenschaft. Wohl freilich stärkt die Wissenschaft auch ihre teuren Jünger, und Niemand soll den Mitgliedern der deutschen Universitäten nachjagen dürfen, daß sie verweichlicht die Opfer scheuen, welche der Rettung des Vaterlandes freudig zu bringen sind. Allein wie dürfen es auch weder uns verbergen, noch vor dem Throne Ew. Maj. verhehlen: es gilt dann, einem mächtigen, kampfgeübten Feinde gegenüber einen Krieg der Vegeisterung, wie er 1813 war, einen deutschen Volkskrieg zu führen. Dazu bedarf es eines einigen, innerlich beruhigten Volkes. Nicht als ob wir die Meinung hegten, es walte auf deutschem Boden irgend eine Verliebe für die französische Nation ob: dem ist nicht so, und in unserer Rheinprovinz wüßtet noch weniger als sonstwo; unsere Sorge stießt aus dem Innersten der deutschen Zustände, die in altem argen Zwiespalt liegen zu einer Zeit, da einträchtiges Zusammenhalten allein uns retten kann. Es ist nicht mehr die Religion, um die der Hader ehmals 30 Jahre lang unser großes Vaterland zerfleischte; die alte Heftigkeit dieser Stürme ist beschwichtigt, und die alte Glaubenshärte, welche dem Gott der Liebe durch Verfolgung dienen will, wird, so Gott will, niemals ihr Haupt wieder erheben; allein ein tiefer politischer Riß, ein nie endender Zwist der Verfassungsgrundsätze ist seit den Befreiungskriegen an die Stelle ge-

Digitized by Google

treten. Der größere Theil der deutschen Bundesstaaten erfreut sich einer gesetzlich begründeten Verfassungsfreiheit, in deren Genusse ihre Bevölkerung es leichten verschmerzt, daß von dem ehemals in unserem Weltheile hochgerühmten, mächtigen Deutschland kaum als solchem mehr die Rede ist. Dennoch sind die großen historischen Erinnerungen der Deutschen keineswegs aufgegeben, sie flammen mächtig empor, sobald ein Anstoß von Außen daran erinnert, was Deutschland ehemals war und, wenn es seine Kräfte zusammenhielte, wieder werden könnte; laut aber bricht der Unmuth aus, wenn selbst diese Verfassungsrechte, so sehr beschränkt schon durch die unerträglichen Bundesfesseln, noch anderweitige Verkümmerung erfahren müssen. Daraum war die Begeisterung aller Deutschen so groß, als vor einem Jahre Ew. Majestät geruhten, zu den künftigen Reichsständen Preußens den für alle Zeiten denkwürdigen Grund zu legen; man sah im Geiste die Kluft schon ausgefüllen, welche Deutschlands deutschen Großstaat bisher von den konstitutionellen Staaten sonderte; die Furcht fing an, sich zu vermindern, daß aus dem Dunkel der deutschen Bundesberathungen ferner noch verfassungsschmälernde oder gar, wie vor 10 Jahren mit dem Königreich Hannover geschehen, verfassungsvernichtende Beschlüsse hervorgehen möchten. Die Gesinnung des deutschen Volkes aller Stämme ist in diesem Betracht einträchtig; sie alle sprechen also das heilige Ehrtheil ihrer Verfahren das Recht an, ihre Stimme zu Steuern und Gesetzen mit rechtlicher Wirksamkeit zu geben, zu dem Ende die besten Männer des Volkes ohne ängstliche Beschränkung ihrer Wahl zu erkiesen, und sie erkennen in der Preßfreiheit das vorzüglichste Mittel, schädliche Mißbräuche aus der Staatsverwaltung zu entfernen und die Bedürfnisse eines alle Bahnen geistiger Bildung kühn anstrebenden Volkes zu befriedigen. In wie hohem Grade das der Fall sei, haben die Stürme dieser letzten Tage, die durch alle Staaten Ordensschlachten gehen, offenbart. Sicherlich dürfen diese in der bisherigen Art nicht fortdauern; sie würden zur Vernichtung aller heilsamen Regierungsgewalt führen. Von der andern Seite aber würde der Versuch, sie mit Gewalt niederzukämpfen, zu allen Zeiten gefährlich, im gegenwärtigen Augenblicke unsern Feinden den gewissesten Triumph bereiten. Der Widerstand von Millionen Deutschen würde gar leicht an die nahe Schweiz sich lehnen und, aufs Aeußerste getrieben, vielleicht selbst die verderbliche Hilfe der neuen Republikaner Frankreichs nicht verschmähen; denn alle Lehren der Geschichte verschwinden vor dem Streite der Meinungen. Das aber wäre der Umsturz der monarchischen Institutionen, in welchen wir die Gewährleistung wahrer Freiheit erblicken. Allein wir enthalten uns, das düstere Gemälde der Gefahren, von welchen Deutschland bedroht wird, weiter auszurollen. Statt in dem Gefühle der unwandelbaren Treue und Dankbarkeit, welche das Volk an seinen König knüpft, bauen wir festiglich darauf, daß ein ehestens zu versammelnder Vereinigter Landtag die Gemüther aufrichten und unter der erhabenen Leitung Ew. K. Maj. das reichsständische Gebäude vollenden werde, dem ganzen Weltheil zum Beweise, daß wahre Volksfreiheit nicht nur in der großbritannischen Insel durchführbar sei. Durch ganz Deutschland geht die Sehnsucht, in Ew. K. Maj. künftigihn den höchsten Leiter und Gewährleister der deutschen Angelegenheiten zu verehren und so Preußen zu einer Höhe der Bedeutung steigen zu sehen, die selbst das Ableuage des großen Königs Friedrich nicht erreichen konnte. Die wir rc. Bonn, 8. März 1848. (Folgen die Unterschriften).“

**Saarbrücken**, 15. März. Nach dem Berichte des Frankf. J. ist auch von hier aus eine Adresse an den König abgegangen, worin folgende Forderungen niedergelegt sind: Vertretung des deutschen Volkes beim Bundestage durch ein aus Volkswahlen hervorgehendes Parlament, Preßfreiheit, Rücksahe des uralten deutschen Volksrechtes der Versammlung, Repräsentation des Volkes auf Grund allgemeiner Wählbarkeit, entscheidende Stimme der Volksrepräsentation in der Gesetzgebung, Verantwortlichkeit der Minister, Reform der Steuergesetzgebung zur Erleichterung der ärmeren Klassen, Verminderung des stehenden Heeres und allgemeine Volksbewaffnung, vollkommene Religions- und Kultusfreiheit und Trennung der Kirche vom Staate, Gleichheit aller Staatsbürger in politischen und Gemeinde-Rechten ohne Unterschied der Religion, Nichtstrafvollstreckung des Strafgesetzbuches und sofortige Einberufung der Stände. — Der Schluß der Adresse lautet: „Königliche Majestät! Wir sind die Bewohner der äußersten Grenzstadt Ihres Reiches. An unsern Fluren ragen Frankreichs Berge mit der Zahne der Freiheit. Sie lockt uns nicht, unsere Herzen schlagen für Deutschland, für Deutschland, wie es heute noch nicht ist, aber wie es sein wird und hervorgehen wird aus diesen Tagen der Prüfung durch Freiheit, Einigkeit und die Kraft seiner Völker. Möge ihren Bestrebungen Gehör nicht versagt werden.“

* **Vom Bodensee**, 17. März. Die Bewohner des badischen Seekreises haben sich in diesen Tagen durch eine feste, besonnene und edle Haltung der größten Freiheit würdig bewiesen. Das Aufsehen der Staatsbehörden war null; der Regierungsdirektor hatte sich entfernt, die Beamten lebten in Angst. Die Bewölkerung ward von einer Versammlung zur andern geladen, die Agitation auf das Lebhafteste betrieben, einzelne Führer verlangen, daß die Republik ausgerufen werde, in der Masse zeigt sich Empfänglichkeit für diesen Gedanken. Dabei ist bis zu diesem Augenblicke keine Verletzung gegen Personen und Eigenthum vorgekommen; die Ordnung war nie musterhafter, sie wird von den Bürgern selbst gehandhabt; und doch fehlt es im Seekreise weder an schlimmen Juden, noch an Standes- und Grundherren, noch an verhaßten Beamten, noch an Nachrichten, wie in andern Landestheilen gegen diese Klassen der bürgerlichen Gesellschaft verfahren worden ist. In den ersten Tagen der Aufregung waren einige Rehe von den Bauern erlegt. Drohungen gegen manche Grundherren ausgestoßen worden; mehrere von diesen trugen den Verhältnissen Rechnung; der Fürst von Fürstenberg erließ eine Proklamation, andere schlossen Vergleiche. In Radolfzell, dessen Bewohner bisher die fügsamsten waren, mußte sich der Beamte, der sonst nur Schmeicheleien zu hören gewohnt war, entfernen, doch nicht aus politischen Gründen, sondern weil er das Gefühl der öffentlichen Sittlichkeit verletzt hatte. Die Bürgerschaft von Stockach dagegen, die mit ihren Beamten stets in Fehde lag, ließ ihm sagen, daß er unter ihrem Schutze sicher sei; in Konstanz wurde selbst den Zollwächtern, die bekanntlich nirgends beliebt sind, kein Haar gekrümmt. Um in die Bewegung Einheit und Ordnung zu bringen und für die öffentliche Sicherheit Sorge zu tragen, wurde in Konstanz ein Komite gebildet, an dessen Spitze Pfarrer Kuenzer steht, dem im Jahre 1844 seine Abgeordnetenstelle durch Urlaubsverweigerung von Seite der Regierungsstelle Kurie entzogen worden war. Dieser Ausschuß ist in voller Thätigkeit und genießt das allgemeine Vertrauen. Die Volksbewaffnung wird mit allem Eifer betrieben. Ueberall sind die Männer eingetheilt, mit Gewehren und Sensen bewaffnet und üben sich unter ihren gewählten Führern. Man sucht Gewehre für eine regelmäßige Bewaffnung von der Regierung zu erlangen, man kauft sie in der Schweiz und im Elsaß. Das Gesetz über die Volksbewaffnung, welches an die Stelle der einstweiligen Maßregeln eine geordnete und bleibende Einrichtung setzen soll, wird mit Ungeduld erwartet. — So steht der Seekreis, und während die beunruhigendsten Gerüchte über Lostrennung von Deutschland, Anschluß an die Schweiz, Erklärung zur Republik nach Karlsruhe gelangten, flogen nicht minder falsche Nachrichten über beabsichtigte Reaktion und Verfolgung der neuesten Verhöringen von Unten herauf an den Bodensee. Um die trüben Quellen des Unheils zu beseitigen und Wahrheit nach beiden Seiten zu ermitteln und zu verkünden, begaben sich die Abgeordneten von Konstanz und Stockach, Mathy und Straub, nach dem Seekreise. Am 14. trafen sie in Villingen, auf der Höhe des Schwarzwaldes, eine zahlreiche Versammlung, theilten mit, was in Karlsruhe bereits geschehen, und was mit Zuverlässigkeit in nächster Zeit zu erwarten, mahnten ab von jedem übereilten Schritt, besonders von Verkündung der Republik, welche die Einigkeit der Deutschen brechen, den Bürgerkrieg entflammen, das Vaterland zur Beute der Fremden machen würde. Sie forderten das Volk auf, seine entschiedene und besonnene Haltung zu bewahren, damit erfüllt werde, was verheißen ist, damit Deutschland frei und einig werde, und die Hoffnung der Abgeordneten von Villingen abreisten, trafen sie mit dem Abg. Peter zusammen, der inzwischen zum Regierungsdirektor in Konstanz ernannt worden war, eine Wahl, die nicht besser ausfallen konnte, um dem Volke Bürgschaft zu geben, daß die Zeit des Polizeistaates vorüber und der Tag einer volksthümlichen Verwaltung angebrochen ist. Gestern versammelte sich der Ausschuß, verstärkt durch Mitglieder der Gemeindebehörden und andere Bürger, vernahm die Berichte der Abgeordneten, und nach gepflogener Berhandlung zeigte sich, daß die überwiegende Mehrheit für den Weg der friedlichen Entwicklung, welcher durch die Einigkeit aller Deutschen bedingt ist, gestimmt war. Die Ansicht, daß Baden sich zur Republik erklären solle, blieb in kleinster Minderzahl. Regierungsdirektor Peter erschien in der Versammlung, verlas einen Aufruf an die Bewohner des Seekreises, der alle Anwesenden erfreute und unverzüglich durch den Druck verbreitet

Digitized by Google

wurde. Die Abgg. Mathy und Straub verließen Konstanz am Nachmittag, um sich nach Stockach zu begeben, wo sie heute vor einer zahlreichen Versammlung zu dem Volke sprachen und sich überzeugten, daß auch die Männer dieses und der benachbarten Bezirke fest entschlossen sind, für Freiheit und Recht Gut und Blut einzusetzen, aber eben so fest entschlossen, auf dem Wege der Gesetzlichkeit und der friedlichen Entwicklung zu beharren und sich zu keinem übereilten Schritte hinreißen zu lassen, der das Vaterland in zwei feindliche Lager spalten würde. Allerwärts haben nun sowohl die Männer der altbadischen badischen Republik, wie jene der friedlichen Umbildung Deutschlands zu einem freien politischen und gedeihlichen sozialen Zustande die Augen auf die Versammlung gerichtet, die morgen in Offenburg stattfinden und von den Gemeinden des Seekreises zahlreich beschickt werden wird. Auch dort werden die Losungsworte sein, „Republik oder Parlament, und wir haben keinen Zweifel, daß das badische Volk sich für das Parlament, das heißt für ein einiges, freies Vaterland aussprechen wird. Die Versuche der Reaktion einerseits und der blutigen Revolution anderseits werden an der Entschlossenheit des Kernes der badischen Bürger scheitern.

* Jever, 14. März 1848. Nachdem aus mehreren Orten des Großherzogthums, wie Oldenburg und Varel, Petitionen um eine Verfassung ergangen waren, ohne irgend eine genügende Wirkung zu haben, ergriff die Herrschaft Jever das Verlangen, daß das Land nun nicht mehr hinter der Zeit zurückbleibe, ein Verlangen, das dieselbe schon so oft vor den Thron gebracht hatte. Eine Bürgerversammlung der Stadt Jever, gesetzlich vom Magistrate zu berufen konnte Nichts helfen, da der Termin für dieselbe bei allen zu beobachtenden Förmlichkeiten etwa 3 Wochen hinausgeschoben werden mußte. Da vereinigte sich eine große Menge Bürger der Stadt aus allen Klassen am Abends des 7. März, erwählte eine Kommission zur Entwerfung einer Adresse an den Großherzog und beschloß, dieselbe am Nachmittage des 9. März im Bereine mit Bürgern und Landleuten, so viele ihrer nur kommen würden, zu prüfen und dann zu unterschreiben. Gesagt, gethan. Am 9. März waren aus Stadt und Land im größten Saale der Stadt fast viele Männer versammelt, die Adresse ward nach einer kurzen kräftigen Anrede eines bewährten Landsmannes, der schon seit seine Stimme für das Recht des Volkes erhoben hat, und nicht bloß in der Herrschaft Jever, sondern im ganzen Großherzogthum die größte Achtung genießt, Friedrich v. Ihnen, verlesen und mit Aenderung eines einzigen Ausdrucks angenommen und von ungefähr 300 unterschrieben; noch in der Nacht reisten die Deputirten ab. Auf den Fall, daß eine abschlägige Antwort in Oldenburg erfolge, ward beschlossen, daß ein Kurier die Nachricht bringen sollte, welche Abgeordnete aus allen Kirchspielen in Jever erwarteten; dann sollte, wer nur könnte, sich nach Oldenburg verfügen, damit die ganze Gesammtheit ihr Begehren an den Tag legte, und die Sache nicht als von wenigen Einzelnen erregt betrachtet werden könnte. Aber es ward Alles gut. Man hatte die Jeverschen Deputirten in Oldenburg mit den lautesten Freudenbezeugungen zum Schlosse begleitet; ihnen hatte sich eine Deputation von Oldenburgern, mit einer Petition von 88 unterschrieben, angeschlossen. Als die 5 Jeverschen Deputirten zur Audienz geiassen waren, soll sich in der Unterredung mit ihnen der Fürst durch den festen Willen und die entschiedene Ueberzeugung derselben selbst von der Nothwendigkeit der Sache überzeugt und ihnen für den Nachmittag eine bestimmte Erklärung versprochen haben. In der Nacht vom 10. zum 11. März um 2 Uhr traf der Abgeordnete Sentzen mit der Zusicherung, die der Minister gegeben hatte, ein und wurde mit großem Jubel von einer zahlreichen Versammlung, die ihn im Hofe von Oldenburg erwartete, empfangen. Die andern Deputirten blieben noch in Oldenburg, um erst die bestimmte Zusicherung mitzubringen, daß es eine Verfassung mit beschließender Kraft der Landstände und Eines Kammer sein würde; und auch diese Zusicherung ist ihnen geworden. Am Abend des 11. März war die ganze Stadt festlich erleuchtet und voll Jubel. In vielen Dörfern wurden die Glocken aus Freude geläutet. Das Patent, welches die Einberufung der Männer, welche den Entwurf der Verfassung berathen sollen, anordnet, ist bereits am 11. März publizirt worden und in den Regierungsreskripten an die einzelnen Aemter ist auch die „beschließende Kraft“ verheißen. Mit der Art der Wahl dieser Männer ist man freilich nicht zufrieden, da sie von Magistrat und Stadtrath für die Städte, von Ausschüssen (die zu ganz andern Zwecken erwählt sind) auf dem Lande erwählt werden sollen; allein man hofft theils, daß der Wahlmodus sich leicht werde ändern lassen, theils haben diese erwählten Männer noch nicht über Annehmen oder Ablehnen zu entscheiden. Der Entwurf der Verfassung selbst ist noch nicht publizirt.

## Niederland.

* Haag, 17. März. Unsern Zweifel, die zweite Kammer möchte ihrer jetzigen Zusammensetzung nach wenig geeignet sein, eine gründliche und umfassende Staatsreform durchzuführen, schienen sich bereits zu bestätigen. Die Abtheilungskommission stellt nämlich in ihrem Bericht über die Entwürfe zur Grundgesetzdurchsicht die nachfolgenden 15 Punkte als Wünsche der Mehrheit auf: 1) Die Stände sollen als politische Körperschaften, die politische Rechte ausüben, nicht länger aufrechterhalten werden. 2) Die Mehrheit erklärt sich gegen direkte Wahl der Mitglieder der zweiten Kammer, der Provinzialstaaten und der Gemeinderäthe. Doch soll fortan nur noch eine Zwischenstufe (Wahlkollegien) für die Wahl bestehen, und die Provinzialstaaten sollen aufhören, die Wahlkollegien für die Generalstaaten zu bilden. 3) Erhaltung der ersten Kammer mit Verbesserungen in ihrer Zusammensetzung. 4) Ein ausgedehnteres Recht des Amendements. 5) Beide Kammern sollen ausdrücklich das Recht erhalten, jede, besondere Adressen an den König zu richten. 6) und 7) Verantwortlichkeit der Minister und bestimmtere Regelung derselben durch ein Gesetz. 8) Der König soll das Recht erhalten, die zweite Kammer aufzulösen. 9) Größerer Einfluß der Generalstaaten auf die Angelegenheiten der Kolonien. 10) Einjähriges Budget statt des bisherigen zweijährigen. 11) Ein Gesetz über die Rechnungsvorlage in Betreff der Einnahme und Ausgabe. 12) Oeffentlichkeit der Verhandlungen der ersten Kammer, sowie der Provinzialstaaten und der Gemeinderäthe. 13) Regelung des militärischen Rechtswesens durch ein Gesetz. 14) Bestimmungen über die Art und Weise, wie zukünftig Aenderungen des Grundgesetzes zu beantragen und durchzuführen sind. 15) Alle auf das neue Wahlsystem bezüglichen Gesetze sollen dem nächsten Landtag vorgelegt werden, wenn der gegenwärtige die Grundgesetzdurchsicht zu Stande bringt. — Gegen die 27 Gesetzentwürfe des neu abgetretenen Ministeriums zur „Verdeutlichung“ des Grundgesetzes, wie man sie spottend nannte, gehalten, ist freilich der Fortschritt bedeutend.

## Frankreich.

Paris, 17. März. Das gestern erwähnte Wahlmanifest der Regierung lautet wie folgt: „Die provisorische Regierung an das französische Volk. Bürger! Bei allen großen Akten im Leben eines Volkes hat die Regierung die Pflicht, die Nation ihre Stimme vernehmen zu lassen. Ihr steht im Begriff, den größten Akt im Leben eines Volkes zu erfüllen, die Repräsentanten des Landes zu ernähren, aus eurem Gewissen und euren Stimmen, nicht mehr bloß eine Regierung, sondern eine soziale Gewalt, eine ganze Konstitution hervorgehen zu lassen! Ihr seid im Begriff, die Republik zu organisiren. Wir, wir haben Nichts gethan, als sie proklamirt; durch Akklamation zur Gewalt emporgetragen, während des Interregnums des Volkes, haben wir keine andere Diktatur gewollt und wollen wir keine andere, als die der absoluten Nothwendigkeit. Hätten wir den Posten der Gefahr abgelehnt, so wären wir Feiglinge gewesen. Bleiben wir eine Stunde länger darauf, als die Nothwendigkeit es gebietet, so würden wir Usurpatoren sein. Ihr allein seid Herr! Wir zählen die Tage. Wie haben Eile, der Nation die Republik zurückzustellen. Das provisorische Wahlgesetz, welches wir gegeben, ist das weiteste, das bei irgend einem Volk der Erde je das Volk zur Ausübung des obersten Menschenrechts, seiner Souveränetät, zusammengerufen. Die Wahl steht Allen ohne Ausnahme zu. Von dem Datum dieses Gesetzes an gibt es keine Proletariat mehr in Frankreich. Jeder Franzose, der das Mannesalter erreicht hat,' ist politischer Bürger. Jeder Bürger ist Wähler. Jeder Wähler ist Souverän. Das Recht ist für Alle gleich und unbeschränkt. Es gibt keinen einzigen Bürger, der zum andern sagen könnte: Du bist mehr Souverän als ich. Betrachtet eure Macht, derselbe erschrickt vor, sie auszuüben, und seid würdig, den Besitz eures Rechtes anzuerkennen. Das Reich des Volkes beginn! Wenn ihr uns fragt, welche Republik wir unter diesem Wort verstehen, und welche Prinzipien, welche Politik, welche Tugenden wir den Republikanern wünschen, die ihr zu wählen im Begriff steht, so antworten wir euch: Scham das Volk von Paris und von Frankreich an seit der Proklamation der Republik! Das Volk hat mit Heldenmuth gekämpft. Das Volk hat mit Menschlichkeit triumphirt. Das Volk hat in der ersten Stunde die Anarchie unterdrückt. Das Volk hat von selbst, sogleich nach dem Kampfe, die Waffen seines gerechten Zornes zerbrochen. Es hat das Schaffot verbrannt. Es hat die Abschaffung der Todesstrafe gegen seine Feinde proklamirt. Es hat, indem es Niemanden ächtete, die persönliche Freiheit respektirt. Es hat das Gewissen respektirt in der Religion, die es frei will, aber auch ohne Ungerechtheit und Bevorzugung. Es hat das Eigenthum respektirt. Es hat die Rechtschaffenheit bis zu jener erhabenen Uneigennützigkeit getrieben, die die Be-

Digitized by Google

wunderung und Rührung der Geschichte macht. Es hat, um sie an seine Spitze zu stellen, überall die Namen der ehrenwerthesten und entschlossensten Männer ausgewählt, die unter seine Hände fielen. Es hat nicht einen Ruf des Hasses oder des Neides gegen das Vermögen ertönen lassen, nicht einen Ruf der Rache gegen die Personen. Es hat, mit einem Wort, den Namen des Rechts zum Namen des Muthes, der Milde und der Tugend gemacht. Wir haben nur eine einzige Instruktion zu geben. Inspirirt euch daran! Und das Volk, ahmt ihm nach! Denkt, fühlt, stimmt und handelt gleich ihm! Die prov. Reg. wird nicht den Regierungen nachahmen, den Usurpatoren der Souveränetät des Volkes, welche die Wähler bestachen und um schändlichen Preis das Gewissen des Landes erkauften. Weshalb warnen wir diesen Regierungen gefolgt, wenn wir ihnen gleichen wollten? Weshalb hätten wir die Republik geschaffen und angeboren, wenn die Republik von Anfang an sich in den Geleisen des abgeschafften Königthums bewegen soll? Die provisorische Regierung betrachtet es als eine ihrer ersten Pflichten, über die Wahloperationen jenes Licht zu verbreiten, welches die Gewissen erleuchtet, ohne auf sie zu drücken, sie beschränkt sich darauf, den feindlichen Einfluß der früheren Verwaltung zu neutralisiren, die die Wahl verderbt und entstellt hat. Die provisorische Regierung will, daß das öffentliche Gewissen herrsche. Sie kümmert sich nicht um die alten Parteien, die alten Parteien sind in drei Tagen um ein Jahrhundert älter geworden. Die Republik wird sie betehren, wenn sie sicher und gerecht gegen sie ist. Die Rothwendigkeit ist ein großer Lehrmeister. Die Republik, bedeutet das wohl, hat das Glück, daß sie eine Regierung der Nothwendigkeit ist. Die Reflexion ist für uns. Man will nicht auf ein unmögliches Königthum zurückkommen. Man wird Republikaner aus Vernunftgründen sein. Habt nur Sicherheit und Freiheit für Alle. Sichert Andrern dieselbe Unabhängigkeit der Abstimmung, die ihr für euch wollt. Seht nicht darnach, welchen Namen die, die ihr für eure Feinde haltet, auf ihren Stimmzettel schreiben, und seid im Voraus überzeugt, daß sie den einzigen Namen aufschreiben, der sie retten kann, d. h. den Namen eines fähigen und rechtlichen Republikaners. Sicherheit, Freiheit, Achtung vor den Uebereugungen aller wählenden Bürger, das ist die Absicht der republikanischen Regierung, das ist ihre Pflicht und die einzige; das ist das Heil des Volkes. Habt Vertrauen zu dem gesunden Sinn des Landes und es wird zu euch Vertrauen haben, gebt ihm Freiheit und es wird euch dafür die Republik geben.

„Bürger! Frankreich versucht in diesem Augenblick inmitten einiger finanziellen Schwierigkeiten, welche das Königthum hinterlassen, und unter provisorischen Auspicien, das größte Werk der neuern Zeit: die Begründung der Regierung des gesammten Volkes, die Organisation der Demokratie, die Republik aller Rechte, aller Interessen, aller Intelligenzen und aller Tugenden. Die Umstände sind günstig. Der Friede ist möglich. Der neue Gedanke kann seine Stelle in Europa einnehmen ohne andere Störung, als die der Vorurtheile, welche man gegen ihn hegt. Es lebt kein Zorn in der Seele des Volkes. Wenn das flüchtige Königthum nicht alle Feinde der Republik mit sich fortgenommen, so hat es sie ohnmächtig zurückgelassen, und obgleich sie mit allen Rechten bekleidet sind, welche die Republik den Minderjährigen garantirt, so geben doch ihr Interesse und ihre Klugheit uns die Gewißheit, daß sie nicht selbst die friedliche Begründung der Volksverfassung werden stören wollen. In drei Tagen hat dieses Werk, das man in ferne Zeiten hinausgerückt wähnte, sich erfüllt, ohne daß ein Tropfen Blut in Frankreich vergossen, ohne daß ein anderer Ruf als der der Verwunderung in unsern Departements und an unsern Grenzen laut geworden wäre. Lassen wir diese einzig in der Geschichte dastehende Gelegenheit nicht vorübergehen. Entsagen wir nicht der größten Stärke des neuen Gedankens, der Sicherheit, welche er den Bürgern, dem Staunen, welches er der Welt einflößt. Noch einige Tage der Großherzigkeit, der Hingebung, der Geduld, und die Nationalversammlung wird aus unserer Hand die entstehende Republik empfangen. Von jenem Tage an ist Alles gerettet. Wenn die Nation durch die Hände ihrer Repräsentanten die Republik erfaßt hat, so wird die Republik stark und groß sein wie die Nation, heilig wie der Gedanke des Volkes, unvergänglich wie das Vaterland!“ (Folgen die Unterschriften der sämmtlichen Mitglieder der provisorischen Regierung, die des Hrn. Ledru-Rollin eingeschlossen.)

Die Selbstverläugnung, welche der Minister des Innern dadurch bewährt, daß er sich durch die Unterzeichnung dieses Manifestes in den schreiendsten Widerspruch mit seinem berüchtigten Rundschreiben setzt, diese Selbstverläugnung ist durchaus geeignet, viel eher jedes andere Gefühl anzuregen als das der Achtung und des Vertrauens. Wir wollen bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß ein Korrespondent der Köln. Zeit. wissen will, und zwar von einem Manne, welcher eine Wechselfortdauerung von nicht weniger als 420,000 Fr. an Hrn. Ledru-Rollin hatte, daß der Letztere seit seinem Eintritt in die prov. Regierung alle seine Schulden bezahlt habe, von denen man auf dem angegebenen Posten schließen kann, daß sie nicht gerade unbedeutend waren.

## Griechenland.

* Athen, 6. März. Was die freie Presse vermag, erkennt man aus dem Verlauf der Jurpangelegenheit. Am Tage, wo Senator von Vicepräsident Klonaris eine Motion über die künftige Aufstellung der Geschwornenlisten vorlegen wollte, erschien der Justizminister Kolokotronis im Senat und legte einen Gesetzentwurf im nämlichen, ganz liberalen Sinne vor. Mag immer der Wind, der von Italien herüberweht, die Ursache dieser Sinnesänderung unserer Minister sein, das Verdienst der freien Presse ist darum nicht geringer. Ihr verdankt man, daß die öffentliche Meinung bald geregelt war und bis ins Ministerium drang. Man erkannte, daß die griechische Nation schon besitze, was die Italiener errungen, und daß Ministerium konnte sich nicht über die Unmöglichkeit täuschen, dem Volke die äußeren Ereignisse zu verbergen oder entstellt mitzutheilen. Bestände keine freie Presse, es hätte hier Schlimmes erfolgen können. Denn gäbe das Ministerium nicht nach, und wollte man die hiesigen Italiener hören, die in ihren Ausfichten und ihrem Nationalgefühl überschwänglich sind, so hätte das griechische Volk nicht Besseres zu thun, als sich wie Ein Mann gegen seine Regierung zu erheben. Der freien Presse ist es zu verdanken, daß es nicht, wie das die eingeschüchterte Reaktion allmählich das Heft räumen wird, und ohne neue Revolution unsere vortreffliche Verfassung eine Wahrheit zu werden verspricht. Vermehrt sich diese Hoffnung aller hiesigen Gutgesinnten, so wird dies ein anderer Beleg sein des von Ihnen unermüdlich verkündeten Werthes einer freien Presse. — Die Griechen kennen im Allgemeinen Deutschland nur als Oesterreich-Baiern, und Oesterreich haben sie wahrhaftig nicht Ursache zu lieben. Daher wird den Deutschen ganz unverschuldet in der griechischen öffentlichen Meinung vor dem 3. Sept. 1843 die Willkürherrschaft, nach dem 3. Sept. die Verkümmerung der Konstitution aufgebürdet. Vor jenem Tage hieß es, die Deutschen haben alles Uebel angestiftet, und seit 4 Jahren muß die französisch-deutsche Diplomatie das Korruptionssystem einführen. Preußen gilt den Griechen für einen eigenen, absoluten, Rußland verschwägerten, verbündeten und befreundeten Staat. Von den kleineren deutschen Staaten haben sie vollends die lustigsten Begriffe, obgleich die liberale Presse einige Auszüge aus der „Heidelberger“ Zeitung gebracht hat. Kurz, daß Deutschland etwas Anderes sei, als Oesterreich-Baiern, will den Griechen nicht in den Kopf. Mag man ihnen entgegenhalten, daß Deutschland aus einem Bund von 38 Staaten besteht, deren Mehrzahl eine Konstitution besitze, mag man ihnen noch so deutlich erklären, daß Baiern und Oesterreich seit dem 12. Jahrhundert, wo ein Theil der Bojoarenländer abgerissen wurde, Oesterreich zu bilden, Feinde sind, wie die Kaisergeschichte, der baierische Erbfolgekrieg und die neue Zeit mit Einschluß der Napoleonischen bewiesen, wo Baiern genöthigt war, gegen Oesterreich Frankreichs Schutz zu suchen, mag man hinzusetzen, daß der baierische hohe Adel, von Oesterreich gewonnen, bis auf den heutigen Tag der Wittelsbacher Dynastie abgeneigt ist, daß König Ludwig von Baiern allbekannt echt deutsch gesinnt ist und stets antifranzösisch, weshalb auch wieder antijesuitisch, also antiösterreichisch, daß endlich zwischen König Ludwig und seinem gekrönten Sohne seit Jahren weiter kein Verhältniß blieb, als das, an den obligaten Tagen Glückwünsche auszutauschen, mag man sich demnach noch so sehr abmühen, ihnen zu beweisen, daß für die Handlungen Oesterreichs nicht einmal Baiern, geschweige denn Deutschland verantwortlich sein könne — umsonst, sie fahren fort, zu behaupten, den französisch-deutschen Einflüssen sei alles Unheil in Griechenland zuzuschreiben. Und gleichwohl sind die neuen Griechen, trotz Fallmerayer und seinen Nachbetern, an Scharfsinn den alten zu vergleichen. Was die Ursache dieser sonderbaren Erscheinung? Wir glauben, Bassermann's neueste Motion in der badischen Kammer gibt den Aufschluß.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter setzen Bestellungen an auf die Deutsche Zeitung an. für England bei Hrn. Owen u. Comp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Overseeischen Länder werden man sich an H. A. Meyenrose Strasburg 38 Boutdegelle, Paris 33, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Postverwaltungen besorgt das Herrn. Gust. Prasmut Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 84. Heidelberg, Freitag 24. März. 1848.

Mit dem 1. April beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement auf die **Deutsche Zeitung.** Der Preis für die Monate April, Mai und Juni ist bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg 2 fl. 30 kr.; im Umfang des Großherzogthumé Baden durch die Post bezogen 3 fl. 6½ kr., wozu auswärts noch der Postaufschlag kömmt.

Die Politik und die Verfassung für Deutschland, welche die Deutsche Zeitung von ihrer Entstehung an aufgestellt und verfochten, haben durch die Ereignisse Geltung erlangt. Die große Zahl tüchtiger Mitarbeiter, welche an dem Blatte mitwirken, setzt uns in den Stand, über die Ereignisse in allen Theilen Deutschlands und im Auslande zuverlässige Berichte schnell mitzutheilen und solcher Urtheil über den Gang der Entwicklung und das, was dem Vaterlande frommt, mit den Ereignissen gleichen Schritt gehen zu lassen.

Die Verhandlungen der badischen Kammer, welche in diesen Monaten durch die Berathungen der Gesetzentwürfe für die Sicherung der Volksrechte besonderes Wichtigkeit erlangen, werden wir auf den unmittelbarsten und zuverlässigsten Quellen mittheilen.

## Uebersicht.

Die deutsche Bewegung. — Wien (gegenmonarchisches Ministerium. Deutsche Gesinnung in Wien. Die Nationalitäten nähern sich. Unruhen in Gratz). Berlin (die Ereignisse am 18. und 19. März. Einzelne Züge des erbitterten Kampfes. Brutalität der Soldaten. Der Leichenzug. Ueberall Bürgerwachen. Allgemeine politische Amnestie. Entlassung Camphausen's und Auden's. Bodelschwingh und Camphausen zu Ministern ernannt. Naunyn als O.-Bürgermeister an Krausnick's Stelle). Breslau (der friedliche Umschwung der Dinge. Allgemeine Volksbewaffnung. Demonstration zu Gunsten der Preßfreiheit und gegen die Russen. Befreiung der Gebrüder Hoffmann. Adresse der Breslauer. Strenge Censur. Erklärung der Druckereiarbeiter. Gerüchten einer Revolution in Krakau). Vom Rhein (neue Adresse an den König. Nationalfahne auf dem Dom). Eisbing, Münster, Paderborn (die Constitutionelle Adresse). München (Abdankung des Königs. Eindruck derselben. Willig und Lerchenfeld zu Ministern ernannt). Stuttgart (Ludwig Uhland. Die Wiederherstellung Röningers, Tafeln u. s. w.). Leipzig (die Judenemancipation. Adresse an die Wiener). Hannover (Kasse entlassen. Die Amnestie). Karlsruhe (Abolition Trefurts. Der Kriegsminister entlassen. Markgraf Wilhelms Rückkritt. Zwei Bevollmächtigte seiner Stelle wieder). Darmstadt (Allg. Ref.) trägt auf Polens Wiederherstellung an). Hildburghausen (Reformadresse an den Herzog). Lüneburg (die Censur aufgehoben). Schleswig (Gefahr einer russischen Invasion).

**Frankreich.** Mächtiger Eindruck der Wiener Revolution. Abdankung Guizot's. Arago interim. Kriegsminister. Moratorium für Handelsschulden. Zurückweisung der fremden Arbeiter. Büchertiebstahl Libri. Denkmal für Rey. Münzthätigkeit. Börsenfuror.

**Italien.** Gerücht von einem Aufstand in der Lombardei. Die Jesuiten sollen Rom verlassen.

Nachschrift. Neuestes aus Berlin, Breslau und München.

**Beilage.** Berlin (die Revolution vom 18. und 19. März. Der Fürsten- und Ministersturz). **Preußen** (der Systemwechsel hier und in Oesterreich). **Münster** (unruhige Bewegungen unter den Bauern und Fabrikarbeitern). **Nürnberg** (Dr. Eisenmann über deutsche Reichsverfassung). **Osnabrück** (Adresse und Diffamationen an die Göttinger). **Frankfurt** (ein Gutachten des Bundestags über die Lage). **Schleswig** (die Wahlen. Das Preßgesetz. Versammlung von Abgeordneten in Rendsburg. — **Italien.** Rom. Römische Freiheitsdurchsicht. Graf Reff und die Mitglieder des französischen Künstlerclubs. Ein Ausspruch des Papstes. — **Ungarn.** Pesth. Reformbestrebungen der Volksversammlung vom 15. März.

### Heidelberg, 23. März.

Wie lange, wie lange haben wir einen Zeitraum in unserer Geschichte entbehrt, auf den wir mit solchem Stolze zu blicken berechtigt wären wie auf diese letzten Wochen! Wir selbst in unserer Beschränktheit empfinden wohl noch kaum, was eigentlich der Werth der Dinge ist, die in diesen Tagen unter uns vorgegangen sind. Und doch, ohne daß man vor- und rückwärts sieht, ohne daß man in Ursachen und Wirkungen das richtige Maß des Geschehenen mühsam sucht, sollte Takt und Gefühl allein uns sagen, daß wir in den Mittelpunkt der Tagesgeschichte getreten sind, und daß die zwar grellere, blendendere Metamorphose in Frankreich weder für die innere Geschichte des Landes, noch auf die Dauer für die Geschicke Europas, noch vielweniger an inwohnendem Werthe der Thatsachen an und für sich die Bedeutung habe, wie diese Umwandlung von Deutschland. Vergleichen wir obenhin. Wie lange qualt sich nun Spanien ab, ein politisches Leben wieder zu gewinnen! Wie setzte es bald in weiteren, bald in engeren Kreisen Revolutionen auf Revolutionen, und es ist ihm weder gelungen, sich innerlich zu ruhiger Entwicklung zu gestalten, noch nach Außen eine Geltung wieder zu gewinnen. In Italien hat eine ähnliche innere Reifung in den letzten Monaten ähnliche Entfaltungen wie bei uns hervorgerufen; aber wie klein ist der Kreis der eigentlichen politisch Gebildeten, ja selbst der Betheiligten! Wie wenig sicher ist bei der Roheit des Volkes und der Schwäche des Rückhalts aller politischen Bestrebungen in dem Volke der für die innere Entwicklung gewonnene Boden! Wie fern liegt der Gedanke von der Anführung, Italien seine gebührende Stelle in dem europäischen Staatenverbande wieder einnehmen zu sehen. Selbst Frankreich hat durch seine große Revolution im vorigen Jahrhundert nicht eine solche Kluft überschritten wie wir. Man kann nicht sagen, daß es aus seinem Range in der Gesammtwelt gestrichen war, wie wir es waren; es war nur das Volk und der Theilnahme an dem Staate vor der Absolutie gewichen und trat durch die Revolution in seine Rechte zurück; wir aber werden diese beiden Erfolge mit dieser Bewegung auf ein Mal erringen. Sowie wir vor dem 15. und 16. Jahrhundert in der Reihe der Nationen, was Bildung und geistige Wirksamkeit angeht, für Nichts geachtet, sondern nur für ein Volk der Barbarei und Trunkenheit gehalten waren, eine Mißachtung, aus der uns die Reformation plötzlich an die Spitze der geistigen Bewegungen der Welt emporriß, so waren wir bisher in politischer Bildung und Wirksamkeit Nichts und nur für ein Volk von Philosophen und Poeten geschätzt, und so treten wir jetzt in die Reihe der politischen Nationen hinüber, um zu sehen, was wir auf dieser Laufbahn vermögen. Sorgen wir dann, daß man in den Büchern der Geschichte künftig diese Epoche mit keinem andern, minder edlen, minder großen Namen bezeichnet finde als mit dem der politischen Reformation des deutschen Volkes, und daß diese Reformation im politischen Sinne der Welt und den Völkern auch anser uns wenigstens soviel Freiheit bringe, als unsere damalige im geistigen Sinne that.

Wenn man bisher unsere Zustände und Verhältnisse, unsere politischen Thätigkeiten und Erfolge übersah, so fühlte man sich immer nur in der peinlichen Lage eines Uebergangs und einer unentschiedenen Existenz. Man stand an einem unsichern Anfang einer politischen Bildung, der oft so verschwand, daß man ihn längnen konnte. Von schwindelnden Hoffnungen getragen, sahen sich die Enthusiasten schon auf der Stufe politischer Meisterschaft und Größe, während man im Auslande von den Anfängen unserer politischen Regungen kaum eine Notiz genommen hatte. Blickte man weit in unsere Geschichte zurück, in die Tage, wo unsere Fürsten fremde Bildung und fremde Kronen um die Wette suchten, so konnte man sich versucht fühlen, an große Fortschritte in deutschem Nationalsinn zu glauben; sah man auf Oesterreich, so schwand dieser Glaube wieder dahin. Ueberschätzung war die Herabwürdigung der Nation in dem Rheinbundzeit, so konnte man ein Wachsthum der deutschen Macht sei den Freiheitskriegen nicht laugnen, erinnerte man sich an das, was sich Belgien gegen uns erlaubte und Dänemark gegen uns versuchte, so mußte man sich schamroth gestehen, daß wir in die alte absolute Ge-

Digitized by Google

ringschätzung zurückgefallen waren. „Man durfte sich in Deutschland sagen, daß man selbst mitten in den Zeiten des französischen Druckes den glücklichsten Takt, das Talent politischer Aneignung bei uns in einem hohen Grade gelernt und geübt habe; sah man auf die Gedanken des Wiener Kongresses in unserer deutschen Sache, so mußte man verzagen, daß irgend eine Gabe politischer Schöpfungskraft in Deutschland zu finden sei. Man denke der Bewegungen in den dreißiger Jahren: die Massen zeigten sich zum ersten Mal in selbstthätiger Bewegung und erkämpften einige rasche Erfolge, aber es war Alles sporadisch, vereinzelt, zusammenhanglos und so bald unterdrückt, daß sehr Viele der eifrigsten Patrioten desto hoffnungsloser zurücksanken. Wo konnte auch den hannover'schen, aus den kurhessischen Händeln, aus der sich regenden Selbständigkeit in fürstlichen Magistraten auf Provinziallandtagen herausdrangen, daß doch der Geist nicht mehr unterdrückt werden konnte, aber der ewige Seufzer der Zweifler war, wann sich unter uns Deutschen endlich der Uebergang vom Worte und Geiste zur That und Handlung einstellen werde.

Dieser Seufzer scheint uns ausgehaucht, diese Kast von der Brust gewälzt, diese Pein der zweifelhaften Existenz von uns genommen zu sein durch die Geschichte dieser letzten drei Wochen. Wir sind in die Sphäre des politischen Lebens mitten hineingerissen; wir haben vor und selbst und der Welt die Thatkraft bewahrt, die uns so viel abgestritten wurde; es ist in den Zeitungen nicht Raum für Worte und Erwägungen, so drängt sich die Fülle des Geschehenen; es gibt für den Poeten vorerst Nichts zu dichten, denn was er heute als die große That des Tages besingen wollte, ist morgen verschlungen von einer größeren, die neue vernichtet; es gibt für den Denker für jetzt Nichts zu reflektiren, denn seiner Logik spotten die Thatsachen und ihre wachsenden Motive; es gibt nur zu handeln für den, der den Anforderungen der Zeit zu genügen weiß. Die Nation ist auf eine neue, auf die vorherrschend politische Lebensstufe gestiegen; ein gänzlicher Umschwung unserer Existenz ist eingetreten. Wissenschaft, Kunst, Erziehung werden auf weite Zeiten die Einwirkungen dieser Tage zu fühlen haben. Die Gesichtskreise der Alten unter und andern sich unter diesen atmosphärischen Veränderungen; die der Jugend werden von Grund auf umgestaltet werden. Männlichkeit, Tapferkeit, Selbstgefühl, Einfachheit, Wahrheit, Gerechtigkeit, alle Tugenden und Eigenschaften, die wir im schlaffen Schein der letzten Jahrzehnde begraben hatte, werden heraufrosten und die menschliche Seele ausfüllen; der kleinliche Egoismus des ausschließlich geistigen Lebens wird schwinden, und der Sinn der uneigennützigen Thatigkeit für ein Weiteres, für den Staat, für das Vaterland wird in die Gemüther einkehren, nachdem sie von der großen Ahnung ergriffen sind, daß auf diese Wege der staatlichen Entwicklung die künftigen Geschicke mit unabweislicher Gewalt das Vaterland hinweisen. Nachdem dieser Uebergang überwunden, nachdem die große Frage des Ob entschieden ist und nun nur die Frage des Wie übrig bleibt, nachdem die Ueberzeugung gewonnen ist, daß für uns nur auf dem politischen Gebiete die nächsten Lorbeeren zu pflücken sind, nachdem nun die Entschlüsse sich fester stellen werden, nach dieser Ueberzeugung zu handeln, wie unermeßlich müssen die tatsächlichen Folgen von all Dem in den nächsten Zeiten sein! Nun, da in der Seele eines Jeden der Glaube gepflanzt sein muß an eine große politische Fähigkeit und Reife dieses Volkes, an einen Nationtrieb, der, jeder Gegenwirkung spottend, die Nation jetzt eben naturgemäß, mit Nothwendigkeit zur Entwicklung dieser Fähigkeit drängt, wie muß dieser Glaube das Selbstgefühl und Selbstvertrauen erwecken! Wie muß dieses Selbstvertrauen die Kräfte des Bestrebens steigern! Wie müssen diese einigen Kräfte, die bisher getheilten Aktionen und Reaktionen in Eine Richtung verschmelzen! Wie muß diese leitalige Wirkung auf Einen Punkt neue Erfolge erzeugen, von denen uns in unserer stilllebigen Vegetation bisher auch kein Traum anwandeln konnte!

Aber o! daß wir uns nur diese köstlichen Anfänge nicht durch Ueberspannung und nicht durch Absprannung werder verderben! diese reinen Gewinne uns nicht durch zu kecke Einsätze verscherzen oder durch zu ängstliche Einschlüsse nutzlos machen! diese Einigkeit des Bestrebens uns nicht durch eigenrichtige, getheilte Bewegungen wieder vernichten! Der erste instinktive Ansatz alles Handelns ist immer dessen bester und sicherster Theil; beginnt erst die Klügelei der Einzelnen und das Spiel der gesonderten Interessen, so ist der zweite Akt aller Bestrebungen immer der Anfang bedenklicher Verwickelungen. Sie können bei uns nicht ausbleiben, und soll unser rascher politischer Erfolg dieser Tage nicht ein oberflächlicher, weniger erworbner als geschenkter Besitz sein, so dürfen und sollen sie nicht ausbleiben. Aber möchten wir uns dann in der That als die Jünger der Politik bewähren, die von anfangender Meisterschaft einiges Zeugniß geben. Wir haben nun in Hülle und Fülle Vernünftiges zu thun, um alle Thorheit und Unvernunft aus dem Spiele zu lassen. Nachdem nun in allen deutschen Staaten, wir hoffen bald auch in Hannover und Mecklenburg, die begehrten Zugeständnisse gemacht sind, ist zu wünschen, daß man den Ständen überall Zeit lasse, das begonnene Werk der Reform in gründlichen Gesetzen und Einrichtungen, und nicht in oberflächlichem, tumultuarischem Rothbehelfe durchzuführen. Wir wünschen nicht, daß bei so konkreten und bestimmten Vorlagen der Nachschub von Volksbewegungen in vagen Zwecken und Zielen die solide Arbeit und Begründung der neuen Ordnung störe. Unterweilen richte sich das allgemeine Bestreben und, wie wir es im besten Sinne meinen, die Agitation der ganzen Lande gleichmäßig auf die Bundesreform, damit auch dieses wesentlichste aller Ziele mit der Raschheit und Energie erreicht werde, die uns das Gefühl der Sicherheit gegen Außen und damit das ruhige Vertrauen auf den Ausbau der inneren Reform gibt. Presse, Stände, Privatthätigkeit sollte man, da die Versprechungen aller deutschen Fürsten gegeben sind, in Einmüthigkeit darauf dringen, daß alle die provisorischen, vorbereitenden, einleitenden Schritte von Oben und Unten, Frankfurter und Dresdner Kongresse der Einen umfassenden, allein richtigen, allein befriedigenden Maßregel weichen: daß durch Wahl der Landstände ein konstituirender „Bundestag" (dies sollte wohl eigentlich der deutsche Name des künftigen Parlaments sein) nach Frankfurt berufen werde, mit dem die Fürsten, in möglichster Vollzähligkeit selbst anwesend, das Werk der Regeneration des Bundes auf dem Wege des Vertrages feststehen. Es ist der Weg, der am sichersten zu Verträglichkeit stimmen wird.

Fast in dem Momente, wo wir dies niederschreiben, erhalten wir das Patent des Königs von Preußen vom 18. März, worin eben diese Absicht der Berufung einer vorläufigen Repräsentation aus allen deutschen Ständen ausgesprochen ist. Wie ewig Schade, daß diesem Erlasse so bejammernswerthe Ereignisse folgen mußten! Welch einen reinen Eindruck würde es in ganz Deutschland hinterlassen haben! Das ist nun das Programm, das wir von jeher bekannten, das die Nation schon längst als das ihrige aufgestellt hat, das so oft von Preußen her bejubelt und bedroht worden ist! Es sei vergessen! Und auch die Opfer, die dieser Sache, noch als sie angekämpft war, fallen mußten — wir werden sie ewig zu beklagen haben; aber es muß selbst ihre Manen versöhnen, wenn diese Worte zu Thaten werden.

---

**Oesterreich.** Wien, 17. März. Die Allg. Zeit. berichtet über einen Reaktionszug mit Fackeln womit das begeisterte Wien den neuen Umschwung feierte. Am St. Stephan, sagt sie, wird Halt gemacht und ein herrliches deutsches Volkslied gesungen; von der Lesegesellschaft wird endlich unter ungeheurem Bravo- und Hurrahruf gesungen: „Was ist des Deutschen Vaterland". Tausendfache Hoch erschallen für Deutschland, Deutschlands Einheit und den ersten deutschen konstitutionellen Kaiser. Die Nacht ist ganz ruhig vorübergegangen; nur aus den entfernteren Vorstädten werden noch immer von der Nationalgarde und den Studenten zahlreiche Bibelhaufen, welche Brand und Plünderung verschaffen, gelöscht. Heute Morgen um 8 Uhr war in der Universitätskirche großes Tedeum, zur Feier und zum Dank der errungenen Freiheit und der wiederhergestellten Ruhe. Um 11 Uhr schon versammeln sich die sämmtlichen Korps der Bewaffneten zum Leichengängnisse der Gefallenen. Soviel ich bis jetzt mit Bestimmtheit (da ich sie todt gesehen) angeben kann, sind es 46 bis 48; indessen dürften es wohl 10 bis 15 mehr sein. Der Verwundeten sind etwa 300 bis 500.

Wien, 17. März. Die ungarische Deputation hat gestern in der Audienz bei dem Kaiser alle gewünschten Zusagen erhalten. Der Andrang der Ungarn dauert aus allen Grenzgegenden fort und eine große allgemeine Verbrüderung findet jetzt zwischen allen Nationalitäten statt. In solchen Augenblicken zeigt sich erst, welchen Fehler die Politik des Fürsten Metternich beging, als sie die Nationalitäten von einander zu trennen suchte. Jetzt sind alle Schranken niedergerissen, und schon ist von Lemberg bis hierher keine Zollinie mehr. Alle Provinzen jubeln, und das Vertrauen wird schnell nach Innen und Außen zurückgekehrt sein. (Spen. Z.)

In Gratz sind am 14. d. M. durch vorreiliges Einschreiten der Militärbehörde ebenfalls heftige Unruhen ausgebrochen. Die Bürgerschaft stürmte das Zeughaus und in kurzer Zeit waren 6000 Bürger bewaffnet, welche mit stürmischer Wuth das Militär angriffen. Gleich darauf trafen jedoch die glücklichen Nachrichten aus Wien ein, welche

Digitized by Google

dem Kampfe sofort ein Ende machten. Das Militär wurde zurückgezogen und man gab sich dem allgemeinen Jubel hin. (S. Z.)

Die neueste Wiener Zeit. vom 18. März bringt unter ihren amtlichen Nachrichten die Meldung, daß ein verantwortlicher Ministerrath gebildet worden. Sollte dieser Vorgang nicht da, wo noch Widerstreben gegen verantwortliche Minister — namentlich in München und Berlin — alle Zweifel festigen? Der Artikel lautet: „Se. k. k. apost. Maj. haben mit allerhöchster Entschließung vom 17. d. M. die Bildung eines für die Verliehung und Durchführung der in dem allerhöchsten Patente vom 15. März l. J. ausgesprochenen Grundsätze verantwortlichen Ministerrathes zu beschließen geruht. Dieser Ministerrath wird bestehen: aus dem Minister des auswärtigen Angelegenheiten und des Hauses, dem Minister des Innern, dem Minister der Justiz, dem Minister der Finanzen und dem Minister des Krieges. In dem Ministerrathe wird ein von Sr. Maj. zu bestimmender Ministerpräsident den Vorsitz führen." (A. Z.)

**Preußen.** Berlin, 18. März. Ueber den Anfang des Kampfes an diesem Tage berichtet die Berliner Zeit.: In einer Stunde war der Anblick der Stadt völlig verändert. „Auf die Thürme", rief man, „an die Sturmglocken." Die Kirchthürme wurden erbrochen, die Thürschen mit Mettenscheiben eingeschlagen, die achtbarsten Männer läuteten selbst Sturm und riefen zu den Waffen. Wie durch Zauberschlag fingen die Barrikaden empor. Jeder gab bereitwillig, was er hatte, Thorflügel, Zäune, Wagen, Pfähle u. s. w. Selbst Königl. Beamte, Schriftsteller und Gelehrte arbeiteten mit dem gemeinsten Taglöhner im Bunde. Alle reichten sich brüderlich die Hand. Die Frauen kochten Kaffee und schnitten Brode entzwei und reichten diesen Lebensmittel auf die Straße hinaus. In den Straßen goß man Kugeln und schmiedete Lanzen. Jeder Soldat, der sich sehen ließ, wurde entwaffnet, jede Wache gestürmt. Im Wohnungsanzeiger ermittelte man die Wohnungen der Offiziere und zwang die Frauen die Waffen der abwesenden Männer auszuliefern. Die Kasseleute vertheilten unentgeltlich Cigarren. Die wohlhabenden Bürger sammelten Geld und ließen für die Arbeiter Lebensmittel herbeiholen. Die Frauen und Töchter, selbst Damen vom Adel und Frauen hoher Beamten schleppten in Körben und in den Schürzen Steine auf die Dächer und Kirchthürme und an ihre Fenster. Das Militär muß sofort aus der Stadt, das war der allgemeine Ruf. Als die ersten Kanonen erdröhnten, da wuchs die Luft zum Kampfe, Niemand kannte ein Gefühl von Furcht. Alle Fenster waren erleuchtet, damit die Arbeiter und Kämpfer sehen konnten. Sobald das Militär irgendwo anrückte, hörte dieses rege Leben wie mit einem Zauberschlage auf, alle überflüssigen Personen gingen in die Häuser und verschlossen solche, die Männer mit Schießgewehr gingen hinter die Barrikade, die andern stiegen auf die Dächer. Die Kavallerie konnte, da alles Pflaster zerrissen war, gar nicht mehr wirken, nur Infanterie war anzuwenden. Auch diese konnte nirgends in größeren Massen anrücken, da die Böcken der Schützen und die Steinwürfe von den Dächern sonst Gräber niederstrecken. Die Infanteristen schlichen daher einzeln an den Häusern entlang, aber sobald sie an eine Barrikade kamen, mußten sich die Einzelnen wieder in größeren Haufen sammeln, und nun begann wiederum die neue Gefahr. Am furchtbarsten war die Jerusalemsstraße verschanzt, weil dort gerade Jahrmarkt war. Jede Bude wurde in eine Festung verwandelt.

Ferner heißt es: Am heftigsten war der Kampf an sieben Punkten, nämlich bei der Barrikade am Kölnischen Rathhaus, bei den drei Barrikaden an den Ecken, welche die Friedrichsstraße mit der Taubenstraße, mit der Dorotheenstraße und der Leipziger Straße bildet, bei dem Sturm des Landwehrzeughauses in der Lindenstraße, bei dem Alexanderplatz und der Hausvogtei. Fünfmal stürmte das Militär die Barrikade an dem Kölnischen Rathhause, aber jedesmal rückten Reihen von Soldaten von den Kanonen gezielten Schüssen der Bürgerschützen nieder. Man ging zuletzt so weit, mit den Kartätschen und mit Granaten gegen diese Barrikade zu schießen, so daß das ganze königliche Schloß erzitterte und erdröhnte. Diese Kugeln zerstörten aber mehr das hinter der Barrikade liegende Haus des Konditors d'Heureuse als die Barrikade, und erst nach einem dreistündigem Kampf, nachdem immer neue Truppen herangezogen, immer neuer Kartätschenhagel gewüthet hatte, fiel diese Barrikade. Das Militär soll bei solcher 4 Offiziere und 30 Mann verloren haben. Bei der Barrikade an der Taubenstraße lagen mehrere Scharfschützen hinter Oelfässern versteckt und richteten eine furchtbare Verwüstung unter dem stürmenden Bataillon an. Noch ehe der Sturm begann, hatten die Bürger dem kommandirenden Major den Vertrag angeboten, daß man gegenseitig von der Schußwaffe keinen Gebrauch machen wolle, der Major ging hierauf nicht ein; gleich beim ersten Sturm stürzte er getroffen vom Pferde; ein anderer Offizier nahm seine Stelle ein, auch dieser stürzte todt vom Pferde. Der dritte Sturm kostete einem Lieutenant das Leben. Außerdem fielen viele Gemeine. Nunmehr begann auch gegen diese Barrikade ein mörderisches Kartätschenfeuer. Ein junger Student mit fliegenden Haaren stand auf der Barrikade und schwenkte eine dreifarbige Fahne. Alle Kartätschen gingen an ihm ohne Schaden vorbei. Frauen und Jungfrauen reichten mit Tüchern ihm aus den Fenstern ihre Glückwünsche zu. Endlich fiel zwar auch diese Barrikade, aber schon an der Leipziger Straße erhob sich ein gleicher mörderischer Kampf. Dort hatte man die Straße mit Glas belegt, siedendes Wasser und furchtbare Strinmassen standen auf den Dächern bereit.

Der Sturm auf das Landwehrzeughaus in der Lindenstraße dauerte von Abends 9 Uhr bis Morgens 10 Uhr. Etwa 20 junge Offiziere hatten sich hier hinter den Fenstern verschanzt und unterdießten hier mit gezogenen Büchsen ein mörderisches Feuer auf die heranringenden Bürger. Auf jeden Schuß fiel einer der Bürger, aber immer neue Schaaren rückten heran. Ein junger Handwerker in einer blauen Bluse mit einem Brecheisen in der Hand und bekränztem Hute, der schon 6 Stunden lang an den Barrikaden gearbeitet hatte, kommandirte diesen Angriff. Alle Kugeln schienen durch seine Nähe Macht an seiner Brust abzuprallen. Neun andere Männer fielen zu seiner Seite, immer neue Freiwillige gewann er, und immer von Neuem rückte er an. Endlich wurden Strohmassen aufgehäuft, um schlimmsten Falles durch die Kraft des Feuers zu wirken. Aber es fehlten Fackeln, um den Brand gehörig zu unterhalten, und man wollte die Nachbarhäuser nicht gefährden. Es wurden bedhalb Scharfschützen von der Barrikade an der Taubenstraße geholt, und diese demolirten wirklich mehrere Fenster der Kaserne. Am Morgen fiel solche endlich, und das Volk schleppte die Waffen armweise hinweg. An der Hausvogtei wirkten vier Scharfschützen in einer furchtbar entscheidenden Weise. Keiner ihrer Schüsse fehlte, sie wählten selbst die Knöpfe, an denen sie das Militär treffen wollten. In der neuen Königsstraße an dem Alexanderplatz war eine Barrikade erbaut, welche vielleicht die stärkste in der ganzen Stadt war. Hinter derselben lag eine starke Abtheilung der hiesigen Schützengilde. Die Kanonen, die Schützenhäuser waren hier zugleich aufgepflanzt und drohten Tod und Verderben Jedem, der dieser Barrikade sich nur zu nahen wagen würde. Wirklich prallte hier auch jeder Angriff ab, und die Zahl der Todten unter dem Militär soll hier am bedeutendsten sein. Züge von Heldenmuth und Aufopferung werden eine Reihe aufgezählt, ebenso von edler Uneigennützigkeit, die das Eigenthum unverletzt erhielt. Beim Palais des Prinzen von Preußen genügte die Inschrift „Nationaleigenthum", um jeden Akt der Rache zu beschwören; lassen wir und, rief man, den Ruhm nicht nehmen, daß wir ebenso großmüthig als die Pariser sind. Es war keine „Pöbelemeute", sondern ein Volksaufstand im großartigsten Style; Niemand dachte daran, auch nur eine Streichnadel zu entwenden; man suchte Waffen, z. B. im Palast des Prinzen Albrecht und in den Kasernen, aber man schonte das Eigenthum. Männer und Frauen, Junger auf dem Gesichte geschrieben stand, warfen die silbernen werthvollen Trodeln der erbeuteten Offizierdegen in die Rinnsteine.

Ganz anders war das Verhalten der Soldaten; die Brutalität gegen Personen war nicht das Einzige, womit sich die Truppen entehrten, sie drangen auch in die eroberten Häuser und plünderten sie völlig. Die Erbitterung im Volke wurde besonders dadurch furchtbar vermehrt, daß die Soldaten in die Häuser der eroberten Straßen drangen und aus solchen eine Menge ganz unschuldiger geachteten Männer gefangen hinwegschleppten. Es wurden diese Männer mit Bindfaden gefesselt und truppenweise nach dem Brandenburger Thor gebracht, wo ihre Anzahl bald auf 600 anwuchs. Hier wurden immer zwei und zwei zu warten darunter schwer verwundete Greise und Männer von den besten Ständen; mit gefesselten Händen zusammengekoppelt und von einem Bataillon vom Stettiner Regiment zu Fuß nach Spandau gebracht. Einzelne Soldaten dieses Bataillons sollen sich auf dem Marsche empörende und schauderhafte Gräueltaten gegen die Gefangenen erlaubt haben. In Spandau behandelte sie der Gouverneur mild, bald darauf setzte man sie in Freiheit.

Ueber die Deputation, welche am Abend des 18. unter Gefahren zum König drang, wird berichtet: Die Eintretenden erklärten: das Volk sei kampfbereit, Straßen und Dächer zum Widerstande eingerichtet, die Folge nicht zu berechnen. Das Militär möge in seine Kasernen zurückgezogen werden, dann nur sei dem Blutvergießen vorzubeugen. Der König antwortete in den gnädigsten und freundlichsten Formen dasselbe, was später in der Proklamation vom 18. zum 19. März ausgesprochen wurde: daß nämlich zuerst das Volk seine Forderungen aufgeben müsse, ehe der König die Truppen zurückziehen könne. Die Deputation an das Fenster führend, wies der König nach der vom

Digitized by Google

Waffen blitzenden Königsstraße hin und äußerte: sehen Sie, diese Straße gehört mir. (!!) Er versprach gern Alles zu gewähren, aber nur der Bitte, nicht der Gewalt. Die Abgeordneten versuchten vergeblich, das Volk zur Einwilligung in diesen Vertrag zu veranlassen. An den Barrikaden mit Unwillen zurückgewiesen, konnte sich ihre Ueberzeugung nur verstärken, daß keine andere Maßregel als die augenblickliche Zurückziehung der Truppen es vermocht haben würde, die ruhmreiche Nacht des 18.—19. März aus einer Nacht des Blutes in eine Nacht des Jubels und der Brüderlichkeit für alle Parteien zu verwandeln.

Berlin, 19. März. Ueber die Vorfälle dieses Tages bis zum Ausbrüren des Kampfes haben wir schon berichtet. Am Mittag dieses Tages zog, wie die Köln. Z. berichtet, ein unabsehbarer Zug von Bürgern mit den Todten durch die Stadt. Unter feierlicher Absingung des Chorals „Jesus meine Zuversicht“ gelangte der Zug bis vor das Schloß, wo er mit dumpfer Stille von den nicht geschaarten Bedeckern empfangen ward. Bald jedoch brach das stürmische Verlangen, den König zu sehen, diese Stille. Der König erschien indessen nicht; denn er verkündete zu derselben Zeit von einem auf der entgegengesetzten Seite des Schlosses gelegenen Perron, daß er die Volksbewaffnung zugebe und seine Presse und die Ruhe seiner Residenz dem Schutze seiner guten Bürger vertraue. Daher wurden die Todten durch das Schloßportal und über den Lustgarten in die Werdersche Kleche getragen. Die Volksbewaffnung ist übrigens im besten Gange; die Bürger strömen zu ihren Bezirksvorstehern oder in das Zeughaus, wo sie Waffen erhalten. Im Allgemeinen ist die Stimmung etwas ruhiger, seitdem das Militär abgezogen ist. Die Volks-Justiz wird hier an Einzelnen grübt, welche gestern dem Volke sich verrätherisch zeigten. So ward in der Heiligegeiststraße das ganze Mobiliar eines Majors a. D., Namens Preiß, verbrannt, durch dessen Vermittelung mehrere in seiner Nähe befindliche Bürger am Platze blieben. In gleicher Weise ward der Laden eines Handschuhmachers Wernick unter den Linden gestürmt, der einige polnische Studenten den Soldaten überliefert. Sonst hat sich durchgängig eine hohe Achtung für alles Privateigenthum gezeigt.

Ein Extrablatt der Voss. Zeit berichtet: Am Abend des 19. bot die ganze Stadt ein Bild der Freude dar. Alle Häuser waren beleuchtet, die Barrikaden verschwunden, das Volk, das durch seine bisherige Tapferkeit den Sieg erfochten, wogte durch die Straßen. An allen Barrikaden beharrte der äußerst kühne Bürgerwuth im heftigsten Kugelregen! Auf der Friedrichsstadt war der Kampf an der Kronen- und Friedrichsstraßenecke die heroischste, der sich denken läßt. Es erstreckte sich in alle Viertel der Stadt, überall wurde mit einer Ausdauer, einem Muth gefochten, die die höchsten Spitzen erreichte. In der Frankfurter Straße, in den Gärten der Gegend, war jeder Bewohner in Waffen. Ueberall fielen die Schüsse und vom Dach herab die Steine auf die Angreifer. — Das d'Heureuil'sche Haus, dessen wie schon gestern Erwähnung thaten, ist mit einem unbeschreiblichen Muthe vertheidigt worden. — Freudig eilten die Bürger am Nachmittage zum Empfang der Waffen, um sich als Bürgerkorps zur Beschützung der Ordnung und des Eigenthums zu organisiren. — Wie viele Opfer im Kampfe gefallen sind, darüber ist uns die traurige Gewißheit noch nicht geworden.

Berlin, 21. März. Aufruf: „Gestern habe ich ausgesprochen, daß ich in meinem Herzen vergeben und vergessen habe. Damit aber kein Zweifel darüber bleibe, daß ich mein ganzes Volk mit diesem Vergeben umfaßt, und weil ich die neu anbrechende große Zukunft unseres Vaterlandes nicht durch schmerzliche Rückblicke getrübt wissen will, verkünde ich hiermit: Vergebung allen Denen, die wegen politischer oder durch die Presse verübter Vergehen und Verbrechen angeklagt oder verurtheilt worden sind. Mein Justizminister Uhden ist beauftragt, diese meine Amnestie sofort in Ausführung zu bringen.“ Berlin, 20. März 1848. Friedrich Wilhelm.

„Alle Gerichte und der Generalprokurator am königl. Appellationsgerichtshofe zu Köln haben für schleunige Ausführung des vorstehenden allerhöchsten Erlasses zu sorgen und demgemäß alle dahuch Amnestirten, sofern sie nicht zugleich wegen anderer Vergehen oder Verbrechen sich in Haft befinden, auf freien Fuß zu setzen.“ Berlin, 20. März 1848. Der Justizminister Uhden.

„Die bereits vor dem Erlasse vom 19. d. M. eingegangenen Entlassungsgesuche der Justizminister v. Savigny und Uhden, sowie des Ministers, Grafen zu Stolberg, habe ich heute gleichfalls genehmigt. Zum Justizminister habe ich den Doktor der Rechte, Bornemann, ernannt, und den Präsidenten der Handelskammer, Camphausen, zu mir berufen, um mit ihm fortan gleichfalls als Minister zur Seite zu stehen. Die Direktoren der erledigten Ministerien werden dieselben bis zur definitiven Besetzung verwalten.“ Berlin, 20. März 1848. Friedrich Wilhelm.

Die Voss. Z. berichtet: (Abends 5 Uhr.) Unsere Stadt ist vom Militär fast ganz geräumt. Die wenigen noch vorhandenen Truppen stehen vollständig marschfertig gerüstet und werden, dem Vernehmen nach, noch heut Abend nach den Provinzen abmarschiren. Mehrere Truppentheile haben geboten, die Bürger möchten ihnen beim Abmarsch das Geleit geben, damit ihr Erscheinen auf den Straßen nicht etwa zu feine feindliche Demonstration gelte und neue Angriffe erzeuge. Selbst die Kasernenwachen sind seit gestern Abend mit Bürgern besetzt, sogar vor den Zimmer des Königs stehen Bürgerschützen, und im Schloß ist kein Mann Militär zu sehen. (Abends 6 Uhr.) Ueber der Hausvogtei (bekanntlich das Gefängniß für die politischen Verbrecher) befindet sich seit einer Stunde die Ueberschrift: „Bürgereigenthum“. Eine Bürgerwache hält den Zugang besetzt. (Abends 7 Uhr.) An den Ecken unserer Straßen ist soeben eine Bekanntmachung des Magistrats angeschlagen, daß der Oberbürgermeister Krausnick sein Amt niedergelegt und der Bürgermeister Naunyn einstweilen die Leitung des Magistrats übernommen habe. Herr Krausnick hatte das Vertrauen der Bürgerschaft in den letzten Tagen so sehr verloren, daß derselbe sogar auf der Straße thätlich gemißhandelt worden sein soll.

Berlin, 20. März (Abends 8 Uhr.) Unser heut Mittag angegebenes Extrablatt der Presse, welches als das eigentliche echte Produkt der frei gewordenen Presse zu betrachten ist, hat eine solche Freude im Publikum erregt, daß unsere Presse, obwohl solche schon unausgesetzt seit 5 Stunden mit doppelter Besetzung arbeitet, doch nicht im Stande ist, den Ansoderungen zu genügen. Es sind bereits 12,000 Exemplare vertheilt. Unsere Expedition ist so sehr vom Volke umlagert, daß wir seit einigen Stunden eine starke Bürgerwache im Hause haben, welche den Betrieb der Blätter mit musterhafter Ordnung leitet. Ein Student kommandirt diese Wache, welche aus Bürgern und Beamten besteht und von der Universität aus regelmäßig abgelöst wird.

† Breslau, 17. März. Der heutige Tag war ein glänzend ereignißreicher. Wegen der Masse des Stoffes weiß ich wirklich kaum, wo ich anfangen soll. Ganz kurz also die Ergebnisse: Beseitigung des Militärs und der Polizei, Volksbewaffnung und Befreiung der wegen angeblicher Majestätsbeleidigung vor einigen Wochen verhafteten Gebrüder Hoffmann. Es war auch eine Revolution, aber eine besonnene, ruhige, heilsame. Heut früh versammelten sich die Studenten vor dem Regierungsgebäude und verlangten wegen der brutalen Uebergriffe der Kürassiere das Recht, sich zu bewaffnen, um zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit behilflich zu sein. Er bescheid sie auf 2 Uhr Nachmittags in das Universitätsgebäude, wo er ihnen seine Entschließung kund thun werde. Deren Ergebnis war nun, daß er sehr bedauere, ihrem Verlangen nicht willfahren zu können. Die Studenten gingen ruhig nach Hause und — bewaffnten sich. — Unterdeß hatte eine Bürgerdeputation sich zum Grafen Brandenburg begeben und die Bitte gestellt, daß er aus dem Zeughause die nöthigen Waffen zur Bürgerbewaffnung liefern möge, da eine solche demgend nothwendig geworden. Die Antwort war, wie zu erwarten, eine abschlägige. Man behauptet sogar, daß vorige Nacht heimlich die Waffen aus dem Zeughause entfernt worden wären. Hingegen wurde dem Verlangen der Bürgerschaft nach Nicht-Einmischung der bewaffneten Macht Genüge geleistet. Gegen Mittag wurden 2 Bekanntmachungen angeschlagen, die eine vom Magistrat, daß jeder Bürger unter 60 Jahr Behufs einer Organisation der Volksbewaffnung je nach den verschiedenen Bezirken sich an bestimmten Orten einzufinden habe, um Führer zu wählen und Sammlungsplätze zu bestimmen; die andere vom Gouvernement: daß gestern durch ein „beklagenswerthes Mißverständniß“ (!?!?) zwischen den Kürassieren und der Bevölkerung ein „Konflikt“ Statt gefunden habe, welcher Gegenstand einer Untersuchung geworden sei. Somit gibt es seit heute in Breslau keine Polizei, d. h. sie wird einzig und allein, wie es von Gott und Rechtswegen immer und überall sein sollte, von der Bürgerschaft selbst ausgeübt. Den ganzen Tag über ging es zwar sehr lebhaft auf den Straßen zu, aber die Haltung der Bevölkerung war eine durchaus würdevolle. Kein Exceß, kein Skandal oder Unfug, wiewohl die Polizeimannschaft, die seit Kurzem bedeutend vermehrt worden, wie durch einen Zauberschlag verschwunden war. Zahlreiche Bürger mit weißen Binden am linken Arm, dieser mit einer Büchse, jener mit einem Säbel, Lanze, sogar mit altehrwürdigen Morgensternen, Hellebarden u. s. w. bewaffnet, bewegten sich ganz ungenirt in dem Getümmel. (Hier erzählt der Korrespondent die nähern Umstände,

Digitized by Google

unter denen die beiden, politischer „Verbrechen“ wegen, eingesperrten Brüder Hoffmann befreit wurden, und fährt dann fort:) Nicht die Spur einer Gewaltthätigkeit ist vorgefallen. Wir haben bewiesen, daß wir im Stande sind, uns selbst zu regieren, und daß durch die Einmischung von Polizisten und Soldaten einzig und allein Unheil entsteht. Die Haltung des Volkes war eine grossartige und durchaus würdevolle. — Morgen soll eine Demonstration zu Gunsten der Pressfreiheit Statt finden; möge sie so schön und auf so vollkommene Weise gelingen, wie die heutige.

Den 18. früh. Heute Morgen hat Graf Brandenburg sich gegen den Oberbürgermeister Pinder sehr anerkennend ausgesprochen über die Art und Weise, wie am gestrigen Abend die Ruhe der Stadt von der Bürgerschaft ist aufrecht erhalten worden. Die Stadt ist in großer Bewegung.

Ż Breslau, 18. März, 4 Uhr. So eben gelangt eine verbürgte briefliche Nachricht hieher, daß Krakau in Aufruhr begriffen ist. Gestern sammelten sich Schaaren von poln. Einwohnern vor den öffentlichen Regierungsgebäuden unter wildem Tumult und verlangten die Befreiung der politischen Gefangenen, die Aufhebung der Finanzlinie rc. Der Gouverneur, Graf Deym, untersteht von einigen herangesendeten Bürgern, suchte vergeblich den ausbrechenden Sturm zu beschwichtigen. In kurzer Zeit und wie auf eine geheime Verabredung fanden sich Tausende und aber Tausende der exaltirtesten Polen zusammen: die Zahl der Insurgenten belief sich auf 15000 Mann, dir zum Theil bewaffnet waren. Es gelang ihnen, die Gefängnisse zu stürmen; 400 politische Gefangene, Edelleute, Priester, Studenten und Bürger wurden befreit und unter wildem Jubel umhergeführt. Von den Thürmen der Stadt weht die polnische Fahne: die Republik gilt in den Augen der Revolutionärs als wiederhergestellt. Eine Einschreitung Seitens der bewaffneten Macht hat nicht Statt gefunden, sei es, daß dieselbe durch den unvorhergesehenen Aufstand überrascht, oder daß die militärischen Obrigkeiten die Vormaligen Lage der Dinge in Wien rc nicht auf einen blutigen Kampf wollten ankommen lassen. Was noch kommen mag, ob sich der Aufruhr auch der Provinz bemächtigen wird, ist nicht abzusehen. Die Entwicklung der allgemeinen Verhältnisse könnten in Preußen und Oesterreich eine verhängnißvolle Wendung nehmen, wenn dir Stimme der Revolution in allen polnischen Provinzen um sich greifen sollte. —

Bei uns ist ihr Volksstimmung eine sehr gepreßte und verhaltene. Die sträflichen Exzesse, die sich das Militär bei unbedeutenden Volksauflaufen zu Schulden kommen ließ, haben dir Organisation der Bürgergarde zur Folge gehabt; allein es fehlt fast durchgehends an Waffen, die der Kommandant den Bürgern nicht einhändigen zu können erklärt. Gestern hat sich das Militär nicht gezeigt, und die mangelhaft bewaffneten Bürger haben dennoch die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten. Von den Vertretern der hiesigen Stadt ging heute eine Adresse an den König, in welcher drei Wünsche ausgesprochen wurden: kein Bündniß mit Rußland, Anschluß an das System der liberalern süddeutschen Staaten und Absetzung der mißliebigen Minister. — Daß die Censur noch besteht und mit aller Engherzigkeit gehandhabt wird, während wir schon den österreichischen Beobachter seit mehrerrn Tagen als preßfreies Blatt lesen, das erbittert die Gemüther. Sämmtliche Druckereiarbeiter hiesiger Stadt haben heute erklärt, die Pressen, auf denen sie die rensseten Zeitungen drucken, zu verlassen, um das Geschrienen der letztern unmöglich zu machen. Man fürchtet darum, daß morgen keine Zeitungen rerschienen werden.

Δ Breslau, 18. März. Welche Umwandlung binnen 24 Stunden! Noch vorgestern wurden sämmtliche Restaurateure vor die Polizei geladen und ihnen streng eingeschärft, in ihren Lokalen weder politische Reden und Gespräche noch das Vorlesen von Zeitungen zu gestatten. Gestern und heute treten Redner öffentlich an den Straßenecken auf und sprechen laut zu Hunderten und Tausenden; die süddeutschen Forderungen gehen von Mund zu Mund, drm Absolutismus wird ein Pereat über das andere gebracht; die Eine Volksversammlung, welche mit Gewalt verhindert wnedr, hat ganz Breslau zu einer Volksversammlung gemacht. Ich scheid Ihnen gestern, daß wir den traurigsten Zeiten entgegen gingen, wenn das Militär irgendwie einschritte. Gestern Abend hat sich kein Militär in der Stadt blicken lassen, ebenso waren Gendarmerie und Polizei verschwunden; die Stadt ist im vollsten Sinne des Wortes in den Händen der jetzt größtentheils bewaffneten Bürgerschaft oder besser gesagt Einwohnerschaft; denn es suchen sich Alle zu bewaffnen; da treffen sie Männer mit Doppelflinten und Hirschfängern, dort mit Säbeln, Sensen, Piken, großen Stangen u. s. w. Ungeachtet Tausende von Menschen die Straßen durchzogen, unter ihnen sehr viele Gesellen und Fabrikarbeiter, hat auch nicht der geringste Eingriff ins Eigenthum stattgefunden, nicht eine Fensterscheibe ist zertrümmert worden; die Patrouillen der bewaffneten Einwohner wurden überall mit lautem Hurrah begrüßt. Gegen 9 Uhr Abends koncentrirten sich die Massen vor dem Inquisitoriat, um die Brüder Hoffmann, welche wegen der bekannten Gesellenvereinigungen noch im Untersuchungsarrest seyen, zu befreien; aber auch hierbei ging Alles ruhig ab; nach einigem Zögern wurde von dem Präsid. Starke — demselben, der wegen des Simonschen Prozesses übel berüchtigt ist — der Befehl zur Freilassung ertheilt. Nachdem dieß erlangt war, zerstreut man sich, gegen 11 Uhr war noch ein Aufzauf vor dem Rathhause, doch gelang es einigen als Volksfreunde bekannten Männern, die Schaaren zum ruhigen Auseinandergehen zu bewegen. So ging die Nacht ruhig vorüber. Heute Mittag verbreiteten sich Gerüchte, daß eine Kabinetsorder da sei, welche das Einschreiten des Militärs befehle, und daß die Russen anrückten; sogleich wurde eine Deputation zum Oberbürgerm. Pinder gesandt, um das Wahre zu erfahren. Ein gerade dort anwesender General versicherte auf sein Wort, daß weder das Eine, noch das Andere wahr sei, und was die Russen betrifft, so würde er der Erste sein, welcher gegen sie ins Feld rückte. Gewiß, denn gegen die Russen ist das Militär ebenso erbittert, wie die Bürgerschaft. In dirsem Augenblicke (Nachmittags 4 Uhr) begehen sich die Bürger in großen Schaaren zu dem Oberpräs. v. Wedell, um das Verlangen zu stellen, daß wenigstens die Zeitungen heute noch von der Censur entbunden werden; man will lieber keine Zeitungen, als die Schmach der Censur noch länger ertragen; Alle ergreift Scham, daß wir sogenannte intelligente Preußen noch fast die Einzigen im deutschen Vaterlande sind, die dirses durch die Acht der Nation für immer gebrandmarkte Institut noch länger ertragen. Der Justizrath Gräff theilte in der öffentlichen Stadtverordneten-Sitzung mit, der Justizminister Uhden habe ihm versprochen, daß wir binnen 8 Tagen Pressfreiheit haben sollten. Es sind seitdem 14 Tage verflossen; man darf sich also nicht wundern, daß auf Versprechungen Nichts mehr gehaut wird, wir wollen jetzt endlich dir Erfüllung!

* Elbing, 15. März. Auch hier wird uns von Unruhen berichtet, auf deren Verlauf wir zurückkommen werden.

* Münster, 20. März. Es fanden hier unruhige Aufstritte Statt, in Folge deren eine Reformadresse mit drn bekannten deutschen Wünschen unterzeichnet ward.

† Vom Rhrin, 20. März. Gestern Abend kehrten drei von den Deputirten zurück, dir Köln nach Berlin entsendet hatte. Sie brachten die Nachricht mit, daß in Berlin bei ihrer Abreise der Kampf noch fortgedauert und daß die Stadt da und dort in Flammen gestanden habe; zugleich aber brachten sie zwei königl. Patentr vom 17. und 18. mit, die Sie, wenn diese Zeilen in Ihre Hand gelangen, schon in der Köln. Zeitung gelesen haben werden. Die Patente, so inhaltreich sie sind, haben nicht befriedigt, und bereits schon heute ist dem in Köln weilenden Oberpräsidenten Eichmann eine neue Adresse zur sofortigen Beförderung an den König übergeben worden, in welcher namentlich auf allgemeiner Volksbewaffnung, auf dem Rechte der Association, auf unbedingter Pressfreiheit und auf Amnestie für alle wegen politischer Vergehen Angeklagten und Verurtheilten bestanden wird. Um 5 Uhr heute wurde die Nationalfahnr auf dem Dome aufgepflanzt. Der Jubel war unermeßlich, und eine Nationalhymne rief Alles zur Begrüßerung hin. So Etwas sieht und hört man nur rin Mal im Leben. Nächstens mehr.

**Baiern.** ☆ München, 21. März 7 Uhr Morgens. — Der König Ludwig hat freiwillig abgedankt! Das Militär und die Landwehr versammeln sich zum Schwur auf dem Dultplatze. — Allgemeine Besorgniß, allgemeine Besorgniß — nirgends ist frohes Gesicht, im Gegentheil, tiefer Ernst auf allen Mienen! Man hält das so plötzlich, beinahe heimlich Geschehene für ein Werk der Hofintrigue. 9½ U. Bis jetzt ist noch keine offizielle Bekanntmachung der Abdankung und der Thronbesteigung drs neuen Königs erschienen, auch hat der Reichsherold noch nicht den neuen Regenten proklamirt. Man fürchtet, Wallerstein werde wieder ein Portefeuille erhalten, sowie, daß durch diese quasi Ueberrumpelung Unruhen Statt finden möchten!

= München, 21. März (Morg. 9½ Uhr). Königl. Ludwig l. hat zu Gunsten seines Sohnes, des Kronprinzen, der Krone entsagt. Maximilian II. ist König. Das Heer hat ihm bereits Treue geschworen, ebenso die Bürgermiliz. Eine Proklamation ist noch nicht erschienen und an öffentlichen Plätzen zu sehen. — Schon gestern Nacht verbreitete sich das Gerücht von der Abdankung König Ludwigs. Die auf dem Rathhause versammelten bewaffneten Bürger für halten Wachtdienst) waren, als sie davon Kunde erhielten, ungemein aufgeregt. Sie glaubten, daß König Ludwig zur Entsagung seines Thrones wahrscheinlich von einer Partei gezwungen worden sei, und man sprach sich

Digitized by Google

offen dahin aus, daß eine Palastintrigue diese Absdankung hervorgerufen habe. Auch heute Morgen hörte ich noch solche Aeußerungen, sowie auch dies, der König habe noch in der Nacht die Stadt verlassen. Die Stimmung des Volks ist sehr verschieden; die Einen beklagen es, daß König Ludwig jetzt gerade, wo er sich auf die Treue seiner Bürger verlassen konnte, dem Thron entsagt habe, und zeigen Mißlaut mit dem Geschicke des Königs; die Andern fürchten unter dem neuen Regimente reaktionäre Bewegungen, da der neue König besonders dem Adel zugethan sei; wieder Andere begrüßen freudig das Ereignis und sehen darin die Bürgschaft einer neuen bessern Zeit. Die Erklärung des Königs, die ich bei der Eidesleistung vorlesen hörte, geht dahin, daß er es unverändert mit seiner herkömmlichen, verfassungsmäßigen Regierungsweise halte, bei diesem gänzlichen Umschwunge der Verhältnisse in ganz Deutschland den Thron fernerhin zuzusichern.

**Augsburg**, 21. März. Wie wir hören, wurde gestern noch der Abgeordnete Wilisch zum Justizminister, Frhr. v. Lerchenfeld zum Finanzminister ernannt. (A. Z)

**Würtemberg.** >< Stuttgart, 20. März. Ein und das andere Unrecht, das von dem alten System an Einzelnen und durch sie am Lande begangen wurde, kommt jetzt zur Sprache und wird wieder gut gemacht. Während Uhland in seiner neuen Stellung, die, um von Deutschland Jubel begrüßt zu werden, nur erst vervollständigt werden muß, nach Frankfurt geht, hat man im Werke, ihn in seine alte Stellung wieder einzusetzen. Bekanntlich hatte er vor 15 Jahren, als ihm der Urlaub zum Eintritt in die Kammer verweigert wurde, seine Entlassung als Lehrer der deutschen Literatur an der Tübinger Hochschule genommen; der akademische Senat hat gestern auf seine Rehabilitation angetragen. Volksthümlicher als dieser späte Schritt ist eine andere Wiederherstellung. Die Rechtskonsulenten Rödinger, Tafel und Wagner waren von den Tagen der Demagogenriecherei her, weil sie für ein Ding schwärmten, das jetzt keine Sache der Schwärmerei mehr ist, nämlich für Deutschlands Einheit — „unmöglich“ geworden. Obgleich die elende Prozeßgeschichte längst verrauscht war, wurden sie doch, trotz der Einsprache in ihre bürgerlichen Rechte, durch Beschluß des Ministeriums vom Landtage 1833, schon gewählt, ausgeschlossen. Nun sollen auch diese tüchtigen Kräfte dem Lande wieder gegeben werden. Tafel hat von seinem alten Wahlbezirk Schorndorf Anträge erhalten. Rödinger war 1833 von Oehringen gewählt; seine Wähler wollten damals auf der Wahl beharren und eher unvertreten bleiben als nachgeben; auf sein Zureden wählten sie Duvernoy, den jetzigen Minister des Innern, den nun wiederum sein alter Freund, der „Hochverräther“, in seinem Mandat ersetzen wird. Rödinger hat soeben ein Sendschreiben an die Wahlmänner des Oberamts Oehringen erlassen.

**Leipzig**, 18. März. Heute versammelten sich die in Leipzig wohnhaften Juden, um endlich ihre Menschenrechte geltend zu machen. Sie verlangen 1) bestimmte Erklärung der im neuesten Ministerialerlaß zugesagten Parität und Duldung; 2) vollständige Emancipation, und werden sich zu diesem Ende sofort nach Dresden begeben, um ihre Wünsche und Forderungen persönlich dem Staatsministerium vorzulegen. Die Mitglieder der Deputation werden auch noch heute gewählt. (D. A. Z.)

**Leipzig**, 19. März. Zur Anerkennung der männlichen Haltung der Bürger von Wien ist hier eine Adresse aufgelegt und hat bereits zahlreiche Unterschriften erhalten. (D. A. Z.)

**Hannover.** „An den allgemeinen Magistrat und die Bürgervorsteher Meiner Residenzstadt Hannover. Da dem Vernehmen nach Zwiespalt darüber entstanden sind: ob der Inhalt Meiner Erwiderung an den allgemeinen Magistrat und die Bürgervorsteher Meiner Residenzstadt vom gestrigen Tage mit der unter dem Abdruck der Petitionen gefetzten Eröffnung des Magistrats vom 17. d. M. genau übereinstimme; so nehme Ich keinen Anstand, hiermit zu erklären, daß Ich den Inhalt der gedachten Magistrats-Eröffnung als Meine Königliche Entschließung anerkenne, und Ich hätte geglaubt, daß diese Erklärung nicht nöthig sein würde, da jeder Hannoveraner wissen sollte: daß Ich, was Ich sage, vorher überlege; aber dann auch halte. Hannover, 18. März. Ernst August.“

**Baden.** * Karlsruhe, 22. März. Die Gemeinde Ueberlingen hat durch eine Deputation den Abg. Trefurt veranlaßt seine Stelle als Abgeordneter dieser Stadt heute niederzulegen. Der Präsident des Kriegsministeriums wird heute noch einen Nachfolger erhalten, welcher morgen mit der Kommission der zweiten Kammer einen neuen Entwurf für die Volksbewaffnung berathen wird; Markgraf Wilhelm hat seinen Oberbefehl über das Armeekorps abgegeben. (Auf die Kammerverhandlungen, die manches Interessante bieten, kommen wir morgen zurück).

In der Kammersitzung vom 22. März zeigten die Abg. Junghanns und Trefurt an, daß sie ihre Stellen niedergelegt haben, um sich einer neuen Wahl zu unterwerfen.

**Hessen.** ** Darmstadt, 20. März. Wir erhalten einen Bericht über einen Antrag des Abg. Reh, welcher die Wiederherstellung Polens betrifft. Wir werden denselben in der nächsten Nummer mittheilen.

* Hildburghausen, 19. März. Die beiligende Meyerische Reformadresse (sie ist leider zu umfangreich, als daß wir sie bei dieser Fülle des Stoffes aufnehmen können) bewegt das ganze Land und findet auch weit über dessen Grenzen hinaus entschiedene und allgemeine Zustimmung. Heute ist sie, nachdem vom Herzoge am 14. die Domänenentnahmen der Landeskasse bereitwillig überwiesen worden, weitere Konzessionen aber noch nicht erfolgt sind, mit den Unterschriften der Bürgerschaft von Hildburghausen und von 4 Landgemeinden bedeckt, an den Herzog nach Meiningen abgesendet worden. Das Volk erwartet ungeschmälerte Gewährung aller seiner Begehren zur Gestaltung eines neuen Lebens im Staate und wird sich auf seinen Forderungen beharren. Die Gährungswelle aber wird wohl hinan, die Bevölkerung zum Bewußtsein seiner Kraft gereiften Volkes nicht lange zu prüfen. Wenn es geschähe, würden rauhere Demonstrationen nicht ausbleiben und die Schuld, sie hervorgerufen zu haben, Niemand anders tragen, als die Räthe des Fürsten. Die Volksbewaffnung, ist bei uns, sowohl in der Stadt, als auf dem Lande, bereits ins Leben getreten.

†† **Schleswig-Holstein.** Ein deutsches Parlament wird sicherlich auch in der Schleswig-Holsteinischen Frage eine volksthümliche Politik verfolgen. Es wird vor allen Dingen, den Rechtspunkt fest im Auge, Schleswig-Holsteins Nationalität schirmen und den propagandistischen Umtrieben der Eiderdänen nicht Diplomaten-Worte, sondern Thaten entgegen setzen, ohne dabei revolutionär zu verfahren. Da der Bund verpflichtet ist, gleichwie jeden Angriff auf Oldenburg, so auch jedes Attentat auf Schleswig zurück zu weisen, weil Schleswig und Holstein ebenso ein Staatsganzes bilden, wie Ostpreußen mit den preußischen Bundesländern, so steht ihm auch das Recht zu, den regierenden Herzog von Schleswig-Holstein aufzufordern, rücksichtlich Schleswigs dem Bunde beizutreten, eine Kufforderung, die schon auf dem Wiener Kongreß gestellt, damals aber abgelehnt, dagegen 1836 von den gesetzmäßigen Landesvertretern beantragt wurden ist. Schwerlich wird aber der Dänenkönig dem Herzoge von Schleswig-Holstein gestatten, auf diesen Antrag einzugehen. Zwang kann der Bund nicht anwenden, dagegen ist er alsdann wie befugt so berechtigt zur Beschützung der Nordgrenze des Bundes, die holsteinische Festung Rendsburg provisorisch bis zur faktischen Celebigung der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit mit Bundestruppen zu besetzen, wozu die Kompetenz dem Bunde, sowie er schon jetzt organisirt ist, nach §. 2. der Bundesakte und §. 41., §. 45. und §. 51. der Wiener Schlußakte zusteht. Diese Besetzung ist absolut nothwendig, Falls Schleswig dem Bunde nicht inkorporirt werden sollte, um einer russischen Invasion vorzubeugen. Diese drohende Invasion ist kein Hirngespinnst. Seit Peter des Großen Zeiten schon sucht Rußland auf deutschem Boden Fuß zu fassen, es strebt darnach, Mitglied der Bundes zu werden. Nun hat dasselbe allerdings eventuelle Erbrechte an Holstein, die aber erst in Kraft treten, wenn die ältere (jetzt regierende) und die jüngere (Augustenburger und Glücksburger) Linie des Herzoglich Königlichen Hauses von Schleswig-Holstein im Mannesstamme erloschen ist. Um nun früher das Ziel seiner Wünsche zu erreichen für den mit Wahrscheinlichkeit eintretenden Fall, daß die ältere Linie des Herzoglich Königlichen Hauses von Schleswig-Holstein im Mannesstamme erlöschen sollte, steht mit Grund zu fürchten, daß Rußland von den auf den dänischen Thron folgenden Kognaten, gegen Uebernahme der Garantie des Besitzes von Schleswig von Seite Dänemarks, sich den vormals Großfürstlichen Antheil von Holstein wird einräumen lassen; und obgleich der Schleier noch nicht zu heben ist, der die diplomatischen Unterlerde deckt, bis an Christians VIII. Tod sich zwischen Petersburg und Kopenhagen fortgesponnen und gewiß auch jetzt nicht abgebrochen sind, so beunruhigen doch schon dunkle Gerüchte das Volk Schleswig-Holsteins und müssen ganz Deutschland beunruhigen. Die Gefahr ist näher, als Mancher sich träumen läßt. Gleich nach der Februar-Revolution stachelte die Propaganda die Regierung, die Verwirrung, in die Europa versetzt, rasch und entschlossen zu benutzen, um Schleswig-Holsteins Selbständigkeit, allenfalls mit russischer Hilfe, zu

Digitized by Google

vernichten. Und hat auch die Regierung den Augenblick nicht für günstig gehalten, ihre alte Welt bekannten Scheimplane auszuführen, so besteht doch nur eine Meinungsdifferenz über den Zeitpunkt zwischen der Regierung und der Verpagande. Hält sie die Zeit für gekommen, so werden, wie durch einen Zaubrschlag, Russen in Kiel and Land steigen und die Rechte des Thoren den Schleswig-Holsteinern mit den Bajonetten vordemonstriren. Und selbst das Erlöschen des regierenden Mannsstammes hängt nur von 4 Augen ab: der einzige Agnat ist ein alter Mann und der Herzog Friedrich VII. hat eine gefahrdrohende apoplektische Konstitution. Tritt dann der Erbfall ein, so ist, wenn Rendsburg von Bundestruppen nicht besetzt sein sollte, der Ausbruch eines Erbfolgekrieges zu befürchten, eine Gefahr, die dagegen verhütet wird, wenn alsdann auf Requisition des rechtmäßigen Landesherrn Schleswig-Holstein, des Herzogs von Augustenburg, von Rendsburg aus das Herzogthum Schleswig sogleich besetzt werden wird.

## Frankreich.

* Paris, 20. März. Die Nachricht von dem in Wien am 13. März erfochtenen Volkssiege kam gestern Vormittag 11 Uhr in einer Extrabeilage der Berliner Zeitungshalle hier an. Das regnerische und trübe Wetter der letzten Tage hatte jede telegraphische Mittheilung unmöglich gemacht, und so wußte selbst die provisorische Regierung Nichts. Die Art und Weise, wie dieses große europäische Ereignis und der Sturz Metternich's und seines Systems in Paris bekannt worden, verdient ihrer Originalität wegen mitgetheilt zu werden. Der Klub der deutschen Demokraten, der sich als Legion von 20 Kompagnien von je 2 Sektionen zu 50 Mann mit selbstgewählten Führern konstituirte hat, um, Falls die Reaktion ohne fremde Einmischung es wagen sollte in Deutschland versuchen sollte, die erst errungene Freiheit wieder zu gefährden, sogleich als organisirtes Freikorps den deutschen Brüdern zu Hilfe zu eilen, war eben beim Exerciren auf der Ebene von Monceau. Dorthin wurde durch Komitémitglieder sogleich die wichtige Nachricht aus Wien gebracht und mit donnerndem Jubelrufe empfangen. Man beschloß, sogleich die Nachricht in ganz Paris zu verkünden, da sie sonst erst durch die Abendjournale gebracht worden wäre. Alle Anstalten wurden sogleich getroffen, und der Zug setzte sich um 2 Uhr von der Ebene von Monceau herab in Bewegung. Das Komite mit seinem Präsidenten, G. Herwegh, schritt voran, hierauf die Tambours und das Sängerchor und zwischen zwei schwarz-roth-goldnen deutschen Fahnen ein riesiges trikolores Banner mit folgender Inschrift: „Révolution à Vienne! Le 13. Mars. — Metternich chassé! — Il tyrannise toute l'Allemagne! — Il hait la république Autriche!“ Nach diesem Banner folgten die 20 Kompagnien mit ihren Führern und Fahnen, von einer ungeheuren Volksmenge begleitet. So ging es mit klingendem Spiele und deutschen Liedern durch die Faubourgs Roule und St. Honoré zur Madeleinekirche und von da über die lange Reihe der Boulevards. Da es Sonntag war und das Wetter sich aufgeklärt hatte, wimmelte es von Menschen. Man kann sich keinen Begriff von dem enthusiastischen Jubel der Franzosen machen, als sie so die erste Kunde von dem großen Ereignisse echielten. Alles stürzte herbei, las die Inschrift, von allen Seiten schrien die Leute: „Est-ce vrai? — Est-ce possible?“ und als ihnen gesagt ward, die Nachricht sei offiziell, da ertönte ein donnerndes: „Vivent les Allemands! — Vive la liberté!“ — Alle 500 Schritte mußte Halt gemacht werden, um die Neugier der Menge zu befriedigen, ein Komitémitglied stieg dann auf einen Stein, las in seiner Sprache die Nachrichten aus Wien vor und brachte dann ein Vivat auf den Untergang der heiligen Allianz des Absolutismus und die neu entstehende heilige Allianz der Völker aus, welches unter allgemeinem Jubel wiederholt ward. Polen kommen gestürzt, Italiener, Ungarn, Alle wollten kaum ihren Augen glauben, und als sie nun sahen, daß Alles wirklich und wahr sei, da fiel man sich in die Arme, man beküßte und küßte sich, Franzosen und Polen, Deutsche und Italiener hielten sich umarmt, Thränen standen in aller Augen, es war ein großes, feierlicher Augenblick. — Mit unbeschreiblicher Begeisterung hielt auf dem Boulevard St. Martin ein Franzose eine Anrede an den Zug, die er mit den Worten schloß: „Ehre den wackern Bürgern Wiens, die das Beispiel ihrer Pariser Brüder so schnell und so glorreich befolgt haben!“ Noe lautre Reden, Vivat, Ehrerbezeugungen, zugeworfenen Blumen kam der Zug nur langsam vom Flecke und kam so erst um 6 Uhr vor dem Stadthause an, wo schon eine unabsehbare Menschenmenge den Greveplatz deckte. Die Deputation war von dem Volke mit den beständigen Jubelrufen: Vive l'Allemagne! Vive l'Autriche! Vive la Pologne! Vive la sainte alliance des peuples! Vive la République universelle! begrüßt und von dem Generalsekretär der prov. Regierung, Bürger Pagnerre empfangen. Mit wenigen Worten erklärte ihm die Deputation, sie habe sich unwiderstehlich gedrängt gefühlt, der Regierung Frankreichs zu einem Ereignisse Glück zu wünschen, das nicht nur dem Absolutismus in Europa für immer bricht, sondern das auch den Krieg unmöglich macht. Sobald alle Völker frei seien, würden sie sich auch nicht mehr bekriegen, nur dem Despotismus sei der Krieg stets Mittel oder Zweck. — Der Bürger Pagnerre antwortete: Frankreich habe es am Abende des 24. Febr. wohl begriffen, daß der Sieg dieses Tages nicht nur dem französischen Volke, sondern auch allen andern Völkern die Freiheit gebracht habe, mit Freude hätte man in Frankreich gesehen, mit welcher Energie und Kraft die deutschen Völker sich für ihre Freiheit erhoben hätten, und Frankreich rufe seinen deutschen Brüdern jubelnd zu: Seid groß! seid stark! seid frei! — Nach vielem Zubelrufen, gegenseitigen Vivat und mehreren Reden, die hier in französischer Sprache gehalten wurden, setzte sich der Zug wieder in Bewegung nach der Place du Châtelet, wo er sich auf Kommando aufstellte und jede Sektion nach ihrem Stadtviertel abzog, auf dem ganzen Wege noch von Volkshaufen begleitet, die herzlich mit den Deutschen fraternisirten und sie nie anders als „frères allemands!“ nannten. Heute um 4 Uhr wird das Komité des deutschen demokratischen Klubs von der prov. Regierung auf dem Stadthause empfangen. Uebermorgen ist eine Fraternitätsversammlung gemeinschaftlich mit der polnischen demokratischen Gesellschaft, die eine an sie gerichtete Adresse auf das Herzlichste beantwortet hat. Eine große Anzahl Deutsche hat bereits Paris verlassen und ist nach Deutschland zurückgekehrt. Man erwartet nun mit Ungeduld Nachrichten aus Berlin — ist jedoch vollkommen über die Zukunft beruhigt, denn nun, wo der Absolutismus auch in Oesterreich gefallen ist, ist an einen Krieg gegen die Freiheit nicht mehr zu denken. Die Zeitungen sind alle voll Jubel über die Wiener Revolution und die sie auch im Osten anbrechende Morgenröthe der Freiheit; das Journal des Débats sagt: es sei nicht erstaunt über dieses ungeheure Ereignis, denn es habe sich in den letzten vier Wochen so an Ueberraschungen gewöhnt, daß es über Nichts mehr erstaunen könne. Der National begrüßt das neue eingetretene Oesterreich mit lebhafter Sympathie; „Metternich, euft er aus, ist besiegt worden und mit ihm der Despotismus des Nordens. Polen wird sich wieder erheben, und die Polen werden Hand in Hand mit den Deutschen und Franzosen die Russen und ihren barbarischen Despotismus nach Asien hinüberdrängen. Auch Italien ist frei, das ihm fortwährend an die Kehle gesetzte blutige Messer fällt aus den Händen der Henker. — Ja, von Oesterreich, von dem freien Oesterreich aus wird die Quelle der Freiheit für ganz Deutschland, für Polen und Italien fließen.“ — Die gleiche Sprache ist die Sprache der andern Journale, — Alle sehen in der Wiedergeburt Oesterreichs die sichere Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens. — Im Luxemburgpalaste war gestern große Versammlung der Abgeordneten der Arbeiter und der Meister alle Gewerke und Professionen unter dem Vorsitze der Regierungsmitglieder Louis Blanc und Albert. Diese Sitzung war aber zu Ende und Alles im Begeiffe auszubrechen, als Louis Blanc einen Brief von Lamartine mit den Nachrichten aus Wien erhielt. „Einen Augenblick noch, meine Freunde, rief er der aufbrechenden Versammlung zu, nur zwei Worte!“ (Allgemeine tiefe Stille.) „Unser Beispiel hat eine glorreiche Nachahmung gefunden — Wien ist am 13. März aufgestanden — Metternich ist verjagt — Oesterreich ist frei!“ — Den Jubel; der diesen Worten folgte, zu schildern, würde unmöglich sein — die Freudenrufe, die Vivat wollten gar kein Ende nehmen.

---

Der „Moniteur“ enthält heute folgende amtliche Bekanntmachungen: Ecstens General Subervie wird des Kriegsministeriums enthoben und an die Stelle des Marschalls Gerard zum Kanzler der Ehrenlegion ernannt. Zweitens, das Portefeuille des Krieges übernimmt interimistisch der Bürgermarineminister Arago. Drittens, die Handelsgerichte werden ermächtigt, in allen Fällen, wo bereits ein Urtheil zur Eintreibung einer Schuldforderung gefällt ist, dem Schuldner noch eine Frist von drei Monaten zu gewähren und die Vollstreckung des Urtheils so lange auszusetzen.

Die Polizeipräfektur zeigt an, daß eine große Menge ausländischer Arbeiter von allen Seiten nach Paris strömt, um in den Nationalwerkstätten Arbeit zu finden. Die Polizeipräfektur macht diesen Fremden bekannt, daß die National werkstätten nur für die Franzosen seien, daß die Fremden dahze in ihrer Heimath bleiben sollen, widrigenfalls man sich gezwungen sehen würde, sie auszuweisen. Unter den französischen Arbeitern regt sich überdies das Verlangen, die Konkurrenz der in Paris bereits wohnhaften Handwerker, namentlich der in großer Zahl dort vorhandenen Deutschen, beseitigt zu sehen,

Digitized by Google

**Preußen.** ** Berlin, 18. März. Haben Sie Geduld mit mir heute. Mir bricht das Herz über das, was Sie von mir erfahren sollen. „Zu spät", „zu spät" — o, der König hat Ihre Mahnworte keines gelesen. — Gestern Mittag lasen wir an den Straßenecken einen Anschlag der Stadtbehörden, daß ein auf den freisinnigsten Grundlagen beruhendes Preßfreiheitsgesetz bereits vollzogen, daß der Landtag auf den 4. April berufen sei, und der König mit Ausführung der umfassendsten Entschließungen umgehe, die das Vaterlandes Wohl auf immer sichern würden. Ein Anschlag der Reb. der Allg. Pr. Z. nahm von den Entschließungen Umgang. Noch waren die Gemüther in Spannung. In der Aula der Universität trafen die Studenten, welche den Straßenaufstand, der beginnenden Aufstand hatten erflehen helfen, die entwürdigendsten Vorwürfe. Die Schuppgenossen sahen dem Abend besorglich entgegen; Freude und Unzufriedenheit würden sich mischen; die Unzufriedene hies nutzen; aber man meinte, der heutige Tag werde die Unruhen beschlichten. Im königlichen Schloß hatte mittlerweile der entsetzliche Vorschlag, Berlin in Belagerungszustand zu setzen, kein Gehör gefunden, obwohl der Minister v. Bodelschwingh wußte, daß eine Anzahl Emissäre zur Nacht hereingekommen wären und Geldvertheilungen stattgehabt hätten. Die Abgeordneten aus den Rheinlanden waren darauf der dem König und verkündeten den drohenden gewissen Abfall unsrer herrlichen Provinz, wenn nicht alle Forderungen sofort gewährt würden. Nach einer kurzen Pause gestand der König Alles zu. Zeit sollte gelassen werden, um allem dem Gesetzeskraft zu ertheilen; aber die Abgeordneten sollen darauf gedrungen haben, daß durch den Telegraphen sogleich nach Köln die Nachricht gelange. Es war ein herrlicher Frühlingstag! Minister v. Thile sah man bleich, wie eine Leiche, im Schloßhof seinen Wagen besteigen. Die Nachricht von seiner, von Eichhorns, von Savigny's Entlassung, sogar von der bevorstehenden des Hrn. v. Bodelschwingh machte die Runde. Die Reformbewegung hatte gesiegt. Tausende zogen unter Vivatrufen nach dem Schlosse. Der König erschien wieder auf dem Altan. Immer neue Schaaren zogen heran. Unter die Jubelrufe mischte sich die Forderung, daß das Militär entfernt werde. Man glaubte dessen gewiß zu sein. Warum verbarrikadirt sich ein deutscher König vor der Dankbarkeit seines Volkes? In Fetzkleidern waren aus allen Ständen die frohen Menschen herbeigeeilt. Um rück, wie zum Abmarsch, ward Kanonade in einen Theil der Schloßhofes, der die Maßregel des Verderbens und Unsinns veranlagte, Balkenstein; ich würge nicht dafür) — aber gegen das Volk; eine kleine Kollision entsteht, eine sekundenlange. Die Schutzbeamten — wie es heißt — werden zurückgedrängt. Da fallen zwei Schüsse. Wie das Unglück geschah, wird verschieden erzählt. Ich weiß, daß an dem Kopf eines Studenten eine Kugel vorbeipfiff; man sagt, ein Andrer sei verwundet! Mit den heiligsten Betheurungen wird versichert, hier walte ein fürchterliches Mißverständniß. Von hier aus erhub sich der Entsetzensruf, der vor Guizots Hause gehört wurde. Verrath, Verrath! Treubruch! — In der Aula der Universität zerrissen die meisten der stud. Schutzgenossen ihre Binden, ihre Zeichen. Ihnen war das Wort gebrochen. Sie waren nicht Friedensstifter, sie waren Polizeisoldaten gewesen; sie fühlten sich entehrt. Ein lauter Schrei: „Zu den Waffen", „zu den Waffen"! — In den Straßen alle Bürger vor den Häusern; Augenzeugen schilderten mit brennenden Farben den „schrecklichen Verrath". Gegen die „Bluthunde" erhob sich ein lautes Racherufen. In einer halben Stunde waren in fast allen Straßen Barrikaden errichtet, überall sah man Waffen. Aber welche! Alte Säbel, Eisenstäbe — Alle Waffenläden waren auf Einmal geleert. In der Marienkirche — so wurde im Polizeipräsidium gemeldet — läutete man die Sturmglocke. — — War es ein Mißverständniß? — daran konnte Niemand glauben, der die endlosen Schaaren von Truppen erblickte, die wie mit Zauberschlag ringsum dastanden. Mit jedem Augenblick stieg die Erbitterung. Hr. v. Minutoli, der Polizeipräsident, ohne dessen Anordnung ganz wider alle Ordnung in jenem verhängnißvollsten Moment die Truppen ausmarschirt waren, setzte vergebens um Zurückziehung der Heeresmassen. Auf dem Schloßplatz, von einem Leiterwagen herab, verlasen Männer jene königl. Proklamation, die vor einem Tage, die ohne jene zwei Schüsse Preußen und Deutschland auf den Gipfel des Ruhms geführt hätte! Die Menge schaarte sich immer dichter, aber jubelnd! Einer der Offiziere meinte Anfangs, das wäre wol eine Petition, denn es wäre von deutschem Heimathsrecht die Rede. Wir sahen dann die königl. Proklamation unter Milliärs cirkuliren und Freude wecken. Da rückten die Ulanen gegen diese frohe Versammlung; denn sie müsse auseinander! Sie zerstreute sich; nur Truppen blieben. Unter den Militärs wurden hier und da die wärmsten Sympathien für das Volk laut, aber wohlverstanden an keinem Orte der leiseste Gedanke, die Partei des Volks gegen den König zu ergreifen. In diesem Augenblick geschah noch alles Denkbare, damit das Militär entfernt werde. Ein Student bewog den Minister v. Bodelschwingh, nochmals Schritte beim König zu thun. O, es war zu spät. Das ist das Fatum; dann hat der Unbedeutendste Gehör, wenn Nichts mehr hilft. Zwei Studenten bewogen Hrn. v. Minutoli, durch die Straßen mit ihnen zu ziehen, um wo möglich zu beruhigen, dann die bewaffneten Studenten aufzusuchen. Er säumte keinen Augenblick. Wer diesen Zug sah! Ueberall weißen aus den Häusern weiße Tücher, überall Lebehochrufen. Alles umringte ihn. Schon vorher war er in's Schloß getreten, wo Generale vornehmer, oder der sich dafür ausgab, hatte in zahlosen Bürgerhäusern ausgeruht, alle militärischen Magregeln seien von ihm ausgegangen. Vergebens. Man rief ihm zu, die Truppen sollten entfernt werden, dann sollten alle Barrikaden fallen, dann wolle Jeder nach Hause! Mit dem Wuthgeschrei verweigerte man den Abbruch jeder Barrikade. Der Präsident wurde herübergethoben, getragen; manche theilweis zerstört, ihm Bahn zu machen. Ein langer Zug bewegte sich ihm nach, mit und ohne Waffen. An dem Militär ging es schwierend vorbei. Mitunter die Frage, ob es in den Teb gehe? Zur Universität war nicht möglich zu gelangen. Eine und eine halbe Stunde Wegs war zurückgelegt. Der Präsident, oft erdrückt von stürmischen Fragern, von der Bevölkerung, daß der König und er allein beliebt sei, ruhte für einen Augenblick in einem Hause. Der ganze Platz blieb davor. Nun fragte er, was sie wollten, er wolle ihrem Wunsch willfahren. „Entfernung der Truppen aus der Stadt"! — Ob sie hier bleiben wollten? „Nein, sie müßten mit ihm ziehen". So ging es zu 3 und 3 in Todtenstille an allem Militär vorbei, nur wenn Schüsse fielen, Wehklagen, oder wenn aus den Fenstern Tücher wehten, Jubelrufen. Der Präsident ging voran. An der Universität standen im Hofe viele Studenten, die nach Waffen verlangten. Sie riefen ein trostloses Hoch dem Zuge. Da zischende Menge antwortete mit einem Hoch auf die Studenten. So kam man zum Lustgarten. Hr. v. Minutoli trat mit dem gegenüberhaltenden Anführer der Ulanen in Besprechung; die Leute würden ihn ruhig erwarten. Dieser, Hr. v. Gansauge, hielt eine kurze, warme Ansprache; er habe jetzt ein Auge auf sie und seine Truppen; die Ulanen wären nicht gegen die Bürgern. Alles stieß tobtenstill und unbeweglich am Ort. Der Zug ging nun mit drei Begleitern ins Schloß, nachdem er den ganzen Haufen um sich versammelt und die Wünsche sich hatte nennen lassen — „Entfernung aller Truppen aus der Stadt und der König im offnen Wagen durch die Straßen; alle Barrikaden würden niedersinken!" Als Pr. v. M. den Schloßhof betrat, rollte das erste Geschütz durch den Hof nach der Königsstraße, wo ein furchtbarer Kampf entbrannt war, aus den Fenstern geschossen wurde! Noch war der Präsident kaum im Vorsaal, da donnerte die erste Salve. „Zu spät, zu spät" — was Lakaienherzen haben fühlten, das sagen die dort gefallenen Worte: „Wenn Einige purzeln, dann kommt Alles in Ordnung." Eben verließ der Oberbürgermeister mit Andern das königliche Gemach. Hr. v. M. kam unverrichteter Sache wieder. Seine Begleiter litten nicht, daß er mit hinausginge, da sie ihn überkannt zu dem schweren Gange bewogen gehabt. Sie übernahmen es, den Versammelten zu sagen, es sei Nichts erreicht, aber Hr. v. M. bleibe im Schloß, um alles Mögliche zu versuchen, um in der Königsstadt das Unheil irgend zu mindern. In dumpfer Stimmung, aber lautlos zerstreuten sich die Versammelten. Nur unterwegs „gemordet" zu werden besorgten sie. Hr. v. Gansauge ließ fest zusagen, nirgend greife das Militär an; es solle nur die Barrikaden nehmen und vertheidigen. Aus dem Gebäude der Zeitungshalle waren Schüsse gefallen; es wurde demolirt und besetzt. In der Universität erschien der Senat; er war beim Könige gewesen, die Entfernung der Truppen zu erbitten. Hr. v. Thile hatte die Maßregeln dort vertheidigt. Der König hatte nicht glauben mögen, durch jene Unglücksfalle sei der Aufstand hervorgerufen; in seinem unseligen Wahn bestärkte ihn die Geistlichkeit, daß Emissäre Geld ausgetheilten und überall auftreizten. Ja, ich weiß, es hat Jemand mit eignen Augen Geld vertheilen sehen. Ich will Ihnen am Schluß sagen, welche Ahnung mich schaudern macht. Der König ließ den Studenten, deren Verwahrung, daß sie für die deutsche Reformbewegung begeistert wären und für die Ordnung Sorge trügen, weil Staatsangelegenheiten nicht der Weg zu großen Reformen seien, daß in solchen Zeiten jede Täuschung verderblich und Offenheit Pflicht sei, in seinen Händen war, sagen: sie seien seine Freunde, er werde ihrer in noch furchtbarreren Augenblicke benöthigt sein. Als der Rektor dies mittheilte, erhub sich ein wildes Geschrei; man rief um Entfernung der Truppen; mit jedem Schuß auf unser Volk verliere der König die

Digitized by Google

edelsten Herzen, er habe sie wohl schon verloren; endlich wolle man Waffen. Woher sie nehmen? Alles zerfest. Da brachten Studenten einen gefangenen Officier. Ihn befreiten in fürchterlichstem Gedränge andere Studenten und die Senatsmitglieder, um ihn an der Wache abzuliefern. Einer Gewalthat an dem Einzelnen, war Einer deren fähig? — — Von nun an, die ganze Nacht hindurch bis 6 Uhr Morgens dauerte der Bürgerkrieg in den Straßen. Zuletzt soll er am Schlosse sich konzentrirt haben: Flammen rötheten den Horizont; eine Artilleriekaserne oder Werkstatt war angezündet. Alle Eisengitter waren zu Waffen verwandt. Die Kartätschen donnerten unaufhörlich. Kein Ende abzusehen. Siegen die Truppen, siegt das Volk, — nirgend Segen! Dem Senat hatte der König in tiefem Schmerz gesagt: „Ich hatte mich wollen an die Spitze von Deutschland stellen!“ — Nach einer wundervollen Mondnacht ist heute ein sonnenheller Frühlingssonntag. Alles ist friedlich. Alles? Die Straßen sind mit eingerückten Truppen besetzt. Alle Bürger gehen ohne Waffen. Aber es wird schon kommen! Eine königliche Proklamation ist angeschlagen; alles Geschehene soll vergessen sein, das Volk solle auch vergessen und vergeben; wenn die Barrikaden fallen, soll das Militär entfernt werden; die Bitten der kranken Landesmutter vereinigen sich denen des Königs. Seiten sieht Jemand bis ans Ende! Mißtrauen! Erbitterung, Hohn antworten. Rücken nicht immer, immer mehr Truppen ein? Wie stimmt das? — Wenn das Militär entfernt ist, lautet die Antithese, dann sollen die Barrikaden fallen. Und über diesem Gegensatz werden wir zu Grunde gehen. Ein furchtbarer Fanatismus, der Wahnsinn der Revolution hat die Gemüther ergriffen; unbewaffnet oder mit Stöcken ein Bürger gegen die Soldaten! Was ist das Bürgen Leben? — Fortwährend werden Todte und Verwundete getragen; Kinder und Weiber folgen oft. Es sind aber wirk mehr Soldaten, als Bürger gefallen, heißt es. Man erzählt die rührendsten Einzelnheiten von dem Militär. Sie gingen oft blind ins Feuer und schossen in die Luft, immer in die Luft, während man aus den Häusern kochendes Wasser herabgoß. Mit Thränen, mit Jauchzen erzählten Militärs, daß sie noch keine Patrone verbraucht haben. Wo sind die Friedensboten? Bald erneuert sich der Kampf der Brüder gegen Brüder. — In Kurzem, wovon ich durchdrungen bin: Russisches Geld reizt das Volk auf, russischer Einfluß hetzt am Hofe — und die russischen Referen sind einberufen. Es gilt gegen Deutschland! Und unser König ist das Schlachtopfer der Russen! — Gbtn kommt ein wahres Evangelium: Die Truppen rücken aus. Es ist Friede!

**Berlin**, 18. März. Dem Brsln. Beobachter wird geschrieben: Dem Vernehmen nach wird der deutsche Fürsten- und Ministerkongreß in Folge der neuesten politischen Vorgänge in Wien, nicht, wie es Anfangs beabsichtigt war, am 25. d. M. in Dresden stattfinden. (Den Leuten des Rh. Brob. scheint noch immer nicht klar zu sein, welche Stimmungen in Deutschland über einen Fürstenkongreß herrschen; daß man von dort aus durchaus keine Bundesverfassung wünscht und erwartet, will ihnen gar nicht zu Sinne. Und doch liegen die Dinge so, daß bald Niemand mehr den Muth haben wird, von einem Kongresse, wie wir sie zu Wien, Aachen, Karlsbad, Verona traurigen Angedenkens riefen haben, ernstlich zu reden.)

△ **Preußen**, 19. März. Durch die Bewilligung der Preßfreiheit des Landtags, durch die Berufung für den nächsten Monat, durch die Zusage eines sofort zu publizirenden Preßfreiheitsgesetzes hat sich Preußen nunmehr ganz auf die konstitutionelle Basis gestellt, und durch den völligen Systemwechsel in Oesterreich ist der Hemmschuh beseitigt, der Preußen an dem ferneren Fortbau auf dieser Basis noch hätte hindern können. Es sind so die Schwierigkeiten als gehoben anzusehen, die noch vor ganz Kurzem der einheitlichen und fortschreitenden Entwicklung der politischen Institutionen des Nordens und Ostens von Deutschland mit denen in Süd- und West-Deutschland entgegenstanden. Einer homogenen Verschmelzung aller Theile des großen Vaterlandes steht also weniger als je Etwas entgegen. Nur Eins kann dem gleichzeitigen Fortschritte des Ganzen noch Gefahr bringen, das ist die Uebereilung dieses Fortschrittes im Süden und Westen, die es dem Norden und Osten unmöglich machen würde, Schritt zu halten, und damit einen Bruch herbeiführen würde, der vielleicht unheilbar wäre. Das große Vaterland zählt 30 bis 40 Millionen Menschen, einige Millionen des Südwestens können eben so wenig verlangen, daß alle Uebrigen sich nach ihnen richten, wie dies umgekehrt der Fall sein dürfte. Der große Zweck der Einheit kann nur durch etwas Geduld von der einen und durch Entgegenkommen von der andern Seite erreicht werden. Dies Entgegenkommen ist eingetreten; Preußen wird fortan in Wahrheit ein konstitutioneller Staat sein; Oesterreich tritt plötzlich nach langem Stillstand, ja Rückschritt, in die Bahn der freien Entwicklung mächtig ein und schreint fest entschieden, das Verfäumte kräftig nachzuholen. Es hat kaum einen ähnlichen Zeitpunkt in der Geschichte gegeben, wo Deutschland in der ganzen geistigen und politischen Strömung auf derselben Linie gestanden hätte, wie jetzt. Möge diese innere Harmonie nicht durch Dissonanzen gestört werden, die unberechenbare Folgen über Deutschland bringen, für lange wieder alle die hitzen Wünsche des einheitlichen nationalen Zusammenhanges in weite Ferne stellen und für die nächste Zukunft Deutschland als Ganzes unfehlbar nach Außen und Innen schwächen und zurückbringen würden. Mögen daher vor Allem die Männer, die jetzt das öffentliche Vertrauen genießen, bedenken, wie in den Augenblicken so fiebethafter Aufregung auch die wohlgemeintesten Unternehmen sich anders gestalten und viel weiter entwickeln können, als es beabsichtigt war, zumal wenn sie zum Gegenstand der Berathung und Mitwirkung der großen Massen gemacht werden. Sind erst die Dämme der gesetzlichen Ordnung einmal gebrochen und die Schleusen der auch aus ursprünglich edlen Motiven entsprungenen Leidenschaften geöffnet, dann sind auch die Garantien der Freiheit verloren, denn wahre Freiheit gedeiht nur mit der Ordnung.

* **Münster**, 18. März. Die französische Revolution und namentlich der Aufstand der Odenwälder Bauern beginnen ihre Rückwirkung auch auf unsere Bauern zu äußern. Bereits ist der Aufstand gegen einen unserer Adeligen, der stets mit besonderer Strenge gegen seine Pächter, sowie namentlich gegen Forstfrevler verfuhr, losgebrochen; man hat sein Schloß zerstört und er selbst hat sein Heil in der Flucht suchen müssen; er ist diesen Morgen hier angekommen. Auch an andern Orten des Münsterlandes hört man von einer sehr aufgeregten Stimmung unter den Bauern, die von den Adeligen lang genug hysterratisch ausgesogen worden; denn unsere meisten Bauern stehen noch in gutsherrlichem Verbande und haben bedeutende Abgaben an ihre Herren zu leisten. Es steht von dieser Seite noch sehr Schlimmes zu befürchten. Der münsterländische Bauer ist erst in den letzten Jahren zur Erkenntniß seiner drückenden Lage gekommen, aber diese Erkenntniß ist auch eine vollständige; er hat aus dem berüchtigten, vom Adel provozirten Jagdtheilungsgesetz die dem Bauernstand nachtheiligen Absichten des Adels hinlänglich kennen gelernt, und seitdem hat sich der ihm gegen denselben eine feindselige Stimmung erzeugt, die keine Grängen kennt. Nicht minder als unter dem Bauernstande herrscht unter der arbeitenden Klasse eine unruhige Stimmung. In der Fabrikstadt Iserlohn ist gestern sogar ein förmlicher Aufstand unter den Arbeitern ausgebrochen, der, wie es heißt, mit einer gänzlichen Niederlage der vor einigen Tagen dorthin abgegangenen Truppen geendet haben soll. Gestern Abend langte hier eine Staffette an den kommandirenden General v. d. Gröben an, in Folge deren er noch in der Nacht nach Iserlohn abgereist ist. Selbst hier kommt allmählig das politische Bewußtsein zum Durchbruch. Wie wir hören, soll morgen wirklich eine Bürgerversammlung zur Entwerfung einer Petition an die Stadtverordneten behufs einer an den König zu richtenden Adresse Statt finden; geben, wie voraussehen, die Stadtverordneten auf diesen Wunsch nicht ein, so wird ihr Regiment wohl die längste Zeit gedauert haben. Gegen unseren aristokratischen Magistrat herrscht eine sehr erbitterte Stimmung.

**Baiern.** †† Nürnberg, 17. März. Bei Ferdinand Enke in Erlangen erscheint soeben und werden am 18. März versendet werden: „Ideen zu einer deutschen Reichsverfassung von Dr. Eisenmann“. Der Verfasser schlägt vor, die Würde eines deutschen Kaisers unter den Monarchen von Oesterreich, Preußen und Baiern in der aufgeführten Ordnung der Art wechseln zu lassen, daß jeder der drei genannten Monarchen das Reich 5 Jahre zu verwalten hätte, worauf unbedingt der Nachfolger in die Würde eintreten würde. Dem Kaiser würde als Staatsrath ein Rath der Fürsten zur Seite stehen; ein verantwortliches Reichsministerium würde die Geschäfte führen und ein oberster Gerichtshof des Reichs die Reichsfragen der Fürsten unter sich, und überhaupt alle allgemeine deutschen Rechtsfragen entscheiden. Der obersten Gesetzgebungsmacht des Reichs steht ein deutsches Parlament mit einer Volkskammer gegenüber u. s. w. Garantien gegen Usurpationen sind genügend angedeutet. Da das Schriftchen obnedies bald in Jedermanns Händen sein wird, so enthalten wir uns einer näheren Anzeige.

**Osnabrück**, 17. März. Eine Adresse „an die Bewohner der Stadt Göttingen“ ist hier in Umlauf gesetzt und mit zahlreichen Unterschriften bereits versehen. Die Unterzeichneten sagen darin: durch diese öffentliche Erklärung, die sie sofort nach erhaltener Nachricht von den empörenden Auftritten zu Göttingen hiermit erlassen, haben sie ihren Mitbürgern „ihre Entrüstung bezeugen und nöthigen Falls

Digitized by Google

ihre thätige Mithilfe zur Abschaffung solcher gesetzlosen Zustände versprechen wollen". (K. Z.)

**Frankfurt**, 14. März. Die Allg. Z. berichtet: Am 8. März habe der badische Bundestagsgesandte erklärt: Wiewohl bath Baden ausgesprochen, daß es den bisherigen Zustand der Bundespreßgesetzgebung für unzweckmäßig halte, so habe in ruhigen Zeiten das Opfer gebracht, an dieser festzuhalten, in der Hoffnung, daß der Bund die Verheißungen des Art. 18 der Bundesakte erfüllen werde. Er freue sich daher, daß der Bundesbeschluß vom 3. März Aussicht zur Erfüllung dieser Hoffnung gebe. Schon am 9. März wegen ein Ausschuß gewählt dessen Berichterstatter, man sagt v. Blittersdorff, schon Tags darauf einen Bericht, im Wesentlichen folgenden Inhalts, vortrug: Das Organ des deutschen Bundes, die Bundesversammlung, habe längst das allgemeine Vertrauen verloren, und schon die Grundverfassung des Bundes sei mangelhaft gewesen. Gegenstände habe er in sich aufgenommen, welche den einzelnen Bundesgliedern hätten überlassen bleiben können, während solche, bei denen dies nicht der Fall sein darf, von seiner Kompetenz ausgeschlossen seien. Anderes sei bloßes Versprechen geblieben, und diese Versprechungen seien Täuschungen gewesen, weil ihre Erfüllung von Einhelligkeit der Stimmen abhängig gemacht wäre. Hieraus sei einestheils eine so ausgedehnte Souveränetät der einzelnen Bundesstaaten und daher die Abhängigkeit der Bundestagsgesandten von den Instruktionen ihrer Höfe entstanden. Die Protokolle der Bundesversammlung seien Nichts als Repositorien von Verträgen ohne Leben und Zusammenhang, ohne Austausch der Ansichten, ohne folgerichtiges Ergebniß. Hiezu komme die mangelhafte Geschäftsordnung, welche durch die langen Abwesenheiten des Bundestagspräsidialgesandten noch mehr gehemmt sei. So habe das Ansehen der Bundesversammlung von Tag zu Tag sinken müssen, um so mehr als auch viele Bundesregierungen, die oft müssam zustandegekommenen Beschlüsse häufig nicht veröffentlicht oder nicht befolgt oder für unverbindlich erklärt hätten; oder solche Beschlüsse sein veröffentlicht und befolgt, die der öffentlichen Meinung entgegentraten. Inzwischen bildeten die Ständerversammlungen die landständischen Verfassungen (denen also die verkehrte Einrichtung der Bundesversammlung zum Segen gereichte) zu wahren Repräsentativverfassungen aus und wurden zugleich durch die Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen zu Trägern der öffentlichen Meinung, so daß die deutschen Völker (was zur Geschichte ihrer politischen Ausbildung gehört) sich immer mehr den Ständeversammlungen als den Regierungen zuwandten. Sondererreine der einzelnen Regierungen gewährten keine Entschädigung für die Unpopularität des immer mehr verstummenden Bundes.

In solcher Lage wurde Deutschland von den neuesten Ereignissen überrascht, so daß die Revolution hier Vieles zu ihren Gunsten vorbereitet fand. Die plötzlichen Zugeständnisse der Regierungen stehen mit dem bisherigen Bundessystem im Widerspruch, dieses muß also schon deßhalb verändert und die Centralgewalt des Bundes im volksthümlichen Sinne bedeutend erweitert werden. Die neuesten Bundesbeschlüsse und Aufrufe haben zwar bei vielen Einzelnen einen guten Eindruck gemacht, im Allgemeinen aber kein Vertrauen zu erwecken vermocht. Also müsse die Bundesversammlung sich schleunigst mit Umgestaltung der Bundesverfassung auf zeitgemäßer, volksthümlicher Grundlage beschäftigen. Dann werde sie die Augen des deutschen Volkes auf sich ziehen und, gelinge das große volksthümliche Werk, das allgemeine Vertrauen gewinnen. Dies ist der wesentliche Inhalt des merkwürdigen Berichtes, welchen Hr. v. Blittersdorff so rasch im Sinne seiner Regierung erstattete. Fast hätte ich vergessen, daß derselbe auch die Heidelberger Versammlung vom 5. März in ehrender Weise erwähnt und als ein Gegengift gegen die zum Theil unpatriotischen Bestrebungen der Republikaner und Ultraradikalen darstellt. Tags darauf schlug er dann bekanntlich im Auftrag seiner Regierung vor, daß die Bundesversammlung zur besseren Ausbildung des Organs des deutschen Bundes weitere Einrichtungen, insbesondere eine ständische Vertretung der deutschen Bundesländer bei der Bundesversammlung in Berathung nehme, und wieder Tags darauf machte er als Berichterstatter des Ausschusses den bereits aus den öffentlichen Blättern bekannten Antrag, unverzüglich Männer zuzuziehen (auf jede der 17 Stimmen des engern Rathes einen), die das öffentliche Vertrauen genießen*).

**Schleswig-Holstein.** * Kiel, 14. März. Gestern war in Ihrhoe die Wahl der Geistlichen und Städter zur Berathung der von dem König von Dänemark intendirten Verfassung für Dänemark und die Herzogthümer. Erwählt wurden für die Geistlichkeit der Oberconsistorialrath Paulsen in Altona (Superintendent Probst Kalemann), für die Städter der Obergerichtsadvokat H. R. Clausen und der Einsendahvindirektor Th. Olshausen in Kiel (Stellvertreter Advokat Baumann). In dieser Woche werden die Universität und die Ritterschaft wählen. Man nennt als Wahlkandidaten für die Universität den Etatsrath Prof. Falk, Prof. Ravit und Prof. Droysen*). Die Liberalen wünschen den Letzteren. Seine Wahl ist aber sehr fraglich. Die Ritterschaftlichen werden muthmaßlich den Grafen Joseph Baudissin, den Grafen v. Ranzau (vormals Gesandter in Petersburg, der in Folge des offenen Briefes seinen Abschied nahm), den Grafen Eugen Reventlow (der seinen Gesandtschaftsposten in Berlin in Folge des offenen Briefes verließ) und den Grafen Blom wählen. Die von den holsteinischen Städtern Gewählten werden der Bürcaukratie in Kopenhagen sehr unwillkommen sein. In Schleswig wird jedenfalls Beseler gewählt, wahrscheinlich auch der Obergerichtsrath Riekels, ein sehr entschiedener und tüchtiger Mann, muthmaßlich überdies der Obergerichtsadvokat Bremer in Flensburg. Uebrigens sind diese Wahlen jetzt nicht erheblich, da man nicht glaubt, daß die Gewählten nach Kopenhagen kommen, indem inzwischen die Sachen eine andere Wendung erhalten. Denn wahrscheinlich haben die den 11. März in Kopenhagen zu einer großen Versammlung berufenen Dänen die Regierung genöthigt, Schleswig dem dänischen Staate zu inkorporiren. Mehrere Linienschiffe und Fregatten in Kopenhagen werden gerüstet, die Festungen werden ausgebessert, wahrscheinlich intendiren die Dänen kriegerische Unternehmungen. Die Nachrichten vom 11. kommen hier erst morgen den 15. an. — Unterm 10. März ist hier Versicherheit eingetroffen durch eine provisorische Verordnung, welche wenig befriedigt. Da Schriften von 6 Bogen und darunter der deren Herausgabe der Polizeibehörde zu übergeben sind, so haben wir ja Präventionsfreiheit behalten. Der schleswig-holsteinischen Regierung, deren Präsident, v. Scheel, die politisch-politischen Angelegenheiten allein zu erledigen hat, ist nicht einmal eine Frist bestimmt, innerhalb welcher sie über die Beschlagnahme zu entscheiden hat. Der fiskalische Proceß beim Obergericht ist sehr langwierig und kostspielig. Eine Beschlagnahme durch die Gerichte zu beseitigen, wird leicht eine Zeit von 8 bis 10 Monaten, und wenn, wie gewöhnlich, die Sache unter Kostenvergleichung entschieden wird, etwa 60 bis 70 pr. Thlr. kosten. Die häufigen Vornahmen solcher Prozesse gegen den Staat kann die Journalistik natürlich nicht aushalten. — Hinsichtlich des Versammlungsrechtes sind wir denn auch nur einen kleinen Schritt weiter gekommen. Dem in Kiel gestifteten Bürgerverein ward die Verhandlung politischer Sachen verboten. Der Verein erklärte dem Polizeimeister K. schriftlich, er werde sich an dieses Polizeiverbot nicht kehren, da das Versammlungsrecht durch ein Gesetz anerkannt sei, und dieses Recht nicht durch eine den Ständen nicht vorgelegte allgemeine Polizeiverfügung zurückgenommen werden könne. Die Polizei hatte gregge militärische Anordnungen zur Verhinderung der Versammlung getroffen, welche letztere sich thereseits mit Waffengewalt in dem Recht der Versammlung behaupten zu wollen schien. Da erschien aber aus Kopenhagen die Erlaubniß der Versammlung, sich wöchentlich ein Mal, nach vorgängiger Anzeige bei der Polizei, zu versammeln. Der Verein hat aber beschlossen, sich jetzt mehrere Male wöchentlich zu versammeln und davon der Polizei keine Anzeige zu machen. — Rüsters Sonnabend den 18. werden sich die Abgeordneten aus Schleswig und Holstein in der Stadthalle versammeln, um daselbst die Landesangelegenheiten zu beraten. Da diese Versammlung wahrscheinlich öffentlich sein wird, so wird dorthin eine große Menschenmenge strömen. Sollten inzwischen Nachrichten aus Kopenhagen über die Inkorporation von Schleswig kommen, so kann der 18. März wichtige Folgen für unser Land haben. Die Aufregung ist nämlich hier im Lande groß, und die hohen Staatsbeamten in Kopenhagen scheinen rathlos, ängstlich und ohne Plan zu sein, sodaß sie von den Wogen der Volksbewegung in Dänemark und den Herzogthümern hin- und hergeschleudert werden.

**Italien.**

* Rom, 8. März. Das Volk setzt seinen Willen durch und hält mit eiserner Strenge die von ihm getroffenen Anordnungen auf-

*) Einer unserer Frankfurter Berichte hat auf die Rolle des Hrn. v. Blittersdorff bereits angespielt. Wir können zu der Darstellung, wie sie die Allg. Z. gibt, nur hinzufügen, daß sie in allen wesentlichen Punkten sachgetreu ist, und wirklich ein solches Attenstück vom 8. März existirt. Auch wenn wir nach diesem letzten Akt des Hrn. v. Blittersdorff unser lirisch über seine Vergangenheit oder die des deutschen Bundes nicht im Geringsten ver-

*) Unsere Kopenhagener Korrespondenz hebt hervor, daß Droysen, wie sie die Allg. Z. gibt, nur hinzufügen, daß sie in allen wesentlichen Punkten sachgetreu ist, und wirklich ein solches Attenstück vom 8. März existirt. Auch wenn wir nach diesem letzten Akt des Hrn. v. Blittersdorff unser lirisch über seine Vergangenheit oder die des deutschen Bundes nicht im Geringsten ver-

Digitized by Google

recht. Gestern hatte man sich die Freude des Morcoliabend verfagen wollen und kein Lichtflimpfchen durfte sich blicken lassen. Der ganze Corso war finster. Kleine Haufen politisch Denaufclicher zogen umher und fürten sich besser, eine Unordnung aber ist nirgends vorgekommen. Die Ehren bürger auf dem am Corso gelegenen Thürgen Spalier, die regulären Truppen waren in Reserve gehalten worden. Durch die wiederholte Ausstreuung von Massacregerüchten hatte man es doch so weit gebracht, selbst bei den Italienern Besorgnisse zu erregen. Sie mochten insofern gegründet sein, als einzelne tolle Köpfe wirklich solche Gedanken in Anregung gebracht haben mochten. Man verschmähte es nicht, selbst die wahnsinnigsten Gerüchte durch gedruckte Zettel in Umlauf zu setzen. So sah ich mit Augen gedruckt, in Wien sei die Republik erklärt worden und der Kaiser habe zu Gunsten der Kaiserin abgedankt. Daß Karl Albert in die Lombardei eingefallen sei, wurde so oft wiederholt, daß zuletzt Vernünftige stutzig wurden. Fügte man doch hinzu, er habe bereits mit Frankreich ein Bündniß geschlossen und die Republik Savoyen gegen das lombardisch-venetianische Königreich abzutreten versprochen! — Wie unsinnig man zu handeln beabsichtigt, kann Ihnen das Eine Faktum zeigen, daß die Mitglieder des hiesigen französischen Künstlerkasinos, welches bei der Nachricht von dem Sturze Louis Philipps illuminirte, alles Ernstes vor die französische Botschaft zu ziehen gedachten und dort nicht bloß die Wappen herunterreißen, sondern dem Botschafter selbst außer Function zu setzen den Plan gefaßt hatten. Nur mit Mühe ist es einem der Vernünftigern unter ihnen gelungen, ihnen dies, zum großen Verdruß der Liberalen, im Cafe della Belle Arti auszureden. Bei demselben Umzug sollte auch von der französischen Akademie das Wappen abgenommen werden. — Da die Vernunft gesiegt hat, so fandte man eine Deputation an den Grafen Rossi mit der Erklärung, man betrachte das Wappen wie das der französischen Nation und er habe keinen Unfug zu fürchten. Gleiche Benachtigung soll man dem österreichischen Botschafter, auf dessen Verweisung es auch abgesehen gewesen war, haben zukommen lassen. — In der Antwort, die der Papst dem Senator gegeben hat, ist ein Passus, welcher mit Recht großes Aufsehen macht. Er sagt, die Völker seien ungeraten geworden, das sei aber nicht ihre Schuld, sondern die Schuld derer, die sie so schlecht erzogen hätten. Die Worte lauten: „Wenn die Völker heutzutage in verschiedenen Ländern außerordentliche Anforderungen stellen, so ist auf der andern Seite auch wahr, daß zu Gunsten der Völker die väterlichen Sorgen vergessen worden sind, die ihre Jugend hätten ausbilden können; wenn aber die Folgen schlecht sein sollten, so wird man nicht alle den Völkern zur Last legen dürfen".

## Ungarn.

♀ Pesth 16. März. Am 14. Abends begann die Bewegung auch hier, ehe man noch die Ereignisse in Wien kannte. Es wurde die Absendung einer Petition, deren 12 Punkte weiter unten folgen, im Klubhause der Opposition berathen, der Beginn der Unterschriften aber für dies Mal hinausgeschoben. Hierauf kamen mit dem Dampfschiffe Abends 9 Uhr die Nachrichten aus Wien, die Jeder über der Jugend am 15. früh 10 Uhr in die Druckerei Landerers drang und den Druck der Petition durchsetzte. Zugleich ward auf den Antrag des Wahlbürgers Szilsayi auf dem Rathhause die Einberufung einer Volksversammlung um 3 Uhr Nachmittag beschlossen und hier in einer den Umständen gemäß ziemlich ruhigen Art mehrere Beschlüsse gefaßt, welche wir mit den Worten der eben bei dieser Gelegenheit zur Sicherung der Ruhe und Ordnung aus der Behörde und dem Volke gewählten Kommission geben. Die erste Proklamation ist als Beilage für die Zeitungen bestimmt, und lautet:

Im Namen des Publikums der Stadt Pesth haben die Unterzeichneten das Vergnügen, der Nation anzuzeigen, daß, was in andern Ländern Bürgerblut gekostet — die Reform — in Pesth in einem Zeitraume von 24 Stunden auf friedlichem und gesetzlichem Wege durch brüderliche Eintracht erkämpft wurde. Nachdem nämlich der Magistrat und die Wahlbürgerschaft erfahren, wie die Bürger und Einwohner der Stadt mit ihnen über die ernsten Mahnungen der Zeit zu berathen wünschen, eröffneten sie die seit Jahrhunderten verschlossenen Thüren am 15. März 1848 um 3 Uhr Nachmittags dem Volke, und nachdem sie dessen gesetzliche Wünsche erfahren, Wünsche, die sie größtentheils selbst im patriotischen Herzen trugen, machten sie diese einstimmig zu den ihrigen um so mehr, da die Erfüllung dieser in 12 Punkten ausgedrückten Wünsche durch die Nation bereits seit 1790 landtäglich betrieben wurde. Die erwähnten 12 Punkte sind: 1. Preßfreiheit, Aufhebung der Censur. 2. Ein verantwortliches Ministerium mit seinem Sitze in der Hauptstadt. 3. Alljährlicher Landtag in Pesth. 4. Gleichheit vor dem Gesetze in politischer und religiöser Hinsicht. 5. Eine Nationalgarde. 6. Allgemeine Vertheilung der Lasten. 7. Aufhören der Urbarialverhältnisse. 8. Geschwornengerichte, Vertretung auf der Basis der Gleichheit. 9. Eine Nationalbank. 10. Das Militär soll auf die Verfassung schwören, das ungarische Militär werde nicht mehr außer Land geschickt, das fremde daraus gezogen. 11. Befreiung der politischen Gefangenen. 12. Die Vereinigung mit Siebenbürgen.

Hierauf folgten die Beschlüsse der Volksversammlung a) dieses allgemeine Verlangen der Stadt Pesth soll eine Kommission ohne Aufschub dem ungarischen Landtag unterbreiten und zugleich Se. Maj. unsern geliebten König bitten, noch diesen Landtag nach Pesth zu übersetzen. b) Die Versammlung hat die unterzeichnete Kommission beauftragt, zweckmäßige Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung zu treffen und diese sogleich zu vollziehen. Welchem zu Folge sich die Kommission unmittelbar a) nach Ofen verfügte und dort von der kön. Statthalterei erlangte, daß die Censur augenblicklich aufgehoben ward, und auch die dahin, bis der Landtag ein Preßgesetz verfaßt, von der Stelle das Vertrauen der Nation genießende Richter in Angelegenheit der Preßvergehen zeitweilig ernannt werden. Für den Erfolg dieses Schrittes bürgt auch gegenwärtige Ankündigung. Sie hat b) bewirkt, daß die Aufrechthaltung der Ordnung mit Beseitigung des Militärs der Bürgermilig übergeben und diese vorläufig um 1500 Personen vermehrt werde, welche als Nationalgarden mit den Farben der Nation zu dekoriren sind. Endlich hat die Kommission bewirkt c) daß unser Mitbürger Michael Stanetics, der, weil er es gewagt, freisinnige Schriften zu veröffentlichen, als Staatsgefangene in Ofen gehalten ward, freigelassen und unter Begleitung des Volkes seiner Familie zurückgegeben ward. Zur Feier eines so großartigen Triumphes der Reform, welcher ohne alles Blutvergießen und ohne die geringste Störung der Ordnung errungen ward, wird die Hauptstadt morgen illuminirt, und auf dem Rathhause der Stadt Pesth hat künftig die Nationalfahne zu wehen. Die Hauptstadt hat die Schranken des Gesetzes und des Friedens nicht überschritten, und nachdem die Aufrechterhaltung der Ordnung in die Hände des patriotischen Einwohner gegeben wurde, hofft man mit Zuversicht, daß das ganze Vaterland dem Beispiele der Hauptstadt folgen werde. Pesth 15. März (um Mitternacht). (Folgen die Unterschriften.)

Die zweite Ankündigung enthält in Form eines Maueranschlages folgenden Aufruf. Patrioten! Das Publikum der Pester Stadt hat am heutigen Tage zur Erkenntniß der Beschlüsse, die in anderen Ankündigungen veröffentlicht worden sollen, sowie zur Aufrechthaltung der Ordnung die unterzeichnete Kommission einstimmig gewählt und die folgenden Beschlüsse gefaßt. 1) Die bestehende Bürgermiliz wird gegenwärtig um 1500 Mitglieder vermehrt, zu diesem Zwecke wird 2) Jeder biedere Mann von morgen an sich auf dem Rathhause vor der Kommission melden können und der Beurtheilung derselben gemäß Waffen und ein Erkennungszeichen unentgeltlich erhalten 3) Nach die bereits bestehende Bürgermiliz wird dasselbe Zeichen annehmen, bestehend in einem Bande mit den nationalen Farben um den linken Arm und einer gleichfarbigen Kokarde auf der Kopfbedeckung. 4) Die Mitglieder der neuen Bürgermiliz können nach Belieben in die Abtheilungen der bereits bestehenden eintreten. 5) Die Kommission wird, wenn sie es für nothwendig hält, die neue Bürgermiliz auch noch vermehren. 6) Die Kommission erwartet mit Zuversicht von jedem Patrioten, daß er die Sicherheit der Person und des Eigenthums achten und die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht stören, 7. ebenso, daß er der Ermahnung eines jeden Mitgliedes der Bürgermiliz willig nachkommen werde. Patrioten! Hoch lebe der König! die verfassungsmäßige Freiheit, Gleichheit, die Reform, Ruhe und Ordnung! (Folgen die Unterschriften).

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter ersuchen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung um Für England bei Hrn. Swertz u. Knap., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Griechenland können bestellt werden bei Hrn. C. A. Alexander Corvisburg 28 Boulevards, Paris 28, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Postverordnungen befreyen das Großh. Bad. Personal Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 48. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des deutschen Postvereins Baden 8. 12. 28 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 85. **Heidelberg**, Samstag 25. März. **1848.**

## Uebersicht.

Die Vorgänge in Berlin. — Wien (Rücktritt Kollowrats. Zusammensetzung des verantwortlichen Ministeriums. Berlin (Nachtrag auf die deutsche Revolution vom 18. und 19. März. Bewundernswürdige Haltung des Volks während und nach dem Kampfe. Die gefangenen Polen in Freiheit gesetzt. Der Triumphzug der aus ihrem Gefängniß befreiten Polen. Der Prinz von Preußen zieht sich aus dem Staatsleben zurück. Anrede des Königs an die Bürgerwehr. Der Prinz von Preußen nach England. Graf Arnim. Bekanntmachung von Magistrat und Stadtverordneten. Aufruf des Königs an sein Volk und an die deutsche Nation. Umzug des Königs durch die Stadt zu Pferd und mit dem deutschen Banner. Versöhnung zwischen Fürst und Bürgern. Breslau (die unblutige Revolution und ihre Folgen.). München (Reskript des Königs und königliche Worte des neuen Königs. Thierisch Oberhofstorialrathsstreet. Liberaler Ministerium. Wilhelm Bundestagsgesandter werden. Augsburg (Demonstration zu Gunsten Königs Ludwig beabsichtigt). Hannover (günstige Umgestaltungen. Aussicht auf eine gründliche Reform. Krankheit des Königs. Die Presse. Ein Ministerium Stüve und Aenderung der Verfassung in Aussicht gestellt). Braunschweig (die Ständeversammlung berufen auf den 31. März einberufen). Sachsen (die Censur aufgehoben. Aufstehungen). Darmstadt (der Antrag des Abg. Reh auf Wiederherstellung Polens). Reutzburg (Versammlung der Abgeordneten. Reformdeputation beschlossen. Die Schleswig-Holsteiner werden die Frankf. Versammlung beschicken). Frankfurt (Beschlüsse der Bundesversammlung über das Bundeswappen und die Bundesfahnen.

**Schweiz.** Bern (Verfassungsmäßig deutscher Republikaner).

**Dänemark.** Eine russ. und engl. Flotte erwartet.

**Großbritannien.** Kein politisches Ereignis von Bedeutung. Der St. Patrickstag in Irland friedlich abgelaufen. Bedeutliche Nachrichten aus Lissabon.

**Frankreich.** Versammlung der Zabelherren und Handwerksmeister. Erste Nachricht von der Revolution in Berlin. Canaignac zum Kriegsminister berufen. Freundschaftsbetheurungen Rothschilds gegen die Republik. Joinville und Aumale in Kovir und Lissabon. Michel Cyrolier über die soziale Frage. Kanbleiben der Pariser Posten. —

**Italien.** Brnrdig. Jubel über die Wiener Ereignisse. Freizrhung der polit. Gefangenen. Mailand. Auch hier Revolution. Erzherzog Rainer gefangen.

**Nachschrift.** Baierische Thronrede.

**Beilage.** Karlsruhe (Kammerverhandlungen: das Wehrgesetz zurückgewiesen, die Lage im Seekreis, die Auswanderungsfrage, Verschiedenes). Stuttgart (Kammerverhandlungen: Erklärung des Kriegsministers über die österreichische Okkupation Ulms; der Gesetzentwurf über Volksbewaffnung. — Die Volksbewaffnung. Die Reste des alten Systems. Die Volksversammlung in Gaildorf). Hannover (die Verhandlungen der Bürgerschaft mit dem Könige). Sigmaringen (Berichtigung). Oldenburg (die Reformthümpfe mit dem Großherzog. Eintrübe beseitigende Proklamation desselben).

## Heidelberg, 24. März.

Mitten in unsrern gestrigen Freudenruf über den Verlauf unserer Reform fiel die Trauerbotschaft aus Berlin. Wir übersahen ihren Inhalt noch nicht ganz, als wir den letzten Artikel des gestrigen Blattes abschlossen. Er ist viel schrecklicher als wir ihn vermutheten. Mußte so der Ausgang dieser friedlichen Bewegung, die selbst an dem Sitze des Uebels, in Wirn, nur wenige blutige Opfer verlangte, gerade in Berlin mit einer eigentlichen Revolution endigen, wo man sich immer so gefreut in den Traum der Sicherheit gewiegt hatte, wo man bis zuletzt in so blindem Vertrauen glaubte, gegen den Strom schwimmen, die Zugeständnisse von der Gnade abhängig machen, den Schein der Allmacht und Alleinmacht aufrecht halten zu können und zu müssen! Unseliger Wahn! Wie war man dort so nachdrücklich gewarnt durch die Presse, durch die Provinzialtage, durch den Landtag! Wie mahnungsvoll hatte nicht ein so konservativer, so besonnener Politiker wie Dahlmann zu Preußens Mächtigen gesprochen! Wie hat ein Vorläufer der Deutschen Zeitung auf die innerlich erschütterte Kluhe, auf das schleichende Mißtrauen, auf den kritischen Zustand in Preußen hingewiesen, der durch die Pfaffonische Verstockung auf dem Throne immer ärger und ärger wurde! Welche scharfe Predigten waren gegen die Unzeitigkeit des absoluten Prinzips der Monarchie von Gottes Gnaden gehalten worden! Es hatte den Spott gegenlet, da es auf Worten stand, und erntet nun den Fluch, da es zu Thatrn griff. Erntet den Fluch — und wer will sagen, ob es ihn nicht ausfäet im selben Augenblick über ganz Deutschland. Denn dort in Berlin, wo sie wie sür die Ewigkeit gegründet sein sollte, hat nun die Monarchie ihren schlimmsten Stoß erlitten. Die harten Köpfe und Herzen werden es nun inne werden, wo das Königthum feststand, und wo es wankte. Nicht in dem konstitutionellen Belgien, das zwar eine junge, fremde, anderogläubige Dynastie hatte, nicht in dem konstitutionellen Baden, das mit seinem schmalen Körper und seinen langen Gressen zu zwei Republiken und ihre Propaganda stößt, sondern in dem altund rechtgläubig monarchischen Preußen, in dem treuen und ergebenen Berlin selbst war es, wo der Straßenkampf des Volks, der Bürger, Studenten und selbst Beamtrn, voll Tapferkeit und Todesverachtung, die Würde der Monarchie nun bis auf den Grund erschüttert hat. Glaube man nicht, daß diese verhängnißvollen Tage, bei diesem Stande der Zeitbildung, für das moralische Ansehn des Königthums in Preußen viel weniger bedeuten, als der 5. Oktober für Frankreich bedeutet hat. Als vorgestern hier und in Mannheim und Frankfurt die lebhaftesten Gerüchte von einer Volksjustiz verbreitet waren, die an dem Könige von Preußen geübt worden wärr, konnte man in so weiter Entfernung mit Schrecken die Stimmung abschätzen, die selbst unter ruhigen Leuten vorwaltete. Das sind die natürlichen Früchte, die diese in einem denkenden Volke unsinnige Staatsform einzieht, die den Fürsten persönlich an die Spitze jedes Geschehens, und auf ihn persönlich daher auch die Verantwortung alles Geschehenden schiebt.

Wir maßen uns nicht an, in diesem Augenblicke die ganze Schwere jener Ereignisse für den nächsten Augenblick richtig zu schätzen. Das fühlen wir deutlich, daß über das Licht, in dem noch vorgestern unsere deutschen Sachen standen, ein tiefer, schwarzer Schatten gefallen ist. Eine große, glänzende Sühne scheint uns nöthig, wenn der heitere Geist wieder gewonnen werden soll, mit dem man bis daher der Umgestaltung der deutschen Verhältnisse oblag, wenn man sich in Preußrn mit der Dynastie und der Monarchie wieder aufrichtig aussöhnen soll. Dies sind nicht Zeiten, um Rücksichten und Rücksalte zu haben. Wir sagen daher mit offenem Bekenntniß: es scheint uns wünschenswerth, daß der König und der Prinz von Preußen resignirrn und dem Sohne des letzteren die Krone abtreten, dem für die kurze Zeit seiner Minderjährigkeit seine edle, freisinnige Mutter zur Regentin beigegeben werdern mag. Wir verkennen den ganzen Uebelstand einer Minorennität und Regentschaft in diesen Zeiten durchaus nicht; man mag, wenn wir dennoch diesen Uebelstand vorziehen, den Ernst unserer Ueberzeugung daraus ermessen, daß rine geringere Sühne die Freudigkeit und das Vertrauen weder in Preußrn, noch in Deutschland ungetrübt herstellen wird.

In dem Momente wo wir schreiben lesen wir die Nachrichten von den verschonenden Scenen in Berlin. Große Handlungen, wahre Hingebung an die Nation und ihren erhabenen Aufschwung können vielleicht doch noch retten. Wir fühlen uns gewachsen, die Früchte unserer Regenerration im Innern zu pflücken und zugleich eine wohlthätige Ausfaat nach Außen zu streuen. Die Diversion nach Außen wird es uns sogar erleichtern, unsere heimische Ernte sicherer einzuthun. Spreche der König von Preußen ohne Verzug seine Absicht aus, den polnischen Theil von Posen als Basis eines herzustellenden Polens herauszugeben. Lade er Oesterreich ein, mit Galizien beizutreten; wenn es weise ist, wird es keine Stunde zögern. Rüste er gegen Rußland: die Stunde des Kriegs wird nur verrückt werden; er ist auf die Länge doch unvermeidlich, denn die Freiheit kann nicht so nahe an die Sklaverei grenzen. Mögen dann die Polen zu Pferde sitzen, um sich Litauen, die Kuren, die Liven, die Finnrn, um sich ihre Nationalität wieder zu erkämpfen. Wir Deutsche wollen dann nicht zurückbleiben; wir wollen nicht allein mit Freiheiten, sondern zugleich mit Thaten in die Geschichte eintreten.

Für unsere gemeindeutsche Sache ist nach jener furchtbaren Ver-

Digitized by Google

stimmung irgend ein großer Schritt dieser Art, sei es der Resignation, sei es der großen That, eine Nothwendigkeit. Das Patent v. 18. März hätte ohne die nachfolgenden Ereignisse ganz Deutschland in Athen Indien versetzt. Es war fertig, sagt man, wo überhaupt in Berlin Neuen enstanden. Warum sollte man, es bekannt zu machen? Man war sich in jedem Winkel von Deutschland klar darüber, welchen Werth jetzt die Stunden und Minuten haben, nur in Berlin nicht. Der Tag, der große Tag, auf den man Jahrzehnde bei uns gewartet hatte, war mit diesem Patente für Preußen, für Deutschland erschienen. Denn Alles, was wir wünschten, war hier mit vollen Händen gegeben, und zum ersten Male in einer Sprache gesagt, die plan, rund, staatsmännisch, warm und bestimmt zugleich war. Wir haben der Versammlung in Heidelberg beigewohnt und glauben sagen zu dürfen, daß Niemand dort solche Grundzüge der künftigen Gestaltung Deutschlands von Preußen, von dem Bunde, von irgend einem Hofe Deutschlands ausgehen zu sehen erwartet hätte. Um dieses Programm hatte sich Deutschland mit Jauchzen geschaart, sich schaaren dürfen und müssen. Jetzt ist es wie zu Boden gefallen, seine Züge wie verblaßt und verwischt. Es ist als ob sich Niemand, im Angesichte dieser blutigen Vorgänge, getraute, das Werk zu loben, das mitten in sie hineinfiel; als ob Niemand wagte, der Aufrichtigkeit des Patents zu vertrauen, da man nach seinem Erlasse einen halbstägigen Bürgerkrieg fortwüthen ließ.

Es ist die Pflicht der Presse — wie undankbar sie auch sein möge — die trübe Stimmung der Leidenschaft zuerst zu bemeistern und die erhitzten Gemüther zur Ruhe und Besonnenheit zu sprechen. Sehen wir die Dinge nicht mit persönlicher Erregung an, sehen wir auf das Ganze, emmanen wir uns zu einer gefaßten Betrachtung, selbst wenn sie hart und kalt erscheine. Die Berliner Blutlaufe, wenn auch nicht die Veränderung auf dem Throne vorgeht, die uns räthlich und wohlgethan scheint, ist vielleicht allein im Stande gewesen, die eingewurzelten Begriffe des altmonarchischen Prinzips in den Gemüthern völlig zu tilgen und das Volk der Junnerlichkeit, das ihm Schicksale in eine jahrhundertlange Apathie geworfen hatten, so aufzurütteln, daß es fernerhin, wie es der ersten Stadt des Reiches gebührt, an der Spitze und auf der Hochwacht der politischen Dinge in Preußen stehe und sich darauf behaupte. Der politische Indifferentismus hat eine harte und grausame Buße erleiden müssen; dafür ist auch der Anbruch einer neuen Zeit desto gewisser und gesicherter. Für den Ernst der Vorschläge, für die Ausführung der Forderungen ferner, die das Patent an die deutschen Bundesgenossen stellt, ist jene Blutaufe ein desto festerer Bürge. Lassen wir uns also das dort Verheißene durch die Ereignisse in Berlin in keiner Weise verkümmern. Halten wir uns unverrückt daran, weil es das Rechte, das Tüchtige, das Nothwendige ist. Wer in den Dingen des Staates eine Stimme haben will, muß früh zeitig lernen, die haushälterische Zeinsäßigkeit abzulegen; das Gemüth wird von vielen Sachen verletzt und erschüttert, die gleichwohl der politische Verstand zu ergreifen und zu benutzen suchen muß. Preußen soll festhalten an diesem Patente, es soll es ausführen, aber ohne allen Zeitverlust. Es soll einen konstituirenden Bundestag nach Frankfurt ausschreiben, dessen Glieder, in nicht zu geringer, in nicht zu großer Zahl, von den deutschen Ständen, nicht aus den Ständen, sondern in ganz freier Wahl aus jedem Ort und jeder Klasse von deutschen Bürgern gewählt würden. Es soll nicht warten, bis jeder Bundesfürst eingestimmt hat, zu kommen und zu beschicken, es soll einladend ausschreiben.

Es thut uns leid, daß die Zeit so hart drängt, daß diese Versammlung nicht mehr geradezu an die Stelle der nach Frankfurt für den 30. März angeschriebenen treten kann. Das preußische Patent ist der Mission dieser Versammlung ganz eigenthümlich entgegengekommen. Es begreift sich, daß die Grundzüge der Rechte, die der deutschen Volksvertretung eingeräumt werden müssen, in richtiger Folge jenes preußischen Progeamms den Wünschen der eifrigsten Volksfreunde nicht anders als entsprechen können. Die Feanfurter Versammlung wird nun voraussichlich von Preußen nicht besucht werden. Auch für Oesterreichs Stände ist es zu früh. Sorge denn ja die Versammlung in Frankfurt, daß sie unter diesen Umständen eine sichere, bescheidene Stellung einnehme, sorge namentlich Jeder in seinem Kreise, daß aller unerwünschte Andrang nach Frankfurt vermieden werde. Das Geschäft, dem man dort obliegen soll, ist kein tumultuarisches. Es ist keine Volksversammlung, die dahin ausgeschrieben ist. Es kann bei einem Werke der gesammelten Berathung seine Gallerien geben. Jede Demonstration könnte nur die Freiheit der Berathungen stören und den Werth des gegebenen Gutachtens verringern.

**Oesterreich.** Wien, 19. März. Sr. Exc. der Staats- und Konferenzminister Graf Kolowrat hat auf seine Stelle resignirt. Unser neues Konstitutionelles Ministerium soll in nachstehender Weise gebildet sein: Präsident desselben ohne Portefeuille der Graf Kolloredo-Walsee, seither Botschafter in Rußland; Minister des Aeußern der Staats- und Konferenzminister Graf Fiquelmont; des Innern der Hofkanzler Frhr. v. Pillersdorf; der Finanzen Frhr. v. Kübeck; der Justiz der hiesige Appellationsprästdent Frhr. v. Somarruga; des Kriegs Fürst Windischgrätz, gegen welchen übrigens eine starke Abneigung im Publikum herrscht. (A. Z.)

**Preußen.** ○ Berlin, 20. März. Die Revolution, welche ihre blutige Rundreise durch den Welttheil macht, hat auch bei uns ihr furchtbares Banner aufgepflanzt, und wahrlich, selbst in Paris, jenem Krater, der seit 60 Jahren in wiederholten Ausbrüchen die Erde erschüttert hat, ist der Zusammenstoß feindlicher Mächte nicht in schrecklicherer Gestalt aufgetreten als in Berlin. Was wir Ihnen in allen Briefen der letzten Tage wiederholten, ist in Erfüllung gegangen. Die hartnäckige Weigerung der Regierung, die Bürgergarde zu bewaffnen und ihr allein den Schutz der öffentlichen Ordnung anzuvertrauen, hat eine fünfhundertjährige Straßenfreiheit veranlaßt und die Straßen und Plätze einer seit Jahrhunderten friedlichen Stadt mit dem Blut der Bürger getränkt. Was mag immer das Einhauen und Feuern der Truppen vor dem Schloß als einen unglücklichen Zufall bezeichnen, wir glauben, daß dieser Zusammenstoß früher oder später erfolgen mußte, wenn nicht die Truppen völlig zurückgezogen und die Bürgergarde errichtet wurde. Es ist bekannt, wie ein hoher, dem Könige zunächst stehender Einfluß allen Konzessionen entgegen, wie mächtig er in der Armee und unter den Officieren war, es bedurfte nur eines Winkes desselben, um selbst gegen den königlichen Willen eine Kollision hervorzurufen, so lange Truppen und Bürger sich gegenüberstanden. Wir wollen nicht damit behaupten, daß dieser Wink bei dieser Gelegenheit gegeben wurde, wie wissen es nicht und mögen nicht einen Mann anschuldigen, der das Geschick schwer getroffen hat, freilich auch schwerer als seine hartnäckige und blutige Verblendung es verdiente. Der militärische Geist unserer Dynastie, dessen Repräsentant dieser Prinz war, wollte nicht gutwillig dem neuen Geiste Platz machen, der unaufhaltsam sich Bahn brach, der Kampf zwischen zwei Mächten, die sich so feindlich gegenüberstanden, mußte gesochten werden, und er ward es. Der endliche Sieg wäre nie zweifelhaft gewesen, daß er aber so schnell sich zu Gunsten des Volkes entschied, ist nur dem bewundernswürdigen Muthe zuzuschreiben, mit dem dasselbe diesen fuchtbaren Kampf führte. Ja, wir können es stolz behaupten, das Volk von Berlin steht weder dem an der Seine, noch dem an der Donau, noch irgend einem in der Welt an Muth und Todesverachtung nach. Einmal zum Bewußtsein seines Rechts und seiner Würde gekommen, zerriß es mit Löwenkraft seine Ketten. Die Besatzung belief sich mit den von Außen in den letzten Tagen herangezogenen Verstärkungen auf mindestens 25,000 Mann, die mit gänzlicher Rücksichtslosigkeit zur Unterdrückung des Aufstandes verwandt wurden. Um 2 Uhr war jener verhängnißvolle Vorfall am Schlosse, in weniger als zwei Stunden war die Stadt mit Barrikaden überfaet, von 3 Uhr Nachmittags bis 6 Uhr Morgens wüthete in allen Theilen der blutige Kampf, der Hagel der Kartätschen ward unaufhörlich die Straßen hinabgeschleudert, das kleine Gewehrfeuer ertönte unausgesetzt, die Bürger, zum großen Theile schlecht bewaffnet, setzten an jeder Barrikade, von den Dächern, aus den Fenstern, einen unglaublich hartnäckigen Widerstand entgegen. Nach fünfzehnstündiger Blutarbeit hatten die Truppen nur das Schloß und seine Umgebungen, einen Theil der Königsstadt und die Friedrichsstadt bis zur Leipziger Straße, alles Uebrige war in den Händen des Volkes, mehr als $^3/_4$ der Stadt. Die Truppen waren aufs Aeußerste erschöpft und mutheos, das Volk, nur noch wilder aufgeregt durch die zum Theil unerhörten Nordthaten, fand siegesgewiß hinter seinen Barrikaden; selbst in den vom Militär besetzten Stadttheilen äußerte sich die Unzufriedenheit, der Unwille der Bürger beim Erscheinen der königlichen Proklamation am 19. Morgens unverhohlen. So tief sich der Monarch darin demüthigte, es genügte dem Volke noch nicht; erst als die Truppen abgezogen waren, verschwanden allmählich die Barrikaden, und das siegreiche Volk strömte von allen Seiten in das Centrum der Stadt. Wäre der Kampf fortgesetzt worden, er hätte mit der vollkommenen Niederlage des Königthums geendigt. So haben wir es noch erhalten, und wir betrachten dies für ein Glück; oder es ist nicht mehr der stolze Absolutismus, der es noch vor Kurzem war, der selbst die Freiheit nur als ein Geschenk der Gnade betrachtet — es ist das Königthum durch den Willen des Volkes. Täuschen wir uns nicht, der 18. u. 19. März ist die preußische Revolution und

Digitized by Google

damit die Vollendung der deutschen. Die Vorgänge der zwei letzten Tage geben besserer Belege dafür, als Worte es thun können; die ganze Stadt vom Mittäge geräumt, selbst das Schloß der Bürgergarde übergeben, die dintigen und beträuzten Leichen der Gefallenen am Schloß vorüber geführt und der König und die Königin vom Volke gemüthigt, ihre Ehrfurcht vor den heldenmüthigen Opfern einer unseligen Politik zu bezeigen, die verblendeten Rathgeber der Krone gefänzt und an ihrer Stelle die Häupter der Ständischen Opposition, es wäre schon Beweis genug, daß der Wille des Volkes jetzt souverän in Preußen ist. Heute ist das Palais des Prinzen von Preußen zum Eigenthum der Nation erklärt, die dreifarbige Fahne flattert darauf. Dies Strafgericht an dem Prinzen, der einst das Gewehr führen sollte, möge Ihnen den Beweis liefern, wie weit wir gekommen sind. Ein Hofhandschuhmacher unter den Linden und ein Major v. P. in der Königsstraße, welche die Kämpfer des Volks am 18. verrathen hatten, erfuhren am 19. schon ihre Strafe. Der Laden des Ersteren wurde vollständig ausgeräumt und sämmtliche Waaren vernichtet, jedoch Nichts gestohlen, Schilder und Läden abgerissen und über die Thüre mit Kreide „so straft man Verräther“ geschrieben. Des Letztern Wohnung wurde geplündert und Möbel und Betten auf der Straße verbrannt. Niemand trat dieser Volksjustiz in den Weg, der glücklicher Weise die Schuldigen persönlich entrannen. Der Oberbürgermeister Krausnick, dessen feige Servilität in der letzten Woche alle Welt empört hatte, wurde gestern in der Königsstraße vom Volke in nicht eben glimpflicher Weise genommen, seine Absetzung zu unterzeichnen. Wie verlautet, sind das Ministerium, die Polizei, Militär-Verfassung, sie sind aber die unvermeidliche Brigade von Krisen, wie diejenige, welche die unsinnige Verleihung unserer Regierung über Preußen heraufbeschworen hat. Wir hoffen, diese Gefahren überwinden zu können, da der Geist unseres Volkes gut ist (sein Benehmen ist bis jetzt bewunderungswürdig) und die Bürgergarden, die sich nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Lande bilden, die Ordnung aufrecht erhalten werden. Das neue Ministerium und die Stände haben die Aufgabe, dem Lande eine Konstitution auf den breitesten Grundlagen zu geben, welche die Weiterentwickelung auf dem Wege des Gesetzes sichert. Von der Vollendung dieser Aufgabe hängen die Geschicke Preußens und Deutschlands ab. Heute erschien eine vollständige Amnestie für alle politischen und Preßvergehen, die Polen sind bereits in Freiheit gesetzt und umarmten von jubelndem Volke begleitet die Straßen. — Camphausen ist zum Finanzminister ernannt. Man rechnet über 400 Todte und Verwundete, worunter 100 Civil, vom Militär gegen 1000, worunter an 100 Officiere, die von den Schützen vorzüglich aufs Korn genommen wurden.

**Berlin**, 20. März. Ueber die Befreiung der gefangenen Polen und deren Triumphzug durch die Stadt berichtet die Zeitungsh.: Um 1 Uhr Mittags öffnete sich die Pforte des Staatsgefängnisses bei Moabit. Die gefangenen Polen zogen aus. Die Stunde der Befreiung hatte für sie geschlagen. Im Triumphzug nahmen sie ihren Weg nach dem Tgl. Schlosse. Eine große Menschenmenge begleitete sie und ließ jubelnd Lebehoch für sie erschallen. Man spannte die Pferde von dem Wagen, auf dem Mieroslawski sich befand, und Menschen zogen den Befreiten den ganzen Weg entlang bis zum Schlosse, von dort zurück bei der Universität vorbei. Auf dem ganzen Wege wehten weiße Tücher von Frauenhänden geschwungen, aus den Fenstern. Mieroslawski, auf dem Wagen stehend, hielt eine schwarz-roth-goldne Fahne in der Hand und erwiderte durch Geberden und Fahnenschwingen die begeisterten Zurufe des Volkes, das in außerordentlich starker Menge die Befreiten begleitete. Als der Zug auf dem Schloßplatz war, erschien der König auf dem Balkon.

Nach der Spen. Z. habe der König, in Begleitung der Minister Graf Arnim, Graf Schwerin und Bornemann auf den Balkon herausgetreten, wiederholt gedankt und drei Mal seine Feldmütze vom Haupt genommen, worauf ihm endloser Jubel entgegenschallte. Sodann habe Graf von Schwerin etwa folgende Worte gesprochen: „Se. Maj. habe sich gefreut, daß man gekommen sei, für den großherzigen Akt kgl. Begnadigung zu danken, und wären hier, um diesen Dank entgegenzunehmen.“ Neuer Jubel und Aufrache der Polen erfolgte, worauf der Graf Schwerin nochmals erwiderte: „Se. Maj. vertraue, daß die Polen, nachdem sie gesehen, wie man in Preußen die politischen Gefangenen behandelt, sich auch an Preußen und dessen Königshaus anschließen werden.“ Die bündigsten Zusicherungen der Befreiten erschollen, und auf das Neue auch Vivat. Man vernahm mehrfach die Worte aus dem Munde der Polen: „Wir danken Euch, daß Ihr uns nach zweijähriger Haft habt befreien heißen. Unser Dank mag sich darin beweisen, daß künftig Polen und Preußen ein Volk sei, sich schützend gegen den Nachbar Rußland.“

Die Spen. Z. erzählt ferner, daß Mieroslawski und Libelt bei dem Triumphzuge beritten waren und neben der deutschen auch die polnische Fahne trugen, daß der Zug erst vor der Universität, dann auf der Schloßfreiheit hielt, daß dort Mieroslawski die Versammelten in französischen, ihr Libelt in kräftigen deutschen Worten anredete, daß aus den Fenstern von Frauenhänden Blumen und Bänder den Befreiten zugeworfen wurden. Die Battinen und Verwandtinen der Amnestirten folgten in besondern Wagen.

Der Prinz von Preußen hat sich, wie der Fr. O. H. A. Z. geschrieben wird, mit seiner Familie von Berlin entfernt und sich vorläufig ganz aus dem Staatsleben zurückgezogen.

**Berlin**, 21. März. Als thätige Ihnen die Anfrache mit, welcher der König an die Schleswig-Holsteinischen Bürgermeister gehalten hat: „Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einheit berufen fühle. Ich schwöre zu Gott, daß ich keinen Fürsten vom Throne stoßen will, aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen — sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue auf den Grundlagen einer ausrichtigen konstitutionellen deutschen Verfassung.“

**Berlin**, 21. März. Die Polen haben heute eine Dankadresse an die preußische Nation erlassen, worin sie ihre wärmsten Sympathien mit der neuen großartigen Zukunft des deutschen Vaterlandes aussprechen.

**Berlin**, 22. März. Die Allg. Preuß. Zeit. kündigt in ihrer Nummer vom 22. März an, daß der Prinz von Preußen, auf den sich allein das Volkshaß geworfen zu haben scheint, nach England abgereist ist, und enthält ferner die am 21. März vollzogene Ernennung des bisherigen Gesandten in Paris zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Derselbe übernimmt „bei dem nothwendigen Zusammenhange der allgemeinen deutschen mit den preußischen Verfassungsangelegenheiten“ auch die Verwaltung der letztern. Der Minister Graf v. Arnim bleibt Vorsitzender des Staatsministeriums, verläßig ohne Verwaltung eines besondern Portefeuilles.

Magistrat und Stadtverordnete lassen bekannt machen, daß den im Kampfe Gefallenen ein feierliches Begräbniß auf Kosten der Stadt veranstaltet werden soll, und daß die Stadt Berlin die Fürsorge für die Verwundeten und die Familien der Gefallenen übernimmt. Das für die Anordnung der Begräbnißfeierlichkeiten ernannte Komité zeigt an, daß die Beerdigung der Gefallenen am 22. Nachmittag sollte. Sie werden im Friedrichshain bestattet werden. Inzwischen haben die Sammlungen für die Verwundeten und die Hinterbliebenen der Gefallenen ihren erwünschten Fortgang*), ebenso wie die Organisation der Bürgergarde.

**Berlin**, 22. März. Folgenden Aufruf, der gewiß auch zu den unerwarteten Ereignissen der Zeit gehört, theilen die Berliner Zeitungen vom obigen Datum mit: „An mein Volk und an die deutsche Nation. Mit Vertrauen sprach der König vor 35 Jahren in den Tagen hoher Gefahr zu seinem Volke, und sein Vertrauen ward nicht zu Schanden; der König, mit seinem Volke vereint, rettete Preußen und Deutschland von Schmach und Erniedrigung. Mit Vertrauen spreche Ich heute, im Augenblicke, wo das Vaterland in höchster Gefahr schwebt, zu der deutschen Nation, unter deßen edelste Stämme Mein Volk sich mit Stolz rechnen darf. Deutschland ist von innerer Gährung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung und dieser doppelten, dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen. Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht kennt, wird Mich nicht verlaßen, und Deutschland wird sich Mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reichs gestellt. Preußen geht vorran in Deutschland auf. Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Vereine mit Meinem Volke zur Rettung und Beruhigung Deutschlands vorzuzugehen, bietet sich der auf den 2. April bereits einberufene Landtag dar. Ich beabsichtige, in einer unverzüglich nähre zu ernwägenden Form den Fürsten und Ständen Deutschlands die Berufung Preußens zu eröffnen, mit Organen des fest Landtags zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten. Die auf diese Weise zeitweilig sich bildende deutsche Ständeversammlung wird in gemeinsamer, freier Berathung das Erforderliche in der gemeinsamen, innern und äußern Gefahr ohne Verzug vorbe-

*) Der Tod der wackeren Kämpfer wird hoffentlich ganz Deutschland zu Gute kommen, und wir glauben den Wünschen Vieler zuvorzukommen, wenn auch wir eine Subskription für die Hinterbliebenen der am 18. und 19. März im Kampfe Gefallenen wie für die Verwundeten eröffnen. D. Red.

Digitized by Google

ren. Was heute vor Allem Noth thut, ist: 1) Aufstellung eines allgemeinen deutschen, volksthümlichen Bundesheeres, 2) bewaffnete Neutralitätserklärung. Solche vaterländische Rüstung und Erklärung werden Europa Achtung einflößen vor der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Gebietes deutscher Zunge und deutschen Namens. Nur Eintracht und Stärke vermögen heute den Frieden in unserm schönen, durch Handel und Gewerbe blühenden Gesammtvaterlande zu erhalten. Gleichzeitig mit den Maßregeln zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr wird die deutsche Ständeversammlung über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands berathen, eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit. Allgemeine Einführung wahrer konstitutioneller Verfassungen mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschworenengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiöse Glaubensbekenntnisse und eine wahrhaft volksthümliche, freisinnige Verwaltung werden allein solche höhere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen im Stande sein." Berlin, 21. März 1848. Friedrich Wilhelm.

Volk und König haben sich versöhnt. Der charakteristische Bericht, wie und unter welchen Umständen diese Versöhnung geschah, lautet in der Voss. Z.: „Die Opfer des Kampfes sind gefallen, die Anarchie und Ueberschwemmung, welche in den letzten Tagen herrschten, haben aufgehört. Der Friede ist hergestellt. Soeben reitet unser konstitutioneller König mit den neuen verantwortlichen Ministern, von Bürgern geführt, mit der dreifarbigen deutschen Fahne durch die Straßen, das Volk jubelt ihm von allen Seiten entgegen, man drängt sich um sein Pferd, küßt ihm die Hände, sein Ton der Mißstimmung ist hörbar. Man denkt nur an die mit sogbaren Blute errungene Freiheit und wünscht die neue so dringend erforderliche Organisation der Verhältnisse mit Ruhe und Ueberlegung zu beginnen. Der Hergang dieses Wechsels der Dinge ist folgender: In der vergangenen Nacht wurde die Bürgerschaft plötzlich alarmirt, Alles griff zu den Waffen, reitende Boten durcheilten die Stadt, man begann an einigen Stellen schon wiederum den Bau von Barrikaden. Da war nämlich das volle Gerücht verbreitet worden, der Prinz von Preußen sei im Begriff, die Stadt von außerher einzuschießen. Endlich kam der Morgen und man überzeugte sich, daß die Furcht ganz ungegründet sei. Der König und Prinz Adalbert waren in der Nacht selbst in die von Bürgern besetzte Schloßwache hinabgegangen und hatten dort ihr Wort gegeben, daß gegen die Stadt nichts Feindliches im Werke sei. Der König entließ sogar noch in der Nacht das letzte Bataillon Soldaten, welches er noch zur Bewachung des Schlosses zurückgelassen hatte. Stumm und mit gesenktem Haupt zog es Morgens 2 Uhr aus dem Schloßportal heraus. Der König legte seine Sicherheit ganz in die Hände der Bürgerwachen. Man fing sich auf diese Weise an zu überzeugen, daß der König es wirklich wohl meine, und eine frohe Zukunft bevorstehe. Man fühlte das Verlangen in sich, sich noch ihre den Leichen der gefallenen Brüder, welche auf beiden Seiten für ihren Beruf gestorben hatten, die Hände zu reichen.

Am heutigen Vormittage war daher auf dem Schloßplatze eine frohe freudige Menge versammelt, um dem Könige die vertrauensvollen Gesinnungen der Bürgerschaft zu erkennen zu geben. Man verlangte den König zu sehen und ihm ein Lebehoch zu bringen. Um 10 Uhr erschien derselbe auch wirklich auf dem Balkon des Schlosses und rief den Bürgern zu, er werde sofort zu Pferde unter ihnen erscheinen. Es möge ihm Jemand eine dreifarbige deutsche Fahne bringen, damit er sie als sein Panier trage. Die an dem Schlosse anwesende Dr. Stieber sprang sofort eine Leiter in der breiten Straße hinauf, ergriff eine dort aus den Fenstern wehende buntliche Fahne und überreichte sie dem Könige. Der König ergriff die Fahne und bat, es möchten ihn einige Männer des Volks durch die Stadt geleiten. Er wolle mit seinem Volke reden. Es bedurfte sich hiezu ein fröhlicher herzlicher Zug, wie ihn unsere Fürsten selbst in den besten Zeiten der früheren Monarchie unter dem Schutze der Soldaten wohl nicht erlebt haben. Voran ritt der durch seine humanen Gesinnungen vielfach bekannte Kammergerichts-Assessor Friedberg, welcher jetzt als Kabinetsrath des Königs arbeitet. Dann folgte der König in einer einfachen Uniform, auf der einen Seite vom Dr. Stieber, auf der andern Seite vom Stadtverordneten Kaufmann Gleich geführt. Der Bürgerschütze Krause trug die dreifarbige Fahne des Königs. Der König selbst hatte ein schwarzes, rothes und goldenes Band um den Arm geschlungen. Der Bezirksvorsteher Wolff machte dem Pferde des Königs Bahn. Hinterher folgten die verantwortlichen Minister, einige Prinzen und Generale. So ging es jubelnd, ohne daß auch nur die geringste Unordnung entstanden, durch die Linden-, die Behrenstraße, die Königs- und breite Straße. Zugleich wurde auf dem Thurme des Schlosses eine große Fahne mit den Farben schwarz, roth und gold aufgezogen. Der König mußte seine Hände fortdauernd zum Kuß und zum Händedruck reichen, von allen Seiten rief man ihm zu: „Das Wolf sei nicht gegen ihn, sondern gegen diejenigen gewesen, die ihn gefangen hätten, diese hätten das Geschehene zu verantworten." Ueberall erkundigte sich der König nach den Namen der ihn Umdrängenden und er bewilligte an mehreren Orten sofort die ihm mündlich vorgetragenen Gnadengesuche, auch ließ er sich an mehreren Orten von seinen beiden Führern einzelne Ereignisse der letzten Tage umständlich erzählen. Auch die Königin und die neuen Minister wurden vielfach hoch ausgebracht. An fünf verschiedenen Orten hielt der König Reden an das Volk, besonders vor der Universität zu den dort versammelten Studenten und bei dem Kölnischen Rathhause zu den Stadtverordneten. In diesen Reden erklärte der König:

„Man möge ihn nicht mißverstehen, wenn er sich jetzt die deutsche Fahne vortragen lasse, er wolle keine Krone usurpiren, er wolle kein Usurpator sein und keinen Fürsten vom Thron stoßen. Aber die Noth des Augenblicks erfordere es, daß er sich an die Spitze der Bewegung in Deutschland stelle. Es hätte sich plötzlich in einigen Theilen von Deutschland Unterue gezeigt, nicht gegen ihn — denn er rede hier nicht von sich — sondern gegen Deutschland. Die deutsche Einheit und Freiheit sei bedroht, diese müsse geschirmt werden durch deutsche Treue. Solle Deutschland in diesem Augenblick nicht verloren gehen, so müsse er, als der mächtigste Fürst Deutschlands sich an die Spitze der ganzen deutschen Bewegung setzen. Es möchten sich alle alle Deutschen um ihn schaaren; er schwöre es, er wolle Nichts als das konstitutionelle vereinigte Deutschland." An der Universität machte der König noch daraus aufmerksam, wie sich mehrfach in der deutschen Geschichte der Fall ereignet habe, daß irgend ein mächtiger Fürst das Reichsbanner ergriffen habe, um das Reich zu retten. Der König dankte den Studirenden für den herrlichen Geist, der sich in ihnen in den Tagen der Unruhe bewährte und erklärte, er sei stolz darauf, daß Deutschland solche Söhne besitze.

Besonders laut ertönte das Hurrah, als der König am Kölnischen Rathhause mit den Worten schloß: „Bürger, ich weiß es wohl, daß ich nicht stark bin durch die Waffen meines gewiß starken und tapferen Heeres, daß ich nicht kaet bin durch meinen gezogenen Säbel, sondern nur durch die Herzen und die Treue meines Volkes. Und nicht wahr, diese Herzen, diese Treue werdet ihr mir schenken! Ich schwöre es euch, ich will nur das Gute für Euch und Deutschland." An alle Wachen ritt der König heran und dankte für die ihm und der Stadt geleisteten Dienste. Im Schlosse angelangt lud der König seine Begleiter ein, mit heraufzukommen und sprach hier noch viele schöne Worte über die augenblicklichen Wünsche der Stadt. Die HH. Minister äußerten auf dem Schlosse, es sei wohl einzusehen, daß von den Bürgern der schwere Wachtdienst nicht für immer verlangt werden könnte, aber der König wolle Militär Behufs des Wachtdienstes nicht eher nach Berlin zurückziehen lassen, bis die Bürger selbst darum bitten würden, und dann möchten Bürger und Soldaten zusammen die Wache beziehen. Endlich wird noch erzählt, daß der König kurze Zeit darauf nochmals, wie auch der Prinz Albrecht zu Fuß unter das Volk gegangen und mit Jubel aufgenommen worden sei.

△ Breslau, 19. März. Der Oberpräsident v. Wedell und der Polizeipräsident Heinke sind gefloben; die Polizei, wenn man überhaupt noch sagen kann, daß eine existirt, wird faktisch vom Magistrat ausgeübt; die Namen jener beiden Herren nebst denen mehrerer andern unbeliebten Personen, z. B. der Censoren, wurden heute Mittag von Männern aus dem Volke an den vor dem Rathhause stehenden Pranger geschrieben. Unsere Revolution hat auf die friedlichste Weise von der Welt gesiegt; die Berliner haben für uns mit ihr Blut vergossen. Der gestrige Abend verging ganz ruhig; nur dem Herrn v. Wedell wurden einige Pereat gebracht; die Soldaten im Zudrikarbeiter schiessen sich gleichfalls brudschaft den bewaffneten Bürgern an. Mehrere Korps waren vollständig armirt und hatten eine imposante Haltung. Heute Morgen kamen die Rottenführer zusammen, um ihre Forderungen aufzustellen, für den Nachmittag war eine große Volksversammlung auf dem Neumarkt, einem freien Platz mitten in der Stadt, angesagt. Da kamen Mittags die Berliner Nachrichten an, und sofort eilte Alles nach dem Rathhause, wo der Magistrat und der „vormals" Oberpräsident versammelt waren. Sie erließen eine Proklamation, daß der König Alles bewilligt habe. Mit diesen durch Bürgerdrut abgezwungenen Konzessionen war man nicht zufrieden; die Volksversammlung auf dem Neumarkte angeführe 10000 Menschen waren versammelt — beteeilte, daß das Verlgerig nicht angenommen, der Vereinigte Landtag nicht zusammenberufen werden dürfe. Man

Digitized by Google

verlangt wirklich, nicht auf Grundsätzig haßte Volksvertretung. Die Bewegung ist rein politisch; nirgends hat sich ein kommunistisches Element geltend gemacht. Graf Reichenbach, der in der Volksversammlung zuletzt sprach, wurde im Triumph durch die Stadt begleitet. Der Magistrat hatte gewünscht, daß Abends illuminirt werden sollte; als ihm aber die Deputation der Volksversammlung auseinander setzte, daß man mit der erzwungenen Konzession durchaus unzufrieden sei, wurde dieser Wunsch zurückgenommen. Es wird nicht illuminirt. Der Magistrat hat jene Deputation, bei welcher Reichenbach, Semrau u. A. waren, ersucht, eine Proklamation an die Arbeiter zu erlassen, damit sie in Ruhe eine Verbesserung ihrer Lage durch freie politische Institutionen erwarten. An Unruhen ist heute Abend nicht zu denken, wenn auch die Unzufriedenheit sehr groß ist.

† Breslau, 19. März. Erst jetzt, Abends zwischen 11 und 12 U. gewinne ich die nothwendige Äußere und innere Ruhe; ich berichte die sich mit ungeheurer Geschwindigkeit drängenden Ereignisse ganz kurz. Gestern wurde auf der Demonstration wegen der Preßfreiheit Nichts; der ganze Tag ging mit unnützen Deputationen verloren. Jedoch geschah für die Organisation der Volksbewaffnung Uebrigendes. Lanzen und Bajonette wuchsen gleichsam aus der Erde. Einige kleine Exzesse ohne besondere Bedeutung fanden Statt; sonst war die Haltung des politisch- und militärlosen Volkes durchweg musterhaft. Gegen 10 Uhr blinder Lärm, die Schiffer wollten die Schienen auf dem märklichen Bahnhofe herausnehmen; um 1 Uhr heute Morgen desgleichen in Betreff des oberschlesischen. Schon gestern Nachmittag Privatnachricht und Gerücht: Köln und Koalan Republik, in Berlin offene Revolution, schauerweises Uebertreten des Militärs auf die Seite des Volkes; Ausbleiben der Handelsbriefe von dort. In geschriebenen Anschlägen Bestimmung einer bewaffneten Volksversammlung auf den folgenden Tag — heute — Nachmittags um 4 Uhr auf dem Neumarkt. Die Anschläge, von einer „gewissen Partei" herunterge-ri-fen, finden sich wieder über Nacht. Heute früh allgemeines Gerücht, der Polizeipräsident Heinke und Oberpräsident Bedell hätten die Stadt verlassen; ebenso der mit Recht verhaßte Polizeikommissär Giese. Allgemeine Aufgeregtheit und Gespanntheit auf die Nachricht aus Berlin; endlich 6 Reisende, keine Zeitungen, noch Briefe. Die Berichte der angekommenen Reisenden lassen das Schlimmste erwarten und steigern die Aufregung der Gemüther und den Unwillen des Volkes ungtaublich. Kriegsreferven bewegen sich mit Sicherheit und Vertrauen — auch schon gestern Abend — inmitten ihrer bewaffneten Bedeutung; man bemerkt sogar einzelne Offiziere und Soldaten, welche die weiße Binde der Bürgergarvisten tragen. Zahlreiche Besprechungen derselben, daß die größte Ruhe und Besonnenheit auf die Bürger nicht feuern werde. Als die Aufregung den höchsten Gipfel erstiegen, kam die Nachricht: der König hat nachgegeben und alle Konzessionen bewilligt. Eine ungeheure Menge stand vor dem Rathhause, und das in diesem Augenblick souveräne Volk schrieb die Namen einiger allgemein verhaßten hochgestellten Personen mit Kreide an den vor dem Rathhause befindlichen Pranger unter dem herzlichen Jubel der Menge. Metternich obenan; der Name des Kürassierofiziers, welcher neulich zum Einhauen kommandirt hatte, und des berüchtigten Polizeimeisters Giese war nicht vergessen. — Die Volksversammlung auf dem Neumarkt wurde in Ruhe und Ordnung von einigen tausend Menschen abgehalten. Nach 5 Uhr gaben die Expeditionen der Zeitungen Extrablätter heraus, eine königliche Verkündigung vom 18. enthaltend. Man las und fand sich — bitter enttäuscht. Das „Patent wegen scheinbarer Einberufung des vereinigten Landtags" enthält nichts Bestimmtes, als daß dieselbe den 2. April statt finden wird; sonst Nichts als Redensarten und längst gehörte Worte, über deren wahren Gehalt sich bei uns Niemand täuscht. Das „Gesetz über die Presse" genügte eben so wenig. — Mit dem letzten Zuge Abends gegen 9 Uhr kam die Nachricht aus Berlin, daß die Revolution ununterbrochen fortdauere, und zugleich an unser hier anwesendes Militär der Befehl gekommen wäre, um 10 Uhr durch einen Extrazug nach Berlin befördert zu werden. Das teauf auch den Rubigsten und Langmüthigsten wie ein Donnerschlag; es entwickelte sich eine großartige Regsamkeit in der ganzen Stadt, man entschloß sich kurz und gut, das Abgehen des Militärs auf alle Art zu hindern und schlimmstenfalls die Schienen auf eine hinlängliche Strecke wegzunehmen. Mit Extern bewaffnete Zimmergesellen besetzten augenblicklich die Bahn, und trotz des Regens und der Finsternis strömte eine unglaubliche Menschenmenge auf den Bahnhof. Gegen halb 11 Uhr wurde vom Rathhause eine Beschreinigung der Bahnhofsbeamten verlesen: „Wie bescheinigen hiermit, daß ein Auftrag, Militär mit einem Extrazuge nach Berlin zu befördern, an uns nicht ergangen ist, und daß wir dasselbe auf Verlangen der Bürgerschaft auch nicht befördern werden." Man beruhigte sich für den Augenblick, ohne sich dadurch sicher machen zu lassen, denn in unseren Verhältnissen ist Mißtrauen Pflicht. Wie die Nacht vergehen wird, weiß ich nicht; morgen mehr! Die Posten sollen in Krakau sein.

Posen. Nach den Berliner Blättern circulirt hier eine Petition um Wiederherstellung Polens. — Ueber die Bewegung in Krakau bringt die Oderzeitung die schon erwähnte Nachricht von einem Aufstand und der Proklamirung der Republik, dagegen erwähnt ein Privatschreiben aus Krakau vom 17. in der Bresl. Ztg. bloß, daß am 17. die Freigebung der politischen Gefangenen (100) vom Volke erzwungen wurde, und daß eine Petition um Wiederherstellung Polens im Gange war.

Schwerin, 18. März. Durch eine heute erschienene Verordnung ist die Censur aufgehoben worden. (F. J.)

Baiern. München, 20. März. Das Regierungs-Antrittsbatent des neuen Königs von Baiern lautet: Wir Maximilian II. u. s. w. entbieten Männiglich Unseren Gruß und Königliche Gnade zuvor! Nachdem Unseren vielgeliebten und theuersten Herrn Vaters Königliche Majestät Sich unterm 20. d. M. aus freiwegenem Entschlusse Allerhöchst bewogen gefunden haben, zu Unseren Gunsten den Verzicht auf die Krone Baiern zu erklären, und durch diese Verzichtleistung das Königreich Baiern in der Gesammtvereinigung aller seiner älteren und neueren Gebietstheile nach den Bestimmungen der Verfassungsurkunde auf den Grund der Staats- und Hausverträge an Uns, als nächsten Stammfolger, übergangen ist und Wir davon vollen Besitz ergriffen und die Regierung des Königreichs angetreten haben; als wollen Wir Uns zu sämmtlichen Ständen, Bürgern und Unterthanen in den Städten und auf dem Lande, auch allen Bediensteten und überhaupt allen Unseren Erblanden Angehörigen, welchen Standes, Würde und Wesens sie immer sein mögen, gnädigst versehen, daß sie Uns von nun an für ihren rechtmäßigen und einzigen Landesherren so willig als pflichtmäßig erkennen, Uns unverbrüchliche Treue und unweigerlichen Gehorsam leisten, sofort in allen Stücken sich, wie es pflichtbewußten Unterthanen gegen ihre von Gott verordnete Landesherrschaft und Obrigkeit gebührt, gegen Uns bezeigen werden. Wie geben denselben dagegen zu erkennen, daß Wir den im Tit. X. §. 1. der Verfassungsurkunde enthaltenen Eid bereits in der dort vorgeschriebenen Form abgelegt haben. Damit der Gang der Regierungs- und Justizgeschäfte nicht unterbrochen werde, oder zum Schaden des gemeinen Wesens einiger Aufenthalt entstehe, so ist Unser Befehl, daß sämmtliche Stellen und Behörden im Königreiche ihre Verrichtungen bis auf Unsere nähere Bestimmung gebührend und nach ihren aufhabenden Amtspflichten fortsetzen, die amtlichen Korrespondenzen von nun an unter Unserem Namen und Titel, so solches vorgeschrieben ist, erlassen, bei der Siegelung aber sich der bisherigen Siegel solange, bis ihnen die neu zu verfertigenden werden zugestellt werden, bedienen sollen. Wir wollen alle Bediensteten an den von ihnen geleisteten Verfassungs- und Dienstleid desselben erinnert haben, und versehen Uns gnädigst, Unsere gesammten Stände, Unterthanen und Diener werden dieser ersten, von Uns, als ihrem angeborenen rechtmäßigen Landesherrn, an sie gerichteten Aufforderung sich treugehorsamst fügen, wogegen Wir ihnen mit Königlicher Huld und Gnade wohl beigethan verbleiben. — Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München, 21. März 1848. (L. S.) Maximilian. Freiherr von Thon-Dittmer, Staatsrath. Auf Königlich Allerhöchsten Befehl: der General-Sekretär, F. v. Kobell.

Die Königliche Worte an das Volk Baiern. Baiern! Mein vielgeliebter Vater und König hat gethan, was die Krone zu übertragen. — Tief ergriffen fühle Ich das ganze Gewicht der Verpflichtungen, das er Mir auferlegt. In einer Zeit beftiger Ich den Thron, die mit ihren großen Anfordrungen das In- und Ausland mächtig bewegt. Auf Gottes allmächtigen Schutz vertraue Ich und auf Meinen redlichen Willen, dieser Zeit Gbrot zu verstehen und zu vollbringen. Wahrheit will Ich in Allem. Recht und gesetzmäßige Freiheit im Gebiete der Kirche wie des Staates. Auf der Baiern Treue hoffe Ich, auf die seit Jahrhunderten bewährte Liebe zu ihrem Fürsten. Baiern, steht Mir bei in Meinem festen Vorhaben, Euch auf die Stufe zu erheben, zu der Ihr als ein freies Volk berufen seid, ein Achtung gebietender Staat im einigen deutschen Vaterlande! München, 20. März. Maximilian.

München, 21. März. (Mitternacht.) König Maximilian II. hat seine Regierung ziemlich begonnen, er hat die heißen Wünsche seines Volkes berücksichtigt, und seine erste Regentenhandlung war die Ernennung eines konstitutionellen Ministeriums. Thon-Dittmer bleibt Minister des Innern, neu ernannt wurden Lerchenfeld für die Finanzen und Heintz für die Justiz, während Beisler das Portefeuille der Justiz abgenommen und ihm das des Kultus übergeben ward. Hinsichtlich des Aeußern und des Krieges sind noch keine Bestimmungen

Digitized by Google

getroffen: es ist jedoch nicht zu zweifeln, daß auch diese im Sinne des Volkes ausfallen werden. Soviel ist gewiß, daß Wallerstein sein Bewilligungsschreiben erhalten wird, was bisher von den Meisten gefürchtet wurde, und was sicher den nachtheiligsten Einfluß gehabt und jede ersprießliche Wirksamkeit der neuen Regierung gelähmt hätte! Das Volk sieht nun diesen Männern, welche vor Allen sein Vertrauen genießen, an der Spitze des Staates, und sortan wird Niemand mehr zweifeln, daß Baiern in Wahrheit einer besseren, glücklicheren Zukunft entgegengehe. Möchte soll zum Bundestagsgesandten bestimmt sein.

* München, 21. März. Ich übersende Ihnen hierbei die beiden Regierungsblätter Nummer 12 und 13 vom heutigen Datum, welche die in so hohem Grade wichtigen Dokumente des königlichen Abdankungspatents und des Regierungsantrittspatentes des Königs Maximilian II. von Baiern enthalten. Kurz und bedeutend, doch auch bewegt und herzlich sind die Worte, die König Ludwig dies Mal zum Abschied und Dank an seine treuen Baiern richtet, stießender, doch lauer, minder bedeutsam die Begrüßungsworte des neuen Königs, in welchem man Vieles, vor Allem die offene, feste Versicherung, in der von seinem Vater begonnenen und in der bekannten Proklamation vom 6. März unzweifelhaft ausgesprochenen freieren Richtung das Werk der Verfassung fortdauern zu wollen, vermißt. Ein unbefriedigendes Mißtrauen hat sich daher allgemein der Gemüther bemächtigt, und es hilft Nichts, daß man ersährt, König Maximilian habe bei der Eidesleistung jene Versicherung mündlich den dabei Anwesenden kundgegeben. Hiergu kam die Eile, mit welcher man Liste- und Bürgermilitär verdrängte. Gestern Abend um 10 Uhr hatte König Ludwig die Abdankungsurkunde unterzeichnet, und heute schon in aller Frühe, als wäre sie eine ergwungene gewesen, wurden sämmtliche Truppen Behufs der Eidesleistung zusammengerufen, noch ehe durch den Herold oder durch Anschlag die geschehene Regierungsveränderung angekündigt worden war. Man wollte, so scheint es, sich schnell der Truppen versichern, bevor Demonstrationen erhoben würden. Doch können diese nicht ausbleiben. Trübe Gesichter empfingen überall den Herold, der erst um Mittag die Runde durch die Stadt machte; und die Lebehoch waren verhältnißmäßig sehr sparsam und matt. Was ist da zu erwarten? Aller Orten bedeutliche Gruppen; das Freikorps der Studenten höchst schwierig; eine eigene Bürgerversammlung wird heute Abend, morgen eine allgemeine Statt finden; die erste Begrüßung des neuen Königs von Seite der Bürgerschaft dürfte eine Petition sein, und im Hintergrunde würde, wie am 3. und 4. März, die gesammte bürgerliche Bewaffnung stehen, um ihr Nachdruck zu geben. Ich wünschte hier weniger trüb zu sehen.

Der Oberkonsistorialpräsident Roth soll durch Thiersch ersetzt werden. (A. Z.)

Augsburg, 21. März. Die Allg. Z. berichtet von hier, daß in dieser Stadt die Kunde vom bevorstehenden Rücktritt des Königs mit großer Bestürzung aufgenommen worden sei, daß viele Bürger gestern gewesen in Masse nach München zu ziehen „und sich der treuen Bürgerschaft der Hauptstadt zur Seite zu stellen", ferner, daß der König den Entschluß gefaßt habe, den neuen, für den Thron erbenen erbenten Mittelbadererlaß zu beziehen. Die Demonstration ist natürlich unterblieben.

** Hannover, 22. März. Die nothwendige günstige Umgestaltung unsrer Landesverwaltung nähert sich von Tag zu Tag mehr dem glücklichen Ziele, die Ruhe der Stadt ist seit Freitag nicht wieder gestört worden, die unbewaffnete Bürgerwache versieht den Dienst, wird aber heute in eine bewaffnete verwandelt. Alle Ministerialschefs sind um ihre Entlassung eingekommen und haben sie natürlich erhalten, nur fungiren sie so lange fort, bis neue verantwortliche Minister ernannt sind. Man spricht nur von dem einzigen möglichen Ministerium Stüve-Lehzen, und nennt als fernere Namen Dr. Franke v. Harburg, Advo. Hantelmann II., Sachse, Merkel und Gr. Bennigsen. Auch Dahlmann ist viel gedacht, als des zukünftigen Kurators der verwaisten Universität Göttingen. Es müssen viele, sehr viele Beamte in Ruhestand versetzt werden, wenn es gründlich bei uns besser werden soll, das alte, grundverderbliche System hat sich sehr tief eingenistet. Besonders sind neue Landvosten und Generaldirektoren der Steuern dringend nothwendig. Die neuesten wichtigsten Konzessionen ersehen Sie aus heiligenden Proklamationen. Im Uebrigen wird unser Militär auf den Kriegsfuß gesetzt, das soll dasselbe nur auf Befehl der bürgerlichen Behörden im Inlande benutzt werden. Leider treffen aus verschiedenen Orten beunruhigende Nachrichten ein, indem man die verhaßten, hochmüthigen L. Beamten verjagt hat, sogar gegen einzelne städtische Magistrate sind Exzesse vorgekommen z. B. in Goslar, an deren Spitze der talentvolle, aber sehr bureaukratische Bürgerm. Abg. Dr. Sandvoß steht. Auch in Hameln hat man den Bürgermeistern die Fenster eingeworfen und eine Bürgergarde eingerichtet. Der König liegt krank darnieder und man fürchtet, daß er nicht lange mehr leben wird. Sollte jetzt sein Tod eintreten, so sind Konflikte wegen der Thronfolge unausbleiblich. Bei der Eröffnung des Landtags (28. März) sollen sich zahlreiche Zuzüge aus dem Lande bereits hier angemeldet haben, die auf Beseitigung der ersten Kammer, auf verfassungsmäßigem Wege antragen werden, da dieselbe stets der größte Hemmschuh alles Fortschritts gewesen, von Ostfriesland sogar sich Stimmen auf Abschaffung des Adels vernehmen. — Leider besteht wie, trotz der Preßfreiheit noch immer keine neuen Blätter, und hier andenkirgen thun sehr wenig, um die Masse unserer rohlit. Kinder grünblich aufzuklären. Mit dem 1. April jedoch wird eine neue Zeitung, von Hrn. Harrys herausgegeben, erscheinen, die jedenfalls tüchtig werden wird. Auch die Hannoversche Zeit. muß nothwendig in andere Hände.

„Hannoveraner! Auf viele eingegangene Vorstellungen habe ich bereits die Censur aufgehoben, die Oeffentlichkeit der Ständeversammlung gestattet, das Associationsrecht anerkannt, die ordentl. Gerichte und Rechtspflege begründet werden sollen. Ich ermahne Euch Alle, die fernere Entwickelung der Verhältnisse in Ruhe und ohne Störung der gesetzlichen Ordnung zu erwarten. Hannover, 20. März. Ernst August."

„An den allgemeinen Magistrat und die Bürgervorsteher Meiner Residenzstadt Hannover. Ernst August von Gottes Gnaden, König von Hannover, Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛc. In Anerkennung des von den getreuen Bürgern Unserer Residenzstadt in den letzten Tagen bewiesenen Eifers für Erhaltung der gesetzlichen Ordnung haben Wir Uns in Gnaden bewogen gefunden, unter in so weiter Abänderung des Polizeireglements vom 9. Jan. 1846 hierunch zu bestimmen, daß dem hiesigen Stadtdirektor vom heutigen Tage an, die früher vom Stadtdirektor als Chef der Polizei ausgeübten Befugnisse wieder übertragen werden sollen. Dieserhalb etwa erforderliche weitere Abänderung des Polizeireglements bleibt vorbehalten. Hannover, 20. März 1848. Ernst August."

Es sind noch andere Briefe, die wir morgen mittheilen werden, bestätigen, daß ein Ministerium Stüve gebildet werden wird.

**Braunschweig**, 18. März. Der Herzog hat heute den Beschluß, die Ständeversammlung schon auf den 31. d. M., statt auf den früher bestimmten 25. t. M. (Geburtstag d. H.) zu berufen, veröffentlichen lassen.

Gestern Abend fanden wieder Ruhestörungen Statt; die Bürgergarde wurde mit Steinen und Knitteln angegriffen und ungefähr 15 Bürger verwundet, darunter der Buchhändler E. Bieweg, der vielleicht ein Auge verlieren wird. Gegen Mitternacht war die Ruhe hergestellt. Die Studirenden des Kollegium Karolinum haben ein bewaffnetes Freikorps gebildet und unterstützen die Bürgergarde in Aufrechthaltung der Ordnung.

**Hessen.**

* Darmstadt, 20. März. Heute stellte der Abgeordnete Jaup folgenden Antrag in hiesiger zweiten Kammer: Gestelt Stimme ist es, welche über Europa tönt: Heil frei ihr Völker. Sie ist vernommen worden in Italien, diesen Söhne sich schaaren um die Fahne der Freiheit. Frankreich hat sie gehört, und der Thron der Bourbonen ist gesunken. Sie tönt durch Deutschland und schon haben die Fürsten des Westen sich ihren Völkern vorangestellt als Streiter für ein freies einiges Vaterland. Auch die Fürsten des Osten müssen sich ihr beugen, denn ohnmächtig ist ihr Widerstand. Bald wird die Freiheit Europas ihr Auferstehungsfest feiern. Auch Polen wird auferstehen, auch ihm schlägt die Stunde der Erlösung! Wer glaubt an eine allwaltende Gerechtigkeit und könnte diesen Glauben verläugnen? Ob aber Polen seine Freiheit erkaufen muß mit Strömen Blutes, oder ob sie ihm von Europa geschenkt werden wird als Erstattung eines geraubten Gutes, das ist die große Frage, deren Lösung der nächsten Zukunft anheimgestellt. Wahrend regelt der Ruf an die Fürsten Europa's: Schlieht die Rechnung Eurer Schuld an Polen, bahnt nicht zu alter neue Blutschuld, geht zurück, was Euch nicht gehört und verfohnt Gott! Tausende und aber Tausende stimmen ein in diesen Ruf, und die Fürsten Deutschlands mögen ihn erhören. Er fordert von Preußen und Oesterreich kein Opfer. Nicht die Grenze des Gebiets, nicht die Zahl der Völker bezeichnet fürder die Macht eines Staates. Recht und Freiheit sind es, die ihm allein Macht verleihen. Auf diese Pfeiler, die nie wanken, nie fallen, stütze Preußen und Oesterreich seine Macht. Es entsage freiwillig der Herrschaft über ein Volk, die nie anerkannt wurde, nie anerkannt werden wird. Preußen und Oesterreich werde deutsch, gebe seinen deutschen Völkern Freiheit, Verfassung und Recht, und so verbunden mit Deutschland wird

Digitized by Google

diesem und ihnen eine neue glückliche Zukunft erblühen und eine Kraft erstehen, die unüberwindlich ist. Möge die Ständeversammlung Hoffens, dessen hochherziger Fürst der erste war, der seinem Volke wahre Freiheit gewährte, die erste sein in Deutschland, die ihre Stimme erhebt für ein unterdrücktes edles Volk! Ja richte den Antrag an Sie: die Staatsvergrößerung zu ersuchen, durch alle die zu Gebot stehenden Mittel für die baldige Wiederherstellung eines freien Polens zu wirken.

Frankfurt, 22. März. Unter diesem Datum theilen die Frankfurter Blätter vom 24. März folgenden offiziellen Artikel mit. Auszug aus dem Protokolle der 16. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 9. März 1848. Der betreffende Ausschuß trägt vor: „Der Ausschuß, von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Kraft Deutschlands wesentlich auf dem Bewußtsein seiner Einheit beruht, dieses Bewußtsein aber, damit es der Nation lebendig und klar vorschwebe, äußerer Symbole bedarf, glaubt die wortvoll schon in Anregung gebrachte Frage wegen eines Bundeswappens und wegen Bundesfarben erwägen zur Lösung bringen zu sollen. Der Ausschuß ist der entschiedenen Ansicht, daß zum Bundeswappen sich am besten dasjenige Emblem eignet, welches schon im Jahr 1848 zur Bezeichnung der Gesandtpforte und wartigen Gegenstände der Artilleriekolonien der beiden Hessischen Linie und Nassau verwendet worden ist — der alte deutsche Reichsadler mit der Umschrift: „Deutscher Bund" — da es kein anderes geschichtliches Symbol der tausendjährigen Einheit der verschiedenen deutschen Stämme gibt. Ebenso werden der Bundesfarben der deutschen Vorzeit gedenken sein, wo das deutsche Reichspanier schwarz, roth und golden war. Der Ausschuß trägt daher darauf an — unbeschadet der eigenen landesfarben und Wappen — jenes Emblem zum Bundeswappen und diese Farben zu den Bundesfarben zu erheben. Der Ausschuß wird unvorgreiflich weitere Anträge stellen, wo nun in welcher Weise das Wappen und die Farben anzubringen sind." Nach ausführlicher Besprechung dieses Gegenstandes wurde dem Ausschußantrage einhellig beigestimmt; daher Beschluß: „Die Bundesversammlung erklärt den alten deutschen Reichsadler mit der Umschrift „Deutscher Bund" und die Farben des ehemaligen deutschen Reichspaniers — schwarz, roth, gold — zu Wappen und Farben des Deutschen Bundes und behält sich vor, wegen der Anwendung derselben nach Erstattung des Ausschußvortrags das Weitere zu beschließen." Auszug aus dem Protokoll der 21. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 22. März 1848. Der betreffende Ausschuß erstattet nachstehenden Vortrag:

„Der Ausschuß hatte sich unter dem 9. d. M. weitern Vortrag über die Frage vorbehalten: wo und in welcher Weise das Wappen und die Farben des Bundes anzubringen sein werden. Der Ausschuß glaubt, daß diese Embleme der nationalen Einheit zur Anwendung zu bringen werden, wo sie die Gesammtheit des Bundes als solche bedeuten vermögen. Dieses ist, außer den den Bundesvorübern, vorzugsweise in der Bundes-Kriegsverfassung der Fall. In den Bundesgebäuden wird daher zunächst die Bezeichnung dieser Embleme eintreten können, und ebenso wird das gemeinschaftliche Exerzirgepräge, welches die Bundes-Kriegsverfassung (§. 36) für den Fall eines Bundeskrieges vorschreibt, jenen Emblemen zu entnehmen sein. Der Ausschuß schlägt daher vor, jene Bundesversammlung wolle beschließen: 1) das Bundeswappen und die Bundesfarben werden sofort in den Bundesfestungen angebracht, und ist die Bundes-Militärkommission mit der unmittelbaren Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. 2) Das durch die Bundes-Kriegsverfassung (§. 36) für den Fall eines Bundeskrieges vorgeschriebene gemeinschaftliche Erkennungszeichen aller Bundestruppen ist diesen Emblemen zu entnehmen. 3) Die Siegel der Bundesbehörden haben das Bundeswappen zu führen.

In Uebereinstimmung mit dem Antrage des Ausschusses wurde einhellig beschlossen: 1) Das Bundeswappen und die Bundesfarben werden sofort in den Bundesfestungen angebracht und ist die Bundes-Militärkommission mit der unmittelbaren Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. 2) Das durch die Bundes-Kriegsverfassung (§. 36) für den Fall eines Bundeskrieges vorgeschriebene gemeinschaftliche Erkennungszeichen aller Bundestruppen ist diesen Emblemen zu entnehmen. 3) Die Siegel der Bundesbehörden haben das Bundeswappen zu führen.

**Schleswig-Holstein.** * Flensburg, 19. März. Die gestern in unserer Stadt gehaltene Versammlung der Abgeordneten beider Herzogthümer war sehr zahlreich besucht und hatte auch aus den benachbarten Orten viele Besucher herbeigezogen; ein im Auftrage der Regierung erlassenes polizeiliches Verbot der Oeffentlichkeit der Versammlung der Abgeordneten, erregte zwar großen Unwillen, da indeß weder Militär noch Polizeimannschaft zu Ruhestörungen aufgeboten, so fügte man sich dem Verbot, und während die Ständedeputirten in dem ihnen angewiesenen Saale Sitzung hielten, versammelte das größere Publikum sich im Schauspielhause, wo freisinnige Adressen votirt und mit jahrelchen Unterschriften (unter Anderen auch von mehreren hundert Soldaten) den Regierungscommissären überreicht wurden. In der Versammlung der Letztern ward zwar der Antrag Theodor Olshausens, daß zur Ueberwachung der politischen Verhältnisse ein permanentes ständisches Komite als Centralbehörde eingesetzt werden möge, nicht angenommen, dagegen aber eine aus drei Mitgliedern (dem Grafen Reventlow-Preetz, Beseler und dem Advokaten Baegum) bestehendes Komité mit dem Auftrage ernählt, die Abgeordneten den Umständen nach aufs Neue zu konvoiren. Demnächst ward die Absendung einer aus 5 Mitgliedern bestehenden Deputation (Kammerherr von Rörsgaard, Etatsrath Engel, Doktor Olück, Oldhausen und Advokat Clausen) an den König beschlossen, welche sich in den ersten Tagen nach Kopenhagen begeben, und nachstehende Forderungen stellen sollte: 1) sofortige Berufung der Stände zu einer gemeinschaftlichen Versammlung und Vorlegung des Entwurfs einer schleswig-holsteinischen Verfassung an dieselben; 2) Schleswigs Anschluß an den deutschen Bund; 3) die Organisirung allgemeiner Volksbewaffnung unter selbstgewählten Officieren; 4) völlige Preßfreiheit; 5) völlige Associationsfreiheit; 6) Einberufung des Kammerherrn v. Scheel von seinem gegenwärtigen Posten. — Endlich erklärte die Versammlung ihre lebhafte Theilnahme an den am 30. März zu Frankfurt beginnenden Berathungen über die Nationalvertretung am Bundestage, und dieselbe der Anwesenden, wie z. B. Beseler und Tiedemann, sprachen die Absicht aus, sich zur festgesetzten Zeit nach Frankfurt zu begeben. Die Berathungen dauerten von 12 Uhr Mittags bis gegen 10 Uhr Abends fort. Beseler führte mit der ihm eignen Kraft und Gewandtheit das Präsidium. Gegen 9 Uhr Abends ließ die Volksversammlung, in Gemäßheit einer Eröffnung des Regierungspräsidenten von Scheel der Versammlung mittheilen, daß die Oeffentlichkeit derselben gestattet sei, worauf sogleich ein zahlreiches Publikum einkral; schließlich verfügten die Abgeordneten sich nach dem Schauspielhause, wo dem größeren Publikum die gefaßten Beschlüsse verkündet und, mit größerem oder geringerem Beifall aufgenommen wurden.

**Schweiz.**

‡ Bern, 19. März. Auf heute 1 Uhr war gestern eine Versammlung der deutschen Arbeiter ausgeschrieben; — es erschienen ungefähr 200 Menschen, darunter außer jenen Handwerkern auch Neuere. Man las zuerst eine Adresse an den deutschen Bundestag ab, setzte aber zugleich hinzu, daß es mit derselben bereits zu spät sei, weil der Bundestag nirgends mehr anerkannt werde. Ein bekannter Flüchtling, Dr. Pol, übernahm das Präsidium und erklärte den Versammelten dann: man wolle weder einen Bundestag noch ein Parlament, sondern eine deutsche Republik und müsse dafür dem deutschen Volke bewaffneten Zuzug verschreiben. Emissäre seien ausgesendet, um den rechten Zeitpunkt zu ermitteln. Am Schlusse der längern Rede rieth der Präsident, daß Jeder sich mit Waffen versehen möge. Darauf ging die Versammlung ruhig auseinander.

**Dänemark.**

Kopenhagen, 15. März. Auf jetzt herrscht hier vollkommene Ruhe. Man erwartet im Sunde eine englische und später eine russische Flotte, welche beide bereits eine große Anzahl Lootsen engagirt haben sollen. An den Kopenhagener Festungswerken wird mit großem Eifer gearbeitet. (Hbg. K.)

**Großbritannien.**

Seiten waren die englischen Zeitungen so leer an einheimischen Nachrichten von einigem politischen Interesse, als gerade jetzt, während sich auf dem Kontinent bald da, bald dort ein neuer Krater bildet, und ein Ereigniß das andere verdrängt und in Schatten stellt. Selbst der gefürchtete St. Patrikstag ist trotz aller Meetings und kriegerischen Deklarationen, soviel man bis jetzt weiß, überall in Irland ruhig und friedlich abgelaufen. Unterdeß füllen sich die englischen Zeitungen mit Berichten aus Italien und Deutschland und mit Betrachtungen über die Finanzlage Frankreichs, über das Wahlmanifest und die Finanzmaßregeln der provis. Regierung; sie finden die erstere eben so bedenklich, als das zweite diktatorisch, die Finanzmaßregeln utopisch, die ganze Zukunft Frankreichs verschleiert.

Nachrichten englischer Zeitungen aus Lissabon schildern einen Ausbruch in Portugal als unvermeidlich; man habe es nicht nur auf den Sturz Cabrals, sondern auch auf die Abdankung der Königin abgesehen.

**Frankreich.**

Paris, 21. März. Wie früher die Gesellen, so hat die Regierungskommission für die Arbeiter jetzt auch die Meister und Fabrikanten zu einer Versammlung eingeladen, in welcher die gemeinsame Frage in Berathung genommen wurde. Hr. Louis Blanc eröffnete die Versammlung mit einer sehr schwunghaften Rede, aus welcher wir eine Stelle hervorheben, die mächtig zum Herzen spricht, wenn sie auch vielleicht auf den kalt berechnenden Verstand einen weniger starken Eindruck macht: „Sein Sie gewiß, es gibt mächtigere und edlere Triebfedern. An die Stelle des Wetteifers des persönlichen Interesses lassen Sie uns den Wetteifer setzen, welcher aus dem Gefühle der Brüderlichkeit entspringt, aus dem Ehrgeize seinen Mitmenschen zu nützen. Und wenn man mir erwidert, daß das ein Hirngespinnst sei, so antworte ich: ihr verleumdet die menschliche Natur. Wie, meine Herren, wenn es sich darum handelt zu zerstören, die Zerstörung in ein System zu bringen, hat man die Leute nicht überredet, daß es schön sei

Digitized by Google

**Baden.** * Karlsruhe, 22. März. Dem Präsidenten der Kammer, dem Abg. Mittermaier, ist es von verschiedenen Seiten verdacht worden, daß er die ihm angetragene Stelle eines Präsidenten des Justizministeriums abgelehnt hat. Wir glauben dagegen, daß ihm dafür vielmehr Dank gebührt, denn seine Stellung als Kammerpräsident ist im gegenwärtigen Augenblicke die schwierigere und verspricht einen Mann von seiner Thätigkeit, Geschäftskenntniß, Reinheit des Charakters und allgemeinem Vertrauen; auch wissen wir, daß nur der Gedanke, auf dem Präsidentenstuhle der Kammer dem Vaterlande mehr nützen zu können, als auf jenem der Justiz, ihn bewogen hat, auf seinem wichtigen aber schweren Posten auszuharren. — In der heutigen Sitzung zeigte Präsident Mittermaier an, daß die Abgg. Jungbanns und Weigel ihre Stellen niedergelegt haben, um sich einer neuen Wahl zu unterwerfen. Auf die Bemerkung des Abg. v. Itstein, daß es zweckmäßig wäre, die Ersatzwahlen schnell anzuordnen, erwiderte Staatsrath Bekk, dies sei für die Stadt Baden (Weigel) bereits geschehen, von dem Rücktritte des Abg. Jungbanns habe er erst die Stunde seine Kenntniß gehabt. Kapp stellte dem Abg. Jungbanns das ehrende Zeugniß aus, daß er seine Ueberzeugung stets offen und ehrlich, ohne Rücksicht auf Hofgunst oder Ministerwünsche ausgesprochen habe.

Der Präsident bemerkte ferner, die Kommission über das Wehrgesetz habe sich mit demselben nicht befreunden können, sie werde aufs Schnellste einen Entwurf auf andern Grundlagen ausarbeiten; Vorschläge seien gemacht, man werde sich mit der Regierung vereinbaren, und die Kammer werde von dem Ergebniß bald Mittheilung erhalten. Hecker bestätigte diese Erklärung mit dem Beifag, es werde die nöthige Verfügung zur schleunigsten Bewaffnung unverzüglich erschrinen.

Ueber die Masse von eingelaufenen Petitionen, deren Uebergabe interessante Zwischenverhandlungen veranlaßte, werden wir morgen das Erforderliche nachtragen. Hecker kündigte an, daß er mit fünf andern Abgeordneten die Beschlüsse der Offenburger Versammlung als Motion behandeln und dieselbe in der nächsten Sitzung begründen werde.

Für heute beschränken wir uns auf den Bericht, welchen der Abg. Mathy über seine und des Abg. Straub Reise in den Seekreis erstattete, wobei er bemerkte, er sehe sich heute dazu veranlaßt, weil unter den Zuhörern mehrere Männer aus dem Seekreis seien, welche berurhigten können, ob er die Wahrheit spreche, und die seine Worte ihren Mitbürgern heimbringen könnten.

Er sagt: In der Sitzung vom 13. März war von den Unruhen im Odenwald die Sprache; der Abg. Welte äußerte, es wäre die Pflicht der dort gewählten Abgeordneten gewesen, sich in ihre Bezirke zu begeben, um weiteren Unruhen vorzubeugen, Falls sie das Vertrauen besäßen. Diese Aeußerung wurde fast allgemein gebilligt.

Am Abend berief Staatsrath Bekk die Abgeordneten einiger Bezirke des Seekreises, theilte ihnen mit, daß beunruhigende Nachrichten von dorther eingelaufen seien, und forderte sie auf, nun ihrerseits zu thun, was als Pflicht der Abgeordneten überhaupt bezeichnet worden war.

Der Abg. Welte, kaum aus seinem Wohnorte hierher zurückgekehrt, bezweifelte die Richtigkeit der eingelaufenen Nachrichten und erklärte, daß nach seinen Wahrnehmungen Unruhen nicht zu befürchten ständen, seine plötzliche Rückkehr dagegen Aufsehen und Mißtrauen erregen könne. Der Abg. Wecker bemerkte, daß er mit den einflußreichsten Männern seines Bezirks in brieflichem Verkehr stehe, daß er das Geeignete bereits schriftlich habe ergehen lassen, daß endlich der Zustand seiner Gesundheit ihm nicht erlaube, eine anstrengende Reise auf die rauhen Höhen des Schwarzwaldes zu machen. Der Abg. Straub und ich waren nicht in der Lage, über den Stand der Dinge in unsern Wahlbezirken genaue Auskunft zu geben. Wir waren zwar für uns überzeugt, daß die Bewohner keinen Schritt thun würden, welcher dem Gemeinwohl und ihrer Ehre schaden könnte, allein wir bedachten auch, daß uns in dem möglichen Falle vereinzelter Unordnungen der gerechte Vorwurf treffen würde, unsere Pflicht versäumt zu haben. Wir waren daher bereit, unverzüglich nach dem Seekreise abzureisen. Unsere Aufgabe erkannten wir hauptsächlich darin, über den Gang der Regierung und der Stände, über Alles, was in Beziehung auf die gerechten Forderungen des Volkes bereits geschehen und was in nächster Aussicht stehe, die Wahrheit mitzutheilen; auf der andern Seite auch über die Vorgänge im Seekreise, die Haltung und Stimmung seiner Bewohner die Wahrheit an Ort und Stelle zu ermitteln und bekannt zu machen.

Wir wollten falsche Gerüchte hier und dort zerstreuen und damit den schlimmen Folgen, die sie haben konnten, vorbeugen.

Wir sprachen mit dem Volke in größeren Versammlungen zu Billingen und Stockach, in einer kleinern Versammlung von Männern, welche alle Meinungen unter der Bürgerschaft darstellten, zu Konstanz, wir verkehrten unterwegs und bei kurzem Aufenthalte an mehreren Orten mit Bürgern, die sich um uns und her zusammenfanden.

Und nach Allem, was wir gehört und gesehen, sind wir den Bewohnern des Seekreises in ihrer überwiegenden Mehrzahl das Zeugniß einer edeln, ja bewundernswerthen Haltung schuldig. Tief ergriffen von der großen Freiheitsbewegung dieser Tage, haben sie dieselbe durch keine Verletzung des Privateigenthums oder der Personen befleken lassen. Obgleich die nämlichen Klassen der Gesellschaft, gegen welche in andern Landestheilen Ausbrüche der Rohheit stattgefunden, auch im Seekreise zahlreich vorhanden und Gegenstand schwerer Klagen sind, haben die wackern Bürger es für eine Ehrensache gehalten, daß denselben kein Leid zugefügt werde. Sie haben an Zeit und Erwerb große Opfer gebracht und bringen sie noch täglich, um die Ehre ihrer Heimat rein zu halten von jedem Makel.

Aber nicht minder entschlossen und mit einem furchtbaren Ernste entschlossen sind die Bewohner des Seekreises, gegen jeden Versuch eines Rückschrittes, gegen jedes Zögern und Zaudern auf dem Wege der zur Freiheit u. Einigung Deutschlands, zur Herstellung u. Befestigung eines freien Rechtszustandes in Baden führen muß — mit furchtbarem Ernst entschlossen sind sie, sage ich Ihnen, gegen jeden Versuch der Reaktion oder der Verzögerung wie Ein Mann mit den Waffen aufzustehen.

Falsch waren die Gerüchte, als ob der Seekreis Lostrennung von Deutschland und Anschluß an die Schweiz oder die Gründung einer badischen Winkelrepublik anstrebe. Wohl kennen seine Bewohner die Einrichtungen ihrer schweizerischen Nachbarn und wissen sie zu schätzen. Aber höher als jene Staatsform steht ihnen das Wesen, — ein einiges, freies Deutschland. Und sie wollen dieses Wesen in der Form, in welcher dasselbe zu erreichen allein möglich ist, in der Form, welche die gesammte Nation, nicht ein einzelner kleiner Bruchtheil derselben zu bestimmen hat. — Sie wissen auch, daß zu der Form der Freiheit den Republik, wenn sie dauern und das Volk beglücken soll — Republikaner gehören, das heißt Männer, welche gelernt haben, von der Freiheit den rechten Gebrauch zu machen, welche das Gesetz, unter dem sie leben, über Alles heilig halten, welche ihren Willen dem Willen der Nation unterordnen, welche alle Meinungen gelten lassen und ihre Angelegenheiten mit Ernst und Besonnenheit berathen und erledigen. — Sie geben sich nicht den Täuschungen derer hin, welche die Republik zwar in ihren Köpfen aufgebaut, aber nie in der Wirklichkeit gesehen haben, welche von Zügellosigkeit träumen und in dem Grundirrthum befangen sind, daß die Bürger der Republik aller Pflichten ledig seien.

Wahr ist, daß Einzelne im Seekreis den Gedanken hegten, Baden könne, wie in Andrerm, so auch mit dem Beispiele der Republik dem übrigen Deutschland vorangehen. Dieser Irrthum wurde mit einem wahrhaft würdigen Eifer verbreitet. Die Träger desselben suchten ihre Mitbürger glauben zu machen, die deutsche Nation sei mit ihnen, und schrieben in die Welt hinaus, der Seekreis folge ihrem Winke. Sie wußten, daß sie die Unwahrheit sagten; aber der Gedanke, in der eigenen Schlinge gefangen zu werden, trieb sie zum Losbrechen, und die Hoffnung, sich aus eigener Verlegenheit verschiedener Art zu ziehen, spornte sie zu der Vermessenheit, ein braves Volk in die allerschlimmsten Verlegenheiten zu stürzen. Als aber das Volk erkannte, daß der ganze Plan auf Täuschung beruhte, war er vernichtet. Dazu beigetragen zu haben, ist uns ein angenehmes Gefühl, und wir hatten die Genugthuung, nicht nur die Anerkennung von Tausenden zu erhalten, sondern auch zu vernehmen, wie Leute, welche den Plan einer badischen Seeadrerrepublik ausgeheckt, betrieben und uns gegenüber verheimlicht hatten, zwei Tage später uns beschworen, daß sie an einen solchen Plan niemals gedacht hätten. Sie fühlten, daß der gesunde Sinn des Volkes sie gerichtet hatte. Wir aber wünschen, daß sie ihren Verstand und ihre Kraft der guten Sache der deutschen Nation fortan widmen und mit Wahrheit und Redlichkeit würdige Kämpfer für dieselbe werden möchten.

Von der besten Wirkung wird ohne Zweifel die Ernennung unseres Freundes Peter zum Vorstand der Verwaltungsbehörde des Seekreises jetzt schon gewesen sein. Er, als Freund des Volkes, wird für das Volk und mit dem Volke regieren und den thatsächlichen

Digitized by Google

Beweis liefern, daß eine volksthümliche Verwaltung nicht mehr ein Wunsch, sondern eine Wirklichkeit ist. Seine ersten Worte an die Bewohner des Seekreises haben bei allen empfänglichen Gemüthern den besten Eindruck gemacht. Er muß aber auch in die Lage gesetzt werden, für die Nahrungs- und Erwerbsverhältnisse der Bewohner möglichst schnell nachhelfen zu können, was nur zu lange verfäumt worden ist. Vielen gerechten Klagen und Beschwerden ist abzuhelfen, und an das eiserne Band, welches allein dem politischen Bunde Festigkeit verleihen kann, an den Schienenweg nach dem Bodensee muß ernstlich Hand angelegt werden.

Einer Vorfalles in Engen, der uns als ein Flecken an der Ehre der Bewohner leid thut, erwähne ich nur, um Ihnen zu sagen, daß demselben durchaus keine Bedeutung beizulegen ist. Meinem Freunde und Reisegefährten überlasse ich, wenn er es angemessen findet, das Nähere mitzutheilen. Die Rohheit der Betheiligten steht im Seekreis als seltene und vereinzelte Ausnahme da.

Im Allgemeinen kann ich den Bewohnern des Seekreises nur den Dank und die Anerkennung für ihre ebenso entschiedene als männlich besonnene Haltung wiederholen. Wir haben und ihnen mit unbedingtem Vertrauen hingegeben und sind nicht getäuscht worden. Möge auch bei der Regierung jede Spur von Mißtrauen gegen diese wackern Männer verschwinden.

Keinen schönern Beweis von dem hohen Werthe politischer Bildung und Reife hätte das badische Volk der deutschen Nation geben können, als den, daß es die Versucher abgewiesen, die ihm eine leckende Frucht auf einem Wege zeigten, der uns von der Nation getrennt, in Bruderzwist verwickelt haben würde. Die Männer des Seekreises besonders, denen die Versuchung am nächsten lag, haben sich durch Besonnenheit und Vaterlandsliebe der höchsten Freiheit würdig gezeigt. Ich bin stolz darauf, in der Reihe ihrer Vertreter stehen zu dürfen. (Auf den Gallerien Zeugniß der Wahrheit.)

Straub fügte bei, daß über den Vorfall in Engen öffentliche Blätter bereits das Nähere enthalten. Er ist sich seiner Rede oder Handlung bewußt, die einen Anlaß zu der Rohheit hätte geben können, für welche er von dem Gemeinderath in Engen Genugthuung verlange. Er würde seine Abgeordnetenstelle augenblicklich niederlegen, wenn sein Wahlbezirk nicht mit ihm zufrieden sei, sowie er sich schämen würde, Vertreter von Männern zu sein, welche die Rohheit billigen könnten, die ihm widerfahren sei. Im Uebrigen äußerte sich der Redner in ganz gleicher Richtung wie der Abg. Mathy.

Eine Deputation der Gemeinde Ueberlingen hat den Abg. Trefurt veranlaßt, seine Stelle als Abgeordneten dieser Stadt heute niederzulegen. Der Präsident des Kriegsministeriums wird heute noch einen Nachfolger erhalten, welcher morgen mit der Kommission der zweiten Kammer einen neuen Entwurf für die Bolksbewaffnung berathen wird; Markgraf Wilhelm soll seinen Urlaub nicht zu bald Benutzen.

Gestern Abend wurden einem israelitischen Handelsmanne der sich über die Freilassung der Verhafteten mißbilligend geäußert hatte, die Fenster eingeworfen. Unter den heute eingelaufenen Petitionen erwähnen wir zunächst einer von Hecker übergebenen Dankadresse der Amnestirten, nebst Zuschriften von Bürgern und Turnern in Karlsruhe, dann einer von Brentano überreichten Vorstellung des Literaten Michel gegen seine Ausweisung. Das Amnestiedekret verfügt nämlich, daß die Ausländer, welche freigelassen worden, vor der Hand das Großherzogthum verlassen sollen. Gegen diese Bestimmung erhoben sich Brentano, Hecker und Kapp mit großem Nachdruck; v. Jytein bemerkte, daß der König von Preußen, der ihn und Hecker ausgewiesen, sich jetzt selbst für ein deutsches Staatsbürgerrecht ausgesprochen habe. Staatsrath Bekk entgegnete, der vorliegende Fall könne mit jener Ausweisung nicht verglichen werden. Ueber die preußische Magregel gegen v. Jytein und Hecker habe sich Deutschland, ja fast ganz Europa entsetzt, aber nicht weil zwei Badener aus Preußen gewiesen worden, sondern weil der Ehrenhaftigkeit der beiden Männer und der Sympathien, welche überall für sie bestehen. Dagegen werde der Grundsatz schwerlich Geltung finden, daß Fremde unter keinen Umständen ausgewiesen werden dürften. Jetzt, wo so viele Gährung im Lande ist, haben die Staatsbürger und die Kammern die Pflicht, einem weitern Ausbrausen, welches zum Unheil führe, entgegen zu treten. Wenn nun Ausländer da sind, die das Feuer nur schüren und der öffentlichen Sicherheit gefährlich werden, so darf man es der Regierung nicht verdenken, wenn sie solche Elemente, die einem andern Staatsverbande angehören, vorläufig ausscheidet, bis ihre Anwesenheit keine Gefahr mehr bot. Ueberhaupt ist jetzt ein Augenblick, wo wir Alle sammt und sonders zusammenhalten müssen, um zu verhüten, daß die rohen Kräfte, welche theilweise zusammenwirken, nicht großes Unheil über das Land bringen. An vielen Orten herrscht bereits ein der Anarchie ähnlicher Zustand, und wenn dieser Fortschritte macht, so führt er zu einem Sieg der Rohheit über die Sitte, des Unverstandes über Bildung und Vernunft. Manche täuschen sich, wenn sie durch ihre Redegabe die Gewalt der Rohheit zu bändigen glauben; sie werden bald von ihnen überstügelt werden. Das größte Vertrauen, welches oft am Meisten angefeindet wird, ist der Verstand, die sittliche und geistige Bildung des Mannes.

Unter der Menge der übrigen Petitionen, welche theils die allgemeinen Volkswünsche, theils örtliche und persönliche Anliegen betrafen, erwähnen wir einer Eingabe um Aufhebung der ersten Kammer, eines Verlangens aus Muggensturm, daß der Abg. Ulrich aus der Kammer trete, einer Adresse von 200 Deutschen aus Genf, welche Einigkeit und festes Zusammenhalten aller Deutschen und Erfüllung der an die Regierungen gestellten Forderungen als ihren Wünsche Ziel angeben, eine Dankadresse an den Abg. Welcker, welche der Abg. v. Jytein zur Uebergabe von Weingarten erhalten hatte, wobei der Abg. Bleibtreu seine Freude ausdrückte, daß Männer eines Wahlbezirks so treffliche Worte gefunden hätten, um dem Abg. Welcker die Gesinnungen des Volkes auszudrücken. Andere Petitionen gaben Staatsrath Bekk Anlaß zu erklären, daß für die Vereinfachung des Gemeinderechnungswesens bereits ein Entwurf gefertigt, sowie daß wegen Gestattung des Laubsammelns bereits ein Erlaß an die Forstpolizeidirektion abgegangen sei. Hecker drang mit gerechtem Nachdruck auf Abhilfe der Verkümmerung der Streu-, Laub- und Holzrechte in den krarischen Waldungen und wurde vielseitig unterstützt. Er erklärte sodann, wie zwei Artilleriekorporale in der Untersuchungshaft mißhandelt, in Dunkelarrest gesperrt und ohne Feuer gelassen wurden, worauf Staatsrath Bekk erwiderte, er werde den Chef des Kriegsministeriums davon in Kenntniß setzen, damit die Sache untersucht werde. Welcker nahm hievon Anlaß, an den Präsidenten des Ministeriums des Innern die Bitte zu richten, zu mögen allen Beamten einschärfen, daß jede Insubmissität, jeder Amtsmißbrauch als gesetzwidrig angesehen werden, und daß diejenigen, welche feig ihre Posten verlassen, zur Verantwortung gezogen werden sollen. Staatsrath Bekk hält eine solche Mahnung für zweckmäßig und fügt bei, daß er seit dem Antritt seiner Stelle sein Hauptaugenmerk darauf gerichtet habe, daß die Beamten seine Veranlassung geben, die Bürger zu reizen; indessen werde auch ihnen oft mit Leidenschaftlichkeit entgegengetreten.

Endlich zeigte Welcker an, daß der Bericht über Bassermann Mason auf ein Deutsches Parlament druckfertig sei, und daß die Diskussion auf nächsten Freitag festgesetzen, was auch zugesagt wurde.

Die Verhandlungen über den eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung, die Nachweisungen der Post- und Eisenbahnverwaltung (Berichterstatter Sachs) waren nicht von der Art, daß in der gegenwärtigen Zeit die Leser sich dadurch angezogen fühlen würden.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 21. März. Heute Nachmittag 3 Uhr war wieder Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Der Präsident meldet, daß der Abg. v. Schmidt (bekanntlich derjenige, welcher die frühere Oppositlon am harmäckigsten angegriffen hatte) in Folge von Zuschriften seiner Wähler sein Mandat niedergelegt habe. Schweickhard interpellirt den allein am Ministertisch anwesenden Kriegsminister v. Sontheim wegen des beabsichtigten Einmarsches der Oesterreicher nach Ulm. Die Nachricht hiervon habe bedeutende Unruhe im Lande erregt, man schreibe die Veranlassung noch dem alten Ministerium zu und meine, es habe dieses nicht offen gegen das neue gehandelt. Der Kriegsminister erklärt, die Kriegsbesatzung Ulms sei auf 10,000 M. festgesetzt, worin sich Würtemberg, Baiern und Oesterreich zu theilen haben. Oesterreich habe seinen Verbindlichkeiten nachkommen wollen. Von einer Requisition sei aber nicht die Rede gewesen, dem jetzigen Ministerium sei nicht bekannt gewesen, daß die österreichischen Truppen ins Land kommen sollen. Schweickhard wünscht zu wissen, ob der Befehl von Oesterreich oder vom Bundestag ausgegangen; jetzt wäre allerdings kein solches Bedenken mehr gegen Oesterreich, seit es ein konstitutionelles Land zu werden hoffen lasse. Er will, daß die betr. Aktenstücke auf dem Tisch der Kammer niedergelegt werden. Der Minister erklärt, hierzu nicht ermächtigt zu sein, er werde aber seine Kollegen fragen. — Früher hätten unserer Minister ein solches Verlangen geradezu abgewiesen, jetzt beruft sich der Kriegsminister erst auf seine Kollegen, und diese müssen in ihrer Stellung dem Grundsatz der Oeffentlichkeit auch in der Diplomatie huldigen! — Sofort übergibt derselbe Minister zwei Gesetzesentwürfe, um das erste Aufgebot der (auf dem Papier stehenden) Landwehr zur Bewaffnung des Kriegsministeriums zu stellen, und die Aufbringung des Bedarfs an Pferden für das Heer nöthigenfalls im Wege der Zwangsabtretung betr. — Nun

Digitized by Google

äußert der Präsident: die Regierung habe ein Ablösungsgesetz heute an die Kammer der Standesherren gebracht; da nun dennoch doch diese Frage noch erledigt werden solle, so glaube auch die übrigen dringenden Arbeiten noch vornehmen zu müssen. Hasper erstattet Namens der Kommission Bericht über das Volksbewaffnungsgesetzentwurf. Die Kommission erwägt die Zeitumstände, der Dringlichkeit des Gesetzes, die Lage der auflösenden Kammer, sie will keine gründliche Berathung des Gesetzes, Artikel für Artikel, sie hält dasselbe einer Weiterentwicklung fähig, und einverstanden mit seinen Principien der Bildung einer Grundlage für die Unabhängigkeit gegen Außen und der Sicherheit nach Innen, sowie der Gleichheit des Waffenrechts und der Wehrpflicht, schlägt sie vor, unter Voraussetzung einer Revision des Gesetzes auf dem zweitnächsten ordentlichen Landtag dem Gesetz die Zustimmung zu ertheilen, eine Reihe von Bemerkungen aber der Regierung als dringende Wünsche zu empfehlen. Die Grundlage des Gesetzes hat die D. Z. bereits mitgetheilt, es erhellt daraus zwar, daß dasselbe das wichtige Waffenrecht dem Bürger gibt, daß es die Theilnahme an der Bürgerwehr zu einer Zwangspflicht macht, aber im Ganzen ist Schutz nach Innen entschieden das Vorherrschende über die Verwendung nach Außen, und die ganze Einrichtung ist mehr Gemeindewache als Landwehr. Die Wünsche der Kommission suchen da und dort eine volksthümliche Seite zu gewinnen, z. B. treten sie gegen einen Mißbrauch auf, der bereits sich regt. Der Entwurf gestattet nämlich, bestehende Schützengesellschaften möglichst in besondere Abtheilungen zu vereinigen. Solche aristokratische Einzelverbindungen will die Kommission nicht dulden; jeder Einzelne soll in den Reihen seiner Mitbürger dienen. Eine Berathung nun über diesen Antrag und die Wünsche konnte heute nicht stattfinden wegen Abwesenheit des Staatsraths Duvernoy. Der Schreiber wünscht den Druck des Berichts zum Zweck gründlicher Berathung. Hasper fordert in warmer Sprache die Kammer auf, statt zu debattiren, rasch zu handeln, wie es die Zeit erheischt, Etwas ins Leben zu sehen, was das ganze Land erwartet. Mehrere Mitglieder stimmen bei, sie wollen ihr Vertrauen dadurch dem Ministerium beweisen. Damit wird die Berathung auf die Anwesenheit Duvernoys in der morgenden Sitzung ausgesetzt.

ℱ Stuttgart, 21. März. Die Volksbewaffnung schreitet im Ganzen nur langsam voran. Bürgerwehren sind zwar an manchen Orten errichtet, aber mehr zum innern Schutze. Die Turngemeinden sind nun durch öffentlichen Aufruf ermahnt worden, Waffenübungen zu beginnen statt der Turnübungen. In einigen Orten nur haben wirkliche Uebungen schon begonnen. Der hiesige Stadtrath hat eine Kommission niedergesetzt und erläßt Aufrufe zum Eintreten der Bemannen! Wie langsam, wie förmlich, schwerfällig! — Außer der Ablösungsfrage beschäftigt die Gemüther der Rest des alten Systems, der noch immer am Ruder ist, besonders aber der Geh. Rathspräsident v. Maucler; die Reutlinger haben bereits um seine und der beiden adeligen Minister Abberufung petitionirt. Der Minister v. Berolzingen, ein Ehrenmann in seinem Privatcharakter, der aber freilich in die Jetztzeit als einer der Minister des alten Systems nicht mehr paßt, zeigt heute Abend an, daß er schon seit dem 6. d. seine Pensionirung habe und bloß auf Wunsch des Königs und der neuen Minister bleibe, bis sein Nachfolger ermittelt sei. Die Entlassung Mauclers ist das Dringendste; zwischen dem König und seinen Räthen, die das Volk vertreten, kann länger nicht ein so einflußreicher Mann bes alten Systems stehen, wie er, dessen Name an all das geknüpft ist, was wir vergessen wollen, an dessen Thätigkeit in den politischen Verirrungszeiten der 30er Jahre zusammt Hrn. v. Prieser jetzt erst wieder Abwinders Mahnmahnifest an die Oehringer erinnert. Eine Reinigung des Ministerraths von den jetzt unpassenden Bestandtheilen wird wohl bald zu berichten sein. Schon hat sich die Agitation des Gegenstandes bemächtigt, sie hat durchdringen in den letzten Wochen gelernt. — Großes Aufsehen macht eine Volksversammlung in Gaildorf an einem der letzten Tage. Fabrikant Rau ist dort der Agitator des Volks; diese Versammlung sprach aus: an einem Tage müssen alle Grundlasten ohne alle Entschädigung fallen. So entschieden der Standpunkt des Rechts eine solche gewaltsame Lösung verwerfen muß, so sehr ist darin ein Bingerzeig gegeben, wo wir angekommen sind, und wie dringend eine friedliche, billige, schnelle Lösung ist.

*** **Hannover**, 19. März. Nach den ungeheuren Dingen, die in Wien und Berlin geschehen, kann die Nachricht von dem, was hier vorgefallen, nur noch von geringem Interesse sein, zumal jetzt wo Preußen die Reformen, welche bisher erheten oder erobert wurden, zur Bundespflicht macht, also ein „Nein" des Königs von Hannover kaum noch für Irmanden Interesse haben kann. Indessen haben doch auch die hiesigen Vorgänge vom 17. und 18. März ihre eigenthümlich interessante Seite. — Seit den ersten schwachen nächtlichen Reformerhöhen des Magistrats der Residenzstadt war die Aufregung im Lande, aber auch in hiesiger Bürgerschaft bedeutend gestiegen. Aus allen Gegenden des Königreichs kamen Reformpetitionen und Deputationen. Die hiesige Bürgerschaft aber war empört über das Verhalten, das der Magistrat rücksichtlich der ersten Reformpetition vom 6. d. M. Probachet hatte. Daß die kgl. Proklamation, worin die Aufregung des Landes den „Einflüsterungen Fremder" Schuld gegeben wurde, unter solchen Umständen höchstens ein mitleidiges Lächeln zur Wirkung haben konnte, war klar. Die Bürgerschaft ließ sich daher auch durch dieselben nicht im ihren Absichten irre machen. Einige der tüchtigsten Bürger treten zusammen, entwerfen eine Adresse an den Magistrat, worin dieser die Schächterrechte und Beschränkende seiner Bitte vom 6. d. vorgeworfen und zugleich eine Reihe von Wünschen und Forderungen mit dem Begehren aufgestellt wurde, diese durch eine Petition von Seite des Magistrats an den König zu bringen. Am 16. war diese Adresse fertig, wurde einer in aller Stille und größter Nähe berufenen und abgehaltenen Versammlung der Bürgerschaft vorgelegt, genehmigt und mit etwa 2000 Unterschriften versehen, darauf dem Magistrat übergeben. Dieser nahm sie entgegen und versprach, sie am folgenden Tage Mittags 12 Uhr an der Spitze der gesammten Bürgerschaft ins kgl. Palais zu bringen. Nun versucht der Landdrost Dochenhausen alles Mögliche, eine solche Demonstration zu hintertreiben, und scheint auch deßfallige Zusagen erhalten zu haben, wenigstens war, als es am 17. d. zu dem Zuge vom Rathhause nach dem Palais kam, im Palais und bei den Behörden Nichts auf eine solche Demonstration vorbereitet. Einige tausend Bürger erschienen plötzlich vor dem Palais, eine Deputation, aus Bürgern und Magistratsmittgliedern bestehend, an ihrer Spitze. Der König, hieß es, sei krank und könne keine Deputation oder Petition empfangen. Man stellt sich darauf, und so ward zwar nicht die Deputation, wohl aber die Petition zum König hineingebracht. Da mauchen draußen zugleich auf Antwort und Bescheid bestand, so erfolgte derselbe nach einiger Zeit durch den Kabinetsrath v. Münchhausen, der dem König sofort aus der Petition referirt hatte, dahin: daß rücksichtlich derjenigen erbetenen Punkte, in Betreff deren der König verfassungsmäßig an die Mitwirkung der Stände gebunden, diesen Vorlagen zugehen sollten, ein Theil der Wünsche aber, die allein vom Willen des Königs abhängig, gewährt werden. Zu den Gewährungen gehörte: Oeffentlichkeit der Ständeverhandlungen — Amnestie und Rehabilitation aller wegen politischer Vergehen Bestraften — Anerkennung des Associationsrechts — sofortige Aufhebung der Censur. Der Kabinetsrath v. Münchhausen erstattete diese Beschlüsse des Königs der ruhig harrenden Menge, worauf sich sich ebenso ruhig entfernte. Der Magistrat ließ sofort eine Bekanntmachung drucken und vertheilen, worin er die Beschlüsse des Königs, namentlich die sofortige unbedingte Gewährung obiger 4 Punkte, der Bürgerschaft verkündete. Abends gab es mancherlei Auflauf, Vivat für einzelne beliebte Bürger, und Fenstermusiken bei einigen unbeliebten Persönlichkeiten. Außer einigen Polizeibeamten wurden der Gräfin Grote, die des Königs Gunst besonders genießt, und namentlich dem Geheimen Kabinetsrath v. Falcke die Fenster eingeworfen. Das Militär suchte die Tumultuanten zu zerstreuen, doch kam es gottlob zu keinen schlimmen Konflikten. Aber den gewichtigsten und gegründetsten Anlaß dazu sollte der folgende Tag, der 18. bringen. Am Morgen brachte ein Extrablatt der Hannoverschen Zeit. Kunde von der gestrigen Petition und dem darauf ertheilten Bescheide des Königs. Dieser lautete aber hier ganz anders als in der deßfallsigen Erklaratmachung des Magistrats. Was diese als vom Könige gewährt und bewilligt gemeldet hatte, ward durch die Relation der Hannov. Z. nur als unter großen Beschränkungen und Klauseln zugelagt, ja als ganz abgeschlagen bezeichnet. Man war geneigt, diesen Bericht nur der merkwürdigen Auffassungsweise der Hannov. Z. Schuld zu geben, wovon sie bereits so mancherlei Beispiele gegeben hat, als eine Resolution des Königs an den Magistrat, welche eine officielle Erwiderung auf die gestrige Petition enthielt, den Beweis liefern, daß die angezeigte Verschiedenheit zwischen dem, was der Magistrat als Bescheid des Königs bekannt gemacht hatte, und dem Berichte der Hannov. Z. nicht der Auffassungsweise der letztern zur Last zu legen sei, sondern daß die Nachricht der Hannov. Z. die officielle sei. Einem so ungeheuren Mißverständnis, das sich ja wie eine Verfälschung ersehenen mußte, gegenüber konnte, durfte die Bürgerschaft nicht ruhig bleiben. Um nächtliche Ruhestörungen und Tumulte zu vermeiden, wie sie der Abend vorher gebracht hatte, organisirte sich — auf den Wunsch des Magistrats — in aller Eile eine Bürgerschutzwache. Mehr diese, als die Entsalnung großer militärischen Maßregeln erhielt auch die Ruhe Abends und Nachts; am Morgen des 19. aber wollte man Seitens der Bürger eine sehr entschieden gemeinte Demonstration unternehmen.

Digitized by Google

Commissionsbericht über den Antrag des Abg. Bassermann auf Einführung eines Nationalparlaments. Erstattet von dem Abg. Welcker.

Dem mir gewordenen ehrenvollen Auftrage, die Beschlüsse der Commission über die Bildung eines Nationalparlaments zu referiren, konnte ich bei den immer neuen Störungen durch andere ältere und neue Berufsgeschäften in dieser bewegtesten Zeit leider nicht vor hohen Wichtigkeit des Gegenstandes gemäß entsprechen. Erleichtert freilich wurde die Aufgabe durch die Absicht der Commission, sich nur auf die wesentlichsten Grundzüge zu beschränken, welche unmittelbar aus der Natur eines nationalen Bundesstaates, mit Beachtung der bestehenden Rechte aller Bundesstaaten und Regierungen sich ergeben. Diese Regierungen mit den ungleichsten Größenverhältnissen der Staaten, stehen leider selbst in mehrfachen Verbindungen mit außerdeutschen Staaten. Die so entstandenen Schwierigkeiten und Nachtheile, die Mängel des Bundesstaates des ehemaligen Reiches und die des völkerrechtlichen deutschen Staaten-Bundes mußten nach Möglichkeit beseitigt werden. Sie konnten es nur, indem sich die Commission, so viel es unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, an die rein ausgeprägte Natur des Bundesstaates in Nordamerika anschloß, und die monarchische Form der meisten Bundesstaaten mit der nationalen Freiheit möglichst harmonisch zu vereinigen suchte. Wenn man dieses in's Auge faßt, so werden sich die Bestimmungen in ihrer jetzt geordneten Redaktion mit Hinzufügung von kurzen Bemerkungen zu den einzelnen redigirten Bestimmungen leicht erklären und rechtfertigen. Höchst befriedigend ist es, daß die für die Bassermann'sche Motion in den Abtheilungen gewählte und in der Kammer verstärkte Commission, mit der in Heidelberg erwählten Siebenercommission, deren Beschlüsse der Berichterstatter gleichfalls zu redigiren beauftragt wurde, in allem Wesentlichen übereinstimmen. Kleine Abweichungen der letzteren und des Zusammenhangs wegen vom Berichterstatter ergänzen hinzugefügte an sich unwichtigere Bestimmungen, sind durch Einschlußzeichen kenntlich gemacht. Am wenigsten aber darf der Berichterstatter über Verth und Nothwendigkeit des nationalen Parlaments und der vorbereitenden Wahl der deutschen Bundesversammlung sich ausführlich durch Nationalvertretung, irgend ein Wort hinzufügen. Die ganze deutsche Nation, Regierungen und Bürger, stimmen jetzt nach den allgemeinsten traurigsten und erfreulichsten Erfahrungen und Erlebnissen in der Anerkennung der absoluten Nothwendigkeit dieser Einrichtung auf eine bewundernswürdige Weise überein. Sie ist ein Rettungsanker, sie ist der ansgehende Friedensbogen für Fürsten und Bürger geworden.

Grundzüge der Bundeseinrichtung mit Nationalvertretung.

I. Bestandtheile des deutschen Bundes. Der deutsche Bund wird gebildet durch die Regierungen und Bürger aller deutschen Länder, so wie diese Länder bisher durch ihre Regierungen am Bunde Theil nahmen, jedoch mit Inziehung 1) aller preußischen Länder.

Bei der ältern, Monarchen-Bundesversammlung ist dies jetzt unmöglich. 2) des staatsrechtlich und national mit Holstein in ungetrennlich verbundenen Schleswigs. Eine der wichtigsten politischen Aufgaben des Bundes bleibt es, für die Zukunft auf jenem staats- und völkerrechtlich möglichen Wege dahin zu wirken a) daß alle national deutschen Länder mit dem Bunde vereinigt werden und stets mit demselben vereinigt bleiben; b) daß über kein deutsches Land ein außerdeutscher Regent herrsche; c) daß keine deutsche Regierung außerdeutsche Länder besitze.

Die Umnatur und die höchste Verderbtheit dieser drei verkehrten dreifachen Mängel liegen vor Augen, bedürfen weitgehende Erörterungen. Wie Vieles hier gebessert werden kann durch völkerrechtliche Verträge und Friedensschlüsse und durch landes- und bundesverfassungsmäßige Veränderung der Erbgesetze, ist ebenfalls klar.

II. Zweck und Aufgaben des deutschen Bundes. Sein Zweck ist, die völkerrechtliche Sicherung Deutschlands und der deutschen Bundesstaaten und das Gesammtwohl der Nation, insoweit hierzu die Selbstverwaltung der einzelnen Bundesstaaten nicht genügt, so daß jene beiden Zwecke gemeinschaftliche Maßregeln erfordern.

Der neue Bund wird in der That wie der Amerikanische und so wie früher das deutsche Reich ein Bundes- oder ein Ober- ein Staatenbund mit theils ausschließlichen, theils mit der Landeshoheit konkurrirenden Obergewalten in der Bundesgewalt. Die Selbständigkeit und Würde der einzelnen Bundesstaaten und Regierungen wird hierbei erhalten einestheils dadurch, daß sie freiwillig mehrere ihrer Staatsrechte im Bunde gemeinschaftlich ausüben und gemeinschaftlich handeln, anderntheils durch die Übertragung der Bundesgewalt. Sie geht nicht weiter als es das Wohl der Nation fordert, daß Gemeinschaftlichkeit stattfinde. Außerdem bleiben die einzelnen Staaten und Regierungen selbständig, um im Zweifel streitet die Vermuthung für die zwar beschränkte, aber noch noch selbständige Staatsgewalt der einzelnen Länder. Die aus jenem Hauptgrundsatz abgeleiteten einzelnen Bundesrechte aber werden sich gewiß von selbst rechtfertigen.

Hierhin gehören namentlich folgende Aufgaben der Bundesgewalt: 1) Die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der deutschen Bundesstaaten nach Außen. 2) Die kriegerische Vertheidigung zu Land und zur See gegen äußere Feinde, sowie auch zum Schutz der einen Bundesstaates gegen den andern. 3) Das Zollwesen. 4) Gemeinschaftliche Post- und Eisenbahneinrichtungen. 5) Gleichheit der Münzen, Maße und Gewichte. 6) Freiheit des Verkehrs und Handels auf Land- und Wasserstraßen mit Gleichheit des Handels- und Wechselrechts. 7) Die Verbürgung der wesentlichsten deutschen Freiheits- und nationalen Bürgerrechte. a) Volle Glaubens-, Religions- und Gewissensfreiheit. b) Volle Preßfreiheit. c) Vereins- und Versammlungsfreiheit. d) Freie und gleiche Landesvertretung mit entscheidender Stimme der Volkskammern in den Gesetzgebung und der Bestenerung und mit dem Recht der Anklage der verantwortlichen Minister. e) Gleichheit der Steuerpflicht, der Wehrpflicht und des Wehrrechts für alle Bürger, oder Ausschluß der Privilegien in diesen Beziehungen. f) Gleiche Berechtigung der Bürger, zu Gemeinde- und Staatsämtern ernannt zu werden. g) Allgemeines abzugsfreies Auswanderungsrecht der Bürger und volles völkerrechtliches Gastrecht für die Fremden. h) Allgemeines deutsches Heimathsrecht, oder Freiheit des Eintritts, des Ankaufens von Grundstücken, des Ausenthalts und Gewerbsbetriebs für alle Deutschen in allen deutschen Landen, ohne andere Bedingungen und Schranken als die für die Landesbürger. i) Freiheit der Bildung in allen deutschen Lehranstalten. k) Schutz gegen den Büchernachdruck und gleiche Wirksamkeit der vom Bunde ertheilter Erfindungspatente. l) Schutz der persönlichen Freiheit durch ein Bundesgesetz. m) Schutz gegen Justizverweigerung. n) Unabhängigkeit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Justiz und Schwurgerichte in Strafsachen. o) Allgemeines Verbot des Lottos und der öffentlichen Spielbanken. p) Allgemeine deutsche Gesetzgebung, und zwar: einestheils gleiche absolut gebietende Gesetze, soweit nach dem Obigen eine gleichmäßige Durchführung der bundesrechtlichen Bestimmungen sie erheischt; anderntheils nur bedingt gebietende, (also solche, einzelne landesgesetzliche Abänderungen nicht ausschließende allgemeine Gesetze, für deren Gültigkeit die Reichsbevormundung streitet); soweit sie als Grundlagen für eine Gemeinschaftlichkeit des Rechts, der Rechtsprechung und der Rechtswissenschaft beitsam sind.

Der Gegen einer großartigen gemeinschaftlichen deutschen Rechtswissenschaft, wie sie die bezeichnete doppelte Art der gemeinschaftlichen Gesetze begründet, wird jedem Verständigen klar sein. Sie wird nicht gemindert, sondern gemehrt dadurch, daß diese Gesetze, zumal die nur bedingt oder hypothetisch gebietenden nur die allgemeinsten Grundsätze enthalten; denn sie entstehen Einzelnheiten der Gesetze schlagen das lebendige Recht in der Wissenschaft und Rechtsanwendung wohl. Auch die Möglichkeit der einzelnen Landesgesetzgebungen, je nach besonderen Bedürfnissen, Änderungen an den bedingt allgemeinen Gesetzen zu machen, besteht jener Einheit nicht, wenn nur die Rückkommen der Extreme, wenn die Gültigkeit der bisherigen alten Gesetze zerstört wird. Aenderungen werden dann selten werden, und die Rechtswerwaltung erhält um solcher erfahrungsmäßig die Gemeinschaftlichkeit auf viele Jahrhunderte. Aber Noth thut es vor Allem, daß die reine Quelle jedenfalls nationalen Rechtsgrundsätze endlich hervorbrechen werde von dem Schutthaufen fremder veralteten Gesetze, daß sie, gefaßt und getragen durch allgemeine Rechtsgewißheit weiter frisch und kräftig fließe.

III. Natur der Gewalt des Bundes. Der Bund verwirklicht seine Zwecke und seine Aufgaben durch eine gemeinschaftliche Oberregierungs- oder durch eine höchste Gesetzgebungs-, Besteuerungs-, Vollziehungs- und Richtergewalt und vermittelst der dazu nöthigen Bundesorgane.

IV. Organisation der Bundesgewalt. 1. Organe des Bundes und ihre wesentlichen Rechte. 1) Die Versammlung der Repräsentanten aller Bundesstaaten durch Abgesandte ihrer Regierungen (soweit nicht etwa für wichtigere Handlungen die Fürsten persönlich erscheinen wollen).

Da wir keinen einfachen Staat und keine Aufhebung der einzelnen Staaten und Regierungen und des ganzen innigen Verbandes darf und will, so ist es wohl klar, daß die Staaten als Einheiten durch ihre Regierungen im Bunde vertreten sein müssen. Soll aber nicht ein polnisches anarchisches Veto jeder einzelnen Bundesregierung die Beschlüsse der Nationalversammlung wie aller andern Bundesregierungen ungebührlich hemmen können, so müssen sie Mehrheitsbeschlüsse fassen. Hierzu also und zu organischer Wechselwirkung mit der Nation, mit ihrer Nationalrepräsentation, müssen sie gemeinschaftlich und öffentlich und mündlich verhandeln, berathen und beschließen. Auf Recht der größten Mehrheit für die Volksfreiheit darf und sollte der großen moralischen Kraft der Nationalrepräsentation in ihrer Verbindung mit der öffentlichen Meinung, trotz aller monarchischen Rechte, vertrauen.

Für die besondere Organisation und das Stimmenverhältniß dieser Regierungen, ihr Präsidium, ihre Geschäftsordnung, die Ernennung ihrer Abtheilungen und Ausschüsse, auch über ihre Erneinführung die Bestimmungen des bisherigen Bundesrechts bestehen bleiben, oder dieselben auch verändert werden. Nur muß a) in allen ihrer Zuständigkeit unterworfenen Sachen oder in allen wahren Bundesfachen überall Stimmenmehrheit entscheiden; b) die Abgesandten der Regierungen dürfen sich nicht auf besondere Vollmachten, deren Mangel oder auf eine Beschränkung durch dieselben beziehen; c) die Verhandlungen müssen der Regel nach öffentlich sein; d) zu gültiger Beschlußfassung genügt eine Stimme mehr wie die Hälfte. Auch den Namen dieser Versammlung mögen die Regierungen selbst bestimmen, etwa: die deutschen Landesregierungen, oder die deutsche Gesammtregierung, oder auch das Haus derselben, Senat, Oberhaus rc. Die wesentlichen Recht dieser Versammlung bestehen darin, daß dieselbe (gleich dem Haus der Volksvertreter) Bundesgesetze, Maßregeln und Einrichtungen vorschlagen und mit entscheidender Stimme beschließen der ablehnen und auch die verantwortlichen Bundesminister bei dem Bundesgericht anklagen kann. Sie hat ferner das besondere Recht, das Bundesbanner zu erwählen.

Digitized by Google

Wer nicht ohne revolutionäre das monarchische Element umstürzen will oder kann, wer neben seinen Gefahren, welche die große Freiheit mit neuen Bundes- und Landesverfassungen, seien unbezahlbare Vortheile, wie namentlich die Beseitigung lebensfeindlicher, gefährlicher Volkskämpfe um die Oberherrschaft und eine Vertrauen erweckende Festigkeit der erst ruhigen Gewalt will, der wird dieses Vorrecht natürlich und für die Freiheit selbst nicht gefährlich, sondern heilsam finden.

2. Die Versammlung der Vertreter der Nation. Diese werden aus drei Jahre, je einmann auf 50,000 (oder 70,000) Seelen von allen selbstständigen, großjährigen, ehrenfesten Staatsbürgern erwählt. Staaten unter 50,000 oder 70,000 Seelen wählen einen Vertreter. Die Wahl findet (ähnlich wie die der badischen Volksvertreter) in der Art statt, daß jene Bürger je nach Wahlbezirken von 500 Seelen aus ihrer Mitte einen Wahlmann, und die versammelten Wahlmänner von 50,000 (oder 70,000) Seelen aus allen selbstständigen, dreißigjährigen, ehrenfesten Bürgern des Landes den Abg. wählen.

Die Wahl der Nationalrepräsentation durch die Bürger, nicht etwa durch die Landstände, ist eine unmittelbare Folge der wesentlichsten Natur- und Zwecke eines wahrhaften nationalen Bundes, wie sie sich in der deutschen Bundesverfassung durchführen, und wie sie, nach traurigen Erfahrungen durch frühere schlechtere Einrichtung, Nordamerika in seiner reformirten heutigen Bundesverfassung anerkannte (1. Bund und deutscher Bund im Staatslexikon). Bis Bevern bekommt der Vorort der Nation eine Repräsentation der Einheit und Selbständigkeit dieser Staaten durch ihre Regierungen. Diese vertreten in Nordamerika, sowie ehemals in den griechischen Bundesvereinen, die zum Senat zusammentretenden Regierungsgesandten. Als nationaler Freiheitsverein aber muß jeder Bund die Freiheit aller Bürger, sie selbst, entweder, wie in Griechenland, durch ihre allgemeine Volksversammlung, oder, wie in Amerika, durch ihre je nach der Seelenzahl frei erwählten Repräsentanten vertreten lassen. Eine Wahl durch die Stände begründet, da diese Stände mehr oder minder nur Standesinteressen zusammenfassen, eine doppelte Regierungsrepräsentation. Sie begründet auch bei der Verschiedenheit der Ständeverfassungen große Ungleichheit. Eine große Zahl der Nationalrepräsentanten, also so, wie nach den Gesetzen der Kommission, eine Zahl von 300—700, ähnlich dem englischen Unterhaus, war nothwendig zur Verwirklichung der moralischen Stärke der Versammlung und der öffentlichen Meinung. Sie war auch nöthig zum Schutz der kleineren und mittleren deutschen Staaten gegen allzu großen Uebergewicht der größeren. Ein Census, eine heute doppelt gefährliche Ausschließung des Armen durch die Reichen, ist ein sich widerwärtig, und heute von der öffentlichen Meinung verworfen. Dagegen hielt, wie den Banieren ihre dreifältige Erfahrung zeigt, ihre einfache mittelbare Wahl alle Bürgerklassen gut in Uebergewicht der Besitzenden, Gebildeten, Wohlhabenden und leichten Täuschungen, überhaupt für ruhige, ruhig beherrschte, intelligente, der modern Volksstimmung entsprechende Wahlen. Diese Wahlen stehen in Baden meist liberaler und besser aus, als die unmittelbaren wirtemd. Wahlen.

Die Versammlung bestimmt über ihre innere Organisation, über ihre Abtheilung und ihre Geschäftsordnung. Nur muß sie a) der Regel nach öffentlich verhandeln und b) nach Stimmenmehrheit beschließen. c) Die Abgeordneten sind an keine Mandate gebunden. d) Zur gültigen Beschlußfassung gehört eine Stimme über die Hälfte. Diese Versammlung hat gleich dem Haus der Landesregierungen das Recht, Bundesgesetze, Einrichtungen und Maßregeln vorzuschlagen und mit entscheidender Stimme zu beschließen oder abzulehnen, und das Recht, allein oder mit dem andern Haus die verantwortlichen Minister bei dem Bundesgericht anzuklagen. Sie hat ferner das besondere Recht, daß alle Steuergesetze zuerst von ihr beschlossen, und von dem andern Haus nur im Ganzen angenommen oder verworfen werden. Bei den so etwa erfolgten Widersprüch beider Häuser werden die Stimmen derselben zusammengezählt und so die Mehrheit gebildet. Beide Versammlungen treten alljährlich in Frankfurt am Main am 1. Februar auf höchstens 3 Monate zusammen. In dringenden Fällen können beide Häuser eine Verlängerung beschließen. Ebenso kann in dringenden Fällen das Bundeshaupt (oder der Bundesrath) zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Es ist wohl ein Hauptgrundsatz für politische Verfassungen, daß man die großen, natürlichen Grundkräfte der Gesellschaft tüchtig aufsuche, für sie einfache, naturgemäße, kräftige Organe bilde, und dann ihnen und dem natürlichen und moralischen Leben des Volks und seiner Verfassung vertraue, statt durch verwickelte, künstliche, mechanische Construktionen und absichtsvolle, mittelnden etwa gefürchtete Störungen entfernen zu wollen. So vertraut England den drei großen Organen, für Einheit, Freiheit und harmonische Vermittlung, dem König, dem Oberhaus und Oberhaus, ohne etwa durch ein dieß suspendirtes Veto des Oberhauses die Vermittlungen der Volksmasse im Unterhaus zu sichern, oder durch ein künstliches Mittel die verschiedenen Faktoren zu einem gemeinschaftlichen Beschluß zu nöthigen. Der Bund des Volkes und seiner Regierungen, der Staat nicht stille stehen, das Bedürfniß des Friedens, da er sich nicht auflösen kann und will, dieß führen stets, wenn sie nothwendig ist, die Vereinigung herbei. Die moralische Kraft der Nationalwillens und Nationalbedürfnisses führt endlich zu festen Satz, ohne daß man durch Oberhaupt oder Bundesrath ein Veto zu geben brauche, das vielleicht den Widerstreit der Meinungen über eine Neuerung der Antrag auf sie in einer neuen Sitzung erneuert und neu geprüft werden muß, und daß es in der jetzigen Zusitzenzeit in diesem Punkte dem Wien bleibt — dieß ist die höchste Gefahr, welche dadurch entsteht, daß die Kommission weder durch ein mildliches amerikanisches Veto für den Präsidenten, noch auch durch ein norwegisches dieß suspensives Veto für den Fürsten — hier für das Haus der Landesregierungen — künstliche Mittel begründen wollte.

3. Das Bundeshaupt. Es wird von den Häusern der Landesregierungen aus ihrer Mitte je auf drei Jahre gewählt. Es handelt nur durch verantwortliche Minister und durch die von diesem unterzeichneten Beschlüsse. Es vertritt den Bund nach Außen; ernennt die Bundes-Gesandten und Beamten; vollzieht die Bundes-Gesetze und -Beschlüsse; verwaltet die Bundesangelegenheiten und beräth in dringenden Fällen außerordentliche Versammlungen des Nationalparlaments.

Ein Bund mit so großen nationalen Aufgaben bedarf durchaus einer möglichst einheitlichen und kräftigen Vollziehungsgewalt. Aber es wäre gefährlich, wenn durch eine lebenslängliche Gewalt des Oberhauptes, sowie im deutschen Reich, einerseits das Nationalinteresse dem Hausinteresse untergeordnet, andererseits Eifersucht und Mißtrauen gegen das Oberhaupt erweckt werden könnten. Persönliche Verantwortlichkeit des Bundesrathes, sowie sie bei dem deutschen Kaiser Haltsam, schützt der Weitem nicht so kräftig gegen den Mißbrauch der Obergewalt, als die Dauerkraft gegen die vor Kurzem erhaltene Macht und als bei der Wahl durch Abgeordnete, als Beides in Verbindung mit der strengen und folgerichtig durchgeführten Minister-verantwortlichkeit und mit voller Freiheit und Oeffentlichkeit. In solcher Weise alle suche die Kommission, die nur Trübnen und Blut verschweren größeren Mängel der deutschen Reichs- wie der deutschen Bundesverfassung zu beseitigen. Sie glaubte in dem Bundeshaupt und der Nationalrepräsentation die moralisch und politisch-kräftigsten, zugleich die den natürlichen und geschichtlichen Forderungen möglichst angemessenen Organe für die zwei zwei Hauptpole aller guten Staats- und Landesverfassungen einerseits für Einheit und Ordnung, andererseits für Freiheit und freie Entwickelung, in dem Haus der Regierungen aber zugleich das möglichst würdige und kräftige Organ sicher harmonischen Einigung und Vermittlung dieser scheinbar entgegengesetzten Pole gefunden zu haben.

4. Der Bundesrath oder der fürstliche Ausschuß. Zu demselben werden von jedem Hause aus seiner Mitte sechs Mitglieder, und durch diese zwölf ein Obmann erwählt. Sie berathen das Bundesbehaupt bei Abschließung der Staatsverträge und der Ernennung des Oberfeldherrn, außerdem in wichtigen Angelegenheiten, in welchen das Bundeshaupt ihren Rath fordert, oder in welchen sie ihm denselben zu ertheilen für Pflicht halten. Auch berufen sie in dringenden Fällen ein außerordentliches Parlament.

Diese Einrichtung hält die Heidelberger Kommission für wichtig zur Sicherung gegen verderbliche einseitige Beschlüsse über die wirtschaftlichen vielleicht bleibend schädlichen Regierungshandlungen, welche für Sicherung des Nationalrath, in ungefährlichen Zeiten. Unsere Kommission in ihrer Mehrheit hält sie für überflüssig.

5. Das Bundesgericht. Es besteht aus 25 Mitgliedern, welche in der Art erwählt werden, daß die Nationalrepräsentation für jede Stelle drei Kandidaten vorschlägt, das Regierungshaus einen auf lebenslang ernennt (so daß jedes Haus acht Mitglieder ernennt, welche sich durch neun andere Mitglieder ergänzen). Es richtet in öffentlichen und mündlichen Verfahren a) über die Anklagen gegen die Bundesminister; b) über die Streitigkeiten der Bundesstaaten unter einander; c) über Beschwerden der Landstände wegen verletzter Verfassung; d) wegen Verletzung der bundesmäßig verbürgten Rechte durch Gesetze und Regierungshandlungen.

6. Die Bundesarmee. Sie besteht in Friedenszeiten: a) aus allem stehenden Militär, welches durchaus gemeinschaftlich und wie in Nordamerika, im Frieden nur sehr gering ist; b) im Kriege aus dem Aufgebot der Landwehren aller einzelnen Staaten, welche nach gemeinschaftlichen Bundesgesetzen gebildet und organisirt werden. Das stehende Militär steht immer, die Landwehr in Kriegszeiten, unter dem Befehl des Bundesbauptes oder des von ihm gewählten Oberfeldherrn.

V. Die Art der Begründung und der Sanction der neuen Verfassung des deutschen Bundes. Die neue Verfassung muß nicht allein von den Regierungen und ihren Vertretern, sondern zugleich auch durch Vertreter der Nation berathen und von der Nationalgrundvertrag beschlossen und gegensetzig durch den Eid geheiligt werden.

Der Hauptgrund aller der großen Mängel der früheren Bundesverfassung und aller der vielfachen, schweren und gerechten Klagen der Nation, welche endlich selbst wieder die nur durch den sittlichen Geist der deutschen Nation gemilderten Revolutionen hat in allen deutschen Ländern hervorrufen — dieser Hauptgrund liegt in der Nichtbeachtung des obigen Grundsatzes. Er liegt darin, daß schon auf dem Wiener Kongreß der Wahn des Staatrichen und Bourbonischen göttlichen Rechte über die Vertragsgrundsätze, daß die sogenannte „Legitimität" und das sogenannte „monarchische Prinzip" über ewigen Grundsätze aller freien Völker und der Freiheit selbst (s. Grundzeleg im Staatslexikon) den Sieg davon trugen. Auf der angegebenen echt deutschen Grundsatze, nach dem bezeichneten Grundmaße und mit den neu erwachten Gefühl der Freiheit und Nationalität hätte die Nation ihre Vertreter als würdiger Träger für ein freies und reiches deutsches Nationalleben erheben. Auch für die in dieser Bundesverfassung enthaltenen monarchischen und aristokratischen Elemente, statt reiner Demokratie, so wie für die Beschränkung jener politischen Einheit des Nationalbandes durch Bundesverfassung, statt eines Einheitsstaates, stimmte mit freier gerechten Anerkennung der gegebenen Verhältnisse und Rechte die Kommission. Enthält ja doch auch diese Bundesverfassung, bei Beständig und mit freiem Geiste durchgeführt, alle irgend wesentlichen Freiheiten der Nationalität. Mit wenigster Strenge hätte der Kinderfalter breitkommen, welcher lebenslang (s. 4. B. die Einleitung des Staatslexikons) mit den größten Staatsmännern der alten und neuen Welt eine angenehme Unterhaltung eines gut gebildeten unonarchischen und aristokratischen Elements mit dem demokratischen und der Freiheit einer Bundesverfassung, statt der Einheitsverfassung, als sein naturrechtliches politisches Ideal aufstellte und verheidigte. Mit glücklichem erhebenden Gefühl des vaterländischen Stolzes sehen wir die Vertreter der Bevölkerung der Freiheit, der Macht und der Stärke unserer großen, jetzt mehr als je bedrohten Heimat entgegen. Möge unter dem Schutze der Vorsehung die Beharrlichkeit, Tapferkeit und Besonnenheit aller deutschen Freiheitsfreunde diese Entwickelung gegen die innern und äußern Gefahren unserer außerordentlichen Zeit schützen!

Druck und Verlag von Mohr in Heidelberg.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oser a. Amt., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werde man sich an G. L. Alexander Strasbourg 28 Boulevards, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Postvereinsländer bezahlen das Quartal 1 fl. 30 kr. Preußen 1 Thlr. 20 Sgr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 86.** **Heidelberg,** Sonntag 26. März. **1848.**

## Uebersicht.

**Die polnische Frage.** — Wien (Bürgermeister Czapka flüchtig, Graf Franz Stadion im Ministerium. Alle ungarischen Desiderien vom Kaiser bewilligt). Berlin (die Todtenfeier. Der König wünscht unverzüglichen Einzug der Truppen. Die Allg. Pr. Z. Proklamation. Rede Schwerin's). Aachen (Unruhen). Krefeld (Ruhestörungen). Eine geheimnißvolle Person im Schlosse Rheinegk. München (Todtenfeier des Königs). Dresden (Oberländer Minister; die künftige Kammer). Leipzig (Gerücht über den Staatsminister v. Könneritz. Adresse an die Kämpfer in Berlin). Hannover (sein Ministerium Stöve und Aenderung der Verfassung in Aussicht. Das neue Ministerium. Die Aufsichten auf ein neues Kabinet. Stüve, Bülow, Beninghsen und Lehzen dazu berufen). Aus Baden (über einen Beschluß der Offenburger Volksversammlung). Karlsruhe (Kammerverhandlungen: die Arbeiterzüge aus Weiten. Die Kammer für Ruhe und Ordnung). Heidelberg (Adresse der Studenten an die Wiener Kommilitonen). Kassel (die Präsidentenwahlen der Ständeversammlung). Mainz (blutige Raufereien zwischen Bürgern und dem preuß. Militär). Nassau (Schloß Johannisberg mit Beschlag belegt). Braunschweig (Berufung der Stände. Wirkung des preuß. Patents vom 18. März. Die Bürgerwehr). Mecklenburg (außerordentlicher Landtag zusammenberufen). Bernburg (Verfassungspatent). Frankfurt (Berathungen über den Entwurf der Abgeordnetenversammlung).

**Großbritannien.** Die französischen Kommunisten. Irland. Daily News über die europäische Bewegung und die Lage Irlands.

**Frankreich.** Die Berliner Revolution und die Stimmung der Franzosen gegen Deutschland. Neue Maßregeln zur Unterstützung des Gewerbswesens. Zoiwolle in Piemont.

**Schweden.** Der König tritt auf die Seite der Verfassungsreform.

**Italien.** Chur. Bestätigung des lombardischen Aufstandes. Lombardei. Blutvergießen in Venedig. Der Aufstand in Mailand, Como u. Rom. Verständigung der Verfassung. Neapel. Ein Lazzaroniaufstand gedämpft.

**Nachschrift.** Nationalbewegung in Polen.

**Beilage.**[*]) Ueber die Bundesverfassung v. A. v. Mohl. Aus dem Hessischen (der Ernst der Lage. Gesahren gegenüber der Anarchie. Eine Probe fremder Propaganda). München (Abdankung des Königs). Meiningen (Schlichtung der Domänenangelegenheit). Paris (Lage der Dinge. Eine Stimme der provis. Regierung).

## Heidelberg, 25. März.

Wir hatten all die Tage her die polnischen Dinge auf dem Herzen; wir fürchteten einen neuen, unsinnen Ausbruch des Aufstandes dort; in solch einer Zeit von einem so kühnen und unglücklichen Volke Klugheit und Ruhe verlangen, ist auch fast unnatürlich. Nur war es uns Deutschen auch nicht zu verdenken, da wir im Volke der redlichen Meinung sind, den polnischen Raub fahren zu lassen, soweit sich die polnische Nationalität rein erhalten hat, daß wir wünschten, es möchte gegen uns nicht neuer, nutzloser Kampf erhoben werden, die wir willig sind zur Sühnung des alten Unrechts, daß wir begehrten, es möchte dieser Kampf lieber mit uns dorthin gekehrt werden, wo man etwa unwillig zu dieser Sühnung sein möchte. Wir hätten nun wohl gern gesehen, es wäre uns erst einige Zeit gegönnt gewesen, unsere eigene Sache ins Reine zu bringen, um mit voller Besonnenheit an unsere östlichen Aufgaben zu gehen. Aber die bequemen Wünsche stürzt diese Zeit wie ein Sturmwind zu Boden, und will man mit ihr Schritt halten, so muß man ihre Flügel leihen. Wir halten es für nothwendig, daß dieser große Akt der Gerechtigkeit unverzüglich eingeleitet werde.

Wartet man einen Aufstand der Polen ab, so wird die Verwirrung in Deutschland nur um eine neue nun schlimme Scene vermehrt. Wenn sich die Krakauer Nachrichten auch als unrichtig auszuweisen, so weiß man doch, daß die Emissäre der Auswanderung in Massen nach Polen geworfen sind, so kann man sich auf den Natur der Dinge und der Menschen doch voraussagen, daß dieser Ausbruch nicht allzulange auf sich warten lassen wird. Kommen wir ihm also von dieser Seite zuvor, schon um Blutvergießen in einer Sache zu hindern, für die wir in Deutschland nicht gelaunt sein werden, unser Leben einzusetzen. Kommen wir jenem einer neuen Greuelgenheit aus dem Wege zu gehen; um nicht ein Zugeständniß der höchsten Gerechtigkeit uns abdringen zu lassen, dessen freiwillige Gewährung eine alte Schmach mit einer neuen Ehre tilgen wird.

Es ist immer gut, wenn Handlungen der Menschlichkeit, der Ehre, der Gerechtigkeit mit einigem eigenen Interesse verknüpft sind: wie die menschliche Natur ist, so wird dieser materielle Antrieb den edellen Motiven eine größere, verlässigere Stütze geben. Wir haben und von jeher mehr als Franzosen und Engländer für berufen gehalten, die Befreiung von Polen zu vollbringen, nicht allein, weil sie die Gerechtigkeit von uns heischte, sondern auch, weil wir mit Polen einerlei Interesse hatten, Rußlands ungeheuere Macht und Ausdehnung zu brechen. Für jetzt kommt zu diesen großen und allgemeinen Interesse ein besonderes, momentanes Interesse hinzu: das Interesse, den gährenden Stoffen im Inlande einen wohlthätigen Abzug nach Außen zu geben. Wir fürchten den unseligen Tag des 18. März mehr als viele unserer Leser begreifen werden. Wir wünschten, die Erfolge möchten unsere Befürchtungen Lügen strafen. Hätte unsere Reformbewegung den gleichen Zug unblutiger Siege bis zum Ende behalten, so hätten wir besseres Vertrauen gefaßt. Seitdem der erste Schritt in die Revolutionen geschehen ist, möchten wir die große politische Lehre nicht aufhören zu predigen, daß eine Ableitung der überflüssigen Säfte in solchen Zeiten das heilsamste Mittel zu Beruhigung und Gesundheit der Zustände ist, daß ein Krieg an der Grenze besser ist als ein Bürgerkrieg zu Hause. Das Militär ist überall in Deutschland nicht mit günstigen Augen gesehen, in Preußen hat es eine furchtbare Last von Haß auf sich geladen; das ist nur über den Grenze zu sühnen und in Verhältnissen, wo die Nation nach dreißigjährigem Frieden einmal wieder verstehen lernt, daß das Militär auch zu Etwas nütze ist.

Es ist unläugbar, daß wir früher die polnische Anarchie, so jetzt die Unterdrückung Polens ein Quell der Unruhe für die Nachbarmächte ist. Vergebens sind alle Versuche gewesen, die polnische Nationalität zu vernichten, die Zuckungen dieses niedergetretenen Körpers sind so heftig wie die des anarchisch zerrissenen. Damals bewegten ihn die unpatriotischen Faktionen, jetzt hat die babylonische Gefangenschaft jenen glühenden Patriotismus geschürt, der früher nicht in großem Ruhm gestanden haben muß, als Rousseau dem polnischen Volke die künstlichen Mittel vorschlug, antike Vaterlandsliebe zu erzeugen. Bei dieser stets wachenden Saat der Unruhe, und Rußlands übermenschlich angeschwollener Größe gegenüber, läge es noch im Interesse der westlichen Nachbarmächte, die Herstellung Polens selber anzuregen, und diese Handlung der Gerechtigkeit zugleich als einen Akt der politischen Klugheit zu erwägen: man weiß, daß bei dem Wiener Kongresse die Absicht war, Polen als eine intermediäre Macht zwischen Deutschland und Rußland zu schieben, daß Oesterreich dafür Opfer bringen wollte, und daß dieser Plan nur an Preußens ängstlicher Vergrößerungssucht scheiterte. Auch 1831 hat Preußen die kostbare Gelegenheit, Polen herzustellen, versäumt, ja von sich gestoßen, da sie sich aufdrängte. Um so näher liegt seine Verpflichtung jetzt. Man kann sagen, daß damals das deutsche Volk für einen solchen Akt erst geweckt werden mußte, heute ruft es selber dazu auf; ganz Europa ist heute noch mehr als damals im Rücken einer solchen That; Oesterreich würde auch jetzt wie damals für sie geneigt sein, denn es müßte sehr vergeßlich sein, wenn es sich nicht erinnern

[*]) Eine zweite Beilage zu Nr. 85, enthaltend den Kommissionsbericht über den Antrag des Abg. Bassermann auf Einführung eines Nationalparlaments, ist bereits gestern ausgegeben worden.

Digitized by Google

sollte, was es ihm 1809 werth gewesen wäre, Polen zwischen sich und Rußland zu haben; England würde sich heute nicht erlauben, auf Schweden wie damals zu drücken und es abzuhalten, mit den deutschen Mächten gemeinsame Sache zu machen. Preußen hat überdies bei diesem Akt am wenigsten zu verlieren. Alle die kleinste und unmäßigste der theilenden Gewalten hat es weit am meisten bei der Theilung gewonnen, und hat seinen Gewinnst beinahe ganz sicher. Es hat sich seiner Masse seiner Erwerbungen in Polen 1814 als eines Tauschmittels bedient, für welches es deutsche Unterthanen eintauschte; die preußischen Provinzen waren nur ein Rückerwerb einstiger Verluste; Preußens Acquisitionen sind vielleicht weniger durch Geschicklichkeit als durch die Geschicke am nutzbarsten verwerthet worden; es hat nicht das Delikt, aber einen großen Theil des corpus delicti von sich geschoben; und da es Polen die Masse der Ansprüche zu danken hat, mit denen es sich einen unbestreitbaren Besitz in Deutschland verschafft hat, so könnte es schon aus Dankbarkeit, gewiß ohne wesentlichen Schaden den polnischen Theil von Posen (an dem deutschen wird den Polen selbst Nichts gelegen sein) in die Schanze schlagen, um den Preis der Herstellung einer befreundeten Zwischenmacht gegen Rußland hin. Preußen hat wenig an dem polnischen Raub die Arrondirung, den Machtzuwachs, die imposante Stellung einer Großmacht gewonnen, die es durch das Aufgeben von Posen nicht verlieren. Oesterreich bei seiner ungeheuren Ausbehnung, hat von Galizien nur Onadratmeilen erhalten; es kann aus anderen Gründen bereitwillig zu diesem Opfer sein.

Nur Rußland wäre bei der Herstellung Polens direkt zu seinem Nachtheile betheiligt; Polens Herstellung ist Krieg mit Rußland. Es ist ganz unbenkbar, daß die russische Dynastie in ihrer jetzigen Stellung freiwillig auf ihr Anrecht auf Polen verzichten sollte, auch nur auf einen Theil; denn der Abfall des Königreichs Polen würde Lithauen unfehlbar nach sich ziehen. Es ist ein Arrangement möglich, wie Oesterreich sich für Galizien entschädigen konnte, aber nicht ohne indirekten Verlust des russischen Ansehens; es ist kein Arrangement möglich, wie Preußen für Posen entschädigt werden könnte, außer mit direktem Verluste Rußlands; eine Entschädigung Rußlands für sein Polen ist nur im Süden denkbar, wo England und Frankreich widerstreben würden. Es ist also eine Herstellung Polens gleichbedeutend mit einer großen Schwächung Rußlands; uns vergebens würde man Rußland anders als mit Gewalt einzuneben versuchen, daß auch seine übermachtige Größe eine Schwäche sei, und daß es vielleicht wahre Politik wäre, Rußland innerhalb seiner natürlichen Grenzen, der Sprachgrenzen, stark zu machen durch eine nationale Civilisation.

Polen selbst müßte daran gelegen sein, den befreienden Staaten Preußen und Oesterreich eine passende Entschädigung nicht zu mißgönnen. Eine Opfer der Großmuth machen auf die Dauer keine lebhaften Bundesgenossen, und diese würde Polen gegen Rußland lange bedürfen. Alle ein Aequivalent für Posen hat man hundert Male die Ostseeprovinzen genannt. Für uns Deutsche wäre es wohl eine heilige Pflicht, diese deutschen Kolonen wieder an uns zu ziehen. Es würde allerdings ein Besitz voll Schwierigkeit sein. Schon Mirabeau hat aufmerksam gemacht, wie unnatürlich für Preußen diese Verlangerung einer ohnehin unnatürlichen Grenzlinie wäre. Das Hauptbedenken ist, daß ein solches Arrangement Polen auf seine ganze Länge hin von dem Meere abschneiden würde, ein Verhältniß, das die furchtbaren Kämpfe Polens mit dem preußischen Orden geradezu wieder erneuern könnte. Daher haben polnische Projekte, die auf eine freiwillige Herausgabe Polens gebaut waren, nicht allein, wie billig, die freie Schifffahrt der Weichsel, sondern auch die Herstellung Danzigs als einer Freistadt unter dem gemeinschaftlichen Schutze Polens und Preußens verlangt. Auch dies würde, statt sie zu verhindern, die uralte Feindschaft mit Gewalt neuerfanzen. Indessen hat der internationale Friede und Verkehr so große Fortschritte gemacht; die Eisenbahnen machen den Besitz des ganzen Laufes heimischer Flüsse nicht mehr so völlig unentbehrlich; und Deutschland, auf seine jungen Kräfte vertrauend, möchte immerhin Etwas wagen. Wären wir erst soweit, so ließen sich auch andere Anordnungen und Verträge vorschlagen, um diesen Inkonvenienzen aus dem Wege zu gehen. Worum es jetzt gilt, ist: den Würfel zu werfen!

**Oesterreich.** Wien. Am 17. las man hier an den Straßenecken folgende Bekanntmachung angeschlagen: „Es wird zur Kenntniß gebracht, daß der Bürgermeister v. Czapka sich aus der Hauptstadt entfernt und der Vicebürgermeister Bergmüller die provisorische Leitung des Magistrats übernommen hat.“ Tags vorher hatte eine sehr starke Demonstration gegen den Bürgermeister stattgefunden.

Die Allg. Zeit. bringt eine neue Ministerliste: Zwei (?) Ministerpräsidenten sind ohne Vorsitzenden ernannt: Graf Kolowrat und Graf Hartig; zum Minister des Innern: Frhr. v. Pillersdorf: der Justiz: Graf Taaffe (Minister ohne nennen Portrag); Minister der Finanzen: Frhr. v. Kübel; Minister des Krieges: Graf Zichselmont; Kammerpräsident: Graf Franz Stadion, der bekanntlich zu den freisinnigsten Staatsmännern des Kaiserstaats gehört; Polizeipräsident: Graf Moriz Devin.

Ein Korrespondent derselben Zeitung klagt, daß die Dinge in Wien sich noch immer nicht entschieden deutsch gestalten wollen; man sei noch zu eng österreichisch. In Grätz erschienen am 15. März die Schauspieler in den Landesfarben, weiß und grün, was einen Sturm von Beifall hervorrief, das ganze Publikum, nicht wie sonst das Theaterpersonal, sang die Volkshymne, dann aber auch Arndts „Was ist des Deutschen Vaterland?“ Man kann jedoch von den Oesterreichern kaum mehr verlangen, als sie bis jetzt auf dem neuen Wege des Fortschritts und der Annäherung an Deutschland geleistet haben. — Aus den Reihen der Nationalgarde sind die aristokratischen Titel ausgemerzt; in der Tagesbefehlen der Nationalgarde liest man z. B. Kommandant Hoyos, Hauptmann Colloredo (ohne den Beisatz „Graf und Fürst“).

Die Preßz. Z. enthält in ihrer Nr. vom 17. März folgende Nachschrift: Graf Joseph Palffy, der als Abgeordneter der Versammlung Nachts vom Redoutensaal wegfuhr, kommt zurück. Er sprach Graf Batthiany und Kossuth selbst. Sr. Maj. haben den Reichspalatin zum Stellvertreter für Ungarn mit vollständiger Vollmacht ernannt. Graf L. Batthiany ist als Premier mit Bildung eines Ministeriums beauftragt. Alle Begehren der Repräsentation sind mit Kaiserlicher Gnade genehmigt. Um 3 Uhr fuhren die Reichsstände von Wien ab. Um 3 Uhr Versammlung im ständischen Redoutensaal.

**Preußen.** Berlin, 21. März. Dem Frankf. Journal zufolge wünscht der König schon morgen das Militär wieder einziehen zu sehen. Auf seinen Umgang durch die Stadt hat derselbe die Stimmung der Bürger seinem Wunsche geneigt gefunden und soll versprochen haben, daß die Truppen vor den Thoren im Beisein der Bürger einen Eid ablegen sollten, nie wieder gegen das Volk zu kämpfen. Wir halten, sagt der Korrespondent hinzu, die Stimmung des eigentlichen Volks dieser Maßregel keineswegs günstig, und es ist das Schlimmste zu erwarten, wenn sie ausgeführt wird, ohne diejenigen zu fragen, welche ihr Blut vergossen haben und die meisten Opfer zählten.

Berlin. Auch die Allg. Pr. Z. ist von der unerbittlichen Nemesis erfaßt, ihre Kamarilla wie die des Königs gesprengt und zerstreut. Dr. Zinkeisen duch Hrn. R. Wenhel ersetzt worden. Welche eigenthümliche Empfindung mag den Rth. Beobachter bei Niederschreibung folgender Zeilen beschlichen haben: „Als eins der seltsamsten Zeichen der Zeit mag die folgende Erklärung des verantwortlichen Redakteurs der Allg. Pr. Z. hier ihren Platz finden: In Folge einer aus Berliner Bürgern bestehenden Deputation, welche soeben bei mir erschienen ist, erkläre ich freiwillig, daß mir der in Nr. 81 enthaltene Artikel unter Berlin, über die Ereignisse vom 15. bis 19. März, von der Ministerialbehörde zur Aufnahme in die Allgemeine Preußische Zeitung zugeschickt worden ist, und daß er, da er diese Ereignisse völlig entstellt, von mir nicht vertreten werden kann. Berlin, 20. März, Abends halb zehn Uhr. Dr. J. W. Zinkeisen.“

In mehreren rheinischen Blättern liest man: daß Fürst Metternich auf der Burg Rheineck angekommen sei. Andern Deutungen zufolge ist es der Prinz Karl von Preußen. Es sind 28 Mann und 1 Offizier als Sicherheitswache dahin beordert.

**Berlin.** Am 21. März wurde folgende Proklamation verbreitet: „An die deutsche Nation! Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tag für Euch an! Ihr leid fortan wieder eine einige große Nation, stark, frei und mächtig im Herzen von Europa! Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat Sich, im Vertrauen auf Euren heldenmüthigen Beistand und Eure giftige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammtvaterlands gestellt. Ihr werdet Ihn mit den alten, ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferd in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien wiedergeborenen deutschen Nation! Berlin, 21. März 1848.“

Im Laufe des Vormittags richtete der Minister, Graf Schwerin, folgende Worte an die Studirenden: „Meine Herren! Der König hält es für seine Pflicht, die akademische Jugend, welche sich so glanzvoll in den Tagen des Ruhmes bewährt hat, von den Fortschritten zu unterrichten, welche er zu nehmen gedenkt. Se. Maj. wollen sich an die Spitze des konstitutionellen Deutschlands stellen. Sie wollen

Digitized by Google

Freiheit und Konstitution. Sie haben daher auch die schleunige Bildung eines deutschen Parlaments beschlossen und werden sich an die Spitze des Fortschritts stellen. Der König rechnet auf den Schutz des Volkes, ist das nicht Ihre Meinung? (Tausendstimmiges Ja.) Der König wird demnächst, geschmückt mit den deutschen Farben, in den Straßen erscheinen und rechnet darauf, daß die akademische Jugend sich um ihn schaaren werde. Meine Herren! Es lebe der deutsche König. (Endloses Hoch.) Meine Herren, wir sind Sr. Maj. verantwortliche Minister, aber unsere Seele ist der König, und der Fortschritt, die Freiheit sein Gedanke, die verantwortlichen Minister hoch!"

** Berlin, Mittwoch, 22. März. Ein ergreifendes Fest wie das heutige hat Berlin nie gesehen. Hunderttausende nahmen Theil an dem Leichengängnis, und von dem Gendarmemarkt an, später durch die lebhafte enge Königsstadt hindurch nach dem Friedrichshain, der fortan Freiheits- oder Friedens-Hain heißen wird, stellten schlichte Spaliere eine so musterhafte Ordnung her, oder vielmehr die Bevölkerung war so Eines Sinns mit den Spalieren der Bürger-, Studenten-, Polytechniker-, Handwerkerbewaffnung, daß auf dem weiten Wege nicht die geringste Unordnung vorfiel, kein Ton zu vernehmen war, genug, das Fest einen erhabenen Charakter trug. Wo fehlte das Militär, die Gendarmerie? Dies war ein gelungenes Beispiel von Selfgovernement, wie es nur England bieten kann. An der neuen Kirche, im antiken Styl von Schinkel erbaut, standen 200 Bürger, herrlich gruppirt, unter Lorbeer- und Blumengewinden. Hier vereinigten sich alle Züge der Geistlichkeit aller Konfessionen, des Senats der Universität, der bewaffneten Studentenschaft mit dem Banner des deutschen Reichs, der Gewerke und Innungen mit herrlichen Fahnen, der Literaten mit dreifarbiger Fahne und der Inschrift „Freie Presse von Ferd. Freiligrath", der bewaffneten Handwerker, der wehrhaften Polytechniker, der übrigen waffentragenden Jugend, der Borsigschen Fabrik in imposanter Anzahl, anderer Fabriken, z. B. „Eisengießerei der Nation", der Deputationen von Magdeburg, Brandenburg, Halberstadt u. s. w. Alexander v. Humboldt war Morgens in der Universität gewesen, um sich dem Festzug der Studenten anzuschließen. Eine Ehrenekorte geleitete den hochgerthen Greis zu dem Rektor der Universität, an dessen Seite Hr. von Humboldt den Märtyrern folgte. Sydow hielt die Rede am Grabe. Auf dem Rückweg wurde die Ordnung nirgend gestört. Mittlerweile war eine Deputation der Hallenser Bürgerin und Studenten angelangt, eigentlich an die Stadt Berlin, aber durch das Volk unwillkürlich nach dem Schlosse geführt, wo sie Audienz erhat. Der König mit dem Grafen v. Arnim und Hrn. v. Minutoli kam auf den Schloßbalkon herunter, bieten den Glückwunsch der Hallenser und erwiderte: „In den letzten Tagen habe ich meinen Charakter etwas verändert; ich war kein Freund dem Versprechen; was ich that, hatte ich selten versprochen. In den letzten Tagen hab' ich Vieles zum Voraus angekündigt, was ich thun will. Aber vertrauen Sie, auch das große Versprechen will ich halten". Hr. v. Minutoli machte der Nationalgarde der Bürgerwehr die schmeichelhaftesten Komplimente für ihre bewundrungswürdige Haltung. Ein Lebehoch soll der König für diesen ernsten Tag bei den Hallensern abgelehnt haben; er sprach aber mit jedem Einzelnen der engern Deputation. — Wissen Sie schon, daß Zinkfiesen Zeitungsunwesen ein Ende hat? Die Allg. Pr. Z. grub sich selbst ihr Grab durch die nichtswürdige Bemäntelung der Revolution!

Ich theile Ihnen folgende Proklamation mit. An alle Preußen! Bürger, im Kriege ist jeder Bürger Soldat! Soldaten, im Frieden ist jeder Soldat Bürger! Bürger und Soldaten, umarmen wir uns als Brüder und beweisen unsern gefallenen Mitbrüdern gemeinschaftlich die letzte Ehre! Ein Friedhof umfasse die Leichen der Gefallenen und ein einziger Trauerzug — Bürger und Soldat Arm in Arm sei ihr Geleit! Derselbe Frieden, der die Gefallenen im Grabe vereint, möge die Lebenden umschließen. Berlin, 21. März. Abends. Unterzeichnet von der Leitung des Begräbnisses „unsrer Todten", von Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordneten, der Ministerien, der Universität, des Handwerkervereines, der Akademie 2c.; sie soll von Prof. Dove, dem berühmten Physiker verfaßt sein, der eine Reihe der Universitätsgrade anführt. — Doch wurden die Soldaten nicht mitbegraben (900 etwa?), weil es doch grausam gewesen wäre, das Militär davon auszuschließen, und dies doch nicht nach Berlin kommen darf, ehe es die Konstitution beschworen! — Der Abg. v. Vincke war in letzter Zeit hier; die entlassenen Minister wollten die ausbrechende Revolution seinen „aufständerischen" Reden zuschreiben; ihm ins Angesicht!

Aachen. Hier fanden am 20. März, Abends 8 Uhr, bedeutende Ruhestörungen Statt; ganze Massen wälzten sich durch die Straßen, zertrümmerten Fenster durch Steinwürfe und begingen andere Exzesse. Schließlich erschien Hr. Hansemann und hielt eine Rede ans Volk, die mit lautem Beifall aufgenommen wurde. Auch am 21. wiederholten sich die Exzesse, denen jedoch durch Bürgergarde und Militär, welche zusammenwirkten, bald ein Ende gemacht wurde.

Krefeld. Der Rh. Beob. meldet von hier, daß in der Nacht vom 20. zum 21. März mehrere industrielle Etablissements zerstört wurden. Bedeutende militärische Mannschaften sind von Düsseldorf dorthin entsendet worden.

* **Baiern.** München, 22. März. Thronrede, womit König Maximilian II. heute die Stände eröffnete. Meine Lieben und Getreuen die Stände des Reiches! Nach dem Willen Meines vielgeliebten Vaters Majestät, eines Fürsten von hohen Regententugenden, besteige Ich den Thron. Großes hat Derselbe in Seiner drei und zwanzigjährigen Regierung vollbracht; nicht blos in Stein und Erz, auch in unsern Herzen wird dauthar Dessen Gedächtnis verbleiben. Die Grundsätze Meiner Regierung habe Ich in Meiner Proklamation von gestern und in der vom 6. März ausgesprochen. Treu und gewissenhaft werde Ich Ihre Verheißungen erfüllen, und Ich bin fest, Mich einen konstitutionellen König zu nennen. Damit jede Erinnerung an frühere Verirrungen schwinde, habe Ich beschlossen, eine Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen zu erlassen. Ich habe Verfassung getroffen, daß den Ständen des Reiches ohne Verzug Gesetzesvorlagen gemacht werden: über Verantwortlichkeit der Minister, über Preßfreiheit, über die Wahlen zur Kammer der Abgeordneten, über alsbaldige Vervollständigung der Vertretung der Pfalz, über Ablösung der Grundlasten und über die Berathung neuer Gesetzbücher. Außerdem sollen vorgelegt werden: die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen und über das Strafrecht, an welches sich die Abfassung eines Hellgistrafgesetzbuches anreihen wird — die in Leipzig berathene allgemeine Wechselordnung und ein Gesetz über die Organisation der obersten Kirchenbehörde der Israeliten. Späterer Vorlage behalte Ich vor: die bereits zugesagte Gesetzgebung in der Rechtspflege mit Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Schwurgerichten, ferner ein Gesetz über die in der IX. Verfassungsbeilage angedeutete umfassendere Fürsorge für die Staatsdiener und deren Hinterbliebene, dann deren Ausdehnung auf die übrigen Angestellten des Staats, endlich ein Gesetz über die Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten. Ich beabsichtige, die Abschaffung des Lotto ins Werk zu setzen, sowie der Stand der Staatseinnahmen in Hinblick auf die Bedürfnisse der bewegten Zeit es gestattet. Jedenfalls wird im nächsten Budget soweit möthig, die Ersetzung dieser Einnahme durch eine andere eintreten. Auch habe ich zum Zwecke einer zeitgemäßen Volksbewaffnung eine umfassende Umarbeitung der Landwehrordnung anbefohlen. Lassen Sie uns diese Gesetzesvorlagen mit Ruhe und Gründlichkeit prüfen. Die Bewegung der Zeit und die großen Interessen des Vaterlands erheischen eine innigere Vereinigung aller deutscher Stämme. Auch Ich habe für Vertretung des Volkes am Bunde ungesäumt Einleitungen getroffen. — In einen neuen Abschnitt unseres öffentlichen Lebens sind wir eingetreten. Der Geist, der Europa durchdringt, gebietet es. Nicht bloß Baiern, sondern Deutschland richtet das Auge auf die Berathungen, die beorstehen. Männlicher Freimuth möge sie bezeichnen, aber auch weise Mäßigung und Fernhalten von ausseröenen, zerstörenden Tendenzen. Das Ergebnis dieses Landtages bestimmt Baierns Stellung in Deutschland. Lassen Sie uns vorleuchten allen seinen Stämmen! Unser Wahlspruch sei Freiheit und Gesetzmäßigkeit.

**Sachsen.** * Dresden, 20. März. Die Veränderungen in unserem Ministerium, und dessen neueste Schritte, die Gemchmigung unserer hauptsächlichsten Wünsche, kennen Sie bereits aus den Zeitungen. Die Wahl der neuen Minister hat im Ganzen sehr befriedigt, obwohl sich mehrere Leipziger Stimmen gegen von der Pforden erhoben. Der Wunsch, ein radikales Element im Ministerium zu besitzen ist sicher durch Oberländers Eintritt in das Kultusministerium befriedigt worden. Für das Auswärtige wird vielleicht noch der radikale o. Wapdorf eintreten. Der Jubel über unsere Errungenschaft ist allgemein, namentlich im Hinblick auf die gesetzliche und ruhige Weise, mit welcher sie erkämpft wurde; — denn ein von der reaktionären Partei angezettelter Straßenkrawall in Dresden zählt hieher nicht. Man bereitet für den Tag der Vereidung des Militärs auf die Verfassung großartige Festlichkeiten vor. — Aus guter Quelle versichere ich Ihnen, daß der nächste Landtag im Mai mit dem neugewählten Drittheil berufen werden wird. Das Ministerium wird das Preßgesetz und Wahlgesetz vorlegen und dann die Kammer sofort auflösen, die noch sehr viele korrumpirte Mitglieder zählt. Im Oktober wird dann der neue Landtag mit vielleicht ganz neuen Elementen die volle Thätigkeit beginnen, de-

Digitized by Google

ren wir zur Vollendung unserer Reform bedürfen. — Die neuesten Nachrichten aus Berlin haben hier einen entsetzlichen Eindruck gemacht.

Leipzig. Die Frankf. Ober-Post-Zeitg. theilt von hier unterm 20. März mit: Für die neulich Besetzung der preußisch-sächsischen Grenze soll das preußische Kriegsministerium eine Forderung von 85,000 Rthlr. bei unserm Finanzministerium eingereicht haben. Diese Nachricht wird seit heute Vormittag als verbürgt erzählt und ebenso bestimmt hinzugefügt, der König habe beschlossen, daß der entlassene Staatsminister von Könneritz, welcher ohne Wissen und Genehmigung des Königs das preußische Militär requirirt hat, für den Zahlung obiger Summe aus seinem Privatvermögen einstehen solle. Man sieht mit der größten Spannung einer officiellen Mittheilung über diesen Gegenstand entgegen. (Auch andere Blätter bestätigen letztere Nachricht.) — Im Museum liegt eine Adresse an die Kämpfer v. 18. und 19. März auf, welche zahlreiche Unterschriften findet. Es heißt darin: An unsere deutschen Brüder in Berlin! Mit Jubel begrüßten wir die Nachricht, daß auch Ihr den Kampf um die deutsche Freiheit und deutsche Einheit begonnen hattet. Er ist ohne Euer Verschulden zu einem blutigen und schrecklichern geworden als irgendwo, durch die unglückliche Idee, man könne der begeisterten Erhebung des gesammten Vaterlandes mit Kugeln und Bajonetten Herr werden. Daß das ein eitler Wahn, habt Ihr bewiesen, als Ihr Euch mit offener Brust, kaum bewaffnet und kampfungeübt, mit einem Muth und einer Ausdauer, die ihres Gleichen suchen, den verlornen Söhnen des Vaterlandes im ungleichen Streit entgegenwarft, den Treulosen, die da vergaßen, daß sie erst Deutsche waren und dann Soldaten waren u. s. w.

*** **Hannover**, 21. März. Das Eis ist hier vollständig gebrochen, das ganze Ministerium entlassen und ein neues berufen, an dessen Spitze Stüve stehen wird. Als die Proklamation des Königs von Preußen vom 18. d. M. anlangte, gab König Ernst August alle Hoffnung und Absicht zur Aufrechthaltung des bisherigen Systems auf; Geheimer Kabinetsrath von Falcke, der hervorragendste und allein bedeutende Mann der bisherigen Regierung, erhielt am 19. seine Entlassung, am 20. die übrigen Minister und Ministerverweser, nämlich der Minister des Innern, von der Wisch, der einzige Minister, den wir hatten, der endlich jetzt bei der Auflösung des Grundgesetzes fällt, nachdem er 1837 versprochen hatte, mit dessen Sturze zu fallen, der Graf Wedel, Vorstand des Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten, Freiherr Kleinsorge, Vorstand des Finanzministeriums, Lehzt. v. Hodenberg, Vorstand des Justizministeriums, General Prott, Vorstand des Kriegsministeriums. Daß Stüve zum Eintritt in das Ministerium berufen worden, ist außer Zweifel; als neben ihm berufen nennt man die Schatzräthe Lehzen und Graf Bennigsen und den Justizrath v. Düring. Die Entlassung des bisherigen Ministeriums erfolgte, als man davon Kunde erhielt, die Bürgerschaft werde um solche petitionirren; dergleichen Schritte will man jetzt um jeden Preis zurückhalten, als Aufregung wo und wie irgend möglich dämpfen. Daher ist denn durch ein kgl. Reskript nicht allein der Residenzstadt, wie solche gehetzt hatte, die widerrechtlich entzogene eigene Polizeiverwaltung zurückgegeben, sondern eine gestern veröffentlichte Proklamation des Königs geht sogar über alles Gehetzene hinaus; dieselbe spricht sogar (s. oben) von „Abänderung der Landesverfassung" und „Wiedervereinigung der Königlichen und Landeskasse" — das heißt: bisrete Rückkehr zum Staatsgrundgesetz von 1833! — Das Zugeständniß steht bedeutender aus als es ist, denn die jetzt bevorstehende neue Ausgabenvertheilung zwischen Königlicher und Landeskasse bringt für die Regierung unter den jetzigen Verhältnissen eine Gefahr, der sie nur durch Wiedervereinigung der Kassen entgehen kann. Daneben wird durch den Zollanschluß Hannovers, den die Proklamation des Königs von Preußen als Bundespflicht fordert, die Wiedervereinigung der Kassen eine gar nicht zu vermeidende Nothwendigkeit. — Die Ruhe der Residenzstadt, allein von der Bürgerschutzwache aufrecht erhalten, ist in den letzten Tagen keinen Augenblick gestört worden.

△ **Hannover**, 21. März. Bereits am gestrigen Tage ist eine Estaffette nach Osnabrück abgegangen, um Stüve zur Bildung eines neuen Ministeriums hierher zu berufen. Wenige Stunden vorher war die gleiche Mission an den Landdrosten v. Bülow zu Stade ergangen, aber, dem Vernehmen nach auf Vorstellung des Magistrats, alsbald zurückgenommen. In dem streng aristokratischen Landdrosten zu Stade erkannte man den thätigen und energischen Arbeiter, nicht aber den Mann, der irgendwie geeignet war, die neuen Verhältnisse zu beherrschen und sie zu organisiren. In dem Bürgermeister der Stadt Osnabrück erblickte Jeder den Unvermeidlichen, und selbst diejenigen thaten dieses, welche in politischen Dingen viel weiter zu sein glauben, als jener. Der bewerten größte Theil der Hannoveraner sieht in Stüve den Mann, welcher das Vertrauen des Volks in vollem Maße besitzt und allein geeignet sein dürfte, mit fester Hand das Staatsruder zu ergreifen, einen Rechtsstaat zu sichern, in dem man weiß, daß oben eine Macht ist, welche den Willen und die Kraft hat, zu regieren. Eine solche Kraft wird erforderlich sein; denn schon hört man von verschiedenen Seiten von Tumulten auf dem Lande, welche theilweise gegen königliche Beamte, theilweise gegen Gutsherren gerichtet sind. Im Ganzen werden diese Bewegungen jedoch ohne große Bedeutung bleiben, denn in Folge der Ablösungsgesetze ist der Zustand der Bauern so beschaffen, daß er wenig zu wünschen übrig läßt. Welche Stellung Stüve zugedacht ist, habe ich schon bemerkt; außerdem sind die Schatzräthe v. Bennigsen und Lehzen gestern zum König berufen und werden, wie wohl nicht zu bezweifeln, zu Ministern ernannt werden. Auch soll der General Prott, welcher als bisheriger Vorstand des Kriegsministeriums seine Entlassung gegeben und erhalten, zum Kriegsminister ernannt sein, eine Wahl, welche, wenn sie sich bestätigt, gewiß eines allgemeinen Beifalls sich erfreuen wird.

* **Aus Hannover** vom 22. d. erhalten wir einen Brief, worauf Stüve dort angelangt und mit Lehzen (Finanzen) und Düring (Justiz) das neue Ministerium zu bilden bereit war.

† **Braunschweig**, 20. März. Gestern war ein Tag allgemeiner Freude für unsere bis jetzt so sehr bewegte Stadt. Der Herzog hatte bereits am 17. aus freiem Antriebe die Stände auf den 31. d. anstatt auf den 25. künftigen Monats berufen. Gestern wurde die preuß. Proklamation vom 18. d. vom Ministerium publizirt, mit dem Zusatze, daß dieselbe den Ausdruck lang gehegter Wünsche enthalte, und der Herzog sie schleunige Verwirklichung forderlich zu erstreben suchen werde. Nachmittags durchzog eine Fahne mit den deutschen Farben die Stadt; ein großer Theil der Stadt schloß sich derselben an, brachte ein Lebehoch dem Herzoge, der in den wärmsten Ausdrücken seine Freude über „das neue Morgenroth des deutschen Vaterlandes" zu erkennen gab. — Die beabsichtigte Illumination unterblieb wegen der von Berlin eingetroffenen betrübenden Nachrichten. In Hannover ist man auch jetzt wieder um ein Jahrhundert zurück. Die Bürger patrouillirten ohne Waffen, nur um den Hut eine weiße Binde mit dem schwarzaufgedruckten Worte „Bürgergarde". — Die hiesige bewaffnete Bürgerwehr hat beim Verfolgen zersprengter Unruhestifter, die die Wohnung des unbeliebten neuen Ministers v. Koch zerstören wollten, einen Steinhagel bestehen müssen, der mehrere schwere Verwundungen herbeiführte. Graf Wedel ist die Ruhe nicht geführt, die Volksversammlungen aber dauern fort. — Heute erscheint die erste Nummer der neuen Nationalzeitung.

= **Aus Baden**. Die Beschlüsse der Offenburger Volksversammlung werden, soweit sie an unsere zweite Kammer in Form von Petitionen gerichtet sind, dort einer gründlicheren Berathung unterliegen, als dies bei einer Versammlung von 15,000 Menschen möglich war. Ueber einen der Beschlüsse aber, der nicht an die Kammer gelangt, erlauben Sie mir in Ihrem Blatte einige Worte. Es heißt dort: „Das Volk besitzt durchaus keine Bürgschaften für die Verwirklichung seiner Forderungen und eines dauerhaften Zustandes der Freiheit", und in Folge dieses Ausspruchs sollen nun politische Vereine sich über das ganze Land ausdehnen, „um sich diese Bürgschaften selbst zu verschaffen". Diesen Satz kennte man begreifen, wenn wir noch vor dem ersten März zu stünden; aber wenn man jetzt noch sagt, „wir besitzen durchaus keine Bürgschaften", so beweist dies nur die Nachwirkung eines Zustandes, der nicht mehr da ist. Wieb denn die Wirkung der freien Presse, wird die Bürgerwehr, wird das Steuerbewilligungsrecht unserer Volksvertretung plötzlich so gering angeschlagen, um in ihnen „durchaus keine Bürgschaften" zu erblicken? Mißtraut man sich selbst in dem Maße, daß man auch jetzt noch, wo selbst Metternich mit seinem ganzen verrotteten Systeme fallen mußte, der nächsten Zukunft nicht gleubt sicher zu sein? Glaubt man, wir wehrhaften Bürger würden Steuern bezahlen, wenn unsere Vertreter sie bei einer etwa versuchten Reaktion verweigern? Fürwahr, wer da keine Bürgschaften erblickt, der ist überhaupt nicht zu beruhigen. — Oder will man etwa die Mittel schaffen, um das Land fortwährend in fieberhafter Rüstung erhalten zu können, so würden diejenigen, die dies beabsichtigen, ihren eigenen Zweck verfehlen. So sah es als die Welt, ist der Erfahrungssatz, daß durch zu Viel von jeher ebenso Viel geschadet worden, als durch zu Wenig. Jeder Uebertreibung folgt in den Gemüthern eine Erschlaffung, eine Abspannung, die wir doch vor Allem vermeiden sollten. — Zuletzt verdient wohl auch die Rücksicht Beachtung, daß man zu einer Zeit plötzlicher Erwerbslosigkeit die Bürger nicht zu Beiträgen für die Bildung von Vereinskassen in Anspruch nehmen sollte. Es werden vielleicht in der nächsten Zeit wirkliche Nothwendigkeiten solche Aufopfrie genug hervorrufen.

* **Karlsruhe**, 24. März. Heute früh gelangte die Nach-

Digitized by Google

nicht hierher, daß oberhalb Kehl 5 bis 600 entlassene Arbeiter aus dem Elsaß über den Rhein gekommen, und einige Abtheilungen Militär von Rastadt dahin abgegangen seien. Erstere Nachricht hat sich nicht bestätigt, dagegen wurde ein solcher Einfall in der Gegend befürchtet, die Sturmglocken wurden in den Ortschaften geläutet, und die Bauern aus der Ferne und dem Gebirge eilten mit Flinten und Sensen bewaffnet zusammen und schickten Abgesandte nach Karlsruhe, um mehr Waffen zu holen. Staatsrath Bekk theilte der Kammer die eingelaufenen Nachrichten mit und fügte bei, daß nach Berichten aus Paris eine größere Zahl deutscher Arbeiter, 5 bis 6000 Mann, einen feindlichen Einfall in Süddeutschland, besonders in Baden, verabredet hätten, um die Fahne des Aufruhrs aufzupflanzen. Auch diese Nachricht scheint irrig, vielmehr die Absicht der Deutschen in Paris nur dahin zu gehen, im Falle einer Reaktion gegen die Bewegung in Deutschland, der Freiheit ihren Arm zu leihen. Die Regierung fühlte sich inzwischen verpflichtet, gegen einen möglichen Ueberfall Vorkehrungen zu treffen, Truppen an einige Punkte der obern Rheingrenze zu stellen und Streifzüge anzuordnen. Zugleich erklärte Staatsrath Bekk, daß die deutschen Arbeiter, welche in Frankreich brodlos geworden und das Land verlassen müssen, mit Humanität empfangen werden sollen. Es sei gestern an sämmtliche Aemter eine Generalverfügung erlassen worden, die ankommenden Arbeiter auf Kosten der Staatskasse zu verpflegen und in ihre Heimath zu befördern. Unglücklicher dürften wir nicht von uns stoßen, wir wollten ihnen den Weg der Ordnung erleichtern. Den Aufwand werde die Kammer gewiß genehmigen. Allgemeiner Zuruf bekundete die Beistimmung; Hecker bemerkte, daß dies eine deutsche Angelegenheit sei, weßhalb die übrigen Regierungen eingeladen werden sollten, zu den Kosten beizutragen. Sachs und Helbing fügten bei, daß die Verfügung in Straßburg und im Elsaß bekannt gemacht werden sollte, damit die Arbeiter erfahren, daß sie freundschaftlich aufgenommen werden.

Hierauf nahm Bassermann das Wort und sprach: Meine Herren! In diesen Tagen ist in hiesiger Stadt das Eigenthum verletzt und die persönliche Freiheit bedroht worden, und erneuerte Drohungen erwecken Besorgnisse, daß die gesetzliche Ordnung, ohne welche es keine Freiheit gibt, wiederholt gestört werden könnte. W. H.! Ihnen brauche ich nicht zu sagen, wie da, wo die Herrschaft der Gewalt beginnt, die der gesetzlichen Freiheit aufhört; aber lassen Sie uns, uns die gewählten Vertreter des badischen Volks, das der Freiheit würdig ist, lassen Sie uns durch einen Ausspruch das Unsere beitragen dazu, daß die Sache der Freiheit nicht befleckt und durch rohe Gewalt geführdet werde. Wie heilig wir unsere Verfassung gehalten wissen wollen, haben wir dadurch bewiesen, daß wir die Beseitigung des Militärs und sämmtlicher Staatsdiener auf p. Dek. bewirkten. Die Verletzung aber sagt: „Eigenthum und persönliche Freiheit der Badener stehen für Alle auf gleiche Weise unter dem Schutze der Verfassung“, und wir wir vor 2 Wochen mit Erfolg einen durch lange Bedrückung gereizten Theil unserer Mitbürger abgemahnt vor schmählicher Verfolgung der Juden und des Adels, so lassen Sie uns auch heute unser Wort erheben zur Aufrechthaltung einer Freiheit, die eine Freiheit für jeden Badener sein soll und zur Handhabung des sie schändenden Gesetzes. Ich schlage Ihnen, m. H., vor, auszusprechen: Die Vertreter des badischen Volkes erklären für sich selbst und erwarten von ihren Mitbürgern, daß sie sowohl für die schleunigste Herstellung eines freien einigen Deutschlands und eines wahrhaft freien Rechtszustandes in Baden, als auch gegen jede diesem edlen Streben der Nation hinderliche Störung der gesetzlichen Ordnung aus allen Kräften wirken werden. Sie erklären zugleich und erwarten von ihren Mitbürgern, daß sie der Regierung, so lange dieselbe auf dem Wege der Verfassung wandelt, den kräftigsten Beistand leisten werden in der Erfüllung ihrer Pflicht, diejenigen, welche die Sache der Freiheit durch frevelhafte Handlungen gegen Personen und Eigenthum gefährden, zur gesetzlichen Verantwortung zu ziehen.

Hecker erinnerte an die Aufforderung der in Mannheim wohnenden Abgeordneten, welche mit Erfolg von den Judenverfolgungen abmahnten, und erwartet, daß das badische Volk, sich selbst achtend, seine Ehre nicht durch Unordnungen, wie sie hier vorgefallen, beflecken werde. Niemand werde den ersten Theil des Antrags mißbilligen, und von der Bürgerschaft von Karlsruhe sei zu erwarten, daß Unfuge, wie sie gegen einen Israeliten vorgefallen, obschon derselbe sich nicht zu billigende Ausdrücke erlaubt habe, nicht mehr vorkommen werden. Was den zweiten Theil betreffe, so werde auch er eine Regierung unterstützen, welche der Verfassung treu ist, allein um ihn dazu zu überzeugen, genügen Worte nicht, die Versprechungen müssen Thatsachen werden.

Mathy unterstützt den Antrag des Abg. Bassermann in seinem vollen Umfange und bemerkt, um einer möglichen Mißdeutung der Worte des Abg. v. Itstein vorzubeugen, daß die Bürger von Karlsruhe bei dem vorgefallenen Unfug nicht nur unbetheiligt, sondern aufs Tiefste entrüstet gewesen und das Mögliche gethan hätten, um denselben zu unterdrücken und Wiederholungen vorzubeugen. Die Regierung habe sich bei der deutschen Bewegung entschieden angeschlossen und die zugesagte Erstellung der Volksbewaffnung so weit bereits vorwirklicht, als es die Kürze der Zeit und die Geschäfte der zum Theil neu eingetretenen Mitglieder möglich machten. Damit sie aber mit Erfolg wirken könne, bedürfe sie der Unterstützung der Stände und des Volkes und derjenigen Achtung, die sie jetzt auch der Kammer beweise.

Knittel und Stöfer bestätigen, daß die Bürgerschaft von Karlsruhe bei dem Unfuge nicht betheiligt sei.

Hecker erklärt sich gegen jede Un ordnung, die einem politischen Ziele nicht förderlich sei; die Abgeordneten von Karlsruhe sollten aber auch ihren Bürgern sagen, daß sie sich nicht gegen einzelne Abgeordnete unwürdige Verdächtigungen erlauben möchten.

Der zweite Theil des Antrags enthalte ein Vertrauensvotum, wozu er keinen Anlaß sehe. Er werde jede Handlung der Regierung für das Volk billigen, aber er gebe keine allgemeine Erklärung und übernehme keine Verpflichtung.

Bassermann erwidert, daß auch gegen ihn unwürdige Aeußerungen gefallen seien. Am 1. März sei er ein Volksverräther genannt worden; daß selbe sei unserm Alterspräsidenten v. Itstein von Gruppen in Offenburg begegnet (Mathy. Ich könnte auch solche Stückchen gegen mich erzählen, aber ich halte es nicht der Mühe werth.) Dies geht nicht anders in Zeiten der Aufregung; es bleibe nichts Anderes übrig, als daß Jeder seine Pflicht thue. Wir müssen sorgen, daß das Gesetz gehandhabt werde, was um so nothwendiger wird, je freier der Staat ist. Der Regierung liegt dies ob, und unsere Pflicht ist es, sie darin zu unterstützen; so besörderen wir die Freiheit, die ohne Gesetzlichkeit nicht bestehen kann. Die Regierung hat unsere Unterstützung nur, so lange sie treu an der Verfassung hält. Jede verfassungswidrige Regierung haben wir bekämpft, zu einer Zeit, wo es gefährlicher war als jetzt. In Württemberg und Hessen, wo die Wünsche des Volkes nur zugesagt und lange nicht so weit erfüllt sind, wie in Baden, ist die Ruhe zurückgekehrt, und so soll es auch bei uns werden. Wir können aber nicht mit Erfolg berathen, wenn jeden Abend in den Straßen Generalmarsch geschlagen wird. Der Antrag verlangt, daß die Gesetze gegen Beeleztungen der Person und des Eigenthums gehandhabt werden, damit wird wohl Jeder einverstanden sein. (Lautes Bravo auf der Gallerie.) Der Präsident bemerkte, er wolle gegen den Beifall Nichts einwenden, wenn er denselben als Zustimmung zu den ausgesprochenen Gesinnungen und Wünschen ansehen dürfe. (Ruf von den Gallerien: Ja so ist es, das wollen wir.) Die Abgg. Zittel, Helbing, Straub, Weller, Bissing, Blankenhorn, Baff, Meyer, Helmreich, Bleiborn, Dennig, Siegle, Buhl, Welcker, v. Rotteck schließen sich der Reihe nach dem Antrage an, mit mehr oder weniger ausführlicher Angabe der Gründe. Verantwortlichkeit fällt mein Vertrauensvotum, daß er in demselben nicht, wie Hecker, ein unbedingtes Vertrauensvotum sehe, welches er nicht geben könne, so lange noch so viele reaktionäre Beamte auf ihren Posten seien. Kapp stimmte in gleicher Richtung.

Staatsrath Bekk freut sich der Erklärung, nicht für die Regierung, sondern für das Land und dessen Freiheit. Die moralische Kraft der Staatsgewalt werde dadurch gestärkt, was nie nothwendiger gewesen, als in einer Zeit, wo eine Ueberfluthung drohe. Die Entfernung von Beamten, die in untergeordneten Kreisen das Vertrauen verloren, hält er für eine politische Nothwendigkeit, und es werde in dieser Beziehung geschehen, was möglich ist. Ein unbedingtes Vertrauensvotum verlange er nicht, es liege auch nicht in dem Antrag. Hinsichtlich der Weg der Verfassung werden sollte, würde er mit seinen Kollegen allen Gefahren, ehe dies geschehe.

Die Kammer erhob sich einstimmig für die Erklärung des Abg. Bassermann, nur bemerkte Hecker, daß er in dem von ihm gedeuteten Sinne stimme, wobei sich Richter anschloß. (Schl. Morg.)

Heidelberg, 24. März. Vorgestern wurde hier eine allgemeine Versammlung der hiesigen Studentenschaft gehalten, in welcher die hier noch anwesenden Studenten ihre lebhafte Bewunderung für die ebenso muthige, als umsichtige Wiederkunft der Wiener Kommilitonen in den Befreiungstagen Oesterreichs an den Tag legten und ihren Gefühlen der Vaterlandsliebe, Freundschaft und Anerkennung in einer Adresse an die Studenten in Wien Worte gaben. Der hier lebende Schriftsteller, Dr. Wiesner, ward zu der Versammlung geladen und deutete, zum Sprechen aufgefordert, die wechselvolle Politik an, welche seit der Gründung der ersten Hochschule in Prag die

Digitized by Google

akademische Jugend der jetzigen deutsch-österreichischen Lande auf kurze Zeiträume einigte, auf lange trennte, ohne durch die vielfach aufgepflanzten Schlagbäume und Polizeikünste ihre Rüstigkeit lähmen zu können. Die Adresse im Drange der Eile und zu einer Zeit verfaßt, wo bereits die meisten Studenten zur Vertheidigung Deutschlands in ihre heimathlichen Gaue enteilt waren, zählt 122 Unterschriften, und wurde noch zur größeren Sicherheit in zwei Exemplaren und auf zwei Wegen nach Wien geschickt.

**Kurhessen.** Kassel, 22. März. Der Kurfürst hat den Hauptmann a. D. v. Baumbach zum Präsidenten, und den Obergerichtsanwalt Schwarzenberg zum Vizepräsidenten der Ständeversammlung ernannt.

**Hessen.** Mainz, 23. März. Hier finden seit mehreren Tagen blutige Raufereien mit dem preußischen Militär Statt. Am 22. März war die ganze Stadt in Bewegung, die Bürger bewaffneten sich, so gut es gehen wollte; es kam zu Verwundungen, doch gelang es dem energischen Auftreten des Stadtvorstandes und des Bürgerkomité's, wie der Umsicht des Vicegouverneurs und des Kommandanten der Bundesfestung, welche die Truppen sofort in die Kaserne konsignirten, den Sturm der Leidenschaften zu beschwichtigen. Indeß sieht man Aergerem entgegen, wenn nicht kräftigere Maßregeln getroffen werden. Bereits hat sich der Turnverein einige hundert Sensen bestellt, dasselbe beabsichtigt die Bürgergarde zu thun, da die Regierung mit Vertheilung oder Anschaffung von Waffen zögert.

**Nassau.** Die fürstlich Metternich'sche Domäne Schloß Johannisberg ist vorläufig von der nassauischen Regierung in Beschlag genommen, und an die reichgefüllten Weinkeller sind die Gerichtssiegel gelegt worden. Als Beweggrund dieser Maßregel gibt man die Ansprüche des Fiskus wegen rückständiger Abgaben an, welche einzufordern derselbe seit 33 Jahren bis jetzt Anstand genommen hatte.

(Schw. M.)

**Mecklenburg-Schwerin,** 12. März. Eine heute erschienene Anordnung verkündet, daß zur Berathung der Reform in der Landesvertretung ein außerordentlicher Landtag im Mai zusammentreten soll. (Nach. 3.)

**Bernburg,** 16. März. Ein herzogliches Patent kündigt für Bernburg eine von der Anhaltischen Gesammtlandschaft unabhängige Verfassung an.

□ **Frankfurt,** 23. März. Gestern Abend waren auf die Aufforderung der HH: Dr. Jucho und Dr. Binding viele biedre Bürger im Gasthofe zum Landsberg versammelt, um Mittheilungen wegen der hier stattfindenden Versammlung der deutschen Deputirten und Wehrfreunde entgegen zu nehmen und die nöthigen Maßregeln zu verabreden, damit die alte deutsche Kaiserstadt sich in unserer Zeit nicht unwürdig zeige, des deutschen Volkes Stadt zu werden. Behörden und Bürger aller Stände, aller Konfessionen wetteifern, unsern Ehrengästen die Theilnahme des Volkes zu bewähren. Der Senat hat bereitwillig, schon eine Stunde, nachdem er darum gebeten war, den Kaisersaal zur Verfügung der Versammlung gestellt. Aber unser alter Kaisersaal ist nicht zu Volksfesten eingerichtet. Die Versammlung fände wohl Platz darin, aber nur wenig Privilegirte könnten als Zuhörer zugelassen werden, dieser wird also zwar zu manchen Feierlichkeiten gebraucht, die Versammlung aber in der Paulskirche abgehalten werden, wo 2000 Zuhörer — immer noch eine geringe Zahl — bequem Platz finden. Gern räumte sie das Konsistorium zu diesem Zwecke ein, und warum sollte es nicht? Wird da das Volk nicht würdiger dem Herrn, als wenn manches Volk mit diesen Worten aufgefordert wird, manchem Ihr zu dienen? Von drei allen Seiten laufen Bitten ein, einen dieser Volksmänner in seinem Hause beherbergen zu dürfen, und wieviele ihrer kommen mögen, kann werden diese Bitten alle berücksichtigt werden können. Bis jetzt waren freilich außer 60—80 aus den Nachbarstaaten noch wenig Zusagen eingetroffen, aber in der kurzen Zeit konnte dies nicht anders erwartet werden. Sie werden kommen von Nah und von Fern, daran ist kein Zweifel, freilich die preußischen Landtagsdeputirten nicht, diese ruft ein dringenderes und leider sehr schwerig gewordenes Werk nach Berlin. Dafür sind aus den preußischen Landen die Stadtverordneten eingeladen. Aus den Nachbarstaaten werden aber, wie man sehen jetzt weiß, auch Abgeordnete zu den Landtagen kommen, selbst wenn diese versammelt sein sollten. Wohl ist jetzt mehr als je auf diesen zu schaffen und umzuschaffen, aber Landtage verhalten sich doch zu dem deutschen Parlamente nur wie ein Glied des Organismus zu dem Herzen. Alles was den verehrten Gästen die innigste Freude und Theilnahme bewiesen kann, wurde beschlossen. Nur Eins nicht, ein Festmahl. Mit Recht machte unser Jucho darauf aufmerksam, theure Zweckessen ließen die Theilnahme des Volkes nicht zu, was die Hauptsache sein müßte, auch ist leider noch in vielen Gauen des Vaterlandes mancher theure Todte unbegraben, der für Freiheit und Vaterland starb, für welche jetzt Zeit ist zu handeln, nicht zu schmausen. Die zahlreichen Theilnehmer dieser vorläufigen Besprechung wurden in drei Ausschüsse eingetheilt. Der Einweisungsausschuß, an dessen Spitze die DDr. Binding und Jucho stehen, das Festkomité von Dr. Siar, und der zahlreiche Ausschuß der Festordner von Herrn Friz Schneider geleitet. Vor dem Feste werden alle Anordnungen durch Programme bekannt gemacht, und die Verhandlungen durch Stenographen niedergeschrieben und dann sogleich veröffentlicht werden. In jeder Kommissionen kamen Männer aller Stände und Konfessionen. Eine Bemerkung, ob denn in dieser Beziehung das rechte Verhältniß eingehalten sei, wurde mit Entrüstung zurückgewiesen. Denkt in dieser Zeit noch Einer an den Kostengeiz? rief Mappes, und Reingamm gab den guten Rath, sich lieber einen Haarbeutel zu trinken als ihn zu tragen.

**Schweden.**

Auch in Schweden hat die französische Revolution die wunderbare Wirkung gehabt, daß die Regierung sich plötzlich der Wünsche der öffentlichen Meinung erinnert und die mehr oder minder glücklich eingeschlafenen Verfassungsreformfragen wieder wach ruft. Die Mitglieder des Konstitutionsausschusses sind vor den König gerufen, der ihnen seinen dringenden Wunsch ausgesprochen, daß sie einen vollständigen Vorschlag, der gerecht gegen alle Mitglieder sein und die billigen Forderungen der Nation befriedige, ausarbeiten sollten. Die Nation stelle große und gerechte Forderungen an die Wirksamkeit des Konstitutions-Ausschusses und er, der König, werde mit unausgesetzter Aufmerksamkeit ihren Arbeiten folgen. Graf Hamilton, der Vorsitzender des Ausschusses, dankte dem König und bemerkte, daß der Ausschuß bereits diese wichtige Frage in Ueberlegung genommen und würde nächste Woche seine Arbeiten eröffnen und einen vollständigen Vorschlag zur Reform der Repräsentation an die Stände bringen. Die Oppositionspresse anerkennt mit großer Dankbarkeit, daß der König jetzt selbst auf die Seite der Verfassungsreform getreten. (Hamb. B.-H.)

**Großbritannien.**

†† **London,** 18. März. Welch mächtige Veränderung hat die Welt in diesen letzten Tagen erfahren! Ein Tag den Ersten, sein Jahren verbrüdert. Gestern las ich die jüngsten Ereignisse in Wien-Achen und die Konzessionen des Königs! Für die Zukunft Deutschlands bin ich nicht mehr besorgt. Bei aller Sympathie für die politische Veränderung Frankreichs fühlt es mich jedoch mit Bedauern, solche soziale Reformen, solche phantastische Utopien und kommunistische Principien eines Louis Blanc aufgestellt zu sehen, wodurch alles gesellige Leben, wie es sich naturgemäß entwickelt hat, untergraben wird. Talent, Industrie und Konkurrenz gilt fortan Nichts mehr: der Staat soll Talente die Bäuche füllen — das ist ihre Gleichheit, die selbst dem Talente und jedem andern Verdienste irgendeinen Vorzug abspricht. Nie wird sich dies praktisch anführen lassen, es ist gegen die Menschennatur; ein Staatsbankerott und endlose Konvulsionen sind unausbleiblich. Glücklicherweise haben wir in Deutschland von dieser Seite wenig zu fürchten (?), und für weitere politische Erfolge hoffen wir zu hoffen *). Hier ist Alles ruhig — die Unruhen in London waren ohne allen politischen Charakter; bedauerlicher steht es in Irland aus. Die Londoner Zeitungen vom 12. März enthalten eine Adresse des Komites der irischen Konföderation an das irische Volk, unterzeichnet vom Präsidenten dieses Komités, Dillon, welche in den entschiedensten Ausdrücken zur Revolution auffordert. Vorwärts trotz Gräber und Galgen! lautet ihr Schluß. Schottland ist ebenfalls wieder beruhigt. John Russell wird wohl aus dem Ministerium ausscheiden und Lord Clarendon, der gegenwärtig Governor in Irland, seine Stelle einnehmen.

*) Der Verfasser der englischen Artikel fühlt sich hier versucht, eine kleine Bemerkung obiger Korrespondenz hinzuzufügen: Es ist schon ein Mal in dieser Zeitung gesagt worden, daß wir uns zu dem Experimente Louis Blanc's, seine Theorie in Praxis zu verwandeln, nur Glück wünschen dürfen; gelingt dies Experiment, so dürfen wir das Ergebniß ohne Schaden uns aneignen; gelingt es nicht, so wissen wir, woran wir sind; gelingt es nur bis zu einem gewissen Grade, so wird es uns erlaubt sein, das halbe Werk zu vervollkommnen und auszubilden. Auf keinen Fall droht uns also von diesen Versuchen irgendwelche Gefahr oder Nachtheil, solange man sie uns nicht auf den Spitzen der Bajonette aufzudrängen wird. Das Ende sollte man in der Natur Louis Blanc's ebensowenig verkennen, als den Muth, den die französischen Republikaner bei diesem gefährlichen Experiment bewiesen haben und noch beweisen. Es ist oft besser, der Gefahr gerade zu Leibe zu gehen, als sich vor ihr zu flüchten und ihr vielleicht um so sicherer zur Beute zu fallen. Wie in Deutschland haben freilich für€ Erste mit unserer politischen Konstituirung noch genug zu thun, um uns lediglich in die soziale Gestaltungen Frankreichs zu stürzen; aber es ist sehr zweifelhaft, ob wir sie, die einmal angeregt sind, die bereits das Zeichen zur Spaltung einer Arbeiterrepublik beigetragen haben, für die Dauer und gänzlich werden umgehen können. Sie dahin wollen wir die Franzosen in ihrem mühsamen und gefährlichen Werke nicht hören.

Digitized by Google

Aus Anlaß der feierlichen Begehung des St. Patrikstages in Irland macht Daily News folgende Bemerkungen: „Die Emeute hat sich auf der dießseitigen Küste des Kanals als ein Schlag ins Wasser gezeigt und würde sich auch in Frankreich als ein solcher gezeigt haben, hätte die französische Regierung es nicht dahin gebracht, daß die Mittelklassen mit den niederen gegen das herrschende System dieselbe Abneigung theilten. Leider hören wir von Gerüchten in Betreff von Plänen, welche die Minister in Irland auszuführen gesonnen seien, schon als bloße Gerüchte erregen sie Besorgnisse. Wir hören von gerichtlichen Verfolgungen, von der Gesetzung des jetzigen verschönlichen und volksthümlichen Vicekönigs durch einen militärischen, und von der eingebildeten Nothwendigkeit, Irland zu bebandeln, wie man eine Zeitlang früher Kanada behandelte, als ein Feld künftiger strategischen Operationen, nicht aber bürgerlicher und friedlicher Verbesserungen. Der Augenblick wäre unglücklich gewählt. Die gegenwärtige Epoche ist eine der allgemeinen Zugeständnisse, welche Könige und Regierungen ihren Unterthanen machen. In fast allen Fällen sind diese Zugeständnisse klug, edelmüthig, heilsam. Und doch hätten in kaum einem Fall die Souveräne oder Regierungen diese Zugeständnisse gemacht, wenn sie durch die Drohungen einer einigen, ihre Rechte in Anspruch nehmenden Bevölkerung den Händen der Gewalt nicht wären entrungen worden. Diese Volksbewegung ist mithin das glückliche Ereigniß für Europa, sie bricht die Kette des Despotismus, tichtet die Finsternisse der Bigotterie, wird die alten hindernden Reste der Feudal-Aristokratie hinwegtegen und die wenigen bisher durch ihre Zusammendrängtheit unbedeutenden liberalen Grundsätzen, die über die ganze Welt zerstreut sind, in eine große, miteinander verkehrende und verbundene, liberale europäische Familie verwandeln und einschmelzen. Das ist wahrlich nicht der Augenblick, Irland als die einzige große Ausnahme innerhalb des übrigen Europa dastehen zu lassen, im Gegentheil, es ist der geeignetste Augenblick, der großen Masse der irischen Bevölkerung einige von jenen Gütern zu gewähren, welche selbst auswärtige Souveräne auszutheilen klug genug sind, um das Mißvergnügen und Mißtrauen des Volkes zu beschwichtigen". Daily News spricht ein Wort zur rechten Zeit; der St. Patrikstag ist zwar ohne bedenkliche Ruhestörungen vorübergegangen, aber Aufstände und Empörungen lassen sich auch nicht auf einen bestimmten Tag anfagen, ein kaum bemerkbares Lüftchen trifft einen kleinen Funken, und ein Land schlägt in den Flammen des Aufruhrs auf, ein sogenannter „blotzer Zufall", wie der in Berlin, ein einziges Gewehr, das sich entladet — und die Sturmglocke ruft von allen Thürmen zum allgemeinen Aufstand, vorausgesetzt, daß in den Gemüthern der entsprechende Stoff von Mißtrauen, Erbitterung und altem Groll bereits vorhanden war.

## Frankreich

Paris, 22. März. Einige der heutigen Blätter bringen bereits ziemlich ausführliche Berichte über die Berliner Ereignisse vom 18. und 19., ohne daß jedoch der endliche Ausgang derselben schon bekannt wäre. So namentlich das Journal des Débats, welches in dem Gange, der die Geschichte unsrer Tage mit so gleichmäßigem Schritte in den verschiedensten Ländern angetreten hat, „die Entwicklung eines höhern und unwiderstehlichen Willens" zu erkennen glaubt. Die Pariser Presse hat noch keine Zeit gehabt, Betrachtungen über die Berliner Revolution anzustellen oder Folgerungen aud derselben zu ziehen. Nur die Hoffnung auf Aufrechterhaltung des Friedens bricht laut und einstimmig aus der französischen Ansicht über die neueste Wendung der Dinge in Deutschland hervor. Möchte diese Hoffnung nicht durch das Erwachen selbstsüchtiger Leidenschaften getrübt werden, möchte Frankreich morgen so wenig wie heute versucht werden, die etwaigen augenblicklichen oder scheindaren Wirrnisse in Deutschland zu egoistischen Zwecken auszubeuten. Wie sagen das nicht aus Besorgniß vor dem Ausgange eines ungerechten Kampfes, zu dem und Frankreich zwingen könnte, sondern aus Scheu vor den Opfern, welche er beiden Theilen kosten würde, und unter denen die naturmäßige Entwickelung des hier wie dort lebendig gewordenen Freiheitsgedankens wahrscheinlich nicht das kleinste sein würde. Bis jetzt scheint die Stimmung der Franzosen der deutschen Bewegung gegenüber eine sehr günstige und erfreuliche zu sein. Sie freuen sich aufrichtig unserer Erfolge, und sie geben uns tausendfältige Beweise der Theilnahme, der Hochachtung, der Freundschaft. Nochmals, möge diese Gesinnung andauern, möge Deutschland vor einer französischen Einmischung in seine Angelegenheiten ebenfolange gesichert sein, als Frankreich vor einem deutschen Angriffe sicher ist.

Gestern Abend zogen die Studenten in einem unabsehbaren Zuge mit Fackeln über die Boulevards und lasen an allen Zeitungsredaktionen eine Proklamation an „das deutsche Brudervolk". Sie zogen sodann zum österreichischen Gesandten und übergaben ihm eine Glückwunschadresse wegen der Ereignisse in Wien. Sie hatten überdies eine Adresse an ihre Wiener Kommilitonen abgefaßt, die heute, begleitet von einer prachtvollen Pariser Standarte und mit 3000 Unterschriften bedeckt, nach Wien befördert wird, und die also lautet: Brüder, in Eurer großen und ruhmreichen Revolution habt Ihr Euch den Pariser Helden ebenbürtig gezeigt. Wie sie habt auch Ihr muthig für die Freiheit gekämpft; eine tyrannische Regierung habt Ihr gestürzt; weicht auch ferner vor keinem Widerstand zurück; Frankreich, ja die ganze Welt richten ihre Augen auf Euch: Laßt uns nur Ehre und Gewaltiges erblicken. Muth! Brüder — mit den Muthigen ist Gott; Muth und Festheit, Gleichheit, Brüderlicher werden auch Eure Errungenschaft sein! Unsere ewige Freundschaft ist Euch geschert. Eure Feinde sollen die unsrern sein, und dieselben patriotischen Gefühle mögen fortan unsere beiden Nationen vereinigen und den Krieg unmöglich machen. Droht der Freiheit jemals wieder Gefahr — nun dann reichen wir uns die Hände und erobern sie zusammen. Empfangt, Brüder, als einen Beweis unserer Bewunderung und unzerrtrennlichen Freundschaft diese Fahne aus unsern Händen. (Folgen die Unterschriften).

Unter dem gewaltigen Eindeuck des einbrechenden Bankerotts aller Industriellen hat die provis. Regierung Maßregeln ergriffen, die, wenn sie einschlagen, der Industrie eine ganz neue Gestaltung geben müssen. Die finanzielle Krise zeigte sich unter zwei verschiedenen Gestalten: durch Ueberfüllung der Vorrtheilles aller Kapitalisten mit schlechten Wechseln und durch Ueberfüllung sämmtlicher Waarenlager mit unverkäuflichen Produkten. Dem ersten Uebelstand hat die Regierung, wenn auch ohne großen Erfolg, abzuhelfen gesucht — sie wendet sich heute gegen den zweiten. Hier das Dekret, das ihm abhelfen soll:

Die provis. Regierung beschließt: 1) Es sollen in Paris und in allen andern Städten, wo sich das Bedürfniß zeigen wird, allgemeine Magazine errichtet werden, wo die Kaufleute und Fabrikanten ihre Waaren und Produkte, sowie ihre Rohstoffe niederlegen können. 2) Auf den Wunsch der Handelskammeen oder der Gemeinderäthe können diese Magazine von den Kommissären der provis. Regierung augenblicklich errichtet werdrn. 3) Es wird den Eigenthümern ein Empfangschein mit dem Siegel der Republik und dem Siegel des betreffenden Magazins ausgefertigt werden. 4) Diese Empfangscheine begläubigen das Eigenthum des Inhabers und sind durch bloßen Indossement übertragbar, und es wird eine Abgabe dafür gezahlt, die 1 Fr. 10 C. nicht übersteigtet. 5) Die Magazine stehen unter dem Schutz des Staates. Diesem Dekrete folgen die organischen Verfügungen des Finanzministers, wodurch das neue Institut augenblicklich ins Leben gerufen wird.

Die nationale Diskontobank ist gestern eröffnet worden. Sie gibt jedem Gewerbsmann Kredit, der seine Zahlungsfähigkeit durch die Unterschrift zweier achtbaren Häuser beglaubigt.

Der Preinz von Joinville ist am 20. in Plymouth gelandet.

## Italien.

Venedig. Auch hier, wie in Berlin, wurde der allgemeine Jubel über die in Wien ertheilte Konstitution durch ungeschicktes Einschreiten in Trauer verwandelt. Am 17. war bereits, der Allg. Z. zufolge, Blut geflossen; am 18., als die Truppen Befehl erhielten, von dem Markusplatz die Menschenmassen zu vertreiben, die sich dort gesammelt hatten, kam es zu noch blutigeren Auftritten. Einzelne Abtheilungen drangen mit gefälltem Bajonett vor, andere feuerten. Hierdurch sollen (sagt der eine Brief) fieben Menschen getödtet, viele verwundet worden sein. Aus den Massen wurden Steine zc. gegen das Militär geschleudert, wodurch auch einige Officiere schwer verwundet worden seien. Am 19. März war Venedig äußerlich wenigstens wieder ruhig.

Mailand. Die Allg. Z. hat nun auch aus „zuverlässiger Hand" Kunde aus Chur erhalten, wonach in Mailand am 19. März die Revolution ausgebrochen war; die Truppen hätten sich in das Kastell zurückgezogen. Es ist gerade derselbe Tag, an welchem der Vicekönig Mailand verlassen wollte, um Verona zu seiner und seines Hofes Residenz zu machen.

Die N. Z. Zeit. hat Briefe aus Lugano vom 19. und 20. März erhalten, wonach der Aufstand in Mailand bereits am 18. ausgebrochen war. Folgendes die Hauptangaben. Laut den ersten Berichten war kein Kampf erfolgt, indem die Truppen sich in das Stadsk und in die Kasernen zurückgezogen hatten. Die Municipalität konstituirte sich am 19. als provisorische Regierung. Die Flucht von Radetzky und Torresani wird bestätigt. Der Vicekönig sei wenige Tage vorher mit seinem Hofe nach Verona abgereist. Laut Berichten aus Chiasso vom 18. Abends schlug man sich in den Straßen Mai-

Digitized by Google

## Der deutsche Reichstag.*)

Von

Robert Mohl.

I.

Der Tag einer ernstlichen, und wenn nicht Alles trügt, vielfach maßgebenden Berathung über die künftige allgemeine Gestaltung Deutschlands nahet eilenden Schrittes. Noch ist völlig unbekannt, welcherlei und wie ausführliche Vorschläge die Siebenerausschuß der Frankfurter Versammlung machen wird. Lieber das, was im Schooße des Bundestages kocht, und wie dieses durch die neuen Berichte Bassermann, Uhland u. s. w. verändert werden wird, ist nicht einmal eine Vermuthung möglich. Dies ist in der That nicht gut. Jedes in Staatssachen nicht ganz Unerfahrene weiß, daß kaum eine schwerere Aufgabe sein kann, als die Bildung einer Bundesverfassung, welche auch wirklich und auf die Dauer in Frieden und Kampf ihren Zweck erfüllt. Leicht kann dabei, namentlich in einer Zeit des Sturmes und des oft völlig unsinnigen Deängens, Etwas überstehen oder übereilt, kann eine Versammlung durch einen plötzlichen Beschluß überrascht werden. Späterer Besserung ist aber schwierig, wo nicht unmöglich. — So ist es denn das Recht, ja die Pflicht eines Jeglichen, der sich zutrauen darf, eine öffentliche Stimme zu führen in staatlichen Angelegenheiten, zu rechter Zeit zu rathen, zu warnen und zu ermuntern.

Jede Bundesverfassung, sei sie nun Bundesstaat oder Staatenbund, hat, wenn sie nicht entweder völlig unwirksam und dann tödtend für die Nation sein oder in Kürze zu Widerstand und Auflösung führen soll, zwei nicht zu vermissende Aufgaben zu lösen. Einmal muß sie der Bundesbehörde eine Einrichtung geben, welche diese eine reife Ueberlegung, allein auch kräftiges, schnelles und selbstständiges Handeln möglich macht. Es müssen in derselben alle Rechte und Interessen, welche der Bund umfaßt, und welche er dauernd zufrieden stellen soll, lebenskräftig vertreten sein, damit keines übersehen oder unterdrückt werden kann; sie muß aber auch die Organe und die ihr unmittelbar zu Gebote stehenden Mittel haben, um ihren Beschlüssen Ausführung zu verschaffen und der Schande und Zögerung überhoben zu sein, bei ihren eigenen Mitgliedern um Hilfe betteln zu gehen. Zweitens müssen sie den Grenzen zwischen der Centralgewalt und den einzelnen Gliedern daß richtig gezogen und möglichst scharf ihr Grundgesetze ausgesprochen sein. Ist es namentlich ein Bundesstaat, welcher gebildet werden soll, so müssen diejenigen Staatszwecke und Zweige der öffentlichen Einrichtungen, welche der Gesetzgebung, vielleicht selbst der Ausführung der einzelnen Gliederstaaten entzogen und der Gesammtheit ausschließlich übertragen werden sollen, wohl erwogen und zweifelsfrei festgestellt sein. In letzterer Beziehung kann man nicht vorsichtig genug sein, weil man darauf rechnen darf, daß diese Gliederstaaten bei vielen Gelegenheiten sich dem ihnen entweder völlig unbequemen Bundesgesetze zu entziehen, oder daß sie Souveränetätsanwandlungen geltend zu machen suchen werden. Und zwar, wohl bemerkt, nicht etwa mit einseitigem und dann bewachten Vorrechte der Regierungen, sondern auch mit Unterstützung der provinciellen Bevölkerungen, welche ihre kleinen, nahe liegenden Nachtheile und Beschränkungen das Allgemeine aus dem Auge verlieren. Die Erfahrungen Nordamerikas und der Schweiz, vom alten deutschen Reiche gar nicht zu reden, beweisen dieses.

Daß diese beiden Aufgaben in Deutschland besonders schwer zu lösen sind, bedarf wohl nicht erst eines Beweises. Einerseits die große Machtübergetheit zweier Bundesstaaten, welche sich nicht gern befehlen lassen werden, und ohne deren aufrichtige und willige Vollziehung doch weder im Innern, noch gegen Außen etwas Großes zu erreichen ist; andererseits die Unzahl ganz kleiner Ländchen, welche der Einführung und Handhabung einfacher und durchgreifender gemeinsamen Einrichtungen im Wege steht. Dazu die Nebenbuhlerei der beiden großen Staaten, die alte Geschichte ihrer bisherigen feindlichen Richtung und ihres lähmenden, verwirrenden, ja vergifteten Einflusses auf den Bund; die zufällige, allein nun eben jetzt gerade bestehende Unfähigkeit gewisser Persönlichkeiten, der vielleicht ungerechte, allein sehr natürliche Zweifel in die innere Uebereinstimmung vieler Fürsten in das nicht eben freiwillig angenommene neue System und die daraus entspringenden Ueberforderungen der Völker an den zu bildenden Reichstag: in der That, mehr Schwierigkeiten, als nöthig ist, um Zweifel an einem glücklichen Gelingen beizubringen. Und doch muß etwas Tüchtiges, allgemein Befriedigendes, Ausführbares, und es muß in kürzester Zeit zu Stande gebracht werden, sonst flüzen wir in einen unabsehbaren Abgrund.

*) Die Redaktion theilt mit Vergnügen diese Arbeit des verehrten Verfassers mit; sie wird neben und nach dieselben und anderen Entwürfen und Verhandlungen ihre eigne Ansicht demnächst zu entwickeln suchen.

Im Bewußtsein dieser Schwierigkeit, dieser Nothwendigkeit, des herrlichen Zieles, wenn das Richtige gelingt, wollen denn auch wir unser Scherflein zum großen Werke bringen. — Zunächst aber Einiges über die Organisation der Bundesbehörde, wobei wir am leichtesten zu einem Gründsätzig zu gelangen meinen, wenn wir erst solche Einrichtungen kurz beleuchten, welche unseres Ermessens nicht ins Leben treten dürfen, weil sie schädlich oder unausführbar wären, und dann erst die positiven Forderungen folgen lassen.

Der Name scheint uns, sollte unter Verständigen nicht davon die Rede sein, dem Reichstage nur Eine Versammlung, Einen Rath geben zu wollen. Ein bloßer Fürstenrath, und wäre er auch gegen den bisherigen verbessert, z. B. mit volksbeliebten Männern besetzt, ist natürlich ganz außer Frage. Das ganze deutsche Volk ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es an der Leitung der allgemeinen Angelegenheiten und Geschicke des Vaterlandes wesentlichen Antheil zu nehmen je berechtigt wie befähigt sei. Millionen verlangen dies als ihre wichtigste Forderung; eine Weigerung, selbst nur eine halbe Erfüllung, hieße die Dauer des Fürstenthums in ganz Deutschland in die offenbarste Gefahr setzen. Und in der That, wir müßten uns selbst verachten, wenn wir eine Volksbetheiligung nicht verlangten und nicht durchsetzten. Wegen ein bloßer Fürstenrath führt, dies haben wir seit Frühjahrsbeginn Jahren empfunden, und es wird nun auch mit zu spätem Reue empfunden in den Palästen — von der Kaiserburg an bis zum Schlößchen in Hechingen. — Aber daraus folgt nicht, daß die Regierungen als solche bei dem Reichstage gar nicht vertreten sein, daß ihre Träger, die Fürsten, sich von einer einseitigen Volksversammlung in Frankfurt Gesetze geben zu lassen haben sollen, an deren Entwerfung sie gar keinen Antheil nehmen konnten. Nicht nur ist es Thorheit, zu glauben, daß ein Kaiser von Oesterreich, ein König von Preußen zu solcher Stellung eines Provinzial-Beamten bereits herabgesunken sei, ja herabsinken werde, so lange noch die monarchische Regierungsform überhaupt besteht; sondern es wäre auch, ganz abgesehen hiervon, ein Bundesorganismus, in welchem nur die Allgemeinheit ihren Ausdruck in einer Volksammer fände, unsicher und auf die Dauer unhaltbar. Außer den allgemeinen Rechten und Interessen, deren Vertreter das Stimmführer allerdings die Abgeordneten des ganzen Volkes sind, besitzen in einem Bunde auch noch die Rechte und Interessen der einzelnen Gliederstaaten. Ob diese nun immer von den Abgeordneten derselben werden geltend gemacht werden können und wollen, ist nicht verbürgt. Sodann ist bei jeder Einrichtung vernünftigerweise auch der zu hören, welcher sie ausführen soll; er kann und wird oft auf Hindernisse oder sonstige Umstände aufmerksam machen, welche dem außer der Verwaltung Stehenden unbekannt geblieben sind. Nun aber sind und bleiben die Regierungen der Bundesglieder, wenigstens in vielen Fällen, die Vollzieher der Bundesgesetze; alle müssen sie gehört, muß ihre aufrichtige Mitwirkung durch eigene Zustimmung erworben werden. Diese einfachen, unläugbaren Sätze der Staatsklugheit haben selbst solche Bundesstaaten anerkannt, welche aus lauter Republiken bestehen. Auch diese räumen den einzelnen Gliederstaaten, — zwar den Regierungen derselben, einen eignen Rath in ihrer Bundesversammlung ein. So die vereinigten Staaten in Nordamerika, deren Kongresse bekanntlich nicht bloß aus dem vom ganzen Volke aus seiner Mitte, im Verhältniß der Kopfzahl, gewählten Abgeordnetenhause besteht, sondern auch noch aus dem Senate, der mit je zwei Mitgliedern von der Regierung jedes einzelnen Gliederstaates beschickt wird, und welcher sogar noch einige Vorrechte vor dem Hause der Abgeordneten hat. So jetzt die Schweiz, welche nach reifer Berathung neben dem Volksrathe der Eidgenossenschaft einen Rath aus Vertretern der Kantonsregierungen zu setzen im Begriff ist. — Verlangen somit auch wir Nichts, was der Natur der Dinge und des Menschen, den Lehren der Geschichte und der Wissenschaft zuwider ist, was den Keim des Widerstandes und der Selbstvernichtung in sich trüge. Es besteht somit künftig der deutsche Reichstag nicht bloß aus einem Rathe der Volksvertreter, sondern auch aus einem der einzelnen Regierungen.

Ist dem aber also, so muß allerdings alsbald eine zweite Unzulänglichkeit beseitigt werden, in welche wir fallen könnten, wenn wir unachtsam beim bisher Bestandenen bleiben wollten. Es muß nämlich dafür Sorge getragen werden, daß der Fürstenrath nicht zum Hindernisse oder zu ungebührlicher Verzögerung nöthiger Bundesbeschlüsse werde. Dies aber könnte er sein, theils wenn nur von ihm der Anstoß und Antrag zu Handlungen des Bundes ausgehen dürfte, theils wenn die Abgeordneten der Regierungen in jedem einzelnen Falle erst Weisung zu ihnen zu erholen hätten, und unter diesem Vorwande oder aus diesem Grunde Wochen, Monate lang einem Beschluß ihrer Versammlung hinauszögern könnten.

Digitized by Google

Erfterer Besorgniß ist leicht abzuhelfen durch eine auch dem Volksrathe einzuräumende Initiative, hir sich auch wahrlich das deutsche Volk nimmermehr würde nehmen lassen. Schwieriger ist eine richtige Ordnung des andern Anstandes. Natürlich können die deutschen Fürsten nicht selbst auf diesen Reichstagen sitzen; und es ist auch gar nicht wünschenswerth, weder für die Leitung der Geschäfte in den einzelnen Ländern, noch für die nöthige Dauer und beständige Vollzähligkeit des Reichstages. Also muß der Fürstenrath mit Gesandten besetzt sein. Hier nun könnte es scheinen, als sei eine Abstimmung solcher nothwendig an Anweisung von Hause gebunden, da sie nicht selbst die Herren seien. Allein es ist doch zu helfen. Unzweifelhaft darf ein Bundestagsgesandter nicht gegen die erklärte Ansicht und Weisung seiner Regierung stimmen, sich nicht über seinen Fürsten, über das verantwortliche Ministerium hinwegsetzen, vielmehr über einen mit den Landständen gefaßten und von ihnen geforderten Beschluß stellen. Allein damit ist nicht gesagt, daß er nicht nach allgemeiner Anweisung stimmen könne. Was hindert in der That, ihm eine solche zu geben, wie sie aus dem Geiste des zu begründenden Reichsrechts, aus dem Nationalwillen, aus der konstitutionellen Politik der einzelnen Regierung sich ergibt? Und wäre ja noch ein Zweifel, so macht ja die jetzige Schnelligkeit der Verbindungen das rechtzeitige Anlangen einer Antwort in der Regel möglich, ohne daß die Geschäfte aufgehalten zu werden brauchten. Somit stellen wir unbedingt den Satz auf, daß der Fürstenrath des Reichstages die an ihn kommenden Anträge des Volksrathes und überhaupt die ihm obliegenden Geschäfte ohne besondere Instruktionseinholung, in dringenden Fällen also augenblicklich berathe und erledige. Daß dadurch die Bedeutung der Bundestagsgesandten und ebenso ihre Verantwortlichkeit um ein Großes steigt, ist selbstverständlich. Allein mit Recht darf vorausgesetzt, im Regelfalle mit allen gesetzlichen Mitteln durchgesetzt werden, daß diese Stelle künftig an tüchtige Staatsmänner werde gegeben werden. Die Zeit der Hofschranzen und zierlichen adeligen Faulenzer in dem Gesandtschaftswesen ist überhaupt, will's Gott, vorüber.

Von höchster Bedeutung ist natürlich die Art der Erwählung der Volksabgeordneten zum Reichstage. Wie man sie wählt, je hat man sie und ihre Wirksamkeit. Vielfach ist die Forderung, als eine sich von selbst verstehende, aufgestellt worden, daß jeder großjährige Deutsche Wähler und wählbar sein müsse. Letzteres geben wir unbedingt zu, mit einer sogleich zu besprechenden einzigen Beschränkung. Allein die erste Forderung erscheint bei näherer Betrachtung als unausführbar. Nehme man an, es stünden auf 100,000 Menschen Ein Abgeordneter, kommen schon eine Versammlung von etwa 400 Mitgliedern gibt, also offenbar völlig genug), so wären nach jenem Vorschlage für jeden einzelnen Abgeordneten etwa 20,000 Urwähler, diese aber, mit Ausnahme von kaum einem halbdutzend Städten, über bedeutende Landstrecken verstreut, bei den kleineren Staaten selbst in mehreren Ländern. Wie sollen nun diese zusammenkommen, um sich zu berathen oder zu stimmen? wie sich ihnen der Bewerber persönlich vorstellen und sich gegen sie erklären? welche große Summen für Taggelder, Wahlkommissionen u. s. w. würde dies kosten? Und glaubt man etwa, daß die Theilnahme von 20,000 Wählern an Einer Wahl eine Bürgschaft einer guten Wahl sei? Also fort mit diesem Gedanken, so volksthümlich er zu sein scheint. Was kann überhaupt unser Aller Wunsch und Zweck bei der Wahl der Reichstags-Abgeordneten anders sein, als die Ernennung tüchtiger, gesinnungstreuer, auf Seite der Volksrechte stehender Männer? Eine solche Ernennung kann aber auch, und weit einfacher und sicherer, auf andere Weise als durch Theilnahme aller Männer im Volke erreicht werden; nämlich mittelst Ernennung durch die Ständeversammlungen jedes Landes. Hier sitzen ja schon die Auserwählten des Volkes; sie werden also auch in dessen Sinne handeln. Gerne ist freilich zuzugeben, daß auch hier Mißstände möglich sind; allein sie sind minder bedeutend, und sie können großen Theils entfernt werden. Wenn nämlich einmal die Besorgniß gehegt werden kann, daß die Ständeversammlungen nur aus ihrer eigenen Mitte zu diesen wichtigeren und wohl von Vielen eifrig gewünschten Stellen ernennen, dadurch aber theils selbst an den Tüchtigsten gerade verarmen, theils Andere, nicht unter ihnen Befindliche, und doch vorzugsweise Taugliche übergehen würden; so läßt sich hier einfach dadurch helfen, daß nur ein bestimmter Theil der zu Ernennenden aus der wählenden Versammlung selbst sein darf, z. B. die Hälfte. (Jeder aus der Versammlung Gewählte hätte natürlich das Recht, diese Ernennung auszuschlagen und seinen Sitz in der Landeskammer vorzuziehen. Es dürfte kein Ostracismus einreißen können.) Gegen die Furcht aber zweitens, daß in jenen Staaten, in welchen bis jetzt die ersten Kammern eine entschieden absolutistische und aristokratische Richtung festgehalten haben, die Wahlen der Ständeversammlung unverhältnißmäßig viel das Volk ausfallen werden, ist wohl vor Allem der Gang der gegenwärtigen Ereignisse anzuführen, welcher so oder anders tief in diese mittelalterlichen Gelüste und in die Macht, sie geltend zu machen, eingreifen, Kammern der bezeichneten Art gründlich verändern, wenn überhaupt bestehen lassen wird. Sodann aber kann ja jeden Falls die Bestimmung gegeben werden, daß die Volkskammer des Reichstages auch ausschließlich von den Volkskammern der einzelnen Bundesstaaten zu bestellen sei.

Es ist nun aber die beste Zeit, daß wir uns zu einem Dunkte wenden, den wir vielleicht allen andern hätten voran stellen sollen, nämlich zu der Forderung, daß der deutsche Bund nicht ohne ein Haupt bleibe. Mag der Reichstag so oder anders eingerichtet werden, eine große Versammlung, oder gar eine Verbindung von Versammlungen kann nicht regieren. Sie kann nur allgemeine Grundsätze aufstellen, über verhandelte und ausgearbeitete Vorlagen berathen und beschließen, Aufsicht über das Geschehene führen und nöthigen Falls Verantwortung eintreten lassen: allein sie kann nicht die auswärtigen Angelegenheiten beobachten, den Gesandten Anweisungen geben, mit fremden Botschaftern unterhandeln; sie kann die unendlichen Einzelnheiten des Bundeheeres nicht besorgen; sie kann wohl die Eingahmen des Bundes der Art und Größe nach feststehen, allein nimmermehr dieselben einziehen und verausgaben; sie kann die verschiedenen gemeinschaftlichen Anstalten, welche dereinstlich der Bund künftig in seine Hand nehmen wird, als da sind Zollverein, Münze, Post, Eisenbahnwesen ꝛc., zwar wohl gesetzlich ordnen, allein sie vermag sie nicht zu verwalten. Ueberhaupt aber, je gemischter und verwickelter auch künftig unsere deutschen Zustände sein werden; je mehr ein Aufsehen daher nach allen Seiten hin nöthig ist, je größer das Bedürfniß eines Jeden sein wird, einen sichtbaren Mittelpunkt der deutschen Einheit zu haben: desto nothwendiger ist ein Haupt. — Dies ist denn auch vielfach gefühlt worden, und es sind mancherlei Vorschläge öffentlich gemacht oder sonst im Umlaufe. Bis jetzt darunter aber wohl keine glücklichen. Eine Dictatur ist, selbstredend, keine bleibende Anstalt, sondern nur ein Nothbehelf für eine Zeit äußerer und äußerster Noth. Wir bedürfen aber einer bleibenden Anstalt, die im Frieden, wie im Kriege genügt. Ein aus den ersten Fürstengesandten bestehendes verantwortliches Ministerium, also ein engerer Ausschuß aus dem engern Rathe, wäre einer Seits kein Reichshaupt, sondern eine untergeordnete Kommission, anderer Seits wären bei ihm alle Intriguen, Zwistigkeiten und Uebereilungen eines mehrköpfigen „Direktoriums" zu fürchten. Bundesminister müssen freilich künftig sein, allein einer mit höherer Gewalt, und zwar, da dies, wie gesagt, der Reichstag selbst nicht sein kann, unter einem Reichshaupte. Wo hat man je einer dauernder Regierung gesehen, an deren Spitze Minister ohne Führer, Leitung und Gewalt stehen? Ein alle fünf Jahre zu wählender Kaiser hieße das größte Unglück, das eine Monarchie treffen kann, verewigen, nämlich häufiger Wechsel bloßer Regentschaften. Bald würde das Reich in dieser, bald in jener Richtung geführt; bald zu dieser, bald zu jenem Privatzweck während der kurzen Herrschaft mißbraucht. Und welchen Erbvorsatz sähe ein Regent, dem sein Ziel in kurzer Zeit am bestimmten Tage gesteckt wäre? Welche weiter aussehende Plane würde, könnte er verfolgen? Ein Wahlreich endlich sollte in der That von einem verständigen Manne im Angesichte der Geschichte des deutschen Reiches, Polens, des römischen Reiches gar nicht genannt werden. Ein solches wäre in kürzester Zeit der Untergang Deutschlands durch fremde und durch einheimische Zerstreibungen, Gewaltthaten, schädlicher Nachgiebigkeiten und Kaufpreise, durch Wahlkapitulationen, Gegenkaiser, Interregnen. — Wir unseres Theils sehen keine andere Möglichkeit als einen erblichen Kaiser. Wenn nun aber dieser mächtig aus eigner Macht sein muß, um auch bei den größeren Bundesgliedern Ansehen zu haben, um immer verfassungsmäßigen Gehorsam zu finden, um nicht versucht, sagen wir es geradezu — genöthigt zu sein, seine Stellung zu Vergrößerungen auf Kosten anderer Bundesglieder, vielleicht des ganzen Bundes zu suchen: dann kann nur von einem der beiden großen deutschen Staaten die Rede sein. Welchem von diesen nun aber die Kaiserwürde zu übertragen sei, darüber werden allerdings die Stimmen in Deutschland getheilt sein und getheilt bleiben. Auch unseres Theiles sprechen uns hier Dies und Das aus. Es ist der bei Weitem mächtigere Staat; wir glauben, daß seine staatlichen Verbesserungen, seine konstitutionellen Einrichtungen jetzt, nachdem das chinesische Zwangssystem einer stupiden Oligarchie gesprengt ist, gediegener und aufrichtiger sein werden; Oesterreich hat die Vergrößerungsbedürfnisse nicht, welche Preußen quälen; Preußen hat, trotz der nächstliegenden dringenden Aufforderungen seit Jahren, Monaten, Tagen bewiesen, daß es seine Stellung zu Deutschland nicht begreift; der Baster Friede und das jammervolle Verhalten im Jahr 1805

Digitized by Google

sind nicht vergessen. Die österreichische Langsamkeit und Bedächtlichkeit wird sich zum guten Theile mit einem freien politischen Leben, einer Säuberung seines bureaukratischen Augiasstalles verlieren; der Fürst soll und kann die Volkskammer des Reichstages in Bewegung setzen. Und als sich von selbst verstehend setzen wir voraus, daß Oesterreich, wenn es die deutscher Kaiserkrone erwerben und bewahren will, einem vielleicht zufällig unfähigen und nicht an die Spitze der deutschen Nation persönlich zu stellenden Erbgedanken immer einen tüchtigen Mitregenten zur Seite zu stellen wissen wird.

Zum Schlusse noch ein Wort darüber, ob die polnischen Provinzen Oesterreichs und Preußens in den deutschen Bund aufzunehmen sind? Wir sind nicht dieser Ansicht. Nicht nur würden wir hierdurch 5 — 6 Millionen unter uns aufnehmen, welche nichtdeutscher Art, Sprache, Gesittigung und Geschichte sind, so, weiche deutsches Wesen instinktmäßig hassen, deren große Mehrzahl noch auf tiefster Stufe der Bildung steht, deren Zutritt uns also schwächen, anstatt stärken würde, sondern es würde sich auch durch eine solche Aufnahme Deutschland zum Erben des gegen Polen begangenen Verbrechens machen, würde die Zerrümmerung dieses Landes aufrecht zu erhalten versprechen, der Wiederherstellung seiner Vormauer gegen Rußland selbst in den Weg treten. Eine weit richtigere und größere Politik für Deutschland ist es, diese Provinzen bloß als ein Depositum zu betrachten, bis eine Wiederbildung Polens möglich ist, und sie dann nicht nur zu solcher abzugeben, sondern sie sogar mit seiner Zustimmmacht bei solchem Beginnen zu unterstützen. Daß wir Deutsche in diesen Provinzen unsäßig sind, kann hieran Nichts ändern; sie bilden kein überwiegendes Element derselben, sondern haben deren allgemeinem Schicksale zu folgen. Nur in dem Falle würde sich die Sachlage anders stellen, wenn Posen und Galizien nicht nur in die jetzt neu zu gründende Gesammtverfassung Oesterreichs und Preußens aufgenommen, sondern wenn sie sich aufrichtig und von Herzen diesem, somit Deutschland, anschließen, jeden Gedanken an eine Wiedervereinigung mit Polen feierlich und glaubwürdig aufgeben würden. Aber wie unwahrscheinlich ist Letzteres; wie wenig wünschenswerth und ehrenvoll wäre es sogar! Also, vor der Hand wenigstens, nein.

---

*„* Aus dem Hessischen, 24. März. Wir dürfen es uns nicht länger verbergen, daß die Verbindung, welche in Berlin es zum Aeußersten trieb, der großen deutschen Reformentwicklung einen unersetzlichen Eintrag bereitet hat, indem sie, statt durch rechtzeitige und starke Gewährung des Unvermeidlichen, für die Wiederherr- und Sicherstellung der gesetzlichen Ordnung und des öffentlichen, gemeinen Vertrauens Oel auf die Wellen der Agitation zu gießen, in dem fruchtlosen Kampfe und der Niederlage des Königthums Oel in das Feuer derselben gegossen hat; so daß selbst in den südwestlichen Gebieten des Vaterlandes, wo der Sturm schon vorübergegangen war und nicht nur die Springfluth sich gelegt hatte, sondern auch die Strömungen ruhiger zu verlaufen begannen, neue Aufregungen zu befürchten sind. Der öffentliche Kredit ist verschwunden, der Handel und Wandel wankt in allen Fugen, die Zuversicht steckt in allen Gewerben, der Verdienst, die Arbeit mindert sich mehr und mehr, die Besitzenden schränken sich ein, die Handwerker und die ganze große Klasse derer, welche für ihre Existenz auf den Tagelohn angewiesen sind, sehen sich in derselben bedroht, und was das Schlimmste ist, entwöhnen sich wie des Arbeitsfreigens, so der hilfsamen Beschränkung auf ihre gewohnte Aufgabe, bieten sich der Bewegung als willige Werkzeuge, die bald bereit sein werden, die bisherigen Rollen umzukehren. Der besonnene Bürger kennt die bedrohliche Gefahr; nur zu oft eben findet er bei der Rathlosigkeit der Behörden, der Muthlosigkeit der Beamten den nothwendigen Haltpunkt nicht, den seine Aufgabe für Ruhe und Ordnung bedarf. Von den Agitatoren ist keine Mäßigung zu erwarten, sie leben von der Verwirrung, finden nur in ihr die Bedeutung, welche ihr Ehrgeiz fordert, wenn nichts Schlimmeres. Jedermann muß erkennen, daß ein solcher Zustand nicht länger dauern darf, ohne das Vaterland in der Anarchie gründlich zu verderben. Mit dieser Erkenntniß sollte nun aber die Energie der Regierungen, der Kammern, Aller, die das Vaterland, Gesetz und Ordnung lieben und achten, selbst herer, die nur an ihr Privatinteresse für diese Güter, nur an den ihnen drohenden Verlust denken, erwachen und alle diese Kräfte sollten mit Besonnenheit zusammunteren. Noch ist es Zeit und der Erfolg nicht zweifelhaft, weil und so lange wir es nur mit uns selbst, mit dieser Aufgabe unter uns selbst zu thun haben. Aber es droht uns Schwereres von Außen, und es hilft nicht, dies zu ignorieren, zu verschweigen. Während Frankreich und namentlich Paris, wo dieselbe Noth auf das Höchste gestiegen ist, dazu übergegangen, die fremden Arbeiter, namentlich die deutschen, zu entfernen, die nicht gutwillig gehen, auszutreiben, während unbesonnene Träumer sich bereiten, diese dort lästigen, erakltirten Landsleute in gesammleten Korlonnen an die Grenze des Vaterlandes zu führen, wiegten entartete Thoren in der Schweiz in offenen Versammlungen die deutschen Arbeiter demoralisirend auf, sich zum bewaffneten Einbruch in Verbindung mit fremdem, losen Gesindel, das die Grenzländer überall in Menge bieten, in das Vaterland bereit zu halten, nicht um das von diesem jetzt überall Erworbene und Gesetz und Ordnung zu schützen, wozu es ihrer gar nicht bedarf, sondern um neue Unordnung zu stiften und einzeln erlittenen Unrecht mit dem Untergang des Vaterlandes zu rächen und zu führen. Auf diese drohende Gefahr sollen und müssen jetzt die Regierungen mit den Kammern und allen ehrlichen, redlichen Männern ein festes Auge richten und ihr ohne Zaudern kräftig begegnen. Das Vaterland soll und muß allen seinen Söhnen in der Fremde offen stehen, aber diese müssen als dessen Söhne, bürfen nicht als dessen Herren und Dränger zurückkehren; nicht mit den Waffen und mit dem Ausdwurf der Fremde dürfen diese eindringen, sondern sie müssen kommen, um im Vaterlande die Waffen gegen jegliche Beunruhigung, Antastung von Außen, für Gesetz und Recht im Innern zu finden und zu brauchen. Die Regierungen der Grenzstaaten sind, während man die bedrohten Grenzen gegen den beabsichtigten Einbruch rc. kräftig schützt, ernst und energisch zu mahnen, jene Umtriebe zu ersticken, Sicherheit gegen dieselben herzustellen und seine Zusammenrottungen mit offener Waffen zu gestatten und die völkerrechtlichen Garantien zu gewähren. Dazu mahnen wir hiermit zunächst die Männer, die Kammern, die Regierungen der südwestlichen Staaten, die zuerst für des Vaterlandes Recht und Ordnung, Größe, Kreiheit und Gesetz sich erhoben. In ihnen liegt mit der bewiesenen Kraft auch die gemessene Pflicht dazu. Sie müssen zusehen, daß ihr Werk nicht vernichtet werde. Daß wir keine Gespenster, nicht den Teufel an die Wand mahlen, liegt am Tage. Bedürfte es der Beweise für die drohende Gefahr, wir könnten deren, zu denen die offenkundig sind, auch solche geben, die einen schon lange angezettelten Plan darthun. Die unter den Augen einer Nachbarregierung, wie frech man es auch geläugnet haben mag, wie ungebrebig man auch gegen den enthüllenden Warnungen sich aufgelehnt habe, seit lange thätige Propaganda ist so weit kritig, daß ein vor uns liegender Brief eines der entarteten deutschen Flüchtlinge, freilich mit möglichem Leichtsinn, zu sprechen ausfprickt: „die Ereignisse, die ich längst kommen sah, erfüllen sich, die Bewegung Italiens, hauptsächlich das Werk meines Freundes Mazzini, wird durch den Sieg der Republik in Frankreich einen gewaltigen Nachdruck erhalten. Die Schweiz, gesichert vor der Perfidie Ludwig Philipp's, wird den Despoten Lösegnäthe zu kosten geben. Nun wird auch Deutschland erwachen. Das vergiß jetzt nur nicht, daß ich, daß die mitbanderten Männer von 1839 bis 1833 jetzt näher an Frankfurt als der Bundestag an uns ist. — Sehr wahrscheinlich wird ich dieses Brüdhahr jene Gegend besuchen, allein mit 20,000 Mann. Schon längst bin ich für den Mittelrhein bestimmt und so gewiß als Du jetzt als Neugkeit sagen kannst, daß seit gestern und heute (der Brief ist vom 29. Febr. d. J. und hat den Poststempel dieses Tages) die Nordamerikaner Schweizer das Preußenthum ausgejagt, so darfst Du ahnen, daß es mit der unsinnigen Hoheit deutscher Fürsten zu Ende geht und fortan die gestohlenen Diademe mit Aretten zerschlagen werden. — Dann will ich sehen, ob ich, wenn zwei Drittheile der Brodfresser von Staatsdienern abgefegt werden, Dir noch zu einem Pöstlit verhelfen kann. — Jetzt sind die Tage der Prüfung vorüber, es geht unsere Sonne auf. Bald stehen wir am Rhein und Main." — Welch cynischer Uebermuth und — möchten wir das hoffen können — bei ruchloser Ueberteibung! Und der Beleifteller ist noch der Schlimmsten Keiner — aber er steht den Leitern und Hörern nahe, hat unter den Freischaaren und im Kriege gegen den Sonderbund seine Sporen und die Pferde dazu sich verdient.

*„* München, 21. März. König Ludwig hat unter dem gestrigen in Gunsten seines Sohnes, des Kronprinzen Maximilian, abgedankt; dies ist das Wort, welches in diesem Augenblick von Mund zu Mund geht und die Hörchen, das sieht man, in sehr verschiedenem Sinne, durchgängig jedoch in mehr trüber und ängstlicher, als freudiger und freier Stimmung bewegt. Daß es dahin kommen mußte, konnte dem ruhig Blickenden nicht verborgen bleiben. Thöricht war es zu wähnen, daß das ganze Heer der über den abtretenden König fast leichtsinnig von der einen, wohl berechnet von der andern Seite heraufbeschworen Stürme durch ein plötzliches Quos ego sich würde besänftigen lassen. Die Bürgerschaft, in ihrer Gesinnung treu, hatte zum Theil underwußt zum Werkzeug weiterergreifender Pläne gedient, und sieht sich jetzt vielleicht, wenn auch

Digitized by Google

nur auf kurze Zeit, um die Früchte ihres Freisinnes und Muthes betragen. Dem Anfang an hatte sie offenbar mehr guten Willen und Kraft als Einsicht gezeigt. Es fehlte ihr an einer klugen und einmüthigen, sichern Leitung; die Ereignisse, bald dem Zufall, bald der Leidenschaft preisgegeben, überstürzten sich fast ohne Zweck und Ziel und arbeiteten lenen in die Hände, die an dem verwirrenden Schauspiel theilslos beobachtend aus der Ferne, theils mithandelnd und schürend theilgenommen. Schon seit mehreren Tagen trug man sich mit allerlei Kombinationen bezüglich einer Regierungsveränderung. Daß Adel und Geistlichkeit schon längst, schon länger als ein Jahr, auf Einer Karte gespielt, darüber war man einig; dem drohenden Fortschreite des bürgerlichen Elementes gegenüber nahmen Ihre Zusammenkünfte und Berathungen in der letzten Zeit einen ernsteren systematischen Charakter an, und da die aristokratische, reichverzweigte Partei sah, daß es sich hier um die eigene Existenz handle, glaubte man, durch einen politischen Handstreich zuvorkommen zu müssen; ihre nächste Absicht war daher, den König zu Gunsten des Kronprinzen zur Abdankung zu bewegen. Dahinter kand jedoch die ultramontane Partei, die für den möglichen Fall eines erneuten Umschwunges der Dinge ihr Augenmerk auf den Prinzen Leopold gerichtet hielt, um diesen als Regenten mit einem Ministerium Adel aus Ruder des Staates zu bringen. An dem Vorhandensein derartiger Absichten und Bestrebungen ist noch in diesem Augenblicke nicht zu zweifeln, wie fabelhaft dies auch klingen und wie wenig Anschluten auf eine Verwirklichung derselben die gegenwärtige Lage der Dinge auch bieten mögt. Man zweifelte allgemein an der Freiwilligkeit der Abdankung; sie würde mit den persönlichen Opfern und den Zugeständnissen nicht stimmen, die der König in der letzten Zeit seinem Volke um des Friedens und Fortschrittes willen gebracht. Zwar schient der König in seinen Abschiedsworten an das Volk den hauptsächlichsten Grund seines Entschlusses anzudeuten, indem er sagt: „Eine neue Richtung hat begonnen, eine andere als die in der Verfassungsurkunde enthaltene, in welcher Ich nun im 23. Jahre geherrscht“; doch sind jedenfalls nähere Beweggründe hinzuzutreten, und diese haben wir unstreitig in den Bestrebungen der Partei zu suchen. Damit stehen wir aber erst im Anfang des Kampfes, da der Bürger seine Errungenschaften und Hoffnungen nicht so leichten Kaufs hingeben gesonnen ist. Die Widerstand, der sich hier entwickelt, könnte furchtbar werden.

* **Sachsen-Meiningen.** Von der Werra, 21. März. Der Zwiespalt in Betreff der Domänen ist dahin geschlichtet, daß sie, wie sonst, dem Staate verwaltet und die Einkünfte aus denselben zur Staatskasse geschlagen werden, aus welcher der Herzog eine bestimmte Summe erhält. Die für den Regenten wie für das Volk so leidige Angelegenheit könnte am Ende noch sehr beilsam für beide werden, wenn sie die lebendige Ueberzeugung in ihnen hervor riefe, daß für das Wohl des Staates und für das Glück des Fürsten Nichts nothwendiger sei, als daß der Wille der Mehrheit des Volkes deutlich herausträte, wenn mithin auf der einen Seite die Regierung nicht nur auf Rechte, welche von der öffentlichen Meinung nur als Mittel zur Knechtschaftung mißliebiger Personen aus der Kammer angesehen werden, wie z. B. auf das Recht der Urlaubsverweigerung, das bisher sogar auf Advokaten angewendet wurde, Verzicht leistete, sondern auch zu gründlicher Abänderung der Verfassung (die Ritterguts-besitzer machen jetzt den dritten Theil der Kammer aus), zu bedeutender Herabsetzung des Census (einige der in diesen Tagen eingetauften Petitionen verlangen gänzliche Aufhebung desselben) bereitwillig die Hand böte, und wenn auf der andern Seite auch die Bürger zu kräftiger und rechtzeitiger Geltendmachung ihrer wahren Meinung ein für alle Mal sich entschlossen. Der Domänenstreit hat uns im Kleinen anschaulich gemacht, was sich anderwärts in den größten Verhältnissen gezeigt hat: eine auf den Privatvortheil des Fürstenhauses klug berechnete Politik ist in unserer Zeit unhaltbar, sie beraubt den Fürsten um den edelsten Genuß der Gegenwart im Hinblick auf eine sehr, sehr ungewisse Zukunft. Aber ebenso deutlich hat es sich in jener Angelegenheit herausgestellt, daß ein Verstehen und Zurückhalten der Ueberzeugung, ein vorsichtiges Vermeiden jeder Möglichkeit einer ernsten Zusammenstoßes von Seite der Bürger auf die Länge unausführbar ist. Unser Herzog hat, wie wenige Fürsten, die Fähigkeit, ein wahrhaft konstitutioneller Regent zu sein; möchten seine Räthe der Regierung den Charakter der Großherzigkeit aufdrängen, den sie haben könnte. Nach dem Umschwung in Preußen und Oesterreich könnten wir uns mit dem Gedanken trösten, daß der Geist, der künftig im ganzen Korps wehen wird, auch den untersten Reiter mit fortreissen müsse. Und gereiß, wenn Preußen und Oesterreich ihre altständische Vertretung mit einer neuen, dem Zeitgeiste angemessenen vertauschen, so kann Meiningen nicht allein altständisch bleiben. Die Frage ist nur, ob eine nothwendige Maßregel dem Herzog den Dank des Landes erwerben soll oder nicht.

## Frankreich.

† Paris, 21. März. Die gesellschaftliche Stellung der meisten Mitglieder der jetzigen Regierung war früher der Art, daß Schriftsteller und Gelehrte, die sie ehemals kannten, sich ihnen auch jetzt, trotz der Beschränktheit ihrer Zeit, in gewohnter Weise freundlich nähern können. Da gelingt es denn zuweilen, Ansichten und Urtheilen zu begegnen, die, da sie eben von den unterrichtetsten Personen ausgehen, nicht ohne Besorgnisse in die Zukunft blicken lassen. Die Partei, die wirklich eine Heeremrevolution will, ist in Frankreich sehr klein, und ihre Helden bilden eben die jetzige Regierung. Ihre Mitglieder, die über die Mittel zur Vollendung dieser Heeresrevolution übrigens nicht einig sind, sehen nun die gesammte französische Bevölkerung, unfähig sich für die Republik zu begeistern und in kaltem-mäßigen Abgeschlossenheit, die Köpfe zusammenstecken und einander fragen: wo bleiben wir und unsere Interessen bei der neuen Organisation der Dinge? Die Reichen suchen ihr Geld in Sicherheit zu bringen, die Arbeiter wollen mehr verdienen und weniger arbeiten als früher, und da die Konzessionen, die man ihnen machen muß, natürlich nur auf Unkosten der Reichen gemacht werden können, so verlängert sich die Regierung keineswegs den wahren Charakter der Situation, sie erkennt, daß die Parteien in Frankreich in diesem Augenblicke einen Kampf um das materielle Interesse kämpfen. Wenn die Majorität, die ärmere Klasse, auch schon aus Interesse demokratisch ist, so fürchtet man doch mit Recht den reaktionären Einfluß der Bgüterten, die immer das savoir faire für sich haben. Dies kommt bei den Vorbereitungen zu den Wahlen der Nationalgarde stets sehr zu Tage. Zum Vorschein, und die Büreaux der Klubs sind bereits von den bisherigen Offizieren der Nationalgarde dergestalt umlagert, daß es den demokratischen Rednern sehr schwer wird, die Rednerbühne zu erreichen. In der Provinz ist die politische Bildung des Volkes jedenfalls unbedeutender als in Paris, und die Masse läßt sich daher theils aus leichtsinniger Fahrlässigkeit, theils aus Interesse in reaktionäre Umtriebe hineinziehen. So erhielt ich dieser Tage selbst eine Einladung des Kapitäns der Kompagnie Nationalgarde, zu der ich gehöre, in welcher er (dies flößte mir gleich Mißtrauen ein) seine „lieben Kameraden“ zu einer Privatversammlung der Komagnie einlabet. Als ich hinkam, bandelte es sich ganz einfach darum, dem guten Kapitän, der aus einer aristokratischen Familie ist, sein verlorenes Kommando zu sichern. Man hat sich und Zeter darüber gestritten, sagte einer der Mitglieder der Regierung dieser Tage in einer Privatgesellschaft, daß die Kommissäre in den Provinzen das Volk über den Werth der Republik aufklären, was sollen sie denn thun, können sie von der politischen Bildungsstufe, die es jetzt einnimmt, auf hinreichende Garantie für die Republik rechnen? „Aber wenn das Volk die Republik nicht verstehe, so ist es überhaupt nicht reif dazu“, antwortete einer der Anwesenden, der übrigens bereits unter der gestürzten Regierung in demselben gesellschaftlichen Kreise als liberal bekannt war. „So bitte ich mir doch die in Frankreich jetzt noch moralisch mögliche Staatsform zu nennen, sagte der republikanische Regierungsrath. Die Bourgeoisie irrt sich, sie glaubt, daß wenn man jetzt nur einen Kindig proklamirte, die „Ordnung“ alle gleich wieder in Ordnung kämen, dies ist aber nach dem Erschehenen sobald nicht möglich; man muß den losgelassenen Elementen durchaus Zeit lassen, einen neuen Bodenfag zu bilden. Die Finanzkrisis, die der bgüterten Klasse das jüngste Gerücht zu verkleinern scheint, würde früher oder später auch unter Louis Philipp eingetreten sein, denn der Bauch, der den Reichthum auf so unnatürliche Weise centralisirte, hätte zuletzt doch aus Ueberfüllung platzen müssen. Das Vermögen soll nicht auf kommunistischem Wege getheilt werden, es wird sich jetzt ganz von selbst zertheilen. Möglich, daß uns die Anleihen der Geldmenschen über den Kopf wachsen und daß, da wir das Votum nicht direkt influenciren können, eine Nationalversammlung bekommen, die einer vergrößerten Deputirtenkammer von 1847 gleicht. Und dies würde der Bourgeoisie grade zum Unglück gereichen, denn dann hätte Frankreich keine bestimmt ausgeprägte Staatsform, während eine entschiedene Republik die erlittenen Verluste bald wieder einbrächte.“

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim — Druck von **G. Mohr** in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter ordnen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Westeuropäische Länder werden zum sich an C. A. Alexandre Grossburg 20 Boursgasse, Paris 20, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Postverhältnisse besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10, 1 durch die Post besorgtem im Umfang der Großherzogthums Baden fl. 12. 20 fr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 87. Heidelberg, Montag 27. März. 1848.

Mit dem 1. April beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement auf die **Deutsche Zeitung**. Der Preis für die Monate April, Mai und Juni ist bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg 2 fl. 30 kr.; im Umfang des Großherzogthums Baden durch die Post bezogen 3 fl. 6½ kr., wozu auswärts noch der Postaufschlag kömmt.

Die Politik und die Verfassung für Deutschland, welche die Deutsche Zeitung von ihrer Entstehung an aufgestellt und verfochten, haben durch die Ereignisse Geltung erlangt. Die große Zahl tüchtiger Mitarbeiter, welche an dem Blatte mitwirken, setzt uns in den Stand, über die Ereignisse in allen Theilen Deutschlands und im Auslande zuverlässige Berichte schnell mitzutheilen und selbst Urtheil über den Gang der Entwickelung und das, was dem Vaterlande frommt, mit den Ereignissen gleichen Schritt gehen zu lassen.

Die Verhandlungen der **badischen Kammer**, welche in diesen Monaten durch die Berathungen der Gesetzentwürfe für die Sicherung der Volksrechte besondere Wichtigkeit erlangen, werden wir aus den unmittelbarsten und zuverlässigsten Quellen mittheilen.

## Uebersicht.

Die Vorgänge in Preußen. — Der Theaterwechsel in Baiern. — Wien (der ständische Ausschuß). Berlin (königl. Bescheid. Ein volksthümliches Wahlgesetz und die den Ständen vorzulegenden Gesetzentwürfe. Rückschau auf die Revolution. Die Dankadresse der amnestirten Polen an die Bürger Berlins). Posen (Bewegung in Posen. Aufruf an die Bewohner des Großherzogthums). Aachen (die Rede hergestellt; Ansprache Hansemann's). Koblenz (der „Prinz von Preußen"). München (Motive der Abdankung. Bedauern der Münchener Künstler. Erwartungen von der neuen Regierung. Die Ausschußwahlen. Die Abdankung des Königs. Stellung der Kammer. Ein Rückfall der Polizei). Aus Würtemberg (Agitation gegen das Gemeindegesetz. Arbeiterpetition um Wahlrecht. Kammerverhandlungen: die Bann- und Zagdrechte. Der Gesetzentwurf über das Versammlungsrecht angenommen. Das Postwesen. Die Frankfurter Versammlung). Leipzig (die süddeutsche Mission). Hannover (Stüve soll das Ministerium mit Lehzen und Düring übernommen haben). Karlsruhe (der alte und neue Gesetzentwurf über die Bürgerwehr. Adresse an Welcker. Die Wahlen zum deutschen Parlament). Donaueschingen (die Volksversammlung in Donaueschingen). Mainz (die Unruhen deßwegen. Verhältniß der Stadt zu der preuß. und österreichischen Besatzung). Rostock (die Reformbewegung in Mecklenburg). Bremen (Bürgermeister Smidt nach Frankfurt). Schleswig (die Wahl der „erfahrenen Männer" in Rotzschild).

**Niederland.** Unruhen in Lille. Jeder Beigier wähl'bar.

**Großbritannien.** Erklärungen Palmerstons über die Aufnahme der franz. Königsfamilie.

**Frankreich.** Der Generalstab der Nationalgarde in die Tuilerien verlegt. Ein österreichischer Demokrat als bonapartistischer Emissär behandelt. Börsenkurs.

**Italien.** Rom. Grundzüge der römischen Verfassung. Chur. Der Aufstand in der Lombardei. Agitation im Fürstenthum Liechtenstein.

**Ungarn.** Pressburg. Beschlüsse einer außerordentlichen Cirkularsitzung.

**Polen.** Krakau. Erleuchtung der Stadt. Rede des Hrn. Brodowicz.

**Beilage.** Rede der Bundesverfassung v. R. v. Mohl. II. **Stuttgart** (Kammerverhandlungen. Der militärische Verfassungseid. Die Gesetzentwürfe über öffentliche Versammlungen und die Bürgerwehr. Die Frankf. Versammlung.

## Heidelberg, 26. März.

Wir zweifeln nicht, wir werden in Berlin mit unserm gestrigen und vorgestrigen Artikel hart anstoßen: den poetischen Rausch, den der königliche Umzug hervorrief, stören wir mit einem profanschen Mißklang, und in die Verbrüderungs- und Friedensscenen werfen wir den Ruf nach Polens Herstellung, das heißt nach einem russischen Kriege. Sehr möglich, daß man uns plötzlich ganz verkehrt findet, ganz von dem ebenen Wege abgekommen sieht, den wir bisher eingehalten zu haben glauben; sehr wahrscheinlich, daß man uns und unsere Forderungen vollständig nicht begreift. Alles scheint ja in die beste und schönste Ordnung zurückgekehrt; wozu dies ganz außerordentliche Mittel des Krieges, wozu dies keineswegs ordnungsmäßige Attentat, diese Zumuthung einer Resignation? Heißt dies nicht, die mühselig hergestellten guten Verhältnisse auf das Muthwilligste treiben und den Zwecken gerade entgegenarbeiten, die wir sonst zur Schau tragen?

Wir haben vorgestern erklärt, daß wir uns nicht anmaßen, aus unserer Ferne den eigentlichen Stand der Stimmungen in Berlin und die zunächst moralischen Folgen der Ereignisse des 18. März zu beurtheilen. Zwischen dem preußischen König und Volke scheint zu Berlin eine glänzende Versöhnung durchgeführt zu sein. Wir wünschen ihr aufrichtige Dauer, aber wir verhehlen uns nicht, daß dergleichen Scenen nur Schauwerk sind, das nur oberflächliche Eindrücke hinterläßt, während der Anlaß des vorausgegangenen Bruchs unvergeßlich ist und mit jeder kleinsten Reibung zwischen Militär und Bürgerschaft wiedersteren kann. Wir nehmen aber gern an, die hergestellte Eintracht sei ebenso wahrhaft als innerhalb. Immerhin ist sie wesentlich durch den Zauber einer gewinnenden Persönlichkeit, wesentlich nur für den Ort, gewirkt. Es ist uns eine traurige Pflicht, zu sagen, daß die Stimmung auswärts keineswegs so versöhnt ist und sich auch nicht so leicht versöhnen wird.

Dies ist um für Preußens eigene Lage und Verhältnisse völlig gleichgiltig. Aber für sein Verhältniß zu Deutschland leider nicht so. Und dies ist jetzt eben die Hauptsache, um die es sich handelt. Dies Verhältniß ist in dem Momente, wo es sich nach den langjährigen Wünschen der deutschen Nation aufs Erfreulichste zu gestalten versprach, durch das Blutbad vom 18. März sogut wie zerstört. Wir haben die allgemeine Stimme, die wir hier aufen im Reiche hören, bezeichnet, und wir können zu unserm Bedauern nicht sagen, daß sie sich geändert habe. Wir müssen vielmehr der Wahrheit gemäß heute hinzufügen, daß sie durch eben diese Scenen und Reden, welche Berlin bezaubert und versöhnt haben, aufs Neue gereizt ist. Und dies scheint uns nur in der Natur der Sache zu liegen.

Daß der deutsche Bund zu der Ausbildung komme, die ihm das Patent vom 18. verspricht, daß Preußen die oberste Leitung der deutschen Dinge an sich nehme, daß es sich an die Spitze der politischen Bewegung stelle, daß es mit seiner Politik in der deutschen aufgehe, und daß sich dafür Deutschland vertrauend an Preußen anschließe, das waren von jeher die Wünsche aller Patrioten auch in diesem Süden, der so oft gehäßiger Gesinnungen gegen Preußen angeschuldigt wurde; es waren auch unsere Wünsche. Es sind unsere Wünsche auch noch. Politische Ueberzeugungen und Grundsätze können sich nicht so leicht durch ein ungeleugnet Ereignis ändern. Aber die Wünsche der Massen, der Trieb und die Leidenschaft der Vielen spricht anders als unser politischer Verstand. Wir werden für jene Wünsche fortwährend einstehen, obgleich wir fürchten, daß es eine dankbare Anstrengung geworden sein wird. Wir wollen in den nächsten Nummern bei diesem Gegenstande verweilen und unseren Ernst für diese Ansicht bewähren. Aber wir verfprechen uns zunächst wenig Wirkung davon; und wie unangenehm es in Preußen hallen mag, wir halten es für unsere Pflicht, wiederholt die Gründe zu sagen, warum die Wirksamkeit für Preußens Hauptlingschaft in Deutschland jetzt eine ungemein schwierige und wahrscheinlich fruchtlose geworden ist. Die Gründe können dort nicht lastiger fallen, als sie uns selber sind; hat man sich dort das Spiel verworfen, so hat man es auch Deutschland verdorben, und das ist die schmerzhafte Seite für uns.

Digitized by Google

Die Menge abstrahirt nicht von den Personen auf die Sachen: Preußen an die Spitze der deutschen Dinge stellen, heißt ihr nichts Anderes als den König von Preußen an diese Spitze stellen. Alles was der Staat Preußen, wenn er sich und seine Politik an Deutschland hingibt, uns von Ehre- und Vortheil bringen wird, fällt ihr nicht in die Wage gegen den Antheil, den der König von Preußen an jenen gehäuften Scenen des 18. März gehabt hat. Das Fernere, was in Berlin den persönlichen Groll beschwichtigt, hat ihn hier um uns nur gesteigert. Die Rolle, die sich Preußen Deutschland gegenüber jetzt plötzlich zuschreibt, will gehandelt und nicht gesprochen sein. Es schmerzt uns, zu sagen: die neuen Rathe des Königs haben nicht wohlgethan, diese lauten Verkündigungen in diesem Momente der Gereiztheit zuzulassen. Preußens König konnte am ersten und auch noch am achten Tage der französischen Republik diese Stelle des Hegemonen von Deutschland mit kaiserlicher Gewalt, unter sofortiger Gewährung großer Freiheiten in Preußen und Deutschland, in der ganzen Integrität der Zustände und der persönlichen Handlungen, an sich nehmen, ohne Anstand und Widerstand. Aber nachdem die Bundesverfassung ein Gegenstand der Berathung des Volkes und seiner Stände geworden war, mußte Preußen mitwirkend abwarten, wohin sich die Ansichten wandten. Es konnte ihr zu seinen Gunsten zu wenden suchen, aber durch Thaten, nicht durch Worte. Es war weit weniger mißlich, in dem Sinne jener königlichen Reden zu handeln als zu sprechen. In guten Werken würde man nur die Wohlthat gesehen haben, in den besten Worten sucht man vorerst nur den Ehrgeiz und die Herrschsucht. Es wird daher eine ganz natürliche Folge sein, daß, während man sonst eine Annäherung an das Einheitlich-Monarchische in der Verfassung Deutschlands für das Wünschenswertheste hielt, man jetzt eine Annäherung an das Föderalistisch-Republikanische, an die Amerikanische Verfassung anstreben wird. Wir wollen morgen auf diese große Tagesfrage zurückkommen.

Der Eindruck der Ereignisse im Norden hatte eben alle Kreise des deutschen Volkes ergriffen und durchschüttelt, als auch aus dem Süden des Vaterlandes eine merkwürdige Veränderung verkündet ward — freilich keine blutige Revolution, sondern nur eine friedliche, wenn auch unter außerordentlichen Umständen eingetretene Thronveränderung. Welch eine Fülle des Unerwarteten, des Beispiellosen drängt sich in diese eine Woche zusammen; welch ein ungeheures Gericht über den Machtwahnsinnn im Großen und Kleinen hat hier binnen wenig Tagen seine Erfüllung gefunden! Am 13. erlag die berüchtigste Reaktionspolitik in Wien; am 19. brach das bureaukratische und militärische Preußen unter Barrikadenlärmen zusammen, einen Tag nachher stieg ein Fürst vom Throne herab, in welchem einst das argste Vertrauen den Führer der konstitutionellen Entwicklung Deutschlands begrüßt hatte, diesen ganzen Leben und Thun aber nichts Anderes gewesen war, als ein steter und feindseliger Widerstand gegen den Geist jeder konstitutionellen Verfassung.

Man hätte denken sollen, nach den jüngsten Veränderungen in Baiern müßte die Abdankung König Ludwigs mit Freude begrüßt werden; konnte doch über den Grad von aufrichtigem und freiem Willen, womit jene Reformen versprochen wurden, auch bei dem gutmüthigsten eine Täuschung nicht obwalten. War doch in allen Zweigen der Staatsverwaltung eine tiefgesessene Korruption geschaffen, ein Zustand der Unfreiheit seit lange begründet worden, dessen Wurzeln tiefer lagen, als in vorübergehender ministeriellen Willkür! Waren doch in Baiern Dinge geschehen, die nicht etwa in dieser oder jener Staatsform, nein die gegenüber der Sitte und Art des ganzen Jahrhunderts für unmöglich gelten konnten. War doch dort die Monarchie moralisch so tief herabgezogen worden, daß jede Veränderung nicht bloß von dem politischen, sondern viel lauter von dem sittlichen Bewußtsein gefordert war.

Wir konnten daher die dumpfe und besorgte Stimmung nicht theilen, ja kaum begreifen, womit jener Thronwechsel in München aufgenommen ward; uns schienen alle Befürchtungen hierarchischen und aristokratischen Einflusses leicht zu wiegen im Vergleich mit einem Akt, den die öffentliche Gerechtigkeit gefordert hatte. Wir waren viel zu lebhaft davon überzeugt, daß die aufrichtige und wahre Freiheit unter dieser Regierung nimmer gedeihen könne, ja daß sie mit sammt der echten Monarchie begraben werden müsse, als daß wir den Rücktritt eines Regenten beklagen konnten, über dessen Einfluß auf die politische Entwicklung Baierns und Deutschlands die Geschichte strengen, aber gerechtes Gericht halten wird. Und doch liegt auch in der peinlichen und gepreßten Stimmung, womit man den Akt der Abdankung beurtheilt, eine fruchtbare Lehre für alle die, welche in diesen stürmischen Tagen berufen sind, die Schicksale eines großen Volkes zu leiten.

Spricht sich darin einerseits die tiefe Abneigung aus, womit Baiern jede Wiederkehr eines adlig-hierarchischen Systems begrüßen würde, so zeigt doch auch wieder jene ängstliche Besorgniß, jene gedrückte Stimmung, welch gefahrliche Stärke man der aristokratisch-priesterlichen Verbindung und ihren Haudreichungen mit einem ungebildeten fanatischen Pöbel zutraut. Welch ein Eingeständniß politischer Schwäche liegt aber auch darin, welch ein verdammender Urtheil über eine Politik, die solch eine Schwäche und Ungeübtheit im Volke großzog. Die Träger der Adelspartei und des Klerus sind an den Fingern abzuzählen; Alles, was Baiern an Talent, Intelligenz und aufrichtiger vaterländischen Gesinnung anfweist, steht ihnen schroff entgegen, und doch fürchtet man, es möchte die Errungenschaft der jüngsten Zeiten durch eine Koterie weggehascht und die eben erwachte politische Entwickelung Baierns wieder von dem dichten Dunkel einer kaum überwundenen Periode überschattet werden! Wie Vieles muß da verdorben, wie gründlich das politische Leben im Kleinen und Einzelnen verkümmert sein, wenn ein Volk nach solchen Erlebnissen, wie die der letzten Monate waren, in einer Krisis wie die gegenwärtige ist, ernstlich fürchtet, von einem politischen Taschenspiel unermerkt überlistet zu werden! Man sollte denken, eine Verschwörung, die seit sechs Wochen fast ohne Ruhe unter den Waffen stand, die zwei Mal kurz nacheinander zur Selbstbilfe griff, müßte mehr Selbstvertrauen zu sich hegen und nicht an das Bleiben oder Gehen einer einzigen Person, an das Treiben einer verhältnißmäßig kleinen Koterie Hoffnungen oder Befürchtungen knüpfen, die den Lebenspunkt ihrer politischen Entwickelung berühren.

Aber es liegt diesen Befürchtungen eine Wahrheit zu Grunde, deren unmittelbarer Eindruck jetzt die patriotischen Gemüther Baierns beherrscht. Die politischen Zustände sind dort seit lange verdorben; von der Verfassung und den Wahlgesetze an, das die Verfassung wieder paralysiren sollte, bis zu den jüngsten Zugeständnissen, deren Unfreiwilligkeit man vergebens mit Redensarten zu umhüllen sucht, geht eine schlimme Korruption durch das ganze konstitutionelle Leben des baierischen Volkes, und keine der rasch aufeinanderfolgenden Personlichkeiten hat bis jetzt Lust oder Mühe angewandt, dieser Korruption an die Wurzel zu greifen. Da ist von Unten herauf zu reformiren; da ist die Verwaltung, das Gemeindeleben, die Kirche und die Schule neu zu gestalten, und die besten Formen und Bürgschaften, die so obenhin gepfropft werden, müssen unfruchtbar bleiben, so lange man nicht mit der gründlichen Umgestaltung der Fundamente beginnt. In Baiern, wie nur irgendwo, gibt es eine Staatskunst, die wir den konstitutionellen Machtwahnsinn nennen möchten; es ist jene, die wir im Großen vor vier Wochen haben jämmerlich Schiffbruch leiden sehen. Diese Politik der Unwahrheit, die, ohne zu grob die Formen des konstitutionellen Lebens anzutasten, das Wesen und die Bedingungen langsam unterwühlt, ist in Baiern an Stimme Manchen geknüpft, deren Vergangenheit durch Phrasen und Versprechungen nicht abgetrunnt werden kann. Fürst Wallerstein ist ein Vertreter dieses Systems, und wir verdenken es den ehrlichen und patriotischen Baiern nicht, wenn sie von der Rückkehr dieses Mannes so Schlimmes besorgen, wie von der Koalition des Adels und der Geistlichkeit. Es ist laut und wiederholt in diesen Blättern gesagt worden, daß das erste Ministerium Wallerstein das System schaffen half, das in den Handen Abels ein so furchtbares Werkzeug war; soll ein drittes Ministerium Wallerstein da wieder aufhupfen, wo das erste und zweite aufgehört hat?

Für die innere Entwickelung Baierns wäre eine solche Wendung der Dinge mindestens so unglücklich, als ein Wiederaufleben der Absolutismus-Politik. Für die Stellung Baierns zu Deutschland müßte man auf jeden aufrichtigen und entschiedenen Schritt vornherein Verzicht leisten, wenn der neue Regent keine besseren Rathgeber gesucht hätte, als die abgenutzten Vertreter der offenen oder versteckten Reaktion. Die alten Gelüste einer guelfischen Politik in Baiern, die vor und nach den Rheinbundszeiten Baiern zur Stütze einer undeutschen Sonderbundspolitik werden ließ, dürfen nimmer wiederaufleben; sie würden es, sobald die Einen oder die Andern aus Ruder kämen, die Schüler Abels oder Wallersteins.

Am peinlichsten unstreitig war jene Volksstimme für den neuen Regenten; wie wenig Vertrauen mußte vorhanden sein, wenn weder die bittern Erfahrungen des alten Regiments, noch der Reiz der Neuheit stark genug waren, jene tiefe Verstimmung zu bemältigen! Und die ersten Worte, die der neue König an sein Volk richtete, waren wenig geeignet, freudigere Eindrücke zu wecken. Nach einer kurzen Ansprache, die in diesem Augenblick nicht befriedigen konnte, kam

Digitized by Google

seines hölzerne Aktenstück, das im Kanzleistyl einer für immer begrabenen Zeit „Männiglich den Gruß und die königliche Gnade" entbot, das sich „andächst von den Unterthanen versah", daß sie „sofort unverbrüchliche Treue und unverigerlichen Gehorsam leisten und sich in allen Stücken so bezeigen würden, wie es pflichtherwandten Unterthanen gegen ihre von Gott verordnete Landesherrschaft und Obrigkeit gebührt." Wir geben zu, daß es in diesem Augenblick wichtigere Dinge zu thun gibt, als in Folge friedlicher Gesetze jenen byzantinischen Formelkram abzuschaffen, aber um so eher sollte der natürliche Takt derer, die zum Regieren bestimmt sind, ein verletztes Wesen beseitigen, dem die innere Wahrheit fehlt. Eine ganz andere Ansprache vom Throne aus Volk ist jetzt zu erwarten und zu fordern; ein aufrichtiges ungetheiltes Hingeben an die Zeit, ein warmes und begeistertes Eingehen in den klaren Willen dieser Zeit kann allein die Throne retten; der Zauber der von „Gott verordneten Landesherrschaft und Obrigkeit" ist gebrochen.

Der neue Regent Baierns könnte aus der Geschichte seines Vorgängers und aus der Verwickelung, wie er sie vorfindet, reiche Lehren genug schöpfen, um mit der Wahrheit, aber auch der ganzen Wahrheit sein Regiment zu beginnen, um neue reine Namen um sich zu sammeln und eine unglückliche Verwickelung Baierns durch gründliche Reformen für immer abzuschließen. Der abgetretene König war nicht mehr im Stande, aufrichtiges Vertrauen zu wecken, der neue kann es noch; wie sehr aber die wenigen und fostbaren Momente gezählt sind, wie leicht die Monarchie um sich selber und ihre Existenz spielt, wenn sie die alten Ueberlieferungen fortlegt, dafür haben die Erlebnisse der letzten Wochen so erschütternde und schlagende Lektionen geliefert, wie wir sie in der Geschichte ganzer Jahrhunderte nicht aufzuweisen haben.

**Oesterreich.** Wien, 21. März. Eine heute erschienene Kundmachung ordnet zu Gunsten der ärmeren Klasse bei Erhebung der Verzehrungssteuer wesentliche Erleichterungen an. Der niederöst. ständische Ausschuß will zunächst in Anregung bringen: zeitgemäße Gemeindeverfassung; zeitgemäße Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse; Aenderung des Steuersystems im Interesse der minder vermöglichen und erwerbenden Klassen; Herstellung eines Rechtszustandes der verschiedenen Konfessionen; Verbesserung der Gerechtspflege (auf die Grundlagen der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit) und des gesammten Unterrichtswesens.

**Preußen.** **Berlin, 20. März*). Wir haben Frieden, mühsam, unter herben Schmerzen, nicht ohne Rest tiefer Erbitterung, aber hoffentlich dauernden. Von den Eindrücken der furchtbaren Nacht kann sich noch Niemand losmachen. Gewiß am Wenigsten der König; er trägt ein schweres Kreuz; denn die Liebe seines Volkes steht auf dem Spiele. Heute sind die Gemüther schon im Genuß ruhiger. Nicht mehr springt Jeder auf bei dem Geraffel eines Wagens, weil er glaubt, schweres Geschütz werde gefahren; nicht mehr entsteht man sich über fernem Kanonendonner wie gestern. Allmählich, aber nur allmählich weicht die leidenschaftliche nervöse Erregtheit. Lassen Sie mich aus warmer Rückerinnerung oder frischer Erzählung Einzelnes aufgreifen, was mir gestern Morgen noch anders schien, oder was ich übergangen. So wie die Sache sich jetzt herausstellt, ist unzweifelhaft, daß wir die Revolution nicht verweiden konnten. Damit meine ich nicht die Hindernisse, welche des Königs Individualität den Reformen entgegenstellte. Sie waren ja kurz vor dem Ausbruch beseitigt. Sondern die Gegensätze waren in letzter Zeit so schneidend geworden, in letzter Zeit, d. h. von dem Februarpatent, von dem Landtagsabschiede an, der Groll und Hader war so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß ein gewaltsamer Bruch kaum zu umgehen war. Die Vorbehaltswahlen zu den Ausschüssen eröneten zwar den Weg zu Reformen; aber Menschenwürde kann eine Revolution weder herausfordern noch beseitigen. Der Ausgang beseidigte Niemand. Die französischen Ereignisse, die deutsche Umgestaltung kamen hinzu; das Blut gerieth in Wallung. Der Scheei nach dem Vereinigten Landtag war der letzte Ruf der Reformpartei, d. h. der überwiegenden Mehrzahl des preuß. Volks. Aber daneben schon Aechtung des Wahlmodus, und vor Allem das verläufige Verharren der Minister, endlich der späte Termin der Berufung des Landtages brachen auch diese Rettungsbrücke ab. Da entstanden, gewiß nicht bloß durch Emmissäre und Bestechungen, nicht bloß durch die Noth und Arbeitslosigkeit, namentlich der Maurer, sondern großentheils aus dem Instinkt der Volksheze, d. h. nicht des gemeingesinnten Theiles, sondern der dunklen, unerkannten, mystischen Schichte der Bodsiterung, die bekannten Aufläufe von Montag bis Freitag. Die Aufstellung der großen Truppenmassen, eigentlich eine Selbstanklage der Regierung, eine sehr gelabelte, mit Recht verwerflich erachtete Maßregel, war aber dennoch nothwendig; es lag in ihr die Ahnung des Unvermeidlichen. Das Volk empörte sie; der Augenblick der Aufstellung rückte immer näher; der Instinkt der Menge fühlte sich so tief verletzt durch das Mißtrauen der Behörden, daß, was verborgen in ihr schlummerte, nun erwachte; der Keim der Revolution war gelegt. Nun machte das Mißlär am Dinstag, noch am Mittwoch, von den Waffen den unglückseligen, den verhängnißvollen Gebrauch. Das war mein Irrthum; ich glaubte, das vergossene Blut könne noch gesühnt werden. Aber aus der Mitte des Volks der Drang nach Rache, dagegen in den Umgebungen des Königs, in vornehmen Kreisen, selbst in vielen Bürgerschaften die eiserne Konsequenz des Martialstaats „Ordnung muß sein, koſt' es, was es wolle" — da war unbilnige Verblendung nicht möglich. Hörten auch die Zusammenrettungen auf, es blieb böses Blut. Die Rache blieb im Herzen. Todten kann nicht gesühnt. Darum hieß es, die Studenten hätten „die Volkssache" verrathen", weil sie für die Ordnung eingestanden! Die Studenten haben aber dadurch bewiesen, daß zur Revolution ihnen die Absicht fremd war; denn im Dienste der Ordnung waren sie treu erfunden worden. Ihre und der Bürger Arbeit schien bereits gekrönt durch Erfolg; die herrliche Proklamation über Preußens und Deutschlands Reorganisation wurde vertheilt. Da wird auf das jauchzende Volk, welches nach seinem König wieder und wieder verlangt und hinaufjubelt — geschossen! Dies Ungeheure setzt Alles in Wahnsinn. Studenten und Bürger eilen wie die Windsbraut durch Straßen und Gassen, mit flammenden Worten den Verrath ausmalend. Wo war der Bürger, der nicht außer sich gerieth? Wie wenige Soldaten und Offiziere empfanden in recht tiefes Bedauern! Die Meisten wittern geheime Absicht. Die Absicht war da, bei den Emissären, die Cigarren, Branntwein, Geld austheilten. Aber bloß Bestechne, bloße Absicht sind allzu ohnmächtig, eine Revolution zu bewirken! Der General von Möllendorf, Ritter russischer Orden, gilt als der Verantlasser des sg. Mißverständnisses; er wurde in der Nacht gefangen, ihm das Leben mit Mühe gerettet, sein Gehenk von Barrikade zu Barrikade als Signal seiner Gefangenschaft verabreicht; sein Degen ihm genommen. — — Eine Uebersicht der einzelnen nächtigen Vorfälle ist noch unmöglich, für mich durchaus, weil es eben gilt, keinen Augenblick die Hände in den Schoß zu legen. Aber es werden die furchtbarsten Grausamkeiten vom Militär, die schauflichsten Grausamkeiten von dem gegenüberstehenden Theil des Volks berichtet — und zwar von Augenzeugen. Später, wenn Sie wollen, erhalten Sie Belege. Genug weiß ich von beiden Seiten die rührendsten Beweise von Milde, Liebe, Schonung, so herrliche Züge daß sie die Nacht des Wahnsinns wie Sterne durchleuchten. — Die Zahl der Todten ist groß. Soviel man jetzt anschlägt, sollen aber etwa doppelt so viel Soldaten als Bürger gebliehen sein. Von den Studenten, die sicher fast aller Orten waren, wurden 20 oder 30 todt gesagt, doch ist notorisch Keiner (?) geblieben. — Gegen Morgen wurde der Brief des Königs an seine Berliner — er war in dem Todesstampfe dieser Nacht geschrieben — vertheilt, aber rundum mit Bedauern, wenn nicht mit Hohn, aufgenommen. Das Schießen erneuerte sich; die Barrikaden wurden fort und fort vertheidigt. Da hieß es, der König habe alle Bleger eingeladen, zu ihm zu kommen und zu fechten, ihm zu rathen. Ehrenwerthe Männer eilten auf das Schloß. Darunter nennt man den Fürsten Lichnowski. Die Friedensbotschaft von der Entfernung der Truppen, mit der ich meinen Brief schloß, war fast nirgend bekannt; wohin ich kam, las man die alte von der Nacht; die Erbitterung blieb, sie stieg.

**Berlin**, 22. März. Der König hat einer Deputation der städtischen Behörden zu Breslau und Liegnitz folgenden Bescheid ertheilt: „Nachdem Ich eine konstitutionelle Verfassung auf den breitesten Grundlagen verheißen habe, ist es Mein Wille, ein volksthümliches Wahlgesetz zu erlassen, welches eine auf Urwahlen gegründete, alle Interessen des Volkes, ohne Unterschied der religiösen Glaubensbekenntnisse, umfassende Vertretung herbeizuführen geeignet ist, und dieses Gesetz vorher dem Vereinigten Landtage zur Begutachtung vorzulegen, dessen saltenige Berufung ich, nach allen bisher Mir zugegangenen Anträgen, für den allgemeinen Wunsch des Landes halten muß. Diesem bisher kund gegebenen Wunsch des Landes werde Ich entschieden zuwiderhandeln, wenn Ich, nach Ihrem Antrage, das neue Wahlgesetz ohne ständischen Beirath erlassen wollte. Sie werden daher, wie Ich zu Ihrer Loyalität vertraue, sich selbst überzeugen und

*) Bei der Wichtigkeit und dem allgemeinen Interesse, welches die Berliner Ereignisse haben, wird ein kurzer Nachtrag auf die einzelnen Vorfälle, wie er hier von einem Augenzeugen gegeben wird, nicht überflüssig sein.

Digitized by Google

Ihre Kommittenten davon zu überzeugen wissen, daß Ich auf Ihren gedachten Antrag für jetzt, und so lange nicht der allgemeine Wunsch des Landes sich dem Ihrigen anschließt, nicht eingehen kann. Der auf eine Weise zu bildenden neuen Vertretung Meines Volkes werden dann auch, Meinen bereits fund gegebenen Entschließungen entsprechend, Verschläge über folgende Punkte vorgelegt werden: 1) über Sicherstellung der persönlichen Freiheit; 2) über freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht; 3) über eine allgemeine Bürgerwehrverfassung mit freier Wahl der Führer; 4) über Verantwortlichkeit der Minister; 5) über die Einführung von Schwurgerichten für Straffachen, namentlich für alle politischen und Preßvergehen; 6) über die Unabhängigkeit des Richterstandes; 7) über Aufhebung des erimierten Gerichtsstandes, der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Domanialpolizeiwalt. Außerdem werde Ich demnächst das stehende Heer auf die neue Verfassung verpflichten lassen. Berlin, 22. März 1848. Friedrich Wilhelm. Graf Arnim. v. Rohe. Graf Schwerin. Bornemann. v. Arnim. L. Könne".

Berlin. Aus der Immediatreise von dem Könige in Folge der stegreichen Berliner Bürgerrevolution amnestirten Polen an das Volk von Berlin theilen wir hier die zweite Hälfte als die charakteristischere mit: Bürger Berlins! Der gesunde Sinn des Volkes sieht die Dinge und beurtheilt sie besser, als die Weisheit der Politik. Von diesem Sinne geleitet, habt Ihr in unserer Freilassung die künftige polnische Freiheit und Unabhängigkeit begrüßt. Ihr fühlt es, daß nicht nur die Zeit gekommen ist, in welcher die verhängnißvolle That der Theilung Polens wieder gesühnt werden mußte, sondern, daß die Zeit auch gebietet, daß zur Sicherstellung eines freien Deutschlands ein unabhängiges Polen als Vormauer gegen den Drang der Asiaten errichtet werden muß. O! möchte diese Ueberzeugung, die heute schon im Volke wurzelt, auch in den deutschen Regierungen Wurzel fassen; möchte insbesondere auch Preußens neu konstituirte liberale Regierung auch hier die Initiative ergreifen, und die Herzen aller Polen würden für entgegenkommen, Deutsche und Polen würden sich, wie es hier geschehen, so überall brüderlich in die Arme fallen und der Friede Europas nach Wiederherstellung Polens auf immer gesichert sein. Geht diese Hoffnung in Erfüllung, und so Gott will wird sie in Erfüllung gehen, denn es ist der mächtige Finger Gottes, der in die Geschicke der Völker heute sichtlich eingegriffen hat — dann werdet Ihr hochherzige Bürger Berlins und Ihr akademischen Bürger der Hochschule dieser Residenzstadt ewig in dem Andenken, in der Liebe und in der Achtung aller Polen leben, denn Ihr habt Euer und unser politisches Volksinteresse zuerst begriffen und zuerst Eure Gesinnungen und Gefühle frei herausgesprochen. Es lebe Deutschland! Es lebe Preußen! Es lebe Berlin! (Folgen 82 Unterschriften.)

Aachen. Den neuesten Nachrichten zufolge, die uns mit der Aachener Z. vom 23. März zugehen, ist durch die treffliche Haltung der Bürger die Ruhe in Aachen vollkommen wieder hergestellt. Hr. Hansemann, der bereits am 24. März seine Reise nach Berlin antrat, hat an seine Mitbürger einen Abschied erlassen, dessen Schluß lautet: „Ich werde mich auf dem Landtage bemühen, soviel ich vermag, für das allgemeine Wohl zu wirken, kann dies aber nicht mit Freudigkeit thun, wenn ich nicht zuversichtlich hoffen dürfte, daß die Sicherheit der Personen und des Eigenthums von einem Jeden gewahrt werde.

Koblenz, 24. März. Von dem Dampfschiffe der Kölner Gesellschaft „Prinz von Preußen" wurde gestern, auf die Anforderung der Bürger von Köln, der Name Prinz von Preußen gestrichen und durch die deutsche Kokarde ersetzt. (Rh.- u. M.-Z.)

Posen, 20. März. Auch hier hat eine wenn bis jetzt auch glücklicherweise unblutige Revolution stattgefunden und die Bildung eines Nationalkomitès zur Folge gehabt, welches am 21. März folgenden Aufruf erließ: „Polnische Brüder! — Auch für uns hat die Stunde geschlagen! Die Einheit Deutschlands ist proklamirt. Der König hat ceklärt, seine Monarchie demselben einzuverleiben. Denjenigen Theilen der preußischen Monarchie aber, welche zum deutschen Bunde nicht gehören, steht es frei, sich demselben anzuschließen oder nicht. Wir Polen, die wir unsere eigene Geschichte, ein ganz anderes, grundverschiedenes Element des nationalen Lebens haben, wollen und können aus dem deutschen Reiche nicht einverleiben, wollen und können unser eigenes Leben, unser mit dem Blute unserer Väter theuer erkaufte Vaterland der Vergessenheit nicht hingeben. Diese Nachricht unserer bevorstehenden Wiedergeburt hat Alle mit Blitesschnelle durchdrungen. Die Gerechtigkeit dahnt sich selbst ihren Weg. Um unnöthiges Blutvergießen zu vermeiden, da und die Gelegenheit, unser Blut theurer zu verkaufen, nicht fehlen wird, haben sich einige Bürger zu den preußischen Behörden begeben, um ihnen vorzustellen, daß die Errichtung eines Komitès, welches auf dem angegebenen Wege unsere heilige Sache bis zur erlangten gänzlichen Unabhängigkeit unseres Vaterlandes durchführe, nothwendig sei. Auf der heutigen Volksversammlung wurden die Unterschriebenen zu diesem Komitè ernannt. Brüder! wenn heiße Liebe zu Gott und dem Vaterlande Euch beseelt, wenn Ihr für dasselbe zu leben und zu sterben in Wahrheit bereit seid, wenn Ihr bisher, das thränende Auge gen Himmel gewendet, auf Schwingen der Hoffnung zu ihm Euch erhobt, wenn Ihr Mitgefühl habt für unsere vertriebenen Brüder, die auf der ganzen Erde ihr Blut für dasselbe vergießen, wenn in Euch noch ein Funke von heiliger Liebe zum Vaterlande ist, so verweidet jedes unnöthige Blutvergießen, spart Eure Kräfte und Eure edle Aufopferung bis zu dem Augenblicke, wo Ihr deren bedürfet, wo sie heilsam werden. Auf der andern Seite aber mag Eure heilige Begeisterung nicht erkalten, mag Eure edle Aufopferung und Erhebung rege bleiben, wachsen, denn wir müssen jeden Augenblick bereit sein. Wir aber, dem in uns gelegten Vertrauen entsprechend, dem Triebe des Herzens folgend, der auch Euch antreibt und erhebt, werden alle unsere Kräfte, welchen uns selbst ein mit diesen schwachen Mitteln, die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes wieder zu erlangen und so mit Euch und allen Nationen diese gerechnete Freude zu theilen. Möchte dieses große, heilige Ziel, nach dem wir Alle streben, im Stande sein, und Alle auf dem Wege wahrer Aufopferung zu erhalten! Unser Abzeichen ist die roth und weiße Kokarde. Andrzejewski. Bowinski. Priester Fromholz. Dr. Janiszewski. Jarosowski. Krauthofer. Mielzynski. Moraczewski. Palacz. Potworowski. Pr. Prusinowski. Stefanski.

Für die Kreiskommissäre ist folgende Instruktion erlassen: Das am 20. März d. zu Posen ernählte Nationalkomitè beauftragt den Bürger N., sich unverzüglich in den Kreis N. zu verfügen und sich angelegen sein zu lassen, dringende Proklamation in jener Gegend so sehr als möglich zu verbreiten. Auf gleiche Weise ist er verpflichtet, so viel Einwohner als möglich mit den hiesigen Ereignissen bekannt zu machen und mit gleichem Eifer der Verbreitung aller falschen Nachrichten, welche leicht zu unzeitgemäßen Schritten veranlassen könnten, vorzubeugen. Man empfiehlt Beiligung im Handeln und schleunige Rückkehr. Posen, 20. März 1848. (Unterschriften wie oben.)

Der Oberpräsident hatte der Deputation, welche sich um die Erlaubniß, ein Komitè zu bilden, an ihn gewendet hatte, endlich vorgelassen, auch in ihr Gesuch gewilligt, die Nationalfarben zu tragen, ein provisorisches Komitè zur Ordnung der Verhältnisse, der Sicherheit und weiterer Maßnahmen zu ernennen, eine Proklamation in nationalem Sinne an die Einwohner des Großherzogthums zu erlassen, und Zaunende von weiß und rothen Bändern, in der Form von Kokarden, zu nähen im Augenblicke am Ort der Ausgabe.

Früh am 20. März ist die Deputation mit der Adresse an den König abgegangen. Man hat ihr schleunige Rückkehr dringend anempfohlen, um, wenn ihre Vorstellungen in Berlin so aufgenommen werden, wie die Verhältnisse es verlangen, dann sofort die Reorganisation des Großherzogthums zu beginnen.

Nach der Köln. Z., der wir diese Angaben entnehmen, herrscht in Posen völlige Ruhe. Dagegen wird der Schles. Z. aus Posen 20. März Mittags 12 Uhr geschrieben: Alle Läden sind geschlossen. Die Polen haben eine Proklamation erlassen. Auf dem Bazar weht die polnische Fahne. Von Seite des Militäres ist bis jetzt Nichts geschehen. Die ganze Umgegend Posens soll in Aufruhr sein. (Abends 7 Uhr.) Die Aufregung steigt; die Massen sind namentlich vor dem Bazar dicht gedrängt. Die Truppen biwouakiren, die Kanonen sind aufgefahren.

In Ostrowo hat man versucht, die Ulanenfarbe zu vergiften. In Folge dessen sind einige Polen eingeregen werden, bei welcher Gelegenheit auch Schriftstücke aufgefunden sein sollen, die über Manches Aufklärung verschaffen.

**Baiern.** ⁑ München, 22. März. Was ich in meinem gestrigen Schreiben über die Verweggeunde zur Abdankung des Königs andeutete, bestätigt sich ergänzend durch die näheren damit verbundenen Umstände. König Ludwig ist ein zu selbständiger und feinem innersten Wesen und Willen nach sich kundgebender Charakter, und als Regent war er durch Neigung, Einsicht und Gewohnheit zu eng mit dem innersten Getriebe des Staatsleebens dis ins Einzelnste verflochten, als daß er sich mit den Konsequenzen, die das neue von dem Volkswillen mehr oder weniger unmittelbar abhängig gemachte Regierungssystem nothwendig für seine künftige Thätigkeit in Aussicht stelle, auch nur von Ferne hätte befreunden können. In dieser Beziehung scheint ihn vor Allem die von ihm zugesagte Verantwortlichkeit der Minister belästigt zu haben, und man erzählt, daß er, als die gegenwärtigen Ministeroerweser mit der von ihm für die Eröffnung der Stände ausgearbeiteten Anrede nicht vor die Kammer treten zu kön-

Digitized by Google

nen erklärten, wiederholt ausgerufen habe: So bin ich denn Nichts als ein Schreckönig!“ Nehmen wir hierzu die für ihn bitteren Erfahrungen der letzten Wochen, ferner den Eindruck, den die ihm überreichte Adresse der Pfälzer Deputation auf ihn hervorgebracht haben soll, endlich den Umstand, daß die Zivilliste, die Finanzlage des Landes, worüber Rechenschaft wird gefordert werden, und die auf den verschiedensten Wegen, doch überall mehr verdeckt als offen auf ihn einwirkenden Bestrebungen der Partei, die noch wirklich dabei im Spiele gewesen sind, so haben wir die Erklärung zu einem Schritte, der bei den großen Opfern, die er damit seinen Neigungen und Gewohnheiten bringen mußte, sonst ein Räthsel geblieben wäre. Ist seine Abdankung insofern halb als eine freiwillige, halb als eine abgenöthigte anzusehen, so bemerken wir anderseits, daß sie officiell rein als eine freiwillige betrachtet wird; auch hat die Bürgergarde erst dann gestern dem neuen Könige den Eid der Treue (die Formel war „hold und zugethan zu bleiben“) geschworen, nachdem sie über diesen Punkt die nöthige Beruhigung erhalten. Die wiederholten Bitten des Kronprinzen und seiner Gemahlin waren nicht im Stande, den König von dem einmal gefaßten Entschlusse abzubringen. Wie ich Ihnen gemeldet, geschah die Unterzeichnung der Abdankungsurkunde am 20. um 10 Uhr Abends; um 12 Uhr in der Nacht übergab der König Zepter und Krone seinem Nachfolger mit dem Wunsch, er möge als Maximilian II. im Sinne Maximiliana I. regieren. König Ludwig wird zeitweise in München, das eine Schöpfung seines Geistes zu nennen ist, verweilen, und zu dem Zwecke hat er sich den ursprünglich zur Wohnung des Kronprinzen bestimmten, sogenannten Mittelsbacher Palast, der in diesem Augenblick noch nicht völlig ausgebaut ist, sowie die königlichen Schlösser zu Aschaffenburg und Berchtesgaden vorbehalten. Wie man hört, ist ihm von dem regierenden Könige auch der Civilliste eine jährliche Dotation von 500,000 Gulden zugesichert; auch werden die Stände wohl die bisherige kronprinzliche Dotation von 150,000 Gulden auf ihn übertragen lassen. Die größte Trauer über König Ludwigs Entsagung herrscht sichtbar unter den Künstlern, die mit ihm ihren Schutz- und Schirmherrn verloren haben, und es liegt darin insofern etwas Tragisches, als die gewaltige Spannung der Verhältnisse, wie sie seit dem Anfang dieses Monats bei uns herrscht, und die das vor uns liegende Ergebniß fast nothwendig zur Folge haben mußte, nicht ohne die unmittelbare Mitwirkung eines Theils der hiesigen Künstlerwelt herbeigeführt worden ist. Schon hat Schwanthaler einen Theil seiner Arbeiter entlassen, da ihm bedeutet worden ist, daß er zwar die für einige größere öffentliche Kunstbauten, namentlich für die Befreiungshalle bei Kellheim begonnenen Skulpturen in Ausführung bringen lassen dürfe, daß er aber wenigstens vor dem Jahre 1853 keine Zahlung dafür zu gewärtigen habe. Wie von dieser Seite, werden sich wohl auch in einigen andern Zweigen Ersparnisse machen lassen, während diejenigen andern, wo die Arbeiten eingeführt waren, werden aufhören müssen. Was bei der bekannten königl. Proklamation vom 6. März als ein Formfehler gerügt wurde, daß sie mit den Unterschriften des damaligen Kronprinzen und der übrigen königl. Prinzen veröffentlicht worden sei, obgleich diese Ausnahmshandlung durch das Gesetz nicht verboten ist, das gerecht gegenwärtig bei den etwas unbestimmten und mehr ins Allgemeine sich verflüchtigenden Begrüßungsworten des neuen Königs an sein Volk den Bürgern zu einigem Trost. Wahrscheinlich jedoch wird eine weitere festere Zusage in dieser Beziehung nicht lange auf sich warten lassen. Je weniger man von Liebhabereien weiß, die unser jetziger König habe, desto zuversichtlicher darf man sich der Hoffnung hingeben, daß er mit ungetheiltem Eifer der Entwickelung und Festigung der in Frage stehenden politischen Reformen sich wenden werde. Einige aber vorzügliche dürfte, daß nämlich die zu erwartenden schweren Künste ungetrübt und unbeirrt von den bisherigen persönlichen Einmischungen, auf rein politischem Boden sich auskämpfen werden und müssen. Jenes widermärtige Gespenst, das so lange seinen Spuk unter uns getrieben — möchte es doch selbst in der Erinnerung nicht mehr auftauchen! Heute werden die Kammern eröffnet. Womit man auch beginne und was man vorhabe, Raschheit der Verhandlungen ist vor Allem zu wünschen; denn das Volk steht lauernd und mit den Waffen in der Hand hinter seinen Vertretern.

= München, 23. März. Diese Woche wird wohl keine öffentliche Sitzung mehr stattfinden. Bei der heute stattgefundenen Wahlvorhandlung bezüglich der Bildung der besondern Ausschüsse ergab sich folgendes Resultat: V. Ausschuß. Gegenwärtig waren 118 Mitglieder; die absolute Stimmenmehrheit betrug demnach 60. Als Mitglieder desselben wurden gewählt: 1. Skrutinium, 1) Abg. Dekan Birch mit 103 Stimmen 2) Abg. Dekan Eby mit 82 Stimmen, 3) Abg. Freiherr von Künsberg mit 76 Stimmen. II. Skrutinium. Stimmende 107. Majorität 54. 4) Abg. Schaezler mit 75 Stimmen. 5) Abg. Dr. Kammerer mit 57 Stimmen. III. Skrutinium. Stimmende 112. Majorität 57. 6) Abg. v. Schrank mit 106 Stimmen, 7) Eppelsheim mit 57 Stimmen. — Ueber die so schnell und unerwartet erfolgte Thronentsagung König Ludwigs gehen verschiedene Gerüchte. Der wahre Grund mag wohl in der dem Könige selbst angeborenen Rücksichtnehmung mit dem Geiste der Zeit, dem Volksgeiste sein, der sich freilich mit dem zähen monarchischen System schlecht verträgt. Dazu mögen noch andere Gründe gekommen sein, z. B. der, daß man so beiläufig 30 Millionen Deficit in den Kassen fand, die übrigens durch schleunige Beschaffung der königlichen Familienglieder (darunter die alte reiche Churfürstin u. s. w.) bereits beigeschafft sind. Ob des Königs Gedanken durch die königliche Familie selbst auf Abdankung hingeleitet wurden oder nicht, darüber wage ich nicht zu entscheiden, eben so wenig, ob nicht in der Seele des Königs noch andere Beweggründe spielten: denn bei den Menschen Innerstes ist oft unerforschlich. — Etwas bedenklich findet man es, daß einige der tüchtigsten Kammermitglieder durch Uebertragung der Portefeuilles und des Gesandschaftspostens in Frankfurt zur Abdankung eines volksthümlichen deutschen Parlaments — des Willkommens — sich herbeigelassen haben, wie man hört, in der Kammer entzogen werden. Der Kammer entgeht ohnedies in der Meinung des Volkes jenes Zutrauen, das besonders in diesen Tagen nöthig ist. Wenn man auch die Tüchtigkeit vieler Mitglieder derselben anerkennt, so hätten doch Manche lieber eine neue Wahl in kürzester Frist — nicht erst in mehreren Monaten — vorgenommen gesehen, um frische kräftige Elemente, unmittelbaer Schöpfungen der jetzigen bewegten Zeit, zu erhalten und das todte Kapital, das bei der Abstimmung sich oft so schwer in die Wagschale legt, durch Intelligenz und Gesinnungstüchtigkeit verdrängt zu sehen. Doch — wollen wir auch das Beste hoffen! — Die Polizei hat durch die Arretirung und Ausweisung eines hier publicistisch beschäftigten Mannes ihre frühere ängstliche Allmacht im Gedächtniß gerufen: denn sie hat Objekte auf Verdachtsgründen und unbewiesene Voraussetzungen hin gethan. Der Minister des Innern, bei dem deßhalb Beschwerde einlief, hat dies Verfahren hart getadelt, und aus der Ausweisung wird natürlich Nichts. Die öffentliche Meinung ist jetzt stärker, als die Polizei; die letztere wird der ersteren gegenüber jetzt immer den Kürzern ziehen. Möge sie das wohl beachten und ohnedies gerade jetzt, wo sich das Verlangen nach einem (neuen) Polizeigesetze so allgemein und entschieden ausgesprochen hat.

♂ Aus Würtemberg. Im ganzen Lande ist jetzt Agitation gegen das veraltete Gemeindeverwaltungssystem. Ueberall müssen die alten lebenslänglichen Gemeinderäthe zurücktreten; nach Rottweil im Schwarzwald wurde zur Beruhigung ein Regierungskommissär abgesandt, dem sich der Abg. Mirschel anschloß. In Stuttgart petitionirten die Arbeiter um Gründung des Rechts, unter Staatsdienstherrschaft Stehenden, durch die Verfassung genommenen Wahlrechts. Sie fordern die Arbeiter im ganzen Lande auf, sich ihnen anzuschließen. An den Staatsklaften müssen sie, gleich den Begüterten, Theil nehmen, auch zur Bürgerwehr sind sie pflichtig, das Wahlrecht ist ihnen nicht gegeben; dieses nehmen sie in Anspruch.

** Stuttgart, 23. März. In der heutigen Sitzung vermehrten sich die Anforderungen an das Ministerium. Die Aufhebung der Bannrechte, die Beseitigung des Wildschadens wurde verlangt. Ersteres könne auf diesem Landtage, der unmittelbar aufgelöst werden solle, nicht mehr geschehen, erklärte Römer. Auf Hilfe gegen den Wildschaden drang man von allen Seiten, der Eine führte Beispiele an, der Andere sagte, der Gegenstand sei so einfach, daß er schlechthin nicht erledigt werden könne, derselbe sei so wichtig, daß er vertagt abgalten, und ohne seine Lösung könne man an manchen Orten nicht für die Ruhe stehen. Frhr. v. Varnbüler versichert, daß von Seite der Berechtigten kein Hinderniß in den Weg gelegt werde; die Jagdberechtigten sorgen jetzt schon für Beseitigung. Viele Stimmen: um so erfreulicher. Auf Binders Antrag wird eine Bitte an die Regierung um Eindringung eines Gesetzes noch auf diesem Landtage beschlossen. — Sofort wird der Gesetzesentwurf die Aufheizung von Zug- und Reitpferden für das Heer, nöthigenfalls im Wege der Zwangsabtretung betreffend angenommen. — Weiter wird das Gesetz über das Volksversammlungsrecht, in einem einzigen Artikel bestehend, einstimmig angenommen, nachdem Binder in warmer, kräftiger Ansprache diese nothwendige Ergänzung der Preßfreiheit begründet hatte. „Wenn das Recht früher schon bestanden hätte“, sagte er, „so wären die traurigen Vorfälle in den deutschen Hauptstädten nicht vorgekommen. Das Blut in den Straßen von Berlin und Wien schreit um Rache zum Himmel gegen diejenigen, welche glaubten, sie allein können ein Geschicke der Völker entscheiden. Mögen sie jetzt in der Einsamkeit und

Digitized by Google

Verbannung verfuchen, ihr Gewiffen zu beruhigen, mögen fie fuchen, mit dem Motto fich zu verfohnen, den fie ftets auf den Lippen zu führen gewohnt waren". — Jdiot entwickelt seinen Antrag, die Regierung möge Einleitung treffen, um die Post von Taxis zurück wieder in eigene Hand zu nehmen. Becker, Veit und Heyer bemerken mit Recht: hier sei jetzt keine Elle, das deutsche Parlament werde das ganze Postwesen für eine deutsche Angelegenheit erklären, darüber werde erst das Fundament gegeben, mit Taxis zu unterhandeln. Der Antrag wird noch an eine Kommission verwiesen. — Der Präsident bittet alle Mitglieder, welche die Frankfurter Versammlung besuchen wollen, sich bei ihm zu melden, damit er sie gemeinsam in Frankfurt ankündige. — Man hört, daß die Kammer der Standesherren das Ablösungsgesetz unverändert angenommen hat, morgen wird es vor die Abgeordnetenkammer kommen.

**Leipzig**, 21. März. Gestern reisten die HH. v. Gagern, General Graf v. Lehrbach und Geheimerath v. Stremensels hier durch, um im Auftrag der Regierungen von Nassau, Hessen und Würtemberg zunächst die sächsische Regierung zur Theilnahme an der sofortigen Organisation des deutschen Parlaments aufzufordern. Wir können aus guter Quelle berichten, daß unser Ministerium seinen Beitritt zugesagt hat, ebenso nach den neuesten Nachrichten der König von Preußen, und man gibt sich der Hoffnung hin, daß Deutschland sein ersehntes Palladium, eine kräftige Volksvertretung am Bunde, in kürzester Frist erhalten wird. Der deutsche Fürstenkongreß wird dagegen nicht gehalten werden. (O. P. A. Z.)

Δ **Hannover**, 22. März. Heute Morgen 7½ Uhr ist Stüve in der Stadt angelangt, welche er seit den denkwürdigen Tagen des Junimonats 1837 nicht betrat. Sehr schnell war die Kunde verbreitet, und die freudigste Erregung herrschte überall. Sie zog in den ersten Nachmittagsstunden alle man von allen Seiten erzählte, Stüve habe die ihm gewordene Mission abgelehnt, und trat wieder hervor, nachdem einige Zeit später allgemein fest versichert wurde, daß derselbe das Ministerium des Jnnern übernommen habe. Wenige wohl verkennen, daß Stüve unter den obwaltenden Umständen ein Opfer bringt, allein allgemein sprach man die Ueberzeugung aus, daß er dem Vaterlande dieses Opfer bringen müsse. Er hat es gethan. — Es mag seltsam klingen, aber es ist wahr und wird von allen Seiten bezeugt, daß Stüve der Einzige ist, von dem man die Hoffnung hegen darf, daß er das Land vor den schwersten Stürmen schützen werde. Wie sind noch lange nicht am Ende angelangt und hören tagtäglich von neuen Bewegungen gegen Beamte, Magistrate und Gutsherren, welche jedenfalls so viel Unthun, daß die Macht der Regierung gebrochen sein und ohne Ansehen ist. — Daß der Schatzrath Lehzen das Ministerium der Finanzen übernehmen werde, scheint sicher zu sein; im Uebrigen ist Alles zweifelhaft. Der Graf v. Beningsen soll das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten nach einer mit Stüve gehaltenen Unterredung abgelehnt, dagegen der Oberappellationsrath v. Düring das der Justiz angenommen haben, obwohl man noch bis zu diesem Nachmittag allgemein erzählte, der Letztere habe den Antrag abgelehnt. — Der König kommt den Wünschen der Stadt bereitwillig zuvor; so hat er ihr bereits am gestrigen Tage das den Vorschriften der Staatsgrundgesetze entsprechende Recht, in der Ständeversammlung durch zwei Deputirte vertreten zu werden, wiedergegeben.

**Baden.** Δ **Karlsruhe**, 25. März. Der Gesetzentwurf über die Errichtung einer Bürgerwehr hat überall im Lande große Unzufriedenheit erregt. Der Grund liegt hauptsächlich darin, daß der Zweck vorzugsweise als Mitwirkung zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung im Jnnern bestimmt, die Wahl der Officiere in den höheren Stellen zu sehr beschränkt und die Thätigkeit der Bürgerwehr von dem Verlangen der Polizei- oder Gerichtsbehörde abhängig gemacht war. Die Bürger wollen nicht Polizeisoldaten sein. Wäre der Entwurf nach dem 2. März gefertigt worden, so würde er auf anderen Grundlagen beruhen und den Erwartungen des Volkes besser entsprochen haben. Die gänzliche Umarbeitung des Entwurfes ist nun die Aufgabe der Kommission der zweiten Kammer, welche in täglichen Sitzungen und gemeinsamen Berathungen mit den Kommissären der Regierung, welche zu den nöthigen Aenderungen die Hand bieten, unausgesetzt beschäftigt ist. Das Ergebniß wird wenigstens schon in der nächsten Sitzung der Kammer vorgelegt werden. Wir können einstweilen mittheilen, daß der Entwurf zu einem umfassenden Bürgerwehrgesetz (Nationalgardegesetz) erweitert ist; daß die freisinnigen Bestimmungen des belgischen Gesetzes in den wesentlichsten Theilen zu Grunde gelegt sind, daß der Grundsatz der Wahl der Führer gewahrt und die Bevormundung durch die Polizei beseitigt ist. Der Zweck der Einrichtung wird von der Kommission bezeichnet wie folgt: „Der Bürgerwehr liegt die Vertheidigung des Landes, der Verfassung und der durch die Gesetze gesicherten Rechte und Freiheit gegen den inneren und äußeren Feind ob."

* **Karlsruhe**, 25. März. Nachstehende Adresse von Weingarten an Welcker, welche in der letzten Sitzung von dem Abgeordneten v. Jhstein übergeben wurde, erhält eine correctliche Redaktion zur gefälligen Aufnahme. „Hochverehrtester Herr Hofrath! Dem schwer geprüften, standhaft beharrenden, muthig kämpfenden, dem unter dem Drucke freutigen, im Siege mäßigen, dem wahrhaft deutschen Manne, Hofrath Karl Welcker, bringen wir den Ausdruck unseres Dankes, unserer Liebe, unserer innigen Verehrung, unserer unverbrüchlichen Ergebenheit, in einem Augenblicke, wo unsere Herzen von einer Freude überströmen, die Nichts zurückzuhalten vermag. Karl Welcker, Gesandter des Großherzogs von Baden am deutschen Bundestage! diese Worte sind von unermeßlicher Bedeutung, sie sind das Merkzeichen eines allgewaltigen Umschwunges und die Vorboten eines schönen Tages für Deutschland. Sie, verehrter Mann, Sie, der tiefe Kenner deutscher Rechts- und Reichsgeschichte, der forglose Pfleger deutschen Sinnes und deutscher Sitte, der immer jugendliche Verkämpfer für deutsches Recht und deutsche Ehre, Sie sind nun berufen, zu rathen und zu wirken, daß, was alle wahren Deutschen immer wünschten und kaum noch zu hoffen wagten, in ein rasches, frisches Leben trete. Jhr Name an dem deutschen Bundestage ist uns die Bürgschaft, daß es unsern fürsten und unsern Regierungen Ernst werde mit dem Fortschritte Deutschlands, er ist uns eine Bürgschaft, daß Rechts mehr aufhalten werde den Fortschritt von der Senderung zur Einheit, von der Schwäche zur Macht, von der Schmach zur Ehre! So gehen Sie denn freudigen Muthes an Jhr erhabenes, wenn auch schweres Werk. Die Wünsche und der Segen des ganzen großen Vaterlandes folgen Jhnen. Viele deutsche Männer eilen Jhrerseits, hohen Geistes und festen Willens, wie sind Sie ganz gewiß, werden mit Jhnen schaffen und wirken. So sehen wir einer neuen großen Zeit mit Vertrauen entgegen, und in dieser frohen Zuversicht verharren wir, hochverehrtester Mann, Jhre aufrichtigst ergebenen Bürger und Einwohner von Weinarten." Weingarten, 20. März 1848. (Folgen mehrere 100 Unterschriften.)

* **Karlsruhe**, 26. März. Die Wahlen der badischen Mitglieder zu einer deutschen Nationalversammlung werden ungesäumt vorbereitet. Demgemäß sollen alsbald neue Wahlmännerwahlen in den Distrikten vorgenommen werden. Die Städte wählen, wie die Landorte, einen Wahlmann von 500 Seelen. Standes- und Grundherren sind Urwählter wie jeder andere Staatsbürger. — Zugleich wird eine Eintheilung des Landes in Bezirke zu 50,000, eine zweite zu 70,000, eine dritte zu 100,000 Seelen vorbereitet. Sobald das Verhältniß der Vertretung zu Volkszahl bekannt wird, kann die betreffende Bezirkseintheilung verkündet und die Wahl der Parlamentsmitglieder vorgenommen werden. Wählbar ist jeder Staatsbürger, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat, ohne Unterschied der Religion oder des Vermögens. Vorwöhrende braunrubigende Berichte aus Frankreich haben die Regierung veranlaßt, die übrigen Staaten des 8. Armeekorps (Würtemberg und Hessen) um Zuzug anzugehen, da die eigenen Truppen an den bedrohten Grenzpunkten verwendet werden sollen und nicht hinreichen, um auch noch die Bundesfestung Rastadt zu besetzen. Wir erwarten daher zunächst Hilfe von Würtemberg. — Regierungsdirektor Schaaff in Mannheim ist in Ruhestand versetzt und an seine Stelle der Abg. Stösser, vorm. Hofgerichtsdirektor, ein durchaus wackerer, tüchtiger Mann, ernannt.

**Bern.** Der Schwäb. Merkur schreibt man aus Donaueschingen, 20. März: Auch unsere Stadt, von ungefähr 3000 Personen besuchte Volksversammlung zu Mundelfingen lief ruhig ab. Obwohl die Hauptwortführer auf gesetzliche Reformen mit deutschem Parlament drangen, war in dieser Versammlung doch eine starke Hinneigung zur Republik unverkennbar. Diese Richtung, die nicht, wie man glauben machen will, das ganze Oberland beherrscht, findet ihre Berichtigung in dem Erfolge der großen Offendurger Versammlung, von der wir annehmen müssen, daß sie der Ausdruck des Landes, wenigstens so ziemlich sei. Ohne Extreme läßt sich eine so großartige Bewegung nicht denken; der große Strom aber deckt und begräbt sie durch sein mächtiges Walten. Wir hoffen auf einen ruhigen Verlauf, sofern keine Reaktion von Außen kommt: für diesen Fall würde man das Oberland allerdings entschieden finden.

* **Mainz**, 24. März. Kampfgerüstet stand gestern Abend die hiesige Bevölkerung und erwartete einen Angriff von Seite des preußischen Militärs, weil bei der Emeute von vorgestern, welche zwischen Bürgern und preußischen Soldaten Statt fand, Letztere den Kürzern zogen und ein Offizier das Leben einbüßte. Allein es blieb ruhig. Die Preußen wurden schon um 7 Uhr Abends in die Kasernen gezogen und die Oesterreicher und Bürger patrouillirten gemeinschaftlich. Auch hatte der Präsident des Bürgerkomités gegen Abend ein Plakat

Digitized by Google

anschlagen lassen, worin er vor Excessen, die nur Unglück über die Stadt bringen könnten, warnt. Zudem ist heute eine gemeinschaftliche Kommission, bestehend aus preußischen und österreichischen Offizieren und aus Bürgern niedergesetzt worden, um die Vorgänge zu untersuchen und zu beleuchten. Wie dem auch sei, es herrscht unter den Bürgern große Erbitterung gegen die preußische Besatzung, theils wegen derber Aeußerungen gegen den hiesigen Volksaufschwung, theils deßhalb, weil wirklich Verufen hiesigen Bürgern die Kokarde abrissen. Ein Glück ist es, daß der Gouverneur der Bundesfestung, der preußische General v. Hüser, hier so allgemein beliebt ist, so daß die Bürger, schon um diesen Ehrenmann nicht zu kränken, sich mäßigen. Den Oesterreichern dagegen werden öffentlich und unumwunden alle Beweise von Liebe gegeben, und diese benützen die Stimmung, um mit den Bürgern zu fraternisiren. Außerdem mißfällt das Benehmen des Königs von Preußen hier allgemein, während das Benehmen des Kaisers von Oesterreich hier viele Sympathie erweckt. Heute Mittag wurde auf allen unsern öffentlichen Gebäuden die deutsche Fahne aufgezogen, die Militärgebäude mit inbegriffen.

* Rostock, 18. März. Es ist gewiß, daß der Schweriner Hof sich auch Intriquen von Berlin hergeholt hat, wodurch er leider in dieselben Schwankungen und Halbheiten gerathen ist wie sein Lehrmeister. Am Tage nach der Rückkehr der Rostocker Deputation erfolgte eine erläuternde Nachschrift zu der von der Regierung gegebenen Antwort, wonach unter den „goldenen Zwölfern", für welche das Adelsrecht in Rostock verlangt werden, ausdrücklich auch die Besprechung über städtische und Landesangelegenheiten verstanden sein soll. In der zweiten Volksversammlung, welche darauf Statt fand, wurde eine von der versammelten Kommission entworfene Erwiderung mit nachdrücklicher Widerhohlung der früheren Petition, angenommen und eine verstärkte Deputation von 16 Mitgliedern zur Ueberreichung derselben gewählt. Vor Abgang dieser traf eine Reginalverfügung vom 14. ein, mit der Erklärung, daß sortan weder der Großherzog, noch die Regierung Deputationen in Verfassungsangelegenheiten annehmen würden. Dies reizte die unzufriedene Stimmung noch im höheren Grade und veranlaßte die Ankündigung einer neuen öffentlichen Versammlung. Unterdeß sandte der Rath, sich gleichfalls damit an die Spitze der Bewegung stellend, zwei Secretaire und den Vize Mitte nach Sterrin, um den Großherzog zur Aufhebung jener Verfügung zu veranlassen; es wurde ihnen die beruhigende Versicherung gegeben, daß man keinesweges alle Deputationen habe verbieten, sondern nur die sehr zahlreichen und die damit verbundenen Demonstrationen in der Residenz vermeiden wollen. Denn schon war es in dieser am 13. Abends zu einem Straßenauflauf und mehrfachen, an den Fenstern unbeliebter Personen verübten Unfug gekommen, der jedoch durch die vereinigten Bemühungen der Bürger und des Militärs leicht unterdrückt wurde. Gleichzeitig mit diesem günstigen Bescheide ging die folgende Bekanntmachung vom 18. ein: „Friedrich Franz ꝛc. In Folge des Beschlusses der deutschen Bundesversammlung vom 3. d. M. und nach vernommenen Gründen des engern Ausschusses Unserer Ritter- und Landschaft verordnen Wir, wie folgt: §. 1. Die Censur der Druckschriften ist aufgehoben. §. 2. Bis zum Erlaß eines besonderen Preßgesetzes sind Preßvergehen nach den bestehenden Rechten und Verordnungen zu bestrafen". Unter diesen Umständen und Eindrücken hatte die angekündigte Volksversammlung am heutigen Nachmittage im Apollosaale Statt; es wurde der Beschluß gefaßt, die gewählte Deputation auf die Hälfte ihrer Mitglieder abzumindern, durch dieselbe aber zugleich die öffentliche und allgemeine Zurücknahme der erwähnten Regierungsverfügung vom 14. zu erlangen. Zugleich konstituirte sich die Versammlung durch einen gewählten Ausschuß, um ihre regelmäßigen Zusammenkünfte zu veranlassen und die Berathungsgegenstände vorzubereiten. — Unterdeß waren vorgestern einige 50 Mitglieder der Ritterschaft in Güstrow vereinigt, von welchen sich einige 40 bürgerliche und 2 adelige ihrerseits bereit erklärten, zum Behuf der ständischen Reform „von ihren Vorrechten aufzugeben, was im wahren Interesse des Landes gefordert werden muß", indem sie darau die doppelte Bitte an den Großherzog knüpften um schnelle Berufung eines außerordentlichen Landtags und um Wiederaufhebung der „alle Unterthanen gleich betrübenden und besonders in jetziger Zeit schmerzlich berührenden Reginalverfügung, welche das Ohr des Landesfürsten den persönlichen Vorträgen und Bitten seiner Unterthanen verschließen wolle.

Bremen, 22. März. Heute geht der Bürgermeister Smidt nach Frankfurt, um an den Berhandlungen deutscher Abgeordneten über ein deutsches Parlament ꝛc. Theil zu nehmen. (Br. Z.)

* **Schleswig**, 20. März. Der heute eingetroffenen berlingschen Zeitung zufolge, sind am 17. d. M. zu Rothschild der Etatsrath Hoist, Advokat Lehmann, Pastor Monrad, Prokurator Christensen und Prof. Claussen, sowie die Gutsbesitzer Scavenius und Tatein, mithin die radikalst-dänischen Mitglieder der Ständeversammlung zu Mitgliedern der konstituirenden Versammlung erwählt; am Tage vorher hatten 16 der Wähler, als Entgegnung auf die früher bekannt gemachten Forderungen der sog. Eidesdänen eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: „Wir müssen mit tiefer Bekümmernitz erkennen, daß für alle Dänen die Rothwendigkeit eintreten kann, durch jedes Mittel auf die Inkorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich Dänemark hinzuarbeiten, wir erblicken aber bei der Durchführung derselben eine solche Gefahr, nicht bloß für die materiellen Interessen, sondern durch diese für die geistigen, daß wir uns erst dann für eine solche Alternative würden erklären können, wenn alle Hoffnung, zwischen den dänischen und deutschen Einwohnern des Staats Einigkeit herzustellen, abgeschnitten wäre." — Inzwischen beschäftigt man sich in den Herzogthümern vorzugsweise mit dem Plane der Volksbewaffnung, und die nach und nach entstehenden Bürgervereine haben diese zum ersten Gegenstande ihrer Berathung gemacht.

## Belgien.

Brüssel, 20. März. Am 17. d. M. waren Unruhen in Lille. In der Nähe des Bahnhofs wurden Barrikaden errichtet. Die Truppen wurden mit Steinwürfen begrüßt. Endlich gelang es, die Barrikaden zu beseitigen. Die Bürger stürzten sich im Sturmschritt mit gefaßtem Bayonett gegen die Aufrührer, die endlich weichen mußten. Um 10½ Uhr Abends war Alles wieder ruhig. — Die Centraldirektion hat darauf angeraten, jeden Belgier, ohne Rücksicht auf Vermögen und Abgabe als wahlbar zu erklären. Die Regierung hat ihre Einwilligung zu diesem Beschlag gegeben. (Rh. Beob.)

## Großbritannien.

London, 21. März. In der heutigen Sitzung wies Lord Palmerston das verbreitete Gerücht: „daß auf Befehl der Regierung der Herzog von Montpensier und seine Gemahlin den Boden Englands verlassen hätten", als ein gänzlich unbegründetes und sinnloses zurück. Ferner fühlte er sich durch ein anderes Gerücht bewogen, zu erklären: er habe in einem Privatschreiben dem Marquis von Normanby die Versicherung ertheilt, daß die Aufnahme der Mitglieder der vertriebenen Königsfamilie in England ganz dieselbe wäre und sein würde, wie sie in England Jeder genösse, der in Folge eines unglücklichen Verhängnisses gezwungen würde, auf englischen Boden zu flüchten; die französische Regierung möge sich versichert halten, daß die großbritannische Regierung in ihrem Verkehr mit Frankreich stets eben so entschieden als rechtschaffen und offen handeln, und nicht den geringsten Grund zu der Vermuthung geben würde, daß sie sich in irgend eine Intrigue gegen die Interessen der franz. Regierung einlasse".

## Frankreich.

Paris, 23. März. Der Inhalt der heutigen Pariser Blätter ist von geringem Interesse. Ueber den weitern Hergang der Dinge in Berlin enthalten dieselben nur Auszüge aus den Deutschen Zeitungen. Unter den amtlichen Bekanntmachungen des Moniteur verdient kaum eine einzige Erwähnung, diejenige nämlich, welche einen Theil der Tuilerien, die aufänglich, wie man weiß, zu einer Invalidenanstalt für die Arbeiter bestimmt waren, dem Generalstabe der Nationalgarde zur Verfügung stellt.

Auf dem Vendomeplatze fand heute ein durch Mißverständniß hervorgeführter tragikomischer Auftritt Statt. Ein junger Mann, Namens Pobulak, hatte alle österreichischen Demokraten aufgefordert, auf dem Vendomeplatze zusammenzukommen und dann auf das Stadthaus zur provisorischen Regierung zu ziehen. Der Anschlag des Herrn Pobulak verkündigte ferner, man möge sich nicht täuschen lassen, in Wien habe es keine Revolution gegeben, eine Emeute sei wohl glücklich ausgefallen, aber die Reaktion sei schon wieder siegreich und Alles nur zum Schein. Zu der deutschfeindigen Demonstration war eine große Fahne; und große Fahne gemacht werden, auf der die Inschrift stand: Vive l'Empereur! Vive l'Autriche! — Nun steht auf dem Vendomeplatze die Bildsäule Napoleons, und er ist daher der Schauplatz aller bonapartistischen Demonstration. Kaum sahen daher die Leute die Versammlung und die unbekannte Fahne mit der Inschrift: Vive l'Empereur! als sie das Ganze für einen bonapartistischen Streich hielten, und sogleich die gegen alle Prätendenten herrschende Erbitterung ausbrach. In einem Nu gab es einen Auflauf, man fiel über Pobulak her, entriß ihm die Fahne, zerbrach sie, zündete ein Feuer an und verbrannte sie. Pobulak und die wenigen Getreuen, die er um sich hatte, flüchteten sich, und heute Abend werden wir wahrscheinlich in allen Blättern lesen, wie heute durch das Volk eine große bonapartistische Manifestation vereitelt worden sei.

Rente: 3% 50 f., 5% 70 f. 50.

Digitized by Google

## Der deutsche Reichstag.

Von

**Robert Mohl.**

**II.**

So fein wenigstens die hauptsächlichsten derjenigen Gedanken und Plane beseitigt worden, welche nicht ohne offenbaren Schaden Deutschlands ins Leben gerufen werden könnten. Wenn wir hierbei zuweilen schon ziemlich tief in die positiven Vorschläge hinein kamen, so ist eine Entwicklung dieser letzteren um so leichter und kurzer möglich. Wir stellen uns aber die künftige Einrichtung der deutschen Reichs- und Bundesbehörden also nachstehende vor:

1) Ganz Deutschland, im Umfange des bisherigen deutschen Bundes, aber mit Zufügung der Provinz Preußen und des Herzogthums Schleswig, bildet einen Bundesstaat unter dem Namen des deutschen Reiches.

2) Sichtbarer Haupt und oberste ausübende Gewalt dieses Bundesstaates ist der deutsche Kaiser. Diese Würde ist erblich an die Kaiser von Oesterreich übertragen nach den in ihrem Hause geltenden Successionsrechten.

3) Der deutsche Kaiser hat, so weit er nicht persönlich an dem Sitze des Reichstages anwesend ist, einen Stellvertreter zu ernennen, welcher nach allgemeinen und besonderen vom Kaiser erhaltenen Anweisungen und unter Verantwortlichkeit gegen ihn die sämmtlichen am Sitze des Reichstages zu übenden kaiserlichen Rechte und Pflichten zu wahren hat. Jeder deutsche Bürger ist zu diesem Amte befähigt.

Anm. Da der Sitz des Reichstages in keinem Falle nach Wien wird verlegt werden wollen, so ist zur Verhütung von Verzögerungen ein Stellvertreter des Kaisers an Ort und Stelle unerläßlich. Hinsichtlich der rechtlichen und politischen Möglichkeit einer solchen zu jeder augenblicklichen Entschließung bereiten und berechtigten Stellvertretung beziehen wir uns auf das unter I. über die Amtsanweisung der Fürstengesandten am Reichstage Bemerkte. Nicht anders als bei diesen verhält es sich mit dem kaiserlichen Stellvertreter. — Daß Letzterer nur dem Kaiser, nicht auch dem Reichstage verantwortlich sein kann, versteht sich wohl von selbst, weil sonst auch der Kaiser selbst als verantwortlich erschiene. Ebenso ist wohl nicht erst hervorzuheben, daß nicht etwa dem österreichischen Gesandten im Fürstenrathe des Reichstages diese Stellvertretung des Kaisers übertragen werden könnte. Die Stellung beider ist eine wesentlich verschiedene.

4) Zur Besorgung der dem Kaiser, als ausübendem Gewalthaber des Bundes, obliegenden Geschäfte besteht an dem Sitze des Reichstags ein dem Kaiser, aber auch ein dem Bunde verantwortliches, vollständiges Bundesministerium mit den nöthigen Kanzleien. Es ist dasselbe aus einem Minister des auswärtigen Angelegenheiten, einem Kriegsminister, einem Minister des Innern und des Handels, und endlich einem Finanzminister zusammengesetzt. Dem Kaiser steht die freie Ernennung der Minister und der untergeordneten Beamten zu; allein höchstens ein Drittheil beider darf aus Oesterreichern bestehen. Die Entlassung der Minister steht theils dem Kaiser aus administrativen und politischen Gründen, theils dem Reichsgerichte zur Strafe auf geschehene Anklage des Reichstages zu. Die untergeordneten Beamten erhalten eine Dienstpragmatik.

Anm. Die Nothwendigkeit eigner Bundesminister, und zwar so zahlreicher, wird sich später bei Näherem ergeben, wenn die dem Bundesstaate künftig zufallenden Rechte werden erörtert werden. Die Zutheilung der Ernennung an den Kaiser aber ergibt sich nicht bloß daraus, daß sie zunächst seine Beamte sind, sondern weil auch bessere Wahlen durch den Reichstag, also durch zahlreiche Versammlungen kaum zu erwarten ständen. Ebenso wird in dem konstitutionellen Bundesstaate die unbedingte Entlaßbarkeit der Minister, in jedem Staate aber der den untern Beamten gegen Willkür zu gebende Schutz, damit aber die Sicherstellung ihrer Selbstständigkeit und Ehrenhaftigkeit, einer Vertheidigung nicht bedürfen. Der Vorschlag, österreichische Unterthanen nicht über ein gewisses Verhältniß zu den Bundesämtern zuzulassen, ist natürlich keinem Mißtrauen in die Fähigkeit oder die Pflichtmäßigkeit dieses großen Theiles unseres Volksstammes entsprossen, sondern soll nur eine Vorbeugung gegen eine mögliche übermäßige Begünstigung der Landsleute des Kaisers sein, während die besten Kräfte aus dem ganzen Vaterlande zur Verwendung gebracht werden sollen.

5) Dem Kaiser zur Seite steht der Reichstag, bestehend aus einem Fürstenrathe und einem Volksrathe.

6) Im Fürstenrathe sind die sämmtlichen deutschen Regierungen, monarchische und republikanische, durch Gesandte vertreten. Jedoch führt nicht jeder Staat eine abgesonderte Stimme, sondern es sind dieselben nach den bisherigen 17 Stimmen der engern Bundesversammlung eingetheilt. (Hessen-Homburg wird der 16. Stimme beigegeben.) In der Curiatstimme bestimmt Turnus oder Stimmenmehrheit, je nach der Verabredung der Betheiligten, das abzugebende Votum. — Die Gesandten werden von den betreffenden Regierungen ernannt und mit Amtsanweisungen versehen; sie sind, je nach der Landesverfassung, für ihre Geschäftsführung verantwortlich. Die zur Abstimmung zu bringenden Fragen müssen immer so gestellt sein, daß sie mit einfacher Bejahung oder Verneinung zu beantworten sind. Aussetzung oder Verweigerung der Abstimmung, namentlich wegen angeblichen Mangels an Instruktion, ist unerlaubt; solche Staaten werden als verneinende gezählt.

Anmerkung. Es ist wohl so ziemlich anerkannt, daß in der ganzen bisherigen Bundesakte die Bestimmungen über das Stimmenverhältniß der Bundesglieder am Besten gelungen war. Die Frage kann somit nur die sein, ob künftig nach der Ordnung der 17 Stimmen des engeren Rathes, oder nach den 69 des Plenums gestimmt werden soll? Für die größern Bundesstaaten hat bekanntlich die Frage keine Bedeutung, indem bei den ihnen im Plenum eingeräumten 4 Stimmen und ihre hier nöthigen Majorität von zwei Dritttheilen, das Gewicht ihrer Stimmen bis auf eine Kleinigkeit arithmetisch dasselbe ist. Einige mittlere Staaten verlieren bei der Abstimmung im Plenum etwas, allein nur unbedeutend. Hauptwerth hat die Entscheidung für die kleinern Staaten, welche bei der Abstimmung nach 17 Stimmen in ihren Kleen entweder nicht am Turnus sein oder überstimmt werden, damit aber jeder Stimme ganz verlustig sein können, während unter den 69 Stimmen des Plenums ihnen jeden Falles ihre Stimme, wenn auch nur eine einzige, bleibt. Letzteres schient nun das Billigere zu sein: allein, wenn man bedenkt, daß es mehr als genug ist, diesen, zum Theile Deutschlands noch abgesonderst bestehenden Miniaturstaaten auch nur einen abwechselnden und zufälligen Einfluß auf das Geschick von 40 Mill. Deutsche einzuräumen; ferner, daß im entgegengesetzten Falle Ein gemeinschaftlicher Gesandter von einem halben Dutzend dieser mikroskopischen Fürsten ein größeres Stimmengewicht abzugeben hätte, als Oesterreich oder Preußen, so wird man sich derselben. Dazu kommt noch, daß in vielen Fällen, keine Nothwendigkeit der Einstimmigkeit wegen angeblicher Sonderinteressen stattfinden darf, sondern in allen Fällen Entscheidung nach einfacher Stimmenmehrheit, erfordert schon die Stellung zum Volksrathe, dem eine Klare Antwort mit Ja oder Nein werden muß, fordert die bisherige zusammenvolle Erfahrung, fordert das Bedürfniß, dem Eigensinne, der Selbstsucht und der Unbotmäßigkeitsgelüsten Einzelner eine legale Form der Widersetzlichkeit zu entziehen. — Daß den Standesherrn Curiatstimmen einzuräumen seien, dünkte, außer ihnen selbst, kaum Jemand in ganz Deutschland wünschen. Und es wäre die Gewährung ein Unglück für sie selbst. Je schneller, je vollständiger sie in den Reihen der einfachen Bürger verschwinden, desto sicherer und desto beruhigender für sie selbst.

7) Den Vorsitz im Fürstenrathe führt ein jährlich aus seiner Mitte von ihm gewählter Staat, mit Ausschluß Oesterreichs.

Anm. Letztere Bestimmung ist durch die Uebertragung der Kaiserkrone an Oesterreich unbedingt nöthig zur Verhütung allzugroßen formellen Einflusses.

8) Der Volksrath besteht aus Abgeordneten des deutschen Volkes. Wahlbar ist jeder großjährige Deutsche, und zwar auch außerhalb seines besondern Heimathlandes. Das Wahlrecht steht den Abgeordnetenkammern der einzelnen Bundesstaaten in der Weise zu, daß je auf 100,000 Seelen der einheimischen Bevölkerung Ein Vertreter kommt und daß wenigstens die Hälfte der Gewählten außerhalb der wählenden Versammlung genommen wird. Weniger als 50,000 Seelen werden bei der Zahlbestimmung nicht berechnet, zwischen 50,000 und 100,000 gelten für voll. Die nur mit Curiatstimmen im Fürstenrathe vertretenen kleinern Staaten bilden ein Ganzes und haben sich über einen Turnus für die Wahl bleibend zu vereinigen. Jede Wahlversammlung wählt außer den zunächst zum Eintritte Bestimmten eine eben so große Anzahl von Stellvertretern, welche nach der Reihenfolge der Wahl, jedoch nur in ihrer Klasse, für ein ausgetretenes oder sonst ausfallendes Mitglied in den Volksrath eintreten. Urlaub ist etwa gewählten Staatsdienern nicht nöthig. — Die Wahlen werden je auf drei Jahre vorgenommen und zwar in allen deutschen Staaten rechtzeitig zu einer Gesammterneuerung des Volksrathes.

Anmerkung. Die Versammlung besteht bei diesem Maßstabe aus 360 bis 400 Mitgliedern, was sich offenbar der Mögtichkeitsgrenze einer ruhigen und dem Einzelnen nach billigen Raum gewährenden Berathung sehr nähert, und doch anderer Seits äußeren Ein-

Google

druck und die Ausgleichung von zufälligen Eigenthümlichkeiten und Parteiungen gemähret. — Ueber die Gründe der anderweitigen Bestimmungen s. oben Nr. 1.

9) Der Volksrath wählt aus seiner Mitte in geheimer Abstimmung den Vorsitzenden, zwei Stellvertreter desselben und die nöthige Anzahl von Sekretären. Er ist dabei an keine besondere Heimathsverhältnisse gebunden. — Die Mitglieder des Volksrathes erhalten Reisenschädigung und Taggelder aus der Reichskasse.

10) Der Reichstag versammelt sich jeden Falles und ohne besondere Einberufung am 1. November eines jeden Jahres; außerordentlicherweise vor dieser Zeit auf Berufung des Kaisers oder nach früheren Beschlüssen des Reichstags selbst. Jeder der beiden Räthe ist zu gültiger Vornahme von Geschäften berechtigt durch Anwesenheit von Einem Mitgliede über die Hälfte. Ein innerhalb 14 Tagen nach Ablauf zur gesetzlichen Zeit der Einberufung nicht vollzähliger Rath verliert für den laufenden Reichstag das Versammlungsrecht und gilt als zustimmend zu den Beschlüssen des andern Rathes. Eine Beendigung der Sitzungen ist nur durch gemeinsamen Beschluß beider Räthe möglich; in solchem Falle trennen sich beide Räthe, bis zum gesetzlichen Anfange eines neuen Reichstages. Auflösung findet nicht Statt.

11) m. Die regelmäßige Versammlung des Reichstages durch gesetzliche Bestimmung, anstatt durch Gutdünken des Kaisers, oder wer es sonst sei, ist zum behändigen Schutze des Volksantheiles an der Leitung der deutschen Angelegenheiten ebenso unerläßlich, als die Mundtoderklärung eines nicht vollzählig erscheinenden Fürstenrathes. (Die Erfahrung deutscher Länder, welche mit aristokratischen Pairskammern gestraft sind, hat die Zweckmäßigkeit der letzten Bestimmung sattsam erwiesen.) Für plötzlich eintretende Nothfälle muß aber natürlich ein Mittel früherer Zusammenkunft Statt finden, und da für die Ausübung des Rechtes hierzu das Reichsministerium sowohl im Besitzungs- als im Unterlassungsfalle verantwortlich bleibt, so ist auch kein Mißbrauch zu besorgen. — Aus demselben Grunde der Wahrung des Volksrechtes kann auch eine Vertagung des Reichstages nur mit Zustimmung des Volksrathes Statt finden. Leicht könnte sonst in schlimmen Zeiten nur ein Gaukelspiel getrieben werden. — Daß ein Zusammenbleiben des Fürstenrathes nicht gestattet werden kann, wenn der Volksrath aufgelöst ist, bedarf wohl nicht erst eines Beweises.

11) Ein Reichsschluß kommt durch Uebereinstimmung der absoluten Mehrheit beider Räthe zu Stande. Beim Kaiser ist das Recht und die Pflicht der Vollstreckung; das Reichsministerium ist dafür verantwortlich. Dem Kaiser steht übrigens kein Veto zu, sondern nur das Recht der Zurückweisung eines Beschlusses beider Räthe zu nochmaliger Berathung. Ein beharrender Beschluß ist alsbald zu vollziehen. — Das Recht der Initiative steht sowohl beim Kaiser als bei jedem der beiden Räthe.

Anmerk. Der Kaiser soll nicht Herr des deutschen Bundesstaates sein, sondern nur sein sichtbares Haupt, seine ausübende Gewalt. Daher kann ihm das Recht nicht eingeräumt werden, dem gemeinsamen Willen der deutschen Regierungen und des deutschen Volks entgegenzutreten. Eine herabwürdigende Stellung aber für Oesterreich liegt hierin nicht. Es hat sein Fürst seine gewichtige Stimme im Fürstenrathe; die Abgeordneten seines Volkes bilden ein volles Drittheil des Volksrathes; es sind also alle billigen Mittel zur Geltendmachung seiner Interessen gegeben. Ein möglichst allseitiges Recht des ersten Anstoßes zu Berhandlungen und Beschlüssen kann nur Quelen wirken durch Verhinderung träger oder böswilliger Unthätigkeit. Da der Kaiser bei der Leitung der auswärtigen und inneren Reichsverwaltung nothwendig zuerst manches Bedürfniß entdecken muß, so ist namentlich auch sein Recht der Initiative unerläßlich.

12) Die Sitzungen beider Räthe sind öffentlich.

Anmerk. Die Zeit der geheimgehaltenen Bundestagsprotokolle ist vorüber, und die Regierungen selbst haben wohl den Nachtheil dieses Verkleidens, wie wegen böses Gewissens und arger Absicht, jetzt so fühlbar empfunden, daß vor Allem sie die Oeffentlichkeit der Sitzungen ihrer Gesandten verlangen müssen. Hinsichtlich des Volksrathes wäre jedes Wort überflüssig.

13) Der Sitz des Reichstages und der Reichsregierung ist Nürnberg (oder Bamberg), welches zur freien Stadt erklärt wird.

Anmerk. Nicht nur ist es den Geschäften zuträglich und gegen sämmtliche deutsche Länder billig, daß der Sitz der gemeinschaftlichen Behörden möglichst in der Mitte Deutschlands sei; sondern gegen Frankfurt spricht auch noch der besondere Grund, daß es dem häufigsten Kriegsschauplatze zu nahe liegt. Wir dürfen uns aber der Gefahr und der Schande nicht aussetzen, daß die Reichsregierung gesprengt und verjagt werde nach einer unglücklichen Schlacht in der Pfalz oder gar nur einem kecken Streifzug. An Baierns Zustimmung ist hoffentlich nicht zu zweifeln.

**Würtenberg.** ** Stuttgart, 22. März. 20te Sitzung. Lebhafte Unterhaltungen der Abgeordneten im Saal über die preußischen Nachrichten; Römer, Pfizer, Duvernoy treten ein, die Herren Ritter bilden eine Gruppe um Römer. Einige Anfragen an die Minister eröffnen die Sitzung. Mögling und Schweichardt beschweren sich über die Art der Vertheilung des Militärs, dem in einem Tagesbefehl gesagt werden war, daß dieselbe eigentlich bloße Förmlichkeit sei; auch der Eindruck der Heimlichkeit, äußerte Schweichardt, sei gar nicht beseitigende, die Minister mögen den Tagesbefehl zum Gegenstand ihrer Animerksamkeit machen. Bedeutend ist die Antwort des Staatsrathe Pfizer: Der Beschluß auf Beiziehung sei dem ganzen Ministerium gefaßt, die Ausführung aber dem Kriegsminister von Sontheim, übertragen worden. Das Gesammtministerium werde Beruhigung eintreten. — Müller beklagt sich über die Truppensendungen ins Hohenlohesche, Duvernoy gibt als Grund den Schutz der würtemb. Grenze gegen badische Banden an. — Freyer nimmt von dem plötzlich ins Land gekommenen Sturm gegen die lebenslänglichen Gemeinderäthe und den Ausartungen, wie Kabenmusiken u. s. w. Veranlassung zu dem Wunsche einer radikalen Säuberung der Gemeinderäthe von der Indolenz und Unfähigkeit der Ortsbehörden auf gesetzlichem Wege, indessendere will er für sie das Recht der öffentlichen Berathung, das ihnen bisher Ministerialwillkür verweigert habe. Duvernoy sagt zu, die Frage zu erwägen. Interpellationen kommen in unsere sonst so friedliche Kammer. — Staatsrath Duvernoy legt einen Gesetzesentwurf über das Recht der öffentlichen Versammlungen vor. Alle bisher. Verordnungen gegen das Recht sind aufgehoben. Von öffentlichen Versammlungen sollen die Obrigkeiten durch die Versammlung in öffentlichen Blättern oder sonst in Kenntniß gesetzt werden. — Nun wird das Bürgerwehrgesetz berathen. Die Kommission schlägt dessen Annahme, wenn sie auch nicht mit allen Bestimmungen zufrieden ist, vor. Einzelne weitere Wünsche werden geäußert. v. Varnbüler beantragt, die Wünsche der Kommission der Regierung zur Erwägung zu überweisen und mit dem Kommissionsantrag das Gesetz als provisorisch anzunehmen. v. Hiterlinger will kein mangelhaftes Gesetz einführen, Haßler entgegnet, das sei es nicht, aber ein Gesetz für den dringenden Augenblick. Duvernoy gibt die Auskunft aus statistischen Notizen, daß durch das Institut 76 — 78,000 Mann unter die Waffen treten werden. Die ganze Debatte ist eine unerquickliche, ein Zusammenschreien, ein Lärm, ein immerwährendes Berathen darüber, ob man berathen soll. Berger ruft: während Ludwig XIV. Straßburg nahm, hat der deutsche Reichstag auch berathen. Da wird Varnbülers Antrag angenommen. Einige Rein zu Protokoll. Neuer Sturm: man solle abstimmen lassen; es geschieht, bloß 4 Stimmen sind gegen den Antrag. Neue Erklärungen der Verneinenden, Ihler findet die Art der Berathung und Geschäftsordnung außerordentlich wie die Zeiten; der Präsident vergißt seine Präsidentenruhe und fährt gegen Ihler auf. Eine Reihe von Abgeordneten ängern ihre Wünsche wegen Sorge für Waffen, wegen Gleichheit der Bewaffnung und Kleidung. Duvernoy beruhigt nach allen Seiten hin, und Eggmann verschert, trotz des Waffenverbots habe leither schon jeder Bauer in Oberschwaben seine Flinte. — Frhr. v. Reischach exhaltet Bericht über einen kurzen Gesetzesentwurf: „Die Landwehr wird zur Verfassung gestellt, der Auszug ergeht vorerst an das erste Aufgebot". Man verspricht sich Nichts von dem Vortrag, der zum zweiten Male erstattet. Die Kammer hat ihre Haltung verloren; sie debattirt 3 Mal so lange darüber, ob sie die Sache jetzt erledigen oder erst Gesetz und Bericht drucken wolle, als endlich über die Hauptsache, welche in einem Nu durch Zuruf erledigt ist. — Der Präsident spricht von der Versammlung in Frankfurt; es werde auch hingehen, möglichst viele Abgeordnete sollen dies thun, sie sein zugezogen, selbst wenn die Kammer vorher aufgelöst werde. Er will durch die Kanzlei Karten für Frankfurt an die Mitglieder ausgehen lassen. — Die Theilnahme ist erfreulich, aber sehen die Unternehmer, diejenigen welche noch in Heppenheim verdächtig und in Heidelberg als eine Partei angesehen wurden, zu, daß nicht dieherige Kammermajoritäten ihrem großen Werke schädliche Bestandtheile anschwärzen!

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner u. Kuntz, 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Overseeische Länder werde man sich an H. A. Alexander Strasburg 28 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Handverkaufspreis beträgt das Stück, Mon. Exemplar 4 Kreuzer. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 88. Heidelberg, Dienstag 28. März. 1848.

## Uebersicht.

Die Entwicklung in Frankreich. — Wien (die neuen Minister Amnestie. Schritte für einheitliche Gestaltung Deutschlands). Berlin (die Bürgerbewaffnung. Der König und die Königin. Die Allg. preuß. Zeitung über Volksvertretung und gegen den Ver. Landtag. Erlaß an das Kriegsministerium in Betreff der deutschen Fahnen. Dahlmann nach Berlin berufen. Der Prinz von Preußen. Der Fürst von Neuwied. Adreße des ruß. Gesandten). Königsberg (unruhige Auftritte, Adreße). Posen (die Bewegung und die Polizei. Empfang der amnestirten Polen. Die aufgestellten Truppen zurückgezogen die Ruhe erhalten). München (Willis Bundestagsgesandter). Würtemberg (Kammerverhandlungen. Das Gesetz über Ablösung der Grundlasten. Der König verzichtet auf die Hofjagden. Allarmgerüchte). Hannover (die Gewährungen. Bauernunruhen). Karlsruhe (Kammerverhandlungen. Soldatenpetitionen. Verhandlungen über das deutsche Parlament. Die Kamarilla entfernt). Heidelberg (Volksversammlung). Luxemburg (Unruhen mit französisch republikanischer Tendenz). Kiel (die Abordnung an den König. Beseler an der Stelle des Kammerherrn von Scheel). Frankfurt (Nothwendigkeit eines einstimmigen Zusammenhaltens. Die wühlerischen Tendenzen. Wahl der Abgeordneten für die Versammlung vom 30. März).

**Großbritannien.** Verbindung der engl. Chartisten und irischen Repealer.

**Frankreich.** Abmarsch einer Abtheilung der deutschen Legion nach Straßburg. Republik in Preußen. Abschaffung der Geldsanctionen als Mittel der Verfassung zu entgehen. Vergebliche Protestation des Erzbischofs von Lyon gegen die Aufhebung der Klöster. Börsenkurse. Gewaltstreiche des Regierungskommissärs in Lyon. Umruhen in Bordeaux.

**Italien.** Weitere Ausdehnung der Revolution in der Lombardei. Ein sardinisches Beobachtungskorps.

**Beilage.** Ueber die Bundesverfassung v. K. v. Mohl. III.

### Heidelberg, 27. März *).

Die Deutsche Zeitung hat bereits das Programm der provisorischen Regierung des republikanisch sich verjüngenden Frankreichs, die ersten Erlasse jener gemüthreichen Dichter und phantastischen Socialphilosophen gewürdigt, welche das leidenschaftliche Aufjauchzen der thatkräftigsten Nation Europa's plötzlich in die Region der Könige, „auf der Menschheit Höhen" emporgeschleudert hat. Vielleicht ist es aber nicht unzweckmäßig, wiederholt und schon jetzt auf dieses Thema zurückzukommen, weil bei der in Deutschland noch immer vorherrschenden Richtung auf möglichst hochgeschwungene Ideen und aus andern zeitlichen und örtlichen Gründen Nichts so sehr geeignet ist, bei Alt und Jung sich Eingang zu erschmeicheln, als was aus der Fremde im Nimbus grandioser Weltgedanken, menschheitbeglückender Entwürfe, regenbogenfarbiger Zukunftsphäne herantritt. Wir wissen uns persönlich von Nichts so frei, als von dem Gelüste, die großen Eigenschaften der französischen Nation mit kleinlich meidischer Kritik anzutasten, ja wir begreifen vollkommen die besondere Art ihres gegenwärtigen Aufschwunges. Denn wie das Metall, so wirft auch die Weltgeschichte in Momenten durch unsichtbares Feuer lange vorbereiteter, glühend flüssiger Bewegung ihre Silberblicke. Wir meinen jene Zeitpunkte, wo über den engbegrenzten Horizont herkömmlicher Staatenpolitik, des egoistischen Kampfs entgegengesetzter Interessen von Fürsten, Völkern, Ständen und Personen, über eine Welt voll himmelschreienden Unrechts, unsäglicher Gemeinheit, bodenloser Korruption der humanitarische Gedanke sich emporhebt, von dem Herrschersitze, von welchem selbstsüchtig staatskünstlerische Berechnung, rohe Gewalt oder plumpes Ungeschick herabgestürzt ist, Besitz ergreift und von hier aus Menschen und Völker zu beglücken sich dessen Willens anschickt. Es ist auch durch die Erfahrung bestätigt, daß solche Momente, wo der humanitarische Gedanke an die Stelle des politischen tritt nie verfehlen ohne mannigfaltige Frucht für zukünftige Gestaltungen der Dinge zurückzulassen. Aber an sich sind sie von sehr vorübergehender Dauer. Denn der menschenfreundliche Gedanke rechnet auf eine ideale Menschheit. Er findet sie nicht und — stürzt damit jählings und oft über jegliches Vermuthen tief in die Niederungen des gemeinen Seins, in die Sümpfe altgewohnheitsmäßiger Existenz wieder hinab. Ein solcher Moment, wo der philosophische Gedanke einer großen französischen Literaturperiode auf den Thron stieg, war die Revolution der beginnenden neunziger Jahre; ihr Pronunciamento: die berühmte Erklärung der Menschenrechte. Ein neuer Moment dieser Art ist die heutige französische Republik mit ihrem socialistischen Programm. Ihre Väter sind Louis Blanc und der Arbeiter Albert. Wie damals um den dritten, so handelt es sich jetzt um den vierten Stand. Um so mehr wird es daher erlaubt sein, von dem frühern auf das spätere Ereignis eine Divination anzustellen. Wir fragen, was war die weitere Entwickelung einer Begebenheit, welche die Erklärung der Menschenrechte als Panier aufgepflanzt hatte? Mit blutigem Griffel ist sie in die Tafeln der Geschichte eingetragen: die grauenvolle, nicht menschliche, nicht göttliche Rechte achtende Schreckensregierung des Konvents, die rohe, den gepfändeten Völkern mittelst der Bajonette die Republik oktroyirende Gewaltherrschaft des Direktoriums, der brutale Militärdespotismus des Konsulats, die völkerzertretende Weltherrschaft des Kaiserthums. Und wird die Entwickelung, die das neue republikanische Prinzip anstredt, eine wesentlich andere sein? Der dichterische Dolmetscher zwischen dem heutigen Frankreich und dem Ausland freilich verschert es uns, und er für seine Person mag es ehrlich meinen. Aber wer bürgt und dafür, daß diese Versicherungen viel mehr reinen politischen Werth haben werden als andere lyrische Ergüsse des gleichen liebenswürdigen Gemüthes? Indessen, wir wollen gehen zu, daß es dem Frankreich vom Februar 1848 wirklich Ernst sein mag mit seinen Neigungen zur Erhaltung des Weltfriedens, vielleicht aus ähnlichen Gründen wie dem Frankreich vom Juli 1830 Angesichts seiner schlecht ausgerüsteten Armeen. Werden aber wohl die Gründe, welche für den Augenblick entscheidend sind, auch auf die Dauer anhalten? Nichts wäre so gefährlich, als darauf zu vertrauen. Aus ganz besonderen Ursachen aber müssen wir das für Deutschland wiederholen. Wir nannten den humanitarischen Aufschwung des Frankreichs der neunziger Jahre das Ergebniß seiner letzten großen Literaturperiode. Nun, wir Deutsche sind in jüngster Zeit in eine Literaturperiode eingetreten, in welcher die französische der sechziger und siebenziger Jahre auf überraschende Weise sich wiederholt hat. Daß es bei solcher Ueberwandtschaft, deren man sich ja oft und laut genug gerühmt hat, nicht an Neigungen fehlen wird, den Entwicklungsgang unserer öffentlichen Verhältnisse humanitarischen Abstraktionen anzupassen, ist daher wohl a priori anzunehmen. Auch wird der Erfahrungsbeweis wohl schwerlich lange auf sich warten lassen. Um so entschiedener ist die Warnung zu wiederholen: hüten wir uns, den humanitarischen Illusionen dieser jüngsten Periode auf Kosten unserer realen, geschichtlich politischen und nationalen Entwickelung uns hinzugeben! Der Deutsche, als geborener Theoretiker, steht zufolge philosophisch humanitarischer Uebernommenheit sehr langsam auszuschlafen. Wie rasch dagegen der Franzose derselben sich entledigt, und der theoretischen in die praktische Phase übergeht, das haben wir bereits gesehen. Wie leicht könnte er uns mit vielleicht nicht sehr humanitarisch prinzipgemäßen, aber um so praktischern Stellungen und Gestaltungen überraschen, während noch Viele von uns süß von „reinem Menschenthume" träumen, oder im Besitz der philosophischen Kategorien dafür sich unüberwindlich wähnen. Wohl sind die ältern Generationen Deutschlands durch Schaden klug und praktischer geworden. Aber auch unsere Nachbarn jenseit des Rheines sind nicht mehr ganz und schlechthin die Egalitaires von 1791. Wie klug hat man z. B. die kirchliche Kirchenfrage umgangen, die einstmals so unzählige verderbliche Konflikte im In-

*) Der gestern in Aussicht gestellte Artikel wird morgen folgen.

Digitized by Google

nern hervorrief; freilich wird es an innern Konflikten auch jetzt nicht fehlen. Dafür ist reichlich gesorgt, indem man die Utopien aus Louis Blanc's organisation du travail unter die Stipulationen der neuen Ordnung aufgenommen und die Menge zu Erwartungen berechtigt hat von solcher Ueberschwenglichkeit, daß die Millionen von ein paar Dutzend Civilisten nicht hinreichen werden, um auch nur vorläufig die lautesten Forderungen zu beschwichtigen. Allein gerade diese Art von innern Konflikten wird den Austrirn Frankreichs aus der Sphäre der Humanitäts- und Phantasiepolitik und sein Wiedereinleiten in die Geleise seiner historisch praktischen Politik herbeiführen und beschleunigen. Der unausbleibliche Kampf gegen bewaffnete Arbeiter-„Sektionen" wird kaum lange auf sich warten lassen. Wie lange dieser aber auch währen mag, unfehlbar wird zuletzt eine rein militärische Staatsgewalt wieder Bewürfnis werden, diese aber irgend einem siegreichen Beliebigen der „Sektionen" wieder zufallen. Wohinaus aber dann die Dinge werden geleitet werden, ist ohne großen Scharfsinn zu errathen. Gewiß nicht als sozialistische Bruderschaft der Citoyens, schwerlich als Republik, am allerwenigsten als Staat, der Rechte als Friede und Freundschaft mit den Nachbarvölkern begehrt, wird Frankreich aus seinen innern Krisen hervorgehen. Zu spät dürften deutsche Phantasiepolitiker, wenn sie sich darauf verließen, eine werden, daß eine militärische Nation egalitarische Neigungen nie lange zu bewahren pflegt, zu spät an einem humanitätswidrigen Beschehe derer entwickeln, in denen Patrontaschen der Marschallstab zu rumoren gewiß gerade jetzt am wenigsten verlernt hat.

**Oesterreich.** Die Wiener Z. macht unterm 21. März folgende Ministerernennungen bekannt: Der allgemein geachtete bisherige Staats- und Konferenzminister Graf v. Kolowrat ist (provisorisch) zum Ministerpräsidenten, Graf Figuelmont zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Hauses, Frhr. v. Pillersdorf zum Minister des Innern, Graf Taaffe zum Minister der Justiz, und Baron Kübeck zum Minister der Finanzen ernannt. Die Ernennung des Ministers des Kriegs hat sich der Kaiser noch vorbehalten. Ein Wiener Korrespondent der Allg. Z. meldet, daß der Kaiser mittelst Handbillets allen politischen Verurtheilten in Oesterreich vollkommene Amnestie ertheilt habe; ferner daß Graf Figuelmont, kaum ins Amt getreten, einen entschiedenen Schritt bei den andern deutschen Regierungen gethan, der darauf hinzielt, die deutschen Interessen auf alle mögliche Weise zu konzentriren und im Geiste freier Diskussion zu erledigen.

Wien, 21. März. Die heutige amtliche Wiener Zeit. bringt die Namensliste des neuen Kabinets: Kolowrat, Figuelmont, Pillersdorf, Kübeck, Taaffe. Der Minister des Kriegs ist noch nicht ernannt, wahrscheinlich wird der Feldmarschallleutenant Heß oder der General Schön dieses Portefeuille erhalten. (A. Z.)

Wien. Das wichtigste, was die jüngste Post brachte, sagt die Allg. Z., ist das kaiserl. Amnestiedekret und die Veröffentlichung des Staatsfinanzetats. (Wir werden auf beides morgen zurückkommen.)

**Preußen.** Berlin, 21. März. Unter diesem Datum ist dem Kriegsministerium folgender Erlaß zugegangen: Da Ich mich ganz der deutschen Sache widme und in der Theilnahme Preußens eine entschiedene Förderung derselben erblicke, so bestimme Ich, daß die Armee sogleich neben der preußischen die deutsche Kokarde anzustecken hat. Das Kriegsministerium hat das Weitere zu veranlassen. Friedrich Wilhelm.

** Berlin, 22. März. Der ganze Hab der Bevölkerung, der während der Revolution auf dem König lastete, suchte nach einem Gegenstand. Möllendorf und Falkenstein schienen ihm wahrscheinlich zu unbedeutend. So übertrug er sich auf den Prinzen von Preußen. Von Kranzlers Kaffehaus mußte das gothische Schild mit der Inschrift: „Postfond. S. k. H. des Pr. v. Pr." herunter, überall riß man solche Schilder herab am Montag Morgen; an einigen Stellen kamen die Händler darin zuvor, und bei einem Juwelier wurden die Goldbuchstaben in höchster Eile weggefeilt; unter den Linden wurde ein Scheiterhaufen gemacht und in fester Ordnung alles das verbrannt. Ein Schild mit dem Namen des Düsseldorfer Prinzen Friedrich wurde augenblicklich unter entschlußigenden Bitten wieder angeheftet. Ein Anderes mit den verrinten Namen der Königin und des Prinzen wurde wegen der ersteren geschont und erhielt die zierliche Beischrift: „J. M. die Königin bleibt". — Bei dem Präsidenten v. Minutoli arbeitete die Bürgerbewaffnungskommission. Hr. Dr. Wöniger als deren Mitglied vermittelte sie mit der Studentenschaft. Diese genießt seit der Revolution eine Popularität, wie vielleicht nirgends. Alles wird den Studenten zugeschrieben. Wo sie erscheinen, tönen Vivat. Die Bevölkerung dieser universitätlichen Stadt hat seit der Revolution einen Liebling erhalten, wie sonst an den Studenten nur kleine Städte, wie Jena und Heidelberg gehabt. So erschien denn plötzlich Graf Schwerin in der Aula der Universität am frühen Morgen, von tosendem Beifall empfangen, und ersuchte die Studenten, etwaige Insulte von dem Palaste des Pr. v. Pr. abzuwenden. Erschütternder Beifall folgte ihm. Bereits trug der Palast die schützende Inschrift: „Eigenthum der ganzen Nation", und die Adler auf dem First trugen schwarz-roth-goldne Fahnen. Es war aber ein Insult nirgend drabsichtigt. Hr. von Minutoli in öffentlicher Rede forderte die an dem Palast unter der Menge, die sie beruhigten, zerstreuten Studenten auf, ihn in der Aula anzuhören. Alles strömte der Universität zu. Der Polizeipräsident, ein seltenes Beispiel, wurde dort mit Jubel empfangen. Die Studentenbewaffnung, für welche der Rektor, Johannes Müller, sich entschieden verwandt, wurde verkündigt; die Waffe in Frage gestellt. Man wollte weder Pallasch, noch Muskete, sondern Büchse und Hirschfänger. Vorläufig sollten erstere vertheilt werden. Hr. Dr. Wöniger referirte dann über die Einzelnheiten. Die Studentenschaft bestand darauf, die deutsche Kokarde zu tragen; es gebe nur einen „deutschen" Patriotismus; und wo der Fürst sich an die Spitze Deutschlands stelle, da dürfe die Nationalgarde wohl die deutschen Farben tragen. Mittags wehte schon der deutsche Reichsadler von dem goldnen Altan des Universitätspalastes. Graf Schwerin kam noch ein zweites Mal zur Aula, wiederum wie auf Händen getragen von frischer Jugendkraft. Jungen; er sprach über seine neue Stellung und äußerte seine Freude über des Vertrauen in ihn. Unbeschreibliches Jauchzen brach los, als der Minister verkündigte, Camphausen sei das Ministerium der Finanzen zugedacht. Wer am heutigen Tage Berlin nach achttägiger Abwesenheit wieder sah, erkannte die Stadt nicht wieder. Von dem was man sonst „berlinisch" nennt, keine Spur, nicht einmal von dem Berliner Witz, der das Strahlende in den Staub zu ziehen pflegte. Er schient an den Barrikaden geblieben. Das erklärte Wesen ist aufgestorben. Fremde treten einander an. Man macht Bekanntschaften auf offener Straße. Vor den Häusern stehn weißumhangene Stühle mit Schalen für die Gefallnen oder Verwundeten; ich sah Goldstücke darin; Niemand bewacht sie. In der Universität war ein reges Treiben; die Bewaffnung ging der Sich; bei der ersten Einzeichnung standen, trotz des Festeinanfangs, 1000 Studenten, Professoren, Studenten. Aus den Reihen der Rotten zu 25 mit einem Führer, den die Rotte wählte; die Rotten tragen besondere Namen z. B. Konstitution, Tell, Binde, Schwerin, Camphausen, Beckerath, Dove; 4 Rotten bilden eine Riege, der ein Hauptmann vorsteht; die Hauptleute werden von den Führern gewählt, die Hauptleute wählen den Obersten der Universitätswehr, der mehrere Adjutanten ernennt. Die Führerstellen kamen zum Theil an gediente Leute. Oberst wurde Prof. Hecker. Professoren sind Rottenführer und einfache Krieger; die Garde kennt unter den „Kommilitonen" keinen Unterschied. Den Generalstab bilden Rektor und Senat. — Am Nachmittag um 3 Uhr sah die Universität ein seltenes Schauspiel; die auf Bitte des Justizraths Deycks vom Könige amnestirten Polen, Ludwik Mieroslawski und Libelt an der Spitze, kamen im Triumphzug in die Aula. Libelt, Mieroslawski, Deycks, ein Student u. A. hielten Reden, Mieroslawski feanzösisch. Es waren meist Freundschaftsversicherungen von Deutschland und Polen, wie M. sagte: „Les Polonais ne sont que les boucliers de l'Allemagne, contre l'Asie" und Wünsche der Polen und Deutschen für Polens Wiederherstellung. Wiederwärtig war nur eine Lobrede auf Herrn Deycks, die ein Andrer hielt, vielleicht ohne zu wissen, daß der Ultramontanismus unter Studenten selten Freunde fand, und die Bemerkung des Hrn. Deycks, der König habe erst in die Amnestie gewilligt, als er erfahren, es ständen 7000 Polen bereit sie zu befreien. Die Aula hallte also wieder von dem Rufehne des Befreiers, dem wir sein wirklich erhebliches Verdienst nicht schmälern mögen, wenn wir Bescheidenheit als Tugend preisen. Personen aus allen Ständen waren dabei im Saal; alle Höfe der Universität waren angefüllt; vorn im Garten standen die Wagen der Polen, draußen eine ungeheure Volksmenge. Doch lief Alles glücklich ab; auch am Schloß, wohin die Polen zogen, um dem König zu danken. Von Mieroslawskis Ephrahrung erzielt ich ein Blättchen für den Verfasser Ihrer Polenartikel! — Am Abend mußte man die Universität sehen; die Garde trat den Dienst an, nach einer Truppenschau im Kastanienbusch hinter der Universität. Im Sznatzimmer war das Hauptquartier. Hier holten die Hauptleute sich Befehle für ihre Riegen. Nach allen Theilen der Stadt eilten Rotten zum Schutz k. Gebäude, Militärkrankhäusen. Der russische und österreichische Gesandte erhielten Schutzwachen. Die Auditorien waren Lagerstuben; in Neanders, in Kellers, in Lachmanns Kolleg bivouakirten Riegen; Bierfässer

Digitized by Google

standen statt der Tintenfässer, die alten Lieder „Wo Muth und Kraft in deutschen Seelen flammen, fehlt nie das blanke Schwert beim Bekerklang“ erschollen. Die Stadt war festlich erleuchtet. Aus allen Fenstern flaggte die deutsche Fahne. .

**Berlin**, 23. März. Der Minister des Cultus hat heute im Einverständniß mit dem Ministerpräsidenten den Professor Dahlmann ersucht, hierher zu kommen, um die Regierung mit seinem Rath bei der Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes für die Volksvertretung, das auf breiter Grundlage ruhen wird, so wie demnächst auch bei dem Entwurf der mit den Vertretern des Volks zu vereinbarenden Verfassung zu unterstützen. (K. Z. 3.)

Nach Berliner Privatnachrichten soll sich der Prinz von Preußen nach Neapel begeben wollen und die strenge Weisung bekommen haben, nicht nach Rußland zu gehen. (Brem. Z.)

**Berlin**, 23. März. Dem Nürnb. Korresp. zufolge ist der russische Gesandte am 22. von Berlin abgereist. Man ist allgemein geneigt, diese Abreise mit der neuesten Umwälzung in Verbindung zu bringen.

**Berlin**, 24. März. Charakteristisch für Personen und Zustände sind folgende Mittheilungen der Voss. Zeit.: Der König hat in Bezug auf die gestern stattgehabte Trauerfeierlichkeit seine vollste Bewunderung zu erkennen gegeben und geäußert, eine so großartige Haltung der Einwohnerschaft von Berlin habe nicht allein alle und jede seiner Erwartungen übertroffen, sondern sei auch der beste Maßstab für den Werth der hohen geistigen Erhebung des Volkes, als die Frucht des Kampfes in den denkwürdigen Tagen der vorigen Woche. — Gestern in den Abendstunden ließ die Königin bei der Schloßwache anfragen: ob einige Mitglieder der Bürgerwehr Sie auf einem Spaziergange begleiten könnten, indem Sie sich ein wenig in der frischen Luft ergehen wolle. Sofort stellten sich einige Personen zu der Königin Begleitung. — Der König läßt in seinem Schlosse, und zwar in den Zimmern der Herzogin von Mecklenburg, einen großen Theil der in dem Befreiungskampf am 18. d. M. verwundeten Bürger auf das Beste verpflegen. Die Königin hat von ihrem eigenen Haushalt Betten und Kleidungsstücke zu diesem Behufe hergegeben und läßt die Verwundeten aus ihrer eigenen Küche verpflegen. Mehrere Militärärzte sind zu diesem Behuf fortdauernd im Schlosse stationirt. Die Königin besucht die Kranken oft täglich und spricht ihnen freundlich Trost zu. Die Schloßfrauen derselben fungiren als Krankenwärterinnen.

Den 24. März wurden die in der Nacht vom 18. zum 19. gefallenen Militärpersonen — einzeln, darunter die Offiziere, waren schon früher beerdigt — auf dem Invalidenkirchhof von der Bürgerschaft feierlich bestattet. Die Schützen und Bürger feuerten eine Salve über das große Grab, während sich die Fahnen von allen Seiten über dasselbe senkten. Der General von Natzmer dankte für sich und im Namen der übrigen Militärs mit bewegter Stimme für die den gefallenen Kameraden erwiesene Ehre. Es herrschte eine ernste und feierliche, aber auch versöhnte Stimmung.

**Berlin**. Der am 19. veröffentlichte Erlaß über Einführung der Bürgerbewaffnung bestimmt: daß daran die Bürger und Schutzverwandten Theil nehmen, daß der Staat die Kosten der Bewaffnung trägt, daß die Stellungsliste auf der Stelle einbreche, und außerdem eine angemessene Zahl von Bürgern sogleich armirt wird. Alle weitern gesetzlichen Bestimmungen dieser Organisation sollen so schnell als möglich erfolgen.

Unter der Ueberschrift „Unsere wichtigste Pflicht“, enthält die „Allg. pr. Z.“ nachstehenden Aufruf: Berliner, Preußen, Deutsche! Die absolute Monarchie hat aufgehört zu sein. Das konstitutionelle Königthum ist proklamirt. Das preußische Volk, die deutsche Nation will die konstitutionelle Monarchie, die wahre konstitutionelle Monarchie, und deßhalb hat der König erklärt: die Verfassung Preußens auf der breitesten Grundlage zu errichten. Welches ist die breiteste Grundlage? Es ist die allgemeine Volksvertretung! Es ist nicht die Vertretung der Stände, nicht die Vertretung der besitzenden Klassen, nicht die Vertretung des Geldes, sondern es ist die Vertretung des gesammten Volkes. Solch eine Vertretung will der König, solch eine Vertretung will auch das Volk. Kann der zum 2. April d. J. einberufene Ver. Landtag eine solche Volksvertretung schaffen? Nein, denn der Ver. Landtag ist ein ständischer Körper mit Ständeinteressen. Der Ver. Landtag ist also ein natürlicher Feind der vom Könige proklamirten Konstitution; es kann das Vertrauen des Volkes nicht besitzen; er steht feindlich zwischen König und Volkswillen; er würde die vom Könige proklamirte wahre Konstitution verwerfen und also unmöglich machen. Der König allein hat auf den Volkswunsch die konstitutionelle Monarchie proklamirt; der König ist also auch allein im Stande, sie dem Volkswunsche gemäß zur Ausführung zu bringen. Er will zu diesem Ende, nach seinen eignen Worten (vom 22. März 1848 an die Breslauer Deputirten), den Volkswunsch vernehmen. Berliner! drücken wir ihm diesen Volkswunsch aus! — Versammeln wir uns Freitag, 24. d. M., Nachmittags 3 Uhr an den Zelten zu einem Beschluß über die Bedingungen der vom Könige proklamirten Konstitution. Sie bestehen in dem einzigen Gesetze: „Für die Volksvertretung der Nation ist jeder mündige Preuße Wähler und wählbar.“

**Königsberg**. Auch hier wurde am 13. März auf einen unbewaffneten Haufen von Tumultuanten von den Kürassieren scharf eingehauen, wie ein Bericht in der D. Z. 3. sagt, leichtsinnig und ohne Grund. Am folgenden Tage verfügten sich der Oberbürgermeister und der Vorsteher der Stadtverordneten, einem Beschluß der Stadtverordneten zufolge, zum Oberpräsidenten und ersuchten denselben, das Militär zurückzuziehen und die Erlaubniß zur Bildung einer Sicherheitsgarde aus Bürgern zu ertheilen. Der Oberpräsident erklärte sich zur Ertheilung einer solchen Erlaubniß nicht ermächtigt. In Folge dessen fand am 15. März eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten Statt, in der eine Kommission ernannt wurde zur Entgegennahme der Beschwerden von Seite der Bürger über die vom Militär verübten Exzesse und Brutalitäten; zugleich wurde dieselbe beauftragt, einen Plan zur Bürgerbewaffnung auszuarbeiten, und man beschloß Alles, zu thun, um dieselbe ins Leben treten zu lassen. Gott gebe, daß das bald geschehe, denn die Stimmung des Publikums gegen das Militär ist eine bedenkliche zu nennen. Inzwischen waren aus dem Kreise Ost- und Westpreußens sowohl ländliche als städtische Deputirte eingetroffen, die sich am 15. März versammelten und nach fünfstündiger Debatte den von Dr. Jakoby vorgelegten Entwurf mit geringer Modifikation annahmen. Diese Adresse fordert: 1) Schleunige Einführung einer wahren Repräsentation, Verfassung mit gleicher Berechtigung aller Staatsbürger zur Wahl und Wählbarkeit, mit beschließendem Stimmrecht der Volksvertreter und mit Verantwortlichkeit der Minister. 2) Bewaffnung der selbständigen Bürger zur Aufrechthaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande. Anerkennung des Grundsatzes, daß die vom Volke besoldeten Truppen niemals gegen das Volk gebraucht werden dürfen. 3) Lossagung vom Bunde mit Rußland, Aufnahme unserer Provinz in den deutschen Bundesstaat und Vertretung derselben in einem deutschen Volksparlamente.

**Posen**, 22. März. Als am gestrigen Abend die Nachricht von der Amnestirung aller politischen Gefangenen hier eintraf, verbreitete sich lauter Jubel durch die ganze Stadt und ein großer Theil der Häuser wurde alsbald illuminirt. Heute früh durchwogten wieder große Volksmassen die Straßen der Stadt, die Polen mit roth-weißen, die Deutschen mit schwarz-roth-goldnen Kokarden; Viele hatten auch beide Nationalzeichen angelegt, um die Einigkeit der Gesinnung auszudrücken. Um 10 Uhr war die Post von Menschen umlagert, welche die ankommenden Befreiten empfangen und begrüßen wollten; doch trafen dieselben noch nicht ein. Mittags hatten Konferenzen zwischen den Behörden Statt, worauf ein großer Theil der in der Stadt aufgestellten Truppen zurückgezogen wurde, doch blieben Hauptwache und Bazar besetzt. Nachmittags dauerte das Durchdrängen in den Straßen fort; es traten eine Menge Deutscher zusammen und erließen einen freundschaftlichen Aufruf an die Polen, wie die Polen einen solchen an die Deutschen erlassen hatten. Abends kam ein Theil der bisherigen politischen Gefangenen von Berlin hier an, und wurde im Triumphzuge unter unaufhörlichem Jubelgeschrei in einem geschmückten Wagen vom nächsten Dorfe her in die Stadt gegogen. Gleichzeitig war die Stadt glänzend erleuchtet, und unzählbare Menschenmassen durchwogten unter Hurrahrufen die Straßen. Die Ruhe ist bis zu diesem Augenblicke (12 Uhr) nicht gestört worden. Auch in den kleineren Städten der Provinz ist, wie uns versichert wird, durch die wirksamen Bemühungen des polnischen Komités, dem jetzt zu seinen Sitzungen ein Saal im Rathhause von den städtischen Behörden eingeräumt worden — die Ordnung wieder hergestellt. — Gegen 3 Uhr Nachmittags, im Augenblicke als die Truppen den Wilhelmsplatz verließen, begaben sich nach vorhergegangener Berathung viele Deutsche vor das Landschaftsgebäude, um daselbst zur Beschwichtigung der noch immer bedrohlichen Stimmung sich offen über ihre Gesinnung zu den Polen auszusprechen und ein gegenseitiges Vertrauen herzustellen. Zwei Erwiderungen auf die Ansprache des polnischen Nationalkomités vom gestrigen Datum waren von verschiedenen Versammlungen berathen worden, über ihre Annahme sollte von den Versammelten entschieden werden. (Pos. Z.) (Hiernach scheinen die Berichte der Breel. Z. vom 20. März, wonach die ganze Umgegend Posens in Aufruhr sei u. s. w., sehr übertrieben zu sein.)

Die Voss. Z. enthält ein Schreiben aus Posen vom 21. März, worin es schließlich heißt: bis jetzt ist noch keine Unordnung vorge-

Digitized by Google

kommen — nur falsche Maßregeln könnten zu einem, dann aber gewiß gewaltigen Blutvergießen führen. Gestern Abend ward eine Bekanntmachung des Kommandanten von Steinäcker und Polizeidirektors von Moy angeschlagen, in welcher die gewöhnlichen Vorkehrungen gegen Auflaufe angeordnet werden und daran erinnert wird, daß die Provinz noch im Kriegszustande erklärt sei, somit alle Kontraventionen gegen die Ordnung noch immer einem Kriegsgericht zuzuweisen sind. Der Oberpräsident v. Beurmann hat gleichfalls gestern eine Bekanntmachung erlassen, worin er erklärt, daß er den Polen zwar die Absassung einer Petition an den König gestattet habe, daß sie aber weiter gegangen seien und eine Volksversammlung veranstaltet hätten, die nach der Verordnung vom 5. Dezember 1845 ungesetzlich sei; er werde dieses Gesetz, wie jeder andere aufrecht zu erhalten wissen. —

Im Schlesinger Kreise wüthet der Typhus und rafft sehr viele Opfer hin.

Neuwied, 23. März. Der Fürst von Wied, durch den Inhalt des königlichen Patentes vom 21. d. freudig überrascht, hat sofort unter Kanonendonner das dreifarbige deutsche Banner von seinem Schlosse wehen lassen und bei dieser Gelegenheit nicht nur seinen Realschuldnern sehr beträchtlicher Nachlasse an ihren Ablösungskapitalien gewährt, sondern auch auf die bisherige Freiheit seiner Besitzungen von der Gemeindesteuer gänzlich verzichtet. (Köln. Z.)

**Baiern.** München, 24. März. Mit Freude hört man heute daß der bekannte rheinpfälzische Advocatenbrete, Advokat Willich, zum geheimen Rath und baierischen Bundestagsgesandten ernannt ist. Eine populärere Wahl war nicht denkbar.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 25. März. In der gestrigen Sitzung, welche bis Abends 8 Uhr dauerte, wurde das Gesetz über die Auflösung der Grundlasten angenommen. Zu Anfang erstattete Murschel Bericht über eine Eingabe in seinen Wahlbezirk zur Beruhigung einer bedenklichen Stimmung, und Schweichardt verlangte mit starken Worten, die Sturm und Unterbrechungen des Präsidenten hervorriefen, die Abberufung des würtemb. Bundestagsgesandten und die Entlassung des Geh. Rathspräsidenten v. Maucler; Holzinger erstattet den Kommissionsbericht über das Ablösungsgesetz, dessen Annahme die Kommission beantragt, und wozu sie bloß Bemerkungen macht. Müller (Abg. aus dem Hohenlohischen) trägt ein Separatvotum vor, das Gesetz genügt ihm nicht, er findet aber wenig Anklang. Vogt hegt Bedenken wegen der Einbuße, welche den Staat, die berechtigten Stiftungen, die Gemeinden treffen werden, und ist deshalb gegen das Gesetz. Wanlen (Abg. von Gaildorf) erklärt sich gegen die Aufhebung der Lasten ohne Entschädigung. Hetzer gibt dem Gesetze zwar seine Zustimmung, spricht sich aber in scharfen Worten gegen die Verschlingung aus, ein Gottesgericht schwebe über ihren Häuptern, die Sünden der Väter werden heimgesucht im 3. u. 4. Glied. Starke Aufregung, besonders auf der Ritterbank. Der Frhr. v. Wöllwarth antwortet später und weist auf die großen Opfer des Adels hin. Wieß, der unermüdliche Kämpfer für die Freiheit des Bodens, begrüßt freudig dieses Gesetz. Eine lange Reihe von Rednern folgt. Namens des Ministeriums spricht Pfizer. Nach der allgemeinen Berathung folgt die über die einzelnen Artikel, lang ausgesponnen, im Konversationston, ermüdend, bis endlich Abends 6 Uhr das Gesetz mit allen gegen 3 Stimmen angenommen wird. Höchst erfreulich ist, was der Präsident der Kammer mittheilte, daß der König auf alle Hof- und hofkammerlichen Jagden zu Gunsten der Gemeinden verzichtet habe. — Gestern Abend und heute früh herrschte hier große Aufregung, Staffetten flogen und die leichtgläubige Menge ließ Herwegh mit 6000 Franzosen schon nach Alzirsbach im Würtb. eingerückt sein.

**Hannover.** Der Weser Z. zufolge scheinen sich die Auftritte unter der ländlichen Bevölkerung leider weiter verbreiten zu wollen. Es sind uns im Laufe des heutigen Tages mindestens 12—15 verschiedene Orte genannt, wo mehr oder weniger drohende Auftritte mit beklagenswerthen Exzessen wüthen. Nach Loccum, wo man einige Klostergebäude niedergebrannt hat, ist heute Infanterie und Kavallerie abgegangen. Auch wurde gegen 9 Uhr Abends pr. Kurier militärische Hilfe nach Stolzenau und Petzen begehrt. Die Zollbarrieren zwischen Braunschweig und Hannover sollen gestern von der Grenzbesatzung hier und da mit Axt und Feuer stark in Angriff genommen sein. Der bezügliche Artikel der Wiener Bundestafel realisirt sich also unverhofftens.

** **Hannover,** 23. März. Die Ruhe in unserer Stadt wurde nicht wieder gestört, heute organisirt sich eine bewaffnete Bürgerwache besonders wegen des erwarteten Zuzugs bei der Eröffnung der Stände, der vielleicht unterbleibt, wenn die deshalbige Ministerbekanntmachung genügt. Indeß gegen die HH. Braun und v. Düring spricht schon jetzt die öffentliche Meinung sich aus. Man hört viel von der Unzufriedenheit der Bauern und von der gänzlichen Vertrauenslosigkeit der k. Beamten. Hierbei die soeben erschienene Bekanntmachung. — „Nachdem Se. Majestät der König durch die verstfentlichten Erklärungen Aufhebung der Censur, Amnestie und Rehabilitation der wegen politischer Vergehen Verantwortlichen, Associationsrecht, Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen, Vereinigung der königlichen und Landeskassen, sowie Verantwortlichkeit der Minister gegen das Land schon zu bewilligen und darauf die Unterzeichneten zu Vorständen der Ministerien zu ernennen geruhet haben, sind von Allerhöchstdenselben noch folgende weitere Grundsätze, denen auch Se. Kön. Hoheit der Kronprinz Beistimmung ertheilt haben, genehmigt worden: 1) Maßregeln zur Einigung Deutschlands und zur Ereichung einer Vertretung des Volke beim Bunde im verfassungsmäßigen Wege. 2) Verbesserung der Gerichtsverfassung, Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, Aufhebung des befreiten Gerichtsstandes. 3) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens in bürgerlichen und peinlichen Sachen, sowie die Schwurgerichte bei letzteren. 4) Zulassung des Rechtsmittels als Reklursinstanz in Polizeirassachen und wegen aller Handlungen der Verwaltungsbehörden, wenn sie ihre Zuständigkeit überschreiten. 5) Größere Selbstständigkeit der Landgemeinden und Aufhebung aller Befreiung von Gemeindelasten. 6) Erlassung einer Städteordnung für das Königreich, auf den Grundlagen: Polizeiverwaltung durch den Stadtmagistrat, Einschränkung des Erfordernisses der Bestätigung auf die stimmführenden Mitglieder des verwaltenden Magistrats und des Stadtgerichts, dergestalt, daß die Bestätigung nur aus gesetzlich zu bestimmenden Gründen soll verweigert werden dürfen; Beschränkung der Oberaufsichtsrechte in städtischen Angelegenheiten; Anfügung nur zur öffentlichen Verhandlung über dieselben. Die nöthigen Maßregeln zur Ausführung dieser Grundsätze werden ungesäumt ergriffen werden. Dazu bedarf es der Mitwirkung der Stände, die sich in wenigen Tagen versammeln werden. Die Unterzeichneten werden alle Kräfte aufbieten, dann in Gemeinschaft mit ihnen das vorgesteckte Ziel zu erreichen. Möge ihnen dazu der Beistand Aller zu Theil werden, welche hier mitzuwirken berufen und im Stande sind. Hannover, 22. März. Graf Bennigsen, C. B. Stüve, Dr. Braun, Lehzen, v. Düring.

Verordnung, betreffend die Aufhebung des Kabinets und die Führung der obersten Verwaltung des Königreichs. Hannover, den 22. März 48. Wir Ernst August, von Gottes Gnaden König von Hannover, Königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛc. ꝛc. haben beschlossen, in der Geschäftsvorrung auf die oberste Landesverwaltung und deren Organisation eine Aenderung eintreten zu lassen und verordnen demnach wie folgt: Art. 1. Unsere Verordnung v. 14. November 1837, das Kabinet und die Departements-Ministerien betreffend, nebst den dazu ergangenen Nachträgen und Instruktionen, ist aufgehoben. Art. 2. Die bisherigen Ministerial-Departements bleiben bestehen. Art. 3. Die Vorstände der Ministerial-Departements führen unter Uns die oberste Verwaltung des Königreichs. Sie haben jeder in den Grenzen des ihm anvertrauten Geschäftskreises Uns unmittelbar Vortrag zu erstatten und darauf Unsere Allerhöchste Entschließung entgegen zu nehmen. In Behinderungsfällen werden die Ministerial-Vorstände durch den General-Sekretär des Departements vertreten. Art. 4. Den Vorständen Unserer Ministerial-Departements ist es andeurnommen, jederzeit und auf Einladung jedes Einzelnen von ihnen zu einem Gesammt-Ministerium zusammenzutreten, zu dem Zwecke, um wichtige Regierungsgeschäfte gemeinschaftlich zu erörtern und darüber zu beschließen. Art. 5. Die bestehenden Ministerial-Departements verbleiben die ihnen bermalen zugewiesenen Verwaltungskreise. Von den seither Unserm Kabinet besonders beigelegt gewesenen Geschäftsgegenständen sollen die auf Weiteres 1. die Angelegenheiten Unseres Königlichen Hauses, 2. die Angelegenheiten, welche die Verhältnisse zum deutschen Bunde betreffen, von Unserem Ministerial-Departement der auswärtigen Angelegenheiten wahrgenommen werden; demselben soll auch das Landes-Archiv untergeordnet sein. Die Verhandlungen mit der allgemeinen Stände-Versammlung werden vom Gesammt-Ministerium geführt. Die Leitung der Verhandlungen mit den Provinzial-Landschaften ist dem Ministerial-Departement des Innern übertragen. Art. 6. Die Vorstände der Departements-Ministerien führen die ihnen von Uns anvertrauten Verwaltungsgeschäfte selbständig unter unmittelbarer Verantwortlichkeit gegen Uns Allerhöchst-Selbst. Art. 7. Die Gegenstände, welche unbedingt Unserer vorgängigen Allerhöchsten Entschließung unterworfen verbleiben sollen, haben Wir den Vorständen Unserer Departements-Ministerien besonders bezeichnet. Die gegenwärtige Verordnung soll durch die erste Abtheilung der Gesetzsammlung zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden. Hannover, den 22. März 1848. Ernst August. Graf Bennigsen.

**Baden.** * Karlsruhe, 26. März. Heute früh hatten sich mehrere hundert Soldaten im Ständehaus, auf der Gallerie und in den Gängen versammelt, um der Sitzung beizuwohnen, in welcher eine von 294 Soldaten unterzeichnete Petition übergeben werden sollte. Als in Folge der gestern erwähnten Nachrichten von Kehl Truppen dorthin bestimmt wurden, kam ein Adjutant, um die Soldaten abzurufen. Viele gingen, aber eine ziemliche Anzahl weigerte sich und rief: „da bleiben, Officier hinaus!“ Als später der Generalmarsch geschlagen wurde, folgte ein Theil der Zurückgebliebenen, doch nicht Alle. Die Leute schienen zu glauben, man habe keine andere Absicht

Digitized by Google

als sie um das Anhören der Kammerverhandlungen zu bringen; sie wußten nicht, daß es mit dem Abmarsch Ernst sei. Immerhin aber ist die Lösung des Sicherstams unter dem Militär ein bedenkliches Zeichen, und ein starker Grund für die Umgestaltung des Heerwesens. Soldaten, die dem Rufe auf ihren Posten nicht folgen, sind unbrauchbar für die Vertheidigung des Vaterlandes. — Die Petition der Soldaten wurde von dem Abg. Richter übergeben. Sie verlangen anständige Behandlung von den Offizieren, Anrede mit „Sie", Abschaffung erniedrigender Schimpfwörter und einiger Strafarten, deren Ersatz wohl nur wenigen Bürgern bekannt war, z. B. eine Stunde lang in die Sonne stehen, eine Viertelstunde im Anschlag liegen bleiben u. s. w., desgleichen Abschaffung des Krummschließens und des Dunkelarrests, endlich die Aussicht auf Beförderung zu Offizierstellen für jeden Soldaten, der Befähigung und Neigung dazu hat. Was sie verlangen, ist begründet, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der deutsche Soldat nicht länger ein „bewaffneter Bediener des Fürsten" bleiben, sondern daß das Heer ein wehrhaftes Bollwerk der Nation zum Schutze und zur Vertheidigung ihrer höchsten Güter sein wird. Jedes Mitglied desselben wird sich dann als Bürger und theilhaftig der Ehrenrechte fühlen, die ihm mit schweren Pflichten zuwachsen, er wird aber dann auch als freier Mann nicht aus äußerem Zwang, sondern aus Ehrgefühl auf die strenge Erfüllung seiner Pflichten halten.

Die Fluth von Petitionen in die Kammer ist noch nicht im Abnehmen. Auch heute wurde eine große Anzahl eingereicht, darunter, außer den allgemeinen Volkswünschen, Eingaben für Abschaffung des Adels, Minderung der großen Besoldungen und Pensionen, Aufhebung der Forstämter, Herstellung entzogener Holz-, Laub-, Gras- und Weiderechte, schleunige Einführung einer zeitgemäßen Gewerbeordnung (die Kommission wurde an baldige Erstattung des Berichts erinnert) rc.

Ueber die von dem Abg. Bassermann vorgeschlagene Erklärung, die Verhandlungen und die einstimmige Annahme derselben haben wir gestern schon berichtet. Die Kammer hat hiedurch ihren Willen und ihr Vertrauen auf die Zustimmung des Volkes unzweideutig ausgesprochen, daß die gegenwärtige Regierung mit der zur Erfüllung ihrer schweren Pflichten nöthigen Achtung und Unterstützung umgeben werden müsse. — Die Tagesordnung führte sodann auf die Diskussion des von dem Abg. Welcker erstatteten Berichtes über die Motion des Abg. Bassermann für ein deutsches Parlament. Der Bericht enthält die Vorschläge der Kommission über die Grundzüge der künftigen Bundesverfassung mit Nationalvertretung. Die Motion war am 12. Februar begründet worden; die Ereignisse weniger Wochen und besonders der letzten Tage in Wien und Berlin gaben ihr eine hohe geschichtliche Bedeutung, erweiterten den Kreis der Frage zu dem Entwurfe einer Bundesverfassung für Deutschland und machen eine weitläufige Begründung überflüssig. Sie werden den Bericht wohl vollständig aufnehmen; ich kann mich daher auf einen kurzen Umriß der Verhandlung beschränken.

Der Abg. Mittermaier, welcher den Vorsitz an den Vizepräsidenten Bader abgetreten hatte, um an der Verhandlung Theil zu nehmen, eröffnete dieselbe mit einem ausführlichen Vortrage. Er erinnert an die Worte: „Es ist zu spät", welche eine furchtbare Bedeutung für diejenigen erlangt haben, die verderlener Maßen die Liebe und das Vertrauen der Nation verloren, für Einrichtungen, die auf immer gefallen sind. Doch hofft er, daß es nicht zu spät sein werde für eine ernste Berathung der dringendsten Angelegenheit, die allein Beruhigung und Friede herbeiführen kann. Eine lange Krankheit hat auf unserm Volke gelastet; die Geschäftsstockung setzt auf die Krankheit und führt zur Gesunkheit. Wie die Badener vorgekämpft und zuerst klar ausgesprochen haben, was die übrigen Deutschen dann ebenfalls forderten, so müssen wir auch die ersten sein, welche über die große Angelegenheit der deutschen Nation sprechen. Der Abg. Bassermann verdient den Dank des Vaterlandes dafür, daß er den Antrag, welcher 1831 kein Gehör fand, noch vor der Erschütterung begründet hat. Der Redner erinnert an das Vorbild der amerikanischen Verfassung, welche uns den Weg zeigt zur Lösung der Aufgabe, durch den Bund zu erreichen, was durch die einzelnen Staaten nicht erreicht werden kann und eine gemeinsame Thätigkeit nothwendig erheischt. Der Redner sucht vor Allem klar zu machen, warum der bisherige Bund Nichts taugt, warum er so schlecht geworden, und warum die Bundesakte so schlecht abgefaßt ist. Wenn es gut werden soll, so müssen wir die Erfahrungen Amerikas, die Ideen, auf welchen die Union beruht, benutzen und auf die monarchischen Verhältnisse anwenden. Er freut sich, daß die Kommission vielfach diesen Ansichten folgte und äußert dann seine Bedenken über einzelne Punkte der Vorschläge. Die nähere Ausführung werde in 8 Tagen in Frankfurt erfolgen. Geben Sie — so schloß der Redner — eine starke Bundesgewalt, lassen Sie aber der freien Entwicklung der einzelnen Staaten den nöthigen Raum. Die Sorge für die politische Ausbildung in jedem Bundesgliede wird einen edlen Wettefer entflammen, und auf dem Grabe der alten Bundesverfassung wird eine neue in großem Sinne aufstehen. Dann werden Washingtons, des edelsten Mannes Worte in seinem politischen Testamente in Erfüllung gehen: Nur so, wenn dies Alles geschieht, wird der Bund die Bürgschaft der Ruhe und der friedlichen Entwicklung sein — Gott gebe dies für unser Deutschland! (Allgemeiner Beifall). — Schmitt berührt das schmerzliche Gefühl, daß die Deutschen um Jahrhunderte zurückgehen müssen, wenn sie große Erinnerungen in der Geschichte finden wollen. Längst entschwunden sind die Zeiten „der hohen Ehre des deutschen Namens", wo fremde Herrscher sich zur Ehre rechneten, Vasallen des deutschen Kaisers zu sein. Später wurde Deutschland der Tummelplatz für die Heere fremder Völker, selbst nach glorreichen Kämpfen hatte die Nation keine Stimme, selbst da, wo über ihr eigenes Geschick Entschieden wurde. Verrinnelt und schuldlos steht der Deutsche im Auslande da, die Ursache dieses Unglücks ist erkannt und in neuester Zeit einstimmig ausgesprochen worden, es ist die Zerspltterung. Daher jetzt der Ruf nach Einheit; darum hat Bassermann's Motion in allen Gauen des Vaterlandes so laute und lebhafte Anerkennung gefunden. Der Redner erblickt in dieser einmüthigen Stimmung die Morgenröthe einer besseren Zeit.

Zentner äußerte sich in ähnlicher Richtung und verweilte bei einzelnen Vorschlägen des Berichtes. Kapp zeigte, daß die Fürsten bei der neuen Verfassung Nichts verlieren, sondern gewinnen würden; bisher seien sie Hofräthe des Bundes gewesen, jetzt würden sie Männer und Regenten im Sinne des Gesetzes werden. Buhl. Die Motion des Abg. Bassermann sei in Frankfurt so großen Anklang gefunden, weil Einigkeit und Freiheit Noth thun. Man muß den Weg ausfindig machen, auf welchem dieses Ziel zunächst zu erreichen ist; deshalb muß eine konstituirende Nationalversammlung so bald als möglich zusammentreten und im Verein mit den Regierungen den Grundvertrag feststehen. Der kürzeste Weg wird der sein, wenn die Regierung angegangen wird, sofort auf den Grundlagen des Berichtes und der Wahlordnung ein Wahlgesetz für die konstituirende Versammlung vorzulegen, und die übrigen Regierungen davon in Kenntniß zu setzen; sie werden denselben Weg einschlagen, Einigkeit und Freiheit des Vaterlandes werden dadurch geeeitet werden. — Hecker. Sagunt geht zu Grunde, während Rom berätb. Die Nation muß in möglichster Schnelle einen Sammelpunkt haben, und dabei darf man nicht nach Mitgliedern und Vollmachten fragen. In wenigen Tagen werden Abgeordnete aus allen Theilen des Vaterlandes beisammen sein. Diese Versammlung muß den Muth haben, sich als konstituirende Versammlung zu erklären und das Vaterland zu retten. Dann mögen auch die Regierungen sie beschicken und mitberathen über die Reichsverfassung. Die Schwerpunkt muß in der Nation, in den Rathe der Repräsentanten liegen. Dieser soll den Reichsvollzieher wählen und das Bundesgericht ernennen. Endlich muß ein verantwortliches Bundesministerium bestehen und der Reichsvollzieher vor einem Reichsgericht verantwortlich sein. Wird es anders, so wird zum zweitenmal wahr, daß Sagunt verloren ist, während Rom berätb. Erwägen Sie, daß, wenn nicht in 3 bis 4 Wochen der Nation ein Sammelpunkt gegeben ist, es vielleicht zu spät sein wird. Buhl. Ich weiß nicht, ob bei der Versammlung in Frankfurt alle deutschen Länder nach der Volkszahl vertreten sein werden. Ist dies nicht der Fall, so könnte der Beschluß, als konstituirende Versammlung zu verfahren, zu großen Mißhelligkeiten führen. Ich stelle deßhalb den Antrag, daß sofort in Baden Abgeordnete zu einer konstituirenden Versammlung gewählt werden sollen. Hecker. Wir leben kriegerische Berichte; es ist nothwendig, zu handeln; ein Sammelpunkt muß geschaffen werden, eine legislative Versammlung kann später den Verfassungsentwurf modifiziren. Buhl. Glaubt denn der Abg. Hecker, daß die gegenwärtigen Ständeversammlungen, deren Mitglieder in Frankfurt zusammenkommen, die Stimmung der Volksstämme repräsentiren? Hecker. In einem so entscheidenden Augenblick wird auch der Schlechteste durch Patriotismus und Liebe zu seinem Volke geläutert. Jeder wird die Schlacken, die an ihm kleben mögten, abschütteln und dem Rufe der Begeisterung folgen. — Bassermann unterstützt den Antrag des Abg. Buhl auf ungesäumte Wahl von Abgeordneten zu einer deutschen konstituirenden Versammlung. (Der Schluß morgen.)

Karlsruhe, 25. März. Die Karlsr. Z. berichtet die Pensionirung des Oberstkammerherrn Grafen Brouffel und des Kabinetsraths Frey; damit wären die Vertreter der bekannten „Camarilla" beseitigt.

Digitized by Google

* **Heidelberg**, 26. März. Die Heidelberger Volksversammlung hat heute stattgefunden, ohne Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, ohne anarchische Demonstration; im Gegentheil konnten diejenigen, die Überhaupt noch zu belehren sind, eine Lektion mit hinwegnehmen, die, wenn sie anschlägt, als ein immerhin erfreuliches Ergebniß der Versammlung betrachtet werden muß. Der Tag war mindestens ebensostark besucht als der zu Offenburg; es fehlten nur die zahlreichen politischen Notabilitäten, die dort die Leitung der Dinge führten. Ihrem, Hecker u. A. waren zu erscheinen verhindert*); so nahmen denn Leute die Sache in die Hand, denen entweder der Beruf dazu oder der gute Wille oder Beides fehlte. Wie waren von jeher der Ansicht, daß in einer Volksversammlung das Volk die Hauptperson sei, nicht eine Handvoll oligarchischer Parteiführer, die zudem ihr demagogisches Handwerk ziemlich schlecht zu verstehen schienen. Wir haben nicht anders gewußt, als daß die größte Oeffentlichkeit auch für demokratische Zusammenkünfte unbedingt nothwendig, dagegen alles Uebervormynden, Erschleichen, Cotamotiren niegends weniger angebracht sei, als in einer öffentlichen Versammlung des mündigen Volkes. Wir haben nicht anders gewußt, als daß man dem versammelten Volke alle Mittel und Wege öffnen muß, seine Meinung frei und frank aussprechen zu können; denn daß die Zeit vorüber ist, wo man aus dem Volke eine willenlose Puppe gemacht hat, darüber hätten schon die jüngsten Schicksale des Absolutismus jeden Zweifel zerstreuen müssen. Das natürliche Verfahren bei einer Volksversammlung war daher: ein bestimmtes Programm vorher zu verabreden und aller Welt bekannt zu machen, dieses Programm auf bestimmte und unzweideutige Punkte zu beschränken und dann es der Diskussion und freien Abstimmung des Volkes zu überlassen, ob es zustimme oder nicht. Statt dessen ein Vorgeamm in vertraulichem Kreise ausgekochen, dabei Passendes und Unpassendes durcheinander zu mischen, Volksmeinung und Parteimeinung miteinander zu verquicken — ist ein Verfahren, für das wir keinen parlamentarischen Ausdruck haben. Die Thatsachen mögen beweisen, wieweit diese Vorwürfe gegründet sind. Als heute Morgen der festliche Zug in unsere Stadt einzog, wußten von den Tausenden, die herbeigeströmt waren, nicht der zehnte, ja vielleicht nicht der hundertste Theil, was durch die Versammlung ausgemacht werden sollte; für die Herren in Mannheim, welche die Leitung der Dinge an sich genommen, war die Buchdruckerkunst nicht erfunden; sie hielten es nicht der Mühe werth, ein politisches Programm zu veröffentlichen, damit das Volk Zeit hatte, nachzudenken, sich seine Meinung zu bilden und dann in öffentlicher Versammlung abzustimmen. Erst auf dem Rathhause zu Heidelberg, etwa anderthalb Stunden, ehe der Zug nach dem Schlosse begann, erfuhr man durch H. Hoff aus Mannheim, was eigentlich die letzte Absicht sei. Da tauchte ein Programm auf, von dem man mit Gewißheit voraussehen konnte, daß die Mehrheit der versammelten Volkes es nicht billigen werde. Außer den allgemeinen und bekannten Forderungen einer deutschen Reform, wie die unendliche Mehrheit der Nation sie will, wie sie auch von der Versammlung durch einmüthigen Händeaufheben bestätigt ward, war nämlich ein kleiner, aber inhaltschwerer Passus hereingekommen, wonach die Versammlung dem künftigen deutschen Parlamente die Ueberzeugung aussprechen solle, daß der „größte Theil" des deutschen Volkes auf Deutschland eine „Föderativrepublik" gewünscht. Wie gesagt, das erfuhr man kurz ehe die Versammlung begann; die Versammlung sollte also offenbar dazu mißbraucht werden, in Form einer Vorstellung an das deutsche Parlament über die wichtigste und einschneidendste Lebensfrage ein übereiltes Vorurtheil abzugeben. Der „größte Theil des deutschen Volkes wünscher die Republik" — diese kecke, unbewiesene Behauptung sollte so leicht hin in die Welt gewerfen werden, damit man sich geeigneten Orts darauf wie auf einen Volksbeschluß berufen könne. Die Herren schienen verblüfft, als sich von vielen Seiten gleich Anfangs die gerechten Einwände erhoben; sie waren aber nicht zu besserer Einsicht zu stimmen, sie sollten von der Versammlung selbst ihre Lektion erhalten. Die Versammlung, wie sie sich um die Mittagszeit im Schloßhofe zusammensand, war mit Ausnahme eines verhältnißmäßig kleinen, aber mit guten Lungen begabten, Häufleins in der entschiedensten Mehrheit eben so sehr gegen jenes Cokamotiren der „Föderativrepublik", als für die Durchführung der großen deutschen Reformen gestimmt. Vergebens suchte man die Versammlung zu belehren, daß es ja nur eine Petition an das Parlament sein solle; der gesunde Sinn der großen Mehrheit fühlte recht gut, welche Demonstration man mit einer solchen „Petition" brandschatzige; die schlichtesten Leute aus dem Volke meinten, diejenigen, die eine Föderativrepublik wollten, möchten nur darum petitionirten, statt bei einer andersgesinnten Versammlung eine solche einschwärzen zu wollen. Vergebens suchte man Redner, wie Welcker und Mittermaier, die zur nationalen Einheit und Einigkeit mahnten, durch eine telegraphische geleitete Clacque zu unterbrechen, die Versammlung hörte sie zu Ende und man erreichte Nichts, als unerquickliche Zwischenscenen, die für die Verherrlichung der Volksversammlung sehr gut entbehrt werden konnten. Wie nun endlich jene berufene Stelle zur Verlesung kam, brach in der ganzen Versammlung ein Sturm des Widerspruchs los, der aufs Klarste erwies, daß da an eine Erschleichung eines republikanischen Votums nicht zu denken war. Es ist schwer, den Lärm, die Verwirrung, die wiederholten und immer erfolglosen Abstimmungen, das Protestiren gegen die Abstimmungen u. s. w. in einem treuen Gemälde wiederzugeben; die Versammlung war eben gesföst und an eine ruhige Berathung kaum mehr zu denken. Aber die Meinung der ungeheuren Majorität der Versammlung war unzweideutig klar; die Männer, die ein Vertrauensvotum für die deutsche Föderativrepublik mit nach Hause zu bringen hofften, konnten wenigstens die Ueberzeugung mitnehmen, daß das Volk mündig genug sei, sich nicht zum Strohmann eines demagogischen Kunstgriffs mißbrauchen zu lassen. Erfolglos waren die beliebten Schlagwörter: „Entscheidenheit", „Halbheit", verzebens spielte man Grobheit und Schmeichelede abwechselnd aus, umsonst sandte man die Triarier ins Gefecht, es wollte Nichts mehr helfen; weder in Honig noch in Wermuth eingehüllt, wollte das mündige Volk die „Föderativrepublik" so ohne Weiteres verschlingen. Die Leiter sahen allmählich ein, daß eine Kapitulation unvermeidlich sei; sie machten Abschlagszahlung auf Abschlagszahlung, und bewiesen eine Biegsamkeit und Dehnbarkeit, die unter allen andern Umständen Lob verdiente, nur da nicht, wo es sich um eine Ueberzeugung handelt. Zuletzt ward dann die farblose Wendung an die Stelle gesetzt: das deutsche Parlament möge bei der künftigen Gestaltung Deutschlands „die nordamerikanische Föderativverfassung berücksichtigen" — ein Ausdruck, das so beschaffen, ja das bei jeder Bundesverfassung so in der Natur der Sache begründet ist, daß kein Mensch dagegen Etwas wird einzuwenden haben. — Nur hätte man zu diesem Ziele auf kürzerem Wege gelangen können; man hätte sich selbst eine Niederlage, den Einheimischen wie den anwesenden Gästen aus Schwaben, Hessen, Baiern, Frankfurt die gerechte Verstimmung über ein paar verlorenen Stunden erspart, man hätte der guten Sache besser gedient, wenn man besser Mittel gebraucht hätte. Ein Gegenstück war aber über Alles klar: die heutige Versammlung, zur deutschen Reform fast einstimmig entschlossen, wollte durch Parteiwecke das große Werk der deutschen Einigung sich nicht stören lassen, sie wollte, wegen ihrer Mündigkeit so oft belobt, den Lobednern einmal den thatsächlichen Beweis etwa geben, und wenn man den Versuch wagen wollte, in derselben Weise wiederholt Versammlungen zu halten und auszubeuten, so würde die Niederlage nur noch unerbittlicher sein, als sie es heute war.

*) Welcker und Mittermaier waren nur kurze Zeit anwesend.

# **Frankfurt** a. M. 24. März. Was noch vor vier Wochen den kühnsten Erwaetungen als eine Unmöglichkeit erschienen wäre, es ist in allen einzelnen Staaten Deutschlands von seinem geeglosen und tapfern Volke mit einer Einmüthigkeit und einer Kraft erfochten worden, von welchen die Geschichte unseres theuren Vaterlands kein zweites Beispiel aufzuweisen hat. Wahrlich jetzt ist es ein Stolz, Deutscher mit Deutschen zu sein! Aber nun gilt es, das Errungene zu behaupten und sich nicht durch die Aufregung des Augenblicks weit über das Ziel hinaustreiben zu lassen, welches allen Besonnenen und wahren Freunden des Vaterlandes vorschwebt. Jetzt gilt es vor Allem, die Einheit zu bewahren und nicht zuzugeben, daß zaejenige, was unternommen wurde, um ein einiges, freies und glückliches Deutschland zu schaffen, dahin führe, dem Vaterland Spaltung und Zwietracht diese Knechtschaft zu bereiten. Deßhalb muß es jeder wahre Patriot für seine erste Pflicht halten, mit aller Selbstverläugnung seine persönlichen Wünsche und Sympathien dem Gesammtwillen der Nation unterzuordnen, für welche Staatsform sich dieser auch aussprechen möge, wenn nur das schöne Ziel der freien Vereinigung aller deutschen Stämme zu einem großen, mächtigen Ganzen erreicht wird. Die nächste Gelegenheit zu Darlegung dieses obersten Gesammtwillens Deutschlands wird die auf den 30. d. M. nach Frankfurt a. M. berufene Versammlung darbieten, und es kommt Alles darauf an, daß das dort Vereinbarte als der freie Ausdruck der Mehrheit aller deutschen Ständeversammlungen erscheine. Jeder gegen diese Versammlung versuchte Zwang wäre ein Hochverrath an dem gemeinsamen Vaterland. Aber schon tauchen Gerüchte auf, daß einzelne exaltirte Schwärmer brandschatzigen, die Freiheit dieser Versammlung mit Hilfe auswärtigen Zuzuges zu beeinträchtigen, und ihr die deutsche Republik aufzuzwingen. Nun gibt es zwar in Deutschland glücklicherweise kein

Digitized by Google

Paris, und der Sinn unseres Volkes für wahre Unabhängigkeit und Freiheit ist Bürge dafür, daß, was in solcher Weise gewaltsam durchgesetzt werden sollte, schon in der nächsten Umgebung Frankfurts nicht beachtet werden würde. Doch welches Unglück, wenn durch so frevelhaftes Beginnen auch nur ein Verzug der schnichall erwarteten Einigung des ganzen Deutschlands entstehen sollte! Darum ergeht an alle wahren Freunde des Vaterlandes, namentlich an den benachbarten Staaten von Hessen, Baiern, Baden und Nassau die dringende und ernste Mahnung, in den nächsten erscheinenden Tagen aufzutreten, wie Ein Mann und eng zusammengeschaart durch ihre entschiedene Haltung alle Versuche der Unruhestifter im Keim zu unterdrücken. Mögen sie dem glänzenden Beispiel einmüthigen und kräftigen Auftretens folgen, welches kürzlich die wackeren Bürger der alten Kaiserstadt Frankfurt gegeben haben, als selbst in ihrem freien Gemeinwesen die Ordnung bedroht war. Die Frankfurter werden auch jetzt für den Frieden im Innern ihrer Stadt zu sorgen wissen, wie sie es sonst zu Zeiten der Kaiserwahl gethan haben, denn sie fühlen mit Stolz die Ehre, daß in ihrer Mitte sich wiederum die Geschicke Deutschlands entscheiden sollen. Ihr Alle aber, meine deutschen Mitbürger, seid einig, einig, einig!

Frankfurt, 25. März. Die 96 Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung haben sich heute vereinigt und haben aus ihrer Mitte 10 Abgeordnete gewählt, welche an der Versammlung Theil nehmen sollen, die am 30. März hier eröffnet wird. Die Gewählten sind die Herren: Dr. Reinganum, Dr. Mappes, Dr. Kugler, Dr. Kriegk, Schöff Dr. Seuchay, Senator Dr. Hessenberg, Dr. H. Hoffmann, Dr. Varrentrapp, Lehrer Bardorf von Oberrad, Schöff Dr. Müller.

Luxemburg, 21. März. Von hier berichtet die Köln. Zeitung: Es hat der Regierungsrath an den König geschrieben, den Bischof sofort zu entfernen; geschieht dieses nicht, dann nimmt er in corpore seine Entlassung. Welche Folgen diese Aufregung für das Land haben wird, ist nicht zu berechnen. In Mersch hat man den Pfarrer verjagt und in Eitelbrück bereits die Republik proklamirt und die französische (!!!) Fahne aufgepflanzt.

Ferner in einem Schreiben aus Trier vom 23. März: In der Provinz Luxemburg scheint große Aufregung zu herrschen. In Arlon wurde die Ruhe gestört, jedoch bald wieder hergestellt. Ein Erlaß des Stadtrathes v. 18. März verbietet das Zusammenstehen von mehr als 5 Personen auf den Straßen. In Virton war die rothe Fahne aufgesteckt worden — eine Kundgebung, welche, wie man sagt, in der Absicht geschehen sein soll, sich Frankreich anzuschließen.

**Schleswig.** Kiel, 21. März. Soeben sind die von der Landsdurger Abgeordnetenversammlung gewählten Deputirten Claussen, Engel, Gülich, v. Neergard und Olshausen mit dem Dampfschiffe Skirner nach Kopenhagen gereist, um dem Könige zum letzten Male die Wünsche des Landes vorzutragen und deren unter jetzigen Zeitumständen so dringend nöthige, sofortige Bewilligung zu bewirken. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich an der Schiffsbrücke versammelt. Doch wehte an derselben das schwarz-roth-goldne Reichsbanner, neben ihm die holsteinische und die verbotene schleswig-holsteinische Fahne, welche mit dem vom Skirner abgehaltenen Danebrog ein eigenthümliches Schauspiel darboten. Die Abgeordneten schieden, von den heißesten Segenswünschen und lautem Hurrah der versammelten Menge begleitet. Am Sonnabend Morgen werden sie wieder erwartet und ohne allen Zweifel wird der 25. März für die Geschichte der deutschen Herzogthümer ein entscheidender Tag sein. (Hamb. Korr.)

Schleswig, 22. März. Der Kammerherr v. Scheel hat erklärt, er könne sein Amt nicht länger fortführen, und da auch der Magistrat sich nicht zur Leitung der Angelegenheiten berufen fühlt, so hat Beseler vorläufig die Regierungsgeschäfte übernommen.

(Hamb. Börsenh.)

## Großbritannien.

London, 23. März. Die englischen Chartisten und irischen Repealer haben sich miteinander verbunden und schließen ihre Reihen immer dichter, um durch gemeinsame Arbeit zu ihrem Zwecke zu gelangen, d. h. die Chartisten sollen den Irländern in ihren Bestreben beistehen, ihre nationale Unabhängigkeit zu gewinnen, diese jenen, daß der Volksfreibrief mit den bekannten chartistischen Forderungen durchdringe. Im Hintergrunde steht bei beiden die Republik. Der Irländer Doheny sagte in einer Versammlung: „Habe man jenen Zweck dort und hier erreicht, so werde Irland aus freiem Willen in allen Zeiten und in allen Gefahren zu England stehen. Jetzt sei die Zeit der Freiheit gekommen, die Welt erzittere im Innersten, die Throne krachten zusammen, die Tyrannen seien landflüchtig. Man dürfe auf Frankreichs brüderliches Mitwirken rechnen; die erste Handlung der „jungen Republik" werde sein, die Volkscharte anzuerkennen; daher ewige Brüderschaft zwischen England und Irland." O'Connor trat auf und sagte: „Es ist dies ein heiliger Tag, es ist dies eine tugendsame und wahrhaft religiöse Volksversammlung; laßt denn Jeglichen unbedeckten Hauptes sein, nehmen wir Alle unsere Hüte ab, schwören wir Alle Angesichts des Himmels, nie die Sache des Chartismus aufzugeben, bis die Freiheit erreicht ist!" (Unter lautem Beifallsruf nahmen die Versammelten ihre Hüte ab und schwenkten sie in der Luft.) Auch in Manchester waren Versammlungen der vereinigten Chartisten und Repealer gehalten. Bei einer dieser Versammlungen äußerte E. T. Meagher: die zyzitische Regierung habe in der irischen Hauptstadt die Rolle der Oesterreicher übernommen und bereite sich zu einer Metzelei vor. Unter Anderm habe er gehört, daß sein Freund Mitchell (der Herausgeber des United Irishman, welcher jetzt muthmaßlich brannte Syndschreiben an den Vorsitzatthalter, „den Generalzehnter und Generalschlächter Irlands" richtet) verhaftet und vielleicht an einen Galgen in Dublin gehängt werden solle; wenn aber Mitchell ein Leid angethan würde, so müsse der Galgen für Jeden von ihnen stehen bleiben; broor man Mitchell hänge, müßten sie alle nachrinander auf offener Straße aufgeknüpft werden; was ihn betreffe, so sei sein Blut der Freiheit geweihet, und er würde es sich zum Ruhm ancrechnen, wenn er es im Dienste der Freiheit vergießen könne. Ehe man auseinander ging, ersuchte O'Connor die Versammelten, sich ruhig nach Hause zu begeben, wer unterwegs aus nur ein einziges Fenster zerschlage, sei der Freiheit unwerth.

## Frankreich.

Paris, 24. März. Die wichtigste Mittheilung der heutigen Blätter besteht in der Angabe, daß am Morgen unseres Datums eine Abtheilung der deutschen Legion in Paris den Marsch nach Deutschland angetreten hat. Diese Abtheilung, aus 500 Mann bestehend, wurde, unter dem Zulaufe einer ungeheuern Menschenmenge, von mehreren Tausend Italienern und Polen bis nach Vincennes geleitet, wo man sie mit den lebhaftesten Aeußerungen des Enthusiasmus und stürmischen Glückwünschen entließ. Der Zielpunkt ihres Marsches ist zunächst Straßburg. Wann von dort aus weiter unternommen werden soll, und welcher Zweck überhaupt bei der ganzen Expedition obwaltet, darüber geben uns unsere Nachrichten keine weitere Auskunft. So viel scheint uns indessen gewiß, daß die Leute, welche jenen Zug bilden, die Absicht haben, eine gemeinschaftliche Rolle und zwar eine militärische Rolle in Deutschland zu spielen. Wir wünschen und hoffen, daß sie noch frühzeitig genug den Irrthum erkennen werden, der einem solchen Gedanken zum Grunde liegt. Wäre dem nicht so, alsdann würde es die Sache der deutschen Grenzstaaten sein, die geeigneten Schritte zu thun, um die phantastische Auffassung der deutschen Verhältnisse von Seiten jener dem Vaterlande so lange entfremdeten Männer für die öffentliche Ruhe unschädlich zu machen. Wir sagen hinzu, daß in den nächsten Tagen weitere zahlreiche Mann von Paris abgehen sollen. — Der Regierung hat heute eine telegraphische Depesche an der Börse anschlagen lassen, welche verschert, daß das Königthum in Preußen abgeschafft und die Republik eingeführt sei (!).

Der Moniteur bringt heute eine Verfügung, durch welche der erste Abschnitt des Art. 119 des Strafproceßgesetzbuches, welcher bestimmt, daß die Kautionen, welche die eines Vergehens Beschuldigten im Falle ihrer provisorischen Freilassung zu erlegen haben, nicht unter 500 Franken betragen dürfen, abgeschafft wird. Die Garantie, daß sich ein Beschuldigter vor Gericht stelle, soll künftighin nicht mehr auf einer Geldhinterlegung beruhen.

Unter Leitung des Ministers des Innern und des Maire von Paris wird ein neues Polizeikorps gebildet werden, unter dem Titel: Gardiens de la Paix. Diese Wächter werden nicht bewaffnet sein. Ihre Bestimmung ist, den öffentlichen Frieden zu erhalten, für den Schutz der Nationalgebäude und der Privatwohnungen zu sorgen. Sie werden einen wohlwollenden Schutz allen Personen angedeihen lassen, die dessen bedürfen, und haben überhaupt die Mission von Volksbeamten (magistrature populaire). Ihre Anzahl soll so groß sein, daß jeder von ihnen etwa 60 Häuser überstehen kann. Eine Steuer wird den Eigenthümern und Miethern von Paris, deren Miethe mehr als 1000 Fr. beträgt, auferlegt werden, um damit die Kosten der neuen Wache zu bestreiten.

Der Kardinal v. Bonald, Erzbischof von Lyon, hat sich beim Kultusminister darüber beschwert, daß der Regierungskommissär G. Arago die Klöster in Lyon aufgehoben. Der Kardinal-Erzbischof beruft sich auf die Freiheit der Association. Der Kultusminister antwortet ihm hierauf, er werde jede Association dulden — aber Korps,

Digitized by Google

## Der deutsche Reichstag. Von Robert Mohl.

### III.

Wir haben vorausgeschickt, was wir über die formelle Gestaltung der deutschen Bundesentrichtungen zu sagen und zu rathen haben. Daß mannigfacher Widerspruch gegen unsere unmaßgebliche Meinung, sei es in der Hauptsache, sei es wider Einzelnes, laut werden wird, mag sein; sage nur Jeder, wie er sich diese Dinge denkt, am Ende muß sich aus dem Widerstreite und der Mannigfaltigkeit der Gedanken doch etwas Richtiges und Ausführbares ergeben. Dieses Recht ist noch viel zu wenig geübt, diese Pflicht viel zu nachlässig erfüllt worden. Darüber, daß ein mächtiger Volksinstinkt auf die Leitung unserer allgemeinen Angelegenheiten stattfinden, daß ein deutsches Parlament (wie man es undeutsch nennt) sein müsse, ist gar kein Zweifel unter Allen, die es irgend mit dem Vaterlande wohl meinen, und welche sehen, an welchen dünnen Fäden unabsehbares Unglück oder große Zukunft für uns hängt. Allein bei der Frage: wie diese neue, offenbar widerstrebende Bestandtheile, in sich enthaltende Verfassung Deutschlands sein könne und solle? zucken die Meisten die Achseln, überlassen Millionen es den Berathungen Weniger, welche zum großen Theile kaum besser mit sich im Reinen sind. Und doch muß in wenigen Tagen Entscheidung kommen, muß der Rettungsanker written sein in die stürmische See.

Weit leichter ist die noch übrige Hälfte der Aufgabe, nämlich die Abgrenzung der den deutschen Bundes-Staaten zuzutheilenden und der den einzelnen deutschen Landen bleibenden Regierungsrechte. Hier hat die uns Allen gemeinsame traurige Erfahrung die einzelnen Schäden so scharf ausgebildet, diese schmerzen in sämmtlichen Theilen Deutschlands so bestimmt und so übereinstimmend, daß hier eine in der That wunderbare Uebereinstimmung herrscht. Fast instinktmäßig findet man sich. Also sind auch wir hier unserer Sache sicherer, glauben jedoch dabei auf ähnliche Weise, wie bei dem Bestreitbaren verfahren zu sollen, nämlich erst voranzuschicken, was künftig nicht mehr sein kann, noch darf, und darauf dann erst, als Zweites, die positiven Vorschläge folgen zu lassen.

Wie wenden uns zuerst den Verhältnissen zum Auslande zu.

Hier muß denn aufhören die bisherige Bedeutungslosigkeit Deutschlands, diese Nichtachtung von fremden Staaten und in denselben, die Schutzlosigkeit des deutschen Bürgers im Leben und Verkehre außerhalb seiner Grenzen. Wir waren bisher Nichts; nun aber wollen wir nicht bloß Etwas, wir wollen Großes werden, denn wir sind ein großes und ein mächtiges Volk, wenn es nur ernstlich unser Entschluß ist. Zur Erreichung dieses Zieles aber gehört Manches und Bedeutendes. Vor Allem muß die Zersplitterung gegen Außen und das Auftreten in dieser Zersplitterung völlig aufhören. Nur Ein Deutschland trete gegen fremde Staaten auf; jeder einzelne deutsche Staat gebe seinen bedeutenden kleinlichen Verkehr gänzlich auf; die Gesammtheit sorge für alle. Wenn also die europäischen Staaten künftig Etwas berathen oder beschließen, so verlange das Eine und einige Deutschland den ihm gebührenden Theil an den Verhandlungen; es mache laut und ist die Stimme von 40 Millionen gelteud. Wenn ein Vertrag für deutsches Gewerbe zu erlangen, ein Nachtheil von seinem Handel abzuwenden ist, so spreche, so handle es kräftig, entscheiden, als Macht erster Größe. Wenn ein Deutscher im Auslande Schutz und Gerechtigkeit bedarf, so wisse er, daß er von einem großen Reiche als Bürger anerkannt, vertheidigt, im Nothfalle gerächt wird. Dazu aber ist nöthig, daß nur Ein deutsches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten besteht, nur das Reich, nicht aber auch der einzelne Bundesstaat, Gesandtschaften schickt und empfängt, daß es als eine große Nationalbeleidigung gilt, wenn ein fremder Staat über irgend Etwas sich an ein Bundesglied und nicht an den Kaiser und das Reichsministerium wendet. Es ist dies freilich ein hartes Opfer, welches den Gewohnheiten und der Eitelkeit zugemuthet wird; allein es ist kein Heil ohne dasselbe; es muß also gebracht werden. Und bald, so ist zu hoffen, werden die Fürsten in der Bedeutung des Reiches, dessen Ehre sie auch ihre eigene achten, Ersatz finden für die Abwechselung fremder, oft genug übermüthiger, Gesandten an ihren Höfen, für die ärmliche Neugierdestillerei der großen, nur zu häufig schlecht bestellten und unwissenden Gesandtschaften. Jeden Falles mögen sie wohl bedenken, daß Jeder weiß, wie bei republikanischen Bundesgliedern diese Entfagung auf eigene Diplomatie keinen Anstand hat. Die Vereinigten Staaten und die Schweiz beweisen es. Wir aber, das deutsche Volk, wir werden der Last und Schmach von einigen hundert nutzlosen, durch ihre Zahl theuren und doch im Einzelnen armselig auftretenden, völlig einflußlosen Gesandten, Geschäftsträgern, Sekretären und Attachés für immer los. Daß den Botschaftern des deutschen Reiches eine schwierige und viel umfassende Aufgabe werden wird, ist allerdings nicht zu läugnen; allein tüchtige Männer werden sich schon unter so großer Volkszahl finden, wenn man sie nur mit Ernst und nicht in engem, unbrauchbarem Kreise sucht.

Mit den größeren Zwecken wachsen auch die Kräfte.

Eine zweite Forderung ist, daß das Heerwesen aller deutschen Staaten umgestaltet werde. Nicht nur soll es sich, mit möglichster Beschränkung der stehenden Truppen, auf eine allgemeine zum Schutz und Trutz taugliche Volksbewaffnung stützen, sondern es soll auch nur Ein Bundesheer sein. Wir verlangen ein die sämmtlichen Staaten in Wirklichkeit und Leben umfassendes, auch schon im Aeußern sich so darstellendes Ganzes; Ein Felzgeschrei; Einen Befehl; Eine Ausmahlordnung; Ein Kriegsgesetz; Eine Bestimmung über das Vorrücken zu höheren Stellen. Ganz aufhören soll der Begriff und der Name von Truppen der einzelnen Staaten, das bunte Gemenge von Organisation, Waffenübung, Bewaffnung, Bekleidung, die Zerbröckelung in Kontingente von Kommagnien und halben Kompagnien. Muß hilft alle Scheiberei der Militärkommissionen, alles Spielen mit gemeinsamen Herbstübungen: es bleibt das jetzige Bundesheer ein beim ersten Unglücke auseinanderfallendes Scheinbild einer Macht. Und dann bedenke man die Hunderte von Generalen, die Dutzende von Generalstäben, die Geschwader von Flügeladjutanten der einzelnen Staaten und Stätchen, welche bei einer großen, durchgedachten Einrichtung wegfallen; den kindischen Luxus von zwanzigerlei Livbwachen; die nur zweckmäßige Vergrößerung der taktischen Einheiten u. v. die daraus folgende Ersparniß an höheren Befehlshabern, ꝛc. Auch hier wird das Opfer schwer fallen, wenn nicht mehr in jedem Lande mit Achselklappen, kurzen und langen Röcken, Mützen und Tuchstreifen gespielt werden kann, wenn die Benennungen zu Dienstabzeichen auf eine Reichsbehörde übergehen; allein auch hier liegt eine eiserne Nothwendigkeit vor. Der Einsichtige wird sich also ohne Murren fügen. Die Furcht aber, daß dann nicht in jedem Residenzchen, wenigstens nicht immer, eine Truppe in Besatzung stehen, somit keine Sicherheit gegen offene Unbotmäßigkeit sein werde, beseitigt sich leicht theils durch Hinweisung auf die allgemeine Volksbewaffnung, theils durch die leicht verfügbarkeit der durch alle Gebiete des Reiches gleichmäßig anwendbaren Bundestruppen.

Ein wichtiger Wunsch endlich ist, daß der deutsche Handel und die deutsche Schiffahrt in ausländischen Häfen und fernen Meeren Schutz finde. Dazu aber ist natürlich eine tüchtige Kriegsmarine nöthig. So lange der Ruf nach einer solchen nur auf die zerbrechliche, geographisch ungenügende Grundlage des Zollvereines hinweisen konnte, war es gestattet, die Erfüllung in das Reich der Träume zu versetzen. Allein nun, da das deutsche Reich auch in seiner Handelseinheit Oesterreich und die Küsten der Nordsee fordernd umfassen wird, da sogar in dem öffern Geschwader bereits ein nennenswerther Anfang einer Flotte besteht, nun mag, nun muß den Forderungen nach Verdrungen in bisherigen schlechten Zuständen gegenüber dem Auslande auch die angreift werden, daß die Schutzlosigkeit des deutschen Seebandels von Kaiser und Reich beseitigt werde, die deutsche Flagge auch über Kriegsschiffen wehe.

Nicht eben Schwierigeres, allein weit Zahlreicheres ist zu verbessern in den inneren Zuständen Deutschlands. Hier ist der Klagen und der Unzuträglichkeiten nach allen Seiten gar kein Ende. Versuchen wir nur die wesentlichsten anzugehen. Weiteres wird in hinreichender Zahl dazukommen.

Was hat die Bundesversammlung und mit ihr der Bund in ihrer bisherigen Gestaltung unmöglich gemacht, sie unter dem Verachtungs- und Zornrufe von ganz Deutschland zu Grunde gehen lassen, als zunächst die Sünde, daß sie nicht nur die Rechte der einzelnen deutschen Länder und Völker nicht schützte gegen Unrecht, sondern daß sie sich auch zum Schergen eines ergrübnischen und freiheitsfeindlichen Systems mißbrauchen ließ? In 32 Jahren schaffte sie keine ständische Verfassung, wenn eine solche, den klarsten Worten des Grundgesetzes zuwider, einem Lande verweigert war oder sie bloß als Spottbild bestand. Durch empörende Gewaltthat vernichtete Rechte fanden bei ihr keinen Schutz. Selbst bloße Bitten der deutschen Bürger weigerte sie sich anzunehmen; mit Ausnahme allerdings der Forderungen der Bevorrechteten, welche an ihr immer eine unbedingbare Hilfe gegen das Volk fanden. Dagegen nahm sie nur die Gedankenfreiheit, unterdand jede Regung eines staatlichen Lebens, zeigte in geheimen Beschlüssen wenigstens das Gelüste, den noch bestehenden schwächlichen ständischen Verfassungen jeden Sinn und jede denkbare Wirkung zu entziehen. Nicht nur diese Verbrechtheiten und Pflichtwidrigkeiten müssen aufhören, oder sie müssen, wie bereits wir Schemm zerstoben ist den ersten Erwachen des deutschen Volkes, sondern es muß vielmehr gerade das Gegentheil künftig vom Reichstage aufgehen. Er hat uns künftig den Schutz unserer staatlichen Rechte zu gewähren. Dazu gehört aber zweierlei. Einmal ist vom Bunde mit breiten Zügen das Staatsbürgerrecht jedes Deutschen vorzuschreiben, nämlich: Glaubensfreiheit; Freiheit der Presse; Recht der beliebigen Ausbildung; Recht der friedlichen und unbewaffneten Versammlung und Berathung über jeden beliebigen Gegenstand; Schutz gegen willkürliche Verhaftung und Justizverweigerung; Gleichheit vor dem Gesetze hinsichtlich der Kenntzeichgiebt, des Gerichtsstandes, der Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Gelegenheit bei den Gerichten; Zugeordnet auf den eigenen Grundbesitz; Befreiung von jeglicher Unterthänigkeit gegen Personen. Zur nähern Sicherstellung dieser Rechte aber die Einführung und Erhaltung einer wahrhaften, volksvertretenden Verfassung in jedem Bundesstaate, also mit Mini-

fertigungsunsicherheit, Abgabe- und Ausgabenverwilligung, Beseitigung aristokratischer künstlichen Hemmungen durch geschlossene endliche Kammern. Dann aber ist zweifelos nicht minder nöthig, daß das Reich eine gesetzliche, wirksame Hilfe gegen die Beeinträchtigungen dieser Rechte im einzelnen Staate gewähre; somit ein unabhängiges, zahlreiches, beständiges Bundesgericht, bei welchem Ständeversammlungen die Minister anklagen, die einzelnen Bürger, welche auch in letzter Instanz im engern Vaterlande Unrecht in staatsrechtlichen Befugnissen zu erdulden glauben, Gerechtigkeit verlangen können. Also, mit Einem Worte, der Bund muß durch seine Gesetze die Unzurechenheit und Unsicherheit unserer staatlichen Rechte und die Unvollkommenheit oder Unmöglichkeit ihrer Vertheidigung beseitigen.

Zu allgemeiner Klage gereicht uns jetzt der Zustand unserer Gesetzgebung sowohl über bürgerliches und über Strafrecht, als über die Prozesse. Das Bedürfniß, an die Stelle veralteter und zum Theile in todter Sprache abgefaßter Gesetze solche zu bringen, welche den Forderungen des jetzigen Lebens entsprechender und dem Bürger verständlicher, dem Richter minder zweifelhaft wären, hat sich, und mit vollem Rechte, in fast allen deutschen Staaten geltend gemacht. Der unselige Partikularismus aber und die Eifersucht auf die eigene Staatshoheit hat die Regierungen verhindert, gemeinsame Sache zu machen bei dem Erneuerungs- und Umbildungsgeschäfte. Jede handelte für sich, somit in verschiedener Weise; manche mit ungenügenden gelitigen Kräfte oder unter dem Einflusse eines der Umsicht und Billigkeit abholden Augenblickes. So kam das Verschiedenartigste zu Stande, und darunter manches Mißrathene. Dazu das französische Recht in Baden und in den Rheinlanden, keiner kann mehr wissen, was im Nachbarlande Rechtens ist, oder wie er seine Ansprüche verfolgen soll. Gemeinschaftliche Ausbildung durch Wissenschaft und richterliche Urtheile ist außer Frage. Kaum ist ein Gesetzbuch bekannt gemacht, so ertönt schon der Ruf nach einer Verbesserung. Hier ist Hilfe sehr nöthig und sie kann nur durch gemeinsames Zusammenwirken von ganz Deutschland austreichend gegeben werden. Das kann eben in Leipzig berathene Wechselrecht ist ein Beweis des Bedürfnisses, der Möglichkeit einer Hilfe, aber auch der Nothwendigkeit einer allgemein zwingenden Gewalt. Der mit Sturmesseile durch ganz Deutschland ertönende Ruf um Schwurgerichte in Strafsachen aber zeigt, daß wir auf Einer Stufe der Gesittigung stehen, also auch Ein Gesetz ertragen können. Kein irgend Sachverständiger wird fruchtlos dem Reichstage eine augenblickliche oder nur kleine schnelle Lösung dieser Aufgabe hoffen; andere Bedürfnisse des Augenblickes drängen gewaltiger; eine Gesetzgebung, namentlich ein bürgerliches Gesetzbuch, ist eine weltaussehende Arbeit. Allein fest steht, daß Deutschland von seinem Reichstage, und nur von ihm, eine endliche Befreiung von den jetzigen großen Mängeln seiner Gesetzgebung und von den Gesetzgebungsfieber der einzelnen Staaten und Städtchen erwartet.

Kaum ist es nöthig, erst zu reden von der Nothwendigkeit, den deutschen Gewerben den Schutz im Innern und gegen Außen zu gewähren, welchen sie nöthig haben, wenn sie und wir vor Verarmung gerettet werden sollen. Es sind die Klagen, daß der Zollverein nur sehr unvollkommen seinen Zweck in dieser Beziehung erreiche durch und ohne Schuld der einzelnen Mitglieder, daß Selbstsucht, Oberflächlichkeit, vielleicht noch schlimmere Bewegründe einen Theil Deutschlands vom Beitritte zu gemeinsamen Maßregeln halten, ja sie feindselig stellen; diese Klagen sind so alt, so allgemein, daß es auswärt, sie wieder auszusprechen. Auch hier kann, muß der neue deutsche Bund uns helfen. Hoffentlich wird Oesterreich, durch die auch in Ungarn mit reißender Schnelligkeit eingeführten Verbesserungen jetzt in die Lage kommen, sich nicht bloß mit seinen Erbstaaten der deutschen Gewerbe- und Handelspolitik anzuschließen. Jeden Falles muß mit dem sonstigen Trotze und dem veralteten Unfuge in Hannover und Mecklenburg auch die vaterlandsfeindliche Trennung vom Zollvereine fallen. Kurz, hier ist ein Zustand, der nicht bleiben darf, wie er jetzt ist, um dessen Verbesserung wir zum erneuerten Deutschland auffehn. — Dabei wird aber namentlich auch auf die Dauer nicht umgangen werden können, daß das Reich eine gemeinsame Gewerbegesetzgebung und Gewerbsaufsicht herstelle. Was kann gleicher Schutz gegen Außen wirken, wenn im Innern der eine Staat die unbeschränkte Mitwerbung, der andere starres Zunftwesen gesetzlich aufstellt, wenn der eine Fabriken begünstigt, der andere sie eher hintanhält, der eine seine Gewerbenden hoch, der andere nieder besteuert? Soll Einheit Deutschlands im Handel und in den Gewerben sein, so ist unerläßliche Bedingung, daß die Gewerbenden aller deutschen Provinzen auf gleichem Rechtsboden stehen. Der Reichstag helle eine großartige Enquête an, höre Fabrikanten, Handwerker, Arbeiter, Nationalökonomen und Statistiker, und dann entscheide er.

Enge verbunden mit dieser Lebensforderung, allein auch noch von der höchsten Bedeutung für unser ganzes geistiges, gesetliges und staatliches Leben ist das weitere Bedürfniß, daß uns die Wiedergeburt Deutschlands befreie von der Zersplitterung, der Lückenhaftigkeit und der theilweisen völligen Rechtlosigkeit unserer Durchzugswege und Verkehrsmittel. Wir verlangen nämlich eine Aufhebung der einzelnen Landespostlen, vor Allem des monströsen Unrechtes und Widersinnes der tarischen Post und die Gründung einer ganz Deutschland umfassenden Reichspost, welche im Interesse des Verkehres, also wohlfeil, einfach und bequem eingerichtet sei, nicht aber nach engen (und sich dadurch selbst schlagenden) fiskalischen Gesichten oder gar zum Vortheile eines Privatmannes. Weg also mit den Dutzenden von Postdirektionen, den Postmonopolen, den Tarifverschiedenheiten und Quälereien aller Art, vor Allem weg mit der Ausdehnung von sechzehn deutschen Ländern durch den ehrenalten Reichspostmeister, dessen Amt und Recht schon mit dem deutschen Reiche aufhörte und gegen den eher eine Klage auf Wiederersatz, als eine Verbindlichkeit zu Schadloshaltung begründet ist. Weg ferner mit den übermäßigen Flußzöllen und den anderen Hemmnissen unserer Stromschiffahrt! Das Reich übernehme die Sorge für die Schiffbarerhaltung, setze die Abgaben fest, wo solche nöthig sind, mache endlich die lange Lüge einer freien Binnenschiffahrt zur Wahrheit, dem schmählichen Wasserzollkriege deutscher Staaten, noch dazu Zollvereinsstaaten, ein Ende. Weg sodann mit den kleinlichen Kirchthumsinteressen bei den Eisenbahnen! Das deutsche Reich kann freilich, sowie sich die Dinge gestaltet haben, die sämmtlichen Eisenbahnen nicht mehr übernehmen; sie müssen den Staaten und, leider, den Privatgesellschaften bleiben, welche sie erbaut haben: allein das Reich kann eine Gesetzgebung ausüben über dieses wichtigste, auf staatlich und militärisch unberechenbar bedeutende Verkehrsmittel. Gelkann und soll Anordnungen, daß das Gesetzbuch vollständig gegeben werde, daß solche Zahre und Jahrzehnte lang aus Eigensinn und Beschränktheit ein kleiner Staat sich vom andern durch eine Lücke von einigen Stunden absperre und dadurch eine Straße des Weltverkehrs zu seinem eigenen und zu Aller Schaden abgrabe. Es kann und soll vorscreiben, welche Spurweite sein dürfe, damit nicht neuer Zwangsumschlag entstehe und die Benutzung der Eisenbahnen, vielleicht an den verwundbarsten Stellen des Vaterlandes, unmöglich sei. Weg mit den verschiedenen Systemen der Münze, des Maßes und Gewichtes, welche wie ans Mutwillen ersonnen zu sein scheinen, um zu quälen, zu hindern, Verständniß zu vereiteln. Ist auch der Uebergang und die Gewöhnung an neue Formen dieser Art unbequem, die Einführung kostspielig, so werden wir das Opfer gerne tragen, wenn nur auch hier etwas Gemeinsames und Deutsches zu Stande kommt. Weg endlich mit der Verschiedenheit und dem stets provinziellen Schutze der Gesetze über Erfindungen und Muster.

Es befreie uns die Reichsgesetzgebung von den völlig nutzlosen, dabei aber demüthigenden und zeitraubenden Polizeiquälereien im Paßwesen, mit Aufenthaltskarten ꝛc. Der Deutsche werde in Deutschland nirgends mehr als „Ausländer“ behandelt; er fühle, daß er ein großes Vaterland habe, einem zahlreichen und mächtigen Volke angehöre. Die Gewalt der Umstände, die Schnelligkeit der jetzigen Reisen und die Masse der zugleich Reisenden hat allerdings schon einige der überflüssigsten Neugierde- und Bleibregierungsmaßregeln von selbst beseitigt; allein noch ist genug übrig, um dem Deutschen anzuerbauen seiner vier Pfähle das Gefühl des Fremdseins, Bloßgestelltwerdens zu geben, um ihm Zeit, Geduld und Geld zu kosten. Namentlich muß Oesterreich hier in eine neue Bahn einlenken, will es in der That als ein deutsches Land gelten. Geheime Polizei, schwarze Bücher, Unterhaltungsmittel von aus der geschlossenen Anstalten des eingherzigsten Angst- und Spionensystems sind, können nicht länger bestehen gegenüber den Bürgern desselben Reiches. — Ob diese gegenseitige landsmannschaftliche Anerkennung bis zu einem gemeinsamen deutschen Bürgerrecht, also zu der Befugniß jedes Deutschen sich in jedem Orte Deutschlands als bleibender Genosse ansäßig zu machen, dort Gewerb zu betreiben, Bürgernutzungen und Vortheile anzusprechen ꝛc., erstreckt werden kann, getrauen wir uns nicht zu entscheiden. Es hängt dieses so enge zusammen mit den Gemeindeverfassungen, Gewerbegesetzen, Verpflichtungen zur Armenunterstützung, daß eine sehr weit ausstehende, tief eingreifende Gesetzgebung über alle diese Punkte zur Erreichung jenes Zieles nöthig ist. Doch vielleicht wissen Andere einfache und ausführbare Bestimmungen zu finden, welche uns nicht beifallen.

Endlich wird, so hoffen wir, der Reichstag sich berufen fühlen, von Deutschland solche Handlungen einzelner Regierungen abzuwenden, welche der Ehre und der Sittlichkeit der Nation zu nahe treten. Zu solchen Acten der Mißregierung rechnen wir die Duldung von öffentlichen Hazardspielen, Zahlenlotto's, Begehung von Falschmünzerei. Solche Flecken vom deutschen Wappenschilde zu vermischen, bedarf es nur eines Beschlusses des Reichstages, dem sich der einzelne Staat zu fügen hat, dessen Verträge mit Spielpächtern, Lottokollecteuren und solchem Volke keine größere Giltigkeit vor Gott und den Menschen haben, als wenn er einer Räuberbande vermilligt hätte, noch jetzt ganz fahrer Deutschland ungestraft plündern zu dürfen.

*) Ein weiteres Eingehen in die staatswirthschaftliche Aufgabe des deutschen Bundesreformes unterlasse ich billig, da ein Sachverständigerer, mein Bruder Moriz Mohl, sich kaum darüber genügend auszusprechen hat, in der A. A. Z., Beil. 78 und 79 von diesem Jahre. R. M.

Die Besteller unserer Gesellschaften auf die Deutsche Zeitung
an. für England bei Hrn. Ewer
u. Kmp., 72 Newgate Street in
London. Für Frankreich, Spanien,
Portugal u. Ueberseeische Länder
werden man sich an H. H. Kiesmann
Strasbourg 20 Boulevards, Paris
23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Expeditionen besorgt das
Groß. Bad. Postamt Heidel-
berg. Der Preis beträgt Vierteljährlich fl. 1.30, durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.52. 36 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 89. Heidelberg, Mittwoch 29. März. 1848.

## Uebersicht.

Die Bundesverfassung. Die Freischaarenzüge deutscher Emigranten. — Berlin (die bürgerlichen Opfer des Kampfes. Die Berathungen wegen des Parlaments zum Ziele nahe. Die Wendung der Dinge in Schleswig-Holstein. Preußische Hülfe angefragt. Gerüchte von Freigebung des Großh. Posen). Köln (Adressen an das Volk von Berlin. Durchzug von Polen). Stuttgart (Bekanntmachung über den angeblichen Einfall französ. Haufen in deutschen Gebiet). Göttingen, Hannover (Beschworene Mißregeln). Goslar (Unruhige Auftritte). Darmstadt (Eröffnung des Ministers über den Freischaarenzug deutscher Emigranten. Kammerbeschluß). Kiel (Provisorische Regierung in Schleswig-Holstein. Ultradänischer Bewegung in Dänemark. Das alte Ministerium abgetreten. Einbruch in Schleswig).

**Schweiz.** Aus der Bundesschweiz. Die Propaganda in der Schweiz.

**Großbritannien.** Die Führer der radikal frischen Partei politisch verunmuthen. Die Mitglieder der französischen Königsfamilie.

**Frankreich.** Regierungsvorschläge zur Organisation der Arbeit. Gerüchte über den Gang der Revolution in Preußen. Gerücht von der bevorstehenden Republikanisirung Belgiens. Freiheitsbäume aufgerichtet. Brief Abdel-Kaders an die prov. Reg. Fallen der Staatspapiere.

**Italien.** Chur. Einzelnes über den Aufstand in der Lombardei. Vollständiger Sieg der Mailänder. Radetzky konzentrirt seine Heeresmacht bei Verona. Die Lombardei eine Republik. Der sicilianische Streitpunkt. Bewegung gegen die Jesuiten.

**Ungarn.** Aufbedung aller bäuerlichen Roboten.

**Nachschrift.** Berlin (Graf Arnim Landtagskommissär. Nationale Reorganisation Posens versprochen).

**Beilage.** Ueber die Bundesverfassung v. R. v. Mohl. IV. Wien (das Ausschußgesetz). Italien. Rom (die Verfassung. Die Jesuiten.) Amerika (der Friede mit Mexiko noch angezweifelt. Schiffe nach Senegalia. Handelskrisis).

---

### Heidelberg, 28. März.

Die Frankfurter Versammlung des 31. März naht herau. Es ist Zeit, daß wir unser unbedeutendes Votum in der großen Sache der neuen Bundesverfassung abgeben. Zu der großen Hauptfrage drängten dieser Tage die Ereignisse in Berlin selbst; es wäre freilich besser gewesen, sie wäre durch einen bessern praktischen Anlaß angeregt worden. Die Hauptfrage ist die nach dem Bundeshaupte und der ausführenden Gewalt.

Wir gestehen, daß wir fast jeden andern Theil der Verfassungsfrage mit gutem Muthe jeder beliebigen Versammlung zur Entscheidung überlassen hätten. Ueber die neue Umgestaltung des Bundes auf einem Staatenbunde in einen Bundesstaat, über die veränderte Natur, den Zweck und die Aufgabe des regenerirten Deutschlands, über die Rechte, die der Volksrepräsentation zu gewähren sind, scheint man Oben und Unten nicht weit auseinander zu gehen. Wir vertrauen vollkommen darauf, daß in diesen Zeiten, selbst wenn man die Bestimmung über diese Rechte den Regierungen allein überlassen wollte, dieselben der Nation in vollem Maße würden zugemessen werden. Die Frage über das Verhältniß der bisherigen Bundesbehörde zu dem neuen Haus der Repräsentanten, ihre Verwandlung in ein Regierungshaus oder in ein Oberhaus ist schwieriger, doch glauben wir, daß auch darüber die Einigung in einem constituirenden Bundestag nicht allzugroße Kämpfe kosten würde. Wir scheiden diese Gegenstände vor der Hand bei Seite, um bei der Hauptfrage über die exekutive Gewalt zu verweilen.

Wir haben den Kommissionsbericht von Welcker über die Basermann'sche Motion mitgetheilt, der im Wesentlichen auch die Anträge enthält, welche die Siebenerkommission der Frankfurter Versammlung vorlegen wird. In diesem Berichte wird darauf angetragen: das Bundeshaupt solle aus dem Hause der Landesregierungen aus ihrer Mitte auf je drei Jahre gewählt werden. Durch die einstimmige Gutheißung beider badischen Kammern hat diese Ansicht bereits ein gewichtiges Votum für sich. Aus Baiern hat man vorgeschlagen, die Kaiserwürde von fünf zu fünf Jahren unter den Häusern Oesterreich, Preußen und Baiern alterniren zu lassen. In Oesterreich, soviel wir uns aus mündlichen und schriftlichen Aeußerungen belehren konnten, setzt man nichts Anderes voraus, als daß die Kaiserwürde wieder in der alten Weise dorthin zurückkehre. In Preußen denkt man an ein preußisch-deutsches Königthum. In allen kleinen Staaten und Regierungen, daß begreift sich wohl von selbst, wird man für die kurzzeitige Wahl oder Alternation sein.

So fängt man also in dieser Sache, die der eigentliche Kern und Mittelpunkt der deutschen Einheitsfrage ist, mit Zwiespalt, mit Partikularismus und Cyclopismus an. So ist die Verwirrung der Begriffe und Handlungen, wenn die Leidenschaften erst entzündet sind, wenn die Zeit zur besonnenen Ueberlegung fehlt, wenn sich die Begierde, zu schaffen und zu einem Ziele zu kommen, überstürzt. Wir fürchten, so ist diese Verwirrung im Großen wie im Kleinen ist. Wir rufen Alle nach Emanzipation der Religionen und Konfessionen, und in demselben Augenblicke bricht der alte Judenhaß los; wir rufen nach Freiheit aller Art, und im gleichen Momente werden alle ärgsten Zunftbeschränkungen zurück begehrt; so waren wir Alle einig, solange es nur Worte kostete, nach Einheit und Einigkeit zu rufen, und die ersten Handlungen, die auf diese Einheit hinsteuern sollen, gehen in Zwiespalt auseinander. Gebe Gott, daß diese erste Handanlegung an die Ausführung unseres großen Verfassungs- und Einigungswerks nicht von übler Vorbedeutung sei; wir fürchten sehr, wir gehen des alten deutschen Weges auch in dem neuen Deutschland.

Wenn wir uns in dieser wichtigsten unserer ersten Aufgaben einigen sollen, so müssen zwei Maximen unabweislich die Richtschnur unserer Erwägungen und Handlungen bilden. Wir müssen das Wohl des ganzen Deutschlands in unseren Betrachtungen vermaßen allein ins Auge fassen, daß wir von allen einzelnen Landesverhältnissen ganz absehen, die Rücksicht auf allen Partikularismus ganz vergessen, aber alle rückwirkenden Folgen einer zweckmäßigen Bundesverfassung auf die Territorien vollkommen gleichgiltig sind. Wir müssen dann, wenn wir das Resultat dieser ganz nur auf das Heil des geeinigten Deutschlands gerichteten Erwägung ziehen, von vornherein zu jedem Opfer des Sonderinteresses bereit sein, wir müssen uns sagen, wiedersagen, immer und immer wiederholen, daß nur durch Opfer von Seite des Partikularismus eine wahre Einheit zu erhalten ist. Von der Resignation, von den Opfern der Einzelnen muß ausgegangen werden, und von dem Wachsthum und Erstarken des Ganzen muß der Einzelne die Vergeltung seiner Opfer erwarten, nicht von dem eigennützigen Dingen und Maßeln und Berechnungen des großen Ganges zu dem gemeinsamen Ziele. Diese beiden Maximen werden und in dieser und jeder künftigen Betrachtung unverrückt die Wege zeigen.

Wir wollen ein einiges und starkes Deutschland, ein freies und mächtiges Deutschland, dafür heben sich, wenn man aufrieft, alle Hände empor. Bei den Vorschlägen, die der Kommissionsbericht macht, könnte die Freiheit Deutschlands gedeihen; insofern sind sie gut. Die Einigkeit wird von Seite einzelner widerstrebenden Regierungen, im Anfange wenigstens, gefährdet sein, welche Bestimmungen über den Chef des Bundes überhaupt getroffen werden mögen; insofern ist es gleichgiltig, wie sie lauten. Macht und Stärke aber (insofern finden wir diese Vorschläge gänzlich unangemessen) werden und durch die Wahl oder die Alternation des Bundeshauptes auf kurze oder lange Zeit ganz unwahrscheinlich verloren gehen. Verloren gehen? Wiewohl, wir werden sie auf diesem Wege trotz aller Parlamente ebensowenig erlangen, als wir sie bisher unter der Bundesbehörde erlangt haben.

Darüber hat der von uns mitgetheilte Aufsatz unseres verehrten Kollegen Mohl so vortrefflich gesprochen, daß wir uns weitenlich auf ihn beziehen dürfen. Angesichts der Erfahrung aller Geschichte ist alles Wahrheit, auf Lebenslänge oder auf Jahreskürze, so verwerflich und verworfen, daß allerdings unter politischen Männern davon gar nicht die Rede sein sollte. Wir sind ein gesegnetes Volk gewesen, daß wir in den Altern Zeiten, wo unsere Kaiserwahl wenigstens unterweilen eine Wahrheit war, so viele große Männer, die Heinrich I.,

Digitized by Google

III., VII., die Otto, die Rudolph zu Kandidaten aufzuweisen hatten; dennoch sind selbst diese großen Männer nicht im Stande gewesen, das Reich in Einheit und Macht anders als auf verschwindende Momente aufrechtzuerhalten. Und darum, war die hervorragende Bildung der Einzelnen in der Zeit gelegen, die Saat der ausgezeichneten Männer reicher als jetzt, das Spiel der Intrigue unschuldig und einfach, der Dünkel der Souveränetät in den untergeordneten Gliedern nicht vorhanden, der Heiligenschein, der um die alte Würde des römischen Kaiserd lag, in den Augen der Völkern der Völker und Könige unversehrt! Jetzt, wo die öffentliche Kritik an dem erhaben Stehenden am meisten zu mäkeln weiß, wo es dem Mann auf der zufälligen Stätte der höheren Geburt nicht leichter, sondern schwerer ist, sich auszuzeichnen, wo es in frischer Erinnerung liegt, mit welcher hartnäckigen Widersetzlichkeit sich die souveränen Fürsten Deutschlands auf dem Wiener Kongreß gegen jede Unterordnung sträubten, wo der Nimbus um alle und jede Monarchie zerflossen und zerschmolzen ist, jetzt will man uns ein starkes und mächtiges Deutschland schaffen mit einem auf drei oder fünf Jahre gewählten Haupte? Und dies Haupt, dem man die Dornenkrone der Unmacht aufsetzt, will man wie zum Hohn vielleicht Kaiser nennen? Und mit einem solchen Haupte will man sich gegen einen möglichen Sturm der französischen Republik schützen? Wir erwarten von solchem ephemeren Kaiser will man einen wahrscheinlichen, einen wünschenswerthen Zusammenstoß mit dem russischen Czaren anhalten! Unter einer solchen „häufig wechselnden Regentschaft“ hofft man ein System deutscher Politik zu begründen? Das Bedürfniß der gesammten Nation, das dieses System unserer Politik bestimmen müßte, wie könnte es sich Eingang schaffen, wenn heute dieser, nach drei Jahren jener deutsche Fürst an der Spitze stände, nicht gewaltig, wie natürlich, von dem Einen unheilbaren Hause der Abgeordneten, sondern von den getheilten, im Interesse gespaltenen Regierungen, von einem Körper, der allen Bestechungen und Einflüssen zugänglich ist? Wenn es ein mächtiger Bundesfürst ist, der gewählt wird, wie sollten ihm diese Einflüsse versagen, wenn er für Erneuerung der Wahl arbeitet? Wenn es ein Unmächtiger ist, wie sollte er den Einflüssen widerstehen, ihn wegschieben wollen? Mit welchen Mitteln will man es vermeiden, daß die Intrigue der eigentliche Besitzer des deutschen Thrones sein werde? Wie will man unter ebenbürtigen Fürsten in einem Wahlreiche den Ehrgeiz dämpfen, der allen Wahlreichen Verderben bereitet hat, wo sich sonst nur aristokratische Häupter um den Vorrang stritten? Wie soll man den auftretenden Kleinen abhalten, sich eine mangelnde Hausmacht mit auswärtigen Verbindungen zu ersetzen? Wie will man den mächtigen Großen, wenn man ihm nicht Ein für allemal den Ehrgeiz abgegraben hat, dadurch daß man ihn befriedigt, vor den Versuchungen der Usurpation bewahren? Die Fragen sind endlos, die sich in dieser Weise fortsetzen liehen! Alle Erfahrung, alle Geschichte, alle politische Abstraktion, alle einfache, anbefangene, unterfeisende Erwägung verwirren diese Vorschläge. Wir sind bisher, bei der Einrichtung des deutschen Bundes, der Unmacht verfallen gewesen, aber der Verwirrung entgangen, bei dieser Veränderung werden wir der Unmacht nicht entgehen, aber ganz sicher zugleich der Verwirrung verfallen. Wir haben bisher in einem Unschuldstande gelebt, der von der Sünde Nichts wußte; diese Veränderung wird den Saamen der politischen Laster in unser armes Vaterland reichlich hineinstreuen. Wir haben bisher, bei der Bundesverfassung, wie sie war, keine Ansprüche auf eine Geltung nach Außen, keine politische Prätensionen, keine aktiven Pläne gehabt; die Absicht unsrer Großmächte bei der Stiftung des Bundes ging bloß auf eine mehr neutrale Zwischenmacht in den negativen Zwecken der Friedensgarantie; insofern waren wir bei unsrer Unmacht und Schwäche nicht grade kompromittirt; wir hatten es so wie wir es haben wollten. Jetzt aber erheben wir in der Nation politische Ansprüche und nehmen eine herausfordernde, durch Einigung imposante Stellung an: geben wir uns dabei eine Verfassung, die uns in der alten Unmacht bei der neuen Prätension erhält, so gibt das deutsche Volk in dem ersten Moment seiner Wiedergeburt eine Blöße der politischen Unmündigkeit, deren Folgen sehr schwer zu verwinden sein werden.

Man wird vielleicht die amerikanische Präsidentenwahl zur Rechtfertigung dieser Vorschläge anführen. Die Kandidaten zu den amerikanischen Präsidentenstellen sind spärlich; sie sind ganz machtlose Privatleute und keine erblichen Fürsten; sie sind in weiten Strecken zerstreut; hinter und neben ihnen kann Neid und Ehrgeiz nicht in wirksamer Weise scheiden: jedes Verhältniß macht eine Vergleichung gänzlich unstatthaft. Wären die inneren Verhältnisse aber auch gleich, so ist in der äußeren Lage ein Unterschied, der für sich allein jede Vergleichung noch weit entscheidender abweist. Wenn die amerikanischen Freistaaten zwischen lauter wichtigen, kompakten Nationalitäten und Monarchien gelegen wären, zwischen gebildeten, geordneten, strebenden Staaten, so wäre es eine sehr große Frage, ob sie nur als Republik bestehen könnten; es wäre bei politisch halbverständigen Leuten ganz außer Frage, daß die wechselnde Präsidentenschaft nicht bestehen könnte. Kein dauernder Konflikt mit einem gleichmächtigen Staate könnte bei einer solchen Verfassung mit Erfolg durchgefochten werden. Amerika kann, wie wir sehen, nicht einmal einen glücklichen Krieg mit einem bedeutend gesunkenen unmächtigen Nachbar, in seinem Innern unangefochten, durchführen, geschweige einen Kampf mit einem systematisch gebildetn, monarchisch konzentrirten, ebenbürtigen Gegner. Amerikas ganze Aufgabe darf und kann sich und soll sich vielleicht auf seine inneren Dinge beziehen; wir, bei unserer Lage im Centrum aller europäischen Verwicklungen und Zusammenstöße, müssen vor Allem nach Außen stark und einheitlich konstituirt sein. Diese starke und einheitliche Verfassung ist nur in einer erblichen Monarchie gelegen. Die Republik, auch die Eine und untheilbare Republik kann und, unter den heutigen Verhältnissen, diese Stärke nicht geben, wo die Bevölkerung nicht republikanisch gesinnt ist. Wäre von einer Föderativ-Republik die Rede, von der in Deutschland fast allein die Rede sein konnte und auch fast allein ist, so würde sie uns noch viel weniger Stärke geben, weil sie uns nicht einmal die gewünschte Einheit gäbe. Das Allermonströseste aber scheint uns die vorgeschlagene Verfassung zu sein, die in ihrer Basis Monarchie, und auf dem Giebel amerikanische Republik ist. Macht den Giebel schwer und mächtig durch eine Usurpation der exekutiven Gewalt von Seite des Bundestages oder Parlaments, so drückt er die monarchische Grundlage zusammen. Laßt ihn durch die dreijährige Wahl leicht und schlank, so wirft ihn der erste Sturm bei der mangelnden Verbindung mit dem Unterbau in alle Lüfte. Wir dächten, dies sind so elementare und einfache politische Betrachtungen, daß sie von keinem erfahrenen Manne widersprochen werden sollten.

---

Wenn wir und gestern über die hiesige Volksversammlung unumwunden aussprachen, so wollten wir zunächst gegen den Terrorismus protestiren, den eine kleine Faktion über die große Mehrheit des Volkes zu üben sucht, und jener falschen Demokratie die Larve abziehen, die dem ersten demokratischen Grundsatze treulos wird, indem sie die freimüthige Kundgebung des Volkswillens mit schlechten Künsten zu fälschen sucht. Man darf sich darüber keinen Augenblick mehr täuschen, wohin diese Faktion es treiben möchte; man muß es vielmehr laut und energisch sagen, daß man die groben Kunstgriffe in ihrer ganzen Tragweite recht gut begriffen hat. Volksversammlungen, in denen eine frische Oligarchie Besitzthum zu erschleichen sucht, die mit Verkauf verrechnet sich, eine zufrie Minorität zu unterhalten, führen nicht zu einer gesunden Spannung aller Kräfte, sondern nur zu jener Mattheit und Abspannung, deren einzige Kerute dem Despotismus zu Gute kömmt. Volksversammlungen, als deren bewegende Kraft eine klubbistische Macht im Hintergrunde steht, die nach jesuitischem und jakobinischem Zuschnitt blinden und unbedingten Gehorsam verlangt, verdienen diesen Ehrennamen nicht; sie sind Nichts als ein leckes und unverschämtes Spiel, das man mit dem Volke selber treibt. Thatsachen, die nahe genug liegen, mögen als Probe dienen, ob wir zu viel gesagt haben. Aus demselben Kreise, der die Versammlung am Sonntag wie eine Puppe an Fäden zu leiten suchte, ist der kostbare Vorschlag hervorgegangen, die patriotischen Vereine dem Führer zu unbedingtem Gehorsam zu verpflichten; der Vorschlag ist freilich ebenso entschieden von dem gesunden Sinne der Mehrheit gestheitert, wie jener andere Versuch, auf einer großen Versammlung einen willenlosen Mannequin zu machen.

Es ist die letzte Instanz — der Wille des Volkes — sich selber bis jetzt treu geblieben und hat den wiederholten Versuch einer Bevormundung entschieden zurückgewiesen. Aber die Ungeduld der Intriganten ist damit nur gesteigert; die Unverschämtesten machen schon kein Hehl mehr daraus, daß ihnen jene letzte Instanz Nichts mehr gilt; können sie den Volkswillen nicht nach ihrem Wunsche lenken, so wollen sie ihn überraschen, und wäre es mit den plumpsten und brutalsten Mitteln. Einzelne verlorene Vorposten machen kein Geheimniß daraus, man müsse die Versammlung in Frankfurt durch bewaffnete Zuzüge zu einem willfährigen Beschlusse zwingen; ja hier in Heidelberg selbst, in einer Versammlung, wo Hunderte Zeugen waren, mußte man freche Worte hören, die eine ähnliche Drohung enthielten. Die Mehrheit des deutschen Volkes, daruber

Digitized by Google

täuscht sich die Faktion selber nicht, wird ihr nimmer ihre Stimme leihen, denn machen sie kein Hehl daraus, daß ihnen diese Stimme Nichts bedeutet.

Diese Drohungen erhalten einiges Gewicht durch Dinge, die gleichzeitig geschehen. In dem Momente, wo man vor unsern Augen den Versuch macht, eine Volksversammlung zu Faktionszwecken zu mißbrauchen wo man und unverhohlen droht, von einer Abgeordnetenversammlung gesälschte Beschlüsse gewaltsam zu erzwingen, in dem Momente melden Berichte aus der Schweiz und Frankreich den Zuzug deutscher und polnischer Freischaaren, und wird diese Kunde durch eine offizielle Erklärung einer deutschen Regierung bestätigt. Schon in wenig Tagen haben wir eine Horde Emigranten am Rhein zu erwarten, die durch einen Handstreich Deutschland zu erobern und umzugestalten meint, die aber von dem Zustande und der Stimmung Deutschlands nicht besser unterrichtet scheint, als Emigranten es von jeher waren. Was uns darüber aus sehr zuverlässiger Quelle geschrieben wird, ist Folgendes:

„In der Schweiz, sowie in Frankreich stehen Polen und Deutsche unter leitenden Komiteé, welche bis nach Rußland hin Verzweigungen und Korrespondenzen haben. Das Pariser Komité hat die ganze provisorische Regierung für sich, Lamartine ausgenommen, welcher aber ein Auge zudrücken wird.

Die ersten 500 Marschrouten werden Donnerstags dem Komité ausgestellt. — Freitag früh geht das erste Bataillon ab.

Bis jetzt rechnet man, daß in 14 Tagen gegen 10 bis 12,000 Deutsche und ein paar Tausend Polen am Rhein sein werden. Emfasse sind vorausgegangen. Einer nach dem Rheinkreise, einer nach Mannheim. Die föderative Republik soll in den beiden Lokalitäten, in Zweibrücken und Mannheim zugleich ausgerufen werden. Für Waffen ist an der Grenze gesorgt. Alle Fürsten sollen fortgejagt werden. Das Pariser Volk wird die gemeinschaftliche Manifestation der Polen und Deutschen, welche in wenigen Tagen stattfinden wird, mit Energie unterstützen. Die Regierung wird Nichts gegen den Zug machen können. Sie wird ihn unterstützen müssen. Morgen wird ein Kriegskomité eingesetzt. Der Oberbefehl wird einem erfahrenen polnischen General übertragen werden. Franzosen und Schweizer werden sich dem Zuge anschließen.

In dem zunächst abgehenden Bataillon ist ein Detachement, aus intelligenten und sogar hinreichend bemittelten Leuten bestehend, welches zur besondern Aufgabe hat, einige Tage vor Ankunft des Gros der Armee auf das rechte Rheinufer überzugehen und die dortige Bevölkerung zum Aufruhr zu stimmen. Man kann darauf rechnen, daß es diesen Leuten nicht an Energie fehlt.

Die Kommunisten sind vor der Hand von dem demokratischen Komité getrennt, wissen aber ihnen werden aber gemeinschaftliche Sache machen, wenn es zum Abmarsche geht."

Wir zweifeln nicht, daß dieser Freischaarenzug, den das Volk nicht will, sich selber keinen besseren Ausgang bereiten wird, als ihn die jetzt noch alle Emigrantenunternehmungen gefunden haben; denn selbst einzelne republikanische Schilderhebungen im deutschen Westen würden nur eine geringe Stütze sein. Es fehlt und der Mittelpunkt, der mit einem einzigen Coup der Stimmung der ganzen Nation so rasch eine Richtung gäbe, wie dies Paris für Frankreich that; es fehlt uns Unterlage und Material zu dem Bau, den man uns aufzwingen will, es fehlt der Rückhalt einer großen Partei in der Nation, denn diese will keine Republik. Was die Freischaaren aus Westen in kräftigem Leichtsinn unternehmen wollen, kann daher im besten Falle für sie nur zu einem augenblicklich gelungenen Handstreich an einflußloser Stelle führen, nimmer zu einem dauernden Siege; die Kosten dieses Handstreichs wird aber Deutschland theuer bezahlen müssen durch Unruhen und Verwirrung, deren letzte Konsequenz uns ein Zusammenstoß mit der französischen Republik zu sein scheint. Und das in einem Augenblick, wo unsere Nationalität im Norden ernstlich bedroht wird, wo die Verhältnisse mit Dänemark zum Bruch gekommen sind, wo ein drohender Kampf mit Rußland die ganze Einigkeit und Energie des Vaterlandes fordert. Statt in diesem kostbaren Momente die breiten Grundlagen unserer Volksfreiheit rasch und einmüthig zu legen und der nun unvermeidlichen deutschen Nationalversammlung die Wege zu ebnen, damit wir stark und einträchtig gerüstet seien nach Innen und Außen, sucht man durch faktiöses Treiben die große Nationalangelegenheit zu verwirren, mit brutaler Drohung und Gewalt das schwierige Werk zu stören, bringt man uns in Gefahr, in einem chaotischen Kampfe auf allen Flanken die kaum erst errungenen Güter für immer zu verlieren. Die deutsche Nation indessen wird sich nicht untreu werden, sie wird jede unberufene Einmischung energisch zurückweisen; für alles Das, was daraus entstehen mag für unsere jetzige und künftige Wohlfahrt, wird sie aber von Denen strenge Rechenschaft fordern, die aus Leichtsinn oder Verblendung zu unverantwortlichem Unheil die Hände boten.

---

**Preußen.** * Berlin. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß bei der feierlichen Bestattung der im Revolutionskampfe gefallenen Bürger alle in Berlin anwesenden Italiener einen eigenen Zug bildeten, welchem ihre Nationalfahne, grün, roth und weiß, vorangetragen wurde. Die polnische Legion, welche sich der Feier angeschlossen hatte, war mit Säbeln bewaffnet und folgte der geschwisterlich neben einander getragenen polnischen und deutschen Fahne. Unter den gefallenen bürgerlichen Personen, deren Liste sowie die Leichen erkannt werden, die Vossische Zeitung bringt, befinden sich, außer fünf Frauen und zwei Knaben, worunter ein Taubstummer, der Bildhauer Dressel, zwei Studenten (ein Hr. v. Holzendorf aus der Uckermark und kein Weiß aus Danzig) und ein Regierungsreferendar, der Landwehrlieutenant v. Lensky, der bei der Vertheidigung einer Barrikade in der Friedrichsstraße gegen Morgen von vier Kugeln getroffen fiel. Unter den Gefallenen befanden sich auffallend viel Schneider- und namentlich Tischlergesellen. Es waren 187, nach andern Angaben 204 Särge. Einige wollen wissen, man habe auch mehrere Leichen von Militärpersonen, 16 an der Zahl, mit dem bürgerlichen gemischt einsenken lassen. Die gebliebenen Frauen schrinen der Mehrzahl nach in ihren Wohnungen erschossen zu sein, indem die Soldaten ihre Gewehre wie blind in die Fenster richteten. Durch welche Mittel muß es gelungen sein, eine solche Wuth in den Soldaten, die wie blutgierige Thiere gegen die Bürger losgehetzt wurden, zu entzünden!?

Berlin, 21. März, Nachmittags 5 Uhr. Ich melde Ihnen hiermit, daß nach hier eingegangenen Nachrichten aus Posen von Seite des Königs am 22. März Nachmittags 2 Uhr die Proklamirung des Großherzogthums Posen proklamirt ist. Der Jubel in Posen darüber soll unbeschreiblich sein, der polnische Adler ist bereits aufgepflanzt und durch diese Ereignisse die Ruhe keineswegs gestört. (Wir erhalten vorstehende Nachricht aus sehr achtbarer Quelle und geben sie, obschon wir sie mit den direkten Nachrichten aus Posen nicht in Uebereinstimmung finden.) (D. A. Z.)

Δ Berlin, 25. März. In Schleswig-Holstein ist der Augenblick kritisch. Von der großen Rendsburger Versammlung wurden 5 Männer nach Kopenhagen abgeordnet, um von dem Könige, als letzte Entscheidung, die Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark und die Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund und die Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins als eines Staats zu fordern. Heute werden die 5 Männer in Rendsburg zurückerwartet. Man sieht sich dort auf eine provis. Regierung gefaßt. Inzwischen ist die Nachricht bei der entfalteten deutschen Banners dorthin gekommen und mit Jubel empfangen worden. Darnach ist der Herzog von Augustenburg gestern hier angekommen, und ihm ist auf Vortrag des Ministeriums durch den König eine Unterstützung der deutschen Sache zugesagt. Für den nächtigen Fall sollen 15,000 Mann des preußischen Heers bereit gehalten werden. Diese nationale That wird dem übrigen Deutschland eine Bürgschaft sein, wie sie Worte nicht geben können. Auch für das preußische Militär ist dieses neue Feld der Ehre zu wünschen, da in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag nach dem alten Maß ihm so Viel verloren ging.

*† Berlin, 25. März. Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen berichten, daß die Verhandlungen der Südamerikanischen Regierungen wegen des deutschen Parlaments und ihre dem ernsthaften Ziele zugewiesen sind; als Mann des Vertrauens wird Dahlmann nach Frankfurt geschickt. Die Wendung der Dinge in Schleswig und die Zusage eines Korps von 15,000 Preußen wird wohl die Verhältnisse mit Rußland rascher zur Entscheidung bringen, als man erwartet hatte.

Köln. In einer zahlreich besuchten Versammlung haben hiesige Bürger eine Adresse an das Berliner Volk berathen und beschlossen, worin dasselben für sein tapferes Verhalten das wärmste Lob gespendet und zugleich die Erwartung ausgesprochen wird, daß es seinen Sieg geschickt benutzen, daß die Herrschaft, die es mit so theurem Blute errungen, die Herrschaft der wahren Freiheit sein werde, daß der alte Zustand durch und durch unhaltbar geworden, daß endlich für den neuen ein Berlin und selbst ein Schwerin keine Bürgschaft biete ꝛc. Eine ähnliche Adresse ist von Düsseldorf abgegangen. Der Schluß der letzten Adresse lautet: „Nehmt unsern heißesten Dank! Die Thoren, die Ihr ungerichtet, kommen auch uns zu Gut. Unsere Herzen sind voll von Liebe für Euch. Dieses möge Männern, die uns ein ewiges Vorbild sein werden, genügen. — Und nun, Ihr Brüder, fal-

Digitized by Google

tet fest auf dem gewonnenen Boden; Gott dem gemeinsamen, bis jetzt gesuchten Vaterlande durch Eure stolzen männlichen Forderungen, welche die glänzendsten Erfolge krönen werden, jene Kraft und Stärke, die unbezwinglich ist, weil sie in der Freiheit wächst! Wir stehen bei Euch mit Herz und Hand!"

**Köln**, 25. März. In vergangener Nacht haben etwa 200 Polen unsere Stadt passirt, um in ihr Vaterland zurückzukehren. Da, wie bekannt, sämmtliche Polen aus Frankreich nach ihrer Heimath zurückgehen werden, so sind in diesen Tagen noch mehrere Trupps zu erwarten, wenn sich alle, wie wohl anzunehmen ist, gleich den heute hier durchgekommenen, der Eisenbahnen bedienen. (Rh. Vrob.)

**Breslau**, 23. März. Wir vernehmen aus den verlässlichsten Munde, wie alle Hoffnung vorhanden ist, daß Preußen und Oesterreich ihre resp. polnischen Landestheile zurückgeben und den Söhnen vergütet werden, was an den Vätern gesündigt worden war. (Schl. Z.)

**Stuttgart**, 26. März. Der Minister des Innern hat folgende Bekanntmachung erlassen: Die Gerüchte, welche seit vorgestern in einem großen Theile des Landes, insbesondere in den der badischen Grenze benachbarten Bezirken über den Einfall von Horden französischen Raugesindels und über Verheerungen, welche dieselben auf badischem und württembergischem Gebiete verübt haben, im Umlaufe sind, veranlassen das unterzeichnete Ministerium zu der bestimmten Erklärung: 1) Jene Gerüchte entbehren durchaus allen Grundes. Nach den von der Regierung an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen hat ein Einfall von dem französischen Gebiete aus auf badisches und württembergisches Gebiet überall nicht stattgefunden. 2) Die Regierung hat längst Vorsorge getroffen, um von jeder feindlichen Bewegung gegen das badische und württembergische Gebiet sogleich in Kenntniß gesetzt zu werden, und wird 3) eintretenden Falls rechtzeitig alle Maßregeln treffen, welche zum Schutz des diesseitigen Gebiets dienlich sind. Ministerium des Innern. Duvernoy.

**Hannover**. Der durch seine Streitangelegenheit mit der Regierung bekannte Kandidat Hirsche hat nun bei der neuen Ordnung der Dinge die Bestätigung als dritter Prediger bei der St. Marienkirche endlich erhalten. Auch die „Morgenzeitung" bestätigt, daß die Einberufung der Kontingente des zehnten Bundesarmeekorps bis auf die Reserven mit Bezug auf Schleswig-Holstein geschieht. „Diese Truppen", sagt sie, „werden gegen die feindlichen Gelüste Dänemarks eine achtunggebietende Stellung einnehmen."

**Göttingen**, 23. März. Man tieft in der Wes. Zeitung: Der König hat jetzt den Senator Heintze gänzlich seines Amtes entsetzt. Auch hat er an den akademischen Senat ein Schreiben ergehen lassen, worin er denselben auffordert, schleunigst einen Bericht über die Veränderungen, welche in Betreff der Polizei und der akademischen Gesetze gewünscht werden, einzusenden. Da dieser Bericht in wenigen Tagen schon fertig ist, so wird mit dem nächsten Semester, welches am 1. Mai beginnen soll, nicht allein die hiesige königliche Stadtpolizei den Studenten Rechts mehr zu sagen haben, sondern es werden auch neue Gesetze in Kraft treten. In Folge der Proklamation des Königs v. 20. d. M. haben hier bereits zwei Bürgerversammlungen stattgefunden, in denen wir schon sehr erfreuliche Erfahrungen gemacht haben. Die zahlreichen Versammlungen, die Ruhe, die Ordnung, welche sorrwährend herrschte, gibt uns den schönsten Hoffnungen Anlaß. Es ist bereits gänzliche Reform des Polizeiwesens, Zurückberufung der beiden Professoren, welche ihren Eide auf das Staatsgrundgesetz treu bleiben wollten, einstimmig beschlossen; ebenso sind schon die nöthigen Vorkehrungen zur Bewaffnung der Bürger getroffen worden.

**Goslar**. Hier fanden am 21. März höchst tumultuarische Auftritte statt. Zuerst wurde das Haus des Syndicus Neuburg und dann das Haus des beim Volke sehr unbeliebten Magistratsdirektors Sandvoß demolirt, alle Fenster eingeworfen und das ganze Mobiliar und Hausgeräth buchstäblich in Stücke zerschlagen. Die Straße war mit Trümmern bedeckt. Herr Sandvoß mit seiner Frau konnte kaum noch durch die Flucht sich retten.

**Hessen**. ** Darmstadt, 27. März. Heute erschien der Minister von Gagern in der zweiten Kammer und theilte derselben Depeschen des hessischen Gesandten in Paris mit, nach welchen die Deutschen dort unter Anführung von Georg Herwegh Vorbereitungen treffen, um mit bewaffneter Hand in Deutschland die Republik zu proklamiren; die erste Kolonne, 500 Mann stark, habe Paris bereits verlassen und marschire über Dijon nach dem Rhein. Lamartine habe die Zustimmung hierzu verweigern wollen, sei aber von seinen Kollegen überstimmt worden. Gagern hat die Kammer um Ermächtigung, alle ihm geeignet erschinenden Maßregeln anzuordnen. Nachdem sämmtlicher 3 Ausschüsse alsbald Bericht erstattet hatten, ertheilte die Kammer einstimmig das Vertrauensvotum unbedingt. Dasselbe wird ohne Zweifel von Seite der unmittelbar hierauf versammelten ersten Kammer geschehen sein. — — Möchte man unseren verirrten Landesleuten an der Grenze zuerst mit friedlichen Vorschlägen entgegenkommen und den Versuch freundlicher Aufklärung nicht verschmähen! Bleibt solches ohne Erfolg, dann ewige Schmach und ewige Schande für jeden Deutschen, der sein Vaterland angreift! Der gerechte Sieg über unberechtigte Fremdlinge kann uns nimmermehr fehlen!

**Schleswig-Holstein**. * Kiel, 24. März. Aus der angeschlossenen Proklamation ersehen Sie, welche Schritte in Schleswig-Holstein geschehen sind. Die nach Kopenhagen gesandte Deputation ist noch nicht zurückgekehrt; indeß wird sie morgen erwartet, jedoch von ihrem Erfolg verspricht man sich Wenig oder Nichts, da das neue Ministerium in Kopenhagen an den eisigsten Dänen besteht und die Herzogthümer gar nicht vertreten sind. Das hiesige Militär hat der provisorischen Regierung gehworen und geht mit den meisten der hiesigen Studen ten, Turner u. s. w. nach Rendsburg, um die Festung uns zu sichern. — „Mitbürger! Unser Herzog ist durch eine Volksbewegung in Kopenhagen gezwungen worden, seine bisherigen Rathgeber zu entlassen und eine feindliche Stellung gegen die Herzogthümer einzunehmen. Der Wille des Landestheern ist nicht mehr frei und das Land ohne Regierung. Wir werden es nicht dulten wollen, daß Deutsches Land dem Raube der Dänen Preis gegeben werde. Große Gefahren erfordern große Entschließungen; zur Vertheidigung der Grenze, zur Aufrechthaltung der Ordnung bedarf es einer leitenden Behörde. Folgend der dringenden Nothwendigkeit und gestärkt durch das uns bisher bewiesene Zutrauen, haben wir, dem ergangenen Ruf folgend, vorläufig die Leitung der Regierung übernommen, welche wir zur Aufrechterhaltung der Rechte des Landes und der Rechte unseres angestammten Herzogs in seinem Namen führen werden. Wir werden sofort die vereinigte Ständeversammlung berufen und die übernommene Gewalt zurückgeben, sobald der Landestherr wiederum frei sein wird oder von der Ständeversammlung andere Personen mit der Leitung der Landesangelegenheiten brauftragt werden. Wir werden uns mit aller Kraft den Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands anschließen. Wir fordern alle wohlgesinnten Einwohner des Landes auf, sich mit uns zu vereinigen. Laßt und durch Festigkeit und Ordnung dem deutschen Vaterlande ein würdiges Zeugniß des patriotischen Geistes geben, der die Einwohner Schleswig-Holsteins erfüllt. Der abwesende Advokat Bremer wird aufgefordert werden, der provisorischen Regierung beizutreten. Kiel, 24. März. Die provisorische Regierung. Beseler. Friedrich Prinz zu Schleswig-Holstein. F. Reventlow. M. T. Schmidt."

* Schleswig, 23. März. Unsere öffentlichen Angelegenheiten gehen der entscheidenden Krise rasch entgegen: Am 21. d. M. hat der König von Dänemark das Ministerium aufgelöst, und man sagt, daß unsere heftigsten Widersacher, Lehmann und Hoidt, nach andern Nachrichten auch Clausen und Monrad, wiederum zu Ministern ernannt sind. Der Berling'schen Zeitung zufolge waren mit Beziehung auf die am 18. d. M. zu Rendsburg gehaltene Versammlung, über welche man jedoch sehr übertriebene und ungenaue Nachrichten hatte, am 20. März von einer im Kasino zusammengetretenen Versammlung folgende 5 Resolutionen angenommen worden: 1) Eine schleswig-holsteinische Verfassung ist eine Vergünstigungsfrage auf das Recht der dänischen Krone über Schleswig. Dazu ist der König von Dänemark nicht berechtigt, und das kann das dänische Volk niemals leiden. 2) Das dänische Volk kann dem Könige von Dänemark seinen untergezogen Beistand zur Erfüllung der heiligsten seiner Regentenpflichten, die ungekränkte Aufrechterhaltung des souverainen dänisch-schleswigschen Reiches zu. 3) Dänemarks und Schleswigs Verbindung kann nur durch eine beiden gemeinschaftliche Reichsoberfassung, die auf einem in Wahrheit volksthümlichen Wahlgesetze gebaut ist, geschert werden. 4) Schleswigs gegenwärtige provincielle Selbständigkeit und das darin begriffene gleiche Recht zweier Nationalitäten muß durch einen eigenen Provinciallandtag und entsprechende provincielle Einrichtungen in Verwaltung und Rechtspflege geschützt werden. 5) Die Wohlfahrt Dänemarks fordert, daß der König unaufhaltlich den Thron mit Männern umgibt, deren Einsicht, Energie und Vaterlandsliebe der Regierung Kraft und der Nation Vertrauen geben kann". Am 21. März, Vormittags 11 Uhr begaben sich der Magistrat und die Stadtverordneten, denen sich die große Menschenmenge angeschlossen hatte, nach dem Schlosse Christiansburg, wo dem Könige nachstehende Adresse überreicht ward: „Allergnädigster König! Die Rathgeber, welche Ew. Majestät von Ihrem Verwerfer geerbt haben, sind nicht im Besitze des Vertrauens des Volkes, weder in dem eigentlichen Dänemark, noch in Schleswig und Holstein: die täglich mehr hervortretenden traurigen Früchte ihres Regierungssystemes haben jeden Glauben daran untergraben müssen, daß sie jetzt Einsicht und Kraft besitzen, das Land zu retten. Die Stunde der Entscheidung nahet sich mit Riesenschritten. Der Staat

Digitized by Google

wird aufgelöst werden, wenn Ew. Majestät nicht unaufhaltsam den Thron mit Männern umgeben, welche der Größe der Aufgabe gewachsen sind, und welche der Regierung einen energischen Willen und den Beistand der Nation zuführen können — Männer, die Dänemarks Ehre retten und den Grund zur Freiheit des Landes legen können. Wir rufen Ew. Majestät an, die Nation nicht zur Selbsthilfe der Verzweiflung zu treiben". Der König antwortete hierauf: „Es freut mich, Ihnen sagen zu können, daß ich demjenigen, worum Sie mich gebeten, schon zuvorgekommen bin. Das alte Ministerium ist aufgelöst. Sie haben mir heute ihre Vollmachten zurückgegeben. Wenn Sie, meine Herren, dasselbe Vertrauen zu Ihrem Könige haben wollen, wie ich zu meinem Volke habe, so werde ich Ihnen ein treuer Führer zu Ehre und Freiheit sein!" — Mit dem Ruf „das Ministerium ist aufgelöst, es lebe der König!" trat der Statsrath Hvidt unter die jubelnde Volksmenge, welche in ein donnerndes Jubelgeschrei ausbrach. Die Ruhe soll in Kopenhagen nicht gestört sein. — Der Eindruck, welchen diese Nachrichten bei der hiesigen Bevölkerung hervorgebracht haben, ist unbeschreiblich: Jeder fühlt, daß der entscheidende Moment gekommen ist, Jeder ist zu allen Opfern bereit und auf den entschiedensten Widerstand gefaßt; allgemein ist aber auch das Vertrauen auf unsere deutschen Brüder, und wir rechnen mit Zuversicht darauf, daß der deutsche Bund, daß Preußen und Hannover die Verletzung des schleswig-holsteinischen Territoriums durch dänische Truppen durch energische Demonstrationen zu verhindern wissen werden.

## Schweiz.

* Aus der Westschweiz, 26. März. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir über die Pläne der republikanischen Propaganda unter den deutschen Arbeitern der Schweiz, daß Morgen eine Versammlung der Ausschüsse in Biel gehalten werden wird. Es soll die sofortige Bewaffnung beschlossen werden, um künftige Woche vereint mit den Arbeitern aus Frankreich in Deutschland einzubrechen, sobald die erwartete Aufforderung aus Baden erfolgt. Die Republik soll erst in Baden proklamirt werden, dann will man sich auf Würtemberg werfen. Die Vereine in Frankreich sind bereit, und viele französische Arbeiter wollen sich anschließen. An der Spitze des Treibens steht ein Flüchtling aus Kurhessen Namens Pohl, bisher Redakteur des in Bern erscheinenden „Freiwächters". Neben ihm soll eine wichtige Rolle spielen ein würtembergischer Literat in Bern, den man für einen feurigen Mitarbeiter grösserer Mannheimer Zeitschriften hält.

## Großbritannien.

London, 24. März. Aus Liverpool hat man durch den Telegraphen die Nachricht erhalten, daß die Herren Smith O'Brien, Meagher und Mitchell vorgestern vor das Polizeiamt geladen waren, um ihnen anzukündigen, daß sie von der Queen's Bench in Untersuchung gezogen werden sollten, die beiden Ersten, weil sie am 15. März Reden gehalten haben, um zu ungesetzlichem Widerstande gegen die Regierung aufzureizen, und der Letztere, weil er im United Irishman Artikel von einer gleichen Richtung veröffentlicht hat. Nachdem sie Bürgschaft geleistet hatten, daß sie sich vor Gericht stellen würden, wurden sie wieder entlassen. Kaum war dies aber geschehen, als sie vor einer Versammlung von 4—5000 Personen, die als Pöbel bezeichnet werden, von Neuem zwar kurze, aber höchst aufreizende Reden hielten, nach deren Beendigung die Masse sich zerstreute. Es wird sich nun zeigen, ob Bedeutung und Charakter dieser Partei bloß auf wilden Drohungen und renommistischen Phrasen beruhen, oder ob sie Ernst zu machen gesonnen ist. Dem M. Chr. zufolge haben sich übrigens bereits alle Radikalen und Repealer gegen diese gerichtliche Verfolgung zusammengethan und eine Unterzeichnung zu Beiträgen begonnen, welche unter dem Namen eines „National defence fund" dazu bestimmt sind, die den Angeklagten verursachten Gerichtskosten zu decken. Als die Angeklagten das Polizeiamt verließen, wurden sie von dem Volke buchstäblich auf Händen getragen und bei dieser Gelegenheit dem Lord Clarendon ein furchtbares Pereat gebracht. Die HH. M. und J. O'Connell schen das Volk indeß diesen „Martyrern" kaum zu brauchen.

Der Prinz von Joinville und der Herzog von Aumale sind in Dortmouth gelandet und haben sich nach Claremont begeben. H. Guizot ist auf 2 Monat zum Mitglied des Athenäum-Klubs ernannt worden, obschon nicht ohne Widerspruch vieler Mitglieder, welche sein Benehmen in der Angelegenheit der spanischen Heirathen nicht vergessen können. Die Gegner Lord Palmerstons wollen wissen, daß sich dieser über Gebühr unart gegen die Mitglieder der flüchtigen Königsfamilie benehme, daß er Ludwig Philipp bedeutet habe, er dürfe nicht daran denken Claremont zu seinem bleibenden Wohnsitz zu machen, daß er der Abreise des Montpensierschen Ehepaars alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt habe.

In Folge der deutschen auf immer festere konstitutionelle Gestaltungen hinarbeitenden Ereignisse, woraus man in London auf Zunahme des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Großbritannien und Deutschland und dadurch auf mögliche Erhaltung des Weltfriedens schließt, haben sich die Konsols auf 83 gehoben.

## Frankreich.

Paris, 25. März. Die Regierung hat endlich ihre Ansichten über die hochwichtige Frage der Organisation der Arbeit ausgesprochen. In einer vorgestern Abend im Palaste Luxembourg abgehaltenen Sitzung der Regierungskommission für die Arbeiter, der alle Abgeordneten der Arbeiter, wie die der Meister und Fabrikbesitzer beiwohnten, entwickelte Louis Blanc das System, das der Nationalversammlung zur Prüfung und Annahme vorgelegt werden wird. Wir heben hier die wesentlichsten Punkte in kurzen Andeutungen hervor, da auch für Deutschland die Lösung der Arbeitsfrage von großer Wichtigkeit ist und nach den politischen Fragen nothwendig früher oder später an die Reihe kommen muß.

Der Staat wird Arbeitgeber und Fabrikant. Allein diese Umwandlung erfolgt nicht plötzlich, sie wird nach und nach bewirkt. Zuerst mit Rücksicht auf die jetzige Krisis übernimmt der Staat alle jene großen Bauwerke und Geschäfte, die entweder die Arbeiten bereits eingestellt haben oder auf dem Punkte stehen, sie einzustellen. Die jetzigen Besitzer dieser Unternehmungen, Einzelne oder Aktiengesellschaften, behalten ihre Rechte, die jedoch in Schuldforderungen mit Zinsen umgewandelt und auf den Werth dieser Unternehmungen selbst hypothezirt und durch allmählige Auszahlung getilgt werden. Den Arbeitern wird nun vom Staate in diesen gewerblichen Anstalten eine andere und bessere Existenz als die bisherige zugesichert. Die Arbeiter bilden eine Association, sie erwählen selbst die Leiter und Aufseher der Arbeiten, sie bestimmen selbst den Arbeitslohn oder den Antheil am Gewinne. Der einmal so festgesetzte Arbeitslohn wird dann von dem Ausschusse der Arbeiter unter die einzelnen Arbeiter je nach dem Maßstabe ihrer Leistungen und möglichst gleichmäßig für alle ausbezahlt.

Der nach Bezahlung der Arbeitslöhne und der übrigen Ausgaben verbleibende reine Gewinn wird in vier gleiche Theile getheilt und folgender Maßen vertheilt: 1) Ein Viertel darf zur Abtragung des Kapitalbetrags, um den der Staat dem Eigenthümer die Unternehmung, dadeit u. s. w. abgekauft hat. 2) Ein Viertel zur Bildung eines Versorgungsfonds für alte, kranke, verwundete oder sonst unfähig gewordene Arbeiter. 3) Ein Viertel wird als Gewinnantheil (Dividende) an alle Arbeiter der Unternehmung vertheilt. 4) Ein Viertel dient zur Gründung eines Reservefonds. Aufrechterhalten werden die verschiedenen Werkstätten aller einzelnen Unternehmungen unter einander assoziirt, so z. B. alle Schlossfee, die in den verschiedenen Unternehmungen beschäftigt sind, ebenso alle Tischler, Schmiede, Maurer, Handlanger u. s. w. Man wird ihre Leistungen der Vergleichung durch möglichst große Güte und möglichst niedrige Preise der Gegenstände ebenfalls berücksichtigen. Zu allen diesen Zwecken ist eine lange Reihe von Maßregeln vorgeschlagen, die alle beabsichtigen, die Freiheit, die Gleichheit, die Solidarität Aller und die Ordnung unter allen Arbeitern zu sichern. An der Spitze dieser Nationalwerkstätten steht ein Verwaltungsrath, der die Leitung aller dieser Gewerbe in seiner Hand hat, so wie jedem einzelnen Industriezweige ein vom Staate ernannter Ingenieur vorgesetzt ist. Der Staat wird diese Maßregeln durch allmählige Schritte durchsetzen, keine Gewalt, kein Zwang; bis ein Mal der Staat Besitzer aller Industrieunternehmungen ist, läßt er die Privatindustrie ungehindert neben sich — er nimmt die Konkurrenz mit der nach dem alten Systeme der Nationalökonomie betriebenen Gewerbsthätigkeit an. Dieses hier nur summarisch angedeuteten Ideen, die Louis Blanc mit einbringlicher Beredsamkeit entwickelt, fanden weder bei den Meistern, noch bei den Arbeitern irgend einen entschiedenen Widerspruch. Ueber das Wesen der Frage war man vollkommen einig, man erörtert nur die Art und Weise der Ausführung, die Mittel zum Zwecke. In dieser Diskussion sprachen die HH. Charpentier, Molowski, Duvernois, Vidal, Tousenel, Chapelle, Leplay, Duvergier u. A. Louis Blanc beantwortete alle Einwürfe mit großer Zuversicht und Bestimmtheit. Der Beschluß selbst wird nun in mehreren Sitzungen ausgearbeitet und dann in der Nationalversammlung zur Berhandlung gebracht werden.

Ueber die Ereignisse in Berlin und Preußen sind fortwährend die abenteuerlichsten Gerüchte im Schwunge, die bei der großen Erregtheit der Gemüther und nach so manchen außerordentlichen Ereignissen der letzten Wochen das bereitwilligste Gehör finden. Hr. Reth-

Digitized by Google

schild soll auf die Frage: ob er die Nachricht vom gewaltsamen Tode des Königs glaube? erklärt haben, er würde unbedenklich glauben, wenn man ihm sagte, der Mond sei vom Himmel gefallen.

Man kündigt für den 30. März die Revolution von Belgien zur Errichtung der belgischen Republik an. Man glaubt an keinen Widerstand von Seite König Leopolds und hofft, daß die Umwälzung ohne einen Schwertstreich vor sich gehen wird.

Auf dem Marsfelde, vor dem Stadthause, vor dem Pantheon und auf andern öffentlichen Plätzen sind mit großen Feierlichkeiten Freiheitsbäume aufgepflanzt und überall von der Geistlichkeit des Pfarrbezirks eingesegnet worden.

Abdel-Kader hat einen Brief an die provisorische Regierung gerichtet, worin er sie bittet, die mit ihm geschlossene Uebereinkunft zu halten. Er verspricht auf das Feierlichste, nie mehr nach Algier zurückzukehren, die französischen Besitzungen in Afrika nicht zu beunruhigen, und will seine Tage in Medina und Mekka im frommen Gebete beschließen.

Die Staatspapiere fallen fort und fort: 3% 44 Fr. 50. 5% 64 Fr. 50.

## Italien.

† Chur, 24. März. Nachdem die Mailänder Post mehrere Tage ausgeblieben und nur unbestimmte Gerüchte über das Schicksal jener Stadt hieher drangen, erfährt man nun folgende Angaben. Nachdem die von Radetzki beschligten Truppen sich am 18. in das Kastell zurückgezogen hatten, schiessen sie die Stadt von Außen ein und beschossen sie. Ein Aufruf an alle Städte und Gemeinden der Lombardei zum Aufstand und zur Bildung bewaffneter Kompagnien soll über die Mauern geworfen worden sein; doch rückte man sich bereits an verschiedenen Orten. Am 21. gelang es den aus Bergamo und Umgegend herbeigeeilten bewaffneten Hilfshaufen, die Belagerungslette zu durchbrechen. In Como ergaben sich die Truppen nach hartnäckigem Widerstande aus der Kaserne S. Francesco; mit den ihnen abgenommenen Waffen zieht die Bevölkerung nach Mailand, wo das Kastell bereits den Truppen abgenommen sein soll. Mantua soll ebenfalls in den Händen des Volkes sein; ebenso Cremona, Lodi und andere Städte: überall weht die dreifarbige Fahne. In dem benachbarten Piemont, besonders in Novara, haben sich freiwillige Heerhaufen gebildet, welche, wie es scheint, von ihrer Regierung unterstützt, den Lombarden zu Hilfe eilen. Die Kleroner haben auf dem Splügner Berg die österreichische Mauth vertrieben und den österreichischen Schild abgenommen.

† Chur, 24. März. Mailand ist noch nicht frei, aber es beginnt, Athem zu schöpfen. Am 20. war die Stadt noch ringsum eingeschlossen und wurde von Radetzki (der also nicht gefangen ist) mit Bomben beschossen. Ein Aufruf an alle Städte und Gemeinden der Lombardei zum Aufstand und zur Bildung bewaffneter Kompagnien von je 50 Mann wurde, wie es in demselben heißt, über die Mauern geworfen. Bereits hatten einzelne Truppenabtheilungen die Waffen gestreckt. Am 21. gelang es dem bewaffneten Hilfshaufen aus Bergamo und der Umgegend, die Belagerungslinie von der dem Kastell entgegengesetzten Seite zu durchbrechen und das Bergamothor frei zu machen. — In Como haben sich die Truppen nach hartnäckigem Widerstand in der Kaserne S. Francesco endlich ergeben; ihre Waffen wurden von der Bevölkerung zu Handen genommen, die damit gegen Mailand zieht. Mantua ist in den Händen des Volkes und hat seine provisorische Regierung; die dortige Garnison, meist Italiener, erklärte sich sogleich für das Volk. Auf der ganzen Linie von Mantua über Brescia, Bergame, Lecco, Bellano, Menaggio und Porlezza ist die österreichische Herrschaft gebrochen, wehen Trikoloren und ziehen bewaffnete Haufen der Hauptstadt zu Hilfe. In Chiasso, Casale und Novi (Piemont) bilden sich freiwillige Korps, welche von der piemont. Regierung Waffen und Munition erhalten, angeblich, um die Grenzen schützen zu helfen. Sie werden, wenn's nothwendig ist, wol eher als Freischaaren den Lombarden zu Hilfe eilen. Von Novara sollte am 22. eine Heerhaufe, bestehend aus Freiwilligen von Vercelli, Mortara, Alessandria und Genua nach Mailand aufbrechen. Wir Schweizer können jetzt der österreichischen Regierung für ihre Unterstützung des Sonderbundes den Gegendienst leisten. So schnell hat sich das Blatt gewendet! — Meine Nachrichten gründen sich auf telfinische Bulletins, mündliche Berichte (eines Neufchatellers, der mit einer Schreibtelegrafe der lombard. prov. Regierung anlangte), Handlungsbriefe, die von Cleven und Lecco mit Transitwaaren ankamen. Einzelnheiten mögen unrichtig sein; über die Hauptsachen waltet kein Zweifel. Der Aufstand in Mailand ist am 18. ausgebrochen. Um 10 Uhr Vormittags erschienen Placate mit der telegraph. Nachricht von den Wiener Ereignissen und mit Zugeständnissen. Das Volk schüttelte die Köpfe und zeigte sich Nichts weniger als zufrieden. Um 11 Uhr war kein Mensch mehr auf der Straße zu sehen, die Häuser und Läden schlossen sich. Der Aufstand bereitete sich vor. Um 12 Uhr zeigten sich zahlreiche Massen auf gewissen Plätzen, und Revolutionsgeschrei ließ sich vernehmen. Da benachrichtigte sich das Militär der Getreidevorräthe in der Halle; ein Theil zog sich ins Kastell zurück, ein anderer Theil besetzte die Thore der Stadt. Die Mittagspost konnte noch abgehen, und durch diese erhielten wir hier die erste Nachricht. Seither ist noch keine Mailänderpost angekommen. Deßhalb fahre ich fort, Ihnen zu melden, was wir hier vernehmen, da ich annehme, Sie haben aus Mailand selbst keine Berichte bekommen können. — Der Polizeikommissär aus Poschiavo (graubündnerisches Thal an der Grenze des Veltlins) hat an die hiesige Regierung berichtet, daß im Veltlin alle Ordnung aufgehoben und das wenige Militär entwaffnet sei. Das Veltlin ist nur von ein paar in Sondrio, Morbegno und Tirano zerstreuten Kompagnien besetzt.

Die Nachrichten aus der Lombardei lassen jetzt über den vollständigen Sieg der Mailänder über die Truppen des Generals Radetzki, der noch vor Kurzem eine so herrische Sprache führte, keinen Zweifel übrig. Der schweizerische Konsul in Mailand, schreibt die N. Zürcher Z., hat dem telfinischen Staatsrathe eine Depesche zukommen lassen, von welcher dieser auch der zürcherischen Regierung Mittheilung machte. Diese Depesche beginnt mit den Worten: „Die dreifarbige italienische Nationalfahne flattert auf dem Dome und auf den vornehmsten öffentlichen Gebäuden. Nach fünf Tagen eines glorreichen Kampfes, welcher eines der schönsten Blätter der Geschichte bilden wird, ist diese Stadt von den österreichischen Truppen geräumt worden."

Von Chiasso heißt es im Republicano unterm 23. d.: Triumph in Mailand; der Rest der Truppen ist mit Radetzki geflohen. Diesen Morgen um 7 Uhr zog das Volk ins Kastell ein. Die Nachricht ist offiziell und läßt keinen Zweifel zu. Das Generalkomité des Krieges hat folgende Proklamation erlassen: „An die Pfarrherren und an alle Gemeindebehörden! Der Feind flieht aus Mailand. In zwei Kolonnen getheilt, zieht er sich gegen Bergamo und Lodi. Es werde demnach durch jedes Mittel für die eigene Vertheidigung und baldige Vernichtung der Ueberbleibsel dieser wilden Horden gesorgt. Der Präsident des Kriegskomités Pompeo Litta. Die Familie Litta ist eine der angesehensten und reichsten Mailands.

Reisende, die gestern den 25. d. in Zürich anlangten und den 23. frühe Monza verließen, berichten Folgendes: Am 23. d. gegen 10 Uhr wurden die Thore Mailands, welche seit dem 18. geschlossen geblieben waren, wieder geöffnet. In Lecco sahen diese Reisende um die Mittagsstunde einen Ausschlaggettel, der dieses Ereigniß verkündete. Dieser Anschlagzettel ging vom Sicherheitskomite in Lecco aus. Es heißt in demselben, daß laut ganz zuverlässiger Berichte alle Thore Mailands wieder geöffnet seien. Darauf stand: es lebe die lombardisch venetianische Republik! In dem Schreiben eines Postoffizianten von Mailand heißt es: „Der Sieg des Volkes ist vollständig. Letzte Nacht nahm der Feind, aufs Aeußerste gebracht durch den Widerstand der Mailänder, eine eilige Flucht. Unser Postdirektor ist geflohen, seine Familie wurde als Geisel zurückbehalten, sowie alle Familien der deutschen Beamten, deren man habhaft werden konnte, besonders derjenigen der Polizei. In diesem Augenblick geht das Gerücht durch die Stadt, daß der Tyrann Radetzky gefangen sei, und ganz Mailand, das sich schon der ausgelassensten Freude überlassen hatte, strömt hinaus, um ihn hereinführen zu sehen."

Wir vernehmen von bemselben Reisenden, daß das Landvolk von den Geistlichen angeführt wird.

Einem Schreiben aus Chur in der Allg. Z. zufolge habe sich die österreichische Truppenmacht bei Verona zusammengezogen.

In Brescia wurde ein Versuch gemacht, die Republik zu proklamiren. Benedig ist noch einem unbedeutenden Auflauf ruhig. In Verona wurden die Jesuiten verjagt; eine schnell errichtete Guardia Civica von 300 Mann nimmt ihr Kollegium als Kaserne ein.

Ein Schreiben aus Innsbruck in derselben Zeitung gibt den Verlust an Menschenleben in Mailand, jedenfalls übertrieben, auf mehrere Tausende an.

† Rapel, 10. März. Der Polizeidirektor hat heute doch durch Maueranschläge die baldige Ausgleichung der sicilianischen Angelegenheiten in Aussicht gestellt und die Abreise des Lords Minto nach Palermo angezeigt. Man will in Fragen, wo sich die beiden Parlamente nicht vereinigen können, die beiden Fürsten Carl Albert und

Digitized by Google

Leopold II. zu Schiedsrichtern wählen, und wo auch diese verschiedener Ansicht sind, soll Pius IX. entscheiden. Hoffen wir, daß Sicilien diese Vorschläge annehme und seine weitere Schwierigkeiten in den Weg lege. Es muß dem Könige Alles daran liegen, die Sache vor Zusammenkunft des Parlaments ins Reine zu bringen, aber auf der anderen Seite ist zu befürchten, daß die Steifheit jetzt, wo die Eröffnung deſſelben vor der Thüre iſt, mehr als je darauf beſtehen werden, das Parlament ſelber einſchreiten zu laſſen. — Um weiteres Blutvergießen zu verhüten, ſchickte man den Kapitän Gagliardi nebſt einem Bevollmächtigten des Lords Minto nach Meſſina, mit dem Auftrage, dort die Feindſeligkeiten ſogleich einzuſtellen. Darauf kam geſtern eine telegraphiſche Nachricht, daß die Meſſinſer von Unterhandlungen Nichts wiſſen wollen und ihr Angriffe fortſehen, bis ſie von Palermo anderweitige Weiſung erhalten haben werden. — Die engliſchen Kriegsſchiffe haben ihren Weg nach Sicilien genommen, die gleiche Richtung verfolgte ein geſtern von Meſſina hieher gekommenes engliſches Kriegsdampfſchiff „der Gladiator“.

† Neapel, 11. März. Bereits geſtern und vorgeſtern retteten ſich vor den Klöſtern der Jeſuiten Haufen junger Leute zuſammen, an deren Spitze ein Prieſter, und ſchrien: abbasso i Gesuiti. Dieſe Zuſammenrettungen wurden immer ſtärker, ſo daß geſtern die Nationalgarde einſchreiten mußte, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, und den Bemühungen unſers Cicerouacchio Don Michele gelang es, die Haufen zu zerſtreuen, während die Nationalgarde die Klöſter beſetzt hielt. Die Jeſuiten verſprachen dieſen Morgen abzuziehen; am frühen Morgen ſtellte ſich daher vor jedes Kloſter ein Bataillon Schützen auf, und eine Abtheilung Reiterei auf, weil man neue Ruheſtörungen befürchtete. Gegen 4 Uhr Nachmittags verließen die Mönche ihre Klöſter in geſchloſſenen Kutſchen. Die Reiterei eröffnete den Zug, ihr folgten die 26 Kutſchen der Mönche, eine jede hatte auf dem Bocke einen Nationalgardiſten und einen zu Pferd zur Seite, auf beiden Seiten des Zugs folgte ebenfalls Nationalgarde, die Schweizer bildeten den Nachtrab. Wie ein langer Leichenzug bewegte ſich das Ganze langſam und ernſt durch die Straßen. Im Hafen erwartete ſie ein Dampfſchiff, das ſie fortbrachte, man vermuthet ins Römiſche oder nach Trieſt, ich fürchte aber, das Dampfſchiff möchte Mühe haben, ſie irgendwo ans Land zu bringen. Wer hätte ſich je dieſen Vorfall träumen laſſen! In der Schweiz muß ein ganzes Land aufſtehen, um dieſe Geſellſchaft zu vertreiben, hier in Neapel, das man ſür einen der feigſten Bellonen ſie ſtehen hielt, genügt ein Haufen junger Leute, um ſie zu vertreiben. Das Aufſtellende bei der ganzen Sache iſt, daß die Jeſuiten abzogen, ohne daß irgend ein Verſuch dazu von Seite der Regierung bekannt iſt, ebenſowenig ging eine Unterſuchung oder Aburtheilung voraus. Man vermuthet nun, die Regierung habe, durch die mehrmaligen Aufläufe und Demonſtrationen eingeſchüchtert, in der Furcht, dieſelben möchten weiter führen, die Jeſuiten gebeten, ſich zu entfernen, und dieſe hatten allerdings Gewalt genug, der Bitte Gehör zu geben, weil ein ſpäterer Befehl doch nicht ausbleiben konnte. Beſſer wäre es vielleicht geweſen, man hätte den Abzug weniger kriegeriſch bewerkſtelligt, die Regierung zeigte damit nur, wie furchtſam ſie iſt. Schon ſcheu die Menge, ſieht, wir dürfen nur verlangen, ſo muß man uns gehen, was wir wollen, und Manchem hat dieſes abgekürzte Gerichtsverfahren Unruhe und Beſorgniß eingejagt. Auch in Lecce und Salerno ſollen Zeſuitenumzüge vorgekommen ſein und dieſe Mönche an erſterm Orte das Feld ebenfalls geräumt haben. Die hieſige Regierung hat mit dem Königreiche der Niederlande einen Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeſchloſſen, der nun auch dieſen Staat den meiſt begünſtigten gleichſtellt. — Der franz. Geſandte am hieſ. Hofe, Baron von Buſſières, iſt von Lamartine proviſoriſch in ſeinen Funktionen beſtätigt worden. Ein hieſiges Journalchen erzählt, die Gelehrten Berlins hätten ſich vereinigt, um das Wort Konſtitution in ihre Sprache zu überſetzen und archäologiſch zu entziffern; man habe dazu die bedeutendſten Akademiker Neapels eingeladen, ihnen zu helfen. — Armes Preußen, ſo weit iſts gekommen, daß ſich Neapel über dich luſtig macht.

† Neapel, 13. März. An die Stelle des zurückgetretenen Conforti wurde der Advokat Teodoreo Cacace zum Polizeipräfecten ernannt, der den Poſten bereits angenommen hat. Der Finanzminiſter, Fürſt Dentice, hat ſeine Entlaſſung verlangt, wahrſcheinlich wird ihn J. Savarese erſetzen. Hr. Dentice iſt einer von denen, deſſen Verluſt weniger fühlbar ſein wird. Der Miniſter für die Grazia und Giuſtizia iſt bereits wieder entlaſſen worden und an ſeine Stelle Joſeph Marcarelli, bisheriger Beiſitzer des Kriminalgerichts getreten. Der zur Anfertigung der Wahllisten feſtgeſetzt geweſene Termin hat müſſen verlängert werden, wegen Saumſeligkeit der ſich meldenden Wähler für die Deputirten. Jetzt, wo ſie eine Konſtitution haben, ſind ſie zu träge, nur einen Schritt deßhalb zu thun. Freilich liegt der Hauptgrund in der Unkenntniß des Volkes von der Sache, um die es ſich handelt. Man muß aber Geduld mit den Leuten haben und nicht erwarten, daß Alles auf Ein Mal und mit Sturmeseile komme.

† Neapel, 14. März. Heute erſchien eine kgl. gegen öffentliche Zuſammenrottungen. Bei Vorkommen ſollen ſolche durch einen Polizeiagenten drei Mal aufgefordert werden, ſich zu zerſtreuen, im Verweigerungsfalle hat die Nationalgarde das Recht, von der ihr zu Gebote ſtehenden Gewalt Gebrauch zu machen. Ein anderes Dekret enthält das Geſetz für die Nationalgarde. Dieſelbe ſoll alsbald durch das ganze Königreich organiſirt werden, ihre Uniform wird künftig der römiſchen gleich ſein, blauer Ueberrock und Beinkleider, Helm und kurzes Schwert. — Das franzöſiſche Dampfſchiff Descartes brachte aus Parlermo die Nachricht, daß die Sicilianer auch mit den letzten Konceſſionen des Königs ſich nicht begnügen und Lord Minto endlich müde iſt, mit dem Generalkomitée weiter zu unterhandeln. Sicilien will die Feindſeligkeiten einſtweilen einſtellen, aber den Entſcheid ſeinem Parlament überlaſſen. Nach Meſſina wurden dieſer Tage wieder zwei Kanonen Artillerie geſchickt; die Regierung hat noch nicht Luſt, jene Feſtung aufzugeben. Die letzten telegraph. Nachrichten von daher ſind vom 12. und ſagen, daß das Schießen auf beiden Seiten zwar etwas aufgehört habe, aber nur um ſich zu neuen Angriffen zu rüſten. Meſſina, beſonders die Meerſeite, ſoll bereits arg zuſammengeſchoſſen ſein. — Man will wiſſen, der Desartes habe die Prinzeſſin v. Joinville und die Herzogin v. Aumale an Bord. Dieſes Dampfſchiff hatte bei ſeiner Ankunft die dreifarbige Fahne der geſtürzten Regierung aufgeſteckt, während andere franzöſ. Kriegsſchiffe ſchon die neue Fahne der Republik tragen.

## Ungarn.

Preßburg, 19. März. Der Vicekönig Erzherzog Stephan iſt geſtern Nachmittag inkognito hier eingetroffen. Beide Tafeln traten um 2 Uhr Nachmittags zuſammen und erklärten einſtimmig alle bäuerlichen Roboten und Unterthänigkeiten für aufgehoben. Der Premierminiſter Batthyanyi und Koſſuth gaben die unbeſtimmte Verſicherung, daß der Staat den Grundherren eine Entſchädigung gewähren werde. Es wurden ſofort Eilboten nach allen Gegenden ausgeſendet, welche den Bauern ihre Freiheit verkündigen ſollen. Die Kapitelbepräſentanten leiſteten im Namen ihrer Kapitel Verzicht auf alle Entſchädigung für die Zehnten. Den Freiſtädten, welche bisher zuſammen nur Eine Stimme in der Ständetafel hatten, wurden ſofort 16 Stimmen, und den Kapiteln, welche ebenfalls nur Eine Stimme zuſammen hatten, volles Stimmrecht ertheilt. (D. A. Z.)

## Nachſchrift.

Aus den eben erſt angekommenen Berliner Blättern erſehen wir, daß der Graf von Arnim zum Landtagskommiſſär für den Vereinigten Landtag ernannt iſt. Ferner berichtet die Allg. preuß. Z. aus Berlin, 25. März: Eine aus Poſen hier angelangte Deputation, an deren Spitze der Herr Erzbiſchof v. Przyluski ſteht, hat an den König die Bitte gerichtet: „eine nationale Reorganiſation des Großherzogthums Poſen allergnädigſt zu geſtatten, und zwar eine ſolche, welche ſich ſchnell, aber ruhig und geſetzlich entwickeln ſolle, unter dem Schirme Sr. Maj. des Königs.“

Unter Angabe der Mittel, mit welchen dieſer Zweck ihrer Anſicht nach zu erſtreben ſei, hat die Deputation die Bildung einer proviſoriſchen Kommiſſion aus Männern des allgemeinen Vertrauens erbeten, und eine ſolche iſt von dem König in dem nachſtehenden Erlaſſe bewilligt worden:

„Auf den Mir von Ihnen vorgetragenen Wunſch will ich gern eine nationale Reorganiſation des Großherzogthums Poſen, welche in möglichſt kurzer Friſt ſtattfinden ſoll, anbahnen. Ich genehmige daher auch die Bildung einer Kommiſſion aus beiden Nationalitäten, die mit Meinem Oberpräſidenten gemeinſchaftlich über dieſe Reorganiſation zu berathen und nach dem Reſultat dieſer Berathung Mir die nöthigen Anträge zu ſtellen haben wird. Die gedachte Kommiſſion kann aber nur wirkſam ſein, wenn und ſo lange die geſetzliche Ordnung und die Autorität der Behörden im Großherzogthume Poſen aufrecht erhalten wird. Berlin, 24. März. Friedrich Wilhelm.“

Verantwortlicher Redakteur G. Gerwinus.

Digitized by Google

## Der deutsche Reichstag. Von Robert Mohl. IV.

Wir haben uns somit Raum gemacht, um mit wenigen Strichen das Verhältniß der Reichsregierung, d. h. des Kaisers und des Reichstages, zu den einzelnen Bundesstaaten bezeichnen zu können.

1) Das deutsche Bundesrecht wird gegen Außen ausschließlich vom Kaiser vertreten. Nur er hat aktives und passives Gesandtschaftsrecht gegenüber fremden Staaten; er schließt Namens des deutschen Reichs Verträge. Alle einzelnen Bundesstaaten haben sich bei Beschwerden oder Wünschen in Beziehung auf auswärtige Staaten an den Kaiser um Vertretung zu wenden. Falls ein Bundesstaat auch außerhalb des Reiches Besitzungen hat, so berührt ihn diese Beschränkung hinsichtlich derselben nicht; allein alle aus diesem weiteren Verhältnisse entstehenden Verpflichtungen oder Verwicklungen bleiben auch dem Bunde fremd und können nicht mit den demselben zugehörigen Kräften an Menschen oder Geld erledigt werden.

Anm. Die Neugestaltung Deutschlands macht allerdings ein Aufgeben der Gesandtschaften unter den Bundesstaaten selbst nicht nothwendig. Allein es wäre sehr wünschenswerth, daß auch diese ganz aufhören. Ihre völlige Nutzlosigkeit liegt am Tage. Wenn irgendwo ein Geschäft zu besorgen war, zu welchem gründliche Kenntnisse in irgend einem Fache erforderlich sind, mußten immer Kommissäre neben den zu solcher Besorgung ausfüßigen Gesandtschaften abgeordnet werden. Die laufenden Geschäfte aber können durch schriftlichen Verkehr unter den beiderseitigen Ministerien abgemacht werden. Neuigkeiten liefern die Zeitungen eben so schnell und richtiger. Die Beseitigung dieser Hunderte von überflüssigen Personen würde aber nicht nur Deutschland eine sehr namhafte Summe ersparen, sondern auch, was mir noch weit höher anschlagen, eine künstliche, nicht geistige sondern in der Regel sehr ungeistige, Atmosphäre zerstreuen, in welcher bisher die Fürsten lebten, und welche ihnen leicht den Blick trübte. Weder die einzelnen Staaten der nordamerikanischen Union, noch die Schweizerkantone halten unter sich Gesandtschaften. — Nicht erst der Bemerkung bedarf es, daß es für das deutsche Bundesrecht weit ersprießlicher wäre, wenn es nur aus lauter rein deutschen Staaten bestünde. Allein bei dem, nun einmal nicht wegzuräumenden, gegentheiligen Zustande muß wenigstens für möglichste Sonderung der verschiedenen Interessen gesorgt werden. Eine gefährliche Klippe bleibt hier freilich immer.

2) Friedens- und Kriegserklärungen, Schutz- und Trutzbündnisse, Handels- und Schifffahrtsverträge, endlich solche, welche dem Reiche eine Last auferlegen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages.

3) Nur das deutsche Reich, nicht aber auch der einzelne Bundesstaat, unterhält ein Heer, sowohl an stehenden Truppen als an Landwehr. Der verantwortliche Kriegsminister des Reiches hat die Verwaltung dieses Heeres und im Frieden unter dem Kaiser den Befehl. Technische Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung werden durch kaiserliche Verordnungen bestimmt, müssen aber die gleichen für das ganze Heer sein. Den oder die Feldherren im Kriege ernennt der Kaiser; auch sie sind dem Reichstage verantwortlich und können vor dem Reichsgerichte wegen politischer, vor einem Kriegsgerichte wegen militärischer Handlungen angeklagt werden. Die stehenden Truppen sind, so weit sie nicht zur Besatzung von Festungen und anderen allgemeinen Sicherheitsdienst verwendet werden müssen, möglichst gleichförmig, jedoch in militärisch richtigen Abtheilungen über das Reichsgebiet zu vertheilen. Wegen außerordentlicher Zutheilungen haben sich die Regierungen der Bundesstaaten an den Kriegsminister zu wenden. Die Ordnung und Verwendung der Bürgerwehren bleibt den einzelnen Landesregierungen.

Anm. Die Bestimmung, daß ein Bundesstaat kein eigenes Heer unterhalten darf, beziehe sich nicht auf die österreichischen, dänischen und holländischen Staaten außerhalb des Bundes; allein eben daraus geht auch mit Nothwendigkeit hervor, daß die ungarischen, italienischen u. s. w. Truppen nie in Deutschland stehen, noch umgekehrt ein Theil des Reichsheeres in jene Länder gesendet werden kann, den Fall eines verfassungsmäßig erklärten Reichskrieges ausgenommen.

4) Der Reichstag bestimmt die Größe der verschiedenen Bestandtheile des Heeres, die Art ihrer Bildung und Ergänzung, Sold und Verpflegung, das System der Stellenbesetzung, die Pensionsordnung, die Belohnungsweise, das Strafgesetz.

5) Die gleichen Bestimmungen, wie beim Heere, gelten auch hinsichtlich einer vom deutschen Reiche etwa zu gründenden Kriegsmarine; namentlich würden die Beschlüsse über die Zahl und die Art der zu erbauenden Schiffe beim Reichstage stehen.

6) Dem Reichstage steht Gesetzgebungsrecht und das Recht der authentischen Auslegung in nachstehendem Umfange zu:

a. Bestimmung der staatsbürgerlichen Rechte jedes Deutschen;
b. Feststellung des Minimums der Rechte deutscher Ständeversammlungen;
c. die Handels- und Schifffahrts-Gesetze, sammt den damit zusammenhängenden Vorschriften über den Gebrauch der Flüsse, Straßen und Eisenbahnen, über Gewerbsordnung, Münze, Maß und Gewicht, Erfindungspatente und Nachdruck;
d. die Gesetzgebung allgemeiner Gesetzbücher in bürgerlichen und in Strafsachen, sowie über Prozeß- und Gerichtswesen. Bis zu deren Vollendung aber die Feststellung bestimmter Rechtsanstalten, welche in keinem Bundesstaate fehlen dürfen und von jedem derselben in gegebener Frist seiner Landesgesetzgebung einzuführen sind, so namentlich der Schwurgerichte in Strafsachen, der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit jedes gerichtlichen Verfahrens, der Beseitigung unmenschlicher Strafarten, der Lossprechung von der Instanz unter Belastung mit Rechtsnachtheilen.

Anm. Deutschland kann die nothwendige Jahre in Anspruch nehmende Vollendung von Reichsgesetzbüchern nicht abwarten, um sich von dem Wuste von Einrichtungen befreit zu sehen, welche künftige Beschränktheit der Rechtsgelehrten und Willkürgeist der Regierungen auf seinen Rechts- und Gerichtszustand gehäuft haben. Der gesunde Menschenverstand des Volksrathes und sein Bewußtsein staatlicher Freiheit muß daher Spielraum haben, wenigstens den ärgsten Unfug mit eisernem Besen wegzufegen.

e. Die Gesetzgebung über Bildung des Bundesheeres, der Landwehr und der sonstigen Volksbewaffnung, die Militärstrafgesetze, Beförderungs-, Ruhegehalts-, Belohnungsgesetze.
f. Vorschriften zur Beisteuerung sittlich und staatlich verderblicher Einrichtungen einzelner Länder, insofern solche über die engeren Grenzen hinaus fühlbar oder entehrend sind.

Anm. Wir sehen wohl ein, daß hier möglicherweise Eingriffe in die Regierungsrechte der einzelnen Staaten vorkommen können; allein nicht nur ist die Gefahr nicht groß, daß sich eine zahlreiche Versammlung ohne mindestens sehr scheinbaren Grund dazu hinreißen lasse, und gar daß der Fürstenrath zustimme, sondern es ist am Ende auch das geringere Uebel, wenn hier zu viel gethan wird, als wenn die Unmacht der Absicht ganz Deutschland beschimpfen läßt und selbst beschimpft.

g. Alle Verschärfen, welche zur Durchführung und Aufrechterhaltung seiner Aufgabe nöthig sind.

Anm. Oder will man etwa das Gegentheil feststellen??

7) Der Reichstag hat die Einnahmen und die Ausgaben des Bundes festzusetzen, die Einnahmen durch die Reichsbeamten einziehen, die Ausgaben durch solche leisten zu lassen, endlich die Rechnungen der Reichsregierung zu prüfen und zu genehmigen. Ebenso steht ihm im Nothfalle die Befugniß zu, Anleihen zu machen, für welche die Gesammtheit haftet.

Anm. Die schmählichsten Erfahrungen des früheren deutschen Reichs lassen es als unerläßliche Nothwendigkeit erscheinen, daß das Reich die ihm nöthigen Gelder selbst einziehe, nicht aber sie nur nach einer Matrikel auf die einzelnen Bundesgebiete umlege und dann die Lieferung von den einzelnen Regierungen erwarte. Wer weiß nicht, daß es niemals gelang, die nöthigen u. schuldigen Summen zu erhalten, daß selbst die Reichsoperationskasse in den dringendsten Fällen der Zuschüsse entbehrlich? nun aber nicht eine allzu ausgedehnte Finanzverwaltung und ein Heer von Beamten zu erhalten, scheint es nöthig, daß das Reich solche Einkommentheile wähle, welche ohnedies vorhanden und leicht zu beziehen sind. Hierzu rechnen wir vor Allem die Zolleinnahme, da künftig das Bundes- und Zollwesen ohnedem Sache des Ganzen ist. Etwaige Ueberschüsse können immerhin nach dem bisherigen Maßstabe vertheilt werden. Ohne vollständiges und auf eigene Volkziehung begründetes Finanzwesen bliebe das Reich eine Bettelanstalt.

8) Das Reichsgericht hat eine doppelte Bestimmung. Erstens: über die von einem der beiden Räthe des Reichstags gegen Reichsbeamte gestellten Anklagen zu urtheilen, Streitigkeiten über Rechtspunkte zwischen Landesregierungen und Ständeversammlungen zu entscheiden, Beschwerden deutscher Bürger über Verkümmerung der

Digitized by Google

reichsgesetzlich ihm zustehenden Rechte zu erledigen. Zweitens ist es Kassationshof in allen bürgerlichen und Strafsachen, sobald die allgemeinen Reichsgesetzbücher werden zu Stande gebracht sein. Außerdem leistet es noch gelegentliche Dienste als Gesetzgebungskommission bei Rechtsgesetzen. — Dasselbe wird besetzt vom Reichstage in gemeinschaftlichen Wahlsitzungen, zunächst bis zur Zahl von 20—30 Mitgliedern, nach Eintritt der Kassationsgeschäfte in vermehrter Anzahl bis zur Deckung des Bedürfnisses. Seine Geschworenen nimmt es auch den Mitgliedern des Volksrathes durch Loos, bei Anklagen, welche vom Volksrathe ausgehen, aus einer Liste von 100 deutschen Männern, welche vom Reichstage festzustellen ist. Es hat seinen Sitz an demselben Orte mit dem Reichstage.

Anm. Daß eine Ausnahme von dem Grundsatze, der Kaiser (unter Verantwortlichkeit des Reichsministeriums) habe die sämmtlichen Reichsbeamten zu ernennen, hinsichtlich der Mitglieder des Reichsgerichts zu machen ist, bedarf wohl keiner Ausführung. Die Art der Ernennung durch den Reichstag kann allerdings auf mannigfache Weise gedacht werden; nur gegen gänzliche oder theilweise Selbstergänzung des Gerichtes muß Verwahrung eingelegt werden. Solche ist auf die Dauer der Untergang aller Tüchtigkeit und Ehrenhaftigkeit.

9) Sämmtliche der Reichsregierung nicht ausdrücklich eingeräumte Regierungsrechte bleiben den einzelnen Gliederstaaten, in welchen sie nach den Grundsätzen der Landesverfassung zu üben sind.

**Oesterreich.** Wien, 22. März. Das kaiserliche Amnestiedekret lautet: „Wir Ferdinand I. ꝛc. Um Unsern getreuen Unterthanen einen weiteren Beweis Unserer Vertrauens zu geben, und ihnen zu zeigen, wie sehr Wir geneigt sind, selbst gegen Verirrte Gnade zu üben, sohin von dem Uns diesfalls zustehenden Rechte Gebrauch zu machen, haben Wir Uns bewogen gefunden, insbesondere rücksichtlich Unserer Königreiche Galizien und Lodomerien, dann des lombardisch-venezianischen Königreichs folgende Bestimmungen zu treffen: Erstens: Sämmtlichen in den Königreichen Galizien und Lodomerien, mit Einschluß des Krakauer Bezirks, dann im lombardisch-venezianischen Königreich wegen Hochverraths oder Störung der innern Ruhe des Staats in Untersuchung gezogenen und gegenwärtig in der Strafe befindlichen Individuen vom Civilstande ist die noch übrige Strafzeit nachgesehen, sofern sie nicht auch anderer Verbrechen schuldig erkannt worden sind. Zweitens: Bezüglich der bei den Gerichten der gedachten Königreiche wegen solcher Verbrechen verhafteten, aber noch nicht definitiv abgeurtheilten Individuen soll jedes weitere Verfahren niedergeschlagen und eine neue Untersuchung wegen ähnlicher Thatsachen, welche lieser Unserer Entschließung vorausgegangen sind, nicht mehr eingeleitet werden; jedoch sollen sie im ersten und in dem gegenwärtigen Absatze erwähnten Individuen, wenn sie Ausländer sind, sogleich aus Unseren Staaten abgeschafft werden und dieselben nur mit Unserer ausdrücklichen Ermächtig wieder betreten dürfen. Drittens: Jene Leute aus den gedachten Königreichen, welche, weil sie in politische Umtriebe verflochten oder dabei compromittirt waren, an einen andern Ort konfinirt wurden, sind in den Genuß ihrer Freiheit zu setzen. Viertens: Diejenigen welche aus gleichen Gründen einem speziellen Verbote unterzogen wurden, sind von diesem loszuzählen. Sonach erwarten Wir mit Zuversicht, daß durch diese Unsere Bestimmungen die Gemüther sich beruhigen, Ruhe und Ordnung überall zurückkehren, und Unsere getreuen Unterthanen Uns die Liebe und Anhänglichkeit beweisen werden, die sie bei so vielen Gelegenheiten rühmlichst bewährt haben. Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, den 20. März im einundsend achtbundert achtundvierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre. Ferdinand. Franz Graf v. Kolowrat, prov. Minisiterpräsident. Ludwig Graf v. Taaffe, Minister der Justiz. Franz Frhr. v. Pillersdorff, Minister des Innern. Nach Sr. k. k. apostol. Majestät höchsteigenem Befehle: Wenzeslaw Ritter v. Zaleski, k. k. Hofrath.

### Italien.

* Rom, 16. März. Das konstitutionelle Prinzip hat den größten, den bewundernswürdigsten seiner Triumphe gefeiert: selbst der Papst hat es anerkannt, hat es geheiligt. Die Verfassung, welche noch vorigen Sommer von den liberalsten unserer Fortschrittsmänner kaum in den Mund genommen wurde, die Sterbini selbst als jenseit der Tageswünsche gezogen bezeichnete, die die Starren und die Beweglichen einhellig für ein Ding der Unmöglichkeit erklärten, sie ist erschienen und in einer Weise erschienen, die die kühnsten Erwartungen übertroffen hat. — Dieses Ereigniß ist mit ungetheilter Freude begrüßt worden. In ihrer reinsten Weise ist sie dem großmüthigen Geber eines solchen unverdienterweise Gute zu Theil geworden. Sein Antlitz leuchtete recht eigentlich vor Freude, als er gestern Nachmittag auf dem Balkon des quirinalischen Palastes erschien, um die dankend herangezogene Menge zu segnen. Es war ein unbeschreiblich erhebender Anblick, welchen diese Freude an der Freude darbot. Pius IX. vermochte sich kaum von dieser herrlichen Scene zu trennen. Mehrere Minuten noch blieb er nach vollzogener Segenshandlung auf dem Söller stehen und betrachtete sich die jubelbewegten Massen so recht mit Wohlgefallen. Der Moment war ein großer. Von seiner Seite namentlich war er mit großen und anhaltenden Besorgnissen, mit unablässigen Arbeitsmühen, mit der Bekämpfung so vieler Zwietracterregungen, mit namenlosen Opfern an Zeit und Seelenruhe erkauft worden. Er schien sich mit Augen überzeugen zu wollen, daß Alles gut sei. — Welche Bangnisse man ihm namentlich in den letzten Tagen beigebracht hatte, geht aus den wiederholten Aufrufen zu Genüge hervor, die er namentlich an die Civica gelangen ließ. Noch vorgestern Abend erschien ein solcher. Es war in jenen verhängnißvollen Augenblicken, in welchen die Jesuiten selbst es nicht mehr für möglich zu halten schienen, länger hier zu verweilen. Der General selbst soll den Papst um den Befehl zur Auflösung des Ordens gebeten haben. Hierein aber willigte der charakterfeste Kirchenfürst nicht. Wie gut es gewesen ist, daß er es nicht gethan hat, zeigte sich alsbald. Denn die Bevölkerung Roms, jene Massen, welche von denjenigen Dingen, die die Jesuiten allein verhaßt machen, keine Ahnung haben und keine Notiz nehmen, denen aber die Wohlthaten, durch die sie sich in einer sehr großartigen Ausdehnung nützlich und wohlthätig erweisen, lebendig vor der Seele stehen, erklärten sich entschieden gegen den Abgang derselben und scheinen sogar ihre Bereitwilligkeit erklärt zu haben, sie thätlich zu unterstützen. Kurz sie bleiben jetzt und hatten gestern Abend beide Häuser erleuchtet.

### Amerika.

Rosa, der amerikanische Minister für die auswärtigen Angelegenheiten hat ein Rundschreiben an die Gouverneure der Provinzen erlassen, worin er sie von einem Friedensvertrag in Kenntniß setzt, welcher in Guadeloupe unterzeichnet worden und der Berathung des Nationalkongresses unterstellt werden soll. In Washington glaubte man jedoch, daß dieser Vertrag Seitens Amerika schwerlich bestätigt werden dürfte. Die Whigs wollen ihm in bestimmtere Formen gedracht wissen. Inzwischen haben die Aussichten auf endliche Beilegung der Zwistigkeiten mit Mexiko die Regierung in Stand gesetzt, die von ihr beabsichtigte Schafscheinanleihe auf günstige Bedingungen zu kontrahiren. Die schwierigen Verhältnisse der Republik Venezuela haben die Ausmerksamkeit der Reg. auf sich gezogen und sie veranlaßt, 2 Schiffe nach La Guayra abzusenden, um wo möglich zur Beilegung des unter der Bevölkerung Venezuelas ausgebrochenen unglücklichen Bürgerzwistes mitzuwirken, auch wohl die Uebergriffe, welche etwa England auf diesen Theil des amerikanischen Festlandes deabsichtigen möchte, zu überwachen. Nach einer aus Chihuahua erhaltenen Nachricht war das Heer der Nordamerikaner gegen diese Provinz im Anzuge, um sie in Besitz zu nehmen. Widerstand erwartete man nicht. Die Kongreßverhandlungen waren bisher keiner großen allgemeinren Bedeutung. Levin, Mitglied für Pensylvanien, hielt eine Rede gegen den Vorschlag einer diplomatischen Sendung nach Rom, bei welcher Gelegenheit er sich äußerst bitter über den Papst auslies, der entweder sein Reformer oder ein heuchlerischer, falscher Reformer sei. Man fürchtete übrigens eine schlimme Handelskrisis, und daß im Laufe von sechs Monaten viele Kaufleute zu Grund gehen würden; es gehe deren eine große Zahl, bei denen der Schein des Reichthums nur künstlich erhalten werde.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ruer n. Comp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werde man sich an G. H. Alexander Strasbourg 20 Boulevards, Paris 32, Rue Notre Dame des Bonnets.

# Deutsche Zeitung.

Die Heidelberger Zeitung besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 1 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 90. Heidelberg, Donnerstag 30. März. 1848.

Mit dem 1. April beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement auf die **Deutsche Zeitung.** Der Preis für die Monate April, Mai und Juni ist bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg 2 fl. 30 kr.; im Umfang des Großherzogthums Baden durch die Post bezogen 3 fl. 6½ kr., wozu auswärts noch der Postaufschlag kömmt.

Die Politik und die Verfassung für Deutschland, welche die Deutsche Zeitung von ihrer Entstehung an aufgestellt und verfochten, haben durch die Ereignisse Geltung erlangt. Die große Zahl tüchtiger Mitarbeiter, welche an dem Blatte mitwirken, setzt uns in den Stand, über die Ereignisse in allen Theilen Deutschlands und im Auslande zuverlässige Berichte schnell mitzutheilen und unser Urtheil über den Gang der Entwicklung und das, was dem Vaterlande frommt, mit den Ereignissen gleichen Schritt gehen zu lassen.

Die Verhandlungen der badischen Kammer, welche in diesen Monaten durch die Berathungen der Gesetzentwürfe für die Sicherung der Volksrechte besondere Wichtigkeit erlangen, werden wir aus den unmittelbarsten und zuverlässigsten Quellen mittheilen.

## Uebersicht.

Die Bundesverfassung. — Wien (Parteikämpfe und Unruhen in Ungarn). Berlin (Große Volksversammlung. Umgestaltung der Allg. Pr. Z. Abschiedsworte des Ab. Brodhausen. Truppenmärsche wegen der bedrohten Herzogthümer. Aufruf zu Adresse der Noth). Breslau (Protest tarifernunruhe. Truppenaufstellungen an der Grenze. Räuberische Streifzüge der Kosaken). Königsberg (bürgerfreundlicher Befehl an den kommandirenden General. Eine russische Depesche). Posen (Aufstehung des Staatsrechts. Die Wiederherstellung Polens). Nürnberg (Eisenmann als Vertreter Nürnbergs nach Frankfurt). Dresden (Prof. Biedermann nach Berlin gesandt). Hannover (das Ungewitter der jüngsten Veränderung. Kritik des Ministeriums. Der Abgeordnete nach Frankfurt). Kurfürstenthum Oesterreich unter Bürgerwehr einstimmig angenommen. Gesetzentwürfe über Aufhebung der Zaagrechte und Militärarchivdiebarkeit. Die Freischaarenzüge von Belten). Heidelberg (die Freischaarenumtriebe). Kassel (Intrigen zum Bundesparlament ernannten Kriegsminister provisor. Regierung. Die dänische Bewegung. Preußische Hilfe. Die Deputation). Schleswig (die ersten Schritte der provisor. Regierung. Neuordnung besetzt. Eine dänische Landung erwartet. Schreiben des Königs von Preußen an den Herzog von Augustenburg). Kiel (Gerüchte von einer feindlichen Wendung).

**Schweiz.** Bern. Die Bundesreform.

**Belgien.** Die nach Brüssel bestimmte Freischaar gefangen genommen.

**Frankreich.** Verbot der Generalversammlichkeit in Gastwirthschaften und Klöstern. Zwangsverkauf der Zettel der Provinzialbanken. Verminderung der Schularbeiten. Gratisvorstellungen des Theaters der Republik. Arbeitslosigkeit. Wachsende Spannung zwischen Besitzenden und Proletariat. Sinken der Kredit der provis. Reg. Die Opposition C. Girardins und ihre Gesahren.

**Italien.** Kriegserklärung des Königs von Sardinien an Oesterreich. Ehrr. Sieg des Aufstandes in Mailand. Schreiben des schweizer. Konsuls. Revolution in Venedig. Venedig sagt sich von Oesterreich los. Rom. Bestrichtungen. Das konstitutionelle Ministerium. Gerüchte von freimilligem Rückzug der Jesuiten. Brief Gioberti's. Jesuitenverbot.

**Beilage.** Karlsruhe (Kammerverhandlungen über das deutsche Parlament). Breslau (Bauernunruhen). Würtemberg (die Volksversammlung in Göppingen). Heidelberg (Aufruf). Aus Hannover (Bauernunruhen an der Weser und im Donaubrüchen). Mainz (die Unruhen). Frankfurt (Vorbereitungen zum Empfang der Abgeordnetenversammlung). Belgien. Brüssel (die Erhebung im Luxemburgischen. Forderungen des Volkes).

### Heidelberg, 29. März.

Wenn die konstitutionellen Monarchien in Deutschland erhalten werden sollen, wenn es Ernst mit dieser Verfassungsform ist, so muß sie wie den Grundstein so auch den Schlußstein des deutschen Staatsgebäudes bilden. Eine erbliche Monarchie, von demokratischen Institutionen umgeben, muß die durchgreifende Staatsform von Oben bis Unten sein. Nur dann wird auf Einheit gehofft werden können wie auf Freiheit. Auf Macht und Stärke aber auch dann nur in dem Falle, daß die erbliche Würde des Bundeshauptes auf eine der beiden Großmächte übertragen wird, auf Oesterreich oder Preußen.

Wir hoffen, daß die Köpfe in Deutschland weder so hart sind noch so heiß, daß sie uns nicht die zufälligen Fürsten von Oesterreich und Preußen im Eifer mit den Staaten von Oesterreich und Preußen zusammenwerfen und verwechseln. Wir wissen so gut wie Einer und sind so überzeugt wie Einer, daß der gegenwärtige Kaiser von Oesterreich nicht zum Bundeshaupte geschaffen ist: die Gründe sind aller Welt seit lange wohlbekannt. Wir wissen obensogut, daß der gegenwärtige König von Preußen nicht zum Bundeshaupte gewählt werden könnte: die Gründe sind seit dem 18. März in Jedermanns Brust gelegen; und wie wenig wir und über die öffentliche Stimmung täuschten, hat uns der Ausbruch eines furchtbaren Volkszornwillens unter vielen Tausend Menschen, haben uns die heftigsten Zuschriften aus nah und fern, aus Preußen wie aus dem übrigen Deutschland, dieser Tage genugsam gelehrt. Wir fühlten es in dem ersten Momente, daß der König von Preußen seit jenen Ereignissen für unsere deutschen Dinge unmöglich geworden war. Wir empfanden, daß dem moralischen Gefühle des Volkes das Opfer der Resignation gebracht werden mußte, falls Preußen und Deutschland zusammengehalten werden sollen, und Preußens Königs mußte sehr unpreußisch und undeutsch sein, wenn er um diesen Preis nicht dieses Opfer bringen würde.

Wir haben also, wenn wir von den beiden Großmächten reden, die Staaten und nicht die Fürsten von Oesterreich und Preußen im Auge. Wir wiederholen ausdrücklich, daß wir in Bezug auf die gegenwärtigen Persönlichkeiten auf den Thronen dieser Staaten dem moralischen Gefühle der Völker Rechnung tragen um so lieber, je feinfühliger es ist. Sonst ist es wohl ein Zeichen politischer Neulingschaft unter uns, daß wir uns viel zu viel an Persönlichkeiten stoßen: das politische Gefühl ist bei uns nicht hartschädig genug. Man würde sonst bei uns konstitutioneller sein in diesen Beziehungen, man würde sich sagen, daß die Gesetze und Einrichtungen, die wir uns zu geben im Begriffe sind, gerade dazu dienen sollen, die Persönlichkeiten auf dem Throne gleichgiltiger zu machen; man würde das Selbstgefühl haben, im Kraft dieser Gesetze jede schädliche Persönlichkeit unschädlich machen zu können. Sehe heute ein volksbeliebter Fürst auf dem preußischen Throne und hinter ihm ein despotischer Nachfolger, die kurzsichtige Gemüthlichkeit der Deutschen hatte kein Bedenken, in guter Hoffnung dem Ersteren überalthin zu folgen; daß auf den unerwünschten König von heute morgen ein vortrefflicher Regent folgen könnte, das bringt dieselbe Kurzsichtigkeit, die nicht über den Tag hinausseht, nicht in Anschlag.

Ist der Satz angenommen, daß nur ein erbliches Bundeshaupt unserm deutschen Lande Kraft und wahre Einheit verleihen wird, so ist nur die Wahl zwischen Oesterreich und Preußen. In den von uns mitgetheilten Aufsätzen Robert Mohl's heißt es ganz recht, auf welchen von beiden Staaten die Wahl fallen solle, darüber würden die Stimmen getheilt sein und bleiben. Unser verehrter Kollege entscheidet sich für Oesterreich. Wir sind unserer Sache so überzeugt, nur Preußen sei die rechte Wahl, daß wir den ganzen Sturm der Unpopularität nicht scheuen, auch in diesem gegenwärtigen Momente uns laut für diese Entscheidung aussprechen. Wir wollen sehen, ob die geboren-preußischen Zeitungen, die uns so oft der Preußenfeindlichkeit gezieben haben, nun den Muth haben, uns das mit derselben Energie und Ueberzeugungstreue nachzusagen. Jetzt hätten wir es bequem, unsere Preußenfeindschaft spielen zu lassen, wenn wir im heiligen Abschen vor den Berliner Ereignissen nur so, wie die Masse thut, den König von Preußen mit Volk und Staat identifizierten. Aber jetzt ist die Zeit da, Grundsätze festzuhalten und im Winde der Meinungen wie ein Thurm ungebeugt zu stehen: denn in den Verwüstungen dieser Zeiten, die uns drohen, in denen uns so manche ideale Bestrebung und reale Besitzung verloren gehen mag, ist es gut, sich in seiner ehrlichen Ueberzeugung ein unverängerlich Gut zu erhalten und sich nicht selbst zu verlieren.

Digitized by Google

Ob die politische Erwogenheit in den Berathungen über unsere künftige Verfassung siegen wird oder nicht, wissen wir nicht; es ist uns in dem Strudel der gegenwärtigen Verhältnisse nicht wahrscheinlich, daß sie es wird. Wir sie auch aber zu rathen schrien, müssen wir offen sagen. Wenn es sich nun ein Wahlreich und eine erbliche Monarchie handelt, so scheint uns bei ruhiger staatsmännischen Erwägung kaum eine Wahl zu sein. Wenn für die Erbmonarchie entschieden ist, und es handelt sich um Oesterreich oder Preußen, so scheint uns auch hier kaum eine Wahl zu sein.

Wir können nicht einmal zugeben, daß Oesterreich der bei weitem mächtigere Staat unter beiden ist. Oesterreich ist von der Höhe seiner Macht ganz herabgesunken, es kann jeden Augenblick seine polnischen und italienischen Besitzungen einbüßen, es ist im Innern seiner deutschen Provinzen von der ausstrebenden slawischen Nationalität gefährdet; es ist von Schuldenlast gedrückt, von unentwickelten Reichen gehemmt. Oesterreich, heißt es, hat die Vergrößerungsgelvüstigkeit nicht, die Preußen besitzen; aber Preußen hat die Verkleinerung fürcht nicht nöthig, die Oesterreich quälen muß, und seine Vergrößerungssucht würde ohnehin durch die Verschmelzung mit Deutschland völlig gestättigt werden. Oesterreichs Stern ist seit lange im Sinken; es ist seit lange unglücklich gewesen, und es ist von böser Bedeutung, sich dem Unglücklichen hinzugeben. Oesterreich ist nur halb deutsch; es könnte, selbst wenn es Polens und Italiens ledig wäre, nicht mit allen seinen Besitzungen in den deutschen Bund treten; es stände mit dem Einen Fuße immer außer Deutschland, es hätte immer eine Politik neben der deutschen zu verfolgen: schon dieser Eine Grund ist so durchschlagend und entscheidend, daß Niemandes Stimme für Oesterreich sein sollte, der Deutschland als Einen und Ein Ganzes in die Staatenreihe Europas will eintreten sehen. Auf Oesterreichs staatliche Verhältnisse kann man vielleicht jetzt rechnen, aber wir haben keine Zeit darauf zu warten. Sowie in Preußen die konstitutionelle Ordnung ausgesprochen war, so trat das ganze Volk in Einer Masse auf eine gleiche Stufe zu dem übrigen Deutschland heran: Bildung, Verkehr, Mischung, politische Richtung, Alles stellt hier Gleiche zu Gleichen. Aber in Oesterreich wird es lange Zeit kosten, bis die Folgen der bisherigen Schlagbaume überwunden sind; mit Oesterreichs Konstitution ist das Volk von Tirol und Illyrien noch keineswegs konstituionell geworden; mit Oesterreichs Rückkehr zu deutschen Sympathien ist die innige Gewöhnung, das Einleben in einander noch lange nicht hergestellt, das durch die Universitäten, durch den Zollverein, durch die getrennte Lage der preußischen Provinzen, durch immer regen Fluß- und Reiseverkehr zwischen Preußen und Deutschland mit sich hatte. Preußen ist unser Fleisch und Blut, aber Oesterreich muß es erst wieder werden. Preußen, sagt man, hat seit Jahren, Monaten, Tagen bewiesen, daß es seine Stellung zu Deutschland nicht begreift: aber dieser Begriff ist ihm jetzt schon beigebracht in Einem Tage! Oesterreich aber wird er nicht beizubringen sein in Jahren, denn Oesterreich hat seine Stellung zu Deutschland in Jahrhunderten nicht begriffen. Der Baseler Friede und das jammervolle Verhalten Preußens im Jahre 1805 sind nicht vergessen: aber wie viele Friedensschlüsse konnten wir aufzählen gegen diesen Einen, in denen Oesterreich Deutschlands Interesse verrathen hat! und wie jammervoll war Oesterreichs Verhalten in dem Aufschwung von 1813, wo Preußen wahrlich gut gemacht hat, was es seit Jahren gesündigt hatte! Die Stimmen erheben sich in Deutschland, die Oesterreichs Austritt aus dem deutschen Bunde geradezu begehren: selbst der König von Preußen soll ihn vorausgesetzt und der Diplomatie in Berlin erklärt haben, er spreche die Leitung der deutschen Dinge nur an, wenn Oesterreich nicht in die deutsche Reform eintrete. Vor Jahren wandten alle umsichtigen deutschen Publicisten Oesterreich den Rücken; zu solchen extremen Resignationen kommt man in einer aufsebenden Nation nicht ohne schwerwiegende Gründe: diese Gründe sind nicht allein in der Geschichte, sondern in dem gegenwärtigen Zustande und der Kluft gelegen, die Oesterreich von Deutschland trennt und die nicht plötzlich auszufüllen ist. Daß Oesterreich unsern deutschen Namen in allen Auslanden dem Spotte Preis gegeben hat, wird man ihm nicht sobald vergeben, und seiner wenig geachteten Vertretung kann man es nicht überlassen, ihm schnell wieder Achtung zu schaffen. Für eine Leitung der deutschen Angelegenheiten gehören große, gewaltige Talente; sie sind in der ganzen Welt, auch in Deutschland äußerst selten; sehr möglich, daß unser Glück und nächste Zukunft eben an dieser Klippe, und baldigst scheitern wird; aber von Oesterreich (wir machen dem Volke keinen Vorwurf, sondern dem bisherigen System) würden jetzt diese Talente am spärlichsten ausgehen, ja, sie würden von Oesterreich am wenigsten glücklich und sicher nur gewählt werden können.

Denn die Folgen des Verbummungssystems werden noch wenigstens auf eine Generation in Oesterreich fortdauern müssen, während wir in Preußen dessen dürfen, ganz frische Kräfte der Intelligenz in den neugebornen Staate hervor treten zu sehen. Ganz Deutschland ruft jetzt nach Religionsfreiheit und Geschwornengerichten: Oesterreich hat diese Forderungen nicht in das Programm seiner Reform aufgenommen, und es wäre wohl bei dem Bildungsstande der Nation nicht weise, sie ohne Weiteres aufzunehmen: aber wir können den Staat dann nicht an die Spitze Deutschlands voran stellen wollen, der am weitesten zurück ist. Eine Verbindung Deutschlands mit Oesterreich wird dem Letztern mehr geben als Deutschland von ihm empfängt: die Intelligenz der deutschen Bevölkerung wird in kurzer Zeit wieder obenan treten und wird derselben die Herrschaft in Oesterreich wieder verschaffen, die sie zu verlieren im Begriffe war und ist; für diesen großen moralischen Aufschwung ist es nicht zu viel verlangt, daß und Oesterreich die materielle Macht seiner deutschen Besitzungen und den Einfluß seiner großmächtigen Stellung darbiete.

Mit Oesterreich muß begonnen werden, wenn das Ganze in Deutschland gedeihen soll. Oesterreich soll und das Opfer bringen, sich trotz seiner Macht dem deutschen Bunde anzuschließen und unterzuordnen: es soll den Vortheil der geistigen Regeneration seiner deutschen Provinzen dafür hinnehmen. Die kleinen Fürsten sollen das Opfer bringen, auf Wahl und Alternation zu verzichten, und sollen dafür den Vortheil einziehen, als die Genossen eines mächtigen Bundes die imposante Stellung einer Großmacht zu theilen. Preußen soll die Ehre und der Vortheil zufallen, an die Spitze dieses Bundes zu treten. Was ist das Aequivalent, das wir zum Vortheile Deutschlands dafür verlangen? Soll Preußen allein Vortheile ernten, ohne Opfer zu bringen? Keineswegs! Es soll und seine Selbstständigkeit zum Opfer bringen; es soll mit allen seinen Provinzen in den Bund treten, es soll jeder eigenen preußischen Verretung im Auslande so gut entsagen wie jeder kleine Fürst, es soll in Deutschland aufgehen, es soll nur eine deutsche Politik haben und keine preußische, es soll Deutschland an seine Fersen fesseln, aber und dadurch, daß es an seine Spitze gestellt ist. Diese Verschmelzung der Interessen kann nur Preußen eingehen, nicht Oesterreich; diese Verschmelzung legt allein von Seite Preußens für Deutschland etwas Großes in die Wage, nicht von Seite der kleinen Staaten, deren Aufgehen in Deutschland selbstverstanden ist. Diese Verschmelzung Preußens mit Deutschland ist von jeher als das einzige Heil für Beide angesehen worden: wie schrecklich das Ereignis des 18. März ist, es ist nicht der Art, daß es plötzlich diese Ueberzeugung verrücken konnte. Es hat die Sympathien dem regierenden König entzogen: so trage man sie auf den Neffen, den Prinzen Friedrich über, der eben in dem Alter ist, um sich den neuen Staatsideen noch anzufügen. Was immer geschehen sei, Nichts ist geschehen, was uns bewegen konnte, die deutsche Bundesverfassung auf einem lockeren Boden zu errichten. Im Gegentheile: je erschütterter die Ordnung in Deutschland ist, je schrecklicher sich plötzlich der Horizont verdunkelt hat, je wankender die Throne stehen, desto einträchtiger eile man, einen mächtigen und starken Mittelpunkt zu schaffen, der das Ganze zusammenhalt. Wer den Blick unbefangen offen hält, der muß sich sagen, wir sind in acht Tagen weiter gerückt als Frankreich in seiner ersten Revolution in zwei Jahren. Ein solches Niederstürzen der Dinge ist nie in der Geschichte erlebt worden. Unsere schönen Hoffnungen einer ruhigen Reform unserer Zustände sind erschüttert. Wir sind unserem 1792, fürchten wir, näher, als unserem 1789. Möchte denn die furchbare Beschleunigung des Verlaufs nur dahin führen, uns auch den Einen gemeinschaftlichen, dämonischen Retter um so früher zu schaffen, der uns vielleicht ebenso wie Frankreich aus der Zerrüttung zu retten bestimmt ist. Soll aber nicht ein solcher Mensch, sollen unsere Einrichtungen und Verfassungswerke die Bestimmung haben, und zu retten, dann sorgen wir ja, sie so fest und einfach zu machen wie möglich, damit nicht die eben aufgepflanzte Standarte des Vaterlandes schimpflich wieder zu Boden falle, und aus keinem andern Grunde, als weil wir sie leichtsinnig nur nicht zu befestigen verstanden*).

*) Am letzten Sonntagsfeste in Heidelberg trug eine aufgestellte deutsche Fahne die Pfälzer Aufschrift:

Wann nur der Klobe hält,
Daß die Fahn' nei 'runner fällt.

Zum Lachen lustig und zum Seufzen rührend! Es ist im einfachsten Tiefsinne das Symbol unserer Zustände und unserer Wünsche.

Digitized by Google

**Oesterreich** *). Wien, 23. März. Von hier enthält der Schw. Merk. folgende Mittheilung: Aus Ungarn hören wir von heftigen Reibungen zwischen den dortigen politischen Parteien. In Preßburg hatten sich die Anhänger der altbergerathenden Konstitution wieder die Neuerungen des Grafen L. Batthyani und Kossuths aufgelehnt und gewaltthätige Demonstrationen entgegengesetzt. Bei diesem Anlasse entlud sich der Haß des Volkes gegen die Juden, mehrere jüdische Familien wurden vertrieben, mehrere haben sich hierher geflüchtet.

Zur Ergänzung diene eine Mittheilung des Nürnb. Korr. aus Preßburg vom 21. März: Es ist fast kaum zu glauben, wie rasch der Landtag fortschreitet. Vorschläge, Anträge, Projekte u. s. w. werden ohne alle Debatten angenommen, sowohl von der Stände- als Magnatentafel. Und warum? Weil der Landtag am 1. April beendigt wird: die eigentliche Ursache dieses so unerwarteten Termins liegt in dem Umstand, daß sich hie und da im Lande Unruhen zeigen, namentlich in Pesth.

**Preußen.** Berlin. Die Voss. Z. schreibt: Nachdem die Nachricht hierher gelangt war, daß sich in Kiel eine provisorische Regierung gebildet hat, um gegen einen erwarteten Angriff auf die Herzogthümer durch dänische Truppen Vorkehr zu treffen, hat die königl. Regierung sich bewogen gefunden, an verschiedene Truppentheile schleunige Marschorder zum Vorrücken an die diesseitige Grenze zu ertheilen, um auf diese Weise bereit zu sein, etwaige gewaltsame Verletzung des Gebietes deutscher Nation ebenso zurückzuweisen. Zugleich sind die Regierungen der zunächst gelegenen Bundesstaaten von Hannover, Mecklenburg und Braunschweig von hier aus aufgefordert worden, auch ihrerseits zum Schutze des gemeinsamen vaterländischen Bodens ihre Truppen zu rüsten und an die Grenzen rücken zu lassen.

Noch bemerkt dieselbe Zeitung: Für den Fall, wo es zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark zu einem Waffenkampfe käme, haben sich schon viele dahin erklärt, daß sie den deutschen Bedürfen gern als Freiwillige zur Hilfe eilen würden; auch Officiere haben sich in dieser Weise ausgesprochen. Die Gemüther und Verhältnisse haben sich in den letzten Tagen in der jetzt so kritischen Unmöglichkeit, mit Waffen dagegen zu kämpfen, wohl selbst stärkeren Mächten einleuchtend sein wird, als Dänemark.

** Berlin, 24. März. Inmitten des panischen Schreckens, den die politische Umwälzung mit sich herbeigeführt, und der bald Dieses, bald Jenes, bald den Prinzen von Preußen mit den Russen, bald die Noth und Aufregung der arbeitenden Klassen zum Gegenstande hat, erscheint folgender Aufruf, den, soweit in diesen siedenden Zeiten ein ruhiges Urtheil möglich ist, wir mit hoher Freude begrüßen: „Männer Berlins! — Die selbstgeschaffte Noth und die Theilnahme an der Noth Aller hat uns gebrungen, nicht nur den Schmerz derselben zu fühlen, sondern auch zur Abhilfe thätig zu sein. Wir haben uns daher zu den Landtagsabgeordneten Berlins begeben, um ihnen unsre Wünsche und Ansichten mitzutheilen. Wir haben sie als würdige, als unsres Vertrauens würdige Männer gefunden! — Sie wollen sich mit Euch in die innigste Verbindung setzen, um Eure Noth und die Mittel zur Abhilfe kennen zu lernen, um Euch beim bevorstehenden Landtage kräftig vertreten zu können. Nur durch geordnete Darlegung Eures Zustandes vor Euch und in Euch selbst könnt Ihr erkennen, was Noth thut, und so dem Landtage und der Regierung zur Abhilfe der zahlreichen Mängel die Hand reichen. Darum Bürger, Meister, Gewerbtreibende, Gesellen, Tagarbeiter, Männer, die Ihr hilfsbedürftig und hilfreich seid, versammelt Euch in der Feierstunde — versäumt die Arbeit nicht, die Ihr welche habt, die Ihr keine habt, sucht Euch welche, Ihr werdet sie mit Gott finden — besprecht Euch untereinander in Ruhe und Ordnung über Euern Zustand. Laßt die Stunde der Versammlung, welche sie auch sei, eine Feier- eine feierliche Stunde sein. — Wählt in jeder einzeln stattfindenden Versammlung eine Deputation, die Euch vertritt, einen Sprecher, der für Euch redet. Die Deputation mit ihrem Sprecher schickt zu einer gemeinsamen Versammlung am Sonntag den 26. März Nachmittags um 2 Uhr, nach dem Exerzirplatz vor dem Schönhauser Thore, wozu wir hiermit auch die Landtagsabgeordneten Berlins und alle Männer, die redlich helfen wollen und können, einladen, damit sie sicht Kenntniß durch den lebendigen Eindruck von Eurem, von unserm Zustande erhalten. Für Ruhe und Ordnung ist Jeder, der da kommt, Bürge. — Vorstehende Aufforderung haben wir dem Minister Grafen v. Arnim, dem Polizeipräsidenten v. Minutoli, dem Bürgermeister Naunyn, dem Stadtverordnetenvorsteher Bournier, sowie den Landtagsabgeordneten Schaaf, Möves und Knoblauch vorgelegt und haben die volle Zustimmung dieser Herren zu derselben. Der Minister hat auch unsrem Sprecher noch die Zusicherung, Sr. Maj. dem Könige Mittheilungen über diesen Gegenstand zu machen. Berlin, 23. März 1848. Die Deputation für die Abhilfe der Noth: Urban, Thierarzt. Bremer, Kattunbrucker und Cigarrenmacher. Fiehr, Schlossergesell. Petri, Richard, Lange, Gesellen. Der Sprecher Eckert, Kleidermacher.

Berlin, 24. März. Gestern Abend fand unter den Zelten eine große Volksversammlung von angeblich 10,000 Menschen Statt, die große Besorgniß erregte. Es soll beschlossen worden sein, den Landtag nicht als bindend anzuerkennen, weil das Wahlgesetz aus den Urwahlversammlungen hervorgehen müsse. Die Ruhe ist, obwohl die Versammlung bis spät in die Nacht währte, nicht gestört worden. (D. L.)

Mehrere Blätter erhalten aus Berlin vom 22. März folgende fast mystische Mittheilung: In der vergangenen Nacht wurde ein Versuch gemacht, den republikanischen Ideen eine konkrete Verwirklichung zu geben, doch mißlang derselbe, wie zu erwarten war, vollständig.

Berlin. Die Berliner Zeitungen melden die Ankunft des Fürsten Lichnowsky von Wien, des Geh. Staats- und Ministers des Innern, v. Auerswald, v. Plaukten, und des Geh. Staatsministers Camphausen, von Köln. An die Stelle des Oberpräsidenten von Saldern, v. Wedell, ist der Graf York von Wartenburg ernannt, der General v. Pfuel vom Gouvernement der Residenz entbunden worden.

Die Allg. Pr. Z. wird, wie es in der Berl. Z. heißt, in einen bloßen Staatsanzeiger umgewandelt werden, und der Ref. in Beobachter erklärt in seiner Nummer vom 28. März, daß er vom 1. April ab nicht mehr erscheinen wird. Der Herausgeber wird, was ihn zu diesem Schritt veranlaßt, einer späteren Mittheilung an einem anderen Orte vorbehalten; einstweilen bemerkt er, daß es weder aus Mangel an Mitteln, noch aus Mangel an Muth geschieht. Die charakteristischen Abschiedsworte des Herausgebers an seine Leser lauten: „Es ist geschehen. Eine ganze Zeit ist soeben zu Grabe getragen: ein neuer großer Abschnitt beginnt in der Geschichte von Deutschland und Preußen. Die Monarchie, wie wir sie verstanden, ist gefallen — nur ein Blinder kann sich darüber täuschen — für lange Zeit in Ruinen unmöglich. Deutschland gehört fortan der konstitutionellen Monarchie. Freiheit und Ordnung, Freiheit in der Ordnung, Ordnung in der Freiheit, das ist das große Problem. Wir haben es in unserer Art zu lösen gesucht; die Ereignisse haben uns Unrecht gegeben: wir sind — wir gestehen es ohne Zorn und ohne Haß —, wir sind besiegt. Beweise uns die konstitutionelle Monarchie, daß sie vor Allen berufen und im Stande ist, die Ordnung zu sichern und die Freiheit, und mit Herz und Hand wollen wir zu ihr stehen. Nicht, daß wir heute die Bewunderer einer Regierungsform sind, die wir noch gestern mit aller unserer Kraft und aus voller Ueberzeugung bekämpften. Wir sind nicht gewohnt, über Nacht unsere Ueberzeugung zu wechseln, und wir wären verächtlich, wollten wir heucheln, was wir nicht fühlen. Aber jede Form der Regierung ist nur ein Mittel zum großen Zwecke, und das Eine fühlen wir klar, daß die konstitutionelle Monarchie der letzte Damm ist, den wir den heranbrechenden Wogen der Anarchie entgegen zu setzen haben: wenn dieser Damm bricht, so ist Deutschland, so ist vielleicht die Gesellschaft verloren.

Breslau. Die Schles. Z. meldet von hier unterm 24. März: Die hiesige Jägerabtheilung ist nach Waldenburg beordert. Es sollen in der Gegend von Fürstenstein Unruhen ausgebrochen und selbst die Fabriken in Freiburg bedroht sein. Bereits ist die ganze Bürgerschaft dieser Stadt unter den Waffen.

Die Nachrichten von Truppen, die sich an der oberschlesisch-polnischen Grenze aufstellen, beständigen sich. Die deutschen Grenzbewohner haben bereits von den Räuberein der Kosaken, die ungeirrt die Grenze überschreiten, mancherlei Ungemach zu leiden.

Ferner wird der Bresl. Z. aus Ostrowo geschrieben: Es ist gewiß, daß in Kalisch und an dem ganzen Grenzstriche 30,000 Mann russische Truppen zusammengezogen werden. In Kalisch ist bereits Quartier für 600 Offiziere angelegt. Mit Ausnahme sehr Weniger, denen unsere Zeitungen hinlänglich schmuggelt werden, weiß man dort, eine Meile von der preußischen Grenze, fast Nichts von allen

*) Diejenigen unserer verehrlichen Korrespondenten, die mich in diesem Augenblick längere Aufsätze räsonnirenden Inhalts über die jüngste Vergangenheit zusenden, werden uns entschuldigen, wenn wir sie jetzt manche ihrer Zuschwingen zurücklegen. Der unaufhaltsam rasche Gang der Ereignisse gestattet kein betrachtendes Verweilen bei dem Vergangenen, die dringende Nothwendigkeit gebietet vielmehr die schnellste Erfassung des Augenblicklichen und Gegenwärtigen; es müssen ruhigere Zeiten eintreten, bis uns vergönnt ist, der Reflexion über die letzte Weltkatastrophe Raum zu geben. So müssen wir auch dem verehrl. Verfasser des Aufsatzes „von der baierischen Grenze" auf seinen Wunsch hierdurch anzeigen, daß uns für jetzt eine Aufnahme seiner Arbeit nicht thunlich ist.

Die Red.

Digitized by Google

den Bewegungen, die in Deutschland sich täglich häufen. — Nachschrift. Soeben werden Patronen vertheilt und jeder Soldat bekommt 60 Stück nach Hause.

**Königsberg**, 22. März. Die F. O. Z. bringt von hier folgende Mittheilung: Der kommandirende General hat Befehl erhalten, wenn es hier zu Excessen kommt, sofort das Militär aus der Stadt zu ziehen und den Bürgern (die sich, ohne die Erlaubniß dazu abzuwarten, bewaffnen wollen) die Aufrechthaltung der Ordnung zu überlassen. Den Hauptzeitpunkt des Tages gespräches bildet das Einrücken der Russen in unsere Provinz, die in gleichem Grade als Freunde wie als Feinde gefürchtet werden. Hart an der Grenze soll ein Armeekorps von 40,000 Mann stehen. Die Aufregung ist hier mächtig groß.

(Eine von dem russ. Gesandten zu Berlin in Folge der Berliner Revolution nach Petersburg gesandte Depesche ist von den Bürgern zurückgehalten worden.)

**Posen.** Die Posensche Z. bringt in ihrer Nr. vom 23. März folgende Kabinetsordre zur öffentlichen Kenntniß: Das durch meine Ordre vom 7. März 1848 in der Provinz Posen und einem Theile der Provinz Preußen angeordnete Standrecht wird hiemit aufgehoben. Berlin, 21. März 1848. (Gez.) Friedrich Wilhelm. Posen, 23. März 1848. Der kommandirende General v. Colomb. Der Oberpräsident v. Beurmann.

Dem Frankf. J. schreibt man aus Berlin vom 25. März: Wie uns versichert wird, befindet sich heute eine neue Deputation aus Posen hier, welche den König auffordert, sich an die Spitze einer polnischen Bewegung zu stellen und „die polnische Krone anzunehmen".

Einem Schreiben Libelts an die Polen, dat. Berlin, 20. März, entnehmen wir folgende Stelle: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Polenfrage in Kurzem gelöst sein wird, ja es ist sogar möglich, daß die Regierungen selbst hierin die Initiative ergreifen werden, um sich Schmach zu ilgen, welcher durch Polens Theilung auf der Geschichte der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts lastet".

**Nürnberg**, 25. März. In einer heute gehaltenen, sehr zahlreich besuchten Volksversammlung wurde beschlossen, den seit seiner Freilassung aus schmählicher Gefangenschaft hier wohnenden Dr. Eisenmann zu ersuchen, als Vertreter der Stadt Nürnberg der Versammlung deutscher Männer des Volksvertrauens in Frankfurt a. M. beizuwohnen. (Frankf. Journ.)

**Sachsen.** ○ Dresden, 27. März. Da die Abgesandten der süddeutschen Regierungen, welche in voriger Woche hierdurch nach Berlin gingen, um wegen der deutschen Verfassungsfrage Unterhandlungen mit beiden Höfen anzuknüpfen, von Berlin nicht, wie Anfangs ihre Absicht, hierher zurückgekehrt sind, so hat die Regierung am 26. März den Prof. Biedermann in außerordentlicher Sendung nach Berlin geschickt, um die Verlegung der Verhandlungen entweder nach Dresden oder nach Frankfurt a. M. zu betreiben, da gerade Berlin nach den neuesten Vorgängen dafürhält nicht der geeignetste Ort zu derartigen Berathungen zu sein scheint.

***** Hannover**, 25. März. König Ernst August, der sonst eben nicht sehr volksfreundlich gesinnte, nachgiebig gestimmte Monarch, hat sich zu Konzessionen entschlossen, die so vollständig sind, und dabei so über alles von ihm Erbetene hinaus gehen, wie die keines andern deutschen Fürsten. Er hat Stüve, seinen unbeugsamen Gegner, zum Minister ernannt und ihm ganz freie Hand, die unbeschränkteste Vollmacht zu Allem gegeben, was mit seiner, des Königs, Ehre verträglich. Leider ist dieser Entschluß des Königs dem Lande gleich wieder durch die Umgebung verkümmert worden. Stüve hat sich bloß zum Eintritte in das Ministerium überlassen, wie der König das gewiß nicht anders gemeint hatte, fand Stüve bei seiner Ankunft hier ein Ministerium fertig vor, in welches man ihn aufnahm, ein Ministerium, das Namen enthält, die wahrlich nicht geeignet sind, Vertrauen einzuflößen, dessen es in diesem Augenblick der Aufregung vor Allem bedarf. Dies gilt hauptsächlich und vor Allem von dem neuen Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten, Kabinetsrath Braun, Mitglied des bisherigen Kabinets, dem vielgebrauchten Liebling des Hrn. v. Falcke, demselben, der die Resolution des Königs an den Magistrat vom 17. d. M. konzipirt hat, welche Abends schriftlich die am Morgen des 17. mündlich gemachten Zugeständnisse des Königs in wahrhaft seelenlos-machiavellistischer Weise wieder in Frage und auf Schrauben stellte, und welche die eigentliche und nächste Veranlassung zu Falckes Falle abgab. Als Garantie gegen diese und andere wahrlich nicht Vertrauen einflößende Antecedentien des Hrn. Braun weiß man nichts Anderes anzuführen, als daß er der Schwager des neuen Finanzministers Lehzen ist! Neben Braun ist es der neue Justizminister v. Düring, an welchem man Anstoß nimmt: Düring, zuletzt und bis jetzt Mitglied des Oberapplelationsgerichts in Celle, ein übrigens durchaus ehrenhafter Mann und in keiner Weise durch ein Verhältniß zu der bisherigen Verwaltung kompromittirt. Aber, als Mitglied 1. Kammer hat Hr. v. Düring sich gegen Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens ausgesprochen, und da ist denn gewiß ein solcher Mann, wo er sonst noch so ehrenwerth sein (was Hr. v. Düring gewiß ist), der allerunpassendste Justizminister in einem Augenblicke, wo das Land nach Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens verlangt, und das neue Ministerium dieselben verheißt. Zum Finanzminister ist der Schatrath Lehzen ernannt, früherhin Arbeiter im Ministerium des Innern, wo ihn der Minister von der Wisch, wie so manchen Andern sonst tüchtigen Arbeiter, mit einigen seiner zum Theil so unpraktischen Ideen angeleckt hat, später Mitglied des Schatzkollegiums, als solches Mitglied der 2. Kammer und in dieser sich als durchaus tüchtig bewährend namentlich durch Vertheidigung des Finanzpunktes der Regierung gegenüber. Aber wenn man zur Empfehlung des Kultusministers Braun anführt: daß derselbe ein Schwager des Finanzministers Lehzen ist, so muß man jenem als Empfehlung und Vortheil anrechnen, diesem doch gewiß als Fehler und Nachtheil gelten lassen. Das Kriegsministerium hat vorläufig den General Prott behalten, der dasselbe bisher als provisorischer Vorstand verwaltete, einen Mann, gegen dessen Charakter und Antecedentien sich keinerlei Tadel vorbringen läßt, aber der Mann ist 70 Jahre alt und (vielleicht nicht allein körperlich) schwach, so daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn dieses gerade jetzt so wichtige Departement in kräftigere Hände überginge. Minister des Auswärtigen ist Graf Bennigsen, Sohn des bekannten russischen Generals, bisher, wie Lehzen, Mitglied des Schatzkollegiums, ein durchaus ehrenwerther Charakter. Stüve hat das wichtigste Ministerium, das des Innern erhalten; er ist der Mann, der das Vertrauen des gesammten Landes in einer Weise besitzt und verdient, wie solches schwerlich irgendwo in Deutschland jemand vorgefunden. Zu bedauern ist, daß er, den man 11 Jahre hindurch auf die Geschäfte seiner Stellung als Bürgermeister von Osnabrück zu beschränken, der Ständeversammlung fern zu halten wußte, den Zuständen hier und namentlich den Personen so fremd geworden ist, daß er, namentlich Anfangs, in mancher Beziehung wohl nur unsicher auftreten kann. Ohne Zweifel ist es auch lediglich dieser Unbekanntschaft mit den Persönlichkeiten zuzuschreiben, daß er sich einen Kollegen wie Braun hat gefallen lassen. Indessen ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß schon wenige Sitzungen der am 28. beginnenden Ständeversammlung hinreichen werden, um dem Kultusminister Braun wie dem Justizminister v. Düring die Unhaltbarkeit ihrer jetzigen Stellung begreiflich zu machen. Dann kann das Ministerium Stüve, gereinigt und gestärkt, dem Lande den Frieden bringen, dessen es so sehr bedarf, und das Glück, zu welchem Hannover vielleicht mehr als mehr Elemente in sich trägt als manches andere Land. — Zum Bundestagsgesandten ist der bisherige Kleschrath von Wangenheim ernannt.

**Baden.** *Karlsruhe, 28. März. Der Gesetzentwurf über die Bürgerwehr, von der Kommission, in deren Namen Hecker berichtete, vollständig umgearbeitet, ist heute von der Kammer berathen und einstimmig angenommen werden. Wegen Dringlichkeit der Sache wurde die Uebergabe der Petitionen auf den Schluß der Sitzung verschoben. Nur diejenigen, welche sich auf das Wehrgesetz bezogen, wurden vorher übergeben, und liefterten ein treues Bild des unangenehmen Eindrucks, welchen der erste Entwurf im Lande hervorgebracht hatte. In einer von Welte übergebenen Petition war sogar beantragt, deßhalb ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Bekk — v. Dusch auszusprechen. Wie die Verhältnisse kennt, wird zwar, wie die Kammer, dieses Verlangen nicht für begründet halten, aber auch darin ein Zeichen finden, wie nothwendig es war, in möglichster Schnelligkeit für ein besseres Gesetz zu sorgen. Staatsrath Bekk legte einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Jagdrechte vor. Fin. Min. Präsident Hoffmann die Darstellung des Betriebsfonds auf letztem Dezember 1847 und die Verwendung desselben in den Jahren 1848 und 1849. Gen. Auditor v. Jagemann einen Entwurf über die Abgabe eines Theiles der Militärgerichtsbarkeit an die Civilbehörde; die einzige Ausnahme bilden die Militärverbrechen im engeren Sinne und die gemeinen Verbrechen, sofern sie im Dienste begangen werden. An der Verhandlung über das Wehrgesetz nahmen außer dem Berichterstatter Hecker besonders die Abgg. Mathy, Baum, Bicenzaus, Schmitt, Metz, Schaaff und Bleibern Theil. Der Entwurf der Kommission erlitt keine erwähnenswerthe Abänderung. Nach der einstimmigen Annahme theilte Min. v. Dusch Nachrichten über Bewegungen von Deutschen in Frankreich und Paris gegen die Grenzen mit, worüber die Deutsche Zeitung schon berichtet hat. Staatsrath Bekk vervollständigte die Mittheilungen, erwähnte den falschen Gerüchte über bereits

Digitized by Google

geschehene Einfälle, die besonders aus Würtemberg zu uns gekommen und möglichst Weise absichtlich verbreitet sein konnten, um die Bewohner für die Zukunft unglaublich und sicher zu machen. Er knüpfte hieran Mittheilung über die Versuche der Regierung, Waffen anzuschaffen. Alle Militärgewehre, die nicht für die Linie unentbehrlich sind, über 9000 Stück, sind bereits abgegeben, allein sie reichen bei Weitem für den Bedarf nicht hin. Die Hoffnung, welche die Regierung hatte, eine größere Menge um billige Preise schnell zu erhalten, ist leider dadurch vereitelt, daß die französische Regierung dem Vernehmen nach, die Ausfuhr nicht gestattet. Man hat sich nach der Schweiz, nach Berlin, nach Wien, nach Lüttich gewendet, aber nirgends die erwarteten Vorräthe gefunden. Jetzt ist noch Aussicht da, Gewehre aus England zu erhalten, und mit dem Handelsmann Fries ein Vertrag für die Lieferung von 30,000 Stück abgeschlossen, wovon aber 10,000 innerhalb 4 Wochen, der Rest erst in zwei Monaten geliefert werden soll. Der Vertrag wird der Kammer zur Zustimmung mitgetheilt. Der Präsident des Kriegsministeriums, Generalmajor Hoffmann, legt einen Gesetzentwurf vor, wonach die Regierung ermächtigt wird, die vier Altersklassen von 1818 bis 1821 wieder in Dienst zu rufen, wenn die Umstände es erheischen; ein zweiter Entwurf verlangt die Mittel für Material und Pferde zum geringsten Erforderniß der Mobilmachung auf 3 Monate im Betrage von 110,779 fl. Es wird hinzugefügt, daß dem Bunde Anordnungen in dieser Beziehung zu erwarten sind. — Hecker erwähnt der Gerüchte, daß der König von Preußen Rußland um Hilfe angegangen habe, und ein Einfall von dorther zu erwarten sei. In diesem Falle möge sich die Regierung an England und Frankreich wenden; Mez sagt hinzu, daß man auch L. Kossuth in Ungarn um Hilfe angehen solle. Kapp äußert sich in den stärksten Ausdrücken gegen den König von Preußen. — Die Abstimmungen der Kammer und die Budgetkommission versammeln sich heute Nachmittag, um die Vorlagen zu berathen, welche morgen erledigt werden sollen. Die morgende Sitzung, die letzte vor der Frankfurter Versammlung ist dann noch den Diskussionen drs von dem Abg. Mittermaier erstatteten Berichtes über die Einführung der Schwurgerichte gewidmet.

* Heidelberg, 29. März. Wir erhalten soeben eine neue Bestätigung des frechen Unfugs, den die deutschen Flüchtlinge beabsichtigen; es ist ein Schreiben, das ein geachteter Deutscher in Paris an einen unserer ehrenwerthesten und freisinnigsten Abgeordneten gerichtet hat, und das uns zur Veröffentlichung mitgetheilt wird:

„Meine Absicht ist es, Ihnen eine Bewegung mitzutheilen, die sich von hier aus für, respekt. gegen Deutschlands Befreiung vorbereitet. Die deutschen Zeitungen, soweit sie mir zu Gesicht gekommen sind, haben davon noch keine Nachricht gebracht, daher sey ich voraus, daß sie auch Ihnen unbekannt sei. Die hiesigen deutschen Arbeiter, von der Ehrsucht einer Universalrepublik fanatisirt, wollen ihren deutschen Brüdern mit den Waffen in der Hand die deutsche Republik erkämpfen helfen. Gestern um 11 Uhr ist eine Kompagnie, bestehend aus 200 Deutschen, welchen sich 300 Franzosen angeschlossen haben sollen, nach Straßburg abmarschirt. Ich habe die Einstehung dieses Planes so ziemlich mit angesehn, ohne ihn für so wichtig zu halten, als er mir heute erscheint. Die Seele dieser Bewegung scheint der ehmalige Redakteur der Brüsseler deutschen Zeitung von Bornstedt zu sein, ein Mann, den ich von Niemand, weder von Freund noch von Feind mit Achtung habe nennen hören, er ist aber gewandt, schlau und rührig. — Herwegh, welcher glaubt, daß jetzt seine Zeit gekommen sei, haben die ihm Verschworenen ihres „demokratischen Vereins" gemacht, ohne Zweifel seines Namens wegen; seine Befähigung zu dieser Stelle ist gering. Ich muß wenigstens gestehen, daß ich noch nie eine Versammlung mit solcher Ungeschicklichkeit und Roheit habe leiten sehen, wie von ihm. Die deutsche Legion zählt 600, höchstens 800 Mann, nicht mehr, ungeübt, ohne Geld, ohne Kleidung, ohne Waffen. Wenn es sich aber bestätigt, daß die Polen und daß freiwillige Franzosen sich diesen Freischaarenzuge anschließen, so wird die Sache ernsthafter. Aus Herwegh's eigenem Munde habe ich von der Tribune herunter die offizielle Versicherung gehört, die provisor. Regierung habe diesem Unternehmen ihre Unterstützung zugesagt. Die guten Deutschen glaubten dabei an eine Unterstützung von Waffen, Geld ꝛc. Durch Privatmittheilung eines Regierungsmitgliedes erfuhr ich jedoch, es sei damit nur gemeint, daß die Regierung ihnen keine Hindernisse in den Weg legen wolle. Einige Tage später soll Herwegh erklärt haben, die Regierung habe ihnen Waffen zugesagt, soviel und sobald man sie haben wolle. In diesen letzten paar Tagen lief man an allen Straßenecken Anschläge von Herwegh unterzeichnet an die mobile Nationalgarde, an Einheimische und Fremde: man möge ihnen, den Deutschen, die sieggreichen französischen Waffen leihen, sie wollten hinziehen damit nach Deutschland, um dort die Freiheit, die Republik zu erobern. Es lebe die Brüderschaft der Nationen! Es lebe die Universalrepublik! Welches das Resultat dieser Aufschläge gewesen, kann ich nicht sagen, ich fürchte aber ein nur zu günstiges. Die Franzosen — selbst die Kindsterben der „Demokratie pacifique" — sind begreiflicherweise der Hochherzigkeit eines Unternehmens, welches nur zu sehr einem Friedensbruche ähnlich sieht. Heute, heißt es, ziehe eine zweite Abtheilung und morgen werde Herwegh selbst mit abziehen. Die Kommunistenvereine, welche etwa in Baden bestehen, sind ohne Zweifel schon benachrichtigt.

Sollte sich dieser Zug wirklich zu Fuß nach Straßburg und nicht, wie der heutige Konstitutionnel berichtet, mit der Eisenbahn über Belgien in Maesch gesetzt haben, so hoffe ich, werden diese Zeilen noch früh genug in Ihre Hände kommen. Ob früh genug, um dem Unheil, welches daraus entstehen kann, vorzubeugen, darüber können wir, die wir immer 2, 3, auch 4 Tage hinter den Ereignissen in Deutschland zurückbleiben, nicht urtheilen. Wir können nicht wissen, was sich in diesen letzten gewiß verhängnißvollen Tagen ereignet haben mag und was sich noch ereignen wird, bis dieses Beiehen in Ihre Hände kommt. Ich brauche diesen Nachrichten wohl nicht den ausdrücklichen Wunsch zuzufügen, daß Sie dieselben ganz benützen mögen, wie es Ihnen geeignet schein! — Nehmen Sie, ich bitte, diese Zeilen zugleich als einen Beweis meines Vertrauens auf Sie freundlich auf!"

**Kurhessen.** Kassel, 25. März. Man schreibt dem Frankf. Journal: Wunderbare Dinge erlebt man heutzutage. Man weiß oft nicht, ob man wacht oder träumt. Jordan wurde heute zum Kurfürsten gekürt und — zum Bundestagsgesandten ernannt! Jordan hat sich bisher verbeten, vorerst seine Mission als Landtagsdeputirter bei der Versammlung in Frankfurt zu vollführen. Alles dies begeben sich noch die Abg. Henkel, Schwarzenberg und Berg dorthin. An demselben Tage erschien Jordan zum ersten Male wieder in der Ständeversammlung, wo er mit lebhaftestem Beifall begrüßt wurde.

* **Schleswig**, 24. März. Die Insurrektion der Herzogthümer Schleswig und Holstein ist geschehen und so gut wie vollendet! Nachdem gestern die Nachricht von dem in Kopenhagen eingetretenen revolutionären Ministerium nach Kiel gelangt war, trat dort eine provisorische Regierungskommission, bestehend aus Beseler, dem Prinzen Friedrich von Augustenburg, dem Grafen Reventlow von Preetz, dem Kaufmann Schmidt und dem Advokaten Bremer zusammen; das dort garnisonirende Militär schloß sich der Bewegung an, und am heutigen Morgen hielt sich der Prinz von Augustenburg mit dem Lauenburgischen Jägerbataillon nach Rendsburg, wo, nachdem das Militär sich ebenfalls für die deutsche Sache erklärt hatte, die Festung ihm überliefert ward. Kaum hatte sich die Nachricht von dem Zusammentritt der Regierungskommission nach Schleswig verbreitet, als auch dort die Sturmglocke geläutet, und eine Zusammenkunft sämmtlicher Bürger und Einwohner berufen ward. Dem Vogt Jakobsen wurde die Dittatur übertragen und der Major Unger zum Stadtkommandanten ernannt; beide an der Spitze, begab sich die gesammte Einwohnerschaft zu den Chefs der hier garnisonirenden Militärkorps, welche sich vorpflichteten, die Waffen nicht gegen die hiesigen Einwohner zu gebrauchen. Der Militärkommandant ward, nachdem er sich freiwillig unter Arrest gestellt hatte, außer Thätigkeit gesetzt, ein nach Flensburg bestimmter Waffentransport angehalten und die Inhaber königlicher Kassen vorpflichtet, solche zur Disposition der provisorischen Regierung zu stellen. Auf eine inzwischen von Seite des Prinzen zu Augustenburg erfolgte Order schloß sich der größte Theil des hier garnisonirenden Dragonerregiments der Bewegung an und begab sich nach Rendsburg. Das Jägerkorps hat zum größten Theil den Marsch nach Flensburg angetreten, ein Theil ist aber schon zu den Bürgern übergegangen, und dasselbe wird von der Mehrzahl der übrigen Mannschaft erwartet. Die Bewaffnung der Bürger wird organisirt, und namentlich eine mobile Kolonne für den Felddienst errichtet. Die Ruhe der Stadt ist, bei ungeheuren Aufregung umgachtet, keinen Augenblick gestört worden. — Der Regierungspräsident von Scheel hatte sich in der Nacht entfernt; von der nach Kopenhagen gesandten Deputation weiß man Nichts. Doch hatten die Studenten und die Schüler der polytechnischen Anstalt in Kopenhagen die Sorge für ihre persönliche Sicherheit übernommen. Man erwartet übrigens in Kürzem die Landung dänischer Truppen in Eckernförde.

B. Kiel, 25. März. Der Unterstand der Dänen hat Schleswig-Holstein in eine eigenthümliche Lage versetzt. Die Dänen haben ihren König, unseren Herzog, gezwungen, bis auf den Kammerherrn v. Bardenfleth, alle Minister zu entlassen; den König erhalten sie in Unfreiheit und organisiren selbständig den Angriff auf Schleswig, um

Digitized by Google

dasselbe zu inkorporiren. Die Provinzialregierung in Schleswig, sowie die höchsten schleswig-holsteinischen Landesbehörden in Kopenhagen sind dadurch faktisch aufgelöst und somit ist die provisorische Regierung in den Herzogthümern durch die Umstände nothwendig geworden. Männer, die das vollste Vertrauen des Volks genießen, haben sich gestern den 24. Morgens 7 Uhr vor dem hiesigen Militär und der Einwohnerschaft als provisorische Regierung förmlich proklamirt: Beseler als Präsident, Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, früher Statthalter der Herzogthümer, Graf Reventlow Preetz, der englische Konsul M. T. Schmidt und der Advokat Bremer aus Flensburg. Die prov. Regierung hat es sich zur Aufgabe gesetzt, den Weg der Gesetzmäßigkeit, auf welchem unsere ganze schleswig-holsteinische Bewegung betrieben, konsequent fortzusetzen, und es bürgt dafür die Persönlichkeit der Mitglieder der Regierung. Im Namen unseres Herzogs von Schleswig-Holstein, den die Dänen unfrei gemacht haben, tritt dieselbe auf, um das Land Schleswig-Holstein, welches die Dänen seiner höchsten Behörden beraubt haben, vor Anarchie zu schützen, um die Vertheidigung desselben gegen das Dänenvolk zu organisiren. Dies die Stellung der prov. Regierung; dahre das Zutrauen, welches alle wohlgesinnten Einwohner unseres Landes zu ihr haben, daher die Täuschung mancher Uebelgesinnten und Unzufriedenheit mancher aufgeregten Köpfe. Die Haltung des Volks ist im Allgemeinen musterhaft, so daß sich nicht einmal ein Versuch Uebelwollender zeigt, die Ordnung der Dinge zu stören. — Das Ministerium in Kopenhagen ist sehr verschiedenartig besetzt gewesen, binnen 24 Stunden mehrmaliger Wechsel; sicher ist, daß Kammerherr v. Bardenfleth gebliben ist; nach den letzten Nachrichten besteht es aus den genannten v. Bardenfleth, Graf Sponneck, Deputirten der Zollkammer, Bastor Monrad, dem früheren Finanzminister v. Moltke, dem Rentenkammerdeputirten Baron v. Pleffen. — Diese Unentschiedenheit ist ein Beweis, wie die ganze Bewegung in Kopenhagen von Leuten geleitet ist, die für wahrhaft entschiedene Augenblicke das Vertrauen des Volkes nicht genießen; der ganze Auftritt grade in jetziger Zeit ist ein Beweis von dem Mangel an politischer Bildung und an richtiger Auffassung der Zeitverhältnisse Seitens der Volksführer. Deßhalb hat der ganze Schritt die höchste Mißbilligung aller Dänen gefunden, die sich in den Herzogthümern aufhalten und die Verhältnisse besser kennen. Der Stand der Dinge mit Schleswig-Holstein ist jetzt kurz dieser: Ueberall die größte Ruhe, der Prinz Friedrich ist gestern in die offenen Thore der Festung Rendsburg an der Spitze des hiesigen Militärs eingeritt, und die Festung ist in den Händen der prov. Regierung; Beseler und Reventlow Preetz haben sich mit dem Prinzen dorthin begeben und werden heute nach Kiel zurückkommen. Das Militär der Festung, sowie das übrige Militär der Herzogthümer, alle Kassen, besonders die Hauptkasse für die Herzogthümer in Rendsburg stehen zur Disposition der prov. Regierung. Ueberall ist Bürgerbewaffnung, indem alle militärischen Waffendepots denselben geöffnet sind. Die Civilbehörden fügen sich ebenfalls willig der prov. Regierung. Ein Dampfschiff kreuzt zum Rekognoszieren auf der Ostsee und wir erwarten fast stündlich das Landen eines Theils der dänischen Flotte. — Wie wir aus guter Quelle wissen, ist der König von Preußen um militärischen Beistand ersucht, das 10. Bundesarmeekorps soll nach Schleswig-Holstein bestimmt sein. Unser Deputation ist noch nicht von Kopenhagen zurückgekehrt. Das kön. Postdampfschiff sollte hier heute früh um 6 Uhr eintreffen, ist aber bis jetzt noch nicht signalisirt. Daß diese Deputation irgend welche zufriedenstellende Nachrichten bringe, ist nicht im Entferntesten anzunehmen.

Kiel, 24. März. Dagegen berichtet die B.-H.: Das heute hier angekommene Dampfboot „Kopenhagen“, welches gestern Mittag von Kopenhagen abging, brachte einen offenen Brief der bei Abgang des Dampfboots noch bei dem Könige versammelten schleswig-holsteinischen Deputation, worin dieselbe von allen Gewaltmaßregeln in den Herzogthümern dringend abräth, da sie Hoffnung hätte, eine für alle Theile befriedigende Lösung ihrer Angelegenheiten zu bewirken. Die Zusammensetzung des Ministeriums in Kopenhagen sei: Graf Adam Wilhelm Moltke für die Finanzen, Kammerherr Bardenfleth für die Justiz, Graf Knuth auf Sorbe für die auswärtigen Angelegenheiten, Magister Monrad für den Kultus, Tscherning für den Krieg, Orla Lehmann und Etatsrath Hvidt ohne Portefeuille, v. Pleffen für die deutsche Kanzlei, Blum für die Generalzollkammer. Die Bewegung, welche sich im Volke bei Ankunft der Deputation zeigte, wurde durch das Zureden der Leiter des Volks und des englischen Bicekonsuls Haagh beschwichtigt. Der Schluß des Offenen Briefes lautet also: Christiansburger Schloß 12½ Uhr. In der Kabinets ist die Entlassung Scheele vom Könige angezeigt. Das übrige steht im Stadio der Verhandlung. Es ist jetzt Staatsrathssitzung und wir erwarten auf dem Schloß das Resultat.

Uebereinstimmend wird der Brem. Z. aus Kiel vom 5. März geschrieben: Wir erhalten heute aus Kopenhagen die bestimmte Nachricht, daß unserer Deputation alle Forderungen der Herzogthümer bewilligt sind, mit alleiniger Ausnahme des Eintritts Schleswigs in den deutschen Bund. Mit dem heutigen Dampfschiffe werden die Deputirten aus Kopenhagen zurückkehren, und wir werden dann genauere Nachrichten über den Verlauf ihrer Unterhandlungen erhalten. Jedenfalls können wir die Versicherung aussprechen, daß die Herzogthümer von keiner Forderung, und am Wenigsten von einer so wichtigen, wie Schleswigs Eintritt in den Bund, abstehen werden; so lange nicht Alles bewilligt und fest garantirt ist, wird man die Waffen nicht aus den Händen legen.

Holstein. Der Hamb. Korrespondent enthält in einer Extrabeilage folgendes Schreiben des Königs von Preußen an den Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg, zu dessen Veröffentlichung sich die genannte Zeitung autorisirt erklärt: Durchlauchtigster Herzog! Auf Ew. Durchlaucht Schreiben vom heutigen Tage, in Betreff des bedrohlichen Zustandes in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, eröffne ich Ihnen hiemit Folgendes: Ich habe mich der Wahrung der deutschen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte Anderer zu usurpiren, sondern um das Bestehende nach Außen und im Innern nach Kräften zu erhalten. Zu diesem bestehenden Rechte, rechne ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welches in den die Rechte des Königreichs Dänemark in seiner Weise verletzenden Sätzen ausgesprochen ist: 1) daß die Herzogthümer selbständige Staaten sind, 2) daß sie fest mit einander verbundene Staaten sind, und 3) daß der Mannsstamm in den Herzogthümern herrscht. In diesem Sinne habe Ich Mich bereits beim Bundestage erklärt, und bei diesem bestehenden Rechtsverhältnisse bin Ich bereit, in Betracht des Bundesbeschlusses vom 17. Sept. 1846, die Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen etwaige Uebergriffe und Angriffe mit den geeignetsten Mitteln zu schützen. Ich bestehe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine ernstliche Gefahr droht und bin entgegengesetztenfalls der festen Zuversicht, daß meine deutschen Bundesgenossen, gleich mir, zum Schutze derselben herbeieilen werden. Berlin, 24. März. Friedrich Wilhelm.

## Schweiz

** Bern, 27. März. Die gewaltigen Tagesereignisse, welche Schlag auf Schlag einander folgen, der allgemeine Drang nach durchgreifenden Reformen, welcher sich überall kund gibt und unaufhaltsam fortschreitet, haben auch auf die Berathungen der Bundesrevisionskommission günstig eingewirkt. Noch vor wenigen Tagen schien eine Vereinigung über die wichtigsten politischen und materiellen Fragen ins Reich der Unmöglichkeit zu gehören, und namentlich schien das Schweizervolk noch lange vergeblich auf eine Nationalrepräsentation warten zu sollen. Nunmehr ist aber auch die Kommission zu der Ueberzeugung gelangt, daß es besser sei, sich in das Unvermeidliche zu fügen und den gerechten Wünschen des Volkes entgegenzukommen, als zuzuwarten, bis das Volk selbst die Sache zur Hand nehme, und in Weiterlegung der Tagsatzung und den von dieser bestellten Berathungskommission einen Verfassungsrath und seiner Mitte einsetze. Die Kommission hat nämlich in einer ihrer letzten Sitzungen beschlossen, daß neben der Tagsatzung eine Nationalversammlung (Repräsentantenrath) aufgestellt werden solle, mit einem Worte, sie hat sich für das Zweikammersystem (ähnlich der nordamerikanischen Konstitution) ausgesprochen. Selbst die Gesandten der kleinen Kantone, welche bisdahin möglichst das föderative Prinzip und die Souveränetät der Stände vertheidigten, haben sich der Mehrzahl nach diesem Systeme angeschlossen, und es ist zu hoffen, daß auch ihre Bevölkerungen sich damit einverstanden erklären werden. Es ist dies ein bedeutender Schritt zu einer gänzlichen Umgestaltung unserer bisherigen Bundeseinrichtungen, und die Schweiz wird fortan (gleich Deutschland) kein Staatenbund, sondern ein Bundesstaat im eigentlichen Sinne des Wortes sein. Möge die Kommission in diesem nationalen Sinne das Revisionswerk fortsetzen; sie kann auf die Zustimmung und den Dank des weitaus größten Theils der schweizerischen Bevölkerung rechnen. Der Zeitpunkt ist günstig, möchte man denselben benutzen. Er kehrt vielleicht nie mehr wieder.

## Belgien.

Der Köln. Zeit. schreibt man aus Quievrain vom 25. März: Heute Vormittag wurden hier in Belgien einige Tausend Mann ge-

Digitized by Google

fangen genommen, die in zwei Eisenbahnzügen von Paris an die belgische Grenze geeilt waren, um hier die Republik zu proklamiren. Es war nämlich gestern in Paris durch Maueranschläge allgemein verbreitet worden, daß etwa 4000 Mann mit Waffen und Munition an der belgischen Grenze ihre Landsleute und Freunde aus Paris erwarteten, um die Republik auszurufen. Zu dem Ende fuhren denn einige Tausend Mann ohne Waffen, meistens Belgier, theils aber auch Deutsche, in zwei Convois vor und nach dem letzten Abendzuge von Paris nach der belgischen Grenze ab. Der erste Zug, der in Valenciennes halten sollte, fuhr dort zum Schrecken der Fahrenden rasch durch bis hierher nach Quievrain und befand sich auf dem hiesigen Bahnhofe sofort auf beiden Seiten von starken Truppenabtheilungen, unter denen Artillerie mit brennenden Lunten, eingeschlossen. Die Wagen wurden verschlossen gehalten; ein Entkommen war unmöglich; die ganze Schaar war in Masse gefangen. Man wurden sie einzeln herausgelassen; Diejenigen, die sich nicht durch gehörige Papiere ausweisen konnten, wurden festgehalten und nach verschiedenen sicheren Orten abgeführt. Die Gefangenen sahen meistens elend aus, klagten laut, daß sie durch allerlei Vorspiegelungen zu diesem Zuge verleitet, und daß sie offenbar hintergangen und verrathen seien. Mehrere behaupteten, die Züge seien unentgeltlich befördert worden. Der zweite Convoi fuhr hier vorbei in das Innere von Belgien, wo er baldige Schicksal, wie der erste hier, hatte. — (Nach dem „Commerce belge" belief die französisch-belgische Legion sich bloß auf 100 Mann. Die belgischen Soldaten sollen sehr entschlossen gewesen und die Bauern der Grenzdörfer von allen Seiten bewaffnet herbeigeströmt sein, um die aufgestellten Truppen zu unterstützen.)

## Frankreich.

Paris, 26. März. Der Moniteur veröffentlicht heute ein Gesetz, durch welches die Arbeit in den Gefängnissen und Klöstern, insofern sie der freien Arbeit Eintrag thut, verboten wird. Auch ist den Soldaten verboten, durch ihre Arbeit den bürgerlichen Gewerben Konkurrenz zu machen. — Ein Dekret der provisorischen Regierung bedingt ferner die zu Gunsten der Pariser Bank getroffenen Maßregeln auf alle Provinzialbanken aus. Alle ihre Zettel gelten im Umfange des Departements oder ihres gesetzlichen Wirkungskreises bei öffentlichen und Privatzahlungen als baares Geld, und die Banken sind nicht gehalten, sie gegen Silber einzutauschen. Alle haben das Recht, kleine Zettel bis zum Betrage von 100 Fr. auszugeben. Es ist ihnen ferner gestattet bis zu den folgenden Gesammtsumme Zettel auszugeben: die Bank von Lyon 20 Mill., die Bank von Lille 15, die von Bordeaux 22, die von Nantes 6, die von Lille 5, die von Marseille 20, die von Havre 6, die von Toulouse 5, die von Orleans 3 M. —

Der Minister des Innern hat eine Kommission niedergesetzt, um zu prüfen, ob die Arbeiten in den Gymnasien und andern öffentlichen Bildungsanstalten nicht zu lange dauern. Viele Aerzte haben erklärt, daß die Jugend in diesen Anstalten bei weitem nicht genug Erholungsstunden habe.

Mit 16 verschiedenen Prägstöcken schlägt man Tag für Tag neues Geld in der Münze. Da die republikanischen Prägstöcke bereits in den ersten acht Tagen abgenutzt worden sind, so wird man durch die Eile genöthigt, das republikanische Geld mit dem Bilde und der Rundschrift des gestürzten Königs auszumünzen.

Der Minister des Innern macht folgenden Beschluß bekannt: Der Regierungskommissär beim Theater der Republik (ehemal. theatre français) ist ermächtigt, in sehr kurzen Zwischenräumen Gratisvorstellungen zu geben. Bei diesen Gelegenheiten sollen die größten Meisterwerke der französischen Bühne von den vorzüglichsten Künstlern des Theaters aufgeführt werden. In den Zwischenakten sollen die Orchester nationale Weisen und Gesänge ausführen. Der ganze Saal wird in numerirte Sperrsitze eingetheilt, für jeden Sperrsitz wird ein Billet angefertigt. Diese Billete werden in gleicher Anzahl an die 12 Mairien von Paris, an das Stadthaus und an die Polizeipräfektur vertheilt, um von diesen den Werkstätten, den Clubs und den Schulen, sowie den ärmsten Bürgern verabreicht zu werden, die sie nach dem Loose unter sich vertheilen.

Wie wir bereits bemerkten, gingen die Papiere gestern an der Börse wieder zurück. Je mehr sich die Republik zu befestigen scheint, desto weniger wächst das Zutrauen der Kapitalisten. Beruhigend ist die Haltung von Paris auch durchaus nicht für die Reichen. Vor den Mairien stehen vom frühen Morgen bis zum späten Abend dichte Arbeitergruppen, die Geld oder Arbeit verlangen — die Wenigsten von ihnen müssen mit dem Erfolge der Spenden zufrieden sein — denn beim Herauskommen aus der Mairie spotten sie über die erhaltenen 20 Sous und reizen dadurch die noch unbefriedigte Masse. Dazu kömmt, daß die ehemalige Nationalgarde ihre ganze Schwäche fühlt, daß sie weiß, wie sie von ihrer eigenen Kraft Nichts zu erwarten hat, und daß sie auf die Großmuth der Armen, der Arbeiter, der Proletarier — mit einem Worte deren, die man heute das Volk nennt, nicht allzulange rechnen kann.

Zum Beweise, wie scharf die bestehenden Klassen und das Proletariat sich bereits einander gegenüberstehen, theilen wir folgende, von den Präsidenten sämmtlicher radikalen Klubs unterzeichnete Proklamation mit: „Die Republik wäre eine Lüge, wenn sie nur eine Regierungsform durch eine andere ersetzte. Es ist nicht genug, die Worte zu ändern, es gilt auch die Sachen anders zu machen. Die Republik ist die Emancipation der Arbeiter, sie ist das Ende ihrer Ausbeutung; sie ist der Triumph einer neuen Ordnung der Dinge, durch welche die Arbeit von dem Kapital befreit wird. Freiheit, Gleichheit, Brüderliebe — dieser Wahlspruch, dieser Grundsatz unseres neuen Staatssystems soll zu keiner Operndekoration werden. Keine Sklaverei — denn wir sind keine Kinder. Es gibt keine Freiheit für den, welchem es an Brod mangelt! Es gibt keine Gleichheit, wenn der Reichthum sich neben dem Elende spreizt. Es gibt keine Brüderliebe, so lange sich der Arbeiter mit Weib und Kind hungernd und mit schlotternden Gliedern an die Thüren der Reichen schleppt. Also Arbeit und Brod! Die Existenz des Volkes darf nicht länger von dem Schrecken abhängen, der die Kapitalisten überkömmt, so wenig als von der Tücke, mit der sie ihre Schätze verbergen"!

Die provisorische Regierung sinkt täglich und zusehends in der Gunst der öffentlichen Meinung. Ihr gefährlichster Gegner in der Presse ist Cmil de Girardin, der in seinem Blatte mit der scharfsten Dialektik und einer Nüchternheit, die von dem größten Muthe zeugt, die Schwächen, Fehler und Inkonsequenzen der neuen Staatsgewalt aufdeckt. Hören Sie den Schluß seines heutigen Artikels: Ihr (provisor. Regierung) verlangt Widerstand? Widerstand gegen wen? Gegen die Verbrechen der Monarchie? Wir wollen Euch widerstehen, Euch, weil Ihr leidenschaftlich und kraftlos seid. Euch, weil Ihr stolz seid ohne kranke Ideen habt; hochmüthig und keinen Glauben. Euch, weil es Euch wohl gelingen wird, die Reichen arm zu machen, nicht aber die Armen reich. Euch, weil Ihr Alles aufgerührt habt, ohne irgend Etwas zu stören. Euch, weil Ihr Absatz und Verbrauch desorganisirt habt, ohne die Arbeit zu organisiren. Euch, weil Ihr versprecht, was Ihr nicht halten könnt, weil Ihr Euch mit Täuschungen tragt, die alle Lügen gestraft werden müssen. Euch, weil Ihr nicht den Muth hattet, dem Volke die Wahrheit zu sagen, das ihrer so würdig war. Euch, weil Ihr die Diktatur mißbraucht, ohne sie zu irgend Etwas gebraucht zu haben!"

Wenn das die Sprache der Reaktion ist, so muß man gestehen, daß die Reaktion besser spricht als die Revolution. Mit Ausnahme des National enthalten alle radikalen Blätter Nichts als schwärmerische Lobreden auf die Republik. Der National allein ist praktisch, aber nur als Verwalter, nicht als Reformator der Gesellschaft! Deßhalb hat denn Emil de Girardin leichtes Spiel mit der republikanischen Presse. Gleichwohl geht es bei diesem Spiele um Nichts weniger als um seinen Kopf, der bereits gewaltig wackelt. Girardin erklärt übrigens, man könne, wie man ihm zwanzig Mal gedroht habe, seine Pressen zerschlagen und dadurch 500 Menschen brodlos machen, er werde deßhalb doch nicht auf das Schreiben verzichten; man könne ihn ermorden, aber werde ihn aber weder zum Schweigen noch zur Flucht bringen. Was auch die Feinde Girardins sagen mögen, der Mann, welcher einer allmächtigen Staatsgewalt, in der mehrere seiner persönlichen Todfeinde Sitz und Stimme haben, auf diese Weise Trotz bietet, ein solcher Mann hat jeden Falls den sooiel Kühnheit als Talent.

## Italien.

Lombardei. Die Basler Z. vom 28. März meldet: Ein Kabinetskurier kam am 25. Abends 4 Uhr bei der sardinischen Gesandtschaft in Lausanne an und überbrachte die Nachricht, daß der König von Sardinien Oesterreich den Krieg erklärt hat. Die Avantgarde der piemontesischen Armee hat, von einem zahlreichen Korps Freiwilliger unterstützt, die Grenze überschritten. Der König hat sich selbst an die Spitze seiner Soldaten gestellt.

(Die Basler Z. sowohl als die N. Zürich. Z. vom 27. März enthalten bereits die betreffende merkwürdige Proklamation des Königs von Sardinien (dat. Turin 23. März), die wir morgen mittheilen werden.

ƒ Chur, 25. März. Mailand hat gesiegt! Radetzki hat mit den Truppen den Rückzug angetreten. Am 23, Morgens 7 Uhr drang die heldenmüthige Bevölkerung in das Kastell. Die Nachricht ist officiell und unterliegt keinem Zweifel. Folgendes ist die Proklamation des Kriegskomitats: „An die Pfarrer und Vorstände aller Gemeinden! Der Feind ist von Mailand aufgebrochen und flieht. In

Digitized by Google

**Baden.** * **Karlsruhe**, 26. März. (Kammerorb. Schluß.) v. **Itstein** erklärt, daß alle diejenigen, welche Abgeordnete deutscher Ständeversammlung sind oder waren, nach Frankfurt eingeladen worden; außerdem noch mehrere Männer, von denen man guten Rath erwarten kann. Es werden daher aus allen Theilen Deutschlands achtbare Männer erscheinen. Zwar werde der preußische Landtag am 2. April eröffnet, allein er habe den Freunden in Preußen geschrieben, daß in den ersten Tagen, wo die Geschäfte bloß die Formen betreffen, manche Mitglieder ohne Nachtheil abwesend sein können, daß daher Mehrere in Frankfurt erscheinen möchten, wenn sie Vaterlandsliebe besitzen.

**Mittermaier.** Die Noth ist außerordentlich; die wichtigste Angelegenheit des Vaterlandes darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Schon wieder fängt das verwünschte Zögern, die Halbheit und die Angst an. Man vernimmt nur durch die Zeitungen, was von den Regierungen geschehen soll. Die badischen Minister haben den Fürsten wohl berathen, daß er Preßfreiheit, Schwurgerichte und die übrigen Forderungen alsbald gewähre. Verstehen und ergreifen Sie auch jetzt die Zeit. Die badische Regierung kann mit der Kraft der Wahrheit vor ihr übrigen treten und ihnen sagen, wie dringend die Gefahr ist, daß auf die vorgeschlagenen Grundlagen hin gebandelt werden muß, wenn nicht Anarchie eintreten soll, daß es kein anderes Mittel der Beruhigung gibt, als die unverzügliche Berufung eines deutschen Parlaments. Wenn ich denke, daß ein solches vielleicht in drei Monaten hochgnädig berufen werden sollte, so erschrecke ich. Wer weiß, was in 8 Tagen geschieht? Entschließen Sie sich, ob Sie unsere Anträge billigen, was Sie billigen, das schlagen Sie den übrigen vor, fordern Sie, daß sie nachfolgen und wirken Sie, daß jetzt bei uns die Einleitung getroffen werde. Wenn Sie auf den Antrag von Buhl eingehen, dann ist die Vorbereitung gegeben, die Anderen müssen folgen.

**Welcker** als Berichterstatter erhält das Wort, nachdem die Diskussion geschlossen worden. Der Redner will die kostbare Zeit nicht mit einer allgemeinen Auseinandersetzung füllen, denn es greift die Sache ist, so spricht sie für sich selbst. Er bedauert, daß der Abg. Mittermaier verbindert war, seine abweichenden Ansichten in der Kommission vorzutragen, wo er sie zum Theil beämpft, zum Theil bereitwillig angenommen haben würde. Der Redner geht hierauf die einzelnen Bemerkungen des Abg. Mittermaier der Reihe nach durch, um dann bei dem Hauptpunkte, der Organisation, zu verweilen. Wir sind, sagt er, hierbei von dem Gedanken ausgegangen, daß, wenn wir die vollständige Freiheit haben, wir die bestehenden Verhältnisse nicht geradezu aufheben oder umstürzen wollen. Wenn die Regierungen bei dem Bunde nicht mehr mitwirken sollen, kann dahin sie aufgebrt, Regierungen zu sein. Man ist ferner in einer entsetzlichen Angst vor Allem, was den Anschein von zu viel Kammern hat. Ist das nicht Gespensterfurcht? Wo nicht verschiedene, selbständige Organe sind, da hat man zu allen Zeiten die traurigsten Erfahrungen gemacht. Wie die Mollusken und Schaluchthiere in der Natur, so ist ein Volk, das nur Eine große gemeinschaftliche Versammlung hat, ein Wesen auf niedriger Stufe, ein Brei, und die Freiheit wird dort untergraben. So in Rom, wo nach den Morde von zehn Tausenden die Masse in die Hände einer Imperators fiel; so in Frankreich, wo das Volk am Ende lieber nur Einen Räuber und Mörder an der Spitze haben wollte, als Hunderte. Lassen Sie, wie die freien Nordamerikaner, eine Gliederung im Staate bestehen. Dort hat nicht nur die Union, jeder einzelne Staat hat seine drei Gewalten. Mein Freund Hecker will den Schwerpunkt in der Nationalrepräsentation. Ja, das will ich auch. Aber wenn 500 bis 600 Vertreter der Nation sich allsährlich versammeln, gefügt und getragen von der öffentlichen Meinung, dann ist gewiß der monarchische Schwerpunkt in dieser Versammlung. Aber nur eine wohlthätige Prüfung und Berathung, ein Austausch der Gedanken und eine Wechselwirkung verschiedener Organe, welche alle in der Nation wurzeln, kann zu einem friedlichen Ziele führen. Der Mensch, das edelste Gebilde der Schöpfung, hat in sich verschiedene Organe, die harmonisch zu dem gleichen Zwecke wirken. Haben Sie also nicht Angst vor einer selbständigen Organisation der verschiedenen Bestandtheile des Vaterlandes. — Der Redner unterstützt endlich den Antrag des Abg. Buhl, der auch schon in dem fünften Abschnitt des Berichtes liege, wo von der Berufung einer Nationalversammlung die Rede ist. Ohne eine konstituirende Versammlung ist kein Heil, und wir wollen nach dem Antrage die Regierung noch besonders bitten, daß die Versammlung alsbald berufen werde. Bei der Wahlart, welche Hecker in der Versammlung zu Frankfurt setzt, entsteht die Frage, ob dieselbe Gehorsam finden, ob Preußen und Oesterreich sich fügen werden. Schwerlich. Wir müßten also revolutionairen, und das würde nicht zur schnellsten Einheit, sondern zum schrecklichen Bürgerkriege führen. Wohl aber hat die Regierung die Pflicht, die von Hecker richtig geschilderte Gefahr zu beherzigen. Wo nicht, so wird ein Entschluß der Verzweiflung vielleicht zum Unglück führen, aber dann fällt die Verantwortlichkeit auf die Regierungen. Also, verwirrte, die Uebrigen werden folgen. Ich habe früher so oft bittere Klagen gegen die Regierung führen müssen und freue mich, daß jetzt nicht bloß die Kammer, sondern auch die Regierung vorangegangen ist für die freie Presse, für eine Nationalvertretung, daß sie zu diesem Zwecke ihren Gesandten, mit denen von Nassau, Hessen, Würtemberg und Baiern vereinigt hat. Ich trene mich dieser glücklichen Uebereinstimmung, und wie unsere vier Hauptforderungen durch ganz Deutschland gedrungen sind, so werden auch die Forderungen der Regierung für eine Nationalversammlung überall Anklang finden. Am 26. März 1831 habe ich den gleichen Antrag auf den Tisch des Präsidenten niedergelegt. Seitdem ist die Sache gereift durch meine schwachen Kräfte und durch andere weit stärkere. Gott hat sich die Ueberzeugung geblitzt, daß der alte Bund nur Unterdrückung wolle, und ein neuer Geist der Freiheit und Einheit reichen müsse. Und wenn auch die erste Verfassung des neuen Bundes nicht alle Wünsche befriedigen wird, so entwerfe sie mit Besonnenheit, Ihr Männer, begrüßt die neue Zeit, vollenmen ist unser Werk noch nicht, aber es wird sich fortbilden und noch unsere späten Nachkommen beglücken.

M. v. **Dusch.** Sie haben über den wichtigsten und dringendsten Gegenstand für Deutschland berathen. Die Mitglieder der Regierung haben gestern Nachmittag erst den Kommissionsbericht erhalten und bisher kaum Zeit gefunden, ihn zu durchlesen. Sie werden begreifen, daß die Regierung seit einige Stunden zusammentreten und berathen muß, bevor sie eine Erklärung geben kann. Ich habe mich gefreut über den Reichthum vortrefflicher Gedanken und Vorschläge in den Berichte; sie werden der Nationalversammlung ein treffliches Material liefern. Wir können Ihnen die Versicherung geben, was die mögliche Anstrengung von dem gegebenen Standpunkte leisten kann, um den wichtigen Gegenstand zu befördern und zu beschleunigen, das wird die Regierung mit redlichem Eifer thun (Zustimmung).

Der Präsident brachte nun den Antrag zur Abstimmung: in einer Adresse die Regierung zu ersuchen, daß sie mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln für die schleunigste Herstellung einer deutschen Bundesverfassung mit einem Nationalparlament, unter Berücksichtigung der in dem Berichte und der Verhandlung niedergelegten Ansichten wirken möge.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen. Ebenso der Antrag des Abg. **Buhl**, die Regierung möge sofort die Wahl der badischen Parlamentsglieder anordnen, den übrigen Regierungen davon Kenntniß geben und der Kammer Vorlage machen.

**Breslau.** Von hier marschirte eine Abtheilung des 10. Regimentes nach Oberschlesien, wo Bauernunruhen ausgebrochen sind. Nähtliche Nachrichten vom Ausbruch von Unruhen gehen uns wenigstens aus 10 Städten unserer Provinz zu.

** **Aus Würtemberg**, 26. März. Heute haben wir die erste Frucht der neuen Gesetzgebung über die Volksversammlungen gehabt; in Göppingen fand eine sehr zahlreich besuchte Versammlung Statt. Der Abgeordnete des Bezirks, Seyfried, eröffnete sie, Murschel präsidirte; da kein Lokal ausgereicht hätte, wurde der freie Himmel gewählt, um zu tagen, unter dem Rathhaus standen die Männer. Redinger verlas ein teutsches Programm, darnach sollen in allen Gemeinden vaterländische Vereine gebildet werden, welche, unter sich im Zusammenhang, die politische Thätigkeit konzentriren, besonders die jetzigen Wahlen sind der Gegenstand der Thätigkeit. In Betreff der wählenden Abgeordneten werden Grundsätze festgestellt; namentlich sollen blos solche Staatsdiener gewählt werden, welche sich als Freunde des Volks bewährt haben. Wer ein Staatsamt, eine Beförderung während der Dauer seines Mandats erhält, soll vorher seine Stelle niederlegen. Sofort werden die wichtigen Grundsätze aufgestellt, deren Erkämpfung Pflicht der Abgeordneten sei; Verfassungsrevision wie Aufhebung des Geheimenaths, der politischen Vorrechte des Adels ꝛc. ist darin enthalten. Oft wurde die Vorlesung durch den stürmischsten Beifall unterbrochen, und dann durch einstimmigen Zuruf das Programm als Ansicht der Versammlung angenommen. Weiter wurde auch das Vorgenannte der Heidelberger Komnission für Gestaltung der deutschen Nationalvertretung mitgetheilt und vom entschiedensten Beifall begleitet. Tafel sprach zu Gunsten der noch von Deutschen unterdrückten Nationalitäten, und verlas eine von Hermann Kurz verfaßte

Digitized by Google

Adresse an die Staatsregierung mit der Bitte, sie möge bei den Regierungen von Preußen und Oesterreich Alles aufbieten, daß altes Unrecht gesühnt, daß Posen, Galizien, Krakau und die Lombardei nicht länger unterdrückt seien, und der nationalen Entwicklung jener Nationen kein Hinderniß in den Weg gelegt werde. Es folgte eine Adresse an die Wiener und Berliner, ihnen den Dank zu sagen für ihren Heldenmuth im Kampfe für die Freiheit, eine Ansprache voll Schwung, verfaßt von Dr. Scherr. Der Redner hielt bei der Stelle, die von Preußens Könige handelte, mit dem Weiterlesen an, er kam auf die alten Sünden des ersten Systems zurück, er ergösste von der Revolution und den Scenen, die jetzt vorgehen, er richtete nun an die Versammelten die Frage, ob sie diesen König als deutschen König anerkennen können. Ein tausendstimmiges Nein erscholl. Es folgten noch mehrere Redner, der letzte war der Abgeordnete Becher, der in meisterhafter Rede von dem Umschwunge sprach, und zuletzt ein Gedicht von L. Pfau „das hat ein deutscher König gethan“ vortrug. Es war ergreifend, als zu Ehre der Berliner Gefallenen die ganze Versammlung ehrerbietig das Haupt entblößte.

Heidelberg, 28. März. Es kommt uns folgender Aufruf zu: Aufruf. — Schleswig-Holstein hat sich von fremder Oberherrschaft unabhängig erklärt. Es steht in den Waffen, seine deutsche Nationalität mit seinem Blute zu behaupten. Die deutsche Nation hat die Sache zu der ihrigen erklärt: sie wird das Wort zur That werden lassen. — Heidelberg hat sich ein Freikorps gebildet, um mit den deutschen Brüdern in Schleswig-Holstein die gemeinsame Sache mit Leib und Leben zu verfechten, und fordert alle deutschen Männer, die gleicher Gesinnung sind, auf, ihm zu folgen.

Aus **Hannover**, 23. März, schreibt man der Weser Zeit.: Von Loccum haben sich die Bauernunruhen auch nach Stolzenau erstreckt. Man hat öffentliche Gebäude in Brand gesteckt und sogar dem Militär (Husaren) an Verwundeten und Todten Verluste beigebracht. Es sind von hier heute fernere Truppen hingeeilt.

Man sagt, daß in Loccum gestern 8 Mann Soldaten, worunter ein Offizier, getödtet worden seien.

In Springe sind dem Bürgermeister die Fenster eingeworfen. In Neustadt soll man dem Bürgermeister eine Kutsche vors Haus gebracht und ihn thätlich eingeladen haben, sofort die Stadt zu verlassen.

Am heutigen Nachmittage sind wir allen Thoren der Stadt durch Ingenieure Plätze zur Aufstellung von Kanonen bestimmt worden. Es sollen aus den umliegenden Dorfschaften Berichte gekommen sein, nach denen am künftigen Dinstag, dem Eröffnungstage unserer Stände, eine Unmasse von Bauern hierher rücken wollen. Morgen sollen die Kanonen aufgepflanzt werden. Diese Maßregel verbreitet hier eine ungemeine Aufregung und selbst Besorgniß.

Der Landdrost von Osnabrück, Lütcken, hat folgende Bekanntmachung erlassen: Eine Bande von etwa 200 Mann preußischer Militairer hat innerhalb des preußischen Gebietes verschiedene Gewaltthätigkeiten verübt und ist im Begriff, über die Landesgrenze zu treten. Zunächst sind die Kirchspiele St. Annen und Hoopel bedroht. Mehrere preußische Familien sind in unser gottlob ruhiges Land geflüchtet. Sicherheitswachen sind angeordnet und es wird Militär zum Schutze verwendet werden. Ich fordere jeden rechtlichen Mann auf, was in seinen Kräften steht dazu aufzubieten, das Alles vermieden werde, was zu Unordnungen führen kann.

Zwischen 4 und 5 Uhr Morgens rückte bereits eine Schwadron Husaren und eine Kompagnie Infanterie über Melle nach der Grenze aus. Gegen Mittag wurde aber auf Requisition von Diesen eine Kompagnie Infanterie auf Wagen dahin geschickt, hier sollen aber die Gewaltthätigkeiten von hannoverschen Unterthanen begangen sein. Wie es heißt, sollen noch mehrere Kommandos aufs Land geschickt werden.

Δ **Mainz**, 27. März. In einer der letzten Nummern der Deutschen Zeit. berichtet eine Korrespondenz aus Mainz, daß ein Kampf zwischen der preußischen Garnison und der Bürgerschaft stattgefunden habe; dies ist aber unwahr. Die Bürgerwache hat sich im Gegentheil alle Mühe gegeben, einen Straßenkrawall nicht zum offenen Kampfe werden zu lassen, da der Ausgang eines solchen nicht zweifelhaft sein kann; auch die Militärbehörde haben mit aller Kraft ein schon sehr nahes Unglück verhindert und durch die Zurückziehung der Truppen der Bürgerwache die Herstellung der Ruhe möglich gemacht. Ein Offizier wurde während des Auflaufs mißhandelt, was kein rechtlich denkender Mann billigen kann; Niemand aber wurde getödtet oder gefährlich verwundet. Unlängbar ist, daß das gräuliche Mißverständniß zu Berlin die Gemüther zum Ingrimm aufgestachelt und zum Hasse gegen das preußische Heer entflammt hat. — Gestern Abend wieder ein Ereigniß, welches von Neuem große Unruhe verursachte; gegen 10 Uhr brannte das Lokal, in welchem die Bürgerversammlungen gehalten werden, an allen Ecken, und man vermuthet Brandstiftung, ohne jedoch einen annehmbaren Grund für diese Vermuthung angeben zu können. Daß eine reaktionäre Partei im Finstern schleicht, wird immer wahrscheinlicher, ebenso wenig ist aber auch eine sich in Uebertreibungen gefallende Fraktion der Fortschrittspartei in Abrede zu stellen.

* **Frankfurt a. M.**, 27. März. Von den vereinigten Festausschüssen ist jetzt das Programm für die ersten Tage der Berathungen über das deutsche Parlament festgesetzt. Am Donnerstag, Freitag und bis Sonnabend früh ist das Anmeldungsbureau für die Abgeordneten im Gasthofe zum Weidenbusch geöffnet. Freitag Morgens 8½ Uhr versammeln sich die Abgeordneten im Kaisersaale des Romers zur Vorberathung und ziehen 10 Uhr unter Glockengeläute und Kanonendonner nach der Paulskirche, dem Versammlungslokale. Vor der Kirche bildet die Stadtwehr die Ehrenwache. Sonnabend Morgens um 8 Uhr Fortsetzung der Berathungen. Die Festlichkeiten dieser 3 Tage sind: Donnerstag im Theater: Oper „Wilhelm Tell“ mit Prolog und allegorischen Tableaux; Freitag großer Fackelzug mit Sängerchören nach der Wohnung des Präsidenten der Versammlung; Sonnabend Beleuchtung der Stadt. An den Abenden des Donnerstag, Freitag und Sonnabend sind die Bäder des Odeons, des Weißen und des ehemaligen Königs von Preußen (nunmehrigen deutschen Hofes) zur Reunion geöffnet. Auch stehen während der drei Tage die Kunst- und wissenschaftlichen Anstalten offen. Bereits am Donnerstag soll die ganze Stadt festlich dekorirt werden. Am Sonntag wird, wie es heißt, große Revue der Stadtwehr Statt finden. Die Zurüstungen zur Dekorirung und Beleuchtung nehmen bereits alle Hände in Anspruch. Man erwartet einen großen Zufluß von Fremden in unserer Stadt. — Das durch die Bundesbeschlüsse von 1832 aufgehobene Associationsrecht ist von heute an in Frankfurt wieder hergestellt. Versammlungen und Vereine bedürfen keiner Genehmigung mehr, sondern bloßer Anzeige bei der Behörde. Gesetzwidrige oder die öffentliche Ordnung störende Versammlungen und Vereine können zwar untersagt oder geschlossen werden; doch steht den Betheiligten der Rechtsweg (an das Appellationsgericht) hiergegen offen.

**Belgien.**

Brüssel, 24. März. Nach so eben angelangten Nachrichten aus Luxemburg droht die Bewegung des Großherzogthums in eine Insurrection auszuarten. Die luxemburgische Fahne (nicht die französische, wie man irrthümlich berichtet) weht von den Thürmen einer großen Anzahl Gemeinden, unter Anderen zu Oberen, Redange, Bettboen, Rons, Merzig, Feulen, Hotingen. Ueberall ertönt der Ruf: Es lebe die Republik! Zu Feulen wurde die Fahne in feierlichem Aufzuge drei Mal um die Kirche getragen, bevor man sie auf den Thurm aufsteckte. Die Bewegung scheint bis jetzt keine Vereinigung mit Frankreich zu bezwecken. Es ist überall in zahllosen Gremplaren eine Proklamation an die Luxemburger verbreitet worden, in welcher es heißt, daß die Völker Europa's die Freiheit errungen und die Stunde auch für Luxemburg gekommen sei. Das König habe sie bis jetzt bloß mit Versprechungen abgespeist, sie wollten endlich ihre Rechte wieder erobern und verlangten: 1) absolute Preßfreiheit; 2) neue Verfassung und ministerielle Verantwortlichkeit; 3) Abschaffung des Wahlcensus und Vertretung des Volkes in der Kammer; 4) Abschaffung der Stempelgebühren für Bittschriften und für die Presse; 5) Bittschrifts- und Vereinigungsrecht; 6) Revision der Gesetze, Reorganisation der richterlichen Gewalt, Geschwornengerichte; 7) Revision der Verordnung über die Funktionen der Souverneure und ihres Rathes, Wahlsystem; 8) Organisation der Arbeit durch den Staat; 9) Erziehung und Unterhaltung aller Kinder von Staats wegen; 10) keine Almosen mehr, aber Arbeit; 11) Herabsetzung der Civilliste, welche sich bei einer Bevölkerung von 170,000 Einwohnern auf die fabelhafte Summe von 150,000 Gulden beläuft. „Das Land“, sagt die Proklamation weiter, „ist die Beute von Spekulanten geworden und dem Wucher der Beamten unterworfen. Es gibt der letzteren, die zwei oder drei fette Stellen bekleiden, andere treiben neben ihren Stellen noch Handel. Bürger! lasset uns zusammentreten, um zu berathen, aber seien wir fest und ruhig. Die Kraft des Volkes liegt in seiner Mäßigung. Das Land will aber vor Allem Preßfreiheit, die Beseitigung eines Intriganten (des Bischofs Laurent) und das Repräsentativsystem in der Verwaltung.“ (Köln. Z.)

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Gem. Owen u. Comp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Überseeische Länder wende man sich an G. L. Klemmrich Expedition 29 Brandgasse, Paris 29, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt der Großh. Gen. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich 8. 10, durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 24 kr. Für Bayern wird der Raum einer preußischen Meile berechnet. 1 Thlr. (2 Sgr.)

№ 91. Heidelberg, Freitag 31. März. 1848.

## Uebersicht.

**Deutschland und Preußen.** — **Wien** (der Prälat von Klosterneuburg). Flucht der Ligurianer. Die Zuversammlung in Presburg). **Berlin** (Verhaftung der polnischen Deputation mit der Regierung. Deputation der polnischen Kunwanderer. Personalveränderungen. Unbefriedigende Aeußerungen der Konstitutionellen. Die Royalisten). **Königsberg** (Oberpräsident Bötticher sucht um seine Entlassung nach. Bitte der Bürger um Entfernung der Truppen). **Erfurt** (Krakrüge Landtagsabgeordneter). **Stuttgart** (die Kammer aufgelöst. Die Versammlung in Frankfurt). **Tubingen** (neue Bundesprojekt). **Göttingen** (die Bürgerversammlung. Jacobi nach Frankfurt). **Karlsruhe** (Kammerverhandlungen). **Herbelberg** (eine Parteifeindschaftheit. Protestation der Darmstädter gegen die Mannheimer Klique). **Darmstadt** (die Heidelberger Volksversammlung. Freiere Gestaltung der preußischen Bücher). **Kassel** (die Parlamentsfrage). **Hamburg** (Rückkehr der schleswig-holsteinischen Deputation nach Kiel. Beschrd des Königs. Vorbereitungen zum Widerstande gegen Dänemark. Scheel soll in Bahafinn verfallen sein. Berufungen der provisor. Regierung.)

**Schweiz.** Aus der Schweiz. Maßregeln. Entlassung der Zuckerarbeiter in Mühlhausen. Thätigkeit der deutsche Republikaner in der Schweiz.

**Belgien.** Brüssel. Die eingetangene Freiheit.

**Großbritannien.** Die Zeitungspresse über die Lage Deutschlands.

**Frankreich.** Regierungsverordnungen. Armand Barbes. Association der Handwerker. Telegraphische Nachricht von einem Aufstand in Sardinien. Zusammensetzung eines Lagers bei Dijon. Thoren. Bewaffnung der Nationalgarden. Zug der Polen nach dem Rathhaus. Anrede Lamartine's.

**Italien.** Der Aufruf des Königs von Sardinien an die Lombarden und Venetianer. Gerücht von einem Ausbruch in Parma und Modena. Der Rückzug der Oesterreicher. Auch Piacenza. Ghuna. Gewaltige Aufregung in Genua. Der Herzog von Parma dankt ab. **Neapel.** Ultimatum der Parlamentarer Regierung. **Rom.** Die Republik v. San Marco. Erzherzog Rainer, die Herzoge von Parma und Modena flüchtig. Proklamation des Großherzog von Toskana. Päpstliche Deroman in Betreff der italienischen Nationalfarbe.

**Rußland.** Gerüchte von einem Attentat auf den Kaiser.

**Belgien.** Wien (der ältere Stadtbehörde). **München** (Stimmung gegen Preußen. Definitive Bildung des Ministeriums. Altbaiern und Pfälzer). **Stuttgart** (Kammerverhandlungen: Das deutsche Parlament). **Coburg** (Bruegel nach Frankfurt gelaunt. Der bevorstehende Landtag). **Bern.** Näheres über die Lola Montez. **Pest.** Nationale Bewegung. Judenverfolgungen. Parteikämpfe und Unruhen in Ungarn.

## Heidelberg, 30. März.

Wir halten die Herstellung Polens für eine Sache der Gerechtigkeit, ja der politischen Weisheit; ein russischer Krieg wird in Folge dieser Herstellung eine Nothwendigkeit werden. Die schleswig-holsteinische Frage hat plötzlich eine Wendung erhalten, die eine Besetzung durch deutsche Bundestruppen nöthig macht, wenn nicht eine Besetzung durch deutsche Freischaaren erfolgen soll: auch an diese Maßregel kann sich möglicherweise ein russischer Krieg anknüpfen. Wir freuen uns der Dinge, die diesen Krieg möglich und wahrscheinlich machen, wir arbeiten für die andern, die ihn nothwendig machen, weil es keine wünschenswerthere Beschäftigung für uns gibt.

Gesetzt nun, dieser wünschenswerthe und mögliche Krieg werde in der That eine Nothwendigkeit, Rußland greife uns in Holstein an oder zwinge uns in Polen anzugreifen, was sollte uns wohl irgend ein Bundeshaupt nützen, wenn es nicht zugleich Herr in Preußen wäre? Oesterreich hat sich gegen einen Krieg mit Rußland von jeher gesträubt; die moralischen und politischen Bewegründe, die uns dazu treiben, kennt Oesterreich in seinem Innern bis jetzt noch nicht; in den italischen Bewegungen ist Bewegrund für Oesterreich gegnug, sich vorerst keine weitere Verwicklung zu wünschen; es wird widerstreben bis aufs Aeußerste. Gesetzt man wählte den König von Würtemberg zum ersten Bundeshaupte, was sollte ihn bestimmen, einen raschen, energischen, mächtigen Volkskrieg gegen den Schwiegervater seines Sohnes zu betreiben? An große, politische Gesichtspunkte, die über verwandschaftliche Rücksichten wegsehen machen, ist man in unsern kleinen Staaten begreiflicherweise nicht gewöhnt. Die öffentliche Stimmung möchte das widerstrebende Haupt, in solchen Zeiten wie diese, wohl zuletzt zwingen, allein der kostbare Moment, der in eben solchen Zeiten wie diese so unendlichen Werthe ist, würde darüber verloren gehn; in ruhigen Zeiten würde auch der Drang der öffentlichen Meinung nicht einmal so stark sein. Diese Bedenken gelten für jede Wahl eines der machtlosen Fürsten. Wir setzen den Fall, ein solcher entschlösse sich oder wäre genöthigt, einen solchen Krieg energisch anzugreifen: der König von Preußen möchte so resignirt sein wie er wollte, so würde doch Niemand, dieser König selber nicht, in dem preußischen Heere, wie es gerade organisirt ist, die Abneigung, den Widerwillen hegen, einem machtlosen Haupte so folgen, sich von einem durch ihn bestellten Oberbefehlern kommandiren zu lassen: Die Mißstimmung würde auf die Operationen wirken, die Operationen, wenn sie an Einem Punkte mißglückten, würden diese Mißstimmung aufs Aeußerste steigern. Die energische Stimmung der Nation in diesem Augenblick könnte auch auf die Heere allerdings so antreibend wirken, daß dieses Widerstreben nicht in Ungefestlichkeit ausartete, aber der heimliche Groll würde bleiben und seine Auswege schon zu finden wissen. Drange aber vollends der Ehrgeiz, die Reuitenz, die Unzufriedenheit je in Haupt und Regierung von Preußen selbst, so wäre jede Unternehmung des deutschen Bundes völlig gelähmt. Preußen allein wiegt die kleinen Staaten Deutschlands auf. Stehe Preußen an der Spitze, so werden die kleinern Fürsten überhaupt zur Reuitenz gegen den Nächtigeren nicht geneigt sein; wäre es der Eine oder der Andere, so würde es Nicht verfangen; alle zusammen werden sich zu einer gemeinsamen Widerfestlichkeit niemals vereinigen. Das also, was bei der Hauptingschaft Preußens faß undenkbar ist, daß nämlich eine gleich starke Macht wie Preußen in Zwiespalt mit den obersten Bundesleitung wäre, das ist, wenn Preußen nicht das Haupt ist, mit einer Größe des preußischen Fürsten gethan. Man wird einwenden, wenn Oesterreich im Bunde sei, so wäre derselbe Fall, wenn diese Macht die Eiferſucht, das gegenseitige Interesse, die Unzufriedenheit hätte, die wir vorher bei Preußen vorausgesetzen. Auch ist dies eine Besorgniß, die mit dem Nebeneinanderstehen zweier so mächtigen Staaten in Einem Bunde nothwendig verbunden ist. Zu entscheiden nun, welcher von beiden Mächten die Bundesleitung, in Rücksicht gerade auf diese Möglichkeit einer feindlichen Entgegensetzung beider, vernünftigerweise gegeben werden müsse, dazu dient Nichts, als daß man sogleich zu den äußersten Fällen vorschreitet. Gesetzt die Unverträglichkeit beider Mächte wäche in dem Maße, daß ein offener Bruch oder ein Austritt Einer der beiden aus dem Bunde gegeben wäre: so würde Deutschland mit Oesterreich ohne Preußen ein lächerlich zerstückeltes, auch höchst heterogenen Theilen zusammengesetztes Ganze sein, dagegen mit Preußen ohne Oesterreich eine allerdings geschwächte Macht, die aber an Homogenität nur gewänne. Wir sagten gestern schon, daß es den besonnensten Staatsleuten ein leichter Gedanke war, Oesterreich fahren zu lassen; Preußen aber aufzuschieben, ist ein ganz undenkbarer Gedanke, obwohl er leider auch schon ausdrücklich gedacht worden ist, und obwohl in den beliebtesten Verfassungsplanen für Deutschland ohne Absicht darauf hingearbeitet wird.

Man darf nur in dieser Weise von einem konkreten Falle, einer bestimmten politischen Frage ausgehen und sich die Möglichkeiten der Verwicklungen anmalen, so wird man jedesmal finden, daß die preußische Hauptlingsstaft in Deutschland die Kombination ist, die bei weitem am wenigsten Bedenken in sich trägt, daß jede andere dagegen zu unlösbaren und endlosen Schwierigkeiten führt. Es ist kaum begreiflich, wie bedachtsame Männer sich von so maßloser Leidenschaft gegen eine Persönlichkeit können hinreißen lassen, daß sie lieber jede Rücksicht auf das Wohl des Ganzen aus den Augen setzen, statt lieber geradezu diese Persönlichkeit aus den Augen zu setzen. Man ist da in Berlin in solchen Regionen, auf die unsere Leidenschaftslichen schon sehr übermüthig herabsehen, viel weiter. Als unlängst von Seite eines Diplomaten gegen den Grafen Arnim geäußert wurde, er habe den König in einer gewissen Frage weiter geglaubt, sagte der Graf im vollkommenen Begriffe seiner jetzigen Stellung: „Das ist jetzt Sache der Minister.“ Und so lange wir nicht die Fähigkeit haben, in dieser Weise von der Person des Fürsten zu abstrahiren, so lange haben wir nicht allein keinen konstitutionellen, sondern überhaupt gar keinen Staatssinn; wir haben noch

Digitized by Google

viel weniger das Selbstgefühl und den Muth, eine Institution, die wir uns heute errungen haben, nur bis morgen zu behaupten. Uns, die wir jetzt unter dem furchtbaren Anathema der Antipathien gegen Preußens König dem Staate Preußen das Wort reden, dessen Herz in Berlin bewahrt hat, daß es noch das Volk von 1813 ist, uns ist das Ereigniß vom 18. März und das Licht, das es auf den König wirft um Nichts weniger zuwider, als irgend Einem, aber wir mögen den Kopf darüber nicht plötzlich verlieren. Wir haben sogar einen neuen Grund, mit der Person des Königs unzufrieden zu sein, einen Grund, der uns nach unsern Ansichten und nach unsern nächsten Herzensanliegen ungemein schwer wiegt. Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß dem Könige der kühne Gedanke nahe gelegt worden ist, in einem Kriege mit Rußland das Heil des Landes zu suchen, und das Mittel und vor Anachie und Auflösung zu bewahren. Der König soll bedauernd gesagt haben, er werde nun und nimmer einen Krieg gegen Rußland führen. So hart diese Betheuerung gegen unsere dringendsten Ueberzeugungen stößt, so entschieden sie uns um die Ueberzeugung gibt, daß fünfzig Jahr alte Vorurtheile nicht mehr leicht zum Weichen zu bringen sind, so traurig uns die darin gelegene Bestätigung ist, daß an dieser höchsten Stelle die Beurtheilung der Zeit um Nichts weiter gediehen ist, als der Zwang der Verhältnisse genöthigt hat, so könnte doch in allem dem nicht der geringste Grund liegen, uns für den Zweck des russischen Krieges nach einem anderen Führer als Preußen umzusehen. Wir wiederholen auch auf diese Aeußerung hin kaltblütig sagen: Das ist jetzt Sache der Minister. Und wenn es die Minister nicht durchzufechten wüßten, so würden wir Angesichts der Gefahren des Vaterlandes darauf dringen: das diese Sache des Volkes werde. Kann und Preußen durch die Herstellung Polens und durch seine Kriegsmacht zu einem Kriege mit Rußland stehen, so vergagen wir nicht einen Augenblick an diesem Preußen deßwegen, weil sein König nicht will. Er wird wollen, wenn es und selber erst Ernst ist zu wollen.

**Oesterreich.** Wien, 24. März. Der unermeßliche Umschwung der Dinge entwickelt hier bereits die ganze Lichtseite eines glücklichen Zustandes. Allein es ist nur zu bedauern, daß eine Masse aufreizender Schriften nicht zu Athem kommen läßt. So steigert sich der Volkshaß, aufgeregt durch leider gräßliche, mittelst der Presse veröffentlichte Bedrückungen, die sich der Prälat von Klosterneuburg, Sedlatzek, geistlicher Erzieher des seit den letzten Ereignissen auch mehr verhaßten Erzherzogs Albrecht, gegen seine Unterthanen seit Jahren zu Schulden kommen läßt, auf eine bedrohliche Weise. Es sind bereits Truppen nach dem Kloster aufgebrochen, um es zu schützen. — Die Jesuitenväter haben sich zeitig geflüchtet.

Die Wiener Zeit. v. 24. März schreibt: Flüchtige Juden, welche gestern aus Pressburg in Wien ankamen, melden von einer gräßlichen Judenverfolgung, welche, wenn auch nur ein Theil der erzählten Details wahr ist, an die finstersten Zeiten des Mittelalters erinnernd, daselbst ausgebrochen sein soll. Das Verlangen der Juden, in die Nationalgarde aufgenommen zu werden, soll dazu Anlaß gegeben haben. Die Juraten hätten sich tüchtig der Verfolgten angenommen.

Die Wiener Zeit. bringt mehrere Artikel, worin sie gegen das Manifest des Königs von Preußen Verwahrung einlegt. Der eine dieser Artikel beginnt: „Als ein freies konstitutionelles Land tritt Oesterreich wieder an die Spitze des deutschen Staatenvereines."

**Preußen.** Berlin, 26. März. Die Zeitungshalle enthält folgende Mittheilung: Vorgestern hatten die Deputationen aus Posen eine definitive Antwort erhalten sollen. Eine solche erfolgte jedoch nicht, sie wurden mit schwankenden Versicherungen hingehalten, und die deutsche Deputation wollte soeben von Berlin wieder abreisen, um ihren Kommittenten über die Fruchtlosigkeit der Unterhandlungen Bericht zu erstatten, als Herr Königsberger aus Posen anlangte mit der Schreckenskunde, daß General Steinäcker gedroht habe und schon im Begriff sei, die Stadt Posen von der Festung aus zu bombardiren. Die deutsche Deputation eilte sogleich in Begleitung des Hrn. Königsberger aufs Schloß, um erneute Vorstellungen zur Abwendung des hereinbrechenden Unglücks zu machen. Graf Schwerin, den die Abgeordneten antrafen, bemerkte, daß Steinäcker, wenn er sich gezwungen sehe, auf die Stadt zu schießen, dann doch nur seine Pflicht erfüllte. Nein, Herr Graf! sie der Abgeordnete Bielefeld ein, mit dieser Antwort ist Nichts gesagt; wird solche Gewalt gebraucht werden, so wird Alles im Großherzogthum zusammenhalten und der Gewalt Gewalt entgegensetzen, wir fordern einmüthig eine rasche und zufriedenstellende Lösung. Die anderen Herren Minister kamen hinzu, und nach längerer Verhandlung einigten sie sich mit den beiden Deputationen über folgende Punkte: 1) Das in Posen gegenwärtig bestehende Komité soll ein Regierungskomité einsetzen, welchem zwei tüchtige Kommissäre beigeordnet werden, nämlich Herr Beurmann für die Civilsachen und General Willisen für die Militärsachen. 2) Oberpräsident soll ein von dem Komité zu ernennender Pole werden (man glaubt, daß die Wahl auf den Dr. Kratzeszki fallen werde). 3) Diejenigen Distriktskommissäre und Landräthe, Verwaltungsbeamte und Richter, welche unbeliebt sind, sollen, wenn das Komité es fordert, ihrer Funktionen enthoben, jedoch für zwei Jahre, ihrer seitherigen Stellung entsprechend, entschädigt, ihre Stellen dagegen sollen mit Beamten, welche das Komité erwählt, besetzt werden. 4) Das Militär soll polnisch organisirt werden. (Zu diesem Artikel verlangten die Herren Minister den Zusatz, daß es den Deutschen, sowie auch allen Juden, welche in den Dienst zu treten wünschten, unbenommen und unbehindert sein solle, was, nach der Erklärung der Deputirten, mit der Meinung des Großherzogthums selbst nur übereinstimme und daher ohne Weiteres zugestanden wurde). 5) Die Besatzung soll vorläufig preußische Besatzung behalten, diese Besatzung jedoch in seiner Weise ohne Zustimmung des Komités agiren. 6) Die polnische und deutsche Sprache sollen gleichberechtigt neben einander gelten und nach Bedürfniß gebraucht, das polnische Schulwesen soll reorganisirt und für gemeinnützige polnische Anstalten gesorgt werden.

Soviel wir wissen, ist noch nicht gemeldet worden, daß auch eine Deputation derpoln. Emigration in Paris hier auf dem Schlosse eingetroffen und für 10,000 Polen, die sich in Frankreich bereits zu bewaffneten Korps organisirt haben, einen Durchmarsch durch die preußischen Lande erbeten hat. Größere Garantien kann Preußen für die neue Nationalgestaltung Deutschlands nicht geben, als wenn es sich jetzt auch an die Spitze der polnischen Bewegung stellt und dadurch jede Verbindung mit Rußland auf immer abschneidet. (D. R. Z.).

** Berlin, 26. März. Die Oberpräsidenten von Preußen und Schlesien, Bötticher und v. Wedell, haben ihre Entlassung nachgesucht; der König hat sie sofort ertheilt und aus eigener Bewegung den Präsidenten v. Auerswald aus Trier, früher Oberbürgermeister von Königsberg, an die Stelle Dr. Bötticher's berufen. Der Graf v. York, liberaler Mitglied der Herrenbank, ist mit Vollmachten eines Oberpräsidenten, als königl. Kommissarius nach Schlesien gesandt. Der Geh. Reg. Rath Matzki im Ministerium des Innern, der zu der irrsinnigen Politik der Allg. Pr. Z. das Meiste beigetragen und an den sich die Erinnerungen der preuß. Censurverfinsterung knüpfen, wurde heute Morgen verabschiedet. — Unsere Truppen sind gestern nach Schleswig marschirt. Ein Brief aus Kiel, den ich eben erhalte, meldet die Einsetzung einer provisorischen Regierung, Prinz Friedrich, Bruder v. d. Uebergang der Kieler Truppen zu den deutschen Fahnen und den in nächster Stunde (24. März) auszuführenden Zug gegen Rendsburg. — Die konstitutionellen Gesinnungen der Berliner äußern sich oft auf sehr unkonstitutionelle Weise; den Hrn. Juliusz, der die freie Presse in einem Artikel seiner radikal gewordenen Zeitungshalle angeschwindlich mißbraucht hatte und doch durch seine Schreibart selbst am furchtbarsten gerichtet war, bedrohte man mit Gewaltmaßregeln. In jener Versammlung an den Zelten, die übrigens Hr. J. nicht berufen hat, machte man Tumult gegen abweichende Ansichten. Die Bürgergarde nimmt oft einen fast polizeilichen Charakter an. Jede neue Versammlung, jede republikanische Meinungsäußerung wird mit bürreaukratischer Gereitheit von Freunden der Volksfreiheit aufgenommen. Man lerne die Geister der neuen Staatsform kennen; man sehe sich über solche Schattirungen der Meinung hinweg. Das demokratische Königthum hat wahrlich die Republikaner nicht zu fürchten. Klopfen wir offen mit den Waffen des Geistes, und treiben wir unsere mannhaften Gegner nicht in die Keppten gehrimer Bünde und Verschwörungen. Wenn die Freunde der Republik ehelich und offen zu Werke gehen, so sind wir gewiß, das freie Königthum behalte den Sieg. Greifen sie jesuitisch zu niederträchtigen Mitteln, so ist ihre Sache verloren, auch wenn sie die Oberhand gewinnen. Wir haben vor unsern Republikanern so viel Achtung, daß sie sich nicht von den französischen Royalisten beschämen lassen werden. An Zahl sind sie in Deutschland mindestens ebnso schwach, wie die Anhänger der Monarchie bei Louis Philipp's Sturz. Wie diese in der Stunde der Gefahr der improvisirten Republik bereitwillig ihre Dienste anboten und ihre Staatstheorie dem Patriotismus unterordneten, so sind wir gewiß, daß die deutschen Republikaner jetzt, wo Deutschland auf dem Spiele steht, ihren Republikanismus in den Dienst des Vaterlandes geben werden.

**Königsberg**, 22. März. Wie man in mehreren Zeitungen liest, hat der Oberpräsident Bötticher seine Entlassung einge-

Digitized by Google

reicht; eine Deputation soll, wie es heißt, nach Arnau zum Minister v. Schön geeilt sein, um ihm einen Nachfolger zu bestimmen. Einer andere Deputation der Altstadt soll zum kommandirenden General eilen und ihn auffordern, die Truppen ganz aus der Stadt zu entfernen, oder mit weißen Binden um den Arm sich unter die Bürger gesellen zu lassen. Eine Abtheilung bewaffneter Bürgergarden, welche bisher die Post besetzt hielt, um alle nach Rußland gehenden Depeschen anzuhalten, hat jetzt Kontreordre erhalten.

Erfurt, 25. März. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde der heute früh seiner viermonatlichen Haft wegen der v. Ehrenberg'schen Angelegenheit entlassene Kaufmann G. Kradkrügge mit 19 Stimmen auf 24, als zweiter Stellvertreter des Ministeriums des Innern neue Wahlen angeordnet werden. Gleich heute sind mehrere Abgeordnete nach Frankfurt abgereist, morgen folgen andere. Auch Römer, Pfizer, Schott werden unten erschienen. Neben ihnen Kanzler v. Wächter, Frhr. v. Varnbüler u. s. w. Die Erwartung, die man vom Frankfurter Tag, besonders von seiner Stellung zum Könige von Preußen hegt, ist sehr groß.

Trier, 26. März. Die Ereignisse in Berlin haben die Stimmungen und Aussichten wegen des Bundesprojekts sehr gefährdet. Hier in Schwaben, wo eben keine Vorliebe für preußisches Regiment herrscht, hatte man sich der Nothwendigkeit ergeben, von dem preußischen Staat nicht nur in Zoll- und Handelssachen, sondern auch im Fall eines Krieges sich leiten zu lassen. Der treffliche Mann, welcher für die preußische Hegemonie früher schrieb und deßhalb sein Amt aufgab, ist jetzt einer der ersten Räthe unsers Königs und Kultusminister. Ja, der König selbst, welcher einst die Initiative zum Zollverein ergriffen, soll den Gedanken einer nähern Verbindung mit Preußen jetzt wieder besonders lebhaft ergriffen haben. Da kamen die freudigen Nachrichten aus Oesterreich, wofür in Oberschwaben fortwährend Sympathien sich erhielten, dann die betrübenden Nachrichten aus Berlin, wo das Königthum eine doppelte Niederlage erlitt: durch Oesterreich, indem es Preußen durch dessen Gewähren überholte, durch die Berliner Bürger und Studirenden, welche die Säumnig der Regierung wieder gut machten. Wer wird nun das Bundesthaupt werden? Diese Frage, welche in der Bedrängniß von allen Seiten sich zuerst aufwirft, wird jetzt hier zu Lande meist zum Nachtheile Preußens beantwortet. Ein Scheel der Entrüstung über das vergossene Bürgerblut geht von Ort zu Ort und ruft Beschimpfungen aller Art gegen die Person des preußischen Monarchen hervor. Der Antrag, nunmehr Oesterreich, das durch Entfernung seines major domus fest geworden, wieder in seine Kaiserrechte einzusetzen, taucht da und dort hervor; selbst eifrige Protestanten haben die Reformation und mehr als 300jährige Anfeindung des Protestantismus von Seite Oesterreichs, und andererseits die Verdienste Preußens um die protestantische Freiheit vergessen. Warum dies? Weil in Wien früher bei Niederwerfung des Volks Einheit geschah als in Berlin? Oder weil man von dort weniger erwartete, als hier? Die Erklärung, mit dem Aufsatz nicht unterhandeln zu wollen, ward an beiden Orten gegeben und wieder zurückgenommen. Nein, der große Unterschied ist dieser: in Wien benahm sich die Regierung ehrlicher, als in Berlin; man hatte doch wenigstens nicht die Ostentation, an die Spitze der deutschen Bewegung treten zu wollen, während man den Zwist der Bevölkerung mit Dragonerfäbeln und Kartätschen erstickte. Und dann die rasche Verwandlung des traurigsten Dramas in eine widerliche Komödie — ward auf den Straßen Berlins nicht in dem ehrlichen Wien aufgeführt! Nach solchen Vorgängen, welche Sinn, Verstand und Gefühl unsers tugendhaften Volks gleichmäßig verletzen, kann nur eine große Sühne, ein Verzicht auf die Regierung von Seite aller Dersenigen, welche die Katastrophe in irgend welcher Weise veranlaßt oder veranlaßt haben könnten, das Vertrauen wieder herstellen. Aber man geht auf der andern Seite nicht so weit, den ganzen Herrscherstamm und das tapfere Volk Preußens, mit dessen Geschick unser eigenes nach seiner Bildung, nach seiner staatlichen Stellung, gleichwie nach dem Zeugnisse der Geschichte gleichmäßig verwachsen ist, aufzugeben oder bei Seite zu sehen. Man lasse überhaupt für den Augenblick die Personalfrage ausgestellt und suche nur erst die Hauptfrage, die deutsche Verfassung, zu erledigen, damit es nicht geht wie auf dem Konstanzer Konzil, wo man damit anfing, einen neuen Papst zu wählen, der dann den Hauptzweck, die Kirchenverbesserung, vereitelte. Auch die Versammlung zu Frankfurt am 31. März ist nicht dazu berufen, ein Bundesthaupt oder gar einen deutschen Kaiser zu wählen. Sie begnüge sich, eine konstituirende Versammlung vorzuschlagen, und in dieser Einen Beziehung das Bundesprojekt anzunehmen, das alsdann durch diese Versammlung seine nothwendige bestimmtere Fassung und Abklärung erhalten wird. Die konstituierende Versammlung hat Eile, und man verschiede keinen Tag, keine Stunde diesen Rettungsanker!

* Göttingen, 27. März. Die hiesige Bürgerversammlung entwickelt große Thätigkeit. Ausschuß und Kommissionen sind fortwährend in Aktivität, um ein neues Polizeigesetz, eine neue städtische Verfassung zu entwerfen und überhaupt alle Wünsche der gesammten Bürgerschaft bemnächst von der Ständeversammlung zu bringen. Was sich unter die Rubrik „Allgemeine Landeswünsche" bringen läßt, berath eine Versammlung aller Städte und vieler Landgemeinden in Hannover neben der Ständeversammlung, und auch zu ihr hat Göttingen zwei Deputirte geschickt. Die allgemeine Bürgerversammlung fühlte sich ferner getrungen, den Prof. Zachariä an die in Frankfurt a. M. am 30. März zusammenkommenden Notabilitäten Deutschlands zur Vorberathung des deutschen Parlaments abzuordnen. Möge Hr. Zachariä als Lehrer des deutschen Staats- und Bundesrechts die Paragraphen seines Lehrbuchs nicht zu sehr schonen! Möge er bedenken, daß es auf einen Neuhau ankommt, der wenig alte Fundamente wird benutzen können. Als Blister gefragt wurde, was er mit seinen Kompendien über die Rechte des heiligen römischen Reichs und die Privatfürstenrechte anfangen werde, wenn das komische Reich deutscher Nation zusammenstürze, antwortete er ganz einfach, dann würde er ein neues Staatsrecht schreiben.

**Baden.** * Karlsruhe, 29. März. Unter den heute übergebenen Petitionen war eine Erklärung von Engen (durch Brentano), welche sich über Aeußerungen des Abg. Straub wegen eines Vorfalls, dessen bei dem Berichte über seine und des Abg. Mathy Reise in den Seekreis gedacht wurde, ausspricht. Die Stadtgemeinde verwahrt sich gegen die Beschuldigung, als falle ihr die rohe Behandlung des Abg. Straub zur Last und überträgt die Schuld den Betheiligten. Eine Vorstellung aus dem Oberlande verlangt die Auffstellung von Truppen am Rhein und im Schwarzwalde. — v. Soiron übrigbt den Bericht über den Gesetzentwurf für das Jahrhundertjährige der Richter zum Druck. Weller berichtet über das Steuerausscheiben für die ersten 6 Monate des laufenden Rechnungsjahres. Die Kommission empfiehlt mündlich Vortrag, in welcher dasselbe früher vorgelegt worden war, und trägt auf Bewilligung der Steuern an. Fin. Min. Präsident Hoffmann dankt der Kommission für die Erleichterung, indem der bisherige Zustand kein gesetzliches war. Dieser Umstand sei auch wohl der Anlaß, weßhalb die und da im Lande vereinzelte Steuerverweigerungen vorkommen; die Bewilligung der Kammer werde dazu beitragen, solche Weigerungen zu beseitigen, und er werde durch Belehrung dahin zu wirken suchen. Er sei gegenwärtig mit dem Entwurfe einer progressiven Einkommensteuer beschäftigt, deren Ertrag dazu dienen werde, die drückendsten indirekten Steuern soweit thunlich zu beseitigen. So lange dies nicht vollständig geschehen könne, werde er durch eine verändrte Erhebungsart, namentlich durch Einführung von Aversen bei dem Ohmgeld und der Viehsteuer, den Beschwerden gegen erratische Maßregeln abzuhelfen suchen. Er hoffe, daß dieß ebenfalls beitragen werde, die gesetzliche Ordnung im Lande herzustellen. Metz spricht seinen Dank für diese Erklärung und zugleich die Erwartung aus, daß Volt werde bis zur Einführung eines bessern Steuersystems die gesetzlichen Abgaben entrichten. Blankenhorn schließt sich dieser Erklärung an. Mathy freut sich, daß die Kommission über die Steuergesetze bei ihrem Beschlusse, eine progressive Einkommensteuer vorzuschlagen, mit der Finanzverwaltung Hand in Hand gehen; dadurch werde ihre Aufgabe erleichtert und die Ausführung beschleunigt. Diejenigen, welche die gesetzlichen Steuern verweigern, entziehen dem Staate die Mittel, um die Anforderungen der Gesammtheit zu befriedigen; sie benachtheiligen das Volk; insbesondere diejenigen, welche die Aecise umgehen. Sie stehen die Beiträge, die sie von ihren Mitbürgern erheben, in die eigene Tasche, ohne deßhalb Fleisch oder Wein wohlfeiler zu verkaufen. Die Kammer bewilligt einstimmig die Steuern auf 6 Monate (noch bis Ende Mai).

Baum berichtet über den Gesetzentwurf, wodurch die Regierung ermächtigt wird, die Altersklassen von 1818 bis 1821 zur Abwerbung dringender die Landesgrenze von Außen bedrohenden Gefahren in Dienst berufen zu können. Alle Nachrichten bestätigen, daß Gefahr vorhanden ist, in Belgien ist bereits eine Schaar aus Frankreich eingedrungen, aber gefangen genommen worden. Die hessische Regierung hat die nämliche Maßregel vorgeschlagen, und sie ist von der Kammer einstimmig angenommen

Digitized by Google

worden. Die Kommission wünscht, daß ein Gesetz über die Mobilmachung des ersten Aufgebots der Bürgerwehr alsbald vorgelegt werde, damit dieses dann im Nothfall an die Stelle der Reserve treten könne. General Hoffmann bedauert, daß eine allgemeine Wehrverfassung nicht bestehe, und daß man jetzt zu einer Nothmaßregel greifen müsse, weil man gröbere Truppen brauche. Er hoffe, daß in kurzer Zeit die etwa einzuberufenden Altersklassen wieder entlassen und die Bürgerwehr organisirt und eingeübt sein werde. Gegen das Gesetz erklären sich Peter, Brentano, Weiß und Richter, weil sie besorgen, daß Frankreich dadurch gereizt werden könne, und weil sie eine außerordentliche Vorkehr für überflüssig halten. Nach längerer Verhandlung, und nachdem der Berichterstatter erläutert, wie das Gesetz mit dem ersten Aufgebot der Bürgerwehr fast gleich, und als durch vorübergehenden Nothstand geboten, unbedenklich sei, wird der Antrag von Peter und Brentano, das Gesetz nicht anzunehmen, mit allen gegen 6 Stimmen verworfen. Im Einverständniß mit der Regierung wird die Dauer des Gesetzes auf 6 Wochen beschränkt und bei namentlicher Abstimmung das Ganze mit allen gegen 5 Stimmen (Brentano, Christ, Peter, Richter und Scheffelt) angenommen.

Metz berichtet über das Kreditbegehren von 110,000 fl. für Anschaffung von Pferden. Der Entwurf wird mit allen gegen 2 Stimmen (Christ und Scheffelt) angenommen.

Der Präsident eröffnet schließlich, daß der Tag der nächsten Sitzung nicht angesetzt werden könne, da die Mitglieder sich zahlreich nach Frankfurt begeben, und man nicht wissen könne, wie lange die dortige Versammlung dauern werde. Da es aber möglich sei, daß die Kammer doch schnell einberufen werden müsse, so ersucht er die Mitglieder, ihm ihre Wohnungen in Frankfurt anzugeben.

Es fand noch eine geheime Sitzung Statt, um über die Art und Weise möglichst schnell Gewehre anzuschaffen, zu berathen.

* Heidelberg, 29. März. Als wir vor einigen Tagen die hiesige Volksversammlung und ihre Beschlüsse besprachen, berichteten wir nur was wir selber, was tausend Andre mit Augen gesehen, mit Ohren gehört hatten; wir gaben zugleich dem sittlichen Unwillen einen Ausdruck, wie er jeden Ehrenmann über eine Partei erfüllen muß, die mit der jakobinischen Maxime des Blutschlotens den teuflischen Grundsatz, daß der Zweck die Mittel heilige, skrupellos anerkennt verbindet. Wir waren dabei in der naiven Meinung befangen, weiter als jene Coterie es am Sonntag trieb, könne sie unmöglich gehen; wir hielten in unserer Unschuld das Maß der — Unverschämtheit für erfüllt. Wir haben uns getäuscht; die Herren, die sich am Sonntage die Leitung der Dinge anmaßten, die Presse, die diesen Herren dienstbar ist, hat noch mehr gethan; sie haben das Protokoll der Verhandlung gefälscht; sie haben Beschlüsse, die sie weder erschleichen noch erzwingen konnten, erfrobelt; sie haben andre, die wirklich gefaßt worden sind, unterdrückt. Es ist Tausenden bekannt, daß das Votum für die Föderativrepublik in der sonntägigen Versammlung mit allem Glanze durchfiel; es ist ebenso bekannt, daß noch drei, vier verschiedenen unglücklichen Versuchen der unsinnige Antrag Winterer, „das deutsche Parlament möge bei der künftigen Verfassung die nordamerikanische berücksichtigen", angenommen ward, so ist der Bericht in diesem Sinne auch in verschiedenen Blättern, z. B. den Frankfurtern, dem Mannheimer Journal und der oberrhein. Zeitung zu lesen gewesen. Gleichwohl wird ein gedrucktes Blatt — offenbar von dem Komite, das wir bereits mehrfach charakterisirten — herumgeboten, worin diese Beschlüsse nicht erwähnt, dagegen an die Stelle gesetzt wird, „die Mehrheit der Heidelberger Versammlung sei überzeugt, daß das deutsche Volk für die nordamerikanische Verfassung reif sei und sie wünsche." Die Mannh. Abendz. hat die wenig beneidenswerthe Aufgabe übernommen, dies in der Geschichte der politischen Moral bemerkenswerthe Aktenstück nicht nur an die Spitze zu stellen (Nr. 87), sondern auch zu behaupten, der Antrag auf eine Föderativrepublik habe die Mehrheit erhalten! Eine Täuschung kann hier nicht obwalten; denn die Herren vom Komite sind der Ueberzeugung hätten so gut wie wir Alle, was beschlossen ward, sie standen dicht neben Winter, als dieser den bezeichneten Antrag stellte, wie er angenommen ward. Es ist also ein Betrug, ein schamloser Betrug, uns dessen klagen wir die Leute, die jenes Blatt verfaßt, abgebreckt und verbreitet haben, im Angesicht der Tausende, die Zuhörer waren, im Angesicht der deutschen Presse, der es um ehrliche Wahrheit zu thun ist, unverhohlen an. Es ist eine unbandbare Pflicht, mit einer Klasse von Individuen sich zu befassen, die vom Terrorismus zur Feigheit, von der Feigheit zur Fälschung übersringt; aber eine Pflicht ist und bleibt es, denn, welche Form Deutschland in Zukunft auch haben mag, die Lüge und die Fälschung wollen wir weder mit der Monarchie, noch mit der Republik eingeschwärzt wissen. Der Republik!' Es sollte uns leid thun, wenn die deutschen Republikaner ihr erstes Debüt mit einer so plump vergriffenen Rolle begännen; wir können nicht glauben, daß eine politische Ueberzeugung, heiße sie wie sie wolle, eine Moral auf ihr Banner schreibe, die man sonst in civilisirten Staaten im Spinnhaus abstraft. Und insofern hat es sein Gutes, daß jene Coterie gleich Anfangs sich rasch demaskirte; sie wird damit Nichts weiter erreichen, als daß Leute, denen es um Wahrheit irgend noch zu thun ist, mit ihr entschieden brechen und sich mit aller Klarheit vor Augen halten, welcher Art die Weltverbrüderung ist, die von dorther zu erwarten steht. An Preßkationen gegen so unwürdiges Beginnen wird es nicht fehlen; an uns selbst sind von hier schon entschiedene Vorstellungen gelangt, die offne Verwahrung gegen jene Fälschung fordern; in Hessen ist, wie wir hören, das Nämliche geschehen, und auch die Stadt, der jene Individuen zufällig angehören, wird nicht unterlassen, mit Wort und That den Beweis zu führen, daß die Bürgerschaft Mannheims mit einer so unsaubern Sippschaft nicht länger in einem Topf gewerfen werden will.

* Heidelberg, 30. März. In diesem Augenblick kommt uns eine mit den Unterschriften versehene Erklärung der Darmstädter Bürger zu, die am Sonntag an der hiesigen Volksversammlung Theil genommen haben. Es ist uns heute nicht mehr möglich, dies interessante Aktenstück mitzutheilen; wir werden morgen darauf zurückkommen. Für jetzt beschränken wir uns auf die Notiz, daß die Unterzeichner gegen die ganze Leitung der Versammlung, gegen die Parteilichkeit, gegen den Terrorismus der Führer, gegen die unwürdigen Manipulationen bei der Abstimmung entschieden Protest einlegen und die Erwartung aussprechen, daß dies auch von anderer Seite geschehen werde.

**Hessen.** ** Darmstadt, 29. März. Ihre Aufsätze über die Heidelberger Volksversammlung in den Nummern vom 28. und 29. haben hier viel Anklang gefunden, namentlich auch bei Solchen, welche selbst in Heidelberg waren. Das Getreide jener kleinen republikanischen Partei wiede uns recht klar, als wir gestern noch aus der Karlsruher Zeitung ersahen, daß zu derselben Zeit wie in Heidelberg derselbe Hanstreich in Freiburg verlucht wurde, und dort leider mit größerem Erfolg. Wir bessen zuversichtlich, daß das deutsche Volk dieser Partei denselben Widerstand entgegensetzen wird, wie einer etwaigen Reaktion, denn das Endziel beider ist dasselbe: Tyrannei, Durchsetzung des Einzelwillens gegenüber dem Gesammtwillen. — Unter Gebetsrhythmus hat in einem Edikt vom 25. März freiere Organisation der evangelischen Kirche zugesagt. Der Entwurf soll von einer besondern Kommission ausgearbeitet und einer Synode aus Geistlichen und Laien vorgelegt werden.

Frankfurt a. M., 28. März. Aus offizieller Quelle, wie man nicht zweifeln darf, rührt folgende Mittheilung der F. O. Z. her: Die Ansichten über das deutsche Parlament haben sich großentheils schon dahin befestigt, daß die Bundesversammlung, mit thunlichster Fehthaltung der in der Bundesakte v. 8. Juni 1815 gegebenen Basis, zu einem Hause der Bundesglieder zu entwideln sei, — über die diesem Hause zur Seite zu stellende Volkskammer dagegen weichen die Ansichten noch wesentlich von einander ab. Man hält dafür, daß dieselbe nach der Napoleonischen Idee aus Grundeigenthümern, Kaufleuten und Fabrikanten und Gelehrten zusammen zu setzen sei, und ist übrigens der Meinung, daß der Angriff der Rebellen einer Volkskammer selbst unter Leitung eines alsbald zu bestellenden Ausschusses nach jenem System den kurch die Landstände erwählten Vertretern zu überlassen sei, inner welcher Frist der Ausschuß über Anerkennung der Volkskammer mit der Bundesversammlung zu unterhandeln hätte.

Frankfurt, 28. März. Von den 17 Männern des öffentlichen Vertrauens, die von der Bundesversammlung zum Behuf der Revision der deutschen Bundesakte und Bundesverdältnisse erbeten werden, sind bereits hier eingetroffen: Professor Albrecht (einer der Göttinger Sieben) Bassermann, Jordan, Uhland, Hergenhahn, Dr. Langen und Raid v. Wangenheim, bisher zur Oppesition gezähltes Mitglied der hannoverschen Ständeversammlung. Die zehn übrigen werden stündlich erwartet.

Hamburg, 26. März. Die Börsenhalle bringt eine Reihe wichtiger Nachrichten aus Rendsburg und Kiel, denen sie folgende einleitende Worte voranstellt: Die nachfolgenden Berichte aus Schleswig-Holstein, welche heute Morgen mit dem Kieler Bahnzuge hier eingetroffen und von einem unserer Redakteure persönlich gesammelt sind, stellen wir soviel möglich nach der Reihenfolge der Ereignisse zusammen. Die Begeisterung, welche der gegenwärtige Moment unter der ganzen Bevölkerung Schleswig-Holsteins erzeugt hat, ist unbeschreiblich

Digitized by Google

und eine neue gewichtige Bürgschaft für ein kräftiges, einträchtiges Zusammenhalten aller deutschen Stämme in der Stunde der Gefahr.

Die Deputation aus Kopenhagen ist heute (26.) um 7 Uhr Morgens wieder in Kiel eingetroffen und zwar auf dem Dampfschiff „Stirner", welches von dem doppelt bemannten Kriegsdampfschiffe „Hecla" begleitet war. Als Land gekommen, ersuchten die Deputirten sogleich, dem Kriegsdampfschiffe mit den Booten nicht zu nahe zu kommen, um grosses Unglück zu verhüten. Auf dem Markte von Kiel angelangt, verlasen sie sogleich die folgende Antwort, die ihnen in Kopenhagen geworden: „Auf Ihr Ansuchen haben wir Ihnen zu eröffnen, daß wir gesonnen sind, Unserm Herzogthum Holstein, als einem selbständigen deutschen Bundesstaate, eine auf der Grundlage eines angerufenen Wahlrechts gebaute, im Wahrheit freie Verfassung zu gewähren, worin namentlich Volksbewaffnung, Preßfreiheit und Vereinrecht ihre Geltung finden werden; daß als Folge dessen Unser Herzogthum Holstein neben einer eigenen Regierung und Militärbewaffnung auch getrennte Finanzen erhalten wird, sobald die gegenseitige Auseinandersetzung neben den andern Bedingungen einer Union mit Dänemark und Schleswig festgesetzt ist; daß Wir Uns daneben den Bestrebungen für Errichtung eines kräftigen und volksthümlichen deutschen Parlaments offen anschließen werden; daß Wir Unser Herzogthum Schleswig dem deutschen Bunde einzuverleiben weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen haben, dagegen die unzertrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch eine gemeinsame freie Verfassung kräftigen wollen; daneben aber Schleswigs Selbständigkeit durch ausgedehnte provinzielle Institutionen, namentlich einen eigenen Landtag und besondere Verwaltung kräftig zu schirmen entschlossen sind. Daneben wollen wir Ihnen bedeuten, daß es unser ernster Wunsch ist, im aufrichtigen Einvernehmisse mit Unseren lieben und getreuen Unterthanen Frieden und Freiheit in Unserem Lande zu gründen; daß wir daneben es als die heiligste Pflicht des legitimen Fürsten erkennen, die Herrschaft des Gesetzes und die Aufrechthaltung des Landfriedens mit aller Macht zu schützen. Kopenhagen, den 24. März. (Gegengez.) A. W. Moltke, Conseilspräsident."

Aus der vorstehenden Unterschrift geht deutlich hervor, daß Bardenfleth nicht mehr Vorstand des Ministeriums ist. — Nach der Aussage eines mit dem „Stirner" eingetroffenen Kopenhagener Reisenden beherrscht die ultra-dänische Partei gänzlich den König und die öffentliche Meinung. — Die schleswig-holsteinische Deputation wurde auf einem Umwege auf das Schiff gebracht und auf ihrem Hingange zum Schlosse kannten die Studenten sie nur mit Mühe schützen.

Von den nach dem gestrigen Berichte aus Schleswig nordwärts gezogenen Theile der Garnison, Dragoner und Jäger, sind sämmtliche Soldaten einzeln und in Trupp zurückgekehrt und in Rendsburg bereits angekommen; die Offiziere haben sich allein entfernt. Heute (Sonntag) früh sollte das Kieler Studenten- und Turnerkorps mit Jägern vereint nordwärts ziehen. Nach Berichten aus Flensburg hatten dortige dänischgesinnte Kaufleute bereits ihr Schiffsvolk bewaffnen lassen. Sonnabend Nacht ist in Rendsburg durch einen glaubwürdigen, von Schleswig kommenden Mann auf dem Rathhause, wo die provisorische Regierung mit anderen Behörden Sitzung hält, die Nachricht eingetroffen, daß auf die in Privatbriefen an Offiziere eingetroffene Nachricht von den Ereignissen in Rendsburg und Kiel die in der jütischen Stadt Fridericia garnisonirenden deutschen Truppen aufgebrochen, die Dänen bewältigt haben und nach Schleswig gezogen sind. Ihr Fridericia sollte es brennen. Der frühere Regierungspräsident, Kammerherr v. Scheel, sollte von dem Hasse seiner Mitbürger den Proletariern zum Spiele gegeben werden, doch siegte die Großmuth, und man verlangte nur von ihm, daß er die Stadt Schleswig durch seinen Weggang für die Schmach entschädige, ihr Bürger gewesen zu sein. Als er auf der Steaße Umstehende von seiner deutschen Gesinnung überzeugen wollte, traf ihn ein solcher Ausdruck der Verachtung, daß er dem Vernehmen nach den Verstand verloren hat. Man hat ihn auf dem Wege nach Saatrup zu Fuße auf der Landstraße gesehen. Wie es heißt, hat die prov. Regierung in der schleswig-holsteinischen Landeskasse zu Rendsburg den unerwarteten Fund von 600000 Thlr. gemacht. Man fand noch die ganze für die Luxemburger Ausrüstung bestimmte Summe in holländischen Dukaten. In Rendsburg sind 60 der besten Quartiere für eine gleiche Anzahl preußischer Artillerie- und Ingenieuroffiziere aufbewahrt.

Mehrere Verfügungen der provisorischen Regierung, freie Presse, Associationsrecht und Bürgerbewaffnung betreffend, theilen wir morgen mit.

## Schweiz.

Aus der Schweiz, 22. März. Man schreibt von Bern, es scheine sich in dem benachbarten Mühlhausen eine große Krisis vorzubereiten, da dort und in der Umgegend über 10,000 Fabrikarbeiter abgedankt worden seien, theils weil es an Arbeit, theils an Geld bei den Fabrikanten fehle, um die Löhnung den Arbeitern zu bezahlen. Eine große Anzahl Fabrikarbeiter habe in diesem Augenblicke noch Arbeit, allein lange kann es nicht mehr dauern. Die Geschäfte im ganzen Lande machen sich nur gegen baares Geld, so daß die Fabrikbesitzer alle Rohstoffe zur Fabrikation, sowie die Arbeitslöhne baar bezahlen müssen. (B. D.-Z.)

* Aus Bern erhalten wir eine offne Erklärung vom 19. d. „der Deutschen in der Schweiz an das deutsche Volk", unterzeichnet von dem in öffentlicher Versammlung gewählten Komité (E. Pohl, Hemmerle, Ott, Rühl, Link, Dietz, Jenne, Keyser); dieselbe spricht die Ueberzeugung aus, daß nur in baldigster Herstellung einer deutschen Republik die Freiheit, die Einheit und die Wohlfahrt Deutschlands nach Innen und nach Außen zu erreichen steht." Zu Erreichung dieser Ziele, heißt es am Schluß, „sind wir entschlossen, Gut und Blut unsererseits einzusetzen, und erklären uns feierlichst bereit, auf den ersten an uns ergehenden Ruf Alles zu verlassen und uns mit den Waffen in der Hand zur Verfügung der Volksregierung zu stellen, welche es unternimmt, die verrotteten Monarchien zu zertrümmern und das Gebäude der Republik aufzurichten."

* Auch in Neubad bei Basel wurde eine Versammlung in ähnlichem Sinne gehalten, deren Aufruf (vom 26. März) ebenfalls die Republik für die beste Staatsform erklärt und für den Fall der Reaktion verspricht: daß Tausende von Deutschen in der Schweiz bereit seien „wohlgerüstet auf den ersten Ruf zu Hilfe zu eilen und den letzten entscheidenden Sieg mit zu erringen".

## Belgien.

Brüssel, 26. März. Herr Delescluse, Generalkommissär der provisorischen Regierung im Departement du Nord, hatte sich im Vorauf in Begleitung mehrerer franz. Beamten nach Quievrain begeben, um die Ankunft der Freischaaren anzuzeigen und sich mit unsern Regierungsbeamten über die Maßregeln zu verständigen, sie unschädlich zu machen. Er hat zugleich die friedlichen Gesinnungen der französischen Regierung bestheuert und sich durchaus freundnachbarlich benommen. Die belgische Bevölkerung hielt sich vortrefflich. Die Gemeinden wehrten kräftig ab.

## Großbritannien.

London, 25. März. Die englischen Zeitungen füllen sich gegenwärtig mit Nachrichten und Berachtungen über die Bewegungen in Deutschland, namentlich über die Revolutionen in Berlin und Wien, in nicht geringerem Maße als früher über die jüngste Pariser Revolution. Sie erkennen die weltgeschichtliche Bedeutung der Bewegungen, welche den Mittel- und Schwerpunkt Europas, dasjenige Land durchzittern, auf dem zuletzt alle Weltkämpfe, auch die geistigen, ausgefochten werden müssen. Die Briten haben die deutschen Reformbewegungen als Annäherungen zu der englischen Verfassung mit aufrichtiger Freude begrüßt, wenn ihnen auch zum Theil die Ideen eines deutschen Parlaments nicht recht zusagen mochte, da sie die gewiß nicht unbegründete Furcht beschleicht, daß und ein einheitliches Parlament England selbst gegenüber ein größeres Gewicht, eine Achtung gebietendere Stellung, ja sogar einen mächtigeren Einfluß zur See verleihen könnte und müßte; die Briten wissen, daß, wenn Oesterreich und Preußen vollkommen in Deutschland aufgegangen sind, von einer Hegemonie Englands in Handelsangelegenheiten weniger die Rede sein, daß dem Druck der Gegenbruck nicht fehlen wird. Die englischen Zeitungen, in ihrer Annahme von einer rein friedlichen und unblutigen Reformbewegung getäuscht und über die blutigen Vorgänge in Wien, namentlich aber in Berlin, wie über den unter Arbeitern und Bauern sich kund gebenden aufrührerischen Geist bestürzt, stellen übrigens jetzt sehr bedenkliche Fragen an die Zukunft Deutschlands. Das Morning Chron. bemerkt: „Die Ereignisse in Berlin und Wien haben augenblicklich das größere, wenn jetzt schon minder hervortretende Object der deutschen Bewegung, die Bildung einer einzigen großen Nation, die Schöpfung eines Volksheeres, die Aufhissung einer nationalen Flagge am Bord einer deutschen Flotte zurückgedrängt. Wir müssen abwarten, wie weit die großen Umwälzungen, die in den beiden an der Spitze stehenden Staaten sich ereignet, der deutschen Einheit förderlich sein werden". — In einem andern leitenden Artikel fragt dieselbe Zeitung: „Soll sich der Traum eines deutschen Kaiserreichs verwirklichen? oder werden wir an dessen Stelle eine deutsche Republik haben? werden wir jenseit der Alpen eine neue lombardische Konfö-

Digitized by Google

deration erblicken? werden Ungarn, Galizien, Böhmen sich ablösen, wie die Blöcke eines Eisfeldes, wenn der Thau sie schmilzt? wird sich ein neues slavisches Reich aus dem Becken der Donau erheben, um entweder eine Provinz Rußlands zu bilden oder vielleicht diesen Koloß zu bekämpfen und niederzuringen? Etwas von diesem oder all dieses durchmanöver dürften wir in den nächsten Jahren, vielleicht in den nächsten Tagen erleben, denn die Ereignisse entwickeln sich mit reißender und selbst rasender Schnelligkeit, und auf jedem Punkte der Welt muß man sich unter den jetzigen Stürmen immer auf das Plötzlichste und Ueberraschendste gefaßt machen". Für Ungarn und Böhmen hält das M. Chr. jedoch für den Großherzog, bei Oesterreich zu bleiben. Galizien und die Lombardei werden bereits so gut wie verloren gegeben. In Betreff Oesterreichs sprechen sich die englischen Zeitungen überhaupt besorgter aus als für Preußen. Die Times ertheilen manchen guten Rath, schildern aber dabei die Reformen, welche allein Oesterreich retten könnten, als so ungeheuer, daß zu dieser Arbeit ein Herkules gehören würde; vor Allem thue es Noth, daß das ganze bisherige Verwaltungssystem abgeschafft und jene Beamtenheerden, welche wie ein Fluch auf dem Lande lasteten, ausgetrieben würden. „Leider, fahren die Times fort, sei in diesem verhängnißvollen Augenblick ganz Deutschland von einer Erschütterung durchzuckt, von der man nicht wisse, ob ihr Ende Einigung oder Auflösung sein werde. Fürst Metternich habe alles Friedwerk seiner Macht in gänzlichem Verfall zurücklassen; um so hart ist sein Urtheil über ihn zu begreifen, den, brauche man nur auf das gräulicher Gemengsel und auf den Ruin hinzuweisen, welcher einem der edelsten Reiche Europas drohe." Ferner enthalten die Times ein Schreiben aus Frankfurt a. M., offenbar von der Hand eines Engländers, worin hervorgehoben ist: wie noch vor wenigen Wochen Alles in Deutschland den Fürsten angehangen, wie aber ihre falschen, schwankenden oder gewaltsamen Maßregeln, ihr zweckloses Sträuben gegen Ertheilung höchst dringender Rechte und Freiheiten, ihr Pochen auf Gott weiß welche lächerlichen Begriffe von Fürstenrecht und Fürstenehre, Mißtrauen gegen sie hervorgerufen und die Liebe zu ihnen immer mehr getilgt habe, ja, wie jetzt wahre Achtung vor ihnen nirgends mehr vorhanden, und die demokratische Gesinnung furchtbar im Wachsen sei — namentlich seit der Berliner Metzelnacht.

So kam freilich wie wir hinzufügen wollen, Alles um seinen Werth: die Zugeständnisse, weil sie, trotz der Versicherung der Fürsten, sich Nichts abtrotzen zu lassen, im Augenblick der äußersten Noth gemacht wurden, der Umritt des Königs von Preußen mit entfaltetem deutschen Banner und sein berühmtes Manifest, weil zu der Zeit, als jenes geschah und dieses proclamirt wurde, der Boden Berlins noch vom Blut der im gräulichen Bürgerkampfe gefallenen Opfer dampfte, weil die ganze Ceremonie nur wie ein Vorzweiflungsstreich, wie ein sogenannter auf Applaus berechneter heroischer „Abgang" im Schauspiel erschien. Wir haben und allmählich in einen, wir fürchten immer- und gefahrenvollen Zustand der Anarchie und der Rathlosigkeit verrannt und sind ebensowenig gegen Außen als Innen gedeckt, die „fasserlose, die sacrekalte Seife" steht vor uns, wir geben ohne Besinnung, ohne Anspruch auf Entschädigung hin, was deutsche Staaten noch von Polen und Italien besitzen, und es ist zu fürchten, daß man, wie gewöhnlich, unsere großmüthigen Anwandlungen mit Hohn und Undank belohnen wird, daß wir, wie so oft, die Dupirten der anderen selbstsüchtigeren Nationen sein werden. Bereits kündet sich der alte Zwiespalt zwischen Nord- u. Süddeutschland, die Eifersucht zwischen den verschiedenen Stämmen u. den Regentenfamilien immer deutlicher an, u. während der König von Preußen aus eigener Machtvollkommenheit und im allerungeeignetsten Augenblick erklärt, sich an die Spitze der deutschen Bewegung zu stellen, während Oesterreich in der Wiener Zeit. dieser Erklärung eine gleichlautende entgegensetzt und historische Ansprüche auf dieselbe Hegemonie geltend zu machen sucht, während Baiern für seine Dynastie intriguirt und von Selbstlob überschwellende Artikel in die Welt hinaus schreibert, während dieser oder jener Kleinstaat diesen oder jenen Kaiserkandidaten in Bereitschaft hält, während sogar vielleicht ein oder der andere Mediatisirte im Hintergrunde auf die Annahme des Postens eines Reichsoberhaupts lauert, unter dem Vorwand, daß er keine Gelegenheit gehabt, etwas Uebles zu thun und den Zorn unterdrückter Geister und das Blut hingemordeter unschuldigen Opfer gegen sich aufzurufen, sind unsere Zustände der Art, daß das M. Chronicle bereits die Frage aufwerfen kann: werden wir in Deutschland eine Republik erleben? Nun wohl, wir haben bereits in den Straßen Berlins eine Arbeiterrevolution erlebt und eine Handvoll unerschrockener Weber-, Fabrikarbeiter, Metzger, Maurer-, Schneider- und Tischlergesellen über die Ritter und ein prächtiges Heer von Söldlingen Herr werden sehen. Hat man doch im südwestlichen Streifen von Deutschland die Frage um Errichtung einer Republik auf öffentlichen Volksversammlungen aufgenommen und berathen, um die Anarchie in Deutschland vollständig zu machen. Der Prinz von Joinville äußerte in Kadix zu einem seiner Landsleute mit großer Gemüthsruhe, er getröste sich des nothwendigen Gangs der Dinge und wisse, daß in zwanzig Jahren kein einziger Fürst mehr auf einem Throne Europas sitzen werde! Vielleicht wird Joinville noch ein Kommunist und Republikaner, so gut wie der Herzog Karl von Braunschweig aus Aerger, kein Tyrann seines Ländchens mehr zu sein, ein Radikaler, und der König von Preußen ein zweiter Cola Rienzi, eine Art Volkstribun, ein König der Arbeiter und der Berliner Barrikadenhelden geworden ist!

## Frankreich.

Paris, 27. März. Der Moniteur bringt heute folgende offizielle Aktenstücke der Regierung: 1) Die Wahlen der Deputirten zur Nationalversammlung werden auf den 23. April verschoben; die Eröffnung der Nationalversammlung findet am 4. Mai Statt. 2) Die Amortisations- und die Depositenkasse werden unter die spezielle Aufsicht des Finanzministers gestellt und, die bisherige Aufsichtskommission wird aufgelöst. 3) Das Personal des Straßen- und Brückenbauwesens wird neu organisirt, und so nicht nur die Leitung mehr centralisirt, sondern auch bedeutende Gehaltsersparungen gemacht.

Armand Barbès hat seiner geschwächten Gesundheit halber den Posten als Gouverneur des Luxemburgpalastes nicht angenommen.

Die sämmtlichen Schneider von Paris, Meister und Gesellen, haben die Anfertigung von 100,000 Tuniken für die unbemittelten Nationalgarden, die der Staat stellt, auf folgende von ihnen selbst gestellte Basis übernommen: Alle zusammen bilden zu dieser Arbeit eine große Assoziation; alle Erträgnisse der Arbeit werden zu gleichen Theilen unter Alle vertheilt; ist für Alle nicht Arbeit genug da, so wird die vorhandene Arbeit in der Art an Alle vertheilt, daß Jeder weniger Stunden arbeiten. Es ist auf diese Art Niemand von der Arbeit und von dem daraus entspringenden Erwerbe ausgeschlossen. Die Seiler, die Sattler und mehrere andere Gewerbe haben bereits ähnliche Assoziationen gebildet, und die Regierung stellt ihnen große Lokale zur Disposition.

Die Regierung hat gestern von ihrem Kommissär in Lyon, Hrn. E. Arago folgende telegraphische Mittheilung erhalten: Man meldet mir soeben, daß Savoyen und der Küstenstrich von Genua im Aufstande ist und sich mit Frankreich vereinigen will.

Der Polizeipräfekt hat durch eine Verordnung alle Nachweisungs-Bureaux, worin Professionisten oder andern Personen gegen Entrichtung eines Honorars ein Platz verschafft wurde, aufgehoben. Das National-Vertheidigungs-Komite hat die Zusammenziehung eines Lagers von 90,000 Mann bei Dijon beschlossen, ebenso, daß alle Reserven der Altersklassen von 1846 und 47 unter die Waffen berufen werden sollen.

Ferd. Flocon ist, von seiner Krankheit genesen, gestern zum ersten Male wieder im Regierungsrathe erschienen. Er gehört der Richtung Ledru-Rollins an, der die letzten drei Wochen im Regierungsrathe ganz allein stand.

Der Kriegsminister hat der Nationalgarde abermals über 200,000 Gewehre und eben so viele Säbel zur Verfügung gestellt. Die komplete Anzahl der vom Staate der Bevölkerung gegebenen und in den Gemeinden vertheilten Waffen beträgt jetzt 1,500,000 Gewehre und eben so viele Säbel, so daß also von ungefähr 10 Millionen waffenfähiger Männer in Frankreich ein Sechstel bewaffnet ist. Vierzig Kanonen werden ebenfalls zur Disposition der Nationalgarde gestellt und an die großen Städte vertheilt werden.

Gestern Mittag begab sich die polnische Emigration, von der Nationalgarde und den Clubs begleitet, in großem Zuge nach dem Stadthaus, wo sie Lamartine empfing. In der langen Rede, womit der Minister des Auswärtigen die Polen anredete, ist die Stelle von Bedeutung, welche das Verhältniß der französischen Republik zur Wiederherstellung Polens berührt. Die Polen hatten um Waffen gebeten, Lamartine erwiderte, Frankreich werde Polen seinen moralischen und wirksamen Beistand leisten, aber man müsse es auch Frankreich überlassen, die Stunde, den Augenblick und die Form dieses Einschreitens zu bestimmen, um ohne Blutvergießen Polen wieder in seinem alten Glanze herzustellen. Die Republik sei republikanisch, aber sie sei mit Niemanden weder in offenem noch im heimlichen Kriege. Sie

Digitized by Google

werde daher auch keine Handlung des Angriffs oder der Gewalt gegen die deutsche Nation zulassen. In diesem Augenblicke sei Deutschland selbst in seiner Regeneration begriffen, — man müsste unsinnig oder ein Verräther an der Freiheit sein, wollte man Deutschland in diesem großen Werke stören, und so seine liberalen Tendenzen, die es Frankreich nähren, in Haß und Kriegslust verkehren. In diesem Augenblicke, wo jeder Tag eine neue Nachricht von dem Siege eines Volkes über seine Unterdrücker bringe, wo die absoluten Könige aufgeboth haben zu erbleichen, wo Alles sich für die Achtung fremder Nationalitäten und fremder Rechte erkläre, sei der Augenblick zu diesem Gewaltschritte schlecht gewählt.

Auf die wiederholte Anfrage des polnischen Reduers (Godebski) erklärte Lamartine nochmals: Die Republik sei für die friedlichen Mittel und Wege, und dieses System des Friedens und der Bruderliebe unter den Nationen sei der sicherste Weg zur Freiheit Aller. Deutschland, dessen Gebietsunverletzlichkeit von der französischen Republik anerkannt worden sei und stets geschützt werden werde, mache sich jetzt frei und werde bei diesem großen Werke auch an die Freiheit Polens denken. — Am Schlusse umringten alle Polen Lamartine, dankten ihm und versprachen ohne Waffen in die Heimath zu gehen. — Viele Anwesende, auch Leute von der Regierung, waren natürlich mit dieser friedfertigen Propaganda des poetischen Ministers keineswegs einverstanden.

## Italien.

Die gestern erwähnte Proklamation des Königs von Sardinien an die Bevölkerungen der Lombardei und des Venetianischen lautet: „Die Geschicke Italiens reifen. Ein glücklicheres Loos lächelt den tapfern Vertheidigern niedergetretener Rechte. Die Liebe zum Stamme, die Einsicht in die Zeit, die Gemeinschaft der Bestrebungen trieben Uns zuerst an, Uns der allgemeinen Bewunderung, die Italien Euch zollt, anzuschließen. Völker der Lombardei und Venedigs! Unsere Waffen, die wir an Eurer Grenze sammelten, als Ihr die Befreiung des ruhmwürdigen Mailands vollbrachtet, kommen nun, Euch in künftigen Kämpfen den Beistand zu leisten, den der Bruder vom Bruder, der Freund vom Freund erwartet. Auf jenen Gott vertrauend, der offenbar mit Uns ist, auf jenen Gott, der Italien Pius IX. gegeben, auf jenen Gott, der auf so wundervolle Weise Italien in den Stand setzte, von sich aus zu handeln, werden wir Euern gerechten Wünschen zu Hilfe kommen. Und um durch äußere Zeichen das Gefühl der italienischen Einigkeit besser kund zu geben, wollen wir, daß unsere Truppen das lombardisch-venetianische Gebiet betreten und den Schild Savoyens über die italienische Teilsoldarfahne halten. Turin, 23. März. Karl Albert.

Die N. Zür. Zeit. schreibt: die Nachricht vom Aufstand in Verona bestätigt sich nicht; dagegen wird versichert, daß in Parma und Modena der Aufstand ausgebrochen sei.

Von Bergamo erfährt man, daß sich da ebenfalls eine provisorische Regierung gebildet habe, in die auch ein Hr. Steiner von Winterthur gewählt wurde. In dem Kampf mit dem Militär sind gegen 50 Personen todt und verwundet, die noch zurückgebliebenen 800 Kroaten sind unangefochten abgezogen.

Ferner: Soeben erhalten wir noch einen Brief aus Mailand vom 24. d., in welchem versichert wird, daß die ganze Armee den Weg nach Lodi eingeschlagen habe, um Piazighetone und Mantua zu erreichen. Die Armee werde aber einen entschlichen Stand haben, da sie von allen Seiten wie das Wild gehetzt werde.

Genua, 21. März. Von hier schreibt man dem Schwäb. Merkur: Hier in Genua ist ungeheure Aufregung, die Guardia Civica wird unter die Waffen gerufen, denn heute verlassen uns wieder ein Regiment Infanterie, ein Regiment Artillerie und einige Bataillone der Marinesoldaten, und die Bürgergarde wird die Wachtposten besetzen müssen. Parma, Piacenza, Modena, Carrara sind in den Händen des Volks, Toskana ist auch in Aufregung.

Aus Parma schreibt man dem Risorgimente: Auch wir sind in die italienische Famille eingetreten! Am 20. stürmte das Volk das Jesuitenkloster in Piacenza und rottete sich gegen die deutsche Besatzung zusammen. Ehe es zum Kampfe kam, legte der Herzog von Parma (vorher von Lucca) die kaum erlangte Krone nieder, erklärte, er werde mit seiner Familie das Land verlassen und setzte eine Regentschaft ein, bestehend aus Graf Luigi San Vitale, Graf Girolamo Cantelli, dem Advokaten Maestri und Gioia und dem Prof. Pellegrini.

Neapel, 18. März. So eben bringt die Staatszeitung das abermalige Ultimatum, welches die Palermitaner Regierung, die letztgemachten Konzessionen als nicht geschehen betrachtend, durch Lord Minto der hiesigen Regierung übermacht hat. Die Hauptbestimmungen sind: Titel des Königs: König beider Sicilien (nicht mehr: „des Königreichs beider Sicilien“); Münzkönig, mit vollkommener königl. Befugniß, ein Heinz oder ein Sicilianer; nur Sicilianer Beamte; Sicilien erhält ein Viertheil der Flotte oder den Werth in Geld; Neapel, nicht Sicilien, entschädigt die durch Beschießung des Freihafens von Messina beschädigten Kaufleute; eigene Fahne, Münze ꝛc. — Vom 20. März. Bei der jetzigen Volksstimmung in Neapel kann der König kaum das sicilische Ultimatum annehmen; das Volk ist während über diese Forderungen der Sicilianer. Es sind also neue Feindseligkeiten zu fürchten. Dermüthigender könnten diese Bedingungen nicht sein für König und Regierung ebenso, wie für die Bewohner des Königreichs Neapel.

Aus Rom, 25. März, berichtet man der Allg. Zeit: Die Republik v. San Marco ist restaurirt. Graf Balffo, der Gouverneur und Graf Zichy stehen an der Spitze der österreichischen Verhandelnden. Alles Militär zieht ab, die italischen Regimenter bleiben zurück. Munition und Kassen behält die Republik. Sie bezahlt allen k. Beamten drei Monat Gehalt, sorgt für Einschiffung, Schutz ihres Eigenthums ꝛc. Der Blockkommandant Zichy bleibt bis zur Vollziehung des ganzen Traktats. Auch die Marine ging über, der Vicedmiral wurde festhalten. Trevise soll der Republik sich angeschlossen haben.

Die Herzoge von Modena und Parma sind bereits durch Bogen gekommen. Ein Augenzeuge erzählt: Man sah unter dem Gefolge dieser Herren manche Gestalten, die nur zu sehr ihr System darstellten, Kavaliere mit Schooßhunden ꝛc. Bei allem Mitleid ist's kaum möglich, einiges Lächeln zu überwinden. Der Vierköpfig Erzherzog Rainer übernachtete, wie uns zwei Briefe versichern, heute in Branzoll, aus Verona kommend und nach Deutschland gehend. Morgen Näheres.

Am 26. März traf die Herzogin von Modena, geb. Prinzessin Adelgunde von Baiern, in Innsbruck ein. Erzherzog Ferdinand von Este, Oheim des Herzogs von Modena, begleitete sie. In Wien verbreiten die Nachrichten aus Italien auf dem Kriegsmarkt einen panischen Schrecken, die Kaiser-Ferdinandsnordbahnaktien fielen am 25. März um mehr als 15 Proc.

Die Florentiner Zeitung vom 22. März enthält eine Proklamation des Großherzogs an die Toskaner des Inhaltes: nachdem nun die Stunde der vollständigen Erhebung Italiens gekommen, werde er seinem Versprechen gemäß dieselbe mit all seiner Kraft unterstützen. Zunächst seien zwei Linienkorps an die nördliche Grenze beordert, das eine über Pietrasanta, das andere über San Marcello. 800 freiwillige Civilmilizen aus der Stadt schließen sich den Truppen an. Die Proklamation des G.-Herzogs schließt mit dem Ruf: „Es lebe das konstitutionelle Italien!“ — Die Gazzetta di Roma vom 20. März bringt eine päpstliche Ordonnanz vom 18. d. M., bergemäß die weiß-gelbe Fahne des Kirchenstaates sofort mit den italienischen Nationalfarben Grün, Weiß, Roth umfassend werden sollte.

(Allg. Z.).

In der Mailänder Zeit. wird der blutige Sieg („nostra sanguinosissima lotta“) der Mailänder über die Österr. Besatzung nach fünftägigem Kampf als ein ganz vollständiger geschildert, und behauptet: das österreich. Heer stehe im Begriff, Italien auf Nimmerwiederkehr zu räumen und hinter die Alpen zurückzugehen, welche Gott vom Beginn der Zeiten an als Italiens Grenze bestellt. Doch besagt ein anderer Erlaß: „Provisorische Regierung. Solange der Kampf dauert, ist es nicht zeitgemäß Meinungen über die künftigen politischen Einrichtungen unseres vielteuren Vaterlandes aufzustellen. Wir sind für jetzt berufen, dessen Unabhängigkeit zu erobern, und die guten Bürger dürfen sich jetzt mit Nichts anderem beschäftigen als mit dem Kampfe. Sobald unsere Sache gesiegt hat, werden unsere Geschicke von der Nation beraten und festgestellt werden.“

## Rußland.

Ein Privatbrief aus Petersburg vom 10. März, welcher in Aachen eingetroffen ist, versichert, daß auch in dieser Stadt die größte Aufregung herrsche, daß auf den Kaiser in der Stadt geschossen worden, und daß die Kugel seinen Hut durchbohrt habe. Der Kaiser sei sogleich in das Palais umgekehrt und habe die drohendsten Vorsichtsmaßregeln gegen die Stadt getroffen. (Aachn. Z.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

**Oesterreich.** Wien, 21. März. Die Wiener Zeitung enthält heute eine Darstellung der österr. Finanzverhältnisse vom Verwaltungsjahr 1841 bis inkl. 1847. Eingeleitet wird dieselbe durch die Bemerkung: eine Folge der den Provinzen ertheilenen Konstitutionen sei auch die öffentliche Rechnungslegung über den Staatshaushalt. Diese werde zunächst von den verschiedenen Ständen geschehen, und bewiesen, daß die Einnahmen zur Bestreitung der Ausgaben nicht nur zureichend waren, sondern sogar einen Ueberschuß abwarfen, welcher im Verein mit einigen unter nicht ungünstigen Bedingungen abgeschlossenen Anlehen zur Zurückzahlung früherer, Staatsschulden und zum Eisenbahnbau verwendet werden sei. Aus der offnen Darlegung werde Jedermann die Ueberzeugung schöpfen, daß die ausgestreuten Gerüchte über eine zu besorgende Finanzkrisis grundlos waren. Um aber irrigen Ansichten baldmöglichst zu begegnen, nehme die Staatsverwaltung keinen Anstand, jetzt schon die Ergebnisse der letzten fünf Jahre zu veröffentlichen. Folgt dann die Uebersicht, woraus sich ergibt, daß sich die Einnahmen im Jahr 1845 auf 146,583,000 fl. beliefen, im Jahr 1846 auf 154,078,000 fl. stiegen, im Jahr 1847 aber nur 151,515,000 fl. (vorzüglich wegen Absahme der Verzehrungssteuer) betragen. Die Ausgaben beliefen sich im Jahr 1841 auf 141,400,000 fl., im Jahr 1846 auf 151,326,000 fl. und im Jahr 1847 auf 157,151,000 fl. hauptsächlich wegen des Militäraufwands, welcher im Jahr 1845: 624,000 fl., im Jahr 1846 (Galizien) 57,476,000 fl. und im Jahr 1847 (Italien) 61,238,000 fl. betrug. Obgleich demnach im Jahr 1846 nur ein Ueberschuß von 2,752,000 fl. und im Jahr 1847 gar ein Defizit von 5,006,000 fl. sich ergab, lieferte die ganze 7jährige Periode einen Ueberschuß von 38,731,000 fl. Im Wege der Anlehen gingen 118,293,000 fl. ein, was mit obigem Ueberschuß zusammen 157,024,000 fl. an außerordentlichen Mitteln ergab. Hiervon wurden 16,87,0 00 fl. zum Eisenbahnbau und 101,707,000 fl. zur Schuldentilgung verwendet; der Rest ging in die Periode des Verwaltungsjahres 1848 über. Die Ergebnisse in den ersten Monaten d. J. werden demnächst mitgetheilt werden.

**Baiern.** * München, 24. März. Als heute um 7½ Uhr Abends mein Weg mich über den Maximilianeplatz führte, traf ich auf einen ziemlich zahlreichen Volkshaufen, welcher eben damit beschäftigt war, unter dreimaligem lusterschüttendem Bereat einen Strohmann zu verbrennen. Wen man damit meine, konnte Niemand zweifelhaft bleiben. Zugleich wurde ein Flugblatt vertheilt, das den Titel führt: „Die blutrieselnde Krone". Sie enthält einige sehr starke Stellen. Wie ich später hörte, hatten die Behörden von dieser Demonstration gewußt und im Stillen militärische Vorkehrungen getroffen, doch waren diese nicht nöthig, da das Autodafe ohne weiteres Aufsehen und ohne Störung ablief. — Nur eine Stimme des Unwillens und der Erbitterung herrscht hier über die blutigen Vorgänge in Berlin, die man so muthwillig veranlaßt und mit so argem perversitschen Behacht hat geschehen lassen, mehr noch aber über die Ergebnisse, die als Frucht dieser schauerlichen Bluttaufe hervorgegangen sind, und mit denen die Märtyrer jubelnd sich begnügten. Man begreift die Berliner nicht, tadelt sie scharf, sehr scharf, und protestirt auf das Entschiedenste gegen die wunderlichen Insinuationen, welche die letzte Proklamation ihres Königs in Bezug auf die Selbstübernahme der deutschen Bundessteuerung durchblicken läßt, die doch nur ein Mann des reinsten und allgemeinsten Vertrauens übernehmen könne und dürfe. Darüber ist man hier einig, und jeder entgegengesetzte Versuch könnte böse Folgen nach sich ziehen. In den Augen des baierischen Volkes hat sich König Friedrich Wilhelm IV. bei der Frage, wer an die Spitze des freien und einigen Deutschlands gestellt werden solle, unmöglich gemacht, und die diese Frage bald wieder gespielt werden wird, so ist es wünschenswerth, von allen Seiten sich offen und rückhaltslos darüber auszusprechen. Wir wollen sehen, ob unsere Presse jetzt wirklich frei, der wahrhafte Ausdruck der Volksstimmungen und des Volkswillens sei, oder ob noch die alte Fessel knechtischer Gesinnung, Gewohnheit und Sitte auf unsern Herzen laste. Auch mit den Oesterreichern ist man hier insoferne nicht zufrieden, als sie über der Sorge für ihre magnarisch-slavisch-italienischen Staaten den Anschluß an Deutschland, von dem man in den dort erscheinenden Tagesbroschüren noch immer als vom Auslande spricht, fast zu vergessen scheinen; desto mehr erfreut es, bei den Steyermärkern echte und innige deutsche Gesinnung zu finden. — Unser Ministerverweser sind endlich zu wirklichen Ministern geworden. König Maximilian erklärte, nur mit einem selbstständig in sich geschlossenen und verantwortlichen Staatsministerium, fern von aller Kabinetspolitik, regieren zu wollen. Die neuen Einrichtungen treten mit dem 1. April ins Leben. Die Abg. Wilhelm ist, wie ich so eben vernahm, zum Bundestagsgesandten ernannt werden und wird morgen an den Ort seiner Bestimmung abreisen. — Personen aus der Umgebung König Ludwigs erzählen, derselbe habe geäußert, nicht auf Antrieb des Adels oder der Geistlichkeit, sondern aus freien Stücken seine Krone niedergelegt zu haben. Diese Ansicht erklärt sich aus dem Charakter des Königs, der aber keineswegs um, was ich in meinen neulichen Briefen über dessen Bewaggründe zur Abdankung andeutete, scheint sie im Gegentheil eher zu bestätigen. — Es erklärt hier eine sehr energisch abgefaßte und anerkennende Adresse der Landauer Bürger an Münchens Bürger, Studenten und Künstler; auch ein sogenanntes „baierisches Volks-Vaterunser", das wider die Umtriebe der Geistlichkeit und des Adels gegen Thron und Vaterland gerichtet ist und die versammelten Stände ermahnt, ihrer Ehrenrechte sich freiwillig zu begeben, und durch eine Berufung an das ganze Volk eine Nationalversammlung zu schaffen, da diese allein im Stande seien, mit dem Könige einen neuen für die Gegenwart und Zukunft gewährleistenden Verfassungsbau zu errichten. Bedauerlich ist es, daß einzelne Stimmen fortfahren, die Münchner Bürger gegen ihre gleichgesinnten Prager Mitbrüder aufzureizen, statt zur Einigung und zum Frieden zu mahnen, den man aus kleinlicher Eifersüchtelei einerseits und aus Parteirücksichten anderseits so muthwillig zu stören gesucht hatte.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 27. März. Wegen der Beeidigung des Militärs auf die Verfassung interpellirte heute Schweickhard aufs Neue den Kriegsminister, der beruhigende Zusicherungen gab: er sei stets der Ansicht gewesen, daß der Diensteid und der Verfassungseid zusammenfallen, habe aber die Anordnung getroffen, daß in den Hahnenei nach der Verpflichtung zur Treue gegen den König die Worte eingeschaltet werden, „die Verfassung gewissenhaft zu wahren." Heyer fragt nach dem früher bestandenen Verbot an die Unteroffiziere, die Gallerien der Kammer zu besuchen, Schweickhard in Betreff des Verbots, daß Soldaten keinen öffentlichen Versammlungen beiwohnen dürfen, der Minister beruhigte in beiderlei Rücksicht. — Der Kammerbüter berichtet über eine Mittheilung der ersten Kammer, wonach diese die Regierung um Einbringung eines Gesetzes noch auf diesem Landtag ersucht, welches die Gemeindebewohner tenent mochte für Beschädigungen in Aufläufen, welche von der Gemeinde verhindert werden konnten. Die Kommission beantragt Zustimmung, oder für den Fall die Zeit nicht mehr reichte, Ermächtigung der Regierung zur Erlassung von Maßregeln. Staatsr. Duvernoy hat dagegen, sowie gegen etwaiges Erlassen im Verordnungswege Bedenken. Hafner: ein solches Gesetz hätte schlimme Ereignisse in Ulm verhüten können, übrigens werde die Regierung das Gesetz der neuen Kammer vorlegen können. Becher theilt die Besorchungen nicht, als ob das jetzt bewaffnete Volk mit seinen Waffen Mißbrauch treiben könnte; auch halt er für unmöglich, in einzelnen Fall zu sagen, ob die Gemeinde den Unfug verhüten konnte oder nicht. Auch ohne einen ökonomischen Schaden befürchten zu müssen, haben die Gutgesinnten Interesse für die Ordnung. Heyer und Binder stimmen Becher bei: die Adresse der Kammer der Standesherren stelle die Sache so dar, als ob durch die Volksbewaffnung nunmehr es den Uebelgesinnten leicht gemacht sei, Waffen zu erhalten, diese Ansicht aber werde hier Niemand theilen. Staatsr. Duvernoy versichert, daß die Regierung sich auch mit diesem Punkte beschäftige; es wird behalb zur Tagesordnung übergegangen. — Sofort tritt der Präsident, Kanzler v. Wächter, den Präsidentenstuhl an den Vicepräsidenten v. Schwerdten ab, und bringt die Bildung des deutschen Parlaments zur Sprache: Die Nothwendigkeit desselben habe er stets begriffen, an der Möglichkeit gezweifelt. Die Bassermann'sche Motion habe sein Herz brengt, er habe sich gefragt, sie enthalte Wahrheiten, aber sie sei unpraktisch, nicht durchführbar. Da habe es im Westen geblitzt, und jetzt sei sie auf legalem Wege durchzuführen. Was bereits in der badischen und hessischen Kammer verhandelt worden, sollte auch in unsrer Kammer vor ihrem Scheiden nicht unberücksichtigt bleiben. Er verliest sofort Welckers Bericht über die Bassermann'sche Motion, und stimmt demselben im Allgemeinen bei. Bei den Schwurgerichten bemerkt er: als Jurist sei er gegen dieselben, noch in Lübeck vor einem halben Jahre habe er sich (fast allein) gegen dieselben erklärt; jetzt aber haben sie nicht bloß die Rheinlande, sondern neu eingeführt haben sie Baden, Hessen, Bayern, da habe er gleich gesagt, das Schwurgericht sei jetzt politische Nothwendigkeit. (Wächters Kunst, Klippen auf seiner Lavfbahn zu umschiffen, ist doch bewundernswerth!) Die badische Wahlart behagt Wächter nicht. Man sollte doch erwägen, ob solche nicht durch die Ständeversammlungen, wenn auch nicht aus ihrer Mitte gewählt werden sollen. Wächter will württembergischer Seits die Wahlart unbestimmt lassen. Mit der Wahl eines

Digitized by Google

Bundeshaupts durch die Fürstenkammer ist Wächter einverstanden, aber 3 Jahre sind ihm zu kurz, er will auch diesen Punkt noch im Anstand lassen. Im Uebrigen müssen wir uns rasch einigen, um gerüstet zu sein gegen Außen. Frhr. v. Hornstein: Er habe vorgeschlagen, daß man sich unten in Frankfurt nach Stimmen frge. Ueber die vorgetragenen Bestimmungen könne sich die Kammer jetzt nicht so schnell einigen. Wenn die Kammer nicht Vollmachten ertheilen müsse, so brauche sie als Kammer sich nicht auszusprechen, Jeder bleibe frei in seinem Urtheil. Fezer: Es sei gut, wenn wir uns zusammen für das Wohl Deutschlands entschlossen erklären; weiter aber könne die Kammer doch heute nicht gehen. Er z. B. sei mit dem Kanzler durchaus nicht in Allem einverstanden. Würden die einzelnen Ständeversammlungen wählen, so wäre es wie bei unsern Anschußwahlen. Auch müsse die Volks-, nicht die Fürstenkammer das Bundesoberhaupt wählen; letztere würde ein schwaches, damit ihre Rechte unangetastet bleiben, diese ein starkes Oberhaupt wählen. Dies Alles zu erwägen seien wir nicht in der Lage, wir können blos erklären, daß wir die Größe Deutschlands durch Nationalvertretung und unter einem Bundesoberhaupt wollen. Schmeichkard zieht die Aufmerksamkeit auf das Auftreten des Königs von Preußen. Allgemeiner Unwille; über diesen sei man ohnedies einig, ruft Rebwig. Für ihn erhebt sich kein Mensch. v. Varnbüler will nicht mit einer schon geschlossenen Falanx für eine Ansicht auftreten, den Einzelnen ihre Stellung überlassen. Der Druck des badischen Berichts wird beschlossen und befriedigt, die Frage besprechen zu haben, bleibt die Kammer bei der Erklärung, wie sie Ether gegeben.

Abends. In einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern wurde der Ausschuß für die Zeit während der Auflösung gewählt. In den engeren Ausschuß werden berufen: Fürst v. Zeil (I.), Dörtendach (II.), Schwerin (II.), Zeller (II.); in den weiteren: Graf v. Rechberg (I.), Marschall, Holtzinger, Hagter, Frhr. v. Hoiter, Hiller (sämmtl. II.).

○ **Koburg**, 25. März. Von Seite der hiesigen Staatsregierung ist dem freisinnigen Landtagsabgeordneten, Hofadvokat Moriz Briegleb, der Auftrag geworden, an den Bundestagsberathungen über die Errichtung eines deutschen Parlaments Theil zu nehmen. Briegleb will sich diesem Auftrage unterziehen und in den nächsten Tagen nach Frankfurt abreisen. Wie wir diese Mission auf der einen Seite als ein neues erfreuliches Zeichen der liberalen Absichten unserer Staatsregierung begrüßen, so müssen wir auf der andern Seite recht sehr bedauern, daß Briegleb durch den ihm gewordenen Auftrag von der Theilnahme an den bevorstehenden Landtagsverhandlungen abgehalten wird. Unser Landtag beginnt nämlich am 3. April. Zu gleicher Zeit tritt hier eine Zeitung ins Leben, welche sich die verdienstliche Aufgabe stellt, die Landtagsprotokolle in besonderen Beilagen mitzutheilen. Bisher sind die ständischen Protokolle nicht gedruckt worden. Die nächsten Gesetzesvorlagen, welche wir zu erwarten haben, werden Preßfreiheit, Petitionsrecht, Associationsrecht und Volksbewaffnung betreffen; auch über Ablösung der Feudallasten, über Wiesenkultur, Aufhebung des landesherrlichen Jagdrechtes auf dem Eigenthume Dritter, Beförderung der Privatwaldungen ꝛc. sind Gesetzesentwürfe für diesen Landtag zugesichert, beziehungsweise vom ständischen Ausschuß beantragt.

□ **Frankfurt**, 27. März. Amnestie allen politischen Vergehungen — nur dem Kanzleistyl nicht, denn er ist, wie mancher andere Pedant auch, nicht nur sehr langweilig und unverständlich, sondern auch sehr tückisch und ängstlich. Er zieht um junges Recht eine dicke chinesische Mauer von altem Unrecht, und seine Jrrthümer und Wenn und Aber sind Nichts als Angst vor dem, der den bösen Buch legt, und wenn Ihr Laien, die Ihr dermaleinst Nichts versteht, Euch freut über die Gerechtigkeit, die Euch in §. 1 geworden, fragt nur schnell einen Juristen vom Handwerk, ob §. 97 nicht mit der anderen Hand nimmt, was Euch jener gegeben. Darum haben wir eine angeborne Antipathie vor langathmigen, langyhrasigen und vielparagraphigen Gesetzen. Die neueste Zeit, die gar Manches gelehrt hat, hat den Perrücken auch Deutsch gelehrt, sie reden jetzt in ihren Gesetzen, wie ein anderer Mensch auch, und das Associationsgesetz, das heute in unserer gesetzgebenden Versammlung verhandelt wurde, war kurz, deutlich und aus dem olympischen Himmel herab zu den Kindern der Erde geflogen. Es wird darin nicht gedreht, nicht Bezug genommen auf die so und so vielen Paragraphen eines alten Gesetzes, das Niemand kennt, sondern es heißt einfach, Versammlungen und Vereinigungen sind erlaubt. Nur muß, wenn diese politischer Natur sind, am Tage zuvor die Anzeige gemacht (nicht die Erlaubniß eingeholt) werden, und der Zweck des Vereins oder der Einberufung angegeben werden. Sollte sich der Zweck als ein gesetzlich verbotener herausstellen, oder die Versammlung sich als ordnungsstörend erweisen, so kann die Administrativbehörde sie verbieten, jedoch steht den Betheiligten Berufung an die Gerichte zu. Dieses Gericht sollte nach der Vorlage des Gesetzes das Polizeigericht sein. Aber Polizeigericht ist eben doch Polizei mit einem Plus. Die Assessoren des Polizeiamts spielen in das Polizeigericht hinüber und vice versa, wie wir glauben. Es ist immer Etwas, das nach Polizei schmeckt! Die Kommission schlug hierin eine Veränderung vor, worauf nun freilich eine andere Anomalie entsteht. Das Appellationsgericht soll in dieser Sache als erste und letzte Instanz erscheinen, etwa die Aktenversendung ausgenommen, die auch in politischen Prozessen wieder erlaubt wird, seit das Anathema gegen die Universitäten aufgehoben ist. Doch mit manchen andern guten Dingen wird uns die neue Zeit wohl auch bald ein neues Gerichtsverfahren und eine neue Gerichtsordnung bringen, wie sie zu Mündlichkeit und Oeffentlichkeit paßt. Denn ehe das Element der Geschworenen in die Gerichtshalle eingedrungen ist, hat der politische Prozeß keine Garantie. Indeß, es geht vorwärts und wir wollen nicht viel fragen, ob man sich in ein verhaßtes Müssen fügt oder die freie Wahl Etwas doch hier allerdings auch der Fall ist) hier selbst thätig wirkte, genug, wir treten immer mehr in das Gebiet der Freiheit, und es ist weder politisch weise, noch wohlthätig für Deutschlands Zukunft, immer zu rekriminiren und gleich die giftige Drachensaat des Mißtrauens in das schöne Feld deutscher Freiheit zu pflanzen. Vertrauen ziemt der Stärke, und dem Himmel sei Dank, die Sache der Freiheit ist stark geworden in Europa. Wir dürfen für sie das Motto wählen, das sich Fürsten angeeignet: „wer sich daran reibt, sticht sich daran"; Preßfreiheit und Associationsrecht, das Wort und die Männer, Rath und That sind ein mächtiger Schutz gegen Ränke, die im Finstern schleichen, und was die Kraft erweibt, soll die Mäßigung erhalten!

### Schweiz

‡ **Bern**, 24. März. Ueber Lola Montez sind wir im Stande, folgende Aufklärungen zu geben. Sie reiste von hier mit einem russischen Hofrath, Baron v. Möller, nach München und brachte dort mehrere Stunden mit dem König auf dem Polizeigebäude zu. Der König gab ihr eine Anweisung von 500,000 fl. auf Rothschild in Frankfurt. Um diese Anweisung, die Etwas dazwischen treten könne, zu realisiren, ging Lola nach ihrer Zurückkunft sogleich mit der Post nach Frankfurt ab, nur von dem Bedienten des Hrn. v. Möller begleitet. Seit vorgestern Abend 9 Uhr ist sie wieder hier, mit dem Erfolg sehr zufrieden. Kurz nach ihrer Zurückkunft besuchte sie Perl, bei dem sie bis spät in die Nacht blieb. Sie spricht davon, daß sie bei Wenay ein Gut kaufen, und daß der König, von dem fast täglich Briefe anlangen, im Sommer hier mit ihr zusammentreffen wolle. Die Abdankung des Königs haben wir heute erfahren. Ich möchte vermuthen, daß er damit nur gezögert habe, um vorher seine Geldverhältnisse zu ordnen und Lola's Zukunft sicher zu stellen. Wahrscheinlich werden wir ihn also bald in der Schweiz sehen.

### Ungarn.

**Pesth**, 20. März. Den Ungarn wurde Alles bewilligt, was sie verlangt haben, ohne daß Gewalt angewendet wurde. Pesth und Ofen waren festlich beleuchtet. Jedermann trug die Nationalkokarde. An allen Fenstern und von den Thürmen, ja selbst von den Kanzleigebäuden wehten die Nationalfahnen. Der Doppeladler ist überall verschwunden, und an den Staatsgebäuden ist statt des früheren Schwarz und Gelb die ungarische Nationalfarbe, Roth, Grün und Weiß, angebracht. (Schw. M.)

Um so mehr muß man bedauern, wenn auch hier die nationale Erhebung leider durch Exceße und namentlich gräuliche Judenverfolgungen getrübt wird. Man schreibt der D. A. Z. aus Preßburg vom 18. März: Gestern Nacht bei Gelegenheit des dem Hrn. v. Kossuth dargebrachten Fackelzugs unternahm es eine Rotte von Lehrbuben und erwachsenen rohen Gesindel des „Zuckermandels", eine Judenverfolgung zu beginnen. Sie schleuderten brennende Fackeln auf die Dächer der Judenhäuser und regalirten die Ihnen erreichbaren Juden mit unmenschlichen Schlägen. Da kein Militär oder Polizei auf dem Platze war, so zerstreuten die Juraten mit Säbelhieben das feige Gesindel. L. v. Kossuth erwahrte in seiner Rede nachdrücklich zur brüderlichen Freundschaft mit den Juden.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Cun. Ower u. Kapp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Herrn Leon Hänser wende man sich an G. A. Alexander Corvisiery 28 Boulevards, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverleger bleiben des Großh. Gen. Hecker in Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 1 durch die Post bezogen im Umfang des Deutschen Zollvereins Thaler 6. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 92. Heidelberg, Samstag 1. April. 1848.

## Uebersicht.

Der Wahlmodus. — Berlin (Stimmungen. Die Polen des Großherzogthums. Große Volksversammlung. Die lib. Ultras. Posen (Provisorischer Zustand). Köln (Hausemann nach Berlin berufen). Bonn (Erklärung Arndt's in Betreff der angeblichen Heidelberger Adresse an den König von Preußen). Von der Ostsee (die Truppenzusammenziehungen an der Niederelbe und im Osten. Umgehaltung der Schnelli als Symbol eines möglichen Kriegs gegen Rußland). Heidelberg (Erklärung des Darmstädter Bürgervereins). Frankfurt (fernere Vorbereitungen. Vorbereitungen gegen vermuthete reaktionäre Störungen. Senatsantrag auf Revision der Verfassung. Sicherheitsmaßregeln. Einberufung der konstituirenden Versammlung). Vom obern Neckar (die Volksbewaffnung Sigmaringens). Hamburg (schleswig-holsteinische Berichte). Kiel (Bericht der Deputation. Anarchische Zustände in Kopenhagen). Schleswig (Gruß des Königs an die Einwohner der Danysstadt. Kriegerischer Fanatismus der Dänen).

Niederland. Haag. Das neue Ministerium. Amsterdam. Graf Schimmelpenninck. Politische Stimmung. Straßenauflauf.

Großbritannien. Der Prinz von Preußen in London angekommen. Fürst Metternich erwartet.

Frankreich. Admasch der Polen. Regierungsverordnungen. Zug der Italiener nach dem Standbad. Lager bei Dijon. Defrete der Regierung über die Eisenbahnen in Aussicht. Mehrere Ali. Guizot. Louis Philipp. Pariser Blätter über Reaktion in Berlin. Die deutschen Auswanderer.

Italien. Verlauf der Dinge in Mailand. Neapel. Aufstrung des geheimen Kabinets auf der Post, Verbrennung des schwarzen Buches. Gerüchte von Anwerungen im Ministerium.

Handel. Amsterdam. Trostloser Zustand des Handels.

Beilage. Berlin (die politische Denkschrift vom 17. März 1848). München (die drei neuesten Adressen der Münchner Bürgerschaft. Die Münchner und Berliner Revolutionsthaten. Kammerverhandlungen: Erklärung des Ministers des Innern wegen der Invasionsgerüchte; Adreßberathungen). Aus dem Badischen (die kirchliche Bewegung gegen die Verfassung). Kiel (Verhaftungen der provisorischen Regierung). Italien. Rom (aufgefundene politische Intrigenpapiere. Urgalls über die österreichische Bundestreue. Neapel (das Ultimatum der Sicilianer. Die Lazzaroni durch die Madonna del Carmine mit der Nationalgarde verführt. Erklärung der Staatszeitung).

## Heidelberg, 1. April.

Außer der Frage nach dem Bundeshaupte ist auch die nach dem Wahlmodus des deutschen Parlamentes bereits praktisch geworden. Man hat in Preußen und in Baden die beiden verschiedenen Wahlarten in Aussicht genommen, welche in diesem Blatte einerseits von Mohl, andererseits in dem Weckerschen Kommissionsberichte vorgeschlagen worden sind: dort die Wahl der Bundestagsglieder durch die Landstände der einzelnen Territorien, hier durch Wahlkollegien, die aus eigenen Urwahlen hervorgehen.

Die Wahl durch die Landstände empfiehlt sich durch die Einfachheit der Sache: man hätte überall die doppelten Wahlen erspart, ein gewiß berücksichtigungswerther Vortheil. Einigen Einwurf gegen diesen Modus hat Mohl sehr passend beseitigt. Die ersten Kammern freilich von den Wahlen sowohl zu dem Unterhause, wie zu einem vielleicht zu bildenden Oberhause ausgeschlossen, wäre eine offenbare Unbilligkeit. Und auf der andern Seite, sie mit den zweiten Kammern zur Wahl der Parlamentsglieder zu verschmelzen, könnte in ruhigen Zeiten allerdings die Gefahr mit sich führen, daß bei den Wahlen das konservative Element allzu sehr überwiegen würde. Geschähe es, daß durch den gründlichen Anstoß dieser Zeiten die ersten Kammern eine wesentliche Umbildung erlitten, so wäre diesem Verfahren schon weit Weniger entgegenzusetzen. Man würde sich damit der amerikanischen Wahlart nähern, die gewiß das Natürlichste ist, wo die Gleichheit der Lage und Verhältnisse und die Gleichheit der Wahlbedingungen Statt hat. Dies ist aber in Deutschland nicht der Fall, das Letztere vollends nicht, und dies scheint und die vorgeschlagenen eignen und gleichmäßigen Wahlen allerdings wünschenswerther und räthlicher zu machen. Bei der ganz außerordentlichen Ungleichheit, die in den Wahlgesetzen der einzelnen deutschen Staaten befteht, würde die Wahl durch die Ständemitglieder eine vollkommene Ungleichheit in die Bedingungen bringen, unter denen ein Deutscher sein kostbarstes Recht ausüben würde: derselbe in allen Eigenschaften gleiche Mann würde es an dem einen Orte besitzen, der am Andern davon ausgeschlossen wäre, da doch hier Alles darauf ankommt, alle Verschiedenheit in Wahlern und Gewählten zu rügen. Selbst wenn die gegenwärtige Bewegung die Wahlgesetze in den einzelnen Staaten auf ziemlich gleichen Fuß stelle, so würde man auch dann diese Wahlart erst gelten lassen, wenn die Bestimmung bestände, daß die Wahlgesetze in den Territorien nicht ohne Zustimmung des Bundestags (Parlaments) geändert werden könnten. Da dies ein unnöthiger Eingriff in die Autonomie der einzelnen Lande und Gesetzgebungen ist, so ist ein einfacher, allgemeiner Modus zum Zwecke der Parlamentswahlen wohl vorzuziehen. Wobei wir immer nicht läugnen wollen, daß auch für die Wahl durch die Stände sich Vieles sagen und für ihre größere Unbedenklichkeit Vieles thun läßt, was zu einer ruhigeren Zeit ruhiger erwogen werden mag. Wir sind nicht eigensinnig in diesen Dingen, die nach unserer Ansicht nicht allzu viel verfangen: wer weiß nicht, daß bei sehr guten Wahlgesetzen sehr schlechte Wahlen, und bei sehr schlechtem Wahlverfahren sehr gute Wahlen erstmals zu Stande gekommen sind. In diesen Dingen wirkt die lebendige Zeit mehr als das todte Gesetz. Scharf und bestimmt, und wo man will eigensinnig sind wir nur in jenen Fragen, wo es Grundbedingungen gibt, ohne die kein Staat gedeihlich exiftiren kann, wo es Grundbestimmungen gibt, die, einmal gegeben, sobald nicht wieder abgeändert und die ohne vorangegangenen oder nachfolgenden Schaden abgeändert werden können, wo es Schöpfungen gibt von so großer Art und Bedeutung, daß sie nur in solchen gewaltig erregten Zeiten überhaupt möglich sind, wo es dann rathsam ist, sie sogleich und auf Einen Schlag so zu gestalten, daß man nicht wieder verbesserad und umstürzend daran zurück kommen muß.

Wenn ein allgemein gleicher Wahlmodus beliebt wird, so scheint uns das Verhältniß von Einem Vertreter auf hunderttausend Seelen anzreichend: eine Zahl von 7—800 Vertretern macht die Versammlung nicht imposanter und würdiger, als eine Zahl von 4—500, und diese letztere scheint uns eben das rechte Maß, um nicht die Berathung der wichtigsten Dinge mit zuviel Ballast zu erschweren. Warum man in den Vorschlägen Weckers und Mohls nicht auf den Gedanken zurückgekommen ist, der in der Heidelberger Vorversammlung nur Beifall und keinen Widerspruch fand, den größeren Städten nämlich ihre eigene Vertretung einzuräumen, wissen wir nicht. Eine Bestimmung dieser Art schiene und eben die richtige Mitte in der Zahl der Parlamentsglieder herzustellen. Rehmen wir die Bevölkerung des Bundes ohne die größten Städte auf 36 Mill. an, so ergibt sich die Zahl von 360. Dazu kamen einige Einzelne aus den kleinen Staaten, da man billigerweise auch kein kleines Staate einräumen würde, in wenigstens einem Mitgliede vertreten zu sein. Wir haben vier Städte von mehr als hunderttausend Einwohnern, etwa zehn (wenn wir Danzig und Königsberg mitzählen) von zwischen 50—100,000 und vielleicht vierzig von 20—50,000 Einwohnern. Gäbe man den Ersteren das Recht je drei, den zweiten je zwei, den dritten je einen Deputirten zu schicken, so würde dies die Zahl von 72 ausmachen, was die Gesammtzahl des Bundestags auf etwa 450 bringen würde: wie uns scheint eine Zahl, die alle wünschenswerthen Bedingungen am meisten vereinigt.

Es herrscht, scheint es, die schönste Uebereinstimmung, auch von Seite der badischen Regierung, daß diese Wahlen auf der breitesten, liberalsten Basis vorgenommen werden müssen. Alle selbstständigen, großjährigen, ehrenhaften Staatsbürger sollen nach Wecker's Vorschlage die Wahlmänner aus ihrer Mitte wählen und die Wahlmänner den

Digitized by Google

Deputirten ebenso frei aus allen selbständigen Bürgern, nur mit der einzigen Beschränkung, daß sie das dreißigste Jahr erreicht haben. Die indirekte Wahl ist von dem Wahlvorschlagen in Baden beibehalten genommen. Dasselbe hat sich hier im Lande bei allen so sehr empfohlen, daß wir nicht anstehen können, dasselbe zu allgemeiner Annahme weiter zu empfehlen. Das die Wahl der Deputirten nicht unmittelbar von Urwählern ausgehen könne, ist nicht allein aus den von Mohl angeführten Gründen, sondern auch aus inneren Gründen wohl Jedem von selber klar.

Ein Punkt ist bei den verschiedenen Rathschlägen über die Wahlart fast überall mit Stillschweigen übergangen worden. Man setzt voraus, daß die Wahlmänner oder die Stände der verschiedenen einzelnen Staaten nur Deputirte aus dem Lande wählen werden oder sollen: wie in Amerika, wo der Abgeordnete zur Zeit seiner Wahl Einwohner des Staates sein muß, der ihn wählt. Wir würden auch hier den strengsten Gesichtspunkt der Einheit Deutschlands festgehalten wünschen. Um die große Stammverschiedenheit, die schiefenden Antipathien und Gegensätze der Landestheile auszugleichen, scheint uns kein Mittel zu verschmähen, das zu diesem heilsamen Zwecke hinarbeiten kann. Es wird eine wahrhafte Verbrüderung im Werden sein, wenn man in Königsberg einmal einen Deputirten aus dem Seekreise und umgekehrt wählen wird; dem Auslande gegenüber werden wir dann erst recht als Eine einzige Nation erscheinen.

---

**Preußen.** Berlin, 26. März. In einer Korrespondenz der Brem. Z. sind die Stimmungen in Berlin in folgender bemerkenswerthen Weise bezeichnet: Die bisherigen Royalisten alten Schlags sind jetzt Alles eher als Freunde eines Königs, der mit der „Revolution", wie sie sagen, fraternisirt und die deutsche Demagogie vertritt. Die entschiedenen Liberalen sehen gleichfalls mißtrauisch auf eine Veränderung, die so sehr über Nacht gekommen ist, daß sie allerdings auch den Gläubigsten verwundern muß. Die wühlenden „Kommunisten" oder „socialistischen Radikalen" werden zwar von der Partei der Bourgeoisie noch in Schach gehalten — und das ist gut — aber sie sehen ihre Hoffnungen auf das Chaotischste unserer Zustände, bei denen es an dem für Alle Vertrauen erweckenden Mittelpunkte fehlt. Darin sind übrigens alle Besonnenen einig, daß dieser Mittelpunkt nur das vorläufige prousssisch deutsche Parlament sein, oder doch dieses allein einen solchen Mittelpunkt zu bezeichnen fähig sein könne.

† **Berlin**, 26. März. Die Polen sind durch zugesicherte Reorganisation des Großherzogthums Posen für jetzt vollkommen zufrieden gestellt; sie selbst wünschen vorläufig die Unabhängigkeit desselben noch nicht, weil sie des Schutzes von Preußen und Deutschland bedürfen. Die Wahl des Generals von Willisen zum königl. Kommissär hat ihren ganzen Beifall; daneben sollen sie einen echten Polen, den Grafen Matthäus Mielezinski zum Oberpräsidenten oder Civilgouverneure erhalten. Alle Civilämter sollen in dem polnischen Landestheile mit Polen, insoweit sich geeignete Männer dazu finden, besetzt werden. — In Schlesien ist der von dem Ver. Landtage her rühmlichst bekannte Graf York zum Oberpräsidenten ernannt worden, an die Stelle des Hrn. von Wedell, der bei den Breslauer Unruhen die schimpfliche Flucht ergriff. Dort sind gefährliche Aufstände der Bauern und der Fabrikarbeiter im Altvisdorfer Thal ausgebrochen. Außerdem setzen die Breslauer ihre Agitation gegen den Ver. Landtag fort; dieselbe Agitation wird auch von einer Partei verkappter Republikaner in Berlin versucht, ohne jedoch viel Anklang zu finden. In der großen Volksversammlung, welche am Sonntage den 26. d. M. Mittags vor dem Schönhauser Thor auf freiem Felde Statt fand und meist von der arbeitenden Klasse besucht war, konnte die Motion auf neue Unruhen nicht durchgebracht werden. Man vereinigte sich dagegen zu einer Petition für ein Arbeiterministerium, Verminderung der Arbeitszeit mit Erhöhung des Lohns, wohlfeile Negierung u. dergl. Die Bürgergarde ist von einem vortrefflichen Geist beseelt und will mit der errungenen Freiheit zugleich die Ordnung das Königthum schützen. Das wiederhergestellte Vertrauen zwischen König und Volk befestigt sich immer mehr. Man erwartet mit Spannung das neue Wahlgesetz und die Beschlußnahme des Ver. Landtags darüber. Die Partei der liberalen Adels oder der Demokraten verlangt allgemeines Wahlrecht wie in Frankreich und wird über jede Beschränkung großen Lärm erheben. Es thut Noth, daß man sich gegen sie mit aller Macht verwahrt, wozu die große Mehrzahl des Volks entschlossen scheint.

Berlin, 29. März. Die Berl. Zeit. bringt Berichte aus Posen, denen wir Folgendes entnehmen: Posen, 27. März. Nachdem durch Anfang unserm Publikum die exclusive Kabinets-Ordre v. 23. März als Antwort auf die aus den Gebrechen Großherzogthum gesandte Deputation mitgetheilt war, fand gestern eine große Versammlung von preußischen Beamten und Bürgern Statt, um den König in einer Petition zu bitten, Herrn v. Minutoli als Denjenigen herzusenden, der mit der Kommission sich berathen soll, da man hoffe, daß die genaue Kenntniß, welche dieser beliebte Mann, von den hiesigen Verhältnissen hat, etwaigen blutigen Auftritten begegnen werde. — Allerdings hört man durch die Kabinets-Ordre der Zustand der Ungewißheit, in welcher wir seit dem 20. über die hiesige Verwaltung geschwebt, einigermaßen auf, man sieht wie es der Wille des Königs ist, daß dies Land preußisch sein und bleiben soll, die Beamten werden demnach auch wieder ihre Wirksamkeit in ganzer Weise beginnen, — indeß alles seit dem 20. Geschehene fast nur pro forma, die aktive Polizei ganz suspendirt und die Stadt fast in Anarchie war — ob aber Alles dies auf friedlichem Wege geschehen und das polnische Komité, welches sich als Regierungs-Behörde qualifizirte (was es nach den ihm eingeräumten Rechten auch vollständig konnte), jetzt wo es im Begriffe stand, sich zu einer provisorischen Regierung zu bilden, so ohne Weiteres alle Macht aus den Händen geben wird — das ist allerdings eine Lebensfrage für viele Tausende unserer Mitbürger. Das poln. Komité hat bis jetzt vollständig durch seine Proklamationen regiert; wir erwähnen nur seine wiederholten Aufrufe zur Ordnung, die Austheilung der Tagesberichte, die Aufforderung vom 21. an die katholischen Geistlichen zur Brüderlichkeit, die Absendung von polnischen Kommissären zur Einsetzung von Nationalkomités in allen Ortschaften der Provinz, den Zuruf an die evangelischen Geistlichen, endlich die am 24. März proklamirte Aufhebung des Adels und aller bisher existirenden Standesunterschiede ꝛc. Ferner ist zu bemerken, daß schon in sehr vielen Orten des Großherzogthums der preußischen Adler zum Theil in Güte, zum Theil mit Gewalt heruntergenommen ist; so namentlich in Obornik, Rogasen, Kurnik, Wreschen, Schroda, Gnesen und an mehreren Orten wurden die preußischen Behörden vertrieben und polnische eingesetzt; so namentlich in Wreschen, wo das Land- und Stadtgericht nebst Landrath vertrieben und die Kreiskasse genommen ward, dann in Kostryzn, Obornik ꝛc. Dazu kommt noch, daß seit dem 24. ein vollständiges Militärkomité sich gebildet und seine Beamten schon durch das ganze Land zerstreut hat, um Regimenter zu bilden; überall werden Sensen geschärfet, es müssen schon viele Tausend dersethen vorhanden sein.

**Köln**, 28. März. Der Rhein. Beob. theilt folgende telegraphische Depesche mit: „Der Minister Graf v. Arnim an den königl. Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Hrn. Eichmann. Berlin, 26. März 1848, Mittags 2 Uhr. Se. Maj. der König haben auf Ihren Beschl vom 21. allergnädigst zu bescheiden geruht, Hrn. Hansemann zu veranlassen, unverzüglich herzukommen, um einen Gegenstand der höchsten Interessen, des Gewerbefleißes und der Industrie in der Rheinprovinz, mit ihm zu berathen. (Gez.) Graf v. Arnim."

* **Bonn.** Das Frankfurter Journal vom 28. d. M. berichtet von einer angeblichen, in Heidelberg beschlossenen Adresse an den König von Preußen. Diese Adresse versetzt und empört auf das Allertiefste jedes fromme und tapfere Männergefühl deutscher Ehre und Treue, und die Unterzeichneten finden sich veranlaßt, im Namen dieser deutschen Ehre und Treue, indem sie überzeugt sind, im Sinne von Millionen ihres Volks zu sprechen, den Ausdruck eines solchen Grenels mit Abscheu von sich zu stoßen. Wehe uns Allen, die wir im Namen eines großen Volkes der Nachwelt unbestleckt überliefern sollen, wenn wir in einer Zeit, wo das Vaterland dreifacher Treue, Männlichkeit und Eintracht bedarf, solche wüste, mehr als jakobinische Wuth nicht für das erklärten, was sie ist: eine blinde, tolle Wuth! Diese treten wir mit Abscheu nieder und werden, so wahr uns Gott helfen wird, unsere Ueberzeugung mit Herzen und Händen zu bewähren freben. Bonn, den 29. des Lenzmonds 1848. E. M. Arndt. (Im Auftrage vieler ehrenhaften Männer und Bürger der Stadt Bonn, welche diese Erklärung unterschrieben haben.)

* **Von der Ostsee**, 28. März. Augenblicklich befinden sich auf drei Punkten bedeutende preußische Streitkräfte konzentrirt: am Rhein, in der Umgegend von Halle und in der von Berlin. Jedermann kennt den traurigen aber glücklich vereiteten Zweck, weßhalb die letztgedachte Zusammenziehung Statt fand. Man weiß aber auch bereits, daß die nämlichen Truppen in den letzten Tagen eine neue Bestimmung erhalten und höchst wahrscheinlich zugleich ihren Marsch zur holsteinischen Grenze schon angetreten haben. Diese Bestimmung darf, in jeder Hinsicht, eine höchst glückliche genannt werden.

Digitized by Google

Wie hart das ganze, an der Grenze *) aufzustellende Korps sein wird, vermag ich nicht anzugeben; ich schätze es indeß auf 11— 15,000 Mann. Dem Vernehmen nach wird das 10. deutsche Armeekorps (28,866 M. und zwar 21,258 M. Infanterie, 1,119 M. Jäger, 4122 M. Kavallerie, 2,078 M. Artillerie nebst 60 Geschützen und 289 Pionieren) ehestens ebenfalls zusammengezogen und mit der in Rede stehenden Truppenmacht vereinigt werden. So viel ist gewiß, daß in kürzester Zeitfrist eine Armee von 40,000 Mann an der Niederelbe koncentrirt werden kann, um die deutsche Sache gegen Dänemark in Schutz zu nehmen und erforderlichen Falles nachdrücklichst durchzufechten. Diejenigen der nach Holstein im Marsch begriffenen Bataillone, welche ihre Kriegsreserven noch nicht eingezogen haben, erhalten dieselben schleunigst nachgesendet. Dieses gilt von den zum Korps gehörenden sommerschen Bataillonen; heute nach werden von Stettin aus 1440 M. Reserven für dieselben abgehen. Auch das 2., seither in Pasewalk garnisonirende Kürassierregiment hat Ordre bekommen, sich nach der holsteinischen Grenze auf den Marsch zu begeben. Von einer größern Truppenzusammenziehung an unserer Ostgrenze verlautet noch nichts Bestimmtes. Aus Hinterpommern befinden sich zwei Kavallerieregimenter (das in Stolpe und Schlawe garnisonirende Husaren- und das in Treptow an der Rega stehende Ulanenregiment) und eine reitende Batterie (der 2. Artilleriebrigade und seither in Köslin stehend) auf dem Marsche nach dem Großherzogthum Posen — im Ganzen 4 Geschütze und 1200 Pferde — sonst Nichts. Wenn die Zeitungen viel von der Konzentrirung gewaltiger Streitkräfte in Posen selbst schreiben, so mag dieses seinen Grund in der Einberufung der Kriegsreserven haben, wodurch die Bataillone von einer Stärke von etwa 350 M. auf 1000 M. vermehrt und die Kavallerieregimenter von ihrem früheren Bestand von 500 Pferden auf 600 Pferde gebracht worden sind. Es hat sich in den letzten Tagen klar herausgestellt, daß Preußen nicht länger an die Behauptung des Großherzogthums Posen denkt, und daß deßhalb die betreffenden Divisionen des fünften und 2ten Armeekorps, welche diese Provinz jetzt noch besetzt halten, lediglich als ein Schutzkorps gegen eine etwaige russische Invasion angesehen werden dürfen. Es ist möglich, daß die Regierung die Einberufung der Landwehr ersten Aufgebots für das 5te Armeekorps anordnen wird. Dasselbe würde dadurch auf 35,000 Mann, worunter 4200 Mann Kavallerie und 96 Geschütze, die ganze zur Deckung Posens zu verwendende Macht innerhalb des Großherzogthums aber mindestens auf 40,000 Mann erhoben werden. Das ist eine mehr als zureichende Streitmacht, um jeden Anschlag „Moskau's" zu vereiteln! Rußland besitzt, meiner Schätzung nach, 45,000 — 48,000 Mann innerhalb der 8 Wojewodschaften; bald so viel mögen in Lithauen und Wolhynien stehen: Alles in Allem also nicht mehr als 70,000 Mann, und diese Streitmacht braucht mindestens 4 Wochen, um koncentrirt zu sein, eine Zeit, in welcher wir 100,000 Mann und darüber an unserer Grenze zusammengezogen haben können. Die vier in den Provinzen Preußen, Pommern, Posen und Schlesien stehenden Armeekorps formiren, die Landwehr 2ten Aufgebots ungerechnet, ein an sich schon bedeutendes Heer von 150,000, worunter 17,000 M. Kavallerie und mit 384 Geschützen.

Die Frage: wo Preußen, Falls ernstliche Verwickelungen in Hinsicht auf die politische Angelegenheit mit Rußland eintreten sollten, seine Hauptkräfte vereinigen wird, dürfte augenblicklich noch unentschieden sein; sollte es zur Kriegserklärung kommen, so wird, das ist unbestreitbar und steht von vornherein fest, die Offensive die Rolle unserer Heere sein. Daß dieser Krieg nicht mit den Kräften Preußens allein, sondern mit denen von ganz Deutschland, Oesterreich nicht ausgeschlossen, geführt werden würde, unterliegt keinem Zweifel; aber auch dessen sind wir gewiß, daß Polen in diesem heiligen Kampfe an unserer Seite den letzten Blutstropfen an eine siegreiche Entschidung setzen würde. Um die Vertheidigung unserer Grenzen — ich wiederhole es noch einmal! — kann es sich in diesem Ringen mit Rußland nicht handeln; Oberdies bedürften wir dazu nur eines geringen Kostenaufwandes; aber auch die Unterstützung des sich, hervor unter dem Druck der moskowitischen Gewalten, zu Freiheit und nationaler Unabhängigkeit erhebenden Polens kann nicht sein einziger Zweck sein: die polnische Nation würde ihre Befreiung allenfalls selbst zu Stande bringen; worum es sich hier handelt, ist neben Polens Befreiung auch die der deutsch-russischen Provinzen. Die Zurückwerfung des Czarats bis unter die Mauern von Moskau und an die Ufer der Wolga, eine Umgestaltung der europäischen Ostwelt, die feste Begründung jener Reiche, vielleicht auf den Flanken Deutschlands: eines griechischen mit der Residenz Konstantinopel, und eines slavdinavischen, zu dem Finnland und Dänemark gehören würden, dürfte das Endziel dieses Krieges sein.

Heidelberg, 31. März. Die gestern erwähnte Erklärung, die uns von Darmstadt zugekommen ist, lautet: „Wir auf der Heidelberger Volksversammlung vom 26. März in förmlichem Zuge erschienenen Einwohner Darmstadts sprechen hiermit unseren biederen deutschen Mitbürgern in Heidelberg den herzlichsten Dank und die vollste Anerkennung aus für ihre eifrige und thätige allgemeine Betheiligung an der großen volksthümlichen Bewegung des deutschen Vaterlandes, eine Betheiligung, welche sich schon bei dem ersten Ueberblick des festlichen Schmuckes der ganzen Stadt jedem Eintretenden sofort anzeigte. Zugleich müssen wir aber auch zur Steuer der Wahrheit offen aussprechen, daß verschiedene von dem Rathhausfaale und später auf der Tribune des Schlosses vorgekommene Handlungen von mit der Leitung der Volksversammlung beauftragten Männern sich mit der Umsicht und Unparteilichkeit nicht vertragen, welche vor allen Dingen bei Besprechungen freier deutschen Männer obwalten müssen. Einen Mangel an Umsicht finden wir darin 1) daß nach dem Zeugniß unserer drei zur engeren Vorberathung im Rathhaussaale gesandten Vertreter das den Abgeordneten der einzelnen deutschen Gemeinden zur Besprechung vorgelegte und später auf dem Schlosse nochmals zur Annahme vorgeschlagene Programm nur in Einer Aufsertigung bestand, welche noch dazu durch Striche, Verbesserungen u. s. w. beinahe unleserlich war und jede Verhütung späterer Zusätze und Beglaubigungen 2c. unmöglich machte. 2) daß die auf dem Rathhause zugesagte und deßhalb noch vor Beginn der größeren Versammlung im Schlosse nach Vorgang der Offenburger Versammlung zu bewerkstelligende Vervielfältigung dieses Programms, beziehungsweise der beantragten Abänderungen desselben, sogar bis zum Schluß der größeren Versammlung nicht vertheilt wurde, so daß die fremden Theilnehmer in ihre Heimath kehren mußten, ohne nur eine vorgetretene, völlig sichere und umfassende Aufsertigung des Programms zu besitzen. Der Mangel der nöthigen Unparteilichkeit ergibt sich aber neben Anderem hauptsächlich daraus: 1) daß der Herr Vorsitzer der Heidelberger Volksversammlung einem unserer Vertreter auf mehrfach wiederholtes Ansuchen das Wort nicht gab, vielmehr ihn anwies, es sich zu nehmen, während er nach wie vor seinen Rednern seiner Ueberzeugung dasselbe ertheilte; daß unser Vertreter durch Leiter der Versammlung wiederholt von der zum Sprechen bestimmten Stelle der Rednerbühne zurückgedrängt wurde, und nur auf dringendes Verlangen der am Fuß der Rednerbühne geschaarten deutschen Mitbrüder zum Wort kam; 2) daß der Vorsitzende unter Mißtonungen und Mißbrauch seiner Stellung das Geschrei und die drohende Haltung, welche von einer irgendwie mit den Vorkämpfern im Rathhause und den dort geäußerten Ansichten bekannt gewordenen kleinen Truppe junger Theilnehmer der Versammlung gegen einen der Vertreter unserer Ueberzeugung schon vor Beginn seiner Rede ausgestoßen, beziehungsweise angenommen wurden, nicht gehörig zu verhindern suchte und nicht ernstlich mißbilligte, daß es vielmehr zur Herstellung der Ordnung einer entschiedenen Willensäußerung der unendlichen Mehrheit der Versammlung, welche den Anträgen unseres Redners später wirklich beitrat, bedurfte; 3) daß der Vorstand in Mißachtung der Würde des versammelten Volkes versuchte, den bereits verworfenen Antrag auf Föderativrepublik in einer verfänglich veränderten Form nochmals dahin, daß die Versammlung das Volk für reif halte zur nordamerikanischen Verfassung und dieselbe wünsche", zur Abstimmung, beziehungsweise zur Annahme zu bringen, wobei die Worte „und dieselbe wünsche" mit leiserer, nur den Nächststehenden vernehmlichen Stimme vorgetragen wurden. — Wir oben bezeichnete Einwohner Darmstadts und mit uns unbedingt die überwiegende Mehrheit der Einwohner hiesiger Stadt, sehen nur in einer vollkommen freien, durch Volksversammlungen gekräftigten und vom deutschen Parlament geleiteten Fortentwicklung oder jetzt theils verlierenen, theils zugesagten Rechte in ihrem weitesten Umfang die Rettung des deutschen Vaterlandes von den Gefahren nach Innen und nach Außen, nach Oben und Unten. Wir glauben, daß ein Abweichen von diesem Weg durch jetzt gestellte und verfolgte, aus einzelnen Volksversammlungen hervorgegangene Anträge auf absolutige Einführung einer Föderativrepublik eine Spaltung und hiermit eine Entkräftung des deutschen Vaterlandes herbeiführen werde, während doch nur ein einiges, seinem vom ganzen Volke und aus demselben gewählten Parlamente vertrauendes, mit letzterem und durch letzteres voranschreitendes Deutschland ein ewig freies Deutschland werden und bleiben wird. — An vorstehende Erklärung glauben wir den Wunsch anreihen zu müssen, 1) daß sämmtliche der Heidelberger Versammlung beiwohnende deutsche Mitbrüder sich über die Richtigkeit oder Unrich-

*) Man nennt Havelberg als Hauptquartier — also ziemlich weit rückliegend.

Digitized by Google

tigkeit unserer obigen Behauptungen aussprechen wollen, damit die volle Wahrheit zu Tag komme. 2) daß diejenigen wohl sehr wenigen Mitglieder des deutschen Volkes, welchen die alsbaldige Einführung einer Föderativrepublik als das nothwendige Mittel zur Rettung Deutschlands erscheint, der demnächstigen in hiesigen Landen beabsichtigten Volksversammlung beiwohnen mögen, um sich zu überzeugen, daß wir ihnen einestheils die vollkommen freie Vertheidigung ihrer Ansicht mit Vergnügen gestatten, daß aber andentheils ihre Dankungsweise nicht diejenige des deutschen Volkes sei, wie dieses auch schon die Offenburger und Heidelberger Volksversammlung dargethan haben. Schließlich noch die Bemerkung, daß die Angabe mehrerer Blätter, wonach eine aus Mannheim vom 24. März datirte Erwiderung an den König von Preußen von der Heidelberger Versammlung angenommen worden, eine irrige ist, indem zwar einzelne Stellen derselben mit Beifall aufgenommen wurden, der Aufruf selbst aber nicht zur Annahme vorgelegt wurde und auch bei einer wirklichen Vorlage schwerlich in seiner jetzigen Form angenommen worden wäre, obgleich auch wir darin völlig einverstanden, daß Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und dessen jetziger gesetzlicher Thronfolger nach den neuesten blutigen Vorgängen in Berlin der Stelle als oberste Lenker des ganzen deutschen Vaterlandes für jetzt und für alle Zukunft unwürdig erscheinen. Darmstadt, 28. März 1848. In Auftrag des Darmstädter Bürgerzuges, dessen Ausschuß.

* **Frankfurt**, 29. März. Was vor Kurzem noch zu den ganz unwahrscheinlichen Dingen gehörte, eine Revision der hiesigen Verfassung, ist nun unerwartet angebahnt worden. Der Senat selbst hat heute den Antrag hierzu an die gesetzgebende Versammlung gebracht, welche ihn einer Kommission zuwies. Die Verfassungsrevision würde nach diesem Vorschlag durch einen Ausschuß von 21 Mitgliedern, aus der Bürgerschaft, den Landbewohnern, dem Senat und der ständigen Bürgerrepräsentation gewählt, vorbereitet werden. Auch die Vorfälle des gestrigen Abends, wo, fast unmittelbar nach der freundlichen Begrüßung Jordans und Uhlands, Kahnenmasten und Fensterdemolirungen bei dem preußischen Gesandten und an Privathäusern stattfanden, kamen in der Versammlung zur Sprache. Man drang allgemein auf kräftige Maßregeln gegen solchen Unfug und auf eine entschiedene Gesinnungsäußerung der Bürgerschaft; Dr. Reinganum, hiermit einverstanden, meinte nur, man möge nicht durch allzu viele Manifestationen wieder reaktionäre Gelüste hervorrufen, was zu einer sehr heftigen Entgegnung eines Mitgliedes (Hrn. Meyers May) führte. Es sind übrigens für heute Abend und die folgenden Tage die nöthigen Sicherheitsmaßregeln getroffen. Die Nachbarregierungen in Hessen, Nassau ꝛc. sorgen ihrerseits, daß jeder Andrang Bewaffneter gegen Frankfurt verhindert werde. — Die lange verzögerte Publikation des Gesetzes wegen der Aufhebung der Fideikommisse ist vom Senate auf morgen zugesagt. — Der größte Theil der Stadt prangt heute schon im Festschmuck.

† **Frankfurt**, 29. März. Unsere Stadt schmückt sich zu einem nie gesehenen Feste. Die deutschen Farben wehen von allen Thürmen, über allen Pforten, auf allen Dächern, von Fenster zu Fenster winden sich Guirlanden und Bänder, Ehrenpforten von Tannengrün stehen an den Eingängen der Seitenstraßen, und fortwährend führen eilige Hände den halben Wald in die alte Krönungsstadt, die durch solch' festlich neues Kleid die neue Zeit begrüßt. Nicht ohne Erhebung, ja, nicht ohne Rührung durchwandelt man diese Straßen. So wird denn, wenn die Sonne sich noch zwei Mal hinter den Bergen erhoben, das erste deutsche Parlament über die Gestaltung eines einigen Deutschlands berathen! Der 31. März wird in der Weltgeschichte zu den bedeutendsten Tagen zählen, denn wenn auch diese Versammlung von der Nation nicht mit der Vollmacht ausgestattet ist, um die künftige deutsche Verfassung wirklich gesetzgeberisch festzustellen, wenn es hiezu nothwendig erst einer neugewählten konstituirenden Versammlung bedarf, wozu Ihre badische Regierung so dankenswerth rasch bereits die Wahlen ausgeschrieben, so fühlt doch Jeder, daß der Ausspruch des jetzt provisorisch zusammentretenden Parlaments, worunter so gewichtige Männer, wie Uhland, Beseler, Jyßein. Dahlmann, Herchenhahn, Jordan, Wippermann, Willich, Welcker, Gagern, Römer und wie diese alten bewährten Freiheitskämpfer alle heißen, für alle künftigen Verfassungsberathen mehr als ein bloßes Gutachten sein wird. Sehr viele, selbst aus dem entfernten Norden und Osten, sind bereits angekommen. Alle Stimmen, so weit wir sie vernehmen konnten, lauten dahin, daß man nirgend etwas Anderes als die Freiheit und Einheit in monarchischen Formen will. Ja in Berufen soll sich schon eine merkwürdige Reaktion gegen die republikanischen Pläne des Berliner Lesekabinetts bemerkbar machen: nicht nur kommen von verschiedenen Gegenden, wie z. B. von Ansbach, Erklärungen an die Berliner Literaten, sie sollten nicht zu weit gehen, sonst würde man sie über die wahre Stimmung des Landes belehren, sondern der Vorstand dieser Lesehalle soll sogar in Berlin selbst diesen Gegensatz der Ansichten empfunden haben. So wird also die Republik wahrscheinlich nur aus Ihrem Baden vertreten sein. Dies begreifen die Nordländer nun vollends nicht, da sie seit Jahren ihren Regierungen stets die badische als Muster vorgehalten. — Hier ist seit zwei Tagen das Gerücht in Umlauf, es wolle aus Baden ein Hause herangiehen, um die Versammlung zum Ausrufen der Republik zu zwingen. Es ist lächerlich, daß man dergleichen nur glaubt, da es ja nicht möglich, daß die Badner, die erst vor Kurzem noch durch ihr Erheben für die Freiheit sich rühmlich ausgezeichnet, nun die schmachvolle Rolle von Despoten übernehmen sollten. Denn was ist das Wesen der Despotie Anders als das Bestreben, die Ansichten des freien Willens der Mehrheit durch eine Minderheit? Bei denen, welche das Gerücht glauben, hat es eine Empörung, einen Abscheu hervorgebracht, für den es keinen Namen gibt. Sollte, sagen sie, dieses große deutsche Fest, die Versammlung der ersten Männer des Vaterlandes, auf so unwürdige Weise gestört werden wollen, so würde die ganze Bürgerschaft den furchtbarsten Ernst zeigen. Der Metzger-Innung ist die Bewachung des Versammlungsortes anvertraut. — Samstag Abend soll eine großartige Beleuchtung der ganzen Stadt die gewichtigen Tage schließen. Mögen sie unser theures Vaterland zu Größe, Glück und Frieden führen!

†† **Frankfurt**, 30. März. Der Bundestag hat heute beschlossen: die konstituirende Versammlung für Deutschland einzuberufen. Das Patent wird heute gedruckt, morgen verkündigt.

**Schleswig-Holstein.** Kiel, 26. März. Die von den schleswigholsteinischen Ständemitgliedern nach Kopenhagen abgesandte Deputation hat folgenden Bericht über ihre Verhandlungen mit dem König erschienen lassen: Nachdem die Deputation der schleswigholsteinischen Ständemitglieder am 22. März in Kopenhagen eingetroffen war und bei dem Kabinetssekretär um eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige angehalten hatte, erhielt dieselbe die Antwort, daß, bevor eine solche bewilligt werden könne, die schriftliche Anzeige zu machen sei, auf welche Gegenstände die zu stellenden Anträge gerichtet wären. Die Deputation überreichte darauf dem Kabinetssekretär, unter Andeutung der Liste der Namen der in Rendsburg am 18. März versammelt gewesenen Ständemitglieder die folgendermaßen abgefaßten Anträge: 1) „Um die schleunige Zusammenberufung der schleswigschen und der holsteinischen Ständeversammlungen zu einer Versammlung zum Zweck der Berathung über eine Verfassung für Schleswig-Holstein. 2) Um Sr. Königl. Majestät Zustimmung und Mitwirkung für die Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund. 3) Um die schleunige Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit selbstgewählten Offizieren. 4) Um die sofortige Einführung unbedingter Preßfreiheit. 5) Um die Anerkennung des Versammlungs- und Vereinsrechts. 6) Um die Entlassung des Regierungspräsidenten von Scheel von seinem Aemtern." Die Audienz wurde nun auf den folgenden Vormittag bestimmt, an welchem dieselbe in Gegenwart des Kammerherrn Baron von Plessen und des Etatsraths Francke stattfand. Auf die vom Kammerherrn von Reergard gehaltene Anrede, worin unter Bezugnahme auf die überreichten Anträge, die öffentlichen Zustände des Landes geschildert und dargestellt wurden, wie sehr die Aufrechthaltung der Ruhe des Landes von der Gewährung der Anträge abhänge, erwiderte der König in einigen wohlwollenden Ausdrücken, daß er sich augenblicklich auf die Beantwortung der beregten so wichtigen Fragen nicht einlassen könne, jedoch schon mittheilen wolle, daß der Regierungspräsident von Scheel entlassen sei. Eine fernere Antwort werde der Kanzleipräsident ertheilen. — Hierauf verlas der Baron von Plessen eine etwas ausführlichere Antwort, woraus hervorging, daß erst eine Berathung des Staatsraths erfolgen müsse, bevor eine endliche Antwort ertheilt werden könne. — Nach beendigter Audienz hatte die Deputation eine kurze Unterredung mit dem Baron von Plessen und dem als Regierungspräsidenten bezeichneten Etatsrath Francke, die sich vornehmlich auf die beiden ersten Hauptanträge bezog. Darauf verließ die Deputation das Schloß und erhielt erst am folgenden Tage, den 24. März, kurz nach Mittag an Bord des Dampfschiffes Helta durch den Minister Lehmann die bekannte schriftliche Antwort des Königs, welche der genannte Minister mündlich als das letzte Wort des Königs in dieser Angelegenheit bezeichnete.

* **Schleswig**, 26. März. In Kopenhagen wurde fast zu gleicher Zeit mit der Uebergabe der königl. Antwort nachstehende Proklamation erlassen: Des Königs Gruß an die Einwohner Kopenhagens! Vor zwei Tagen dankte Ihr Uns jubelnd, weil Wir Euren Wünschen zuvorgekommen waren! Jetzt danken Wir Euch für die Ordnung und

Digitized by Google

Ruhe, welche Ihr in diesen Tagen aufrecht erhalten habt! Den Schleswig-Holsteinischen Abgesandten haben wir geantwortet, daß Wir weder die Macht noch den Willen haben, Schleswig in den deutschen Bund eintreten oder von Unserm geliebten Vaterlande abtrennen zu lassen; sondern daß vielmehr Dänemark und Schleswig durch Eine freie Verfassung mit einer größtmöglichen provinziellen Selbständigkeit für Schleswig vereinigt werden, und daß Holstein dagegen als deutscher Bundesstaat seine eigene freie Verfassung haben soll! Auf diese Weise haben Wir diejenigen Zugeständnisse gemacht, welche Wir machen können; wird Unser Anerbieten nicht angenommen, werden Wir mit Unserm ganzen dänischen Volk Dänemarks Würde aufrecht erhalten. Die Sicherheit der Schleswig-Holsteinischen Abgesandten vertrauen Wir der Ehre Unseres dänischen Volkes an! Schloß Christiansburg, den 24. März 1848. Frederik R. A. W. Moltke, Präsid. des Staatsraths.

Gleich nachdem die (gestern mitgetheilte) Antwort des Königs an die schleswig-holsteinische Deputation in Kopenhagen bekannt geworden war, haben sämmtliche Mitglieder und Sekretäre der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Kanzlei, sowie die deutschen Mitglieder der Rentekammer und der Oberzollbehörde, namentlich der zum Minister designirte Baron Pleffen und der Etatsrath Francke, dem gleichfalls ein Ministerium angeboten sein soll, ihre Entlassung gegeben, so daß jetzt in Kopenhagen gar keine Regierung für die Herzogthümer existirt. Die Deputation hatte sich am 25. März eingeschifft und ist, wie wir hören, bereits in Kiel angelangt. In Dänemark soll, wie Reisende versichern, der kriegerische Enthusiasmus allen Glauben übersteigen. Alles brennt sich, um Schleswig zu erobern, und die Wuth gegen die Herzogthümer spricht sich in allen Ständen mit gleicher Heftigkeit aus, obgleich man damals die hiesigen Vorgänge noch nicht kannte. Es sind daher, wenn der König von Preußen nicht unverzüglich ein kräftiges Veto spricht, in nächster Zukunft die blutigsten Auftritte zu erwarten. — In Rendsburg hat sich neben den Kieler Studenten bereits eine Anzahl Studenten von Berlin eingefunden, auch hat der König von Preußen dem Herzog von Augustenburg den kräftigsten Beistand zugesagt.

* Kiel, 25. März. Die Festung Rendsburg ist in den Händen der prov. Regierung. Die gesammte Garnison, bis auf ein Bataillon, ist übergegangen; indeß hat der Festungskommandant seine Stelle niedergelegt. Von allen Seiten des Landes strömen Bewaffnete nach Rendsburg, wo die prov. Regierung vorläufig ihren Sitz hat. Die Studenten haben organisirte sich Bürgergarden, die bisher zählt schon über 800 Mann. Aus Kopenhagen hat man keine officiellen Nachrichten, da die Deputation noch nicht zurück ist. Die Dampfschiffsverbindung mit Kopenhagen ist einstweilen eingestellt. Bei der größten Aufregung herrscht übrigens hier die größte Ruhe und Ordnung, in den kleinern Städten sind einige unbedeutende Exesse vorgefallen.

* Kiel, 26. März, Morgens 6½ Uhr. So eben läuft das königl. Postdampfschiff, begleitet von dem Kriegsdampfschiffe Hekla, in unsern Hafen ein. Sie bringen unsere Deputation zurück und eine große Anzahl deutscher Beamte, die in den Kollegien für die Herzogthümer angestellt waren und ihre Stellen niedergelegt haben, mit. Unsere Deputation war während ihrer Anwesenheit in Kopenhagen unter den Schutz der nächsten Nationalehre gestellt, doch ist sie nur durch die größten Anstrengungen der hauptsächlich aus Studenten gebildeten Schutzwache dem rasenden Pöbel entgangen. Aus dem Hotel d'Angleterre mußte sie sich in das Haus des preußischen Konsuls, der sie höflich und gastfrei aufnahm, zurückziehen, und den letzten Tag brachten sie im königl. Schlosse zu, wohin sich die Einzelnen, von einem Dänen begleitet, begaben. Nur durch das Versprechen, den Dänen und den dänischen Schiffen in den Herzogthümern einen gleichen Schutz zu gewähren, ließ man ihre Einschiffung zu, während die Wuth des Pöbels zum Theil durch falsche Gerüchte, zum Theil durch die Bekanntmachung einer schmähsüchtigen Rede, die Oldhausen vor dem Könige gehalten haben sollte, sich mehr und mehr steigerte. Wäre die Nachricht von der Einsetzung einer provisorischen Regierung für die Herzogthümer und den Vorgängen, die ich gestern berichtet habe, vor der Abreise der Deputation eingetroffen, so wäre es wahrscheinlich um das Leben, wenigstens um die Freiheit der Mitglieder derselben geschehen gewesen. Ueber die Zustände in Kopenhagen folgendes: Der König ist ohne Willen; Klubs, ähnlich den Jakobinerklubs der ersten französischen Revolution regieren faktisch; vielleicht wird das jetzige radikale Ministerium durch ein noch radikaleres gestürzt und Dänemark eine Republik. Jedoch wird Dänemark in sich selbst zerfallen und bald als Nation zu existiren aufhören, da es gewagt hat, Schleswig Dänemark zu inkorporiren. Bei und bewaffnet sich Alles, und fremde Hilfe wird uns nicht fehlen. Preußen hat bereits Hilfe zugesagt und unsere provisorische Regierung anerkannt. Um 9 Uhr. So eben gehen die Deputationsmitglieder nach Rendsburg ab, um sich mit der provisorischen Regierung über die jetzt zu ergreifenden Maßregeln zu berathen.

Schleswig, 24. März. Die Besatzung von der Niederfestung der prov. Regierung in Kiel, Vormittags 10 Uhr, rief sofort durch Trommelschall und Glockenläuten Alles auf das Rathhaus. Das Verlesen der Nachricht erweckte stets erneuten und endlosen Jubel. Der Vorstand des Bürgervereins schlug darauf vor, dem Hardesvogt Jacobsen die Diktatur in der Stadt zu übertragen, welche dieser bis zur weiteren Bestimmung der provis. Regierung annahm. Derselbe ernannte darauf den Major v. Unger zum Kommandanten der Stadt, der gleichfalls annahm. Ersterer bekreirte dann weiter, in geordnetem Zuge sich zu den Befehlshabern des hier garnisonirenden Militärs, sowie zum Kommandanten zu begeben, um eine Erklärung über ihr Verhalten zu der neuen Ordnung und, je nach dem Ausfall, die nöthigen Maßregeln zu erwirken. Tausende zogen nun, die genannten Herren an der Spitze, durch die Stadt, wobei unterwegs alle öffentlichen Kassen mit Beschlag belegt wurden. Nachdem demnächst die Proklamation der prov. Regierung, sowie eine kürzere, mit der Anzeige von dem Einzuge des Prinzen von Augustenburg in Rendsburg und der Uebergabe der Festung angekommen war, wurde letztere Proklamation gebruckt vertheilt, mit dem Zusatz: „Die Stadt Schleswig hat die prov. Regierung anerkannt (gez.) Jacobsen.“

Der Drem. Z. wird von Berlin geschrieben: Der Herzog von Augustenburg war hier und hat persönlich Beistand für die Herzogthümer Schleswig-Holstein und Beschützung seiner Rechte gefordert. Der König hat dies sogleich bewilligt. Zwei Brigaden sind an die Grenzen Mecklenburgs beordert und sollen dort bereit stehen, den ersten Anforderungen der provisorischen Regierung Folge zu leisten. Für jetzt hat man nur Artillerie verlangt, um Kiel zu behüten und Offiziere, um die Landwehr einzuüben und auszuführen. Rüsten sich die Dänen zum Angriff, so sollen die beiden Brigaden Holstein besetzen, damit die Holsteiner den Schleswigern zu Hilfe kommen können. Im Uebrigen glauben die Herzogthümer mit den Dänen allein fertig werden zu können.

Hamburg, 27. März. Aus den Berichten der Börsenh. über die rasche kriegerische Gestaltung der Dinge in Schleswig-Holstein entnehmen wir Folgendes: Rendsburg, den 26. Morgens. Rendsburg gewährt einen kriegerischen Anblick. Das Jägerkorps nebst Kanonieren und Turnern unter dem Kommando des Kapitäns Michelsen geht noch heute aus Rendsburg, um eine Position im Norden einzunehmen. Man vermimmt noch nicht, ob diese Expedition die so wichtige Deckung der Nordgrenze zum Zweck hat. Die Armirung der Festung wird mit großem Eifer fortgesetzt. Wo der weiche Boden die Pferde unbrauchbar macht, legen Menschen Hand an die Kanonen und bringen sie an ihren Bestimmungsort. 8½ Uhr. Abmarsch der schleswiger Dragoner nach den umliegenden Oertern. 10½ Uhr. Man vernimmt, wie verschert wird, aus sicherer Quelle, daß in Friedericia ein ernster Kampf zwischen Deutschen und Dänen ausgebrochen sei. Die Stadt brennt. Wir wissen natürlich nicht, in wiefern diese Nachricht falschthün wahr sei, aber der allgemeine Wunsch ist da zuvorgekommen, auch die Nordgrenze Schleswigs ins Auge zu fassen, wenn sich eine Bewegung nach dortthin wissen sollte. 10½ Uhr. Augenblicklich geht ein Detachement von hier ab, um Friedrichsort zu besetzen.

## Niederland.

Haag, 25. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kam ein kgl. Beschluß ein, wonach das neue Ministerium vorläufig wie folgt zusammengesetzt ist: Präsident des Ministerraths, sowie Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Finanzen Graf Schimmelpenninck, zuletzt niederländischer Gesandter am britischen Hofe; Minister der Marine und der Kolonien Vicadmiral Rykt; Minister des Innern und der protestantischen Kirchensachen Luyac; Minister für den katholischen Kult Lichtenvelt; Kriegsminister Generalmajor Repelaer; Justizminister Denker Curtius, der den Beschluß gegengezeichnet. Alsbald fanden die neuen Minister sich auf ihren Plätzen in der Kammer ein, und Graf Schimmelpenninck gab Erläuterungen über die Geburtsverhältnisse des Kabinets und der von demselben zu befolgenden Politik. Persönlich hatte er folgende Bedingungen gestellt: Kollegen, die das öffentliche Vertrauen auszeichnete, Gutheißung der Umgestaltung der niederländischen Verfassung möglichst nach dem Vorbilde der britischen, Unterstützung des neuen Ministeriums durch die Kammern. Hiermit war die durch den König ernannte Staatskommission völlig einverstanden und sodann auch der König selbst. Das Ministerium ist nur noch zeitlicher Art, und es wird sich nicht eher in ein definir-

Digitized by Google

tives umwandeln, bis die Grundgesetzdurchsicht vollbracht ist, von deren Ausgang dann das Weitere abhängen wird. Die Rede des neuen oder eigentlich des ersten niederländischen Ministerpräsidenten, worin er sich zum Schluß vertrauensvoll an die Kammer und das Land wendete, erntete lebhaften Beifall, dem verschiedene Mitglieder, den Tag als den Anbruch einer neuen heilvollen Periode für Niederland begrüßend, sogleich warme Worte liehen.

* Amsterdam, 26. März. Soeben trifft durch den Telegraphen die Nachricht ein, daß unser Ministerium endlich gebildet ist. Der Name des braven, greisen Luzac wird vom ganzen Lande mit Freuden begrüßt werden; eben so Donker Curtius. Graf Schimmelpenninck nimmt mehr auf seine Schultern als ein Mann tragen kann; ein Finanzminister hat bei uns wirklich genug zu thun, um seinen Posten auszufüllen. Wahrscheinlich erfolgt demnächst die Ernennung eines speziellen Finanzministers, dem Schimmelpenninck dann das Vorkehrteste gern übertragen wird. — Die politische Stimmung des Volkes ist ruhig, da man die Ueberzeugung hat, daß König und Minister es mit den Reformen ehrlich meinen. Der Stein des Anstoßes waren die vorigen Minister; solcher ist aus dem Wege geräumt, und das Band zwischen Niederland und seiner Dynastie Oranien ist wieder fester geknüpft. Nur mit einigen Worten will ich noch die Unruhen erwähnen, die vorgestern hier Statt fanden. Durch anonyme Zettel, welche man heimlich in der Nacht vertheilte, wurden alle Arbeiter Amsterdams auf den Dam bestellt, wo man ihnen Mittel für die Verbesserung ihrer Verhältnisse an die Hand zu geben versprach. Ehrlich erschien zur bestimmten Stunde eine Masse Gesindel — worunter kein einziger Arbeiter — da sich jedoch kein Volkstribun zeigte, so wurde die Sache dem Volk langweilig, und ein Haufe Straßenjungen vom gemeinsten Gelichter beschloß, eine Diversion nach den beiden Haupt-Grachten zu machen und allen reichen Leuten die Fenster einzuwerfen. Der Auftauf, welcher hierdurch entstand, gab einigen intelligenten Spekulanten aus der Menge erwünschten Anlaß, sich goldene Uhren und Vorsteknadeln anzueignen und einige Silberläden zu plündern. Ein Detachement Dragoner jagte den Pöbel auseinander, die Landwehr, der sich im Laufe des Abends über 2000 freiwillige Bürger bewaffnet anschlossen, stellte die Ruhe wieder her. Man glaubt allgemein, daß die Sache von wenigen Kommunisten ausgegangen ist, die man auch bereits in Haft genommen hat. Ist es wirklich der Kommunismus, der hier das Terrain untersuchen wollte, so wird er sich überzeugt haben, daß er hier sein Glück nicht machen wird.

## Großbritannien.

London, 27. März. An diesem Tage traf der Prinz von Preußen in London ein und stieg im Hotel der preußischen Gesandtschaft, im Carlton Terrace, ab. Die Times fügen der Anzeige von des Prinzen Ankunft bei: daß er mit einer vertraulichen Mission seines kgl. Bruders an die Königin von England beauftragt sei, übrigens, wie sie zu erklären ermächtigt seien, in keiner Weise mit dem unseligen Mißverständniß, welches die Katastrophe am 18. herbeiführte, in Verbindung stehe, da er in Folge der vom verstorbenen König im J. 1838 gegen Vorgänge dieser Art erlassenen Bestimmungen keine Befehle zu ertheilen gehabt und auch keine ertheilt habe. Wer trägt nun die Schuld? Auf wessen Wunsch und Willen, mit wessen Wissen und in wessen Geist handelte das Militär an diesem verhängnißvollen Tage, wie in den Tagen vom 13.—18. März überhaupt? Auf welche schwache Schultern legend eines es dienstbeflissen Unterbefehlshabers wird man zuletzt die Schuld dieser mehrere Tage lang und in verschiedenen Städten fast systematisch betriebenen Hackereien und Metzeleien zuletzt abwälzen? Man kann freilich sagen: jene blutige Nacht begründe nur den vorwendige Spitze jenes Race militärischen, bürgerfeindlichen Unterrosficier-Systems, welches unter der Regierung des vorigen Königs mit so großer Vorliebe genährt und gepflegt worden, eines Systems, welches nothwendig einmal mit dem Bürgerthum auf Tod und Leben zusammenstoßen mußte, wie jedes System, welches mit äußerster Hartnäckigkeit aufrecht erhalten wird, während es gegen den Geist einer durchaus veränderten Zeit bereits an allen Ecken und Enden verstößt. — Die Times versichern ferner: daß der Fürst Metternich, wie er selbst an Freunde in England geschrieben, sein Asyl auf großbritannischem Boden zu nehmen gedenke. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß alle jene flüchtigen Männer, Erlösige und Grminster, das Land der wahren Freiheit zu ihrem Aufenthalt wählen, nachdem sie in den von ihnen beherrschten und gedrückten Ländern jeden Keim eines wahrhaft freien und organischen Lebens niederzuhalten gesucht. Es liegt hierin eine eben so bittere Ironie für sie, als eine beherzigenswerthe Lehre für Andere.

## Frankreich.

Paris, 28. März. Der Admarsch der Polen von hier findet in Detachements von je 29 Mann und ohne Waffen Statt. In Straßburg ist der erste Sammelplatz, — die Bemittelten sorgen für die Reisekosten der Aermeren. Die hiesige deutsche Legion soll, wie es heute heißt, beschlossen haben, den Schleswig-Holsteinern gegen die Dänen zu Hilfe zu eilen. Wenn dieser Entschluß ausgeführt wird, so kann er von schnellem Erfolge sein. Die 2000 Mann können auf der Eisenbahn in 8 Stunden in Havre sein, von hier mit einem Dampfschiffe in 40 Stunden nach Hamburg gebracht werden und hier sogleich auf dänischem Gebiete landen.

Der Moniteur veröffentlicht heute folgende offizielle Aktenstücke: 1) Die Listen aller Wähler werden am 15. April zum ersten Male öffentlich aufgelegt. Vom 15.—20. April können die Reklikationen und Nachträge stattfinden. 2) Cirkular des Finanzministers, worin er sich beschwert, daß mehrere von den in die Departements geschickten Regierungskommissären ihre Vollmachten überschritten und in kommerzieller oder finanzieller Hinsicht Anordnungen getroffen haben, die im Widerspruche mit den in Paris betretenen Maßregeln der Regierung stehen. Alle solche Anordnungen in kommerzieller und finanzieller Hinsicht werden für ungiltig erklärt, wenn sie nicht die Sanktion der Regierung erhalten haben. Ein beigefügtes Dekret der provis. Regierung bestätigt diesen Beschluß. 3) Ein anderes Dekret der Regierung sanktionirt die von dem Regierungskommissär in Lyon, Emanuel Arago ergriffene Maßregel, wodurch die im Departement der Rhone die Steuern um 1 Frank pr. Frank des Steuerquotums, also auf das Doppelte erhöht werden, dahin, daß diese Maßregel einem municipalen Charakter, den der Selbstbesteurung habe. Die 45 Centimes pr. Frank Steuererhöhung, die der Staat ausgeschrieben hat, werden daher für diesen erhoben, und das Departement der Rhone und die Stadt Lyon werden ermächtigt, sich mit 55 Cent. pr. Frank selbst zu besteuern, um so die Fonds zur Ernährung der vielen arbeitslosen Arbeiter zu haben. 4) Die Diffamations- und Injurienklagen von Beamten werden den Civilindividuen, wo gewöhnlich ungeheuere Geldentschädigungen ausgesprochen wurden, wieder entzogen und den Geschworenengerichten zurückgegeben. 5) In der mobilen Nationalgarde wurden von der Mannschaft viele Offiziere der Linie als Officiere der mobilen Nationalgarde gewählt. Diese Wahlen werden für giltig erklärt und bestätigt. Diese Offiziere bleiben in den Cadres ihrer Regimenter als à la suite eingeschrieben. 6) Ein Konkurs für neue Nationallieder, bei öffentlichen Festen zu singen, ist ausgeschrieben. Dichtung und Kompesition müssen stets zusammen eingereicht werden.

Die hier lebenden Italiener erschienen, von Mazzini geführt, gestern auf dem Stadthause. Lamartine empfing sie und gab ihnen die festesten Zusicherungen, daß Frankreich stets bereit sei, die Unabhängigkeit Italiens aufrecht zu erhalten, daß es dessen Gebiet gegen jede fremde Invasion beschützen und sich stets als der wahre, unrigennützige Freund Italiens zeigen werde. Er forderte sie auf, diese Ruhe und Sicherheit zu benützen und vereint mit ihren Landsleuten auf friedlichem Wege an der Regeneration Italiens zu arbeiten, das wie alle andern Länder die Freiheit nur sich selbst verdanken müsse.

Die Presse erklärt heute auf das Bestimmteste, daß das bei Dijon befohlene Lager nicht 90,000, sondern nur 30,000—35,000 M. stark sein werde.

Man erwartet morgen im Moniteur das Dekret, welches die Eisenbahnen für Staatseigenthum erklärt. Diese Maßregel, gegen die ein Theil der Mitglieder der prov. Regierung ist, läßt sich nicht länger aufschieben, da Garnier-Pagès sonst seine Entlassung als Finanzminister geben will. Mit den unvollendeten Eisenbahnen wird der Anfang gemacht und den Aktionären werden 5%/o pr. Renten al pari oder 3%/o à 65 als Entschädigung gegeben. Dagegen müssen sie ihre Einzahlungen binnen 6 Wochen kompletiren, widrigenfalls ihre Aktien annullirt werden und sie keine Entschädigung erhalten. Mit dieser Einzahlungskompletirung, die 400 Millionen einbringen soll, wird der Staat sogleich die Eisenbahnen durch Nationalwerkstätten und die Armee ausbauen lassen und sie so schnell als nur möglich dem Verkehr öffnen, um die Erträgnisse dem Staatsschatze zuzuwenden. In gleicher Art sollen die fertigen Eisenbahnen abgelöst werden.*

Mehemet-Ali wird in Toulon erwartet. Die Regierung hat befohlen, ihm mit allen gebührenden Ehren zu empfangen.

Der „National" zeigt als verbürgt an, daß Hr. Guizot an die

Digitized by Google

provisorische Regierung geschrieben und die Auszahlung seines Ministergehaltes vom 1. bis 24. Februar verlangt habe.

Demselben Blatte zufolge hatte Louis Philipp die Summe von 600,000 Fr. Renten (12 Millionen Kapital) unter falschem Namen auf das große Buch der Staatsschuld einschreiben lassen. A. Marrast hatte während seiner provisorischen Führung der Civilliste diesen Posten entdeckt und derselbe ist nun ebenfalls unter Sequester gestellt.

So einstimmig die Journale aller Farben der Revolution in Berlin und ihren ersten Resultaten zujubelten, so einstimmig sind sie jetzt alle, zu erklären, daß die Reaktion in Berlin schon wieder von Oben und von Unten in vollem Gange, und daß eine Konterrevolution oder ein das Volk einschläfrendes Juste-Milieu-System die unvermeidliche Folge sei. Die Franzosen suchen den Grund dieser plötzlichen zur Ruhe wollenden Apathie in dem Mangel an politischer Bildung des ganzen deutschen Volkes und rufen dem Könige die warnende Erinnerung an Ludwig XVI. zu.

* Havre, 24. März. Die fortschreitende politische und sociale Aufregung unter den französischen Arbeitern macht den hiesigen Aufenthalt für die mittellosen deutschen Ruhwanderer täglich beschwerlicher; haben ja die provisorischen Behörden selbst französische Arbeiter eingeladen, die Stadt zu verlassen und ihre resp. Gemeinden aufzusuchen. Die englischen Arbeiter sind bereits auf Kosten ihrer Regierung in die Heimath befördert worden; Sie hatten einen Konsul zur Hand, der über die nöthigen Mittel verfügen konnte. Uns Deutschen wird es für jetzt und für eine (hoffentlich bald abgelaufene) Zukunft nicht so wohl; unser Plural von Regierungen thut so zu sagen Nichts! Wir müssen schon versuchen, uns selbst zu helfen. In welchem Verhältniß aber steht die aus hiesigen Mitteln zu erwartende Hilfe zu der Noth? Wir zählen hier bei 1500 Hilfebedürftiger und selbst bei wahrhaft patriotischer Gesinnung der hier ansässigen Deutschen, die man aber leider nicht voraussetzen kann, konnte man für diesen Bruchtheil dieser Unglücklichen Hilfe geschafft werden. Ich stehe nicht an, die Thätigkeit zweier edlen Männer, Hr. Pfarrers Münz und Hr. Konsuls H. Meinel, hoch anzuschlagen — das reicht aber nicht aus — ebensowenig als die wiederholten Vorstellungen eingelner oder aller Konsuln an ihre resp. Regierungen. Diese Letzteren müßte man daher durch das Organ unserer jetzt gottlob freien Presse an ihre Pflicht erinnern, und das ist die Absicht meines Briefes.

## Italien.

Die Berner Zeitung bringt folgenden Bericht des schweiz. Generalkonsuls über den Verlauf der Dinge in Mailand: Samstag, den 18. d., Morgens 9 Uhr, wurde in Folge des Wiener Ereignisse eine Proklamation der Regierung angeschlagen, wornach Preßfreiheit verliehen und die lombardische Centralkongregation einberufen werden sollte. Diese Zugeständnisse kamen indeß zu spät und befriedigten nicht mehr. Gegen Mittag sammelte sich das Volk in den Straßen mit Stöcken und Knitteln bewaffnet. Gegen 1 Uhr begab sich die Provinzialabordnung und die Municipalität zu Fuß, unter Begleitung von 10 unbewaffneten Pompiers, in den Palast des Gouverneurs, um in Abwesenheit des letztern mit dem Vicepräsidenten Graf O'Donnel zu unterhandeln, und eine halbe Stunde später kam sie zurück nach dem Stadthaus, begleitet von dem genannten Graf O'Donnel und einer zahlreichen Menge. Hier wurde von Seite der aufgebotenen Soldaten, wahrscheinlich auch durch eines jener „unglücklichen Mißverständnisse", worauf jetzt immer die Schuld geschoben wird, zwei Schüsse abgefeuert, die zwei Personen verwundeten. Sofort erhob sich ein Wuthgeschrei; Alles eilte zu den Waffen, die bestanden indeß bloß in einigen Jagdgewehren, Säbeln und Degen; die große Masse hatte Nichts als Stöcke und Steine, um sich zu wehren. Die Militärmacht schickte inzwischen Pikets von 50 bis 60 Mann aus, die jedoch zurückgeworfen wurden. Ueberall entstanden Barrikaden, die so fest gemacht und mit solchem Muth vertheidigt wurden, daß nicht eine in die Gewalt der Truppen fiel. Das Militär hielt in der Mitte der Stadt das Schloß, die Kasernen und die öffentlichen Gebäude besetzt, außerhalb derselben war es namentlich im Besitz der Wälle. Ein Punkt nach dem andern ging indeß an das Volk verloren, und den 23. d. Abends war die Stadt, die Wälle und das Schloß von Soldaten frei. Die Oesterreicher hatten 10,000 Mann, wovon 600 Husaren, 3 bis 400 Kanoniere mit 5 Kanonen- und Haubitzbatterien, im Ganzen 60 Kanonen nebst 5 bis 600 tyroler Scharfschützen. Unter diesen Truppen war ein Bataillon Italiener, 1000 Mann stark, das man zeitig im Schlosse entwaffnete, weil man ihm nicht traute. Am 23. wurde die Stadt besonders heftig angegriffen und längere Zeit mit Haubitzen und kongreviſchen Raketen beschossen, jedoch erfolglos; das Militär wurde überall zurückgeworfen und zog dann ab.

† Neapel, 21. März. Vergangenen Sonntag Morgens um 1 Uhr erhielten plötzlich alle Truppen Befehl, auszurücken; Infanterie, Kavallerie und Artillerie besetzte die hauptsächlichsten Plätze der Stadt, besonders die Seite der Bauz; die ganze Stadt kam in Vertheidigung, und Niemand wußte, wo es hinaus wolle. Der Tag verging jedoch, ohne daß die Ruhe und Ordnung gestört wurde, und bereits um acht Uhr Morgens zogen die meisten Truppen wieder ab. — Der Polizeidirektor zeigte an, daß das schwarze Buch auf der Polizei, nebst andern ähnlichen Registern den Flammen übergeben worden sei. Früher schon, und zwar gleich nach dem Erscheinen der Konstitution, wurde das geheime Kabinet auf der Post aufgehoben, da die Verfassung das Briefgeheimniß als unverletzlich garantirt. — Man spricht wieder viel von Veränderungen im Ministerium, auch Serracapriolo wolle sich von der Präsidentschaft zurückziehen.

## Handels- und Börsennachrichten.

* Amsterdam, 25. März. So bewundernswürdig und großartig auch die während der letzten vier Wochen stattgehabten politischen Ereignisse waren, ebenso sehr ist jetzt, nachdem die Jagenthändlisse aller gewünschten Reformen ertheilt sind, im Interesse des Handels und der allgemeinen Wohlfahrt zu wünschen, daß Ruhe eintritt, und den erschütterten Gemüthern das Vertrauen wiedergegeben wird. Der Kaufmann ist genügungen, Eyeiß zu sein und vor Allem die Ordnung zu lieben. Eine friedliche Reform allein ist ihm erwünscht. Ist er veranlaßt, sich energischen Demonstrationen anzuschließen, so vergißt er seinen Stand. Sobald aber dem Drang der Volkswünsche Genüge geleistet und das Ziel erreicht ist, hat er bei seiner Wiederinstallirung auf dem Komptoir auch seine alten Interessen wieder vor Augen. Er beeilt wieder des Kredits, dieses mächtigen Hebels, ohne welchen der Handel nicht bestehen ist. Er bedarf des Vertrauens in die Regierung, die sein Eigenthum schützt. Er verlangt nach jener ruhigen und gesunden Entwickelung der Verhältnisse, die nur der ungestörte Friede herbeizuführen vermag. Jetzt wo die Nationen ihre politischen Freiheiten gelteud gemacht und ihre Waffen mit Selbstgefühl errungen haben, jetzt thut es vor Allem Noth, der Beförderung des materiellen Wohls des Volkes mit aller Kraft obzuliegen, Ordnung in den Finanzen zu erhalten und Ruhe und Vertrauen herzustellen. Im gegenwärtigen Augenblick fehlt es hieran überall; Handel und Fabriken sind gänzlich in's Stocken gerathen, und alle Branchen sind dergestalt vernachlässigt, daß eine wirkliche Besserung der Handelsverhältnisse noch in weiter Ferne liegt. Nur durch die Berufung praktischer Männer an die Spitze der Handelsministerien kann solche zunächst bewerkt werden, und es muß von nun an das Hauptstreben der Regierungen des gebildeten Kontinents sein, dieser bisher so vernachlässigten Branche des Staats größere Aufmerksamkeit zu schenken. — Praktische Maßregel thun uns vor Allem Noth, durch sie ist England groß geworden. Der Mangel an praktischen Männern in Frankreich hat das finanzielle Chaos daselbst herbeigeführt und den Mißkredit erzeugt. Ohne materielles Wohl ist auch das politische Wohl einer Nation unmöglich; ohne Handel kein materielles Wohl! Mögen Regierungen und Völker diese Wahrheit wohl erwägen. Auch hier herrscht im Geschäft große Mattheiligkeit und Abspannung; weder in Getreide, noch in Kolonialen finden nennenswerthe Umsätze Statt. Staatspapiere sind gedrückt und das Mißtrauen verhindert alle größere Operationen. Die heutigen Kurse waren:

Poll. 2½% 40¼ und 40.
„ 3% 36¼.
„ 4% 59⅛.
Span. Arb. 85 8⅜.
„ „ 510 7¼.
Russ. Obl. Hope 5% 86.
Oester. Metall. 5% 63.
„ „ 2½% 33½.

## Eingegangene Beiträge für die Armen in Oberschlesien.

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag | 4160 | sl. 55 kr. |
| Ungen. | 4 | „ — „ |
| Von H. M. in Alzei | 40 | „ 40 „ |
| O. und M. E. | 13 | „ — „ |
| | 4218 | sl. 35 kr. |

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

**Preußen.** ** Berlin, 27. März. Vorläufig mögen Andeutungen genügen über die im Manuskript gedruckte „politische Denkschrift v. 17. März 1848 über die seit. Februar-Revolution und ihre Folgen für Deutschland", welche von einem der hellsichtigsten deutschen Staatsmänner herrührt. Ich hoffe, sie Ihnen mit Nächstem senden zu können. Im ersten Abschnitt behandelt sie die französischen Ereignisse, tritisirt mit eminenter Schärfe die Julimetrikschaft, untersucht die Lebensfähigkeit der eingeführten republikanischen Form, erklärt die Ebenbürtigkeit aller Staatsformen gegen den Hochmuth irgend einer bestimmten Form, und die Nationalität als das große Prinzip der Zukunft für das friedliche Nebeneinanderwohnen der Nationen und ihre dauernde Befriedigung auf ihre einzig und wahrhaft natürlichen Grenzen. Der zweite Abschnitt behandelt Deutschland und die Politik Preußens. Hier ist der leitende Grundsatz: „die Erweiterung und Erhebung Preußens zu Deutschland" diese weltgeschichtliche Thatsache werde sich und der gegenwärtigen Krisis oder nie ergeben. „Wir sind in der ersten Stunde!" Wenn Preußen sich zu Deutschland erweitern soll, so muß sein Landtag sich zum deutschen Parlament erfüllen und erheben. Es bedarf hiezu weiter Nichts, als daß man die Thüre des (konstitutionell reorganisirten —!) Ber. Landtags nicht verschließe, sondern offen halte als Einladung zur Theilnahme. Der König lade die Fürsten und Völker Deutschlands ein, ihre Vertreter nach Berlin zu schicken, unbeschadet der späteren Revision des Parlaments, (die Fürsten auch womöglich selbst zu kommen), um die Regierung und den Landtag mit ihrem Rath und Beistand in der Berfassung des gemeinschaftlichen Zieles zu unterstützen. Als Hauptgegenstand der Maßnahmen nennt der Verf. 1. Deutsche Kriegsrüstung auf großem Fuß und nach allen Seiten hin mit der nöthigen Bewaffnung, zu welchem Zweck sie hienen soll und zu welchem nicht. 2. Deutsche Neutralitätserklärung; keine Sonderallianz mit irgend einer Großmacht. An den Kämpfen Oesterreichs in s. außerdeutschen Provinzen enthalte sich Deutschland jeder Theilnahme. Weß Geistes Kind der Verfasser sei, das erkennt Jedermann, der lieft, was er am 13. Br. über die Julidynastie geschrieben. Denn eine Abdikation des Königs bringt uns die Republik. Er ist der einzig Mögliche der ganzen Dynastie, für jetzt, andere Prinzen können es werden. Adoption des Erbprinzen Friedrichs durch den König wäre das Gerathenste. Alles wendet sich dann dem Kronprinzen zu. Dankt dann der König ab, so ist die Monarchie bereits gesichert. —

**Baiern.** — Sitzung der Kammer der Reichsräthe. In der gestrigen Abendsitzung berieth die Kammer die noch übrigen Abschnitte der Adresse. Im Betreff des 5. Abschnittes, worin von der Polizei die Rede ist, fanden lebhafte Erörterungen von Seite mehrerer Deputirten, als Schwindel, Glosen, Besteemeyer u. A. Statt, die alle darauf hinausgingen, daß Nichts heilsamer, Nichts nöthiger sei, als die bisherige Willkür der Polizei zu tilgen und sie (die Polizei) nach allen Seiten hin gesetzlich zu beschränken. Dekan Götz brachte in Form eines Zusatzes eine Modifikation am Schlusse des Abschnittes ein, die dahin lautet: „Ein freisinniges Fortgehen mit vornehmlicher Berücksichtigung der ärmern Klassen." Sie ward einstimmig angenommen, ebenso Abschnitt 6 und 7, ersterer ohne weitere Diskussion. Abschnitt 8 wurde zwar in derselben Fassung angenommen, doch erst nachdem mehrere Redner, unter diesen besonders Graf, die Hässliche Insinuation des Abg. Nuland, als wäre durch die Gleichberechtigung aller Konfessionen für den Staat etwas zu fürchten und als sei nur der bisherige Bund zwischen Kirche und Staat der allein Heil bringende und seligmachende, gebührend zurückgewiesen hatten. Erel's Rede, die der Religions- und Gewissensfreiheit so beredt und feurig das Wort sprach, wurde mit zweimaligem Bravo von den auf der Gallerie Anwesenden begrüßt. Abschnitt 9 wurde beinahe ohne weitere Diskussion angenommen. Abschnitt 10 veranlaßte einige Erklärungen vom Ministerstiche aus. Der Minister der Aeußern suchte in einer etwas lang gestrickten Rede die Bedeutung der Sendung Milich's an den Bundestag nach Frankfurt zu erklären, und gab die Versicherung, daß die dem Abgesandten ertheilten Instruktionen höchst liberal seien, was sich von Seite der Abgesandten und des Gesandten nicht anders erwarten ließe. Auch der Minister der Justiz gab eine gedrängtere Erklärung der Art ab und hob einige Punkte hervor, die die Sendung besonders beabsichtige, z. B. Anbahnung einer deutschen Volkskammer, Herstellung gleicher Gesetze, Amnestie, Gewichte ꝛc., eines tüchtigen Heerwesens, ohne auf die Instruktionen selbst näher eingehen zu können. Der Abschnitt wurde dann in derselben Fassung, wie im Entwurfe, angenommen. Der 11. Abschnitt rief eine etwas hitzige Debatte hervor, indem die Frage über das Ein- und Zweikammersystem, ohne Grund übrigens, hereingezogen wurde. Schland wollte nämlich den Ausdruck „für beide Kammern" gestrichen wissen, da die zweite Kammer für die erste nicht zu sorgen habe. Mehrere Redner legten ihm aber die Absicht unter, als wolle er dies als Anhänger des Einkammersystems thun. Er solle sich deßhalb bestimmt erklären, ob er dieses Amendement wegen den Ausdruck gestrichen haben wolle, was natürlich zurückgewiesen wurde, besonders auch von Seite der Präsidenten, da die Frage zunächst gar nicht hieher gehöre. Bauer und Rotenhan glaubten sich gegen das Einkammersystem bestimmt erklären zu müssen. Edel vermittelte und seine Modifikation, desselben in dem Ausdruck „ständische Initiative" ꝛc., wurde einstimmig angenommen. Der Abg. Ruland, der bei jeder Gelegenheit den jesuitischen Fuchsschwanz hervorblicken läßt, glaubte auch gegen den Ausdruck in diesem Abschnitte „mangelhafte Volksbildung" Verwahrung einlegen zu müssen. Hegenberg bemerkte treffend, es sei allerdings noch recht Viel für die Volksbildung zu thun: denn es gebe zwar genug Schulen, aber wenig Bildung, ebenso wie es sehr viel Religion, aber höchst wenig Moral gebe. Abschnitt 12 wurde mit geringer Modifikation, Abschnitt 13 u. 14 ohne weitere Debatte einstimmig angenommen. Die Adresse wird also mit den geringen angeführten Aenderungen Sr. Maj. übergeben werden. Closen stellte zum Schlusse an die hohe Kammer das Gesuch, es möge dieselbe zu Protokoll erklären, daß sich vornehmlich die Bewohner Münchens um Baiern, ja um ganz Deutschland wohl verdient gemacht haben. Die Kammer stimmte unter vielseitigem Bravorufen bei. Die nächste öffentliche Sitzung wird wohl erst in einigen Tagen wieder stattfinden. Auch die Kammer der Reichsräthe wird ihre Adresse — bereits von mehreren Blättern gebracht — sofort dem Könige übergeben. — Die Theilnahme des Publikums an den Verhandlungen legte sich in der Morgen- und Abendsitzung durch Ueberfüllung der Gallerien und öfteres Bravorufen. In aller Eile wurde übrigens in den letzten Tagen unten im Saale noch eine Gallerie angebracht, was sehr zweckmäßig ist. — Gegen die Aussälle eines Kammermitgliedes (Leupold) auf den König von Preußen, in der Vormittagssitzung, legte der anwesende Minister des Aeußern Protest ein und trug auf Auslassung aus dem Protokolle an, was die Kammer genehmigte. Da auch ihr die Art und Weise der Ausdrücke etwas zu grob schienen mochte.

= München, 27. März. Heute fand also die erste öffentliche Sitzung unserer zweiten Kammer statt. Die Minister waren, mit Ausnahme des durch Krankheit verhinderten Kriegsministers, alle anwesend. Der Abg. Advokat Kirchgeßner machte zu Anfang der Sitzung den Antrag, daß er in Folge der Ernennung des Abg. Heiß zum Minister einem königlichen Dekrete gemäß die erste, der Abgeordnete Dr. Müller die zweite Präsidentenstelle einzunehmen habe. Die zweite Sekretärstelle nimmt interim Prof. Dr. Erel ein. Nach Bekanntmachung der Eingaben — es waren deren 142 — unter diesen die größere Zahl von Beschwerden über Steuer- und Holzabgaben und über den Druck der alten Feudallasten — und nach Gewährung der eingelaufenen Urlaubsgesuche, erfuchte der Abg. Schäfer den Minister des Innern um nähern Aufschluß in Betreff der beunruhigenden Invasionsgerüchte. Der Minister gab eine Erklärung ab, die dahin lautete, daß die Gerüchte sich bis jetzt als unwahrscheinlich erwiesen haben — auch Frhr. v. Rotenhan bestätigte dies nach einer eben erst erhaltenen zuverlässigen Nachricht, — und daß übrigens die sicherungsmaßregeln zur Leitung der westlichen Grenzen getroffen seien. Bei Neuulm werden sofort 4000 Mann Infanterie, 6 Eskadronen Chevaulegers und eine Anzahl Geschütze aufgestellt werden; dieselben schleunigen Anordnungen seien auch in Bezug auf die Rheingrenzen getroffen. Der Minister des Aeußern, Graf Waldkirch, bemerkt, daß Hr. v. Lamartine der bisherigen baierischen Gesandtschaft in Paris schon früher die Mittheilung machte, daß sich 6000 deutsche Arbeiter zu einem Einfall vorbereiten, und daß hierauf Schutzmaßregeln angeordnet worden seien. Auch die Bewaffnung und Einübung der Landwehrbürgerung als Landwehr zweiter Klasse wird angeregt und vom Ministerstiche angesagt. (Die französische Diplomatie bleibt ewig dieselbe, unter dem Kaiserreich, wie unter der Restauration, unter Ludwig Philipp und unter der Republik. Während das Herrengesindel Freitorps den Beifall und die Unterstützung der prov. Regierung für sich zu haben glaubt, läßt diese durch ihre Agenten die belgische und baierische Regierung von der bevorstehenden Invasion unterrichten!) Closen wünscht sofort die Volksbewaffnung im Rheinkreise ins Leben zu rufen, ebenso Christmann, der bemerkt, daß man im Rheinkreise noch keine Waffen von der Regierung erhalten habe. Geben Sie uns Waffen, ruft er, und wir wollen es beweisen, das wir Deutsche sind! — Man geht sofort zu der Bewaffnung und Schlußfassung der Adresse über. Das Referat darüber hatte Graf Hegnenberg. Während der Diskussion selbst wurden sehr befriedigende Erklärungen von dem Justiz- und Finanzminister in Bezug auf ein Amnestiegesetz, sowie über Verfügungen in

Digitized by Google

Bezug auf die Forsten, Abweisung von Streu u. s. w. gegeben. In der Morgensitzung sind bereits die ersten vier Abschnitte unverändert mit großer Stimmenmehrheit und auch einstimmig angenommen, nachdem mehrere Modifikationen abgelehnt und zurückgenommen worden waren. Die übrigen Abschnitte der Adresse werden in der heutigen Abendsitzung berathen.

* **München**, 27. März. Wir stehen hier auf einem gluthvollen politischen Boden. Zwar hat die Abgeordnetenkammer heute ihre Berathungen über die Adresse mit bescheidener Mäßigung begonnen, aber in den Herzen des Volkes, in den Gemüthern der Bewohner Münchens gährt es gewaltig. Man will keine Halbheit mehr weder in That noch in Wort, und greift immer entschiedener in das Amt derer ein, die, unsern Fürsten rathend zur Seite stehen und ihnen die Wahrheit sagen sollten, auch könnten, aber es gerade in den wichtigsten Dingen der Regel nach nicht thun. So kann es nicht ausbleiben, daß die Volksstimmung, wie sie hier sich aussprechen, allmählig ein Gewicht erlangt, das in der Wagschale der öffentlichen Meinung in Deutschland nicht ferner mehr ohne nachdrückliche Bedeutung bleiben wird. Der unerwartete Thronwechsel hatte einen augenblicklichen Waffenstillstand zwischen unsern Wünschen und Gegenwünschen herbeigeführt, das Berliner Drama aber den nur leise schlummernden Funken von Neuem zu einer allgemeinen, mächtigen Flamme angefacht, die sich rückhaltslos in Demonstrationen der verschiedensten Art und in den wüthendsten Philippiken gegen das „von Gottes Gnaden gekrönte Haupt" von Preußen zu entladen sucht. — Flugblätter mit solchem Inhalt sind hier im Umlauf, der die Haare zu Berge sträuben machen könnte, wäre man nicht seit längerer Zeit schon an Aehnliches gewöhnt. Man kennt keine Schonung mehr, und daß man mit seiner Ansicht nicht etwa hinter dem Berge halten will, beweisen die drei Adressen, welche gegenwärtig hier auf dem Rathhause zur Unterschrift für Jedermann bereit liegen. Die eine steht in Bezug auf die bekannte Manifestation des preußischen Königs und wird von einer Bürgerdeputation unserm Könige morgen oder übermorgen überreicht werden. Gleich die ersten Worte bezeichnen das Verfahren des Königs von Preußen als ebenso unwahr in seinen Beweggründen, wie vermessen in seinen Tendenzen. Nicht die Fürsten, sondern das Volk hätten vor 35 Jahren das Vaterland gerettet; zum Dank dafür aber seien letzterem seit 35 Jahren Recht und Freiheit verkümmert worden, und jetzt, wo es sich erhebe, diese zu erringen und jenes mit Ernst zu fordern, wage man auf diese gesunde Bewegung eines neu erwachten politischen Lebens als auf eine bedrohliche Gährung hinzuweisen. Mißverdrängt ihre eine Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung Noth, allein diese Leitung dürfe nicht usurpirt werden, weil darin eine neue Täuschung liegen könne, und nur das deutsche Nationalparlament über Form und Inhalt der bundesstaatlichen Centralgewalt entscheiden dürfe. Man habe kein Vertrauen in die Anerbietungen „eines Friedrich Wilhelm IV.", der seinem Volke Viel versprochen, aber Wenig gehalten habe, der stets mit der Reaktionspolitik einer jüngst gefallenen Größe und mit einem Selbstherrscher verbunden gewesen, der in Polens blutiger Vernichtung ein deutliches Warnungszeichen gegeben; man habe kein Vertrauen in einen König, der bis zum 21. März ohne Deutschland als deutsche Großmacht sich betragen, der die Glaubensfreiheit unterdrückt, das freie Wort gefnechtet und seines treuen Volkes heilige Rechte verkannt und es gezwungen habe zu blutiger Entscheidung; man habe kein Vertrauen zu dem Manne, der noch vor wenigen Tagen einen Bund der Fürsten, losgerissen von der Versammlung unserer Volksvertreter, zusammenberufen wollte, um so die Keime der Anarchie zu legen, und durch diese Willkür und Gewalt neuerdings zu befestigen, und man erwarte daher, daß Deutschlands Volk und Fürsten insgesammt sich erheben werden, um die aufgedrungene Diktatur dieses Mannes zurückzuweisen, der, nachdem er dem bewaffneten Volkswillen unterlegen, den Beruf verloren habe, die Geschicke des Vaterlandes zu leiten. Dies der gesinnungsvolle, echt deutsche Inhalt dieser merkwürdigen Volksadresse, der sich in gleichem Geiste und mit gleichem Zwecke zwei andere anreihen, welche die Bürger und Bewohner Münchens den Bürgern und Bewohnern von Berlin und Wien zu übersenden gedenken, und die sich mit Tausenden von Unterschriften bedecken. Wie die erstere werden auch diese beiden wahrhafte Monster-Adressen werden. Beide durchweht dieselbe Gesinnung, das Bewußtsein und Verlangen des einigen deutschen Vaterlandes, und jeden Patrioten muß es mit innigster Freude erfüllen, daß was von Wohlmeinenden auf andern Gebieten, zumal auf denen der Literatur und Kunst, bisher vergebens erstrebt wurde, jetzt mit Einmal unter dem Sonnenblick politischer Freiheit hier in München aufsprießt, indem die Forderung laut wird, ja von hier ausgeht, Nord und Süd, von denselben Sitten und Rechten getragen, müssen sich einen, jede Usurpation sei abgewiesen; es gebe keine deutsche Großmacht außer Deutschland mehr; Schleswig-Holstein, Polen seien gerettet, und der schnöde Bund mit Barbaren unmöglich. Es ist aber eine in der Geschichte eben so neue als beherzigenswerthe Thatsache, daß die Bürger Münchens ihren deutschen Brüdern in Berlin und Wien die gewaffneten Hände zum Schirm gegen jede feindliche Einmischung von innen und außen anbieten, indem man mit ihnen stehen, mit ihnen das deutsche Banner entfalten wolle.

Wir segnen diesen Augenblick, wo die schroffe und traurige Scheidewand niederbricht, die so lange den deutschen Süden von dem deutschen Norden trennte. Wie rein, echt und glühend die Sympathie auch sein mögt, welche jenen Adressen die Worte lieh, so hätte dennoch wenig gefehlt, daß in der an die Berliner einer scharfen Rüge über die Art, wie sie sich ihres Sieges bedient, Raum gegeben worden wäre; in Erwägung aber, daß man die dortigen Verhältnisse nicht gründlich genug kenne, und die Frende nach einer so schaudervollen Wegzeit hauptsächlich wohl nur dem Frohgefühl des Sieges und des dadurch Errungenen gezollen haben kann, unterblieb zum Glück der Anfangs beabsichtigte Tadel. Zu läugnen ist nicht, daß die Münchner überschätzen ein klein wenig zu sehr, was sie selber durchgesetzt. Ich will nicht sagen, daß wir hier nur gegen Windmühlen gekämpft, denn auch wir hatten Viel aufzuregen, um die Bahn zu ebnen, auf der wir jetzt hoffentlich in „Freiheit und Gesetzmäßigkeit" vorwärts schreiten werden, aber bei dem, was wir bereits besaßen und bald zu erhalten unzweifelhaft im Begriffe standen, kann man sagen, daß wir bewußt und unbewußt aus dem Schneeballen eine Lawine machten, welche glücklicherweise ohne Schaden zerstoben ist. In Berlin hatte das Volk nicht etwa ein einziges oder ein eingebildetes, sondern tausend wirkliche Uebel sich gegenüber, und daß es diese mit Löwen-Uebermuth niederwanden, gereicht ihm zu unvergänglichem Ruhme. Was sahen wir dort? Ein alt eingerostetes, nur widerwillig hie und da leicht beschnittenes System, einen nicht blöd beharrlichen, sondern eigensinnigen und volksverachtenden Einzelwillen, eine diplomatisch verknechtete, das gesammte Volksleben in Glauben und Denken bevormundende bureaukratische Vielregiererei, das aus der Ferne drohende Gespenst einer russischen Allianz und in furchtbarer Nähe das wirkliche eines im Übrigen und eingebildeten Kastengeist verrotteten, bürgerfeindlichen, an blinden Gehorsam gewöhnten und von adelstolzen Junkern beschäftigten Heeres. Nehmen wir hierzu die tiefgewurzelte Pietät des Volkes gegen sein altehrwürdiges Königshaus, welchem Preußen seine staatliche Größe, seinen bürgerlichen und militärischen Ruhm verdankt, und die Erinnerungen glänzender kriegerischer Thaten, die, mit seinen Fürsten vereint, das Volk in wahrhafter Treue und Hingebung vollbracht, und erwägen wir endlich die Macht der Intelligenz, die, was zu erringen sein mochte, glaubte und hoffte auf dem Wege gesetzlicher Verständigung, gesetzmäßiger Ordnung und Berathung zu erringen, so werden wir erkennen, wie es möglich, daß das preußische Volk mit seinen Demonstrationen so lange zurückhielt, und welche Demüthigungen dazu gehörten, es zum blutigen Widerstande aufzuregen. Jene furchtbare, vielgliedrige Gegnerschaft ließ sich nicht so mir nichts dir nichts durch einen feierlichen, mehr bedrohlichen als wirklich feindseligen Petitions- und Adressensturm bewältigen und über den Haufen werfen; dies konnte nur durch die heldenmüthigste Selbstaufopferung geschehen, die in einem fast vierundzwanzigstündigen, ununterbrochen fortwährenden Straßenkampf edles Bürgerblut in Strömen kostete. Wenn aber auch diese Thatsache an sich noch Niemand nicht werth wäre, so müßte sie es sein durch die Erneugenschaften des endlichen Sieges, die weniger denen, die ihn davongetragen, als dem deutschen Gesammtvaterlande wesentlich zu Gute kommen werden, und mit Recht heißt es daher in der Münchner Bürgeradresse, daß durch die Erhebung Berlins der allgemeinen politischen Bewegung der Schlußstein beigefügt wurde. Die Blutlaufe, welche die Berliner kühn entschlossen über sich selbst verhängten, hat den deutschen Süden über die auch im Norden allgemein herrschende deutsche und freie Gesinnung, an der die tiefer Blickenden nie zweifelten, aufgeklärt und eine Verbrüderung der Gemüther zu Wege gebracht, von der wir nur wünschen, daß sie eine dauernde und eine eben so tiefgreifende als allgemeine sein möge, da bisher die in natürlichen und geschichtlichen Ursachen begründete Eifersucht der südlichen Stämme gegen die mächtigeren des Nordens allen Gegenbemühungen gespukt hatte. Ein Negatives, Handlungen der Schaam: die anfängliche Zögerung und die Kaiser-Frage am Schluß mußten hinzukommen, um diese Verbrüderung zu vollenden, die ihren Ausdruck in den vorliegenden Adressen gefunden hat, in denen wir die neu aufgehende Morgenröthe einer Gesammtverbrüderung des deutschen Volkes freudig begrüßen.

* **Vom obern Neckar**, 27. März. Der blinde Lärm von

Digitized by Google

einem französischen Einfall hat plötzlich bei uns Alles in Bewegung gesetzt und die ganz Folge gehabt, daß die Bürger sich bewaffneten und zu raschem gewinnsamen Handeln entschlossen. Tübingen mit seinen Bürgern und der akademischen Jugend, die jetzt mehr noch wie in den Freiheitskriegen sich betheiligt, stellte in einer Stunde eine Mannschaft von 800 Streitern. Ihnen folgten die Nachbarstädte, welche in der ersten Nacht Rottweil's gegen das „Räubernest" von Tübingen hingerufen und zum Theil erhielten. Auch in den Dörfern geht die Trommel umher, und hintenach marschirt Alt und Jung, großentheils nur mit der bäuerischen Sense bewaffnet, weil für eine ordentliche Landesbewaffnung leider in dieser ernsten Zeit noch nicht gesorgt ist. Nur 1800 abgängige Gewehre hat der Kriegsminister dem Ministerium des Innern zur Verfügung gestellt. In Hechingen ist die beurlaubte Mannschaft einberufen. Indessen ist dort wie in Sigmaringen Alles zum gewohnten Respekt gegen die Landesherrschaft zurückgekehrt. Ein Sigmaringer Bürger verwahrt sich in diesen Blättern: der erste Beamte jenes Landes sei nicht, wie hier berichtet, Mißhandlungen ausgesetzt gewesen, er habe im Gegentheil kürzlich ein Bloat erhalten. Da hängt einmal wieder der spießbürgerliche Zopf heraus, der, nachdem er sich einmal vom Zeitgeist hat überwinden lassen, nach allen Seiten wedelt und wedelt, um ja nicht dafür angesehen zu werden. Verfasser dieses weiß die Verdienste des Herrn v. Schenk namentlich um die Sigmaring'sche Rechtspflege mehr zu schätzen, als dies in Sigmaringen der Fall zu sein scheint, jedenfalls aber kann er einem dortigen Duodezpatriotismus nicht das Recht zugestehen, sich durch Mittheilung eines allgemein verbreiteten Gerüchts für verletzt zu halten, während es Thatsache ist, daß auch dort Gewaltthandlungen Statt gefunden, und daß eine Anzahl Bedrängter mit ihren Familien noch jetzt außer Landes sich befinden, weil sie Ausländer, d. h. baierischer oder würtembergischer Abkunft sind.

† Aus dem Badischen, 24. März. Der Sturm, welcher den Zuitthron in unserem Nachbarlande durch die Barrikaden stürzte, welche ihn errichtet hatten, hat sich brüllgewaltig auf unser deutsches Vaterland, und eine Bewegung hervorgerufen, die, wenn sie heillam geleitet würde, die Morgenröthe einer bessern Zeit für Deutschlands nationale Stellung herbeiführen könnte. Der Strom ist aber in unserem badischen Lande bereits so heftig aus den Ufern getreten, und das Steuerruder unseres konstitutionellen Staatsschiffes so sehr ins Schwanken gerathen, daß es nur der Vereinigung der Kräfte aller wahren Patrioten gelingen dürfte, einen vollständigen Schiffbruch abzuwenden. Ja, wer nicht mit offenen Augen blind sein will, darf sich nicht verhehlen, das Vaterland ist in Gefahr, denn die Säulen des Gesetzes und der Ordnung, ohne welche Freiheit und Wohlstand der Staatsbürger nicht bestehen können, sind tief erschüttert. Die Verfassung, welche sie schützen soll, steht in Begriff, von tollen Demagogen zerrissenwerden zu werden. Es ist namentlich Eines, worauf die Freunde des Vaterlandes, die Freunde gesetzlicher Freiheit und Ordnung aufmerksam gemacht werden müssen, die Gefahr der Errichtung von klubistischen Vereinen, welche eine organisirte politische Macht neben denjenigen gesetzlichen Gewalten bilden sollen, die zum Schutze der Rechte und des Wohles aller Bürger allein verfassungsmäßig bestehen können. Nach dem §. 5 unserer Verfassungsurkunde, deren Aufrechthaltung noch vor Kurzem das Losungswort derjenigen war, die sich als die alleinigen Volksfreunde bezeichnen, vereinigt der Großherzog alle Rechte der Staatsgewalt in sich und hat dieselben unter den in der Verfassungsurkunde festgesetzten Bestimmungen auszuüben. Das Volk ist in beiden Kammern vertreten, und diese sind es allein, welche nach §. 67 verfassungsmäßig das Recht haben, gegen Mißbräuche der Staatsgewalt Beschwerde zu führen. Wollte man neben ihnen eine organisirte Macht dulden, welche sich die Befugniß herausnähme, die Handlungen der Staatsgewalt zu beaufsichtigen und durch Agitation, Drohung oder gar durch Anwendung physischer Gewalt zu erzwingen, was ihren Führern gut dünkt, so würde nicht allein die Wirksamkeit der gesetzlichen Vertreter des Volkes beseitigt, sondern es müßte auch die gesetzliche Kraft der Staatsgewalt in ihren gerechtesten Handlungen gelähmt werden, weil sie stets bedroht erscheine, mit den Wünschen und Forderungen dieser Führer in Gegensatz zu gerathen. Käme noch dazu, daß sich diese Klubs bewaffneten und eine selbständige bewaffnete Macht bildeten, so wären alle Elemente eines Bürgerkriegs organisirt, indem sich die übrigen Staatsbürger, wenn sie mit den Beschlüssen der bewaffneten Klubs nicht einverstanden wären, entweder denselben fügen oder selbst zu den Waffen greifen und den Streit mit diesen austragen müßten. Wer die Geschichte der französischen Revolution von 1789 kennt, muß wissen, welchen Einfluß 40000 Jakobinerklubs auf den blutigen Gang der Ereignisse üben, womit dieselbe bezeichnet ist. Er muß vor der Verantwortlichkeit zurückschaudern, die er übernimmt, wenn er nicht aus allen Kräften solchen Bestrebungen entgegentritt, die auf ähnliche Erscheinungen, auf ähnliche Folgen deuten. Darum bleibe jeder an dem Posten, den er vertheidigen soll, um im Vereine mit allen Ehren im Volke die Tyrannei und Gesetzlosigkeit abzuwenden, die unter dem Vorwande volksbeglückender Freiheit die Herrschaft roher Gewalt an die Stelle des Gesetzes und der Gerechtigkeit einzuschwärzen droht. Die Zeit drängt, daß diejenigen sich erheben, welche das Wohl des Vaterlandes, den Wohlstand ihrer Familien, die wahre, gesetzliche Freiheit nicht in die Hände eines Wohlfahrtsausschusses gehen wollen, der vielleicht selbst durch die Leidenschaft derjenigen, die er zu solchen angeregt hat, weiter geführt wird, als es in seiner Absicht liegt. Denjenigen Männern aber, welche jetzt noch das schwankende Steuerruder der gesetzlichen Staatsgewalt in Händen haben, rufen wir zu: caveant consules ne respublica detrimentum capiat!

**Schleswig-Holstein.** Kiel. Die gestern erwähnten Verfügungen der prov. Regierung lauten:

Bekanntmachung. Da die Mitglieder der provisorischen Regierung, bei dem Drange und Umfange des Geschäftes oft gezwungen sind, an verschiedenen Orten thätig zu sein, so wird hierdurch, und, um keine Stockung in dem Geschäfte eintreten zu lassen, bekannt gemacht, daß hinfort die Erlasse der prov. Regierung volle Kraft und Gültigkeit haben sollen, wenn sie auch nur von zwei Mitgliedern unterschrieben sind. Rendsburg, 25. März. Besser. Friedrich, Prinz zu Schleswig-Holstein. F. Reventlow. M. T. Schmidt.

Provisorische Verfügung, die Freiheit der Presse betreffend. Nachdem bereits durch die kgl. Patente vom 10. März d. J. die Censur in den Herzogthümern Schleswig und Holstein aufgehoben worden ist, hat die provisorische Regierung es für nothwendig erachtet, in Betreff der Preßfreiheit zu verfügen, wie folgt: §. 1. Die Presse ist völlig frei. §. 2. Zur Herausgabe einer provis. Schrift bedarf es fortan keiner Konzession. §. 3. Die einiger Orten bestehenden Beschränkungen hinsichtlich der Aufnahme von Inseratgen nachrichten bleiben bis weiter bestehen. §. 4. Ueber Verbrechen und Vergehen, welche durch die Presse begangen werden, wird durch die ordentlichen Gerichte nach den allgemeinen Gesetzen entschieden. §. 5. Alle übrigen Verfügungen über Preßvergehen sind hiermit aufgehoben. Rendsburg, 25. März 1848. Die prov. Regierung: Friedrich, Prinz von Schleswig-Holstein. F. Reventlow. M. T. Schmidt. J. Bremer.

Provis. Verfügung, das Recht zu öffentlichen Versammlungen betreffend. Um allen Zweifeln über das bestehende Recht vorzubeugen, verfügt die prov. Regierung, wie folgt: §. 1. Zur Haltung von Versammlungen und Vereinen bedarf es keiner polizeilichen Erlaubniß. §. 2. Die von Versammlungen und Vereinen begangenen Verbrechen sind den bestehenden Gesetzen nach von den brikommenden Gerichten zu ahnden. §. 3. Die früheren gegen Versammlungen und Vereine erlassenen Gesetze und Verordnungen sind hiemit aufgehoben. Rendsburg, den 25. März 1848. Die provisorische Regierung: Friedrich, Prinz zu Schleswig-Holstein. F. Reventlow. M. T. Schmidt. J. Bremer.

Provisorische Verfügung, die Bürgerbewaffnung betreffend. In Erwägung der dem Lande drohenden Gefahren und des allseitig ausgesprochenen Verlangens in Stadt und Land eine Bürgerbewaffnung unter selbstgewählten Anführern ins Leben treten zu lassen, verfügt die provisorische Regierung wie folgt: §. 1. Diejenigen Kommunen, welche Bürgerbewaffnung einzuführen wünschen, werden angewiesen, deßhalb mit ihrer Obrigkeit zusammenzutreten und deßfallige Beschlüsse zu fassen. §. 2. Die Bürgerbewaffnung hat den Requisitionen der Ortsobrigkeit Folge zu leisten und unter deren Leitung für Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit des Eigenthums zu wachen. §. 3. Die Kommunen, welche Bürgerwaffnung errichten, haben solches der provisorischen Regierung sofort zur Anzige zu bringen. Rendsburg, 25. März 1848. Friedrich, Prinz zu Schleswig-Holstein. F. Reventlow. M. T. Schmidt. J. Bremer.

**Italien.**

† Neapel, 18. März. Die Bedingungen, die das Generalkomité in Palermo gestellt hat, und unter denen sich Sicilien unterwerfen will, sind folgende: Der König führt nicht mehr den Titel König des Reiche der beiden Sicilien. Dieß ist der Titel der vom Wiener Kongreß bestätigt wurde und widerstreibt nicht der Konstitution von 1812. Der Repräsentant des Königs in Sicilien, wenn es nicht ein Glied der königlichen Familie ist, muß ein Sicilianer sein und trägt

Digitized by Google

den Titel eines Vicekönigs. Der Vicekönig ist mit einem vollkommenen Alter ego bekleidet und hat alle die Fakultäten, die die Konstitution der ausübenden Gewalt zuteilt. Wenn diese Bedingung angenommen ist, so wird das Komité, bis in einem gegebenen Termin sich verständigen über die Dringnisse des Alter ego. Die übrigen Verfügungen des Generalkomité bleiben in Kraft, bis ebenso die Zusammenberufung des Parlaments durch dieses Komité die gesetzgebende Gewalt den Bedürfnissen die Konstitution v. 1812 angepaßt hat. Alle Aemter, seien sie bürgerlichen, militärischer, diplomatischer oder kirchlicher Natur, werden von der ausübenden Gewalt in Sicilien nur mit Sicilianern besetzt. Die Nationalgarde bleibt, das Parlament wird über allfällige Verbesserungen entscheiden. Die Festungen sind innerhalb 8 Tagen vom Abschlusse des Vertrages an zu räumen, jene Theile, die der Stadt nachtheilig sein könnten, werden nach Gutfinden der Lokalkomités, oder von dazu ernannten Kommissionen oder in Ermangelung derselben der Municipalbehörden demolirt. Sicilien prägt Münzen nach dem vom Parlamente zu bestimmenden Systeme. Die gegenwärtige Zirkulationsphase bleibt beibehalten. Die Sicilianer empfangen den vierten Theil der Flotte, der Waffen und Kriegsmunition, oder den Gegenwerth in Geld. Der Schaden des Freihafens in Messina und dessen Waaren sollen Neapel zur Last. Die Minister des Kriegs, der Marine, der auswärtigen Angelegenheiten für Sicilien und alle andern Minister für die sicilianischen Angelegenheiten sind in Sicilien an der Seite des Vicekönigs und sind verantwortlich nach den Bestimmungen der Konstitution. Sicilien hat seinen in Neapel residirenden Minister für die sicilianischen Angelegenheiten anzuerkennen. Der Freihafen in Messina ist in dem Stande wieder herzustellen, wie er vor dem Gesetze von 1826 war, ohne Beeinträchtigung desselben, was das Parlament für andere Punkte bestimmen könnte. Alle Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse für Neapel und Sicilien werden von den beiden Parlamenten entschieden. Bei Handels- oder politischen Verträgen der ital. Völker muß Sicilien wie jeder andere Staat Italiens repräsentirt sein. Die Postdampfschiffe, gekauft mit dem Gelde und für den Dienst Siciliens, sind den Sicilianern zurückzuerstatten. Die Kriegsfesten trägt jeder Theil für sich. Die Genehmigung dieser Bedingungen ist in gehöriger Form dem Generalkomité zu geben vor der Eröffnung des Parlaments, in Ermanglung dessen ist jede Unterhandlung mit dem Komité aufgehoben. — Die hiesige Regierung ist mit dem Examen dieser Bedingungen beschäftigt; es wird ihr aber Nichts übrig bleiben, als sie anzunehmen. — Seit unserem letzten Briefe sind hier noch einige kleine Unordnungen vorgefallen, ohne daß dieselben jedoch weitere Folgen hatten. Zur Beruhigung der Lazaroni widerlegte der Polizeipräfekt in Bauernanschlägen das von den Unruhestiftern verbreitete Gerücht, die Regierung habe vor, einen religiösen Orden aufzulösen, und ein königl. Dekret stellt die Nationalgarde unter den special Schutz der Madonna del Carmine. Damit hat man allerdings den Nagel auf den Kopf getroffen, und die Regierung hätte kein besseres Mittel erdenken können, die Lazaroni zu Gunsten der Nationalgarde zu stimmen. Die Madonna del Carmine ist den Lazaroni Alles, und wer es mit dieser hält, ist ihr guter Freund. Um die Sache dieser Klasse recht begreiflich zu machen, darf es nicht an Festlichkeiten, Illuminationen, Prozessionen u. s. w. fehlen, die wir denn auch nächster Tage in gehörigem Maße haben werden. Die Gendarmerie ist als mit den jetzigen Institutionen unverträglich, aufgelöst, und in Gnaden deil'in terra sicurezza ungewandelt. Die hies. Staatszeitung widersprecht aufs Entschiedenste dem in mehreren italiänischen und französischen Blättern verbreiteten Gerüchte, Metternich habe mit Gewalt versucht, von Papste die Ertaubniß zu erhalten, durch den Kirchenstaat österreichische Truppen ins neapol. Gebiet zu führen, um den König von der Konstitution zu befreien, die er gezwungen seinem Volke geben mußte. Das Journal sagt, es ist absurd zu behaupten, der König wolle sich einer Konstitution entledigen, die er aus freiem Willen gegeben hat. Wir können versichern, daß der König nie unter irgendeinem Vorwande den Fremden (lo straniero) in sein Reich gerufen habe, noch rufen werde, sondern als bürgerlicher König und italienischer Soldat (Cittadino Re o Soldato italiano) werde er sich mit aller seiner Macht jedem Versuche fremden Einfalles widersetzen, und zur Vertheidigung des Vaterlandes, den letzten Tropfen seines Blutes vergießen.

* Rom, 20. März. Der amerikanische Konsul in Genua ist hier eingetroffen und spricht laut und verurtheilt über den Inhalt der bei dem Sturm des dortigen Jesuitenkollegiums aufgegriffenen Papiere politischen, keineswegs liebeländenden Inhalts. Er versichert, diese Briefe, deren Zahl er nennt, selbst in Händen gehabt, und wenn nicht durchlesen, doch durchlaufen zu haben. Es würden in dieser Korrespondenz die Summen namhaft gemacht, die sie zu ausgesprochenen propagandistischen Zwecken von namhaften Damilien Germas und Roms erhalten zu haben beschuldigen. Selbst Marschrouten und Etappenangaben kamen darin vor. Sein eigener Bedienter habe eine daselbst vorgefundene österreichische Flagge der Autorität überliefert. Selbige Papiere seien in die Hände des Königs von Sardinien gelangt und Abschriften, gerichtlich und diplomatisch beglaubigt, seien an den Papst gesandt worden. Daß man Dokumente so gravirender Art habe vorfinden können, erkläre sich nur aus der großen Sicherheit die die Jesuiten in der Freundschaft des Gouverneurs zu haben geglaubt hätten; während der Sturm begonnen habe, sei dieser noch mit dreien jener Väter in Berathung beisammen gewesen; 700 Bajonette seien von dem Kollegium aufgeboten gewesen. Der gegenwärtige Minister des Innern, Marquis Pareto, habe ihm die Versicherung gegeben, daß der König auf solche Demonstrationen nur mit gelabenen Kanonen zu antworten entschlossen sei, und dadurch die Versöffentlichung dieser Aktenstücks bis zu diesem Zeitpunkt aufgeschoben bleiben müsse. Wenn diese Aeußerungen nicht lauter Thatsachen enthalten, so können sie Ihnen wenigstens die gegenwärtige Stimmung bezeugen. Hier ist in Betreff der Jesuiten augenblicklich Ruhe eingetreten. Die niedere Volksklasse, welche durch erneute Almosenvertheilung (5090 Scudi werden genannt) gewonnen worden sein soll, hat sich zu deren Gunsten erklärt und die Civica ist jetzt bereit, den Willen Pius IX. zur Ausführung zu bringen.

* Rom, 21. März. Mit vermehrtem Ingrimm hat Ageilo die politischen Metzeleien in der Lombardei zu einem historischen Gemälde zusammengestellt, welches seine hochtragische Wirkung nicht verfehlt. Vollendet hatte er dasselbe am 24. Februar, also in einem Augenblick, in welchem er von der wunderbaren Umgestaltung der europäischen Welterreignisse noch keine Ahnung haben konnte. Und doch ist es, als habe er sich schon inmitten des großen Thatendranges befunden, der von diesem Tage an sich aller fühlenden Männer bemächtigt hat. Er deutet vornehmbar auf eine solche Katastrophe hin. Eine Nachschrift zeigt, daß sich vor seinen prophetischen Blicken auch die Wirklichkeit offenbart hat. Das Triumphgeschrei, mit welchem er seine Schilderung eröffnet hatte, setzt sich in wahren Freudenjubel um. „Es scheint, heißt es deschlß, daß Oesterreich (er versteht darunter die Beamtenaristokratie) nicht eher Ruhe haben werde, bis es die Wiederherstellung der italienischen Freiheit und Unabhängigkeit vollendet habe, die vollkommene Regeneration unseres Nationalcharakters, die vollständige Eintracht unserer Herzen, unseres Geistes, unseres Handelns." — „Es, oder wer in seinem Namen, hat mit der Steigerung des Piementeser Weinzolls die erste Demonstration der Unabhängigkeit bei einem italienischen Fürsten hervorgerufen. Mit der Verschwörung in Rom hat es Italien die Bürgergarde gegeben. Mit der Besetzung von Ferrara hat es die Verhaftigung der Bewaffnung determinirt. Mit der Härte und der Unsurschtigkeit der neapolitanischen Minister hat es das konstitutionelle System herbeigeführt. Mit der austro-parmesisch-modenesischen Ligue hat es die römisch-toskanisch-sardinisch-piementesische unsichtbar gemacht. Jetzt endlich hat es mit den Massacren der Lombardei ihm die Stütze der Meinung des Universums geliehen und wird ihm vielleicht noch mehr gewähren." — „Ich schlage vor, daß man auf öffentliche Kosten eine Medaille präge mit folgender Inschrift:

DER OESTERREICHISCHEN BÜROCRATIE DAS DANKBARE ITALIEN!"

Nachschrift. Den Jubel, welchen die hiesige Bevölkerung über den Sturz der österreichischen Zwingherrschaft feiert, ist überwältigend groß. Vom Papst hat er seinen Ausgang genommen, diesem Morgen hat er sich der Menge bemächtigt, der Wappenstern hat beim österreichischen Botschafter begonnen. Die lombardisch-venetianische Fahne, welche seit Monaten mit Trauerflor umhergetragen wurde, ist auf dem venetianischen Palast aufgepflanzt worden. Alle Glocken haben dazu geläutet, die Jesuiten am längsten. Diesen Abend wird der Mecceliabend nachgeholt werden.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter ordnen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Owen z. Kmp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Nordwestlich Afrika werden unsere Hefte an G. A. Wenzeslaus Strasburg 28 Boulevard St. Denis, Paris 28, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeber bleiben verpflichtet bis Ostern. Das Quartal Heidelberg. Der Preis beträgt halbjährlich 1 fl. 30 kr. durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 1 fl. 12. 20 kr. für Auswärts nach der Norm einer dreispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 93. Heidelberg, Sonntag 2. April. 1848.

## Uebersicht.

National- und Partikulargesetzgebung in Strafsachen. — Wien (Mund-Bellinghausen in Ruhestand versetzt). Lemberg (der Kaiser von Oesterreich erdichtet sich angeblich zum konstitutionellen König von Polen. Die Wiener Zeitung gegen den König von Preußen). Triest (Triesten erklärt sich für Triest). Berlin (ein drohendes Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten deabsichtigt. Kommission für Einführung der Presbyterial- und Synodalverfassung. Ein Ministerium Camphausen mit Hansemann. Lichnowski's Sendung nach Wien ohne Erfolg). Breslau (Gerüchte über Unruhen in Warschau). Aachen (Agitation unter den Arbeitern). München (gereizte Stimmung gegen Preußen. Der Adreßentwurf der Abgeordnetenkammer. Stillstand der Kunstherrlichen). Hannover (Eröffnung der Stände). Heidelberg (Bürgerversammlung; Protest Mannheimer Bürger). Kassel (Proklamation des Großherzogs an sein Volk). Frankfurt (Erste Sitzung des Volkstages: der Bundestag; Erklärung für Aufnahme von Schleswig und Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund; Verwerfung der Struve'schen Anträge. Die Verfassungsänderung. Beschluß der Bundesversammlung in Betreff der Wahlen von Nationalvertretern). Hamburg (das neue Ministerium in Kopenhagen. Kriegerische Rüstungen. Forderungen des Volks). Schleswig (Thätigkeit und Energie der prov. Regierung. Aufruf des kommandirenden Generals an die Truppen. Aufhebung der Kopfsteuer. Einberufung der Ver. Stände der Herzogthümer).

**Großbritannien.** Die Lage Großbritanniens und Deutschlands. Morn. Chr. über die Berliner Monarchie und den König von Preußen.

**Frankreich.** Lager zwischen Vienne und Grenoble. Marschall Bugeaud. Lakrade. Franz. Freilorps für die Lombardei. Die deutsche Legion. Der Socialist Owen in Paris. Die Jesuiten verlassen Avignon. Die „Demokratie pacifique" über Friedrich Wilhelm IV. Arbeiterunruhen in Rouen.

**Italien.** Neueste Nachrichten aus Italien.

**Beilage.** Bromberg (Stimme für Erhaltung des Deutschthums im deutschen Netzdistrikt). Aus der Provinz Sachsen (der künftige gemäßigte Weg gegen Preußen. Der Klug. Umtriebe der Propagandisten. Künftige Zusammensetzung der ersten Kammer). Baden (Vorschlag für Parlament). Straßburg (die Freiheitsgarantie gegen Deutschland. Die soziale Revolution und die Verlegenheiten der Regierung).

---

### Heidelberg, 1. April.

Was nach der homöopathischen Fortschrittsmethode der deutschen Regierungen, selbst auf dem Gebiete der Rechtsgesetzgebung, die deutschen Fürsten ihren Ur-Urenkeln, vielleicht Urenkeln von Urenkeln, zur endlichen vollständigen Gewährung hinterlassen zu sollen glaubten, theils um auch ihren Nachkommen eine breite Bahn des Verdienstes durch fortwährende Verbesserung der Strafjustiz offen zu lassen, theils und insbesondere in der Voraussetzung, daß dann endlich der Deutsche seinen Kinderschuhen entwachsen sein werde — das hat ein gewaltiger Umschwung der politischen Verhältnisse jetzt mit einem Male den Deutschen gewährt. Eine so traurige Erscheinung es nun vielleicht an und für sich ist, daß der Deutsche sein Recht nicht dem Recht, sondern der Politik verdankt, so erklärt sich dies doch daraus, daß die Wissenschaft der Gesetzgebung, namentlich auf dem Gebiete der Strafjustiz, immer mehr in Deutschland zu einer Wissenschaft der Kriminalpolitik herabsank, mithin erst der Sieg der neuen Politik über die alte dem Recht zu seinem Recht verhelfen konnte. So sollte es freilich nicht sein, sondern das Recht sich seine Herrschaft durch sich selbst sichern! Allein was nutzen alle Versuche, sich der Fesselung des Rechts durch eine traurige Gesetzgebungspolitik, welche immer zuerst nach dem Nützlichen fragte, zu entziehen? Darum kann man immerhin froh der schönen und raschen Errungenschaft sein. Allein, ist sie auch so sicher, daß ihre Verheißung (denn mehr ist sie zur Zeit noch nicht, und kann es auch nicht sein) schon als gewisse Ausführung gelten kann?

Wir wollen es hoffen, aber wir wissen es nicht. Krieg von Außen und Krieg von Innen können über Nacht hereinbrechen, und bei dem gegenwärtigen zerrissenen Zustande Deutschlands eine politische Reaktion hervorrufen, welche das kaum Errungene ebenso rasch wieder vertilgt. So wissen wir noch nicht, wie sich von dieser Seite der die neuen Verheißungen zu ihrer wirklichen Ausführung verhalten werden. Darum ziemt sich ein wirdiger Ernst mehr als eine rauschende Freude.

Wäre aber auch von dieser Seite Nichts zu besorgen, so fragt es sich weiter, von wem die Reorganisirung der Strafrechtspflege anzugehen habe, und wie bald dieselbe erwartet werden könne? Antwortet man hierauf: von dem deutschen Reichsparlamente, zu dessen Aufgabe auch das Werk einer Nationalgesetzgebung gehören werde, so wäre die Zeit nicht zu ermessen, wann diese zur Ausführung kommen sollte. Denn theils ist ein Reichsparlament noch nicht da, sondern erst zu schaffen; theils würde, wenn es auch noch so rasch organisirt werden sollte, das Werk einer Nationalgesetzgebung voraussichtlich nicht eine seiner ersten Aufgaben sein können. Somit bliebe Nichts übrig, als daß diejenigen Staaten, denen Geschwornengerichte mit Anklageakt, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens zugesichert ist, sich mit der Entwerfung und Berathung einer darauf gegründeten Prozeßordnung befaßten, und damit zugleich eine Reform der bestehenden Strafgesetzgebung verbänden, weil keine derselben, als auf einem ganz anderen Fundamente beruhend, zu Geschwornengerichten paßt. Dies wäre aber nicht nur ein ungeheurer Aufwand von Zeit und Kräften, die besser zu andern, eben so dringenden Reformen hätten aufgewendet werden können; sondern es könnte daraus zugleich die Gefahr einer Vereitelung der so dringend verlangten Nationalgesetzgebung entstehen. Denn so gewiß auch die einzelnen auf dem Wege des Partikularismus standenen Gesetzgebungen, wenn sie konsequent nach ihren Grundprinzipien ausgearbeitet wären, leicht die Grundlage zu einer Nationalgesetzgebung bilden könnten, indem sich die Abweichungen im Einzelnen leicht ausgleichen würden, so fragt es sich eben, ob auch nur mit einiger Sicherheit auf Etwas gezählt werden kann, was bisher zu den unerhörten Dingen in Deutschland gehört hat — nämlich Konsequenz und Einheit in der Gesetzgebung? Man kann sich in der That kein bunteres Gewirre denken, als das der neueren und neuesten Prozeßordnungen und Strafgesetzgebungen, welche unter einander so sehr abweichen, daß es kaum möglich scheint, daß dieselben für ein Volk berechnet seien, welches auf der gleichen Stufe der Kultur, überhaupt auf den gleichen bürgerlichen, politischen und religiösen Verhältnissen beruht. Woher diese Erscheinung? Man will überall einen Fortschritt, aber nur einen allmählichen, dieser läßt aber sehr verschiedene Gradationen zu, und die sich überall einmischende Kriminalpolitik macht vollends das Gemälde noch bunter. So kann man denn mit Recht sagen, daß es bisher ein wahrer Fluch der deutschen Strafgesetze und Prozeßordnungen gewesen ist, sich nur in Halbheiten und legislativen Experimenten zu bewegen. So könnte, um nur das zunächst gelegene hervorzuheben, den Geschwornen die und da ein so knapper Ressort zugemessen werden, daß sie nur halb bestünden. So könnte dem Staatsanwalt eine so ungebührliche Macht eingeräumt werden, daß die ganze Reform dadurch erschüttert würde. So wäre eine Ausdehnung der protokollarischen Voruntersuchung in der Weise möglich, daß man sich fast wieder auf dem Boden des kaum verlassenen Inquisitionsprozesses und dessen Tendenz, auf jede Weise ein Bekenntniß von dem widersprechenden Sachverhalten zu erwirken, befände. So ließe es sich denken, daß das Hauptverfahren vor den Geschwornen zu einem bloßen feierlichen Schlußverfahren herabsänke, wonach das in der ausgedehnten Voruntersuchung erwirkte Bekenntniß, die dort aufgenommenen Zeugnisse und sonstige Handlungen des Beweises die Hauptgrundlage für die Entscheidung der Geschwornen bilden würden, so daß man diesen nur noch einen Referenten zu bestellen brauchte, um desto sicherer und leichter ihr Urtheil auf Aktenwahrheit gründen zu können. So läßt sich eine Wahl der Geschwornen denken (etwa nach dem Vor-

Digitized by Google

bilde des Code de procedure criminelle), welche den ganzen Zweck dieses Institute so gut wie vernichten würde. So eine grausame verschiedene Beschränkung der Oeffentlichkeit, die wichtigen Vortheile sich zu den übrigen Haibheiten wende ꝛc. Und dies Alles läßt sich nicht bloß denken, sondern ist wirklich schon da, wenn man nur dir. trotz ihrer außerordentlichen Fortschritte gleichwohl nur halben Prozeßgesetzgebungen von Baden und von Preußen ins Auge faßt. Und wie würde sich erst die Sache gestalten, wenn von zehn oder zwölf deutschen Staaten die eine Prozeßordnung die andere an Halbheiten und Inkonsequenzen überträfe? Denn so schlecht sich auch die Prinzipe auswehmen, so sind sie doch vor ihrer Ausführung nur Abstraktionen und können je nach der Art ihrer Ausführung ihr Wesen und ihren Charakter mehr oder minder, vielleicht bis zur völligen Unkenntlichkeit verlieren. Selbst dann noch solchen vorausgegangenen, vielleicht jahrelangen Verstümmelungen Hand an das Werk der einen Nationalgesetzgebung gelegt werden, so wäre es kaum möglich, einen Einigungspunkt zu finden.

Sind diese Besorgnisse gegründet, so bliebe freilich Nichts übrig, als dem künftigen Reichsparlamente die Ausführung der neuen Verheißungen in ihrer vollen Einheit und Konsequenz zu überlassen, und bis dahin gedultig bei dem Alten zu verharren. Allein wir glauben, daß diese Besorgnisse, so gegründet sie auch noch vor Kurzem gewesen waren, in diesem Momente ihr Hauptgewicht, vielleicht ihr ganzes Gewicht verloren haben. Dafür bürgt uns theils der erwachte Nationalsinn, welcher nur etwas Ganzes, nicht bloß Halbes wollen kann, theils die in Folge des gegenwärtigen Umschwunges überall neu eingetretenen Ministerien, die eben dieser erwachte Nationalgeist an die Spitze der öffentlichen Angelegenheiten ihres Staats gestellt hat. Sie sind Männer des Vertrauens, nicht nur ihres Volks, sondern der deutschen Nation, welche sie längst als die wackersten Vorkämpfer für Freiheit, Wahrheit und Recht kannte, und damit ist ihnen schon von selbst ihre große Aufgabe gestellt, nämlich das Partikulare immer in der Richtung des Nationalen aufzufassen. So wird jedes Ministerium der Justiz in den deutschen Landen es sich zum Ziele seiner Bestrebungen machen, die rasch in Angriff zu nehmende Partikulargesetzgebung als Muster für eine deutsche Nationalgesetzgebung hinzustellen, und darin jedes mit dem andern wetteifern, was nur segensreiche Früchte bringen kann. Will man dies etwa für Schwindeiei oder Träumerei halten, nun so wäre auch das Vertrauen zu den jetzigen volksthümlichen Ministern gleichfalls nur ein Traum! Sieben wir demnach auf einem ganz andern Boden als dem bisherigen, und fallen damit alle jene früher nur zu sehr begründeten Bedenken hinweg, so findet Nichts, daß die verheißenen, so lang ersehnten Reformen der Strafjustiz schon jetzt in den einzelnen Staaten, etwa gemeinschaftlich von mehreren, in Ausführung gebracht werden, theils um nicht zu lang und aufs Ungewisse zu verschieben, was seiner baldigen Realisirung dringend entgegen steht, theils um auf diesem Wege eine feste Grundlage für die künftige Nationalgesetzgebung zu legen, die dann ohne viele Schwierigkeiten, zu leicht zu Stande kommen würde. Jede deutsche Regierung wird und soll bedenken, was sie nicht nur ihrem Staate, sondern dem Gesammtvaterlande schuldig sei, und dann werden sich Partikularismus und Nationalgesetzgebung von selbst in die Hände arbeiten.

Somit darf und soll jede Regierung getrost schon jetzt die Reform des Strafverfahrens und in unzertrennlicher Verbindung damit der Strafgesetzgebung (denn diese muß zu jenem passen) in Angriff nehmen; aber sie wird und muß sich zu dieser eben so schwierigen als umfassenden Arbeit die nöthige Zeit gönnen. Denn schwerer ist es, ein harmenisch gegliedertes Ganze, als Halbheiten zu schaffen. Aber auch diese Zeit muß zu vorläufigen Reformen der bestehenden Strafjustiz benutzt, d. h. mit diesen sogleich der Anfang gemacht werden, theils damit den gegebenen Verheißungen wenigstens einige, und zwar eine bedeutende Folge gegeben werde (denn man sehnt sich überall gar zu sehr nach dem Besseren), theils um den Nächter schon jetzt auf die neue Bahn hinzuweisen, die er demnächst zu betreten haben wird, überhaupt um den Uebergang vom Alten zum Neuen tüchtig anzubahnen. Es handelt sich dabei zugleich um einen Ehrenpunkt der deutschen Nation, nämlich um Vertilgung der Hauptschmach, welche seither in Folge der verderblichen Kriminalpolitik auf ihr lastete. Diese Schmach sogleich anzuheben und damit anzusprechen, daß die errungenen Verheißungen mehr als bloße Verheißungen seien, daß sie schon jetzt so weit als möglich ins Leben treten sollen, ist heilige Pflicht der Regierungen, deren schleunigste Erfüllung man auch von den neuen volksthümlichen Ministerien mit Zuversicht wird erwarten dürfen. Bestehen sie schon diese Probe nicht, so weiß man, was man von ihren Zusicherungen auch für die Zukunft zu erwarten hat, und dann wird wieder auf andem ungewissen, recht auf irgend einem andern Wege eine Nationalgesetzgebung jemals zu Stande kommen. Wir wollen morgen die dringendsten der Reformen anzudeuten suchen.

**Oesterreich.** Die Wiener Z. vom 27. März enthält die Meldung, daß Graf Münch-Bellinghausen auf sein Ansuchen in Ruhestand versetzt, und an seine Stelle Graf v. Colloredo-Wallsee zum Bundestagsgesandten ernannt worden.

Aus Lemberg berichtet die Berliner Zeitungshalle: Am 20. März Abends war wiederum die ganze Stadt illuminirt, und man sah an vielen Orten Transparente mit der Aufschrift: „Es lebe Polen! Es lebe der konstitutionelle König von Polen!“ Am 22. Nachmittags gegen 2 Uhr versammelten sich die Studenten aller Fakultäten und die Schüler der Gewerbschule vor dem Schloß des Gouverneurs. Graf Stadion erschien und las ein Patent vor, des Inhalts, daß Schußwaffen an die Bürger ausgetheilt werden sollten, unter der Bedingung, daß sie den Kaiser von Oesterreich als König von Polen anerkennten, daß sie sich derselben nur gegen die Feinde des Vaterlandes bedienten, daß sie die Deutschen und Israeliten als ebenbürtige Bürger anfähen u. s. w. Diesen Revers mußte Jeder unterschreiben, der ein Gewehr verlangte, worauf er es erhielt. Man erwartet von Jarosław die Ankunft des dortigen Waffendepots. Die nunmehr bewaffneten Bürger und Studenten zogen im Triumphe und unter Vivatrufen des Volks durch die Stadt, Tücher und Fahnen wehten von allen Fenstern, Illuminationen wurden der Bürgergarde zugeworfen, und der Ruf: „Es lebe die Nationalgarde!“ „Es lebe die Jugend Polens!“ „Es lebe der König von Polen!“ nahm kein Ende. — Hiezu vergleiche man folgende Stellen aus einer sog. „Antwort der deutschen Nation an den König von Preußen“, welche die officielle Wiener Zeitung mittheilt: „Die deutsche Nation hat Ew. Majestät kennen gelernt und vertraut ihr nicht. Ew. Majestät pflanzt mit blutiger Hand die deutschen Farben jetzt auf, die seit Jahren verfolgt wurden. Die Nation bedt vor diesem königl. Enthusiasmus zurück. Das preußische Volk hat nie aufgehört, deutsch zu sein, die deutsche Nation ist überrascht, daß Ew. Maj. erst jetzt den Beitritt erklären. Daß Organe der preußischen Stände an dem deutschen Landtage Theil nehmen, ist eine heilige Pflicht. Daß Ew. Maj. auch die Fürsten zur Theilnahme auffordern, darin erblickt die deutsche Nation dankbar, daß Ew. Maj. sich den fürstlichen Gesäßten in Allem anschließen will. Ew. Maj. haben Recht, daß die auf diese Weise sich aus Fürsten und Ständen bildende deutsche gesetzgebende Versammlung in der gemeinsamen freien Berathung das Erforderliche beschließen müsse. Ew. Maj. wird aber erkennen, daß die Berathung nicht frei, daß die Macht jener Versammlung, von der Schutz bed Vaterlandes und des Thrones verlangt wird, von vornherein gebrochen, daß auch die junge deutsche Verfassung an ihrem ersten Lebenstage von Ew. Maj. vernicht wäre, wenn das königliche „Ja“ noch jetzt über die Bahn der Gesetzlichkeit sich erheben und der deutschen Nation sich selbst als den gemeinsamen Leiter aufdrängen wollte. Oesterreichs Fahnen haben die deutschen Farben auf ihren Feldern unter allen Stürmen bis heute bewahrt; ein österreichischer Prinz hat am Rheine dem einigen Deutschland ein Hoch gebracht, als es noch verfolgt wurde von Preußen; Habsburgs Haus hat die Geschichte vergangener Jahrhunderte, hat die Liebe der Völker zur Seite, wenn es seinen alten Vorsitz im deutschen Reiche behaupten will. Oesterreichs Kaiser erkennt aber, daß jetzt von den Vertretern des deutschen Volkes allein die Wahl ausgehen und daß diese Wahl frei bleiben muß. Nicht für, nicht gegen irgend eine Dynastie, nur für die Unabhängigkeit des deutschen Bundestages, legt die deutsche Nation ihrmit Protest ein gegen die Usurpation der Ehrenstelle eines deutschen Führers. Es beschwört die deutsche Nation Ew. Maj., nicht neuen Samen der Zwietracht auszustreuen, nicht die Stunde zu enthellgen, in welcher Berlin seine Todten begräbt, die gefallen sind für die deutsche Freiheit, für die deutsche Einigkeit.“ — Die Köln. Z. bemerkt hiezu: „Das Erstaunen, mit dem wir diese Worte lesen, die wie ein Ruf der Zwietracht plötzlich in unser Vaterland geworfen werden, erlaubt uns nicht, unsere Ansicht darüber schon heute auszusprechen. Wir hatten eher alles Andere erwartet, als daß der Kaiser von Oesterreich zu gleicher Zeit die Hand nach der deutschen Kaiserkrone und der Königskrone von Polen ausstrecken würde.“

**Triest.** Der Allg. Zeit. wird aus Triest vom 26. März geschrieben: Unsere Kommunikation mit Friaul ist abgeschnitten; seit fünf Tagen sind wir ohne Nachrichten von Mailand und was wir wissen

Digitized by Google

beruht nur auf Gerüchten, die noch der Bestätigung bedürfen. Thatsache ist nur, daß Udine und Treviso die tricolore Fahne aufgezogen und sich der Bewegung in Venedig angeschlossen haben. Die Fregatte Palmanuova soll auf kurze Zeit in den Händen des Volkes gewesen sein, jetzt aber wieder vom Militär besetzt sein. Istrien hat sich für Triest erklärt. In Pola ist die Stafette noch zeitig genug angekommen, um die Besatzung von den Vorfällen in Venedig in Kenntniß zu setzen. Die im dortigen Hafen liegenden Kriegsschiffe sind entwaffnet und geschert; die Mannschaft derselben ist in Gewahrsam. Der Kapitän eines österreichischen Dampfboots wurde von der provisorischen Regierung mit einer Depesche betraut, die er nach Pola bringen sollte. Die Passagiere aber, heißt es hier, haben den Kapitän genöthigt, die Richtung nach Triest zu nehmen. — Die Gesellschaft des Lloyd hat als Privatanstalt der provisorischen Regierung zu Venedig erklärt, daß sie nur alsdann die Verbindung zwischen Triest und Venedig unterhalten könne, wenn ihr für die Personen, Güter und Schiffe Garantie geleistet werde. Das zu diesem Behufe nach Venedig abgehende Dampfboot, das schon heute früh ankommen sollte, ist noch nicht zurück. Wir sind daher heute noch ohne Nachricht von Venedig.

**Preußen.** Berlin, 27. März. Der König hat das Staatsministerium beauftragt, ihm Vorschläge für die Bildung eines von ihm beabsichtigten eigenen Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu machen. — Der Minister der geistlichen Angelegenheiten, durchdrungen von der Ueberzeugung, daß der in der evangelischen Kirche seit geraumer Zeit mit großer Lebhaftigkeit geführte Streit am Besten geschlichtet und der gestörte Friede am Einfachsten hergestellt werden könne, wenn man für das Bestehen und die gedeihliche Entwickelung der Kirche lediglich die Kraft ihrer innern Wahrheit zu Hilfe nehme und dem lebendigen und lebendig wachenden Geiste des Evangeliums vertraue, hat bereits Fürsorge getroffen, daß die von den evangelischen Glaubensgenossen in den östlichen Provinzen der Monarchie längst gewünschte Presbyterial- und Synodalverfassung möglichst bald ins Leben treten könne. Es ist eine Kommission ernannt worden, welche unter dem Vorsitz des gedachten Ministers, aus dem Ministerialdirektor von Ladenberg, den Bischöfen Neander und Roß, dem wirklichen Oberkonsistorialrath Ribbeck, dem Oberkonsistorialrath Nitzsch, dem Superintendenten Schulz, dem Professor Richter und den Predigern Sydow und Jonas besteht, um das bereits im reichen Maße gesammelte Material zusammen zu stellen und auf Grund desselben den Entwurf zu einer Verfassung auszuarbeiten, welcher demnächst veröffentlicht werden wird, damit vor definitiver Festsetzung derselben sowohl sämmtlichen Genossen der Kirche, als auch deren Organen Gelegenheit gegeben werde, sich darüber zu äußern.

Berlin, 27. März. Der Köln. Z. wird aus Berlin geschrieben: Bei der allgemeinen Bürgerbewaffnung hatte sich auch hier eine polnische Legion gebildet. Diese hat heute ihre Dienste eingestellt, da sie zunächst nach Posen abgereist ist. Die Zustände in Warschau und das dort mehr als je waltende Knutungs- und Knechtungssystem sollen die plötzliche Abreise beschleunigt haben.

Der Aachener Z. schreibt man über die Stimmung der Arbeiter in Berlin Folgendes: Die Arbeiten liegen hier noch fortdauernd darnieder, während gleichzeitig die Agitationen zu Gunsten der Arbeiter fortdauern. Viele Gewerke feiern fast vollständig, indem sie Gesellen günstigere Bedingungen und namentlich einen höheren Lohn dadurch zu erzwingen hoffen. Ein Maurermeister brauchte sich vergebens, 12 Gesellen für eine dringende Arbeit zu bekommen, es fanden sich nur drei zur Arbeit unter den sonstigen Bedingungen bereit. Auch liegen noch immer Ueberbleibsel der Barrikaden auf den Straßen umher, das Steinpflaster ist noch immer an vielen Stellen aufgerissen, und zwar weil man nicht Arbeiter fanden kann, die zum Arbeiten bereit wären.

Der Berl. Z. wird vom 27. März aus Breslau geschrieben: Das bereits seit einigen Tagen verbreitete Gerücht, daß in Warschau Unruhen vorgefallen sind, scheint begründet zu sein. Es geht dies aus einer Bekanntmachung des Militärgouverneurs von Warschau, des Fürsten Gorczakow, hervor, welche in den neuesten Warschauer Zeitungen vom 24. d. enthalten ist und 1) jede Versammlung von Menschen in Haufen 2) ebenso das Ausholen von Menschen bei Feuersgefahr verbietet; zum Löschen ist die Feuerwache beordert. Wider diejenigen, welche sich bei der Stätte der Gefahr einfinden, mit Ausnahme derjenigen Personen, denen die Dienstpflicht es gebietet, wird auf dieselbe Weise verfahren werden, wie gegen jeden Störer der gesetzlichen Ordnung.

** Berlin, 29. März, Abends 8 Uhr. Graf Arnim ist zurückgetreten. Hrn. v. Auerswald lag es ob, ein neues Ministerium zu bilden. Die Präsidentschaft schlug derselbe aus. Die Zusammensetzung ist nun folgende: Hr. Camphausen Premierminister (vorläufig ohne Portefeuille); Hr. v. Auerswald Minister des Innern; Freiherr v. Arnim Minister des Auswärtigen; Hr. Hansemann Minister der Finanzen und vorläufig auch des Handels, der Arbeit und der Gewerbe; Graf Schwerin Kultus und Unterricht; Hr. v. Reyher Verwerfer des Kriegsministeriums; Hr. Bornemann Minister der Justiz. Von dem Ministerium Arnim sind folglich außer dem Premier noch die Herren Kühne und v. Rohe ausgeschieden. Des Grafen Arnim wartet nun eine Stellung, die wir in der Deutschen Zeit. uns erlaubt haben, ihm prognostisch anzuweisen, nämlich der Führer einer konstitutionellen Regierungspartei zu sein. — Graf Schwerin soll Willens gewesen sein, ebenfalls auszuscheiden. Jetzt, da das Programm des neuen Ministeriums über allem Zweifel erhaben dasteht, fallen auch die mißtrauischen Bedenken gegen ihn hinweg. Wir hoffen, ihn zu erhalten und wünschen der Volkserziehung wie der evangelischen Kirche in Preußen und dem friedlichen Vertrag unter den Konfessionen keinen anderen, wir kennen keinen besseren Vogt und Anwalt. Hrn. von Bodelschwingh wünschten wir aber noch an der Stelle des Grafen Dönhof als unsern Bundestagsgesandten an die Seite Ihres Welcker, dessen Ernennung wirklich nächst Metternichs Sturz am Meisten ermuthigt, an eine Vergeltung, an einen Gott zu glauben.

Berlin. Der Fürst Lichnowski ist aus Wien zurück; man will dort Preußens Vorrang in deutschen Angelegenheiten nicht anerkennen.

**Baiern.** ⁂ München, 28. März. Wollen Sie einen Beleg zu dem, was ich in meinem Gestrigen von der hier herrschend gewesenen und, wie Sie sehen, im Grunde noch herrschenden, nicht aber erst durch die neuesten Berliner Vorgänge hervorgerufenen, geschwiege unterdrückten, sondern vielmehr erst recht zu Wort gekommenen Mißstimmung gegen Preußen anbeutete, dann lesen Sie in der A. A. Z. vom gestrigen die Münchener Korrespondenz I, die ganz davon diktirt zu sein scheint, indem sie mit unverhohlener Freude nach allem und neuem Stoff wühlt, um sich auszusprechen, was gewiß nicht die Art ist, die von den Adressen angebotene Versöhnung zu fördern. Traurig aber, daß man dahin getrieben werden mußte, die Bedeutung Preußens in Bezug auf die allgemein-deutschen Fragen für null und nichtig zu erklären, durch die Schuld seiner Regierung, nicht des Volkes, das seit 35 Jahren redlich und unausgesetzt, aber auch langmüthig wie kein anderes für die große deutsche Sache der Freiheit gekämpft und gebuldet hat und jetzt der Verdohnung sich preisgegeben sieht, weil es das blutige Opfer, das von ihm auf dem Altare des gemeinsamen Vaterlandes dargebracht wurde, nicht zum Sturz eines Königsthrones benutzt hat. Wollt Ihr nicht Versöhnung in der That und Wahrheit, dann sprecht nicht davon, damit Ihr Euch nicht neuer Lügen strafen! Was Friedrich Wilhelm IV. betrifft, so können wir nach Beendigung des schaudererregenden Trauerspiels Nichts weiter übrig zu bleiben, als vom Throne herabzutreten. That er es nicht, so wollen wir abwarten, ob er das Wehen des neuen Geistes begriffen hat und Willens ist, ohne Zaudern und Rückhalt seinem Rufe zu folgen. Leben wir doch in einer Zeit der Wunder, wo selbst das Umschlagen in eine völlig entgegengesetzte Gesinnung nicht überraschen darf. Die Extreme berühren sich oft; und wie Viele gibt es nicht, die, wenn der rechte Zeitpunkt gekommen, eine andere Fahne ihrer Gesinnung aufzustecken eilen. Wer aber geht umher, die Herzen zu prüfen? Hier hätte man Vertrauen zu Prinz Waldemar; dem würde man die preußische Krone gönnen. Die alternäßte Ausgabe aber, die Berufung eines Königs jetzt obzuliegen scheint, ist wohl die, Polen freiwillig aufzugeben, bevor es ihm im blutigen Aufstand genommen wird; Oesterich würde, und Rußland müßte folgen. Damit stünden wir aber auch dicht bei der Möglichkeit eines Völkerkrieges, der vielleicht die wunderbare Erscheinung einer Verbrüderung Deutschlands mit Frankreich böte. Individualisirung im Großen wie im Kleinen ist Zweck und Bestimmung des gegenwärtigen Zeitgeistes; jeder Einzelne fordert das ihm als Mensch gebührende Recht, wie jede Nationalität als solche das ihrige. Die künstlichen Staatsverträge brechen gleich den künstlichen Naturgestemen durch ihre eigene Unhaltbarkeit in sich zusammen, und die Nationalitäten kehren wieder in ihre natürlichen Grenzen und die ihnen angemessenen Zustände zurück. — Die Kammer der Reichsräthe hat am 26. ihre „Dankadresse“ dem Könige überreicht. Sie ist Nichts als ein Widerhall der Thronrede, nur einigermaßen erweitert durch Angabe der Motive, die letzteren zum Grunde gelegen haben mögen. Anders der Adreßentwurf der Abgeordnetenkammer, der, wie Graf Hegnenberg-Dux als Referent darüber in der ersten öffentlichen Sitzung bemerkte, mit der ausdrücklichen Absicht abgefaßt worden sei, bloße Wiederholungen der Thronrede zu vermeiden und, wo diese in ihren Verheißungen hinter den Wünschen und Forderungen der Zeit zurückgeblieben, freimüthig darüber hinauszugehen. Es ist eine gediegene Arbeit, die das Gepräge eines ern-

Digitized by Google

sten und festen Willens an der Stirn trägt; ihre Ergänzungen wird sie im weitern Verlauf der Berathungen finden. Bis jetzt habe ich nur der ersten Sitzung beiwohnen können. Ich kann nicht sagen, daß sie einen befriedigenden, vertrauenerweckenden Eindruck auf mich hervorgebracht. Kirchgerner gibt einen wirklich trübseligen ab; er ist ein Mann von entschiedener Freimüthigkeit und Einsicht, und ihm wird es gelingen, die so leicht in Nebensächliches und Kleinliches sich verirrenden Berathungen stets wieder auf den rechten Weg zurückzulenken. Die heterogenen Bestandtheile, aus welchen die Kammer selbst gemischt ist, geben keine beruhigende Gewähr für eine genügende Lösung der vorliegenden großen Aufgabe; zu in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung scheint sie fast im Widerspruch zu stehen mit der Bedeutung der Zeit und der allgemeinen Stimmung des Landes; insbesondere aber ist der Fortschrittsdrang, wie er sich in der Münchner Bürgerschaft festgestellt hat, dabei auf das Allerschlechteste vertreten. Aengstlichkeit und Unsicherheit des Wollens ließ sich in den ersten Verhandlungen nicht verkennen, und während einzelne veraltete Elemente verschaften, sich gleich Anfangs wieder geltend zu machen, mußte man anderseits bedauern, daß mehrere der aufgerichteten Fahnenträger der frühreren Opposition theils am Ministertisch saßen, theils, wie Wilick, im höheren Berufe abwesend waren. Werden wir etwa bürgen müssen für die Ueberzeugung, mit der wir den König Ludwig drängten, die alte Kammer zusammenzurufen? Zum Theil hatte man damals allerdings gehofft, sie werde Selbstverleugnung genug besitzen, um ihre eigene Auflösung zu beantragen. Doch ist dies nicht geschehen. Hoffen wir, nicht etwa, daß die frühreren Jasmänner, Obstruanten und Stock-Konservativen eine wahrhafte Aenderung ihrer Ueberzeugungen und Gesinnungen eingehen werden — denn echte Mohren lassen sich nicht weiß waschen — wohl aber, daß sie, wenn sie erst einige Niederlagen erlitten, freiwillig sich in den Schatten ihrer Ruhmes zurückziehen werden; hoffen wir ferner, daß die in der Kammer wahrzunehmende Neigung, eine kompakte feindselige Majorität zu bilden, zu lebendigen That und Wirklichkeit werde, und daß die Hrn. Minister durch ihre Erhebung nicht zu Gegnern der Kammer gewonden sind, was sie selbst in dem Falle schon sein würden, wenn sie ihre Bestimmung nur darin suchten, beschwichtigend und zügelnd, ausgleichend und zurückhaltend einzuschreiten. Ihre Würde als verantwortliche Diener des Staats, als verantwortliche Mitverwalter der Konstitution und ihrer Prinzipien, legt ihnen die hohe und unabweisliche Verpflichtung auf, im Anschluß an die Forderungen, deren Erfüllung das Volk von der Kammer erwartet, gemeinschaftlich mit dieser vorwärts zu schreiten, um der möglichst zweckmäßigen und entsprechenden Entwicklung unsers konstitutionellen Lebens Bahn brechen zu helfen. Im Himmels willen nur keine geheimen Rückhalte! Am Allerwenigsten aber möge man von dem Oben her sich der Hoffnung hingeben, als werde der aus seinen zu engen Ufern ausgetretene Strom von selbst wieder in sein Bett zurückkehren, und als möchte, was damals nicht gelungen war, späterhin vielleicht gelingen können. Eine Frage jedoch drängt sich hierbei noch auf. Was würde geschehen, wenn die Hauptaufgabe dieses Landtages: die Umänderung der bisherigen Wahlordnung und die damit als unmittelbare Folge zusammenhängende Revision der Verfassung — in ihrer Lösung verpfuscht würde? Werden die Verhandlungen der Kammer in Ruhe geführt und ausgekämpft werden können? Bei dem Zusammenbruch alles Bestehenden, in dem unentrinnbaren Wirrsal der Wünsche, Ansichten, Bestrebungen bleibt uns ein Trost, daß unser Königreich noch jung, politisch rein und unter dem Eindruck der gewaltigsten Umschwungsbewegungen, die die Welt je gesehen, einen Thron bestiegen hat, dessen Festigung allein von den Institutionen abhängen wird, die er in Verbindung mit den Kammern und in Angemessenheit mit dem allgemeinen Volkswillen dem Land zu geben gesinnt ist. — Vom ersten April an wird hier eine „Deutsche Zeitungshalle" erscheinen, die sich die Aufgabe gestellt hat, die konstitutionellen Reformfragen mit Freimüthigkeit zu besprechen und zur Lösung führen zu helfen. Fürst Wallerstein's versprochene Erklärung über seine Verweisung des Ministeriums hat soeben die Presse verlassen. Hierüber, wie anderes Literarisches das nächste Mal! Ergänzend zu meiner frühreren Mittheilung über die hiesigen öffentlichen Kunstarbeiten bemerke ich, daß vorläufig alle eingestellt bleiben, bis auf den Triumphbogen am Eingang in die Ludwigsstraße, der ununterbrochen seiner Vollendung entgegengeführt werden soll.

**Hannover**, 28. März. Soeben erhalten wir einen Brief aus Hannover, der uns meldet, daß am 28. die Ständeversammlung von dem Grafen v. Bennigsen, Ministerpräsidenten, durch eine Rede eröffnet wurde, aus der wir vorläufig folgende Stelle entnehmen: „In einem Augenblicke, wo ungeheure Umwälzungen in den Nachbarstaaten alle Verhältnisse auch dieses Landes verändern, wo, mit der Gesammtverfassung Deutschlands selbst die Grundlage aller unserer Zustände in Frage gestellt ist, und wo die Gefahr eines benachbarten Bundesstaats die Nothwendigkeit militärischer Hilfe im nächsten Augenblicke herbeiführen kann, hat es Se. Majestät zu nicht geringer Beruhigung gereicht, daß schon der ordentliche Lauf der Geschäfte die gesetzlichen Vertreter des Landes um Allerhöchstihren Thron versammelt hat." (Morgen. Rähere?).

* **Heidelberg**, 30. März. Heute fand hier eine Bürgerversammlung Statt, in welcher Männer verschiedener politischen Meinungen sich einmüthig dahin aussprachen, daß man jede brutale Gewalt, jeden politischen Terrorismus mit aller Energie fern halten müsse. Einstimmig wurde die Ueberzeugung ausgesprochen, jede Störung der innern Ruhe, jeder Angriff und jede bewaffnete Einmischung von Außen müsse ebenso entschieden abgewehrt werden, wie jeder Versuch, die friedlichen Berathungen der Frankfurter Versammlung zu hemmen. Zu dem Ende beschloß man, die Bürgerwehr schleunigst zu organisiren, zu rüsten und zu üben, damit man gegen jede Gefahr gesichert sei. Es war eine wohlthuende Wahrnehmung, zu sehen, daß Männer verschiedener Ansichten in diesem Augenblick die Verbindung darüber ob Republik oder konstitutionelle Monarchie, vertagten und einträchtig zusammenstanden, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten; es lag darin wieder ein Beweis, daß die gute Sache der gesetzlichen Freiheit in ungeheurer Mehrheit vertreten ist, wenn ihre Anhänger sich nur entschlichten, sich zusammenzuhalten. Ueber die Vorfälle der sonntägigen Versammlung sprach sich die einstimmige Entrüstung aus. — Auch in Mannheim ist Aehnliches geschehen. In dem Augenblick, wo wir in unserem Blatte die Hoffnung aussprachen, jene Stadt werde thatsächlich protestiren gegen die Urheber des Aergernisses vom vergangenen Sonntag, war bereits eine Erklärung an die Frankfurter Versammlung unterzeichnet, worin die Bürger „Mannheims unter Anderm sagen: Die Verschwörungen, das Eingelne ihrer Wünsche rücksichtlich einer bestimmten Norm des Bundesorgans über das Ganze der deutschen Einheit setzen möchten, veranlaßt uns zu einem feierlichen Protest gegen die Unterstellung, als ob wir unserer Stelle Pläne theilten, durch welche wir uns der Erreichung unserer heißesten Wünsche gerade entgegenstellen würden. Sollte aber sogar die einseitige Verwirklichung solcher Wünsche gewaltsam versucht werden, so werden wir diesem Streben aufs Kräftigste entgegentreten und uns dem Parlamente bei dem ersten an uns ergehenden Rufe zum Schutze einer freien Berathung zur Seite stellen. — So ist die Gattung Leute, die wir jüngst charakterisirten, in Heidelberg, Mannheim und Darmstadt ohne Boden; ihre Verschterung, daß sie die Stimmung des Volkes ausdrücke, ist eine Unwahrheit.

* **Rostock**, 27. März. Die neuesten Ereignisse haben auch dem mecklenburgischen Volke die Erfüllung seiner Wünsche gebracht. Der Großherzog hat soeben folgende Proklamation erlassen: An Meine Mecklenburger! Die gewaltige Wendung der politischen Verhältnisse veranlaßt Mich, Meinem theuren Lande zu sagen, wie Ich's meine, und was Ich will. Daß der deutsche Bund einer Reorganisation bedarf, dringend bedarf, kann nach den Stimmen, die in allen Theilen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes laut geworden sind, nicht mehr bezweifelt werden. Ein freies, einiges und darum starkes Deutschland, wie es die von Außen drohenden Gefahren so gebieterisch erheischen, kann aber nur unter Mitwirkung volksthümlicher Elemente wiedergeboren, nur auf dieser Basis befestigt werden. Es ist eine Bundesverfassung zu erstreben, worin neben den Regierungen auch die Stände aller deutschen Länder vertreten sind. Recht sie sollen dem Volke die den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechenden Institutionen gewährleistet werden; sie wird Garantien darzubieten haben, daß die Grundsätze der Einigung, Kräftigung und Freiheit des deutschen Volkes, worauf sie selbst dasirt ist, sich auch in den Verfassungen der einzelnen Bundesländer wieder finden. Zur Aufrichtung einer solchen Bundesverfassung bin ich nach Kräften mitzuwirken bereit, und sind die deßfallsigen Verhandlungen bereits eröffnet. Mit Vertrauen wird das Ergebniß derselben erwartet werden dürfen. In unserem engeren Vaterlande wäre eine Reform der Landesvertretung, auch abgesehen von den Weiterereignissen der neuesten Zeit, unvermeidlich gewesen. Sie ist jetzt das dringendste Erfordernis. Es liegt die Nothwendigkeit vor, daß Mecklenburg in die Reihe der konstitutionellen Staaten eintrete, und weil Ich diese Nothwendigkeit erkenne, so ist es Mein ernstlicher Vorsatz, daß der Schritt unverzüglich geschehe, damit die Angelegenheit, welche zur Zeit über den künftigen Verhältnissen des Landes schwebt, sobald als irgend möglich gehoben werde. Die bereits verfügte Aufhebung der Censur, die Gestattung von Vereinigungen zur Beförderung über allgemeine politische Fragen, sowie über Landes- und Kommunal-Angelegenheiten; die dort, wo sie gewünscht wurde, nicht nur gebil-

Digitized by Google

ligte, sondern auch gerne von Mir beförderte Bürgerbewaffnung — sind Momente, die schon im Geiste der Repräsentativ-Verfassung liegen. Der weiteren Entwicklung zeitgemäßer Reformen in der Landesvertretung wird aber die Reform der Landesvertretung selbst vorangehen haben; diese ist Aufgabe des außerordentlichen Landtages, wozu die Ausschreiben in wenig Tagen ergehen werden. Den Grundsätzen des einzuführenden Repräsentativsystems getreu, werde ich dem Landtage nur solche Beschlüsse empfehlen, wodurch ständische Organe geschaffen werden, die unter sich gleichberechtigt sind, und worin alle Landesherrlichen, sowie alle Interessen des Landes und der Landesinwohner ihre Vertretung finden. Den dergestalt vorgängigen Ständen werde Ich alsdann die aus dem veränderten Systeme sich als nothwendig ergebenden Gesetze für die Vollziehung des Verfassungswerkes und für die verschiedenen Zweige der Verwaltung vorlegen lassen. Auch werden sich dieselben unverzüglich mit Maßregeln zur gründlichen Verbesserung der Justizpflege, insbesondere mit einer neuen Organisation der Gerichte und mit Einführung des Anklageprocesses bei öffentlich-mündlichem Verfahren zu beschäftigen haben. Dies ist die Bahn der Reformen, welche Ich, mit vollem Bewußtsein der Gewichtigkeit des Schrittes, betreten betreten habe, und die Ich durch alle Mir, als Landesherrn, zustehenden Mittel zu verfolgen entschlossen bin. Die Wünsche und Bitten, welche Mir in Veranlassung der Zeitereignisse, von Behörden und vielen Landesinwohnern in besonderen Adressen dargelegt sind, finden durch diese Meine Entschließungen ihre Erledigung. Mögen aber Alle, die es mit Meklenburg wohl meinen, bei der Verwirklichung derselben Mir zur Seite stehen, damit sie in ihren Folgen dem Lande zum Segen gereichen. Schwerin, am 23. März 1848. Friedrich Franz. — Das ganze Land, mit Ausnahme eines nicht mehr gewichtigen Theiles der alten Stände, ist durch diese Erklärung in die freudigste Aufregung versetzt. Die Schweriner Bürgerschaft ist gestern Mittag vor das Schloß gezogen, um dem Großherzog ihren Jubel und Dank zu bringen. Dieser trat auf den Balkon heraus und hielt eine herzliche Ansprache an die Versammlung, wobei er mit den Worten schloß: „Gott schütze unser deutsches, unser meklenburgisches Vaterland, deren vereinte Farben wir heute annehmen; bringen wir Beiden ein freudiges Hoch!“ Am Abend war die Stadt festlich erleuchtet.

* **Frankfurt**, 31. März. In der heutigen ersten Sitzung der großen Versammlung in der Paulskirche wurde auf Antrag Hrn. Eisenmanns beschlossen, daß vor Allem der Wahlmodus für das konstituirende Parlament festzustellen sei. Als Maßstab der Vertretung soll ein Abgeordneter auf 50,000 Seelen angenommen werden. Schleswig soll in den Bund aufgenommen und bei dem konstituirenden Parlament vertreten werden; ebenso Ost- und Westpreußen. Wegen Posens wird die Frage offen gelassen, die Herstellung Polens für eine heilige Pflicht Deutschlands erklärt. Die Niedersetzung einer Kommission zur nochmaligen Prüfung des Siebner Programms sowie der Struve'schen republik. Anträge wurde verworfen, ebensowenig fand Struve's und Hecker's Anteag auf Permanenterklärung und Niedersetzung einer provisorischen Regierung Anklang. Die Debatten waren mitunter sehr stürmisch; einmal wurde die Versammlung auch durch den falschen Lärm von einem blutigen Straßentumult in Aufregung versetzt. Das Ganze beschränkte sich jedoch auf einen schnell beigelegten Zwist zwischen Republikanern und Nichtrepublikanern. Die heutige Sitzung dauerte bis 4 Uhr. Anzahl der Abgeordneten: 500—600. Sitzung dauerte bis 4 Uhr.

□ **Frankfurt**, 29. März. Wenn Italien, wenn Polen sich erhebt, dürfte da noch Raum zu dem, was unsern kleinen Freistaat bewegt? Nun, dieser kleine Freistaat ist die alte Kaiserstadt und der Sitz der neuen deutschen Männerversammlung, der Vorläuferin des ersten deutschen Parlaments. Hier soll Deutschlands Zukunft sich entscheiden, und wie das alte Kaiserreich, so ändert die alte Kaiserstadt ihre Verfassung. Als wir durch die von Menschen wogenden Straßen in die Räume oder vielmehr in den kleinen Raum der gestegebenden Versammlung traten, da beschlich uns ein eigenes Gefühl der Oede. 6 Zuhörer, wo die Veränderung der Verfassung verhandelt wird, die Europa gleichgiltig sein mag, aber es uns Frankfurtern nicht ist! Daran aber war die Anzeige in unsern öffentlichen Blättern Schuld, welche lautete „Gegenstand: städtische Angelegenheiten.“ Eine städtische Angelegenheit ist aber auch: eine Reparatur am Pfarrthurm, Berufung eines weiteren Nachtwächters, und viele langweilige Kleinigkeiten, die der Kanzleischlendrian lang und breit behandelt. Dies Mal aber gestattete der Senat der gesetzgebenden Versammlung eine weitere Frist von 8 Wochen zur Ausübung ihrer Initiative, die jetzt übrigens der Gestattung kaum bedarf. Sollte nun eine Verfassungsveränderung beliebt werden, so schlägt die obrigkeitliche Behörde, der Senat, vor, die Begutachtung einer Kommission von 21 Personen zu übergeben, 9 aus der Bürgerschaft, 2 von den Landbewohnern (wie lehrt die Zeit!), 5 aus der Körperrepräsentation und 5 aus dem Senate. Diese sollen Monita entgegennehmen und weitere Vorschläge machen, die dann verfassungsmäßig erledigt werden. Dagegen war nun wenig einzuwenden, nur daß — sonderbarer Weise — gerade die Männer des Fortschritts nicht dafür waren, zu Monitis aufzufordern. Sie mochten wissen, wie viel in den Tag hinein gefordert, und wie beleidigt die liebe Eitelkeit ist, wenn nicht Alles gewährt wird. Genug, sie wollen Vorschläge zwar entgegennehmen, aber nicht veranlassen. Diesen unbedeutenden Umstand abgerechnet, sprach der Senatsvorschlag an und wurde zur Berichterstattung einer Kommission von 9 Mitgliedern überwiesen, wobei ängstlich darauf gesehen ward, daß Vertreter der Landbewohner dabei seien. Uns gefiel die Sache mehr als diese Aengstlichkeit.

**Frankfurt**, 30. März. Auszug Protokolls der 26. Sitzung der Bundesversammlung v. 30. März 1848. In beschleunigter Entwerfung der Grundlagen einer neuen Bundesverfassung hat die Bundesversammlung mit einleitenden Arbeiten zu diesem Zweck, unter Zuziehung von Männern des öffentlichen Vertrauens, bereits begonnen. Zu weiterer Förderung dieser wichtigen Angelegenheit beschließt dieselbe, die Bundesregierungen aufzufordern, in ihren sämmtlichen dem deutschen Staatensystem angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege, Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundesversammlung an einem schleunigst festzustellenden möglichst kurzen Termine zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Da der Drang der Umstände die einstweilige Annahme eines bestimmten Maßstabs der Bevölkerung, nach welchem die gedachten Volksvertreter in jedem Bundesstaate zu erwählen sind, erforderlich macht, so erscheint es zweckmäßig, in Bezug auf die bisherigen Bestandtheile des Bundes das bestehende Bundesmatrikularverhältniß dabei zum Grunde zu legen und die Aufforderung dahin zu richten, daß auf 70,000 Seelen der Bevölkerung jedes Bundesstaats ein Vertreter zu wählen, auch denjenigen Staaten, deren Bevölkerung nicht 70,000 Seelen beträgt, die Wahl eines Vertreters zuzugestehen.

**Frankfurt**, 31. März. 9½ Uhr. Soeben wurde vom Kaiserssaal aus die Präsidentenwahl verkündet. Mittermaier ist erster Präsident. Dahlmann, Jgstein, Blum und Jordan sind die Vizepräsidenten. In diesem Augenblick ziehen die Abgeordneten unter dem Geläute aller Glocken und dem Donner der Kanonen in die Paulskirche.

**Hamburg**, 28. März. Die Börsenhalle bringt folgende Berichte aus Kopenhagen: Das neue gestern ernannte Ministerium ist folgendermaßen zusammengesetzt: Graf A. W. Moltke, Premierminister und Finanzminister, interimistisch auch Präsident der Rentekammer, der königl. Finanzdeputation und der königl. Staatsschuldendeputation, so wie Marineminister; C. C. Bardenfleth, Justizminister und interimistischer Präsident der dänischen Kanzlei; Graf F. M. Knuth, Minister des Auswärtigen und interimistischer Präsident der schleswigholsteinlauenburgischen Kanzlei; C. A. Bluhme, Handelsminister und interimistischer Präsident der Generalzollkammer und des Kommerzkollegiums; D. G. Monrad, Unterrichts- und Kultusminister, Kapitän A. F. Zeschermann, Kriegsminister; L. N. Hvidt und D. Lehmann zu Ministern ohne Portefeuille. Wir haben nun, heißt es weiter, ein Bürgerministerium, und einen Bürgerkönig, der mit dem Volke einig ist, Schleswig nicht fahren zu lassen. Die ganze bewaffnete Macht ist auf den Beinen: etwa 12,000 Mann sollen Schleswig besetzen. Festungswerke und Kriegsschiffe sind bereits komplet bewaffnet, die Stadt vor äußern Feinden zu schützen. An Geschütz wird gar nicht gedacht, Staatspapiere und Pfandbriefe gehen nominell. Der neue König war nahe daran, abzudanken, er hat sich indeß jetzt dem Volke übergeben, welches nun natürlich alle möglichen Freiheiten verlangt. Die Aristokraten hängen den Kopf. Diese Beamte werden ihren Abschied nehmen, die deutsche Kanzlei ist geschlossen, die alten Militärbehörden rümpfen die Nase, das sie unter einem Kapitän stehen müssen. Kapitän Zeschern will die Stelle eines Kriegsministers durchaus nicht übernehmen, wenn man ihm nicht die ausgedehnteste Vollmacht gebe, was ihm nun auch bewilligt ist. Er ist ein heftiger Ultradäne und gibt gewiß nicht nach. 4000 Mann sind heute vom Lande eingezieht und einquartirt. Man ist ungeheurer gespannt, was die Abgeordneten nun in Holstein ausrichten. Geht es im Guten nicht, so wird die Dampfschiffahrt gehemmt und der Handel leidet noch mehr. Treu täglicher Volksversammlungen ist Alles hier ruhig abgegangen. Militär und Polizei war nicht zu sehen, und es war ein schauriger Anblick, als 30000 Bürger am Dinstag zum Schlosse zogen, um Freiheit und Ministerwechsel zu fordern, nicht zu bitten. Der alte Bankdirektor

Digitized by Google

Hydt ist der Mann des Volkes, er wird sich aber wieder vom Ministerium zurückziehen.

**Hamburg**, 28. März. Die Börsenhalle bringt ausführliche Berichte über die Thätigkeit der prov. Regierung in Schleswig-Holstein, denen wir Folgendes entnehmen: **Rendsburg**, 28. März. Die prov. Regierung hat die Geschäfte einstweilen so unter sich vertheilt, daß Beseler das Präsidium ohne Portefeuille führt, der Prinz von Augustenburg das Kriegswesen, Graf Reventlow das Departement der auswärtigen Angelegenheiten und die Kanzlei (das Innere), Brewer das Justizwesen und M. T. Schmidt die Finanzen nebst Handels-, Zoll und Postwesen.

**Rendsburg**, 28. März. Patent, betreffend die Einberufung der Ver. Ständeversammlung der Herzogthümer Schleswig-Holstein. Die prov. Regierung, sich beziehend auf ihre Proklamation vom 24. d., hat beschlossen, die Ver. Ständeversammlung der Herzogthümer Schleswig-Holstein auf den 3. April des gegenwärtigen Jahres kraft dieses einzuberufen. Sie fordert daher die Stände auf, sowohl diejenigen, welchen eine besondere Stimme beigelegt ist, als die gewählten Abgeordneten oder die verordnungsmäßig statt ihrer eintretenden Stellvertreter, daß sie sich zu dem gedachten 3. April hier in der Stadt Rendsburg einfinden und gewärtigen, was ihnen durch den Kommissär der prov. Regierung vorgelegt werden wird. Die Funktionen des Kommissärs für die bevorstehende ständische Versammlung hat die provis. Regierung ihrem Mitgliede, Hrn. Bremer, übertragen. Rendsburg, 27. März 1848. Die prov. Regierung: Beseler, Friedrich, Prinz zu Schleswig-Holstein. Reventlow. M. T. Schmidt.

Außer der vorstehenden Bekanntmachung enthält das **Rendsb. Tgbl.** noch die (auch in unserm Rendsburger Briefe erwähnte) prov. Verfügung vom 26. wegen Aufhebung der Kopfsteuer, eine vom Chef des Generalstabes, Oberst Fabricius, unterzeichnete Aufforderung an alle Hegereiter und andere Forstbediente, in die erste Scharfschützenkompagnie des zu bildenden Freikorps einzutreten, und eine Bekanntmachung, dergemäß die Ausjahlung der Gagen und Pensionen sowie der auf kontraktliche Ueberreinkunft mit den Behörden sich gründenden Zahlungen in der bisherigen Weise erfolgen werde.

Aufruf des kommandirenden Generals an die heute Morgen ausgerückten Truppen. Soldaten! Das Vertrauen der Herzogthümer ruft mich an Eure Spitze; ich schäze mich glücklich, in diesem heiligen Kampfe für das theure Vaterland Euer Führer zu sein. Der Kampf hat begonnen, der Düne rückt an des Vaterlandes Grenze, schleswig-holsteinischer Muth wird ihm mit Gott den Weg über die Belte zeigen. Schaaret Euch mit Vertrauen um Eure neuen Führer, die, begeistert wie Ihr von Vaterlandsliebe, Euch zum Siege führen werden. Die edelsten Männer und Jünglinge des Vaterlandes eilen zu Euren Fahnen — ganz Deutschland sendet Euch seine besten Männer! — Auf denn mit Gott! laßt uns den Dänen schlagen, wo wir ihn finden — bevor fremde Truppen und den Lorbeer entwinden. Ziehet mit Gott, meine Waffenbrüder, die Ihr die Vorhut bildet, am Tage der Ehre bin ich bei Euch! Rendsburg, 27. März 1848. Friedrich, Prinz zu Schleswig-Holstein.

**Rendsburg**, 27. März. Das 13. und 16. Bataillon rückten soeben auf der Route nach Schleswig aus, begleitet von zwei sechspfündigen Kanonen. — Die dänischen Offiziere des Iyehoer Dragonerregiments sind hier als Gefangene eingetroffen und werden von den Bürgern im Gasthofe der Wittwe Pohl bewacht. — Die Regierung ist eifrig beschäftigt, die Verwaltung so rasch wie möglich zu organisiren und die einzelnen Bureaus und Ministerien einzurichten. Viele der von Kopenhagen entflohenen jüngeren Beamten haben sich zur Verfügung gestellt, so daß es am Beamtenpersonal nicht mangeln wird. — Man vermimmt, daß die Lübecker den aus den verschiedenen Orten des Landes über Lübeck nach Kopenhagen flüchten dänischen Offizieren die Abreise gewehrt haben; erfährt aber nicht, ob dies eine Maßregel des Senats oder des Volkes sei.

**Rendsburg**, 27. März. Die gestern von dem Kriegsdampfschiffe „Hecla“ in Kiel aus Land gesetzte Deputation ward von der gesammten Bevölkerung mit ungeheurem Jubel empfangen. Sie stattete unverzüglich an dem Platze beim Hafen und dem Marktplatze in Kiel einen Bericht über ihre Sendung ab. Dasselbe geschah in Rortorf und in Rendsburg, wohin die Deputation sich sogleich begab. — Alle Behörden haben die Anerkennung der provisorischen Regierung eingereicht. Die Stadtkollegien zu Flensburg haben einstimmig die Anerkennung ausgesprochen. — Diplomatische Verhandlungen mit deutschen Fürsten wegen Hilfe durch Truppen, Waffen und Munition sind angeknüpft. — Unsere Vertheidigung organisirt sich mehr und mehr. Ueber die Bildung von Freikorps und Bürgerbewaffnungen sind Reglements erlassen. — Die Truppenbewegungen gehen nach dem nördlichen Schleswig. Für diesen Distrikt ist der Hardesvogt Jacobsen, ein energischer Mann, als Regierungskommissär mit den ausgedehntesten Befugnissen bestellt worden. Die Nachrichten über den Kampf zwischen unsern deutschen Truppen und den dänischen in der jütischen Festung Friedericia, wonach die Unfrigen alle massacrirt sein sollten, die Stadt in Brand gesteckt sei, sind jedenfalls übertrieben.

**Schleswig**. Der Etatsrath Franke ist an Scheel's Stelle an die Spitze der schleswigschen Regierung getreten. (Ueber das Schicksal Scheel's fehlen noch zuverlässige Nachrichten).

## Großbritannien.

**London**, 28. März. Die englischen Zeitungen haben von dem verfassungsschen Boden Großbritanniens aus über die chaotischen Zustände Deutschlands, in welche der Frankfurter Volkstag erwarteter Maßen Licht und Zusammenhang bringen soll, gut räsonnirt; sie haben es bequem, uns zu rathen, wie wir es anfangen sollen, um uns in den Besitz derjenigen Güter zu setzen, durch deren weisen Gebrauch England groß, frei und mächtig geworden ist; es macht ihnen keine Mühe, den deutschen Völkern unbedingtes Vertrauen zu ihren Fürsten, diesen wieder Unterwerfung unter den allgemeinen Volkswillen und die Bedürfnisse der Zeit, beiden aber Mäßigung, Besonnenheit und brüderschaftliches Arm in Armgehen zu empfehlen; sie kennen die Kluft nicht, die bisher in Deutschland zwischen den Regierten und Regierenden, zwischen den Anliegen der Dynasten und des Volks, zwischen Lehrern und Lernenden, zwischen Gelehrten und Ungelehrten, zwischen den verschiedenen Glaubensgenossen, zwischen Nord- und Süddeutschen und wieder zwischen den einzelnen Stämmen dieser beiden Ländermassen bestanden. Wie viel Vorurtheile und unberechtigte Ansprüche sind in kurzer Zeit gefallen und werden noch fallen müssen, um diese Gräben zu füllen! Nur fürchten wir auf der einen Seite die Eifersüchteleien der verschiedenen Herrschergeschlechter und die geheimen Ränkespiele der verbrängten Mitglieder der Kamarillen, wie auf der andern Seite die Umtriebe derer, die um jeden Preis, um den Preis des Friedens, der Verständigung, der Einheit, die Anarchie auf ihr Banner geschrieben haben, jene Anarchie, welche nur zu leicht dem Auslande Gelegenheit bieten könnte, sich auf unsere Kosten zu bereichern und die provisorischen Zustände Deutschlands zu lang dauernden zu machen. Das „Morning Chronicle“ sagt: „Der geographischen Lage wie der politischen und geistigen Bildung nach von unsern Festlandsnachbarn getrennt, sitzen wir Briten auf festem und trockenen Boden, sehen ruhig den brausenden Wogen zu, die tief zu unsern Füßen sich brechen, und philosophiren, spekuliren und weissagen darüber, wie der Sturm entstand, wie er vermieden werden konnte, zu welchem Ziele er führen wird. Dies war nun gerade die Rolle, welche früher Deutschland spielte — so hat sich die Zeit umgewändert: das thätige England spekulirt und wartet ab, und das sonst passive Deutschland handelt und greift zu. Uebrigens möge auch England auf der Hut sein; auch dort stehen noch Kämpfe bevor, die Schlachten zwischen der Aristokratie und Demokratie sind noch nicht ausgefochten, die gesellschaftlichen Unebenheiten zu wenig ausgeglichen, die Höhen und Tiefen der Gesellschaft zu schroff von einander abgesetzt. Die chartistischen Versuche sind nur die Vorpostengefechte des drohenden Kampfes, der sich jedoch hoffentlich in England selbst, wenn auch nicht ohne einzelne Emeuten, doch im Ganzen friedlich und verfassungsmäßig erledigen möchte. Auch in England hat man zu wenig gethan, um nur den billigsten Wünschen des eigentlichen Volks und der Arbeiterklasse Genüge zu thun. Irgendwo kommt man in Irland einem wirklichen Ausbruch immer näher. Die jungirische Partei erklärt England offen den Krieg. „Die Völker, sagt Mitchell im United Irishman, haben ihre Rathgeber so gut wie die Könige; Rathgeber für Irland sind Paris, Berlin, Rom und selbst Wien, sie fordern uns zur Nachahmung auf. Der Krieg ist erklärt; Irland waffnet; es gilt einen Kampf, in welchem entweder England oder Irland erliegen muß.“ Dieser unheimliche Zustand Irlands beginnt sogar schon den Geldmarkt zu drücken. Währenddem schleppen sich die Parlamentsverhandlungen langweilig hin, man weicht jeder Berathung aus, die für die Regierung eine Lebens- und Sterbensfrage werden könnte. Alles tüchtige Parteileben ist wie erloschen. Nur die Wühlereien, Berathungen und Drohungen der Chartisten außerhalb des Parlaments bringen einiges Leben in dies einförmige Gewölbe. Dieser Zustand der parlamentarischen Schlafsheit hat etwas Besremdendes, wenn nicht Bedenkliches.

Die Berliner Mordnacht mit ihren dramatischen Schlaglichtern beschäftigt die englischen Zeitungen Nummer für Nummer; lange Be-

Digitized by Google

trachtungen gehen langen Schilderungen und Beschreibungen voran. Das Morn. Chron. beginnt einen längern Artikel mit den Worten: „das furchtbare Schauspiel von Zerfleischung, welches Berlin darbot, hat die schönste Seite in der Geschichte Preußens und Deutschlands in Blut getaucht. In demselben Augenblick, als das niederhängende Gewölk sich zu theilen, das Licht in größerer Klarheit und Fülle durchzudringen und ein plötzlicher Schimmer von Hoffnung und Erwartung das Volk mit einem neuen Leben zu erfüllen schien, als Jeder freundlich drein blickte und das Nachbars Hand schüttelte, als Freiheit, Einheit und nationale Größe — vielleicht Trugbilder, aber in den Regenbogenfarben von Trugbildern schimmernd — die Herzen entzündeten und auf den Zungen Aller, der Hohen und Niedrigen, Reichen und Armen widerklangen, in demselben Augenblick brach der Sturm mit furchtbarer Gewalt aus; statt anmuthiger Klänge hören wir das Getrattter des Musketenfeuers und den Donner des groben Geschützes unter der dicht gepreßten Menge; statt freundlicher Scenen erblicken wir die gräßlichen Bilder eines Kampfes zwischen Bürgern und Soldaten auf Tod und Leben, und die weit gedehnten Straßen dieser gewöhnlich so ruhigen Stadt schwimmen in Blut und streuen sich mit Haufen verstümmelter Leichname." Das Morn. Chr. ist trotzdem gezeigt, dem König von Preußen nichts Uebles zu sagen, es nennt ihn einen der bestgesinnten Menschen, warnschätzig, aufrichtig, ohne Selbstsucht (?), mit Fähigkeiten begabt, welche eher über das Mittelmaß hinauszureichen, als unter ihm seien.*) Schließlich sagt das M. Chr., nachdem es die vielen Täuschungen, Halbheiten und Schwankungen in der Laufbahn des Königs durchgegangen: es gebe jetzt für den König nur einen Weg, sich aufrichtig und ohne allen Rückhalt der konstitutionellen Bewegung anzuschließen und sich der Strömung, die aufzuhalten und selbst zu lenken nicht mehr in seiner Macht stände, ruhig zu überlassen, von seinem Piedestal herabzusteigen und sich der untergeordnetern Stellung eines konstitutionellen Königs zu bequemen.

## Frankreich.

Paris, 29. März. Die gestern aus Italien gekommenen Nachrichten haben die provisorische Regierung bestimmt, sogleich die Zusammenziehung eines Lagers von 30 bis 35,000 Mann zwischen Vienne und Grenoble zu bewerken.

Marschall Bugeaud hat die ihm von den alten Wählern von Perigueux angetragene Kandidatur zur Nationalversammlung wohl weislich abgelehnt.

Hr. Latrade, der auf Vordeaux vorjagte Regierungskommissär, ist, mit neuen Instruktionen versehen, wieder von Paris dahin abgegangen.

Der ehemalige politische Verurtheilte Jules Lombard bildet hier ein französisches Freikorps, um der Lombardei und Venedig zu Hilfe zu eilen.

Es heißt heute mit Bestimmtheit, daß die HH. Ledru-Rollin und Garnier-Pagès eingewilligt haben, die Expropriation der Eisenbahnen bis nach dem Zusammentritte der Nationalversammlung zu verschieben und dieser das fertige Projekt vorzulegen.

Der Constitutionnel hatte vor einigen Tagen die Nachricht gebracht, daß das von hier abmarschirte erste Bataillon der deutschen demokratischen Legion in Meaux in einen Konflikt mit der Nationalgarde gerathen, und daß großes Unheil entstanden sei. Heute beeilt sich dasselbe Journal nach an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen zu erklären, daß obiges Faktum ganz falsch sei, daß die deutsche Kolonne in Meaux, wie in allen andern Städten, aufs Beste empfangen und auf Kosten der Stadt bewirthet worden sei. Der Constitutionnel fügt hinzu, wie diese Kolonne größtentheils aus jungen, gebildeten Leuten bestehe, die hier glänzende Positionen in Bankierhäusern, oder als Erzieher in reichen Familien u. s. w. aufgegeben hätten und mit glühender Vaterlands- und Freiheitsliebe nach Deutschland eilten. —

Der bekannte englische Socialist Owen ist hier angekommen, um der provisorischen Regierung einen Vorschlag zu machen, wie dieselbe die unzähligen unbeschäftigten Arbeiter augenblicklich nutzbringend verwenden könne.

Auf Befehl des Regierungskommissärs wurden die Jesuiten ihr Ordenshaus in Avignon verlassen müssen.

Die Demokratie parisienne, die teuflische Artikel über Deutschland bringt, sagt heute: „Der geheime Zweck Friedrich Wilhelms IV. ist, die deutsche Treue durch die russische Allianz zu befestigen, um so im Innern die sozialen Ideen und nach Außen die republikanischen Ideen erdrücken zu können. Wir aber sagen den Deutschen: „Ihr habt zu siegen gewußt, wißt auch den Sieg zu benutzen, legt Eure Waffen nicht eher ab, bis Ihr der pietistischen Heuchelei ein Ende gemacht habt, die Euch mit der schmachvollsten Tyrannei bedroht. Deutsche! bleibt Deutschland treu, aber bleibt auch der Freiheit treu, bleibt die Freunde Frankreichs. Die Könige, die Euch wieder knechten wollen, werden vorübergehen, aber Deutschland und Frankreich sind zwei unsterbliche Schwestern."

† Paris, 29. März. Rouen ist in diesem Augenblicke in schrecklicher Lage. Ein junger deutscher Arzt kommt soeben dorther und erzählt, daß die Arbeiter den Bürgern in aller Form den Krieg erklärt haben. Nachdem sie trotz der energischsten Protestationen des Kommissärs und der Municipalität Bicêtre gestürmt und die dortigen Gefangenen befreit hatten, forderten sie von den Fabrikherren Geld und drohten, die Stadt in Brand zu stecken. Daß sie im Stande sind, Wort zu halten, beweisen die Dörfer und Flecken in der Umgebung von Rouen, wo man bereits seit 14 Tagen plündert. Erst dieser Tage zerstörte man u. A. die Besitzungen des Hrn. Henry Barbet in Maromme, und in Jonveaville hat man ein wahrhaftes Plünderungssystem organisirt. Restaurants und Schenkwirthe müssen den Banden augenblicklich das Haus räumen, und wo sich Polizeisoldaten blicken lassen, werden sie verhaftet und in Unthätigkeit gesetzt. Gestern hatte die Emeute vorzüglich auf dem Quai und in den benachbarten Straßen ihren Sitz; Viele, die aus Bicêtre befreit worden waren, stiegen auf das aufgerissene Steinpflaster und schrien, man solle Geld unter die Massen vertheilen, sonst würden sie es selbst suchen gehen. Ein entlassener Handlungsdiener Namens Lallié führt die Meuterer an und theilt Geld unter sie aus, das ihm, wie man sagt, aus höherer, aber deßo unreinerer Quelle zufließt. So oft der Regierungskommissär Deschamp die Haufen zur Ruhe ermahnt, schreit man ihm Vive la République, auch wohl, wie aus Ironie: Vive Deschamp entgegen, aber sobald er den Platz verlassen hat, heult und pfeift man ihm nach und bittet, er möge den Tanz doch nur beginnen lassen. Auf die Garde mobile kann Rouen in dieser schrecklichen Lage nicht rechnen, weil sie zum größeren Theile aus unzufriedenen Employés der Fabriken und Läden besteht, die sich an ihren Herren rächen zu wollen scheinen.

## Italien.

Der in Marseille eingelaufene Dampfer Caster, der Genua am 26. verlassen hat, bringt die Nachricht von der vollständigen Befreiung der Lombardei. Mantua, Cremona, Pavia, Brescia und alle andern Städte haben die drei Farben Italiens aufgesteckt und provisorische Regierungen ernannt. Trient und Wälsch-Tyrol sind im Aufstande. Verona ist noch in der Gewalt der Oesterreicher, doch herrschte die größte Aufregung. Radetzkys ganze Korrespondenz ist den Mailändern in die Hände gefallen. Der Herzog von Modena soll auf seiner Flucht gefangen worden sein. Mailänder Briefe vom 24. melden, daß Radetzky, als Priester verkleidet, gefangen genommen worden sei. Der Verlust der österreichischen Truppen in Mailand wird auf 2000 Mann angegeben. Der Polizeidirektor Torresani ist entflohen, dagegen der unerbittlich wüthende Oberkommissär Belgo vom Volke gefangen. Der Großherzog von Toskana hat ebenfalls seine Truppen den Mailändern zu Hilfe eilen lassen und in einer Proklamation die Unabhängigkeit Italiens und die Bildung eines italienischen Staatenbundes verkündigt.

*) Wir haben unsere Empörung über das Berliner Blutbad und seine Veranlasser oft und deutlich genug ausgesprochen, glauben aber die Ansicht des Morn. Chr. als die eines Briten, so wie die Stimme eines königlich aber konstitutionell gesinnten Preußen über Friedrich Wilhelm IV. (sog. die Beilage) nicht unterdrücken zu dürfen. Jedenfalls war der König von seinen Umgebungen und Ministern, die zur historischen Schule gehörten, ohne von der Historie sich belehren zu lassen, übel berathen. Man hatte dem Könige eingeredet, daß man es nur mit entlassenen Züchtlingen, mit Gesindel zu thun habe, welches, durch das Geld fraun. Emissäre (Einige sagen sogar durch russ. Gold) bestochen und verleitet, bei dem ersten ernsthaften Musketen- und Geschützfeuer auseinander laufen würde! Dämonische Gewalten, wie bei solchen Katastrophen immer, mischten sich hinein; der Blutwirbel, einmal abgeschnellt und von erhitzter Leidenschaft auf beiden Seiten befestigt, flog in ungeahnte Ferne, und so ging die Emeute in einen Kampf über, der wie die Times sagen, zu den blutigsten gehört, welche je in den Straßen einer Stadt geliefert worden.

Für die Familien der im letzten Kampfe in Berlin Gebliebenen und Verwundeten: Von M. 9 fl 47 kr.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

**Preußen.** * Bromberg, 26. März. Die Cesshütterung in unserem gesammten deutschen Vaterlande mußte bis in die entferntesten Gauen deutscher Zunge sich nachhaltig äußern, um so mehr in dem von uns bewohnten Theile, welcher hier im Nege-Distrikt zum geringeren Theile mit polnischen Elementen gemischt ist. Diese Zeilen sind dazu bestimmt, unsern Jubel über das Aufblühen deutscher Freiheit laut werden zu lassen und uns das Recht zur Verbrüderung mit Deutschlands Söhnen zu sichern.

Kaum war die Kunde von den Ereignissen in Berlin nach dem Großherzogthume Posen gedrungen, als in Posen ein polnisches Nationalkomité zusammentrat, welches zu gleichem Zweck ein ihm untergeordnetes Komité hier in Bromberg ins Leben rief. Das erstere ordnete sofort eine Deputation an Seine Majestät den König nach Berlin ab, um dort die Wünsche für die Wiederherstellung Polens vorzutragen. Noch vor dem Eintreffen einer Entscheidung regten sich aber in dem hiesigen Departement Bestrebungen feindseliger Natur. Zwar entweten die genannten Komités uns Deutschen die brüderliche Rechte zum Zeichen ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu dem gesammten deutschen Volke. In demselben Zeitraume schickten sie aber Deputationen an die Provinzial- und die denselben untergeordneten Lokalbehörden ab, welche sie sich für Abgeordnete einer machthabenden gesetzlichen Gewalt ausgaben, die sofortige Absetzung der preußischen Beamten verlangten, an anderen Orten diese Absetzungen eigenmächtig zur Ausführung brachten. Die Symbole der bisher bestandenen Gewalt, die preußischen Adler, sind in vielen Städten abgerissen und beschimpft und die polnischen Fahnen und Abzeichen an Stelle der ersteren aufgerichtet, öffentliche Kassen mit Beschlag belegt, Estaffetten angehalten, die ihren anvertrauten Depeschen erbrechen, die Sensen werden gerade gerichtet, und Hunderte von Personen damit bewaffnet, erschüttern die öffentliche Ruhe in den kleinen Städten unseres Departements. Proklamationen ersetzen auf Proklamationen, und offen wird dabei ausgesprochen, daß die bestehende Gewalt für aufgelöst zu betrachten, und die polnischen Machthaber allein den Gehorsam zu fordern befugt sein sollen. Auch werden Unwahrheiten und unsinnige Gerüchte über die Auflösung des preußischen Staates, das Ableben des Königs nicht gespart, um auf die Bevölkerung einschüchternd einzuwirken. Selbst der Aberglaube wird zur Hilfe genommen, um durch Berufung auf unmittelbare göttliche Zeichen für den Untergang Preußens und das Auferstehen Polens die Gemüther zu erhitzen und einen Bürgerkrieg heraus zu beschwören, welcher um so furchtbarer enden muß, als die heilige Flamme vaterländischer Begeisterung durch den Gedanken einer an uns Deutschen zu sühnenden Rache getrübt wird. Auch wir Deutschen an der Brahe, der Warthe, Netze und Weichsel wollen ein freies, starkes Polen zum Schutze gegen den asiatischen Despotismus, wir wollen, freilich nur gezwungen und mit kaltem Herzen, die polnische Herrschaft auch in dem uns dahin preußischen Landestheilen anerkennen, wenn der König und die gesetzlichen Vertreter dieser Landestheile aus dem unmittelbaren Verband mit dem theuren deutschen Lande auszutreten sich bereit erklären sollten. Nimmermehr darf indeß der so überwiegend deutsche Regierungsbezirk vom deutschen Verbande losgerissen werden. Daher konnten wir es auch nicht geduldig hingehen lassen, daß wir durch den Angriff gegen die bestehende Gewalt vor dem Eintritt neuer gesetzlichen Behörden der brutalen Gewalt eines anarchischen Regiments Preis gegeben würden, daß unsere Nationalehre beschimpft würde und den böswilligen Angriffen unverständiger Personen unterläge. Um so erfreulicher war für uns die bei einer heute von dem hiesigen Polenkomité angeordneten öffentlichen Versammlung kundgegebene echte, deutsche Sinnesweise. Diese Versammlung eröffnete der Regierungsrath Dr. Jacobi, welcher darauf hinwies, wie jeder Neu erblühten Freiheit eine Bedrohe hielt, und aus dieser Errungenschaft auch das Recht für die Freiheit und politische Selbständigkeit seiner polnischen Brüder herleitete und damit schloß, der Verbrüderung Deutschlands und Polens ein Lebehoch zu bringen. Die versammelte Menge, bestehend aus mehreren Tausend der achtbarsten Personen, stimmte nur schwach in dieses Lebehoch ein. Sofort betraten zwei Andere die Rednerstelle und wiesen darauf hin, daß die Lösung der polnischen Frage in ihren Beziehungen zu Deutschland nur in der Vereinbarung der dazu einzuberufenden Organe, insbesondere durch das deutsche Parlament zur Ehre beider Nationen erfolgen könne. Noch immer war dem gekränkten deutschen Nationalgefühle nicht Genüge geschehen; erst als die von uns Deutschen an die Polen erlassene Antwort von einem dritten Redner vorgetragen war, in welcher den besagten Insulten die gebührende Würdigung zu Theil geworden ist, und als der erste Redner das hiesige Polenkomité für aufgelöst erklärte, donnerte ein tausendstimmiges Hoch, für das einige freie Deutschland! Die deutsche und preußische Fahne wehte von heute ab auf unsern Zinnen. Ihr deutschen Brüder, dürt dieses Hoch, es muß in Euren Herzen widertönen, der Deutsche ist nicht nur stark am Rhein, in Baden, Würtemberg, Baiern, im stolzen Wien, im herrlichen Berlin, auch wir gehören Euch an, wir werden an der Hand unsers vielgeliebten Königs, unter dem Schutz unserer Vertreter ein Glied in der großen Kette deutscher Brüder bilden, Euerer würdig, von fester Treue und unerschütterlicher Liebe.

* Aus der Provinz Sachsen, 28. März. Diesen Morgen sind mir hier gedruckte Bekanntmachungen zugekommen, deren Tendenz dahin geht, Deutschlands Fürsten zu erniedrigen, die Republik in Deutschland vorzubereiten und es auf diese Weise Frankreich in die Arme zu werfen. Man sucht insbesondere Haß auf Preußen und dessen König zu werfen. Es hält sehr schwer, sich ein ganz richtiges Urtheil über die Vorgänge in Berlin vom 18. zum 19. zu bilden. Es ist allerdings in dieser fürchterlichen Nacht eine Hauptfrage entschieden worden: ob nämlich der Thron auf den Bajonetten der Soldaten oder auf der Liebe des Volks ruhen soll? Drei Nacht hat für das Letztere entschieden. Unser König ist in großen Irrthümern befangen gewesen, aber die Augen werden ihm jetzt geöffnet sein, und in und trotz seiner Romantik hat er eine innige Liebe für Deutschland, den leidenschaftlichen Wunsch, daß eine politische Einheit für dasselbe herbeigeführt werde, wofür er selbst dann aus allen Kräften wirken wird, wenn die Diktatur ein Anderer als er erhält. Er hat eine Neigung für die Publicität, eine Abneigung gegen das Kuffenthum, und er wird ernstlich für die Wiederherstellung eines Königreichs Polen wirken. Das sind wesentliche vortreffliche Eigenschaften trotz aller seiner Fehler, seiner Inkonsequenz und seiner Widersprüche. Er ist nicht unwahr, aber er vereinigt auf eine ganz eigenthümliche Weise die entgegengesetztesten Eigenschaften in seiner Natur, die ihn manchmal sehr zweideutig erscheinen lassen. Was die Nacht vom 18. zum 19. betrifft, so kann ihm in seinen Umgebungen das alte zweihundertjährige preußische Soldatenprincip zur Seite, welches ihn ermunterte, keine Schwäche zu zeigen und die königliche Würde durch das Militär aufrecht zu erhalten. Man glaubte, es mit einem Haufen Pöbel zu thun zu haben, den man mit einigen Kanonenschüssen auseinanderjagen könne, der König glaubte nicht, das Volk vor sich zu haben. Wie der unselige Wendepunkt am 18. Nachmittags herbeigeführt worden, ist noch nicht aufgeklärt. Das Volk glaubt, der Prinz von Preußen habe das alte Soldatenprincip aufrecht zu erhalten gesucht, ihm hat sich aller Haß zugewendet. Der König, glauben Sie mir, ist deutscher wie viele seiner Unterthanen, in denen mehr der preußische Nationalstolz hervortritt, und das südliche Deutschland wäge bisweilen nicht bestrebet werden, da Preußen eine Geschichte hat, welche 7jährige Kriege und die Freiheitskriege von 1813/15 bieten. Sieht man sich dann nach Frankreich, so ist es nicht anders, da hat Preußen allein nicht fast genug ist, und daß es nur mit Deutschland zusammen stehen und fallen kann. Jngwischen sucht die Propaganda nun zunächst hier in Preußen, da sie den Landtag nicht zu hindern vermag, dahin das Volk zu bearbeiten, daß das Wahlgesetz möglichst breite und weite Grundlagen erhalte, sie sucht Einkammersystem durchzusetzen, um dann mit einer zugendlichen unerfahrenen Kammer auf das Königthum loszugehen und es auf diese Weise zu stürzen.

Wie ich gestern in Berlin hörte, will man die erste Kammer, da eine Zusammensetzung aus bloßen großen Grundbesitzern (Adel) keinen Anklang finden würde, zwar theilweise aus solchen zusammensetzen, ihnen aber die Oberbürgermeister der großen Städte, die Universitäten, die Stifter (als Repräsentanten der Geistlichkeit und andre Notabilitäten) zugesellen (so soll es im Vorschlag sein). Es hatte eben vorgestern im Ministerium eine Konferenz hierüber stattgefunden. Die Aufgabe ist sehr schwer. Die Bürgerschaft in Berlin ist ruhig, hängt an dem König und scheut die Anarchie. In den alten Provinzen ist in den letzten 40 Jahren Viel für die Bauern geschehen, sie werden dem Königthum anhängen, und nur in einzelnen Gegenden, wo die Feudallasten noch nicht ganz abgelöst sind, wird es vielleicht vorübergehende Unruhen geben. — Ich ersuche Sie, die Süddeutschen darauf aufmerksam zu machen, daß man die preußische Nation nicht verletzen möge, indem man sie in den Hintergrund stellt. Sie glaubt, das Recht oder die Ansprüche zu haben, auch jetzt wieder der Vorkämpfer für die Freiheit nach Außen zu sein, wozu sich im Osten bald die Gelegenheit bieten dürfte.

M. **Baden**, 28. März. Was den Weisesten unter uns erst in künftigen Jahrzehnden möglich schien, der Lenker des Weltalls hat

Digitized by Google

es in sieben Tagen geschehen lassen: die drei bislang wirklichen Träger deutscher Macht brugten sich voll echten Vaterlandsfinnes vor der Majestät deutscher Nation. Ohne Schwiechelei und ohne Vorwurf zähle ich Sie, zähle ich Paul Pfizer zu den Ersteren. Beide theilten Sie Preußen die Hegemonie zu im Augenblicke, da die königl. Brüder in Berlin Bürger und Soldaten sich zerfleischen ließen. Sie sprachen Oesterreichs Absonderung aus und verwiesen es auf die Hegemonie der italischen Völker, da es eben den Verräther aller Nationalität, das Hinderniß eines engern Anschlusses an Deutschland, verjagt, da eben Italien wuthentbrannt das Fremdartige von sich stößt. Ja gerade, daß diese Politik mit tiefem Schmerze mich erfüllt und mich hatte fürchten lassen, die lange Reue Lafayettes und Lafittes würde ihr Loos sein. Und doch hat dieselbe, ich zweifle jetzt nicht daran, schnell und entschieden unmöglich gemacht, was Sie gebeten, was ich gefürchtet, was wir jetzt Alle nicht wollen: die Hegemonie Preußens, die Absonderung Oesterreichs. Sicher haben die Räthe des Königs nur Ihrem Winke folgend ihm die deutsche Krone aufs Haupt gesetzt; sie brachen den aber nicht, daß selbst die deutsche Langmuth ein Ziel hat, daß das furchtbare „zu spät“ um so lauter und unwiderruflicher ertönen würde, je schreffer sein Ablassen von einem preißigjährigen mit den Waffen der Sophistik und Halbwucherei gegen jeden Aufschwung der Nation hartnäckig geführten Kriege erschien. Froh, die drohende Gefahr eines Zwiespalts des Reichs hinter und zu haben, wollen wir eines Theils gewärtigen Pr. Mitth. IV. werde sich vorkommenden Falles nicht weniger opferbereit finden lassen, als er selbst von seinen Mitfürsten voraussetze, und als sich der edle Herzog von Braunschweig in der That bereits anließ, andern Theils aber dahin wirken, daß zur Beruhigung der Furchtsamen und zur Bewahrung des für Handel und Gewerbe so nöthigen Vertrauens in die Zukunft die Vertreter der Nation baldmöglichst und feierlichst erklären, daß allen Fürstengeschlechtern durch Dotation ein unabhängiger und großartiger Fortbestand für alle Zeiten werde gesichert werden. Nachdem man kein Gehör schenkend meiner dringenden Mahnung vom 8. d., es versäumt hat, einzig zur Wahl der Parlamentsmitglieder zu schreiten, ist der Zauber entwichen, der einer selbst auf der unvollkommensten Wahl hervorgegangenen Versammlung den constituirenden Charakter verliehen haben würde. Jetzt wird aber selbst ein ordnungsmäßig gewähltes Parlament ungenügend erscheinen, da schon eine der allerwichtigsten Fragen auf der Tagesordnung steht. Ich erlaube mir daher, den Wunsch auszusprechen, es möge außer der Vertretung aller Volksstämme und außer den neuen Bundestagsgesandten noch ein Triumvirat der Fürsten, gebildet von den Trägern der drei Hauptgewalten dem Kaiser Ferdinand und den Königen Friedrich Wilhelm und Maximilian, in Frankfurt baldmöglichst als prov. Regierung die Zügel ergreifen. Jene hochwichtige Frage ist nämlich die: nachdem unsere bereitwillige Mitwirkung zur Wiederherstellung Polens in Posen angenommen worden, eine Scheidung von Italien aber eine leider auf gewaltsame Weise bereits vollendete Thatsache ist, und nachdem in Folge dessen die Erbländer gebietterisch auf den deutschen Bund hingewiesen sind — wollen nun die nichtdeutschen Völker der östr. Monarchie ebenfalls in denselben aufgenommen sein oder nicht? Sie sind nicht anders, scheint mir, muß die Frage gestellt werden. Frei mögen diese Volksstämme wählen zwischen einem deutschen oder einem westslavischen Bunde, aber überzeugt sein, daß in allen Herzen vom Rheine bis zum Niemen nur ein Wunsch lebt: es mögen durch Metternichs Scheidewasserpolitik die Schriftzüge auf den hundert Blättern einer gemeinschaftlichen großen Geschichte nicht ausgetilgt worden sein. Erfüllt sich dieser Wunsch, dann suchen wir nicht länger den Schwerpunkt unseres Bundesstaats bald in Frankfurt, bald in Berlin, bald in Nürnberg, bald in Bamberg, sondern es sei die altehrwürdige Kaiserstadt für unsere staatlichen, das weltvermählige Berlin für unsere wissenschaftlichen und das denkmalreiche München für unsere Kunstwerke der Hauptort; dann ergreife vor allen andern deutschen Fürsten der würdigste aus dem Habsburgerstamme das Scepter des mächtigen Bundes.

* Steasburg, 26. März. Die Bewegungen Deutschlands und Italiens bieten seit den jüngsten Tagen ein weitüberwiegendes Interesse. Frankreich schreint in den Hintergrund getreten. Selbst die Pariser Journale füllen ihre Seiten mit jenen Berichten aus der Fremde. Aber dejungen sollten diejenigen, welche auf der Warte stehen, nicht verstummen, über den Rhein die Blicke zu werfen; denn warnend und lehrend mögen immer die französischen Zustände sein. Glückliches Germanien, wenn mit den letzten Kämpfen alle Wehen der Zeit für Dein Volk geboren wären! wenn nach veränderten Regierungsprinzipien die schweren Fragen der socialen Umwälzung sich gemächlich, besonnen, ohne Stürme lösen! Drängen sollte jeder Wohldenkende, daß so schnell als möglich an diese Lösung Hand gelegt würde, nicht auf zweijährige Fristen, die der Ausgleichung der Feindseligkeiten, oder anderer noch weiter, hinausgeschoben werden, denn schnell schreitet der Sturm. Schaaren bewaffneter und unbewaffneter Deutschen wandern von Paris aus: eine erste Kolonne von 500 solcher Propagandisten soll wohl schon der Grenze Luxemburgs nahe gekommen sein. Andere ziehen von Lyon her, wieder Andere von der Schweiz. Wir haben Namen gesehen, die bei Hanau sich ausgezeichneten, und deren Träger doch erst wenige Tage vorher in Lyon das Handgeld von den Zurückbleibenden empfingen! Viele werden auch unfreiwillig in das Vaterland zurückgeworfen, weil die Stockung der Gewerbe ihre Entfernung aus Frankreich gebietet. Sie Alle predigen die Republik, ihre Stimmen werden verhallen, wenn die Bahn offen geworden für die Entwicklung und Gewährung unveräußerlicher Rechte. Dann wird Deutschland nicht unter der Uebereilung, unter dem hinreißenden Drange leiden, der jede Schranke stürzt.

Dieses ist die Quelle der Verlegenheiten, in welchen sich Frankreich befindet: die politische Revolution ist zugleich eine sociale geworden. Nun ist allerdings scheinbar Manches beseitigt: der Communismus, die Phalansterien, die Ateliers sind beseitigt; ihre Führer, gerufen jetzt Hand an das Werk zu legen, sind zurückgetreten oder bekennen sich zu andern Ansichten. Vergeblich Sie nur Louis Blanc den heute mit seinem Buche, das er 1845 über die Organisation du travail schrieb, welches buchstäblich mit einem großartigen Phalanstere schloß. Hat man aber jetzt auch die Ouvriers in Travailleurs umgeschaffen, zu welchen ja Jeder gehört, der eine bestimmte Beschäftigung hat, so bleibt doch die Grundfrage, welche jene Systeme lösen sollten, wie kann die Arbeit bestehen ohne Konkurrenz, wie letztere ohne Bevorzugung des Kapitals und wohlfeilen Taglohn, ohne Hervorbrehen des Talents, der größern Fertigkeit? Kann ohne religiöse Doktrinen, ohne die sich selbst verläugnende Unterwerfung eine Hierarchie bestehen? In dieser Unmöglichkeit, philanthropische Träume zu verwirklichen, liegt Frankreichs Verlegenheit, die um so größer ist, da die Lösung mit als Hauptaufgabe vor der Umwälzung aufgestellt war: es will, Volk! könt es in allen Klubs, in allen Maßregeln der Regierung, als wäre in Frankreich kein anderes Volk denn Tagslöhner! Möchten die deutschen Regierungen klug sein, und die eine der Aufgaben schnell lösen, bevor die andere sich dazwischen drängt! Jedenfalls aber wünsche ich dann dem Lande, daß ein Arbeiterstand austrete, wie der Pariser, den wir nicht mit den Gamins und Meutard's (Straßenjungen) verwechseln dürfen; das Lob der Ouvriers wird auch häufig wiederholt: ihre Klubs sind die ruhigsten, bei weitem besonnener als die der Studenten, Handlungsdiener und Ähnliche. Sie sind vielleicht auch gröber und länger an die Diskussion gewöhnt: denn jetzt verhehlt es Niemand mehr, daß seit Jahren diese politischen Klubs bestanden und sich auf den künftigen großen Tag bereiteten. Nur die Regierung sah es nicht, wollte es nicht sehen, und glaubte an den Schlaf, während in den stillen Werkstätten emsig gearbeitet wurde. Auch in dieser Stadt herrscht ein reges politisches Treiben, aber nur bei Einigen; die Masse der Bürger geht ihrem ruhigen Gang fort. Nach Mühlhausen sind heute zwei Bataillone abgezogen, und da auch das in Garnison liegende Husarenregiment nach Luneville abgeht, so ist die Stadt beinahe entblößt. Bei dem Eifer der Nationalgarde ist indessen Nichts zu fürchten; auch wird nächster Tage ein Artilleriezug, und Infanterie eintreffen. Jeder Tag bringt neue Kandidaten für die großen Wahlen. Jede Gesellschaft hat deren bereit, und zwar immer zu dreien, die Hauptliste ist aber schon an die Regimenter abgegangen, und dort sind 24,000 Stimmende, welche zu diesem Departemente zählen. Freilich hat auch der Klerus seine Listen, und es scheint, man fürchte ihn in Paris. Der Nationalhat einen sehr leidenschaftlichen Artikel gegen die achtzig Tyrannen, d. h. Bischöfe, und stachelt die untere Sittlichkeit auf, gegen die Hierarchie sich aufzulehnen. Einen schlimmen Eindruck macht der profenfularische Befehl des Emanuel Arago, Reg. Kommissarius in Lyon, welcher ohne Weiteres für diese Stadt die Abgaben verdoppelt, und zwar noch außer der von der Regierung geforderten 45%. Dies geschieht in dem Augenblick, wo der Handelsstand in Bedraut den von Paris gesandten Adjunkten des Kommissarius verjagt. Auch fordern mehrere Pariser Zeitungen geradezu zum Widerstande gegen solche Diktatoren auf.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr. Owen u. Komp., 73 Newgate street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an H. L. Alexander Strassburg 20 Boulevards, Paris 23. Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Buchhandlungen besorgen das Gewünschte. Bon. Pommer-Esche-Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 3 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 3 Kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 94. Heidelberg, Montag 3. April. 1848.

## Uebersicht.

National- und Partikulargesetzgebung in Strafsachen. II. — Wien (die Wiener Zeitung über die bedenkliche Lage Oesterreichs). Prag (Erklärung der Schriftsteller Prags). Berlin (Gründung einer deutschen Nationalzeitung. Die Abgeordneten Stettins vor dem König. Einzug der Linientruppen. Ein volksthümliches Klub. Vorschläge zu einem Nationalconvent). Breslau (Versammlung für Zurückberufung Hoffmann's von Fallersleben). Ratibor (die von Spielberg entlassenen Polen). Stettin (die englische Flotte). Hannover (den Schleswig-Holsteinern ein Truppencorps zugesagt). Karlsruhe (das 7. und 8. Armeecorps mobil gemacht. Kriegserklärung nach Rastatt). Heidelberg (die Volksversammlung in Freiburg). Gießen (Volksversammlung). Frankfurt (die Stürmaren des ersten Tages. Erste Sitzung des Volkstages. Zweiter Tag: Beschluß über Eröffnung des konstituirenden Parlamentes; Antrag, die Zahl einer Permanenten Ausschusses). Bremen (die Nationalflagge zur See. Die beiden Bremer Zeitungen werden in Preußen zugelassen). Neuenburg (Clubisten Mitglied der provisorischen Regierung. Nordschweiz für deutsche Bewegung. Preußen droht mit Kriegserklärung).

**Schweiz.** Bern. Einführung von Geschworenengerichten bei politischen Verbrechen. Luvini nach Mailand. Aufhebung der Mannslöster in Freiburg.

**Schweden.** Stockholm. Blutiger Kampf in Stockholm zwischen Militär und Bürgern.

**Großbritannien.** Die Times über die Berliner Katastrophe. Sammlung in Nottingham für die verwundeten Berliner. Der Prinz von Preußen. Die Chartisten beschließen einen Maffenzug nach London. Immer verdrießlichere Nachrichten aus Irland.

**Frankreich.** Allenthalbe der Regierung. Balken in Paris republikanisch. Ahnardt des 2. und 3. Bataillons der Deutschen. Verstärkung der Armee in Afrika. Lager in Lyon, Dijon und Grenoble. Changarnier. Spaltung der Nationalgarde in zwei Klubs.

**Italien.** Venedig. Die Revolutionstage vom 20.—22. März. Triest. Die Stadt erklärt sich für das Kaiserhaus. Padua ruhig. Treviso und Udine in Aufstand. Mailand. Innerer Zustand der Stadt. Bildung eines Alpenheeres. Genua. Gerücht einer Trennung Genuas von Sardinien. Lombardei. Die Piemontesier verfolgen die fliehenden Oesterreicher. Rom. Truppen nach Ferrara. Florenz. Mißs ans Livorno soll von toskanischen Truppen besetzt werden.

**Beilage.** Berlin (die Voß Zeitung über einen bevorstehenden Krieg gegen Rußland). Posen (v. Waldersee's Erklärung. Die schwarzroth-goldne Flagge auf der Friedensthalle. Polnische Zahdrung auf Flugblätter). Aus Baiern (das neue Regiment in Baiern. Die Ansprüche des Königs von Preußen). Schweden. Die Gesellschaft der Reformfreunde. Stimmung gegen Rußland. Aufruf des Königs an den Konstitutionsausschuß). Ungarn. Pesth. Volksversammlungen und Sicherheitsausschüsse. Die Judenverfolgung in Pressburg. Petition der Tschinale. Besorgnisse. Ein Preßgesetz. Das ungarische Munizerium. Griechenland. Die Zury. Die Universität. Militärische Sicherheitsmaßregeln. Allgemeine Freude über Guizot's und Louis Philipp's Sturz. Der Fall des jetzigen griechischen Regierungssystems erwartet).

**Heidelberg**, 2. April.

Betrachten wir das bestehende inquisitorische Strafverfahren, unter dessen Politik Deutschland schon solange gestanden hat, so erscheinen folgende, theilweise schon in der badischen Strafprozeßordnung und in dem preußischen Gesetze vom 17. Juli 1846 ausgesprochene schleunige Reformen desselben als ein wahrer Ehrenpunkt für die deutsche Nation: 1) Aufhebung der Instanzenbindung, dieser Schmach des deutschen Strafprozesses (badische Strafprozeßordnung); 2) Aufhebung der Verschärfungsrechte der Strafe in höherer Instanz, reformatio in pejus (badische Strafprozeßordnung, preußisches Gesetz), dieser nicht minder der großen Schmach des deutschen Strafprozesses, indem es ein Schutzmittel geradezu in ein Angriffsmittel umwandelt und zugleich jedes Rechtsmittel gegen dieses gefährliche Recht abschneidet; 3) Aufhebung aller Ungehorsamsstrafen und Zwangsmaßregeln gegen den Verdächtigen (badische Strafprozeßordnung, preußisches Gesetz), weil sie in der Sache als indirekter Zwang zum Bekenntniß wirken, und die alte Beweistheorie des Art. 22. P.G.O., daß nur auf Bekenntniß und unmittelbare Thatzeugen verurtheilt werden dürfe, wohl nirgend mehr in Deutschland besteht, mithin dem Bekenntniß der Angeklagten, der zusammengesetzte und selbst der natürliche unvollständige (Zeugen) Beweis jetzt ganz gleich stehen, auf diese daher die Untersuchung zu richten ist, wenn von dem Beschuldigten kein freiwilliges (freiwilligeS) Bekenntniß zu erwarten steht. Vollends gar der Prügel empört alles Rechtsgefühl, obgleich die sog. Zwangsmaßregeln der würdt. St.P.O., welche bis auf lebenslängliche Haft (nicht zur Strafe, sondern zur Bezwingung des Ungehorsams!) sich erstrecken können, saft noch schlimmer sind. Haben wir den Torturalprozeß überwunden, so müssen auch die noch in Deutschland vorkommenden zwei weiteren Entwickelungsstufen desselben, der Prügelprozeß und der Zwangsmaßregelmprozeß für aufgehoben erklärt werden. Keinen Augenblick länger darf eine solche, an der deutschen Nation haftende Schmach geduldet werden, so verzweiflungsvoll sich auch die Inquirenten des alten Systems geberden mögen. 4) Aufhebung der bestehenden, in zahlreichen Beschränkungen der Rechtsmittel in Strafsachen, die sie nur auf dem längst nicht mehr geglaubten Satze beruhen, daß schon der Untersuchungsrichter, und weiter dann der Spruchrichter vollkommen für das Beste (die sog. materielle Defension) des Beschuldigten sorgen werden, die Rechtsmittel daher ohne Benachtheiligung des Rechts sich beliebige Beschränkungen gefallen lassen könnten und müßten. Damit in Verbindung steht 5) die Aufhebung der bestehenden, leiderauch zahlreichen Beschränkungen hinsichtlich der Defension durch einen Rechtsbeistand. Ist der Beschuldigte verdammt worden, so muß ihm von nun an (schon zur Einlegung eines Rechtsmittels gegen diesen, für seine Ehre empfindlichen Beschluß) die freie Benutzung eines Defensors gestattet werden, wie es ja auch der Anklageprozeß nach dreidigter inquisitorischen Vorunterfuchung (badische St.P.O. und Gesetz) gestattet. Ist der Angeschuldigte förmlich in den Anschuldigungsstand versetzt, d. h. vorläufig unvermöglich, so muß ihm nicht nur für diesen Zweck, sondern auch nach gefällten Urtheile für die Einlegung eines Rechtsmittels auf Kosten der Gerichtskasse nach freier Wahl ein Defensor bestellt werden. So bestimmt dies Alles schon vor mehr als 300 Jahren die P.G.O. vom J. 1532, so daß die bestehende Schuplosigkeit verhafteter Angeschuldigten während der oft endlosen Dauer der Untersuchung gewiß als eine Schmach des deutschen Strafprozesses bezeichnet werden kann, welcher dafür den Inquirenten Anklager und Defensor des Angeschuldigten zugleich sein läßt. Damit in Verbindung steht 6) die Aufhebung des fast schrankenlosen Rechts der Verhaftungen und ihrer Dauer, welches als Kollusionsgrund, als Strafmittel, als Musterstaft sind die Garantien, welche in dieser Beziehung die badische St.P.O. aufstellt. Man kann ihr darin geradezu folgen. 7) Aufhebung der schrankenlosen Wiederaufnahme der Untersuchung, welche das Schwert des Damokles über dem Haupt des Freigesprochenen oder Verurtheilten, selbst nach vollständig erstandener Strafe, für die ganze Lebensdauer schweben läßt und den freien Bürger dadurch zum Sklaven des Gesetzes und des Richters macht. Um diese Schmach für die deutsche Nation aufzuheben, gehe man in die Lehre beim römischen Recht (selbst unter den despotischen Kaisern) und bei der badischen St.P.O. 8) Aufhebung aller solidarischen Haftungen für die Kriminalkosten, als eine offenbar ungerechte, theils durch die Politik eingegebene, theils den Vortheil des Fiskus auf fremde Unkosten begründete Bestimmung, wonach namentlich in politischen Untersuchungssachen schon schwerer (wenn gleich gesetzlicher) Mißbrauch getrieben wird. Die Ehre der wiederverwachten deutschen Nation gebietet die sofortige Vertilgung derselben. 9) Beschränkung der Form extraordinaria in Kriminalsachen auf Gründe der Nothwendigkeit, wie im Civilprozeß, also unter Aufhebung bloßer Nützlichkeitsgründe. Denn mit welcher Willkür, namentlich in politischen Untersuchungssachen, die deutschen (wenn gleich unabhängigen) Obergerichte in dieser Beziehung bisher verfuhren, weiß man zur Genüge in Deutschland, und wer daran nicht glauben will, lese die Verhandlungen der Bundesversammlung ꝛc. die zum Jahr 1845. Auch diese Beschränkung erscheint als ein wahrer Ehrenpunkt für die regenerirte deutsche Nation. 10) freiere Gestaltung des Rekursinstanzrechts, da dieses noch der gemeinschaftlichen Praxis und nach den neueren Prozeßgesetzen jedenfalls unzureichend, zum Theil faft vollständig

Digitized by Google

ist. Man lasse diejenige Behörde, welche darüber zu entscheiden hat, mehr als Geschworne und als gesetzt denken als nach Krenz jüridischen Grundsätzen entscheiden. Jeder ehrenhafte Richter wird sich dies gern gefallen lassen; so er auch es, um sich den Schein der Parteilichkeit zu vermeiden, dringend wünschen. Brauchen wir an den bekannten Weidig'schen Fall zu erinnern? Volle Unparteilichkeit des Richters ist ein Ehrenpunkt für die deutsche Nation, und man mache sie rasch zur Wahrheit. 11) Anfhebung der Bestimmung, daß bei Amtsverbrechen der Richter nur mit Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde einschreiten darf. Letzterer ist nämlich in der Regel die Vorunterssuchung zugetheilt (also den Gerichten entzogen), um zu prüfen, ob nicht etwa nur eine disciplinär zu ahnende Dienstverletzung vorliege, unter welchen Titel namentlich auch der sogenannte „übermäßige oder übertriebene Dienstfleiß" fällt, welcher dadurch der verdienten Kriminalstrafe nur zu oft entgeht. Trefflich ist dies allerdings für die Herrschaft des Bureaukratismus berechnet; da aber diese verhaßte Tyrannei jetzt gestürzt ist, erscheint es als ein Ehrenpunkt für die deutsche Nation, diese mächtige Stütze derselben zu stürzen. Ob die Handlung einen kriminellen Charakter habe oder nicht, darüber muß endlich doch das Gericht entscheiden; mithin kann und muß man ihnen die Sache auch von Anfang an in die Hand geben. Jeder andere Bürger ist selbst gegenüber dem gewissenhaftesten Untersuchungsrichter der Gefahr einer ungerechtfertigten Untersuchung ausgesetzt; soll daher für die Beamten des Staats ein so gefährlicher Privilegium gegen solche doch nur mögliche Mißgriffe noch länger fortbestehen? Die Gleichheit Aller vor dem Gesetze spricht dagegen. Endlich 12) Aufhebung, wenn auch nicht aller, doch eines Theils der privilegirten Gerichtsstände in Strafsachen, und zwar derjenigen, welche mit dem seitherigen bureaukratisch-militärischen (Akten- und Bajonetten-) Regimente zusammenhängen. Dies sind theils die privilegirten Ranges- und Standesforn (der Beamten und des Adels), theils die militärischen Standesforn, soweit sie gemeine Verbrechen, Vergehen und Polizeiübertretungen (also im Gegensatze von Militärverbrechen) betreffen. Stehen Militärpersonen in Civilsachen unter den bürgerlichen Gerichten (in Würtemberg erst im Jahre 1815 eingeführt!), warum nicht auch in gemeinen Strafsachen, keimenllen wie polizeilichen, gleich jedem andern Bürger? So besteht es z. B. auch in Braunschweig. Aber freilich soll das Militär einen Staat im Staate bilden und der Staat nur aus dem Regenten und seinem Beamtenheere bestehen, sie sind jene Standesform der Person (persönlich privilegirte Gerichtsstände) wohl berechnet; ebenso gewiß müssen sie aber jetzt schleunig aufgehoben werden, um nicht zu lange unter den traurigen Konsequenzen eines vernichteten Systems leiden zu müssen. Alle diese zwölf Forderungen nehme man sogleich in Angriff; die Ehre der deutschen Nation gebietet ihre sofortige Realisirung. Gewiß ist schon viel damit gewonnen, und Jeder wird darin den vollen Anbruch der neuen Morgenröthe erkennen.

**Oesterreich.** Wien. Ein leitender Artikel der Wiener Zeitung — die in sehr energischer Weise die verliehene Preßfreiheit benützt — klagt über die Schmach, daß Oesterreich ohne Ersatz ein Land aufgeben müsse, das es mit seinen reichsten Provinzen — den belgischen — und seinem edelsten Blute erkauft habe. In Italien werden, fügt die Wiener Zeitung bei, republikanische Tendenzen laut, und die letzten Beschlüsse des Reichstags durchwühlen alle nationalen, socialen und ökonomischen Verhältnisse des Landes. In Galizien sei durch eine Art Volksaufstand die Robot mit einem Mal abgeschafft worden, somit eine finanzielle Revolution herbeigeführt, deren Folgen gefahrdrohend werden könnten. In allen übrigen Provinzen des Kaiserthums zeigen sich die unvermeidlichen Krisen des plötzlichen Uebergangs vom starren Bevormundungssystem zur vollen Freiheit. Die ganze Monarchie stehe auf dem Spiele, wenn das Ministerium nicht kühn und entschlossen vorschreite.

Prag. Die konstitutionelle Prager Zeitung vom 23. März enthält folgende Erklärung der Schriftsteller Prags: „Die Schriftsteller Prags, böhmischer wie deutscher Zunge, gehegen von dem Gefühl der Freiheit und der in der letzten Zeit an den Tag getretenen Eintracht der böhmischen und deutschen Bevölkerung ihres Vaterlandes, haben in ihrer am 21. März 1848 gehaltenen Versammlung einstimmig den Beschluß gefaßt, öffentlich zu erklären, mit allen Kräften dahin wirken zu wollen, daß dieses glückliche Verhältniß nicht gestört, sondern fest aufrecht erhalten werde. Es soll auf Grundlage vollständiger Gleichberechtigung beruhen, so daß weder die Böhmen vor den Deutschen, noch die Deutschen vor den Böhmen irgend einen Vorrang genießen sollen. Es soll daher auch das böhmische Theils der Bevölkerung mehr zur Kenntniß dieser Gleichberechtigung in Allem erst wirklich theilhaft zu machen, muß als eine Sorge der Eintracht anzusehen sein. Sie erblicken ferner, die Vereinigung der böhmischen Krone mit dem österreichischen Staat durch das Band der konstitutionellen Monarchie in Schrift und Wort aufs Kräftigste wahren zu wollen."

**Preußen.** ○ Berlin, 29. März. Die Frage des Augenblicks, welche jetzt alles Andere verdrängt, ist die Berufung des Landtags und das Wahlgesetz. Die radikale Partei macht gewaltige Anstrengungen, die erstere zu verhindern und das letztere in ihrem Sinne, mit allgemeinem und direktem Wahlrecht nämlich, durchzusetzen. Gestern Abend fand zu diesem Zweck eine große Versammlung im Mielenz'schen Saale Statt. Die Quintessenz derselben bestand aus dem radikalen Klub des Hotel Russie und der von der Kölner Volksversammlung nach Berlin geschickten Deputirten. Die Versammlung im Ganzen mochte wohl an 1000 Mitglieder zählen, und die radikale Meinung war darin in einer Majorität mit mehr als $^3/_4$. Der Hauptredner des Hotel de Russie, ein Herr v. Brand, ein noch junger Mann von glänzendem Rednertalent und von wenigstens dem Anscheine nach fanatisch exaltirten Ideen, sprach unter rauschendem Beifall. Die Majorität trat einer schon einige Tage vorher in dem besagten Klub entworfenen und angenommenen Adresse an den König bei, worin Beseitigung des Landtags und allgemeines Wahlrecht verlangt wird. Sollte dieses Begehren abgeschlagen werden, so drohten die Redner der Radikalen mit neuer Errichtung von Barrikaden, mit einer neuen Revolution. Schließlich beantragte Hr. W. Jordan aus Königsberg, aus allen Provinzen radikale Männer nach Berlin zu einer Art Nationalkonvent zu berufen, der, im Falle die Regierung die Forderungen der Partei nicht erfüllte, in förmliche und Versammlung der Volksvertreter zu betrachten und zu setzen habe. Diesem Antrag ward Folge gegeben und ein permanentes Komite ernannt, worin alle Provinzen, mit Ausnahme Pommerns, vertreten sind, und das sogleich die Schreiben nach allen Provinzen erlassen wird. — Hier rechnet die radikale Partei auf die Arbeiter, denn die Bürger sind ihr entschieden feindlich. Mit den Arbeitern hofft sie die Regierung einzuschüchtern und zum gezwungenen Organ ihrer Forderungen zu machen. So verstehn diese Herren die Volkssouverainität. Einige tausend Arbeiter Berlins, als revolutionäre Leibgarde eines wüthenden Demagogenklubs, sollen die Geschicke von 15,000,000 Menschen entscheiden. Die freie Association treiben sie bis zur hochverrätherischen Auflehnung. Ihr einziges Argument gegen ihre Gegner sind Barrikaden. Die große Mehrheit im ganzen Lande ist gegen die anarchischen Projekte dieser gewaltthätigen Minorität; wir sind fest überzeugt, daß, wenn die Regierung mit rückhaltsloser Energie ihr entgegentritt, Ordnung und Freiheit zu retten sind, sonst möchte das Land vor den Gräueln einer beispiellosen Anarchie kaum zu bewahren sein. Bis jetzt, wir bekennen es, haben wir leider nur Schwanken und Unentschlossenheit bei der Regierung wahrgenommen. Die unregierte Zusammensetzung des Ministeriums ist unsere größte Gefahr. Ein Ministerium, gebildet aus den Hauptleiten der ständischen Opposition, also zu Schwerin, Auerswald, Camphausen, Hansemann noch Beckerath, Bincke, zum Präsidenten ohne Portefeuille etwa den Minister v. Schön, dessen Name allein schon eine unbeschreibliche Macht haben würde, wäre von unwiderstehlicher, moralischer Kraft und allen Schwierigkeiten der Situation gewachsen. Jetzt ist der Ausgang nicht vorauszusehn.

× Berlin, 29. März. Es wird hier in gut unterrichteten Kreisen erzählt, der König habe eine Deputation aus Stettin, welche ihm eine der Einberufung des Ver. Landtages zustimmende Adresse überreicht hatte, sehr wohlwollend empfangen, im Verlaufe der Audienz aber Veranlassung genommen, die Aufmerksamkeit der Deputirten auf das Gesicht seines t. Bruders hinzulenken, indem er zu erkennen gegeben, daß ein von ihnen ausgehendes Vertrauensvotum für den Prinzen von Preußen nicht ohne großen Einfluß auf die wider denselben herrschende Stimmung bleiben dürfte. Die Stettiner Abgesandten sollen sich dieser Anmuthung gegenüber in eine sehr peinliche Lage versetzt gefunden und Berlin unter Gefühlen für das t. Haus verlassen haben, die von denen, welche sie hergebracht, wesentlich abwichen.

Der Polizeipräsident v. Minutoli, der bekanntlich zugleich Chef der Nationalgarde ist, hat die einzelnen Abtheilungen dieses Korps gestern über ihre Wünsche wegen Wiederbereinigkeiens von Truppen vernehmen lassen. Es geschah dies in Folge mehrfacher Petitionen Seitens der Bürgerschaft, die freilich des Dienstes längst müde und überdrüssig ist (!). Die Majorität sollte entscheiden, eine offene Diskussion der Frage aber nicht stattfinden, da sehr Einzelne über seine Wünsche mit sich selber klar sein könnte. Aufrechnen wurde die lockende

Digitized by Google

Verstärkung eingemischt, daß keines der Regimenter des 18. März, sondern ein Magdeburger Regiment, welches dort den Kampf gegen das Volk abgelehnt, einrücken, hier aber von seiner Militärbehörden, sondern von dem in letzter Zeit sehr populär gewordenen Polizeipräsidenten v. Minutoli beschützt werden solle. Als Ergebniß dieser Broschüre hat sich eine sehr große Majorität der Bürgergarde in allen ihren Bezirken herausgestellt, und ist damit die Einberufung des bezeichneten Regiments, die schon mergen stattfinden soll, entzürnt, wenn anders nicht die Behörden zu einem andern Entschlusse gebracht werden. Was die bei weitem an Zahl überlegene übrige Bevölkerung Berlins zu dieser sehr gefährlichen Maßregel sagen wird, ist kaum zweifelhaft, und spricht sich schon jetzt der Unwille darüber hie und da ganz unverhohlen aus, um so mehr, als damit ein Prinzip verletzt wird, dessen Heiligkeit der 18. März begründete. Die so ernste, so blutige Revolution, die mit so vielem Veralteten auch die ganze militärische Institution in ihrem früheren Bestande zu Grabe getragen, soll zu einer Art Possenspiel herabgesetzt werden, in dem die indolente, träge Bourgoisie die Hauptrolle spielt!

Die Regierung glaubt Alles gethan zu haben, wenn sie der Armee befiehlt, die deutsche Nationalkokarde neben der preußischen aufzustecken und eine neue Wehrverfassung obenhin versprecht. Aber damit sind weder die Soldaten, noch das Volk versöhnt, und die Ausgleichung jenes fürchterlichen Bruches, der beide Stände gegenwärtig wie Tod und Leben von einander scheidet, in keiner Weise angebahnt. Das Volk ist müde bloßer Worte und Versprechen, es verlangt Thatsachen, die allein hier noch retten können, und der alte preußische Soldat haßt die Farben der Burschenschaft, auch wenn sie der König selber aufgesteckt. Es wird daher nicht ohne Grund befürchtet, daß der morgende Tag, wo Militär hier einziehen soll, die Greuelscenen leicht erneuern dürfte, die in dem Andenken an kürzlich vergangene Zeit noch nirgends verwischt sind.

**Berlin**, 31. März. Die Berl. Z. meldet: Gestern Nachmittag um 2 Uhr fand der Einzug des 24. Reglments hieselbst Statt, und somit ist das erste Militär hierher zurückgekangt. Es hatte an Gegendemonstrationen, welche sich dieser neuen Einigung zwischen Soldat und Volk zu widersetzen strebten, nicht gefehlt. Ausreizungen im heftigsten Ton waren durch verschiedene Redner am Vormittage theils vor dem Potsdamer Thor, theils in den Straßen Berlins in jener Gegend selbst, versucht worden. Man war so weit gegangen, zu einem neuen Barrikadenbau aufzufordern. Indessen hatten diese Agitationen bei dem gesunden Sinne des Volks durchaus keinen Anklang gefunden, ja im Gegentheil, es wäre fast zu einer entschiedenen Umkehrung der Wirkung gekommen. — Zweitausend Mann der Bürgerwehr waren in Abtheilungen von je 20 Mann, herausgezogen vor das Thor und in Spalier zum Empfang der Truppen aufgestellt. Unaufgefordert hatten sich eine große Menge von Arbeitskorps mit ihren Fahnen, aus den Werkstätten der Herrn Wöhlert, Borsig, Egells, Sigl, Hummel, Rädiger u. s. w., ferner das Korps der Künstler, das Gewerbeinstitut u. s. w. dem Empfangszuge angeschlossen.

**Berlin**, 27. März. Die D. A. Z. berichtet: Die Berliner Tagespresse wird mit Nächstem einen Zuwachs erhalten, indem hier die Begründung einer Deutschen Nationalzeitung im Werk ist. An der Spitze dieses Aktienunternehmens stehen die HH. Diesterweg, Duncker, Rutenberg und Naumerck.

**Breslau**, 27. März. Wir hören, daß heute eine Versammlung von Professoren und Studirenden abgehalten worden ist, worin außer andern Zeitfragen über eine Petition wegen Zurückberufung Hoffmanns von Fallersleben diskutirt worden.

**Ratibor**, 25. März. Gestern Abend kamen 29 Polen, aus dem Spielberg bei Brünn entlassen, hier an und fuhren heute um 3/10 Uhr in ihre Heimath, Krakau und Galizien. Gastwirth Linkhusen, bei dem sie übernachteten, ließ sie mit Musik zum Bahnhof geleiten und eine große Menschenmasse schloß sich dem Zuge an. Die Nachricht von ihrer Befreiung kam ihnen ganz unerhofft und erst um Mitternacht vor ihrer Abreise, und wurde ihnen das Gehen nach der Stadt, wo Tausende sie jubelnd empfangen wollten, untersagt. Zwei von ihnen waren sogar erst vor einigen Tagen aus Lemberg angekommen und sollten 12 Jahre sitzen. Die plötzliche Umgestaltung der Dinge war ihnen, die außer dem Kerkermeister Niemanden sahen und sprachen, und in stumpfer Langeweile dahin schwanden, etwas Unerklärliches. Noch 120 sollen ihnen in Zügen zu 30 nachfolgen, und Unzählige haben sich ihre entschlossen, sie auf dem Bahnhofe zu erwarten und zu begrüßen. — Die Epidemie ist in diesem Augenblick in den an der Stadt liegenden Dörfern gerade am bedeutendsten, während sie in den entfernteren Dörfern meist sehr nachgelassen hat. (Schles. Z.)

**Stettin**, 26. März. Die Bremer Zeit. meldet: Nach den Börsennachrichten der Ostsee hat die englische Flotte 32 dänische Seeschiffen angeworben, wie die Zeitung meint, um die englische Flotte durch das Kattegat in die Ostsee zu führen.

**Hannover.** Der Allg. Zeit. zu Folge hat der König der provisor. Regierung von Schleswig-Holstein ein Truppenkorps zugesagt, welches bereits am 28. mit der Eisenbahn abgehen sollte.

**Baden.** **Karlsruhe**, 31. März. Die Karlsr. Z. berichtet: Nach einem Bundesbeschlusse vom 26. d. M. sind das siebente und achte Armeekorps mobil gemacht. Die Truppen sind bereits auf dem Marsche nach ihren Sammelplätzen.

**Karlsruhe**, 30. März. Die hiesige Zeitung berichtet: Wie die Regierung in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer eröffnete, wird nach einem Bundesbeschluß die Festung Rastatt vorläufig mit der kleineren Kriegsbesatzung von 5000 Mann versehen werden, wovon Oesterreich vertragsmäßig ein Drittel mit 1700 Mann zu stellen hat.

**Heidelberg**, 31. März. Die Volksversammlung, die in Freiburg am 26. März abgehalten wurde, war nach einer Korrespondenz der Karlsr. Zeit. von 8 — 10,000, nach einer andern Angabe von 15 — 20,000, und nach einem Bericht des Deutsch. Zusch. bereits von 40,000 Menschen besucht. Als Redner traten auf: Mez, v. Rottek, v. Struve, v. Weitzenegg, Reich, Torrent und Helbing. v. Struve stellte den Antrag: die ganze Versammlung möge sich für eine deutsche Gesammtrepublik erklären, welche Erklärung als eine Willensäußerung der anwesenden Männer dem in Frankfurt zusammentretenden Parlamente vorgelegt werden solle. Die größere Mehrzahl der Anwesenden entschied durch Handaufheben und Zuruf für Republik. Der D. Zusch. berichtet, daß nur drei von 40,000 sich als Gegner der Republik bemerklich gemacht hätten. Dagegen bringt die Karlsr. Zeit. eine Protestation von einem Lehrer der Hochschule, welcher folgende Bemerkung voranzustellt ist: Da unter den Professoren hiesiger Universität, sowie unter einem großen Theil der wohlhabenden Bürger längst eine entgegengesetzte Meinung sich geltend machte, hielt es einer der Lehrer unserer Hochschule für seine Pflicht, noch während der Versammlung eine Protestation aufzusetzen. Er that dies in einem der benachbarten Häuser, trat nachdem sie niedergeschrieben, heraus und forderte das Wort auf der Tribune, was ihm jedoch erst gegen den Schluß der Versammlung gelang. Anfangs wollte man ihn nicht sprechen lassen, weil die Versammlung bereits geschlossen sei; er appellirte an die Volksmenge, indem er erklärte, seit zwei Stunden sei an dieser Stätte die republikanische Meinung verkündigt worden; es gebe aber hier noch eine andere, nämlich die deutschmonarchische, und er fordere das Recht, frei diese Meinung aussprechen zu dürfen; dieselbe sei bereits formulirt und er werde sie in Form einer Protestation mittheilen. Nun sachte Alles zusammen, daß er diese Protestation nicht vortragen dürfe. Darauf fragt Lehrer bleibt daher Nichts übrig, als seine Protestation in der freien Presse niederzulegen, was hiermit geschieht. „Formular für eine Protestation der Universität, so wie einverstandener Bürger der Stadt Freiburg im Breisgau. Heute Sonntag den 26. März 1848, auf der hieher berufenen Volksversammlung haben Hr. v. Struve und verschiedene Advokaten eine Masse von 8 — 10,000 Männern aufgefordert, sich für eine deutsche Gesammtrepublik zu erklären, mit dem Beifügen, daß die Meinungsäußerung der hier Versammelten als Volkswunsch hiesiger Gegend dem Parlamente, das zu Ende dieses Monats in Frankfurt zusammentritt, vorgelegt werden soll. Professoren der hiesigen Universität protestiren sowohl gegen die Anträge, als gegen die von der Versammlung gefaßten Beschlüsse: Erstens wegen Mängel der Form. (Es werden dieselben näher bezeichnet.) Zweitens protestiren sie gegen die gefaßten Beschlüsse in Bezug auf ihren Inhalt: 1) Weil wir der Ansicht sind, daß Deutschland allerdings einer Gesammtregierung bedarf, die aber nur eine monarchische mit starken konstitutionellen Gewalten sein kann (wie in England). 2) Weil wir die Republik für ein geschehenes Spiel halten, das Blut, Zwietracht, Trennung über unser Vaterland bringen muß. 3) Will und die Geschichte der beiden französischen Republiken von 1792 und 1848, sowie die Schicksale der Schweiz (!?) in dieser Ueberzeugung bestärken.

**Gießen.** Das Frankf. J. berichtet über die am 27. abgehaltene Volksversammlung in Gießen. Die Volksversammlung war zusammengetreten, um sich über das deutsche Parlament zu verständigen und um eine Adresse an den Abgeordneten der hiesigen Stadt zu berathen, in welcher derselbe ersucht werden sollte, an der Vorberathung in Frankfurt Theil zu nehmen. Die bei weitem überwiegende Menge erklärte sprach sich für das konstitutionell-monarchische Prinzip mit demokratischen Elementen, für ein freies Hessen in dem einigen Gesammtvaterland und mit Entschiedenheit gegen die Republik, welche uns in einen unabsehbaren Abgrund stürzen würde, aus. Diese Ueberzeugung

Digitized by Google

fand dem auch in jener Adresse, welche heute, mit zahlreichen Unterschriften versehen, an unseren Abgeordneten abgeht, ihren Ausdruck. Zwar gibt es hier eine Minorität, welche methodisch, regsam und gewandt die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Republik in die Bürgerklasse zu übertragen sucht, welche die und verheißenen Garantien der Freiheit als eine kleine Abfindungszahlung betrachtet, alle neuerdings vorgekommenen bäuerlichen Verbrechen gegen die Standesherren billigt und als „Vorschritt" beklatscht, welche zwar den Namen der Republik vorsichtig in der Tasche behält, jedoch unter dem Titel der „Volkssouveränetät" Alles thut, um jene zu verwirklichen, aber die Mehrzahl der hiesigen Bürger wendet sich ab von solchem Streben, welches jetzt immer klarer wird. .

**Frankfurt**, 1. April. Man ließt im Frankf. Journ.: Wie es nicht anders zu erwarten war, hatten sich schon in der Frühe des gestrigen Tages die in der Nähe der Paulskirche gelegenen Straßen und öffentlichen Plätze dicht mit Menschen gefüllt. Es währte nicht lange, so bildeten sich auch hier, wie in der Versammlung, zwei Parteien: die reinrepublikanische und die republikanisch-monarchische. Beide Theile riefen ihre Anhänger zusammen und durchzogen die Straßen unserer Stadt unter Vortragung von dreifarbigen Fahnen, die einestheils „Die Republik", anderntheils „Das deutsche Parlament! Keine Republik!" und wieder andere bloß: „Es lebe das deutsche Parlament!" als Devise trugen. Es konnte nicht fehlen, daß die aufgeregten Gemüther etwas hintereinander geriethen und sollen dabei leider, wie man erfährt, zwei junge Leute nicht unbedeutend verletzt worden sein. Eine solche Störung unserer Festtage ist sehr zu beklagen. Hoffen wir, daß weitere Parteireibereien und Störungen der so nöthigen öffentlichen Ruhe nicht mehr vorkommen werden.

*†* **Frankfurt** a. M., 31. März. Es ist mir schwer, Ihnen die Eindrücke in Kürze zusammenzufassen, die der heutige Tag in uns zurücklägt; es sind so gemischter Art, daß es eines viel ruhigeren Augenblickes bedarf, um ein ganz unbefangenes Urtheil darüber fällen zu können. Der Empfang, der den deutschen Gästen von der alten Kaiserstadt zu Theil ward, hoffe ich Ihnen noch in ein Paar charakteristischen Zügen zusammenfassen zu können; für jetzt beschränke ich mich darauf, das kurze Ergebniß den heutigen Tages möglichst zusammengedrängt vorzulegen. Die Ruhe, die feste Haltung, die in andern Zeiten eine solche Versammlung, wie die hier zusammengetretene, wohl bewahren konnte, ist jetzt kaum zu verlangen; die Spannung, die Aufregung, in die Leidenschaft, die jetzt alle Kreise der Nation bewegt, hat auch unter uns ihre Wirkungen sühlbar geäußert und die heutige Sitzung war ihrem vorherrschenden Charakter nach eher eine stürmisch bewegte, als eine kalt und ruhig debattirende. Sie trägt auch hierin das Gepräge der Volksstimmung, mit deren Mandat sie betraut ist, — wer wollte ihr zumuthen, fest und unerschüttert dazustehen in einem Augenblicke, wo die alten Formen eingsum zerbrechen, wo Meinungen, Wünsche, Leidenschaften der verschiedensten Art sich um die Umrisse des sinkenden Baues zusammenfinden? Eine Versammlung, die mindestens 500 — 600 Mitglieder zählt, die sich zum großen Theile heute zum ersten Male beisammen sehen, wird so rasch in wenig Stunden den ruhigen gemessenen Ton nicht finden, der für die Stimmung der überwiegenden Mehrzahl der unparteiischste Ausdruck wäre. Wir bedürfen auch hier einer Schule, zunächst noch einer parlamentarischen und konstitutionellen; daß wir für die reine und republikanische Demokratie noch manches Schuljahr durchzuleben haben, davon haben wir uns heute lebhafter als je überzeugt. — Als wir heute Morgen um halb neun Uhr im Kaisersaale des Römers zusammentraten, trat diese Spannung und Aufgeregtheit der Stimmungen, diese Scheidung in Meinung und Parteien gleich Anfangs recht klar zu Tage, es schien, als wollten sich gleich beim ersten vordereintenden Akte der Versammlung alle Meinungen und ihre Nuancen miteinander in Kampf begeben. Und doch war der plastische Anblick der Kaisergestalten rings um uns, wie sie der Kunstsinn der Krönungsstadt neu hervorzauberte, eine gewaltige Mahnung zur Einmacht und Einheit; aber wie Deutsche scheinen einmal bestimmt dazu, aus unserer Geschichte Alles zu retiren, nur das Eine nicht was Noth thut. Als wir den Römer verließen und in die Katharinenkirche hinüberzogen, als der stürmische Jubel der alten Reichsstadt aller Stände und aller Altersklassen uns umtönte, als unter Glockengeläute, Kanonendonner und dem rauschenden Ausbruch der herzlichsten Sympathien einer deutsch gesinnten Bevölkerung die versammelte Schaar deutscher Männer ihr neues Marschall bezog, da war wohl Allen, die Theil nahmen an diesem Tausakt einer einigen und großen deutschen Nation, die mächtige Aufgabe klar geworden, zu der wir uns hier in Einmacht zusammenfinden sollten. Aber die unruhigen, zitternden Schwingungen der Zeidewegung sind mächtiger als alle Eindrücke dieser Art; als wie die Schnelle des Versammlungsgaales überschritten hatten, zogen zugleich alle Sympathien, Neigungen und Abneigungen, welche die Zeit bewegen, mit uns ein — und nicht immer denken wir des alten Spruchs: Einmacht macht Macht. — Nach dem Beschlusse der vorberathenden Versammlung waren Mittermaier zum Präsidenten, Dahlmann, v. Ihstein, Jordan und R. Blum zu Vicepräsidenten ernannt worden; dieselben hatten sich Bauer aus Bamberg, Blankenhorn aus Müllheim, Britzlad aus Koburg, Kierulf aus Rostock, Müller aus Düsseldorf, Schwarzenberg aus Kassel, Simon aus Breslau, Bartenrapp aus Frankfurt zu Sekretären erwählt. Die Verhandlungen, wie sie nun in der Paulskirche begannen, werde ich Ihnen morgen ausführlicher schildern; zunächst gebe ich Ihnen nur die wesentlichsten Resultate der Berathung. Ein Antrag, den Struve und Mannchen im Namen von 18 Abgeordneten einbrachte, und der das Programm der republikanischen Partei enthielt, sowie ein anderer Antrag Schaffrath's (aus Sachsen), an die Stelle der Heidelberger Siebnerkommission eine andere zu wählen, wurde nach einer bewegten und ausführlichen Verhandlung beseitigt, indem der Antrag Schaffraths mit einer an Stimmeneinhelligkeit grenzenden Mehrheit verworfen und der Antrag Eisenmanns, sogleich über die Berufung eines konstituirenden Parlaments zu berathen, angenommen ward. Eine beklagenswerthe Unterbrechung ward dadurch hervorgerufen, daß ein Abgeordneter (Vogt aus Gießen) sich so weit vergaß, auf Welcker, den „Bundestagsgesandten" einen Schatten werfen zu wollen; die Aufregung der Versammlung stieg zu einem Grade der Entrüstung, der eine Unterbrechung der Verhandlung nöthig machte. Am Nachmittage wurde die Berathung etwas ruhiger fortgesetzt; die Verhandlung über die Berufung einer konstituirenden Versammlung wurde durch den Antrag von W. Schulz (aus Darmstadt) in bestimmte Fragen formulirt und die beiden ersten: Welche Bundesgebiete sollen vertreten sein — und in welchem Verhältniß soll die Zahl der Volksvertretee zur Volkszahl stehen, heute noch bis 4 Uhr zum Abschlusse gebracht. Daß die Aufnahme Schleswigs, West- und Ostpreußens in den deutschen Bund von der Versammlung beschlossen ward, brauche ich kaum zu sagen; nur über Posen entspann sich eine lange Verhandlung. Man kam zuletzt dahin überein, daß die Stellung Posens als eine offene Frage zu behandeln sei; mit dem Zusatze, daß man die Theilung Polens als ein schreiendes Unrecht betrachte und die Wiederherstellung Polens für nothwendig halte, ohne jedoch die Rechte der Deutschen im posenschen Gebiete zu beeinträchtigen. Als Maßstab der Wahl für das konstituirende Parlament wurde beschlossen, auf je 50,000 Seelen einen Abgeordneten wählen zu lassen; die kleineren deutschen Staaten, die eine geringere Bevölkerung haben, sollen je einen Deputirten wählen dürfen. — So weit heute; Sie sehen, daß wir die Zeit zu Rathe halten müssen, um zum Ziele zu kommen, auch wenn wir uns lediglich darauf beschränken, die rasche und ungesäumte Berufung einer konstituirenden Versammlung zu Stande zu beingen. Die Geschäftsordnung, sowie das Programm der Siebnerkommission lasse ich hier folgen:

§. 1. Es wird durch den Alterspräsidenten vorgeschlagen werden, einen Präsidenten, vier Vicepräsidenten, acht Sekretäre zu ernennen. §. 2. Die Verhandlungen in der Paulskirche finden Statt in der Reihenfolge des von der Siebnerkommission aufgestellten Programms. §. 3. Die Verhandlungen dauern heuten Freitag den 31. März und Samstag den 1. April von 9 Uhr bis 4 Uhr. §. 4. Die Schwindschreiber nehmen die Verhandlungen auf, und diese werden so oft und so schnell wie möglich nach erfolgter Revision durch den Druck veröffentlicht. §. 5. Das Wort wird gefordert mit Nennung des Namens und Volksstammes des Mitgliedes, welches reden will. §. 6. Niemand darf länger als zehn Minuten reden, Niemand geschriebene Rede vorlesen. Es wird von der Tribüne gesprochen, wenn nicht der Präsident für kurze Bemerkungen während der Debatte das Wort vom Sitze aus gibt. §. 7. Amendements zu den Programmsätzen sind schriftlich zu übergeben, oder einem der Sekretäre, ohne daß dadurch die Verhandlung gehört werden darf, zu Protokoll zu diktiren. §. 8. Solche Amendements kommen in der Regel in der Ordnung, in welcher sie vorgelegt worden sind, zur Abstimmung. §. 9. Abstimmungen über die im Programm aufgestellten Fragen folgen in der Regel durch Aufstehen oder Sitzenbleiben, und nur dann durch namentlichen Aufruf nach der Liste der Mitglieder, wenn die Zählung ein zweifelhaftes Resultat gegeben hat, oder wenn diese Art der Abstimmung von 25 Mitgliedern verlangt wird; in beiden Fällen unmotivirt, mit Ja oder Nein. §. 10. Der Präsident hat das Wort zu entziehen, wenn der Redner über zehn Minuten gesprochen hat, er ruft zur Ordnung und entzieht das Wort, wenn der Redner von dem Gegenstande der Berathung oder in Persönlichkeiten abschweift. Gegen ein solchen Ausspruch steht dem Redner die Berufung an die Versammlung zu.

Digitized by Google

I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern. II. Ein Senat der Einzelstaaten. III. Ein Haus des Volks, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstab von 1 zu 70,000. IV. Competenz des Bundes durch Verzichtung der Einzelstaaten auf folgende Punkte zu Gunsten der Centralgewalt: 1) Ein Heerwesen, 2) Eine Vertretung gegenüber dem Auslande, 3) Ein System des Handels, der Schiffahrtsgesetze, des Bundesvollwesens, der Münze, Maß, Gewicht, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen, 4) Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. Ein Bundesgericht. 5) Bevormundung der nationalen Freiheitsrechte. V. Der Beschluß der Einberufung der konstituirenden Nationalversammlung auf obige Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden. VI. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Gliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der konstituirenden Nationalversammlung zu betreiben. Wenn innerhalb 4 Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen früheren Termin zusammen berufen.

Die Ruhe ist bis diesen Augenblick (Abends 7 Uhr) nicht gestört, doch fanden einzelne bedauerliche Konflikte statt, die an sich keine Bedeutung haben, deren übertriebene Kunde aber einen Augenblick die Versammlung in stürmische Bewegung versetzte. Die Stimmung der Versammlung — das brauche ich Ihnen kaum zu versichern, ist entschieden für gesetzliche Entwicklung der deutschen Reform; die Mühler, die erschleichen oder erstürmen wollen, haben sich hier ganz verrechnet. Auch der Geist der Bürger Frankfurts und Sachsenhausens ist vortrefflich; die Turner, auf die manche Unruhestifter ihre Hoffnung setzen mochten, haben bis jetzt zur Erhaltung der Ordnung aufs Eifrigste und Aufopferndste beigetragen. Ich habe für heute Morgen keinen heißern Wunsch, als daß Jeder die ganze Verantwortlichkeit fühlen möge, die dieser Augenblick auf jeden Einzelnen überträgt.

* **Frankfurt**, 1. April. Die bis heute Mittag gefaßten Beschlüsse sind Ihnen aus den Zeitungen bekannt. Ich theile Ihnen hier nur den weitern Beschluß mit: Das konstituirende Parlament muß bis Montag über 4 Wochen eröffnet werden. Der Antrag Heckers, daß die Versammlung sich bis zu Eröffnung der konstituirenden Gesammlung für permanent erkläre, wurde mit 368 gegen 143 Stimmen verworfen, dagegen nach Bogerns Antrag die Wahl eines permanenten Ausschusses von 50 Mitgliedern beschlossen, mit welchem bis zu Zusammentritt des Parlaments der Bundestag ausschließlich verkehren und welcher, im Fall einer Gefahr, die Versammlung wieder berufen soll. Die Sitzung dauerte bis 6 Uhr, die nächste ist morgen.

**Bremen**. Die Bremer und Weser Zeitung sind seit dem 28. März wieder in Preußen erlaubt. Aus **Bremerhaven** schreibt man vom demselben Tage: Heute Nachmittag 2½ Uhr hatten wir das erstehende Schauspiel, zum ersten Mal ein Bremer Schiff — „Magnet", Kapt. O. Droste, nach Angostura bestimmt — mit dem heiligen Symbol der Einheit Deutschlands, der schwarz-roth-goldenen Flagge, unter Segel gehen zu sehn. So schrint denn unserer lieben Vaterstadt die Ehre zu Theil zu werden, daß eine ihrer Schiffe zuerst jenseit des Oceans neben der Flagge der Hansa das alte heilige Reichspanier entfaltet. Wille Gott wird von jetzt an jedes Bremer Schiff diesem rühmlichen Beispiel folgen.

**Schleswig-Holstein**. **Rendsburg**, 28. März. Das Freischaarenwesen ist jetzt vollständig organisirt; der Advokat Samwer, gegenwärtig Civilabjutant des Prinzen, ist zum Bureauchef desselben ernannt worden. Bereits ist das erste Freikorps von 250 Mann organisirt, und wird morgen unter dem Befehl des Hegereiters Brocklow ins Feld rücken. Stündlich kommen neue Freiwillige an, so daß dem ersten bald ein zweites folgen wird. Zum Chef der sämmtlichen Freikorps ist der Advokat Koch, welcher bereits in den deutschen Freiheitskriegen erprobt ist, dem Vernehmen nach designirt. — Heute ging ein Kurier der preuß. Regierung hier durch, um der dänischen Regierung die entschiedene Erklärung zu überbringen, daß der reste Schritt, den ein dänisches Korps auf schleswigschen Boden setzen würde, von Preußen als Kriegserklärung angesehen werden würde. — Das schleswigsche Jägerkorps, welches durch die Vorspiegelungen seines Kommandeurs verleitet war, ihm nach Norden zu folgen, ist unter dem Kapitän Lange wieder in Schleswig eingetroffen und hat sich der preuß. Reg. zur Disposition gestellt.

**Kiel**, 27. März. Auch Nordschleswig auf deutscher Seite. Ein junger Lanemann, welcher Sonnabend Nachmittags die nordöstlichste Gegend Schleswigs verließ, bringt die Nachricht, daß auch die eifrigsten Anhänger der dänischen Partei von einer Inkorporation Schleswigs in Dänemark Nichts wissen wollen, viel weniger von einer Abtrennung des nördlichen Schleswigs vom südlichen. Die einheruhne Mannschaft weigert sich, nach Dänemark zu gehen. Man wolle in Schleswig, aber nicht in Dänemark dienen. In Haderslehen und Apenrade ist die Stimmung entschieden deutsch.

**Rendsburg**, 29. März. Der Eintritt Olshausens in die prov. Regierung wird durch folgendes Cirkular bestätigt: In Folge unserer Aufforderung ist der Eisenbahndirektor Olshausen in die prov. Regierung mit eingetreten und hat in derselben das Departement der Polizei (Sicherheits-, Gesundheits- und Wegepolizei, Strafanstalten und Armenwesen) übernommen. Rendsburg, 28. März 1848. Die provisorische Regierung: Beseler. F. Reventlow. M. L. Schmidt. J. Bremer.

## Schweiz

**Bern**. In der Sitzung vom 27. d. hat die Bundesrevisionskommission mit Einstimmigkeit die Einführung der Geschwornengerichte für die Beurtheilung politischer Vergehen beschlossen. (Bern. Z.)

Laut der Suisse ist Oberst Luvini zum außerordentlichen Botschafter nach Mailand ernannt worden.

**Freiburg**, 29. März. Der Gr. Rath hat nach einer zehnstündigen Diskussion mit einer an Einmurf grenzenden Majorität die Anträge des Staatsrathes angenommen und demnach die sofortige Aufhebung dreier Mannsklöster (Augustiner, Altenryf und Part-Dieu) und das allmählige Aussterben aller übrigen Klöster des Kantons beschlossen.

## Schweden.

**Stockholm**, 21. März. Die Ruhe der Hauptstadt ist in den letzten Tagen durch ernstliche Anordnungen gestört worden. Schon seit einiger Zeit herrschte eine dumpfe Gährung, die bei Gelegenheit eines von den „Freunden der Reform" bei einem Traiteur auf dem Brunkebergsplatze gehaltenen Bankette zum Ausbruche kam. Auf dem Bankett ging es zwar höchst liberal, aber durchaus anständig zu, man ließ den König und die Reform hoch leben, und da sahen früh Morgens aufrührerische Proklamationen angeschlagen worden waren, so beschloß der Verein sich schon früh, um 7 Uhr zu trennen. Gegen 8 Uhr zog ein großer Haufe durch die Korkbrinken; man fing aufrührerisch zu geschrei aus, warf Fenster ein und wollte in mehrere Häuser eindringen. Die bereits früh Morgens verstärkte Garnison schickte Patrouillen aus, die mit Steinwürfen empfangen wurden; mehrere Soldaten wurden verwundet, so daß man sich endlich genöthigt sah, einen Kavallerieschutz auszuführen; auch stelen einige Schüsse. Der König begab sich in Begleitung der Prinzen zu Pferde an Ort und Stelle; er wurde mit Jubel empfangen, und auf sein Zureden zerstreute sich die Menge. Später rottte sie sich wieder in der Norderstadt zusammen, wo sie mehreren hohen Beamten und Mitgliedern des Reichstages, wie auch anderen minder bedeutenden Personen die Fenster einwarf. Erst um 1 Uhr Nachts wurde die Ruhe hergestellt. Sonntag Morgen waren die beforglichen Gerüchte im Umlauf, und man sprach von beabsichtigten Brandstiftungen und Plünderungen. Der Oberstlandtafel erließ eine Proklamation zur Warnung der Einwohner. Die ganze Garnison mit Einschluß der Artillerie stand unter Waffen und die Posten wurden verstärkt. Nachmittags begann der Krawall dadurch, daß die Straßenjungen am hellen Tage in einige Konfektläden einbrachen und sich des Zuckerwerks bemächtigten. Später griff der Haufe die bewaffnete Macht auf Fyrkobeinken mit Steinwürfen, ja mit Messerstichen und Pistolenschüssen an. Nach wiederholter Warnung, und nachdem der Platzkommandant selbst verwundet worden, sah man sich genöthigt, mehrere Gewehrsalven zu geben, wodurch eine ziemliche Anzahl getödtet und verwundet wurde. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und der Tumult ließ bald nach. Die Meuterer verübten zwar noch auf einigen andern Punkten Exzesse, doch war um 11 Uhr die Ruhe hergestellt und ist, in Folge der energischen Maßregeln der Regierung, weder gestern noch heute weiter gestört worden. Vier Infanterieregimenter und ein Kavallerieregiment sind zur Verstärkung der Garnison hierher beordert. Gestern Morgen begaben sich die Deputationen des Bauernstandes und der Aeltesten des Bürgerstandes zum Könige, um demselben ihr Bedauern über die stattgehabten Exzesse auszusprechen und ihn ihrer Mitwirkung zu versichern. — „Dagligt Allehanda" spricht von 11 getödteten Aufrührern, worunter ein Kaplän a. D. Lewin und ein Lieutenant a. D. Benzelstjerna; etwa 30 sind verwundet. Vom Militär sollen zwei Mann getödtet und etwa 30 übel zugerichtet sein, unter den Letzteren die allgemein geachtete Kommandant Daerel, für dessen Leben man besorgt ist.

Digitized by Google

## Großbritannien.

London, 29. März. Die Times beginnen eine Betrachtung über die Berliner Katastrophe mit den Worten: „Es ist ein bekannter Grundsatz Wellingtons, daß bei bürgerlichen Unruhen der Anblick militärischer Kräfte dem Publikum gänzlich so lange zu entziehen sei, als bis es die äußerste Nothwendigkeit erheischt, sich ihrer zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit zu bedienen.“ (In Preußen gali seit ewiger Zeit das umgekehrte Prinzip, militärische Kräfte wurden bei der geringsten Veranlassung nicht nur in Bereitschaft gehalten, sondern auch in herausfordernder Weise zur Schau gestellt; Gendarmen bildeten bei Volksfesten, öffentlichen Feierlichkeiten u. s. w. lange Spaliere; überhaupt genoß der Soldat die seltensten Vorrechte dem Bürger gegenüber, die er nicht unterließ, diesem aufs Brutalste fühlbar zu machen; daher die häufigen Raufereien zwischen Soldaten und Bürgern und der tödtliche Haß Beider gegeneinander. Die Officiere der Garde, adlige Junker, gingen den Unteroffizieren und Soldaten in dieser, bei Ersteren äußerlich seiner geschlifferen Brutalität gegen alles Bürgerthum mit gutem Beispiel voran. Dieser bürgerfeindliche Geist in den Gardelieutenants fand wieder ein Vorbild an dem ganz militärischen Zuschnitt des Hofes, wie es ja leider auch sonst noch in Deutschland so manche Höfe gibt, welche an diesem widerlichen Anachronismus leiden). „Hätten die militärischen Behörden in Berlin“, heißt es in den Times weiter, „am 18. diese weise Vorsicht beobachtet, so würde die Stadt nicht einen der blutigsten Bürgerkämpfe erlebt haben, welche je die Straßen einer Stadt durchfurchen, wir würden nicht Ereignisse zu beklagen haben, welche die bereits vorhandenen Schwierigkeiten für eine gesetzmäßige und friedliche Anordnung der deutschen Angelegenheiten in einem hohen Grade vermehrt haben. Der Kampf zwischen der Bevölkerung Berlins und der preußischen Soldateska nahm unbestreitbar den Charakter einer Revolution an. Die Leidenschaften von beiden Seiten waren bis zum äußersten Grade der Blutthirste entflammt. Gegen 13—14 Stunden tobte der Kampf mit ungeminderter Wuth, und es erscheint merkwürdig, daß nach einem solchen Revolutionskampfe die unmittelbaren politischen Ergebnisse so gering erscheinen. Aber ein Ergebniß von unbezweifelter Wichtigkeit steht fest: der König von Preußen hat in der That eine Schlacht gegen die Volkspartei verloren, und er erklärt jetzt, nicht ohne ein grausames Gefühl verschärfter Demüthigung, das Volk mehr als Personen seiner Hauptstadt, als er selbst es im gegenwärtigen Augenblicke ist. Zum ersten Male, seit es eine preußische Monarchie gibt, hat nach einem blutigen Kampfe das Volk seinem Herrscher Gesetze vorgeschrieben.“ Den plötzlichen Einfall des Königs, sich zum leitenden Haupt der deutschen, mehr nationalen als demokratischen Bewegung aufzuwerfen, loben die Times als das beste Mittel, das ehrgeizige preußische Volk für sich zu gewinnen, obschon diese Zeitung das Spiel für gefährlich, für eine große Aufgabe hält, zu deren Lösung es entweder eines kühnen und genialen Mannes oder eines ausgezeichneten Glückes bedürfe. Aber schon der bloße Entschluß des Königs (der leider nur „zu spät“ gefaßt wurde, wie die Entschlüsse der meisten unserer Regierenden) habe ihn aus großer Gefahr errettet und verdiene die begeisterte Zustimmung seines Volkes; seine Unterthanen hätten jetzt wieder einen Gedanken als Mittelpunkt, um den sie sich scharen könnten, und dies sei wünschenswerth, denn derselbe Preußen in Anarchie, so wäre es um die Stellung, die es in Deutschland und Europa einnehme, sofort geschehen, wie Deutschland, wenn es durch die Schuld seiner Fürsten und Bevölkerungen in einen anarchischen Zustand gerathen sollte, nicht nur an seiner frisch erworbenen Freiheit, sondern auch an seiner Unabhängigkeit und seinem Länderbesitz durch Anfälle von Außen Schaden erleiden würde.

Den Times zufolge haben die in Nottingham angestellten oder zur Zeit wohnhaften Deutschen eine Subskription für die am 18. u. 19. März verwundeten Berliner eröffnet. Diese Zeitung spricht die Hoffnung aus, daß das von den Deutschen in Nottingham gegebene Beispiel auch in andern Fabrikstädten Nachahmung finden werde.

Dem Prinz von Preußen werden von der hohen Peerschaft große Aufmerksamkeiten zu Theil. Der alte Wellington trug bei seinem Gegenbesuche die Uniform eines preußischen Feldmarschalls.

Die Chartisten bereiten sich vor, am 10. April einen großen Zug nach London zu veranstalten und bewaffnet eine Petition um Gewährung des Volkseichrichtes vor das Parlament zu bringen. Jede Stadt, wo sich Chartisten befinden, ernennt hierzu eine Deputation. Die Chartisten scheinen hierbei auf einen Volksaufstand zu rechnen, wie aus mancherlei in den letzten chartistischen Meetings gefallenen Aeußerungen hervorgeht. Bei einem derselben suchte Hr. Jones den Muth der Versammelten durch die Versicherung zu stärken, daß das Militär auf die Chartisten nicht schießen werde, erst in letzter Woche hätten 18 Gardegrenadiere die Volkscharte unterzeichnet. Inzwischen bewaffnet sich das irische Volk mit Piken und Gewehren; in Dublin sind fast alle Gewehrläden ausgekauft. Die Times enthalten einen leitenden Artikel über Irland, woraus hervorgeht, daß man sich in England auf blutige Emeuten wenigstens in den größern Städten Irlands gefaßt macht. In Folge dieser bedenklichen Nachrichten aus Irland, verbunden mit denen vom Kontinent, namentlich aus der Lombardei und Schleswig-Holstein, wichen die Staatspapiere am 29. März an der Londoner Börse, die Konsols sanken wieder auf 82.

## Frankreich.

Paris, 29. März. Offizielle Aktenstücke der Regierung. 1) Die Waldungen der ehemaligen Civilliste kehren an den Staat zurück und werden wie die Staatswaldungen verwaltet. 2) Die Bataillone der mobilen Nationalgarde werden bei den Wahlen zur Nationalversammlung in dem Arrondissement, wo sie ihre Kasernen haben, Wähler sein. 3) Eine große Menge Absetzungen und Ernennungen im Justizdepartement.

Paris, 30. März. Das demokratische Centralwahlkomite für Paris und das Departement der Seine macht heute die Namen der 34 Kandidaten bekannt, die den Wählern als Deputirte in die Nationalversammlung empfohlen worden sind. Diese 34 Namen wurden in Uebereinstimmung mit allen demokratischen Klubs in einer Generalversammlung durch Skrutin festgestellt. Da die gemäßigte Partei nun eine Gegenliste aufstellen wird, so wird der Wahlkampf in Paris sehr einfach zwischen beiden Listen flattfinden, und die übrigen Stimmen werden sich auf eine Menge anderer Namen zersplittern. Daß die Kandidaten des demokratischen Centralwahlkomités in Paris durchgesetzt werden, unterliegt gar keinem Zweifel.

Das zweite Bataillon der deutschen demokratischen Legion ist heute um 8 Uhr Morgens von der Barrière du Trône nach Straßburg abmarschirt. Der Andrang der sie begleitenden Franzosen, Polen, Italiener, Ungarn u. s. w. war noch größer als das erste Mal. Vier Bataillone der mobilen Nationalgarde wollten durchaus mit den Deutschen an die Grenze ziehen, sie gingen zur provis. Regierung, alarmirten alle Klubs, und nur mit großer Mühe gelang es dem General Duvivier, als sie erklärten, alle ihre Entlassung zu geben und sofort zu marschiren, sie von diesem Schritte abzuhalten. Wir haben in Hinsicht auf diese so vielfach verlästerte deutsche Legion noch eine Bemerkung zu machen. Nämlich, daß dieselbe in ihren Reihen keine Kommunisten enthält, wie deutsche Blätter erzählten. Die deutschen Kommunisten in Paris haben sich im Gegentheil gweigert, sich der Legion anzuschließen, — sie sind alle in Paris geblieben und halten im einem von Dr. Carl Marx gegründeten Klub friedliche Diskussionen über die socialen Fragen. Es ist sogar eine entschiedene Spaltung zwischen den Kommunisten und den Demokraten der hiesigen Deutschen ausgebrochen, die sich bereits in heftigen Debatten Luft gemacht hat. Das 1. Bataillon der deutschen Legion ist heute, indem ich dieses schreibe, erst auf der Hälfte des Weges nach Straßburg (in Epernay), das 2. und 3. Bataillon (12 Kompagnien zu 100 Mann) sah man heute abmarschiren, nachdem alle Klubs, Deputationen aller Nationalgardelegionen, aller andern Nationalitäten in Paris ihnen das Geleite gegeben, und nachdem Lo Mostowa, der Sohn des Marschalls Ney, eine begeisterte Anrede an sie gehalten, nachdem sie geschworen hatten nur als Freunde und Brüder, nie als Feinde Deutschlands Boden zu betreten.

Als Depot der Armee von Afrika haben Befehl erhalten, ihre waffenfähigen Leute nach Algier zu schicken. Der Effektivstand der afrikanischen Armee wird dadurch um 15000 Mann vermehrt werden. — Jedes Linienregiment in Frankreich hat den Befehl erhalten, drei neue Kompagnien, jedes Kavallerieregiment eine neue Eskadron zu bilden. Das Fort Jour bei Pontarlier wird in Vertheidigungszustand gesetzt.

Fernere offizielle Aktenstücke der Regierung. 1) Alle im Moniteur des 22., 23. und 24. Februar erschienenen Ordonnanzen und die darin enthaltenen Ernennungen werden, als bereits während der Insurrektion erlassen, für ungiltig erklärt. 2) Mehrere Erleichterungen und Terminsverlängerungen in Bezug auf nicht bezahlte Wechsel und deren Protefte. 3) Ein Dekret ermächtigt den Justizminister, alle seit fünf Jahren in Frankreich lebenden Fremden, ohne die früheren langen Förmlichkeiten zu naturalisiren, sobald sie ein Zeugniß des Maire oder Polizeipräfekten von Paris oder der Regierungskommissäre für die Departements beibringen, daß sie würdig sind, französische Bürger zu werden.

Das National-Vertheidigungskomite hat sich für die Zusam-

Digitized by Google

mengiehung dreier mit einander in Verbindung stehenden Lager bei Dijon, Lyon und Grenoble entschieden. Alle drei Lager zusammen werden 100,000 Mann Truppen enthalten. Sollten die Ereignisse in Italien ein Vorrücken an die sardinische Grenze nothwendig machen, so wird das Armeehauptquartier in Lyon sein.

Man versichert heute, General Cavaignac habe durch telegraphische Depesche von Marseille das Kriegsministerium abgelehnt, und dasselbe sei nun dem General Changarnier übertragen worden, der eben auf dem Wege nach Algier ist.

Die Herren De Lurde und Riviere sind zu Gesandten der Republik im Haag und in Lissabon ernannt worden.

Die meisten Hausezigenthümer von Paris haben ihren Miethsleuten den am 15. April fälligen, vierteljährigen Miethzins erlassen.

Die neuen Einhundert-Banknoten sind gestern zum ersten Male in Circulation gesetzt worden. Sie sind auf blaßgrünem Papier gedruckt und etwas kleiner als die andern Banknoten.

Der Kind der Nationalgarde, im reaktionären Sinne gegründet, später durch die Gewalt der öffentlichen Meinung gezwungen, sich zu demokratisiren, hat sich nun in zwei Klubs gespalten — in einen demokratischen, der seine Versammlungen in der Reitschule Hitte hält, und in einen Bourgeois-Cercle-Klub, der in dem bisherigen Lokal bleibt. Somit tritt die Trennung zwischen Bürger und Volk selbst in die Reihen der Nationalgarde. — Die Anzahl der Klubs von Paris beträgt jetzt 114, in Lyon sind 37 Klubs und so verhältnißmäßig in allen andern Städten.

Das Journal des Débats analysirt heute die deutsche Bewegung. Es entdeckt in ihr keinen Haß des Volkes gegen die Fürsten, aber das dringende Bestreben, die Verschiedenheit der Volksstämme aufzuheben und ein einiges, einheitliches Deutschland zu werden. Ob dies Deutschland von Friedrich Wilhelm IV. als Kaiser beherrscht werden wird, oder ob die Deutschen einen amerikanischen ähnlichen Staatenbunde gründen werden, das will es nicht entscheiden. Selbst Ludwig von Baiern sei nicht seiner Regierungsgrundsätze wegen gefallen; Alles sei in Baiern beim Alten geblieben; sehr hohe Personen (der ehemalige Kronprinz will das Journal des Débats sagen) sowie die Jesuiten hätten den König gestürzt, und die Errungenschaften seines Privatlebens hätten den Verlust zu diesem Sturze hergegeben.

## Italien.

Genua. Die „Patria" vom 25. meldet: „Im Augenblick, da unser Blatt in die Presse kommen sollte, wird uns berichtet, in Genua habe eine Bewegung stattgehabt, deren Resultat war: Losreißung von Sardinien und Anschluß an ein einheitliches Italien mit republikanischer Regierungsform.

Mailand. Der Kartor. Z. wird von der österreichischen Grenze vom 28. März geschrieben: „Aus Mailand kommt nunmehr eine Reihe von Erlassen der prov. Regierung in der Gazetta di Milano. Eines dieser Dekrete ordnet die Bildung eines „Alpenheeres" an, weil nur der Gipfel der Alpen die künftige Grenze sein könne. Auf diese Art würde ein anschnlicher Strich in Anspruch genommen, den man bisher, trotz der Sympathien mancher deutschen Blätter für die lombardische Bewegung, zu Deutschland zu rechnen gewohnt war. Ein anderes Dekret sagt wörtlich: „Bürger! es naht die Stunde, wo Italien wieder sein ehemaliges Primat unter den gebildeten Nationen einnehmen wird." (Anspielung auf das ehemalige Kaiserthum oder die frühere Macht der Päpste.) Zu Benedig soll die ganze Umwandlung ohne Blutvergießen vor sich gegangen sein. Man will nun wieder eine venetianische Republik einrichten; in Mailand zeigt sich Lust zu einer mailändischen. Wenn dies in Erfüllung geht, so dürfte Oberitalien in kleine Republiken zerfallen, wobei die Macht und Größe Italiens oder gar das „Primat" desselben keine sonderlichen Fortschritte machen wird."

Parma. Die Bas. Z. vom 31. März bringt Folgendes über die Revolution in Parma: Als es am 19. bekannt wurde, daß die Lombardei aufgestanden sei, nahm die Stadt eine drohende Haltung an, Volksversammlungen fanden Statt, der Herzog verfammelte den Staatsrath. Am 20. Morgens 8 Uhr wurde das österreichische Detachement, das den Hauptplatz besetzt hielt, angegriffen, ein Soldat und ein Künstler wurden dabei getödtet. Auf das Feuer der Oesterreicher ergriff die Menge zuerst die Flucht, sammelte sich aber bald wieder. Ein lebhaftes Feuer wurde aus den Häusern, den Straßen und dem Thurm der Kathedrale, wo man zu gleicher Zeit Sturm läutete, unterhalten.

Lombardei. Der N. Z. Z. wird aus Bergamo vom 28. März geschrieben: Bei Desenzano (am Gardasee) haben die Patrioten den größten Theil des österreichischen Generalstabes, 1 General, 3 Obersten und eine Menge Offiziere und Truppen mit vielem Geld gefangen genommen; es scheint, daß die Oesterreicher den Kopf ganz verloren haben.

Das Mailand wird unterm 27. d. geschrieben: Gestern Nachmittags sind die ersten piemontesischen Truppen eingezogen. Es sind etwa 5000 Mann. Ein Theil der Bürgerwache und das Regiment Borromeo, das sich aus Freiwilligen als regulären Korps gebildet hat, zogen ihnen entgegen. Ein stärkeres piemontesisches Korps, etwa 7000 Mann, ist über Pavia, gegen Crema und Lodi, um den fliehenden Oesterreichern nachzusetzen. Einem zweiten Schreiben vom 27. d. entnehmen wir Folgendes: Radetzki sei noch in Crema mit etwa 20000 Mann und 60 Kanonen. Todte sind hier in Mailand 5—600, die sechtend fielen, und vielleicht das Doppelte an unschuldigen Opfern, Weiber und Kinder; verwundet sind sehr Viele. Die Truppen, glaubt man, haben 2000 Todte. Man ist hier frohen Muthes mit Ordnung gepaart. Heute erwartet man ein zweites Korps Piemontefer.

Florenz. Alles breitt sich, seinen Theil von den bisher unter österreichischer Suprematie gestandenen italienischen Ländern zu erhaschen. Ein Dekret des Großherzogs von Toskana verfügt, daß Massa und Carrara von großherzoglichen Truppen besetzt werden solle. Massa war schon vorher von toskanischen Freischaaren eingenommen worden.

Die päpstliche Regierung hat die Linientruppen, die Artillerie und die mobile Bürgergarde von Bologna nach Ferrara beordert, wahrscheinlich um die Oesterreicher zum Abzug zu zwingen. Am 20. wurde in Rom die Bildung eines Operationskorps aus 4 Infanterie-, 2 Kavallerieregimentern, 3 Batterien ꝛc. befohlen. (N. Kor.)

Venedig, 20. März. Die vorgestern mit Grund gehegten Hoffnungen haben sich leider nicht erwahrt. Heute früh thron begann der Horizont sich zu umdüstern. Die Mißstimmung steigerte sich, als der Marine-Obrist Marinovich Mehrere aus seiner Mannschaft bestrafte, weil sie Tags zuvor das Evviva l'Italia zu begeistert erschallen ließen. Diese Mißstimmung zeigte sich bald klarer, da man statt roth und weißer Bänder abermals dreifarbige wählte; sie verrieth sich deutlich durch die ernsten Gesichter, die verschiedenen Klubs am St. Markusplatze, das geheimnißvolle Murmeln von Republik. Je mehr sich der Abend näherte, desto lebhafter wurden die Straßen, desto lauter hörte man das viva l'Italia! Evviva i desporati! Umlaufende Gerüchte ließen diesen Abend einen Anfall auf die Deutschen befürchten, was das stürmische Treiben und die lärmenden Zusammenrottungen leider zur Gewißheit zu machen schienen. Dessyalb drängte sich eine solche Anzahl der angesehensten deutschen Familien zum Dampfboot-Bureau, daß über zweihundert Personen zurückgewiesen werden mußten, da zufällig bloß das kleine Dampfboot „Sofia" vor Anker lag. Doch fiel die Nacht, da es auch fortwährend regnete, Nichts von Bedeutung vor, ausgenommen einen lärmenden Auftritt, als ein Offizier vom Regimente Kinsky am Platze erschien. Das Erscheinen dieses Offiziers wurde alsogleich ein willkommener Vorwand, die Menge brüllte, in alle Theile sich zerstreuend, tradimento! alle armi cittadini! Der Offizier verdankte seine Rettung einzig nur der guardia nazionale.

Heute, 21. März, sah es schon bedenklicher aus. Von Triest langten die drei größten Dampfboote „Triefte", „Venezia" und „Arciduca Federico", welche einen großen Theil der deutschen Bevölkerung in die gastfreundliche Nachbarstadt überbrachten. Die Gährung wuchs, ohne daß es zu Thätlichkeiten kam.

22. März. Der heutige Tag macht Epoche in der Geschichte der Lagunenkönigin. Der alte Löwe von St. Markus, der durch ein halbes Jahrhundert auf den Vorderen von zwölf entschwundenen Säulen unter den Sitzigen des österreichischen Aars ruhig und sicher schlummerte, erwachte zum neuen Leben, und die Sonne bescheint eine neue „Republik Venedig". Nachdem an diesem Morgen der verhaßte Marinovich im Arsenale in Stücke wüthend zerhauen worden, proklamirte man Nachmittags die Republik. An der Spitze der provisorischen Regierung stehen Manin, Tommaseo, Benvenuti. Der Stadt- und Festungskommandant, Graf Zichy kapitulirte auf die schändlichste Weise. Waffen, Munition, Kassen (in denen sich über 2 Millionen Gulden befunden haben sollen) übergab man feig und ohne Schwertstreich an die Empörer und erhielt nach Ablegung der Waffen freien Abzug der nicht-italienischen Truppen. Es war ja nicht Ein energischer Kopf an der Spitze der Civilverwaltung oder der Militärs, und man kann mit voller Ueberzeugung sagen, daß unmöthige, übertriebene Aengstlichkeit der Behörden den Sturz herbeizog; während ein energisches, mit kluger Politik eingreifendes Benehmen und genaues Beachten der Umstände und des Nationalcharakters gewiß höchst vortheilhaft eingewirkt hätte. Die österreichischen Beamten erhalten Gehalt

Digitized by Google

**Preußen.** Die Voss. Z. stellt über einen bevorstehenden Krieg mit Rußland folgende Betrachtung an: „Ein Artikel in der Spenerschen Zeitung (von Hrn. Th. Rötscher) stellt die Ifolirung dar, in welcher sich Rußland befindet; darin wird Jeder mit dem Verfasser übereinstimmen. Allein derselbe führt am Schluß den Satz aus: „daß ein Krieg mit Rußland sehr unwahrscheinlich sei." Darin wird Niemand mit ihm übereinstimmen. Er ist nicht nur wahrscheinlich, sondern fast unvermeidlich. Die Bewegungen in dem preußischen und österreichischen Antheil Polens sind mit denen in Deutschland in ganz Europa in Einklang. Kann man glauben, daß diese gewaltig brandenden Wellen sich kraftlos zerschellen werden an den Grenzen des russischen Polens? Läßt sich diesem Strom gebieten: „Halt! bis hieher und nicht weiter!" Seine zurückgehaute Fluth mußte sich nach Deutschland selbst wälzen. Es ist die Zeit da, wo alle im innern Recht der Völker begründeten Forderungen sich fliegreich geltend machen. Der Ruf zur Herstellung der Nationalität Polens erdsat mit unwiderstehlicher Macht. Er dringt durch die Grenzpfähle dreifacher Truppenketten, er fliegt über die Wälle der Festungen. Wer will es sagen, ob er nicht schon jetzt sich in den Mauern Warschaus selbst Luft macht? Es gibt eine geistige Gewalt, der gegenüber selbst die aufgefahrenen Batterien verstummen! — Daß ganz Polen sich als ein eigenes Volk und Land herzustellen verlangen wird, das ist außer allem Zweifel. Und ob dieser als Gewißheit anzunehmende Versuch den Krieg sehr unwahrscheinlich läßt?? Es ist möglich, daß sogar Rußland der Gewalt des Geistes weichend, der im Sturm durch Europa weht, seine Zustimmung zur Herstellung Polens gibt. Doch es ist schwer zu glauben. — Wenn der Krieg nun ausbricht, ist er in seinem Ausgange gefahrvoll für Deutschland? Nein. Er wird Opfer kosten, aber sie werden nicht vergeblich sein. Europa ist jetzt im Bunde gegen das russische Staatssystem. Das ungeheure Reich war niemals ein seinem Umfang entsprechende starkes. Die Ostseeprovinzen haben den natürlichen Hang zu Deutschland, Finnland neigt sich zu Schweden. Im Süden hat der Kampf seit Jahren nicht aufgehört. Endlich, und das ist der stärkste Bundesgenosse gegen die Macht dieses Gegners, trägt Rußland so gut wie jedes Land Europas das Element der Unzufriedenheit in sich. Wie tief der Funke unter der Asche verborgen liege, er kann auflammen in einem Hauch — und das Sturmathmen der Freiheit, das Europa überweht, ist stark genug, diese Flamme zu entzünden. Ja, der eiserne Druck, der bisher den Gedanken befastet hat, muß seine Kraft höher gespannt haben, und die Explosion erfolgt gewaltiger, wie die der belasteten Mine! — Mit den politischen Umwälzungselementen können dort in dem Lande der Sklaverei, die gesellschaftlichen in das furchtbarste Bündniß treten. Und wie wäre dieses unermeßliche Reich in solchen Erschütterungen zu überstehen und durch einen Zögel zu leiten? — — Der Krieg mit Rußland, wie sprechen es nochmals aus, ist mehr als wahrscheinlich; er ist nur vermeidlich unter der einen Bedingung die vielleicht wie so Vieles, zu spät zugestanden wird, der Anerkennung Polens."

**Aus Bayern.** Die Zeit wird immer ernster, die Ereignisse drängen sich wie Wogen und drohen sich und uns zu begraben. Kaum daß wir gefaßt, was Gestern brachte, verwirrt und Heute mit ungeheuerlichen Gegebenheiten. Nun gilt es, in so schwankender Zeit, nicht schwankend gesinnt zu sein. Die Abdankung des Königs Ludwig, wie schmerzlich auch Einzelne davon berührt werden mußten, konnte nicht anders als versöhnend wirken. Es zeugt von Größe des Geistes, wenn der Mächtige die größere Macht der Zeit erkennt; und von Größe des Gemüths, wenn er gegenüber derselben sich nicht in Unterhandlung einläßt und — statt mit sich selbst in entehrenden Widerspruch zu treten, oder aber einen nutzlosen, nur verderblichen Kampf zu beginnen — mit Ergebung zurücktritt. „Eine neue Aera beginnt": hatte König Ludwig gesagt und diese neue Richtung seinem Sohne überlassen, der noch in freier Unbefangenheit so weit vorangegangen, daß er durch die neue zur Macht bewogen werden müßte, daß er sie nicht frei und leicht zu der seinigen machen könnte. Mit Offenheit und Bestimmtheit und darum allgemeinem Vertrauen erweckend hat König Maximilian sich in die neue Richtung gestellt und nicht nur für die verlangten Reformen sich unumwunden erklärt, sondern auch für die Ausführung derselben Männer des Volksvertrauens in seinen Rath und für den Bundestag berufen. Es schien, man dürfte jetzt über die nächsten Angelegenheiten hinaus nach der Zukunft des Gesammtvaterlandes den Blick richten und die Frage nach dem deutschen Parlament, der Fürstenkammer und dem Reichsoberhaupt erwägen. Man war in Baiern im Gangen mit dem übrigen Süddeutschland einverstanden, Preußen an die Spitze zu stellen, wenigstens zuerst, in der Hoffnung auf die Zustimmung Oesterreichs, das gegenwärtig durch die Verhältnisse seiner Eingeschlossenheit ohnehin an der Uebernahme einer solchen Last sehr nachdrücklich gehindert ist. Da kommen die Nachrichten von den Unruhen und unmittelbar darauf von der unheilvollen Schlacht von Berlin, die — allen Nachrichten zufolge — ohne erhebliche Ursache begonnen, mit größter Erbitterung geschlagen wird, ein unübersehbares Unglück über Stadt und Staat bringt, daß über das Heer und seine Führer häuft und die Krone mit dem Blute der Bürger befleckt. Ein Schrei des Entsetzens und der Entrüstung geht durch unser ganzes Land und klingt von Oesterreich herüber und von Westen her. Da übernimmt der König von Preußen, ohne Deutschland und seine Fürsten zu fragen, und ohne ein Wort der Sühne für den unheilvollen und unhaltigen Kampf, die Hegemonie des vereinigten Vaterlandes; und Männer wie Schwerin, Meinn, Bornemann kontrasigniren diese unerklärliche Proklamation. Kein Wunder, wenn sich in Süddeutschland, zunächst in Baiern und Oesterreich, angeregt guten Theils von offener oder verdeckter Eifersucht, aber gestärkt durch ein alle Politik überhandendes, durchaus unabweichliches moralisches Gefühl, ein brausender Sturm dagegen erhebt, daß einer Hand, die sich so leicht umwendet, nicht die Leitung der deutschen Sache anvertraut, nicht einer mit Bürgerblut befleckten Krone die Ehre des verjüngten Deutschlands übertragen werden könne. So wenigstens hat man sich hier in einer Adresse an den König Max (f. Beil. zu Nr. 92) ausgesprochen. Aus dieser Verwirrung blicken wir noch mit Zuversicht auf die Frankfurter Versammlung und auf die dadurch zu hoffende Nationalversammlung, von welcher ehrenvolle politische Einsicht als Stärke des sittlichen Gefühls voraussetzen ist. Wir erwarten, daß — auch wenn Preußen sich, wie es scheint, versöhnt erklärt — der Geist, der in jenen Versammlungen sich kund gibt, den jetzigen Träger der preußischen Krone zu jenem großartigen Entschluß bewegen werde, den auch Sie ausgesprochen und in welchem allein die Aussicht auf eine Versöhnung mit Deutschland gegeben zu sein scheint.

== München, 30. März. Fürst Wallerstein hat eine Erklärung zu dem Protokolle der Reichsräthe beigelegt und dieselbe in einer Broschüre veröffentlicht, die eines Theils eine Rechtfertigung in Betreff seines letzten Ministeriums, andern Theils ein Glaubensbekenntniß in Bezug auf die Gegenwart und Zukunft sein soll. Folgende Stelle geben wir aus: „Eine Regeneration thut Noth und zwar eine Regeneration, ergreifend die bürgerliche Gesellschaft in allen ihren Schichten, anerkennend in vollem Umfange die längst vollbrachte Thatsache socialen Umschwunges, mit einem Male herstellend jene große Ordnung der Zukunft, auf deren Grundlage allein Versöhnung der kämpfenden Elemente und dauernder Friede zu erwarten ist. Diese Regeneration muß eine aufrichtige, also eine Wahrheit sein ꝛc." Bisher freilich war sie das nicht: lüne illue lucrimae! — Heute Nachmittag soll die schwarzroth-goldne Flagge, auf der Feldherrnhalle bei der Theatinerkirche aufgesteckt werden. Es werden bereits Anstalten dazu getroffen. Der Gedanke, die Ihor eines einigen, großen, starken Deutschlands lebt zwar auch ohne solche Manifestationen in uns; doch sind sie jedenfalls anerkennenswerth und haben das Gute, daß sie dieß Ihor auch im Volke immer mehr zur Reife bringen. — Unsere Polizei hat auf die so üppig wuchernde Flugblätterliteratur, die an jeder Straßenecke zu Dutzenden emporsteigt, vor einigen Tagen plötzlich die „gestrenge" Hand gelegt und dieselbe interimistisch unterdrückt. Die Buchhändler sollen nämlich Klage wegen Gewerbsbeeinträchtigung geführt haben und die Polizei bezeichnete den bisherigen Verkauf als Hausirhandel. Dagegen haben nun einige zunächst betheiligte Literaten protestirt, jedoch noch keine Antwort erhalten. Sie sehen in der Handlungsweise der Polizei eine Verletzung der vollständig gewährten Preßfreiheit und der Verfassung überhaupt, die jedem Schriftsteller den Selbstverlag und die Selbstvertretung seiner schriftstellerischen Erzeugnisse ohne buchhändlerische Vermittlung gestattet. Es ist demnach nicht zu zweifeln, daß die Regierung die Polizei zur Aufhebung des obigen Verbots veranlassen wird; wo nicht, so soll die Sache vor die Stände gebracht werden. — Die öffentlichen Verhandlungen der Abgeordneten sind durch die Reise vieler derselben nach Frankfurt unterbrochen worden und werden wohl nächste Woche erst wieder fortgesetzt werden.

**Schweden.**

Bereits am 11. wurden die Mitglieder des Konstitutionsausschusses zum König entboten, welcher ihnen zu erkennen gab, es sei sein ernstlicher Wunsch, daß Regierung und Stände sich entgegenkommen und einen Vorschlag entwerfen möchten, der alle billigen Forderungen der Nation befriedige. Diese Aeußerung, die man seit langer Zeit nicht mehr hörte, ist begreiflich genug. Auch die Gesellschaft der Reformfreunde nimmt rasch zu und zählt bereits 400 Personen. Schon jetzt tritt die Stimmung gegen Rußland wieder mit Unfreundlichkeit auf, und man kann Kapitän Stiernspärds Vortrag über Armee

Digitized by Google

und Flotte im Ritterhaus sehr wohl dahin rechnen. Stiernspärd hat 6 Jahre lang in Frankreich Kriegsdienste gethan, um sich mit den Kriegseinrichtungen vollkommen bekannt zu machen, und benutzt seine Erfahrungen zum Vortheil seines Vaterlandes. Seine ganze Darstellung über die Mängel des schwedischen Kriegswesens betrifft das Verhältniß zu Rußland und die Möglichkeit, sich eines russischen Angriffs zu erwehren oder den Krieg auf russischen Gebiet zu tragen. Wahrscheinlich wird aber auch hier nur dann etwas Ernstliches geschehen, wenn die Reformpartei im Großen entschieden ist. Die Ansprache des Königs an den Konstitutionsausschuß soll bereits unter den Gegnern der Reform große Bestürzung erregt haben. (A. Allg. Z.)

## Ungarn.

* Pesth, den 25. März. Die Pesther Ereignisse vom 15. März haben dem ganzen Lande zum Vorbilde gedient. Ueberall her gehen täglich Nachrichten ein über Volksversammlungen, in denen die Pesther 12 Punkte angenommen, und mit Uebergehung der bestehenden Behörden vom Volke Sicherheitsausschüsse ernannt wurden, die mit Hilfe der bestehenden oder in aller Eile errichteten Nationalgarden die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten. Auch ist diese bis jetzt nirgends als in Preßburg gestört worden, denn sich der Pöbel und selbst die angesiedelten Bürger gegen die Einreihung der Juden in die Nationalgarde auflehnten, wobei es zu Thätlichkeiten kam. Eine ähnliche Antipathie wie in Preßburg hat sich auch hier gezeigt, indem die bereits bestehenden uniformirten Bürgerkorps durchaus keine Juden aufnehmen wollten. Es bildete sich aber ein eigenes neues Korps, das sogenannte „Gemischte" oder VI, wo die Reugien keinen Unterschied macht, und da in diesem Korps beinahe die Hälfte unserer Literaten und Künstler neben Fiaceliten in Reihe und Glied stehen, muß die Intelligenz desselben dem krassen Bocuethelie wohl imponiren. Das Traurige bei der Bewegung gegen die Juden ist einerseits, daß dieselben Bürger, welche am 15. die Gleichstellung in politischer und religiöser Hinsicht als nothwendig erkannt, am 18. bereits bloß die Gleichstellung derer über sich verstanden wissen wollten; noch trauriger aber ist es, daß der Landtag, der sich in anderen Dingen, und in der letzte französische Kammer, hoch über die öffentliche Meinung stellt, gerade dort nachgibt, wo diese öffentliche Meinung eben Unrecht hat. Besseres wollen wir von der Einführung der Civilehe zwischen Juden und Christen hoffen, die der Landtag vorschlägt, und die das einzige Mittel ist, eine allmählliche Verschmelzung auf dem nächsten Wege herbeizuführen; wir wollen also diese partie honteuse unserer Bewegung einstweilen als den Ring des Polykrates betrachten, zumal die politischen Reformen auf unwiderstehliche Art auch auf unsere wissenschaftlichen Institute einwirken. So hat die Universität eine Petition um abgesonderte Verwaltung ihres ungeheuren Vermögens (das gegenwärtig zur Bereicherung der Administrationsbeamten, nicht aber jener der Wissenschaften dient), um Lehr- und Studienfreiheit, Aufhebung der jährlichen Prüfungen, Pensionirung der untauglichen Professoren u. dgl. zweckmäßige Institutionen mehr nachgesucht; so organisirt sich insbesondere die medizinische Fakultät ganz neu und sucht Einfluß auf die medizinische Polizei und gerichtliche Arznei zu erhalten; so setzt sich zu zweckmäßigen Reformen das Gremium der Apotheker in Bewegung; so will endlich das vor 18 Jahren todtgeborne Kind, die ungarische Akademie der Wissenschaften, nochmals geboren werden; bereits hat sie in einer einzigen Sitzung am 20. März die wichtigen Beschlüsse gefaßt, ihre Sitzungen von nun an öffentlich zu halten, den korrespondirenden Mitgliedern (die sonderbar genug meistens in Pesth wohnen, wo sie selbst ist) gleiche Stimmen mit jenen der ordentlichen Mitglieder zu verleihen und einer Kommission die Ausarbeitung einer Radikalreform zu übertragen; da jedoch der Hauptfehler wie überall auch auch in diesem Institute mehr noch in den Personen selbst liegt, kann sich die Akademie nicht anders regeneriren, als wenn sich sämmtliche Mitglieder einer neuen Wahl in den Sektionen unterwerfen, und in Zukunft nicht die untauglichsten und trägsten Individuen, bloß weil sie die ältesten sind, bezahlt werden, sondern die Arbeit. — Trotz aller dieser raschen Reformen, die anscheinend mit voller Bestimmung der ehemaligen Machthaber vor sich gehen, indem noch die alte Regierung das Lotto, die vor Kurzem eingeführten Tabakfrakten aufrecht, unbrauchbare Waffen der Nationalgarde überliefert, statt der doppelten Adler die Nationalfarben, Farben und Wappen einführt u. s. w., blicken wir nicht ohne Besorgniß in die Zukunft; besonders wird es uns bei der schweren Geburt des ersten Nationalministeriums bange, noch mehr aber, wenn wir den Landtag in Preßburg, der, obschon er sich selbst für inkompetent erklärt, das Land zu konstituiren, noch immer versammelt sehen, und er die wichtigsten Fragen, statt deren Lösung dem nächsten Nationalkongresse zu überlassen, mit Sturmeseile ungeningend löst. So erhielten wir vor einigen Tagen einen Preßgesetzvorschlag, der die Angelegenheit schlimmer stellt, als sie früher war, indem er in unserem gelbarmen Lande unerschwingliche Kautionen verlangt, durch wage Bezeichnungen eine unumwundene Besprechung der Verfahrens der öffentlichen Behörden beinahe unmöglich macht, ja in manchen Beziehungen selbst rückwirkend auf bereits bestehende Zeitungen ist. Dieser Vorschlag hat hier allgemeine Indignation erregt, er wurde feierlich auf dem Rathhausplatze (jetzt Freiheitsplatz) verbrannt, und der Ministerkandidat Pulsky mit einer Demonstration dagegen als Kurier nach Preßburg abgeschickt. Auch will uns die Beibehaltung der gegenwärtigen hohen Stellen, wie Statthalterei, Kammer u. dgl., die ein anderer Gesetzvorschlag verlangt, nicht am zweckmäßigsten bedünken; ebensowenig einige Punkte im provisorischen Vorschlage über die Nationalgarde; denn in allen diesen Dingen erblicken wir den Pferdefuß der alten Adelsaristokratie, deren Stimme wir um so weniger von einem Landtage erwarteten, welcher mit einem Zuge die Roboten, den Zehnten und andere Urbariallasten gegen frühere Entschädigung von Seite des Staates aufhob; ich sage um so weniger, weil bereits mehrere Komitate den Forderungen der Zeit und den Kreigungen gemäß sich selbst aufgelöst. Wir sehen demnach mit Sehnsucht nach der Auflösung des Landtags und dem Auftreten des neuen Nationalministeriums entgegen.

Nachschrift. Soeben erfahren wir die Zusammensetzung des Ministeriums: Gr. Ludw. Batthyany, Präsident ohne Portefeuille; Szemere, Inneres (Burreauchef Rhäri); Finanz Kossuth (Burreauchef Palczky); Justiz Deöll; Auswärtiges Fürst Esterhazy; Kultus und Unterricht Bar. Eötvös; Krieg Mészáros (gegenw. Obrist in Italien); Verkehrsmittel Gr. Stef. Szechenyi; Handel, Industrie und Agrikultur Klauzal. — Der Landtag wird in einigen Tagen geschlossen. Das Preßgesetz ist durch ein neues ersetzt.

## Griechenland.

* Athen, 12. März. Der Senat hat den liberalen Gesetzvorschlag über die Ausstellung der Geschworenenlisten einstimmig angenommen. Da auch die heilige Synode gegen ihre Freiude, die Pfaffenhoderen, welche sie wieder dem Patriarchen von Konstantinopel, d. h. dem russischen Einfluß unterordnen wollen, aufgereten, so haben die Kultminister Glarakis und der Kektor ihre alten Freunde desavouirt, und die Universität wird vorderhand in ihrem alten Zustande bleiben. Die Regierung hat verschiedene militärische Maßregeln getroffen, den muthmaßlichen Einfällen der Rebellen zu begegnen. — Daß in den Verhandlungen des französischen Parlements, welche die hiesigen Zeitungen übersetzen und die mit dem lebhaftesten Interesse gelesen werden, Griechenlands nicht Erwähnung geschah, hat schmerzlich berührt. Während Guizots verworfene Politik in Portugal, der Schweiz und Italien der verdiente Tadel traf, fand man über den Verband, welchen der Stellvertreter Frankreichs ganz offen der Restauration des Absolutismus in Griechenland leistete, kein Wort der Rüge. Ein Stellchen im National, das man aufgespürt und das etwa so lautet: Wehe den Völkern, in deren Angelegenheiten Guizot sich eingemischt; in Griechenland hat er eine sey. Partei schaffen wollen und hat alle angeklärten, wahrhaft der Ehre und dem Nationalinteresse ergebenen Männer gegen Frankreich aufgebracht — vermochte jenes Schwingen der Opposition in den Kammern nicht zu ersetzen. Nichtsdestoweniger hat die telegraphische *) Nachricht vom Sturze Guizots Athen in Entzücken versetzt. Nachdem Obiges niedergeschrieben war, verbreiteten sich Gerüchte, von Syra, Hydra, ja Smirna seien Nachrichten eingelaufen, Thiers und Odilon Barrot hätten sich die Bedingungen Ludwig Philipps nicht gefallen lassen, der Aufstand habe dieser Fortgewährt, so daß der König abdanken müssen. — Daß das hiesige Korruptionssystem mit seinem französischen Muster fallen müsse, davon ist hier männiglich überzeugt. Sollte aber die griech. Regierung nicht freiwillig und recht bald nachgehen, sondern so thöricht sein, dem bekannten ängern Einflusse folgend, den Wünschen der Nation Gewalt entgegenzusetzen, so wäre sie unrettbar verloren. Der griechische regulaire Soldat schießt sowenig als der französische auf seinen Vater oder Bruder, und die irregulären Truppen, in welche Kolettis seine amnestirten Räuber eingereiht hat, sind zu wenig zahlreich und zusehr verabscheuet, als daß sie dem Ministerium eine nachhaltige Stütze verspräche. Die nächsten Posten werden über Griechenlands Zukunft entscheiden.

*) D. L. bis Toulon, von wo sie ein franz. Kriegsschiff vorigen Sonntag nach 8 tägiger Fahrt Hrn. Thouvenel überbrachte; das Postdampfschiff ist noch nicht angekommen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Aldersgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überl. reichen Länder wende man sich an H. A. Alexander Strassburg 20 Boulevards. Paris 35, Rue Notre Dame des Victoires.

# Deutsche Zeitung.

Die Deutsche Zeitung erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Grossherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile zu 7 kr. (3 Ggr.) berechnet.

№. 95. Heidelberg, Dienstag 4. April. 1848.

## Uebersicht.

**National- und Partikularangelegenheiten in Staatsfachen.** III. **Wien** (grosse Truppenverstärkungen nach Italien. Der Oberstburggraf von Böhmen reicht seine Entlassung ein. Sonntags Minister für den öffentlichen Unterricht). **Triest** (Sieg der deutschen Partei). **Berlin** (Kurrunfel oder Ministerverantwortlichkeit im englischen Sinne. Der Eintritt der 24 Regimenter ein Verstärkungsmittel. Gefangenerte Revolutionsmeuterei. Der konstitutionnelle Klub. Die Artikeln und sogenannten Volksforderungen. Reaktionsversuche in der Provinz. Die preuß. Hegemonie und ihre Gegner). **Stettin** (der Sommerwunder Posten noch nicht besetzigt). **Meseritz** (Notruf für Erhaltung der Deutschtume in den Grenzbezirken des Grossherzogthums). **Posen** (das polnische Nationalkomite tritt mit dem Oberpräsidenten zur Reorganisation des Grossherzogthums in Verbindung). **Tilsit** (Zusammenziehung russischer Truppen an der Grenze). **München** (der König über die Berliner Ereignisse. Bestreiten in Augsburg versetzt). **Hannover** (Eröffnung der Sündervertammlung). **Frankfurt** (zweite Sitzung des Volkstages. Herr v. Pechlin dankt ab). **Kiel** (Claussen's und Scheiden's Mission nach Berlin und Frankfurt. Artillerie von Hannover. Dänische Kriegsschiffe nach Kiel bestimmt. Gericht von Peking der Feindseligkeiten. Abschaffung des Tüchtwesens. Demokratischer Geist in Kiel. Erlaß der provis. Regierung und des Generalkommandos. Anerkennung erkennt die provisor. Regierung an. Konzentrirten der Truppen im Norden von Schleswig. Prinz Waldemar von Preußen in Rendsburg. Dänische Truppen sind in Haderleben eingerückt).

**Schweiz.** **Bern.** Widersprechende Berichte aus der Lombardei. Lola Montez).

**Belgien.** **Gent.** Niederlage eines zweiten belgischen Freischaarenzuges.

**Dänemark.** **Kopenhagen.** Stimmung des Volkes. Kriegerische Rüstungen.

**Großbritannien.** Meeting der aus Frankreich vertriebenen Arbeiter. Die Chartisten und Irland. Die Börse.

**Frankreich.** Unruhen unter den Buchdruckern in Marseille. Abmarsch der Deutschen auf Lyon. Bretagne. Die belgische Legion. Urtheil über die Zerstörer der Eisenbahn von St. Germain gefällt.

**Italien.** Rom (kein Fiber. Botschafter das Wappen abgerissen). **Neapel.** (Protest der Regierung gegen die Forderungen der Palermitaner. Truppenverstärkungen nach Sicilien. Einlassung an die kons. Fürsten zu einem Zollkongreß.) **Mailand** (General Schönhals gefangen).

**Amerika.** (Ratifikation des Friedens durch den Senat).

## Heidelberg, 3. April.

Auch auf dem Gebiete der Strafgesetzgebung, mag man noch unter der Herrschaft des sogen. gemeinen deutschen Strafrechts stehen oder unter einer modernen partikularen Gesetzgebung, wie solche entweder unter der totalen Herrschaft des Abschreckungsprinzips oder doch unter dem (gradweil verschiedenen) gefährlichen Einflusse dieses Prinzips zu Stande gekommen sind — auch auf diesem Gebiete müssen vorlängig einige bedeutende Reformen vorgenommen werden, die nicht minder als ein Ehrenpunkt für die deutsche Nation bezeichnet werden können, und daher rasch in Aufführung zu bringen sind. Zu diesen gehören: 1) Aufhebung der Todesstrafe, ausgenommen beim Morde und beim beendigten Versuch des Regentenmordes (Hochverrats), und zwar mit dem badischen Str.G.B. auch nur unter der Voraussetzung des bestimmten, ausschließlichen Dolus (dolus determinatus). Der zum Theil fürchterliche Mißbrauch, den manche Abschreckungsgesetzgebungen (Preim. Arch. 1847. Hft. 4. 1849. Hft. 1.) mit dieser an der äußersten Grenze der Zulässigkeit stehenden und von Tag zu Tag mehr angegriffenen Strafe treiben, erinnert an eine wahre Blutschuld, die ein jetziges Ministerium der Justiz nicht auf sein Gewissen nehmen darf. 2) Aufhebung der körperlichen Züchtigung, nicht nur als Haupt- oder Akzessorstrafe, sondern auch als Disziplinarstrafe in den Strafanstalten und als sogen. Ungehorsamsstrafe im Strafprozeß, wie dieß Alles bereits seit dem Jahre 1832 vollständig in Baden geschehen ist. Auch beim Militär darf sie nicht länger bestehen, und ist eben jetzt für dieses auch in Baden aufgehoben worden. 3) Aufhebung des in manchen Gesetzgebungen wahrhaft empörenden Mißbrauchs mit entehrenden Strafen, als in der Regel unbedingt und für die Lebensdauer angedroht. Als solche Strafen kommen theils gewisse Arten von Freiheitsstrafen (bald zuhaus allein, bald auch Arbeitshaus oder Kettenstrafe u. s. w.), theils selbstständige Ehrenstrafen (Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, wohl auch der Ehren- und Dienstrechte) vor und nöthigen den Richter vermöge ihrer absoluten Androhung zu den ungerechtesten Urtheilen. Hieher sind sie Sklaven des Abschreckungsgesetzes, während die Entscheidung über Schuldig oder Nichtschuldig durchgehends ihrer freien richterlichen Ueberzeugung überlassen ist, und wenigstens kein Prozeßgesetz sie nöthigt, gegen ihre Ueberzeugung das Schuldig auszusprechen. Aber das Steafgesetz macht es anders, und schafft so aus der Person des Richters ein sich innerlich widersprechendes Wesen, welches seiner und der Justiz ganz unwürdig ist. Zur vorläufigen Beseitigung dieser schweren Mißbräuche gebe man: a) der entehrenden Freiheitsstrafe eine parallel laufende Gefängnißstrafe, etwa bis zu zwanzig Jahren, zur Seite, und überlasse es der Entscheidung des Richters, ob der Uebertreter mit Rücksicht auf seine Gesinnung und Motive eine entehrende Strafe verdiene oder nicht; sodann b) gestatte man dem Richter, je nach den Umständen der That und deren (besonders subjektiver) Beschaffenheit, den Verlust der Ehrenrechte, auch als bloß zeitliche Entziehung derselben, etwa von zwei bis zu zehn Jahren zu verhängen, und wenn der Uebertreter auch dies nicht verdient hat, diese Strafe ganz zu umgehen; endlich c) gebe man dem Richter (mit dem badischen Str.G.B.) das Recht der Rehabilitation des Verurtheilten für den Fall, daß sich derselbe etwa zehn Jahre tadellos aufgeführt hat, weil dies eine Anforderung des Rechts ist, welche durch die Verrösung auf eine ungewisse Gnade nicht erfüllt werden kann, und womit zugleich manches nach dem barbarischen Geschlaben des Gesetzes selber verübte (oft schreiende) Unrecht, der Thor am gemacht werden kann. Daß sich dieser Rehabilitationsrecht nicht bloß auf die selbstständige Infamiestrafe, sondern auch auf erstandene infamirende Freiheitsstrafen erstrecke, versteht sich von selbst. Nun wird zwar Mancher sich entsetzen über eine solche seither unerhörte Freigebung des richterlichen Ermessens, namentlich auf dem Gebiete dieser Strafen, und hiee vielleicht gar eine Gewissenrichterei fürchten. Allein theils ist ja bei dem Urtheile: Schuldig — das richterliche Ermessen noch viel freier, ja in manchen Staaten ganz ungebunden, und dieses Urtheil ist doch, als Bedingung einer Bestrafung überhaupt, die Hauptsache; theils hat der Richtee ja auch über den Dolus, dessen verschiedene Richtungen, Nuancen und Modifikäten, so wie über die Motive des Uebertretens und deren Beschaffenheit, über seine Gesinnung und seinen Charakter es, sowohl bei der Thee als bei der Rechtsfrage zu entscheiden, ohne daß er deßhalb in die Rolle eine Gewissenseichters verfällt, und kann indeßeodore auch bei der Verwandlung der Normalstrafe in Festung, wenn letztere kein reines Standesprivilegium sein soll, jene Rücksicht nicht umgehen; theils endlich ist es ein wahrer Ehrenpunkt, das grundhässliche System aufzuheben, daß nicht die innere That (die Gesinnung), sondern die bloße Zuerkennung einer gewissen Art von Freiheitsstrafen, willkürlich so oder so genannt, den Bürger zeitlebens infamiren soll, zumal wenn er in der Strafanstalt geheffert werden soll, und mit Rücksicht auf die jetzige viel höhere Bedeutung der politischen Rechte des Bürgers. Damit in Verbindung steht 4) die Aufhebung der wirklichen Privilegien der Festungsstrafe oder der Festungsarreste, welche eine schwere Verletzung des Princips der Gleichheit Aller vor dem Gesetze enthalten. Nur die Verschiedenheit des Lokals kann das Unterscheidende sein, im Uebrigen müssen die Gefangenen auf der Festung gerade so oder analog behandelt werden, wie die in den Normalanstalten. Mit der Einführung des Zellensystems wird diese Surrogatstrafe, was noch besser ist, ganz verschwinden. Sodann 5) muß den Gerichten schon jetzt ein unmittelbarer Einfluß auf die Strafanstalten eingeräumt werden, indem es ein offenbarer Mißbrauch ist, daß die Strafanstalten seither, und auch noch gegenwärtig in Deutschland ausschließlich in die Hand von Verwaltungsbehörden gegeben sind, welche dieselben nach bloßen Instruktionen oder Verordnungen, oft nach eignem Belieben bald so, bald anderst einrichten, so daß der Rich-

Digitized by Google

ter gar nicht weiß, zu welcher Strafe er eigentlich den Schuldigen verurtheilt. Denn nicht das Urtheil auf dem Papiere ist die Hauptsache, sondern die Art der Vollziehung derselben, wodurch die Strafe leicht zehnfach schwerer werden kann, als sie es sein sollte. Kann und darf dies länger für den deutschen Richter eine terra incognita sein? Fragt man indeß nach, wie die Sachen jetzt stehen so werden vielleicht die wenigsten Richter jemals die Schwelle einer Strafanstalt betreten haben. Bis zur gesetzlichen Reform derselben muß wenigstens die gefährliche Willkür der Administration gebrochen werden, wie am Deutlichsten die Erfahrung in Würtemberg gezeigt hat.

Mit diesen schleunig vorzunehmenden Reformen ist schon Vieles, ja sehr Vieles gewonnen, weil das Strafsystem die Grundlage der ganzen Gesetzgebung bildet, aber noch nicht Alles, indem nothwendig noch Eine, auf das Ganze sich beziehende Reform hinzukommen muß. Erwägt man nämlich theils die gefährliche Aufstellung allgemeiner Sätze und Principien in dem s. g. allgemeinen Theile des Str.G.B., z. B. über Komplot, Anstiftung, Beihilfe, Versuch ꝛc., welche in ihrer starren Anwendung so oft zu den größten Ungereimtigkeiten, zum Theil selbst zu Absurditäten und Lächerlichkeiten führen; theils den Mangel anderweichender allgemeinen Milderungsgründe der Strafe (im eigentlichen oder engeren Sinne genommen), wie solche freilich auch das Abschreckungsprincip nicht wohl zulassen kann; theils endlich die zahlosen absoluten Strafandrohungen, und in der Regel viel zu hoch gegriffenen Strafminima — so ergibt sich daraus die Nothwendigkeit, den Richter auch in dieser Beziehung sogleich zu emancipiren, damit wenigstens von jetzt an des Unrechts nicht so viel werde als bisher war, und der Richter aus seiner traurigen Zwitterstellung der Freiheit nach der einen Seite (hinsichtlich der Thatfrage) und der Unfreiheit nach der andern Seite (hinsichtlich der Rechtsfrage) heraustrete. Denn die Gründe für die Freiheit hier sind dieselben wie für die Freiheit dort; und umgekehrt, wenn man hier den Richter beschränkt, so treffen die Gründe für diese Beschränkung (Furcht vor Mißbrauch der richterlichen Gewalt) auch dort zu. Aber solche unbegreifliche Halbheiten charakterisiren leider die deutsche Gesetzgebung überhaupt! Soll hier Freiheit, und zugleich (wie immer) Quelle von Ungerechtigkeiten aufgehoben werden, so gebe man 6) dem Richter das Recht, bei einem Zusammentreffen vieler und wichtiger, von dem Gesetzgeber entweder gar nicht oder nicht gehörig berücksichtigter mildernden Umstände, von der ordentlichen Strafe des Gesetzes, beziehungsweise der angedrohten Art der Strafe und deren Minimum abzuweichen, also eine mildere Strafe (poena extraordinaria mitior) zu erkennen. Zu mehreren Entwürfen (zuletzt dem hannoverschen im Art. 112.) und Gesetzgebungen kommt dieser — freilich zum Abschreckungsprinzip nicht passende — allgemeine Milderungsgrund auch bereits vor, worunter besonders das französische Gesetz vom 28. April 1832 (Schuldig, aber unter mildernden Umständen, circonstances atténuantes) bekannt ist. Die deutschen Juristen betrachten dies zwar als einen Nothbehelf und verlangen dafür eine Reform der Strafgesetzgebung, der die Spitze der Abschreckung abgebrochen werde. Allein die Franzosen wollen Nichts davon wissen und haben auch insofern Recht, als sich für Geschworne eine einfache Gesetzgebung ziemt, die freilich in ihrer Einfachheit leicht zu schneidenden Härten führt, allein ihr Heilmittel in dem einzelnen Falle durch jenes Milderungsrecht finden wird. Indeß nehmen wir es vor der Hand nur als Nothmittel, aber als unentbehrliches Nothmittel an, damit wenigstens von nun an des Unrechts weniger werde. Denn Strafen über das verdiente Maß sind, wie Franklin mit Recht sagt, ein Verbrechen, welches der Staat an dem Verbrecher begeht; und wie kann man die durch solches Unrecht erbitterten Sträflinge gar noch bessern wollen — woran man in Deutschland wenigstens jetzt schon zu denken angefangen hat. Denn weiter kommen wir vor lauter Grundlichkeit nicht.

Aber wenn irgend je, so ist es jetzt Zeit zu handeln, und zwar rasch zu handeln, damit von den großen, dem deutschen Volke gegebenen Verheißungen wenigstens ein Theil erfüllt werde und dieselben nicht allzulang nur auf dem Papiere stehen. Vorsichtig besonnte, Ihr neuen Volksminister, jene zwölf Reformen auf dem Gebiete des Strafverfahrens, und jene sechs auf dem Gebiete der Strafgesetzgebung in möglichster Bälde, und Ihr werdet nicht nur der Zustimmung der Kammern gewiß sein, sondern es werden schon diese Reformen überall vom Volke mit unbeschreiblichem Jubel aufgenommen werden. Sie sind die Morgenröthe, die sich schon jetzt nach dunkler Nacht am Horizonte zeigen muß, und ihr wird später dann die Sonne der Reform der Strafjustiz nachrücken und sich bald zu einer gemeinsamen Sonne für Deutschland gestalten.

---

**Oesterreich.** Wien, 28. März. Graf Rudolph Stadion, Obrist-Burggraf von Böhmen, hat seine Entlassung eingereicht; es ist noch unbekannt ob diese von Sr. Maj. angenommen ist, und wer ihm in dieser wichtigen Stelle folgen wird. Graf Deym aus Krakau, der in dieser Beziehung genannt wird, ist hier lebensgefährlich erkrankt. Auch der Baron Kübeck liegt so schwer krank darnieder, daß man an seinem Aufkommen zweifelt. Sollte, was Gott verhüte, dieser Ehrenmann dem Lande entrissen werden, so wird wahrscheinlich der von der Allg. Zeit. als so liberal gerühmte Graf Franz Stadion ihm in seinem Amte folgen.

Wien, 28. März. Sr. kaiserl. Maj. hat in Folge der Beschlüsse, wonach die Leitung des öffentlichen Unterrichts einem eigenen Ministerium übertragen werden soll, das Amt eines Ministers für den öffentlichen Unterricht dem zweiten Präsidenten des niederösterreichischen Appellationsgerichts, Frhrn. v. Sommaruga, zu verleihen geruht.

(Oesterr. Beob.)

Wien, 29. März. Gestern noch wurde im Ministerrath beschlossen: das ganze kaiserliche Heer in sämmtlichen Ländern mit Einschluß aller ersten Landwehrbataillone der 35 deutschen Infanterieregimenter auf den Kriegefuß zu stellen, und die disponiblen Truppen so schnell als möglich nach Italien abzusenden. Sodann soll auch an die zweiten Bataillone der sämmtlichen Grenzregimenter der Befehl abgegangen sein, nach Italien aufzubrechen. Man beabsichtigt das dortige Armeekorps um 80,000 Mann zu verstärken. Ein großes Generalavancement steht bevor.

**Preußen.** ** Berlin, 29. März. Auf dem Potsdamer Bahnhof konstituirte sich gestern der von Ludwig Crelinger, dem berühmten Vertheidiger der Polen, ins Leben gerufene „konstitutionelle Klub." Da der zu den Verhandlungen bestimmte Saal die zuströmenden Theilnehmer nicht zu fassen vermochte, und eine bedeutende Anzahl genöthigt war, im Freien zu kampiren, so kam es diesmal nur zu einer Aussprache des politischen Programms, welches im Namen des provisorischen Komite's oben im Saale Crelinger, vor den unten Versammelten Hr. Fuebach auseinandersetzte. Crelinger skizzirte die Vergangenheit der Karlsbader, Verone'ser, Wiener ꝛc. Beschlüsse und faßte die Grundbedingungen eines freien Staates, sowie besonders eines Staats in der Lage des preußischen zu dem hohen Gemeinwesen Deutschlands zusammen. Die Richtung des Klubs soll eine nach beiden Seiten gleichmäßig gehaltene Opposition sein, gegen die Gelüste der Despotie wie der drohenden Anarchie; die Errungenschaften der deutschen Reform an insbesondere der preußischen Revolution sollen festgehalten werden gegen jedweden Angriff der Reaktion oder der Ueberstürzung; die letztre gilt im Wesentlichen als Vorläuferin der ersteren. — Die Anwesenheit mehrerer Abgeordneten der 18 rheinischen Städte, von denen man wußte, daß sie von der Staatsregierung im Laufe des Tages Bescheid erhalten hatten, wurde Veranlassung zu dem allgemeinen Verlangen, diese Antwort kennen zu lernen, und der Vertreter der Stadt Düsseldorf, Hr. Tietzow (?), verlas im Hofe die königl. Kabinetsordre. Ein dreimaliges Hoch folgte. Dies galt wohl vor Allem dem Satze, worin der König mit Bezugnahme auf mißliebige Minister erklärt: „Je bestimmter mein Entschluß, je fester meine Ueberzeugung von der unerläßlichen Nothwendigkeit ist, mich nur mit Räthen zu umgeben, welche das ungetheilte Vertrauen des gesammten Landes besitzen, desto mehr liegt es mir ob, auch hierüber das ganze Land entscheiden zu lassen, dessen Stimme zunächst auf dem Vereinigten Landtag, sodann aber unverkennbar in der unverzüglich eintretenden neuen Volksvertretung sich aussprechen wird." Ich stehe natürlich nicht für den Wortlaut, auch wird derselbe Ihnen schon bekannt sein. Der Düsseldorfer Vertreter schloß an die Verlesung die lakonische Bemerkung, daß er dafürhalte, Diejenigen welche mehr wollten, als die Realisirung dessen, was jetzt verlangt und erlangt sei, wüßten nicht was sie wollten; ihr folgte stürmischer Beifall und ein Hoch auf die Rheinlande. — Eines Zwischenfalls möchte ich noch erwähnen; im Saal wurde, während die Mitglieder sich unterzeichneten, angeregt, zu der Stelle eines Gouverneurs von Berlin einen geeigneten Mann vorzuschlagen! Niemand ging darauf ein. — — Opposition wurde gegen den zeugschmiedten Klub unter den Anwesenden alsbald in Privatgesprächen auf die Weise gemacht, welche jetzt Mode geworden ist. Der Klub werde vorzugsweise die Interessen der Besitzenden wahrnehmen, ein Klub der „Bourgeoisie" sein. Das Programm enthalte keine Andeutung sozialer Gebrechen und sozialer Ge-

Digitized by Google

sichtspunkte. Hr. v. Radowitz und der Rh. Beobachter ersparen uns die Ueberraschung, der wir ohnfehlbar preisgegeben wären, indem wir einen Theil des eben geschilderten Beamtenstandes, insbesondere den jüngern Theil desselben, welcher stets durch Indifferentismus gegen Politik, durch beispiellose Ignoranz über die hohen Anliegen, welche die Brust der edelsten Volksfreunde bewegten, und durch ein sprüchwörtlich gewordenes Stubenthum hervorgeleuchtet hat, — in den Reihen der radikalen Ultras erblicken. Diese Herrn bleiben wie vordem die Berächter der politischen Freiheit, aber sie wenden das Futter ihres Mantels nach Außen, eifern gegen das Bürgerthum, indem sie Staatsbürger und Spießbürger in Einen Tiegel werfen, lassen sich die Reporolle gefallen, ohne überhaupt einige Begeisterung fähig zu sein, kokettiren mit den arbeitenden Klassen, denen sie in Glacehandschuhen heuchlerische Unterhängigkeitsdemonstrationen darbringen und spielen die Socialisten, ohne in diesen Fragen auch nur zu dem erträglichen Dilettantismus gediehen zu sein, welcher die vom Ministerium Eichhorn besoldete Zeitung und ihren schriftstellerischen Vorgänger in den Stand setzte, den Socialismus in den Mund zu nehmen. — Der politische Ekzeig, der aufgeregte Müßiggang und die seivole theatralische Luft an Revolutionen treiben hier vor unsern Augen ein gewissenloses Spiel mit den Geschicken des Arbeiterstandes, dem das Monopol ausgesprochen wird, „das Volk" zu sein. Hoffentlich wird der gesunde Sinn, der sich im Allgemeinen im deutschen Volk kundgibt, die Arbeiter gegen diese frechen Attentate von Innen heraus behüten.

Berlin, 31. März. Der gestrige Tag war ein erfreulicher für alle Freunde des Gesetzes und der Ordnung, eine Niederlage für die Partei der Anarchisten. Das Ministerium hatte auf mehrfache Anträge Seitens der Bürgerschaft beschlossen, einige Truppen nach Berlin kommen zu lassen. Diese Maßregel erschien ganz nothwendig, um der Bürgergarde den so anstrengenden und alle bürgerliche Geschäfte lähmenden Wach- und Patrouillendienst zu erleichtern. Die allgemeine Stimme sprach sich entschieden dafür aus. Der radikale Klubb dagegen, der seine Sitzungen theilweise im Hôtel de Russie, theilweise bei Mielenz hält, bot alle seine Kräfte auf, um einen Akt zu hintertreiben, der zur Beruhigung der Gemüther, zur Befestigung des Vertrauens und zur allgemeinen Versöhnung ein großer und wichtiger Schritt sein muß. Diese Gesellschaft, an deren Spitze andere ehrenwerthere, fanatischen Charakteren zum Theil einige höchst spekulative Persönlichkeiten stehen, kann eben nur in der Verbreitung von Unruhe und Aufregung ihre Rechnung finden. Ihre Bestrebungen, Zwiespalt und Mißtrauen zwischen der besitzenden und arbeitenden Klasse zu erregen, muß an dem natürlich gesunden Sinn dieser letztern scheitern, sobald es ihnen nicht gelingt, denselben durch Aufhetzerei und Anreizung der Leidenschaften wenigstens momentan irre zu führen. Das Einrücken des Militärs bot dazu einen höchst willkommenen Vorwand, andererseits mußte diese Partei befürchten, daß wenn dieselbe friedlich vorüberginge, ihre Ohnmacht, sowie ihre fälschliche Anmaßung, das Organ des Volkes zu sein, klar zu Tage träte, Bürgerschaft und Regierung dagegen an Zuversicht und Festigkeit der Gesinnung gewinnen müßten. Vor Allem wollte man bis zur Eröffnung des Landtages die Rückkehr von Zeugen verhindern, um die arbeitenden Klassen in Aufregung, die Bürgergarde in Besorgniß zu erhalten, dadurch auf den Landtag zurückzuwirken, ja womöglich eine gewaltsame Demonstration gegen denselben mit der Chance des Erfolges versuchen zu können. Am 29. Abends wurde also aus dem radikalen Klub eine Deputation an den Polizei-Präsidenten von Minutoli abgeschickt, um die dringendsten Protestationen gegen die Rückkunft des Militärs zu erheben. Der Hauptzweck, der dabei angeführt wurde, war die Besorgniß vor Ruhestörungen, ein Grund, heuchlerisch, ja man darf sagen frech im Munde von Leuten, die laut erklären, sich der Eröffnung des Landtags durch Wiederherrichtung von Barrikaden widersetzen zu wollen, die am folgenden Tage Mittel aller Art anwendeten, einen Kampf zu erregen. Zum Glück blieb unser Ministerium (schon waren Camphausen und Hansmann in Thätigkeit) bisdamal fest, das Einrücken der Truppen auf den 30. ward und blieb beschlossen. Das 24te Regiment, das, zur Magdeburger Garnison gehörig, seinen Antheil an den Ereignissen des 18. März genommen hatte, wurde bestimmt, in der Mittagsstunde durch das Potsdamer Thor seinen Einzug zu halten. Schon am frühen Morgen versammelten sich die Radikalen auf dem Potsdamer Bahnhof, um Rath über die zu ergreifenden Maßregeln zu pflegen. Noch immer hofften sie einen gewaltsamen Widerstand erregen zu können; aus verschiedenen Werkstätten waren deßhalb Arbeiter zum Potsdamer Thore bestellt worden, die sich zum Theil auch einfanden, und durch andere, den untersten Klassen angehörige und aus eigenem Antrieb gekommene Leute vermehrt wurden. Einige Radikale hielten Reden an diese Leute, um sie gegen die Truppen anzuhetzen, jedoch mit so schlechtem Erfolg, daß der Unwille der so Aufgeforderten sich gegen die Redner wandte, die genöthigt waren, einen eiligen Rückzug anzutreten. Ein gleiches Loos ward einem der Aufwiegler an der Ecke der Leipziger- und Friedrichsstraße. Indessen waren mehrere tausend Bürgergarden am Potsdamer Thor versammelt, die nach beiden Seiten hin Spaliere bildeten. Die Menge des versammelten Volkes war unzählbar. Die Truppen rückten von Schöneberg her durch die Potsdamerstraße (dieselbe ist außerhalb des Thores) an, und wurden von einem wahrhaft erderschütternden Hurrarufe empfangen. Der Oberst des Regiments, von nur wenigen Offizieren und dem Polizeipräsidenten von Minutoli geleitet, zog zuerst allein durch das Thor durch die Spaliere der Bürgergarde und die Volksmassen, die ihn mit donnerndem Vivat empfingen, wofür er mit einigen herzlichen und ergreifenden Worten dankte. Nachdem er die Leipziger Straße einige hundert Schritte herauf geritten war, kehrte er wieder zurück und zog nun an der Spitze des Regiments ein. Die Musik marschirte voran mit dem Schleswigholsteinmarsch. Die Soldaten hatten grüne Zweige auf den Helmen, ebenso die Bürger und Arbeiter an ihren Hüten. Der Zug ging die Leipziger Straße hinauf und dann durch die Friedrichsstraße nach den Linden. Die ihn begleitende, die langen Straßen, so weit das Auge reichte, füllenden Menschenmassen, alle Fenster mit Zuschauern besetzt, das Wehen der Tücher und Fahnen, die sich alle dreißig Schritte auf das Tausenden von Kehlen wiederholenden Lebehoch auf das 24. Regiment, es war ein wahrhaft imposantes, tief ergreifendes Schauspiel. Es war der Sieg der großherzigen Gesinnung über die des Hasses und der Rache, der edlen Leidenschaften über die gemeinen, der gewaltige Ausdruck eines wahren, nicht erzwungenen, durch den revolutionären Terrorismus gebotenen, brüderlichen Gefühls. Wir halten den gestrigen Tag für eine große Errungenschaft für die Sache der Freiheit und Ordnung, für eine vollständige Niederlage jener wüsten revolutionären Umtriebe. Möchte das Ministerium diesen Erfolg zu nützen wissen und mit Energie auf dem damit eingeschlagenen Wege weiter schreiten.

Berlin, 1. April. Die Allg. Pr. Z. vom heutigen Tage enthält folgende Aktenstücke: Einverstanden mit den in dem Berichte vom heutigen Tage ausgesprochenen Ansichten und Vorschlägen werde Ich von jetzt an die in Verfassungsangelegenheiten an Mich gelangenden Anträge an das Staatsministerium verweisen und ermächtige dasselbe, die Bittsteller auf solche Anträge mit Bescheid zu versehen. Potsdam, 30. März 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. An das Staats-Ministerium. Vorstehende k. Ordre ist auf Grund des seitgenannten vom Staatsministerium erstatteten Berichts erlassen worden: „Ew. k. Maj. haben durch die Proklamation vom 21. März dem Volke den Willen zu erkennen gegeben, eine wahre konstitutionelle Verfassung mit Verantwortlichkeit der Minister einzuführen, und damit frei und groß es ausgesprochen, daß, wie Ew. Maj. seit dem Antritt Allerhöchstihrer Regierung lebhaftich von dem Wunsche geleitet waren, das Wohl des Volkes zu begründen und zu erhöhen, wie dazu die allmählige Entwicklung der ständischen Verfassung zu freieren Staatsformen als der richtige Weg von Ew. Maj. erkannt wurde, auch nunmehr derselbe Wunsch Ew. Majestät beseele, hinzugen die Ueberzeugung gewonnen sei, daß zu dessen Erfüllung der bisherige Weg verlassen und an die Umgestaltung der Verfassung mit Muth und Kraft die Hand angelegt werden müsse. Ew. Königl. Majestät, seit entschlossen, mit der dem ganzen Volke bekannten Treue und Standhaftigkeit der gewonnenen Ueberzeugung entsprechend zu handeln, haben uns mit der Vorbereitung der nothwendigen Maßregeln beauftragt, und wir glauben den Absichten Ew. Majestät zu begegnen, indem wir uns sofort für alle unsere Maßnahmen der künftigen Volksvertretung verantwortlich und den dieserhalb zu erlassenden Gesetzen unterwerfen erklären. Wir sehen es als unsere erste Pflicht an, die Folgen des Rathes, den wir ertheilen werden, allein auf unsere Häupter zu laden, damit Ew. Majestät, über das wegende Verlassen des Augenblicks erhoben, in unerschütterter Ruhe die Entschließungen fassen können. Unverweilt werden wir die Ehre haben, Ew. Majestät die zunächst erforderlichen Vorschläge rücksichtlich der Landesverfassung vorzulegen, und wenn inzwischen weiterhin, wie seither in reichem Maße geschehen, unmittelbare, die Verfassung betreffende Anträge schriftlich oder mit der Bitte um persönliches Gehör eingehen, so stellen wir ehrf. Ew. Königlichen Majestät gehorsamst anheim, für jetzt und zu ermäßigen, die Ansuchenden mit Verbescheid zu versehen, damit auf uns diesenigen Gesuche sich richten, welche entheben können, wenn den Anträgen nicht oder nicht unmittelbar willfahrt werden kann. Berlin, den 30. März 1848. (gez.) Camphausen. Gr. von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. von Kenim. Hansemann. von Reyher. An Se. Majestät den König."

Digitized by Google

**Berlin.** Die Blätter melden bereits von einzelnen Reaktionsversuchen, welche in der Provinz auftauchen. Zu Wanzenberg hat der Landrath v. Kohe einen förmlichen Protest gegen die „Gewaltherrschaft“ der Berliner circuliren lassen, in welchem namentlich die Verlegung des Landtages von Berlin weg gefordert wird. In den benachbarten Kreisen ist bereits ein großer Theil des Landvolks und der Landwehr durch die Vorspiegelung: Der Königs Maj. sei gefangen und solle gezwungen werden“ vollständig fanatisirt und hat daher auch die schwarzgoldrothen Farben verspottet und bei den Kontrolversammlungen den mit solcher Kokarde Erscheinenen diese abgerissen.

Auch aus der **Neumark** meldet man ähnliche Versuche, Hr. v. Thadden, der Humorist des preußischen Parlaments, läßt es, wie man bereits hört, an solchen Bestrebungen ebenfalls nicht fehlen; kurz, in der Anarchie der Revolution tritt noch die der Reaktion, und man weiß kaum, welche die schlimmere ist.

**Posen**, 27. März. Der **Berl. Z.** entnehmen wir folgende Nachricht: Heute hat das hier bestehende polnische Nationalkomitée sich in diejenige Kommission umgewandelt, welche im Verein mit dem Hrn. Oberpräsidenten v. Beurmann die Reorganisation des Großherzogthums in polnischem Sinne einleiten soll. Die Kommission hat zu diesem Zwecke einen besondern aus Eingeborenen des Großherzogthums zusammengesetzten Ausschuß gewählt, bestehend aus den Herren: 1) Dr. Liebelt; 2) Dr. v. Krasiewski; 3) Graf M. Mielzynski; 4) v. Potworowski; 5) Assessor Szuman; 6) Landschaftsdirektor v. Brodowski; 7) Geistliche Prusinowski; 8) Landgerichtsrath Gregor; 9) Oberbürgermeister, Geh. Reg.-R. Naumann und 10) Landgerichtsrath Boy.

**Posen.** Die neuesten Nachrichten aus der Provinz lauten der Art, daß die Polen durch ihre Uebergriffe und die Mißachtung aller civil- und privatrechtlichen Verhältnisse die Achtung und Sympathie der Deutschen der Provinz vollkommen verloren und hierdurch zum Bedauern aller Gutgesinnten ihrer nationalen Entwickelung die größten Hindernisse in den Weg gelegt haben.

**Stettin**, 27. März. Die Befestigung des Swinemünder Hafens läßt sich, wie Sachkundige behaupten, im Holzhau binnen drei Monaten herstellen. Es ist von der höchsten Wichtigkeit, daß sie unverzüglich in Angriff genommen werde; wenn erst die russischen Häfen offen sind, dürfte es leicht zu spät sein, daran zu denken. — Man ist gespannt auf die fernere Entwickelung des Kampfes der Schleswig-Holsteiner gegen die dänische Oberherrlichkeit; nimmt Deutschland, wie zu erwarten, sofort an demselben Theil, so wird man sich nicht verhehlen dürfen, daß unserer Handelsschiffahrt ernstliche Störungen drohen, sofern nicht England, welchem die Verhinderung von solchen eben so sehr am Herzen liegen muß, dazu sofort die kräftigsten Schritte thut. Daß dies geschehen werde, läßt die neulich gemeldete Engagirung von Lootsen für britische Kriegsschiffe allerdings hoffen.

* **Meseritz**, 27. März. Die deutsche Sache findet in Ihnen einen bredten Vertheidiger, daher zweifle ich nicht, daß Sie die Gerechtsame u. Wünsche Ihrer deutschen Brüder in der Provinz Posen ebenso eifrig vertheidigen werden, als die unserer Brüder in Schleswig. Der Polenenthusiasmus scheint Manchem gegenwärtig die Besinnung zu rauben, darum gönnen Sie wenigstens dem folgenden Nothrufe eine Stelle in Ihrem vielgelesenen Blatte:

An das deutsche Volk! Hunderttausende Eurer deutschen Brüder in der Provinz Posen freuen sich mit Euch über die großen Errungenschaften dieser Tage; aber sie begreifen diejenigen Eurer Mortführer nicht, welche diese Hunderttausende ihrer Brüder, Bewohner ganz deutscher Gegenden, den Polen auf Gnade und Ungnade überliefern möchten. Ihr, die Ihr für die deutschen Brüder Schleswigs, den Uebergriffen der Dänen gegenüber, mit Wort und That thätig seid, besinnet Euch, ob wir in der Provinz Posen, namentlich wir Bewohner der ganz deutschen Grenzkreise, werth sind, von Euch verstoßen zu werden! Vergeßt über Eurem Polenenthusiasmus Euer eigenen Brüder nicht, werdet nüchtern und gerecht gegen uns, gegen Euch selbst. Deutschland geht „soweit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt.“ Politische Grenzen wurden bisher durch das Schwert festgestellt, diese Zeit ist hoffentlich vorüber. Die Bewohner der deutschen Grenzkreise der Provinz Posen bestehen sich bereits, ihre Erklärung an die Stufen des Thrones niederzulegen, daß sie Deutsche sind, durch Geburt, Sprache, Sitten, Bildung und Gesinnung, daß sie Deutsche bleiben wollen und daher wünschen, eng mit dem Gesammtvaterlande vereinigt zu werden. Diese Erklärung werden wir durch jedes gerechte Mittel aufrecht erhalten. Wir wollen nicht von den Polen, deren Sprache uns fremd ist, beherrscht werden! Auf den Schlachtfeldern der Jahre 1813—1815 haben die Väter der Bewohner der deutschen Grenzkreise an Eurer Seite, deutsche Brüder! mitgefochten, haben, wie Ihr selbst, ihr Blut für die deutsche Sache vergossen. Es ist Verrath an uns, wenn Ihr uns opfern wollt. Nein! und abermals nein! das könnt, das dürft Ihr nicht! Ihr Polenenthusiasten, seid vor allen Dingen erst deutsch gesinnt, zeigt vor allen Dingen ein Herz für Eure deutschen Brüder in der Provinz Posen! Wollt Ihr die Polen selbständig schalten lassen, so beschränkt sie auf die polnischen Kreise, ihre Heimath, und fügt zu Deutschland, was zu Deutschland durch Sprache und Gesinnung gehört, sich für Deutschland erklärt. Gesteht uns, die Ihr doch die Freiheit wollt mit allen ihren Folgen, wenigstens freie Wahl des Anschlusses an Euch zu!

**Tilsit**, 23. März. Von der russischen Grenze werden die bereits gemeldeten Zusammenziehungen von Truppenkorps durch Reisende bestätigt. Nach Einigen stehen jetzt 45,000 Mann, nach Anderen sogar 80,000 Mann in unserer Nähe, wir halten aber die letztere Zahl für übertrieben.

**Baiern.** **München**, 29. März. Gestern Nachmittag um ein Viertel nach 3 Uhr empfing Se. Maj. König Max II. eine Deputation der Bewohner Münchens und die Adresse in Betreff der Proklamation des Königs von Preußen vom 21. d., welche Sie in Ihrem heutigen Blatte mittheilen. Der König sprach sich über die gegenwärtige Lage des deutschen Vaterlandes und die Art, wie bessen einheitliche Gestaltung angestrebt werden müsse, ebenso warm wie bestimmt aus. Als die Deputation im Laufe des Gesprächs auf die Berliner Ereignisse vom 18. auf den 19. März Morgens hinwies, bemerkte der König: „meine Herren, wenn bei uns einmal Blut fließen soll, so wollen wir es gemeinsam für das Vaterland hingeben.“ Sie mögen hieraus entnehmen, daß der Empfang nicht minder herzlich als beruhigend war. Jedenfalls hat mit dem gestrigen Tage bei uns die Uebergangszeit, daß der Monarch den zeitgemäßen Forderungen des Volkes gerechte Anerkennung zollt und denselben in offener und umfassender Weise zu genügen entschlossen ist, neue positive Begründung erhalten. — Der Staatsrath in außerordentlichem Dienst und Verweser der Präsidentenstelle des obersten Rechnungshofes, Reiterlein, wurde unter dem Ausdruck allerhöchster Zufriedenheit für seine treu geleisteten Dienste in den Ruhestand versetzt. (A. Z.)

**Hannover**, 28. März. Folgendes ist die Rede wemit heute die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs von dem Grafen von Bennigsen, Vorsitzenden des königl. Gesammtministeriums und Vorstand des königl. Ministerial-Departements der auswärtigen Angelegenheiten eröffnet wurde: „Meine Herren! Se. Maj. der König, unser Allergnädigster Herr, verhindert, am heutigen Tage in Ihrer Mitte zu erscheinen, haben geruhet, wie den ehrerwollen Auftrag zu ertheilen, die gegenwärtige Ständeversammlung zu eröffnen, und Ihnen in Allerhöchstihrem Namen Folgendes mitzutheilen: In einem Augenblicke, wo ungeheure Umwälzungen in den Nachbarstaaten alle Verhältnisse des Friedens erschüttern, wo mit der Gesammtverfassung Deutschlands selbst die Grundlage aller unserer Zustände in Frage gestellt ist, und wo die Gefahr eines benachbarten Bundesstaats die Nothwendigkeit militärischer Hilfe im nächsten Augenblicke herbeiführen kann, hat es Se. Maj. in nicht geringer Beruhigung gereicht, daß schon der ordentliche Lauf der Geschäfte die gesetzlichen Vertreter des Landes um Allerhöchstihren Thron versammelt hat. Denn Se. Maj., mit Sicherheit erkennend, daß die bisherigen Einrichtungen des Landes unter den völlig veränderten Umständen weder dem königl. Hause noch dem Lande Sicherheit bieten können, haben nicht angestanden, aus freiem Entschlusse, ohne Zögern, alles dasjenige zu gewähren, was zu Begründung eines neuen kräftigeren Lebens nöthig scheinen kann. Nur das wollen Se. Maj., daß in allen Stücken der Weg, den die von Allerhöchstihnen ernannten Männer betreten hatten, in der bisherigen Weise fortgehalten werde, daß jedes schwankende Vorhaben, der auf unsere Weise erlangt werden möchte, nur zu allgemeinem Verderben gereichen kann. In diesem Sinne haben Se. Maj. bereits Maßregeln getroffen, um mit Ernst dahin zu wirken, daß die Verfassung des Deutschen Bundes, auf welcher zunächst die Sicherheit Deutschlands beruht, in der durch die Bundesakte gegebenen Form zu größerer Festigkeit und zugleich durch Berufung des Deutschen Volks bei der Bundesversammlung selbst zu voller Entwicklung gebracht werde. Nicht minder haben Se. Maj. zu bestehen geruht, daß die innere Verfassung und Verwaltung Allerhöchstdes Königreichs also geordnet werde, daß auch Freiheit der Presse und Oeffentlichkeit, durch Selbstständigkeit und Oeffentlichkeit in der Verwaltung der Stadt- und Landgemeinden, durch Beseitigung alles Exemtionen, durch Herstellung der ursprünglichen Rechte der Gerichte, durch Vereinfachung des Staatshaushalts, und durch Verantwortlichkeit Allerhöchstihrer Diener, Gleichheit und Wohlfahrt des Volks rascher gehoben, und der demselben beiwohnende Sinn für Ordnung und Recht gesichert werde. Es ist der Wille Se. Maj., daß diese Allerhöchstihre Absichten ohne Uebereilung, doch rasch ausgeführt und unverbrüchlich gehalten werden. Neben den wichtigen Arbeiten, welche erforderlich sind, um jene Grundsätze zu verwirklichen, werden Se. Maj. den Ständen vorlegen lassen, was der ordentliche Gang der Geschäfte zur Erhaltung der Sicherheit, der Ordnung und der Wohlfahrt verlangt, und die Wünsche, die gegen erwähnen, welche die Stände zum gemeinsamen Besten hegen möchten, da die Klage der Zeit und der Drang der Umstände es Allerhöchstihrer Regierung unmöglich gemacht haben, selbständig Gegenstände dieser Art vorzuberaten. So haben Se. Maj., unser Allergnädigster König und Herr, den Ständen eine Bahn zu rühmlichem und heilbringendem Wirken eröffnet, und es wird nun an Ihnen

Digitized by Google

nen, meine Herrn, sein, daß diese Bahn betreten und fest eingehalten werde. Durch jene herrliche Gabe Sr. Maj. ist die ganze Zukunft des Landes in die Hände der Stände gelegt; sie allein würde die Verantwortung tragen, wenn dieselbe ungenutzt verkümmerte. Dank sei es der Weisheit Sr. Maj., daß wir auf den gegenwärtigen großen Moment hinblicken können ohne den Schmerz, der in so vielen andern Ländern Freude und Hoffnung verbittert. Das Land hat in sich unerschöpfte Quellen der Kraft und des Glücks, das Volk ist reich an großem, verständigen Ernste, an Vaterlandsliebe und Treue. Was könnte uns mangeln, wenn nur der Geist der Eintracht, der seit Jahrhunderten zum ersten Male wieder alle Glieder unserer großen deutschen Vaterlandes mächtig durchdringt, auch in den engeren Kreisen unseres Landes walte. Dieser Geist der Eintracht ist es, auf den Se. Maj. vertrauen. In diesem Geiste der Eintracht, der kein Opfer scheuen darf, auch nicht dasjenige der eigenen Ansicht und Meinung, sieht Se. Maj. Ihren Ständen mit einem leuchtenden Beispiel voranzugehen. Möchten denn die Stände in erhabener Führung folgen. Gott erhalte den König! Im Namen und Vollmacht Sr. Maj. des Königs erkläre ich die allgemeine Ständeversammlung für eröffnet."

** Frankfurt, 1. April. Nur kurz melde ich Ihnen die wichtigen Ergebnisse des heutigen Tages, behalte mir aber vor, morgen auf den ganzen Gang der Verhandlung genauer zurückzukommen; für jetzt ist es mir nach neunstündiger Sitzung unmöglich, das Einzelne in alle Aufklärlichkeit zu geben. Zuerst wurde über den Modus der konstituirenden Nationalversammlung beschlossen: Die Feststellung der Wahlart sei jetzt zwar den einzelnen Staaten zu überlassen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die Wahl weder vom Census noch von einem Stande, noch von einer Konfession irgend abhängig sein dürfe. Die bewegteste Debatte drehte sich um die Frage: ob unmittelbare oder mittelbare Wahlen. Man entschied sich durch namentliche Abstimmung mit 317 gegen 194 Stimmen dahin, daß dieselben nicht als Vorschrift angenommen werden sollte, nahm jedoch mit Stimmenmehrheit die Unmittelbarkeit der Wahlen als Prinzip an. Beschlossen wurde ferner, daß jeder volljährige Mann Wähler und wählbar sein solle, daß der Gemählte nicht aus dem Lande genommen sein müsse, daß er zu vertreten hat, daß auch die politischen Flüchtlinge, wenn sie das deutsche Bürgerrecht nicht verwirkt hatten, alle Wahlrechte mitgenießen sollen. Beschlossen wurde ferner, daß die konstituirende Nationalversammlung von Montag über vier Wochen spätestens zusammentreten müsse, und zwar hier in Frankfurt. Die bedeutendste Verhandlung entspann sich nun um die Frage, ob die Versammlung sich für permanent erklären oder durch einen gewählten Ausschuß von fünfzig vertreten sein wolle; beide Ansichten waren darin einig, daß es eines Mittelpunktes zur Förderung und Beschleunigung der großen Nationalangelegenheiten bedürfe; die Einen glaubten dies durch die ganze Versammlung, die Andren sicherer durch einen gewählten permanenten Ausschuß zu erreichen. Die Verhandlung war durch die Bedeutung der Frage wie durch die aufgebotenen Rednergaben gleich interessant, doch gebührte die Palme unter den Sprechern für die Permanenz der ganzen Versammlung Hecker, unter den Rednern für einen permanenten Ausschuß Heinrich v. Gagern. Schließlich wurde der Antrag Heckers durch namentliche Abstimmung mit 368 gegen 143 Stimmen verworfen und der Antrag Gagerns angenommen. Dieser letztere geht dahin, einen Ausschuß von fünfzig Männern zu wählen, der bis zum Zusammentritt der konstituirenden Versammlung permanent bleibt, die jetzige Bundesversammlung bei der Wahrung der Interessen der Nation selbständig beraten hilft und die Bundesversammlung einzuladen hat, sich mit ihm als mit Männern des Vertrauens ins Benehmend zu setzen. Für den Fall, daß es die Nothwendigkeit erfordert, kann dieser Ausschuß die Versammlung sofort wieder berufen. Morgen früh wird dieser Ausschuß gewählt.

* Frankfurt, 2. April. Soeben 4 Uhr ist die Sitzung zu Ende, die gegen den Schluß einen sehr stürmischen Charakter angenommen hatte. Der Antrag von Zitz u. s. w. wurde, nachdem besonders Struve, Kasche und Hecker dafür und Gagern dagegen gesprochen hatten, mit großer Mehrheit verworfen, und der Bassermannsche angenommen. Alsdann verließ ein Theil der Minorität den Saal. Die Versammlung beschloß auf Antrag ihres Präsidenten versammelt zu bleiben. Raveaux, Vogt, Blum u. A. erklärten, sie hätten zwar ebenfalls mit der Minorität gestimmt, hielten es aber gleichwohl für Pflicht, zu bleiben, denn der wahre Freisinn bestehe darin, daß man sich dem Willen der Mehrheit unterwerfe (großer Beifall). Ein Zuhörer, welcher die Ruhe störte ter soll gerufen haben: man möge die Ausgetretenen als Verräther erklären wurde zum Saale hinaus gewiesen. Eine von der Minorität für den Fall der Verwerfung des Zitz'schen Antrags niedergelegte Erklärung blieb unverlesen, da die Versammlung durch ihr Votum den Antrag keineswegs verworfen, sondern bloß modificirt hatte. Den Antrag, den Ausschuß zu ermächtigen, den Sitz der Nationalversammlung nach einem andern Ort zu verlegen, falls die Zeitverhältnisse den Zusammentritt in Frankfurt nicht gestatteten, wurde angenommen, ebenso zwar, daß der Ausschuß bei den Regierungen auf schleunige Durchführung der Volksbewaffnung dringe. Die Stimmgettel für die Wahl des Ausschusses werden morgen Früh eingeliefert. Die Sitzung beginnt um 10 Uhr. — Hr. v. Pechlin, Bundestagsgesandter für Holstein-Lauenburg, hat bereits abgedankt.

Nachschrift. Nach dem Antrage von Zitz soll (schriftliche Mittheilungen fehlen uns) die Versammlung erklären: Beschluß der permanente Ausschuß mit dem Bundestage sich in Verbindung setzt, müssen die in demselben noch vorhandenen reaktionären Mitglieder durch Männer des Volksvertrauens ersetzt sein. Nach dem Bassermannschen Antrage heißt es dagegen: Indem der perm. Ausschuß mit dem Bundestage in Verbindung tritt, wird vorausgesetzt, daß die in demselben noch vorhandenen reaktionären Mitglieder durch Männer des Vertrauens ersetzt werden.

**Schleswig-Holstein.** * Kiel, 28. März. Einige Stunden nach Ankunft der von Kopenhagen zurückgekehrten Deputation in Rendsburg gingen Obergerichtsadvokat Claussen als Abgeordneter der provisorischen Regierung mit einem Extrazuge nach Berlin, um die von Preußen versprochene Hilfe zu beanspruchen, und der seitdem Deputirte in der Ständesammer, Justizrath Schleiden, der seine Stelle niedergelegt hat, nach Frankfurt a. M., um beim Bundestage das zu beantragen, was unserem Lande Noth thut, Anerkennung unserer provisorischen Regierung und militärische Hilfe. Claussen ist am heutigen Morgen wieder in Rendsburg eingetroffen; Preußen läßt von Magdeburg 5000 Mann Hilfstruppen marschiren, und der König von Preußen hat an den König von Dänemark eine Note gesandt, wornach der erste Schritt der Dänen auf schleswig-holsteinischen Boden als eine Kriegserklärung gegen Preußen betrachtet werden soll. — Von Hannover erwarten wir spätestens morgen Artillerie. Das gesammte deutsche Militär, alle Städte Holsteins und fast alle Städte Schleswigs haben die provisorische Regierung anerkannt; Flensburg, wie man sagt, nach schwerem Kampfe. Die materiellen Interessen der Flensburger ziehen oder vielmehr zogen sie zu sehr nach Dänemark. Unsere Truppen sind nach Flensburg vorgerückt, und soeben verbreitet sich das Gerücht, daß die Feindseligkeiten begonnen haben. Für Kiel fürchtet man sehr; viele Familien packen ihre besten Habseligkeiten zusammen und verlassen die Stadt. In Kopenhagen sind in den nächsten Tagen zwei Kriegsschiffe fegelfertig, die nach Kiel bestimmt sein sollen. Ob die Dänen es wagen werden, eine offene Stadt zu bombardiren, müssen wir erwarten; von ihrer Erbitterung ist Alles zu befürchten. Unsere provisorische Regierung, zu deren Präsidenten der vormalige Etatsrath Francke ernannt ist, wirkt energisch. Prinz Friedrich entwickelt den Muth und die Kraft, welche das schleswig-holsteinische Volk ihm zutraute und ihn deßhalb an seine Spitze rief. Alle Titulaturen sind abgeschafft. Diese kurzen Bemerkungen habe ich in der Eile aufs Papier geworfen; denn die Feder ruht, und Waffenübungen nehmen unsere Zeit in Anspruch.

Aus Schleswig-Holstein vom 28. März schreibt man uns, daß sich 70 preußische Offiziere den provisorischen Regierung zur Verfügung stellen wollen, um die Vertheidigungsanstalten gegen Dänemark und die Volksbewaffnung zu leiten. Der tapfere Prinz Waldemar (derselbe, der in den Schlachten am Sundewitt mitgefochten) war in Rendsburg angekommen. Die Stände sind auf den 3. April berufen. (Allg. A. Z.)

Schleswig-Holstein. In diesem Augenblick geht uns die Nachricht zu, daß heute Früh 6 Uhr eine Estaffette an die prov. Regierung mit der Nachricht gekommen, es seien 1800 M. dänische Truppen in Hadersleben eingeräckt; sofort wurde von hier eine Estaffette an den König von Preußen abgeschickt, nunmehr folgeich die Truppen in Schleswig einrücken zu lassen.

Kiel, 28. März. Die Börsenhalle bringt über die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten Nachrichten, denen wir Folgendes entnehmen: Mittelst Reskripts an die schleswig-holsteinische Regierung vom 27. d. M. ist die im §. 3 des Regulativs für die Gelehrtenschulen der Herzogthümer Schleswig-Holstein vom 28. Jan. d. J. in Betreff des Unterrichts auf der Hadersleberner Gelehrtenschule getroffene Anordnung aufgehoben und die schleswig-holsteinische Regierung beauftragt worden, das in dieser Veranlassung Erforderliche zu verfügen. — Generalkommando der Herzogthümer. Sämmtliche Oberbehörden der Herzogthümer werden hiermit ersucht, ungesäumt die in ihren resp. Distrikten befindlichen Leute der 6 und 7jährigen Mannschaft einzuberufen und solche mit Vorweis an die Kommandantschaft der Festung Rendsburg zu dirordern. Der Chef des Generalstabes: Fabricius, Oberst.

Kiel, 28. März. Dem Hamb. Korresp. wird aus Kiel geschrieben: Alles ist hier in kriegerischer Haltung, Alles trägt die Waffen. Die Bürgerbewaffnung exercirt und organisirt sich immer mehr.

Digitized by Google

Der Geist im Volke ist übrigens, wie es sich ja auch nur erwarten läßt, ein durchaus demokratischer, selbst republikanische Ihren haben sich bisher stark in demselben geltend gemacht. Doch ist unser Volk in allen seinen Bestandtheilen ein zu vernünftiges, um sich nicht gerne und ruhig dem Gesammtwillen Deutschlands unterzuordnen. Es erkennt und wird noch immer mehr anerkennen, daß jedenfalls diese Ideen jetzt unpraktisch und verfrüht sind. Um so nothwendiger und unerläßlicher wird es aber Andauch für unsere Regierung, ganz die Bedürfnisse und den vernünftigen Willen des Volks zu berücksichtigen. Für die Volkssache nach Außen und Innen hat die Regierung die kräftigste Stütze, aber auch nur für diese. Aus diesem Grunde auch ist der Andrang zu den Freikorps noch immer ein ausnehmend großer und starker.

Ratzeburg, 26. März. Die hiesigen Behörden haben die prov. Regierung anerkannt, in Folge dessen die Lauenburger Jäger die Stadt verlassen, und sind heute 60 Mann mit der deutschen Fahne nach Rendsburg abgegangen (sie sind heute durch Hamburg zukommen). — Die Adresse der hiesigen Behörde lautet also: „Die großen Begebenheiten der Zeit, die sich drängenden Ereignisse rings um uns her, die Reformen in ganz Deutschland bei seiner Wiedergeburt haben auch in unserm speciellen Vaterlande Lauenburg Forderungen hervorgerufen, welche theils das Heil von ganz Deutschland, theils die Vertretung der verschiedenen Interessen in der hiesigen Landesrepräsentation betreffen. Wir endesunterzeichneten Landräthe sehen uns in Veranlassung einer an die Ritter- und Landschaft in obigem Betreff eingegangenen Adresse, und um weiteren Anforderungen zu begegnen, veranlaßt, hiermit vor unseren Mitbürgern öffentlich zu erklären: wie wir erkennen, daß die jetzige Landesrepräsentation nicht mehr dem Geiste der Zeit entspricht und deßhalb bei unseren Mitständen die lautgewordenen Wünsche der Landesinwohner nach besten Kräften vertreten werden. Wir erklären ferner: daß wir sofort nach der Bekanntwerdung des Resultats der ausgefchriebenen Berathungsversammlung in Frankfurt a. M., welcher auch Mitglieder der Ritter- und Landschaft sich anschließen, eine Versammlung veranlassen werden, zu welcher nicht allein die Mitglieder der Ritter- und Landschaft, sondern auch die von den Städten, so wie dem übrigen Lande erwählten Repräsentanten, welche sich bei dem Vorstande der Ritter- und Landschaft melden, eingeladen werden sollen, um gemeinschaftlich zu berathen, was dem Lande Noth thut. Wir sind bereit, alle im übrigen Deutschland als heilsam erkannten Reformen und Maßregeln zu beantragen, und werden es stets kräftig bevorworten, daß Lauenburg am großen deutschen Vaterlande festhalte und mit ihm stehe und falle. Wir hoffen, daß unsere Mitbürger sich bei dieser vorläufigen Erklärung beruhigen und bedenken werden, daß eine neue Verfassung des Landes nur nach Dem wird bestimmt werden können, was im übrigen Deutschland als heilsam erkannt werden wird. Ratzeburg, 26. März 1848. L. F. v. Bülow. A. D. v. Scrader. C. v. Schrader."

Rendsburg, 29. März. Der Hamb. Börsenhalle wird geschrieben: Die Truppen marschiren unaufgesetzt nach dem nördlichen Schleswig. Zwei Brigaden, unter den Befehlen des Generalmajors v. Krohn und des Herzogs Karl von Holstein-Sonderburg-Glücksburg, sind dahin abgegangen. Neue Freikorps organisiren sich täglich. Ein Korps derselben ist unter anderen gestern unter Anführung des Kammerherrn Amtsdemvaliers v. Krogh in Hadersleben gebildet worden. Dagegen vernimmt man, daß Lauriz Stau eine Freischaar der Dänisch gesinnten Schleswiger von 600 Mann zusammengebracht hat. Wir dürfen hoffen, daß unsere Truppen unsere deutschen Brüder, welche größtentheils unter dänischen Officieren noch in der Festung Fridericia gehalten werden, bald befreien, wie sie Dänen von unserer Grenze fern halten werden. Ein Zusammentreffen ist in wenigen Tagen zu erwarten. Gestern ward die dänische Kriegsdampfcorvette „Hekla" im Flensburger Meerbusen erblickt, entfernte sich indeß schleunigst, als von dem Korps der Studenten und Turner einige Male auf dieselbe gefeuert ward. Eine dänische Fregatte ist in der Ostsee in der Gegend von Dütteböll festgelaufen. Etwas gegen dieselbe zu unternehmen, ist bei dem Mangel an Schiffen und Kanonen nicht sogleich thunlich gewesen. Eine Seebatterie wird unter Leitung einer hannoverschen Ingenieurs bei Dütteböll unverzüglich errichtet. Im Gotterfer und Flensburger Angeln ist die ganze Bevölkerung zu den Waffen gerilt, der Landsturm, mit Schießgewehr, zum Theil auch mit Sensen und Piken bewaffnet, ist schon oder wird heute organisirt. — Der Obrist Seifahrt hatte sich nach der Einnahme der Festung Rendsburg, deren Kommandant er war, unserer Sache angeschlossen. Vorgestern war er aber entwichen, ist jedoch in Neumünster ergriffen und wieder eingebracht worden. Der höchstkommandirende dänische General v. Lützow hatte sein Ehrenwort nicht geben wollen, daß er gegen die Herzogthümer nicht fechten wolle; er wird in Schleswig konfinirt gehalten. Zwei Söhne desselben, Officiere, sind mit unseren Truppen nach dem nördlichen Schleswig ausgezogen. Der General v. Castenskiold, der Oberstlieutenant Renouard u. A. sind mit dem Kammerherrn v. Scheel auf Fühnen eingetroffen, wo sie von der dänischen Bevölkerung, an die auch Scheel eine Anrede hielt, mit Jubel empfangen wurden. Man hat die dänischen Officiere aus Schleswig abziehen lassen, ohne ihnen das Ehrenwort abzunehmen, nicht gegen die Herzogthümer zu dienen, man begnügte sich damit, sie zu verpflichten, daß sie gegen die Einwohner der Stadt Schleswig Nichts unternehmen wollten. Auf Alsen, wo die Bevölkerung meist dänisch gesinnt ist, wird das Schloß des Herzogs von Augustenburg bedroht. Eine Truppenabtheilung ist dahin abgegangen. Der Baron v. Eggers, suspendirter Polizeimeister von Schleswig, eine Kreatur des Hrn. v. Scheel, hat es für gerathen halten müssen, zu entfliehen.

Rendsburg, 29. März. Diesen Morgen 7 Uhr sammelten sich das 15. und 17. Linienbataillon auf dem Paradeplatz und zogen darauf, indem das Musikkorps das schleswig-holsteinische Volkslied spielte, unter Anführung der Majore Kindt und Bündiger aus der Stadt, in der Richtung nach Schleswig; sie waren begleitet von einer Batterie. Die Truppen schienen von Muth beseelt und zogen mit freudigem Gesang durch die Straßen.

**Schweiz**

** Bern, 1. April. Der Vorort hat den Oberst Luvini aus Tessin in einer diplomatischen Mission nach Mailand abgeordnet. Die Berichte aus der Lombardei lauten sehr widersprechend. Während die einen die österreichische Armee als in vollständiger Auflösung begriffen darstellen, soll sich dieselbe nach andern im Gegentheil unfern von Mailand konzentriren und ihr Glück in offener Feldschlacht nochmals versuchen wollen. Die Intervention des Königs von Sardinien ist dem Vorort offiziell angezeigt worden.

Die berüchtigte Lola Montez befindet sich immer noch hier und zeigt sich häufig in Begleit des englischen Geschäftsträgers Peel. Ihr Kutschen macht indeß bei weitem nicht die Sensation wie in München, höchstens laufen ihr ein paar Gassenjungen nach; Skandal hat sie bis jetzt hier keinen veranlaßt.

**Belgien.**

Gent, 29. März. Die Freischaaren haben, wie sich herausstellt, nirgends Glück. Die Kölner Zeit. bringt folgenden interessanten Detailbericht über den kläglichen Ausgang eines zweiten Zuges belgischer Freischärler. Meine Geschäfte führten mich heute Abend nach Lille, von wo ich soeben zurückkehre und Ihnen daher aus eigner Anschauung über den Versuch Mittheilung machen kann, welchen ein Korps von 1800 bis 2000 Freischärlern heute Morgen machte, über die belgische Grenze bis Mouscron einzudringen, um das Land zu republikanisiren. — Gleichzeitig, auf einer andere Schaar über Valenciennes in Belgien einzudringen versuchte und in Quievrain so vollständig eingefangen ward, hatte sich eine stärkere Schaar auf Paris per Eisenbahn in die Richtung nach Lille begeben und zu Orchin, einer Station vor Lille, Halt gemacht, wo diese ungebetenen Gäste seit drei Tagen die Einwohner belästigten. Gestern Abend endlich brach sie gegen die belgische Grenze auf, unter Anführung einiger Polytechniker, und langte diesen Morgen drei Viertelstunden nordwärts Quiévrain, auf der Straße von Turcein nach Tournay in dem belgischen Grenzdorf „Risquonstout" an. Die zu Mouscron stehende Vorhut eines belgischen Observationskorps hatte schon gestern Abend Emissäre beobachtet, die in großer Anzahl über die Grenze kamen und das Terrain rekognoscirten. Viele dieser Leute wurden verhaftet. Noch andere Vorbeobachtungen mögen die Aufmerksamkeit der Grenzbewohner angeregt haben, genug es wurde vermuthet, daß am heutigen Tage Etwas gegen Belgien unternommen werden sollte, um das Land und insbesondere die Provinz Flandern aufzuwiegeln und die Republik in Belgien zu proklamiren. Auf diese Wahrnehmungen ihn wurden noch in der Nacht Befehle zu einer bedeutenden Truppen-Heranziehung gegeben, und ganz Bataillone eilten auf langen Eisenbahnzügen von Antwerpen und Gent der Grenze zu, trafen aber, sowie leider auch Schreiber dieses, ein paar Stunden zu spät ein, denn die kleine Avantgarde, aus 250 Mann des 5. Linienregiments und 2 Kanonen bestehend, unter der unmittelbaren Anführung des wackeren Generals Fleury, hatte die etwa 2000 Mann starke Bande schon total geschlagen und über die Grenze, welche sie freudigst unter dem Rufe: „Es lebe die Republik!" überschritten, in der größten Unordnung zurückgeworfen. Jene Bande, zum Theil aus der Hefe des Pariser Volkes und aus etwa einem Drittheile belgischer, in Frankreich beschäftigt gewesener Arbeiter oder Taglöhner, meistens aber aus ganz niedrigem Gesindel bestehend, hatte Posto neben und in dem obengenannten Dorfe gefaßt,

Digitized by Google

als die kleine Kolonne des belgischen Militärs gegen 8 Uhr Morgens heranrückte. Unter dem Rufe: „Vive la république! Vive la ligne!“ schwenkten sie ihre Fahnen und rückten ihrerseits gegen das belgische Korps, welches aufmarschirte und sofort ein Peletonfeuer eröffnete, das die Insurgenten zwei Mal beantwortenten und während dessen sie bei ihrer Uebergahl Stich hielten. Da deployirte die belgische Infanterie, und die hinter ihr aufgestellten 2 Kanonen eröffneten ein Kartätschenfeuer, welches zur Folge hatte, daß schon beim dritten Schusse die Pariser citoyens sich in Unordnung auflösten, ihre Waffen wegwarfen und die Grenze in größter Eile zu erreichen suchten. Belgischerseits blieb ein Sergeant todt; 3 Soldaten und ein Hauptmann wurden leicht verwundet. Von den Insurgenten blieben 10 todt auf dem Platze; viele wurden verwundet, die sich über die Grenze schleppten. Die Belgier erbeuteten 500 Munitionswagen und mehrere Fahnen. Ja sah später auf meinem Eisenbahnrour noch Viele daselbst auf der Station Tarcein die rückkehrende Bande, fast Alle zerlumpte Leute mit nur theilweiser Bekleidung, Viele ohne Strümpfe und Schuhe, Andere mit rothen Mützen, Alle ohne Waffen, gänzlich demoralisirt, todtmüde und hungrig umherstehen und hören: die wenigen Belgier darunter sollten über die belgische Grenze transportirt werden; die Franzosen, worunter mehrere Gamins, verlangten nach Paris mit Eisenbahnzügen zurückzukehren; ich sah auch zwei ihrer Chefs: einen Polytechniker in der Uniform und einen jungen, gut gekleideten Menschen in Bürgertracht mit einer großen Teckolor-Schärpe. Sie waren sehr niedergeschlagen und schienen sich überzeugt zu haben, daß sie sich bitter in ihren Erwartungen getäuscht. Hier und in allen Grenzorten, die ich passirte, äußerte man die lebhafteste Zufriedenheit über diesen Vorfall, dessen Wirkung ähnliche Versuche wohl fern halten wird.

### Dänemark.

Kopenhagen. Die Börsenhalle theilt folgenden Auszug aus einem Privatbriefe vom 24. März aus Kopenhagen mit. Die Deputation ist heute abgereist; wir erwarten jetzt, ob sich die Holsteiner mit der Antwort, welche sie vom König erhalten, zufriedengestellt finden. Sind sie es nicht, und hören die Unruhen nicht auf, so wollen und können wir 30—40000 Mann regulärer Truppen in einigen Tagen hinüberschicken, außer der Flotte und den Freiwilligen, die auch bedeutend an Anzahl sind. Alles wird hier aufs Stärkste und Schleunigste gerüstet, und die Soldaten so wie die Freiwilligen hegen einen furchtbaren Haß gegen die Holsteiner und wünschen je eher je lieber loszugehen. Die Gefechte liegen ganz darnieder, um Niemand will auf Etwas eingehen, ehe man die Antwort der Holsteiner kennt. Es befinden sich hier eine Menge Reisender, die nicht wissen, ob sie hierbleiben oder nach Hause reisen sollen. Man glaubt, daß die Posten nicht sicher gehen werden.

### Großbritannien.

London, 30. März. Die aus Frankreich vertriebenen Eisenbahnarbeiter, hierunter auch die Ingenieure, Maschinenbauer und Maschinenmeister, hielten am 27. März eine Versammlung, um sich über die Mittel zu berathen, wodurch sie für den ihnen zugefügten Schaden und sonst erlittenes Unrecht Ersatz und Genugthuung erhalten könnten. Die Versammelten erzählten mancherlei Beispiele von der Brutalität, welche die Franzosen sich gegen sie zu Schulden kommen ließen, wie man ihnen mit den schrecklichsten Drohungen zugesetzt rc. Es wurde ein Brief aus Tours vom 20. März vorgelesen, den einer der Anwesenden erst am Morgen desselben Tages erhalten hatte; es hetzt darin unter Anderm: „Vergangenen Abend zog ein wilder Haufe die Straße daher, drang mit Gewalt in Hrn. Bauroys Haus und rief: sie würden allen Engländern die Kehlen abschneiden, dann zerschlug man alle Fenster im Hause und verübte sonst noch schlimmen Unfug.“ Ein Hr. Matzer, der den Vorfall führte, erzählte in schmuckles wahren Worten, welche jährliche Unbilden und Beeinträchtigungen die englischen Arbeiter von dem französischen Pöbel zu erdulden gehabt, von den Räubereien, die man an ihnen verübt, von der brutalen Art, womit man sie gänzlich entblößt ins Elend hinaus gestoßen. Die Versammelten beschlossen einstimmig, an den Staatssekretär eine Eingabe zu richten, mit genauer Ausgählung der erlittenen Verluste und dem dringenden Ersuch, daß die Regierung um Schadloshaltung und Sühne bei der provisorischen Regierung Frankreichs die geeignetsten Schritte thun möge. Die nicht bezahlten Arbeitslöhne und Gehalte der Vertriebenen allein belaufen sich auf 3000 Pfund. Das M. Chr. sagt kurz, aber wahr und treffend: „Aus diesem Uebel wird doch etwas Gutes hervorgehen. Diese armen Menschen werden unter unserm Volk die Nachricht von jener allgemeinen Menschenliebe und Völkerverbrüderung verbreiten, welche ihre glorreiche Laufbahn damit beginnt, daß sie Gerechtigkeit und Menschlichkeit mit Füßen tritt!“

Der Chartismus springt immer entschiedener und ungescheuter in den Republikanismus über. Am 27. versammelten sich die Chartisten in Nottingham, um einen Abgeordneten für die große Chartistenzusammenkunft zu wählen, welche den 3. April in London stattfinden soll. Einer der Herren sagte unter Anderm: „die Zeit sei gekommen, wo die Welt auch ohne Königthum bestehen könne, die Zeit sei da, wo man sich der Könige und Pfaffen, welche die Vorfahren in ihrer Dummheit sich zu Herren gesetzt, entledigen könne; er wolle nicht sagen, daß man das Beispiel Frankreichs nachahmen solle; aber das wenigstens wolle er sagen, daß das Königthum dem Volke jährlich 360,000 Pf. koste, ungerechnet das jährliche Gehalt für den Prinzen-Gemahl u. s. w. Die Drohungen der Chartisten machen übrigens der Regierung weniger Sorge, als die herausforderndе Stellung Irlands, obschon es ihr nicht gleichgiltig sein kann, daß die roh republikanischen und antikirchlichen Grundsätze der Chartisten unter dem Volke immer mehr um sich greifen. Was Irland betrifft, so hat sich die Regierung auf das Schlimmste gefaßt gemacht, ist aber, wie es heißt, gesonnen, den angedrohten und gefürchteten Aufstand, wenn er nicht gleich im Beginn erstickt werden kann, sich möglichst in sich selbst aufzehren zu lassen; um so strenger will man in diesem äußersten Fall die Küsten bewachen, um das Einschleppen von Waffen und Munition oder militärischen Zuzug von Außen her zu verhindern.

An der Börse gingen die Konsols am 30. März wieder bis auf 81½ herab. Das Mißtrauen gegen ausländische Firmen und die Abneigung, mit solchen Geschäfte zu machen, steigen in der Handelswelt immer mehr.

### Frankreich.

Paris, 31. März. Beranger, der greise Freiheitsdichter, veröffentlicht heute einen äußerst ältern, liebenswürdigen Brief, in dem er die ihm zugedachte Ehre, Deputirter der Nationalversammlung zu werden, dankend ablehnt. „Ihr wollt, sagt er, aus einem Dichter einen Gesetzgeber machen — das kann ich nicht glauben. Bedenkt, ich bin 68 Jahre alt, — mein Bischen Popularität danke ich meinen Liedern, nicht meinem Werthe als Bürger. So viele Leute glauben sich jetzt zu Allem fähig, es muß auch welche geben, die zu gar Nichts zu taugen glauben. Laßt Euch nicht durch den Siegesrausch des Triumphes hinreißen, liebe Freunde, vielleicht braucht ihr noch ein Mal Jemanden, der Euern gesunkenen Muth, Eure Hoffnungen neu belebt. Ihr würdet dann bedauern, daß Ihr das Bischen Stimme, das mir noch übrig ist, unter Ehren und Würden erstickt habt. Laßt mich sterben, wie ich gelebt habe, und macht nicht aus Euerm Freunde, dem guten alten Liedersänger, einen unnützen Gesetzgeber.“ — Wir geben mit obigen Zeilen nur einige Bruchstücke, aber der ganze Brief ist klassisch und eines der schönsten Werke des alten Dichters.

Die Patrie meldet, daß am 25. in Madrid die Revolution ausgebrochen sei, und das Volk sich gegen die Truppen schlage.

Der National erklärt heute, er habe über das Mißglücken der Expedition der belgischen Legion sehr ernste und wichtige Aufschlüsse erhalten, und er vertange, daß die prov. Reg. sogleich eine Untersuchung über diese Vorfälle einleite.

Gestern wurde von den Assisen das Urtheil über die Brandstifter und Zerstörer der Eisenbahn von St. Germain gefällt. Von den 24 Angeklagten wurden zwölf wegen nicht genug erwiesener Schuld freigesprochen und die zwölf Andern zu 5, 3, 2 Jahren Zuchthaus und 1 Jahr Gefängniß verurtheilt.

Das erste Bataillon der Lyoner deutschen Legion, 300 Mann stark, ist am 29. d. M. von Lyon nach Straßburg abmarschirt — die deutschen Legionen von Marseille und Bordeaux brechen gleichzeitig auf.

Marseille, 28. März. In einer französischen Stadt einen ganzen Tag kein Journal! Gestern hatten wir das unglaubliche Ereigniß in unserer Stadt. Die Setzer koalirten sich und beschlossen, nicht eher zu drucken und zu setzen, bis sie eine bedeutende Lohnerhöhung erpreßt haben würden. Darauf beschlossen die Druckereieigenthümer im Verein mit den Zeitungsredakteuren, vorderhand ein einziges gemeinschaftliches Journal herauszugeben, bis sie mit den Arbeitern die Angelegenheiten geordnet haben werden.

Lyon, 29. März. Diesen Morgen verließen 300 deutsche Arbeiter die Stadt, um in das freigewordene Vaterland zurückzukehren. Auf ihres schwarz-roth-goldnen Fahne stand die Inschrift: Lebt wohl französische Brüder! hoch lebe Frankreich! hoch Deutschland!

### Italien.

Rom. Aus Rom, sagt die Allg. Z., reichen unsere Briefe bis zum 23. März. Sie bestätigen die Meldung unserer Wiener Korrespondenz: daß dem österreichischen Botschafter das Wappen von seinem Palaste gerissen worden. Graf Lützow legte seine Stelle nie-

Digitized by Google

der. Die andern Gesandten protestiren gegen jene Verletzung des Völkerrechts.

† Neapel, 23. März. Das Ministerium macht heute bekannt, daß, nachdem es alle Mittel versucht habe, den Frieden mit Sicilien wieder herzustellen, nachdem nach den letzten Nachrichten man durchaus nicht hoffen darf, daß die Sicilianer irgend einen Punkt ihrer Forderungen modificiren wollen, und somit jede Unterhandlung unnütz sei, dasselbe sich nicht befugt halte, solche Forderungen einzugehen, die die Einigkeit der Monarchie zerstören, den Fortschritt Italiens hemmen und die Unabhängigkeit und glorreiche Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes compromittiren. Die Regierung fühle sich daher verpflichtet, dem Lande und dem ganzen Italien feierlich zu erklären, daß die Sicilianer Unmögliches verlangen und damit offenbar zeigen, es sei ihnen nur darum zu thun, jedes Mittel zur Versöhnung abzuschneiden. Obschon dieser ausgesprochene Widerstand nicht im mindesten den lebhaften Wunsch ändere, billigen und vernünftigen Anträgen Gehör zu geben, und man heute, die Gemüther werden, nachdem die gegenwärtige schmerzliche Aufregung sich gelegt haben wird, wieder zu dauerhafter Eintracht sich vereinigen, so betrachte man doch für jetzt die angefangenen Unterhandlungen für freundschaftliche Ausgleichung unterbrochen, und die Regierung verwahre sich und protestire aufs Feierlichste gegen jede Verletzung der Einigkeit und Integrität der Monarchie. Der Protest schließt lautet: Mit Gegenwärtigem protestiren wir feierlich gegen jeden Akt der auf der Insel Sicilien Statt haben könnte, der nicht im vollständigen Einklang und in Ausführung unserer Dekrete vom 6. März, den Fundamental-Statuten und der Konstitution der Monarchie ist, wir erklären jetzt und immer jeden diesen zuwiderhandelnden Akt für ungesetzlich, aufrührerisch und nichtig. Neapel, 22. März 1848 gez. Ferdinando. Der Minister della Grazia und Giustizia gez. Giuseppe Marcarelli. Der Präsident des Ministerkollegiums gez. Duca di Serracapriola.

† Neapel, 24. März. D. Carlo Cianciulli, früher Minister des Innern ist zum Intendanten der Provinz Neapel, und Giovanno Andrea Romeo, Anführer des letzten Aufstandes in Reggio, zum Intendanten der Provinz des Principato Ulteriore ernannt. So ändern sich die Zeiten. Eine k. Verordnung setzt eine Kommission in Neapel nieder, die bestimmt ist, über die Rückkehr und die persönliche Verdienste aller Gerichtsbeamteten in wissenschaftlicher und moralischer Beziehung Prüfungen anzustellen. Solche Prüfungen wären schon längst zu wünschen gewesen und können nicht verstehen, in den verschiedenen Gerichtshöfen heilsame Säuberungen zu bewerkstelligen. Die hiesige Staatszeitung berichtet, die Regierung habe an die andern drei konstitutionellen Fürsten Italiens eine Einladung zu einer Zusammenkunft in Rom ergehen lassen, um sich über die Bildung einer Lega italiana zu verständigen. Der Papst habe bereits die Einladung angenommen. Von Castellamare aus wurden heute wieder Truppenverstärkungen nach Sicilien, wahrscheinlich nach Messina oder Reggio geschickt, man spricht davon, der König wolle bei Reggio ein Beobachtungskorps aufstellen.

Triest, 24. März. Aus einem Privatschreiben aus Triest theilt die Berl. Z. mit, daß den 23. Nachmittags 3 Uhr daselbst ein ehemaliger Buchhändler Orlandini mit seinem Anhange den Versuch machte, die italienische Flagge zu entfalten und die Republik vor dem Gouvernementsgebäude zu proklamiren. Sein Versuch scheiterte aber an der treuen Anhänglichkeit der Triestiner, und nur mit Mühe gelang es einigen Herren, den Aufwiegler der Weltwuth zu entreißen. Der Gouverneur erschien auf den Straßen, und wurde so wie der allgemein beliebte Polizeidirektor Ritter v. Schick und die Herren Generale Giulay und Ritter mit unbeschreiblichem Jubel empfangen. Binnen wenigen Stunden waren alle dreifarbigen Kokarden und Cabrerahüte aus den Straßen verschwunden. In der Nacht vom 23. auf den 24. wurden 46 Kisten Gewehre, welche für die Jäger in Mantua bestimmt waren, ausgeladen und unter die Nationalgarde vertheilt. Ein Nachtschiff ist durchgegangen; eine zweites wollte sich mit der Kasse, die es am Borde hatte, entfernen, wurde aber noch zur rechten Zeit festgehalten. Den 24. brachte das Dampfboot einen Theil der Truppen, welche in Venedig kapitulirt hatten (5580 M.) nach Triest. Sie erhielten die Weisung, sich in Dutino auszuschiffen.

Mailand, 29. März. Die N. Z. Z. meldet: Gestern publizirte man offiziell die Gefangennehmung von Generai Schönhals, dem rechten Arm von Radetzky, 4 Obersten, 51 Offizieren, 800 Mann Infanterie, 60 Dragonern, 3 Kanonen, 1600 Kil. Pulver, 63 Wagen; man fing sie wie Fische im Wasser und Sumpf. Radetzky soll sich in verzweifelter Lage befinden, er kann weder vornoch rückwärts; er glaubte in drei Tagen nach Verona zu gelangen, nun steckt er seit sechs Tagen in Schlamm, umzingelt von Heerden von Bauern. Kann sich die piemontesische Armee koncentriren und ihn zu einer Schlacht zwingen, so ist er unwiederbringlich verloren und muß das Gewehr strecken.

### Amerika.

Das Dampfschiff „Ocean Queen", welches am 11. März von Boston abgegelte, hat nach England die Nachricht gebracht, daß der Friedensvertrag mit Mexike von dem Senat zu Washington mit einer Mehrheit von 15 Stimmen ratifizirt worden ist.

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

[285]d Die Unterzeichneten beehren sich, die ergebene Anzeige zu machen, daß sie ihren neuen Gasthof, genannt:

**Hôtel Disch in Cöln**

Brückenstrasse Nr. 13.

mit dem ersten April d. J. eröffnen werden und empfehlen sich dem Wohlwollen des geehrten Reisenden und auswärtigen Publikums bestens.

Köln, im März 1848.

**Carl Disch.** früher „Kaiserlicher Hof" in Köln.

**H. Capellen.** früher „Breidenbacher Hof" in Düsseldorf.

[286] Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen:

**Das deutsche Parlament.**

**Ein Entwurf**

der am 30. März zu Frankfurt a. M. zusammentretenden Versammlung deutscher Männer gewidmet von

**Karl Biedermann.**

5 Ngr.

[287]d **Verpachtung einer großen Jagd mit Jagdschloß und Fischerei.**

Eine ausgedehnte, sehr ergiebige Wald- und Feldjagd, mit einer nachhaltigen guten Fischerei, sammt einem geräumigen herrlichen Jagdschloß, Garten u. s. w. in einer der schönsten Gegenden des Königreichs Baiern ist auf mehrere Jahre um jährliche 720 fl. zu vermiethen. Portofreie Anfragen beantwortet gerne

**C. Gröszer** in Heidelberg.

## Bekanntmachung.

Die Ankunft und Abfahrt der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres in folgender Weise Statt:

**I. Ankunft** von **Mainz** täglich zur Mittagszeit, im Anschluß an den um 2 Uhr 20 M. Nachmittags von Mannheim nach Offenburg, Kehl (Straßburg) abgehenden Eisenbahnzug X.

**II. Abgang** nach **Mainz** täglich 2½ Uhr Nachmittags im Anschluß an den Eisenbahnzug V. von Freiburg.

Die Fahrten am Samstag, Dienstag, Mittwoch und Freitag schließen sich unmittelbar an jene nach **Rotterdam**, und die Fahrten am Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach **London** an.

Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Großh. Eisenbahn, so wie umgekehrt auf den Hauptstationen der Großh. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 31. Oktober 1847.

**Großh. Post und Eisenbahn-Amt**

[288]m **Eberlin.**

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim. — Druck von **C. Mohr** in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oppenheim, 29 Newgate Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal u. Oberitalienischen Häfen werden von Hrn. C. L. Alexander Strassburg 28 Breitgasse, Basel 23, Neue Basler Donau-Schiffahrt.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeber bitten, bestellen zu wollen bei der Grossh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt täglich 8. 30. 1 durch die Post bezogen im Umfang des Grossherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer viertheiligen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 96. Heidelberg, Mittwoch 5. April. 1848.

## Uebersicht.

**Berlin** (Kurländische Deputation. Polnische Emissäre werden in Danzig und Elbing. Schreiben des Ministers v. Auerswald an den Erzbischof von Posen. Ernennungen der Marschälle und Vicemarschälle für die Kurien. Camphausen königl. Kommissarius bei dem Ver. Landtage. Die Landtagsverhandlungen öffentlich. Die Universität über die Berufung des Landtags). **Von der Saale** (die Anspathien gegen Preußen). **Königsberg** (Saucr's Suspension aufgehoben). **Chorzinsen** (Zusammentreten der deutschen Landesräthe für Aufrechthaltung des Deutschthums im Posenschen). **Posen** (die Russen rücken an die preußische Grenze vor). **Stettin** (die politische Bildung der Pommern). **München** (die deutsche Fahne. Ein erblicher Kaiser oder ein Präsident für Deutschland). **Von der Weser** (Bodelschwingh und die Bremer Zeitung). **Karlsruhe** (Aufruf zu Geldbeiträgen für die Vertheidigung von Schleswig-Holstein). **Heidelberg** (die Angelegenheit der Bürgerbewaffnung. Protest einer Polenreise bis zur Oder und Oder). **Frankfurt** (das Schisma. Umrisse der Minorität. Verhandlungen der Versammlung am 3. März.) **Hamburg** (Orla Lehmann und Graf Knuth nach Berlin gesendet). **Bremen** (oldenburgische Truppen erwartet. Ein preußisches Schiff im Sund beschossen). **Schleswig** (Enthaltsamkeit der Deutschen. Ernennungen. Ergänzung der Ständeversammlung. Die militärischen Rüstungen und Anordnungen in den Herzogthümern. Aufbruch der Borkut nach Apenrade. Eine Fregatte vor der Insel Alsen. Die provisorische Regierung gegen den Zuzug fremder Freischaaren. Der Einmarsch der Dänen in Hadersleben nicht bestätigt).

**Schweiz.** Zürich. J. Fazy's patriotische Phantasien. **Von der Aar.** Antrag Lamartine's auf ein Schutz- und Trutzbündniß in der Schweiz.

**Schweden.** Stockholm. Entschiedener Schritt in der Reformfrage.

**Großbritannien.** Globe und Times über Frankreich.

**Frankreich.** Officielle Aktenstücke. Ein Korps Freiwilliger gebildet. Die Züge deutscher Emigranten. Zug der Kommunisten. Gerüchte über Savoyen.

**Spanien.** Eine Revolution ausgebrochen.

**Handel.** Amsterdam. Hamelo- und Börsennachrichten.

**Beilage.** Frankfurt a. M. (Verhandlungen der Abgeordnetenversammlung am 2. und 3. April). **Posen** (Aufregung und Wünsche der polnischen Bevölkerung). **Schweiz.** Bern (der bestätigte Freischaarenzug nach Deutschland). Biel (Erklärung des Hrn. Schüler).

---

**Preußen.** Berlin, 30. März. Der Minister d. Inn. hat an den Erzbischof v. Posen folgendes Schreiben gerichtet: Im allerhöchsten Auftrage des Königs beehre ich mich, Ew. erzbischöfl. Gnaden und Ihren Hrn. Kollegen auf das Gefolge vom gestrigen Tage ganz ergebenst zu eröffnen, daß die Wahl der zur nationalen Reorganisation des Großherzogthums Posen gewünschten Kommission dem Antrage gemäß aus Eingeborenen des Großherzogthums ohne Rücksicht auf den Volksstamm um sofortige Stattfinden darf, als Se. Maj. verstauen, daß dabei auch die Interessen der deutschen Bevölkerung nicht unbrachtet bleiben werden. Die Beiordnung des Hrn. v. Willisen ist wegen dessen anderweitiger Stellung und zur Zeit nothwendiger Beewendung von Sr. Maj. nicht für zulässig erachtet worden. Se. Maj. haben mich zugleich beauftragt, ausdrücklich zu eröffnen, daß eine jede friedliche Förderung der beabsichtigten Reorganisation den allerhöchsten Absichten auf keine Weise entgegenstehe und gern berücksichtigt wird. Berlin, 26. März 1848. Der Minister des Innern. Auerswald.

Die Allg. Pr. Z. enthält folgende Verfügungen des Königs: Ich benachrichtige das Staatsministerium, daß Ich für die bevorstehende Versammlung des Ver. Landtags den Fürsten zu Solms-Hohensolms-Lich zum Marschall, und den Staatsminister a. D. Grafen v. Renin zum Vicemarschall der Herrenkurie, den Oberstlieutenant a. D. v. Rochow zum Marschall, den Oberburggraf v. Brünneck zum Vicemarschall der Dreiständekurie ernannt habe. — Im Verfolg Meines Erlasses vom. 25. d. M. benachrichtige Ich das Staatsministerium, daß Ich in Stelle des inmittelst abgetretenen Ministers, Grafen von Renin, den Vorsitzenden des Staatsministeriums, Minister Camphausen, zu Meinem Kommissarius für die bevorstehende Versammlung des Ver. Landtags ernannt habe. — Auf den Antrag des Staatsministeriums genehmige Ich, daß zu den Sitzungen des bevorstehenden Ver. Landtages, so weit der beschränkte Raum es gestattet, Zuhörer auf die Gallerie zugelassen und dazu von den Marschällen beider Kurien Einrichtungsarten angegeben werden, wobei die Zeitungsberichtaoren besonders zu berücksichtigen sind. (gez.) Friedrich Wilhelm. contr. Camphausen.

**Berlin**, 28. März. Der Rh. Bod. berichtet: Heute Vormittag um 3 Uhr wurden die Docenten der hiesigen Universität plötzlich zusammenberufen, um über eine Adresse in Beziehung auf die Zusammenberufung des Landtages abzustimmen. Der Rektor, Professor Müller, erklärte, wie in einem Augenblicke, wo alle Organe des Landes über eine Frage von so großer politischer Bedeutung ihre Stimme abgeben, die Universität nicht zurückstehen dürfe und die Professoren auch in diesem Punkte den Studierenden, auf die von so vielen Seiten eingewiesen würde, mit ihrem Beispiel den richtigen Weg zeigen müßten. Die namentliche Abstimmung ergab von hundert und sieben Anwesenden schwankenzig für die Berufung des Landtages, gegen dieselbe sieben; zwei enthielten sich des Stimmens gänzlich.

Wie lesen in der Bremer Zeitung: Wie weit die Anforderungen der Polen gehen, beweist, daß sie Emissäre durch ganz Westpreußen verbreitet haben, welche selbst in Elbing und Danzig sich bemühen, zur Ibrisinahme an die polnischen Republik zu ermuntern, was dort jedoch schwerlich glücken dürfte. Auch nach Schweden haben sie Agenten gesandt, um den König zum Kriege gegen Rußland und zur Wiedereroberung Finnlands zu bewegen, wobei sie versprochen haben, daß alle Provinzen, welche ehemals zu Schweden gehört, wiederum an dasselbe abgetreten werden sollen — natürlich aber müssen sie erst erobert werden.

**Berlin**, 31. März. So eben ist eine Deputation aus Westpreußen und dem deutschen Theile des Großherzogthums Posen hier angekommen, welche mit aller Kraft die deutschen Interessen in jenen Landestheilen zu wahren die Bestimmung hat. Einzelne Mitglieder derselben, namentlich Deputirte der Stadt Bromberg, haben die Nachricht gebracht, daß im Netzdistrikt das deutsche Element den vollständigen Sieg errungen hat, daß die dortige Bevölkerung sich mit höchster Begeisterung um die deutsche Fahne schaart und mit allen Kräften entschlossen ist, den Sieg der deutschen Sache daselbst zu behaupten. In Folge einer, von edelstem Schwunge getragenen, Proklamation „An unsere deutschen Mitbürger im Großherzogthum Posen", hat überall die deutsche Bevölkerung ihre Sympathie für diese Bestrebungen an den Tag gelegt. Im Netzdistrikt weht in allen Ortschaften die deutsche Fahne, und etwaige Protestationen der Polen wurden mit dem entschiedensten Nachdruck zurückgewiesen. Die obengedachte Deputation hat zugleich den Antrag, dem Ver. Landtage eine Petition zu überreichen, welche, mit Tausenden von Unterschriften bedeckt, den Landtag, wie die Regierung, über die Gesinnung der Bewohner in Westpreußen und im Netzdistrikt aufklären soll. Die vorerwähnte Deputation wird sich unverzüglich nach Frankfurt a. M. begeben, um auch dort ihre Sache zu verfechten und die polnischen Deputation aus dem Großherzogthum ein Gegengewicht zu halten. Die gedachte Deputation wird morgen Sonnabend von dem Minister v. Auerswald empfangen werden. — Einige Herren aus Riga und vom Landadel Kurlands sind hier eingetroffen, um vorläufig zu ermitteln, in wie fern die russischen Ostseeprovinzen auf den Beistand Preußens und Deutschlands rechnen könnten; die Sendung einer offiziellen Deputation von dort ist als bevorstehend angekündigt. — Der Oberburgermeister Binder in Breslau ist zum Oberpräsidenten von Schlesien und der Präsident v. Auerswald in Trier zum Oberpräsidenten der Provinz Preußen ernannt. (Bess. Z.)

** **Berlin**, Ende März. Die Zeit der Vergeltung ist gekommen. Als aus dem Süden Deutschlands Freudenstimmen forderten, Preußen solle nach konstitutioneller Wiedergeburt sich an die Spitze

Digitized by Google

der deutschen Bewegung stellen, da entblödete sich die Berliner Schreibergunst nicht, dieser Mahnungen zu spotten, die Mahner höhnisch mit Preußenfeinde zu verfolgen. Drohte doch der Deutschen Zeitschrift, von auswärtigen Ministerium das Verbot! Und jetzt, da die konstitutionelle Regierung Preußens sich bereit erklärt, an der Spitze des Fortschritts zu stehen und für deutsches Recht und deutsche Ehre in der vordersten Reihe zu kämpfen, jetzt kehrt uns Deutschland verächtlich den Rücken oder scheidet uns Bedingungen vor. Das ist hart, aber gerecht! — In der ersten Zeit nach der Revolution erschien eine Proklamation, zwar nicht unterzeichnet, aber in der Hofbuchdruckerei, welche „Preußen in Deutschland aufgehn“ und den „König der freien wiedergebornen deutschen Nation“ leben ließ. Wir theilen die allgemeine Mißbilligung, welche hier am Orte dieses embryonische Produkt einer Lamartinischen „Phantasiepolitik“ getroffen. Aber es liegt uns viel daran, diejenige Auffassung, welche aus Anlaß dieser Schrift, sowie des Umzugs mit der deutschen Fahne die Stellung Preußens in einem großen Theil der vaterländischen Presse erfahren, zurückzuweisen. Preußen hat sich auch in diesen Tagen Nichts angemaßt, was nicht sein Recht, seine Pflicht gewesen. Von einem erblichen Kaiserthum, wie R. Wohl es will, ist nicht die Rede gewesen, ebensowenig von einer bleibenden Hegemonie, nicht einmal von einer vorübergehenden Diktatur. Was eifern denn von der Weser bis zur Donau die Zeitungen gegen die preußische Hegemonie? Es steht nicht wohl an, gegen Mühlen zu fechten. — Der deutsche Bund, oder vielmehr seine bisherige Verfassung, ist gegenwärtig von Völkern und Fürsten verlassen; die Bureaukratie, welche mit ihr Versteck zu spielen pflegte, hat aufgehört zu sein. Das Nationalgefühl ist das einzige Band, welches die deutschen Länder und Stämme vereinigt. In dieser Epoche legt der Patriotismus Preußen in seine Stellung höhere Pflichten auf, leiht ihm zu ihrer Erfüllung die Berechtigung. Die deutschen Regierungen haben ihren Beruf verstanden. Die preußische dueste nicht zurückbleiben. Sie mußte sich an die Spitze der Bewegung stellen. Wohlverstanden sie mußte die erste Dienerin des deutschen Gemeinwohls sein. Ihr lag es ob, denjenigen Scheitt zu thun, aus dem alles Andre mit vollster Freiheit sich entfalten kann. Wie zur Zeit eines Interregnums der Herzog von Sachsen und der Pfalzgraf am Rhein zur Kaiserwahl einluden, wie der älteste Abgeordnete den provisorischen Vorsitz einer Kammer übernimmt, so war Preußens Pflicht, die Zusammenberufung des deutschen Parlaments anzuordnen zu lassen. Von dem Moment, daß im Oberhause des deutschen Bundes die Bevollmächtigten der deutschen Staaten, oder Abtheilungen der Vertreter des deutschen Volks Platz genommen, war es an Preußen, zurückzutreten und mitwirkend zu gewärtigen, welches die Beschlüsse Deutschlands sein werden. Wir sind überzeugt, dies waren die Gesichtspunkte der prov. Regierung. Die deutschen Farben wurden angenommen, nachdem das Volk sie zu den seinigen gemacht, und nur als Symbol einer selbstvergessenen Hingebung an die Sache des Vaterlandes. Der König auf seinem feierlichen Umzug sprach sich deutlich genug gegen alle und jede Usurpation aus. Wer seinem Vaterlande mit Leib und Leben dient, der ernte darum nicht unwürdige Verdächtigungen eines Ehrgeizes, der seinem Herzen fremd blieb. Ist es tadelnswerth, wenn Preußen in solcher Zeit der Umgestaltung sein ganzes Heer dem Schutze der deutschen Grenzen widmet, wenn Preußen von einem jeden Interesse, das preußisch wäre, ohne deutsch zu sein, sich ausdrücklich lossagt? Wir haben in diesen Blättern den rechten Preußen niemals verläugnet. Wohlan, sprechen wir unumwunden aus, was wir für Preußen wünschen und aussprechen in seiner Stellung zum Vaterlande. Uns lag bis auf Heinrichs v. Gagern u. a. hess. Abgeordneten bekannten Antrag der Gedanke, daß Deutschland ein Oberhaupt haben solle, völlig fern, und wir gehörten nicht zu den Freunden dieses Antrags. Folglich hatten wir in dieser Beziehung keinen Ehrgeiz für unser Heimathland. Aber allerdings schwebte uns vor, daß in dem neuen Bundesstaat das Hauptgewicht Einem der Glieder beiwohnen werde. Wir glaubten der Bezeichnung dieses Staates nicht vorgreifen zu dürfen. Wir erwarteten, daß die beiden Häuser des deutschen Bundes, der neue Bundestag und diesen Staat nennen würde, und daß wir unsrer höchsten Behörde bei so volksthümlicher Zusammensetzung um so mehr Gehorsam schuldeten. Wir verhehlten uns nicht, daß die meisten Chancen allerdings für Preußen wären. Von einem Hasse des Südens gegen den Norden bemerkten wir seit lange Nichts, als was in den Köpfen der Herren Brecht, Matthis und einiger Hamburger Senatörchen spukte. Oesterreich, wobei wir Metternich wirklich nicht in Anschlag brachten, schien durch den ganzen Weltlauf nicht bestimmt, die Fahne zu tragen. Wir meinten, die Geschichte selbst habe Preußen den hohen Beruf in die Hand gelegt, der größte protestantische Staat, der Grenzwächter im Westen und im Osten, dessen geographische Lage lehrt, daß es Nichts ist ohne Deutschland, daß es aber ein wahrer Gürtel deutscher Macht sein könne, Preußen werde durch einstimmigen Ruf der Volksstämme und ihrer Fürsten erkoren werden, die Beschlüsse der Bundesbehörde zu vollziehen, den Ausschüssen der Gesammtheit Kraft zu leihen. Also wie vermutheten eine solche Richtung der deutschen Nation auf Preußens Erhebung; unsre Seele war und ist rein von jenem Seitengedanken, widerstreberden Bruderstaaten uns aufzudrängen. Der Ausgang schreint ein andrer. Wir sind mit jedem zufrieden, der unserm Vaterlande zum wahren Heile gereicht. Wir fürchten uns nicht daraus, daß nur, was uns hriftam däucht, auch Heil bringe. Versammle sich denn zu Frankfurt ein deutsches Parlament; fasse es Beschluß, ob dem neuen Reich ein Oberhaupt noththue; erwäge es, ob die persönlichen Eigenschaften des Fürsten, oder die Eigenthümlichkeit seines Staates bei der Wahl entscheidend seien; und auf welchen Staat auch die Wahrheit des Stimmen beider Häuser sich vereinigen möge, wir trauen dem preußischen Volk namentlich seit seiner nationalen Wiedergeburt in dem Kampfe für seine politische Freiheit ein solches Maß von echtem Patriotismus zu, daß wir in seinem Namen zulagen dürfen, es werde jedem andern Staat, den der Bund erkiest, in Bundesfachen sich willig und freudig unterordnen, sei es Oesterreich, sei es Baiern! Sie wollen den König von Preußen mindestens mit Stillschweigen übergangen wissen; ich schadete, wenn ich durch Widerspruch reizte. Doch vor 14 Tagen sagte dieser unglückliche Fürst im Privatgespräch, die deutsche Einheit sei so seine eigenste Lebensfrage, daß, obwohl einer der mächtigsten deutschen Fürsten, er jeden Augenblick bereit sei, wenn eine Reorganisation des Bundes das bedingen möchte, seine Souveränität aufzugeben und einer andern deutschen Macht unterzuordnen. Diese Macht, das preußische Volk ist weniger deutsch gesinnt? Nein, Ihr ehrenwerthen Rheinlefen, Marnheimer, Bremer und Wiener, kennt uns besser kennen. Ein Amt, das Deutschland und überlegt, womit der Wille der Nation uns betraut, werden wir führen und dafür einstehen bis auf den letzten Blutstropfen. Aber wider Willen unsrer Landsleute werden wir nun und nimmer ein Heft ergreifen, das Lichtenstein oder Reuß berechtigt wären, uns zu entreißen. Wir sind zu stolz zum Usurpator und zu patriotisch, um nicht, wenn heute der neue Bundestag an Oesterreich die erbliche Kaiserwürde übertiefe, morgen unsrem Kaiser wir, König und Volk von Preußen, als die Ersten den Eid der Treue zu schwören.

— Von der Saale, 30. März. Es war zu erwarten, daß der Zorn über die Berliner Blusenmen und der Unwille über die bleiben Scenen frisch auf den Rücken der Preußen kommen an das deutsche Volk in den lustschwangen Blättern und Volksversammlungen ein tausendfach verstärktes Echo finden und längst verklungene Antipathien gegen Preußen wieder hervorrufen würden. Aber wird denn nicht endlich der Zorn und der Unwille einer ernsten und männlichern, einer wahrhaft staatsmännischen Betrachtungsweise weichen, wie sie einer großen und wirklich freien Nation zukommt? Mit jenen in immer neuen Tonarten wiederholten Klageliedern über preußische Anmaßung und preußische Gewaltherrschaft, auch wenn man sie zunächst nur gegen das Oberhaupt des preußischen Staats und seine Rathgeber richtet, trifft man das ganze preußische Volk in das Herz und regt Gefühle des altpreußischen Stolzes und des Gegensatzes zwischen Nord und Süd wieder auf, die der Zollverein gemildert, der Bernhardog fast getilgt hatte, und deren völliges Erlöschen einer der ersten Früchte der Berliner Revolution sein mußte. Man thut Recht daran, wenn man mit der entschiedensten sittlichen Entrüstung sich gegen die wirklichen oder vermeintlichen Urheber des Berliner Blutbades ausspricht; aber warum hat man denn in Süddeutschland bis jetzt noch kein lautes Wort des Dankes für die Helden gefunden, die mit einem in der ganzen Geschichte beispiellosen Todesmuthe ihr Leben für die höchsten Güter eingesetzt haben, die mit so klarem und festem Bewußtsein nicht etwa für eine preußische Verfassung, denn die war uns auch ohnehin gewiß, sondern für das einige, freie Deutschland sich zum Opferode drängten? und dann, wenn das preußische Volk, zur Rettung des Königthums und der wahren Freiheit und Einheit Deutschlands seinen Königsthron sich aufs Neue vertrauensvoll angeschlossen und die jüngste Vergangenheit großmüthig vergessen hat, welcher Deutsche wollte unversöhnlicher sein, als das preußische, und zunächst das Berliner Volk, das sein edelstes Herzblut fließen sah? welcher deutsche Stamm hat das Recht zu zürnen und zu grollen, wo die verzeihen haben, gegen welche die blutige Gewaltthat nicht durch den Willen eines Einzelnen, sondern durch eine lange Kette dämonischer Verblendungen und Mißverständnisse, verübt worden ist? Preußen verschmiedet in Deutschland, dieses eine Wort aus königl. Munde wird bleiben, wenn manche andere unüberlegte Reden, zu denen die Noth und die Rathlosigkeit der unglücklichen Tage nach dem Barrikadenkampfe

Digitized by Google

drängte, längst vergessen sind. Die Wahl des Reichsoberhauptes drängt; nebbos wird Preußens Volk, wird auch Preußens König es ansehen, wenn der Fürstentages Wahl (der für diesmal, nach unserer Meinung, die Bestätigung der Volksstimmer nicht entzogen werden dürfte) auf ein würdiges Mitglied eines andern deutschen Fürstenhauses fällt. Aber wehe thut es, wenn einzelne Stimmen in Süddeutschland, weil sie den jetzigen preußischen Monarchen nicht an Deutschlands Spitze sehen wollen, nicht allein das übrige preußische Königshaus, das doch unter seinen Gliedern so manche Ehrenmänner zählt, die bei den letzten Kämpfen völlig unbetheiligt geblieben sind, sondern auch das preußische Volk, ein Volk von 16 Millionen tapferer und hochgebildeter Deutschen, ganz zu ignoriren scheinen. Mag das preußische Volk jetzt immerhin in dem deutschen aufgehen, die weltgeschichtliche Ehre darf ihm Niemand absprechen, daß es unter der Führung seiner Könige mehr als einmal an der Spitze der geistigen und politischen Entwickelung Deutschlands gestanden, daß es Deutschland von der schmachvollsten Knechtschaft befreit hat, und nur der Neid kann einem solchen Volke den ihm gebührenden Einfluß auf Deutschlands fernere Vorbildung versagen wollen.

Königsberg, 29. März. Die Berliner Zeit. berichtet: Der bisher bekanntlich vom Dienst suspendirt gewesene Direktor der hiesigen höhern Töchterschule Dr. Sauter hat am 25. seine Amtsfunktion wieder übernommen. An demselben Tage wurde der Kandidat S., der, wegen aufwieglerischer Reden angeklagt, sich im Inquisitoriatsgefängnisse befand, seiner Haft entlassen und die wider ihn eingeleitete Untersuchung auf Grund der Amnestie Sr. Maj. des Königs niedergeschlagen.

Schlesien. Die Bauernunruhen nehmen an ortschiedenen Orten dieser Provinz einen sehr stürmischen Charakter an; so berichtet die Voss. Zeit. aus Breslau vom 30. März Folgendes: Auf dem Gute Jeltsch bei Oblau, dem Grafen Saurma gehörig, hat vorgestern Abend ein Auftand der Bauern stattgefunden, der einen ernsteren Ausgang nahm, als ähnliche anderwärts vorgefallene. Die Bauern waren mit allen Konzessionen nicht zufrieden, sondern richteten ihre Angriffe gegen die Person und das Eigenthum des Grafen. Es sah sich derselbe zur Flucht genöthigt, und das schöne Schloß wurde zerstört, so daß nur die vier Mauern übrig geblieben sind.

Man schreibt ferner der Schles. Z. aus dem Riesengebirge: „Wie von einem elektrischen Schlag sind plötzlich alle Landgemeinden von dem Gedanken getroffen worden, die Streichung aller Feudallasten von ihren Grundherren zu fordern. An vielen Orten ist dies durch freundliches Uebereinkommen erfolgt, an andern sind aber auch grobe Exesse vorgekommen. Hier und da machen die Bauern Forderungen, welche alle Grenzen der Billigkeit überschreiten. So scheint von Tag zu Tag mehr, als wenn gar kein gesetzlicher Zustand herrsche, was daher kommt, daß noch gegen keinen der Tumultuanten gesetzlich eingeschritten ist. Es hat sich die Meinung in den untern Volksklassen verbreitet, es werde jetzt gar nicht regiert, und wenn dieselbe nicht bald ernstlich widerlegt wird, so dürfte bald von Sicherheit der Personen und des Eigenthums nicht mehr die Rede sein."

Magdeburg, 31. März. Der Konsistorialpräsident Göschel hat bei dem neuen Kultusminister seinen Abschied nachgesucht und um Beschleunigung seiner Entlassung dringend gebeten. Derselbe hat seine Geschäfte dem Konsistorium bereits vollständig niedergelegt und wird in den nächsten Tagen nach Magdeburg zurückkehren, um dort seine Privatangelegenheiten zu ordnen und dann für immer mit seiner Familie die Stadt zu verlassen.

Chodziesen, 28. März. Die Voss. Z. enthält Folgendes: Mit Bestürzung haben wir Bewohner des deutschen Netzekreises Chodziesen — der unter 45,567 Einwohnern nur 3615 Polen zählt — aus dem königl. Bescheid vom 24. d. M. auf die Anträge der Posener Deputation ersehen, daß das gesammte Großherzogthum Posen ohne Rücksicht auf die an Schlesien, Neumark und Westpreußen sich anschließenden deutschen Landestheile einer nationalen (polnischen) Reorganisation unterworfen werden soll. In den letzten Tagen hatte das Großherzogthum Posen sich in seine nationalen Bestandtheile in sofern aufgelöst und getrennt, als in den innern (polnischen) Landestheilen die Einwirkung des polnischen Komites sich geltend machte, während die äußern deutschen Landestheile solche Einwirkungen zurückwiesen, wir beim in unserer Nachbarstadt Charnikau vorgestern 1000 deutsche Bauern zur Abwehr derartiger Versuche eingerückt sind. Wie sind auch sortan entschlossen, die nationale Grenze Deutschlands, welches in der Entfernung einiger Meilen längst der westpreußischen, märkischen und schlesischen Grenze läuft, gegen fremde Gewalt zu schützen und unserm Vaterlande die Schmach zu ersparen, daß in dem Augenblick, wo es alle seine Glieder vereinigt, ein Landestheil mit mehreren hundert tausend deutschen Bewohnern unter fremde Herrschaft falle, und wir sind überzeugt, daß unser König und das mächtige deutsche Vaterland uns nicht verlassen noch opfern werden. Wir hegen eine aufrichtige, freundschaftliche Gesinnung gegen die polnische Nation, die gerechte Sühne zu fordern hat. Wir wünschen aufrichtig, daß die polnische Nation ein freies, Deutschland befreundetes Reich bilde; aber wir fordern mit Fug von den Polen, daß sie bei den Grundsatz des Nationalitätsrechts nicht bloß zu ihren Gunsten geltend machen, sondern auch zu Gunsten ihrer deutschen Nachbarn anerkennen und nicht die Unterwerfung einer andern fremden Nationalität verlangen. So schnell als möglich soll nunmehr der Zusammentritt der deutschen Landestheile veranlaßt werden, um durch förmliche Abordnungen und Vorstellungen an das Königs Majestät und die Landesvertreter um Rettung von der polnischen Herrschaft zu bitten, die wir Deutsche nicht zu ertragen fest entschlossen sind.

Posen, 28. März. Ein Krieg mit Rußland wird hier für unvermeidlich gehalten, dem Rußland muß, wenn es nicht auseinanderfallen will, der Prinzipien, die jetzt Europa in Flammen gesetzt haben, von seinen Grenzen fern halten. Kaiser Nikolaus scheint seine Aufgabe auch vollkommen zu begreifen, denn wir haben seit gestern die authentischste Nachricht, daß bereits 120,000 Russen im Königreich concentrirt sind, und daß die Mehrzahl derselben an die preußische Grenze vorgerückt ist. Bei dem Städtchen Simpce, ganz dicht an unserer Grenze, wird in diesem Augenblick ein großes Lager für 60,000 Mann Russen abgesteckt. Kosaken und Jäger haben die ganze Grenzlinie besetzt und das Land ist völlig abgesperrt. (Br. Z.)

† Stettin, 26. März. Die große deutsche Bewegung, die bei Ihnen im Rhein- und Neckarlande alle Schichten der Bevölkerung fast gleichmäßig erfaßt und faßt, verliert sich hier zu Lande nur in die obere, und die unteren bleiben, mit Ausnahme der größeren Städte, in ganz ungemessen fest unberührt davon. Mehr noch: der ungebildetere Theil des hiesigen Mittelstandes (Landbesitzer, Offiziere, Handwerker) macht, gleichsam instinktmäßig, Front gegen alle Neuerungen und würde an eine ernstliche Reaktion denken, wenn ihm nicht die gesitteten Mittel dazu gebrächen. Was heißt das? Die Reaktion würde möglich sein, wenn ein Mann sich fände, der sie leitete. Eine sicherlich niederschlagende Wahrheit! In Stettin, aber auch nur da, hat der liberale Geist die Oberhand; in Greifswald fristet er ein mattes Leben unter der Studentenschaft, nicht reger ist er in Stralsund, und in Kolberg, in Köslin u. s. w. ist er todt. Von den andern Orten versteht sich dies von selbst oder vielmehr: er war doch nie geboren. Die Landbodsitzung in Pommern ist gestrig noch völlig regungslos. Sie glauben nicht, wie weit die Unwissenheit, die Verkehrtheit, die Rohheit hier geht. In dem Berliner gierreichen Straßenkampfe glaubten die Bauern, selbst der Stettiner Umgegend, den gelungenen Versuch zu erkennen, die Lebkiergeschaft wieder einzuführen. Soldaten fragten, ob es wahr sei, daß die Berliner den König an einem dreifarbigen Strick durch die Straßen geschleift hätten, und äußerten ihre Besorgniß, daß der nächstens zusammentretende Landtag ihr Traktament von 10 Dreiern (2½ Sgr.) auf 5 Dreier täglich herabsetzen wolle. Leute, die sich in diesen Tagen mit der dreifarbigen Kokarde am Hute zeigten, wurden insultirt, in der Nähe der Stadt selbst von den begegnenden Bauern angefallen und ihnen die deutschen Farben abgenommen. „Wir wollen nicht die französische Fahne", heißt es allenthalben auf den Dörfern. Die dem Fortschritt mißgünstig gesinnte Partei, die stark sein würde, wenn sie nicht gestrig schwach wäre, bereitet sich täglich darauf, daß es ihr eine geringe Anstrengung kosten, um das ganze Landvolk Pommerns zum Aufstand zu bringen; sie leistete nur aus höheren Rücksichten darauf Verzicht. So viel ist gewiß: es gährt eine weite Kluft inmitten der Bevölkerung, und die Zahl derer, die diesseits stehen, ist gering. Mehr oder minder findet dieses auf den ganzen deutschen Osten Anwendung.

Die Kluft auszufüllen, müßte hier zunächst zur Aufgabe gemacht werden. Wessen Aufgabe im Besonderen könnte es aber sein? — Der Presse? Sie hat wenig Einfluß auf Klassen, die des Lesens meistens unkundig sind, abgesehen von den andern, unermeßlichen Schwierigkeiten, die sich einem Versuche dieser Art entgegenstellen würden. Oder Kirche und Schule? Ich glaube: diese noch am ehesten; der Anstoß aber zu ihren Einwirken müßte nothwendiger Weise von Seite der Regierung gegeben werden. Stettin ist eine gestig äußerst angeregte Stadt. Der Umschwung im liberalen Sinne fand hier schon vor drei oder vier Jahren Statt. So auf Politik gerichtet ist das Interesse der hiesigen Einwohner, daß nicht nur in den meisten der hiesigen Konditorein alle bedeutenden deutschen Zeitungen aufliegen, sonder n auch mehrere Klubs sich gebildet haben, die das Zeitungslesen zur Lapidsache machen. Der bedeutendste unter diesen Klubs ist der

Digitized by Google

Nordklub, so genannt von dem Hotel du Nord, wo er seinen Sitz hat. Er zählt mehrere hundert Mitglieder, unter denen die Herren von der Justiz, vom Handelsstande und die Redakteren der „Lübsennachrichten“ das Wort führen. Letztere sind das einzige Journal von Bedeutung, welches hier erscheint. Auch erscheint hier eine Monatsschrift „Wächter an der Ostsee“ von Wilhelm Lübers“. In jüngster Zeit geht man hier mit dem Plane um, eine große politische Zeitung, in der Form der „Deutschen Zeitung“ und von derselben Tendenz zu gründen. Unter den obwaltenden Umständen ein kühner Plan!

**Baiern.** ⁂ München, 30. März. Seit heute Mittag flaggt hoch von der Zinne unserer Feldherrnhalle — über den Cyklatuen Brede's und Lilly's! — die dreifarbige deutsche Wimpelfahne neben einer schwarzen in den baierischen Farben blau und weiß. So wird denn also auch in diesem Symbole die deutsche Einigkeit und Freiheit bei uns zur offiziellen und öffentlichen Anerkennung gekommen, und wenn seither bei uns eine gewisse Scheu im Tragen der schwarzrothgoldnen Bänder zu bemerken war, so dürfen wir jetzt hoffen, es an der Brust und an den Hüten der Bürger öfter erscheinen zu sehen. Verhältnißmäßig waren nur sehr wenige unter den zahlreichen Zuschauern damit geschmückt, als die Fahne aufgezogen ward. Drei Toaste wurden von dem Dache der Halle hrab ausgebracht und hallten in tausendfachem Jubel unten wider: auf König Maximilian, auf das deutsche Vaterland und auf das deutsche Parlament. *) Dann fiel das Orchester ein, und gesungen von sämmtlichen Münchener in der Halle aufgestellten Sängervereinen wogten die Töne des deutschen Vaterlandsliedes, das jetzt mit fröhlicher Runde durch Deutschlands Gaue macht, über die lauschende Menge hin, die am Schluß auch noch dem König Ludwig hochleben ließ, welcher in Begleitung seines Königl. Sohnes, Beide im schlichten bürgerlichen Rocke, an dieser Feier Theil nahm. Die alte Liebe zu König Ludwig, dem München so Viel verdankt, lebt allmählich in die Gemüther zurück, und was Mancher Stille im Herzen hegt, lassen Andere in Wort und Schrift laut werden. Noch erst in diesen Tagen sah man an mehreren Gebäuden mit Röthel in großen Buchstaben angeschrieben: „Ludwig I., Kaiser von Deutschland (!!). Dabei bemerke ich Ihnen, daß das, was der in Ihrer Zeitung von Robert Mohl veröffentlichte Aufsatz über den Reichstag von einem erblichen deutschen Kaiser beibringt, hier manchen Widerspruch gefunden hat. Würden wir nicht, fragt man, damit alle die Gefahren und Unbilden über uns herausbeschwören, die sich an die Erblichkeit der Regentenfolge in einer mächtigen Familie nothwendig knüpfen: einen glänzenden Hof mit seinem ganzen Staats- und freiheitsbedrohlichen Anhange, insbesondere mit der Möglichkeit einer jungherrlichen Kamarilla, die in einem günstigen, unbewachten Augenblicd den stets nur leise schlummernden Gedanken der Alleinherrschaft suchen würde zur That und Wahrheit werden zu lassen, sodann die unausbleibliche Eifersucht anderer mächtigen Regentenfamilien und vor Allem die Ungewißheit über die Befähigung der Regierungsnachfolger, deren Nachtheilen Robert Mohl dadurch zu entgehen hofft, daß im Fall der Unfähigkeit des Erstgebornen die Kaiserfamilie ihm einen Mitregenten (aus ihrem eigenen Kreise oder woher?) zur Seite setzen würde. Diese Mitregentschaft aber wäre so gut als ein wirklicher Interregnum und würde alle die Unsicherheit und leidenschaftliche Erregtheit, welche letzteres im ehrgeizigen Streben der Stämme und Familien und in der Furcht vor Zerspliterung des einigen Ganzen mit sich zu führen pflegt, unfehlbar in ihrem Gefolge haben. Nichts scheint so mächtig gegen die Institution eines erblichen deutschen Kaiserreichs als der Umstand, daß diejenigen, welche es uns anempfehlen, die Möglichkeit von Mitregentschaften zugeben müssen, ohne die Mittel bezeichnen zu können, wie ihren schlimmen Folgen für die Einheit des großen Ganzen vorzubeugen wäre. Wir brauchen kein festes, selbst kein im gewöhnlichen materiellen Sinne mächtiges, sondern ein gesinnungstüchtiges und willenstrüftiges, zugleich einfachtvolles und erfahrenes Reichsoberhaupt von rechtweltlichem Gehalt und Kern, und mit Geh. Rath Lüder rufen wir: keinen Kaiser, sondern einen Präsidenten, oder wie man diesen Träger der vollziehenden Gewalt sonst deutsch nennen will.

Von der Weser. Der Allg. Z. wird folgende Mittheilung gemacht: „Bürgermeister Dr. Smidt von Bremen ist auf seiner Reise nach Frankfurt zufällig in Wunstorf mit dem weiland preußischen Minister v. Bodelschwingh zusammengetroffen. Dort sagte ihm der letztere, wie glaubhafte Person uns erzählten: „An diesen unglücklichen Ereignissen haben ihre Bremer Zeitungen auch ihren Theil Schuld!“ Wir würden dem Hrn. Minister geantwortet haben: Daß es besser für Preußen und ihn gewesen sein würde, wenn er, statt jene freiheinigen und patriotischen Zeitungen als preußenfeindliche mit brutaler Polizeigewalt zu verbieten, ihrer Stimme auch ein wenig Gehör gegeben hätte. Die Bremer Zeitungen haben seit zwei Jahren mahnend prophezeit, was jetzt furchtbare Wahrheit geworden. Aber freilich wie konnte der Hr. Minister auf Organe einer Presse hören, die nicht seine Censur am Gängelbande führte! Hr. von Bodelschwingh wird sich erinnern, im welcher Weise er noch vor wenigen Monaten die gerechten Anträge der Bremer Zeitung auf Zulassung in Preußen beantworten: Nie, so lange ich Minister bin (sprachen Se. Exc.) wird Ihre Zeitung in Preußen zugelassen — wenn sie sich nicht vollständig umwandelt und bessert. Buben, die aus der Gasse gezogen sind, unebrliche Schurken sind es, die Eure Zeitung schreiben! Jetzt ist eine Umwandlung und Besserung eingetreten. Preußen hat sich „umgewandelt“, Preußen hat sich „gebessert“, und Hr. von Bodelschwingh kann auf seinem Dorfe in Westfalen nachdenken: warum und wie das Alles so gekommen. Wir wollen nicht höhnen, wo das Gericht der Geschichte so laut gesprochen und so unerbittlich gerichtet hat“.

**Baden.** Karlsruhe. Aufruf zu Geldbeiträgen für die Vertheidigung von Schleswig-Holstein. Deutsche! Die Zeit zum Handeln ist gekommen; durch die That muß jetzt bewiesen werden, ob das deutsche Vaterland reichen soll, so weit die deutsche Zunge klingt. — Unsere Brüder an den Dänemarken bedürfen der Allem Waffen und Geld. Lasset uns das Wenige, was wir besitzen, gern theilen mit den bedrohten Grenzhütern Deutschlands. Eine erste, schnelle Hilfe thut noth! — Für Weiteres wird und muß der Bund sorgen, darum Bürger, ohne Verweilen — die kleinste Gabe, wenn nur schnell gespendet, ist willkommen; Gottes Segen wird daran haften! Möge auch unser schwaches Wort weiter getragen werden von Allen, denen das Herz erbebt bei dem Rufe: das Vaterland ist bedroht! Karlsruhe, 2. April 1848. Louis Steurer. Jos. Bayer. Karl Mathy. G. Schreiber. Louis v. Haber. Lorenz.

⁂ Heidelberg. Auf die Nachricht, daß in Heidelberg eine große Unzufriedenheit darüber herrsche, daß die Stadt zur Bewaffnung der Bürgerwehr keine weiteren Waffen erhalte, hat sich das Ministerium des Innern bereit, an das Oberamt zu Heidelberg ein Schreiben zu erlassen, dem wir folgende Stelle von allgemeinerer Bedeutung entnehmen: Die Regierung hat aus den Zeughäusern nach und nach neuntausend und einige hundert Gewehre verabfolgt und unter die verschiedenen Städte und Landgemeinden, ihrer dringend bedürfen, vertheilt, sodaß die übrigen Vorräthe gerade nur noch hinreichen, daß jedem Manne bei der Linie und der jetzt einzuberufenden Reserve ein Stück bleibt. Im Uebrigen hat sich die Regierung bemüht, an verschiedenen Orten in Frankreich, in der Schweiz, in Belgien und in Deutschland Waffen aufzukaufen, um sie an die Gemeinden vertheilen zu können. Alle Versuche blieben aber vergebens und jetzt ist Jemand nochmals nach Belgien und zugleich nach England geschickt, um Waffenkäufe zu besorgen, sowie auch der Handelsmann Fries in Heidelberg es übernommen hat, nochmals bei deutschen Fabriken schnell zu realisirende Gewehrbestellungen zu machen. Die Regierung hofft, dadurch in nicht langer Zeit endlich in den Stand gesetzt zu werden, wenigstens die dringendsten Anforderungen zu befriedigen. Außerdem hat sie bereits angeordnet, daß, sobald die Stadt Mannheim wieder einen Theil der schon vor 4 Wochen in Lüttich bestellten Gewehre erhält, also einen Theil derjenigen, die sie vom Staat hat, zurückgeben kann, davon vorerst 200 Stück schleunigst an die Stadt Heidelberg verabfolgt werden sollen. Damit thut die Regierung für das Bedürfniß von Heidelberg, dessen Wichtigkeit sie vollkommen anerkennt, Alles, was in ihren Kräften steht, und es ist bei sämtlicher Ausführung der Sache nicht möglich, daß dort über das Verfahren der Regierung noch irgend eine Mißstimmung oder Unzufriedenheit besteht. (gez.) Beck.

♈ Heidelberg, 3. April. Soeben kommt mir ein Aufruf an die Schweizer zu, unterzeichnet von dem Polenkomité zu Genf: Nadowski, Strzeneki und Kisielewski, aus dem Sie mir nur folgende Stelle zu entnehmen erlauben wollen: „Damit Polen seine Aufgabe zu erfüllen in Stand gesetzt werde, ist es nöthig — und die Vorsehung selbst scheint es hierzu auserschen zu haben, da seit seinem Fall das Gleichgewicht Europas erschüttert ist — daß seine alten und natürlichen Grenzen im Norden die Düna, im Süden das schwarze Meer, im Westen die Oder, im Osten die Düna und den Don berühren“. Heißt das noch deutlich gesprochen? Werden gewisse Leute,

*) Hier war noch ein Zusatz, der von dem zu früh einfallenden Orchester überdröhnt wurde; ich habe ihn jetzt nicht sicher erfahren können, ob darin von einem deutschen Kaiser oder blos deutschem Oberhaupte die Rede war. Niemand kann es entgangen sein, daß der letzte Toast nur schwach von der Menge wiederholt wurde, ich wage nicht zu sagen, ob nur zufällig wegen des eben erwähnten Umstandes, oder weil man sich nur schwer daran gewöhnen kann, das Reichsvaterlandsverlies dem Allgemeinvaterlandsrufen unterzuordnen.

Digitized by Google

welche den Vaterlandsboden um einen gewissen wüßten und unfaubern Begriff von anarchischer Freiheit an das Ausland verkaufen und verrathen, nicht schließlich die Großmuth der Polen rühmen, daß sie uns wenigstens noch die Ländersteden bis zur Saale und Elbe lassen, daß sie fürs Erste nur die Millionen wackrer Deutschen, die jenseit der Oder wohnen, als polnische Unterthanen und Knechte denn bis jetzt, auch in den freiesten Zeiten Polens, ist der polnische Unterthan nicht über den Knechtsstand hinausgekommen) für sich in Anspruch nehmen? Werden dieselben Freiheitsmänner den Franzosen nicht eben so willig den „Rehen Land" (wie es irgendwo heißt) bis zum Rhein und den Italienern als Nachkömmlingen der alten Römer das Gebiet bis zur Donau einräumen? Der Winkel, der uns dann zwischen Elbe, Rhein und Donau übrig bleibt, ist ja noch groß genug, um unsere zämmerlichen Müßigkeiten und Schlemm oder Not so lange fortzusetzen, bis jeder Rest deutscher Sprache und Bildung untergegangen und verlaut und verwelkt ist. Sollten wir aber wirklich so weit gedemüthigt werden, so wird die Nachwelt die Namen derer, die dazu beigetragen, zu den Namen derjenigen gesellen, welche die Geschichte als Landesverräther nicht in ihre Ehren-, sondern ihre Schandblätter eingetragen hat! Was muß aber von Oden nach Unten Unnatürliches, Unweltmäßiges, Unbenschen, ja Verbrecherisches geschehen sein, wenn auf der andern Seite gegen das eigene Herz und Eingeweide der Nation mit andern Gefühlen Behagen so geraft werden kann!

O Frankfurt, 3. April. Nachdem gestern die republikanisch gesinnte Minorität den Saal der Abgeordneten verlassen hatte, scheint sie nun wohl für dies Mal und hier ihre Pläne vereitelt zu finden. Wir hatten hier nun Scenen und Reden von furchtbarster Kühnheit der frangösischen Zeit zu hören. Die wahrlich herausfordernswerthe Haltung der hiesigen Bürgerschaft machte jeden Erfolg dieser Aufregungsversuche zu nichte. Die Männer aus einem kleinen Theil Deutschlands, die diese ganze terroristische Debatte und Bewegung leiteten, schienen zuletzt einzusehen, daß hier nicht der Boden für sie sei. Gestern Abend war ihr hiesiger Anhang in Bewegung; man sprach von einer Versammlung auf der Pfingstweide, von Deputationen nach Hanau, von einem nächtlichen Sturm auf das Bundesgebäude. Alles hat sich als grundlos erwiesen. Hanau war ganz ruhig. Gestern Abend beschickte die republikanische Versammlung in Westendhall die Herren Hecker und Struve; Beide weigerten sich, weiter zu erscheinen, und sagten, es sei nun die Reihe an die Handlungen gekommen; Frankfurt sei nicht der Ort der That; man müsse es nun in Baden versuchen, von wo die Freiheit allein für ganz Deutschland ausgegangen sei. Möge jetzt in Baden Regierung und Volk so auf ihrer Hut sein, wie hier Frankfurt war. Das Volk in Waffen! Das lähmt alle die trogigen Projecte dieser Handvoll Leute, deren wahren Werth und Charakter Deutschland hier kennen gelernt hat! Die allgemeine Stimme ist Indignation über ihre gemeine, an Schimpf reiche, an Witz arme Debatte, über ihre Drohungen mit der Masse, über ihre tyrannischen Gelüste, mit einer geringen Minorität (ein Zwölftel der Versammlung vielleicht) zu herrschen, über ihren vaterlandsfeindlichen Geist, den ersten Samen der Zwietracht in diese erste Einigung Deutschlands zu werfen. Täusche man sich in Baden über diese Männer nicht langer. Sie haben hier zum ersten Male vor Vertretern aus ganz Deutschland gesprochen, und ganz Deutschland urtheilt nun über sie ab. Sie haben hier ihre Maske abgeworfen. Sie sollen schon früher geäußert haben, daß sie nöthigenfalls Baden von Deutschland losreißen wollen, lieber als ihren Planen entsagen! und das sind dieselben Leute, die in der Heidelberger Versammlung feierlich erklärt hatten, sich der Majorität zu fügen! Das sind diese großartigen Vaterlandsfreunde, die den ersten Akt ihrer Thaten mit einer Zerreißung Deutschlands beginnen wollen in dem Moment, wo die erste Aussicht auf Einigung ist!

*)+ Frankfurt, 3. April. Die heutige Sitzung begann erfreulicher, als die gestrige geendet hatte. Unser gestriger Beschluß:

„Die Versammlung verlangt: die Bundesversammlung muß sich, indem sie die Angelegenheit der Begründung einer konstituirenden Versammlung in die Hand nimmt, von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen losgesagt und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben"

war als eine Halbheit, ja, als ein Verleanensvolum gegen die bisherige Zusammensetzung des Bundestags verdächtigt worden; wir sollten heute die beste Rechtfertigung erhalten. Als die Sitzung eröffnet ward, verkündigte der Präsident offiziell die Aufhebung der Ausnahmebeschlüsse und zeigte der Versammlung an, daß diejenigen Mitglieder des Bundestages, gegen welche der gestrige Beschluß gerichtet sei, sogleich ihre Entlassung eingegeben und ihre Regierungen dringend ersucht hätten, den Bundestag neu zu besetzen. Die Nachricht machte in und außer der Versammlung den besten Eindruck; sie war zugleich der schlagendste Beweis, daß alle Einwände und Besorgnisse, die gestern über unsern Beschluß laut geworden, ungegründet waren. Hierauf ergriff v. Isstein das Wort, um den Weg zu einer Aussöhnung mit der gestern ausgeschiedenen Minorität zu bahnen; er beantragte Verschiebung der bereits begonnenen Wahl für den Ausschuß, damit auch die Ausgetretenen zurückkehren und Theil nehmen könnten. Die Versammlung war bereit, das Wahlprotokoll noch bis 1 Uhr offen zu halten und denen, die bereits abgestimmt hatten, zu gestatten, daß sie ihre Wahlzettel nach der Rückkehr der Minorität modifiziren dürften. Isstein verlieh dann die Versammlung, um den Ausgetretenen die letzten Beschlüsse mitzutheilen und sie zur Rückkehr aufzufordern. Die Verhandlung ging nach einigen Zwischenfragen zu einem sehr bedeutenden Wendepunkt über, als v. Soiron mit dem trefflich motivirten Antrage hervortrat,

daß die Versammlung von jeder Berathung über das Programm der Siebenerkommission Umgang nehme, dagegen beschließe, daß die Berathung über die deutsche Verfassung einzig und allein von der vom Volke zu erwählenden Nationalversammlung ausgehen solle.

Es war damit eingestellt unserer Versammlung ein nahes Ziel gesetzt, andererseits der künftigen Nationalversammlung der weiteste Wirkungskreis gezogen; es war das Prinzip der Volkssouveränetät nicht nur in die Sache verhüllt und eingekleidet, sondern vom Antragsteller ausdrücklich als die Hauptsache bezeichnet worden. Es war die erste Principienfrage, die wir entscheiden sollten; alle bisher verhandelten waren keine eigentlichen Principienfragen, so eifrig man sie auch dazu zu machen suchte; es kam hier darauf an, daß die Versammlung zeigte, wie sie in ihrer Mehrheit auch ohne die ausgetretene äußerste Linke für eine gründliche und durchgreifende Reform der deutschen Verhältnisse entschieden geftimmt sei. Auffallend war es, daß der Antrag auf der einen Seite nur Bedenken, auf der andern nur die lebhafteste Akklamation veranlaßte; eine vollständige Diskussion fand nicht Statt — nachdem man vorher über unbedeutende Formfragen Stunden lang diskutirt hatte. Die Abstimmung über den zweiten Theil des Antrags: daß von der konstituirenden Versammlung einzig und allein die künftige Verfassung Deutschlands anzugehen habe, war bei der ersten Probe zweifelhaft; viele Mitglieder schienen über die Dringlichkeit der Volkssouveränetät zu erschrecken, andere in den Worten „einzig und allein" eine Ausschließung jeder Verständigung mit den Regierungen zu erblicken, während doch nur der Sinn unterlag, die künftige Nationalversammlung, die freigewählte Vertreterin des souveränen Volks, solle die Berathung über die Verfassung nur nach eignem Ermessen ohne hemmende Einflüsse, wenn auch auf dem Wege der Verständigung, zum Ziele führen. Es war bereits namentliche Abstimmung verlangt, als nach einer Erläuterung in diesem Sinne eine zweite Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben versucht ward, und diesmal war die Mehrheit, wenn auch nicht sehr groß, für den Antrag. Lauter Jubel begleitete das Ergebniß; wir waren uns ganz klar bewußt, daß wir damit ein Prinzip ausgesprochen hatten, das durchgreifender und mächtiger wirken muß, als alle Bedenklichkeiten über mittelbare und unmittelbare Wahlen, Vermanenz einer Versammlung oder Permanenz eines Ausschusses. Hier begann deßhalb auch nach unserem Ermessen die erste scharfe Scheidung der Parteien, der alten und der neuen Zeit, und wir durften uns wohl eines Ergebnisses freuen, das wir ungeachtet des Austritts der äußersten Linken und ohne sie allein erreicht hatten. — Mit dem Soiron'schen Antrag waren zugleich eine Reihe von andern Anträgen aufgetaucht, deren Inhalt übereinstimmend dahin ging, noch vor der Auflösung der Versammlung die wesentlichsten deutschen Volksrechte als Wunsch ins Protokoll zu legen, die man bei der künftigen Verfassung Deutschlands als unumstößliche Grundlagen berücksichtigt wünschte. War zwar nach den bisherigen Beschlüssen eine Berathung über einen Verfassungsentwurf in dieser Versammlung nicht zulässig, so konnte man doch über die Fundamente sich aussprechen und eine Art bill of rights erlassen. Unter den Anträgen war der, den Jaup mittheilte und den 70 Mitglieder unterzeichnet hatten, der hervorragendste; er verlangte als geringstes Maß unserer deutschen Rechte: volle Glaubens- und Religionsfreiheit mit Gleichstellung aller Konfessionen in bürgerlichen Rechten, volle Preßfreiheit, Vereinsfreiheit, freie volksvertretende Landesverfassungen, Gleichheit der Steuerpflicht, der Wehrpflicht und des Wehrrechts, gleiche Zulassung zu allen Staatsämtern, abzugsfreie Auswanderung, allgemeines deutsches Heimathrecht, Freiheit der Bildung mit Lehr- und Lernfreiheit, Schutz der persönlichen

Digitized by Google

Freiheit (Habeas-Corpus-Akte), Schutz gegen Justizverweigerung, Unabhängkeit, Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der Justiz mit Schwurgerichten u. s. w. Ein anderer Antrag Venedeys berücksichtigte noch besonders die Lage der arbeitenden Klassen und die Verbesserung derselben; Andere wichen nur in Einzelnheiten oder in der Fassung von dem Jawyschen Antrage ab. Eine Berathung des Einzelnen war natürlich hier nicht denkbar; es genügte, diese Erklärungen deutscher Volksrechte der künftigen deutschen Nationalversammlung zur Berücksichtigung dringend zu überweisen. — Während der Debatte kehrte auch die ausgetretene Minorität in die Versammlung zurück und wurde freundlich begrüßt; an den Wahlen haben nun Alle Theil genommen; das Resultat kann ich Ihnen natürlich noch nicht mittheilen. In meinem nächsten Berichte werde ich diese flüchtigen Angaben durch eine ausführlichere Darlegung der Verhandlungen der ganzen Versammlung zu ergänzen suchen.

**Hamburg**, 31. März. Die B.-H. theilt mit: Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß die dänischen Minister Orla Lehmann und Graf Knuth vorgestern mit einem Dampfschiffe in Rostock angekommen sind und sich unverweilt mit Kurierpferden nach Berlin begeben haben. Man war in Rostock allgemein der Meinung, daß die Feindseligkeiten dänischer Seits nicht vor der Rückkehr obengenannter Herren beginnen würden. Bis jetzt passirten noch alle Schiffe den Sund ungehindert, nur die schleswig-holsteinischen Schiffe sollen angehalten und ihre Matrosen auf die dänische Flotte gebracht worden sein.

**Bremen**, 2. April. Hier in Bremen sind die oldenburgischen Truppen auf ihrem Durchmarsche nach Schleswig-Holstein angemeldet; wir erwarten sie täglich; — durch Altona soll in der Nacht auf den 31. hannoversche Artillerie gekommen sein.

**Bremen**, 1. April. Aus Greifswalde vom 29. März wird in einer Privatdepesche folgende Nachricht gemeldet: Ein gestern auf Greifswalder Rhede angekommenes preußisches Schiff ist bei seiner Passage durch den Sund bereits scharf beschossen worden und hat einigen Schaden erlitten.

* **Schleswig**, 29. März. Wir haben heute keine Post von Kopenhagen erhalten und sind daher über den Eindruck, welchen die Kunde von der Erhöhung der Herzogthümer dort hervorgebracht, ohne Nachricht; doch fehlt es nicht an mehr oder weniger abenteuerlichen Gerüchten, als von dem Ausbruch einer Revolution, der Thronentsagung des Königs, den Proklamirung der Republik u. dgl. Darin stimmen jedoch die Aussagen aller Reisenden überein, daß der König seit Ernennung des jetzigen Ministeriums völlig willenlos sei und sich in einer Art Haft befinde. Auf Fühnen namentlich ist der Fanatismus, gegen die Deutschen zu kämpfen, noch im Zunehmen begriffen, und es sollen sich starke Truppenmassen an die südliche Grenze von Jütland hinziehen. — In den Herzogthümern ist der Enthusiasmus für den bevorstehenden Kampf ungeheuer: die beurlaubte Mannschaft eilt unaufgefordert zu ihren Korps, alle waffenfähigen jungen Leute drängen sich zu den zahlreichen Freikorps oder zum Eintritt in die Linie, die Forstbeamten bilden Scharfschützenkorps, selbst ältere Männer treten als Freiwillige ein. In den Städten haben sich allenthalben Bürgergarden, in den Küstendistrikten ein Landsturm gebildet. Die Frauen und Mädchen verfertigen Fahnen und bereiten Binden, Charpie und andere Lazarettbedürfnisse. Die Landleute leisten mit der größten Bereitwilligkeit die in dieser Jahreszeit sehr lästigen Fuhren und beschaffen die nöthigen Lieferungen von Korn und Fourrage. — Alles ist von glühendem Haß gegen die Dänen und dem unerschütterlichen Willen beseelt, jetzt die Freiheit zu erkämpfen. Der Prinz von Augustenburg entwickelt bei der Organisation der Bewaffnung außerordentliche Thätigkeit und Energie; auch sind bereits 3000 Mann der nördlichen Grenze zugezogen; fühlbar ist vorzüglich der Mangel an Offizieren und an Feldartillerie. Die provisorische Regierung versährt gleichfalls mit Sicherheit und Festigkeit. Der Etatsrath Francke, welcher mit den andern deutschen Beamten Kopenhagen verließ, ist zum Präsidenten, der Kanzleirath Lesser zum Rath in der schleswig-holsteinischen Regierung ernannt, dagegen der Regierungsrath Höpfner, eine Kreatur des früheren Präsidenten Scheel, entlassen; endlich hat die Regierung durch Ernennung der fehlenden delegirten Mitglieder die Ständeversammlungen ergänzt: demnach werden von der Ritterschaft der Graf Molkte, Prälat des Klosters zu Ihehoe, der Graf Rantzau, Klosterpropst zu Uetersen, der Kammerherr von Bülow, Klosterpropst zu Schleswig, der Landrath von Ahlefeld auf Oehe, und der Graf Reventlow auf Altenhof, früher Gesandter in Berlin, von der Universität Kiel die Professoren Christiansen und Kadt, von der Geistlichkeit der Propst Boysen in Schleswig und der Pastor Lorenzen in Apelbye, Beide früher Mitglieder der schleswig'schen Ständeversammlung und der Majestät von 1846, ferner der Propst Balemann und der Pastor Tamsen eintreten. Der §. 3 des Regulativs für die Gelehrtenschulen, wornach der Unterricht zu Hadersleben in dänischer Sprache ertheilt werden sollte, ist von der provis. Regierung aufgehoben.

Den 30. März. Bisher sind die Feindseligkeiten noch nicht zum Ausbruch gekommen; es sammeln sich jedoch fortwährend dänische Truppen an der jütischen Grenze, und wenn die letzte Erklärung des Königs von Preußen die Dänen nicht zur Vernunft bringt, so ist der Beginn des Kampfes sehr bald zu erwarten.

X **Schleswig**, 29. März. Heute sind 3 Bataillone Infanterie zu 800 Mann, 8 Kanonen mit trefflicher Bespannung, 3 Schwadronen vorzüglich berittener Dragoner von Rendsburg kommend nach Flensburg hier durchmarschirt. Die Infanterie auf Wagen. Einige preußische Offiziere begleiteten den Herzog Karl Anton Schleswig-Holstein-Glücksburg, der dieses Korps führt. Die Soldaten tragen begreiflicherweise das Schleswig-Holsteiner Nationalkleid. Von jedem Wagen wehten allerlei kleine Fahnen, die sich die Soldaten aus Tüchern gemacht; man sah die deutschen Farben; auch führten sie aus dem Zeughause die in Rendsburg wieder hervorgeholten alten Fahnen der Schleswig-Holsteiner Regimenter, die ihnen vor mehreren Jahren abgenommen worden, als die dänische Danebrogsfahne aufgedrungen war. Die Infanterie hat vortrefflich schöne Leute und ist trefflich exerzirt und bewaffnet. In Rendsburg kamen heute Morgen 140 vierspännige Wagen an, welche die Gutsherren aus der Gegend von Kiel freiwillig gestellt, beladen mit Munition von der Festung Friedrichsort bei Kiel, die gut armirt mit einer rasch angelegten Batterie auf dem gegenüber liegenden Ufer, den Eingang des Kieler Hafens vertheidigt. Der höchstkommandirende Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein hat heute Morgen verschert, daß er 11,000 Mann unter den Waffen habe, worunter 3000 Freiwillige, die binnen 3 Tagen sich in Rendsburg eingefunden; außerdem strömten fortwährend Freiwillige herzu. Ein Korps von 1000 Mann wird von einem Forstbeamten befehligt. Die Festung Rendsburg ist gut armirt, die besten Kanonen stehen auf den Batterien. Am 24. hatte sich die provisorische Regierung konstituirt. Ehe diese Nachricht in die entfernten Gegenden des Herzogthums Schleswig gelangte, vergingen 3 Tage. Die Linienregimenter hatten nicht die Hälfte der Mannschaft in Dienst, und schon den 29. waren alle vollzählig. Fortwährend eilen die älteren Reserven zu den Korps. Mit einer in unserm Lande nie gesehenen Schnelligkeit ist die Mobilmachung erfolgt. Dies zeugt von dem Enthusiasmus der ganzen Bevölkerung und von der trefflichen militärischen Leitung unter dem Prinzen Friedrich. Ein Beweis des Eifers der Landleute: 2 Meilen von hier, an der Grenze des alten deutschen Markgrafenthums Schleswig, zu Treja, ward am 26. die erste Versammlung gehalten und die Bildung von Freikorps zur Sprache gebracht. Heute schon steht dort ein Korps von 60 Mann zu Pferde mit Pistolen und Säbeln unter Anführung eines jungen Landmanns, ein anderes, eben so groß, mit Schießgewehren, zu Fuß, mit Munition versehen, von einem Unteroffizier der Jäger geführt, ein drittes von 200 Mann unter Anführung eines Landmanns, der in den deutschen Befreiungskriegen gedient. Die Bewohner der Marschen haben Pferde und Geld außer den Mannschaft die sie senden, angeboten; schon sind einige Abgelandte mit mehreren 1000 Thl. in Rendsburg eingetroffen. In Lande der Angeln an der Ostsee, nordöstlich von Schleswig, sind 1500 Mann in Jagen neben dem Landsturm noch ein bewaffnetes Korps von gegen 700 Mann gebildet, eine Kriegskasse ist aus den verschiedenen Distrikten gegründet; nach Art der Guerillas werden sie in den kuppirten Terrains, von den Hecken und Büschen gedeckt, sehr wirksam sein können. Alles ist in 3 Tagen organisirt. Das vorgestern bei Flensburg vorgeschobene Korps von einigen tausend Mann Infanterie und Freiwilligen mit 2 Kanonen ist heute früh nach Apenrade aufgebrochen. Die dänische Fregatte, deren begleitendes Kriegsdampfschiff gestern vor Flensburg 100 Schritte vor der Brücke umkehrte, als die Jäger aus den Häusern eine blinde Salve gegeben, ist bei der zum Herzogthum Schleswig gehörigen Insel Alsen unweit Sonderburg vor Anker gegangen: die Offiziere sind ans Land getreten, und haben gefragt, ob Dänisch oder Deutsch? Die gefangenen Küstenbewohner antworteten Letzteres. Heute Morgen ist die Fregatte mit dem Dampfschiff gegen Apenrade gesteuert, wohelbst sie inwessen die Avantgarde des Korps vorgefunden haben werden, dieselbe, die sie in Flensburg begrüßten. Auf der Insel Alsen werden sie muthmaßlich eine Landung versuchen, um sich mit einem Korps von Jütland zu verbinden. Sonach dürfte der erste Kriegsschauplatz zwischen Flensburg und Apenrade, oder für die jütischen dänischen Korps hinter Hadersleben sein. Der Augenblick ist gekommen, wo die Hilfe des deutschen Bundes zur Deckung der nördlichen Grenze des Bundeslandes Holstein verfassungsmäßig eintreten müßte. Bis jetzt ist sie von Freiwilligen besetzt. Auch werden heute

Digitized by Google

schon Preußen dort erwartet und die hannoversche Artillerie soll an der Elbe bereit stehen. Jetzt wird doch wohl das deutsche Vaterland seine inneren Zwistigkeiten beilegen (Gott gebe es!) und sich im Hinblick auf Schleswigholstein, welches in seinen inneren Verhältnissen gesetzlich und ruhig — nirgendswo hat ein Exceß stattgefunden — wo Volk und Behörden in Einklang stehen, der ihren Sicherheit und Freiheit Deutschlands mit Ernst und Thatkraft zuwenden.

**Schleswig-Holstein.** Die Bremer und Weser Zeit. enthalten gleichzeitig Folgendes: Aus durchaus authentischer Quelle geht uns die Nachricht zu, die provisorische Regierung in Rendsburg trete den dringenden Wunsch, daß man möglichst dem Zuzuge von losem Gesindel entgegen wirken mögen, das eine Plage für das Land sei — daß die Regierung auch nicht die Hilfe fremder Freischaaren wünsche, obwohl dieses in mehreren Blättern, namentlich dem „Rendsburger Tageblatte", behauptet worden sei. Die Regierung glaubt vielmehr Hände und freiwillige Kräfte im eigenen Lande genug zu haben, um dem Erforderniß zu entsprechen, wenn nur erst die nöthigen Waffen vorhanden seien, woran es für den Augenblick noch mangelt.

Die letzten aus Rendsburg in Bremen angekommenen Briefe bestätigen die Landung der Dänen auf der Insel Alsen, aber sowohl diese als Flensburger Briefe erwähnen von einem bereits ausgeführten Einmarsch der Dänen in Hadersleben Nichts. Das Rendsburger Tageblatt enthält eine Verfügung über Errichtung mobiler Sicherheitswachen in den Landdistrikten, und eine zweite in Betreff der Postversendung von Zeitungen und Zeitschriften, wodurch zugleich das gegen einzelne Zeitungen bestehende Verbot des Debits aufgehoben wird. Aus Hamburg schreibt man vom 31. März der Wes. Zeit.: In Altona erwartet man heute das Uebertommen hannoverscher Truppen; Böte und Schleppkähne waren ihnen zur Verfügung gestellt worden; eine andere Version läßt die hannoversche Hilfsmannschaft vom jenseitigen Ufer die Wasserfahrt bis Glückstadt machen, um dann auf der Eisenbahn weitergeschafft zu werden.

### Schweiz

Von der Aar, 30. März, schreibt man der Allg. Z.: Aus gut unterrichteter Quelle wird versichert, daß Hr. Lamartine der Schweiz die Abschließung eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen der französischen und schweizerischen Republik beantragte. Die Mission des Hrn. Hubert-Salabin hatte hiezauf Bezug. Der Vorort soll jedoch keine Geneigtheit gezeigt haben in den Antrag dermalen einzutreten.

† Zürich, 31. März. J. Fazy in Genf, dessen Zweikammersystem, Anfangs belächelt, nun doch den Sieg über seine Gegner davongetragen hat (nur sein „Landamman der Schweiz" ist uns bis jetzt immer noch zu centralistisch und mächtig), sinnt schon auf neue Lorbeeren. Nachdem er, ohne in der Bundesrevisions-Kommission zu sitzen, wesentlich zur Gestaltung der im Werden begriffenen Bundesakte beigetragen, strebt er auch die äußere Gestalt der Schweiz hübsch zu arrondiren. Das neueste Blatt der „Rev. de Genève" meint, es könne bei dem jetzigen Umschwunge der Dinge nicht fehlen, daß das französisch redende und denkende Savoyen sich als unabhängigen Freistaat proklamire. Drei französische Distrikte nun, das Chablais, Faucigny und Genevois, zusammen mit 175,000 Seelen, hätten ihren natürlichen Mittelpunkt in Genf, und sei für dieselben ohne Zweifel das Ergeneigte, sich freiwillig an die Schweiz anzuschließen, das Chablais könne zu Genf kommen, Faucigny und Genevois zusammen einen neuen Kanton mit dem Hauptort Annecy (Kt. Montblanc?) bilden. Patriotische Phantasien! Auf der andern Seite sollen auch in Berlin sich Gelüste zum Wiederanschluß an die Schweiz zeigen; für Oesterreich hätte dasselbe ohnehin nur so lange Werth, als es einer Militärstraße aus Tyrol nach Mailand bedurfte!

### Schweden.

Stockholmer Blätter, die bis zum 17. März gehen, bringen eine fast entscheidende Nachricht hinsichtlich der alles Andere verschlingenden Reformfrage. Am 14. fand eine stürmische Sitzung im Konstitutionsausschuß Statt, in Folge deren beschlossen wurde einen vollständigen Repräsentationsvorschlag auszuarbeiten, und nicht, wie Manche beabsichtigten, blos vorschlag einzelne Veränderungen in der bisherigen Repräsentationsweise vorzulegen.

### Großbritannien.

London, 31. März. Der Globe sagt: „Wenn Euch ein allgemeiner Friede versprochen wird, so macht Euch auf einen allgemeinen Krieg gefaßt. Mehr als einmal hat man uns im Laufe von 60 Jahren gesagt, daß von jetzt an nur noch Ideen Eroberungszüge ausführen würden; aber Ideen sind verzweifelt geneigt, Reisige, Fußvolk und Geschütz hinter sich herzuziehen. Wenn man uns von einer französischen Armee erzählt, die am Rhein, und einer andern, die bei Dijon zusammengezogen wird, so mögen sich unsere romantischen revolutionären Freunde in Ruhe einer- und in Piemont andererseits versichert halten, daß hierzu nicht ihre Principien oder Interessen der Anlaß waren, und daß, was dadurch etwa drohschlicht wird, eher auf eine Einverleibung als auf wirkliche Freundschaft hinauslaufen möchte." Weiter heißt es: „Die Füchse, welche ihre Schweife verloren haben, sind schrecklich auf den Schwanzumbehör ihrer Nachbarn versessen. Preußen erhebt mit teutonischem Eifer die Keule für Schleswig-Holstein, und der König von Sardinien zieht Mailand zu Hilfe, um in Turin nicht entthront zu werden", u. s. w. Ledru-Rollin wird in derselben kurzweiligen Betrachtung mit dem Kaiser Nikolaus verglichen, Beide seien noch die einzigen Autokraten in Europa und ihre Ukasen in demselben Styl geschrieben. Ueberhaupt werden die Ausfälle der englischen Zeitungen auf die franz. Republik immer bitterer; die Regierung ist im Gedrängen, die Arbeiterstraße, die Bürgermänner, die ganze Kaufmannswelt, die sogenannte Bourgeoisie offen gegen sie; nur unter den arbeitenden Klassen und ihren Agitatoren dauert die schwärmerische Begeisterung für dieses jüngste Kind der republikanischen Laune fort. Die Times bringen unter andern ein Schreiben aus Paris, worin ein lebendiges, aber eben nicht sehr erbauliches Bild von dem Pariser Straßenleben entworfen wird, wie in den Gassen und Plätzen die geräuschvollen Arbeiterprozessionen, das Geklärm, das Getrommel, das Aufpflanzen von Freiheitsbäumen nicht aufhörten, wie Horden garstiger Weiber mit fliegenden Fahnen umherzögen, um den Geschmack an dieser Republik ganz zu verderben, wie diese Müßiggänger den Ruf Mort aux propriétaires! immer öfter und wilder hören ließen, und Jedermann gezwungen würde, durch Beleuchtung der Fenster u. s. w. dieser Proletarierfreiheit seine Huldigung darzubringen. Unter diesen Umständen flüchten die reichen Fremden, und Handel und Gewerbe stocken.

Einheimische Nachrichten von Interesse enthalten die englischen Zeitungen nicht. Die Agitation in Irland wächst; aber ein Vulkan, der immer nur Rauch ausstößt und seinen elementarischen Grimm höchstens noch durch unheimliche Detonationen verräth, gewährt auf die Dauer ein ermüdendes Schauspiel.

### Frankreich.

Paris, 31. März. Die Regierung veröffentlichte folgende Aktenstücke. 1) Eine Kommission wird ernannt, um die vielen patriotischen Gaben, die der Regierung täglich auf das Stadthaus gebracht werden, auf entsprechende Weise in Empfang zu nehmen. Die Kommission besteht aus Lamennais, dem Dichter Beranger, Littré, Mitglied des Instituts, und Ch. Thomas. 2) Eine Proklamation der Regierung an das Volk, worin sie für diese so reichlich und unaufhörlich zufließenden Gaben ihren Dank ausspricht. 3) Für die drei Manufakturen der Gobelins, von Sèvres und Beauvais wird eine eigene Kommission errichtet, um diese Fabriken in künstlerischer, wie in industrieller Hinsicht auf einen höhern Standpunkt zu heben. 4) Dekret betreffend die augenblickliche Organisation der Pariser Lokalgardeartillerie bei der Generalschau kommt in das Gebäude des Temple, und Vorlesungen über Mathematik, Geometrie, Zeichnung, Physik, Chemie, Mechanik werden daselbst für die Artilleristen der Nationalgarde gehalten werden. 5) Ernennung der Ingenieure Bineau und Dibion zu außerordentlichen Regierungsdkommissären auf den Eisenbahnen von Orleans und des Centrums, um die auf diesen Bahnen eingetretenen Hindernisse, die den Verkehr unmöglich machen könnten, durch rasche und energische Maßregeln hinwegzuräumen. 6) Proklamation der prov. Regierung an das französische Volk! Seit einem Monat regiere Frankreich sich selbst, die musterhafteste Ordnung herrsche, noch ein Monat und die prov. Regierung übergebe ihr Mandat in die Hände der wahrhaften Repräsentanten des Volkes. Die Regierung bittet das Volk, in dieser Ruhe und Ordnung zu verharren, die geräuschvollen Demonstrationen zu vermeiden und sie nicht nur Frankreich, sondern auch ganz Europa ein nachahmenswerthes Beispiel zu geben. 7) Proklamation an die Armee. In einigen Regimentern haben Unordnungen Statt gefunden, die Regierung ermahnt die Armee zur strengsten Disciplin, sonst werde sie sich zu den energischesten Maßregeln gezwungen sehen. Auf den Fahnen der Armee solle nicht nur das Wort: Ruhm, sondern auch das Wort: Mannszucht geschrieben stehen.

Paris, 1. April. Der Moniteur enthält folgende officielle

Digitized by Google

*†* Frankfurt, 2. April. Gestern konnte ich Ihnen eine Reihe wichtiger Beschlüsse ankündigen, die unser Versammlung gefaßt hatte; auch heute hat es an tief eingreifenden Resolutionen nicht gefehlt, auch wenn dieselben nicht so augenfällig sind, wie die gestrigen. Man hat den Terrorismus, den eine Minorität in den letzten Tagen über die große Mehrheit der Versammlung zu üben suchte, heute bis zum offnen Bruche gesteigert; das deutsche Volk mag zwischen uns Richter sein. Die Verhandlung am heutigen Morgen betraf den Modus der Bestellung des permanenten Ausschusses; verschiedene Vorschläge, auf die ich in meinem ausführlichen Bericht zurückkommen werde, waren gemacht und motivirt worden; zuletzt vereinigte man sich mit großer Mehrheit dahin, daß die ganze Versammlung, nicht die einzelnen Provinzen, zur Wahl des Ausschusses schreiten solle, und zwar in der Art, daß jedes Mitglied die 50 Namen aufzeichne, jedoch mit geeigneter Berücksichtigung der verschiedenen Landschaften. Nachdem diese Abstimmung erfolgt war, wurde folgender Antrag verlesen:

„Die Unterzeichneten beantragen, die Versammlung solle erklärern: Bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Begründung einer konstituirenden Versammlung in die Hand nehmen kann, muß sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahm-Beschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.

R. Blum. Dr. Zitz. G. Strecker. Dr. Jakobi. Dept. von Behr. A. Dupré. v. Itzstein. Dr. Letzelter jun. Dr. Leister sen.

Ueber den ausgesprochenen Zweck dieses Vorschlags konnte in der Versammlung kein Zwiespalt der Meinungen bestehen; der bisherige deutsche Bund ist in der öffentlichen Meinung verurtheilt, und wir haben in der langen Debatte keine Stimme vernommen, die sich zu seiner Vertheidigung erheben hätte. Aber ob der Antrag in dieser Fassung rathsam sei, schien der großen Mehrheit sehr zweifelhaft. Wurde durch einen Beschluß dieser Art jede Verhandlung unsres zu wählenden Ausschusses mit der Bundesbehörde abgeschnitten, solange dieselbe nicht zum Theil neu besetzt ist, so wäre eine Verzögerung des wesentlichsten und ersten Punktes — der Berufung einer konstituirenden Nationalversammlung — mehr als wahrscheinlich; wir brauchten dann zur Wahl eines permanenten Ausschusses gar nicht zu schreiten, wir blieben selber permanent, d. h. ein Beschluß, der gestern nach vierstündigem Kampfe gefaßt war, wurde auf einem Umweg wieder umgestoßen. Denn daß zwischen heut und morgen der Bundestag ganz neu besetzt, morgen dann die Wahlen vorgenommen und in vier Wochen doch die konstituirende Versammlung beisammen sein würde das konnte man zwar behaupten, aber nicht beweisen. Dies veranlaßte Bassermann zu einem Amendement, das ungefähr dahin lautete:

„Die Versammlung erklärt: die Bundesversammlung, indem sie die Angelegenheit der Begründung einer konstituirenden Versammlung in die Hand nimmt, muß sich von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen losagen und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben."

Ein unbefangener Blick wird zugeben, daß durch diese Verlauschung des Wortes „drohen" durch „ändern" eine zu besorgende Verzögerung vermieden und doch der ausgesprochene Zweck — die Reinigung des Bundestags — erreicht würde. Der permanente Ausschuß konnte dann gewählt werden und seine Arbeiten beginnen; in vier Wochen war die Nationalversammlung sicher beisammen, und der Bundestag war noch vor dieser Zeit jedenfalls gesäubert. Nicht nur Redner der bisherigen Majorität (darunter Gagern und Uhland) verfochten die Ansicht, auch entschiedene Anhänger der radikalen Richtung, wie Blum, Robert Blum, Jacobi, Vogt erklärten sich mit der mildesten Fassung einverstanden, Falls die schroffere nicht durchgehe. Es war so dann die Hauptsache erreicht und eine Spaltung vermieden. Anders die Redner, welche den ersten Antrag vertheidigten (Zitz, Struve, Hecker u. A.); sie gaben nicht undeutlich zu verstehen, es werde zu einem Bruche kommen, wenn die Majorität den Vorschlag nicht annehme. Weder diese Drohung, noch einzelne verdächtigende Andeutungen, noch die Theilnahme der Gallerien schreckten natürlich die große Mehrheit der Versammlung ein; sie blieb sich treu, in dem Augenblicke, wo der Muth einen unbedachten extremen Beschlusses der leichtsinnigen Jugend wohlfeilste war. Der Zitz'sche Antrag wurde mit großer Majorität verworfen, das Bassermann'sche Amendement später einmüthig angenommen. Nachdem die erste Abstimmung erfolgt war, erhob sich ein Theil der Minorität (gegen die fünfzig Mitglieder, alle etwa ein Zehntheil der Versammlung) und verließ den Saal; mit ihnen ein Theil der Gallerie, der die Zeit hindurch und zuletzt noch durch Demonstrationen auf unverantwortliche Weise die Verhandlungen gestört hatte. Man vergaß sich also so weit, den ersten Grundsatz jeder demokratischen Versammlung, das Recht der Majorität umzustoßen, und ganz ähnlich zu verfahren, wie der Absolutismus und die Sonderbündelei! Nicht Alle freilich, die den Zitz'schen Antrag unterstützt hatten, hielten es mit ihrer Pflicht so vereint, jetzt zu weichen; ein Theil der Minorität, darunter Raveaux aus Köln, Robert Blum aus Leipzig, Dr. Jakobi aus Königsberg, Vogt aus Gießen, Schaffrath aus Leipzig erklärten ausdrücklich, daß sie bleiben würden, Robert Blum mit dem bestimmten Zusatze, durch das Bassermann'sche Amendement sei in der Zitz'sche Vorschlag nicht verworfen, sondern nur modificirt. Die Versammlung sprach den Bleibenden ihren unzweideutigen Beifall aus und ging sie der Berathung fort. Die Wahlen der Ausschüsse sind auf morgen verschoben; die ausgewanderte Minorität hat also Zeit ihren Fehler einzusehen und zurückzukehren. Ein Ersatz für die trübe Erfahrung des heutigen Tages liegt in dem Ergebnis: Wir werden statt der permanenten Anarchie einer großen Versammlung einen starken Ausschuß erhalten, wir haben in vier Wochen den Zusammentritt der konstituirenden Nationalversammlung zu erwarten, und inzwischen wird die Reinigung des Bundestags unfehlbar erfolgt sein. Daß diese Beschlüsse noch wirksamer gewesen wären, wenn sie die Versammlung einstimmig gefaßt, ist gewiß; aber wir konnten nicht Mehr thun, als wir gethan haben. Noch einmal: über die Spaltung, wenn sie fortdauern sollte, sei das deutsche Volk Richter zwischen uns!

þ Frankfurt, 3. April. Mittags 12 Uhr. Ein in allen Straßen angehefteter Anschlag lautet: „Es ist heute von der vorbereitenden Versammlung für die konstituirende Nationalversammlung nachstehender Beschluß durch die Mehrheit gefaßt worden: Die Versammlung beschließt, zu verlangen, daß die Bundesversammlung, indem sie die Angelegenheit der Berufung einer konstituirenden Versammlung in die Hand nimmt, sich von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schooße entfernen müsse, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben. Frankfurt, 2. April 1848. Für die Richtigkeit obiger Mittheilung: Der Präsident Mittermaier."

Der Präsident notificirt 10 ein Viertel Uhr der Versammlung:

1) daß der Bundestag alle Ausnahmsgesetze und Beschlüsse zurückgenommen und bereits beseitigt habe;
2) ebenso, daß der Bundespräsidialgesandte (Colloredo) bei genommener Rücksprache mit Mittermaier erklärt habe, daß alle die Gesandten, welche fühlten, daß auf sie der Beschluß der Versammlung Bezug habe, bereis ihre Entlassung genommen haben oder unmittelbar verlangen werden.

Die Versammlung beschließt auf einen Versöhnung und Friede athmenden Antrag Itzstein's, Jordan's u. A., die ausgetretene Minorität sei einzuladen, der Versammlung wieder anzuwohnen, ihnen das Protokoll offen zu lassen, jedem sich Meldenden seine bereits abgegebenen Wahlzettel zurückzugeben, um Aenderungen vorzunehmen, den Schluß der Wahl jedenfalls aber auf 1 Uhr Nachmittags zu bestimmen. (Itzstein verläßt den Saal, um die ausgetretene Minorität zum Wiedereintritte zu bewegen.)

Posen, 27. März. Nach einer Korresp. der schles. Zeit. hat die bereits mitgetheilte Kabinetsordre unter der polnischen Bevölkerung die höchste Aufregung, bei Vielen sogar Erbitterung hervorgerufen, die sich leider leicht störend in die Sympathien der Polen für die Deutschen hineindrängen könnte, wenn nicht die ruhigeren Polen alles nur in ihren Kräften Stehende thäten, um die junge Brüderlichkeit der beiden Nationalitäten zu erhalten; dennoch haben wir Ursache, zu den ernstesten Befürchtungen, wenn nicht bald eine andere Kabinetsordre den Eindruck, welchen die erste hervorgerufen hat, wieder schwächt,

Digitized by Google

um so mehr, als einige deutsche oder vielmehr preußische Beamte seitdem einen ganz eigenthümlich schroffen Ton annehmen, wodurch sie nur die Spannung wieder von Neuem erregen können. Ueberdies ist heute (Vormittags 10 Uhr) ein Bataillon in Kriegsstärke ausgerückt, von dem wir zwar hören, daß es nur bis Pudewitz marschiren und in einigen Tagen wieder zurückkehren soll, von dem aber das Publikum glaubt, daß es im Großherzogthum umherziehe, um die von den Polen okkupirten Beamtenstellen in den kleinen Städten wieder mit preußischen Beamten zu besetzen und überhaupt bei Ausbreitung des polnischen Elementes hemmend in den Weg zu treten. Endlich wurden die in immer stärkerer Anzahl heranrückenden Regimenter die polnische Bevölkerung auf das Aeußerste auf und lassen einen Zusammenstoß des Militärs mit dem Volke um so mehr befürchten, als, wie man erzählt, bereits 80,000 Sensenmänner zum Schlagen bereit stehen sollen (?). Heute nach dem Trauergottesdienste, der für die in den Barrikadentagen zu Berlin Gefallenen in den polnischen Kirchen stattfand, hielt ein Mitglied des polnischen Komites eine Rede an das zu Tausenden versammelte Volk, in welcher er es aufforderte, sich keines der errungenen Rechte nehmen zu lassen und stets wachsam und schlagfertig bereit zu stehen, sobald man ihm dieselben mit Gewalt nehmen wolle — ein tausendstimmiges Vivat und freudiges Zujauchzen folgte der Rede. — Die Versammlung, welche gestern Abends um 7 Uhr zusammenleten und um Herfindung des Herrn v. Minutoli bitten sollte, ist nicht zu Stande gekommen; schon um ½8 Uhr war Niemand mehr in dem zur Versammlung bestimmten Lokale. — In der jetzt bangen Stimmung unserer Bevölkerung hat es derselben einige Beruhigung gewährt, daß gestern Abend 7 Uhr ein Mitglied der zum Könige entsandten Bürgerdeputation, welche ersteren ebenfalls zu einer friedlichen Abtretung der Provinz bewegen wollte aus Berlin hier anlangte und mittheilte, daß auch die dort anwesenden Deputirten sowohl der Bürger als der Polen die königl. Kabinetsorder vom 24. als nicht zweckmäßig zur Erhaltung der Ruhe anerkannt und dagegen eine Vorstellung eingereicht hätten, auf welche einzige Art es noch möglich sei, einem Blutbade im Großherzogthum Posen vorzubeugen. Zur Wiedergewinnung der jetzt so sehr nöthigen brüderlichen Liebe und Einheit zwischen Polen und Deutschen und zur Wiederbelebung des jetzt total darniederliegenden Handels und Gewerbes wird dringend gebeten, zur Kabinetsorder vom 24. sofort folgende Deklaration zu veranlassen: 1) daß die Mitglieder zu der von Ew. Majestät anbefohlenen Kommissionen von dem gegenwärtig faktisch in Posen bestehenden Komite aus den Eingeborenen des Großherzogthums Posen gewählt werden, und daß derselben in Ew. Majestät Allerhöchsten Auftrage auch der Generalmajor v. Willisen beigeordnet werde. 2) Daß diese Kommission, deren Aufgabe nach Ew. Maj. Allerhöchstem Befehl die Nationalreorganisation des Großh. Posen sein soll — alsogleich für die nationale Organisation a) des Militärs, b) der Verwaltungs- und Justizbehörden die geeigneten Maßregeln Ew. Majestät in Vorschlag bringt, wobei den Beamten, die in Folge der neuen Organisation ihre Aemter nicht behalten sollten oder nicht versetzt werden können, eine zweijährige Pension in Höhe ihres jetzigen baaren Diensteinkommens vom Tage ihrer Entlassung zugesichert werde. Da indeß das gemeinsame Werk der Kommission nicht sogleich ins Leben treten kann, gegenwärtig aber Gefahr droht, welche sofortige kräftige Maßregeln zur Besänftigung der sehr aufgeregten Gemüther zur heiligen Pflicht macht, so erbitten wir von Ew. Maj. folgende Befehle: 1) die in Posen befindlichen Truppen werden nach dem Fort Wonlarp und in die Kasernen zurückgezogen; 2) den jetzigen Landräthen werden, bis ihre Stellen durch Wahlen mit Eingesessenen anderweitig besetzt sind, durch die Kommission in Posen Kommissarien zur gemeinschaftlichen Ausführung aller Amtsobliegenheiten beigeordnet; 3) die jetzigen Distriktskommissarien werden sofort außer Thätigkeit gesetzt; 4) mit Rücksicht auf die jetzige Nationalreorganisation des Großherzogthums Posen wird ein Pole zu dem Amte eines Oberpräsidenten sofort ernannt." Zu letzterem Amte soll der polnische Graf Mareij Mielzynski vorgeschlagen sein, auch soll der General Willisen das Amt annehmen wollen, wenn General Colomb nur im Verein und nach Berathung mit ihm militärische Maßregeln vornehmen will.

### Schweiz

** Bern, 31. März. Auch die hiesigen Deutschen scheinen der gewaltigen Bewegung, welche im gegenwärtigen Augenblick ihr Vaterland durchdringt, nicht fremd bleiben, sondern werkthätigen Antheil an derselben nehmen zu wollen. Allem Anschein nach ist es, nach dem Beispiele der Fremdenlegionen in Frankreich, auf nichts Geringeres denn auf einen bewaffneten Einfall in die deutschen Staaten abgesehen. Zu Biel hat sich bereits vor einigen Tagen eine Gesellschaft gebildet zum Zwecke einer militärischen Organisation aller sogenannten „deutschen Männer". An der Spitze derselben steht zu Folge der öffentlich bekannt gemachten Statuten ein „Kriegsrath", in welchem sich Schüler, Daffner und mehrere andere bekannte Männer befinden, welche bereits in dem Luzerner Freischaarenzuge sich „ausgezeichnet" haben. Selbst im Schoße der Bundesregierung hat ein gewisser Ludwig Seeger, früher Lehrer bei der hiesigen Realschule, ohne Scheu einen Aufruf an alle deutschen Männer in Bern erlassen und durch alle hiesigen Blätter verbreitet zur sofortigen Bildung einer Gesellschaft „für Bewaffnung und militärische Organisation aller, auch der unbewittelten Mitbürger". Heute Abend sollen alle Deutschen, welche diesem Vereine beitreten wollen, sich in einer hiesigen Wirthschaft einfinden, und es sind „diejenigen, welche den Verein durch Geldbeiträge unterstützen wollen, dringend gebeten, diese gleich mitzubringen". Daß dieser Aufruf wenigstens bei einem Theile der hier sich aufhaltenden Deutschen Anklang finden werde, ist kaum zu bezweifeln; bereits herrscht unter den deutschen Gesellen eine ungebührliche Thätigkeit, und es suchen sich dieselben allerwärts Massen zu verschaffen. Gleichzeitig begehen heute die Arbeitsleute an dem Luzerner Freischaarenzuge ihre Jahresfeier und reichen somit gleichsam den deutschen „Freischärlern" die Hand. Sie werden fragen, was denn die vorsichtige Regierung zu diesem heillosen Treiben sage? Bis jetzt wenigstens hat sie, zum großen Bedauern aller rechtlich gesinnten Schweizer, nicht die mindeste Vorkehrung getroffen, um demselben entgegenzutreten, und es ist zu bezweifeln, daß sie den Willen und die Kraft habe, dieses zu thun. Freilich ist es für eine Regierung eine schwierige Aufgabe, die Principien zu verläugnen, denen sie ihr eigenes Dasein verdankt. Zudem scheint man zu glauben, daß unter den gegenwärtigen Umständen selbst eine allfällige Zeitanschauung völkerrechtlicher Verpflichtungen keine nachtheiligen Folgen für die Schweiz haben werde, habe ja auch das Ausland kein Bedenken getragen, den Sonderbund zu unterstützen. Wir müssen es dem höchsten Grade bedauern, wenn die Regierungen durch dergleichen Rücksichten sich verleiten ließen, den Boden des Rechts zu verlassen und die vor Kurzem erst neuerdings in Erinnerung gebrachte Neutralität durch Duldung völkerrechtswidriger Attentate zu gefährden. Noch weiß kein Sterblicher, wie sich die Sachen wenden werden. Die Schweiz könnte es dereinst schwer entgelten, wenn sie ihre internationalen Verpflichtungen bei Seite setzen und blindlings ihren Sympathien folgen würde. Wir können es den Deutschen, welche sich hier aufhalten, nicht verübeln, daß sie bei der Wiedergeburt ihres Vaterlandes sich ebenfalls betheiligen wollen, allein sie sollen doch bedenken, daß sie durch einen bewaffneten von der Schweiz aus zu unternehmenden Einfall in die deutschen Staaten nicht nur die bisher genossene Gastfreundschaft unserer Eidsgenossen, sondern auch die Stellung der Schweiz gegenüber dem Auslande im höchsten Grade kompromittiren. Jedenfalls ist es aber heilige Pflicht der Behörden, einem solchen Unternehmen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten und dasselbe, wo immer möglich, zu verhindern. Wir sind überzeugt, daß, ungeachtet des innigen Antheils, welchen das Schweizervolk für die große Erhebung Deutschlands zeigt, bei allen rechtlich gesinnten Schweizern gleichwohl nur Eine Stimme herrscht, daß ein Freischaarenzug gegen Deutschland vom Schweizergebiete aus nie und nimmermehr geduldet werden könne.

Wir lassen diesem Berner Briefe sofort folgende Erklärung folgen: Wenn in den ersten Tagen nach dem Sturze des Königthums in Frankreich sehr vielen Deutschen und auch mir die nahe Möglichkeit vor Augen schwebte, für die heiligsten Güter des Vaterlandes die Waffen ergreifen zu müssen, so haben die großen Ereignisse in Deutschland seitdem bewiesen, daß die Bürgen dessen, die Unterdrückung selbst, schon von dem bloßen Hauche des Volkes getroffen sind. Sechzehn Jahre Verbannung haben die Grundsätze, für deren Verwirklichung in den Jahren 31, 32 und 33 vergeblich gekämpft wurde, noch fester gewurzelt und unter den Stürmen des Lebens, des wiedergeben, blieb die Liebe zur alten Heimath fest und stark. Diese Liebe wird sich bethätigen, wenn die aus der Mehrheit des Volks hervorgehende Nationalregierung Deutschlands die deutschen Männer gegen äußere Gefahren aufzurufen für nöthig erachten sollte. So Viel zur Erläuterung einer Angabe über mich, die in Nr. 86 der Deutschen Zeitung enthalten sein soll. Biel, in der Schweiz, 31. März 1848. Ernst Schüler aus Hessen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Gust. A. Rösler, 79 Newgate Street in London. Für Frankreich: Comptoir, Passage d. a. Oberrheinischen Länder wurde zum Sitz der G. H. Alexander Strasbourg 38 Brandgasse, Paris 20, Rue Notre dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Corpuszeile oder deren Raum 2 Sgr., Ausw. Publikanden 3 Sgr. Der Preis beträgt täglich 6. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 8. 12. 20 kr. Alle Anzeigen durch der Namen einer dreispaltigen Petitzeile 10 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 97. Heidelberg, Donnerstag 6. April. 1848.

## Uebersicht.

**Die Frankfurter Versammlung.** — **Wien** (Oesterreich will mit Kraft den Krieg gegen Italien fortsetzen. Aufstellung eines Armeekorps am Isonzo. Beruhigende Nachrichten aus Prag. Forderungen der Steyrischen Stände. Die deutsche Zadne. Ein Armeekorps gegen Udine und Venedig. Tricst (ein Korben tanzt dem Isonz. Beruhigende Nachrichten aus Istrien. Deputation und Forderungen der Dalmatiner, Kroaten und Slavonier). **Berlin** (Eröffnung des Landtags. Entwurf eines Wahlgesetzes und einer vorl. Verfassung. Arrefe des Landtags an den König. Ausland erhebt sich gegen). **Koblenz** (Gefecht preußischer Truppen mit französischen Proletariern). **Stuttgart** (Gesetz die Volksversammlungen betr.). **Sachsen** (Hungersnoth im Erzgebirge. Excesse von Fabrikarbeitern). **Vom Neckar** (das Manifest des Königs von Preußen und die Landwehren betreffend). **Darmstadt** (die Stammesherren im Odenwald. Publicistischer Cheiekrieg). **Altenburg** (neues radikales Wahlgesetz). **Kiel** (die Besetzung der Stadt Habersleben durch die Dänen bestätigt. Der König an der Spitze der Truppen).

**Schweiz.** Der Bovort beschliesst, gegen die Bildung einer deutschen Legion einzuschreiten. Gerüste nach savoyischen Gebietstheilen und dem Berlin. Besprechungen zu der provisorischen Regierung in Mailand. Die erste Druckerei in Unterwalden.

**Belgien.** Brüssel. Interpellation wegen des Freischaarenzuges.

**Dänemark.** Kopenhagen. Erklärung des Kriegsministers an das dänische Volk. Aufruf des Königs an die Holsteiner.

**Großbritannien.** Morning Chronicle über die äußere Politik Deutschlands. Sammlung für die Berliner in Belfast.

**Frankreich.** Officielle Aktenstücke. Die deutschen Kommunisten und Demokraten in Frankreich. Beruhigende Erklärungen der officiellen Presse. Bewegungen an der savoyischen Grenze. Louis Philipp in Getmoüthen.

**Oesterreichische Monarchie.** Aus dem Oesterreich. Südslavenlande. Slavische Bewegung in der Herzeich. Mondrich.

**Galizien und Krakau.** Russische Agenten in Krakau. Deputation aus Lemberg und Tarnow nach Wien.

**Nachschrift.** Die Wahlen in Frankfurt.

**Beilage.** Berlin (Adresse der Rheinländer und Beschrib darauf). Frankfurt (Terentowitis Aufruf an die polnische Emigration in Frankreich). **Schweiz.** Bern (die deutschen Propagandisten). Italien. Rom (die Betreibungen des österreichischen Gesandten. Vorwurf gegen die Bürgergarde. Schwäche des Papstes. Kriegerische Bewegungen. Oesterreich. Demonstration. Beabsichtigter Fürstenkongreß. Stimmungen der Stadt).

---

### Heidelberg, 5. April.

Die vorberathende Versammlung in Frankfurt ist zu Ende: viele zu hoffende und fürchtende Erwartungen sind getäuscht worden, mit den Resultaten darf man, nach der Anlage des Ganzen, zufrieden sein, die formalen Hergänge sind vielfach zu beklagen gewesen. Viele gingen wohl in der Erwartung hin, die Haltung der Versammlung selbst musterhaft und würdig zu finden, Störung und Gefahr nicht in ihrem Innern, sondern nur außerhalb angewähren zu müssen. Dies ist ganz anders gekommen. Jede bedeutendere äußere Störung ist entfernt geblieben durch die Haltung der Stadt Frankfurt und ihrer Bürgerschaft, die über alles Lob erhaben war und gewiß jedem Anwesenden den wohlthätigsten Eindruck hinterlassen hat. Es pflegt wohl sonst in den ruhigsten Zeiten in einer so großen Stadt selten ein solches Fest mit Fackelzügen und Illuminationen ohne Tumulte abzugehen, wie viel mehr mußte man hier besorgt sein, bei einem so ungeheuren, bewegenden Anlaß, bei der bekannten Farbe, bei dem aufregenden Verfahren eines Theils der zusammentretenden Männer! Rund um Frankfurt her, in Bockenheim, in Rödelheim, in einer Reihe von Dorfschaften nah und fern herrscht Anarchie und Zuchtlosen, Hanau war unlängst ein großes Freischaarenlager, in Mainz ist die republikanische Partei vordringlich und kühn, in Nassau steht ein Sicherheitsausschuß neben der Regierung: wie nahe lag der Gedanke, daß die republikanische Partei, wenn sie nur halbwegs organisirt war und in ihren Bestrebungen sich fest fühlte, wenn je, so hier auf dem günstigsten Boden und bei einem entgegenkommenden Anlasse einer Schilderhebung versuchen würde. Es scheint aber wohl, als ob diese Partei in ihren Hoffnungen, und die Gegner in ihren Befürchtungen Gelegenheit und Kräfte überschätzt hätten. Nie sind Tage einer so großen Bewegung ruhiger vorübergegangen. Mit Ausnahme einer kleinen Störung sind alle die aufmerksamen Massen der Stadt vorübergegangen, alle die Jahren und Zeichen der Republik umgetragen worden ohne Eindruck. Man kann sagen, die Letzteren sind mit Gleichgültigkeit, ja mit hohem Spott angesehen, die Ersteren von Keinem gehört worden, als der schon von vornherein gerüstet war, sie nöthigenfalls selbst zu halten. Die Mannschaft, die die Stadt getroffen hatte, waren vortrefflich. Die ganze Bürgerschaft stand in Waffen, und man sah diese Männer, die zu einem großen Theile von ihrem Tagewerke leben müssen, durch 48 Stunden in der Uniform unverdrossen ausharren, in der letzten Stunde so freundlich wie in der ersten gegen ihre unbestörenden Gäste. Die Sicherheit, in der man sich zuletzt fühlte, drückte sich darin am Sprechendsten aus, daß ältere Freunde der Republikaner sie im Scherze aufforderten, nun doch den erwarteten, oft angekündigten Aufruch endlich eintreten zu lassen. Die Männer hatten sich zum Theile so weit verirrt, daß sie auf der Tribune mit dem Volke außerhalb der Mauern, mit der Straße drohten, aber sie thaten in ihren Interesse klug, es auf keinen Versuch zu stellen, auf der Straße wären sie unmächtig erlegen.

In der Versammlung dagegen waren sie offenbar, obwohl in großer Minderheit, weit mächtiger, als Manche vielleicht erwartet hatten: Die Partei wuchs zusehende während der vier Tage; die ersten Anträge von Struve hatten nicht mehr Unterstützer als die 15—18, die sie unterzeichnet hatten; der Antrag von Zitz am dritten Tage, allerdings kein Antrag von irgend einem republikanischen Inhalte, wurde von etwa 120 Mitgliedern getragen. Daß wirklich entschieden republikanische Grundsätze eine solche Zahl vereinigten, läßt sich wohl gewiß annehmen: daß auch republikanische Neigung läßt nur zu parlamentarischen Verzweiflungsstreichen, eine solche Zahl erfüllt haben sollten, läßt sich mit noch größerer Gewißheit in Abrede stellen. — Wie wenig weit diese Männer mit einander gehen würden, verriethen sie schon in der totalen Spaltung über den Antrag von Zitz, der die sofortige Exmation des Bundestages betraf. Nur ein längeres Zusammensein und Debattiren hätte ihre eigentliche Sinnesart näher kennen lehren. Auch in ihrem Auftreten und ihren Formen war derselbe Bruch erkennbar. Gegen Männer wie Blum, Jakoby, Raveaux, die die parlamentarische Würde überall behaupteten, war die Achtung selbst unter ihren politischen Gegnern so groß, daß sie schon vor ihrer Lossagung von dem Schritte des Austritts aus der Versammlung auf der Wahlliste der demokratisch-monarchischen Partei für den Ausschuß standen. Eben die Ausgeschiedenen aber (ihre Zahl wird schwankend von 37—60 angegeben) zeichneten sich auch in ihren Maßeren einträchtig als Zusammengehörige aus. Nie hat man ein mehr unparlamentarisches Betragen gesehen! Man brachte die Roheiten, den Terrorismus, die Schreckmittel, die Erhitzung, die wüthende Sprache und Geberde geraden Weges von der Volksversammlung mit in diese Versammlung herüber, wo nicht agitirt, sondern berathen werden sollte. Wie groß stand der edle Gagern diesen Wüthenden gegenüber, wie anders war der volle Beifall der Versammlung, der ihm folgte so oft er sprach, als die Ausbrüche der Galerie, wo, Allen schibar, wie in der Volksversammlung die Claque vollkommen organisirt war! Alle Entfernten, die diese Wuthausbrüche noch nicht wie wir zu sehen und zu hören Gelegenheit hatten, wie waren sie geeelt von dieser Tobsucht, die so oft gar keinen Anlaß hatte! Alle edleren Naturen, wie mußten sie Abscheu haben vor diesen wilden Redeknüsten und Schimpfereien, die den unmächtigen Regierungen, die dem sterbenden alten Bundestag um die Wette die heftigsten Fußtritte versetzten! Die Männer aus dem Süden waren wohl angesehene Leute, als sie dem Regiment in seiner Macht opponirten, aber der moralische Sinn der Menschen wird sich verdächtlich von ihnen wenden, wenn sie nicht fühlen, wie unedel und ungroßmüthig es ist, die vom Geschick Geschlagenen nun fortwährend noch mit Fäusten zu schlagen! In einigen Scenen schien der politische Rechtsgang vollkommen hergestellt; wußte doch selbst R. Blum über die Haltung der Versammlung eine Strafrede halten, nachdem

Digitized by Google

es so weit gekommen war, daß ein Redner wegen eines ordnungswidrigen Wortes von der Tribune herunter gestürzt wurde. Jedem, der je die anständige Haltung eines englischen Parlaments selbst in den stürmischsten Kämpfen, gesehen hat, mußte dies ein ominöser Anfang unserer deutschen Parlamente dünken! Wenn Fremde beigewohnt haben, welchen Stoff haben wir für Schadenfreude und Spott gegeben! Es war übrigens auch ein ominöser Anfang unserer deutschen Republik! Wie nahe lag hier jedem echten Republikaner der Seufzer, den bei der Heidelberger Volksversammlung ein junger Mann zu seiner Umgebung sprach: Es ist doch schrecklich, wenn man in seiner Ueberzeugung an der Sache der Republik hängt und sie in solchen Händen sehen muß!

Uebrigens wird der unangenehme Eindruck, den Hunderte aus dieser Versammlung mit in die fernen Gegenden Deutschlands nehmen werden, den guten Einfluß haben, die Wahlen zu dem konstituirenden Parlamente in jenem wahrhaft patriotischen Geiste zu bestimmen, daß Niemand dahin gesendet wird, der von vorn herein mit jedem, auch dem besten Regimente zu brechen entschlossen ist, oder dem das erste Element einer politischen, geschweige republikanischen Gesinnung abgeht, daß er sich der Mehrheit zu fügen versteht. Wenn nicht unglückliche Ereignisse dazwischen treten (wir besorgen sie nirgendsher, wenn sie nicht aus Berlin kommen), so hoffen wir, daß über vier Wochen eine Versammlung nach Frankfurt kommt, die der großen ihr obliegenden Sache gewachsen sein, und die Deutschland Ehre und Ruhm bringen wird. Ihr Vorläufer und Verkünder, ein Kind der Wüste, konnte nicht wohl zahmer und glatter sein, als er war. Wir hatten wohl vorausgesehen, was der Erfolg dieser Versammlung sein werde, nachdem sie so angelegt und berufen war, wie es geschah. Man hat uns unsere Bedenken verübelt; wir haben aber auch hier Ursache, mit uns zufrieden zu sein. Der Schritt, den man mit der Berufung dieser Versammlung that, war allerdings, wie man es gesagt hat, der Form nach ein revolutionärer.

Sollte er es der Sache nach nicht werden, so mußte eben nur der erste Schritt revolutionär und jeder folgende möglichst gesetzlich sein. Wir schlugen daher vor, mit dem Vorschlag zu der Versammlung zugleich einen einfachen Wahlmodus und ein Stimmverhältniß vorzuschlagen. Dies würde eine Vertretung aus Norden geregelt haben, und es ist wohl Jedem klar geworden, daß mit der Vervollständigung dieser Vertretung der ganze Charakter der Versammlung ein anderer gewesen wäre. Wir schlugen vor, durch diese der Zahl nach geringere Versammlung nicht bloß ein oberflächliches Wahlgesetz, sondern einen Verfassungsentwurf für Deutschland ausführlicher, grundlicher, ohne alle tumultuarische Eile berathen zu lassen. Dies hätte nicht allein dem Entwurfe, der von der Bundesbehörde ausgehen wird, einen Gegenentwurf volksthümlichen Ursprungs gegenübergestellt, der jetzt von dem Ausschusse schwerlich gemacht werden wird, sondern es hätte auch die Permanenzfrage auf die einfachste Weise erledigt; diese Versammlung hätte es in der Hand gehabt, je nach Bedürfniß sich zu verlängern oder zu verkürzen; man hätte die Frage nach der Konvenienz faktisch entschieden, ohne sie im Ernstfalle principiell erörtern zu müssen. Im Uebrigen wird man mit den eigentlichen Resultaten der Besprechungen auch so, und jemehr man die Lage der Dinge und die Art der Zusammensetzung anschlägt, desto mehr Ursache haben, zufrieden zu sein. Mit dem Ausgang der gegnerischen Partei noch viel mehr. Die Abstimmungen waren befriedigend; auf einzelne Punkte derselben denken wir zurückzukommen. Gewiß berechtigen sie ganz zu der Hoffnung, daß die Resultate der Berathung eines geordneten, aus regelmäßigen Wahlen und aus allen Gegenden Deutschlands hervorgegangenen Parlaments völlig zufrieden stellen werden.

**Oesterreich.** Wien. Der österr. Beob. schreibt: Die in neuester Zeit im lombardisch-venetianischen Königreiche eingetretenen außerordentlichen Verhältnisse machen es im Interesse der Gesammtmonarchie unerläßlich, dem schon zur Ausführung gelangten Versuche, sich vom Kaiserstaate loszureißen, mit Schnelligkeit und Kraft entgegenzutreten; Se. Maj. haben demnach die augenblickliche Aufstellung eines Armeekorps am Isonzo unter dem Befehle des Feldzeugmeisters, Grafen Nugent, anzuordnen und die nöthigen Aufträge an die betreffenden Ministerien zu erlassen geruht, damit alle hiezu erforderlichen Maßregeln ohne den mindesten Verzug ergriffen werden. Bereits sind zu diesem Ende Truppen in Bewegung gesetzt, und es ist zu hoffen, daß es der Tapferkeit derselben und ihres in den Waffen rühmlichst ergrauten Anführers baldigst gelingen werde, die unterbrochene Verbindung mit dem zweiten italienischen Armeekorps herzustellen.

Wien, 30. März. Dem Schwäb. Merkur wird geschrieben: In Pressburg kam es gestern zu bedrohlichen Demonstrationen; das neue Ministerium Batthyanyi wollte abdanken, man schrie über Verrath hinsichtlich der gegebenen Zusagen. Heute wird der Erzherzog Palatinus hier erwartet. Die feurigsten Städte verlangen unverzüglichen Erlaß der Konstitution, Beeidigung des Militärs und der Beamten auf dieselbe und Ablösung der bäuerlichen Lasten. — In der Wiener Z. wird die Aufstellung der schwarz-roth-goldenen Fahne auf dem Stephansthurm verlangt. Der betreffende Artikel sagt: „Wir wollen die Einheit aller deutschen Stämme unter Einem Haupte, dessen Wahl dem ganzen Bundestage zu Frankfurt zustehen soll, wir wollen eine Wiedergeburt der deutschen Bundesverfassung durch Vertretung des deutschen Volkes bei dem Bunde, wir wollen die Errichtung einer starken Exekutivgewalt im Herzen der deutschen Länder, damit wir jeden Angriff auf das deutsche Vaterland, von wo er komme, zurückzuweisen bereit und fähig seien."

Der Oester. Beob. schreibt: Der General Viktor sammelte ein Armeekorps, zu dem auch Laibach und Klagenfurt Truppenabtheilungen stoßen sollen. Mit diesem soll zunächst Udine wieder genommen, die Kommunikation mit Padua wieder hergestellt und dann gegen Venedig operirt werden.

Wien, 29. März. Heute langte eine Deputation der Königreiche Dalmatien, Kroatien und Slavonien hier an, welche unter dem Titel: „Forderung der Nation" der Regierung 30 Punkte zur Erledigung vorlegen soll, von denen wir die wichtigeren hier mittheilen: Nationale Unabhängigkeit der drei vereinigten Königreiche (Trennung von Ungarn). Ihr eigenes, dem Landtage dieser Königreiche verantwortliches Ministerium. Einführung der Nationalsprache in die Verwaltung. Errichtung einer Universität in Agram. Preß-, Glaubens-, Lehr- und Redefreiheit. Vertretung des Volkes auf Grundlage der Gleichheit ohne Unterschied des Standes. Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verfahrens (Jury). Gleichmäßige Landentragung. Die Nationaltruppen jeder Gattung sollen in Friedenszeiten im Lande bleiben, Landessöhne zu Offizieren erhalten und in der Nationalsprache befehligt werden. Fremdes Militär soll aus dem Lande entfernt und die Grenztruppen, die sich in Italien befinden, in ihre Heimath entlassen werden. Associations-, Versammlungs- und Petitionsrecht. Abschaffung der Mauthen an den Grenzen zwischen unserem Lande und den slavisch-italienisch-österreichischen Staaten. Aufhebung des Cölibates und Einführung der Nationalsprache in die Kirche nach allem kroatischen Rechte und Brauche. (N. Korr.)

Triest, 26. März. Der Generalmajor Viktor von Pontis hat sich gestern nach Görz begeben, um längs dem Isonzo einen Kordon zu ziehen und die dortige Gegend gegen Uebergriffe der Insurgenten zu schützen, nach Konzentrirung seiner Truppen aber sofort die Operationen nach Friaul zu beginnen. — Aus Istrien erhalten wir fortwährend die erfreulichsten Berichte. Pola, Rovigno, Parenzo, Pirano, Capodistria und andere Städte des Küstenlandes haben die Kunde von der Ertheilung der Konstitution mit dem größten Jubel aufgenommen. (Oestr. Lloyd.)

**Preußen.** Berlin, 2. April. Die Allg. preuß. Zeit. berichtet: Heute um 12 Uhr fand die Eröffnung des zweiten Ver. Landtages im Weißen Saale des königlichen Schlosses Statt. Nachdem die Mitglieder des Landtages daselbst versammelt waren, wurde der königl. Landtagskommissarius, Vorsitzender des Staatsministeriums, Camphausen, durch eine Deputation von Mitgliedern beider Kurien hiervon benachrichtigt und, begleitet von sämmtlichen Staatsministern, in den Sitzungssaal geführt, worauf derselbe folgende Eröffnungsrede hielt: „Hohe Versammlung! Se. Majestät der König haben mir den Befehl ertheilt, den zweiten Ver. Landtag in Allerhöchstihrem Namen zu eröffnen. Große Ereignisse haben einen Theil Europa's erschüttert und unser Vaterland nicht unberührt gelassen. Sie bedrohen uns mit wachsenden Gefahren, sie eröffnen uns eine große Zukunft. Preußen und Deutschland werden die Zeit des Uebergangs bestehen, wenn sie mit besonnenem Muthe, mit geordneter Kraft auf der neu eröffnenden Bahn sich bewegen. Die Einheit Deutschlands war seit langer Zeit das Ziel, auf welches alle Wünsche oft hoffnungslos sich richteten; nunmehr gehen wir ihm mit raschen Schritten entgegen, und Se. Maj. der König bieten dazu eine Hand, der 15 Millionen freudig zur Seite stehen. Die politische Berechtigung der Bürger im Staate war in Preußen ein um so lebhafter empfundenes Bedürfniß, als das Volk eine Stufe der Bildung erstiegen hatte, die es andern unter freien Verfassungsformen lebenden Völkern mindestens gleichstellte. Se. Maj. der König haben eine weise konstitutionelle Verfassung verheißen, und schon sind wir ernstlich, um zu ihrem dauerhaften Ausbau die Grundsteine zu legen. Hoffen wir, daß das Werk

Digitized by Google

rasch hinanstiege, daß es sich anschließe und einfüge dem großen Verfassungsgebäude für das gesammte deutsche Volk.

Tief zu beklagen ist es, daß in die neuen Zustände nicht übergegangen werden konnte ohne das Gefolge der Leiden, von welchen gegenwärtig die Gesellschaft getroffen ist. Nur darin mag ein Trost gefunden werden, daß die letzten Wochen viel verborgene Wunden aufgedeckt und Belehrung darüber gegeben haben, daß und wie ihre Heilung erstrebt werden soll. Die Regierung erkennt die Aufgabe, die Staatsgewalt neu zu kräftigen, die Bande der gesetzlichen Ordnung zu festigen, das Vertrauen zu beleben, den geschwächten Kredit zu heben und auf den Wiederaufschwung der Gewerbe und der lohnenden Arbeit hinzuwirken. Sie wird sich bemühen, den Frieden nach Außen, solange es die Ehre Deutschlands gestattet, zu erhalten, den Frieden nach Innen zur Ehre Deutschlands herzustellen. Sie rechnet dabei auf die gesunde Kraft der Staatsbürger, welche nunmehr berufen sind, zu beweisen, daß sie reif waren für die Freiheit. Auch auf die Unterstützung des Hohen Ver. Landtages rechnet die Regierung, auf eine Unterstützung, die, wenn sie gewährt wird, in voller Freiheit der Berathungen und Ueberzeugungen gewährt werden möge. Niemand wird sich völlig dem Eindrucke zu entziehen begehren, den ein gewaltiger unverkennbarer Ausdruck der öffentlichen Meinung auf die individuelle Anschauung zu äußern geeignet ist; Niemand wird läugnen wollen, daß in bestimmter Zeit wohlthätig und unentbehrlich werden kann, was in anderer Zeit gewissenhafter Ueberzeugung nicht rathsam erscheinen mochte. Unbezweifelt wird auch die Hohe Versammlung bei ihren Berathungen den geänderten Zeitverhältnissen Rechnung tragen, allein es muß auch heute der freie Ausdruck Ihrer Ansichten dem Lande willkommen sein, sowie er dem Könige und den Räthen der Krone willkommen sein wird. Das preußische Volk, indem es die freie Berathung seiner wichtigsten Angelegenheiten in der Presse und in öffentlichen Angelegenheiten angegeretten hat, darf nicht verkennen, daß nur im Kampfe der Ansichten die Wahrheit durchbricht, daß zur Wahrung der Freiheit jede Meinung mit voller Berechtigung ungehindert sich muß äußern dürfen. Wenngleich der Hohe Ver. Landtag, sowohl seiner Zusammensetzung als seinen Rechten nach, ungemein abweicht von der künftigen Volksvertretung, so legt doch die Regierung auch gegenwärtig auf seinen Betrath ein großes Gewicht, und in diesem Geiste übergebe ich die Allerhöchsten Propositionen Ihrer hochgeneigten Prüfung und Berathung.

**Proposition s-Dekret.** Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. entbieten Unseren zum zweiten Vereinigten Landtage versammelten Ständen Unseren Königlichen Gruß. Um die Unserem getreuen Volke auf der breitesten Grundlage verheißene konstitutionelle Verfassung in das Leben zu rufen, ist die Vereinbarung ihres Inhalts mit einer beschlußfähigen Versammlung freigewählter Volksvertreter erforderlich. Wir haben deßhalb ein vorläufiges Wahlgesetz entwerfen lassen, welches die Vorschläge enthält, wonach diese Versammlung, welche, der Natur ihrer vorübergehenden Aufgabe nach, eine Theilung in Kammern nicht zuläßt, zu wählen und zu bilden sein wird. Indem Wir dieses Entwurf dem in der bisherigen Gestaltung zum letzten Male Vereinigten Landtage vorlegen lassen, empfehlen Wir dessen schleunige Berathung, damit sich durch baldige Herstellung eines festen und volksthümlichen öffentlichen Rechtszustandes alle Segnungen erfüllen mögen, denen Wir Unser treues und edles Volk durch volle und wahrhafte Entwicklung einer freien Verfassung zuzuführen aufrichtig bestrebt sind. Diese Verfassung, deren Entwurf Wir der auf Grund des Wahlgesetzes neu zu bildenden Versammlung werden vorlegen lassen, soll nach Unserer Absicht, und, um ihren Zweck vollständig zu erreichen, ihrer Form nach der überwiegenden Mehrzahl der konstitutionellen Verfassungen Deutschlands sich anschließen und mit den bis dahin getroffenen Vereinbarungen über die Bildung einer allgemeinen teutschen Bundesverfassung in Einklang stehen. Gegeben Potsdam, 2. April 1848. Friedrich Wilhelm. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. v. Reyher.

Folgender Adreßentwurf des Ver. Ländtags wurde nach der Vers. Z. von Beckerath vorgelegt und einstimmig angenommen: Ew. K. Maj. haben uns in einem Augenblick um Sich versammelt, in welchem das deutsche Volk, lange durch Zersplitterung und unfreie Zustände gehemmt, sich wieder kräftig zur Freiheit und Einheit erhebt. Alle Stämme reichen sich die Bruderhand, und auch Preußen begehrt nichts Größeres, als ein lebensvolles Glied zu sein des ehrwürdigen Ganzen. Lebensvoll macht nur die Freiheit; sie ist dem gesammten deutschen Vaterlande verbürgt durch die sich bildende Volksvertretung beim Bunde, sie ist Preußen verbürgt durch die Institutionen, welche Ew. Maj. als Grundlage der preuß. Verfassung zugesichert haben, und es durchdringt uns, die wir zum letzten Mal versammelt sind, das erhebende Bewußtsein, daß künftig eine wirkliche Repräsentation des Volkes über die Geschicke des Vaterlandes wachen wird.

Noch aber sind wir das gesetzmäßige Organ des Landes und haben in dieser Eigenschaft Pflichten zu erfüllen. Ew. Maj. haben in dem Patent vom 18. März d. J. in dem Aufruf vom 21. und in den Erlassen vom 22. und 28. desselben Monats die Zusicherung ertheilt, der Repräsentation des Volks Gesetzentwürfe vorlegen zu lassen über Freiheit der Presse, Sicherstellung der persönlichen Freiheit, freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht, Unabhängigkeit des Richterstandes, Aufhebung des erimirten Gerichtsstandes, der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Dominialpolizeigewalt, öffentliche und mündliche Rechtspflege mit Schwurgerichten in Strafsachen und insbesondere für alle politischen und Preßvergehen, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse, allgemeine Bürgerwehrverfassung mit freier Wahl der Führer, ein volksthümliches, auf Wesahlen gegründetes, alle Interessen des Volkes vertretendes Wahlgesetz, beschleunigende Mitwirkung der Volksvertretung in der gesammten Gesetzgebung und im Staatshaushalt mit einfacher Majorität, Verantwortlichkeit der Minister, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung. Ew. Maj. haben ferner die Mitwirkung Preußens zur Umwandlung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat mit wahrhafter Volksvertretung beim Bunde zugesichert.

Indem wir diese Zusicherung hiermit dankbar annehmen, indem wir anerkennen, daß die konstitutionelle Monarchie auf der breitesten Grundlage, wie nun an die Gesammtform Preußens sein wird, steht uns nicht nur unser verfassungsmäßiger Beruf, sondern auch, daß sind wir gewiß, der Wille des Volks zur Seite. Das Volk will, indem es sich zur Freiheit erhebt, nicht brechen mit seiner Geschichte, es ehrt das Königthum, unter welchem Preußen groß geworden ist, es sieht in der konstitutionellen Monarchie die sicherste Gewähr der Freiheit, der öffentlichen Wohlfahrt, der Einheit Preußens, es betrachtet sie als nothwendig für die innige Verbindung mit den andern deutschen Bundesstaaten, es erkennt, daß nur unter diesem Banner Deutschland einig dastehe und bei hereinbrechenden Gefahren sein nationales Dasein und die edle Errungenschaft deutschen Lebens siegreich vertheidigen kann. Deutschland, fest entschlossen, seine eigene Nationalität nach allen Seiten hin zu wahren, will Verehrtigkeit für Alle. Wir begrüßen daher freudig den Erlaß Ew. Majestät, welcher dem Großherzogthum Posen eine nationale Reorganisation verheißt.

Ew. Maj. haben in einem verhängnißvollen Augenblick einen segensreichen Entschluß gefaßt, es sind Männer in den höchsten Rath der Krone berufen worden, die das Vertrauen des Landes besitzen. Das volksthümliche Wirken der also gekräftigten Staatsgewalt wird das Gefühl der Einheit zwischen der Nation und ihrem Fürsten kräftigen, das Vertrauen in Handel und Gewerbe beleben und zugleich auf gesetzlichem Wege dem in manchen Landestheilen eingetretenen geschwidrigen Zustande ein Ende machen; die Regierung wird der Lage der arbeitenden und gewerbetreibenden Klasse in Stadt und Land eine erhöhte Fürsorge widmen; der Zwiespalt im Lande schwindet; Volk und Herr sind nicht zweierlei, auf beiden Seiten schlagen Heldenherzen, und die heilige Liebe zum Vaterlande verschmilzt sie zu einem unzertrennlichen Ganzen.

Ew. Maj. Regierung kann in ihren Bestrebungen, unter den Schwankungen unserer öffentlichen Zustände Ordnung und Gesetz zu handhaben, auf die kräftigste Unterstützung aller guten Bürger rechnen, denn alle erkennen, daß nur Achtung gegen das Gesetz das Vaterland vor der Zerrüttung bewahren und die neu aufgegangene Blüte der Freiheit zur schönen Frucht entwickeln kann. Indem wir uns unsere Erklärung über die vorgelegten Gesetzentwürfe, welche zum Theil die oben angeführten Zusicherungen Ew. Maj. betreffen, vorbehalten, verharren wir in tiefster Ehrfurcht Ew. Maj. getreue zum zweiten Ver. Landtag versammelten Stände. Berlin, 2. April 1848.

Den Entwurf des Wahlgesetzes, das jedem 24jährigen heimathsberechtigten Preußen das aktive Wahlrecht, jedem 30jährigen Bürger das passive einräumt und mittelbare Wahlen festsetzt, werden wir morgen mittheilen; der Entwurf selbst ist mit folgender Erklärung eingeleitet: Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. entbieten Unseren zum zweiten Vereinigten Landtage versammelten Ständen Unseren Königlichen Gruß. Um die Unserem getreuen Volke auf der breitesten Grundlage verheißene konstitutionelle Verfassung in das Leben zu rufen, ist die Vereinbarung ihres Inhalts mit einer beschlußfähigen Versammlung freigewählter Volksvertreter erforderlich. Wir haben deßhalb ein vorläufiges Wahlgesetz entwerfen lassen, welches die Vorschläge enthält, wonach diese Versammlung, welche, der Natur ihrer vorübergehenden Aufgabe nach,

Digitized by Google

eine Theilung in Kammern nicht zuläßt, zu wählen und zu bilden sein wird. Indem Wir diesen Entwurf dem in der bisherigen Gestaltung zum letzten Male Vereinigten Landtage vorlegen lassen, empfehlen Wir dessen schleunige Erörterung, damit sich durch baldige Herstellung eines festen und volksthümlichen öffentlichen Rechtszustandes alle Segnungen erfüllen mögen, denen Wir Unser treues und edles Volk durch volle und wahrhafte Entwicklung einer freien Verfassung zuzuführen aufrichtig betreibt sind. Diese Verfassung, deren Entwurf Wir der auf Grund des Wahlgesetzes neu zu bildenden Versammlung werden vorlegen lassen, soll nach Unserer Absicht, und, um ihren Zweck vollständig zu erreichen, ihrer Form nach der übereinstimmenden Mehrzahl der konstitutionellen Verfassungen Deutschland sich anschließen und mit den bis dahin getroffenen Vereinbarungen über die Bildung einer allgemeinen Deutschen Bundesverfassung in Einklang stehen. Gegeben Potsdam, 2. April 1848. Friedrich Wilhelm. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. v. Reyher.

Der Entwurf einer Verordnung über die künftige preuß. Verfassung lautet: Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. verordnen nach Anhörung beider Kurien Unserer zum Vereinigten Landtage versammelt gewesenen getreuen Stände auf Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt: §. 1. Den Erwartungen der Unserem Volke verliehenen Freiheit der Presse werden die im §. 4. Nr. 1. des Gesetzes vom 17. März dieses Jahres enthaltenen Vorschriften über die Kautionsbestellung für die Herausgabe neuer Zeitungen aufgehoben.

Die Vorschrift §. 4 Nr. 4. findet auch auf neue Zeitungen Anwendung. §. 2. Die Untersuchung und Bestrafung aller Staatsverbrechen erfolgt fortan durch die ordentlichen Gerichte, und es wird jeder durch Ausnahmegesetze dafür eingeführte besondere Gerichtsstand hierdurch aufgehoben. In dem Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Köln tritt auch bei politischen und Preßverbrechen die Zuständigkeit der Geschwornengerichte wieder ein. §. 3. Zur Sicherheit der Unabhängigkeit des Richterstandes treten alle von den früheren Gesetzen abweichende Bestimmungen in Verordnungen vom 29sten März 1844 über die im Administrativen Wege zulässige Dienstentlassung, Versetzung und unfreiwillige Pensionirung der Richter außer Kraft. §. 4. Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechtes einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre. Ebenso sind sie berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufen, sich zu Gesellschaften ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß zu vereinigen. §. 5. Die Ausübung Staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnisse unabhängig. §. 6. Den künftigen Vertretern des Volks soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, sowie zur Feststellung des Staatshaushaltsetats und das Steuerbewilligungsrecht zustehen. Urkundlich ꝛc.

**Berlin.** Ein russischer Kurier hat soeben ein Manifest aus Petersburg vom 26. März überbracht, welches eine Neutralitätserklärung in Folge der Berliner Vorgänge enthält. (Voss. Zeit.)

**Koblenz**, 1. April. Von hier wird der Fr. D. J. gemeldet: Heute ist hier die Nachricht verbreitet, daß eine gestern Abend dem kommandirenden General von Thile zugegangene Staffette die Kunde überbracht habe, daß unser neuntes Husarenregiment (in Saarlouis und Saarbrücken) ein Gefecht gegen die über die Grenze gekommenen französischen Proletarier bei Lebbach bestanden und dabei gegen 10—12 Todte verloren, jedoch den Sieg erfochten habe. Die hiesige Besatzung wird in Kriegszustand gesetzt.

**Würtemberg.** **Stuttgart**, 2. April. An diesem Tage ist folgendes Gesetz, die Volksversammlungen betreffend, erlassen worden: Wilhelm, König von Würtemberg. In der Absicht, die geordnete Entwicklung des öffentlichen Lebens von Hindernissen zu befreien, verordnen und verfügen Wir, nach Anhörung Unseres Geheimenrathes und mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, wie folgt: Einziger Artikel. Allen Staatsbürgern ist das Recht eingeräumt, zu Besprechung allgemeiner Angelegenheiten, ohne polizeiliche Erlaubniß, jedoch unter Beobachtung der zur Aufrechthaltung der Gesetze und der bürgerlichen Ordnung bestehenden Vorschriften, öffentliche Versammlungen abzuhalten. Dergleichen Versammlungen sind entweder vorher öffentlich bekannt zu machen, oder ist hiervon der betreffenden Ortsbehörde Anzeige zu thun. Alle entgegenstehenden Gesetze und Verordnungen, insbesondere die Verordnung vom 12. Juni 1832, sind und bleiben aufgehoben. Unser Ministerium des Innern ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben Stuttgart den 2. April 1848. Wilhelm. Der Chef des Departements des Innern: Duvernoy.

Auf Befehl des Königs: für den Staatssekretär, der Geh. Reg.-Rath Mancler.

**Sachsen.** Dem Schwäbischen Merkur zufolge ist im Erzgebirge die Hungerpest ausgebrochen. Mit in Folge dessen haben dort bereits Excesse von Seite der Fabrikarbeiter stattgefunden, indem dieselben mehrere Fabriken zerstört haben und sich gegenwärtig, wohl an 1000 Mann stark, nach Chemnitz wälzen sollen, um dort ihr Werk fortzusetzen. So wenigstens berichten Reisende, welche eben aus dem Erzgebirge kommen.

**Hessen.** ** **Darmstadt**, 1. April. Die Handelsverhältnisse im Odenwald sind noch immer nicht geregelt; es scheint aber höchste Zeit zu sein, daß die Standesherren endlich einmal aufhören, der Stimme der Klugheit ihr Ohr zu verschließen. Unseres Erachtens sollten die Standesherren recht bald — bevor von irgend einer Seite her wiederum Zwang gegen sie geübt wird — offen und ehrlich ihren Unterthanen erklären, daß sie aufhören wollten, Standesherren zu sein, daß sie und ihre Behörden ihren Unterthanen Nichts mehr zu gebieten hätten, daß sie Privatleute seien, wie jeder Bürger und Bauer auch, daß sie alle ihre etwaigen Ansprüche und Forderungen gegen ihre seitherigen Unterthanen nicht anders verfolgen wollen, als jeder Private gegen den andern Privaten sein Recht verfolgt. Die Standesherren mögen dies in feierlicher Urkunde für jede einzelne Gemeinde erklären, dabei auch pers önlich unter den Leuten erscheinen und dieselben in feierlicher Rede ihrer Pflichten entlassen; dabei mögen sie ausdrücklich wegen ihrer Vermögenerrechte Reservation einlegen oder einen billigen Vergleich vorschlagen. Kommt solcher nicht zu Stand, dann mögen die Gerichte je zwischen dem Berechtigten und dem einzelnen Pflichtigen entscheiden; ein billiger Vergleich wird gewiß aber auch nur in dem Fall zu Stande kommen, wenn jene Herren ihre Standesherrschaft vollständig aufgeben. Die Bewohner der standesherrlichen Bezirke müssen nicht allein den Bewohnern der Domanialande gleichgestellt werden, sie müssen, falls man sie für die Dauer zufrieden stellen will, aufhören, überhaupt standesherrlich zu sein. Mögen sich die Standesherren zeigt endlich dem mahnenden Ruf des ehrenwerthen Gesetzes im Sinnigen Geiste geben, mögen sie selbst mächtig in das Rad der Zeit eingreifen, damit dasselbe nicht über sie hinweggehe und sie ganz zermalme. Ist es doch wenigstens hart, mit Einem Male viel zu verlieren, als nach und nach mit stets klaffender Wunde aller Besitzthümer beraubt zu werden!

** **Darmstadt**, 4. April. Mit Nr. 14 des deutschen Zuschauers ist ein Quartblatt ausgegeben worden, auf der einen Seite „die Volksversammlung zu Heidelberg ꝛc.“, auf der andern Seite „die Volksversammlung in Freiburg“ überschrieben. Auf beiden Seiten des Blattes ist von politischen Zuständen und politischen Forderungen die Rede, ohne daß man irgend ersehen kann, wie weit das Referirte Beschluß der beiden Volksversammlungen ist; das hätte offen und bestimmt angegeben werden müssen. Zugleich ist die tügenhafte Behauptung abgedruckt, daß die Mehrheit der Heidelberger Versammlung glaube, das deutsche Volk die nordamerikanische Verfassung wünsche. — Wenn der Verfasser dieses Quartblattes nach Eitgegebt bestzt, so möge er den Muth haben, sich zu nennen, damit das Volk ihn kenne, und damit nicht auf Unschuldige ein falscher Verdacht geworfen wird.

Die Allg. Nass. Z., eine nur begründete Zeitung, welche einen guten Anfang genommen, enthält folgende Bemerkung: Vom Necker, 29. März. Die allgemeine und sehr gerechte Entrüstung über die Proklamation des Königs von Preußen hat sich überall Luft gemacht. Wenn die Volksmassen einmal zu reden anfangen, dann reden sie Fraktur. Aber sollen sich da auch die Völker entzweien, wo ein König den allgemeinen Grimm anfreizt und ohne allen politischen Takt in bewegter Zeit gebandelt hat? Ist es denn diese Proklamation werth, daß sich ein gräßlicher Bruch zwischen ganz Deutschlands und ihrethalben vorbereitet? Vielleicht lassen doch diese Adressen einen tiefen Stachel — auch im preußischen Volke zurück. Wie dünkt, es hätte eine Adresse gegeben, beredter noch als alle die, welche nach Berlin gesandt worden sind — das allgemeine Schweigen, das allgemeine Ignoriren des vordringlichen Rufes. Das wirkt am tiefsten, wenn einer glaubt, mit seinem Wort die Begriffe rung aller entfacht zu haben, und Alle — schweigen. Um des ersten Objekts willen ist es freilich gleichgiltig, ob die Antwort auf die eine oder die andere Art gefallen wäre, aber die Lage des deutschen Volkes macht einen Unterschied. Die Macht und Herrlichkeit deutscher Nation kann verfinken in dem Augenblicke, wo sie eben am glänzendsten aufzuachen wollte — durch innere Zwietracht. Und dazu sollte so ein tuktloser Aufruf einen wenn auch nur kleinen Anstoß gegeben haben?

**Altenburg**, 27. März. Von hier meldet die Reform, eine

Digitized by Google

neue von Ruge und Oppenheim herausgegebene und in Leipzig erscheinende politische Zeitung: In einer stürmischen Sitzung hat die Kammer das neue Wahlgesetz berathen und angenommen. Es ist das einzig richtige, um eine wirkliche und wahre Volksvertretung zu erzielen, und bestimmt: „daß die Wähler ohne Zwischenwähler den Abgeordneten wählen, daß jeder Staatsbürger unbescholtenen Rufes als Abgeordneter gewählt werden kann; daß das Volk nur in zwei Klassen getheilt ist, in Stadt- und Landbewohner". — Zu unserm Bedauern erfahren wir, daß der Kammerpräsident v. Lindenau gegen diese neue Freiheit sich erklärte, das Protokoll, weil Einiges darin gegen seine Ueberzeugung sei, nicht unterschreiben, ja also der Majorität nicht unterwerfen und sein Amt niederlegen wolle.

**Schleswig-Holstein.** Kiel, 31. März. Die Börsenhalle bringt folgende Mittheilungen: Soeben erhalten wir durch gütige verbürgte Mittheilung folgende hochwichtige Nachrichten. In Hadersleben sind 2 Bataillone Infanterie, die Besatzungen von Ordrup und Ryburg, eingerückt. Die Stadt scheint sich ruhig. Laurig Skau liegt mit 60—70 zusammengerafften Bauern bei dem Wirthshause Hoptrupp, diesseit Hadersleben. Man hat den als einen der tüchtigsten Vertreter der deutschen Sache bekannten Dr. Marcus aus Hadersleben, als Kriegsgefangenen ergriffen und weggeschleppt, mit ihm noch Mehrere, deren Namen man nicht angeben konnte. Die Kieler Jäger, die Turner und Studenten liegen in Apenrade. Sie sind viel zu schwach gegen die augenblickliche Uebermacht der dänischen Truppen, und man würde einen Zusammenstoß unter den jetzigen Verhältnissen kaum für sehr günstig halten. Allein hat sich für die Dänen erklärt, nachdem die dänische Fregatte vor Sonderburg erschienen ist. O, warum haben wir keine Kriegsschiffe! — Ein Theil von Sundewitt hat auch nachgegeben. — Man sieht, daß wir gegen innere und äußere Feinde alle unsere Kräfte nöthig haben. Die Dänen haben sich vorbereiten können, wir nicht. Wir müssen mit Massenaufstand entgegen, was uns fehlt. Schande über Jeden, der auch nur einen Augenblick daran zweifelt, zu welchen wo es gilt.

Kiel, 31. März. Die Kopenhagener Posten kommen nicht mehr nach Kiel, aber Privatnachrichten, welche wir von Dänemark über Lübeck erhalten, melden uns, daß der König sich bereits mit einer imposanten Truppenmacht in Bewegung setzt, um nach Kolding überzugehen. Die Stärke seiner Armee wird auf 15,000 Mann angegeben, doch ist es nicht möglich, daß auf den Inseln schon soviel regulären Militär unter Waffen sein kann, und wenn diese Anzahl überhaupt annähernngsweise beisammen sein sollte, möchte der größte Theil aus Freischaaren bestehen. Die Nachricht von der Besetzung Hadersleben durch die Dänen scheint sich zu bestätigen, auch Laurig Skau soll mit Freischaaren dahin gezogen sein. Diese so entschieden deutschgesinnte Stadt wollte sich natürlich auch für die prov. Regierklären, aber, wie es wenigstens heißt, ihr (dänischer) Bürgermeister Jansen und der Stadtsekretär verhinderten es und betrogen die Bürger mit einer Demonstration des von der dänischen Propaganda erkauften Pöbels.

### Schweiz.

Die Basler Z. enthält folgende Mittheilung: Durch Kreisschreiben vom 1. April meldet der Vorort, daß die Regierung von Bern gegen die Bildung einer deutschen Legion einzuschreiten beschlossen habe, er fordert auch die andern Regierungen dazu auf. — Sehr energisch spricht sich der kl. Rath von St. Gallen in einem Schreiben an den Vorort gegen beabsichtigte Ruhestörungen von Seite der Deutschen in der Schweiz aus und stellt die Einberufung der Tagsatzung in Aussicht, wenn der Vorort nicht von sich aus einschreite. Auch die Regierungen von Baselstadt und Basselland haben Maßregeln gegen neutralitätswidrige Unternehmungen getroffen.

Derselben Zeitung entnehmen wir Folgendes: Genf verlangt von dem Vororte, daß vertragsgemäß das savoyische Gebiet von Chablais und Faucigny von eidgenössischen Truppen besetzt werde. — Nach dem Sol. Blatt hat die Regierung von Solothurn den Vorort auf Erwerbung des Veltlins aufmerksam gemacht, jenes Blatt bemerkt dazu: Jedenfalls muß die Schweiz darauf dringen, das Veltlin für sich zu erhalten, auf dessen Besitz sie seit 30 Jahren unausgesetzt gegründet der östreichischen Intaweration ihre Ansprüche behauptet hat. Veltlin mit Cleven und Bormio gibt einen schönen Kanton von 100,000 Seelen, ist für die Schweiz ein militärisch wichtiger Vorposten, sichert ihr einen Weg an den Comersee und vielleicht traktatweise an das mittelländische Meer.

Bern, 31. März. Der Vorort hat heute auf Mittheilungen des schweizerischen Generalkonsuls in Mailand beschlossen, mit der daselbst konstituirten provisorischen Nationalregierung in Vertrag zu treten. — Die im Tessin zur Bewachung der Grenze aufgebotenen Bataillone treten in eidgenössischen Sold und erhalten ein eidgenössisches Kommando. — Der Gesandte des Königs von Sardinien, Graf Crotti, ist abberufen worden und wird durch einen andern ersetzt werden.

Unterwalden. In Stans ist seit Tage eine Druckerei gegründet worden, die erste, die der Kanton Unterwalden bis jetzt gesehen hat. Sie trägt den Namen „Vereinsbuchdruckerei" und beruht auf Aktien. Präsident der Aktiengesellschaft ist: Hr. J. B. v. Deschwanden. — Der Vorort zeigt den Ständen mit Kreisschreiben vom 28. März an, daß er auf die Nachricht von dem durch die Regierung von Tessin zugestandenen Durchmarsch von 12,000 gefangenen Oesterreichern zur Erzielung eines gehörigen modus vivendi für die Zukunft den Herrn Luvini an die provisorische Regierung nach Mailand abgeordnet habe.

### Niederland.

Brüssel, 1. April. In der Sitzung des Senats antwortete heute der Minister des Auswärtigen auf eine Interpellation in Betreff der Vorfälle an der französischen Grenze, daß der französischen Regierung Vorstellungen gemacht worden wären, auf welche erwidert wurde, daß dieselbe jenen lächerlichen Versuchen vollkommen fremd sei und Belgien das Recht zuerkenne, sie mit Gewalt abzuwehren. Herr D'Hoffschmidt sagte, daß die Erklärungen des Herrn Lamartine ihm Vertrauen zu verdienen schienen.

### Dänemark.

Kopenhagen. „Fädrelandet" vom 24. März enthält folgende merkwürdige Erklärung des Kriegsministers an das dänische Volk: „Mitbürger! Dänische Männer haben sich in der Gefahr des Krieges, der uns droht, an mich gewandt, theils um ihre Dienste anzubieten, theils um Waffen und andere Mehr zu fordern. Andere haben mir Vorschläge über die Art der Kriegsunternehmungen gemacht. Indem ich den Ausdruck einer so lebendigen Vaterlandsliebe in vollstem Maße anerkenne, muß ich auf die Nothwendigkeit aufmerksam machen, die schon vor meinem Amtsantritt mit Eifer betriebenen Rüstungen nicht abzuhemmen oder aufzuhalten, daß es aber der Zeit bedürfe, ehe die mir gemachten Anträge in Ausführung gebracht werden können. Indem ich Ihnen dieß mittheile, muß ich zugleich meine Mitbürger daran erinnern, daß es nicht genug ist, bloß Leute zu sammeln, um einer Heeresmacht zu haben, sondern daß vielmehr manche wichtige Punkte dabei in Betracht kommen, da ein leichtsinnig ausgeführter Kriegszug nur zum eigenen Verderben und zum Vortheil des Feindes ausschlagen könnte. Um daher Etwas auszurichten, bedarf es der Zeit. In wenigen kurzen Tagen läßt sich eine so große Maschinerie, als sie hier vorgefunden, nicht leicht in Bewegung setzen. Kopenhagen, 24. März 1848. A. F. Tscherning, Kriegsminister.

Kopenhagen, 29. März. Der König von Dänemark hat heute nachstehenden Aufruf an seine holsteinischen Unterthanen erlassen: „Holsteiner! Ihr habt mich tief betrübt. Jahrhunderte lang ist Aufruhr und Unterue in meinen Reichen und Landen unbekannt geworden. Ihr habt die Fahne des Aufruhrs aufgepflanzt! Holsteiner! Mein Herz hängt an Euch. Ihr wertet nicht das Heiligste Eurer Väter, den Aid der Holsteinrene vernichten. Eure Herzog kann die Hoffnung nicht aufgeben, daß Ihr zu ihm zurückkehren werdet. Verleitet sind Ihr von treulosen Führern, die nicht an Euer Wohl denken, sondern nur an ihre eigenen ehrgeizigen Plane. Unter meinem Namen führen sie Euch zu Verderben; nur unter sie meine Freiheit trugnichen, haben sie Euch bewogen, ihnen zu folgen. Holsteiner! Ich setzt meine Worte Eingang bei Euch finden. Freiheit habe ich Euch gebeten, Selbstständigkeit als eigener Staat, kräftiger Mitwirken zur volksthümlichen Entwickelung von Deutschlands Einheit; darüber habe ich Euch mein Versprechen gegeben. Holsteiner! Dieses Versprechen beantwortet Ihr mit Aufruhr! Kehret um zu den Segnungen des Friedens und der Freiheit. Verscherzt nicht leichtsinnig Eure Wohlfahrt, gebet sie nicht den Plünderungen roher Soldaten preis. Bald werde ich an den Grenzen des Königreichs stehen. Lasset eine Botschaft des Friedens und der Unterwerfung an mich ergehen; und was ich versprochen habe, steht in voller Kraft. Friedrich R. F. W. Knuth."

### Großbritannien.

London, 1. April. Wir schreiben es mit England oder wenigstens mit den englischen Zeitungen verdorben zu haben, seitdem wir entschieden sind, den norddalbingischen Herzogthümern nicht bloß moralischen, sondern auch thatsächlichen Beistand zu leisten. Man weiß, mit welch großem Eifer z. B. die Times in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit die Partei der dänischen Krone ergriffen haben; aber auch das Morn. Chron., welches Anfangs so warm an den Entwickelungen Deutschlands Theil nahm, weiß uns jetzt tüchtig zurecht, daß wir die Herzogthümer mit dem deutschen Banner decken wollen. Das

Digitized by Google

M. Chr. meint: der trunkene Zustand, in dem sich Deutschland befinde, gehe sich nicht nur in den Angelegenheiten der innern häuslichen Politik kund, sondern mache sich bereits auch gegen Außen Luft, und doch sei der Zustand Deutschlands der Art, daß man noch nicht wisse, was aus ihm werden würde, ob Kaiserreich, Bundesstaat oder Republik. Wir werden bei diesem Anlaß von der genannten Zeitung mit nüchternen Wasserkrinkern verglichen, die zum ersten Mal zu Wein gegangen und nun zänkisch, und streitsüchtig geworden seien; denn Niemand, sagt das M. Chr., sei so zanksüchtig, als ein regelmäßiger Wasserkrinker in berauschtem Zustande. Dieses Gleichniß ist weder treffend, noch witzig oder geistreich. „Wer hätte noch vor zwei Monaten gedacht", fährt das M. Chr. fort, „daß Deutschland so bald den Czar herausfordern, den König von Dänemark ins Gesicht schlagen, Frankreich sauer ansehen und England den Rücken kehren würde? Wer sollte in dieser kriegslustigen Person noch den freundlichen, gemüthlichen, gesetzten und nachdenklichen Herrn erkennen, mit dem wir noch jüngst unsere Späße schmauchten und über griechische Grammatik und metaphysische Dinge plauderten"? Man kann sich denken, daß ein Artikel, der so scherzhaft und doch mit so wenig gesundem oder neuem Witz begonnen hat, nicht sehr ernsthaft schließen kann. Unter Anderm wird gesagt: Wenn Deutschland die Sache beim Herzogthümer zu der seinigen macht, so geschehe dies aus purem Eigennutz; es liege ihm daran, für den Zollverein noch einen Küstenstreifen zu erhalten und Kiel und Rendsburg in Besitz zu nehmen. Zuletzt wird mit offenbarer Schadenfreude auf die Anarchie der politischen Ansichten in Deutschland hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß, während im Norden der König von Preußen nach der deutschen Kaiserkrone seine Hand ausstreckt (daran denkt der König schwerlich), im Süden die „lingen Männer von Heidelberg" (!) an einem Dinge arbeiteten, was so ziemlich einer Republik ähnlich sehe. Das M. Chr. wünscht: daß recht bald eine Reaktion eintreten möge — ein Wunsch, den diese Zeitung mit allen Mitgliedern der zerfprengten Kamarillen theilt. Der ganze Artikel ist sehr perfid, man möchte fast sagen unenglisch.

Die Kölnische Zeitung theilt folgende ihr eingesändete Adresse mit, welche viele der angesehensten Einwohner von Belfast, Kaufleute, Rechtsgelehrte u. s. w. an den Magistrat und die Bürger von Berlin erlassen haben: „Wir, die Unterzeichneten, bringen den Behörden und den Bürgern von Berlin unseren herzlichen Glückwunsch dar, Bürgerliche und religiöse Freiheit durch die glorreichen Tage des 18. und 19. März erworben zu haben. Wir vertrauen, daß Ihr Vaterland fortfahren wird, mit Festigkeit und Mäßigung voran zu gehen in allen konstitutionellen Reformen, welche gewiß die Freundschaft und das Zutrauen erhöhen werden, welche so lange zwischen der deutschen Nation und Großbritannien und Irland bestanden haben". (Folgen die Unterschriften.) Diese Adresse ist zugleich mit dem Ertrage einer Sammlung für die Hinterbliebenen der Gefallenen nach Berlin abgegangen.

## Frankreich.

Paris, 2. April. Der Moniteur bringt folgende officielle Aktenstücke der Regierung: 1) Der Bruder jedes in den Februartagen gefallenen oder bedeutend verwundeten Freiheitskämpfers ist vom Militärdienste befreit. 2) Dekret, betreffend eine neue Organisation der Rekrutirungskommissionen. 3) Die Wahllisten in Algier müssen bis zum 20. April geschlossen sein. 4) Hr. Aymé d'Arrigues ist mit der Gründung von National-Escompte-Comptoirs in allen Departementsstädten beauftragt. 5) Ernennung einer Kommission, um den Unterricht in der Thierarzneikunde zweckmäßiger zu organisiren. 6) Errichtung einer Handelskammer in St. Dicier.

Die Bewegung unter den deutschen Flüchtlingen und Arbeitern dauert fort; auch die Kommunisten haben jetzt ihre Stimme hören lassen. Eine Erklärung, unterschrieben von Karl Marx, K. Schapper, H. Bauer, E. Engels, J. Moll, W. Wolff, enthält das Programm der Partei. Deutschland soll zu einer untheilbaren Republik erklärt werden, jeder Deutsche wählbar und wahlfähig sein, allgemeine Volksbewaffnung stattfinden, alle Feudallasten aufgehoben, die Gerechtigkeitspflege und der Unterricht unentgeltlich sein. So weit stimmt das kommunistische Programm auch mit den Forderungen anderer Richtungen überein; was weiter kommt, gehört ihnen allein an. Es sollen alle fürstlichen und feudalen Güter in Staatseigenthum verwandelt, und da der Ackerbau „im Großen und mit den modernsten Mitteln der Wissenschaft" betrieben werden, es sollen die Hypotheken auf den Bauerngütern für Staatseigenthum erklärt und die Zinsen an den Staat bezahlt werden; ja, wo das Pachtwesen besteht, soll der Pachtschilling als Steuer an den Staat fallen. Alle Privatbanken werden durch eine große Staatsbank ersetzt, alle Transportmittel werden Staatseigenthum, das Erbrecht wird beschränkt, Nationalwerkstätten errichtet und den Arbeitern „ihre Existenz garantirt." — Wenn die Anhänger dieser Theorie sehr lebhaft gegen den Vorwurf protestiren, mit Raub und Zerstörung die Welt reformiren zu wollen, so glauben wir zwar gern, daß eine solche Absicht dem Wesen und der Gesinnung deutscher Proletgen fremd ist, sehen aber durchaus nicht ab, wie man ohne Gewalt und ohne Zerstörung der Welt eine Theorie aufdringen will, die allen bisherigen Zuständen total widerspricht. Vermittelst dieser alle individuelle Freiheit untergrabenden Centralisation wird doch nur ein neuer monströser Despotismus geschaffen, den unsere kommunistischen Landsleute den „Staat" nennen, und während es bisher nur eine einzige Klasse unglücklicher Proletarier gab, da man Staatsdiener nannte, so wäre nach diesem Systeme das ganze Volk in einen willenlosen Haufen von Staatsdienern oder Staatssklaven umgewandelt, und die ideale menschenbeglückende Staatsgesellschaft, von der unsere Landsleute schwärmen, wäre Nichts als eine ungeheure Proletarieranstalt. Das bittre Wort: Ihr könnt zwar den Wohlhabenden arm machen, aber den Armen nicht wohlhabend, würde auch hier seine Erfüllung finden.

Indeß die Kommunisten ihr Manifest erlassen, haben auch die deutschen Demokraten wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben. Am Abend des 1. April fand eine Versammlung Statt, in welcher das 3. Bataillon der deutschen Legion, das am folgenden Tage einmarschiren sollte, gemustert wurde. Einzelne der Führer ergriffen hier das Wort, um gegen die Vorwürfe, die von deutscher Seite gemacht werden, Verwahrung einzulegen. „Vereint mit den Kolonnen, so erklärte Hr. Börnstein, die bereits aus Lyon, Marseille, Bordeaux, aus allen Kantonen der Schweiz im Anmarsche wären, würden sie sich auf französischem Gebiete an der Grenze auffstellen und dort ruhig harren, bis ihre Brüder sie zu Hilfe riefen, sie selbst abholten. Ein Mal auf deutschem Boden, würden sie die strengste Mannszucht halten, das Eigenthum beschützen, und aus dem einstimmigen Wunsche der Legion sei das Gesetz hervorgegangen, daß jeder Plünderer mit dem Tode bestraft werde." In diesem Sinne lief der Sprecher sich von den Anwesenden eine feierliche Zusage geben. — Soviel wir wissen, hat man unsern Landsleuten in Paris niemals vorgeworfen, daß sie die Räuber und Mörder aufsuchen wollten, um Deutschland zu überfallen, aber daß ihr Emigrantenzug gleich wie alle andern Emigrantenzüge dergleichen Exzesse mit sich führen würde, daß sie sich vor dem Zuzug wirklichen Gesindels nicht erwehren könnten, das hat man, scheint uns, mit allem Rechte den ungebetenen Befreiern entgegengehalten. Indessen war dies nie die wichtigste Seite der Sache; daß sie aber ungeachtet aller friedlichen Versicherungen, mit den Waffen auf fremden Boden erscheinen, daß sie ungebeten und unaufgefordert uns eine fertige Staatsform (die Republik) bringen wollen, von der es sehr zweifelhaft ist, ob die Mehrzahl des deutschen Volkes sie will, das hat sie, statt friedlich heimzukehren und mit zu bauen an dem Werke unserer Freiheit, und den bewaffneten Beistand von fünf bis sechstausend Mann zugesagt, als wenn eine Nation von 40 Millionen sich nicht selber helfen könnte, das ist es, was die Deutschen Flüchtlinge, aber daß ihr Emigrantenzug gleich wie alle andern Emigrantenzüge dergleichen Exzesse mit sich führen würde, daß sie sich vor dem Zuzug wirklichen Gesindels nicht erwehren könnten, das hat man, scheint uns, mit allem Rechte den ungebetenen Befreiern entgegengehalten. Indessen war dies nie die wichtigste Seite der Sache; daß sie aber ungeachtet aller friedlichen Versicherungen, mit den Waffen auf fremden Boden erschien

nationalen Zerwürfnissen auch nicht den geringsten Vorwand leihen. Wir werden, fügt der National hinzu, nicht uns in Polen einmischen auf dem Weg durch Deutschland und wider den Willen Deutschlands, aber wir hoffen, daß Deutschland unsre Mitwirkung suchen wird. (So weit wir die Stimmung kennen, will sich Deutschland bei dieser Gelegenheit ſeine politiſchen Sporen wo möglich allein verdienen.)

Verſchiedene Berichte wiederholen die Nachricht von verdächtigen Bewegungen franzöſiſcher Truppen an den ſavoyiſchen Grenzen.

Der General Chabannes, Adjutant des Exkönigs Louis Philipp; macht heute in den Debats bekannt, daß Louis Philipp nicht im Sinne habe, eine Beſitzung in England zu kaufen, daß er keine Kapitalien in fremden Ländern angelegt, ſondern ſein ganzes Vermögen in Frankreich gehabt habe, und daß er in Claremont unter dem gaſtfreundlichen Dache des Königs der Belgier in der größten Beſchränkung (dans la plus grande gêne) lebe.

## Öſterreichiſche Monarchie.

T. Aus dem öſterreichiſchen Südſlawenlande. Ende März. 1848. Obgleich Deutſchland zunächſtliegend und deſſen Intereſſen vielfach berührend, ſind unſere Zuſtände in Deutſchland ſehr wenig bekannt. Und dennoch ſollten ſie es ſein, da ſich auch bei uns aus den heftigſt gährenden Elementen der Zeit eine werdende Welt herausſchält. Ich will hier bloß die Hauptpunkte unſerer Bewegung zu ſkizziren verſuchen. Die erſte Nachricht von der Pariſer Revolution, obgleich nicht geahnt, traf uns keineswegs unvorbereitet. Trennung von Öſterreich und Gründung weſtſlawiſcher Föderativſtaaten gegenüber von Deutſchland und Rußland war ein Gedanke, der elektriſch alle Köpfe durchfuhr. Bereits in den erſten Tagen d. M. wurde ein zuverläſſiger Mann nach Paris geſandt, um dort unter der Aegide der Preßfreiheit eine Zeitung zu gründen, die, in unſerer Landesſprache, der illyriſchen, geſchrieben unſere Intereſſen vertreten und auf dem Seewege über Marſeille bei uns im Lande verbreitet werden ſollte; ferner um mit der proviſoriſchen Regierung und der polniſchen Demokratie ſich in Verbindung zu ſetzen, im Norden und Süden den Aufſtand zu organiſiren und unſere Idee zur vollen Geltung zu bringen. Während dieſer Vorbereitungen brach die glorreiche Revolution vom 13. März in Wien aus, und Öſterreichs ohnedin prekäre Stellung war die verzweifeltſte, wenn ſich Ungarn losreißen mochte; daß man auf Ungarns Losreißung kann, liegt außer allem Zweifel — aber die Furcht, ſich einem emporkommenden ſlawiſchen Staate gegenüber nicht behaupten zu können, bewog die Führer der magyariſch nationalen Oppoſition, ſich an Öſterreich deſto inniger anzuſchließen, je größer die Wahrſcheinlichkeit der Realiſirung jener ſonſt ſtets als Chimäre verlachten Idee wurde, daß man doch nun einen erſten Mann in Wien offiziell von den „ſlawiſchen“ Reichen Öſterreichs! Allen dieſen Vorgängen ſah man in Kroatien, dem Herde der ſüdſlawiſchen Bewegung, keineswegs ruhig zu; die vagen Verſprechungen und der überſchwängliche Syſtemwechſel Öſterreichs waren wenig geeignet, Vertrauen einzuflößen. Eben ſo wenig Sympathien konnte bei uns ein Miniſterium Batthyanyi-Koſſuth finden, da beide Männer als Häupter der magyariſchen, ſlawophagiſchen Oppoſition von früher her im Lande verhaßt waren. Es wurde daher eiligſt eine allgemeine Bewaffnung aller Männer von 18—60 Jahren angeordnet, die wegen der enormen Maſſe von Waffen, die im Lande aufgehäuft liegt, mit bewundernswerther Präciſion vor ſich ging; die illyriſche roth-weiß-blaue Nationalkokarde ward aufgeſteckt und gleich bei feſter äußeren Stellung eine Adreſſe an den König verbereitet. Außer allen den Punkten, die von der Seine bis zur Weichſel als Forderungen der Völker geltend gemacht werden, wird die Vereinigung des geſammten öſterreichiſchen Südſlawenlandes (Kroatiens, Slawoniens, Dalmatiens und der Militärgrenzen) zu Einem Staatskörper mit eigener Municipalverfaſſung und Verwaltung, jedoch an Ungarn angekettet, dann als Konſequenz deſſen die Gründung eines beſondern Miniſteriums unſerer Municipalangelegenheiten neben dem ungariſchen verlangt, da dies letztere, aus erklärten Feinden unſerer Municipalität und Nationalität beſtehend, kein Vertrauen genieße, wie denn auch ſeine Verantwortlichkeit bei der Zuſammenſetzung des ungariſchen Parlaments aus größtentheils magyariſchen Elementen bloß eine Rechtsfiktion ſein könnte. Dieſe Adreſſe, 30 Punkte umfaſſend, wurde am 23. d. M. von einer Deputation von mehr als 400 Männern aller Stände aus Kroatien nach Wien befördert. Sollte die Genehmigung der Punktation von Seite des Königs nicht erfolgen, ſo iſt die Herrſchaft Öſterreichs bei uns eine nicht minder prekäre als in Italien. Als nächſte Folge wäre der alsbaldige Abfall Dalmatiens, der wegen ſeiner herrlichen Häfen am Adriameere ſo wichtig werden kann, mit völliger Gewißheit anzunehmen, da die Republik San Marco die alten Sympathien zu wecken nicht ermangeln wird, wie denn auch die Wahl Tommaſeos, eines dalmatiniſchen Slawen und Nationalſchriftſtellers von ungeheurer Popularität, zum venetianiſchen Miniſter keineswegs als eine bloß zufällige Erſcheinung zu betrachten iſt. Hier gilt wohl auch das tragiſche „trop tard“. Das Vertrauen zu Öſterreich, obgleich niemals groß, iſt im Augenblick eines ſo plötzlichen Wechſels, wo man zur Ukase Alles adoptirt, was man vor drei Wochen als Rebellion mit Strang und Schwert verfolgt hatte, gleich Null. Dem neuen Miniſterium traut man eben ſo wenig Redlichkeit zu als dem alten — ein jeder Akt der neuen Regierung iſt als eine neue Blamage belacht werden; ich wiederhole es: das Vertrauen iſt völlig verſchwunden! Ich kann es den Leuten durchaus nicht als ein Verbrechen anrechnen — vor Jahresfriſt wäre es noch freilich anders geweſen: aber ein Jahr iſt jetzt mehr als ſonſt ein Jahrhundert der Weltgeſchichte. Man ſagt, Völker ſind Kinder — das mag wahr ſein; ich ſage aber, daß ſie über Nacht zu Männern reifen!

### Krakau und Galizien.

Die Wiener Z. meldet Folgendes: Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Krakau unzählige Agenten, die Aufregung benützend, mit vielem Gelde eine Unordnung anzetteln und einen Einmarſch der Ruſſen bezwecken wollten. Die Beſonnenheit der Krakauer dürfte aber nach Privatmittheilungen doch die Oberhand über den Pöbel gewinnen, indem alle Polen einſehen müſſen, daß, wenn die Wiederherſtellung ihres Reiches möglich iſt, dies einzig und allein durch Öſterreich geſchehen könne. — Anderer Seits berichtet man uns, ſoll eine Deputation aus 12 Perſonen, worunter zwei Bauern, von Lemberg nach Wien mit der Bitte gehen, der Kaiſer von Öſterreich ſolle auf die Wiederherſtellung Polens bringen und dafür konſtitutioneller König von Polen werden. Gewiß iſt, daß Öſterreich in Galizien alle Sympathien für ſich hat, freilich mit der Nebenhoffnung, es werde in Sachen der Polen die Initiative ergreifen. — Eine ähnliche Deputation ſoll auch von Tarnow nach Wien gehen, indem die Bauern den neuen Stand der Dinge nicht begreifen und aus dem Munde des Kaiſers ſelbſt hören wollen, ob es ſein Wille, daß ſie (die Bauern) die Herren nicht angreifen und allenfalls todt ſchlagen ſollen. Wie beſorgen, daß man von einer Seite dieſes Gerücht wieder zur Aufreizung alter Lügen mit gewohnter Perfidie benutzen werde. In dem weſtlichen Galizien beſchäftigen ſich die Herren ſehr mit der Idee, die Bauern ganz frei zu geben.

Derſelben Zeitung ſchreibt man von der galiziſchen Grenze, 24. März. Aus einem Privatſchreiben entnehmen wir, daß in Krakau ſich eine Maſſe ruſſiſcher Agenten befinde; man will ihre Zahl auf 200 veranſchlagen; bereits am Tage der Freilaſſung der Gefangenen und der Illumination haben ſie ihre Thätigkeit begonnen und bisher fortgeſetzt; am 22. März ſollen der Polizeidirektor von Warſchau, der Oberſtlieutenant der Gendarmerie und der Kreishauptmann von Michalowice (ſünf Stunden von Krakau) in der Stadt verkleidet geweſen ſein. Bürger und Studenten ſollen auf ſie geſahndet und erklärt haben, Jeden von ihnen, den ſie aufgreifen würden, ſogleich aufzuknüpfen. Man hat ruſſiſcher Seits nichts mehr oder weniger im Sinne, als in Krakau Unruhen zu provociren, um darin den längſt gewünſchten Vorwand zum Einmarſche zu finden. An der Grenze ſtehen auch mehrere ruſſiſche Regimenter, und von da bis nach Krakau ſind nur drei Stunden.

## Nachſchrift.

* Aus Frankfurt erfahren wir noch, daß die Wahlen zu dem Ausſchuſſe der fünfzig ſtattgefunden haben und zwar im Sinne der konſtitutionellen Majorität der Verſammlung. Der Ausſchuß hat Hrn. Soiron zum Präſidenten, die HH. R. Blum und Abegg zu Vicepräſidenten gewählt. Die Männer „des Vertrauens“ am Bundestage haben ihre vorbereitenden Arbeiten begonnen; Hr. M. von Gagern aus Wiesbaden iſt zum Präſidenten, Hr. Baſſermann zu deſſen Stellvertreter gewählt worden.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

**Preußen.** Berlin, 30. März. Die Berliner Blätter theilen eine Adresse von 18 rheinischen Städten mit, worin folgende Wünsche oder Forderungen gestellt werden: 1) Umänderung der bisherigen ständischen Verfassung in eine Volksvertretung, frei gewählt vom Volke aus dem Volke, ohne Rücksicht auf die bisherige oder eine andere Eintheilung in Stände oder Klassen, mit möglichst niedrem Census für die aktive Wahlfähigkeit. 2) Der Volksvertretung muß beschließende Mitwirkung in der gesammten Gesetzgebung und im Staatshaushalte ohne Ausnahme mit einfacher Majorität zustehen. 3) Die Minister sind der Volksvertretung verantwortlich. 4) Die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, Schutz der persönlichen Freiheit, sowie Unverletzlichkeit der Wohnung; die persönliche Freiheit, die Freiheit der Wohnung dürfen nur auf richterlichem Wege und mit Angaben von Gründen beschränkt werden. 5) Freiheit der Gottesverehrung, gleiche politische Berechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses und gänzliche Trennung der Kirche vom Staate. 6) Unterricht und Lehrfreiheit. 7) Unbedingte Freiheit der Presse, ohne Konzession, ohne Kaution, ohne alle Präventivmaßregeln und Aburtheilung aller Preßvergehen durch die Geschworenen. 8) Unbeschränktes Petitionsrecht. 9) Das Recht zu Versammlungen, sowie zur Vereinigung in Gesellschaften. 10) Oeffentliches und mündliches Gerichtsverfahren; Geschwornengericht und Aburtheilung aller politischen Vergehen durch Geschworene. 11) Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer. 12) Absetzbarkeit und Versetzbarkeit der Richter nur durch richterlichen Spruch. Sind diese Rechte dem Volke gesichert, so wird es ruhiger verwärts blicken und alsdann in der unhaltbaren Zusammensetzung des derzeitigen allgemeinen Landtags nicht mehr die Gefahr sehen, die sonst nothwendig darin vorliegt. In dieser Unterstellung möge der Landtag sich nur mit der nächsten Berathung des Wahlgesetzes beschäftigen, damit durch seine Vermittlung bald die wahre Volksvertretung erstehe, aus der unsere Repräsentanten bei dem deutschen Parlament hervorgehen sollen.

Bringt der Drang der Verhältnisse es mit sich, daß die Beschickung des deutschen Parlaments vor Herstellung der Volksrepräsentation erfolgen müßte, so mag sie durch den Landtag geschehen, jedoch nur in der Art, daß derselbe die Vertreter zu Frankfurt aus dem ganzen Volke zu wählen hat, und unter der Maßgabe, daß das Mandat dieser provisorischen Vertretung aufhört, wenn die Errichtung der Volksrepräsentation dahin gediehen ist, die Wahl selbst vornehmen zu können. Die Richtung, welche die Dinge des Staats genommen haben und fernerweit nehmen müssen, und die Stimmung, welche unsere Mitbürger durchdringt, verpflichten den Unterzeichneten, Ew. königl. Maj. noch zweierlei ans Herz zu legen. Das Eine betrifft in der Bitte, die Grafen Arnim und Schwerin aus dem höchsten Rathe der Krone zu entlassen: es herrscht ein Mißtrauen gegen diese Persönlichkeiten, welches die Hoffnung einer sicheren Zukunft zerstört. Das Andere besteht darin, daß es Ew. königl. Majestät gefallen wolle, schon jetzt die Aufhebung aller Steuerexemtionen auszusprechen und die Erleichterung der Steuern für die arbeitenden Klassen zusichern zu wollen. Köln, 24. März. 1848. Ew. k. Maj. Getreue. Die Deputirten der Gemeinderäthe der Städte Köln, Aachen, Bonn, Koblenz, Barmen, Düren, Elberfeld, Krefeld, Uerdingen, Wesel, Viersen, Düsseldorf, Neuß, Andernach, Remagen, Siegburg, Mörsterbusch, Crefeld." Auf diese Adresse ist nachfolgender Bescheid ergangen: „Die durch eine Deputation von 18 rheinischen Städten mir überreichte Adresse vom 24. d. M. findet Ihrem wesentlichen Inhalte nach ihre Beantwortung in meinem unter dem 22. d. M. veröffentlichten Bescheide an die Deputationen der Städte Breslau und Liegnitz. Im Begriffe, dem in wenigen Tagen zusammentretenden Vereinigten Landtage ein neues Wahlgesetz vorlegen zu lassen, auf Grund dessen die schleunigste Wahl und Berufung der zugesagten Volksvertretung ohne Verzug erfolgen soll, glaube ich eine befriedigende Lösung aller in der Adresse ausgesprochenen Wünsche durch Beschlußnahme der neuen Volksvertretung um so sicherer herbeiführen zu können, als auch die anderweitig gestellten Anträge zur Erwägung kommen werden. Der in der Adresse ausgedrückte Mangel an Vertrauen zu einigen Mitgliedern des Ministeriums veranlaßt mich zu folgender Eröffnung: Ich bestimmter mein Entschluß, je fester meine Ueberzeugung von der unerläßlichen Nothwendigkeit ist, mich nur mit Räthen zu umgeben, welche vor der Volksvertretung verantwortlich, das volle Vertrauen derselben genießen, desto mehr liegt es mir ob, auch hierüber die Stimme der gesetzlichen Organe entscheiden zu lassen, welche in kürzester Frist zunächst noch auf dem Vereinigten Landtage, sodann aber unverrenkbar durch die neu zu bildende Volksvertretung zu vernehmen sein wird. Es ist mein ernster Wille, schnell und entschieden, aber friedlich und besonnen, dem Ziele entgegen zu gehen, wodurch allein den großen Institutionen eines Staates für die Zukunft bleibende Dauer verbürgt ist. Ich fordere meine getreuen rheinischen Städte auf, mich in der Durchführung meines Vorsatzes kräftig zu unterstützen. Potsdam, 28. März 1848. Friedrich Wilhem. An die Deputation der rheinischen Städte."

Ferner hatte eine Deputation einer großen Bürgerversammlung (der sog. Stollwerkschen) in Köln folgende Adresse überreicht: Köln, 1. April. Im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse in Berlin und unter Berücksichtigung früher gefaßter Beschlüsse und gestellter Anträge vereinigen sich die unterzeichneten Bürger Kölns, eine aus ihrer Mitte gewählte Deputation von drei Mitgliedern nach Berlin zu entsenden, welche den Auftrag hat, sich mit der Bürgerschaft der Hauptstadt in Verbindung zu setzen und von dem Könige als dem obersten Gesetzgeber die Genehmigung folgender Anträge zu erlangen. Se. Maj. wolle verordnen: Sofortigen Erlaß eines provis. Wahlgesetzes auf Grundlage numerischer Vertretung und des Wahlrechts, jeder der Wahlberkeit für alle nicht durch rechtskräftiges Urtheil der bürgerlichen Rechte verlustig erklärten Bürger im Alter über 24 Jahre; alsdann baldigste Einberufung der so gewählten Vertreter zum Zwecke der Feststellung der künftigen Verfassung von Preußen und seines Verhältnisses zum gesammten Deutschland. Gewährleistung der Unabhängigkeit der Wahlen, demnach Bewilligung folgender allgemeinen Forderungen des Volkes: Unbedingte Freiheit der Rede und Presse; freies Versammlungs- und Vereinigungsrecht; allgemeine Volksbewaffnung mit eigener Wahl der Führer. Köln, 23. März 1848. (Folgen die Unterschriften.)

Dieselbe ist am 1. April mit folgendem Bescheide von Berlin nach Köln zurückgekehrt: Nach den zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Erlassen Sr. Maj. des Königs steht den Anträgen, welche in der Adresse eines Theiles der Bürgerschaft der Stadt Cöln vom 23. d. M. gestellt sind, in mehreren Punkten eine den Wünschen der Herren Unterzeichner der Adresse entsprechende Erledigung bevor. In so weit aber diese Anträge den Erlaß eines Wahlgesetzes betreffen, werden dieselben binnen wenigen Tagen ihre Lösung erhalten. Ew. Wohlgeboren wollen dies zur Kenntniß der übrigen Herren Unterzeichner der gedachten Adresse bringen. Berlin, 30. März 1848. Königliches Staatsministerium. Für dasselbe, der Vorsitzende, Camphausen.

Frankfurt, 29. März. Die Karlsr. Zeit. bringt folgenden Aufruf Trentowskis an die polnische Emigration in Frankreich. Theure Landsleute! In diesem Augenblick bin ich in Frankfurt a. M., um die Wiederherstellung Polens, soweit es in meinen Kräften liegt, zu befördern. Die edeln deutschen Volksmänner, welche in diesen Tagen über die Zukunft Deutschlands und Polens Beschlüsse fassen werden, sind ich muß höchst geneigt, zur Herstellung Polens sind sie bereit, und wollen zu diesem hohen Zwecke Alles aufbieten, was in ihrer Macht steht. Sie wollen aber auch, daß unsere deutschen gegen die unlängst Polen entrüstet, welche sich mit Herzog vereinigt haben und einen Zug nach Deutschland beabsichtigen, um denselben mit Gewalt einen Republik aufzuerringen. Theurer Landsleute! Nicht mit bei und ruft mit mir den Ausrufen zu: Was will Ihr eigentlich? War schon Eure Einfall in die Schweiz und in Savoyen, den Ihr vor mehreren Jahren in Ausführung brachtet, eine maßlose Thorheit, um so mehr ist Eure bevorstehender Zug gegen das für uns so wohlwollend gesinnte, mit uns sich verbrüderude Deutschland ein Verrath gegen dieses und gegen unser eigenes Vaterland. Wollt Ihr in eben der Stunde, wo die hochherzigen Deutschen, welche in einem hohen Grade unsere Freundschaft und Verehrung verdienen, auf der Grundlage Polens kämpfen, in Deutschland Unruhen stiften? Wollt Ihnen Eure Waffen gegen sie richten? Soll das der Dank sein für die Anerkennung, die Gerechtigkeit, welche sie uns angedeihen lassen? Bedenkt, ob die Deutschen und besten können, wenn Ihr selbst furchtbare innere Stürme über sie herbeirufen? Die Sympathie Deutschland, welche sich in diesen Augenblick für uns so allgemein offenbart, bleibt aufs Neue unser seit langen Jahren blutendes Herz und ist wahrlich für Aufersthung unserer nationalen Selbständigkeit himmlischer, heilbringender Faute. Wollt Ihr nun diese Sympathie in diesem ewigen Dank verwandeln? Theurer Brüder! Ihr werdet dadurch einen unverzeihlichen politischen Fehler, welcher der polnischen Einsicht seine Ehre machen und unsere Namen beflecken würde. Ein unbedingtes Verfahren, wie eine Sach gut Lag gelegt, muß und wird dem unglücklichen Vaterlande den Todesstoß geben. Franz Euer Gewissen: was verrichtet Euch, eine landwolf Flüchtlinge, einem großen, mächtigen Volk eine beliebige Staatsform aufzuoktroyiren? Die Deutschen wissen besser, als Ihr, was Deutschland Noth thut. Lasset also Herzogh und seine deutschen Erhebungsgenossen rasen, und haltet Euch ausschließlich für unsere Sache bereit! Deutsch schreibe ich diesen Aufruf deßhalb, damit man auch in Deutschland zwischen den besonnenen und den unsinnigen Polen zu unterscheiden wisse, und bitte sämmtliche deutsche Zeitungen, welche noch Parte ergangen, diesen Aufruf in ihre Spalten aufzunehmen. Frankfurt a. M., 29. März 1848. Dr. Trentowski, wohnhaft in Freiburg im Breisgau.

**Schweiz.**

†† Bern, 2. April. Die Bestrebungen des deutschen demokratischen Vereins in Paris haben auch bei einem Theil der hiesigen Deutschen Nachahmung gefunden. Schon vor 14 Tagen versammelten sich 50—100 derselben, nebst einer etwas größeren Anzahl von Schweizern, meist Handwerksgesellen, unter dem Vorsitz eines hessischen Li-

Digitized by Google

treaten, Namens Pohl, beschlossen die deutsche Republik und hatten die Unverschämtheit oder vielleicht besser: die Naivetät, diesen Beschluß in einem Manifest Namens „der Deutschen in der Schweiz" bekannt zu machen. Auf letzten Freitag lud ein Herr S., ein Württemberger, seine sämmtlichen Landsleute durch öffentlichen Aufruf zu einer Versammlung ein, in der gemeinsame Waffenübungen „für den Dienst des Vaterlandes" vorabredet werden sollten. Noch vorher wurde ihm jedoch vom Regierungsstatthalter bedeutet, daß bewaffnete Rüstungen gegen Deutschland hier nicht geduldet werden würden, eine Erklärung, mit der es namentlich dem gegenwärtigen Bundespräsidenten, wie wir versichert sind, entschieden Ernst ist. Auf dieses hin fielen die Beschlüsse der mäßig besuchten Versammlung matt und zögernd aus. Auch die gewünschten Geldbeiträge für die deutsche Legion sollen auf sich warten lassen. — In manchen Theilen des Kantons cirkulirt gegenwärtig eine Eingabe um Verfassungsrevision und fordert, wie man hört, manche Unterschriften. Sie soll von conservativer Seite in Umlauf gesetzt sein, ihre Früchte könnten aber leicht von den Ultrarabikalen geerntet werden.

## Italien.

* Rom, 23. März. „Sie ernten was sie gesät", hat der Papst von den Regierungen gesagt, deren Völker jetzt ihre entkümmerten Rechte in Anspruch nehmen. An keinem offenbart sich das so furchtbar wie an dem Papst selbst, der jetzt auch die Früchte auflesen muß, die seine Vorfahren groß gezogen haben. Hat man doch hier die Ignoranz gehegt und gepflegt, als sei an sie allein das Wohl der Religion und des Staates geknüpft, hat man doch zur Aufrechthaltung des geistigen Kastrationssystems mehr Mittel aufgeboten als anderwärts die gründlichste Volksbildung in Anspruch nimmt, und war man doch der aufgewucherten Pfaffschulen der Hypokrisie so gewiß, daß an den Durchbruch der chinesischen Mauer kein Pfaff geglaubt hätte. Jetzt ist nicht bloß die süße Täuschung verschwunden, sondern aus dem Nebel derselben ist ein Gespenst hervorgetreten, welches dieselben, die das Volk früher gepflegt und in den Schlaf gelullt haben, jetzt dermaßen in Schrecken versetzt, daß sie rein den Kopf verloren haben. Dies hat sich vorgestern herrlich offenbart, wo man mit Hintansetzung der Völkerrechte, die der Kanibale der Wildniß respektirt, zur Schändung der kaiserlichen Insignien geschritten ist, die dem österreichischen Botschafter die diplomatische Immunität sichern sollten, die dem päpstlichen Wappen gegenüber aufgehängt waren, die unter den Schutz des letzteren gestellt waren, und die man Angesichts der Civica mit entehrender Schadenfreude herunterreißen, durch die Stadt geschleift, vor aller Welt Augen mit feilschem Koth nach mehr als fansculottor Roheit beschmutzt und verbrannt hat. Das Gefühl jedes edel Denkenden, der inmitten eines solchen wahnhaft barbarischen Freudentaumels zur Besinnung und Vernunft zu gelangen vermochte, hat sich ob solcher Gemeinheit empört. Die Deutschen haben ihren Unwillen deutlich an den Tag gegeben. Das diplomatische Korps hat sich in Folge von gemeinsam gepflogenen Berathungen zu einer identischen Protestation entschlossen, welcher der Kardinal-Staatssekretär durch eine im Namen des Papstes übersandten Beileidsbezeigung zuvorgekommen war. Wie er die Schmach, die er nicht verhindern zu können geglaubt hat, wird wieder gut machen wollen, weiß man in der That nicht. Das Gouvernement hat seine vollständige Ohnmacht bei dieser Gelegenheit vor ganz Europa kund gegeben. Zunächst trifft die Schande der Ignoranz und Feigheit die Civica, welche eines ihrer Quartiere auf dem Platz hat, wo der Frevel vor sich gegangen ist; dann aber auch alle anderen Behörden der Reihe nach bis zum Papst hin, indem die stundenlange Prozedur alle Zeit gelassen hätte, solche zum Aufbieten der bewaffnenen Gewalt nöthig gewesen wäre. Daß nur wenig nöthig gewesen wäre, der Hydra den Kopf abzuschneiden, hat gleich nachher der Angriff, dem die Jesuiten ausgesetzt waren, gezeigt. Man hatte ihnen einen jener Zettel über die Hausthüre geklebt, mit welchen man hier zu Lande mietbfreie Wohnungen dem Publikum kenntlich macht. Auf denselben stehen die Worte Est locanda aufgedruckt. Zwar wurde einer, der dieses Plakat abzureißen wagte, sofort mißhandelt, allein als weiteren Attentaten etwa zehn Bürgergardisten, die noch dazu bloß mit Seitengewehren versehen waren, entgegentraten, zerstreute sich die Menge alsbald. — Das Gouvernement muß den Leichtsinn, mit welchem es bei Ernennung der Offiziere der Civica zu Werke gegangen ist, schwer büßen. Der Unfähigkeit derselben wird hauptsächlich die Unbrauchbarkeit dieses Korps verdankt. Denn das ist am Ende die betrübendste aller Erfahrungen, mit welcher uns dieser Vorfall bekannt macht, daß die Ohnmacht des Gouvernements komplet ist, und daß sich der Zeitpunkt gar nicht absehen läßt, wo es in seine Rechte und Verpflichtungen wieder wird eintreten können. Niemand weiß ein verantwortliches Ministerium übernehmen wollen, und in der That ist schon wieder von der Abdankung der neuen Minister die Rede.

* Rom, 25. März. „Wer schwach ist, muß heucheln". Solch ein hartes Urtheil muß Pius IX. über sich ergehen lassen. Zwar hat er nicht unterlassen, über den Wappenskandal sein lebhaftes Bedauern auszudrücken, hat es auch dem österreichischen Botschafter, den er auf einem Spaziergange vor Porta Cavallegieri traf, persönlich in den wärmsten Worten kund gegeben, seine Entrüstung aber hat er dem Volke nicht an den Tag zu legen gewagt. Im Gegentheil hat es zulassen müssen, daß das Volk unabhängig vom Gouvernement den Oesterreichern in der Lombardei den Krieg erklärt hat. Freiwillige sind zwar noch nicht abmarschirt, aber die Zurüstungen werden mit Eifer betrieben. Heute sind an mehreren öffentlichen Plätzen Zahltische aufgeschlagen, an welchen die freiwillig dargebotenen Kriegsbeiträge von Civilisten entgegengenommen werden. Gestern Nachmittag versammelten sich die Freiwilligen sowohl der Civica als der Plebs zum erstenmal auf dem Petersplatz zu einer Art von Appell. Da es den Meisten der letzteren an dem Nöthigsten fehlt, so hat man heute mit der Austheilung von Schuhen, Wäsche und Kleidern begonnen. Es scheint, als ob nur Wenige von der übernommenen Mission einen richtigen Begriff hätten. Man hört Aeußerungen, die Verwunderung erregen. Glauben doch Viele, sie könnten in 5 Tagen in Mailand sein! Unterdessen ist die Presse beflissen, das Publikum durch übertriebene und entstellte Nachrichten in Spannung zu erhalten. — Nach einer andern Seite hin ist der Papst genöthigt, auch den Finanzmisere, bloß weil er ein Geistlicher ist, zu wechseln und ihn zum Kardinal zu erheben. Auch Mons. Pentini, der früher hatte aus dem Ministerium scheiden müssen, und Mons. Rusconi, der in gleichem Fall ist, werden als Kandidaten des Purpurs genannt. — In den Kreisen des Geschäftslebens nimmt die Geldnoth mehr und mehr überhand. Das baare Geld wird sehr theuer. Alle Bankhäuser, Torlonia nicht ausgenommen, halten größere Zahlungen nach Möglichkeit an sich. Die meisten Künstler verlassen Rom. Den österreichischen Unterthanen hat der k. k. Botschafter Graf v. Lützow den Rath gegeben, sobald wie möglich aufzubrechen. Morgen gehen ganze Karawanen von hier ab.

* Rom, 28. März. Gestern Abend empfing der sardinische Gesandte eine glänzende Demonstration. Er antwortete mit einer kurzen Anrede, in der er die Unabhängigkeit Italiens für gesichert erklärte und das Kriegsmanifest seines Königs verlas. Der Jubel war stürmisch, wie früher nie. — Vergangene Nacht hat man die Jesuiten stark brunzenhigt. Sie werden sich unmöglich länger halten können. Der Zeitgeist ist zu mächtig und selbst die persönlichen Wünsche des Papstes werden überhört. An das österreichische Botschaftshotel, welches, wie der Name Palazzo di Venezia besagt, ein altes Eigenthum der Lagunenrepublik ist, soll heute der geflügelte Löwe von S. Marco angeheftet werden. Man spricht bereits von einem italienischen Fürstenkongreß, der hier in Rom abgehalten werden soll. So gewiß ist man seiner Sache. Modena soll den Papst gebeten haben, sie als seine Unterthanen anzuerkennen. Parma ist ebenfalls dem Papst zugedacht. Den Beginn dieses Lebens hat er bekanntlich mit aufgegeben, sondern jede Ostern gegen dessen Einwendung protestirt. Wie oft ist er dafür aufgelacht worden! — Bei dem gestrigen Fackelzug schrie ein Junge, der die Fackel vorantrug, bestimmig Verwünschungsformeln gegen Metternich aus, der in dem untersten Höllenkreise nicht tief genug zu sitzen kam. — Da die Stadt von aller militärischen Macht entblößt ist, so hat der Papst durch einen Tagesbefehl die Civicisten, denen früher das Tragen der Uniform außer Dienst verboten war, bitten lassen, sich überall in Uniform und mit Seitengewehr zu zeigen. In Monterosi sind bereits zwei der Freischärler, welche gestohlen hatten, vor der Fronte erschossen worden. Die hier anwesenden Venetianer wollen diesen Nachmittag eine Prozession nach S. Marco veranstalten, und es ist sogar davon die Rede, daß man den österreichischen Botschafter auffordern wolle, den venetianischen Palast als fremdes Eigenthum zu räumen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England bes Hrn. Oppermann, Buchh. 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Griechenland Vorräthe werden man Schön & Klett in Genf, Buchhandlung 29 Quai des Augustins, Paris, 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Quartalpreise betragen für das Großh. Bad. Postamt Heidelberg 2 fl. Für Deutschland durch die Post bezogen im Umfang des Postvereins-Gebiets fl. 2. 12 kr. Für Ausländer nach der Karte einer deutschländischen Postzeitung mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 98. Heidelberg, Freitag 7. April. 1848.

## Uebersicht.

Der Grundsatz der Volkssouveränität. — Oesterreich (Oesterreich in Aufklärung). Prag (die Petition der Böhmen). Berlin (dänischer Kaperer. Gerücht von Ernennung des Herzogs von Leuchtenberg zum König von Polen. Garderegimenter nach dem Großherzogthum Posen. Ministerielle Erklärung über das Manifest vom 19. März). Hannover (Gesetzentwurf wegen Abänderung der Verfassung einstimmig angenommen). Karlsruhe (Kammerverhandlungen: Die Wahlen zur konstituirenden Versammlung. Die gesetzliche Ordnung. Bericht über die Gräfswo unregelmäßig). Frankfurt (die Männer des Vertrauens am Bundestage. Die 50 Mitglieder des permanenten Ausschusses. Rückblick auf die Fraukf. Versammlung. Niederlage der republikanischen Partei. Ein demokratisches Centralkomitée. Erklärung des Fünfzigeraus'schusses. Verhandlungen des Ausschusses). Schleswig-Holstein (Gerüchte von Vorpostengefechten. Die Dänen die Apenrade vorgedrungen).

**Großbritannien.** Die Berliner Revolution. Bremerung des Ministeriums. Erklärung Lord Palmerston's in Betreff der baltischen Seehandels.

**Frankreich.** Die deutschen Demokraten in Paris. Erklärungen von Herwegh und Börnstein. Franz. Täuschungen. Der Nationalist über Deutschland. Die Lage des Augenblicks. Blanqui kompromittirt.

**Spanien.** Niederlage der Revolution. Vollständige Reaktion.

**Rußland.** Petersburg. Manifest des Kaisers.

**Beilage.** Hannover (Aufstellung des Landesverfassungsgesetzes. Preßgesetzentwurf). Nendsburg (die Bewegungen der Truppen. Der Kampf eröffnet). **Italien.** Neapel. Friedensliga nach der Lombardei. Der österr. Gesandte. Mehemed Ali. Das Parlament in Palermo. Griechenland. Athen. Einbruch der Pariser Umwälzung. Kritische Lage der Regierung. Ministerkrisis.

### Heidelberg, 6. April.

Unter den Aussprüchen des Frankfurter Tages ist der einzige eigentlich prinzipielle in der Abstimmung über den Soiron'schen Antrag gelegen: es solle die Berathung und Beschlußnahme über die deutsche Verfassung einzig und allein von der vom Volke zu wählenden Nationalversammlung angehen. Der Antragsteller sprach in seiner Begründung den Grundsatz der Volkssouveränität unverhohlen aus. Die Versammlung war augefähr gleichgetheilt. Norddeutsche erklärten, daß man in ihren Landen nur von einem Vertrage mit den Regierungen sprechen dürfe. Der Antragsteller retirirte, daß seine Motion eine Vertragung mit dem Regiment nicht ausschließe; — auf diese Erklärung hin sprach sich eine Mehrheit, auch abzüglich der ausgetretenen Neuhrst'n, für den Antrag, und mithin für den Grundsatz aus. Es schreint uns, daß ein natürlicher Takt die Haltung der Versammlung bestimmt hat.

Es sind sehr wenige klare Vorstellungen über Das, was man Volkssouveränität nennt, im Umlaufe. Will man sich deutliche Rechenschaft davon geben, was der Umfang dieses Begriffes ist und sein kann, so muß man nothwendig auf Anfang und Entstehung desselben zurückgehen. Diese liegt in den kühnen Rousseau'schen Satzen vom Gesellschaftsvertrag, in denen er im Gegensatze zu dem göttlichen Recht der Fürsten das System der Volksherrschaft begründete. Man weiß, daß die Absolutie der drei letzten Jahrhunderte ihre Sanktion wesentlich durch die protestantischen Vorstellungen erhalten hatte, die aus der Bibel die Idee von der göttlichen Einsetzung der Obrigkeit herüberholten; die Fürsten, die die neue Religion schützten, fanden wieder in ihr einen Schutz ihrer Macht, und der Rimbus der Heiligkeit lag von da an über den Regenten. Dies hielt aus, solange die Fürsten und ihre Höfe sich von dem patriarchalischen Charakter des 16. Jahrhunderts nicht allzuweit entfernten; als man aber am französischen Hofe anfing, allem Heiligen Hohn zu sprechen, Religion und Sitte zu untergraben und die Freigeisterei heraufzubeschwören, da rüttelte der Geist an den alten Vorstellungen, und mit demselben Ingrimm, mit dem sich Voltaire auf Pfaffenund Christenthum warf, greift Rousseau die Unnatur an, daß Wenige, Uebelwollende über die Vielen, Kinder über Greise, ein Mann der zufälligen Gebuet über ein Volk regieren, und daß diese Anordnung mit dem Siegel der Göttlichkeit besiegelt sein sollte. Er lehrte sich gegen die biblischen Monarchsten, die in der politischen Theorie aus dieser Satzung von der Göttlichkeit aller Obrigkeit ein Axiom machten, er stellte gegen die theologische Grille eine juristische, gegen den religiösen Rimbus ein furchtbarest Recht, gegen die hierarchische Staatstheorie eine naturrechtliche, gegen Eine willkürliche Satzung eine andere, seinen Gesellschaftsvertrag. Er faßte die strengen Monarchisten wie Grotius bei ihren eigenen Sätzen; sie rechtfertigten die Absolutie mit einer Vertragstheorie, in der sie darstellten, daß ein Volk sehr wohl seine Freiheit an einen Monarchen vertragsmäßig verkaufen könne; er bejahlte Gleiches mit Gleichem; er ignorirte verächtlich den göttlichen Ursprung des Regiments, er widerlegte im Sociallontrakt, daß ein Regiment sich rechtmäßig auf dem Recht des Stärkern begründen könne; es blieb also Nichts übrig, als daß alle Staatsgesellschaft ursprünglich auf einem gegenseitigen Vertrage beruhe, in dem jeder Einzelne seine Person und Habe unter die Leitung des allgemeinen Willens gestellt habe. Dieser allgemeine Wille, die Ausübung desselben, die Herrschaft, die Souveränetät ruht bei dem Volke; sie ist unveräußerlich; das Volk kann sein Recht und seine Pflicht nicht auf einen Einzelnen übertragen; die Regierung ist bloß ein Amt, dessen Glieder Depositäre des souveränen Volkes sind. Wo diese Volkssouveränetät verändert erscheint, ist es unrechtmäßig und unbefugt geschehen, wo Willkürherrschaft und nicht Gesetzherrschaft ist, da ist der Vertrag gelöst, das Volk nicht mehr verbunden, zu gehorchen, die Regierungsveränderung erlaubt. Von diesen Sätzen aus hat sich der Begriff der Volkssouveränetät Bahn gebrochen, der vor Rousseau nicht gekannt war.

Fragt man sich, wie sich diese Theorie der Geschichte, der Wirklichkeit und Praxis gegenüber verhält, so muß man zweierlei unterscheiden. Will man, wie Rousseau, die Idee des Gesellschaftsvertrags allen Staaten unterlegen als den ursprünglichen normalen Ausgangspunkt aller Staatsanfange und als ein permanent bestehendes Recht, so ist alle Geschichte dagegen; sieht man dagegen auf die einzelnen Momente, wo ein gebildetes Volk auf der Höhe seines Selbstgefühls die Bevormundung willkürlicher Gewalt nicht mehr dulden will, so ist jede Revolution und Reorganisation eines Staates eine Bestätigung der Rousseau'schen Sätze, und diese Sätze sind daher wieder eine Standarte für jede Revolution: man muß nicht erschrecken, wenn wir sagen, daß sie auch in Frankfurt als eine solche aufgefaßt worden sind. So wie Rousseau dagegen seinen Gedanken vom Gesellschaftsvertrag hinstellt, ist er Nichts als eine juristische Fiktion einer theologischen gegenüber. Die Geschichte weiß Nichts von einer Göttlichkeit der Obrigkeit, aber auch von keinem Gesellschaftsvertrage am Anfang aller Dinge; das Eine ist eine so fire Idee wie das andere. Die Geschichte weiß Nichts von Doktrinen aller dieser Art, sie weiß nur von Völkern, die sich in eine Staatsgemeinschaft gesammelt, die den Staat mit sich und sich mit ihm ausgebildet haben, nirgends unter gleichen Formen, immer in lebendiger verwickelten Weise, keineswegs in so einfacher Gestalt, keineswegs auf einen Schlag, nicht so, daß ihnen jetzt ein Meschinengote einen Königs gegeben, noch auch daß sie sich über einen Vertrag advokatisch geeinigt hätten, sondern Natur und Bedürfnisse schufen Verhältnisse und Vorstellungen, aus beiden gingen der Staatseinrichtungen hervor, weder in einer steten Gewaltigung noch in einem steten Frieden; Staats- wie Rechtsverhältnisse haben sich nicht aus einem scharfen Buchhaben der Uebereinkunft, sondern aus Gewohnheit und Gebrauch. In der ursprünglichen Einfalt und Sitte hat es keinen allgemeinen Willen gegeben, sondern höchstens

Digitized by Google

einem allgemeinen Instinkt; es hat insofern auch kein Volk und keine Volkssouveränetät ursprünglich gegeben. Wohl aber gibt es in dem Sinne, wie Rousseau den Begriff Volk gebraucht, als eine moralische und intelligente Masse, die über ihr Interesse und ihre ursprünglichen Rechte zu räsonniren und Verträge zu schließen fähig ist, wohl gibt es in diesem Sinne ein Volk und eine Volksherrschaft und Volksverträge in den Zeiten vorgeschrittener Staatenbildung, in den Zeiten der demokratischen Besahigung: und diese Zeiten, wo man sagen kann, in einem Volke sei die Volkssouveränetät ein anerkanntes oder doch durchgeführtes Prinzip, bezeichnen die Spitze eines Volkslebens, seine Höhe und seine Reife. Es beginnt nicht die Staatenbildung mit der Volkssouveränetät wie mit einem angeborenen Rechte, sondern sie kulminirt darin, als in einer Errungenschaft der politischen Bildung. So ist es in England; die Volksherrschaft besteht dort, nicht dem Namen aber der Sache nach; sie ist dort ein wirklicher und nicht bloß ein erstrebter Besitz, wie in Frankreich; hier ringt man darnach, den Grundsatz festzustellen, weil er nicht durchgeführt ist; dort in England liegt er allen Reflexionen und aller Kontroverse entfernt, weil er eben durchgeführt ist.

Meinen wir zu in Deutschland, wie es die Frankfurter Versammlung — wir sagten, im richtigen Takte — gethan hat, über diesen Grundsatz viel zu streiten, aber handeln wir ja so, daß er faktisch überall so durchgreife, wie er in England durchgegriffen hat. Suchen wir kein Gesetz oben den Willen und die Mitwirkung des Volkes erlassen werden kann, darf man, ohne vor dem Begriffe zu erschrecken, von Volkssouveränetät sprechen in dem Sinne, daß die legislative Uebermacht bei dem Volke ist und sein solle. So lange das Gesetz bestimmt, daß die ausführende Gewalt bei dem Fürsten ist, so darf man, ohne dem Grundsatze der Volkssouveränetät dabei das Geringste zu vergeben, von Fürstensouveränetät in dem Sinne reden, wie der hannoversche Gesandte an dem Wiener Kongresse im Namen des englischen Königs davon redete: daß die exekutive Uebermacht bei den Regenten ist. Sobald aber die Fürsten, wie es neuerster Zeit unter Napoleon's Herrschaft geschah, die fürstliche Souveränetät in dem Sinne verstanden, daß sie alle, die ausführende nicht allein, sondern auch die gesetzgebende Gewalt darunter begriffen, so schoben sie jene natürliche Volkssouveränetät zur Seite in einem Akte der Usurpation. Dadurch fühlt sich im natürlichen Gegenschlage das Volk versucht, im günstigen Augenblicke mit derselben Usurpation die Volkssouveränetät in dem Sinne geltend zu machen, daß es unter ihr alle und jede Staatsgewalt besaffen will.

In einem solchen günstigen Augenblicke leben wir jetzt: es wird von dem höchsten politischen Takte zeugen, wenn wir im Volke keinen Mißbrauch von diesem Vortheile ziehen, und wenn die Regierungen diesen guten Willen durch Willfährigkeit hervorrufen, und es um Alles vermeiden, dies Thema zum Gegenstande einer stehenden Diskussion zu machen. In dem günstigen Augenblicke ist der Antrag, von dem wir reden, gestellt worden; er ist gestellt worden in dem allerdings revolutionären Geiste des Gegensatzes gegen den bisherigen reaktionären Begriff der Fürstensouveränetät: nicht die Fürsten sollen und eine neue Verfassung oktroyiren, sondern die konstituirende Versammlung soll sie uns geben. Erschrecke man auch davor nicht. Wir leben einmal in der Revolution, wir sind beschäftigt mit einer völligen Reorganisation unserer staatlichen Zustände. Dies ist die eigentliche Zeit, wo Kapitulationen des Volkes mit den Fürsten geschlossen, wo Verträge von dem Volke angeboten werden unter Konjunkturen, die seine Forderungen begünstigen, wo es seine Souveränetät in einem usurpirenden Sinne ausüben kann. Die Forderung einer konstituirenden Versammlung, die einleitenden Maßregeln, die einseitig von Volkswegen dazu getroffen wurden, sind Schritte, in denen das Volk seine Souveränetät, ohne darüber zu klügeln, bereits geltend gemacht hat: das Regiment hat, wie wir es wünschen, Willfährigkeit entgegengesetzt. In der konstituirenden Versammlung selbst wird es sich darum handeln, eine exekutive Gewalt nicht herzustellen, sondern neu zu schaffen und zu begründen. Für diesen Einen Fall wird die gesetzgebende Gewalt über die exekutive verfügen, sie wird diese Gewalt übertragen und die Bedingungen aufstellen, unter denen sie sie überträgt. Soll es von den siebenzehn Stimmen an der Bundesbehörde einer oder acht oder selbst neun Stimmen zustehen, die in der konstituirenden Versammlung festbeschlossene Form der höchsten Gewalt in Deutschland abzuändern? am dargebotenen Vertrage zu mäkeln? Wir hoffen auch in dieser großen, alleentscheidenden Frage Willfährigkeit von Seiten des Regimenta. Denn wollte man hier zur Ungeit die alte Fürstensouveränetät gegen die neue Volkssouveränetät stellen, so würde man das Aergste thun, was die Uebel der Zeit gewaltig anschwellen müßte. Man würde die Revolution zu einem permanenten Zustande machen, die für uns durch eine schiernige und fundamentale Reorganisation noch immer zu einem kurzen Durchgang werden kann. Aber stimme dann Niemand unter denen, die konservativ sein wollen, gegen die Souveränetät der konstituirenden Versammlung. Die Frage ist einfach die, wer den zu machenden Vertrag zuletzt unterzeichnen, wer ihn in der Hand halten, wer im Nothfall das letzte Veto sprechen soll. Es ist das Beste, wenn diese Frage unter der beiderseitigen Vertrüglichkeit in Wirklichkeit gar nicht zur Frage kommt. Wo immer aber die in theoi aufgeworfen wird, kann sie nicht anders als zu Gunsten des Volkes beantwortet werden, wenn nicht die ganze Wucht des Mißtrauens wieder auf uns fallen soll gegen künftige Reaktion und erneuerten Mißbrauch der Fürstenmacht. Denn sollte die Frage unseliger Weise in praxi aufgeworfen werden, so würde die Antwort eben auch nur zu Gunsten des Volkes ausfallen.

---

**Oesterreich.** Die Allg. Augsb. Z. enthält in einer außerordentlichen Beilage zu Nro. 94 eine Reihe wichtiger Briefe aus Wien, Prag, Botzen, Triest, Südtirol, Pretzburg, welche fast übereinstimmend die Lage der österreichischen Monarchie als die bedenklichste und im anschienb gänzlichen Zerfallbegriffen darstellen. Die Ungarn, heißt es, verlangen augenblicklicke Entfernung des Erzherzogs Ludwig vom Hof und allen Staatsgeschäften, Entfernung aller Männer, welche irgendwie an das alte System erinnern, man habe vorgeschlagen, bewaffnet nach Wien zu ziehen, um Kossuths Forderungen Nachdruck zu geben, in vielen ungarischen Städten spreche man ungescheut von einer Republik. Dieser Brief-Schlußt: „Soll Alles in Trümmern zerfallen? So eben kommt eine zweite polnische Deputation an; die slowakische Fahne weht aus dem Gasthof zum wilden Mann; die polnische aus dem Ratschaker Hof; die Italiener stehen in ängstlich wartenden Gruppen auf den Straßen, und der ungarische Eisenrut wird heute Abend erwartet. — Nur Deutschland, Deutschland schwimt man zu vergessen! Oesterreichs einzige Stütze!“ Ferner haben die Einwohner von Prag neue Forderungen nach Wien abgehen lassen; hierzu die chaotischen Zustände Galiziens, die furchtbaren Schläge in Italien, überall Abtrennungs- und Trennungsgedanken, die auch bereits Wälschtirol ergriffen haben — man erkennt erst jetzt, da das gewaltige Völkergebäude zu zerfallen droht, wie kolossal dieses Reich gewesen ist. Der Schluß eines andern von der Allg. Z. mitgetheilten Briefes lautet: „So fordert also auch bereits ein dritter Theil der Monarchie eine fast ganz selbständige Sonderstellung, während das österreichische Italien abgefallen ist, und Galizien wohl dem wiedererstehenden Polen sich anschließen wird. Und unter solchen Umständen fendet man aus den österreichischen Provinzen fast nicht einen Vertreter nach Frankfurt. Ist das rathsuchbar, solange man dem hohen Ton, den die Wiener Adresse an die Berliner angestimmt? Einige Wochen vor dem Sturze Metternichs rief ein Aufsatz der Allg. Z. aus: Oesterreich gehört der Stunde! Wir wiederholen: Oesterreich gehört der Stunde!“ Nach Oesterreich (setzen wir hinzu) und jetzt schützen, Oesterreich, das bis auf die Stunde der höchsten Gefahr sich von Deutschland abgewendet hat und jetzt mehr unserer Hilfe als wir der seinen bedarf? So haben doch diejenigen wohl Recht, welche für solche Katastrophen, wie sie über und hereinzubrechen drohen, das Reichsbanner in die Hände Preußens zu legen vorahnend gerathen haben.

**Prag**, 28. März. Die neuen an diesem Tage beschlossenen Forderungen der Böhmen sind folgende: „1) Die unauflösbare Vereinigung der sämmtlichen zur Krone Böhmens gehörigen Länder bezüglich ihrer inneren Autonomie unter gleichrichtiger Garantie für deren innigen Verband mit der österreichischen Gesammtmonarchie; dann die vollkommene Gleichstellung der böhmischen und deutschen Nationalität in allen Lehr- und Verwaltungszweigen in diesen Ländern als Staatsgrundgesetz für dieselben. 2) Eine alle Interessen des Landes umfassende gleichartige allgemeine gesetzgebende und Steuern bewilligende Volksvertretung auf der breitesten Basis der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit; dann ein eigenes verantwortliches Ministerium für die inneren Angelegenheiten dieser Länder und Organisirung der geeigneten administrativen Centralbehörden für dieselben in Prag. 3) Sakramige Organisirung allgemeiner Nationalgarden und deren vollständige Bewaffnung. 4) Die Umwandlung der der Prager Studentenschaft nur provisorisch zugeschreten Lern- und Lehrfreiheit in eine definitive. 5) Seinerzeitige Beeidigung aller Civilbehörden und des Militärs auf die Konstitution.“ Der vierte Punkt ist, wie wir bemerken, vom Oberstburggrafen bereits provisorisch bewilligt. Mit der neuen Petition — eine Folge der ungenügenden Antwort auf die frühere — ist der Oberstburggraf am 29. bereits nach Wien abgereist.

Digitized by Google

△ Berlin, 2. April. Folgende Nachrichten scheinen, so weit meine Erkundigungen reichen, verbürgt. Orla Lehmann und Graf Knuth sind aus Kopenhagen hier. Man schreibt ihnen die Absicht zu, Preußen den freien Sund zu bieten, wenn es von der deutschen Sache Schleswig-Holsteins absteht. Wäre dies der Fall, so antwortet die That. Obrist von Bonin ist bereits hiesiger Seits in Rendsburg, um mit der dortigen provisorischen Regierung Rücksprache zu nehmen, während sich bei Havelberg Truppen zusammenziehen. Morgen geht das Kaiser Franz- und Kaiser Alexander-Regiment, die hier in der unglücklichen Nacht fochten, mit Artillerie aus seinen Standquartieren in der Nähe Berlins direkt mit der Eisenbahn nach Rendsburg. Der Generalkonsul von Syrien, der hier seit einem halben Jahr anwesend ist, Hauptmann v. Wildenbruch, ein bedeutzer, grabsinniger Mann von großer Bildung, geht sogleich in außerordentlicher Sendung nach Kopenhagen. Schon leidet der Handel der Ostsee, aber wir hoffen auf einen deutschen Preis, auf ein freies Schleswig-Holstein und freie Schifffahrt des Sundes. — Die schwierigste Aufgabe dieser Tage liegt für die preußische Regierung, inwiefern sie sich zu den vollen Konsequenzen der deutschen Sache bekennt, im Großherzogthum Posen. Polens nationale Wiedergeburt ist der Wunsch Deutschlands; man denkt sich die Verwirklichung leicht. Preußen soll sich von Posen abfinden, um ganz deutsch zu sein. Aber im Großherzogthum Posen ist von Jahr zu Jahr Deutsches und Polnisches inniger verwachsen. Diejenigen Polen, die noch vor wenigen Tagen in Berlin hochherzig versicherten, es solle in Posen deutsches Gut und Blut unversehrt bleiben, drohen den deutschen Bewohnern mit Sensenmännern. Unsere Zeitungen bringen schon den Nothruf der deutschen Bewohner des Großherzogthums Posen, z. B. Beilage der Zeitungshalle No. 79. Gestern berichtete mündlich ein deutscher Abgeordneter des Großherzogthums Posen den versammelten Rotten des Studentenkorps über die polnischen Uebergriffe klar und anschaulich und dämpfte die unbestimmten polnischen Sympathien, indem er die deutsche Liebe schärfte. Im Großherzogthum Posen rechnet man 500,000 deutsche Einwohner gegen 700,000 Polen. Einzelne Striche sind ganz deutsch, namentlich im Regierungsbezirk Bromberg. Die Stadt Bromberg, voll deutscher Bildung und deutschen Sinnes hat sich kräftig erhoben. Preußen hat seit 70 Jahren im slavischen Osten germanisirt. Weder Preußen noch Deutschland darf diese deutschen Vorposten wie in Feindes Land, im Stich lassen; es würde sonst in diesen Landen verlieren, was es eben gegen die Dänen gewinnen will. Es bedarf hier in dem Scheidungsproceß der slavischen Elemente aller Besonnenheit und Kraft. Fordern die Polen das alte Land zurück, so kann ihnen nur das polnische Volk gegeben werden. Wenn sie darnach das Land, das entschieden polnischer Zunge ist, zurück empfangen, so empfangen sie es, durch die preußische Verwaltung gehärtet und veredelt, mit hohem Zins und Zinseszinsen zurück. Mögen sie sich dessen genügen lassen und mag Deutschland, das diese Verhältnisse seiten kennt und erwägt, nicht gegen den eigenen Gedanken seiner volksthümlichen Bewegungen fehlen, indem es in verworrener Vorstellung dringt, einen Festschritt der Geschichte vor 70 Jahren, die Theilung polnischen Landes, nackt zurückzuthun. Was deutsch ist oder deutsch ward, muß deutsch bleiben. Möge die deutsche Zeitung, ihrem Princip getreu, diese deutschen Verhältnisse in Osten aufmerksam verfolgen und kräftig schirmen, damit wir nicht zu spät eine nationale Sünde zu bereuen haben, wenn wir einen Fehler mit dem andern gut machen. Es geht hier heute das Gerücht, daß Rußland in Polens Aufrechterhaltung willige, wenn Polen den Herzog von Leuchtenberg als König anerkenne. Schwerlich ist dem so. Indessen wäre es in solchem Falle doppelt nöthig, daß Deutschland Eines Sinnes auf Alles bestände, was im Großherzogthum Posen deutsch ist. Hier mag sich das übrige Deutschland in Acht nehmen, daß es nicht zu spät komme — was es fast Preußen vorwirft. Wir entschuldigen nicht, was nicht zu entschuldigen ist. Aber man möge billig in Rechnung bringen, was man in Süddeutschland vergißt, weil man es wohl einmal denkt, aber selten mitempfindet. Die kleinern Staaten entscheiden sich schneller, weil sie das Ihrige leichter überblicken. Preußens Entschluß mußte langsamer reifen, weil es mit seinem Entschluß sogleich zur That mußte. Preußen hat nicht allein, wie Süddeutschland, unruhige Grenzen im Westen. Morgen steht preußisches Heer im Norden auf holsteinischem Boden; und es muß heute auf das gefaßt sein, was morgen oder übermorgen aus den Osten droht.

Berlin. Die Pr. Allg. Z. enthält folgendes Schreiben des Staatsministeriums an den König: Ew. Königl. Majestät Aufruf an Preußen und an die deutsche Nation hat von mehreren Seiten eine Deutung gefunden, welche der ihm zu Grunde liegenden Absicht nicht entspricht. Der Schritt, den Allerhöchstdieselben gethan, als sie für die Zeiten der Gefahr die Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen sich bereit erklärten, befand in dem Anerbieten, mit all der materiellen und moralischen Macht des 15 Millionen Deutsche umfassenden Staates die Erreichung der auf deutsche Einheit gerichteten Wünsche aller Bundesstaaten zu fördern. Die gleichzeitige Aufsteckung der deutschen Farben enthielt das unzweideutige Anerkenntniß, daß die Einheit Deutschlands zur Rettung aller zum deutschen Bunde vereinigten Stämme unentbehrlich, und daß Preußen bereit sei, seinerseits im vollsten Umfange die allen Bundesstaaten obliegenden Pflichten anzuerkennen und zur Abwendung der das gesammte Vaterland bedrohenden Gefahren seine ganze Kraft einzusetzen. Dagegen hat dieser Schritt nicht die ihm mehrseitig zugeschriebene Bedeutung haben können, als wenn mit der augenblicklich angebotenen Leitung irgendwie der freien Entschließung von Deutschlands Fürsten und Völkern vorgegriffen werden solle. Eben so wenig konnte die Annahme des Symbols, in welchem alle deutschen Staaten ihre Vereinigung finden, das Aufgeben der von Preußen und der von den anderen deutschen Staaten gleichen geführten Farben bedingen. In der einen Hinsicht haben Ew. Königliche Majestät ausdrücklich erklärt, daß Sie die Usurpation der oberen Leitung oder irgend eines Rechtes nicht beabsichtigten, vielmehr eine solche Absicht auf das Bestimmteste abgelehnt. Zugleich aber wird in Allerhöchstere Proklamation darauf hingewiesen, daß die Gründung eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, eine Einheit in der Verschiedenheit zu erstreben sei, wie denn in Uebereinstimmung hiermit die an demselben Tage an das Kriegsministerium erlassene und durch die Allg. pr. Z. veröffentlichte Ordre ausdrücklich bestimmt, daß die Armee neben der preußischen die deutsche Kokarde anzulegen habe. Wenn Ew. k. Maj. hiermit Sich einverstanden erklären, werden wir nicht unterlassen, den Mißdeutungen, welche jenem Aufrufe gegeben worden sind, in geeigneter Weise entgegenzutreten. Berlin, 2. April 1848. Das Staatsministerium. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. Arnim. Hansemann. v. Rochow. — Mit der Auffassung Meines Aufrufes vom 21. v. M., welche sich in dem heute vom Staatsministerium erstatteten Berichte ausspricht, bin ich durchaus einverstanden und ermächtige daßelbe, den Mißdeutungen, welche Meinen Worten gegeben worden sind, in geeigneter Weise entgegenzutreten. Potsdam, 2. April 1848. Friedrich Wilhelm. An das Staatsministerium.

Berlin. Die Fr. D. Z. enthält von hier folgende Nachrichten: Am 1. d. M. hier eingetroffene Briefe aus Stettin sagen, daß die Dänen Kaperbriefe ausgegeben haben und daß bereits zwei preußische Schiffe von ihnen genommen seien. In der Ostsee finden sich englische Kriegsschiffe, und es ist zu erwarten, daß sie zum Schutz der preußischen Schifffahrt operiren werden (!). — Es war heute hier das Gerücht verbreitet, daß der Kaiser von Rußland aus Warschau vier Mitglieder des Ritter-, vier des Bürger- und vier des Bauernstandes habe entbieten lassen, um mit ihnen über die Polen zu gewährenden Verbesserungen zu berathschlagen. Einem anderen Gerücht nach wäre der Herzog von Leuchtenberg zum König von Polen ernannt worden *). — Mehrere Garderegimenter haben den Befehl erhalten, nach der Provinz Posen zu marschiren, um die dort durch die Polen und fremde Emissäre gestörte Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

**Hannover**, 1. April. Ich beeile mich, Ihnen mitzutheilen, daß die zweite Kammer soeben den Gesetzentwurf wegen Abänderungen in der Verfassung, „daß nämlich künftig zu einer Veränderung in der Verfassungsurkunde, in dem Wahlgesetz und in dem Geschäftsgange gleiner das Erforderniß eines einfachen Gesetzes, d. h. die absolute Majorität, hinreiche“, in erster Abstimmung einstimmig angenommen hat. Die zweite Kammer beschloß ferner daß einstimmig einen Antrag, enthaltend die Herstellung des Rechts für jeden Eigenthümer, auf seinem Grund und Boden Wild zu erlegen, ohne daß dadurch zugleich das Recht der Jagdberechtigten, auf fremdem Grunde zu jagen, an sich aufgehoben werde. Das k. Finanzministerium hat hinsichtlich der zum Schiffbau zu verwendenden Materialien eine Reihe von Steuererleichterungen verfügt. (Wes. Z.)

**Baden.** * Karlsruhe, 5. April. Die von Frankfurt rückkehrenden Abgeordneten trafen die Residenz wie die freie Stadt, welche sie verlaßen, geschmückt mit den deutschen Farben, welche auch hoch vom Schloßthurme wehen. Die Sitze in der Kammer sind stark gelichtet, etwa 36 Mitglieder, kaum die gesetzlich erforderliche Zahl (35)

*) Obigen Gerüchts findet sich auch in der D. Allg. Z. Die Nachricht von der Ernennung des Herzogs v. Leuchtenberg zum König von Polen sei am 2. April Mittag 1 Uhr der Schloßwache zu Berlin mit der Sitte um Weitervorbeiritten mitgetheilt worden.

Digitized by Google

waren anwesend, die Galerien fast besetzt, aber nicht vorzugsweise wie in den letzten Wochen von Beifallklatschern für Wirthshausbrüche und Hetzreden. Die allgemeine Theilnahme, das sah man wohl, ist jetzt auf einen andern Ort gewendet, wo sich Größeres für das deutsche Vaterland entscheidet.

Präs. Mittermaier theilte mit, daß er durch Briefe und Deputationen die Zustimmung zu der Thätigkeit der Abgeordneten für allgemein deutsche Interessen, aber auch die Erinnerung erhalten habe, daß die badischen Anliegen nicht vergessen bleiben, und der Sehnsucht des Volkes nach Erleichterung drückender Lasten Rechnung getragen werde. Auf den Antrag Blankenhorns, die Petitionskommission zu verstärken, bemerkte der Präsident, daß über viele Petitionen, namentlich über Gemeinde-, Stiftungs- und Forstwesen Generalberichte erstattet werden können, und die Kammer beschloß, einstweilen die Petitionskommission um zwei Mitglieder zu verstärken. Mehrere Vorstellungen, die heute einkamen, betreffen die Nothwendigkeit öffentlicher Arbeiten zur Minderung der Noth. Namentlich wird ein Straßenbau bei Schiltach verlangt, wo durch den Stillstand einer Fabrik die Naturungslosigkeit eine bedauerliche Ausdehnung erlangt hat.

Mez nahm sich der armen Bewohner jener Gegend mit Wärme an. Auf die Bemerkung des Regierungskommiß. Junghanns, daß leider gegenwärtig viele Staatseinnahmen stocken und die Mittel für öffentliche Arbeiten zu fehlen beginnen, erklärte Mez, daß die Steuerverweigerungen unwürdig und unverständig seien; man müsse die Gesetze achten, so lange sie bestehen; die öffentlichen Arbeiten seien nothwendig um die Ruhe im Lande zu erhalten, die Erhaltung der Ruhe aber sei gegenwärtig die wichtigste Aufgabe. Dringend aber sei auch die Einführung einer gerechteren Steuersystems. Fin.-Min.-Präsident Hoffmann entgegnete, er sei mit einem Entwurf beschäftigt, aber zu einer gänzlichen Umänderung des Steuersystemes gehöre große Umsicht und Vorsicht. Doch werde die Vorlage mit Rücksicht auf jene Erfordernisse bald erfolgen. — Die Ausarbeitung der Gewerbeordnung wird nach einer Mittheilung des Abg. Rettig von der Kommission ehrenvoll beschleunigt. Der Abg. Zittel regte die Frage an, ob nicht bei den Wahlen zur konstituirenden Versammlung nach dem Beschlusse des Frankfurter Kongresses das Wahlrecht mit dem 21. Jahre beginnen solle, obgleich die Wahlordnung das 25. Jahr festsetzt. Die Ansichten vereinigten sich dahin, daß der Beschluß der Frankfurter Versammlung hinsichtlich der 21. Jahres, welches in Baden das Alter der Volljährigkeit ist, bindend sein müsse. Da der Präsident des Ministeriums des Innern nicht anwesend ist, so bemerkt Präsident Mittermaier, daß er heute noch die Regierung von der Ansicht der Kammer in Kenntniß setzen werde.

Weiter hält für angemessen, daß die Eintheilung der Wahlbezirke zu je 50,000 Seelen vor der Wahlmännerwahl verkündet werde, weil in dieser Zeit des Mißtrauens die Regierung der Vorwurf treffen würde, sie habe nach den Wahlen die Bezirkseintheilung in ihrem Interesse vorgenommen.

An die Aeußerung des Abg. Mez, daß die Erhaltung der Ruhe das Wichtigste und die Verletzung der Gesetzlichkeit unwürdig und unverständig sei, erlauben wir uns eine kurze Betrachtung zu knüpfen. Diese Worte sind recht schön und gut, und es liegt darin eine ernste Mahnung an Alle, die sich damit einverstanden erklären, danach zu handeln. Man soll daher vermeiden, durch unklare Begriffe und Aufregung niedriger Leidenschaften Streit und Zwiespalt unter das Volk zu werfen; man soll bei dem löblichen Bestreben, die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern, nicht Haß gegen die „Bourgeoisie" predigen. Wer in Deutschland den Franzosen nachplappert, weiß nicht was er thut, oder wenn er es weiß, so will er das Schlechte. Bourgeoisie ist in Deutschland das Bürgerthum, es besteht aus den selbständigen Männern, die Vermögen besitzen, Gewerb und nützliche Beschäftigung treiben, von dem Ertrage ihres Vermögens oder ihrer selbständigen Arbeit leben. Wer die Beseitigung dieser Klasse, gegen die Bürger reizt, der wirft dahin, daß das Vertrauen schwindet, die Arbeit stockt, die Nahrungsquellen des Volkes versiegen. Er verschlimmert die Lage aller Klassen, und bereitet der Reaktion den Sieg. Wer Ruhe und Gesetzlichkeit will, der muß auch vermeiden, durch unklare Begriffe und Aufregung von Leidenschaften in Beziehung auf Staatsformen und Freiheit den Bürgerkrieg zu entflammen; er muß vielmehr dahin wirken, daß der Wille der Mehrheit der Nation von Allen geachtet werde. Wer dagegen dem Volke vorlügt, daß die Republik eine Staatsform sei, welche den Bürgern nur Rechte gebe und keine Pflichten auflege, während sie mit den größeren Freiheitsrechten, größere Opfer, wenn nicht von der Staatskasse, doch von den Einzelnen fordert; wer dem Volke vorlügt, daß in der Republik Fleiß und Sparsamkeit nicht mehr die Bedingungen des Glückes und der Achtung seien, wer dem Volke vorlügt, daß in der Republik der Faule und Verschwender herrlich und in Freuden leben könne — der befördert weder die Ruhe noch die Gesetzlichkeit, noch die Freiheit. Das Volk hüte sich vor den neuen Emporkömmlingen und Lärmmachern, welche an das Ruder wollen, um einen weit schlimmern Despotismus zu üben, als je der Vorigestaat walten ließ. Fort mit diesen eitlen, unverständigen Gecken; alle wohlmeinenden, verständigen Bürger werden mit den Worten des Abg. Mez einverstanden sein, und mit der Besinnung, die in der beschworenen Verfassung und in dem Deputirtenei bethätigt wird.

Der eigentliche Gegenstand der Tagesordnung war die Diskussion über Mittermaier's Bericht für Einführung der Schwurgerichte. Es ist jetzt nicht mehr an der Zeit, den Lesern ausführliche Verhandlungen dieser Art zu bieten, zumal wenn sie bei der Gesetzvorlage sehr bald zum zweiten Male wiederkehren. Es genüge daher die Bemerkung, daß Mittermaier, Zentner, Stösser, Metz und Bertano an der Verhandlung Theil nahmen. Reg. Kommissär Jungh anns äußerte, daß ein Gesetzentwurf über das Schwurgericht gegenwärtig von dem Justizministerium berathen werde. Mittermaier erklärte sich für die englisch-amerikanische Einrichtung, und hob in seiner Schlußrede besonders hervor, daß kein Land so würdig und fähig des Schwurgerichts sei wie Deutschland. Das Schwurgericht habe, wie die Rheinlande zeigen, eine starke moralisirende Kraft, und dieser bedürfen wir. Zentner bemerkte unter Anderm, das Schwurgericht sei eine nothwendige Ergänzung der konstitutionellen Verfassung; wie diese dem Volke Antheil an der Gesetzgebung gibt, so das Schwurgericht an der Ausübung der Rechtspflege. Stösser verlangte, daß die aktiven Staatsdiener, Offiziere, Soldaten und Geistliche von den Urwahlen zu den Geschworenen ausgeschlossen werden. Bertano u. A. forderten unbedingte Oeffentlichkeit, namentlich Aufhebung der §§. 224. 225. 226. der Strafprozeßordnung, welche die Frauen ausschließen und andere Beschränkungen der Oeffentlichkeit festsetzen. Der Redner erinnerte, daß die zweite Kammer auf den Antrag des Abg. Mathy die Zulassung der Frauen zu den Verhandlungen der Schwurgerichte beschlossen hatte, die erste Kammer aber den Beschluß wieder umstieß. — Der Antrag der Kommission — auf baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs über Einführung der Geschworenengerichte in Strafsachen, mit Berücksichtigung der im Kommissionsbericht und in den Berathungen der Kammer gemachten Vorschläge — wurde einstimmig angenommen.

Nächsten Freitag werden die Gesetzentwürfe über Gleichstellung der Konfessionen und über unabhängige Stellung der Richter berathen.

Frankfurt, 4. April. Von dem permanenten Ausschusse der vorberathenden Versammlung zur Bildung einer deutschen Reichsversammlung ist soeben folgende Bekanntmachung erlassen worden: Die Versammlung zur Berathung eines deutschen konstituirenden Parlaments hat heute mit 467 Stimmenden einen permanenten Ausschuß von 50 Mitgliedern gewählt. Die Wahl fiel auf die Herren: Wiesner aus Oesterreich 457 Stimmen, v. Itzstein aus Baden 443, Robert Blum aus Sachsen 435, Jacoby aus Königsberg 396, Kolb aus Speier 391, Uhrig aus Preußen 390, Soiron aus Baden 390, Simon aus Breslau 388, Schott aus Würtemberg 385, Murschel aus Würtemberg 380, Raveaux aus Rheinpreußen 373, Spaß aus Rheinbaiern 369, Eisenmann aus Baiern 361, Scheiden aus Schlesw ig 361, Mathy aus Baden 356, Gülich aus Schleswig 356, Freudentheil aus Hannover 352, Graf Bissingen aus Oesterreich 350, Stettmann aus Koblenz 350, Venedey aus Rheinpreußen 347, Schnelle aus Mecklenburg 344, Siemens aus Hannover 342, Jürgens aus Braunschweig 340, Zacharia aus Hannover 333, Wippermann aus Hessenkassel 328, Lehne aus Rheinbaiern 322, Biedermann aus Sachsen 321, Rüder aus Oldenburg 321, Hergenhahn aus Nassau 320, Buhl aus Baden 315, Nonne aus Hildburgshausen 314, Kierulf aus Mecklenburg 313, Heckscher aus Hamburg 313, Cette aus Rheinpreußen 314, Duckwitz aus Bremen 310, Behn aus Lübeck 310, Schwarzenberg aus Kassel 309, Brunck aus Rheinhessen 307, Mappes aus Frankfurt 306, Pagenstecher aus Preußen 305, Wilhelmi aus Preußen 304, Briegleb aus Koburg 303, Blachière aus Kurhessen 298, v. Closen aus Baiern 297, Paur aus Baiern 296, Reh aus Darmstadt 288, Mack aus Würtemberg 285, Meyer aus Preußen 277, Wedemeyer aus Preußen 270, Wächter, Kanzler, aus Würtemberg 190 Stimmen. Einige der vorstehend Gewählten sind in Frankfurt a. M. nicht mehr anwesend; sie werden hierdurch eingeladen, sich ungehend gegen das Präsidium zu erklären, ob sie die auf sie gefallene Wahl annehmen, und sich für diesen Fall sofort hierherstellt einfinden zu wollen. Bei der Dringlichkeit der Verhältnisse werden wir es einer Nichtannahme gleichachten, falls die Erklärung nicht in kürzester Zeit

Digitized by Google

eingehen sollte, und demzufolge die gewählten Ersatzmänner einberufen. Frankfurt a. M., 4. April 1848. Soiron, als Vorsitzender des Ausschusses.

Die folgenden Mitglieder, welche in der Minorität geblieben sind, werden vom Frankf. Z. als Suppleanten bezeichnet: Heder (Baden); Leue (Rheinpreußen); Schaffrath (Sachsen); Vogl (Gießen); Joseph (Sachsen); Jochs (Frankfurt); Fetzer (Würtemberg); Ernst Beisler (Nassau); Schweikart (Würtemberg); Zitz (Rheinpreußen); Runge (Mecklenburg); Strowe (Baden); Ahmann (Braunschweig); Graf Reichenbach (Sachsen); v. Sybel (Marburg); Wesendonk (Rheinpreußen); Rödinger (Würtemberg); Jul. Meyer (Osnabrück); Hoff (Mannheim); Brentano (Baden); Strecker (Mainz); Rieser (Hamburg); Eisenstuck (Sachsen); d'Ester (Köln); Wurm (Hamburg); Hepp (Rheinpreußen); Rindl (Baiern); Wigard (Dresden); Detering (Hannover); Plange (Preußen); Ronge (Preußen); v. Diemar (Würtemberg); Hildebrand (Marburg); Peter (Baden); Burgers (Köln); Schlefter (Breslau); Betz (Rheinpreußen); Jungbanns II. (Baden); Tinné (Baiern); Bürk (Hessen); Wuttke (Leipzig); Depener (Dessau); Rosé (Preußen); Pelz (Preußen); Haußtein (Sachsen); Wiedemann (Baiern); Schmitz (Preußen); Prell (Baiern); Christmann (Rheinbaiern); Mohr (Rheinhessen).

Frankfurt, 4. April. Die Frankf. Blätter enthalten Folgendes: Der von der Frankfurter Versammlung gewählte Fünfzigerausschuß ist seglich nach Verkündung der Wahl zusammengetreten. Zum Vorstand wurde Soiron aus Baden, zum ersten Stellvertreter Robert Blum aus Sachsen, zum zweiten Stellvertreter Abegg aus Preußen, zu Schriftführern wurden Heinrich Simon aus Preußen, Beredey aus Preußen und Briegleb aus Koburg ernannt. Der Vorstand und der zweite Stellvertreter traten sofort mit dem Vorsitzenden der Bundesversammlung Grafen Colloredo in persönliche Verbindung und erhielten von demselben die Erklärung, daß die Beschlüsse der Versammlung in Beziehung auf die Anordnung der Wahlen der konstituirenden Versammlung und wegen des Ausscheidens derjenigen Bundestagsgesandten, welche das Vertrauen des Volkes nicht besitzen, ohne allen Verzug durch die Bundestagsgesandten an die zuständigen Regierungen abgegangen seien; ferner daß er sofort den Beschluß der Bundesversammlung über die Art und Weise, in welcher dieselbe geschäftlich mit dem Fünfzigerausschuß zu verhandeln, beantragen und alsbald mittheilen werde. Frankfurt a. M., 4. April 1848. Namens des Fünfzigerausschusses: gez. Soiron, und Beiegleb.

Frankfurt, 4. April. Aus den Mitgliedern des berathenden Versammlung für das zu konstituirende deutsche Parlament hat sich „ein demokratisches Centralkomite für die Wahlen zur konstituirenden Versammlung an das deutsche Volk" hier gebildet, bestehend aus folgenden Männern der Minorität der Versammlung in der Paulskirche: Reichenbach aus Schlesien; d'Ester aus Rheinpreußen; Türke aus Westpreußen; Titus aus Baiern; Detering aus Hannover; Meyer aus Hannover; Diemer aus Würtemberg; Minkwitz aus Sachsen; Heder aus Baden; Strowe aus Baden; Würth aus Baden; Zitz aus Hessen; Mohr aus Hessen; Pfüger aus Hessen; Würth aus Sigmaringen. (B. Z.)

Frankfurt, 5. März. Gestern hat das Kollegium der dem Bundestag beigegebenen 17 Vertrauensmänner konstituirt. Eine größere Aufgabe ward in Deutschland noch keiner Versammlung als dieser. Sie soll den Entwurf der künftigen deutschen Reichsverfassung fertigen, welcher dem zu berufenden Nationalparlamente zur Berathung vorzulegen ist. Bei den ausgezeichneten Namen, welche diese Versammlung zieren — ich will nur Jordan, Dahlmann und Uhland nennen — kann die Nation einer ausgezeichneten Arbeit gewiß sein. Gestern ist auch für Schleswig-Holstein der ernannte Vertrauensmann eingetroffen, da aber seine Ernennung von der dortigen provisorischen Regierung, die vom Bunde noch nicht förmlich anerkannt, geschehen war, so walteten Zweifel über seine Zulassung ob; doch haben, wie ich aus guter Quelle höre, die Bürgermeister der Vertrauensmänner, Mar v. Gagern und Bassermann, ihn sofort zu einer heutigen Sitzung eingeladen. Auch die Bundesversammlung selbst soll gestern seine Zulassung ausgesprochen haben. Ein wichtiger Schritt!

* Frankfurt, 5. April. Der permanente Ausschuß hielt heute um 4 Uhr seine erste Sitzung. Die vorgeschlagene Geschäftsordnung in elf Paragraphen wurde genehmigt. Nach derselben sind die Sitzungen öffentlich, doch kann die Versammlung, wo der Gegenstand es gebietet, sich in ein Komité verwandeln. Die Protokolle des Sekretariats werden gedruckt, auf Verlangen von 3 Mitgliedern müssen aber die vollständigen stenographischen Aufzeichnungen veröffentlicht werden. Wieser erstattete Bericht über die Vertretung Oesterreichs. Er beantragt, statt acht elf Abgeordnete aus Oesterreich zum Ausschuß einzuberufen und die Wahlen den Magistraten der Provinzialhauptstädte zu übertragen. Die Berathung hierüber war bei Postschluß (6½ Uhr) noch nicht beendigt.

Frankfurt, 5. April. Nun weiß man, was das deutsche Volk will. Die vierzigtägigen Verhandlungen der Versammlung in der Paulskirche müssen es auch dem Blödesten klar machen. Es will Reform, aber keinen Umsturz. Die Partei, welche Permanenz der Versammlung und Abschaffung der Monarchie verlangte, blieb in der entschiedensten Minderheit, und — was sehr bezeichnend — je mehr die Versammlung diese Partei kennen gelernt, desto mehr fielen von ihr ab. Bei der zweiten namentlichen Abstimmung, welche Heder hervorrief, waren auf der republikanischen Seite 50 Stimmen weniger als bei der ersten, und als diese Partei gar im Gefühle ihrer Ohnmacht den Saal verließ, bestand sie nur aus etwa 40. Daß die Versammlung sie eingeladen, wiederzukehren, ist unwahr*). Der Eintritt, den diese Partei auf die ganze Versammlung, auf das Publikum gemacht, ist der, daß, wenn man auch einmal die Republik verlangen würde, man sie doch am Wenigsten aus solchen Händen nehme. — Nie hat Jemand seiner eigenen Sache mehr geschadet, als diese Vertreter der Republik, die den ersten republikanischen Grundsatz, dem Willen der Mehrheit sich zu unterwerfen, verläugnen. Nicht diesen Mehrheitswillen, nicht den Volkswillen wollen sie zur Herrschaft bringen; nein sie wollen selbst herrschen. Daher wird denn auch ganz natürlich in ihren Blättern schon gegen die Versammlung zu Felde gezogen, es wird jetzt schon Opposition gegen den Nationalwillen gemacht, und diese Herren bedenken nicht, daß sie dadurch auf gleiche Stufe steigen mit den Despoten aller Zeiten, welche gegen den Willen der Mehrheit ihres Volkes herrschen wollten. Aber warum sollten diese Herren auch nicht des Sternes voll sein? Als in der Berathung auf dem Römer auch Heder zum Vicepräsidenten vorgeschlagen worden, erfolgte ein lauter Widerspruch, daß dieser Name nicht einmal zur Abstimmung kam. Für den Antrag, eine Kommission zur Prüfung der Strube'schen Propositionen niederzusetzen, erhoben sich unter 500 Männern nur etwa 30. Aus allen Ländern Deutschlands ward auf der Rednerbühne berichtet, daß man überall die Freiheit, aber nirgends Republik wolle. Um den Austritt der 40 kümmerte sich die Versammlung nicht, sondern fuhr in ihren Berathungen fort; der Beschluß, wegen dessen der Austritt angeblich — denn der Austritt war schon den Tag vorher beschlossen — geschehen war, hatte bennoch die beste Folge. Bei der Wahl des Ausschusses fielen Heder, Strowe u. s. w. durch, Hier wird sei ob diesen glänzenden Niederlagen den Zorn und Unmuth der Durchgefallenen nicht begreiflich finden! Das Härteste für sie war aber, daß alle die Märtyrer der Freiheit, die in Kerker und Verbannung die wirkliche aufrichtige Hingabe an die Sache der Freiheit erprobt haben, vor den Bestrebungen Heder's, Strowe's u. s. w. warnten. So war es erschütternd, Eisenmann, der 15 Jahre von der Monarchie in Banden gehalten war, doch für die Monarchie sprechen zu hören, weil er in der Proklamirung der Republik nur Spaltung und Bürgerkrieg über sein Vaterland hereinbrechen sah. So erklärte der edle Venedey, die Republik gehe nur über seine Leiche, sagte auf der Rednerbühne geradezu, daß er verlasse die Freiheit nicht, und warnte vor der Nachahmung des französischen Beispiels, das er 12 Jahre in der Nähe gesehen. Ebenso Rauschenplatt. — Wenn die heimkehrenden Mitglieder der großen Versammlung einen großen Widerwillen gegen Ihre badische Partei in alle Theile Deutschlands zurückbringen, so hat diese Partei es nur selbst verschuldet. Am meisten empört aber ist man über das Einverständniß der badischen Umsturzpartei mit den Legionen in der Schweiz und in Frankreich. Die republikanischen Blätter Ihres Landes lassen über dieses Einverständniß keinen Zweifel mehr. Gelänge es auch, in Baden die Republik auszurufen, weder in Würtemberg, noch in Baiern, noch somit sie würde man mitgehen. Die Reaktion gegen alle fernere freiheitliche Entwicklung würde unter den 13 Millionen Oesterreichern, den 16 Millionen Preußen, den 6 Millionen Baiern u. s. w. nur um so heftiger hervorbrechen; ohne den schändlichsten Verrath an Frankreich hätte eine badische Republik doch keine Zukunft, und Nichts wäre gewonnen, als daß vielleicht die konstituirende Versammlung nicht mehr die freiheitlichen Beschlüsse fassen würde, die man außerdem erwarten kann. Das große Einigungs-

*) Können wir nur bestätigen. Alle Anwesenden werden sich erinnern, daß v. Soiron's Antrag erst dann einigen Anklang in der Versammlung fand, als er davon erklärte, wenn die Versammlung solle das Wahrscheinlich noch offen halten für die etwa Zurückkehrenden, und Jeder, der sonst gewählt hatte, könne seinen Wahlzettel zurückfordern. Der Antrag auf eine vollständige Verschiebung der Wahl fand keine Unterstützung, von einem Beschlusse, die Ausgetretenen förmlich zur Rückkehr einzuladen, haben wir Nichts gehört. D. Red.

Digitized by Google

werk der deutschen Nation müßte an dem fanatischen Ehrgeiz einiger Leute scheitern, und dies in einem Augenblick, wo der Feind an der Eider über die Grenze gedrochen und der Rasse und mit seinen Horden bedroht! Man spricht von der Wohlfeilheit der Republik, wahrlich um solchen Preis, um den Preis der Spaltung, des Bürgerkriegs, wäre sie allzutheuer erkauft. — Um 4 Wochen kommen die gewählten Vertreter des ganzen Deutschen Volkes hier zusammen: sie allein haben das Recht, über das künftige Schicksal unseres Vaterlandes zu entscheiden.

**Schleswig-Holstein.** Die Nachrichten aus Rendsburg melden noch Nichts Entscheidendes und Gewisses über den Beginn des Kriegs. Doch sollen bereits Vorpostengefechte stattgefunden haben, ein dänisches Freikorps soll bei Neuersdorf (etwa 4 Meilen südöstl. von Kiel) gelandet und hier bei einer von demselben versuchten Razzia Blut geflossen sein. Vom 31. März schreibt man aus Rendsburg: Die Dänen, welche mit 1400 Mann leichten Truppen, worunter 600 Mann Kavallerie, die Stadt Hadersleben besetzt halten, fahren mit der Verhaftung der deutsch-gesinnten Einwohner fort. Außer dem Dr. Marcus, einem wackeren Vaterlandsfreunde, ist auch der Hadersleber Aktuarius zu Tostlund im Amte Hadersleben in Verhaft genommen. Unsere Truppen, jetzt mit Einschluß von 3000 Freischaaren unter dem Oberbefehl des Advokaten Koch aus Segeberg, gegen 8000 Mann stark, rücken dem Feind entgegen. Wir dürfen schon morgen oder übermorgen Nachricht von einem Treffen erwarten. — Auf Alsen sind die Dänen Meister und sollen das Eigenthum des Herzogs von Augustenburg in Beschlag genommen haben. Diese Insel wäre ebensowenig von unserer Seite zu vertheidigen, als es die Insel Fehmarn ist, in deren Nähe gleichfalls ein dänisches Kriegsschiff gesehen wird. — Heute ist ein Freikorps aus Braunschweig hier eingetrickt, welches die Nachricht bringt, daß der Herzog von Braunschweig mit einem Heer von 3000 Mann und sechs Kanonen bald erwartet werden darf. Den Einzug von 6000 Mann Hannoveranern und 15,000 Mann Preußen dürfen wir bald entgegensehen. Ferner vom 1. April: Der Advokat Blaunfeldt aus Flensburg, welcher dort eine dänische Freischaar errichten wollte, ist hier gestern als Gefangener eingebracht worden. Mehrere Dänen, die bisher noch frei umher gingen, ist Stubenarrest angekündigt worden. Andere hat man eingesteckt. Der Kampf dürfte ein erbitterter werden, wenn nicht die Dänen sich eines Besseren besinnen, oder wenn nicht etwa die, republikanischen Gelüste eines Theils der dänischen Nation diese in den Strudel der Revolution stürzen sollten. Fortwährend treffen hier neue Freischaren aus Holstein und den nördlichen Deutschland überhaupt ein. Bundestruppen sind noch nicht angelangt. Das Volk fängt schon an, Mißtrauen gegen den Bund zu hegen: „man werde uns im Stich lassen!“ Die feindliche Macht ist durch zwei Kavallerieregimenter, die von der Odersee herangezogen sind, verstärkt worden. Dieselbe scheint angriffsweise verfahren zu wollen und ist bis Apenrade vorgedrungen. (Nach Privatbriefen die uns mitgetheilt worden sind, wären die Deutschen aus Apenrade zurückgewichen).

### Großbritannien.

**London**, 2. April. Unsere Auszüge aus den Betrachtungen englischer Zeitungen über die Berliner Woedracht beschließen wir mit folgender Mittheilung eines reisenden Engländers, welche wir im M. Chr. lesen; wir ziehen sie deßhalb aus, weil sie das Dämonische, Uebernatürliche des Kampfes glücklich hervorhebt: „Die gestrigen Scenen der Nacht vom 18. und den folgenden Tagen erscheinen mir jetzt wie ein Traum; ich mag nicht glauben, was ich mit eigenen Augen gesehen habe, noch meinem Gedächtniß trauen, wenn es mir Dinge vorerzählt, als da sind: der militärische Ruhm Preußens gedemüthigt, das altadelige Element zu Boden geschlagen, der gute und christlich gesinnte König wie ein gebrochnes Rohr sich beugend vor einem aufständischen Volkshaufen. Die ganze Bewegung ist aus gewöhnlichen Gründen nicht zu erklären, es war, als ob übermenschliche Gewalten plötzlich losgelassen worden wären, um im Herzen von Nord- und Centraleuropa eine mächtige Veränderung hervorzubringen. Jünglingshafte Studenten und Knaben, Bürger und Bettler, Greise und selbst Frauen handelten in dieser Nacht wie von einem übermenschlichen Muth beseelt, wie von irgend einer unsichtbaren geistigen Kraft angetrieben; sie spotteten aller Furcht und Gefahr; sie wichen den Schwertern nicht aus, sie drängten sich vielmehr dazu, mit den bewaffneten Kriegern zusammen zu gerathen. Die preußischen Soldaten erfüllten die ihrem Könige schuldige Pflicht. Sie blieben standhaft und treu, auch bekundeten sie das Feld. Kein Soldat von der Linie ging zu den Insurgenten über; in den meisten Fällen waren sie zwecklos dem Feuer der Bürger ausgesetzt, statt daß man sie besser in die Eckhäuser postirt hätte, von wo aus sie die Hauptdurchgänge unter ein Kreuzfeuer nehmen konnten. Die 20 jungen Offiziere, welche mit Büchsen eine Stellung in einem Hause der Lindenstraße genommen hatten, räumten auf den Straßen meine Rebellen weg und thaten mehr, um die Errichtung von Barrikaden zu verhindern, als ein Infanterieregiment auf offner Straße. Gott weiß, welche Umwälzungen diese Revolution in Deutschland zur Folge haben wird. Als ich Berlin am Mittwoch darauf verließ, waren bereits unter den Bürgern der Wunsch rege, daß das Militär wieder zurückkehren möchte; so sehr begonnen die Bürger die Macht und Herrschaft der Arbeiter zu fürchten*).

In der Unterhaußsitzung vom 31. März beantragte die Regierung, daß der Effektivbestand des Heeres für das laufende Jahr auf 113,847 Mann (außer den Truppen in Ostindien) festgestellt werde. Hume stellte den Gegenantrag, diese Zahl auf 100,000 zu vermindern. Für das Hume'sche Amendement sprachen Cobden, Bright und Osborne, schließlich ging jedoch der Regierungsantrag mit der ungeheuern Majorität von 254 Stimmen (293 gegen 39) durch. In derselben Sitzung, auf die wir noch zurückkommen, erklärte Lord Palmerston: daß Seitens der Regierung keine Maßregeln ergriffen worden, um den britischen Handel in der Ostsee zu schützen, da die Regierung einen solchen Schritt nicht für nöthig halte. (Hierdurch erledigte sich die Angabe mehrerer deutscher Blätter, daß England im Begriffe stehe, Kriegsschiffe im baltischen Meere kreuzen zu lassen, wie durch diese Erklärung auch die Angabe von einer an die preußische Regierung gerichteten engl. Drohnote doppelt zweifelhaft gemacht wird.)

### Frankreich.

**Paris**, 3. April. Die deutschen Demokraten in Paris haben sich abermals vernehmen lassen; diesmal, um sich gegen die Vorwürfe zu rechtfertigen, die ihnen von deutscher Seite gemacht worden sind. Eine „Denkschrift über die Pariser deutsche Legion“, unterschrieben von G. Herwegh als Präsidenten und C. L. Bernays, „freiwilligem Publicisten der deutschen Republik“ behandelt die Angelegenheit am ausführlichsten. Dieselbe geht auf die Revolution vom 24. Februar zurück, hebt den kosmopolitischen Charakter derselben hervor und berührt kaum die bekannte Demonstration auf dem Stadthause, womit, wie versichert wird, nach Absicht der Führer „die direkte Aktion der Deutschen in Paris als Gesammtheit beendigt sein sollte.“ Aber die Masse habe anders entschieden; „es bedurfte die hiesigen Deutschen unmißverständlich, die hier gelernte und geübte Volkstraktik auch gegen die hartnäckigen Dränger ihrer Brüder in Deutschland zu versuchen. Da war an einen Widerstand nicht zu denken, nur der Versuch, den Strom aufhalten zu wollen, wäre als Verrath angesehen worden.

*) Wir können es uns nicht verhagen, hier die Worte eines Mitkämpfers in der Berliner Schlacht anzuführen, wie sie Ruge in seinem neuen Blatte, „die Reform“, mittheilt; wir haben wohl manche längere und nur zu lange Schilderung über jene blutigen Scenen gelesen, aber keine bessere und berichtetere als diese auf dem Munde eines einfachen Bürgers einnehmene. Der Gewährsmann Ruges erzählt: Es war eine allgemeine, eine furchtbare Erbitterung und eine unerhörte Todesverachtung in allen Menschen, in jedem Hause. Kinder und Weiber suchten mit und pflegten und. Wohin wir kamen, öffnete sich jede Thür, wohin die Soldaten kamen, schloß sie sich. Wir haben viele Barrikaden verloren; aber wir haben immer mehr Herzen, immer mehr Waffen, immer mehr Muth, immer mehr Ingrimm erobert. Um 12 und 1 Uhr in der Nacht vom 18. auf den 19. war ich selbst derenthick; wir mußten zu viel Schanzen räumen. Aber nach 1 Uhr war der Ausgang nicht mehr zweifelhaft. Die Soldaten verkrochen sich, wo sie konnten, auf den Plätzen lagen sie matt, verwundet, zerschlagen, verbangert, demoralisirt. Man hatte ihnen allen Brannewein für drei Tage auf sie gegeben. Das wirkte zuerst auf ihre Wuth, und daher kommen die vielen Unmenschlichkeiten, das Plündren und Todtschlagen der Gefangenen; aber bald zeigte sich die böse Wirkung dieser Verpflegung ein. In der schrecklichen Nächterheit, die auf jenen grauen Morgen folgte, unter der unbeschreiblichen Wuth der empörten Bevölkerung, unter dem mörderischen Steinhagel von den Dächern und den Bachsteinschüssen aus den Barrikaden und Fenstern konnten sie sich nicht aufrecht halten. Es kam nun zum Waffenstillstande; das Aeraueerre gimmt damit sich schrecklich getheilt. Oberster Wrangel kommt an unsere Barrikaden. Von den Rüfungen in dieser Zeit der Ruhe haben Sie keinen Begriff. Waffen aller Art kamen herbei, furchtbare Eisenstangen wurden geschärft, ganze Bataillone damit bewaffnet, Munition kam sich die Hände; Jeder gab, was er an Pulver und Blei hatte; die Frauen, auch die vornehmsten, pflegten und bei der Arbeit, und wir waren gerüstet und entschlossen, wenn der Kampf sich erneuerte, die Barrikaden zu verlassen, anzugreifen und das ganze Militär bis auf den letzten Mann zu vernichten. Es waren Leute mit Aexten, Schreckpistolen und Kartätschen getrieben. Eine unglaubliche Todesverachtung kam über alle Menschen. Mein alter 76jähriger Vater trug Steine aufs Dach; mein Sohn ist gefallen; ich habe eine starke Familie zu ernähren, aber ich habe von Anfang bis Ende mit gekämpft. Mein Nebenmann fiel von einer Kartätschenkugel, ich legte ihn auf die Seite wie einen Rock, wenn man ihn auszieht, und focht weiter. Glauben Sie nicht, mein Herr, daß eine Stadt wie Berlin in diesem Zustande zu besiegen ist. Jede Armee wäre in unsern Straßen zu Grunde gegangen, und wie sie siegten und wo keinen Widerstand bei Militärs. Die Junker und der Uebermuth der Soldateska sind für ewige Zeiten gedemüthigt.“

Digitized by Google

Volkes Stimme ist Gottes Stimme, und hier wie immer erzwang sie sich Gehör. Um Verrath und Anarchie zu verhüten, um den immer noch empfindlich zündelnden Nationalcharakter der Franzosen nicht zu reizen, um Excessen und Unordnung in Paris, und einem immerhin möglichen Gewaltstreich gegen unsere aufgeregten Landsleute vorzubeugen, und vor Allem, um dem unbestreitbar gerechten Wunsche von viel tausend Deutschen, in deutschen Angelegenheiten auch ihre Stimme vernehmen zu lassen, eine bestimmte, wirksame Richtung zu geben, entschloß man sich daher zur Organisation der deutschen Legion. Es war keine Zeit zu verlieren; damals noch bedurfte die deutsche Freiheit deutscher kampfgeübten Hände, damals schon begannen sich die ersten Spuren zu zeigen, wie die französischen Arbeiter die Konkurrenz der Fremden entfernt wünschten; und spätere Ausbrüche dieser Abneigung gegen die Konkurrenz der fremden Arbeiter, sowie der an der belgischen Legion verübte Verrath und die von ihr begangenen Thorheiten bewiesen, wie heilsam und nothwendig herzhafter Entschluß, ehrliche Leitung und strenge Ordnung gewesen. Die Legion wurde organisirt.“ Sie sollte, so heißt es weiter, weder das Werkzeug ehrgeiziger Führer, noch die Vollziehrin irgendwelcher theoretischen Chimären der Menschenbeglückung sein; sie sollte weder zudringlich die Freiheit bringen, noch den Schrecken ihren Schritten voranschicken. Man habe Keinen nach seinem Glaubensbekenntnisse gefragt, Keinem eines aufgedrungen. Man habe eine alte Knechtschaft brechen helfen, ohne sich darum einer neuen zu unterwerfen; drum sei man nur unter der Fahne des deutschen Volkes ausgezogen, nicht unter dem Dogma deutscher Kommunisten. Inzwischen seien zwar die Umwälzungen in Wien und Berlin erfolgt, damit aber keineswegs die Gefahr einer Reaktion beseitigt oder die Auflösung der deutschen Legion gerechtfertigt. Den Feinden des deutschen Volkes, mögen dieselben deutsche oder russische Despoten heißen, entgegenzugehen, sei von Anfang an der Vorsatz gewesen und bis heute noch durch Nichts erschüttert.

In ähnlichem Sinne äußert sich ein Schreiben von H. Börnstein unterzeichnet; derselbe erklärt „im Namen der deutschen Demokraten“, daß man sich nur als ein Freikorps im Dienste des deutschen Volkes betrachte, daß man für dasselbe fechten wolle in Polen, in Schleswig-Holstein oder gegen die Reaktion in Deutschland selbst; man werde nur auf den Ruf des deutschen Volkes die Grenze überschreiten und die strengste Mannszucht halten. Schließlich warnt Hr. Börnstein vor dem Kriegsgeschrei, womit man in Deutschland ein Spiel treibe und die Befestigung der Freiheit hindern wolle. So viel wir wissen, ist bis jetzt nur nach einer Richtung hin ein „Kriegsgeschrei“ erhoben worden: gegen Dänemark, das unsere nationale Grenze bedroht und noch unzweideutiger gegen Rußland, dessen Hände die Blöden der Politik in Kopenhagen leiten. Nach beiden Seiten hin werden wir, wenn die Noth es fordert, dem Kriegsgeschrei Nachdruck zu geben wissen; auch gegen die innere Reaktion sind wir stark genug und bedürfen einer Hilfe nicht, die für friedlichen und freundlichen Zuzug zu drohend, für eine bewaffnete Propaganda zu schmächtig ist. Einen Kriegsruf gegen Frankreich haben wir noch nirgends vernommen; das deutsche Volk in seiner großen Mehrzahl ist der Franzosenfresserei ebenso fremd, wie es die Franzosenbuhlerei von sich mit Entrüstung zurückweist.

Es scheint dies jenseit des Rheines noch nicht allgemein klar zu sein; wenigstens lassen die französischen officiellen Blätter die Neigung durchblicken, Wiederherstellung Polens dieselbe sei das Rheins mit den Deutschen durchzuführen, und ein französischer Agent brüstet unter Anderm aus Leipzig vom 27. März an seine Regierung, „wenn eine Kollision im Norden drohe, würden die Franzosen als Alliirte Deutschlands mit offenen Armen empfangen werden“. Diese Behauptung hat nur dann einen Sinn, wenn man sich den Fall denkt, einzelne deutsche Regierungen würden sich mit Rußland gegen die deutsche Freiheit geradezu verschwören; in jedem andern Falle, wenn es der Erhaltung Schleswig-Holsteins, der Wiederherstellung Polens gilt, sind die 40 Millionen Deutschen des eigenen Ehrgefühles und Selbstvertrauens nicht so ganz baar, um einen Nachbar als Bundanten zu rufen. „Frankreich wolle Polen nur mit seinem moralischen Beistand zu Hilfe kommen“ — dies Wort Lamartines scheint den Franzosen noch nicht in Fleisch und Blut gedrungen zu sein, und selbst der National, sonst jenen Anwandlungen nicht unzugänglich, hätt es für nöthig, in seinem heutigen Blatte wiederholt jeden Gedanken einer bewaffneten Propaganda oder einer kriegerischen Invasion von sich abzuweisen; er beurtheilt Deutschland sogar richtiger, als manche unserer ausgewanderten Landsleute. Man müsse, sagt er, die deutsche Empfindlichkeit auf jede Weise schonen, um die Erinnerungen von 1813 nicht mächtig aufzufachen; man müsse Deutschland gegenüber die Mäßigung bis zur äußersten Grenze bewahren. Wenn der National glaubt, Deutschland werde durch monarchische Versuche sehr bald zur Republik kommen, so wollen wir über diese seine Ansicht so wenig mit ihm rechten, als wir es ihm verargen, daß er diese Wendung der Dinge lebhaft wünscht; aber ein treffliches Wort, was er hinzufügt, sollte er sich und den Franzosen täglich wiederholen: man müsse das Alles den Deutschen selber überlassen und für die französische Republik gebe es keine bessere Stütze, als eine große deutsche Nation.

Paris, 3. April. Nach den Stimmen der Pariser Presse zu schließen, sind die Ansichten über den Bestand der Dinge sehr getheilt; die Krisis ist zu groß, als daß man sich ganz beruhigen könnte, obwohl selbst das Journal des Débats, seinem Meister Talleyrand getreu, in erster Linie unter denen steht, welche den bestehenden Zustand für ganz erträglich halten und jeden Schritt der herrschenden Gewalt in ganz optimistischem Lichte ansehn. Aber das Journal des Débats und sein Optimismus hat so wenig moralisches Gewicht, als Hr. Emile Girardin und sein Pessimismus; bedenklicher ist es schon, daß der National es für nöthig hält, die Aufregung in den Provinzen, namentlich im Departement der Gironde ernst zu besprechen. Zwar hat die Regierung einige ihrer frechsten und gewaltthätigsten Protokolle zurückgerufen, aber die Aufregung ist deßwegen nicht gewichen. Man will die Frage: ob Monarchie, ob Republik, noch keineswegs als abgemacht ansehen, man will die Nationalversammlung von Paris weggverlegt haben, man opponirt vor Allem dem politischen Terrorismus, dessen Träger Ledru-Rollin ist. Ein unangenehmer Zwischenfall für die herrschende Partei sind die Enthüllungen, welche ein Blatt über L. A. Blanqui gibt; derselbe schient nach der mißglückten Emeute vom Mai 1839 der Regierung geholchelt zu haben und zwar in einer Weise, die der Spionerie mehr ähnlich steht als einem reuigen Geständniß. Die Art, wie Blanqui im Club republicain, dessen Präsident er ist, eine Vertheidigung versprach, war keineswegs beruhigend; der National berichtet die Sache sehr kühl und nicht zu Gunsten Blanquis. Es werden vielleicht noch schlagendere Beweise kommen, welche Ausdehnung die Korruption des Julyregiments gewonnen hat.

### Spanien.

Paris, 3. April. Die Nachrichten aus Madrid sind vom 28. März. Die Ruhe war der Verschwörung des Heraldo zu Folge vollkommen hergestellt. Das Resultat der Emeute des 26. ist die komplete Diktatur Narvaez. Eine Reihe von Dekreten in der Gazetta hebt im ganzen Königreiche alle konstitutionellen Garantien auf, — die Korts auf, — verfügt Madrid in Belagerungszustand, — befiehlt die vollständige Entwaffnung der Bevölkerung, — stellt alle Gefangenen vor Militärkommissionen u. s. w. 40 Soldaten und 100 Insurgenten sind geblieben, — 200 Insurgenten wurden gefangen genommen. Ein Dekret der Königin verleiht der Wittwe des im Straßenkampfe getödteten Jägerhauptmanns Espana eine Pension von 12,000 Realen. Am 28. hielten Militärpiketc noch immer die wichtigsten Punkte der Stadt besetzt, und die übrigen Truppen waren in den Kasernen konsignirt.

### Rußland.

St. Petersburg, 26. März. Hier ist so eben folgendes Manifest Sr. Maj. des Kaisers erschienen: Nach einem langen und fegensreichen Frieden ist der Westen Europas plötzlich von Unruhen bewegt, welche der gesetzlichen Gewalt und der gesellschaftlichen Ordnung den Untergang drohen. In Frankreich entstanden, hat sich der Aufruhr und die Anarchie schnell dem nachbarlichen Deutschland mitgetheilt, und die zerstörende Fluth hat, im Verhältniß der Nachgiebigkeit der Regierungen wachsend, die mit uns verbündeten Staaten, Oesterreich und Preußen, ergriffen. Jetzt mit Mißachtung aller Schranken bedroht dies Übel auch unmittelbar unser Reich, auch das von Gott anvertraute Rußland. Doch es wird fern von ihm bleiben! Wir sind bereit, unter Anrufung des Herrn und dem erhabenen Beispiel unserer Vorfahren folgend, unseren Feinden zu begegnen, wo sie uns auch entgegentreten mögen, und ohne Rücksicht auf uns selbst, vereint mit unserem heiligen Vaterlande, die Ehre des russischen Namens und die Unverletzbarkeit Unserer Grenzen zu vertheidigen. Wir sind überzeugt, daß jeder Russe, jeder Unserer treuen Unterthanen, mit Freuden der Stimme seines Kaisers folgen, und daß Unser alter Kriegsruf: „Für Glaube, Czar und Vaterland!“ auch jetzt uns auf diesem Wege zum Sieg führen wird, dann rufen wir im Gefühle der Dankbarkeit, wie jetzt im Gefühle des Vertrauens auf Gott einstimmig: Gott mit Uns! Höret ihrs Alle, die ihr in fremden Landen seid und sagt euch, denn Gott ist mit uns!“ Gegeben zu St. Petersburg, am 14/26. März 1848 im 23sten Jahre unserer Regierung. Nikolai. (Berl. N.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

**Hannover**, 31. März. Heute wurde, wie man der Wes. Z. schreibt, in der ersten öffentlichen Sitzung unserer ersten Kammer ein Schreiben der Minister verlesen, des Inhalts „daß eine vollständige Revision unserer Verfassung erst nach geschehener Revision der Bundesverfassung möglich sei, daß aber einige wesentliche Abänderungen sogleich geschehen könnten und müßten.“ Zum Zwecke dieser Verfassungsänderungen halte das Ministerium für erforderlich, daß der §. 180 des Landesverfassungsgesetzes, welcher zu einer jeden Verfassungsänderung Stimmeneinhelligkeit fordert, auf dem Wege, welchen er selbst vorschreibt, aufgehoben werde. Die Regierung stellt daher den Gesetzentwurf: „Wir Ernst August rc. erklären mit einstimmiger Zustimmung der allgemeinen Ständeversammlung den §. 180 des Landesverfassungsgesetzes vom 1840 für aufgehoben und verordnen demnach, daß zu einer Verfassungsänderung die Erforderniße eines jeden Gesetzes hinfort genügen sollen.“ Die Minister erklären: „daß sie nur dann, wenn dieser Gesetzentwurf angenommen werde, ihre Aufgabe zu lösen im Stande seien.“ Beide Kammern haben heute eine Kommission zur Entwerfung einer Adreße auf die Thronrede gewählt.

Hannover, 31. März. Der Entwurf des Preßgesetzes, welches den Kammern zur Berathung vorgelegt ist, lautet wie folgt: §. 1. Die Censur der Erzeugniße der Presse wird aufgehoben. §. 2. Verbrechen und Vergehen, welche mittelst der Presse begangen werden, sind nach den bestehenden Gesetzen zu bestrafen. §. 3. Es gelten jedoch folgende nähere Bestimmungen: 1) Der Verfaßer, welcher den Druck geschmigt hat, der Herausgeber (Redakteur) und in dessen Ermangelung der Verleger haften unbedingt als Urheber. §. 4. 2) Die Untersuchung von Preßvergehen ist nur auf Antrag, und zwar nur wider die in dem Antrage bezeichnete Person einzuleiten. In den Fällen, wo die bestehenden Strafgesetze einen Antrag schon voraussetzen, bleibt es bei den Bestimmungen derselben. In andern Fällen ist der Antrag der Regierung erforderlich. §. 5. 3) Neben der Strafe ist der Verfall der im Buchhandel vorräthigen Exemplare zu erkennen. §. 6. Die erkennende Behörde hat auf Begehren deßen, der die Untersuchung beantragt hat, die Veröffentlichung des ergangenen rechtskräftigen Erkenntnißes zu verfügen. Insofern das Vergehen in einer Zeitschrift begangen, ist der Herausgeber zur Ausnahme verpflichtet. §. 7. Preßerzeugniße, auf deren Verfall erkannt ist, können von der Polizeibehörde verboten werden. In diesem Falle kommt der §. 64 des Polizeistrafgesetzes zur Anwendung. §. 8. Der Herausgeber einer Zeitung oder Zeitschrift ist schuldig, jede amtliche Berichtigung der darin mitgetheilten Thatsachen unentgeltlich, jede andere Berichtigung gegen die gewöhnliche Einrückungsgebühr in das auf den Empfang nächstfolgende Blatt aufzunehmen. §. 9. Keine Druckschrift darf ausgegeben oder verbreitet werden, auf welcher nicht der Name des Verlegers oder bei Zeitungen und Zeitschriften des verantwortlichen Redakteurs und des Druckorts angegeben ist. §. 10. Die Uebertretung der Vorschriften der §§. 8 und 9 ist im Wege des Polizeistrafverfahrens mit einer Strafe bis zu 50 Thlr. zu ahnden. Falsche Angaben über die Gegenstände des §. 9 sind mit Gefängniß bis zu 6 Wochen oder mit Geldbuße bis zu 100 Thlr. zu bestrafen.

Rendsburg, 31. März. Gestern Nachmittag ist die Vorhut unserer Armee, gebildet durch das 5. Jägerkorps, welchem bekanntlich die Studenten und Kieler Turner einverleibt sind, in Apenrade unter ungeheurem Jubel aller Einwohner eingerückt. Bevor das Korps, unter den Befehlen des Majors Michelsen, die Stadt erreichte, hatte es von einer dänischen Kriegsbrigg, die eine Stunde früher im Hafen angekommen war, ein heftiges Feuer auszuhalten. Die Brigg bestrich den Strandweg, welcher von Süden in die Stadt führt, mit unausgesetzten Kartätschenschüssen, indeßen wußte Major Michelsen seine Leute solche Deckung nehmen zu laßen, daß er ohne Aufenthalt und ohne den geringsten Verlust die Stadt erreichte. Es ist also der Krieg zwischen Schleswigholstein und Dänemark in der That aufgebrochen. (Rendsb. Tagebl.)

Rendsburg, 31. März. Heute Morgen rückten das neuformirte Bataillon, 800 Mann stark, unter Aufführung des Majors von Schröder, das freiwillige Scharfschützenkorps, 2 Kompagnien unter Kommando des Kammerjunkers von Torpf (Kompagniechefs Bracklow sen. und Ch. Bünsow), eine Abtheilung des 5. Jägerkorps und eine Abtheilung des 17. Bataillons aus der Stadt, um nach Norden zu marschiren. So eben (12 Uhr Mittags) rückt eine Freischaar Braunschweiger hier ein.

Aus einem Privatschreiben datirt von der Elder 31. März theilt die Bremer Z. Folgendes mit: Wir hören hier in diesem Augenblick (2 Stunden von Kiel) aus der Gegend von Schleswig oder Eckernförde starkes Kleingewehrfeuer mit Kanonenschüssen untermischt. Gestern rief hier die Nachricht ein (welche jedoch noch der Bestätigung bedarf), daß das Kriegsdampfschiff Hekla, welches in Flensburg die Hilfsmannschaft abholen wollte, dort von dem Kieler Studentenkorps und einem Jägerbataillon erobert worden ist.

### Italien.

† Neapel, 27. März. Gestern Nachmittag zog ein großer Haufe junger Leute mit Trikoloorfahnen vor das königl. Schloß, verlangte Entlaßung des Ministeriums und Waffen und die Erlaubniß, nach der Lombardei ihren bedrängten Brüdern dort zu Hilfe zu ziehen. Der König antwortete ihnen vom Balkon, daß er ganz mit ihnen einverstanden sei, daß er unverzüglich das Nöthige anordnen werde für Bewaffnung und Eintheilung in Kompagnien und Bataillone jener edelmüthigen und von Vaterlandsliebe glühenden Jünglinge, um sie dann auf seinen Dampfschiffen nach Livorno zu bringen, wo sie sich dann den Freiwilligen der anderen ital. Staaten anschließen und mit ihnen nach Oberitalien ziehen mögen. Zugleich versicherte er ihnen, daß er bereits mit Zusammenberufung eines neuen Ministeriums beschäftigt sei. Unter Evviva rufen zog der zu vielen Tausenden angewachsene Haufe ab. Heute nun erscheint eine Aufforderung vom Polizeidirektor an jene Freiheitsbrüder, sich in den zu diesem Behufe errichteten Bureaux zu melden und ihre Namen einschreiben zu laßen, die dann in der Staatszeitung veröffentlicht werden sollen. Die Dampfschiffe seien zur Adreise bereit. Sodann veröffentlicht die Staatszeitung selbst, die hiesige Regierung habe bereits an den Großherzog von Toskana geschrieben und ihn um die Erlaubniß zur Ausschiffung in Livorno und um Beistand zur Weiterreise dieser Freiwilligen gebeten; zu gleicher Zeit habe man beim Papst um die Erlaubniß nachgesucht, ein neapolitanisches Heer durch den Kirchenstaat nach Toskana zu führen, von wo es dann je nach Umständen operiren werde. — Am 25. kam auf einem franz. Dampfschiffe der Geschäftsträger der franz. Republik, Mr. Levraud, hier an. — Dem öfters Gesandten wurde vorgestern Nacht von einem Haufen junger Leute das Wappen abgerissen und zerstört. Wie man hört, wird er abreisen, nachdem er vorher und mit ihm die Repräsentanten von England und Preußen gegen diese Beleidigung protestirten. — Die auf unserer Rhede gelegene österreichische Fregatte ist gestern nach Venedig ausgebrochen, in der vorhergehenden Nacht war auf derselben eine Meuterei ausgebrochen, die österreichische Flagge abgerissen und die Trikolorfahne aufgesteckt. — Morgen soll Mehemed Ali wieder nach Alexandrien verreisen. — In Palermo wurde am 25. das Parlament eröffnet und Ruggiero Settimo zum Präsidenten desselben erwählt.

### Griechenland.

* Athen, 17. März. Der Kommandant der Gendarmerie, Oberst. Deligiorgis, welcher die Einwohner von Patras nicht hatte schuldig finden wollen, ist durch den verschmolzenen Gallonappisten, Oberst Grallard, ersetzt worden. — Die „Beharrlichkeit“ blühte ihren Freimuth durch Beschlagnahme. Die echte Freiheit — hatte sie zu sagen gewagt — ist eine himmlische Jungfrau, sie begehrt Bereinigung, göttlichen Kultus. Sie entlief vor dem Bandalen Kolettis nach Nordgriechenland. Unsere jetzige Freiheit ist eine Circe, die ihre Liebhaber in Bestien verwandelt. Sie lebt mit den Räubern, gibt sich her den Dieben Preis, und ihre begünstigten Buhlen sind unsere Minister. — Beim Säulenfeste war das königliche Paar und sein Gefolge mit einem Bortrab Polizeidiener, ihre Todtschlägerkeulen in der Hand, und einem Nachtrab Gendarmen versehen. Betrübender Anblick! Zwei Gendarmeriekapitäne, blutgierige, die bei den Wahlen auf das Volk losgelassen worden, sind zu Majors befördert. Als gemeldet wurde, Ludwig Philipp habe das Ministerium Guizot fallen laßen, sagte der König: er hat gefehlt, ich würde an seiner Stelle fest geblieben sein. — Tage darauf kam die Nachricht der französischen Republik. Athen war in Bewegung auf die Nachricht. Bei der Sonntagsmuskt vor der Stadt versammelte sich die Hälfte der Bevölkerung, und die halbe Garnison war ausgerückt, der Kriegsminister und alle Phalangten erschienen, durch ihre Gegenwart eine Gesinnungsäußerung gegen das königliche Paar zu verhüten. Die Redakteure der Oppositionsjournale waren nicht zurückgeblieben, und man hörte Lerides den Senator Klonaris, als dieser zu ihrer Gruppe trat, bezüglichwünschen. Klonaris lächelte. Gerade ritt ein Gendarmeriekapitän vorbei, und höhnte Lerides an: nun hadt Ihr Etwas gewagt? Wer zuletzt lacht, war die Antwort. Abends halb 8 Uhr verlas im Kaffeehause Orient ein Advokat die franz. Zeitung, und als er mit den Worten schloß, Frankreich ist zur Republik erklärt, ließen alle Anwesenden, mit Ausnahme der Officiere, die verlegen schwiegen, unter Beifallsklatschen die Republik leben. Um 9 Uhr fanden sich die Italiener, die nicht minder enthusiasmirt

Digitized by Google

sind, indem sie die franz. Ereignisse dem Verbleaste ihres vergötterten Pio nono zuschreiben. Man hat davon gesprochen, der König wolle Maurokordatos draußtragen, ein Ministerium zu bilden. Das Einzige, was ihm den Thron erhalten kann. Wird er die Weisheit haben, rechtzeitig nachzugehen?

Montag den 13. Der König hat Nichts gethan. Er wird so lange zögern, bis es zu spät ist. Im Café Robert las Jemand die neuesten Blätter vor. Außer Franzosen füllten Griechen und deutsche Philhellenen den Saal. In religiöser Stille ward der Vorleser gehört und unbeschreiblich war die Begeisterung und das Selbstgefühl der Franzosen über ihre neue Revolution, die an Tugend die Juillage übertreffe. Ihr großes Beispiel habe Neapel und Piemont nachgeahmt. Die preußischen Rheinprovinzen verlangten Einverleibung in die französische Republik. (!) Wehe, wehe, wenn es dahin kommen müßte!

Dinstag 14. Gerüchte von Republik in Spanien und Belgien, ja in Baiern. Nachricht von einer Allianz zwischen Oesterreich, Preußen, Rußland und dem gestürzten Könige gegen die Freiheit. Nachricht von Baden, das stets an der Spitze der Bewegung Deutschlands steht. Im Ministerrath hat sich einer so vernehmen lassen: „Ja kenne die Griechen, denn ich bin vom selben Teige geknetet. Als am 11. Juni 1844 Kalergi einbauen ließ, liefen die Athenienser wie Hafenfüße. Wären am 4. August nicht Abjutanten des Königs beim Krawall gewesen, Maurokordatos hätte uns die Knochen entzweigeschlagen; ich danke nicht ab“. Die Minister beschlossen ihre Portefeuilles festzuhalten, und jede Neuerung mit Gewalt niederzudrücken. Die drei deutschen Gesandten, oder besser Hr. v. Prokesch mit seinen beiden Berwunderern, haben dem König gerathen, im Systeme fortzufahren, denn kein Zugeständniß würde hindern, daß das Volk nicht ein zweites verlange; reiche man ihm den Finger, so wolle es die Hand. Im Senat hatte Rigas Palamides einen barten Strauß zu bestehen, der mit einer Schlappe endigte. Die Majorität bestuhdigte ihn der Verschleuderung der öffentlichen Gelder. Der Mann müßte abtreten, hätte er Scham im Leibe, oder wäre der König nicht durch die Diplomatie überredet, daß Er die Minister zu ernennen habe, und die Majorität der gesetzgebenden Körper die Zusammensetzung des Ministeriums Nichts angehe. — Abends kam der Kurier, welcher die allgemeine Landpost nach Megara zu bringen hat, ausgeplündert zurück. Räuber hatten ihn 4 Stunden von hier überfallen; der 14 Tagen waren in derselben Entfernung auf dem Wege nach Chalcis sechs Reisende ausgeraubt worden. Der Straßenraub ist in Griechenland mehrentheils politischer Natur, eine Aeußerung der Unzufriedenheit mit der Regierung. — Den 15. März Mittwoch. Im Senat wurde der Kampf gegen Rigas Palamides fortgesetzt. Es handelte sich um die geheimen Fonds und um einen Posten von 200,000 Drachm. zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit im verflossenen Jahre. Der Senat verweigerte die Summe und erklärte sie für verschwendet, da sie schon verausgabt ist. Von Außen erhoben wir die Ankunft der flüchtigen neapolitanischen Königsfamilie in Malta und den Tod Mehmed Ali's, auch daß in Würzburg dem Kronprinzen von Baiern die Fenster eingeworfen worden, weil ihm die Aeußerung entschlüpft, er werde im Falle Ludwig Philipp's auf die Kanaillen schießen lassen. (?) Die Studenten, deutschunder und einige, bereiten ein Zwecfessen vor. Eine Subskriptionsliste geht herum zu einem Festmahl am 25. März, dem Revolutionsfeste. Abends liefen einige junge Leute die Republik leben. Die Offiziere wurden bis 2 Uhr nach Mitternacht in den Kasernen zurückgehalten. — Donnerstag den 16. März. Hr. Thouvenel hat die hiesigen Franzosen auf die Republik beeitgt und sie gewarnt, keine Demonstrationen zu machen. Die Warnung ist überflüssig, da man hier Republik bis zum Ueberdruß gehabt hat, und mit der Konstitution und einem konstitutionellen König wohl zufrieden ist, insofern die erste beobachtet wird, und der König seine absolutistischen Räthe entfernt. Das Element, welches die Februarrevolution gemacht hat, fehlt hier gänzlich. Es gibt in Griechenland keine Proletarier. Eine Arbeiterklasse, die einen Theil des Jahres zu hungern verurtheilt ist, besteht noch nicht. Die hiesigen Handwerksburschen sind von keinem Gewichte. Den französischen Kommunismus, Socialismus oder vollends Fourierismus hat das griechische Volk keine Idee. Die Gefahren der Dynastie sind hier anderer Natur. Wie kann sie ihnen vorbeugen? Der König erneuene ein provisorisches Ministerium nach dem Sinne der Majorität des Senats. Er ertheile allgemeine Amnestie den Ausgeraubten, ohne alle Ausnahme. Er errichte die Nationalgarde. Er löse die einstimmige Kammer auf und lasse das Volk ungestört und frei die Männer seines Vertrauens zu seinen Stellvertretern wählen. Aus der Majorität dieser neuen Kammer, welche den wahren Volkswillen repräsentiren wird, mag dann das definitive Ministerium hervorgehen. — Vor Allem aber benütze der König die seltbare Gelegenheit der Beschäftigung Europas, dem übereinstimmigen Erbeisende den Krieg zu erklären. Der Bureaukratismus in Aegypten, der Rachedurst der Albanesen, die Erbitterung der während des Russisch-Türkischen Zwistes verfolgten griechischen Unterthanen des Sultans, mit denen die dako-bulgaro-illyrische Hetärie in Verbindung steht, werden den Sieg erleichtern. Unsterblicher Nachruhm wird das Unternehmen belohnen. — Woher diese Gedanken? Die Athenische Luft ist damit geschwängert. Freitag, 17. März. Im Senat ist der Kampf gegen Rigas Palamides zur Entscheidung gekommen, und da es sich um die Kosten der Feldzüge gegen Grivas Gelzioten handelte, die Kosten aber im Ministerrath beschlossen worden waren, so traf die Niederlage das ganze Ministerium. Dieser Posten des Budgets für 1847 ist mit 25 gegen 10 Stimmen verworfen, und das Ministerium hat seine Entlassung eingereicht. Der König berief die HH. Trikupis und Georg Konduriotis, ein Ministerium zu bilden, unter der Bedingung, daß die HH. Maurokordatos und Metaxas nicht darin aufgenommen würden. Sie weigerten sich und stellten die Nothwendigkeit vor, daß alle drei Parteien zu ihrer Zufriedenheit im Ministerium vertreten seien, daß im Innern geschehe, was wir gestern sagten, und daß alle wichtigen Ernennungen, die im letzten Jahr stattgefunden, zurückgenommen würden. Dies war ein harter Entschluß, dem am 3. Sept. 1843 zu vergleichen. Allein die Nachricht von Malta bestätigte sich; das Ministerium hatte für nöthig erachtet, 250 athenienssche Bürger seiner Partei unter dem Kammerpräsidenten Kalliphrunad zu bewaffnen, die Gendarmerieabtheilung beim Abendspaziergitte zu verdoppeln. Der Entschluß wurde großmüthig gefaßt, und sodann Abends 9 Uhr wird die frohe Botschaft verkündet, daß Maurokordatos zum Premierminister ernannt ist. Im selben Kaffehause, wo man vor 4 Tagen die Republik hatte leben lassen, wird nun die Gesundheit des Königs ausgebracht.

* Athen, 18. März. Die Minister hatten am 16. verlangt, der König solle die gesetzgebenden Körper 40 Tage vertagen und 14 neue Senateren ernennen. Hrn. v. Prokesch gelang es zwar nicht, die HH. Lyons und Theovenel zu bewegen, an einem Gesandtenakte Theil zu nehmen; deide erklärten, ihre Instruktionen erlaubten ihnen nicht, sich in den konstitutionellen Gang der griechischen Staatsmaschine zu mischen. Allein der österreichischen Botschafters persönlicher Einfluß bot schon den Ministern eine kräftige Stütze. Der König verlangte Bedenkzeit. Da rief in der gestrigen Sitzung des Senats Rigas Palamides den früheren Chef der Gendarmerie, Deligiorgis, zum Zeugen auf, daß er 150,000 Drachm. für die Bekämpfung des Generals Theodor Grivas in Akarnanien erhalten habe. Deligiorgis erklärte, keinen Pfennig weder empfangen, noch bezahlt zu haben. So verlieren 25 Senatoren gegen 10, daß außer 30,000 Dr. geheimer Fonds der Minister des Innern auch noch diese 120,000 Dr. verunreut habe. Dies war dem König zu arg. Er berief Mittags 3 Uhr Trikupis und Koduriotis, deren treue Schilderung unseres elenden Zustandes dies Mal Gehör fand. Der König verweigerte das Verlangen der Minister, und diese dankten ab. Leider aber flößt die Bildung des neuen Ministeriums auf gestern Abend ungeahnte Schwierigkeiten. Das alte Ministerium regiert noch provisorisch. Seiner Partei, den verschmolzenen Gallonappisten, wird glauben gemacht, es sei eine Contrerevolution zu Gunsten des Grafen von Paris ausgebrochen, Lord Palmerston sei gefallen, und Kaiser Nikolaus habe schon persönlich in Berlin und Wien Allianz gegen die französische Republik geschlossen. Zugleich weisen sich die Nachrichten von Republiken in Neapel, Spanien, Piemont u. s. w. als Erfindungen aus. Kammerpräsident Kalliphrunad kam heute Morgen in den Palast, seine Ergebenheit zu versichern; er wirbt hier und in Menidi und hat schon 300 Gewaffnete beisammen. Von Chalcis rückte heute eine halbe Batterie ein. Der Hof wird beschworen, mindestens die nächste Post aus Europa abzuwarten. So wurde zwar im Laufe des Tages Metaxas berufen, und auch Maurokordatos hatte Andeug, aber erst Abends 4 Uhr, und bis 9 Uhr ist noch kein Ergebniß bekannt. Die Ungeduldigen sagen daher auf morgen Nachmittag bei der Musik einen Krawall an. Dies ist es eben, was die Regierungspartei wünscht, da sie schlagfertig ist. Möge es den umsichtigen Häuptern der Opposition gelingen, einen Zusammenstoß zu verhüten! — Sonntag, 19. März. Immer Nichts entschieden. Es ist kein guter Rath, der dieses Zögern veranlaßt. Wer schnell gibt, gibt doppelt; erzwungene Zugeständnisse finden keinen Dank.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Owen a. Comp., 79 Newgate street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal u. Nordamerika bei der Redaction dieser Zeitung. Preis halbjährlich 3 fl. 30 kr. Bestellungen übernimmt auch die C. H. Wiesenhütter'sche Expedition in Brandenburg, Havel. Nr. 20, Neue Leipziger Straße.

# Deutsche Zeitung.

Die Buchhandlungen besorgt das Stück. Red. Verlag von Bassermann & Mittermaier. Der Preis beträgt jährlich 8 fl. 30 kr. durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 8 fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile à 12 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 99. Heidelberg, Samstag 8. April. 1848.

## Uebersicht.

**Die polnische Angelegenheit.** — Wien (die ständische Gesandtschaft erhält ihre Pässe. Die Erbherzoge Albrecht und Ludwig entfernt). Berlin (zweite Sitzung des Ver. Landtags). Tilsit (die Stellung der Russen an der Grenze). Berlin (das Gerücht über die Ernennung des Herzogs von Leuchtenberg falsch. Dreihundert Polen gefangen). Posen (die Lage der Dinge. Verhältniß der polnischen und deutschen Bevölkerung). Bromberg (die deutsche Bevölkerung). München (Ausschußwahlen. Erklärung der Kammer). Stuttgart (politische Bewegung. Thätigkeit für die Wahlen). Leipzig (Stirbt nach kirchlicher Vereinigung). Karlsruhe (der Oberbefehlshaber des 8. Armeekorps). Braunschweig (Eröffnung der Stände. Thronrede). Neuenburg (Erklärung der provisorischen Regierung an König Friedrich VII. Aufruf des Herzogs von Augustenburg. Rothwendigkeit deutscher Hilfe. Stellung der Truppen. Die schleswig-holsteinische Kanzlei. Lauenburg neutral! Anwerbung der preußischen Truppen. Die Streitkräfte. Eröffnung des schleswig-holsteinischen Landtags). Frankfurt (Sitzung des Fünfzigerausschusses).

**Großbritannien.** Die Lage der arbeitenden Klassen. Die Agitation in Irland.

**Frankreich.** Armiral Rosamel †. Absug deutscher Demokraten und italienischer Flüchtlinge. Lamartine an die Irländer. Der National über die äußere Politik. Emil Girardin. Ein Pariser Klub.

**Italien.** Lombardei. Militärisches.

**Oesterreichische Monarchie.** Triest. Der Abfall Venedigs und die Rettung von Triest.

**Beilage.** Noch eine kleine Aufgießung in die Sündflut. Von E. M. Arndt. — Berlin (Verhandlungen des Ver. Landtages). Aus dem Großherzogthum Posen (die polnischen Bauern zum Theil gegen die polnische Insurrektion des Adels). Mainz (die deutsche Reform und die französische Politik). Von der Lahn (die nationale Erhebung Polens und Italiens. Aufgabe für die deutschen Emigranten). Schweiz. Zürich (Erwiderung des Regierungsrathes auf die badische Note. Beschlüsse und Versammlung von Deutschen). Oesterreichische Monarchie. Preßburg (aus k. Reskript über das ungar. Ministerium). Italien (der Rückzug der Oesterreicher. Fürst Carignano zum Statthalter von Sardinien ernannt. Die Vorgänge von Modena und Parma.

## Heidelberg, 7. April.

Unter den Aussprüchen der Frankfurter Versammlung war auch einer zu Gunsten der Wiederherstellung Polens. Ueber das Verhältniß von Posen zu Deutschland vermied man, eine bestimmte Meinung auszusprechen, wiewohl man mehrfach darauf zurückkam. Man fühlte, daß man nicht von der Lage der dortigen Dinge gehörig unterrichtet war, und daß die Leute fehlten, die darüber hinreichend instruiren konnten. Die nationalen Sympathien für die deutsche Bevölkerung in Posen waren übrigens so angesprochen, wie die kosmopolitischen für Polen immerhin. Dieser innere Zwiespalt der Ansicht geht sichtlich durch ganz Deutschland hindurch, ja er bewegt die Brust jedes Einzelnen, der sich über die Zustände in Polen zu unterrichten strebt und Politik nicht mit der Phantasie treibt. Je weiter von Polen ab, desto mehr wiegen die polnischen Sympathien vor, je näher nach Polen hin, desto mehr nehmen die deutschen zu, die sich dort sogar nicht selten unter Polen selber regen. Je mehr man aus großen politischen Gesichtspunkten die Frage erwägt, desto rücksichtsloser wird man zu dem Schritte der Befreiung Polens hindrängen; je näher man aus privaten Standpunkten die Verhältnisse im Einzelnen betrachtet, desto mehr wird man bedenklich werden. Je länger die Polen sich in der Sache passiv verhalten und für einen sicheren Anhaltspunkt ihrer Herstellung dankbar sein werden, desto bereiter werden wir uns zu Opfern fühlen, je arroganter ihre Forderungen schon jetzt anfangen herauszutreten, desto mehr werden wir die sichen größtere Hand wieder schließen. Je weltbürgerlicher wir für Revublicken und verbrüderte Nationen schwärmen, desto heißblütiger werden wir das unrecht erworbene Eigenthum von uns schleudern; je nationaler, patriotischer, politischer wir das Heil unseres Vaterlandes und den Schutz seiner Grenzen erwägen, desto überlegter werden wir die kleine deutsche Habe beisammen halten. Was soll uns in diesem Zwiespalte der Bedenken leiten? Welche unverrückbaren Grundsätze sollen die Rücksichten beschränken? Welche notwendige Rücksichten sollen die Grundsätze modifiziren?

In einem solchen Chaos von Schwierigkeiten scheint uns vor Allem Eines das Unräthlichste: die halben Schritte, die die Verwirrung mehren statt sie zu lösen. Ohne einen Hieb durch diesen gordischen Knoten geht es nicht ab. Die Maßregel der nationalen Reorganisation von Posen scheint uns ein solcher halber Schritt. Sie ängstigt die Deutschen und spannt die Polen und befriedigt keinen; sie wird vielmehr zu feindseligen Demonstrationen der Nationalitäten reizen und die schungenwerthen Versuche der polnischen Komités, den Frieden zwischen Polen und Deutschen zu erhalten, werden dagegen Rechts vermögen. Besser als diese gezwungene Vereinigung, bei der nur die Suprematie der Nationalitäten gewechselt ist, eine scharfe Schreidung, nach der jeder Einzelne von den zersprengten Nationalen mit Sicherheit weiß, woran er ist.

Preußen soll die Hand anlegen an Polens Herstellung, aus menschlich sittlichen wie aus politischen Gründen: es bleibt dies unsere Forderung, es ist der Ruf des ganzen Weltheils. Der oberste Grundsatz des Handelns in dieser Sache ist: Gerechtigkeit zu üben, nicht ohne alles Erwägen, aber doch ohne allzu ängstliches Erwägen der Folgen. Wir wissen, daß die Herstellung Polens nicht ohne künftige Gefahr für Deutschland ist. Das polnische Sprichwort sagt, der Pole werde, solange die Welt Welt ist, des Deutschen Bruder nicht werden. Das sollte uns dennoch nicht abhalten, wenn wir in der Lage wären, selbst feurige Kohlen auf sein Haupt zu sammeln. Wir sind aber nur in der Lage, ein Unrecht, das diesen eingeborenen Haß nunmehr schüren müßte, wieder gut zu machen.

Wenn dieser Rath vielleicht moralisch gut und menschlich, aber nicht eben klug und umsichtig scheint, wenn er vielleicht bezeichnender für unsere Gemüthlichkeit als für unseren politischen Verstand gefunden wird, so geben wir ihn doch unserer Seits ohne alle Sentimentalität. Wir bilden uns nicht ein, daß jener alte Haß der Slaven gegen die Deutschen nach dem Stifte der Herstellung durch Dankbarkeit werde ausgetilgt werden. Es gibt keine Dankbarkeit der Völker, Nichts ist vergeßlicher Natur als große Massen. Wenn das wahr würde, was einmal Czartoriski in einer Rede sagte, daß das Feuer der Mißgeschicks alle Schlacken in den Polen tilgen würde, und daß sie die Dienste, die man ihnen leisten werde, nie vergessen wollen, so würde der Welt das Beispiel einer ganz neuen Völkertugend gegeben werden. Wir können nur hoffen, daß Verträglichkeit zwischen Deutschland und dem hergestellten Polen bestehen werde, wenn bei der Reokonstruktion Polens über die Interessen beider Theile vernünftig vertragen wird, und wenn es gelingt, Polen im Gegensatze von Rußland der westlichen Civilisation zugänglich zu machen.

Soll aber bei der Herstellung das Interesse beider Theile wohl berathen werden, so ist die erste Bedingung, daß, indem an Polen angefangen wird, Gerechtigkeit zu üben, nicht an den Deutschen Unrecht zu thun begonnen werde. Es würde sehr thöricht in Polens eigenstem Interesse sein, wenn man bei der Restauration in den phantastischen Grillen eines Theiles der Emigration eingehen wollte, die schon die Republik sogar in Petersburg einzieben sehen, und die ein Polen von der Ostsee bis zu dem schwarzen Meere mit Einem Schlage hergestellt, zurückgeschenkt wissen wollen. Zurückgeschenkt! Denn keineswegs kann das Alles schlechthin Raub genannt werden, was von Polen bei seiner Existenz noch vergeben und verloren wurde; keineswegs ist Polen an seiner Theilung nur schuldlos und die Mächte nur schuldig gewesen. Will man bei der Grenzbestimmung von einen Verhältnissen zurückgehen, will man, wie die Kriege Polens mit dem deutschen Orden Reunerationskriege genannt hat, so auch jetzt wieder in die Staatsidee Polens die Wiedererwerbung von Westpreußen und die Bhauptung von ganz Posen einpassen, so wird man sich an dem Preußen, das den Grund zu der neuen Existenz Polens zu

Digitized by Google

legen bereit ist, einen Todfeind machen, der nun so exbitterter sein würde, je mehr man ihn seine Ohnmächtigkeit bereuen machte; man würde die alten Vernichtungskriege wieder heraufbeschwören und dann wäre es ohne Frage, daß diesem Aufschwung der deutschen Dinge, um Polen für immer gesichert. Nicht was einst polnisch war, kann zu dem neuen Polen gehören sollen, sondern was jetzt polnisch ist und sein will; die Landwirthe, die wie der Regierstil entschieden deutsch sind und bleiben wollen, die andern, die wie der Frankfurter Kreis nur zu Posen geschlagen wurden, um die Provinz zu arrondiren, überhaupt alle Theile, deren Bevölkerung in der Ueberzahl deutsch und deutschgesinnt sind, können nicht polnisch werden, ohne Posen jetzt und später dieselben Verlegenheiten zu bereiten, die die Polen bisher Preußen und Oesterreich bereitet haben. Auch wird Deutschland unter keiner Bedingung gestatten, daß bei der Auseinandersetzung die Sicherung einer militärischen Grenze hintangesetzt werde. In Preußen selbst, und auch unter den besonnenen Polen scheint man die Nothwendigkeit einer solchen Vereinbarung zu empfinden, die keiner Nation zu nahe tritt. Wir erfahren aus Berlin, daß dort in der Universität in einer Studentenversammlung Abgeordnete der deutschen Komites in Posen erschienen, die die furchtbare Lage der Deutschen darstellten: es kam da zu den glühendsten Versicherungen, die Deutschen nicht zu verlassen; es war der Rückschlag des deutschen Nationalismus, der auch in Frankfurt zu Tage kam. Man beschloß eine Adresse; das gewählte Komite umgab sich mit einer bewaffneten Versammlung von polnischen und deutschen jungen Männern aus Posen und ging in das Detail der dortigen Verhältnisse in einer nächtlichen Sitzung ein. Das Resultat war: entschiedene Vorliebe für Polens Wiedergeburt, aber unerschütterliche Treue zu den Landesleuten. So hat auch der (radikale) politische Klub sich zu Gunsten der Deutschen ausgesprochen, und auch im konstitutionellen Klub scheinen dieselben Gesichtspunkte vorzuwalten. Wie stünde es uns auch an, gegen die ehrfurchtige Geschichte unserer deutschen Brüder in Posen gleichgültig zu sein? oder gleichgültig gegen die Unabhängigkeit unserer deutschen Grenzmarken? In dem polnischen Theile von Posen opfern wir eine große Zahl Deutscher ohnehin dem neuen Reiche auf; dies ist nicht zu vermeiden; diese Zmpfreiser deutscher Bevölkerung müssen fehen, wie sie gedeihen. Doch wird es die Ehre Preußens verlangen, daß es bei der Abtretung die politische, religiöse und bürgerliche Gleichstellung dieser deutschen Einwohner mit den Polen durch Verträge garantirt. Sie mögen dann dort, wie die zerstreuten Polen in Preußen, als Pfänder gegenseitiger Freundschaft bleiben.

Wir wollen dies Mal nicht darauf weisen, wie die Diversion eines großen Nationalkriegs für einen edlen Zweck in diesen gegenwärtigen Zeiten wünschenswerth ist und wie die Befreiung Polens dieserhalb aus politischem Gesichtspunkte so rathsam ist, wie aus dem der Gerechtigkeit. Dies unterdrückte Land aus Rußlands Joch zu reißen, ist ein Ziel der Waffen des Examinandus werth, der Messenien aus Sparta's Druck errettete. Wir haben lange genug erfahren, was die Angrenzung von Oesterreichs Despotismus unserer Freiheit geschadet hat und ernten jetzt die traurigen Früchte dieses Verhältnisses. So ist es und auch wichtig, eine Zustandsstatte der Freiheit und der beginnenden Civilisation zwischen uns und Rußland zu haben. Von dieser Seite schlagen wir dies Zwischenreich höher an, als von Seite des materiellen Beistands, den es uns geben wird. Wir haben Rußlands physische Macht nicht zu fürchten, von seinem moralischen oder lieber unmoralischen Einflusse wissen wir, was wir zu dulden hatten.

Man wirft uns nun freilich entgegen (und Solche thun es, die in der Nähe und Unmittelbarkeit der Verhältnisse die besten Kenner geworden sind): es werde sich noch fragen, ob ein hergestelltes Polen nur äußerlich bestehen, geschweige ob es innerlich gedeihen werde. In diesem Volke sein eben alle die Elemente noch ungeschmälert, ja vergrößert vorhanden, die meist seinen Fall herbeigeführt. Ein schwaches, durch Parteien zerrissenes Land, werde es uns keine Bormauer gegen Rußland bilden, sondern einen Zankapfel, der uns nicht zu Ruhem kommen und uns das Experiment seiner großartigen Befreiung bitter bereuen machen werde. Für die Deutschen und Juden in Posen sei der Begriff polnisch werden gleichbedeutend mit dem: — unterdrückt und verkauft zu werden; die Straßen seien schon jetzt mit Blutflecken bedeckt; schon jetzt üben fanatische Edelleute eine wahre Tyrannei aus, und mit der Herstellung werde die alte Herrschsucht und Selbstsucht des polnischen Adels wieder beginnen; die polnischen Bauern, das wohl ahnend, hielten es mehr mit ihren preußischen Landesherrn als mit ihrem Adel, und wären sie nicht unter preußischer Zucht menschlicher geworden, so hätten auch jetzt, auch hier galizische Greuelscenen gedroht. Kein einziger polnischer Gutsbesitzer habe die jetzt aufgefangen, die Lasten seiner Bauern zu erleichtern, obgleich alle wissen, daß dies der einzige Weg ist, die Bauern zu gewinnen und ein Volk herauszuziehen. Nur eine Wiedergeburt der Polen selbst könne eine Wiedergeburt Polens nach sich ziehen: sie sei noch nicht erfolgt. Der polnischen Emigration seien allerdings die Augen über das Grundübel Polens aufgegangen; aber ihre demokratische Richtung findet bei dem Adel keinen Anklang; nicht wegen, sondern trotz derselben hat er sich dem Plane der Emigration angeschlossen; er traut sich Kraft genug zu, nach errungener Selbstständigkeit ihre socialen Plane zu überwinden. So werde die alte Adels- und Pfaffenherrschaft hergestellt werden, und mit ihr der alte Schaden, und mit ihm die alte Noth für alle Nachbarn.

Wir glauben wohl, daß dies Alles nur zu begründet sein wird. Auch machen wir uns keine allzusanguinden Illusionen von der nächsten Zukunft des hergestellten Polens. Dennoch scheint uns, all dies der großen Mission der Zeit nicht in den Weg treten zu dürfen. Die europäische Civilisation muß einen Anlauf nach dem Osten suchen, der Naturzwang der Verhältnisse wird dahin führen. Es muß die Probe gemacht werden, ob die slavischen Völker der westlichen Bildung fähig sind oder nicht. Alles, was man von Polen Nachtheiliges sagen kann, hat man von Griechenland gesagt; auch hat man leider nur zu viel Recht behalten; dennoch wird Niemand darum wünschen, Griechenland möchte unter türkischem Joche bisher geblieben sein. Polen stand am Eingang einer Regeneration im Geiste des Westens, als man grausam seine letzten Glieder zerstückte. An diesem Ende muß wieder angeknüpft werden. Die gewaltsamen Unterdrücker der damaligen Umwandlung müssen sie nun vor sich gehen sehen, und man wird erfahren, welche Elemente der Bildung in den slavischen Stämmen vorausgesetzt werden dürfen. In die große Wüste des Slaventhums im Osten wird diese unruhige polnische Bevölkerung das erste Ferment eines neuen Bildungsprozesses zu werfen aufrufen die geeignetste sein. Sehr möglich, daß wir dann germanischen Elemente bei seiner ersten politischen Regung einen furchtbaren Stammesgegner heraufbeschwören, aber ohne daß sich diese deutschen Kräfte an großen glänzenden Aufgaben zu prüfen haben, erwarten wir ohnehin keine Einigung und keine dauernde Machtentfaltung dieses in geistigem Leben allzulange verweichlichten Volkes. Wir legen Viel, wir setzen Alles auf's Spiel, wird man uns einwerfen. Aber uns scheint, es steht bereits Alles bei uns auf dem Spiele, und wir wollen der Schlachtstellung der Figuren nur eine andere Richtung geben, bei der wir des Gewinnens sicherer zu sein glauben.

---

**Oesterreich.** Wien, 1. April. Das Fr. J. meldet von hier: Nachdem der sardinischer Hof offen die Absicht ausgesprochen, das lombardisch-venetianische Königreich zur Unterstützung der Aufständigen feindlich zu überziehen, hat die österr. Gesandtschaft Turin verlassen; zugleich hat der Kaiser befohlen, der hiesigen sardinischen Gesandtschaft ihre Pässe zu ertheilen. Andererseits hat, nachdem ein Pöbelhaufe in Genua das österr. Wappen vom k. k. Konsulat abgerissen und durch die Straßen geschleift, ohne daß die Behörden dagegen eingeschritten, der k. k. Konsulatsvorweser daselbst seine Pässe gefordert.

Der Erzherzog Albrecht reichte gestern in Gegenwart der sämmtlichen hier anwesenden Generale, dem provisorischen Kriegsminister, Fürsten Hohenlohe, seine Entlassung als Kommandirender Niederösterreichs ein. Se. k. Hoheit drückte den Wunsch aus, dem Vaterlande im Falle der Noth gegen äußere Feinde, sein Blut und Leben opfern zu können. Abends reiste er nach seinem Gut Seelowitz ab. Der Erzherzog Ludwig weicht dem dennrenden Angriff, der sich vorerst durch Kossuths enstammende Rede in Preßburg öffentlich Luft machte, und verläßt heute die Hauptstadt. Die Mißstimmung gegen diesen reaktionären Prinzen hatte auch hier schon den höchsten Grad erreicht.

**Preußen.** ** Berlin, 4. April. Im Eingang der zweiten Sitzung des Ber. Landtags, heute Vormittag, wurde ein königl. Propositionsdekret verlesen, die für die Nationalvertretung am Bundestage anzuordnenden Wahlen betreffend. Die zum Ber. Landtag verlassenen Sitzer der Bundesprovinzen sollen 113 Abgeordnete für das Parlament wählen, nach der Kopfzahl einer jeden Provinz, z. B. für Brandenburg 19, für Pommern 11, für die Rheinlande 12 Mitglieder. Die Wahl kann nur Männer der Provinz treffen, welche wählt. Sollte vor Eröffnung des Parlaments die neue Volksvertretung organisirt sein, so behält die Regierung sich vor, neue Wahlen vornehmen zu lassen. — Hierauf interpellirte der Abg. von

Digitized by Google

Schenkendorf in höchst brutaler Weise das Staatsministerium, welche Maßregeln es zu treffen gedenke, um die Ordnung herzustellen, welche es bis jetzt getroffen habe; bis jetzt sähe er nur „ein Zerreißen des Bestehenden", „eine Schwächung jeder Autorität"; die Maxime, welche gestern Graf Arnim als die seines Cabinets bezeichnet, „den Ereignissen immer einen Schritt voraus zu nehmen", unterwarf er seinem Tadel. Minister v. Auerswald versprach, morgen die Maßnahmen zu nennen. Graf Arnim vertheidigt seinen Grundsatz; man müsse klar erkennen, was die Zeit verlange, dann aber Alles und ganz aufrichtig geben; die Bürde sich der Staatsmann überflügeln lassen; sonst werde ihm nach und nach abgedrungen, was er mit vollen Händen spenden konnte. Abg. v. Beckerath redet dem Ministerium das Wort. „Die Ereignisse haben ein Bestehendes eingerissen; Thaten haben ein System eingerissen, wogegen wir mit Worten nichts vermochten. Das System ist gestürzt, ein neues trat an die Stelle." Der Landtagskommissär Camphausen antwortet dem wiedertrittretenden Oppositionsmann mit der ihm eignen Schärfe und Klarheit; allerdings jetzt gelte es erst, die Grundsteine niederzulegen, welche bestimmt sind, den Neubau des Staats zu tragen für die nächste und kommende Zukunft. — Graf v. Bismarck-Schönhausen interpellirte sodann wegen unsrer auswärtigen Angelegenheiten, namentlich in Betreff Dänemarks, und beklagt den gesunkenen Credit. Frhr. v. Arnim, Minister des Aeußern, gibt folgende Erklärung, ausdrücklich in Bezug auf Schleswig-Holstein: „Ich bin für jedes Wort, das ich hier rede, verantwortlich. Sie werden mich niemals ein Wort, das ich hier gesprochen, zurücknehmen hören. Wir haben an Dänemark nicht den Krieg erklärt. Wir machen nur eine Expedition zum Schutze der deutschen Grenzen und deutscher Rechte. Es gilt, Eventualitäten zuvorzukommen. Der Bundesschluß vom 17. Sept. 1846 beheist dem Bunde die Kompetenz vor, die Rechte Aller und Jeder, d. h. des Bundes selbst, der erbberechtigten Agnaten und Holsteins wahrzunehmen. Preußen antizipirt nur eben, was in Folge dessen der Bund beschließen wird und muß. Vielleicht kommt es nicht zum Kriege. Die dänische Regierung begreift ihre eigne Stellung in Europa besser. Auch hat eine befreundete Macht ihre Vermittelung angetragen. Sobald Näheres bekannt ist, werde ich es vortragen." — Sodann ging die Versammlung zur Berathung jener zum Voraus vertländigter Verfassungspunkte über, worüber wir den Bericht morgen werden folgen lassen.

* Tilsit, 28. März. Heute war hier das Gerücht verbreitet, daß unsere Memelbrücke vorläufig noch nicht aufgesetzt werden solle, als Sicherheitsmaßregeln gegen die Russen. Die Verwirklichung derselben würde nur Angst vor den Russen verweisen, im Uebrigen aber nur störend auf den Verkehr wirken, ohne irgend welche Sicherheit zu gewähren. — Eine andere viel wichtigere, heute hier verbreitete Nachricht ist die, daß die an unserer Grenze befindlichen russ. Truppen in der Nacht vom 25.—26. d. der Staffette aus Petersburg den gemessenen Befehl erhalten haben, sich sofort marschfertig zu machen, um bei dem ersten Ausbruche von Unruhen in das Innere des Landes sich zurückzuziehen, so lange aber sich auf das Strengste vor Verletzung des preuß. Gebiets zu hüten. Bei den jetzt vielfach ausgesprochenen Gerüchten von dem Anmarsch russischer Truppen gegen die preuß. Grenze, namentlich von dem baldigen Anlangen dreier Armeekorps, kann ich zur Beruhigung aus sicheren Quellen mittheilen, daß nach allen bisherigen eingezogenen Erkundigungen diese Gerüchte sich durch Nichts bestätigt haben. Ferner kann ich hinzufügen, daß auch die russ. Grenzbesetzung von Polangen bis Thorn durch Kosaken und Grenzwächter noch dieselbe ist, wie seit Jahren, und daß nur wegen des im Laufe des vergangenen Winters vorzugsweise an unserer nördlichen Grenze überhand genommenen Schmuggelhandels die dortigen Kosakenpikets um circa 80 Mann verstärkt sind.

Berlin. Das Gerücht, daß der Kaiser von Rußland Polen freigegeben und ihm den Herzog von Leuchtenburg zum König gesetzt habe, entbehrte, wie sich denken läßt, jedes Grundes. Dagegen bestätigt sich eine von der Voss. Z. mitgetheilte Nachricht, daß 300 Polen, welche vom Preußischen aus in das Königreich Polen einzudringen versucht hätten, jenseit der Grenze sämmtlich gefangen genommen wurden.

** Posen, 31. März. Seit 10 Tagen besteht hier und im ganzen Großherzogthum Posen ein Zustand der größten Anfregung und spannender Ungewißheit. Die deutsche Presse hat sich bei dem Sturme der Ereignisse, der über Deutschland selbst hereingebrochen ist, mit den hiesigen Vorgängen wenig beschäftigen können und nach der Posener Zeitung, welche es mit keiner Partei verderben will, könnte man glauben, es begebe sich hier die Umwälzung des Bestehenden überall in aller Liebe und Brüderlichkeit beider Nationalitäten. So ist es aber keineswegs. An freundschaftlichen Proklamationen des polnischen und des deutschen Nationalkomitées, an saurm Inbel, begeisterten Reden, festlicher Einholung der Kommissirten, Illuminationen hat es nicht gefehlt, und doch war fortwährend die dringendste Gefahr vorhanden, daß die friedliche Umwandlung plötzlich in blutige Revolution umschlagen könne. Die Familien der Beamten und Militärs sind dem größeren Theile nach bereits in den ersten Tagen der hiesigen Bewegung entflohen, und auch jetzt ist die Gefahr, daß die friedliche Reorganisation des Großherzogthums durch unheilvollen Kampf gestört werden könne, nicht vorüber. Mobile Kolonnen sind von hier ausgesendet worden, um die von den polnischen Komitéd der Leerung außer Funktion gesetzten Kreisbehörden wieder einzusetzen, die deutsche Bevölkerung vor Gewaltthätigkeiten, welche an mehreren Orten bereits vorgekommen, zu schützen und der drohenden Anarchie vorzubeugen. Auch das hiesige polnische Komité ist eifrig bestrebt, durch angesendete Kommissärien auf Erhaltung der Ordnung, Sicherheit der Personen und des Eigenthums hinzuwirken. Ob aber die Massen überall zu zügeln, ob nicht vielleicht gar, wie von vielen Seiten befürchtet wird, die Sensenmänner gegen ihre Gutsherren mit Plünderung und Mord losbrechen werden, ob das erbitterte Militär immer mit der erforderlichen Mäßigung verfahren wird, läßt sich mit Sicherheit nicht voraussehen. Bisher ist noch das milde, nachgebende Verfahren des Oberpräsidenten von Beurmann und des kommandirenden Generals von Colomb die friedliche Entwickelung der Dinge wesentlich gefördert worden, daß aber die deutsche Bevölkerung mit dieser Entwickelung zufrieden sei, läßt sich nicht behaupten. Es haben sich vielmehr hier sowie in vielen andern Städten deutsche Nationalkomitées gebildet, welche, soweit es sich um Erhaltung der Ruhe handelt, mit den Polen gemeinschaftlich wirken, daneben aber mit allem Eifer bestrebt sind, die deutschen Interessen zu wahren. Die hiesigen Zustände und das gegenseitige Verhältniß beider Nationalitäten werden in Deutschland häufig verkannt, und doch ist es im eigenen Interesse Deutschlands dringend wünschenswerth, daß es sich eifrig damit beschäftige und insbesondere nicht dulde, daß ihm Gebietstheile entrissen werden, deren Bewohner nach Gesinnung und Sprache ganz deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Es leben hier im Großherzogthum neben 700,000 Polen 500,000 Deutsche, die Mehrzahl der letzteren in den Grenzkreisen. So sind z. B. Bromberg, Schneidemühl, Schwerin, Meseritz, Fraustadt, Lissa, Rawitsch und viele andere durchaus deutsch oder es ist wenigstens die Zahl der in diesen Städten und ihrer Umgegend wohnenden Polen von so geringer Bedeutung, daß nicht bloß von einem Ueberwiegen, sondern von einer vollständigen Herrschaft des deutschen Elements in diesen Gegenden geredet werden muß. Hier in der Stadt Posen ist die Bevölkerung halb polnisch, halb deutsch, und auch in fast allen andern im Innern der Provinz belegenen Städten ist das deutsche Wesen zu größerer oder geringerer Geltung gelangt. Auswärtern gibt es im Innern auch sehr viele Dörfer und Bezirke, die rein deutsch sind und von polnischen Dorfschaften rings umschlossen werden. Diese gemischte Bevölkerung macht hier eine beide Parteien zufriedenstellende Lösung der polnischen Frage äußerst schwierig. Es ist kein Wunder, daß die hiesigen deutschen Bürger und Handwerker, die große Zahl der jüdischen Kaufleute, welche sich dem Deutschthum anschließen, den jungen Tag polnischer Freiheit nicht mit Freude, sondern mit Besorgniß heraufziehen sehen, daß sie mit dem jetzigen Verfahren der Behörden höchst unzufrieden sind und auf energische Maßregeln gegen die polnischen Bestrebungen dringen. Der Freundschaft und Brüderlichkeit, welche jetzt urplötzlich seit den Berliner Ereignissen der deutschen Bevölkerung in öffentlicher Proklamation Seitens der Polen angetragen werden, traut man nicht, und es ist auch kaum denkbar, daß in so kurzer Zeit, wie in ganz Deutschland zwischen Deutschen und Polen besteht, und jetzt laut verkündet wird, hier sofort in alle Herzen dringen könne, hier wo lange Jahre hindurch der bitterste Haß genährt worden ist. Doch, was vermag nicht die Gewalt der jetzigen Zeit! Vielleicht stehen Polen und Deutsche bald als Verbündete einem gemeinschaftlichen Feinde, der Despotie, gegenüber und dann läßt sich hoffen, daß auch hier die entgegengesetzten Interessen beider Nationalitäten zu einer schnellen und glücklichen Ausgleichung gelangen. Die Kommission, welche mit dem Oberpräsidenten über die nationale Reorganisation des Großherzogthums in Berathung getreten ist, besteht aus folgenden Mitgliedern: Graf Mielzynski, Dr. Libelt, Dr. Kraszewski, Graf Dzwerowski, Landgerichtsrath und Just. Kom. Gerger, Probst Wasilowski, Regierungsassessor Szuman, Generallandschaftsdirektor von Dombowski, Bürgermeister Naumann und Landgerichtsrath und Justizkom. Boy. Nur die beiden zuletzt Genannten sind Deutsche, die Persönlichkeit sämmtlicher Mitglieder jedoch berechtigt zu der Erwartung, daß ihre Anträge auf eine friedliche Entwickelung der Dinge hinwirken werden. Vorgestern hat die Berathung stattgefunden, bei welcher dem Vernehmen nach schleunige Organisirung eines polnischen Armeekorps und

Digitized by Google

Besetzung der obersten Beamtenstellen mit Polen in Antrag gebracht worden ist.

* Bromberg, 2. April. Aus allen Theilen des Netzdistrikts, der bis zum Jahr 1806 zu Westpreußen gehörte, seit 1815 aber der Provinz Posen einverleibt wurde, gehen Deputationen und Adressen an den Landtag ab, um den Anschluß dieses Theils der Provinz Posen, wo die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung aus Deutschen besteht und das deutsche Element entschieden vorherrscht — an den deutschen Bund auszusprechen und zu sichern. Man ist hier fest entschlossen, jeder Beeinträchtigung der deutschen Nationalität mit Kraft und Nachdruck entgegenzutreten.

**Baiern.** = München, 5. April. Bei der gestern stattgefundenen Wahl zur Vervollständigung der Mitglieder der Ausschüsse wurden in den ersten Ausschuß bei 98 Stimmenden (Majorität 50) gewählt: 1) Professor Dr. Zenger mit 98 Stimmen, 2) Beisrichter Dr. Engelhard mit 80 Stimmen. In den zweiten Ausschuß (98 Stimmende, Majorität 50): 1) der Abgeordnete, Regierungsdirektor Schwindl mit 71 Stimmen; 2) der Abg. Frhr. v. Schäzler mit 62 Stimmen. In den dritten Ausschuß: 1. Skrutinium (94 Stimmende, Majorität 48): 1) der Abg. Rath mit 73 Stimmen, 2) der Abg. W. Eser mit 50 Stimmen. Im II. Skrutinium (dieselbe Zahl): 3) der Abg. Zenger mit 72 Stimmen.

Zugleich theile ich ihnen folgendes Aktenstück mit: „An die sehr verehrlichen Mitglieder der Kammer der Abgeordneten, dermal zu Frankfurt a. M. Die Kammer der Abgeordneten hat in der heutigen Sitzung vom 4. April das unterzeichnete Direktorium beauftragt, die verehrlichen Mitglieder, welche dermal bei der Nationalversammlung in Frankfurt anwesend sind, unterwerft vor Abgang der Post in Kenntniß zu setzen, daß die Kammer durch einstimmigen Beschluß sich dahin ausgesprochen hat, daß sie zur Ergirung der Einheit Deutschlands und eines deutschen Parlaments auf den Grundlagen des reinen Princips der konstitutionellen Monarchie sich fortan zu bewegen und nur in diesem Sinne und Geiste der Entwicklung des staatlichen Lebens die von der Zeit geforderte Vervollkommnung zu verschaffen gewillt sei, mit Beifügung des Wunsches, daß die in Frankfurt anwesenden verehrlichen Mitglieder dieses Princip als Grundlage ihrer Wirksamkeit aufnehmen, festhalten und in dessen Förderung und Vervollkommnung ausharren mögen. Hochachtungsvollst Dr. Müller II. Präs. Stedinger I. Sekr.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 5. April. In den letzten Tagen war ziemliche Ruhe in unserm politischen Leben, man hatte getraumt der Frankfurter Beschlüsse. Jetzt regt sich wieder. Schon das Bürgerliche Ansehen der Stadt seit einigen Tagen macht Leben. Militär sieht aus, die Uebungen der Bürger gehen verwärts. An Waffen fehlt es bekanntend. — Gestern Abend war hier eine Arbeiterversammlung, von einem kaufmer Hauptagitatoren, dem Fabrikanten Rau aus Saldorf, geleitet. Sie will Republik und hat diese Gesinnung in Adressen an die Regierung und an die Vorversammlung in Frankfurt kund gegeben. Sie will auch Sorge für alle brodlos gewordenen Arbeiter durch die Regierung. — In einem andern Lokale bildete sich ein Klub, der die bevorstehenden Wahlen, besonders für die Nationalversammlung, in die Hand nehmen will. Es waren zunächst Grundsätze, über die man sich einigte. Der Uebreclassung des Wahlmodus in die Willkür der einzelnen Staaten war Niemand günstig, wohl aber den ausgesprochenen Grundsätzen der Frankfurter Versammlung. Unsere Wahlart muß wesentlich verändert werden, um diese Grundsätze zu wahren. Wie wollen direkte Wahlen, Berechtigung jedes Staatsbürgers, während bisher bloß die Steuerpflichtigen, und zwar in großem Uebergewicht bloß die Höchstbesteuerten aktives Wahlrecht haben. Wir wollen Aufhebung aller bisherigen Wahlvorrechte. Endlich war die entschiedene Ansicht die, daß nicht in kleinen Bezirken je 1 Abgeordneter, sondern etwa in unsern 4 Kreisen je 8 oder 9 Mitglieder gewählt werden sollten, letzteres besonders um den Einfluß der Standesherren zu neutralisiren. Auf Verwirklichung dieser Grundsätze arbeitet der Verein durch die Presse und das Volksversammlungsrecht hin. Specielle Wahlvorschläge werden folgen. — Inzwischen bilden sich im ganzen Lande vaterländische Vereine, hauptsächlich für die würtemb. Wahlen, die Volksbewaffnung ꝛc. Sie haben jetzt ein reiches Feld der Thätigkeit.

**Sachsen.** * Leipzig, 1. April. Am gestrigen Abend fand hier eine Versammlung statt, wie sie weder hier, noch anderwärts je stattgefunden hat. Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer politischen Krisis, deren Folgen wir noch gar nicht absehen können. Nun tritt hier ein Verein von Männern auf, welche kirchliche Grundsätze veröffentlichen, die ebenfalls einen ungeheuern Riß in das Staatsleben machen müssen. Dr. Zille, evangelischer Prediger hier, Herausgeber der tüchtigen Zeitung für die christliche Kirche, besprach sich mit einigen hiesigen Männern, Pred. Rauch und den DD. Haltaus und Zetermann, ob es nicht zeitgemäß und segenbringend sei, die Grundsätze, welche allen Konfessionen gemeinsam sind und ein gegenseitiges Band des religiösen Friedens sind, aufzustellen und zu veröffentlichen. Genannte Herren kamen überein, diese Idee zu verfolgen und deßhalb intellektuelle Männer der verschiedenen hiesigen Konfessionen zur Realisirung dieser Idee aufzufordern. Die ersten Schritte fanden sogleich Anklang und schon in einer der nächsten Sitzungen beschlossen die anwesenden Glieder des Vereines, den aufgetretenen Zeitpunkt zu benutzen und eine Adresse an die Leute in Frankfurt zusammengekommenen Männer der politischen Freiheit Deutschlands zu richten, in welcher sie folgende Ansichten öffentlich vertreten: Hauptzweck aller kirchlichen Verwirrnisse ist die verschiedene Behandlung der Konfessionen von Seite des Staates, indem es einige bevorzugt, andere zurücksetzt. Daher verlangen sie gegen die Zurücksetzung „völlige Rechtsgleichheit für jedes religiöse Bekenntniß und jeden kirchlichen Verein, der nicht mit den Gesetzen des Staates im Widerspruch steht." Keinen kirchlichen, sondern christlichen Staat. Keine bloße Duldung. Gleiche bürgerliche Berechtigung für alle Konfessionen, welche den gleichen Zweck sittlicher Vollendung der Menschheit haben. Gegen die Bevorzugung verlangen sie: Trennung der Kirche vom Staat. Und zwar keine Staatskirche; der Staat sei unabhängig von der Kirche. Der Staat knüpfe an die religiösen Anschauungen, Versammlungen und Handlungen keine rechtlichen, staatsbürgerlichen Folgen; er führe Geburts-, Schulentlassungs-, Ehe- und Todtenregisterwesen, vornemde den Eid in eine öffentliche und feierliche Versicherung und betrachte die kirchlichen Feiertage als bürgerliche Ruhetage. Die Kirche sei unabhängig vom Staate. Jede kirchliche Gemeinschaft habe das Recht der Anordnung und Leitung ihrer Angelegenheiten durch aus ihrer Mitte gewählte Vertreter und Beamte, das Recht der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Beaufsichtigung ihrer Gemeinwesens. Das bischöfliche Recht des Landesherrn und das Patronatrecht sei aufgehoben. Die Kirche erziehe den Staat sittliche Bürger, der Staat schütze und stühe die Kirche und übe das Recht der Nichtbestätigung und Verbietung, wenn einzelne kirchliche Einrichtungen und Gebote oder ganze kirchliche Gemeinschaften den Staatszwecke zuwider sein sollten. Diese Grundsätze, nicht neu, erhalten einen Theils durch ihre Zusammenstellung, andern Theils dadurch eine weltbisterische Bedeutung, daß sie, was noch nie geschah, als Grundsätze und Wünsche der Prediger von fünf hier lebenden verschiedenen Konfessionen gemeinsam aufgestellt und einem deutschen Parlamente als Adresse vorgelegt werden. Es kann nicht ausbleiben, daß ein so gemeinsamer Schritt im ganzen Deutschland große Sensation hervorrufen wird, da nur in echtgister Freiheit die wahre Friede herrlich gedeihen kann. Indem von Leipzig aus der erste Schritt geschieht, auch in religiöse Hinsicht jene bürgerliche Gleichstellung und völlige Glaubensfreiheit zu erzielen, werden gewiß Tausende im deutschen Vaterlande den gemeinsamen Aufruf beherzigen und die Ideen zum Heil des Vaterlandes zu verwirklichen suchen. Es konnte nicht ausbleiben, daß auch die Kirche den Augenblick der Erhebung benutzt, um sich Freiheit zu ereingen, damit der Haß und zhe Reibung schwinden und Eintracht blühe und Segen bringe. Unterzeichnet ist die Adresse von: Agathobulos, Archimandrit; Blaß, evang.-reform. Pastor; Fischer, Archidiakonus der evang.-luth. Kirche; Dr. Fricke, luther. Diaconus; Hanke, römisch-kath. Bredtger; Jellinek und Rauch ihre Ansichten über die Adresse aussprachen. Das Resultat dieses höchst interessanten Abends war ein erfreuliches. 292 Anwesende unterzeichneten die Adresse, welche unserm Landtagsdeputirten Todt in Frankfurt überantwortet werden soll. Gott walte, daß sie Segen bringt.

**Baden.** ☐ Karlsruhe, 5. April. Die hiesige Zeitung bespricht in einem Artikel vom 3. d. M. die Ernennung des Markgrafen Wilhelm zum Kommandanten des achten Armeekorps in der alten Zopfmanier. Wir bemerken zum Voraus, daß wir gegen diese Ernennung außer den in dem Artikel selbst enthaltenen bezüglich auf die Gesundheitsverhältnisse des Ernannten keine Einwendung zu machen wissen; daß aber für den Fall des hiernach in Bälde zu erwartenden Rücktritts des genannten Befehlshabers schon für einen andern Weingen gesorgt sein soll, mußte uns höchlich in Erstaunen setzen. Soll denn auch in jetziger Zeit vorzugsweise die Geburt die Befähigung zu solchen Stellen geben? Hat die Geschichte des Beispiele noch nicht

Digitized by Google

gelungen, wie Deutschland den unglücklichen Ausgang seiner Kriege stets der Unfähigkeit seiner Feldherren, welche vorzugsweise in den höhern Regionen gesucht worden sind, zuzuschreiben gehabt? Ist man in dieser Beziehung noch so vielen traurigen Erfahrungen nicht zu besserer Einsicht endlich gelangt, so können wir einen feindlichen Zusammenstoß mit fremden Völkern in der That keinen glücklichen Erfolg verbürgen. Wir können den würtembergischen Prinzen nicht, welcher nach dem Rücktritte des Markgrafen Wilhelm zu diesem Kommando auserkoren ist. Allein zu der Erwartung glauben wir jeden Falls berechtigt zu sein, daß nicht seine Eigenschaft als Prinz, sondern lediglich seine Befähigung das Motiv zu seiner Ernennung geben wird.

**Braunschweig**, 2. April. Heute eröffnete der Herzog die Stände mit folgender Rede: „Meine Herren Stände! Ich heiße Sie herzlich willkommen und freue Mich, die Gelegenheit zu haben, den Vertretern des Landes Meinen aufrichtigen Dank auszusprechen für die vielen und unzweideutigen Beweise von Anhänglichkeit und Liebe, welche Mir in dieser Zeit aus allen Theilen des Landes zugekommen sind. Ich habe Sie so lebendig zu diesem außerordentlichen Landtage berufen, weil Ich, in festem Vertrauen auf die Biederkeit und Besonnenheit der Braunschweiger, nicht länger zögern wollte, dem Lande die wichtigsten politischen Rechte zu verleihen. Die in der Verordnung vom 13. d. M. angekündigten Gesetzvorschläge werden Ihnen unverzüglich vorgelegt werden, besonders das Gesetz über die Oeffentlichkeit Ihrer Verhandlungen, und es sind Vorkehrungen getroffen, damit dasselbe nach seiner Annahme sofort in Ausübung gebracht werde. Es hat vielleicht nie einen Zeitpunkt gegeben, in welchem einmüthiges und kräftiges Zusammenwirken der Regierungen und Stände eine so dringende Nothwendigkeit gewesen wäre. Jede wünschte Reform erfordert Beseitigung der bei den Verhandlungen über den Staatshaushalt auf dem letzten ordentlichen Landtage unerledigt gebliebenen Punkte. Mein Staatsministerium ist angewiesen, Ihnen mit ausgiebenden Vorschlägen entgegenzukommen, deren Annahme Ich Ihnen empfehle. Lassen Sie uns den großen Bestrebungen für die Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands alle unsere Kräfte weihen. Lassen Sie uns den vielleicht kommenden Gefahren mit Ruhe und Entschlossenheit entgegengehen. Ein äußerer Feind bedroht die nördlichen Grenzen des Bundes, und ein flammerwandtes Land soll wider Recht von Deutschland losgerissen werden. Die Regierungen des nördlichen Deutschlands erkennen die gebieterische Pflicht, in Uebereinstimmung mit der laut ausgesprochenen Ansicht des Volkes, einen solchen Angriff mit Kraft zu bekämpfen. Ich werde daher unseren deutschen Brüdern in Holstein militärische Hilfe gewähren, und erwarte von Ihrer Vaterlandsliebe, daß Sie die erforderlichen Mittel bewilligen. Das große Werk der Regeneration des deutschen Bundes hat bereits begonnen, und Abgeordnete nehmen in Gemeinschaft mit den Bundesgesandten an diesen hochwichtigen Arbeiten Antheil. Ich hoffe mit Zuversicht, daß auf diesem Wege die Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit Unseres gesammten Vaterlandes dauernd und fest begründet werde. Welche Ereignisse aber auch kommen mögen, Ich gehe getrost der Zukunft entgegen, denn Ich weiß, daß Ich auf Ihren Beistand und auf die treuen Herzen Meiner Braunschweiger zählen kann. Sie werden in den Stunden der Gefahr, wenn es gelten sollte, die innere Ruhe oder die Unabhängigkeit Deutschlands zu vertheidigen, Sich erheben und eingedenk des ererbten Ruhmes Mir folgen zu Kampf und Sieg, wie Meinem Vater, dessen glorreiches Andenken in jedem deutschen Herzen lebt. Möge Ihre Arbeit zum wahren Heile des Landes gereichen!“

**Schleswig**. * Rendsburg, 2. April. Das Rendsburger Tageblatt enthält das folgende Schreiben der prov. Regierung an den König vom 2. März.

Die allerunterthänigsten Unterzeichneten haben sich in ihrem Gewissen gedrungen gefühlt, einen Schritt zu thun, den vor Ew. Majestät zu rechtfertigen, sie für ihre erste Pflicht erachten. Sie haben sich in Ew. Majestät Namen als provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein constituirt. Ew. Majestät fanden bei Höchstdero Regierungsantritt die öffentlichen Verhältnisse Ihrer deutschen Herzogthümer in einer Lage vor, welche, weit entfernt, deren Rechten, Wünschen und Interessen zu entsprechen, selbst das gegenseitige Vertrauen zwischen Fürst und Volk tief erschüttert zeigte. Diesenigen Maßregel, welche, als Versuch offentlicher Verföhnung durch Höchstdero Berufen vorbereitet, von Ew. Majestät in den ersten Tagen Ihrer Regierung proklamirt wurde, vermochte bei weitem nicht die Spannungen zu lösen, welche die Gemüter erfüllten. Sie vermochte sondern sie in dem Entwurf einer Gesammtstaatsverfassung um so mehr neue Nahrung, als man sich gefliffentlich in die schwierige Alternative, entweder der Freiheit oder der Nationalität unverantwortliche Opfer bringen zu müssen, drängte sehen konnte. Ew. Majestät ist es nicht unbekannt geblieben, mit welchem Ernst, aber auch mit wie tiefem Bewußtsein der unerbrochenen Ehrfurcht sich die Herzogthümer vor Wahl erfahrener Männer unterzogen. In der Mitte der Sache lag es, daß man sich bereits mit diesen Vorbahnen gleichsam auf das Aeußerste gestellt sah; und indem sich das Land völlig bewußt war, welchen Schritt es als den letztmöglichen zu betrachten habe, konnte die Frage nicht ausbleiben, was dann werden müsse und könne. Waren schon diese Verhältnisse in hohem Maße aufregend, so mußte der Aerger aus se gröber Polizeirohheit, die Aerger als je gedankenlose Censur um so unerträglicher erscheinen, als dergleichen auf das Entschiedenste mit dem in Aussicht gestellten konstitutionellen Rechte kontrastirte. Das kann erlassene Gesetz wegen Freiheit der Presse entsprach so wenig den gerechten Erwartungen des Landes, daß mit demselben erschöpfend das Selbenden der Polizei- und Regierungsgewalt noch ungleich schärferen Zwang ausgeuben vermochte, als je zuvor mit o. Censur. Leichtheit wurden Mißregeln gerügt, welche das Recht und Gesetz selbst in Gefahr der Verletzung brachten mußten. Es wurde die Haberstedener Schule, die Jahrhunderte hindurch eine dem die gewesen war, ohne Weiteres in eine dänische verwandelt. — Nun wähnte man in den Herzogthümern einen Mann an der Spitze der Regierung sich, der sowenig sich als andern über sie in Betreff Sinnes obwaltende Stimmung täuschen konnte, ward in eine der höchsten Staatsstellen zu Kopenhagen derjenige Mann berufen, der den Herzogthümern seit 1844 durch seinen Antrag auf eine Strafgesetzgebungsverfassung nur zu bekannt ist. In diesen immer neuen Anreizungen der Mißstimmung und des Mißtrauens kann die Kunde von der großen Umgestaltung der Verhältnisse Frankreichs, kam in rascher Folge die anschwellende Bewegung in allen deutschen Ländern, die schon der Erfüllung nahe Hoffnung auf mannigfache Verschmelzung aller deutschen Stämme und Staaten, die raschen und glücklichen Fortschritte freiheitlicher Entwicklung.

Schon die sichere Aussicht dieser deutschen Bewegung konnte nicht anders als auch auf Ew. Maj. deutsche Unterthanen einen tiefen Eindruck machen. Mehr wie irgendein sie sich deutsch. Zugleich hatte der Sturzung Frankreichs Fragen aufgeregt, die, wie nun einmal die Lage der Gesellschaft ist, überall mit Nachdruck sollen müssen. Mit erhöhter Spannkraft schwang sich dem Lande die Autorität der bedeutenden Gesetzgebung der gröbern Macht allgemeiner volksthumlichen Bewegung; es zeigte sich die gänzliche Unhaltbarkeit eines Mißsphems, das man in den Herzogthümern durchgeführt hat, es sollte nämlich möglich sein, in einer Provinz zu regieren, deren Bevölkerung wie tägtig wachten sahen. Ew. Majestät ist es in den letzten Tagen von vielen wohlangesehenen Männern, deutschen wie dänischen, die die Lage der Herzogthümer kennen, offen ausgesprochen worden, daß, wenn nicht schleunigst der mit so allgemeinen Forderungen laut gewordenen Wünschen Einhalt geschähe, dieselben einer Katastrophe entgegengingen. Die Kunde von den Kopenhagener Vorgängen der letzten Wochen war nichtsweniger als geeignet, die Gewaltsamkeit dieser Lage zu lindern. Große Versammlungen, welche die ist wunderbare Umwälzung, das Gefühl der Kraft einer großen deutschen masse, mit erneuerter Schärfe aussprachen, Gerüchte von Volksbewegungen, Rutungen, äußersten Beschlüssen schienen den Herzogthümern die Gefahr, die ihnen drohe, völlig nahe zu rucken. Eine Versammlung sämtlicher Deputirten der Herzogthümer sandte auf dem 3 Mitglieder nach Kopenhagen, um Ew. Maj. die Lage der Herzogthümer vorzustellen. Man erwartete die erste Nachricht von ihrem Empfange mit dem Dampfschiff, das seiner regelmäßigen Bestimmung nach am 23. früh Kopenhagen nach Kiel verlassen mußte. Das Dampfschiff blieb aus: briefliche Mittheilungen aus Kopenhagen, die vom 22. Abends datirt waren, sprachen von raschen Wechseln in den höchsten Staatsämtern, von beunruhigenden Truppensendungen. Die einzig sichere Nachricht, Zeitung bestätigte wenigstens das Eintreffen der obigen Männer in Folge einer großen Volksbewegung. Widersprechende Nachrichten nannten als an deren Stelle eingetreten diejenigen Männer, welche unabhängig die Einverleibung Schleswigs in Dänemark gefordert haben. — In dem allen blieb das Dampfschiff während des ganzen 24. und 25. gewaltig. Bestürzung sah zu zurückgehalten sei, um Truppen heranbeförderlichen, große Wahrscheinlichkeit. Das Land konnte Ew. Majestät nicht mehr frei in Höchstero Entschließungen glauben, es konnte nicht glauben, daß der Herzog von Schleswig-Holstein von seinen Vätern sein souveränes Herzogthum Schleswig den Dänen Preis geben könne; es mußte gemeint sein, mit seinen Rechten und seiner Freiheit zugleich die seines königlichen Herzogs gegen die Dänen zu vertreten, — gegen hatten sich die Burger mehrerer Städte und Flecken bewaffnet, um Truppen vermoge es nirgens mehr zu finden. Der Besitz militärischer Gewalt anzuwenden, wurde mit bloß zu Blutvergießen, er würde, da die Truppen Landesinnen sind, unthrbar zur Meuterei geführt haben. Auf die Kunde, daß das Waffenlegen aus dem 22. d. hinweg gehalten werden sollte, war der Aufzug im Begriff losgebrochen, und dem vorzubringen, gelang nur durch vermittelnden Einschreiten und durch die Verembarung, durch Burger und Soldaten sämmtliche Posten gemeinsam zu besetzen. Das erwähnte Ausbleiben des Dampfschiffes am 23. und die aus mehreren langen Nachrichten konnten, weit nicht folgerich Entscheidenes geschah, das Letzte zur Folge haben.

Unter solchen Umständen glaubten die allerunterthänigst Unterzeichneten sich berufen und verpflichtet, das zu thun, was allein nun getthun werden konnte. Sollte Ew. Majestät Höchstero deutsche Herzogthümer erhalten, sollte das Land vor völliger Anarchie und Aufruhr bewahrt bleiben, so mußte schnell eine Regierung ins Leben treten, die das volle Vertrauen des Landes besitzt, um sich mit Kraft durchsetzen zu können, die aber ebenso entschlossen ist, die Rechte des Landes zu vertreten, und demselben dirjenige freiheitliche und nationale Entwicklung zu sichern, welche wir als im Ew. Majestät, unseres deutschen Herzogs gerechtfertigten und meinen Willen liegen voraussetzen müssen. Die wir erthreten Ew. Majestät allerunterthänigst.

Ferner hat der Herzog von Augustenburg die angeschlossene Proklamation am 31. März erlassen:

„An das Volk Schleswig-Holsteins. Die gegenwärtigen ernsten Verhältnisse machen es mir zur Pflicht, einfach und deutlich sie Jeden unseres Volkes mich über meine Stellung zu unserer heiligen Sache zu erklären. Die feindseligen Absichten, durch welche die Rechte unserer Herzogthümer bedrohen, sind liegen Maaßregeln, durch welche die Rechte unserer Herzogthümer bedrohen, sind längst offenkundig. Der König durch das dänische Volk aufgezwungen worden. Der Konig ist in der Gewalt seiner wild erregten dänischen Umgebung; seine Entschließungen sind nicht frei: man betient sich seiner Autorität, uns ungerechte Gesetze vorzuschreiben. Dies sind nicht Aktenstücken, um den Schein zu wahren, Gesetze vorzuschreiben. Dies sind nicht Aktenstücken, um den Schein zu wahren, es ist notorische offenkundige Thatsache. In dieser Lage hat sich, unter gutes es ist notorische offenkundige Thatsache. In dieser Lage hat sich, unter gutes Recht zu schützen, die provisorische Regierung gebildet. Sie hat in ihrer Erklärung den Sinn und Entschluß unserer Volks ausgesprochen. Unser Ent-

Kämpfe stehen ist unbedingt und ohne Rückhalt bei. Diese wollen wir — aber auch diese wollen wir in strenger Wahrheit: Aufrechthaltung der Rechte unseres Landes und Volks und der dadurch bedingten Rechte unseres angestammten Landesherrn, und festen redlichen Anschluß an die Einheits- und Freiheits-Bestrebungen Deutschlands, deren Gefährlichkeit und Schädlichkeit unsere Herzogthümer theilen müssen und werden. Für dieses Ziel sind wir Alle, die auch ich bereit, wie ich bisher gethan, alle meine Kraft einzusetzen, Gut und Blut zu opfern und das Liebste, was der Mensch besitzt, hinzugeben Sollte aber unser Landesherr wieder frei sein, und würde er die Rechte und die Nationalität der Herzogthümer in den ausgesprochenen Sinne anerkennen und Gewähr leisten, dann werde ich, wie wir Alle, ihn freudig wieder in der Ausübung seiner landesherrlichen Gerechtsame unterstützen. Rendsburg, den 31. März 1848. Christian August, Herzog zu Schleswig-Holstein."

Die Dänen haben freilich einige Fortschritte im Norden Schleswigs gemacht, bisher ist es aber zu keinem blutigen Zusammentreffen gekommen. — Leider ist noch die gehoffte Hilfe von Preußen und Hannover bisher ausgeblieben, und wenn diese nicht bald erfolgt, wird es der Uebermacht der Dänen, die durch ihre Marine sehr im Vortheil sind, ohne Zweifel gelingen, vorläufig fernere Fortschritte zu machen, die sie hierhin nicht ohne Blutvergießen rückgängig zu machen sein werden.

Rendsburg, 1. April. Wir lassen nun die bedeutendern der von der Hamburger Börsenhalle mitgetheilten Nachrichten folgen: Heute ist eine Freischaar aus Heidelberg eingetroffen. Dr. Sorenzen, Redakteur der „Z". ist hier angekommen, um als Freiwilliger am Kampfe Theil zu nehmen. — In Südland herrschen geringe Sympathien für den Krieg, man ist dort gegen die Inselbänen sehr aufgebracht. In Bidburg hat neulich eine zahlreich besuchte Versammlung sich nicht gegen Schleswig-Holstein, wohl aber für eine dänische Republik ausgesprochen. — Die hannoverschen Truppen werden erst nach einigen Tagen hier erwartet werden können. — Die dänischen Truppen sind bis Apenrade vorgerückt, nachdem sie sich durch zwei Dragonerregimenter verstärkt hatten. Die kleine Schaar Freiwilliger, welche in Apenrade war, hat sich zu dem übrigen Heere nach Flensburg zurückgezogen. Zwischen Flensburg und Apenrade wird wahrscheinlich die erste Schlacht geliefert werden. — Der Bürgermeister Gößmann in Hadersleben ist von den Dänen arretirt. Die dänischen Schiffszimmergesellen in Apenrade, etwa 40 Mann, mit Aexten bewaffnet, schließen sich der Sache der Dänen an. — Es ist sicherem Vernehmen nach eine schleswigsche Kanzlei als Anhängsel der dänischen Kanzlei in Kopenhagen errichtet. Die Funktion des Grafen Arthur v. Reventlow-Sandberg als Präsidenten einer schleswig-holstein-lauenburgischen Kanzlei scheint nur von kurzer Dauer gewesen zu sein. Er ist neben Höpfner jetzt in der schleswigschen Kanzlei angestellt.

Die Dänen haben aus Apenrade die Magistratsmitglieder ergriffen und nach Fridericia geschleppt, wo sie gefangen gehalten werden sollen, namentlich den Bürgermeister Schow, den Stadtsekretär Stadtmann und die beiden Rathsverwandten Agent Brunn und Danielsen. Es ist überhaupt das Princip der Dänen, alle Beamten, welche sich nicht Dänisch pronuncirt haben, nach Dänemark fortzuschleppen.

Rendsburg, 2. April, Nachmittags. Der Flecken Gravenstein, dem Herzoge von Augustenburg zuständig, ist von den Feinden besetzt. Unsere Truppen haben eine feste Position bei Bau, anderthalb Meile jenseits Flensburg, genommen, welche sie behaupten werden. Wahrscheinlich wird in diesem Momente schon gefochten. Von Hannover werden 10,000 Mann einrücken, sind aber mit Sicherheit erst am Ende dieser Woche zu erwarten. (Die Hanov. Zeit. meldet vom 1. d. M., daß in Folge der Ereignisse in Schleswig-Holstein die Harburg 2 Batterien Artillerie, 2 Regimenter Kavallerie und mehrere Bataillone Infanterie zusammengezogen werden.) — Der sehr weise Beschluß der Regierung in Ratzeburg, daß das Herzogthum Lauenburg in unserem nationalen Kampfe neutral bleibe, entspricht der bisher beobachteten Haltung der Einwohner dieses Ländchens, das tiefer, als irgend ein anderes in unserm Vaterlande, im Mittelalter steckt. Aber auch hier wird das Eis schmelzen, das jeden Pulsschlag zum Erstarren gebracht hat.

Rendsburg, 2. April. Gestern Abend kehrte der Advokat Lohse von einer Sendung nach Berlin zurück. In einer Audienz beim Minister des Auswärtigen, von Arnim, hatte dieser ihm die Zusicherung ertheilt, daß möglichst rasch 6 Bataillone Infanterie, 3 Regimenter Kavallerie und 3 Batterien von der preußischen Regierung zur Disposition der prov. Regierung gestellt werden würden. (Die Truppen sind bereits hier in Hamburg angemeldet, wo auch schon gestern der preuß. Oberst von Bonin, der diese Truppenabtheilung dem Vernehmen nach befehligt, angekommen ist.)

Das Rendsburger Tageblatt bringt folgende Bekanntmachung des Generalkommandos in Betreff der Freikorps: 1) Die Freikorps werden von dem Generalkommando aus den angemeldeten Freiwilligen organisirt und konstituirt. 2) Sie bilden einen Theil des schleswig-holsteinischen Heeres und theilen die Rechte und Ehren desselben. 3) Sie stehen unter militärischem Befehl. 4) Sie werden vom Staate bewaffnet und besoldet. 5) Sie sind den Befehlen der Militärbehörden unterworfen und schulden denselben, sowie ihren Vorgesetzten militärischen Gehorsam. 6) Sie dienen bis zur Beendigung des Krieges gegen Dänemark. 7) Die Officiere und Unteroffiziere werden vom Staate, letzterer auf Vorschlag ernannt. 8) Alle Freikorps, mit Ausnahme der Kieler Studenten und der Kieler Turner, stehen unter Oberleitung eines gemeinschaftlichen Chefs, des Advokaten Oberstlieutenants von Koch. Rendsburg, 31. März 1848. Das Generalkommando. Auf Befehl Chef des Generalstabes. Fabricius, Oberst.

Den 3. April wurde in Rendsburg der erste vereinigte schleswig-holsteinische Landtag eröffnet. Es wurden erwählt: zum Präsident Bargum; Vicepräsident Nerrgard; Sekretäre Klenze, Pastor Lorenzen; Redakteur Dr. Müller und Leck. Es wurde ein Vertrauensvotum für das prov. Regierung abgegeben. Um 1½ Uhr dauerte die Debatte über den Anschluß Schleswigs an den deutschen Bund noch fort.

— Ein Antrag der provisorischen Regierung an den deutschen Bund um Aufnahme Schleswigs in denselben ist im Laufe des Tages nach Frankfurt abgegangen.

Frankfurt, 5. April. Die Oberpostamtsz. berichtet über die 1. Sitzung des Fünfzigeransschusses: „Es wurde eine Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung für den Fünfzigeransschuß in folgenden Mitgliedern niedergesetzt: Jacoby, Hecksher, Pagenstecher, Wächter, Biedermann. Abegg trägt vor: er habe äußerlich, aber sicher vernommen, daß der Bundestag noch berathe, ob auch 50,000 oder auf 70,000 Seelen ein Abgeordneter zur Nationalversammlung gewählt werden soll. In diesem Falle habe die Ausführung der Beschlüsse der vorberathenden Versammlung noch nicht begonnen. Ueberden Stand der Sache müsse man durch eine Deputation sich Gewißheit verschaffen und nöthigenfalls auf schleunigste Ausführung dringen. Sollten diese Beschlüsse nicht in ganz klarer Fassung =itgetheilt sein, so müsse schleunigst eine Kommission dieselben präcis redigiren. Nach längerer Berathung wird der Antrag angenommen: die Beschlüsse in Bezug auf die Wahl nochmals festzustellen und durch eine Deputation an den Bundestag zu erwirken, daß die Wahlen nach diesen Beschlüssen sofort vorgenommen werden. Beneden beantragt eine Kommission zur Ordnung und Veröffentlichung aller Beschlüsse der vorberathenden Versammlung, begleitet mit einem Aufruf an das deutsche Volk. Nach dem Beschluß des Ausschusses soll die Ordnung der Beschlüsse der vorberathenden Versammlung durch die dem Ausschusse angehörigen Mitglieder des Sekretariats der vorberathenden Versammlung, Simon, Kierulff, Briegleb und Schwarzenberg erfolgen. Zur Abfassung einer Proklamation wird eine Kommission (Beneden, Jacoby, Simon, Biedermann, Hergenhahn) niedergesetzt. Schleiden stellt den Antrag: der Ausschuß habe den deutschen Bundestag aufzufordert, sofort durch einen Beschluß anzusprechen, daß Schleswig, Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufgenommen seien, damit in dieser deutschen Ländern die Wahlen zu der bevorstehenden konstituirenden Versammlung rechtzeitig angeordnet und vorgenommen werden können."

Der Antrag wird angenommen. Es wird eine Kommission ernannt (Wiesner, Graf Bissingen, Freudentheil, Siedmann, Murschel) um zu erörtern, auf welche Weise der Beschluß der vorberathenden Versammlung auf Einberufung von sechs österreichischen Mitgliedern zum Ausschuß in Vollzug zu setzen sei. Die nächste Sitzung ist morgen Nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: 1) Bericht über die Geschäftsordnung und Berathung. 2) Bericht in Betreff der Einberufung von sechs Ausschußmitgliedern aus Oesterreich und Berathung. Der Vorsitzende bemerkt, daß für künftig für Beiziehung von Geschwindschreibern gesorgt sei, und schließt die Sitzung. Zur Beurkundung: Soiron, als Vorsitzender. Briegleb, als Schriftführer.

## Großbritannien.

London, 3. April. Das Daily News fordert die Regierung aufs Dringendste dazu auf, mehr als bisher für die Besserung der Lage der Arbeiter und unteren Klassen zu thun, die Unzufriedenheit wachse täglich, und wenn nicht bald die legislativen Maßregeln getroffen würden, die geeignet seien, diesen nachtheilen, in immer höherem Grade einen revolutionären Charakter annehmenden Unmuth, den Haß und Grimm der niedern Klassen gegen die Reichen, Großen und Privilegirten zu beschwichtigen, so könne man auch in England erleben, daß die Herrschaft von der Aristokratie im Sprunge auf die Arbeiter übergehe. Es bedürfe vor Allem einer Erweiterung des Wahlrechts und einer durchgreifenden Aenderung des Oberhauses, welches in seiner jetzigen Zusammensetzung und Stellung aller heilsamen

Digitized by Google

vom Volke geforderten und durch seine Lage unabwendbar gebotenen Reformen hinderlich in den Weg trete. Auch Cobden rief in der Unterhaussitzung am 31. März der Majorität und den Ministern zu: sie hätten keine Ahnung von der im Volke herrschenden Stimmung, ebensowenig als Guizot vor seinem Sturz. — Es ist jedenfalls richtig, daß auch das englische Parlament — dessen jetzige Session namentlich sich durch Nichtsthun auszeichnet — sich viel zu wenig mit der Lage der untern Klassen beschäftigt hat, während man seine Zeit mit der Erörterung kolonialpolitischer Bisthofsfrage u. s. w. verschwendete, und daß die Arbeiter in England, trotz der mancherlei Rechte (z. B. Assoziations- und Versammlungsrecht), die sie vor Ihresgleichen in andern Ländern seit alter Zeit voraus hatten, manchen gerechten Grund zur Klage haben. Man hat fast mehr für die Verbesserung des Loofes der Negersklaven in fernen Welttheilen gethan, als für die materielle Lage und geistige Bildung und Aufklärung der englischen Arbeiterklassen in den Fabriken, Kohlenbergwerken, Spinnereien. Jedes unnatürliche Verhältniß rächt sich, früher oder später, und daß das Verhältniß zwischen den Arbeitern und ihren Herren ein durchaus unnatürliches ist, wird kein Einsichtiger läugnen. So steht den Besitzenden, deren Rechte auch wir auf alle Weise erhalten wissen wollen, eine, durch lange Unbill erbitterte, jetzt noch durch unselige socialistische Theorien und Verspiegelungen aufgeschwellte feindliche Masse gegenüber, welche bereits ihre Kräfte kennen gelernt hat, die, wenn sie einmal losbricht, schon durch ihre Masse unwiderstehlich ist, aus der jene Helden der Straßenschlachten hervorgehen, welche, wie wie in Paris und Berlin gesehen haben, dem Tode auf's Unerschrockenste die Stirne bieten. Haben sie doch Nichts zu verlieren und Alles zu gewinnen, und fällt ihnen nebenbei doch Ehre und Ruhm in Hülle und Fülle ab! Die englische Regierung würde ohne Zweifel für diese jetzt so wichtige und einflußreiche Klasse mehr gethan haben oder ferner thun, sähe sie sich nicht von dem Egoismus des Unterhauses auf der einen und der vornehmen Indolenz des Oberhauses auf der andern Seite gefesselt und gehemmt. Aber auch diese Oberen sollten sich des weltgeschichtlichen Wortes „zu spät" noch zu einer Zeit erinnern, wo es vielleicht noch nicht zu spät ist; denn auch in England steht, wenn nicht alle Zeichen trügen, eine Arbeiterrevolution vor der Thür.

In den letzten Tagen des März wurde in Killenny von den dortigen Repealer eine große Versammlung gehalten und beschlossen, die Grundsätze der fraternité und égalité zu den Grundsätzen der Repealer zu machen und eine Zweipenny-Subskription zu eröffnen, deren Ertrag zur Hälfte für Unterhaltung der Agitation in jenem Bezirk, zur Hälfte für Unterstützung der des Hochverrathes angeklagten HH. O'Brien, Mitchell und Meagher bestimmt sein soll. Die betzigsten Reden wurden gehalten und nur mit dem Ruf: Gott und Völker! unterbrochen. Die Versammlung trennte sich unter dem Geschrei: Es lebe die Republik! Am 26. brannten auf allen Hügeln von Limerick bis Unter-Tipperary Signalfeuer, und wenn man die Bauern fragte, was das zu bedeuten habe, so schwiegen sie oder antworteten höchstens: die gute Zeit ist gekommen. In der Hauptstadt wie in den Grafschaften Meath und Kladale werden ohne Aufhören Piken gefertigt, ein einziger konföderirter Klub in Dublin besitzt deren 1600, die er unter dem Volke vertheilen will. Inzwischen will sich die irische Konföderation aller auffallenden Demonstrationen enthalten, bis die nach Paris gesandte Abordnung Berichte über ihre Verhandlungen mit der prov. Regierung eingeschickt hat. Hieraus scheint hervorzugehen, daß man die franz. Regierung, welche von einem Sieben geplagt und dadurch in eine immer bedrängtere und zweifelhaftere Lage gebracht wird, um thatsächlichen Beistand angegangen ist. Es erschint aber als kein günstiges Zeichen für die Erhebung eines Landes, wenn man sie nicht wagen darf oder mag, ohne sich auf die Schultern einer fremden Macht zu lehnen. Die prov. Regierung wird auswichend antworten, die Deputation hinhalten, und so das Ihrige dazu beitragen, daß die allgemeine Revolution Irlands erst dann versucht wird, wenn sich die jetzt aufs Höchste entflammenden Leidenschaften etwas gelegt haben.

**Frankreich**

Paris, 3. April. Auf Anregung des Advokaten Martin von Straßburg soll sich eine europäische Assoziation für die Befreiung Polens bilden.

Guizots Mutter ist am 1. in London, 83 Jahre alt, gestorben. Die Debats widmen ihr einen ehrenvollen Nachruf.

Vice-Admiral Rosamel, ehemaliger Kriegsminister, ist, 74 Jahre alt, gestorben.

Paris, 4. April. Das vierte Bataillon der deutschen demokratischen Legion ist gestern Morgen von der Barrière du Trône, mit derselben festlichen Begleitung wie die früheren Kolonnen, nach Straßburg abmarschirt. Eine vorgestern gehaltene Versammlung von 2000 Italienern hat einstimmig beschlossen, eine Adresse an Italien zu erlassen, damit dieses Lamartine das italienische Bürgerrecht verliehe. Am andern Morgen marschirte eine Kolonne italienischer Freiwilligen von 800 Mann unter dem Kommando des Obersten Antonini, eines Soldaten der Kaiser-Armee, nach der Lombardei ab.

Die Regierung vermeidet indessen jeden offenen Anlaß, her dem Ausland Gelegenheit zu geben, wegen propagandistischer Umtriebe Beschwerde zu führen. So hat Lamartine einer Deputation Irlands, an deren Spitze sich das Parlamentsmitglied O'Brien befand, dieselbe Antwort gegeben, wie jüngst den Polen. Er hat sie her wärmsten Sympathien, der vollsten Gastfreundschaft Frankreichs versichert, aber auch zugleich verlangt, sie sollten keine andere Forderung an Frankreich stellen. Die französische Republik wolle mit allen Völkern in Frieden leben, also auch mit England, und sie werde nie eine heimliche Allianz mit irgend einer Partei in einem fremden Lande schließen. Einst habe England zu Pitt's Zeiten den Bürgerkrieg in Frankreich genährt, Franzosen gegen Franzosen bewaffnet, Frankreich werde dieses traurige Beispiel nicht nachahmen.

Der Nationalgarde, der seine alte Natur ganz abgelegt zu haben scheint, stellt heute einen Satz auf, der mit Lamartines humaner Schwärmerei ganz übereinstimmt, dagegen der ganzen französischen Geschichte gerdezu widerspricht. Es sagt: die alte Politik habe darin bestanden, Frankreich so viel wie möglich mit schwachen Nachbarn zu umgeben; die neue müsse darin bestehen, es mit starken, unabhängigen Nationen zu umgeben. Wie wollen wünschen, daß es nie nothwendig werden möge, den National und seine Freunde an die treue Beachtung dieses Satzes zu erinnern.

Emil Girardin hat in Folge der gegen seine Officin verübten Exzesse in der „Presse" erklärt, er werde seine Polemik gegen die Regierung exit am 4. Mai, wenn die Nationalversammlung zusammentrete, wieder fortsetzen; so trefflich ist es mit der Meinungsfreiheit in dem wiedergeborenen Frankreich bestellt! Wie sagen wir — und wir halten es aus Gründen für nöthig, es ausdrücklich zu erklären — auf Herrn von Girardins Votum wenig moralisches Gewicht, bedauern aber um so mehr, daß die Freiheit der Presse unter den Septembergesetzen mehr geschützt war, als unter dem Regiment der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Girardin versichert freilich, nicht die Furcht vor brutaler Gewalt bringe ihn zum Schweigen, sondern die deingenden Vorstellungen derer, die ihn baten, die provisorische Regierung nicht durch seine Angriffe zu sehr zu schwächen und damit über Frankreich die Anarchie heraufzubeschwören. Man sieht, Herr Girardin nimmt auf eine sehr deipende Weise von der provisorischen Regierung Abschied; mit wahrer Zimperlimey deutet er an, daß dieselbe ihr Bestehen nur der großmüthigen Diskretion und dem Schweigen der „Presse" zu verdanken habe.

**Italien.**

Lombardei. Der Republikaner beingt in einem Nachklapfer folgenden Bericht: Am 30. März zogen die lombardischen Freiwilligen mit den Tessinern, die sich an sie angeschlossen hatten, in Brescia ein. General Bes ist mit 5000 Piemontesern bis Chiari vorgedrungen. General Trotti stand an demselben Tage mit 8000 Piemontesern bei Lodi. Karl Albert ist ebenfalls am 30. an der Spitze von 8000 Mann von Pavia aufgebrochen. Der Herzog von Genua begleitet ihn. Diese Korps führen 100 Artilleriestücke mit sich. 10,000 Römer und 1000 Toskaner kommen über Bologna und Ferrara an den Po. Aber den sie bei Lago-Scuro sehen werden. Bei Bagnacavallo sollen die Lombarden, denen auch Tiroler sich angeschlossen haben sollen, 700—800 Oesterreicher gefangen genommen haben. (N. Z. Z.)

**Oesterreichische Monarchie.**

* Teplitz, 28. März. Die Bewegungen in Benedig nehmen eine immer düsterere Färbung an und scheinen der Vorgang eines gewaltigen Schauspieles zu werden; doch sehen wir schon die Katastrophe — den Sieg des Doppelaares! — Die Uebergabe der Stadt scheint in einem Verrathe ihren Grund zu haben, dies ist wenigstens die allgemeine Behauptung. Und verfolgt man ruhig vom Beginne der Gährungen die auf den heutigen Tag die lauen Vorbedeutungen, die Seitens des Festungskommandos gemacht wurden, so fühlt man sich gezwungen, dieser Ansicht beizupflichten. Seit dem Geistlichentonkongresse (vom 13. bis 28. Sept. v. J.), bei welchem die freisinnigsten Reden gehalten wurden, schlugen die italienischen Principien immer festere Wurzel. Feindselige Demonstrationen aller Art folgten fortwährend aufeinander. Daß es zu einem Ausbruche kommen müßte, wenn nicht bedeutende, und wirklich höchst nothwendige Veränderungen gemacht würden, war leicht vorauszusehen; und dennoch wurde diesem Allen nicht vorgearbeitet. Man sprach stets von einer Besatzung von

Digitized by Google

## Noch eine kleine Anzigetzung in die Sündfluth.

Von E. M. Arndt.

Wir werden auf hoher, wilder Fluth umhergetrieben, auf so wilder, daß wir in den Abgrund hinabgerissen werden könnten, wenn wir in den orkanischen Stürmen des Augenblicks von Muth und Besonnenheit verlassen würden. Welche Verhängnisse schließen die letztverflossenen sechs Wochen in sich? Und wie befindet sich die Sechswöchnerin Germania? Es war nicht bloß ein Fall und Sturz; nein, es war eine Umstürzung und Ueberstürzung. Wieviel die Klugen und Verständigen auch vorhergesehen und vorhergesagt hatten, doch riefen bei den plötzlichsten, ungeheuersten Erschrinungen, die blitzend und donnernd wie Gewitterschläge einander jagten, fast Alle aus: Wer hätte Solches in solcher Weise gedacht?

Es ist eine Umwälzung, eine große Umwälzung durch und für ganz Europa geschehen, welche weiter gewälzt werden und vollendet werden muß. So ist einmal das Weltschicksal, so spielt der Allmächtige, der hoch über unsern kleinen und kurzen Dingen verborgen hinter dem Vorhange sitzt, mit unsern thörichten oder blinden Gedanken und Entschlüssen, welche gesammelt doch eine große Sünde sind, daß, wenn wir seinen tiefen, geheimen Gang durch die Weltgeschichte hin nicht erkennen und anerkennen wollen, wir durch Blut und Feuer gehen müssen. Wer in der Wonne der Gaben, die uns endlich geworden sind, wer hätte die freundliche, friedliche, weise Entwickelung nicht lieber gehabt als die Kämpfe und Brände von München, Wien und Berlin, und als die Aufstände von Bauern und Bürgern, welche Schlösser anzündeten und Fabriken niederreißen? Itzt aber bei dem geschwindesten Ueberblick der Zeit und der Bestürzung und Ueberstürzung aller Gefühle und Gedanken ziemt es uns wohl, wie sehr das Gestümmel und Geschrei der Gegenwart und der von ihr aufgewehte, Alles verdunkelnde Staub es irgend zuläßt, zu versuchen, ob wir durch diese verdunkelte und umnebelte Gegenwart mit unsern Augen noch einige Strahlen des Verständnisses hindurchsenden können.

Wer hätte es gedacht? Wer hätte es so gedacht? riefen und rufen die Meisten von uns — und dieses Geständniß muß für diejenigen, welche geirrt und gefehlt haben und jetzt von Jedermann Sünder und Frevler am Vaterlande genannt und geschulten werden, ein milderes Urtheil hervorlocken. Hat Louis Philipp, der Kluge, viel schmählichere als sein Vorgänger aus Frankreich entflohen, hat Guizot, der Gelehrte und Gewandte, einer der rechtschaffensten Franzosen, gleich einem Verbrecher und Mordthäter in verkappter Verkleidung den Verderbten entrinnen müssen, warum sträubt man sich so diesen und schmachvollen Schimpf und Hohn auf König Ludwig von Baiern und Friedrich Wilhelm von Preußen und auf ihre höchsten Diener und Räthe?

Ich will und kann es nicht leugnen, Verblendung, Kurzsichtigkeit, Taubheit gegen Warnung ist genug dagewesen; man hat nur zu lange an der halb jesuitisch-pfäffischen, halb machiavellistisch-despotischen Politik des bösen, jetzt verschrobenen Geistes in Wien festgehalten, der uns über ein Menschenalter wie der greuliche Alp gedrückt hat. Entschuldigung jener Verblendung ist allerdings eine sehr schwere Sache; sie einem Jahre hatte sie fast keine Entschuldigung mehr. Seitdem Pius IX. in Rom losgebrochen war und unter dem Kapitol dem neuen Liede erhoben hatte, seitdem der Blenenschwarm der schweizerischen Eidgenossen, wohlwein man mit so Äpfelschen Fingern gefahren war, immer wilder durcheinander summte und brummte, säuselte auch den taubsten Ohren die große Glocke des Tages: Eilet! rühret Euch! thut und macht geschwind, was Ihr thun und machen müßt. Für mein Land und für meinen König ist die Lösung und Entwickelung die allertragischeste geworden, dadurch die tragischeste, daß, wie ich jetzt verschern darf, das Rächlein, welches hervorspringen sollte, zum Durchbrechen eben mit dem Schnabel arbeitete, daß binnen ein paar Wochen die endliche Lösung der Zeitfragen edel und frei geschehen sollte — und daß der Sturz wie ein plötzlicher Donnerstumm hereinbrach. So ist Gott, und so sind Gottes Gerichte, wann die Siedbischen auf seine Zeichen nicht Acht geben wollen.

Nun mitten in dem Jauchzen über die gewonnene Freiheit, mitten in dem Wehgeschrei über gefallene Größen, ist es wahrscheinlich eine merkwürdigste, traurigste Erscheinung, wie der tobende Orkan des Augenblicks von allen Seiten Staub und Dreck auf den preußischen König und das preußische Volk über ganz Deutschland hinweht, wie gleichsam eine verabredete Verschwörung da zu sein scheint, die preußische Herrlichkeit und das preußische Reich zu zerreißen, als wenn das deutsche Vaterland dadurch glücklicher und mächtiger werden könnte wie man den freiheitvollsten und waffenrüstigsten Staat Deutschlands scheint niederreißen zu wollen in einer Zeit, wo das Vaterland von Noth, Gefahr und Krieg von allen Enden her bedroht wird. Ich frage: sind das Hauche und Winde, die aus deutschen Herzen wehen? Ist das Verstand und Licht deutscher Köpfe?

Und nun ein Wort über die große, größte Tagesfrage, über das Parlament des Volks und der Fürsten und über den künftigen Oberkönig Deutschlands.

Ich hoffe von den Gelehrten, Verständigen und Weisen, welche über die deutsche Zukunft rathschlagen und beschließen sollen, sie werden nicht nach dem tobenden Geschrei des Augenblicks, sondern nach den Geboten und Verlangen der unendlichen Zeit und nach den wirklichen Verhältnissen und wahren Hoffnungen unsere Angelegenheiten betrachten und berathen. Ich hoffe, sie werden und ein so edles, freies und weites, ein alle deutschen Gedanken, Wünsche und Bedürfnisse umfassendes Parlament schaffen und ordnen, eine so treffliche deutsche Gestalt für die Zukunft, daß Alles, was aus deutschen Herzen mit deutscher Zunge tönt und klingt, allmählich von der Sehnsucht ergriffen werden wird, sich dem gemeinsamen germanischen Leben wieder zuzugesellen und anzuschließen, daß die Schweizer, Belgier, Niederländer, Elsasser einmal freimüthig in den großen warmen Schooß des mächtigen europäischen Volkes der Mitte wieder zurückfallen werden. Und ist die Parlamentsordnung gemacht, wer soll dann der König der deutschen Könige und Fürsten sein, der die höchsten Ehren des Vaterlandes im Frieden und Kriege gegen die Völker im Namen aller Deutschen zu vertreten hat? Dies soll und kann nur Einer sein, der Mächtigste, der Hoffnungsreichste. Das ist in Deutschland der König von Preußen.

Er der Mächtigste, der Hoffnungsreichste? Wie?

Ist nicht Oesterreich mächtiger? Freilich, wenn die Macht nach der Dicke des Leibes geschätzt wird. Aber dieser dicke Leib ist kaum nach einem Viertel seiner Bestandtheile ein deutscher Leib, in seinen 38 Millionen Menschen stecken viele fremde Völker; es ist ein Leib, mehr denn irgend ein anderes Reich, vielfacher Zwietracht und Zerspaltung ausgesetzt, ein Leib, in welchem viele einander zerfahrende Seelen wohnen, deren Flügelschläge nach den verschiedensten Seiten hin auseinander schlagen — ein Leib, in welchem durchaus wenig reindeutsche Seelen athmen, aus welchen ein bitterster deutscher Geist aufsaucken könnte. Oesterreich ist eben noch wie an allen Gliedern gefesselt und kann der frischen, freudigen deutschen Bewegung immer nur mit einer gewissen bangen Langsamkeit folgen. Dies hat die burgundisch-spanische Politik von weiland, dies hat Metternichs dumme Listigkeit in unsern Tagen verschuldet.

Aber liegt nicht auch Preußen jetzt sehr darnieder? Ja allerdings. Aber es kann leicht wieder aufstehen und wird bald in neuer Herrlichkeit und Stärke wieder aufstehen. Wann die Unordnung des Augenblicks beruhigt, wann die Mißbreit seiner Brandung besänftigt ist — und sie beginnt schon sich zu besänftigen — dann steht Preußen da, auch nach der Abscheidung der Polen ein Land von mehr als 15 Millionen reindeutscher Menschen aus Einem Stücke, mit einem Heer, das 400,000 Mann stark in drei Monaten gerüstet unter den Waffen stehen kann, mit einem wohlgeordneten Geldwesen, mit Licht und Geist durch alle Adern seines Lebens wallend und fodernd und aus allen Poren hervordringend. Und — was das Wichtigste und Unschätzbarste ist — ein Reich, das von einem Ende der deutschen Grenzen bis zum andern, länger als 200 Meilen hin das große Vaterland und seine edelsten und gewaltigsten Stämme durchläuft, in einer Mannigfaltigkeit, wie kein anderer deutsche Staat. Und welche Stämme! den gothisch-vandalischen, sächsischen, hermunburischen *), fränkischen. — Dies Alles, wenn man es mit ruhigen Gedanken überblickt, heißt Leben, Kraft und Stärke.

Das ist Preußens Macht. Aber fast noch größer ist die Hoffnung und Zukunft dieses Reiches. Hört! ja schauet! Schauet, betrachtet auch die Grenzen, die Lande, die Stämme und Männer dieses Staats.

Die Länder! Welche künftige Stärke! eine Stärke, die in zwei Menschenalteren ihren Vollwuchs haben wird.

Das große eigentliche Preußenland und die weitgestreckten Lande Pommerns und Brandenburgs sind viel mehr als andere deutsche Gaue noch gleichsam in einem gewissen Urzustande und enthalten Flächen vieler Millionen Land, in Haiden, Einöden, Sümpfen, Seen, Wäldern bestehend, die ihrer Bebauer warten. Die 6 bis 7 Millionen starker, tapferer Menschen (lauter Bauern, Waldleute, Fischer, Schiffer, keine

*) Hermunduri, Thuringi, der Sprache nach dieselben.

Digitized by Google

schwächlichen Seiden- und Wollenweber), welche diese Landschaften bewohnen, werden beim gegenwärtigen Flugge der Bebauung und Entwilderung in zwei Menschenalern gewiß um das Doppelte gewachsen sein; und wenn manche Gaue Deutschlands schon zu reiche Menschenfülle haben, so werden dort die 6 bis 7 Millionen mehr noch von den natürlichsten und edelsten Erwerben leben können: von Ackerbau, Viehzucht, Schifffahrt; Keiner aus ihnen wird durch Mangel und Hunger übers Meer in fremde Weltheile gejagt werden. Diese stille Eroberung der Größe ist die gewissefte: Preußen alſo nach 50 bis 60 Jahren wahrscheinlich ein Land mit 20 bis 25 Millionen Einwohnern. Diesem denket weiter nach.

Und nun das Größte der preußischen und deutschen Hoffnung für die Zukunft, ja für die nächste Gegenwart, das, worauf ich seit Jahren so oft bisher vergebens hingewiesen habe: Preußen ist der Vorkämpfer des deutschen Vaterlandes an den gefahrvollen Spitzen im Osten und Westen. Preußen läuft 130 deutsche Meilen an der Ostsee hin. Hier und an den Küsten Mecklenburgs und Schleswig-Holsteins sind die Träume von einer deutschen Flotte und von der Herrschaft in den Nordmeeren keine Träume. An diesen Küsten herrschte einst Deutschlands mächtige Hansa: Lübeck, Wismar, Rostock, Stralsund, Danzig, Riga waren einst glänzende Namen der Blüthe und Macht. Hier winkt ein herrliches, neues Wenden und Schaffen. Laß und Nichts verſäumen, daß es auch gemacht und geschaffen werden könne.

Und der Vorkämpfer wird wohl bald das Schwert ziehen müſſen, vielleicht gegen Dänen und Russen und für Deutsche und Polen. Wer liest schon ganz klar die kaum halb enthüllten Geburtsstafeln der nächsten Monate und Jahre? Skandinavien und Polen können wieder aufgerichtet werden — die Preußen und Polen in Kurland und Livland, 80,000 Schweden in Finnland — die Russen gen Osten über die Neva und den Dnepr zurückgeworfen und gezwungen, hinfort nur in das kaspische und schwarze Meer, als in ihre asiatische Bestimmung zu schauen. Große, herrliche, schweer Kämpfe in Aussicht, der preußische Wahlspruch: „Jedem das Seine“ für Deutschland, Schweden und Polen gegen Dänen und Russen fiegreich zur Wahrheit gemacht.

Dieser Blick ist so weit und undegrenzt, daß Einem schwindelt; aber es gibt andere Schwindelei, die auch dem Festesten schwindelt machen könnte! es gibt der deutschen Unsinnigkeiten und Unmöglichkeiten nur zu viel, welche von Außen her und von Unten herauf durch unser Volk hindurchsind unsre Freuden und Hoffnungen vielfältiglich drangsalen. Wie sind leider noch weit von der reinen Freude. Die Besonnenen und Redlichen möchten wohl mit aller Macht, die in ihnen ist, das noch halbbare Deutsche erhalten, ein verjüngtes halbbares Deutsches machen ohne eine englische oder französische oder irgend eine andere Nachäfferei; aber wir wollen uns nicht täuschen, noch uns mit Vorspiegelungen falscher Sicherheit einwiegen — es schwirren eben alle Jungen wild und wüst durcheinander, Ketzli und Metzli, Juden und Judengenossen, Kreter und Araber — es sind hundert und tausend Wirrköpfe in Bewegung, die durch eine gründliche Ausreutung und völlige Schleifung und Wegschleifung des Alten mit mordlichen Gedanken und blutigen Schwertern in ihrer Weise ein verjüngtes Deutschland machen möchten.

Gegen Solche bedürfen wir der Stärke, des Rathes und der Weisheit für die Gründung des neuen Parlaments und des jungen deutschen Kaiserthums. Wir bedürfen, wie der Augenblick steht, verdoppelter, ja verdreifachter Macht auch gegen Außen. Es müſſen die bleibenden Verhältnisse, die bleibenden Berührnisse und Bolange des großen Germanismus ganz und hell ins Auge gefaßt und festgehalten werden. Jetzt darf am allerwenigsten bei dem Einzelnen und Persönlichen verweilt werden.

Höre ich, mein Volk! hört es, Ihr Fürsten! wollt Ihr in Ehre bestehen, durch Halbes und Wankendes dürft Ihr jetzt nicht stehen wollen, weil Ihr dadurch nicht stehen könnt. Es muß die volle Macht der Herzen und Fäuste zusammengehalten, es muß um die wirklich große Macht jede kleinere Macht verſammelt und vereinigt werden. Keine wankenden, wacklichen Zustände taugen und frommen jetzt — darum wehe dem Volke und den Fürsten, wenn sie sich nach alter deutscher Unart um Unfestes und Wankendes zu schirmen meinten! Sie müſſen, damit sie nicht untergehen, das Starke nicht schwächen und zerreiſſen helfen; sie müſſen sich um Preußen verſammeln, das wahrlich noch kein Federchen ist, welches jedes muthige Dengeg mit den Winden dahinblasen kann: Preußen muß der König von Deutschland sein, weil es allein König sein kann. Ich spreche hier nicht aus der zufälligen Person, sondern aus der bleibenden Sache: aus der deutschen Einheit der preußischen Macht. Ein die Länder und Völker schüttelndes Wahlreich werden wir hoffentlich doch nicht wieder machen wollen. Ist das konstitutionelle Deutschland fertig, steht das deutsche Parlament wüdrig da, so ist der Oberkönig freilich keine gleichgiltige Person, sondern eine höchst bedeutende, aber auch bei dem Erbreich trägt eine Verfaſſung wie die, welche jetzt für das Vaterland geschaffen wird, auch mit gewöhnlichen oder mittelmäßigen Herrschern sich glücklich durch.

Wir werden gelobt und loben uns oft selbſt, als die, die vor den ersten europäischen Völkern die Pfalz des Geistes haben. Jetzt gilt es zu beweiſen, daß wir auch Verstand haben und uns nicht in einem wilden Zuviel zerflattern wollen. Wir dürfen Narren und Bewichter nicht mit den Schicksalen eines großen Volkes spielen lassen, wir dürfen Thoren und Dummköpfe auch nicht zurückſpeien, geschweige überspielen lassen. Die Sache ist an Euch gekommen, deutsche Fürsten und weise Männer. Gebe Gott Euch Fürsten den Geist der Entsagung und Aufopferung, wo sie nöthig sind, und Euch weisen Männern den Geist des Muthes und der Kraft, wo es gilt, wüste Gelüste zurückzutreiben und wildem Geschrei bethörter Haufen zu widerstehen! Ihr werdet nimmer geschehen lassen, daß Hunderttausende begeisterter Jünglinge, welche die Welt und, was sie gibt und erträgt, noch nicht kennen, daß Zehntausende fanatisirter Männer und einige hundert Taugenichſe und Besewichter ohne Ehre und Gewissen sich wie das ganze Deutschland geberden und Alles unter Brand- und Todtthaten begehen und, indem sie ein grünes deutsches Aufrechtsgestern verkündigen, mit unserm Verstande und Glück durchgehen dürfen.

Indem ich für Preußen spreche, scheine ich für mein Haus zu sprechen. Ja, ich bekenne es, ich spreche wie Cicero pro domo mea, pro domo germanica, ich spreche für mein echtes deutsches Haus, ich darf die preußische Herrlichkeit und in ihr Deutschland Macht von Narren und Buben nicht niederreißen und bedecken lassen.

Ich bin an Sinn und Herrschaft und Obkunft so wenig ein geborener Preuße als die an der Donau und am Rhein Wohnenden. Aus schwedisch-pommerscher, ziemlich leiblicher und (wie damals die Zeiten standen) glücklicher, halbdeutscher, halbnordischer Schlafrigkeit und Unbewußtheit, wie in meiner Jugend die Confusio Imperii germanici divinitus conservata um die Jahre 1780 und 1790 lag, habe ich als Knabe und Jüngling mit seiner Begeisterung jenseit der Peene und des Haffs den alten preußischen Korpozalkock aufgerpflanzt gesehen. Dieser, um welchen doch die heerlichen Siegeskränze großer Könige und Helden geflochten waren, wael in den Jahren 1813 bis 1815 glorreich gebrochen, und da habe ich mich mit Millionen deutscher Menschen der Herrlichkeit der preußischen Männer und Helden mit vollem Herzen unterge ben und angeschlossen. Niemand aber wird mich der Sünde zeihen können, daß ich für das, was von jenem Kooperalfteck und von dem alten preußischen Zopf legentwe nech hervorguckt, jemals eine Lanze eingelegt, daß ich jemals für etwas Unbenutzes und Halbes gekämpft habe.

Jetzt habe gerodet. Ich trage mitten in den Wieren des Augenblicks mein altes Herz und meinen schneeweißen Kopf fröhlich in die jungen deutschen Hoffnungen hinein.

---

**Preußen.** Berlin, 3. April. Ueber die Verhandlungen der ersten Sitzung des Ver. Landtages bringt die Berl. Zeit. noch folgende Mittheilungen. Nachdem Seckerath die Adresse verlesen hatte, ergriff der Staatsminister a. D. Graf v. Arnim das Wort. (Allgemeine Aufmerksamkeit.) Der Redner beginnt mit der Bemerkung, er glaube sich so berechtigt als verpflichtet, vor dieser Versammlung Rechenschaft abzulegen über die Ereignisse und Handlungen, an welchen er durch eigene Mittheilung betheiligt gewesen. Er erinnere zu dem Ende daran und lege großen Werth darauf, daß bereits am Morgen des 18. März die Proklamation erschienen sei, in welcher dem Lande eine konstitutionelle Verfaſſung verheißen worden. (Der Redner sieht die Proklamation vor.) Am 19. Mittags sei das von ihm gebildete Ministerium ins Leben getreten und habe auf Grund der in jener Proklamation dargelegten Prinzipien die Verwaltung begonnen. Was vor dem 18. liege, habe er nicht zu vertreten; mit seinem Eintritt aber seien drei Grundsätze aufgestellt worden: 1) Jedes konstitutionelle System muß aufrichtig und wahr angenommen und in allen seinen Konsequenzen streng verfolgt werden; 2) es sei nicht enthsam, hinter den Ereignissen zurückbleiben, sondern man müsse ihnen stets um einen Schritt voraus sein, damit nicht in einzelnen kleinen Konzeſſionen abgedrungen werde, was als Ausfluß großer, offener Politik erscheinen müsse; 3) der Redner, vielleicht befangen gemacht durch die Eigenthümlichkeit der Situation, stehe hier trotz des bisherigen freien und kräftigen Vertrages. Er schien uns im Grunde auf den Punkt

Google

sa 1 zurückzukommen. Wir lassen daher den dritten Punkt fehlen und verweisen drthhalb auf die spätern strengrechtlichen Landtagsberichte.) Als Gelegenheit geboten worden, einer Deputation zu antworten (Breslau?), da sei sie ergriffen, um diese sofort von der Aufrichtigkeit des neuen Systems zu überzeugen. Wenn sich nun die Frage erhebe, weßhalb eine Aenderung des Ministeriums in jenem Augenblick eingetreten sei, so müsse er zunächst zwiefach zurückweisen. Nämlich erstens, als ob hierin eine Nachgiebigkeit gegen einzelne Stimmen gelegen, welche sich gegen seine Person erhoben hätten. Drthalb würde er nicht zurückgetreten sein, sondern hier erst abgewartet haben, ob ihm das Vertrauen des Landes fehle. Zweitens, als ob im Ministerium Mangel an Vertrauen in die Beständigkeit der gegenwärtigen Zuschläge vorgewaltet habe. Das sei durchaus zurückzuweisen. Er habe sein Augenmerk dahin gerichtet gehabt, ein eigenes kräftiges Ministerium zu bilden, und die Auobildung der Verfassung nur mit dem Ver. Landtage zu verfolgen. Als nun aber Angriffen bemerkbar geworden, daß sein Ministerium der Grund sei, daß andere Kräfte nicht hätten eintreten wollen, welche dem Lande erspriesliche Dienste hätten leisten können, da sei er zurückgetreten, obwohl er es frühre für unehrenhaft erhalten, dem Könige seine Dienste zu verweigern. Er verwahre sich also noch einmal gegen den Vorwurf eines Bezweifelns an der Ordnung der Dinge, eines Verlassens der Sache. Er habe niemals an Anarchie gegtaubt, denn er habe gewußt, daß das Land die Ordnung und das Königthum verlange; er habe aber auch nicht im Wege stehen wollen, wo Andere vielleicht erfolgreicher wirken getonnt, als er. Der Redner schließt mit der Aufforderung, nunmehr festzuhalten an der neuen Ordnung der Dinge (Bravo), nur wenn wir uns selbst aufgeben, könnten wir Gefahr laufen (Brave). Er schließe sich daher dem Antrage des Ueberzeugung an und bitte nochmals um Entschuldigung, daß er über sich und seine Verhältnisse hier das Wort ergriffen. (Vielseitiger Beifall.) Min.-Pr. Camphausen: Er müsse hinzufügen, daß Alles, was in diesen Tagen von dem Grafen Arnim geschrten ist, seine Hochachtung und Verwunderung erregt habe. Er habe Muth in vollem Maße bewiesen. Mit Muth sei aber auch er, der Redner, daran gegangen, und seine Kollegen unterstützten ihn mit gleichem Muth. Sie würden sich glücklich schätzen, wenn sie dereinst über sich zu der Beschäftigung reden könnten, wie der vorige Redner (Arnim) soeben über seine Wirksamkeit gerdet habe. (Bravo.) In der folgenden Berhandlung war nichts Bedeutendes hervorzuheben; denn daß der bekannte Hr. v. Thadden hier gleich Anfangs seine demokratisch-republikanischen Gelüste erregte, war zu erwarten. Die Berssammlung beschloß das Gesetz über die Verfassung in Ver. Kurien zu berathen. Die Abtheilung für das Wahlgesetz besteht aus: Graf Arnim, Vorsitzenden, v. Kelisch, Abg. von Saucken-Tarputschen, Dirthold, v. Raven, Milde, Roddertus, Grabow, Bertram, Danckmann, v. Binde, Bracht, v. Beodowsky, v. Beckrath, Lensing. Zur Berathung einiger Verfassungsgrundsätze wurde eine zweite Abtheilung gebildet: Fürst Hohenlohe, als Vorsitzender, Graf Dohna, v. Platen, Sperling, Tschanowsky, Hansleutner, v. Wrede, Möwes, Holzbrink, Pogrell, Mytius, Lensing, Graf Heldorf, Dorndberg.

**Hannover**, 1. April. Es ist bereits folgendes Schreiben des Gesammtministeriums an die Stände erlassen: Wir haben in unserer Beantwortung vom 22. März d. J. zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die ungefäumte Entwerfung einer bürgerlichen Verfassgesetzung auf den Grundlagen der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit beabsichtigt werde. Da wir hoffen, den hiernach auszuarbeitenden Entwurf bald den allgemeinen Ständen zur verfassungsmäßiger Mitwirkung zugehen lassen zu können, so erachten wir es nicht für zweckmäßig, daß dir am 4. Dez. 1847 verkündete auf anderen Grundsätzen beruhende allgemeine Prozeßordnung mit dem 1. Mai d. J. in Anwendung trete, und tragen daher dri den allgemeinen Ständen darauf an, sich damit einverstanden zu erklären: daß die allgemeine Prozeßordnung vom 4. Dec. 1847 und deren das Konkursverfahren betreffender Anhang mit dem 1. Mai d. J. nicht zur Anwendung komme. Hannover, 28. März 1848. K. Gesammtministerium. Bennigsen. Proit. Stüve. Dr. Braun. Lehzen. Düring.

**Aus dem Großherzogthum Posen**, 1. April. Der überall jetzt sehr thätigen polnischen Insurrection tritt jetzt hier eine Reaktion einer Seite entgegen, den welcher es die Polen wohl am wenigstens vermuthet haben, nämlich von Seite der Bauern und Juden, denen sich denn die deutschen Bürger anschließen. Sie wollen keine Polen sein, wenigstens nicht unter polnischer Herrschaft, sondern Preußen bleiben. Während die polnischen Gutsbesitzer, besonders die Damen, polnische Kokarden austheilen, verweigern diese, sie anzunehmen und kaufen sich in Masse preußische Kokarden, um sie zu tragen. An vielen Orten haben sie den polnischen Gutsherren erklärt, daß, wenn sie nur die geringsten Schritte zur Herstellung einer polnischen Regierung thäten, sie sofort todtgeschlagen werden würden. Am 28. März haben die Juden in Kempen das Haus des polnischen Dr. Sora stürmen wollen, weil er polnische Kokarden vertheilt hatte. Als sich vorgestern das Gerücht verbreitet hatte, daß die Polen den preußischen Adler in Kempen abreißen wollten, zogen die Bauern aus der Umgegend in die Stadt und erklärten, die Polen mit Gewalt daran verhindern zu wollen. Die Dorfgemeinden versammeln sich bei den Specialkommissären und erklären zu Protokoll, freiwillig, da an eine Aufforderung dazu aus Furcht vor den Polen jetzt nicht zu denken ist, daß sie unter preußischer Regierung bleiben wollen. Dazu finden sich denn raublustige Anhwiglet, die diese Stimmung benutzen und den Haß gegen die polnischen Gutsherren zu richten suchen, um sie zu plündern. Es sind gallische Scenen zu sehen. (L. A. Z.)

(Auch der „Köln. Zeit.“, welche die Wiederherstellung Polens aufs Wärmste versicht, wird aus dem Großherzogthum Posen geschrieben, daß sich hier und da immer deutlicher eine Erbitterung der Bauern gegen die Edelleute zeige, und daß jene stellenweise mit der deutschen Bevölkerung gemeinsame Sache machten.)

**Hessen.** * Mainz, 3. April. Jemand, der sorchen aus Frankreich kommt, erklärt heute die republikanischen Gelüste, die sich in Westdeutschland zeitend machen, folgendermaßen: „Im Allgemeinen, sagt er, herrscht in der großen Mehrheit der Franzosen keinerwegs Sympathie für die Republik, am allerwenigsten in der ganzen Klasse der Besitzenden, überhaupt bei den Ständen nicht, die nicht gerade Arbeiter sind. Allein obgleich dieser Kern der Bevölkerung sieht, daß der Zustand ein sehr bedenklicher ist, mag doch Niemand der Entwicklung der Republik kraftvoller entgegentreten, sondern man läßt die Dinge ihren Gang gehen und rüstet sich auf das Schlimmste. Die Regierung ihrerseits weiß das Alles recht gut und ist nicht ohne Sorge darüber. Was sie aber am meisten beängstigt, das ist Deutschland. Nicht eine Invasion von Deutschland fürchtet sie, sondern den Sieg des demokratisch monarchischen Prinzips bei der Konstituirung des deutschen Parlaments. Deutschland, wie es sich jetzt gestaltet, durch und durch frei und so reich an Intelligenz, wie kein andrees Land, flößt dem französischen Volk und der französischen Regierung Ehrfurcht ein. Wenn nun das deutsche Volk, das die Republik faktisch in Händen hat und sich dieselbe geben kann, dennoch den Sieg des demokratisch-monarchischen Prinzips vorzieht, wie sehr würde dieses Beispiel auf die romanische zusammengerottete französische Nationalversammlung wirken, und wie leicht könnte dieses Beispiel in Frankreich Nachahmung finden? Diesem möchte also die französische Regierung vorbeugen, und darum läßt sie ihre Emissäre in den Rheinprovinzen und in Frankfurt die Republik predigen, hoffend dadurch zum Wenigsten eine Spaltung in Deutschland zu erregen und der konstituierenden Versammlung in Paris den Vorwand zu benehmen, daß Deutschland mit seinem demokratisch-monarchischen Princip eine Gefahr und eine Einheit erwerben könnte. Ardenbei kann im glücklichen Fall diese in Deutschland hervorzurufende Spaltung auch dahin führen, daß kleine Strecken in den Rheingegenden ihr Republik bei sich ausrufen und, von Deutschland verlassen, sich der französischen Republik in die Arme werfen.“ Das ist die Politik der französischen Regierung in Bezug auf die augenblicklichen Vorgänge in Deutschland, und die Arbeiterinsonen stehen mit dieser Politik in genauer Verbindung. Man will Deutschland nicht bekriegen, aber man will es auch nicht zu groß und zu stark und zu mächtig werden lassen unter seinen jetzigen Zuständen, denn man fürchtet das Beispiel. Was aber haben wir Deutsche bei einer solchen Nachbarpolitik zu thun? Wir haben um jeden Preis zu ringen, was man in Frankreich sowenig gern sieht, nämlich unsere Einheit und unsre demokratisch-monarchische Regierungsform.

* B. d. Lahn, 2. April. Die Bombardi hat ihre Selbstständigkeit errungen, auch für Polen wird sie nicht lange mehr nur ein frommer Wunsch sein. Dann sind zwei Länder, welche seither unter der Botmäßigkeit der beiden mächtigsten deutschen Fürsten standen, diesen entrissen und ihre Macht hat dadurch einen bedeutenden Stoß erlitten. Ganz Deutschland freut sich darüber, und diese Freude steht der deutschen Gutmüthigkeit, deren Art es von jeher gewesen, mehr an fremder als nationalen Selbstständigkeit sich zu erbauen, als für die eigne zu sorgen, so wohl an. Wenn sie nur durchweg gutmüthig, durchweg deutsch wäre! Aber es ist nicht zu verkennen, es beruht diese Freude vielfach nicht bloß darauf, daß man jenen Völkern ihre nationale Selbstständigkeit, sir breucht auch darauf, daß man Oesterreich und Preußen den Besitz gönnt. Und doch ist es jetzt nicht mehr das Oesterreich Metternichs, das Preußen einer volksrachtenden Militärsatisfokratie, sondern es sind deutsche Brüder in Oesterreich und Preußen, deren Kräftigung zugleich Kräftigung des gemeinsamen Vaterlandes, deren Verlust

ein allgemeiner Verlust ist. Und doch hat die geheime Korrespondenz Guizot's hinlänglich bewiesen, daß die geführte französische Regierung die italienische Revolution wohl zu schüren verstand, weil es sich dabei nicht bloß um Befreiung Italiens, sondern um Schwächung Oesterreichs, um Schwächung Deutschlands handelte. Noch einmal: wir gönnen den Lombarden und Polen die freie Nationalität von Herzen, aber wir gönnen sie uns selbst ebenso sehr, und fordern von jedem Deutschen, daß er über den Andern sich selbst nicht vergesse. Aber warum hörte man denn jetzt den früher mit Beziehung auf die deutsche Flotte oft ausgesprochenen Gedanken nicht, daß Oesterreich zur Staatserhaltung und Kräftigung Deutschlands die Donaumündungen sich bemächtigen möge? Etwa um die Nationalität der dort wohnenden Stämme nicht zu beeinträchtigen? Aber warum erschoß denn nicht durch ganz Deutschland ein Ruf des Zornes, als man hörte: die Luxemburger haben die französische Fahne aufgepflanzt!? Waeum wird nicht allgemein der Wille, der Wunsch, die Hoffnung wenigstens laut, daß nun auch unsere Brüder im Elsaß ihrer Abstammung sich erinnern, und das auf schmähliche Weise, als jemals Polen getheilt wurde, ihnen aufgezwungene französische Joch abschütteln möchten? Man sagt: das sind Flüchtlinge des freien Frankreichs und sie verlangen nicht, etwas Anderes zu sein. Aber, wenn denn einmal die Nationalität die staatenbildende Kraft ist, so sollten sie's verlangen, und dem freigewordenen Deutschland sollte die Wiedererwerbung der jetzt mit Frankreich verbundenen Landestheile deutscher Zunge wenigstens als ein nothwendig zu erreichendes Ziel hingestellt werden. Es wird so viel über den gutmüthigen, langsamen, sich selbst vergessenden deutschen Michel hergefallen; aber wenn man in der Begeisterung für den Satz: „Kein Volk soll von einem andern beherrscht werden!“ allen Nationen ihre Freiheit gönnt und darüber die der eignen Brudernation vergißt, wenn man, um ja kein Franzosenfresser zu heißen, lieber das eigne Volk ganz gemüthlich aufgefressen werden spricht, wenn unter der Hülle dieser kosmopolitischen Begeisterung nicht die dicken Ohren des guten Michel hervorsehen — so mag Gott wissen, wo er noch zu finden ist. So eben bringt die in Gießen erscheinende „Freie hessische Zeitung“ einen Brief von G. Herwegh, dem Präsidenten der demokratischen Gesellschaft der Deutschen in Paris, worin er und die Seinen zwar nicht verhehlen, daß sie Republikaner sind, aber zugleich erklären, daß sie „sich nicht an die Spitze einer ganzen Nation setzen, oder sich irgendwie aufdrängen wollen,“ in diesem Sinne „jedoch ihre Hilfe jeder entschiedenen Bewegung vorwärts“ anbieten, und ereschen, daß sie jeden Vorschlag, jeden Rath anhören werden. Wir möchten ihnen den Rath ertheilen, doch recht eifrig für die Germanisirung des Elsaßes und Luxemburgs zu wirken; Herwegh würde dann nicht bloß seinem Vaterlande, sondern auch sich selbst am treusten bleiben, da er früher in seinem Rheinweinlied sang:

Das Recht und Links, das Link und Recht,
Wie klingt es falsch, wie klingt es schlecht!
Kein Treyfen soll, ein feiger Knecht,
Des Frankmanns Mähren treiben.
Stoßt an! stoßt an, der Rhein,
Und wär's nur um den Wein,
Der Rhein soll Deutsch verbleiben!

Kommt er dann mit diesen deutschen Brüdern, so soll er herzlich willkommen sein.

## Schweiz.

Zürich. Auf eine Note, welche der großh. badische Gesandte bei der Eidgenossenschaft am 28. März an den hiesigen Regierungsrath in Betreff der republikanischen Freischaaren gerichtet hat, hat dieser zu erwidern beschlossen: Wenn der Regierungsrath auch nicht überseht, daß diese nicht bloß einzelne Kantone, sondern die ganze Eidgenossenschaft betreffenden Eröffnungen eher den eidg. Vorort als Kantonsregierungen zu beschäftigen geeignet wären, so stehe er doch nicht an, auf diese Eröffnungen, da sie ihm wohl nur mit Hinsicht auf die besondere Beschleunigung, welche in dieselben gelegt werden wollte, zugekommen seien, einzuwenden und es sei nun der Regierungsrath im Falle, zu erklären, theilt daß er von Unternehmungen, wie die in der Note erwähnten, die von dem Gebiete des Kantons Zürich aus beabsichtigt würden, durchaus keine Kenntniß habe, theils daß er übrigens Einfälle aus dem Kanton Zürich in das Gebiet eines benachbarten befreundeten Staates sowohl in Nachachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Verpflichtungen als in Anwendung noch überdies mit Bezug auf derartige Unternehmungen hierorts bestehender gesetzlichen Bestimmungen nicht dulden würde, wie er auch von jeher alle Obliegenheiten des internationalen Verkehrs zu erfüllen gewußt habe.

Zugleich hat der Regierungsrath beschlossen, dem Vorerte von dieser dem badischen Gesandten ertheilten Antwort Kenntniß zu geben.

Zürich, 2. April. Heute war hier eine Versammlung von etwa 500 deutschen Aerzten, Lehrern, Kaufleuten, meistens aber Handwerkern, welcher eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt beschlossen, des Inhalts, daß der Volksbundestag die außerhalb Deutschland lebenden Bürger nicht vergessen möge, daß das nunmehr vereinigte Deutschland einen Gesandten für die Schweiz ernenne, der den deutschen Ausbürgern und Reisenden mit Rath und That an die Hand gehe, daß endlich der Bundestag die heimatlichen Verhältnisse der Ausbürger in Erwägung ziehen und wahren solle. Nach Annahme einiger Vaterlandslieder und Ernennung mehrerer Beauftragten zur Ausarbeitung einer Adresse ging man wieder auseinander. Auch Auch nicht eine Stimme erwähnte der hirnlose Bieler und Pariser Aufreerein wegen einer deutschen Republik; im Gegentheil war man einig, nicht gegen, sondern für das Wohl des Vaterlandes zu rathen und zu handeln, soweit es deutschen Bürgern im Auslande zuständig und möglich ist. (E. Z.)

## Oesterreichische Monarchie.

Preßburg, 30. März. Die Brest. Z. schreibt über die Aufregung der ungarischen Landtagsabgeordneten und deren Veranlassung Folgendes: Das t. Reskript über das ungarische Ministerium wurde gestern Abend auf der Promenade in Beisein einer unübersehbaren Volksmenge verbrannt. Eine nicht geringere Aufregung hat es in der Ständetafel verursacht. Mit beispielloser Heftigkeit fuhr L. v. Kossuth gegen den Erzherzog Ludwig los. Es ist als ein Glück zu betrachten, daß der König das Reskript nicht selbst unterzeichnet hat, sondern in seinem Auftrage der frühere Vicekanzler Jsdenczi. Es wurde der Antrag gestellt, diesen in Anklagestand zu versetzen, vor der Hand aber noch nicht aufzunommen. Die Tafel faßte eine Adresse an den König ab, in welcher nicht gebeten, sondern drohend gefordert wird, daß derselbe, seinem feierlichen Worte getreu, „in der möglichst kürzesten Zeit“ dem unterbrochenen Gesetze über das unabhängige verantwortliche ungarische Ministerium die k. Sanktion ertheile. Die Nationen erwarte dies „mit aller Entschlossenheit, welche die ernsten Augenblicke erheischen“. Die Magnatentafel ist dieser Adresse beigetreten, und der Erzherzog, welcher sie gestern nach Wien gebracht, wird heute schon zurück erwartet. Es ist kein Zweifel, daß man sich in Wien, wo die alte Camarilla wieder ihren unseligen Einfluß zu beginnen scheint, der Nothwendigkeit fügen werde. Denn kommt der Erzherzog abermals ohne den ganzen Erfolg zurück, oder kommt er auch nur nicht bald zurück, so ist Ungarn für Oesterreich auf immer verloren.

## Italien.

Die N. Z. Z. meldet aus Mailand vom 31. März: Die österreichische Armee zieht sich immer mehr auf Mantua zurück, scheint aber jetzt das Land so viel als möglich; die letzten Berichte bringen, sie stehe bei Lene, Orzinuovi und Minerbio. Ein wirkliches Gefecht ist noch nicht vorgefallen. Der König von Piemont ist persönlich in Pavia angelangt; seine Armee zählt volle 30,000 Mann ohne die Freiwilligen und Civilgarde. Die Barrikaden im Innern der Stadt werden nun weggeräumt. Die beste Ordnung wird gehandhabt; von Diebstählen hört man nie Etwas.

Durch eine aus Alessandria vom 28. März datirte Ordonnanz hat der König von Sardinien, Karl Albert, seinen Vetter, den Fürsten von Carignano, während seiner Abwesenheit in dem italienischen Unabhängigkeitskriege zum Statthalter des Königreichs ernannt.

Einem Privatschreiben entnimmt die Brest. Z. Folgendes: Die Herzogthümer sind von den Oesterreichern befreit. Der Herzog von Modena hat sich geflüchtet, die von ihm bestellte Regentschaft wurde abgesetzt und eine provo. Regierung ereichtet. Der hiesige Herzog hat eine Regentschaft aus der Bürgerschaft gewählt und ist noch hier. Heute war großartiges Leichenbegängniß zu Ehren der vor acht Tagen hier im Gefecht gebliebenen fünf Jünglinge, die hiesigen Bürgerfamilien angehörern. Somit geht Alles in bester Ordnung vorwärts, denn weitaus die Mehrheit ist von dem Gefühl gesetzlicher Freiheit beseelt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Boor n. Komp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Nordamerika Länder wollen man sich an H. L. Mayer in Straßburg, 28 Brandgasse, Paris 35, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Heidelberger Zeitung besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.30, durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.52. 20 kr. für Kreuzband nach der Mainz einer dreispaltigen Petitzeile oder 3 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 100. Heidelberg, Sonntag 9. April. 1848.

## Uebersicht.

Die Versammlung in Frankfurt. — Wien. Krieg gegen Sardinien erklärt. Das deutsche Reichsbanner auch auf der Polonäse. Die österr. Zeitung über die Politik Sardiniens. Kübeck's Rücktritt. Finanz- und Kriegsminister ernannt. Patriotisches Anerbieten der ungarischen Stände). Aus Tirol (das Land Tirol und die Reformen). Berlin (Eindruck der Eröffnung des Ver. Landtags. Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer). Elbing (polnische Umtriebe in Westpreußen). München (die erste Kammer für die bevorstehenden Wahlen. Offiziere nach Schleswigholstein). Leipzig (Vereine. Flüchtl. Volksbewaffnung). Karlsruhe (Kammerverhandlungen: Der Zuzug benachbarter Truppen genehmigt). Heidelberg (Berichtigung. Aufforderung zu Beiträgen für Schleswigholstein). Mainz (Erpelle). Rendsburg (Eröffnung der schleswigholsteinischen Ständeversammlung. Die Auflösung Schleswigs in den Bund und ein neues Wahlgesetz beschlossen. Die Dänen in Apenrade. Preußische Offiziere). Frankfurt (die Beschlüsse der Versammlung in offizieller Beröffentlichung. Verhandlungen des Ausschusses. Erklärung Welcker's in Betreff Polens und Polens. Beschluß der Bundesversammlung über die Wahlen. Eine österreichische Deputation). Hamburg (preußische Truppen angekommen).

**Schweiz.** Bern. Zusammentritt der Tagsatzung.

**Niederland.** Montpreßer nach Spanien. Oeffentliche Stimmung.

**Dänemark.** Kopenhagen. Truppen nach Nordschle. Der König will sich an die Spitze seiner Truppen stellen. Aufruf an die Dänen.

**Großbritannien.** Morning Chron. über den König von Sardinien. Erklärung des Marquis von Londonderry über die sardinische Einmischung. Die Judenemanzipationsbill.

**Frankreich.** Paris. Arbeit-Kader. Das Kriegsministerium. Ein Pariser Klub. Proclamation der provisorischen Regierung über die Wahlen und die Arbeitsfrist. Die Eisenbahn von Orleans. Blanqui. Der englische Gesandte. Der National über Deutschland.

**Italien.** Rom. Die freiwilligen Truppen und Geldbeiträge.

**Beilage.** Berlin. Verhandlungen des Ver. Landtags. **Spanien.** Paris. Die Reaktion.

## Heidelberg, 8. April.

Die Versammlung in Frankfurt bezeichnet einen so wichtigen Zeitabschnitt in unserer Geschichte, daß es wohl der Mühe werth ist, **von den allgemeinen Eindrücken** sich zu einer Betrachtung des Einzelnen zu sammeln und den Gang und Charakter der Verhandlungen noch ausführlicher, als es bisher geschah, zu beurtheilen. Es haben sich in diesen vier Tagen die Parteien und ihre Bestrebungen so scharf gesondert, daß die Eindrücke dieser Sonderung durch ganz Deutschland nachwirken werden; es sind aber auch in dieser kurzen Zeit Erfahrungen gemacht worden, die für die politische Bewegung des großen Vaterlandes gewiß nicht verloren sind, ja deren Frucht, wie wir hoffen, schon der in drei Wochen zusammentretenden Nationalversammlung sehr zu Gute kommen soll.

Wegen ihrer Ruhe und parlamentarischen Haltung wird die Frankfurter Versammlung schwerlich gepriesen werden; ein Kind dieser stürmisch bewegten Zeit, mußte sie alle Aufregung des Parteigeistes, all die Unruhe der Erwartungen und Befürchtungen in sich aufnehmen, welche die Stimmung unserer Tage beherrscht. Bunt zusammengesetzt aus Männern, die sich bis dahin meistens fremd waren, die zum großen Theil keine parlamentarische Erfahrung mitbrachten, mußte die Versammlung **in** wirr und unübersichtlich scheinen, wie sie sich namentlich in den ersten Stunden ihres Zusammenseins erweist; alle Unregungen eines erst im Werden begriffenen parlamentarischen Körpers, die Nebeligkeit wie die Ungeduld, die Verwirrung, der Lärm, die vielfältige Mannigfaltigkeit konnte unmöglich bei einer deutschen Versammlung nicht so am ersten Tage ihres Zusammenfindens abgestreift sein. Wir wundern uns darüber nicht; wir sind eher darüber erstaunt, daß eine solche Versammlung in vier Tagen hat zu solchen Ergebnissen führen können. Betrübend war nur das, daß sich neben dem natürlichen Zwiespalte der Meinungen und Parteien auch der Faktionsgeist eindrängte und mit allen seinen Kunstgriffen so unverhohlen operirte, als wenn wir mit unserer Entwicklung bereits zum Anfange vom Ende gekommen wären. Das Lärmen und Johlen einer künstlichen und gemachten Aufregung, das Verdächtigen und Einschüchtern der Andersdenkenden, das Unterbrechen und Ueberschreien der Redner, und wie die Künste alle heißen mögen bis zu jener Theilnahme der Gallerien, die ein Redner als Beweisgrund anzuführen sich nicht entblödete — diese Auswüchse hätten vermieden werden können und müssen, und es ist ein trauriges Zeugniß für die Partei, daß sie nicht vermieden worden sind. In Augenblicken von so ungeheurer Bedeutung, wo das Schicksal es in unsere Hände gelegt hat, das Unrecht von Jahrhunderten wieder gut zu machen, wo unsere patriotischen Träume und Phantasien endlich Gestalt und Leben annehmen wollen, in einem solchen Augenblicke sollte man erwarten, daß Jeder des eignen Ichs, der Koterie und der Faktion, worin sich dieses Ich bewegt, vergäße und gehoben würde von der Größe einer Zeit, die Allen die größten Hoffnungen erschließt, aber auch jedem Einzelnen die unerweislichsten Verpflichtungen auferlegt.

Gerade in einer solchen Stunde hätte man erwarten sollen, daß die Worte, womit der Präsident die Versammlung begrüßte, das Glaubensbekenntniß für jeden Einzelnen würden. Wie sind, sprach er, hier versammelt, ohne förmliche Vollmacht des Volkes; aber wir bringen mit die herzliche Liebe zum Volke. Wir haben einen erhabenen Beruf; käme es nur darauf an, einen neuen Bau in das alte Gebäude einzusetzen, so würden wir dies Ziel schwerlich erreichen. Unser Ziel ist größer; nicht mit schönen Reden gilt es, in diesem Saale zu wirken, es gilt zu handeln. Wir müssen hier persönliche Vorliebe und Neigungen dem Gemeinsamen zum Opfer bringen, die Einheit des Vaterlandes, die Einheit verbindet uns; zwar sind manche unserer Gaue nicht so zahlreich vertreten, aber sie reichen uns alle die Bruderhand, sie schauen auf uns und erwarten, daß Jeder seine Pflicht thue.

Die Verhandlung, wie sie diesen Worten folgte, und die Erlebnisse der nächsten Tage beweisen zur Genüge, daß jene patriotische Mahnung an einem Theile der Versammlung machtlos abgeglitten war; es folgten jene schmerzlichen Auftritte, wie sie der Parteigeist allein hervorrufen kann, nicht die Vaterlandsliebe. Was uns dabei ein tröstendes Gegengewicht war, ist die Erfahrung, daß jener Parteigeist in der überwiegenden Mehrheit der Versammelten keinen Anklang fand, daß vielmehr jene Partei selbst nur weniger solcher Tage bedarf, wie die jüngst erlebten, um vor den Augen der Nation vollständig Schiffbruch zu leiden.

Es ist mit Recht oft und wiederholt gesagt worden, daß unsere Monarchien wenig bemüht und geeignet waren, für das monarchische Prinzip Propaganda zu machen, und wenn es in Deutschland republikanische oder gar anarchische Sympathien gibt, so sind es gewiß zum großen Theil die monarchischen Ultras, denen wir sie zu verdanken haben. Aber ganz das Gleiche gilt von der Partei, die sich in Frankfurt für republikanisch ausgab; sie hat wahrhaftig keine Propaganda für die Republik gemacht, und wenn monarchische Sympathien sich wieder lauter und entschiedener geltend machen werden, so hat jene Faktion das Beste dazu gethan. Sie hat den ungeheuern Abstand des republikanischen Prinzips und der Personen, die sich für dessen Träger ausgeben, zu sonnenklar an den Tag gelegt; sie hat zu schlagend bewiesen, daß ihr selbst das nothdürftige ABC des republikanischen Wesens abgeht. Es war nicht klug, sich so früh in die Karten setzen lassen, den unermeßlichen Defekt republikanischer Tugenden so gleich am ersten Tage ganz zu verrathen, es war nicht vorsichtig, den ganzen Hintergrund eines wüsten Terrorismus, einer factiösen Unduldsamkeit, einer unverhohlenen Verachtung des Gesetzes mit der Majorität hier gleich Anfangs in kleinen Rahmen gefaßt der Welt vorzuführen; es ist dadurch jede Täuschung gleich jetzt unmöglich geworden, und man wird in Zukunft Republikaner und Anarchisten schärfer von einander scheiden, als es bisher der Fall war.

Ehe es zu jenem offenen Bruche kam, der aus dem erste

deutschen Parlamente einen radikalen Sonderbund anschließe, bewegte sich die wichtigste Angelegenheit, die je vor eine Versammlung kam, nicht. Sie wurde in [illegible] Debatten in die Versammlung hereingewoben; zuerst [illegible] dann als Vorbereitung der Kommission, umstoßen und wieder von vorn anfangen wollte, dann indem man Staatsreformen der umfassendsten Art auf die Tagesordnung zu setzen suchte, später indem man den Antrag auf Permanenz geradezu stellte, dann wieder, indem man auf anderm Wege die Versammlung faktisch zur Permanenz zu nöthigen suchte. Die Einstellung war verschieden, die Sache dieselbe. Zuerst trat dies Bestreben in den Sternwolfschen Anträgen und dem Schaffrathschen Angriff auf das Programm der Siebenerkommission hervor; dann man darauf ein, diese Anträge sich anzueignen, so brauchte es eines Beschlusses für Permanenz nicht mehr; die Versammlung war permanent. Denn das mußte dem Bödshaftigsten klar sein, daß eine Kette von Anträgen, die die ganze bisherige Staatsgesellschaft umwerfen mußten, unter denen z. B. ein einzelner Paragraph ganz kurz und bündig die Abschaffung der Monarchie verlangte, daß eine Kette solcher Anträge auch des der grobartigsten Flüchtigkeit nicht zwischen Heute und Morgen, auch nicht zwischen Heute und vier Wochen oder Monaten zur Entscheidung gebracht werden konnte. Die Abschaffung der Monarchie, die Trennung von Staat und Kirche, von Kirche und Schule, die Abschaffung der bisherigen Abgabensystems, die Aufhebung der ganzen bisherigen Gesetzgebung u. so ohne Weiteres für ganz Deutschland zu verlangen, hieß der Versammlung doch eine große Naivetät und eine noch größere Selbstschätzung zumuthen; denn so bunt zusammengesetzt, zufällig und mandatlos dieselbe war, das konnte man von fünfhundert deutschen Männern doch nicht erwarten, daß sie mit der Umgestaltung des Staats und der Gesellschaft es sich so leicht machen würde, wie Hr. v. Struve und seine Mitunterzeichner. Ein Einzelner oder ein Dutzend können so obenarm sein, und darzwang aus dem Bestehenden eine tabula rasa machen ohne auch nur den dürftigsten Fingerzeig zu geben, was sie an die Stelle setzen wollen, ein Einzelner kann die wohlfeilste aller Staatsweisheiten, die sich in die zwei Stichwörter „Aufreißung“ und „Abschaffung“ fassen läßt, immer wieder predigen, aber eine Versammlung mehrerer hundert ernster Männer wird es sich nicht so leicht werden lassen. Man kann die bestehenden Zustände für durchaus verkehrt halten und wird sich deßwegen doch hüten, mit ein paar Schlagwörtern für die Unverständigen und Urtheilslosen sich die schwere Sorge vom Leibe zu schaffen oder Hoffnungen im Volke zu wecken, die man nie im Stande ist zu erfüllen. Es ist eine überaus bequeme Politik, darzwang der großen Masse des Volks die verführerische und aufregende Hoffnung vorzuhalten, es sei mit den Worten „Abschaffung und Aufbruch“ das neue tausendjährige Reich menschlicher Glückseligkeit begründet, während Agenten des zweiten und dritten Ranges zugleich den Urchristosten erzählen, alle Bande und alle Lasten der Staatsgesellschaft würden dann an einem Tage aufhören; es ist das eine bequeme Politik, aber der Tag würde doch bald kommen, wo das Volk seinen Verführern sagen würde: Ihr habt uns Brod versprochen und Nichts als — Worte gegeben. Mit der Phrase „Abschaffung der bestehenden Heere von Abgaben“, oder dem Stichwort „Ausgleichung der Mißverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit“ ist Nichts gethan; die Noth der Zeit will eine ganz andere Hülfe als eine Litanei abgegriffener Schlagwörter sie zu geben vermag.

Die Versammlung in Frankfurt konnte das ganze Struve'sche Programm adoptiren, und sie hatte damit für das Volk und seine Erleichterung noch nicht das Geringste gethan; sie hatte höchstens eine Demonstration gewacht, um Hoffnungen zu nähren, deren Erfüllung sie andern überließ. Das vom Volk gewählte Parlament allein, das zur Grundlegung einer neuen Verfassung gewählte war dazu berufen, die Widersprüche der Vergangenheit mit der Gegenwart auszugleichen. Aber es mußte das mit dem ganzen Ernste staatsmännischer Erwägung geschehen, nicht mit dem naiven Leichtsinn der Unwissenheit. Die Versammlung fühlte das; sie ging mit ungeheurer Mehrheit zu ihrer Tagesordnung über und wies die große Angelegenheit unserer politischen und socialen Umgestaltung an die Stelle, vor die sie einzig und allein gehört.

## Aufruf.

Heidelberg, 7. April. Der Kampf zwischen Dänen und Deutschen hat in diesem Augenblick wahrscheinlich schon begonnen; im Vertrauen auf die große Unterstützung der ganzen Nation haben die braven Schleswigholsteiner den offnen Krieg einem unnatürlichen und faulen Frieden vorgezogen. An uns ist jetzt, die in Worten bewiesene Sympathie abermals durch die That zu bewähren; wer nicht selber mit Person und Leben für die deutsche Sache einstehen kann, der möge durch freudige Beiträge zur Unterstützung der kämpfenden Brüder seinen patriotischen Pflichten genügen. Indem wir diesen Aufruf ergehen lassen, erklären wir uns gerne bereit, die Beiträge, die uns zukommen werden, zu sammeln und an den Ort ihrer Bestimmung zu befördern.

Die Redaktion der Deutschen Zeitung.

**Oesterreich.** Wien, 1. April. Der Allg. Zeitung schreibt man von hier: Heute wurde von Seite der Staatskanzlei und der Kriegskanzlei die Kriegserklärung gegen Sardinien bestätigt; wir werden dieselbe wahrscheinlich schon in den Abendblättern lesen. Zwar unverneidlich nach den Vorgängen in Oberitalien, hat dieses Ereigniß dennoch die Gemüther schwer getroffen. Vor Allem ist es der Handel- und Fabrikstand, welcher zu den energischesten Maßregeln in Bezug auf Italien drängte und die Stimme gegen einen Verkauf der italienischen Provinzen immer lauter und heftiger erhob.

Ferner vom 2. April. Soeben wird auf dem St. Stephansmünster das schwarz-roth-goldene Reichsbanner aufgezogen. Deutschland zugleich begrüßt es freudigen Wallens in Frühlingsmorgensonne das gemeinsame heilige Vaterland. — Nachmittags 2 Uhr. Soeben hat der Kaiser, die Kaiserin zu seiner Seite, unter unermeßlichen Volksjubel, das deutsche Banier eigenhändig auf dem Deutschland zugekehrten Balkon der Hofburg aufgepflanzt. Voran ging, vom Männergesangverein angestimmt, Arndt's „Was ist des Deutschen Vaterland.“ Die Studentenlegion und ein Theil der Nationalgarde paradirte.

Wien, 3. April. Frhr. v. Kübel hat sich in Ruhestand versetzen lassen; er leidet an einem Herzfehler, das in neuerer Zeit eine ziemlich bedenkliche Wendung genommen haben soll. Seine Stelle als Finanzminister hat Phil. von Krauß erhalten. Zum Kriegsminister ist der General Peter Zanini ernannt. — Die Nachrichten aus Ungarn, namentlich aus Pressburg, lauten erfreulich. In der Judenfrage über die Gewährung der reichsständischen Bitten, daß die Hebdallsten mit unbestimmter Entschädigungsaussicht ein- für allemal abgelöst und die Ministerliste gutgeheißen werden solle, erboten sich die Stände, als der Palatin meldete, der Kaiser bewilligte 60,000 Mann, 100,000 uniformirte Soldaten zu stellen. (N. K.)

† Aus Tirol, 25. März. Das kaiserliche Proklam vom 15. hat nun auch uns mit einer Konstitution und mit zwei wesentlichen Grundbedingungen einer solchen: Preßfreiheit und Nationalgarde, überrascht. Es hat nach allen drei großen Geschenken bisher hier zu Land Niemand verlangt; wir wollen damit sagen, Niemand hat ein Verlangen darnach ausgesprochen. Gelbe Kreuzer in auswärtigen Blättern, die freieren Raum begehrten für geistiges und staatliches Leben, kommen hier nicht in Betracht. Legale Stimmen, z. B. die Städte, über Schulen, sonstige Gemeindesachen, das Volk, haben hier nie, wie anderswo in Oesterreich, Gehör gefunden in diesen Dinge gefunden. Die Gründe für ein solches lautloses Schweigen des Bestehenden gund möge erklären sich, wenn man die Mittheilungen über die Tiroler Zustände in Ihrem Blatte gelesen hat. — So hat man uns denn „gegeben“, ohne daß wir „gebeten haben“. In den Städten, wo es immerhin Viele gibt, die nun die kühnsten Wünsche erfüllt sehen und noch mehr, die mit dem Strome schwammen, erhob man Jubelrufe, ferglühe und -ofsicieln, man breitte sich, die Konstitution einzuholen mit Sang und Klang, man demonstrirte. — Das war so von und für Außen. Ein Anderes ist's mit der Auffassung von Innen; mit dem Verständnis, mit der Befähigung der Ausbeglichkeit für die neue Ordnung. Niemals haben sich die Sünden des gefallenen Systems so nackt und bloß dargestellt, wie gegenüber den hiesigen Wendepunkte. Jede Minute trägt uns das Schädliche und Ständliche deutlicher in einer andern Beleuchtung, mit jedem Griffe, mit dem wir und auf dem neugewohnten Neuweg zurecht helfen wollen, fassen wir an eine scharfe Kante, in einen schmutzigen Winkel, an eine geheime Schlinge der alten patriarchalischen Maschine. Nach oben und unten sind die „bösen Wetter“ verbreitet in den Schachten des Staatsbaues, — es wird lange währen, bis ihrer Luft und Licht obsiegen, und man wird Gott danken, wenn die Schwaden sich theilen, ohne Schaden zu thun. — In der Masse des Volkes, in seinem bierländischen Kern und Hauptbestandtheil, dem Bauer, — ist nichts vorbereitet, — nicht eine Hand breit Boden aufgerissen, wohin die junge Aussaat frischvorbereitend fallen konnte; nur zu seinem angeborenen gesunden Sinn, seinem ruhigen Takt kann man sich mit einiger Hoffnung zu verstehen, daß er, sobald er irgend Nutzen spürt vom Gegebenen, es nicht mehr ablehnt, sondern sich damit zurechtsetzt. Das Proklam nach seinem Wortlaut

Digitized by Google

ist dem Bauer gänzlich unverständlich. Er weiß darüber wie ein Kind, welches verbrannt worden. Das Wahre gewesen und ein Nothjahr wird, sich folglich ein Paar mannichfache Vortheile zu gereichen und sie dem als Folgen des Landesbesuches darzustellen. Das wird schwer geschehen. Bis dahin meint er, wie Kleine Ereignisse Aufsehen nur für die Herren gut, so ist es ist nicht abgeneigt, sehr Schädliches dahinter zu ahnen. Es ist erwiesene Thatsache, daß die Partei, die in Tirol hinter regierte, vielfach dem gemeinen Mann sagt, die neuen Dinge verderben das Land vom Stunde aus, — die „Preßfreiheit“ Antichrists Aufgebrut — verwichte die Religion und alle guten Sitten. Amtliche Erklärungen sind nöthig geworden, um entgegen zu wirken. Es sah in Tirolerboten und sonst tüchtige Aufrufe an's Volk ergangen, schon das Unverständlichste in Wahrheit und Ehrlichkeit zu erklären, es zu warnen vor dem, wo es in alter Treuglaubigkeit Rath zu holen gewohnt ist, und zumeist geräuscht wurde. Nicht immer ist bei dieser orthodoxern Darstellung der Preßfreiheit böse Absicht im Spiele. Die Schuld, die unsern Klerus erzog, hat ihn unwissend und unmündig gelassen, wie er es immer Schülern macht. Man kann hier Stunden finden, die von Allem und Jedem, was mit Konstitution, Presse ꝛc. zusammenhängt, unklarere oder unreere Begriffe haben, als bei Ihnen einer ehrlichen Handlangers-Kind. Missionen thären und jetzt noth — schicken Sie mir Intelligenzen als Prediger, statt der — bald wohl außer Anwendung kommenden Jesuiten und Liguorianer. Redlich bemühen sich Männer von Kenntniß und Willen, Bahnen zu brechen durch den alten Schutt, den unsere Regimentsleiter und Helfer so emsig aus allen Schluft, die ihren Lendenen gebuldigt, herbeigeschafft hatten. Es ist unendlich viel gutes Wille da, und gewiß kömmt zuletzt der Grund zu Tage, und dereinst auch kräftige Frucht. Unter Ihnen, die bisher für die abgewürdigte Richtung arbeiteten, sind Viele aufrichtigst zur neuen Uebergangen, da sie auch mitstiften und mitstiften, Andern ihnen nicht zu verdenken, wenn sie auf dem ungewohnten Boden Fußgefühl noch nicht festfesten und manchmal noch ein Rettungsseil aus dem alten Arsenal zu Hilfe nehmen. In dem konstitutionellen Chorus ertönen also dann und wann Register der alten Orgel. Geübtere Stimmen sprechen dem Volke bereits in der neuen Redeweise seine Wünsche vor. Wir pflichten allen bei und dringen vor Allem auf Erfüllung jener, die den Landtag betreffen, — auf neue Wahlen, Trennung der Landhauptmanns- und Gouvernementswürde, Oeffentlichkeit der Sitzungen. — Doch aller dieser Anregungen und der überstürzenden Begehrlichen um uns her, ist's die jetzt durchweg ruhig geblieben. Man forscht wohl da und dort, man hört etwas hart betonte Begehren und Vorhaben, — genug, wie wir unsere Leute kennen, werden sie nichts Unbesonnenes unternehmen, die Bestrebungen überwachen und wollen Frieden, die Dinge sicken sich auf, dann verstummen die Hetzer, — das Geleise wird ausgefahren und — man kann mit Muße Anstalt machen, Tirol zu einem konstitutionellen Lande umzugestalten.

**Preußen.** ** Berlin, 3. April. Der Landtag ist eröffnet. Die Staatsregierung hat den Reformstaaten einer terroristischen Opposition, die auf das Bestimmteste mit Wiederaufstan der Barrikaden, mit Massenbewegungen gegen den Stizungssaal gedroht und als Dem ex machina das Gespenst von 30,000 Bisenmännern herausbeschworen, — kein Gehör gegeben! Was hatten die Herren Brandt aus Frankfurt a. M. und Lange aus Mecklenburg die Backen voll genommen gegen den „verrotteten Landtag“! Welche Nuthehen hatten folgen sollen! Ein wahnsinniger Haß, der mit einer perfidischen Einmüthigkeit und wüthenden Schlägen sich den Eingang erkrepen wollte, machte die erste und letzte Unruhe. Partarium montes. Wer bis auf den 2. April an einer Wiedergeburt Preußens noch gezweifelt hätte, den überzeugte dieser Tag. Die prunkenden Aufzahlen der Fürsten und Herren, die Rococolivreen der Herzogin von Sagan-Talleyrand, die selbst das Journal d. D. im vergangenen Jahre begeistert, die landständischen Uniformen der Ritterschaften, waren kläglich verwieden. Die schlichte Kleidung der Bürger und Bauern war die herrschende geworden. Jeder Schatten eines Junkerthums schien gewichen! Nicht militärische Piquets umstanden das Schloß; die Bürgerwehr hielt die äußeren Zugänge besetzt, Rotten des Studentenkorps und, wenn ich nicht irre, des Handwerkerkorps bildeten die Ehrenwache für Saal und Treppe. Der Montagsstaat fand nirgend einen Nachruf. Wir zählten im weiten Saale zwei Uniformen! Nirgend eine Ahnung von Gendarmen; der Volksstaat hat seine Geltung mehr. Und das Königthum im Sinne der Radowitz und Konf.? Wir sahen weder Reichsapfel noch Zepter, noch Banier; kein zeremonieller Aufzug mit pomphafter Etorte erinnerte an die Romantik eines zu restaurirenden Mittelalters! Nach parlamentarischer Sitte war der Thronsessel, unter dem Baldachin umgewandt und ein Purpur darüber geklebet. Das Staatsministerium, uneingeheft, weder Uebertation, in schmuckloser Einfachheit, erschien, und der Ministerpräsident verlas die Eröffnungsrede mit kräftiger Stimme. Hr. Camphausen hatte etwas wahrhaft Imponirendes in seiner Haltung; wahrhaft, denn der Adel der Gesinnung und die tatsächliche Würde gaben seiner Erscheinung diesen Ausdruck. Im seinem Wesen war nichts Erborgtes, nichts von seiner Stellung Entlehntes; es ist der echte Mannesadel, der hier hervortrat. Die Eurenbrüste klagt in den letzten Zügen. Wer das nicht aus den Zuckungen der Abgeordneten preuß. Zeitung einnommen, der brauchte nur Hrn. v. Meding, den Obrpräsidenten von Brandenburg, auf der Rednerbühne zu erblicken, wie dieser halsstarrigste Reaktionär, der auf dem Vereinslandtag nicht nur gegen Dinde und Scherath, sondern auch gegen Schönowsky als gegen Jakobiner angekämpft hat, heute mit klingendem Spiel und Fliegenden Fahnen in das Lager des Konstitutionalismus übertritt, wie dieser hohe Beamte versichert, er habe stets ein gewisses Rasp von Freiheit verlangt, wie dieser Obrpräsident am sein Amt förmlich stritelte — „daß obotum Libertas!“, endlich, wie die unzweideutigsten Zeichen von Betrachtung und Indignation, von der Versammlung im Ganzen und von einzelnen diesem Unglücksvogel zu Theil wurden! Daß diese Preßsinnlichkeit sich nur noch zu einer vertraulichen Sendung an die Königin Pomare eignet, ohne daß dieselbe mit den Ergnissen des 2. April im Zusammenhang stünde, ist selbstverständen; Hr. v. Meding ist nicht weniger unmöglich, als der eben auf Reisen befindliche Polizeipräsident von Königsberg, Lauterbach! — Endlich, welche Zeichen der Zeit — der Fürst Solms wünscht Hrn. Milde aus Breslau zu vernehmen, ob die Adreßkommission vom Marschall zu ernennen sei, und Hr. Milde stellt anheim, „nach dem Reglement zu verfahren“! Der Marschall beruft in diese Kommission außer dem Antragsteller Fürst Lichnowsky, den Grafen Dyhrn, den Oppositionsführer der Herrenkamt, die Abgg. Beckerath, Bronsart, v. Bardeleben (?!), v. Petersdorff, Rühlwetter, den Grafen Heldorf (von der sächs. Ritterschaft — fast der alleinige Oppositionsmann!), Grabow, endlich Hrn. v. Hagenow, den einzigen Abg. Pommerns, der die Wahl der Ausschüsse verweigert! — Fast wunderlich nahm es sich aus, als Hr. v. Vincke den „Rechtsboden“ wieder im Munde führte, bei der Frage, ob in Vereinigten Kurien verhandelt werden solle. — Die Eile, mit der die Versammlung das Werk schritt, mit der sie sofort die Adreßkommission berathen ließ (die Adresse war vorberathen und nur der Passus über Polen, und Amendements von Bichnowsky zu Gunsten der arbeitenden Klassen hielten auf), wäre jeder Stadtverordnetsammlung zu empfehlen. Im vergangnen Jahre am ersten Tage blos die Rede, und sofort im besten Mitlegma! — Mitten in der Debatte läuteten die Glocken zum Nachmittagsgottesdienst; und in die Fenster schien die Frühlingssonne einer bellern Zeit, als die drei übermundenen Pietismus und Quietismus. — In der Pause, da die Adreßkommission sich zurückzogen, wurden die neuen Minister von ihren politischen Freunden gleichsam auf Händen getragen; wir waren Zeuge der herzlichsten, freudigen Begrüßungen. Schien es doch vorher bei Ernennung der Kommission unwillkürlich befremdend, die Namen Auerswald, Camphausen, Schwerin, Hansemann zu missen! — — Die Rechtfertigung des Grafen Arnim über sein Ministerium machte, trotz des Stockens des Redners, einen trefflichen Eindruck; das Wichtigste, was hervorgehoben zu werden verdient, und das er sehr stark betonte, war, daß jenes Patent vom 18. über alle konstitutionelle preußische und deutsche Verfassung am Morgen bereits vollzogen worden, und daß Arnim erst am 19. Mittags sein Portefeuille übernommen. Wir lesen eine ehrenhafte Absicht in diesen Worten, die in Süddeutschland aber des Eindrucks verfehlen wird. Danach regierten vom 18. März Morgens bis zum 19. März Mittags die Minister Ihile, Bodelschwingh, Uhden ꝛc., als konstitutionelle Minister. Der Sinn ist klar. Als der Absolutismus zusammenstürzte, klammerten sich die Reaktionäre 24 Stunden lang an ihre Portefeuilles und winirten das Königthum, das aufgeführt hatte, unmunschränkt zu sein! Wer gedenkt hier nicht der Worte des Hrn. v. Bodelschwingh, die er im Zorn gegen den Abg. Meyssen ausstieß: „Die Minister kleben nicht an ihren Sitzen! möge Se. Maj. seine Minister aus den heroben Rednern dieser Versammlung wählen!“ Der zweite Theil dieser Rede ist Wahrheit geworden, und den berechten Sprechern der Opposition hat der König seine Räthe gewählt. Aber wehrt haben wir nicht reine Freude an diesem Siege! Weil die Minister der Reaktion 24 unglückselige Stunden „an ihren Sitzen geklebt“!

Berlin, 5. April. Die Nr. 10 der Gesetzsammlung enthält die prov. Verordnung die Aufhebung der Mahlsteuer und deren Ersatz durch eine direkte Steuer betreffend vom 4. April 1848. An die Stelle der Mahlsteuer tritt eine direkte Steuer, deren Form der

Digitized by Google

Wahl der betreffenden Kommune unter Genehmigung der Minister des Innern und der Finanzen überlassen bleibt. Handarbeiter, Taglöhner und alle ihren Erwerbsverhältnissen nach in ähnlicher Lage befindlichen Personen sind von Entrichtung der Steuer befreit. Den Kommunen bleibt es überlassen, diese Befreiung näher festzustellen.

† Elbing, 3. April. Soeben vernehmen wir als verbürgt und durch Preklamationen bereits bestätigt, daß die polnische Bevölkerung der Culmer Gegend durch polenfreie Emissäre zum Aufstand gereizt wird. Einverleibung Westpreußens in das Polenreich (Elbing und Danzig mit eingeschlossen) wird gefordert. Leider können auch hier die Agitatoren nicht von jener Unredlichkeit lassen, welche dem polnischen Volk die Sympathien der nächsten deutschen Nachbarn immer und immer wieder entfremdet. Nach ihnen hätte der König Polen selbst frei gegeben, der deutsche Reichstag zu Frankfurt die Inkorporation Westpreußens in das Polen der Zukunft bereits genehmigt; das polnische Element unserer Provinz verhalte sich zu dem deutschen wie sechs zu eins. (Die Wahrheit ist, daß etwa $^2/_3$ Deutsche und $^1/_3$ Polen in Westpreußen wohnen). Ein deutsches Komite, welches sofort in Culmsee zusammengetreten ist, und in der verschlossten, zugleich menschlichsten aber auch männlichsten Sprache, zu Friede und Einigkeit redet, gibt Hoffnung zu einer vernünftigen Lösung dieser Wirren, die Niemand eher zu verderben drohen, als die unglücklichen, aber in ihrem Eifer wirklich blinden Polen selbst.

**Baiern.** ‖ München, 5. April. Die Kammer der Reichsräthe scheint in der Lösung der socialen Fragen die Initiative ergreifen zu wollen. Der Reichsrath Fürst Wallerstein hat soeben einen Wunsch und Antrag an diese Kammer gebracht, der die Fürsorge für die minder bemittelten und bedürftigen Staatsbürgerklassen betrifft, und führt denselben mit den Worten ein: „Ein weltgeschichtlicher Moment ist gekommen. Möge die Regierungsformen allein ändern sich. Sehr alte sociale Bau bebt in seinen Grundfesten. Friedliche Wiedergeburt oder furchtbarer Umsturz bilden die einzig wahre Alternative der Lage. Die Masse der Besitzarmen und Besitzlosen ist geboren: sie muß leben ꝛc." Er beantragt dann vor Allem die Niedersetzung einer Kommission zur Ermittelung des Standes der arbeitenden Klassen, des Verhältnisses dieser Klassen zu der Arbeitsgelegenheit und der Mittel zu durchgreifender Begründung ihres Auskommens; für das landwirthschaftliche Proletariat Entpflegung der Scholle, für das industrielle die verwirklichte Einheit Deutschlands; ferner ein großes, zusammenhängendes System von Sparkassen, Kredit- und Hilfsanstalten, dann Beförderung der Uebersiedelung, die Errichtung von Auswerb- und Kommissionsbureaux unter öffentlichen Glauben und mit unentgeltlicher Thätigkeit, Organisation des Armenwesens, das Hervorrufen freier Hilfsvereine und die Anerkennung eines Ehrenamtes bezüglich derer, die sich der Armuth und Noth annehmen. Der Fürst wendet sich an das Proletariat, nachdem ihn die Bourgeoisie zurückgewiesen und unmöglich gefunden hat. Mag er hierin glücklich sein; wir wünschen es der guten Sache wegen: denn die politische Freiheit ist nur eine halbe, solange die Sklaverei der Armuth und Noth existirt.

München, 5. April. Der Allgem. Zeitung wird von hier geschrieben: Ich bin in den Stand gesetzt, Ihnen die erfreuliche Nachricht zu geben, daß unser Königin Wegrisse steht, den Schleswig-Holsteinern thätige Hilfe zu leisten in ihrem Kampfe gegen Dänemark, indem sechs der vorzüglichsten baierischen Officiere schleunigst an den Kriegsschauplatz abgeschickt werden. Es sind ferner aus der Privatkasse des Königs unbedeutende Unterstützungen an einige hier befindliche Schleswiger zur Heimreise in ihr Vaterland ausbezahlt worden.

* Leipzig, 1. April. In allen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft regt sich der Geist der Neuzeit, tagtäglich tauchen eine Reihe von Vereinen auf, welche im Sinne des Fortschritts Reformen bezwecken. Der Arbeiterbildungsverein, welcher oft über tausend Glieder beisammen zählt und von Volksmännern, wie Blum, Kuge und Wuttke geleitet wird, hat sich zu einem großen Vaterlandsverein umgestaltet und gewinnt immer mehr an Bedeutung. Dem Arbeiterverein, der sich einer erfahrenen Leitung und Gesinnung zu erfreuen hatte, folgten Aufforderungen zu Vereinen für die Schuhmacher-, Zimmer- und Maurergesellen, deren Tendenz mit jenem oft unbekannt geblieben ist. Die Proletariatsfrage beschäftigt hier Jedermann, sie ist bis tief in das Volk gedrungen, aber jeder Besonnene ist auch überzeugt, daß die Lösung dieser Frage auf ungeheure Schwierigkeiten stößt und kaum mit Glück ohne Geld zu realisiren ist. Auch die hiesigen Arbeiter haben vereint um Errichtung eines Ministeriums der Arbeit gebeten oder im Nothfall wenigstens um Vertreter dieser Genossen im Ministerium des Innern. Der Landtag wird nicht umhin können, dem Verlangen entgegenzukommen. Auch in Sachsen haben bereits die Unruhen der Arbeiter angefangen; die Zerstörung zweier Nägelfabriken wird schwerlich ohne weiteren Erfolg bleiben, da Tausende von Arbeitern wegen Mangel der Geschäfte brodlos werden. Wie das Chemnitzer Directorium seine Arbeiter aus Geldnoth bereits entlassen hat, so werden auch in unserer Stadt eine Menge von Bauten eingestellt, die Meister entlassen Gesellen, die Kaufleute Diener, um sich möglichst einzuschränken, da sie nicht Beschäftigung genug gehen können und Bankerotte noch größeren Stillstand in den Geschäften voraussehen lassen, zumal Jedermann Krieg mit Rußland und eine schlechte Ostermesse fürchtet. In dieser traurigen Zeit, wo das Ministerium fruchtlos zur Beschäftigung der Arbeiter auffordert, zeigt sich wenigstens ein erfreuliches Zeichen, der Patriotismus. Von allen Seiten fordert man im Angesicht drohender Gefahr zu Waffenübung und besonders zum Lernen von Schießen Jung und Alt auf, zu 300 Mitglieder des hiesigen Waffenübungsvereins haben eine Adresse entworfen und abgesandt, welche die Wehrmachung aller deutschen Männer von 20—50 Jahren dringend verlangt. Sachsen entbehrt noch in dieser Hinsicht jeden Vorschrittes, die drohende Gefahr verlangt, daß §. 88 der Verfassungsurkunde schleunigst verwirklicht wird. Sie fordern das Ministerium auf, schleunigst im Wege der Verordnung provisorisch die Bestimmung über eine Volksbewaffnung zu erlassen und für deren derartige Einführung Sorge zu tragen.

* Karlsruhe, 7. April. Die heutige Sitzung, fast ganz ausgefüllt durch eine Verhandlung über den Beizug von Truppen des 8. Armeekorps zum Schutze der ausgedehnten Landesgrenze gegen Einfälle aus Frankreich und der Schweiz, schloß mit dem vollständigen Siege echt deutscher Gesinnung, mit der Niederlage der Spaltungsversuche, mit einem Beschlusse der großen Mehrheit für Billigung der Maßregel zu unserm Schutze gegen fremden Uebersall. Brentano stellte den Hilfssatz deutscher Waffenbrüder als einen Einmarsch fremder Truppen dar, welcher einen sehr üblen Eindruck gemacht habe und verlangte von der Regierung eine offene Erklärung über die Absicht. Staatsrath Bekk erwiderte, die Absicht sei die Selbsterhaltung des Landes, es sei auffallend, wie man jetzt, wo Deutschland von der Idee der Einheit belebt sei, deutsche Truppen als fremde bezeichnen könne; er setzte auseinander, wie die badischen Streitkräfte nicht hinreichend seien, um die lange Grenze gegen Frankreich und die Schweiz und außerdem die Festung Rastadt zu besetzen; er gab genauere Auskunft über die Bewegungen der Deutschen in Frankreich und der Schweiz, so wie Andeutungen über ihre Verzweigungen im Lande. Hecker erhob sich für die Ansicht von Brentano, suchte die Gefahr von Außen als eingebildet darzustellen, und die Besorgniß vor einer Reaktion im Innern hervorzuheben. Welcker und Zitel schlossen sich an, doch nur bedingt und in gemäßigter Form. Mathy sprach in zwei ausführlichen Vorträgen gegen Hecker und Brentano; Zittel, Meyer, Blankenhorn, Stösser, Straub, Baum u. A. vereinigten sich mit ihm, und die Kammer sprach mit allen gegen 7 Stimmen ihre Bestimmung zu den Maßregeln zum Schutze der Landesgrenze aus. Zugleich aber wurde gewünscht, daß dieselben nicht länger als nöthig, keinenfalls länger als bis zur vollendeten Organisation der Bürgerwehr dauern, daß eine Erklärung über die Art und Weise und die Nothwendigkeit der Schutzmaßregeln veröffentlicht werden, und daß der Kammer über den moralischen Zustand der badischen Truppen Auskunft gegeben werden möchten. Zahlreiche Deputationen, welche hierher gekommen waren, um ihre Rückzug der „fremden" Truppen zu verlangen, wohnten der Sitzung bei, und die Massen schienen durch die Aufschlüsse über die Nothwendigkeit des Schutzes befriedigt. Näheres morgen.

△ Heidelberg, 7. April. Die heutige Nummer der Deutschen Zeitung sagt in einem Schreiben aus Frankfurt: Dreuchey habe erklärt, die Republik gehe nur über seine Leiche. Dies ist nicht ganz genau. Derselbe bekannte sich im Gegentheil ausdrücklich zu der Idee der Republik, deren natürgemäße Verwirklichung er aber nur als Ergebniß des unverfälschten und unzweideutigen Gesammtwillens der Nation zulassen wollte. In diesem Sinne fügte er hinzu: wenn eine drohende Faktion dem Gesammtwillen des Volkes entgegentrete, oder wenn man Deutschland die republikanische Staatsform mit Hilfe von Freischaaren oder fremden Bajonetten aufzudringen versuche, so gehe die Republik über seinen Leib.

△ Mainz, 6. April. Gestern Abend fanden hier sehr bedauerliche Exzesse Statt; ein Theil der Taunuseisenbahn zwischen Kastel und Hochheim wurde zerstört und in dem Bahnhofe zu Kastel arge Verwüstung angerichtet. Der wilde Haufe zog darauf über die Rheinbrücke in die Stadt, wo er mit jedem Augenblicke mehr anschwoll, und sich gegen größere Etablissements, besonders solche, worin mit Dampfmaschinen gearbeitet wird, wälzte. Er mußte sich jedoch mit dem Einwerfen der Fenster begnügen, da Militär- und Bürgerpatrouil-

Digitized by Google

im überall die Wuth der Ausstürmenden in Schranken hielten. Der Lärm dauerte indessen fast die ganze Nacht hindurch. Solche Rohheiten sind um so verdammlicher, als sie sehr leicht durch energisches Einschreiten hätten verhindert werden können. Leider haben wir aber in der Rheinprovinz noch immer keine Behörde, welche die nöthigen Befehle zur Erhaltung der Ordnung ertheilt. Die Bürgergarde, eine große Schaar und voll des besten Willens, hat noch keine zweckmäßige Organisation, und statt sie mit Ernst zusammenzuhalten, macht man sie so mißlaunig und unwillig, daß sie sich, wenn dieser Zustand noch einige Tage fortdauert, auflösen wird.

**Schleswig.** * Rendsburg, 3. April. Heute Morgen um 9 Uhr ward der erste schleswig-holsteinische Landtag, zu welchem sich mit Ausnahme der Abgeordneten aus dem nördlichen Schleswig fast alle Mitglieder der schleswigschen und holsteinischen Ständeversammlung eingefunden hatten, feierlich eröffnet. Die Abgeordneten versammelten sich in dem Regierungsgebäude, begaben sich von da unter in die Kirche, wo eine regelrechte klerikale Freier Statt fand, und dann nach dem Schauspielhause, wo die Versammlung zum ersten Male öffentlich gehalten ward. Der Herzog von Augustenburg nahm, als Inhaber einer erblichen Virilstimme, der Prinz von Augustenburg, der jetzt kommandirende General, als neu erwählter Abgeordneter der Stadt Eckernförde an der Versammlung Theil. Der zum Regierungskommissär erwählte Obergerichtsadvokat Bremer eröffnete die Sitzung mit einer Anrede, in welcher er über die bisherige Thätigkeit der provisorischen Regierung Rechnung ablegte, worauf der Obergerichtsadvokat Bargum in Kiel zum Präsidenten, der Kammerherr Reergaard zum Vicepräsidenten, der Pastor Lorenzen und Justizrath Klenze zu Sekretären gewählt wurden. Die provisorische Regierung, welche als Mitglieder der Ständeversammlung anwesend war, trat darauf durch den Kommissär erklären, daß sie die bisher geübte Gewalt in die Hände der Ständeversammlung niederlege, es ward ihr aber nach einer kurzen Diskussion der Dank der Versammlung für die Energie und Besonnenheit, mit welcher sie die Zügel der Verwaltung ergriffen, abgestattet, das völlige Vertrauen des Landes ausgesprochen und sie ersucht, die Regierung noch fernerhin zu führen, wonach sie sich, nachdem der Regierungspräsident Beseler mit einigen Worten den Dank der Regierung und ihre Bereitwilligkeit, ferner zu fungiren, ausgesprochen hatte, aus der Sitzung entfernte. Der Antrag einer von einer Kieler Volksversammlung eingegebenen Adresse, daß der Advokat Clausen ebenfalls zum Mitglied der Regierung ernannt werden möge, veranlaßte zwar ein kurzes Zwischengespräch, ward aber nicht weiter beachtet — bemerkt ward der Antrag der Regierung, daß der von ihr bereits am 26. März geschehene Antrag an die Bundesversammlung wegen Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund genehmigt werden möge, in Erwägung gezogen. Der Widerspruch des Agenten Jensen aus Flensburg wider die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, eine Wiederholung seiner schon im Jahre 1846 in dieser Beziehung ausgesprochenen Ansicht, veranlaßte eine längere, ziemlich lebhafte Diskussion, in welcher jedoch die Genehmigung des von der Regierung beschafften Antrages mit 74 Stimmen gegen zwei (die der Flensburger Deputirten) erfolgte. Endlich ward der Vorschlag gemacht, daß eine Kommission ernannt werden möge, die einen Entwurf zu einer Verfassungsurkunde und einem neuen Wahlgesetze ausarbeiten solle, welche einer ferner zu berufenden Versammlung vorzulegen wären. Der Vorschlag, einen Verfassungsentwurf ausarbeiten zu lassen, ward von Clausen heftig bestritten und fand überall keinen Anklang, weil die gegenwärtige Zeit dazu nicht geeignet befunden ward. Ueber die Frage, ob ein Wahlgesetz sofort zu berathen sei, fand eine lebhafte Diskussion statt. Es sprach sich allgemein die Ansicht aus, daß ein neues Wahlgesetz nothwendig sei, es erhoben sich aber zahlreiche Stimmen dagegen, daß solches sofort geschehe. Der Antrag der Regierung ward einstimmig verworfen, dagegen einstimmig ausgesprochen, daß die Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes wünschenswerth sei, mit 73 Stimmen gegen 6 beschlossen, die Regierung zu ersuchen, der Ständeversammlung den Entwurf eines Wahlgesetzes baldthunlichst vorzulegen. Nachdem die Sitzung mit kurzer Unterbrechung bis 9 Uhr gedauert hatte, ward sie heute geschlossen und die nächste Sitzung auf den folgenden Morgen 9 Uhr angesetzt.

**Rendsburg**, 4. April. Unsere Besorgniß, die, wie wir berichtet, bereits nach Apenrade vorgerückt war, hat sich, um die Stadt vor einem Bombardement von Seite der dänischen Kriegsschiffe zu schützen, freiwillig auf das Hauptkorps der Armee bis in die Gegend von Bau zurückgezogen, worauf die Dänen mit 1500 Mann in Apenrade eingerückt sind. Bürgermeister Schow und Stattsekretär Studtmann sollen gefangen sein. Ihre Vorposten sollen bereits eine Meile diesseit Apenrade geplänkelt, jetzt aber wieder zurückgegangen sein. — Heute Morgen kam der preußische General Bonin, welcher die preußische Hilfstruppen kommandiren soll, hier an; zugleich auch der in preußischen Diensten stehende Prinz Waldemar von Augustenburg. (— Dieser Prinz, und nicht der Prinz Waldemar von Preußen, ist durch Hamburg gekommen. —) — Um 2½ Uhr rückte das 6. Bataillon unter dem Kapitän, Kammerherrn v. Gedemann, aus, um zu der Armee zu stoßen. — Der königl. preußische Premierlieutenant v. Berger vom 2. Garderegiment ist in dem Stabe des Generalkommandos, der persönl. Sekondelieutenant v. Kapeler vom 2. Garderegiment als Premierlieutenant im Stabe des Generalmajors v. Krohn angestellt worden. (Rendsb. Tageblatt).

* Frankfurt, 6. April. In der heutigen Sitzung des permanenten Ausschusses erschien der Vorstand des Verwaltungsraths der Taunuseisenbahn, um die Vermittelung des Ausschusses wegen der stattgefundenen Beschädigungen der Bahn anzusprechen. Der Ausschuß äußerte große Entrüstung über solche gemeine Gewaltthätigkeiten und beschloß, die betreffenden Regierungen zu kräftigen Maßregeln dagegen aufzufordern, wie auch durch einen Aufruf an das Volk von ähnlichen Exzessen abzumahnen. Sodann wurde mitgetheilt, daß der Bundestag beschlossen habe, sich wegen der Einberufung des Parlaments mit den 17 Männern des Vertrauens, welche die Regierungen an den Bundestag abgeordnet, in Verbindung zu setzen, und diese sollten dann mit dem Präsidenten des Ausschusses mündliche Konferenzen pflegen. Wegen Schleswig-Holsteins seien am Bundestag sehr ernste und eifrige Verhandlungen im Gang; auch sei der Abgesandte der provisorischen Regierung von den 17 Männern des Vertrauens in ihre Sitzungen eingeladen worden. Der Ausschuß zeigte sich jedoch mit obiger Art der Geschäftsbehandlung nicht zufrieden, er verlangt, daß der Bundestag die 17 Männer des Vertrauens in seiner Mitte aufnehmen und dann durch eine Kommission mit dem Ausschuß verhandeln soll. Der Bundestag solle sofort erklären, ob er den Beschlüssen der Versammlung in Betreff des Wahlmodus für das Parlament seine Zustimmung gegeben, und was er bis jetzt zu deren Vollzug gethan habe. Es herrschte eine sehr gereizte Stimmung gegen den Bundestag; man erklärte, man werde sich nicht „am Narrenseil herumführen lassen" und, Falls der Bundestag nicht ungesäumt eine befriedigende Antwort ertheile, würde der Ausschuß das Parlament wieder zusammenrufen. Es wurde auch eine Deklamation an das Volk beschlossen, um demselben die Beschlüsse des Parlaments auseinander zu setzen. Mehrere Mitglieder wollten das Wort „Volkssouveränität" in die Adresse aufgenommen haben, und da bei Mehrheit abgestimmt, so drang die Minorität darauf, daß die Abstimmung veröffentlicht werde.

Frankfurt, 6. April. An das Frankf. J. richtete Welcker folgende Erklärung: „Herr Redakteur! In den Verhandlungen der Versammlung zur Gründung eines deutschen Parlaments am 31. März sprach ich nach dem „offiziellen Bericht" über diese Verhandlungen nach Seite 18 dem wörtlich das Nachfolgende: „Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, daß das ganze Ost- und Westpreußen, so wie Posen von Gott und Rechtswegen zu Polen gehöre, denn wenn wir in die Geschichte zurückgehen, so finden wir, daß diese Länder von Deutschen besetzt waren. Und wenn wir bei den Mischungen der Völker, welche stattgefunden haben, bei den gerechten und ungerechten Eroberungen und Theilungen, nach politischen Gesichtspunkten urtheilen wollen, so gibt dieses keine richtige Entscheidung. Meine Herren, ich appellire an die großen Prinzipien der Nationalität und Freiheit. Wie wollen die Länder nicht vertheilen wie Ackerland. Wollen die Männer in Ost- und Westpreußen Deutsche sein, so sind sie es so gut wie wir, wollen sie Polen sein, dann werden wir sie nicht zwingen, uns beizuketten. Die Beantwortung der Frage, ob sie wollen, ist Etwas, was wir jetzt nicht improvisiren können. Ich will, daß Polen wieder hergestellt werde. Aber wie haben auch das Elsaß und Lothringen rc. verloren. Wir werden nicht so thöricht sein, alle jene Länder ohne Weiteres herauszugeben. Denn dann müßte man uns auch wiedergeben, was wir verloren haben rc." Diesen Worten hat man die Deutung untergeschoben, als hätte ich zu einer Eroberung von Elsaß und Lothringen von Seite Deutschlands auffordern wollen. Die durch den Zusammenhang wie selbst durch die Worte klare Absicht in meiner Rede aber ging dahin, bei der Wiederherstellung der polnischen Freiheit, die ich stets als eine Forderung der Gerechtigkeit und der Politik vertheidigte, einen schwierigen und gefährlichen Streit über die Grenzen nach demjenigen Prinzip auszugleichen, welches nach meiner lebenslänglichen Ueberzeugung, über innere und äußere Gewalt und ihre Grenzen entscheiden muß — nämlich nach dem Prinzip der Freiheit oder des wirklichen, frei ausgesprochenen Willens der Mehrheit freier Bürger eines Landes. Frankfurt, 5. April. G. Welcker.

◊ Frankfurt, 7. April. Wie ich höre, ist auf Antrag der

Digitized by Google

„Männer des öffentlichen Vertrauens“ die Bundesversammlung darauf aufgefordert, die Gesetzzahl von 50,000 auf einen Abgeordneten, so wie die übrigen Bestimmungen des Vorparlaments in Bezug auf Alter, Census, Stand und Grundverhältnissmäßig sämmtlichen deutschen Regierungen als Grundlagen für die Wahlen zur konstituirenden Versammlung zu empfehlen. Ein dießfälliger Bundesbeschluß soll noch heute oder morgen zu erwarten sein. Preußen muß dann nothwendig seine bereits gemachten Wahlanordnungen wieder abändern. — Es bestätigt sich, daß Oesterreich das Kollegium der „Männer des öffentlichen Vertrauens“ durch den Erzherzog Johann beschickt, er soll täglich zu erwarten sein. Daß er in Oesterreich das öffentliche Vertrauen wirklich besitzt, ist bekannt. Durch seine Verheirathung mit einer Bürgerstochter aus Mirol steht er dem Volke nahe, und seine Gesinnung, die sich in seinem bekannten Ausspruche „kein Oesterreich, kein Preußen, ein einiges Deutschland!“ aussprach, berechtigt ihn besonders, mit Theil zu nehmen an dem großen Einigungs- und Verfassungswerke. Wie ich höre, kommt er nicht allein, sondern ist begleitet von einer Deputation, die von dem städtischen und dem Bürgerausschusse und der Akademie in Wien gewählt worden ist, um Oesterreich in der Frankfurter Versammlung zu vertreten. Dazu kommen sie nun freilich zu spät, doch wird der zurückgebliebene Fünfzigeranausschuß sie nicht wohl abweisen können, wenn sie auch nicht von dem Vorparlamente gewählt sind. Diese Theilnahme Oesterreichs an dem deutschen Einigungswerk, eines so biedern und tapfern deutschen Volksstammes, der ein Land bewohnt, das noch der Entsaltung eines ungeahnten Reichthums fähig, ist höchst erfreulich. Nur so kann das neue Deutschland zu einem großen und mächtigen Staate innig zusammenwachsen.

Frankfurt a. M., 7. April. Das zu Frankfurt a. M. abgehaltene Vorparlament hat über die nachfolgenden Gegenstände Beschlüsse gefaßt. Wir theilen sie dem deutschen Volke mit. Aufgabe der Versammlung: Die Versammlung hat ihre Aufgabe darin erkannt, die Art und Weise festzustellen, in welcher die konstituirende Nationalversammlung gebildet werden soll. Sie hat dabei ausdrücklich ausgesprochen, daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein dieser vom Volke zu erwählenden konstituirenden National-Versammlung zu überlassen sei. Das Bundesgebiet: Schleswig, staatlich und national mit Holstein ungertrennlich verbunden, ist unverzüglich in den deutschen Bund aufzunehmen und in der konstituirenden Versammlung gleich jedem andern deutschen Bundesstaate durch freigewählte Abgeordnete zu vertreten. Ost- und Westpreußen ist auf gleiche Weise in den deutschen Bund aufzunehmen. Die Versammlung erklärt die Theilung Polens für ein schmachvolles Unrecht. Sie erkennt die heilige Pflicht des deutschen Volkes, zur Wiederherstellung Polens mitzuwirken. Sie spricht dabei den Wunsch aus, daß die deutschen Regierungen den in ihr Vaterland rückkehrenden Polen freien Durchzug ohne Waffen und, so weit es nöthig, Unterstützung gewähren mögen. Zahl der Volksvertreter in der deutschen konstituirenden Versammlung: Auf je 50,000 Seelen wird ein Vertreter zur deutschen konstituirenden Versammlung gewählt. Ein Staat mit weniger als 50,000 Seelen wählt einen Deputirten. Bei Berechnung der Seelenzahl ist die letzte Bundesmatrikel maßgebend. Wahlart der Abgeordneten zur deutschen konstituirenden Versammlung: In Betreff der Wahlart gelten für jedes der deutschen Länder folgende Bedingungen: Die Wahlberechtigung und Wählbarkeit darf nicht beschränkt werden durch einen Wahlcensus, durch Bevorrechtung einer Religion, durch eine Wahl nach bestimmten Ständen. Jeder volljährige, selbständige Staatsangehörige ist wahlberechtigt und wählbar. Der zu Wählende braucht nicht dem Staate anzugehören, welchen er bei der Versammlung vertreten soll. Die politischen Flüchtlinge, die nach Deutschland zurückkehren und ihr Staatsbürgerrecht wieder antreten, sind wahlberechtigt und wählbar. In allen übrigen Beziehungen ist es jedem einzelnen deutschen Staate überlassen, auf welche Weise er die Wahlen zu ordnen angemessen findet; die Versammlung erachtet jedoch die direkte Wahl im Prinzipe für die zweckmäßigste. Ort der konstituirenden Nationalversammlung: Die konstituirende Nationalversammlung hält ihre Sitzungen in Frankfurt a. M. Zeit des Zusammentritts: Das Wahlgeschäft ist von den einzelnen Staaten in der Art anzuordnen, daß die Nationalversammlung am 1. Mai dieses Jahres ihre erste Sitzung halten kann. Permanenter Ausschuß der Versammlung: Die gegenwärtige Versammlung wählt einen permanenten Ausschuß von fünfzig Mitgliedern, der bis zum Zusammentritt der konstituirenden Versammlung in Frankfurt a. M. verweilt. Der Ausschuß wird aus den Mitgliedern der Versammlung in der Art gewählt, daß jeder Wahlzettel fünfzig Personen bezeichnet, in Betreff derer die Versammlung voraussetzt, daß jeder Wahlende alle Theile des Vaterlandes in dem Ausschusse vertreten sehen wolle. Dieser Fünfzigeranausschuß ist beauftragt: die Bundesversammlung einzuladen, mit ihm die zum Zusammentritt der konstituirenden Versammlung in Vernehmen zu treten; er ist beauftragt: die Bundesversammlung bei Wahrung der Interessen der Nation und bei der Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritte der konstituirenden Versammlung rathschlagend zu berathen und die nöthigen Anträge an die Bundesversammlung zu bringen; er ist beauftragt: bei eintretender Gefahr des Vaterlandes die sogenannte Versammlung sofort wieder einzuberufen.

Der Ausschuß wird bei den Regierungen dahin wirken, daß die allgemeine Volksbewaffnung in allen deutschen Ländern sofortmöglichst ins Leben gerufen werde. Der Ausschuß hat dafür zu sorgen, daß ihm sechs Männer aus Oesterreich als weitere Ausschußmitglieder beitreten. Die Berathungen des Ausschusses mit der Bundesversammlung sind durch die Presse zu veröffentlichen. Die Versammlung verlangt, daß der Bundestag, indem er die Angelegenheit der Begründung eines konstituirenden Parlaments in die Hand nimmt, sich von den verfassungsmäßigen wirklichen Bundesabgeordneten lossage und die Männer aus seinem Schooße entferne, welche zu Hevorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben. Grundrechte und Forderungen des deutschen Volkes: Die Versammlung empfiehlt, mit ihrer grundsätzlichen Zustimmung, dem konstituirenden Parlamente zur Prüfung und geeigneten Berücksichtigung die nachstehenden Anträge, welche bestimmte Grundrechte als geringstes Maß deutscher Volksfreiheit verlangen und die im deutschen Volke lebenden Wünsche und Forderungen aussprechen: Gleichstellung der politischen Rechte ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und Unabhängigkeit der Kirche vom Staate. Volle Preßfreiheit. Freies Vereinigungsrecht. Petitionsrecht. Eine freie volksvertretende Landesverfassung mit entscheidender Stimme der Volksabgeordneten in der Gesetzgebung und Besteuerung und mit Verantwortlichkeit der Minister. Gerechtes Maß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft. Gleichheit der Wehrpflicht und des Wehrrechts. Gleiche Berechtigung aller Bürger zu Gemeinde und Staatsämtern. Unbedingtes Auswanderungsrecht. Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht. Lehr- und Lernfreiheit. Schutz der persönlichen Freiheit. Schutz gegen Justizverweigerungen. Unabhängigkeit der Justiz. Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Schwurgerichte in Strafsachen. Ferner: Ein volksthümliches Kreditsystem mit Ackerbau und Arbeitskredit-Klassen. Schutz der Arbeit durch Einrichtungen und Maßregeln, um Arbeitsunfähige vor Mangel zu bewahren, Erwerbslosen lohnende Beschäftigung zu verschaffen, die Verfassung des Gewerb- und Fabrikwesens den Bedürfnissen der Zeit anzupassen. Schulunterricht für alle Klassen, Gewerbe und Berufe aus Staatsmitteln. Anerkennung endlich der Nothwendigkeit als Nationalangelegenheit und Regelung derselben zum Schutze der Auswanderer. Dank der Versammlung: Der Dank der Versammlung wird ausgesprochen den zu Heppenheim und Heidelberg zusammengetretenen Männern. Den Behörden und den Bürgern der Stadt Frankfurt a. M. für die gastliche Aufnahme und ihre Anordnungen. Dem Vorstande der Versammlung für seine Mühewaltung. Der Bürgerwehr für ihren Schutz und den Dienern für ihre dienstliche Mitwirkung in der Versammlung. Frankfurt a. M., 3. April 1848. Namens des Fünfzigerausschusses: Soiron, als Vorsitzender. H. Simon, als Schriftführer.

Hamburg, 1. April. Wie die Börsenhalle schreibt, ist die erste Abtheilung der aus Berlin nach Holstein bestimmten Garderegimenter heute (3½ Uhr) auf der Eisenbahn hier eingetroffen und hat sich sogleich unter lautem Jubel der am Bahnhof versammelten Menge und unter dem Schalle des von der Regimentsmusik angestimmten Liedes „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ nach Altona in Marsch gesetzt. Das Altonaer Wochenblatt ist gestern unter deutscher Flagge vom Stapel gelaufen und hat sich zur Verfügung der preuß. Regierung gestellt. Es sollen sich 10,000 Mann hannoverscher, oldenburgischer und braunschweigischer Truppen auf dem jenseitigen Elbufer sammeln. Der hann. Stab ist schon in Harburg.

## Schweiz.

Bern. Die Berner Z. meldet: Der Vorort hat im Hinblick auf die europäischen Ereignisse, welche sich ernster zu gestalten drohen, und zur Erledigung einiger wichtigerern Spezialgeschäfte die Tagsatzung auf Donnerstag den 13. d. zusammenberufen.

## Niederland.

Der Herzog und die Herzogin von Montpensier sind am 28. März von Rotterdam mit einem Dampfschiffe abgefahren, um sich unmittelbar nach Spanien zu begeben. In Belgien hat die Republik in der völlig freien Tagespresse nur ein Organ gefunden, den Messager de Gand, der übrigens schon seit mehreren Jahren französisch geschrieben war — in Niederland kein einziges. Die Niederländer wollen von der Republik Nichts mehr wissen. Sie zeigen dabei eine ganz eigene

Digitized by Google

Schrei vor den sozialistischen und kommunistischen Ihren, die sie blindlings zusammenwerfen und als deren Herd sie Frankreich und Deutschland betrachten. Der in Amsterdam entdeckte kommunistische Klub besteht größtentheils aus deutschen Handwerkern, schon sein Name ist hochdeutsch, nämlich: „Bildungsverein.“ Diesem Klub gibt man allgemein die dortige Ruhestörung am 24. März schuld, was die eingeleitete gerichtliche Untersuchung wohl ausklären wird. Die ungeheure Mehrzahl der Niederländer ist mit Entschiedenheit gegen jede politische Umwälzung des Landes und für eine friedliche, mit Ordnung gepaarte Reform der veralteten oder ungenügenden Einrichtungen. In dieser Hinsicht steht sie in der Erwartung der Staatskommission und des neuen Ministeriums vollkommen ausreichende Bürgschaften für eine umfassende Grundgesetzrevidirt und ein liberes Verwaltungs- und Steuersystem, ungeachtet einzelne Oppositionsstimmen, wie die Amheimer Zeitung gegen den Grafen Schimmelpennick, als den wenig bekannten gedrohten Sohn seines großen bürgerlichen Vaters, Rutger Jan Schimmelpenninck, zu Felde ziehen und es namentlich nicht verschweigen können, daß Thorbecke nicht an seiner Stelle im Ministerium sitzt. Thorbecke schreint für den Augenblick indeß die gründliche Reform des Grundgesetzes für wichtiger zu halten als Minister zu sein; er bildet die Seele der Staatskommission, welche mit dem Entwurfe lastete betraut ist. Der Ministerpräsident war früher Gesandter in Rußland, wo er einen nicht eben günstig aufgefallenen Vertrag abgeschlossen, sodann Gesandter in London, wo er für die britische Verfassung eingenommen worden zu sein schrint, von der übrigens, als zu aristokratisch, die Radikalen gar Nichts wissen wollen.

## Dänemark.

Kopenhagen, 1. April. Der Hamb. Korr. meldet: Es gehen fortwährend Truppen auf der Eisenbahn nach Roeskilde ab. Der König hatte sich am 29. März in Begleitung seiner Adjutanten, dahin begeben, um von den Garden Abschied zu nehmen.

Am 29. März überreichte eine hiesige Deputation dem Könige eine Adresse wegen Erweiterung der Wahlgerechtigkeit. Der König erwiderte, man möge ihm und seinem Ministerium Zeit lassen, die Sache in Ruhe zu überlegen, da er sich jetzt nach Holstein begeben wolle, um sich an die Spitze seines Heeres zu stellen. Kammerherren v. Scheel, Regierungsrath Höpfner und Graf Arthur Reventlow sind hier eingetroffen und haben sich zur Verfügung der Regierung gestellt.

## Großbritannien.

London, 4. April. Das Morning Chronicle greift den bewaffneten Einfall des Königs von Sardinien und den Charakter des Letztern aufs Schärfste. Karl Albert, sagt es, habe nicht etwa wie der König von Preußen erklärt, er begehre und wolle Nichts für sich, indem er sich an die Spitze der Bewegung stelle, die Lombarden möchten sich daher vor ihm in Acht nehmen; Karl Albert sei, solange er es sein konnte, ein größerer Tyrann gewesen, als selbst der König von Neapel, wenigstens habe ihn dieser nicht an verräherischer Hinterlist übertroffen. Im Uebrigen, meint das M. Chr., sei es für Oesterreich ein Glück, daß der König von Sardinien mit den Lombarden gemeinsame Sache gemacht, die Ungarn und Böhmen würden sehr ungern gegen die Lombarden zu Felde ziehen, solange diese für ihre nationale Unabhängigkeit und Freiheit gekämpft, aber wohl würden sie mit Vergnügen gegen einen Despoten kämpfen, der diese Freiheitsbestrebungen nur zu seinem Vortheile benutzen wolle und außerdem in seinem Rücken von einem Aufstande des republikanischen Genua bedroht sei. Jedenfalls habe die Sache der Lombarden durch die Allianz mit dem übel berüchtigten sardinischen König Nichts gewonnen.

Am 2. April richtete Aberdeen im Oberhause an den Marquis v. Lansdowne eine Frage in Betreff der bewaffneten Einmischung Sardiniens in die Lombardischen Angelegenheiten. Der König von Sardinien, sagte Aberdeen, sei der erste Monarch, welcher die in Europa giltigen Verträge gewaltsam verletzt habe, indem er seine Truppen ohne alle Veranlassung in das Gebiet einer befreundeten und verbündeten Macht einrücken ließ; ein solches Verfahren dürfe von denen, welche die Aufrechthaltung des Friedens in Europa wünschten, nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Er erlaube sich zu fragen, ob Ihrer Maj. Regierung der sardinischen Regierung erklärt habe, daß Großbritannien eine solche Beeinträchtigung und Verletzung bestehender Verpflichtungen nicht mit Gleichgiltigkeit ansehen werde. Der Marquis von Lansdowne erwiderte: er sei zwar nicht in der Lage, über das Verhalten, welches die englische Regierung in dieser Angelegenheit zu beobachten gedenke, etwas Bestimmtes zu sagen, aber das dürfe er erklären, daß auf Anordnung der Regierung der britische Gesandte zu Turin dem König von Sardinien die Hoffnung ausgedrückt habe, derselbe werde sich vollkommen neutral verhalten. Der Marquis fuhr fort: er sei nicht im Stande zu sagen, ob, wenn Oesterreich seine italienischen Besitzungen nicht zu erhalten vermöge, es wünschenswerth und für Europa vortheilhaft sein würde, daß sich der König von Sardinien in Besitz der italienischen Provinzen Oesterreichs setze; aber er dürfe mit gutem Gewissen sagen, daß diese Truppenbewegung nicht nur ohne die Mitwirkung, sondern auch gegen den Rath der britischen Regierung geschehen; und zwar entgegen dem Inhalt der Instruktionen, welche dem englischen Gesandten an jenem Hofe zugegangen seien und die vollkommene Zustimmung des österreichischen Cabinetsministers erhalten hätten. — Im Unterhause erklärte auf eine an ihn gerichtete Anfrage der Premierminister, daß es seiner Ueberzeugung sei, der revolutionären Bewegung in Irland mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Judenemancipationsbill wurde endlich wieder vors Haus gebracht, und nachdem einige scharfe Bemerkungen gegen dieselbe gefallen, deren dritte Lesung von Lord John Russell auf den 20. April festgesetzt.

## Frankreich.

Paris, 3. April. Die Regierung soll Abdel-Kader, seiner Familie und 40 Personen seines Gefolges das Schloß Pau zur Wohnung angewiesen haben.

General Cavaignac hat das Kriegsministerium nun entschieden abgelehnt, er will in Algier bleiben, General Changarnier hat sich erklärt, das Portefeuille des Kriegs zu übernehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß Paris eine Garnison von 40,000 Mann habe. Nach andern Berichten begegnen soll kein General ans Kriegsministerium berufen werden, sondern Dr. Arago definitiv dieses Portefeuille übernehmen.

In dem exaltirten Pariser Klub, dem Klub de la Montagne sind folgende Vorschläge nach lebhaftem Widerspruche angenommen und allen andern Klubs zur Berathung mitgetheilt worden: 1) das Monument dem Andenken Ludwigs XVI. gewidmet, soll in ein Gedächtnißzeichen der Märtyrer des 9 Thermidor (Robespierre, St. Just, Couthon u. s. w.) umgewandelt werden; 2) die Statuen der Könige sollen von den öffentlichen Plätzen weggenommen und in die Museen gebracht und durch die Statuen großer Republikaner Frankreichs ersetzt werden; 3) das Urtheil des 31. Februar, welches 12 Individuen wegen Zerstörung der Eisenbahnen zu Zuchthausstrafe verurtheilt, soll kassirt und die Angeklagten sollen vor eine republikanische Jury gestellt werden; 4) die Regierung solle energische Maßregeln ergreifen, um die obscenen Bilder und Statuen aus den Auslagen einiger Laden zu verbannen.

Paris, 5. April. Der Moniteur bringt heute officielle Erläuterungen über die Ordnung und den Wahlmodus zur Nationalversammlung; dieselben sind in katechetischer Form abgefaßt und sollen dem Wähler ganz einfach und klar die Geschäfte vor Augen halten, die er bei der Abgeordnetenwahl vorzunehmen hat. Wenn man bedenkt, daß statt einiger Hunderttausende jetzt Millionen Franzosen zum ersten Mal ein Wahlrecht üben, so ist diese volksthümliche Belehrung gewiß nicht überflüssig. Andere Dekrete der provisorischen Regierung betreffen die öffentliche Arbeit; zuerst eines, welches bestimmt: Jeder Fabrikbesitzer, der von seinen Arbeitern mehr als 10 Stunden Arbeit fordert, wird das erste Mal mit 50 bis 100 Fr. Geldbuße, das zweite Mal mit 100 bis 200 Fr., das dritte Mal mit Gefängniß von 1 bis 6 Monaten bestraft.

Durch eine zweite Verordnung sucht die Regierung der gedrückten Lage der Lyoner Industrie aufzuhelfen; sie überträgt nämlich den Fabriken von Lyon die Verfertigung von 130,000 trikoloren Seidenschärpen und von 43,000 seidenen Fahnen.

Eine vierte Verordnung endlich bestimmt: Die Eisenbahnen von Orleans und du Centre werden, da die Aktiengesellschaften dieser Bahnen nicht mehr vermögend sind, den Dienst fortzusetzen, unter Sequester gestellt und unter Reserve der Rechte der Eigenthümer durch den Staat exploitirt.

Diese letzte Bestimmung, wenn auch ihre Anlaß zufällig sein mag, hängt doch mit dem Charakter des gegenwärtigen Systems innig zusammen; dies Centralisiren und Monopolisiren der Industrie, des Handels, der Verkehrsmittel ist eines von den verzweifelten Experimenten, welches die herrschende Schule mit dem französischen Volke unternimmt.

Die schon erwähnte Geschichte von A. L. Blanqui scheint einen ebenso trostlosen Ausgang zu nehmen, wie die früher berichtete von Delahodde. Der gefinnungslüstigste Republikaner Blanqui, der Vorstand eines überaus republikanischen Klubs, scheint wirklich — ein Spion der Juliregierung gewesen zu sein. Wenigstens geben ihn die Leute der eigenen Partei preis, und der Polizeipräsident erklärt heute, es sei schicklich, daß Bürger Blanqui selber eine Untersuchung ver-

Digitized by Google

## Verhandlungen des Vereinigten Landtags.

** Berlin, 4. April. Nach den gestern berichteten Interpellationen beschäftigte man sich mit der Berathung jener zum Voraus verkündigten Verfassungspunkte, und der Abg. Mömes (Berlin) erhaltete für die Abtheilung den Bericht, „ohne einer künftigen Beschlußnahme der neuen Volksvertretung vorgreifen zu wollen.“ Abg. von Bardeleben (Preußen) spricht das unbedingteste Vertrauen zu dem Staatsministerium aus, wahrt sich aber seine parlamentarische Unabhängigkeit. Er trägt darauf an, in die Berathung dieser Vorlage nicht einzugehen. War der Zweck der Minister, aus dem Beirath des Landtags Stücke zu siehen, so ist ihr Zweck verfehlt. Diese Versammlung besitzt das Vertrauen des Landes nicht mehr. Die Ereignisse haben darauf hingewirkt, ihr Institut zu beseitigen. Das Ministerium hat das Vertrauen im Lande, aber nur durch die Sympathien des Volks und ohne das Sicherheitsgefühl des Landtags. Sie mögen allein die Verantwortung auf sich nehmen. Ihren Beruf erfüllen sie durch Kraft und Kühnheit. Der Landtagskommissär Camphausen erwidert, diese Verantwortlichkeit möchte für jetzt die Kräfte des Kabinets übersteigen. Wenn das Volk auf den Landtag kein Vertrauen haben sollte, so möge es ihn doch nach seinen Thaten beurtheilen. Bis jetzt seien nur Verheißungen gegeben; durch den Beirath des Landtags erhielten wenigstens die Grundsätze gesetzlich bindende Kraft. Abg. Frhr. v. Vincke protestirt gegen die Argumente des Abg. v. Bardeleben, der Landtag stehe nicht im Mißkredit; das Mißtrauliege sei nur seine Zusammensetzung; er stimmt dem Antrage bei. Minister Schwerin fordert auf, die Vorlagen zu berathen und so die Hindernisse hinwegräumen zu helfen, gegen die sich diese Gesetze richten, z. B. die Beseitigung des Gesetzes, welches die Unabhängigkeit des Richterstandes gefährdete; und der Bestimmung des Preßgesetzes, welche ein Privileg für den Geldbeutel enthält und verhindert, daß die ganze Intelligenz, die ganze moralische Kraft der Nation, sich bei der Presse betheilige. Abg. v. Bardeleben erinnert, das Preßgesetz sei ohne Beirath erhellt und bilde die Hauptstütze des Vertrauens. Gr. Schwerin, es sei von dem vorvorigen Ministerium erlassen. Der niederlausitzische Abg. v. Patow und der Berichterstatter sprechen für die Regierung. Der Landtagskommissär erklärt eine jede „Diktatur“ des Ministeriums für unstatthaft und gesetzlich; von dem Ministerium müsse man wissen und sagen: bis dahin kann es, weiter nicht! Die Abg. v. Puttkammer (Bomm.), Frhr. v. Minnigerode (Rh.), Schleife (Schl.), Meyissen (Rh.), vertheidigen die Regierung. Erst jetzt fragt unparlamentarischer Weise der Marschall, ob der Antrag des Abg. v. Bardeleben Unterstützung findet; er findet sie nicht genügend; Unwille der Versammlung! — Der §. 1, der „Grundlagen der künftigen Preußischen Verfassung“, welcher die Kautionsbestellung des Preßgesetzes aufhebt, wurde ohne Diskussion angenommen. Zu §. 2 (die Aufhebung des durch Ausnahmsgesetze eingeführten besondern Gerichtsstandes für Staatsverbrechen und die Zuständigkeit der Geschwornengerichte bei politischen und Preßverbrechen im Rheinland enthaltend) wurden zwei Amendements gestellt. Das erste von dem brandenb. Abg. Naumann, der in §. 2 einen Rückschritt erblickte, weil das Ausnahmsgericht (Oberkammergericht) öffentlich mündliches Verfahren habe, dagegen die höchsten Gerichte der alten Provinzen noch nicht, zielte auf sofortige Einführung des öff. mündl. Verfahrens mit Schwurgerichten, wurde aber zurückgenommen, als ungeeignet zum Amendement. Minister Bornemann, Abg. Moewes, Abg. v. Vincke sprachen gegen dies „Amendement“; Letzter referirte der neuen Volksvertretung die Gesetzgebung über das Strafverfahren. — Der zweite Rehmantrag, vom Abg. Meyissen gestellt, wollte statt „Preßverbrechen“: Preßvergehen und Vergehen. Nachdem der Landtagskommissär sich dafür erklärt hatte, wurde das Amendement angenommen und mit dieser Modifikation also §. 2. — Bei §. 3 hatte die Abtheilung eine bedeutende Aenderung beantragt; er handelt von dem ominösen Gesetz v. 29. März 1844, das noch den Ausschuß in Harnisch versetzt hat; er setzt von diesem Gesetz aber nur „alle von den frühren Gesetzen abweichenden Bestimmungen u.“ außer Kraft. Die Abtheilung beantragt: „die Verordnungen u. s. w. treten in Beziehung auf den Richterstand außer Kraft.“ Justizminister Bornemann erklärt jenes Gesetz für ein Unding, spricht in der bündigsten Weise gegen dasselbe, nennt den Richterstand dadurch wesentlich gefährdet und ist für das Amendement. Dies wird beinahe einstimmig angenommen. Fast jeder Rede der Minister, so namentlich letzterer des Hrn. Bornemann folgte lauter Beifallruf. — §. 4, über das Versammlungs- und Vereinigungsrecht, rief eine längere Verhandlung hervor, die wir zu skizziren versuchen wollen. Das erste Alinea des §. lautet: „Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechtes einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre.“ Der Abg. Wingler (Br.) stellte das Amendement, die Worte „in geschlossnen Räumen“ zu streichen und so auch die Versammlung unter freiem Himmel von der vorgängigen polizeilichen Erlaubniß loszulösen. Fürst Lichnowsky hält Volksversammlungen für gar nicht gefährlich; doch, gesetzt sie wären es, dann die in geschlossnen Räumen, ja die kleinsten für die gefährlichsten, nicht die unter der Sonne. Ein Uebelstand liege nur in der möglichen „Obstruktion“ der Straßen. Der Redner weist nach, daß die Gesetzvorlage fast wörtlich mit der belgischen Konstitution übereinstimmt, welche festsetzt: „die Versammlungen unter freiem Himmel bleiben der Polizei unterworfen.“ Endlich erinnert er an England, wo der Friedensrichter sogar aufgefordert zu werden pflegt, den Vorsitz zu führen. Ein von der Abtheilung gestelltes Amendement enthält ein Wort, das dem Fürsten auffällig scheint: „Obrigkeit“; er schlägt statt dessen vor: „Kommunalbehörde.“ Der Abg. Milde: „Polizeibehörde.“ Der Landtagskommissär erinnert, daß an einigen Orten die Gemeindebehörden, an andern die Polizeibehörden jetzt in Thätigkeit stünden, beide Ausdrücke daher nicht zutrafen. Der Referent Mocwes entnimmt der Städteordnung den Ausdruck „Obrigkeit“ für die Gemeindevorsteher, und besorgt einen üblen Eindruck vor dem Worte „Polizei.“ Abg. Frhr. v. Vincke erklärt sich gegen dies Versammlungsgesetz und will es der künftigen Verfassungsversammlung aufstehen. Darin, daß gewisse Zustände sich südlicher Gestung verschafft, erblickt er keinen Grund, sie zu legalisiren. In einigen Gegenden zeigten sich Raubsucher, ohne daß man sich versucht fände, die Raubzüge zu legalisiren. Ihm entgegnet der Landtagskommissär, unaufforlich unterbrochen von Beifallrufen der Versammlung: Nicht weil Zustände vorhanden sind, sondern weil sie mit Fug bestanden, weil es wünschenswerth ist, daß sie stattfinden, sind sie mit einem Gesetz vorgesehen, damit sie gesetzlich gerechtfertigt würden. Das Schlimmste, was bis jetzt in den Volksversammlungen zu Tage gekommen, sei der häufige Dünkel, daß, was in ihnen beschlossen worden, sofort auch von der Regierung ausgeführt werden müsse. Möge sich nach dem Gesetz aller Orten solche Bewegung organisiren. Stehen erst große Versammlungen andern ebenso großen gegenüber, dann hat die Regierung ihren angemessenen Standpunkt gewonnen und die freie Wahl, sich für eine oder die Andern zu entscheiden. Wenn wir nicht reif sind, wie die Engländer — so bleibt uns nur übrig, danach zu trachten, daß wir reif werden. Wie geschieht das? Durch Verbote der Versammlungen? Gewiß nicht. Hatte der Abg. aus Westfalen gemeint, die konstituirende preußische Versammlung werde unter dem Einflusse von Klubs und Volksversammlungen berathen, so ist dagegen zu sagen, daß dem Einfluß verschiedener sich keine Versammlung wird. Dasselbe gilt ja von der Preßfreiheit. Hier müssen auch für jede Richtung sich Organe darbieten. Es sind gegenwärtig nicht alle Richtungen hier durch Organe vertreten. Aber ist deshalb, und wegen ihrer unklugbaren Einflusses die Preßfreiheit gefährlich? Der Finanzminister Hansemann fügte hinzu: die politische und administrative Organisation, welche das Ministerium gerade ist eine schwierige. Ist noch die Volzei dem Volk ein ochsen? Die jetzige Regierung habe ein dem System der vorigen völlig entgegengesetztes System angenommen. Die öffentliche Gewalt soll nach ihrem System die öffentliche Meinung darstellen, ein Ausdruck des geläuterten Volkswillens sein. So soll z. B. die Polizei nur aus diesem Volkswillen heraus Freiheit und Sicherheit wahrnehmen. Vereint mögen Regierung und Stände arbeiten, die ererbten Uebelstände zu tilgen, die Zustände zu erneuern: In wenig Tagen ist dies nicht gethan. Die neue Volksvertretung ist dazu nicht entstehrlich. Man stoße sich nicht an Worte, wie „Polizei“ oder „Kommunal“behörde! Denn es gilt, ein volksthümliches System zu stützen, zur allgemeinen Geltung zu bringen. Nachdem Meyissen für, v. Vincke gegen die Regierung gesprochen, tritt Abg. v. Bederath für den Wingler'schen Antrag auf: Volksversammlungen beherrschten nicht die Volksvertreter. Wo aber ein unfreier Zustand aufsteht, ist es im Gesetze der Natur begründet, daß dieser Uebergang durch einen Bruch bezeichnet ist. Wer gegen die friedlichen Versammlungen unsres Volks auftrete, der verkenne den Geist des Volks. Der Redner verlangt Freiheit der friedlichen Versammlung ohne Schranke. Minister Hansemann antwortet seinem Vorredner Freunde: dieser habe auf das Beispiel aller konstitutionellen Völker verwiesen; gerade die Regierung habe dieses Beispiel befolgt. „Wo ist größere Freiheit als in Belgien?“ ruft Hansemann aus; die Konstitution wurde verfaßt von einer konstituirenden Versammlung, als Belgien ohne König war, und alle denkbaren Garantien der politischen Freiheit wurden von ihr aufgenommen, es sie die Urkunde in

Digitized by Google

eines Königs Hand niederlegte. Und diese gepriesene Verfassung bestimmt, daß die Versammlungen unter freiem Himmel der polizeilichen Erlaubniß unterworfen bleiben. Der Abg. Gier rühmt den Werth der großen Volksversammlungen und die wundervolle Haltung des Berliner Volks mitten in dieser überwältigenden Aufregung bei Versammlungen von 20,000 und Mehr! Jetzt erhebt sich der Minister v. Auerswald Namens der Staatsregierung, zu erklären, daß diese auch nicht im Entferntesten die Absicht gehegt oder besser irgendwie das Ziel im Auge gehabt habe, die Versammlungen im Freien, deren Haltung bewunderungswürdig gewesen, je zu hindern; die Absicht des Gesetzes ist vielmehr, ihre Exorbitanz zu sichern. Diese Versammlungen im Freien sind der Regierung erwünscht, gelten ihr als eine wahrhaft volksthümliche Einrichtung." Aber je mehr Vertrauen man zum gesunden Sinne der Volksversammlungen hegt, desto kräftiger müssen die Volksversammlungen vorgesehen werden gegen einen Gebrauch, der sie unverträglich macht mit den Rücksichten des ungehinderten Verkehrs und der öffentlichen Ordnung. Das Gesetz sieht vor, daß Straßen, Passagen, Plätze nicht ohne Weiteres den Versammlungen dienen, und eine Hemmung des öffentlichen Lebens und Treibens beabsichtiget werde. — „Wir haben die Sache im Ganzen und Großen zu betrachten." Wir thun daher nicht wohl daran, sine viele Redner, namentlich v. Vincke gegen Meyissen, v. Beckerath gegen v. Saucken, Graf Bismark u. A.), einzelne Vorgänge zu rekapituliren, Beklagenswerthes zu beklagen und in das Bereich der Verhandlungen faktischer Details zu ziehen. (So war das Stichwort der Reaktionärs gewesen: „Die allgemeine Anarchie des Landes".) „Wir kennen die Zustände; erwägen, was ihnen Noth thut, und handeln daenach". — Schließlich fordert Herr von Auerswald mit aller Entschiedenheit die Versammlung auf, das Amendement zu verwerfen. — So wurde diese Frage fast eine Art von Kabinetsfrage, wie nur dem Landtag gegenüber liegend eine werden mochte. Die Parteien waren verwischt. Eine wahrhaft einige Opposition hatte der erste Landtag nicht vermirt. So standen denn zeitweilen Bastelben, Vincke, Gier, Winzler, Beckerath, Saucken, Mitter in der Opposition, und in derselben Opposition die Don Quixoteh der gestalten Romantik, Graf Bismark, der die Rolle des Georges Dentinck aufreizt, schadenfrohe Märker u. A., die bei den Abstimmungen durch Seßhaftigkeit sich auszeichneten. — Indessen lenkten die politischen Freunde des Ministeriums nach dieser festen Erklärung Auerswalds in würdiger Weise, doch augenscheinlich ein. Abg. Milde versuchte eine Vermittlung, indem er, ohne Beifall zu finden, anregt, daß, ähnlich wie in Amerika, Volksversammlungen nur 100 Schritte von Landwegen, Straßen und Plätzen stattfinden dürfen. Als Abg. v. Saucken auf frühere Aeußerungen hin feststellt, aus Volksversammlungen könnten die Volksvertreter wohl Belehrung schöpfen, aber sie gefährdeten nie die Entscheidungen, worüber das Gewissen allein maßgebend bliebe, ist Minister Auerswald veranlaßt, auszusprechen: „Nicht die Belegmäßig vor Gefahr, sondern Gründe der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit zu Gunsten einer bestmöglichen Gestaltung bildeten hier die leitenden Gedanken!" und Hr. v. Saucken verwahrt sich gegen solche Vermuthung. Abg. Knoblauch erkennt die Bestimmung, wonach Versammlungen im Freien der polizeilichen Erlaubniß bedürfen, im Belvedewußtsein für begründet und nennt eine Thatsache. Hr. v. Bardeleben beharrt auf der Opposition; das Princip des vergangenen Systems der preuß. Gesetzgebung wäre die Präventionen gewesen; das erklärte Princip der jetzigen sei das entgegengesetzte der Repression. Hier seien beide Principien vermischt. Minister Schwerin erhebt sich dagegen. Graf Arnim verlangt den Schluß der Debatte, während Beckerath die Rednerbühne betritt; der geforene Redner erhält das Wort und beginnt damit, seine Freude dem Ministerium auszudrücken, daß es dem Volksversammlungen im Freien das Wort gredet und nur im Interesse des Verkehrs liegend eine durch die Sache selbst gebotene Schranke wolle. In diesem Sinne schlägt Beckerath vermittelnd vor, daß Volksversammlungen im Freien nur an Orten stattfinden dürfen, welche von der Obrigkeit bestimmt worden. Minister Schwerin im Namen der Staatsregierung spricht gegen dies Amendement, weil es die Freiheit der Volksversammlungen unter freiem Himmel in einer Weise schmälere, die dem Ministerium nicht stattsaft scheine. Die Bestimmung des Ortes durch die Obrigkeit verwerfe die Regierung im Interesse der Freiheit.

Der Landtagskomm. setzt den Antrag der Abtheilung mit der Vorlage der Staatsregierung in Vergleich; demselben Material gebe jener den Ausdruck, die Versammlungen im Freien könnten gestattet werden, diese dagegen: sie können untersagt werden. Die Anträge der Abtheilung wurden angenommen. — An dieser Stelle wurde das Prospektionsbukett des Königs verlesen, welches geeignet ist, ungemeines Aufsehen zu erregen. Es betrifft eine zu machende Anleihe oder ein sonst herzustellendes Darlehen zur Hebung des Kredits: „unter Verantwortlichkeit der Minister gegen die künftige Volksvertretung." Honsemann betrat die Rednerbühne. Er schilderte die Furcht als den gegenwärtig gefährlichsten Feind, die Furcht vor Krieg und vor Knechte. Es gelte, diese Furcht als Quelle der Uebel zu bannen. Gleichzeitig sei aber auch eine Minderung der Staatseinnahmen fühlbar. Seit Medisicirung des Ministeriums seien 3 Millionen an die Bank bewilligt; 1 Million (ni fallor) solle das Finanzministerium aufbringen, um Diekonto- und Belegsassen, die sich bilden würden, zu unterstützen. Ob dies der Gegenstand der Proposition ist, ob diese Summe zu dem Zweck ausreicht, ist mir nicht deutlich geworden. Das Ministerium, sagte der Redner, habe Anstalten getroffen, Bodlosigkeit zu verhindern, eine vorhandene Ueberfüllung aufzuheben. In der neuen Staatsentwickelung muß der Grundsatz gleichmäßiger Besteurung Aller durchgeführt, anerkannt werden. Die Mahl- und Schlachtsteuer drosket die arbeitenden Klassen. Das Ministerium will ihre Verlegung in die Klassensteuer beschränken. Heute noch werde eine Gesetzesvorlegung verlangen werden, wonach in den Städten, welche den wünschen, die Mahlsteuer aufhört; diese Städte beterben dann ein Kontingent von ½ der Mahlsteuer. Diejenigen Städte, welche die Steuer beibehalten, verwenden das ½ zur Unterstützung der arbeitenden Klassen. „Wir haben eine schwere Verantwortung auf uns genommen. Wir wissen es. Wir haben es mit Muth gethan. Sie haben aber auch eine Verantwortung, eine große Verantwortung vor dem Volke: ihm zu helfen, daß es sich selbst rette. — Beim §. 5 über politische Gleichstellung aller Konfessionen sagte Graf Schwerin, interpellirt, „eine wesentliche Umgestaltung des Kultusministeriums sei unausbleiblich." §. 5 wurde nicht ganz einstimmig angenommen. — §. 6, der gewisser Maßen das Minimum der Konstitution darstellt, war von der Abtheilung beanstandet worden. Graf Schwerin bemerkte, daß es darauf ankam, aus dem Reich der Verheißungen auf den Boden des Gesetzes verpflanzt einige Hauptgrundsätze zu verpflanzen, wenn es auch vielleicht nicht einmal alle wesentlichen sind. Der Landtagskommissär sept hinzu, daß nicht den Umfang der Rechte der künftigen Volksvertretung der §. 6 umschreibe, sondern nur einige der wichtigsten Punkte zur Berathung aufstelle. Graf Dyhrn im Namen der Abtheilung erklärt, auch als Minimum sei beschlossene Stimme bei allen Gesetzen, Steuerbewilligungsrecht und namentlich „Feststellung des Staatshaushalts" nicht ganz ausreichend. Mit einer Konstitution auf breitesten Grundlagen verträgt sich nur die Kontrole des Staatshaushalts, das spezielle Budgetrecht. §. 6 läßt noch Vieles zu wünschen übrig. Da von mehreren Seiten beantragt war, auf die Berathung nicht einzugehen, so tritt Beckerath mit einer rühmenden Anerkennung der Regierung gegen diese Ansicht auf, aus formeller Rücksicht, weil der Beirath des Ver. Landtags gesetzlich erfordert ist, in materieller, weil der Landtag in seiner vorgestrigen Adresse die konstitutionelle Monarchie als die Staatsform Preußens anerkannt habe. Der §. 6 wird hierauf fast einstimmig angenommen. — Die Versammlung wird eingeladen, dem König vorgestellt zu werden und nach der Audienz die Namen der vom Marschall mit den Marschällen der Provinzen vereinbarten Abtheilungsglieder zu vernehmen, welche die Finanzpropesition vorberathen sollen.

## Spanien.

Paris, 4. April. Die Madrider Journale vom 29. März sind heute hier angekommen. Sowohl in Madrid als in den angrenzenden Provinzen herrschte Ruhe. Eine Militärkremmission um die gefangenen Insurgenten zu richten war bereits eingesetzt, sie bestand aus sechs Hauptleuten der Garnison unter dem binvorsitzen General Balboa. Eine große Menge von Waffen ist bereits an die Regierung abgeliefert worden, nun soll noch eine allgemeine Haussuchung gehalten werden. Die zwei progressistischen Klubs sind geschlossen worden. Die Generale Nogueras, Van Halen und Ruiz, ferner die Deputirten Cortesura, Alonzo, Ferrer und viele Andere, sind verhaftet worden, ebenso mehrere Redakteure progressistischer Journale.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Komp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Überseeische Länder werden man sich an H. A. Alexander Strassburg 20 Boulevards, Paris 20, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeber dieses Blattes sind: Gust. Heinrich Heidelberg. Der Preis beträgt für's Jahr 6 fl. 36 kr.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Ausgaben wird der Namen einer preiswürdigen Postzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

**№ 101.** **Heidelberg,** Montag 10. April. **1848.**

## Uebersicht.

**Wien** (die Grafen Kolowrat, Inzaghi und Hartig scheiden aus dem Staatsdienst). Große Bewaffnung des Heeres. Wahlen für den Frankfurter Volkstag). **Berlin** (dritte Sitzung des Verein. Landtags. Der konstitutionelle Klub verwendet sich für die deutsche Sache bei Camphausen. Provisorische Wahlen zur konstituirenden Versammlung. Vorschläge der Deputationen der deutschen Kreise in Posen. Polnische Banern deutsch gesinnt. Erklärung der Stadt Berlin. Orat Lehmann über Hannover nach Berlin. **Stuttgart** (Marcier tritt ab). **Leipzig** (Verwaltungen im Waldenburgischen). **Mannheim** (Sieger der gesetzlichen Partei über die Anarchisten. Verhaftung Fickler's durch Mathy. Erklärung Mathy's. Aufforderung der ständischen Behörde). **Rendsburg** (Verhandlungen der Stände. Ihre Bestrafung. Stimmung im Lande. Dänische Presse. Die Dänen in Apenrade. Noch kein Treffen geliefert. Bekanntmachung der prov. Regierung. Ankunft der Preußen. Die Dänen in Norrschleswig. Antwort des Königs auf die Anzeige der prov. Regierung). **Frankfurt** (Berhandlungen des Anschusses über die Wahlen und die Kommunikation mit den Regierungen. Anträge Reh's und Hergenhahns. Beschluß der Bundesversammlung über die Wahlen zur konstituirenden Versammlung). **Luxemburg** (Proklamation der Regierung).

**Dänemark.** Hoffnungen auf engl. Beistand. Rüstungen. Stärke des Heeres.

**Frankreich.** Arago Kriegsminister. Steuernachlaß. Gratisschauspiele. Die soziale Frage. Abwarten der deutschen Legion. G. Herwegh nach Deutschland. Sein Manifest. Ein vernünftiges Wort im J. d. D. Offizierswahlen der Nationalgarde. Blanqui. Heimliche Spiethäuser. Guizot's Rechtfertigung.

**Italien.** Nachrichten vom Kriegsschauplatze in der Lombardei. Rüstungen Toskana's. Proklamation Karl Alberts. Eine republikanische Erhebung in Chambery. Widersprechende Gerüchte. Ringgiero Settimo Regent von Sicilien.

**Beilage.** Aufforderung badischer Abgeordneten an ihre Mitkämpfer. **Wien** (offizieller Artikel der Oesterreich. Zeitung). **Berlin** (die jüngste Veränderung in Preußen. Preußen u. Süddeutschland). **München** (neue Verordnungen. Die Stellung der Beamten. Mangel an Arbeit). **Oldenburg** (Oldenburg und die russische Vormundschaft). **Schleswig-Holstein** (Ansprache der provisorischen Regierung an die dänische Nation). — **Dänemark.** Proklamation des Königs an das dänische Volk. — **Großbritannien.** London (die Bewegung der Chartisten und arbeitenden Klassen. Beabsichtigte Bildung eines Nationalkonvents.

**Oesterreich.** **Wien,** 3. April. Graf Kolowrat hat, wie man der Allg. Z. schreibt, seine Stelle als Ministerpräsident, angeblich wegen Gesundheitsrücksichten, niedergelegt und Graf Ricquelmont ist an seinen Platz getreten, provisorisch wie es heißt, doch ist es ausgemacht, daß jener bejahrte, arbeitsmüde Staatsmann die Bürde seines Amtes nicht mehr übernehmen wird. Erzherzog Ludwig, den man seit dem Tod des Kaisers Franz als den wirklichen Kaiser in Wien betrachtete, hat sich nun endlich auch entschlossen, von allen Staatsgeschäften für immer sich zurückzuziehen. Der Oberkanzler Graf Inzaghi tritt in den Ruhestand. Endlich ist der Staatsrath aufgelöst. Dem Grafen Hartig, Staats- und Konferenzminister, ist bis zur Herstellung seiner Gesundheit Urlaub bewilligt worden. In Folge der Kriegserklärung Sardiniens steht uns nunmehr eine große Rekrutirung bevor, welche binnen Kurzem beginnen wird. Voraussichtlich sollen mit Ausschluß Ungarns (welches bereit ist, allein 100000 Mann zur Verfügung zu stellen) von sämmtlichen Ländern 80—90000 Mann ohne Landwehr aufgeboten werden. Der Armee dürfte sonach einen Mehrstand von fünf bis sechshundertausend Mann erhalten. Morgen wird von hier der erste Transport des Wiener Freiwilligenkorps, welches bereits 5000 Mann zählt, mittelst der Eisenbahn nach Italien abgehen.

**Wien,** 4. April. Gestern wurden die Bevollmächtigten zur Frankfurter Volksversammlung gewählt; der Bürgerausschuß wählte Buchhändler Gerold, Fabrikant Horvbostel, Dr. Alexander Bach; die Universität Prof. Endlicher, Prof. v. Mühlfeld und Dr. Schilling; die übrigen Stände den Grafen Anton Auersperg (A. Grün) und den Frhrn. v. Andrian (den Verfasser von Oesterreich und seine Zukunft).

**Preußen.** **Berlin,** 4. April. In ihrer Nr. vom 6. April enthält die Voss. Z. Folgendes: Die Deputirten der deutschen Kreise im Großherzogthum Posen überreichten am 3. April Einem hohen Staatsministerium nachstehende durch Berufung auf örtliche Verhältnisse vollständig motivirte Wottiveten: 1) Schon jetzt die Trennung derjenigen Landestheile von der Provinz Posen, welche für der Regierung in einer auf der Karte verzeichneten Grenze bezeichnen werden (unter anderm gehört hierher der Fraustädter, Krobner, Meseritzer und Wollsteiner Kreis) in administrativer Beziehung sofort zu veranlassen; dieselben von der deutschfeindlichen Reorganisation auszuschließen und eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben: daß von Seite der hohen Staatsregierung Alles geschehen werde, um die Aufnahme derselben in den deutschen Bund so schleunig wie möglich herbeizuführen. — Wir halten, heißt es hierzu, diesen Antrag um so nothwendiger, als durch diese Kreise die Hauptwasserverbindung zwischen den Ostprovinzen und dem Herzen Deutschlands, sowie die große deutsche Militärstraße führt, an deren äußerster Grenze die wichtigsten Punkte unserer Vertheidigungslinie liegen; — wir halten ihn um so mehr gerechtfertigt, als wir in der Vereinigung mit dem deutschen Bunde die sicherste Garantie für unser Volksthum und für unsere unauflösliche Verbindung mit Deutschland finden. 2) Daß keine Entscheidung über diese Frage früher gefaßt werde, als bis die gesammten Bewohner der einzelnen Kreise, und zwar in einer die wahre Meinung der Gesammtheit darlegenden Art, darüber abgestimmt haben, ob sie die Trennung von dem preußischen und Staatsverbande verlangen oder nicht. (Folgen die Unterschriften.) — Aus zuverlässiger Quelle können wir mittheilen, daß das Ministerium auf diese Petitionen einen durchaus nicht ungünstigen Bescheid gegeben hat. — Es ist eine Deputation polnischer Bauern hier eingetroffen, welche Sr. Excell. dem Minister v. Auerswald den Wunsch vorgetragen hat, sich der von den polnischen Excellenten angeregten Bewegung nicht anzuschließen. Sie wollen ebenfalls deutsch bleiben. Es sind 19 polnische Dorfgemeinden von ihnen vertreten.

**Berlin.** In einer frühern öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde eine Deputation ernannt, welche wegen der etwaigen Beschickung der Versammlung von Volksabgeordneten zu Frankfurt a. M. berathen soll. In Folge dess.n beantragte man gestern eine Adresse an jene Versammlung zu richten, um darzulegen, daß Berlin keineswegs die Absicht habe, eine bevorzugte Stellung in der Bewegung zu beanspruchen, entschieden aber dem konstitutionellen Königthume anhange. Die Erwägung dieses Antrages wird der Deputation ebenfalls übertragen. (Voss. Z.)

Die Berl. Nachrichten melden: Der dänische Minister Orla Lehmann ist von hier nach Hannover abgegangen, um dort Rücksprache über die holstein-schleswigsche Frage zu nehmen, da Hannover, wie man weiß, gleichfalls schon Truppen, unter Führung des Generals Halkett, für diesen Zweck bestimmt hat. Von Hannover begibt sich der Minister dem Vernehmen nach nach England. Es schrint diese Reise mit der Vermittlungsrolle zusammenzuhängen, die England aller Wahrscheinlichkeit nach in der Frage übernehmen wird. Die Hoffnung ist sehr lebhaft, daß der Konflikt ohne Gewaltsamkeit beseitigt werden wird.

** **Berlin,** 5. April. Der Berathung des Wahlgesetzes, welche heute angefangen und beendigt wurde, gingen interessante Verhandlungen voran. Der Minister des Innern ertheilte auf die gestrige Interpellation ausführliche Antwort. Graf Bismarck hatte gefragt, ob die Provinzialbehörden über den Zustand des Landes vollständig berichtet erhalten hätten; Hr. von Auerswald bejahte; doch „wo die Berichte nicht überschritten und klar gewesen, habe das Ministerium die nöthigen Schritte gethan"; auf die fernere Frage, ob die „geeigneten" Mittel beantragt gewesen, konnte wohl nur mit einem Lächeln geantwortet werden; endlich über deßfallige Maßregeln der Staatsregierung verbreitete der Minister sich weitläufig. Zur Herstellung des gestörten Friedens- und Rechtszustandes seien direkte und indirekte Mittel angewandt worden. Nach den bedrohten Gegenden sei Militär entsandt, dabei jedoch die Anordnung getroffen, daß der Civilbehörde

Digitized by Google

die Verfügung zustehe; an die Justizbehörden sei die Aufforderung ergangen, strenge Justiz zu üben; endlich allen Beamten erhöhter Pflichteifer anempfohlen worden. Uebrigens wären gestern aus mehreren Landestheilen beruhigende Berichterstattungen eingekommen. Die indirekten Mittel der Beruhigung hätten zum Gegenstand die beiden sozialen Krankheiten, das Verhältniß der Grundherren und den Mangel an Arbeit. Für Ersteres liegt im Interesse beider Theile freie Einigung; die gemischten Kreisvermittlungskommissionen seien deßhalb in Thätigkeit gesetzt. Letzterer bilde eine der ernstesten Sorgen der Regierung, eine der ernstesten Anforderungen des Ministeriums an sich selbst, um so ernster, als leicht Ansprüche geweckt würden, die zu erfüllen kein Staat durchführen könnte. Am Schluß berührt Hr. v. Auerswald die von dem westfälischen Grafen angekatteten Beispielen des Ministeriums: die Räthe der Krone, denen der Zustand des Landes vollkommen bekannt ist, denen die Stürme der Zeit so nahe gehen, als irgend Einem, werden nicht verzagen; sie vertrauen dem Oberen Bevollmächtigten und Deutschlands; dieser Stern ist der einzige Volksstern! Mit dem Segen des Allmächtigen wird in diesem Sinne, was jetzt im Argen liegt, was jetzt unwohlt ist, sich bessern und heller gestalten. Sie, m. HH., haben gestern ein edles, muthiges Vertrauen ausgesprochen. Desto schwerer wiegt unsere Rechenschaft. Aber um so freudiger und williger erklären wir, daß wir sie zu übernehmen bereit sind! — Stürmischer Beifall folgte. Der Finanzminister Hansemann setzte im Anschluß daran auseinander, wie der Arbeitslosigkeit entgegen die Regierung sich bemühe, Arbeit zu fördern, ferner aber auch mehr als Palliative vornehme, wie die Finanzvorlage beziege, nach der die Mahlsteuer aufgehoben, die Fonds für den Diskonto vermehrt u. s. w. werden. Diese Mittel müssen noch erhöht werden, um das Vertrauen herzustellen. Das Bewußtsein im Volke, daß Mittel vorhanden sind, hat zur Folge, daß wenigere Mittel erforderlich sind. Die Furcht ist das Hauptübel, die bei Vielen thörichte Furcht. „Mit Ihrer Unterstützung ist die Regierung der Lage gewachsen". — Die Nation ist augenblicklich noch nicht an den Gebrauch der Freiheit gewöhnt. Auch die Anwendung der Freiheit will geübt sein. Unser Volk hat sich kaum aus dem System der Bevormundung losgemacht. Dabei kommt nun auch Alles an's Licht, worüber früher ein Schleier gelegen. — Der erste Grundsatz der Freiheit ist, daß in lebhafter, aber friedlicher Diskussion der obersten Organe des Volkes mit der Regierung die Anliegen des Landes Erledigung finden. Zu allen Klassen der Nation, zu Armen und Reichen, zu denen, die durch ihrer Hände Arbeit oder durch Geistesarbeit, ihr Brod verdienen, setzt der Minister das Vertrauen, daß ihre noch so stürmischen und dringenden Anforderungen dieser Strömung einer freien Diskussion folgen werden. Daß die Uebung der Freiheit nicht in Anarchie ausarte, das ist Sorge der Regierung! — Die Regierung hat ihr Augenmerk auf die arbeitenden Klassen gerichtet; aber die Arbeiter gerade werden am wenigsten verkennen, daß für Jeden zeit Entbehrungen unvermeidlich sind. „Die Lösung der Arbeitsfrage ist nur zu erwirken durch freie Vereinigung der Arbeitgeber und Arbeiter." Die Aufrechthaltung der Ordnung gilt dem gegenwärtigen Ministerium als Aufrechthaltung der Freiheit. Abg. v. Bockum-Dolffs zollt dem Finanzminister seinen vollen Beifall und fordert auf, schleunigst nicht nur Staatsbauten anzuordnen, sondern auch Kommunalbauten zu veranlassen. Der Verweser des Kriegsministeriums, v. Reyher, zeigt an, daß die kommandirenden Generale der Provinzen über die Linie gegenwärtig zu disponiren, aber auch, wo die Civilbehörden es verlangen, die Landwehr einzuberufen haben. (Lautes Bravo.) — Der westfälische Graf war noch nicht befriedigt. Er betrat die Tribune mit der persten Bemerkung, er vermisse Auskunft über Posen; er berühre dabei eine Wunde; aber er könne nicht umhin. Jedermann mochte begreifen, daß der Regierung kein peinlicheres Ansinnen gestellt werden konnte, als in einer Angelegenheit öffentlich, ja vor Europa zu antworten, die unter der Hand verhandelt und vorbereitet wird. Aber es war vorauszusehen, daß die Reaktionäre dem Ministerium keinen Frieden lassen würden, namentlich dieser dürftige Gegner der Oppression von 1847! Hr. von Auerswald sagte die verlangte Auskunft über Posen zu. Da sehr Graf Bismark fort, seine Ansicht über die Sache auszukramen; „eine Reorganisation des polnischen Reiches biete nur zwei traurige Alternativen, entweder in den Grenzen von 1772, Westpreußen ꝛc. mitein-gerechnet." — Hier unterbrach ihn Minister Auerswald: Er halte ihn beim Wort. Ueber das Großherzogthum Posen sei Auskunft zugesagt. Ueber das „Königreich Polen" werde aber weder heute, noch morgen Mittheilung gemacht werden. (Rauschender Beifall.) Graf Bismark bemerkt, er bedaure, daß er wider Willen Verlegenheiten bereite. Auerswald erhebt sich nun nochmals zu längerem Vortrag: Er zweifle nicht, daß der Redner keine Verlegenheit bereiten wollte; bereitet hat er der Regierung keine. Aber eine Wunde aufreißen habe der Graf eingestandenermaßen wollen. Das sei stets recht nützlich. Die Regierung nehme keinen Anstand, sich in freimüthiger Weise über das zu verbreiten, was in Posen das Werk gesetzt worden. Die Regierung habe die nationale Reorganisation des Großherzogthums beschlossen und begonnen. Eine Kommission aus Eingebornen des Landes, polnischer und deutscher Abkunft, sei niedergesetzt, um unter Vorsitz eines Regierungskommissärs über die zweckdienlichsten Mittel zu berathen. Die Regierung erkennt die Berechtigung der Nationalität im vollen Umfang an. Sie wird die polnische Nationalität erhalten und, wo es nöthig, fördern und wiederherstellen. Ebenso fest entschlossen ist sie aber, das Deutschthum daselbst aufrecht zu halten und zu beschirmen! Die polnischen Eingebornen sind mit der Regierung einverstanden in voller gegenseitiger Anerkennung beider Nationalitäten. Die polnischen Deputationen haben mit Dank die Maßnahmen anerkannt. Ein mit den dortigen Verhältnissen besonders vertrauter Mann (Willisen) ist mit Vollmachten nach Posen gesandt. Die Polen haben selbst eingeräumt, daß die Thätigkeit der Kommission erst Früchte tragen werde, wenn der Friede, der allerdings gestört ist, wiederkehre. Nach der Ueberzeugung des Königs und der Räthe der Krone müsse das Großherzogthum nach seiner Nationalität verwaltet, die Justizbehörden mit Polen ꝛc. besetzt werden, mit Einem Wort, alle Zusagen, welche 1815 gemacht worden, im weitesten Sinne des Worts erfüllt werden. Ebenso müsse der deutschen Nationalität daselbst der Schutz und Schirm der Krone werden! (Bravo!). — Abg. Gr. Hellhorf dankt dem Ministerium für seine Sorgfalt in Betreff der ärmern Bevölkerung und lenkt den Blick auf das platte Land. Er begrüßt den Sieg der konstitutionellen Freiheit (sie er stets warm vertreten — schon auf sächsischen Provinziallandtagen und ohne Anklang!) mit Freuden! — Abg. v. Kraczewski (aus Posen) nimmt die polnische Frage wieder auf und spricht in leidenschaftlich gereizter Weise, die nicht geeignet ist, die Versammlung günstig zu stimmen. Aus Posen kämen ihm stündlich die brunruhigendsten Nachrichten. Die Civil- und Militärbehörden nähmen immer feindseligere Stellungen ein (Unterbrechung), die darauf hinwirkten, die Polen unter sich und mit den Deutschen zu entzweien. Posen sei in Belagerungszustand erklärt, das Standrecht proklamirt, das Militär trete bis auf das Aeußerste *). In einer Aufforderung der Beamberger Regierung lese man zwischen den Zeilen die Aufreizung zu galizischen Scenen! Polen und Deutschland hätten denselben Feind. „Reich und Arm, warum haben Sie diesen gestürzt?" — Hier machte sich der deutsche Nationalstolz in ungehämmtem Ueberschwang Luft; sogar die Zuschauer nahmen Theil an dem Protest gegen die Aufforderung! — Polen ist die Schutzmauer gegen Rußland. „Die Wiedergeburt Deutschlands wird die stärkste Kraft eines treuen Mannes in Anspruch nehmen." „Ein Freund zur Seite thut Noth." „Dieser ist Polen." „Wir Polen wissen die herrlichen Vorzüge der deutschen Nation zu schätzen, sie gilt uns vielfach als Muster". — In der nationalen Reorganisation Posens erblickt Redner den Anfang des großen Werks, die alte Schuld gut zu machen. Als solcher ist sie dankend anerkannt worden. — Auerswald, Reyher, Camphausen reden nach einander für die Regierung unter donnerndem Beifall der Versammlung. Auerswald beklagt, daß die Polen, statt die Gemüther zu beruhigen und zu dem Werke des Friedens und der Versöhnung vorzuarbeiten, aufgereizt hätten; daß Vieles gethan sei, die friedliche Aufgabe der Reorganisation zu behindern; Gewaltthätigkeiten aller Art seien vorgekommen, und man vergesse, daß die Vorschläge der Kommission zur Prüfung dem König vorgelegt werden sollten. Ministervorweser v. Reyher eröffnet, Posen sei allerdings in Belagerungszustand erklärt; die gestrige Depesche des kommandirenden Generals v. Colomb *) gebe die Gründe nicht an. Colomb komme aber aus Zeugniß zu, daß er grundsätzlich in mildester Weise zu verfahren pflege, daß er in jedem Bezirke für die Meldung jeden Gutvorgefallens sich ausgefordert. Leider seien von den Polen Gewaltsamkeiten begangen; doch habe umgehend der Ministervorweser an Herrn v. Colomb geschrieben, diese Maßregel wo möglich zurücknehmen! — Der Handelskommissär Camphausen hielt eine lakonische, aber wohlwahr fündende Ansprache: Bedauern wecke es, zu hören, wie der Redner sich nicht so angesprochen, um Sympathien zu wecken! Ist die Sache Polens eine große, ist sie es für Deutschland, dann wecke sie nicht Haß zwischen Polen und Deutschen. Die Sache Polens ist verloren, wenn sie die Sympathien des deutschen Volks verscherzt! Die Mitglieder aus Posen in dieser Versammlung

*) Wie haben genaue Nachricht von dem Gegentheil.

*) Aus dem Belagerungsbefehle bekannt und einer der ehrenwerthesten deutschen Heerführer.

Digitized by Google

mögen bedenken und in ihrer Heimath ausbreiten, ohne Deutschlands Sympathien sich Polen verlieren! — Die Versammlung ging zur Tagesordnung über.

** Berlin, 6. April. Eine Deputation des konstitutionellen Klubs begab sich heute früh zum Ministerpräsidenten Camphausen und stellte demselben im Auftrage des Klubs den gestern beschlossenen Antrag auf Erlaß einer energischen Protestation zu Gunsten der deutschen Bewohner des Großherzogthums Posen, wonach die hauptsächlich von Deutschen bewohnten posenschen Landestheile niemals von Preußen getrennt werden sollen, die übrigen erst dann einer Trennung entgegensehen könnten, sobald die Verhältnisse Polens Rußland gegenüber gänzlich geordnet seien. Der Minister erklärte, einen bestimmten Beschluß hierüber noch nicht mittheilen zu können, indem vorläufig von einer auch nur theilweisen Lostrennung der Provinz Posen gar nicht die Rede sei; man habe zwar sich mit dem Gedanken beschäftigt, bereits Behufs nationaler Arrorganisation eine Demarkationslinie zwischen den überwiegend polnischen Theilen der Provinz zu ziehen, sei jedoch unter den gegenwärtigen Umständen davon zurückgekommen. Der Minister sprach seine Theilnahme für die deutschen Bewohner der Provinz Posen entschieden aus, erklärte sich einverstanden mit den Bestrebungen sowohl des konstitutionellen Klubs, als der übrigen Versammlungen, welche die Kräftigung des deutschen Elements in der Provinz Posen zum Gegenstand hätten, und versprach schließlich, den Antrag des Klubs dahin in Ueberlegung zu nehmen, daß er zur Erreichung des angegebenen Zweckes die Form zu finden bemüht sein werde, welche geeignet sei, jedem politischen Konflikt zu vermeiden. — — Der Minister, welcher noch im Gasthofe wohnt, empfing die Deputation im Hausrock, die Pfeife in der Hand, recht als Bürgerminister mit ungeschminkter echter Einfachheit.

** Berlin, 6. April. Heute, vor einer Stunde (9 Uhr) sind die Stände provinzenweise zusammengetreten, um die Abgeordneten zum deutschen Unterhause für den Fall zu wählen, daß das Parlament früher eröffnet werde, als die neue Volksvertretung in Preußen gebildet ist. Von den Wahlen zum Parlament ist bis jetzt (6., Nachmittag) soviel bekannt: 1) Zur Hälfte wurden Abgeordnete, „zur Hälfte 6 Andere“ gewählt. 2) Posen hat sich gegen die Wahl erklärt, weil die polnische überwiegt. Die Posener Minderheit, die deutsche besteht auf der Wahl; und da sich Polnisch zu Deutsch verhält wie 7 : 5, so wollen die Deutschen 5 Abgeordnete für Deutsch-Posen wählen (12 kamen auf die Provinz.). 3) Die Wahl der Rheinlande sind u. A. auf Arndt, auf Kaveaux, ja auf Bowdery gefallen. 4) Die Wahl der Brandenburger u. A. auf Humboldt, Prof. Neu-R. Jonas (in Darmstadt gewesen), Sydow, Bischon, den verehrten Präs. Bette, Prof. Dove. Heute früh starb der Student v. Bojanowski an seinen im Kampfe für die Freiheit am 18. März, schon am 5 Uhr Nachm. empfangenen Wunden; er war der Sohn eines Generalmajors und reichen Grundherrn, selbst aber von wahrhaft demokratischer Gesinnung; er war kein Feind des Königthums, aber von Charakter und Sitte Republikaner; er war ein Deutscher.

**Würtemberg.** Stuttgart, 7. April. Der König hat dem Ansuchen des Geheimerathes Präsidenten, Staatsministers von Maucler, denselben in den Ruhestand zu versetzen, durch Entschließung vom 6. April entsprochen.

**Sachsen.** Leipzig, 6. März. Gestern Abend 8 Uhr wurde das fürstl. schönburgische Schloß zu Waldenburg durch Tumultuanten in Brand gesteckt, Alles verwüstet und durch die Fenster geworfen. Der Fürst mußte fliehen, die Fürstin war vor Anfang des Tumultes mit der Familie nach Altenburg gereist. Die von Roßlitz entbotene Kavallerie, wie die Infanterie von Zwickau war zu schwach, um einschreiten zu können. Heute beabsichtigen die Tumultuanten, sagt man, Gleiches in Glauchau vorzunehmen, weßhalb das Schloßarchiv geräumt, ist und auch Privatpersonen ihre Habseligkeiten in Sicherheit bringen. Die Zahl der Tumultuanten in Waldenburg wird auf 16,000 (?) angegeben. (D. A. Z.)

(Auch aus vielen anderen Orten Deutschlands hört man leider von ähnlichen brutalen Gräueln und Gewaltthaten.)

**Baden.** † Mannheim, 3. April. Heute kam der Abg. Mathy mit dem ersten Zahnzuge von Karlsruhe hier an, um einer Sitzung des Gemeinderathes, dessen Mitglied er ist, beizuwohnen. Zugleich mit ihm traf die Nachricht ein, daß er am Morgen im Bahnhofe zu Karlsruhe den Redakteur Fickler habe verhaften lassen. Darob entstand sowohl unter der anarchistischen Partei als auch unter andern, wohlmeinenden Bürgern, welche sich die Sache nicht erklären konnten, eine große Aufregung. Von dem Lokale des Bürgervereins begab sich eine Deputation, bestehend aus den Herren Dr. Hammer, Konditor Brechter, Schlossermeister Sönker und Schuhmachermeister Adam Rös zu dem Abg. Mathy, um das Nähere zu erfragen. Mathy gab die Auskunft, welche Sie weiter unten finden, womit Dr. Hammer nicht zufrieden war, indem er meinte, die Herbeirufung von Fremden zur Unterstützung seiner Absichten sei ganz in der Ordnung. — Bald sammelte sich ein Haufen vor der Wohnung des Abg. Mathy, aber auch Freunde, besonders von den wackern Scharfschützen, deren Schützenmeister er ist, waren schnell zur Hand. Hr. Major Jörger hatte inzwischen den im Bürgerverein Versammelten mitgetheilt, daß er Hrn. Mathy einladen werde, mit ihm auf das Rathhaus zu gehen und dort der Gemeindebehörde eine Erklärung über die Verhaftung Ficklers zu geben. Dies geschah. Mathy und seine Begleiter waren auf dem Gang nach dem Rathhause von einer Menge geleitet, aus deren Mitte von einigen übelberüchtigten Individuen die Rufe „Volksverräther“ und dergleichen ertönten. Auf dem Rathhause versammelten sich alsbald sämmtliche Hauptleute der Bürgerwehr, die Mitglieder des Gemeinderaths und Ausschusses. Mathy schrieb alsbald seine Erklärung über Fickler's Verhaftung nieder, der Gemeinderath beschloß, eine Proklamation zu erlassen, um die eigene Gesinnung kundzugeben und die Bürger zum Beitritt einzuladen. Major Jörger verkündete dies vom Balkon herab, worauf die Menge „Mathy heraus!“ rief. Der Gerufene erschien nicht. Nun wurde Generalmarsch geschlagen, um die Bürgerwehr zu versammeln und ihr, dem bewaffneten Volke, die Erklärung und die Proklamation, die in der Zwischenzeit berathen, genehmigt und zum Druck befördert worden, vorzutragen. Rasch füllte sich der Markt mit den 20 Kompagnien der Bürgerwehr und verschwand der tobende Haufe. Major Jörger verlas die Erklärung des Abg. Mathy und die einstimmig beschlossene Proklamation der Gemeindebehörde, bei deren Verhandlung auch Dr. Regierungsdirektor Stösser und Stadtdirektor Kern sich eingefunden hatten. Ein Hoch! auf den Gemeinderath war die Antwort der Bürgerwehr. Auf ihren Ruf erschien Mathy auf dem Balkon und sprach: „Mitbürger, ich darf wohl auch jetzt noch sagen — Freunde! Die Wogen der Leidenschaften haben sich gelegt, die Wahrheit ist Ihnen zur Kenntniß gekommen und das genügt, um die Bürger für die Wahrheit zu gewinnen.“ Der Redner schilderte die nahe und große Gefahr eines Einfalls von Außen, die Bestrebungen Fickler's und die Pflicht eines jeden Bürgers, solchem unheilbereitenden Treiben entgegenzutreten. Er schloß mit den Worten: „hätte ich, was ich heute Morgen gethan, noch ein Mal vor mir, ich würde es abermals thun, selbst wenn es mein Leben kosten sollte, denn ich bin überzeugt, dem Vaterlande einen Dienst erwiesen zu haben.“ Ein donnerndes Hoch! und der vielfache Ruf „Dank, Dank!“ war die Antwort. Die Anarchisten sind in Mannheim vernichtet, die Gesetzlichkeit hat gesiegt. Zum Schutze des Abg. Mathy, seiner Familie und seiner Wohnung ist eine starke Bürgerwache im Hause, Patrouillen kreisen in der Nähe, an nahen Sammelplätzen sind Freiwillige aus Schützen vereinigt. Die Feinde der Ordnung erschöpfen sich in leeren Drohungen, aber jedes Drohwort führt neue Verstärkungen herbei. Eine heilsame, nothwendige Krisis ist vollendet, bis jetzt ohne Opfer.

An Vorstehendes schließt sich folgende Erklärung: „Aufgefordert durch die Gemeindebehörde, eine Erklärung zu geben über die Verhaftung des Herrn Fickler, welche heute frühe in dem Bahnhofe zu Karlsruhe von mir vorgenommen wurde, entspreche ich dieser Aufforderung in Folgendem: Gestern Vormittag in dem Schönerhause und gestern Abend bei Herrn Präsidenten Mittermaier übergeugte ich mich, daß urkundliche Beweise vorliegen, welche darthun, daß Herr Fickler im Auslande Verbindungen mit Deutschen und Ausländern gepflogen hat, welche einen bewaffneten Einfall in Baden bezwecken. Diese Handlung ist Landesverrath; jeder Bürger, welcher davon zuverlässige Kenntniß erhält, hat die Pflicht, solchem Verbrechen entgegenzutreten, und diese Pflicht habe ich erfüllt, indem ich Herrn Fickler verhaftete. Derselbe ist nun in den Händen der Gerichte und wird sich gegen die dort vorliegenden Anschuldigungen und Beweise, welche ihn eines schweren Verbrechens beschuldigen, verantworten und vertheidigen. Die Bürger von Mannheim, welche stets die Gesetzlichkeit als die unerläßliche Bedingung der Freiheit und der Wohlfahrt geachtet haben, werden aus dieser Erklärung entnehmen, daß ich nur eine Bürgerpflicht erfüllt habe, indem ich Bestrebungen entgegentrat, welche das Vaterland in großes Unglück zu stürzen drohten. Mannheim, den 8. April 1848. Karl Mathy. Gemeinderath und Ausschuß haben beschlossen, diese Erklärung öffentlich bekannt zu machen. Mannheim, den 8. April 1848. Der erste Bürgermeister: Jolly.“

Die Aufforderung des Gemeinderaths und Bürgerausschusses — ein Aktenstück, das wir jeder Gemeinde als Muster empfehlen — lautet: „Der Gemeinderath und engere Bürgerausschuß der Stadt Mannheim erklären einstimmig: Die ungewöhnliche Aufregung der Gemüther, welche

Digitized by Google

seit längerer Zeit andauernt und bisher im Steigen begriffen war, hat einen Zustand peinlicher Ungewißheit hervorgerufen, welcher die schlimmsten Besorgnisse erweckt, daß im Geschäftsleben nöthige Vertrauen auf Sicherheit des Rechtes, der Person und des Eigenthums untergräbt; Handel und Gewerbe in das Stocken bringt. Die großartige Erhebung und Freiheitsbewegung des badischen und deutschen Volkes hat diesen unerträglichen Zustand der Besorgnisse und der Geschäftslähmung nicht veranlaßt. Derselbe wurde vielmehr künstlich genährt und gesteigert von Einzelnen, welche statt der Freiheit die Unordnung, statt der Gesetzlichkeit die Anarchie predigen und in einer Richtung wirken, welche nothwendig zum Bürgerkrieg führen, das Vaterland in unsägliches Elend stürzen und dem Ausland zur Beute hinwerfen will. Diesem Treiben muß in dem Lande und in unserer Vaterstadt ein Ziel gesetzt werden. Die Gemeindebehörde fühlt sich verpflichtet, aus allen Kräften für die Erhaltung der Gesetzlichkeit und Ordnung zu wirken und die Bürger aufzurufen, ihr darin Beistand zu leisten. Wie die Freiheit des Vaterlandes, so findet auch die Gesetzlichkeit und Ordnung ihre stärkste, ihre einzige Bürgschaft in dem bewaffneten Volke. Der Bürgerwehr vertrauen wir, daß sie auf unsern ersten Ruf bereit sein werde, gegen Versuche, die Gesetze zu verletzen, Eigenthum oder Person freventlich anzutasten, nachdrücklich einzuschreiten und die Schuldigen den Gerichten zur gesetzlichen Bestrafung zu überliefern. Mitbürger! zeigen wir uns der Freiheit würdig, indem wir die Gesetze vertheidigen. Bewahren wir die Ehre der Stadt rein vor jedem Flecken der Rohheit und der Anarchie, halten wir treu an der bestehenden Verfassung und treten wir allen gewaltsamen Versuchen zum Umsturz unserer freien Staatseinrichtungen und der bürgerlichen Ordnung kräftig entgegen. Alle Bürger sind eingeladen, dieser Erklärung, welche auf dem Rathhause ausliegt, durch ihre Namensunterschrift beizutreten. Mannheim, den 8. April 1848. Der Gemeinderath: Jolly. Moll. Ph. Artaria. Ph. D. Hoffmann. Thomas Eller. Ph. Held. Bender sen. Friedr. Bassermann sen. Jakob Kley. Forrer. C. H. Hoff. Karl Mathy. H. Clottu. Bleichroth. Der Bürgerausschuß: Jakob Elias Gerlach. Ph. J. Eglinger. Sebastian Jörger. Alexander Ottendorf. Wilhelm Jrschlinger. A. Vogt. Elias Durlacher. M. Helwig. J. Minrath. D. Aberle. Jakob Ritter. A. Wunder. Heinrich Diehl. H. Röe. Heinrich Düringer. Franz Bauer. Friedr. Löwenhaupt.

**Schleswig.** * Rendsburg, 4. April. Die heutige Sitzung des schleswig-holsteinischen Landtages ward von dem Regierungskommissär mit der Mittheilung eröffnet, daß die provisorische Regierung die preußische Regierung und die Mächte, welche das 10. Armeekorps des deutschen Bundesheeres bilden, um Hilfe angesprochen und zugesagende Erklärungen erhalten habe, daß gestern der preußische Oberst v. Bonin hieselbst angelangt und auf morgen die Ankunft eines preußischen Grenadierbataillons angekündigt habe, welches nebst den nachrückenden Truppen zur Verfügung der Regierung gestellt werden solle, daß auch andere dem 10. Armeekorps angehörige Truppen an der holsteinischen Grenze ständen, die mit den Preußen gemeinschaftlich operiren würden, sowie daß der nach Frankfurt abgesandte Justizrath Schlieden dort eine sehr wohlwollende Aufnahme gefunden habe. — Demnächst ward der Antrag der provis. Regierung, „daß die Steuern nach den bestehenden Gesetzen bisweilen zu erheben", einstimmig genehmigt; es wurden ferner mehrere von der provis. Reg. erlassene Verfügungen, namentlich die Gesetze wegen Freiheit der Presse und der Volksversammlungen, wegen Aufhebung der Kopfsteuer, wegen Herstellung des deutschen Unterrichts in Hadersleben, wegen der Bürgerbewaffnungen und der Herstellung mobiler Sicherheitswachen, einstimmig genehmigt; endlich zwei neue Gesetze, wegen Aufhebung der Jagdprivilegien und der Jagdblende, sowie wegen Aufhebung einiger persönlichen Abgaben der Tagelöhner und Insten, nach kurzer Diskussion einstimmig genehmigt. Besonders erfreulich war die Bereitwilligkeit, mit welcher die anwesenden Gutsbesitzer, zuerst der Graf Ernst Reventlow auf Farve, auf ihre Jagdvorrechte Verzicht leisteten; wer den Werth kennt, den die privilegirten Klassen bisher auf diese Standesvorzüge gelegt haben, wird es als einen nicht unerheblichen Fortschritt und als ein bedeutendes Zeichen der Zeit ansehen, daß dieselben den liberalen Vorschlägen der Regierung auf diese Weise entgegengekommen sind; auch der Ständeversammlung gebührt das Lob, daß sie ihre Stellung richtig erkannt, sich über alle Bedenklichkeiten der Form, welche durch die bisherigen Verhältnisse gegeben waren, hinweggesetzt hat, und den freisinnigen Eröffnungen der Regierung mit Vertrauen und Offenheit entgegengekommen ist, ohne gleichwohl ihre besonnene Haltung zu verlieren. Morgen wird die Versammlung vertagt und, insofern nicht außerordentliche Verhältnisse ihr frühzeres Zusammentreten nothwendig machen sollten, wiederum berufen werden, um das inzwischen von der Regierung auszuarbeitende Wahlgesetz für die konstituirende Versammlung zu berathen. — Von dem Kriegsschauplatze erfährt man nur, daß die Dänen Apenrade besetzt haben und sich bis auf zwei Meilen von Flensburg ausbreiten; die schleswig-holsteinischen Truppen stehen in Flensburg und der Umgegend, ein Treffen hat noch nicht stattgefunden, der König soll indeß in Colding sein, auch sollen manche der schleswig-holsteinischen Stabe zugethane Männer in dem von ihnen besetzten Distrikt aufgeboten und nach Ripen geführt sein. — Der Minister Orla Lehmann soll in Berlin gedroht haben, daß Dänemark, wenn Preußen die Herzogthümer unterstütze, sich nicht mit Schleswig begnügen, sondern auch Holstein nehmen werde. Auch erzählt man, daß die Dänen bereits ein preußisches Schiff angehalten haben.

× Rendsburg, 4. April. Die provisorische Regierung hat in ihrer bekannten Proklamation versprochen, die vereinigte Ständeversammlung von Schleswig und Holstein sofort zu berufen, und erklärt, die übernommene Gewalt zurückzugeben, sobald der Landesherr wiederum frei sein würde oder von der Ständeversammlung andere Personen mit der Leitung der Landesangelegenheiten brauchtragt würden. Gestern war demzufolge die erste öffentlich abgehaltene Versammlung der vereinigten schleswigschen und holsteinischen Ständeversammlung. Die provis. Regierung hatte die von den verschiedenen Wahlbezirken gewählten Abgeordneten ordnungsmäßig berufen, ferner, so wie früher der Landesherr, Mitglieder der Ritterschaft, der Geistlichkeit und der Landesuniversität beteigt und einen Kommissär, nämlich das Mitglied der provisl. Reg. den Advokaten Bremer ernannt. Advokat Bargum wurde mit großer Majorität zum Präsidenten erwählt. Die provisl. Reg. legte der Versammlung durch ihren Kommissär folgende Anträge vor: 1) Die Ernennung einer prov. Regierung zur weiteren Leitung der Landesangelegenheiten. Der Beifall, den die Zusammensetzung der prov. Regierung sogleich im ganzen Lande hatte, ließ nicht vermuthen, daß wegen irgend eines bisherigen Mitgliedes von irgend einer Seite Etwas erinnert werden würde, dagegen war man ziemlich allgemein der Meinung, daß Advokat Clauffen, dessen Name jedem unserer Angelegenheiten Kundigen wohl klingt, in dieselbe aufzunehmen sei. — Als die Debatte über diese Proposition eröffnet wurde, traten die sämmtlich als Abgeordnete anwesenden Mitglieder der prov. Reg. darauf einstimmig beschlossen, der bisherigen prov. Reg. Dank und Anerkennung ihrer bisherigen Leistungen auszudrücken, ihr mit Vertrauen und Einräumung uneingeschränkter Gewalt die fernere Leitung der Landesangelegenheiten anzutragen und ihr eben deßhalb es gänzlich zu überlassen, ob sie zu ihrer Unterstützung den Advokaten Claussen oder vielleicht noch Andere zuzuziehen für nöthig erachte. Nachdem die Mitglieder der prov. Reg. darauf wieder erschienen waren, dankte der Präs. Beseler im Namen derselben und erklärte, daß sie freudig sich dieser schwierigen Aufgabe unterziehen würden. Hierauf entfernte sie sich aus der Versammlung. 2) Annahme einer Bestimmung über das Verfahren zur Herstellung einer schleswig-holsteinischen Landesverfassung, worauf der Kommissär nach die Proposition wegen einer neuen Wahlgesetzes reichte, um zwar letztere in der Weise, daß die Ständeversammlung eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Wahlgesetz binnen 4 Wochen niedersetze. So nothwendig wie man allgemein ein neues mehr volksthümliches Wahlgesetz erachtete, so erklärte man sich doch gegen eine Kommission Seitens der Stände und beschloß einstimmig, die prov. Regierung zu ersuchen, ihrerseits in kürzester Frist einen solchen Entwurf den Ständen vorzulegen. In der Verfassungsfrage glaubte man zur Zeit Nichts vornehmen zu dürfen, weil die Stellung Schleswigs im Allgemeinen zu Dänemark nicht entschieden sei, und besonders in Schleswig-Holstein selbst Viele noch der Ansicht seien, daß man das nördliche Schleswig, Falls die Neigungen der dortigen Einwohner wirklich dahin sein, fahren lassen müsse. Schon aber und vorzüglich seien die einheitlichen Entwicklungen Deutschlands, dem eben Schleswig-Holstein sich aufs Engste anschließen wolle, zur Zeit zu schwebend, als daß sich in einem Theile desselben grade jetzt selbstständig eine Verfassung bilden könne. 3) Anerkennung des von der bisherigen provisorischen Regierung beschafften Antrags wegen Aufnahme des Herzogthums Schleswig in den deutschen Bund. Fast ohne Debatte wurde dies mit 74 Stimmen gegen 2 angenommen, dies waren die beiden Abgeordneten von Flensburg; die aus dem nördlichen Schleswig waren nicht in der Versammlung. 4) Berathung und Genehmigung der von der prov. Regierung erlassenen Verfügungen, nämlich betreffend „das Recht zu öffentlichen Versammlungen, Bürgerbewaffnung, Pressfreiheit, Aufhebung der Kopfsteuer, Unterrichtssprache an der Hadersleb'ner Gelehrtenschule, Postverbindung von Zeitungen und Zeitschriften, Annahme von preußischen Thalerstücken in den landesherrlichen Kassen und Ausschuß der dänischen Nationalbankzettel, Errich-

Digitized by Google

tung mobiler Sicherheitswachen in den Landdistrikten. Die Motive zu diesen Gesetzen waren den Abgeordneten vorher gedruckt mitgetheilt und wurden dieselben, wie das schon in der obigen allgemeinen Anerkennung liegt, angenommen. Die heutige Versammlung hatte zum Gegenstand: 5) Genehmigung, daß die Steuern nach den bestehenden Gesetzen bis weiter zu erheben. 6) Vorlage zweier neuen Gesetze: Aufhebung des Jagdregals und Aufhebung des Verbittels-, Schutz- und Instengetzes (eine geringe Abgabe von Leuten, die nicht Mitglieder eines städtischen oder ländlichen Gemeindeverbandes und weiß unbemittelt sind). Beide Vorschläge 5 und 6 wurden einstimmig angenommen. Was insbesondere die Aufhebung des Jagdregals betrifft, so ist die Aufopferung von Seite der Landesherrlichkeit nicht bedeutend, da dasselbe nur wenig einträgt; bretto mehr aber ist dies als ein Opfer der größeren Grundbesitzer anzuerkennen, zumal die meisten derselben, namentlich der Adel, mit seltner Leidenschaft dem Jägervergnügen zugethan sind. Das Recht, auf fremdem Grund und Boden zu jagen, ist es in Folge eines Regals oder in Folge der Grundherrlichkeit, ist aufgehoben; Jeder kann auf seinem Grund und Boden jagen. Alle Kontrakte, wodurch das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden als ein dingliches erworben worden oder noch übertragen werden möchte, sind ungiltig. Alle Jagdbienste, Jagd- und Wildshuten fallen weg, ebenfalls Ansprüche auf Ersatz von Wildschäden. Alle bestehenden Jagdverpachtungen sind aufgehoben, ohne daß Entschädigungsansprüche deßhalb stattfinden. Wir machen nochmals auf das hochherzige Opfer unserer größeren Grundbesitzer aufmerksam und stellen es andern deutschen Gebieten als Beispiel zur baldigen Nachahmung auf.

Morgen wird die Ständeversammlung zusammentreten, um das Protokoll zu vernehmen und, da ihre Wirksamkeit zu Ende ist, indem sie unbeschränkte Gewalt in die Hände der prov. Regierung gelegt hat, auseinanderzugehen, und zwar wahrscheinlich sich nur vertagen, da sie, wenn nicht früher, doch wenigstens zur Berathung über das Wahlgesetz wieder zusammentreten muß, und dann eine neue Konstituirung nicht nöthig ist. In Beziehung auf die Ordnung unserer innern Angelegenheiten sind wir also sehr ruhig und voll der besten Hoffnungen; es herrscht eine seltene Einigkeit und gegenseitiges Vertrauen der Stände im Lande. Nicht geringer ist die Zuversicht, womit wir unserem äußeren Feinde entgegentreten. Sollten wir, was bei der so bedeutend überwiegenden Zahl des dänischen Militärs und trotz der überaus großen Zahl von Freiwilligen, die bereit sind, ihr Leben für die schleswig-holsteinische Sache einzusetzen, leider wohl anzunehmen ist, fremder Hilfe bedürfen, so ist sie im reichlichen Maße da. Morgen erwarten wir das erste preußische Militär; wie werden es freudig begrüßen und glauben fest, daß es kämpfen wird in dem erhebenden Bewußtsein, daß es deutschen Brüdern für eine deutsche Sache Hilfe leistet. Wie können nicht umhin, eines Umstandes zu erwähnen, welcher den bekannten hinterlistigen Charakter der Dänen wieder darthut und zeigt, wie unwürdig es für ein deutsches Volk ist, mit ihnen irgendwelche Gemeinschaft zu haben: an den Chef des Generalstabes der prov. Regierung sind die dänischerseits an die Obersten in den Herzogthümern, ehe die Dänen noch Kunde von der Umwandlung der Dinge in Schleswig-Holstein hatten, erlassnen Befehle abgeliefert worden, wornach dieselben die ganze in den Herzogthümern garnisonirende Mannschaft permittiren und die Offiziere nach Kopenhagen beordern sollten. Dieß ist der Muth, den die Dänen zu besitzen glauben. Sie rüsten dagegen alles Militär, das sie haben, rüsten ihre Kriegsschiffe aus, sie haben Befehle gegeben, wo möglich, inswesit es ohne großes Aufsehen geschehen könnte, die Waffenvorräthe aus den Herzogthümern wegzuschaffen, um so gegen die unbewaffneten, wehrlosen Herzogthümer zu Felde zu ziehen. Um den Küsten freuzen sie bereits mit Kriegsschiffen, und schon ein schleswigsches Dampfboot gerauft, haben sich in den Häfen von Apenrade gelegt und die Ausliefrung des Bürgermeisters gefordert. Der Bürgermeister hat sich ihnen übergeben, weil sie drohten, sonst die Stadt zu beschießen. Daher ist die Furcht vor verrätherischen Ueberfällen nicht ungegründet, die sich in unseren Seestädten zeigt und bereits viele Familien bewogen hat, auf ihre Flucht bedacht zu sein.

* Rendsburg, 5. April. Heute ist hier das preußische Grenadierregiment Kaiser Alexander unter dem Jubel der zahlreich versammelten Menge eingerückt; dasselbe macht auf den Paradeplatze von der provis. Regierung, der sich die Mitglieder der Ständeversammlung angeschlossen hatten, feierlich begrüßt; vielleicht wird noch heute eine Abtheilung des Regiments nach Norden vorrücken. Die Dänen halten fortwährend den nördlichen Theil des Herzogthums Schleswig besetzt und mißbrauchen die ihnen doch augenblicklich zusterende Gewalt, eine Menge Beamte, Prediger und Privatleute, welche schleswig-holsteinische Gesinnungen an den Tag gelegt haben oder sonst mißliebig sind, hinwegzuführen. Man erzählt sogar, daß eine von dem berüchtigten Lauriz Skau geführte Rotte fanatisirter Bauern sich empörende Gräuel hat zu Schulden kommen lassen. Auf das von der provis. Regierung gleich nach dem Zusammentritte an den König gerichtete Schreiben ist nachstehende Antwort erfolgt: „Se. Maj. der König haben die schleswig-holstein-lauenburgische Kanzlei allergnädigst zu beauftragen geruht, auf ein hierselbst am 29. März d. J. eingegangenes Schreiben, unterzeichnet „Beseler, Fr. Pr. v. Schleswig-Holstein, F. Reventlow, M. T. Schmidt, J. Bremer“ zu erkennen zu geben, daß Se. Maj. sich nicht bewogen finden können, auf gedachtes Schreiben irgend eine Antwort zu ertheilen, daß Se. Maj. aber jeden Einzelnen, welcher seiner Unterthanenpflichten uneingedenk, an den revolutionären Bewegungen in den Herzogthümern Theil genommen habe oder künftig Theil nehmen werde, zur strengsten Verantwortung ziehe. Königlich schleswig-holstein-lauenburgische Kanzlei, den 30. März 1848. Im Allerhöchsten Auftrage: Knuth.“

* Rendsburg, 5. April. Die Ständeversammlung ist heute bisweilen vertagt worden. — Die Schlußverhandlungen boten kein anderes Interesse dar, als daß der Regierungskommissär das so eben erwähnte Schreiben an Beseler und die darauf bezügliche Bekanntmachung vorlegte, und dabei bemerkte, wie aus diesen Aktenstücken hervorgehe, daß der König sich noch immer im Zustande der Unfreiheit und Verblendung befinde, wovon auf der Präsident hinzufüge, daß er die Beschlüsse der Ständeversammlung der provisorischen Regierung mittheilen werde.

**Schleswig.** Die provisorische Regierung hat folgende Bekanntmachung erlassen: „In Erwägung, daß nach amtlichen, der provisor. Regierung zugegangenen Berichten mehrere angesehene Beamte und Privatpersonen im nördlichen Theile des Herzogthums Schleswig von dänischen Truppen aufgehoben sind und gefangen gehalten werden; daß die Besatzungen schleswigholsteinischer Kauffahrteischiffe in dänischen Häfen gezwungen worden sind, gegen ihr Vaterland zu dienen; daß endlich schleswigsche im Eigenthum von Privatleuten befindliche Schiffe von dänischen armirten Schiffen genommen und auf dänischen Häfen fortgeführt sind, beschließt die provisor. Regierung, welche die Personen und das Eigenthum dänischer Unterthanen seitwährend für unverletzlich angesehen hat: Es ist den Rhedern und Führern der schlesw. holst. Kauffahrteischiffe bis auf Weiteres verboten, mit ihren Schiffen die Häfen des Königreichs Dänemark zu besuchen. Rendsburg, 4. April 1848. Die provisor. Regierung.“

**Luxemburg,** 3. April. Die hiesige Regierung hat heute nachstehende Proklamation erlassen: „Luxemburger! Die Regierung hat seeben an der Seite der Nationalfarben die Fahne des Deutschen Bundes aufgestellt. Diese Fahne ist der Schirm für alle deutschen Nationalitäten. Sie ist das Symbol der Freiheiten und der föderativen Wiedergeburt Deutschlands. Diese Fahne ist eine Provokation gegen jeden Versuch der Anarchie und fremden Eingriffes. Die innige Vereinigung mit Deutschland ist unser Recht, unsere Pflicht, unser Heil.“ (Trierer Z.)

* Frankfurt, 7. April. Die heutige Sitzung des permanenten Ausschusses war wieder von großem Interesse. Die preußische Regierung hatte bekanntlich dem Landtag eine Propositionen vorgelegt, wornach die Wahlen zum konstituirenden Nationalparlament von den dermaligen Ständen vorgenommen werden sollen. In Beziehung hierauf beantragte nun das Präsidium bei dem Ausschusse ein Schreiben an die preußische und sämmtliche deutsche Regierungen. Es wird darin vorgestellt, wie jener Antrag mit den Beschlüssen des Vorparlaments in offenem Widerspruch stehe; wie sie bei so hohen Voraussetzung, daß die süddeutschen und ein Theil der norddeutschen Regierungen die vom Vorparlament gemünschten Wahlmodalen annehmen würden, auf solche Art eine gefährliche Spaltung und statt der Beruhigung Deutschlands nur Revolution und Anarchie zu erwarten wäre. Die Regierungen würden daher aufgefordert, die Beschlüsse des Vorparlaments in Betreff der Wahlen vollziehen zu lassen, und binnen 8 Tagen den Ausschuß in Kenntniß zu setzen, in wieweit dies geschehen sei. Die Folgen einer Verweigerung würden dieselben diejenigen Regierungen zu vertreten haben, welche dieselben durch Nichtberücksichtigung der ausgesprochenen Rechtsüberzeugung des deutschen Volks herbeiführen würden. Der Entwurf des Schreibens fand von mehreren Seiten lebhafte Unterstützung, namentlich erklärte Streitmann, daß die Rheinprovinz dem gegenwärtigen Landtag durchaus keine andere Kompetenz zuerkenne, als das neue Wahlgesetz zu berathen. Von einigen Seiten wollte man zwar an dem Mandat des Ausschusses, welches denselben zur Verhandlung mit dem Bundestag anweist, buchstäblich festhalten, und sprach sich deßhalb gegen jede Kommunikation mit den einzelnen Regierungen aus; wieder Andere fanden die Form zu schroff, so z. B. den

Digitized by Google

Frankreich: auffordern u. s. w. Allein die Majorität erkannte in dem Vorgang eine Lebensfrage für den Vollzug der Beschlüsse des Vorparlaments, und das Schreiben wurde mit der einzigen Aenderung, daß statt: „binnen 8 Tagen" gesetzt werde: „in kürzester Frist angenommen." Der Ausschuß beschloß ferner, auf die Bildung von Wahlkomitée in den einzelnen Staaten hinzuwirken, und sich mit ihnen in Verbindung zu setzen. Hinsichtlich der Bevölkerungsvertheilung bei den Wahlen spricht er als zurückliche Ansicht aus, daß, wo sich ein Bruchtheil von 25,000 und mehr Seelen (über 50,000) ergibt, noch ein Abgeordneter gewählt werden soll. Reh beantragte eine Adresse an das franz. Volk, um ihm Freundschaft und Frieden anzubieten, und gegen jede Einmischung eines Volks in die innern Angelegenheiten des andern zu protestiren; Hergenhahn eine Adresse an die Deutschen in Frankreich und der Schweiz, um sie von jedem gewaltsamen Einfall in Deutschland abzumahnen. Diese Motionen, sowie einige andere in Betreff Polens, der allgemeinen Volksbewaffnung u. s. w. wurden an Kommissionen gewiesen. Die Sitzung war heute von Zuhörern so zahlreich besucht, daß ein Theil derselben in den für die Mitglieder abgesperrten Raum eingelassen werden mußte.

* Frankfurt, 8. April. Sicherem Vernehmen nach hat die Bundesversammlung in ihrer gestrigen Sitzung für die Wahlen zur konstituirenden Nationalversammlung die Beschlüsse des Vorparlaments als Norm angenommen. Es soll demnach, unter Zugrundelegung der Bundesmatrikel, auf je 50,000 Seelen ein Abgeordneter gewählt werden, wie auch ein Ueberschuß von 25,000 Seelen zur Wahl eines weiteren Abg. berechtigen. (Letzteres nach dem Gutachten des permanenten Ausschusses.) Ferner soll jeder volljährige feldtüchtige Staatsangehörige wahlberechtigt und in ganz Deutschland wählbar sein, und der Abgeordnete nicht dem Staate, den er vertritt, angehören müssen. Die Wahlrechte sollen von jeder Beschränkung durch Census, Konfession oder Standesunterschied unabhängig sein. Die einzelnen Regierungen werden vom Bunde ersucht, die Wahlen dergestalt zu beschleunigen, daß die konstituirende Nationalversammlung am 1. Mai hier zusammentreten könne. — Unter der hiesigen Bürgerschaft wird die Frage, ob direkte oder indirekte Wahl vorzuziehen, lebhaft besprochen. Nächsten Dinstag findet deßhalb eine Bürgerversammlung Statt. Uebrigens hat der Senat bereits der gestrigbesagten Versammlung in Betreff dieses Gegenstandes eine Vorlage auf den freisinnigsten Grundlagen zugefagt.

## Dänemark.

Kopenhagen, 3. April. Von hier schreibt man der Börsenhalle: Man vertraut hier zuversichtlich, daß wir auf Englands Beistand rechnen können, sollte irgend ein europäischer Staat uns Schleswig zu entreißen mitwillen wollen, während wir uns schon hüten werden, Holstein anders als deutschen Bundesstaat zu betrachten, und mithin wahrscheinlich schon angetragen haben, daß ein deutsches Bundeskontingent in Holstein einrücke, um dort Ordnung zu halten. So hoffen denn denn auch, mit allen unseren Nachbarn in guten Einvernehmen stehen zu bleiben, und daß, wenn nicht vom Westen der europäische Friede gefährdet werde, die bisherigen Flaggen auch ferner die Oefter werden behalten können. Hier hat man nur wenig Wesen daraus gemacht, daß hier im Hafen ein Preuße gestern als Standarte die deutschen Farben zeigte, zumal da diese als Flagge hier noch von keiner Regierung notificirt worden. In See dürften aber leicht Schiffe mit der deutschen Flagge von unsern Kreuzern als schleswig-holsteinische angehalten werden. Außer den schon ausgerüsteten 2 Fregatten, 3 Korvetten, 4 Briggs und 12 Kanonenbooten mit Bombenkanonen, nebst 6 Dampfschiffen, sind noch andere Kriegsschiffe beim Ausrüsten, und darunter auch schon 2 der Orlogsschiffe, die angeblich bestimmt sind, bei einem hoffentlich noch zu vermeidenden Bruch mit Preußen, Stettin, Danzig und Pillau zu blokiren. Nach den offiziellen Berichten ist heute Morgen, wird unser Vortrab gestern bei Apenrade gewesen sein, von wo eine Brigg unter Kommando von Lieutenant Swensten das Dampfschiff „Königin Christian VIII." nebst dem Bürgermeister abgeholt, und dort ein Insurgenten-Korps von etwa 1000 Mann glaubt bemerkt zu haben. Uebermorgen dezibt der König sich zur Armee, die wohl schon an 14,000 Mann heute Kerntruppen zählt, während täglich von mehreren Seiten neue hinzuströmen (morgen oder übermorgen gehen die letzten von hier), und so viele Freiwillige, wie man nur verlangt, denn der Enthusiasmus kennt keine Grenzen. — Ein Armeebefehl des Kriegsministeriums ermächtigt zur Aufnahme von 6 Freiwilligen per Kompagnie sowohl in der Infanterie als Kavallerie.

## Frankreich.

Paris, 6. April. Der Moniteur bringt folgende offizielle Aktenstücke: 1) ein Dekret, welches den Bürger Arago, Mitglied der Regierung zum Kriegsminister ernennt, ihm das Marineportefeuille ad interim läßt und ihm den Bürger Charras als Unterstaatssekretär beigibt. 2) eine Verordnung welche bestimmt: In Anbetracht, daß die Erhöhung der Steuer um 45%, hauptsächlich auf dem Bauernstande laste, werden die Steuereinnehmer ermächtigt, mit den Maires in allen Gemeinden eine Liste aller jener Steuerpflichtigen aufzunehmen, denen die Steuerzahlung schwer fällt, damit die Regierung diesen Personen Nachlässe bewilligen kann. Alle Verfolgungen zur Eintreibung der Steuern sind gegen diese nachlahrdürftigen Personen einstweilen einzustellen. 3) ein Dekret, welches alle Gehalte der Beamten, Pensionen oder sonstige aus dem Staatsbudget bezogenen Gehalte einem verhältnißmäßigen Abzuge zu Gunsten des Staatsschatzes unterwirft. Ausgenommen hiervon sind alle Gehalte und Pensionen unter 2000 Fr. und die Land- und Seearmee bis zum Bataillonchef und Korvettenkapitän aufwärts.

Während man so — kurz vor den Wahlen — die Landbewohner durch wohlthätige Erleichterungen günstig zu stimmen sucht, bietet man den Proletariern der Hauptstadt auf Staatskosten Lebensunterhalt und Schaufpiele (pour et Circenses!) So soll heute im Theater Francais die erste unentgeltliche Vorstellung für das Volk stattfinden. Zu diesen Freivorstellungen werden nur klassische Stücke gewählt und die Billets gleichmäßig an alle 12 Arrondissemente vertheilt, wo wieder die Vertheilung durch das Loos erfolgt. Jede Woche findet eine Freivorstellung Statt.

Gegen jene Erleichterungen materieller Lasten und diese ästhetischen Gegen wird Niemand Etwas einzuwenden haben; nur wird damit das soziale Problem nicht gelöst. Vielmehr sind bis jetzt Nichts als Palliativmittel der gewöhnlichsten Art angewandt worden; so lange die Mittel reichen, bändigt man den Riesen, ohne damit im Geringsten der Sache auf den Grund zu kommen. Aber freilich es ist viel leichter, ein paar blendende Schulphrasen oder eine sozialistische Doktrin zusammenzuflicken, als ein einziges Mißverhältniß der gesellschaftlichen Zustände auszugleichen. Zudem ist die provisorische Regierung viel zu mannigfaltig zusammengesetzt, als daß nach dieser Seite hin viel von ihr zu hoffen wäre. Man erinnere sich nur des erbitterten Kampfes, den im vorigen Dezember der Nationalen und die Reforme mit einander führten; man sehe die bittere Satyren, die damals Alexandre Dumas ihr Gebrüll Rollin ausstoßen und man wird begreifen, daß eine Regierung, in welcher diese beiden Männer zusammensitzen, unmöglich in dieser Frage einig sein kann. Dies geht auch aus den neuesten Blättern des National hervor, wo zwar Louis Blanc mit großer Höflichkeit behandelt, aber die ganze soziale Frage mit äußerster Vorsicht angefaßt wird. Der National glaubt mit dem Schlagwort: Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit sei die Sache nicht abgethan und empfiehlt in dieser kitzlichen Angelegenheit die äußerste Vorsicht. Die Beziehungen des Kapitals und der Arbeit sagt er, sind die Basis der gesellschaftlichen Ordnung, die Grundlagen der Civilisation. Zieht sich die Arbeit zurück, so bleibt das Kapital unfruchbar, zieht sich das Kapital zurück, so steht die Arbeit still. Uns scheint daher, man müsse nur mit großer Vorsicht die Bande antasten, welche Arbeit und Kapital verknüpfen; sie sind zerbrechlicher, als man glaubt, eine zu heftige Bewegung würde sie zerreißen. Denn das Kapital ist von Natur furchtsam; es ist vergänglich und hat das Bewußtsein seiner Schwäche. Beim leisesten Schrecken entflieht es, und welches Verfahren man auch einschlage, es zurückzuhalten, die Erfahrung aller Zeiten hat bewiesen, daß es stets Mittel findet, zu entweichen.

Das 3. Bataillon der deutschen demokratischen Legion ist heute früh um 8 Uhr von der Bastillensäule aus nach Straßburg abmarschirt. Zugleich wird berichtet, daß Hr. Bornstedt, der als Redakteur der deutschen Brüsseler Zeitung unserer Nation im Auslande soviel Ehre gemacht hat, nach Straßburg und der Schweiz abgereist sei, um die verschiedenen Korps von Deutschen in einer und derselben Expedition zu vereinigen. Das leitende Komité der Pariser deutschen demokratischen Gesellschaft hat seinen Sitz nach Straßburg verlegt und ein Reservekomité in Paris zurückgelassen. Die von allen Seiten eingehenden Berichte lassen annehmen, daß 15—16,000 Deutsche wohlgerüstet an den Ufern des Rheines stehen werden.

Georg Herwegh, wird ferner berichtet, reise am 7. d. über Aachen, Köln nach Frankfurt und von da nach Berlin. Wir erhalten gleichzeitig einen von ihm unterzeichneten Aufruf, der die bereits erfolgte Ankunft der deutschen Legion am Rhein verkündigt und ein „offenes Wort" an die Mitkämpfer wie an das deutsche Volk richtet. „Wir sind keine Freischaaren, verschreit Hr. Georg Herwegh zu wiederholten Malen; wir sind ein wohlgerüstetes Hilfskorps im Dienste des deutschen Volkes bereit, für Deutschlands Freiheit und Größe zu fechten, wir wünschen, daß unser Mission eine friedliche sein könne,

Digitized by Google

daß der Sieg ohne Blut, die Freiheit ohne Menschenopfer errungen werden möge.“ Diese Mission scheint in Begründung der deutschen Republik zu bestehen. Doch ist Hr. Herwegh großmüthig genug, uns eine fremde Ueberzeugung nicht gewaltsam aufdringen zu wollen; angerufen wolle er mit seinen Freunden nicht kommen. Wenn wir uns in Deutschland „ungastlicher Weise“ für die Republik noch nicht reif hielten und „Unterthanen“ bleiben wollten, dann würden sie einzeln „Jeder in seinem Kreise die geeigneten Grundsätze und Lehren der Freiheit mit Wort und That verbreiten. Für Polen, für Schleswig-Holstein wolle man die Waffen ergreifen, wenn es verlangt würde, aber nimmer die Waffen gegen die deutschen Brüder richten und die Schrecken der Zerstörung über das geliebte Vaterland bringen.“ — Welches das Organ der deutschen Nation sei, auf dessen Ruf er kommen würde, sagt und Hr. Herwegh nicht; ob er das künftige deutsche Parlament darunter meint, oder ob eine Partei, eine kleine Minorität als das kompetente Volk gilt, darüber bleiben wir im Dunkeln. Wir wiederholen daher nur, was wir früher gesagt haben; wenn eine Nation von 40 Millionen mit freier Presse, Associationsrecht, Volksvertretung und Volksbewaffnung sich nicht selber die Freiheit erhalten kann, so werden auch 10,000 Deutsche auf dem linken Rheinufer es nicht können; wenn aber jene Nation allein es vermag, wenn ihre große Mehrzahl jede Einmischung von Außen entschieden zurückweist und vielleicht nur eine kleine Minderheit den „Ruf“ nach Straßburg ergehen ließe, so wäre das nur der Anfang der traurigsten Parteikämpfe, ja des Bürgerkrieges und die ganze Verantwortung fiele dann auf die Urheber zurück, die ein großes Volk frech demüthigen, weil es vielleicht eine andre Regierungsform für die passende hält, als die Republik.

Diese Züge, unzweifelhaft von einem Theil der provisorischen Regierung in Frankreich unterstützt, bilden einen schlechten Kommentar zu der neuen Politik einer französisch-deutschen Allianz; man wende den Fall um und frage die Franzosen, was sie von so nachbarlicher Gesinnung denken würden? Alle Blätter der Hauptstadt hallen wieder von dem Ruf: Freundschaft für Deutschland, Bund mit Deutschland, aber fast keinem fällt dabei ein, daß man einem Volke, dem man seine Freundschaft anbietet, zuerst Achtung beweisen muß. Wir haben uns gestern über den Werth und die Bedeutung einer französischen Allianz ausgesprochen, wir müssen heute wiederholen: ein Bund mit Frankreich ist erst dann möglich, wenn man aufhört, auf dem linken Rheinufer ein neues Koblenz deutscher Emigration zu unterhalten. Nur ein Blatt hat soviel Billigkeit dies einzusehen; es ist freilich nur das Journal d. D., aber die Wahrheit bricht Bahnbrei, wo sie auch zu finden ist. „Um den Bund mit Deutschland sicher zu stellen, sagt das genannte Blatt, bedarf es vor Allem zu Paris einer Regierung, welche Deutschland beruhigt, welche das friedliche Manifest Lamartines zur Wahrheit macht, welche bewaffnete Schaaren abhält, nach Deutschland zu ziehen, um dort eine Propaganda zu machen, die man nicht will, kurz eine Regierung, die, nachdem sie den Krieg im Großen kühn und edel verläugnet hat, nicht duldet, daß sich derselbe auf elende Weise im Kleinen entspinne. Kein Krieg mit Deutschland; nein tausendmal nein; aber dann auch keine republikanischen Razzias, keine Winkelkreuzzüge.“ Wenn man das einmal in Frankreich allgemein eingesehen hat, dann wollen wir von der französisch-deutschen Allianz weiter reden.

Die Wahlen der Stabsoffiziere der Nationalgarde wurden gestern nicht beendigt. Die 2. 10. 12. und 14. Legion beendigen erst heute die Wahl. Obersten wurden 1. Legion Hr. v. Tracy; 3. Leg. Hr. Thirion, 4. Hr. Ramon, 5. Hr. Jouvet, 7. Hr. Dauphin, 8. Hr. Bourdon, 9. Hr. Martin, 11. Hr. Edgar Quinet, 12. Hr. Leclat. Die Organe der gegenwärtigen Regierung äußern ihre Zufriedenheit über diese Wahlen.

Der Club Barbès hat eine Kommission von 30 Mitgliedern ernannt, um das über Blanqui publicirte Aktenstück einer Untersuchung zu unterziehen und ein Urtheil zu fällen. Vier Mitglieder des Clubs Blanqui sind der Kommission beigegeben. Blanqui ist nicht mehr in seinem Club erschienen und hat einen Deputation, die sich zu ihm begab und ihn ersuchte, selbst eine Untersuchung zu verlangen, grantwortet: Er bedürfe einer solchen nicht.

Mehrere heimliche Spielhäuser, die sich unter der neuen Freiheit die Freiheit nehmen wollten, Glücksjäger und Gimpel zu plündern, sind in der vorigen Nacht von Polizeikommissären unter dem Beistande der Nationalgarde aufgehoben worden. — Vielleicht erleben wir es noch, daß auch in Deutschland Etwas der Art geschieht.

Guizot hat jetzt auch auf dem Katheder einen Nachfolger erhalten, Hrn. Heinrich Martin, der durch sein Werk de la France, de son genie et de ses destinees bekannt ist. Guizot hatte sich freilich seit 18 Jahren durch einen Suppleanten vertreten lassen — ein Mißbrauch, den die neue Regierung gründlich beseitigen müßte.

## Italien.

**Mailand.** Die A. Z. schreibt: Das letzte und zugekommene Bulletin der prov. Regierung über die Kriegsereignisse ist vom 2. April Abends, aber es enthält noch nichts Entscheidendes. Eine Abtheilung Piemontesser stand bereits in Brescia. 8000 Oesterreicher unter General Wallmoden hatten sich nach Mantua geworfen, wo nun über 10,000 M. sein sollen. Um Verona herum sollen etwa 22,000 Mann sich sammeln. Die lombardischen Städte liefern größere oder kleinere Schaaren Freiwilliger. Zu Genua landeten 200 Freiwilliger, angeführt von der Prinzessin Belgiojoso. General Radetzki droht in einem Schreiben den Bürgern von Brescia, mit 100,000 Mann vor ihre Stadt zu rücken, wenn sie den bei Desenzano gefangenen General Schönhals nicht freigäben.

**Den Schwab.** Mercur wird aus Mailand vom 1. April gemeldet: Morgen oder übermorgen dürfte es bei Montechiari zu einer Schlacht kommen; die Piemontesser haben 80 Kanonen und 20,000 Mann Truppen; außerdem sind noch sämmtliche Freikorps gegen Radetzki gezogen. Die Gesammtmacht Oesterreichs kann wohl noch 40,000 an verschiedenen Orten vertheilt betragen. (Die Mailänder Zeitung berichtet bereits von einem Treffen bei Montechiari, das zum Nachtheile der Oesterreicher ausgefallen sei; wir wollen die Bestätigung abwarten.)

Nach der Allg. Z. hat auch der Großherzog von Toskana ein Operationskorps zu sammeln begonnen, „um in Verein mit den päpstlichen und sardinischen Truppen zu handeln“. — Die prov. Reg. zu Venedig ist von Vicenza, Udine, Treviso, Verona, Friaul, Belluno, Bassano anerkannt. In Friaul trifft die prov. Reg. Maßregeln zum Widerstand gegen Angriffe von Oesterreich her.

Unter allen einzelnen Zügen des lombardischen Kampfes ist das Auftreten Karl Alberts die widerwärtigste Erscheinung. Die schwülstigen Proklamationen, den ins napoleonischen Bulletinstil parodirten, die heuchlerischen Versicherungen seiner begeisterten Liebe zur Freiheit, die gottesläfternden Anrufungen der Vorsehung bilden ein Ganzes, wie es nur ein halb jakobinischer, halb jesuitischer Charakter von so tiefer Heuchelei wie Karl Albert, zu bieten vermag.

Indessen Karl Albert eine Rolle spielt, die an ein Leben ohne Ehre sich würdig anschließt, schreint ihn die Nemesis von einer andern Seite erreichen zu wollen. Aus Chambery vom 30. d. M. vom 5. April. Der Kurier von Chambery ist gestern hier nicht angekommen, und wie haben daher nur unbestimmte Nachrichten über das, was dort vorgegangen ist. Aber es scheint gewiß, daß die revolutionäre Kolonne, die von Lyon kam, sich Chamberys bemächtigte und ohne großes Hinderniß daselbst die Republik proklamirte, da das Land fast ganz von Lyonesen entblößt ist. Die offizielle „Revue de Geneve“ von heute sagt zwar, die Kolonne sei in Chambery angekommen, habe sich aber aufgelöst; sie widerspricht sich jedoch selbst im weitern Verlauf der Darstellung. Nach neueren, jedoch unverbürgten Berichten ist die Sache in Chambery folgendermaßen vorgegangen: Am letzten Montag langte die französische Kolonne in Chambery an, proklamirte eine provisorische Regierung und besetzte die Kasernen. In der Nacht vom Montag auf den Dinstag brachen zahlreiche Bauern, bewaffnet, wie sie es eben sein konnten, nach Chambery auf, cernirten die Kasernen und entwaffneten die Insurgenten. Die provisorische Regierung entsloh. Karl Albert wurde von Neuem proklamirt. Der alte Zustand der Dinge besteht daher noch. Ein piemontesisches Regiment, das in Suze war, ist auf dem Wege, um nach Chambery zurückzukehren. Der Gouverneur, der nach Montmeliant entflohen war, ist zurückgekehrt.

Die Pariser Nachrichten sagen: Die Lyoner Blätter vom 5. bringen Nachrichten aus Chambery vom 2. Die Revolution von Savoyen ging sehr friedlich von Statten. Kaum hatte der Gouverneur erfahren, daß die von Lyon abmarschirte savoyische Legion sich der sardinischen Grenze nähere, als er in größter Eile nach Turin abreiste. Der Syndikus und die Räthe wußten sich nicht zu rathen und reisten ab — die schwache Garnison blieb ohne Leitung und marschirte ab — die Bevölkerung erhob sich und proklamirte die Republik. Dann zog man der herannahenden savoyischen Legion bis Jennes entgegen, wo ein großes Bankett Alle vereinigte. (Diese Nachrichten lauten so widersprechend, daß es gut sein wird, zuvörderst Berichte abzuwarten.)

Ein Brief aus Palermo vom 28. März sagt: Das sicilianische Parlament ist eröffnet und die zwei Kammern (Pairs und Deputirte) sind konstituirt. Admiral Ruggiero Settimo, das Haupt der Revolution, ist zum Regenten von Sicilien proklamirt. (Basl. Z.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

## Aufforderung badischer Abgeordneten an ihre Mitbürger.

Mitbürger! Jeder fühlt, daß wir fest zusammenhalten müssen, um an dem neuen Baue des deutschen Vaterlandes, an der Herstellung und Befestigung der Freiheit und der Wohlfahrt Aller, an den Vorkehrungen zum Schutze gegen äußere und innere Gefahren mit Erfolg zu arbeiten.

Die Verfassung für Deutschland wird von einer durch das Volk zu wählenden konstituirenden Nationalversammlung berathen und beschlossen werden. Für beschleunigten Zusammentritt derselben hat die Vorversammlung zu Frankfurt durch ihre Beschlüsse und ihren Ausschuß gesorgt. Die Wahlen sind in Baden angeordnet, und sie werden rechtzeitig vollzogen sein.

Die zur Beseitigung der Volksnoth, zur Erleichterung drückender Lasten und zum Gedeihen jeder nützlichen Thätigkeit zugesagten Gesetze sind zum Theil schon erlassen, zum Theil Gegenstand der Berathung von Regierung und Ständen.

Erlassen und verkündet sind die Gesetze und Verfügungen über:
Herstellung der Preßfreiheit;
Anordnung der Wahlen zu der deutschen Nationalvertretung;
Errichtung einer Bürgerwehr;
Aufhebung der Verordnungen von 1837, wodurch Standes- und Grundherren von den Bestimmungen der Gemeindeordnung hinsichtlich der Bürgermeisterwahlen, Bürgereinnahmen und Gemeindeumlagen als ausgenommen erklärt wurden.

Der Berathung der Stände unterliegen unter andern die Gesetze über:
Aufhebung der Fundalrechte;
Ausübung der Jagden;
Unabhängige Stellung der Richter;
Abgabe eines Theiles der Militärgerichtsbarkeit an die Civilbehörden.
Beeidigung aller Staatsbürger mit Einschluß der Staatsdiener, Offiziere und Soldaten auf die Verfassung;
Aufhebungen der Beschränkungen politischer Rechte um des Glaubens willen.

Die zweite Kammer hat in ihrer Sitzung vom 5. April einstimmig die Einführung der Schwurgerichte beschlossen, und die Regierung ist mit Ausarbeitung des Gesetzentwurfes beschäftigt. Von vielen andern nicht minder wichtigen Verbesserungen erwähnen wir nur noch des zugestichteten, gerechten Steuersystems und der Gewerbeordnung.

Auf Klagen und niederen Staatsstellen sind die Männer, welche das Vertrauen des Volkes nicht besaßen, entfernt worden, und das Reinigungsverfahren ist noch in täglichem Gange.

Die Regierung wie die Kammern beweisen, daß es ihnen Ernst ist mit einer raschen Umgestaltung zu dem Ziele eines freien und sicheren Rechtszustandes, einer einfachen, volksthümlichen Verwaltung und einer sorgsamen, kräftigen Pflege der Nahrungsquellen des Volkes.

Um aber festen Blickes und sicheren Schrittes ohne Zeitverlust dem hohen Ziele zu nahen, ist es nöthig, allen Störungen mit Entschlossenheit und Nachdruck entgegen zu treten. Die Kammer hat schon am 26. März ihren Willen und ihr Vertrauen auf das Volk ausgesprochen, die Herrschaft der Gesetze, als unerläßlich für friedliche Entwickelung unserer Zustände auf der Grundlage der beschworenen Verfassung, mit allen Kräften zu unterstützen. Wir sind verantaßt, unserer Mitbürger wiederholt aufzufordern, zu diesem Zwecke ihre Bemühungen mit den unsrigen zu vereinigen.

Die Gefahren, welche Deutschland bedrohen, und denen Baden zunächst ausgesetzt ist, sind doppelter Art. Die Einen zielen auf Spaltung im Innern, die anderen kommen von Außen. Die inneren Gefahren liegen in Bestrebungen entgegengesetzter Richtung, die aber in ihrer Wirkung, das deutsche Vaterland in zwei feindliche Lager zu trennen, zusammentreffen. Die erste Richtung will uns rückwärts führen zu unerträglich gewordenen Zuständen — sie schreitet an dem bewaffneten Volke. Die andere Richtung zeigt uns als lockende Früchte den Freistaat, sie will uns loserigen von der unermeßlichen Mehrheit der Nation, welche die Freiheit und das Gedeihen der allgemeinen Wohlfahrt in der Form der wahrhaft konstitutionellen Monarchie am sichersten zu erreichen glaubt. Aus dieser Gefahr einer Spaltung und eines Bürgerkrieges, der Deutschland nach unsäglichem Unglück als Beute den Fremden hinzuwerfen würde, muß und die Selbstbeherrschung retten, die erste republikanische Tugend, welche die liebsten persönlichen Wünsche dem Wohle des Vaterlandes und dem Willen der Mehrheit zum Opfer bringt, und wartet, bis die Kraft der Wahrheit und der Ueberzeugung ihre Verwirklichung herbeiführt.

Mitbürger! Der Geist der Versammlung in Frankfurt hat gezeigt, wie wenig Anklang bei der großen Mehrheit der deutschen Nation Versuche finden würden, durch bewaffnete Schilderhebung das Vaterland rückwärts oder vorwärts zu spalten und in das Verderben zu stürzen. Die alten, erprobten Kämpfer für die Rechte und die Freiheit des Volkes, Alle, die für seine heilige Sache gerungen, im Kerker und in der Verbannung gelitten, sie haben ihre Stimmen erhoben für die Einigkeit aller Deutschen, sie haben gewarnt vor jedem übereilten Schritte, sie haben der Einsicht und der Kraft der Nation vertraut. Hören wir auf den Rath der gepeinigten, erfahrenen Volksfreunde. Folgen wir nicht den eiteln Lockungen einer Verfuchung, die in Frankfurt von den Männern des Vertrauens aus allen Theilen Deutschlands verurtheilt worden ist. Hüten wir uns vor sonderbündlerischen Bestrebungen, welche den jesuitischen in ihren Mitteln auf ein Haar ähnlich sehen und in ihrem Zwecke, der Gewaltherrschaft einer Minderheit über die Mehrheit, auf Eines und daffelbe herauskommen.

Die nächste Folge jener Bestrebungen sehen wir in dem geschwundenen Vertrauen, in der Stockung von Handel und Gewerbsthätigkeit, in dem Verschwinden des Geldes aus dem Umlauf, in dem Aufhören des Kredites. Dauert dieser Zustand länger, so ist Verarmung von Tausenden, Mangel und Elend in furchtbarer Ausdehnung unvermeidlich. Wie können — noch ist es Zeit — das Vertrauen zurückrufen und den unseligen Folgen der durch Drohungen, Hetzereien und Lügen erweckten Besorgnisse vorbeugen, wenn wir Alle zusammenstehen, um den Gesetzen Achtung, dem Verbrechen Strafe zu erwirken.

Gegen äußere Gefahren, welche uns jetzt schon von Norden und Osten, wer weiß, wie bald auch von Westen nahen, sichert und einzig der treue Kriegsmuth der einigen deutschen Nation. Darum wie dies ins Auge, so kann uns jeder Versuch, innere Zerwürfnisse zu bereiten, nur als Landesverrath erscheinen. Mit keinem anderen Namen können wir daher auch die Versuche bezeichnen, die Söhne der Bürger, welche auf die Verfassung beeidigt sind und zum Schutze des Landes die Waffen teagen, zur Fahnenflüchtigkeit, zum Meineid zu verleiten und zur Erfüllung ihrer an Ehre und Gefahren reichen Pflicht unbrauchbar zu machen. Nicht minder frevelhaft sind die feindseligen Verdächtigungen und Aufreizungen gegen deutsche Waffenbrüder, sodald ihre Beziehung aus den Nachbarstaaten nothwendig ist, um unsere Grenzen gegen feindliche Einfälle decken zu helfen. Nehmen wir sie brüderlich auf, so wird ihr Erscheinen und die Verbrüderung mit dem Volke genügen, um Schaaren aus der Fremde von allen Versuchen abzuhalten; haben und heilten wir dagegen mit ihnen, so locken wir selbst den Feind herbei.

Noch ein Mal, Mitbürger! vereinigt Euere Bemühungen mit den unsrigen, damit wir Deutschland das Beispiel der Einigkeit, der raschen und gesetzlichen Entwickelung, der Wiederkehr des Vertrauens in den bürgerlichen Geschäften und Gewerbsbetrieben geben. Bewahren wir, so viel an uns ist, Badens Ehre und Ruhm, welche durch schwere und lange Kämpfe errungen wurden, vor jedem Flecken, zeigen wir uns, wie bisher als Vorkämpfer, so nun als würdige Glieder eines einigen und freien Deutschlands in der schweren Zeit des Uebergangs, unter den unvermeidlichen Wehen einer neuen Gestaltung. In diesem Streben stehen wir zu Euch, liebe Mitbürger, mit Leib und Leben, mit Gut und Blut.

Karlsruhe, 6. April 1848.

Eine große Anzahl Mitglieder der 2. Kammer.

---

**Oesterreich.** Wien, 2. April. Ein allem Anschein nach officieller Artikel der heutigen „Oesterr. Zeitung" hat folgenden Eingang: „Die ernste Wendung, welche in Folge der beklagenswerthen Ereignisse, deren Schauplatz gegenwärtig das lombardisch-venetianische Königreich ist, die Verhältnisse zwischen Oesterreich und dem Königreiche Sardinien plötzlich genommen haben, macht es nothwendig, über die Lage der Dinge die folgende Aufklärung zu geben." Hierauf wird aus einer officiellen Note v. 8. Febr., in welcher der sardinische Minister des Auswärtigen dem österreichischen Gesandten in Turin die Verleihung der Konstitution anzeigt, eine Stelle mitgetheilt, worin der König die Versicherung erthellt, „daß die Heiligkeitung der Verträge wie bisher in der Zukunft die Grundlage seiner Politik bilden werde, und daß er hoffe, die Mitwirkung seiner Unterthanen zu dem schweren Werke der inneren Verwaltung werde, weit entfernt, den guten Beziehungen zu den fremden Mächten zu schaden, vielmehr die Freundschaftsbande zwischen den beiden Staaten noch mehr befestigen." Verschiedene andere officielle Erklärungen der sardinischen Regierungen trugen dasselbe Gepräge freundnachbarlicher Gesinnungen. Gleichwohl wurde der sardinischen Presse durch die königl.

Digitized by Google

Censur gestattet, täglich die heftigsten Ausfälle gegen Oesterreich zu veröffentlichen, die Aufregung im lombardisch-venetianischen Königreich durch die verwerflichsten Reizmittel zu erhöhen und die Bewohner mehr oder weniger offen zur Empörung aufzureizen. Wiederholte Reklamationen hatten blos den Ausdruck unfruchtbarsten Bedauerns, wie Freundschaftsversicherungen und Entschuldigungen wegen der Schwierigkeit der Lage und des Drangs der Zeitumstände zur Folge. Die fortgesetzten Rüstungen Sardiniens mußten um so mehr Aufmerksamkeit erregen, als die kaiserl. königl. Regierung dem Turiner Hofe mit dem offensten Vertrauen genügende Aufklärungen über die rein defensive Natur der Truppensendungen nach dem lomb.-venet. Königreich gegeben hatte. Ueber den Zweck ihrer Rüstungen befragt, erklärte die sardin. Regierung, daß dieselben nur durch die in ganz Italien und folglich auch im eigenen Lande herrschende Gährung veranlaßt seien, und jeder Gedanke einer Offensive fern liege. Unterdessen wurde in Folge des Mailänder Aufstandes für Turin die Bildung von Freiwilligencorps beschlossen, in welche auch Fremde aufgenommen werden sollten. Auf die Anfrage des italienischen Gesandten, Grafen Buol, inwiefern diese Anwerbung auch auf die Unterthanen des Kaisers ausgedehnt werden würde, gab der sardin. Staatssekretär, Marchese Paleeto, am 22. März eine ausweichende und unbefriedigende Antwort, deren Schlußsatz lautet: „Indem der Unterzeichnete es sich zur Pflicht macht, durch diese Aufklärungen die Note des Hrn. Grafen Buol zu beantworten, beeilt er sich, die Versicherung seines Wunsches hinzuzufügen, Alles zu beseitigen, was die Verhältnisse der Freundschaft und guten Nachbarschaft zu sichern vermag." Am folgenden Tage, 23. März, erschien zu Turin das bekannte Manifest des Königs. „Dieses Dokument (führt der offizielle Artikel fort) bedarf keines Kommentars. Es geht daraus nur zu deutlich hervor, daß die sardinische Regierung der Sache der Empörung in einem befreundeten, mit ihr in tiefem Frieden lebenden Nachbarstaate, ihre thätige Unterstützung zugewendet hatte, während ihre offizielle Sprache bis zum letzten Augenblicke, wo sie endlich die Maske fallen ließ, Freundschaft heuchelte und Vertrauen zu erwerben suchte. Welchen Namen eine solche Handlungsweise verdiene, dieses auszusprechen, überlassen wir dem Urtheile der Zeitgenossen und dem Zeugniß der unparteiischen Geschichte. Nach der Bekanntmachung des obenstehenden Aufrufs hat der k. k. Gesandte auf der Stelle seine Päße gefordert und erhalten. Nach Einlangen der diesfälligen Berichte sind dem k. sardinischen bei dem k. k. Hofe beglaubigten Gesandten gleichfalls seine Päße zugefertigt worden. Nach offiziellen Berichten aus Genua vom 23. März k. J. hat sich daselbst ein Pöbelhaufe erhoben, am nämlichen Tage von dem k. k. Konsulat das österreichische Wappen herabzureißen und durch die Straßen zu schleifen, ohne daß die Behörden dieses sträfliche Beginnen gehindert hätten. Der k. k. Generalkonsulatsverweser hat hierauf seine Päße gefordert."

**Preußen.** ○ Berlin, 1. Apr. Ich will den letzten Tag meines hies. Aufenthaltes nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen über den Stand der Dinge, so weit ich Gelegenheit gehabt habe, denselben zu beobachten, einige kurze Bemerkungen mitzutheilen. Sie haben wenigstens das Verdienst, daß sie von Parteiwerken und vorgefaßten Meinungen unabhängig sind, allein den Eindruck entnommen, den die mehrsagense Betrachtung der Verhältnisse hervorgerufen hat. Daß es jetzt mit dem altpreußischen Staatswesen vorbei ist, darauf keiner weiteren Erörterung, wir müssen nun abwarten, wie sich der neue moderne Bürgerstaat auf der frühern Grundlage aufbaut. Aber so viel darf als gewiß angenommen werden und der Augenschein zeigt es schon, daß die Kontinuität der geschichtlich-nationalen Zustände, welche auch in dem Zusammentritt des Landtages ausgesprochen ist, sich doch in sehr bestimmter Weise geltend machen wird. Dies Volk von Soldaten kann nicht ohne Ordnung sein; der Augenblick, in welchem die Uniform in der Hauptstadt unterlag, rief eine 22,000 Mann starke, wohl disciplinirte Bürgerwehr hervor, und sieht man bei feierlichen Gelegenheiten die Arbeiter der großen Fabriken, z. B. der Borsigschen Maschinenfabrik, wie sie geführt von ihrem Brodherrn in militairischer Haltung ernst und still unter eigenen Fahnen einherschreiten, so wird es bald klar, daß die zum allgemeinen Umfang hindrängenden Aufwiegler und Wühler, welche wie die Geier zum Aas jetzt sich zahlreich hier zusammenfinden, keine guten Geschäfte machen können. Es mag wohl in den Gegenden, wo harte Frohdlasten die Bauern drücken, noch mancher Exeß zu erwarten sein; unbeschäftigte Arbeiter mögen noch an manchen Orten die Ruhe bedrohen, — aber ich glaube nicht (denn wer möchte gegenwärtig prophezeien wollen!), daß ein Zustand der Unordnung und Anarchie ernstlich zu befürchten ist. Hier in Berlin tritt wenigstens äußerlich Nichts der Ruhe entgegen, welche sich in neuester Zeit unabweisbar zur Erledigung heranzudrängen, werden freilich auch hier nicht abzuweisen sein; aber es liegt kein Grund vor zu der Annahme, daß sie sich hier stürmischer und dringender geltend machen werden, als in andern ähnlichen Verhältnissen an anderen Orten. Für republikanische Bestrebungen scheint aber der Boden durchaus nicht geeignet, und die Wenigen, welche nach dieser Seite hin wirken, würden wohl kaum Etwas ausrichten, auch wenn sie an Charakter und Talent so bedeutend wären, wie sie jetzt fast durchweg hohl, unwahr und dürftig sind. Dahin ist es mit unserer Nation noch nicht gekommen, daß leichtfertige Schwätzer sie zu Affen der Franzosen machen sollten. Damit will ich aber nicht gesagt haben, daß gerade hier die Monarchie nicht einen furchtbaren Stoß erhalten habe; die Stütze, welche sie im Gemüthe des Volkes hatte, ist zum großen Theil fürs Erste wenigstens verloren, und nur politischer Takt und Ueberlegung halten an der konstitutionellen Monarchie fest, welche in ihrer strengsten Konsequenz durchgeführt, jetzt die allein mögliche ist. Aber darauf drängt nun auch Alles mit der größten Entschiedenheit hin, und die neuesten Erlasse zeigen es, daß der König selbst ehrlich und offen darauf eingegangen ist. Die Verantwortlichkeit der Minister ist schon als leitendes Princip anerkannt und verwirklicht, und das provisorische Wahlgesetz hat auch keine Spur der alständischen Verfassung an sich. Ich möchte glauben, daß die Versammlung, welche zwischen dem König und der Hauptstadt nach der Schreckensnacht geschlossen ward, erst dadurch vollständig ist vollzogen worden, daß ein drakonisches Fortschreiten auf dieser Bahn der konstitutionellen Herrschaft ihm die Liebe und Achtung seines Volkes sichern wird. Groll und überhaupt eine feindliche Gesinnung gegen ihn habe ich aber nirgends mehr gefunden; sie mag vielleicht bei der unverbesserlichen, aber getheilt wenig zahlreichen Partei zu suchen sein, welche es ihm nicht vergeben kann, daß er den traurigen Kampf nicht bis zum Aeußersten fortgeführt, d. h. den Bürgerkrieg ergreift hat. Das Volk sieht das Ausgezeichnete und Erste im König anerkennend, hat seinen Frieden mit ihm gemacht und ist schwer verletzt durch die leidenschaftlichen, ja zum Theil gemeinen Angriffe, welche namentlich aus einigen süddeutschen Staaten gegen ihn gerichtet werden. Auch Sie, ich sage es Ihnen offen, haben Ihrem Einfluß und Ansehen in Preußen sehr geschadet, indem Sie, den König aufgebend, unter den übrigen Gliedern des Hauses eifrig nach einem würdigen Nachfolger suchten. Ich weiß nicht, inwiefern dies für Ihre Umgebung nöthig war, nur um für Ihre Vertheidigung der preußischen Leitung in Deutschland Gehör sich zu verschaffen; aber hier, und wo ich sonst noch ein preußisches Urtheil darüber gehört habe, war man entrüstet darüber, theils weil das verletzten Stolze; man soll und kann Alles nehmen und geben; theils aber, schrint mir, geleitet von einem ganz richtigen politischen Takte und Urtheil, denn abgesehen davon, daß doch so Vieles für die Persönlichkeit des Königs im Vergleich mit andern Prinzen spricht — was sollte wohl aus der Monarchie werden, wenn in solcher Weise über die Krone verfügt würde? Schlagen Sie diesen Punkt nicht gering an; er ist wichtig für das Verhältniß Preußens zu Süddeutschland. Gerade hierüber findet sich in der heutigen Volksstimme Einiges ein verständiges Wort, welches die öffentliche Meinung treu aussprecht. Ich theile Ihnen denselben hier mit:

„Der Eindruck der Berliner Katastrophe in Süddeutschland ist ein anderer gewesen, als wir erwarteten, und wir dürfen es sagen, zu erwarten berechtigt waren. So lange haben wir von dort den Vorwurf tragen müssen, daß Preußen seinen Werth nur in den Formen eines militairischen und bureaukratischen Absolutismus, daß es kalt, schroff und anmaßend seine Sache neben die deutsche Stelle, daß es kein Herz habe für die nationale Einheit und Freiheit. Nun wohl, wie verblüffen die Sünden der Vergangenheit nicht. Wir wissen, daß Preußen seit mehr als 30 Jahren im Rathe der deutschen Fürsten seine mächtige Stimme dem Geiste der Reaktion geliehen hat, daß die Sympathien der Bruderstämme, welche uns mehr als einmal entgegenstrebten, hier einen ehernen Wall fanden und sich schwerzlich verwundet abwenden mußten. Wir wissen, daß Preußens Schuld an allem geschehenen Unheil um so schwerer in die Waagschale fällt, je mehr in seiner starken Hand das Heil lag. Aber es war dies nur die Politik eines Systems; der Stimme des Volkes galt erst der vorige Landtag zum erstenmale einen schwachen Ausdruck, und wenn schon damals offenbar wurde, daß dies Volk in Sitte und Verfassung aufs Engste mit allen übrigen deutschen Stämmen verwachsen wolle, so hat heute diese Stimme noch auf ganz andere Weise Geltung gewonnen, und es sollte nun nie wieder das Vergangene zum Zeugniß gegen uns aufgerufen werden. Wir haben ein heiliges Recht, die Nacht des 18. März als einen großen Akt der Sühne zu betrachten. — In dem furchtbaren Gerichte jener Nacht lag eine tiefe historische Nothwendig-

Digitized by Google

keit. Und konnte die Freiheit nicht geschenkt, sie konnte nur von uns erobert werden; nur im härtesten Zusammenstoß konnte der militärische Schroffe, hochfahrende Geist des alten Preußens dem jungen Geiste des freiern Bürgerthums erliegen. Dennoch stürmte unser Volk mit dem festen, kühnen Muthe der Freiheit gegen ihn an und es hat ihn gefällt. In dieser Nacht haben wir alle alten dunklen Traditionen zerschlagen, das Erbe langer traurige Jahre von uns geschoben und durch eine große Blutthaufe unser Volk im Geiste des wiedergeborenen Deutschlands neu geweiht. Wir sind erregt bis in die innersten Tiefen unsers Wesens, und zum ersten Male hallt der Jubel eines freien Volkes von hier zu unsern Brüdern nach Süddeutschland hinüber. Mit Stolz und Freude rufen wir ihnen zu, daß die große Sache unserer Nation durch diesen letzten heißesten Kampf entschieden ist. Durften wir nicht den lautesten Widerklang erwarten? Wir müssen gestehen, daß wir weniger gefunden haben, als wir erwarteten, und daß hier noch ein unseliges Mißverständniß übrig ist, welches wir im gemeinsamen Interesse nicht schnell genug lösen können. Die große That jener Märznacht ist in Süddeutschland fast in den Hintergrund gerängt worden durch den Umzug, welchen 2 Tage früher der König hielt. Es war dies das erste Mal, daß er wieder unter dem Volke sich zeigte, und Jedermann, der jene Zeit mit und hier durchlebt hat, weiß, daß noch einstimmiger Verherrlichung damals nur ein Ruf der Verehrung Preußen vor der Anarchie bewahren konnte. So wurde der König überall laut begrüßt, und um so freudiger, als er zum ersten male mit den deutschen Farben erschien, und so die große Thatsache auch äußerlich bekräftigt wurde, daß ein Preußen neben Deutschland hinfort nicht mehr bestehe. Hieran allein hielt sich die jubelnde Menge. Eine zugleich vertheilte Proklamation ging allerdings darüber noch hinaus; sie erklärte den Wunsch des Königs, sich in der Zeit der gegenwärtigen Gefahr an die Spitze der deutschen Bewegung zu stellen und eine gewisse Oberleitung zu übernehmen. Viele Einsichtige mißbilligten dies und waren der Meinung, daß im Bewußtsein früherer Vorsäumnisse jetzt plötzlich zu Viel und Unzeitiges geschehe. Da man jedoch die Anträge, welche Herr v. Gagern den mehreren süddeutschen Regierungen hier überbracht hat, kannte, und da der König in mehreren Reden, die er während des Zuges hielt, jenen Gedanken einer Usurpation auf's Entschiedenste von sich wies, so legte man auf diese ganze äußere Manifestation nur sehr geringes Gewicht, und Niemand dachte daran, daß sie uns in eine Spannung mit den Süddeutschen verwickeln könne. Dennoch hat man in Süddeutschland, wir müssen dies offen aussprechen, dem Ereignisse eine geringe und dem Gezingen eine große Bedeutung gegeben. Man hat die Worte des Königs als einen Akt der Usurpation aufgefaßt, und in dem freudigen Zurufe unsers Volkes, welcher völlig andere Gründe hatte, eine anmaßende Zustimmung zu einem solchen Plane gefunden. In Volksversammlungen und Zeitungen wird so unserer Sache in ein durchaus falsches Licht gestellt, in oft sprudelnden Worten dem Glute unserer theuren Opfer nur, um dies Schreckbild der preußischen Usurpation mit noch düstern Schatten zu umgeben. Wir sind weit entfernt, auf Einzelnheiten, die uns schmerzlich ergreifen, weiter eingehen zu wollen, aber wir müssen dies Alles entschieden zurückweisen. Unser Beruf ist heute vor Allem der der Versöhnung und Verbrüderung aller Stämme, und aller kleinlichen Greel aus alter Zeit, alle selbstsüchtige Rivalität soll vor der heiligen Fahne unserer nationalen Sache in Nichts versinken. Die preußischen Stämme fordern Nichts als gleiche Ehre und gleiches Recht mit allen übrigen. Nur auf dieser Grundlage ist ein wahrhafter und dauernder neuer Verband unsrer ganzen Nation möglich, und wir erkennen dieselbe aus vollster Seele an. Wenn man heute noch an irgend eine Form der Usurpation denken würde, so würden wir den freien Geist des wiedergeborenen Vaterlands lästern; jede Anmaßung eines Hoferrechtes, jede Bundesgewalt, welche nicht aus der freien Wahl und Autrekennung der gesammten Nation hervorgeht, ist in sich selbst nichtig und völlig unmöglich. Dies sind die Grundsätze, welche wir hier überall wiederfanden. Bei der in Süddeutschland nun einmal aufgeregten und immer allgemeiner werdenden Stimmung wäre es höchst wünschenswerth, durch eine von möglichst Vielen unterzeichnete Adresse Verwahrung gegen jede fernere Mißdeutung einzulegen und Niemand einen Zweifel über die Reinheit unserer nationalen Tendenzen übrig zu lassen. Daß zwischen uns und den Süddeutschen volle Wahrheit, rückhaltloses Zutrauen, unauflösliche Verbrüderung sei, das ist die dringendste aller gegenwärtigen Angelegenheiten."

Möge man bei Ihnen in Süddeutschland nicht säumen, in die dargebotene Freundeshand einzuschlagen; nur indem die Stämme sich verständigen und zusammenfügen, kann das Ganze gedeihen.

**Baiern.** * **München**, 6. April. Unser Regierungsblatt vom 1. April enthält drei sehr erfreuliche Entschließungen, die erste über die vor dem 21. März begangenen Wald- und Feldfrevel, wofür in Anbetracht, daß sie zum Theil durch die in vielen Landestheilen herrschende Noth veranlaßt wurden, Strafen und Untersuchungen erlassen werden; die zweite über die Begnadigung der wegen politischer Verbrechen und Vergehen abgeurtheilten Personen, die sich auch auf die Nachlassung der noch nicht entrichteten Prozeß- oder Strafvollzugskosten erstreckt und die Wiedereinsetzung der Begnadigten in alle politischen und bürgerlichen Rechte zwar nicht mit bestimmten Worten ausspricht, aber doch voraussetzen scheint. Die dritte Entschließung verordnet, daß künftighin alle Gesuche um Anstellung oder Beförderung im Staatsdienste nicht unmittelbar bei den Ministerien, sondern dienstordnungsgemäß bei den betreffenden Vorbehörden der competenten äußeren Stellen einzureichen sind, wogegen letzteren die Weisung ertheilt wird, in Erledigungsfällen ihre Anträge auf Anstellung und Beförderung außer den allgemeinen Bedingungen in Bezug auf Sittlichkeit ꝛc. nur auf Befähigung und Dienstalter der Beantragten zu gründen und dabei diejenigen Beamten ohne Staatsdienst-Aspiranten, welche keine Gesuche eingereicht, in Gemäßheit ihrer Ansprüche ebenso zu berücksichtigen, als wenn sie Gesuche beigebracht hätten. Hierdurch muß das ganze bisherige Beamtenleben eine wesentlich andere Gestalt erhalten. Denn nicht nur, daß jener Verordnung ein naturgemäßerer Geschäftsgang auf dem Fuße folgen und allem unbilligen Protektionswesen dadurch die Kraft an der Wurzel abgeschnitten wird, so erhellt auch zugleich daraus, wie sehr die Regierung bemüht ist, die Wirksamkeit der verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsorgane wieder auf das rechte und ihnen grundgesetzlich zustehende Maß der Selbstständigkeit und Freiheit zurückzuführen. Der leidigen Kabinets- und willkürlichen Ministerregierung ist damit ein Ziel gesetzt, und die Unverletzlichkeit des Staatsoberhaupts sowohl hierdurch wie durch die noch gesetzlich zu bestimmende Verantwortlichkeit der Minister gesichert, während anderer Seits nothwendig auch das Proletariat des Beamtenstandes und der Mangel an Selbstvertrauen und Selbstachtung bei ihm ein Ende nehmen muß, da Niemand zur Beförderung zu Amt und Würden nicht mehr von Zufall und Gunst, sondern vom Verdienst abhängig gemacht wird, zumal wenn es sich bestätigt, was als Gerücht umläuft, daß die Ernennungen in provisorischer Eigenschaft und die Distinktion zwischen Standes- und Funktionsgehalt künftig nicht mehr statfinden sollen. Die Beste, welche dies Gerücht bringt, blieb darin ihrer Taktik treu, als gewiß voraus anzukündigen, was man nur wünscht oder erwartet. Uebrigens durfte sie sich dies Mal kaum getrat haben, da die in der königlichen Thronrede enthaltene Zusage einer baldigen Gesetzesvorlage über umfassendere Fürsorge für die Staatsdiener und deren Hinterbliebene besonders die Abänderung der bisherigen Praxis bei Austellungen und Gehaltsbewilligungen im Auge gehabt haben dürfte. — Eine drohende Wolke schwebt hier über unsern Häuptern, die im Fall eines Krieges sich furchtbar entladen könnte. Ich meine die großen Massen von Mauern, Zimmerleuten und Handlangern, die in Folge der umfassenden Bauunternehmungen des Königs Ludwig und der dadurch rege gewordenen Bauluft unter den Bürgern zu wahrhaften Kolonien herangewachsen sind, und die Hauptbestandtheile der verstärkischen Bevölkerungen bilden. Schon sind mehrere öffentliche Bauten gänzlich eingestellt, und bei der städtischen Baukommission ist, wie ich höre, für dieses Jahr bis jetzt nicht ein einziger Bauplan eingelaufen, da man höchstens bereits angefangene Gebäude vollenden, aber nicht von Grund aus neue aufführen zu lassen wagt. Dadurch beim etwaigen Ausbruch eines Kriegs aus Mangel an Beschäftigung hinreichend noch die Arbeiten zum Ausbau der hiesigen Eisenbahnhofes, wobei gegen 600 größtentheils verheirathete Arbeiter beschäftigt sind, plötzlich eingestellt werden, so liefe sich das Elend nicht absehen, das hierdurch entstehen würde und zu den furchtbarsten Exessen führen könnte, wozu die Gemüther überdies jetzt so leicht geneigt sind. Auch liegen Handel und Gewerbe hier wie überall mehr als gewöhnlich darnieder, während ein baldiger Umschlag zum Besseren kaum zu erwarten ist. Man forscht sodann von einem bedeutenden Fallissement, das einem hiesigen Hause bevorstehe.

† **Oldenburg**, 3. April. Die Bewegung in einigen Theilen Kurhessens, welche auf eine Vereinigung beider Hessen hinzudrängen schien, wird hier in ihrer allgemeinen Bedeutsamkeit nicht verkannt. Nicht die populäre Persönlichkeit des Erbgroßherzogs, nicht die unpopuläre des Kurfürsten kann man als die eigentlichen Hebel dieses Verlangens nach einem Königthum breiter Hessen ansehen. Vielmehr steht im Hintergrunde des jetzigen Kurfürsten die Aussicht auf eine Regierungsnachfolge, welche den kurhessischen Staat über Kurz oder Lang in eine Personalverbindung mit Dänemark zu bringen droht. Jetzt oder niemals ist die Möglichkeit so unheilvoller Verbindungen deutscher

Digitized by Google

Staaten mit fremden Reichen zu befriedigen. Aber wir glauben, ihre Befriedigung kann und muß auf eine andere Weise geschehen, als die im südlichen Laufzeiten angestrebt wurde, und daß dies geschehe, daran hat auch das Großherzogthum Oldenburg ein besonderes Interesse, außer jenem allgemeinen, daß die Gesammtheit aller deutschen Staaten daran hat. Es ist deutsche Fürstenhaus, welches auf dem russischen Kaiserthrone und in dem Großherzogthum Oldenburg regiert, und noch dazu ist der jedesmalige russische Kaiser beständiger Chef dreier regierenden Linien. Wir haben also nicht allein die Möglichkeit einer dreieinfachen Personalverbindung des Großherzogthums mit dem Reiche des nordischen Autokraten, sondern dieser hat auch jetzt schon vermöge der bekannten Verträge, durch welche die ältere russische Linie unser Land an die jüngere oldenburgische Linie abgetreten hat, einen sehr wesentlichen Einfluß auf unsere höchsten Staatsangelegenheiten. Man weiß hier recht gut, daß wir bereits seit langen Jahren einer landständischen Verfassung und erfreut haben würden, wenn nicht jener beständige Chef des Regentenhauses sein Veto dagegen eingelegt hätte. Konnte auch die Macht dieses Veto durch die Bestimmungen der deutschen Bundesakte paralysirt scheinen, Fräulein sich auch der entschieden deutsche Sinn unseres verehrten Fürsten zu allen Zeiten gegen russische Anmaßungen, so waren doch nach den bisherigen Verhältnissen des deutschen Bundes Rücksichten auf den mächtigen Agnaten zu Petersburg ebenso natürlich als von Rechtswegen sogar unerläßlich. Es fragt sich, ob sie das ferner noch sein werden, ob die Staatsverfassung, welche jetzt auf dem Wege der Vereinbarung mit freigewählten Abgeordneten des Großherzogthums zu Stande kommen wird, noch in irgend einer Beziehung russischem Einfluß unterliegen kann, so stark er auch immer durch die oben erwähnten Verträge verbürgt sein mag. Selbst das großherzogliche Kabinet scheint nicht darüber im Zweifel, daß der allgemeine Umschwung der Dinge in Deutschland eine Auflösung dieser Verträge zur nothwendigen Folge haben muß, so wie die bad Verhältniß unseres Staates und Regentenhauses zum russischen Hofe betreffen. Denn die landesherrlicher Bekanntmachung v. 18. März spricht von Anleihen, deren Aufnahme der jedesmaligen Zustimmung unseres Landtages bedürfen soll, und allerdings nach lage der Sachen jetzt schon bald wird versucht werden müssen. Andere Anleihen sind aber in den jetzigen Tagen undenkbar als hyperbefarische, und grade solche erfordern, wie man hört, nach jenen Verträgen vor Allem die Zustimmung des russischen Kaisers, wenn sie nicht als Nullität von den Agnaten betrachtet werden sollen. Doch wer vermag überhaupt nur zu wähnen, daß eine Staatsverfassung, wie sie heutiges Tages jedem deutschen Staate zu Theil werden muß, jemals die Anerkennung der russischen Agnaten erlangen werde, wenn in der That ferner das sichere Bestehen einer deutschen Staatsverfassung noch von der Anerkennung eines fremden Herrschers abhängig sein soll. Wir glauben daher, daß es eine der Aufgaben der konstituirenden Versammlung, der wir zu dem in ganz Deutschland volksthümlichen Mittage entgegen sehen, grundsätzlich festzustellen, daß derartige Einflüsse, auf die innern Angelegenheiten eines deutschen Staats unzulässig seien. Am 5. d. M. marschirt das erste Regiment unseres Kontingents zum 10. Armeekorps und eine Batterie Artillerie nach dem oldenburgischen Fürstenthum jenseit der Elbe ab. Wann die übrigen Truppentheile folgen, ist noch nicht bestimmt.

**Schleswig.** * Rendsburg, 2. April. Ich übersende Ihnen folgenden Aktenstück: Ansprache an die dänische Nation. Dänen! Das Volk in Kopenhagen hat Eurem König, unserm Herzog, gegenüber, die Einverleibung Schleswigs in das Königreich Dänemark, seine Abtretung an einer dänischen Provinz, zu erklären, und schon ziehen dänische Truppen in das Herzogthum Schleswig ein, um diesem Machtspruch durch Gewalt der Waffen auszuführen! Die prov. Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein hat den Entschluß gefaßt, die Rechte der Herzogthümer, wie die Rechte unseres Herzogs, gegen fremden Einfluß zu schirmen, und fühlt sich stark durch das Recht, welches sie vertheidigt und durch den Beistand des ganzen deutschen Volks! Dänen! Die staatliche Selbständigkeit des Herzogthums Schleswig beruht auf festen Verträgen! die gewaltsame Umwandlung seiner Stellung in eine dänischer Provinz ist Bruch des Vertrages! Die Herzogthümer haben Euch oft brüderlichen als treue Bundesgenossen in Tagen der Gefahr! Ihr thut doppelt Unrecht, wenn Ihr jetzt unsere Rechte zu brechen und zu vernichten strebt! Wir wollen nur unsere Nationalität schützen, nicht fremde Nationalität angreifen! Mag der Norden Schleswigs sich demnächst frei erklären, ob er als Provinz dem dänischen Staat einverleibt oder dem deutschen Vaterlande folgen wolle — wir werden seinem Willen keinen Zwang anthun! Wir bieten Euch ehrliches Bündniß und persönliche Gemeinschaft des Landesherrn, so lange der Mannsstamm in Dänemark herrscht, wollen und aber einer unbekommenden Weiberherrschaft nicht fügen! Dänen! Bedenkt, was Ihr thut! Was das Recht verlangt, was Euch zum wahren Nutzen dient — das bieten wir Euch freiwillig! Mehr könnt Ihr nicht erhalten — wohl aber Alles verlieren, wenn Ihr fortfahrt auf dem Wege der Gewalt — das Bestehen des dänischen Reiches selbst steht dann in Frage! Siegt Ihr im Waffenkampfe — und dies wird nicht geschehen, so lange deutsche Herzen schlagen — was Anderes habt Ihr dann, als ein verödetes, feindlich gesinntes Land, unerträgliche Schuldenlast und zerstörten Handel und Gewerbe! Siegen wir, wer wird uns dann hindern, Bedingungen zu stellen, die uns und Sicherung geben gegen jeglichen Uebergriff für die Folge! Noch ist es Zeit! noch stehen die Heere einander gegenüber, noch hat der Kampf, die Zerstörung nicht begonnen, noch bieten wir Euch Frieden ohne Kampf! Rendsburg, 31. März 1848. Die provis. Regierung. Beseler. Friedrich, Prinz zu Schleswig-Holstein. H. Reventlow. M. T. Schmidt. J. Bremer. Th. Olshausen.

**Dänemark.**

Der König hat folgende neue Proklamation erlassen: „Treue dänische Männer! In dieser Stunde der Gefahr hat es Mein Herz tief gerührt, daß ihr rurer selbst unentgeldet und nur für euern König und euer Vaterland bestrebt seid. Von allen Orten laufen Aeußerungen uneschütterlicher Ergebenheit und Anerbietungen der größten Opfer ein. Es ist Meines Herzens Drang und Meine K. Pflicht, eine Antwort au Mein Volk ergehen zu lassen. Bildet, so weit es in euer Macht steht, durch eigene Mittel freiwillige bewaffnete Korps, die sich unter dem Militärkommando Meinem Heer anschließen. Viele haben solche Anerbietungen gemacht: folgt ihrem Beispiele. Eurem Eifer, euch zu Vertheidigern des Vaterlandes aufzubieten, werde Ich durch baldige Zusendung kuntiger Bestellsbefehl entgegen kommen. Stellt euch Alle als Einer, unter Mein, unter des Vaterlandes Banner. Aller Eifer stärke das Zusammenhalten Aller, und so Gott will, wird die Gesetzlichkeit den Aufruhr besiegen und das Vaterland zu Frieden, Freiheit und Ehre führen. Unterz. Frederik R. A. W. Melitke."

**Großbritannien.**

* London, 1. April. Der „Northern Star", das Organ der englischen Chartisten, bringt in seiner Nummer vom 1. April genaue Nachrichten über die von den übrigen Blättern nur unvollkommen mitgetheilte Bewegung, welche augenblicklich unter dem britischen Volke vorgeht. Die französischen Ereignisse und ihre Vorfälle in Wien und Berlin haben die ganze Arbeiterwelt in Feuer und Flamme gesetzt. Die Partei der Chartisten, welche seit ihrer Niederlage im Jahre 1839 nur einmal im Sommer 1842 gesährlich wurde, hat sich aufs Neue drohend erhoben. Früher von Thomas Duncombe, dem bekannten Feinde Grahams, und seit der letzten Wahl auch von dem eigentlichen Chef der Partei, von dem Irländer Feargus O'Connor im Hause der Commons vertreten, erhielten die Chartisten neuerdings wieder größern Einfluß. Von einer Mission an das provisorische Gouvernement der französischen Republik zurückgekehrt, haben nun drei der Mitarbeiter O'Connors, Georg Julian Harney, der Demosthenes der Partei, Ernest Jones und Philip M. Grath, von dem Empfang der Republikaner begeistert, schnell ihre Anhänger in ganz Großbritannien zusammelt und eine Petition an die Königin ausgefertigt, in der die 6 Punkte der Volks-Charte: Allgemeine Wahl, Ballotage, keine Eigenthumsqualifikation, Bezahlung der Parlamentsmitglieder, gleiche Wahlbistrikte und jährliche Parlamente brautragt werden. Wie man sagt, wird diese Petition mehrere Millionen Unterschriften bekommen. Außerdem schritt man zur Bildung eines Nationalkonvents, der sich am 3. April in London versammelt, und zu welchem Abgeordnete aus dem ganzen Königreiche eintreffen. Die Mitglieder dieses Konvents sollen die Ueberreichung der Petition begleiten, und im Fall sie verworfen würde, was sehr wahrscheinlich sein wird, die Mittel bestimmen, durch die man auf gewaltsamem Wege dem Willen des Volkes Nachdruck verschaffen könnte. Die bisherige Ruhe Englands dürfte daher leicht in Kurzem gestört werden, denn zu der Partei der Chartisten gehört fast die ganze Arbeiterwelt, die in diesem Augenblick, außer in den politischen Ereignissen, auch durch das Darniederliegen des Handels und der Industrie, Stoff genug zur Unruhe und Unzufriedenheit findet. Die Irländer, erbittert durch die Arrestation ihrer drei Agitatoren: „O'Brien, Meagher und Mitchel", fraternisiren mit den britischen Chartisten und scheinen gemeinsame Sache mit ihnen machen zu wollen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England bei Owen u. Lamb. 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden uns solche von H. A. Alexander Greefhorn 20 Brandgasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Groß. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich 6 fl. 36 kr. durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 6 fl. 12 kr. Für Ausgaben durch den Boten einer deutschen Postanstalt mit 7 fr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 102. Heidelberg, Dienstag 11. April. 1848.

## Uebersicht.

Der Ausschuß in Frankfurt. — Wien (Stellung zu Italien. Mähren und Ehren. Schlesien für Deutschland. Excesse. Einrichtung slavischer Volksschulen. Die Hungerpest). Berlin (Fcederungen der deutschen Deputation aus Posen). Stralsund (Bewaffnung des Hafens). Köln (die Zahlungseinstellung des Hauses Schaafhausen. Gesuch der Stände der Provinz Preußen um Aufnahme in den deutschen Bund, zustimmende Antwort des Königs. Erweiterte Gewährungen der preuß. Verfassung). Detmold (Petition von Offizieren an den König). Königsberg (dänische Kriegsschiffe). Halle (Bauernunruhen in Thüringen u. im Harz). Paderborn (die Verwüstungsscenen in Fürstenberg). Nürnberg (die Landwehr und das Kreiskommando). Stuttgart (constitutionelle Erklärung). Karlsruhe (Kammerverhandlungen. Bewährungen für Ordnung). Mannheim (der Kampf der Terroristen mit den Freunden verfassungsmäßiger Freiheit). Aus dem Hessischen (die Sonderbündler der Frankfurter Versammlung. Darmstadt (die radikale Opposition). Rendsburg (die prov. Regierung. Gewaltthaten der Dänen. Freundlicher Empfang der preuß. Truppen). Vom Main (die Vertrauensmänner). Frankfurt (Aufruf des Fünfzigerausschusses an das deutsche Volk).

**Dänemark. Kopenhagen.** Hoffnungen auf englischen Beistand. Rüstungen. Stärke des Heeres. Armeefest.

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen über Irland und Polen. Der Nationalkonvent der Chartisten in London.

**Frankreich.** Die Stadtwache. Die mobile Nationalgarde. Unruhige Auftritte in Bordeaux. Die Finanzkrisis. Eine slavische Gesellschaft. Stille der Pariser Blätter. Prozeß Teodale.

**Griechenland.** Neues Ministerium. Aenderung der Personen nicht des Systems.

---

### Heidelberg, 10. April.

Der Bundestag hat die Wahlen zu dem konstituirenden Reichstage angeordnet und hat dabei den angesprochenen Wünschen der Vorversammlung in Frankfurt volle Rechnung getragen. Er hat gleichsam mit den Ausnahmegesetzen von 1819 auch die Wiener Schlußakte (die füglich auch ein Ausnahmegesetz heißen kann) von sich abgeschnitten und mit ihr die Grundbereit an Instruktionen, von denen die Bundesakte noch Nichts weiß; er hat in der Eigenmacht und Wollmacht gehandelt, die die Noth und der Drang der Zeit erheischt. Es ist nicht zu zweifeln, daß alle deutschen Regierungen, schon um der Gleichmäßigkeit willen willfährig den Wahlmodus, der in Frankfurt gut geheißen wurde, annehmen werden, wenn er auch noch so grell gegen das Herkömmliche oder auch gegen das Neuverfügte in einzelnen Landen absticht. Schickt doch selbst Oesterreich noch seinen Vertrauensmann und seinen Abgeordneten nach Frankfurt: die Schicksale heißen und das deutsche Werk vollzählig und vollständig auszuführen; was in Norden und Süden, bald auch vielleicht in Osten und Westen vorgeht, lehrt uns, daß wir uns selbst einander brauchen, daß es vor Allem gilt, zusammenzuhalten, und daß die Zeit nicht jetzt ist, zu streiten, ob wir so oder anders zusammentreten sollten. Findet das Wahlgesetz irgend in den Verhältnissen einer Landes allgemeine Beanstandung, so möge man bedenken, daß für eine konstituirende Versammlung die Grundlage nicht zu breit und frei sein kann. Dieser Versammlung selbst muß es dann zustehen, das Wahlgesetz für alle künftige Zeit definitiv festzustellen, und dabei die örtlichen Verhältnisse in einer gründlichen Erwägung zu berücksichtigen.

Wir hoffen demnach, daß in kürzester Zeit der Ausschuß der Fünfzig der Nation zu berichten haben wird, daß da und dort die Wahlen begonnen haben, und bald, daß sie überall im Gange sind. Möchte dann aber auch der Zeitpunkt eintreten, wo sich die aufgeregten Gemüther beschwichtigen, wo man sich ruhig der Zukunft überlaßt, wo Jeder in seinem Kreise mehr und mehr Sorge trägt, die Dinge, die ihren vollen Lauf nach der Freiheit nehmen, nun auch wieder in das Bett der Ordnung zu lenken. Deutschland sieht dann der Konstituirung seiner gesetzlichen Centralvertretung entgegen, und ihr muß das Werk unserer Verfassung vertrauensvoll und unbedingt überlaßen werden. Die Basis dieser Verfassung ist so freisinnig und großartig gelegt, es ist so wenig Zweifel, daß auf diesem breiten Fundament der Bau von dem ersten Reichstag in entsprechender Größe wird aufgebaut werden, daß wir mit Stolz der nahen Zeit entgegensehen dürfen, wo wir im Besitze nationaler Institutionen sind, die vielfach die Freiheiten der freiesten, der beneidetsten Völker überbieten werden. Mit diesen Institutionen wird uns keine Bürgschaft der Freiheit und der nationalen Entwicklung fehlen, wenn wir selbst mit unserm Hinzuthun nicht unseren Institutionen fehlen wollen.

Gehen wir aber dieser Aussicht wie Männer mit gefaßtem Muthe entgegen, nicht wie Kinder, die auf ihre bescheerten Güter mit einem Ungestüm stürzen, der sie zerbricht, ihr sie besessen und genossen sind. Das Bild ist in dieser Zeit wunderbar in Wahrheit, die Leidenschaften sind wild in Bewegung, die Begriffe in seltsamer Verwirrung. Man will den Staat neu konstruiren, man entwirft große Freiheiten in der Theorie für das Allgemeine, aber in seiner eigenen persönlichen Sphäre will Jeder in dem sonderbarsten Kontraste den größten Egoismus, die größte Tyrannei und Usurpation üben. Wo ein Staatswesen blühen soll, muß der Einzelne dem Ganzen Opfer bringen, auch sehen wir die Menschen dazu bereit in allen Fällen, wo unzweifelhaft der Eine dem Andern ganz gleich gestellt, gleich Viel darbringt und gleich Viel davon trägt. So haben wir in unserer Nähe gesehen, wie man sich zum Dienste der Bürgerwache bereitwillig heranträngt, wie lästig es Manchem auch sein mag; man bringt das Opfer der persönlichen Bequemlichkeit einem allgemeinen Interesse, das Jeder theilt. Aber wo irgend die Interessen sich trennen, da zieht jede Korporation in ihrem Kreise die besonderen Vortheile zu Rathe nach einer engherzigen Eigensucht und greift gelegentlich gewaltthätig in die Freiheiten Anderer über, die ihm entgegenstehen. So werden bald den Schneidern Kleidermagazine, bald von Scheinern Möbelmagazine, bald von Druckern Dampfpressen, bald von Fuhrleuten die Eisenbahnen zerstört: Alles im Namen der Freiheit, wie sie Jeder eben versteht und für sich gern gestalten möchte. So predigt man Organisation der Arbeit und beginnt damit, die Arbeiter zu desorganisiren; so riefe man gern die Republik aus und entsetzt sich dem ersten Gesetze, das sich der Mehrheit zu bieten, vorschreibt.

Der Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt hat sich ein großes Verdienst dadurch erworben, daß Er, bei vorübergehender Ueberspeisung, die in diesem Augenblicke in Deutschland besteht, in einer Proklamation sich lebhaft und energisch gegen diese Uebergriffe ausspricht und die Gemüther zur Ruhe und Ordnung zu stimmen sucht. Keine Thätigkeit wird dieser Versammlung mehr Ruhm und Anerkennung verdienen, als eine nach dieser Seite gerichtete. Es konnte in den ersten Tagen scheinen, als ob sie ihre Mission auf einem entgegengesetzten Wege liegen sähe, als ob sie Miene machte, die Permanenz herstellen zu wollen, die die Versammlung ablehnte, ja sich als eine Art provisorischer Regierung zu benehmen. Uns erschreckte die Nachricht von der Absendung einer Art von Dekreten an deutsche Regierungen, die in einem fast drohenden Tone sich über das Wahlgesetz aussprechen. Es scheint, die Kollision ist vermieden, dadurch daß die preußische Regierung bereits die Anordnung der Wahlen zurückgenommen hat; auch der Erlaß des Bundesbeschlusses ebnet diese Differenz. Aber eben so leicht hätte man auch mit einem solchen Schritte gegen den Ehrenpunkt nicht allein einer Regierung, sondern der Stände, ja der Nation in Preußen aufs Heftigste verstoßen können. Und statt der Einigung, an deren Schwelle wir stehen, wären wir zum einen großen Zwiespalt hineingestoßen. Es ist nicht gut, dünkt uns, von jener Versammlung aus, bei irgend einer deutschen Regierung

Digitized by Google

üblen Willen voranzusetzen. Nichte berechtigte bisher dazu. Noch hat sich keine Regierung gegen die Wahlvorschläge gesträubt. Wollte man sich drohend neben jede einzelne hinsichtlich ihr den Ruhm des Entgegenkommens, der Initiative, der Berücksichtigung der Volkswünsche auch noch nehmen, wollte man dem Regimente nicht allein auf jeden feindseligen Akt passen, sondern auch jeden polizeifeindlichen vorwegnehmen, um ihn als wohlgemeinte darzustellen und sich das Verdienst davon anmaßen, so hätten wir eine permanente revolutionäre Gewalt im Lande, und wir vernichteten den letzten Rest des Ansehens aller Autorität. Wir sind aber in Zuständen, wo es das Ansehen der Regierungen herzustellen gilt, und nicht weiter zu untergraben; man wirft uns sonst nur der vollen Anarchie in die Arme. Uns verdrießt der Mangel an Edelmuth, der unter den Republikanern und Radikalen aller Art so sehr zu Tage kommt. Jetzt ist nicht Zeit, einen Ton anzunehmen, als ob jeden Tag die Reaktion zu gewärtigen wäre; es sind neue Regierungen an die Stellen der alten getreten, und statt dankbar diesem Wechsel zu vertrauen, der das Ziel aller parlamentarischen Bestrebungen bei uns war, ignorirt man die neuen Personen des Amtes und operirt auf die angreifmüthigste Weise, als ob man immer noch mit den alten zu thun hätte. Der Ausschuß sollte der Nation Beruhigung geben, indem er in aller Weise solchen Verbehrungen der Begriffe entgegenarbeitet und seine volksschirmende Energie für extreme Ereignisse spart. Wir erschrecken nicht vor energischen Handlungen im Nothfall; aber wir wollen den Nothfall erst abwarten. Wir werden selbst den Ausschuß zuerst zum Handeln auffordern, wenn seine Hilfe nöthig wird; jetzt kann er sich um das Vaterland kein größeres Verdienst erwerben, als wenn er das Beispiel gibt, jeder Anmaßung zu entsagen und den patriotischen Anordnungen der Regierungen die erste Anerkennung zu zollen, damit Vertrauen zurückkehre und die Entwicklung unserer vaterländischen Angelegenheiten in ein geordnetes Geleise komme.

---

**Oesterreich.** Wien, 4. April. Der D. A. Z. wird geschrieben: Radetzk hat Befehl, sich in Italien auf die Defensive zu beschränken, bis von hier aus die nöthigen Einleitungen zur Paralisation der Lombardei getroffen werden. Man wird Italien aufgeben, doch nicht bevor man die Geldentschädigungen und die höchstnöthigen Handelstraktate für die Zukunft geordnet hat. — Der päpstliche Nuntius ist heute in der Nacht verstorben abgereist. — Die Wiener Studenten bereiten eine Adresse an die Berliner Universität vor. — Mähren und Schlesien erklären durch eben angelangte Deputation, sich in keinem Fall an die etwaigen separatistischen Ideen Böhmens, sondern fest an Deutschland anzuschließen. — Die Kriegserklärung von Seite Sardiniens (wer gestern auch die von Rom und Toskana folgte, deren Gesandte bereits ihre Pässe erhalten haben) hatte einige Erregte zur Folge, welche an hier wohnenden italienischen Kaufleuten verübt wurden. Die Nationalgarde stellte jedoch die Ruhe wieder her; die Firmen dieser italienischen Kaufleute mußten aber abgenommen werden. — In allen Provinzen werden jetzt Rekrutirungen vorgenommen. Ungarn allein will 100,000 uniformirte Rekruten stellen, ohne die ungarischen Freiwilligen, welche sich überall bilden. Binnen vier Wochen dürfte sich die österreichische Truppenmacht auf 600,000 Mann ohne die Freiwilligen belaufen.

Das Ministerium des Unterrichts hat den Kustos Schaffarik von Prag zur Berathung über die Einrichtung von slavischen Schulen und Realschulen in den slavischen Provinzen der österreichischen Monarchie und über die weiteren in den höheren Unterrichtsanstalten daselbst im Sinne einer volksthümlichen Ausbildung zu treffenden Maßnahmen nach Wien berufen. Auch der Professor der Philosophie, Dr. Ermer aus Prag, ist zur Dienstleistung in das Ministerium des Unterrichts berufen worden. (Schl. Z.)

Wie aus Prag vom 3. April berichtet wird, ist nun auch im böhmischen Erzgebirge die Hungerpest ausgebrochen.

**Preußen.** Der Hofen von Stralsund ist gegen einen möglichen Handstreich der Dänen armirt, auch der Dänholm, eine kleine vor dem Hafen liegende Insel, ist nach einer Anordnung des Kriegsministeriums mit Geschütz besetzt worden.

Berlin, 5. April. Man liest in der Vossischen Zeitung: Die hier in Berlin zusammengetroffenen Deputationen der deutschen Einwohner der Provinz Posen haben sich — wegen Beseitigung des aufgeregten Zustandes derselben — zu einer gemeinschaftlichen Berathung geeinigt. Davon ausgehend, daß die Reorganisation der Provinz mit der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung beginnen müsse, sind sie übereingekommen, der Staatsregierung folgende Vorschläge vorzuliegen: 1) Es möge sofort eine Proklamation erlassen werden, in welcher zu erklären ist: a) Daß die Provinz Posen nicht vom preußischen Staate getrennt werden soll; — b) daß Institutionen stattfinden, welche die Nationalität der Deutschen, wie der Polen achten und die Religion sämmtlicher Einwohner der Provinz beschützen; — daß c) Alles, was die Nationalcomitées bis jetzt gethan, als ungeschehen aufgehoben sei, und daß diese, so wie alle übrigen Comitée für aufgelöst erklärt werden; — daß d) die in Posen zusammengetretene Reorganisationscommission, als die Interessen der Betheiligten nicht vertretend, aufgelöst und erst dann wieder zu eingesetzt werden solle, wenn die Ruhe der Provinz vollständig wieder hergestellt worden. 2) Diese Proklamation möge durch in einen jeden Kreis abzuordnende Kommissarien, wozu aber die Landräthe nicht verwendet werden dürfen, den Gemeinden auch mündlich bekannt gemacht werden. 3) Es sei sofort ein königl. Kommissarius zur Herstellung der Ordnung und Ausführung der angekündigten Reorganisation abzusenden. 4) Sämmtliche vertriebene Beamte dürften wenigstens bis dahin vorläufig wieder einzusetzen sein. 5) Die Landwehr aller Kreise der Provinz sei einzuberufen, damit sich die königl. Regierung von der Treue auch der polnischen Einwohner überzeuge und der nach Trennung von dem preußischen Staate strebende Adel entlüftet werde. 6) Zur Herstellung der Ordnung in der Provinz sind hinlängliche Truppen zusammen zu ziehen und namentlich auch an der russischen Grenze aufzustellen, um beabsichtigte Provokationen Rußlands zu verhüten. 7) Die Truppen sind möglichst als Garnisonen in die kleinen Städte zu verlegen, damit sich die für Aufrechthaltung der Ordnung gestimmte Bevölkerung ihnen anschließen könne. Die Deputationen haben diese Vorschläge dem inzwischen ernannten Reorganisationskommissär, General von Willisen, überreicht, der dieselben nicht nur billigte, sondern auch die Versicherung ertheilte, daß die nationalen Interessen der deutschen Bewohner der Provinz durch die Reorganisation auch nicht im Geringsten gefährdet werden sollen.

Berlin, 7. April. Die Nr. 11 der Gesetzsammlung enthält die Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung. Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. verordnen, nach Anhörung Unserer zum Ver. Landtage versammelten getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt: §. 1. In Erweiterung der Unserem Volke verliehenen Freiheit der Presse werden die im §. 4. Nr. 1 des Gesetzes vom 17. März d. J. (Gesetzsammlung S. 69) enthaltenen Vorschriften über die Kautionsbestellung für die Herausgabe neuer Zeitungen aufgehoben. Die Vorschrift §. 4. Nr. 4 findet auch auf neue Zeitungen Anwendung. §. 2. Die Untersuchung und Bestrafung aller Staatsverbrechen erfolgt fortan durch die ordentlichen Gerichte, und es wird jeder durch Ausnahmegesetze dafür eingeführte besondere Gerichtsstand hierdurch aufgehoben. In dem Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln tritt auch bei politischen und Preßverbrechen, so wie bei politischen und Preßvergehen, die Zuständigkeit der Geschwornengerichte ein. §. 3. Die Verordnungen vom 29. März 1844, betreffend das gerichtliche und Disciplinarstrafverfahren gegen Beamte, so wie das bei Pensionirungen zu beobachtende Verfahren (Gesetzsammlung S. 77 und 90), treten in Beziehung auf den Richterstand außer Kraft. §. 4. Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechtes einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre. Auch Versammlungen unter freiem Himmel können, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrdringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden. Eben so sind alle Preußen berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, sich ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß in Gesellschaften zu vereinigen. Alle das freie Vereinigungsrecht Gefährdenden, noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen werden hiermit aufgehoben. §. 5. Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnisse unabhängig. §. 6. Den künftigen Vertretern des Volke soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, so wie zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats, und das Steuerbewilligungsrecht zustehen. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel. Gegeben Potsdam, den 6. April 1848. (L. S.) Friedrich Wilhelm. Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Arnim. Bornemann. Hansemann. von Reyher.

Die Provinziallandtage des Königreichs Preußen haben an den König folgende Eingabe gerichtet: Ew. königl. Maj. haben in der Verordnung vom 18. März d. J. wegen beschleunigter Einberufung des Ver. Landtages zu erklären geruht, daß Sie mit Freuden den deutschen Bund durch Einverleibung Ihrer nicht zu demselben gehörigen Provinzen verstärken wollen, wenn deren berufene Vertreter dieses

Digitized by Google

Wunsch theilen, und der Bund sie aufzunehmen bereit ist. Das Königreich Preußen bildet eine der Provinzen Ew. königl. Maj. Staaten, welche noch nicht zum deutschen Bunde gehören. In dieser Provinz ist es frei der Gründung des deutschen Bundes tief beklagt worden, daß dieselbe, von Deutschland ausgeschlossen, in eine isolirte Lage gebracht sei, in der sie, vermöge ihrer innigen Verbindung mit Ew. königl. Maj. übrigen Staaten, alle Nachtheile empfand, welche den deutschen Bund berühren, ohne berechtigt zu sein, dessen Schutz staatsrechtlich zu fordern. Die Provinz Preußen, als Deutschlands Grenzwächter gegen Osten, kann diese vorgeschobene gefährliche Stellung mit unbeschränkter Hingebung nur in dem Bewußtsein behaupten, daß sie auch staatsrechtlich dem geehrten deutschen Vaterlande angehöre, mit welchem sie durch Sprache, Bildung und Gesinnung in der weit überwiegenden Mehrzahl ihrer Bewohner geistig schon vereinigt ist. Das Königreich Preußen ist deutsch und will deutsch bleiben. In dieser Gesinnung halten es die gesetzmäßigen Vertreter der Provinz Preußen für unerläßliche Pflicht, Ew. königl. Maj. unterthänigst zu bitten: Die Aufnahme der Provinz Preußen in ihren gegenwärtigen Grenzen ganz und ohne irgend eine Schmälerung in den deutschen Bund zu veranlassen. Es ist dringend nöthig, daß die Aufnahme unserer Provinz in den deutschen Bund ohne Zeitverlust erfolge, um durch diesen Akt jeden Zweifel über unserer Lage zu beseitigen, um die unter allen Bewohnern in einer oder der anderen Richtung nicht zu läugnende Aufregung zu dämpfen, um die Verfechter der Provinz an der Umgestaltung des deutschen Bundes Antheil nehmen zu lassen, um der Provinz Preußen gesetzlich und staatsrechtlich den Schutz und die Hilfe in nahen oder entfernteren Gefahren zu sichern und ihre Aufopferungen zu vergelten, welche sie in den Befreiungskriegen Deutschlands gebracht hat, und die sie zu erneuern immer bereit sein wird. Berlin, 3. Apr. 1848.

Die Antwort des Königs lautet: Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen, haben auf der Erklärung Unserer getreuen Stände der Provinz Preußen vom 3. d. M. mit Wohlgefallen ersehen, daß dieselben, in Uebereinstimmung mit Unserem in dem Patente vom 18. v. M. ausgesprochenen Wunsche, die Einverleibung der Provinz Preußen in ihrer gegenwärtigen Begrenzung in den deutschen Bund beantragen. Wir haben in Folge dieser Erklärung Unser Staatsministerium beauftragt, schleunigst die zur Aufnahme der gedachten Provinz in den deutschen Bund erforderlichen Einleitungen zu treffen, was Wir Unseren getreuen Ständen hierdurch vorläufig eröffnen. Gegeben Potsdam, den 6. April 1848. Friedrich Wilhelm. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Kuerswald. Bornemann. Arnim. Hansemann. v. Reyher. Botschaft an die Stände der Provinz Preußen.

**Danz**, 2. April. Es ist von den hier in Garnison stehenden Offizieren eine Petition an den König zahlreich unterzeichnet worden, in welcher gebeten wird, in dem dem Landtage vorzulegenden Wahlgesetze die Vertretung des Volkes auch auf das stehende Heer erstrecken zu wollen, „so daß jeder Staatsbürger, welche Stellung er auch einnehmen möge, gleiche Rechte ausüben dürfe". Als Motiv sprechen in einem Begleitschreiben an den Kriegsminister die Unterzeichner den Wunsch aus, den sie hegen — „als Bürger des Staates im Volke aufzutreten".

**Königsberg**, 1. April. Einigen, soeben einlaufenden, als zuverlässig bezeichneten Nachrichten zufolge, kreuzen vor Pillau dänische Kriegsschiffe die den Seehafen absperren, und wodurch die Festung Pillau in Blokadezustand versetzt ist. Es soll nun, wie man hört, schleunigst eine Abtheilung der hiesigen Fußartillerie nach Pillau beordert werden, um die dortige Festungsartillerie zu verstärken.

**Köln**, 5. April. Der Kölner. Z. wird geschrieben: Für den Augenblick treten hier alle Interessen in den Hintergrund gegen das Ereigniß, auf welches ich auch heute nochmals zurückkommen muß: — die Zahlungseinstellung des Hauses Schaafhausen. Je mehr man Einsicht gewinnt in den Umfang der Geschäfte dieses Hauses, desto höher steigt die Besorgniß vor den Folgen seines Sturzes. Nicht weniger als 170 Fabriken hatten ihren gesammten Kredit bei A. Schaafhausen, und diese 170 Fabriken beschäftigen zusammen eine Anzahl von ungefähr 40,000 Arbeitern. Urtheilen Sie, ob es gefährlich ist, in dieser aufgeregten Zeit noch 40,000 Menschen brodlos werden zu lassen!

**Halle**, 2. April. Von hier schreibt man der Köln. Z.: Trüb sieht es in unserer Nähe aus. Aus Thüringen, dem alten Herde der Bauernunruhen, und vom Harze werden täglich neue beklagenswerthe Aufstände der bestialsten Landbewohner erzählt. Gleichviel, wer er sei, gegen Jeden, der bestialisch gegen Bauern), richten sich die Angriffe der aufgeregten Menge, die, ohne Achtung vor Eigenthum und Gesetz, nur der bewaffneten Hand weichen zu wollen scheint. Schon sind seit längerer Zeit einige Regimenter in den unruhigen Gegenden, und erst heute noch marschirt, wie wir hören, ein Theil unserer Garnison nach dem alten Falkenstein im Harze.

**Paderborn**, 2. April. Bereits ist eine Anzahl Verbrecher, die in Fürstenberg das von Westfalensche Schloß, in Bleiwäsche, Essentho und Münnenberg Försterhäuser und Pflanzungen zerstörten, gebunden hier eingebracht. Das Schloß Fürstenberg ist mit wahrhaft vandalischer Wuth verwüstet, die Möbel, Geräthe und Spiegel zerschlagen, Betten geraubt oder verbrannt, Leinenzeug und Getreide gestohlen u. s. w. Ein unersetzlicher Verlust für die Wissenschaft, ist die gänzliche Vernichtung der an Prachtwerken und Seltenheiten reichen Bibliothek und des Archivs. Letzteres, reich an Urkunden aus den 13.—15. Jahrhunderten, war früher von tüchtigen Geschichtsforschern, einem Kosmann, Spanken, Philippi, geordnet und vervollständigt, leider aber niemals für die vaterländische Geschichte benutzt, so daß die Flammen eine wichtige Quelle derselben für immer austrocknete. Abgesehen von dem unschätzbaren Werthe, der zerstört wurde, soll sich der dem Grafen zugefügte Schaden auf 30—50,000 Rthlr. belaufen. (Westf. M.)

†† **Nürnberg**, 5. April. Seit gestern Abend herrscht unter dem größeren Theil der hiesigen Einwohnerschaft eine große Aufregung. Es war nämlich bekannt geworden, einer Order zufolge würden die vier der Landwehr gehörigen Sechspfünder (Feldkanonen) von ihrem bisherigen Aufbewahrungslokal, dem städtischen Baumate, in das königliche Zeughaus gebracht. Um dies zu verhüten, sammelte sich eine Menge Menschen vor dem Baumate, woselbst ihnen jedoch die befriedigende Mittheilung gemacht wurde, die Order sei zurückgenommen. Während die Nürnberger in dem Glauben lebten, daß bei der in Aussicht stehenden Volksbewaffnung namentlich auch Kanonen in den Händen der Bürger sein müßten, die man, wenn sie im Zeughause sich befänden, erst erobern müsse, während sich die Nürnberger das Beispiel anderer Städte vor Augen nehmen, sucht das Kreiskommando der Landwehr die fragliche Order dadurch zu rechtfertigen, daß ja das Militär auf die Landesverfassung beeidigt sei, und daß die Kanonen im Zeughause jedenfalls sicherer und besser aufbewahrt seien, als in den leicht zugänglichen Räumlichkeiten des Baumates. Die getroffenen Maßnahmen, die übrigens, wie gesagt, zurückgenommen sind, suchen Viele in der Furcht unserer Reichen zu finden, die da meinen, unser stets wachsendes Proletariat möchte am Ende die Oberhand gewinnen und sich der Waffen demächtigen und so auch in den Besitz der Kanonen kommen, um damit gegen die Wohnungen des Wohlstandes zu operiren. Für heute Abend sind mehrere Katzenmusiken verbreitet.

**Würtemberg**. ♁ **Stuttgart**, 8. April. In der Bürgergesellschaft, diesem wackern Hauptquartier verfassungsmäßigen Kampfes gegen die Reaktion seit 20 Jahren, ist heute Nachmittag von dem Abgeordneten Mueschel folgende Erklärung beantragt, alsbald unter stürmischem und einhelligem Beifall angenommen und in Zeit einer halben Stunde mit mehr als 400 Unterschriften bedeckt worden. Sie ist bestimmt der großen Versammlung, welche heute Abend zur Bildung des allgemeinen Volksvereins zusammen berufen ist, zur Annahme vorgelegt zu werden. Die Unterzeichneten stellen den Antrag, die allgemeine Versammlung wolle die offene, feierliche Erklärung geben: „daß sie die Ueberzeugung theile, daß die Freiheit und die Einheit der deutschen Nation und insbesondere der Schutz der Ärmern und der arbeitenden Klassen nicht durch gewaltsame Einführung der Republik, sondern nur im Wege der konstitutionellen monarchischen Regierungsform möglich werde; daß daß die Versammlung ebenso von der Ueberzeugung durchdrungen sei, daß Freiheit nur auf dem Boden des Gesetzes und der Ordnung hergestellt werden kann; daß einseitige, ungesetzmäße republikanische oder kommunistische Bestrebungen ebenso wie unbedachte Anpreisung oder Verkündigung der Republik zu noch größerer Kredit- und Arbeitslosigkeit, zu Eigenthums- und Rechtsverletzung, zur Anarchie, zum Bürgerkriege und zur Unfreiheit führen und Anlaß geben können, und daß daher solche unpatriotische Bestrebungen durchaus zu mißbilligen sind. Daß die Versammlung ferner überzeugt sei, daß jedenfalls die gerechte und freie Entwicklung des bürgerlichen und staatlichen Lebens und namentlich auch des materiellen Wohls unserer in volksthümlicher Weise neu eröffneten Staatsverwaltung, sowie den seit dem 31. März d. J. zu Frankfurt tagenden deutschen Volksvertretern mit Ruhe anvertraut werden kann, ohne jedoch weder die öffentliche Erörterung, noch die eigne Thatkraft der Bürger in irgend einer Frage des Rechts des Eingelnen, der Gemeinden oder des Staatsvereins ausschließen zu wollen; und daß endlich die Mitglieder der Versammlung bereit seien, zu Mitwirkung in der großen und schwierigen Sache des Vaterlandes die volksthümliche Staatsregierung und ihre Organe bei Ausführung

Digitized by Google

ihrer gesetz- und verfassungsmäßigen Anordnungen, zumal in der Eigenschaft als Bürgerwehr, mit Gut und Blut zu unterstützen."

**Baden.** * Karlsruhe, 9. April. Auf heute Mittag 12 Uhr war eine außerordentliche Sitzung der zweiten Kammer angesagt, wozu auch die in Frankfurt bei dem Bundestage und dem Ausschusse befindlichen Mitglieder berufen waren. * Die kräftige Erhebung der Bürger gegen Unfug, der nun seit Wochen auf Kosten des Friedens und der Erwerbzweige des Volkes von Einzelnen getrieben wird, fand in dieser Sitzung einen erfreulichen, imposanten Ausdruck. Die Sälleelen und die Eingänge des Saales waren mit Zuhörern von gutem Schlage angefüllt. Die früheren Schreier und Beifallklatscher für jede Uebertreibung waren verschwunden. Das eigentliche Volk erwartete von der heutigen Versammlung einen entscheidenen Aufschrei gegen die Ursachen des unerträglich gewordenen Zustandes und für die Herstellung der Gesetzlichkeit und Ordnung. Als der Abg. Mathy, Einer der ersten, in den Saal trat, erschallte ein donnerndes Hoch, das kaum enden wollte. Ebenso wurden die Abg. v. Soiron, Bassermann und Welcker begrüßt. Den Mitgliedern des Staatsministeriums wurde bei ihrem Eintritte der gleiche Empfang zu Theil. Dies war die Antwort auf die unverschämte Anmaßung sogenannter Deputationen, welche die Entfernung der Minister als Forderung des Volkes begehrt hatten.

Nach Eröffnung der Sitzung nahm Staatsrath Bekk das Wort und äußerte sich in ausführlichem, durch Beifall häufig unterbrochenem Vortrage über die Lage des Landes, den Stand und Fortgang der Arbeiten zur Erfüllung der zugesagten Volkswünsche, die Versuche zum Umsturz der Verfassung. Er kam dann auf die Gegehren verschiedener Bezirke um Entfernung der Truppen, die aus den Nachbarstaaten zur Deckung der Grenzen herbeigiehen, und ermähnte, daß in der Donaueschinger Versammlung eine Frist von dreimal vierundzwanzig Stunden zur Erfüllung der Forderungen gesetzt worden, widrigenfalls Gewalt gebraucht werden solle, um den Vollzug gesetzlicher Anordnungen zu verhindern. Der Redner würdigte nach Gebühr die Adressen von Donaueschingen und von einer sog. Volksversammlung in Mannheim, und bemerkte, daß die Aufstellung des 7. und 8. Armeekorps vom Bunde verfügt worden und nicht länger dauern werde, als durchaus nothwendig sei. Er kam dann auf das Begehren der Entfernung der Minister, dem heute noch entsprochen werden solle, wenn es von der Kammer ausgehe, worauf der laute Ruf: „bleiben, bleiben!" antwortete. Es wäre jetzt angenehmer zu gehen als zu bleiben, aber es würde gefährlich sein, den Beschlüssen tumultuarischer Versammlungen nachzugehen. Die Bemühungen, die Gefahr fremder Einflüsse auf nicht vorhandenen darzustellen, führte der Redner, den officiellen Berichten und Mittheilungen der Presse gegenüber, auf ihre Erbärmlichkeit zurück. Die Regierung habe bis jetzt das Treiben gewähren lassen, in der Ueberzeugung, daß unser badisches Volk schon so viel politische Einsicht besitze, um sich in seiner großen Mehrzahl nicht durch Aufwiegeleien auf Abwege verleiten zu lassen. Dafür habe er schon viele Bestätigungen aus verschiedenen Landestheilen erhalten, wo sich die guten Bürger zusammenschaaren, um den Versuchen zum Umsturz entgegen zu treten. Er sei in der glücklichen Lage, eine Erklärung der Stadt Mannheim in diesem Sinne mittheilen zu können. Der Redner verliest die gestern mitgetheilte Aufforderung, welche mit anhaltendem Beifall aufgenommen wurde. Er wünsche, daß im ganzen Lande überall ähnliche Gesinnungen von der wahren Bürgerschaft ausgebracht werden möchten; dadurch würden Diejenigen, welche Umsturzplane ausbecken, niedergehalten werden. Wenn alle Gemeinden dem Beispiele von Mannheim folgten, dann würde es zur Handhabung der Gesetze einer Autorität nicht bedürfen; die Bürger selbst würden sie aufrecht erhalten. Indessen erscedere es die Pflicht der Regierung, mit Entschlossenheit dafür das Ihrige zu thun, und die Bemühungen der Bürger mit allen Mitteln der Verfassung und der Gesetze zu unterstützen. So werden die ungtücklichen Nebenfolgen des großen und schönen Aufschwungs der Nation zu nichte gemacht, statt der Anarchie werde eine blühende, gesetzlich geregelte Freiheit bestehen.

Auf die glänzenden Vorträge, womit die Abgg. Welcker, Bassermann, v. Soiron u. A. die Nothwendigkeit bewiesen, durch Entfernung allen Zwiespaltes das Gedeihen des deutschen Verfassungswerkes zu fördern, und worin sie das Unsinnige und Verbrecherische der erbärmlichen Umsturzversuche schilderten, werden wir zurückkommen und dabei auch die Reden nicht übersehen, worin die Abgg. v. Dyhrn und Mez den schönen Eindruck durch kleinliche Einwendungen zu schwächen versuchten. Von mehreren Rednern wurde des Beispiels von Mannheim ehrend gedacht, und diese Stadt hat durch den Tag des 8. April den Ruhm behauptet, auf der Bahn zu wahren Freiheit, welche zugleich die der Gesetzlichkeit ist, dem Lande voranzugehen.

# Mannheim, 8. April. Unsere Stadt war während des ganzen heutigen Tages der Schauplatz einer peinigenden Unruhe, die mehr als ein Mal in einen fürchterlichen Sturm auszubrechen drohte. Schrecken und Entmuthigung lähmten heute Morgen diese Gemüther, veranlaßt durch eine gestern Abend abgehaltene Volksversammlung, in welcher durch den fürchterlichsten Terrorismus eine äußerst erstaunte Adresse an Kammer und Regierung durchgesetzt worden war, namentlich mit den beiden Forderungen, das 8. Armeekorps sofort aufzulösen und sämmtliche Minister, mit Ausnahme des Finanzministers, zu entlassen. Zu spät sah man heute ein, daß man das Treiben einer wüthenden, mit empörender Frechheit die Anarchie predigenden Partei allzulange ungestört gebuldet hatte. Die Bewegung stieg gegen Mittag, als sich die Kunde verbreitete, Mathy sei hier; derselbe habe heut Morgen in Karlsruhe, gestützt auf Urkunden und andere Beweismittel, die Arretirung Fickler's wegen Landesverrathes bewirkt. Diese Nachricht erfüllte die eben noch entmuthigte Partei mit frendigem Muthe; der Entschluß war alsbald gefaßt, einen solchen Führer um keinen Preis zu verlassen, der jetzt mit gleicher Energie Ordnung und Gesetz und deutsche Würde dem Ausländer gegenüber vertheidigt, wie er von jeher einer der entschlossensten Kämpfer für Recht und Freiheit des Volkes war. Die andere Partei war wüthend und schrie nach Rache. Um einem augenblicklichen Ausbruche vorzubeugen, verließ Mathy gleich nach Tisch seine Wohnung und begab sich in Begleitung eines Majors und einer Hauptmanns der Bürgerwehr auf das Rathhaus, unter Wegs den gröbsten Beschimpfungen und Drohungen einer rasenden Menge preisgegeben. Diese sammelte sich allmählich vor dem Rathhause, schreiend und tobend und unter einander streitend. Erfreulich war es, zu sehen, wie Viele durch vernünftiges Zureden sich zur Ruhe bewegen ließen. Wo die Ueberzeugung sich Bahn brach, Fickler habe mit dem Ausland unrichtig in landesverrätherischer Verbindung gestanden, sprach sich die tiefste Verachtung gegen denselben aus; nur Wenige waren so blinder Leidenschaft, daß sie selbst französische Hilfe für ihre Winkelrepublik nicht verschmähten. Der Tumult dauerte aber doch fort; die Bürgerwache vor dem Rathhause mußte verstärkt werden; man konnte jeden Augenblick einen Ausbruch befürchten. Endlich wurde die Menge durch die Verschiedung des Bürgermeisters etwas beschwichtigt, Mathy's Erklärung wurde gedruckt und solle der alsbald zusammenberufenden ganzen Bürgerwehr mitgetheilt werden. In kurzer Zeit war auf den Generalmarsch die ganze Mannschaft, nahezu 2000 Mann, versammelt, und wenn man diese kräftigen Männer mit blanker Waffe vor sich sah, so Manchen abgehärtet in langjähriger schwerer Arbeit, so konnte man nicht zweifeln, daß hier besonnene Vaterlandsliebe den Sieg über blinde Wuth davon tragen und die Versammlung ihrem Beschlusse auch Achtung zu verschaffen wissen werde. Es war hier keine Täuschung. Einer der Majore verlas Mathy's Erklärung, einfach und schlicht, wie der Mann selbst; er habe aus Urkunden und andern Beweismitteln, die er theils in der Kammer, theils bei dem Präsidenten Mittermaier geprüft, die Ueberzeugung geschöpft, daß Fickler mit Franzosen und Polen in landesverrätherischer Verbindung stehe; er habe seine Bürgerpflicht erfüllt, indem er die Arretirung dieses Mannes bewirkt. Ein donnerndes Hoch bewies, daß die Versammelten echte Bürgertugend zu schätzen wußten. Darauf wurde eine Proklamation des Gemeinderathes verlesen, in welcher er zu Vertrauen, Ordnung und Gesetzmäßigkeit und Heilighaltung der Verfassung aufforderte; wer mit diesen Grundsätzen übereinstimme, solle dies durch Namensunterschriften in aufzulegenden Listen kundanden. Alles wollte sich dazu drängen, da erscholl plötzlich der einhmige jubelnde Ruf: „Mathy heraus"; und als er auf dem Balkon des Rathhauses erschien, schwenkten unzählige Mützen, und aus den benachbarten Häusen flatterten die Taschentücher der Damen. Auf das Tiefste ergriffen und von der Wahrheit der Worte des Redners durchdrungen, standen Alle, als Mathy mit wahrhaft heroischer Ruhe den Hergang erzählte und mit den Worten schloß, er habe nur seine Bürgerpflicht erfüllt und werde sie in jedem ähnlichen Falle wieder erfüllen, und sollte es ihn auch augenblicklich sein Leben kosten. Endloser Jubel folgte dem Manne, der kaum noch zwei Stunden vorher verhöhnt und beschimpft worden war. — Nicht lange sollten wir uns aber in Ruhe dieses errungenen Sieges erfreuen. Auf heute Abend 7½ Uhr war Versammlung des vaterländischen Vereins angesagt; voraussichtlich versuchte die in demselben stark vertretene Partei der Anarchisten das Aeußerste, um ihre Plane durchzuführen. Es galt also noch einmal festzuhalten. Anfangs verlief die Versammlung ruhig, bis Buchhändler Hoff in einem wüthenden Vortrage die Monarchie zu vernichten und

Digitized by Google

die Republik, wo möglich augenblicklich zu begründen suchte. Der Terrorismus seiner Partei sollte seinen Worten Nachdruck verleihen. Als sich einige Zeichen der Mißfallens erhoben, schrie die tobende Rotte: „Hinaus mit den Feiglingen“ und verfuhr an dem Nächsten Besten ihr Vorhaben auszuführen. Dieß mal scheiterte aber das freche Beginnen an der Festigkeit der versammelten Männer; trotz der gezückten Dolche wich Niemand von der Stelle; die Terroristen sahen ihrem Plan vereitelt, und vergebens suchte Hoff durch seine wahrhaft wuthschnaubenden Vorträge die Versammlung zu gleichem Wahnsinn hinzureißen. Sein Anhang nahm schließlich ab, und er mußte unter allgemeinem Tumult abtreten. Hecker sprach entschieden für die Republik, aber doch nicht zu allobaldiger Gewaltthat hetzend. Wirklich erklärt waren die Angriffe, welche nun von Seite Hammer's und Strobe's gegen den abwesenden Mathy erfolgten, der als wahrer Unmensch, schlechter als der schlechteste Polizeischerge an dem sammtvermeinten Bickler gehandelt habe. Auch dieser Sturm war vorgeblich, nur der zum Voraus geworbenen Anhang stimmte diesen Lärmen bei, und die gänzliche Schwäche der Partei zeigte sich zum Schluß auf das Glänzendste, als ein mir unbekannter junger Mensch, auf das Tiefste ergriffen, Achtung vor jeder Ueberzeugungstreue forderte; als ein Mann von unerschütterlichen Grundsätzen habe sich wie immer, so auch heute, Mathy bewiesen, den in seiner Abwesenheit zu beschimpfen eine Schmach sei. Alle Versuche, diesen jugendlichen Redner nicht zum Worte kommen zu lassen, scheiterten an dem festen Willen der Versammelten, die Redefreiheit zu erhalten, wofür jetzt selbst ein großer Theil der anfänglichen Anhänger der HH. Hoff und Konsorten auf das Kräftigste wirkte. Durch ihre eigene ekelhafte Ueberstreibung sah sich die Partei am Ende der Versammlung gestürzt, welche sie Anfangs wie gestern hatte terrorisiren wollen. Welch dringende Lehre für alle Bürger, in einer so sturmbewegten Zeit wie jetzt mit aufmerksamem Auge den Posten bis zuletzt zu behaupten. — Die Stadt ist jetzt — um Mitternacht — vollkommen ruhig. Mathy ist bereits nach Karlsruhe zurückgekehrt.

**Hessen.** **Darmstadt, 9. April. Unser konstitutionell freisinniges Ministerium Gagern hat jetzt auch im Land selbst eine Opposition gefunden in der despotisch-republikanischen Partei, deren moralischen Werth Sie in Ihren neuesten Nummern ja zur Genüge beleuchtet haben. Anführer dieser Partei ist in unserem Hessen der Abg. Zitz aus Mainz, Einer Derjenigen, welche in Frankfurt aus der Notabelnversammlung ausgetreten sind, weil ihr Eigensinnke nicht allgemeiner Beschluß wurde.

* Aus dem Hessischen, 7. April. Sie haben in Ihren Blättern von gestern und heute mit Energie die Pflicht der Presse begonnen, die Wahrheit der Verhandlungen zu Frankfurt der perfiden Verdrehung und ihren Bestrebungen gegenüber an den Tag zu bringen. Erlauben Sie mir einige Beiträge aus einem Briefe eines bekehrten Extremen vom 4. d. M., die sich an die Korrespondenz vom 5. d. M. aus Frankfurt in Nr. 98 anschließen. Die in dieser gut gezeichnete Partei hatte ihren Austritt nicht nur am Tage vorher beschlossen, sie hatte sogar die Rechtfertigung desselben, welche demnächst vertheilt ward, schon vorher drucken lassen, und zwar nach Sachverständiger bestimmtem Zeugnisse nicht in Frankfurt; darum paßte sie auch nicht auf den eigentlichen Vorgang, weil man das Amendement Bassermanns und dessen Annahme nicht hatte voraussehen können. Die Partei provocirte einen Eklat zur Verschärfung, in dessen Verfolgungsrunde, einen Barrikadenkampf voraussetzend, der Waffenfluß lag, einen Sonderbund zu konstituiren, dem dann das Aeußerste zu versuchen bestimmt war. Unser Briefsteller nun, der zu dieser Partei und später in der Mitte der Vorgänge gestanden, bemerkt und in seiner Mittheilung vom 4. d. M. Folgendes: Wären die Personen, welche dem abgestrigen und gestrigen Putsch ausgeführt haben, von ihren Thaten zu trennen, so dürfte man vielleicht sagen, die böse That, die sie vollbracht, ist entweder wieder gesühnt durch ihre Rückkehr in die Versammlung, oder sie ist paralysirt durch neue Ereignisse und durch die vollständige Niederlage, welcher der Sonderbund erlitten. Dem ist aber nicht so, und somit ist die That nur lodgeschlagen worden, aber die Personen leben und wirken auf ihrem schiefen Boden fort. Ich bin doppelt berechtigt, dieß zu glauben, ja, davon überzeugt zu sein, einmal weil ich die letzte freiwillige Mission Soiron's, die Männer zurückzurufen, als Festerdorer begleitet habe, und zum Andern weil ich weiß, daß Steuve noch gestern Abend abermals eine Versammlung gehalten hat mit erneuertem wühlerischen Zweck. Bei jener Begleitung habe ich die vollkommene Ueberzeugung geschöpft, daß diese bleiben, Hecker und Struve, der Rothwendigkeit nachgegeben haben, sich der Majorität wieder anzuschließen, aus dem alleinigen Grunde, weil der Sonderbund bereits zerfallen war, und es drauf und dran war, daß diese Herren ihn allein repräsentirt hätten. Der Sonderbund bestand nämlich aus den beiden Anführern und den übrigen Verführten, unter denen Männer von ganz ehrenhafter Gesinnung. Mit einem Male erscholl in der Versammlung der Ruf: ich gehe; ihm folgte ein zweiter, ein dritter u. s. f. mit Blitzesschnelle ein ganz Dutzend Mese. Da rief Hecker (und die Entschlossenheit macht ihm Ehre): „ohne Sonderbund mag ich nicht gründen, wir gehen Alle!“ Das Weitere wissen Sie. An der Kirche angekommen, wurden sie von allen Festerdorenen und der Waffenmannschaft mit dem Rufe: „Es lebe die Einheit!“ empfangen. Vielleicht, daß Herr Struve im nächsten Artikel dies Lebehoch ihm andrängen läßt! — So aber ist, wie ich erzählt habe*). Und das, lieber Freund, sind Vertreter des Volks, diese Leute nennen sich Volksfreunde und Volksführer! Armes Vaterland, ärmer als damals, wo Du von dem Bundestag kommandirt worden bist, von denselben, dem wir am 3. April auf einem Wagen Kanzelpapier das Spuranstandsbrevet der Versammlung überbracht haben. Die Männer in Baden mögen wach sein; diese Partei muß unschädlich gemacht werden, soll das Vaterland nicht verkauft werden, um den Preis der Struve und Hecker'schen Republik. Die Partei ist geschlagen, total geschlagen, aber — nicht vernichtet.

**Schleswig.** ✕ Rendsburg, 6. April. Die prov. Reg. nunmehr, durch den gestern vertagten vereinigten schleswig-holsteinischen Landtag vom ganzen Volke Schleswig-Holsteins und von allen Civil- und Militärbehörden anerkannt, ist im rechtmäßigen Besitz der Landesherrschaft. Durch ausgezeichnete Thätigkeit, durch Umsicht und Volksthümlichkeit im rechten Sinne des Wortes hat sie sich bereits mehr und mehr die Anerkennung ihrer Würdigkeit für ihre hohe Stellung. Alle, durch die Flucht der in Kopenhagen angestellt gewesenen Beamten, zu ihrer Disposition stehende Kräfte sind bereits für den Bau eines geregelten Geschäftsorganismus benutzt. — Unsere in Flensburg und Umgegend gesammelte Brigade ist, so viel bekannt, noch nicht mit dänischem Militär zusammengestoßen; ihre Zahl würde wahrscheinlich auch wohl nicht genügen. Ueberhaupt scheint uns nach den Umständen es durchaus nothwendig, daß die Sache wo möglich mit Einem Schlage entschieden werde. Nach dem Charakter der Dänen nämlich und nach der tollen Verwirrung, die sich ihrer bemeistert hat, nach ihrem kleinlichen Nachgeiste, welcher die schlimmen Folgen für sie nicht bedenkt, ist die größte Gefahr vorhanden, daß sie in einen langen bauernden Kampfe, besonders wenn ihnen das für sie unglückliche Ende erst einleuchtend wird, ihre Satisfaktion darin suchen werden, so vielen Schaden als irgend möglich den Herzogthümern zuzufügen, gleichgiltig gegen die Schande, die sie dadurch auf sich selbst laden. Sie werden, wenn man nach den bisherigen Vorgängen urtheilen soll, die offenen Städte an der See mit Kriegsschiffen überfallen und verwüsten. Ein Streifkorps hat sich in Besitz der Stadt Tondern gesetzt, wie einige hier gestern angekommene Flüchtlinge berichteten. An einen Widerstand Seitens der Stadt war nicht zu denken, indem dort gar kein Militär und keine organisirte Bürgerbewaffnung ist, und der Feind für einen ungeregelten Widerstand entschieden zu mächtig war. — Die Dänen fahren fort auf ihren Streifzügen die nördlichen Schleswig einzelne durch ihre schleswig-holsteinische Gesinnung bekannte Leute, namentlich Beamte mit sich fortzuführen. — Um die Dänen nicht irgliehen Mitleidens wegen ihrer endlichen Niederlage baar zu machen, wollen wir die hier kursirenden Gerüchte über manche von ihren Streifkorps verübten schimpflichen Gräuelthaten verschweigen, weil wir dieselben noch nicht mit voller Gewißheit verbürgen können. — Gestern war die Stadt von Jubel erfüllt, als die Grenadierbataillone des preuß. Garderegiments „Kaiser Alexander“ einrückten. Das letzte

*) So war es auch. Einer unserer Freunde war, als Hecker vor der Rückkehr das Terrain in der Versammlung rekognoscirt hatte, und ein entferntes Bivat auf der Straße auf das Herannahen der Ausgetretenen schließen ließ, hinausgegangen, um ihren Einzug zu beobachten. Die Mannschaft stand ruhig bei den Gewehren, die Festerdore vereinbarten sich zu dem Rufe: es lebe die Einheit. Der kleine Zug kam nun einigen Bravos begleitet heran, auf der Treppe empfing ihn jener Ruf, und sie traten, ohne die Verbrüderung zu hören, eilig ein und gingen an ihre hergebrachten Plätze vom vorigen Tag. Hecker aber ging graden Weges auf die Tribune. Wenn er mit den Worten begann: „Man hat uns eingeladen“ ꝛc. so bleibt, da dies von der Versammlung nicht geschehen, v. Itzstein auch in seiner Weise angetreten hatte, daß er zu einer solchen Annahme irgendwie Veranlassung gegeben, es ungewiß, ob jene Worte durch eine Lizenzin poetica oder ein Mißverständniß von Seite Heckers hervorgerufen wurden. In seinem Schluß: Es lebe das freie und freie deutsche Volk! stimmte der Versammlung ein. D. Red.

Digitized by Google

Bataillon desselben, sowie ein Bataillon des Regiments „Kaiser Franz“ rückte heute früh ein; letztere beide zogen sogleich ab in die Umgegend der Stadt Schleswig; ersteres werden morgen dorthin abgehen. Die ganze Einwohnerschaft und hier gegenwärtigen Fremden drängten sich, hingerissen von dem militärisch schönen Eindruck, die Einzelnen, Offiziere und Gemeine, kennen zu lernen, und überall hört man darnach die Ueberzeugung aussprechen, daß sie mit militärischem Muth und Begeisterung für die deutsche Sache, die sie versechten sollen, kämpfen werden. Durch die Erscheinung in unserer Mitte und durch die Gesinnung der Einzelnen wird man gekräftigt in dem Glauben an ein einiges Deutschland. — Der preußische Oberst v. Bonin wird die preußischen Truppen, deren hier jetzt jeden Tag zwei Bataillone, darunter auch Kavallerie und Artillerie, im Ganzen ungefähr 11,000 Mann, eintreffen werden, als Brigadekommandeur führen. Die prov. Regierung empfing dieselben gestern in corpore an dem Thore der Festung, zog mit ihnen auf den Paradeplatz, wo der Präsident Beseler ihnen ein Hoch ausbrachte, welches der Oberst v. Bonin in einem überaus herzlichen und gesinnungsvollen Hoch auf Schleswig-Holstein erwiderte.

** Vom Main, 9. April. Sie erwähnten in Ihrer heutigen Nummer, daß Erzherzog Johann Vertrauensmann von Oesterreich sei. Die übrigen Vertrauensmänner sind: von der 2. Stimme, Preußen: Dahlmann; 3. Baiern: Kirchgeßner; 4. Königr. Sachsen: Todt; 5. Hannover: v. Wangenheim; 6. Würtemberg: Uhland; 7. Baden: Bassermann; 8. Kurhessen: Jordan; 9. Großherzogthum Hessen: Langen; 10. Holstein: Droysen; 11. Luxemburg: Villmar aus Luxemburg; 12. die großherzogl. und herzogl. sächsischen Häuser: von der Gabelenz; Sachsen-Meiningen besonders: Luther; 13. Braunschweig: v. Cramm; Nassau: Max v. Gagern; 14. beide Mecklenburg: Stever; 15. Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg: Albrecht; 16. Hohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Lippe, Waldeck, H. Homburg: Zaup; Lippe-Detmold insbesondere: Petri; 17. vier freie Städte: Gervinus. — Wie man hört, ist Uhland beauftragt, kurze Bulletins zur Veröffentlichung auszuarbeiten.

**Frankfurt**, 8. April. Soeben wird nachstehender Aufruf des Fünfzigerausschusses veröffentlicht. „An das deutsche Volk! Die Wahlen zu der hervorstehenden konstituirenden Nationalversammlung sind die zunächst wichtigste Aufgabe unseres Volkes. Denn diese Versammlung muß die Freiheitsrechte des Volks aussprechen und feststellen, über die Verfassung beschließen und diejenigen Gewährleistungen aufstinden, welche den Bestand der neuen Schöpfung sichern. Die Ruhe ist in Deutschland nicht gesichert, der erschütterte Kredit kann nicht wieder aufblühen, der daniederliegende Verkehr sich nicht neu beleben, bis das Vertrauen auf die Zukunft wiederkehrt; dieses Vertrauen aber wurzelt einzig und allein in den Grundlagen und Grundgesetzen, welche die konstituirende Versammlung zu schaffen berufen ist. Sie ist daher Pflicht jedes deutschen Mannes, der es mit des Vaterlandes Ruhe, Freiheit und Wohlstand redlich meint, alle seine Kräfte dafür zu verwenden, daß die Wahlen sofort und im Sinne der Frankfurter Beschlüsse ausgeführt werden. Das ganze Volk soll sein Heil von Frankfurt erwarten, deßhalb muß das ganze Volk dort vertreten sein. Kann auch die zur Herstellung eines allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechts, welches zu schaffen ebenfalls Aufgabe der konstituirenden Nationalversammlung ist, nur der Angehörige des einzelnen Staates in demselben wählen (also nur der Badener in Baden, der Sachse in Sachsen), so muß mindestens jeder Staatsangehörige wählen. Es darf kein Unterschied noch Stand, Rang, Glaubensbekenntniß und Vermögen gemacht werden; es darf das Wahlrecht an keine Steuer geknüpft, es darf kein volljähriger, selbstständiger Mann davon ausgeschlossen werden. Direkte und unmittelbare Wahlen sind das grundsätzlich Richtigste und es muß mit aller Kraft darauf gehalten werden; wo aber auch indirekte Wahlen angeordnet werden, da muß mindestens, sowie bei den unmittelbaren, die obige allgemeine Berechtigung anerkannt werden. Wählbar aber ist jeder Deutsche im ganzen deutschen Vaterlande.

Deßhalb muß dem Spießbürgerthum kräftig entgegengetreten werden, welches meint, es müßten die Interessen der besondern Stadt, des besondern Landes, des besondern Standes bei der konstituirenden Versammlung vertreten sein. Diese engherzige Ansicht hat der untergegangene Polizeistaat gezeugt und genährt, welcher das ganze Volk in Theile, Stände und Kasten spaltete, um auf diese Spaltung seine Herrschaft zu begründen. Es gibt bei der konstituirenden Versammlung keine besondern Interessen, diese sind in den Vertretungen der einzelnen Länder gründ zu machen; es gibt nur Allgemeines, nur Deutsches. Die Wahl ist daher überall auf Männer zu lenken, die ein warmes und großes Herz für das Gesammtvaterland und seine Freiheit haben, die Muth und Kraft besitzen, Hand anzulegen an deren Gründung. Wir fordern demnach alle wahrhaft deutschen Männer auf, die Wahlen auf das angelegentlichste zu befördern. Besonders den städtischen Behörden und Körperschaften, die sich in so ausgezeichneter Weise an den Bewegungen der Gegenwart betheiligt haben, den Wahlausschüssen für einzelne Länder, den Vaterlands- und andern Vereinen und dem Volke in seiner freien Versammlung legen wir diese große und heilige Sache ans Herz und bitten hiermit um sofortige Kunde darüber, was in den einzelnen Ländern geschieht und geschehen ist. Kraft uns, deutsche Brüder, gemeinsam arbeiten mit Kraft und Ernst. Als Frucht unserer Arbeit erstehe, was wir Alle ersehnen und erstreben: Das eine freie deutsche Vaterland! Frankfurt a. M., 8. April 1848. Der Fünfziger Ausschuß. Soiron, als Vorsitzender. Simon, als Schriftführer.

## Dänemark.

Aus Apsens vom 31. März wird gemeldet, daß die Zahl der von Hadersleben Flüchtenden gegegenen Truppen 4700 Mann betrage. — Die hiesigen Blätter berichten, daß die hier wohnenden Deutschen am 30. v. M. eine Ergebenheitsadresse an den König beschlossen und ihm dieselbe gestern durch eine Deputation von fünf Mitgliedern haben überreichen lassen. Der König empfing die Deputation außerordentlich gnädig. Er sagte, er müsse über sich wachen, um nicht im Grimme zu entkommen über das, was man sich herausgenommen habe; er verlasse die Hauptstadt mit der Hoffnung, bald den unnatürlichen Krieg zwischen Bürgern und Bürgern unterdrücken zu können, so daß der Friede sich wieder verbreite über die Herzogthümer und das Königreich. Die Adresse, mit mehreren hundert Unterschriften versehen, ist in 15,000 Exemplaren nach verschiedenen Punkten Deutschlands versandt worden, um den unbegründeten Gerüchten von der Unfreiheit des dänischen Königs u. s. w. entgegenzuwirken. (Daß die Unterzeichner unwahren Gerüchten entgegenwirken, ist dankbar anzuerkennen; dagegen wäre von ihnen zu erwarten gewesen, daß sie sich selbst und ihr Vaterland mehr achten würden, um so unverhohlen, wie sie es in ihrer Adresse gethan haben, der dänischen Sache den Sieg über ihre Landsleute zu wünschen.) — Einem Briefe aus Helsingör vom 2. d. zufolge, ist das Gerücht, daß man in Kopenhagen Looſen für eine zu erwartende englische Flotte engagirt habe, eine Erdichtung. (B.-H.)

## Großbritannien.

London, 6. April. In der vorgestrigen Unterhaussitzung lenkte B. Cochrane die Aufmerksamkeit der Regierung auf einen seiner Ansicht nach „hochverrätherischen“ Artikel in dem Dubliner Blatte „The Nation“, worin es u. A. heißt: „Irlands Zustand fordert das verzweifelte Hellmittel der Revolution. Die Völker des Festlandes haben auch ihre Beschwerden, aber die unsrigen sind unverhältnißmäßig größer; jene streben nach dem Recht, sich zu versammeln, wir nach dem Recht, zu existiren; sie nach Preßfreiheit, wir nach der Freiheit, zu leben; die einzige Alternative für Irland ist Auswerfen oder Revolution. Allen Menschen ist es offenbar gewehrt, daß unsere fremde Regierung nur eine Versammlung von Todtengräbern ist; sie ziehen die Armuth groß und beschützen die Pest; Fieber, Ueberfüllung, Ausleerung, Tod — Alles entspringt aus der verbrecherischen Weise, womit sie und die Existenzmittel entgehen; wir werden ausgerottet, nicht durch den Willen Gottes, sondern durch den Willen der Whigs“ u. s. w. Sir W. Somerville erwiderte im Namen der Regierung: man habe sich daran gewöhnt, solche aufrührerischen Artikel in den irischen Blättern zu lesen; ohne Zweifel werde dem Lordstatthalter der angeführte Artikel nicht entgangen sein, und man müsse ihm überlassen, in welcher Weise er dagegen einzuschreiten gedenke. O'Connor, um Cochrane's Antrag lächerlich zu machen, fragte den Kronanwalt, ob man nicht auch den Herausgeber der Times, so gut wie den Herausgeber der Nation, Hrn. Duffy, vor Gericht stellen solle, weil jene neulich einen Artikel gebracht, worin als das beste Mittel zur Zerstörung von Barrikaden statt der Kartätschen kongreviſche Raketen empfohlen wurden. Sir G. Grey erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die Regierung eine Will einzubringen Willens sei, um der Austreibung der Pächter von ihren Pachtgütern Schranken zu setzen. Zum Schluß der Sitzung hielt Hr. Anstey einen Vortrag für die Unabhängigkeit Polens; er äußerte u. A.: die Wiener Verträge sein thatsächlich vernichtet, es sei nöthig, einen andern Völkervertrag festzustellen, wonach

Digitized by Google

die Unabhängigkeit der schwächern Völkerschaften unter Schutz und Garantie der größern gestellt würden, man möge in diesem Sinne eine Adresse an die Königin richten. Hr. Anstey ist aber kein Liebling des Unterhauses, seitdem er seinen Antrag auf eine Haberrathsherklärung gegen Palmerston gestellt; namentlich fürchtet man sich vor seiner unerträglich weitschweifigen Manier. Auch diesmal verlief der größere Theil der Versammlung mit anfallendem Gerüchte des Haus, und da schließlich nur noch 31 Mitglieder anwesend waren, konnte über Anstey's Vorschlag kein Beschluß gefaßt werden.

Am 6. April richtete im Unterhause Sir J. Walsh an den Minister des Innern die Frage: ob die Regierung die nöthigen Vorsichtsmaßregeln für den 10. April getroffen habe, an welchem Tage die Chartisten einen großen Zug nach dem Parlament veranstalten wollten, um es einzuschüchtern und zur Annahme der im Volksbriefe enthaltenen sechs Punkte zu nöthigen. Sir G. Grey erwiderte: die Regierung betrachte diese Procession als ungesetzlich, und werde im Laufe einiger Stunden Anfrage aus Volk vertheilen lassen, worin ihm abgerathen würde, daran Theil zu nehmen, dagegen empfohlen, Alles zu thun, was den Frieden und die öffentliche Sicherheit erhalten könne. Feargus O'Connor sagte: Es würde künftigen Montag Alles in Ruhe und Frieden abgehen, sobald sich die Polizei oder militärische Streitkräfte nicht einmischten. Die Chartisten wollten nur durch die Straßen ziehen, um ihre numerische Stärke zu zeigen; die Petition selbst werde nur von wenigen Abgeordneten dem Parlament vorgelegt werden. Das Volk sähe, seiner Ansicht nach, hiermit ein verfassungsmäßiges Recht. O'Connor versicherte: die Volksbittschrift werde von nicht weniger als gegen 5 Millionen Unterschriften bedeckt sein. Sir G. Grey erhob sich sodann und sagte: er werde sogleich den Tags einen Gesetzentwurf für bessere Sicherheit der Krone und der Regierung vor das Haus bringen. Diese Erklärung erregte ein ungeheures Aufsehen. Ueber die Stellung, welche die Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage einzunehmen gedenke, versprach Russell folgenden Tags den von einem Mitglied gewünschten Aufschluß zu geben.

Am 4. April traten die chartistischen Abgeordneten der größern Städte Englands, 49 an der Zahl (50 würden bereits den Strafbestimmungen der Konventionsakte verfallen) zu einer Art Nationalkonvent zusammen und beschlossen täglich in dieser Weise zusammenzukommen, bis die Volkscharte angenommen worden sei. Die Geschäfte waren nur vorbereitender Art. Am 5. April versammelten sich die Abgeordneten abermals. An diesem Tage äußerte Hr. Ashton, Abgeordneter von Northampton, die Einwohner dieser Stadt, deren Handel und Wandel ganz darniederliege, hätten nicht die geringste Ehrfurcht mehr für Gesetz und Ordnung, sie wären aufs Gründlichste überzeugt, daß eine durchgreifende Aenderung stattfinden müsse, sie fänden Alle wie Ein Mann für die Volkscharte, sie seien entschlossen, für die Freiheit bis auf den Tod zu kämpfen, denn wer für die Freiheit nicht kämpfen möge, der sei auch der Freiheit nicht werth; die Bewohner von Northampton würden, wenn man nicht unverzüglich die Volkscharte zum Landesgesetz erhebe, das Parlament mit dem Bajonett dazu zwingen. J. Leach, Abgeordneter für Manchester, äußerte: Er ziehe Vernunftgründe der physischen Gewalt vor, wenn man aber nicht auf die Vernunft hören wolle, so würden, glaube er, sich in Manchester Tausende finden, welche bereit seien, mit Blut und Leben für die große Sache der Volksfreiheit einzustehen. Hr. Paterson, Abgesandter für Burnley, Rochdale und andere Fabrikorte in Lancashire, berichtete: die Bevölkerung dieser Bezirke befinde sich in einer elenden Lage, die meisten hätten nur zwei oder drei Tage die Woche zu arbeiten, und die Noth würde sie zu den äußersten Entschlüssen treiben. Hr. West (für Stockport) meinte: das gegenwärtige Haus der Gemeinen sei ein Werkzeug für die Aristokraten, um das Volk zu unterdrücken. Arbeiter des Nordens, welche nie den Tod gefürchtet, wären bereit, das Parlament zur Annahme der Volkscharte zu zwingen; sie sagten: nehme man sie nicht an, so sei der Krieg der einen Menschenklasse gegen die andere erklärt; es solle dies das letzte Mal sein, daß sie dem Parlament um Annahme der Volksverfassung bettelten. Reynolds (für Derby) sagte: die Bevölkerung von Derby werde die Nichtannahme der Volkscharte für eine Kriegserklärung gegen die Fabrikarbeiter betrachten, und Bluvergießen würde davon die nothwendige Folge sein; die Zeit zum Handeln sei da, möge man mit den ruhmwürdigen Patrioten Irlands Hand in Hand gehen und dem Beispiele der Völker des Festlandes folgen u. s. w. Aehnlich äußerten sich alle die übrigen Abgeordneten darüber. Auch in Manchester, wo die Geschäfte kaum je so schlecht gingen, wie jetzt, wurde am 3. ein zahlreich besuchtes Chartistenmeeting gehalten und eine Deputation an die städtischen Behörden geschickt. Man führte auch auf dieser Versammlung eine durchaus revolutionäre Sprache.

## Frankreich.

Paris, 7. April. Das Bulletin des Lois bringt heute das Dekret der prov. Regierung über die Errichtung einer Stadtwache für Paris von 1500 Mann zu Fuß und 300 zu Pferde. Nur ausgezeichnete Patrioten können in dieselbe aufgenommen werden.

Die Uniformirung und Armirung der Nationalgarde ist künftige Woche beendigt. Bis jetzt zählen die 24 Bataillone schon 21000 Mann — ein Drittel davon geht im Falle eines Krieges sogleich zur aktiven Armee ab.

Am 3. und 4. d. fanden in Bordeaux Unruhen Statt, welche die Anhänger der gegenwärtigen Regierung bezahlter Aufreizung zuschreiben; gewiß ist es, daß die arbeitende Klasse selber daran Theil nahm, wenn es gleich den Republikanern gelang, die Ruhe herzustellen. Doch ist damit einem Mißverhältniß, das die großen Städte des mittlern und südlichen Frankreichs von Paris trennt, nicht abgeholfen; früher oder später wird sich der Provinzialgeist mit der Hauptstadt, der industrielle Mittelstand mit dem Pariser Proletariat, der Föderalismus mit der Centralisation in einen Kampf auf Leben und Tod begeben müssen, wenn er nicht widerstandlos abtreten will.

Wie wenig, trotz aller Experimente, es der prov. Reg. gelungen ist, den Kredit zu befestigen, zeigt ein Vorfall von gestern. Da gingen plötzlich alle Kurse in die Höhe — weil man erfuhr, Hr. Garnier Pages sei vom Finanzministerium zurückgetreten und habe es Hr. Michèle Fould überlassen; der Moniteur Parisien mußte das Gerücht bezavouiren und dahin erläutern, man habe H. Fould nur mit einem Finanzplane beauftragt. Die bittere Kritik der Böse über Garnier Pagès war aber nicht mehr rückgängig zu machen.

Es hat sich am 6. d. auch eine Gesellschaft zur Emancipation der slavischen Nationalitäten gebildet, in welcher polnische, böhmische, russische und südslavische Elemente vertreten sind; sie wollen auf eine Befreiung aller Slaven hinwirken, aber zugleich dem Panslavismus des russischen Czaren entgegen arbeiten.

Die Pariser Blätter sind seit einigen Tagen von ziemlich dürftigem Inhalte. Es scheint, die Lynchjustiz, die man mit Girardins Statt geübt hat, schreckt Alle ab, sich freimüthig über die Lage zu äußern; wenigstens den Blättern nach zu urtheilen, die Presse und das Journal des Débats mit eingeschlossen, scheint die provisorische Regierung keine Opposition gegen sich zu haben und — doch ist Vermann vom Gegentheil überzeugt. Dieser Versuch, die Freiheit der Presse durch Terrorismus aufzuheben und die wirklichen Gährungen der öffentlichen Stimmung durch eine trügerische Ruhe zu ersetzen, ist gefährlich; er fällt gewöhnlich auf die Urheber zurück, und die französische Geschichte seit Napoleon bis 1830 ist an Exempeln dafür reich genug.

Eine Angelegenheit, die vor der Februarrevolution die Kupmeerkammer viel beschäftigte und dann vor mächtigeren Eindrücken weichen mußte — der Prozeß Lesdade — ist seit den letzten Tagen des März wieder neu angegriffen worden. Man sieht in den nächsten Tagen der Entscheidung entgegen.

## Griechenland.

* Athen, 26. März. Sonntag Nachmittag war die Musik wenig besucht, desto mehr Streitsüchte entwickelt. Das königl. Paar erschien nicht. Sonntag, Montag und Dinstag dauerten die Unterhandlungen über die Bildung eines neuen Ministeriums. Der König berief die HH. Maurokordatos, Metaxas, Trikupis, Konduriotis und die Präsidenten der gesetzgebenden Körper Deligiannis und Kalliphronas. Alle waren darin einig, daß das Ministerium zu ändern sei. Die drei ersten sprachen freimüthig, wie es die Umstände erheischen. Sie stellten vor, daß die Kammer als ungesetzlich aufgelöst werden müsse, daß die Gerechtigkeit gepflegt, die Ausgewanderten zu amnestiren, weil sie nur aus Noth oder Furcht sich aufgelehnt, daß nach den Bestimmungen der Nationalversammlung der König regiere, die verantwortlichen Minister aber verwalten. Die drei letzten stellten die Auflösung der Kammer als schädlich dar, da die Staatskasse leer und die Gemüther aufgeregt seien. Der König beauftragte den Senator Konduriotis, ein Ministerium zu bilden. Dieser suchte vergeblich die ersten drei Männer und den Senator Klonaris zur Theilnahme zu bewegen; sie blieben fest. Endlich wandte er sich an den Christoveklub und brachte folgende Liste: Präsidentschaft und Marine Konduriotis, Sen.; Inneres Kreftenites, Bürger, mit den Mauromichalis verwandt; Aeußeres Manzolas, Sen.; Finanzen Christakopulos, Sen.;

Digitized by Google

Kultus und öffentl. Unterricht Anastasius Mauromichalis, Sen.; Krieg General Rhetius; Justiz Advokat Diomedes. Die ersten fünf sind Saliften, Rhodius Rappist, Diomedes Anglist. Letzterer war auf die Liste gesetzt, damit Englands befriedigt werde. Sir Edm. Lyons aber, als er von diesen Ernennungen hörte, verkündete laut seine Entrüstung, da England Maßregeln, nicht Personen wolle, measures not men, und Diomedes schrieb an Kondurietis: „Wenn auch mein Körper verstümmelt ist — er hat nur ein Bein — mein Herz ist ganz. Durch ein Portefeuille lasse ich mir meine Ueberzeugung nicht abkaufen.“ Bei dem Festmahl aber, das ihm seine Kollegen gaben, brachte er den Toast aus: auf die Entfaltung des öffentlichen Geistes. Diomedes Portefeuille wurde provisorisch dem Minister des Innern übertragen. Obgleich dieses Hofministerium, außer den Höflingen, Niemand befriedigte, da offenbar nur die Personen geändert sind, nicht das System, beruhigte sich doch Athen. Die Aufhebung der Sicherheitsmaßregeln des vorigen Ministeriums that dazu das Meiste. Es hatten nächtliche Haussuchungen Statt gefunden, jede fünfzig Schritte begegnete man einem Polizeigliede, die Patrouillen durchschritten bei Tag und Nacht die Stadt, Athen schien in Belagerungszustand erklärt. Dies unterblieb nun. Die Erklärung der Häupter der Opposition, sie wollten dem neuen Ministerium nicht systematisch opponiren, sondern seine Handlungen abwarten, that das Uebrige. Von diesen Handlungen liegen bis jetzt zwei vor. Sen. Kleonaris erhielt die Präsidentschaft des Areopags zurück, und der Schweizer Hahn wurde zum Kommandanten des hiesigen Linien-Infanterieregts ernannt. So sehr die Erste Besoldung findet, so allgemein wird die Zweite getadelt. Sie dient zum Beweis, daß im Systeme Nichts geändert ist, da sie einem Griechen nie in den Sinn gekommen wäre. Sonderbarer Weise ist keiner der neuen Minister Abgeordneter, obgleich das Ministerium der Erhaltung der Kammer zu Liebe gebildet wurde. Es ist somit der Form nach weniger konstitutionell als das vorige. Das neue Ministerium fand in der Staatskasse die Summe von 150,000 Dr. oder 5357 Pfund Sterling, und der Erfahrung nach gehen in dieser Jahreszeit wenig Steuern ein. Von der Schuld an England für die beiden letzten Semester, im Betrag von 1,100,000 Dr., sind nur 200,000 bezahlt, und zur Deckung des Restes nur 150 Bankaktien zu 1000 Dr. verwendbar, wenn die Kammern einwilligen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[322]* Bei Fried. Bassermann in Mannheim ist erschienen:

# Geschichte der Chalifen

## nach handschriftlichen, größtentheils noch unbenützten Quellen bearbeitet

von **Dr. Gustav Weil,**

a. o. Professor der morgenländischen Sprachen und Bibliothekar an der Universität Heidelberg, Mitglied der asiatischen Gesellschaft zu Paris und der deutschen morgenländischen zu Halle und Leipzig.

## Zweiter Band.

Die Abbasiden bis zur Einnahme von Bagdad durch die Buyiden. 132—334 d. H. oder 749—945 n. Chr.

Preis 4 Thlr. (6 fl.)

Der im vorigen Jahr erschienene erste Band dieses Werkes hat in der historischen Literatur Epoche gemacht. Das Journal des Savans (April-heft 1846) bemerkt unter Anderm: „Das Werk des Hrn. Weil füllt eine bedeutende Lücke in der Völkergeschichte. Man besaß bis jetzt keine zusammenhängende, vollständige Geschichte der Moslims. Hier findet man die glaubwürdigsten Berichte ihrer eigenen Schriftsteller, verglichen mit den Werken der byzantinischen und abendländischen. Die Zeitbestimmung der Ereignisse ist äußerst sorgfältig behandelt.“ — Schlosser, der Perod unserer Geschichtsschreibung, sagt in der Vorrede seiner neuen Weltgeschichte (IV. S. 7): „Hr. Weil ist als einer der besten Kenner der orientalischen Sprachen in Frankreich und Deutschland bekannt; er hat aus Handschriften ganz neue Dinge ans Licht gebracht, sein Buch ist also Quelle zu betrachten. Die Namen, die Data, die Orte, die Thatsachen, welche Hr. Weil aus seinen Quellen oder nach seiner genauen Sprachenntniß anders bestimmt hat, als der Verfasser gethan hatte, sind daher in diesem Hefte (IV. 7.) ohne Bedenken geändert worden. In der Auffassung des Allgemeinen ist Hr. Krieg mit Recht ihm allein gefolgt“.

So ist der quellenmäßige, streng historische Charakter dieses Werkes allseitig anerkannt worden. Ein Gebiet von hoher Bedeutung für die politische, die Kultur- und Religionsgeschichte, von dem bisher nur geringe Theile nach den Erfordernissen unserer Zeit von einzelnen Gelehrten bearbeitet wurden, während über dem Ganzen noch das Dunkel der Mythe schwebte, wird hier zuerst im Zusammenhange auf den festen Boden der Thatsachen gestellt.

Der zweite Band ist nicht minder reich an wichtigen Forschungen, die besonders über die innere Gestaltung des Islams und seiner Literatur ein neues Licht verbreiten und daher jedem Freunde der Wahrheit und historischen Wissenschaft von Bedeutung sein müssen.

Um die Anschaffung des Werkes zu erleichtern, hat die Verlagshandlung den Preis des zweiten Bandes bei gleicher Bogenzahl bedeutend niedriger gestellt, als der des ersten Bandes gesetzt werden konnte.

## Bekanntmachung.

Die Ankunft und Abfahrt der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres in folgender Weise Statt:

**I. Ankunft** von **Mainz** täglich zur Mittagszeit, im Anschluß an den um 2 Uhr 20 M. Nachmittags von Mannheim nach Offenburg, Kehl (Straßburg) abgehenden Eisenbahnzug X.

**II. Abgang** nach **Mainz** täglich 2½ Uhr Nachmittags im Anschluß an den Eisenbahnzug V. von Freiburg.

Die Fahrten am Samstag, Dienstag, Mittwoch und Freitag schließen sich unmittelbar an jene nach **Rotterdam**, und die Fahrten am **Sonntag** und **Mittwoch** außerdem an die englischen Dampfboote nach **London** an.

Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Großh. Eisenbahn, so wie umgekehrt auf den Hauptstationen der Großh. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 31. Oktober 1847.

**Großh. Post- und Eisenbahn-Amt**
**Eberlin.**

[323]*

[324]*

# Rheinische Dampfschifffahrt.

# Kölnische Gesellschaft.

## Tägliche Abfahrt:

Von **Mannheim** nach **Cöln** 6 Uhr Morgens. Von **Mainz** nach **Mannheim** 2½ Uhr Mittags.

**Mannheim**, den 14. Febr. 1848. ***Die Agentur.***

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr. Ewer u. Comp., 70 Bucquoy Square in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an H. H. Wernher Commissionär in Bourdeaux, Quai No. 20, dem Quai Louis du Maillwich.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.45.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.12. 30 kr. für Ausgaben nach der Raum einer breispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 103. Heidelberg, Mittwoch 12. April. 1848.

## Uebersicht.

**Die fremden Truppen in Baden.** — Wien (Erzherzog Franz Joseph Gouverneur von Böhmen). Posen (das Generalkommando der fremden Truppen dieser verlegt). Berlin (Protest gegen den vorgeschlagenen Bundesbesuch für die deutsche Nationalvertretung). Aus Westpreußen (die polnischen Umtriebe. Die deutsche Bewegung. Preußen und das Königthum). München (Kammerverhandlungen. Gesetzentwurf über Ministerverantwortlichkeit. Die hänsische Initiative. Die Selbstauflösung der Stände). Stuttgart (die konstitutionelle Erklärung. Die revolutionäre Partei. Bürgerversammlung). Dresden (Thätigkeit des Ministeriums. Erlaß über die Arbeiterverhältnisse). Leipzig (in Rußland seine Päße mehr ins Ausland erbeten. Das Ergebniß in Auffand). Hannover (Nothwendigkeit weiterer Reformen). Aus dem Badischen Oberland (Zusammenstoß französischer Soldaten und deutscher Arbeiter). Mainz (Verhaftungen). Rendsburg (Towern von den Dänen besetzt. Ankunft neuer preuß. Truppen. Preuß. Kurier nach Kopenhagen.) Aabeburg (ein Aufschub von sechs Mitgliedern der Regierung beigegeben). Frankfurt (Bundesbeschluß über die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Verhandlungen des Fünfzigerausschusses).

**Schweiz.** Kreisschreiben des Vororts in Betreff bewaffneter Freischaaren-Rüstungen. Bern. Rücktritt der Berner Regierung über die deutschen Freischaaren. Die Neutralität der Schweiz.

**Niederland.** Arnheim (Fürst Metternich).

**Großbritannien.** Anstalten der Regierung gegen die Progessen der Chartisten. Die Antwort Lamartine's an die irische Deputation. Kriegszug für den König der Mosquitos. Die Times über Arbeiteraufstände. Fremde Emissäre.

**Frankreich.** Defret über Errichtung neuer Lehrstühle. Bianqui. Urtheil im Prozeß Lecture. Abgeordneter der prov. Regierung in Mailand. Wieder eine Erklärung Hermegds. Französische Rüstungen. Wieder ein Wahlerlaß Ledru-Rollins.

**Italien.** Lombardei. Die Stellung der Truppen am Garbasee. Verona noch in den Händen der Oesterreicher. Rom (die Jesuiten ausgewiesen).

**Beilage.** Heidelberg (Deutschlands Stellung und Vertheidigung). Wien (Fürst von Windischgrätz seines Postens enthoben. Erzherzog Johann. Graf Zichy gefangen. Das Freiwilligencorps). München (der Gesetzentwurf. Gerichtsorganisation. Die Gesetzworurgerichte). Stuttgart (Manifester. Der demokratische Klub. Die Bewaffnung. Der Rothstand. v. Wächter. Die fremden Truppen).

## Heidelberg, 11. April.

In dem Augenblick, wo die Antipathien des ganzen deutschen Volkes sich gegen Osten wenden und ein naher Zusammenstoß mit dem moskowitischen Gegner nicht zu den Besorgnissen, nein zu den Wünschen und Hoffnungen der Nation gehörte, in demselbem Augenblick fing von Westen eine andere, nähere Gefahr an uns zu bedrohen; zwar waren die Eroberungsgelüste verstummt jenseit des Rheins, und Lamartine konnte sich dem poetischen Fluge seiner Phantasie, welche ihm den bevorstehenden ewigen Weltfrieden verhieß, ganz hingeben, auch war die Krisis einer innern Zerspeung der französischen Verhältnisse und die Entfesselung rein zerstörender Tendenzen nicht so rasch, als man gefürchtet hatte, erfolgt. Aber es bildeten sich bewaffnete Kolonnen auf Schweizer- und französischem Boden, Kolonnen, die sich ungerufen mit den Waffen in der Hand und zur Hilfe aufdrängten, während wir durchaus keiner Hilfe bedurften, die sich als Träger einer Regierungsform ankündigten, von der die unermeßliche Majorität des deutschen Volkes Nichts wissen will. In jeder andern Zeit war eine so anfordringliche Bundesgenossenschaft ohne Gefahr; in einem so bewegten Augenblicke, wie der jetzige ist, wo die alten Formen sich neugestalten und eine Masse gährender Stoffe ruhelos und ziellos entfesselt sind, konnte und mußte jene Emigrantenarmee auf dem linken Rheinufer der Heerd und das Banner werden, um das sich alles Mißvergnügte, alles Aufstrebende, Anarchische, wie es in jeder Epoche der Umwälzung an die Oberfläche tritt, vereinigte. Was war natürlicher, als daß man Maßregeln der Vorsicht traf, daß man gegenüber revolutionären Horden, die sich im Süden und Westen unsres Vaterlandes sammelu und in deren Rücken sich z. B. in Burgund große französische Feldlager bilden, unsre eigne langgestreckte Grenze des schmalen badischen Landes mit dem nöthigen Schutze umgab. Diejenige deutsche Behörde, in deren Hände der Schutz und die Vertheidigung Deutschlands gelegt ist, hat diesmal ihre Schuldigkeit; sie befahl die Rüstung und Mobilmachung zweier deutschen Armeekorps (VII. VIII.) und die Regierungen von Baiern, Würtemberg, Baden und Hessen haben diesen Befehl vollzogen.

Einen Widerspruch gegen dieses Verfahren hätte man von einem politisch gebildeten Volke nicht erwarten sollen. Man pflegt zu gegen jede Gefahr, die zu besorgen ist, Maßregeln der Abwehr zu treffen und nicht erst zu warten, bis die Noth wirklich da ist; Gefahr war und ist vorhanden, also war es ein Recht und eine Pflicht des Staates, seine Angehörigen davor zu schützen. Dieser Schutz ist so einfach, daß wir uns eher Alles anderen versehen hätten, als einen Widerspruch von Seiten derer, denen die Schutzmaßregeln vorzugsweise galt. Und doch ist dieser Widerspruch erfolgt! Wie auf Kommando haben eine Anzahl badischer Städte gegen diesen Schutz der Grenze protestirt; die Deputationen freilich, die diese Proteste überbrachten, sind zum Theil auf sehr sonderbarem Wege zu Stande gekommen, und in manchen Stadt erfuhr die erstaunte Bürgerschaft erst nach der Rückkehr der Protestirenden, welch weiser und tiefsinniger Schritt in ihrem Namen gethan worden sei. Aber gleichwohl, die Protestationen sind Thatsachen, Thatsachen von so bedauerlicher Art, daß man mit einem Male wie aus einem schönen Traum deutscher Einheit und Erhebung geweckt zu sein und in die armseligsten Zeiten deutscher „Schildbürgerei" sich versetzt glaubt. Die Entfernung der „fremden" Truppen — so lautet der Wahlspruch, womit unsre badischen Städte vor die Regierung hintreten! Der „fremden" Truppen! Dahin haben wir es also gebracht mit all dem Lärm um deutsche Einheit und Einigkeit, mit all den Festreden, Toasten, Liedern, deren Refrain unabänderlich lautete: „das ganze Deutschland soll es sein" — dahin haben wir es gebracht, daß in dem politisch vorgerücktesten Lande, das dieser Vorgerücktheit sich so sehr bewußt schien, der ellenlange Zopf einer jämmerlichen Spießbürgerei bei der ersten ernsten Probe zur Beschämung groß heranhängt! Und doch erhob sich in demselben Lande ein so lauter und unzweifelhaft gerechter Unwille, als man in Berlin einen preußischen Fremdenbann an zwei badischen Abgeordneten geltend machte, und wenn er seit dreißig Jahren mit den badischen Armeen zu einer Fahne vereinigt war, gehört eben unter die fremden Truppen.

Gern, sehr gern hätten wir diesen Armuthszeugniß, das sich der deutsche Philistersinn noch am Tage des jüngsten Gerichts glaubig anstellen zu müssen, aus nationalem Schamgefühl unterdrückt; gern hätten wir es in der Zeitung nicht erwähnt, damit man jenseit des Rheins, des Belts, der Nordsee und des Niemens nicht erfährt, welch wunderbare Fortschritte unser Nationalsinn in praktischen Dingen gemacht hat. Aber es ist eine Pflicht, auch dieses Jammers zu gedenken, wenn auch nur aus dem einzigen Grunde, lauten Protest einzulegen gegen die Anmuthung, als huldigten auch wir dem Phantom einer badischen Nation, als seien wir wenigstens stillschweigend einverstanden mit diesem klaglichen Rückfall in eine der schlimmsten aller deutschen Michelein, als vergäßen wir nur einen Augenblick, daß die Erde, auf der wir stehen, zuerst deutsch, dann in zweiter Linie badisch ist, als wollten wir ruhig zusehen, wie ein Theil unserer nächsten Landsleute es über sich nimmt, den guten Namen Badens in Deutschland — unvergeßlich lächerlich zu machen.

Wir wissen, daß wir nicht die Einzigen sind in Baden, die eine tiefe Scham empfinden über diese jüngste That des deutschen Zaun- und Pfahlpatriotismus, aber wir wissen auch, daß sonst wohlgesinnte Leute sich im ersten Schrecken in das philiströse Bockshorn

Digitized by Google

haben sagen lassen. Aus Schrecken — vor der Reaktion; das edle deutsche Armeekorps sollte der Deckschild sein, den die reaktionäre Politik aufsende, um mit weiteren und größeren Kräften den Anschwung der freisinnigen Bewegung im Westen zu ersticken. Es scheint uns, Jeder, der nur sehen, der nicht wirkliche Besorgnisse verdecken, eingebildete an die Stelle setzen will, wird sich bei ruhiger Erwägung den wahren Grund oder Unsinn dieser Befürchtungen auf das rechte Maß zurückzuführen wissen. Wir möchten, wenn auch nicht zu besorgt, doch auch nicht zu unbesorgt sein; wir möchten auch nicht zu verkennen, daß die Reaktion mit vollen Segeln schiffe, wir möchten aber auch nicht behaupten, daß sie die Segel ganz gestrichen. Sie lebt noch, sie hat ihre Wünsche nur vertagt, nicht aufgegeben, sie ist wachsam auf alle unsere Fehler, sie freut sich unserer Uneinigkeiten, sie wartet nur auf den Augenblick, wo sie nach einer unnatürlichen Ueberspannung die Zeit der Abspannung des Volkes wieder ausbeuten kann. Und hier ist unsere erste Sorge, sie aufschädlich zu machen, hier haben wir die Waffen allein in Händen, die zweite Wiederholung einer Schmach wie nach 1815 und 1830 von uns abzuwehren, einer Schmach, deren Schuld zur einen Hälfte dem müden, thatlosen Volke selber zufällt. Aber daß jetzt, in diesem Augenblick, wo die französische Republik vor Unruhe zittert, ihre Staatsform über ganz Europa anzubreiten, wo Italien in Flammen steht, ganz Deutschland sich in ernster Aufregung befindet, wo eine vulkanische Erschütterung das ganze Festland durchbebt, daß jetzt die Reaktion versuchen sollte, mit brutaler Gewalt das kaum erst Errungene wieder zu vernichten, das wäre ein so wahnsinniges Hasardspiel von so unqweifelhaftem Ausgang, daß wir auch bei den geringsten Vorstellungen von dem guten Willen und der Einsicht der reaktionären Partei daran nimmer glauben können. Sie wollten den Talisman zerschlagen, der den Dämon der Revolution gebunden hält, sie wollten die eben erst entfesselte, gewaffnete Volksmacht, deren Kräfte überzuschäumen drohen, gegen sich ins Feld rufen, in einem Momente, der auch keine Hoffnung des Gelingens bietet, aber Aussichten einer grenzenlosen Niederlage in reichem Maße!? Noch einmal; die Reaktion, die heute, die morgen kommt, fürchten wir nicht, denn wir haben Waffen und Muth, sie abzuwehren; die Reaktion, die nach den Ausschweifungen der Anarchie, nach den Gräueln der Zerrissenheit, des Bürgerkriegs, der Fremdherrschaft uns überkommt, die fürchten wir, denn sie wird uns muthlos und ungerüstet finden.

Wer soll aber diese bewaffnete Reaktion bringen? Die Truppen des achten Armeekorps, die eben erst auf die Verfassungen beeidigt sind, hinter denen ein freisinnig bewegtes Volk und volksthümliche Regierungen stehen! Ein Pfizer, Römer, Duvernoy, Gagern sind die Männer, welche uns die Kosaken des Rückschritts senden — sie, die nur leben und bestehen in der neuen Politik, die von jedem Luftstrom der alten Politik zuerst mit weggenommen würden. Aber freilich sie sind Minister, und eine freche Demagogie hat sich zu schon bis zu der Spitze der Unvernunft verlaufen, jeden Minister von vornherein für verdächtig zu erklären; freilich, es sind Männer von Geist und Charakter, und die muß zuerst der Rost der Verleumdung und des Mißtrauens anfressen, wenn für die Andern, denen Beides gebricht, irgend eine Aussicht des Erfolges sein soll. Und dies führt uns auf die ernsteste Seite des Widerstandes, den die Deckung unserer Grenze gefunden hat.

Die große Mehrzahl derer, die gegen die „fremden" Truppen protestiren, wollte nicht, was sie that; sie ließ sich von einer falschen Auffassung der Dinge verleiten und ist durch ruhige Einsicht in die Lage zu belehren. Aber es stehen Andere im Hintergrunde — die eigentlichen Leiter der Agitation gegen die „fremden" Truppen — und diese wissen recht gut, was sie wollen. Sie wollen die Anarchie, den Terrorismus, die brutalste Tyrannei der Fäuste und wissen recht gut, daß es so weit nimmer kommen kann, wenn der erste Versuch in der Wurzel erstickt ist. Sie sind so schlimm wie die Reaktion; will und diese den aufstrebenden Baum der Freiheit von Oben im Wachsthum zerstören, so möchten jene Andern den ganzen Boden rings um die Wurzel so umwühlen und verderben, daß nur wüstes Unkraut darauf wachsen kann. Diese Leute, für welche es nur ein passendes politisches Losungswort gibt, die Anarchie oder die Gesetzlosigkeit, welche die Freiheit auf den Lippen tragen und die brutale Gewalt und Einschüchterung im Herzen, die einen Gottesdienst aus dem Volke zu machen scheinen, indeß sie das Volk zur verächtlichen Puppe ihrer Intrigue mißbrauchen möchten, welche sich fälschlich für Republikaner ausgeben, indeß sie den ersten Grundsatz der Republik, den Willen der Majorität vernachten und den der Minderheit gewaltsam aufdringen möchten — diese Leute wissen recht wohl, was sie wollen, wenn sie eine künstliche Agitation gegen die „fremden" Truppen nähren. Es war Alles so wohl vorbereitet; man hatte ein paar Demonstrationen mit aller Mühe zu Stande gebracht, die man für republikanisch ausgeben konnte; die Aufsicht auf den nahen Zuzug der Deutschen aus Frankreich und der Schweiz war das passende Signal, ihnen von dieselbst die Hand zu reichen und dann mit plötzlicher, gewaltsamer Ueberraschung in der südwestlichen Ecke von Deutschland eine Winkelrepublik anzurufen, die freilich das gemeinsame Vaterland spalten und in Anarchie versetzen wird, die aber einer schiffbrüchigen Partei ein paar stürmische Minuten gewähren konnte, um im Trüben zu fischen.

Die Mittel und Wege dieser Faktion sind zu bekannt, als daß wir sie ausführlich zu zeichnen brauchten; wie weit sie vom Lug zum Trug, vom Trug zum Terrorismus gingen, haben wir schon erfahren; die nächsten Zeiten werden uns auch belehren, wie weit sie den Landesverrath treiben. Indessen sie mit den Franzosen die freche Buhlerei trieben und ganz offen in ihnen ihre Brüder begrüßten, mit deutschen Landen und unsere nächsten deutschen Nachbarn waren für sie „fremde" Truppen! Unzweideutiger kann der Landesverrath nicht sprechen; drum noch einmal — sie wußten was sie wollten, wenn sie es beklagten, daß sich zwischen sie und ihre Verschworenen im Westen ehrliche deutsche Waffen in die Mitte schoben. Bei ihnen war es keine Thorheit mehr, es war Verbrechen! Aber daß die Unüberlegten und Unbelehrten an diesem Verbrechen nicht ferner unbewußt mitwirken, dafür mit allen Kräften jetzt und ferner zu arbeiten, sei unsere erste Sache! —

---

**Oesterreich.** Nach Briefen der Allg. Zeit. aus Prag vom 6. April ist Erzherzog Franz Joseph, der 18jährige künftige Thronerbe, zum Statthalter von Böhmen ernannt worden.

Boßen, 5. April. Das erste Armeekorps hat sich an den Mincio zurückgezogen; auf morgen oder übermorgen ist hier das General-kommando der lombardisch-venetianischen Truppen angesagt, es wird seinen Sitz innerhalb unserer Mauern aufschlagen. Ein Einfall der Piemontesen ist das Nächste, worein wir bedroht sind, das Weh des Trienter Kreises wird schon thätig durch Flugblätter drabeitet.

(Allg. Z.)

**Preußen.** Berlin, 5. April. In der heut. Sitzung der Stadtverordneten wurde die dem Ver. Landtage vorgelegte Propositon, betreffend die Ernennung preußischer Abgeordneten zur deutschen Nationalvertretung in Frankfurt a. M. von dem Stadtverordneten Dr. Rauwerk zur Sprache gebracht. Gemäß dem Antrage desselben, welcher eine 1½ stündige Erörterung hervorrief, beschloß die Versammlung, den Magistrat aufzufordern, daß er sich bei einer an den Minister des Innern, v. Auerswald, abzusendenden Deputation dethelige, Behufs Ueberreichung und Erläuterung folgenden Beschlusses: 1) Die Stadt Berlin legt gegen den in der kgl. Propositon vom 3. April dem Ver. Landtage zur Begutachtung vorgelegten Wahlmodus, nach welchem Preußens Abgeordnete für die allgemeine deutsche Nationalvertretung zu Frankfurt a. M. gewählt werden sollen, entschiedene Verwahrung ein. 2) Die Stadt Berlin kann als Ausdruck der Volksgesinnung lediglich solche Vertreter betrachten, welche aus Urwahlen hervorgehen, und trägt darauf an, daß bei Ernennung der Abgeordneten zur deutschen Nationalvertretung das einstweilige Wahlgesetz zum Grunde gelegt werde.

Auch aus Köln ist gegen das k. Propositionsdecret vom 3. April ein Protest an das Staatsministerium abgegangen. Er ist von Oberbürgermeister, Beigeordneten und Gemeinderverordneten der Stadt Köln unterzeichnet und schließt: es ist überaus dringend, Maßregeln zu treffen, um von der bevorstehenden Nationalrepräsentation abstehen zu können und mit Aufbietung aller Kräfte dahin zu wirken, daß bis zum 1. Mai eine aus Volkswahlen in Gemäßheit der bezeichneten Beschlüsse hervorgehenden Vertretung bei der Nationalversammlung zu Stande komme. Köln, 7. April 1848.

** Aus Westpreußen, 5. April. Als ich vor einiger Zeit Ihnen berichtete, welche lebhafte Sympathie die deutsche Sache der Befreiungsstätten hier gefunden, ahnte ich nicht, daß das seit begründete Deutschthum in unserer Provinz, gleich dem des meerumschlungenen Brudertandes, sobald ernstlich bedroht werden könnte. Unplötzlich, über Nacht, hat sich nun auch bei uns das Schreckbild der Wiederkehr eines slavischen Regiments erboben. Eben weil dies unglaublich schien, sind die Gemüther brunnubigt, da man täglich das Unglaublichste wahr werden sieht. Während unsre Brüder in Berlin den gefangenen Polen die Freiheit erkämpfen, schmudern ihre Anhänger die Brandfackel der Insurrektion rücksichtslos in das Großherzogthum Posen, wo eine

Digitized by Google

halbe Million Deutsche wohnen und nach dem großen Vaterlande sehnsuchtsvoll die Arme ausstrecken. In Deutschland und Frankreich sprechen die polnischen Wortführer von Bevölkerlichkeit der Völker, friedlicher Entwickelung u. s. w., aber wo sie die Gewalt in Händen zu haben glauben, da fanatisiren sie wilde Scharen und bedrohen den Sicherheit, das Eigenthum, die Ehre der Deutschen. Das polnische Komité in Posen beguügt sich auch damit nicht, es entsendet seine Emissäre hieher, um auch Westpreußen durch einen raschen Handstreich dem Polenthum wieder zu gewinnen. Durch eine offene Proklamation werden alle polnisch Gesinnten berufen, an einer am heutigen Tage angesetzten Versammlung in Kulm Theil zu nehmen, um dort den Abfall dieses Landestheiles von Preußen, von Deutschland zu erklären! Dieser Schritt der polnischen Partei ist ehrn so thöricht als gewaltthätig, er ist ein offenes Attentat gegen die deutsche Nationalität, ein neuer Beweis, daß der polnische Adel, gleich den Bourbonen Nichts gelernt und Nichts vergessen hat! Allerdings scheint die Zeit gekommen, in welcher die künstlichen Dämme der Diplomatie zusammenbrechen, und die großen Weltenströme ihr natürliches Bett wieder unbewegt einnehmen werden. Diese natürlichen Grenzen werden lediglich durch das Nationalgefühl bestimmt, nicht einmal die Sprache, so wesentlich sie auch mitwirkt, als Element des Volksbewußtseins, ist allein entschieden. Nun aber behaupten wir, daß nach diesen Grundsätzen das Polenthum durchaus keinen Anspruch auf die preußischen Lande erheben kann. Westpreußen, ein im 13. Jahrhundert durch deutsches Blut der Civilisation erworbenes Land, mit seinen zahlreichen Städten, mit seiner deutschen Bevölkerung wurde eben nur durch unnatürlichen Vertrag in dem schmachvollen Thorner Frieden gegen den Geist der Völker als ein Opfer deutscher Zwietracht mit der polnischen Krone verbunden, es war nur eine Entfremdung, eine Rückkehr in die natürlichen Ufer, als vor 76 Jahren Ost- und Westpreußen sich fest und innig wieder vereinigten. Aller Gewaltmaßregeln des Polenofrens ungeachtet, ist dir deutsche Bevölkerung der Kopfzahl nach in Westpreußen bei weitem übermiegend, aber unendlich mehr noch, nach dem Maßstabe der Intelligenz und des Besitzes. Und daß das Nationalgefühl vorherrschend ein deutsches ist, davon haben die jüngsten Tage uns von Neuem überzeugt. Die Nachricht, daß die polnischen Agitatoren es wagen wollten, das polnische Banner auf den Mauern von Kulm, der ältesten deutschen Stadt in unserem Lande, aufzupflanzen, hat sofort eine mächtige Gegenbewegung der sonst so ruhigen Bevölkerung hervorgerufen. An verschiedenen Orten haben zahlreiche Volksversammlungen stattgefunden, an welchen auch Landgemeinden polnischer Zunge Theil genommen haben, überall wurde das Festhalten an Preußen und Deutschland mit Enthusiasmus proklamirt. Der polnisch redende Bauernstand in der überwiegenden Mehrzahl hat noch seine Leiden unter der früheren Herrschaft in Erinnerung, er hält an Preußen fest, dem er das freie Eigenthum verdankt. Wir zollen dem Nationalgefühl der Polen, wo es noch wahrhaft lebendig ist, unsre Theilnahme, wir würden einer volksthümlichen Erhebung von dem Kerne des Volksstammes aus unsre Sympathie nicht versagen, aber wir wollen eines erkünstelten Polenthums wissen unsre heiligsten Güter, Freiheit und Nationalität, uns nicht rauben lassen, wir wollen nicht, daß, dieser unser Vaterland im Innern desselben ist, ein Krieg mit Rußland muthwillig herbeigezogen werde, der unsre Fluren zunächst verheeren würde. Wir stellen uns getrost unter Deutschlands neuerstandenes Banner und vertrauen auf den Schutz unseres Mutterlandes, das seine Kinder nicht verstoßen wird! — Ich kann dieses Schreiben nicht schließen, ohne noch ein Wort hinzuzufügen über eine andre Erscheinung, welche hier mit tiefer Betümmernitz wahrgenommen ist. Daß gerade Ihr Blatt, welches unangefochten durch Verleumdungen unserer servilen Blätter, Preußens Aufgabe in Deutschland so richtig erkannt und so freimüthig vertheidigt hat, den persönlichen Antipathien gegen unsern König Raum gönnt*), hat hier wegen der gefährlichen Konsequenzen solcher Gefühlsregungen in der gegenwärtigen Zeit der Neubildung trübe Besorgnisse erweckt. Wie ist es unbegreiflich, wie eine solche Mißstimmung in dem konstitutionellen Deutschland so lange dauern und fortwirken kann. Wie schwer ist es, in das Herz eines Menschen, auch das eines Königs zu sehn! Gräbeln wir darüber nicht, halten wir fest an der Thatsache, daß ein wahrhaft konstitutionelles Preußen nur unter schmerzlichen Wehen geboren werden konnte. Das Volk leitet ein richtiger Instinkt, ein dunkles aber tiefbegründetes Gefühl, und dieses sagt ihm, daß eine unheimliche Macht, die sich zwischen das Volk und den König gestellt hatte, gestürzt sei. Die Unabhängigkeit an die Person des Königs ist im preußischen Volk nicht erschüttert, sie wird gelautert und gekräftigt werden. Möchte auch in Deutschland, zum Heil des ganzen Vaterlandes, diese Auffassung wieder siegreich hervortreten!

*) Wir sind hier, wie immer, lediglich unserer Ueberzeugung gefolgt; daß man in Preußen einer andern Ansicht ist, das beweist uns die tägliche zunehmende Menge von Reklamationen, die aus allen Theilen der Monarchie an uns gelangen und sämmtlich im obigen Sinne lauten. Jene wüsten, cynischen Aeußerungen, deren man auch eine die Heidelberger nannte, obwohl Heidelberg mit dem höchstehrn und geschmackvollen Machwerk Nichts zu thun hatte, haben keine andere Wirkung gehabt, als einen Rückschlag im Sinne des Königthums hervorzurufen und das tief gekränkte preußische Ehrgefühl dem deutschen Süden mehr zu entfremden, als die jüngsten Kämpfe für eine gemeinsame Sache beide genähert hatten.

D. Red.

**Baiern.** = München, 8. April. Die heutige 5. Sitzung der Abgeordneten zählt wohl zu denen, die bisher das meiste Interesse, auch das des größern Publikums, in Anspruch nehmen konnten. Gleich nach Verlesung einer Anzahl von Eintäufen, woraus beiläufig gesagt der bisherige Zustand des Landes wohl erkenntlich ist, ward vom Staatsminister der Justiz Heinz ein Gesetzentwurf über Verantwortlichkeit der Minister eingebracht, der einen sehr guten Eindruck auf alle Anwesenden machte. Auch die Erklärung des Staatsministers der Finanzen Frhr. v. Verchenfeld über die Anstalten, die die Regierung in Bezug auf die arbeitende Klasse und die Verbesserung ihrer Lage treffe, ward beifriedigend hingenommen, da aus derselben einleuchtete, daß die Regierung dieser so höchst wichtigen Frage ihre volle Aufmerksamkeit zuwende und durch den Straßen-, Wasser- und Eisenbahnbau, sowie durch Urbarmachung unangebauter Landestrecken, besonders den Brod und Arbeit Suchenden unter die Arme greifen wolle. Die Interpellation des 1. Sekretärs Stockinger, die Gesetzvorlage über die Initiative der Stände der Krone gegenüber betreffend, führte eine sehr lebhafte Debatte herbei, die mit der bestimmten Erklärung des Justizministers, die freilich Anfangs adelrnend und ziemlich pag war, schloß, daß das Ministerium in einer nächsten Sitzung der Kammer eine befriedigende Erklärung hierüber geben werde. Bei der Debatte betheiligten sich besonders außer Stockinger, Christmann, Bauer, Closen, Schlund ꝛc. Die Urlaubsertheilung des Frhr. v. Closen (er ist als Mitglied des Fünfziger-Ausschusses nach Frankfurt einberufen) veranlaßte den das Präsidium führenden Abg. Dr. Müller, seinen Schmerz darüber auszudrücken, daß die tüchtigsten Mitglieder so nach und nach durch die Uebernahme von verschiedenen andern Missionen der Kammer entzogen würden, was diese wohl dazu bringen könnte, daß sie nach Berathung einiger Gesetzentwürfe sich selbst auflösen sollte. Dagegen erhob sich nun eine stürmische Opposition, besonders von Seite der Abgg. Bauer, Rammofer, Schwindel, denen der Mehrzahl der Kammer, die die Selbstverabschiedungsfrage als eine wahre Lebensfrage ansah und hinwegzog die Todesurtheil zu unterzeichnen gekommen sein mochte, mit Akklamationen zufiel. Die Erklärung des Präsidenten und Sekretärs, daß die Kammer hiermit keineswegs sich beleidigt und verletzt fühlen könne, da ja sie selbst ihr Todesurtheil mit unterschreiben müßten, wurde nicht beachtet, ebensowenig die des letztgenannten Abgeordneten, daß die jetzige Kammer noch ein Produkt des alten, als unhaltbar anerkannten Wahlsystems sei. Nachdem einige Redner zur Einhaltung der Tagesordnung mahnten, ging man von dieser Interpellation ab und berieth die Gesetzentwürfe: die Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung und der Pfalz und die Amnestie betreffend. Der erstere Entwurf ward mit geringer Veränderung, der zweite mit bedeutenden und wesentlichern Modifikationen angenommen. Bei Berathung der letztern, besonders des dem Entwurfe einverleibten Punktes, es sollen diejenigen, welche in der Pfalz wegen eines sonstigen Vergehens verurtheilt wurden, das nach dem diesseitigen Strafgesetzbuche von 1813 es nicht ist, ihre Staatsbürgerlichen Rechte (mit Ausnahme derer, die nach Art. 401 gestraft worden sind) zurückerhalten," war die Debatte lange anhaltend und lebhaft. Am Schlusse stellte v. Closen den Antrag, es möge Se. Maj. den politischen Märtyrern der Neuzeit, Dr. Siesenmann und Sehe, eine billige Entschädigung für ihre materiellen Verluste darreichen lassen, der allgemeinen Anklang fand und auch als Wunsch dem Kanmeliegefze beigefügt ward. Closen hält eine solche Entschädigung, die übrigens auch auf die übrigen Bedrängenossen und Freiheitsmärtyrer seiner Ansicht nach ausgedehnt werden sollte, für einen Akt der Gerechtigkeit und Billigkeit, worin ihm auch die Kammer vollkommen beistimmte. Hiermit schloß die Sitzung; die nächste wird kommenden Dinstag stattfinden.

**Würtemberg.** ♂ Stuttgart, 9. April. Mehr und mehr steigern sich die Leidenschaften; in unser sonst so unthätiges, philisterhaftes Stuttgart kommen politische Stürme herein, die ihm lange — lange Zeit so fremd waren. Eine Versammlung zu Bildung eines Wahlkomités war auf gestern Abend angesagt; nie noch war der Saal des Bürgerhauses so überfüllt: Saalsdeutsche der alten Schule waren in Masse herbeigeströmt, die Furcht vor Republik oder gar Kommunismus ist in Aller Herzen gefahren; sie klammern sich jetzt an

Digitized by Google

die bisher von ihnen so gemiedenen Volksführer. Zuerst wurde unter Murschels Vorsitz, der, eben von Frankfurt gekommen, die Versammlung begrüßte, ein Komité von 25 niedergesetzt, welches die Wahl des städtischen Abgeordneten, sowie Stuttgarts Wahl zum Parlament vorbereiten soll, gewählt. Nun wurde eine Erklärung vorgetragen, daß nicht im Geschrei nach Republik und deren gewaltsamer Einführung, sondern nur in der Konstitutionellen Monarchie Deutschlands Wohl beruhe; es wird ausgesprochen, daß Republik uns nur zum größeren Mangel alles Kredits, zur Geschäftsaufhörung, zur Anarchie führe. Die Erklärung war augenblicklich mit Hunderten von Unterschriften bedeckt, die Zustimmung allgemein; dies ist ganz ersreulich. Einen Sturm erregte nun aber sogleich eine Stimme in einem Winkel des Saals; da wurde nur der Rau von Gaildorf dagegen sein; er war anwesend und erschien alsbald, um zu sprechen. Aber es erhob sich ein wahrer Sturm. Endlich gelang es Murschel, zu erklären, daß man Ihren auch andere Ansichten gelten machen lassen müsse. Rau sprach. Er ist ein Redner von ausgezeichneten Vorzügen; seine Rede ist hinreißend, voll Schwung, voll Leben, aber für den Einsichtsvollen dann und wann zu sehr Rede und zu wenig Ueberzeugung. Aber zum Volksredner hat der Mann ein Talent, das seines Gleichen sucht. Bezeichnend ist seine Neigung, Biblisches einzuweben, wie: das Christenthum bedinge in Wahrheit einen Freistaat; aufs Volk wirkt solches, wirkt Rau's glatte, klare Darstellung ungeheuer. Dieser Mann ist gefährlich; werden die Zeiten schlimmer, so ist er der geborene Agitator, der die Massen leitet. Seine Vertheidigung gegen die Vorwürfe, die über ihn kamen, war glänzend, aber nicht die Wahrheit derselben beseitigend. Rau berief sich auf Alle, daß er nicht die Arbeiterversammlungen verführt habe, daß er denselben bloß die Gründe für beide Staatsformen vorgebracht habe, daß endlich das, was sie gethan, bloß eine Petition an den Fünfzigerausschuß sei, um ihm zu sagen, was das Volk denke. Allgemeiner Lärm unterbrach ihn oft. Heberer, der Abgeordnete, trat in scharfen Zügen gegen Rau auf, der sich wiederholt vertheidigte. Zimmermann sprach die Erwartung aus, daß dies nicht so zu verstehen, daß man in der konstitutionellen Monarchie von den 30 jetzigen deutschen Staaten bloß erwarten könne. Die Erklärung wurde nach wiederhergestellter Ruhe angenommen.

ζ Stuttgart, 9. April. Die Ihnen gestern mitgetheilte Erklärung vieler Hundert Stuttgarter Bürger wurde in der gestern Abend abgehaltenen großen Bürgerversammlung unter donnerndem Beifall einmüthig angenommen. Heute Morgen zählt sie bereits an 2000 Unterschriften. Die Weingärtner, an Zahl 4 bis 500, haben dieselbe heute Nachmittag unter unbegrenztem Jubel und mit Zusicherung ihrer Hilfe für die Aufrechthaltung der Ordnung und des gesetzmäßigen Zustandes angenommen und mit unterschrieben. Diese einhellige, feste Demonstration wird ihren günstigen Eindruck auf das ganze Land nicht verfehlen. — Morgen Abend ist wieder große Zusammenkunft zur Wahl des Centralausschusses für den Vaterlandsverein. Es wird voraussichtlich heiß dabei hergehen. Zwar muß man der republikanischen Partei bei uns das Anerkenntniß zu Theil werden lassen, daß sie, die jetzt wenigstens, durchaus nicht gewaltsam zu Werk geht, noch eine solche Absicht im Schilde zu führen scheint; aber durch die Vorgänge in Baden ist die zahlreiche und selbständige Bürgerschaft Stuttgarts sehr mißtrauisch geworden. Sie will mit Kraft an der neuen liberalen Regierung festhalten, und vor Allem jedem Schritte entgegentreten, welcher die Einigung mit den Vertretern der nördlichen und östlichen Bruderstämme im deutschen Parlamente erschweren, ja unmöglich machen könnte.

**Sachsen.** * Dresden, 6. April. Vom neuen Ministerium sind seit meinem letzten Berichte mehrere Erlasse ausgegangen. Sie betreffen die Niederschlagung der Studentenuntersuchung, die vollkommene Wahlfreiheit, die förmliche Lossagung von den Bundestagsbeschlüssen ꝛc. Die Veröffentlichung der Instruktionen für den Bundestag wird heute noch erfolgen. Eine vollkommene Amnestie für alle politischen Vergehungen ist bereits vorhanden. Das Ministerium findet es aber bedenklich, jetzt wo allerhand Gewaltthätigkeiten auch bei uns auftauchen, sie schon herauszugeben, und man hält sie daher für bessere Zeiten zurück. Die meiste Popularität genießt indeß unser Minister des Innern, Oberländer, und der eben erschienene Erlaß, welcher die Arbeitstage betrifft, wird ihn in der Gunst des Volks noch befestigen. Ich kann nicht umhin, Ihnen die Grundzüge des veröffentlichten Plans in der Kürze mitzutheilen. Das Ministerium des Innern bildet eine Kommission für die Arbeitsverhältnisse. Sie besteht aus Räthen und Mitarbeitern des Ministeriums, aus durch Vertrauen des Volks und Sachkenntniß dazu geeigneten Nichtstaatsdienern und aus den durch Wahl ihrer Genossen von den verschiedenen gewerblichen Kreisen im ganzen Lande Entsendeten. Der Minister des Innern leitet die Arbeiten der Kommission. Ihre erste Aufgabe ist Beschaffung des Materials, Sammlung der Unterlagen. Zu diesem Behuf werden Ausschüsse im ganzen Lande gebildet. Die Wahl derselben ist frei und hängt von den Gewerbetreibenden ab. Es werden besondere Ausschüsse aus den Arbeitern, Gesellen, Gehilfen, und besonders aus den Meistern, Fabrikanten u. s. w. gewählt, mit Trennung der zünftigen, unzünftigen und Fabrikgewerbe. Es ist gestattet, daß sich die einzelnen Gruppen, wie Feuerarbeiter u. s. w. wieder besondere Ausschüsse wählen, oder in größeren Fabriken die Maschinenarbeiter, Spinner, Drucker. Die Wahlen müssen in öffentlichen Versammlungen vorgenommen werden. Die Ausschüsse wählen ihre Obmänner, zeigen ihre Mitglieder namentlich der Lokalbehörde an, welche an das Ministerium berichtet. Die Aufgabe der Ausschüsse ist Angabe des thatsächlichen Bestands der Arbeitsverhältnisse, Bericht über Mängel, Uebelstände, Gründe derselben und Mittel zur Beseitigung. Die Kommission wird den Ausschüssen zur Leitung Hauptpunkte aufstellen, sie wird sich aus den Ausschüssen vervollständigen, mit ihnen in Verbindung treten, durch Enquête Erfundigungen einziehen, sich in Sektionen theilen u. s. w. Dann wird sich zeigen, was durch allgemein deutsche, was durch sächsische, was durch lokale Maßregeln zu erreichen ist, was durch Gesetzgebung, was durch freie Vereinigung, was durch Privat-, was durch Staatsmittel.

Leipzig, 4. April. Ich erhalte so eben, datirt 28. März, aus Petersburg die Nachricht, daß ein russischer Ukas vom 23. März verbietet, russischen Unterthanen Pässe ins Ausland zu ertheilen, und daß auch selbst Kaufleute, welche in dergleichen Fällen sonst stets noch bevorzugt wurden, nicht hinaus dürfen. (Lpz. Z.)

Leipzig, 7. April. Die Zerstörung des Waldenburger Schlosses scheint leider nur der Anfang einer anarchischen Bewegung gewesen zu sein, deren weitere Ausbreitung ebenso unabsehbar ist, wie ihre Folgen. Nach den neuesten Nachrichten soll das ganze Erzgebirg in vollem Aufstande begriffen sein. Die Regierung trifft indeß die kräftigsten militärischen Maßregeln. (S. C. Z.)

** **Hannover**, 6. April. Unsere Ständischen Verhandlungen bewegen sich in einer solchen Langsamkeit, in einem solchen Phlegma, daß gewiß Keiner, der die Zeit nicht kennte, aus diesen Verhandlungen erfahren würde, was die Welt bewegte. Wir sind nicht gemeint, mit Haft Alles zu fordern, aber das glauben wir verlangen zu können, daß man ohne langes Zögern zu der Hauptaufgabe des gegenwärtigen Landtags übergehen müßte. Und die ist nach der Meinung des Landes nur die Berathung eines liberalen Wahlgesetzes, wodurch die Volkskammer definitiv wurde. Dann und nur dann, wenn eine neue Kammer die Verfassungsreformen mit neuem Geiste berät, kann man Vertrauen zu den Ständen haben. Diese nach der schmählichen Wahlordnung von 1840 zusammengesetzte Kammer kann nie und nimmer auf das Vertrauen des Landes Anspruch machen, sitzen doch Männer auf der Kammer von 1840, wie Sermet und Defete, Männer der unbedingten Hingebung an das Kabinet Falcke in ihr, wie Rasch, Bauer ꝛc, die jetzt freilich mit Stöhe stimmen, aber Vertrauen verlangt andere Vergänge. Das ständische Wesen kommt in Mißkredit, wenn nicht bald aufgelöst wird, und was dann folgen wird, wollen wir nicht prophezeihen. Die Majorität, aus guten Leuten bestehend, ist aus einer andern Zeit und nicht thatkräftig. Selbst Stöhe schrint nicht energisch und rasch vorwärts zu wollen, sollte er die Jahre von 1833—37 vergessen haben? Doch genug davon. Heute hat die Residenz den II. ständ. Deputirten gewählt, den Hofrath Dr. med. Hölscher, Adv. Detmold hatte 9 Stimmen. Zum Stellvertreter wählte man den Adv. Dr. Nicol mit 26 Stimmen. Ob Hölscher bei seiner ausgedehnten Praxis dies Ehrenamt annehmen wird, steht noch dahin.

**Aus dem badischen Oberland**, 9. April. Nach einer Mittheilung des Militärkommandanten zu Hüningen an das Großh. Hauptzeltamt zu Leopoldshöhe ist es gestern Nacht in einem Walde bei Hüningen zwischen dem französischen Militär und sechzig Mann bewaffneten deutschen Arbeitern zu einem Zusammenstoß und Gefecht gekommen, bei welchem es auf beiden Seiten Verwundete und auf Seiten des Militärs einen Todten gegeben hat. Neun Arbeiter wurden gefangen genommen, die übrigen zerstreut. Das Militärkommando in Lörrach, von dem Vorgang in Kenntniß gesetzt, hat sogleich die nöthigen Vorsichtsmaßregeln an der Hüninger Brücke getroffen. (Freib. Z.)

Mainz, 9. April. Noch immer werden Verhaftungen vorgenommen, und nicht gerade in der untersten Klasse, sondern auch Personen von der höheren Stufe der bürgerlichen Gesellschaft sind der Einziehung nur durch Flucht entgangen. Man ist hier sehr gespannt auf das Ergebniß der Untersuchung, die mit allem Eifer betrieben

Digitized by Google

wird, und schon so viel herausgestellt hat, daß Geld an die Zerstörer der Eisenbahn von gewisser Seite gegeben worden ist. (B.H.)

**Schleswig.** Rendsburg, 6. April. Aus den von der Börsenhalle mitgetheilten neuesten Nachrichten sind folgende die bedeutendern. Die Stadt Tondern wurde gestern Morgen von einem dänischen Truppenkorps von 200 Mann, meist Infanterie, indeß auch einige Kavallerie, besetzt, nachdem die Einwohner auf Befragen durch den benachbarten dänischen Beamten, Justizrath Boerson, der an der Spitze bewaffneter Bauern steht, ihre schleswig-holsteinische Gesinnung der angebrohten Okkupation gegenüber deklarirt hatten. Ein Verzeichniß der zu verhaftenden Einwohner ist dem Anführer des Korps von seinem Oberen übergeben. Darnach sind, wie es heißt, der Advokat Lundius und der Physikus Dr. Dirks abgeführt worden; Andere, wie der Kaufmann Todsen, welcher als Stellvertreter Besele's an der Ständeversammlung Theil nahm, und der Besitzer des Gehöftes Meierholm bei Tondern, Todsen, der entkommen ist, sind der Verhaftung entgangen. Die Stadt wird wahrscheinlich sogleich, nachdem der Zweck erreicht ist, von den Dänen wieder geräumt werden. Ein Detachement unserer Truppen war gestern beordert, von Flensburg nach Tondern abzugehen. Der kleine Krieg schreitet von beiden Seiten als unnützes Blutvergießen vermieden zu werden. Aus Hügumkloster sind ferner von den Dänen abgeführt: der Forstbeamte v. Fischer, Benzon und der Bürger Erichsen. — In Folge der Ankunft der preuß. Truppen war gestern Abend die Stadt beleuchtet. Eine Anzahl preußischer Offiziere ist mit der Truppenabtheilung gestern hier eingetroffen, welche, bei dieser nicht angestellt, zu Führern unserer Freikorps und der aus den Reserven zu formirenden Korps bestimmt sind.

Rendsburg, 6. April. Heute rückten hier wieder zwei Bataillone preußischer Infanterie ein, die Füsilierbataillone der Regimenter „Kaiser Alexander" und „Kaiser Franz", marschirten aber sofort weiter, um Kantonnements in den benachbarten schleswig'schen Dörfern Rübbel, Fockbek und Büdelsdorf zu beziehen. Das gestern hier eingerückte Regiment scheint hier in Garnison bleiben zu sollen. — In der Nacht vom 4. auf den 5. April ist hier ein preußischer Kurier durchgegangen, wie man vermuthet, um bei dem Kopenhagener Ministerium nochmalige Befehle zur Anwerbung der Selbstständigkeit der Herzogthümer zu thun, damit Preußen nicht gezwungen werde, zum offenen Friedensbruche zu schreiten. — Die Stellung unserer Truppen betreffend, so liegt das Gros der Armee in Flensburg, das 15. und 17. Bataillon eine Meile nördlich in der Gegend von Bau. Der kommandirende General hat in diesen Tagen die Stellungen inspicirt, und dürfte der erste Angriff bald zu erwarten sein. — Wiederholt sind uns Klagen über das Verhalten der Flensburger zur Sache des Vaterlandes zu Ohren gekommen, einigen Soldaten sollen sogar in der Nacht die Gewehre von ihren Wirthen vernagelt worden sein. Die Herren v. Szczepaczki, Frodor Frenberg und Leopold Arendt aus Berlin sind heute hier eingetroffen, um Nachrichten einzuziehen, ob und unter welchen Bedingungen ein von Berlin zu entsendendes Freikorps aufgenommen werden würde.

Rendsburg, 7. April. Der Weservertrag wird geschrieben: Die Stadt Tondern ist von den Dänen, nachdem sie daselbst einige Männer verhaftet und fortgeschleppt haben, sogleich wieder geräumt worden. Unsere dahin abgesandten Truppen werden dort keinen Feind mehr vorgefunden haben. Ueberall wohin die Dänen kommen, werden die Männer jeden Standes, welche in ihrem Kreise sich ausgezeichnet haben, und sonach als die Vertreter der schleswig-holsteinischen Ueberzeugung gelten, vom Feinde fortgeschleppt und in strenger Haft gehalten. Die Familien derselben bleiben gänzlich ohne Nachricht von deren Schicksal.

Ratzeburg, 7. April. Gestern war die Ritterschaft in Ratzeburg zum Konvente versammelt und beschloß, daß demnächst ein Ausschuß von 6 Mitgliedern der prov. Regierung beigegeben werden soll; diese 6 Mitglieder sollen erwählt werden aus einem größeren Ausschusse, zu welchem die Ritterschaft 2 Mitglieder, die 3 Städte je 3 Mitglieder, die 4 Aemter je 2 Mitglieder, die 2 Güterdistrikte (Bauern) je 2 Mitglieder zu ernennen haben.

Frankfurt, 3. April. Unter diesem Datum theilt die Allg. Preuß. Z. folgenden Bundesbeschluß über die schleswigholsteinische Angelegenheit mit: 1) Die Bundesversammlung erklärt in Gemäßheit des Art. 38 der Schlußakte, daß Gefahr eines Angriffs für das deutsche Bundesland Holstein vorhanden ist und spricht ihre volle Anerkennung für die in föderalem und nationalem Sinne von Preußen und den Staaten des 10. Bundesarmeekorps zum Schutz der Bundesgrenze in Holstein getroffenen Einleitungen aus. 2) Die Bundesversammlung nimmt eine einheitliche Leitung in die zu jenem Zwecke etwa noch fernet nothwendigen militärischen Maßregeln zu bringen, ersucht Preußen, sich mit den Staaten des 10. Armeekorps hierüber ins Einvernehmen zu setzen. 3) Die Bundesversammlung ist bereit, Behufs Verhütung von Blutvergießen und zum Zweck der Herbeiführung einer gütlichen Einigung die Vermittelung zu übernehmen, und ersucht Preußen, das Vermittelungsgeschäft Namens des deutschen Bundes auf der Basis der unverkürzten Rechte Holsteins, namentlich auf dem der Staatsrechtlichen Verbindung mit Schleswig zu führen. Als selbstverstanden wird dabei vom Bunde vorausgesetzt, daß die Feindseligkeiten sofort eingestellt werden und der Status quo ante wieder hergestellt werde.

* Frankfurt, 10. April. Nachdem bereits gestern Nachmittag die zwölf Abgeordneten aus Oesterreich mit ihrer aus sechs Mitgliedern der akademischen Legion in Wien bestehenden Ehrenwache sich in feierlichem Zuge unter Vorantragung der schwarz-roth-goldnen Fahne nach dem Sitzungslokale des permanenten Ausschusses (im Römer) begeben, und dort die ersten Begrüßungen stattgefunden hatten, erfolgte heute ihre förmliche Einführung in die Versammlung. Eine Kommission des Ausschusses hatte sich mit den Herrn Abgeordneten dahin verständigt, daß neben Schuselka und Baron Andrian (der aber, durch dringende Gründe zur Rückreise genöthigt, Hrn. Schilling für sich substituirte) die HH. Hornbostel, Kuranda, Megerle, v. Mühlfeld und Endlicher in den Ausschuß eintreten sollen, womit auch die Versammlung einverstanden war. Es wurde dabei fest gesetzt, daß, bei etwaiger späteren Ankunft eines des vom Ausschusse bereits früher Eingeladenen, derjenige von den anwesenden Abgeordneten, der die wenigsten Stimmen gehabt, wieder austreten solle, Kuranda äußerte den Wunsch, daß besonders auf den Eintritt Palatzky's hingewirkt werde, damit auch die böhmische Nationalität in dem Ausschusse vertreten sei. Den sechs übrigen hier anwesenden Abgeordneten aus Oesterreich wurde der Eintritt, zwar ohne Stimmrecht, aber mit berathender Stimme, eingeräumt. Auf der Tagesordnung stand der bereits gestern von Simon angeregte Antrag wegen der Bundesmatrikel. Das Vorparlament hatte bekanntlich für einen Abgeordneten auf 50,000 Seelen unter Zugrundelegung der letzten Bundesmatrikel sich ausgesprochen. Aus dem veröffentlichten Bundesbeschluß vom 7. d. M. ergibt sich nun aber, daß die letzte Bundesmatrikel von 1842 noch auf der Grundlage jener von 1819 beruht und somit die Bevölkerung um wenigstens 10 Millionen unter ihrem gegenwärtigen Stande angenommen ist. Es würde sonach in der That anstatt auf 50,000 kaum auf 70—80,000 Seelen ein Abgeordneter treffen. Aus dieser Rücksicht wurde nun beantragt, den Bundestag zu veranlassen, daß er statt der Matrikel von 1842 den neuesten Bevölkerungsstand zur Grundlage nehme. Gegen den Antrag sprachen Wedemeyer, Gülich, Schieben, Kierulff, Siemens, Buhl, Biedermann, Dudwig, Stettmann, Benedey, Räder, Zacharia, Jürgens, Hergenhahn, Wiesner, Hecscher, Freudenheil; für den Antrag Jacoby, Reh, Blum, Spaß, Kolb, Abegg und Simon. Es wurde für den Antrag angeführt, daß das Vorparlament eine Vertretung von 800 Mitgliedern gewollt, daß es von der Voraussetzung ausgegangen, die Bundesmatrikel sei seit 1819 und resp. 1842 gegangt worden, und daß es in der Pflicht des Ausschusses liege, auf Abänderung eines Mißstandes hinzuwirken, welcher 10 Millionen Deutsche unvertreten lassen würde. Darauf wurde entgegnet, daß der Ausschuß sich genau an den Wortlaut des Beschlusses zu halten habe; daß es nicht auf die größere Anzahl der Vertreter ankomme, sondern darauf, daß kein Wahlfähiger ausgeschlossen werde, daß endlich durch Zurücknahme der bereits publicirten und in einigen Ländern in Vollzug gesetzten Beschlüsse das moralische Ansehen des Bundestages und des Ausschusses selbst geschwächt, und durch Verzögerung der Wahlen der Zusammentritt des Parlaments am 1. Mai unmöglich gemacht würde. Bei der Abstimmung blieben denn auch die Gegner des Antrages in entschiedener Majorität. Morgen Nachmittag findet wieder öffentliche Sitzung Statt, in welcher die österreich. Abgeordneten sich über die Stellung ihres Vaterlandes erklären werden.

### Schweiz.

Der Vorort hat am 31. März, veranlaßt durch eine Reklamation des großherz. bad. Ministerresidenten in der Schweiz, ein Kreisschreiben erlassen, dessen bedeutungsvollste Stellen folgende sind: „Was sodann die in der Note speciell hervorgehobenen Punkte betrifft, nach welchen namentlich in Biel eine Versammlung von Bewaffneten zu dem Zwecke stattfinden solle, um über die Mittel zur Ausführung obigen Einfalles zu berathen, so gerieht es dem eidg. Vororte zu hoher Befriedigung, aus einer Mittheilung der hohen Regierung des Kantons Bern d. d. 30. v. M. entnehmen zu können, daß allen betheiligten Regierungsstatthaltern die bestimmte Weisung zugegangen ist,

Digitized by Google

derartige Affectationen schlechterdings nicht zu dulden und im Falle des Ungehorsams die kompromittirten Individuen sofort pflichtlich anzuweisen." Diese Stelle gewinnt an Bedeutung, wenn man die Schlußstelle damit zusammenhält; die Schlußstelle des vorörtlichen Kreisschreibens lautet: „Nach der Ansicht des eidg. Vororts entspricht es ganz der hohen Würde der Eidgenossenschaft, einerseits den bewährten Grundsatz der Neutralität überhaupt, dem Auslande thatsächlich zu bewähren, daß die Schweiz die internationalen Verpflichtungen besser zu erfüllen die Kraft oder vielmehr den Willen hat, als dies ihr gegenüber in den Tagen der Krisis von denjenigen Regierungen der Fall gewesen ist, welche sich berufen wähnten, in der Eidgenossenschaft Ordnung zu bewirken, in ihre Angelegenheiten auf durchaus unzulässige Weise sich einmischen zu dürfen und sich zu Protektoren unseres Vaterlandes aufwerfen zu sollen." Diesen Worten gemäß werden gewiß auch der h. Vorort sowohl als die Regierung Berns handeln.

Dem Schwäb. M. schreibt man aus Zürich vom 6. April: Die Regierung von Basel-Stadt hat vom Vorort Verhaltungsbefehle und Unterstützung im Nothfalle verlangt, weil man mehrere Kolonnen der in Frankreich gebildeten deutschen Legion aus dem Oberelsaß erwartet, welche die Stadt und Brücke von Basel paßiren wollen. Die Lage der die Schweiz begrenzenden Staaten veranlaßte den eidg. Kriegsrath, die schnellste Organisation und ausgedehnteste Entfaltung der schweizerischen Streitkräfte vorzubereiten. Zu dem Ende hat er bei sämmtlichen Kantonsregierungen angefragt, wie viel sie, außer dem bundesgemäß zu Liefernden, an bespannten Batterien, Mannschaft, Pferden, Geschützen, Wägen und Munition der Eidgenossenschaft zur Verfügung stellen könnten.

** Bern, 9. April. Endlich hat sich auch die hiesige Regierung veranlaßt gefunden, gegen die deutschen Freischaaren einzuschreiten. Es wurde nämlich gestern nachstehender Beschluß öffentlich bekannt gemacht: Der Regierungsrath des Kantons Bern, auf erhaltene amtliche Anzeige, daß in hiesigem Kantone Anstalten sich militärisch organisiren und bewaffnen, um eventuell als Streitmacht bei den politischen Bewegungen der Nachbarstaaten sich zu betheiligen — in Betrachtung, daß die Bethätigung solcher Zwecke nach dem Völkerrechte im Allgemeinen und nach der staatsrechtlichen Stellung der Schweiz insbesondere unzulässig ist, mit Bezugnahme auf das Kreisschreiben des hohen Vororts an die eidgen. Stände vom 28. Februar 1848 — beschließt: 1) Die Bildung bewaffneter und militärisch organisirter Vereine zum Zwecke der Einmischung in die politischen Verhältnisse benachbarter Staaten ist untersagt; die bereits errichteten Vereine dieser Art sind aufgelöst; 3) die Regierungsstatthalter sind mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt. Es entspricht dieser Beschluß in seinen Motiven vollständig den in unserm Briefe vom 31. März entwickelten Ansichten, und wir bedauern bloß, daß er erst erlassen wurde, nachdem der Vorort sowohl von Preußen und Baden, als von eidgenössischen Ständen, namentlich St. Gallen, an seine Pflicht erinnert worden war. Hoffentlich wird die hiesige Regierung nun mit um so mehr Entschiedenheit und Energie den beschlossenen Maßregeln, wenn nöthig, die erforderliche Nachachtung und Vollziehung zu geben wissen. Die Beobachtung der strengsten Neutralität und die gewissenhafteste Erfüllung aller völkerrechtlichen Verpflichtungen allein können der Schweiz im Falle eines Krieges ihre Stellung sichern, und deßhalb müssen wir auch wiederholt warnen vor der Abschließung eines Allianzvertrages, mit wem es auch sein möge; die Schweiz kann dadurch Nichts gewinnen und nur verlieren. Ebenso sehr hüte man sich vor dem Gedanken, die sich darbietende Gelegenheit zu einer allfälligen Gebietserweiterung zu benutzen. Timeo Danaos et dona ferentes. Die Schweiz hat alle Ursache, mit ihrer gegenwärtigen Lage zufrieden zu sein, und diese gesicherte Stellung mit einer unsichern zu vertauschen, wäre unverzeihlich. Gleichwohl schreinen bezügliches Plane vorhanden zu sein, und man steht einer diesfälligen officiellen Einladung von Seite Frankreichs entgegen. Wir beschwören alle Schweizer, denen die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Vaterlandes am Herzen liegt, solchen Zumuthungen kein Gehör zu schenken, und unerschütterlich festzuhalten an dem alleinigen Rettungsanker der Schweiz, an ihrer Neutralität. Wir hoffen und vertrauen der Tagsatzung, daß sie alle und jede Anträge wegen Schließung einer Allianz, von welcher Seite sie auch kommen mögen, entschieden von der Hand weisen werde.

## Niederland.

Arnheim, 5. April. Man liest im Fr. J.: Seit mehreren Tagen logirt Fürst Metternich mit Gemahlin und zahlreichem Gefolge im hiesigen Gasthofe bei Zwynsbosch. Der Fürst ist sehr unwohl und gedenkt sich längere Zeit hier aufzuhalten. Dagegen heißt es in der Köln. Z.: Eine Laune des Schicksals wollte es, daß der König der Niederlande und der Prinz von Oranien gleichzeitig mit dem auf der Flucht begriffenen F. Metternich vorgestern Abend in unsere Mauern einzogen. Die mußte es der gebürgten Omnipotenz, dieser ehemaligen Völkergeißel zu Muthe sein, als sie wahrnahm, daß nicht die Völker, sondern die Fürsten die Ursachen der Revolutionen sind, daß, wo die Fürsten dem Nationalwillen entgegen kommen, die Liebe zu ihnen nicht aufgehört hat.

## Großbritannien.

London, 7. März. Der König der Moskitoküste war mit der Regierung von Honduras in irgend eine Mißhelligkeit gerathen; England hat sich des Königs, der nicht einmal ein konstitutioneller ist, gegen Honduras angenommen, drei britische Schiffe, mit einer Abtheilung des 38. Regiments bemannt, sind unter dem Befehl des Kapitäns Loch den Fluß Oregon hinaufgesegelt und haben mehrere Forts mit großem Erfolg beschossen. Die Engländer verloren bei diesem „Kampfe aus dem Siegreich" zwei Todten und 1 Verwundeten, leider fand dabei auch der Generalkonsul Walker seinen Tod in den Wellen; der Verlust der Gegner war ansehnlich. Die Regierung von Honduras hat gegen die Besetzung der Stadt San Juan Nicaragua, welche sich England angeblich zum Schutze des Königs der Moskitos erlaubt hat, Verwahrung eingelegt. Die Times sprechen über diesen Kriegszug den entschiedensten Tadel aus. Beabsichtigt England in Centralamerika festen Fuß zu fassen? Nordamerika würde seinem in der Präsidentenbotschaft ausgesprochenen Grundsatz gemäß, wonach es keiner europäischen Nation erlaubt sein soll, ein solches Attentat gegen irgend einen Punkt des amerikanischen Festlandes zu unternehmen, lebhaft dagegen Einsprache thun. Verwickelungen, die zum Bruche und möglicher Weise zum Kriege führen, haben oft von unbedeutenden Anlässen, als hiese ist, ihren Anfang genommen.

Die Times erklären sich allerdings mit der chartistischen Volksurkunde nicht einverstanden, räumen aber doch ein, daß die darin aufgestellten Punkte in sich vernünftig genug sind, um im Wege parlamentarischer Diskussion für und wider erwogen zu werden. Um so heftiger protestirt diese Zeitung gegen den bedauernswerthen Plan, durch den Schrecken einer drohenden Massenentwickelung die Annahme der Volkscharte von dem Parlament erzwingen zu wollen. Man könne dieser Absicht gegenüber nicht ohne Besorgniß sein. Die mächtigsten Heere von der Welt seien durch den plötzlichen Angriff einer Handvoll schlecht bewaffneter Arbeiter und junger Burschen geschlagen worden. Zeugniß dafür seien Paris, Wien, Berlin, Rom, Neapel, Palermo, Turin, Mailand, Venedig, München und noch ein halb Dutzend Hauptstädte, die jetzt in der Gewalt des Volkes seien. Die Times schreiben diese Niederlagen dem Mangel an einem rechtzeitigen und kräftigen Widerstand zu. Dagegen ist einzunehmen, daß man es in Berlin z. B. recht klug und klüger als in Paris und Wien zu machen glaubte, daß man frühzeitig genug, vielleicht nur zu früh einschritt, nach einem systematischen Kriegsplan verfuhr, möglichst große Truppenmassen ins Feuer brachte, geodes Geschütz spielen ließ und den Kampf bis zum Aeußersten mit Nachdruck fortsetzte; auch wurden die Truppen nicht eigentlich geschlagen, indem sie ihre Stellungen behaupteten und sogar Terrain gewannen; oder sie erlagen moralisch, sie wurden geistig und körperlich müde gemacht, sie standen einer Empörung gegenüber, welcher für jeden todten Rächer in doppelter und dreifacher Zahl und mit frischen Kräften zuwuchsen, sie erlahmten mit einem Worte an der dämonischen Gewalt einer ernstlich gemeinten Volksempörung. Die Times treffen aber das Rechte, wenn sie weiter sagen: allerdings sei die Sache, gegen welche das Volk sich in den genannten Städten erhoben, faul gewesen, was sie in England nicht sei; hier habe man die Sache der konstitutionellen Ordnung und der freien parlamentarischen Diskussion vor Gewaltthat und Gewaltdrohung in Schutz zu nehmen. Die Gefahr wird ferner gemildert durch die dem Engländer eigene Ehrfurcht vor dem Gesetz und die schöne Einrichtung der Constabler, in deren Listen sich in gegenwärtigem Augenblicke Freiwillige in großer Zahl einschreiben lassen, um am Tage der Chartistenprocession zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe mitzuwirken. Uebrigens will man, wie die Times mittheilen, in London den Umtrieben geheimer auswärtigen Emissäre auf der Spur sein.

Die Londoner Blätter sind mit der Antwort, welche Lamartine der irischen Deputation ertheilt hat, im Allgemeinen sehr zufrieden; sie meinen, daß diese Antwort ganz geeignet sei, das Revolutionsfeuer in Irland einigermaßen zu dämpfen; die Irländer würden mit Schrecken gewahren, daß sie, wenigstens so lange Lamartine Mitglied der Regierung sei, auf eine officielle und ausdrückende Hilfe Frankreichs sich keine Rechnung machen dürften. Der Standard lobt die Erklärung Lamartines, daß Frankreich mit England keinen Krieg ha-

Digitized by Google

den wolle; aber wo liege der Schlüssel zu dieser räthselhaften Friedensliebe? In dem zerrütteten Zustande der Finanzen. Der Standard läßt nun folgende vergleichende Statistik der Pariser Börse vom 3. Februar und 3. April folgen:

| | | |
|---|---|---|
| 3. Februar 1848, Pariser Börse: | 3% zu 74, 5% zu 117. |
| 3. April 1848 | 3%/8 zu 35, 5%/8 zu 54. |

Ein Blick auf diese Parallele sei auch zugleich ein Blick in den herabgekommenen Zustand der Finanzen Frankreichs, diesem fehle es zur Unternehmung eines Krieges wohl nicht an gutem oder bösem Willen, um so mehr aber an Geldmitteln.

Galignanis Messenger enthält bereits in seiner Nummer vom 8. April einen kurzen Vorbericht über die Sitzung des Unterhauses vom 7. April. Der solange fast gar nicht gestörte Hausfriede des Parlaments wurde an diesem Tage durch eine sehr lebhafte Scene zwischen dem Chartistenführer O'Connor und dem geheimen Freunde der Chartisten, Watley, auf der einen und dem Minister des Innern auf der andern Seite unterbrochen. O'Conner ist, wenn auch nicht der bedeutendste, doch der gefürchtetste Mann im Unterhause und macht den Ministern mehr zu schaffen als alle übrigen Druckheile der Opposition zusammen, soweit bei der jetzigen Zerfahrenheit der Parteien von einer Opposition die Rede sein kann. Lord J. Russell setzte für die Berathung der chartistischen Petition den künftigen Freitag fest. Die Zehde zwischen den Streitenden war übrigens noch nicht zu Ende, als der Berichterstatter des Galignani seinen Bericht schloß; bis zu diesem Augenblick war die angesagte Bill Sir S. Grey's, betr. größere Sicherstellung der Krone und der Regierung, noch nicht vor das Haus gebracht; wie es heißt, wird diese Bill speciell und ausschließlich auf Irland gerichtet sein.

Die Nationalconvention hat einen öffentlichen Aufruf erlassen, der allerdings revolutionär genug aussieht. O'Connor selbst wird im Hause folgenden Antrag stellen: „Dieses Haus, erkennend, daß das große Prinzip der Arbeit die Quelle alles Reichthums, daß das Volk die einzige gesetzmäßige Quelle der Macht ist, daß der Arbeiter zumeist die Frucht seines Fleißes genießen sollte, daß Besteuerung ohne Vertretung Tyrannei ist, der man widerstehen muß; glaubend, daß die Quellen des Landes am besten durch Gesetze entwickelt werden, welche von Vertretern gemacht sind, die von den arbeitenden Klassen gewählt werden — macht das Haus die Grundsätze, welche in der Volkscharte enthalten sind, zu den seinen: jährliche Wahlen, allgemines Stimmrecht, Wahl durch Ballot, gleiche Wahldistrikte, keine Eigenthumsqualifikation, Taggelder für die Abgeordneten."

Die Regierung drückt in den Anstalten, die sie gegen die Abhaltung der Chartistenprozessionen trifft, eine fast zu ängstliche Besorgniß aus; sie hat eine Aufforderung vertheilen lassen, ein worteiches Aktenstück, mit historischen Citaten versehen, worin sie das Publikum von der Theilnahme an der Prozession abmahnt. Eine Menge Regimenter sind nach London gezogen worden — kurz, man trifft Maßregeln, die eher geeignet sein möchten, Aufregung hervorzubringen, statt zu dämpfen, Maßregeln, die von den eingeschüchterten Mitgliedern des Parlaments, aber nicht von den Einflußigen in der City gebilligt werden. Das Parlament legt die Besorgniß, daß die Chartisten die Absicht haben möchten, es in Masse zu belagern, bis es sich zur Annahme der Volkscharte verstanden hat; die ruhigen Bürger dagegen sind der Ansicht, daß O'Connor, soweit man seinen Charakter kennt, an einen solchen entschiedenen Schritt nicht denke. Freilich gibt es unter den Chartistenführern viel hitzigere Köpfe als O'Connor, und je mehr man, dem Grundsatze Wellingtons entgegen, militärische Macht entfaltet, um so eher ist zu fürchten, daß einzelne Aeußereien zu ernsthafteren Scenen führen. Im Uebrigen haben sich die Besorchungen der City soweit gelegt, daß die Konsols am 7. April wieder um 1/8 auf 80 5/8 gestiegen sind.

## Frankreich.

Paris, 8. April. Der heutige Moniteur bringt ein Dekret der Regierung, durch welches auf Carnots Antrag am Collège de France folgende neue Lehrstühle geschaffen werden: 1) Oeffentl. franz. Recht und vergleichende Rechtswissenschaft. 2) Internationales Recht und Geschichte der Staatsverträge. 3) Privatrecht. 4) Kriminalrecht. 5) Allg. Oekonomie- und Bevölkerungsstatistik. 6) Allg. Ock.- und Ackerbaustatistik rc. 7) Allg. Ock. und Statistik der Bergwerke, Hütten, Manufakturen und Künste. 8) Allg. Ock. und Statistik der Staatsbauten. 9) Allg. Ock. und Finanz- und Handelsstatistik. 10) Verwaltungsrecht. 11) Geschichte der franz. und ausl. Verwaltung. Man erinnere sich, daß eine vom Collège de France losgetrennte Rechtsschule bereits bestand — sie wird fortbestehen; nur glaubte man, auf diese Weise das Recht den allgemeinen Studien einzuverleiben und tüchtige Staatsmänner bilden zu können.

Herr Taschereau, der Herausgeber der Revue retrospective hat eine gerichtliche Klage gegen Herrn Blanqui anhängig gemacht, weil dieser behauptet hatte, die über Blanqui in der Revue publicirten Dokumente seien elende Fabrikate der Verleumdung. Herr Taschereau will nun ihre Echtheit vor Gericht beweisen, und so ist Blanqui, der im Klub eine Rechtfertigung verweigerte, zu einer Rechtfertigung vor dem Gerichte gezwungen.

Paris, 8. April. Das Urtheil über den Bruder Teotade ist am 4. in Toulouse gefällt worden. Die Jury beantwortete alle Fragen mit „Schuldig" fügte jedoch „mit mildernden Umständen" hinzu, worauf das Tribunal Teotade zu lebenslänglicher Galeerenstrafe verurtheilte. Die Entschädigung, die die Brüderschaft als solidarisch für Teotade an den Eltern der ermordeten Cecile zahlen soll, wird vom Gerichte nachträglich festgestellt werden.

Ein Abgeordneter der provis. Regierung von Mailand ist heute in Paris eingetroffen.

Abermals lassen sich die HH. Herwegh und Börnstein mit einer Erklärung vernehmen; diesmal gegen eine Korrespondenz der Speier. Zeit., die ihnen und ihrer Legion verdächtige Beziehungen zur provs. Regierung vorgeworfen hatte. Sie behaupten, sie würden wohl Maßsen von Frankreich angenommen haben, aber kein Geld. „Die Legion ist von den patriotischen Gesellschaften und von wohlhabenden Deutschen in Frankreich und in der Heimath so reichlich mit Geldmitteln versehen worden, daß sie allen Bedürfnissen genügen kann. Sie steht in keiner Beziehung zu der provisorischen Regierung der französischen Republik, wohl aber ist sie auf das Innigste mit allen bedeutenden Männern des Fortschritts in Deutschland verbunden." Schließlich geben die Unterzeichner des Aktenstücks die tröstliche Versicherung, daß dies ihre letzte Erklärung sei.

Die prov. Regierung hat die Zusammenziehung eines Armeekorps von 5000 Mann an der belgischen Grenze und eines Korps von 18,000 Mann an der Pyrenäengrenze befohlen. Die Alpenarmee ist gebildet, und die Lager bei Dijon, Lyon, Grenoble koncentriren sich.

Man wird sich erinnern, welch' einen Schrei des Unwillens das berüchtigte Wahlcirkular Ledru-Rollins unter allen denen erregte, die durch Parteigeist nicht für die einfachen Sätze des Rechts und der Freiheit blind geworden sind; man sah darin mit allem Grunde eine unverhüllte Nachahmung jener Manöver, wie sie die Restauration und Juliregierung in Frankreich, wie sie unsere reaktionären Regierungen in Deutschland mehrfach versucht haben. Hr. Ledru-Rollin hat ein zweites Cirkular erlassen, das den Beweis liefert, daß die sittliche Empörung der öffentlichen Stimme für ihn nicht vorhanden ist; er hat die Schamlosigkeiten des ersten wo möglich noch überboten. Bekanntlich sollen die Wahlen zu einer konstituirenden Versammlung stattfinden, die nach einer officiellen Erklärung der provisor. Regierung über die künftige Verfassung Frankreichs entscheiden soll; Hr. Ledru-Rollin schreint das nicht zu wissen, denn er gibt seinem Wahlkommissär die Grundsätze der künftigen Verfassung bereits mit großer Bestimmtheit an. Bekanntlich war seit 18 Jahren die Beschwerde über Beschränkung des Wahlrechts das Schlagwort aller Oppositionspartein; Hr. Ledru-Rollin treibt aber die Beschränkung des Wahlrechts auf eine Höhe, wie man sie selbst von der Regierung Louis Philipp's und der HH. Guizot und Duchatel nicht gewohnt war. Nicht genug, daß er in einem langen und breiten Redeschwall, wie ihn wohl ein angehender Reimer in einem Examenaufsatze, aber kein Staatsmann sich erlauben sollte, das Alles, was nicht zur republikanischen Partei gehört, mit Vorwürfen überhäuft; nein, er geht noch weiter, er schreibt den Wahlkommissär, geradezu vor, solche Leute von der Wahl wo möglich auszuschließen. Es wird eine ganze Reihe von Leuten nach altjakobinischem Muster als verdächtig bezeichnet; „diejenigen, welche die alte Dynastie anerkannt, welche ihre Hoffnungen auf unbedeutende Wahlreformen beschränkt haben, welche die giorreiche Stirne unter ein Kind beugen wollten, d. h. alle Mitglieder der Linken, die nicht republikanisch gesinnt waren, sind nach Hrn. Ledru Rollins Ansspruch unwürdig zur Wahl! Wir wissen in der That nicht, ob sich eine unverschämtere Probe ministerieller Wahlbeherrschung in der ganzen Weltgeschichte aufstreiben läßt. Hätte Hr. Ledru Rollin offen und ehrlich gesprochen, wie Bonaparte am 18. Brumaire: wir wollen keine unabhängigen Wahlen, wir wollen die und die proskribiren, wir können überhaupt keinen Advokatenlärm zeit brauchen, wir müssen stark sind durch eine Opposition nicht gehindert regieren — so hätte man vielleicht eine solche Diktatur begriffen,

Digitized by Google

H Heidelberg, 2. April. Während wir berathen, pocht ans Thor der Feind. Die jüngsten Ereignisse in Italien, die Erhebung der Lombarden, das Vordringen der Garden unter einem extravaganten bald mit den Cortonari, bald mit den Jesuiten gesendeten Könige, die republikanisch-französischen Sympathien und Gelüste der Savoyarden und Ligurier — das alles stellt mehr als je im Westen den Frieden in Frage. In diesen Tagen allgemeiner fieberhafter Erregung scheinen besonnene Erwägungs- und Verstandesgründe nicht mehr gegen den reißenden Strom der politischen Leidenschaft halten zu können, das sehen wir überall, auch im eigenen Vaterlande, wo unter dem Feldruf nach deutscher Einheit schon wieder die Flammen der alten Zwietracht und der alten Stammesverunruhe durch alle Ritzen unsers lecken Hauses züngelt. Die Gerüchte über Genua sind schwer zu begreifen. Was dieser Hafen jetzt bedeutet, verdankt er lediglich seinem Zusammenhang mit Piemont; noch vor Wochen war es in Eifersucht entbrannt wider Verneding wegen der Versorgung des Marktes von Mailand und der Lombardei; zu Genua saßen von dem kühnen Ehrgeiz beseelt, auch der Hafen der Schweiz und des südwestlichen Deutschlands werden und diesen Ländern den eisernen Arm selbst über die Alpen entgegenstrecken zu wollen. Und heute? Genua ist von der Natur sowenig im Süden Marseille gegenüber zu einem Hafen Frankreichs bestimmt, als Antwerpen dies im Norden ist Ahre gegenüber. Ein bloßer Küstenstreifen gibt keinem Hafen kommerzielle Bedeutung, diese richtet sich nach dem Hinterlande und seiner Verbrauchsfähigkeit; darum sind Triest, Bremen, Stettin so frisch aufgeblüht; Danzig, Königsberg, Memel wegen der russischen Grenzpferre, die nun wohl endlich sinken wird, dagegen verkümmert. Wird es aber der deutsche Bund ruhig geschehen lassen, daß Savoyen, daß selbst Genua sich an die französische Republik überliefern, daß die Lombarden und Venedig ohne Bedingung von Oesterreich sich losschieden, daß damit den österreichischen Nerven bebnt, daß selbst Wälschtirol, ein Theil des Bundesgebiets, sich ohne Weiteres abschält? Und kämt das mosaisch unmöglich; mit der Selbstachtung einer großen und großmüthigen Nation, die sich eben frei ringt und erklärt, ihren Antheil am polnischen Raub aus seinen Stücken herausgeben zu wollen, durchaus unverträglich. Auch im Osten verdüstert sich der Gesichtskreis. Die Stunde der Wiedergeburt Polens hat geschlagen, darüber besteht gottlob jetzt in Deutschland nur noch eine Meinung. Der Krieg mit Rußland ist deßhalb vor der Thüre, und wenn er ein rettungsvoller werden soll, so dürfen wir Polen und Deutsche uns jetzt nicht, völlig zur Unzeit, um unsere Grenzpfähle, oder um das zu krönende Haupt streiten. Vor allen Dingen aber muß gegenwärtig das so stark und so theuer bezahlte Posen in den Händen Preußens bleiben. Ich habe Jahre lang für die polnische Sache gestritten und gelitten, ich bab nicht erst seit heute und gestern, sondern von jeher als meine Ueberzeugung ausgesprochen, daß Preußen die Herstellung eines mächtigen selbständigen Polens mit freundnachbarlicher Grenze, selbst um die Herausgabe des Großherzogthume Posen, nicht zu theuer erkauft werde. Darum wird man mich jetzt auch nicht mißverstehen, wenn ich sage: Preußen darf unter den gegenwärtigen Umständen das feste Posen um keinen Preis aus den Händen geben, denn diese Festung, nur wenige Stunden von Berlin, bildet den Schlüssel zu seiner ganzen östlichen Landstellung und zu seiner wichtigen Verbindung mit Ostpreußen. Dagegen kann es seinen guten Willen offen und laut dadurch zu erkennen geben, daß es den Gnesener-Bezirk an der Weichsel, die Ecke mit einer halben Million echtpolnischer Bevölkerung und mit der altpolnischen heiligen Bischofs- und Königsstadt Gnesen (, Nest"), sogleich den Polen anheimgibt. Noch einmal, die Schlüssel unserer östlichen Stellung, die Festungen können wir in diesem Augenblick unmöglich aufgeben, es wäre eine Schwäche, für die am Ende selbst die Polen uns nicht Dank wissen würden. Wer weiß, wie bald die Interessen im Osten und Westen, der Drang und Sturm hier und dort, die Zerwürfnisse in Italien, vielleicht wohl gar in Deutschland selbst über Nacht Allianzen schmieden, die jetzt Niemand für möglich hält, und die uns aufs Tiefste bedrohen können. Darum sollen wir vor allen Dingen gerüstet dastehen und in der Lage sein, nicht überrascht zu werden. Machen wir uns keine Täuschungen über unsere gegenwärtige Lage, warten wir auch nicht die allgemeine Wehrverfassung ab, die uns der Bund geben soll; dieser soll und kann in dieser Hinsicht nur vollenden, was die einzelnen Staaten vorbereitet haben. Ein einiges Deutschland mag zuletzt allen drei Großmächten zu stark, zu mächtig, zu gefährlich dünken. Das was wir jetzt in Süddeutschland erleben — die einzelnen Ausnahmen sind um so geringer, um so erhebender — erinnert mich lebhaft daran, wie die Franzosen uns früher wohl so gern von ihrem Hasse gegen Preußen erzählten, dabei aber die wärmste Liebe zu Deutschland betheuerten. Ich dachte, das hätte keinen rechten Sinn mehr gehabt, ich hatte mich leider getäuscht! Und doch gibt es nur noch ein Preußen durch und in Deutschland, und dieses ist ohne Preußen nicht denkbar; und doch kann es sich im Kriegsfall nicht mehr um eine Wiener oder Berliner Politik, sondern nur noch um eine deutsche Volkspolitik handeln! Aber Preußen besonders war den Franzosen ein Dorn im Auge, weil es, durch starke Festungen und noch mehr durch eine volksmäßige Wehrverfassung bewaffnet, all ihren ehrgeizigen Entwürfen auf Deutschland in der Flanke droht. Sie betrachten Preußen, dessen Bündniß sie früher, so lange es gegen Oesterreich noch dienen mochte, gern suchten, besonders weil es seit 1815 in den Besitz der Rheinlande gekommen ist, als den natürlichen Feind Frankreichs. Die alten Verhältnisse haben sich geändert, sagen ihre Geschichtschreiber bedauernd: zwischen Preußen und Oesterreich sei jetzt wenig Stoff zur Rivalität mehr, aber beide fruchtbarer liege er zwischen Preußen und Frankreich aufgehäuft — in der Rheingrenze. Die französische Stellung am Rhein ist stark, aber sie würde noch furchtbarer sein, wenn Preußen in seinen Rheinlanden nicht auf der Wacht stünde und nie zu verborgenen südlichen Bewegungen der französischen Heere im Rücken zu nehmen drohte. Eine gesunde Politik hätte wohl gethan, unsere so offene linke Flanke, deren Schwäche der deutsche Körper häufig bitter empfunden hatte, nicht unbewehrt und so leichtem Ueberfall ausgesetzt liegen zu lassen. Aus des Elsasses Besitze zieht Frankreich eine Menge Vortheile, die ebenso viele Nachtheile für Deutschland sind. Von Basel bis Lauterburg steht seinen Heeren überall und zu jeder Zeit der Rheinübergang offen, mittelst der Eisenbahnen kann es in der kurzen Frist von fünf Tagen 80,000 Mann aus dem Innern nach Straßburg werfen, einen Kriegsplatze ersten Rangs, versehen mit 1200 Feuerschlünden, mit Waffen, Munition und Kriegsvorräthen jeder Art, kurz mit einem ungeheuern Material, das nicht allein auf seine eigene Vertheidigung, sondern vorzüglich auf eine Ueberziehung Deutschlands im Voraus berechnet ist. Bisherdes seit 1830 arbeitet man unausgesetzt an Befestigungswerken im Elsaß und an den nach dem Innern Frankreichs führenden Straßen. Straßburg ganze Umgebung ist aufwärts bis Plobsheim, abwärts bis Wangenau ein trefflich kombinirtes ungeheures Festungslager von 6 Stunden Ausdehnung längs des Rheines; die Umgebung Neu-Breisachs gleichfalls. Den linken Flügel von Straßburg auf der äußersten Grenze gegen die baierische Pfalz decken die drei Festungen Weißenburg, Lauterburg und die Bergveste Bitsch. Zwischen Weißenburg und Straßburg liegt auf einem Rheinwerder die halbgesprengte Veste Louis, sonobl einen vortheilhaften Uebergangs- als Vertheidigungspunkt gewährend. Straßburg zur Rechten bildet der Rhein mit seinen verschiedenen Armen, der Kanal zwischen Rhone und Rhein, und die all eine breitere Vertheidigungslinie, gestützt durch die Festungen Schlettstadt und Neu-Breisach, die Besten Mortier und Besfort. Während sich so auf dem linken Rheinufer ein fester Platz, eine Schanze, ein Zangenwerk gleich einer Kette an das andere reiht, sind auf dem rechten alle früheren Festungen geschleift. Die neuen Festungen Rastatt und Ulm, die man endlich 1842 zu bauen begonnen hat, „drücken die oerthängnißvolle Lücke mehr, als daß sie sie schirmen"; Landau und Germersheim liegen völlig neben dem Hauptwege des künftigen französischen Heeresinns und sind strategisch nur für die Flankenbewegung bedeutsam. Beabsichtigte Frankreich einen bewaffneten Einfall in Deutschland, so könnte Niemand es hindern, ein bedeutendes Heer in drei Abtheilungen, bei Straßburg, Neu-Breisach und Hüningen über den Rhein zu setzen. Auch könnte dem weitern Vordringen desselben durch die Thäler des Schwarzwalds oder gegen Neckar und Main oder längs des Schweizergrenzeins bis zum Bodensee im Augenblick kein anderes wesentliches Hinderniß entgegen, als die Volkskraft Badens. In dieser offenen Lücke neue förmliche Festungen zu errichten, dazu ist es zu spät. Doch sollte man in Baden den französischen Befestigungswerken gegenüber an passenden Stellen, wie etwa Hüningen gegenüber, bei Friedlingen, bei Neuenburg, Alt-Breisach, Kehl, Steinhösen (wo die berühmten Linien waren), Lauterburg gegenüber, Schanzen aufwerfen, welche der Vertheidigung als Stützpunkte dienen und dem Andrang des Feindes, ohne ihn zu nützen zu können, doch für einige Zeit, bis nämlich die aus dem Innern Deutschlands mit Dampf herbeieilenden Truppen auf den Kampfplatz erscheinen, Widerstand leisten können. Vor allen Dingen aber wäre wünschenswerth, Baden, Würtemberg, Baiern, Hessen möchten sich über eine gemeinsame volksthümliche Wehrverfassung schleunigst vereinbaren, welche alle waffenfähigen Landessöhne zu rechten Vehrmännern ausbildete. Hierin läge auch materiell eine Sicherheit für diese Grenzstaaten, die sie sich jetzt vielleicht nicht träumen lassen. Für die Volksbewaffnung würde ich die preußischen Einrichtungen empfehlen, die dann weiter zu entwickeln wären. Und zwar aus zwei Gründen: einmal würde dadurch eine einzige gesammtdeutsche

Google

Wehrverfassung sogleich praktisch angebahnt, sodann sind die Grundzüge der preußischen Wehrverfassung an sich vortrefflich. Die daraber umlaufenden Vorurtheile werden ganz gewiß einer gründlichern Kenntniß weichen. Die gewöhnlichsten Einwendungen betreffen den Kostenpunkt und die Beschwerden des Dienstes; Beides beruht auf einem Mißverständnisse. Die Dienstpflicht, wie jede Last, ist offenbar unter sonst gleichen Umständen dort die am wenigsten drückende und gehäffige Bürde, wo sie möglichst gleichmäßig über alle Staatsbürger vertheilt ist und die kürzeste Zeit dauert. Daß sie aber in Preußen noch viel erleichtert werden könnte, haben Scharnhorst und Gneisenau von 1808 bis 1813 bewiesen, indem sie binnen einer weit kürzern Zeit als der jetzigen stehenden Dienstheit Krieger zum Siegen aufbildeten. Was den Kostenpunkt betrifft, so hat man das allerdings unverhältnißmäßig hohe Kriegsbudget Preußens vor Augen. Allein man verkennt dabei, daß Preußen wegen seiner weitgelegenen Lage und Stellung als deutscher Wächter an der Weichsel wie am Rheine nicht bloß ein weit zahlreicheres Heer auf dem Fuße hält, als ihm obliegt nach der Vertheilungsart seiner Bevölkerung, sondern auch sehr viel auf Festungen, deren Bewaffnung, Vorräthe, überhaupt auf das ganze Vertheidigungswesen verwenden muß, das die innern deutschen Staaten, wie die sächsisch-thüringischen, hessischen, Nassau, Hannover, die so zu sagen gar keine Festungen zu unterhalten, ersparen. Denken wir uns die Kosten des deutschen Vertheidigungswesens, mit Zugrundelegung der preußischen Wehrverfassung für ganz Deutschland, nach der Bevölkerung auf die einzelnen Staaten vertheilt, so würden nach einigen Jahren, wenn das gemeinsame System seine rechte Durchführung erhalten hätte, gewiß alle deutschen Staaten, freilich besonders Preußen, so wie die dieser Bürde sehr erleichtert fühlen, ungeachtet die Vertheidigungsfähigkeit Deutschlands in jeder Hinsicht dabei sehr gewonnen haben würde. Ueberhaupt ist ein Ding deßhalb nicht billig, weil es wenig Geld kostet, sondern seine Güte kömmt mit in Betracht; eine Militärverfassung kann sehr wenig kosten, ohne eigentlich wohlfeil zu sein, eben weil sie zu Nichts nützt. Eine vereinfachte gesammtdeutsche Wehrverfassung ist aber ein um so größeres Bedürfniß, als uns auch eine Kriegsmarine dringend noththut, wofür die Mittel um so eher zu beschaffen, je mehr am Landhermesen durch einfache energische Organisation erspart wird.

## Oesterreich.

**Oesterreich.** Wien, 5. April. Der Allg. Z. wird von hier geschrieben, daß der den Liberalen verhaßte Fürst von Windischgrätz seiner Stelle als Landeskommandant von Unteröesterreich enthoben und zum Kommandanten der in Mähren und Schlesien zu errichtenden Nordarmee ernannt ist. Der Erzherzog Johann wird sich fürs Erste nach Tirol, sodann — aber nicht in officieller Mission — nach Frankfurt begeben. Graf Zichy, der vormalige Militärkommandant von Venedig und Oheim der Fürstin Metternich, ist gestern mit dem Glogginitzer Bahnzuge als Gefangener hier angekommen. Der Militärkommandant von Gilly ließ den Grafen sogleich verhaften, um ihn zur Verfügung der Regierung zu stellen. Seine Uebergabe Venedigs ohne Schwertstreich wird hier auf eine Handlung schmachvoller Feigheit von dem Volk und der Armee betrachtet, und erinnert an Mack's Uebergabe von Ulm. Heute sind hier die Maurer in Bewegung, um eine Erhöhung des Arbeitslohnes zu ertrotzen. Das Freiwilligenkorps nach Italien, gegen 6000 Mann stark, hat Wien zum Theil verlassen. Es waren meist junge Leute, die meistens ziemlich zerlumpt, von abenteuerlichem trotzigen Aussehen.

## Baiern.

**Baiern.** — München, 7. April. Der Gesetzentwurf: die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Strafrechtssachen und über Strafrecht betreffend — ist bereits von der Regierung der Kammer der Reichsräthe übergeben. In der Einleitung zu den Motiven desselben heißt es unter Anderm: „Das Bedürfniß einer tiefgreifenden Umgestaltung des vaterländischen Rechtswesens ist in der neueren Zeit allgemein anerkannt und stellt sich als eine dringende Anforderung an die Gesetzgebung dar.“ Nachdem dann gesagt wird, wie bei aller Trefflichkeit der in Baiern bestehenden Einrichtungen für die Civil- und Strafrechtspflege diese sich doch jetzt als unzulänglich erwiesen haben, wird als Beleg dieser Behauptung angegeben, daß die Zahl der Verbrechen nach dem Ergebnisse der neuesten statistischen Zusammenstellung in den 7 Kreisen diesseit des Rheins in einer beklagenswerthen Weise zugenommen habe. In dem Geschäftsjahre 18[illegible]/47 habe die begangenen Verbrechen die erschreckende Zahl von 12,656, im vorhergehenden von 10,089 erreicht. Bei 5517 sind die Thäter unbekannt geblieben. „Im Gegentheile“, heißt es weiter, „hat sich die Gesetzgebung durch die Novellen von 1819 und 1837 in Versuchen erschöpft, unter Beibehaltung der bisherigen Grundlagen ein besseres schleunigeres Verfahren anzuordnen. Der Erfolg war eine ungeheure Anhäufung der Rückstände. Es vermöge deßhalb nur Oeffentlichkeit, Mündlichkeit der Rechtspflege, unmittelbares Verfahren vor Kollegialgerichten nebst den damit im Zusammenhange stehenden Einrichtungen den Anforderungen der Gegenwart zu genügen.“ Der Entwurf selbst besteht aus 22 Artikeln; im ersten ist gleich die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung ausgesprochen. Die übrigen Artikel handeln von den untern Gerichten, Bezirks-Appellationsgerichten, dem Notariat, der Anwaltur, den Schwurgerichten beim Civil- und strafrechtlichen Verfahren und dem Umfange der neuen Polizeigesetzbücher ꝛc. Dieses soll sich, dem Art. 22 gemäß, auf jene geringeren Rechtsverletzungen erstrecken, deren Aburtheilung bisher den Polizeibehörden zugewiesen war und nach Artikel 7 nun auf die untersten Gerichte übertragen wird. Die Bezirksgerichte werden den Kern der künftigen Rechtsverwaltung bilden, das Notariat den untersten Gerichtsbehörden entgegen und besonders Beamten angewiesen werden. Das Geschwornengericht, diese große volksthümliche Anstalt, wird weder ganz konform mit dem in der Pfalz, noch mit dem in Frankreich und England sein, sondern es wird der von den Ständen von 1831 mit Sorgfalt ausgearbeitete Entwurf der neuen Einrichtung zu Grunde gelegt. Die Geschwornengerichte werden nach einer Aeußerung des Justizministers Heinz noch in diesem Jahre bei uns ins Leben treten.

**Stuttgart**, 8. April. Hr. v. Mauckler, der Geh. Rathspräsident, ist jetzt pensionirt. — Viel Aufregung herrscht jetzt wieder in unserer politischen Welt, besonders stürmisch war eine Sitzung des demokratischen Klubs vorgestern Abend. Die Frage über das Wahlsystem für die Parlamentswahlen ist so dringend, daß keine Zeit zu verlieren ist; sie beschäftigte die Gemüther. Der genannte Klub spricht sich für die Wahlordnung im demokratischen Sinne aus, verlangt besonders direkte Wahlen. — Mit der Bewaffnung geht es etwas, aber doch im Ganzen langsam vorwärts. Heute wurden 500 Gewehre vertheilt an selbstständige Einwohner. Zugleich fand eine provisorische Eintheilung der bisjetzt sich Einübenden Statt. Aber um deren Wehrfähigkeit steht noch traurig aus. Wie ungeschickt greift der Schwabe doch Alles an! So gehts auch mit der Bekleidung. Unzinglich sinnschickt jedes Stück; eine Kommission, welche eine Bekleidung vorschreiben sollte, hat jetzt, beleidigt durch die Anzufriedenheit, erklärt, jetzt soll Jeder sich bekleiden wie er wolle. Wieder ein schwäbische Empfindlichkeit! Soll dann am Ende Jeder in einem andern Kittel erscheinen! — Besorgniß erregt die traurige Lage der kleinen Gewerbe, und die Klasse der unbeschäftigten Arbeiter. Der Gewerbeverein thut zwar was er kann, er erläßt Aufrufe, berathet, hilft, aber es reicht nicht aus. Der Arbeitslosigkeit zu steuern, haben sich die geachtetsten Bürger vereinigt; sie fordern nachdrücklichste Unterstützung aller Vermöglichen. Indessen halten die Arbeiter häufige Versammlungen und erklären sich im republikanischen Sinne. Nau von Gaildorf und Mögling, der noch vor 14 Wochen ein guter Justizmilizer gewesen, erklären im Beobachter sich für Republikaner. Der Letztere ist übrigens nicht gefährlich. Mehr fürchtet man den Einfluß, freilich im entgegengesetzten, im reaktionären Sinne, des letztgenannten Mitredakteurs des Frankfurter Fünfzigerausschusses, des Kanzlers v. Wächter. Von Wartenbergern und Badenern ist er nicht gewählt worden, sondern von Nordeutschen. Seine Kenntnisse und Redekunst, besonders seine unglaubliche Kunst, sich Allem anzupassen, überall den Mann auf dem Platze zu spielen, jede Minute mit Ueberzeugungen zu wechseln, machen ihn gefährlich. Wer ihn nicht erst, seit der neue Geist weht, kennen lernte, wer sein Verhalten, seit er in unserem politischen Leben wirkt, unsere Kammer dirigirt, beobachtet hat, wird begreiflich finden, wenn er von Schwaben nicht gewählt wird. — Nun noch ein Wort gegen Ihre Oberländer! Es ist wahrhaft betrübend, diesen Riß in deutscher Einheit zu sehen. Unsere Soldaten werden von den Badensern als Feinde betrachtet, und sie sind doch berufen auf unsere Verfassung, sie kommen uns einem Lande, das die gleichen Freiheiten hat wie Baden! Wie soll Deutschland äußerer Gefahr trotzen, wenn seine Söhne sich so gegen einander stellen, in einem Augenblicke, wo Gefahr nicht bloß von regellosen Freischaaren, sondern von Europas Nationen droht? — Die Wahlen fürs deutsche Parlament und für unsere Kammer werden baldigst eingeleitet werden. Die Blätter sind voll von Besprechungen Beider. Die Regierung soll, wie gesagt wird, dem Grundsatz der Berechtigung Aller zu den Parlamentswahlen huldigen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Zahlungsbedingungen bestimmt das Dresdner Verlags-Comptoir in Leipzig. Der Preis beträgt vierteljährlich 1 Thlr. 15 Ngr. Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Die Deutsche Zeitung wird durch alle Buchhandlungen und Postämter des In- und Auslandes zu dem Preise von 1 Thlr. 15 Ngr. vierteljährlich geliefert.

Die Deutsche Zeitung erscheint wöchentlich dreimal, Montag, Donnerstag und Samstag.

Für Engländer nehmen Bestellungen an: Wertheim & Macintosh in London, 24 Bouverie Street. Für Frankreich: Ch. Klinck, Portugal u. Griechenland: Barrière in Paris.

Für Amerika: Steiger & Co. in New-York, 22 Frankfort Street.

Für Italien: Bocca in Turin.

Für Belgien: Lacroix, Verboeckhoven & Co. in Brüssel.

Für Holland: Gebrüder Belinfante in Amsterdam.

Für Schweden: Beijer in Stockholm.

Für Dänemark: Reitzel in Kopenhagen.

Für Polen: Gebethner & Comp. in Warschau.

Für Rußland: Schmitzdorff in St. Petersburg.

Für Spanien: Bailly in Madrid.

Für Portugal: Rosa & Bertrand in Lissabon.

Für Griechenland: Barrière in Athen.

Für Amerika: Steiger & Co. in New-York, 22 Frankfort Street.

Für Italien: Bocca in Turin.

Für Belgien: Lacroix, Verboeckhoven & Co. in Brüssel.

Für Holland: Gebrüder Belinfante in Amsterdam.

Für Schweden: Beijer in Stockholm.

Für Dänemark: Reitzel in Kopenhagen.

Für Polen: Gebethner & Comp. in Warschau.

Für Rußland: Schmitzdorff in St. Petersburg.

Für Spanien: Bailly in Madrid.

Für Portugal: Rosa & Bertrand in Lissabon.

Für Griechenland: Barrière in Athen.

# Deutsche Zeitung.

№ 104. Heidelberg, Donnerstag 13. April. 1848.

## Uebersicht.

**Die Vertrauensmänner.** — **Wien** (die Entlassung des Staatsraths. Das Preßgesetz. Graf Kolowrat. Die deutsche Fahne. Livorno der verpubt. Gefälle. Graf Zichy gefangen. Das Verhältniß zu den Italienern. Bericht des Grafen Zichy-Ferraris über die Lage der Herrn, Truppen in Italien. Bildung einer Nordarmee. Künftig allfälliger Reichstage in Prag). **Triest** (ein Unglücksfall. Gerüchte über Venedig. Die Wahlen der Nationalgarde. Neue Blätter). **Berlin** (das Wahlgesetz. Gänzlich entlassen. Arbeiterterrorismus). **München** (Beschlüsse der Kammer über die Amnestirung). **Kassel** (Proklamation des Großherzogs. Ausschüsse über die Unternehmung der deutschen Arbeiter). **Kassel** (Ulmnchen). **Dessau** (Neues Ministerium). **Reuß-Greiz** (Ländliche Verfassung). **Schleswig-Holstein** (Anfang einer Kriegsmarine. Das Gesetzt bei Postirup. Eine Landung der Dänen verhindert. Klage des dänischen Gesandten in Berlin). **Frankfurt** (Acteuse Negotiennotiz an den Ausschuß. Die Vorfälle in Kassel. Der Ausschuß sendet eine Deputation nach Kassel). **Vom Main** (die öfterr. Vertrauensmänner). **Niederland.** **Haag.** Fürst Metternich angekommen. Brüssel-Stizweck und Letzwet. Ein neuer Freischaarenzug vorbereitet.

**Dänemark.** **Kopenhagen** (keine Freiheitsgrade gegen die Schiffe).

**Großbritannien.** **London** (die Regierung und die revolutionäre Bewegung.

**Frankreich.** **Paris** (die Regierung gegen den Fremdenbann. Militärische Maßregeln. Ein Terrorist verhaftet. Professorenernennungen. Kombardische Adresse. Der National über Leon Rollins Wahrscheinlichkeit).

**Spanien** **Paris** (die Herzogin von Montpensier. Die Moderados und Karlisten. Interessante Aktenstücke).

**Rußland.** **St. Petersburg** (friedliche Auslegung des kaiserlichen Manifestes. Einstellung der Kriegsrüstungen).

**Handel.** **Amsterdam** (bedenkliche Krisis).

**Beilage.** **Berlin** (zur Polnischen Frage I. Die Petitionen der Deutschen). **Straßburg** (der Empfang der Polen. Die Stimmung der Bevölkerung).

### Heidelberg, 12. April.

Der Rath der siebenzehn dem Bundestage zugeordneten Vertrauensmänner hat die ersten Berichte über seine Verhandlungen bekannt gemacht. Es wird nicht überflüssig sein, bei dieser Gelegenheit Etwas über die Thätigkeit und die Stellung dieser Männer zu sagen, über deren Bethauptung im Publikum keine klare und deutliche Ansicht herrscht, deren Verhältniß zum Bundestage sogar von dem Fünfzigerausschusse, wenn man aus einem neulich an die Siebenzehn gestellten Ansinnen schließen darf, verkannt zu werden scheint. Dies ist um so weniger zu verwundern, als unter den Siebenzehn selbst über ihre Stellung zwar klare und deutliche, aber keineswegs übereinstimmende Ansichten bestehen; und dies wieder ist darum eine leidige Notwendigkeit gewesen, weil bei den abordnenden Regierungen selbst verschiedene Voraussetzungen über diese Stellung obwalteten.

Die Regierungen von Sachsen und Baden meinten nicht anders, als daß ihre Beigeordneten ohne Weiteres neben ihren respektiven Gesandten einen Sitz in allen Berathungen des Bundestages einnehmen sollten; der Fünfziger Ausschuß theilte diese Ansicht, indem er in einer neulichen Mittheilung die Siebenzehn aufforderte, ein Begehren in diesem Sinne an die Bundesbehörde zu stellen; und unter den Siebenzehn selbst waren viele geneigt, diese Inkorporation in den Bundestag zu bewerkstelligen. Auf der andern Seite lautet die ursprüngliche Vokation der Siebenzehn von Seite des Bundestages nur dahin, daß sie dem Reorsionsausschusse in seinen Arbeiten für die deutsche Bundesverfassung mitwirkend und mitwirkend zur Seite treten sollten. Faktisch aber haben die Siebenzehn zwischen diesen beiden Stellungen eine mittlere dritte eingenommen, indem sie an den Bundestag den Wunsch aussprachen, daß er keine Beschlüsse ohne die vorausgegangene Kenntnißnahme der Siebenzehn veröffentlichen solle. Insofern sich diese Beschlüsse auf das Verfassungswerk beziehen, war diese Forderung in dem eigentlichen, strenggefaßten Berufe der Siebenzehn begründet; insofern die Forderung ihrem Wortlaute nach auch auf alle andern Beschlüsse, z. B. über auswärtige Angelegenheiten, ausgedehnt werden kann, stimmt sie mehr mit derjenigen Stellung überein, die Sachsen und Baden ihren Beigeordneten zugedacht hatten.

Die Siebenzehn haben der Anmuthung des Fünfzigerausschusses in Folge ihrer Berathung über diesen Gegenstand nicht entsprochen, und wir können es nach aller Erdägung der Verhältnisse nur billigen, daß sie es nicht gethan haben. Für den Entwurf einer Bundesverfassung sind diese Männer berufen worden, und wir wüßten nicht, daß es in diesem Augenblicke für eine Körperschaft, gerade wie diese zusammengesetzt ist, einen größern und schönern Beruf und einen Beruf, der eine so ausschließliche Beschäftigung in Anspruch nähme, geben könnte. Die konstituirende Versammlung soll in drei Wochen zusammentreten; ob ihr von anderer Seite irgendwelche der Berücksichtigung werthe Verfassungsentwürfe zugehen werden, ist ganz ungewiß; sollte sie selbst erst durch einen Ausschuß aus ihrer Mitte einen Entwurf ausarbeiten lassen, den sie ihrer Berathung unterbreiten wollte, so würde eine kostbare Zeit verloren werden. Es ist daher Nichts natürlicher und Nichts nothwendiger, als daß ihr ein fertiger Entwurf gleich bei ihrem Zusammentritte dargeboten werde, den ein aus ihr gebildeter Ausschuß alsdann prüfen, mit anderen vergleichen, nach Gutfinden modificiren und so der Versammlung zur Berathung vorlegen mag. Würde dieser Entwurf aus dem Schoße des Bundestags hervorgegangen sein, so wäre er um so mehr geeignet, in einflußreichen Mitgliedern aufgenommen worden, und schwerlich wäre er so beschaffen gewesen, daß er den so rasch und so riesenhaft emporgestiegenen Erwartungen der Nation entsprochen hätte. Dieser Täuschung der Erwartungen auszubeugen, scheint uns, hat man die sogenannten Männer des öffentlichen Vertrauens gerufen, gerade nur zu diesem Zweck gerufen, und ihre Auswahl ist der Art, daß wohl die konstituirende Versammlung selbst eine Reihe der hier vereinigten Namen nicht hätte übersehen können, wenn sie einen Ausschuß für solch einen primitiven Verfassungsentwurf hätte ernennen sollen. Soll aber nun dieser Hauptzweck, der der Versammlung der Siebenzehn gesetzt ist, erreicht werden, soll eine Täuschung der Erwartungen nicht dennoch eintreten, so scheint uns, als dürfen die Siebenzehn sich nur sowenig als möglich in ihrer Thätigkeit zersplittern, als gehörte ihre ganze Zeit dazu, die ungemein schwierige und dornenvolle Aufgabe des Verfassungsentwurfs zu lösen; ganz besonders aber scheint uns Nichts so sehr gewünscht werden zu müssen, als die Behauptung einer selbstständigen Stellung dieser Kammer, Nichts so sehr vermieden werden zu müssen, als eine Amalgamirung mit dem Bundestage. Eine solche Fusion würde unter der herrschenden Konfusion der Begriffe und der Zustände zu Nichts hinaus, als die Stellung der Siebenzehn zu verschieben und zu verwirren, auf sie unverschuldet den verschuldeten Haß mitzuwälzen, der auf der bisherigen Bundesbehörde ruht, und ihren guten Namen in kürzester Zeit abzunutzen und zu diskreditiren.

Ein Nutzen von irgend einer wesentlichen Bedeutung wäre mit dem Eintritt der Siebenzehnen in die Bundesbehörde, nach unserer Meinung, nicht zu stiften. Wäre dem Bundestage in seiner gegenwärtigen Gestalt voraussichtlich ein Beistand zu weissagen, so möchte es Pflicht sein, auch jedem Vorurtheile zum Trotz, zu seiner Regeneration und zu seiner Herstellung in der öffentlichen Meinung mitzuwirken; besser als alle Epuration würde dazu allerdings der Eintritt einer solchen Zahl so unbescholtener Namen mitwirken; die Zeit sind eine lange Reihevolge von volksthümlichen Handlungen und Beschlüssen würde die alten Vorurtheile überwinden. Aber in der kurzen Frist, die dem Bundestage in seiner bisherigen Organisation noch gegönnt ist, würde es ganz vergeblich sein, in diesem verrotteten Räderwerk einen beschleunigten Lauf und ein wirksames Eingreifen in die gewaltige Maschinerie des gegenwärtigen Volkslebens herzustellen. Zu unbedeutenden Formalien mitzuwirken, dazu bedarf es der Inkorporation der Siebenzehn nicht. Zu einer bedeutenden Wirksamkeit aber wird der Bundestag in seiner jetzigen Form nicht mehr

Digitized by Google

gelangen. Für jeden großen Akt würden ihm die Instruktionen entgehen, und sollte er sich selbst konsequent so benehmen, als sei er aller Instruktionen los und ledig, so würde es Angesichts der großen und nahen Veränderungen, die ihm bevorstehen, und in Erwägung des festgewurzelten Mißtrauens und Verdächtigens aller seiner Wirksamkeit, kaum zu rathen und zu wünschen sein, daß er sich noch zu bedeutsamen Handlungen erhöbe. Es ist keine Frage, daß mit dem Zusammentritt der konstituirenden Versammlung der Bundestag noch mehr gelähmt sein wird, als er es schon bisher war. Die Last der alten Vorurtheile lähmt ihn trotz aller Expectation, die Voraussicht seines kurzen Bestandes in der bisherigen Gestalt wird ihn lähmen trotz aller Inkorporationen. Wir haben daher die maßlosen Invektiven, die auf der Frankfurter Versammlung über den Bundestag, auch über den heutigen und seine heutige Thätigkeit und Unthätigkeit ergingen, nicht begriffen; auch nicht einmal, daß man jetzt noch am Schlusse seiner Existenz so heftig auf die völlige Expiration drang. Das that die Seite am Heftigsten, die den Bundestag eine Leiche nannte, und die des Verlusts spottete, diesen Lazarus wieder ins Leben zu rufen, während doch eine Expiration dieses alten Bundestages unerhaupt seiner bisherigen Formen ganz eigentlich ein solcher Versuch heißen muß, einem Todten neues Leben einzuhauchen. Wir unserer Seits sehen, nicht in falscher Metapher, sondern nach dem Verhalt der Sache, den bisherigen Bundestag als einen Sterbenden an, dessen letzte Tage nicht gerade thatlos zu sein brauchen, aber doch nur testamentarische Verfügungen für das, was nachkommt, sein können und sollen. Seine letzte Stunde, weiß man, wird in der Bälde schlagen; dann soll nicht einer Leiche neues Leben eingeflößt werden, sondern an die Stelle des Verschiedenen und Begrabenen soll ein junger blühender Erbe in neuer Lebenskraft treten. Diesem wollen wir alsdann Muth zujurufen und von ihm frische Thaten fordern. Für den Sterben und Todten wird nicht gebetet werden, die ihm junges Blut eingießt. Auch die Siebenzehn können das nicht und mögen sich wohl vor dem Versuche hüten. Ihre Stellung scheint uns, je ausschließlicher sie auf den Zweck des Verfassungswerkes gerichtet ist, desto reiner und lauterer zu sein. Mögen sie in geeignetem Falle ihren Rath und ihre Stimme abgeben zu den Akten des Bundestages; in diesen Zeiten ist eine strenge Scheidung der Rechte und Pflichten nicht überall möglich; nur das große Beispiel der allgemeinen Uebergriffe und des unbefugten Eindringens möchten wir nicht, daß diese Versammlung ihrer Seits auch nachahmte: ihre Inkorporation in den Bundestag würde ihrer eigenen Selbstständigkeit und der des Bundes nur schaden.

**Oesterreich.** Δ Wien, 3. April. Die Freude über den Rücktritt des Erzherzogs Ludwig, sowie der ganzen Staatsrathsbande, deren Seele das Metternich'sche System war, äußert sich allenthalben. Die letzte Arbeit, an welcher diese Herren noch sich angestrengt haben, ist das von vielen Seiten mit Recht getadelte Preßgesetz. Ein freisinniger Entwurf des Ministers des Innern v. Pillersdorf lag vor, welcher aber unter den Händen der Metternich'schen Staatsräthe mit achtzig Artikeln bereichert in der jetzigen Gestalt des Gesetzes kaum mehr zu erkennen ist, und unter dem nun freigewordenen Ministerium kein langes Leben behalten kann. Das Kollegium der Professorschaft des Wiener Lyceums wegen Gesundheitsrücksichten in die Hände des Grafen Stadionium gelegt hat, wird vielfach bedauert. Heute Abend wollen die Studenten ihm einen Fackelzug bringen und ihn bitten, daß er seine Kräfte der neuen Gestaltung der Dinge nicht entziehen möge. Großer Jubel erfüllte am 2. die Stadt als eine ungeheure Fahne mit den so lange von Metternich verpönten und verfolgten deutschen Farben vom Stephansthurme entfaltet wurde, und man den Thurm plötzlich doppelt sah, indem offenbar eine fata morgana dieses seltsame Schauspiel darbot. Das Volk nimmt dies als günstiges Zeichen für die Zukunft Oesterreichs und, was sich nun nicht mehr trennen läßt, Deutschlands. Die Studenten zogen vom Stephansthurm zur Burg, um dem constitutionellen Kaiser ein Hoch zu bringen; eine Deputation überreichte ihm eine deutsche Fahne, auf welche er und die Kaiserin segnend die Hände legten. Sie können aus diesen Scenen entnehmen, mit welchen Empfindungen hier das Auftreten Ihrer Landsleute*) in der Frankfurter Versammlung aufgenommen wurde. Man ist entrüstet über die Frivolität, mit welcher diese Herren in der Zeit hohen Ernstes den deutschen Volksstämmen, welche ganz und gar keine republikanischen Gelüste haben, ihren leichtfertigen und windigen Freiheat und damit sich selbst aufdringen wollen. Nur eine Partei — die reaktionäre — reibt sich beifällig die Hände dabei und hofft von solch unbesonnenen Ueberstürzungsversuchen für sich und ihre Zukunft wieder Etwas, während sie gewiß ist, daß bei einer besonnenen und wahrhaft freien Entwicklung unserer deutschen Verhältnisse ihre Zeit für immer vorüber sei.

Δ Wien, 5. April. Graf Zichy, welcher die schmähliche Kapitulation in Venedig abschloß, ist vorgestern unter Eskorte hier angekommen, und wie man hört, hat die Regierung den Vorsatz, der ganzen Strenge der Gesetze gegen ihn freien Lauf zu lassen. Sonst erfährt man hier auf officiellem Wege über die Lage der Dinge in Italien sehr wenig und tadelt allgemein das unbegreifliche Schweigen der Regierung darüber. (S. unten). Die widersprechendsten Gerüchte erheben und verbreiten sich auf diese Weise. Im Allgemeinen ist aber unter der Bevölkerung unserer Hauptstadt die Stimmung gegen die Italiener eine äußerst gereizte und erbitterte. Gegen einzelne italienische Kaufleute kam es sogar zu Thätlichkeiten, die aber, sowie ein gestern entlassener Maurer- und Schaufelbrecht, durch den man mehr Lohn und weniger Arbeitszeit erobern wollte, rasch von der Nationalgarde unterdrückt wurden.

Wien, Anf. April. Der provisorische Ministerpräsident, Graf Fiequelmont, macht über die Armee in Oberitalien Folgendes bekannt: „Die Ungewißheit des Publikums hat mit Spannung auf Nachrichten über das Schicksal der italienischen Armee gewartet, und welcher Oesterreicher wird nicht dieses Gefühl im ganzen Umfange natürlich finden. Aber erst heute ist das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Stande, das erste Mal zuverlässige Nachrichten über diese Armee ertheilen zu können, über deren Bewegungen sie eben so unwissend war, als das Publikum selbst. Durch neun Tage waren alle direkten Nachrichten ausgeblieben; die durch das ganze Land verbreitete Insurrection hatte jede Verbindung gehemmt, nach jede Absendung von Kurieren war unmöglich geworden. Der Feldmarschall Graf Radetzky konnte sich nur in massenhaften Abtheilungen bewegen und wußte sich den Durchzug überall mit den Waffen erzwingen. Diese peinliche Lage hat nun ein Ende, und die direkte Verbindung mit Verona und der Armee ist hergestellt. Die Konzentrirung der verschiedenen Truppenkorps ist bewerkstelligt, und die Divisionen stehen echelonirt zwischen der Etsch und dem Mincio, in der Verfassung in einer starken Position jedem feindlichen Angriffe die Stirn bieten zu können. Der F. M. L. Fürst Schwarzenberg, der sich mit seiner Division von Brescia gegen Lodi zog und dort mit dem F. M. Radetzky vereinigte, kam zurück am Mincio an. Der F. M. Radetzky wurde am 31. in Verona erwartet, um mit dem 2. Armeekorps die ferneren Operationen anzuordnen. Eingehenden über die Vorfälle vom 18. bis heute sind nicht eingelaufen, und man sieht darüber erst den weiteren Berichten entgegen. Das Publikum sei sicher, daß ihm keine Nachricht, die einige Gewißheit für sich hat, vorheimlicht werde, sie sei gut oder schlecht; ich halte es indeß für meine Pflicht, die öffentliche Meinung nicht durch dage und unverbürgte Gerüchte irre zu führen. Gr. Fiequelmont."

Wien, 6. April. Dem Ründ. Korresp. zu Folge soll die Nordarmee, deren Bildung im Werke ist, auf 60,000 Mann gehoben werden. Die Festungen Olmütz, Königgrätz und Josephstadt werden in Vertheidigungsstand gesetzt. Die ersten disponiblen Truppen beziehen ein Lager in Schlesien. Fürst Windischgrätz, der hier so unpopulär geworden, tritt an die Spitze dieser Armee. Graf Montecuculi ist als Friedenskommissär mit den ausgedehntesten Vollmachten nach Mailand abgegangen. — Zum zweiten Bundestagsgesandten Oesterreichs mit außerordentlicher Vollmacht ist das Ständemitglied Hr. v. Schmeling von der Regierung ernannt worden. — Der ungarische Reichstag wird vermuthlich am 9. April durch den König in eigener Person geschlossen werden; jedenfalls geschieht dies in kürzester Zeit. Die nächsten Reichstage werden in Pesth abgehalten werden, und zwar alljährlich einer. Eine Civilliste ist von Ungarn provisorisch festgestellt worden, so wie auch ein Jahresbeitrag für die Erhaltung der stehenden Armee. Der Ertrag der ungarischen und siebenbürgischen Bergwerke wird übrigens in Zukunft in die Kassen des ungarischen Finanzministeriums fließen.

* Triest, 31. März. Die Unvorsichtigkeit, die Mutter der meisten Unglücksfälle, ist neuerdings die Ursache eines beklagenswerthen Vorfalles geworden. Der Kapitän des österreichischen Lloyd, Mesfa, sollte eine Abtheilung des Regimentes Baron Hey nach Pola überbringen. Vor dem Einlaufen des Dampfers in den dortigen Hafen wurde vom Fort das Signal gegeben, welches — es ist wahrlich unbegreiflich — vom Dampfschiffe weder beantwortet, noch die Flagge aufgezogen wurde. Nach den bestehenden Vorschriften wurde nun eine Kanone abgefeuert, die dem Kapitän beide Füße fortriß, den Haupt-

*) Eingeiner unserer Landsleute!

D. R.

Digitized by Google

mann der darauf befindlichen Truppe ideirte und über 15 Soldaten verwundete. Das Schiff selbst wurde stark beschädigt und war in großer Gefahr unterzusinken. Gleich nach Anlangen der Estafette, welche diese Nachricht überbrachte, wurde ein Dampfer nach Pola beordert. — Udine ist von der Republik San Marko abgefallen. In Venedig selbst herrscht große Unordnung und gegenseitiges Mißtrauen unter den Parteien, und man hat Gründe, schlimme Auftritte zu befürchten. Die Theurung wächst so zu sagen von Stunde zu Stunde, sodaß die Lira (24 Lots oder 8/5 Wiener Maß) bereits 30 Kreuzer Münze kostet. — Die von Venedig in Triest angekommenen Truppen des Regimentes Kinsky, sowie die Artillerie sind gleich gegen Udine abmarschirt, um, wie es heißt, zum Korps des Generals d'Aspre zu stoßen und Venedig die Zufuhr von der Landseite abzuschneiden. In Triest wurden heute die Wahlen der Hauptleute und die Eintheilung der Nationalgarde in Kompagnien vorgenommen, wobei es jedoch ganz ruhig zuging. — Die Beitschrift hat drei Journale „La Riforma", „La parola libera" und „Il popolo nei suoi diritti e doveri" hervorgerufen. Uebrigens herrscht hier vollkommene Ruhe.

**Preußen.** Berlin, 6. April. Den Mittheilungen verschiedener Zeitungen zufolge macht sich auch hier ein gewisser Arbeiterterrorismus in immer fühlbarerer Weise geltend. Unter obigem Datum schreibt man dem Rürnb. Kor.: Gestern Nachmittag befand sich die Stadt wieder in der allergrößten Aufregung. Die Bürgerwehr sammelte sich auf allen öffentlichen Plätzen und durchzog die Straßen in starken Patrouillen, die Soldaten eilten überall nach den Kasernen, wo sie strengen Befehl erhielten, dieselben nicht wieder zu verlassen. Der Grund von all Dem lag darin, daß große Haufen von Gesellen und sonstigen Personen der arbeitenden Klassen die Straßen durchzogen und mit Zerstörung einzelner Läden, namentlich von Kleiderhandlungen und Fabriken, insbesondere von Kattun- und Wollstreifen, tobten. Nicht sowohl die Erhöhung von Lohn sollte erzwungen werden, als vielmehr die Zufuge, daß in der Folge keine Frauenzimmer und Kinder in den Fabriken mehr beschäftigt werden sollten, da in Folge der billigen Preise, für welche diese arbeiten, die männlichen Arbeiter immer mehr die Beschäftigung verlieren und so der Armuth verfallen. Von mehreren Fabrikanten wurde die gewünschte Zusage sofort ertheilt, von vielen in Aussicht gestellt, und so verhlieb es nur bei den Zerstörungsversuchen und kam nicht zur Zerstörung selbst. Zur Aufstellung des Blickes in die Zukunft tragen solche Vorgänge aber wahrlich nicht bei. —

Berlin. Die Allg. Pr. Z. veröffentlicht das am 8. April erlassene Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung. Die Hauptbestimmungen dieses Gesetzes sind folgende: Jeder Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung bezieht. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf je 250 Vollzahl von fünfhundert Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht fünfhundert, übersteigt aber dreihundert Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl Eines Wahlmannes berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht dreihundert Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu Einem Wahlbezirke vereinigt. In Gemeinden von mehr als tausend Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeindebehörden in der Art zu bestimmen haben, daß in einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind. Jeder ist nur in dem Wahlbezirk zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen. Jeder Preuße, der das 30. Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verloren hat, ist wählbar zu den Aemtern des Staats zum Abgeordneten wählbar. Für jeden landräthlichen Kreis, sowie für jede Stadt, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehört, soll Ein Abgeordneter und Ein Stellvertreter gewählt werden. — Erreicht die Bevölkerung des Kreises oder der Stadt sechzigtausend Seelen, so werden Zwei Abgeordnete gewählt, und es teilt sie jede fernere Vollzahl von vierzigtausend Seelen Ein Abgeordneter hinzu, so daß für hundertundvier Seelen mehr, für hundertvierzigtausend Seelen wie für zwei Abgeordnete, die Zahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen, und zwar bei den Kreiswahlen in dem Hauptorte des Kreises. So mehr als drei Abgeordnete zu wählen sind, soll die Wahl so geschehen, daß zuvörderst die zur Leitung der Wahl berufenen Behörden abzugrenzen haben. Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Aufträge oder Instruktionen nicht gebunden. — Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes zusammentretende Versammlung ist dazu berufen, die künftige Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die seitherigen rechtsständischen Befugnisse namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staatsanleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch auszuüben.

Berlin, 5. April. Die heutige allg. K. Zeitung meldet: Se. Majestät haben geruht, dem Konsistorial-Präsidenten Göschel zu Magdeburg die erbetene Entlassung aus seinem Amte zu ertheilen.

**Baiern.** — München, 9. April. Folgendes ist der Beschluß der Kammer über den Gesetzentwurf die Amnestierung betreffend: Die Kammer der Abgeordneten hat sich über den von dem königl. Staatsministerium der Justiz an sie gebrachten Gesetzentwurf „die Amnestirung betreffend", durch ihren 1. Ausschuß Vortrag erstatten lassen, und nach hierüber gepflogener Berathung in ihrer 5., heute stattgefundenen, öffentlichen Sitzung beschlossen, daß dieselbe nur unter den beigefügten Modifikationen anzunehmen sei: Art. 1. Dieser Artikel soll folgende Fassung erhalten: „Wegen aller vor dem 21. März d. J. verübten politischen Verbrechen oder Vergehen, welche unter die Bestimmungen der Artikel 299—336; 404—424 des 1. Theiles des Strafgesetzbuches von 1813, dann der Artikel 75—108, 201—233, 237—248, 260—264, 283—294 des pfälzischen Strafgesetzbuches fallen, soll keine strafgerichtliche Verfolgung eröffnet oder fortgesetzt werden. Die Kosten der hiedurch niedergeschlagenen Untersuchungen werden von der Staatskasse übernommen. Art. II. Dieser Artikel fällt weg. Art. III. Dieser Artikel, welcher nunmehr als Artikel II erscheint, soll nachstehende Fassung erhalten: Alle, welche wegen der im Artikel I. bezeichneten Verbrechen oder Vergehen verurtheilt, oder von der Instanz entlassen worden, werden für die Zukunft in die zivilrechtliche und staatsbürgerliche Rechtsfähigkeit wieder eingesetzt. Art. III. wird der Zusatzartikel des Ausschußprotokolles eingeschaltet: Diejenigen, welche in der Pfalz wegen eines sonstigen Vergehens verurtheilt wurden, das nach dem diesseitigen Strafgesetzbuche von 1813 kein Vergehen ist, erhalten ihre staatsbürgerlichen Rechte zurück. Ausgenommen sind die gemäß Artikel 401 des pfälzischen Strafgesetzbuches Verurtheilten. Art. IV. Dieser Artikel soll am Eingange folgenden Zusatz erhalten: „Gegenwärtiges Gesetz ist vom 21. März d. J. an zu Gunsten der Betheiligten wirksam." Ferner hat die Kammer der Abgeordneten nachstehendem Wunsche ihre Zustimmung ertheilen zu sollen geglaubt: Se. Maj. sei zu bitten „dem Dr. Eisenmann und dem Bürgermeister Behr für ihre materiellen — in Folge der gegen sie eingeleiteten Strafrechtlichen Verhandlungen erlittenen Verluste eine billige Entschädigung zu gewähren, welche von dem Staatsminister der Finanzen, benehmlich mit den Ministern des Innern und der Justiz, auszumitteln ist." München, 8. April 1848. De. Müller: 2. Präsident. Steckinger: 1. Sekretär.

**Baden.** Karlsruhe, 11. April. Die hiesige Zeitung schreibt: Aus Straßburg kommt und heute (10.) nachstehende Erklärung eines deutschen Arbeiters zu, welche wir ungeräumt der Oeffentlichkeit übergeben: Als vor 6 Wochen die glorreiche Revolution in Frankreich ausbrach, wurden auch wir Deutsche von der Begeisterung, die sich überall und aus jedem Munde aussprach, hingerissen, ähnliche Umwälzungen unserm Vaterlande zu wünschen, und wir fühlten in diesem Sinne stärke als je die Nothwendigkeit, Alle zusammen uns zu vereinigen, um erfahren zu können, welchen Eindruck erwähnte Revolution auf das übrige Europa, zunächst aber auf unser deutsches Vaterland hervorbringen werde. Da erschall auf einmal von Paris aus der Ruf an alle deutschen Arbeiter, die in Frankreich sind, mit Hermegh an deren Spitze, in unser deutsches Vaterland zu marschiren, um vereint mit unsern Gesinnungsverwandten daselbst die Republik zu proklamiren und sie mit unserm Arme zu unterstützen. Zu diesem Schritte wurden wir durch folgende Thatsachen aufgefordert und aufgemuntert, nämlich: Der König von Preußen sei strangulirt; Fürst Metternich geflohen; Rheinpreußen habe sich von Preußen losgesagt und vereint mit Rheinbaiern die Republik proklamirt; die Festungen Koblenz, Germersheim, Landau seien in den Händen der Bürger, das Militär, mit Ausnahme des badischen, in starkem Kampfe mit den Bürgern, und man verlange schnell die Hilfe der deutschen Arbeiter, um die Bürger zu unterstützen. Dies und noch tausend von Ereignissen wurden uns theils durch Briefe, theils durch Zeitungen und von Durchreisenden berichtet, und wir konnte noch länger säumen, dem sein Vaterland noch lieb und theuer ist, und im Auslande verbleiben, während ihm die klägliche Hilfsruf seiner Brüder das Herz durchschnitt? Von diesen Gefühlen durchdrungen, beschlossen wir alsbald aufzubrechen. Bei unserem Abmarsche wurde unserm Komité mitgetheilt, daß von dem demokratischen Vereine von Paris in Straßburg für Alles gesorgt sei: da 15gen Waffen, Geldes, so viel man brauche, auch exerziren man daselbst schon und erwarte nur noch die Andern. Nach wahrhaft mühseligem Marsche langten wir sofort in Straßburg an. Gleich nach unserer Ankunft suchten wir den Abgesandten des demokratischen Vereins, einen gewissen Hen. Fuhrmann auf, fanden ihn jedoch zwei Tage nicht. Endlich erfuhren wir, daß derselbe im Gasthause zum tiefen Keller logire. Wir forderten ihn auf, und sogleich die uns vom

Digitized by Google

Pariser Zentralkomite versprochenen Waffen und Geldes zu übergeben. Hr. Fuhrmann gab uns die schönsten Hoffnungen, und machte uns die großartigsten Versprechungen, jedoch nicht wie Don Quixote seinem Sancho Pansa eine Insel, sondern auf das baldige Land, aber gab uns weder Waffen, noch Geld. Indessen wurde unsere Lage jeden Tag bedenklicher; denn von dem immerwährenden Versprechen hatten unsere 50 Mann, der Waffen nicht eingedenk, nicht gegessen. Wie was wollten wir nun beginnen? Wir lasen die Zeitungen, und o Himmel! zu unserer Entrüstung sahen wir, daß wir belogen und betrogen worden sind. Was blieb uns nun übrig zu denken und zu thun? Nichts Anderes, als die hier in Straßburg wohnenden deutschen Brüder aufzusuchen. Uneingedenk des hier bestandenen deutschen demokratischen Vereins, der uns in seinen Verhandlungen nicht nur müde, noch helfen wollte und konnte, wandten wir uns, Dank sei es dem Himmel! an Männer, die uns offen und vor aller Welt erklärten, an welchem Abgrunde wir stehen. An Konspirationen von Seite der Herwegh'schen Partei selbst es nicht; allein in der Hauptsache einmal belogen und betrogen, konnten wir es beinahen wenig Glauben mehr beimessen. Und in der That, wir täuschten uns nicht, indem wir in Gesellschaft den erwähnter Männer und in Kehl von dem wahren Sachverhalt vergewissserten. Darum Dank Euch, biedern deutschen Männern, Dank Euch Brüdern Stamm, Doktor; Adelmann, Maitre; Rip, Contremaitre; Kölbing, Holzhändler und Schindler, Fabrikant, die Ihr Euch mit Brüderlichkeit, wie es echten deutschen Männern zusteht, unser annahmet. Wie machen Dies hiermit öffentlich bekannt, daß es unsere Brüder dadigst erfahren mögen, wie es ihren Vorgängern ergangen. Wer in aller Welt wird jetzt die Verantwortung auf sich nehmen, der uns so schmählich, ja gottesvergessen, über 100 Stunden Wegs herlockte, und wir jetzt von unsren Brüdern daheim wie Feinde und Verräther am Vaterlande betrachtet werden? Der Obmann der ersten Lyoner Kolonne: Fischer, Chaventier.

**Karlsruhe.** Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden ꝛc. Wir haben in Erfahrung gebracht, daß leider häufig die Ruschit verbreitet wird, mit der Zusammenziehung der Truppen des 7. und 8. Armeekorps werde eine Unterdrückung der freiheitlichen Bestrebungen des badischen Volkes beabsichtigt. Wer das ganze offene Verhalten Unserer Regierung, sowie das der Regierungen des 7. und 8. Armeekorps bildenden Staaten unbefangen betrachtet, wer sieht, was seit einigen Wochen zur festen Begründung und zur Erweiterung der bürgerlichen Freiheit bereits geschehen oder noch im Werke ist, und wie der freiesten Bewegung überall der ungehinderte Lauf gelassen wird, — dem muß die Ungereimtheit der Verdächtigung einleuchten, als wenn die Freiheit nun auf einmal durch militärische Gewalt unterdrückt werden sollte. Allerdings gibt es Leute, welche den schönen Namen der Freiheit auch der Gesetzlosigkeit beilegen, und die dem Vollzuge der Gesetze überall, wo er ihnen mißliebig ist, alsbald offene Gewalt entgegenzusetzen drohen; aber zur Unterdrückung solcher Gesetzwidrigkeiten, zu der Wir fest entschlossen sind, ist die von den gutgesinnten Bürgern unterstützte ordentliche Gewalt wohl hinreichend, und es bedürfte dazu keiner Zusammenziehung eines deutschen Armeekorps. Letztere ist, wie ja bei den Verhandlungen mit den Ständen schon wiederholt besprochen wurde, und in den Blättern des Inlandes und des Auslandes schon seit längerer Zeit zur öffentlichen Kenntniß kam, lediglich allein durch die bewaffneten Ueberfälle veranlaßt, die von deutschen Arbeitern (in Verbindung mit französischen Proletariern) aus Frankreich und der Schweiz, dem Großherzogthum und damit dem ganzen deutschen Vaterlande drohen. Wenn auch nicht Alle von den einzelnen mündlichen und schriftlichen Nachrichten von Augen- und Ohrenzeugen über jene Einfallsplane vollständig unterrichtet sind, so konnte das Volk doch die Wirklichkeit dieser Pläne und den weiten Umfang derselben, die vollständige Organisation angeblich deutscher Legionen und deren theilweisen Abmarsch gegen Baden schon aus öffentlichen Blättern des Auslandes und des Inlandes selbst entnehmen, und daraus die Ueberzeugung gewinnen, daß diese Schaaren den Ruf revolutionärer Parteiführer im Inlande, mit denen sie thatsächlich in Verbindung stehen, erwarten, um hier einzubrechen und den Versuch einer revolutionären Partei, die Verfassung umzustürzen, mit bewaffneter Hand zu unterstützen. Wer die Gefahr eines Bürgerkrieges bedenkt, der wird zurückschaudern vor den möglichen Folgen eines solchen frevelhaften Attentats. Um solches Unheil von Unserm Lande und von ganz Deutschland abzuwenden, ist es Unsere und der mitverbündeten Staaten heilige Pflicht, durch eine hinreichende Macht die Grenze gegen Frankreich und die Schweiz zu schützen. Nur dadurch wird selbst der Versuch eines Einfalls abgewendet und das Land von einem ihm drohenden Unglücke, dessen weitere Folgen unabsehbar wären, mit Sicherheit gerettet. Es ist zu hoffen, daß die Maßregel nicht lange nöthig sein wird, und daß die Eindringlinge, im Angesicht der entfalteten Macht und ohne Aussicht auf ihre im Lande gehofften Erfolge, ihre Plane aufgeben, sich auflösen und entweder zurückkehren, oder, nach dem ihnen gemachten Anerbieten, einzeln oder in kleineren Abtheilungen unbewaffnet und friedlich den deutschen Boden betreten und durch das Großherzogthum in ihre Heimath gehen werden. Wie geben uns der Hoffnung hin, daß diejenigen Unserer Staatsbürger, welche dem Einmarsche oder Aufenthalte baierischer, württembergischer und hessischer (also freundnachbarlich deutscher) Truppenabtheilungen im Lande widerstreben, bei näherer Erwägung der Verhältnisse vielmehr dafür dankbar sein werden, daß durch diese Maßregel nur sie selbst, nur unser ganzes Land und unser geliebtes deutsches Gesammtvaterland vor der Gefahr eines unheilvollen Bürgerkrieges geschützt werden. Der gesunde Sinn des Volkes wird sich nicht verleiten lassen durch Aufreizungen Derjenigen, welche im Lande selbst etwa befürchten, daß die Einstattung einer starken Macht ihre eigenen strafbaren Pläne vereiteln werde. Dabei können Unsere treuen Verbündete darüber nicht unterbleiben, daß in einem Augenblick, wo ganz Deutschland von der Idee einer starken nationalen Einigung mehr als je beseelt ist, die Aufstellung von Truppen unserer benachbarten Brudersstämme auch damit verdächtigt wird, daß man diese Truppen als fremde bezeichnet. Wir hoffen, daß die Vaterlandsliebe der badischen Staatsbürger, daß ihre Begeisterung für die große deutsche Sache diesen Fleck in den Erscheinungen der Jetztzeit wieder vertilgen, und daß sie bewirken wird, daß die Truppen der mit Baden ohnehin so eng verbundenen deutschen Nachbarn überall mit Freuden aufgenommen und als Brüder und Freunde behandelt werden. — Theure Badner! Nicht zur Unterdrückung der Freiheit, wie man Euch glauben machen möchte, sondern zur Erhaltung und verfassungsmäßigen, gesetzlichen Einführung derselben für Euch im Vereine mit ganz Deutschland ist diese Maßregel ergriffen worden! Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 10. April 1848. Leopold. von Dusch. Nebenius. Beck. C. Hoffmann. F. Hoffmann. Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Büchler.

**Kurhessen.** Kassel, 10. April. Die D. P. A. Z. berichtet: Die vergangene Nacht war eine furchtbare für Kassel, und die unheilbringenden Folgen werden sich nur zu bald zeigen. Es wird Ihnen bereits bekannt sein, daß der Kurfürst den Kommandanten von Kassel, General v. Lebel, seiner Stelle enthoben wollte, daß aber der Kriegsminister Weiß hiergegen Einsprache erhob, weil die betreffende kurfürstliche Verfügung nicht von ihm gegengezeichnet war. Weiß erhielt gleichfalls den Abschied wegen dieser Einsprache und die nächste Folge war, daß sämmtliche Minister ihre Entlassung gaben. Diese Entlassung wurde nicht gegeben, vielmehr wurden die gegen v. Lebel und Weiß erlassenen kurfürstlichen Verfügungen alsbald wieder zurückgenommen. Nun sammelte sich gestern Abend eine große Schaar anständig gekleideter Leute, meistens Künstler, Polizeidiener und Kanaille, auf dem Königsplatz, es war auf eine friedliche Demonstration abgesehen: man wollte den verzeihigen Ministern ein Lebehoch rufen. Der Polizeidirektor befand sich mitten unter der Menge und bat, daß man nur keine Exzesse begehen möge, was ihm bestimmt zugesagt wurde. Von einer Patrouille der Bürgerwache begleitet, bewegte sich nun der Haufe vorwärts, zuerst vor die Wohnung des Ministers Eberhard, in der Weltlichkeit. Nachdem sich die Menge hier durch einige kurze Anreden und Bivatrufe Luft gemacht, ging der Zug in größter Ruhe und Ordnung in die Königsstraße, um auch den dortigen Bürgern das ersprießen. Am Friedrichsplatze befand sich ziemlich weit hinten in dem Haufen und dann deßhalb nicht genau angeben, durch welchen Umstand zunächst es zu einem Zusammenstoß mit dem Militär kam. Nur so viel ist gewiß, daß man mit einmal und ganz unerwartet Waffengeklirr vernahm und daß die Garde zu Pferd, von der man sagt, sie habe nur verhüten wollen, daß man einem Adjutanten des Kurfürsten ein Chavivari bringe, scharf in die Menge einhieb. Dies war das Zeichen zu einem allgemeinen Aufstand; wie in Paris und Berlin, rief man auch hier: Verrath! und bevor eine halbe Stunde verging, war ganz Kassel in Bewegung. In wenig Augenblicken thürmten sich die Barrikaden in allen Straßen auf; das Zeughaus wurde vom Volke erstürmt und Waffen unter die Menge vertheilt. Ein Glück ist es zu nennen, daß der Kriegsminister Weiß das Weite nicht allzu alarmiete. Die Garde du corps wußte fester die Stadt verlassen, während das Volk auf den Straßen fortklärmte. Die ganze Nacht hindurch wurde auf den Straßen geschossen, und erst um 3 Uhr heute früh legte sich der Sturm einigermaßen. Zu einem weiteren Kampf mit dem Militär ist es nicht gekommen. Aber in diesem Augenblick (7 Uhr früh) sammeln sich wieder bewaffnete Haufen und wir sehen dem Ende mit Schrecken entgegen. (s. d Frankfurt.)

Digitized by Google

Das Frankf. J. enthimmt einem ihm zugegangenen Schreiben über dies Ereigniß vorläufig folgende kurze, Obiges bestätigende, Notiz: bei Gelegenheit einer Demonstration gegen die Herren Dehn-Rothfelser und Abbée wurde von Seite des Wachtlokals auf die Massen scharf eingehauen. Allsogleich erhoben sich Barrikaden, die Kaserne und das Zeughaus wurden gestürmt. Die Garden haben sich gestüchtet. Mehr als 4000 Bürger stehen unter den Waffen.

**Anhalt-Dessau.** In Folge des von einer zahlreichen Volksversammlung in Dessau am 2. April ausgesprochenen Mißtrauensvotums ist sofort das Ministerium entlassen worden. Der Ober-Appellations-Gerichts-Rath Habicht in Zerbst hat die Leitung des Ministeriums übernommen und den Regierungs-Advokaten Köppe in Dessau als zweites Mitglied vorgeschlagen. (D. A. Z.)

**Reuß-Greiz.** Auch der Fürst dieses Ländchens hat endlich den Forderungen der Zeit nachgegeben und in Folge einer mit zahlreichen Unterschriften versehenen Petition den Staatsangehörigen seines Landes folgende Bewilligungen gemacht: 1) Eine neue ständische Konstitution. 2) Anobrehung der Bahnrichtigung und Bahnbrechen auf alle Klassen der „Unterthanen" und Berufung sämmtlicher Versammlungen in kurzen Perioden mit beschließender Stimme nach einfacher Majorität, namentlich auch in Gesetzgebungsangelegenheiten. 3) Vereidung sämmtlicher „Unterthanen" und Staatsdiener, somit auch des Militärs, auf die Verfassung und Verantwortlichkeit der Staatsdiener. 4) Freiheit der Presse mit Aufhebung der Censur. 5) Freies Vereins- und Versammlungsrecht der Staatsbürger und das Recht zur Bewaffnung zur Abwehr streitsüchtiger Angriffe auf die Sicherheit der Person und des Eigenthums. 6) Gleichstellung aller „Unterthanen" vor dem Gesetz mit Beschränkung der privilegirten Gerichtsstände. 7) Trennung der Justiz- und Verwaltungszweige. 8) Einführung des öffentlich-mündlichen Gerichtsverfahrens mit Verschiedung der für den Staatsprozeß gewünschten Schwurgerichte. 9) Einführung von Schiedsgerichten zur freien Gerichtsbegen. 10) Erlassung neuer Sportulatordnungen. 11) Schutz gegen Wildschaden. 12) Abtödotarteil des Lehngutes und der Frohnen, so wie anderer Lasten des Grundes und Bodens.

**Schleswig-Holstein.** Kiel, 7. April. Der Altonaer M. berichtet von hier: Man erfährt, daß die drei nach Kiel gehörigen Dampfschiffe in möglichster Schnelligkeit eine Ausrüstung erhalten sollen, durch welche der Anfang zu einer schleswig-holsteinischen Kriegsmarine mit ihnen gemacht werden könnte.

Flensburg, 6. April. Ueber ein Vorpostengefecht bei Hoftrup bringt die Bremer Zeitung folgende nähere Angaben: Heute ist es zum ersten Vorpostengefechte zwischen unsern und den dänischen Truppen gekommen. Die Dänen hatten ihre Vorposten bis Hoftrup (ein Dorf zwischen Flensburg und Apenrade) vorgeschoben. Hier wurden sie von zwei Kompagnien Jäger und einer Abtheilung Dragoner unter Anführung des preuß. Hauptmann Koyer angegriffen und nach einem kurzen und lebhaften Gefecht aus dem Dorfe geschlagen und bis Rinkenis zurückgedrängt. Auf dänischer Seite sind ein Officier und einige Gemeine gefallen, auf schleswig-holsteinischer Seite ist Niemand gefallen, und nur einige Leute sind nicht erheblich verwundet. Unsere Soldaten haben große Kampflust gezeigt. Einzelne, die sich besonders ausgezeichnet, werden im Bulletin öffentlich belobt werden. Es war gut, daß es endlich einmal zu einem, wenn auch nur kleinen Gefecht gekommen ist; denn unsere Soldaten, namentlich die Freiwilligen, die seit länger als acht Tagen unthätig in und vor Flensburg (namentlich in der festen Stellung bei Bau) liegen, werden ungeduldig. Die Dänen, von denen man vom Norden her einen Angriff auf Flensburg erwartete, schienen die Absicht zu haben, unseren Truppen in den Rücken zu fallen. Im Flensburger Meerbusen sind einige dänische Schiffe erschienen und beschädigten, Truppen bei Holnis, an der südlichen Seite des Meerbusens, zu landen. Es wurden sogleich einige Abtheilungen Scharfschützen und Dragoner unter dem preußischen Hauptmann v. Heyden von hier dahin abgeschickt; ohne Zweifel wird es dort morgen zu einem lebhaften Gefechte kommen. Unsere Truppen werden bei Holnis eine gute Stütze an der Bevölkerung von Angeln haben, welche überall einen vollständigen Landsturm organisirt hat und vom besten Geiste beseelt ist.

Der Wes. Z. zufolge hätten die Dänen von der versuchten Landung bei Holnis abstehen müssen. Der dänische Gesandte am Berliner Hofe, Graf Pleffen, hat dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. von Arnim, eine Note übergeben, worin er erklärte, daß Dänemark die Besetzung des Gebiets von Schleswig-Holstein als eine Verletzung des Völkerrechts betrachten würde. Die dänische Regierung dürfe es nimmermehr dulden, daß ein Eingriff in ihre souverainen Rechte über diese Provinzen von Seite einer deutschen Macht gethan werde. Der König von Dänemark sei in jeder Beziehung im Stande, seine Rechte selbst wahrzunehmen.

Frankfurt, 10. April. Niegolewski, Mitglied des polnischen Nationalkomitées im Großherzogthume Posen, der sich gegenwärtig hier aufhält, hat gestern „an den Ausschuß der vorberathenden Versammlung zum deutschen Parlament" eine Adresse gerichtet, in welcher er, auf Grund einer ihm von dem polnischen Nationalkomité im Großherzogthume Posen ertheilten Vollmacht, die er in beglaubigter Abschrift beilegte, um die Verwendung des Fünfzigerausschusses im Interesse der Wiederherstellung der politischen Unabhängigkeit Polens nachsucht. Wie sich von der polnischen Seite erwarten läßt, will die Adresse von einer Erhaltung des Großherzogthums Posen für Deutschland Nichts wissen. Posen, heißt es dahin, sei erweislich Polens Wiege; die dort festhaften Deutschen hätten sich lediglich aus Privatrücksichten auf polnischen Boden niedergelassen und wären seiner Zeit von den Polen gastfreundlich aufgenommen worden.

☆ Frankfurt, 11. April. Dem, was Sie aus der Oberpostamtszeitung über die beklagenswerthen Vorfälle in Kassel ersehen, kann ich aus bester Quelle Folgendes beifügen. Auf die stürmische Nacht folgte ein ruhiger Tag, überhaupt erwies sich Vieles als Uebertreibung; der wahrhaftige Ereß einer Anzahl betrunkener und durch einen Offizier aufgereizter Garden zu Roß hat gottlob kein Menschenleben gekostet. Alles übrige Militär blieb unbetheiligt und mit den Bürgern im besten Einvernehmen; heute breg es mit bloßen gemeinschaftlich die Wachen. Der Kurfürst hat die Garden zu Roß sofort aufgelöst, und eine strenge Untersuchung ist eingeleitet gegen diejenigen, welche gegen Bürger einschritten, die den Ministern ihre Anhänglichkeit bezeugen wollten.

☆ Frankfurt, 11. April. Der Fünfzigerausschuß hat in seiner heute Nachmittag gehaltenen Sitzung auf Antrag v. Soiron's beschlossen, eine Deputation nach Kassel abzusenden, welche die Veranlassung der letzten Unruhen, sowie die jetzigen Verhältnisse daselbst erforschen, der Regierung mit ihrem Rath an die Hand geben und derselben erklären soll, daß sie ganz Deutschland gegenüber für Ersetzung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit verantwortlich sei, daß sie sich dieser Verantwortlichkeit keineswegs durch Niederlegung ihres Amtes entziehen könne, vielmehr, falls ein anderer, kurfürstlicher Wille ihr im Wege stehe, sie nach ihrer eigenen Einsicht und ihrem eigenen Ermessen zu handeln habe. Als Mitglieder der Deputation wurden gewählt: Wippermann aus Kassel mit 24, Blachière aus Hanau mit 21, Hecksher aus Hamburg mit 16 Stimmen. Sie werden nach einer Konferenz mit Jordan noch heute abreisen. Dem Gerüchte, daß dieser Beschluß mitgetheilt werden. Während der Sitzung traf die Nachricht ein, daß der Bundestag bereits in einem Schreiben an die kurhessische Regierung über die Veranlassung der jüngsten Ereignisse und über die jetzige Lage der Dinge Aufschluß verlangt habe.

Mainz, 10. April. Heute traten in die Versammlung der Siebenzehner als ehrenrichterliche Vertrauensmänner ein: Landrath v. Somaruga und Appellationsrath v. Schmerling.

**Niederland.**

Haag, 7. April. Metternich ist hier angekommen, um sich etwa acht Tage in unserer Stadt aufzuhalten und sich dann über Rotterdam nach London zu begeben.

Dieselbe Nachricht wird durch folgende in der F. O. S. enthaltene Notiz bestätigt: Fürst Metternich (Graf Mitligau) ist am 6. in Haag eingetroffen.

**Belgien.**

Brüssel, 5. April. Der General Skyzneck und Letemel sind von hier noch nicht abgereist. Ersterer nimmt aber seine Dimission als belgischer General, was auch sämmtlicher im belgischen Heere diesenden polnische Offiziere thun. Die h. Regierung hat den Polen, welche jetzt in ihre Heimath gehen, den Sold für sechs Monate vorausbezahlt, die franz. nur für zwei.

Brüssel, 6. April. Es bereitet sich, wie man vernimmt, ein neuer sogenannter belgischer Freischaarenzug von der französischen Grenze vor. Es steht aber demselben ein eben so schmählicher Ausgang wie vorm frühern bevor, denn die Regierung hat die nöthigen Maßregeln getroffen, und die Gränzbevölkerung ist auf ihrer Hut. Die Freischärler sollen Kanonen bei sich haben. Wer hat sie ihnen gegeben? fragt ein belgisches Blatt. (Köln. Z.)

**Dänemark.**

Kopenhagen. Es wird hier noch heute mit einem preuß. Schiffe nach Stettin verladen, und alle Gerüchte, daß hier gegen Schiffe irgendeiner Nation Feindseligkeiten vorgekommen, sind falsch, und wohl an 400 haben dieses Jahr im Sunde klarirt. (Wes. Z).

**Großbritannien.**

London, 8. April. Man weiß nicht, ob man der Regierung dazu Glück wünschen soll, daß ihr im Parlament kaum noch eine Opposition von Bedeutung entgegentritt, daß die für sie stimmende Majorität größer ist als die Gutzots vor seinem Sturz. Solche Majoritäten haben mehr als einmal Regierungen, statt sie zu erhalten,

Digitized by Google

ins Verderben gebracht; sie sind nur zu gewigt, auch zu den gefährlichsten Maßregeln ihre Zustimmung zu geben, sie sind nur zu häufig die Schuzen innerer Schwäche, der Furcht, des Zusammenhaltens gegen wirkliche oder nur vermeintliche Gefahr von Außen. Das gegenwärtige Parlament hat in der That sehr wenig gethan, was die große Masse gründig für dasselbe stimmen könnte; es hat sich keine irgend erhebliche Oppositionspartei in seinem Schoße erhoben, welche, wenn auch keine der von der arbeitenden Klasse gewünschten Forderungen durchgesezt, sie doch mindestens zur Sprache gebracht und dadurch einen Schein von Volksfreundlichkeit wenigstens auf einen Theil der Parlamentsmitglieder geworfen hätte. Die Regierung rechnet auf den guttarligen, zu Aufständen nicht sehr geneigten Pöbel Londons, wie denn selbst der furchtbare Ausbruch unter Lord Gordon im Jahr 1780, wo in einer Nacht Londons an 36 Orten brannte, meist durch von auswärts herbeigezogenes Volk herbeigeführt wurde; sie meint, daß wie man diesen Aufstand und seidem alle Aufstandsversuche, den zu Manchester im J. 1819, wobei mehrere Hunderte ihr Leben verloren, die chartistischen seit 1830 an verschiedenen Orten u. s. w. gedämpft habe, es auch jezt gelingen werde, durch Waffengewalt jede Emeute niederzuhalten und im Keime zu ersticken. Man hat aber gesehen, wie leicht gegenwärtig eine Katastrophe herbeigeführt wird, wie sogenannte „Mißverständnisse" in einem Nu den Sturz von Dynastien und Regierungssystemen herbeiführen. Wir wollen der jezigen englischen Regierung und ihrem willfährigen Parlament nichts Böses wünschen, noch prophezeien, dabei aber nicht verkennen, wie sehr auch in England der Boden nach allen Seiten hin durchwühlt und unterhöhlt ist. Hunger, Exaltation und ein gewisser Naturtrieb bewegen auch die untern Schichten des englischen Volkes seit Langem, und an talentvollen Parteiführern, welche diese dumpfen Triebe zu einem gewissen Ziele hinzuleiten suchen, an energischen Revolutions-Männern, wie sie bei der jezigen Zusammensezung des Parlaments an Terrain zur Entfaltung ihrer Talente fehlt, haben weder England, noch Irland Mangel; die Verbindung zwischen der irischen Revolutionspartei und den englischen Chartisten ist zwar monströs, dürfte aber auf die Dauer gefährlicher werden, als die Regierung, die sich übrigens keineswegs sicher zu fühlen scheint, annehmen mag. Ein kluges Nachgeben in einigen wenigen erheblichen Forderungen möchte rathsam gewesen sein; aber das Parlament hat selbst den Antrag O'Connor's, die ehemaligen Chartistenführer, Frost, Jones und Williams, aus der Verbannung zurückzurufen, mit 91 gegen 23 Stimmen verworfen. Zeigt dies Furcht vor den Verbannten, die in Südaustralien ein philisterhaft bürgerliches Leben führen, oder Starrheit und Hartnäckigkeit an, die für Kraft gelten sollen? Warum zeigt man sich nicht geneigter, die Volksharte wenigstens zu beraßen? Man mag sie verwerfen, aber es würde dem Volke schon ein Trost sein, wenn man sie nur zur Sprache brächte und mit Umsicht die Gesinde dafür und dagegen abwöge. Statt dessen behandelt man O'Connor's Vorhaben mit schneidendem Hohn. Inzwischen hat Lord J. Russell seine Bill zur bessern Sicherheit der Krone und Regierung eingebracht; sie bezweckt, die Regierung zu ermächtigen, gegen Schriften und Reden in Irland, welche zur Revolution und zum offenen Kriege auffordern, mit der Strenge des Gesetzes einschreiten zu dürfen. Wir kommen darauf zurück.

## Frankreich.

Paris, 9. April. Der Moniteur bringt heute ein Dekret der Regierung, welches die „fremden Arbeiter unter den Schuz der französischen stellt und die Sorge für die Ehre unserer gastfreien Republik der Hochherzigkeit des Volkes anvertraut." Es ist zu wünschen, daß diese Bestimmung nicht eine leere Redensart bleibe; der Hochherzigkeit des Volkes möchte man nicht zu Viel corteuren, wenn man sich erinnert, wie von demselben Volke in den jüngsten Tagen ein wahrer Sturm erregt worden war gegen die deutschen, dann gegen die englischen Arbeiter, dann gegen die Savoyarden. Das Bedenklichste an der Sache war, daß einzelne Herren von der Regierung diesen Fremdenhaß stillschweigend gutheißen (namentlich gegen die Deutschen) — denn dadurch war ja der Zug deutscher Arbeiter nach der Rheingrenze leicht zu vergrößern, und wie wir wissen, ist er dadurch vergrößert worden. Es ist daher mehr als wahrscheinlich, daß jene humane Erklärung der provis. Regierung für Viele zu spät kommt.

General Bedeau geht morgen zur Alpenarmee ab, um das Kommando derselben zu übernehmen; ein Regierungskommissär begleitet ihn und bleibt als Volksrepräsentant an seiner Seite. Macon, Lyon, Grenoble sind die Sammelplätze der Alpenarmee.

Die provisl. Regierung hat Befehl gegeben, daß alle Regimenter an der Nordgrenze ihre Kriegsbataillon und Gefadrons formirten.

In der vergangenen Nacht wurde in der Straße Bourbon-Villeneuve in seiner Wohnung der Drogusit Barbier, ein exaltirter Terrorist, verhaftet. Man fand bei ihm 25 Gewehre, 100 Säbel und 2 Kisten mit Pulver und Patronen. Zwei Personen, die in seiner Wohnung verdeckt waren, entflohen. Ueber diese befragt, entgegnete Barbier: er lasse sich eher den Kopf abschneiden, ehe er sie nenne. Das Haus wurde gestern während des ganzen Tages von der mobilen Nationalgarde bewacht.

Unter den Ernennungen zu den gestern bereits aufgeführten neuen Lehrstühlen an dem Collège de France befinden sich: 1) Lamartine für Staatsrecht und Geschichte der Verträge; 2) Armand Marrast für Privatrecht (soziales Recht der Individuen); 3) Garnier-Pagès für Finanz-Statistik; 4) Cormenin für Verwaltungsrecht; 5) Ledru-Rollin für Geschichte der franz. und fremden Verwaltungsgesetze und andere.

Es ist kein Zweifel, daß unter den Ernannten Einige ihrer Stellung gewachsen sind, z. B. Cormenin für Verwaltungsrecht, worin er sich auch als Schriftsteller bewährt hat. Besremdend aber ist es etwas Auffallendes, daß die Mitglieder der prov. Regierung sich von ihren Kollegen zu Professoren ernennen lassen in einem Augenblick, wo die Mitglieder der Regierung viel dringenderen Sorgen obzuliegen hätten, als wissenschaftlichen Vorlesungen. Aber die böse Krankheit aller Franzosen, nach Stellen zu jagen, Stellen zu cumuliren, hat wie es scheint, auch die Republikaner nicht unangefochten gelassen.

Die provisorische Regierung in Mailand hat unterm 27. März eine officielle Adresse an die hiesige prov. Regierung erlassen, in welcher sie ihr unter Anderm anzeigt, daß sie einen ihrer geachtetsten Bürger, Ludwig Pollo, nach Toulon geschickt habe, um Waffen zu kaufen. Die franz. Regierung habe feierlich erklärt, wie sie bereit sei, allen unterdrückten Nationen zu Hilfe zu eilen, sie werde auch Mittel finden, den Lombarden in dieser schweren Zeit beizustehen.

Das gestern erwähnte Wahlcirkular Ledru Rollin's scheint allerwärts einen tiefen Eindruck zu machen. Zwar ist die Oppositionspresse, offenbar aus Furcht vor „republikanischen Demonstrationen", äußerst vorsichtig in Besprechung der Sache, und jene stürmische, leidenschaftliche Ton, womit man die Schlechtigkeiten der Julikegierung angreifen durfte, hat sich beim Angriff auf die Schlechtigkeit eines republikanischen Ministers in die äußerste Schonung verkehrt. Aber der Eifer, womit der „Nationat" in zwei auf einander folgenden Blättern das Wahlverfahren glaubt vertheidigen zu müssen, deutet klar an, daß hier ein mächtiger Widerwille in der öffentlichen Meinung zu bekämpfen sei. Hören wir den Nationat; wie werden eine Doktrin vertreten, mit der sich alle Velveten und alle Schreckensmänner entschuldigt haben. „Die Aufgabe der Regierung", sagt er, „ihre natürliche Pflicht ist, die Irrthümer und Vorurtheile zu zerstreuen, den Widerwillen zu überwältigen, die Unsichern zu vereinigen; wer sieht nicht den gebietenischen Drang, die Nothwendigkeit ein?" So haben alle alten Regierungen, so hat Metternich, so auch die Politik gesprochen, die einen besondern Unterthanenvorstand voraussezte; alle diese erkannten es für ihre Pflicht, wenn sie die Wahlfreiheit, wenn sie die Unabhängigkeit überhaupt beeinträchtigten, „die Irrthümer und Vorurtheile zu zerstreuen, und glaubten jede Gewaltmaßregel ebenfalls mit dem gebieterischen Drang der Nothwendigkeit entschuldigen zu dürfen." „Die Centralgewalt", fährt der National fort, „will um sich eine demokratische Mehrheit versammeln; sie hat Recht, und in diesem Werke werden wir sie ganz unterstützen." Wir wiederholen es: so haben Guizot und Duchatel gesprochen; mit diesem Argument haben die Urheber unserer Minoritätsmachten und famösen Wahlfreiheitspiele sich ebenfalls vertheidigt. Wir verkennen nicht, daß die Lage Frankreichs jede Erschütterung der Parteikämpfe dringend verbietet, wir geben zu, daß man wünschen muß, jedes Schwanken, jede Zweideutigkeit der künftigen Nationalversammlung durch Energie ersezt zu sehen; aber wenn das um jeden Preis nothwendig ist, dann muß man seine Karten offen ausspielen, man muß die Unfreiheit der Wahlen als Princip aussprechen, die Rechtungslisten für eine Maßregel der öffentlichen Wohlfahrt erklären und mit Robespierre sagen: Freiheit und Recht sei fürs Erste zu verhüllen und zu vertagen. Man darf dann nicht, wie der National thut, die Freiheit im Munde führen oder den Wählern wie zum Hohne zurufen: ihr seid ja ganz frei, ihr könnt wählen, wenn ihr wollt. — Schließlich fügt der National noch hinzu, es sei zu fürchten, daß ohne diese Maßregeln eine zweideutige, schwankende Versammlung zusammenkomme. Kann man sich selber unbarmherziger bloßstellen! Also wenn frei gewählt wird, ohne Regierungskommission, ohne Wahlrechtspiele, ohne Rechtungslisten — dann fürchtet ihr, wird zu Tage kommen, daß ihr eben in der Minorität seid, daß die Mehrheit des souveränen

Digitized by Google

Volkes Nichts von Euch wissen will? Drum wollt ihr die Stimme dieses souveränen Volkes, dem ihr Alles zur Entscheidung zu überlassen zugesagt habt, lieber fälschen, damit sie zu Euern Gunsten laute! Das ist Eure Volkssouveränetät! — Aber vergesset nicht: auf eine Lüge war der Bonapartismus und das Julikönigthum gebaut und sie sind beide an dieser innern Lüge zu Grunde gegangen. Denn die Nemesis des Wahrheit kommt sicher, wenn auch spät.

## Spanien.

Paris, 9. April. Die Herzogin von Montpensier, die lange verschwunden war, ist endlich wieder officiell erschienen. Am 3. landete sie von ihrem Manne begleitet in San Sebastian und ward mit großen Ehrenbezeigungen empfangen. Am 4. sollte sie nach Madrid abreisen. Der National meldet nach einem Briefe aus Madrid, daß Narvaez und K. Christine, um sich nun Ruver zu erhalten, beschlossen haben, sich in die Arme der Carlisten zu werfen. Sie wollen die Ehe der Königin auflösen lassen und Isabelle mit dem Grafen von Montmolin vermählen, der dann als König Karl VI. proklamirt werden soll. Die Moderados und die Carlisten zusammen, wollen dann die Progressisten und Republikaner vernichten.

Heute erschient das 2. Heft der Revue retrospective, es enthält einen von Louis Philipp eigenhändig geschriebenen Bericht über die spanischen Heirathen. Dieser Bericht ist an die Königin der Belgier gerichtet, damit diese ihn der Königin Victoria mittheile.

## Italien.

† Neapel, 30. März. Leider muß ich Ihnen schon wieder von Tumulten berichten. Diesmal gaben, wenigstens theilweise, einige Glieder des neugebildeten Ministeriums selbst den Anlaß. In einer Berathung, die diese, bevor sie die Ernennung annahmen, hielten, trug Saliceti darauf an, die Bairskammer abzuschaffen, weil eine solche, deren Mitglieder vom Könige ernannt werden, diesem zu viel Macht in Händen lasse. Dagegen widersetzte sich hauptsächlich der Oberst Pepe und wendete ein, daß, nachdem sie die Konstitution beschworen haben, sie auch verpflichtet seien, dieselbe aufrecht zu erhalten. Es kam zu einem ernsten Streit, daß wären die Herren an einander gerathen, sie trennten sich in der größten Uneinigkeit. Darauf hin sollten nun einige — wie man hört, sogar bewaffnet — Demonstrationen gemacht werden. Vorgestern konnte man sie noch verhindern, dadurch daß man Generalmarsch schlagen ließ und alle Truppen ausrückten. Gestern aber, nachdem sich bei Anlaß der Abreise der nach der Lombardei ziehenden Freischaaren am Molo, dem Einschiffungsplatze, eine unabsehbare Menschenmenge gesammelt hatte, um diesen lebewohl nachzurufen, zog dieselbe lärmend vor das königl. Schloß und verlangte vom Könige Abschaffung der Bairskammer, Entfernung einiger der neuen Minister — diese waren noch nicht einmal officiell angezeigt — Ernennung zum Minister des vorhergehenden Tage noch einem 20jährigen Greis zurückgetretenen, durch die Ereignisse von 1820 berühmten General Guiglielmo Pepe und unverzügliche Absendung eines Truppenkorps von wenigstens 12,000 Mann nach der Lombardei. Die Sache wurde ernsthaft, die spät in die Nacht hinein dauerte der Spektakel und unter den mancherlei Aeußerungen hörte man mehrere morte a Ferdinando II., viva la republica! Morgen werden wir hören, was darauf erfolgte; gebe Gott, daß die Unruhen in der Lombardei bald ein gutes Ende nehmen, denn eher wirds auch hier gewiß nicht ruhig. Auch die preuß. Gesandtschaft bekam eine Demonstration und zwar nicht von Neapolitanern, sondern von hier wohnenden Deutschen, an deren Spitze einer unserer Landsleute, der sich in einem deutschen Blatte als warmer Vertheidiger Metternichs und seines Schreckenssystems bekannt gemacht hat. Diese Leute, meistens junge Burschen und alle mit etwas beladenen Köpfen, forderten mit Ungestüm vor dem Gesandtschaftslokal Rechenschaft über die Berliner Ereignisse. Der preuß. Geschäftsträger — der Gesandte selbst ist abwesend — stellten sich zu Hause gewesen zu sein, und der Hause Schreier machte sich daher Luft durch Unflugtreiben u. s. w. Am folgenden Tage sollte der Spektakel aufs Neue losgehen, da thaten sich eine Anzahl Deutsche zusammen, angeführt von einem Schneider, gingen zu dem genannten Führer und bedeuteten ihm, daß, wenn er sich noch ein Mal unterstände, etwas Derartiges zu unternehmen, er vor Mißhandlung nicht sicher sei. Dies wirkte, und der Unfug unterblieb. Der preuß. Geschäftsträger soll sich bestimmt gesäußert haben, daß, wenn eine zweite Demonstration stattgefunden hätte, er ebenfalls Neapel verlassen haben würde. Das russische Gesandtschaftswappen wird Tag und Nacht von 2 Kompagnien Schweizersoldaten bewacht. Telegraphischen Nachrichten aus Messina vom 28. zufolge war Lord Minto mit Admiral Parker in jener Stadt angekommen, Ersterer jedoch nur als „Privatmann“ um sich zu „divertiren“, und Letzterer wollte am Abend gleich wieder weiter reisen. Die Räumung von Sprazus scheint wirklich aufgegeben worden zu sein; diesen Morgen gingen wieder zwei Kompagnien Jäger zur Verstärkung dahin ab. — Hier ist der Rest der vorjährigen Ausbehung und die Reserve (von etwa 30,000 M.) einberufen worden.

† Neapel, 31. März. Die Staatszeitung, die man mit großer Ungeduld erwartete, bringt noch Nichts von den gestern verlangten Konzessionen, doch wird als bestimmt versichert, das Meiste davon sei bewilligt, die Bairskammer abgeschafft, G. Pepe zum Minister ernannt, das Wahlgesetz erweitert, und ein Truppenkorps soll nach Oberitalien marschiren. Der König scheint einen panischen Schrecken vor dem „zu spät“ zu haben und will es lieber zu früh als zu spät nachgeben.

## Rußland.

St. Petersburg, 31. März. Das Journal de St. Petersbourg enthält einen längeren Artikel, um jeder Mißdeutung des Kais. Manifestes vorzubeugen, welches für die Fremden durchaus nichts Beunruhigendes habe und sich ganz einfach durch den Ankaug erkläre, den die unmotivirten Provokationen gegen Rußland nicht allein in Frankreich, sondern auch in Ungarn, Preußen und Deutschland fanden. Rußland überfasse den Sachverhalt, daß seine Mäßigungen vermittelst der Revolutionen zu suchen: es selbst sehe die Stabilität als das erste Bedürfniß des Staates an und werde keine fremde Propaganda, unter dem Vorwande der Wiederbelebung erstorbener Nationalitäten, ein Bruchstück der verschiedenen Glieder der Reichseinheit davon abreißen lassen. Solle — heißt es am Schlusse — zuletzt der Krieg ausbrechen, sollten Feindseligkeiten aus dem Chaos so vieler Umwälzungen, so vieler in Frage gestellten Rechte, so vieler rivalisirenden Ansprüche entspringen, so wird Rußland in seinem Nationalinteresse prüfen, ob und wie weit es ihm zusteht, sich in die Streitigkeiten zwischen Staat und Staat, zwischen Volk und Volk zu mischen. Nur wird es die Territorialabgrenzungen und den Bestsstand, dem es seine Garantie gegeben, nicht aus den Augen verlieren, und es ist seh entschieden, nicht zu dulden, daß eine einzige Modifikation des politischen und territorialen Gleichgewichts das seine Nachtheil stattfinde. Bis dahin wird es sich in strenger Neutralität, als Zuschauer der Ereignisse, jeder Offensive fern, aber wachsam erhalten. Mit einem Worte, es wird nicht angreifen, wenn es nicht selbst angegriffen wird; es wird die Unabhängigkeit und Integrität seiner Nachbarn sorgfältig achten, wenn seine Nachbarn die seinige zu respektiren nicht unterlassen. (Aus dem ganzen, sehr vorsichtigen und gemäßigten Tone dieses saft entschuldigend gehaltenen Artikels ersieht man, daß der Czar klein beigibt). (Ö. K.)

Die „Berliner Nachrichten“ melden aus St. Petersburg vom 28. März, daß der Kaiser in Folge in der Woche vorher aus Berlin und Wien eingetroffener Berichte die Kriegsrüstungen gänzlich einzustellen befohlen habe. Es waren bereits zur Mobilisirung des Heeres 25 Mill. Rubel angewiesen gewesen; auch hatte ein Theil der Flotte an den Küsten des atlantischen Mittelmeeres kreuzen sollen.

## Handels- und Börsennachrichten.

* Amsterdam, 7. April. Gestern hat die Handel-Maatschappy die hiesige Java-Kaffe-Auktion abgehalten; die Stimmung der Käufer war im höchsten Grade lustlos, und nur ungefähr der vierte Theil des letzteren Quantums fand zu etwas forcirten Preisen Nehmer. Von den in Rotterdam und hier verkauften 120,000 Ballen mögen 100,000 Ballen für unser Inland und Belgien bestimmt sein und höchstens 20,000 Ballen für den Export nach Deutschland. Dies ist die natürliche Folge der gänzlichen Zerrüttung aller Kreditverhältnisse: nur diejenigen deutschen Orders wurden ausgeführt, die von Rimessen begleitet waren. Alles Vertrauen, alle Unternehmungslust ist in Folge der politischen Unruhen gelähmt worden und überall herrscht die größte Kreditnoth. Es ist gewiß eine seltsame Erscheinung unserer Zeit, daß ungeachtet der immer wahrscheinlicher werdenden Aussicht auf Krieg, die Preise von allen Waaren, selbst von Getreide, so gedrückt bleiben. Die Lösung dieses Räthsels ist allen Denen nach in dem Umstande zu suchen, daß der Umsatz augenblicklich fast überall zu zahlbaren und komplizirten Act sind und daher wenig Garantie des Fortbestandes der bisherigen commergiellen Verhältnisse für die Zukunft bieten. Wenn der Kaufmann nur auf sein baares Geld angewiesen ist, so schränkt er seine Operationen ein, denn durch den Verlust des Kredits ist sein Kapital wenigstens um die Hälfte kleiner geworden; die Welt ist jetzt um die Hälfte ärmer, als sie noch vor 2 Monaten war; Geld ist natürlich noch ebensoviel da, aber der Kredit ist verschwunden. Daher ist die tägliche Klage des Handels auch am Richtigsten mit einer Kreditkrisis bezeichnet. Jetzige T

**Preußen.** ** Berlin, Anf. April. Folgende Thatsachen reden für sich selbst. In einer mit Tausenden von Unterschriften bedeckten Petition an den König sprachen am 28. und 29. März der Magistrat, die Stadtverordneten, die Bürger von Rawicz, und im Anschluß an diese der Magistrat, die Stadtverordneten und Bürger von Sarne, sowie die Gemeinden von Sierakowo, Symanowo, poln. Damme und Mastel ihren „redlichen und entschiedenen Wunsch“ aus, „deutsch zu bleiben“, „damit nicht neue nationale Wunden geschlagen werden, um jene älteren zu heilen.“ „In unmittelbarer Nähe und Verbindung mit dem deutschen Vaterlande, unter deutschen Gesetzen und zuletzt unter deutscher Regierung lebend“ haben sie „mit entschiedenem Bewußtsein ihre deutsche Nationalität bewahrt, wohlhab sie sich nicht als Ausgewanderte, sondern als einen lebendigen Zweig des großen deutschen Stammes betrachten.“ Sie erkennen an, „daß eine politische Vereinigung des ganzen Großherzogthums Posen mit dem deutschen Bundesstaate unausführbar ist, indem dieses Land mit begründeten Ansprüchen für die polnische Nationalität überzogen wird“ und ehren daher den k. Entschluß einer national polnischen Reorganisation als einen „Akt der Gerechtigkeit.“ Aber, obwohl sie nicht bezweifeln wollen, daß diese Reorganisirung irgend eine Verletzung ihrer deutschen Nationalität herbeiführen werde, so sind sie doch „in dem Vorgefühle mächtigerer politischen Umgestaltungen schon jetzt gedrängt, an dem Thron die Bitte niederzulegen: „„daß die Einverleibung der zunächst der schlesischen und neumärkischen Grenze belegenen völlig deutschen Städte mit unserem deutschen Vaterlande angebahnt werde, damit sie nicht unter die Herrschaft einer von ihnen zwar geachteten, jedoch immer fremd bleibenden Nation gerathen und hierdurch der lebendige Zusammenhang mit der Herrlichkeit und dem Ruhme unsres deutschen Vaterlandes vertilgt werden.“ Die Deputation, welche dem Staatsministerium diese Petition übergab, war beauftragt, zu bitten, „der König möge der nationalen Gesinnungen der deutschen Grenzbewohner Posens eingedenk bleiben und für deren Aufnahme in die deutschen Bundesstaaten die nöthigen Verhandlungen einleiten lassen“. — In einer mit vielen Tausenden von Unterschriften bedeckten Petition an den König „flehen“ die Bewohner von Schönlanke, Lemnitz, Theresia, Radolin, Mielcken, Kehle (darunter der Besitzer der gleichnamigen Herrschaft, die gutsherrlichen Einwohner, die Eigenthümer und Einwohner), Neudorf, Putzig, Fiesk, Radolliner Kolonie, Runau, Stieglig, Putzighauland, Buchwerder, Hammer, Santer, Radofen, Sandkrug, „daß sie nicht getrennt werden von dem gemeinsam Unterlande“. Sie haben vernommen, der König sei angezogen, die Provinz Posen aus dem preuß. Staatsverbande zu entlassen. „Preußen und Deutschland“ hätten aber „ein Recht auf diese Provinz im Wege der friedlichen Eroberung erworben, deutsche Intelligenz, deutscher Gewerbefleiß, deutsche Kapitalien haben, unterstützt von der Regierung, diese Provinz neu geschaffen“. „Alle diese Schöpfungen würden zerfallen, wenn Posen aufgegeben würde. „Eine halbe Million treuer Deutschen und Zustande von braven polnischen Landleuten, die ihre Selbständigkeit, welche sie unter der preußischen Regierung erwarben, zu schätzen wissen, sehen in dieser bewegten Zeit auf Ew. Majestät“. Die Unterschriften vieler Gemeinden tragen noch das besondre Motto: „Wir wollen Preußen sein und bleiben.“ Von Obornik erging am 28. März eine Adresse des dortigen Sicherheitskomitees für die deutschen und zahlreicher Einwohner an den König, worin es heißt: „durch Deutschlands Kampf für die Freiheit haben auch wir dieselbe errungen und sind unsere deutschen Brüdern dafür dankbar. Deutschland hat anerkannt, daß auch Polen dieser Freiheit theilhaftig werden müsse; wir deutsche Bewohner des Großherzogthums Posen erkennen dies als Recht und reichen freudig die Hand dazu. Wir deutsche Bewohner Posens sind aber nicht im Wege der Eroberungen zu unserm Besitz und politischen Rechten in hiesiger Provinz gekommen, sondern wir haben es ehrlich und redlich durch unsern Fleiß, durch unser Vermögen erworben, und zwar unter einer deutschen Regierung, die uns Schutz zusicherte.“ Sie tragen darauf an, „bei jeder neuen Regierungsveränderung unsre Interessen gleich denen unsrer polnischen Brüder in allen, auch den kleinsten Rechten gleichzustellen und zu wahren“ und rufen aus: „Jeden gegen unsre Rechte nachstehenden Beschluß weisen wir entschieden zurück und berufen uns auf den Schutz, den Ew. Majestät, sowie ganz Deutschland uns schutzig sind.“ „Wir wollen nicht der Willkür der Polen preisgegeben sein.“ — Daß bei dem am 25. und 26. März gebildeten Komite die Polen unter Angelobung heiliger Brüderschaft die Deutschen zurückwiesen und nur mit Mühe zu Worte kommen ließen, stößt nicht sonderlich Vertrauen ein. „Ew. Majestät wollen gewiß nicht die treusten Unterthanen hingeben“, „wir beschwören Sie bei Gott, dem Allmächtigen, uns väterlich zu schützen, wie bisher“. „Wir sind 500,000 Deutsche, und 700,000 Polen, also sind wir fast ebenso stark wie die Polen, wir wollen und haben ein Recht dazu, daß wir in preußischem Schutze bleiben. Verlangt dieses Deutschland anders, so kennt es unsre Verhältnisse nicht, denn selbst der polnische Bauer will in dem Verhältniß zu seinem Könige bleiben und wünscht gar keine Veränderung. „Mag nun beschlossen werden, was da wolle, auf jeden Fall rechnen wir auf den Beistand Euerer Majestät“. „Das Herz wird uns bluten“, so lautet der Schluß, „wenn Euer Majestät uns des Unterthaneneides entlisten; wir schreiben wie die Kinder von ihrem geliebten Vater“. Die bündigsten und kräftigsten Erklärungen legte der Regierungsrath, der ursprünglich nicht zu Polen gehört hat, in Petitionen (aus Koronowo, Gbodzisken u. s. w.) und Deputationen beim Ministerium ein. „Deutsche Männer aus einem deutschen Lande“, erklärt eine Deputation, „Unterthanen eines deutschen Fürsten bitten am Thron um Erhaltung ihrer Nationalität“. Diese Landschaft fordert gänzliche Lostrennung vom Großherzogthum Posen und Anschluß an die Provinz Preußen. Sie beruft sich auf Schleswig-Holstein; ihr Verhältniß zu den Polen sei das jenes Volksstammes zu den Dänen. Eine Deputation spricht in näherer Unterhandlung mit der Regierung sich dahin aus: „bei aller Gerechtigkeit unserer Sache, die gleichzeitig dem deutschen Vaterlande an der gefährdeten östlichen Grenze 200,000 treue Bürger erhält, wollen wir die Mühen und Sorgen, womit die Regierung in so ereignißschwerer Zeit zu kämpfen hat, nicht vermehren. Wir wollen für den Augenblick, aber auch nur für den Augenblick, von einem definitiven administrativen Anschluß an die Prov. Preußen absehen und uns unsere beschlossigen weitern Anträge vorbehalten“. Die Deputation macht die Regierung für alle Folgen verantwortlich und droht, wenn sie in ihrem Eifer für die polnische Sache zu weit gehen würde, mit einer Anrufung des deutschen Parlaments. „Wir erklären, daß, obwohl wir dem König, unserm Herrn, unerschütterlich treu und gehorsam sind, wir doch lieber unser Leben verlieren, als uns Institutionen aufdrängen lassen wollen, die unsere Nationalität vernichten würden“.

Eine Adresse an den Landtag aus Strzelno vom 31. März, an die sich eine Menge anderer aus Slodowo, Gr.- und Kl.-Slawsk, Cienciske, Zbytowo, Wlostowo, Krunchnie, Bielsko, Zirnik, Markowic, Lichyz, Chrosone, Rexzyn, Sierakowe, angeschlossen (viele bezeugen durch Namensunterschrift, daß sie nicht unterzeichnen, aus Furcht vor den „polnischen Exelleuten!“) spricht aus: „Wir halten es für eine große Ungerechtigkeit, daß unsere Brüder in Deutschland die Freiheit Polens proklamirt haben, ehe sie Vorsorge für die Deutschen und Juden getroffen haben“. Sie beschweren sich über die Beschimpfung des preußischen Adlers, Bedrückung der Behörden, Beschlagnahme von öffentlichen Kassen, Bedrückung der Deutschen und Juden, Bewaffnung der polnischen Bauern unter Androhung des Erhängens oder Erschießens, Entwaffnung aller Deutschen (versuchte)! „Der öffentlichen Meinung will man glauben machen, daß die ganze Provinz sich erhoben“. „Mit bittern Thränen verlassen die Arbeitsleute Weib und Kind und verfluchen die unsinnige Unternehmung“. „Schon bereitet sich eine furchtbare Gesinnung gegen die Edelleute vor; ein polnischer Bauer sagte den Edelleuten ins Gesicht, sie möchten sich in Acht nehmen!“ Die Petenten verlangen, „mit aller Kraft zu bewirken, daß nicht allein die deutschen Kreise, sondern die ganze Provinz in den deutschen Staatenbund aufgenommen werde“. „Sollte irgend ein Bedenken vorwalten, so tragen wir ausdrücklich darauf an, daß in allen diesen Fällen für Mann abgestimmt und nach dem Resultat über das Schicksal der Provinz entschieden werde“. „Einen d. Landtag machen wir ernstlich dafür verantwortlich, daß unsere Angelegenheiten unter keinen Umständen nach dem Willen der polnischen Edelleute und ihrer Anhänger entschieden werden, daß vielmehr die sämmtlichen Bewohner der Provinz befragt werden“. „Wir sind seit entschlossen, lieber unterzugehen, als“ u. s. w. „Lieber unter der russischen Regierung“. Am Schlusse wird gewarnt, die „Berliner Diktatur“ nicht für die Meinung des Landes anzusehen. — Eine Petition von Kwieciszewo und Gembik ist eine wörtliche Wiederholung der obigen, wie denn die Anschlußpetitionen von Gnesen und demselben Inspizirt zu sein scheinen; einige darunter sind sogar in polnischer Sprache neben der deutschen abgefaßt.

— Die von 689 Männern unterzeichnete Bittschrift von Grembocyn und 8 andern Gemeinden redet von der „furchtbaren Verzweiflung der Deutschen“. Sie enthält: „Gütten, denen sich das ganze deutsche und jüdische Volk der Provinz aus voller Seele anschließt, die in allen Gauen Deutschlands, in denen sich gewiß das innigste Mitgefühl für unsere traurige Lage im höchsten Maße aussprecht, widerhallen würden, wenn ihre Völker Zeugen sein könnten der großen Noth, in der wir mit lauter Stimme um Hilfe und Rettung rufen“. Sie wollen entlassen sein „der schrankenlosen Anordnung“ und „namentlich bei der jetzt auszuführenden Reorganisation dem Lande erhalten bleiben, dem Volke,

Google

an das wir so lange durch die heiligsten Bande der innigsten Liebe, des herzlichsten Vertrauens gekettet sind, für das wir, wenn es verlangt werden sollte, gern und willig Gut und Blut einsetzen wollen, dem wir nach unserer unwandelbaren Gesinnung, nach unserer Abstammung, die unser höchster Stolz ist, angehören". „Wir wollen, wenn uns kein hinreichender Schutz gewährt wird, überall, wo die Oertlichkeit es gestattet, uns mitsammt vereinigen, Weib, Kind und Herd schützen und das Ziel unseres Strebens, Deutschland anzugehören, zu erreichen suchen". — Aus dem Kreise Inowrazlaw wird dem König vorgestellt, die dortigen Deutschen seien auch seine Kinder, er werde sie doch nicht verlassen, diese Bande nicht gewaltsam sprengen wollen, sondern vielmehr „unsere Gegend zu Westpreußen und zu Deutschland schlagen lassen, damit wir dem preußischen Segen nicht entzogen werden". — In höchst würdiger Weise, den Fürsprecher der polnischen Sache bildend, beantragt das deutsche Nationalkomite zu Posen „die Reorganisation der Provinz sofort auf Grund der Wiener Kongreßakte und des Besitznahmepatents vom 15. Mai 1815 anzuordnen und 1) in billiger Anerkennung des Nationalgefühls unserer polnischen Brüder einen Statthalter in der Person eines auch äußere Stellung und innere Befähigung ausgezeichneten Mannes polnischer Abkunft zu ernennen; 2) die Zusammensetzung der Verwaltungs- wie der Gerichtsbehörden mit strenger Berücksichtigung der Nationalität der Bewohner der betreffenden Bezirke anzuordnen. „Wir Deutsche schenken den Bestrebungen unserer polnischen Brüder für die Wiederherstellung ihres polnischen Vaterlandes die aufrichtigste Theilnahme; wir fühlen uns aber in dem Bewußtsein unserer Würde und Kraft aufgefordert, auch für unsere Volksthümlichkeit einzustehen und die Regulirung der Verhältnisse in hiesiger Provinz zwischen beiden Nationalitäten nicht der Gewalt, sondern dem besonnenen und nach allen Seiten gerecht abwägenden Uebereinkommen zu unterwerfen". — — Der Besitzer der Güterherrschaft Filehne, Graf von Blankensee, im Einverständnisse mit seinen Einsassen, die bereits ähnliche Anträge formirt hatten, beantragte am 2. April, die Filehner Güter mit dem Staat deselben Namens in administrativer und politischer Beziehung mit der deutschen Provinz Westpreußen ohne Verzug vereinigen und mit dieser in den deutschen Bund aufnehmen zu lassen. Diese Herrschaft besteht ausschließlich aus Deutschen, von denen nur einige Städter polnisch verstehen; sie gehörte nie zu Polen, sogar zur Zeit des Großherzogthume Warschau, 1806 — 1815, größtentheils zu Preußen, und wurde erst 1817 der erleichterten Administration halber zu Posen geschlagen. Daher glaubt der edle Graf, bei erwaigem Ausschlusse Posens vom deutschen Bunde mitsammt seinen Einsassen nationale Rechte erworben zu haben, auf die Vereinigung mit einer deutschen Provinz und dem Bunde. Ueberdies gehören die Filehner Güter zum westpreußischen landschaftlichen Kreditsystem, von dem sie nicht so leicht getrennt werden können. Endlich will ich noch erwähnen, daß die Städte Fraustadt und Lissa eine Deputation hersandten, die gleichfalls um Aufnahme des Kreises Fraustadt in den deutschen Bund unter Belordnung deffelben an das angrenzende Schlesien dringend bitten. Dieser Kreis gehörte nicht zu Polen und enthält bei 54,000 E. 48,000 Deutsche, unter 63 Dorfschaften 8 polnische, die ganz abgesondert in einem Winkel beisammenliegen. — Solche Wünsche sind deutscherseits ausgesprochen. Wir lassen eine kleine Blumenlese dessen folgen, was die Polen begehren und wie sie zu ihrem „vollen" Recht zu gelangen versuchen.

### Frankreich.

* Straßburg, 7. April. Heute Mittag ist die erste Abtheilung der Polen hier eingezogen; sie kommen aus dem Innern Frankreichs und hatten sich in Paris vereinigt. Ihnen sollen noch mehrere Abtheilungen folgen. Es waren etwa zwanzig Männer; ihre Familien sind theils zurückgeblieben, theils werden sie folgen. Die in hiesigen Gegenden Fremden sind schon eingeln vorausgegangen oder hier angekommen, um sich mit den Brüdern zu vereinigen. Der Enthusiasmus für das Vaterland läßt sich auch durch große und schwere Opfer nicht zurückhalten. Viele hatten, oft nach mancherlei Schicksalen, zuletzt angenehme, oft reichlich nährende Stellen erhalten, als Lehrer, Geschäftsführer, Beamte und sonst; Alles wird hingegeben, um dem Kampf für die Freiheit der Heimath entgegen zu eilen. Möge der Himmel ihre Fahrt begünstigen! Ihr Einzug in die Stadt erregte einen außerordentlichen Enthusiasmus unter einem großen Theil der Bevölkerung. Die Theilnahme war vielleicht größer als vor sechzehn Jahren, damals als Frankreich ihnen einen gastlichen Herd bereitete. Wenn es ginge, ich glaube Tausende von hier aus würden sie begleiten, mit ihnen die Gefahren theilen. Ihr Zug durch die Stadt zu den obersten Behörden war ein wirklicher Triumphzug: die Musik eines der Artillerieregimenter zog ihnen vorher, und die Fenster erdröhnten unter dem Vivo la Pologne! Möge die Feier nicht zu früh Stoff gefunden haben. Es war ihr Rufterben weniger phantastisch als damals, aber in der größeren Reife der Männer lag ein tiefer Ernst. Gewiß werden ihnen die Wünsche Vieler folgen. Sie haben in ihrer Verbannung Manches lernen können, wohl auch begriffen, und es läßt sich wohl nicht erwarten, daß sie noch gedenken werden, ein adeliges Polen mit dem rechtlosen Bauernstande und dem durch Geburt zu Dienstleuten bestimmten Volke herzustellen. Die Humanitätsgesetze, unter welchen sie bei uns so lange gelebt haben, die Nothwendigkeit, Alle mit gleichen Rechten und Befugnissen in den gleichen Kampf zu führen, werden ihnen wohl klar geworden sein, und so läßt sich auch ein dauerndes Resultat der bevorstehenden Erhebung des Volkes erwarten. Die Stadtbehörde hat für ihren Aufenthalt gesorgt und zu der nöthigen Ruhe ihnen ein besonderes Gebäude eingeräumt. Sie sind ohne Waffen gekommen, ohne dieselben werden sie auch weiter ziehen, in der Gewißheit, daß sie ihnen in dem nöthigen Zeitpunkte nicht fehlen werden. — Die nahen Wahlen, mehr noch die Haltung der eigentlichen Bürgerklassen, so wie die der Arbeiter, die Ungewißheit, wohin sich die Regierung definitiv wenden solle, erzeugt eine fonderbare Stimmung. Irgt erst tritt der Republicanismus, wenigstens das, was man als reinen Republikanismus bezeichnet, immer mehr als eine Faktion auf. Es ist die Folge der Ausschließung aller andern, welche vorzüglich von den die Wahlen leitenden Komitéen ausgeprochen wird. In diesem Sinne sind die reinen Republikaner sehr wenig zahlreich. Ist es Furcht, das System möchte mobificirt werden, oder Eigendünkel und am Ende Selbstsucht, die Revolution allein auszubeuten, welche zu diesem Ausschließen drängen, oder sind vielleicht alle jene Motive zugleich im Spiel? Wie es sein mag, so ist es sehr auffällig. Lebte Robin mag proben, mit dem Pöbel die Revolution zu vollenden, er wird doch nie seine Kollegen, nie das Land überzeugen, daß eine Anarchie in Frankreich zu irgend einer Konsolidirung führen könne. Dann ist es ebenso lächerlich, sich in den Wahn hineinzuwiegen, die handvoll Republikaner hätten die Revolution gemacht; so wahr es ist, daß sie dieselbe benützt und der Bewegung eine entschiedene Wendung gegeben haben, so irrig ist es, zu glauben, daß ohne die Mittelklassen die Bewegung auch nur möglich gewesen wäre. Diese früher und noch immer konservativen Mittelklassen schließen aber reblich an die republikanische Staatsform an aus Nothwendigkeit, weil eine andere nicht mehr möglich scheint, und aus Ueberzeugung und Neigung. Warum sie alle zurückstoßen? Denn so wenig ein Verschmelzen der Republikaner mit dem Pöbel der Regierung Dauer gewähren könnte, so wenig vermag sich in die Länge die kleine Schaar der Republikaner als zwischen den beiden andern stehende Partei zu behaupten. Es kann wohl jetzt noch hingehen: die Aufregung, die fortwährende Agitation durch Feste, Aufzüge u. s. w. mögen die Andern noch zurückdrängen; indessen bin ich überzeugt, daß ohne Herbeiziehung der Mittelklassen die Regierung nie eine feste Stütze finden wird, daß es also eine Verkehrtheit ist, auf das Aneinanderstehen der beiden großen Kategorien eine Zukunft gründen zu wollen. Die Indifferenz ist das Geringste, welches daraus hervorgehen wird; sollte es zum Kampfe kommen, so würde vielleicht das Ganze auf eine jetzt unerwartete Weise umschlagen. Es ist schon mancher tüchtige Mann erkaltet oder gar in die feindlichen Reihen übergegangen, der gewiß ein zuverlässigerer Freund geworden wäre, als so Manche, die jetzt laut Vive la Republique schreien, aber auf Nichts weiter als diesen leeren Ton gehen können, ja vielleicht nur eine Ehre vielen Masken, die sie von jeher in Bereitschaft gehalten, aufgesetzt haben. In dem Elsaß beginnen wieder überall Raschsucht, alter Haß und ähnliche Motive überall Bewegungen hervorzurufen. Die Truppen ziehen hin und her, täglich kommen gefangene Bauern. Nach den Juden kommen die Protestanten!

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

**Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.**

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner u. Comp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Übersee nehmen Bestellungen an die H. L. Klingenfeld'sche Verlagshandlung 20 Quai Voltaire, Petit 25, Rue Notre Dame de Nazareth.

Die Quartalpreis-Listen besorgt das Verl. Com. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich 5 fl. 30 kr.; durch die Post franco per ein Zuschlag des Briefporto, postfrei Baden fl. 12. 20 kr. Für Ausländer wird der Betrag einer vierteljährigen Postpränumerirt 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

# Deutsche Zeitung.

№ 105. Heidelberg, Freitag 14. April. 1848.

## Uebersicht.

Die Krisis in Frankreich. — Wien (Ansehen bei der österreich. Nationalbank. Die Reichsanstalten. Anhalten zur Wiedereroberung von Novara). Bozen (Tirol und die Verfassung). Berlin (neue Wahlen angeordnet. Die Finanzfrage entschieden. Schluß des Landtags. Volksversammlung. Zahl der Märzopfer. Drohender Ausbruch zwischen Polen und Deutschen. Herabsetzung der Kosten bei kirchlichen Uebertritten. Die sechen (Anerkennung und Bewaffnung der Polen). Breslau (das Arbeitsministerium). Trier (Tumult). München (die Aeußerung Müller's über die Auflösung der Kammern. Der König. Die Freiskorps). Stuttgart (eine Volksversammlung. Die Schreibung der Parteien. Staatsrath Wächter in Rubeland verstegt). Sachsen (die Hungersnoth im Erzgebirg. Rückritt des Kriegsministers). Vom Neckar (die Reinigung der alten Diplomatie. Kassel (Gesammtmachung des Aufstandes wegen Auflösung der Kurhess. Landwehr. Nachträgliches über die Unruhen). Von d. Bergstraße (die Versammlung zu Reisen. Niederlage der Terroristen). Rendsburg (militärische Lage. Dringende Nothwendigkeit energischen Einschreitens). Frankfurt (Verhandlungen der Vertrauensmänner. Dahlmann. Beckrath. Die Auflösung der Provinz Preußen in den Bund beschlossen. Vorstellungen nach Kassel. Die öfterr. Abgeordneten. Die Schritte des Ausschusses.

Schweiz. Sabet. Aufgebot der Kontingente. Neuenburg. Die Staatsräthe ihrer Funktion entlassen.

Belgien. Die Freischaar und die französische Regierung.

Großbritannien. Gegenproklamation und Beschlüsse des chartistischen Nationalkonvents. Der Aufruf der Chartisten an das Volk.

Frankreich. Paris. Die Stellung der Regierung. Lamartine und das Ausland. Ledru-Rollin's Rücktritt. Gerücht von entschiedenem Auftreten Lamartines. Die nationale Billigkeit. Die deutsche Legion. Die neuen Wahlen.

Italien. Chur. Weiterer Rückzug Radetzki's. Die Freischaaren der Fürstin Belgiojoso. Hülfe von Parma.

Griechenland. Athen. Neues Ministerium.

Beilage. Karlsruhe (badische Kammerverhandlungen über die „fremden" Truppen). München (Thätigkeit des Ministeriums). Die Gewerbsverhältnisse. Das Wahlgesetz. Der Gesetzentwurf über Ministerverantwortlichkeit). Stuttgart (eine stürmische Volksversammlung). Italien. Rom (Folgen der Jesuitenausweisung).

---

Heidelberg, 13. April.

Wir haben uns vorgestern über den Lärm ausgesprochen, den ein Theil unserer badischen Landsleute gegen die sogenannten „fremden" Truppen erhoben hat; wir kommen heute darauf zurück, weil uns die Krisis im Westen eher geeignet schrint, die Besorgnisse zu vergrößern als zu mindern. Mit einer Harmäckigkeit, die theils aus wirklicher Verblendung, theils aus absichtlicher Blindheit hervorgeht, sucht man die drohende Annäherung der Junige aus Frankreich abzulaugnen; vergeblich! Und die offenkundige Beweise, es soll und darf nun einmal keine Gefahr dasein, kamit eine anarchische Faktion aus der Sorglosigkeit ihren Nutzen ziehe. Die französischen Blätter haben den Abzug der einzelnen Kolonnen berichtet, ein Theil derselben ist bereits im Elsaß angelangt und hat die dortigen Behörden veranlaßt, Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, die Schweizer Eidgenossenschaft hat dasselbe gethan, der Vorort ein Dekret dagegen erlassen, Basel und Baselland ihre Kontingente gerüstet, in Belgien und Savoyen hat man bereits — freilich mit ungünstigem Erfolg — einen republikanischen Handstreich versucht, in Deutschland sieht eine Partei mit unverhohlenem Liebäugeln über den Rhein hinüber — und dennoch müssen wir uns bis zum Ueberdruß sagen lassen: alle Rüstungen seien überflüssig, denn Gefahr sei ja keine vorhanden! Wir haben es schon ausgesprochen und wiederholen es: aus dieser sorglosen Ruhe spricht nicht immer der Mangel an Einsicht und Sachkenntniß, vielmehr oft auch die Absicht und böser Wille.

Indeß man sich so mit Gewalt in einen Traum einzuwiegen sucht, dessen Erwachen und die kaum erst errungenen Güter für lange Zeit verscherren kann, rückt in Frankreich jene Krisis immer näher, vor der auch die letzte Täuschung schwinden muß. Wir haben die französische Republik von ihrem Anfang an ohne Uebelwollen betrachtet, aber mit aller Vorsicht und Mißtrauen in die Dauer ihres reinen, unverkümmerten Bestandes; wir sind deßhalb getadelt worden, weil wir im Momente der ersten Aufregung in jenen verführerischen Jubel republikanischer Begeisterung nicht einstimmten, aber die Ereignisse haben uns Recht gegeben, sie sind noch rascher gegangen, als unsre Besorgnisse. Wir sahen wie man der unermeßlichen Krise, welche die provisorische Regierung nicht geschaffen aber zu heilen versprochen hatte, nur mit den dürftigsten Palliativmitteln begegnete, wie Verlegenheiten nicht beseitigt, sondern neu hervorgerufen wurden, wie man dem großen praktischen Ernste der Zeit mit Doktrinen und Theorien entgegentrat, wie man viele schlimme Seiten des alten Regiments mit herübernahm, ohne besonders viel gute neu hinzuzubringen. Wir sahen die materielle Noth eher gesteigert als gemindert, die großen socialen Fragen nur erschwert, nicht gelöst; wir sahen einen neuen Parteigeist genährt zwischen Kapital und Arbeit, Mittelstand und Proletariat, Hauptstadt und Provinz, wir sahen Keime zu neuen ungeheuren Verwicklungen in Menge gelegt, ohne daß die alten im Mindesten erstickt waren, und jetzt nach sechs Wochen des Bestehens kann man das Mißtrauen in die Dauer der Zustände noch lauter aussprechen, ohne den entschiedenen Widerspruch von damals zu finden. Nicht als wenn alles das dem neuen Regiment zur Last fiele; das Meiste war schon am 24. Februar als böser Gährungsstoff vorhanden, aber die neue Regierung hat ihn eben eher vermehrt als vermindert. Die Größe der vorgelegten Aufgaben stand mit dem Erfolge der Lösung in einem wahrhaft traurigen Mißverhältniß; die politischen wie die socialen Räthsel der neuen Umwälzung sind trotz Hunderten von Dekreten, trotz Doktrinen, Reden, unausführbaren Entwürfe eben immer ungelöst geblieben und werden es allem Anscheine nach in diesen Händen auch fortan bleiben.

Die gemischten Elemente, aus denen sich die neue Regierung gebildet hatte, fingen an in ihrer Scheidung mehr und mehr hervorzutreten; der girondistische Republikanismus Lamartines, der revolutionär militärische Armand Marrasts und der jakobinisch-terroristische Ledru-Rollins waren auf die Dauer nicht verträglich. Es mußte ein Doppelgestalt hervortreten, der diese heterogenen Bestandtheile und Tagesliebt zog; Lamartine mit seiner ideologischen Schwärmerei, seinem Rechtsgefühl, seiner Friedensliebe, seiner Neigung, friedlich zu gestalten, mußte die eine Seite vertreten, Ledru-Rollin mit seiner jakobinischen Advokatenspitzfindigkeit, seiner plumpen Massentaktik, seiner wühlerischen Propaganda die andere. Noch einmal auf veränderten Boden müssen wir den alten Gegensatz von 1793 sich scheiden, vielleicht bald zum offenen Kampfe trennen sehen: den Gegensatz zwischen republikanischem Aufbau und der Zerstörung, zwischen Bildung, Talent einerseits und brutaler Gewalt der Massen andererseits, zwischen parlamentarischer Debatte und der Herrschaft der Faust, zwischen politischem Idealismus und dem derbsten, rohesten Realismus, dessen staatsmännisches Streben sich nur um die zwei Pole der Gewalt und des Genusses dreht.

Dieser Doppelgestalt trat auch in allen öffentlichen Handlungen der Regierung ganz unzweideutig hervor. Indeß man hier — in Worten — dem alten Regime bureaukratischer Centralisation den Krieg erklärte, ließ man dort thatsächlich durch unbeschränkte Kommissare eine noch unerträglichere Tyrannei durchführen; während man „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" der Republik an die Stirne schrieb, wurden die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in praktischen Fällen nicht selten verhöhnt und vertagt. Indeß man die alte Wahlkorruption — in Worten — züchtigte, setzte man selber eine nicht minder empörende an die Stelle, und während die unbedingte Freiheit der Presse stolz verkündigt ward, bewied man entweder keine Neigung oder zu wenig Kraft, brutale Attentate gegen dieselbe zu hemmen. Während man die Nationalversammlung rasch zusammenberufen und ihr die Entscheidung über die künftige Staatsform zu überlassen versprach, schob man ihre Zusammenkunft immer weiter hinaus und griff mit unverantwortlichen Mitteln, wie noch jüngst dem berüchtigten Wahlcirkular Ledru Rollin's, ihrer Entscheidung eigenmächtig vor. Indeß man auf der einen Seite (und noch in den letzten Tagen) die allgemeine Gastfreundschaft für Alle, welche den

Digitized by Google

Ehrennamen „Mensch“ tragen, betreiben, trieben einzelne Kommissäre, wie E. Arago in Lyon, die Fremden Lehrer gewaltsam in das Ausland, und während man den ewigen Frieden anzukündigen schien, ließ man die Truppen vorrücken, Savoyerlige marschiren, bei Dijon, Vienne, Grenoble ansehnliche Feldlager beziehen.

Namentlich auch in der äußeren Politik trat dieser Doppelgeist hervor. Wo Lamartine dem vorsichtigen Fluge seiner Friedenspoesie folgte, griff Ledru-Rollin zu Maßregeln, die der Friedenspolitik gerade entgegenliefen. Der Poet verkündigte gewiß aufrichtig — freundliches Vernehmen mit allen Nachbarn, der Rabulist hegte und nährte eine gewaltsame Propaganda; jener versagte den fremden Freischaaren die französischen Waffen, dieser gab sie ihnen. Indeß Lamartine ganz aufrichtig verschien konnte, man wolle weder in Belgien noch am Rhein noch an den Alpen kriegerisch auftreten, wurden gleichzeitig an allen drei Stellen Emigrantenheere gebildet, die den Nachbarländern gegenüber ganz dieselbe Stellung einnehmen, wie unser ariskokratisches Koblenz um 1791 und 1792. Wo Lamartine betheuerte, man wolle weder gegen Belgien, noch gegen Sardinien, noch gegen Deutschland einen feindseligen Akt unternehmen oder dulden, forderte Ledru-Rollin die republikanischen Winkelrettungsjünge und ließ in seiner Presse großen Lärm schlagen, als man in Belgien die ungebetenen Gäste dort zurückwies. So ließe sich der Gegensatz zwischen Wort und That, der Unterschied von Theorie und Praxis durch alle Sinnen durchführen; wir knüpfen diese Gegensätze an die Namen Lamartine's und Ledru Rollins, weil auch in Frankreich die öffentliche Meinung daffelbe thut und in der That die beiden größten Differenzen in der prov. Regierung Frankreichs durch jene beiden Männer vertreten sind.

Auf Lamartine waren deßhalb die Hoffnungen aller deren gerichtet, die im Innern ein ruhiges Ausbauen, nach Außen friedliche Verhältnisse wünschten; sein Name, sein unbescholtener Ruf, seine glänzenden äußeren Gaben und der moralische Muth, den er in den Tagen der Krisis bewies, schien eine Bürgschaft seines dauernden Einflusses zu bieten. Und diese Hoffnungen wären nicht trügerisch gewesen, wenn die provisorische Regierung die Virtuosität in sicherer Gestaltung der Dinge bewiesen hätte, die sie sich wohl zutraute, wenn Lamartine selber ein ebenso großer Staatsmann und Diplomat wäre, als er ein Dichter und Redner ist. Wie aber die Sachen liegen, wird die Zeit seiner Nothwendigkeit bald abgelaufen sein; die vollständige Trennung wird erfolgen und die Verlegenheiten der Lage werden in extreme, nicht in gemäßigte Bahnen hineindrängen. Ledru Rollin wird für die nächste Zukunft mehr Aussicht haben als Lamartine.

Es hat und daher nicht überrascht, daß die neuesten Pariser Nachrichten vom 10. d. bereits Andeutungen über diese Wendung der Dinge enthalten; es haben und auch die Beweggründe nicht befremdet, womit man den bevorstehenden Rücktritt Lamartine's einzuleiten sucht. Die Klubs und die Parteiführer, welche diese Klubs leiten (Ledru Rollin im Hintergrunde) sind durch das friedliche und sanftmüthige Regiment des politischen Poeten wenig erbaut; sie wollen gewaltsame Propaganda, sie wollen entschiedenes Auftreten gegen das Ausland, und Ledru Rollin wird als der Name genannt, den man als den Andruck kaiser neuen Politik betrachtet. Wir sahen für Frankreich, ja für Europa eine Katastrophe darin, wenn diese zweideutige Karrikatur Robespierre's die Geschicke Frankreichs in die Hände nähme; aber wir sehen nicht ab, wie dem Fatalismus der Verhältnisse anzuhindern ist. Tritt aber dieser Fall ein, dann werden wir abermals die traurige Befriedigung haben, richtig prophezeit zu haben; diejenigen, welche mit frivoler Sicherheit alle Besorgnisse wegspotten wollten, würden dann die ungeheure Verantwortung ihrer Politik tragen müssen, wenn am unklug und unpatriotisch gemeint gewesen wäre, derselben zu folgen.

---

**Oesterreich.** Wien, 8. April. Der Allg. Z. wird gemeldet: Die Regierung hat soeben bei der österreichischen Nationalbank ein Anlehen von 30 Mill. Gulden gegen entsprechende Verhypothekirung von Staatsgütern dem Vernehmen nach zu 3 Proz. abgeschlossen. Die näheren Modalitäten dieses Anlehens sind zwar noch nicht bekannt, sollen aber für die Nationalbank sehr günstig lauten. An der Börse hat diese Nachricht eine gute Wirkung hervorgebracht.

Die Insignien der deutschen Kaiserwürde sind noch nicht abgeschickt. Die Wiener Abgeordneten haben aber die bestimmte Zusicherung erhalten, daß sie zur Uebergabe an Frankfurt bereit seien, sobald man sie dort bedarf.

Ferner heißt es in einer Korrespondenz: So eben erfahre ich aus ziemlich sicherer Quelle, daß bestimmte Befehle abgegangen, sich Venedigs um jeden Preis wieder zu bemächtigen. Die Division des Generals Augent wird von der Landseite operiren, während das österreichische Geschwader Pola verlassen und zur See den Angriff gegen Venedig unterstützen wird. Inzwischen soll sich Radetzky am rechten Ufer des Mincio gegen die Lombardei zu behaupten suchen, ohne angriffsweise zu verfahren.

* Bozen, 4. April. Die bösen Folgen des abgetretenen Systems haben sich nie so bedauerlich herausgestellt, wie eben in unsern ersten Tagen der Freiheit. Als das kaiserliche Proklam über Preßfreiheit und Konstitution angeschlagen wurde, schien das Volk wie verblüfft, es gab ihm die seltsamsten Deutungen, und in der ersten Nacht (vom 19. auf den 20. März) waren in hiesiger Stadt alle diesfälligen Maueranschläge abgerissen. Schon begannen einige Priester zu hetzen, namentlich die Mönche von Muri, glücklicher Weise sind diese aber durchweg unbeliebt bei den Bauern. Endlich ließ sich der Bischof von Trient sobend über die kaiserlichen Geschenke vernehmen, er erklärte sie als das Morgenroth der „geistlichen Freiheit“. Dies half. Das Volk war nun übergnügt, daß das Gewährte nicht vom Bösen, seine Religion dadurch nicht gefährdet sei, allein jetzt in der Zeit nahender Gefahr, jetzt, da wir von den Einfällen der siegreichen Lombarden, der nachteilenden Piemontesen und nicht minder vielleicht vom Rückzug der eigenen aufgelösten Armee bedroht sind, jetzt thut Mehr und Anderes Noth als die Ruhe einer in Andacht verfammelten Gemeine. Die Landesstelle hat zwar Schutzdeputationen errichtet, und will noch dem historischen Vorbild von 1796 und 1809 den alten Landesaufzug, d. i. einen Landsturm organisiren, bedenkt aber nicht, daß die Zeiten geändert sind. Das Volk steht aller Begeisterung für das Vaterland so ferne, daß ich Jeder nur zum seine Haut wehren will, man nahm ihm in alle und jede Berechtigung bis auf die Harmlose, dem Kaiser seine Bitten selbst vorzutragen. Daß ihm dies bei viel Größerem durch die Konstitution gewährt sei, muß es erst erfahren und muß vertrauen lernen auf den guten Willen zum Geben, nachdem man ihm durch mehr als ein volles Menschenalter nur genommen und versagt und alle Verheißungen umgangen hat. So ist nun Deutschlands festeste Grenze bloßgestellt jedem Angriff der Feinde, wehrlos wie ein vom Schlag getroffenes Glied.

**Preußen.** Berlin, 9. April. Die Köln. Z. bringt folgende telegraphische Depesche: Abends 6 Uhr. Der Ministerpräsident an den Hrn. Oberpräsidenten Eichmann. Nach neuem Beschlusse des Bundestages werden statt der Bataillone durch den Ver. Landtag andere angeordnet werden. (gez.) Camphausen. Köln, 10. April 1848. Der Oberpräsident, Eichmann.

**Berlin.** Das Justizministerialblatt enthält folgende allgemeine Verfügung vom 4. April 1848: „In Folge eines Allerhöchsten Erlasses vom 3. d. M. werden die betreffenden Gerichtsbehörden, mit Bezug auf die Vorschriften der Verordnung vom 30. März 1847 (Gesetzsammlung S. 125), über den Austritt aus der Kirche, hierdurch angewiesen, in den noch vorkommenden Fällen dieser Art 1) den Stempel für das Attest über die Austrittserklärung (Kabinetsorder vom 18. Juni 1847 Gesetzsammlung S. 260) in Zukunft nur auf 5 Sgr. festzusetzen; 2) die Gerichtsgebühren für die Verhandlungen über den Austritt auf den bisherigen geringen Betrag von 10 Sgr. zu ermäßigen, im Fall des Unvermögens aber Stempel und Kosten niederzuschlagen; 3) ein Attest über den Austritt nur auf ausdrückliches Verlangen der Betheiligten auszustellen.

**Berlin.** Nach amtlichen Ermittelungen beträgt, wie der Köln. Z. versichert wird, die Zahl der in der blutigen Märznacht gefallenen Bürger 240, die der Soldaten nicht weniger als 1407! Noch täglich steht man feierliche Trauerzüge, welche die nachträglichen Opfer der Revolution zur Erde bestatten.

**Berlin,** 7. April. Man liest im Rhein. K. Direkte Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen melden uns, daß längs der ganzen Grenzlinie zwischen den vorherrschend deutschen und polnischen Kreisen von Rawitz bis Bromberg sich die deutsche und polnische Bevölkerung vollständig gerüstet gegenüber stehe und es nur eines kleinen Anstoßes bedürfe, um ein allgemeines Handgemenge, dessen Folgen sich die jetzt noch gar nicht übersehen lassen, herbeizuführen. In der Gegend von Trzemeszno (im Mogilner Kreise) haben die Polen sogar ein förmliches Lager von Sensenmännern. Es dürfte sie, so fügen die Briefe hinzu, der Geldmangel sehr bald zwingen, dieselben zu entlassen oder mit ihnen loszubrechen, in welchen beiden Fällen nur Schlimmes zu erwarten steht.

**Berlin,** 10. April. Unter diesem Datum schreibt die Voss. Z. Sonnabend Abend fand eine große Versammlung in Tivoli Statt, hervorgerufen durch die vom Landtage vorgenommene Wahl von Abgeordneten Preußens zum deutschen Parlamente in Frankfurt. Das daselbst eingesetzte Komité hat nun eine Adresse an sämmtliche Einwohner Berlins erlassen, worin es, anknüpfend an die Protestation

Digitized by Google

der Stadtverordneten, und darlegend die unendliche Wichtigkeit dieser Zusammenkunft für die Zukunft Deutschlands und die Verwirklichung der Freiheit in ruhiger, friedlicher Entwicklung zur Theilnahme an einer großen Versammlung unter den Zelten, Montag den 10. April, 7. Uhr Abends, auffordert, um daselbst, nach vorhergegangener Einsetzung eines definitiven Wahlkomitées im gemeinsamen Interesse, die vorbereitenden Maßregeln zur Wahl solcher Männer zu berathen, die für würdig und geeignet erachtet werden, uns bei der Frankfurter deutschen Nationalversammlung zu vertreten.

**Berlin.** Die Schles. Z. schreibt: Die Errichtung eines Arbeiterministeriums soll in naher Aussicht sein. Als Chef desselben bezeichnet man unter Anderen den wackeren Kaufmann Milde aus Breslau.

** **Berlin**, 10. April, 2 Uhr. Der Ver. Landtag ist eben durch den Landtagskommissär auf einen durch den Fürsten Lichnowsky formulirten Antrag geschlossen worden. Die heutige denkwürdige Sitzung begann mit der Eröffnung des Premierministers, daß der Bundestag den von Preußen bereits vollführten Beschluß vom 30. März am 7. April aufgehoben habe, die Regierung des Königs auf Abordnung der in Folge jenes Beschlusses Gewählten bereit leiste und die Stände aufgefordert würden, von den Wahlen abzustehen, damit das Werk des Friedens nicht Störung leide, die deutsche Nationalversammlung nicht ungleichmäßig zusammengesetzt und Preußen ungenügend vertreten sei. Preußen wolle Deutschlands Einheit, aber es wolle auch dazu mitwirken. Die Versammlung ertheilte fast einstimmig durch Aufstehen ihre Zustimmung, und die Wahlen gelten als ungeschehen. Herr von Thadden war so fixen geblieben. — Der Abgeordnete Knoblauch war Berichterstatter der Finanzabtheilung. Diese hatte einstimmig beschlossen, zu befürworten, daß die Regierung ermächtigt werde, auf außerordentlichem Wege zum äußern und innern Schutz der Monarchie eine Summe von fünfzehn Millionen Thalern zu beschaffen und zur Herstellung des Kredits im Innern und zur Erhaltung von Handel, Gewerbe und Landwirthschaft Garantien bis zum Gesammtbetrage von 25 Mill. Thlrn. unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß möglichst gestrebt werde, Beeluste für den Staat, welche diese Garantien zur Folge haben könnten, zu vertheilen. Das Gutachten enthält den Schlußsatz: „Die Mitglieder des Landtags in ihrer überwiegenden Mehrzahl sind befähigt, die dem Lande aus ihrer früheren Wirksamkeit bekannten Rathgeber der Krone zu würdigen und können mit vollem Bewußtsein das wohlverdiente Vertrauen zu schenken, welches dieselben haben und die aufopfernde Hingebung erbehren, mit der sie in der gegenwärtigen schweren Zeit die verantwortliche Leitung der Staatsgeschäfte in dem festen Glauben an die große unsrem deutschen Vaterlande vorbehaltene Zukunft übernommen haben." Der Abg. v. Bismark sprach gegen die kgl. Proposition; er sah in ihr eine captatio benevolentiae gegen den Zeitgeist; das Finanzministerium blicke durch die Beille des Industrialismus; er sprach ihm das staatsmännische Genie ab. Gegen den 2. Thl. der Vorlage redeten Winzler, Schauß. Für die Regierung Febr. v. Gaffron und Röpell. Hansemann vertheidigte die Proposition und machte Eröffnungen, welche die beiden dissentierenden Mitglieder der Abtheilung, die Abgg. Milde und Fehr. v. Blanc für die Vorlage gewann. Hierauf betrat Blanc die Rednerbühne und schrieb in einer glänzenden Rede für die Proposition einen wahren Triumph der Beredsamkeit. Donnernde Bravo unterbrachen ihn wieder und wieder. Schallendes Gelächter aus dem Saal und von der Zuschauertribune folgten seinen Worten: die Redner gegen die Regierung hätten, wenn die Proposition verworfen und die konstitutionellen Minister deßhalb ihre Portefeuilles niederlegegt, ein neues Ministerium zu bilden! Man denke sich Hrn. v. Bismark an der Spitze eines Ministeriums! Alles rief zur Abstimmung, und als Milde das Wort verzichtet, wurde trotz der Geschäftsordnungen und Protestationen des Hrn. v. Thadden, der wohl zum letzten Mal der Rednerbühne nahe stand, zur Abstimmung geschritten. Eine an Einstimmigkeit grenzende Majorität entschied für das Ministerium. Der Landtagskommissär dankte den Ständen für diesen erlauten Beweis ihres Vertrauens; die verantwortlichen Minister wollten es rechtfertigen. — Zum Schluß sprach Fürst Solms als Marschall einige Worte. Der erste und zweite Ver. Landtag hätten nie Sonderinteressen zu vertreten gestrebt; von nun an werde Solches unmöglich sein. Der Fürst leiste Verzicht auf alle Standesprivilegien. Diese paßten nicht für ein Land, worin alle Konfessionen des konstitutionellen Systems gezogen würden. In Preußen müßten sie gezogen werden. In Preußen dürfe nie geschehen, was in den letzten 20 Jahren in andern deutschen Staaten geschah: daß das konstitutionelle Princip zwar anerkannt sei, doch ohne die Konsequenzen des konst. Systems zuzulassen. Diese traurige Vergangenheit sei kein Vorbild! — Nichts Mehr, nichts Weniger dürfe geschehen, als daß das ganze und reine konstitutionelle System aufgeführt werde. Nichts Mehr, sonst sei die Wohlfahrt des Staats gefährdet; nichts Weniger, sonst sei die Reaktion da. Die Reaktion dürfe schon um Deutschlands willen nicht eintreten! Keiner sei hier zu alt, um nicht zu ergühen für eine Einheit Deutschlands unter Wahrung aller achtungswerthen Besonderheiten. Daß dieses Ziel nicht auf dem ruhigen gewöhnlichen Wege zu erreichen sein würde, war anzunehmen. Möchten die Opfer nicht zu groß sein! Dem Könige ist vorbehalten, in jedem Falle in tiefeingreifender Weise darauf einzuwirken. Auf den dreimaligen Ruf, es lebe der König! schloß der Ministerpräsident den zweiten Ver. Landtag.

**Pleschen**, 7. April Mittags 12 Uhr. Von hier berichtet man der Schles. Z.: Heute Morgen hatte sich das polnische Militär zum Abzuge vorbereitet; von allen Seiten fuhr man gestern Wagen mit Ackergeräthen, Getreide, Stangen ꝛc. herbei. Das Pflaster in den Straßen wurde aufgerissen, um Steine zur Hand zu haben, und Barrikaden wurden an allen wichtigen Punkten errichtet. Gegen Mittag rückte endlich polnisches Militär in die Stadt, ein Zug Ulanen, gegen 2000 Mann stark, wohl bewaffnet und mit Gepäck versehen, vollständig organisirt. Ihnen folgten von allen Seiten die Edelleute mit ihren Sensenmännern, so daß Pleschen mit Militär gefüllt ist. Zugleich ist es auch zum Sammelplatze für die umliegenden Kreise bestimmt worden. Demnach wurde beschlossen, kein preuß. Militär in die Stadt zu lassen. Gestern Abend 9 Uhr wurde zur Probe Sturm geläutet und zu den Waffen gerufen. Sämmtliche Barrikaden wurden besetzt. Es dürfte den preuß. Truppen ohne die größte Anstrengung schwer werden, die Stadt zu nehmen.

** Dieselbe Zeitung theilt mit, daß in Schroda 6—8000 Mann polnische Truppen, zum Theil schon eingeklebt, stehen, in der Stadt selbst sich 4—6 Kanonen (wohl Böller) befinden, und der Ort durch Laufgräben, Schanzen, Barrikaden ꝛc. x. vollständig befestigt worden ist.

**Trier**, 8. April. Eine der tollsten Zeiten der Anarchie würdige Scene erzählt von hier die Köln. Z.: Gestern Abend um halb 8 Uhr wurde von Volkshaufen das Haus des Kaufmannes Blaltau vor dem Ruthhore angegriffen und zerstört; die Bürgerwache marschirte so langsam heran, daß an Rettung nicht zu denken war. Nachdem man im Hause Alles zerstört hatte, wurden sechs Fuder Wein, die auf dem Hofe noch auf den Wagen lagen, unter Hurrahgeschrei zur Stadt gebracht und auf dem Markte ausgetrunken! Der Zeitere Z. fügte bei hier mit einem Male Regie verbrecherische und feindselige Tumult in Menschenleben gelostet, indem ein Soldat an den Folgen einer Wunde, die ihm durch einen Steinwurf am Kopfe beigebracht wurde, im Lazareth am 9. April gestorben ist.

**Baiern.** || München, 10. April. Die Aeußerung des II. Präsidenten in der Kammer der Abgeordneten, die kürzlich (in der V. Sitzung) gefallen war, hat die Kammer, wie ich in meinem Berichte über diese Sitzung bereits erwähnte, ungemein stark angegriffen, so daß einige Redner in dieser Angelegenheit beinahe den Athem verloren. Einige Stenographen haben dies Votum Dr. Müllers wortgetreu wiedergegeben, und ich füge es hier ebenso bei: „Ich, meine Herren, kann Ihnen hierbei nicht verhehlen, daß mich ein kleiner Schauer befällt, wenn ein Mitglied nach dem andern die hohe Kammer verläßt. Wie sind schon unter den Beschränkungen einer früheren Verwaltung in den Wahlen, möchte ich sagen, beeinträchtigt worden. Viele unserer achtbarsten Mitglieder haben unsrer Versammlung bereits verlassen, und allerdings wird es uns äußerst schwer werden, unter diesen Verhältnissen das Vertrauen des Landes zu wahren, und die und noch vorliegenden Arbeiten so zu vollenden, wie wir es aus dem Grunde unseres Herzens wünschen müssen. Ich glaube deßhalb, daß die hohe Kammer in dieser Beziehung einen festen Entschluß fassen möge, welche Gesetzentwürfe sie noch zur Berathung bringen wolle, und namentlich außer dem Gesetze über die Wahlen, über die Initiative zu Verfassungsabänderungen und über die Aufhebung der Feudallasten, ob sie beschlossen wolle, noch andere zu berathen." — Nächstalsolge Offenheit und Beachtung der Volks- und Zeitstimmung, sowie edle Selbstverläugnung waren von jeher Vorzüge eines wahrhaft gebildeten Mannes. Ich habe in dem Votum nichts Anderes sehen können, nur die Kammermajorität hat sich dadurch beleidigt gefühlt, und um ihre Selbstachtung greifert. Jeder Unparteiische aber wird dem II. Präsidenten und dem l. Sekretär (Steckinger), der sich dem Votum des ersteren anschließt und ganz offen über die Nothwendigkeit der baldigen Auflösung der Kammer — auch Schneyer that dies später — aussprach, nur seine Bestimmung ertheilen können. Die Majorität der Kammer ist heut zu Tage nicht immer auch die Majorität des Volks. — Der König scheint sich in der Volksgunst immer mehr zu befestigen. Seitern Vormittag inspicirte er die Münchner und die Auer Landwehr,

Digitized by Google

sowie die Freikorps der Studenten und Künstler, die beim Vorüberführen ihn mit Hoch! begrüßten. Auch das übrige Volk that dies. — Zum Dienste für die Stadt in dringenden Fällen ist dahier ein Aufruf an die Freiwilligen-Legion ergangen und zu Exerzitien eingeladen. Unsere Künstler hatten freiwillig Waffenübungen auf dem Marsfelde; das Freikorps der Studenten ist sehr zusammengeschmolzen, da die meisten Studirenden bereits in die Ferien zogen.

**Würtemberg.** ♂ Stuttgart, 11. April. Abends 6 Uhr. Heute ist die Auffregung ungewöhnlich; um 12 Uhr fand die Volksversammlung Statt. Zwei Parteien hatten sich ausgebildet, kurz zu nennen: das Bürgerthum und der demokratische Klub. Beide theilten ihre Wohlgesinnt zur Wahl des Zentralausschusses für den vaterländischen Verein gebracht. Die erstere Partei enthält die bisherigen Liberalen, an welche sich der Stuttgarter Spießbürger und auch die alten Beamten und Adeligen anschlossen; ferner aber die ganze Klasse der Weingärtner. Mit dem demokratischen Klub halten die Arbeiter. Auf dem Platze sollte entschieden werden, ob schriftlich oder mündlich abzustimmen sei, man stellte sich in zwei Theile; das Resultat war bei der Menge der Anwesenden, unter welchen viele Weiber und Kinder, allerdings schwer zu erkennen, indessen ohne Zweifel für schriftlich die Mehrzahl. R. Rödinger, der Vorsitzende, sagte, es bleibe bei dem Zweifel nichts übrig, als schriftlich abzustimmen. Dies geschieht jetzt, Legitimation ist keine erforderlich, Jedermann stimmt. Die Stimmenzählung trennte sich unter stürmischem Regen, dem besten Lösungsmittel. Der Klub aber zog mit Lärm durch die Straßen, Anhänger werbend. einzelne Läden der Hauptstraßen schlossen sich. Nach Tisch ungeheure Bewegung. Die Arbeiter halten den Grafen Wilhelm an und verlangen Herausgabe des gefangengesetzten Obermanns; auch Staatsrath Römer wird von ihnen angehalten, er soll sie tüchtig abgefertigt haben. Im Bürgerhaus fortwährende Versammlung, die Weingärtner zeigen sich in Masse, und sprechen sich derb für Ordnung, nur zu derb gegen die Arbeiter aus. Im Rathhaus werden fortwährend Stimmen abgegeben. Der Schluß der Abstimmung morgen. Auf heute Abend ist die Bürgerwehr wieder unter die Waffen berufen; auch die Weingärtner werden bewaffnet. Die Spannung ist ungeheuer; ich hoffe aber auf Ruhe.

Stuttgart, den 29. März. Der vortragende Rath beim Ministerium der ausw. Angelegenheiten Staatsrath Frhr. F. v. Wächter ist auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters in den Ruhestand versetzt, ihm jedoch das Direktorium des Lehrwaths vorerst noch belassen, und an seine Stelle als vortragender Rath bei dem gedachten Ministerium Geh. Leg.-Rath Frhr. C. v. Wächter befördert worden.

**Sachsen.** Ueber die im Erzgebirg ausgebrochene Hungerpest enthält die D. A. Z. folgende Mittheilung: Seeben geht uns von dem Ortsgeistlichen des Dorfes Grumbach bei Annaberg durch briefliche Mittheilung eine herzerschütternde Schilderung von dem Jammer und dem ausnahmslosen Elende zu, welches der Hungertyphus in seiner Gemeinde anrichtete. Binnen acht Tagen sind 25 Personen gestorben, ja, an einem Tage wurden sechs begraben, während andere sechs auf der Bahre lagen. Der größte Theil der Bevölkerung, auch die Wohlhabendsten sind von dem Typhus ergriffen; die Mehrzahl der Ergriffenen stirbt, nur die sorgsam Gepflegten haben auf Genesung zu hoffen. In der Pfarrwohnung haben mehrere Aerzte ihren Sitz aufgeschlagen und lassen von da aus Medikamente den Erkrankten zukommen.

Dresden, 9. April. Der Kriegsminister von Holzendorff hat seine Entlassung eingereicht. (D. A. Z.)

* Vom Necker, 6. April. Zu den widerwärtigsten Episoden in der Frankfurter Versammlung gehörte die Art, wie der gegen die Diplomaten des alten Bundestags gestellte Antrag, den Sitz von Mainz anständig motivirt hatte, von einem folgenden Redner unterstützt wurde; man kann wohl sagen, daß dadurch dem Antrage die Spitze abgebrochen und die persönliche Ehre der angegriffenen Männer unverletzt gelassen ward. Bei allem hat das Anstehen der von jenen Männern repräsentirten Regierungen eine Schmähung erhalten, die vermieden werden konnte und mußte, und sämmtliche Regierungen haben eine Schwächung ihres Reformeinflusses erlitten, die zu beklagen ist, je mehr die künftige Ordnung nur in der Verständigung gewinnen konnte. Es ist ganz unbegreiflich, wie die betr. Regierungen sich einem solchen Ereignisse und ihrer Vertreter solcher Behandlung bloßstellen konnten wie sie nicht, als die badische Kammer die Entfernung des H. v. Blittersdorf forderte und durchsetzte, der Großh. von Hessen seinen Gesandten zurückzog, der König von Würtemberg den seinigen abforderte, erkannten, was zu thun sei, ehe man es forderte. Schon daß man es den einzelnen Staaten gleichsam für den Nothdrang überließ, die verhaßten Beschlüsse, wie und wann es ihnen gut dünkte, aufzuheben, statt das unhaltbare von Bundeswegen anzugeben, war ein arger Mißgriff, der eigentlich den Bund faktisch auflöste und den Bundestag im Ganzen kompromittirte, die einzelnen Gesandten aber ungeschickter Weise zu soufre douleur früherer Fehler und der gegenwärtigen Rathlosigkeit machte. Wir begreifen aber auch die einzelnen Männer nicht, daß sie nicht längst erkannten, ihre Zeit sei aus. Jeder Staatsmann muß mit den Grundzügen, die er vertritt, stehen oder fallen; welchen sie auch dem Gefüge, so muß er sich zurückziehen. Dabei ist keine Schande, eben so wenig aber auch bei dem Bleiben Ehre. Wie ehren jede persönliche Hingebung, selbst wenn sie zwecklos ist; letztere ist aber wie staatsmännisch, und Staatsmänner sind nie persönliche Dinge, sollen es wenigstens nicht sein.

Die Regierungen hätten in unserm Falle Viel, noch Mehr hätte das Werk der gesetzlichen Reform in Deutschland gewonnen, wenn, als Metternichs System brach, sogleich alle Träger desselben wären zurückgezogen und durch neue Männer ersetzt worden, an denen es nicht fehlte, wie die sogenannten Vertrauensmänner bewiesen. Letztere zur Beigestellung ernennen zu jenen, war eine halbe Maßregel, und diese schadet immer Mehr, als sie nutzen kann; — war es doch nahe daran, daß „Bundestagsgesandter" zu heißen, selbst für einen Welker als Schimpf gebraucht werden sollte. Es war nahe daran, die Vertrauensmänner als Vertrauens bei dem Volke zu entkleiden. Hätte man dagegen die ganze Maßregel gleich ergriffen, so besäße schon jetzt Deutschland in dem neuen Bundesrathe nicht blos ein wohlzusammengesetztes Vollziehungsvollzeigium, sondern für die zweckmäßige Aufgabe der Zeit eine Vermittlung, in welcher alles Extreme schmerz- und anstoßlos untergegangen sein würde. Wir wollen hoffen, es sei, was jetzt gebrungen geschehen ist, noch nicht zu spät. Zugleich mahnen wir aber auch, sofort zu einer andern, ebenso nothwendigen Maßregel zu schreiten. Die ganze alte Diplomatie ist unbrauchbar geworden, keines ihrer Glieder darf darauf rechnen, noch Vertrauen oder auch nur gutes, auf die Persönlichkeit gegründetes Zutrauen zu besitzen. Will man auch hier warten, bis man, sei es die unruhige Faktion oder die immer ehrenwerthe öffentliche Stimme, fordert, was die öffentliche Meinung und der rechte politische Takt gleich als geboten herausgefühlt hat? Wollen die Regierungen, daß sie gegenseitiger diplomatischer Verkehr den Beobachtenden so nachtheilig sei, wie er in solchen Zeiten wahrhaftig nicht zu entbehren ist, so müssen sie ungesäumt gegenseitig und auch der Fremde alle Diplomaten des gefallenen Systems zurückziehen und durch neue, durch Vertrauensmänner im doppelten Sinne des Wortes ersetzen. Dann wird dem Verkehre im Volke nicht mehr mißtraut, es wird dem verständigen Rathe hin und her getraut, an die Ehrlichkeit der Absichten und Erklärungen geglaubt, die Maßregeln nach Innen und Außen werden nicht mehr mißdeutet werden. Die Regierungen werden dabei zugleich durch den Abgang der vielen Unbrauchbaren, welche die diplomatischen Vetterschaften in die Stellen gebracht und die zum Theil Schaden genug gethan haben, jetzt aber gar Nichts mehr können, gewinnen, ohne die Armen, mehr als nöthig ist, zu verletzen.

**Kurhessen.** Kassel, 10. April. Heute ist folgende Proklamation erschienen: „Mit tiefem Schmerze beklage ich ein Ereigniß, das in der letzten Nacht zu bedauerlichen Störungen der öffentlichen Ruhe meiner Residenzstadt Veranlassung gegeben hat. Finde ich auch noch darin Beruhigung, daß, soweit der Sachverhalt bis jetzt ermittelt werden konnte, ein Meuchelmeben nicht zu beklagen ist, und daß nur einzelne Gardes du Corps es waren, welche sich ohne Kommando Exzesse gegen hiesige Einwohner zu Schulden kommen ließen, so habe ich mich dennoch alsbald veranlaßt gesehen, den Ausmarsch der Gardes du Corps und nun die Auflösung derselben anzuordnen. Die Schuldigen wird die Strenge des Gesetzes treffen, und wird zu diesem Ende die nothwendige Untersuchung alsbald eingeleitet werden. Ich setze in die Bürger meiner Residenz das Vertrauen, daß sie in den bereits getroffenen Anordnungen den Beweis meines ernsten Willens zur gesetzlichen Ahndung des fraglichen Vorfalls erkennen, darin Beruhigung finden und sich nicht zu Schritten werden verleiten lassen, die für sie selbst und das Land nur die traurigsten Folgen haben können. Kassel, am 10. April 1848. Friedrich Wilhelm. vdt. Baumbach. Schwedes. Weiß. Meier. Eberhard."

Von demselben Datum, Mittags 3 Uhr, enthält die F. O. Z. folgenden Bericht: Die Stadt ist kaum noch zu kennen; seit gestern Abend 11 Uhr bis in diesen Augenblick ununterbrochenes (Lärm- und Freuden-) Schießen, überall das Pflaster aufgerissen, Barrikaden erbaut und das Zeughaus erstürmt. Bewaffnete Schaaren, darunter auch Sensenmänner, ziehen durch die Straßen. Der Anlaß zu dieser furchtbaren Bewegung ist Ihnen ohne Zweifel schon bekannt. Nachdem in vorhergehenden Nächten früheren Ministern Katzenmusiken gebracht

Digitized by Google

und die Fenster eingeworfen worden, hatte man gestern Abend dem Minister Eberhard einen Fackelzug zugedacht, und eine Patrouille der Bürgerwehr gab das Ehrengeleit; da sprangen einige Garde du Corps-Officiere (Minister Eberhard wohnt in der Nähe der Garde du Corps-kaserne), in Stalljacken gekleidet, hinter den Weißbuden hervor und hieben mit blankem Säbel auf die wehrlose Menge ein. Ein Schützenofficier wurde auf die Frage, wer zum Einhauen Befehl gegeben, zu Boden geschreckt. Damit war das Zeichen zum Aufstand gegeben. Schlimmeres wurde nur dadurch verhütet, daß General Speckt die Gardes du Corps sogleich aufsitzen und die Stadt verlassen ließ. Einer wilden Flucht glich dieser Auszug; Sensenmänner verfolgten die Fliehenden, die nirgends Aufnahme fanden, und denen viele schon desertirt sein sollen. Die Kaserne steht furchtbar aus. Die empörte Masse schleuderte Fackeln in dieselbe, um sie in Brand zu stecken, was glücklicherweise nicht gelang; man legte dann Feuerleitern an, riß die Aufschrift Garde du Corps herunter, schrieb „Nationaleigenthum" an die Mauer und steckte die deutsche Fahne auf. Ein Garde du Corps und ein Bürger sollen geblieben sein. Die Kaserne wird fortan eine Pfleganstalt für arme Bürger sein. Auch das Hischhaus sollte gestürmt werden, weil man den Erminister Scheffer daselbst vermuthete. — Die Officiere der hier garnisonirenden Infanterie- und Kavallerieregimenter haben bereits erklärt, daß sie mit den Officieren der Garde du Corps nicht mehr dienen werden. — Es steht zu hoffen, daß die Ruhe bis heute Abend wieder ganz hergestellt sein wird.

** Von der Bergstraße, 10. April. Etwa 5—6000 Männer aus der Bergstraße bis nach Darmstadt hinab, aus dem benachbarten Odenwalde und der nähern Umgegend, mochten sich gestern, bei der in Worms bei Anwesenheit unserm Bundestage, gehaltenen Volksversammlung eingefunden haben. Advokat Reh aus Darmstadt, Mitglied des Fünfzigerausschusses zu Frankfurt, durch Akklamation mit der Leitung der Verhandlungen beauftragt, eröffnete die Versammlung durch Verlesung des 2. Theils des Programms über besondere Forderungen des hessischen Volks und durch eine mit ungetheiltestem Beifalle aufgenommenen Rede über diese Gegenstände, als: freies Wahlgesetz für die Wahlen zum Landtage, Abtretung des Jagdrechts an die Gemeinden, Einführung einer Einkommensteuer, Herabsetzung des Stempels ꝛc. Unter den andern Reden über allgemein vaterländische Angelegenheiten heben wir die des Advokaten Stahl über das in Aussicht stehende Parlament und dessen hohe Wichtigkeit für die ganze Zukunft Deutschlands hervor. Mitb. Schuiz aus Darmstadt knüpfte an einige schon früher ausgesprochene Ansichten an, die endlich, nach 30 Jahren zur That und lebendigen Wirklichkeit geworden seien. In Beziehung auf die Frage, wer im deutschen Gesammtinteresse zunächst an die Spitze der Nation zu berufen sei, wies er auf den Mann des deutschen Volksvertrauens, auf den Erzherzog Johann hin. In der weiteren und oft so unnöthig leidenschaftlich verhandelten Frage: ob Monarchie, ob Republik? machte er den thatsächlich in das Leben getretenen Grundsatz des Volkssouveränetät in seinen nothwendigen Konsequenzen geltend, wonach in den verschiedenen Gliedern eines Bundesstaats wohl ein Uebergang von einer Verfassungsform zur anderen möglich sei, ohne daß dadurch der Zusammenhang und die Einheit des Ganzen zerstört würden. Es sei vielmehr gleich gefährlich für diese Einheit, wenn man einen solchen Uebergang gewaltsam hemmen, oder wenn man ihn gewaltsam beschleunigen wolle. Sehr schroff war dagegen die Partei jener absolutistischen Republikaner vertreten, die stets nur gegen ihre eigenen Zwecke arbeiten, da sie, ohne echt republikanische Achtung vor dem Volke, zu dem sie reden, überall nur ihre fattsam bekannten Stichwörter zu wiederholen wissen. Namentlich war die versuchte Vorlesung eines langen und ziemlich langweiligen Artikels der deutschen Volkszeitung eine Rücksichtslosigkeit gegen das versammelte Volk. Im bekannten Styl der überall auf Volksversammlungen und in Wirthshäusern herumschweifenden Kosaken des Republikanismus, die wahrlich nicht den Kern des Heeres bilden, wurden diejenigen Männer, die nicht kurzweg für eine unpraktisch zu improvisirende Republik mißschreien wollten, als „Gimpel" bezeichnet; was sich lächerlich genug im Munde einiger jungen Herren ausnahm, die gerade nur das Wort „Republik" pfeifen gelernt, um es überall vor dem Volke zudringlich zu wiederholen, auch wo es dieses Ergebniß schon lange satt geworden ist. Trotz wiederholter Ermahnungen von der Tribune aus, den Vorsitzer bis zu Ende lesen zu lassen, damit selbst der Schein jeder Unterdrückung der freien Meinungsäußerung vermieden werde, war dies bei dem mit Recht ungeduldig gewordenen Volke nicht durchzusetzen. Es stellte dem Mißbrauche der Leserfreiheit das Recht seiner Hörerfreiheit entgegen; und so wurde der Lektüre vor dem Schlusse des Zeitungsartikels ein Ende gemacht. Bei einer doppelten Abstimmung über diesen Gegenstand erhoben sich nur wenige Einzelne für Republik. Etwa eine Stunde nach dem Schlusse der Versammlung erschien noch Hr. Buchhändler Hoff aus Mannheim, nebst einigen andern Badenern. Er machte den noch zahlreich Anwesenden von der Tribune aus die Mittheilung, daß Hr. Hecker gewarnt worden sei, sich in Reißen einzufinden, da sich einige hessische Bürger mit Pistolen bewaffnen würden, um ihn niederzuschießen (!!). Am Tage vor der Versammlung war im vaterländischen Vereine zu Darmstadt angekündigt worden, daß sich aus Baden bewaffnete Schaaren einfinden würden; aber gleichwol wurde beschlossen, unbewaffnet auf der Versammlung zu erscheinen. Einen um so schlimmeren Eindruck machten Hoff's Worte auf die Versammlung, welche darin den Ausdruck des ungerechtesten Mißtrauens gegen das in aller Ordnung und Würde tagende Volk fanden. Hr. Hecker scheint sich in der Wahl seines Vertreters vergriffen zu haben. Doch erhoben sich aus dem Volke selbst, aus Hecker's Nächtersichtigen zu entschuldigen, mehrere Stimmen mit der Erklärung, daß sie auf ihn ein besseres Vertrauen setzten, als Hr. Hoff auf ihn zu setzen scheine; und daß sie ihn der einem wahren Volksmanne so wenig gezimenden Furcht nicht fähig halten möchten, auf ein leeres Gerücht hin von der Versammlung wegzubleiben zu sein.

**Schleswig.** †† Rendsburg, 8. April. Nach langen Zögerungen sind endlich die preußischen Truppen eingerückt; drei Regimenter liegen schlagfertig in und um Rendsburg, andere rücken täglich nach. Glaubt man damit die Sache gewonnen? Ist die Eider die Grenze, die durch den Kampf behauptet werden sollte? — Als vor einigen Tagen die Erklärung des Königs von Preußen erschien, Deutschland will die Rechte Schleswig-Holsteins schützen, mit den geeigneten Mitteln schützen, Preußen erkennt es an, daß Schleswig und Holstein selbständige Staaten, unzertrennlich verbundene Staaten sind, in denen nur der Mannsstamm herrscht, da glaubten wir Schleswig-Holsteiner, die geeigneten Mittel würden in Kriegsthilfe bestehen, die da kämpfe, wo es Noth thut; da glaubten wir, man wolle uns die Gräuel, die Verheerungen und Plünderungen ersparen, denen unsere Lande durch die räuberischen Einfälle eines an Zahl überlegenen Feindes ausgesetzt wären; da glaubten wir, die deutschen Regierungen würden des deutschen Volkes Sache vertreten und dessen Willen aussühren. Und jetzt, 14 Tage, nachdem Dänemarks Ausspruch, Schleswig dem Königreich Dänemark inkorporiren zu wollen, den Krieg unvermeidlich gemacht, nachdem schon längst die Dänen gewaffnet in unsere Land eingerückt, um ihren Ausspruch zu verwirklichen, wie steht unsere Sache? Die Preußen in Rendsburg, die Truppen kriegslustig und zum Vorwärts bereit, aber durch Befehl an der Eider festgehalten. Sollen die preußischen Truppen in Rendsburg stehen bleiben, dann begreift man leicht, daß das Gerücht in Dänemark angebreitet werden und Glauben finden konnte, sie seien nur zur Aufrechthaltung der Ruhe, zum Bekämpfen der schleswig-holsteinischen Revolution gesandt. Denn in der That, zur Vertheidigung Rendsburgs hätten unsere eigenen Truppen genügt. Der Punkt, um den es sich handelt, ist Schleswig. Den Unkundigsten lehrt ein Blick auf die Karte, wie die Sachen stehen. Die Düttirte, deren Kräfte und zu Gebote stehen, beschränken sich auf Holstein und das halbe Schleswig. Die nördliche Hälfte ist vom Feinde besetzt und in der südlichen Hälfte, wo man von Tag zu Tag den Anblick der deutschen Truppen gehofft und sich bisher immer getäuscht sah, lähmt schon die Furcht vor der Rache der vordringenden Dänen die Bestrebungen. Wir haben die Festung Rendsburg gewonnen, aber in dem traurigsten Zustande. Die Dänen, wohl voraussehend, daß die Behandlung, die sie Schleswig-Holstein zu Theil werden ließen, über kurz oder lang die Erhebung derselben herbeiführen müsse, zu vielleicht dies wünschend, um sie dann als eroberte Land behandeln zu können, haben die Festung von Allem entblößt, was zur Vertheidigung, zur Ausrüstung, ja nur zur Beleidung der Leute nöthig war, die zur Kompletirung der Regimenter auf den Kriegsfuß einberufen werden. Wahrlich schon eine große Begeisterung muß nöthig sein, um die Strapazen zu ertragen, die die Truppen ohne gehörige Bekleidung in den kalten rauhen Frühjahrnächten zu erdulden haben. Unsere Höfen hinten der dänischen Flotte günstige Gelegenheit bat, mit Schnelligkeit und ehe die Gegenwehr gerüstet sein kann, an jedem Orte einige tausend Mann an das Land zu werfen und, nachdem sie sengend und plündernd einige Meilen durch das Land gezogen, sich wieder in ihre Schiffe zu werfen und davon zu eilen. Uns gegenüber steht Dänemark, im Besitze aller Arsenale, Waffenvorräthe, Kassen, einer Flotte, die, so wenig sie auch einer Seemacht gegenüber bedeutet, unsere Städte und Schiffe vermögten kann, einer Bevölkerung, die bloßen jenige, die wir augenblicklich aufzubieten haben, um das Doppelte übertrifft, und die in der ersten Begeisterung sich wegt, die der Sonderbund des absolutistischen Königsgesetzes, der Uebergang von der unbeschränk-

Digitized by Google

ersten Heeresgewalt Europas zu einem Regimente, in dem der Fürst augenblicklich eine Null ist, hervorbringen muß. Und wie benützen sie die Vortheile, die sie haben, wie führen sie den Krieg? In Schleswig von Norden her niederringend, von Fünen her über Alsen unsere Stellung in den Rücken fassend, bewaffnen sie in den besetzten Distrikten den raubgierigen, aller Orten sich findenden Pöbel, lassen ihn wehrlose Frauenzimmer mißhandeln, leiten ihn an, über die Besitzenden, Gebildeten, Braven herzufallen. Allenthalben werden diese ihren Familien entrissen, in Banden nach dänischen Gefängnissen gebracht, um dort, ist der Krieg zu Ende und — vielleicht schon jetzt — von dänischen Richtern nach dänischen Gesetzen, oder richtiger ohne Gesetze gerichtet zu werden. Sie sind bereits überführt, wie die dänischen Blätter ausrufen. Und was wir, bezwingt man uns, in Zukunft zu besahren haben, daraus macht man kein Geheimniß. Laut verkünden es die Zeitungen, die Berlingschen, seit Jahren das Organ der dänischen Regierung, das Fädrelandt, seit Jahren das Organ derjenigen Männer, die am 21. März in Dänemark Minister wurden. Mit Jubel wird der allgemeine Menschenraub in den besetzten Theilen Schleswigs gutgeheißen, unverhohlen wird es ausgesprochen, es ist ein Vertilgungskampf gegen das deutsche Element in in Schleswig. Die Bildung Schleswigs ist eine deutsche, fort also mit den Trägern derselben, fort mit allen Höherstehenden des Landes. Jeglicher, der an der Erhebung des Landes Theil genommen hat, und das ist Jeder, der auch nur einem Befehl der prov. Reg. Folge geleistet hat, ist Aufrührer, Hochverräther, Majestätsverbrecher, und es trifft ihn alle solchen die Strafe. Die unteren Schichten des Volkes mögen dann später als verbindete und verleitete Masse begnadigt, vielleicht durch Theilnahme an dem Raube der Proskribirten beruhigt werden. Die heilige Sache, Dänemark bis zur Eider, beheiligt jedes Mittel, die genannten Zeitungen fordern öffentlich auf, mit nackten, dürren Worten auf, ob kein zweiter Mels Ebbesen sich finden wolle, keine Hand, die, wie jene mit meuchlerischer Hand den Grafen Gerrt in Randers erschlug, in gleicher Weise den verruchten Führer unserer Truppen, den Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg, zu treffen wisse? Sein Bildniß ist mit einem Strick um den Hals auf der Kopenhagner Börse aufgehängt, die Schützengesellschaft Kopenhagens hat seinen Namen und die Namen der übrigen Prinzen des fürstlichen Hauses ihrer Ehrenmitglieder aus ihren Listen gestrichen, und die von ihnen gegebenen Ehrengeschenke sollen feierlich (ad burch Henkersband?) verbrannt werden, so berichtet wörtlich die Berl. Zeit. — Während die Dänen solche Thaten verüben, während sie solche Rache androhen und zur Verwirklichung ihrer Drohung mit den Kräften ihres ganzen Reiches vorschreiten, was thun Deutschlands Regierungen? Sie unterhandeln, sie drohen den Dänen. Der Plan dieser liegt klar zu Tage, wie sie schon unsere Deputation in Kopenhagen durch Friedenshoffnungen hinzuhalten suchten, während sie mit aller Macht rüsteten, so halten sie auch jetzt die Kabinete hin, bis sie Schleswig ganz okkupirt haben, bis sie sagen können, das ist eine vollendete Thatsache, jetzt sind wir zum Frieden bereit. — Zwar, heißt es Regierungen und keine wirksame Hilfe, werden wir den Krieg auch so zu Ende führen. Die Handlungen der Dänen werden das ganze Land zur Verzweiflung treiben, werden den Volkskrieg entzünden, und wir werden uns ihrer erwehren, aber am Ende des Kampfes ist Schleswig eine Wüste. Deutschland wird uns nicht verlassen, Viele werden uns zur Hilfe eilen, aber soll die größte Verheerung, die unvermeidliche Folge des Guerillakrieges, vermieden werden, so brauchen wir regulärer Truppen, bedürfen wir Waffen, Kleider und Pferde. Und jede Stunde, jede Minute überliefert den Dänen einen weiteren Strich des Landes, das uns vertheidigen zu helfen, das vor Verwüstung zu schützen den deutschen Regierungen so leicht wäre.

Rendsburg, 6. April. Bei Holnitz wird seit gestern gefochten. Unsere Truppen schießen vom Dorf Bockholm aus auf die Fahrzeuge des Feindes mittelst des aufgestellten schweren Geschützes sowohl als durch Pelotonfeuer. Gestern gelang es die Fahrzeuge stark zu beschädigen und den Mast des einen derselben abzuschießen. Wie viele Feinde getödtet worden, ist unbekannt, von unseren Truppen sind zwei Leute kampfunfähig gemacht worden. Heute wird das Gefecht fortgesetzt, worüber indeß noch keine näheren Nachrichten haben eintreffen können.

In dem Kapitänlieutenant Donels, welcher sich sogleich für die provisorische Regierung erklärte, besitzen wir einen sehr geschickten Seeoffizier. Das Kanonenboot „Schwalbe" wie mehrere Grenzzollboote stehen unter seinem Befehl. Hoffentlich wird unsere Marine bald durch ein armirtes Dampfschiff verstärkt werden.

Ueber die Stärke der feindlichen Armee im Herzogthume Schleswig fehlt es an genauer Nachricht. Man möchte indeß nicht zu hoch sie wenigstens auf 15,000 Mann anschlagen. Der König Georg wird gestern, da man am dieseitigen Ufer 27 Salutschüsse hörte, in Rendsburg auf der Inseln Alsen angekommen sein.

Am 7. Abends setzten sich die Truppen mit Hilfe ihrer Schiffe auf der Spitze von Holnitz fest. Die Schleswig-Holsteiner rückten ihnen von Glücksburg aus entgegen. — Sie führten zwei Kanonen bei sich, und es gelang ihnen, die dänischen Schiffe zu vertreiben; doch behaupteten die dänischen Soldaten ihre Schanzen.

Frankfurt, 10. April. Das hiesige Journal berichtet über die sechste Sitzung der Vertrauensmänner Folgendes: Zur Tagesordnung stand die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Ehe zur Erörterung darüber geschritten wurde, fand sich der königl. sächsische Herr Bundestagsgesandte in der Versammlung ein und eröffnete, daß die beantragte Publikation des Bundesbeschlusses vom 2. d. M., in Betreff Schleswig-Holsteins, Seitens der hohen Bundesversammlung noch heute erfolgen werde. Bei der Erörterung über die schleswig-holsteinische Angelegenheit wurde von dem Beschlusse der Vorversammlung, dahin lautend: „Schleswig, Rauhlich und national mit Holstein unzertrennlich verbunden, ist unverzüglich in den Deutschen Bund aufzunehmen und in der konstituirenden Versammlung gleich jedem andern deutschen Bundesstaate durch frei gewählte Abgeordnete zu vertreten" ausgegangen. Sodann wurde der Bundesbeschluß vom 4. d. M. mit den auf ihn sich beziehenden Bundestagsprotokollen verlesen. Das Ergebniß der weiteren Berathung war der einstimmige Beschluß, bei der hohen Bundesversammlung zu beantragen: 1) daß die provisorische Regierung für Schleswig-Holstein im Sinne ihres eigenen Antrages von Seite des Deutschen Bundes anerkannt werden möge; und 2) daß von hoher Bundesversammlung das Räthige sofort veranlaßt werde, um die Aufnahme des Herzogthums Schleswig in den Deutschen Bund zu bewerkstelligen. Rücksichtlich der Modalitäten, unter welchen die Aufnahme Schleswigs in den Bund werde geschehen können, wurde auf den Antrag und die Bekanntmachungen der schleswig-holsteinischen Regierung Bezug genommen. Zur Vorlabung: Petri.

○ Frankfurt, 11. April. Dahlmann ist auf ein paar Stunden preußischer Bundestagsgesandter gewesen. Er hat die Stelle abgelehnt, um nicht in den Arbeiten gestört zu werden, die er in dem Rath der 17 Vertrauensmänner dem deutschen Verfassungswerke widmet. Man wünscht und hofft, daß Beckerath an seiner Statt zu der Gesandtenstelle werde auserschen werden. Dahlmann erhielt die beiden Aktenstücke über die Aufnahme der Provinz Preußen in den deutschen Bund zugesandt, die Sie bereits mitgetheilt haben. Heute hat er sie an Donnhoff übergeben, und heute bereits ist der Bundesbeschluß gefaßt, der die Aufnahme der Provinz ausspricht. Eben so rasch hat sich heute der Bundestag entschlossen, von dem Kurfürsten von Hessen über die Vorfälle in Kassel Aufschluß zu begehren. Man sängt an, die Verjüngung der Bundesbehörde zu bemerken. — In dem fünfziger Ausschuß treten heute die eingetroffenen österreichischen Deputirten auf. Es werden Endlicher, v. Andrian, Kurande, Schuselka, Schilling und zwei Delegirte der Wiener Akademiker und Polytechniker. Die treuherzige Gemüthlichkeit der lange nicht gesehenen Landsleute gewann schnell die Herzen der zahlreich versammelten Zuhörer. Die Reichsinsignien hat Endlicher nicht überbracht; man wird sie nachschicken; man hielt ihre Uebersendung mit den ersten erscheinenden Abgeordneten für eine zu deutliche capitulio bonevolentiae; man spielt in Wien feiner und geschickter, als in Berlin. Der fünfziger Ausschuß beschäftigte sich ferner auch mit den Vorfällen in Kassel. Er schickte auf den Antrag des Präsidiums eine Deputation an das Kassel'sche Ministerium, in einer sehr freundlichen Stimmung und Haltung gegen den Kurfürsten, obgleich Wippermann Nichts unversucht ließ, die jüngsten Vorfälle in ein Licht zu stellen, das so auffallende Schritte wenigstens zu verschieben gebot. Es sah recht wie die Scene in einem kleinen Konvent aus, als die erwähnten drei Deputirten im Momente ihrer Ernennung Rock und Hut zur sofortigen Abreise ergriffen. Die provisorische Regierung organisirt sich mehr und mehr. Ob man auch nach Donaueschingen in so kräftigem Tone Abgeordnete schicken wird? Gewiß hat Niemand Etwas dagegen, wenn der Ausschuß in einem Falle großer und dringender Gefahr sein populäres Gewicht in die Wagschale legt; aber die Gefahr aus Kassel dünkt uns in der That weniger bedeutend, als noch vor 4 Tagen die im Süden war, wo nur vielleicht die kräftige That Mathy's eine Wendung zum Guten bezeichnen wird, die ganz Deutschland dem wackern Manne danken mag.

Digitized by Google

## Schweiz.

Basel. Die Basl. Z. meldet vom 11. April: Die Kontingente von Baselstadt und Baselland sind heute aufgeboten. Veranlassung dazu sollen Nachrichten aus Straßburg gegeben haben, nach welchen die dort angelangten deutschen Arbeiter in zahlreichen Truppen, jedoch unbewaffnet, hieher sich begeben wollen. — Es sollen bisher über 800 dort angelangt sein, welche, weil sie die dort versprochenen Waffen nicht fanden, sehr erbittert sein sollen. Nach andern Berichten wollen dieselben ihre nachrückenden Kameraden noch erwarten.

Neuenburg. Der König von Preußen hat durch eine Kabinetsordre seine Staatsräthe von ihren Funktionen entlassen, so daß man glauben darf, es stehe ihrer Freilassung Nichts mehr im Wege.
(Basl. Zeit.)

## Belgien.

* Höchst auffallend ist das Verhältniß der provisorischen Regierung in Frankreich zu Belgien, wie es sich in der Presse ausspricht. Hohn und Beleidigung werden nun auf ein Mal auf das kleine Nachbarland ausgeschüttet, es wird ihm vom National sogar offen gedroht, seit sich die Belgier haben bezirken lassen, das Benehmen der französischen Regierung bei dem famösen Freischaarenzug einer strengen Kritik zu unterwerfen. Wie man darüber in Belgien denkt, das spricht ein uns vorliegender Brief eines in Brüssel lebenden Deutschen (der politischer Flüchtling war) sehr unverhohlen aus. Derselbe schreibt vom 3. April: „Hier ist Alles ruhig, und wäre nicht die große Rückwirkung von Frankreich und eine fast gänzliche Stockung aller Geschäfte eingetreten, so brauchte man gar keine Ruhestörung zu fürchten. Selbst das kleine Häuflein der hiesigen Republikaner will nur auf konstitutionellem Wege die Republik dekretiren lassen. Fürs Erste ist aber dazu keine Aussicht vorhanden. Die Sympathie für die letzte französische Revolution ist hier in den letzten Tagen bedeutend geschwächt worden durch das Benehmen der französischen Behörden, welche den Herden, die zum Theil von entlassenen Schurken angeführt, Belgien die Republik aufdringen wollten, Waffen eingehändigt und allen Vorschub geleistet haben. Es ist dies ein Bauernstreich von Ledru-Rollin und seinen Janitscharen, oder wie er sie nennt, Kommissarien. Gegen Deutschland rücken ebenfalls solche Banden; ich hoffe, sie werden dort ebenso an der Grenze empfangen werden wie es hier geschehen ist." Daß der Ausdruck „entlassene Schurken" nicht zu hart ist, beweist eine Erklärung einiger belgischen Freischärler selbst, die sich in französischen Blättern darüber entschuldigen, daß sich allerlei Gesindel angehängt habe. Und weil die Belgier sich dergleichen nicht gefallen lassen, sind die Organe der französischen Regierung auf einmal ganz außer sich und geberden sich, als wollten sie Belgien mit Haut und Haar verschlingen. Eine gute Lehre für uns Deutsche.

## Großbritannien.

London, 9. April. Der Nationalkonvent oder das chartistische Parlament, welches zu London sitzt, ist die Geburt einer auch in England beginnenden Revolution. Wären Zweck und Charakter der Versammlungen nicht so ganz verschieden, so könnte man sagen, dieser Nationalkonvent befinde sich zu dem Reichsparlament in demselben Verhältniß wie der Frankfurter Volkstag zum Bundestage. Nur will der Frankfurter Volkstag ein wenig Ordnung in das Chaos, der englische Nationalkonvent etwas Chaos in die Ordnung bringen; beide aber bezeichnen einen revolutionären Zustand und stehen zwischen Abbruch und Neubau. Der Nationalkonvent hielt am 7. abermals eine Sitzung, in welcher folgender Aufruf an die Einwohner von London beschlossen wurde: „Mitbrüder! Wir, die Mitglieder des Nationalkonvents, die wir im wissenschaftlichen Institut versammelt und aus Abgeordneten aller Theile Großbritanniens zusammengesetzt sind, glauben, daß der von den Polizeikommissarien ausgegangene Aufruf, wonach der für den 10. April angesetzte Umzug einem unter der Willkürherrschaft Karls II. abgefaßten Gesetz zuwider sein soll, eine Verletzung des Petitions- und Versammlungsrechts ist, und rufen die Bewohner Londons auf, uns zur Bewahrung unserer beiderseitigen Rechte ihren Beistand zu leihen. Auch haben wir mit Entrüstung in den Times und andern Zeitungen die Angabe gelesen, daß wir einen gewaltthätigen Ausbruch organisiren mit der Absicht, einen Krieg gegen Leben und Eigenthum zu beginnen. Aus Bestimmtheste versichern wir, daß wir nicht die Absicht hegen, das Gesetz zu brechen; daß unser Umzug nur eine unbewaffnete moralische Gesinnungsdarlegung sein wird; daß wir Leben und Eigenthum für heilig erachten, daß wir aber gleicherweise auch unser Leben und Eigenthum geachtet wissen wollen, und daß im Fall man uns ungerechterweise angreift, wir Euch und das Land anrufen, dem Mantel Eures Schutzes um uns her zu breiten." O'Connor versprach in dieser Sitzung, am 10. April auf seinem Posten zu sein, rügte aber zugleich auf Strengste die heftige Sprache, die sich einige Abgeordnete erlaubt hätten; viele seiner Freunde im Parlament säßen sich durch diese Sprache veranlaßt, der chartistischen Petition ihren Beistand zu versagen. Auch las O'Connor ein Schreiben des noch leidenden Radikalen J. Duncombe vor, worin dieser seine innigste Sympathie mit der gerechten Sache der Chartisten ausspricht, sie aber zugleich beschwört, diese reine Sache durch irgend gewaltthätigen Handlungen zu besudeln. O'Connor scheint aber seiner Partei nicht vollkommen mehr Herr zu sein, denn es sind sofort ein Platzregen der heftigsten und revolutionärsten Reden. Reynolds meinte: die Regierung ginge damit um, das Versammlungsrecht zu vernichten, derselbe Versuch habe Ludwig Philipp die Krone gekostet; wenn aber die Regierungsmitglieder den Weg Guizot's und Duchatel's einschlügen, so würden sie sich es selbst zuzuschreiben haben, wenn sie in die Verbannung wandern müßten. Harney äußerte: der Konvent würde seinen Umzug unbewaffnet halten, sollte man ihn aber angreifen, so werde dieser Kampf nicht der letzte, noch der entscheidende sein. Der Vorsitzende, das Parlamentsmitglied M'Grath, sagt: ließe die Regierung die „Hunde des Krieges" auf sie los, so möge alle Verantwortung für die Folgen auf die Häupter der Whigs fallen. Andere äußerten sich in ähnlichem Sinne: wenn man Einem von ihnen nur ein Haar krümme, so werde man bis zum Aeußersten Widerstand leisten und Rache durchs Land rufen. Ernst Jones, einer der talentvollsten Chartistenführer (er studirte zu Göttingen), schlug vor, daß nächsten Mittwoch im ganzen Lande ähnliche Meetings veranstaltet würden. Der Vorschlag wurde angenommen. Während der Sitzung hatte man eine Abordnung an die Regierung geschickt, die aber ohne befriedigende Antwort zurückkam, worauf die oben mitgetheilte Proklamation abgefaßt und angenommen wurde. Am 8. trat eine Deputation mit den liberalen Mitgliedern des Parlaments zusammen, um ihnen die friedlichen Absichten der Chartisten erkennen zu geben und sie zum Widerstande gegen Sir G. Grey's Bill zur bessern Sicherstellung der Krone und Regierung zu veranlassen.

Die polizeiliche Proklamation, wodurch jede Theilnahme an dem chartistischen Aufzug untersagt wird, hat ihrer Unbestimmtheit und Weitschweifigkeit wegen Tadel und Widerspruch gefunden. Der M. Post zufolge will man nun eine zweite verbesserte Auflage derselben veröffentlichen, um jedem „Mißverständniß" vorzubeugen.

Um von der revolutionären Sprache, welche sich der chartistische Nationalkonvent in seinem an den Straßenecken Londons angeschlagenen Aufruf gestattet, einen Begriff zu geben, reicht es hin, den Anfang desselben mitzutheilen: „Männer von London!", heißt es darin, „Ihr lebt in einer Zeit der wunderbarsten Ereignisse; Keiner mag fragen, welche große Aenderung, welche glänzende That, welche glorreiche Revolution eine einzige Stunde hervorzubringen vermag. Der geringste Schein von Gleichgültigkeit ist jetzt ein Verbrechen. Schaut nach dem Festlande, über das die Erschütterungen der Revolution dahindauſt, welche eine despotische Dynastie aus den Wurzeln gehoben, andere in ihren Grundfesten erschüttert hat. Der Sturm wüthet noch, möge er fortfahren an Kraft zu wachsen, bis jede auch die letzte Spur des höllenstammenden Despotismus von der Welt verschwunden ist. Die an meisten unterjochten Völker zwingen durch ihren Muth ihren Tyrannen die Freiheit ab. Gewiß, Ihr werdet Euch in der Sache des Fortschritts nicht träge finden lassen! — — Wohlauf denn und handelt! Ein träges thatenscheues Volk kann keine Rechte gewinnen; diese sind allein der Preis des Muths und der Ausdauer, denn Gott hilft nur denen, welche sich selbst helfen!" In dieser allgemeinen, aber auf Aufreizung der untern Volksschichte berechneten Sprache ist das ganze Aktenstück gehalten. Namentlich werden die Irländer und Handwerker in London aufgefordert, mit den Chartisten gemeinsame Sache zu machen, „um das Joch veralteter, verrotteter und verfaulter Einrichtungen abzuwerfen und die Tyrannei vom Boden Englands bis zur letzten Spur wegzufegen." Dabei aber wird die beabsichtigte große Revolution als eine rein friedliche Bewegung bezeichnet.

## Frankreich.

Paris, 10. April. Die neuesten Berichte deuten auf eine Veränderung hin, die zwar längst erwartet werden konnte, deren empfindlichste Rückwirkung aber jedenfalls von Deutschland gefühlt werden würde. „Es erhebt sich, so berichtet die Korrespondenz, eine immer schärfere Unzufriedenheit gegen die unentschiedene Haltung der provisorischen Regierung; besonders Lamartine hat sehr viel von seiner frühern Popularität eingebüßt. Man wirft ihm nicht ohne Unrecht vor, daß er über das Ausland und dessen Verhältnisse schlecht unterrichtet

Digitized by Google

## Badische Kammerverhandlungen über die „fremden" Truppen.

*Karlsruhe, 7. April. (Durch Zwischenfälle verspätet.) Die heutige Sitzung zeigte wieder viele Lücken auf den Sitzen der Abgeordneten, in Folge der Abwesenheit einiger Mitglieder in Frankfurt (s. Jüstein war zurückgekehrt) und des Austritts Anderer, zu denen heute noch der Abg. Hecker von Bruchsal kam, der aus Mißstimmlichkeiten seine Stelle niederlegte. Eine Petition aus Sulzbach verlangt den Austritt des Abg. Schaaff, eine zweite den Austritt von Ulrich. Schaaff hält das Princip für gerechtfertigt, wonach Abgeordnete durch Petitionen aus dem Hause vertrieben werden sollen. Er habe kein besonderes Vergnügen hier zu sitzen, werde aber den Platz, den er seit 18 Jahren für den nämlichen Bezirk einnehme im gegenwärtigen Augenblicke nicht ohne die triftigsten Gründe verlassen. Ulrich schloß sich dieser Erklärung an; es ist jedoch zu vermuthen, daß Beiden in Kurzem triftige Gründe zum Austritt nicht mehr fehlen werden. Eine dritte Petition verlangt den Austritt von Bug, welcher diese Ankündigung mit Lächeln aufnahm. Hecker äußerte gegen den Abg. Schaaff ein Abgeordneter müsse adiren, wenn er das Vertrauen seines Bezirkes nicht mehr habe; so würde auch er handeln, wenn das Gerücht wahr wäre, daß sein Bezirk sein Benehmen in Frankfurt mißbillige. Dasselbe scheine aber gemacht zu sein (die Weinheimer, welche die Mißbilligung in Frankfurt ausgesprochen haben, werden ohne Zweifel zu ihren Worten stehen; doch liegt hierin kein Grund für den Abg. Hecker, seine Stelle niederzulegen, denn die Versammlung in Frankfurt ist nicht die badische Kammer). Hecker theilte ferner mit, daß im Taubergrunde Traktätlein offenbar aus pfäffischer jesuitischen Quelle vertheilt würden, welche zu einer Judenverfolgung am Charfreitage aufforderten. Die Kammer habe ihre Mißbilligung gegen solche Schändlichkeiten schon einmal ausgesprochen, und er erfuche seine Mitbürger, sich einer Wiederholung derselben zu widersetzen. Staatsrath Bekk erklärte ebenfalls diese Aufreizungen für schändlich, aber ebenso schändlich seien Aufreizungen zu andern Verfolgungen und Störungen der Ordnung. Auf Blankenhorns Einladung erhebt sich die ganze Kammer zum Zeichen ihrer Zustimmung.

Brentano brachte hierauf die Truppenaufstellung an der Grenze zur Sprache. Es sei bekannt, daß die Regierung verschiedene Gründe vorgebracht habe, die Linie zu verstärken, darunter auch den Grund, daß damit der Einmarsch von fremdem Militär verwieden werden solle. Die Kammer habe die verlangten Mittel bewilligt. Die Nachrichten von Einfällen republikanischer Schaaren aus Frankreich, um Baden zu revolutionieren, hätten sich als blinder Lärm, als falsche Gerüchte erwiesen. Hervorgh habe erklärt, daß die Angaben unrichtig seien; seine Colonne sei nicht gekommen. Der französische Moniteur habe alle diese Gerüchte widerlegt. Der Redner beruft sich äußerdem auf die Volksgesinnung und die Abendzeitung, welche bekanntlich ihre Sympathien für die Zuzüge aus der Fremde offen an den Tag gelegt haben. Trotzdem daß seither alle Gerüchte, womit man den Kammern das Geld abgelockt und die Reichen erschreckt habe, sich als falsch erwiesen, daß die französische Regierung den Frieden will, habe man in den letzten Tagen Massen von „fremden" Truppen in das Land gezogen, wodurch Frankreich nur gereizt werde; dies habe einen sehr übeln Eintruck gemacht und veranlasse ihn, den Präsidenten des Ministeriums des Inneren zu fragen: er möge offen erklären, welchen Zweck die Regierung dabei verfolge.

Staatsrath Bekk rügt zunächst, daß Brentano Hessen, Würtemberger und Baiern „fremde" Truppen nenne, in einer Zeit, wo Deutschland von der Idee der Einheit beseelt werde. Die Absicht der Regierung ist die Selbsterhaltung, nicht der Regierung, sondern des Landes. Wenn Brentano sagt, die Arbeiterbewegungen hätten Nichts auf sich, so sei er nicht genau unterrichtet. Es möge sich bei Freunden erkundigen, deren Unterschrift er ihm vorweisen könne, unter Schriftstücken, worin mit dem Einmarsch der Fremden gedroht wird. Frankreich fürchtet Nichts von dem Zusammenziehen von Truppen in der süd-westlichen Ecke Deutschlands, die französische Regierung ist mit diesen Maßregeln zum Schutze gegen Einfälle von Außen vollkommen einverstanden, und daß sie dringlich sind, wird Jeder, der die Lage kennt und sein Vaterland liebt, zugestehen. Ich kenne die Bewegungen jenseits genau, und der Abgeordnete Brentano kann sich schon aus öffentlichen Blättern überzeugen, daß in der Schweiz und in Frankreich deutsche Arbeiter, vermischt mit Polen und Franzosen, organisiet sind, um das Land zu überrumpeln oder auf einen Wink der Revolutionäre unseres Landes zu warten. Darüber habe ich Augen- und Ohrenzeugen persönlich gehört. Blätter aus der Schweiz und Frankreich, sowie Maueranschläge in Paris (wovon der Hr. Redner einige vor sich liegen hat) stellen die Thatsachen außer Zweifel. In unserm eigenen Lande sind Versammlungen gehalten worden, wobei Einzelne sich gar nicht scheuten, die Bewaffnung zur Revolution aufzurufen. Was gestern in Straßburg vorgegangen, weiß Brentano vielleicht noch nicht. Eine Anzahl Arbeiter verlangte Waffen von dem Präfekten; sie schienen von diesseits eine Kunde erhalten zu haben, daß sie bestimmt, mit dem Ueberfall nicht länger zu warten. Die Waffen wurden ihnen verweigert, gleichzeitig aber der Posten an der Brücke zurückgezogen, ein Bataillon am kleinen Rhein aufgestellt, die Thore wurden geschlossen und die Arbeiter stellen sich die Stadt verlassen. Sie können gehen, wohin sie wollen und anderwärts auch Waffen erlangen. Wir stehen am Rande eines heillosen Unglücks, einer Revolution, die, von Fremden angefacht, im Lande Erfolg zu haben glaubt. In der Schweiz sind zahlreiche Schaaren, unter einem deutschen Befehlshabrer, aber von einem Polen geführt, gleichfalls organisiet. Schon die Schweizer Blätter geben darüber Auskunft. Nach der Besprechung in Biel wird der Ruf von Revolutionären in Baden erwartet, um die Verfassung, die wir Alle beschworen haben, umzustürzen und die republikanische Form einzuführen. In solchen Augenblicken darf man nicht zaghaft sein, man muß mit aller Kraft wirken, um Unheil abzuwenden. — Daß Truppen aus den Nachbarstaaten einrücken, kann nicht auffallen, nachdem der Chef des Kriegsministeriums erklärt hat, daß das 7. und 8. Armeekorps aufgestellt werden, und daß neben den badischen Truppen Verstärkungen im eigenen Lande nöthig sind. Man hat damit gewartet, solange es immer möglich war. Oesterreichische Truppen werden gleichfalls kommen, aber nicht in den Seekreis, sondern vertragsmäßig als Theil der Besatzung von Rastatt. Es ist leicht, zu sagen, daß diese Maßregeln nicht nothwendig seien, aber schwer, zu verantworten, wenn aus Nachlässigkeit Unheil entsteht. Das Interesse des Landes erheischt dringend, daß wir vor Anarchie bewahrt, und daß die Grenzen gedeckt werden. Verdächtigungen aller Art gegen die Regierenden nicht minder wie gegen die Regierung sind unverantwortlich. Darüber muß man sich ein Mal hinwegsetzen, man muß Muth und Entschlossenheit zeigen. Wir werden das Land zu retten suchen. Jetzt, auf dem Punkte einer großen Nationalconvetnigung und der Gründung einer allgemeinen deutschen Wehrmacht, sollte man am wenigsten zwischen den Truppen des Landes und anderer deutschen Staaten unterscheiden.

Brentano findet in diesem Vortrage viele Verdächtigungen gegen die Männer, welche für die Freiheit freuden außerhalb dieses Saales; auch sie werden dieselben ertragen. Der Zeitpunkt der großen Nationalconvetnigung ist noch nicht eingetreten, und die Erfahrung lehrt, daß die deutschen Regierungen nur dann einig sind, wenn es gilt, die Freiheit zu unterdrücken. Man spricht von Selbsterhaltung, man hat von jeher die Reaktion gepredigt (lebhafte Mißbilligung). Ich zweifle an der Richtigkeit mancher Behauptungen des Hrn. Ministers. Nichts wäre thörichter, als die Republik mit Gewalt einführen zu wollen; sie kann nur durch die Macht der Ueberzeugung auf die Dauer begründet werden.

Bissing hält es an der Zeit, daß die Kammer gegen das anarchische Treiben auftrete, und schlägt vor, auszusprechen, daß sie die Maßregeln der Regierung billige.

Hecker. In einer Zeit der Auflösung fragt sich jeder ehrliche Mann, welche Staatsform er für die beste halte. Wer sich offen ausspricht, ist mir viel lieber, als wer Königthum und Monarchie heilig und zu seinem Spielwerke braucht. Ich verachte die politischen Heuchler. Das Volk verlangt nicht Soldaten, es verlangt Erleichterung seiner Lasten. Das 8. Armeekorps wird aufgeboten, gegen wen? gegen eine deutsche Legion, welche erklärt, daß sie keine Invasion beabsichtige, sondern sich lediglich dem Parlament zur Verfügung stelle. Durch die Maßregeln gegen eingebildete Gefahren fomentirt man den Schlotter, erregt große Erbitterung, wie die Deputationen zeigen, welche von Volksversammlungen hieher gesendet sind, und macht große Kosten. Das Volk will matrielle Erleichterungen und einen Sammetpunkt. Das Parlament ist aber noch nicht da und wird schwerlich in drei Wochen zusammenkommen.

Mathy. Der Abg. Hecker hat Recht. Offenheit verdient Achtung, Heuchelei Verachtung. Man soll kein Spielwerk treiben mit der Monarchie und ebensowenig die Republik als ein bald und leicht zu erhaschendes Spielwerk zum eigenen Vergnügen betrachten. Der wahre Vaterlandsfreund geht mit der Nation und verzichtet auf seine persönlichen Wünsche, wo sie mit dem Willen der Mehrheit nicht stimmen.

Der Abg. Hecker hat ferner Recht, wenn er sagt, das Volk verlange matrielle Erleichterungen. Aber es verlangt auch vor Allem Schutz gegen Raub und Plünderung, und findet keine Linderung in Versuchen, Zwiespalt und Bürgerkrieg zu erregen. Man hat die Gefahren eines Einfalles von Außen abgeläugnet, aber als unbedeutend dargestellt. Aber die Beweise des Gegentheils liegen vor, und ich könnte

Digitized by Google

Ihnen Briefe aus der Schweiz aus authentischer Quelle beifügen. Sie würden, daß die Zuzüge mit vielen Kanonen und mit Unterstützung der schweizerischen Regierungen kommen werden. Letzteres freilich ist unwahr. Diese Regierungen unterstützen keine Schaaren, welche den Frieden der Nachbarn stören wollen. Der Vorort und mehrere Kantonsbehörden, namentlich die von St. Gallen, haben sich darüber deutlich ausgesprochen. Ich kenne sie und glaube ihnen. Der Abg. Hecker bemerkt, die deutsche Legion wolle nicht ungerufen einrücken. Ja, sobald sie merkt, daß sie nicht kann. Wenn aber die Bemühungen gelingen, die Maßregeln zum Schutze der Grenzen zu vereiteln und den guten Freunden da drüben den Weg sauber zu halten — dann würden sie anders sprechen. Wollen unsere deutschen Brüder vom Auslande in ihre Heimath friedlich zurückkehren, so sind sie uns willkommen; wollen sie bewaffnet eindringen, so können wir sie nicht als Freunde ansehen. Man hat von Vorwänden gesprochen, die Truppen zu verstärken, von den Lasten der Einquartierung und von den Kosten der Schutzmaßregeln. Aber man schweigt von den Künsten zur Verführung der Truppen, von den Aufreizungen zur Fahnenflüchtigkeit und zum Meineid, von den weit größeren Lasten und Verlusten, welche ein feindlicher Einfall in das schutzlose Land zur Folge haben würde. Der Abg. Bentana hat sich auf die Abordnung und die Volksgesetzgebung berufen, auf Organe, welche mit den fremden Zuzügern buhlen, die Handarbeiter gegen die Bürger hetzen und Nichts weniger als die nothwendige Einigkeit der Deutschen befördern. Auf dergleichen Erzeugnisse der Presse sollte man in diesem Saale keinen Bezug nehmen. Man hat endlich deutsche Waffenbrüder „fremde Truppen" genannt. Ist das die Verbrüderung aller deutschen Stämme, nach der die Nationen begehrt? Hat man je in Frankreich gehört, daß Soldaten aus der Bretagne an der Garonne oder der Rhone „Fremde" genannt worden wären. Haben die Kantone der Schweiz die Bekemänner aus andern Kantonen Fremde gescholten, oder wurden sie nicht vielmehr allenthalben als Eidgenossen begrüßt? Man sollte sich schämen, die große Idee deutscher Einheit noch so wenig begriffen zu haben. — Die „fremden Truppen" fürchtet man, könnten uns die Freiheit rauben. O, wie sicherlich wäre es bestellt mit unserer Freiheit und mit unserer Männlichkeit, wenn diese Besorgniß Grund hätte. Ein Volk in Waffen, das sich die Freiheit rauben läßt, verdient nicht, sie zu besitzen. Unsere Waffenbrüder aber sind Söhne der Nachbarländer, die sich die Freiheit ebenfalls errungen und ihre konstitutionellen Verfassungen zur Wahrheit gemacht und beschworen haben. Besorgt man vielleicht, die zum Schutze der Grenzen aufgestellten Truppen könnten auch helfen, Unfug im Lande zu verhüten? Dies ist aber für alle Wohlgesinnten kein Grund zur Besorgniß, wir werden vielmehr Dank dafür schuldig sein. Unfug zu verhüten, ist in einem freien Lande doppelt nöthig, weil er dem Volk sein kostbarstes Gut, die Ehre raubt. Glauben Sie etwa, die Unordnung sei eine republikanische Tugend? Erlauben Sie mir, zum Beweise des Gegentheils, Ihnen ein Beispiel aus meiner Erfahrung zu erzählen. Ich habe der Republik Solothurn mehrere Jahre als Bezirkslehrer gedient. Die Gemeinde, in der ich wohnte, besitzt eine große Waldfläche; der Staat hatte ein Obereigenthumsrecht. Es sollte eine Auseinandersetzung stattfinden und zur Besorgung der Vorarbeiten erschien eine Kommission der Staatsbehörde im Orte. Die Bauern waren mißtrauisch, sie glaubten, der Staat wolle sie übervortheilen und jagten die Kommissären von dannen. Was geschah? Nach wenigen Stunden erschienen Landjäger, verhafteten die angesehensten Bürger und führten sie in das Gefängniß nach der Hauptstadt ab. Am folgenden Tage kam ich nach Solothurn, besuchte Hrn. Landammann Munzinger, einen Freund, und machte ihm Vorstellungen wegen der übermäßigen Strenge gegen Männer, die sich jeden Augenblick vor Gericht freiwillig gestellt haben würden. „O, wie bedauere ich", war seine Antwort, „gestern, als die Nachricht von dem Frevel kam, nicht zu Hause gewesen zu sein." Das glaube ich gern, fuhr ich fort, Sie würden die harte Maßregel sicher nicht gebilligt haben. „Wie", rief er aus: „ich hätte auf der Stelle Militär geschickt, um das Ort zu besitzen. Ihr Deutschen, mit Euern monarchischen Begriffen, Ihr könnt hie und da durch die Finger sehen, wenn eine Ungesetzlichkeit begangen wird; Ihr habt starke Mittel zur Verfügung der Staatsgewalt und könnt das Uebel unterdrücken, wenn es Gefahr werden sollte. Aber wir Republikaner, wir dürfen nicht die leiseste Verletzung des Gesetzes dulden, das Gesetz ist unser Palladium, das müssen wir rein und unversehrt erhalten, sonst sind wir verloren." (Beifall. Der Redner gegen Hecker gewendet:) Sehen Sie, meine Herren, das ist republikanische (lauter Beifall). Am Allerwenigsten, m. H., dürfen wir Badener, in einem Grenzlande das Beispiel des Haders mit den Waffenbrüdern aus den Nachbarstaaten geben. Dieser Hader leckt den Feind herbei, unsere Eintracht hält ihn zurück. Zudem sind die Anordnungen zum Schutze unserer Grenzen eine allgemein deutsche Angelegenheit, welcher sich die Bewohner einzelner Oertlichkeiten nicht widersetzen dürfen. Wir und Alle, die da wissen, was Vaterland und Freiheit ist, sollen dies erklären und die Regierung einladen, vereint mit den Bürgern in diesem Sinne zu handeln. Belehren wir freundlich irregeleitete Mitbürger, berichtigen wir irrige Begriffe, zeigen wir den großen Gedanken des deutschen Vaterlandes in seiner praktischen Bedeutung; aber widerhole wir zugleich das Verlangen, welches wir schon einmal ausgesprochen haben, daß gegen die Störer des Friedens, der Gesetzlichkeit und der Ordnung mit aller Strenge der Gesetze eingeschritten werde (Brave).

Zittel anerkennt, daß die Schutzmaßregeln eine theilweise Mißstimmung hervorgerufen haben, welche in der Aufregung der gegenwärtigen Zeit ihren Grund findet. Viele meinen, die Truppen kämen Reaktionsversuchen zu Hilfe. Wer sind denn die reaktionären Minister der Nachbarstaaten? Gagern und Römer. Wer hätte vor 6 Wochen gedacht, daß diese Männer der Reaktion Vorschub leisten würden? Es ist in der That so weit gekommen, daß wenn heute die Republik proklamirt und der Agitator des Sekretärs zum Präsidenten ernannt würde — man sagen würde, er ist zur Regierung übergegangen, er ist ein Volksverräther, nieder mit ihm! Bedächtigungen gibt es jetzt nach allen Seiten. Ich habe keinen Verdacht gegen besonnene und vernünftige Republikaner; aber denen, welche zu bangen Spielen, weil sie Nichts zu verlieren haben, kann man Alles zutrauen, und die Bessern täuschen sich, wenn sie glauben, daß Jene ihnen folgen werden. Wenn die Schutzmaßregeln auch weiter Nichts leisten, als daß sie einen Aufstand verhindern, so haben sie doch großes Unglück verhütet.

Welte billigt die Maßregel nicht, welche, nach dem Zeugniß von Männern aus der Seegegend, dort große Erbitterung hervorgerufen habe. Das Volk sehnt sich nach materiellen Erleichterungen, die man ihm nicht zu Theil werden läßt; die Einquartierung ist doppelt lästig in einer Zeit, wo die Landleute ihre Felder bauen sollen. In jener Gegend ist auch die Gefahr eines Einfalles nicht groß, da die Schweizerregierungen mißtraughafte Arbeiterhaufen nicht dulden würden. Den Bürgern aller Meinungen liegt an Erhaltung der Ordnung; es ist zu wünschen, daß die militärische Besetzung so bald als möglich aufhöre. Sollen die Bürger Kraft und Vertrauen umsonst liefern? (Staatsrath Bekk: Die Bürger erhalten die Vergütung nach dem Gesetze von 1844.)

v. Ihstein glaubt ein Freund des Vaterlandes zu sein, obgleich er mit den Schutzmaßregeln nicht einverstanden ist; seine letzte Kraft ist dem Wohle seines Volkes gewidmet. Die militärische Besetzung hält er zur Zeit für überflüssig, es werden in Zeitungen, Briefen und Gesprächen viele Unwahrheiten verbreitet. (Ja wohl.) Verbergen sie sich nicht, daß die Besatzung des Landes einen höchst übeln Eindruck gemacht, theils weil man sie für überflüssig hält, theils weil sie dem Bürger schwere Lasten auflegt. Ich will über die Nothwendigkeit nicht entscheiden, bin aber nicht versichert, ob das Wohl des Volkes nicht schwerer wiege, als eingebildete Furcht. Ich lasse diese Fragen unentschieden, gebe aber zu erwägen, ob nicht besondere Rücksicht darauf zu nehmen sei, daß Gewaltthätigkeiten vermieden werden.

Staatsrath Bekk. Die Maßregel war lange erwogen und lange zurückgehalten — aber die Gefahr kömmt uns über den Hals. Ich glaube wohl, daß Mißstimmung herrscht; sie beruht einerseits auf Unkenntniß der Verhältnisse, da Viele die Gefahren und Nachtheile der Schutzlosigkeit nicht einsehen; andererseits wird sie von denen genährt, welche die Absicht haben, den Umsturz herbeizuführen. Der Abg. Hecker achtet die Offenheit, ich auch; aber wenn ein Mann offen erklärt, daß er den Umsturz will, so kann ich ihn zwar achten, wie einen tapfern Feind, aber ich lasse ihn doch nicht gewähren, sondern trete ihm offen entgegen. Es ist jetzt eine Zeit der Noth, und Jeder muß die Belästigungen tragen, die nöthig sind, um das größere Unheil, das aus einem Bürgerkriege entstehen würde, abzuhalten. Deutschland würde nicht ruhig zuſehen, wenn in einem Winkel, wie Baden, die Verfassung und die Gesetzlichkeit zerstört, die Anarchie herrschend werden sollte. Wie würden von der Macht Deutschlands ergriffen werden, und welches Unheil dann entstehen müßte, brauche ich nicht erst zu beschreiben.

Hecker. Männer wie Römer, Gagern u. A. sind nicht Reaktionäre, aber die Reaktion steht hinter ihnen. Es wird ihnen Vieles verheimlicht. Sie zeigt sich in manchen Erscheinungen. Ist nicht Markgraf Wilhelm an die Spitze des 8. Armeekorps gestellt worden? Das Volk glaubt an die Reaktion, denn es hat das Beispiel von 1833 vor Augen. Jetzt wird ihm das nämliche Stiefkneblet gefun-

Digitized by Google

gen, aber die Männer der Freiheit sehen die Gefahr, ihre Köpfe zu verlieren.

Meyer hat Berichte aus dem Oberlande, welche die Schutzmaßregeln billigen. Das Volk wünscht Erleichterungen, sieht aber ein, daß sie ihm nur zu Theil werden können, wenn der Weg der friedlichen Entwickelung nicht verlassen wird. Die Regierung möge schleunigst Gesetze vorlegen über Revision der Besoldungen und Pensionen, sie möge die Kreisregierungen und die Forstämter aufheben und so den Weg bahnen, um die Staatslasten zu erleichtern.

Blankenhoen bekämpft, daß auch in seinem Wahlbezirke die Schutzmaßregeln von Vielen gebilligt werden, und bei den Andern werden die heute vernommenen Erklärungen gut wirken. — Richter stimmt mit Zyllein und meint, die Bürger wären Manns genug, um im Falle eines Ueberfalls die Feinde zurückzuschlagen.

Mathy. Wenn der Abg. Hecker sagt, es handle sich jetzt darum, den Kopf nicht zu verlieren, so hat er insofern Recht, als Jeder darauf achten soll, in der allgemeinen Verwirrung seine Besonnenheit zu bewahren, um zu finden, was in jedem Augenblicke für das Wohl des Vaterlandes zu thun ist. Im andern, wörtlichen Sinne genommen, sollte man nicht viel von persönlicher Sicherheit durch Unsicherheit sprechen, wenn man berufen ist, für das allgemeine Beste zu wirken. Die Regierung aber kann und der heutigen Verhandlung entnehmen, wie nothwendig es ist, mehr als bisher öffentlich zu verwalten, das heißt, die Presse zu benutzen, um die Bestimmungsgründe zu den Handlungen der Verwaltung dem Volke mitzutheilen, die Wahrheit bekannt und die Lüge wirkungslos zu machen. Das Volk ist mißtrauisch, die Truppen sind schwierig, das sind die Früchte des alten Regierungssystems, welches auf dem Mißtrauen gegen das Volk und einer unwürdigen Behandlung der Truppen beruhte. Aber die Erinnerung an die Reaktion von 1833 paßt heute nicht mehr. Damals war der Bundestag nicht mit Volksfreunden besetzt, die Ministerien nicht von Männern des Vertrauens beliebet, Wien und Berlin hatten keinen 15. und 18. März gehabt und keine freien Verfassungen erkämpft. Wenn gegen den Willen des bewaffneten Volkes eine Reaktion möglich ist, dann gebe ich für die ganze Bewegung unserer Tage Nichts. Am Wenigsten aber darf man aus angeblicher Besorgniß vor Reaktion die Grenzen schutzlos lassen und das Land der Gefahr einer feindlichen Besetzung preisgeben, gegen welche keine Beschwerden und keine Deputation helfen würden. Ordnungsmäßig darf man die Truppen zur Pflichtwidrigkeit verführen; man muß vielmehr dahin wirken, daß jetzt, wo der Stock und die Mißhandlung aufhören, das Ehrgefühl erwache und den Soldaten zur Erfüllung seiner Pflicht antreibe. So ist es in Frankreich,, und die Bürger würden dort keinen Soldaten schützen, der dem Rufe der Ehre und Pflicht nicht Folge leistete. Wer hinter dem Hüthen spielt, ist allerdings kein Freund der Regierung, darin stimme ich dem Abg. Hecker bei; allein wer gegen die Vertheidigung des Landes und für den Bürgerkrieg wirkt — der ist auch kein Freund des Volkes (Beifall).

Nachdem noch Bißer, Staud und Baum für die Schutzmaßregeln gesprochen, wurde der Antrag von Bißing, die Zustimmung der Kammer auszusprechen, in der Weise angenommen, daß sie nicht länger dauern sollen, als nothwendig ist, daß eine Erklärung der Gründe veröffentlicht und der Kammer Auskunft über den moralischen Zustand der Truppen gegeben werden solle.

**Baiern.** * München, 8. April. Unsere Minister entwickeln eine große Thätigkeit. Dem frühesten Morgen an mehrere Stunden beschäftigt, treten sie, wenn nicht Kammersitzungen hindern, gegen 9 oder 10 Uhr regelmäßig zu gemeinschaftlichen Berathungen zusammen, die in der Regel ununterbrochen bis in die späte Nachmittagszeit fortdauern. So ist es möglich geworden, die Geschäftsreste über neue Wahlordnung, Ablösungsgesetz, Ministerverantwortlichkeit und Gesetzwenngreicht soweit zu fördern, um zur Vorlage bei den Kammern gebracht zu werden. Nach dem Antrage der Abgeordneten Rath und Trautner dürften wir nun wohl auch ein Ministerium für Gewerbe, Ackerbau und Handel erhalten, welches hoffentlich dafür Sorge tragen wird, daß der freiheitswidrige, Ungerechtigkeit und Willkür fördernde Gewerbszwang mit seinem moralisch wie politisch verderblichen Konzessionenwesen, das hier noch in so grosser Weise herrscht und beliebt ist, endlich ein Ende nehme. Unsere Gewerbetreibenden wollen freilich hievon Nichts wissen, und deßhalb steht unsere Industrie auch auf einer so bedauernswürdigen, niedrigen Stufe. Denn man fordert und erwartet zwar von dem Adel Opfer die Fülle und Fülle, sich selbst aber möchte man nicht gern auch nur ein einziges auferlegt sehen. Doch hier ist kein Entrinnen mehr möglich, selbst wenn die konstituirende Versammlung nicht Freiheit des Gewerbes als eine der Grundbedingungen des künftigen deutschen Verfassungslebens aufstellen sollte. Gewerbszwang ist ein Ruhestörer für Sanftheit und Ungeschick, und wie eine Frucht so auch die Quelle der Ungerechtigkeit, die jetzt der allgemeinen Gerechtigkeit welchen wird und muß. Wenn ist nicht manchfach Gelegenheit geworden, Blicke in den unleidlichen Schmutz zu thun, der auf diesem Gebiete hier sich angehäuft hat; und gegen diesen hätte ich vor Allem die Bestrebungen der Bürger gerichtet sehen mögen, statt gegen Dinge, von denen die meisten keinen Begriff haben oder keinen Gebrauch zu machen wissen, wiewohl freilich mit der Herren Errungenschaft die untergeordnetere uns von selbst zuzufallen pflegt. Uebrigens sind auch in verschiedenen anderen Gebieten Anstellungs- und Verwaltungsreformen zu wünschen; Männer des neuen Glaubens und der neuen That, Männer, die aus der Verknöcherung nach sind, nicht bloße Ueberläufer und Scheinbekehrten, sollten überall an die Spitze der Behörden und Institute gestellt werden. Männer der Einsicht und Kraft, wie der Gerechtigkeit und Duldung, nicht adel tyrannische Kleinmeister, die jedem frohen und glücklichen Aufschwung der Geister und Talente aus Prinzip, Neigung und Verwöhnung Hemmketten zwischen die Füße werfen. Auch hier spreche ich aus Erfahrung und vielseitiger Beobachtung; und Pflicht der freien Presse ist es, gegen diese wunden Stellen unserer Staatsmaschine — dürfte ich schon sagen Organismus! — wenn keine Abhilfe geschieht, wenigstens rücksichtsvoll aufzutreten. Eine moralische Gesammterhebung: Reinheit der Ueberzeugungen und Absichten, Größe der Gesinnung und Unsichtbarkeit des Wirkens in allen Gliedern, dies ist es, was uns Noth thut. — Noch kenne ich die Grundlagen unsres neuen Wahlgesetzentwurfs nicht; der Name des Justizministers Heintz jedoch, dem die Bearbeitung desselben zunächst oblag, bürgt dafür, daß er den Forderungen der Zeit entsprechen wird. Möge er nur nicht an jenen kleinlichen Rücksichtsnahmen kränkeln, an welchen der von Dahlmann hervorgehende preußische offenbar leidet, wenn er neben der auf breitester Grundlage gestatteten passiven Wahlfähigkeit die aktive auf ein bestimmtes Maß beweglicher Vermögensverhältnisse zurückgeführt wissen will. Diese Beschränkung dauert mir zu künstlich, zu gesucht, mit einem Worte zu unwahr, um lange Bestand haben zu können, weil dabei gar zu deutlich die Absicht nahe liegt, demokratischen Bestrebungen zu entgehen und den Monarchismus wenn auch noch so schwache Stützen zu verschaffen. Mit Halbheiten dieser Art kommen wir nicht mehr aus. Man höre sich, sie und zuzumuthen; wäre dies aber der Fall, so hoffen wir, daß unsere Kammer einsichtsvoll genug sein wird, um alles Unhaltbare aus dem vorgelegenden Entwurf zu entfernen, aber beschirten genug, um für das angenommene Gesetz nur provisorische Geltung zu fordern, die definitive Beschlußfassung aber der nach jenem provisorischen Wahlgesetz neuberufenen Kammer vorzubehalten.

= München, 9. April. Der Gesetzentwurf, die Verantwortlichkeit der Minister betreffend, lautet also: Se. Maj. der König haben nach Anhörung Allerhöchstihres Gesammtministeriums mit Beirath und Zustimmung Allerhöchstihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, beschlossen und verordnen, was folgt: Art. 1. Die bleibende Führung eines Ministeriums kann jeder Zeit nur einem Staatsrathe im ordentlichen Dienste übertragen werden. Art. 2. Eine vorübergehende Leitung des Ministeriums soll nur Statt finden 1) wenn der wirkliche Staatsminister an der Ausübung seines Amtes legal verhindert ist, oder 2) im Falle der Erledigung eines Staatsministeriums bis zu dessen allenfallsiger Wiederbesetzung. Art. 3. Der König wird seine Regierungsandewungen jeder Art von den Ministern oder von den zeitlichen Stellvertretern gegenzeichnen lassen, in deren Geschäftskreis die Sache einschlägt. Ohne solche Gegenzeichnung sind die besagten Anordnungen nicht vollziehbar. Art. 4. Gegenige Gesetze, welche mit Beistimmung Allerhöchstihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, beschlossen und verordnet, was folgt: Art. 1. Die bleibende Führung eines Ministeriums kann jeder Zeit nur einem Staatsrathe im ordentlichen Dienste übertragen werden. Art. 2. Eine vorübergehende Leitung des Ministeriums soll nur Statt finden 1) wenn der wirkliche Staatsminister an der Ausübung seines Amtes legal verhindert ist, oder 2) im Falle der Erledigung eines Staatsministeriums bis zu dessen allenfallsiger Wiederbesetzung. Art. 3. Der König wird seine Regierungsandewungen jeder Art von den Ministern oder von den zeitlichen Stellvertretern gegenzeichnen lassen, in deren Geschäftskreis die Sache einschlägt. Ohne solche Gegenzeichnung sind die besagten Anordnungen nicht vollziehbar. Art. 4. Gegenige Gesetze, welche mit Beistimmung Allerhöchstihrer Lieben und Getreuen, der Stände des Reichs, beschlossen und verordnen

des § 16 der IX. Verf. Beil. bleiben hievon außer Anwendung. Art. 10. Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes sind mündlich und öffentlich. Die Einreichung und Vertretung der Anklage geschieht durch Bevollmächtigte der Stände des Reichs. Jede der beiden Kammern hat zu diesem Behufe zwei ihrer Mitglieder durch absolute Stimmenmehrheit auszuwählen und abzuordnen. Ueber die Thatfrage haben Geschworne, über die Rechtsfrage rechtskundige Richter zu entscheiden. Im Uebrigen richtet sich die Zusammensetzung und das Verfahren des Staatsgerichtshofes nach den einschlägigen besonderen gesetzlichen Bestimmungen. Art. 11. Wird der angeklagte Minister oder Ministerverweser auf Grund der Anklage für schuldig erkannt, so wird derselbe mit Berücksichtigung der etwa vorliegenden Milderungs- oder Schärfungsgründe 1) mit einfacher Entfernung vom Dienste unter Belassung ihm nach § 19 der IX. Verfass.-Beil. gebührenden Ruhegehaltes, 2) mit Dienstentlassung ohne Ruhegehalt, oder 3) mit Dienstesentsetzung (Kassation) bestraft. Art. 12. Bezüglich der im Artikel 11 vorgesehenen Strafen wird der König von dem Rechte der Begnadigung keinen Gebrauch machen. Die Rehabilitirung des Verurtheilten kann nur mit Zustimmung der Stände des Reichs erfolgen. Art. 13. Durch das Verfahren vor dem Staatsgerichtshofe wird 1. Die zivilrechtliche Wirksamkeit der erkannten Strafgerichte bezüglich der etwa konkurrirenden gemeinen oder Amtsverbrechen oder Vergehen, sowie 2. Die Verfolgung der Entschädigungsansprüche vor den bürgerl. Gerichten nicht ausgeschlossen. Art. 14. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage der Bekanntmachung durch das Gesetzblatt in Wirksamkeit und soll alle ihm entgegenstehenden Bestandtheil der Verfassungsurkunde und als ein Grundgesetz des Reichs angesehen werden, welches nur in der Art. X. § 7. der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Weise abgeändert werden kann. Gegeben etc. Richtigkeit des Gesetzentwurfes: Heintz, Staatsminister der Justiz. (L. B).

**Würtemberg.** ♂ Stuttgart, 10. April. Nachts 11 Uhr. So eben komme ich von der Straße heim, die Unruhe ist vorbei. Nichts ist geschehen. Dies zur Einleitung. Denn sicher hat auch in Ihre Stadt einer der Eilwagen, welche um 10 Uhr sich durch die tobende Menge vor der Hauptwache durchdrängten, die Nachricht gebracht: die Revolution sei losgebrochen, die Hauptwache werde eben gestürmt. Doch zum Anfang. Zu Bildung eines vaterländischen Hauptvereins war auf heute Abend 7½ Uhr eine Versammlung im Bürgerhause angekündigt gewesen; die vorhergegangene am Samstag hatte neue Stürme erwarten lassen. So war denn nicht nur der Saal zum Erbrüsten voll, sondern auch das ganze Haus, Gänge, Treppen rc. dicht gefüllt. Rödinger eröffnete die Verhandlung als der vom Ausschusse niedergesetzten Komité ernannte Vorsitzende. Er ermahnte zur Ordnung, bat, Stürme zu vermeiden, wie sie in der letzten Versammlung vorgekommen seien. Er bezeichnete die Wichtigkeit des Vereins, sprach dessen Grundsätze aus. Hierauf sprachen Oesterlen in begeisterten Worten über den Umschwung der Zeit und Scherr im Namen und Auftrag des demokratischen Klubs, über dessen Tendenz und Thätigkeit er berichtete. Bieder Redner Wort. Oesterleins Schwung und Scherrs Schärfe fanden vielen Zuruf. Rödinger verlas jetzt einen kurzen Statutenentwurf, der angenommen wurde. Darnach war ein Ausschuß von 15 Männern zu wählen, welchen eine sehr wichtige Rolle, ein unendlicher Einfluß auf die Wahlen zufallen wird. Der Abg. Sreger verlangt schriftliche Abstimmung bis morgen Abend, ihm entgegen W. Zimmermann alsbaldigen Entscheid durch Akklamation oder Händeaufheben. Jetzt entstand die Aufregung, der Sturm brach los. Die Redner, wenn sie zum Worte kommen konnten, schwatzten hin und her von ihren Gründen, die Menge nahm ihre Art der Mitthätigkeit an, sie spaltete sich in die konstitutionelle und republikanische Seite; ersterer wollte schriftliche Abstimmung. Der Sturm, die Leidenschaften waren fürchterlich; das Geschrei wüthend. Oftertag beschwört durch Ermahnung zu Einigkeit, aber er mischt in seine Worte eine Aufforderung für schriftliche Abstimmung, und verstärkt bemächtigt sich das Geschrei der Versammlung, Zimmermann verlangt eine Versammlung im Freien, ein Theil der Anwesenden migverstebt ihn und will augenblicklich, eine Fahne voran, ins Freie ziehen trotz der Nacht. Der Präsident will die Frage, ob durch Akklamation oder schriftlich abgestimmt werden solle, entscheiden lassen, aber die Erledigung dieser Vorfrage ist nicht sicher zu treffen. Leidenschaft läßt nicht abstimmen, ein Resultat durch Händeaufstehen läßt nur Zweifel übrig, eine itio in partes ist physisch unmöglich. R. Römer ruft, bei der Menge, welche in den Nebensälen sei, könne nur schriftlich abgestimmt werden. Zimmermann: Man kenne solche schriftliche Wahlen in Stuttgart. Die Menge schreit, lärmt, endlich sagt Rödinger: Resultat habe sich keines ergeben, man müsse eine gültige Wahl in einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel zu Stande bringen, damit alle Platz finden können, und dazu will er vertagen. Neuer Lärm! Endlich und endlich Ruhe, es bleibt bei der Vertagung. Unser Landsmann Prof. Wurm in Hamburg trat sofort auf und sprach vortrefflich über Einheit, es müsse sich die Minderheit der Mehrheit fügen, das hoffe er bei der Versammlung morgen, welche auf einem öffentlichen Platz angeordnet ist. Rödinger bestimmt Zeit und Stunde. Da führt noch Zimmermann den neuernannten Stadtdirektor Sreger auf, es bestehen brunruhigende Gerüchte, Sreger werde Auskunft ertheilen können. Es war nämlich ein Unteroffizier heute (ich glaube wegen Unbotmäßigkeit) vorhaftet und auf den Asberg abgeführt worden. Man sagt, zu Anfang der Versammlung sei ein Unteroffizier hereingekommen, habe jenes Ereigniß berührt und aufgefordert, ihn zu befreien. Die Leidenschaften waren erhitzt, man sah leicht, daß das kleinste Ding den Ausbruch herbeiführen konnte. Die Aufregung ließ Alles befürchten, Sreger sollte beschwichtigen, allein es ging nicht mehr. Er wurde beauftragt, auf die Hauptwache zu gehen und um den Grund jener Verhaftung anzufragen. Er entfernte sich; ihm aber stürzte die Menge nach zur Hauptwache, die wenige Schritte entfernt ist. Nichts konnte sie halten; Sreger kam nicht wieder, immer voller wurde der Lärm; junge Menschen stürzten herein: man stürme bereits die Hauptwache. Ein Lieutenant kommt, er beruhigt etwas. aber drunten und in den umgebenden Straßen ist der Lärm fürchterlich. Alles drängt an die Hauptwache, Alles schreit. Jetzt rückte Militär aus, die Garde zu Pferd kam an, Graf Lippe, Graf Wilhelm suchten zu begütigen, Letzterer versprach Freilassung des Verhafteten, wenn sich beruhige, was das Volk glaube, daß er nur von seinen Rechten, dem Petitionsrechte u. s. w. Gebrauch gemacht hätte. Das Bürgerschützenkorps rückt auf die neue Bürgerwache mit Fackeln, aber ohne Munition, mit weißen Schärpen um den Arm, versammelt sich auf ihrem Standplatze und rückt durch die Menge ein, befreit die Hauptwache. Das Geschrei war toll, Hoch der Linie, den Schützen u. s. w. Staatsrath Römer will sprechen, er wird mit Hoch begrüßt, kann aber das Wort nicht erhalten. Die Kavallerie jagt durch die Straßen, besetzt den Schloßhof. Doch es blieb bei dem Frieden, die Menge schrie sich aus, und gegen 11 Uhr verlief sich Alles. Gott Lob, daß die bewaffnete Macht besonnen blieb. Vielleicht ist die Scene eine Lehre für die Leidenschaften beider Theile. Morgen um 12 Uhr wird die Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Ich werde Ihnen berichten; ich glaube, daß sie friedlich ablaufen wird.

### Italien.

* Rom, 31. März. Während die Kriegsrüstungen mit unermüdlicher Ausdauer und bewundernswürdigem Eifer — Deutschland mag sich darin spiegeln — fortgesetzt werden, während man den Durchmarsch neapolitanischer Truppen von einem Tage zum andern erwartet und das Kriegsinteresse durch fast stündliche Austheilung von Bulletins wach zu erhalten sucht, hat sich im Innern durch die Entfernung der Jesuiten eine mächtige Krisis vorbereitet, die den Papst, wenn nicht die Tiara, wenigstens den weltlichen Thronschmuck kosten kann. Ein Rückschlag kann nicht ausbleiben und droht jetzt schon mit allen Anzeichen einer verzweifelten Gegenwehr. Mehr aber noch als die Reaktion der Jesuiten und Jesuitenanhänger geben die Liberalen selbst zu fürchten, welche blind gegen die hier so oft gewarzelten klerikalischen Institutionen zu wüthen beginnen und bereits alle nicht güterlosen Orden mit der Austreibung bedroht haben. Der Papst hat zwar eben heute erst einen Aufruf erlassen, in welchem er daran erinnert, daß man in den gegenwärtigen Revolutionen die Vorsehung zu erkennen habe, gleichzeitig aber zur Mäßigung mahnt und namentlich die Diener der Kirche dem Schutz des Volks indirekt empfiehlt. Sie ist von fremder oder von zitternder Hand und wird keinen sonderlichen Effekt zu machen im Stande sein. — Die Listen der mobilisirten Bürgergardisten sind geschlossen erklärt worden. Als die bereits Abgezogenen in Civita Castellana anlangten, fanden sie ein Edikt des Polizeiministers vor, durch welches alle nicht in der Amnestie begriffenen politischen Gefangenen auf freien Fuß gesetzt werden. Es waren ihrer 25, von denen 23 mit marschiren. Der nächste Angriff soll auf Ferrara gerichtet werden, wo man von der Besatzung nur die Kanoniere zu fürchten scheint. — Von den Jesuiten, die den Konvent bereits verlassen haben, sollen einige nicht bloß in weltlichen Kleidern erschienen sein, sondern sich auch mit Trikolor geschmückt haben. — Die neapolitanischen Truppen sollen allernächst hier durchmarschiren. — Die Schulen der Jesuiten werden den Richtern, welche in St. Apollinari unterrichten, überwiesen; das Volk oder vielmehr die Liberalen antworten darauf: Nom per Nom. Für die Verwendung dieser großen Konvente sind allerlei Vorschläge gemacht worden.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England: Bei Hrn. Owen u. Comp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Overseeische Länder wende man sich an C. L. Kiesewetter Straßburg 28 Brumgasse, Paris 28, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Haupterpedition besorgt das Preuß. Buch. Comtoir Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10, 3 thlr. wofür die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Nichtpostorte wird der Raum einer postmäßigen Portionzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 106. Heidelberg, Samstag 15. April. 1848.

## Uebersicht.

Wien (die österreichischen Heerkräfte gegen Venedig und die Lombardei). Aus Tirol (drohender Anmarsch italien. Freischaaren. Die Rückwirkungen des alten Systems. Matte Stimmung in Gastein). Triest (kroatischer Sinn. Karl Albert. Die Besatzung von Comachio). Berlin (Preußen und Rußland. Zahl der preußischen Abgeordneten). Köln (Umruhen). Frankfurt a. O. (Einklagung des Oberpräsidenten v. Meding. Dänemark und die preußische Schiffahrt). Aus Westpreußen (die polnischen Uebertreibungen und die deutsche Nationalität). Bromberg (die Seminarmänner taufen auseinander. Petition des Netzdistrikts). Posen (Austrieben der Preußen gegen das verschaamte Lager der Schwarz). München (Wahl des Schriftführer der Kammer. Die Abgeordneten-Entwurf über die Wahlen zum Parlament). Stuttgart (die jüngsten Ereignisse). Darmstadt (Manifest der Standesherren). Luxemburg (Aufruf des Regierungsstollegiums). Schleswig (Verfahren der Dänen. Ungehorsam. Die preuß. Truppen in Arendsburg. Stand der Dinge. Zügern der preuß. Truppen). Altona (Lage von Schleswig-Holstein). Rendsburg (Gefechte bei Hoimis, Krusau und Bau. Die Schleswigholsteiner ziehen sich von Rendsburg zurück. Der König von Dänemark zieht dort ein. Verjagung der provisor. Reg. Anfang eines Kriegsmarine. Die Preußen erhalten Befehl in Schleswig einzurücken). Frankfurt (Erklärung. Bundesbeschlüsse über Schleswig-Holstein. Abgesandte wegen Schleswig-Holstein).

**Schweiz.** Zürich. Adresse der Deutschen an das deutsche Parlament.

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen: O'Connor und die Majorität. Erklärung Palmerstons über die Verhältnisse zu Belgien und die Angelegenheit in Nicaragua. Die Bill für Sicherung der Krone und Regierung angenommen. Nachrichten vom Kap und aus China. Die große Chartistische Demonstration, friedlich abgelaufen.

**Frankreich.** Militärische Besetzung der Grisonsbesitzt in Konstantinopel. Ripperterr verwundet. Das Kriegsministerium, E. Arago entlassen. Von Mayo. Die Geistlichkeit und die Revolution. Die badische Regierung und die deutschen Arbeiter. Gerücht von Octroirschen Intrigen. Die Besetzung der Provinzen am College de France. Straßburg. Die deutschen Freischaaren.

**Italien.** Mailand. Aufruf an die deutsche Nation. Die sardinische Flotte nach dem adriat. Meere. Neapel. Das Parlament in Sicilien. Verfassungskommission. Demonstration gegen den engl. Gesandten. Das neue Ministerium. Programm desselben. Rüstungen.

**Beilage** Heidelberg (die Limburger Frage und die Stellung Niederlands). Köln (Unterstützungskasse für Fabrikanten und Kaufleute). Turin (der Abfall der Lombardei).

---

**Oesterreich.** Wien, 7. April. Man schreibt der Allg. Z.: Den bisher gelangten Berichten von der Operationsarmee im lombardisch-venetianischen Königreiche zufolge beginnt das am Isonzo konzentrirte Armeekorps unter dem Kommando des Feldmarschallleutenants Grafen Nugent heute den 7. seine Operationen. Das Korps zählt 22,000 Mann mit 100 Kanonen. Die Stärke der ganzen aktiven Armee unter den Befehlen des Feldmarschalls Radetzky wird mit Inbegriff der nun eingetroffenen Verstärkungen durch die Generale d'Aspre, Schwarzenberg, Wocher, dann eines kleineren fliegenden Korps unter Feldmarschallleutenant Vesten, welcher von Trient auf die Kommunikation der Armee mit Tirol deckt, auf 100,000 Mann angeschlagen. Ich theile Ihnen diese aus guter Quelle erhaltenen Berichte mit, um neben so vielen anderen, welche die öfterr. Armee in Italien als gar so unbedeutend darstellen, auch ein Plätzchen zu finden. Erzherzog Johann begibt sich nicht, wie es hieß, nach Frankfurt a. M., sondern bleibt vorläufig hier.

† Aus Tirol, 10. April. So eben kömmt uns die Nachricht zu, daß brescianische Freischaaren die Landesgrenze überschritten haben. Wir müssen und nun allen Ernstes zur Wehr setzen, sonst wird das Gelüste der Wälschen nach unsern Päßen mit jedem Schritte größer, den sie auf unserm Boden thun. Bis jetzt war Alles lau und flau, was zur Vertheidigung bestehen ersonnen und angegriffen wurde. Mit Unwillen lasen wir diesen Anstalten und ihren Ergebnissen gegenüber die Berichte in Wiener und andern Blättern, welche in der alten offiziellen Weise Dinge als geschehen, Stimmungen als vorhanden angeben, die wir um so schmerzlicher vermissen, je unentbehrlicher sie mit jeder Stunde werden. Abermals hat uns das alte System in diese Bedrängniß hingetrieben und will uns nun in seiner Weise retten. Nachdem Niemand daran gedacht hatte, unsere Grenzen zu schirmen, eine Truppenreserve im Lande aufzustellen, für diese und für uns Munition und Getreide vorzusorgen, Geld flüssig zu machen, während man in der Nachbarschaft einen Volkskrieg zu führen vor hatte, nachdem und Kurzsichtigkeit und Soldatenübermuth der Generale in Italien also bloßgestellt, versuchte unsere Regierung uns zu helfen mit Anwendung von Mitteln — die sehr gut gemeint und höchst ungeeignet gewählt waren. Nur der Umstand, daß der Herr Graf von Brandis an der Spitze steht, gibt die Erklärung für ihre Wahl. Die historische Richtung — nach rückwärts läßt sich nie verkennen. Nicht der Geist der Geschichte, der Buchstabe hat Werth; je vergilbter und verschnörkelter er ist, desto wirksamer wird er gehalten. Die Landesschutzdeputation, die der Graf zusammenzurufen beliebte „nach dem Beauche der Vorzeit", um im Sinne des 1511 jährigen Landlibells und der Zuzugsordnung von 1796 die Verordnungen zu geben und zu stylisiren, hat mit ihren Protkamen und Kommissären nur wenig Ersprießliches vrjicht. Der Aufruf zum freiwilligen Auszug regte die bittersten und schlimmsten Erinnerungen und Hintergedanken des Volkes, besonders des Bauern an. Man las von Versprechungen und warf sogleich entgegen, es seien noch die meisten alten zu erfüllen übrig, man ward erinnert an alte Zupferteit und Treue und meinte entgegen, sie sei verschwunden gewesen. „Nicht wochenmal ein Jahr Neun", rief man aller Orten. „Wälsche werden", sagten die deutschen Geschäftsänder, „wollen wir nicht, wir werden sie heimschicken, wenn sie kommen, aber an die Grenze gehen, Haus und Familie verlassen, Soldaten machen und Alles selbst bezahlen, das thun wir nicht." Es schmerzt tief, solche Sprache zu hören von den besten Mannen Hofers, und sie ist wahr trotz aller Berichte vom Enthusiasmus, der nicht da ist. Im nördlichen Tirol ist die Stimmung viel besser, da regt sich die Streitbarkeit, da ist Leben und Thatkraft, an der Etsch rührt sich das feurige Blut viel schwerer, es fehlt alle geistige Anregung, nur die Feindschaft im Nacken mag diese starren Gemüther aufrütteln. Nun denn — den ersten Griff hat die wälsche Faust nach ihnen gethan, — sie werden sich fassen und aufraffen. Ein Aufstoß ist heilsam, man hat dies herrliche Volk Jahre lang in entnervenden Schlaf gebettet und ihm viel Geduld zugemuthet. Wir sind überzeugt, sie werden die Feinde aus dem Lande, nur Ausdauer ist dazu nöthig bei der Seemdewachung, nicht dürfen nach altem Tirolerbrauch die Streitet nach dem Kampf schnell heimlaufen, denn die Wälschen werden hartnäckiger sein, als man glaubte. Die Idee mit der Grenze am Brennee, Jauffen und an der Finstermünze ist eine langjährige ausgetragene, eine fanatisch umfaßte. Trient hat sich am hartnäckigsten daran festgeklammert. Noch ist zu fragen, wollen wir Deutsche die alten Klausen an der Etsch, die Marken am Gardasee verloren geben und die an die Sprachgrenze gedrängt unsere Schranken zurückziehen? Werden die Bewohnern ihre italienischen Nachbarn in Tirol nachdrücklich für sich anfprechen? — Als wir Tirol sahen, war Alles Land zu behalten, und doch ists uns beinahe unentbehrlich. Und soll auch das Opfer in den Kauf gehen müssen, so werde scharf um jede Handbreit deutscher Erde gerechtet. Nicht einen Zoll mehr als der letzte italienische Acker erdeckt. Wie an der Eider müßten auch hier alle Deutschen Einsprach thun.

Triest, 6. April. Ein von der Allg. Z. mitgetheiltes Schreiben enthält folgendes: Nächstens hoffe ich Ihnen zu melden, daß auf unserm Castell die deutsche Flagge wehe. Bereits tragen Viele die schwarz-roth-goldene Kokarde auf der Brust, aber zugleich auch die weiß-rothe auf dem Hute. Von Mailand sind wir seit drei Tagen ohne Post wieder. Der hiesige sardinische Konsul hat sein Wappen abgenommen. Die Infamie Karl Alberts wird selbst von den Italienern als das was sie ist benrtheilt. — Die öfter. Besatzung von Comachio, 212 Mann stark, ist gestern von Ravenna, entwaffnet und vor Wuth gegen den an ihr begangenen Verrath ihres Majors Aufruf entbrannt, hier angekommen. Welle Gott, daß es bald zu etwas Entschiedenem komme! Die peinliche, ungewisse Lage, in der wir uns jetzt befinden, benimmt Allen den Muth.

**Preußen.** Berlin, 12. April. Die Allg. Pr. Zeit. bringt heute folgende Verordnung über die Wahl der preußischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung: Wir Friedrich Wil-

Digitized by Google

helm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. verordnen, in Gemäßheit des von der deutschen Bundesversammlung in der Sitzung vom 7. April d. J. gefaßten Beschlusses wegen Einberufung eines deutschen Nationalversammlung auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt: §. 1. Jeder großjährige Preuße, welcher nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung bezieht. §. 2. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von fünfhundert Seelen ihrer Bevölkerung Einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht fünfhundert, übersteigt aber dreihundert Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl Eines Wahlmanned berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht dreihundert Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu Einem Wahlbezirke vereinigt. In Gemeinden von mehr als tausend Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeindebehörden in der Art zu begrenzen haben, daß in Einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind. Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeindeverbande gehören und nicht wenigstens 300 Seelen enthalten, werden durch den Landrath Behufs der Urwahlen der zunächst gelegenen Stadt- oder Landgemeinde zugewiesen. §. 3. Jeder ist nur in dem Wahlbezirk zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist. §. 4. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen. §. 5. Jeder großjährige Deutsche, der den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat (§. 1), ist im ganzen Bereiche des Staats zum Abgeordneten wählbar. §. 6. Die Zahl der von Preußen nach Maßgabe des Bundesbeschlusses vom 7. April d. J. zu wählenden Abgeordneten wird auf die Provinzen nach den Verhältnissen ihrer Bevölkerung zur Gesammtbevölkerung der zum deutschen Bunde gehörigen Landestheile vertheilt. §. 7. Die Oberpräsidenten haben in jeder Provinz so viel Wahlbezirke von möglichst gleicher Einwohnerzahl zu bilden, als Abgeordnete zu wählen sind. In jedem solchen Bezirke ist Ein Abgeordneter und Ein Stellvertreter zu wählen. §. 8. Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung. §. 9. In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats und da, wo kein Magistratskollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet. Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verfassungsmäßigkeit der ländlichen Ortsbehörden unser Staatsministerium das Erforderliche in dem meinderichtungen Unserer Staatsministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung dieser Verordnung zu erlassenden Reglement (§. 12) festsetzen. Die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter werden durch vom Oberpräsidenten zu bestimmende Wahlkommissäre geleitet. §. 10. Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen, und zwar nach der näheren Festsetzung des Oberpräsidenten in einem der Hauptorte des Wahlbezirks. §. 11. Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Aufträge oder Instruktionen nicht gebunden. §. 12. Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staatsministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel. Gegeben Berlin, den 11. April 1848.

Ein Reglement über die Ausführung dieser Verordnung ist beigefügt. Darnach berechnet sich die Zahl der vom preußischen Staate abzusendenden Abgeordneten nach dem Beschluß der Bundesversammlung vom 7. April d. J. mit Ausschluß der Provinz Preußen auf 159 und mit Einschluß dieser Provinz auf 191. Dieselben werden auf die Provinzen wie folgt vertheilt: Brandenburg 27, Pommern 15, Schlesien 39, Sachsen 23, Westfalen 20, Rhein-Provinz 35, Preußen 32.

†† Berlin, 11. April. Die deutsche Allg. Z. und nach ihr die Weserzeitung schreibt aus Berlin, daß die geschäftlichen Aufträge des Prinzen von Preußen in London sich weniger auf den englischen Hof als auf die bei demselben noch aufgestellte diplomatische Vertretung der europäischen Großmächte beziehen, und daß der keineswegs unterbrochene, diplomatische Verkehr Preußens mit Rußland jetzt über London geführen wird, um von dort aus eine Vereinbarung über die nächsten unvermeidlichen Folgen der allseitig vollbrachten Staatsumwälzungen zu erzielen. Man spielt ferner auf den eifrigen Verkehr des Prinzen von Preußen mit dem russischen Botschafter, Herrn von Brunnow, an und schließt daraus, daß Preußen und Rußland noch in Unterhandlungen über die gegenwärtige Lage der Dinge in Europa miteinander begriffen sind. — Wir lassen dahingestellt sein, ob der Korrespondent in jenem Artikel eine Verdächtigung Preußens und insbesondere des Bringen von Preußen gegen reaktionäre Bestrebungen beabsichtigte. Daß Preußen mit Rußland nicht allein diplomatischen Verkehr abgebrochen, ist wohl sehr natürlich. Das London jetzt der geeignetste Ort zu Verhandlungen zwischen den Großmächten ist, liegt wohl ebenso nahe. Wenn man aber hinter diesen Verhandlungen reaktionäre Maßregeln von Seite Preußens wittert, so können wir diesem aus guter Quelle auf das Entschiedenste widersprechen. Die preußische Regierung, repräsentirt durch ein verantwortliches Ministerium, und eben so sehr der König und der ihm zunächst stehende Prinz des Hauses haben seit dem 18. März das neue System bona fide und fern von allen reaktionären Verbindungen ergriffen. Von dem Hause Hohenzollern sind keine Reaktionen mehr zu erwarten, wie sie die Stuarts und die Bourbons unternommen haben. — Sollte eine kleine reaktionäre Partei, welche Nichts vergißt und Nichts lernt, solche verleiten, sie mit den neuen gefunden Sinn- und der Energie des preußischen Volkes schicken. Wir können mit Zuversicht behaupten, daß, wenn Unterhandlungen mit Rußland in London gepflogen werden, sie nur darauf abzielen werden, den Kaiser von Rußland von der unwiderstehlichen Gewalt der allgemeinen, nationalen Bewegung zu überzeugen, welche sich nicht durch Waffengewalt unterdrücken, sondern nur durch Anerkennung der nationalen Berechtigung zum Wohl der Völker und der Regierungen regeln läßt. Auf dem Wege friedlicher Verhandlungen die Verhältnisse Polens auf eine alle Theile befriedigende Weise zu lösen, dürfte das nächste, wahrhaft menschen- und völkerfreundliche Ziel aller Verhandlungen Preußens sein. Zu solchen Verhandlungen dürfte aber wohl kein Staat mehr Befähigung haben, als Preußen, dessen Dynastie durch die innigsten Familienverhältnisse mit der des russischen Autokraten verbunden ist.

Köln, 11. April, 5½ Uhr Nachm. Dem Frankf. Journal wird von hier geschrieben: So eben sind die Gefangenen des hiesigen Arresthauses, mehrere Hundert an der Zahl, mit Gewalt ausgebrochen. Der Generalappel ruft die Bürgerwache zu den Waffen, und Alles ist in unruhiger Bewegung, da unter diesen Gefangenen viele gefährliche und kühne Verbrecher sind. Heute Mittag wurden an hiesige Handwerker, die Arbeiter beschäftigen, Drohbriefe geschrieben, worin sie unter Todesdrohung zur Wegschickung aller nichtkölnischen Arbeiter aufgefordert werden. An den Domdauwerker Zwirner stellte eine Rotte, die sich gestern Abend vor seinem Hause sammelte, die nämliche Forderung.

Frankfurt a. d. O., 6. April. Die hies. Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung sich einstimmig beschlossen, in einer Adresse an den Minister Auerswald auszusprechen, daß der Oberpräsident v. Meding wegen seines ganzen amtlichen Lebens und in Bezug auf seine denkwürdige Rede vom 2. d. M. nicht das Vertrauen der Stadt Frankfurt genieße, welche daher seine Entlassung wünschte.

Danzig, 7. April. Handelsbriefe aus Helsingör, vom 4. d. enthalten die Nachricht, daß, „so lange der deutsche Bund oder Preußen allein die Grenzen Lauenburgs oder Holsteins nicht überschritten, unsere Schiffe ruhig den Sund passiren können."

†† Aus Westpreußen, 7. April. Die Sympathien für die Polen schwinden hier gänzlich! Wie sehr man sich Anfangs über die ihnen gewordene Amnestie, über die ihnen von Preußen in Aussicht gestellte Reorganisation, über die in Deutschland für sie erwachenden Sympathien freute — ganz anders ist es jetzt, wo man weiß, daß die Polen verdienen sie nicht. Kaum zurückgekehrt in ihr Vaterland, proklamiren sie ein Königreich Polen, setzen preußische Beamte ab, jagen deutsche Lehrer fort, behaupten auf Volksversammlungen die ganze Vollmacht dazu zu haben, eine förmliche Organisation einer polnischen Bewaffnung vorzunehmen, fordern die Deutschen nicht bloß in Posen, sondern auch in Westpreußen auf, sich ihnen zu unterwerfen oder zu weichen, und bewiesen so, wie sie nicht üble Lust haben, das ganze Gebiet Westpreußens bis Danzig an sich zu bringen. Ja, sie versuchen dabei mit einer Kühnheit, mit einer Unbefangenheit, die sie als Polen wieder vollständig charakterisirt. Vergebens ist es, daß die Deutschen ihnen in den Versammlungen zu Straßburg, Culmsee und Culm zeigen, wie sie durchaus fern sind von irgend einer Neigung, polnisch zu werden, sie liefern sich mit ihrem gesetzwidrigen aufrührerischen Verhalten den Behörden in die Hände; so ist vor einigen Tagen der preußische Landschaftsrath v. S. und der katholische Pfarrer T. an der westpreußischen Grenze verhaftet worden. Vergeblich ist es, daß Mierosławski und Dr. Liebelt ihre Landsleute in Posen vor tollkühnen Schritten, vor unheilvoller Ueberreitung warnen, zum ruhigen Abwarten ermahnen, diese werden von den Fanatikern für Verräther des Vaterlandes erklärt! So lassen es die Polen selbst

nicht zu einer Reorganisation kommen, und was zu ihrem Heile hätte dienen können, hiemit wahrscheinlich nur zu ihrem Verderben. Wohl ihnen, wenn sie wenigstens noch bei Zeiten einsehen, daß in Westpreußen das lebendige deutsche Nationalbewußtsein so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß sie mit ihrem Polenthum nicht den entferntesten Anklang finden, nicht bei dem gemeinen Manne, denn der hat nicht Lust, wieder ein Knecht zu werden, nachdem er ein freier Grundbesitzer geworden, nicht bei den Geistlichen einmal, denn diese haben auch verlernt, vor den vornehmen Herren sich zu beugen; sie sind allmählich mehr gebildet worden und haben Freiheit kennen gelernt. Auch im Großherzogthum Posen dürften die polnischen Fanatiker mehr und mehr enttäuscht werden. Denn auch hier sind es nicht blos die 500,000 Deutsche, welche auf das Entschiedenste nicht polnisch zu werden entschlossen sind und welche es im westlichen Theile des Großherzogthums, wo das deutsche Element überwiegend ist, nie werden dazu kommen lassen; — nein! selbst viele Polen, die unter preußischer Regierung freien Grundbesitz erlangt, sind weit entfernt davon, wieder polnische Sklaven zu werden. Man möge das in Deutschland und in Frankfurt a. M. gar wohl erwägen. — Sorben geht hier die Nachricht ein, daß nach den vergeblich zu Ende gemachten Versuchen die polnischen Agitatoren sehr den Muth sinken zu lassen scheinen. Die überall ins Leben tretende Bürgerbewaffnung, die sich ihren Demonstrationen entgegenstellte von deutscher Seite, überzeugt sie mehr und mehr von dem Ungrund ihrer übertriebenen Hoffnungen.

**Bromberg**, 28. März. Gestern marschirte der Brigadegeneral v. Hirschfeld mit einem Infanterieregiment und zwei Eskadronen Kavallerie in den mogilnoer Kreis, um die dort gestörte Ordnung mit Waffengewalt herzustellen. Mehre Hatte bekamillen den Landrath außer Thätigkeit gesetzt und die Kassen mit Arrest belegt. Der weitere Aufstand wurde von den Führern förmlich organisirt. Sorben geht nun vom General aus Mogilno die Anzeige ein, daß die aufrührerischen Polen, 2000 Sensenmänner stark, ihn aufgefordert hätten, abzuziehen, weil die Republik Polen organisirt würde. Der General rückt hierauf, von seinem Adjutanten begleitet, an den Polenhaufen heran, theilt ihnen die Kabinetsorder, die Bekanntmachung der Regierung und des Militärkommandos mit und forderte sie freundlich auf, nach Hause zu gehen, widrigenfalls sie sogleich von ihm angegriffen würden. Trotz aller Bemühungen der Aufführer liefen die irregeleiteten Sensenmänner auseinander. Das Militär rückte darauf in Mogilno ein, wo die preuß. Verwaltung wiederhergestellt wurde. (Danz. Z.)

— Durch die Landtagsabgeordneten der Stadt und des Landkreises Bromberg sind am 8. dem Minister v. Auerswald Petitionen aus verschiedenen Kreisen des Netzdistrikts mit mehr als 16,000 Unterschriften übergeben worden. Die Unterzeichner, worunter sehr viele polnische Bürger und Bauern, bitten einstimmig: die Aufnahme des Netzdistrikts in den deutschen Bund zu veranlassen. Nach solchen Demonstrationen wird wohl von Ausdehnung der Reorganisation im polnischen Sinn auf diese Kreise fernerhin nicht mehr die Rede sein können. (Voss. Z.)

**Posen**, 9. April. Eine Privatmittheilung in der Voss. Z. besagt: Heute Nachmittag 4 Uhr ist ein Korps von 8 Bataillonen Infanterie, 8 Eskadronen Kavallerie, 1 Kompagnie Pionire, ½ Kompagnie Schützen und ½ Batterie Artillerie, gegen die bei Schroda und Wreschan zusammengezusammenirenden Polen ausgerückt. Dieselben haben Schroda nicht nur provisorisch besetzt, sondern vor dieser Stadt ein verschanztes Lager errichtet, welches ringsum mit verhaugelegten Wolfsgruben (weite und tiefe Gruben, die oben leicht mit Erde bedeckt sind, so daß namentlich Kavallerie beim Hinüberreiten hineinsinken muß) umgeben. Dir Macht der Polen bei Schroda soll durchaus nicht unbedeutend sein und wird zwischen 10—20000 Mann, unter denen eine ziemlich bedeutende Anzahl regulären Militärs, geschätzt; — ihre Waffen sind von den Geistlichen eingesegnet, und man soll bis auf den letzten Mann zu kämpfen entschlossen sein. — So eben verbreitet sich hier die Nachricht, daß die in Schroda versammelten Polen eine Deputation nach Posen geschickt und erklärt haben sollen die Waffen niederzulegen. Bekanntlich ist Montag früh 8 Uhr als letzter Termin vom kommandirenden General bestimmt worden, wonach sich alle die Deputation mit dem anrückenden Militär getrennt hätte.

**Baiern.** = München, 12. April. Bei der gestern stattgefundenen Wahl des 2. Sekretärs der Kammer der Abgeordneten wurde im 2. Scrutinium bei 119 Stimmenden (alle absolute Mehrheit 60 Stimmen) der Abgeordnete Regierungsdirektor Dr. Schwindl mit 61 Stimmen gewählt, da der 2. Sekretär um Entlhebung seiner Sekretärstelle bei der Kammer eingekommen war.

= München, 12. April. Der Gesetzentwurf, der später folgt, die Wahl der baierischen Abgeordneten zur Bolkvertretung bei dem deutschen Bunde betreffend, hat bei aller scheinbaren Freiheit der aktiven und passiven Wahl einen Passus in sich, dem unsere Abgeordneten bei der Berathung auf keinen Fall ihre Genehmigung ertheilen dürfen. Der in Art. 5 citirte Tit. IV §. 3 der Verfassungsurkunde lautet wörtlich so: Zur Ausübung des baierischen Staatsbürgerrechts gehört (außer dem Indigenat) a) die gesetzliche Volljährigkeit. b) die Anfässigkeit im Königreiche, entweder durch den Besitz bestenerter Gewerbe oder durch den Eintritt in ein öffentliches Amt. Wie viele tüchtige Männer gibt es nun auch bei uns, die weder Gutsbesitzer und Kapitalisten, noch Gewerbsleute, noch Beamte sind? Sie alle aber wären diesem Art. gemäß von den beiden Wahlhandlungen, wovon im Gesetzentwurf die Rede ist, ausgeschlossen, eine Beschränkung, die sie unter Volk nie gefallen lassen wird.

**Württemberg.** = Stuttgart, 12. April. Die Nacht ist ziemlich ruhig vorübergegangen, ruhiger als viele Aengstliche nach den Lärmen des Nachmittags, wobei besonders eine Menschenmasse vor dem Kaffe Werner, dem Sitz des Klubs, bemerklich war, erwartet hatten. Abends versammelten sich alle Bürgermehrmänner zum ersten Mal zum Dienst. Wir waren auf dem Sammelplatz von 7—11½ Uhr unter den Waffen. Zahlreiche Patrouillen wurden entsendet; die Straßen waren sehr gefüllt, da und dort wurden Patrouillen verhöhnt, mußten sich auch den Weg durch die Menge bahnen. Von eigentlicher Gewaltanwendung ist keine Rede. Nur die Weingärtner, welche mit Spießen bewaffnet, sich als besonders thätig für die Ordnung zeigten, drehten ihre Spieße um und schlugen sich mit den Stielen Bahn. Einzelne Verhaftungen sollen vor. Bald wurde es ruhig; bieß eine kleine Abtheilung Bürgermehrmannschaft blieb bis Morgens. Einige Aufregung machte ein Schuß eines einem ungeschickten Bewehrmann von selbst losgegangenen Gewehrs. Gestern erschoß ein Anderer, ein Wirth, durch unglückliches Zufall seine Frau. Die ganze Mannschaft zeigte sehr viel Eifer. Das Kawallieren ist jetzt wohl vorbei, es will es so die unendliche Mehrheit der Einwohner, Ruhe, Ordnung ist uns Noth. Heute Vormittag wurden fortwährend Abstimmungen zum Centralcomité abgegeben; jetzt ist die Abstimmung geschlossen. Die Partei des Bürgerhauses wird wohl siegen. In Oberschwaben ist unter Mack und Wiest Aufspielen ein oberschwäbisches Komité zu den Wahlen gebildet. Das Land behauptet entschieden seine Unabhängigkeit von der Hauptstadt, bestand ist die Stimmung auswärts auch für Bekämpfung Preußens. Der Ausfall für die Wahl Stuttgarts hat beschlossen, sich für die wirk. Wahl aus Abgeordneten Lederer (den bisherigen) für die deutsche Wahl Paul Pfizer, den Chef des Kieler- und Schulwesens, vorzuschlagen. Daß Beides geschehe, ist so gut als gewiß.

**Hessen.** ♀ Darmstadt, 12. April. Die Verhältnisse der Standesherren wurden schon mehrfach und auch jüngst wieder in Ihrem Blatte besprochen; es wird Ihnen daher von Interesse sein, folgendes Aktenstück — es eben erschienenes Manifest derselben — der Oeffentlichkeit zu übergeben: „Das schon längst gefühlte Bedürfniß nach gleichmäßiger und einheitlicher Gesetzgebung ist durch die Ereignisse der letzten Tage ein allgemeines, zum Theil mit Ungestüm ausgesprochenes Verlangen des deutschen Volkes geworden. — Indem die Unterzeichneten diese Folge des erwachten Zeitgeistes erkannten, sind dieselben alsbald zusammengetreten und haben Großherzogl. Staatsregierung schon unter dem 11. v. M. schriftlich erklärt, daß sie bereit seien, die auf ihrer früheren Landeshoheit herrührenden Regierungsrechte, welche der neuen Gesetzgebung hinderlich sein könnten, aufzugeben, und daß sie sich, mit Bezieht auf die ihnen zustehenden höheren Gewährsleistungen, für die Zukunft allen Landesgesetzen in Beziehung auf ihre Person, Großherzoglichem Hofgericht eingenommen unterwerfen wollen. Diese Erklärung wurde von Großherzogl. Ministerium mit dankbarer Anerkennung und mit der Versicherung entgegengenommen, daß dasselbe bedacht sein werde, das standesherrliche Eigenthum gegen eigenmächtige Uebergriffe zu schützen. Leider haben die darauf ergriffenen Maßregeln nicht in allen Landesherrlichen Bezirken die Wiederkehr eines gesetzlichen Zustandes herbeizuführen vermocht, indem die Einwohner mehrerer dieser Bezirke, ungeachtet, die neue Ordnung der Verhältnisse zu erwarten, sich selbst zu Richtern aufwarfen, und den Großherzoglichen Gesetzen Gehorsam verweigerten. Diese Sachlage hat die Unterzeichneten bestimmt, nochmals zusammenzutreten, um Großherzogl. Staatsregierung zum schleunigen Erlaß der ihre Verhältnisse regulirenden Gesetze zu veranlassen, indem sie dieselben wiederholt erklärten, ihre innegehabte Stellung gegen die Bewohner ihrer seitherigen Gebiete gänzlich aufgeben wollten; daß sie indebsondere auf ihre Gerechtsame in Justiz-, Polizei-, Kirchen- und Schulsachen verzichteten; daß sie ebenso der mit schweren Opfern erkauften Steuerfreiheit entsagten, und daß sie sich in Bezug auf ihre Person verbrecherischer Natur, als Zehnten, Monopolien, Jagden, Fischereien u. dgl. den Landesgesetzen ohne Widerrede unterwerfen würden. Hiernach glaubten die Unterzeichneten ihrerseits Alles gethan zu haben, was mit einiger Billigkeit von ihnen gefordert werden kann, und sie hatten sich zu der Erwartung berechtigt, daß die Einwohner ihrer seitherigen Gebiete dies erkennen und in Ruhe und Ordnung sich gefunden werden, was die Gesetzgebung über diese Verhältnisse beschließen werd. Drohungen und Exessen offenbarer Gewalt gegen ihr Eigenthum werden sie den Muth des guten Rechts und die Ueberzeugung entgegensetzen, daß sie mit aufopfernder Selbstverläugnung ihre Pflichten gegen das Vaterland in dieser ernsten Zeit erfüllt haben, und daß dahen weitere Angriffe

Digitized by Google

gegen ihre Person oder ihr Eigenthum mit Folgen von Verkennung alles Rechtsstandes sein können. Sie erwarten gegen solche nicht nur den Schutz der Staatsregierung, sondern auch denjenigen ihrer Mitbürger, die schon so vielfach bewiesen haben, daß ihnen das öffentliche Wohl und ein gesicherter Rechtszustand mehr am Herzen liege, als eigenmächtige Verbrechungen. Darmstadt, 29. April 1848. Die Staatsräthe des Großherzogthums Hessen.

**Luxemburg.** Die Trierer Z. theilt folgenden Aufruf des Regierungskollegiums mit: „Luxemburger! Seine Majestät der König Großherzog hat soeben durch ein neues Pfand Seines Vertrauens zu Euch, durch einen neuen Beweis Seiner Liebe das Werk vervollständigt, welches unsere konstitutionellen Reformen vorbereiten soll. Durch Beschluß v. 31. des verflossenen Monats hat der Monarch verordnet, daß die jetzt in doppelter Anzahl zu wählende Versammlung der Landstände selbst einen Konstitutionsentwurf vorlegen soll. Sonach werdet Ihr durch Eure Vertreter die Bedingungen des Konstitutionsvertrages feststehen, welcher künftig die Rechte Aller ordnen wird. Die Nationalversammlung wird am 25. dieses Monats zusammenberufen werden. Sie wird sich über die gewichtigen Fragen moralischen und materiellen Interesses aussprechen, welche in diesem Augenblicke im Lande aufgeworfen werden. Sie wird die Grundlagen feststellen, nach welchen eine neue Gesetzgebung einzurichten ist, und bald wird eine neue Kammer sich mit den Reformen beschäftigen, welche sie für nöthig halten wird, in den bestehenden Gesetzen und in dem jetzigen Finanzwesen eintreten zu lassen. So werdet Ihr, Luxemburger, unter Bewahrung des gesetzlichen Weges, einen Zustand der Dinge gründen, welcher, wenn die Vorsehung uns vor den Geißeln des Krieges behütet, das Glück und den Wohlstand unseres theuren Vaterlandes verschern wird. Bis dahin bewahret diese Haltung der Ruhe und der Ordnung, deren Anblick jetzt alle guten Luxemburger freudig bewegt. Was uns betrifft, Mitbürger, so fühlen wir das Bedürfniß, Euch zu sagen: Nur noch vorübergehend üben wir die Autorität aus, mit welcher wir bekleidet sind. Sobald die Konstitution beschlossen ist, wird die Verwaltung des Landes in die Hände derjenigen übergehen, welche hierfür das Vertrauen des Volkes dem König Großherzog zur Wahl bezeichnen wird. Luxemburg, den 3. April 1848. Das Regierungskollegium." Baron v. Blochausen hat seine Stelle als Staatskanzler niedergelegt. Es scheint, daß dieselbe nicht mehr wird besetzt werden, selbst nicht interimistisch, und daß die Angelegenheiten unseres Landes direkt im Kabinet Sr. Maj. des Königs Großherzogs verhandelt werden.

* **Schleswig**, 9. April. Der Stand der Dinge hat sich in den letzten Tagen wenig verändert: vor Flensburg sind einige Vorpostengefechte vorgefallen; größere Kämpfe haben nicht stattgefunden. Der kommandirende General hat sich heute mit seinem Stabe nach Flensburg begeben, und wir können in Kurzem ein Treffen erwarten. Daß die preuß. Truppen zögern ins Herzogthum Schleswig einzurücken, macht einen ungünstigen Eindruck, da es Jeden schmerzlich berührt, daß noch ein Unterschied zwischen Schleswig und Holstein gemacht wird. Die gestern nach längerer Unterbrechung hier angelangten dänischen Zeitungen sind mit Schmähungen gegen die Schleswigholsteiner und mit Nachrichten von patriotischen Anerbietungen und Truppenstellungen zur Führung des Krieges angefüllt.

** **Schleswig**, 8. April. Die ersten feindseligen Handlungen der Dänen auf schleswigischem Boden bestätigen die von der fanatischen Partei in Kopenhagen ausgesprochene Absicht, einen Zerstörungskrieg gegen Schleswig-Holstein führen zu wollen. Nicht blos die Eroberung des Herzogthums Schleswig, sondern die Vertilgung aller deutschen Elemente und daher zunächst die Gefangenmehmung aller prenunciirten Patrioten, die oben einigem Einfluß auf die Bevölkerung gewesen, haben sie sich zur würdigen Aufgabe gestellt. So entführte zuvörderst das dänische Dampfschiff den Bürgermeister von Apenrade, der freundlich dahin eingeladen worden; aus Haderslehen einen Arzt, Dr. Marcus, seit Jahren ein kräftiger Verfechter in dieser deutschen Stadt (die Kiecken- und Schulsprache ist dort seit dem 13. Jahrhundert deutsch). Auf hinterlistige Weise ward der Hardesvogt Ahlmann zu Tostlund zum Amtmann, Grafen v. Sponk, in die 2 Meilen entlegene dän. Stadt Ripen, geliockt, unter dem Vorgeben, daß der Graf, den er oft besucht, mit ihm zu reden habe; kaum dort angekommen, wird der arglose Mann gefangen nach Kelding abgeführt. Auf der Insel Alsen, die von Dänen besetzt ist, haben sie Beamte und Pächter des Herzogs von Augustenburg gefangen; auf der anstoßenden Halbinsel Sundewitt ebenfalls einen deutschen Prediger, Beamte und Pächter herzogl. Güter, auch einen Kaufmann aus Gravenstein. Ein Gerücht, das jedoch der Bestätigung bedarf, sagt sogar, daß dessen Schwester auf empörende Weise wie von den rohesten Barbaren mißhandelt worden sei. Auf einem Streifzug nach Tondern, es war dänischer Militär und fanatische Priester mit Bauern, trafen sie die bekanntesten deutschen Patrioten und den Amtmann nicht mehr an und zogen sich alsbald zurück, da es verlautete, daß gegen 600 Briefen im Anzuge seien. Schleswig-holsteinischer Geist ist man selber zu gesinnüchtig gewesen, sich durch Verhaftung verdächtiger Personen aus Dänemark oder einiger als Spione bezeichneten Individuen Repressalien zu verschaffen. Etwa 4 oder 5 Kriegsschiffe und Dampfboote mit einigen Kanonenbootern haben sich gestern am Eingang des Flensburger Hafens gezeigt; sie debarkiren Truppen auf Alsen und Sundewitt. Eine bei Hollni liegende Korvette hat sich das edle Vergnügen gemacht, von 6 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags Bomben auf das Ufer zu werden, wodurch endlich eine Schmiede in Brand gerathen ist. Eine verdeckte Batterie unterseits hat indessen dem armirten Dampfschiff Geyfur dem Vernehmen nach Schaden zugefügt; es soll der Mast oder ein Rad zerschossen sein; das Schiff hat sich entfernt. Infanterie hat dort das fernere Vordringen von Landtruppen abgehalten. Man hatte Sundewitt Donnerstag gestern Abend in hellem Schein gesehen und vermuthet, daß der König von Dänemark angekommen sei und deßhalb illuminirt worden. Auf Sundewitt sollen auch Bauernhäuser von den Dänen in Brand geschossen sein. Nordöstlich von Flensburg, auf der Straße nach Alsen, haben unsere jungen Freiwilligen, mit den Jägern der Linie vereint, einige rühmliche Vorpostengefechte geliefert, wobei einige dän. Officiere und Mannschaft getödtet worden. Ein Kommando Freiwilliger und Jäger hat im Quarré einen Kavallerieangriff abgewiesen. An einem andern Orte kamen den 6. Abends 80 Freiwillige, Studenten und Turner, an. Ein Bauer meldet ihnen, daß in einem anderen Hause desselben Dorfes 150 Mann dän. Jäger sich befinden und ihre Gewehre vor dem Hause aufgestellt hätten. Im Laufe soll sich besonders guter Branntwein befinden. Sie kommandiren sich sieben Mann leise. Während sie sich daran laben, nehmen die Uebrigen sämmtliche Gewehre vor dem Hause. Nur die Dunkelheit hat verhindert, sich auch der Mannschaft zu versichern, welche eiligst zu Fenster und Thor hinausgestürzt und davon gelaufen ist. — Es gehen fortwährend neu formirte Bataillone, zwei unter Anführung preußischer Officiere, die als Freiwillige angestellt sind, nach Norden. Heute passirte ein solches nebst einer Schwadron und 6 Kanonen auf der Route nach Flensburg, wofelbst unsere Hauptstärke sich befindet. Morgen werden hier Preußen erwartet. In Rendsburg finden seit 2 Tagen die ausgezeichnet schönen Garderegimenter Kaiser Alexander und Kaiser Franz. Eine Batterie soll heute eintreffen, die Kavallerie über Kiel und Eckernförde folgen. Die Preußen wurden in Rendsburg mit großem Enthusiasmus aufgenommen und die Truppen brennen vor Kampfbegierde. Ihre Haltung und ihr Exerciz erregte Bewunderung; sie fraternisiren mit unseren Soldaten. Wahrscheinlich wird in den nächsten Tagen die Offensive von unserm Heerführer ergriffen werden. — Die prov. Regierung erfreut sich des Vertrauens des Landes und hat mehrere zeitgemäße Verfügungen im Verein mit der jetzt vertagten Ständeversammlung erlassen. — Die Stimmung des Landes ist entschieden für völlige Trennung vom dänischen Regiment und will ungern ferner einen gemeinschaftlichen Regenten, weil die Erfahrung von Jahrhunderten die Unterdrückung der Herzogthümer als unvermeidliche Folge solcher Gemeinschaft zeigt hat. Der Unterthaneverdand ist durch die Interpretation von Schleswig und durch die feindliche Behandlung gelöst. — Morgen kommt der Prinz Friedrich, Obergeneral, von Rendsburg, um zum Armeekorps zu gehen.

* **Altona**, 9. April. Die dänischen und deutschen Truppen stehen sich nun bei Flensburg gegenüber, und täglich fallen Gefechte vor; so sind gestern die Dänen bei Hollnis gelandet, wobei ihr Dampfschiff freilich stark beschädigt, aber die Landung auf der flachen Landspitze unter dem Schutze der Kanonenboote doch bewerkstelligt wurde. So stehen sie nun auch auf der Südseite des Flensburger Hafens und können Flensburg von beiden Seiten her angreifen. Es kann jeden Tag zur Entscheidung kommen, und wie kann diese ausfallen, wo unsere Truppen so sehr den dänischen an Zahl und Kriegsübung nachstehen, wo sie Mangel leiden an Büchsenpulver, wo die Stadt voll steckt von dänischen Spionen! Dabei drückt es uns das Herz ab, daß ein paar Meilen entfernt die preußischen Truppen stehen, die so gerne helfen möchten und nicht dürfen, weil es den Diplomaten beliebt, zu vermitteln wo Nichts mehr zu vermitteln ist. Was? Die Dänen rücken täglich vor, umgehen unsere Stellungen, schlagen sich mit unseren Vorposten und stimmern sich nicht im Geringsten um das Dekret des Bundes, daß die Feindseligkeiten eingestellt werden sollten, und die Preußen, denen aufgezogen ist, zu vermitteln, und die erste Bedingung der Vermittlung, den Waffenstillstand, vorzuschreiben — sie sehen zu und helfen uns mittlerweile unsere Speise- und Schatzkammern leeren. Die Altonaer jubeln, wenn wieder ein Zug

Digitized by Google

Preußen kommt; ich mag den Jammer nicht mit anſehen, ſeit ich heute von Rendsburg gekommen bin und die ängſtliche Erwartung geſehen habe, wenn eine Staffette aus dem Lager kommt. Das iſt wieder ein Bundesbeſchluß recht nach den Herzen der Feigen, ſo nichtsſagend, ſo furchtſam, ſo Alles auf fremde Schultern ſchiebend. Und verdienen wir es nicht, daß uns die Berliniſche Zeitung mit der däniſchen Flotte droht? droht! Der Däne dem Deutſchen! Der Feind im Lande, der die Anfänge teutſcher Cultur ſorgſam austreibt und eine politiſche Anarchie in denſelben, das iſt jetzt Schleswigſtehen. Das Stocken aller Geſchäfte iſt unglaublich. In Hamburg hat man Mühe, Wechſel auf Donner oder Bauer anzubringen, weil ſie in Altona wohnen und Altona in Schleswigholſtein liegt. Etwas Sonnenſchein thut uns Noth. Uebrigens wenn wir Schläge bekommen, wie ich glaube, ſo wollen wir daran erinnern, daß das Eiſen, welches Pitt werden ſoll, und der Mensch, der frei werden ſoll, erſt geſtoßt werden muß.

**Rendsburg**, 9. April. Geſtern iſt bei Holnis ſowohl als bei Krufau und Ban ſtark gekämpft worden. Todte und Verwundete von beiden Seiten. Die Dänen ſind jedoch zurückgedrängt worden. Allein es hat nicht verhindert werden können, daß die Dänen mit ihrem Kriegsfahrzeugen bis in den Hafen der Stadt Flensburg gelangt ſind. Sie haben die Stadt zu beſchießen gedroht. Um dies zu verwerden, wurde ihnen heute Mittag die Stadt übergeben, und unſere Truppen haben ihre Poſition aufgegeben und eine bereits durch Aufwerfung von Verſchanzungen vorbereitete geeignete Stellung dieſſeit Flensburgs eingenommen. Viele Beamte ſind aus Flensburg entflohen. (Nach einem andern zuverläſſigen Bericht iſt der König in Flensburg eingezogen. Das 16. ſchleswig-holſteiniſche Bataillon, welches ſich auf dem Rückzuge unter dem Befehl des Grafen Baudiſſin ſehr tapfer gegen 4 däniſche Bataillone geſchlagen hat, ſoll ſtark gelitten haben.) Die bewaffneten Landleute der Holnis leiſten unſeren Truppen tapferen Beiſtand. Sie wirken trefflich im Sinne der Verfügung wegen der Volksbewaffnung. — Geſtern ſind 22 Dänen bei Holnis gefangen genommen. — Man erwartet morgen den Herzog von Augustenburg aus Berlin zurück. — Da der däniſche König dem Waffenſchluſſe in unſerer Landesſache ſich zu fügen nicht gemeint iſt, ſo wird der Angriff von Seite der preußiſchen Truppen nicht länger ausgeſetzt werden. Dieſe haben die Beſtimmung des Bundestages durch exekutive Gewalt zur Ausführung zu bringen: „Als ſelbſtverſtanden wird dabei vorausgeſetzt, daß der Feindſeligkeiten ſofort eingeſtellt, und daß der Status quo ante wieder hergeſtellt werde.“ Die letzteren Worte erhalten ihre Bedeutung, wenn man erwägt, daß der König von Dänemark die Inkorporation des Herzogthums Schleswig verfügt und den Verſuch begonnen hat, dieſe widerrechtliche Verfügung durch Waffengewalt zu verwirklichen. Alſo kann der Status quo nur dadurch hergeſtellt werden, daß die verfügte Inkorporation zurückgenommen und das teutſche Militär vom ſchleswig-holſteiniſchen Gebiete und Boden entfernt werde. Wenn der König von Dänemark ſich nicht dem Bunde unterwirft, ſo wird er als bundbrüchiges Bundesglied von Rechtswegen verfolgt und zur Rechenſchaft gezogen werden. — Die Regierung des Königs von Dänemark hat den Anfang eines Rückſchrittes ſchon gemacht, — Unter dem Befehl des preußiſchen Oberſt Bonin ſtehen 10,000 Mann, welche Zahl mit der dazu gehörigen Artillerie übermorgen vollſtändig hier eingetroffen ſein wird. Derſelbe hat, während der Abweſenheit des kommandirenden Generals das Kommando in der Feſtung Rendsburg übernommen.

Die Weſ. Zeit. ſagt über die Vorfälle bei Ban und Krufau und den Rückzug der Schleswig-Holſteiner: Die unerfreuliche Nachricht, welche wir nach einer geſtern Abend von Altona hieher gelangten telegraphiſchen Meldung Ihnen unſerer Leſer mitgetheilt haben, beſtätigt ſich leider. Die Landung der Dänen im Flensburger Meerbuſen an der Landzunge bei Holnis iſt unter dem Schutze ihrer Kanonenboote gelungen. Die ſchleswig-holſtein'ſchen Truppen haben ihrer Uebermacht gegenüber mannhaften Widerſtand geleiſtet. Bei Ban und Krufau iſt hartnäckig gekämpft worden und viel Blut gefloſſen. Die däniſchen Kriegsfahrzeuge ſind ſelbſt in den Hafen der Stadt Flensburg gelangt und haben die Stadt zu beſchießen gedroht. Um das zu verweiden, iſt am 9. Mittags die Räumung der Stadt Flensburg beſchloſſen und unſere Truppen, welche die nördlich von der Stadt eingenommenen Poſitionen nach heftigem Widerſtande aufgeben mußten, haben eine bereits durch Aufwerfung von Verſchanzungen vorbereitete feſte Stellung dieſſeit Flensburg (etwa 1½ Stunden nördlich von Schleswig) eingenommen, wo es zur entſcheidenden Schlacht kommen wird. Das 16. ſchleswig-holſteiniſche Bataillon, welches ſich auf dem Rückzuge unter dem Befehl des Grafen Baudiſſin ſehr tapfer gegen 4 däniſche Bataillone geſchlagen hat, ſoll ſtark gelitten haben. Indeß ſoll der Verluſt auf däniſcher Seite ungleich größer als auf der deutſchen ſein. 22 Dänen ſind bei Holnis gefangen genommen.

**Der Altonaer Merk.** vom 10. Abends meldet: Was man in den letzten Tagen befürchten mußte, iſt eingetroffen. Die Dänen haben den preuß. Parlamentär zurückgewieſen und haben ihre überlegene Macht benutzt, um einen entſcheidenden Schlag auszuführen, während die Bundestruppen zögerten, thätig einzuſchreiten und unſere eigene Streitmacht, die in der Eile größtentheils erſt geſchaffen werden ſollte und der es namentlich ſehr an Artillerie und Kavallerie fehlte, noch in der Bildung begriffen war; dabei haben ihnen auch die Mittel ihrer Marine, der wir kaum eine nothdürftige Vertheidigung entgegenſetzen hatten, treffliche Dienſte geleiſtet. Dem blutigen Treffen bei Bau ſchrieen mehrere kleine Gefechte, namentlich um die Landung der Dänen bei Holnis zu hindern, vorangegangen zu ſein. Unſere Truppen, nachdem ſie durch die Landung der Dänen in ihrer Flanke genöthigt worden, die Poſition vor Flensburg aufzugeben, ſollen ſich bis 1½ Meilen nördlich von Schleswig zurückgezogen haben. Es heißt aber, ſie hätten ihren Sieg theuer erkauft. Von unſerer Seite ſoll das 16. Bataillon nach heldenmüthiger Gegenwehr gegen die Uebermacht, faſt ganz aufgerieben ſein. Die näheren Angaben beſtätigen ſich auf Gerüchte, die wir nicht wiederholen mögen. Vielleicht bringt der Gütergug der Eiſenbahn noch etwas Beſtimmtes und Neueres.

Als Nachſchrift meldet der Alt. Merkur in derſelben Nummer: Prinz Waldemar von Augustenburg iſt von ſeiner Sendung zurückgekehrt, wie es heißt, mit der Vollmacht des Königs von Preußen, die preußiſchen Truppen vorrücken zu laſſen. Es ſteht dieſen Truppen leider noch immer an Artillerie, von der erſt 6—8 Geſchütze heute in Altona erwartet werden. Aus dem Munde des Prinzen Waldemar erfahre ich ſoeben, daß die Preußen den Befehl haben, in Schleswig einzurücken. Der Rückzug der Schleswig-Holſteiner iſt ein geregelter geweſen, das 16. Bataillon hat ſehr gelitten, erſtirt aber noch. Die Truppen ſetzen ſich bei Hellgbek.

Ferner wird der Weſ. Z. aus **Hamburg** vom 10. April geſchrieben: Heute Abend (6 Uhr.) ſollen trifft hier von Berlin aus pr. Eilſtaffette die Order für die in Holſtein ſtationirenden Preußen ein, ſchleunigſt in Schleswig einzurücken. Ohne Zweifel wird dieſer entſcheidende Befehl ſogleich von Altona mit einem Extrazuge nach Rendsburg weiter befördert und muß dort außerordentliche Freude und Beruhigung gewähren. Die Preußen äußerten ſchon hier die brennendſte Kampfluſt. Nachſchrift. (7 Uhr.) Soeben zieht die preuß. Artillerie über den Wall; 6 Stück Geſchütz, nämlich 2 Haubitzgranaten und 4 Kanonen; Munitionswagen und Pulverfäſſer (in einigen großen Tonnen beſonders verpackt) begleiten dieſen erſten Artillerietrain. Als Bedeckung iſt ſehr ſtattliche Mannſchaft dabei, ein Artilleriemajor kommandirt den Zug, morgen wird ein zweiter erwartet.

**Rendsburg**, 10. April. Das „Rendsburger Tageblatt“ theilt eine vom 8. d. M. datirte Verfügung der preußiſchen Regierung, betreffend die Volksbewaffnung, mit, welche jeden Staatsbürger verpflichtet, dem andringenden Feinde mit Waffen jeder Art ſich zu widerſetzen und ihm durch alle nur aufzuſtreibenden Mittel, welche mit der Manneswehr vereinbar ſind, zu ſchaden. Der Volksbewaffnung wird mit einem Worte durch dieſe Verfügung die Rolle der Führung des kleinen Krieges durch alle geeigneten Mittel, Verſperrung des Rückzuges, Aufſangung der Lebensmittel, nächtliche Ueberfälle u. dergl. übertragen.

Die obenerwähnten Beſchlüſſe lauteten: Auf den Antrag des Ausſchuſſes für die Schleswig-Holſteiner Angelegenheiten erklärt die Bundesverſammlung in weiterer Verfolg des Beſchluſſes vom 4. dieſes: 1) daß, Falls von däniſcher Seite die Einſtellung der Feindſeligkeiten und die Räumung des Herzogthums Schleswig von den eingerückten däniſchen Truppen nicht erfolgt ſein ſollte, dies zu erzwingen ſei, um das durch den Bund zu ſchützende Recht Holſteins auf die Union zu wahren; 2) daß, da nach der Ueberzeugung der Verſammlung die ſichrſte Verbürgung jener Union durch den Eintritt Schleswigs in den deutſchen Bund würde erlangt werden, die preußiſche Regierung zu erſuchen ſei, bei dem ihr übertragenen Vermittlungsgeſchäft auf jenen Eintritt hinzuwirken; 3) daß ſie die proviſoriſche Regierung von Schleswig-Holſtein, welche ſich mit Vorbehalt der Rechte ihres Herzogs und Namens deſſelben zur nothgedrungenen Vertheidigung der Landesrechte konſtituirt hat, als ſolche und in dieſem Maß anerkenne und dahin von der vermittelnden königl. preuß. Regierung erwarte, daß ſie die Mitglieder jener proviſoriſchen Regierung und deren Anhänger ſchützen werde.

**Kiel**, 8. April. Diesen Morgen hat ſich vor dem Hafen unſerm Eilk eine däniſche Kutterbrigg gelegt. Das Dampfſchiff „Chri-

Digitized by Google

tian VIII.," welches von der provisorischen Regierung übernommen ist und regelmäßige Kreuzfahrten unternommen, ist gestern Abend zu seiner neuen Bestimmung, vollständig armirt zu werden, nach Travemünde abgegangen, auch die beiden dortigen Dampfschiffe „Löwen" und „Kronprinzessin" sollen dem Vernehmen nach ebenfalls armirt werden und die Gesammter als Anfang einer deutschen Seemacht unter Kommando des Kapitäns von Donner gestellt sein.

Frankfurt a. M., 11 April. In Folge eines Artikels in der Bremer Zeitung vom 8. d. M. sehe ich mich, zur Beruhigung meiner Freunde, zu der Erklärung veranlaßt, daß ich keineswegs, wie jener Artikel sagt, völlig schwermüthig und geisteskrank geworden, weil ich eine für S. k. H. den Prinzen von Preußen gethane Aeußerung nicht mit meinem Gewissen in Uebereinstimmung bringen konnte, sondern mich vielmehr in der glücklichen Lage befinde, daß alle die Handlungen und Rathschläge, zu welchen in jenen verhängnißvollen Tagen seit dem 18. März die höhere Hand der Vorsehung mich geleitet, nicht nur mit meinem Gewissen, sondern auch mit meinen Pflichten gegen König und Vaterland, sowie mit meinen, von Jugend auf bekannten, freisinnigen, politischen Grundsätzen in der vollkommensten Uebereinstimmung stehen. Gottlob befinde ich mich seit einigen Tagen hier in der wünschenswerthesten Gesundheit! Frhr. v. Binder, Major.

*** Frankfurt, 12. April. Der Fünfzigerausschuß hat heute Morgen beschlossen, die HH. Schleiden (Schleswig) und Mathy als Deputation nach Berlin zu entsenden, um die Räumung von Schleswig durch die Dänen, die Volksbewaffnung in den Herzogthümern, die Einverleibung Schleswigs in den Bund u. s. w. zu fördern.

** Frankfurt, 12. April. Durch Bundesbeschluß von heute, ist die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein, welche sich, mit Vorbehalt der Rechte ihres Herzogs und Namens desselben, zur Vertheidigung der Landesrechte konstituirt hat, als solche anerkannt und Preußen aufgefordert, die Mitglieder derselben und ihre Anhänger in Schutz zu nehmen. Ferner ist beschlossen, daß, Falls von dänischer Seite die Einstellung der Feindseligkeiten und die Räumung des Herzogthums Schleswig von den vorgerückten dänischen Truppen nicht erfolgt sein sollte, dies zu erzwingen sei, um das durch den Bund zu schützende Recht Holsteins: die Union mit Schleswig zu wahren. Zugleich ist Preußen ersucht, da nach der Urbergzeugung der Bundesversammlung die schärfste Garantie der Union durch den Eintritt Schleswigs in den Bund verlangt werde, bei der Vermittlung möglichst auf diesen Eintritt hinzuwirken.

Frankfurt. In der heutigen (11.) außerordentl. Sitzung wurde beschlossen: 1) die kurhessische Gesandtschaft zu ersuchen, unverzüglich von ihrer Regierung Auskunft über die Veranlassung und den Hergang der heute bekannt gewordenen neuesten Ereignisse zu Kassel zu verschaffen und der Bundesversammlung mitzutheilen. 2) Auf den Antrag, welchen die k. pr. Regierung in Uebereinstimmung mit den betheiligten Provinzen gestellt hat, Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufzunehmen, diese Aufnahme mit freudiger Anerkennung der hierdurch bethätigten nationalen Gesinnungen auszusprechen, die zur Ausführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßregeln aber bezüglich einer Abänderung der Bundesmatrikel u. s. w., vorerst von den betreffenden Ausschüssen begutachten zu lassen.

## Schweiz.

† Zürich, 10. April. Fast sämmtliche in Zürich und dessen nächster Umgegend lebende Deutsche kamen gestern Abend, etwa 500 an der Zahl, zusammen, um sich die vor 8 Tagen beschlossene Adresse an die deutschen Volksvertreter zu Frankfurt vorlegen zu lassen. Der Präsident des Komités, Dr. Gieckter, eröffnete die Versammlung mit einer begeisterten Rede, in welcher er vorzüglich darauf hinwies, daß im Gegensatz zu früherer Napoleonischer Menschenverachtung die Brüderliebe es sei, welche die neuen Staaten durchdringe und begründe. Die von dem Redner entworfene Adresse spricht sich für Volkssouveränetät im vollsten Umfange aus, da die Mehrheit der Anwesenden sich zu republikanischen Grundsätzen bekenne; sie verlangt daher, außer ihren Wünschen für die innere und äußere Freiheit Deutschlands, die Anwendung desselben Prinzips auch auf Italien und Polen; speciell wird um eine bessere und wirksamere Vertretung der Deutschen in der Schweiz durch einen deutschen Gesandten gebeten. Obgleich sich die Versammlung fast einstimmig für vollkommene Billigung des Geistes und der Haltung der Adresse im Allgemeinen aussprach, so schlug doch Hr. Karl Frödel nach einen Zusatzartikel vor, dahin lautend, es sei der Wunsch der Unterzeichner der Adresse, daß Deutschlands Staatsform sich zu einer republikanischen umgestalte. Nach einer lebhaften, hier und da selbst leidenschaftlichen Debatte ward dieser Zusatz mit großer Mehrheit angenommen, und das Komité mit der passenden Redaktion desselben beauftragt. Von einer Bewaffnung zum Schutze irgend einer „volksthümlichen" Regierung in Deutschland, oder gar von einer gewaltsamen Einmischung in die hortigen Verhältnisse, wie die deutsche Legion von Paris sie beabsichtigt, war durchaus nicht die Rede; — auch hätte die Züricher Regierung dergleichen Unternehmungen schwerlich geduldet. Die Gegner des angeführten Zusatzartikels bekämpften denselben, nicht weil sie jenen Wunsch nicht theilten, sondern nur weil sie es für unpassend erachteten, vom Auslande her den deutschen Volksvertretern guten Rath zu ertheilen; die Vertheidiger desselben wollten sich aber das Recht nicht nehmen lassen, wenn auch nicht das deutsche Parlament zu belehren, aber doch wenigstens ihre Wünsche demselben gegenüber offen auszusprechen.

## Großbritannien.

London, 10. April. Wir haben bereits die Sitzung des Unterhauses vom 7. April kurz erwähnt. Man muß gestehen, daß sich das Haus weder sehr klug, noch edel gegen O'Connor und die geringe Anzahl seiner entschlossenern Freunde benahm. Als Hr. Watley äußerte, er zweifle durchaus nicht, daß die Charistenversammlung in der Gemeinde Kennington ganz ruhig und friedlich verlaufen würde, sobald sich nur keine Militär- und Polizeigewalt dreinlege — eine Ansicht, die zwar Gegeneinwürfe erlaubt, aber doch ohne Zweifel sehr Vieles für sich hat — entstand ein solcher Lärm, eine solche Verwirrung, ein solches Zischen, daß der Redner längere Zeit nicht zu Wort kommen konnte. Diese brutale Weise einer überjubelnden Mehrheit, unbelehrte Ansichten zum Schweigen zu bringen, hat selten oder nie gut gethan. Ein konservatives Mitglied theilte eine Rede mit, welche O'Connor vor einer öffentlichen Versammlung gehalten haben sollte; O'Connor habe sie aber nie gehalten; man müsse das Königthum stützen und alle Titel und Privilegien abschaffen, wie in Frankreich. Sofort erhob sich O'Connor mit großer Heftigkeit: „Ich wiederhole auf meine Ehre", sagte er, „ich erkläre vor Gott, daß ich bei dieser Gelegenheit weder das Wort Titel, noch das Wort Frankreich in meinen Mund genommen; es ist bekannt, daß ich immer gegen den Republikanismus war" u. s. w. O'Connor bezog sich auf frühere Beispiele, wo Petitionen ebenfalls in Begleitung von großen Menschenmassen vor das Parlament gebracht wurden, und Watley erinnerte Lord Evans, der für polizeiliche und militärische Vorkehrungen sprach, an dessen im J. 1831 gethane Aeußerung, daß, wenn die Reformbill verworfen würde, er bereit sei, für an der Spitze von 100,000 Mann zu fordern. Lord J. Russell sprach in seiner milden, klugen und humanen Weise zum Glück. Es sei möglich, sagte er, daß die Chartisten und ihre Führer den beabsichtigten großen Umzug nicht für ungesetzlich gehalten hätten; da aber die Regierung erklärt, daß sie ihn für ungesetzlich ansehe, so würden sie hoffentlich ihren Sinn ändern; noch sei es Zeit, noch liege zwischen hier und dem 10. ein Zeitraum von 3 Tagen; sie wüßten jetzt, wie der angesagte Zug unter ihrer Maj. Unterthanen Unruhe und Schrecken verbreite. Möge das Mitglied von Nottingham (O'Connor), zumal da er erkläre, nicht die republikanischen Ansichten und Tendenzen seiner Genossen zu theilen, es als seine Pflicht erkennen, ihnen zum Besseren zu rathen und zu sagen: sie möchten von ihrem Vorhaben abstehen, ihre Petition werde mit gebührender Rücksicht entgegengenommen und zum Gegenstand einer ruhigen Diskussion erhoben werden; nur aller Schreck- und Einschüchterungsmittel möge man sich enthalten. — In derselben Sitzung richtete Monkpart die Frage an Lord Palmerston, ob die Regierung in Folge der jüngsten Ereignisse auf dem Kontinent einen Vertrag mit Belgien abgeschlossen habe, wodurch diesem Lande für den gegenwärtigen Bestand der Dinge Gewähr geleistet werde? Palmerston erwiderte: die Regierung habe keinen neuen Vertrag mit irgend einer europäischen Macht abgeschlossen, und die einzigen Verträge mit Belgien, die noch gälten, seien die von 1831 und 1832, in die jeder hineinblicken könne, welcher dergleichen liebe. (Gelächter.) Hr. Hume fragte, ob es mit Zustimmung der Regierung geschehen, daß zwei Schiffe von Amerika neulich ein Fort am Nicaragua erstürmt hätten? Lord Palmerston antwortete: die Regierung habe keine Specialbefehle, aber wohl allgemeine Weisungen gegeben, um zwei britische Unterthanen, die von den Nicaraguesern ergriffen worden, in Freiheit zu setzen. Dies sei der Hauptzweck des Kriegszuges gewesen. Hume fragte spöttisch: wozu dann überhaupt Diplomaten, wenn wir doch immer wieder zu Kanonen unsere Zuflucht nehmen müssen. In derselben Sitzung wurde die sogenannte Bill zur größeren Sicherstellung der Krone und der Regierung, die hauptsächlich gegen die allzu aufrührerischen und direkt zur Revolution auffordernden Reden und Schriften in Irland gerichtet ist, mit 283 gegen 24 Stimmen (Majorität für die Minister 259) angenommen.

Digitized by Google

Die letzten Nachrichten vom Kap, die bis zum 29. Jan. reichen, lauten sehr günstig. Sir Harry Smith, der neue Gouverneur, war auf einer Beschäftigungsreise jenseit der Grenzen der Kolonie begriffen. Den Hafen an der Mündung des Buffalo im Kaffernland hat er unter dem Namen Ost-London zu einem britischen Hafen erhoben. Auch die Waterloo-Bai im Distrikt Viktoria, selber neutrales Gebiet, ist von den Engländern in die Tasche gesteckt worden. Man hat bereits Zollbeamte für diese neue Besitzung ernannt.

Briefe aus Hongkong vom 1. Jan. melden, daß am 20. Jan. die Blokade von Kanton wieder beginnen sollte, wenn die Chinesen bis dahin für den an 6 Engländern verübten Meuchelmord nicht vollständige Genugthuung gewähren. Eine Menge Schiffe waren für diese neue Expedition fegelfertig, die, wie man nicht ohne Grund vermuthet, die Besitznahme von Kanton zur Folge haben dürfte.

Die Königin ist sammt dem Prinzen Albert und ihren Kindern nach Osborne auf der Insel Wight abgereist.

Der Sun und Galignanis Messenger bringen bereits lange Berichte über die große Chartistische Demonstration am 10.; sie ist, wie sich aus der friedlichen Sprache der Chartistenführer schon vorher erkennen ließ, friedlich und ohne alle Störung abgelaufen. Das Vereinigte Königreich und die vereinigten Chartisten und Republikaner haben einander keinen Schaden gethan; Russell und Palmerston sind nicht landflüchtig geworden, und die Königin kann wieder am Strande der Insel Wight ruhig zusehen, „wie ihre Kinder Muscheln lesen". Von beiden Seiten hat keinerlei „Mißverständniß" stattgefunden; die Polizei hielt sich fern, und die Chartisten verzichteten, dem Rath ihrer Führer folgend und unbewaffnet, wie sie waren, doch nicht ohne Widerspruch Einzelner, auf die Prozession nach dem Parlamente, um mit dem an allen Zugängen zum Parlamente aufgestellten Militär nicht zusammenzutreffen. O'Connor übergab die von 5 Millionen Unterschriften bedeckte Volkscharte, die auf einem eigenen Wagen herbeigefahren wurde, dem Unterhause. Inzwischen unterhielten die übrigen Chartistenführer die versammelte Menge mit heftigen Reden, durch die der Sturz des Königthums zwar nicht sofort herbeigeführt, aber doch in nahe Aussicht gestellt wurde.

## Frankreich.

Paris, 11. April. Die Presse zeigt an, daß General Aupick zum Gesandten der Republik in Konstantinopel ernannt ist. Oberstlieutenant Margadet und Kapitän Desaint, Beide vom Generalstab, begleiten ihn. Die Besetzung des Gesandschaftspostens in Konstantinopel durch Militärs, wie zu den Zeiten Napoleon's, läßt darauf schließen, daß man hier einen Krieg mit Rußland für sehr möglich hält und ein besonderes Augenmerk auf das schwarze Meer richtet.

Das Nationalvertheidigungskomité hat beschlen, die Alpenarmee noch um eine Brigade zu vermehren.

Der National zeigt sich sehr zufrieden über die Ernennung Argout zum Kriegsminister und Charras zum Unterstaatssekretär. „Diese glückliche Kombination, sagt er, gibt dem Lande und der Armee die Bürgschaft, daß man sich endlich in dieser Verwaltung, welche plötzlich berufen werden kann, eine große Rolle in den Geschicken Europas zu spielen, von dem alten Systeme gründlich los machen will." Der National pflegt solche Aeußerungen nicht abschlos zu thun; wir nehmen daher um so mehr davon Notiz, als jene Worte ganz im Einklang mit dem stehen, was wir in den jüngsten Blättern als Besorgniß ausgesprochen haben.

E. Arago, Regierungskommissär in Lyon, soll seine Entlassung gegeben und die Regierung dieselbe gestern angenommen haben.

Von Maza ist gestern durch Roeen passirt und wird nach dem Fort Ham gebracht, wo er Gefangener bleibt.

Wieviel die französische Geistlichkeit seit 1789 gelernt hat, und wie energisch sie sich jetzt in die Bewegung wirft, beweist, daß der Bischof von Luçe, Hr. Bathaux, in die Nationalgarde trat und vor dem Justizpalaste Schildwache stand, daß er ferner ein Cirkular an alle seine Pfarrer erließ, das Gleiche zu thun, und daß der Pfarrer von Chavrignac z. B. zum Lieutenant einer Nationalgardekompagnie gewählt wurde.

Das Journal des Débats theilt aus einer Note des badischen Geschäftsträgers folgende Stelle mit: wenn die deutschen Rebeller sich an der Grenze des Großherzogthums zeigen, einzeln oder in kleinen Abtheilungen und unbewaffnet, so sind Maßregeln getroffen für ihre menschenfreundliche Behandlung und ihren freien Durchzug durch das badische Land. Die großherzogliche Regierung wird gern der französ. die Hände bieten, um die möglichst friedliche Rückkehr der deutschen Landsleute in ihre Heimath zu bewerkstelligen.

Der Courrier français will von orleanistischen Intriguen wissen, die von der britischen Regierung unter der Hand unterstützt werden, und in Frankreich Verzweigungen unter den Anhängern des gefallenen Systems hätten. Der ganze Plan laufe auf die Proklamation des Grafen von Paris mit der Regentschaft des Prinzen von Joinville hinaus. Die Unwahrscheinlichkeit dieser Nachricht leitet auf die Vermuthung, daß einzelne Blätter solche Gerüchte gern in Umlauf setzen, um dem Wahlmanöver Ledru Rollin's einen Anschein von Entschuldigung zu geben.

Die meisten Pariser Blätter machen sich große Hoffnungen auf einen Zusammenstoß der Regierung und der Chartisten in London; einzelne hatten schon blutrünstige Berichte bereit, und in den meisten ist zu lesen, daß ein Kurier die Nachricht brachte, es sei in London zu einem Kampfe von noch ungewissem Ausgange gekommen. Die neuesten Berichte aus London widerlegen diese Erwartungen.

Auch der National ist der Ansicht, wie wir vor einigen Tagen ausgesprochen haben, daß es unpassend sei, die Mitglieder der provisorischen Regierung mit Lehrstellen am Collège de France zu besolden. Er erklärt ihnen ganz rund, daß es ihm zunächst etwas Anstößiges habe, wenn Jemand sich selber zu einer Stelle ernenne, dann will er auch nicht einsehen, wie man die Regierungsgeschäfte in diesem Augenblick mit einer Professur vereinigen kann. — Eines aber findet der National nicht der Rüge werth, obschon es die gegenwärtige Verwaltung sehr gut charakterisirt. In der neuen Organisation des Collège de France ist der Lehrstuhl für politische Oekonomie gestrichen und Michel Chevalier dadurch beseitigt. Man mag über diesen Schriftsteller denken, wie man will, gewiß hat derselbe aber Recht, wenn er in einem ruhig und leidenschaftslos gehaltenen Schreiben im Journal des Débats diese Maßregel mit einer ähnlichen Abneigung Napoleons in Parallele stellt. Beide wollten sich nicht von einer wissenschaftlichen Staatswirthschaft auf dem Katheder, den innern Gang der Maschine beurtheilen lassen; Napoleon nicht aus den bekannten Motiven einer despotischen Politik, die provisorische Regierung nicht aus Vorliebe für socialistische Doktrinen, deren schwankenden Grund eben Michel Chevalier mehrmals auf empfindliche Weise nachwies.

* Straßburg, 12. April. Der erste Zug der deutschen republikanischen Legion, so hat sie sich in den Manövern-Schlägen hier angekündigt, hat keinen vortheilhaften Eindruck gemacht. Ein kleiner Theil war schon Sonntags Abend eingezogen, die größere Masse kam Montags Mittag an. Letztere mit einer großen, ziemlich verblichenen Fahne zogen in einer gedehnten Reihe, mit vieler Ordnung durch die Stadt in das von der Behörde ihnen angewiesene Quartier. Wenn sie auf tiefe Sympathien gerechnet, so hatten sie sich getirrt; die Einwohner der Stadt nehmen im Ganzen die Republik als ein Faktum, dem nichts Anderes gegenüber gestellt werden kann und soll, aber der Enthusiasmus wich durch den bangenden Blick in die Zukunft, durch den vielfachen Druck der Gegenwart niedergehalten. Eigentlicher Enthusiasmus findet nur für die Erhaltung der Ordnung Statt und zeigt sich in der Vereinwilligkeit zu allen Diensten, welche die Bürgerwehr auffetzt; hierin bleibt Keiner zurück, um zu beweisen, daß die Mittel, unruhige Neuerer, gefehlosen Volk niederzuhalten, groß und stark sind. Bei den Republikanern aber war die Zustimmung für die Deutschen sehr lau; von dieser Seite beschuldigte man sie, und mit Grund, von einer Vereinigung des Elsasses mit Deutschland zu träumen *). Dies war auch in der That der Sinn einiger unverschämten Aeußerungen der Schwärmer. Darum saßen sie auch beinahe allein in dem Saale, in welchen sie die Bürger zu freundlicher politischen Diskussion eingeladen hatten; außer einigen Neugierigen war Niemand dabei erschienen. Sie selbst mißmuthig über den Empfang, über die Gleichgiltigkeit, mit welcher ihr Einzug begafft worden, waren größtentheils zu Hause geblieben oder hatten sich in den Wirthshäusern gestreut. Ebenso wenig konnten sie auf eine Beförderung nach Kehl mit den Waffen in der Hand zählen. Mit kaltem Ernste kündigte ihnen der Regierungskommissär an, wie sie sich in die von den jenseitigen Regierungen getroffenen Maßregeln zu fügen hätten. So entmuthigt, hat der größere Theil der Fremden schon gestern die Stadt verlassen, obgleich der Abzug erst heute stattfinden sollte. Ob einige nach Basel gegangen, habe ich nicht erfahren können; dort würde ihnen wohl für republikanischen Gefühle, die mit Gewalt sich Bahn brechen wollten, ebenso wenig Vorschub geleistet werden als hier.

*) Aus den officiellen Aeußerungen der demokratischen Legion haben wir bis jetzt noch erobernden Patriotismus nicht erkannt. Wenn aber, so würde ihnen darum in Deutschland Vieles verziehen, und wir würden ihrer kriegerischen Lust — wenn auch nicht gegen das Elsaß — doch zunächst anderwärts Beschäftigung genug zu geben wissen.

D. Red.

Digitized by Google

**Baden.** H Heidelberg, 12. April. Wie belgische und niederländische Blätter übereinstimmend andeuten, sollen im Haag Unterhandlungen angeknüpft werden über Erweiterungen des zwischen beiden Ländern bestehenden Handelsvertrags. Sicher, Belgien und Niederland haben unter den jetzigen Zeitverhältnissen mehr als Einen Grund sich zu nähern und ihre Interesse zu verschmelzen. Nur ist zu wünschen, daß auch die Antligen Deutschlands, die an dieser Grenze so lange vernachlässigt worden, endlich mit Nachdruck wahrgenommen werden. Wir hoffen das um so zuversichtlicher, als mehrere der gegenwärtigen preußischen Minister die dortigen Verhältnisse aus jahrelanger eigenen Anschauung kennen. Unter allen niederländischen Provinzen (Grundsatz v. 1840) haben die deutschen Limburger die meisten Beschwerden vorzubringen; sie sind daher jetzt am dringendsten für die Reform der niederländischen Staatsverfassung. Auch werden unter ihnen wieder Stimmen laut, welche die Abtrennung Limburgs vom niederländischen Staatsverbande fordern. Von der wichtigsten Frage aber, die hier eigentlich vorliegt, ist überall nicht die Rede; es ist Zeit, sie zur Sprache zu bringen. Niederland enthält sein Grundgesetz, Deutschland will sich nun als Bundesstaat gestalten — jetzt muß jenem Theil das Schwierige werden. Die Frage ist: soll das deutsche Herzogthum Limburg auch wirklich deutsches Land, Gebiet des deutschen Bundesstaats sein und bleiben? Dann, daß die bisherige Stellung Limburgs aufhören muß, daß es nicht zugleich Bundesgebiet und dem niederländischen Reiche einverleibt sein kann, daß es fortan entweder niederländisch oder deutsch werden muß, das liegt auf der Hand. Die weitere Frage ist dann: soll die unnatürliche, die menschfeindste Grenze Deutschlands, Preußens, auf eine lange Landstrecke eine Stunde von der Maas, gegen alles Recht und alle Billigkeit zum Nachtheil der bedrerängten Grenzlande noch länger bestehen bleiben? Das Herzogthum Limburg mit seiner kriminalrechtlichen Gesetzgebung wird, freilich ohne den Distrikt des Landes, die wichtige Festung Maestricht an der Maas, als large Einschädigung für den Verlust des größern Theils von Luxemburg dem deutschen Bunde auf dem Papier zugeschlagen. In Wirklichkeit aber ward es, wider die Natur aller Verhältnisse, Niederland in voller Form einverleibt. Man traut seinen Augen kaum, wenn man die Landkarte ansieht. Was soll Niederland mit diesem langen schmalen Schweife, der, wie eingeschoben sich zwischen belgisches und preußisches Gebiet hinzieht, nach jeder Richtung hin in seinen Bewegungen gehemmt? Man hätte wenigstens die verschiedenen Grenzverhältnisse, worüber so oft Klage erhoben worden, beseitigen sollen; man hätte Limburg unter eine eigene Verwaltung stellen und dem deutschen Zollvereine anschließen sollen. Wird denn jetzt endlich der unverantwortliche Fehler wieder gut gemacht und für Deutschland an der Maas eine so wünschenswerthe Stellung, die uns auch Belgien näher führt, gewonnen werden? Wir hoffen es, der Bund muß daraus bestehn, er darf doch nicht länger seine wichtigsten Interessen bloßstellen. Limburg ist rechtmäßiges deutsches Bundesland, es muß sich als solches dem deutschen Bundesstaat und seinem politischen Gesetze anschließen, es muß mit allen deutschen Ländern Eins werden in Zoll und Handel. Natürlich soll Limburg auch, wie Luxemburg, seine Vertreter auf die konstituirende deutsche Nationalversammlung senden. Wir dürfen hier, dünkt uns, keinen Schritt von unserm guten Rechte weichen.

Und Niederland? Auch seine Stellung zu dem verjüngten Deutschland dürfte bald eine günstigere, naturgemäßere, freundnachbarlichere sein, wie hart die Köpfe in Niederland sich auch anstellen. Je energischer wir an seinen Grenzen auftreten, natürlich immer in den Schranken der Billigkeit, desto milder wird es geschehen. Die Bildung der Niederländer, bei der früheren Generation schon halb und halb verfranzöst, in wieder mehr deutsch gewendet, das spiegelt sich selbst in der Ausbildung und Reinigung ihrer Sprache sattsam ab. In der Stille und Tiefe der Gemüther, in Wissenschaft und Kunst, in Lied und Musik, haben sich Bande geschlungen, welche nicht mehr zerrissen werden können, und deren Stärke und Wärme auf niederländischer Seite uns oft freudig überrascht hat. Die wahren beiderseitigen Staatsinteressen stehen sich nicht feindlich gegenüber, wie lange es auch bei unsern halben Zuständen den Anschein dazu hatte. Die Niederländer haben in reichem Maße zur See und über der See, was wir nicht besitzen, und wir können ihnen gewähren und sichern, was sie allein sich nicht zu sichern vermögen. Die Ereignisse gehen rasch, sie können bald genug bewirken, was jetzt noch fern zu liegen scheint; wir dürfen es auch hier nicht an Vorbereitung und Voraussicht fehlen lassen. Was der deutschen Sache in Niederland und Belgien bisher noch ungemein schadete, das hat zu sein aufgehört. Wir haben jetzt die Nachbarn überzeugt, daß der politische Fortschritt, der ernste, feste, willensvolle auch auf der rechten Rheinseite Wurzel geschlagen hat, und viele Sympathien werden uns zuströmen, die sich früher kalt von uns abwandten. Es ist uns Ernst geworden, heiliger Ernst mit unserer politischen Entwicklung, nicht bloß in Worten, sondern in Thaten, und bereits haben wir Niederland weit überflügelt. Und wenn wir einen früher unternommenen die Sehnsuchten Sympathien für uns losbrachen, wie erst jetzt bei unserer politischen Neugestaltung! Die Polemik gegen den freisinnigen Professor Veth und seine Gesinnungsgenossen ist plötzlich verstummt, und die Niederländer wollen es jetzt wohl gesagt haben, daß sie Fleisch seien von unserm Fleisch, Bein von unserm Bein. Nach langer Trennung und mannigfaltigen Schicksalen wenden sie sich zurück der altheimatlichen verjüngten Wohnung zu und begehren, wenn auch noch mit schwacher Stimme, wiederum Einlaß. Man erinnert sich wohl nur dessen, was vorhei ist oder zu bestehen aufgehört; aber hier ist mehr als Erinnerung, hier ist Herzenserdrang, der freilich in der Welt der Worte und des Handels sich nur langsam Bahn bricht. Veth begründet schon vor dem jetzigen Umschwung in Deutschland den Flügelschlag eines jungen, frischen, heitren Geistes, der nach neuen Formen für seinen neuen Inhalt sucht, der mit bewußter Kraft seinen alten verschlossenen Bund sich entkleiden will, um selbst zu handeln; er fühlte sich mehr angezogen zu dem Jugendfrischen, Kräftigen, als zu dem Alten, Schwachen. Er sieht kein Heil mehr für Niederland als die Wiederverschmelzung seines Volksthums mit dem verwandten Deutschen, das ihm allein noch Gewähr bietet für eine fruchtreiche und lebenvolle Entwicklung. Gewiß, er hat Recht. Was andere holländische Stimmen gegen seine Beweisgründe vorgebracht haben, erschien uns schon damals leicht auf der Wage und hat jetzt vollends keine Bedeutung mehr. Wie sind übrigens weit entfernt, ihren holländischen Patriotismus dabei zu mißachten, der mitunter in fast erschütternder Beredsamkeit sich kund gab. Es ist schwer, herzbrechend sogar — wir kennen und pflegen ja die Stammesanhänglichkeit in Deutschland genug — eine seit Jahrhunderten liebgewonnene, wenn auch noch so enge besondere Nationalität aufzugeben gegen eine verwandte, wenn auch noch so weite und große. Vereint mit Deutschland, rief man, bleibt von Niederland Alles mehr übrig, es geht darin auf, wie der Strom sich in die wühlende Tiefe des Meeres verliert. Es ist wahr, wir sind krank, sehr krank, aber eben die Selbstverkennung hierzu, die wir gewonnen, ist vielleicht der erste Schritt zu unserer Wiedergeburt; übrelassen wir uns aber der Verzweiflung, legen wir uns nieder, um zu sterben, zu, dann ist alle Hoffnung verloren. Doch hierin gerade liegt, dünkt uns, die Täuschung; man vergrößert sich das Uebel in der Einbildung, und vielleicht weiter es gar nicht so schlimm, wenn man ihm herzhaft zu Leibe ginge, weil es unternehmlich scheint. Niederland soll ja mit seiner ganzen Geschichte nicht brechen, es soll sie nur erweitern, und der jetzigen Kümmerlichkeit heraus, es soll sie wieder anknüpfen an das große gemeinsame Vaterland, es soll auf der See, auf weiten Gebieten unser Bundeskämpfer werden. Wir verlangen nicht den Selbstmord als Opfer des neuen Gutes von ihm, sondern wir wünschen nur seine politische und seemännische Wiedergeburt in urdeutschem Sinn und Geist. Man sagt uns, Thorbecke, ein Charakter in altniederländischem Sinne, sei dem Anschluß Hollands an Deutschland entschieden abgeneigt, obgleich er auf deutschen Universitäten deutsche Bildung eingesehn, ja, wenn wir recht unterrichtet sind, in Göttingen selbst Docent gewesen. Festigkeit in der Ueberzeugung werden wir überall achten, und sie kann uns hier nicht im Mindesten entmuthigen. Die Natur der Dinge bringt auch den stärksten menschlichen Willen, und der Gang der Entwicklung ist mächtiger als eine Ueberzeugung, die lediglich auf Verhältnissen beruht, welche zu sein aufgehört haben.

**Köln**, 9. April. Die Köln. Zeit. bringt folgende Nachricht: In der Absicht, Kaufleuten und Fabrikanten, namentlich solchen, welche mit geringen eigenen Hilfsmitteln versehen sind und eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigen, unter den gegenwärtigen außerordentlichen Zeitverhältnissen nach Möglichkeit Hilfe zu gewähren, hat der Einnahmeminister die Bildung einer Unterstützungskasse angeordnet. Bedingungen derselben sind: 1) Zur Errichtung von Unterstützungskassen für Kaufleute und Fabrikanten, welche eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigen, ist die Summe von einer Million Thaler aus der Staatskasse bewilligt werden, und sind daraus an einzelne Bezirke angemessene Beiträge zur Abhilfe der dringendsten Bedürfnisse vertheilt. 2) Die Verwaltung dieser Unterstützungskassen und die Verwendung der Fonds wird in den einzelnen Bezirken einem Komité übertragen, welches aus 3 bis 5 Mitgliedern des Kaufmanns- und Fabrikantenstandes und einem Kommissär der Regierung zu bilden ist. 3) Die Verwendung des Fonds zu den gedachten Unterstützungen erfolgt durch Beleihung von zu verpfändenden Waaren, sicheren Effekten oder Hypothekarforderungen, sowie durch Diskontirung von Wechseln, welche nicht über drei Monate laufen und die mit Unterschriften

Digitized by Google

mindestens 2 für solid erachtete Personen versehen sind. 4) Der Zinsfuß für die aus dem Fonds entnommenen Darlehen wird auf 5 pCt. festgesetzt. 5) Die Frist zur Rückzahlung des Darlehns darf nicht über drei Monate ausgedehnt werden; bei vorgebrachtem Ablauf der gestellten Frist, und Falls dieselbe alsdann nicht wieder verlängert wird, erfolgt die Veräußerung der Unterpfänder zur Deckung des Darlehns nach Maßgabe der hierfür bestehenden gesetzlichen Vorschriften. 6) Unterstützungen nach Maßgabe der Bestimmungen sub 3 dürfen nur solchen Fabrikanten und Kaufleuten gewährt werden, welche die bewilligten Darlehen zur Beschäftigung ihrer Arbeiter verwenden und außer Stande sind, die zu letzterem Zwecke erforderlichen Mittel anderweitig zu beschaffen. 7) Die Mitglieder des Komitées (zu 1) dürfen unter keiner Bedingung Unterstützung aus diesem Fonds erhalten. 8) Bei Verwendung des Fonds ist die möglichste Sparsamkeit zu beachten, weil keine Aussicht auf fernere Zuschüsse aus Staatsfonds gewährt werden kann. Berlin, 5. April 1848. Der Finanzminister, Hansemann.

## Italien.

* Turin, 1. April.*) Was alle Verständigen in Italien lange vorhergesehen hatten, die österreichische Regierung in ihrer Verblendung nicht einsah und glauben wollte, ist eingetreten. Die Staatsmänner in der Lombardei schilderten die immer wachsenden Demonstrationen der Unzufriedenheit als bloße Aeußerungen einiger schlechten Volksaufwiegler oder als ein Treiben des ehrgeizigen Adels, der das niedere Volk für seine Plane zu gewinnen suche. Man verschwieg es der Regierung in Wien, daß eben die achtungswürdigsten und wohlhabendsten Bürger nicht länger den Druck der Polizei, die unmeterbrochenen Verfolgungen eines jeden freisinnigen Mannes, die beständigen Neckereien des Militärs, die Strenge der Censur, die Verachtung aller nationalen Interessen ertragen wollten; während in allen andern Staaten Italiens die Regierungen die Nothwendigkeit politischer Umgestaltung und die Einführung zeitgemäßer Reformen erkannten, blieb in der Lombardei das alte bureaukratische Metternich'sche System stehen; die Verfolgungen und Untersuchungen wurden häufiger. Radetzky, der in der Geschichte mit dem Namen eines Herzogs von Alba gebrandmarkt sein wird, bildete sich mit seinem würdigen Genossen, dem Polizeidirektor Torresani in Mailand, ein, durch vermehrte Strenge die freie Bewegung niederdrücken zu können. In einer eben erschienenen Schrift des edlen Massimo d'Azeglio unter dem Titel: „I Lutti di Lombardia. Firenze. 1848" ist die allmähliche Entwickelung des Kampfes und die empörenden Betrügungen von Seite der Genannten am besten geschildert. Während man in Toskana, Neapel und Sardinien Verfassungen einführte, empörten die Proklamationen von Radetzky das Mailänder Volk, die kalte Nichts sagende Antwort des Kaisers auf die Beschwerden der Centralkongregation zeigte, daß von der Regierung Nichts zu hoffen sei, und die Verkündung des Standrechts war der letzte Gewaltstreich, der seinen Zweck auf eine furchtbare Weise erreichte. Ueber den Ausbruch und die Entwicklung der Revolution in Mailand sage ich Ihnen Nichts, da Sie aus den Zeitungen die Thatsachen kennen. Man sagt oft, ob die lombardische Revolution die Folge einer seit langer Zeit organisirten Verschwörung war. Azeglio erklärt sich darüber vortrefflich, wenn er sagt: Ja, es bestand eine Verschwörung, und zwar die furchtbarste, die eines ganzen Volkes, das nur ein Herz, eine Gesinnung, einen Willen hat; es war die Verschwörung einer gemeinschaftlichen Hoffnung und Erbitterung eines allgemeinen Volksunwillens, der in dem Herzen eines Jeden glühte und dazu begeisterte, das Aeußerste zu opfern; es war eine Verschwörung, in welcher alle Verschworenen die Häupter sind, und doch kein Obrehaupt da ist, weil Jeder, der Plane macht, für sich redet und doch im Geiste Aller spricht. — Nicht unwichtig mag es Ihnen sein, über die gegenwärtigen Zustände der Lombardei und die Verhältnisse der übrigen italienischen Staaten zu diesen Lande zuverlässige Nachrichten zu erhalten. Der Erwähnung sehr werth ist vorerst die Menschlichkeit und die würdige Art, mit welcher die Lombarden ihren Sieg benützen. Es ist der entschiedene Wille der provisorischen Regierung, daß die Gefangenen mit höchster Schonung behandelt werden. In dem Hospitale von Mailand werden die verwundeten Oesterreicher mit gleicher Sorgfalt wie die Mailänder verpflegt. Graf Borromeo nahm selbst in sein Haus die Familien der gehaßten Feinde Radetzky und Torresani auf, um besser sie vor der allgemeinen Erbitterung schützen zu können. Das Betragen der Soldaten war leider nicht geeignet, eine milde Stimmung zu wecken, vielmehr ergeben sich Nachrichten von verübten Grausamkeiten. Radetzky nahm aus Mailand 19 Geiseln aus den ersten Familien der Stadt mit. Unter ihnen befanden sich auch die Grafen Porro, Zöglinge des Silvio Pellico. Einer der Porro war ein harmloser Mann, der mit Naturwissenschaften sich beschäftigte, wurde mit den übrigen Geisseln hinter einem Wagen gebunden geschleppt; plötzlich wurde er durch einen Pistolenschuß tödtlich verwundet und endete nach schrecklichen Leiden. Sein Bruder, Alexander Porro, kam eben noch zu seinem Ende; es ist begreiflich, daß er tief erschüttert sein mußte, und dennoch unterzeichnete er als Mitglied der provisorischen Regierung die Proklamation, welche die Mailänder beschwört, nicht die Heiligkeit ihrer Sache durch Grausamkeit zu besudeln, vielmehr die Gefangenen menschlich zu behandeln und die österreichischen Verwundeten zu pflegen. Der Haß gegen Oesterreich ist in Italien zu tief gewurzelt, als daß man hoffen dürfte, daß Oesterreich auch durch die größten Anstrengungen im Stande sein würde, die lombardisch-venetianischen Provinzen wieder zu gewinnen. Man nennt in Italien den begeisterten Zug, zu welchem aus allen Staaten Italiens Truppen den Lombarden zu Hilfe eilen, einen Kreuzzug. Man weiß, wie selbst der allverehrte Papst, als er die Nachricht von der Schilderhebung Mailands und den Verängnissen durch die Oesterreicher erhielt, die Revolution einen heiligen Krieg nannte. Unter den Fahnen der päpstlichen Generale, Durando, Allemandi und Ferrari sammeln sich die päpstlichen Soldaten, um den lombardischen Brüdern zu Hilfe zu eilen und in Vereinigung mit der toskanischen Armee gegen die österreichischen Truppen zu kämpfen. Wie wissen wohl, daß in Deutschland vielfach Stimmen laut werden, welche die Unterstützung der Lombardei durch die übrigen italienischen Staaten, insbesondere die Schritte des Königs von Sardinien tadeln und eine Verletzung des völkerrechtlich geheiligten Vertrage annehmen. Diese Tadler aber vergessen, daß die Lombarden den schweren Druck geduldig getragen, daß sie alle gesetzlichen Mittel zur Abhilfe des Elends vergebens angewendet haben, daß aber mit jedem Tage die Herabwürdigung und Unterdrückung aller Menschenrechte durch die österreichische Regierung sich steigerte, bis endlich ein Nothstand eintrat, in welchem das lombardische Volk entweder den alle menschlichen Gefühle empörenden Druck ertragen oder das Joch der ungerechten Gebieter abschütteln mußte. Mit dem Rechte, mit welchem jeder Dritte einen Andern, der in Nothwehr sich befindet, zu Hilfe eilen darf, mit dem nämlichen Rechte dürfen die übrigen italienischen Staaten den bedrängten Brüdern in der Lombardei zu Hilfe eilen, weil ohne diese Hilfe die Lombarden den schlimmsten Zustand preisgegeben worden wären. Wie sind erbittert über die deutschen Kerrschwadronen, die in den deutschen Zeitungen die Nachricht verbreiten, daß in Italien die Deutschen gehaßt seien; der verständige Mann weiß, wie sehr in Italien Deutschland geachtet ist *); nur die österreichische Regierung und die Oesterreicher, welche in Italien das verderbliche System Metternichs dem Lande aufdringen wollten, waren gehaßt und werden es immer sein. Italien will frei von fremder Herrschaft sein. Die Lombardei soll nicht von Sardinien erobert werden; der König, der freilich viele Sünden der Vergangenheit gut zu machen hat, will ernstlich seinem Volke eine verfassungsmäßige Freiheit sichern; er überläßt es den Lombarden, nach eigener Wahl ihre politische Gestaltung zu ordnen. Die Lombardei wird wählen, was ihr nach den Verhältnissen des Landes am besten zusagt; sie wird Sorge der übrigen italienischen Regierungen finden, wenn man gegen ihren Willen die Lombardei wieder mit Oesterreich verbinden will.

*) Morte ai Tedeschi!

*) Auszug aus einem Schreiben des Staatsraths, Grafen Petitti in Turin. Als eine Stimme dieses einflußreichen Mannes glaubten wir diesen Aufsatz nicht der Seite legern zu dürfen, aber wir setzen hinzu: als eine italienische Stimme. Viele der darin ausgesprochenen Ansichten sind begründet, und wir selber haben sie längst, ehe es zum Bruche kam, ausgesprochen und österreichischerseits gehalten worden, haben aber Recht behalten. Anderes, was Petitti sagt, namentlich die sardinischen Ansichten derselben, sind wir keineswegs geneigt, zu vertreten.
D. Red.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Owen u. Klopp, 12 Newgate Street in London, Pfarrstraße, Mannheim, Portugal u. übrigen Länder wende man sich an G. L. Alexander Greefzung 20 Grandgasse, Paris 16, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Gesammtpreise beträgt das Vierteljahr. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10, durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 107. Heidelberg, Sonntag 16. April. 1848.

## Uebersicht.

**Das Bundeshaupt.** — Wien (Ständische Adresse an den Kaiser, Offizielle Erklärung über den Bruch mit Neapel. Excesse gegen Geistliche. Demonstration gegen den päpstlichen Nuntius. Die deutsche Fahne auf der Staatskanzlei. Das ehemalige schwarze Kabinett). Gräz (das Staatsrecht publicirt). Berlin (Den Dissidenten die Mitbenutzung der katholischen Kirchen gestattet. Verhalten Englands zum Ostseehandel). Elbing (die Polen in Westpreußen). Köln (der Tumult im Arresthause). Saarlouis (Soldatenexcesse gegen vom Besoffenbade). München (der Polizeidirektor für die Zeitungen freigegeben). Ulm (Begeisterter Empfang einer österreich. Truppenabtheilung). Hannover (die Kammer über Beseitigung der Geburts- und Standesvorzüge. Neutralitätserklärung Englands). Karlsruhe (Aufklärungen über die deutschen Arbeiter in Straßburg). Heidelberg (Bonstellvertretende Täuschung). Dessau (Veranwortliches Ministerium). Schleswig-Holstein (Die Stadt Schleswig geräumt. Die Dänen eingetrückt. Einzelnes über die letzten Gefechte. Vorrücken der Preußen. Stellung der Truppen. Preußisches Ultimatum und dänische Lager geschickt). Lübeck (der Verfassungsentwurf angenommen). Frankfurt (die Verhandlungen des Fünfziger-Ausschusses. Die Sendung des Ausschusses nach Kassel. Die Thätigkeit des Ausschusses. Beschränkte Verzögerung der Wahlen. Mittheilung des preußischen Gesuches über das Einrücken in Schleswig. Aufruf des Fünfziger-Ausschusses).

**Schweiz.** Ein Gesandter von der provisorischen Regierung zu Mailand. Austreibung der Schweizer Arbeiter aus Frankreich.

**Dänemark.** Kopenhagen. Stimmung.

**Großbritannien.** Der Tod Walters im St. Johnsstuffe. Der Prinz von Preußen. Das große Chartistenmeeting.

**Frankreich.** Einbruch der Londoner Chartistenbewegung. Stimmung in den Provinzen. Gerüchte über einen Ministerwechsel. Changarnier. Lamartine über das Verhältniß zu Spanien.

**Spanien.** Madrid. Ankunft der Herz. von Montpensier.

**Beilage** Rückblick auf die Wendung der Dinge in Schleswig-Holstein. Stuttgart. Die letzten Vorfälle in Stuttgart.

## Heidelberg, 15. April.

Unsere deutsche Einheit wird durch eine Verwirrung und Vielheit der Ideen, der Vorschläge und Interessen ihren Durchgang zu nehmen haben, vor der uns einiger Maßen graut. Wer soll das Haupt, der Fürst des neuen Bundesreiches werden? Der König von Preußen will sich an die Spitze Deutschlands stellen, ist aber auch bereit, Oesterreichs älteres Anrecht zu ehren und bei dem deutschen Kaiser das beandenburger Amt des Reichskämmerers zu versehen. Oesterreich wollte die Insignien des römischen Reichs nach Frankfurt schicken, besann sich aber eines Besseren. Baiern will ein Triumvirat mit Oesterreich und Preußen. Einige der kleineren Fürsten werden für ein Wahlreich sein, Andere für eine Alternation. Ein Theil des Volkes will eine einheitliche Republik. Ein anderer einen föderativen Freistaat, der Eine nach französischem, der Andere nach amerikanischem Muster. Unter allen abenteuerlichen Plänen taucht nun auch hier und da, besonders im mündlichen Verkehr, noch Einer auf, der Alle befriedigen will, der die Monarchie und Republik, Fürstenthum und Präsidentschaft, Alles mit Allem verschmilzt. Die Wahl soll freigegeben werden in dem Maße, daß auch Privatmänner zu der Würde des Präsidenten oder Kaisers erhoben werden könnten. Das wäre dann Republik, Wahlreich und Bürgerkönigthum in Einer Person über dem Bunde der erblichen Monarchien. Man nennt schon die Volkslieblinge, die etwa zu dieser Stelle taugten.

Wenn solche Gedanken in den Köpfen derer auftauchen, die zu unbetheten Zwecken, die sie verhehlen müssen, plausible Mittel vorschlagen, die zur Republik streben, aber indem sie die Monarchie, der öffentlichen Stimmung wegen, schonen, so finden wir das in der Ordnung. Sonderbarer Weise aber schlagen auch Solche diesen Weg vor, denen es mit der Monarchie völliger Ernst ist und die eine Erhebung der Republik weder erwarten noch wünschen. Es liegt uns der ausführliche Plan einer deutschen Verfassung vor, der von einem geachteten, philosophisch gebildeten Mitarbeiter der Deutschen Zeitung herrührt, nach welchem der Bundesrath ein Körper, der bald als legislative erste Kammer, bald als Bundesregierung zu handeln hätte, den Präsidenten aus drei Vorgeschlagenen des Parlaments wählen würde, gleichviel ob aus regierenden Fürsten, aus Prinzen oder aus Bürgerlichen. Dadurch, daß er an die Beschlüsse des Bundestags gebunden wird und gleichsam nur als der Präsident dieses Körpers erscheint, soll der Chef des Bundes nur der erste Beamte des Bundes werden, und dadurch unfähig sein, die Eifersucht der souveränen Fürsten zu erregen. Seine Bürgerlichkeit aber könne schon darum keinen Anstoß geben, weil der Bundesrath, von dem der Präsident abhängig würde, aus Bevollmächtigten der einzelnen Fürsten besteht, und weil ja auch die jetzige Bundesversammlung, obgleich aus nicht fürstlichen Personen zusammengesetzt, Beschlüsse erlässt, die für die deutschen Regenten bindend sind.

Wir sind sonderbare Politiker, wir Deutsche! Wir brauchen von uns vielleicht auch in politischer Beziehung, Alles in Rechnung gebracht, nicht gerade schlimmer zu denken, als von Anderen. Gewiß, wenn man nach Frankreich hinüberseht, so geht auch da Alles solche Gänge, daß wir auch von diesem selbstsüchtigen, stolzen, weitleitenden, politischen Volke mit Achselzucken sagen müssen: auch das sind sonderbare Politiker. Aber Ein wesentlicher Unterschied schreit uns doch in der Sonderbarkeit hier über und drüben ins Auge. Der Franzose mag sich wunderliche Zwecke stecken, aber die Mittel zum Zwecke wird er, wie aufgeregt, wie fanatisirt er sei, immer im richtigen Takte wählen. Wir Deutsche verwirren uns vielleicht nicht zu abenteuerlichen Zwecken, aber unsere Sonderbarkeit ist, daß wir zu unsern natürlichen Zielen die natürlichen Wege nicht zu finden wissen, daß wir das Verhältniß von Zweck und Mittel nicht treffen, daß wir wohl Mittel ergreifen, die gerade zum Gegentheile von dem führen, was wir wollen. Wir haben in Frankfurt Besprechungen gehört, zu denen man sich vereinigte in dem angesprochenen Zwecke, der republikanischen Partei ein Gegengewicht in den Wahlen zu dem Fünfzigerausschusse zu halten. Gleich wurde die Stimme laut, man solle nicht ausschließend verfahren, man solle den Gemäßigten auch jener Partei seine Stimme geben; das Resultat war, daß diese Partei jetzt zwar nicht numerisch, aber an eigentlicher moralischen und aktiven Kraft in dem Ausschusse überwiegt. Diese Partei selbst bietete sich wohl, auch nur Einem Moderantisten ihrer Stimme zu geben! sie sorgte für sich ganz exklusiv, und mochte über die Großmuth der Kompromißleute in die Faust lachen; diese Partei allein hat eine politische Ader in Deutschland, und gelingt es ihr, das Regiment und die freisinnig konstitutionelle Partei irgendwie zu spalten oder durch Ereignisse zerfallen zu sehen, so gehört die Zukunft ihr, eben weil sie allein politisch ist.

So ist es nun auch mit dem Vorschlage eines bürgerlichen Präsidenten. Er wird gemacht von Solchen, die allen ihren Vorschlägen die Eine Wohnung vor Allem voraussetzen: komme, was will, nur daß es einfach und Eines sei! von Solchen, die eine möglichst starke Einheit in Deutschland begehren! Sie fühlen nicht, daß ein fürstlicher Präsident, geschweige ein bürgerlicher, von der kleinsten Bewegung der nutergeordneten Monarchen abgestoßen werden würde; daß er ein bestochenes Werkzeug der Mächtigen wäre; ja, ein Werkzeug, das der Bestechung nicht einmal werth wäre, gerade so wie der Bundestag ein solches Werkzeug in der Hand von Preußen und Oesterreich war. Sie fühlen nicht, daß, wenn dies anders kommen sollte, es nur dadurch kommen könnte, daß ein solcher bürgerlicher durch überlegene Gaben die Rolle eines Diktators zu spielen fähig wäre, daß er diese aber dafür spielen würde, die Republik zu organisiren, oder die Einherrschaft auf den Trümmern der einzelnen Staaten zu begründen, was doch auch wieder nicht in der Absicht der Proponenten liegt. Mittel und Zwecke sind auch hier

Digitized by Google

in jener wunderlichen Unverträglichkeit, die wir in unseren politischen Bestrebungen und Ideen überhaupt charakteristisch finden.

Nur Ein Moment erkennen wir in ihnen in den Köpfen monarchistischer Männer obenanwerlichen Gedanken von einem bürgerlichen Bundeshaupte, ein Moment, welches uns erklären kann, wie dieser Gedanke selbst in den besten Köpfen aufkommen konnte, ein Moment, das einen sehr richtigen Instinkt mitten in diesem unrichtigen Gedanken erkennen läßt. Es spricht sich, scheint uns, das dunkle Gefühl vorahnend darin aus, daß uns aus unseren Verwicklungen und Verwirrungen nur eine große Persönlichkeit retten werde. Man sucht diese Persönlichkeit auf den Thronen umsonst, man dehnt also den Blick weiter aus. Wie richtig dieses Gefühl auch sei, es macht jenen Gedanken darum nicht weniger unrichtig. Soll eine solche Diktatur der persönlichen Ueberlegenheit uns zuletzt aus unseren Nöthen retten, so läßt sich das doch nicht konstruiren und durch überlegte Mittel ermitteln: die Uebel müssen dazu ganz anders wachsen, die Ueberlegenheit des Retters muß in Thaten hervorgetreten sein, die Verhältnisse müssen ihn an die Spitze stellen und nicht die Klügeleі der Menschen.

Die Lehre, die aus allem diesem für die jetzige Zeit folgt, wo uns noch immer Raum zu Ueberlegung und zu einer besonnenen Politik gegeben ist, ist die: daß wir bei dem Gedanken an ein Reichsoberhaupt von aller Person und Persönlichkeit absehen, daß wir das Objektive ins Auge fassen, daß wir fragen, welcher Staat uns am meisten Vortheil bietet, wenn wir ihn in seinem Herrscher an die Spitze stellen. Der Herrscher ist, wenn wir uns konstitutionell fühlen und wissen, gänzlich gleichgiltig. Sobald wir die Sache aus diesem einzig richtigen Gesichtspunkte fassen, gibt es keine andere Entscheidung als die wir gegeben haben, wie unpopulär sie jetzt auch sein mag. Jahrzehnde lang waren wir in und außer Preußen überzeugt und haben es gepredigt und geschrieben, daß für Preußen und Deutschland kein Heil sei, als in der Verschmelzung ihrer Interessen: der Zollverein hat auch die Probe geliefert, daß diese Ueberzeugung keine irrige war. Hätte der preußische Absolutismus nicht Hemmnisse in den Weg gelegt, so wäre Preußen auf diesem Wege des Zollvereins schon jetzt faktisch geworden, wozu wir es jetzt grundgesetzlich machen möchten. Dies einzige Hemmniß, dieser einzige Zwiespalt zwischen uns und Preußen ist beseitigt; und jetzt gerade, da er beseitigt ist, wollen wir Preußen abstoßen, weil wir den König mit dem Staate verwechseln. Aber wenn wir den König und das Volk von Preußen nicht trennen wollen, wie kann, wenn auch die preußische Nation ebensowenig diese Trennung gelten lassen wollte? Dem König von Preußen, was auch über ihn gedacht werden mag, traunen wir es am Ersten zu, daß er sich jeder Verfügung über die deutsche Hauptlingschaft am Bündigsten sügen wird, ob wir den Kaiser von Oesterreich wählen oder den Fürsten von Sigmaringen. Aber das Volk von Preußen möchte leicht zu einer territorialen Reaktion getrieben werden, trotz dieser Fügsamkeit seines Königs. Wir glauben, daß weit mehr als der König das Volk von Preußen an eine deutsche Hegemonie, wenn denn dieser Ausdruck gelten soll, glaubt, ebensosehr wie das österreichische an die seine, das diesen Glauben gar nicht verhehlt. Der absolutistische König hatte Preußen gehindert an Deutschlands Spitze zu stehen; der Absolutismus sieł vor den Berliner Barrikaden; die Preußen wissen das; sie fühlen sich, sie empören sich über die Schmachrufe aus Süddeutschland über den König von Preußen, die eben so gemein als ungerecht und für eine monarchisch gestimmte Nation tief verletzend waren. Man merkt aus der Presse Berlins sehr gut heraus, daß sich ein gewisser verbalterner Ingrimm dort schon jetzt eingebohrt hat und dies soll namentlich unter den jungen Kämpfern der Fall sein. Die Süddeutschen, sagt man, nehmen uns den blutigen Siegespreis. Wozu bluteten wir? Für deutsche Freiheit! denn ohne uns war sie nie in Deutschland gesichert! Man kann es von den ersten Oesterreichern, die in Deutschland erschienen, offen sagen hören: Oesterreich zieht sich zurück, wenn Preußen an die Spitze tritt. Wie, wenn das in Preußen zwar nicht vorausgesagt würde, aber nachträglich faktisch einträte, Falls Oesterreich an die Spitze träte? Welchen Fall wollen wir lieber eintreten sehen? Was hat doch Oesterreich gethan, was hat es für Verdienste um Deutschland, um Preußen diesen Rang zu bestreiten? Oder woher stammt die plötzliche Vorliebe für Oesterreichs Kandidatur? Sie kann nur wurzeln in der Absicht, eine neue Schwäche in das deutsche Regiment zu legen, oder in dem Widerwillen gegen zufällige Persönlichkeiten. Der gänzliche Mangel an jeder politischen Besinnung bei diesen Bewerggründen ist offenbar. Es zeigt sich auch in der Bezeichnung des österreichischen Prinzen, den man zu der höchsten Würde des Reichs erheben will. Der Erzherzog Johann ist plötzlich ein populärer Mann und aus geworden; ein reiner Aberglaube. Niemand kennt ihn, Niemand weiß von ihm Etwas, als daß er gesagt habe: sein Preußen, sein Oesterreich — ein Ausspruch, der in österreichischen Blättern abgelängnet wurde! Dieser Mann wäre, wenn auf kurze Frist gewählt, der bürgerliche Präsident, den man sucht: denn er ist mehr Bürger als Prinz, mehr Privatmann als Staatsmann, er ist alt, und schwach ist er immer gewesen; Niemand hat ihn mit dem Einen Worte charakterisirt: er trage den alten Erbfehler der Habsburger, daß er das Bessere sehe und dem Schlechteren folge. Wenn von den regierenden Häuptern abgegangen werden soll, so weisen wir mit immer größerer Zuversicht auf unseren Kandidaten: den Prinzen Friedrich von Preußen. Er wird am Tage der Völkerschlacht von Leipzig im Jahre 1849 mündig. Auf seine Erziehung ist gut gewirkt worden, und es könnte auf ihn noch besser gewirkt werden. Die zu seiner Mündigkeit nächste ein Provisorium eintreten, zu dem man sich ohnehin in dem Drange der Zeit und der Schwierigkeit der Sache vorerst entschließen wird. Ein jugendlicher, bildsamer Fürst, lernte er sich mit den neuen Zeitideen zu versöhnen und zu verständigen; die in der Sage verheißene Wiederkehr eines verjüngten Deutschlands erstünde mit dem wiederkehrenden Friedrich I.

**Oesterreich.** Wien, 6. April. Die Wiener Zeitung enthält eine Adresse der Stände des Erzherzogthums Oesterreich ob der Enns an Se. Majestät den Kaiser, in welcher Adresse folgende Punkte als Grundgesetze der zu erwartenden Konstitution gewünscht werden: 1) Bestimmung des Wahlverfahrens zur künftigen Vertretung des Gemeinde-Besitzes, des Bürger- und Bauernstandes mit Berücksichtigung des Grundbesitzes, der Besteuerung, der Intelligenz und Seelenzahl und Bestimmung über die Vertretung des Gesammtwillens der Nation in einer Kammer. 2) Theilnahme der Landesvertretung an der Gesetzgebung und ausschließende Befugniß der Steuerbewilligung. 3) Allgemeine Militärverpflichtung mit Ersatzmännern. 4) Uebertragung der Leitung der Volksbildung an einen aus den Landesvertretern zu wählenden permanenten Ausschuß, gründliche Ausbildung, ausreichende und lohnende Dotation der Volkslehrer, zweckmäßige, reelle Bildung, beförderte Einrichtung der Gymnasien, der Universitäten, Lehr- und Lernfreiheit. 5) Gerichtung eines besondern Ministeriums für Handel und Industrie. 6) Verantwortlichkeit der Ministerien an die Kammer nach Maßgabe eines festzustellenden Gesetzes und jährliche öffentliche Rechnungslegung über alle Staats-Einnahmen und Ausgaben. 7) Freie Presse, bloß beschränkt durch die Strafgesetze. 8) Jenigen Anschließen an unsere deutschen Brüder und Vertretung des deutschen Volkes durch ein deutsches Parlament. 9) Freies Recht zu Associationen. 10) Volksthümliche Wehrverfassung mit selbstgewählten Kommandanten. 11) Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. 12) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und Geschwornengerichte. 13) Persönliche Freiheit und Bestimmung, daß keine Person ohne gesetzlichen Haftbefehl gefänglich eingezogen werden darf, mit alleiniger Ausnahme, als die gefängliche einzuziehende Person bei Ausübung einer durch die Strafgesetze verpönten Handlung ergriffen wird, daß die Ursache der Inhaftirung binnen 24 Stunden mit sogleicher Einleitung der Untersuchung dem Inhaftirten bekannt gegeben, und daß derselbe gegen Stellung von Bürgen auf freien Fuß versetzt werde. 14) Gewährung selbständiger Kommunalverfassung mit durch das freigewählten Magistraten und Gemeindevertändern bei voller Oeffentlichkeit der Kommunalverhandlungen. Die treugehorsamsten Stände fassen auch noch nachstehende vorgekommene Wünsche des Landes durch ein gewähltes Komité prüfen und begutachten, um sie Sw. Majestät zur gnädigsten Genehmigung vorlegen zu können: a) Ermäßigung und allmähliche Aufhebung der Verzehrungssteuer mit zunächst eintretender Entlastung der ersten Lebensbedürfnisse, dann Revision des Tax- und Stempelgesetzes, mit Rücksicht auf den Umfang des durch dasselbe zu besteuernden Vermögens. b) Einschränkung der polizeilichen Gewalt und Verfügung, daß allen kaiserl. Polizeidirektionen und Kommissariaten jede richterliche Gewalt abgenommen werde. c) Uebernahme der Erhaltung der Polizeimannschaft von Seite der hohen Staatsverwaltung. d) Aufhebung jeder körperlichen Strafe." — Der Erzherzog Albrecht, welcher auf seine Güter nach Mähren abgereist ist, wird dem Vernehmen nach, das Kommando eines Armeekorps für Italien übernehmen.

Wien, 9. April. Die heutige Nr. 100 der „Wiener Zeit." enthält in ihrem amtlichen Theile die nachstehenden Verfügungen: „Der bei dem neapolitanischen Hofe beglaubigte k. k. Gesandte, Fürst Felix Schwarzenberg, hat sich veranlaßt gesehen, Neapel am 28. März zu verlassen. Dieser Entschluß wurde durch die folgenden Verhältnisse

Digitized by Google

hervorgerufen. Am Abend des 25. März erbrochen sich ein Volkshaufe, von dem Hause des Gesandten das öfter. Wappen herabzureißen und auf öffentlichem Platze zu verbrennen. Eine vierzig Mann starke, von einem Offizier befehligte Abtheilung der Bürgergarde, sah diesem Frevel zu, ohne den Versuch zu wagen, ihn zu verhindern. Noch am nämlichen Abend reichte Fürst Schwarzenberg eine Note ein, um für diese Verletzung des Völkerrechts schnelle und angemessene Genugthuung zu begehren. Als am Morgen des 27. noch keine Antwort erfolgt war, erließ der Gesandte eine zweite Note, um auf einer schnellen Antwort zu bestehen und zu erklären, daß er ein längeres Schweigen als einen Beweggrund betrachten müsse, um jede diplomatische Verbindung mit der neapolit. Regierung abzubrechen. Im Laufe des Tags erhielt er hierauf eine Antwort von dem Fürsten Cariati, welche keineswegs geeignet war, den Fürsten zu befriedigen, und er erließ darauf ungesäumt eine energische Antwort. Ein neuer Verfall veranlaßte den Fürsten Schwarzenberg an demselben Tage eine fernere Note an das Ministerium zu richten. Die hierauf erfolgte Antwort des Fürsten Cariati lautet wie folgt: „Neapel, 28. März 1848. Heute um 1 Uhr Morgens sind dem unterzeichneten Minister ꝛc. ꝛc. die beiden Noten zugekommen, welche der Fürst von Schwarzenberg ꝛc. gestern an ihn richtete und wovon eine auf den bedauerlichen Vorfall mit dem über dem Eingang seiner Wohnung befindlich gewesenen k.k. Wappen, die andere auf die Abreise einiger neapolitanischen Freiwilligen nach Livorno sich bezieht. In Anbetracht der Entlassung des Ministeriums, und da der Unterzeichnete nicht die schwere Verantwortung auf sich nehmen kann, ohne Befragung des Ministerrathes, diese Noten zu beantworten, befindet er sich in der Nothwendigkeit, den Fürsten zu bitten, gefälligst die Bildung des neuen Kabinets, welchem seine Forderungen zur schleunigsten Beantwortung sogleich vorgelegt werden sollen, abwarten zu wollen. In der Ueberzeugung, daß der Fürst die Umstände, welche diesen unfreiwilligen Aufschub nothwendig machen, würdigen werde, benutzt er ꝛc. ꝛc. gez. Fürst Cariati". — Da die ministeriellen Krisen seit mehreren Monaten in Neapel an der Tagesordnung sind, und der Fürst Schwarzenberg durchaus keinen Grund hatte anzunehmen, daß die neuen Minister sich beeilen würden, zu antworten, daß sie abgehenden, blieb ihm nur die Genugthuung zu gewähren, so blieb ihm Nichts anderes übrig, als noch an demselben Tage ein Land zu verlassen, wo seine officiellen Beziehungen durch eine grobe Verletzung des Völkerrechtes unterbrochen worden waren, und wo sein längeres Verweilen keinen Nutzen mehr gewährt, sondern nur die Ehre und Würde des Kaiserhofes bloßgestellt haben würde.

Wien, 9. April. Dem Schw. M. schreibt man von hier: Die nächtlichen Excesse gegen Geistliche und geistliche Cooperationen nehmen in beunruhigender Weise überhand und können durch die mit großem Diensteifer auftretende Nationalgarde nicht mehr verhindert werden. Die Tumultuanten sind meist brodlose Arbeiter, und es steht bei uns eine Auflösung der Gesellschaft nach Unten zu befürchten. Selbst Schulknaben verbreiten ihre Lehre oder erpressen ihnen gewaltthätig Concessionen. Gestern hat man das Kloster der Piaristen, wo ein Gymnasium ist, von zwölfe bis sechzehnjährigen Schülern mit Gewehren und Säbeln belagert, und die Nationalgarde mußte einschreiten. Bei den Mechitaristen, welche eine Buchdruckerei besitzen, wurde das Schild derselben heruntergerissen und das Kloster ernstlich bedroht. Eine wiederholte Demonstration geschah auch wieder gegen das Schottenstift, die jedoch, bei der zahlreichen Anwesenheit der Nationalgarde bloß mit einer Kahenmusik endete. Eine solche wurde darauf dem päpstlichen Nuntius gebracht, von dessen Palast auf geschehene Anbrehungen glücklicher Weise das römische Wappen schon am Tage heruntergenommen war, denn hier geherdete sich die Menge am Heftigsten. Der nächtliche Zug setzte dann seine Wanderung noch zu zwei Pfarrern in der Leopoldstadt fort. — Das bisherige Auftreten des Ministeriums entbehrt jener wünschenswerthen Energie, welche einem erwachten Nation allein eine festere Richtung geben werden kann. — Soeben ist auch auf dem Palast der Staatskanzlei die deutsche Einheitsfahne aufgepflanzt worden.

Wien. Ueber das bisherige schwarze Kabinet schreibt die Oestr. Ztg.: Die Eröffnung von Briefen geschah hier allein von dem Chiffrekabinete, welches sich in keinem der Postgebäude befand. Keiner der hiesigen Postbeamten hatte einen Auftrag oder die Befugniß, das Briefgeheimniß zu verletzen, wohl aber waren ein paar eigens ins Vertrauen gezogene und dafür besonders besoldete Individuen im geheimen Auftrage des Chiffrekabinets angewiesen, demselben gewisse, ihnen bezeichnete Briefe zur weiteren Benützung auszuliefern. Außer diesen Individuen war kein Postbeamter mit dieser Manipulation beschäftigt. Durch die in dem Abendblatte der Wien. Z. vom 6. d. M. enthaltene allerdings Entschließung v. M. vom 26. v. M. sind die Postbeamten nunmehr in die erfreuliche Lage versetzt, für die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses selbst zu wachen und sich nun gesetzlich entgegenstellen zu können, wenn je und auf was immer für eine Art der Versuch gemacht werden wollte, auf diese unmoralische und durch Nichts zu rechtfertigende Manipulation wieder zurückzukommen.

Tirol. Die Tiroler Wünsche für den ständischen Kongreß 1848, bereits mit tausenden von Unterschriften bedeckt, lauten: 1) Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen; 2) verbesserte Wahlordnung; 3) Trennung der Landeshauptmannstelle von der des Landesgouverneurs; 4) vermehrte Vertretung des Bürger- und Bauernstandes und Vertretung der Universität auf dem Landtag; 5) Herabsetzung des Salzpreises; 6) Aufhebung der Verzehrungssteuer; 7) Entwurf eines neuen einfachen Stempelgesetzes; 8) Abhilfung der Zehnten nach einem festzustehenden billigen Maßstab; 9) Gewerbegesetz; 10) Verbesserung des Volksschulwesens; 11) Herabsetzung der Kapitulationszeit auf vier Jahre und Verminderung des stehenden Heeres durch allgemeine Volksbewaffnung; 12) Anschluß an den deutschen Zollverein; 13) aufrichtiges und wirkliches Anschließen an den deutschen Bund, dessen Mitglied Tirol ohnedies ist. Oeffentliche Rechnungsablage über den Staatshaushalt, so wie Steuerverwilligungsrecht der Stände erwarten wir von der allgemeinen Reichskonstitution.

(Tiroler Bote.)

Grätz, 6. April. Gestern fand auch hier Volksstumult wie in Wien ausgebrochen, und Brand und Eigenthumsverletzungen begleiteten ihre Spur. Das Mautzbegebäude an der eggenberger Linie wurde in Brand gesteckt, um eine Gefällenwache, die aus dem Fenster feuerte, bei verschlossenen Thüren zu verbrennen. Bäckerläden wurden vom Pöbel geplündert, welcher auch gegen die Fleischer herauzog, die sich jedoch mit geschwungenen Beilen, unterstützt von der Nationalgarde, kräftig vertheidigten. Die Unfriedenheit mit dem neuen Preßgesetze, womit diese Volksfreie freilich in keiner Berührung steht, das aber von den Letzten der Bewegung, den Studenten, zur Schilderhebung benutzt worden, war der nächste Grund dieser Exzesse, in Folge deren die Entfernung des Bürgermeisters, sowie des Gouvernenes verlangt worden ist. Um den Unordnungen zu steuern, ist das Standrecht publicirt worden. (Wr. A. Z.)

**Preußen.** Berlin. Bei der Bedeutsamkeit der vom Erbyn. von Binke in der vierten Ständesitzung (10. April) gehaltenen Rede dürfte es rathsam erschinen, die Schlußworte des Redners als von allgemeinem Interesse hier mitzutheilen. Nachdem der Abgeordnete seine vollständige Beipflichtung mit dem neuen Finanzplan des Ministeriums erklärt, fährt er fort: „Es wird nicht zweifelhaft sein können, daß man die Ergreifung dieser Maßregel nicht verschieben darf bis zum Zusammentritte der nächsten Versammlung, welche jedoch, wie ich hoffe, nicht erst nach zwei oder drei Monaten, sondern wie ich ihre schon am 22. Mai zusammentreten werde, also an einem großen Tage von historischer Bedeutung. — Denn gerade in dem jetzigen Augenblicke, wo jede Stunde drängt, wo jede Stunde neue Deputationen nach Berlin führt, welche die Minister unglich wichtigeren Staatsgeschäften entziehen, wo jede Stunde neue Kalamitäten herbeiführt, wo es überall an Cirkulationsmitteln fehlt, dürfen wir nicht säumen zu handeln, es handelt sich um das Wohl des Landes, um die Existenz jedes Einzelnen in dieser Versammlung. Diese zweite Maßregel ist noch viel dringender als die erste. Es handelt sich nicht darum, Fabriken zu unterstützen, die schon gefallen sind, Bankiers zu erhalten, welche schon zu Grunde gingen, sondern im allgemeinen dem Kredit im Lande aufzuhelfen, nicht etwa bloß für die Fabriken, die Industrie, sondern auch für die Landwirthschaft und den Grundbesitz, dadurch daß man neue Cirkulationsmittel schafft, wo die alten geschwunden sind. Diese Maßregel ist unerläßlich, sie muß eintreten, wenn die Zahl der Bankrotte, welche so großen Unheil für den Verkehr geschaffen haben, sich nicht plötzlich und vermehren soll. Die Bewilligung der 15 Millionen zum Zweck der Mobilmachung des Heeres ist nur eine eventuelle Maßregel, wir dürfen erwarten, daß sie erst dann eintreten wird, wenn es nothwendig ist, daß sie aber unter allen Umständen früher eintreten wird, bevor das verhängnißvolle Wort „Zu spät" ertönt, jetzt, wo wir nicht über den Zeitraum von acht Tagen hinausblicken können, wo an der östlichen wie an der westlichen Grenze sich Kriegsangewitter zusammenziehen. Wir hören, daß der Einfall von einigen tausend Deutschen zu erwarten ist, um uns die Republik mit gewaffneter Hand zu bringen, wobei ohne Zweifel auch Franzosen sich betheiligen werden. Wenn auch von der prov. Regierung zu Paris desavouirt, können sie doch uns mit Frankreich in einen Krieg verwickeln, denn wenn einmal ein Zusammentreffen stattgefunden hat, so wird die Regierung entweder dem Drängen der Massen in Paris nachgeben oder die Ihre der französischen Ehre sie verletzten, sich der Sache annehmen. Wol-

Digitized by Google

len wir also die Ehre des Landes behaupten, so müssen wir zeigen, daß wir noch die alten Preußen sind, wir müssen die Regierung unterstützen aus allen Kräften, (Lebhafter Beifall.) Es handelt sich nicht bloß um die Existenz des Staates, es handelt sich zugleich um die Existenz Preußens in Deutschland, um eine würdige Stellung im deutschen Bunde. In Darmstadt ist in einer halben Stunde und in Stuttgart in eben so kurzer Zeit ein Vertrauensvotum ertheilt; soll Preußen geringeren Patriotismus beweisen? Soll der letzte vereinigte Landtag nicht mit Ehren seine Tage beschließen? (Bravo!) Es kann hiergegen kein Zweifel aufkommen. Wenn wir dem Ministerium vertrauen, so wollen wir, nachdem wir nun seine Pläne kennen gelernt und von der Zweckmäßigkeit derselben uns überzeugt haben, diesem Vertrauen Kraft geben durch unser Votum. Unsere Minister sind ja verantwortliche Minister; noch kurze 6 Wochen, und sie haben denen, die nach uns kommmen, eine schwere Rechenschaft abzulegen. Versagen wir dies Votum, so ist das Ministerium außer Stande, die Regierung länger zu führen; ich brauche nicht zu sagen, wie schwer es sein würde, ein neues Ministerium zu bilden, und ich weiß in der That nicht, welcher der geehrten Redner dazu in der Lage sich befinden würde. (Heiterkeit.) Ich habe Niemanden persönlich zu nahe treten wollen; aber ich darf sagen, daß wir allen Grund haben, uns Glück zu wünschen, daß in dieser verhängnißvollen Zeit es Männer gegeben hat, die ihrer politischen Meinung nach sich in der Lage befanden, diese Plätze einzunehmen, und die Muth und Charakter hatten, diesen große persönliche Opfer dem ganzen Lande zu bringen. (Bravo!) Diese Männer sind auch auf Dornen, nicht auf Rosen gebettet; erhöhen wir nicht die Schwierigkeiten ihrer Stellung, schenken wir ihnen Anerkennung und Vertrauen! Ein jedes Mißtrauensvotum würde ich als einen Verrath des Vaterlandes erkennen. Ich stimme für das Ministerium! (Lang anhaltender stürmischer Beifall, kurze Pause, nochmaliger stürmischer Beifall und Ruf zur Abstimmung; die Versammlung ist so bewegt, daß eine Unterbrechung von 10 Minuten stattfindet.)

Berlin, 12. April. Die hiesigen Zeitungen enthalten folgenden officiellen Artikel: Der Minister der geistlichen Angelegenheiten hat in der Ueberzeugung, daß die wegen Mitbenutzung evangelischer Kirchen durch evangelische oder katholische Dissidenten seither ergangenen Verfügungen mit der von dem Könige seinem Volke zugesicherten Religionsfreiheit nicht vereinbar seien und die Befugniß der Gemeinden, über die Kirchen zu verfügen, mehr beeinträchtigen, als es selbst nach der bestehenden Gesetzgebung geboten erscheint, so eben in einer an sämmtliche Konsistorien und Regierungen erlassenen Verfügung bestimmt, daß den Dissidenten die Mitbenutzung evangelischer Kirchen zu gestatten sei, sobald Patron und Gemeindevertreter ihre Zustimmung erklärt haben. In Betreff der Kirchen landesherrlichen Patronats ist angeordnet worden, daß die von Seite der Patronatsbehörde zu ertheilende Zustimmung nicht zu versagen, wenn die Gemeindevertreter Dissidenten die Mitbenutzung der Kirche gestatten wollen. Außerdem sind bereits die nöthigen Einleitungen getroffen, um auch im legislativen Wege durch angemessene Aenderung des Patents und der Verordnung vom 30. März v. J. der freien Religionsübung Raum zu gewähren.

Berlin, 12. Febr. Die Voss. Z. enthält folgende Mittheilung: Englischer Seits ist das Princip aufgestellt, den englischen Handel unter den wirksamsten Schutz zu stellen, in der Art, daß der Krieg sich überhaupt nicht gegen das Privateigenthum richten soll. Es würde demgemäß z. B. der Getreidevertehr zwischen Danzig und England ununterbrochen bleiben.

* Elbing, 9. April. Von den „polnischen Emissären in Elbing", deren einer Ihrer heutigen Artikel aus Berlin erwähnt, ist hier keine Spur zu bemerken. Ich wüßte auch wahrlich nicht, an wen sie hier emittirt sein sollten, da es hier überhaupt keine Polen gibt. Die Tollheiten aber, die unter der slavischen Bevölkerung der Culmer und Graudenzer Gegend durch einige unbesonnene und ruchlose Menschen angestiftet sind, haben allerdings auch eine Remonstration von hier aus veranlaßt. Es wurde in der letzten Bürgerversammlung eine Proklamation an die Polen jener Gegend beschlossen, die mit einigen Modifikationen auch von Stadtverordneten und Magistrat adoptirt ist. Sie lautet: „Polen! Einige unbesonnene und bosthafte Männer wollen Euch einreden, daß Westpreußen ein polnisches Land sei, und daß Ihr gerechte Ansprüche auf den Besitz selbst von Elbing und Danzig habet. Laßt Euch doch so thörichte und sträfliche Vorspiegelungen nicht verführen. Auch wir wünschen, daß es Euch gelingen möge, einen freien polnischen Staat innerhalb derjenigen Grenzen zu errichten, die unbestreitbar dem polnischen Volke angehören. Sollet Ihr Euch aber verleiten lassen, auch nur eine Hand breit Landes von Westpreußen an Euch reißen, oder die Bestimmung zwischen polnischer und deutscher Grenze innerhalb des jetzigen Großherzogthums Posen auf irgend einem andern Wege, als auf dem der gütlichen Vereinbarung mit den Vertretern des deutschen Volkes treffen zu wollen: alsdann werdet Ihr an den Deutschen ebenso entschiedene Feinde finden, wie Ihr jetzt noch entschieden auf ihre Freundschaft rechnen dürft. Die Waffen, welche wir mit Euch gegen Rußland führen möchten, werden alsdann gegen Euch gerichtet sein. Der Fluch eines Krieges zwischen zwei Völkern, welche dazu bestimmt sind, um in inniger Verbrüderung den Barbaren des Ostens zu widerstehen, wird nicht auf unsre, sondern auf Eure Häupter fallen."

Köln. Die aus dem Frankf. Journ. gestern mitgetheilte Nachricht von einem bedrohlichen Ausbruch der Gefangenen aus dem Neresheuse muß, der Köln. Z. zu Folge, dahin berichtigt werden, daß dieser Ausbruch nur versucht, ein Aufscher dabei von den aufkändischen Gefangenen ermordet, diese jedoch sofort durch 3 Kompagnien Soldaten, welche allerdings sich zum Feuern gezwungen sahen, wieder zu Paaren getrieben und hierauf eingesperrt wurden.

Saarlouis, 10. März. Trotzdem mußte Generalmarsch geschlagen werden, weil ein großer Trupp des hier garnisonirenden 36. Infanterieregiments sich grobe Exesse und Drohungen vor dem Kommandanturgebäude erlaubte. Dies ist ein bedauerlicher Fall, und sühlt mit Schwere auf diejenigen zurück, denen die Handhabung der Disciplin und Sitte der ihnen anvertrauten Soldaten obliegt. — Wie man hört, soll der Kommandeur des 36. Infanterieregiments gesonnen sein, seinen Abschied zu nehmen, was nicht allein beim Militär, sondern auch bei der Bürgerschaft einen sehr günstigen Eindruck hervorbringen würde. (Trierer Z.)

**Baiern.** Die Allg. Z. schreibt: Das neueste Regierungsblatt enthält die königliche Verordnung wegen des Vertriebs der Zeitungen. Der Postvertrieb ist für alle in- und ausländischen Zeitungen auszuschließlich freigegeben. Die bisherige Verrechnung der Postspeditionsgebühren für die inländischen Zeitungen fällt weg, und an deren Stelle tritt ein einfacher Rabatt von 25 Procent bei Abonnementspreises ohne jene weitere Tarrerhebung. Auch die Speditionsgebühren für die ausländischen Zeitschriften werden mit 25 Proc. der ursprünglichen Abonnementspreise, höchstens aber mit 6 fl. jährlich berechnet. Dadurch werden alle Zeitungen bedeutend wohlfeiler; in Oesterreich wird die Allgemeine Zeitung künftig um die Hälfte des jetzigen Preises erlassen werden können.

**Würtemberg.** Ulm, 10. April. Die Allg. Z. berichtet: Heute Morgen ist die in Regensburg mit Jubel aufgenommene und begleitete 8ter. Artillerieabtheilung hier eingerückt, empfangen von Deputirten der hiesigen Militärbehörden und Abtheilungen der bürgerlichen Ehrengarde zu Pferd und des bürgerlichen Jägercorps. Donnernde Hochrufe begrüßten wieder die ersten Kanonen in neuen Ulm bestehung, auf der Donaubrücke, und als sie auf dem Marktplatze, die Musik der hiesigen Infanteriebrigade an der Spitze, sich aufstellten. Eine Abordnung des Magistrats bewillkommnete ebenfalls die wackern deutschen Krieger, welche mit einem freudigen Hoch antworteten. Für 3000 Mann weiteres 8ter. Militär ist Quartier angesagt.

**Hannover,** 9. April. In einer außerordentlichen Sitzung hat die erste Kammer gestern Abend die Adresse als Antwort auf die Thronrede berathen. In dem Entwurf, die Aufstehung der Vorrechte der Geburt für den Adel wurde statt dieser Worte auf Antrag des Justizraths v. d. Decken folgende Fassung angenommen: „Befestigung aller rechtlich bestehenden und thatsächlich gestatteten Vorzüge der Geburt und des Standes bei Besetzung der Civil- und Militärämter." Der also veränderte Adressentwurf muß nun noch einmal an die zweite Kammer zurück. (B. H.)

Hannover, 9. April. Das Ministerium hat gestern in vertraulicher Sitzung die Eröffnung gemacht, daß nach officieller Erklärung England, Falls die Bundesarmee englische Unterthanen und englisches Eigenthum nicht verletzen werde, in dem etwaigen Bundeskriege gegen Dänemark feinerseits sich neutral halten werde. Darauf bewilligten die Stände für die bisherige Expedition nach Schleswig-Holstein 500,000 Rthlr. (Wes. Z.)

**Baden.** Karlsruhe, 13. April. Dem Abg. Zittel war von dem hiesigen Arbeiter- und Unterstützungsverein der Auftrag geworden, in Straßburg dahin zu wirken und die dort versammelten Arbeiter dahin zu unterklären, daß sie ihren Zug friedlich durch unser Land machen. In der heutigen Kammersitzung theilte Zittel über den Erfolg seiner Mission Folgendes mit: Ich erlaube mir, Ihnen über den Erfolg unserer Mission nach Straßburg in Betreff der Unterstützung der deutschen Arbeiter, welche aus Frankreich zurückkehren, diejenigen Mittheilungen zu machen, welche von Interesse sind für die Beurtheilung der bereits getroffenen und weiter zu treffenden Maßre-

Digitized by Google

geln hinsichtlich dieser Arbeiter. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, genaue Erkundigungen einzuziehen, sowohl über die Anzahl der bereits vorhandenen Arbeiter, über ihre eigentlichen Absichten und über die Mittel und Wege, denjenigen, welche mit friedlichen Absichten in ihre Heimath zurückzukehren gesonnen sind, die Unterstützungen des Vereins zukommen zu lassen. Zu diesem Zwecke sind wir in vielfache Kommunikationen getreten. Wir haben vielfach mit Arbeitern selbst gesprochen und haben dieselben zu diesem Zwecke auf der Straße und anderwärts aufgesucht, was um so leichter geschehen konnte, da sie ganz gleich und auf eine kenntliche Weise gekleidet sind. Außerdem sind wir mit Privaten in Verbindung getreten, welche sich schon seit mehreren Tagen sehr eifrig mit der Unterstützung dieser Arbeiter abgegeben haben und genau mit ihren Verhältnissen bekannt sind. Auch bei den französischen Behörden suchten wir Erkundigungen einzuziehen. Diese konnten uns indessen weniger Auskunft geben, als wir anderwärts erhielten, gaben uns aber dieselben bereitwilligen Zusicherungen in Beziehung auf den Uebergang bewaffneter Züge über die Grenze, so weit sie zu verhindern seien, wie solche bereits officiell an die Regierung ergangen sind. Sehr bedeutungsvolle Aufschlüsse erhielten wir durch Hrn. Herwegh, mit dem die hiesige Deputation zwei Besprechungen hatte, und welcher mit anerkennenswerther Offenheit über die Zahl, die Absicht und Lage der Freischaaren, sowie der übrigen aus Frankreich zurückkehrenden Arbeiter Aufschlüsse gab. Ich theile daraus mit, was ich ohne irgend eine Verletzung der Diskretion mittheilen kann, und was übrigens kein Geheimniß ist, indem diese Angelegenheit in öffentlichen Versammlungen der Arbeiter und ihrer Führer in Straßburg verhandelt wird. Das Resultat unserer Erkundigungen ist nun folgendes. Eine ziemlich bedeutende Truppe von Arbeitern aus Lyon ist bereits in kleineren Abtheilungen über den Rhein gekommen und in ihre Heimath befördert worden; eine weitere von daher wird heute erwartet. Diese Arbeiter aus Lyon sind mit den Pariser Vorfällen gefallen, weil sie sich vollständig von ihnen aber vielmehr von dem demokratischen Komité für betrogen halten. Es ist richtig, daß ihnen alle jene Vorspiegelungen von einer bereits vollzogenen Revolution in Deutschland gemacht worden sind, von welchen die Karlsruher Zeitung Nachricht gab, und sie sind sehr erbittert, daß man sie auf diese Weise nach Straßburg verlockt habe. Diese werden friedlich und entlassen in ihre Heimath zurückkehren. Eine Truppe aus Grenoble, welche ungefähr 60 Mann stark in Hüningen, durch die Noth getrieben, sich eine Gewaltthat erlaubt haben soll, ist durch das französische Militär zersprengt worden, wie bereits in den Zeitungen berichtet worden ist. Einer derselben, ein Buchbinder aus Danzig, kam gestern Nachmittag nach Kehl und erzählte, daß er mit zehn andern bei Markirch über den Rhein gegangen sei; daß dort ein Bauernzug zu ihnen gestoßen sei, um sie nach Bonaurschungen, als dem angeblichen Sammelplatz zu führen. Der Genannte verließ die Truppe in einem Walde. Von größerer Bedeutung sind die aus Paris herbeiziehenden Freischaaren. Die erste Truppe, ohngefähr 250 Mann stark, ist vor wenigen Tagen in Straßburg angekommen. Sie sind militärisch organisirt, gleich gekleidet und stehen unter einem Komité, auf welches sie aber sehr geringes Vertrauen zu setzen scheinen. Ihre Waffen, welche sie auf dem Wege nicht tragen durften, wurden ihnen von Paris aus nachgeschickt, und einer aus ihrer Mitte ist damit beauftragt, sie ihnen außerhalb Straßburg einzuhändigen. So sagten sie zu uns. Eine zweite Truppe, ebenfalls noch zu den Gilten gehörig, von ungefähr 500 Mann, soll noch in dieser Woche nachfolgen. Ueber die Zahl und den Zustand der weiter nachfolgenden Haufen konnten wir nichts Sicheres erfahren. Herwegh hat noch die Anzahl etwas geringer an, als bisher die Zeitungen. Reisende dagegen, welche von Paris kamen und die Züge auf den Straßen gesehen haben, gaben uns die Anzahl mehr als zehn Mal größer an. Beide Angaben können richtig sein. Herwegh weiß nur von den Freischaaren, welche sich in Paris organisirt haben. Es ist aber kaum zweifelhaft, daß sich den späteren Haufen, welche ohnehin sehr schlecht organisirt sein sollen, eine große Anzahl theils deutscher Arbeiter, welche nur mitziehen, um so desto leichter nach Deutschland zukommen, theils französischer Proletarier, welche aus Kampfes- oder Raublust mitziehen, angeschlossen haben. Unter der sogenannten polnischen Kohorte sollen sich sehr viele Franzosen befinden. Die gegenwärtig in Straßburg befindlichen Mitglieder der Freischaar haben unsere Aufforderung, friedlich in ihr Vaterland zurückzukehren und unsere Unterstützungen zu diesem Zwecke anzunehmen, zurückgewiesen. Sie bestehen auf ihrem Vorhaben, den Kampf für die Republik von Deutschland aufzunehmen. Sie sind großentheils für diese Idee sehr begeistert, man kann sagen fanatisirt; fanatisirt darum, weil ihnen dabei nichts Klares vorschwebt, sondern jeder sich unter der Republik immer Das denkt, was ihm das Wünschenswertheste scheint. Einzelne von denen, welche wir sprachen, schienen zwar sehr geneigt, unser Anerbieten anzunehmen, allein sie wurden theils durch Mißtrauen, theils durch Furcht davon abgehalten. Sie sagten uns, daß jeder von ihnen, welcher den Versuch machen würde, die Truppe zu verlassen, mit dem Tode bedroht werde, indem förmlich das Standrecht unter ihnen verkündet sei. Ueber ihren Plan wissen die Arbeiter selbst wenig anzugeben. Wir haben auf andern Wegen Folgendes erfahren: Es ist sie sich dem deutschen Parlamente zur Disposition stellen wollen, wie früher behauptet wurde, ist ein Mährchen; vielmehr wollen sie und ihre Führer von diesem gar Nichts wissen. Sie sind dagegen gesonnen, sich einige Tage an der Grenze anzuhalten und sich namentlich im Elsaß bis gegen Basel hinzuziehen, bis alle beisammen sind. Ein Herüberkommen auf ihre eigene Faust liegt nach Herwegs Zusicherung nicht in ihrem Plane, wohl aber wollen sie, sobald irgendwo in Baden eine Schilderhebung oder eine Aufforderung an sie erfolgt, herüber kommen und sich den Republikanern diesseits anschließen. Auf eine solche Schilderhebung haben sie bis dahin mit Sicherheit gerechnet und alle unsere Einwendungen, daß sie sich in dieser Beziehung täuschten, wurden mit Lächeln zurückgewiesen; sie nützten das besser, sagten sie. Indessen sagte uns Herwegh gestern, daß er für ihre Sache ungünstige Nachrichten aus dem Grenzkreise erhalten habe, und darum für ihr Vorhaben in dem gegenwärtigen Augenblicke weniger Hoffnung sei. Da sich die Freischaaren kaum über 8 Tage in dem Elsaße halten können, weil ihnen dazu die Unterhaltungsmittel fehlen, so ist zu erwarten, daß, wenn nicht dieselbst des Rheines bis dahin eine bedeutende republikanische Demonstration ausgeführt wird, was sie als eine Aufforderung zum Uebergange betrachten würden, sie genöthigt sein werden, sich aufzulösen. Alsdann wird die Wichtigkeit des Vereines nothwendig werden. Denn nicht nur diese aufgelösten Freischaaren, sondern außer ihnen andere heimkehrende Arbeiter in sehr großer Anzahl werden dann der Hilfe bedürfen. Wir haben deßhalb in Straßburg selbst einen Vertrauensmann des Vereines aufgestellt, welcher immer mit diesen Arbeitern im Verkehr bleibt, und außerdem wird, so oft es nöthig ist, vielleicht täglich, ein Mitglied des Vereines sich an Ort und Stelle verfügen, um nachzusehen, was zu thun nöthig sei. Das sind die Mittheilungen, welche ich Ihnen hierüber zu machen habe.

* **Heidelberg**, 15. April. Durch Privatmittheilung aus glaubwürdiger Quelle erfahren wir, daß die Herren Hecker und Struve auf den 14. d. ein öffentliches Aufgebot des bewaffneten Volkes nach Donaueschingen erlassen haben; die Regierung ist davon in Kenntniß gesetzt und wird dem etwaigen Aufrufe zu begegnen wissen. — Als Aufführer des 8. Armeekorps bezeichnet man den bisher in niederländischen Diensten gewesenen General von Gagern, dessen Name wie der seiner Brüder in deutschen Dingen den besten Klang hat. Heute erwartet man hier den Durchzug eines Regiments hessischer Truppen, um das 8. Armeekorps zu vervollständigen. Dies ganze Korps ist vom besten Geiste beseelt; wer aus ihm ein Werkzeug der Reaktion machen wollte, würde sich ebenso getäuscht finden, als die, welche dort eine Stütze für Rebellion und Bürgerkrieg erwarteten.

**Dessau**, 5. April. Das anhaltsche Staatsministerium, Dr. Habicht, A. Köppe, macht bekannt, daß der Herzog genehmigt hat, daß die Mitglieder desselben von jetzt an für alle vom Herzog vollzogenen Verordnungen und Verfügungen, welche von den Mitgliedern jener Behörde oder auch nur von einem derselben kontrasignirt worden, sowie für alle von dem Staatsministerium selbst ausgehenden Maßnahmen der künftigen Volksvertretung verantwortlich sind und den dieserhalb zu erlassenden Gesetzen schon jetzt unterworfen seien.

**Rendsburg**. Die H. D. bringt die betrübende Nachricht, daß sich die holstein-schleswigschen Streitkräfte nun auch aus der Stadt Schleswig zurückzuziehen haben, daß die Dänen nur noch 4 Stunden von Rendsburg stehen. Einer ihrer Rendsburger Korrespondenten sagt bei diesem Anlaß: Wir haben gestern (den 9. April) durch die Dänen, die doppelt so stark als wir im Felde uns gegenüber stehen, eine schwere Schlappe erlitten. Unsern Verlust kennen wir noch nicht genau, so wenig wie den unsers Feindes, aber leider ist es gewiß, daß es ein blutiges Gefecht gegeben hat, welches uns nicht allein unsere Position bei Sirneburg gekostet, sondern uns auch genöthigt hat, hinter Schleswig zurückzugehen, wo unser Heer sich einige Meilen nördlich von Rendsburg aufgestellt hat. Und was über den Verlust der einzelnen Heeresabtheilungen verlautet, jedoch bis jetzt ohne sichere Bestätigung im Detail, ist von der Art, daß ein tiefer Schmerz das gesammte Land durchzucken muß. Es soll unter andern das Freikorps der Kieler Studenten, sowie das Kieler Jägerkorps, dem jenes anvertraut ist, furchtbar gelitten haben; es ist vielleicht zum größten Theil aufgerieben oder gefangen worden, obgleich von allen Seiten die edelste

Digitized by Google

Tapferkeit demselben nachgerühmt wird. Ist dem so, wie wir leider zu fürchten manchen Grund haben, so ist die schönste Blüthe des Landes, die Jugend der gebildetsten Familien aus Holstein und Schleswig, für die Ehre und deutsche Nationalität der Heimath auf dem Schlachtfelde gefallen. Solches geschieht, wir können vielleicht morgen hier den Kanonendonner der Schlacht hören, und die schönsten preußischen Truppen, vielleicht die schönste Infanterie Deutschlands, stehen dabei ruhig hinter den Wällen der Festung Rendsburg, fünftehalb Tausend Mann schon stark, und sind im höchsten Grade kampfbereit und kampfbegierig.

**Rendsburg**, 10. April. Morgens. Die Besenhalle theilt wieder folgende Nachrichten mit: Die Schlacht ist gestern auf allen Stellungen, die besetzt sind, allgemein gewesen. Unsere Truppen, die Freiwilligen nicht minder, die sie regulären, haben mit der größten Tapferkeit und Ausdauer gekämpft. Ein Bulletin von der Krmee, eine offizielle Mittheilung war gestern Nacht um 12½ Uhr nicht eingegangen. Was man von der Schlacht und dem jetzigen Stande weiß, beruht auf Gerüchten, die jedenfalls übertrieben sind. Indeß ist so viel gewiß, daß das Linienbataillon, welches vom Oberstlieutenant Grafen Baudissin geführt wird, im Kampfe gegen 4 feindliche Bataill. sehr gelitten hat. Ebenso auch die Studenten und Turner, welche mit bewundernswerther Tapferkeit gekämpft haben. Unsere Truppen haben sich bei Jstedt, etwa 1½ Meilen von Schleswig, wieder gesammelt. Jndeß ist es wahrscheinlich, daß sie diese ungünstige Stellung nicht lange behaupten und sich hinter Schleswig zurückziehen werden. Die Dänen haben bei diesem mehr Leute verloren, als die Unsrigen. Ein sehr hartnäckiges Gefecht. Jndeß waren sie uns um 4000 Mann an Zahl überlegen, haben auch bei Weitem mehr Artillerie. Unsere Kanonen sind bei Versuch aufgesprungt. Bevor unsere Truppen nach Rendsburg zurückgehen, wird noch ein ernster Kampf gekämpft werden. Die Diplomatie hat das Leben vieler Tapfern auf ihrem Gewissen. Während sie ruhig verhandelt, muß Deutschland es anschauen, daß der Däne sich den Meister von Schleswig nennen kann. Die Familien der Beamten und angesehensten Einwohner sind aus Schleswig geflüchtet. Spät nach Mitternacht ist ein Bericht über das Gefecht bei der prov. Regierung eingegangen, wonach unsere Lage keineswegs so ungünstig ist, wie manche Gerüchte sie bezeichnen. Ich wage nicht, Näheres, was gesagt wurde, mitzutheilen, weil die Nachrichten, welche uns zukommen, nicht beglaubigt sind.

**Hamburg**, 11. April, 9 Uhr Abends. Der Hamburger Korresp. bringt folgende Mittheilung, wohl vom neuesten Datum: Späteren Nachrichten zufolge, hatten die schleswig-holsteinischen Truppen heute früh die Linie von Hollingstedt über Cropp nach Wittensee besetzt. Die Preußen standen zu Arensstädt, die Dänen hatten Schleswig beim Abgange der letzten Berichte von dort noch nicht besetzt und standen bei Helledek. Jndessen hat die prov. Reg. die Kommunikation mit Schleswig abgebrochen. Ein preuß. Offizier war mit einem holsteinischen Trompeter als Parlamentär abgesandt, um im dän. Heerlager das Ultimatum seines Monarchen zu überbringen. Ein Kurier war durch Schleswig nach Flensburg zum König geritt. Ein, hoffentlich vorteilges Gefecht besaupiet, die Antwort des Königs lautete abschlägig. Bei Schwansen will man ein Dampfschiff in Flammen gesehen haben. Ederstedte war noch frei.

**Lübeck**, 9. April. Die lang ersehnte Entscheidung ist endlich gefallen. Nachdem eine Differenz, welche über die Vertheilung der Stimmen sich zu erheben drohte, durch Nachgiebigkeit der kommerzirenden Kollegien beseitigt worden, ist als einstimmiger Beschluß sämmtlicher ehl Kollegien dem Senate die Zustimmung zu dem zur Annahme empfohlenen Verfassungsentwurf erklärt worden, in der sichern Erwartung, daß die von Seite der Brauer und Aemter gewünschte, von den kommerzirenden Kollegien mit Einstimmigkeit zugestandene Uebertragung von acht Stimmen an die Gewerbtreibenden vom Senate werde gut geheißen werden. Der Senat hat noch in derselben Sitzung, am 8. April, seine Zustimmung erklärt, und somit ist denn der Beschluß über die Einführung der neuen Verfassung auf dem Wege friedlicher Verständigung und mit Einstimmigkeit sowohl des Senats als sämmtlicher Kollegien gefaßt worden.

* **Frankfurt**, 13. April. In der heutigen Sitzung beschloß der fünfziger Ausschuß, an die Stelle des die Wahl ablehnenden Dr. Bauer aus Augsburg den ersten Stellvertreter (Hecker aus Mannheim) einzuberufen und ihm zur Erklärung über die Annahme des Rufes eine dreitägige Frist zu setzen. Hierauf entwickelte Raveaux seinen Antrag auf Wiederherstellung der durch physische Gewalt gestörten freien Schiffahrt auf dem Rhein. Er erwähnte der Exzesse von Seite der Schiffszieher u. s. w., gab zu, daß man bei Konzessionirung der Dampfschifffahrtspatente zu wenig die nachtheiligen Einwirkungen auf den Nahrungsstand einer zahlreichen Klasse berücksichtigt habe. Doch gebe dies kein Recht, Personen und Eigenthum anzugreifen. Wie der Reaktion müsse man auch der Anarchie entgegentreten, denn eine diene der andern. Er beantrage daher, daß der Ausschuß eine Deputation an die bedrohten Punkte absetze, um im Vereine mit den Behörden Maßregeln zu treffen, dem Unwesen ein Ende zu machen. Sämmtliche Redner, welche nacheinander das Wort ergriffen, stimmten dem Antrage bei, mit Ausnahme Gublichs, welcher einen öffentlichen Aufruf für zureichend hielt. Es wurde übrigens von Brunck, Lehne und Andern auch der nachtheiligen Einwirkungen der Dampfschifffahrtsschlepper und besonders der Schleppzahne gedacht und der Wunsch geäußert, daß die Deputation namentlich wegen Beseitigung der letzteren vermittelnd einwirken möge. In diesem Sinne wurde denn auch die Deputation instruirt und als Mitglieder derselben Reveaux, Lehne und Blum gewählt. Jnzwischen war die Deputation von Kassel zurückgekommen, und Heckscher erstattete in ihrem Namen Bericht. Die Deputation wurde von dem Ministerium mit größter Offenheit von Allem in Kenntniß gesetzt. Es wurde ihr dargethan, daß den letzten Vorfällen in Kassel durchaus keine Reaktion zu Grunde liege; daß einzelne Garde du Korps ohne Kommando und Führung auf das Volk eingehauen; daß aber der Verdacht hinsichtlich der Veranlassung hiezu weder bei dem Ministerium noch bei dem Volke höher als bis zu Sekondelieutenants sich erstrecke. Das übrige Militär habe durchaus keinen Antheil genommen; die Bürger hätten selbst verlangt, daß dem Militär der Dienst wieder übertragen werde; die vom Volk und dem Zeughause genommenen Waffen seien zurückgestellt worden. Die Ministerverantwortlichkeit bestehe in voller Geltung; Reaktion sei durchaus unmöglich. Als Beleg dafür bringe die Dept. u. A. ein äußerst liberales Wahlgesetz mit. Biedermann, Kolb, Venedey u. A. wollen sich mit diesen Erklärungen nicht beruhigen; die Deputation habe einen wesentlichen Theil ihres Auftrags nicht erfüllt, den nämlich: dem Ministerium zu erklären, daß, Falls der kurfürstliche Wille ihm entgegenstände, es ohne Rücksicht auf denselben nach eignem Ermessen handeln (d. h. Falls der Kurfürst es entlassen wolle, dennoch bleiben müsse). Die Deputirten (Heckscher, Wippermann, Bachiere) erwiderten: wenn sie Reaktion vorgefunden, würden sie dem entsprechend gehandelt haben; sie hätten aber keine vorgefunden, und bloße Briefträger habe der Ausschuß doch wohl nicht senden wollen, sondern Männer, die selbst zu urtheilen vermöchten. Seine große Majorität erklärte sich durch diese Ausschüsse für beruhigt und vertagte auf Montag, den letzten Theil der Instruktion der Deputirten nachträglich dem kurhessischen Ministerium mitzutheilen. Ein von anderer Seite beantragter Dank an die Deputation wurde von dieser selbst, als zu Parteiungen führend, abgelehnt.

**Frankfurt**, 13. April. Verhandlung der Bundesversammlung. 33. Sitzung vom 13. April 1848. Von Seite des k. preuß. Gesandten wird die Mittheilung gemacht, daß, da die dänische Regierung ihre Absicht, Schleswig mit Gewalt von Holstein zu trennen, unausgesetzt verfolge, zur Aufrechthaltung des Status quo an die k. preuß. Truppen unterm 10. April der Befehl, in Schleswig einzurücken und nach der Lage der Dinge zu handeln, ergangen sei; wobei zur Vermittlung auch ferner die Hand geboten und die Rechte des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig stets anerkannt werden sein. Die Bundesversammlung vernahm mit anerkennender Befriedigung diese Mittheilung, wodurch der Bundesbeschluß von gestern theilweise schon im Voraus seine Erledigung gefunden hat. Um übrigens keine Vorsichtsmaßregeln unberücksichtigt zu lassen, wurde beschlossen, die k. preuß. Regierung zu ersuchen, bei der Verhandlung mit Dänemark zugleich ein Hauptaugenmerk auf die Sicherung des deutschen Handels und der deutschen Schifffahrt in der Ost- und Nordsee zu richten, und wo möglich durch Vertrag mit einer Seemacht für Schutz der deutschen Küsten- und Seeflädte Vorsorge zu treffen.

An die Deutschen in Frankreich und in der Schweiz. Ihr habt vernommen, daß die Versammlung deutscher Männer in Frankfurt beschlossen hat, eine konstituirende Nationalversammlung zu berufen, und ihr einig und allein die Aufrichtung der Verfassung für unser Vaterland zu überlassen. Am ersten Maitag wird sie in Frankfurt zusammentreten. Brüder! Es gilt, der Welt das Beispiel zu geben, wie die deutschen Stämme auf dem Weg der freien Berathung sich einigen zu einer großen Nation, wie sie Freiheit und Wohlstand dauerhaft gründen auf dem unerschütterlichen Boden deutschen Volkswillens! — Er soll entscheiden, und wenn die Ehre, wenn die Einheit der deutschen Nation einen Werth hat, der wird, der muß sich ihm unterwerfen. Brüder! Euch Allen steht die Heimat offen; Deutschland kennt keine Verbannten mehr. Aber wir beschwören Euch, verzichtet auf den Gedanken — wenn Ihr ihn anderst, wie öffentliche Blätter

Digitized by Google

berichten — gethan haben sollte, in bewaffneten Massen in das Vaterland zurückkehren. Ein solches Beginnen könnte das Werk Eurer Brüder in Deutschland, könnte auch Eure Hoffnung auf ein freies einiges Vaterland gefährden und würde unabwendbar mit Eurem eigenen Untergang endigen. Wir mißtrauen nicht Eurem ernsten Willen, mit uns für die Einheit und Freiheit Deutschlands zu streiten. Aber wir mahnen Euch, jetzt nicht den Ruf Einzelner für den Ruf des gesammten deutschen Volkes zu achten. Nur dann werden wir Alle sicher sein, über den Willen dieses Volkes nicht getäuscht zu werden, wenn wir die Entscheidung seiner Vertreter erwarten. Brüder! Wir müssen einig sein, wollen wir stark sein; wir müssen stark sein, wollen wir frei sein. Es lebe die deutsche Einheit, es lebe die deutsche Freiheit! Frankfurt, 12. April 1848. Namens des Fünfzigerausschusses Soiron. Briegleb, als Schriftführer.

O Frankfurt, 14. April. Die Deputation des Ausschusses der Fünfzig ist von Kassel zurückgekehrt. Es gab da Nichts zu thun, und so hat sie denn auch Nichts gethan. Bestimmte Instruktionen hatte man ihr nicht geben wollen, so hat sie sich auch an die wage, im Auftrag des Präsidiums gelegene nicht gehalten, noch der sie das Kasselsche Ministerium gewissermaßen von dem landesfürstlichen Willen emanzipiren sollte. Gewiß nahm sie diesen Auftrag nicht so nach dem Worte. Die Rede des Hrn. Benedey, der sich bei dem Antrag des Präsidiums freute, „daß Se. k. Hoheit ihm Anlaß gäben, ein Wort mit königlichen Hoheiten zu reden", war zwar geeignet, bei der Masse komische Wirkung zu machen, aber nicht, von den verständigen Männern der Deputation im Ernste befolgt zu werden. Die Versammlung ist gestern soweit gegangen, den nicht ausgeführten Theil des Auftrags schriftlich an das Ministerium in Kassel gelangen lassen zu wollen; dieser Vorschlag blieb denn doch glücklicher Weise in der Minderheit. Wir hören hier aus verläßiger Quelle, daß das neulich Schreiben des Ausschusses über die Wahlen an die preußische Regierung in Berlin sehr übel empfunden worden ist; nicht bloß von der Regierung, sondern von Allen, die davon Kenntniß erhielten. Noch ein paar solcher Schritte, und der Fünfzigerausschuß kann sich einen großen Theil der deutschen Bevölkerung entfremden. Es ist nicht gut, daß Alle um die Wette arbeiten, alle Behörden und Menschen anfureiben und abzunutzen, sogar sich selbst. Der Ausschuß hat schon manchen heilsamen Impuls gegeben und könnte es noch in so vielen Dingen. Wozu zersplittert er sich auf Dinge, mit denen er den Bundestag ohnehin beschäftigt sieht? Wozu mit Dingen, wie mit der polnischen Sache, für die er nicht befugt, über die er nicht unterrichtet ist? Wie heilsam wäre es, wenn er eine Kommission aus seiner Mitte mit einem Ausschusse des Bundestags vereinigte, um so gleichsam ein Organ herzustellen, in dessen Anträgen der Volks- und Regierungswille in vereinter Kraft auftrate. Schon für das eigentliche Geschäft, das dem Ausschuß obliegt, die Wahlen zum konstitutionellen Reichstage, wäre dies außerordentlich wichtig. Es wird wichtig genug, daß man die Eröffnung des Tages eine kurze Zeit verschiebt; gäbe es in dieser Frage einen Zwiespalt und getrenntes Handeln zwischen Ausschuß und Bundestag, so wäre ein bösartiges Zerwürfniß vorauszusehen. In Oesterreich ist es ganz unmöglich, die Wahlen bis zum 1. Mai zu beschaffen; dort wird es überhaupt noch eigenthümliche Schwierigkeiten setzen, die jetzt Niemand bedenkt. Aus Berlin höre ich, daß ein Beauftragter hier erscheinen wird, der um Aufschub der Eröffnung anhalten soll. Am 10. bereits ist das Wahlreglement für die Parlamentswahlen in Berlin vollzogen worden und am 11. sollte es zu schleunigem Beginne der Wahlen verfaßt werden. Aber man glaubt, daß vor dem 10. Mai kaum werde gewählt werden können, vor dem 13. also die Abgeordneten Preußens nicht erscheinen würden. Gewiß wird man aber das Parlament nicht eröffnen wollen zu einer Zeit, wo es für die beiden größesten Staaten absolut unmöglich ist, Theil nehmen zu können. Es scheint mir dringend nöthig, daß man sich über einen andern Zeitpunkt friedlich verständige. Die Mitte des Mai müßte aber ohne Zweifel der alleräußerste Termin sein.

## Schweiz.

Der Basl. Zeitung zu Folge sendet die prov. Regierung der Lombardei Hrn. Pedetti als außerordentl. Gesandten an die Eidgenossenschaft. — Der schw. Beobachter schreibt: General Thiard, treu seinem Ausspruch in der Deputirtenkammer, daß die Neutralität der Schweiz für Frankreich eine Unmöglichkeit sei, wird auch in diesem Sinne zu wirken suchen, und mehr als je wird mit Gewißheit ausgesprochen, daß Frankreich und Sardinien mit der Schweiz ein Schutz- und Trutzbündniß abzuschließen suche und, wie es scheint, findet die Sache in unsern ultraradikalen Klubs, wie z. B. beim Bären, großen Anklang.

## Dänemark.

Kopenhagen, 9. April. Die Nachricht von dem Einmarsch der Preußen in Holstein und Rendsburg hat die Gemüther hier nur noch mehr erregt. Viele zweifeln nicht daran, daß es mit ihnen zum Kampfe kommen wird, fürchten auch nicht für den Ausfall und heben dabei besonders den großen Verlust hervor, den der preußische Seehandel leiden wird, indem der Sund den preußischen Schiffen gleich gesperrt werden wird, dieselben durch dänische Kriegsschiffe weggenommen und die preußischen Häfe blokirt werden. Die jetzige Regierung wird sich gewiß nicht lange besinnen, solche Maßregeln zu ergreifen, wenn preuß. Militair sich mit den schleswig-holsteinischen im Herzogthum Schleswig wirklich vereinigen sollte. Die mehr Besonnenen fragen sich wohl, was dabei herauskommen wird, wie lange ein solcher Bürgerkrieg dauern soll. (B.-H.)

## Großbritannien.

London, 11. April. Zu den Berichte unseres Korrespondenten (S. unten) fügen wir noch einige Züge hinzu. Von beiden Seiten artete der Ernst in das Lächerliche aus, von Seite der Chartisten, indem ihre drohenden, kriegerischen, pomphaften Reden für den 10. April einen weltgeschichtlichen Tag, den Beginn einer neuen Periode für England vermuthen ließen; von Seite der Londoner Aristokratie und ehrbaren Bürgerschaft, indem sie sich durch diese schon oft gehörten Redensarten bis zu einem halbkomischen Grade der Furcht einschüchtern ließen; viele Häuser waren von Innen verbarrikadirt, die Kaufläden, die Paläste der Großen, unter andern des Herzogs v. Northumberland, Sir. R. Peels u. s. w. seit verschlossen, die Fenster mit Läden versehen. Und doch hat man Zeit genug gehabt, O'Connor kennen zu lernen, der auf dieselbe Weise agitirt wie O'Connell und wie dieser in seinen enstammenden Vorträgen bis zum Aeußersten vorschreitet, im Augenblick der That aber zur Ruhe und Mäßigung mahnt. Diese kränkdirten Agitatoren, O'Connell, O'Brien, O'Connor haben alle etwas Renommistisches; aber doch sind aus O'Connells Worten in Irland allmählich Pfen erwachsen, und auch O'Connors Worte müssen allmählich die untern Schichten der englischen Bevölkerung aufrühren, bis der moralische Widerstand in einen physischen wenigstens versuchsweise übergeht. Mehr als diese irischen Charistenführer kann die britischen zu fürchten, die larger an Worten, aber mrschlossener zur That zu sein scheinen. Auf dem Rasenplatze Clarkenwallgreen, in der Gemeinde Kennington (südlich von London), hatte sich übrigens, statt der versprochenen Zweihunderttausend, etwa nur der fünfte Theil davon versammelt, theils weil das strenge polizeiliche Verbot und die militairischen Vorkehrungen Viele eingeschüchtert und von der Theilnahme zurückgehalten hatten, theils weil an demselben Tage durchs ganze Land Chartistenversammlungen stattfanden, theils weil, wie es heißt, die Beförderung auf den Eisenbahnen möglichst erschwert wurde. Die Volkscharte selbst, ein friesenhaftes, wirklich von 5,760000 Unterschriften bedecktes Attenstück, wurde vollenweise gepackt, auf einem eigenen, von Pferden gezogenen Wagen herbeigeschleppt. Mehrere Männer unterstützen O'Connor, als er diese Petition dem Unterhause anbietrete. Einige der wildesten Chartisten bestanden darauf, sie in Prozession bis zum Parlamentshause zu geleiten, und trennten sich unter Verwünschungen und dem Rufe, daß ihre Führer sie verraten hätten, von der Versammlung. Nach O'Connors Entfernung dankte Reynolds der Menge für ihre friedliche Haltung; Andere hielten republikanische Reden, und Hr. Harney schloß die seine mit den Worten: „in New-York habe man beschlossen, zur Befreiung Irlands 1 Mill. Dollars aufzubringen; man habe dort die Hoffnung ausgesprochen, die Zeit könne nicht mehr fern sein, wo eine glorreiche Republik in England gegründet und Peking mit Freiheit nach Deutschland heimgesucht werden würde. Auch er sei überzeugt, daß in nicht ferner Zeit die Einheit Englands und Irlands eine der innigen Zuneigung und nicht bloß des Parlaments sein würde" u. s. w.

Die Bost. Z. enthält in ihrer Nummer vom 12. April folgende Privatmittheilung über die Vorgänge am Flusse St. Johns: „Hier (in Berlin) eingegangenen Nachrichten aus Bluefields (Mosktoreich) zufolge, haben die englischen Schiffe Alarm und Viren, welche am 5. Febr. im dortigen Hafen anlangten, die Befestigungen des Flusses St. Johns gestürmt. Die Schwierigkeiten der Stromauffahrt in Booten scheinen groß gewesen zu sein; ein Boot mit den HD. Walker (dem bekannten britischen Geschäftsführer) und v. Tempsky wurde in der dritten Nacht der Fahrt alarmirt; Hr. v. T. stürzte in den Strom und wurde nach vierstündigem Schwimmen gerettet; Hr. W. ist verschwunden und wahrscheinlich ein Opfer der Alligatoren geworden. Seine Verdienste namentlich um deutsche Auswanderer sind bekannt,

Digitized by Google

## Rückblick auf die Wendung der Dinge in Schleswig-Holstein.

* Wir haben uns bei dem Drange der Ereignisse bisher darauf beschränkt, die einzelnen Begebenheiten der Schleswig-Holsteinischen Bewegung mitzutheilen; nachdem der schleswig-holsteinische Landtag seine erste Sitzung gehalten und damit das erste Stadium der Befreiung der Herzogthümer geschlossen ist, werfen wir einen kurzen Rückblick auf die Erlebnisse der letzten 14 Tage.

Es ist bekannt, daß der König von Dänemark durch das übereilt erlassene Verfassungsreskript vom 28. Januar sowohl in Dänemark als in Schleswig-Holstein die heftigste Aufregung hervorgerufen hatte. Die Herzogthümer wollten keinen dänischen Gesammtstaat, Dänemark wollte sich Schleswig ganz unterwerfen und war empört darüber, daß das vereinigte Schleswig-Holstein Dänemark, als die Hälfte der Monarchie, gegenüber stehen solle: aber bevnoch waren die Herzogthümer bereit, die Angelegenheit auf dem Wege der Unterhandlung zu versuchen und zu der konstituirenden Versammlung Abgeordnete zu schicken. Da brach die Revolution in Frankreich aus und in ganz Deutschland erhob sich das Volk zu gemeinsamem Streben nach konstitutioneller Freiheit. Man sah in Kopenhagen voraus, daß Schleswig-Holstein sich diesen Bestrebungen anschließen werde, und meinte den Sturm theilweise beschwören zu können, wenn man Holstein Preis gebe, und dort der Bewegung entgegenkomme: dann hoffte man, werde Holstein Schleswig aufgeben, und letzteres für Dänemark gewonnen werden können. Die Lehrheit des alten Ministeriums, namentlich Graf Reventlow Kriminil und Karl Moltke widersetzten sich indessen der Inkorporation Schleswigs, während die Kopenhagener Radikalen in ihren Klubs mit erneuter Heftigkeit auf die Entfernung der Minister, auf Schleswigs Einverleibung in Dänemark drangen. Der Minister Bardenfleth wußte dem Könige die Ueberzeugung beizubringen, daß das bisherige System nicht mehr haltbar sei; die Minister wurden, ehe noch die Forderung des Volks ausgesprochen war, entlassen und der König genöthigt, sich den Demagogen zu die Arme zu werfen. Inzwischen hatten die am 18. März zu Rendsburg versammelten Mitglieder der schleswig-holsteinischen Ständeversammlungen eine Deputation nach Kopenhagen geschickt, um dem Könige die Lage des Landes vorzustellen und ihm die Forderungen Schleswig-Holsteins vorzutragen. Dieser Beschluß gab den Kopenhagener Klubs einen neuen Vorwand, die Sache nunmehr auf die Spitze zu treiben; der Deputation ward am 21. März eine Antwort zu Theil, wornach für Holstein Alles bewilligt ward, Schleswig aber in Dänemark inkorporirt werden sollte.

Dieser Bescheid wurde vorhergesehen, nachdem am 23. März die Entlassung des alten Ministeriums und die wahrscheinliche Zusammensetzung des neuen Ministeriums bekannt geworden war. Es galt daher, rasch zu handeln. Beseler eilte nach Kiel, wo die Bürgerschaft in der größten Aufregung war; der Graf Reventlow und der Prinz Friedrich von Augustenburg vereinigten sich mit ihm zu einer provisorischen Regierung, welcher später mehrere Mitglieder beitraten; das in Kiel garnisonirende Militär schloß sich sogleich an, am Morgen des 24. März überrumpelte der Prinz mit den Kieler Jägern und Studenten die Festung Rendsburg, welche, da das dort garnisonirende deutsche Militär die Regierung sofort anerkannte, mit allen Kassen und Kriegsvorräthen ohne Schwertschlag in Besitz genommen ward. Gleichzeitig erhob sich auch die Stadt Schleswig: sämmtliche Behörden in den Herzogthümern und das dort stationirte Militär schlossen sich der Bewegung an, und in zwei Tagen war ganz Schleswig-Holstein im Besitz der provisorischen Regierung.

Diese Revolution ist ohne einen Tropfen Blut zu vergießen, und ohne daß die innere Ruhe und Ordnung im Lande auch nur auf Einen Augenblick gestört ward, ohne alle Verletzung der persönlichen Rechte, selbst unserer Feinde, vollendet worden. Der Umstand, daß sich im Lande nur einheimische Truppen befanden, deren feindlich gesinnte Führe längst allen Einfluß verloren hatten, hat jeden Kampf zwischen dem Militär und dem Volke, das an andern Orten die ersten Schritte der Volkserhebung mit Blut gefärbt, vermieden; vielmehr haben die Soldaten es sofort erkannt, daß sie mit dem Volke stehen müßten, und daß der gemeinschaftliche Feind jenseit der Belte und der Königsau zu suchen sei. Eben darum, weil die dänische Regierung und ihre Truppen sich nicht unter uns befanden, ist aber nicht wie in Paris, Wien und in mehreren kleineren Staaten die Revolution mit Einem Schlage beendigt, und die Staatsregierung sofort zur Bewilligung der Forderungen des Volks genöthigt worden; sondern und der Revolution ist ein Krieg geworden, der bei der Uebermacht der Dänen zur See und der großen Erbitterung auf beiden Seiten längere Zeit dauern kann, und wahrscheinlich größere Opfer kosten wird, als ein schnell beendigter Barrikadenkampf.

Während nun die Zurüstungen zu dem jetzt bevorstehenden Kampfe mit einem Eifer und einer Aufopferung betrieben werden, welche die kühnsten Erwartungen übertreffen, während Tausende von freiwilligen Kämpfern von allen Seiten herbeieilen, findet gegen Wehrlose die größte Mäßigung Statt. Es wurde gegen Niemanden irgend eine Verletzung geübt; man hat nicht nur die dänischen Officiere ruhig abziehen lassen, sondern auch deren zurückgelassene Familien und Häuser unter besonderen Schutz gestellt; der Kammerherr Scheel und dessen Kreaturen haben bei ihrem Abzuge durchaus keine Hinderungen oder Störungen erfahren, und ihre Familien wohnen völlig unbelästigt in Schleswig, obgleich es bekannt ist, daß die in den deutschen Departements zu Kopenhagen angestellten Beamten sich nur mit Mühe haben aus der Hauptstadt retten können, und daß die Dänen, zum Theil von Bauernschaaren, die von Verdigern und dänischen Grenzbeamten geführt werden sollen, unterstützt, allerlei Exzesse verübt und eine Anzahl namhafter Personen hingeschleppt haben.

Die ganze innere Administration geht ihren ruhigen Gang fort, und nirgends hat der geringste Widerstand gegen die konstituirenden Behörden Statt gefunden. Die zum ersten Male für Schleswig-Holstein gemeinsam berufene Ständeversammlung hat ihre Sitzungen öffentlich gehalten und die wichtigsten Beschlüsse gefaßt. Die provisorische Regierung verfährt mit einer Sicherheit und Festigkeit, als wenn sie nicht erst seit 14 Tagen, sondern von je her die Zügel geführt hätte; sie versetzt Niemanden und hat nur diejenigen Beamten, welche offenbar verdächtig waren oder ihr Autorität nicht anerkennen wollten, entlassen.

Die neue Gestaltung unserer Verhältnisse ist jetzt schon zu weit vorgeschritten, als daß die Rückkehr zu der alten Ordnung der Dinge annoch möglich wäre. Die provisorische Regierung hat, von den Ständen unterstützt, die freisinnigen Institutionen ins Leben gerufen, welche Dänemark uns so lange vorenthalten hat: Preßfreiheit, Associationsfreiheit, Volksbewaffnung, Aufhebung des Jagdregals und der Kopfsteuer; der Antrag auf Schleswigs Aufnahme in den deutschen Bund, die Vereinigung des schleswig-holsteinischen Landtages sind die bereits gewonnenen Resultate. Diese haben wir ohne Schwertschlag gewonnen und werden sie gegen jeden Angriff von Norden her zu vertheidigen wissen.

Man mag wohl einen Augenblick gefürchtet haben, daß auch in Holstein radikale Principien auftauchen möchten; man hat mit Kommunismus, sogar mit Proklamirung der Republik gedroht; aber es hat sich ergeben, daß unsere Feinde den vergeblichen Versuch gemacht haben, Unruhigkeit unter uns zu stiften. Unser Volk ist viel zu besonnen, als daß es nicht einsehen sollte, wie die Kieler Alles, was nur in ihrer Macht stand, gethan hat, um freisinnige Institutionen zu begründen und vorzubereiten.

Das Erste, was und jetzt Noth thut, ist die förmliche Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund; sobald diese geschehen, ist der schleswig-holsteinische Staat vollständig konstituirt; dann gibt es kein Herzogthum Schleswig, kein Herzogthum Holstein mehr, sondern nur Ein vereinigtes Schleswig-Holstein; dann ist jede Schranke zwischen beiden Herzogthümern gefallen, und die Schleswiger sind, was sie längst dem Herzen und der Gesinnung nach waren, auch dem Namen und der politischen Stellung nach Deutsche. Sobald Schleswigs Aufnahme in den deutschen Bund stattgefunden hat, ist unserer Sache der Sieg gewonnen. Der Beschluß der deutschen Bundesversammlung über die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund ist uns mehr werth, als eine gewonnene Schlacht.

Nur Ein Schatten trübt das heitere Bild unserer Erhebung: die feindliche Stimmung einzelner Gegner im Norden Schleswigs und die Verrätherei einzelner Individuen; bedenkt man aber, wie systematisch die Demoralisation der nördlichen Bevölkerung von der dänischen Staatsregierung und Propaganda betrieben ist, welche jesuitischen Kunstgriffe namentlich die dänischen Prediger angewandt haben, um das Volk in Rohheit und politischer Unwissenheit zu erhalten, und welche Mittel der dänischen Regierung bisher zu Gebot gestanden haben, um die Einzelnen zu gewinnen, so darf es uns kaum wundern, daß diese Verführungskünste nicht ohne Erfolg geblieben sind. Wenn das Land erst vom Feinde befreit ist, werden auch jene Distrikte ihren wahren Vortheil erkennen, und sollte ihre Verblendung so weit gehen, daß sie dennoch ihre Verbindung mit Holstein aufgeben und sich Dänemark anschließen wollen, so wird man sie lieber fahren lassen, als solche widerstrebende Momente in den schleswig-holsteinischen Staat aufnehmen.

Nachdem die Sachen so weit gekommen sind, scheint jetzt der gänzliche Bruch mit Dänemark unvermeidlich. Wenn der König die Forderungen der schleswig-holsteinischen Deputation bewilligt hätte, so wäre die einstweilige Fortdauer der Personalunion möglich gewesen; ob sie es noch ist, möchten wir sehr bezweifeln. Schleswig-Holstein hat

Google

die Erfahrung gemacht, daß, so lange die Staatsregierung in Kopenhagen ihren Sitz hat, daß der Wille des Königs nicht frei ist, daß er unter dem Einfluß derjenigen Partei steht, welche das Volk der dänischen Hauptstadt für sich zu gewinnen weiß, daß, nachdem der König vermocht worden ist, das erst am 28. Januar erlassene Verfassungsgesetzbuch schon am 24. März zu annulliren, auf die Versprechungen und Zusagen des Königs, wenn er sich in Dänemark befindet, nicht zu bauen ist, daß also, so lange dieses Verhältniß stattfindet, an einen gesicherten Friedenszustand nicht zu denken ist.

**Würtenberg.** δ Stuttgart, 12. April. Wir haben zwei höchst unruhige Tage verlebt, allein wir bedauern sie nicht. Die Erfahrung ist von Werth, und die feste, einheilige Ansicht der gesammten Bürgerschaft Stuttgarts hat einen moralischen Sieg erfochten, welchen den Unruhestiftern hier und im ganzen Lande die augenscheinliche Lehre gegeben hat, daß — wie Stuttgarts Bevölkerung die seelhinige Neugestaltung des engeren und des größeren Vaterlandes will, sie nicht erst seit der Pariser Februarrevolution, sondern seit 20 Jahren mit frischem Muthe dafür streitet — so auch die weitaus überwiegende Masse der Bevölkerung dieser dritten Hauptstadt von ganz Süddeutschland mit allem Ernst nur die gesetzliche Reform will und die Ordnung kraftvoll zu handhaben weiß. Um nicht zu wiederholen, was die öffentlichen Blätter bringen, will ich nur in Kürze die Vorgänge der beiden letzten Tage zusammenfassen und einige Incidenzpunkte hervorheben. Arbeiterversammlungen, in welchen zwar nicht die Republik „proklamirt", wie ein bei den letzten Wahlen mehrfach durchgefallener Fabrikant Namens Rau aus Gaildorf öffentlich die beruhigende Zusage gab, bei denen aber, wie Rau selbst in der großen Versammlung des Bürgermuseums aussprach, den Arbeitern die „großen Vortheile" der Republik auseinandergesetzt wurden, sodann angeblich ohne weitliche Versuche, das Militär zur extremen Seite hinüberzuziehen und glauben zu machen, durch den neuerdings abgelegten Verfassungseid sei es der Bande der Disciplin und der Subordination entledigt und dergleichen Dinge mehr, hatten die Bürger in der letzten Zeit sehr erbittert, und der anfänglich still kimmende Mißmuth darüber, wie die nächtlichen Unruhen auf den Straßen, welche natürlich und nothwendig die ohnehin schon so erdrückende Kredit- und Arbeitslosigkeit nur noch vermehrten, wurde immer lauter und mächtiger. Als nun vergangenen Sonnabend die Bürger zusammen kamen, um das lokalkomitée für die Wahl der Stuttgarter Stände und Parlamente zu wählen, machte sich dieser Unmuth so kräftig laut, daß nicht nur die angekündigene Erklärung gegen die Republik mit Tausenden von Unterschriften bedeckt wurde, was ganz in Ordnung war, sondern daß auch auf die Frage des Vorsitzenden (Mueschel), ob Niemand dagegen das Wort nehmen wollte, einige Stimmen höhnisch „den Rau von Gaildorf" aufriefen, welcher dann moralisch genöthigt, das Wort ergriff, aber vielfach von höchst unpassenden Zurufen: „Hinaus mit ihm" unterbrochen wurde, als ihm die Mehrzahl der Versammlung, besonnene und wahre freiheitliebende Männer, durch den Ruf: „Redefreiheit" zum Wort verhalf. Jener Abend war eine Niederlage der republikanischen Partei. Vorgestern Abend aber, wo — nach den Beschlüssen der Göppinger Volksversammlung — das Centralkomitee des Vaterlandes voraus gewählt werden sollte, wobei natürlich nicht bloß Stuttgarter Einwohner, sondern alle stimmberechtigten (d. h. über 20 Jahre alten) Würtemberger zugelassen waren, wollte die äußerste Partei ihre Revanche holen. Zu diesem Ende hatte der sogenannte „demokratische Klub" alle seine Hilfstruppen aufgeboten. Die Bürger und die ihnen Gleichgesinnten aber hatten sich mindestens in gleicher Zahl eingestellt. Die Reden gingen ruhig vorüber, sie wurden sämmtlich von Mitgliedern des Klubs gehalten. Manche sprachen gut, Einiges klang verführlich, Manches war die Wahrheit und fand eine gute Stelle. Die Verführung schien angebahnt, selbst mit dem Vorstande des Klubs, Dr. Scherr, gegen welchen die Bürgerschaft wegen eines Artikels in hiesigen Blättern sonst schlimm zu sprechen war. Nun sollte zur Wahl geschritten werden. Die Zitterer des demokratischen Klubs wollten, nach zurvielerhand Vorschlägen, durch Händraufheben das Centralkomitée des Vaterlandes wählen lassen, die Bürger verlangten förmliche Abstimmung. Da nun bei der ungeheuren Menschenmenge, welche selbst die Vorsäle und die Straße füllten, eine Abstimmung durch Händeaufheben im Saale offenbar unthunlich war und selbst die außen stehenden Arbeiter erbittert hätte, so machte ein Mitglied des demokratischen Klubs, Dr. Zimmermann, den Vorschlag, hinaus ins Freie zu ziehen. In dunkler Nacht wäre das, nach der Besorchung der Bürger, die alsbaldige Veranlassung zu einer Emeute geworden, welche ohnehin auf den Abend prophezeit war; sie widersetzten sich also mit Kraft. Schon war man übereingekommen, die Frage, ob schriftlich, ob durch Händeaufheben zu wählen, den folgenden Tag, Mittags 2 Uhr auf einem freien Platz der Stadt zu entscheiden, als unglücklicher Weise ein gegenwärtiger Zimmermann zum Schluß noch erwähnte, es sei ein Untersuchter der hiesigen Besatzung arretiert und in Untersuchung genommen worden, weil er eine Bettlein seiner Kameraden verkauft und übergeben habe. Nun war's nicht mehr zu halten. Hunderte, zu Tausende stürzten auf die Hauptwache, wo jener Unteroffizier gefangen sein sollte, und verlangten mit drohenden Worten und Schreien die alsbaldige Freilassung desselben. Die Militärbehörden, welche vor der deutschlichtigen Demonstration Kunde gehabt haben mußten, hatten aber jenen Untersuchten schon Abends 6 Uhr auf Hohenasperg abführen lassen. Daß die Hauptwache gestürmt worden sei, wie der heutige „schwäbische Merkur" berichtete, und worunter wohl Jeder verstehen wird, das Volk sei in dieselbe eingebrochen und habe sie erobert, ist durchaus unrichtig, und wenn dieses Blatt weiblich so kluge Miene annahm, als Ihr Korrespondent von einem durch Tausende von Menschen verbreiteten und behaupteten Gerüchte über das Anzünden entfernter Meckelschlösser durch die Bauern) berichtete, so sollte es selbst in der Wahl seiner Ausdrücke vorsichtiger sein, wenn es sich von einem Vorfall in hiesiger Stadt handelt. Nach langem feuchtlosem Toben, nachdem Staatsrath Römer die Verschreiung gegeben hatte, die Unterschuung solle rasch vorgenommen, und wenn Gattermicht, so heißt der Verhaftete, unschuldig sei, derselbe ungesäumt freigelassen werden, nachdem General Graf Wilhelm von Würtemberg seiner Angabe nach das Gleiche, der Behauptung vieler Personen aus der Masse nach aber die unbedingte Freigebung und zwar bis zum andern Tag Mittags 12 Uhr zugesagt hatte, nachdem die bürgerlichen Scharfschützen ausgerückt waren, legte sich endlich der Tumult. Nun zogen gestern die Bürger und ihre Vertrauensmänner unter Anführung der hiesigen Weingärtner, welche mit großer Energie für Ordnung Gesetz und Monarchie sich aussprachen, in unabsehbarem Zug vom Bürgerhause auf den Wilhelmsplatz. Dort waren die Anhänger des demokratischen Klubs bereits aufgestellt, offenbar die Minorität. Nach einigen Debattiren gaben die Führer des demokratischen Klubs zu, daß schriftlich abgestimmt werde, und Alles zog friedlich ab. Allein als die Fahne des genannten Klubs wieder eingebracht werden sollte, erschell aus der Masse die Erinnerung, daß „Gatternicht" noch nicht frei sei. Drohungen und Stimmfrenzte gegen den Grafen Wilhelm wurden laut; Staatsrath Römer begab sich wieder unter die Menge, um ihr vorzustellen, wie Graf Wilhelm nicht vom Gesetz entbinden könne, wenn er auch je wirklich die Freilassung versprochen habe, daß das Gesetz geachtet werden müsse, das Militär zwar an der Abstimmungsurnen stehen werde, aber nicht um seiner Eigenschaft als Militär willen dasein dürfte, daß Gatternicht sich auch sonst gegen seine Obern vergangen w. s. w. Aber alles Zureden half Nichts. Auf der Königsstraße wurde Graf Wilhelm von einem Haufen angehalten, seinem Pferde in die Zügel gegriffen und er stark apostrophirt. Auf den Abend war ein heftiger Ausbruch zu erwarten. Zwar hatten auch die Führer des demokratischen Klubs durch Wort und Rede gestern Nachmittag noch ernst und kräftig den Ungesetzlichkeit, Gewalt und Emeute abgemahnt, aber zum großen Theil fand selbst ihre Rede wenig Gehör. Da bedeckte sich gegen Abend die Stadt mit Tausenden von bewaffneten Bürgern, und auch die Weingärtner rückten aus. Auf jede 5 Minuten traf man starke Bürgerpatrouillen, an allen Plätzen Massen bewaffneter Bürger: alle seh entschlossen und mit dem laut ausgesprochenen Willen jeder Unordnung alsbald mit aller Kraft und selbst mit Anwendung der Gewalt entgegen zu treten. Alles war besetzt — nur das Schloß blieb, offenbar auf Befehl, ohne allen außerordentlichen Schutz. Der König war Mittags mit lebhaftem „Lebehoch" empfangen worden. Einiger Unfug fiel wohl vor, aber sicherer vor Unruhe war Stuttgart nie. Tausende seiner Bürger wachten, gesetzlich berufen zur Erhaltung des Gesetzes. Leider fallen einige Verwundungen vorgekommen sein. Die Weingärtner, die freilich nicht eben zarte Fäuste haben, waren höchst aufgebracht gegen die „Krawaller", die „Nichts schaffen wollten", während sie, die Weingärtner, täglich 16 Stunden arbeiten. Der Ausfauf hat, was höchst zu beklagen ist, die beiden Parteien ganz auseinander gebracht. Von den bürgerlichen Stimmzetteln verschwanden die gestern noch brantragten Namen aus dem demokratischen Klub, kaum sogar die bewährten treuen Volksmänner, welche nur manchmal den Klub besuchten, immer mehr. Das Ergebniß der Abstimmung wird vor morgen nicht bekannt werden. — Heute Nacht finden wieder die gleichen Vorkehrungen von Seite der bewaffneten Bürger Statt, wie gestern.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Wassermann in Mannheim. — Druck von H. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cramer u. Kimp., 79 Newgate Street in London, Pfälzerfranzösisch, Spanien, Portugal u. Amerika bei Hrn. Cramer in Amsterdam

dem Schauplatz fern halten wollte, jeden bewaffneten Eingriff auf das deutsche Gebiet abzuwehren, jede Handreichung und Verbindung der Emigrantenschaaren mit den Czwyerern auf dem Schwarzwald zu hemmen wissen; daß dieser letzte Versuch gemacht werden wird, liegt in der Natur der Sache und ist durch den neuesten Nachrichten aus dem Elsaß und der Schweiz nicht mehr zu beweiseln.

Bei dieser günstigsten Wendung der Dinge würde sich unsere Hoffnung gern beruhigen, wenn nicht die schwere Krisis dieser Zeiten die furchtbare Verantwortlichkeit, die auf den Führern und Verführern liegt doppelt erhöhte. Während ganz Deutschland eifrig bemüht ist, die Wahlen zu der Versammlung vorzubereiten, die „einzig und allein“ über unsre künftige Verfassung entscheiden soll, und wir einem großen Augenblick entgegengehen, der die Wunden von Jahrhunderten heilen kann und soll, greift man mit brutaler Faust in die natürliche und gesetzliche Entwicklung unserer Geschicke ein und stellt dem deutschen Volke eine Staatsform gewaltsam aufzudringen, über deren Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit das Volk allein zu entscheiden hat. Während im Norden der Krieg schon ausgebrochen ist und wie die ersten Ereignisse beweisen der ganzen und einmüthigen Unterstützung Deutschlands bedarf, während im Osten unsre deutschen Brüder in Posen und Preußen in ihrer nationalen Existenz bedrängt sind und im Süden wälsche Freischaaren das deutsche Land bedrohen, wirft man und in die ungewisse Krisis eines innern Kampfes hinein, greift man zu den Waffen nicht um das bedrohte Vaterland zu schützen, nein um in der allgemeinen Noth den Plänen einer Faktion, die nur einen kleinen Bruchtheil des Volkes ausmacht, zum Sieg zu verhelfen. Während wir an den Folgen unserer Noth noch krank sind, beschwört man unser bedrängtes Vaterland einen Bürgerkrieg herein, der im äußersten Falle Wohlstand, Bildung und Gesittung Aller auf lange Zeit zerstören kann, drängt man das verführte Volk in eine Sackgasse hinein, wo es nicht die versprochene Erleichterung, sondern nur eine neue größere Noth zu finden vermag.

Unser bedrängtes Vaterland hat fürwahr Verlegenheiten und Gefahren genug zu überwinden; man braucht ihm mit frevelhaftem Leichtsinn nicht neue zu bereiten. Wie? wenn die Empörung in Baden einen größern Anlauf nähme und die südwestliche Ecke Deutschlands zu der Fahne Heckers und Struves schwören würde, aber wie sicher vorauszusehen, das ganze übrige Deutschland empört darüber, daß man ihm das freiste und schwere Werk der innern Reform rebellisch stören will, seine Waffen gegen uns kehrte, um die Wiederherstellung auf dem Schwarzwald gewaltsam zu erdrücken — welch' eine Zukunft stände uns dann bevor, was würden dann die Sichern und Sorglosen sagen, wenn statt des einen achten Armeekorps sechs andere am Rhein erschienen, um nicht eine schmachvolle Rückkehr der Rheinbundszeit geschehen zu lassen? Oder wenn diese Wendung der Dinge oder auch nur die bewaffnete Abwehr deutscher Freischaaren an der Grenze von derjenigen Partei in Frankreich benützt würde, welche offenkundig der belgischen und der savoyischen Legion Waffen gegeben hat, wenn Lamartine trotz aller friedfertigen und poetischen Ergießungen über den Weltfrieden geschehen lassen müßte, daß diese Partei ihre nur vertagten, nicht aufgegebenen Gelüste auf die Waffen gestützt machte und sich als Schützerin einer ebenfeindlichen Republik aufwürfe — wie dann?! Würde nicht der ganze Fluch des Landesverrathe und seine Folgen diejenigen treffen müssen, die uns im Augenblick, wo Oesterreich durch Italien gelähmt, Preußen durch Polen und Dänemark beschäftigt ist, auch noch die unerbetene Hilfe Frankreichs an den Rhein geholt und zu den drohenden Kämpfen im Norden, Osten und Süden auch noch die schlimmste aller Verwicklungen im Westen bereitet haben?

Auch wenn der schlimmste Ausgang abzuwenden wäre, die wichtigste Lebensfrage unsrer Gegenwart, die vollständige innere Reform, würde dann in diesem Zusammengreifen der verschiedensten Verwicklungen auf lange Zeit hinaus vertagt werden; wie wollte die konstituirende Versammlung am Main das große Werk der Freiheit und Einheit begründen, wenn am Rhein ein Bürgerkrieg entzündet, an der Eider, an der Weichsel, an der Etsch die nationalen Grenzen bedroht wären? Dann erst würde eine neue Zeit der Hoffnungen erstehen für die jetzt gebeugte Reaktion; die harten Tage des innern und äußern Krieges, eine an Opfern reiche, an Erfolgen arme Zeit getäuschter Hoffnungen würden ihr das Volk so in die Hände liefern, wie jede Nation, auch die erregteste, in den bittern Prüfungsstunden der Anarchie werden muß. Wir müßten dann nach langem mühevollen Umweg unsern Kampf gegen die reaktionäre Politik da wieder anknüpfen, wo wir ihn vor wenig Wochen erst ausgetragt haben; denn nie wird irgend eine Partei einen mißglückten „Putsch“ und innere Zerwürfnisse so reichlich auszubeuten wissen, wie eben die Reaktion.

**Oesterreich.** Aus Wien schreibt man der Allg. Z.: Erzherzog Johann wird wohl schwerlich vor dem Monat Mai nach Frankfurt kommen, da die militärischen Verhältnisse in Tirol für die nächsten Wochen dort seine ganze Thätigkeit in Anspruch nehmen dürften. — Ein Marineoffizier, mit dem ich heute sprach, fürchtet einen der räthselhaften Abfall der österreichischen Kriegsschiffe, wenn man nicht einen namhaften Theil der italienisch gesinnten Offiziere entfernt.

Briefe aus Botzen vom 10. April, welche der Redaktion der Allg. Z. zugegangen sind, melden kriegerische Rüstungen der tapfern Bewohner (im Vintschgau, Burggrafenamt, Passeyer ꝛc.), die eine kräftige Vertheidigungslinie vom Münsterthale und der Stilfser-Jochstraße bis Deutschmetz herstellen und einen verläßlichen Wall gegen italienische Freischaaren bilden.

Aus Prag schreibt man der „Oesterreich. Zeitung“: „Mit aller ihrer Klugheit haben die Deutschen sich die Tschechen über den Kopf wachsen lassen, und diese gewinnen immer mehr Boden. Die Furcht vor einer Bartholomäusnacht hat sich hier der Deutschen im höchsten Grade bemächtigt. Kein Mensch dürfte es hier wagen, die deutschen Farben zu tragen! Und doch ist mehr als die Hälfte des Grundbesitzes in den Händen der Deutschen; Handel, Industrie, Intelligenz in Böhmen sind ganz deutsch!“

Die neueste Nummer der Allg. preuß. Zeit. bringt eine Bekanntmachung, wornach Generalmajor v. Willisen ein Abkommen mit den bewaffneten Versammlungen in Posen wirklich getroffen hat. Das Aktenstück ist von Posen den 12. d. datirt.

* Wir erhalten aus Westpreußen täglich die dringendsten Reklamationen, auf Thatsachen und Aktenstücke gestützt, die uns beweisen, daß es dort allen Ernstes gilt, die deutsche Bevölkerung und ihr gutes Recht gegenüber frechen Umtrieben und unberechtigten Uebergriffen zu vertreten. Wir können nicht Alles mittheilen, was uns seit wenigen Tagen von dorther zugekommen ist (es ist ein ganzer Stoß Briefe, Zeitungen, Proklamationen u. s. w.), aber wir wollen wenigstens einiges Wesentliche und Thatsächliche daraus hervorheben. Schon am 30. März fand eine Volksversammlung in Culmsee Statt, wo ein Redner auftrat und berichtete, Hr. v. Suloxzycki aus Piontkowo habe in einer öffentlichen Versammlung zu Briesen mitgetheilt, daß das Großherzogthum Posen an die freien Polen vom preuß. Gouvernement abgetreten sei; daß sich eine provis. Regierung in Posen gebildet habe; daß das preußische Militär im Großherzogthum sämmtlich in daß Fort Bintarp zurückgezogen werde; und endlich, daß er (v. Sulorzycki) zum Direktor eines Generalcomités von der prov. Regierung ernannt sei, um den Aufstand gegen Rußland zu organisiren, und die ganze Provinz Westpreußen mit Einschluß von Elbing und Danzig auf diplomatischem (?) Wege zu dem zu bildenden Königreich Polen hinzuzubringen. Mitglieder dieses Komités wären unter Andern die Herren Tulodzezki, Cijanowski und Zakrocki. Zum Schluß zeigte Hr. Petersen an, daß den 5. April d. J. eine Volksversammlung der Polen in Culm sein würde, zu der Hr. v. Sulorzycki auch die Deutschen eingeladen hätte.

Die Stimmung der Anwesenden sprach sich unzweideutig darin aus, daß auf die Ansprache eines Redners die ganze Versammlung laut erklärte, wir wollen nicht Polen werden, wir wollen Deutsche bleiben, Deutsche für immer! Noch energischer machte sich diese Stimmung geltend, als sich später ausfindete, daß jene ganze Reihe von Behauptungen des Sulorzycki — Lügen waren; Lügen, die aber auch auf andern Versammlungen polnischer Konföderirten eine Wiederholung fanden. Verschiedene Proklamationen, in polnischer und deutscher Sprache abgefaßt, gaben den verschiedenen Stimmungen einen Ausdruck; während die poln. Ultras ihr maßloses Wesen dis zum Aeußersten trieben und in öffentlichen Aktenstücken die plumpste Lüge als Waffe nicht verschmähten, sprachen andere ihrer Landsleute*) milder und versöhnlicher, riethen zum Frieden und erinnerten an die kaum erst gefeierte Verbrüderung zwischen Deutschen und Polen. Von Thorn aus erließ aber das deutsche Komité einen Aufruf, worin es an die Opfer erinnert, wodurch die deutschen Vorfahren dies Land errangen und die Erklärung abgibt: Unser gutes deutsches Recht werden wir und müssen wir jedem Angriffe gegenüber, von woher er auch kommen möge, wahren und vertheidigen. Unser Geschick knüpft sich an das unserer deutschen Brüder im Westen; darum gemeinsames Handeln mit ihnen. Eine Absonderung von ihnen wäre ein Verrath an unserer Mutter, dem deutschen Vaterlande, wäre ein Schmach, die wir über unsere deutschen Vorfahren und uns brächten, wäre ein Schimpf, der uns aus-

*) S. „die polnischen an die deutschen Brüder“ unterz. von Samplawski, Sokowski, Djalowski, v. Rybinski, datirt von Graudenz, 31. März.

Digitized by Google

stoßen würde aus der Verbrüderung der civilisirten und freien Völker. Darum Ihr, polnische Brüder, seid besonnen; trübet nicht das Vertrauen, welches unsere deutschen Brüder in Berlin Euch bewiesen haben und das wir von ganzem Herzen theilen, durch Uebergriffe gegen unsere Nationalität im Ringen für die Eurige. Wir wollen und werden uns nie von unseren deutschen Brüdern widernatürlicher Weise losſagen. Nur so kann unser Bruderbund bestehen und zu einem für Euch, wie für uns gedeihlichen Ziele führen.

In demselben Sinne äußerte sich das in Culmsee ernannte Komité, es entsendete drei seiner Mitglieder an den Chef der polnischen Bewaffnung in Westpreußen und forderte denselben auf, eine von den Polen auf den 5. April in Culm angesagte Versammlung abzusagen. Polnischer Seits war nämlich sofort nach Abhaltung der Briesener Versammlung mit der Werbung und Bewaffnung polnischer Truppen der Anfang gemacht. Dadurch nicht minder, wie durch die Polnischerseits erhobenen Ansprüche auf Westpreußen war die polnische sowohl, als vorzugsweise die deutsche Bevölkerung auf das Heftigste erregt, und man befürgte um so mehr einen Konflikt beider in Culm, als allgemein, namentlich unter der Masse der Bevölkerung, die Meinung verbreitet war, daß die Polen gegen die in Westpreußen wohnenden Deutschen rüsteten. Auf die Vorschläge der Abgeordneten des in Culmsee erwähnten Komitées, namentlich die Aufhebung der Versammlung in Culm, ging das polnische Komité ein und versicherte wiederholt, daß die polnischen Rüstungen allein den Russen, nicht aber den Deutschen gelten, denen sie vielmehr in jeder Weise zur Erhaltung der Ruhe und der in Westpreußen bestehenden Ordnung der Dinge behilflich sein, ihre Ansprüche auf Westpreußen aber nur auf friedlichem Wege verfolgen wollten.

Daß die deutsche Bevölkerung sich dabei nicht beruhigte, läßt sich denken; die Agitation in allen Städten Westpreußens dauerte fort, wenn sie auch zunächst kein anderes Ziel hatte, als das gute Recht der deutschen Nationalität daselbst zu schützen. Von Bromberg, von Thorn, von Graudenz, von Marienwerder erglngen Proklamationen an die Deutschen in Westpreußen; Zeitungen und Flugblätter wiederholten laut und energisch das Programm der dortigen Bevölkerung: keine Beeinträchtigung der deutschen Nationalität! Eine Versammlung zu Graudenz, die am 1. April stattfand, erließ ein Manifest, worin es heißt:

1) Westpreußen ist den längst untergegangenen Ureinwohnern mit deutschem Blute abgerungen worden, Deutsche haben es besiedelt, deutscher Fleiß hat es angebaut, Deutsche sind noch heute die bei Weitem überwiegende Mehrzahl seiner Bevölkerung. Westpreußen ist stets ein deutsches Land gewesen und hat nur in Folge innerer Zerwürfnisse eine Zeit hindurch unter polnischem Schutz gestanden. 2) Westpreußen hat die jetzige Erhebung Deutschlands und seine Vereinigung zu einem mächtigen Deutschen Reiche mit Jubel begrüßt und schließt sich der neuen deutschen Zukunft mit Begeisterung an. 3) Wir Bewohner Westpreußens achten die Nationalität, wir erkennen an, wo unter uns wohnenden Mitbürgern polnischer Zunge gern die Bruderhand und würden ein nachbarliches freies Polen freudig begrüßen. 4) Wir Bewohner Westpreußens protestiren feierlichst dagegen, daß wir, wie polnische Stimmen sich haben vernehmen lassen, von dem deutschen Gesammtvaterlande getrennt und mit Polen vereinigt werden. Wir werden niemals dulden, daß auch nur eine Handbreit Landes unserer Provinz entrissen werde, wir werden aufs Entschiedenste, und wenn es nöthig werden sollte, mit den Waffen in der Hand solchen Zumuthungen begegnen. 5) Wir Unterzeichnete haben aus unserer Mitte einen Ausschuß gewählt, der die Ereignisse zu überwachen hat und dem wir die Vollmacht übertragen, alle Schritte zu thun, um sie in diesem Manifeste ausgedrückten Erklärungen zur Geltung zu bringen. (Eine Erklärung der Bewohner des Netzdistrikts lassen wir unten folgen.) Auch die Deutschen in Posen blieben nicht unthätig; sie erinnerten an ihre Zahl, an ihr gutes Recht, an die schlimmen Zeiten der polnischen Adelsherrschaft, an die Abneigung, womit der Bürger und Bauer in Posen jeder Rückkehr dieser Herrschaft entgegensehe. Flugschriften, zum Theil in sehr scharfem Tone, legten dies ganze Verhältniß des Weitern auseinander und klagten die deutsche Presse bitter der Theilnahmslosigkeit, ja der Parteilichkeit für die Polen an. Wir hoffen, die deutsche Presse wird bei allem Gefühle des Unrechts, das an Polen begangen worden, bei aller Sympathie für die Berechtigung der polnischen Nationalität nicht ihre Wiedergeburt damit beginnen, daß sie in den eigenen Eingeweiden wühle. Soviel ist klar, daß die Polen selbst jetzt wie früher die schlimmsten Feinde ihrer eigenen Sache sind, und daß das Treiben ihrer Ultras die Wiederherstellung Polens schon jetzt viel schwieriger gemacht hat, als es sie vor wenig Wochen noch war. Die Darstellung unserer Berliner ** Korrespondenten, die wir in der heutigen Beilage mittheilen, ist in dieser Hinsicht sehr belehrend.

Vorstellung der Bewohner des Netzdistrikts. Durch die Kabinetsorder vom 24. v. M. ist auf Antrag einer polnischen Deputation aus Posen die Reorganisation des Großherzogthums Posen nachgegeben worden und zu dem Behuf ein königlicher Immediatkommissarius, jetzt der Generalmajor v. Willisen, nach Posen entsendet, um die Reorganisation im Interesse jener polnischen Deputation herbeizuführen. Bei der Kundwerdung dieses königlichen Befehls erkannte ein Gefühl der Entrüstung durch alle deutschen Kreise des Großherzogthums Posen. Also um ein vermeintliches Unrecht der Vergangenheit wieder gut zu machen, will man uns, die jetzigen Bewohner der deutschen Kreise des Großherzogthums, unzählige einer fremden Willkürherrschaft unterwerfen? will man uns und den Intriguen einer dem Staate noch niemals treu gewesenen Partei hinopfern? — Solche Schmach wäre unerhört in der Geschichte. Sie würde Rache schreien weit hinein in die fernsten Jahrhunderte! — Lasse man abstimmen Mann für Mann, Ort für Ort im Großherzogthum, und das durch falsche Nachrichten irre geleitete Deutschland wird zu seinem Erstaunen inne werden, daß nur wenige — und Gott sei es gelagt! was für Stimmen sich für eine polnische Reorganisation des Großherzogthums aussprechen werden. Hat man denn erwogen, was das sagen will, eine polnische Reorganisation?! Die Macht will man in Hände legen, die sich in den letzten Wochen unter der Verspiegelung von Bruderliebe, mit Lüge, Fälschung, Heuchelei, Verrath und Bestechung besudelt haben? Achtung soll uns eine solche Regierung einflößen, deren Hauptaufgabe war, durch räuberische Banden, Ordnung und Ruhe zu stören, unsere Farben zu beschimpfen, unsere Wappen zu zerbrechen, friedliche Bürger mit Gewalt ihres Eigenthums zu berauben, durch Androhung von Todesstrafen sich Kämpfer für ihre mit dem Namen Freiheit beschönigten Umtriebe zu verschaffen? Ja wohl; diese Mittel waren das Gras für Polens Freiheit; und wir trauern mit den besser Gesinnten unter ihnen über das Verderbniß der Leiter dieses entsetzlichen Unglücks. Wir sind mit Abscheu erfüllt gegen den uns angebotenen gegenseitigen Vernichtungskampf. Uns warum der Kampf gegen uns Deutsche, die wir uns gegen die Polen stets als Brüder betrugen; die wir sie mit Wohlthaten überschütteten, deren sie, so weit die Geschichte reicht, unter der eigenen Regierung niemals theilhaftig geworden sind? Waren wir denn je Unterdrücker der Polen? Uebten sie nicht mit uns ganz gleiche Rechte? Und wie? gibt es etwa hier ein polnisches, den Polen widerrechtlich entrissenes Reich? Der Boden ist und bleibt neutral, war ihn bewohnt und bebaut mit eigner Kraft, der ist sein Herr! Völker haben zeit zu berathen über ihre Staatsformen, und dieses Recht wollen auch wir und nicht nehmen lassen. Ja, wir erklären hier feierlichst unter Gottes freiem Himmel, wenn man diese unsere göttlichen Rechte nicht achten sollte, daß wir im Vertrauen auf unsere edle, gerechte Sache fest entschlossen sind, mit dem Kampf selbst auszudehnen. Wehe Deutschland, wenn es uns hindernd sein sollte in unserm gerechten Streite, wenn es sich nicht annehmen sollte der bedrängten deutschen Brüder, die es nicht gestatten wollen, daß man sie losreiße vom heißgeliebten deutschen Vaterlande. Indem wir als freie, deutsche Männer diese unsere Willensmeinung Einem hohen Staatsministerium gegenüber frei und offen aussprechen, verlangen wir, daß der allgemeine deutsche Landtag von diesem unserm Volkswillen sofort in Kenntniß gesetzt werde. Deutschland scheint — in Folge der Umtriebe der entgegengesetzten Partei — ganz im Unklaren zu sein über unsere Verhältnisse. Wir sind die Bewohner des Netzdistrikts, eines uralt deutschen Distrikts, der nur eine Zeit lang unter polnischem Scepter stand und bereits seit dem Jahre 1772 mit Preußen vereinigt ist. Nur zu unserm Bedauern wurde derselbe im Jahre 1815 zur besseren Abrundung des neu errichteten Großherzogthums Posen zu diesem geschlagen. Durch deutsche Kraft, durch deutsche Arbeit, durch deutschen Fleiß sind die zu altpolnischer Zeit vorgefundenen Einöden bebaut, die Sümpfe getrocknet, die Wälder gelichtet und die vormals wüsten Landstriche in den jetzt blühenden Zustand versetzt worden. Deutsche haben erst vor etwa 60 Jahren die Kolonien längs der Netze angelegt, die meilenlangen Bruchflächen dort in Wiesen umgewandelt, die zerstörten Städte und Dörfer wiederhergestellt und bevölkert, Straßen und Kanäle gebaut und überall deutschen Kunstfleiß zur Geltung gebracht. Der Bewohnerin nach sind wir Deutsche die überwiegend größere Mehrzahl. Darum sprechen wir es hier im Angesichte von Europa laut und feierlich aus: 1) daß wir die in Posen zusammengetretene Kommission, mit Einschluß des k. Immediatkommissarius, zur nationalen Reorganisation des Großherzogthums Posen für inkompetent und im Voraus alle ihre Beschlüsse für null und nichtig erklären müssen, da diese Kommission von

Digitized by Google

der Gesammtbevölkerung mit keinerlei Vortheil verboten werden ist; 2) daß wir diese Kommission namentlich für inkompetent erachten, sich in die Verwaltung des Regbzirks irgendwie zu mischen; vielmehr sind wir fest entschlossen, schlimmsten Falls eine solche Einmischung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zurückzuweisen; 3) daß wir, die Bewohner des Regbzirks, nicht mehr zum Großherzogthum Posen gehören wollen und daher verlangen, die dazu gehörigen Kreise Bromberg, Wirsitz, Czarnikau, Znin, Mogilno und Wongrowitz vom Großherzogthum Posen abzutrennen und der Provinz Preußen einzuverleiben; da wir fortan mit dem Königreiche Preußen dem gesammten deutschen Bunde angehören wollen; 4) daß, um den möglichen Gräueln eines Bürgerkrieges vorzubeugen, wir das bestimmte Verlangen stellen müssen, diese Abtrennung sofort provisorisch eintreten zu lassen. Damit übrigens über unsere deutsche Gesinnung in Betreff der an Schlesien und die Neumark angrenzenden deutschen Kreise des Großherzogthums Posen kein Zweifel obwalte, so erklären wir hiemit auf das Feierlichste, daß wir unsere deutschen Brüder in jenen Kreisen durch jene unglückliche Reorganisationsmaßregel nicht der Vernichtung Preis geben lassen, sondern mit Gut und Blut bei ihnen stehen und — wenn sie unsere Hilfe ansprechen — ihre deutsche Sache zu der unsrigen machen werden. Wir, der preußischen Staatsregierung und unserm edlen Könige mit der unverbrüchlichsten Treue ergebene deutsche und deutsch gesinnte Bewohner des Regbzirks, beschwören Ein hohes Staatsministerium, bei Preußens Ehre und Preußens Ruhm, unsere gerechte Sache dahin kräftigst zu vertreten, daß „ohne Zeitverlust die Verwaltung des Regbezirks von der des Großherzogthums Posen abgetrennt und provisorisch dem Regierungspräsidium in Bromberg übertragen werde." Wir müssen die allergrößte Beschleunigung beantragen, damit kein Bürgerblut vergossen werde und der Ruf nicht ertöne unter den sich kreuzenden Waffen: „Es ist zu spät!" Bromberg, den 9. April 1848. Die Bewohner des Regbezirks. (Unterschriften.)

**Köln**, 13. April. Die Köln. Z. berichtet: Unter der hiesigen Bürgerschaft ist folgende Adresse an den bad. Landtagsabgeordneten Matty in Umlauf, welche bereits zahlreiche Unterschriften trägt und ehestens an den Ort ihrer Bestimmung abgeht: Verehrter Mann! Wir unterzeichnete Bürger der Stadt Köln wollen die konstitutionelle Monarchie auf den breitesten Grundlagen, nichts mehr und nichts weniger! Wir wollen sie mit aller Kraft unseres Willens und fühlen uns drßhalb getrungen, Ihnen, verehrter Mann, hiermit unsere volle Anerkennung und unsern warmen Dank auszudrücken für den wesentlichen Dienst, welchen Sie dieser guten Sache in unserem Gesammtvaterlande erzeigt haben durch Ihr kräftiges Einschreiten gegen die Aufwiegler. Lassen Sie uns einig vorwärts gehen auf der als recht erkannten Bahn, und keine Einflüsterung uns bestimmen, weder links abzuweichen noch rechts! — Genehmigen Sie, verehrter Mann, die wiederholte Versicherung unserer ausgezeichneten Hochschätzung. Köln, im April 1748. (Folgen die Unterschriften.)

**Baiern.** München. Durch k. Verfügung vom 5. April ist der Kriegsministerverweser Generallieutenant v. d. Mark auf sein Ansuchen von der ihm übertragenen Verwesung des Kriegsministeriums enthoben worden. (A. Z.)

Nach Briefen aus Tirol vom 11. April sind die Häupter der republik. Partei in Trient, darunter Graf Thun, verhaftet worden. (Augsb. P.)

München, 12. April. Die Allg. Z. schreibt: Der König Ludwig wird, wie ich höre, morgen in der Früh von hier über Füssen und Reutte nach der Schweiz reisen und einige Zeit dort verweilen. In welche Gegend der Schweiz er sich begibt, ist zur Zeit unbekannt.

= München, 12. April. Heute kam der Entwurf des Wahlgesetzes zum deutschen Parlament zur Berathung und Schlußfassung. Die Kammer hatte, durch die Einreichung einer Adresse der Münchner Bürger und eines Promemoria des Volksvereins für München (es sind gestern Abend noch eine Volksversammlung statt, die scheuzig diese Dokumente abfaßte und Unterschriften sammelte) bereits einen Wink von der Stimmung des Volks erhalten, die besonders wegen des Art. V. des Entwurfs sich ziemlich ungehalten äußerte. Die Bürger drückte dies deutlich aus und drang aufs Ernsthaft auf direkte Wahlen. Als man daher zur Berathung der einzelnen Artikel kam, fand bei Art. V. das eigentliche Kampfefeld statt. Uebrigens war die Verdrießlichkeit in Betreff der Ueberschrift des Gesetzentwurfes schon ziemlich heftig. Der Abg. Christmann wollte nämlich statt des Ausdrucks „Wahl der baierischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde" den: „Wahl der baierischen Abgeordneten zur allgemeinen deutschen Volksvertretung" und ward in seiner Motion von Stockinger und einigen Andern unterstützt. Die Staatsminister der Finanzen und des Kultus äußerten sich dagegen und sahen darin, daß man den „Bund" (nicht Bundestag) nicht anerkennen wolle, ein gefährliches, revolutionäres Element. Der Kampf ward jedoch bald beigelegt und die Kammer behielt die Fassung des Entwurfes bei. Die Artikel des Gesetzentwurfes selbst wurden mit Ausnahme des Art. V. mit geringen Modifikationen angenommen. Nur bei Art. II. machte sich die Ansicht der direkten Wahlen geltend. Stockinger und mit ihm die übrigen Pfälzer erklärten sich entschieden hiefür und suchten die Urtheile hierüber mit Geschick und Energie zurückzuweisen. Aber trotzdem brang ihre Ansicht nicht durch, da die meisten Redner im Prinzipe wohl das Treffliche der direkten Wahlen anerkannten, im gegebenen und vorliegenden Falle dieselben jedoch für unzeitgemäß und schwer ausführbar hielten, indem die politische Reife sowohl, wie die langjährigen Vorbereitungen zur fruchtreichen Anwendung solcher Wahlen unserm (dem baierischen) Volke noch vielfach abginge. Manche Redner sagten dem baierischen Volke solche Dinge zwar nicht direkt ins Gesicht, doch war dies der Sinn ihrer Rede. Die Kammer erklärte sich also dagegen und nahm den Art. II. des Gesetzentwurfes der Majorität nach an. Der Art. V. fand den entschiedensten und konsequentesten Gegner in dem Abg. Stockinger. An ihn schlossen sich die Abg. Christmann, Eppelsheimer, Schnetzer und Schwindel an. Auch Closen näherte sich einigemal ihrer Ansicht, die dahin ging, daß aktivfähig jeder volljährige Baier ohne allen Glaubensunterschied, passivfähig jeder Deutsche auch aus andern deutschen Staaten sein soll, sofern er nicht an der Ausübung seiner staatsrechtlichen Rechte gesetzlich gehindert ist. Nach Einbringung mancher Modifikationen entschied sich die Kammer endlich für die des Abg. Dr. Edel, die dahin lautet, daß aktivfähig jeder volljährige bairische Staatsangehörige, der an den Staat eine direkte Steuer zahlt, passivfähig jeder volljährige Staatsangehörige, der wegen Verbrechen, Vergehen gesetzlich nicht gehindert wäre, sein sollte. Auch die Minister — es waren die Staatsminister v. Beisler, Frhr v. Lerchenfeld und Heinz anwesend — pflichteten dieser Fassung bereitwillig bei. Die Pfälzer Abgeordneten haben besonders die Gleichberechtigung jedes Staatsangehörigen hervor, der, wenn man ihn für würdig hielte, seine Brust dem Feinde darzubieten und für das Vaterland zu sterben, auch für würdig gehalten werden sollte, seine Stimme da geltend zu machen, wo das Allgemeine gelte und im Rathe der Völker zu fragen, wenn er anders die Kraft und Tüchtigkeit dazu besitzt. Also weg mit allen engherzigen das Wassenrecht nicht konsequent anerkennenden Bestredungen! Dieß war der Sinn ihrer Worte. Die Theilnahme des zahlreichen Publikums auf der Tribune zeigte sich einigemal lebhaft durch Beifallsbezeugungen und Zischen. Letzteres fand besonders während der Rede des Abg. Roland Statt.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 11. April. Unsere Wahlen zur deutschen Nationalversammlung sind durch ein heute ausgegebenes Regierungsblatt engeordnet worden; sie sollen in der letzten Woche d. M. stattfinden. Wir haben nicht 35, wie es beim Verhältniß von 1 : 50000 Einwohnern wäre, sondern, da unsere Bevölkerung in der Bundesmatrikel noch dünner ist, als jetzt, bloß 28 Abgeordnete, oder 1 auf 63000 Einw. zu wählen. Die Regierung hat sich für Bezirkswahlen entschieden, je in einem Bezirk 1 Abg., nicht mehrere auf einen Kreis, wie theilweise auch gewünscht worden war. Berechtigt zur Wahl ist jeder volljährige, selbstständige Staatsbürger. Das Religionsbekenntniß, der Stand, das gewinnbringerliche Verhältniß, die Besteuerung begründen keinen Unterschied, dagegen schließt Verurtheilung zu infamirender Strafe von der Berechtigung auf. Bemerkenswerth ist dabei die Bestimmung, daß Namenliste niederzulegen und während sind, was Tafel und Rödinger bekanntlich 1833 nicht zugestanden wurde. Die Wahl geschieht in verschiedenen Abstimmungsorten, wonach den Wählern keine weite Reise zugemuthet, und so die allgemeinste Theilnahme möglich wird. Die Wahl ist eine direkte, jeder Wahlmann gibt persönlich seine Stimmzettel ab, im Durchgang legt er ihn in eine Wahlurne. Er wählt einen Abgeordneten und einen Ersatzmann. Wählbar ist jeder volljährige, selbständige Deutsche, der sich in Besitz seiner bürgerlichen Ehre befindet; ausgeschlossen sind auch Gantleute. — Die Eintheilung der Wahlbezirke ist noch nicht veröffentlicht; bloß einer der Bezirke, die Stadt Stuttgart mit ihrer Umgebung, ist bekannt und ihr von einem Wahlkomité P. Pfizer vorgeschlagen. Man hört bereits viel von etwa zu Wählenden. Ueber sie und über untere speziellen würtembergischen Abgeordneten wird in der Presse und in Versammlungen viel verhandelt. Hervorheben will ich, daß Uhland in Tübingen, Römer in seinem seßhaften Bezirk, Gegenstein nebst Umgebung, ferner Schott sicher gewählt werden dürften. Vielleicht später Etwas von den Wahlaussichten.

Stuttgart, 13. April. Abends 8 Uhr. Ich beeile mich,

Digitized by Google

schreibt man dem Fr. Z., Ihnen die mir soeben aus sicherer Quelle zugekommene Nachricht mitzutheilen, daß Prinz Friedrich von Würtemberg, Neffe und Schwiegersohn des Königs, zum Oberbefehlshaber des 8. deutschen Armeekorps an der Stelle des von den badischen Seekreisbewohnern mit so großem Mißtrauen betrachteten Markgrafen Wilhelm ernannt, daß aber zugleich heute der gemessene Befehl an unser an der Seekreisgrenze stehenden Truppen (4 Infanterie und 2 Reiterregimenter, sowie eine reitende und eine Fußbatterie) erlassen worden ist, nun um jeden Preis an die ihnen bestimmten Standquartiere im badischen Lande einzurücken, und zwar im Nothfalle mit Waffengewalt. Falls die Badner es länger verhindern wollten.

**Sachsen.** ** Leipzig, 9. April. Bereits in den ersten Tagen unserer Bewegung bildete sich hier ein „Deutscher Verein“ unter den Auspizien von Biedermann, Laube, Prof. Haupt, Dr. Kiee, Advo. Gichorius, Reimer, Hinzel, Advo. Stephani u. s. w. Er hat jetzt eine größere Ausdehnung gewonnen, zählt bereits gegen 2000 Mitglieder. Ich theile Ihnen beigehend sein Programm mit. Demokratische Monarchie im Gegensatz zur Republik ist sein Panier. Er hofft, daß sich aller Orten gleiche Vereine bilden sollen, um namentlich auf die jetzigen Parlamentswahlen einzuwirken. Für diese Wahlen hat er in einer gestrigen von mehreren 1000 Personen aller Stände (Kaufleute, Gelehrte, Arbeiter) besuchten Versammlung beiliegendes Wahlmanifest beschlossen. Die Versammlung war durchweht von dem kräftigen, besonnenen Geist freier Männer; republikanische Gesinnung, aber keine Republik, weil Deutschland gespalten! Es sprach sich Entschiedenheit der eignen, aber auch Achtung der entgegenstehenden Ueberzeugung aus. Kein Meinungsterrorismus, keine Brinsfestigkeit gegen andere Vereinsgangen, keine Spaltung, sondern Einigung in der Mannigfaltigkeit. Der monatliche Beitrag im Verein ist 1 Ngr., ein Ausschuß von 23 steht an der Spitze. Banliers und Arbeiter sind Mitglieder.

**Wahlmanifest des deutschen Vereins.** Ein großer Schritt zur Einheit Deutschlands ist geschehen durch den Zusammentritt der Frankfurter Verfassmung. Diese Versammlung hat volle Geltung gewonnen als ein vorbereitendes Centralorgan des Gesammtvaterlandes. Der Bund, gezeinigt von einer gerichtlichen Vergangenheit, ist in Beschlüssen und Thaten ist mit ihr in unmittelbare Verbindung getreten zur Vermittlung aller organischen Beschlüsse. An uns, an den Bürgern Deutschlands ist es nun, diesen angebrahten Weg zu betreten und zu verfolgen; indem wir unsere Meinungen der ständigen Centralbehörde, der Versammlung in Beschlüssen der Frankfurter Versammlung Folge gegeben sehen wollen, und indem wir an die Wahlen gehen, welche binnen 4 Wochen eine konstituirende Versammlung in Frankfurt mit Männern von unbedingtem Vertrauen aufzurufen haben. Unvorbereitet mit sicherlich schon in den nächsten Tagen die Wahlen hervorgerufen werden, daß auf Grund der Frankfurter Beschlüsse von je 50,000 Seelen Ein Abgeordneter für die konstituirende Berfammlung erwählt werde. Dies ist der Augenblick, uns auszusprechen über die Grundsätze, die wir denken wie die Wahlen getreten sehen möchten. Indem wir uns nach unserer Ueberzeugung vor Allem dazu bekennen, daß „nach der Lage und Art der Verhältnisse unserer Zeit, für die Gestaltung und Erhaltung eines einigen, freien und starken Deutschlands die stärkste Gewähr geboten werde“ durch einen Bundesstaat mit volksthümlichem Parlament, der die Gesammtheit des deutschen Vaterlandes umfaßt; und in den einzelnen Staaten durch konstitutionelle Monarchie, ruhend auf breitester demokratischen Grundlage“ bezeichnen wir als die Punkte, die wir in einem deutschen Parlamente vertreten wollen, folgende: 1) Einheit Deutschlands. Volle Macht und Pflicht der konstituirenden Versammlung zur Bildung eines die deutschen Staaten umfassenden Bundesstaates, ruhend auf volksthümlicher Vertretung und zur Vertheilung der souveränen Gewalt der gesammten Gesetzgebung über ganz Deutschland. Bundesgericht. 2) Einheit der bürgerlichen und Strafgesetzgebung. Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Geschwornengericht. 3) Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht und Freizügigkeit. Abschaffung von Paß, Mauth, Zwang. 4) Gemeinschaftliche Maßregeln für den Betrieb, für Post, Eisenbahnen, Land- und Wasserstraßen. Aufhebung aller Paßscherein. 6) Allgemeine deutsche Wehrpflicht; sobald die äußere Kriegsgefahr beseitigt ist, Aufhebung des stehenden Heeres bis auf einen Kern aller Truppengattungen. Dagegen Schaffung einer deutschen Flotte. 7) Aufhebung aller unsern Landesfürst. 8) Aufhebung aller auf den nothwendigen Lebensbedürfnissen lastenden Steuern. Einführung einer Einkommensteuer durch ganz Deutschland. 9) Aufhebung der den Landmann und Gewerbsmann drückenden Lasten. 10) Erleichterung des Beamtenberufs durch Beseitigung des Zuviel-tegierens. 11) Freie Gemeindeverfassung. 12) Freies Vereins- und Versammlungsrecht. 13) Sicherstellung der Person vor willkürlicher Verhaftung. 14) Billigst, nur unbedingt Nothgedrungen Preßfreiheit, ohne alle Konzessionen und Kautionen. 15) Aufhebung aller auf Geburt, Rang und Stand ruhenden Vorrechte. 16) Unabhängigkeit der Kirche vom Staate: gleiche Berechtigung jedes Glaubensbekenntnisses. 17) Beschaffung und Leitung des Unterrichts durch den Staat. Unabhängigkeit der Schule von der Kirche. Allgemeine Volksschule. Besserstellung des Lehrerstandes. Aufhebung des Schulgeldes und Einführung einer allgemeinen Schulsteuer. 18) Sorge für das geistige und körperliche Wohl der arbeitenden Klassen. Förderung besselben durch eine eigene Behörde des Staates. Dies sind die Grundsätze, welche wir von unsern Vertretern standhaft verfechten sehen wollen. Männer solcher Grundsätze wollen wir gewählt haben. Wir wollen Alles daran setzen, feinerlei Reaction aufkommen zu lassen. Wir wollen ein einiges Volk und dadurch eine wahrhafte und wehrhafte deutsche Nation werden. Die Einheit allein und eine freie Gesammtgesetzgebung, welche von uns selbst und zwar von uns Allen ausgeht, bringt das zu Stande, was wir von den verschiedensten Standpunkten aus Alle wollen, einen starken deutschen Gesammtstaat. Die konstituirende Versammlung also, aus uns Allen hervorgehend, sei die allein entscheidende Behörde für des neuen deutschen Reiches Verfassung. Darum jetzt keinen voreiligen Streit über den besondern Namen und die besondre Form dieser Verfassung! Der konstituirenden Versammlung steht darüber die Bestimmung zu. Was die konstituirende Versammlung beschließt, das sei in Allem und Jedem unser Staatsgrundgesetz, das werde von Allen bereitwillig, so hingedend anerkannt, es mag dem Einzelnen gefallen oder nicht. So nur gewinnen wir Einheit, Wahrheit und Kraft, um deshalb ist es nöthig, die konstituirende Versammlung entscheiden dat, eines jeden deutschen Patriotus heilige Pflicht, alles kommunivarische Vorgreifen von der einen Seite, alles Zurückhalten von der andern Seite entschlossen und nachdrücklich abzuhalten. Angenommen in der Versammlung des deutschen Vereins. Leipzig, 2. April 1848. Für die Richtigkeit: Gölchen, d. Z. Präs. Eichorius, d. Z. Schriftf. Mayer, d. Z. Schatzmeister des deutschen Vereins.

Leipzig, 12. April. Der Fr. D. Z. schreibt man: Zufolge der heute erschienenen Wahlverordnung für das Königreich Sachsen wird Letzteres in der konstituirenden National-Versammlung durch 24 Männer vertreten sein. Das Königreich ist zu diesem Behuf in 24 Wahlbezirke eingetheilt, mit einer Bezirkswahldeputation für jeder Stadt unter Leitung eines Regierungskommissärs. Die Wahlen sind indirekte. Jeder großjährige sächsische Staatsangehörige wahlberechtigt zum Rufes ist wahlberechtigt; je 100 Stimmberechtigte wählen einen Wahlmann. Zum Nationalvertreter wählbar ist jeder volljährige selbständige deutsche Staatsangehörige unbescholtenen Rufes.

**Heidelberg.** Eine Beilage der Freiburger Zeitung theilt das Aktenstück mit, welches am 13. April in Konstanz angegeben ward und zum Aufruhr aufforderte: Aufruf an die Bewohner der Aemter Donaueschingen, Engen, Blumenfeld, Villingen, Bonndorf, Neustadt und Hüfingen. Mitbürger, Brüder, Freunde! Der Augenblick der Entscheidung ist gekommen. Worte können und reichen nicht aus, unsere Freiheit nicht erobern. Darum fordern wir auch alle waffenfähigen Männer auf, Freitag den 14. April Mittags 12 Uhr in Donaueschingen auf dem Marktplatz mit Waffen und Munition, in geordneten Zügen, mit Lebensmitteln auf 5 Tage versehen, zu erscheinen. Unsere Freunde Bruhn, Au, Willmann, Raus, Rasina und Andere werden zu Euch treten und Euch sagen, was das Vaterland von Euch erwartet. Sie sind bereit, sich an Eure Spitze zu stellen. Struve ist bereits in Donaueschingen angekommen und wird der Versammlung mit Rath und That zur Seite stehen. Konstanz, 12. April 1848. Friedrich Hecker. Gustav Struve.“ So sind also die Masken gefallen, wie Viele es ausgerufen; man will mit den Waffen dem deutschen Volke Einen Willen aufzwingen zu einer gesetzlich und frei gewählten Vertreter beschließen können. Es wird jetzt manche Heuchelei entlarvt werden; man wird die, welche die Gefahr um jeden Preis ableugnen, als das zeichnen, was sie sind — als Mitschuldige und Mitwisser des Landesverraths und des Bürgerkriegs, der über unser unglückliches Vaterland heraufbeschworen werden soll. In Konstanz ist der Versuch Hecker's, zum Aufruhr zu verführen, gescheitert; die Stadt ist entschlossener als je, die Freiheit, aber auch nur die gesetzliche Freiheit zu behaupten.

Konstanz, 12. April. Der Karlsr. Z. wird geschrieben: Gestern Abend kam Hecker hier mit der Post von Zürich an und stieg im selben Gasthofe ab, wo Struve Tags vorher schon eingetroffen war. Es blieb auf den Abend Alles ruhig, außer daß gegen 8 Uhr einige fünfzig der ausmärtigen, hier in Arbeit stehenden Handwerksgehülfen (Sensenmänner) vor dem Badischen Hofe sich versammelten und Hecker ein Hoch ausbrachten. Schon Tags vorher waren sie durch einen gewissen Brunn aus Nordbeutschland (ein höchst verdächtiges Individuum) zu Demonstrationen aufgestachelt worden. Das Hoch fiel sehr kühl aus, da nur etwa 20 Zuschauer außerdem noch anwesend waren, bei welchen weder die Demonstration, noch die kurze Erwiderung Hecker's Eindruck machte. Im Gefolge Struve's war auch der Kölner Willich und ein gewisser Doll hier angelangt, welcher Letztere lange in Paris gelebt und von da kürzlich angelangt sein soll. Es fehlen Bewaffnete vor dem Badischen Hofe. Man scheint alle Verhaftungen zu beserchten. — Abends 5 Uhr. Alles ist im größten Aufruhr; man hat eine Proklamation von revolutionärem Inhalte hier vertheilt, worin die Republik proklamirt wird. Eigenmächtig hat man von Seite der Revolutionäre eine Volksversammlung ausgeschrieben, ohne dabei weder das hiesige Volkskomite, noch den Gemeinderath zu benachrichtigen. Alles rennt in der größten Aufregung durcheinander; alle Läden werden geschlossen und die Häuser verriegelt. Die Schelle geht und ruft im Namen des Bürgermeisters alle guten Bürger und Einwohner zu jener Volksversammlung. Man stellt von Seite des Gemeinderaths noch vor der Versammlung die fremden Berufer derselben zur Rede, und diese finden schon hier einen Widerstand von Seite des Gemeinde-

Digitized by Google

rathed, der viel früher schon der bisherigen Anarchie hätte sollen entgegengesetzt werden. Der Saal des neuen Stadthauses ist zum Erdrücken angefüllt, die Gallerien müssen geräumt werden, um auch dort noch die Menge heranziehender stimmfähiger Bürger zu fassen, die Gänge sind anderthalb alle noch besetzt und auf der Straße harren die Frauen und Mütter, im Regen, voll Angst und Sorge. Es kommen Bürger heute, die man sonst nie in Versammlungen sah. Hecker besteigt die Tribune; seine Rede findet die übliche Akklamation der kleinen Zickler'schen Bande; sie bewegt sich auf dem Gebiete der Theorien und goldenen Träume. Mit scharfen Zügen zeichnet er unsere Vergangenheit; unsere Zukunft unter dem beglückenden Banner der Freiheit malt er mit glühenden Farben aus. Baden müsse vorangehen, es werde ganz Deutschland ihm nachfolgen. Ihm folgt Bürgermeister Goelin. Heute trete er mit Mannesmuth und Festigkeit auf, und stelle namentlich das Chimärische eines bewaffneten Zuzuges nach Karlsruhe u. s. w., sowie die Gefahr, die Verantwortung dar, seine Mitbürger zur Schlachtbank und zum Untergang zu führen. Es sprachen darauf noch Advokat Würth, H. Kazenmaier und Kuenzer in ähnlichem Sinne gegen Hecker. Zwar Alle bethenerten, republikanische Gesinnungen zu haben, waren aber der Meinung, man müsse sich der Majorität von Offenburg, von Frankfurt fügen und den Bürgerkrieg vermeiden. Die Versammlung wird auf Antrag des Bürgermeisters ohne Abstimmung aufgehoben. Der Geist der bisherigen Anarchie liegt gebrochen, sehr Brust athmet freier, Gott gebe, daß nicht das Verderben über uns komme. — Abends 8 Uhr. Es geht die Nachricht hier ein, daß gleichzeitig mit Hecker v. Struve in Lörrachingen gewirkt, und daß es ihm gelungen, dort die Republik zu proklamiren. Ebenso hört man, daß Advokat Banotti die benachbarte Gemeinde Allmansdorf aufgewiegelt und zur Versammlung nach Konstanz gebracht habe. — 13. April. Heute Morgen gegen 8 Uhr rückte Hecker in Begleitung von etwa 40 Bewaffneten, meistens den ersten Zuge hiesiger Volksmiliz angehörig, unter Trommelschlag von hier nach Steckach aus, um, wie es heißt, mit den Ueberlingern und andern von Struve revolutionirten Banden zusammenzustoßen. Keiner der Offiziere noch Unteroffiziere hat sich diesem unsinnigen, widerrechtlichen und tollkühnen Unternehmen angeschlossen. Im nächsten Dorfe, in Wollmatingen, angekommen, habe Hecker eine Anrede an das Volk gehalten und zur Theilnahme aufgefordert, allein man habe ihm bedeutet, daß die Feldarbeiten jetzt Derartiges nicht erlaubten, und daß es auf eine Handvoll Wollmatinger nicht ankommen würde. Der Zug setzte hierauf seinen Marsch weiter fort.

**Hessen.** ** Darmstadt, 15. April. Am 12. legte das Ministerium der 2. Kammer den Gesetzentwurf über die Wahlen zur konstituirenden Versammlung vor; auf je 250 Seelen soll ein Wahlmann kommen; „der Abgeordnete wird — in öffentlicher Versammlung gewählt, in welcher außer den Wahlmännern auch die Kandidaten zur Wahl das Wort nehmen dürfen.“ Am 13. berichtete der 2. Ausschuß die Majorität gegen den Entwurf und für direkte Wahl, die Minorität für die vorgeschlagene indirekte Wahl. Gestern am 14. Debatte und Abstimmung: Alle gegen 8 Stimmen für den Regierungsentwurf, also für die indirekte Wahl. Interessant ist, daß Zitz gestern erklärte, er sei nicht unbedingt für die Republik, er sei auch zufrieden mit der konstitut. Monarchie unter demokratischen Einrichtungen; er sei auch kein Gegner des bestehenden Ministeriums, nur in untergeordneten Punkten verschiedener Ansicht. Die seltherige öffentliche Thätigkeit von Zitz steht mit dieser Erklärung in grellem Widerspruch. — Komisch war gestern die Interpellation von Mohr, was es gegeben haben würde, wenn die Bundesversammlung die Beschlüsse der Notabeln nicht angenommen hätte? Gagern antwortete mit Stillschweigen.

**Nachschrift.** Heute wurden der 2. Kammer vorgelegt die Gesetzentwürfe über die Bürgerwehr, über die standesherrlichen Verhältnisse (die Standesherren werden Privatleute und können auch ihre Einkünfte nicht anders betreiben als jeder Private), über die definitive Uebertragung der Polizeistrafgewalt an die Gerichte und über gleichförmigere Eidesleistung der verschiedenen Konfessionen.

**Schleswig.** * Rendsburg, 11. April. Nun unserm Kriegsschauplatze läßt sich leider nicht viel Tröstliches melden: Unsere Truppen sind am 9. April von der überlegenen Macht der Dänen angegriffen und genöthigt worden, Flensburg zu räumen und sich bis hinter Schleswig zurückzuziehen. In den stattgefundenen Gefechten hat man sich von beiden Seiten tapfer geschlagen, die Uebermacht der Dänen, welche von der Seeseite durch die Kriegsschiffe unterstützt wurden, war aber zu groß, als daß die Position gehalten werden konnte; der beiderseitige Verlust ist nicht bekannt, es sollen aber viele Studenten gefallen sein. Nach dieser Schlappe war die gestern hierselbst eingegangene Nachricht, daß die preußischen Truppen nebst dem zu erwartenden Bundeskontingente jetzt endlich Befehl erhalten haben, nach dem Herzogthum Schleswig vorzurücken und dieses von dem Feinde zu säubern, um so erfreulicher. Leider sind die Truppen aber noch nicht komplet, und so wird der jetzige Zustand noch mehrere Tage fortdauern. — Der König hat übrigens eine aus dem Grafen Sponeck und dem Konferenzrath Kirstein bestehende außerordentliche Regierungs-Kommission für das Herzogthum Schleswig ernannt, die bisherige schleswig-holsteinische Regierung aufgehoben, und die dänischen und schleswigschen Provinzialstände auf den 28. April nach Rothschild als konstituirende Versammlung zusammengerufen. Dem Vernehmen nach soll er sich seit einigen Tagen auf schleswig'schem Grund und Boden befinden.

Ueber das Treffen bei Flensburg berichtet das Kieler Korrespondenzblatt: Unsere Truppen lagen auf eine bis jetzt nicht recht deutliche Weise um den Flensburger Hafen; ein Theil im Norden, ein Theil im Süden, ein Theil in der Stadt. Der Feind war natürlich Herr des Hafens und hatte daher von vornherein die Möglichkeit, auf jedem Punkte unsrer ganze Armee mit seiner ganzen Macht anzugreifen. Die Dänen waren außerdem gut unterrichtet über unsrer ganze Position. Es wird von gut unterrichteter Seite behauptet, daß unsere ganze Armee von Verrath umgeben gewesen ist. Namentlich sollen Briefe vom Herre nach Rendsburg unterschlagen und eine Windmühle bei Flensburg als Telegraph benutzt worden sein, sodaß die Dänen die Stärke und Stellung nicht bloß des ganzen Heeres, sondern auch der einzelnen Abtheilungen kannten, während wir dagegen schlecht berichtet waren. Auf diese Weise gelang es den Dänen, am Sonntag Morgen mit vereinter Macht zuerst die Stellung bei Bau anzugreifen und dieser gänzlich unvorbereiteten Abtheilung zugleich von der Seeseite in den Rücken zu kommen. Diese Abtheilung bestand aus dem 5. Jägerkorps und den Kieler Studenten und Turnern, im Ganzen etwa 600 — 800 Mann; die Angreifenden waren durch die Disposition des Feindes bei Weitem überlegen; man schätzt sie auf 2000 Mann. Hier entstand ein blutiger, für unsere Kieler unter Allen rühmlichster Kampf. Unsere Soldaten sammelten sich in Eile und griffen den Feind mit einem Muthe an, der eines besseren Erfolges würdig gewesen wäre. Von 10 Uhr bis 2 Uhr dauerte der Kampf. Die Dänen hatten 16 Todte, die Unsrigen 2 Todte. Die Kieler Studenten sichteten die Reihen der Unsrigen; kannibalisch fest. Der Verlust der Dänen in diesem Kampfe soll höchst beträchtlich gewesen sein; es werden Züge wahren Heldenmuthes von den Studenten erzählt; sie sind es, welche den regelmäßigen Truppen ins Feuer vorangegangen sind. Dennoch waren und blieben sie ohne alle Unterstützung von dem Hauptkorps, und waren daher nach einem mörderlichen Kampfe gänzlich zersprengt. Gestern kamen einzelne Studenten hierher zurück. Sie erzählten von der traurigen Lage der Dinge. Wir hoffen morgen Genaueres nachtragen zu können. Das Hauptkorps der Armee hatte auf eine bisher unerklärte Weise den Rückmarsch angetreten; gestern Abend kam die Nachricht, daß der Prinz bis hinter Schleswig mit dem Gros der Armee zurückgegangen sei.

Von Hamburg den 12. April schreibt die Hörsenhalle Folgendes: Mit dem heutigen Vormittagszuge ist aus Rendsburg von heute Morgen die Nachricht eingetroffen, daß der von dem Oberst v. Bonin nach Flensburg abgeschickte Parlamentär unverrichteter Sache zurückgekehrt ist. Man hatte dänischer Seits die Vollmacht des Obersten überhaupt gar nicht anerkennen wollen. Die Preußen verschanzen sich jetzt eine Stunde von Rendsburg, werden aber ihre Operationen vor dem Eintreffen der Artillerie und Kavallerie nicht beginnen. Für die Sicherung der Küste und der Häfen wird Sorge getragen. Die Dänen waren gestern Nachmittag um 4 Uhr noch nicht in Schleswig eingerückt, werden aber, wie man glaubt, jetzt dort eingetroffen sein. Man erwartete heute keinen Angriff der Dänen. — Mit dem Götterzug kommt die Nachricht, daß diesen Morgen die Dänen in Eckernförde gelandet sind, nachdem sie mit einem Bombardement gedroht hatten und von der Stadt Beig genommen haben.

**Frankfurt a. M., 15. April. Der Fünfziger-Ausschuß an das Volk!** Im See- und Oberrheinkreise Badens wird ein Aufruf an das Volk verbreitet, nach welchem es an der Zeit sein soll, das, was die Verfasser jenes Aufrufs die Forderungen des Volkes nennen, mit den Waffen in der Hand zu verwirklichen. Die ganze Volkswehr des Seekreises soll sich am 14. April in Donaueschingen bewaffnet einfinden, mit Munition, sowie mit Lebensmitteln auf sechs Tage versehen, und dort die weiteren Weisungen empfangen. Man will auf Kehl marschiren, sich mit der aus Frankreich kommenden Arbeiterfreischaar verbinden und landab ziehen. Männer in Baden, Würtemberg, Rheinbaiern und Hessen! Zum Bürgerkriege, zu dem

Digitized by Google

Entschlossen, was ein Fanal treffen kann, ruft man Euch auf! Ihr sollt die Waffen gegen Eure Mitbürger führen, um Meinungen einer Partei dem ganzen Deutschland aufzudringen. Und das zu einer Zeit, wo der Wille des deutschen Volkes sich binnen wenigen Wochen in der konstituirenden Nationalversammlung aussprechen wird, zu einer Zeit, wo Deutschland im Begriff ist, den Forderungen aller seiner Stämme durch wahrhafte Volksvertreter ihr Recht zu verschaffen. Der Fünfzigerausschuß ist der Zuversicht, daß Ihr die Zumuthungen jenes Aufrufs mit Entrüstung von Euch weisen, und als freie Bürgerwehr, an der Seite der aufgebotenen Truppen, jenen Verblendeten mit Kraft entgegentreten werdet. Man will Euch überreden, daß die Euch zu Hülfe kommenden Bundestruppen fremde Truppen seien. Freunde! es sind Eure Brüder, mit Euch aus einem Volke, mit Euch auf demselben Wege zur Freiheit und zur deutschen Einheit. Man will Euch überreden, daß durch diese Truppen reaktionäre Schritte unterstützt werden sollen. Seid versichert, daß wir mit kräftiger Hand jeden solchen Versuch beseitigen würden; die That hat gezeigt, daß wir dem Willen und durch das Vertrauen des Volkes auch die Macht hierzu haben. Aber bedenkt, daß das Unheil der Reaktion, wenn diese in Deutschland jetzt möglich, nur noch durch derartige gewaltsame Vernichtung aller staatlichen Ordnung herbeigeführt wäre. Darum laßt uns mit aller Macht den Despotismus einzelner Parteien bekämpfen. In Euren Händen liegt das Heil Deutschlands; Ihr werdet Eure unermeßliche Verpflichtung zu würdigen wissen. Seiten, Vorsitzender. Simon, Schriftführer.

⊙ **Frankfurt**, 15. April. Nach einer hier eingetroffenen diplomatischen Nachricht aus Paris stellte die französische Regierung das Ansinnen an Preußen, 30,000 Franzosen den Durchzug nach Polen zu gestatten. Wir hoffen, daß man in Berlin dieser Zumuthung mit aller Energie zurückweisen wird, und daß man gleichzeitig versthe, es gelte schon jetzt, auf die wichtigsten Ereignisse im Westen gefaßt zu sein. Es ist ganz unmöglich, daß Frankreich über die Masse seiner unruhigen Köpfe und unbeschäftigten Hände anders Herr werden kann, als indem es sie über die Grenze schickt. Kein Anlaß könnte ihm erwünschter sein, als der polnischer. Dahin würden Proletarier zu werfen sein; nach Italien mußte man Soldaten schicken. Man wird sagen, es sei besser, diesen Leuten den Durchzug nach Polen zu öffnen, als sie auf uns fallen zu lassen. Aber sie würden auf uns fallen, wenn sie erst in unsere Mitte wären. Wenn in der Republik kein Heilmittel bei uns haben soll, muß sie auch kein Durchzugsrecht haben. Ein Krieg mit Frankreich, der sich aus dieser Weigerung allmählich entspinnen könnte, dünkt uns viel weniger gefährlich für uns, als wenn es zwischen Proletariat und Bürgerthum in Frankreich zum Bürgerkriege käme. Ein Sieg des Ersteren in solch einem Konflikte würde schrecklicke Folgen und Nachwehen in Deutschland haben.

* **Frankfurt**, 15. April. Der Fünfzigerausschuß hielt gestern vor der öffentlichen Sitzung eine geheime Komitéberathung, nach welcher Venedey und Spay mit besonderer Mission abreisten. Man vermuthet, ihre Bestimmung sei nach dem badischen Seekreise, wo nach gestern Nachmittag eingelaufenen Berichten die Republik proklamirt worden wäre. Heute Nachmittag ist wieder geheimes Komité. Die nächste öffentliche Sitzung findet Montag Statt. — Die gestrige öffentliche Sitzung war größtentheils mit der Berathung über einen Aufruf des hiesigen Handelsstandes in Betreff des Verbots der Geldausfuhr aus Oesterreich, angefüllt. Der Ausschuß beschloß auf Antrag seiner Kommission, sich für die Aufhebung des Verbots zu verwenden. Endlicher und Mühlfeld glaubten sich gegen einige scharfe Aeußerungen Kolb's über die Österr. Finanzen verwahren zu müssen. Nach Mühlfeld's Angaben war das Geldausfuhrverbot durch den starken Export des Silbers von Triest nach Frankreich veranlaßt, und Kuranda bezeichnete dasselbe als eine im Augenblick der Abdankung Kübecks als Nothbehelf ergriffene Maßregel, die demnächst wieder aufgehoben werden dürfte. Der Ausschuß beschloß, die Hannov. Regierung zur Absendung von Truppen mit besonders Waffen nach Schleswig aufzufordern. — Man spricht heute davon, daß der Bundestag sich für die Errichtung einer Kriegsmarine entschieden habe.

**Frankfurt**, 14. April. Die O. P. Z. meldet: Aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren wir eben, daß der deutsche Bundestag auf Anregung der Siebenzehnerkommission die Errichtung einer deutschen Kriegsmarine in lebhaften Angriff genommen hat. Freudig begrüßen wir dieses erste Zeichen der neuen Erkräftigung des deutschen Bundes. Heil Deutschland, wenn auf nun ein glücklich eingeschlagenen Bahn rasch und kräftig vorgeschritten wird!.

34. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 14. April 1848. In der heutigen Sitzung trat für den abberufenen k. hannöverschen Gesandten v. Lenthe der Klosterrath v. Wangenheim ein. Der seitherige k. dänische Gesandte für Holstein und Lauenburg war gestern schon in Folge des in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gefaßten Beschlusses aus der Bundesversammlung getreten. Von dem kurfürstlich-hessischen Gesandten, Professer Dr. Jordan, wurde officiell und vertrauliche Luckfunft über die neuesten Vorfälle in Kassel gegeben, wonach die Bundesversammlung seinen Anlaß fand, weiter in dieser Sache vorzugehen, da die Ruhe im verfassungsmäßigen Weg vollständig hergestellt erscheint. Auf den Antrag des Revisionsausschusses wurden sämmtliche Regierungen aufgefordert, unverzüglich anzuzeigen, wann bei möglichst zu beschleunigenden Wahlen sämmtliche Abgeordnete zur Nationalversammlung gewählt sein werden. Desgleichen wurde genehmigt, daß die als das allein geeignete Lokal zur Aufnahme der Nationalversammlung erscheinende Paulskirche sofort für jenen Zweck hergerichtet und insbesondere der zur Beleuchtung der akustischen Mängel erforderliche Kostenbetrag auf die Bundeskasse angewiesen werde.

## Schweiz.

**Zürich**, 10. April. In der französischen Schweiz herrscht eine große Mißstimmung gegen Frankreich, weil dieses fortwährend die schweizerischen Arbeiter ausweist. Dies Verfahren setzt die franz. Kantone in nicht geringe Verlegenheit, denn alle Fabriken derselben liegen jetzt darnieder.

Ferner aus **Chur**, 11. April. Heute traf hier Hr. Oberst Gerwer von Bern ein, welcher als Kommandant eines Observationskorps von 15,000 Mann, das an der östlichen Schweizergrenze aufgestellt wird, ernannt ist. Als eidg. Kriegskommissäre sind ihm beigegeben die HH. Stabsmajor J. Risch und Stabslieutenant G. Hitz von Chur.

## Großbritannien.

* **London**, 11. April, 5 Uhr Abends. Wie ich Ihnen gestern bereits mittheilte, fuhren die Mitglieder des Nationalkonvents auf dem großen, mit Bannern verzierten Wagen der Landdompagnie nach Kennington-Common, wo das Monster Meeting der Chartisten stattfinden sollte, und wo sich etwa 60,000 Menschen, gegen das Verbot der Regierung, versammelt hatten. Nachdem einige Reden an das Volk gehalten waren, wurde Feargus O'Connor, der Hauptleiter der Chartisten, in ein Wirthshaus bei Elephant und Castle beschieden, wo ihm die Polizei eröffnete, daß man dem Fortgang des Meetings zwar Nichts in den Weg legen, daß man aber durch das Bestehen der Themsebrücken die Prozession nach dem Parlamentsgebäude verhindern werde und im Fall eines Erstürmens der Passage zu den äußersten Mitteln greifen müsse. O'Connor versprach hierauf, das Meeting zum Aufgeben der Prozession zu veranlassen, was ihm denn auch nach einer wahrhaft ergreifenden Rede, in der er das Volk vor dem Beginn der Feindseligkeiten zum letzten Male aufs Ernstlichste warnte, vollkommen gelang. Dann, allein die Fahrt nach dem Parlamente beginnend, überbrachte er die aus 5 enormen Ballen bestehende Petition dem Unterhause, wo sie zuerst gelesen wurde, um am Freitag debattirt zu werden. Die von Kennington-Common zurückkehrenden Lords zerstreuten sich ziemlich friedlich, und die Ruhe ist in London wieder hergestellt. Heute Morgen fuhr der Nationalkonvent indeß in seinen Sitzungen fort und der Chartist Thomas Clark machte die Anzeige, daß man eine Petition an die Königin einreiche, um das Gouvernement in Anklagezustand zu versetzen, weil es sich gegen das Gesetz der friedlichen Prozession des Volkes mit bewaffneter Macht entgegengeworfen und dadurch einen Bürgerkrieg möglich gemacht habe. Die Majorität des Konvents schloß sich diesem Vorschlag an, der übrigens insoweit von wenig Bedeutung ist, da sich das Gouvernement auf einen zwar sehr alten, aber dennoch bestehenden Akt Charles II. stützen kann und außerdem in der enormen Majorität des Unterhauses eine Rechtfertigung aller seiner Maßregeln finden wird. Die nach heftiger Opposition O'Connor's heute im Unterhause passirte zweite Lesung der Crown and Government Security Bill gibt hiervon den besten Beweis. Krieneweys ist indeß die Agitation für die Charter mit diesen Vorgängen zu Ende. Die Petition für die „Charter" ist von fast 6 Millionen Menschen unterzeichnet und gebietet deßwegen Beachtung. Dem Konvent, der die Debatte des Unterhauses in Betreff der Nationalpetition überwacht, folgt am 24. April eine permanente Versammlung der Chartisten in London. Von ihr wird es abhängen, durch eine fernere friedliche Agitation auch noch viele augenblicklich erschreckte Leute für die Sache zu gewinnen, und wie der Julirevolution im J. 1832 die Reformbill folgte, so wird man auch jetzt auf parlamentarischem Wege die Charter endlich durchsetzen. Die demokratischen Ideen haben durch die Ereignisse in Paris, in Berlin und in Wien einen zu gewaltigen Aufschwung genommen, als daß sie nicht auch auf England einwirken sollten, auf ein Land, das trotz aller politischen Freiheiten doch noch unter einer Klassenherrschaft seufzt, welche

Digitized by Google

## Die polnische Frage.

** Berlin, 12. April. Der eine Federstrich, womit Preußen die Freigebung des polnischen Theils von Posen bekreftigen würde, verwickelte Deutschland in keinen Krieg mit Rußland, rief in Posen einen Bürgerkrieg zwischen Polen und Deutschen hervor, und hätte unter den Polen galizische Scenen zur unausweichlichen Folge. Der Krieg mit Rußland kann Vielen erwünscht. Sogar die Deutsche Zeitung predigt diesen Krieg mit einem Nachdruck, wie Peter v. Amiens einst den Kreuzzug. Mißtrebsamerweise wäre jedes deutsche Ministerium, welches in diesem Augenblick den Krieg provozirte, mit den schwersten Anklagen, mit den gerechtesten Vorwürfen zu überhäufen. Um gegenwärtig den Krieg gegen Rußland zu empfehlen, muß man Deutschlands Lage entweder für sehr geschickt oder für ganz verzweifelt halten. Wäre Letzteres der Fall, drohten also von einbrechender Anarchie solche Gefahren, daß wir ihnen nur mit einem Nationalkriege zu begegnen vermöchten, so schrint mir das Rettungsmittel noch gefährlicher. Nicht daß wir gegen Rußland den Kürzern zögen! Obwohl nach den bekannten Aufschnack des Petersburger Czaren sein bester Bundesgenosse die deutsche Anarchie ist, wir würden das Feld behaupten; Altpreußen ist eine lebendige Vormauer gegen Asien und die Ostseeprovinzen stünden zu uns. Aber der Enthusiasmus der Nation, der uns zum Siege führen möchte, schient uns nicht eine gedeihliche Gestaltung unserer deutschen Verfassung weder während des Krieges, noch nach dem Kriege. Mir dünkt, es würde dann kein reiferes Wort, als heute; war doch die Frankfurter Versammlung schon sattsam kriegerisch! Sollen unsere jungen Republikaner noch etwa das Schwert in die Wagschale werfen? — Für geschient genug, um aller Welt Trotz zu bieten, kann auch der Optimismus und nicht ansehen. Gegen Dänemark stehen wir schon unter Waffen; Englands Stellung ist mindestens ungewiß. Die Freundschaft der französischen Republik ist nicht weniger zweideutig, als die Neutralität der Straßburger Emigrantenbande. Und im Innern, welche Gährung, welcher Zwiespalt, und dann welche kreinenden Hoffnungen, welche lachenden Aussichten! Wahrlich, wenn Lamartine die Polen auffordert, Schonung zu üben für Deutschlands freiheitliche und einheitliche Entwicklung, mit wie größerem Recht dürfen wir diese Schonung von den Polen, den Feinden einer deutschen Krone, von der Politik einer deutschen Großmacht fordern! — Unter Polens Wiederherstellung begreifen die Polen die Losreißung des ganzen Großherzogthums Posen, ja die Eroberung Westpreußens. Durch die zahllosen Gewaltthätigkeiten, welche die Polen in den letzten Wochen geübt, die Beraubung öffentlicher Kassen, das Erbrechen von Privatbriefen und Regierungsdepeschen, die Requisitionen von Pferden und Waffen, die Verjagung der Beamten, die Verfolgung von Deutschen und Juden, die hinterrücks Vorspiegelungen von der Abtretung Posens, von der Vertheilung des Nationalguts, durch das Herabreißen und Beschimpfen der preußischen Adler, durch die Propaganda der Seelenverkäufungen, Drohungen und Sensenbewaffnungen sind die Deutschen in Posen und der westpreußischen Grenze bis auf das Aeußerste erbittert. Nicht bloß gegen die Polen, die jetzt von den dortigen Deutschen glühend gehaßt werden, mehr noch fast, als die Russen, sondern auch gegen die preußische Regierung, weil sie nicht sogleich ihre Macht angewandt, dem Unwesen zu steuern, weil das Militär sich passiv verhalten fast bis zur Verzagung von Insulten! weil sie trotz jener gehässigen Angriffe der Polen gegen die Deutschen den Polen sich geneigt gezeigt und jeden Zusammenstoß vermieden habe, die in den Augen der verblendeten polnischen Fanatiker ihr ein Schein von Schwäche, nicht das Ansehen einer äußersten Mäßigung und Humanität verliehen! Die Deutschen wissen, daß General Willisen, der Bevollmächtigte der Regierung, ein begeisterter Polenfreund ist. Seine Mäßregeln riefen einen Sturm der Indignation unter den Deutschen hervor. Aus dem Netzedistrikt namentlich erhoben sich laute Stimmen gegen diese Begünstigung der Insurrektion. Die Deutschen sind so weit, daß sie zur Selbsthülfe schreiten, sobald die Regierung nicht energische Schritte thut, dem polnischen Schreckensregiment der Horden von Sensenmännern, der Komitéshikaturen, der Verschwörungen ein Ende zu machen, das mit den gießnerischen Friedensversicherungen der Polen im direktesten Widerspruch steht. Gegen dieselben Deutschen, die man in Berlin mit Freundschaftsschwüren, mit Schmeicheleien der pikantesten Art überschüttet hat, wird Haß und Untergang geprredigt. Wenn die Freigebung Polens, die wir Alle wünschen, nicht gleichzeitig eine Hingabe der deutschen Grenzlande, Bromberg's, Fraustadt's, Lissa's wäre — und das ist das Mindeste, was sie fordern — so steht uns das freigegebene Land feindlich gegenüber, ohne zu achten, daß es dem Verderben entgegeneilt. Denn schwärmerisch rechnet dieses unglückliche Volk auf die Sympathien der Nationen; „Polen ist uns von Rechtswegen" sagt ein Aufruf des Nationalkomites an die Söhne polnischer Erde im „sogenannten" Westpreußen „und darauf die Sympathien des deutschen Volkes übergeben worden". Sie zählen auf den „deutschen Rechtssinn", endlich, wie vorliegende Briefe beweisen, auf Frankreich: „die Deutschen werden es dahin bringen, daß die Franzosen über den Rhein schreiten müssen und Polen frei machen"! — Würden wir auch der ebengenannten Folgen ohne bleibenden Nachtheil Herr, wer trüge die Verantwortung, wenn durch die plötzliche und schleunige Lossagung Preußens von dem polnischen Posen die gesammte bäuerliche Bevölkerung sich erhöbe und ein Morden der Edelleute, ein Niederbrennen der Edelhöfe anbräche, wie in Galizien. Noch sind die Polen kein eigentliches Volk. Der Partikularismus von Provinzen und Staaten ist bedrohlich; aber um wieviel verderblicher ist der polnische Partikularismus erlauchter Stände! Der Bauer ist unter der preußischen Regierung frei geworden; er hat keine theuren Erinnerungen an Polen; jemehr goldne Berge der Edelmann jetzt verspricht, desto mißtrauischer wird der Bauer. Es steht fest, daß es nur eines Winkes bedürfte, um das ganze ungebildete Polen zu ordnen ohne Schwertstreich — wenn wir Russen wären. Aber es ist eine für die Regierung ungeheure Aufgabe den exaltirten Polen gegenüber, die ihr Menschlichkeitsgefühl ihr fürchterlich erschweren, zu wehren, daß nicht galizische Scenen sich ereignen. Der bloße Akt der Regierung, Polen selbst zu überlassen, hieße, solche Gräuel hervorrufen. Denn, wer die Stimmung der dortigen Bevölkerung unparteiisch würdigt, weiß, daß wir am Rande dieses Abgrundes stehen. — — Gesetzt, die Regierung hätte die entschiedenste Absicht, Polen herzustellen, ohne Deutschland zu benachtheiligen, und ich gestehe, daß ich überzeugt bin, die Regierung hat dieses Ziel fest vor Augen, wie vermöchte sie jene Klippen alle oder doch wenigstens die beiden letztern? Oesterreich hat die Freigebung Galiziens beschlossen; es soll sich in Wien nur noch um das „Wie" handeln! Nun, da wären wir einige Schritte weiter. Ueber das „Wie" sind hier fest Entschließungen gefaßt. Aber allerdings die furchtbare Erbitterung der westpreußischen und posnischen Deutschen einerseits und der Fanatismus der Polen, sowie die Polenschwärmerei der aus der Vogelperspektive schauenden Deutschen andererseits können sich in übereilten Schritten leicht vereinigen, die einzig redliche und reelle Weise, wie Polen wahrhaft wiederherzustellen ist, völlig zu vereiteln. — Die eingeleitete Reorganisation von Posen im nationalen Sinne ist eine halbe Maßregel genannt worden. Betrachten Sie dieselbe aus den oben angegebenen Gesichtspunkten, und Sie werden den Ausdruck nicht mehr für passend erachten. Die Reorganisation setzt vor Allem den Frieden zwischen Polen und Deutschen voraus. Es soll nicht zum Bürgerkrieg kommen. Dieser Friede könnte wohl benutzt werden, um Polen vollends zu unterdrücken? Aber die polnischen Landwehren, unter polnischen Rotzichen, unter polnischen Befehlshabern, zur Treue verpflichtet gegen den „Großherzog von Posen" sollen zusammentreten und alle waffenfähige polnische Mannschaft wird mithineingezogen. Die Schreckensherrschaft der Sensenmänner hat natürlich aufgehoren. Die Kommission zur Reorganisation besteht aus 5 Polen und 4 Deutschen. Ihre Aufgabe ist, Vorschläge zur völligen Umgestaltung des Landes zu entwerfen, auf der Basis ungekränkter Nationalität. So sollte denn die unausweichlich nöthige Demarkationslinie zwischen Deutsch und Polnisch in Posen nicht diktatorisch von Berlin aus festgesetzt, sondern in freier Anerkennung beider Nationen zu Posen gezogen werden. Diese Frage nach der Grenzscheide war man nicht gering! Der Pole brütet Rache, wenn wir unsre Landsleute schirmen; die Deutschen fluchen dem Volke und der Regierung, das sie zu verlassen den Anschein hat; der Bürgerkrieg ist entzündet. Und unaufschiebbar ist die Grenzscheidung. Die Deutschen verlangen, zum konstituirenden Parlament mitzuwählen; die deutschen Landtagsabgeordneten von Posen hatten bereits gewählt! Ausnahme in den Bund ist der tausendstimmige Ruf! — Das von den Reorganisatoren zu Polen geschlagene Land sollte dann von Grund aus naturalisirt werden. Die dort wohnenden Deutschen waren zu schützen; dafür sorgten die deutschen Mitglieder. Die Landräthe der polnischen Kreise sollten frei gewählt werden. Der Oberpräsident der ganzen Provinz, der kommandirende General sollte Polen sein; die Gerichte mit polnischen Richtern besetzt werden. Aber ferner: die deutschen Wohlthaten der Bildung und Erziehung, die der Pole sonst von sich stieß, weil sie der Germanisirung dienten, sollten im aufrichtig polnischem Sinne für die Polen durchgeführt werden. Libelt, der deutschen Wissenschaft mächtig, erfüllt von deutschem Geist, sollte das Unterrichtswesen für seine polnische Heimath umschaffen. So wären für Polens Zukunft wahrhaft unerschütterliche Grundlagen gelegt; die Hauptübel wären schneller, als jemals denkbar, geheilt und hier Alles unter den Auspizien einer völlig unbefangenen

Digitized by Google

Regierung. Eine schönere Sühnung der alten Schuld gibt es nicht. Wollen wir Polens Freunde sein und liegt es uns nicht etwa näher, so zu scheinen, damit einer nationalen Eitelkeit genug geschehe (wie die französ. Kammer jüngsthin ihre Polenartikel in der Adresse votirte!), nun dann müssen wir auf unsern Ruf weniger rücksichtigen, als auf das wahre Beste des unterdrückten Volkes. Geht diese Herstellung des preußischen Polens unter friedlicher Mitwirkung Preußens vor sich, dann söhnt sich der polnische Bauer mit seinem neuen Loose, dessen Verkennung ihn in so unnatürliche Feindschaft gegen das Vaterland bringt, allmählich aus. Der Edelmann gewinnt den Bauern nicht durch leere Versprechungen, nicht durch agitatorische Kunstgriffe, durch demagogische Täuschungen, die sich doch bitter rächen, sondern durch ein redlich gemeinsames Wirken für die Sache Polens. So werden die brechenden Mordketten, die Brüder gegen Brüder im entsetzensvollsten Kampfe zeigt, doch nur so werden sie gewieden. — Statt einer strategischen Organisation, wie Deutschland sie von Preußen verlangt, gewährt Preußen eine dauernde wahrhafte Herstellung Polens in seinen polnischen Gebieten. Denn auch diese sind vielfach germanisirt und nicht Alle sind Polen darin, die polnisch reden! Ich bin nicht einmal der Meinung, daß die Polen, wie sie jetzt sind, sich das russische Polen gewinnen würden; der Czar würde nicht Aufstand nehmen, die Trennung des polnischen Volkes in feindliche Stände grausam auszubreiten; und hier genügt ein Blick; denn der Bauer zieht den Russen seinem Edelmanne vor! Das brüderlich neben uns auferwachte Großpolen wäre aber das Exempel der Vereinigung aller Söhne polnischer Erde. — Ist Polen nach unserm Dafürhalten am Sichersten und Redlichsten zu retten, unser Vortheil geht mit dem seinigen Hand in Hand. Gegen Polens Neugestaltung dürfte Rußland keinen Einspruch wagen. Vielleicht verdiente dann die deutsche Reformation dem ungestörten Gang der Entwicklung; und, wann wir innerlich erstarkt sind, wann die konstituirende Versammlung Preußens der auf Grund einer freisinnigen Staatsverfassung einberufenen gesetzgebenden Versammlung gewichen sein wird, wann das konstituirende Parlament unserm Deutschland eine feste, noch volksthümlichere Gestalt als dem großen Albion gegeben, dann ist auch Polens Sache nach Innen und Außen reif, und wenn das Kongreßkingreich nicht schon eine Petersburger Revolution sich zu Nutzen gezogen, dürfen wir getrost in die Schranken treten, um den Polen die Freiheit; den Schweden Finnland, und uns Petersburg, Kronstadt und die Ostseehrzogthümer zu gewinnen. Es wird aber dieses Segenswerk der polnischen Reorganisation, die eine wahre Reformation Polens wäre, leider nicht gelingen. Die Anzeichen sind trübe. Willkiens Erscheinen hat die Polen nicht billiger gestimmt; die Deutschen bezeichnen seine des „exaltirten" Polenliebhabers Ernennung als eine Kriegserklärung ihrer Regierung gegen ihr Deutschthum. Die Polen weigern die Auflösung der Banden von Tausenden von Sensenmännern, weigern die einfachsten Vorbedingungen, die Willkiens stellte. Vor wir liegt eine Proklamation des Hrn. v. W. (Posen den 9. April); sie kündigt an: „Zur Aufklärung der bewaffneten Massen, ohne eine Entwaffnung vorzunehmen, kann auf folgende Weise stattfinden; die versammelten Mannschaften sind in drei Klassen zu theilen: 1) diejenigen, welche noch nicht militärpflichtig und alle die, welche für den Dienst zu alt oder unbrauchbar sind. Diese Klasse ist sofort in ihre Heimath zu entlassen; 2) die Landwehrleute beider Aufgebote; diese sind sofort in die betreffenden Landwehr-Stabsquartiere abzuschicken. Für ihren Eintritt in die Truppen sollen sie nicht zur Rechenschaft gezogen oder bestraft werden, ebensowenig etwaige Deserteurs; 3) die zum Dienst brauchbaren werden aufgezeichnet, unter die Aufsicht ihrer eingedornen Officiere gestellt, und erwarten, ohne entwaffnet zu werden, die Entscheidung darüber auf welche Weise sie jetzt oder später eingestellt werden können. — An den Orten, von welchen die zum 11. Morgens 9 Uhr an mich oder an die bevollmächtigten preußischen Officiere die Nachricht eingeht, daß die Punkte 1 und 2 erfüllt sind, wird zunächst kein Einschreiten von Seite der Truppen stattfinden; wo dies aber nicht der Fall ist, werden die Behörden einschreiten; mit welchem Widerstreben, das beweist am Besten die äußerste Mäßigung, welche sie bisher geübt. Sie dürfen mit Ruhe dem öffentlichen Urtheile entgegensehen, wenn sie nun kein Mittel mehr scheuen, den gebrochnen Landfrieden wiederherzustellen, den revolutionären Zustand zu enden; ja sie müßten es schreun, zögerten sie noch länger. Es wird Niemand, welcher sich jetzt noch ruhig in diese Anordnungen fügt, wegen des Geschehenen von Staatswegen in Anklage versetzt werden. — Und nun zuletzt wende ich mich noch einmal mit der dringenden Bitte an alle die, welche ihr theures Vaterland lieben — ein Aufruf, welcher seine Wirkung auf ein polnisches Herz nie verfehlt — sich ruhig in diese Anordnungen zu fügen. Und je eher die Ruhe wieder hergestellt werden wird, desto eher wird die nationale Reorganisation vor sich gehen und namentlich die Wahl eines polnischen Oberpräsidenten und die Wahl der Landräthe erfolgen, dafür verbürge ich mich auf das Heiligste und mit all dem Gefühl von Theilnahme, welches ich stets für die Geschicke Polens in meiner Brust gehegt, und welche ich, wie Alle wissen, nie verläugnet habe. Ich habe dadurch aber auch jetzt ein Recht zu fordern, daß man meinen Versicherungen traue, meinen Anordnungen folge. — Ich nehme dies Recht, Euch Polen gegenüber, mit vollem Vertrauen in Anspruch. Was ich gesagt, soll eine Wahrheit werden. Ich würde mich aber für berechtigt halten, meine Sendung, daß es mir gelingen des Friedens ist, für beendigt anzusehen, wenn irgendwo mit Gewalt eingeschritten werden müßte. Die Mittel dazu, daß es nicht zu geschehen brauche, sind in Eure Hände gelegt." — Heute Früh lasen wir eine Proklamation des kommandirenden Generals v. Colomb, der mit Anrufung der Milde und Mäßigung, welche bis an die äußerste Linie hin die Regierung bewahrt, das Einschreiten der Behörden gegen den offnen Aufruhr verkündigt. Der Zusammenstoß der Deutschen und Polen wird kaum aufzuhalten sein. Bei Schroda haben die Polen kapitulirt; bei Szezemeno dagegen kam es leider zum Gefecht, und die Polen wurden zurückgedrängt; ein Gerücht erzählt von Nachschandungen, welche die Weibchen an Deutschen und Juden begingen. — — Wenn das Glück nun aber Polen und uns günstig ist, wenn Polen und Deutsche zur Wiederherstellung Polens sich unter Willkens Leitung vereinigen, wenn der Bürgerkrieg verhütet, galizisches Gräuel unmöglich gemacht und der Verkerkeitg vertagt worden, dann möge Deutschland nicht die schwere Schuld auf sich laden, durch unzeitigen Einspruch und verderblichen Aberwitz die Zukunft des Vaterlandes und Polens aufs Neue in Frage zu stellen. Der Allem erwäge der Fünfzigerausschuß, daß er die hohe Vollmacht des Vertrauens nicht mißbrauche, daß er nicht usurpire, was die Nation ihm wiegen müßte, daß er sich nicht gleich einem deutschen Nationalkonvent geberde, und in diesem Fall, daß er nicht Preußen in die Lage versetze, Rathschläge in Betreff Polens mit der Würde zurückzuweisen, welche die konstitutionelle Regierung eines großen Staates um ihrer selbst, um des Volkes und Landes willen in keinem Augenblick außer Augen setzen darf.

---

**Baiern.** Der König hat folgendes Handschreiben an den Minister des Innern gerichtet. „Das Wohl Meines theuren Baiern-Volkes, welches Mir so sehr am Herzen liegt, und dem Ich alle Meine Kräfte weihe, erfordert dringend, alle Klassen desselben mit gleicher Liebe zu berücksichtigen, allen Interessen gleiche Würdigung zuzuwenden, und namentlich Jenen Meine väterliche Liebe zu bethätigen, welche, auf die Arbeit ihrer Hände ausschließlich angewiesen, derselben gegenwärtig, wo Gewerbe und Handel so vielfach darnieder, in um so höherem Grade bedürfen, um so das innige Band, welches zwischen Mir und Meinem Volke besteht, noch mehr zu befestigen. Vereint werden wir allen Stürmen der Zeit widerstehen. Die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse wird stets ein Gegenstand Meiner vorzüglichsten Sorgfalt sein, allein soll dieselbe ins Leben treten, so müssen die beabsichtetten Maßregeln auf fester Grundlage ruhen. Nicht durch eitle Versprechungen, deren Erfüllung außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt, kann dieselbe erreicht werden. Fest entschlossen, niemals Versprechungen zu machen, deren Ausführbarkeit nicht vollkommen gesichert ist, werde Ich Mich nie dazu verstehen, Hoffnungen zu erregen, deren Verwirklichung nicht auf dem Fuße folgen kann. Nur durch das innige Zusammenwirken aller Kräfte, durch das Wiederaufblühen von Handel und Gewerben, durch Befestigung des gesunkenen Kredits u. s. w. kann die Lage der arbeitenden Klasse eine günstigere werden. Dieß zu bewirken, liegt nicht allein in der Macht der Regierung. Diese liegt außer den von ihr zu treffenden Maßregeln in jener Beziehung vorzüglich die Sorge ob, den Arbeitsuchenden, soweit immer möglich, Gelegenheit dazu durch den thätigen Betrieb der öffentlichen Arbeiten zu geben. Ich beauftrage Sie sonach, alle Eisenbahn-, Wasser- und Straßenbauten, soweit es nur immer die Mittel der Staatskasse gestatten, in Angriff zu nehmen, dann in ungehinderter Thätigkeit zu erhalten und dafür Sorge zu tragen, daß auch außerdem die Arbeitsqualellen auf jede mögliche Art erweitert werden. München, 9. April 1848. (Unterz.) Maximilian. An den Staatsminister des Innern Frhrn. v. Thon-Dittmer.

---

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim. — Druck von **G. Mohr** in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Den. Unwin u. King, 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Aberseeische Länder wende man sich an G. H. Kirchberger Strasbourg 20 Quatbourg, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Insertionsgebühren betragen das Gross. Gr. Neun Pfennige für die Petitzeile. Der Preis beträgt jährlich fl. 10, 1 durch die Post bezogen im Anfang des Preßfreipostsystems Thlr. 6. 20 Sgr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 109. Heidelberg, Dienstag 18. April 1848.

## Uebersicht.

Die Besetzung Schleswigs. — Wien (Zugeständnisse für Böhmen). Linz (Ausweisung der Jesuiten). Brixen (Verdammung der republ. Häupter in Trient). Berlin (kritische Lage in Polen. Die Kommission zur Beratung einer neuen evang. Kirchenverfassung. Die Anleihe gescheitert). Breslau (die russischen Zuvaßongesträchte). Aus Westpreußen (das gute Recht Deutschlands an Westpreußen). Posen (Abdommen des k. Kommissarius v. Willisen mit den bewaffneten Versammlungen. Bekanntmachung des Generalmajors Willisen). Swinemünde (dänische Kriegsfregatte. Gnesen (Einschreiten gegen das polnische Komité. Erhärtung der Stadt Tschmenno). München (Kammerverhandlungen. Das Assoziationsrecht). Die Emeute bei Wasl- und Preßgesetzes). Karlsruhe (der Aufstand im Seekreis). Vom Bodensee (die revolutionäre Bewegung). Weimar (Reformen in Aussicht. Der Großherzog übergibt der Stadt die deutsche Fahne). Braunschweig (die Wendung der Dinge in Schleswig und die norddeutsche Politik). Rendsburg (Antwort des Königs auf das preuß. Ultimatum. Vorrücken der Dänen. Die Dänen verlassen Eckernförde. Das verrätherische Flensburg). Kiel (bei Rendsburg eine Schlacht erwartet. Vorwärtsbewegung der Deutschen). Altona (die hannov. und oldenb. Truppen durchgekommen). Frankfurt (Bundesbeschluß über Mobilmachung der kurhessischen und nassauischen Truppen).

**Dänemark.** Kopenhagen. Die eingebrachten Gefangenen. Empfang der Dänen. Repressalien gegen die deutsche Schiffahrt angedroht.

**Schweden.** Stockholm. Eidotte aus Rußland, ein geheimer Ausschuß gewählt, Kriegsrüstungen.

**Großbritannien.** London. Die Agitation in Irland. Sieg des konstitut. Geistes in England.

**Frankreich.** Wahlumtrieben. Reaktionäre Bewegungen in den Provinzen. Truppenbewegungen. Savoye Gesandter in Deutschland. Die Deutschen in Algier.

Nachschrift. Der Aufstand in Donaueschingen gescheitert.

---

Heidelberg, 17. April.

Die Nachrichten aus Schleswig sind sehr betrübend, nicht weil die Dänen ein paar Meilen Land mehr besetzt haben, sondern weil es sich herausstellt, daß wir in Behandlung unserer auswärtigen Politik, in Führung unserer Kriege durch die traurigen Erfahrungen der Vergangenheit noch nicht klüger geworden sind. Dieser ganz ungünstige Ausgang der ersten Tage des Kampfes, ohne daß aus doch der Muth und die Ausdauer gefehlt hätte — das macht einen ganz schlimmen moralischen Eindruck, der noch peinlicher wird, wenn man hinzufügen hört: so wird es uns bei jedem Kriege wenigstens Anfangs ergehen. Diese trübe Aussicht wird uns allerdings durch die neuesten Vorgänge in Schleswig sehr nahe gerückt, und das deutsche Selbstgefühl schreit bei allem Aufschwung der nationalen Hoffnungen sich bei dieser leidenden Rolle zu bescheiden.

Daß wir die Dänen hätten schlagen können, darüber wird kein Zweifel bestehen; nur mußte man dann ein ganz offenes, durch Buchten allenthalben zugängliches Land tüchtig besetzen, mußte eine eben erst in Umgestaltung begriffene Armee mit vorhandenen Kräften unterstützen, mußte die Mittel und Vorräthe, die mit dänischer Perfidie aus den deutschen Herzogthümern weggezogen wurden, aus dem reichen Vorrath deutscher Arsenale ersetzen. Der Krieg mußte gleich Anfangs als ein deutscher behandelt werden, nicht als eine verzweifelte Nothwehr des kleinen Herzogthums Schleswig, dem man erst dann zu Hülfe kam, als es geschlagen war; alle diplomatischen Bedenken und Erwägungen mußten schwinden, wo wir jede Minute diplomatischen Bedenkens mit einer Schlappe auf dem Schlachtfeld bezahlen mußten. Die Sachen waren so weit gediehen, daß ein Krieg des deutschen Bundes mit Dänemark nun einmal nicht zu vermeiden war; wie auch die Folgen werden, welche Verwicklungen sich daran knüpfen mochten, dieser Knoten war nur noch mit dem Schwerte zu lösen, und es konnte jetzt nur die eine Sorge sein, wie diese Lösung recht rasch und entscheidend erfolge. Ein deutsches Armeekorps mußte rasch über die Eider rücken, denn alle Erwägungen und Fürsorgen der Klugheit waren hier nur Zeugnisse der Unklugheit; während man den casus belli dort abwartete, waren die Dänen gelandet, nahmen Apenrade, Flensburg und Schleswig, wurden unsre braven Landsleute, die doch, wenn auch die Uebermacht noch so groß war, nicht ohne Schwerstreich das Feld räumen wollten, auf die betrübendste Weise geopfert. Gewiß, in einer solchen Entscheidung darf man die Blutstropfen nicht ängstlich zählen, die für eine große Sache vergossen werden; aber daß das Blut der Jugend vergeblich und ohne alle Aussicht des erfolgten vergossen wurde, das ist es, was unendlich schwer auf jedes deutsche Herz drückt. Und während dem steht ein deutsches Armeekorps, kampfbegierig und kampfgerüstet, bei Rendsburg und muß mit anhören, ja fast mit ansehen, wie man die braven Landsleute unter die Kanonen der Feinde jagt und sich da mit politischen Bedenken plagt, wo das unbedenklichste Handeln die beste Politik war. Sah es nicht aus, als wollte man das freche Wort der Dänen, wenn ein Krieg ausbrache, würde die deutsche Bundesarmee schon dafür sorgen, daß sich die Lust Holsteins mäßige, als wolle man dies höhnische Wort, wenn auch wider Willen, wahr machen? Wie müßten nicht die Dänen frohlocken, wenn ihnen berichtet wird, die Deutschen hätten bei der Besetzung Schleswigs gewaffnet und schlagfertig zugesehen!

Daß wir noch bis zum äußersten Momente die Rücksichten und Bedenken nicht lassen können, daß wir, uneingedenk der geringen Ehre auf diplomatischem Gebiete, doch immer wieder von dem Ehrgeiz geplagt werden, Diplomaten sein zu wollen! Wozu die Verhandlungen fortsetzen, das Ultimatum hinausschieben, bis die Dänen in Schleswig standen; war denn der Krieg nicht unvermeidlich, ob man nun zögerte oder nicht? Die Verhandlungen selbst aber und das Anerbieten einer Vermittlung konnte nur zum Schlimmen führen; entweder bot man den Dänen die Hand in einem Augenblick, wo der Krieg für sie ungünstig stand, und dann konnten wir sicher sein, daß unsere diplomatische Kunstfertigkeit uns wieder verdarb, was die Waffen zugemacht hatten, oder man legte den Dänen ein Ultimatum vor, wenn sie sich schon der Eider näherten, und dann konnte man keine andere Antwort als eine abschlägige erwarten, hatte aber indessen die kostbare Zeit verjaumt. Zwar zweifeln wir nicht, daß die Dänen das deutsche Schleswig wieder räumen müssen, aber wie viel besser, wenn sie es gar nicht besetzten, wenn uns die Reinigung des deutschen Gebietes gar kein Opfer kostete!

Der schlimme Eindruck dieser ersten Ereignisse ist aber keinen Falls zu verwischen; in Norddeutschland ist, wie wir aus Briefen ersehen, die Empfindung darüber eine ungemein peinliche gewesen, und über die ruhigen Bewohner Braunschweigs, Hannovers u. s. w. ist eine Aufregung gekommen, die ihrem patriotischen Gefühle alle Ehre macht, die aber auch die lauteste Anklage erhebt gegen das unzeitige Zögern und Diplomatisiren unserer großen Politik. Man ist dort nicht minder erbittert darüber, daß das zehnte Armeekorps den Dingen aus der Ferne zusieht, als darüber, daß die preußischen Garden aus der Nähe zusehen mußten. Man hat an die Regierungen Forderungen und Anerbieten gestellt, die wenigstens beweisen, daß unsere Stimmungen besser geworden sind, wenn auch unsere politische Geschicklichkeit nicht größer. Wenn man aus diesen ersten Vorgängen eine fruchtbare Lehre ziehen, wenn man sich recht klar machen würde, daß uns in jedem bevorstehenden Kriege die größte Tapferkeit und Stärke nicht aufreichen wird, wenn wir mit unserer diplomatischen und militärischen Ueberklugheit uns selber im Wege stehen, dann wäre den jüngsten Ereignissen trotz der Eider wenigstens eine tröstliche Seite abzugewinnen; ob diese Besserung erfolgt, steht eine tröstliche Seite abzugewinnen; ob diese Besserung erfolgt, darüber können wir vielleicht recht bald Gelegenheit finden, uns im Großen zu belehren, wie wir uns im Kleinen konnten warnen lassen.

Digitized by Google

**Oesterreich.** Wien, 11. April. Man schreibt dem Frankf. Journ.: Die kaiserliche Antwort auf die Prager Petition ist jetzt erfolgt. Es wird darin zugestanden: 1) Vollständige Gleichstellung der böhmischen Sprache mit der deutschen in allen Verwaltungs- und Amtsverrichtungswegen; 2) eine alle Stände und Interessen des Landes umfassende gleichmäßige Zuziehung mit dem Recht, über alle Landesbedangelegenheiten zu berathen und zu beschließen; aktives Wahlrecht für jeden 25 Jahre alten steuerzahlenden Staatsbürger auf dem Lande, für jeden 25 Jahre alten Bürger in den Städten, Mündigkeit aller 30 Jahre alten Landeseingebornen; 3) verantwortliche Landesbehörden für Böhmen in Prag mit ausgedehntem Wirkungskreise; 4) Berathung der Bitte um Wiedervereinigung Böhmens, Mährens und Schlesiens auf einem gemeinschaftlichen Landtage; 5) freie Religionsausübung der christlichen und des israelitischen Kultus neben der katholischen, als Staatsreligion aufrecht erhaltenen Religion; 6) selbständige Gemeindeverfassung mit eigener Vermögensverwaltung und freier Wahl der Beamten; 7) Vorlage eines neuen Preßgesetzes an nächsten Reichstage; Besetzung aller öffentlichen Aemter mit Gerichte in Böhmen nur durch beiden Landessprachen kundige Individuen; 9) Nationalgarde für die Städte und das flache Land. Die Mitbereitigung des Militärs und aller Staatsbehörden auf die Verfassung wird im Staatsgrundgesetze ausgesprochen werden.

Linz, 11. April. Gestern erhielten die PP. Jesuiten den Auftrag abzureisen. Allgemein ist man der Regierung für diese Anordnung dankbar.

Brixen, 11. April. Heute vernimmt man, daß die Häupter der republikanischen Tridentiner endlich festgenommen worden seien, und zwar auf Befehl Radetzky's. Uns sind folgende Namen bekannt: Graf Thun, Graf Schütze, Graf Lajetan Manst und Festi. Es sollen auch noch andere darunter sein, deren Namen hier aber noch nicht bekannt sind. Man hört, daß schon gestern Nacht hier vorbeigebracht worden seien. Uebrigens ist Trient sehr schlecht besetzt: man hört von 800 Mann und 3 Kanonen. (A. P. Z.)

**Preußen.** ** Berlin, 13. April. Bei Trzezemeno trafen preußische Truppen auf die polnischen Sensenmänner*). Die Stadt war verbarrikadirt; die erste Barrikade bestand aus Bauerwagen, die zweite aus Baumstämmen u. s. f. Die Preußen nahmen in heftigem Kampf die halbe Stadt ein, nachdem die Polen den ersten Angriff gemacht. Da kommt die Nachricht, Willisen habe noch 24 Stunden Bedenkzeit bewilligt und die Truppen, trotz des glühenden Polenhasses, trotz des Erfolges, ziehen sich unter dem Kugelregen der Polen ruhig aus der Stadt zurück. — — Die Sachen stehen übel. Die Deutschen sind nicht mehr zu halten. Ein Anlaß von Auswärts bringt die Entscheidung näher. Ich schrieb Ihnen, daß die deutsche Minderheit von Posen auf dem Landtage zum deutschen Parlament mitgewählt habe; die Wahlen sind annullirt. Bei den neuen ist den deutsche Gebiet von Polen völlig ausgeschlossen. Die Deutschen verlangen in täglichen, dringenden, flehentlichen, drohenden Petitionen und durch Deputationen Aufnahme in den Bund und Ihrlinahme an dem Parlament. — So wie es jetzt steht, gibt es nur Ein Rettungsmittel, die sofortige Ziehung einer Demarkationslinie zwischen Deutschland und dem eigentlichen Polen. Die deutschen Grenzbezirke, der Netzdistrikt, der Fraustadter Kreis u. s. f. würden zu Westpreußen und Schlesien geschlagen. Der polnische Theil von Posen aber erhielte eine besondere Verfassung und bildete den Stamm eines polnischen Reichs. Hier wird sich dann erweisen, wie die Reorganisation ihre Früchte tragen kann; bessere, reichere als die bloße strategische Benamnung! Wird die Demarkationslinie nicht gezogen, so rüsten sich sofortens den 16., am Sonntag, die Deutschen zum Kampf gegen die Polen; die Deutschen im polnischen Posen, die polnischen Bauern sind ihrer Bundesgenossen; selbst der Rasse kommt den Schwerterstreichen und Axtbedrohten in diesem Augenblick erwünscht, wenn es gegen den übermüthigen polnischen Junker gilt! — — Daß die Polen mit ihrem kleinen Reiche jenseit der Demarkationslinie sich nicht begnügen werden, das weiß man am Besten in Westpreußen. Aber dann würden die neuen Bürger des deutschen Bundes sie kräftig zurückweisen; Schleswig-Holstein ist nicht entbrannter für das Vaterland, als die Deutschen an Polens Grenze. — Also die Demarkationslinie, und eher heute als morgen!

Berlin. Ueber die Erstürmung der Stadt Trzezemeno enthält die Voss. Zeit. folgende nähere Angaben: Es ist die Nachricht hier eingegangen, daß es bei Ischwenno im Großherzogthum Posen, zu einem Gefecht gekommen ist, in welchem nach einem lebhaften Kampfe unsere Truppen die von den Polen besetzte und verbarrikadirte Stadt einnahmen. Der Oberst Herrmann befehligte die Truppen, das 14. Infanterieregiment. Allein unmittelbar nach der Einnahme ging dem Obersten Befehl zu, die Stadt wieder zu räumen, da nach einer durch den General Willisen getroffenen Vereinbarung den Polen noch eine längere Frist zum freiwilligen Abzug bewilligt war, wovon die betreffenden Truppentheile wenigstens keine Kenntniß erhalten hatten. Es wären darauf die deutschen und jüdischen Bewohner des Ortes Hilfe stehend zu den zurückgezogenen Truppen hinausgeeilt, weil nunmehr durch die polnische Bevölkerung und Besatzung jede Gewalt an ihnen verübt werde.

Aus Berlin wird der Aachener Z. geschrieben: Wir vernehmen so eben, daß der Versuch, eine Anleihe mit dem Hause Rothschild abzuschließen, gescheitert ist. In diesem Augenblick war kaum etwas Anderes zu erwarten. Rothschild allein konnte eine Anleihe übernehmen, und auch er ist jetzt außer Stande, Papiere an die Börse zu bringen und vielleicht schon in Verlegenheit, seine alten Verpflichtungen zu decken. Wie es heißt, wird man jetzt zur Kreirung einer gewissen Summe neuer Kassenanweisungen gegen sichere Garantien übergehen.

Die Allg. Pr. Zeit. enthält Folgendes: Berlin, 12. April. Die neulich erwähnte Kommission zur Berathung einer neuen Verfassung der evangelischen Kirche ist gestern unter dem Vorsitz des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zusammengetreten. Der Minister eröffnete die Sitzung mit Darlegung der Grunsätze, welche künftig für das Verhältniß des Staats zur Kirche maßgebend sein werden; er hob insbesondere hervor, daß der Staat in Zukunft jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kirche sich zu enthalten haben werde, und daß es lediglich Sache der evangelischen Kirche daher zunächst darauf ankomme, ihr durch eine aus ihr selbst hervorgegangene Verfassung die Selbständigkeit zu sichern, die sie bedürfe, ihre Freiheit nach allen Seiten hin zu wahren. Natürlich könne ein solcher Organismus der Kirche nicht von Außen her gegeben werden, sondern nur darauf könne es ankommen, und nur dies könne Aufgabe der jetzigen Berathung sein, derselben die Möglichkeit zu gewähren, durch freigewählte Organe diejenige Verfassung zu begründen, welche sie zu ihrem dauernden, selbständigen Bestehen für nothwendig und ersprießlich erachte. Dabei werde aber der Begriff der evangelischen Kirche nicht zu eng gefaßt, namentlich die Union nicht als die Grenze oder Bedingung der neuen Verfassung festgehalten werden dürfen. Oder vielmehr nachdem sein, alles Gemeinden, welche sich als Angehörige der evangelischen Kirche betrachten, insbesondere auch denjenigen, welche sich, wie die Altlutheraner und die in neuerer Zeit entstandenen sogenannten freien Gemeinden, einstweilen von der evangelischen Landeskirche getrennt haben, die Gelegenheit zu geben, an der Berathung der neuen Verfassung Theil zu nehmen, um so, wenn irgend möglich, den Frieden und die Einheit in der Kirche wieder herzustellen. Die Kommission erklärte sich mit dieser Auffassung vollkommen einverstanden und erkannte als ihre nächste Aufgabe die Ausarbeitung eines Wahlgesetzes, auf Grund dessen die Vertreter sämmtlicher evangelischen Gemeinden in Preußen, unter Betheiligung aller Gemeindemitglieder und angemessener Berücksichtigung des Bredigtamts, zunächst zu Kreis- und Provinzialsynoden zusammen zu treten haben werden, aus denen Mitglieder zu einer möglichst schleunig einzuberufenden Landessynode zu wählen, die, gleichsam als konstituirende Versammlung, in völliger Selbständigkeit, nach dem Maße des ihr inwohnenden christlich-evangelischen Geistes über die der evangelischen Kirche zu gebende Verfassung zu berathen haben wird. Dieses Wahlgesetz wird unverzüglich ausgearbeitet werden.

Breslau, 12. April. Die hiesigen Blätter enthalten nachstehende Bekanntmachung des Oberpräsidenten: „Die sich immer wiederholenden Gerüchte, daß Rußland eine Invasion in die diesseitigen Staaten beabsichtige, und daß zu diesem Zwecke bedeutende russische Truppenmassen an der diesseitigen Grenze zusammengezogen würden, haben mich veranlaßt, genaue Nachrichten über deren Richtigkeit einzuziehen. Nach den mir zugegangenen, völlig zuverlässigen amtlichen und außeramtlichen Nachrichten sind indeß alle derartigen Behauptungen unbegründet. Bis jetzt sind russische Truppen in ungewöhnlicher Anzahl an der diesseitigen Grenze nicht aufgestellt, und Alles, was Rußland, in Folge der Ereignisse in Deutschland, bisher gethan hat, beschränkt sich auf eine schärfere Beobachtung der Grenze und eine strenge Ueberwachung des Handels- und Reiseverkehrs zwischen dem russischen Kaiserreiche und den diesseitigen Staaten. Unsererseits sind und werden nichtsdestoweniger alle Vorbereitungen so getroffen, daß allen Eventualitäten wirksam begegnet werden kann. Die ganze Ostgrenze von Krotoschyn ab bis gegen Krakau ist durch diesseitige Truppenaufstel-

*) Meine gestrige Nachricht war ungenau.

Digitized by Google

lungen beobachtet und gegen jeden unternommenen Handstreich geschützt. Um aber jeden ernstlichen Angriff, von welcher Seite er auch kommen sollte, mit Energie zurückweisen zu können, thut die Befestigung der Ruhe und Ordnung in unserem Staate und die Zuversicht auf die zweckentsprechenden Anordnungen der Behörden vor Allem Noth. Ich vertraue, daß die Einwohner der Provinz Schlesien zur Erreichung dieses Zwecks mit allen Kräften mitwirken werden. Breslau, 11. Apr. 1848. Der Oberpräsident der Provinz Schlesien. Pinder."

Aus Westpreußen, 3. April. Polen hat kein geschichtliches Recht auf unser deutsches Land; ein kurzer Rückblick auf dessen Geschichte zeigt die Nichtigkeit der polnischen Ansprüche. Die kleinwohner unseres Landes waren ein den benachbarten Polen feindlicher Stamm; die zum Christenthum bekehrten Polen, zu schwach, den noch heidnischen Preußen zu widerstehen, riefen am Anfange des dreizehnten Jahrhunderts den deutschen Ritterorden zu Hilfe, um ihre Grenzen gegen die Einfälle der Preußen zu schützen. Die deutschen Ritter kamen und unterwarfen, oftmals von deutschem Zuzuge unterstützt, nach dreiundfünfzigjährigem Kampf unser heutiges Preußen ihrer Herrschaft. Zahreiche deutsche Einwanderer strömten jetzt hierher und bevölkerten das durch den Krieg verödete Land; deutsche Hände haben seine Burgen, seine Städte, seine Dörfer gebaut, Deutsche haben seine Ströme eingedämmt und dadurch jene Niederungen geschaffen, deren Fruchtbarkeit weltbekannt ist, deutscher Fleiß hat die Wälder gelichtet und die Wildniß in fruchtbare Fluren verwandelt. So blühte unser Vaterland zwei und ein halbes Jahrhundert hindurch durch deutschen Fleiß und deutsche Gesittung und erlangte unter weisen deutschen Gesetzen einen Wohlstand, wie ihn damals kein Land Europas kannte. Die reich gewordenen Städte, der mächtige Adel des Landes wollten nicht länger dem deutschen Ritterorden botmäßig sein, sie erhoben sich gegen ihn, blieben siegreich in dreizehnjährigem Kampfe und schlossen mit der Krone Polen einen Vertrag, kraft dessen sie, jedoch als ein selbständiges Land unter deren Schutz sich begaben. Dies geschah 1466. Nach diesem Vertrage behielt das Land seine selbständige Verfassung, sein eigenes Recht; es zahlte keine Abgaben an Polen, es durfte kein Kontingent zu den Kriegen der Republik Polen stellen, die deutsche Sprache blieb Landessprache, alle Eriaffe der Krone Polen durften nur in deutscher oder lateinischer Sprache veröffentlicht, auf dem Landtage nur Deutsch gesprochen werden; kein Pole sollte ein öffentliches Amt im Lande bekleiden, Keiner Grundbesitz erwerben, wenn ihm nicht vorher das preußische jus indigenatus ertheilt war. So sorglich hüteten also unsere Vorfahren ihre deutsche Nationalität. Aber das Land hatte von der wenn gleich lockern Verbindung mit Polen keinen Segen; es wurde den beschworenen Verträgen zuwider der Schauplatz der Kriege zwischen Polen und Schweden, Tartaren-Einfälle, Pest und Glaubenszwang entvölkerten es, und so geschwächt konnte es die ihm verdrießen Rechte gegen die Uebergriffe der damals mächtigen polnischen Nachbarn nicht vollständig wahren. Polnische Einzelinge rückten in die Stelle der Deutschen ein, aber nur ins flache Land der jetzt mit dem Königreich Polen grenzenden Kreise; die Städte und der größere Theil auch des flachen Landes blieben ausschließlich deutsch. Dies war der Zustand des Landes von 1466 bis 1772. Da kamen die Theilungen Polens, jene beklagenswerthen Akte einer Kabinetspolitik, die Europa längst verurtheilt hat. Fern sei es von uns, sie rechtfertigen, sie entschuldigen zu wollen; das aber läßt sich nicht verkennen, was unser Westpreußen betrifft, so wurde nur ein loseres Band gelöst, welches bis dahin unser ursprünglich deutsches Land zu seinem großen Unglück mit Polen verknüpft hatte. Die Bevölkerung war auch während dieser Verbindung trotz der oben erwähnten Umstände überwiegend deutsch geblieben und daher begrüßte sie auch freudig die Wiedervereinigung mit einem deutschen Staate. Sie hat ihr seitdem zum großen Segen gereicht. Weite, wüste Länderein wurden durch deutschen Fleiß wieder angebaut, deutsche Gesetze schafften der Leibeigenschaft ab; freies Eigenthum Dieser entstand, wo früher wenige Magnaten schalteten, und so ist es gekommen, daß jetzt selbst unsere unter uns wohnenden Brüder polnischer Abstammung — der Zahl nach noch nicht ein Viertel der ganzen Bevölkerung — die Vereinigung mit Deutschland segnen. Dies ist ein kurzer Abriß der Geschichte und der jetzigen Lage unseres Landes, und nun, deutsche Brüder, entscheidet, was von den polnischen Ansprüchen auf Westpreußen zu halten ist!

Posen, 12. April. Der Generalmajor von Willisen hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: „Ich finde mich veranlaßt, Folgendes zu erklären: 1) Ich finde mich vollkommen berechtigt, meine Mission in jedem Augenblicke als beendet zu betrachten, wo ich sehe, daß keine friedlichen Mittel mehr vorhanden sind, die Wirren, welche hier herrschen, zu lösen, und ich werde sie augenblicklich niederlegen, wie ich es schon in meiner zweiten Bekanntmachung erklärt, wenn ich sehe, daß nach den dazu bewilligten 3 Tagen die bewaffneten Versammlungen nicht ganz so, wie es bestimmt ist, auseinandergegangen, vollkommene Ruhe und Ordnung im Lande herrscht und die Regierungsgeschäfte ihren regelmäßigen Gang nehmen. 2) Ich werde zu dem Ende sofort meine Reise durch die Provinz fortsetzen, um selbst zu sehen, die Behörden überall einzusetzen, wo sie entfernt waren. 3) Ich werde selbst darauf dringen, daß gegen jeden erneuten Versuch, die Ordnung zu stören oder sich bewaffnet zu versammeln, sofort mit dem Martialgesetz eingeschritten werde, und je milder meine ersten Versicherungen waren, um so strenger sollten die späteren sein, wenn ich sie anzuordnen hätte. 4) Ich werde, wie denn überhaupt noch Nichts geschehen, keinen Schritt weiter thun, ehe jene Ruhe nicht vollkommen eingetreten. Ich hoffe nun nach dieser Erklärung, daß sich die für mich eben so überraschende als betrübende Aufregung legen wird, um so mehr, als Jeder, der mich kennt, weiß, daß kein Gedanke und kein Tropfen Blut in mir ist, welcher im Stande wäre, auch nur das kleinste Recht meiner Landsleute preiszugeben oder irgend ein Interesse unbeachtet zu lassen. Posen, 12. April 1848. v. Willisen, Generalmajor und königlicher Kommissär".

Posen. Die Allgemeine Preußische Zeitung berichtet: Von Seite des Generalmajors von Willisen, als Königlichen Kommissarius, ist am 12. dieses Monats folgende Bekanntmachung erschienen: „Da Abkommen, wonach die bewaffneten Versammlungen im Lande auseinandergehen sollen, ist nun wirklich getroffen, und schon gestern hat die Masse bei Schroda angefangen sich aufzulösen. Dieser folgt heute und morgen die Abtheilung von Wreschen, von Xions und Pieschen und sonst wo. Jeder sind drei Tage gewährt, ihre Anordnungen zu treffen. Nach drei bis vier Tagen dürfen wir sicher hoffen, daß Ruhe und Ordnung in die furchtbar aufgeregte Provinz zurückkehrt. Geschieht es wirklich, so wird wohl jeder Gemäßigte mit mir den Ausweg, welcher ergriffen wurde, für einen gesegneten halten. Man frage sich nur, was eine blutige Lösung in der Gegenwart für eine Bedeutung hätte, und Jeder wird gewiß gern seine Wünsche, die er sonst dabei gehegt, wie ehrenwerthe Motive sie auch haben möchten, zurückdrängen. Jeder Schuß hier ertönt durch das ganze weite Vaterland, durch ganz Europa wieder, was hier ein Sieg gewesen, kannte an einer andern Stelle leicht zu einer Niederlage für ihn eben erst mit Mühe auf den Thron gehobener aufzuknechtende Ordnung werden. Somit schien ein solcher Ausweg nicht allein durch die Rücksichten der Menschlichkeit, der höheren Sittlichkeit, sondern auch durch die Klugheit und durch unsere heilige Religion geboten. Aus allen diesen Gründen würde ich es nie bereuen, diesen Ausweg betreten zu haben, wenn er auch nicht der von unserem theuren Könige gebotene gewesen wäre. Von den Versammlungen bleibt zunächst Nichts übrig, als vier Abtheilungen, welche bestimmt sind, in die Regimenter der 10. Division nach einem näher zu bestimmenden Modus einzutreten. Das ganze übrige Land muß in vier Tagen von allen anderen Truppe befreit sein. Die ausgedehnteste Amnestie schien unter den obwalten den Umständen um so mehr an ihrem Platze, als das Unternehmen, einer Revolution der erschütterndsten Art entsprungen, das gewöhnliche Maß, wonach Vergehen gemessen werden sollen, anzulegen durchaus verbot, und als es noch bis zuletzt gar nicht einmal gegen den eigenen Staatsherrn gerichtet war. Die einzige Besorgniß, welche noch zu hegen bleibt, liegt in der Schwierigkeit, solche Massen wieder in die Bahn des Friedens hinringalenken. Der Gedanke an diese Möglichkeit hat manches Zugeständniß für unabweislich erachten lassen, wie es sonst wohl nie gemacht worden wäre. Sollte aber dabei auch nicht Alles ganz glatt abgehen, so kann das den Hauptzweck, welcher in der Sache liegt, nicht schmälern. Am Schlusse des Abkommens heißt es: „Diese Maßregeln dürfen aber nicht hindern, daß überall die Behörden sofort wieder eingesetzt werden, damit der ganze Regierungsmechanismus sich wieder frei bewegt", und ich hoffe in einigen Tagen sagen zu können, daß es geschehen sei. Posen, 12. April 1848. von Willisen, Generalmajor, als Königl. Kommissarius.

Gnesen, 11. April. Es ist ernstlich gegen das hiesige polnische Komité eingeschritten worden. Mehrere Mitglieder sind verhaftet und nach Posen gebracht. Die Sensenmänner sind aufgefordert, die Waffen niederzulegen, und man glaubt allgemein, daß sie Folge leisten. Einige Polen, die gleichfalls Verhaftung zu fürchten hatten, halten sich verborgen. Es ist jetzt vollkommen ruhig hier.

Stettin, 13. April. Aus Swinemünde von gestern 10 Uhr Morgens meldet man, daß eine dänische Kriegs-Fregatte vor dem Hafen kreuze, jedoch keine irgend feindliche Absicht dis dahin gezeigt habe. Hier wurden heute neuerdings Kanonen und Munition nach Swinemünde verladen. (Ostsee-Ztg.)

Digitized by Google

**Baiern.** = München, 14. April. Die 2. Kammer hielt heute ihre neunte Sitzung, in der sie den Gesetzentwurf über die Behandlung neuer Gesetzbücher berieth und in der ihr ein neuer Gesetzentwurf vom Minister des Kultus und Unterrichts über Preßfreiheit eingereicht wurde. Am Anfang der Sitzung gab sodann der von Frankfurt zurückgekehrte 1. Präsident Kirchgeßner der Kammer Bescheid über seine Mission als Vertrauensmann, und es ward in Folge der Ernennung des Ministers der Justiz zum Staatsrath die Einberufung von dessen Ersatzmann in die Kammer beschlossen. Der 2. Präsident bedauerte das Ausscheiden eines so trefflichen Mannes aus ihrer Mitte. Nebst den Gesetzentwurf, die Behandlung der Gesetzbücher betreffend, bemerkte dann der Referent Dr. Edel, daß es von ihm auch heißen werde „zu spät"; denn hoffentlich würde vor seiner Verwirklichung vom deutschen Parlament ein allgemein deutsches Recht und Gesetz angebahnt werden. Bei der nun erfolgenden Berathung ward der Entwurf mit den Modifikationen des Ausschusses und der des 1. Sekretärs Stockinger — er will keine Berathung durch den vereinigten Ausschuß, sondern durch die getrennten Ausschüsse — einstimmig angenommen und dabei vom Justizminister die Erklärung abgegeben, daß diese Ausschüsse aus der demnächst neu zu wählenden Kammer gewählt werden sollen. Aus dieser und mehreren Aeußerungen der Art läßt sich vermuthen, daß die Kammer wohl noch vor Ostern ihre Thätigkeit beschließen wird; denn später auch, als Christmann das Ministerium um eine Erklärung anging, sprach der Minister davon, daß man geglaubt habe, der Kammer vor Allem noch die Gesetzentwürfe über Ablösung der Feudallasten und über die neuen Wahlen vorlegen zu müssen. Auf die Anfrage Christmanns wegen der Assoziation, der Volksbewaffnung und der staatlichen Berechtigung aller Konfessionen sprach sich der Justizminister dahin aus, daß sie faktisch beständen, und daß die Regierung deren Verwirklichung nur wünsche und wolle. Ein Gesetz hierüber habe wegen der Unmasse von Arbeiten, mit denen sie (die Minister) überhäuft seien, noch nicht eingebracht werden können. Demnach glaubte Steckinger und Bauer, daß sobald als möglich, wenn auch nur in aller Kürze, Gesetzartikel über die obigen Punkte und besonders auch über Initiative der Kammer eingebracht werden sollen und müssen wegen der Dringlichkeit der Sache selbst, und Kirchgeßner bemerkt, daß er erst gestern in Würzburg erfahren habe, daß einem dortigen Vereine von Handwerksgesellen das Recht der öffentlichen Versammlung verweigert wurde. Es sei also wegen der übertriebenen Aengstlichkeit und Engherzigkeit mancher Beamte sehr zu wünschen, daß recht bald ein Gesetz solche Verbote unmöglich mache. Oefterthaymer will besonders auch die ungleichen Verordnungen über die Polizeistunde durch eine Verordnung gleich aufgehoben wissen. Leider sei der Minister des Innern immer noch krank, und manche Verzögerung mag hierin ihren Grund haben, entgegnete der Justizminister; sie selbst (die übrigen Minister) seien von Morgens 7—9 Uhr Abends zusammenbrechen beschäftigt, ja er habe die neulich von Morgens 3 Uhr bis Abends 11 Uhr mit ganz kurzer Unterbrechung gearbeitet. Der Gesetzentwurf über die Freiheit der Presse, den der Kultusminister vorlas, entspricht, soviel auf den ersten Blick zu erkennen war, den Forderungen der Zeit. Die preßpolizeilichen Bestimmungen, fügte der Minister bei, erwarte man vom deutschen Parlamente und habe deßhalb deren Abfassung unterlassen.

= München, 11. April. Heute fand die sechste öffentliche Sitzung der Abgeordneten Statt. Nach Verlesung einer Menge von Einläufen und Beeidigung mehrerer neu eingetretenen Abgeordneten kam die Urlaubsfrage des 1. Präsidenten Kiechgeßner zur Diskussion. Die Kammer beschloß, denselben von Frankfurt zurückzuberufen, da seine Gegenwart in der Kammer dringend nöthig sei. Eine Epistole des Abg. Ruland in Bezug auf die neulichen Aeußerungen, die Auflösung der Kammer betreffend, die wahrscheinlich darauf abgesehen war, die Kammer gegen die damaligen Votanten nachträglich aufzureizen, prallte wirkungslos an dem gesunden Sinne der Kammer ab. Hierauf ward von dem Sekretär des Petitionsausschusses über die an die Kammer von verschiedenen Orten des Königreichs eingelaufenen Adressen Bericht erstattet, und in Folge einer Aeußerung über die Trefflichkeit der baierischen Konstitution entspann sich eine lange Debatte, in der mehrere Kammermitglieder sich gerade in entgegengesetzter Weise über dieselbe aussprachen und eine Umänderung derselben in ihren Grundzügen beantragen zu müssen glaubten, da in ihr nur von einem aristokratisch-monarchischen, nicht von einem demokratisch-monarchischen System die Rede sein könne. In dieser Weise sprachen sich besonders die Abgg. Kolb und Schneyer aus. Dann erstattete der obige Sekretär Vortrag über die gepreßten Anträge der Abgeordneten, worunter sich besonders viele über die Verbesserung der sogenannten deutschen Schullehrer*) befanden. Der Abg. Schäzler sprach sich in Folge eines von ihm eingebrachten Antrages, die Errichtung eines besondern Ministeriums für Handel und Industrie betreffend, besonders gegen den preußischen Minister aus, dem der Zollverein das Freihandelssystem zu danken habe, das Deutschland jährlich durch Einfuhr englischer Waaren um 30—35 Mill. bisher gebracht habe. In Bezug auf die Ablösungsfrage äußerte sich der Staatsminister der Justiz dahin, daß der Gesetzentwurf über die Ablösung bereits vollendet gewesen, daß derselbe aber bei der gestrigen Ministerberathung beinahe gänzlich umgestoßen worden und erst neu zu redigiren sei, um dann in einer der nächsten Sitzungen der Kammer vorgelegt werden zu können. Der Abg. Christmann machte bekannt, daß er demnächst eine Erklärung über das Recht der Assoziation, über Volksbewaffnung und Staatsbürgerliche Gleichstellung aller Religionsgesellschaften vom Ministerstische aus erwarte. Der 1. Sekretär glaubt wiederholt auf die Nothwendigkeit eines Gesetzentwurfes in Bezug auf die Initiative der Kammer und der von ihr aufgethanen Verfassungsrevision aufmerksam machen zu müssen. In einer der nächsten Sitzungen soll dann auch, einer Erklärung des Justizministers zu Folge, diese wichtige Frage ihrer Lösung entgegengehen. Der Staatsminister des Kultus bringt hierauf, eben erst ankommend, einen Gesetzentwurf über die Wahlen zum Parlament ein. Demzufolge findet zunächst in den Regierungsbezirken die Urwahl Statt, die Wahl des Parlamentsabgeordneten selbst aber ist an keinen Wahlbezirk gebunden und jeder 25jährige Mann ist wahlberechtigt und wählbar. (Sch werde Ihnen den Entwurf alsbald mittheilen.) Die Kammer nahm den Gesetzentwurf sehr zufrieden auf. Dann sprach Edel über die vortreffliche Haltung der Frankfurter Bürger während der jüngsten denkwürdigen Tage. Die Kammer gibt ihre dankbare Anerkennung einstimmig zu erkennen und erklärt dieß zu Protokoll. Closen wünscht zum Schlusse der Sitzung eine interimistische Jury für Preßvergehen und spricht von einem Gerichte, wornach das neue Preßgesetz voll Klauseln sei und aus 300 Artikeln bestehe. Der Minister der Justiz bezeichnet dieses Gesetz als gänzlich falsch, wie ähnliche der Art über das neue Wahlgesetz, sagt, daß das neue Preßgesetz so bündig als möglich abgefaßt werden würde, und wünscht, daß die Kammer mit dem interimistischen Geschwornengerichte noch etwas zuwarten möge, da ja ohnedies im Laufe dieses Jahres noch Geschwornengerichte im Allgemeinen eingeführt werden würden. Hiemit schloß die Sitzung.

**Baden.** ** Karlsruhe, 16. April. Der Zustand der Unzufriedenheit hört endlich auf. Die Masken sind gefallen. Der Nimbus, welcher manche dem Volke theure Namen umgab, ist verschwunden; statt der Republikaner, die begeistert durch die Kraft der öffentlichen Meinung ihre Idee in das Leben führen wollen, stehen vor uns die Anarchisten, welche mit Gewalt der Waffen ihren Forderungen Geltung verschaffen, alles Bestehende umstürzen und den Bürgerkrieg entzünden wollen; man befragt mit Recht manchen der Männer, die an die Spitze sich stellten, vorzüglich den reich begabten Hecker, aber man verabscheut das Verbrechen, vor dessen Vollendung er nicht zurückbebte, nicht eingedenk des Eides, den er als Abgeordneter leistete. Die schweren Besorgnisse vor der gewaltsamen Schilderhebung des Volkes im Seekreise, vor der Vollziehung der Deohung, daß 10,000 bewaffnete Männer aus dem Seekreise nach Karlsruhe ziehen, die Republik ausrufen, daß Tausende der Unzufriedenen sich ihnen anschließen würden, sind gehoben. Die hochverrätherischen Plane von Hecker und Struve sind gescheitert an der Verfassungstreue und dem gesunden Sinne des badischen Volkes. Daß in Konstanz Heckers Aufruf zur Einführung der Republik und zum bewaffneten Zuge nach Karlsruhe keinen Anklang fand, ist schon früher aus den Zeitungen bekannt geworden. In Ueberlingen, wo Struve einen ähnlichen Versuch machte, hatte der Volksredner dasselbe Schicksal. Man weigerte sich Theilnahme. Auf die Stockacher Versammlung hatte Hecker seine Plane gebaut. Der Stockacher Gemeinderath hatte den Muth und den Verstand, die benachbarten Gemeinden zu warnen und den Besuch der Bewaffneten sich zu verbitten. Als Heckers bewaffnete Schaar (sie bestand aus etwa 40 Leuten, die mit ihm aus Konstanz ausgezogen, und einigen Wenigen, die hinzu kamen) ankam, richtete sich zunächst der Unmuth der Aufrührer gegen die Stockacher Gemeinderäthe; nur Hecker rettete ihnen das Leben; der Gemeinderath blieb fest und verweigerte ebenso wie in Konstanz die Theilnahme am Aufruhr. In Neustadt war eine Versammlung, die entschieden die republikanischen oder besser die anarchischen Bestrebungen ablehnte. In Villingen kamen Bürgermeister und Abgeordnete der benachbarten Orte zusammen

*) Sogenannt: weil die Benennung „deutsche Schullehrer" ganz unrichtig ist.

Digitized by Google

und erklärten, daß sie an dem bewaffneten Zuge nach Karlsruhe nicht Theil nehmen würden. Nach den vorliegenden Berichten ist dies der herrschende Geist unter den Bürgern, die ihre Ueberredung bereuen und vor den Folgen der Anarchie zurückschaudern. In Donaueschingen war am 14. April vorzüglich Struve thätig. Es sollte nicht an vielen Männern, an todenden Schweinen, aber die erwartete Schaar aus allen Orten des Seekreises blieb aus; nur wenige Bewaffnete fanden sich ein; die Kanonen, die man nach der Zusage einiger Städte erwarten zu können hoffte, wurden nicht gegeben; das Häuflein der Anfangs schwer Drohenden wird immer kleiner, und Struve muß einsehen, daß sein beabsichtigter Zug keinen Anklang findet. Aus Villingen wurde der würtembergische General ersucht, ungesäumt mit seinen Truppen einzurücken. Hecker warf sich mit seinem kleinen Häuflein nach Jestetten, wo er mit dem kühnen, von entschlossenen Männern umgebenen Weißhaar aus Lottstetten sich vereinigen will. Die badischen und hessischen Truppen werden am Eingang des Kinzigthals vereinigt die Aufrührer empfangen. Der treffliche Sagern, General in holländischen Diensten, reich an Kriegserfahrung, an Muth und Einsicht, übernimmt das Oberkommando der badischen Truppen. Der gefürchtete Einfall der deutschen Arbeiter aus Frankreich bei Breisach hat nicht Statt gefunden. Eine bedeutende militärische Macht in der Gegend wird jeden Uebergange wehren. Nach zuverlässigen Nachrichten ist der Geist der badischen Truppen gut, und die militärische Zucht ist wieder hergestellt. In der gestrigen geheimen Sitzung der Kammer begehrte, wie man sagt, die Regierung die nach §. 49 der Verfassungsurkunde erforderliche Erlaubniß der Kammer zur Verhaftung Heckers. Es sollte in der öffentlichen Sitzung um 2 Uhr der Bericht der Kommission vorgetragen werden. Der Antrag der Mehrheit der Kommission soll auf Ertheilung der Erlaubniß gerichtet sein. Leider zeigte sich, daß die Kammer nicht vollzählig war; das Publikum war unzufrieden, weil man die Sache für eine Komödie und eine unwürdige Verzauberung hielt; allein es ist gewiß, daß zwei Mitglieder der Kammer (Helbing und Scheffelt), die während der Kommissionssitzung die Nachricht von dem Einfalle der Bewaffneten bei Breisach erfuhren, schnell abreisten, so daß es an der erforderlichen Zahl (35) fehlte, während in der geheimen Sitzung 36 Mitglieder anwesend waren. Am nächsten Montag wird die Kammer hoffentlich ihren richtigen Takt bewähren und fühlen, daß in der Ertheilung der Erlaubniß zur Verhaftung Heckers eine große moralische Wirkung und der entschiedene Ausspruch liegt, daß die Kammer die neusten Bestrebungen Heckers als verdrecherische erkenne und verdamme. Die würtembergischen Truppen werden erst am Montag in das badische Gebiet einrücken, weil bisher durch Einmischungen übelwollender Personen das Eintreffen verzögert war und es eine Verordnung der baierischen und würtembergischen Kommandirenden bedurfte, um zugleich gemeinschaftlich zu handeln. Der würtemb. General besetzigt nun 6000 Mann. In Karlsruhe hat man gestern für die einziehenden Hessen keine Quartierbillets ausgetheilt, sondern die Einwohner eingeladen, die Soldaten freiwillig aufzunehmen; in ganz kurzer Zeit war für das Unterkommen des Militärs gesorgt. Wir wünschen jetzt nur, daß endlich die noch vielfach im Lande spukenden politischen Fakten, welche bei jeder Gelegenheit ihre Anhänglichkeit an Republik aussprechen und nur erklären, daß Deutschland noch nicht reif dafür sei, die Unverständigkeit und Gefährlichkeit ihres Benehmens einsehen, weil sie durch solche Aeußerungen das gutmüthige Volk leicht irreführen, die Scheu vor dem gewaltsamen Umsturz erschüttern, die Anregung verneuen und den schauderhaften Bürgerkrieg mit allen Mordwerkzeugen Waffen liefern, statt einzusehen, daß jetzt in den Tagen der Gefahr mehr als je gemeinschaftliches Handeln aller gut gesinnten Bürger mit der Regierung, wenn sie es redlich meint, nothwendig wird.

* Vom Bodensee, 13. April. Wie kommt es doch, daß die heitere, schöne Morgenröthe einer Grundverbesserung der Zustände des deutschen Volkes, welche wir erst vor wenigen Wochen so herrlich aufgehen sahen und mit Jubel begrüßten, jetzt bereits von dunkeln Wolken verdüstert wird? — Kein Zwiespalt zwischen den gesetzlichen Volksvertretern und den Fürsten hat diese Wolken heraufgeführt. Denn zwischen Beiden waltet kein Zwiespalt, sondern ein erfreuliches Einverständniß. Alle gerechten Begehren der Volksvertreter sind von den Regenten bewilligt, und beide beschäftigen sich gemeinsam mit Berathung und Feststellung der Maßregeln, die am Besten zur Verwirklichung der gewünschten und einmüthig beschlossenen Verbesserungen dienen mögen. Auch sehen wir jetzt die höchsten Verwaltungsstellen mit Männern besetzt, die das Volksvertrauen in hohem Grade verdienen. Wer Augen hat, welche sehen, wer Ohren hat, welche hören, kann unmöglich darüber im Zweifel sein, daß die Wolken, welche unsere Morgenröthe so unverschens verdüstern, einzig dadurch entstanden sind, daß der Same eines argwöhnischen Mißtrauens in die Aufrichtigkeit der Zusagen der Regierungen und ihres Willens, sie zu vollführen, unter das Volk ausgestreut worden ist. Dieses Mißtrauen ist aber eine gültige Deckensaat, welcher nur Unheil für das Volk entsprießen kann, und ist um so beklagenswerther, als es jedes Grundes ermangelt. Was es nicht jedem Unbefangenen als eine auffallende Ungerechtigkeit erscheinen, wenn das Zutrauen, womit die Regierungen dem Volk ohne Zögerung mit der Bewilligung der gewünschten Reformen entgegengekommen sind, nun mit grundlosem Argwohn erwidert wird? Die das Beste mit allem Ernst wollende Regierung wird dadurch gelähmt und außer Stand gesetzt, die beschlossenen Reformen mit möglichster Beschleunigung und auf solche Weise zur Ausführung zu bringen, daß sie die wahre Wohlfahrt des Volkes dauerhaft begründen und fördern mögen. Dies wissen auch diejenigen, die es sich zum Geschäft machen, das Mißtrauen zu säen, sehr wohl. Ihre Absicht geht unverkennbar dahin, das Volk vom Fürsten zu trennen und sich selber an des letztern Stelle einzudrängen. Das Endziel dieses Bestrebens besteht aber keineswegs in einer wohlthätigen Umgestaltung und Verbesserung der Volkszustände, sondern in dem völligen Umsturz alles Bestehenden. Doch dieser Umsturz würde jeder heilsamen Reform das Licht ausblasen und ihr Todtengräber werden. — Welch' ewige Schmach wär' es nun für die Deutschen, wenn sie sich durch die Locktöne von Herolden einer chimärischen Freiheit in den Abgrund gesetzloser Anarchie stürzen ließen, wodurch die Einigung der deutschen Völker, an welche das Gelingen einer durchgreifenden und haltbaren Verbesserung ihrer Zustände wesentlich bedingt ist, unmöglich gemacht, und unübersehbares Elend über das deutsche Vaterland gebracht würde! Vor solchem Unheil, dem ärgsten, das Deutschland treffen könnte, möge uns Gott bewahren! Jeder deutsche Patriot mache sich aber jetzt überall zur wichtigsten Angelegenheit, das künftlich getübte Vertrauen zwischen Volk und Regierung herzustellen und zu befestigen, und allen Verführern, es zu untergraben, mit Ernst entgegenzutreten! Dies thut jetzt vor Allem Noth, soll anders das große Werk deutscher Einigung und Reform nicht im Beginn scheitern, sondern zur gedeihlichen Vollendung gelangen.

* Weimar, 21. April. Hier sind seit einigen Wochen mehrere wichtige Verfassungsfragen festgestellt, tiefgreifende, die materiellen Verhältnisse der Staatsangehörigen berührende Maßregeln sind theils schon in der Ausführung begriffen, theils werden sie vorbereitet. Letzteres gilt auch von einer neuen, wesentlich vereinfachten Organisation der Staatsbehörden und der Revision der Steuergesetzgebung. Ueber alles dies wird später im Zusammenhang berichtet werden. Der Landtag berathet noch ein auf zeitgemäßen Principien beruhendes neues Wahlgesetz und wird sodann durch einen nach diesem Wahlgesetze zusammentretenden Landtag ersetzt werden. Heute wurde das Gesetz zur Wahl der deutschen Nationalrepräsentanten publicirt und dabei von dem Erbgroßherzog im Namen des Großherzogs eine deutsche Fahne überreicht. In dem zugleich mit übergebenen Schreiben des Großherzogs heißt es: „Herr Oberbürgermeister Hase! Ich habe heute das Gesetz über die Wahlen der Volksvertreter zu der deutschen Nationalversammlung vollzogen. Das Gesetz bezeichnet den Weg, auf welchem die Staatsangehörigen des Großherzogthums den ersten wichtigen Schritt thun sollen, um das geliebte deutsche Vaterland zu einer auf Gesetz und Ordnung begründeten Freiheit, zur Größe, zum Glück zu führen. Mit demselben landesväterlichen Herzen, mit welchem ich meinen geliebten Unterthanen von meiner ersten Jugend an aufrichtig zugethan gewesen bin, Freud und Leid mit ihnen getheilt habe, bin ich in meinem Alter übergetreten in die bewegten Zeiten der Gegenwart, seit entschlossen, mit meinen geliebten Unterthanen auszuharren in den Zeiten der Noth, die uns noch kommen können, mit ihnen nach dem gemeinsamen großen Ziele zu streben, fest vertrauend, daß Gottes Gnade uns auch dahin führen werde. Als Beweis dieser meiner Gesinnungen, zum Andenken an den heutigen Tag, will ich dem Großherzogthum eine deutsche Fahne schenken. Sie soll, so ist mein Wille, auf dem Thurme des Rathhauses meiner Residenzstadt Weimar aufgerichtet werden. Meine Gemahlin, die Großherzogin, und meine Schwiegertochter, die Erbgroßherzogin, haben die Fahne mit Bändern der weimarischen Landesfarben geschmückt. Ihnen, den Frauen, ziemt es, in unser Aller Sinn darauf hinzuweisen, daß das Besondere in dem Allgemeinen nicht untergehen soll. Mein Sohn, der Erbgroßherzog, wird Ihnen die Fahne mit diesem Schreiben überdringen ꝛc."

# Braunschweig, 13. April. Die klüglichen Ereignisse in Schleswig, und daß jetzt ganz Schleswig von den Dänen überschwemmt ist, während die Preußen bei Rendsburg auf den Dörfern umherliegen und die Hannoveraner unthätig an der Elbe sitzen, werden Sie bereits erfahren haben. Es ist aber auch gut, daß man in Süddeutschland

Digitized by Google

zugleich erführt, welchen jammervollen Zuständen dieses erste Unglück, womit die alte Schuld gesühnt wird, zuzuschreiben ist. Der Aufstand in Schleswig-Holstein trug, was sich allenfalls entschuldigen läßt, Anfangs den Charakter der Zaghaftigkeit und Unentschiedenheit. Die provisorische Regierung erklärte, gegen den legitimen Landesherrn nicht rebelliren, sondern sich bloß deßhalb aufwerfen zu wollen, weil dieser Landesherr sich in den Händen einer Faktion befinde, und es darauf ankomme, die Auflegung im Lande zu dämpfen. Natürlich hat der legitime Landesherr die provisorische Regierung nichtsdestoweniger für aufrührerisch und rebellisch erklärt. In Norddeutschland fand die ganze Erhebung im Volke die lebhafteste Sympathie: die Hanseſtädte waren indeß um ihre Schifffahrt besorgt, und im Ganzen war die reelle Theilnahme klau genug und nicht entfernt der Erhebung zu vergleichen, welche in England oder Frankreich bei ähnlichen Attentaten eines fremden Fürsten entstehen würde. Das Ganze beschränkte sich auf den Zuzug weniger Freiſchaaren, frommer Wünsche und diplomatische Verhandlungen. Daß bei diesen das Ziel, auf welches es ankam: Losreißung der Herzogthümer von Dänemark ohne Rücksicht auf dynastische Rechte und Interessen nicht ins Auge gefaßt, daß dieß eine bessere Sicherung der Rechte der Herzogthümer in ihren bisherigen Verhältnissen, also die Fortdauer der jetzigen schmählichen Zustandes, daß ein fremder König deutsche Provinzen besitzt, unabhängig von und den Erklärungen des Königs von Preußen und des Bundes bekannt. Aus Preußen sandte man die Garde fort, um sie zu entfernen, aus Hannover zogen einige Bataillone an die Elbe, und in Braunschweig rüstete man. Ein hannoverscher Bevollmächtigter betrieb die Sache bei den norddeutschen Höfen und fand überall große Geneigtheit, aber den festen Willen zum effektiven Einschreiten wohl nur in Braunschweig. In Braunschweig hat sich der Herzog bis jetzt vergeblich bemüht, die hannoversche Regierung zur Thätigkeit zu bestimmen. Der König von Hannover hat erklärt: er wolle seine Bataillone nicht aufopfern, die Preußen möchten erst anfangen, dann wolle er sehen, was er thue. In Hannover soll eine adelige Hofkamarilla noch sehr einflußreich sein, wie sich aus ziemlich unumwundenen Aeußerungen derselben abnehmen läßt. Man meint in solchen Kreisen: „Wood und Schleswig-Holstein angehe? die wahren Feinde der Monarchie seien in Frankfurt". In Berlin hat man die Sache verjagert, dis es fast zu spät ist, dis es darauf ankommen wird, die Dänen wieder aus ihren Positionen zu vertreiben. In Braunschweig sind sich Ausrüstungs- und Marschbefehle und Gegenbefehle in Folge jener Umstände gefolgt, und man sagte sich in den letzten Tagen fast spottend: die Sache habe jetzt wieder eine andere Wendung genommen, weil wirklich täglich solche andere Wendungen vorkommen. Nach den letzten betrübten Nachrichten haben die versammelten Stände sofort die nöthigen Geldmittel bewilligt: ein Bataillon ist am 11. fortgegangen (nicht mit der Eisenbahn, die es erst von Uelzen ab benützt), und heute Morgen folgt auf der Eisenbahn unsere vortreffliche Artillerie. Den Marschbefehl für ein zweites Bataillon erwartet man stündlich. Leider geht die Expedition nur bis an die Elbe. Der Herzog hofft indeß die Hannoveraner jetzt endlich aus der Stelle zu bringen. Gelingt dieses nicht, so ist das Ende des Unglücks kaum abzusehen. Sendet man die einzelnen Bataillone nach und nach fort und nicht mit einem Male eine imposante Macht, so werden die einzelnen Abtheilungen gegen die Dänen ganz nutzlos geopfert. Und kommt es endlich nur auf den status quo, auf Respektirung der dynastischen Rechte Dänemarks und einige Versprechungen heraus, so wird dem saisten Verhältnisse nicht geholfen, und alles deutsche Blut, was in Schleswig fließt, wird vergeblich vergossen. Die ganze Sache hat aber noch eine bedenklichere Seite. Die vollkommene Unmöglichkeit, in solch allgemeinen Lebensfragen rasch mit einer Reihe selbstständiger Einzelmonarchien auszukommen, leuchtet dabei auf das Schlagendste ein. Seit langen Jahren sind die Finanzen durch die Militärbudgets zerrüttet und heruntergebracht, und jetzt sind wir — eben weil solche Dinge noch immer Sache der Höfe und Dynastien sind — selbst gegen das kleine Dänemark im Nachtheil. Mag man in Süddeutschland diese unglücklichen Verhältnisse und die Nothwendigkeit, sich auf jeden Fall und schnell zu einigen, recht ernsthaft beherzigen. In den gewiß nicht erloschenen Souveränetätsgelüsten liegt ein Hinderniß, und in den äußern Verwicklungen, die durch die russische Truppenmacht und die russischen einflußlosenden Neutralitätserklärungen noch ein bedenklicheres Ansehen gewinnen, liegt ein so dringender Impuls, daß Nord- und Süddeutschland mehr Anlaß hat als jemals, kräftig zusammenzuhalten.

**Schleswig.** Rendsburg, 12. April. Die Börsenhalle bringt über den Zustand der Dinge in Schleswig folgendes Näheres: Der von dem königl. preußischen Obersten Bonin gestern an den König von Dänemark abgesandte Parlamentär war Anfangs von den dänischen Vorposten zurückgewiesen; jedoch nach einigem Anhalte durchgelassen worden. Der König hat dem Parlamentär erklärt: daß die preußischen Truppen in dem deutschen Bundesland Holstein nach Belieben verfahren möchten, er aber, wenn sie den schleswigschen Boden betreten würden, an Preußen den Krieg erklärte. Daß preußische Hilfsherr hat nun bereits den Boden des Herzogthums Schleswig betreten, indem ein Theil desselben an der Sorge entlang und namentlich auf der Chaussee nach Schleswig bei Sorgbrück aufgestellt ist. Die dänischen Vorposten auf der erwähnten Chaussee waren heute, als sie die Preußen erblickten, sämmtlich davongelaufen und hatten ihre Waffen zurückgelassen. Diese sind nach Rendsburg eingebracht worden. Die Dänen haben das alte Danewerke entlang bis nach Hollingstedt sich aufgestellt. Unsere Truppen stehen an der Eider, theils bei Schesstedt auf schleswigschem Boden, theils auf holsteinischem Boden bei Clausenfeck. Inzwischen sind die Dänen theils von der Landseite, theils von der Seeseite in Eckernförde eingedrungen. Sie schienen wirklich die Festung Rendsburg einschließen zu wollen, dieselbe ist aber auf allen Seiten durch die preußischen und unsere Truppen gedeckt. Es scheint, daß die Dänen den Uebergang über die Sorge forciren wollen. Die Brücke über dieselbe bei Sorgbrück wird jetzt gesprengt. Ob die Landstruppen in Marsch mit den nicht fern vom Kieler Hafen erblickten Kriegsfahrzeugen auf in Kiel eingelaufen beabsichtigen, schreint zur Zeit noch unentschieden zu sein. — Aus Eckernförde sind die Beamten und viele Bürger gendthigt gewesen, der Rache der Dänen sich durch die Flucht zu entziehen. Ahre die Dänen über die von allem Kriegsrechte abweichende Grausamkeit daselbst aus, daß sie alle Männer von 20 bis 50 Jahren auf die Schiffe bringen, um dieselben für den Seedienst zu verwenden. Schon früher hatten sie die Schiffer, welche von hier in Dänemark anlangten, zurückgehalten und auf ihre Kriegsfahrzeuge bringen lassen.

Die Weser Zeitung bemerkt: Die Niederlage bei Flensburg stellt sich nach den weiter einlaufenden Berichten als weniger empfindlich für die deutschen Waffen heraus. Zu einer eigentlichen Schlacht ist es daselbst nicht gekommen. Das schleswig-holsteinische Heer war durchaus nicht konzentrirt und nach einem eigentlichen Schlachtplan aufgestellt, sondern die einzelnen Trupps mußten sich vor der Uebermacht zurückziehen, und nur diejenigen, welche unwillig über diese Nothwendigkeit zergehrend ihre Stellung zu behaupten suchten, wurden zersprengt und erlitten Verluste. Uebrigens haben sich in Rendsburg von den Korps, die am meisten gelitten haben sollten, viele bereits wieder eingestellt. Selbst Kapitän Michelsen mit 200 Mann kam, nachdem er zweimal vom Feinde gefangen gewesen, am 11. ebenfalls in Rendsburg an. Der Krieg beginnt erst jetzt, nachdem die Preußen in Rendsburg den Befehl zum Vorrücken erhalten haben. Zum ersten Male wieder wird die schwarz-roth-goldne Fahne ins Feuer geführt.

Ferner enthält die W. Z. folgende Mittheilungen: Rendsburg, 11. April. Die braven preußischen Truppen waren in diesen Tagen in Verzweiflung darüber, daß ihnen bisher versagt war, an den Kampfe gegen die Dänen Theil zu nehmen, und daß sie müßig in der Festung verbleiben müssen. Gestern nun ist die Nachricht aus Berlin gekommen, daß der Dänenkönig aufgefordert worden soll, seine Truppen sogleich aus dem Herzogthume Schleswig auf dänisches Gebiet zurückzuziehen, und daß, wenn dies nicht geschieht, von den preußischen und den Truppen des zehnten Bundesarmeekorps sogleich zum Angriff gegen die Dänen geschritten, die Verhandlungen über die staatsrechtlichen Verhältnisse unsers Landes zu Dänemark erst beginnen sollen, wenn die Dänen aus dem Lande vertrieben sind. Von allen unseren Truppen, soweit sie an dem Kampfe bei Bau, Kruſau und Sundewitt Theil genommen und hier eingetroffen sind, wird über die Verrätherei der dänischen Parteiführer in Flensburg bitter geklagt. Wenn auch Manches, was darüber angeführt wird, im Einzelnen faſt unglaublich lautet, so scheinen doch konstatirte Thatsachen genugsam vorzuliegen, um die Verräther zur Rechenschaft zu ziehen, wenn die Zeit gekommen sein wird. Unser Verlust in dem Gefechte wird auf 1000 Mann angegeben, von denen indeß etwa der vierte Theil getödtet oder verwundet, die übrige Zahl versprengt ist und sich faſt auf verschiedenen Wegen wieder zur Armee sammelt. Diese steht noch heute bei Wittenfee und zum Theil bei Ivenstedt.

Kiel, 12. April. Im K. C. heißt es: Die preußischen Truppen stehen schon auf schleswig'schem Grund und Boden. Der Oberst v. Bonin hat erklärt, daß er nur noch sein Geschütz erwarte, um anzugreifen. Man glaubt allgemein, daß es baldigst, vielleicht schon morgen, zu einer entscheidenden Schlacht bei Rendsburg kommen werde.

Der Altonaer M. berichtet: Die Bewegung unserer Armee ist eine rückgängige, heute wenigstens theilweise wieder eine vorschreitende

Digitized by Google

gewesen. Das Hauptquartier ging von Wittensee nach Seßesstedt und von dort nach Aşterwerke (2 Meilen von hier auf holsteinischem Gebiete), wo es sich heute befand. Die Truppen lagen von da an längs dem Kanal nach Rendsburg zu, unterstützt mit einigen preußischen Bataillonen. Eines der unsrigen ist heute Nachmittag nach Grettorf, ein anderes in der Richtung nach Ekernförde vorgeschoben.

Altona, 13. April. So eben, schreibt man dem Hamb. K., 8 Uhr Abends, sind die schnellen erwarteten Hannoveraner mit 2 Batterien, zusammen 12 Kanonen und 4 Haubitzen, nebst Bespannung und Mannschaft von Harburg in Altona angelangt. Sonnabend folgen zwei reitende Batterien. Der alte tapfere General-Lieutenant Halkett ist bereits heute früh nach Rendsburg hier durchgereist. Das ganze an der Elbe stehende Korps hat Befehl, nachzurücken, die Gemeinen ließen sich vor brennender Ungeduld kaum halten und hatten in einer Petition an ihren König um schleunigen Aufbruch gebeten, der ihnen bereitwillig gewährt wurde. Eine große Menschenmasse hatte sich trotz des strömenden Regens zu ihrem Empfange versammelt und begrüßte die Bundestruppen mit dem lautesten Jubel.

Hamburg, 13. April. Heute sind hier 1400 Mann oldenburgischer Infanterie durchgekommen auf dem Marsche nach Eutin, wo sie stationirt werden sollen. Sie sollen jedoch seitdem Befehl erhalten haben, auf der Eisenbahn nach Rendsburg transportirt zu werden.

Hamburg, 13. April. Der Vormittagszug der Eisenbahn bringt die Nachricht, daß die dänischen Truppen Eckernförde und Kappeln wieder verlassen haben und bringt die Bestätigung der von uns schon gestern mitgetheilten Nachricht, daß die Dänen am 11. Nachmittags, etwa 2000 Mann stark, in Schleswig eingerückt sind.

Frankfurt, 15. April. 35. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 15. April 1848. Auf die der Bundesversammlung gemachte Mittheilung, daß im badischen Seekreis in Folge eines von Heder und Struve aus Konstanz erlassenen Aufrufs, sich am 14. Apr. in Donaueschingen, mit Proviant auf 6 Tagen versehen, zu versammeln, um in Verbindung mit den Zuzügern aus Frankreich die vermeintlichen Volkswünsche mit Gewalt durchzusetzen, der Ausbruch einer Aufstandes zu besorgen ist, wird beschlossen: an die Regierungen von Hessen-Kassel und Nassau die Aufforderung zu erlassen, in Gemäßheit der Bundesbeschlüsse vom 29. März, 4. u. 10. April alle disponiblen Truppen zum Anschluß an das achte Bundesarmeekorps sofort in Marsch zu setzen, und daß dies geschehen, sowie die Ernennung der Kommandirenden der Bundesversammlung unverzüglich anzuzeigen.

### Dänemark.

Kopenhagen, 11. April. Von hier schreibt man der Börsenhalle: Die Nachricht von dem vollständigen Siege bei Flensburg und der Einnahme dieser Stadt hat hier einen eben so ernsthaften als freudigen Eindruck gemacht; sie wurde schon heute Morgen allgemein bekannt durch einen Bericht des Marineministers, wie auch durch einen andern, abgefaßt von den Offizieren und Beamten am Bord des Dampfschiffes „Zeis", das 121 Gefangene hierher gebracht. Die Anzahl der gefangenen Turner beträgt 40, darunter einer aus Pesth, nur 4 aus Schleswig, 5 Ausländer und die Uebrigen Holsteiner. Ferner befindet sich unter den Gefangenen der Porzellanfabrikant Walter aus Flensburg, der aber nicht mit für den Aufstand gesechten zu haben behaupten soll. Die Namen zeigen schon hinlänglich, daß es ein unseliger Bürgerkrieg ist, daß viele hiesige und dortige Familien durch denselben tief erschüttert werden. Es wird hier ein altes Linienschiff zur Haft für die Gefangenen eingerichtet, die gemiß strenge, aber nicht unmenschlich behandelt werden. Man erwartet heute Nacht oder morgen früh noch mehrere Gefangene mit dem Dampfschiffe „Geiser". Wie es den gefangenen Offizieren ergehen wird, weiß man nicht gut voranszusagen. Daß ein Todesurtheil vollführt werden sollte, daran zweifelt man doch allgemein. — Der Bericht des Befehlshabers Bagesen an den König meldet den Einzug der dänischen Truppen in die Stadt und beklagt, daß bei dem Angriff auf Bau der dänische Kapitän Hegermann Lindenkrone tödlich in den Leib verwundet worden. An der Spitze einer Kolonne Freiwilliger sei er (Baggesen) in Flensburg angekommen, habe den Magistrat aufs Rathhaus gerufen und ihm im Namen des Königs die Bedingungen kundgegeben, unter denen die dänischen Truppen die Unterwerfung der Stadt annähmen. Die Bürgermeister Gallisen und Lorenzen unterwarfen sich der königl. Gnade und versprachen, für Erhaltung der Ordnung zu sorgen. Die Dänen seien überall mit Hurrah, Flaggen u. s. w. empfangen worden. — Die „Berlingsche Ztg." droht mit Repressalien aller Art durch die dänischen Seemacht gegen deutschen Handel und Schifffahrt, sobald die deutschen Bundesstaaten weiter gegen Dänemark gehen. Nicht nur die deutschen Häfen könnten blokirt, sondern auch die Schifffahrt auf der Elbe könnte vernichtet werden, damit der feindselige Nachbar in Hamburg und zugleich das undankbare und verrätherische Altona es empfänden. Die Gefangenen würden erhalten, daß die Dänen keine Barbaren seien, und alle Geschichten von den durch die dänischen Truppen ausgeübten Mißhandlungen seien Lügen.

### Schweden.

Stockholm, 4. April. Ein kaiserl. russ. Offizier kam am verwichenen Freitag als Eilbote aus St. Petersburg hier an, worauf sich der kaiserl. russ. Gesandte alsbald zu dem Staatsminister Frhrn. Ihre verfügte. Am folgenden Tage, 1. April, wurden durch ein k. Schreiben die Reichsstände eingeladen auf Veranlassung der gegenwärtigen allgemeinen politischen Verhältnisse, einen geheimen Ausschuß zu ernennen. Ein solcher Ausschuß, welcher aus zwölf Mitgliedern, drei aus jedem Stande, besteht, und wo der König selbst das Präsidium führt, muß über die Gegenstände, welche ihm mitgetheilt werden, sein Gutachten geben, ist aber nicht berechtigt, irgendeinen Beschluß zu fassen. Die Reichsstände haben gestern und heute die Mitglieder auszusehen, welche in diesem Ausschuß sitzen werden. Ein Dampfschiff und einige kleinere Fahrzeuge sind beordert worden, sogleich nach den Scheeren abzugehen. Man spricht von der Verstärkung des Heeres auf Kriegsfuß. (A. Z.)

### Großbritannien.

London, 13. April. Die Zeitungen melden nichts Neues von Bedeutung. In Irland der alte anarchische Zustand, welcher der Regierung allmählich lästiger und peinlicher fällt, als ein offener Ausbruch. Die Wirksamkeit der gesetzlichen Behörden scheint vollkommen gelähmt zu sein. Während die Aufwiegler, welche Emmetine der irischen Abordnung ertheilte, ganz geeignet war, die Revolutionslüste der Irländer zu mäßigen, haben die letzten Nachrichten aus Nordamerika, wo man zur Befreiung der Irländer eine Subskription eröffnet hat, ihren Muth wieder gewaltig gehoben und das Feuer von Neuem geschürt. In England und Schottland sind die chartistischen Versammlungen ohne alle Störung des Friedens und der öffentlichen Ordnung abgelaufen. Alle Blätter jubeln darüber und mit Recht, als über einen Triumph der Verfassung, unter welcher die Briten leben, des konstitutionellen Geistes, von dem sie erfüllt sind. Die Anordnungen und Schutzmaßregeln der Regierung waren vortrefflich; das Militär wurde im Hintergrunde gehalten, die Polizei hielt sich an den Versammlungsplätzen kaum blicken und verkehrte mit O'Connor durch Parlamentärs, dagegen waren in London, wie es heißt, 150,000 Constables mit ihren Friedensstäben aufgeboten, meist freiwillige. Doch können einige Blätter die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die bestende Klasse eine nur zu spießbürgerliche, in das Lächerliche ausartende Furcht gezeigt habe, die nicht geeignet sei, die Liebe und die Achtung des Volks vor ihr zu vermehren; und doch habe man gewußt, daß die Chartisten alle unbewaffnet gewesen, daß es an Tollheit gegrenzt haben würde, wenn sie einen Versuch gemacht hätten, sich über die mit Kriegsmannschaft und Geschütz wohlversehenen Brücken einen Eingang zu dem Parlamentspalast zu erzwingen. Der Sun hebt nach der andern Seite hin eine Lächerlichkeit heraus; er erwähnt, daß mit der Chartistenpetition mancherlei Unfug und Schabernack getrieben worden, es befänden sich unter den Millionen von Unterschriften allerlei eingirte Spott- und Schandnamen, die der Anstand zu nennen verbiete, selbst der Name der Königin und des Herzogs von Wellington kämen wohl zwanzig Mal unter den Unterschriften vor u. s. w. Wenn sich dies wirklich so verhält, so ist es natürlich ohne Mißen O'Connors geschehen, der nicht im Stande war, diese Millionen Namen zu kontroliren. In England genzen mehr als in jedem andern Lande Ernst und Spaß nahe aneinander.

### Frankreich.

Paris, 14. April. Die Listen der Wähler für die Nationalversammlung sind heute um Mitternacht geschlossen worden, morgen werden sie öffentlich ausgelegt und am 23. beginnen die Wahlen. So viel man bis jetzt beurtheilen kann, wird die Majorität in der Versammlung den gemäßigten Republikanern gehören, man rechnet auf ungefähr 150 Ultrarepublikaner. — Ueber die erste Aufgabe, welche die prov. Regierung der konstituirenden Versammlung vorzulegen versprach, wird, wie man versichert, gar keine Diskussion stattfinden, nämlich über die Frage, ob Monarchie oder Republik? Man wird diese kitzliche Debatte, die wohl in der Versammlung eine unzweifelhafte und rasche Entscheidung fände, die aber außerhalb viel Aufregung her-

Digitized by Google

## Die Sicherung des Besitzes und des öffentlichen Kredits.

|| Frankfurt a. M., 10. April. Das großartige Schauspiel der ersten deutschen Nationalversammlung ist, wenn auch unter stürmischen Momenten, doch im Ganzen in gemessener Haltung in den Räumen unserer Paulskirche an uns vorüber gegangen — die Presse ist beschäftigt, den Ausdruck der verschiedenen Gesinnungen, die sich hier kund gegeben, über ganz Deutschland zu verbreiten und den Inhalt der mannigfachen dargeführenden Reden, die hier von der Tribune, bald im konstitutionellen, bald im radikalen Sinne mit Feuer und Energie vorgetragen wurden, wird maßgebend werden für die künftige Gestaltung unseres Vaterlandes.

Es waren die ersten Grundlagen des neuen deutschen Staatsgebäudes, die hier entwickelt wurden und die, vielseitig geprüft, besprochen und zu Anträgen formulirt, nun zu Beschlüssen erhoben, so ziemlich Alles umfassen, was ein freier auf Gesetzlichkeit begründeter Staatskörper als Basis bedarf. Alle großen Fragen, welche die Wohlfahrt eines solchen in Anspruch nimmt, „Freiheit, Humanität, Ordnung, Arbeit und Unterstützung des Nothstandes" hatten ihre warmen Vertreter, und dem sich konstituirenden deutschen Parlament ist in der That auf eine Weise vorgearbeitet, um überall Anhaltspunkte zu finden, die Lösung der ihm überlassenen großen Aufgabe daran zu knüpfen.

Nur Eine Frage ist in dieser Versammlung nicht berührt worden, eine Frage, die dennoch jene Quelle des ganzen materiellen Wohlstandes in sich schließt, die bereits zu stocken aufgehört hat und deren Stockung denselben mit einer Alles vernichtenden Dürre zu überziehen droht, wenn wir nicht die Mittel finden, sie wieder zu öffnen, um den ganzen Organismus der Gesellschaft aufs Neue wieder zu befruchten. Es ist dieses die Frage „der Sicherung des Besitzes und des öffentlichen Kredits". Will den entschuldigen Ihnen für Freiheit, Humanität und Menschenrechte, mit ihrer glühendsten Vaterlandsliebe, ihm alle Opfer zu bringen, die es fordern wird, um und die so rasch erworbenen Güter zu erhalten, müssen wir es und doch gestehen, wenn wir uns anders keiner beklagenswerthen Täuschung hingeben wollen, daß wir alle diese kostbaren Eroberungen aufs Höchste gefährdet sehen werden, wenn wir fortfahren, in rathloser Haltung alle die Pfeiler des Besitzes und des öffentlichen Kredits einen nach dem andern in Trümmern zusammensinken zu sehen, ohne auch nur den Versuch zu machen, sie zu halten und neu zu befestigen.

Der Kredit aller Staatspapiere ist ohne Noth der Muthlosigkeit der Börsen Preis gegeben! Werfen wir einen prüfenden Blick auf den politischen Zustand des Vaterlandes, und wir werden uns sagen müssen, daß er kaum bedrohlicher ist als im Jahre 1830, wo die Börsen zwar auch erschüttert waren, aber doch nicht in diesen total hilflosen Zustand geriethen, wie es gegenwärtig der Fall ist — die Hauptfragen unserer inneren Gestaltung sind gelöst; ganz Deutschland ist darüber einig und unsere sämmtlich konstitutionell gewordenen Fürsten scheinen sicherer als damals, wo die liberalen und monarchischen Prinzipien sich im heftigsten Kampfe gegenüber standen und uns allgemeine Zerrissenheit im Inneren bedrohte. Ein allgemeiner Völkerkrieg steht kaum mehr in Aussicht, da Deutschland sich erhebt wie Ein Mann, und Frankreich und Rußland, ihre eigene Lage berücksichtigend, sich hüten werden, uns den Kampf anzubieten, wenn sie uns gleich in drohender Stellung gegenüber stehen. Schleswig-Holstein und Italien können nicht schreckender auf uns einwirken, als damals der Krieg in Belgien, bei dem Frankreich selbst thätig intervenirte, und jener erste, einen allgemeinen Krieg drohender Aufstand in Polen — unsere Finanzen stehen der günstigsten Reorganisation entgegen, denn wenn die deutschen Staaten bisher bei den Civilisten, bei dem offenbaren Krebsschaden der großen stehenden Heere und bei der verschwenderischen Austheilung der hohen Gehalte und Pensionen, kurz bei einer das Volk aussaugenden Finanzverwaltung Kredit gefunden, so muß sich derselbe bei den in Aussicht stehenden Finanzverbesserungen und einem vermünftigeren Staatshaushalt um so mehr befestigen, da auch selbst da, wo sich die republikanischsten Gesinnungen, dieses schreckende Gespenst aller Börsen, kund gegeben, niemals die leiseste Idee einer Vernichtung der Staatsschulden aufgetaucht ist. — Und dennoch stehen wir bei allen diesen unläugbar günstigen Konstellationen den Werth der öffentlichen Fonds fast auf Nichts reduciert, und eine Börse, die sonst in wenigen Stunden Millionen darin umsetzte, geräth in Bestürzung, wenn ein Pöstchen von ein paar 1000 Gulden an den Markt gebracht wird.

Fragen wir uns nun, ob die Garantien, welche namentlich die seither allein als konstitutionell dagestandenen Staaten unter den eben erwähnten Umständen ihren Darlehern bisher dargeboten, schlechter oder geringer geworden sind, so ist die Antwort entschieden Nein! Darum ist es also nur die gänzliche Entschlafung unserer durch einen langen Frieden verwöhnlichten Geld- und Finanzmänner, die einem Zustande die Hände darbietet, der einem vollständigen Staatsbankrott gleich kommt, wenn nicht von den Finanzverwaltungen der verschiedenen Staaten energische Maßregeln genommen werden, das gänzlich gesunkene Vertrauen wieder aufzurichten.

Wir haben in dieser Beziehung irgend einen Antrag in der abgelaufenen Nationalversammlung erwartet, und in der That würde ein solcher das Vertrauen aller Fondsbesitzer außerordentlich gehoben haben; er ist jedoch nicht erfolgt, weniger wohl, weil man ihn nicht geben wollte, als vielmehr, weil man es mit Recht als Sache der betheiligten Regierungen angesehen, ihren Kredit durch geeignete Maßregeln aufrecht zu erhalten. — Darum nun, ihr Finanzmänner, die ihr so geschickt waret, durch sein ausgesonnene Pläne und in Aussicht gestellte größere und kleinere Gewinnste, neben der üblichen Verzinsung der Kapitalien, die Einlegung derselben so lockend einzurichten, treten hervor und rechtfertigt das euch geschenkte Vertrauen! Das Volk hat euch willig gelichen, hat den Staate sein sauer erworbenes Scherflein in der besten Ueberzeugung dargebracht, es redlichen Händen anzuvertrauen, sorgt nun auch, daß eure Wechsel volle Giltigkeit behalten und nicht, wie es in diesem Augenblicke der Fall ist, auf keine Weise mehr zu negociiren sind. — Ihr habt den vollen Werth der gemachten Anleihen baar empfangen und die ganze Bevölkerung eines jeden betreffenden Staates muß verantwortlich dafür bleiben, so ihr einen redlichen, nachweisbaren Gebrauch davon gemacht habt, darum laßt das euch geschenkte Vertrauen nicht in den Staub treten, sondern ergreift, wie es jedem redlichen Schuldner bei eintretenden Krisen geziemt, die geeigneten Mittel, eurem Kredit und eure Ehre aufrecht zu erhalten. — Es bedarf dazu weniger baare Mittel als Muth, Umsicht und energisches Handeln, da es nur darum zu thun ist, durch ein richtiges Eingreifen in die obwaltenden Verhältnisse das gesunkene Vertrauen neu zu beleben; ja wir gehen in unserer Ueberzeugung so weit, zu behaupten, daß, wenn die sofortige, wenigstens theilweise, Rückzahlung der empfangenen Darlehen angeordnet werden könnte, was bei einer den Umständen gemäßen Einrichtung des Staatshaushalts allerdings möglich wäre, bei Weitem der geringste Theil der eingezahlten Kapitalien zurückgefordert werden würde, da in den heutigen Tagen ein sicherer zahlungsfähiger Debitor und eine unter allen Umständen garantirte Zinsenzahlung weit erwünschter ist als baares Geld, dessen Besitz in jedem Augenblick gefährdet werden kann. Kredit ist der große Nerv der mercantilen Bewegung, und den zu erhalten die Aufgabe der Männer, die ihn seither angesprochen und gefunden haben.

Maßregeln wie z. B. die der freien Stadt Frankfurt, die bei einer im Ganzen geringen Schuldenlast auf ihre Staatsschuldenscheine nur die Hälfte des Werthes vorzuschießen sich erbietet, erscheinen uns unter den obwaltenden außergewöhnlichen Umständen nur als halbe und sind keineswegs geeignet, den öffentlichen Kredit zu kräftigen, da sie unsere Schuldbriefe verdächtigen und die Möglichkeit ostensiellen, sie in der That nur auf die Hälfte reduzirt zu sehen. Die freigestellte Rückzahlung, oder wenn man will, der Rückkauf mindestens einer gewissen Summe, um der Noth des Augenblicks kräftig entgegenzutreten, würde wirksamer sein, ohne bei dem wiedererlangten Kredit unsere baaren Fonds in Verlegenheit zu bringen. Dieses gilt auch von unseren übrigen benachbarten Staaten.

Eben so sollen aber uns unserem Vaterlande werden, wenn wir in mäßiger rathlosen Erschlaffung Alles zusammenfallen sehen, was den Besitz, den Kredit und die öffentliche Ordnung begründete. Die Freiheit, im edelsten Sinne des Wortes, steht allerdings über dem materiellen Besitz, aber sie läßt sich nur da erhalten und befestigen, wo jene unerläßlichen Bedingungen nicht untergehen, und wird unrettbar von der Anarchie und dem später unausbleiblichen Despotismus überwältigt, wo die kraftlose Unthätigkeit der Regierung nicht die rechten Mittel zu finden weiß, den Besitz zu schützen, den Kredit aufzurichten und die öffentliche Ordnung zu handhaben. Wehe dem Staate, der bei dem Verlauf der Begebenheiten, die nun kaum erst begonnen haben, nochmals in den Fall kommt, an den Kredit seiner Bürger zu appelliren, ohne ihn nicht zuvor gerechtfertigt zu haben. Wehe ihm, wenn er seine Zahlungsfähigkeit nicht durch einen zeitgemäßen Staatshaushalt zu erhalten und nachzuweisen weiß — er ist unrettbar verloren und seine dargebotenen Zinsen vorzustrecken und allfällig

Digitized by Google

reiche Bilanzen zu ziehen, auch an euch ergeht unser Ruf euch zu ermannen und den Kredit im Handel nicht untergehen zu lassen, der, einmal so schmählich vernichtet, sich nicht so leicht wieder erheben wird. Das Geld ist nicht plötzlich aus der Welt verschwunden, es darf aber nicht der eigenen Sicherheit wegen rücksichtslos vorenthalten und der patriotischen Industrie und dem Handel entzogen werden. Vergehens sehen wir uns bis jetzt nach einem Manne des Volks unter euch um, großherzig wie es Lafitte in der drängenden Zeit des Jahres 1830 für Frankreich war, obgleich seine Mittel bei Weitem nicht so weit reichten wie die, über welche noch so manches Haus ersten Ranges unter uns noch heute verfügen kann — wir sehen nun auch fern ein achtbares Haus nach dem andern stocken und fallen, ohne daß irgend von einer zusammenwirkenden Maßregel die Rede ist, dieser beispiellosen Krisis entgegen zu treten; wir sehen den bis jetzt noch in seinem innersten größtentheils soliden Kleinhandel ratlos darstehen, weil ihm jeder Kredit aufgesagt ist, und die Borsig so nicht geht, daß bei einem Darlehen von erbärmlichen 500 fl. eine Staatsobligation von 1000 fl. als Versatz, und noch ein Solo Wechsel über die empfangene Summe als Sicherheit begehrt wird, wir können solche Fälle namhaft machen und fragen, ob das die patriotische Haltung und die Mittel sind, durch welche die öffentliche Wohlfahrt gefördert und gerettet ist werden sollen? Außerordentliche Fälle erheischen außerordentliche Mittel und ein deutscher Einzuknorrgreis nehmen und in Vereinbarung mit dem hier gebildeten Ausschuß des Vorparlaments dürfte dringend zu empfehlen sein um gemeinsame, kräftige, ineinandergreifende Maßregeln zu berathen, der hereinbrechenden Vernichtung des ganzen Besitzthums, diesem Hauptheerd unserer Existenz, vorzubeugen, und vielleicht dürften dies ersten in der Errichtung einer großen süddeutschen Nationalbank gefunden werden. Der Zuruf Emil Girardins an die prov. Regierung Frankreichs „ihr macht die Armen nicht reich, ihr macht ihr die Reichen macht ihr arm" ist die scheinbarste Wahrheit, die man dieser Verwaltung ins Gesicht gesagt hat; sorgen wir, solange es noch Zeit ist, dafür, daß man unseren Regierungen und Nationalvertretern nicht dereinst einen gleichen Klageschrei zurufen hat.

Wie auf der einen Seite das Vaterland die physischen Kräfte ansbietet, jedem uns drohenden Feinde die Spitze zu bieten, so muß auch in der Erhaltung des Besitzes und des Kredits die Möglichkeit geschert werden, den Kampf siegreich zu bestehen, und darum sei unser aller Wahlspruch „Freiheit, Sicherheit des Eigenthums, Ordnung!"

†† **Aus Westpreußen**, 18. April. Jeder ehrbte in unsern Tagen seine Stimme, dem es am Herzen liegt, daß die ihnern Errungenschaften der großen Tage vom 18. und 19. März in Berlin für unser Vaterland nicht nur nicht verloren gehen, sondern daß sie in ihren nothwendigen Konsequenzen weiter ausgebenlet werden. — Es ist für alle Unbefangenen ausgemacht, daß die große Mißstimmung, welche in ganz Preußen eine so allgemeine, verbreitete, in alle Klassen der Bewohner gleichmäßig eingedrungene war, mehr ihren Grund in dem Geiste hatte, den das Kirchenregiment mit eiserner Konsequenz verfolgte, als in den Bestrebungen, das politische Leben in der so oft geforderten weiteren Entwicklung aufzuhalten. Betrachtet man diese doch als eine unvermeidliche und war auf so manchen Ansichten überzeugt, der König wolle nur den Sieben der freien Darbietung sich bewahren, er werde daher in Kurzem das mehrmals in Aussicht genommene gewähren. Dagegen auf dem kirchlichen Gebiete erschien der ganze Horizont gleichmäßig umhüllert, und was dem Kirchenregiment hier eine so dauernde Festigkeit zu geben schien, war die vollkommene Uebereinstimmung, in der dasselbe mit dem Staatsoberhaupte nur zu sehr stand, und der heutige Dienststeer so vieler Geister, die sich mit ihm zu Schutz und Trutz verbanden. Jener heilige Dienststeer führte in Sachsen und Preußen zu den bekannten Absetzungen der Geistlichen, die erst durch die Konsistorien und ihr inquisitorisches Verfahren in jene äußersten Konsequenzen gewaltsam hineingetrieben wurden; er verdammte in Berlin durch den Prediger Kunze sämmtliche Geistliche, die den Protest vom 15. August unterzeichnet; er redigirte mit immer ärgerem Fanatismus in Hengstenberg die Ev. Kirchenzeitung, er schleuderte in dem Hallenser Löwen lauter symbolisch erzbotene Bannflüche auf die Neologen, er brachte in Berlin einen Riß in den Gustav Adolfsverein, er stiftete durch den Schuleath Lucas einen kirchlichen Gustav Adolfsverein, der freilich bis dahin nur ein kümmerliches Dasein gefristet hat, und jetzt wohl zur Ruhe eingehen wird. — Was als Gewährung erbotener Freiheit erscheinen sollte, das bekannte Patent, wurde um so mehr als ungenügend mit Mißstimmung aufgenommen, weil es eben nur einen Schein der Freiheit gewährte, und unter diesem Scheine um so mehr zur Bedrückung sowohl der anstrebalt als der innerhalb der evang. Kirche Stehenden dienen sollte. Eigentlich konnte man sich darüber nach den vorangegangenen Verhandlungen der Provinzial- und auch der Landessynode nicht eben wundern. Die Zusammensetzung der ersteren war eine so durchaus im Interesse des Kirchenregiments vorgenommene, daß es nur zu natürlich erschien, wenn mehrere Provinzialsynoden, wie die Provinzen Pommerns und Posens sich als durchaus unfreie erwiesen, und um so größerer Anerkennung werth erschien es, daß auf denen von Sachsen, Brandenburg und Schlesien ebenso gewichtige als kühne Stimmen sich für eine dem Geiste des Christenthums gemäße freiere Gestaltung der Kirche aussprachen. Die Landessynode dagegen stand so entschieden unter dem unmittelbaren Einflusse des Ministers, daß man wohl mit ziemlicher Bestimmtheit es aussprechen darf, in den Gegenständen von größerer Wichtigkeit, als die Frage über die ordinatorische Verpflichtung der Geistlichen, über Unien und Kirchenverfassung sei es eben doch nur zu demjenigen gekommen, was der Minister gewollt, oder dasjenige Mindest worden, was derselbe nicht gewollt. Gab es doch der Minister deutlich genug zu verstehen, daß ihm Alles darauf ankomme, eine gesetzliche Handhabe zu bieten für das Verfahren gegen die Geistlichen, und wies er es doch entschieden von der Hand, daß man jene Frage erst bei der Verfassungsangelegenheit aufnehme, welche vielmehr abstaltlich hernach, nur im Allgemeinen erwogen, zur Seite gelegt wurde. — Wie wenig es dem Kirchenregimente mit einer freien Gestaltung der Kirche Ernst war, bewies noch zuletzt die Organisation des Oberkonsistoriums und die Einsetzung von Konsistorialpräsidenten in allen östlichen Provinzen. Es war das Nichts als eine vollständige Abschließung der kirchenregimentlichen Macht, welche den Schein ministerieller Willkür vermeiden sollte. Aber so wenig konnte diese Institution als eine ehrliche und hilfsame sich empfehlen, daß selbst Männer, wie Graf von Schwerin und von Kuenssell, welche ursprünglich für eine solche Institution gewesen waren, wenn sie der Schicksalstein der aus presbyterialen und synodalen Elementen gebildeten Kirchenverfassung sein sollte, gegen diese ohne jene Fundamente obtrudirte Einrichtung, die nunmehr die Kirchenregimentliche Gewalt nur auf eine höchst bedenkliche Weise steigerte und ihr einen Schein gesetzlicher Form gab, Verwahrung einlegten. Die schwache und auf Schrauben gestellte Erklärung und versuchte Rechtfertigung Richters konnte derselben keinen Vorschub leisten. — Wie allgemein aber auch die Mißstimmung gegen das kirchenregimentliche Verfahren war, und dies um so mehr, als man in den zu Konsistorialpräsidenten ernannten Personen nur Männer entschieden kirchlich symbolischer Richtung sah — wer hätte es ahnen sollen, wie bald dies Kirchenregiment den Forderungen einer freien Geistes der Zeit würde weichen müssen. Es ist gefallen! mit ihm Männer wie Hengstenberg, Gerlach, Leo, Stöckel! Und mit ihm werden und müssen noch mehr fallen! Nicht bloß die Verwaltung muß diejenigen entfernen, die als Repräsentanten des alten erfordernen Geistes des Absolutismus und der Bureaukratie da standen, (schon sind die Herren von Wedel, Bötticher und Lauerbach u. s. w. ausgeschieden); auch das geistliche Ministerium muß sich derer entschlagen, die ihren symbolisch kirchlichen und demgemäß ihren hierarchischen Charakter zu entschieden an den Tag gelegt haben, als daß man sie weiter mit der obern Leitung kirchlicher Angelegenheiten betrauen dürfte. Man darf es nicht, ihnen selbst wegen. Denn man würde ja damit wenig Vertrauen in die Aufrichtigkeit setzen, mit der sie ihre frühere Richtung verfolgt; man würde sie ja nur auf gesinnungslose, überzeugungsbare Diener ansehen, die da bereit wären, auch der neuen einzuschlagenden Richtung zu dienen, gleichviel ob ohne oder gegen ihre Ueberzeugung, nur um des Lohnes willen. Es müssen Männer wie Hahn, Nitzsch, Sartorius, Münß, Lucas freimillig ausscheiden, wenn überhaupt von hier unter dem vorigen Ministerium so geruhmten Gesinnungstüchtigkeit die Rede sein soll. Indeß, wie sehr wir das mit Bestimmtheit erwarten — was wäre damit gewonnen, wenn es dabei allein bliebe! Der Geist, dem sie gedient, ist überwunden! Die Kirche selbst muß aus dieser Krisis in neuer verjüngten Gestalt hervorgehen! Nie erschien ein Zeitpunkt dazu geeigneter! Wenn je eine Zeit gefühlt hat, was es auf sich habe mit dem Epiekopat der Fürsten, wohin das Territorialsystem, wohin die Konsistorialverfassung führe, so ist es die unsrige! Tief in das innerste Bewußtsein der Zeit ist es eingetrungen, wie es durchaus nothwendig sei, Kirche und Staat völlig zu trennen, jene von der Dienstbarkeit unter diesem zu befreien, jedem der tausend Verwickelungen zu überheben, die solch eine unnatürliche Verbindung nothwendig herbeiführt. Aber es genügt nicht, daß Alle, welche überhaupt ihre Zeit begreifen, es erkennen, wie solche Trennung vor sich gehen müsse; es müssen Alle es laut aussprechen. Sie dürfen nicht müde werden, es zu wiederholen, und das jetzt schon, damit von vornherein das zeitweilige Kirchenregiment auch hier die allgemeine

Digitized by Google

Volksstimme noch zeitig genug höre und beachte? Was hilft es, daß man die Geistlichen frage; die meisten sind Sklaven der Gewohnheit; sie haben das Denken verlernt; sie fürchten das Neue, das Nie kennen sie! Was hilft es, daß man die Rechtsverkäufer befrage? Sie wollen die evangelische Kirche fesseln an Zustände, die zwar Jahrhunderte alt, aber ihr nur aufgedrungen sind; fesseln wollen sie ihre Existenz an Bedingungen, die sie niemals als solche anerkannt hat. Sie vergessen ganz die Autonomie der Gemeine, vergessen, daß nicht die Katholiken im Westfälischen Frieden den Evangelischen erlaubt zu bestehen, solange sie Augsburgische Konfessionsverwandte bleiben, sondern daß sich die Evangelischen ihre Existenz und das Recht derselben mit den Waffen in der Hand erkämpft, und keineswegs weil ihre Konfession, sondern obgleich sie so und so lautete. Wie schlechte Dienste gerade die Juristen der Kirche in der neuesten Zeit geleistet haben, beweisen die HH. Bickell, Stahl, Göschel und Richter. Mit Freuden haben wir daher die Versammlung einiger Geistlichen Leipzigs begrüßt und deren Adresse an die Frankfurter Versammlung; von ganzem Herzen stimmen wir ihr bei. Ja, es gilt jetzt, von allen Enden her es auszusprechen, was vor Allem jetzt Noth thut und was uns jetzt werden muß, oder es wird uns nie, nämlich: 1) die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte muß von dem religiösen Bekenntniß unabhängig sein; 2) der Staat muß frei sein von der Kirche; 3) die Kirche frei vom Staate. Mögen recht viele Stimmen jetzt diesen Ruf laut erschallen lassen! Die von dem gegenwärtigen Kultusminister, Grafen v. Schwerin, niedergesetzte Kommission zur Einführung der Presbyterial- und Synodalverfassung darf diesen Ruf nicht überhören! Wohl sind in dieser Kommission Vertreten erweckende Namen, wie Ladenberg, Neander, Jonas und Sydow; aber bedenklich erscheinen Rüsch, Rübbeck und besonders Richter. Die früheren Provinzial- und Generalsynodalverhandlungen dürfen hier nicht allein nicht maßgebend sein, sondern nicht einmal das Material darbieten. Denn damals existirte noch ein Kirchenregiment, welches eine Staatskirche um Alles halten und befestigen wollte; die Gutachten waren bedingt durch den geltenden Statusquo; die Mitglieder dieser Provinzialsynoden waren überwiegend Superintendenten und geistliche Räthe, also Staatsdiener; die der Landessynode dagegen noch immer zu sehr präokkupirt durch die Forderung, an die bisherige Konsistorialverfassung der Kirche presbyteriale und synodale Elemente heranzubringen, ohne jene zu alteriren. Wenigstens konnte es ihnen nicht in den Sinn kommen, ein neues Gebäude von Grund aus aufzuführen. Mit jener Staatskirche ist es nun aber hoffentlich mit dem Letzten vorbei, sie ist zusammt dem christlichen Staate zu Grabe getragen worden, der so viel Unchristliches hatte, daß man auf ihn das Laeus a non lucendo anwenden mochte. Jetzt gilt es eine Kirche frei vom Staat, aber auch frei von geistlicher Herrschaft. Die Kirche organisire sich selbst; sie regiere sich selbst. Fürchte man nicht, dann müsse Alles zerfahren, dann gehe es der Sekten unzählige. Nimmermehr, die Kirche wird nur so allmählich eine, wenn sie sich selbst frei und weil organisirt. Nur darin ist Heil!

**Baiern.** ⁂ München, 13. April. So wäre denn bei uns die Frage über die Wahlart der Abgeordneten zu der deutschen konstituirenden Versammlung entschieden! Wir freuen uns, sagen zu dürfen, daß die Kammer Aber den etwas gar zu vorsichtig gefaßten Ministerialentwurf noch hinausgegangen ist; doch dürften auf ihren Beschluß die hier unter den verschiedenen Klassen der Einwohnerschaft selbst durch Adressen kundgewordenen Ansichten und Erwartungen nicht ohne Einfluß gewesen sein. Von zwei Seiten her waren Adressen eingelaufen, die eine von Seite des Ausschusses des sogenannten „Volks-Vereines für München", der bis dahin anschließlich aus hier ansäßigen Bürgern und Beamten bestand, die andere von Seite einer großen Anzahl von Studenten, Künstlern, Gesellen, Arbeitern. Beide Adressen wichen im Prinzip wie in ihren Einzelforderungen offenbar wesentlich voneinander ab. Hatte der ministerielle Gesetzentwurf nach Art. 5 sowohl die Wahlberechtigung als die Wählbarkeit von dem bisherigen beschränkten Begriffe des baierischen Staatsbürgerrechts abhängig gemacht und das 25. Lebensjahr dafür bestimmt, so wünschte die erstere, die „Ausschußadresse", keine weitere Abänderung in Bezug auf die Wahlberechtigung, als daß diese zwar nur dem baierischen Staatsbürger zuſtehen solle, doch ohne die verfassungsmäßig dafür braunschreite Bedingung des christlichen Glaubensbekenntnisses; in Ansehung der Wählbarkeit erklärte diese Adresse das deutsche Indigenat und Volljährigkeit für genügend, während sie darauf hinwies, daß Verantwortlichkeit und Vertrauen zwischen Wähler und Abgeordneten nur das Ergebniß direkter Wahlen sein könne. Anders und viel entschiedener lautete die andere Adresse, indem sie die Wahlberechtigung wie die Wählbarkeit auf die breiteste Grundlage der hiesigen Staatsangehörigkeit gestellt wissen wollte und unbedingt die Einführung direkter Wahlen verlangte. Was zu erwarten war, geschah. Die von 24 Namen unterzeichnete Ausschuß-Adresse wurde von Ministern und Abgeordneten ausgesprochenermaßen als der vollständige Ausdruck des allgemeinen Bürgerwillens betrachtet; dennoch bewies sich die Kammer freisinniger, so daß man eine Einwirkung der weitergreifenden Forderungen der Studentenadresse dabei annehmen darf, deren Inhalt den Ständemitgliedern nicht unbekannt geblieben war und zu deren Unterzeichnung noch gestern, während die Kammer-Berathung über den Gesetz-Entwurf bereits im Gange war, sich Männer aus allen Ständen drängten. So entstand die Fassung des Artikels 5 des nunmehr angenommenen Wahlgesetzes, wodurch jeder volljährige baierische Staatsangehörige, welcher dem Staate eine direkte Steuer (also von beliebiger Größe und Art) entrichtet, sofern er nicht wegen eines andern als eines politischen Verbrechens oder wegen Vergehens der Bilfschung, des Betrugs des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt ist, aktiv wahlfähig, jeder volljährige deutsche Staatsangehörige dagegen, wider den ein solche Verurtheilung nicht vorliegt, passiv wahlfähig sein soll. Von direkten Wahlen war mithin Umgang genommen worden; daß aber Art. 17 des ursprünglichen Entwurfs, wonach alle Wahlreklamationen unmittelbar von den Wahlausschüssen durch Stimmenmehrheit und ohne Weiterberufung an das Parlament zu entscheiden sind, unverändert beibehalten worden war, erregte allgemeinen Unwillen, ebenso der Umstand, daß bei Bestimmung der Seelenzahl der Bundesmatrikularfuß zum Grunde gelegt werden solle, sofern die Bundesversammlung nicht anders hierüber verfüge, weshalb denn die tiefsinnigen Beschlüsse mit Verlangen entgegengesehen werden *). Am Sechsten Abends fand hier unter Vorsitz des erwähnten Volksvereinsausschusses eine sehr zahlreiche Versammlung Statt, zu welcher sich Leute jedes Standes und Alters eingefunden hatten. Die chaotische Aufregung, die in dieser Versammlung herrschte, der Mangel jeder bestimmten Leitung und Ordnung, der sie auszeichnete, endlich ihre lange Dauer, bis über Mitternacht hinaus, ohne ein befriedigendes Resultat selbst in Bezug auf die zunächstliegende Frage des Kompetenzkreises eines 24 Mitglieder zählenden Ausschusses, der trotz dieser Zahl für unfähig sich erklärte, nur die Mortfordernden alle sich zu merken, drei Adreß bewies, daß wir uns noch in den ersten Anfängen dieser Art von politischer Agitation befinden. Ein Antrag, daß der Ausschuß nachträglich bei Ministern und Gesandten als Bekennung eines Irrthums anbegehren solle, linsofern die in seiner Wahlgefahrdrete ausgesprochenen Ansichten nicht alle in der Gesammtheit der Münchner Einwohner zu betrachten seien, kam mit verschiedenen andern gar nicht zur Abstimmung; durch eine Schilderung der deutschen Notabelnversammlung in Frankfurt von einem Augenzeuge (Advokat Riedl) sollten wir zu der Ueberzeugung geführt werden, daß, wie diese Versammlung ohne eigentliche Beschlußfassungen geblieben, so auch während ihrer ganzen Dauer von Republik keine Rede gewesen sei, obgleich das vorgetragene Strwe'sche Programm in §. 15 mit deutlichen Worten Abschaffung der erblichen Monarchien und freigewählte Parlamente mit freigewählten Präsidenten statt ihrer fordert, und zuletzt, nachdem man in die Hände des Ausschusses, der doch nur eine vorberathende und vermittelnde Behörde sein kann, jede weitere stellvertretende Vollmacht mehr stillschweigend als zustimmend gelegt hatte, erklärte die aus den allerverschiedenartigsten Elementen der Bevölkerung bestehende und durch den freiesten Zusammentritt sich stets von Neuem bildende Versammlung fast einstimmig, sie sei ein Volksverein, da sie sich doch höchstens eine Volksvereinigung nennen konnte. Wenn man nun schon in den ersten Begriffen schwankt, was ist da von den weiteren zu erwarten? Die nächste Folge war, daß ein Ausschußmitglied rasch die Bestimmung dieses „Vereins" noch enger zusammenfaßte, indem er ihn zu einem „Privatverein" stempelte, der außer der öffentlichen Besprechung liege. — Zu morgen Abend ist von Seite der Studenten eine Versammlung anberaumt, wozu Jedem aus dem Volke der Zutritt gestattet ist, und ich werde nunmehr wieder berichten, Ihnen darüber zu berichten, als es von allgemeinem Interesse sein dürfte, Geist und Verhalten der gegenwärtig überall sich bildenden Volksvereinigungen kennen zu lernen. — Wir lesen soeben, daß der Staatsminister der Justiz, Heinz, zum erblichen Reichsrath der baierischen Krone ernannt sei, und erblichen darin wohl nicht mit Unrecht die Absicht — ob auch ein Mittel? —, dem drohenden Zusammensturz unseres im Volke unbeliebten Zweikammersystems vorzubeugen. Auf Wunsch der Kammer der Abgeordneten werden unsere

*) Soeben erfährt man, daß der Bundestag in Uebereinstimmung mit dem Fünfzigerausschusse die Bundesmatrikel von 1842 für die Reichstagswahlen zum Grunde gelegt habe.

Digitized by Google

Staatsminister in derselben künftighin nicht mehr in Uniform, sondern in schwarzen Frack erscheinen. Heut wird auch die Kammer der Reichsräthe ihre erste öffentliche Sitzung halten, doch können vor der Hand nur die Journalisten zugelassen werden, da die Tribunen für das Publikum noch nicht fertig sind. — Wir fragen und hier, wird Tirol für Deutschland gerettet werden? Wir hoffen es, wenn die österr. Armee im Felde siegreich ist, um einen ehrenvollen Friedensvergleich schließen zu können. In Anschlt dieses Preises müssen wir die bewaffnete Einschreitung in venetianisch-lombardischen Königreich von Seite Oesterreichs unbedingt gutheißen. Ob nicht Karl Albert, „das Schwert", wenn die Lombarden seiner Hilfe nicht mehr bedürfen, von diesen beseitigt werden „sollte? Erkennen sie doch selbst das Verrätherische seines Beginnens an.

## Schweiz.

** Bern, 15. April. Gestern hielt die Tagsatzung geheime Sitzung zu Berathung über eine diplomatische Mittheilung von Seite Sardiniens, betreffend die Abschließung eines Schutz- und Trutzbündnisses mit der schweizerischen Eidgenossenschaft. Was soll sich indeß im Allgemeinen wenig Gewichtheit gezeigt haben, die Neutralität der Schweiz zu Gunsten Karl Alberts preiszugeben; die meisten Gesandtschaften sprachen sich instruktionsgemäß entschieden für die Wahrung der schweizerischen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit und gegen jegliche diesfällige Zumuthung des Auslandes, von welcher Seite her sie auch kommen möge, aus. Selbst bei den wenigen Ständen, welche ihre Sympathien für Frankreich und die Lombardei nicht verläugneten, Falls es zu einem europäischen Kriege kommen sollte, fand der Antrag Sardiniens wenig Anklang. Die Tagsatzung glaubte indeß aus Courtoisie denselben nicht sofort, ohne nähere Untersuchung, von der Hand weisen zu sollen, sondern verwies ihn an eine Kommission von sieben Mitgliedern, welche darüber das Weitere berathen und berichten soll. Es ist indeß kaum zu zweifeln, daß das Gutachten der Kommission in ablehnendem Sinne ausfallen wird. Auch von Seite des Papstes ist eine Note eingelangt, welche die Abschließung eines Konkordates über die kirchlichen Verhältnisse der Eidgenossenschaft bezweckt. Von Neapel ist hier die sichere Nachricht von dem Eintreffen einer englischen Flotte unter Befehl des Admirals Napier eingegangen.

## Niederland.

Hinsichtlich der Verfassungsangelegenheit ist eine Zwischenfrage eingetreten, die möglicher Weise noch zu einer Hauptfrage werden kann. Die Staatskommission hat den Entwurf zur neuen Staatsverfassung nahezu vollendet, der König will denselben, wie voraußzusehen, gut heißen, und nun taucht die Frage auf: welcher Versammlung denn dieser Entwurf zur Berathung am Zweckmäßigsten vorgelegt werden solle, den gegenwärtigen Generalstaaten, oder nicht vielmehr einer sofort durchs Volk zu wählenden konstituirenden Versammlung? Hr. Rost aus Limburg hat sich in einer in Haag erschienenen Broschüre, die, wie es scheint, mit Talent und einer halb diplomatischen Feder geschrieben ist, zu Gunsten der Letztern ausgesprochen, und sein Votum scheint in verschiedenen Kreisen bedeutenden Eindruck zu machen. Er stützt sich vornehmlich auf zwei Gründe. Bei Einhaltung des gesetzlichen, im jetzigen Grundgesetz vorgeschriebenen Wegs muß nämlich der neue Entwurf erst der Guthrißung beider Kammern und sodann noch der Berathung einer doppelten zweiten Kammer unterworfen werden, und darüber könnte, fürchtet der Verfasser, eine unter den jetzigen Verhältnissen höchst kostbare Zeit verloren gehn, zumal ein Land, wie das niederländische, eine lang anhaltende politische Spannung schwer ertragen möchte. Zweitens erklärt sich der Entwurf für direkte Wahlen, und da die zweite Kammer, aus den Provinzialständen hervorgegangen, sich allzeit gegen unmittelbare Wahlen ausgesprochen hatte und gewissermaßen einen Selbstmord begehen würde, wenn sie sich jetzt im entgegengesetzten Sinne erklärte, so sehe zu befürchten, daß sie die betreffenden Bestimmungen des Entwurfs nicht annehmen werde. Indeß findet der Vorschlag bei allen denen, die vom gesetzlichen Wege nicht abweichen wollen, den lebhaftesten Widerspruch. Ueberdies hegt ihm der Umstand im Wege, daß zur direkten Einberufung einer konstituirenden Versammlung doch vorher ein neues Wahlgesetz nöthig wäre, das auf gesetzlichem Wege schwer zu Stande zu bringen sein dürfte, wenn man dem Könige nicht die Vollgewalt dazu ertheilen wollte. Niederland hat das Gefühl, recht krank zu sein, aber zu solchen heroischen Mitteln herrscht keine Neigung vor. Man merkt es den allen mäßigen Oppositionsblättern an, daß sie eine unbezwingbare Scheu selbst vor dem Namen einer konstituirenden Versammlung haben, vor einer „Constituante", wie sie immer sagen, in die wir Deutsche doch leichten Herzens, freilich auch unter weit dringendern Umständen, hineingesprungen sind.

Fürst Metternich scheint seinen Aufenthalt für längere Zeit im Haag nehmen zu wollen. Er hat daselbst verschiedene diplomatische Besuche empfangen, unter andern von dem Staatsminister van Doorn und dem britischen Gesandten.

## Frankreich.

* Straßburg, 15. April. Die Räthsel, welche die Züge Deutscher aus Frankreich sowie Anderer nach den verschiedenen Heimathlanden und die Verhältnisse der französischen Regierung zu denselben umhüllen, werden mit jedem Tage mehr und mehr klar. Von einem direkten Antheil an dem sinnlosen Beginnen kann wohl nicht die Rede sein, es wäre vielleicht Unrecht, die provisorischen Regierungsherren, wenigstens alle insgesammt, derselben zu beschuldigen. Von einem indirekten, von dem Geschehenlassen scheinen sie aber nicht wohl freigesprochen zu werden. Hierzu liegen mehrere Beweise vor. Warum wurden diesen Leuten so in Massen, in geordneten Schaaren, mit bekannten Anführern der Zug durch Frankreich gestattet? Was wurde gegen die Franzosen gethan, deren Diese dabei betheiligt sind, die mitgiehen als verbündete Mitheiser, das nur bei feindseligen Zwecken gegen die Nachbarstaaten erklärt werden kann? Wenn offenes Tragen der Waffen untersagt oder vielleicht nur abgeraten war, warum wird das Aufkaufen, Vorbereiten von Waffen an den Grenzorten nicht auch untersagt, obgleich es in mehreren Orten Jedermann bekannt ist, daß Feuergewehre, Sensen-Lanzen aufgehäuft und vertheilt worden sind? Warum wird endlich diesen Fremden nicht sowie sie ankommen, ein direkter Laufpaß über die nächste Grenze gegeben, wie mit den Grenzbehörden verabredet ist, und warum erlaubt man ihnen das Hinund Herziehen, bis sie vielleicht einen günstigen Uebergangspunkt gefunden haben, wo sie durch Ueberraschung sich die Bahn brechen können? Fügen wir noch das Schweigen der republikanischen Zeitungen in den Grenzdepartments hinzu über das Kommen und Gehen dieser Freischaaren und andere sie betreffende Ereignisse, so stellt sich wohl unzweideutig eine stille Komplicität heraus, deren Grund wohl nicht so schwer zu finden sein mag. Dieses ist nämlich kein anderer als der, daß diese Auswanderer — die Engländer ausgenommen — nicht sowohl aus Brodneid vertrieben, sondern daß sie von den bestehenden geheimen Gesellschaften geleitet worden. Diese alten Vereine, die, vielfach umgebildet, immer bestanden haben und noch bestehen, sind nämlich nicht völlig in den Pariser Klubs aufgegangen, sondern arbeiten immer noch leitend und anregend. In ihnen findet kein Unterschied der Nationen Statt: sie sind völlig kosmopolitisch, wenigstens in der obern Leitung, denn das hatten sie schon länger begriffen, daß der Sturm gleichzeitig an mehreren Orten losbrechen muß, um Etwas bewirken zu können. Nun aber stehen mehrere Mitglieder der provisl. Regierung in innigem Verbande mit jenen Vereinen, ihre Erhebung in der ersten Bewegung ist größtentheils der Wirksamkeit derselben zuzuschreiben, und darum können sie auch nicht der Thätigkeit ihrer Brüder offen und gewaltsam entgegentreten. Allerdings mag es sie verdrießen, wenn Einer und der Andere weiter geht, als sich mit dem Programm der strengen Neutralität gegen das Ausland verträgt; aber was läßt sich gegen diese der Disciplin Widerstrebenden thun? So mag es nun geschehen, daß von untergeordneten Machthabern oder auch noch im Privatstande lebenden Brüdern Vieles gethan wird, das die Regierung insgesammt mißbilligt, das sie aber, ohne mit jenen Vereinen zu brechen, nicht bestrafen kann. Jener Kosmopolitismus kann mit aber wirklich lächerlich vor, als neulich in der Mitte einer deutschen Schaar, die zur Wahl eines Obersten zusammengetreten war, eine lange französische Anrede gehalten wurde, und dieser Bruder streute der Zunge die Wahl leitete. Hin und wieder ließ sich auch ein kriegserfahrener Pole vernehmen, die Stelle eines Obmannes einer deutschen Schaar zu übernehmen. Doch mag dieses nur vorübergehend sein. Auf den nächsten Sonntag wird eine große, wohl die letzte Kolonne in Straßburg anlangen; sie besteht aus 500 Deutschen und ebenso viel Polen. Die ganze Masse führt ein Oberster aus dem letztern Volke. Sie wird dann wohl zur großen Feier der Errichtung der Freiheitsbäume eintreffen, wenn anders das ungünstige Wetter nicht zwingt, das Fest aufzuschieben. Von den drei christlichen Konfessionen und den Rabbinern werden einsegnende Reden gehalten werden, und alle Behörden sollen der Feier beiwohnen. Agitation! Agitation! Sie erhält den Geist wach! Die Lust und Fröhlichkeit, wohl auch das Imposante ziehen Manchen fort.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Exner in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Amerika für London werden monatlich 20 fl. Alexander Strasburg 20 Groschen, Paris 20 Sous, Amsterdam 20 Kreuzer.

# Deutsche Zeitung.

Die Pränumeration beträgt bei Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post besorgt im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Auswärts wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 110. Heidelberg, Mittwoch 19. April 1848.

## Uebersicht.

**Die polnische Bewicklung.** — **Wien** (Bombardiere wegen Kundgebung deutscher Gesinnung in Untersuchung. v. Lübek. Der Hospodar der Wallachei. Handsereien des Kaisers an Radetzky. Eine serbische Gesandtschaft in Presburg. Bauernaufstand. Das Presburger. Aufbedung der Ofner. Verhaftungen nach Ulm). **Aus Tirol** (die Gesahr des Deutschthums. Unthätigkeit des Guberniums). **Bozen** (Eindruck der Piemontesen in Südtirol). **Triest** (Italienische Umtriebe). **Berlin** (die Verhandlungen über Neuerdung. Amtliches Vergeichniß der im Märzkampfe verwundeten und gebliebenen Militärpersonen. Offizielle Erklärung über die schleswig-holsteinische Sache. Umverstätswesen. v. Rother entlassen. Blokade der preuß. Häfen erwartet). **Breslau** (Militärverschwörung in Warschau). **Posen** (Demonstration der Deutschen gegen den General Willisen. Freigebung von Bauern). **Aachen** (Eingabe von Offizieren am Prov. Landtag). **Köln** (die Wahlen des Militärs). **München** (Kammerverhandlungen. Arreste eines Duells an den Frankfurter Ausschuß). **Aus der bairischen Pfalz** (Bewilligungen. Die Wahlen für das konstituirende Parlament). **Stuttgart** (der Ausschuß des vaterländischen Vereins). **Karlsruhe** (Verlauf des Aufstandes im Seekreis). **Heidelberg** (der Verschlüsse des badischen Armeekorps). **Aus Kurhessen** (der Wahlmodus). **Rendsburg** (der Gang der Dinge. Die Dänischen nicht entmuthigt. Ansichten des Militärs. Besetzung einzelner Kampfentheile. Stellung und Zahl der Dänen. Die bairischen Offiziere; die Braunschweiger und Hannoveraner.

**Schweiz.** Bern. Die Tagsatzung. **Luzern.** Aufhebung sämmtlicher Klöster. **Neuenburg.** Freigebung der ehemaligen Staatsräthe.

**Dänemark.** Kopenhagen. Die Verwandelen in Itzehoe. Schiffe nach der preuß. Küste.

**Schweden.** Die Sympathien für die Dänen.

**Großbritannien.** Ein darober Auftritt im Unterhause.

**Frankreich** Reaktionäre Regungen in den Provinzen. Truppen nach Beauvais. Besorgnisse wegen der Wahlen. Staatsgarantie für die bereits Investirte und Anlehen.

**Italien.** Venedig. Eine öffentl. Partei. Manin und Tomaseo. Die Oesterreicher bei Montebello.

**Nachschrift.** Kammerbeschluß über den Aufstand im Seekreis.

**Beilage** Frankfurt a. M. (die Sicherung des Besitzes und des öffentlichen Kredits). **Aus Westpreußen** (Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform in Kirchensachen). **München** (die Verhandlungen über das Wahlgesetz. Der Volksverein. Die Kammer der Reichsräthe). **Bern** (das Bündniß mit Sardinien. Konkordat). **Zürich** (die Deutschen in der Schweiz. Genfer Gelüste. Die Tagsatzung). **Niederland** (eine Zwischenfrage. Fürst Metternich). **Straßburg** (die deutschen Zuzüge und die geheimen Vereine).

## Heidelberg, 18. April.

Es ist gut, in allen Dingen offen und ehrlich zu sein. Wir müssen bekennen, uns in den Polen geirrt zu haben, obwohl wir uns von jeher hüteten, uns über sie Illusionen zu machen. Unsere Leser werden sich vielleicht erinnern, daß unsere ersten Artikel, die wir vor Monaten über Polen schrieben, ganz erfüllt waren von den Schwierigkeiten, die die Polen selbst einer Wiedergeburt ihrer Nation durch ihren eigenen Nationalcharakter entgegenwerfen. Dem ist nicht zu helfen, der sich selbst verdirbt; unsere Meinung war daher, daß der mühsame Weg durch Bildung und innere Läuterung hindurchgemacht werden müsse, wenn ein neu hergestelltes Polen wirklich ein verjüngtes Polen werden solle. Wir meinten, das Volk müsse in Selbsterkenntniß und Zerknirschung lernen, seine babylonische Gefangenschaft als ein Strafgericht der Vorsehung zu betrachten, bestimmt, sie durch Zwang auf den Weg eines Heils durch innere Bildung des Geistes und der Sitte zu führen, ehe ihnen der Weg der äußeren Staatenbildung und der freien nationalen Entwicklung wieder geöffnet werden könnte. Wir dachten uns, es müsse eine Zeit kommen, wo die Polen selbst einsahen diese Periode der Schmach, wie bitter sie war, sei für sie eine Nothwendigkeit gewesen. Wir verbanden mit allen diesen Vorstellungen von der Nothwendigkeit des Durchgangs der Polen durch eine geistige und sittliche Restauration, ehe sie zu der politischen gelangten, keineswegs die sentimentalen Hoffnungen des Moralisten, noch die rebantischen Erwartungen des geistlichen Bekehrers. Wir faßten den Gedanken nur etwa in der Art, wie ihn Czartoryski in seinen Reden in Paris noch kurz vor dem letzten Aufstande aussprach; und wir hofften am Ziele keineswegs ein vollkommenes Volk aus dieser Zeit der Herabwürdigung hervorgehen zu sehen, sondern nur ein Volk, in dem die Begriffe von der Ehre und der Civilisation soweit Wurzel geschlagen hätten, daß man sie ihrem eigenen Wachsthum ruhig überlassen könnte. Alle höheren Tugenden, die eine jahrhundertlange gesicherte und rühmliche Existenz in civilisirten Völkern großzieht, konnten wir erst hoffen, sich mit der Zeit entwickeln zu sehen. Wir hatten selbst, indem wir freiwillig zur Herstellung Polens mit eigenen Kosten und Opfern zu helfen mahnten, nicht einmal eine Unze Dankbarkeit erwartet oder zugemuthet.

Aber daß wir die Polen selbst unter allen unsern niedrigsten Erwartungen und Anforderungen finden sollten, das hatten wir zur Ehre der Nation nicht gedacht und nicht zu ertragen gewünscht. Wir hatten unsere theoretische Ansicht bei Seite gelegt, nach welcher die geistige Regeneration von Polen der politischen vorausgehen sollte; man muß der praktischen Gelegenheit und den faktischen Verhältnissen in politischen Dingen Rechnung zu tragen wissen; das ist die oberste, allein stets geltende Theorie in aller Politik. Diese faktischen Verhältnisse des Tages haben aber schon manche Theoreme niedergeworfen und manche andere werden dies Schicksal noch erleben. Wir haben unsere Stimme erhoben für die Freigebung des überwiegend polnischen Theils von Posen. Wir dachten, dies sollte nicht allein das friegerische, sondern auch das geistige Waffenlager für die Wiederverehrung Polens werden. Wir erwarteten, die preußische Zucht und Kultur hätte dort wenigstens soviel gefruchtet, den Polen ihr eigenes Interesse verstehen zu lehren. Aber darin haben wir uns getäuscht; dies ist der Irrthum, den wir eingestehen haben. Wenn die Befreiung von Galizien ausgehen sollte, so hätten wir uns auf die Scenen nicht gewundert, die wir jetzt in Posen vorgehen sehen; denn die Zustände, die und dort durch die Ereignisse der letzten Revolution aufgedeckt worden, durch die Thatsachen an sich und die unwillkürlichen Geständnisse polnischer Schreiber selbst, sind der Art, daß man in diesem Theile auf jede Enttäuschung gefaßt sein mußte. Hatte sich die Ansicht auf Polens Herstellung zuerst in russisch Polen gezeigt, so hätten wir selbst da erwartet, eine Frucht der großen Erfahrungen von 1830 gewahr zu werden, vielleicht auch noch einen Rest der geistigen Erregung der Jahre 1815—30. Aber in Posen vollends hofften wir einen Kern tüchtiger Polen und besonnener Staatsmänner zu treffen, die einer Plansläte abgeben würden, und der eine Saat der politischen Organisation und des friegerischen Aufschwungs zur Befreiung des russischen Polens ausgestreut werden könnte. Zu dem Allem bot man den Polen in Preußen die Hand; die Begeisterung der deutschen Nation für ihre Sache stand im Hintergrunde, stand ihnen, wenn der Kampf nöthig wurde, zur Seite. Diesen ersten Ausgangspunkt einer geschierten Insurrektion verschmähen sie, da sie doch wissen, daß Preußens bloße Neutralität sie 1831 ins Verderben warf; dieses Archimedischen Standpunkt, von dem aus allein das russische Polen zu bewegen wäre, stoßen sie sich unter den Füßen weg; jene dargebotene Hand schlagen sie mit schnöder Gewalt hinweg; zu der dargebotenen Gabe wollen sie nur unser Eigenthum dazu hinzugenehmen; die Zusammenfassung Polens soll mit der Zerstückung Deutschlands beginnen; diese „Schilde Deutschlands gegen Rußland" werden zu schnerdenden Waffen gegen uns; das gemeinsame Interesse, das uns gegen Rußland zusammenschaaren sollte, zerstören sie im ersten Momente, da wir ihre Bande lösen wollten, da wir ihre Führer freigegeben hatten, die in Kerker und Lebensgefahr waren. Für alle die Gutmüthigkeit und Großmuth, die der preußische König, die das deutsche Volk in der Masse und auf den Tagen in Berlin und Frankfurt in der Elite seiner Bürger dargelegt hatte, ernten wir, daß von den Kanzeln in Posen der Deutschenhaß gepredigt, der katholische Fanatismus geschürt, der Beichtstuhl mißbraucht, die Lüge in tausend Gestalten genutzt wird, um gegen die deutsche Bevölkerung anzuhetzen. Ist es ein Wunder, daß die Deutschen in Posen nun mit dem gleichen Fanatismus gegen die Polen aufstehen, daß sie jenen Niederträchtigkeiten mit Erbitterung und Wuth begegnen, daß die Gefahr ihrer Familien sie in die Waffen ruft, daß ihre Deputationen in Berlin unserer Gedanken

Digitized by Google

willigen Herausgabe mörderisch anfallen will, dann soll er wenigstens erfahren, daß wir nicht aus Furcht geben, sondern aus Großmuth; und wenn er diese Großmuth zurückweist und in uns erstickt, so mag er auch alle Folgen tragen, die ihm unsere Erbitterung bereiten wird.

[illegible], was bei dem jetzigen Standpunkt der Dinge unsere Ansicht ist. Der Brief unseres Korrespondenten von Berlin in Nr. 108 theilt unsern Lesern mit, was die Absichten der preußischen Regierung sind; noch unter den Waffen und im Siege bietet sie dem Feinde Großmuth und die Aussicht auf Freiheit dar. Wir gehen nicht weiter. Der West und Ost werden in verschiedenem Sinne ein Geschrei gegen diese Politik erheben. Die ganze deutsche Nation wird sie vertreten; denn es ist eine Politik voll Edelmuth und Ehre, die mit aller Kraft zu Ende geführt sein will.

---

**Oesterreich.** Wien, 12. April. Ein neues Blatt, dessen politischer und sehr entschiedener Theil von Tuvora redigirt wird, „Der Freimüthige", bringt von hier folgende Bemerkungen und Nachrichten: Samstag ist die Handelslegion nach Italien abgegangen, und man hat ihnen zu Ehren im Hofe der Bombardier-Kaserne eine Illumination veranstaltet. Ober dem Mittelthore wehte eine Fahne und ein Transparent mit der Inschrift: „Unsere Liebe zieht mit Euch!" Die Stimmung war eine außerordentlich enthusiastische für den großen und schönen Zweck. — Nun kommt der Despotismus nachgehinkt. Jene Bombardiere, welche den Handels-Legionzug begleiteten, steckten deutsche Kokarden auf. Es wurde die strengste Untersuchung gegen sie eingeleitet. Man forscht streng nach, wer von den Bombardieren die deutsche Fahne zum Fenster herausgesteckt! Man untersucht, wer die Fenster illuminirte! Man kann gar nicht begreifen, wie das Bombardier-Korps einen deutschen Patriotismus haben könne.

nen freien Institutionen mit dem wünschenswerthen und siegreichen Erfolge zu vertheidigen. Machen Sie diese meine Anerkennung der unter Ihren Befehlen stehenden Armee in angemessener Art bekannt und empfangen Sie für das Ihnen persönlich zukommende hohe Verdienst der Pflege und Leitung der glänzenden Wirkungen altösterreichischer Kriegszucht Meinen innigen Dank. Wien, 10. April 1848. Ferdinand."

Wien. Die F. O. Z. bringt von hier folgende Mittheilungen: Eine serbische Gesandtschaft hat in Preßburg vor den Schranken der zweiten Tafel angezeigt, daß Serbien bereit sei, sich unter der Bedingung, daß seine Nationalität aufrecht erhalten werde, an Ungarn anzuschließen. — Aus Agram meldet man, daß dort noch immer Regimenter der Grenzer durchmarschiren, welche nach Italien bestimmt sind; es sind Kroaten. Man arbeitet übrigens jetzt in jener Gegend daran, eine Wiedervereinigung zwischen Kroatien, Dalmatien und Slavonien zu erwirken. — In der Gegend von Stuhlweißenburg ist ein Bauernaufstand ausgebrochen. Es sollen bereits 100 Todte sein. — Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern Abends aus Preßburg wieder zurückgekehrt. Der Kaiser hatte die Reichsversammlung durch eine Thronrede in ungarischer Sprache geschlossen. Unermeßlich war der Enthusiasmus bei der Abreise der Majestäten. Im Juli wird der Reichstag in Pesth wieder eröffnet werden. — Aus Krakau sind die gestrigen Berichte einigermaßen beunruhigend. Das Volk verlangt die Entfernung aller deutschen Beamten. In Betreff einer russischen Invasion war man etwas beruhigter. Der russische General Rüdiger hatte an der Grenze erklärt, daß alle militärischen Anstalten bloß zur Vertheidigung des Königreichs Polen gegen jeden Angriff gerichtet seien. — In Lemberg und allen übrigen Städten herrschte die größte Ruhe, allein Briefe aus Czernowitz vom 5. wollen wissen, die ganze Moldau sei im Aufstande, und überall zeigt sich die Tendenz, sich an das neue freigewordene Oesterreich anzuschließen.

† Aus Südtirol, 14. April. Bedrängniß und Noth haben

gebe und einen tüchtigen, fr
Gouverneur — es muß ch
gleich der treffliche Kriegsmi
treffe Anstalt, daß nicht wie
Welt beruhe. Ihm gebricht
Vertrauen des Volkes, als an
unser Landtag war, da er
hatte.

Botzen, 13. April.
Die Bürgermassen sind in Ju
andern bereit die Strasse vo
über fehlen. Ihre Anzahl w
und 2000 M. Fußvolk, a
aus Freischaaren
den Freischaaren sind dem Brod
wichen. Heute rückte hier
ein, welches die bedrohten S
langte gestern Abend eine
Haar den 4—500 Mann
die zur Franzensfeste marsch
Stand einer Garnison. Vor
gen, die Passeyer rückten mit
die Bevölkerung von Botzen
eine Abtheilung Oberarzling
waren dahin ab. Deutsche
Blei und Munitionsvorrath, fand
schen nach ist die ganze G

Triest, 9. April.
für einen Anschluß an Ital
der italienischen Fahne auf
seinen Geschützen im Triest
tern — missbandelt.

Preußen

laßt sie aus besseren Männern bestehen. Wir wissen recht gut, daß Graf Brandis unter Einheit sich selbst und unter Vertrauen ein stummes willenloses Gehorchen versteht. Es ist nicht gut, daß sich ein Einzelner für den Vertreter der Gesammtmeinung hält. Wir wissen unumwunden Einsprache thun gegen sehr Vieles, was unser Gouverneur Namens des tirolischen Volkes gethan hat, und er muß uns den Zweifel erlauben, ob er jemals dahin kommen werde, sich mit unsern Wünschen und Begehren zu verständigen. Für ihn gibt es nimmermehr ein „Vertrauen“ unter uns, auch die deutsche Fahne in seinen Händen erschien uns wie eines seiner Prästidialdekrete, und — wir möchten nicht länger die Ursache sein, daß er sich der neuen Ordnung der Dinge und unsern Hoffnungen zu sich auch noch mit politischem Jesuitismus bekasse. Freilich, wenn man von seiner Unentbehrlichkeit so überzeugt ist, wie Graf Brandis, wird die Resignation ein Verrath an sich selbst. Dennoch glauben wir sagen zu müssen, daß wir diesem Rücktritt mit Ungeduld entgegensehen. Wir sind auch überzeugt, daß man in Wien nur im Drange der Geschäfte auf unsere Gubernial-Mißstände noch nicht eingehen konnte, Minister v. Bilkersdorf kennt genau, was uns Noth thut. Wir haben gesagt, daß wir mit unsern Angelegenheiten warten wollen bis auf ruhigere Zeiten; — ein paar Dinge möchten wir aber dennoch alsbald ins Reine bringen. Man gebe uns einen tüchtigen, freisinnigen, vertrauenswerthen Mann zum Gouverneur — es muß eben kein Graf sein — da wäre z. B. gleich der treffliche Kreishauptmann Ritter Ebner in Bregenz — und treffe Anstalt, daß nicht wieder unser alter Landtag im Mai unser Wohl berathe. Ihm gebricht es so vollkommen an Theilnahme und Vertrauen des Volkes, als unserm Landeschef, der ja eigentlich auch unser Landtag war, da er alle Schnüre des Spieles in Händen hatte.

**Boyen**, 13. April. Von hier wird der Allg. Z. gemeldet: Die Bienmenfen sind in Judicarien eingebrochen und bis Zione, nach andern bereits bis Stenico vorgedrungen, amtlicher Mittheilungen darüber fehlen. Ihre Anzahl wird auf 600 Mann regulären Militärs und 2000 M. Freischaaren angegeben. Die ihnen gegenübergestandenen Feldjäger sind dem Vernehmen nach vor der Uebermacht zurückgewichen. Heute rückte hier ein Bataillon Schwarzenberg Infanterie ein, welches die bedrohten Stellen verstärken wird. Aus Vintschgau langte gestern Abend eine Staffette an, die den Einfall einer Freischaar von 4—500 Mann über das Stilfser Joch und ihr Vorrücken bis zur Franzenshöhe meldete. Die letzte Nachricht spricht bereits vom Brand einer Cantine. Vor Glurns steht eine Kompagnie Tiroler Jäger, die Passeirer rückten mit 2 Kompagnien über das Gebirg zu Hilfe, die Bevölkerung von Vintschgau ist aufgeboten, von hier ging heute eine Abtheilung Ehrenreuters, etwa 100 Mann Fußvolk und 2 Kanonen dahin ab. Deutsche Brüder! wir brauchen nicht bloß Pulver, Blei und Mundvorrath, sondern Hilfe deutscher Männer. Unser Anschein nach ist die ganze Grenze von den Wälschen bedroht.

**Triest**, 9. April. Ein gewisser Solverini, der Unterschriften für einen Anschluß an Italien oder vielmehr für die Aufpflanzung der italienischen Fahne auf dem hiesigen Dome sammelte, wurde bei seinem Erscheinen im Tergestium — dem Sammelplatze der Gebildeten — mißhandelt.

**Preußen.** **Berlin**, 13. April. Die Unterhandlungen wegen völliger Einverleibung des Fürstenthums Neurenburg und Valendis in die Schweizer Eidgenossenschaft und wegen Aufgabe der preußischen Souveränetätsrechte darüber sind ihrem Abschlusse nahe. Wir hören, daß die Festsetzungen des hierüber abzuschließenden Vertrages sich nur auf einige Bedingungen zu Gunsten derjenigen Partei, welche fest an Preußen gehangen hat, ferner auf Uebernahme eines Theiles der auf den genannten Fürstenthümern lastenden Staatsschuld von Seite der Eidgenossenschaft und endlich auf die Handelsbeziehungen Preußens zu der Letzteren beziehen. — Die mannigfachen Mißtrauensäußerungen, welche in Folge der Erklärung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Hrn. von Meding, in der ersten Sitzung der Vereinigten Landtage gegen denselben laut geworden sind, und denen sich selbst ganze städtische Körperschaften, wie z. B. Magistrat und Stadtverordnete zu Frankfurt a. d. O., angeschlossen haben, sollen nunmehr doch die Veranlassung geworden sein, daß Hr. v. Meding definitiv um seinen Abschied gebeten hat. (K. Z.)

**Berlin**, 15. April. Die Allg. Pr. Z. enthält folgenden offiziellen Artikel: Die Bundesversammlung hat nach soeben eingegangener Nachricht über die schleswig-holsteinische Angelegenheit einstimmig (doch natürlich mit Ausnahme des dänischen Gesandten für Holstein und Lauenburg) am 12. d. Mts. folgenden Beschluß gefaßt: Frankfurt a. M., den 12. April 1848. Die Bundesversammlung sieht sich veranlaßt, im Verfolge ihres Beschlusses v. 4. April, die schleswig-holsteinische Angelegenheit betreffend, zu erklären: 1) Daß, Falls königlich dänischerseits die Einstellung der Feindseligkeiten und die Räumung des Herzogthums Schleswig von den darin eingerückten dänischen Truppen nicht erfolgt sein sollte, dieser zu erzwingen sei, um das durch den Bund zu schützende Recht Holsteins und der Union mit Schleswig zu wahren, und 2) da nach ihrer Ueberzeugung die sicherste Garantie jener Union durch den Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund erlangt werden würde, Preußen zu ersuchen, bei dem Vermittelungs-Geschäft möglichst auf diesen Eintritt hinzuwirken; endlich 3) auszusprechen, daß der Bund die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein, welche sich mit Vorbehalt der Rechte ihres Herzogs und Namens desselben zur nothgedrungenen Vertheidigung des Landes konstituirte, als solche und in diesem Maße anerkenne und von der vermittelnden königlich preuß. Regierung erwarte, daß sie die Mitglieder dieser prov. Regierung und ihre Anhänger in Schutz nehme. Die Vollstreckung dieses Beschlusses liegt Preußen und den Staaten des 10. Bundesarmeekorps ob, welche zu kooperiren durch den früheren Bundesbeschluß berufen sind. Niemand wird daran zweifeln, daß unsere Regierung bereit und entschlossen ist, das Mandat, welches der Bund ihr ertheilt, mit Nachdruck zu vollstrecken. Ein preußisches Truppenkorps steht bereits an der Eider. Da, wie wir aus sicherer Quelle wissen, alle Bemühungen unserer Regierung, den Streit auf friedlichem Wege zu vermitteln, erfolglos blieben, so hat der Befehlshaber der preußischen Truppen in Holstein bereits vor mehreren Tagen die Ermächtigung erhalten, den Umständen gemäß zu handeln und nöthigenfalls jenseit der Eider zu operiren. Militärische Rücksichten haben ihn bisher noch genöthigt, die Stellung an der Eider inne zu halten. Diese beruhen theils in dem späteren Herantücken der Kavallerie, die nicht mit Eisenbahnen befördert werden konnte, theils in der Zögerung, welche in dem Vorgehen der hannoverschreits erwarteten Hilfstruppen eingetreten ist. Unserersseits sind, wie wir so eben vernehmen, mehrere Bataillone Infanterie, das Gardeschützenbataillon und eine Abtheilung Kavallerie und reitende Artillerie zum Nachrücken nach Holstein beordert worden.

**Berlin**, 15. April. Die in den Jahren 1819 und 1834 auf den Grund von Bundestagsbeschlüssen erlassenen Verordnungen für die deutschen Universitäten sind unter dem Einfluß von Verhältnissen und Regierungsgrundsätzen entstanden, welche gegenwärtig eine so durchgreifende Umgestaltung erfahren haben, daß es die Pflicht der Regierung ist, die Universitäten durch eine angemessene Modifikation oder Beseitigung jener Verordnungen von dem Druck des ihnen durch dieselben bewiesenen und, wie die Erfahrung gelehrt hat, völlig unverdienten Mißtrauens zu befreien und ihnen diejenige Selbstständigkeit wiederzugeben, deren sie zu einer freudigen Wirksamkeit und zur Entwicklung ihrer Kräfte bedürfen, kooperation Lehrend bedürfen. Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten hat daher die Universitäten des Landes zu gutachtlichen Berichtäßen darüber aufgefordert, ob und inwieweit die erwähnten Verordnungen, namentlich in Betreff der polizeilichen Attributionen der außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten, aufzuheben und beziehungsweise ohne Nachtheil für die administrativen Interessen der Universitäten zu modifiziren sein möchten. Damit soll sogleich eine Berathung über eine den Aufforderungen der Zeit entsprechende Umgestaltung der akademischen Gerichtsbarkeit und Disciplin verbunden werden. (Allg. Pr. Z.)

Der König hat den Staatsminister von Rother auf sein Ansuchen von seinen Aemtern als Präsident der Hauptverwaltung der Staatsschulden, als Chef der Seehandlung und der preuß. Bank entbunden und mit der einstweiligen Verwaltung des Departements Amtes den Präsidenten des Hauptbankdirektoriums, von Lamprecht, beauftragt.

**Berlin**, 15. April. Ueber den Verlust des Militärs in den Kämpfen des 18. und 19. März waren die offenbar übertriebensten Gerüchte in Umlauf; man gab allein die Zahl der Gebliebenen auf 1400 und darüber an. Dies wäre ein Verlust größer als in mancher entschiedenen Schlacht, wo ganze Armeekorps einander gegenüberstehen, um das drei- und vierfache mindestens größer als der Verlust der Oesterreicher in den fünftägigen Kämpfen zu Mailand. Die Allg. pr. Z. bringt jetzt das amtliche Verzeichniß der an beiden Märztagen gebliebenen oder verwundeten Soldaten. Hiernach sind verwundet: 14 Offiziere, hierunter die Obersten Graf Schulenburg und von Sommerfeld, der Oberstlieutenant v. Finkenstein, der Major von Falckenstein, 14 Unteroffiziere, 1 Tchirurg, 225 Gemeine, nämlich vom 2. und Füsilierbataillon 1. Garderegiment, 2 Unteroffiziere, 13 Gemeine, vom 2. Garderegiment 3 Unteroffiziere, 24 Gemeine, vom Kaiser Alex. Grenadierregiment 1 Unteroffiziere, 12 Gemeine, vom Kaiser Franz Grenadierregiment 2 Unteroffiziere, 58 Gemeine, vom Gardedragonerregiment 2 Unteroffiziere, 4 Gemeine, 1 Chirurg, vom 2.

Garde-Ulanen- (Landwehrregiment) 1 Gemeiner, vom 1. und 2. Bataillon 2. Infanterie- (Königs-) regiments 22 Gemeine, vom 8. Infanterie- (Leib-) regiment 4 Unteroffiziere, 27 Gemeine, vom 1. Bataillon 12. Infanterieregiments 51 Gemeine, vom Füsilierbataillon 31. Infanterieregiments 13 Gemeine. Getödtet sind nur 20 und zwar 3 Offiziere (der Premierlieutenant von Wulffen, der Secondelieutenant Tüpke und der Secondelieutenant von Zastrow 1. vom 2. Gardeulanenregiment) und 17 Unteroffiziere und Gemeine. Von Zastrow II., Lieutenant bei dem Gardeulanen, befindet sich unter den Verwundeten. Nach diesem Verzeichniß zu schließen, haben nicht weniger als 10 Regimenter, ganz oder theilweise (außer der Garde-Artillerie, welche einen Offizier unter den Verwundeten zählt) und hierunter, im Widerspruch mit frühern Angaben auch Reiterei, Gardeulanen und Gardedragoner theilgenommen. Das Verhältniß der Verwundeten zu den Getödteten unter dem Militär zu Gunde gelegt, müßten mindestens 2000 Bürger verwundet worden sein. Indeß wehrten sich die Bürger zum Theil nur mit Steinen und zusammengerafften Waffen, wie sie der Zufall bot, gegen die wohlbewaffneten und mit Munition wohl versehenen Soldaten; daher dürfte verhältnißmäßig unter den Bürgern die Zahl der Todten unter dem Militär die Zahl der Verwundeten größer sein. Jedenfalls hat diese eine Berliner Nacht mehr Blut gekostet, als der ganze Sonderbundskrieg.

**Breslau**, 12. April. Die Nachricht von der entdeckten Militärverschwörung unter der russischen Garnison in Warschau bestätigt sich. Eine Menge Offiziere, zum Theil aus der Citadelle, sind in Folge dessen verhaftet worden. (Bresl. Z.)

**Posen**, 11. April. Die „Gazeta Polska“ enthält die Erklärung des Fürsten Adam Czartoryski, nach welcher er den Bauern auf seiner Herrschaft Sieniawa im Kreise Przemysl in Galizien den Frohndienst gänzlich erläßt und sie zu unbedingten Eigenthümern der heute in ihrem Besitze befindlichen Grundstücke macht.

**Posen**, 12. April. Die Voss. Z. meldet: Gestern Abend war die Verrichtet und Erbiterung unter der deutschen Bevölkerung, nachdem die Nachricht von einer neuen Kapitulation der Schroda eingetroffen war, bis zu einer solchen Höhe gestiegen, daß eine Menge von nahe an zweitausend Deutschen aus allen Ständen vor dem Quartiere des Generalmajors von Willisen, trotz der angestrengten Beschwichtigungsversuche von Seite der Mitglieder des deutschen Komités und namentlich des Kommandanten der deutschen Bezirksschutzwachen, Frhr. v. Schreck, eine ekatante Demonstration loszulassen sich genöthigt fand. Nachdem das donnernde Pereat gebracht war, beruhigten die Generale v. Colomb und v. Steinäcker die aufgeregte Versammlung durch die bestimmte Versicherung, daß die Rechte der Deutschen in keiner Weise verletzt werden sollten; auch werde der General von Willisen binnen kürzester Frist die Stadt verlassen. Darauf sprach ein Herr, der mit einer Handlaterne auf die steinernen Stufen des Hotels trat, etwa folgende Worte: Der General v. Willisen ist vollkommen von der Stimmung der deutschen Nation gegen ihn überzeugt und wird sich wohl nicht bewegen fühlen, dies Haus noch einmal zu betreten. Die Versammelten gingen ruhig auseinander. Auch in der äußerst zahlreichen Volksversammlung vom heutigen Morgen gab sich die aufgeregteste Stimmung kund. Endlich brachte ein Mitglied des Regierungskollegiums der in höchster Spannung lauschenden Volksmenge die Nachricht, daß man soeben in einer Plenarsitzung der k. Regierung, welcher beide Generale, die HH. v. Colomb und Willisen, beigewohnt, einmüthig sich darüber verständigt habe, daß die Konvention, welche der General von Willisen, in seiner Eigenschaft als Kommissär des Königs, mit den Häuptern der Polen am gestrigen Tage abgeschlossen habe, unbedingt respektirt werden müsse, daß aber auch ebenso gewiß statt aller weiteren Unterhandlungen die Kanonen reden müßten, wenn die von polnischer Seite in jener Konvention eingegangenen Verpflichtungen nicht aufs Gewissenhafteste und streng nach den Buchstaben erfüllt würden. (Dem Frankf. J. zufolge wird General Willisen am 13. April in Berlin eingetroffen und in größter Schnelle nach Posen gereist.)

**Aachen**, 14. April. Unter dem heutigen Datum ist folgende Petition von hier an den Präsidenten des Staatsministeriums, Hrn. Camphausen, abgegangen: Nachdem die öffentliche Meinung, wo nicht mit Unrecht, sich für eine Reorganisation der Armee ausgesprochen hat, so bederen sich Ew. Ex. die unterzeichneten Offiziere Ansichten und Wünsche auszusprechen, deren Realisirung das Wohl und Wehe der ganzen preußischen Armee und damit die Sicherheit und Zukunft des ganzen Vaterlandes bedingen und kein Zögern der Ausführung in dieser bedrohlichen Zeit mehr gestatten. Die Unterzeichneten erlauben sich zu diesem Zwecke, das sofortige Niedersetzen einer gewählten Commission, bei welcher alle Truppen-Gattungen und Chargen vertreten sind, zur Berathung der nöthigen Reformen in der Armee vorzuschlagen. Die nachstehenden Punkte schienen uns bei dieser Berathung von besonderer Wichtigkeit zu sein: 1) Möglichst baldige und allgemeine Reorganisation der Armee mit besonderer Berücksichtigung einer Verschmelzung der Linie und Landwehr, nach Schaarnhorst'schen Grundsätzen. 2) Vollständige Gleichstellung der Militärs in politischer Beziehung mit allen Staatsbürgern. Schleunige Lösung des Eides auf die Verfassung, sobald eine solche festgestellt sein wird, zur Beseitigung der gegenwärtigen zweideutigen Stellung der Armee. 3) Anwendung des Zwilgesetzes bei den Vergehen der Militärs, mit alleiniger Ausnahme rein militärischer Vergehen und Verbrechen, deren öffentliche Aburtheilung einer Militärjury vorbehalten bleibe. 4) Abschaffung aller nicht taktisch gebotenen und nothwendigen Zwischen-Beförderungen, mit Ausnahme allein die Selbstthätigkeit der erforderlichen Truppen-Befehlshaber erhalten und befördert werden kann. — Ebenso Vereinfachung des Geschäftsganges in Bezug auf alle Branchen der Militärverwaltung. 5) Richtige Vertheilung und Ausgleichung der Gehalte der Offiziere, modifizirt nach dem Dienstalter und mit einer angemessenen Erhöhung von 5 zu 5 Jahren für die subalternen Chargen, ebenso eine bessere Besoldung der jüngeren Unteroffiziere und der Soldaten. 6) Beschleunigte Herausgabe eines unabänderlichen Dienstreglements, damit der Untergebene in den Stand gesetzt werde, seine Pflichten und Rechte kennen zu lernen. 7) Aufhebung der besonderen Ehrengerichte und der geheimen Conduiten. Eine vom Offizierkorps frei auf ein Jahr gewählte Kommission von vier Militairbern gebe, im Vereine mit dem Kommandeur, künftig ein Urtheil nach Majorität ab, das von dem Betheiligten lediglich einzuholen sei. Genehmigen Ew. Excellenz, schließlich den Ausdruck des tiefsten Respektes und der höchsten Anerkennung, mit der die Unterzeichneten verharren zc. (Folgen die Unterschriften.) (Kochen. Ztg.)

**Köln**, 15. April. Die Kölner Z. schreibt: Wie wir aus bester Quelle vernehmen, ist bereits gestern den hiesigen Truppen ein Befehl des Generalkommandos über die Art mitgetheilt worden, in welcher das Militär an den Wahlen Theil nehmen soll. Die in der Stadt wohnenden Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten wählen mit dem Bezirke, in welchem ihre Wohnung, die in den Kasernen wohnenden mit demjenigen Bezirke, in welchem die Kaserne liegt. In die Listen für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung würden nur diejenigen Militärs, welche 21 Jahre, in jene für die Wahlen zur preußischen Volksvertretung diejenigen, welche 25 Jahre zählen, eingetragen. — Als Deputirten des Fünfzigerausschusses zu Frankfurt in der Angelegenheit des Dampfschiffsverkehrs auf dem Rheine sind gestern die HH. Reb. Baum, Lehne und Radeaux hier eingetroffen. Sie reisten heute Morgen zu dem Regierungspräsidium begeben.

**Baiern.** = **München**, 15. April. In der heutigen 10. öffentlichen Sitzung der Abgeordneten erstattete nach Abkündigung des Einlaufs und der Anzeige von Seite des ältern Präsidenten, daß die Kammer diesmal keine Serien halten werde, da die Arbeiten zu dringend seien, der Sekretär des Petitionsausschusses Vortrag über die geprüften Anträge, und es wurden die geeigneten dem Ausschusse von der Kammer übergeben. Unter diesen Anträgen betrafen die meisten die Abgabe von Moos- und Heidestreu, sowie die Aenderungen der bisherigen forstrechtlichen Praxis und die Entfesselung des Grundeigenthums. Die Debatte wurde im Hinblick auf die baldige Berathung eines demnächst einzubringenden Ablösungsgesetzes abgekürzt und gewissermaßen vertagt. Von dem anwesenden Ministerialrath Roth wurde die Versicherung der Kammer gegeben, daß die Regierung besonders in Bezug auf die Beschäftigung Arbeitsloser die Aufnahme aller nur möglichen Staatsbauten allenthalben im Lande angeordnet habe. Außerdem kam nichts Erhebliches in der Kammer vor. Ja theile hier zugleich die eben zur Unterschrift aufliegende, von einem der hiesigen Klubs abgefaßte Adresse an den Ausschuß des deutschen Vorparlaments mit. Sie lautet: „Verehrter Ausschuß des deutschen Vorparlaments! Mit Festigkeit habt Ihr die Rechte des deutschen Volkes gewahrt, als es die preußische Regierung versuchte, dieselben durch Beschränkung der Wahlfähigkeit zu verkürzen. Nun unternehmen es unsere Kammern, in ihrer Mehrzahl die Ueberbleibsel des vorigen Systems, die Worte des Vorparlaments und der Bundesversammlung: „Jeder volljährige selbstständige Staatsangehörige ist aktiv wahlfähig“ und „Es darf kein Unterschied nach Stand, Rang, Glaubensbekenntniß und Vermögen gemacht werden, es darf das Wahlrecht an keine Steuer geknüpft werden“, zu umgehen und dafür nur jenen volljährigen Staatsangehörigen die Berechtigung zur aktiven Wahlfähigkeit zuzuerkennen, die direkte Steuern entrichten*). Daß dadurch einem sehr großen Theile selbst der intelligentesten Staatsangehörigen, nämlich fast allen Staatsdienstbeflissenen, Literaten, Studenten, Künstlern, Geistlichen, Arbeitern, dem Militäre zc. zc. die von Euch garantirten Rechte entrissen werden, ist offenbar. Wir Alle, die wir dadurch beeinträchtigt werden, und alle übrigen, die wir Euer durch die moralische Macht des deutschen Volkes befestigtes Mandat anerkennen, erwarten daher von Euch, daß Ihr Euren Beschlüssen Geltung verschaffen werdet. Zugleich aber ersuchen wir Euch, um jeder illiberalen Deutung des Wortes selbstständig vorzubeugen, sobald als möglich eine

*) Es ist wohl nicht zu zweifeln, daß von Frankfurt aus für die Aufrechterhaltung der Beschlüsse gesorgt werden wird; undegreiflich ist es, wie man in diesem kostbaren Augenblicke in München sich noch demühen mag, einen Unvermeidlichen umgehen zu wollen.

klare Erläuterung desselben zu erlassen. Sollte jedoch dadurch eine Verzögerung in der Konstituirung des Parlamente herbeigeführt werden, so sind wir bereit, für dieses Mal unser Recht dem Wohle des Vaterlandes zum Opfer zu bringen, fordern Euch aber dringend auf, den baierischen Kammern wegen Nichtbeachtung der Bundesbeschlüsse Eurer Mißbilligung auszusprechen. München, 15. April 1848.

** Aus der baierischen Rheinpfalz, 13. April. Mit Jubel werden bei und die Nachrichten begrüßt, 1) daß Pfarrer Franz wieder in sein Amt eingesetzt ist; 2) daß Kuß aus dem Oberkonsistorium entfernt, zwei andere Mitglieder dieses Kollegiums Gruben und Kayser quieszirt werden sollen; 3) daß eine außerordentliche Generalsynode berufen werden wird; 4) daß vollkommene Studienfreiheit mit dem nächsten Semester eintritt; 5) daß die konfessionelle Trennung bei den Schullehrerseminarien, sowie bei dem Geschäftskunterlehre an den Gymnasien aufhören soll, und 6) daß bei dem Seminare in Kaiserslautern und bei dem Konsistorium zu Speier Personalveränderungen bevorstehen. — In großer Spannung sieht man den baldigen Wahlen für das deutsche Parlament entgegen. Bereits wurde es mit Beifall vernommen, daß der Pfalz eine gerechtere numerische Vertretung zugestanden ist. Aber es ist nicht genug, daß man die gehörige Zahl Männer wählen darf, sondern die Hauptaufgabe ist nun, die Wahl auch auf die rechten Männer zu lenken. Es dürfte darum nicht überflüssig sein, jetzt schon einige Namen öffentlich zu nennen, die der hohen Aufgabe durch Intelligenz und Charakterfestigkeit besonders gewachsen sein möchten, und ohne durchaus maßgebend sein zu wollen, wünschten wir vielmehr auch Andere zu veranlassen, die Männer ihres Vertrauens namhaft zu machen. Nach bester Ueberzeugung nennen wir: Feld von Speier; Stockinger und Spatz von Frankenthal; Schmidt von Kaiserslautern, den Redakteur des „Boten für Stadt und Land“; Brucker von Neustadt; Hofens von Kusel; Pfarrer Tafel von Zweibrücken; Weigel von Dürkheim; Pfarrer Weber von Pirmasenz. Um aber bei diesen Wahlen zu zeigen, daß wir auch eine allgemeine deutsche Gesinnung in uns tragen, dürften wir wohl auch unser Augenmerk auf Männer richten, deren Name durch ganz Deutschland einen guten, volksfreundlichen Klang haben, wie z. B. Diesterweg in Berlin. Wenn wir endlich mit Freuden sehen, daß patriotische Männer, die bisher in der Verbannung lebten, wie Venedey u. A. bereits in Frankfurt in eine schöne Wirksamkeit getreten sind, sollten wir nicht auch derer gedenken, die aus unserm Lande bis jetzt verbannt waren, und deren patriotische Gesinnung jedergeit bewährt hat? Ich erinnere an unsern Landtag, in so Schwerz als Lehrer angestellten Landsmann Knöbel von Kirchheimbolanden. Wer es wohl meint mit dem Vaterlande, prüfe unsere Vorschläge, und wenn sie ihm nicht genügen, nenne er noch weitere Namen tüchtiger Männer! Der gesunde Sinn der Wähler wird dann schon die rechten Männer zu finden wissen.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 16. April. Der Ausschuß unseres vaterländischen Hauptvereins ist jetzt zusammengesetzt. Es sind die HH. Federer (Abg. der Stadt), Pfizer Gustav, (V. Pfizers Bruder), Erhard, Reslle, Richele, Kamerer, Geiger, Oesterlen, S. Schott, Stöckle, Frisch, Ostertag, H. Müller, G. Müller, Tafel. Es sind die Namen des ersten Vorschlags der Bürgergesellschaft, nur mit 2 Abänderungen: an die Stelle von Röbinger und Scherr traten Stöckle und Ostertag. Weitere Aenderungen, welche auch Tafel und A. wegbaben wollten, konnten nicht durchdringen, dagegen sind die Kandidaten des jetzt aufgelösten demokratischen Klubs bedeutend in der Minderheit geblieben. Röbingers Unterliegen ist zu bedauern. Er dankt es der plötzlich gegen ihn als Präsidenten der letzten Versammlungen rege gewordenen Verstimmung, welche, all' sein früheres Wirken vergessend, auf seine Beseitigung arbeitete. Der Ausschuß hat Pres. Frisch zum Vorstand gewählt. Eine Proklamation wird erlassen. Weiter wird der Ausschuß sogleich seine Bildung dem Fünfzigerausschuß in Frankfurt anzeigen, um gemäß dem Beschlusse desselben wegen Bildung von Wahlausschüssen sich in Verbindung mit Frankfurt zu setzen.

**Baden.** ** Karlsruhe, 16. April. Nachts 10 Uhr. Der kommandirende würtembergische General v. Miller ist mit den Truppen in Donaueschingen eingetroffen. Er forderte vorerst noch die Ausführer auf, sich zu unterwerfen, Strave forderte Bedenkzeit; der General erklärte, daß er mit Rebellen nicht unterhandle, und rückte mit den Truppen vor. Strave hatte sich mit seiner Schaar geflüchtet. Der Bürgermeister von Donaueschingen wurde arretirt. Heder war mit seiner bewaffneten Schaar (sie soll auf 800 sich belaufen *)) nach Pfohren (auf der Straße nach Engen) marschirt und hofft auf einer Volksversammlung in Stühlingen noch Anhänger zu gewinnen. Heder spricht aus, daß er Präsident der provisorischen Regierung sei, den Postmeister von Stockach zwang er zur Herausgabe der Briefe. Die baierischen Truppen sind eingerückt und wurden in Möskirch mit Jubel empfangen.

* Heidelberg, 18. April. Aus Karlsruhe erhalten wir verschiedene Zuschriften von badischen Offizieren, welche sich gegen die Ernennung des Generals v. Gagern zum Befehlshaber der zweiten (badischen) Division mit aller Entschiedenheit aussprechen; dieselben meinen, der Name Gagern reiche allein nicht aus, um die Ernennung eines „Fremden“ zu rechtfertigen — einer der Briefe spricht sogar mit Entrüstung von einem „Holländer“, den man der badischen Armee voranstellen wolle. — So sind also die Herren Offiziere ganz auf demselben Standpunkte, auf dem sich unsere anarchistischen Lärmmacher befinden; ist ihnen eine einzelne Maßregel nicht genehm, so beschwören sie Beide den kleinlichsten Provinzialgeist herauf, reden von „fremden“ Truppen oder von einem „fremden“ Führer, weil Beide zufällig nicht zwischen Wertheim und Konstanz das Licht der Welt erdickt haben. Haben wir es dort lächerlich gefunden, wenn man über die Würtemberger und Hessen als fremde Truppen Zeter schrie, so finden wir es hier nicht minder lächerlich, daß man gegen einen deutschen Offizier Opposition macht, weil er sich zufällig in holländischen Diensten befand und dort nicht nur den friedlichen Paradedienst, sondern eine tüchtige Schule der Erfahrung mitgemacht hat. Haben wir uns dort gewundert, daß man die Brüder aus Hessen nad Schwaben als „Fremde“ zu bezeichnen wagte — so müssen wir uns hier noch mehr wundern, daß man den General v. Gagern als solchen zu verdächtigen sucht; es ist das erste Mal, daß wir hören, daß die Gagern in Deutschland „Fremde“ sind. Ebensogut hätten die Erdgenossen den „Franzosen“ Dufour verwerfen können, weil er nicht in Aarau, Zürich oder Bern, sondern in Genf geboren war und seine Erfahrung in französischen Diensten gesammelt hatte. Mit demselben Recht würden die Schleswigholsteiner in diesen Tagen, wo man preußische, baierische und hannoversche Offiziere an ihre Spitze stellen wird, gegen „fremde“ Kommandeure schreien; sie werden aber klug genug sein, dem Verdienst und der Tüchtigkeit den Platz zu gönnen, der ihr gebührt. Denn nicht der Name gibt den Ausschlag, nur das Verdienst; eben die Eigenschaften, die in dieser Lage nöthig sind, scheint uns aber General v. Gagern in höherem Grade zu besitzen als manchen Andern, und diese waren es auch ohne Zweifel, welche die Männer in Frankfurt, die Vertreter des Vertrauens des Volkes besitzen, bestimmten, sich mit solch einer Wahl einverstanden zu erklären. Wir erinnern uns nicht, gehört zu haben, daß die badischen Offiziere besondere Opposition machten, als man beim Befehl über das achte Armeekorps einen Prinzen, der zurücktrat, durch einen andern Prinzen ersetzte; und doch würden wir jetzt und immer uns gegen Wahlen aussprechen, die nur nach dem Stammbaum, nicht nach dem Verdienste sich richten. Ein Prinz, wie z. B. der Prinz Friedrich von Würtemberg, der zwar die Ehre hat, der Neffe und Schwiegersohn des Königs von Würtemberg zu sein, von dessen militärischen Erfahrungen im Felde wir aber bis jetzt nicht viel vernommen haben, scheint uns eine durchaus nicht zu rechtfertigende Wahl; wir würden statt seiner viel lieber den „Holländer“ an der Spitze des achten Armeekorps sehen. Prinzen wie der Erbprinz Karl sind in keinem Lande häufig; Deutschland besonders könnte durch die Koburg, Hohenlohe, Louis Ferdinand von Preußen vor solchen Wahlen für immer gewarnt sein, und wir wieden es aufs Lebhafteste bedauern, wenn man bei dem ersten deutschen Kriege die Befehlshaber wieder aus dem genealogischen Hofkalender hervorsuchte. Noch einmal; das Verdienst soll entscheiden, nicht die Geburt. General v. Gagern ist ein tüchtiger, erfahrener Offizier, ein deutscher Ehrenmann im vollsten Sinne des Wortes, und es soll uns nicht abhalten, unser Vertrauen ihm zu schenken, auch wenn er nicht aus fürstlichem Geblüte, auch wenn er nicht auf badischer Erde geboren ist. Wir glauben gern, daß viele der Opponenten in der aufrichtigsten Meinung handeln, aber wir sind ebenso überzeugt, daß sie unbewußt das Werkzeug reaktionärer Gelüste sind, die nur einmal Nichts vergessen und Nichts gelernt haben. Wie gesagt, wir wüßten viel schlechtere Wahl gegen ihn, wenn er nicht auf badischer Erde geboren ist. Wir glauben gern, daß viele der Opponenten in der aufrichtigsten Meinung handeln, aber wir sind ebenso überzeugt, daß sie unbewußt das Werkzeug reaktionärer Gelüste sind, die nur einmal Nichts vergessen und Nichts gelernt haben. Wie gesagt, wir wüßten viel schlechtere Wahl gegen ihn, wenn er nicht auf badischer Erde geboren ist. Wir glauben gern, daß viele der Opponenten in der aufrichtigsten Meinung handeln, aber wir sind ebenso überzeugt, daß sie unbewußt das Werkzeug reaktionärer Gelüste sind, die nur einmal Nichts vergessen und Nichts gelernt haben. Wie gesagt, wir wüßten viel schlechtere Wahl

*) Der gestern aus der K. Z. mitgetheilte Bericht gab 600 an; in unserer Nummer stand 6000 — ein Druckfehler, den wir mit Vergnügen berichtigen. D. R.

† **Kurhessen**, 12. April. Hier ist das Gesetz v.m 10. April d. J. über die Wahl von Nationalvertretern erschienen. Die hervorragendsten Punkte desselben sind. 1. §. 3. Wählbar ist jeder volljährige selbständige deutsche Mann. 2. §. 4. An der Wahl nehmen

men alle volljährigen selbständigen Staatsangehörigen Theil. 3. §. 7. Zum Wahltermin wird der 18. April d. J. bestimmt. 4. §. 8. Am Wahltag wird von jedem Wahlberechtigten bei dem Gemeinderathe seines Wohnorts ein Volksvertreter mündlich zu Protokoll vorgeschlagen. 5. §. 12. Der Magistrat der bezeichneten Hauptstadt eines jeden der 11 Wahlbezirke hat die Ermittelung des Gewählten nach dem an denselben einzusendenden Wahlprotokolle seines Wahlbezirks zu bewirken. Hiernach haben also wir unmittelbare — direkte — Wahlen; aber Wahlen, welche in jeder einzelnen Gemeinde vorgenommen werden sollen. Die Konfequenzen dieser beiden offenbar gegen einander streitenden Sätze werden voraussichtlich in einer starken und nachtheiligen Zersplitterung der Stimmen hervortreten. Entweder direkte Wahl am Hauptorte des Bezirks oder indirekte Wahl in jeder Gemeinde, und dann Hauptwahl am Hauptorte. Die Erfahrung wird für das Beispiel des Wahlmodus von Erbesbüchsel sein.

Kassel, 15. April. Einer heute den Ständen gewordenen Mittheilung zufolge wird alsbald ein kurfürstlicher Kommissär nach Dänemark abgeordnet werden, um den beiden Prinzen des kurf. Hauses, Landgraf Wilhelm und Prinz Friedrich (letzterer der präsumtive Thronfolger) aufzugeben, aus dem dänischen Militärdienst zu treten. Dr. Bergk wies auf das Betrübende hin, daß zwei deutsche Fürsten die Waffen gegen Deutschland tragen, oder daß einer derselben, wie die Welt. Zt. berichte, sogar 20,000 Rthlr. zu dem Krieg gegen Deutschland beigetragen habe. (Frankf. J.)

**Schleswig.** * Rendsburg, 13. April. Daß die ersten Gefechte zu unserem Nachtheil ausgefallen sind, und die Dänen die Oftküste des Herzogthums Schleswig bis an die Schlei besetzt haben, hat unsern Muth nicht im Mindesten geschwächt; denn ehe wir den Kampf begonnen, waren wir darauf gefaßt, dem ersten Angriffe der dänischen Uebermacht weichen zu müssen. In Dänemark hatte man sich seit längerer Zeit auf die Ereignisse vorbereitet; die dort stehenden Truppen, 17 Bataillone Infanterie, 5 Kavallerieregimenter und 1 Regiment Artillerie waren völlig schlagfertig, mit allen Kriegsbedürfnissen versehen und konnten mit Hilfe der Marine sehr schnell an der Ostküste Verwendung werden, während bei uns die Mittel zum Widerstande größtentheils erst geschaffen werden mußten; das am 25. März in den Herzogthümern stehende Linienmilitär beschränkte sich nämlich auf die Kadres von 6 Bataillonen Infanterie, 8 Eskadronen und einigen Batterien Artillerie, welche größtentheils dadurch geschwächt waren, daß die Chefs den Befehl erhalten hatten, so viele Leute wie nur thunlich zu beurlauben; als die Insurrektion ausbrach, verfügte der größte Theil der Offiziere und viele Unteroffiziere den Dienst, und wenn sich auch die beurlaubte Mannschaft schleunig einstellte, so konnte jenem Mangel nicht abgeholfen werden; auch die preußischen Offiziere, welche sich bald einfanden und angestellt wurden, hatten mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß unsere Truppen einmal an das dänische Kommando gewöhnt sind. Die von allen Seiten mit Enthusiasmus herbeieilenden Freiwilligen waren meistens durchaus ungeübt, und man begann den Kosten, aus denselben eine Menge einzelner Freikorps unter zum Theil ungeübten Offizieren zu bilden, anstatt sie in die Linie einzurangiren und dadurch soweit die physische Kraft der Freiwilligen als den moralischen Muth der Soldaten zu erhöhen. Erwägt man ferner, daß die in Rendsburg vorgefundenen Waffen- und Kriegsvorräthe den Bedürfnissen keineswegs entsprachen, daß es, da das Kommissariat der Armee bisher von Kopenhagen aus bis in das kleinste Detail geleitet war, an gewandten Verpflegungsbeamten gänzlich fehlte, und daß kein erfahrener Militär im Lande war, um die Leitung des Ganzen oder die Führung der größeren Heeresabtheilungen zu übernehmen, so muß man der Thätigkeit, mit welcher der Prinz von Augustenburg in weniger als 14 Tagen ein Korps von 8000 Mann auf die Beine brachte, zwar volle Anerkennung zollen, es darf uns aber nicht befremden, daß die überlegene Macht der Dänen uns zurückgedrängt hat. Alle Nachrichten von den Treffen am 9. April stimmen denn auch darin überein, daß die Truppen, sowohl die Linie als die Freiwilligen, sich, wo sie ins Feuer gekommen sind, brav geschlagen haben, daß es aber an der gehörigen Oberleitung gefehlt hat, und deßhalb sind die Truppen selbst Nichts weniger als entmuthigt, sondern hoffen bald Gelegenheit zu erhalten, mit den Bundestruppen vereint, das verlorne Terrain wieder zu gewinnen und die erlittene Schlappe zu rächen. Daß die Bundestruppen, auf deren Unterstützung wir von Anfang an wesentlich rechnen mußten, so langsam heranziehen, ist allerdings sehr zu beklagen, da bei größerer Eile von ihrer Seite die Besetzung Schleswigs Hätte vermieden werden können; — auf den Erfolg unserer Sache wird diese Zögerung aber keinen Einfluß haben, sondern der bald zu erfechtende Sieg nur desto vollständiger werden.

Rendsburg, 13. April. Die neuesten, übrigens nichts Entscheidendes meldenden Nachrichten der Börsenhalle sind folgende: Statt des erwarteten amtlichen Berichts über das Treffen vom 9. bringt das „Tageblatt" folgenden Armeebefehl: Wenn gleich die Resultate der in den letzten Tagen vorgefallenen Gefechte nur traurige waren, so kann das Generalkommando dennoch nicht umhin, den hohen Muth und die Ausdauer der Truppen rühmend anzuerkennen. In diesen Letzteren gehören ganz besonders die Artillerie, das 5. Jägerkorps, die im Gefecht gewesenen Kompagnien der Linieninfanteriebataillone, besonders des 16. und 15. Bataillons, die Kieler Studenten und Turner, sowie das 1. Freikorps. Diese thaten Alles, was man von einer guten Truppe erwarten kann, und so schmerzlich auch die Opfer sind, welche hier dem theuren Vaterlande fielen, so wird dennoch ihr heldenmüthiges Beispiel der Armee zum rühmlichen Vorbilde dienen. (Folgen einige offenbar nur zu begründete Ausstellungen über die Marschordnung auf dem Rückzuge u. s. w. Uebrethaupt scheint die Oberleitung im Treffen vor Flensburg auf Seite der Deutschen sehr schlecht gewesen zu sein, während die Dänen gut angeführt wurden. Wenn man dänischen Blättern glauben dürfte, hätten der Prinz von Augustenburg und andere Prinzen, die bei ihm in der Stadt waren, noch vor dem eigentlichen Beginn die Flucht ergriffen und wären nur durch ihre Remonte bis hinter die nachstehenden Husaren entgangen. Man scheint sich auf ein so ernsthaftes Zusammentreffen gar nicht gefaßt gemacht, noch die Dänen für so stark gehalten zu haben.)

Man schreibt der Börsenhalle ferner aus Rendsburg: Die Dänen scheinen nicht gemeint zu sein, in den nächsten Tagen aus der Position an der Schlei vorzuschreiten. Nach einer Nachricht sollen sie das Dorf Hohn, nicht fern von der Eider, besetzt haben. Bei Haddebye, am diesseitigen Ufer der Schlei, verschanzen sie sich. Auf dem Wege von Schleswig stehen die dänischen Vorposten bei Kropp. — Dänischer Seits soll man behaupten, daß 24,000 Mann kampffertig gegen die Herzogthümer ständen. In Kopenhagen sollen nur 150 Soldaten zurückgeblieben sein. Dänen, welche voll skandinavischer Sympathien sind, verkünden, daß schwedische Truppen, welche bereits in Schonen ständen, die Dänenhauptstadt besetzen würden. Für den König scheint dieser schwedische Besuch aber nicht ermuthigend sein. — Heute ist eine Freischaar aus Köln und eine aus Mondsbeck hier eingegegen; auch sind abermals einige baierische Offiziere eingetroffen, welche die Führung unserer Truppen übernehmen werden. Unter Andern wurde bereits der Flügeladjutant des Königs von Baiern, Major von der Tann, zum Kommandeur des Hamburger Freikorps und desjenigen der Kieler Turner und Magdeburger Freiwilligen ernannt. — Um 4 Uhr Nachmittags ist gestern ein dänisches Korps von 800 Mann in Schleswig eingerückt. Die politischen Notabilitäten der Stadt waren hier schon am Morgen angekommen, um nicht nach Dänemark abgeführt zu werden. Hier eingetroffen war ferner Graf Reventlow von Harve, der als Abgesandter der provisorischen Regierung nach Wien geht.

Hamburg, 14. April. Gestern Abend sind 800 Mann Infanterie und 1 Batterie von 8 Geschützen Hannoveraner und heute Morgen ungefähr eine gleiche Anzahl Braunschweiger, nebst einer Batterie in Altona eingetroffen. Die Truppen haben jedoch bis jetzt keine Ordre, weiter vorzurücken. Unerklärlich ist noch immer der Grund dieser Zögerungen. Der Morgenzug bringt nichts Neues, weder aus Kiel noch aus Rendsburg.

Vorgestern ist, wie es heißt, die Kriegsbrigg Flora nach Swinemünde abgegangen, um vor der Oder zu kreuzen. Sollte Preußen weiter vorschreiten, als es bis jetzt gethan, so dürfte eine Blokade der preußischen Häfen und eine Demonstration gegen die preußische Schifffahrt eintreten. Man hält in Kopenhagen noch über 1000 Matrosen beisammen, um sie im Nothfall zur Bemannung der in der Ausrüstung begriffenen Schiffe zu verwenden. (L. Z.)

**Schweiz.**

Bern. Die diplomatischen Mittheilungen sind der h. Tagsatzung bei geschlossener Thüre eröffnet worden. Unser Referent schreibt uns unterm 14. April: Heute ist geheime Sitzung.

Luzern. Gestern hat der Gr. Rath mit 64 gegen 28 Stimmen die Aufhebung sämmtlicher Klöster beschlossen, nämlich St. Urban und Rothphausen sogleich und die andern mittelst Absterbens. Das Aufhebungsdekret wird außerordentlicher Weise dem Veto des Volkes anheim gestellt, und zwar sollen demselben die Gründe für und wider vorgelegt werden, damit es sich frei bestimme, ob es solche Aufhebung gutheiße, oder die zu zahlenden Kriegskosten mittelst Steuern decken wolle.

Neuenburg. Am 13. d. sind die ehemaligen Staatsräthe auf freien Fuß gesetzt worden unter der Bedingung, daß sie die Kosten

der letzten Truppenaufgebote bezahlen und dazu beitragen, das Gleichgewicht in den Finanzen des Staats (die sehr zerrüttet sind) herzustellen. Sie stehen mit ihrem ganzen Vermögen für Erfüllung dieser Bedingungen ein.

### Dänemark.

Kopenhagen. Die Börsenhalle bringt von hier folgende Mittheilungen: Von drn im Flensburger Lazareth Eingebrachten sind nach Faedrelandet von dänischer Seite 7, von deutscher 24 gestorben. Unter den dänischen verwundeten Officieren befinden sich die Kapitäne Hoeberg, Hygermann, die Lieutenants Heckscher, Brunsk, Fogh, Meyer, Linecrone, Regenburg und Wegeder, 68 Unterofficiere u. s. w. Unter den Todten sind die Kapitäne Michelsen, Hedemann, Smith und Wadmer und die Lieutenants Lützau, Aller und Mathiesen, ferner die freiwilligen Aristokraten zwei Grafen Ranzau, ein Baron Holdenstein und ein v. Rosen, 74 Unterofficiere und Andere verwundet, und ein großer Theil der Verwundeten sei von den Insurgenten selbst fortgeschafft.

Die Kriegskorvette „Flora", Kapt. C. v. Deckum, von 22 Kanonen, ging gestern morgen nach Preußen mit versiegelten Depeschen. Man sagt, daß dieselbe vor Swinemünde ihre Station nehmen würde. Die Fregatte „Thetis" von 48 Kanonen wird morgen oder übermorgen fertig und wird wahrscheinlich denselben Weg gehen.

### Schweden.

Die Studenten in Upsala haben die dänischen Ereignisse mit großem Jubel aufgenommen und den „edlen Kopenhagener Studenten", dem „dänischen Lande Schleswig", dem „freien Dänemark" ihre Hoch gebracht und mit enthusiastischem Beifall den Vorschlag angenommen, den König zu bitten, daß sie in den Waffen geübt würden. Die Studenten von Lund wünschen, wenn Nichts im Wege ist, als Freiwillige in das dänische Studentenkorps zu treten.

### Großbritannien.

London, 14. April. Gestern ereignete sich im Unterhause eine jener barocken, aber zugleich charakteristischen Scenen, wie sie in dieser Weise nur im englischen Parlament vorkommen können. Hr. Thornley, Präsident der Abtretung für die Bittschriften, erstattete an diesem Tage Bericht über die charitistische Riesenbittschrift. Es heißt in dem Bericht: O'Connor habe zwar versichert, daß die Bittschrift von 5,706,000 Personen unterzeichnet worden, nachdem aber das Komitö 13 Nebenschreiber angestellt, um die Namen zu zählen, und diese 17 Stunden dazu gebraucht, habe sich ergeben, daß die Bittschrift nur 1,975,472 Unterschriften zähle. Viele Unterschriften seien erdichtlich von einer und derselben Hand, sodann fänden sich auch Unterschriften, wie „Ihro Maj. die Königin", „Prinz Albert", „der Herzog von Wellington", „Sir Robert Peel", „Mopsnase" und andere Lächerlichkeiten. O'Connor erklärte: die Petition im guten Glauben, daß sie 5 Mill. Unterschriften zähle, übergeben zu haben, und er glaubt dies noch, weßhalb er auf die Ernennung eines Ausschusses antrage, um die Petition zu prüfen. In kurzer Zeit werde er eine andere Petition über denselben Gegenstand einbringen, welche mit 4 Mill. Unterschriften bedeckt sein werde (Oh! oh! und Gelächter). Ein gewisser Cripps fuhr in der humoristischen Kritik der Unterschriften fort: der Name Wellingtons käme wohl dreißig Mal, der Name des ehrenwerthen Mitgliedes für Cancerbury (Osborne Sidthorpe) mehrere Mal vor u. s. w. (Ungehrurer Gelächter). Hierauf erhob sich Sidthorpe und äußerte im höchsten Zorn: er habe niemals seinen Namen zu einer so sitzigen Bittschrift geliehen; er möchte niemals seine Hand beschmutzen, indem er eine solche Bittschrift nur berührte, und wenn er denjenigen, der mit seinem Namen solchen Mißbrauch getrieben, habhaft werden könnte, so sollte ihn Der und Jener holen! (Lautes Lachen; Ruf: zur Ordnung!) O'Connor und Cripps geriethen nun heftig zusammen, und zwar über nichts Geringeres, als über das Gewicht der Petition, welches O'Connor zu hoch angegeben und sich dadurch als Lügner bewiesen habe. O'Connor vertieft das Haus in wildem Grimme. Cochrane richtete hierauf an Lord Russell die Frage, ob er nach solchen Vorgängen noch gewillt sei, der Berathung über diese Petition einen ganzen Abend einzuräumen, worauf Lord Russell erwiderte: er habe künftigen Freitag dazu angesetzt, und er werde sein Wort halten. Auf einige Bemerkungen des Sprechers und mehrerer Mitglieder des Hauses gestand Hr. Cripps ein, sich gegen Hrn. O'Connor zu ungemessener und die Regeln des Hauses verletzender Ausdrücke bedient zu haben. Sofort wurde beantragt, daß Hrn. O'Connor befohlen würde, in die Versammlung zurückzukehren. Nachdem man sich eine kurze Zeit mit einem andern Gegenstand beschäftigt, wurde der an O'Connor gesandte Bote vor das Haus beschieden und befragt, ob er seinen Auftrag ausgerichtet und ob Hr. O'Connor darein gewilligt, wieder im Hause zu erscheinen? Der Bote: er hat nicht darein gewilligt. Der Sprecher: Was hat er geantwortet? Der Bote: er fragte, was die Folgen sein würden, wenn er zu erscheinen sich weigerte. Der Sprecher: was hast Ihr geantwortet? Der Bote: ich bedeutete ihm, daß dies ganz vom Gutdünken des Hauses abhängen würde. Sir S. Grey erhob sich nun und beantragte, daß, wie es in solchen Fällen Brauch sei, O'Connor vom Wärtel des Hauses in Gewahrsam zu nehmen sei. Nicht lange darauf fand sich jedoch Hr. O'Connor, der dem Hause neben mancher Unruhe doch auch manches Vergnügen zu machen weiß, freiwillig ein. Der Sprecher redete Hrn. O'Connor ziemlich zu: er habe beim Weggehen Worte fallen lassen, die darauf hinzudeuten geschienen, als ob er mit Hrn. Cripps ein feindliche Rencontre beabsichtige, Hr. Cripps habe jedoch bereits sein Bedauern ausgesprochen u. s. w. Hr. Cripps gestand, daß er die Ehre der parlamentarischen Schicklichkeit überschritten habe; Hr. O'Connor sagte: er habe schon so manchen Sturm im Hause durchgemacht, aber noch keinem Mitgliede ein kränkendes Wort gesagt u. s. w., worauf er unter Beifallsbezeigungen seinen Sitz wieder einnahm. So endete diese Scene auf's Gemüthlichste, und wenn sie auch gerade keine besonders würdevolle war, so läßt sich doch in ihr jener gesunde und glückliche Humor erkennen, welcher dem Engländer über viele Schwierigkeiten und Fährlichkeiten in dieser und ähnlichen Lagen hinwegbilft.

### Frankreich.

Paris, 15. April. Die neuesten Berichte melden: Die Nachrichten aus den Provinzen sind von der beruhigendsten Art. Die Regierungskommissäre müssen sich fast Niegends in Achtung zu setzen. In Montauban wurde der Regierungs-Kommissär verjagt und mußte sich nach Toulouse flüchten; in Beauvais setzte die Nationalgarde die Wahl eines moderirten Obersten mit ungeheurer Majorität durch — der Regierungskommissär war wüthend und erklärte, er würde die Stadt massakriren lassen, wenn sie auf ihrer Hartnäckigkeit beständen. Doch verstand die Nationalgarde keinen Scherz und zwang den Kommissär, mit „Maaß und Ziel" zu verfahren.

In Lyon erstürmen die Arbeiter ein Fort um's Andere und wollten den Regierungskommissär Arago zwingen, hierzu eine schriftliche Autorisation zu geben; er verweigerte es, und bei Abgang der Post soll seine Situation sehr kritisch gewesen sein.

In Troyes endlich sind die Nationalgardisten in Permanenz unter den Waffen, um sich gegen eine Bande von entsprungenen Sträflingen sicher zu stellen, die durch alle Dörfer zieht und plündert.

Man muß gestehen, unter günstigen Auspizien tritt die Nationalversammlung nicht zusammen — und während ihr die Aufgabe gestellt ist, in dieses Chaos Ordnung zu bringen, — droht ihrer Eröffnung selber von einer Ultrapartei Gefahr.

Es heißt heute, daß die prov. Regierung zwei Infanterieregimenter und zwei Bataillone der mobilen Nationalgarde nach Beauvais abgeschickt habe, um den dort ausgebrochenen Aufstand zu unterdrücken.

Die Eindrücke dieser zitternden Unruhr, die durch ganz Frankreich geht, sprechen sich auch in der Presse aus; man fühlt sehr gut, daß die Wahlen, in einem solchen Augenblick vollzogen, einen sichern Ausgang schwer voraussehen lassen, und doch bedarf Frankreich, wenn es nicht der Auflösung entgegensehen soll, durchaus eines festen und gesicherten Zustandes, wie ihn das Schwanken der Parteien nimmer geben kann. Wir müssen uns versparen, morgen darauf zurück zu kommen.

Man erwartet morgen ein Dekret der Regierung im Moniteur, wodurch das Handelsgericht ermächtigt wird, jedem Handels- oder Industriehause, das seit dem 24. Februar fallirte, und das sich erbietet binnen fünf Jahren alle seine Gläubiger mit mindestens 50% zu befriedigen, das Konkordat zu homologiren und das Haus zur Fortführung seiner Geschäfte zu ermächtigen. Auf diese Art glaubt man allen großen Bank- und Industrieetablissements den Kredit erhalten zu können.

### Italien.

Aus Venedig schreibt man und heute: Hier haben sich zwei Parteien gebildet, eine für Oesterreich, die andere für Italien; beide ziehen mit Fahnen durch die Straßen und stehen sich feindlich gegenüber. Ein Aufruf ermahnt alle Jene, die nicht verbungern wollen und Ehre im Leibe haben, sich der österreichischen Fahne anzuschließen. Auch hatte die österreichische Partei sich nach Triest gewendet, damit die Dampfschifffahrtsverbindung wieder hergestellt werde. Manin und Tommaseo sind verschwunden. — (Oesterr. Z.)

Venedig, 10. April. Die einzige glaubwürdige Nachricht, welche wir bis jetzt vom Kriegsschauplatze haben, ist die heute erfolgte offizielle Bekanntmachung, daß die Oesterreicher den „Kreuzfahrern" (wahrscheinlich dem Freikorps von Parma) bei Montebello eine empfindliche Schlappe beigebracht haben.

Digitized by Google

## Nachschrift.

* Aus einem Kammerberichte über die gestrige Sitzung (17. April), der uns eben erst zukömmt, entlehnen wir nur kurz die Ergebnisse. Im Eingang gab Staatsrath Bekk noch genauere Erklärungen über die Vorfälle im Grefreis, erklärte aber, daß die Regierung nicht nöthig habe, von der Kammer die Erlaubniß zur Vertheidigung Hecker's einzuholen, da nach den jetzt vorliegenden Beweisen und der Art des Auftretens Hecker's dieser in frischer That des Verbrechens begriffen und so der Ausnahmsfall des §. 49. der Verfassungsurkunde vorhanden sei, wozu die Ermächtigung der Kammer nicht nothwendig wäre. Hierauf stellte Soiron den Antrag, daß die Kammer einen Schritt thun müsse, um Deutschland gegenüber den festen Willen, den Aufruhr zu unterdrücken, klar auszusprechen, und zu Protokoll den Willen eines kräftigen Zusammenwirkens mit der Regierung ebenso wie die Mahnung an die verirrten Bürger und die Aufforderung an die Gutgesinnten energisch an den Tag zu legen. Er erklärte, daß sich einige Freunde vereinigt hätten, den Entwurf einer solchen Erklärung, die zugleich als Proklamation an das Volk dienen könnte, zu verfertigen. Nachdem er den Entwurf vorgelesen hatte, ließ der Präsident namentlich abstimmen und alle Mitglieder stimmten bei.

Der Beschluß lautet: Die Kammer beschließt, auf den Grund des Vortrags des Präsidenten des Ministeriums des Innern über die neuesten aufrührerischen Bewegungen im Seekreise einstimmig zu Protokoll zu erklären und ihren Beschluß ungesäumt durch die Presse zu veröffentlichen:

Mit tiefem Schmerz hat die Kammer vernommen, daß eine irregeführte Anzahl unserer Mitbürger im Seekreise und in einem Theile des Oberrheinkreises die von ihnen erstrebte Freiheit auf dem Wege des Aufruhrs zu gewinnen sucht. Sie hält sich für verpflichtet, alle badischen Bürger von der Theilnahme an diesem verbrecherischen Unternehmen abzumahnen und sie aufzufordern, demselben, so viel sie vermögen, Widerstand zu leisten. Sie müssen bei einiger Ueberlegung es einsehen, daß durch jenes Unternehmen alle Errungenschaften der gegenwärtigen großen Bewegung in unserem Vaterlande wieder auf das Spiel gesetzt, der Reaktion die Thore geöffnet und dem Auslande gegenüber unser gesammtes deutsches Vaterland, geschwächt und in sich selbst zerrissen, preisgegeben wird. Jeder wirkliche Vaterlandsfreund hat jetzt die große Pflicht, den Beschlüssen der in wenigen Wochen zusammenkommenden deutschen Nationalversammlung sich zu unterwerfen und seine eigenen Wünsche und Ansichten zum Opfer zu bringen, um nicht durch innere Zwietracht das Vaterland in namenloses Unglück zu stürzen.

Diejenigen unserer Mitbürger aber, welche in trauriger Verblendung die Fahne des Aufruhrs aufgerstanzt haben, mögen erkennen, welche tiefe Wunde sie ihrem Vaterlande zu schlagen im Begriffe stehen, und von ihrem Vorhaben ablassen.

Der ganze Ernst des Gesetzes wird Diejenigen treffen, welche mit frevelhafter Hand gewaltsam ihre Plane in das Leben führen wollen. Die Regierung wird in der kräftigen Handhabung der Gesetze eine unwiderstehliche Macht bewähren, weil sie, wie wir hier ausdrücklich versichern, von der ganzen Kammer darin unterstützt wird, und auf die Zustimmung und Mitwirkung aller wohlgesinnten Bürger rechnen darf.

### Beiträge für Schleswigholstein.

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag . . . . . | 27 fl. | — kr. |
| Von Pr. D. in Heidelberg . | 5 „ | — „ |
| Von einer Patrouille . . . | 44 „ | 5 „ |
| Von einer Gesellschaft in Rappenau . . . . . | 20 „ | — „ |
| P. H. . . . . | 4 „ | — „ |
| | 100 fl. | 5 kr. |

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

[340] Im Verlag von Justus Perthes in Gotha ist erschienen:

AD. STIELERS

**DEUTSCHLAND, NIEDERLAND, *BELGIEN und SCHWEIZ***

mit den angrenzenden Ländern in XXV illum. Blättern in Folio. Massstab 1/500000.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1a Titl. | 2a Helgoland. | 3a Schleswig. | 4a Stralsund. | 5a Danzig. |
| 6 Haag. | 7 Bremen. | 8 Hamburg. | 9 Berlin. | 10 Posen. |
| 11 Brüssel. | 12 Cöln. | 13 Gotha. | 14 Dresden. | 15 Breslau. |
| 16 Paris. | 17 Strassburg. | 18 München. | 19 Linz. | 20 Wien. |
| 21 Dijon. | 22 Bern. | 23 Innsbruck. | 24 Grätz. | 25 Erklärung. |
| 1b Lyon. | 2b Mailand. | 3b Verona. | 4b Triest. | 5b Mansstabe. |

Die mit allen Berichtigungen und Nachträgen versehene im Jahr 1848 erschienene neueste Auflage dieses geschätzten Kartenwerkes hat durch Anwendung des galvano - plastischen Verfahrens auf den geringen Preis von 4½ Thlr. (8 fl. 6 kr.) gesetzt werden können, also unter der Hälfte des früheren. — Einzelne Sectionen der Karte kosten ¼ Thlr. (27 kr.)

[341] Soeben erschien heißt. L. Brockhaus in Leipzig und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

**Die Allgemeine Deutsche Wechselordnung**

**mit Einleitung und Erläuterungen.**

Gr. 8. Geh. 1 Thlr. 10 Ngr.

Die Allgemeine Deutsche Wechselordnung, wie sie von dem Wechselcongress in Leipzig entworfen ist und hoffentlich in allen deutschen Staaten unverändert Annahme findet, wird hier mit Einleitung und einem Kommentar versehen dem Publikum übergeben, und für Kaufleute, Juristen rc. eine sehr willkommene Erscheinung sein.

[344] **Rheinische Dampfschifffahrt.**

**Kölnische** **Gesellschaft.**

Tägliche Abfahrt:

Von **Mannheim** nach **Cöln 6** Uhr Morgens. Von **Mainz** nach **Mannheim 2½** Uhr Mittags.

**Mannheim**, den 14. Febr. 1848. ***Die Agentur.***

[342] **Oeffentliche Aufforderung.**

Die abwesenden Johann Peter und Johann Philipp Engeroff von Grosgerau, Söhne von Thomas Engeroff daselbst, oder deren Erben, haben sich binnen 3 Monaten zu Empfangnahme des, den präsumtiven Intestaterben der Ersteren bereits gegen Caution abverfassenen Vermögens dahier zu melden, widrigenfalls, da Johann Peter und Johann Philipp Engeroff das 90. Lebensjahr zurückgelegt haben, den Präsumtiverben das Vermögen definitiv überwiesen werden wird und die gestellte Caution gelöscht werden soll.

Großgerau, 28. März 1848.

**Großh. Hess. Landgericht**

**Becker.**

[343] **Landgutverkauf.**

„Ein, in der angenehmsten Lage von Baselland-schaft gelegenes, 4 Stunden von der Stadt Basel entfernten, 200 Jucharten sehr ergiebiges Aker- und Wiesland, und 40 Jucharten Waldungen enthaltendes, mit hinlänglichen herrschaftlichen und ökonomischen Gebäuden versehenes Landgut, das sich wenigstens zu 4% netto verzinst, wünscht man unter sehr annehmbaren Conditionen zu verkaufen.

Frankirte Briefe hierüber mit der Adresse „N. N. Postamt Liestal“, werden sogleich beantwortet.“

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim. — Druck von **G. Mohr** in Heidelberg.

**(Hierzu eine Beilage.)**

Digitized by Google

für Schleswigholstein.

. . . . . 27 ß. — h.
. . . . . 5 „ — „
. . . . . 44 „ 5 „
Eigenschaft in Rap-
. . . . . 20 „ — „
. . . . . 4 „ — „
100 ß. 5 h.

...antwortlicher Redakteur G. Geyser.

342][1] **Oeffentliche Aufforderung.**

Die abwesenden Johann Peter und Johann Philipp Engelstein, Söhne des ... Engelstein ... von Thomas Engelstein ... werden, haben sich binnen 3 Monaten a dato ... Zehme des, den präsumtiven Intestaten ... ihren bereits gegen Caution verfolgten Theil ... und dahier zu melden, widrigenfalls ... Peter und Johann Philipp Engelstein das ... Vermögen derselben überwiesen werden ... und die geleistete Caution gelöscht werden ist.

Großgerau, 28. März 1848.

Großh. Hess. Landgericht
Becker.

**Landgutverkauf.**

144][2]

**Inland.** Karlsruhe (Kammerverhandlungen über den Aufstand im Seekreis. Herkers Aufruf aus Geisingen. Die Gemeinde Möhringen). Darmstadt (radikales Getreide). Wiesbaden (Hergenhahn Minister). Kiel (Rückblick auf die jüngsten Gefechte). Rendsburg (ein Gefecht bei Windeby. Der Flensburger Bürgermeister. Stellung der Truppen. Gerüchte). Bremen (die Wahlen. Das Proletariat. Der Bürgerverein). Lübeck (Wechsel des Bundestagsgesandten). Frankfurt (Verhandlungen des Fünfzigerausschusses. Die Bundesversammlung).

**Großbritannien.** London. O'Connor verzichtet auf Berathung der Volkscharte.

**Frankreich.** Paris. Wahlaussichten. Die Abschaffung der Salzsteuer. Stimmungen der Parteien in den Klubs und der Presse. Lord Brougham.

**Italien.** Parma stellt sich unter Vormundschaft Karl Alberts.

**Handel.** Amsterdam. Bisherr Aussichten.

**Beilage** Polenlärm und Polenbegeisterung von E. M. Arndt. — Vorschlag eines Gewerbsmanns zur Beseitigung des Nothstandes der arbeitenden Klasse auf dem Lande und in den Städten. Rom (Ansprache des Papstes an die Völker Italiens).

---

## Heidelberg, 19. April.

Eine der lebhaftesten Verhandlungen in der Frankfurter Versammlung entspann sich, wie zu erwarten war, über die Wahlen zum deutschen Parlament; seltsamer Weise war man über die Hauptsache ziemlich einig, während um Nebenfragen sich der bewegteste Kampf drehte. Zu den Hauptsachen zählen wir die Grundsätze, wornach in Zukunft aktives und passives Wahlrecht geübt werden soll; eine Frage zweiten Ranges ist die Art, wie diese Grundsätze

art als Gegner eines freisinnigen Wahlrechts — als wenn es nicht sehr nahe läge, daß sie gerade wegen der ungestörten Erhaltung des Wahlrechts Freunde jener Wahlart sind.

Man hat in Frankfurt die bittersten Ausfälle gehört auf unsere bisherige Art zu wählen; man hat von einem „verfaulten" und „verrotteten" Kammersystem geredet, ja man hat dem bisherigen Verfahren zum Theil alle Fähigkeit, einen reinen Ausdruck des Volkswillens zu geben, abgesprochen. Bezog man diese Vorwürfe auf jene seltsam kombinirten Wahlverfassungen, wo das Wahlrecht von Vermögen, Abgabe, Stand, Religion, Lokal u. s. w. zugleich abhängig war, so war man im Rechte; wollte man damit jedes bisher in Deutschland bestehende Wahlsystem zugleich verurtheilen, so müßten wir z. B. gleich im Namen unseres badischen Protest einlegen, das seit dreißig Jahren uneingeschränktes allgemeines Stimmrecht gestattet und sowohl in seinen Rückwirkungen auf die politische Bildung des Volkes, als in den Männern, die es in die Kammer sandte, sich gewiß nicht als ein „verfaultes" und „verrottetes" erwies. Wollte man aber gar mit diesen Angriffen auf ganz verkehrte Wahlprinzipien zugleich die mittelbare Wahlart treffen und ein Wahlsystem, dem die weitesten und freiesten Grenzen gesteckt sind, nur deßhalb für schlecht ausgeben, weil eine doppelte Sichtung sicherer scheint als eine einfache, so schoß man damit weit über das Ziel hinaus und vergaß ganz und gar, daß die Hauptfrage die ist: wer wählt, nicht nach welcher Form und Methode gewählt wird?

Der Grund, den wir für die unmittelbaren Wahlen am Entschiedensten geltend machen hören — daß sie keinen reinen und frischen Ausdruck der Volksmeinung geben — beweist in der Theorie zu Viel und wird durch die Praxis sehr stark angefochten. Denn alsdann müßte man zugleich alles repräsentative Wesen verdammen, weil es keinen reinen und unmittelbaren Ausdruck gibt, dann müßte man die strengste

ten; die Urwähler hatten an dem Wahlmann ihren politischen Mandatar, den sie zur Erleichterung des Wahlgeschäfts gewählt hatten; sie waren aber seiner politischen Meinung sowie verschieden, als man überhaupt in politischen Dingen der Persönlichkeiten versichert sein kann. Denn wer aus einwendet, der Wahlmann könne in einzelnen Fällen auch von der Gesinnung seiner Urwähler abweichen, der macht diese Einwendung gegen das repräsentative System überhaupt und muß dann konsequenter Weise auch die Abgeordnetenwahlen für bedenklich halten; oder wer einen solchen innerlichen Antheil der Urwähler bestreitet, ihnen Gleichgiltigkeit und Mangel an Theilnahme vorwirft, der trifft damit eben nur die Menschen und ihren politischen Indifferentismus, nicht das System, das ihnen alle Freiheit der Theilnahme gestattet.

Wir können uns daher auch von der Stichhaltigkeit eines andern Einwandes nicht überzeugen, daß die unmittelbaren Wahlen einzig und allein ein ausreichendes politisches Bildungsmittel seien; auch hier ist die Ausdehnung oder Beschränkung des Wahlrechts die Hauptsache, nicht die Wahlart. Ja, wenn man uns sagte, daß ein Wahlgesetz, in dem der Census, der Wohnort, der Stand, die Konfession, die Masse des Volkes so lange durchrichtert, bis nur eine kleine Zahl von Privilegirten übrig bleibt, die in aller Stille das Wahlgeschäft so abmachen, daß neunzehn Zwanzigtheile des Volkes kaum Etwas davon erfahren — wenn man uns ein solches Wahlgesetz für ein schlechtes und unvollkommenes politisches Bildungsmittel erklärte, so sind wir vollkommen einverstanden und würden schon aus diesem Grunde alle Bedenken beseitigen, welche man dem allgemeinen Stimmrecht häufig entgegenstellt. Aber daß ein allgemeines Stimmrecht auf den freiesten Grundlagen nur deßhalb ein unvollkommenes politisches Bildungsmittel sein soll, weil es mittelbar geübt wird, das bestreiten wir ganz entschieden und hoffen uns dabei wieder auf die Erfahrung, wie sie unser kleines badisches Land aufweist. Wir haben jetzt eine ganze Generation vor uns, die ihr aktives Wahlrecht ausgeübt hat; wir wissen, mit welcher Theilnahme, mit welcher Anregung das Wahlgeschäft bei uns betrieben wird, und wer die Urwahlen bei uns je beobachtet hat, wird wahrhaftig nicht sagen können, daß die Rückwirkung auf das politische Leben überhaupt durch die zwei Wahlstufen abgeschwächt werde. Gerade in die Urwahlen hat sich die ganze Agitation, hat sich der bewegteste Parteienkampf geflüchtet; während die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner im Verhältniß ruhiger ablänft, da diesen der Weg zum Theil schon gewiesen ist, bieten die ersten Wahlen das bewegteste Bild eines politischen Lebens, an dem Alle Theil nehmen und dessen bildende Einwirkung dadurch nicht wesentlich geschwächt wird, daß man zwei Stufen der Wahl eingerichtet hat. Wenn man in unserem Baden die Theilnahme Aller an dem politischen Leben, das Durchdrungensein Aller von dieser Theilnahme bemerkenswerth gefunden hat, so ist vorzugsweise unser freies Wahlrecht die politische Schule gewesen, die unser Volk entwickelte; und dieses Wahlrecht wurde mittelbar geübt.

So, scheint uns, werden zwei wesentliche Einwände gegen den indirekten Wahlmodus durch die Erfahrung widerlegt; dieselbe Erfahrung erhebt aber zugleich gegründete Bedenken gegen die direkte Wahlart und darauf wollen wir morgen zurückkommen.

---

**Oesterreich.** Wien, 9. April. Die czechisch separatistischen Ideen, die in Prag grassiren, und die Böhmen vom deutschen Bunde trennen wollen, haben in Mähren keinen Anklang gefunden, und die Vereinigung dieses Landes und Schlesiens mit den Czechen, die man hervorrufen wollte, ist von den Mähren abgewiesen worden. Mähren hat sich erklärt, sowohl mit Oesterreich als mit dem deutschen Bunde fest vereint zu bleiben. Tirol geht auch jetzt wieder mit dem alten glorreichen Patriotismus der ganzen Monarchie als Muster voran.

(Allg. Z.)

Wien, 14. April. Der Kaiser hat in Bezug auf die Eingabe der niederösterreich. Stände nachstehende Verfügung erlassen: Vom 1. Januar 1849 hat an die Stelle aller auf Grund und Boden haftenden, aus dem Obrigkeitsthums- oder Zehentrechte entspringenden, sowie der denselben verpflegungsmäßig gleich gehaltenen Natural- und Arbeitsleistungen eine Geldleistung zu treten, welche durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden wird.

**Preußen.** **Berlin, 14. April. Ich übersende Ihnen folgendes Aktenstück: „Ich erkläre Mich mit der auf Veranlassung verschiedener Petitionen der deutschen Bewohner des Großherzogthums Posen Mir vorgetragene Ansicht des Staatsministeriums dahin völlig einverstanden, daß die der polnischen Bevölkerung der Provinz verheißene nationale Reorganisation auf diejenigen Landestheile des Großherzogthums, in welchen die deutsche Nationalität vorherrschend ist, nicht ausgedehnt werden darf. Meinerseits ist es Mein Wille, daß der von diesen Landestheilen beantragte Anschluß derselben an den deutschen Bund ohne Verzug bei der deutschen Bundesversammlung vermittelt werde. Durch eine solche Trennung der deutschen Landestheile der Provinz werden zugleich die wesentlichsten Hindernisse, welche der nationalen Reorganisation des polnischen Theils des Großherzogthums entgegen treten könnten, beseitigt werden, so daß diese Reorganisation nunmehr um so vollständiger zur Ausführung kommen kann. Potsdam, 14. April. Friedrich Wilhelm. Camphausen. Auerswald.

** Berlin, 14. April. Außerordentliche Mißstimmung in allen Kreisen erregen folgende Ordensverleihungen des Kaisers von Rußland an die Befehlshaber des 7. Kürassierregiments, dessen Zivilarzt dieser Todfeind aller Deutschen ist: Der Kommandeur Graf Waldburg-Truchseß erhält den Annenorden II. Klasse in Brillanten, der Major v. Stülpnagel den Stanislaus II. Klasse; der Major von Alten-Bockum den Annenorden II. Klasse; die Rittmeister v. Langenau und von Carlowitz den Annenorden III. Klasse, endlich die Sekondelieutenants von Ohlmb und von Plüskow den Stanislaus III. Klasse. — Wer heute zu Tage russische Orden annimmt, der muß es sich gefallen lassen, daß die Nation seinen Namen öffentlich ausrufen läßt. Wir werden diese Namen nicht vergessen und werden, wenn es zum Kriege gegen Rußland kommt, uns freuen, wenn diese Befehlshaber des 7. Kürassierregiments die öffentliche Meinung durch Tapferkeit und Treue beschämen, welche durch diese unehrenhafte Auszeichnung sich bewogen findet, ihnen feindlich zu sein.

Berlin, 15. April. Die Allg. pr. Z. enthält eine Verordnung betreffend das Verfahren bei politischen- und Preßvergehen in der Rheinprovinz und die Wiederherstellung des eheinischen Strafrechts und Strafverfahrens bei politischen- und Amtsverbrechen, sodann ein Gesetz über Gründung öffentlicher Darlehnskassen und Verausgabung von Darlehns-Kassenscheinen. Beide Verordnungen tragen das Datum vom 15. April.

Berlin, 15. April. Man schreibt dem Fr. Journal: Die Frage über Sonderung der deutschen und polnischen Distrikte des Großherzogthums Posen hat bereits, unabhängig von den etwa beabsichtigten Maßnahmen der Regierung, eine Lösung erhalten. Zehn Kreise der Provinz haben sich auf eigene Hand von der preußischen Regierung in Posen, zu der sie bisher gehörten, losgesagt und sich an die nächstgelegenen Regierungsbezirke derjenigen Provinzen (Schlesien, Mark und Preußen) angeschlossen, an welche sie grenzen. Ob die Rückkehr des Generals Willisen hieher eine Flucht ist oder nur zu dem Zwecke, sich neue Verhaltungsmaßregeln zu erbitten, ist noch unbekannt.

Ferner schreibt die Pos. Z.: Die Stadt Meseritz hat, verbürgten Nachrichten zufolge, der hiesigen Provinzialregierung gestern angezeigt, daß sie sich unter den Schutz der Regierung zu Frankfurt a. O. gestellt habe weil sie von dorther einen energischeren Schutz zu erwarten habe als ihr bis jetzt die Regierung zu Posen habe gewähren können.

Aus der Provinz Preußen, 9. April. Die polnischen Insurrektionsversuche sind in Westpreußen gänzlich gescheitert. Sowohl die Stimmung der polnischen Bauern, die durch Separation des Bodens zu freien Leuten geworden sind und daher keine Lust haben, ihren Edelleuten zur Zurückführung früherer Zustände behilflich zu sein, als auch das energische Auftreten der deutschen Bevölkerung hat die beabsichtigte Einverleibung dieser Provinz in das künftige Polenreich vereitelt. Eine Anzahl vornehmer Polen, die in Volksversammlungen Aufruhr predigten, Truppenwerbungen unternahmen, polnische Verwaltung einzuführen suchten, sind in den letzten Tagen durch einen Delegirten der Regierung zu Marienwerder festgenommen und den Kriminalgerichten überliefert worden. (D. A. Z.)

Aus Sroda erfahren wir mit Bestimmtheit, daß die bewaffneten Polenhaufen den Platz geräumt und den preußischen Truppen überlassen haben; dagegen herrscht im polnischen Lager bei Wreschen Zwietracht unter den Polen selbst, und es soll bereits zum Handgemenge gekommen sein, weil eine Partei nachgeben, die andere durchaus Widerstand leisten will. Heute läuft die ihnen bewilligte letzte Frist ab. (Fr. O. P. Z.)

Ostrowo, 14. April. Der Schlesische Zeitung berichtet man von hier: In der verflossenen Nacht kam es in unserer Nähe zu zwei ernstlichen Gefechten. Eine Patrouille Kürassirer, welche bis nach Zachargewo, 1/2 Meile von der Stadt, vorgerückt war, wurde dort plötzlich mit einigen Schüssen begrüßt. Nach einem kurzen aber hart-

nächtigen Gefecht fielen 3 Sensenmänner; außerdem wurden mehrere sehr stark verwundet, von denen einer wohl noch heute den Geist aufgeben wird. Einem Unteroffizier der Kürassiere ist der Oberarm mit einem Sensenhieb verwundet worden. — Das zweite Gefecht fand in der Gegend von Zembrow, fast eben so weit von hier, statt, woselbst vier getödtet wurden. Die Sensenmänner wagten sich Anfangs bis zu den Mühlen vor der Stadt, wo sie, in den Gräben versteckt, auf die Patrouille feuerten. Sie stoßen aber nach dem ersten Schuß und wurden von einer Abtheilung Husaren empfangen, welche einige Gefangene machten. — Es verbreitet sich hier das Gerücht, es sollen die polnischen Ulanen aus Pleschen hier einrücken; gewiß aber ist es, daß sich alle umliegenden Dörfer bewaffnen. Wir haben hier viel zu wenig Militär. — Nachmittag 3 Uhr. Es wird Alarm geblasen. Sämmtliches Militär ist auf den Beinen und marschirt theilweise aus der Stadt. Die verschiedenen Gerüchte circuliren; ich kann daher nichts Bestimmtes mittheilen. Auch den Bürgern wird angesagt, auf das erste Glockengeläute bewaffnet zu erscheinen. — 6 Uhr Nachmittags. Das Militär rückt soeben wieder in der Stadt ein, in ihrer Mitte führen die Soldaten 2 Wagen mit erbeuteten Sensen, Piken, Heugabeln ꝛc. Bei einem Hrn. v. Zetkowski, der angeblich verhaftet ward, wurden fünf scharf geladene Gewehre, ein Säbel und eine Art im Wagen versteckt und auf der Brust an 100 Petschaften gefunden. Ein Sensenmann ist so schwer verwundet worden, daß er schwerlich am Leben bleiben wird. — Wie können aber mit Gewißheit annehmen, daß für das Militär noch viel Arbeit vorhanden ist, da noch heute Nachmittag, wie mir von glaubwürdigen Augenzeugen berichtet wird, in den umliegenden Dörfern Sensen geschmiedet und Kugeln gegossen wurden.

**Aachen**, 15. April, Abends 9 Uhr. Unsere Stadt ist in großer Bewegung; die Bürgergardisten sind sämmtlich unters Gewehr getreten. Um 7 Uhr etwa begannen am Kölnthore ernstliche Reibungen zwischen einigen Kriegs-Reservisten und einer Anzahl Arbeiter; sie wurden sehr blutig; man entwaffnete die Soldaten, und ihrer zwei sollen getödtet worden sein. Die Arbeiter schreien: „Militär fort!“ und durcheilen in großen Haufen, zum Theile mit Haken und Spaten bewaffnet, einzelne Straßen. Das Militär ist bereits in den Kasernen consignirt, und man hat versprochen, daß die Kriegs-Reservisten morgen von hier abziehen sollen. Die Reservisten des 34. Regiments zogen vorgestern hier erst ein und forderten sogleich die Stimmung gegen sich dadurch heraus, daß sie mit einer schwarz und weißen Fahne einmarschirten und mehreren Bürgern in frechem Uebermuthe die schwarz-roth-goldene Cokarde abrissen, auch sonst Unziemlichkeiten sich herausnahmen. (Köln. Z.)

**Provinz Pommern. Stettin**, 15. April. Das erste Bataillon unserer Landwehr wurde gestern von dem Generallieutenant von Brangel besichtigt und defilirte demnächst im Parademarsche vorüber. Die Haltung dieses nur wenige Tage versammelten Bataillons war bewundernswürdig. Die erste und dritte Kompagnie wurde heute mit dem Dampfschiffe und einem angehängten Oderkahne nach Swinemünde eingeschifft.

Aus Swinemünde meldet man, daß am 12. Abends außer der bereits gemeldeten noch zwei andere dänische Fregatten in Sicht waren, welche, vor dem Hafen kreuzend, Leuchtkugeln und Raketen aufsteigen ließen. Bürger und Militär bewachen, um einer Landung der Dänen vorzubeugen, Tag und Nacht bewaffnet den Strand, und auf den Rheden sind Geschütze aufgefahren. Gestern war nur noch eine der Fregatten in Sicht und, wie es scheint, haben sich die beiden anderen entfernt. (Allg. Pr. Z.)

**Baiern.** * München, 13. April, Abends. Immer stärker und nachdrücklicher spricht sich hier der Unwille über die unzeitige Eile aus, mit welcher das Wahlgesetz für die konstituirende deutsche Nationalversammlung in beiden Kammern berathen und abgethan wurde. Man fand nicht für nöthig, noch 24 Stunden zu warten, um die Meinung und die Wünsche eines größeren Theils des Volkes über den Entwurf zu vernehmen, und selbst Closen, der in den Fünfzigerausschuß gewählt worden, und nun so mehr darauf halten mußte, in dieser wichtigen, nicht unsre baierischen, halb außer der Zeit stehenden Kammern allein, sondern ganz Deutschland angehenden Frage auch das außer diesen Kammern befindliche Volk mitreden zu lassen, selbst Closen, sage ich, stimmte für sofortige Berathung. Ob man noch draetige Ueberreitung der öffentlichen Meinung rascher zum Ziele gelangen wird, steht dahin, sicherer gewiß nicht. Daß aber die Abgeordnetenkammer durch die neulich erwähnte „Bürgerausschußadresse“ sich — wahrscheinlich gern — hat überzeugen lassen, als sei sie der wahre und vollständige Ausdruck des Bürger- oder gar Volkswillens, liegt klar zu Tage. Rospal, ein Mitglied dieses Ausschusses, erklärt jetzt öffentlich seinen Austritt aus dessen Mitte, weil man wider sein Wissen und ohne seinen Willen dieser Adresse seinen Namen beigefügt habe, so daß letztere nicht einmal die Willensmeinung von 24 hiesigen Bürgern vertritt! So geht man mit der Wahrheit um, so spielt man mit dem Wohle eines ganzen Landes und Volkes! Bei der Ueberreichung, womit die Wahlgesetzberathung betrieben wurde, mußte daher auch die Augsburger Bürgeradresse zu spät kommen. Und welchen einsichtsvollen, ernst-freimüthigen und wahrhaft volksthümlichen Geist athmet diese den Gesetzentwurf in seinen wesentlichsten und principiellsten Mängeln scharf auffassende Adresse, und wie verschwindet dagegen das Prometheria des sogenannten Bürgerausschusses! Bedenken wir, daß mit dem Aufruf des Fünfzigerausschusses an das deutsche Volk (vom 8. April) im Wiederspruch das Wahlrecht an eine directe Steuer geknüpft ist, so fragen wir, wird der Fünfzigerausschuß in Frankfurt seine Berathung gegen ein solches Verfahren einlegen, das mit den Konsequenzen, die daraus hervorgehen können, das Vaterland (das allgemeine wie das besondere) in Gefahr bringen muß? Denn war es etwa die Absicht des deutschen Vorparlamentes, neue Volksvertreter beim deutschen Bunde berufen zu lassen? Der Geist, der hier und da weht, gefällt mir wenig. Reaktionäre Gelüste tauchen schon kühner aus der noch unberuhigten Masse auf, denn die allgemeine Stimmung scheint ihnen entgegenzukommen. An die Schutzwächter des künftigen Deutschlands in Frankfurt ergeht daher der laute Ruf: habt Acht!

* München, 14. April. Nachdem ich mein letztes dringliches Schreiben von gestern Abend an Sie beförderte, wohnte ich der Versammlung eines politischen Klubs bei, der von Studenten und jungen Rechtspraktikanten geleitet wird und aus Männern dieses Kreises und der arbeitenden Klasse besteht. Letztere bildet den Hauptstock und war sehr zahlreich vertreten. Die in diesem Klub hauptsächlich vertretenen Stände sind es, die sich durch die in beiden Kammern erfolgte Annahme des Wahlgesetzes für die konstituirende deutsche Nationalversammlung von jeder Wahlberechtigung, geschweige Wählbarkeit ausgeschlossen sehen. Der Schmerz hierüber suchte daher auch seinen Ausdruck, und die erste Frage war, was zu thun sei, um das entzogene Recht wo möglich nachträglich zu erlangen. Einstimmig ward auf Antrag eines Redners beschlossen, in dieser Noth Zuflucht zu dem Fünfzigerausschuß zu nehmen, um durch seine Vermittelung entweder die Ausdehnung des beschlossenen Wahlgesetzes rückgängig zu machen oder, wenn dies wegen Kürze der Zeit nicht mehr möglich, wenigstens unsern Kammern eine Rüge in Form der Möglichkeit dagegen einzulegen. Ein Glück, daß die für jenen Tag angesagte Versammlung nicht stattfand, sonst hätte dieselbe, die ich in meinem Gestrigen anführte, um die Aufmerksamkeit des Fünfzigerausschusses auf die mit den Beschlüssen des Vorparlaments in Widerspruch stehenden Bestimmungen des hier zu Stande gekommenen Wahlgesetzes zu lenken. Die noch während der Versammlung berathene und redigirte Adresse fand rasch Hunderte von Unterschriften und wird morgen noch zu gleichem Zwecke aufgelegt bleiben, um dann, wo möglich in Vereinigung mit der Augsburger Volksversammlung, die darum angegangen werden soll, rasch den Hilferuf nach Frankfurt zu fördern. In weitern Verlauf der sehr regelmäßig gepflogenen Debatten kam die Wahl des Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung zur Sprache. Man beschloß, als eine Art Vorbereitungskomité zu diesem Zwecke sich zu bilden, und nachdem Professor Neumann, der auch dem Vorparlamente beigewohnt, als Wahlkandidat aufgetreten und aufgefordert worden war, sein politisches Glaubensbekenntniß abzulegen, that er dies mit einer Freimüthigkeit, die seinem Charakter und seiner Einsicht alle Ehre macht und die Versammlung zu einem endlosen Jubel hinriß. Auch wurde er, was bezeichnend sein dürfte, über seine Ansicht über die soziale Prinzipienfrage vernommen, und auch diese Prüfung entledigte er sich zur Zufriedenheit der Zuhörer.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 17. April. Kaum war ausgesprochen worden, daß Stuttgart P. Pfizer in die deutsche Nationalversammlung wählen wolle, als ein bedenklicher Krankheitsanfall drohte, ihn seiner jetzigen Wirksamkeit für Deutschland zu entziehen. Er sieht gestern auf einem Platze der Stadt in Ohnmacht und wurde zu seinem Bruder Gustav getragen; heute hört man, daß bereits Besserung eingetreten ist. Die Theilnahme hier ist allgemein. — Der erfreuschlte Abgeordnete zum Reichstag (nachdem die preußischen Wahlen rückgängig geworden) ist der am 12. ernannte Vertreter Hohenzollern-Hechingens, Landtagsdirektor Blumenstetter. — Bei uns in Würtemberg sind die Wahlvorbereitungen in vollem Gange. Stuttgart wird am 26. und ff. d. M. wählen. Der Ausschuß des vaterländischen Hauptvereins ist in voller Thätigkeit und hat sich mit dem Fünfzigerausschuß in Verbindung gesetzt. Berthold Auerbach, unser

Landsmann, wird die Emanzipation seines Glaubens benützen, er ist im Lande und bewährt sich in dem Bezirke, dem seine Heimath Vorsteher anvertraut. Wie hoffen unsern tiefsten Denker nach Frankfurt senden zu können: Strauß ist in Ludwigsburg vorgeschlagen. Aber es wird einen Kampf kosten, denn die Pietisten im Lande haben gegen ihn ihre Wuth noch nicht vergessen. Sein politisches Auftreten in jüngster Zeit dagegen hat ihm allgemein die Herzen der Besonnenen zugewandt; eine Reihe von vortrefflichen leitenden Artikeln von ihm (Republik und Monarchie, Louis Blanc u. s. w.) im schwäbischen Merkur haben die allgemeinste Aufmerksamkeit und Zustimmung erregt. —

**Baden.** ** Karlsruhe, 17. April. Die Sitzung, welche um 12 Uhr Statt finden sollte, wurde erst um 1½ Uhr eröffnet, da in der Zwischenzeit die Mitglieder der Kammer noch neue Eröffnungen von dem Regierungskommissär erhielten, und die Ueberzeugung allgemein sich aussprach, daß jetzt eine kräftige Unterstützung der Regierung durch die Kammer wesentlich wäre. Nach eröffneter Sitzung trug der Präsident des Ministeriums des Innern die aus den Zeitungen im Wesentlichen bekannten aufrührerischen Bewegungen im Seekreise vor, sowie auch fein Bedauern aus, daß Hecker, dessen seltene Geistesgaben Hr. Bekk anerkannte, an der Spitze des verbrecherischen Unternehmens stehe, erklärte aber, daß die Regierung nicht nöthig habe, von der Kammer die Ertheilung zur Verhaftung Hecker's einzuholen, da nach den jetzt vorliegenden Beweisen und der Art des Auftretens Hecker's dieser in frischer That des Verbrechens begriffen und so der Ausnahmsfall des §. 49. der Verfassungsurkunde vorhanden sei, wozu die Ermächtigung der Kammer nicht nothwendig wäre. Die Regierung theile die Thatsachen nur mit, um den moralischen Beistand der Kammer zur Unterstützung der Regierung zu erlangen, und um dem Lande die Versicherung zu geben, daß die Regierung Nichts unterlassen werde, was dazu diene, um zur Handhabung der Gesetze und Herstellung der Ruhe beizutragen. Die Regierung rechne auf den Beistand aller wohlgesinnten Bürger, deren Treue sich glänzend erprobt habe. Die Eintracht der Kammer und Regierung würde zur Ermuthigung der Guten beitragen. Hierauf stellte Soiron den Antrag, daß die Kammer einen Schritt thun müsse, um Deutschland gegenüber den festen Willen, den Aufruhr zu unterdrücken, klar auszusprechen und zu Protokoll den Willen einer kräftigen Zusammenwirkens mit der Regierung ebenso wie die Mahnung an die Repräsentirten Bürger um die Aufforderung an die Gutgesinnten energisch an den Tag zu legen. Er erklärte, daß sich einige Freunde vereinigt hätten, den Entwurf einer solchen Erklärung, die zugleich als Proklamation an das Volk dienen könnte, zu verfertigen. Nachdem er den Entwurf vorgelesen hatte, ließ der Präsident namentlich abstimmen und alle Mitglieder stimmten bei. Es war ein feierlicher Ernst in der Kammer. Das schmerzliche Gefühl, daß ein Mann, wie Hecker, den die Meisten als Freund liebten, als begeisterten Volksredner, als unerschrockenen Vorkämpfer der Freiheit bewunderten, den Alle wegen seiner großen Talente achten mußten, so verdlendet sein konnte, durchzuckte die Mitglieder der Kammer. Man fühlte, wie viele Hoffnungen des Vaterlandes durch den Schritt Heckers vernichtet würden. Es war vielen Männern von der Kammer, die weder die Bestrebungen noch die Ansichten Heckers theilen, so zu Muthe, als wenn man am Grabe eines theuren Freundes steht; das menschliche Gefühl aber hinderte nicht, daß Jeder die Entrüstung über das frevelhafte Beginnen, die Scheu vor dem Verbrechen durch seine Zustimmung zur Erklärung und seine Ueberzeugung aussprach, daß es jetzt Zeit sei, mit Nachdruck die Regierung zu unterstützen.

Die Karlsruher Zeitung enthält folgenden Bericht über das Hecker-Struvesche Unternehmen: **Aus dem Seekreise**, 15. April. Gestern Abend erschien Hecker mit seinem von verschiedenen Richtungen gesammelten Haufen, der übrigens kaum über 200 Mann zählte, in Engen; heute rückte er mit demselben in Geisingen ein. Er marschirte an der Spitze des Zugs, in eine blaue Blouse gekleidet, mit einem Gürtel um den Leib, zwei Pistolen darin, einem Säbel an der Seite, einem weißgrauen Hut mit einer Hahnenfeder auf dem Kopfe. Heute erließ er von Geisingen aus eine drohende Aufforderung an die Bürgermeister und Gemeinderäthe. Die, welche nach Immendingen und Möhringen abging, lautet:

> Der Obmann des Landesausschusses für Baden an den Bürgermeister und Gemeinderath der Gemeinden Möhringen und Immendingen. Das Volk hat sich erhoben, seine Rechte zu erkämpfen und den Zustand der so lange ersehnten volksthümlichen Regierungsform zu erringen; daher draufträgen wir obengenannte Vorstände, bis morgen Sonntag den 16. April früh 8 Uhr ihre waffenfähigen Bürger von 18.—30. Jahre nebst allen Freiwilligen späterer Jahre, mit den nöthigen Gebmittein und Proviant für 6 Tage versehen, zu dem Volksheere in Donaueschingen stoßen zu lassen. Wir bemerken noch

> ausdrücklich, daß diejenigen Behörden, die sich nicht für strengen und eifrigen Vollzug vor dem Volke verantwortlich machen werden, und Alles anwenden, den Säumigen wie den Verräther zum Volke vor dieses zu nachsichtslosen Rechenschaft zu ziehen. Diese Order ist an alle Gemeinden ringsum durch Staffetten zu verbreiten, da wir nur zu wohl wissen, daß Feigheit und Verrath unsere Schritte zum Wohle des Volkes zu vereiteln suchen. Geisingen, 15. April 1848. Die provisorische Regierung. Hecker.

Als dieses Schreiben in Möhringen angekommen war, versammelte sich die dortige Gemeinde, welche einstimmig beschloß, sich dem hochverrätherischen Zuge nicht anzuschließen, sondern sich demselben, wenn er in die Gegend komme, durch die Wehrmannschaften zu widersetzen. Dieser Beschluß wurde den umliegenden Gemeinden mitgetheilt, welche sich mit demselben sofort einverstanden erklärten. Die beschworene Treue gegen den Großherzog und die Anhänglichkeit an die Verfassung sind in dieser Gegend noch stark, sodaß die Aufrührer da keinen Anklang finden.

** Darmstadt, 17. April. Die heutige Mainzer Zeitung sagt: „Mainz, 16. April. Gestern ist Herr Zitz von Darmstadt zurückgekehrt und hat erklärt, daß er, nachdem die Kammer für indirekte Wahlen gestimmt hätte, Nichts mehr darin zu thun habe und nicht dadurch zurücktreten werde." Man sieht hieraus, wie sehr Zitz ein Freund des bestehenden Ministeriums ist und nur in untergeordneten Punkten abweichende Ansichten verfolgt. Ueber die Liebe des Hrn. Zitz zur Konstit. Monarchie belehrt uns vielleicht die nächste Zukunft. Die Mainzer Zeitung fährt fort: „Er (Zitz) ist darauf gestern Abend mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität zum obersten Befehlshaber der Nationalgarde gewählt worden. Heute wird ihm eine Huldigung von Seite der Bürgerschaft dargebracht und eine Dankadresse überreicht." Man hört in Darmstadt so oft bestimmt versichern, daß Viele in Mainz und Rheinhessen mit der politischen Richtung von Zitz nicht einverstanden seien. Ist denn Niemand dort, der den Muth hat, offen gegen Zitz aufzutreten? Sind die Ereignisse in Baden nicht eine ernste Mahnung an Alle, die die konstit. Monarchie wollen, kräftig zu handeln? Es handelt sich wahrlich nicht um eine Person, sondern um die terroristisch-republikanische Partei.

**Nassau.** Wiesbaden, 17. April. Gestern ist der Volksmann Hergenhahn zum Präsidenten des Ministeriums ernannt worden, und morgen werden die Wahlmänner gewählt, welche die sechs Parlamentsmitglieder wählen am 25. April und die Deputirten zu unserer Ständekammer am 1 Mai. (B. Z.)

**Schleswig.** * Kiel, 14. April. Noch immer fehlen uns officielle Angaben über das unglückliche Treffen bei Bau und Flensburg, welche dagegen in der gestern hier eingegangenen halboffiziellen Berling'schen Zeitung von dänischer Seite gegeben sind. Nach den vielfachen Privatmittheilungen hat das Heer in zwei Abtheilungen am Flensburger Hafen gestanden, die eine bei Bau, eine Meile nördlich von Flensburg, wo namentlich das 16. Bataillon sich sehr brav gehalten, jedoch, wie man jetzt zuverlässig weiß, nur 16 Leute verloren hat, etwas südlich von Bau nach dem Flensburger Hafen hin bei der Kreuzauer Mühle das 5. Jägerkorps (Lauenburger und Holsteiner, die zuerst in Kiel die provisorische Regierung anerkannt) die Kieler Studenten und erste Turnerschaar unter dem braven Major Michelsen (ein Schwager des berüchtigten Scheel). In der Nähe stand das treffliche Scharfschützenkorps des Hegerreiter Bradtlan. In Flensburg befand sich der Mittelpunkt der Armee mit dem Generalstabe, bei Glücksburg etwa zwei Meilen von Flensburg stand das 4. Jägerkorps (aus Schleswig) das 13. und 14. Bataillon, 2 Dragonerregimenter und das schleswigsche Freikorps des Grafen Luckner. Der Feind war unter dem Schutz seiner Kriegsschiffe, welche den ganzen Flensburger Hafen beherrschten und mithin jeden Punkt an der Land- und Seeseite angreifen konnte, bei Holmlz in der Nähe von Glücksburg Tags vorher gelandet. Da wir kein Kriegsschiff haben, so konnte die Landung an keinem Punkt gehindert werden. So gelang es ihnen denn leicht, die deutsche Stellung zu umgehen und die Avantgarde unter Michelsen abzuschneiden. Aus dem Hauptquartier kam keine Nachricht, der Verbindung war sowohl mit der Avantgarde als mit dem Glücksburger Flügel abgeschnitten, welcher letztere gar nicht zum Gefecht gekommen ist und, als das Hauptkorps sich in größter Unordnung zurückzog, ebenfalls in Unordnung nach der Schlei zu retirirte, ohne einen Feind gesehen zu haben. Unsere tapfere Vorhut schlug sich mit dem Bajonett bis nach Flensburg durch, fand aber schon das Norderthor von den Dänen besetzt, und es fehlte an jeder Unterstützung, an jeder Anordnung, um den Rückzug möglich zu machen. Die Ueberrumpelung war so vollständig, daß der General der ersten Brigade Krohn, als er die Order zum Rückzug geben wollte, sich plötzlich einer Abtheilung bewaffneter dänischen Matrosen gegenüber sah, ja dem Bringen von Augustenburg, der erst am Tage des Treffens von Rendsburg eingetroffen war, soll

Digitized by

schon ein dänischer Soldat entgegengetreten sein. Aus den öffentlichen Blättern ist bekannt, wie feindselig der besonders im Norden der Stadt wohnhafte Theil der Bevölkerung von Flensburg, angeblich deshalb, weil die reichen Kaufleute Christiansen, den Ständedeputirten Agrat Jensen (deren merkantiler Vortheil in der Verbindung mit Dänemark liegt) und Andere, unterstützt durch ihre Fabrikarbeiter, die vielen dänischen Seeleute und die ganze dänische Bevölkerung der Stadt Tagesbefehle gegen unsere Truppen verfahren hat und Privatmittheilungen stimmen damit überein und geben Details. Gewiß ist, daß bei Abzug unserer Truppen auf sie aus den Fenstern geschossen und mit Steinen geworfen wurde und daß man die vorüberziehenden in die Kellerlöcher niederzuwerfen suchte. Die Führung unsrer braven Truppen ist beispielloß schlecht gewesen, von dem Brigadegeneral Krohn haben die meisten Abtheilungen keine Order erhalten, die Führer der Freischaar, Oberstlieutenant Koch und Graf Kuno Rantzau von Breitenburg sind gar nicht zum Vorschein gekommen. So war es denn natürlich, daß bei dem Rückzug nicht allein die Freischaar, sondern auch die regulären Truppen in wilder Unordnung durcheinander nach Süden zogen und es ist ein großes Glück, daß der Feind nicht seine fünffach stärkere Kavallerie nachschickte, die das ganze Heer zersprengt haben würde. Es ist faß unglaublich, daß noch bis gestern den Freischaaren und selbst einem Theil des regulären Militäres gar keine Parole gegeben wurde, weßhalb ein Bedrette der Rantzauer auf einen Dragoner unsers Heers schoß und die Göttinger Studenten und Hamburger Freikorps vorgestern bei Eckernförde auf einander selbst Feuer gaben. Dabei wurden die Truppen durch beständige zwecklose Hin und Her Märsche so ermüdet, daß sie sich kaum halten konnten und ungeachtet die patriotischen Kommunen die größten Vorräthe nach Rendsburg senden, für die Verpflegung und Beköstigung der Truppen Nichts geschieht. Die Indignation im ganzen Land ist darüber aufs Höchste gestiegen und hat bisher nur deßhalb Anstand genommen, sich öffentlich auszusprechen, weil man den Dänen nicht neuen Vorwand zum Triumphe über unsere innere Uneinigkeit geben will. Die besten Führer haben sich angeboten, unter denen ein bekannter preußischer Oberst a. D., der sich im Freiheitskrieg von 1813 ausgezeichnet hatte und der Baron Leszky, früher Chef eines Kraiseuregiments und Generaladjutant von Strzynecky und von Bugeaud in Algerien. Aber der Prinz von Augustenburg hat es im Interesse seines Hauses gefunden, selbst die Leitung zu behalten, um sie den ihm speciell Ergebnen anzuvertrauen, wie er denn auch in einer frühern Bekanntmachung erklärte, wir müßten uns beeilen, den Sieg zu erringen, eh die Bundestruppen und zu Hilfe kämen, und unsre braven Studenten und Turner-Jugend verrauschichten rasch, obgleich der wohldisciplinirte Feind unserer Artillerie dreifach, unsrer Kavallerie fünffach überlegen war, und unsre Truppen nicht allein auf allen Punkten gegen große Uebermacht zu kämpfen hatten, sondern von einer feindlichen Bevölkerung umgeben und dem schweren Geschütz der dänischen Kriegsschiffe ausgesetzt war. Ein Blick auf die Karte konnte dem Laien zeigen, daß es der dänischen Seemacht, zumal nachdem sie Alsen besetzt hatte, ein Leichtes sein würde, an allen Punkten der weit ausgedehnten Küste Truppen in unsern Rücken zu landen. Wir aber waren von Spionen umgeben und von Nichts unterrichtet, während die Dänen jede unsrer Bewegungen vorher wußten. Agent Jensen gab an einer Windmühle Signale, und sein Sohn führte die Dänen in Flensburg hinein. Dazu kömmt noch, daß die Dänen und hinters Licht führten, indem sie in den Zeitungen erklärt, der König gehe nach Friedericia, weßhalb man die dänische Hauptmacht erst aus dem Herre von Jütland her erwartete und daß der Generalmajor Boggesen (ein Sohn des Dichters) mit vorzüglicher Strategie den Plan des ganzen Feldzuges entworfen hatte, wozu denn auch Keiner mehr geeignet war als er, da er die Herzogthümer aufs Genauste kennt und eine sehr gute Statistik derselben geschrieben hat. Wenn wir daher keine bessere Führung erhalten und die Bundestruppen uns nicht schleunig zu Hilfe kommen, so ist unsre Sache in der That eine verzweifelte.

Rendsburg, 14. April. Von hier wird der Börsenhalle folgendes Gerücht mitgetheilt: Gestern Abend hat, dem Vernehmen nach, ein Gefecht in der Nähe von Eckernförde bei Windebye stattgehabt, in welchem 40 Dänen gefangen genommen sein sollen. Die neugebildete Turnerschaar aus Kiel nahm an der Affaire Theil, und soll 2 Mann dabei verloren haben.

Dieselbe Zeitung erzählt Folgendes: In Flensburg hatte der erste Bürgermeister, Juhlrath Callisen, bisher sich niemals entschieden für die schleswig-holsteinische Ansicht ausgesprochen, so daß die Anhänger des Dänenthums daselbst mehrmals Versuche machen zu dürfen glaubten, ihn zu einer Erklärung zu drängen, daß er ihnen beistimme. Neuerdings indeß hatten Magistrat und Deputirtenkollegium der Stadt die prov. Regierung anerkannt, und als die Dänen einrückten, mußte der Magistrat sich der Gewalt fügen. Der Bürgermeister, Juhlrath Callisen, aber begab sich zu dem Könige und sprach zur rechten Zeit nicht ohne persönliche Gefahr die Worte: „Ich bin Schleswig-Holsteiner, der bessere und der größere Theil der Bürger theilt dieselben Gesinnungen; ich kann dem Könige von Dänemark nicht dienen.“ — In dem dänischen Armeebericht wird unwahrer Weise behauptet, daß den Unsrigen zwei Kanonen abgenommen sind. Die „Berlingsche Zeit.“ kann doch nicht die Wahrheit unterdrücken, „daß unter der Masse (!) große Bewegung für die schleswig-holsteinische Sache sei“; aber sogleich wird versucht, dies durch die Unwahrheit zu schwächen: „die Stimmung unter den Truppen sei unsicher“. Wir wissen sehr wohl, daß die dänischen Spione in Flensburg sich alle Mühe gegeben haben, unsere braven Soldaten zum Abfall von der Landessache zu verführen, aber zugleich, wie vergeblich dieser Versuch gewesen ist. Die Truppen sind vom besten Geist beseelt und wünschen die Gelegenheit, dies dem Feinde gegenüber zu bewähren.

In Schleswig ist am Dinstage eine Schaar junger Leute, welche sich für den Dienst des Vaterlandes gemeldet hatten, den Dänen durch zwei, schon lange als Spione verhächtige Einwohner verrathen und ein Theil derselben gefangen genommen worden.

Ueber die Stellung der Truppen finden wir folgende Angaben: Rendsburg, 14. April. Die Dänen rückten gestern Morgen mit den größten Theile der in ihrem Hauptquartiere Schleswig koncentrirten Truppen (im Ganzen 8000 M.) aus und nahmen Position bei Danewirke ($1\frac{1}{2}$ Meile von Schleswig nach Rendsburg zu). Gestern Mittag $1\frac{1}{2}$, Uhr kam der König mit zwei Eskadrons Dragonern und einer Eskadron Chevauleure mit glänzendem Generalstab von Flensburg in Schleswig an, ritt durch die Stadt am Schlosse vorbei den Truppen nach und kehrte um 5 Uhr nach Flensburg zurück. Kommandeur en chef ist General von Hedemann. Heute Morgen standen die Dänen noch in ihren gestern genommenen Positionen. Die schleswig-holsteinischen Truppen liegen bei Sehestedt, die Preußen bei Sorgbrück. Die Altonaer freiwillige Kavallerie stand gestern Morgen auf dem äußersten Vorposten bei Sehestedt.

Man versichert der Börsenh. ferner: daß das von dem Gerücht aufgetriebene 16. Bataillon höchstens gegen 50 Mann verloren; daß alle Kanonen gerettet sind, daß die Brackowsche Kompagnie, welche bei Handewitt gestanden, ebenso wie die dort postirte 4. Kompagnie des Ranzauschen Freikorps unversehrt hier angekommen und heute Morgen bereits nach der neuen Position aufgebrochen seien. Der Lieutenant Sachau vom 5. Jägercorps ist, wie wir vernehmen, mit 50 Mann in Sehestedt glücklich angekommen. — Von der zersprengten Turnerschaar haben sich bis jetzt 24 Mann hier wieder gesammelt.

† Bremen, 11. April. Die Wahlen zu unserm Verfassungsrathe oder unserer konstituirenden Versammlung sind fast vollendet, und noch in der ersten Hälfte dieses Monats erwarten wir den Zusammentritt dieser Körperschaft. Unterdessen finden die politischen Fragen, die unsern Freistaat betreffen, eine Erörterung in unsern Lokalblättern, deren nicht unbedeutende Zahl seit unserer Revolution sich noch gemehrt hat. Ja, selbst die niedern Schichten der Gesellschaft, die zu denen ihre Stimme nicht dringt, sind von der Bewegung der Zeit ergriffen. Unsere Bauern wollen Befreiung von den gutsherrlichen Lasten, die hier weit schwerer als im benachbarten Hannöverschen drücken, und in dem ländlichen Proletariat regen sich unsere kommunistischen Westerlinger. Keine Klasse der Bevölkerung aber zeigt sich aufgeregter, als die nicht unbedeutende der Cigarrenmacher. Sie gilt hier als die rothe; aber mit Unrecht schilt man sie so. Dem Staate ist wenig für sie geschehen. Als Kinder, ohne gehörigen Schulunterricht genossen zu haben, werden sie in die Fabriken aufgenommen; ein reichlicher Verdienst macht sie üppig, sie heirathen früh und sind meistens früh entnervt. Während andere Arbeiter für schwere Zeiten zurücklegen, leben sie mit ihrem besseren Verdienst nur, wie man sagt, von der Hand in den Mund. Die Stockung im Handel wirkte daher besonders drückend auf sie. Unruhige Auftritte waren die Folge davon und sind erst unterdrückt worden, als einem durch den Vorschuß mehrerer Kapitalisten Arbeit verschafft wurde. In würdigerer Weise ist unser Handwerkerstand thätig. Wöchentlich vereinigt er sich in zahlreicher Versammlung in sogenannten Bürgerverein zur Besprechung seiner Interessen. Seine Haltung ist, wie die Neuheit dieser Zusammenkünfte angiehen, musterhaft, und die Diskussion wird vom Tischlermeister Wischmann, einem der Hauptzhebel unserer Revolution oder, wie es will, Reform, weisterhaft geleitet. Gestern wurde in der Versammlung die Absendung einer Adresse, die die Interessen des Handwerkerstandes dem Frankfurter Ausschusse vorstellen solle, beschlossen. Unser Staat ist leider zu klein, um neben den kaufmännischen

zuglich die Handwerksinteressen beim deutschen Parlamente vertreten lassen zu können; aber der lebhafte Wunsch sprach sich aus, daß größere Staaten dieselben berücksichtigen und auch Handwerker nach Frankfurt schicken möchten.

**Lübeck**, 14. April. Nachdem unser bisheriger Bundestagsgesandter, Senator Dr. Curtius, in Folge des bekannten Mißtrauensvotums des Frankfurter Vorparlaments um Entlassung von seinen bisherigen Functionen am Bundestage förmlich nachgesucht hat, ist dieselbe ihm am 12. d. M. vom Senat bewilligt worden und an seine Stelle unser jüngst erwählter Senator Dr. Hermann von der Hude zum Lübeckischen Bundestagsgesandten ernannt und zu möglich baldiger Abreise nach Frankfurt aufgefordert worden. Das bietet letztere Ernennung insofern einen interessanten Beleg von dem wunderbaren Umschwung der Dinge und der Ansichten in der letzteren Zeit, als Senator von der Hude gerade der Theilnahme an dem Frankfurter Attentat beschuldigt, mehrere Jahre auf der Wartburg in Untersuchung und Haft gewesen ist. Eine Genugthuung, die früher als Hochverrath in den Kerker führte, qualificirt jetzt zu den höchsten Ehrenstellen der Nation. (Börsenh.)

* **Frankfurt**, 17. April. Zu Anfang der heutigen Sitzung des Fünfzigerausschusses wurde angezeigt, daß Hr. v. Schwarzer in Wien Hrn. Hubner, den Agenten des österr. Lloyd, für sich substituirt habe, während Endlicher den Ausschuß verläßt. Valaszi erklärt, wegen selbst kommen noch einen Selbstvertreter senden zu können, da er die Aufgabe des Ausschusses mit der Integrität Böhmens nicht für verträglich halte. Die heute gefaßten Beschlüsse waren: dem Bundestag das Gesuch der 500 Polen, welche über Köln, Frankfurt in ihr Vaterland zurückkehren, nur in Reisenunterstützung und freien Durchzug (ohne Waffen) zu empfehlen; ferner den Regierungen, in deren Länder noch nicht gewählt ist, die Deutung des Begriffes der Staatsangehörigkeit (als Bedingung des aktiven Wahlrechts) im liberalsten Sinne anzuempfehlen; die österr. und preuß. Regierungen um möglichste Beschleunigung der Wahlen zu ersuchen; der sächsischen Regierung gegen das in ihrem Wahlgesetz aufgestellte Princip der Minoritätswahlen Vorstellungen zu machen; eine von Kolb angeregte Proklamation gegen das baierische Wahlgesetz, insofern es die aktive Wahlfähigkeit an eine direkte Steuer knüpft, wurde an eine Kommission (Wächter, Wedemeyer, Stettmann, Koch und Schwanzenberg) verwiesen. Morgen wird über die Verhältnisse zu Italien, über Volksbewaffnung und Gälich's Antrag auf Schutz der deutschen Grenzen berathen.

**Frankfurt**. 36. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 17. April. Nachträglich zu dem Berichte über die 35. Sitzung wird bemerkt, daß in dieser Sitzung auch die k. preuß. Regierung aufgefordert worden ist, unverzüglich den Oberbefehlshaber über die in Schleswig-Holstein zu agiren bestimmten preuß. und die zum 10. Armeekorps gehörigen Truppen zu ernennen und der Bundesversammlung hiervon Anzeige zu machen. In der heutigen Sitzung wurde auf den Antrag des Militärausschusses ein Gesuch von sardinischer Seite, um Freigebung einer Partie nach Turin bestimmter Pferde, in Folge des die Ausfuhr verbietenden Beschlusses vom 8. März abgelehnt und einem Protest der großh. luxemburgischen und herzogl. holsteinischen Gesandtschaften, gegen die Anwendung jenes Verbots in Luxemburg, Limburg, Holstein und Lauenburg, keine Folge gegeben. Der zum Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps ernannte Prinz Karl von Baiern, wurde unter Mittheilung des von ihm auszustellenden eidlichen Reverses aufgefordert, diesen Revers vollzogen einzusenden und unverzüglich anzuzeigen, wo er sein Hauptquartier aufgeschlagen habe, um seine Thätigkeit so schnell entwickeln zu können, wie die gegenwärtigen Zeitverhältnisse und insbesondere die im bad. Oberlande und am Oberrhein überhaupt bestehenden Zustände nothwendig machen. Zugleich wurden ihm ebenso, wie dies bezüglich des naßauischen Kontingents schon geschehen war, diejenigen kurhessischen Truppen bis auf weitere Verfügung untergeordnet, welche auf das Ersuchen der badischen Regierung nach dem Beschluß vom 15. d. in Bewegung zum Anschluß an das 8. Armeekorps gesetzt worden sind. In Beziehung auf die neuerdings in Straßburg eingetroffenen Polen wurde die großh. bad. Regierung ersucht, dieselben Maßregeln einzuhalten, welche nach der Anzeige in der Sitzung vom 12. d., hinsichtlich der früher schon durchpassirten Polen getroffen waren.

* **Frankfurt**, 18. April. Die heutige Sitzung des Fünfzigerausschusses eröffnete der Präsident von Soiron mit dem Bericht über seine und Bußs Sendung nach Baden. Auf seinen Antrag wurde sodann beschlossen, die Einberufung Heckers in den Ausschuß zurückzunehmen, und statt seiner Schaffrath einzurufen. Als hierauf ten, erklärte der Präsident, daß er über wichtige Punkte eine Mittheilung in einer Komitesitzung zu machen habe, worauf die öffentliche Sitzung in eine geheime verwandelt wurde.

## Großbritannien.

**London**, 15. April. O'Connor hat in der Unterhausfitzung vom 13. April schließlich noch erklärt, daß er auf die parlamentarische Berathung der chartistischen Petition oder der Volkscharte verzichte. Folgenden Tags hielt der sogenannte Nationalkonvent der Chartisten eine Sitzung, in welcher auch F. O'Connor erschien, um diese Erklärung zu rechtfertigen. Er ließ sich bei dieser Gelegenheit über die Tage vorher im Unterhause stattgehabten, ihn und seine Sache betreffenden Vorgänge weitläufig aus. Er äußerte unter Anderm: die Unterschriften unter der Petition wären von niemand Anderm als von Regierungsspionen verfälscht worden. Die Petition zähle gewiß so viele Unterschriften als er angegeben; es sei aber den 13 Schreibern nicht möglich gewesen, sie in der kurzen Frist von 17 Stunden zu zählen; Alles, was man gegen die Petition vorgebracht, beruhe auf einer Regierungsfabale. Er wies nach, wie es nach dem, was vorgegangen, für die Sache der Chartisten, für das Land und ihn selbst besser und nützlicher gewesen, daß er seinen Antrag auf Berathung der Petition fallen ließ; man möge dagegen nach Ostern das Parlament mit Lokalpetitionen in Betreff der Volksforderungen bestürmen; die Regierung stehe am Vorabend einer großen Gesetzgebungsfrist, und wenn diese herzugebrochen, werde der Tag der Arbeitsfreiheit gekommen sein. Ernest Jones trug darauf an, daß man die Königin um Entfernung der jetzigen Minister, um Ertheilung derselben durch volksfreundliche Männer und um Entlassung des gegenwärtigen Parlaments angehe. O'Connor ging über diesen Antrag vorsichtig hinweg, obschon er einräumte, daß das jetzige Ministerium in einer ständlichteren Weise als je ein früheres die Rechte des Volks verletzt habe, daß die Arbeitskrise an allem Unglück Schuld sei, daß aber der Tag nahe bevorstände, wo die mittlern und arbeitenden Klassen zu einem gemeinsamen Bündniß zusammentreten und das Joch der Arbeitskrise abschütteln würden. Der schlimmste Feind der Chartisten sei das Morning Chronicle, ein Eigenthum des Barons Rothschild, jenes Juden, welchem das Volk bei der letzten Wahl den Rücken gewiesen; er, O'Connor, habe zwar aus Grundsatz für die Zulassung des Juden gestimmt, er wisse aber nicht, ob er damit Recht gethan; er sehe mit Schrecken Thaten von Rothschild für seine gelegitteten Diäten lohne. Schließlich erklärte O'Connor seine Absicht, ein täglich erscheinendes Blatt für die arbeitenden Klassen gründen zu wollen. Ein gewisser Adams schlug vor, daß die Versammlung Herrn O'Connor ihren Dank für das „edle und würdige" Verhalten desselben in der gestrigen Parlamentssitzung zu erkennen gebe. Der Antrag wurde unterstützt und angenommen, man bemerkte jedoch, daß drei oder vier Konventsmitglieder ihre Hände nicht in die Höhe hielten, und daß mehrere Andere mit Lauheit oder Widerstreben ihre Zustimmung ertheilten. Das von den bestenden Klassen Englands so sehr gefürchtete chartistische Gespenst scheint nach solchen Vorgängen freilich zum Anscheinbaren zusammenzuschrumpfen, insofern sich nicht ein Mann an die Spitze dieser Bewegung stellt, der entschlossener zu Thai, gewissener und würdiger in seinem Verhalten und reicher an Ideen ist, als O'Connor, welcher seine Partei mit gewohnten Phrasen im Kreise und in ausgefahrenen Gleisen herumführt, mit Verspeachungen und hohlen Prahlereien hinhält und sich und sie bei den Gegnern lächerlich macht. Es bedarf für die Chartisten eines Mannes, dem es um die Sache, nicht um seine eigene eitle Person zu thun ist. Etwas Charlatanartiges bezeichnet alle diese irischen Agitatoren, denen es an Talent, Rednergabe, Gewandtheit, Schlauheit und Selbstbewußtsein freilich nicht fehlt. Wie schon bemerkt, scheinen unter den jungen Chartistenführern entschlossene Männer zu sein, die, wenn sie diese Bewegung in den untern Schichten mit ebensoviel Kühnheit als Klugheit benutzen, leicht gefährlich werden können. An Unzufriedenheit, republikanischen Sinn und selbst Revolutionsgeistlosen fehlt es in England keineswegs; auch ist nicht zu läugnen, daß es im Parlamente, sowohl im Ober- als Unterhause, eine gute Anzahl angesehener Mitglieder und Peersnoire gibt, die besser durch frische Kräfte ersetzt werden, welche sich jetzt auf ein zielloses Agitiren und Aufwühlen der Massen werfen.

## Frankreich.

**Paris**, 15. April. Wir haben gestern die Unruhen erwähnt, die in einem großen Theil der Provinzen ausgebrochen sind; in Toulouse, Lyon, Beauvais, Troyes u. s. w. hat sich derselbe Geist der Widersetzlichkeit geltend gemacht und schwerlich werden diese Symptome einer tiefen Unzufriedenheit die letzten ihrer Art sein. Man so-

Digitized by Google

belt viel von orleanistischen Komplotten, von einer Allianz zwischen Orleanisten und Legitimisten, die sich über den Herzog von Bordeaux vereinbart habe, aber es braucht dessen nicht; die Gründe des Mißvergnügens liegen tiefer als in den Intriguen einer dynastischen Partei. Gewiß sind unter den Unzufriedenen Leute genug, die weder für Louis Philipp II. noch für Heinrich V. schwärmen; es ist der gebundene und geknechtete Provinzialgeist, der sich gegen die Hauptstadt, der gebildete und thätige Mittelstand, der sich gegen die Herrschaft eines vom Staat gefütterten Proletariats erhebt, es ist die Reitwuth der persönlichen Freiheit, die sich gegen die freche Willkür revolutionärer Drekonfuln rührt. Die Blätter der äußersten Partei haben einen richtigen Instinkt; sie reden von Föderalismus, von Girondismus in demselben giftigen Ausdrücken, wie im Jahre 1793 der Ami du peuple oder der pere Duchesne, aber sie haben eine scharfe Witterung der Dinge, die sich vorbereiten, und in der That tauchen die alten Gegenstäze wieder in bestimmteren Umrissen auf. Drum ist diese Bewegung, wenn auch nicht so organisirt, wie eine Verschwörung, doch viel bedenklicher; sie überwuchert den ganzen Boden Frankreichs und hat in Rennes so gut wie in Straßburg, in der Provence und Gascogne so gut wie in der Normandie ihre unsichtbaren Verbindungen.

In diesen aufgeregten Moment fallen nun die Wahlen; selbst die Anhänger der Regierung und ihre Organe geben zu, daß der Ausgang nicht ganz sicher sei; denn je mehr man auf die Ergebenheit der Hauptstadt rechnen kann, desto weniger glaubt man auf die Provinzen bauen zu können. Die glückliche Wendung für die Ruhe Frankreichs in der nächsten Zeit wäre nun aber unstreitig die, daß eine Majorität im Sinne eines gemäßigten und diskriminirten Republikanismus zusammenkäme; an diese Majorität würden sich dann auch die dynastischen Elemente anschließen und die Zustände wären vor einer nahen Krisis bewahrt. Dann wäre allerdings die Frage, ob Republik, ob Monarchie, gar nicht mehr zu verhandeln; die neue Majorität würde sich als ein Ergebniß der Nothwendigkeit ebenso befestigen, wie die provisorische Regierung. Freilich lägen ihr dann alle die Fragen der socialen Reform unerledigt vor, welche die provisorische Regierung angeregt, aber nicht gelöst hat.

Indessen dieser günstigsten Wendung scheint man nicht sicher; fürchtet man zwar nicht, daß sich eine ultrarevolutionäre, terroristische Partei die Mehrheit verschaffe, so ist man desto mehr besorgt vor einer zu gemäßigten, republikanisch lau gefärbten, aber die jüngste Wendung der Dinge mißvergnügten Majorität. Man scheint freilich für diesen Fall — und gewiß mit Recht — zu erwarten, daß die 150 oder 200 ausgesprochenen Republikaner, die doch mindestens in die Versammlung kommen werden, durch ihre Energie und Konsequenz die träge Masse fortschieben werden; man rechnet zugleich auf den mächtigen Eindruck der Bevölkerung der Hauptstadt, die Wirksamkeit der Pariser Presse und der Klubs. Ob sich aber in solch einem Falle jene andern so leicht lenken ließen, wie einst der „Bauch" des Konventes — das steht fürs Erste noch dahin; wenn nicht, so würden wir eben Auftritte erleben, minderlei wie am 13. Brumiker, vielleicht wie am 31. Mai 1793. „Man sei aufs Aeußerste gefaßt", so läßt sich das ministerielle Bulletin de la République vernehmen, und gewiß darf man nicht daran zweifeln, daß in solch einem Falle entweder die Versammlung unter die Herrschaft der Hauptstadt, ihrer Klubs, ihres Proletariats geßellt, daß sie mit dessen Hilfe gerade wie am 18. Fructidor epurirt, oder wie in den schrecklichen Mai- und Juntagen 1793 zulezt mit empörender Gewalt unterdrückt würden. Ein solches System kann sich dann eine Zeit lang halten, wie einst auch das Direktorium; es trägt freilich den Keim der Rechtslosigkeit in sich und wird früher oder später auch seinen 18. Beumaire finden. Für jezt sind wir zwar davon noch um ein gutes Stück entfernt; so viel bleibt aber gewiß, daß und die nächsten Wochen eine Zeit der Entscheidung bringen, reicher an Leidenschaft, Parteigeist, an aufgeregten und aufregenden Elementen, als es die ganze Summe der achtzehn Kammern zusammengenommen (seit 1830) im Stande war.

**Paris**, 16. April. Der Monitur bringt heute folgende Verordnung: 1) Vom 1. Jan. 1849 angefangen ist die Salzsteuer abgeschafft. 2) Von demselben Tage ab hört das Einfuhrrecht von fremdem Salz auf. 3) Es wird von 200 Pfd. Salz ein Einfuhrzoll von 25 Centimes auf der Landgrenze erhoben werden; von 50 Centimes auf der Meergrenze unter franz. Flagge; von 2 Fr. unter fremder Flagge. 4) Salz aus den franz Kolonien wird tarifrei eingehen. 5) Fremdes Salz, das zum Unterhalte unserer Marine bestimmt ist, ebenso.

Die Scheidung der Parteien spricht sich in der Presse und in den Klubs immer entschiedener aus. Während Blätter, wie das Journal des Débats möglichst lavieren, um bessern Wind abzuwarten, ist der National ein zahmes Regierungsblatt geworden, das Organ der republikanischen Mäßigung und Disciplin. Ein paar andere Blätter, z. B. die Assemblée nationale vertreten die mißvergnügt Rechte, den Mittelstand, indeß die Reforme, das Organ Ledru Rollins, ungeduldig den Moment herbeisehnt, wo der vierte Stand zu vollständigen und unbedingten Herrschaft über die andern gelangt, d. h. eine terroristische Revolutendiktatur, die Herrschaft der Robespierres en miniature möglich geworden ist. Von den Klubs vertritt der Klub pour la liberté des elections die äußerste Rechte; es charakterisirt den Geist desselben, daß dieser Tage dort der Vorschlag gemacht worden, die drei Mitglieder der prov. Regierung Ledru Rollin, Flocon und Louis Blanc in Anklagestand zu versezen. Heute fordert das Journal dieses Klubs offen zum Widerstande gegen die Verschwörungen des Hrn. Ledru Rollin auf.

Auf der andern Seite, auf der äußersten Linken ist ht der Klub, in dem Blanqui seine Rolle wieder zu spielen beginnt; denn obschon dessen Vertheidigung Niemand befriedigt hat, fängt er doch bereits wieder an, sich durch Uebertreibungen und eine leidenschaftliche Opposition gegen die Regierung auszuzeichnen. In Paris wie bei uns gibt es Leute, die ihren materiellen und moralischen Bankerott durch den Ereß republikanischen Wühlens und Wüthens zu verdecken suchen; so ist dieser Tage der Präsident eines Klubs, die in Jonne Montagne (?) arretirt worden — weil er wegen gemeiner Verbrechen zu zehnjähriger Galeerenstrafe verurtheilt war! Von Blanqui, dem gesinnungstüchtigsten Klubisten, ist aber der Verdacht, ein Spion der Juliregierung gewesen zu sein, noch nicht abgewälzt.

Mitten in diesen Ernst der Dinge fällt ein sehr spaßhaftes Intermezzo, in dem Sr. Herrl. Lord Henry Brougham die lächerliche Person ist. Derselbe hat sich vor Kurzem in einer wüthenden Invektive gegen die Republik engagirt; kein Mensch hatte aber eine Ahnung davon, daß er kurz vorher (am 7. April) ein Gesuch in Paris eingereicht hatte, um als französischer Bürger naturalisirt zu werden (S. ist zu Cannes begütert) und als Kandidat für die konstituirende Versammlung aufzutreten! Der Justizminister verlangte Verzicht auf das englische Bürgerrecht und die Adelsprivilegien, er wollte natürlich nur mit einem citoyen Broughum zu thun haben. Sr. Herrl. konnten sich aber von diesen irdischen Gütern nicht trennen, und der Schluß des ganzen pikanten Briefwechsels war eine gereizte Erklärung des edlen Lords, daß er nimmer Citoyen werden, sondern Lord H. Brougham, Pair von England, Schottland und Irland bleiben wolle. Man kann sich denken, welch unstheblisches Gelächter diese Veröffentlichungen hervorriefen; die Lage des englischen Whigblattes, des Punch, ist in diesem Falle wahrhaft beneidenswerth.

### Italien.

Die N. Z. Z. bringt folgende zerstreute Nachrichten aus Italien: Auch Brescia ist jezt in der Zentralregierung zu Mailand vertreten, so daß nun in der prov. Zentralregierung alle lombardischen Städte repräsentirt sind. — In Modena hat sich ebenfalls eine prov. Regierung gebildet. — Parma hat sich endlich von seinem Herzog ganz losgesagt. Der Herzog selbst stellte seinen Staat unter die Vormundschaft Karl Alberts. Indessen bildete sich auch hier eine provisorische Regierung. — In Bologna haben die Studenten sich als Freischaar organisirt. Die hiesige Zeitung bestätigt den Abzug eines Schweizerregimentes nach der Lombardei. Am 10. April zogen hier 800 Ungarn ein, welche die Waffen niedergelegt hatten. Man schickt sie in ihr Vaterland zurück unter dem Versprechen, die Waffen gegen Italien nicht mehr zu tragen. Auch in Mailand sind gefangene Ungarn freigelassen worden. Man überschüttet die Ungarn mit Artigkeiten.

### Polen.

**Krakau**, 10. April. Die Bresl. Z. meldet: Der seitherige Vertreter des Hofkommissärs, Baron Krieg, erhielte heute Nachmittag dem Polizeidirektor Krdbl den Befehl, alle Emigranten sofort zu verhaften, und nahm selben Entlassung an, als derselbe erklärte, er werde keine Maßregel ausführen, welche den Ruin der Bevölkerung zur Folge haben müßte, indem ein sofortiges Loschlagen der Polen nach diesem ebenso harten, als nach der heutigen Staatsverfassung nicht zu rechtfertigenden Verfahren zu erwarten stände. Baron Krieg wandte sich hierauf mit gleichem Befehle an die unteren Polizeibeamten, empfing aber dieselbe vernünftige Antwort und die Bitte um Entlassung aus dem Staatsdienst. Sofort wendeten sich die Bürger, als dieser Vorfall bekannt wurde, an den Militärgouverneur, Grafen Lothigkloni, welcher den Polizeidirektor und dessen Beamten sogleich wieder in ihre Aemter einsetzte und ihr Verfahren durchaus billigte. Auch wurde augenblicklich eine Estaffette nach Wien entsendet, um die schleunige Abberufung des Kreishauptmanns Krieg zu verlangen.

Wächter, Kanzler.

[361] Bei J. P. Sturm in Augsburg ist soeben erschienen:

Robert Blum.

Ein Charakterbild für Freunde und Feinde.

Von

Dr. Frey.

Motto: „Das Recht kann Blut, Das Blut kann Tod, Die Freiheit kann nicht sterben."

Zweite vermehrte Auflage.

8. broch. 1 fl.

[361] In allen Buchhandlungen ist zu haben:

Der vierte Stand und die Monarchie

von

Fr. Rohmer.

gr. 8. München, C. Franz. broch. 12 kr. = 4 Sgr.


sprochen, sondern den leichtfertigen Wildfang in meinen Büchern immer gezeichnet, wie er ist und wie ich ihn kenne. Denn die Weltgeschichte ist das Weltgericht der Völker, und die zahlreichen und wimmelnden Stämme der Slaven und Wenden haben nirgends Dauerndes gestiftet noch stiften gekonnt, weder in Beziehung auf den Staat noch auf Wissenschaft und Kunst. Davon machen die Russen allerdings eine ehrenvolle Ausnahme; sie haben wenigstens einen politischen Verstand und Bestand offenbart, obgleich wir Germanen nimmer wünschen können, ihren Reck anzuziehen. Warum haben sie das offenbart? Sie haben eine Zuthat von germanischen Skandinaven, sie haben später eine bedeutende Zuthat von Tartaren bekommen. Ihre Münze ist dadurch nicht so leicht abschleiflich und zerreiblich geworden, als Gott der Herr sonst die slavonische Münze von Anfang an scheint leicht ausgeprägt zu haben. Eine ähnliche Erscheinung sind die Czechen in Böhmen und in den Karpathen, wohinein wahrscheinlich viel Uedentsches und Altmedisch-sarmatisches und Medisch-Skazygisches gemischt worden ist. Denk weiter nach.

Wie viel ist seit einem Jahrhundert über die unglücklichen Polen verhandelt, gestritten, geschrieben worden! wie viel allermeist in dem letzten halben Jahrhundert! Machen doch die Wildlinge und Taugenichtse in den Familien auch immer den größten Lärm, und geht es der Weltgeschichte da viel besser mit den ewig unruhigen und halbwilden Völkern?

Ich behaupte eben mit der richtenden Weltgeschichte vorweg: die Polen und überhaupt der ganze slavonische Stamm sind geringhaltiger als die Deutschen, und die deutschen Polennarren haben weder einen politischen noch einen geistigen und sittlichen Grund, die Kinder ihres Blutes den Polacken zu Gefallen aufzuopfern und in den schlechteren Steff hineinkämpfen zu lassen.

Ich werde bei der Lesung und Umschlagung der Blätter des Polenbuches, das so offen vor aller Welt aufgeschlagen liegt, ganz kurz sein und nur zu drei Arten Leute ein Wörtchen sprechen, welche

Schweiz, Niederland, das Elsaß und Lothringen verloren haben? Kommt nun her, Ihr bezauberten oder gutmüthigen Narren und schreit uns diese herrlichen abgerissenen Lande wieder zurück. Ihr bringt sie uns so nicht wieder, eben so wenig, als Ihr durch begeistertes Geschrei Polen den Russen abjagen und wiederherstellen könnt.

Nein, was gegen Westen hin diesseit Posens liegt, wo die Deutschen mitherrschen, und die Kreise um die Warthe und Netze und Westpreußen, früher und jetzt mehr von Deutschen bewohnte und besessene Lande, wollen wir dem schlechtern und leichtern Volke nicht so hinwerfen. Alles, was östlich von Posen liegt, ein fast rein polnisches Land, wollen wir den Polen mit Pflicht und Freude zurückgeben, wenn sie die Tüchtigkeit und Redlichkeit beweisen, daß sie wieder ein Volk werden können.

Die Schelme. Dies wäre ein langes Kapitel. Wir wollen es zu einem kurzen machen. Die Rede der Wahrheit ist kurz. Manche Polenbegeisterte oder sich Polenbegeistertgeberdende sind noch die sogenannten Republikaner, die unser liebes Vaterland von einem Ende bis zum andern in Brand und Blut übereinander stürzen und es an beiden Grenzen, im Westen und im Osten, den Wälschen und Moskowiten als bereitete und leicht zerreißliche Beute hinwerfen möchten. Diese sind keine begeisterten Thoren, auch nicht bloße Narren, sie sind Vaterlandszerreißer und Vaterlandsverräther, gerade jenen schlechten Polen gleich, die ihr Land weiland der großen Katharina von Rußland verkauften. Es sind wirkliche Schelme, die wissen, was sie thun und warum sie es thun. Warum toben und schreien sie so gewaltig für die Polen? warum schimpfen und schmähen sie ohne Maß und Ziel auf die Preußen und auf den König von Preußen, und möchten gern die halbe preußische Monarchie den Polacken hinwerfen?

O glaubt mir: es ist Plan in der Wuth. Preußen ist die erste und jetzt die einzige Macht, um welche die Fürsten und Völker Deutschlands sich sammeln können und, wenn sie bestehen wollen, sich sammeln

Stützen entdehren des Fundaments, sie werden den Umsturz nur auf einige Zeit verzögern, nicht verhindern, nur ein wohlhabender Bauernstand wird dem Staat und den obengenannten Institutionen eine feste und dauernde Grundlage geben, ein wohlhabender Bauernstand ist aber nur denkbar im Besitz von Grundstücken.

Nun hat aber die Richtung unserer Zeit, Bequemlichkeit und Habsucht, sich hauptsächlich auf den Erwerb von Grundstücken geworfen, weil so das Kapital am Sichersten, und durch Verpachtung doppelter, ja mehrfacher Zinsertrag zu erzielen war, Alles wollte und will noch Güter kaufen. So stieg der Preis der Aecker und Pachtgelder auf eine enorme Höhe, die Lebensbedürfnisse stiegen fast auf das doppelte ihres frühern Preises, die geringeren und mittleren Landbewohner verarmten, der Gewerbstand brauchte das Doppelte zum Lebensunterhalt und verlor einen großen Theil seiner Absetzer durch die Verarmung der Bauern und die Konkurrenz der ausländischen Industrie, welcher es schutzlos Preis gegeben war, und das Vermögen Beider floß allmählich in die Tasche der Reichen und der größeren Gutsbesitzer; so wurde die grauenhafte Verarmung der Massen erzeugt, die das Vaterland mit jedem Tage seinem Untergange näher bringt.

Folgendes Gesetz dürfte diesen Zustand größtentheils beseitigen:

1) Die Grundsteuer ist progressiv und zwar in der Weise, daß der Besitzer bis zu $1/_2$ Morgen steuerfrei ist, dagegen bis zum Besitz jener Morgenzahl, die das Doppelte derjenigen beträgt, die jeder Gemeindebürger erhalten würde, wenn die ganze Gemarkung gleichheitlich vertheilt wäre, progressiv nach mäßigem Maßstab, bei einem Mehrbesitz kommt die Steuer dem Reinertrag gleich.
2) Personen oder Korporationen, welche Güter zur Sicherung ihrer Kapitalien besitzen, unterliegen der gleichen Bestimmung, zahlen aber die doppelte Steuer. Wittwen und Waisen von Landwirthen sind für ihre ererbten Grundstücke ausgenommen.
3) Der geringst Begüterte in einer Gemeinde hat das Recht, acht Tage nach jedem Güterverkauf in das Recht des Käufers einzutreten, wenn dieser zu den 10 höchst Begüterten der Gemeinde gehört. Bei solchen, die ohne Vermögen sind, tritt der Staat bei ihrem ersten Ankauf, bis zu jenem Maß, welches Steuerfreiheit genießt, als Bürge für den Kaufschilling ein mit Vorbehalt des Eigenthumsrechts bis zur Zahlung des dritten Theils vom Kaufpreise.
4) Von diesem Gesetz finden keine Ausnahmen Statt, welchen Namen sie auch tragen mögen. Die Steuererhöhung geschieht successiv und ist in drei Jahren vollständig in Wirkung.

Schützt nun der Staat neben den uns verheißenen freien Institutionen den Landmann vor den Schlingen des Wuchers durch eine wohleingerichtete Kreditanstalt, vor Prozessen durch ein zweckmäßiges Schiedsgericht, vor Devationen und Geldererpressungen des untern Forst- und Polizeipersonals durch Ermäßigung der Straf- und Banggebühren und möglichst humane Instruktionen — dann sind so ziemlich die Quellen des Nothstandes unserer ärmeren Bauern verstopft.

Die Preise der Grundstücke werden auf ihren wirklichen Werth zurückgehen, der Besitz derselben durch das Steuersystem möglichst gleichmäßig vertheilt, die Last des Landmannes durch die vom Staat bereits zugesicherten Erleichterungen vermindert und seine Erwerbsmittel durch vermehrten Güterbesitz und ermöglichtere besseren Anbau vermehrt, so werden wohl an die Stelle eines großen Gutsherrn 100 wohlhabende Bauernfamilien treten; sie werden in Feld und Haus einer Menge fleißiger Hände bedürfen, die jetzt ohne Beschäftigung trostlos in die Zukunft sehen. Der Bedarf an Kleidungsstücken, an Haus- und Ackergeräthen aller Art wird sicher verzwanzigfacht, und daher auch der Absatz unserer Gewerbs- und Fabrikerzeugnisse in gleichem Maße vermehrt werden; kommt hierzu noch ein Schutz gegen die Uebergriffe der Geldmacht in den Gewerben und werden uns jene Millionen, die für Fabrikate jährlich dem Auslande zufließen, durch eine geeignete Zollgesetzgebung erhalten, so werden Gewerbsleute und Fabrikanten des Absatzes ihrer Erzeugnisse sicher sein. Unsere reichen Gutsbesitzer werden von nun an in die Klasse der Kapitalisten eintreten und durch ihren Reichthum den Glanz und Wohlstand unserer Städte erhöhen, und so werden Ackerbau, Gewerbe, Handel und Industrie zu einer Blüthe gelangen, welche die Garantie des Staats für Arbeit und anständige Existenz seiner Bewohner unnöthig macht, weil sehr bald keine fleißige Hand ohne hinreichend lohnende Beschäftigung sein wird.

Und nun Ihr deutschen Fürsten und mächtigen Stände der deutschen Nation, Ihr Bürger in Stadt und Land, begeistigt diesen Vorschlag, und erscheint er Euch geeignet, die gänzliche soziale Auflösung, der wir in raschem Lauf entgegengehen, aufzuhalten und unserem Vaterland eine bessere Zukunft zu bereiten — — dann rasch Hand ans Werk, ehe das Verhängniß ruft: es ist zu spät.

## Italien.

* Rom, 3. April. In dem Drang der Umstände wurde ein Wort, welches Pius IX. an die Völker Italiens gerichtet, Anfangs wenig beachtet. Nachgerade fängt es sich, daß die Auffassung, welche es von den Tagesereignissen gewonnen hat, wohl zu begreifen ist und es scheint daher schicklich, diesen Hirten- und Fürstenwort auch im weiteren Kreise zu verbreiten. Es lautet in wörtlicher Uebersetzung: Die Ereignisse, welche diese beiden Monate haben mit so reißendem Geschick sich einander folgen und drängen sehn, sind kein menschliches Werk. Wehe dem, welcher in diesem Sturm, der die Zedern und die Eichen schüttelt, entwurzelt und zersplittert, nicht die Stimme des Herrn vernimmt. Wehe dem menschlichen Uebermuth, wenn er der Schuld oder dem Verdienst irgend welcher Menschen diese wunderbaren Veränderungen zuschreibt, anstatt die geheimen Absichten der Vorsehung zu erkennen, sei es, daß sie sich auf den Wegen der Gerechtigkeit oder auf den Wegen des Erbarmens offenbaren, jener Vorsehung, in deren Händen alle Grenzen der Erde sind. Und Wir, denen das Wort gegeben ist um die stumme Beredsamkeit der Werke Gottes auszubeuten, Wir können nicht schweigen inmitten der Wünsche, Befürchtungen, Hoffnungen, welche die Gemüther Unserer Söhne umhertreiben. Und vorerst müssen Wir Euch bekennen, daß wenn Unser Herz erschüttert wurde, als Wir vernahmen, wie man in einem Theil Italiens mit den Tröstungen der Religion den Gefahren des Umsturzes vorgebeugt hat, und wie sich in den Handlungen der Bruderliebe der Adel der Seelen offenbart hat, so konnten Wir jedoch und können anderseits nicht umhin, durch die Beleidigungen, welche man an anderen Orten den Dienern derselben Religion angethan hat, auf das Tiefste betrübt zu werden. Beleidigungen, welche, wenn Wir auch gegen unsere Pflicht dazu geschwiegen haben, doch ungerachtet Unsers Stillschweigens die Wirksamkeit Unserer Segnungen vermindern mußten. — Auch dürfen Wir Euch nicht verhehlen, daß der gute Gebrauch des Siegs eine größere und schwierigere Sache ist als das Siegen selbst. Wenn die Gegenwart der Vergangenheit Eurer Geschichte gedenkt, so mögen den Enkeln die Irrthümer der Großväter von Nutzen sein. Erinnert Euch daran, daß jener Bestand und jedes Glück die Einheit zum ersten bürgerlichen Grund hat, daß Gott allein es ist, welcher die Bewohner desselben Hauses einträchtig macht, daß Gott diesen Lohn bloß den Demüthigen, den Sanftmüthigen, denen gönnt, welche seine Gesetze in der Freiheit seiner Kirche, in der Ordnung der Gesellschaft, in der Liebe gegen alle Menschen respektiren. Erinnert Euch daran, daß die Gerechtigkeit allein erhaut, daß die Leidenschaften zerstören, und Derjenige, welcher den Namen des Königs der Könige führt, nennt sich auch den Herrscher der Völker. — Möchten Unsere Bitten zum Angesicht des Herrn emporsteigen und auf Euch jenen Geist der Kraft und der Weisheit herniedersteigen lassen, dessen Anfang die Gottesfurcht ist, damit Unsere Augen den Frieden erblicken mögen auf allen diesen Landen Italiens, welche wenn Wir sie in Unserer universellen Liebe für die ganze katholische Welt nicht die geliebtesten nennen dürfen, Gottes Willen zufolge Uns doch die nächsten sind." Rom, 30. März 1848. Pius IX. — Die Individualität des frommen Priesters, dem der Trost des gestürzten Systems auch jetzt die ganze Schuldenlast dieser ungeheuren Bewegung aufhalsen möchte, äußert sich in jedem Wort. Fast jedes Wort aber ist überhört worden. Für so zarte Kost sind die politischen Organe abgestumpft. Auch der Papst ist von dem ungeheuren Drang der Ereignisse, namentlich von dem inneren Parteigewühle physisch bedeutend angegriffen. Er geht der Einpuppung des Alters mit Riesenschritten entgegen und scheint sein Ende nahe bevorstehend zu glauben.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

gen, Konstanz (Die Rebellion im Seekreis. Die militärischen Maßregeln. Eine Republik Konstanz. Ein gewissenhafter Beamter). Heidelberg (Ein Schweizer Blatt über Deutschland). Kassel (Unruhen in Hessen). Mainz (Kampf zwischen liberalen und revolutionären Elementen). Weimar (Ministerialbekanntmachung wegen der Wahlen). Rendsburg (dänische Friedensvorschläge. Schlechter Empfang des Königs. Gerücht von einem Waffenstillstand). Frankfurt (der Bundestag und die deutsche Flotte. Sitzung der Bundesversammlung. Die Mission der HH. Schleiden und Mathy. Arrestee an Letztere).

**Schweiz.** Schaffhausen. Die Empörer im Seekreis. Bern. Tagsatzungsverhandlungen über Neuenburg. Die Neutralität, der französische Gesandte. Opposition gegen die Regierung.

**Niederland.** Haag. Der neue Verfassungsentwurf v. Capellen's.

**Frankreich.** Drohende Demonstrationen der Arbeiter. Die Nationalgarde gerüstet. Das Ganze endet friedlich und wendet sich gegen einen Theil der Urheber.

**Türkei.** Konstantinopel. Eindruck der Ereignisse im Westen.

**Griechenland.** Athen. Das neue Ministerium; Eindruck der Wiener Ereignisse.

**Nachschrift.** Truppen in Konstanz erwartet. Hecker nach Schaffhausen.

**Beilage.** Die Bewegung im deutschen Südwesten und die fremden Zuzüge. — **Italien.** Turin. Das sardinische Preßgesetz.

---

## Heidelberg, 20. April.

Wir haben uns gestern über die Bedenken ausgesprochen, welche man gegen die mittelbaren Wahlen zu erheben sucht; sie scheinen uns nicht begründet, wie halten die Bedenken gegen die unmittelbaren Wahlen, wenigstens wie die Sachen jetzt liegen, für größer und gewichtiger. Bei unmittelbaren Wahlen, so gut wie bei mittelbaren, setzen wir voraus, daß die Wähler zusammenkommen, nicht einzeln

abzugeben, haben wenig Wochen nachher sich dagegen ausgesprochen; dieselben Oberländer, die jüngst zu Tausenden in der Ueberraschung sich brauchen ließen, ein Votum für die Republik abzugeben, haben in kühlerer Stimmung der republikanischen Empörung meistens den Rücken gewandt und den Führern die gute Lehre gegeben, daß es zur ernsten That einer ernsten durchbildeten Ueberzeugung, nicht nur eines erhaschten Votums bedarf.

Es war ganz begreiflich, daß die Männer, die jetzt im Seekreise an der Spitze des Aufruhrs stehen, in Frankfurt einen Wahlmodus wünschten, der ihrer Praxis in den bekannten republikanischen Volksversammlungen eine Anwendung gestattete; wie sie dort in der Ueberraschung, in der Aufregung und Erhitzung der Leidenschaft Beschlüsse erlangten, die offenbar der Ausdruck der Mehrheit nicht waren, so ließen sich auf demselben Wege auch Wahlen erreichen, die eine ruhige und besonnene Ueberlegung der Majorität verwarf. Aber es war nicht minder bezeichnend, daß mit der äußersten Linken die äußerste hochtorystische und hochkirchliche Rechte der Frankfurter Versammlung sich für denselben Wahlmodus aussprach; je nach der momentanen Stimmung, den lokalen und individuellen Verhältnissen der Bevölkerung konnte ein so ungeheuerer Wahlkörper gerade sogut von adeligen und hierarchischen Umtrieben wie von radikalen geleitet werden. Die Jesuiten in Belgien wissen, wie sich die scheinbar freiesten Formen wieder zur Unfreiheit brauchen lassen, die in Luzern wußten es auch, warum sollte man es in Deutschland nicht wissen? Dieselben Gegenden, die jetzt dem republikanischen Putsch als Stütze dienen sollen, wurden vor zwei Jahren zu dem ultramontanen Petitionensturm gebraucht; hätten sie damals unmittelbar gewählt, hätte sich nicht in der mittelbaren Wahlart die ruhigere und besonnene Fassung wiedergefunden, wir hätten keine liberale, sondern eine ultramontane Kammee bekommen, und die pfäffischen Wühler von damals hatten ganz Recht, wenn sie es beklagten, daß die Wahlart in Baden keine direkte sei.

die ältesten Demokratien in Europa, einzelne Cantone, anfangen haben, ihre unmittelbare Aeußerung bei Volksstimmen in ein Repräsentativsystem umzuschmelzen, ist hier zu Lande nicht sollte sich Deutschland so ganz plötzlich aus der politischen Unthätigkeit zu dieser schwierigsten Probe demokratischer Durchbildung heranwagen, um vielleicht sehr bald durch den Mißbrauch den Gegnern des allgemeinen Wahlrechts die Waffen zu geben zu einer Anklage, die im Grunde nur die Art der Ausübung dieses Rechtes treffen kann?

Man hat die Schwierigkeiten gefühlt, und um nicht große und bewegte Volksversammlungen als Wahlherrn vor sich zu haben, um die localen Hinderniße wegzuräumen, hat man den Ausweg ergriffen, die einzelnen Gemeinden oder Kirchspiele abstimmen zu lassen, ohne einen gemeinsamen Zusammentritt Aller. Wir haben schon oben bemerkt, daß uns dies als eine Inkonsequenz erscheint; geht man von dem Grundsatze aus, nur eine unmittelbare Uebung des Wahlrechts gebe den reinen Ausdruck des Volkswillens, dann muß man diese Unmittelbarkeit nicht durch Vereinzelung, durch ein Auseinanderhalten des Volks und seiner Stimmen wieder dämpfen wollen. Dann kömmt man dahin, wohin wir in Frankreich jetzt die Ausübung des allgemeinen Stimmrechts gestürzt sehen; man wird der Zersplitterung der getrennten Stimmen wegen ein Minimum von Stimmen annehmen, die der Wahlkandidat haben muß, und dies wird zu einer Art Minoritätswahlen führen, wie jetzt in Frankreich, wo zweitausend Stimmen zur Wahl hinreichen. Man wird der Intrigue, dem Lokalgeist, den kleinlichen Interessen mehr Thür und Thor öffnen als auf jedem andern Wege; man wird die Klubs und Wahlkomitees zu Herren der Wahl machen, wie dies denn auch in der gegenwärtigen Lage die ziemlich unverhüllte Absicht der provisorischen Regierung in Frankreich ist. So schwer es dann den einzelnen getrennten Wählern fällt, sich über einen Mann über Wahl zu vereinbaren, so leicht wird es den Centralkomitées, dieser Leitung sich ganz zu bemächtigen; was bleibt den Isolirten Anderes übrig, wenn sie ihre Stimmen nicht ganz verloren sehen wollen, als sich einer solchen oligarchischen Leitung zu fügen.

Ist es den einzelnen Gemeinden eines Wahlbezirks von 50,000 Seelen sehr schwer, ohne Verabredung und gemeinsames Zusammentreten den rechten Mann zur Abgeordnetenstelle herauszufinden, so ist es ihnen dagegen sehr leicht, die Wahlmänner aus ihrem Kreise auszuwählen und als die Männer ihres Vertrauens, als ihre Mandatare abzusenden. Das Kopfzinsen dieser Wahlmänner ist im Stande, durch Verabredung, durch den freien Austausch der gegenseitigen Meinungen eine Einheit zu erzielen, die eine Wählerversammlung von vielen Tausenden nie erreichen kann; die Wahlmänner bringen den Ausdruck der individuellen Meinung ihrer Urwähler in den Wahlkörper herein und vereinigen sich dort über das, was dem Ganzen frommt. Nicht die Leidenschaft, sondern die Ruhe, nicht die Ueberraschung, sondern die besonnene Ueberlegung fallen hier am Schwersten ins Gewicht; die politische Einsicht wird hier am Meisten ausrichten, nicht die Taktik eines politischen Agitators. Diese Wahlen geben der Mehrheit am Meisten ihr Recht, weil die Mandatare der Mehrheit sich hier in der klarsten und unzweideutigsten Weise geltend machen können, weil zwischen Urwählern und Wahlmännern ein innigerer Rapport bestehen kann, der jenen eine vollkommene Kontrole über diese gestattet. Weder die Aufregung einer stürmischen Menge, noch die Verführungskunst gewandter Parteiführer, noch die kompakte Gewalt leitender Klubs und Ausschüsse können hier jene Macht üben, mit der man eine unbewußte, arglose und zerfplitterte Menge ungewaltigt; sie sind von diesen Einflüssen unabhängiger, aber denen, die sie gesandt haben, um so verantwortlicher.

So wie die Dinge jetzt in Deutschland liegen, scheint uns daher, als fehle, mit wenigen Ausnahmen, jede Stufe der Vorbildung, um jenen schwierigen Versuch des unmittelbaren Wahlmodus so ohne Weiteres zu wagen; der mittelbare Weg ist nur scheinbar ein Umweg, er führt ruhiger und sicherer zum Ziele. Nicht aber diese Wege — wir wiederholen es noch ein Mal — sind die Hauptsache; das freie und unbeschränkte Recht der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit ist der Schwerpunkt des neuen Wahlsystems. Daran halte man fest; können über den Wahlmodus abweichende Ansichten bestehen und, wir geben es zu, nach Lokal und Individualität diese Abweichung gerechtfertigt sein, über das Wahlrecht, das nicht vom Besitz, nicht vom Stande, nicht von der Konfession abhängt, sollte fortan in Deutschland keine Differenz der Meinungen mehr aufkommen.

---

**Oesterreich. Triest.** Dem Biedermann Freimüthigen wird von hier geschrieben: Bei uns herrscht, nämlich unter den höheren Kaufleuten, ganz Ekel. Die Aristokratie schwört, daß ihr wahrer Vortheil an den Fortbestand der Monarchie innig geknüpft ist. Allein bestenungeachtet werden selbst aus dem Schooße der gemäßigten Partei politische Wünsche laut, die übrigens nur dahin zielen, Triest in Bezug auf Steuerpflicht zu erleichtern und ihr municipale Selbstständigkeit zu gewähren. Zur exaltirten italienischen Partei gehören namentlich junge Leute, meistens Komis, die bereits manchen Krawall veranlaßten. So z. B. wurde das Haus der Venediger Handelsgesellschaft gestürmt, weil ein gut angestellter Beamte deffelben die Republik zu proklamiren gewagt hatte. In Krain herrschen unter dem Landvolke bedauernswerthe Unordnungen. Es ist förmlich gegen die Grundherrschaften aufgestanden und verweigert, ohne auf irgend eine Entschädigung sich einzulassen, jede sonst übliche Unterthansleistung. Als Krain im Jahr 1815 wieder an Oesterreich fiel, hatte Kaiser Franz nichts Eiligeres zu thun, als in jenen Theilen des Landes, wo das Unterthansverhältniß durch die Anordnungen der Franzosen bereits aufgelöst war, selbes wieder neu herzustellen. Unselige Bemühung! Die Folgen brechen jetzt zu Tage.

**Preußen.** Berlin, 15. April. Der Justizminister Bornemann hat allen jüdischen Rechtskandidaten, welche sich im vorigen Jahre bei seinem Amtsvorgänger wegen Zulassung zur ersten juristischen Staatsprüfung gemeldet, aus freien Stücken eröffnet, daß, nachdem die bisher entgegen gewesenen Anstände gesetzlich beseitigt worden, ihrer Zulassung zu den richterlichen Aemtern Nichts mehr im Wege sei. (K. Z.)

Berlin. Aus dem Bericht des Staatsministeriums an den König, worin die Wiederherstellung des rheinischen Strafrechts und Strafverfahrens bevorwortet wird, heben wir folgende Stelle hervor: Durch verschiedene von den rheinischen Ständen nicht berathene Ausnahmegesetze ist die rheinische Strafprozeßordnung für das Verfahren wegen der Verbrechen der Beamten und Geistlichen außer Anwendung gesetzt worden. Die Wiederherstellung der gedachten Prozeßordnung in ihrem ganzen Umfange ist von der Rheinprovinz und zum Theil von deren gesetzlichen Organen wiederholt beantragt. Ohne Bedenken kann daher schon jetzt diesen Anträgen die dahin nachgegeben werden, daß ein allgemeines Strafverfahren für die ganze Monarchie eingeführt sein wird. Mit der Wiederherstellung der Strafprozeßordnung muß aber, um das materielle Strafrecht mit den Formen des Verfahrens in völligen Einklang zu bringen, zugleich die Wiederherstellung der betreffenden Bestimmungen des rheinischen Strafgesetzbuches erfolgen, welche durch verschiedene von den rheinischen Ständen nicht berathene Ausnahmegesetze aufgehoben worden sind. Das rheinische Strafgesetzbuch enthält zwar in diesen, wie in andern Materien, Härten in Bezug auf die Höhe der Strafe. Dieser Umstand kommt indessen gegen die vorgedachte überwiegende Rücksicht nicht in Betracht, zumal ausreichende Mittel vorhanden sind, bei den zu harten Strafen eine Milderung eintreten zu lassen. Endlich muß die Oeffentlichkeit des Verfahrens in der Rheinprovinz von den durch verschiedene Erlasse gezogenen und von den gesetzlichen Organen der Provinz vielfach angefochtenen Schranken befreit werden, zumal auch in Berlin, wo die Verordnung vom 17. April v. J. Gesetzeskraft hat, eine ausgedehntere Oeffentlichkeit stattfindet.

Berlin. Die unglücklichen Ereignisse in Schleswig-Holstein haben hier in unserer Residenz das tiefste Interesse erregt und der neuen preußischen Diplomatie, wie sie durch unsern jetzigen Minister des Auswärtigen, Hrn. v. Arnim, gehandhabt zu werden scheint, eben keine Sympathien zugewendet. Man schreibt es nämlich hier besonders der durchgedrungenen Ansicht des Hrn. v. Arnim zu, daß Preußen erst die Resultate der bei England nachgesuchten diplomatischen Vermittlung abzuwarten habe, ehe es seinen entsendeten Regimentern den unmittelbaren Antheil am Kampfe gestatten dürfe. Darüber ist Schleswig-Holstein in Gefahr gerathen, schon auf den Vorstufen des Krieges zerrieben zu werden. Außerdem kennt man die Vorliebe, welche England von jeher für Dänemark an den Tag gelegt, welches Letztere es stets in einer Art von Bundesgenossenschaft zu sich betrachtet hat. Eine freie nationale Politik scheint nicht die Sache des Arnim'schen auswärtigen Ministeriums zu sein, und man sieht überhaupt nicht ein, wie dasselbe in unserer neuen Staatsverwaltung principiell seine Stelle werde behaupten können. (D. Z. B.)

Berlin, 17. April. Die Allg. Pr. Z. macht einen Erlaß bekannt, welcher die Bildung eines Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten festsetzt.

Merseburg. Auch hier fand am 15. April ein Tumult Statt, welcher die Bürger nöthigte, mit blanker Wehr einzuschreiten.

Vier Tumultuanten, schwer am Kopfe verletzt, blieben auf dem Platze, mehrere Bürger erhielten Messerstiche. Die Erbitterung sträubt sich fast, alle die Gewaltthaten und tollen Ausbrüche lang verhaltener Volkswuth aufzuzeichnen.

Aus der Provinz Preußen, 11. April. Die Polenagitation in Westpreußen ist schneller zur Ruhe gebracht worden, als man zuerst hoffte. Uebrigens haben die Verhaftungen in der Kulmer Gegend nicht, wie man Anfangs hörte, Viele betroffen; nur zwei oder drei Anführer, welche dem Befehle, die Werbungen einzustellen und binnen 24 Stunden die Stadt Kulm zu verlassen, nicht gehorcht hatten, sind durch den Kommissär der Regierung zu Marienwerder den Gerichten überliefert worden. Etwa 30 Sensenmänner, welche jene Bürgerwehr bestellt hatten, retteten sich durch schnelle Flucht über die Weichsel, als sie Kürassiere auf sich anreiten sahen, und somit hat die ganze Demonstration ein rasches und unblutiges Ende genommen.

(D. A. Z.)

Man schreibt der Köln. Z.: Die Truppenmacht der Polen wird auf 22,000 Mann berechnet, und man gibt immer mehr die Hoffnung auf, daß sie gütlich die Waffen niederlegen. Die Waffe den Sensenmännern ist jetzt furchtbarer, als früher, sie hat neben der Sense noch ein Beil, um der Kavallerie in die Beine zu hauen, und Haken, um die Reiter vom Pferde zu ziehen. Bei Wreschen soll ein Gefecht Statt gefunden haben, in welchem die preußischen Truppen 29 Pferde und 11 Mann gefangen nahmen, freilich nicht ohne Verlust einiger Mannschaften. Mierosławski steht mit seiner Kompagnie in dem Walde bei Krotoschin. Das Komite hat sich nach der Proklamation des General Willisen auseinander begeben; Mierosławski aber hält angeblich seine Truppe noch zusammen, welche 12,000 Mann stark ist.

So weit unsere Nachrichten reichen, dauert in dem Großherzogthume Posen noch immer die bisherige Verwirrung fort. So sind z. B. 800 Sensenmänner plündernd in Exen eingezogen. Die Opposition der Deutschen gewinnt täglich an Umfang und Entschiedenheit.

Obrewo, 14. April. Aus der sichersten Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß morgen Wreschen bombardirt wird, und daß sich bereits russische Truppen jenseit der eine Meile von der Stadt entfernten Grenze, wohin schon seit voriger Woche von hier keine direkte Post mehr abgeht, konzentrirt haben. Wenn Wreschen nicht kapitulirt, woran Niemand mehr denkt, so entwickelt sich ein schrecklicher Schauspiel. Gott gebe, daß es bald und gut ende! (Schles. Z.)

Die Aach. Z. enthält folgende nähere Angaben über die hier ausgebrochenen Unruhen. Aachen, 16. April. Eine Proklamation verkündete heute früh, daß die Vergeben der Reservisten auf's Strengste untersucht würden, und forderte die Bürger auf, welche Beweise dafür beibringen könnten, diese abzugeben. Dieser Aufruf reichte jedoch nicht hin, die Gemüther zu beruhigen, und eine große Menschenmasse versammelte sich drohend vor der Kaserne, wo eine Abtheilung der Bürgerwehr alsbald Posten faßte. Da der Umfang der Menge hauptsächlich gegen die Reservisten gehetzt war, so wurde auf die dringenden Vorstellungen der städtischen Behörden von dem Kommandanten der Truppen die Zusage erlangt, daß die Reserve unverzüglich die Stadt verlassen solle. Der Oberbürgermeister theilte dies auf der Stelle den auf der Straße Befindlichen mit, nebst dem Bemerken, daß hiermit die vollständigste Genugthuung erfolgt sei und der ernsten Anmahnung, daß jede weitere Störung der Ordnung nur Unheil nach sich ziehen würde. Dasselbe wurde durch Trommelschlag und durch eine Proklamation in der ganzen Stadt bekannt gemacht. Alles ließ hoffen, daß die Ruhe jetzt wieder hergestellt sein werde. Leider war dem nicht so. Eine große Masse schien die Absicht zu haben, den Abmarsch der Reserven seinen friedlichen sein zu lassen, und drängte gegen die Bürgergarde, welche die Straße gesperrt hielt. Nach mehreren Angriffen auf dieselbe und erfolgter Aufforderung, auseinander zu gehen, wurde Feuer kommandirt; es fielen eine Anzahl Schüsse, in deren Folge mehrere Personen getödtet und verwundet wurden. Die zu gleicher Zeit hrerangezogene Kavallerie säuberte die Straße, worauf die so verhaßt gewordene Reserve endlich die Stadt verlassen konnte. Es kann nicht genug beklagt werden, daß durch die Dazwischenkunft jener Mannschaften, die, ohne Begriff von der neuen Zeit, aus weiter Ferne plötzlich hieher geschickt, sich bei uns vielleicht schon in Feindes Land glaubten, die für Alles Wohl so nothwendige Ordnung auf eine so traurige, mit dem Verluste von Menschenleben verbundene Weise gestört wurde, um so mehr, als früher immer die vollkommenste Harmonie mit den übrigen Truppentheilen Statt gefunden hat, welche sich durch ihre bisherige gute Haltung die allgemeine Achtung erworben hatten. Beim Schlusse dieses Blattes war die Ruhe leider noch nicht ganz hergestellt.

Man schreibt ferner der Köln. Z. Aachen, 17. April, 6 Uhr Morgens: Von der Zeit an, wo gestern Nachmittag die ersten Schüsse der Bürgergarde fielen, ist in längeren oder kürzeren Pausen bis Nachts 11½ Uhr geschossen worden. Es hat leider Menschenleben gekostet. Man spricht von 6 Todten. Des Abends zogen große Haufen Menschen vor die Thüren derjenigen Bürger, von welchen man behauptete, sie hätten zuerst Befehl zum Schießen gegeben. Es war der Bäcker Zilleken, den sie zu erlangen wußten und vorsätzlich mißhandelt haben, und Dr. Metz, dessen Haus durch Fenstereinwerfen und sonstige Zerstörungen sehr gelitten hat. Die Reservisten sind gestern Nachmittag in der Stille auf der Eisenbahn abgezogen.

Nach einem andern Briefe ist von der Bürgerwehr, mit Ausnahme von einigen durch Steinwürfe Verwundeten, Niemand blessirt. Das Schießen auf die Masse, das am 16. um 3 Uhr begann, ist dadurch veranlaßt worden, daß die aufgereizte Masse mit langen Balken die Linien der Bürgerwehr gewaltsam durchbrechen wollte.

Das Kommando der Bürgergarde hat in die Aachener Z. folgende Berichtigung einrücken lassen: Zur Berichtigung der in der heutigen Zeitung mitgetheilten Vorfälle des gestrigen Tages dient, daß gestern nicht Feuer kommandirt wurde, sondern daß die Bürgergarde, als sie durch Steinwürfe und Knüttelschläge, angegriffen und Einzelne sogar zu Boden geschlagen waren, erst in gerechter Nothwehr von ihren Waffen Gebrauch machte. Nicht zu vergessen ist der Umstand, daß diese Anfälle noch nach der Entfernung der Reservisten leider stattgefunden und jene traurigen Folgen herbeigeführt haben. Aachen, 17. April.

Bonn, 12. April. Heute ist die Nachricht von der Dienstentlassung des hiesigen Regierungsbevollmächtigten und Kurators der Universität, v. Bethmann-Hollweg, eingetroffen. (Rh.-u. M.-Z.)

* **Baiern.** Vor einigen Tagen kam uns folgender Aufruf zu, den wir nachträglich mittheilen: Baiern! An Euch regeht unter allen deutschen Stämmen zuerst der Ruf, aus Einer Mitte, aus der des ganzen Volkes, die Abgeordneten zu wählen zur deutschen Nationalvertretung. Sieh Volk darauf und erkennet die Größe Eurer Aufgabe! — Einer der ältesten, ersten deutschen Stämme, im Herzen unseres Vaterlandes gelegen, soll Ihr Stimmt, mitzuwirken zur Gestaltung des großen Nationalwerkes. — Deutschland soll nach Innen und Außen gekräftigt die ihm gebührende, Achtung gebietende Stellung einnehmen unter den Staaten Europa's zum mächtigen Schutze seiner Freunde, zur Abwehr seiner Feinde. — Dieses Ziel zu erreichen thut Einteacht Noth; mit Deutschland stehen und fallen wir. Wir sind Alle Kinder einer Mutter, Söhne eines Volkes. — Ihm verdanken wir Sprache, Offnung, Sitte und Recht, der Stamm, der höchste Güter für jeden deutsche Stamm in seiner eigenthümlichen, selbständigen Entwicklung trug in ihrer Erlangung bei, durch Wort und That, durch Gut und Blut. Darum vergesset auch nicht, daß Ihr Baiern sind! Ueber ein Jahrtausend zählt unsere Geschichte. Baiern wollen wir sein und bleiben. — Schreitet nun mit Gott, dem Herrn, an Euer wichtiges Werk! Ziehet keinen allmächtigen Beistand an, daß er Euch leite, rathe und stärke. Wählet nach Pflicht und Gewissen, frei von Leidenschaft und niedrigen Parteiwesen. — Baiern, höret auf die Stimme Eures Königs, er trägt Euch Alle in seinem Herzen; Eure Ehre, Eure Ruhm, Eure Glück sind die seinen! Lasset uns zusammenhalten in guten wie in bösen Tagen, wie es unsere Vorfahren gethan; sie haben vollendet, wir haben noch zu kämpfen. — Streuet des Hebers unserer Verfassung, unseres Bates Wort; er bricht segnend auf uns herab; sein Geist umschwebe Euch in der Stunde ernster Berathung über das Werk nationaler Einigung zwischen Deutschlands Fürsten und Völkern. Ringen wir vereint nach immer veredlteren Einrichtungen des heiligen Vermächtnisses der Vergangenheit in Religion, Recht und Wohlfahrt, in Kinder und Kindeskinder zu erhalten, auf uns sind sich und zufrieden zurückblicken, wenn wie unsere Aufgabe gelöst, Baiern und Deutsche zu sein. München, 14. April 1848. Maximilian. Dies Betonen des provinziell bairischen Elementes ist eine von den Lieblingsneigungen der bairischen Politik; die Animosität, die sich an der Iser gegen bekannte Vorfälle in Berlin geltend machte, beruhten zum Theil auf diesem „baierischen" Nationalgefühl, dem es wohl that, sich einmal gegen Preußen aufschütten zu können. In Tagen, wo von deutscher Einheit und Einigkeit so viel geredet wird, sollte sich das altbaierische Bewußtsein so wenig vordrängen, als das altpreußische; beide sind todt, wenn die gegenwärtige Umwälzung nicht überhaupt eine Unwahrheit sein soll.

* Zu diesen Rückfällen, die man mit aller Aufmerksamkeit verfolgen muß, rechnen wir auch einen „Aufruf an die baierischen Wähler", der uns von München zugekommen ist; aus dies Aktenstück wender sich an das baierische Bewußtsein. Die Abgeordneten zum deutschen Parlamente, so heißt es, dürfen Nichts Preis geben von dem, „was zu der angestammten Eigenthümlichkeit des baierischen Nationallebens gehört"; was diese angestammte Eigenthümlichkeit ist, deutet eine andere Stelle an, wo nach einem kleinen Ausfall gegen die Deutschkatholiken von der „Beschimpfung und Zerrüttung der katholischen Kirche", von der Knechtung und Mißhandlung derselben die Rede ist. Der Saal in Frankfurt, heißt es dann weiter unten, werde das Schlachtfeld sein, wo die erste Schlacht für Religion, König und Vaterland geschlagen werden müsse. — Wir halten es unter allen Umständen für unverantwortlich, religiöse Sympathien oder Antipa-

Digitized by Google

thien in einen politischen Parteikampf einzumischen; wir selber wollen auch gegen eine uns aufgedrungene deutsche Republik kämpfen, aber mit den lichten Waffen einer klaren Ueberzeugung, wir wollen den frühen religiösen Fanatismus nicht heraufschwören. Das thut jener Aufruf; er stellt dem baierischen Volke die Wahlen als eine religiöse, als eine baierisch religiöse Angelegenheit hin, und das ist Reaktion, ist die Reaktion einer Partei, die viel Terrain, aber nicht den Muth verloren hat. Es wird sich über den Aufruf Niemand wundern, wenn wir sagen, daß er von Mey verfaßt ist, daß er Görres, Döllinger, Phillips, Lassaulx, Ringseis, Sepp, Freiberg, Ruland, Aretin u. A. als Kandidaten nennt, also die Blüthen des baierischen Ultramontanismus dessen Träger sind. Was diese Herren gewollt haben und was sie unter der „angeflammten Eigenthümlichkeit des baierischen Nationalkleides" verstehen, das haben sie Jahre lang durch Thaten erwiesen, die mit schönen Worten, mit schmeichelnder Rede nimmer ungeschehen gemacht werden können. Wir haben uns über die Republik oder vielmehr über eine anarchische Partei, die sich mit dem Namen „Republikaner" schmückt, zu Genüge ausgesprochen; haben wir gegen sie unsere schärfsten Waffen gewendet, so soll und der Ultramontanismus und die Reaktion, in welcher Verhüllung sie auch kommen mögen, ebenso gerüstet finden. Wir haben es daher bedauert, daß wie unter diesem Aktenstück, das durch die Wehrzahl der genannten Namen bestimmt genug gefärbt ist, Männer gefunden haben, die wir auf einer andern Seite wünschten und glaubten. H. v. Rotenhan, Graf Hegnenberg, Closen, Heinz u. A., wenn sie sich geduldig einen solchen Gebrauch ihres Namens gefallen ließen, können dem Rest der Bezeichneten kein Vertrauen, wohl aber gegen sich selber nur Mißtrauen wecken; sie hätten damit eine politische Allianz geschlossen, die unter allen Umständen für sie selbst eine unglückliche und unnatürliche ist. Die Art, wie man das Wahlgesetz des Vorparlaments in München amendirte und dazu dieses Aktenstück, mahnt zur Wachsamkeit gegen eine Reaktion, die muthiger werden wird, wenn die revolutionären Schildverbrechungen mit Gewalt gebändigt sind, die sich aber umgehener verrechnen wird, wenn sie glaubt, wir würden, weil wir gegen die Anarchie Front gemacht, nur im Geringsten nachlassen, mit der größten Energie die Reaktion zu bekämpfen!

Der Präsident der Kammer der Reichsräthe, Fürst v. Leiningen, hat dem Könige in einem Schreiben alle jene Rechte und Privilegien zur Verfügung gestellt, welche ihm das Edikt über die staatsrechtlichen Verhältnisse der vormaligen Reichsunmittelbaren verfassungsmäßig zusichert, d. h. alle Gerichtsbarkeit, Polizei, Forstjurisdiktion, Kirchen- und Schulpatronat, privilegirten Gerichtsstand und das Recht der Siegemäßigkeit.

Heidelberg, 20. April. Die „Grenz Zeit." Nr. 92 bringt folgende Mittheilungen aus einer Privatkorrespondenz: „Nur in größter Eile kann ich einige interessante Neuigkeiten von Heidelberg aus mittheilen. Die republikanisch gesinnten Bürger Heidelbergs und an deren Spitze der alte Vater Winter haben an den Großherzog eine Adresse gesandt, worin er im Wesentlichen dringend um Abdankung gebeten wird. Der vor lauter Demuth kriechende und voll lauter Unterthänigkeit erfüllende Theil der Bürgerschaft rief sogleich eine Versammlung in die Aula zusammen, um an den lieben Fürsten eine Ergebenheitsadresse zu erlassen, worin die treuste Gesinnung für das angeflammte Fürstenhaus ausgedrückt werden sollte. Allein da sich auch die Republikaner in der Aula einfanden, wurden die Unterthänigen überstimmt und mußten unverrichteter Sache auseinandergehen. Wir sind hier zum Theil mit Blüchern, zum Theil mit Sensen bewaffnet, und obgleich unser Fähnlein im Anfang klein war, so finden sich doch jeden Tag Kämpfer für die Republik, so daß wir jetzt schon einige Hundert sind und mit Freuden der Stunde harren, wo wir für unsere Gesinnung Blut und Leben lassen können. Der Tag kann nicht mehr ferne sein." Diese schätzbaren Notizen sind besonders deßhalb von eigenthümlichem Interesse, weil auch jedes Wort gelogen ist. Unseren hiesigen Lesern theilen wir diese Neuigkeiten mit, um den Ernst der Zeit durch ein heiteres Intermezzo zu unterbrechen, unserem auswärtigen Publikum geben wir sie als Probe, wie unsere Zustände sich in gewissen Schweizer Blättern ausnehmen. Die Unkenntniß der Dinge im „Reich", die unserer republikanischen Nachbarn den größten Ballhaftigen wehrlos preisgibt, wird nur durch die bodenlose Anmaßung im Urtheil überboten, wie sie eben auch nur bei solcher Ignoranz sich finden kann.

Heidelberg, 19. April Nachmittags 3 Uhr. An das hiesige Postamt sind folgende Nachrichten auf dienstlichem Wege gelangt: In Offenburg wurde die Republik ausgerufen, der Bahnhof besetzt und dadurch die Verbindung mit dem Oberland einen Augenblick unterbrochen. Man hat indessen unverzüglich Truppen dahin abgeschickt, und der Ueberbringer dieser Nachrichten war Zeuge, wie heute eine Abtheilung des achten Armeekorps (Hessen), mit Reiterei und Geschütz versehen, den Bahnhof wieder besetzt hielt. Die Verbindung ist hergestellt und der letzte Bahnzug kam ungehindert von Freiburg hier an. Der Stadt Offenburg ist kurze Frist gegeben, sich sofort der Ordnung und dem Gesetz zu unterwerfen. Aus dem Schwarzwald erfährt man durch dieselbe Gelegenheit, daß die Württemberger unter General Miller alle Päße des Höllenthales besetzt haben und die scheinige Unterdrückung der Rebellion zu erwarten ist.

Ueber das Hecker-Struve'sche Unternehmen bringt die Karlsruher Zeitung eine Reihe Mittheilungen, aus denen wir einige Auszüge folgen lassen:

Neustadt, 17. April. Die Aufrührer waren von gestern auf heute in Bonndorf über Nacht. Heute früh zogen sie von dort nach Lenzkirch und schienen trotz ihrer schwachen Mannschaft zu beabsichtigen, durch das Höllenthal gegen Freiburg zu rücken. Inzwischen ist heute Morgen eine württembergische mobile Kolonne von Donaueschingen ausmarschirt und hat sämmtliche Päße, welche von Lenzkirch nach der Neustadter Straße führen, nämlich Kappel, Saig und die Hauptstraße von Lenzkirch nach dem „schwarzen Bären" am Titisee (oberhalb der Höllensteige) besetzt.

Donaueschingen, 17. April. Gestern und heute trafen wieder ein Regiment und ein Bataillon Fußvolk, ein Reiterregiment und eine Batterie hier ein. Der größte Theil der Truppen setzte den Marsch gegen die Schweizergrenze am Randen und bei Stühlingen, theils gegen Bonndorf fort, wo gestern Hecker und Struve mit ihrer etwa auf 1000 Mann angewachsenen Schaar Quartier bezogen.

Stockach, 15. April. Gestern und vorgestern haben wir eine wahre Schreckensherrschaft durchzumachen gehabt. Hecker und Struve mit ihrer bewaffneten Mannschaft waren Herren und Meister; dem Gemeinderath war alle Gewalt entrissen; die Zünger schalteten und walteten wie in Feindesland. Posthalter Zeller war eine halbe Stunde von hier von einer beirunkenen Rotte angefallen und mehrere Flinten auf ihn angelegt worden; auf der Post wurden die Briefe und Pakete zur Durchsicht verlangt und deren Herausgabe erzwungen, indem man den Postmeister Rabel mit Gewaltmaßregeln bedrohte.

Konstanz, 15. April Abends. Sowohl der heute früh um 9 Uhr von hier abgehende, als der heute Abend hier angekommene Eilwagen ist in Allensbach unter Aufführung des dortigen Bürgermeisters durchfallen und einige Thüren des Briefkastens herausgebrochen. Briefe der Regierung und an dieselbe wurden eröffnet und theils zerrissen, theils unter die Plünderer vertheilt. Heute Mittag wurden hier in der Stadt solche geraubte Briefe offen vorgezeigt.

Konstanz, 17. April, Mittags 2 Uhr. Heute um 10 Uhr erschienen die Bürgermeister der Amtsorte (etwa 13) mit Ausnahme von Reichenau und Langenrein in der Stadt. Es versammelte sich der Gemeinderath, auch Peter, Fieser ꝛc. im Rathhaus. Daselbst wurde ein gestern in Allensbach gefaßter Beschluß vorgelesen, des Inhalts: die Regierung des Seekreises, welche das Vertrauen des Volkes verloren, sei abgesetzt, und wenn sie dies nicht freiwillig annehme, so werde das Volk es mit Gewalt erzwingen. Peter hat seine Stelle als Regierungsdirektor niedergelegt und darauf — physischer und moralischer Gewalt nachgebend, wie er sagte — die Stelle eines Stellhalters angenommen! Der Amtsbezirk Konstanz ist sohin Republik; auf dem Regierungsgebäude weht die schwarz-roth-goldene Fahne. Wie kann man Jemanden zwingen, eine Stelle anzunehmen? Es liegen ein paar Proklamationen des ehemaligen Regierungsdirektors im Seekreis vor, die auf andere Motive schließen lassen, als auf physischen und moralischen Zwang).

Weiter heißt es: Die Auszüger verlangten, daß man ihnen 2 Kanonen mitgebe. Mittags um 2 Uhr war Versammlung des Bürgerausschusses, worin über dieses Verlangen abgestimmt und demselben willfahrt wurde. Um 3 Uhr versammelten sich sofort die Freiwilligen, nunmehr gegen 150, auf dem Marktplatze, welchselbst weitere Zuzüger aus Allmannsdorf, Litzelstetten, Egg und Staad, etwa 60 Mann, theils mit Gewehren, theils mit Sensen und Mistgabeln bewaffnet, dazu stießen. Um 4 Uhr zogen sie aus, begleitet von einer großen Menschenmenge, worunter es nicht an weinenden Frauen fehlte. Morgen früh sollen die zwei Kanonen nachfolgen.

Kurhessen. Kassel, 17. April. Man schreibt der F. O. J. von hier: In dem benachbarten Arolsen, der Residenz des Fürsten von Waldeck, sind bedeutende Unruhen vorgekommen. Etwa 800 Bauern zogen lärmend in die Stadt ein und zerstörten die Wohnungen des Kammerpräsidenten. von Neumann, des Geheimerathe Hagemann

und eines dritten Beamten. Alle Möbel wurden vernichtet und die Häuser unbewohnbar gemacht. Die Eigenthümer konnten nur mit größter Mühe ihr Leben retten. Der Befehlshaber der Truppen wurde vom Pferde gerissen, mißhandelt, und hatte nur dem muthigen Dazwischentreten des Prinzen Hermann von Baldeck die Rettung seines Lebens zu danken. Unter den Aufrührern wurde die Drohung laut, daß sie nächstens das Schloß Waldeck, wo einige hundert Verbrecher sitzen, stürmen, und diese befreien würden.

* Mainz, 18. April. Die republikanische Emeute, welche am vergangenen Sonntag in einer Bürgerversammlung gegen das hiesige Bürgerkomité gerichtet wurde, hat zwar den Erfolg gehabt, daß dieses wahrhaft freisinnige und thätige Bürgerkomité abtreten mußte, allein die große Mehrheit der hiesigen Bevölkerung hat keinen Theil an dieser Ueberrumpelung der achtbarsten Männer durch rohes Schreien und wird bei der so eben stattfindenden Wahl des neuen Bürgerkomités zeigen, daß sie wohl durch den Lärm der Republikaner betäubt, aber nicht überzeugt worden konnte. Das abgetretene Komité äußert sich heute über den Hauptpunkt der Debatte in jener famosen Bürgerversammlung, nämlich in konstitutionelle Monarchie oder Republik, folgendermaßen: „In Schonung des Komités machten sich sowohl konstitutionell-monarchische als auch republikanische Meinungen geltend, allein sie vereinigten sich zuletzt in folgenden Grundsätzen: Bei den Besteebungen für Deutschlands künftige Gestaltung muß die Einigkeit Deutschlands stets als ein Hauptziel im Auge gehalten werden. Das Maß der von den ehrenhessischen Komitéen in ihrem Beogeamm gefoederten Freiheit ist so anerkannt, daß, wenn sie durch Gesetze in dieser Weise festgestellt wird, auch von der monarchischen Form keine Reaktion mehr zu fürchten ist; sie ersehen daher dem hiesigen Bürgerkomité als die geeignetste, um unsere Revolution mit den geringsten Opfern durchzuführen. Wenn die Mehrheit der Vertreter Deutschlands die Monarchie will, so erachtete das Komité, daß man sich dieser Mehrheit fügen und nicht durch ein hartnäckiges Bestehn auf der Republik und Hervorrufen derselben in einzelnen Theilen Deutschlands möglicherweise die Zwietracht und den Bürgerkrieg und damit eine lange Zeit der Verwirrung aller Verhältnisse, der Stockung des Verkehrs, des allgemeinen Elends über das Vaterland hervorrufen dürfe. Wenn daher das hiesige Bürgerkomité sich nicht für eine Republik erklären zu dürfen glaubte, so verkannte es auf der andern Seite nicht, daß der Gang der Ereignisse möglicherweise einen so gewaltigen Umschwung der Verhältnisse herbeiführen könnte, daß der Fortbestand der Monarchie unmöglich werde, und das Komité was insofern nicht der Meinung, sich unter allen Bedingungen unbedingt für die monarchische Form zu erklären. Es wollte also diese Frage, welche es mehr als eine Formfrage betrachtet, offen lassen, worüber unserm zu wählenden Abgeordneten keine bindende Instruktion gegeben, noch eine bindende Erklärung abgefoedert werden sollte. Mündiger! Wir freuen uns der Gesinnungen unsere Jugend, welche uns für die Erhaltung unserer Rechte und für die Ausbildung unsere Institutionen im freiesten Sinne Bürgschaft gewähren; allein wir haben unser ganzes großes Vaterland im Auge gehabt; wie haben alle ernste Männer nach unsrer besten Ueberzeugung die Sache gepeüft und wollen uns nicht von Schlagwörtern blenden lassen.“ —

* **Weimar**, 18. April. Es erscheint hier folgende Ministerialbekanntmachung: Es liegt Sr. Königl. Hoheit, dem Großherzoge, eine aus der Bürgerversammlung zu Jena hervorgegangene Petition vor, welche auf Abänderung des Gesetzes vom 11. d. M. über die Wahl der Abgeordneten zum deutschen Parlamente gerichtet ist. Dieser Petition ist am heutigen Morgen die größere Zahl einer Volksversammlung auf dem hiesigen Markte beigetreten. Der Hauptpunkt der Petition betrifft die Herstellung unmittelbarer Wahlen an der Stelle der gesetzlichen mittelbaren. Bei Ausarbeitung des Gesetzentwurfs hat das großh. Staatsministerium die Prüfung des Prinzips, welches im Allgemeinen das Bessere sei, mittelbare oder unmittelbare Wahlen, auf sich beruhen lassen müssen, da es nach der durch die Frankfurter Beschlüsse gegebenen Ermächtigung die Frage zu beantworten hatte, welche Wahlart für die besonderen Verhältnisse des Großherzogthumes die zweckmäßigere sei. Dasselbe ließ hierbei die Frage dahin gestellt sein, ob überall die große Masse der Bewohner, nach dem Standpunkte unserer politischen Bildung, nicht bloß mit den Dingen, um die es sich handelt, sondern auch mit den jetzt zum ersten Mal hervortretenden und nicht allein nach einmal gehörten Worten zu beurtheilenden Bewerbern hinreichend bekannt sei, oder ob diese Voraussetzung nicht bessre eintreffe bei einer Zahl gewählter Vertrauensmänner. Ganz entscheidend war die Rücksicht auf die Zerstückelung des Großherzogthums in drei Kreise und mehrere weit entfernte Parzellen. Die stimmfähigen Einwohner dieser Kreise hätten (auf vier Distrikte vertheilt) genöthigt werden müssen, zu größeren Versammlungen auf eigene Kosten mehrtägige Reisen zu machen. Wie dieses den wirklich ganz Unbemittelten die Ausübung ihres Stimmrechts unmöglich gemacht hätte, so hätte ein ähnliches Verhältniß Statt gefunden, rücksichtlich Aller, welche wegen der zum Theil dringenden und unaufschiebbaren ländlichen Arbeiten entweder gar nicht oder nicht füglich abkommen konnten. Alles zusammengenommen, wie es wirklich ist, nicht wie man es sich im Reiche der Möglichkeit denkt, würde nur ein kleinerer Theil der stimmfähigen Einwohner des Großherzogthumes sich auf einmal an den Wahltagen eingefunden haben, und schon darum würde die Wahl nur eine sehr unzuverlässige Probe für die politischen Ansichten im ganzen Großherzogthume gewesen sein. Darum hielt das Großherzogl. Staatsministerium den vorgeschlagenen und vom Landtag verfassungsmäßig angenommenen Wahlmodus für denjenigen, der unter zwei nicht ganz vollkommenen den gegebenen Verhältnissen nach das Meiste für sich habe. Diese Ansicht hält die Großhgl. Staatsregierung auch jetzt noch für die richtige und würde sie verfolgen zu müssen glauben, wenn die Gesetzesvorlage dem Landtage erst noch zu machen wäre. Ganz abgesehen hiervon aber würde sich das Großhgl. Staatsministerium schon aus einem höheren Rücksichten nimmermehr für berechtigt halten, seinem Fürsten den Rath zu ertheilen, ein eben erst verfassungsmäßig verabschiedetes Gesetz deßhalb sogleich wieder aufzuheben (dazu bedürfte es ohnehin der Zustimmung des Landtages), weil sich eine Mehrheit von Einzelnen dagegen erklärt in Versammlungen, deren Zusammensetzung ohne deren Beschäftnig zu der Zahl der übrigen Bewohner derselben Orte man nicht übersehen kann. Es würde dieses in seinen Konsequenzen zu einer vollständigen Entkräftung unserer Verfassung führen und dem Gesetze alle Autorität nehmen, welche ihm heutzutage mehr als je nöthig ist. Dazu in iegend einer Weise mitzuwirken, würden die Männer, welche das Vertrauen ihres Fürsten an die Spitze der Staatsverwaltung gestellt hat, nicht glauben verantworten zu können. Dieser Ueberzeugung würden sie bereitwillig auch ihren ehrenvollen Beruf zum Opfer bringen. Weimar am 17. April 1848. (L. S.) Großhgl. Sächsisches Staatsministerium. v. Wahdorf. v. Wydenbrugk.

**Schleswig.** Rendsburg, 15. April. Ohne Zweifel von den Führern der Dänen veranlaßt, erschienen heute aus Flensburg der Justizrath Kallisen und die Deputirtenbürger Schwennsen und Danielsen zuerst bei dem preußischen Obersten Bonin und, von diesem abgewiesen, bei der provisoirischen Regierung, um Friedensvorschläge zu machen. Diese gingen dahin, daß Dänemark behalten solle, was es jetzt vom Herzogthum inne habe. Die ganze Mission ward schon wegen mangelnder Legitimation abseiten der provisoirischen Regierung zurückgewiesen, indeß erklärt: daß nicht eher unterhandelt werden würde, als bis die Dänen das ganze Herzogthum Schleswig, und ihre Besitzungen unsere Gewässer geräumt haben würden. Man sieht aus der Mission, daß die Gewaltthaten in Dänemark das Vertrauen zu ihrer Sache nicht mehr heben, womit sie sich bisher so breit machten. Eine zweite Aufgabe der Deputation war, den Nachrichten über den von Flensburger Einwohnern gegen unsere Truppen geübten Verrath zu widersprechen. Indeß gegen die Thatsachen zu reden, ist vergeblich. In der Stadt Schleswig ist der König von Dänemark insofern schlecht empfangen worden, als sich Niemand bei seinem Einzuge blicken ließ. Nach zwei Stunden, in welchen er auch die Verschanzungen von Danewerke besehen hatte, verließ er die Stadt wieder. Die Zahl der Dänen in Schleswig soll 8000 Mann betragen, von denen die Einwohner sehr belästigt werden. An Nachrichten über einzelne Details-ien fehlt es nicht. Es ist die Rede davon, daß bis zum 18. d. ein Waffenstillstand verabredet sei. Bocher ist freilich an einen Kampf, so wie die Sachen stehen, nicht wohl zu denken. (W. Z.)

Frankfurt, 18. April. 37. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 18. April 1848. Auf einen Antrag der 17 Vertrauensmänner betreffend: 1) Die Einführung allgemeiner Volksbewaffnung. 2) Bewaffneten Schutz Deutschlands zur See. 3) Einrichtungen für Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands, wird beschlossen: Zu 1) den Regierungen diese Maßregel dringend zu empfehlen und sie aufzufordern, hierher mittutheilen, welche Anordnungen in dieser Hinsicht getroffen seien. Zu 2) diese Frage an eine besondres niedergesetzte Kommission zu verweisen. Zu 3) sich vorzubehalten, in dieser Beziehung den Umständen gemäß zu handeln und — Falls es nützlich scheinen würde — besondere Missionen zu veranstalten. Ein Antrag der badischen Gesandten, welcher dahin geht: in Gemäßheit des Art. 19 der deutschen Bundesakte allgemeine Berkehrs- und Zollfreiheit zwischen allen Staaten des deutschen Bundes einzuführen und zu diesem Zweck die Regierungen zur Absendung von Bevollmächtigten nach Frankfurt einzuladen, wird an die für diesen

Digitized by Google

Gegenstand bestehende Kommission gewiesen. Auf Veranlassung einer Mittheilung der Vertrauensmänner wird von dem badischen Gesandten der Antrag gestellt: sämmtliche Regierungen aufzufordern, die bei der Neugestaltung des Bundes unerläßliche zu begründende exekutive Bundesgewalt bis zur Berathung des Verfassungswerkes provisorisch jetzt schon in der Weise ins Leben zu rufen, daß von Oesterreich und Preußen je ein Mitglied und ein drittes Mitglied durch die übrigen Bundesglieder aus drei von Baiern vorzuschlagenden Kandidaten ernannt werde, welche drei Mitglieder unter eigener Verantwortlichkeit und in wichtigen Fällen nach dem Rathe der Bundesversammlung die zum Wohl des Gesammtvaterlandes nöthigen Maßregeln zu treffen, insbesondere auf Ernennung eines Bundesoberfeldherrn Bedacht zu nehmen, die gesammten Vertheidigungsanstalten und die Volksbewaffnung zu leiten und für Vertretung Deutschlands gegenüber dem Auslande zu sorgen hätten. Dieser Antrag wurde an die Verfassungskommission zur Begutachtung gewiesen. Auf den Antrag der Bundesmilitärkommission wird beschlossen, daß die Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps die Bundesversammlung von der Aufstellung und Bewegung der unter ihrem Befehle stehenden Truppen fortwährend in Kenntniß erhalten, ferner die badische Regierung um Nachricht zu ersuchen, ob das Vorrücken der kurhessischen und nassauischen und Badische gewünscht werde. Ein Bericht des badischen Divisionskommandanten v. Gagern aus Mühlheim vom 16. April über Bewegungen deutscher und französischer bewaffneten Arbeiter auf dem linken Rheinufer und deren zu erwartendes Eindringen in Deutschland wird zur Kenntniß der Bundesversammlung gebracht. Auf ein Gesuch der fürstlich waldeckischen Behörde das Veranlassung dort ausgebrochener Unruhen wird gestattet, daß die in der Nähe gelegenen kurhessischen Truppen zur Hilfeleistung herbeigezogen werden.

○ Frankfurt, 19. April. An dem Gerüchte von der Thätigkeit des Bundestags für eine deutsche Marine ist Folgendes das Wahre. Die Versammlung der 17 Vertrauensmänner hat die Initiative ergriffen, um an den Bundestag zwei Anträge zu bringen. Der eine geht dahin, er solle eine Kommission Sachkundiger nach Bremen berufen, um dort einen detaillirten Plan zum sofortigen Angriff und zur allmählichen Ausbildung einer deutschen Kriegsflotte ausarbeiten lassen, der demnächst der konstituirenden Versammlung vorgelegt werden solle. Als Kern der Kommission ward der Prinz Adalbert von Preußen, der österreichische Admiral Soudrau und ein von den Hansestädten zu ernennender Seemann vorgeschlagen, die sich dann die weiteren Mitglieder selbst zuordnen möchten. Der zweite Antrag ging dahin, Bevollmächtigte mit unbegrenztem Kredit nach England zu schicken, um ein vortreffliches amerikan. Kriegsdampfschiff zu kaufen, das am 20. d. in Liverpool eintrifft und nach eingegangenen Berichten wahrscheinlich käuflich zu erwerben steht, und außerdem die Gelegenheit zur Erwerbung anderer kriegsfähigen Dampfschiffe wahrzunehmen. Der Fünfzigeraussschuß hat diese Anträge auch zu den seinigen gemacht. Der Bundestag ist sofort in seiner gestrigen Sitzung darauf eingegangen und hat Beauftragte nach England geschickt, leider aber ohne Kredit. Es begreift sich, daß dies der Sache die Spitze abbrechen heißt. Denn was soll aus einem unsichern Hin- und Herberichten werden, wo Alles auf die Minute ankommt? Man weiß, daß ein dänisches Kriegsschiff, das vor Bremerhafen erscheint, dem deutschen Handel unermeßlichen Schaden zufügen kann; es kam darauf an, sogleich, ohne eine Stunde Zeitverlust einen so kostbaren und zeitgemäßen Erwerb zu beschaffen. Was hat der Bundestag für Bedenken gerade bei dem Geldpunkte? Eine Summe für einen solchen Zweck, von den 50 und 17 verlangt, würde durch eine Nationalsubskription in 14 Tagen gedeckt sein. Wir haben Grund zu hoffen, daß noch nachträglich die Schritte gethan werden, die die Sendung nach England wirksamer und vor unmittelbarerem Erfolg machen werden.

△ Frankfurt, 19. April. Die vom Fünfziger Ausschuß nach Berlin abgesandten Herren Schleiden und Mathy werden morgen zurückerwartet. Nach Berichten, die sie vorausgesandt, haben sie ihre Aufgabe vollständig gelöst. Inzwischen sind an Hrn. Mathy aus fast allen Theilen Deutschlands Dankbriefe und Adressen für seine schöne That, die Verhaftung Ficklers, eingelaufen; wir wollen nachstehend eine unsern herzlichen Dank und unsere Verehrung auszudrücken. Männlich „Werda!“ gerufen; unerschrocken haben Sie in Mannheim dem Andrang des tobenden Sturmes widerstanden,

— — — ein Fels im Meer,
An dem die Woge bricht!

Glorreich haben Sie, hat durch Sie die gute Sache den Plan behalten. Möge Ihre That dazu führen, daß den landesverrätherischen Ränken der Männer des Umsturzes und der Anarchie vor ganz Deutschland das Brandmal aufgedrückt werde. Sie stehen in Baden auf der Vorwacht. Deutschland erkennt es, daß die Verhütung oder das Hereinbrechen großen Unheils von Baierns Haltung abhängt. Darum Ehre, Gruß den treuen, biedern Bürgern! Solchen Männern schlagen unsere Herzen entgegen. Gott segne Sie! Lengerich in der Grafschaft Tecklenburg, den 15 April 1848. (Folgen die Unterschriften.)“

Jetzt, nachdem der Aufruhr im Seekreis wirklich ausgebrochen und der Zusammenhang mit den aus Frankreich heraneegezogenen Scharen, unter denen bekanntlich eine Masse Franzosen und Polen, offenbarer als je geworden, leuchtet die Wichtigkeit des Dienstes, den Mathy seinem Vaterlande und dessen einheitlicher freien Entwicklung geleistet, auch dem Blödesten ein.

## Schweiz.

* Schaffhausen, 18. April. Der Kriegsschauplatz des badischen Republikanismus scheint ganz in unsere Nähe rücken zu wollen. Der grenzenlosesten Terrorismus und die gräulichste Anarchie haben auch in der That an unsern Grenzen einen Grad erreicht, daß wir nun wünschen müssen, es möchte bald etwas Entscheidendes geschehen. Blüthige kommen in Menge hieher, sehen sich aber durch die heftigen Drohungen der Anarchisten gezwungen, wieder zurückzukehren, um sich den bewaffneten Banden anzuschließen. So waren z. B. gestern mehrere Männer aus Jestetten hier, die aber bald von ihren Frauen wieder zurückgeholt worden, weil sonst ihre Häuser von Brand, die Ihrigen vor Mißhandlung kaum länger gesichtet werden könnten. Ich brauche nicht erst beizufügen, daß unsre sämmtliche waffenfähige Mannschaft aufgeboten ist und die Grenzen nach allen Seiten hin besetzt hat. Gestern Nacht war sie auch wirklich in Thätigkeit. Bewaffnete Republikanerhaufen, wie sie sagen, durch würtembergische Linientruppen zurückgedrängt, versuchten die Grenzen bei Stühlingen zu überschreiten, warfen sich dem noch von Jestetten aus andringenden Haufen auf dem kürzesten Wege entgegen. Nur unter der Bedingung, daß sie unbewaffnet durch unsere Gegenden zögen, wurde ihnen der Durchmarsch in aufgelösten Kolonnen gestattet, im entgegengesetzten Falle Gewalt mit Gewalt zurückzutreiben beschlossen. Allein während der Verhandlungen kommen neue Zuzüge von Gewalthausen mit ihren Piken, Sensen, Säbeln, Musketen und anderen kleinern Waffen. Die ganze Masse soll nun gegen Bonndorf gerückt sein. Und während ich dies schreibe, kommen von zwei Seiten her, allerdings höchst zweifelhafte Siegesberichte, von Randegg und Stühlingen, die jedenfalls wohl berechnet sind, andere in eine nur um so verderblichere Täuschung hineinzagen. Ja wie weit die Herwegh'schen Operationen mit den Plänen dieser Freitabos in Verbindung stehen, können wir nicht sagen. Soviel ist indessen gewiß, daß Frau Herwegh hier durchpassirt ist und sich dem Engelswirth von Gottmadingen (Weißhaar) sich besprochen haben soll. Beim Anhalten des Postwagens durch diese Freischaaren ist letzten Sonntag, den 16., auch ein hiesiger Bürger, der den letztern verdächtig schien, eingefangen worden und wird von ihnen bis zur Stunde noch zurückbehalten.

○ Bern, 18. April. Die gestrige Tagsatzung behandelte die von Genf erhobene Frage über die an die Schweiz angrenzenden savoyischen Provinzen Chablais und Faucigny. James Fazy berichtet über die Schritte, die Genf zur Wahrung der Neutralität dieser Provinzen bei dem Vorort gethan hat. Er weist zunächst auf die Verträge hin, durch welche die Neutralität der Provinzen im Fall eines unter benachbarten Mächten ausgebrochenen Krieges oder bei bevorstehenden Feindseligkeiten garantirt und der Schweiz das Recht gegeben ist, die Provinzen zu besetzen. Er zeigt, von welcher großen Wichtigkeit die Neutralität für die Kantone Genf und Wallis ist. Es rechtfertigt das Begehren, das Genf von dem Vorort gestellt, die Provinzen durch eidgenössische Truppen zu besetzen, durch den Versuch in Savoyen, die französische Republik zu proklamiren. Nur dem Zufall sei es zu verdanken, daß der Versuch mißglückt und die Neutralität der Provinzen nicht ernstlich gefährdet worden sei. Um jetzt zu verhüten, daß nicht durch Versuch die Interessen der Schweiz bloßgestellt würden, sei es dringend nothwendig, daß dem Vorort Vollmacht gegeben werde, unter Umständen die Provinzen militärisch zu besetzen. Zürich glaubt, es seien dermalen keine genügenden Gründe für die Besetzung vorhanden und vindicirt der Tagsatzung allein die bezfallige Beschlußnahme. Luzern ist mit Zürich einverstanden, will aber dem Vorort Vollmacht geben. Die übrigen Stände sprechen sich durchgängig in dieser Weise aus. Ein specieller Antrag von St. Gallen erhält vielfache Unterstützung, dahin lautend: es sei dermalen zu einer Vollmachtsertheilung an den Vorort kein Grund vorhanden und die in dem Bundesvertrag enthaltene Befugniß desselben sei genügend.

Digitized by Google

Bern sucht nachzuweisen, daß die Eidgenossenschaft Recht und Pflicht zur Besetzung der fraglichen Distrikte habe, daß der Fall, den die Verträge vorhergesehen, eingetreten sei, und beantragt, eben diesen Verträgen gemäß, den König von Sardinien aufzufordern, seine Truppen aus den bezeichneten Distrikten zurückzuziehen. Bei der Abstimmung vereinigte Berns Antrag nur 3 Stimmen, der von St. Gallen dagegen 11 Stimmen. Die übrigen Stände befolgten das Protokoll offen. — In Neuenburg sind die alten Staatsstriche ihrer Haft entlassen, nachdem sie 42 Tage gefangen im Schlosse zugebracht hatten. Dem alten Staatsrath sind 10 Tage Frist vergönnt, um über Neuenburgs finanziellen Zustand Rechenschaft abzulegen. Da der König von Preußen die Beamten ihres ihm geleisteten Eides entbunden hat, so haben sich 90 frühere Beamte der jetzigen Regierung zur Verfügung gestellt.

☽ Bern, 17. April. Die Frage: soll die Schweiz bei den gegenwärtigen Zeitbewegungen ihre Neutralität aufrecht erhalten oder Partei ergreifen? beschäftigt die eben hauptsächlich aus diesem Grunde zusammenberufene Tagsatzung, sowie die gesammte Presse. Am 14. d. hielt die Tagsatzung geheime Sitzung, um diplomatische Mittheilungen entgegenzunehmen. Es lag ein Antrag Sardiniens vor, mit ihm ein Schutz und Trutzbündniß abzuschließen. Die Abstimmung soll sehr lebhaft gewesen und besonders von Waadt und Genf die Unmöglichkeit einer Aufrechthaltung der Neutralität dargethan worden sein. Man entschied Nichts, sondern setzte eine Kommission nieder, welche heute Bericht erstatten und Anträge stellen soll. Alle radikalen Blätter Berns, und wir haben außer dem „Beobachter" noch sechse, sprechen sich auf die entschiedenste Weise dafür aus, die Neutralität aufzugeben und an dem Peuvicipientkampf Europas Theil zu nehmen. In dem Volksvereine herrscht große Rührigkeit. Von ihm ging die am 12. d. dem franz. Gesandten, Hrn. Thiard, zu Ehren gemachte, in vielen Beziehungen bezeichnende Volksdemonstration aus. Ein Fackelzug, an dem sich mehrere- Hundert Bürger betheiligten, voran die eidg. und französischen Fahne, der Adler mit dem schweizerischen und französischen Wappen, sollte dem Repräsentant der französischen Republik die Sympathien des Volksvereins andeuten. Erst vorgestern Abend Spätabends stand an der Spitze des Zuges. Musik, Gesang und Reden folgten nicht. Hr. Thiard hat in der Deputirtenkammer gesagt: die Neutralität der Schweiz ist sie Frankreich eine Unmöglichkeit! In der Huldigung des Volksvereins lag derselbe Sinn, und Hr. Thiard wird in dieser Weise bei den Behörden wirken. In unserm Kanton häuft sich der Gährungsstoff, und die Opposition gegen den Regierungsrath wächst täglich, weil es mit den innern Reformen nicht vorwärts geht. Im Erziehungswesen, in den Gemeindeorganisationen ist noch Nichts geschehen. Stämpfli, der Finanzdirektor, ist der Einzige, der schafft und Etwas fertig bringt. In alle dem kommt noch die Gesährdung. Daß die auf den 8. Mai festgesetzte Berathung des nun zur Insktuktion den Gesandten vorliegenden Entwurfes einer neuen Bundesverfassung voraussichtlich kein Resultat liefern kann, welches die Bewegungspartei befriedigt, und durch den Ruf nach einem eidg. Verfassungsrath das Land von einem Ende zum andern in eine neue Agitation gebracht wird.

## Niederland.

Haag, 13. April. Die mit Entwerfung der neuen Verfassung beauftragte Staatskommission der Fünf hat ihre Aufgabe vollbracht und gestern den Entwurf nebst einer umfassenden Begründung dem Könige vorgelegt, mit dem Ersuchen, daß beiden Dokumenten schleunigst die größtmögliche Oeffentlichkeit gegeben werde. Thorbecke, der den Vorsitz jener Kommission führte, hat auch das Meiste an dem Werke gethan. So viel verlautet, enthält der Verfassungsentwurf unter Anderem folgende Bestimmungen: direkte Wahlen (Census von 20 als 226); die Mitglieder der ersten Kammer werden, wie der Senat in Belgien, von den stimmberechtigten Bürgern gewählt; die gesetzgebende Gewalt über die Kolonien theilt der König mit den Kammern. Behufe alle Artikel des Grundgesetzes erhalten Veränderungen. Zugleich soll der Entwurf mit einem vorübergehenden Gesetz für die Wahlen der Mitglieder der zweiten Kammer begleitet sein, welche die neue Verfassung zu berathen hat. Im Uebrigen wird man durchaus den grundgesetzlichen Weg einhalten, so daß der Entwurf zunächst im Staatsrathe der nähern Erörterung unterliegen wird. — Wie „de Limburger" wissen will, wünscht Hr. Luzac nicht Minister des Innern zu bleiben, und wird Thorbecke ihn definitiv ersetzen; auch soll de Kempenaer das Finanzministerium antreten. Dies Gerücht wird dadurch sehr wahrscheinlich, daß Luzac trotz seines Ministerpostens sein Mandat als Kammermitglied nicht zurückgegeben hat, was, wenn er im Ministerium blieb, mit seinen früheren Grundsätzen unvereinbar wäre. Ueberhaupt scheint der greise Luzac sich wenig noch für das Ministeramt zu eignen: er wird immer, hört man sagen, der erste Mann der Kammer sein, nicht aber auch der erste Minister.

Am 10. April ist auf seinem Gut bei Arnheim der Staatsminister Baron von der Capellen von Berkenwoude, ehemaliger Generalgouverneur von Niederländisch-Indien, gestorben. Sein Vater war der Capellen, der 1787 Gorkum so tapfer gegen die Preußen vertheidigte.

## Frankreich.

Paris 17. April. Der gestrige Tag war der wichtigste, den die Republik seit gerade vier Wochen erlebte. Die provisorische Regierung, von Allem genau unterrichtet, was die verschiedenen Parteien beabsichtigen, traf solche Maßregeln, daß der Tag, der ihr zum Verderben werden sollte, zu ihrem Triumph be ausschlug. Verfolgen wir die Geschichte dieses merkwürdigen Tages von seinen verschiedenen Anfängen bis zu seinem allgemeinen Resultate.

Wie man sagt, auf Anstehen Louis Blancs und Alberts, deren Pläne von den übrigen Mitgliedern der provisorischen Regierung nicht mit erwartetem Eifer unterstützt worden waren, versammelten sich auf dem Marsfelde gegen 30,000 Arbeiter mit ihren Fahnen und beschlossen, eine Petition an die Regierung zu bringen, in welcher die alsbaldige Organisation der Arbeit durch Association der Gesellen mit den Meistern begehrt wurde. Gegen diese Demonstration war durchaus Nichts einzuwenden, nur konnte die provisor. Regierung ihren beiden Mitgliedern den Vorwurf machen, daß sie eben zur Durchsetzung ihrer Pläne keinen kollegialischen Weg eingeschlagen. Auf der andern Seite hegte man allgemein den Glauben, die Reaktion erhebe ihr Haupt, die Wahlen zur Nationalversammlung würden größtentheils in diesem Sinne ausfallen, weßhalb die Arbeiter in ihrer Adresse die prov. Regierung förmlich aufforderten, Sorge zu tragen, daß die Republik eine demokratische werde. Diese Demonstration allein konnte also durchaus nicht gefahrlos für die provis. Regierung scheinen. Allein es kam ein zweites Moment hinzu, das den Charakter des Tages leicht ändern konnte. Die Regierung war seit mehreren Wochen bereits in sich gespalten, man kann sagen in die bürgerlichen und die demokratischen Republikaner. Diese Spaltung war die Ursache sehr vieler halben Maßregeln, des Mißtrauens und der Erlahmung der Geschäfte. Die ehemaligen geheimen Gesellschaften, die sich seitdem in offene Klubs formirt hatten, und an deren Haupte Blanqui, Raspail und Cabet stunden, glaubten aus dieser Situation Nutzen ziehen zu können, und wurden von Tag zu Tage kühner in ihren Plänen. Entweder, dies war das Dilemma, in welchem sie sich bewegten, klüzen wir den bürgerlichen Theil der provisorischen Regierung und ersetzen ihn durch unsere Adepten, schieben dann die Wahlen bis zur gänzlichen Vernichtung der retrograden Parteien hinaus, oder wir warten die Wahlen ab und sprengen mit Gewalt die Nationalversammlung auseinander, wenn die Majorität unseren Gewaltsäen nicht entspricht. Ohne allen Zweifel hatte diese Partei auf gestern einen bestimmten Angriffsplan gefaßt. Allein da sie erfuhr, daß eine so bedeutende Menge von Arbeitern auf dem Marsfelde beisammen sein würde, kann es wohl sein, daß sie dieselben benutzen wollte, um ihren Schlag gegen die Regierung auszuführen. Dazu kömmt, daß Blanqui sowohl durch langes Gefängniß, als erst jüngst durch die Veröffentlichung des Dokumentes seiner Schande auf's Aeußerste gereizt, jede Gelegenheit mit Freuden ergreifen würde, seine Feinde zu vernichten. Genug, gegen Mittag durchlief ein panischer Schrecken die ganze Stadt. Hie und da schloß man die Häuser und die Läden, das Gerücht verbreitete sich, die Kommunisten seien bereit, zu brennen und zu plündern, überall bildeten sich theils ängstliche, theils drohende Gruppen, kommunistische Redner peitschten wüthlich, das Volk zu haranguiren, wodurch jedoch derselbe verjagt und ausgepfiffen. Die Regierung war in diesem Augenblick im Finanzministerium versammelt, und dort benachrichtigt, daß Leute aus den Ateliklubs die Arbeiter auf dem Marsfelde bestimmen wollten, die Regierung zu sprengen, namentlich Lamartine und Marrast zu entfernen und Blanqui und Cabet an ihre Stelle zu setzen. Jetzt galt es, seinen Augenblick Zeit zu verlieren — die Nothwendigkeit und die Gefahr des Augenblicks bestimmte Ledru Rollin und seine Partei zur Eintracht und gemeinschaftlichen Aktion. Um halb 1 Uhr wurde Befehl gegeben, den Appel zu schlagen. Da die Gefahr oder doch wenigstens der Glaube an die Gefahr in der ganzen Stadt verbreitet war, so hatte sich Jedermann in seinem Hause bereit gehalten. Nicht eine halbe Stunde war der Appel geschlagen, so stunden schon 150,000 Nationalgardisten unter den Waffen, sowie die sämmtlichen 24 Bataillone der Mobilen. Als wäschen sie durch eine Zauber-Formel aus der Erde, stunden auf dem Grève-Platz vor dem Stadthause 40,000 Mann, mit unübersehbaren Massen waren die Quais von den Tuilerien bis aus Stadthaus besetzt; auf dem Carouselle-

oogle

## Die Bewegung im deutschen Südwesten und die fremden Zuzüge.

† Von der Schweizergrenze, 10. April *). Könnten wir mit unsren Worten jene Körpereschaften erreichen, welche jetzt in Frankfurt im Namen und zum Besten der gesammten deutschen Nation — Gott gebe es! — einträchtig tagen: so würden wir ihnen Rights so beingend ans Herz legen, als ihre volle Kaltblütigkeit, ihre ganze Energie dem deutschen Südwesten zuzuwenden. Denn in demselben Zeitpunkt, wo Deutschland sich wieder zu einer kompakten, organisch freien Einheit zusammengewaltigen im Begriff steht, getragen von den edelsten Kräften und Bestrebungen der gesammten Nation aller Stände; in demselben Zeitpunkt, wo die größten in sich hinreichend mächtigen deutschen Staaten freiwillig ihrer Selbständigkeit sich begeben und ferner nur Glieder im Ganzen sein zu wollen erklären; in demselben Zeitpunkte, wo man bisher mit und nur locker oder gänzlich unverbundene deutsche Provinzen und Stämme durch jedwedes stärkere Band an das Gesammtvaterland zu fesseln sucht, wo der Opfergeyzte der Zuzug einer begeisterten Jugend, die bundesgemäße Waffenhilfe Preußens und Hannovers unter dem lauten Beifall der Nation zu Theil wird: in diesem selben Augenblick häuft ein kleiner Theil des südwestlichen Deutschlands auf sich und das Gesammtvaterland die unauslöschbare Schmach Alles zu thun, was das Interesse und die Sicherheit eines starken einheitlichen Deutschlands nur irgend gefährden kann. Das innere Deutschland wird es ohne Zweifel mit nicht geringem Befremden vernommen haben, daß hier oben an den äußersten Marken, am Bodensee und weiter abwärts, da wo der Rhein an Schaffhausen, Aargau und Basel, am Elsaß, an Straßburg und Kehl vorbeifließt, an den Abhängen des Schwarzwaldes, die sich dort nach Deutschlands Grenze herabsenken, ein Geist unzweideutiger Empörung gegen Gestaltung und Willen des übrigen Deutschlands hervorzutreten begonnen hat. Jene ehemaligen Gebiete der Bischthümer und Abteien, der Grafen und Freiherren, der Reichsstädte und Reichsdörfer haben aus ihrer Verbindung mit einer größern, lebenskräftigen Staatsgemeinschaft wenig Vortheile in Beziehung auf ein klares politisches Bewußtsein, noch weniger in Beziehung auf einen tüchtigen nationalen Sinn gezogen. Einst als verkommende Territorien — wie sie ein neuerer Publizist treffend genannt hat — die Achillesferse Deutschlands, wurden sie vornehmlich um bejwillen größeren Staaten einverleibt. Jedoffen scheint eine — wenn auch lange gemeinsame Geschichte mit diesen über Erwarten wenig fest verknüpft, die Verbindung mit lebenskräftigen Staaten ihnen kaum ein Minimum gesund erneuernden deutschen Lebensgeistes zugeführt zu haben. Ja, wie der Augenschein lehrt, bedurfte es kaum des Nachlassens der straffen Bande des Polizeistaates, um in die alte Verkommenheit zurückzufallen. Denn anstatt einer weisen und freisinnigen Regierung kräftig zur Seite zu stehen, auf seine erprobte Volkskammer zu vertrauen, lassen sie, wie ehemals von Pfaffen und kleinen Dynasten, nunmehr von einen Thoren, Landläufern sich beherrschen. Anstatt als dessen wohlgerüstete, schlagfertige Grenzwächter Deutschlands Vertrauen und Dank zu erwerben, öffnen sie dem Nationalfeind an der verwundbarsten Stelle, wie ehemals, selbst die Breche und geben dem Franzosen aufs Neue Gelegenheit, in jenen Gauen deutsche Gimpel zu fangen. So wenig wir diesen das strenge Urtheil über die Gesammtheit der genannten Bevölkerungen entsprechen wollen; sowiel auch bei denen, die es trifft, auf Rechnung bedauernswerther Kurzsichtigkeit, hornirter Philisterei und schmählicher Verführung anstatt eigentlicher Böswilligkeit gesetzt werden muß, so lächerlich es klingt, von einem Kanton Konstanz, einer Republik Engen, einem schwarzwaldisch-breisgauischen Freistaat reden zu hören, so hart auch die Strafe sein mag, dem diese Landschaften durch Errichtung ihrer eignen thörichten Ziele, als Sonderbund, als Partei des Auslandes, gegenüber dem übrigen Deutschland, anheimfallen würden: so wenig darf doch das letztere dem Lärmen länger ruhig zusehn. Deutschland darf in dem Moment, wo es angefangen hat, wieder ein Reich zu werden, nicht dulden, daß sich — und dazu an so wichtigen Stellen — das „Reich" trautigen Andenkens wiederherstelle, mit seiner hornirten Widersinnigkeit gegen das Wohl des Ganzen, mit seiner Konfusion, mit seiner Zerspitterung, seiner Ohnmacht, Käuflichkeit, Feigheit und gelegentlichen Verrätherei. Die badische Regierung, im Einklang mit der ungeheuren Mehrzahl ihrer Bürger und ihrem Kammern, wird sich hoffentlich nicht imponiren lassen durch einzelne aufrührerische Zusammenrottungen und grobe trotzige Drohungen. Noch weniger aber werden hoffentlich die Bundesgewalten in Frankfurt die Protestie, die von dem neuerepubl. „Reich" gegen die „Fremden" der monarchisch-konstitutionellen Nachbarstaat ergangen sind, beachten. Das allgemeine deutsche Heimatbrecht wird wohl zu allererst den wackern Truppen zugestanden werden müssen, welche gemäß der Bundespflicht Hessen, Würtemberg und Baiern ins „Reich" entsendet haben, um einem wie in alten Tagen anzuverlässigen „Reichskontingent" die Hut der Grenze ab- und in Gemeinschaft mit dem badischen Armeekorps zu übernehmen. Man wird hoffentlich dem „Reich" mit Ernst bedeuten, daß jeder Fasching sein Ende hat und gegenwärtig Ostern nahe ist, wo auch der ausgelassenste Träger der Schellenkappe seine Siebensachen einzupacken und seinen Verstandnes wieder mächtig zu werden hat. Und geht es nicht in Güte, so wird man in Ungüte den Beweis zu führen wissen, daß der Boden hier oben nicht bloß dem gehört, welcher sein Haus darauf gebaut, seinen Samen darauf ausgesäet, seine Wiese darauf bewässert hat, sondern auch der in Hessen und Baiern seinen Acker bestellt, und der Holsteiner und Pommer, der die See pflügt, einen vollgiltigen Anspruch darauf behpt, daß das ganze Deutschland ein Recht auf seine Waffen, eine Pflicht hat, sie mit allen Mitteln, die ihm dienlich scheinen, zu beschützen. Gehört es zu den unverantwortlichsten Sünden des alten Regierungsbundes, daß er diese Grenze so offen und unbeschützt gelassen hat, wie sie leider jetzt da liegt, so wird der neue Volksbund nicht die noch größere Schuld auf sich laden wollen, eine theils findisch unverständige Widersichlichkeit, theils einen offen landesverrätherischen Unfug in diesen hochwichtigen und gemeinsamen Strichen Deutschlands gewähren zu lassen. Will Deutschland nicht zu den zwei bisherigen ein drittes Departement zu Rhin, und nur auf den andern Rheinufer ersetzen sehn, so darf es solchem Unwesen nicht Geleganheit lassen, seine Verblendung zu spät zu bereuen. Die lange badische Rheinlinie genügend zu vertheidigen, ist ohnedin das achte deutsche Armeekorps auch mit theilweiser Unterstützung kaum stark genug, da auf eine Deckung des oberstten Schenkels dieser Linie durch die neutrale Schweiz nicht zu rechnen ist. Es ist in der gegenwärtigen Lage der Dinge von besonderer Wichtigkeit, sich klar zu machen, daß die Schweiz in dieser Hinsicht ein völlig unzweckäffiger Nachbar ist. Diejenigen Theile derselben, welche die Neutralität behaupten wollen, können es nicht, andere aber, welche es allenfalls nothdürftig genug könnten wollen es nicht. So ist die Neutralität der Schweiz, was sie in den neuern Kriegen immer war: eine leere politische Phrase. Die Schweiz wird nach der Stimmung der in ihr herrschenden Parteien, auch dem ganzen Zug ihres Geschäftes, trotz vielen gemachten bittern Erfahrungen, auch jetzt wieder sich als Mittel in Frankreichs Hand, also gegen uns gebrauchen lassen. Im Uebrigen wird man überall, wo wirklich politischer Verstand vorhanden ist, sich durch das nicht täuschen lassen, womit man von dort aus das „Reich" glücklich zu überthören gewußt hat. Die Lügen, die sich die deutsch-republikanischen im K. Bern vereinigte Emigration zur Bemänteleung ihrer eigentlichen Zwecke jetzt erlaubt, sind so dick aufgetragen, die Fäden ihrer Gewebes so grob gesponnen, daß man sie mit Händen zu greifen, auch mit dem bloßen Auge zu schauen vermag. Wir haben die Proklamation des demokratischen Organisationskomités zu Biel, wir haben die Berichte radikaler Schweizerblätter über diesen Gegenstand vor uns gehabt. Ueberall ist die Tendenz, Deutschland mit Gewalt zur demokratischen Republik umzugestalten, unverhohlen als Absicht ausgesprochen, überall das Einverständniß mit den in Paris, Lyon und anderwärts zum nämlichen Zwed gebildeten deutschen Bataillonen hervorgedrohen. Der Schreiber eines Briefes, den die deutsche Zeitung veröffentlichte, droht mit 25000 Mann dem Mittelrhein die Löwenzähne zu zeigen; das Bieler Proklam läßt den Einmarsch der Legionen von dem Rufe des badischen Volksvereines oder seines Obmannes (Hecker) abhängen, den in Deutschland Niemand zum Wohlfahrtsausschuß oder Diktator bestellt hat. Endlich erklärt Herwegh in der „deutschen Volkszeitung" die Republik für Religion, die man sich nicht durch eine Majorität nehmen lasse. Weiß' ungeheure Zipfelmützigkeit gehört also jetzt dazu, sich überreden zu lassen, die deutschen Kreisschreiber in der Schweiz und Frankreich seien nichts Anderes als ehrene gesperbte Krone, als gekrönte Patrioten, die sich mit voller Resignation nur dem Zunk der bestellten Organe ausgesprochenen Gesammtwillen des deutschen Volkes zur Verfügung stellen würden! Aber auch welch' beispiellose Frechheit, und dergleichen wider besseres Wissen ins Angesicht zu lügen, zu behaupten, wie es neuerdings geschehen ist, die Bieler Legion sei nichts Anderes, als die Ausführung der von den deutschen Regierungen anbefohlenen Volksbewaffnung! Unter der letzteren Firma läßt gegenwärtig die Regierung des Vororts Bern die Waffenübungen der deutschen Handwerker unter Leitung der Kantonal-Mitgliedstruktoren zu, während sie auf Andringen einiger östlichen Kantone sich bequemt hat, die Organisation der Schaa-

*) Also vor den jüngsten Ereignissen im Seekreis geschrieben D. R.

Digitized by Google

ren wenigstens pro forma zu verbieten. Wahrlich man braucht weder mit Charakter und Grundsätzen, noch mit der Art der persönlichen Beziehungen, in welchen die als Chefs der deutschen Legionäre in der Schweiz von der Baseler Rathsaktglitzung gerühmten Herren Seeger aus Stuttgart, Pehl aus Kastel, Vogt aus Gießen, Schüler aus Darmstadt, Becker aus Frankenthal zu den Koryphäen des vorörtlichen Kantons stehen, näher bekannt zu sein, um über Sinn und Wirkungskraft sowohl von Erlaubnissen als Verboten sich außer Zweifel zu befinden. Lachen doch die Handwerkerlegionäre wie ihre Führer selbst über die Leichtgläubigkeit, welche ihre Autrede: unter eine „volksthümliche Regierung“ (die sie jeden Augenblick: Republik oder Hecker erklären) sich stellen zu wollen, gelten läßt.

## Italien.

* Turin, 8. April. Das sardinische Preßgesetz (§§. 91) ist erschienen. Der §. 1 erkennt die Freiheit an, die Gedanken durch das Mittel der Presse und jedes mechanischen zur Vervielfältigung geeigneten Verfahrens zu veröffentlichen. Jede Druckschrift muß die Bezeichnung des Druckorts, der Werkstätte, des Jahres und des Namens des Druckers enthalten. Jede mit diesen Bezeichnungen nicht versehene Druckschrift wird als Erzeugniß der heimlichen Druckerei betrachtet, und der Drucker leidet Strafe von 100—300 Lire. Nach §. 5 kann die gegen den Verfasser oder Herausgeber gerichtete Strafverfolgung nicht gegen den Drucker, bloß wegen des Drucks, ausgedehnt werden, in seferne er nicht wissentlich und auf eine verbrecherische Theilnahme begründete Weise mitwirkte. Jeder Drucker (§. 7) muß das erste Exemplar jeder Druckschrift dem (im Gesetze näher bezeichneten) Staatsanwalte vorlegen. Nach §. 10 ist es verboten, in den Berichten über Verhandlungen in Bezug auf Preßvergehen die Namen der Geschwornen, die Berathungen und Abstimmungen derselben wie der Richter des Rechts zu veröffentlichen. Ebenso ist jede Veröffentlichung der geheimen Berathungen der Kammern und der bei geschlossenen Thüren gehaltenen Verhandlungen der Gerichtshöfe unter Strafe (bis 500 Lire und Unterdrückung der Druckschrift) verboten; dies Verbot bezieht sich auch auf die Veröffentlichung der Strafverhandlungen oder Untersuchungsakte wegen Ehrenkränkungen, in Fällen, in denen gestattet der Beweis der ehrenkränkenden Vorwürfe nicht gestattet ist. Strafverfolgungen wegen Preßvergehen verjähren in 3 Monaten (§. 12). Wer durch das Mittel der Presse zur Begehung eines Verbrechens oder Vergehens oder einer Uebertretung auffordert, soll im ersten Falle mit Gefängniß bis 1 Jahr und Geldstrafe bis 2000 Lire, im zweiten Falle mit Gefängniß bis 3 Monaten und Geldstrafe bis 500 L., im dritten Arrest und Verweis oder Geldstrafe bestraft werden. Mit höheren Strafen (Gefängniß bis 2 Jahren) ist Aufforderung durch die Presse zu gewissen politischen Verbrechen, ebenso jede Handlung bedroht, wodurch mittelst der Presse Jemand die Unverletzlichkeit des Königs, die Thronfolge, die konstitutionelle Macht des Königs oder der Kammern angreift (15). Wer durch die Presse die Sittlichkeit angreift, wird mit Gefängniß bis ein Jahr oder mit Polizeistrafen bestraft. Enthält die Schrift eine Herabwürdigung oder Verspottung der Religion, so tritt Gefängniß bis 6 Monate und Geldstrafe bis 500 L. ein (18). Wer durch die Presse eine Beleidigung des Königs, der königlichen Familie oder der Prinzen des Hauses verübt, wird mit Gefängniß bis 2 Jahre und Geldstrafe bis 3000 Lire bestraft (19). Wer den König wegen Regierungshandlungen tadelt oder verantwortlich macht, leidet Gefängniß bis 1 Jahr und Geldstrafe (20). Die §§. 21—26 enthalten Strafdrohungen wegen Beleidigungen der Kammern, fremder Regenten und diplomatischer Personen. Die §§. 27—29 beziehen sich auf Preßvergehen, welche Ehrenkränkungen und Verleumdungen enthalten. In Beziehung auf die periodische Presse gibt §. 35 jedem großjährigen Staatsbürger, der im Genusse bürgerlicher Rechte sich befindet, jeder anonymen oder stillen Gesellschaft und jeder anerkannten Korporation die Befugniß, eine periodisch erscheinende Schrift herauszugeben, wenn er dem Ministerium nachweist die Art seiner Zeitung, den Namen der gesetzlich berechtigten Druckerei und den Namen und Wohnort des Druckers, ferner Namen und Wohnort des verantwortlichen Herausgebers (da nach §. 37 jedes Journal einen verantwortlichen Redakteur haben muß). Wenn der Redakteur unvermuthet gehindert ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen, oder er nicht alleiniger Eigenthümer ist, können die Interessenten einen verantwortlichen Redakteur aufstellen. Der Redakteur muß das erste Exemplar des gedruckten Journals unterzeichnen, und jedes andere Exemplar muß diesen Namen gedruckt enthalten. Im Augenblicke der Veröffentlichung (42) muß der Redakteur das Exemplar, welches er unterschrieb, dem Staatsanwalte zusenden. (Strafe der Uebertretung ist Geldstrafe bis 500 L.) Die Redakteure müssen in ihr Blatt und zwar spätestens in den zweitfolgenden, Veröffentlichung (gerechnet von dem Tage des Empfangs der Aufforderung) die Antworten und Erklärungen der Personen aufnehmen, welche in den in ihrem Blatte abgedruckten Artikeln bezeichnet wurden. Die Einrückung muß vollständig und unentgeltlich geschehen. Nach §. 45 muß der Redakteur am Anfang seines Blattes jeden amtlichen Artikel, amtliche Darstellung oder Berichtigung und jede Schrift abdrucken lassen, die ihm im Interesse der Regierung von einer Staatsbehörde zur Aufnahme zugesendet wird. Die Aburtheilung über Preßvergehen ist dem Appellationsrichter mit Zuziehung von Geschwornen überwiesen (54). Die Verfassung geschieht von Amtswegen (nach Verfügbarkeit der Vergehen auf Antrag der einen oder andern Behörde). Der Staatsanwalt, sowie der Privatkläger müssen genau in ihrem Antrage die Aufforderungen, Beleidigungen, Ehrenkränkungen und die Stellen bezeichnen, auf welche sie ihren Antrag auf Strafverfolgung gründen. (§. 57.) Unmittelbar darauf kann der Untersuchungsrichter die Beschlagnahme der Schrift verordnen, welche die Anklage veranlaßten. Der Staatsanwalt läßt den Angeschuldigten unmittelbar vorladen, vor dem Richter binnen 3 Tagen zu erscheinen. Das aburtheilende Gericht besteht aus den Richtern, welche als Appellationsrichter über Appellationen gegen korrektionelle Urtheile zu entscheiden haben, und aus 12 Geschwornen als Richtern der That. Das Verfahren ist mündlich und öffentlich. Der Präsident resumirt am Schlusse der Versammlungen und stellt die Fragen und zwar in der Art: (66) Enthalten die Worte oder der Gegenstand, worauf die Anschuldigung gerichtet ist, das Verbrechen (das nun näher zu bestimmen ist) wegen dessen die Anklage erhoben wurde? War der Angeklagte noch nicht 16 Jahre alt, so wird die Frage gestellt: ob er mit Unterscheidungskraft gehandelt habe. Handelt es sich um ein in einer periodischen Schrift enthaltenes Preßvergehen, so kann die verneinende Antwort der Geschwornen auf die Frage nicht die Schuld des Redakteurs in Bezug auf die Wirkungen des Art. 47 mildern. Der Vorstand der Geschwornen fragt jeden Geschwornen einzeln, und der Befragte antwortet: ja der Angeklagte ist schuldig, oder nein, er ist nicht schuldig. Die Entscheidung erfolgt nach Stimmenmehrheit; allein wenn der Angeklagte nun mit Mehrheit von einer Stimme für schuldig erkannt wird, so berathen die Richter des Rechts unter sich über die Thatfrage, und wenn die Meinung der Minderzahl der Geschwornen von der Mehrheit der Richter des Rechts angenommen wird, so daß diese, wenn man die Stimmen zusammenzählt, die Mehrzahl der Geschwornen überstreigt, so erfolgt der Ausspruch der Nichtschuld des Angeklagten. Das Gericht kann (77) nach seinem Ermessen immer die Verhandlung in gehrimer Sitzung anordnen. Das Geschwornengericht wird so gebildet, (78) daß aus der Liste der politischen Wähler durch das Loos 200 Namen für jeden Bezirk eines Appellationsgerichts gezogen werden. Die Bildung dieser Liste geschieht monatlich von dem Intendanten der Provinz in Gegenwart des Gemeinderaths. Die Liste wird dem Präsidenten des Appellationsgerichts mitgetheilt. Der Letzte zieht (81) in öffentlicher Sitzung die Namen von 50 Geschwornen aus der Urliste, und diese 50 sind dann die Geschwornen, die im nächsten Monat zu urtheilen haben. — Bei Anfang der Sitzung zur Entscheidung des Falles werden die Namen der 50 Geschwornen in eine Urne geworfen, und 14 Namen durch das Loos gezogen. Sowohl der Staatsanwalt als der Angeklagte kann bis zur Zahl 6 Rekusationen geltend machen. Der Erste, dessen Name aus der Urne gezogen und der nicht rekusirt wird, ist Vorstand der Geschwornen, die zuletzt Gezogenen sind Ergänzungsgeschworne. — Die öffentliche Stimme gibt im Ganzen dem Gesetze ein gutes Zeugniß. Verständige Staatsmänner sind zwar unzufrieden mit der Unbestimmtheit und mit der Ausdehnung der Strafgesetze gegen Preßvergehen; man hofft jedoch, daß durch die Geschwornen manche Nachtheile, die sonst mitwirken würden, vermieden werden. Man bedauert es, daß das Geschwornengericht zu sehr nur eine Nachbildung der franz. Einrichtung ist; vorzüglich in Beziehung auf die Stimmenmehrheit; man tadelt es, daß der Gesetzgeber im Falle einfacher Stimmenmehrheit zu dem in Frankreich selbst später aufgegebenen zu vielfachen Nachtheilen führenden Auswege kam, von der Berathung der rechtsgelehrten Richter das Urtheil über die Schuld abhängig zu machen. Wir werden einer genaueren Prüfung das neue Preßgesetz unterwerfen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oser a. Comp., 79 Bucegate Street in London. Für Frankreich, Schweiz, Portugal u. Überseeische Länder werden man sich an C. L. Lassalle Commissionär 29 Boulevard. Saint Denis, Rue Neuve Bonne du Rouvrois.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverbindlichen besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 18.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Leipzigen wird der Preis einer breispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 113. Heidelberg, Samstag 22. April 1848.

## Uebersicht.

**Wien** (Grundzüge der Verfassung. Den Ungarn ein Antheil an der Staatsschuld übertragen). **Bozen** (italienische Freischaaren zurückgeschlagen). **Prag** (feindselige Stellung der Czechen gegen die Deutschen). **Berlin** (das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten). **Posen** (polnische Guerillas. Scharmützel. Gefecht am Lufnahme in den Bund). **Preußisch-russische Grenze** (Besorgniß von einem Ausbruch im Königreich Polen). **München** (vor altösterreichischem Wahlaufruf. Politische Thätigkeit der Parteien. Kammerverhandlungen. Adresse an den Künstleraustausch; Manifest. Militärpersonen für die Volksvertretung wahlfähig erklärt). **Dresden** (v. Oppel wieder Kriegsminister). **Hannover** (Erwiderung des Königs auf die Hämische Adresse). **Göttingen** (Ernennung Junkerstorffs zum Kurator der verbannten Professoren). **Karlsruhe** (Nachrichten über den Aufruhr im Seekreis. Die Gemeinde Mühlheim liebertingen bittet um Besatzung. Beter zur Verantwortung gefordert). **Darmstadt** (die Ansichten des Abg. Zitz). **Wiesbaden** (Vorschlag zur Vereinigung des Zoll- und Steuervereins). **Rendsburg** (Die Allg. pr. Z. über Dänemark. Stellung der dänischen Truppen. Dänische Emissäre. Kommission für Erhaltung der Ordnung. Vor dem 20. keine Operationen zu erwarten. Dirkink-Holmfeld gefangen. Der König und die Farben nach Friedericia). **Frankfurt** (Waffenlandraten und Glaubensbekenntnisse. Verhandlungen des Ausschusses über die dänische Angelegenheit und die deutsche Marine).

**Schweiz.** Basel. Maßregeln gegen die Becker'schen Schaaren. Bern. Tagsatzungsverhandlungen über die Besetzung der savoyischen Distrikte. Geheime Sitzung über das savoyische Bündniß.

**Dänemark.** Kopenhagen. Fregatte nach dem Süden. Englische Sympathien. Die Berlingsche Zeitung.

**Großbritannien.** London. Ausfälle der Times gegen Deutschland. Parlamentsverhandlungen: die Bill zum Schutze der Regierung und die Irrendenbill. Meuterei erwartet.

**Frankreich.** Paris. Der National über die Demonstration vom 16. Seine Meinung über Louis Blanc. Die Stimmung der Parteien. Fortdauernde Unruhe am 18. Unvollkommene Versöhnung der Parteien. Trübe Aussichten.

---

**Oesterreich.** Wien, 15. April. Die „Wiener Ztg." in ihrem heutigen Blatte enthält Folgendes: „Wir erfahren so eben aus ganz zuverlässiger Quelle, daß der Minister des Innern mit der Entwerfung der Konstitutionsurkunde beschäftigt ist, und daß gestern zu diesem Ende eine Berathung mit den hier anwesenden ständischen Deputirten mehrerer Provinzen stattgefunden hat. Die Vorlagen, die der Minister bei dieser Gelegenheit gemacht hat, sollen im liberalsten Geiste entworfen und geeignet sein, die freisinnigen Wünsche zu befriedigen. Gleichstellung der politischen und bürgerlichen Rechte ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses; Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze; gleiche Berechtigung zu Gemeinde- und Staatsämtern; Freiheit des Glaubens, der Person, der Rede und der Presse; Petitions- und freies Vereinigungsrecht; gleichmäßiger Gerichtsstand für alle Staatsbürger; Gleichheit der Wehrpflicht und des Wehrrechts; Unabhängigkeit der Justiz; Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Schwurgericht in Strafsachen; endlich eine auf das Prinzip der Volksvertretung basirte Verfassung mit zwei Kammern und entscheidender Stimme der Kammern in der Gesetzgebung und Besteuerung, mit dem Rechte der Initiative und der vollständigen innern Autonomie, mit jährlicher Berufung und Verantwortlichkeit der Minister sind die wesentlichen Grundrechte, welche dem österreichischen Volke durch die Verfassungsurkunde gewährleistet werden sollen. Einstimmig soll anerkannt worden sein, daß bei der dringenden Nothwendigkeit, die Krone schleunigst durch ein bereits konstituirtes Parlament zu verstärken, die Berufung der Konstitution auf diesen Grundlagen als ein wahres Bedürfniß erscheine. Auch können wir aus guter Quelle versichern, daß demnächst die Wahlen zum deutschen Parlamente veranlaßt werden."

**Wien**, 16. April. Der Allg. Z. wird geschrieben: Die Weigerung der Ungarn ihren Antheil an der Staatsschuld mit zu übernehmen hat unter den wohlhabenden Klassen eine solche Aufregung und Besorgniß hervorgerufen, daß das Ministerium sich veranlaßt fand, in der heutigen Wiener Z. ein Schreiben des Kaisers an den Erzherzog Stephan zu veröffentlichen. Dasselbe enthält das bestimmte Verlangen: „daß von der großherzigen ungarischen Nation und ihren Vertretern ausgesprochen werde, die auf der österr. Gesammtmonarchie lastende allgemeine Staatsschuld solle nach einem gerechten Maßstab auch auf die Länder der ungarischen Krone übertragen werden." Den von Ungarn zu tragenden Antheil der Staatsschuld bestimmt der Kaiser auf ein Viertheil des Gesammtbetrages, jährlich 10 Mill. Gulden Renten — eine Summe, die im Verhältniß zur Größe Ungarns wahrlich nicht unbillig ist. Man ist nun höchst gespannt auf die bestimmte officielle Erklärung Ungarns.

**Bozen**, 16. April. Die Versuche der italienischen Insurgenten, durch Gebirgsübergänge in unser Land zu dringen, haben das deutsche Südtirol alarmirt. Es zeigt sich täglich deutlicher, daß unser Landvolk fest entschlossen ist, den Angriffen der welschen Freischaaren den kräftigsten Widerstand entgegenzusetzen. Seit dem neulich gemeldeten Vordringen einer Truppe über die Franzenshöhe, wo sie die Kaserne anzündete, und auf das Gerücht, daß ein durch Judicarien vorgeschrittener Haufe vom Splugthal nach Male und weiter im Nonsberg sich verbreitet habe, sind die Schützen und Landleute längs der Etsch bis zur Malserheide in unruhiger Bewegung, und von allen Seiten ziehen Bewaffnete an die Punkte, wo ein Uebergang wahrscheinlich ist. Gestern hatte sich eine Haufe lombardischer und piemontesischer Freischärler bis in die Nähe von Bezzano gewagt; die in Judicarien gestandenen Kaiserjäger waren im Kastell Dolbino eingeschlossen. Major Burko rückte von Trient wider die Eindringlinge mit einer Truppe Jäger aus, befreite die umzingelten Kameraden und lieferte den Fremden ein glückliches Gefecht, wodurch ihnen bei 40 Mann getödtet und 21 gefangen wurden. Unterersteis sind 3 Mann, 3 wurden verwundet. Die Insurgenten mußten zurückweichen. (Allg. Z.)

**Prag**, 15. April. Man meldet der Köln. Zeit.: Die zweite aus unserer Stadt am 31. März nach Wien gesendete Deputation ist endlich am 12. April (!) hierher zurückgekehrt. Die Punkte unserer Petition sind vom Kaiser vollständig bewilligt worden. Während der ganzen Zeit bis dahin herrschte hier eine Besorgniß erregende Spannung, die auf unsere Verhältnisse nicht eben günstig und verstimmend gewirkt hat. Am 9. April Morgens wurde folgende telegraphische Depesche veröffentlicht: „Wien, 8. April 8 Uhr Abends. Die Prager Deputation an das Bürgerkomité. So eben ist die Prager Petition von Sr. Maj. dem Kaiser günstig erledigt worden." Aber man wußte damit noch immer nicht, wie weit die Petition genehmigt sei; und als denn endlich die Deputation ankam, nahm man die Gewährung ohne Enthusiasmus auf. Am 13. wurde das Konstitutionsfest feierlich begangen; aber die Stimmung war nicht mehr die freudig erhöhte, wie sie sich bei Rückkehr der ersten Deputation zeigte. Bei uns in Böhmen gibt es ein Element, welches sich durch diese Gewährung furchtbar entwickelt hat: das Czechenthum. Die Czechen stehen jetzt den Deutschen feindseliger als je entgegen und suchen der fürr Oesterreich allein Heil bringenden Vereinigung mit Deutschland entgegen zu wirken. Das Streben der Czechen ist, sich wo möglich als ein slawisches Reich, gleich Ungarn, in sehr bedingter Abhängigkeit von Oesterreich zu isoliren.. Zu welchem Ende wird diese unselige Spaltung führen, deren Keim durch das Metternich'sche Druckſystem gelegt und durch das seitherige Zögern der Regierung so schädlich entwickelt worden ist? Die Deutschen hier sind aber den Czechen gegenüber still energisch, nicht willenskräftig genug; sie halten zurück und trauen sich kaum mit ihren Gesinnungen hervor. Die deutschen Farben sind hier wie verpönt; als einige Studenten die deutsche Kokarde aufgesteckt hatten, wurden sie insultirt. In Wien weht die deutsche Flagge von der Burg des Kaisers, und hier muß sie sich lichterloh verkleben. Soll hier Etwas geschehen — und es muß! — so geschehe es rasch!

**Berlin**, 17. April. Der gestern erwähnte Erlaß lautet: auf den Antrag des Staatsministeriums bestimme Ich hierdurch, was folgt: 1. Auf das nach Meiner Order vom 27. v. M. nunmehr zu bildende

Digitized by Google

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, welches vorzugsweise auch den arbeitenden und gewerbetreibenden Klassen der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung seine Fürsorge zu widmen hat, gehen über: 1) von dem Ressort des Finanzministeriums: Sämmtliche Geschäfte der Abtheilung für Handel, Gewerbe und Bauwesen und der Abtheilung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen; 2) von dem Ressort des Ministeriums des Innern: die Gewerbe- und Baupolizei, soweit dieselbe diesem Ministerium gegenwärtig zusteht, und die gesammte landwirthschaftliche Polizei, insbesondere die obere Leitung der Regulirungen der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, der Gemeinheitstheilungen, der Ablösungen gutsherrlicher und anderer Reallasten, der Vorfluths- und Fischereipolizeisachen, aller Anstalten zur Beförderung der Landwirthschaft, einschließlich der Konkurrenz bei dem unter der Leitung des Oberstallmeisters stehenden Gestütwesen und der landwirthschaftlich-technischen Lehranstalten; 3) das Postdepartement; 4) die Geschäfte des Handelsamts, welches Ich dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten einverleibe, während die nach der Verordnung vom 7. Juni 1844 (Gesetzsammlung S. 148) dem Handelsrathe zugewiesene Wirksamkeit auf das Staatsministerium übergehen soll. Die Leitung des neugebildeten Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten will Ich einstweilen dem Wirklichen Geheimen Legationsrath Dr. von Patow anvertrauen. II. Um das Ressort des Finanzministeriums auf eine seinem Zwecke entsprechende Weise festzustellen, will Ich 1) die früher damit verbunden gewesene, gegenwärtig aber von einer besonderen Abtheilung des Ministeriums Meines Hauses geführte Verwaltung der Domänen und Forsten dem Finanzministerium wieder übertragen und 2) demselben das Seehandlungsinstitut unterordnen. Ich beauftrage das Staatsministerium, diese Anordnungen, welche durch die Gesetzsammlung bekannt zu machen sind, sofort zur Ausführung zu bringen. Potsdam, 17. April 1848. Friedrich Wilhelm. Camphausen. An das Staatsministerium.

Die Voss. Z. schreibt: Zur Verstärkung des Operationskorps in Holstein und Schleswig werden preußischer Seits noch in diesen Tagen verschiedene Truppentheile abgesandt. Der Fürst Radziwill wird das preußische Korps befehligen, als Generalstabs-Offizier ist der Major Laue kommandirt; dieselben gehen am Montag den 17. zur Armee ab. Den Oberbefehl des Bundeskorps übernimmt der hannoversche General Halkett.

Berlin, 14. April. Gestern, meldet die Voss. Z., haben bäuerliche Deputirte von 23 Gemeinden des Kreises Buk, Regierungsbezirks Posen, dem Minister des Innern Petitionen mit circa 10,000 Unterschriften überreicht, in welcher die Unterzeichner gegen jede Reorganisation im polnischen Sinne protestiren und um Aufnahme in den deutschen Bund bitten, da sie darin allein eine Bürgschaft dafür finden, daß sie niemals einer polnischen Herrschaft unterworfen oder einem polnischen Reiche einverleibt werden können.

Posen, 16. April. Die Voss. Z. meldet von hier: Gestern Abend um 7 Uhr wurde eine Kompagnie des 7. (Hirschberger) Landwehrregiments in Gilmarsch auf 23 Wagen per Extrapost nach Kosten, 3—5 Meilen von hier, befördert. Es war nämlich von dortiger Nachmittags die Meldung eingegangen, daß sich einige Tausend Sensenmänner, nachdem sie die Umgegend plündernd durchzogen, in die Stadt geworfen haben und dort ganz wie in ihrem Eigenthum schalten und walten; z. B. überall Sensen und Pilen schmieden. Da die früher in Kosten stehenden Husaren fortkommandirt worden und sich im Augenblick nur 1 Kompagnie des 7. Landwehrregiments dort befand, so fühlte sich dieselbe zu schwach, zog sich zurück und bat gestern um Verstärkung, mit welcher ist auch der Major abgegangen und soll Befehl haben, energisch gegen die Ruhestörer einzuschreiten; eine Abtheilung Husaren ist von Schrimm aus ebenfalls dorthin gegangen. — Auch in Buk und Grätz soll es neuerdings wieder zu blutigen Auftritten gekommen und die Ruhe dort immer noch nicht hergestellt sein. — Mit morgen läuft die Konvention, welche mit den Polen auf Niederlegung der Waffen in Schroda, Miloslaw, Xions und Wreschen getroffen war, auch für den letzten Ort (jeder derselben hatte drei Tage Zeit von dem Augenblick an, wo ihm die Nachricht zugegangen) ab, — bis jetzt glaubt man hier nicht, daß die Polen sämmtlich friedlich auseinander gehen werden. Wenn gleich das Lager bei Schroda gänzlich verlassen ist, so sollen sich doch noch bei Wreschen und namentlich bei Xions sehr bedeutende Korps befinden, und tauchen aller Orten (wie z. B. jetzt bei Kosten) neue Haufen auf. Ueberhaupt soll man polnischer Seits beschlossen haben, den Streit in Art eines Guerillakrieges zu führen — stets sobald das Militär kommt sich zu zerstreuen, aber an andern Orten wieder zu sammeln, um so die preuß. Truppen zu ermüden — vielleicht gar, wie es heißt, um für die mächtige Hilfe eines Nachbarlandes, das erst seine Streitkräfte zusammenzieht, Zeit zu gewinnen. Jedenfalls glauben wir, daß die Geduld unserer Militärbehörden, so wie der Truppen selbst, bis aufs Aeußerste erschöpft ist, und man von morgen ab jedenfalls mit Gewalt die alte Ordnung herzustellen beginnen wird. Da auch die Polen stets neue Streitkräfte heranziehen, so dürfte es doch noch endlich zum erbitterten Kampfe kommen. Wir sind mit Allem zufrieden, wenn nur endlich der qualvolle Zustand der Ungewißheit, in der wir leben, beendet wird.

Der Köln. Z. zufolge hat sich Mieroslawski mit einem Theil der in Schroda versammelt gewesenen Polen in die Wälder um Krotoschin geworfen. Die Erstürmung der Stadt Trzmeszno ist für die Preußen nicht ohne Verlust abgegangen; sie hatten 1 Todten und 14 Verwundete, worunter ein Officier. Nach dem Rückzuge der Preußen sollen die Polen an denjenigen Einwohnern, welche den Preußen Erleichterungen angeboten hatten, eine unerhörte Volksjustiz vollzogen und unter Andern vier jüdische Einwohner niedergemetzelt, Viele ihres Eigenthums beraubt haben. (Der Rückzug der Preußen, wenn sie wirklich vollständig Sieger waren, läßt sich, beiläufig bemerkt, nicht wohl begreifen.) In einem Scharmützel zu Znaym soll der Graf Potrzki geblieben sein.

Die Köln. Z. berichtet ferner: Bei Labischin hatte eine kleine Anzahl russischer Polen, mit Waffen, Munition, Pferden und Geld reichlich ausgestattet, die Grenze überschritten, wurde jedoch durch den glücklichen Angriff einer rechtzeitig erscheinenden Abtheilung des preußischen 5. Husarenregiments zurückgewiesen.

Von der preußisch-russischen Grenze, 13. April. Wie groß die Besorgnisse vor einem Ausbruche der Revolution im Czarenreiche sind, geht aus den Maßregeln der Besitzenden hervor, die soviel als möglich ihr Eigenthum außer Landes in Sicherheit zu bringen suchen. Fast täglich passiren unsere Grenze an verschiedenen Orten bedeutende Geldsendungen beraritger Kaufleute nach Berlin, Hamburg und anderen Börsen. Vorgestern betrug die Summe dieser Sendungen allein 300,000 Rubel in Gold, und gehen ähnliche Sendungen über Memel und kleinere Städte. (Voss. Z.)

**Baiern.** ‡ München, 16. April. Der politische Klub, von dem ich Ihnen gestern berichtet, hat rasch an Ausdehnung und Bedeutung gewonnen. Die Versammlung von gestern Abend zählte vielleicht noch einmal so viel Theilnehmer, als die von vorgestern, insbesondere aus der Arbeiterklasse, doch nicht minder auch aus dem Kreise der höheren Beamten, der Rechtskundigen, der Gelehrten und Künstler, die als Trümmer des in der Auflösung begriffenen sogenannten „Vereines", welcher trotzdem, daß er aus scheinbar so gebildeten und konservativ bürgerlichen Elementen besteht, an seiner eigenen Anmaßung und Selbstsucht zu Grunde gehen dürfte, in diese frischere Atmosphäre der Jugendlichkeit, der Wahrheit und Freimüthigkeit sich hierüber zu retten suchten. Auch diesmal waren die Besprechungen ebenso mannigfaltiger als gründlich erörternder und belehrender Art. Ein Antrag wegen Auflösung unserer Abgeordnetenkammer gab der politischen Freisinnigkeit ein reiches Feld, sich auszusprechen; eine Adresse an das Ministerium, die Wahlgesetzvorlage zu beschleunigen, um bald eine neue Kammer zur Geltegung anderweitiger dringlichen Gesetzesfragen zu erhalten, ward beschlossen; und als später ein Vorschlag zu populären Vorträgen über politisch-socialistische und diesen verwandte Zeitfragen für die Arbeiterklasse in Anregung kam, war es erfreulich, einzelne Angehörige dieses Standes das Wort ergreifen zu sehen, um über die Bedürfnisse und Mängel unseres Gewerbslebens mit Einsicht und Klarheit ihre Ansicht zu äußern, wobei die Nothwendigkeit der Errichtung eines Ministeriums für Industrie und Gewerbe, die Dringlichkeit gleichmäßigen Schutzzolls und einer deutschen Flotte zur unmittelbaren Einführung der nöthigen Rohstoffe aus überseeischen Ländern, endlich die erneuerte Gründung des Gewerbevereins, der aufgelöst worden sei, weil man befürchtete, es könnten die industriellen Fragen zu politischen Zwecken mißbraucht werden, und anderes damit Zusammenhängendes zur Sprache kam. Unter denen, welche zu populären Vorträgen der erwähnten Art sich bereit erklärten, waren auch die Professoren Neumann und Marggraff und der Ministerialrath v. Hermann. Man beschloß, dafür besondere Abendstunden festzusetzen, weil die politischen Berathungen bei den drängenden Ereignissen eine Unterbrechung oder Störung nicht erleiden dürften. Wir wünschen, daß dieser Klub seine nächste Aufgabe begreife und festhalte, ein politischer Nebenberathungs- und Ueberwachungskörper zu sein, womit der Zweck der Belehrung des Arbeiterstandes vortrefflich Hand in Hand gehen kann.

‡ München, 17. April. Der gestrige Aufruf, eine Warnung vor der Republik betreffend, der an allen Straßenecken ange-

zu diesen Versammlungen künftig wohl eine Kirche eingeräumt werden müssen. Es kam bereits auch bei dem Ministerium um die baldige Auflösung der jetzigen Kammer ein und wünscht recht baldige neue Wahlen. — Unsere Abgeordneten haben ihre Sitzung heute auf den Abend (4 Uhr) verlegt.

|| **München**, 18. April. Folgende Adresse an den Fünfzigerausschuß in Frankfurt nebst dem beigelegten Manifeste liegt gegenwärtig zur Unterschrift im Rathhaussaale auf: Deutsche Männer! Immer näher rückt der Tag heran, der die Abgeordneten aller deutschen Stämme versammeln soll zum großen Werke der gesetzlichen Begründung ihrer Einigkeit und Freiheit. Mit dem gemischten Gefühle von Hoffnung und Bangen sehen wir ihm entgegen. Wir achten jede Gesinnung, die sich von dem Wege friedlicher Verständigung nicht entfernt. Jeder Deutsche hat ein gleiches Recht, sie auszusprechen. Aber eine, wenn auch kleine Zahl, doch um so eifriger in Betreibung ihrer Zwecke, droht durch Mittel der Gewalt den Boden zu untergraben, auf welchem das Gebäude gegründet werden soll für unsere Rechte. Durch den Umsturz alles Bestehenden beabsichtigen diese entarteten Söhne unseres geliebten Vaterlandes eine allgemeine Verwirrung herbeizuführen. Unter dem heuchlerischen Scheine, des Volkes Freiheiten zu erweitern und der Noth der arbeitenden Klassen abzuhelfen, wollen sie in Wahrheit nur eine Kluft zu Stande bringen zwischen den deutschen Stämmen unter sich, wie zwischen ihnen und ihren Regenten. Mit Blut suchen sie die Macht zu erringen, die ihnen als Mittel für selbstsüchtige Zwecke dienen soll. Unfähig einer gesetzlichen Freiheit, sind sie die erbittertsten Feinde aller Ordnung geworden. Wir verdammen dieses Beginnen. Deutschland wird — deß vertrauen wir zu Gott — die große Zukunft haben, die es verdient. Aber nur im

meiner Wohlfahrt, der stärksten Schutzmauer gegen verderbliche Anmaßungen innerer und äußerer Feinde. Laßt uns also Niemand wählen zu der konstituirenden Versammlung, der nicht diese unsere unabänderliche Gesinnung aus innerster Ueberzeugung treu und unzweideutig theilt! München, 18. April 1848.

**München.** In einem Kreisschreiben des Ministeriums des Innern werden die Militärpersonen für aktiv und passiv wahlfähig erkläret; es heißt darin: Die Modifikation der Kammer, daß die aktive Wahlfähigkeit an die Entrichtung einer direkten Steuer gebunden sei, hatte keineswegs die Absicht, das Wahlrecht, wie solches im Gesetzentwurf beantragt wurde, zu beschränken, beziehungsweise die Officiere und Militärbeamten auszuschließen; dieselbe wollte vielmehr den Kreis der Wahlberechtigten möglichst weit ausdehnen und lediglich den Begriff eines selbständigen Staatsangehörigen nach jener Richtung hin feststecken, wo die Grenze zweifelhaft war. (Allg. Z.)

**Sachsen.** **Dresden**, 17. April. Das durch den Rücktritt des Kriegsministers Grafen v. Holtzendorff erledigte Departement des Kriegs ist dem Staatsminister Generalmajor v. Oppell wieder übertragen worden.

**Hannover**, 16. April. Die Erwiderung, welche der König bei der Ueberreichung der ständischen Adresse an die Deputation richtete, wird in der Hannoverschen Ztg. vollständig mitgetheilt. Der König sagte u. A. „Ich habe Mir die Schwierigkeiten unserer Lage keinen Augenblick verhehlt, wenngleich so beklagenswerthe Ereignisse hier nicht Statt gefunden haben, worunter andere Staaten so schwer gelitten haben. Ich werde treu und fest zum Lande stehen. So lange ich mit den Ministern für das Glück des Landes noch nützlich sein kann, so lange werde Ich bei Ihnen bleiben, Meine Herren, und mit aller

Regierung die an sie gestellten Forderungen gewährt hat. Zunächst ist den Mißhandelten die persönliche Genugthuung geworden, daß der Polizeidirektor Heintze seiner Stelle „gänzlich enthoben" ist. Sodann hat die Regierung eine vollständige Reform des Polizeiwesens zugesagt; und ich brauche nicht erst anzuzeigen, daß das alte „System" gründlich gebrochen ist. Wir sind ja in Deutschland jetzt so glücklich, andere Garantien zu haben, als Versprechungen. Die Einwohner Göttingens wünschen den Heimkehrenden einen festlichen Empfang zu bereiten und da ich voraussehen darf, daß die Studirenden ihnen diese Freude nicht vereiteln wollen, so ersuche ich alle, sie mögen schon hier gewesen sein oder die Universität zum ersten Male beziehen, sich in Northeim zu zeitig zu versammeln, daß sie Montag, 1. Mai, morgens 10 Uhr von dort im Zuge nach Göttingen gehen können. Für den Fall, daß Viele schon am 30. April eintreffen, hat die Northeimer Bürgerschaft sich freundlich und zuvorkommend zur Aufnahme derselben erboten. — Kraft besondern Auftrages der Studirenden und der Bürgerschaft: Arthur Breusing, Kand. b. Math.

**Baden.** ** Karlsruhe, 19. April Abends 8 Uhr. Die Beunruhigung, welche durch die Nachricht aus Offenburg heute Morgen die Stadt bewegte, ist zum großen Theile verschwunden. Es ergibt sich jetzt, daß die Republik in Offenburg nicht ausgerufen wurde, daß nur eine kleine Zahl von bewaffneten Bürgern am Abend des 18. den Eisenbahnhof besetzte, die Kommunikation und so den Abgang der Züge hinderte. Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Handlung mit einem beabsichtigten Ueberfall der in Straßburg in einer bis 2000 ansteigenden Zahl der Arbeiter im Zusammenbange stand. Heute rückte nun eine Truppenkolonne von Offenburg. Der Kommandant forderte die Stadt auf, die in der Zwischenzeit errichteten Barrikaden wegzuräumen, sich zu unterwerfen und die Waffen herauszugeben. In Offenburg wurde Gemeindeversammlung gehalten. Ihr Ergebnis war eine Proklamation der Stadt, die nicht geeignet ist, einen erfreulichen Eindruck zu machen. Sie erklärt, daß die Gemeinde die Republik für die beste Staatsform halte, aber für jetzt ihren Sinn für Ordnung dadurch bewähren wolle, daß sie die neue Form nicht proklamirt, daß sie die Beschlüsse der Nationalversammlung und der Schwesterstädte abwarte. Man frägt, wozu die Gemeinde nöthig hatte, über die Sympathien für die Republik und für Hecker, wenn die Proklamation mit Begeisterung spricht, daher mittelbar die Hoffnung, daß in Bälde die Sache der Republik siegen werde, in einem Augenblick auszusprechen, wo jeder Bürger fühlen muß, daß er nur dann von dem Verbrechen des im Lande ausgebrochenen Aufruhrs sich lossagt, wenn er nicht von seinen Hoffnungen für die Zukunft, nicht von der Vorliebe für die Aufrührer spricht, sondern die Sache der bestehenden Ordnung kräftig unterstützt, die Verabscheuung des Verbrechens und den festen Willen kundgibt, die Ordnung gegen den innern Feind zu vertheidigen. Eine Proklamation, wie sie Offenburg erließ, flößt die nämlichen Gefühle ein, welche die Neutralitätserklärung der Stadt Freiburg einflößt. In unsern Zeiten muß man nicht neutral bleiben, sondern, wenn man wirklich die Gesetzesherrschaft will, Gut und Blut für die durch das Gesetz begründete Ordnung opfern zu wollen aussprechen. Die am Mittag von Karlsruhe abgegangene Militärkolonne (mit ihr der als Civilkommissär abgeordnete Regierungsrath und Abgeordnete Schmitt) hat den Auftrag, die Stadt Offenburg zu besetzen und die Rädelsführer zu verhaften. — Nach neuen Nachrichten scheint der Bürgermeister von Offenburg an den verbrecherischen Bewegungen nicht betheiligt zu sein. — Von Konstanz sind unmittelbare Nachrichten eingetroffen. Die Schreckensherrschaft waltet dort. Der Regierungsdirektor Peter hat zwar die Statthalterschaft angenommen, nach seiner öffentlichen Erklärung folgte er aber nur dem auf ihn einstürmenden Zwange. Die nähere Untersuchung wird lehren, wie weit dieser Zwang ging. In den Städten Möskirch, Pfullendorf und Ueberlingen, wo Militär eingerückt ist, athmen die Bürger wieder frei; sie freuen sich, daß der Terrorismus aufgehört hat. In Donaueschingen ist die Ruhe hergestellt. In Beziehung auf die Stellung der Schaar Heckers ergeben die neuesten Nachrichten, daß er von Struve's Schaar abgeschnitten, überall von dem nachrückenden Militär eingeschlossen ist. Die Mehrzahl derjenigen, die seinem Zuge sich anschlossen, sind Bürger, welche durch schwere Drohungen, indem die Gemeinden mit Anzündung ihrer Häuser bedroht wurden, wenn nicht die waffenfähige Mannschaft dem Unternehmen Heckers sich anschließen würde, gezwungen dem Zuge folgen, aber ebenso seit entschlossen sind, sogleich sich loszumachen, wenn sich die Gelegenheit dazu darbietet. — Eine Abtheilung der Hecker'schen Schaar (etwa 500) zog nach St. Blasien und zwang dort den Beamten, die Amtskasse herauszugeben. Heckers Plan scheint zu sein, über Schönau herauszubrechen, seine Hoffnung ist darauf gebaut, daß das Militär nicht gegen ihn fechten würde; seine Hoffnung wird zu Schanden werden; denn alle Nachrichten verbürgen die Treue und das Pflichtgefühl der Truppen. Empört ist man hier durch die von Uebelgesinnten mit Bewußtsein der Unwahrheit ausgestreuten Gerüchte, daß bereits Militär zu Heckers Fahne übergegangen sei. Wohl möge die Soldaten, da wo ein schwer bedrängtes Volk seine Rechte erkämpft und seine Freiheit vertheidigt, sich weigern, Bürgerblut zu vergießen; hier aber, wo in einem glücklichen Lande, dessen Regierung zuerst alle wünschenswerthen Freiheiten gewährte, die Verbrecher die Fahne des Aufruhrs aufpflanzten und Anarchie einführen wollen, wird der auch von dem feurigsten Freiheitsgefühle begeisterte Soldat empört werden, wenn man ihm zutraut, daß er den Bahneneid und den Eid auf die Verfassung brechen und mit Hochverrätherin sich verbrüdern werde.

**Karlsruhe**, 19. April. Durch höchstes Reskript vom heutigen ist der Regierungsdirektor Peter in Konstanz wegen der in öffentlichen Blättern bereits mitgetheilten Vorgänge vom 17. d. M., wobei er dem Drängen einer dortigen revolutionären Versammlung in Betreff der Auflösung der Kreisregierung und seiner Ernennung zum Statthalter nachgegeben hat, von seinem Amte suspendirt und hierher berufen worden, um sich zu verantworten. (K. Z.)

**Mülhheim**, 17. April. Gestern Vormittag war hier eine Gemeindeversammlung. Der Amtsvorstand machte der Gemeinde Mittheilung über die Maßregeln, die zur Abwendung der Gefahren ergriffen worden seien und noch folgen würden, welche dem badischen und deutschen Vaterlande drohten, indem er zugleich nachzuweisen suchte, wie man unabhängig bemüht sei, die besten Einrichtungen ins Leben zu rufen, und das im schönsten Aufbau begriffene Freiheitsgebäude zu seiner Vollendung in Baden und dem gesammten Deutschland auf gesetzlichem Wege zu führen. Als dann die Bürgerschaft aufgefordert wurde, sich darüber zu erklären, ob sie erforderlichen Falls bereit sei, im Verein und unterstützt von der öffentlichen Macht, jedem Versuch zum gewaltsamen Umsturz der Verfassung entgegenzutreten, brantwortete sie diese Frage einstimmig mit Ja. Dieser Gesinnung entspricht, wenn mich nicht Alles trügt, auch die unserer Umgegend. Bemerkenswerth ist, daß Ueberlingen, von wo aus vor 10 Tagen eine Depution mit Kanonen gegen den Zuzug Revolutionmarsch nach Karlsruhe abgeschickt worden war, jetzt bringend darum nachgesucht hat, daß einige Kompagnien dahin abgeordnet werden möchten. (Z. 3.)

**Hessen.** ** Darmstadt, 19. April. Die Ehrlichkeit erbricht, daß ich Ihnen weiter berichte. Der Abg. Zitz hat sein Ausbleiben in der gestrigen Kammersitzung mit seinen Geschäften in einer wichtigen Kassationssache entschuldigt. Nach der Mainz. Zeit. hatte Hr. Zitz in Mainz erklärt, daß er gar nicht mehr in der Kammer erscheinen wolle. Sollte es wirklich wahr sein, daß Hr. Zitz in Mainz so und in Darmstadt anders spreche? Die Nachricht der M. Z. war an sich um so glaubhafter, als in der M. Z. der Bericht über die Kammersitzung vom 14. damit schließt, daß dies der letzte Bericht über diese Kammer sein solle, und als Hr. Zitz sich selbst öffentlich als den Kammerkorrespondenten der M. Z. bekannt hat. — Nach der M. Z. vom 18. hat Hr. Zitz in einer Bürgerversammlung in Mainz am 16. gesagt: Er sei Republikaner, allein auch entschlossen, in der Regierungsform sich dem zu fügen, was die bestehende Sitte des Volks als Eigenthümlichkeit besitze, und die Sitte sei in einem großen Theil von Deutschland für Monarchie. Später als die Versammlung mehr zur Republik hinneigte, erklärte Hr. Zitz weiter: Er sehe es wohl ein, wie alle Herzen der Republik entgegenschlagen, wie man nicht länger wühlen und wägen, sondern sich frei aussprechen wolle; Nichts könne mehr mit seiner eigenen Ansicht übereinstimmen. Alles das heißt auf gut Deutsch: Ich bin von ganzem Herzen für die Republik, ich kann dieselbe aber nicht einführen, wenn das Volk nicht will.

**Braunschweig.** Wiesbaden, 15. April. Braunschweig hat an die Regierungen von Hannover und Oldenburg, sodann an die Regierungen der Zollvereinsstaaten Vorschläge zur Vereinigung beider Vereine, des Steuervereins (Hannover und Oldenburg) und des Zollvereins (Vierspann u. s. w.), gelangen lassen und die Stadt Braunschweig als Sitz der verhandelnden Kommission bezeichnet. Daß die übrigen norddeutschen Staaten, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen, geneigt seien, dem Zollvereine beizutreten, wird von dem braunschweigischen Ministerium nicht bezweifelt. (Freie Z.)

**Schleswig.** Die Börsenh. vom 27. April bringt vom Kriegsschauplatz nichts wesentlich Neues. Ueber die Stellung der Dänen enthält sie aus Rendsburg vom 15. April Folgendes: Die Dänen machen Miene, an der Schlei eine Stellung behaupten zu wollen; der Haddebyer Damm auf der Chaussee von Eckernförde, Schleswig gegenüber, ist überall mit Kanonen besetzt, der Fährprahm über die Schlei bei Missunde versenkt. In alle Dörfer senden die Dänen täg-

Digitized by Google

lich Emissäre, welche das Glück einer Verbindung Schleswigs mit Dänemark preisen und gegen die „Aufrührer“ warnen, die nur Unheil über das Land und dessen Bewohner bringen wollten Die vom dänischen Könige bestellte Kommission für die Erhaltung der Ordnung der Civilverwaltung des Herzogthums Schleswig sucht durch sieben Fragen, die jedem Beamten, welcher in den okkupirten Distrikten sich noch vorfindet, in Beziehung auf die Anerkennung der provis. Regierung und deren „Bestrebungen“ gestellt werden, sich über die Gesinnungen dieser Beamten zu vergewissern, und bestimmt dann, ob sie im Amte verbleiben oder entfernt werden sollen. Diejenigen, welche nicht zur Stelle sind, werden sogleich ersetzt. Ob aber Beamte vorhanden sind oder nicht, ist in den okkupirten Landstrichen völlig gleichgiltig, da der moralische Einfluß derselben vernichtet ist.

**Rendsburg**, 15. April. Es bestätigt sich durchaus nicht, daß von den bei Eckernförde liegenden dänischen Kriegsschiffen bei der Landung eine Pressung von Einwohnern der Stadt geschehen ist, um Leute zur die dänische Flotte zu gewinnen; das einzig Wahre an der Sache ist, daß dänischer Seite ausgesprochen ward, daß junge Leute auf der Flotte gleich Dienst erhalten könnten, und auf diese Nachricht soll Jung und Alt gestoben sein, um nicht mit Gewalt aufgehoben zu werden. Die Dänen haben ebensowenig Erpressungen anderer Art gegen die Einwohner in Eckernförde verübt, im Gegentheil haben sie das Verlangte gleich bezahlt, obgleich es wiederum wahr ist, daß man gedroht habe, die Stadt zu bombardiren, wenn nicht die Fahne mit den Bundesfarben binnen 2 Stunden herunter genommen und an deren Stelle die Danebrogsfahne aufgesteckt würde.

Aus **Berlin** berichtet die Voss. Z.: Nachrichten von entscheidenden Vorgängen in Schleswig, die mit Ungeduld hier erwartet werden, können in diesen nächsten Tagen noch nicht eintreffen, da das Bundescorps erst zum 20. April so vollständig organisirt sein wird, daß es seine Operationen mit Erfolg beginnen kann. Der Prinz Friedrich v. Augustenburg hat schriftlich den Wunsch ausgedrückt, noch acht preußische Offiziere bei seinen Truppen zu haben, da die daselbst zum Theil als Freiwillige eingetretenen sich das allgemeinste Vertrauen erworben, und sich bei mehreren Vorgängen durch Entschlossenheit und erfolgreiche Maßnahmen ausgezeichnet haben.

Die Allg. P. Z. bringt folgende Herzensergießung: **Rendsburg**, 14. April. Der empörende Anfang der dänischen Kriegsführung im nördlichen Schleswig, welcher bekanntlich darin bestand, daß man die unbewaffneten Beamten und manche als deutsche Patrioten bekannte Männer, unter Androhung eines Bombardements der offenen Städte und Ortschaften, zu Wasser und zu Lande hinwegschleppte und in Dänemark einkerkerte, wird den Urhebern seine Früchte tragen. Es ist eine solche Eröffnung der Feindseligkeiten, aus welcher der dänischen Marine fürwahr keine Lorbeern erblühen werden, so roh und in aller Beziehung verwerflich, daß man sie der obersten Leitung der militärischen Maßregeln nicht zuzuschreiben kann, vielmehr sie nur als Ergebniß eines unthusiastischen Nationalhasses der dänischen Seeoffiziere gegen die Deutschen anzusprechen vermag. Daß ein derartiger Menschenraub, eine solche Vergewaltigung der unbewaffneten Civilbeamten und Staatsbürger und solche Bedrohung ruhiger Ortschaften in dem bekrigten Lande die gute Sitte civilisirter Völker und die ehrenhafte Kriegsmanier gegen sich hat, das weiß das gebildete Europa, welches in der öffentlichen Meinung darüber sein völkerrechtliches Verdammungsurtheil fällen wird. Daß eine solche Art der Kriegsführung aber auch die Klugheit und richtige Kriegspolitik gegen sich hat, das werden die Dänen jetzt in den besetzten Theilen des Herzogthums Schleswig zu erfahren Gelegenheit haben. Denn eine natürliche Folge davon ist es gewesen, daß bei dem Vorrücken der in dieser Weise Führer ungebildeten Zeiten verfahrenen Feinde die Civilbeamten der Städte und Aemter sich hieher geflüchtet haben, zugleich mit manchen andern hervorragenden Staatsbürgern, und daß es folglich den okkupirten Landestheilen an der dem Feinde wie dem Freunde des Landes unentbehrlichen Leitung und kundigen Landesadministration mangelt. Eine andere Nebensolge ist es gewesen, daß über die dänische Okkupation und das feindliche Verfahren der in die Höfen und Föhrden einlaufenden dänischen Kriegsschiffe die furchtbarsten und gehässigsten Gerüchte sich nach dem Süden hin verbreiten. Ein solches Gerücht schreckhafter Art kam vorgestern Abend aus Eckernförde hier an, wonach der Menschenraub durch die dänischen Kriegsschiffe dort einen schauderhaft barbarischen Charakter angenommen haben sollte. Nähere Erkundigungen haben jedoch die Unrichtigkeit jener Schreckenspost, wenigstens zum größten Theil, sicher ergeben. Niemand kann sich aber wundern, wenn nach jenem Kriegsanfange in Apenrade durch die dänischen Marineoffiziere und dem gleichartigen Verfahren ihrer Kriegsgefährten in Hadersleben und Tondern solche Gerüchte auskommen.

**Rendsburg**, 17. April. Dem Vernehmen nach ist der König von Dänemark heute mit den Garden über Apenrade nach Fridericia zurückgekehrt. (H. K.)

**Kiel**, 16. April. Soeben wird der Kapitänlieutenant Dirkink-Holmfeld (früher Befehlshaber der preußischen „Amazone“), durch einen Kolbenschlag im Gesichte verletzt, gefangen von Fehmarn hier eingebracht. Die Geschichte wird so erzählt: der Genannte mit 2 andern Offizieren von der bei Fehmarn liegenden Corvette Najaden begibt sich aus Land und verlangt den Abgeordneten, vormaligen dänischen Justizrath v. Lesen. Derselbe erscheint in Begleitung Bewaffneter, Dirkink-Holmfeld zeigt dem Abgeordneten an, daß er ihm auf die Korvette folgen müsse. Es wird ihm erwidert, daß das so nicht angehe, da man ihn schützen werde. Dirkink-Holmfeld droht mit Beschießung der Insel, worauf sich ein Kampf entspinnt, in welchem ein Officier (Andere sagen ein Matrose) getödtet und Dirkink-Holmfeld nach verzweifelter Gegenwehr gefangen ward. (Er ist bereits in Rendsburg angelangt.)

* **Frankfurt**, 19. April. Die heutige Sitzung des Fünfzigerausschusses wurde mit der Mittheilung eröffnet, daß Schleswig-Holstein die Wahlen in Gemäßheit der Beschlüsse des Vorparlaments vornehmen und Braunschweig die seinigen vor dem 1. Mai beendigen werde. Biedermann machte auf den Nachtheil aufmerksam, welchen das Verbot der Geldzufuhr durch Oesterreich besonders der Leipziger Messe zufüge (wegen Ausbleibens der Orientalen) und veranlaßte den Beschluß, durch die österreichische Gesandtschaft eine Reklamation nach Wien gelangen zu lassen. An der Tagesordnung war Gülich's Antrag auf Schutz der Ost- und Nordseeküsten. Gülich führte zur Begründung an, daß Dänemark 30 Schiffe und 80 Kanonenboote besitze, daß eine Korvette bereits vor Swinemünde kreuze, 2 andere, mit 100 Kanonen bewaffnet, im Anzug seien; nicht bloß die schleswig-holsteinische, sondern auch die preußischen, mecklenburgischen Seestädte und die Hansestädte seien sonach bedroht. Hätten wir eine deutsche Flotte, wie wir sie haben sollten und hoffentlich bald haben werden, so könnten wir mit einer andere Sprache führen, wir der Ostsee seien eine nur einige Kriegsschiffe, in der Nordsee keines. Die Dänen hätten den Schiffen Schleswig-Holsteins ein Brandmal aufgedrückt, indem sie ihnen die Inschrift „dänisches Eigenthum“ gaben, hoffentlich werde nie wieder ein deutsches Schiff ein solches Brandmal tragen. Der Antrag Gülich's ging dahin: Der Ausschuß möge den Bundestag und die Regierungen auffordern, durch Armirung der Kauffarteischiffe, Ausrüstung von Kanonenbooten, Errichtung von Batterien und auf sonst geeignete Weise die zum Schutze des Vaterlandes gegen feindliche Angriffe nöthigen Maßregeln unverzüglich zu ergreifen. Schuselka erwartet nicht Viel von einer Verwendung bei dem Bund und den deutschen Regierungen. Seit Jahren sei ja das Verlangen nach einer deutschen Flotte von den officiellen Publizisten als theoretischer Schwärmerei verschieen worden. Sie erinnerte an die Zeit, wo die deutsche Hanse glorreich die See beherrschte, Könige ab- und einsetzte, und das Alles nur aus eigner freien Bürgerkraft. In unserer Zeit, wo das Volk regiere, solle man sich wieder an den Patriotismus und das Ehrgefühl der Hansestädte wenden. Hamburg und Bremen besäßen Schätze genug, um eine Flotte auszurüsten, welche die Anmaßungen der Dänen kräftig zurückweisen könne. Heckscher: Durch die Feembherrschaft sei das öffentliche Leben der Seestädte vernichtet worden, und der Zauber einiger historischen Erinnerungen reiche nicht hin, um wahre Thatkraft wieder hervorzurufen. Nur durch den Handel seien jene Städte reich geworden, der Handel aber sei längst paralysirt; sie seien patriotisch, aber zu schwach, um die ganze Last der Vertheidigung allein zu tragen, wenn sie nicht auf den Bund sich stützen könnten. Die Hansestädte werde zuerst die Rache und das Schwert des Feindes treffen. Duckwitz weist nach, daß bei den jetzigen Verhältnissen die Hansestädte mit ihren Schiffen nicht mehr gegen die Kriegsmarine anderer Staaten aufreten könnten. Bremen habe mit großen Kosten einen zweiten Hafen angelegt. Der Bremer Senat habe auf Verlangen der Kaufmannschaft Kanonen zur Bewaffnung von Kauffahrern bewilligt, es seien aber nur 6 schwere Geschütze aufzutreiben gewesen. Hier müsse ganz Deutschland helfend eintreten. Bremen werde mit Gut und Blut zur Vertheidigung mitwirken. Uebrigens sprachen sich Duckwitz sowohl als Heckscher für Schuselka's Antrag („die Hansestädte aufzufordern, ihren historischen Erinnerungen eingedenk, durch Bewaffnung von Schiffen ihre und des ganzen Vaterlandes Wohlfahrt zu sichern“) aus, und er wurde neben dem Gülich'schen Antrag einstimmig angenommen. (Schluß folgt).

† **Frankfurt**, 20. April. Es regnet hier politische Glau-

oogle

benöbekenntnisse von Wahlkandidaten zur konstituirenden Nationalversammlung. Von dem halben Dutzend, welches uns in die Hände gekommen ist, wollen wir nur auf zwei aufmerksam machen, auf das Eine, weil der, welcher es abgelegt, dem Vernehmen nach alle Aussicht hat, gewählt zu werden, das Andere, weil es am Meisten unsrer Ansicht entspricht. Das Erste ist von Herrn Jucho und enthält folgenden Satz, um deßwillen allein ich ihm meine Stimme nicht geben kann: „Ich bin Republikaner, nicht nur meiner Geburt, sondern auch meiner Ueberzeugung nach. Aber — — ich habe die Ueberzeugung, daß die weit überwiegende Mehrzahl des deutschen Volkes, wenigstens zur Zeit noch, keine Republik will“ u. s. w. Die Aeußerung, daß er von Geburt Republikaner sei, scheint mir für einen Wahlkandidaten zu der großen Nationalversammlung Deutschlands zu wenig Ernst zu haben, und die, daß er es auch nach Ueberzeugung sei, macht mich stutzen, da sie gleichfalls keinen Ernst hätte, wenn sie sagen sollte, daß die Republik sein Ideal sei, denn das könnte sogar der Kaiser von Rußland sagen. Die dritte Aeußerung endlich, daß Deutschland bloß zur Zeit noch keine Republik wolle, halte ich geradezu für gefährlich, denn wer steht mir dafür ein, daß nicht blendende und täuschende Zeitereignisse Hrn. Jucho während der Berathung der Nationalversammlung plötzlich überzeugen, der Augenblick der Republik sei da, er müsse für sie stimmen oder auf sie antragen. Das zweite Glaubensbekenntniß enthält die Ansicht, an welcher festgehalten werden muß, wenn nicht entweder utopische oder gefährliche Zustände erstredt werden sollen. Dasselbe gehört Hrn. Dr. Schlemmer an und sagt u. A.: „Der neue Bundesstaat Deutschland, der an die Stelle des alten so unheilvollen Staatenbundes treten soll, darf nicht wieder, und zwar nach vergrößertem Maßstabe die alten, schwachen und fehlerhaften Zustände herbeiführen. Er kann, soll er Dauer haben, auch nicht nach diesem oder jenem Schema, nach dem Muster schweizerischer oder amerikanischer Zustände entworfen werden; er darf nicht aus Sympathie mit französischen Bestrebungen oder nach abstrakten Spekulationen, er muß vielmehr auf dem Grunde des in That und Recht Bestehenden sich erheben, also sich möglichst eng an die staatlichen Verhältnisse Deutschlands und an die Idee der erblichen konstitutionellen Monarchie anschließen“. Wir hören zwar, daß Herr Schlemmer persönlich zu wenig bekannt sei, um gewählt zu werden, jedoch freut es uns, daß diese besonnene Ansicht, die jedes Republikanisiren entschieden ablehnt, in einer Stadt wie Frankfurt in dieser Weise und bei so wichtiger Gelegenheit wenigstens ausgesprochen ist. Uebrigens ist Herr Jucho ein persönlich achtungswerther Mann. Am Besten wäre es freilich, wenn die Wahl Frankfurts auf Schöff Souchay fiele, der dieselbe aus Patriotismus gewiß auch annehmen würde.

**Schweiz.**

**Basel.** Bei dem Anrücken der Hecker'schen Schaaren in unsere Gegend hat Oberst Frei alle Maßregeln ergriffen, damit das Schweizergebiet weder auf dem rechten noch auf dem linken Rheinufer betreten werde. Eine Kompagnie hat die verflossene Nacht an der französischen Grenze bivouakirt, drei Kompagnien liegen auf dem rechten Rheinufer in Kleinhüningen, Riehen und gegen das Hörnli. Die Artillerie ist mobil gemacht. (Basl. Z.)

☽ **Bern**, 19. April. Gestern war wieder Tagsatzung. Nach der Verlesung des Protokolls kam die Besetzung der savoyischen Distrikte noch einmal zur Sprache. Aus der ganzen Diskussion leuchtete durch, daß besonders die östlichen Kantone aus Mißtrauen gegen den Vorort ihm keine Vollmacht geben wollten. Genf wurde in seinem Votum heftig und bitter; es warf der Tagsatzung geradezu vor, daß sie die Grenzkantone im Stiche lasse. Berns Vorschlag einer motivirten Tagesordnung ging dahin: „In Betracht, daß bermal keine Gründe vorliegen, die eine sofortige Besetzung der neutralen Provinzen erforderen; in Betracht, daß in Abwesenheit der Tagsatzung der Vorort die Pflicht hat, für die Neutralität der Schweiz in ihrem vollen Umfang zu sorgen, wird Tagesordnung beschlossen.“ Dieser Antrag vereinigte 16 Stimmen auf sich. Genf, das einen klaren Beschluß wollte, ob man die Distrikte besetzen wolle oder nicht, war sichtlich unzufrieden. Mit 21 Stimmen erhielt der Vorort die Vollmacht, mit der Lombardei wegen Anschluß von Campione an Tessin zu unterhandeln. Ferner wurde noch beschlossen, dieses Jahr kein eidgenöss. Uebungslager abzuhalten. Die nun folgende Sitzung war geheim, weil jetzt die Berichterstattung der Kommission über ein Bündniß mit Sardinien zur Behandlung kam. — Hier ist die Nachricht verbreitet, gestern sei Hecker als politischer Flüchtling in Bern angekommen und Struve werde erwartet; von anderer Seite wird dem widersprochen. (Die Nachricht beruht offenbar auf einem Irrthum, scheint aber in Bern verbreitet gewesen zu sein, da auch unser ** Korrespondent sie brachte.)

** **Bern**, 19. April. Die Tagsatzung hat gestern wieder geheime Sitzung gehalten. Gegenstand der Berathung war der Kommissionalantrag in Betreff des Schutz- und Trutzbündnisses mit Sardinien. Wie zu erwarten war, ging derselbe auf Ablehnung einer solchen Allianz, welche zunächst Nichts weniger bezwedte, als den sofortigen Einmarsch eines schweizerischen Armeekorps von 30,000 Mann in die Lombardei, und die Bildung einer dieses Heeres von 25,000 Mann an der südlichen Schweizergrenze, während die Gegenleistungen Sardiniens nur in sehr vagen und verhältnißmäßig unbedeutenden Zusicherungen bestanden haben sollen. Der Antrag der Kommission wurde mit überwiegender Mehrheit zum Beschluß erhoben. Nur drei Stände (man nennt als solche Waadt, Genf und Wallis) sollen mehr oder weniger Geneigtheit zu einer solchen „Societas leonina“ gezeigt haben. Die Tagsatzung hat durch diesen Beschluß bewiesen, daß sie ihre Stellung kennt, und dieselbe, inmitten der von allen Seiten sich erhebenden Verwicklungen und Gefahren, zu wahren fest entschlossen ist. Möge eine gleiche Antwort auch den Franzosen und Lombarden zu Theil werden, wenn sie an die Thüre klopfen. Die Schweiz kann durch eine Allianz, mit wem es auch sein mag, Nichts gewinnen, wohl aber Vieles, ja Alles verlieren.

**Dänemark.**

Kopenhagen, 15. April. Die Fregatten „Gefion“ (beschligt von Kapitän J. A. Meyer) und „Thetis“ (beschligt von Kapitän Polder) und vier Kanonenboote sind heute Morgen, das Kriegsdampfschiff „Stirner“ gestern Abend von hier südwärts gegangen.

Die „Berlingsche Zeitung“ sagt, daß nach den letzten Nachrichten die Stimmung des englischen Volkes günstig und die Aeußerungen Palmerstons zufriedenstellend sind für Dänemark lauteten. (Die ganz auffallende Parteinahme der Times für die Dänen ist bekannt. Eine neue Probe davon theilen wir heute unter der Rubrik „Großbritannien“ mit. Bei diesem Anlaß erwähnen wir einer in den Times enthaltenen Mittheilung, wonach der König von Dänemark sich bereit erklärt habe, die guten Dienste Englands in dem holstein-schleswigschen Streit anzunehmen; „doch möchte“, setzen die Times hinzu, „die Anerbieten Englands zu spät kommen, sobald die deutschen Truppen die Eider überschritten haben.“)

Ein Bericht aus Flensburg in der „Berlingschen Zeitung“ wirft dem schleswig-holsteinischen Oberbefehlshaber außer seiger Flucht und schlechter Disposition bei Flensburg auch die Absicht vor, die deutschen Studenten gepreßt zu haben, um eine stärkere Wuth in Deutschland hervorzurufen. — Wenn die Dänen sich vor einer Uebermacht von 70,000 Preußen (!) zurückziehen mußten, so würden sie, wenn Preußen bald mit Rußland und Frankreich Krieg bekäme, sich furchtbar rächen und Preußen in die Seite fallen, während schon die gänzliche Hemmung alles preußischen Seehandels durch Aufbringung aller Handelsschiffe und Blokade aller Häfen Preußens daselbe bald zwingen werde, seine Truppen zurückzuziehen.

**Großbritannien.**

London, 17. April. Die beiden bedeutendsten Regierungsvorschläge, um die es sich in den jüngsten Tagen im Parlamente handelte, waren die Bill zur größeren Sicherstellung der Krone und Regierung und die Fremdenbill. Jene hat die gefährlichsten Stadien, die erste und zweite Lesung, im Unterhause bereits durchlaufen, auch die Berathung der einzelnen Klauseln hat bereits stattgefunden, die dritte und letzte Lesung ist bekanntlich kaum etwas mehr als eine bloße Förmlichkeit. Die Bill bezweckt, das unter Georg III. gegebene Gesetz gegen Verrätherei einerseits zu mildern, nämlich die Todesstrafe durch ewige Verbannung oder Deportation zu ersetzen (abgesehen von dem Verbrechen gegen die Person des Monarchen, welches immer Hochverrath (H), andererseits das Gesetz in dieser Form auch auf Irland anzuwenden und namentlich einige der Strafbestimmungen auf alle diejenigen auszudehnen, welche durch Veröffentlichung oder Druck einer Schrift, oder durch offene und vorsätzliche Reden versuchen sollten, Krieg gegen den Souverän zu erregen oder ins Werk zu richten. Sie G. Grey gestand bei der Einführung und Empfehlung dieser Bill, daß zwar England nicht in gleichem Maße jenen Stürmen ausgesetzt sei, welche in andern Ländern die Throne der Despoten erschüttert hätten, daß England dieses Glück nur seiner freien, ihm von allen minder begünstigten Völkern beneideten Verfassung verdanke, und daß die von dieser Verfassung garantirte Rede- und Schriftfreiheit und das Versammlungsrecht beschränken wollen, zugleich die Verfassung an ihrer Wurzel zerstören und das Glück Englands vernichten heiße; aber es gebe eine Grenze, jenseit welcher der Mißbrauch dieser Freiheiten strafbar erscheine. Der Minister erinnerte nun an die revolutionären, zu offenem Aufruhr und Bürgerkrieg auffordernden Brandschriften, von denen Irland heimgesucht werde, namentlich aber an einen Brief, welchen Hr. O'Brien an Hrn. Duffy, Herausgeber des

Digitized by Google

Journals „The Nation", aus Paris geschrieben und worin gesagt war: 50,000 Franzosen ständen im Begriff, den Irländern zu Hilfe zu kommen und mit diesen vereint Irland in eine Republik zu verwandeln. Das vorgeschlagene Gesetz, ohne welches der Vorlieutenant von Irland sich außer Stande erklärt habe, des immer höher anschwellenden Aufruhrs Meister zu werden, bezweckte, die loyale Mehrheit in Irland gegen die fieberhaften Schauer, welche von Zeit zu Zeit die Völker heimsuchen und jetzt Tausende in jenem Königreiche mit Furcht und Schrecken erfüllten, möglichst zu sichern. Die Bill wurde nur von einem kleinen Häuflein, obschon heftig, bekämpft. Am maßlosesten opponirte ihr O'Brien, der unter Andern mit einer demnächst zu erwartenden irischen Republik drohte und fragte: was denn England zu anfangen wolle, wenn es auf der einen Seite die Republik Irland, auf der andern die Republik Frankreich zu Nachbarn habe? Von fast allen Seiten des Hauses schoß dem Redner bei seiner spitzen Phrasen höhnisches Gelächter entgegen. Der Redner mag wie Jeder, der in das Vaterland fremde Truppen ruft, diese Behandlung verdient haben; aber es scheint, als ob diese höhnische Art, mißliebige Redner zu behandeln und selbst ihre vernünftigern und beherzigenswerthern Aussprüche durch wilden Lärm zu übertönen, mehr als wünschenswerth im jetzigen Unterhause einrifle. Mancher desparate Kopf ist erst dadurch zum Aeußersten getrieben worden, daß man ihn von vornherein wie einen Wahnsinnigen oder Auswürfling behandelte. Die Fremdenbill steht mit der Bill zur besseren Sicherstellung der Krone und Regierung in einigem Zusammenhang. Es hat schon früher eine ähnliche Bill bestanden, ist aber seit den Jahren außer Gebrauch gekommen. Die Regierung wird durch sie ermächtigt, verdächtige Fremde auszuweisen oder, wenn sie diesem Befehl nicht Folge leisten, mit Gefängniß bestrafen zu dürfen. Jeden Flüchtigen und Unglücklichen, sagte der Minister bei der Empfehlung der Bill, welcher in England seine Zuflucht sucht, werden wir gastfreundlich aufnehmen und nicht darnach fragen, welchem Volke, welchem Stande, welchem religiösen Glauben und welcher politischen Partei er angehört; aber wir müssen eine Waffe gegen solche Fremde in Händen haben, die in der Absicht zu uns kommen, den Umsturz der Regierung und Verfassung zu betreiben. Für diese Bill fand sich eine ebenfogroße Majorität als gegen den Antrag John O'Connells auf legislative Trennung Irlands von England. Im Uebrigen haben solche unverhältnißmäßig große Majoritäten, die unter jeder Bedingung im Sinne der Regierung stimmen und keine Gegenmeinung gelten lassen, etwas Bedenkliches und Gefährliches, namentlich in England, für dessen Macht und Kraft eine kompakte und entschiedene Opposition nothwendiges Bedürfniß ist. Man würde in Verlegenheit kommen, aus welchen Elementen ein neues Ministerium zusammenzusetzen sei, wenn das jetzige an einer nicht unmöglichen politischen oder finanziellen Krisis scheitern sollte. In der That ist das jetzige etwas reaktionär und repressiv geworden (soweit dies in England möglich), oder hat wenigstens über seinen Schutz- und Selbstvertheidigungsmaßregeln seine mehr organischen Aufgaben aus dem Gesicht verloren. Man rechnete eine Zeit lang stark auf ein künftiges Ministerium Cobden; aber seinem Cobden mißen unter den jetzigen schon vorhandenen oder drohenden Kriegsstürmen sich bemißt, nachzuweisen, daß der Freihandel den Krieg unmöglich gemacht habe, und seitdem er in den parlamentarischen Debatten bewiesen, daß er von Militär- und Seewesen sogut wie Nichts versteht, scheint er als Politiker das Vertrauen des Landes eingebüßt zu haben.

Lord Palmerston hat im Parlament seine Erklärung darüber, wie sich die englische Regierung unter den jetzigen dänischen Wirren im baltischen Meer zu verhalten gedenke, noch nicht gegeben, auch ist es bisher mit einer weitern Anfrage über diese Angelegenheit verschont geblieben. Das Organ der Regierung, der Globe, verhält sich schweigend. Um so offener lauten die Erklärungen der Times, dieser Zeitung, welche von jeher entschieden Partei für die Dänen genommen hat und diese gewiß nicht unbegründige Vorliebe jetzt bis zu einer für die Deutschen geradezu beleidigenden Höhe steigert. Wir verlangen nicht, daß dieses Blatt Gewissen und Gedächtniß genug habe, um sich an Englands gegen Dänemark im J. 1807 ausgeübte Heldenthaten zu erinnern, noch verlangen wir von ihm, daß es mit den Deutschen den Grimm fühle über die Art, wie Dänemark durch den Sundzoll unsern Handel seit so langen Jahren plündert, wie es das deutsche Element in Schleswig durch alle mögliche Korruption und Gewaltthat unterdrückt, wie es Holstein um sein Kriegsmaterial bestohlen, wie es die deutsche Stadt Lübeck systematisch um ihre Lebensquellen gebracht und welche schlechte Rolle es in der Eisenbahnfrage gespielt hat — es sind dies Handlungen, welche England in der Lage Deutschlands jede einzeln für einen casus belli ansehen würde; aber wir verlangen, daß es wenigstens Deutschland nicht mit Beschimpfungen mißhandele, welche die Grenze auch des gewöhnlichsten Gefühls für Sitte und Anstand überschreiten. Die Times aber nennen unter Andern jene heldenmüthigen, für den Ruhm und die Ehre Deutschlands Blut und Leben hinopfernden Jünglinge, welche den Holstein-Schleswigern zu Hilfe zogen sind, kurzweg „deutsche Marodeure" und die Holsteiner „Insurgenten", sie sprechen der deutschen Bundesversammlung in Frankfurt jede Autorität, jedes Recht zu Beschlüssen ab, weil sie sich in den Verlegenheiten eines revolutionären Zustandes befinde, sie spotten über den unfreien König von Preußen, der alles das thun müsse, was ihm das aufgeregte Volk, in dessen Händen er sich befinde, vorschreibe. Wäre das letztere wahr, so stände der König von Preußen, den Wünschen seines Volks nachgebend, weit entschiedener und rascher auftreten müssen, so wäre so viel edles Blut nicht klog darum gefloßen, daß sich die Dänen Angesichts Europas rühmen dürfen, eine Schlacht über die Deutschen gewonnen und das Herzogthum Schleswig bis auf eine Handbreit Land erobert zu haben. Die Times meinen: das Ueberschreiten der Eider durch die Bundestruppen sei der beste Beweis, wie ganz und gar die deutschen Regierungen aller politischen Autorität und Klugheit entbehrten; Nichts sei wahrscheinlicher, als daß noch im Laufe des Sommers Deutschland in einen Krieg mit Rußland gerathe; westwärts müsse man jeden Augenblick einen Angriff auf die Rheingrenze gewärtigen, und doch sehe man sich der Gefahr aus, daß Dänemark die Elbe sperre und die Häfen der Nord- und Oster blokire, daß man nebenbei noch um die Freundschaft Englands komme in einem Augenblick, wo Deutschland den Beistand Großbritanniens am Nöthigsten brauche. Die Times setzen weitläufig die günstigen Chancen auseinander, welche Dänemark in einem Kriege mit Deutschland als Seemacht für sich hat. Diese Vortheile kann man leider nicht ableugnen; man kann nun nur den glühendsten Zorn empfinden bei dem Gedanken, daß im Laufe von 33 sog. „gesegneten" Friedensjahren Deutschland seine Küsten nicht einmal in einer Weise bewehrt und nicht einmal so viel Kriegsschiffe ausgerüstet hat — während nach andern Seiten hin genug Staatsgelder ohne Nutzen verschleudert werden — um gegen eine Seemacht dritten Ranges sich und sein gutes Recht vertheidigen zu können. Und dann dieser so unglücklich begonnene Krieg, der und Angesichts des ganzen Europas schändet und unsere Volksehre bloßstellt!

Das Morn. Chron. vom 17. April zeigt an, daß Metternich innerhalb der nächsten Tage in London erwartet und für ihn und seine Familie im Brunswick-Hotel bereits Zimmer eingerichtet würden.

## Frankreich.

Paris, 17. April. Der National äußert sich im höchsten Grade zufrieden über den Ausgang der Demonstration vom 16. April. „Die Stimme des Volkes, sagt er, hat sich vernehmen lassen; es will die Republik, und als den treuen Ausdruck derselben diejenigen ohne Unterschied, welche sich am 24. Februar die schwere Last der Geschäfte auferlegt haben. Das bedenke man wohl! Die Departements werden auf der Manifestation des 16. April neues Vertrauen schöpfen. Verschiert, daß die Bevölkerung von Paris die Regierung, welche sie angenommen hat, nicht wird antasten lassen, werden sie ihre Wahlen in die Nationalversammlung im offen republikanischen Sinne vornehmen." Daß der National den Socialisten und Kommunisten die Niederlage gönnt, die sie erlitten haben, gibt sich zunächst in dem Tone kund, worin er sich über ihre Entwürfe und Phantasien aussprecht. Wir haben schon früher gezeigt, wie das Organ Armand Marrasts sich mit einem gewissen Mißbehagen über Louis Blanc und seine socialistischen Experimente ausläßt; neuerlich mahnt es wiederholt zur Vorsicht und Besonnenheit. „So sehr wir, sagt das genannte Blatt, das Talent der Rede bewundern, womit Louis Blanc seine Entwürfe vorträgt, so haben wir doch mehr als einmal bedauert, eine tiefere Kenntniß des menschlichen Herzens und der natürlichen Gesetze der Produktion darin zu vermissen. Wie Louis Blanc glauben auch wir, daß die Bedingungen der Arbeit modificirt werden müssen, daß die große Evolution, welche die Menschheit in diesem Augenblick durchmacht, zu diesem Ziele führen muß. Auch wir glauben, daß die Arbeiter früher oder später keinen Lohn mehr haben, sondern Arbeiter und Meister zugleich sein werden; auch wir glauben, daß die Association der Weg ist, der zu diesem Ziele führen muß. Bis hieher sind wir mit L. Blanc so ziemlich einverstanden. Aber daß dieser Uebergang plötzlich, ohne Vermittlung geschehe, daß er dazu führe, die Werkstätten in Kasernen umzuwandeln, wo der Sold für Alle gleich wäre, wo man keine Rücksicht mehr nehme auf Unterricht, Geschicklichkeit, Fleiß, Eifer, wo der thätige Arbeiter wie der unthätige, der gesteite und der dumme auf dieselbe Linie gestellt würden, das scheint

uns vom moralischen Standpunkt aus im höchsten Grade ungerecht, und in politischer und ökonomischer Hinsicht ist dies nach unsrer Ansicht das fehlerste Mittel, die Arbeit zu paralysiren und die Erpressung zu hemmen."

Man wird zugeben müssen, daß diese Einwürfe des National die empfindlichste Stelle berühren, daß sie gerade das Wesen der neuen Doktrin treffen. Diese tiefe Meinungsverschiedenheit in der provis. Regierung wird über kurz oder lang zu einer Scheidung führen müssen, die um so bedenklicher in ihren Folgen werden kann, je schroffer hinter diesen Meinungen widerstehende Interessen einander gegenüber stehen, je unruhiger, mißtrauischer Besitz und Kapital von der einen, je begieriger und ungeduldiger das Proletariat von der andern Seite einander belauern. Die Gefahr, welche in letzterem genährt werden, suchten am 16. sich einmal praktisch geltend zu machen; es mißlang, weil der Besitz, die Ordnung, die republikanischer Zucht wachsam waren, weil die konstitutionelle Bourgeoisie und derjenige Republikanismus, der keine Anarchie will, sich vereint dem Sturme widersetzten. Insofern war der Ausgang ein Triumph, aber einer von der Art, durch den man sich nicht zu sicher machen lassen darf; die Stürme werden sich wiederholen, und es ist dann die Frage, ob ein wiederholter Angriff die Bedrohten immer so gerüstet findet.

Paris, 18. April. Die Partei Lebru Rollin's und was damit zusammenhängt, ist natürlich nicht so zufrieden, wie National; sie sieht in dem Ausgang des 16. eine Niederlage. Die Sprache der Blätter ist sehr heftig und gestattet manche Reminiszenz an die große erste Revolution, so droht heute der Nationalgarde, sie werde ihren vorgestrigen reaktionären Triumph bald theuer bezahlen. — Proudhon's Journal: Le Représentant du peuple sagt: der Kommunismus sei ein Fantom, das man vorschiebe, um der Bevölkerung Angst zu machen und sie so auf die wahren Republikaner zu hetzen. Dasselbe Blatt besteht darauf, Lebru Rollin und Louis Blanc sollten ihre Demissionen geben und die socialen „Satisfaits" auf dem Stadthause allein wirthschaften lassen.

Auch zeigt es sich, daß mit den Auftritten von vorgestern die anarchistische Bewegung nicht zu Ende ist. Heute früh waren die bedenklichsten Gerüchte verbreitet; von den Einen hieß es, Cabet sei verhaftet, von den Andern, man wolle den Sturm energischer erneuern. Seit dem frühen Morgen wurde der Generalmarsch geschlagen und sammelte sich die Nationalgarde; kommunistische Redner harangirten das Volk, auf dem Marsfelde sammeln sich wie am Sonntage Tausende von Leuten, die man als Ultrarevolutionäre und Kommunisten bezeichnet. Auch waren an den meisten Straßenecken Plakate mit folgenden Worten zu lesen: „Arbeiter! trag gute Sorge für Waffen und Munition, denn die Revolution ist noch nicht zu Ende!"

Doch hatten diese drohenden Vorgänge vom Morgen keine weitere Folge. Die Nationalgarde ist zu Mittag wieder eingerückt und Paris hat ganz sein früheres friedliches Aussehen. Dessenungeachtet sind für diese Nacht große Vorsichtsmaßregeln angeordnet, ein Bataillon der Nationalgarde per Legion bleibt auf jeder von den zwölf Mairien unter den Waffen, und starke Patrouillen werden die ganze Nacht hindurch alle Theile von Paris durchziehen. Die prov. Reg. ist seit gestern Abend in Permanenz auf dem Stadthause.

Die Nachricht von Cabets Verhaftung hat sich nicht bestätigt; auch hat er in einer öffentlichen Erklärung versichert, an den Demonstrationen vom 16. durchaus keinen Theil genommen zu haben. Die Polemik in den Journalen dauert mit derselben Heftigkeit fort; die Einen warnen vor der drohenden Anarchie, die Andern vor der Reaktion, Beide drohen mit einer nahen Entscheidung, Beide stehen sich wie in Massen gegenüber.

Wie weit die Verstimmung zwischen der Linken und Rechten in der provisorischen Regierung geht, darüber gibt der heutige Moniteur Aufschluß; beide Parteien machen sich Konzessionen, die unmöglich lange vorhalten können, die verschieden, aber nicht entschieden. So ist es eine Konzession für Lamartine und seine Freunde, daß der „Staatsprokurator Portalis den Auftrag erhalten hat, eine Untersuchung zu veranstalten, um das Komplott zu entdecken, das vorgestern gegen die Regierung zum Ausbruche kommen sollte."

Ebenso ist es eine Konzession, die dem poetischen Staatsmann gemacht wird, wenn es heißt: 1) Die Regierung erklärt den nächsten Donnerstag, den Tag der Verstimmung des Volkes mit der Nationalgarde, für einen Feiertag. Die Gerichte, die Börse, die Bank sind geschlossen und alle am 20. fälligen Wechsel dürfen erst am 21. präsentirt werden.

Die wirklich praktischen Konzessionen hat sich aber Ledru Rollin für sein Schreckenssystem machen lassen; sie liegen in folgenden beide Dekreten. 1) Die Regierung erklärt die Inamovibilität des Gerichtspersonals für antirepublikanisch und hebt sie damit auf. Der Justizminister kann von heute ab jeden Richter absetzen; bereits heute macht er von diesem Rechte Gebrauch, indem er 4 Appellationspräsidenten absetzt; auch der Präsident des obersten Rechnungshofes, Hr. Barth ist abgesetzt. 2) Da der Generalstab der Armee viel zu bedeutend ist, werden gegen 100 Generale in Ruhestand versetzt. Unter ihnen die Bürger Pinhaut, Mortemart, Castellane, Sebastiani, Bourgain, Jacqueminot, Fabvier, Rumigni, Dampierre, Mollins de St. Jon, Chabannes, Poligmac, Thierry u. s. w., beßgleichen 30 verschiedene Obersten und Oberstlieutenants.

So freudelt man eine Freundschaft, die nicht dauern kann; Lamartine und Ledru Rollin können nicht Freunde sein und alle Versöhnungsscenen gleichen nur jenem baiser de Lamourette in der ersten Revolution. Beide Parteien stehen sich aber um Nichts milder gegenüber; vielmehr sucht jede nur Zeit zu gewinnen zur besseren Rüstung — die Stimmung und Lage gleicht den schwülen Tagen des April und Mai 1793. Und Eins ist schlimmer als zu jener Zeit; damals gab es große Tugenden und große Verbrechen dicht neben einander, oft in derselben Menschenseele wunderbar verschmolzen, die Leiter der jetzigen Generation sind zu dem Einen fähig, ohne das Andre zu besitzen. Wir können uns denken, wie ein Ledru Rollin in der terroristischen und blutigen Sophistik Robespierre's oder der Gewaltthat Dantons sich als ein würdiger Schüler bewährte, aber was diese zu bedeutenden und imposanten Erscheinungen machte, fehlt dem nachgebornen Geschlecht des Terrorismus; es sind Robert Macaires in revolutionärer Umhüllung — eine Erfahrung, die man an der Seine wie am Rhein zur Genüge machen kann.

---

Für die deutschen Handwerker in Havre sind eingegangen:

| | | |
|---|---|---|
| Von einem Ungen. | . . . . | 10 fl. — kr. |
| „ „ | . . . . | 3 „ — „ |
| „ „ | . . . . | 2 „ 42 „ |
| Ungen. aus Berlin | . . . . | 8 „ 45 „ |
| | | 24 fl. 27 kr. |

**Fr. Bassermann**, k. baier. Consul in Mannheim.

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

[354]

**Warnung.**

Herr J. Bendheimer zu Mannheim kündigte in Nr. 77. der Deutschen Zeitung das Erscheinen der letzten fünf Lieferungen meines großen Kriegswörterbuches im Laufe dieses Monats an.

Da Herr Bendheimer mir nicht unter dem 3. d. M. wiederholt verlangten Artikel zur Ergänzung weder zurückschickte, noch, wie er weiß, das ganze Manuskript in Händen hat, so erkläre ich die in Rede stehenden fünf Lieferungen als mangelhaft und unvollständig, und warne jeden Subskribenten vor Abnahme derselben. Passau, den 17. April 1848.

**Carl Ad. Loehr**, Hauptmann.

[355] Zu der Unterzeichneten ist erschienen:

**Ueber stehende Heere und Nationalmiliz.**

Von

**Karl von Rotteck,**

beider Rechte Doktor, Hofrath und Professor.

Preis 1/3 Thlr. = 36 kr.

Inhalt: I. Geschichte der stehenden Heere. II. Von dem Unterschied des stehenden Heeres und der Nationalmiliz. III. Von der Konskription. IV. Von der Ehre der Soldaten und der Landwehr. V. Von der Verbindlichkeit zum Kriegsdienst. VI. Vorschläge. 1) Von der allgemeinen Nationalbewaffnung. 2) Von der stehenden Nationalwehr.

Freiburg, 1848.

**Herder'sche Verlagshandlung.**

[356] Bei uns ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Die

politische Gestalt

**Deutschlands**

und die

**Reichsverfassung**

von Bülow-Cummerow.

gr. 8. 1847. S. geh. 12 Sgr.

Berlin, April 1848. **Veit & Comp.**

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Komp., 71 Newgate Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal u. übereuropäische Länder werden man sich an H. H. Klingelhöffer Verordnung 20 Boulevard des Italiens, Paris 20, Rue Neuve Vivienne in Kommiss.

# Deutsche Zeitung.

Die Zeitungsexpedition besorgt das Verl. Bib. Perlagsbuchhandlung in Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.1 durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 114. Heidelberg, Sonntag 23. April 1848.

## Uebersicht.

Der Aufstand im Seekreis. — Aus Tirol (dringende Gefahr der deutschen Grenze). Trieft (Englands Protest gegen ein neap. Hilfskorps). Berlin (polnische Gräuel. Bekanntmachung in Betreff der Trennung der poln. und deutschen Landestheile. Eine Demonstration für ungefetzlich erklärt). Posen (General von Colombs Erklärung über den Bruch der Konvention. Russische Emigrirte nach Krakau). Bonn (Wahlumschichten. Dahlmann). München (der politische Klub. Manifest des Banhofitzbd. Wahlkandidaten). Aus der Pfalz (die Kandidaten zur Nationalversammlung). Hessen-Homburg (Gemeindeverhältnisse. Die Wahlen. Die Getofferte Oesterreichs. Politische Vereine). Karlsruhe (die Verhaftung Fickters und die Beurtheilung Mathys. Offizielle Berichte über ein Gefecht bei Kandern. Die Rebellen zurückgeschlagen. Gagern †. Tendenzlügen der anarchischen Presse). Rendsburg (Konferenz der deutschen Bevollmächtigten. Die Kriegsführung der Dänen). Frankfurt (die Exmission des Bundestags. Verhandlungen des Ausschusses).

**Schweiz.** Aus der Westschweiz. Die Neutralität der Schweiz.

**Großbritannien.** London. Morning Chronicle über Deutschland.

**Frankreich.** Paris. Verordnungen der Regierung. Angebliche Verabredung wegen Polen. Stimmung der Presse.

**Polen.** Krakau. Bedrohliche Lage.

**Nachschrift.** Die flüchtigen Freischaaren. Hecker in Basel.

---

### Heidelberg, 22. April.

Die neuesten Botschaften aus dem Oberlande lassen das Ende der Rebellion als nahe bevorstehend erwarten; und dem Schwarzwald verdrängt, am See ohne festen Rückhalt, hat sich der aufrührerische Haufe nach dem Rheinthal und der Schweizergrenze hingeschoben, ist bei Kaudern geschlagen worden und wird ohne Zweifel binnen Kurzem seiner völligen Auflösung entgegengehen. Allen Bemühungen zum Trotze hat sich ein Volksaufstand, eine Erhebung in Masse nicht bewirken lassen; was ein Landsturm sein sollte, blieb ein Freischaarenpurich, und das Ergebniß steht zu den angewandten Mitteln der Agitation in einem wahrhaft ärmlichen Verhältniß. Wo man eine Burg der Rebellion zu finden hoffte, in Konstanz, hat die Bürgerschaft kaum der Einschüchterung und drohenden Gewalt nachgegeben; wo man auf Tausende rechnete, sind Dutzende erschienen, und wo man einen hartnäckigen Widerstand gegen den Anmarsch deutscher Truppen erwartet hätte, hat man sie als Befreier begrüßt.

Das Gefühl der Befriedigung, das dieser Sieg der Ordnung und Gesetzlichkeit in jedem Patrioten erregen muß, wird durch den Gedanken getrübt, daß Deutsche gegen Deutsche fochten, daß ein Haufe von Verirrten und Getäuschten sich dem frevelhaften Spiel ehrgeiziger Demagogen hingab, und daß wir schon in den frühesten Tagen unserer politischen Wiedergeburt die ersten Waffen nicht gegen den äußern Feind, sondern gegen die Anstifter der Anarchie im Innern haben wenden müssen. Ueber die stolzen Hoffnungen auf eine große Zeit der Einigung und Versöhnung ist der erste Frost gekommen; daß die Dänen uns bedrängen, die Italiener unsere Alpenpässe bedrohen, ist eine Schande, die auszuwetzen ist; daß dem großen Tage, an dem der Grundstein einer neuen Ordnung der Dinge friedlich gelegt werden soll, das klägliche Schauspiel eines künstlich angefachten Bürgerkrieges vorangehen mußte, ist eine Wunde, die so leicht nicht vernarben wird. Das Vaterland wird von den Urhebern Rechenschaft fordern.

Getrübt aber wird dieser Sieg der Ordnung und gesetzlichen Freiheit auch durch die Opfer, die er uns gekostet. Tapferes deutsches Blut ist vergossen worden um des Wahnwitzes einer Handvoll Leute willen; und der treffliche Führer, der an der Spitze unserer Truppen mit ritterlichem Heldenmuth sich zuerst den Waffen des Aufruhrs preisgab, war auch unter den ersten Opfern, die dieser unglückselige Kampf aufzuzählen hat. Es sind nur wenig Tage her, seit wir den edlen Gefallenen gegen Angriffe vertheidigen mußten, die aus Mißverständnissen entsprangen; wir brauchen ihn jetzt nicht mehr zu vertheidigen, die Todten werden zu spät beklagen, was sie verloren haben. Der, den sie einen „Fremden" schalten, war der Erste, der für die Wohlfahrt des Vaterlandes mit aller Selbstvergessenheit des Muthes sich einsetzte; nach einem Leben ohne Makel, ein Tod voll Ehre — dies bezeichnenswerthe Loos, das in den Republiken der alten Zeit die besten Bürger als das Beste priesen, ist ihm zu Theil geworden und hat die Mißdeute unter den Zurückgebliebenen verstummen lassen. Aber das Vaterland hatte noch ein Recht an ihn; wir stehen am Rande einer Krisis nach Außen und Innen, wo uns der glänzende Nachruhm für die Verlorenen nicht tröstet, wo wir zum Kampfe der Gegenwart vor Allem der Männer bedürfen. Je größer die Hoffnungen, die man auf einen Mann wie Gagern setzen durfte, wenn einmal die ernste Gefahr von Außen uns an die Pforten schlug — desto peinlicher der Verlust, der jetzt Alle trifft. Auch dafür wird das Vaterland Rechenschaft von Denen fordern, deren Gewissenlosigkeit den Jammer des Bürgerkriegs über uns hereinbeschwor.

Wäre es der Leichtsinn des Parteigeistes allein oder die Unüberlegtheit eines verzweifelten politischen Spieles, was dieses Unheil über Deutschland gebracht hat; aber es ist mehr als das. Die Fäden der Verschwörung sind sehr weit ausgesponnen und die Verschwörer saumi ihren offenen und geheimen Affiliirten bewiesen eine Fertigkeit, eine sorgsose Keckheit in der Wahl der Mittel, über die wir erstaunen müßten, wenn nicht die sittliche Empörung über diesen politischen Jesuitismus jede andere Empfindung zurückdrängte. Wer wir darüber berichten können, sind Dinge, die wir mit Augen sahen, die wir noch täglich sehen; so ist auch eine Spur von republikanischer Tugend und Gesittung, Nichts als der sittliche Bankerott sichtbar, der mit den Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung ein freches Vabanque-Spiel treibt. Mit der auswärtigen Propaganda im Bunde, von ihr mit Geld unterstützt, treiben die Eingeweihten seit Wochen und Monaten ihr Wesen; man löderte den Bauer mit der Lüge einer Steuerlosen, glücklichen Zukunft, den Arbeiter mit dem Traume eines Wohlstandes und Genusses ohne Schweiß, man bot bereitwillig Jedem Jegliches, man zeigte den Schiffbrüchigen in der Gesellschaft den Hintergrund einer allgemeinen Auflösung der Dinge, und dies bunte Allerlei von unerfüllbaren Zusagen, eitlen Versprechungen, verbrecherischen Hoffnungen ward unter dem grobdigten Begriff „Republik" zusammengefaßt. Man wählte mit allen Waffen einer Agitation, die nach der Moralität der Mittel nicht fragt, den Boden allenthalben auf, man zog die Anarchie, den tiefen Groll gegen Gesetz, Recht und Ordnung in einzelnen Klassen der Gesellschaft eifrigst groß, und auch dafür hieß das Schlagwort: die Republik. Wahrhaftig, die ehrlichen Republikaner, denen Gesinnung, Sitte und Recht so heilig ist, wie sie der republikanischen Staatsordnung sein sollen, müssen erröthen über den Mißbrauch, womit die Anarchie einen großen Namen schändet; sie müssen empört sein über eine Freiheit, die mit der Rebellion und dem Despotismus der Minoritäten beginnt, mit der Auflösung der Zucht, des Gesetzes und der Sitte endet.

Man täuschte sich freilich in der Hoffnung auf eine rasche und allgemeine Wirkung. Indem man das Heer, das eben erst auf die Verfassung beeidigt war, verführen wollte, dieselbe Verfassung umzustürzen, indem man mit den gemeinsten Mitteln, die wir uns schämen, hier näher zu bezeichnen, die Zucht und Ordnung dort auszulösen strebte, waren die Häupter doch im Irrthum, wenn sie glaubten, in den Soldaten eine Stütze zu finden für den Aufruhr. Sie vergessen, daß es für den Soldaten immer noch ein großer Schritt

ist von dem Ungehorsam und einzelnen Excessen zur offenen Fahnenflüchtigkeit, sie bedachten nicht, daß Ueberläufer dieser Gattung auch für den, dem sie zulaufen, eine schlechte Hilfe sind. So war es auch mit dem Volke. Man konnte mit den bekannten Mitteln ein Vorwurf für die „Republik" erschleichen, aber es war noch weit von da zur offenen Empörung, zum Bürgerkrieg; von den Tausenden, die damals zu Freiburg, zu Donaueschingen, zu Engen sich als Anhänger der Hecker'schen und Struve'schen Freiheit erklärten, sind nicht Hunderte erschienen, als aus der gleißnerischen Hülle die nackte Wahrheit der Empörung hervortrat. Man konnte durch Emissäre, die von der Linzig und andern Orten aus das Land rasch durchreilten, jene Agitation gegen die „fremden" Truppen zu Stande bringen, welche das Land gegen Aufruhr und Freischaarencinfalle bloßstellen sollte, aber man konnte nicht hindern, daß im entscheidenden Ernste des Augenblicks zum Theil von denselben Seiten, wo man agitirt hatte gegen die Bundestruppen, deren Aufnahme verlangt ward.

Man konnte wohl mit Geschicklichkeit falsche Nachrichten in Menge verbreiten; man konnte einen Augenblick das Land in Allarm setzen, wenn man durch die guten Freunde Lügen der Art verbreiten ließ, wie wir deren schon letzthin einige als Probe mittheilten und bunte wieder einige mittheilen werden, man konnte durch aufstehende Zingschritten dem Landvolk glauben machen, die anfrührerischen Schaaren würden nächstens von See und Seekreis, Donau bis zum Rhein und Neckar vorgedrungen sein, aber auch dieser Lüge folgte die Enttäuschung zu rasch auf dem Fuße nach, als daß sie hätte dauern können.

Sind so die schlechten Künste der anarchischen Partei zwar hinter ihrem Ziele zurückgeblieben, so sind sie doch auch nicht ganz erfolglos gewesen. Die Einschüchterung, die man gegen eine Stadt wie Konstanz übte und die Willenlosigkeit, womit die Stadt sich fügte, die besammernswerthe Charakterlosigkeit, womit Freiburg sich für neutral erklärte, die elende Posse, die Offenburg aufführte, indem es eine payierne Erklärung für die Republik erließ, in der That aber sich der Monarchie vorerst noch fügte, die frech zur Schau getragenen Hoffnungen der zerstreuten Anarchisten und die unsichere, muthlose Haltung eines großen Theiles der Andern, die Schwäche und Verzagtheit der einst so trotzigen Gewalten, die zweideutige Haltung einzelner Behörden und das unwürdige Spiel nach Rechts und Links, das sie sich erlauben durften — das Alles sind betrübende Zeichen einer Verderbniß, die zwar den Kern noch nicht zerstört, aber bedenklich angegriffen hat. Wir fürchten republikanische Sympathien nicht, im Gegentheil wir würden deren sie echt und ernstlich wären, sie gern einmischen für die Nachtheiligkeit, der Mangel an Muth und Haltung, den wir vor uns sehen, wir besorgen vielmehr, eine so desorganisirte Staatsgesellschaft, deren Mitglieder beider Seiten so wenig moralischen Muth für ihre Ueberzeugung beweisen, werde jeder Gewalt anheimfallen, wenn dieselbe einschüchternd auftritt, sei es nun die Anarchie, der Despotismus oder die Fremdherrschaft.

Möchten wir uns in unserer trüben Beunruhigung der Zustände durch den Ausgang getäuscht sehen; aber die Thatsachen reden zu offen. Die materielle Krisis, der Stillstand alles Verkehrs und aller Geschäfte, die Auflösung der Gesetze und Ordnung in einem Theil des Landes, die Erschütterung derselben auch da, wo der Aufruhr keinen Anklang fand, sind die ersten Segnungen der Freiheit, die eine Minorität mit den Waffen in der Hand der Mehrheit aufzutrotzen sucht. Aber die Wirkungen gehen weiter; in ganz Deutschland haben die Dinge im Seekreis einen Eindruck gemacht, auf den die Urheber schwerlich gefaßt sein mochten, und wenn sich im Volke eine Reaktion bemerklich machen wird, die der vollständigen Durchführung unserer Reformen nicht minder Gefahr droht, als die Uebertreibung und die Anarchie, so sind es wieder jene Urheber, die Deutschland dafür verantwortlich machen wird.

Wir haben wahrscheinlich nächstens Gelegenheit, auf diese Seite der Folgen zurückzukommen.

† Aus Tirol, 19. April. Noch kann ich Ihnen nichts Tröstliches mittheilen, ja ich darf wirs und Ihnen nicht verhehlen, es steht schlimm mit uns und kann noch schlimmer werden. An vier Punkten wurde unsre Südgrenze angegriffen. Am Wormserjoch warfen die Schützen von Trafoi, Prad und Agums die Einbringlinge zurück — sie werden aber wieder kommen. Man will nun die Straße demolliren, einen Wunderbau, der Hunderttausende kostete, zerstören, weil man ganz vergessen hat, für den Schutz dieses Passes zu sorgen. Aus Indikarien sind die Wälschen nicht mehr zu vertreiben — mit dem Fall von Peschiera bleiben sie auch Herr am Gardasee und können, von den Wälschtirolern unterstützt, unaufhaltsam bis Roveredo vordringen. Ein dritter Haufe hat sich in Tolmeinischen, im Pusterthale betreten sie bedrohlich Terrain. Anderwärts ist es eine Stelle zum Einbruch offen finden, wird sie benützt werden. „Die ganze deutsche Grenze im Süden ist bedroht." Und was thun wir zu ihrem Schutz? Ein Haufe abgetretzter Soldaten, man sagt 18 Kompagnien, mit wenigen Reitern und ein paar Geschützen, wird nun hin und wieder gesprengt, zersplittert, aufgerieben, um dort dem Feinde entgegenzugehen, da auf dem Piket zu stehen, um in Trient die Rebellion niederzuhalten, um Radetzky den Rücken zu decken. An sie sollen sich unsere Schützen anschließen, die noch immer nicht die rechte Stimmung finden können, um getrosten Muthes ins Feld zu rücken. Der Wille wird täglich besser, man begreift die Nothwendigkeit und ist fest entschlossen, den Wälschen den Weg zu weisen — doch die trostlose Leitung der Dinge, die Rathlosigkeit, Armuth und Verzagtheit der Behörden, das stete Widerholen von Zusicherungen, die sich nie erfüllen, will den kaum überwundenen Groll nicht ganz verwinden lassen und entfernt die besten Gesinnungen. Im Winkelhaken, als Alles zum Zug nach dem Joche aufstand, rief man vergeblich „Waffen, Pulver, Blei!" Da verspricht Radetzky, er werde alle Waffenvorräthe von Mantua ins Land schicken — natürlich erst, wenn er selber wieder dorthin kann, um sie zu holen. Auch von unsern Kaiserjägern will er ein Bataillon wieder heimgeben zum Landesschutz. — Solch herzzerstörende Eröffnungen macht uns Graf Brandis. In Wien haben sie sich indessen entschlossen, den Salzpreis herabzusetzen. Erzherzog Johann ist gekommen und erließ einen Aufruf! — Wir haben deren nun drei, ein Beweis, wie nöthig sie waren. Nicht Worte, nur Thatsachen rühren diese Gemüther und geknechtete Kraft wandelt sich auch auf ein Fürstenwort hin nicht mehr in blinde Hingebung und rüstigen Willen um. „Der Wirth am Sand, der Mann von Sinn ist nicht mehr", sagt der Erzherzog. Warum immer und immer diese Mahnungen an eine Zeit, die man hinter uns vergessen will? Statt die Poesie unsres Kampfes von 1809 zu den Redeblumen festlicher Adressen verwendet und Gubernialneten verwendet wurde, hielt sich unser Volk an die bittere Prosa, und patriotische Herzen weinten darüber im Verborgenen glühende Thränen. Wir fragen uns, hat dazumal der Fanatismus vielleicht mehr für die Sache gethan als heute die Vaterlandsliebe? Noch predigt Niemand den Kreuzzug gegen die Italiener, wie damals gegen heidnische Franzosen und ketzerische Baiern. Was werden die tirolischen Priester thun für die Stellung des Landes? Gutmüthig bittet der Trienter Bischof um Loslassung verrätherischer Trientiner. Und werden die Hunderte, die der neuen Ordnung in Oesterreich abhold sind, nicht ihre wohlgeschulten Leute zurückhalten und die Regierenden die Fürsten abermals täuschen mit der Lüge, dies Volk werde sich nur kaum erheben, wenn man ihm seine alten Zustände läßt? So haben wir zwei Feinde auf ein Mal zu bekämpfen. Hilfe, schnelle Hilfe! — Gerade in dem Schwanken, Zögern, Hinhorchen der Regierung, statt mit raschem Griff, im Vertrauen auf die Besten im Volke entschieden den freien Geist der neuen Grundsätze walten zu lassen, uns in diesem Sinne eine rührige, hellsehende Obergewalt zu geben, liegt das Unheil, das uns auch noch am Kampfplatz sicher erreicht, wo wir sonst so fest auftreten könnten. Es sind in Wien Männer genug, die den Grund unserer Bedrängnis kennen, die da wissen, es müsse anders werden — sie sollen nicht zögern zu handeln. Soll Tirol erhalten bleiben, so darf es nicht länger von jenem Jesuitismus beherrscht werden, dem man Wien mit dem 15. März seine Bulle Dominus et redemtor! schrieb. Will man uns als ein Seuvenir Metternichs auf dem Schreibtische des Kaisers hinterlegen? Will auch Pillersdorf Tirol als ein „Land der Unmöglichkeiten" bei Seite lassen, wie Kaiser Joseph? Nochmals Hilfe für Canon und Kupfer. An die Fünfzig von Frankfurt wenden wir uns. Wir wissen nicht, ob wir beim Parlament vertreten sein werden, dennoch fühlen wir uns als Deutsche. Mahnt den Bund auf zum Schutz der deutschen Grenze, mahnet in Wien, daß man uns nicht zu Stiefkindern Deutschlands werden lasse*).

Triest, 15 April. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß in Folge eines Protestes des brittischen Ministers in Neapel die dort beabsichtigt gewesene Sendung eines Hülfskorps von 12,000 Mann nach der Lombardei unterbleiben ist. Umsoweniger kann von einer Operation zur See gegen Triest die Rede seyn.

*) Mit diesem beigegeben Nothruf eines warmen deutschen Patrioten stimmen andere Nachrichten, die wir auf brieflichem Wege erhalten, vollkommen überein; wenn Deutschland nicht schleunig thut, was hier die Noth gebietet, so wird uns das verhängnißvolle „zu spät" auch hier wieder nachklingen müssen. (D. R.)

**Preußen.** Berlin, 18. April. Das Ministerium hat an den Kommandanten der Bürgerwehr, Hrn. v. Aschoff, folgendes Schreiben gerichtet: Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß am nächsten Donnerstage, den 20. d. M., von einer hiesigen Volksversammlung beabsichtigt wird, eine Petition um Abänderung des bestehenden Wahlgesetzes in einem zahlreichen Aufzuge nach dem Schlosse zu überbringen und dem Staatsministerium zu überreichen. Wir sind überzeugt bereit, Petitionen, mögen sie von Einzelnen ausgehen oder mit zahlreichen Unterschriften bedeckt sein, anzunehmen und mit Sorgfalt zu prüfen. Wir können es aber nicht für gesetzlich zulässig halten, daß das Petitionsrecht in einer Weise ausgeübt werde, die auf die Absicht der Einschüchterung der Behörden schließen läßt und dazu geeignet ist, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören. Wir sind daher Willens, die dem Vernehmen nach beabsichtigte Demonstration nicht zu gestatten, und wenden uns deßhalb an Ew. Hochwohlgeboren als den Kommandeur der hiesigen Bürgerwehr mit der Aufforderung, die Ausführung der gedachten Demonstration, wenn solche, den Abmahnungen der Behörde ungeachtet, versucht werden sollte, durch die Bürgerwehr zu verhindern, zu deren patriotischer Gesinnung wir das Vertrauen haben, daß sie ihren ehrenvollen Beruf, die Gesetze aufrecht zu erhalten und die öffentliche Ordnung zu schützen, mit Entschlossenheit erfüllen werde. Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Rurckwaldt. Bornemann. Arnim. Hansemann. v. Reyher.

** Berlin, 18. April. Thatsachen reden. In Breschen geschah Folgendes: 1) Aron Abramczyk, Schuhmacher, ermordet. 2) David, Privatlehrer, im Gotteshause eines Auges beraubt. 3) Dahlström, Apotheker, durch Flucht der Ermordung entgangen. 4) Trener mit Frau und 4 Kindern tödtlich verwundet; 2 der Kinder nachträglich ermordet, eine Tochter lautete sich mit 6 Thlr. los. 5) Der Tochter des Abraham Cohn die Adern aufgeschnitten. 6) Jette Kantorowicz mit unsäglichen Greueln ermordet, geschlachtet! (Die Schamlefzen, 1 Ohr und die Nase, nach ihrer Schändung abgeschnitten — aus dem Munde eines Wreschener.) In Trzemeszno, wo das preußische Militär, nachdem es siegreich gewesen, auf Befehl des Hrn. v. Colomb sich zurückzog, um den Polen Zeit zu lassen, wurden 1) der Kaufmann Hirsch Strelitz, 60jähr. Greis, an den Füßen geschämt, weil er beim Herannahen des Militärs geäußert: „Gott Lob, das Militär kommt, nun werden wir Ruhe haben", auf die Straße gefordert und öffentlich erschossen, weil er aber noch Lebenszeichen von sich gab, mit Senfen vollends todtgeschlagen. 2) Der Kaufman Herman Rutnowski, 22 Jahre alt, aus seinem Laden mit dem Ruf: „Heraus, Jude!" („wychodz, zydzie!") auf die Straße getrieben und bei seinem Erscheinen sofort erschossen. Dessen Leiche eilt in die Apotheke, um noch Hilfe zu schaffen, er wird angehalten und mißhandelt. 3) Der Bäckersinge Meier Pfaum, 19 Jahre alt, weil er dem preußischen Militär beim Einmarsch Semmel überbrachte, aus dem Hause seines Lehrherrn geholt und auf der Straße öffentlich erschossen. 4) dessen Vater, ein alter fast ganz erblindeter Mann, Jakob Pfaum, als er um Schonung seines Sohnes flehte, wurde dermaßen mit Kolben und der Schärfe der Sense zerhauen, daß er schwer verwundet darniederliegt. 5) Häuser der Deutschen und Juden durchsucht, ausgeräumt, Läden geplündert. 6) etwa 30 Männer, einige Frauen, darunter die Beamten: Oberlandesgerichtsassessor Danielkowski (ein Deutscher) und Kämmerer Schranke, wurden ohne Grund verhaftet, mißhandelt und erhielten im Gefängnisse, wohin man sie geschleppt, 3 Tage Nichts zu essen; zwar wurde ihnen am dritten Tage Zur (saure Mehlsuppe) in hölzernen Wannen dargereicht; sie war aber ungenießbar; während der Haft kamen die Anführer der Insurgenten (aus den höhern und mittlern Ständen) öfter hinzu und mißhandelten die Gefangenen durch Fußtritte, Säbelhiebe u. s. w. Am dritten Tage Nachm. rückte wieder das Militär ein und befreite die Gefangenen. Der vom poln. Komité eingesetzte Bürgermeister war so frech, den Kommandanten der Truppen zu fragen, wer ihm das Recht gegeben, die Gefangen zu befreien, da ihm, als vom Komite bestelltem Bürgermeister, allein das Recht zustände. Der Major begnügte sich, den vermeintlichen Ortsvorstand kurz und unter Androhung von Verhaftung zurechtzuweisen. — Wie lange soll diese polnische Wirthschaft dauern? Privilegirt die Theilung zu Mord und Raub? Wir verlangen jetzt eine Abwehr mit Gewalt der Waffen. Mörder und Räuber verdienen keine Schonung. Verbrechen fordern Sühne. — Aber sagen Sie selbst, diesen Horden sollen wir die 200,000 Deutsche jenseit der Demarkationslinie so völlig preisgeben, daß wir nur als feindliche Macht sie gegen ihre polnische Regierung zu schützen vermöchten? Nein und immer wieder nein. Sie haben ein ewig wahres Wort gerebet: je näher an Polen, desto kälter die Sympathien! Nicht bloß zwischen Frankfurt und Berlin, sondern zwischen Berlin und Posen ist der Kontrast fühlbar. In Berlin waltet, namentlich in den Schichten der Regierung (vielleicht auch nur da, bald vielleicht allein noch bei Hrn. von Auerswald) rege Theilnahme und aufrichtiges Mitgefühl für Polens Zukunft. Hr. v. Willisen ist der Polen wahrhafter Freund, aber die Deutschen in Posen hassen die Polen ärger als die Russen, weit ärger! — Die von den Edelleuten aufgeschlachteten Horden (Anfangs erhielten Sensenmänner per Tag 10, dann 5, dann 2½ Sgr.!) singen und brennen jetzt die Güter und Gehöfte ohne Rücksicht auf die Nationalität; so soll das Gut des Obersten von Rigolewski, eines polnischen Edelmanns, von den Polen niedergebrannt sein. So werden denn wohl bald die Polen selbst die Staatshilfe nachsuchen gegen die Anarchie, die sie hervorgerufen. — Den Krieg mit Rußland aber nennen Sie nicht als Heilmittel. — Polen und Deutsche stehen nicht auf derselben Seite; also stehen entweder die Polen auf der Seite Rußlands, wo wir sie gewiß erblicken werden, oder — —!!

Ein Extrablatt der Pos. Z. enthält folgende Bekanntmachung des Generals v. Willisen, welche die von uns bereits mitgetheilte Entschließung des Königs ergänzt. „Ich freue mich, zur Kenntniß des Publikums bringen zu können, wie der König sich mir unter dem 14. d. M. mit der Ansicht des Staatsministeriums dahin völlig einverstanden erklärt hat, daß die der polnischen Bevölkerung der Provinz verheißene nationale Reorganisation auf diejenigen Landestheile mit Großherzogthums, in welchem die deutsche Nationalität vorherrschend ist, nicht ausgedehnt werden darf. Es sei vielmehr der Wille Sr. Maj., daß der von diesen Landestheilen beantragte Anschluß an den deutschen Bund ohne Verzug bei der hohen deutschen Bundesversammlung vermittelt werde. Es werden sich so die Verhältnisse beider Nationalitäten reiner scheiden, und jede in ihrem Sinne entscheidener die Vortheile der versprochenen Reorganisation genießen. Die Linie, welche künftig diese Trennung bezeichnen soll, kann natürlich erst dann ganz genau festgesetzt werden, wenn beide Bevölkerungen durch ihre gesetzmäßigen Organe gehört worden sind. Alle diejenigen Kreise aber, welche schon jetzt den Anschluß an den deutschen Bund beantragt haben, werden hiernach auch nicht einmal von einer vorläufigen Reorganisationsmaßregel betroffen werden. Ich gestatte mir nur noch, mich auf meine Erklärung vom 15. d. M. zu beziehen, um darauf aufmerksam zu machen, daß, welcher Weg der Lösung der schwierigen Aufgabe auch gewählt werde, es nicht zu umgehen sein würde, einzelne Wünsche unberücksichtigt zu lassen. Wenn indessen die Bevölkerung selbst über das, was geschehen soll, auf gesetzlichem Wege entscheidet, so müssen sich die Einzelnen auch nachher dieser großen Entscheidung willig fügen. Die Regierung hat keinen anderen Wunsch, als die Bevölkerung selbst; was diese durch ihre gesetzmäßigen Organe ausspricht, wird sie Sr. Maj. vorlegen, somit Nichts. Ich darf nun hoffen, daß auch von dieser Seite der zugleich mit der Rückkehr des äußeren Friedens sich die Ausregung im Lande legen wird. Jeder möge sich sagen, daß er nun getrost den Dingen, welche da kommen sollen, entgegensehen kann, und daß er nun durch Nichts so sehr zu einer baldigen und glücklichen Lösung beizutragen im Stande ist, als wenn er sich, soweit sein Einfluß reicht, bemüht, Ruhe und Ordnung um sich her zu verbreiten. Möge es so geschehen. Posen, 16. April 1848. v. Willisen, Generalmajor und k. Kommissär."

Posen, 19. April. Soeben erfahren wir, daß General v. Colomb die Wreschener Schandthaten als Bruch der Convention betrachtet und von den Polen bei Mieslaw die Auslieferung der Mörder und Räuber verlangt hat, widrigenfalls er mit Kanonen sprechen würde. „Die Polen haben mit dem Bruch der Convention das Recht, zum Theil unter Waffen zu bleiben, vor allen Dingen jedes Anrecht an eine Amnestie verscherzt."

Die von unserm Berl. Korresp. gemeldeten Greuelthaten, welche die Polen in den Wreschener namentlich an jüdischen Bewohnern verübten, finden in der Voss. Z. ihre vollkommenen Bestätigung. Dieselbe Zeitung meldet: Bakunin, Golowin und Turgeniew, bekannt durch ihre Schickfale und Schriften, sind vorgestern Abend hier angekommen, um sich nach Krakau zu begeben.

# Bonn, 18. April. Der Ausgang unserer Wahl für den konstituirenden Reichstag wird wohl für Walther günstig fallen; die ultramontane Partei läßt keinen Andern aufkommen, Kinkel hat sich viel Mühe gegeben; Dahlmann, wenn er anwesend wäre, hätte wohl Vieler Augen auf sich gezogen. Es thut uns leid, daß die konfessionelle Rücksicht hier mehr überwiegt als die politische. Dahlmann zu wählen, wäre für Bonn eigentlich eine Verpflichtung gewesen. Er hat das Hauptverdienst bei dem Entwurfe der deutschen Reichsverfassung, die in dem Rathe der 17 Vertrauensmänner ausgearbeitet wird, und hätte schon deßhalb die ausschließliche Berücksichtigung

in Anspruch nehmen müssen. Noch ist er, soviel wir wissen, nirgends gewählt; es wäre aber eine Art Mißgeschick, wenn der Mann im Parlament fehlte, der den Entwurf der Verfassung zu motiviren und zu vertreten vor Allen geschickt und berufen ist. Die Bestimmung, daß alle Deutschen an allen Orten gewählt werden können, wird für den Anfang selbst für Notabilitäten wie diese wenig fruchten; Neigung und Gewohnheit leiten zu natürlich auf die Männer der Heimath; und ein Mann wie Dahlmann, der zwei Mal aus politischen Gründen die Heimath wechseln mußte, ist in dieser Hinsicht übel daran. Unsere Hauptstadt würde sich ein wahres Verdienst erwerben, wenn sie Dahlmann in die Zahl ihrer Vertreter aufnehmen wollte. Dort stehen auch die Männer des Ministeriums zur Wahl nahe; wer möchten die Namen Auerswald, Hansemann, Schwerin, Camphausen auf dem ersten Parlamente missen! Wie schön wäre es aber, wenn solche Männer gerade außerhalb Preußens gewählt würden, die ganz Deutschland angehören. In Berlin hat man eben Auerswald's erstes Schrecksehen über die Fehlgeburt der Bundesherrschaft neu verlegt; er spricht da mit Wärme von seinen Bezieh[ungen] zu den alten Burschenschaftern, den Dunker, Kelsch, Gagern, Uwe Jensen. Männer wie diese sind vorzugsweise auf dem Parlamente nöthig, weil sie am geeignetsten sind, die Grenzen der Bundes- und Reichsgewalt mit Schärfe und Sicherheit zeichnen zu helfen.

**Baiern.** || München, 19. April. Der Bauhofstab hat sein Glaubensbekenntniß gestern in folgendem Manifeste niedergelegt: Die Wahl der Mitglieder zur deutschen Nationalversammlung ist das wichtigste Geschäft des deutschen Volkes. Ihr ist, vermöge eines Beschlusses der deutschen Versammlung, des Vorparlaments, die Begründung der Verfassung des deutschen Vaterlands übertragen. Wer zur gesetzlichen Wahl, unser Volk zu vertreten, erhoben sein will, der muß sich zu ihm gesellen, der muß öffentlich durch Wort und That zeigen und gezeigt haben, daß sein Herz schlägt für das Wohl des Vaterlandes. Die konstituirende Nationalversammlung hat eine dreifache Aufgabe zu lösen. Sie soll die Einheit Deutschlands begründen; sie soll ihm seine neue Stellung nach Außen anweisen und die traurigen Zustände im Innern beseitigen. Die Oberleitung des deutschen Volks soll durch das deutsche Parlament auf dem ganzen Volke gestützten ruhen. Der selben Stelle stehen zwei gesonderte Kammern, der Senat, beschickt von den einzelnen Staaten, und das aus unmittelbaren Wahlen hervorgegangene Volksparlament zur Seite. Die Oberleitung wird sich mit einem dem Senat und dem Volksparlament verantwortlichen Ministerium umgeben. In diesem Kongresse wird ein eigentlich völkändiges Gerichtshof angeordnet. Die Rechte dieser drei Centralbehörden sollen vorzugsweise umfassen: 1) Die völkerrechtliche Vertretung der Nation nach Außen; 2) Die Oberbertrichtsleitung über die ganze Lande und Steuerkraft; 3) das allgemeine Zoll- und Handelsrecht; 4) Die Ueberwachung der nationalen Freiheiten, der Preßfreiheit, des Vereinigungsrechtes in jeder Beziehung, der Volksbewaffnung, der vollkommenen Gleichstellung aller Deutschen, in politischer wie in bürgerlicher Beziehung, ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses. Es bedarf wohl kaum der Bemerkung, daß ein gleiches System des Handels- und Gewerbwesens, der Schiffahrtsgesetze und der Münze, daß ein gleiches System in Maß, Gewicht, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen, daß Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung, sowie des Gerichtsverfahrens Grundbedingungen sind im neuen Deutschland. Alle andern innern Angelegenheiten, das besondere Wohl, das eigenthümliche Leben der Stämme und Länder, sie bleiben sämmtlich mit ihren bestehenden Staats- und Regierungsformen den Einzelstaaten überlassen. Die Vertretung Polens als selbständiger Staat, mit der möglichsten Berücksichtigung des Wohles der dahin Million Deutschen im Großherzogthum Posen, ist nach Außen eine große, eine wichtige Aufgabe der Nationalversammlung. Das freie Polen ist der sicherste Vorposten gegen den Gesammtfeind aller Nationen. Täuschen wir uns nicht, so werden folgende Grundsätze von dem deutschen Volke anerkannt werden: 1) Alle nationalverschiedenen Länder können, wenn sie es wünschen, mit dem neuen Bundesstaate vereinigt werden; 2) Kein fremder Herrscher gehörte zu den Fürsten des Bundesrathes, irgendes Land; 3) kein deutscher Fürst unterjoche fremde Länder. Die neue Zeit duldet keine unterdrückten Nationalitäten. Was will unsere Zeit? Sie will, um es in wenige Worte zusammenzufassen, gesetzliche Freiheit für alle Klassen der Gesellschaft, ohne Unterschied der Geburt, des Standes und des Glaubens, Sicherheit des Eigenthums und der Person, Bildung, Wohlstand; sie will namentlich Verbesserung des Loses der Arbeiter. Deutsches, bairisches Volk, dies sind die Grundsätze, auf welchen Du Dich von der Knechtschaft zur Freiheit, aus der Schmach zur Achtung, aus dem Elende zum Glücke emporarbeiten kannst und wirst. In diesem Sinne müssen Deine Abgeordneten zu Frankfurt sprechen und handeln. Deutsches, bairisches Volk nimm ihren, nimm allen Deinen Vertretern ein feierliches Dankgelübde ab, daß sie nicht abweichen von dieser einzigen Bahn Deines Rechtes, Deines Glückes. Nur dann, nur dann wirst Du Dein Ziel erreichen. Und somit, Mitbürger und Landsleute, Gott befohlen! München, 18. April. Der Bauhofstab zu München: Bereits für Volkswohl. In dieser gestrigen Versammlung legten auch bereits zwei Candidaten zum deutschen Parlamente ihr Glaubensbekenntniß mit Zugrundelegung des obigen Manifestes ab, nämlich Dr. Hermann und Dr. Greiner. Der Klub nahm es mit Akklamation auf. Es werden in diesen Tagen auch noch andere Kandidaten dasselbe thun. Demnächst wird auf dem Marsfelde, nach dem gestern gefaßten Beschlusse eine große Volksversammlung für die Wahlagitation abgehalten werden. Die Sache Polens, als einer wiederauflebenden Nation, wird von einigen Rednern mit Begeisterung besprochen und mit stürmischem Beifall aufgenommen.

|| München, 18. April. Die Kammer hat faktisch bereits bei und diese Bedeutung nicht mehr, wie die Volksversammlungen und Klubs. Diese letztern ergreifen viel energischer die großen Fragen des Tages und fassen mit Umsicht und Entschiedenheit Beschlüsse in Betreff derselben. So geschah dies gestern Nacht von dem sogenannten Bauhof-Klub, dem liberalsten und volksthümlichsten, der bereits den „Volksverein" verschlungen hat. Es ward in Bezug auf die nun so nahe stehenden Parlamentswahlen der Beschluß gefaßt, daß alsbald ein Programm vom Klub abgefaßt werden sollte, das den Wählern und Wahlmännern das Glaubensbekenntniß deßselben klar darlegte. Die Kandidaten selbst sollten dann entweder in der Versammlung des Klubs oder auf dem Wege der Presse ihr Glaubensbekenntniß ablegen. Die Ultramontanen hätten bereits ihre Programme und Wahllisten allenthalben über das Land ausgestreut, ein anderer sich zu den liberalen Tendenzen bekennender Klub habe bereits heute Abend in kürzester Frist ein Programm — Graf Hegnenberg-Dux soll der Redakteur davon sein — abgefaßt, das morgen schon in 25,000 Exemplaren nach allen Theilen des Landes hin fliegen soll, dem sich jedoch der Bauhof-Klub nicht anschließen wird; es solle also sogleich auch von einer Redaktionskommission des Klubs selbst ein solches in kürzester Zeit verfaßt werden. An der Spitze dieser Kommission steht Prof. Neumann, der sich des Vertrauens des Klubs bis jetzt in hohem Grade zu erfreuen hat, und dieser durch sein Auftreten auch rechtfertigt. Ich werde Ihnen das Programm vielleicht sogleich beilegen können. In den Versammlungen herrscht Ordnung und ein gewisser parlamentarischer Takt. Jurist Wagner führt mit Umsicht und Energie das Präsidium. Mehrere Redner hielten schon treffliche Vorträge. Die Wahlen zum Parlamente sollen übermorgen erfolgen. — Unserer Kammer wurde heute in ihrer 11. öffentlichen Sitzung ein Gesetzentwurf über die Aufnahme eines freiwilligen Anlehens von 7 Millionen und einer über die Sparkassen vorgelegt und bei dieser Gelegenheit vom Finanzministerium bemerkt, wie das Wohl des ganzen Vaterlandes ein solches Opfer erheische. Die Mobilmachung des Heeres, die Aufnahme aller Staatsbauten, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu gewähren, und die Unterstützung der Industriellen machen die Aufnahme von einem Anlehen in diesem Betrage unumgänglich nothwendig. In Bezug auf die Sparkassen ward bemerkt, wie nur den unbemittelten Klassen Baarerträge von 50—200 fl. gleich auf Verlangen zurückbezahlt werden sollten, nicht aber den Bemittelten; diese müßten sich mit Staatsobligationen begnügen. Der Zinsfuß wird übrigens von der Regierung auf 4 Proz. erhöht. Am Schlusse fragt ein Kammermitglied (Weinzierl), ob nicht bald das Ablösungsgesetz eingereicht würde, da sie sonst gesonnen seien, nichts Anderes mehr zu berathen, sondern nach Hause zu gehen, worauf der Finanzminister entgegnet, daß übermorgen dieser Gesetzentwurf eingereicht werden soll. Eine Arbeit, wie diese, lasse sich übrigens nicht übers Knie abbrechen: denn es soll der Kammer etwas Befriedigendes geboten werden. Hiermit schloß die Sitzung.

*** Aus der baierischen Rheinpfalz, 19. April. Ich übersende Ihnen das Verzeichniß der Männer, welche am Meisten Aussicht haben, aus unserer Pfalz für die Reichsversammlung nach Frankfurt gewählt zu werden: Advokat Spatz von Frankenthal und Buchtruckerer Kolb von Speyer, beide Mitglieder des Fünfzigerausschusses; Nikolaus Schmitt von Kaiserslautern, Redakteur des Boten für Stadt und Land, Rechtskandidat, ein Verfolger aus den Dreißiger Jahren; Notar Reichensperger von Speyer, ein sehr entschiedener Volksfreund; Dr. Hepp von Neustadt a. H., bekannt aus den Dreißiger Jahren, hat das Hambacher Fest eröffnet, wurde von Neustadt nach München in Untersuchungshaft abgeführt, woraus ihn zum Theil die Verschleppung seines Schwagers Willich befreit hat; Advokat August Gullmann von Zweibrücken, Bruder des verstorbenen Abgeordneten Christian Gullmann, ein ebenso talentvoller Mann, als warmer Vaterlandsfreund; Pfarrer Tafel von Zweibrücken, früher Abgeordneter, in neuerer Zeit aber vom Clerus nicht mehr gewählt; Advokat Glas von Landau; Notar Hofens von Cusel; Pfarrer Franz von Ingenheim, wegen seiner freien Richtung vom Oberkonsistorium suspendirt.

* Leipzig, 17. April. Unser erster Bürgermeister Groß hat sein Amt niedergelegt. Die vielen Angriffe auf seine Thätigkeit haben den Kränklichen und alt gewordenen Mann bewogen, sich von seinem eben so mühevollen als wichtigen Posten zurückzuziehen. Der neue Bürgermeister, Stadtrath Klinger, welcher zu den fortschrittsmännern Sachsens gehört, wird wahrscheinlich noch diese Woche sein neues Amt antreten; er genießt das Vertrauen der Bürger in hohem Grade. Auch unser zweiter Bürgermeister, Otto, der sehr hochbetagt und leidend ist, wird in nächsten Wochen freiwillig zurücktreten, um nach einem überaus thätigen Berufsleben einem jungen kraftvollen

Digitized by Google

Manne Platz zu machen. Der Anfang zur Volksbewaffnung ist geschehen, doch erstreckt sich selbige zunächst nicht auf alle Stände, sie ist der Verordnung gemäß für jetzt Nichts als eine möglichste Erweiterung der selber bestehenden Kommunalgarde, also zunächst nur ein Uebergang zur allgemeinen Volksbewaffnung, die vielleicht erst nach dem künftigen Landtag ins Leben treten wird. Auch die Verordnung wegen der Wahlen zu den Vertretern des Parlaments in Frankfurt ist als ein Uebergang zu den Urwahlen zu betrachten. Das Wahlgesetz entspricht in seiner ersten Bekanntmachung den allgemeinen Wünschen nicht, da das Recht zu wählen zwar ausgedehnter als früher, aber die arbeitende Klasse völlig ausgeschlossen war. Mit um so größerer Freude wurde die schon am nächsten Tage vorgenommene Veränderung begrüßt, wo jeder großjährige und selbstständige Sachse Wahlrecht erhielt. Aus dieser schnellen Abänderung ergibt sich die Bereitwilligkeit unseres Ministeriums, den Wünschen des Volkes möglichst nachzukommen. Wir haben zwar noch indirekte Wahlen, aber doch in weiterer zeitgemäßen Ausdehnung. — Die Geldpeerie Oesterreichs erfüllt hier mit großem Unwillen. Oesterreich will sich mit Begeisterung an das eine große Vaterland anschließen und in dem Augenblicke, wo deßhalb ganz Deutschland aufjauchzt, ergreift die österreichische Regierung eine Maßregel, welche nicht unbenutzbar sein kann. Noch sind die Grenzzölle nicht gefallen, da zieht es abermals eine gefährliche chinesische Mauer, unter welcher ganz Deutschland leidet, zumal in einem Augenblicke, wo Handel und Gewerbe so furchtbar darniederliegen. Leipzig insbesondere ist dießhalb sehr bedrohet. In wenigen Wochen beginnt die Messe. Kein Kaufmann darf mit Geld über die Grenze, die fälligen Wechsel und Waarenschulden brauchen nicht bezahlt zu werden, da kein Geld über die Grenze darf. Wie viel Waaren gehen jährlich von hier nach Oesterreich! Die Regierung verbietet, daß diese bezahlt werden. Kann eine Maßregel gefährlicher und undeutscher sein? Welche Ansumme von österreichischen Papieren ist in Deutschland zerstreut, Oesterreich ist verpflichtet, seinen Gläubigern gerecht zu werden, aber sie läßt kein Geld heraus, was soll da werden? Mit Begeisterung ward bei dieser Sachlage die Petition des Advokaten Simon im deutschen Verein aufgenommen, den Ausschuß in Frankfurt dringend zu ersuchen, daß er sofort Oesterreichs Regierung auffordere, eine solche undeutsche Maßregel im Interesse Deutschlands aufzuheben. Der deutsche Verein zählt bereits allein hier gegen dreitausend Mitglieder. Die radikalen Richtungen junger Leute, die sich auch hier mit ihrem republikanischen Geschrei sehr breit machen wollten, führten diesem Verein eine Menge intelligenter und besonnener Kräfte zu, da er in seinem Programm die konstitutionelle Monarchie mit breitester demokratischen Grundlage an die Spitze stellt. Er huldigt entschieden dem zeitgemäßen Fortschritt, will aber keine Republik. Dieser Richtung huldigt neuerdings auch der Vaterlandsverein, welcher anfänglich sich über seine politische Tendenz nicht ausgesprochen hatte und deßwegen in dem Verdacht, der republikanischen Tendenzen nachgehe, im Publikum stand, weil der Vorstand desselben aus den radikalsten Elementen Leipzigs besteht. Er drohte ein Zwiespalt zu entstehen, da der deutsche Verein als ein Oppositionsverein des Vaterlandsvereines Anfang3 angesehen wurde, allein die Mißverständnisse sind gelöst, und man hegt die Hoffnung, daß beide Vereine sich in ihren Bestrebungen einigen werden. Die Republik findet bei der Masse hier in Sachsen durchaus keinen Anklang, sondern entschiedene Abneigung. Man ist überzeugt, daß keine Verfassung anzeitgemäßer für Deutschland wäre, als die Republik, die uns nicht Einheit, sondern Zerrissenheit, nicht Ruhe und Ordnung, sondern Bruderkrieg und Anarchie bringen würde und Franzosen und Russen obendrein!

**Baden.** ** Karlsruhe, 19. April. Die öffentliche Stimme hat über die Verhaftung Fickler's und den Antheil Mathy's daran geurtheilt; sie preißt die That Mathys als einen Akt seltenen bürgerlichen Muthes und hoher Vaterlandsliebe. Das Urtheil des Volks, das mit gesundem Sinne eine Handlung nach den Motiven des Handelnden, nach den besondern Umständen des Falls und nach dem Erfolge würdigt, faßt mit Recht Mathys That als einen großen politischen Akt auf und rechtfertigt sie. Sonderbar ist es, wenn eben diejenigen, die bei jeder Gelegenheit über die Juristen als Formenmenschen und über ihre Pedanterie sich lustig machen und von dem ewigen Volksrechte sprechen, jetzt vergessen, daß nach einer uralten im Volke fortlebenden Ansicht jeder gute Bürger berechtigt, ja selbst verpflichtet ist, gefährliche Verbrecher festzuhalten oder ihre Festhaltung durch die Obrigkeit zu veranlassen. Wenn ein Bürger dringende Vermuthung hätte, daß ein Anderer auf dem Wege sei, die Brandfackel in das Haus seines Feindes zu schleudern und eine Stadt in die größte Gefahr zu versetzen, wenn er den Erfahrbrohrden augenblicklich festhielte, oder seine Verhaftung veranlaßte, würde wohl ein Verständiger zweifeln, daß der Handelnde Recht gethan und seinen Mitbürgern einen großen Dienst erwiesen habe? Mathy befand sich in Beziehung auf Fickers Arretirung in gleicher Lage. Er kannte das Treiben Fickers, seine Plane, seine Entschlossenheit, seinen Einfluß auf das Volk; er wußte, wofür Fickler kam, welche Verbindungen er angeknüpft hatte. Er sah voraus, daß Fickler im Begriffe stehe, den Brand der Anarchie zu entzünden, und Mathys Voraussicht ist durch die Ereignisse, die wenige Tage darauf Deutschlands Bürger mit Schmerz erfüllten, bestätigt worden. Unter den obwaltenden Umständen durfte Mathy die Verhaftung Fickers veranlassen. Wäre sie nicht erfolgt, so stände jetzt im Lager der Aufrührer Fickler als Anführer einer dritten Schaar. Unbegreiflich ist es, wie man in öffentlichen Blättern aus dem Antwortschreiben des Präsidenten Mittermaier an Brentano Gründe ableiten kann, um Mathy's Wahrheitsliebe zu verdächtigen. Mathy hatte in Mannheim erklärt, daß er am Morgen im Ständehause (soviel wir wissen durch ein Gespräch mit Staatsrath Bekt) und Abends bei dem Kammerpräsidenten sich überzeugt habe, daß urkundliche Beweise gegen Fickler vorlägen. Diese Erklärung ist durch Mittermaiers Schreiben an Brentano, der ihn schriftlich aufforderte, zu erklären: ob Mittermaier dem Mathy urkundliche Beweise vorgelegt habe, vollkommen bewahrheitet. Mathy hatte nie behauptet, daß ihm Urkunden vorgelegt worden seien. Mittermaier mußte, nachdem er einmal gefragt war, Brentano antworten, und zwar wie er es that. Hätte er die Antwort verweigert oder mit diplomatischen Ausdeutungen geantwortet, so würde dies gegen Abg. Mathy schlimmer ausgebeutet worden sein. Mittermaier mußte die Wahrheit bessern, was Mathy sagte, bethätigen, und das ist geschehen. Mittermaier hatte geantwortet, daß er dem Abg. Mathy die Ueberzeugung ausgesprochen habe, daß gewichtige Beweise gegen Fickler dem Ministerium vorliegen. Daß unter solchen Beweisen nach der Natur des in Frage stehenden Verbrechens auch Urkunden sich befanden, verstand sich von selbst. Durch Mittermaiers Erklärung war Mathy's Ueberzeugung von den gegen Fickler vorliegenden Beweisen hinreichend gerechtfertigt und seine Ansicht von Fickers Gefährlichkeit noch mehr bestärkt. Auch bestimmte Mathy seine Handlungsweise. Mit Unwillen sieht jeder aufgeklärte Bürger die schändlichen Angriffe auf Mathys reinen Charakter und seine Aufopferungsfähigkeit.

* Folgende offizielle Berichte über ein Treffen bei Kandern kommen uns sodann zu: Ministerium des Innern. Karlsruhe, 21. April 1848. Nr. 5946. In einem von dem Direktor des Oberrheinkreises eingetroffenen Berichte von gestern Abend ist gesagt: „Gestern (Mittwoch) nach Ankunft in Schliengen sandte General v. Gagern eine Truppenabtheilung nach Sörach zu; er selbst zog mit der größeren Abtheilung nach Kandern und traf dort auf Hecker's Schaar. Der Civilkommissär forderte die Aufrührer wiederholt auf, die Waffen abzuliefern und auseinander zu gehen; zuletzt gab man ihnen noch 10 Minuten Bedenkzeit. Sie zogen sich hinter Kandern zurück und nahmen eine vortheilhafte Position auf dem bergigen Wege gegen Schlechtenhaus. Als die Truppen anrückten — so wird versichert — ward zuerst von den Aufrührern auf sie geschossen und ihnen einiger Schaden zugefügt, worauf sie zum Angriff schritten und die Freischaaren rasch zurückdrängten; die Reiterei machte eine Charge und nahm ihnen die beiden Kanonen. Das Gefecht war nicht beendigt, als die Nachricht abging; der Kampf zog sich gegen Schlechtenhaus hin. Das Militär hat einige Todte und Verwundete. Die Aufrührer müssen bedeutend gelitten haben, da ein Wagen mit Todten, worunter Weiblich und ein anderer Führer, nach Kandern kam. Wo die Truppen heute Abend stehen, ist nicht bekannt; sie sollen sich sämmtlich sehr brav gehalten haben. „Die Angaben über die Zahl der Aufrührer variiren; das Wahrscheinlichste ist, daß Hecker circa 1000, Weißhaar 6—700 Mann hat." Bekk. Reinhard.

Ministerium des Innern. Karlsruhe, 21. April. Nr. 5955. Soeben, diesen Nachmittag 3 Uhr ist ein Bericht des Direktors der Regierung des Oberrheinkreises vom heutigen eingekommen, worin er ein Schreiben mittheilt, welches der den Truppen im Oberland als Zivilkommissär beigegebene Regierungsrath Stephani gestern Abend 8 Uhr von Sörach aus an den Regierungsdirektor gerichtet hat. Dasselbe lautet wie folgt: „Wir sind Morgens 3 Uhr nach Kandern von Schliengen aus aufgebrochen, 1 Bataillon Dessen, 1 Bataillon vom Leibregiment, 1 Bataillon vom 2. Regiment, 2 oder 3 Schwadronen Dragoner und Geschütz. Vor Kandern erfuhren wir, daß die Rebellen das Städtchen noch besetzt hielten. Ich ging allein mit einem hessischen Hornisten hinein, obgleich man mich vor dem ersten Hause nicht durch die Vorposten lassen wollte. Ich ließ den Kommandirenden rufen, es war Literat Kaiser aus Konstanz. Er versprach, mich zu Hecker zu führen, wir gingen ihm fast durchs ganze Ort nach, wo es hieß, er sei mit 600 Mann bereits

abgezogen. Dies, sowie die Wahrnehmung, daß ihre zwei Kanonen (vielmehr Böller) mit der Kasse und dem Pulverwagen, alles schlechte Karren, noch ungespannt waren, veranlaßte mich, vor dem Rest der Truppe, ungefähr 200 Mann, die Aufbruchstraße zu verkünden, und sie aufzufordern, die Waffen niederzulegen. Ungefähr 15—20 antworteten mit Nein, die andern waren still. Zu unsern Truppen zurückgekehrt, erklärte ich dem General von Gagern, daß nun sein Amt beginne, theilte ihm aber die mir gewordene Nachricht mit, daß wir oben auf der Scheide des Berges durch Scharfschützen, die rechts und links im Walde aufgestellt seien, empfangen werden würden. Mit Eifer ging das ganze Korps vor, oben am Berge gegen Salschetnau zu mit von Gagern und Major Kung noch an der Spitze der Kolonne; da trat Hecker vor und meinte, man solle auf seine Leute nicht schießen lassen. v. Gagern erwiderte, daß Leute ohne Waffen geschont würden, andernfalls nicht. Hecker zog sich zurück, und in dem Augenblick begann der Kampf; der edle v. Gagern sei sogleich, er ist todt, und wir führen die Leiche in einem Wagen mit. Wir werden ihm in Freiburg die letzte Ehre erzeigen. Major Kung ist ganz unbedeutend am Fuße verwundet. Beider Pferde blieben todt auf dem Platze; ein Dragonerpferd verloren wir durch einen Schuß in den Fuß. Ganz leicht ist noch ein hessischer Hauptmann Keim, von unsern Offizieren Dern und Sartori unbedeutend verwundet. Ein Officiersbediener blieb auf dem Platze. Kein Soldat ist geblieben, verwundet ungefähr 20 Hessen und 15 Badener. Drei oder vier Pferde sah ich todt an der Straße; ein deserirter Soldat vom 2. und einer vom 4. Regiment wurden zusammengehauen. Von da nahmen wir ungefähr 6 gefangene Rebellen mit, die ich kaum vor der Wuth unserer Leute schützen konnte. Hier fanden wir ungefähr 800—1000 Mann in den Wald postirt uns gegenüber. Sie wurden ganz zersprengt; eine Menge Flinten, Sensen, Mißgabeln lag auf dem Kampfplatze. Von dort zogen wir nach Schlechtnau, wo leider ein Bauer, der eine Mißgabel trug und fortlief, erschossen worden ist. Unsere Soldaten waren in Wuth. Von Schlechtnau verfolgten wir die Rebellen weiter über Kloster Weitenau gegen Steinen. Am Ausgange des Thales (Ausmündung ins Wiesenthal) hatten sich Struve und Weißhaar aufgestellt; das Feuern begann von Neuem, aber mit Vorsicht, und auch diese Schaar von ungefähr 1000 Mann wurde zersprengt. Dieser Kampf kostete uns ungefähr 6 bis 10 Verwundete. In Steinen und allen andern Orten wurden wir mit Jubel empfangen, Alles bewirthet. Struve und Weißhaar haben hier und in Steinen mit Mord und Brand gedroht, wenn nicht Alles von 18 bis 30 Jahren mitzöge oder 200 bis 500 fl. zahle; es ging aus dem Wiesenthal kaum ein Mann mit. Unter unsern Gefangenen, vielleicht 15 an der Zahl, sind nur 4 oder 5 aus Schönau und Schopfheim, die Andern sind aus dem Seekreis. Soeben erfahre ich, daß die Zersprengten sich im hintern Wiesenthal und in Wehr sammeln. Hier in Lörrach ist man sehr aufgebracht über die Schimpfreden, welche die hiesigen Freunde Struve's und Weißhaar's von ihnen erhielten. Unsere Truppen wetteifern mit den Hessen, die vorzüglich sind. Unsere Gefangenen hätte ich gerne hier abgeliefert, allein die Ortsvorsteherschaft Lörrachs und der Wunsch der Offiziere, jene noch auf dem Transport mitzunehmen, sowie die Aeußerungen der hiesigen Beamten veranlaßten mich, auf meinem Verlangen nicht zu beharren. Morgen werde ich die Ehre haben, weiter zu berichten." So unglücklich diese Nachricht wegen mehrerer Verluste und insbesondere wegen des Todes des edeln und trefflichen v. Gagern ist, so beruhigend erscheint dieselbe auf der andern Seite wegen des glücklichen Erfolges, den die treuen und tapfern badischen und hessischen Truppen in ihrem Kampfe gegen die Rebellen im Allgemeinen gehabt haben. Es ist zu hoffen, daß die Hochverräther dem Arme der Gerechtigkeit nicht entgehen, und daß die Verblendeten, die sich ihnen anschlossen, die Schwere des Verbrechens erkennend, zum Gehorsam und zur Treue zurückkehren, sowie daß diejenigen, welche nur gezwungen dem aufrührerischen Zuge sich anschlossen, endlich Muth fassen, um sich von ihren Nöthigern zu befreien und sich friedlich in ihre Heimathsorte begeben. Vekk. vdt. Reinhard.

* Wir haben vor einigen Tagen durch Proben erwiesen, was für kolossale Lügen gewisse Blätter sich entweder aufbürden lassen oder gar wissentlich verbreiten; wir haben Grund, zu vermuthen, daß der letzte Fall der häufigere ist, denn die Lüge ist eine der unentbehrlichsten Waffen dieser sogenannten Republikaner.*) In einem Aufruf, den im Namen des „Oberkommandos der Deutschen aus der Schweiz", ein gewisser Pf. Hecker unterzeichnet hat, und den ein Basler Blatt als Beilage verbreitet, lesen wir folgende Wahrheiten: Eine provisorische Regierung, die sich in Konstanz konstituirte, hat schon begonnen, mit aller Festigkeit das badische Ost- und Oberland republikanisch zu organisiren. Mit einem kleinen Häuflein entschlossener Wehrmänner sind unsere hochverrathenen Mitbürger Hecker, Struve und Andere von Konstanz ausgezogen; dieses Häuflein ist bis heute zu einer Armee von 8000 Mann angewachsen, und mit 10 Kanonen versehen, drohte sich ihr rechter Flügel bis Hüfingen und ihr linker bis Säckingen aus. Stündlich kommt mehr Zuzug, und wenn die deutsche Legion aus Frankreich und die aus der Schweiz sich vollständig mit der republikanischen Armee vereinigt haben wird, so wird sie wohl schon auf 14,000 Mann angewachsen sein. So geht's vorwärts, voll Kriegsmuth und hoher Begeisterung und wohl bald auch hinaus über die Grenzen des badischen Landes, denn unser Brüder in Würtemberg stehen gerüstet zum Kampfe für die Eine deutsche Republik. Mannheim, Heidelberg, Prag und Breslau haben sich für sie erhoben. Jeder Tag bringt neue Kunde vom frischen Anhang deutscher Gaue; jede Stunde erzeugt frische Impulse zu entschiedener That. — Noch mehr! die Mannh. Abendz. vom 20. April, also von demselben Datum, wo die Rebellen schon vom Schwarzwald nach dem Wiesenthal gedrängt waren, um bei Kandern geworfen zu werden, verbreitet folgende Nachrichten und läßt sie mit Frakturschrift und auf Extrablättern gedruckt über Stadt und Land verkünden:

Freiburg, 18. April. „Hecker steht mit 3500 Mann, worunter 600 Mann Scharfschützen und 3 Stück Kanonen, jenseit Lenzkirch. Lieutenant Siegel bildet mit 1500 Mann und sämmtlicher Artillerie von Konstanz den Nachtrab. Struve konnte sich noch nicht mit ihnen mit seinem Heer, dessen Zahl auf 2000 Mann geschätzt wird, vereinigen; 2 Eskadronen würtembergische Ulanen konnten ihre Pferde nur durch schnelle Flucht retten. Die Ordnung des Heereszhen Heeres ist ganz musterhaft und von heroischem Geiste beseelt. Alles wird auf den Kreuzer bezahlt, was das Heer an Lebensmitteln ꝛc. empfängt. Das Heer ist bedeutend im Wachsen."

Ferner berichtet dasselbe Blatt in seiner Nummer vom 22. d.: „Hecker habe einen Sieg erfochten, es sei die deutsche Legion zu ihm gestoßen, und ein Regiment Truppen sehne sich nach dem Augenblick, wo es sich mit Hecker vereinige." Wir könnten aus verwandten Blättern noch ähnliche Lügen in Fraktur mittheilen, wenn nicht das schon genügte, zu beweisen, daß es mit der Wahrheit jener Leute ebenso bestellt ist, wie mit ihrer Freiheit. Auf diese plumpen Tendenzlügen, über deren Absicht wir kein Wort beizufügen brauchen, hinzuweisen, ist aber eine dringend gebotene Pflicht — so Viel es Einem auch kosten mag, den moralischen Ekel zu überwinden.

**Schleswig.** Rendsburg, 18. April. Obschon die Köln. Z. aus Berlin, die wie die ihr geschrieben wird, „verbürgte Nachricht" mittheilt, daß an diesem Tag die Preußen bestimmt die Dänen angreifen würden, scheint das doch keineswegs der Fall gewesen zu sein, da unter obigem Datum die schleswigholst. Z., das officielle Organ der prov. Regierung, Folgendes enthält: Heute wird, wie wir hören, eine Konferenz der Befehlshaber der in den Herzogthümern stehenden deutschen Truppen stattfinden, und es wird in derselben definitiv zu einem Definitivbeschlusse kommen. Die Zeit drängt zur Entscheidung, und es ist unumgänglich nothwendig, daß die Bestimmung über das Oberkommando in einer Weise getroffen werde, welche jede Schwankung und Unsicherheit im Befehle, so wie alle kleinlichen Eifersüchteleien von vorn herein abschneidet. Nicht die militärische Etiquette Preußens, Hannovers, Braunschweigs, Oldenburgs, Mecklenburgs steht auf dem Spiele, sondern das Ansehen Deutschlands, welches verlangt, daß die verfammelte deutsche Macht mit Nachdruck, Schnelligkeit und Erfolg zur Verwendung komme. Die Dänen die man nicht nach den armseligen Rodomontaden und Uebertreibungen der Kopenhagener Blätter beurtheilen muß sind ein tapferes, kräftiges Volk zu Lande, wie zur See. Ihre Kriegführung hat bis jetzt von Gewandtheit, Energie und rascher Entschlossenheit Zeugniß abgelegt. Will man mit Erfolg gegen sie auftreten, so kann das nur durch die vollkommenste und ungehinderste Einheit der oberen Leitung geschehen. Darum beweise man bei dieser Gelegenheit, daß auch in den höheren Militärregionen Deutschlands ein neues Blatt aufgeschlagen worden ist!

* Frankfurt, 19. April. (Schluß.) Die von Pagenstecher Namens einer Kommission entworfene Antwort auf die Adresse der Mailänder provisorischen Regierung an die Deutschen enthält einerseits den Ausdruck lebhafter Sympathie für die Befreiung Italiens, während sie andererseits die Integrität Deutschlands zu wahren bezweckt. Schuselka, Wiesner, Hübner und Graf Bissingen erklärten sich gegen jede Antwort, weil sie es der Würde Deutschlands widersprechend er-

*) Wie lucus a non lucendo!

achten, Schmeichelworte der Italiener zu erwidern, die vor Kurzem noch Worte wi Todeschi gerufen und in diesem Augenblick einen Einfall in das deutsche Bundesland Tirol unternommen hätten. Schuselka bemerkte u. A., die Lombardei sei das best administrirte Land Italiens gewesen; sie habe sich nicht gegen das jetzt gestürzte System erhoben, sondern erst nachdem den Lombarden alle Freiheiten bewilligt worden, nachdem sie illuminirt und dem Kaiser Vivat gebracht, hätten sie sich in einer verrätherischen Weise empört. Uebrigens würde Oesterreich recht gern auf das unselige Besitzthum Italiens verzichten und den Italienern ihre Selbstständigkeit gönnen; es seien auch bereits Friedensunterhandlungen im Gang; aber der Friede müsse mit den Waffen in der Hand abgeschlossen werden. Hübner erblickt den nächsten Anlaß des lombardischen Aufstandes in der Eifersucht gegen Triest; mit Triest aber würde ein großer Theil Deutschlands zu Grunde gerichtet werden. Bagnestzky erklärt: die Antwortadresse sei vor 8 Tagen, als Tirol noch nicht überfallen war, entworfen und von zwei österreichischen Mitgliedern, darunter Endlicher, gebilligt worden. Es sei nicht Sache des Ausschusses, den lombardischen Aufstand zu verdächtigen, sondern anzuerkennen, daß eine Nation, auch wenn sie noch so trefflich verwaltet worden, das Recht habe, sich gegen die Fremdherrschaft zu erheben. Die Kommission erkläre sich übrigens bereit, die Adresse zurückzunehmen. Hiegegen opponirte Recht mit dem Bemerken: die Befreiung der Lombardei sei eine feststehende Thatsache; wie für Schleswig-Holstein und Polen müsse auch für die Lombardei das Wort wahr werden: die Freiheit Europas hat ihr Auferstehungsfest gefeiert. Der unbewaffnete Einfall einiger 100 (Unterdrechung: Tausende!) Italiener in Tirol dürfe uns nicht abhalten, Gerechtigkeit zu üben. Reh wurde indessen nicht unterstützt, und somit war die Sache erledigt. Fernere Berathungsgegenstände waren die Reklamationen der Grafschaft Kuybahnen und des Fürstenthums Birkenfeld wegen besonderer Vertretung bei der konstitutionellen Nationalversammlung, welche empfehlend an die Bundesversammlung gewiesen wurde, sowie eine Wahlreklamation aus München, über welche unter Anerkennung der patriotischen Erklärung der Stiftsteller für dies Mal wegen der bereits weit vorgerückten Wahlen auf ihr Recht verzichten zu wollen, zur Tagesordnung geschritten wurde. Der Bericht Kurando's über Volksbewaffnung wurde, sowie die Arbeiterfrage, für die nächsten Sitzungen zur Berathung ausgesetzt. Den mündlichen Bericht Venedey's über die thun und Spaß übertragene gewesene Sendung nach Hessigburg und seine Unterredung mit Heckern können wir leider wegen mangelnden Raumes hier nicht näher besprechen; derselbe wird ohne Zweifel dem Druck übergeben werden.

0 **Frankfurt**, 20. April. Die Exekution des Bundestages geht ihren Gang fort. Nachdem Sternenfels für Würtemberg, Jordan für Kassel und v. Wangenheim für Hannover eingetreten sind, wird nun für Oldenburg ein ausgezeichneter Militär, Obrist Mosle (ich weiß nicht, ob ich den Namen recht schreibe), erwartet; an Curtius Stelle, den übrigens die Reinigungsforderung des Vorparlaments nicht treffen konnte, von der Hude aus Lübeck. Die Ernennung des neuen Gesandten für Nassau verzögert sich etwas durch das Einholen der Zustimmung von Braunschweig; die der Gesandten von Preußen und Mecklenburg dadurch, daß ihre beiderseitige Wahl auf Dohlmann fiel, der abgelehnt hat. Der Gesandte der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein, Prof. Madai, ist gestern Abend hier eingetroffen. Als die Anerkennung unlängst in der Bundesversammlung ausgesprochen wurde, verließ der dänisch-holsteinische Gesandte v. Pechlin sogleich die Sitzung und würde wohl nicht mehr in Frankfurt sein, wenn ihn der Besitz eines Hauses nicht noch hier fesselte. Es verlauten ungeschickte Gerüchte über eine Verstärkung der exekutiven Gewalt des Bundestages, die, wenn sie sich bestätigen, wohl noch weitere Personalveränderungen nach sich ziehen würden. Von einer Ueberweisung der englischen Vermittlung in der schleswig-holsteinischen Sache aus Berlin nach Frankfurt, von der in den Blättern steht, weiß man hier zur Zeit noch Nichts.

**Schweiz.**

* **Aus der Westschweiz**, 12. April. Nach zuverlässigen Berichten hat Sardinien der Schweiz ein Schutz- und Trutzbündniß anerboten. Wenn nun aber auch die Kantone Bedenken tragen sollten, durch Eingehen eines solchen Bündnisses ihre Neutralität aufzugeben, so fallen doch der Schweiz unter der gegenwärtigen Lage der Dinge in den Staaten Karl Alberts eigenthümliche Chancen zu. Bekanntlich haben nach den Traktaten von 1815 die savoischen Provinzen Chablais und Faucigny an der Neutralität der Schweiz Antheil. Sie sollen im Fall eines Krieges von Schweizern besetzt werden, um die Simplonstraße zu sperren. Diese Besetzung hat nun Frage in Genf vom Vorort verlangt und soll sogar gedroht haben, sie nöthigenfalls von sich aus vornehmen zu lassen. Um die Neutralität ihr's ihm freilich nicht zu thun, sondern um eine Gelegenheit, wo möglich an den Kämpfen der Zeit Theil zu nehmen, wahrscheinlich nicht ohne Zusammenhang mit den genuesischen Republikanern, so daß Karl Albert, während er nach der eisernen Krone anzieht, leicht die eigene aufs Spiel setzen könnte. Wahrscheinlich wird die jetzt wieder berufene Tagsatzung, wenn sie nicht vollkommen eingeht auf die fatalistischen Propositionen, wenigstens jenen Strich besetzen lassen, auf den sie ein Recht hat, in Hoffnung bei der definitiven Abrechnung, welche noch nicht so nahe bevorsteht, ihn behalten zu können. Freilich, die östlichen deutschen Kantone können nicht gerne sehen, daß das ohnehin so zurückige französische Element der Eidgenossenschaft noch verstärkt wird. Sie werden aber mit fortgerissen werden. Für den Fall des Sieges der sich wieder sammelnden Oesterreicher, den man sich doch als möglich denkt, da die Sachen in Oberitalien doch nicht so grün stehen, als man im ersten Rausch meinte und jedenfalls die lombardische Tapferkeit auf freiem Felde sich noch bewähren muß, fürchtet man einen Aufstand der Sonderbundskantone, wonicht österreichische Grenzdrohungen, wegen der zahlreichen schweizerischen Zuzüge. Dessthalb sollen 15,000 Mann an der bündnerisch-tessinischen Grenze unter die Waffen treten. — Von Neuenburg, dem einzigen Lande, das neben Rußland und China noch Censur hat, hört man gar Nichts, als daß die Uhrenfabrikation sehr stockt, und die Regierung sehr verachtet ist. In Bern bereiten sich Reformen vor, nach einem Prospekt des Finanzdirektors in der Bern. Zeit. Er weiß seit 1845 steigende Defizit nach, die Ersparnisse nöthig machen. Sie sollen eintreten in den Beziksämtern und Kirchspielen, die man reduziren will. Durch Aufhebung von 60 Pfarreien gedenkt man 100,000 Fr. jährlich zu erübrigen.

**Großbritannien.**

**London**, 18. April. Wenn man dem genialen Aufschneider O'Connor glauben darf, so wäre das Mor. Chr. jetzt das Eigenthum und Organ des Barons Rothschild. Es darf dann freilich nicht Wunder nehmen, daß diese Zeitung ihren früheren staatsmännischen Charakter eingebüßt hat, aber um so schmerzlicher fällt es, sagen zu müssen, daß sie jetzt, unter dem (angeblichen) Einflusse eines deutschen Landsknabes, mit dem Times an Invektiven gegen die deutsche Bewegung wetteifert. Unter andern nimmt sie in einer ihrer neuesten Nummern Bezug auf einen Aufsatz des seligen Voltaire: daß die Deutschen alte Männer, die Franzosen Kinder, die Briten aber alle Männer seien; sie findet diesen Voltairischen Ausspruch durch die neuesten Ereignisse bewahrheitet; es sei wahr, sagt sie, daß die Franzosen läppische Kindereien mit socialem Spielzeug trieben, daß Deutschland ein altes Weib sei, welches gern jung erschinen möchte, daß etwas Altweibisches, etwas Aeffisches in diesen Versuchen liege, die gediegenen konstitutionellen Formen Englands in dem an Fürstenherrschaft gewöhnten kaiserlichen Deutschland einzuführen, daß dagegen die Briten sich wieder in den jüngsten Tagen als wahrhafte und verständige Männer bewiesen hätten. Wir müssen dagegen gestehen, daß uns die unsäglichste Todesangst, in welche sich eine Stadt von 2 Mill. durch einen Haufen von 20,000 Chartisten sagen ließ, durch jene dunkelrothe Schaar unbewaffneter Leute, deren Führer, zum Theil als Polizeus bekannt, erklärt hatten, sie hätten nicht daran, Gewalt zu üben, sie würden, angegriffen, kaum Widerstand leisten und nur für vergossenes Blut die Minister vor dem Volk verantwortlich machen, keinedwegs sehr männlich dünkt. Daß man jene sehr friedfertigen Leute als Raub- und Mordgesindel ausschrie, und daß die Reichen und Großen ihnen ihre Verachtung, ihren Abscheu dadurch bezeigten, daß man vor ihnen wie vor banditen Thore und Fenster verrammelte — dies zeugt dafür, daß ein tiefer, thätlicher Riß zwischen den verschiedenen Menschenklassen in England — und gerade hier vielleicht mehr als in jedem andern Lande — mitten hindurchgeht, daß man sich von der einen Seite degangenen oder gedulden, von der andern erlittenen Unrechts bewußt ist, daß die so sehr und mit Recht gerühmte englische Verfassung ihren Segen noch nicht auf diejenigen Klassen ausgedehnt hat, welche der Hilfe am Meisten bedürfen. Allerdings fürchtete man sich vor einem jener fatalistischen „Mißverständnisse", welche in andern Ländern den Umsturz von Thronen und Regierungssystemen zur Folge gehabt haben; aber solche Mißverständnisse schlagen, wenn sonst die Atmosphäre elektrisch gespannt ist, wie der Blitz in unvorbereiteten Augenblicken ein. Es gibt nichts so Altweibisches als die Triumphgesänge, welche die englischen Journale noch jetzt über die an jenem gefürchteten Tage bewiesene Mannhaftigkeit der Londoner anstimmen, als jene leitenden Artikel, in denen man und darzuthun versucht, daß nicht nur außer dem englischen Volke kein anderes im Besitze einer wahrhaft freien Ver-

oogle

fassung, daß auch keine dazu befähigt oder berechtigt sei. (Nur Daily News hat einige gelind tadelnde Bemerkungen über die unbegründete Angst der Londoner an jenem Tage und über die allzuforschbaren Anstalten nicht unterdrücken können.) Unterdeß spottet man über das „alte Weib" Germanien, weil wir wagen, uns eine Verfassung zu erkämpfen, wobei wir wohl auf das englische Muster hinblicken, ohne es nachzuahmen, da ja in Zeiten der Krisen ohnehin eine Verfassung sich nicht nachahmen läßt. Daß es dabei nicht immer ganz ordentlich hergeht, daß mancher kindische Streich, manches abenteuerliche Unternehmen, mancher närrische Vorschlag mit unterläuft, daß der Sturm der Zeit auch mitunter Häckerling und Spreu in die Höhe hebt und kleine Männer für Augenblicke eine große Rolle in den Augen der Menge spielen läßt, ist bei der Lage Deutschlands und dem kritischen Zustande Europas (wir nehmen England nicht aus) nicht zu verwundern. Hat doch auch ein O'Connor die „mannhaften" Briten ganze acht Tage lang in Furcht und ängstlicher Spannung halten können. Die Engländer haben, man weiß es, von ihrer Inselburg aus die Hände hier und dort im Spiele gehabt und das Feuer geschürt; jetzt freilich sind sie überrascht, daß die Bewegung über menschliche Berechnung hinaus einen so stürmischen Charakter angenommen hat, daß in Frankreich nicht einfach ein Ministerium dem andern, sondern die Monarchie der Republik Platz machte, daß Italien und Deutschland, statt sich mit zusammenhanglosen konstitutionellen Fürstenthümern zu begnügen, zu einer starken, die einzelnen Glieder umfassenden und an einander kittenden Volkseinheit aufstreben, daß die Nationen mit einem Worte der Bevormundung und dem übermächtigen Einfluß Englands zu entwachsen drohen. O'Brien äußerte neulich in einer von der Majorität verhöhnten Parlamentsrede mit Recht: was wollt Ihr? ist es nicht bekannt, daß die englische Regierung die Sicilianer in ihren Versuchen, sich selbständig zu machen, ermuntert und dazu aufgereizt hat, und verlangen wir Irländer etwas Anderes als was die englischen Minister in Sicilien billigten? — Möge England bedenken, daß es seine sehr verwundbare Stellen hat: in Irland, in Westindien, in Kanada (von wo auch die nach Deutschland gelangenden Privatbriefe für England sehr beunruhigend lauten), auf den jonischen Inseln, die es durch furchtbaren Militärdespotismus im Zaume hält, und im eignen Lande, wo sich genug revolutionäre Triebe in den untern Schichten rühren. Gründe genug für England, gegen andere Länder weniger insolent aufzutreten und jeder Nation ihr beschiedenes Theil zu gönnen.

## Frankreich.

Paris, 19. März. Offizielle Aktenstücke des Moniteur vom 19. 1) Proklamation der provisorischen Regierung, worin sie die gegen einzelne Meinungen gerichtete u Rufe und Denunciationen auf das lebhafteste mißbilligt. Solche Rufe erzeugten nur Unordnung und Uneinigkeit, jedem Franzose stehe es frei seine Meinung zu haben und es gebe keine Waffe dagegen als die Diskussion. 2) Feste Ordnung für die morgige Revue. Selbe beginnt schon um 7 Uhr Morgens und schließt mit der allgemeinen Illumination der Stadt. 3) Die Zollabgabe vom Fleisch wird in Paris aufgehoben und durch eine Luxussteuer auf theuere Wohnungen, Equipagen, Pferde, Hunde und Livrebedienten ersetzt. 4) Die Steuer auf gewöhnliche Weine erhält einen neuen auf die Bedürfnisse der ärmern Klassen berechneten Tarif. 5) Eine Proklamation an das Volk, ihm für die Manifestation vom Sonntag dankend und es der vollkommensten Eintracht aller Mitglieder der provisorischen Regierung versichernd. 6) Zahlreiche Absetzungen und Ernennungen im Justizdepartement.

Ein Organ der Regierung zeigt heute an, daß (wahrscheinlich in Folge ihres Ultimatums) der König von Preußen die Reorganisation des Großherzogthums Posen in der Art beschlossen habe, daß die deutschen Distrikte von Posen getrennt und der polnische Theil mit nationaler Organisation, seiner eigenen Miliz, eigenen Ministern und Finanzen und der polnischen Sprache als Geschäftssprache konstituirt und von dem Könige als Großherzog von Posen regiert werde. Eine Konvention sei zu diesem Zwecke, in Gegenwart des französischen Bevollmächtigten Didier, am 11. zu Posen geschlossen und ein befriedigendes Arrangement mit den Insurgenten getroffen worden. Sollte dieser Nachricht Wahrheit zu Grunde liegen, so wäre es doch das Erste und Nächstliegende, daß wir es aus deutschen und nicht aus französischen Blättern erführen; die Oeffentlichkeit, die man dort für zulässig hält, wird auch dieselbst die Rheinb ohne Gefahr sein.

In der Presse ist etwas Ruhe eingetreten; man faßt jetzt die Einbrüche der jüngsten Tage zusammen. National und Débats, beide mit der Regierung in freundlicher Berührung, sind über die anarchischen Regungen so gut einer Meinung, wie die monarchische „Union"; sie preisen den 16. als einen Sieg der Ordnung, haben aber den Muth nicht, zu sagen, was man in Paris von Jedermann hören kann, daß Louis Blanc und Ledru Rollin, in der Zeit, wo sie auf dem Stadthause sein sollten, für gut fanden, sich noch in der Nähe des Marsfeldes aufzuhalten, von wo der Sturm der Proletarier beginnen sollte. Auch hüten sie sich, den Hanfschuh aufzuheben, den ihnen die anarchische Presse täglich hinwirft, und auf die wüthenden Ausbrüche derselben zu antworten, selbst wenn es die Reforme, das Organ Ledru Rollins, thut. So sucht man den vorhandenen Zwiespalt sich selber zu verstecken; er wird aber trotzdem früher oder später hervorbrechen müssen.

## Polen.

Krakau, 10. April. Laut brieflicher Nachrichten hat in Krakau die österreichische Besatzung, in Folge der immer ernster und bedenklicher sich gestaltenden Lage der Stadt selbst, militärische Position eingenommen und sich mit Lebensmitteln und selbst mit Wasser verproviantirt, als ob man jeden Augenblick den Ausbruch einer Revolution erwartete. Die Bürger sind als Nationalgarden bewaffnet und haben schon vor einigen Tagen die ihnen früher genommenen Gewehre der alten Bürgermiliz unter sich vertheilt. Auch die Bauern des ganzen Gebietes stehen unter Waffen, und man fürchtet allgemein die Besetzung der Stadt durch die Russen. (Oest. Z.)

## Nachschrift.

Die Basler Zeit. v. 21. April bringt einen Bericht über das Gefecht bei Kandern, der in allen Hauptpunkten mit dem offiziellen Berichte übereinstimmt; nur ist letzterer in Einzelnheiten offenbar von größerer Genauigkeit. Außerdem berichtet das genannte Blatt: Die würtembergischen Truppen rücken unaufhaltsam vor und werden heute bereits über Waldshut hinaus sein. Die heute angelangte Schaffhauserpost berichtet, daß sie dieselben bereits bei Dogern (hieher Waldshut) getroffen. Die Straße war voll flüchtiger Freischärler, die würtembergischen Truppen entwaffneten sie und ließen sie laufen. — Hecker ist sodann über Rheinfelden in Basel eingetroffen.

## Beiträge für die Oberschlesier.

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag . . . . . | 4277 fl. | 31 kr. |
| Von W. W. in Altenschlief . | 5 „ | 42 „ |
| Von der Redakt. des Augsburger Tagblattes . . . . | 33 „ | — „ |
| | 4316 fl. | 13 kr. |

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

## Weitere Erklärung.

Zur Vervollständigung der gestrigen Erklärung des Abgeordneten Sachs gehört das Bekanntwerden der Thatsache, daß von dem Unterzeichneten in Gemeinschaft mit Hrn. Friedrich Reiß alle nöthigen Einleitungen für das Zusammentreffen des Hrn. Dr. Hecker und Hrn. v. Rochau in Ludwigshafen getroffen waren, dasselbe unterblieb allein deßhalb, weil der Abgeordnete Sachs im Einverständniß mit Friedrich Hecker durch einen Befehl an Hrn. v. Rochau die Erledigung der Sache vertagte. Mannheim, den 20. April 1848.

Dr. Hammer.

Ich erkläre zu obiger Bekanntmachung des Herrn Dr. Hammer von heute, daß ich zu dem Zusammentreffen der Hhren. Friedrich Hecker und v. Rochau am 9. dieses in Ludwigshafen als Zeuge gebeten war, und daß ich dafür alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen hatte. Am 8. dieses Abends wurde mir die Zusammenkunft abgesagt. Den Grund dafür erläutert der Abgeordnete Sachs in seiner Erklärung vom 19. dieses. Mannheim, den 20. April 1848.

Friedrich Reiß.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

(Des Osterfestes wegen wird morgen unser Blatt nicht erscheinen.)

Digitized by Google

## Polen.

). April. Laut dringlicher Nachrichten ist ob
e Belagung, in Folge der immer mehr an
tenden Lage der Stadt selbst, militairisch für
sich mit Lebensmitteln und selbst mit Waf
man jeden Augenblick den Ausbruch eine
Die Bürger sind als Nationalgarden bereits
zigen Tagen die ihnen früher gewordenen
zergewehre unter sich vertheilt. Auch ist ihne
e stehen unter Waffen, und man sieht allen
Stadt durch die Russen. (Oest. Z)

## Nachschrift.

Zeit. v. 21. April bringt einen Bericht de
n, der in allen Hauptpunkten mit den vorh
mmt; nur ist letzterer in Einzelnheiten ausführ
rit. Außerdem berichtet das genannte Blat
ruppen täglich unaufhaltsam vor und wenn
ttur bekannt sein. Die heute angelangte Po
, daß sie dieselben bereits bei Tagen über Sa
e Straße war voll flüchtiger Israeliten, w
den entwaffnet sie und ließen sie laufen. – Je
ilden in Basel eingetroffen.

**Baden.** Karlsruhe, 19. April. Gestern Abend ist Hecker mit seinem Gefolge hier eingetroffen. Heute Morgen hat er sich nach Freiburg begeben, um dort das Kommando über die Insurgenten zu übernehmen. Die Stadt ist in Belagerungszustand erklärt. Die Bürgergarde ist aufgelöst. Die Bürgerwehr ist bewaffnet. Die Linientruppen sind in Kasernen und Quartieren konsignirt. Die Bürgerwehr hat die Wachen bezogen. Die Thore sind geschlossen. Die Eisenbahn ist gesperrt. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen.

**Hessen-Darmstadt.** Darmstadt, 19. April. Gestern Abend ist Hecker mit seinem Gefolge hier eingetroffen. Heute Morgen hat er sich nach Freiburg begeben, um dort das Kommando über die Insurgenten zu übernehmen. Die Stadt ist in Belagerungszustand erklärt. Die Bürgergarde ist aufgelöst. Die Bürgerwehr ist bewaffnet. Die Linientruppen sind in Kasernen und Quartieren konsignirt. Die Bürgerwehr hat die Wachen bezogen. Die Thore sind geschlossen. Die Eisenbahn ist gesperrt. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen.

**Hessen-Kassel.** Kassel, 19. April. Gestern Abend ist Hecker mit seinem Gefolge hier eingetroffen. Heute Morgen hat er sich nach Freiburg begeben, um dort das Kommando über die Insurgenten zu übernehmen. Die Stadt ist in Belagerungszustand erklärt. Die Bürgergarde ist aufgelöst. Die Bürgerwehr ist bewaffnet. Die Linientruppen sind in Kasernen und Quartieren konsignirt. Die Bürgerwehr hat die Wachen bezogen. Die Thore sind geschlossen. Die Eisenbahn ist gesperrt. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen.

**Hessen-Homburg.** Homburg, 19. April. Gestern Abend ist Hecker mit seinem Gefolge hier eingetroffen. Heute Morgen hat er sich nach Freiburg begeben, um dort das Kommando über die Insurgenten zu übernehmen. Die Stadt ist in Belagerungszustand erklärt. Die Bürgergarde ist aufgelöst. Die Bürgerwehr ist bewaffnet. Die Linientruppen sind in Kasernen und Quartieren konsignirt. Die Bürgerwehr hat die Wachen bezogen. Die Thore sind geschlossen. Die Eisenbahn ist gesperrt. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen.

**Hessen-Nassau.** Nassau, 19. April. Gestern Abend ist Hecker mit seinem Gefolge hier eingetroffen. Heute Morgen hat er sich nach Freiburg begeben, um dort das Kommando über die Insurgenten zu übernehmen. Die Stadt ist in Belagerungszustand erklärt. Die Bürgergarde ist aufgelöst. Die Bürgerwehr ist bewaffnet. Die Linientruppen sind in Kasernen und Quartieren konsignirt. Die Bürgerwehr hat die Wachen bezogen. Die Thore sind geschlossen. Die Eisenbahn ist gesperrt. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen. Die Bürgerwehr ist in Kompagnien eingetheilt. Jeder Bürger muß sich binnen 24 Stunden bewaffnen.

**Hessen-Waldeck.** Waldeck

tion sollte den Ministerpräsidenten zuffordern, verstärkte Truppenmacht nach Schleswig-Holstein zu senden, oder auch einem Ungenannten die Zugerfolgt aufzusprechen, das Ministerium wurde thatkräftige, schnelle und genügende militärische Maßregeln treffen „in der Sache Deutschlands bis zur Königsau", welche der preußischen Nation zur Ehre gereichen; nach einem zweiten, den Vertheidigungszustand vom Volk bis an das Ende der Welt hin anzuerkennen.

Redner auf Redner sprachen mit Wärme frische Hoff wahrnehmen. Redner auf Redner sprachen mit Wärme für unsere bedrohte Nationalehre, tadelten, daß Preußen „an der Spitze der Bewegung sich darauf eingelassen habe, mit dem zehnten Bundescontingente die Ehre zu theilen, und nicht gleich mit zwanzigtausend Mann wenigstens Elbe und Oder überschritten habe. (Auf den Bundesbeschluß hat Preußen nicht gewartet; das Zögern der Hannoveraner, weiß Gott aus welchen „Rück"sichten oder „Vor"sichten, ist die Schuld an der Vernichtung der wahren Blüthe von Nord-Albingen!) Doch die Versammlung war gegen dergleichen Deputationen, denen Dr. Jordan völlig den Garaus gab, und bestimmte Nachrichten, daß die preußische Macht in diesen Tagen verstärkt und auf das Herzogthum Schleswig energisch angewiesen worden, gaben den Ausschlag. — Ein dritter Antrag Wilhelm Jordans wurde durch stürmischen Beifall, auf die Tagesordnung zu setzen, verlangt. Es geschah. Jordan wünscht einen Aufruf an die preußischen Seestädte, die Dampfschiff mit Kanonen zu bewaffnen, um die Küsten zu vertheidigen gegen Skandinavien und so den Grund zur Flotte — auf der Mitte des Volks heraus — zu legen, wie einst in Griechenland und Rom. Kurze Reden unterstützten; Prutz schilderte die Ausführbarkeit und Wirkung, gab Statistisches über Stettin; Bardeleben will sofortigen Entwurf der Adresse; Aegidi erinnert an Themistokles hölzerne Häuser; 1813 erlebten wir unser Marathon; es gelte bald unser Salamis! Jordan, Prutz, Bardeleben und Aegidi wurden beauftragt, eine Adresse zu entwerfen. Jordan trug sie vor. Mit überwiegender Mehrheit angenommen. — Während der Berathung der Kommissionen wurden die Namen eines durch Stimmzettel ernannten Wahlkomite's veröffentlicht, welches der Versammlung Vorschläge über die beorderlichen Wahlen machen, eventuell eine Kandidatenliste entwerfen soll. — Der Klub befreit gegenwärtig etwa aus 2000 Mitgliedern; vier Logen des Saals sind den Damen eingeräumt. — Bedeutung, wirkliche Bedeutung kann der Verein erst gewinnen, wenn die Tage der Bedeutung herannahen.

** Berlin, 18. April. In einer gestrigen Versammlung unter den Zelten wurde beschlossen, am Donnerstag in Masse (man meint etwa zu 30—40,000) nach dem Schlosse zu ziehen und von dem Staatsministerium directe Wahlen zu erzwingen. Der Antwort, die sie zu gewärtigen haben, bin ich im Voraus gewiß. Inwiefern die Ordnung dabei leiden dürfte, liegt in den Händen der Bürgerwehr. Die Volksfreunde, „sous les tentes", deabsichtigen durch directe Wahlen vielleicht nur „größere Freiheit"; erreichen wollen sie für Preußen aber eine unheilsliche Beschränkung der politischen Rechte unserer meisten Landbewohner. Denn, während die Bezirke für die Wahlmännerwahlen so beschaffen sind, daß alle Wahlfähigen ohne Zeitverlust und Aufwand sich daran betheiligen können, würden die Bezirke für einmalige Wahlen so groß sein, daß nur Wenige (und folglich die Reichen oder auch die Tagdiebe) die Zeit und die Mittel würden anwenden wollen und können, um nach dem (vielleicht 6—7 Meilen) entfernten Wahlort zu reisen — namentlich bei der sparsamen Bevölkerung in Altpreußen. Die Zeltenpolitiker möchten also neben dem Wahlterrorismus in den Städten eine Art von Census für das Landvolk einführen.

„Wär der Gedanke nicht verlaufet schlau,
Man wär' versucht, ihn derzlich dumm zu nennen!"

** Berlin, 19. April. Auf morgen angesetzte Prozession gegen das Ministerium wird von dem Kreuzberg ausgehen, etwa 50,000 (ein Maueranschlag soll diese Zahl enthalten); vom Alexanderplatz, von der Kaserne in der Karlsstraße sollen die Zuzüge sich anschließen. Die Gewerke (portemint montes!) mit ihren Fahnen ziehen vorauf, dann folgt ein Wagen mit 5 Herren, Assessor Jung, Dr. Eichler und Konsorten. Der Zug begibt sich vor das Schloß. Die Petition ist in rothem Einband. Wenn die Minister nicht auf dem Schlosse sind, so wird gewartet werden, d. h. man läßt sie holen! Die „Obstruktion" der Straßen, wie Felix Lichnowsky sagen würde, gilt gleich. Es ist wahr, in einer wahrhaft bewunderungswürdigen Volksversammlung haben die Anwesenden Frieden und Ruhe gelobt, auch wenn der Beschluß ein abschlägiger ist — d. h. Ruhe für den 20.! Aber die Prozession wird noch verstärkter wiederkehren und und — — — für den kommenden Tag sorgt ja der kommende Tag! — — Das Staatsministerium erklärte in einem Schreiben an die Bürgerwehr und an das bewaffnete Studentenkorps, Petitionen Einzelner und Vieler jederzeit annehmen und ihren Inhalt prüfen, aber nicht eine Deputation des Petitionsdrangs gestatten zu wollen, die eine Gesetzgebungsmacht beanspruche; erklärte die beabsichtigte Prozession für ungesetzlich und fordert zum Schutze der öffentlichen Ordnung und wahren Freiheit auf. Am Morgen war ein Anwerbeaufruf von „sämmtlichen" Maschinenbauarbeitern zu lesen, der die Mißhandlungsucht des Ministeriums beweisen wollte und einem Aufruhrprodukt außerordentlich ähnlich sah, so geschrandt aus die Schlußworte sein mochten. Alsbald wurde bei Borsig und in andern namhaften Fabriken dies rückbar; eine ungeheure Aufregung entstand über dies „sämmtlich"; Arbeiter riefen leider dies Altenstück herunter (leider, denn nun stellten sich die Schreier hin und predigten bloß gegen das Abreißen); eine Gegenerklärung wird erwartet. Der konstitutionelle Klub beschloß gestern gegen die Prozession folgenden Anschlag:

Mitbürger! Unsere Stadt erfüllt sich seit einigen Tagen mit Gerüchten von erwarteten Bestrebungen, um an die Stelle unserer Urwahlen, bisherte Urwahlen treten zu lassen. Der unterzeichnete Klub hält sich für verpflichtet, mit Rücksicht auf die gedeihliche Entwickelung der Freiheit, mit Rücksicht auf die große Zukunft des Vaterlandes aus allen Kräften dagegen zu protestiren. Freunde! Mitbürger! Eine blutige Revolution liegt hinter uns; wir Alle hoffen, daß durch sie ein neuer Zustand gesetzlicher Freiheit und bürgerlicher Ordnung angebahnt sei. Die Nationalversammlung soll uns diesen Zustand verbriefen, es ist nöthig, daß sie bald, daß sie unbestritten zusammentrete. Das dazu erforderliche Wahlgesetz ist erlassen; es ist wohl gesammten Lande, etwa von vierten Millionen unserer Brüder, anerkannt. Wollen wir, ein unendlich kleiner Theil im großen Ganzen, jetzt aufs Neue dagegen Einspruch erheben? Wollen wir dadurch eine neue Verzögerung der Verfassung herbeiführen, und indem wir dies thun, den ungestörten Zustand, worin wir uns befinden, abermals verlängern?! Mitbürger! Wissen wir, was wir thun, daß in einem Augenblick, wo auswärtige Kriege, wie innere Noth immer gefährlicher heranziehen, die ungetrübte Eintracht und das ungeschmälerte Zusammenwirken aller Kräfte geboten erscheint. Wollen wir durch innere Zwietracht den Feinden in die Hände arbeiten? Wollen wir durch neue Unruhen die Noth des Gewerbestandes noch höher treiben? Haben die Minister nachgiebig genug, noch jetzt, wo die Wahlvorschriften bereits zur Ausführung kommen, eine Abänderung zu beschließen, so würden sie ihre Befugniß unverantwortlich überschreiten. Das Land kann sich von unserer Stadt keine Gesetze vorschreiben lassen; die unberechenbarsten Kämpfe müßten Folge eines solchen Versuches sein. Also nicht Heil und Segen, wie die verblendeten Anhänger Einzelner uns glauben machen wollen, sondern Unheil und Zerwürfniß brächte die gegenwärtige Einführung direkter Urwahlen mit sich. Tief durchdrungen von diesen Ueberzeugungen, läßt der konstitutionelle Klub an alle wahren Freunde des Vaterlandes den wahrenden Ruf ergehen, daß mit Ernst und Eifer an den bevorstehenden Wahlen gearbeitet werde. Verständigen wir uns in den vorbereitenden Bezirksversammlungen über die Wähler, wie über die Abgeordneten, aber hüten wir uns, unsere Zuklimmung neuen gefahrvollen Bewegungen zu leihen, welche niemals dem Wohl Aller zu Gute kommen, welche die ganze Errungenschaft in Frage stellen, unsere Zukunft zu gewährleisten. Mitbürger! Das Vaterland erwartet, daß Jeder seine Schuldigkeit thue. Berlin, 18. April 1848. Der konstitutionelle Klub.

Mit der Unterschrift „Studenten und Freunde des Volks" ist ein zweiter Anschlag in gleichem Sinne erschienen. Professor Erman, der bekannte ehemalige Russenfreund, forderte mit dem mecklenburgischen Redner, Hrn. St. Lang in der Aula der Universität die Studenten auf, sich am Alexanderplatz morgen um 1 Uhr einzufinden und dem Zuge womöglich als Zugführer, aber unbewaffnet anzuschließen. Also das Studentenkorps, das Miniaturbild der frz. Nationalgarde, soll dem Miniaturbild der franz. Reformprozession, wie zu Paris geschehen sollte, unbewaffnet als Zugführer zur Seite gehen! Die Studentenversammlung gab eine deutliche Antwort. Mit überwiegender Mehrheit, und zwar mit so überwiegender, daß der Rhyg der Minderheit Anfangs ganz unbemerkt blieb, erklärte sie sich entschieden gegen die Prozession. Hr. v. Salis aus Graubünden von der geringen Gegenpartei hat die Ungesetzlichkeit der Demonstration zugegeben und sich mit Wärme dafür ausgesprochen; hoffentlich sind die Graubündner keine Republikaner. Die Versammlung schloß darauf eine öffentliche Erklärung ihres Willens als Maueranschlag und Übertrug die Redaktion und deren Verantwortung (gegen die Versammlung) ihrem Vorsitzenden. Diese lautet: „Die heutige Studentenversammlung hat sich mit weit überwiegender Mehrheit gegen den morgen beabsichtigten Aufzug erklärt. Berlin, 19. April 1848. Im Auftrag: Aegidi, Vorsitzender." Morgen um 11 Uhr wird eine Parade das bewaffnete Studentenkorps vereinigen. Sehr bezeichnend sind die Worte, welche einem Wiener Studenten zugeschrieben werden in Betreff dieser Prozession: „Wenn Ihr Nichts durchsetzt, so unternehmt es nicht. Wenn Ihr durchdringt, was wird dann? Die Minister treten ab. Habt ihr besser? Nein. Wer da mitoperirt, ist ein Vaterlandsverräther"! — — Gestatten Sie mir hieran eine Bemerkung zu knüpfen. Vor Kurzem kämpfte die Deutsche Zeitung, wie der Reichsadler nach Ost und West schaut, nach zwei Seiten, gegen die Reaktion, gegen die Revolution. Die reaktionäre Partei war die herrschende. Die revolutionäre regiert aber nicht in diesem Augenblick. Durch Revolutionen, zu denen die Reaktion sie gezwungen, durch einzelne Revolutionen hindurch hat in Deutschland die Reformpartei das Feld erobert.

Gegenwärtig sind die Gegner der Deutschen Zeitung nicht mehr auf zwei Seiten. Die Bestrebungen der Reaktion sind revolutionäre, die Bestrebungen der Revolutionsliebhaber sind reaktionäre Striche. Nirgends ist dies deutlicher, als in Preußen. Die Namen Camphausen, Auerswald, Schwerin, Hansemann repräsentiren die Partei der Reformation. Warum darauf hingearbeitet wird, das ist, weil der König von der Sache der konst. Freiheit nicht zu trennen ist.

* Unser Korrespondent berichtet, daß die Demonstration vom Sründonnerstag unterblieben ist; das konstitutionelle Ministerium und die gleichgesinnte Bevölkerung hat die nöthige Energie bewiesen und wird sich von der Demonstration einer Minderheit nicht einschüchtern lassen. Das Nähere werden wir morgen mittheilen.

Berlin, 19. April. Die Allg. Pr. Z. enthält Folgendes: Dem Vernehmen nach sind dem königlichen Gesandten am Bundestage von unserer Regierung bereits die nöthigen Instruktionen zugegangen, um die Aufnahme in den deutschen Bund für das Gebiet des ehemaligen Neyd-Lobkitz und für die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt, sowie für die überwiegend deutschen Theile der Kreise Buck und Kröben zu beantragen.

Berlin, 20. April. Das Handelskomité ist durch königliche Verfügung vom 17. April mit Entziehung seiner bisherigen Selbständigkeit dem neugebildeten Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten einverleibt, der bisherige Präsident desselben, von Rönne, unter Anerkennung seiner bisherigen Dienste, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei den vereinigten Staaten von Nordamerika ernannt worden.

Der König hat aus Potsdam unterm 19. April eine Verfügung erlassen, wonach den mit Zustimmung der Obrigkeit gebildeten Bürgerwehren Behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die Befugnisse der bewaffneten Macht nach den gesetzlichen Bestimmungen zustehen. Die Bürgerwehren sind daher insbesondere befugt, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, wenn sie bei ihren Dienstleistungen angegriffen oder mit einem Angriff gefährlich bedroht werden oder Widerstand durch Thätlichkeit oder gefährliche Drohung stattfindet. Ebenso sind sie befugt, bei einem Auflauf von den Waffen Gebrauch zu machen, wenn nach zweimaliger Aufforderung des Befehlshabers die versammelte Menge nicht auseinander geht.

Breslau, 18. April. Hier fanden am 17. April Abends große Exzesse Statt, die, wie in Aachen, zu einem Zusammenstoße zwischen der Bürgerwehr und den Tumultuanten führte. Von beiden Seiten wurde heftig gekämpft, von den Bürgern sogar geschossen, viele Tumultuanten verwundet oder gefangen eingebracht. Die Bürger bebielten die Oberhand und überliefern es erst gegen 12 Uhr dem Militär, die Straßen vollends zu säubern. Ein Angriff auf das Stadtgefängniß wurde hauptsächlich durch die Buchdrucker abgewiesen.

Schneidemühl, 17. April. Man schreibt der Voss. Zeit. von hier: Im Netzdistrikt herrscht unbeschreiblicher Jubel. Durch Ministerialreskript vom 14. d. M., das dem Regierungspräsidium von Bromberg am 15. durch Estaffette zugegangen, ist demselben die frohe Botschaft geworden, daß der König vom Staatsministerium autorisirt sei, „die Aufnahme der deutschen Landestheile der Provinz Posen in den deutschen Bund zu vermitteln", wonach also diese Landestheile von der bevorstehenden nationalen Reorganisation des Großherzogthums ausgeschlossen bleiben sollen. In Folge dieser Nachricht hat hier gestern Abend eine grosartige Illumination stattgefunden. Große Volksmassen bewegten sich, deutsche und preußische Fahnen an der Spitze, bis nahe an Mitternacht durch die Straßen und brachten donnernde Vivat dem Könige und dem freien Deutschland.

Bromberg, 16. April. Der Regierungspräsident Frhr. v. Schleinitz hat sorben nachstehende Ministerialreskript bekannt gemacht: „Ew. Hochwohlgeboren brehre ich mich, ergebenst zu benachrichtigen, daß des Königs Majestät das Staatsministerium beauftragt haben, die Aufnahme der deutschen Landestheile der Provinz Posen in den deutschen Bund zu vermitteln, sowie, daß die nationale Umgestaltung der Provinz Posen nur mit Ausschluß dieser Landestheile erfolgen soll. Welche Maßregeln zu diesem Ende und in Bezug auf die Abgrenzung weiter ergriffen werden sollen, wird förderlamst in Beratung gezogen. Ich benachrichtige Ew. Hochwohlgeboren hier amtlich, daß die hierüber sprechende Allerhöchste Order binnen Kurzem erscheinen wird. Bromberg, 14. April 1848. Der Minister des Innern. (gez.) v. Auerswald."

* Vom Niederrhein, 19. April. Der hannoversche General Halkett, der das Kommando über den 10. deutschen Heertheil gegen die Dänen führen soll, ist nicht nur von Gebrut ein Engländer mit toristischer Härdung, sondern auch von Haus ein englischer General. Noch aus dem Frühjng von 1815 ist er in Belgien sehr gut bekannt, wo er vor der Schlacht von Waterloo Gouverneur von Antwerpen war. Diese Schlacht kämpfte General Halkett, durch seinen Freund Wellington heranngezogen, in ausgezeichneter Weise mit. Ueber seine Tüchtigkeit herrschte damals nur eine Stimme. Der Zufall wollte, daß bei jenem blutigen Waffentanz ihm eine Kugel ein Stück seiner Zunge raubte. Nach dem Pariser Friedensabschluß trat der General in hannoversche Dienste über, wo er in der Garde ein Kommando übernahm. Das Zaudern der Hannoveraner, nachdem die Preußen zuerst schon so kostbare Zeit verloren, macht hier den unangenehmsten Eindruck. Unter den zahlreichen Freiwilligen, die von hier und hier durch auf der Eisenbahn nach Schleswig eilen, befinden sich auch Söhne aus den angesehrensten und reichsten Familien. — Höchst unerfreulich ist es, daß unsren politischen Wirren sich noch religiöse zuzugesellen drohen. Das gilt namentlich von solchen Städten, deren Bewohner verschiedener Konfession sind, und wo die Reibungen zwischen Katholiken und Protestanten immer unerquicklich, nachgerade unerträglich werden. Selbst dem blutigen Zusammentreffen in Aachen am 16. und 17. soll hauptsächlich konfessionelles Motiv zum Grunde liegen. Das, was in Essen und einigen andern Städten vorgeht, erscheint ein großer Anachronismus. Die ultramontane Partei, die manche frühere Kränkung nicht vergessen kann und nicht vergessen will, die vielleicht auch die eine oder andere so lange grnährte Hoffnung nicht aufgeben mag, rührt sich bedeutend. Wohin deuten die Zeichen?

† München, 20. April. Die Nachrichten aus Tirol nehmen für uns mit jedem Tage an dringlicher Bedeutung zu. Wir stehen zu der deutschen Südgrenze wie Preußen und Hannover zu Schleswig-Holstein. Wir müssen dafür handeln, so wie nur im Geringsten es sich zeigt, daß deutscher Boden nicht nur von übermüthigen Freischaren bedroht ist, wie die sardinischen Truppen ihn betreten. Das ist geschehen und noch mehr. Wir hören, daß man bereits Gebietstheile Tirols, von je deutsch, für Italien förmlich in Anspruch nimmt. Niemand zweifelt, daß von Bundeswegen hier gehandelt wird. Es hat etwas tief Verletzendes — sich so höhnisch und perfid übersallen zu sehen, mit solcher Schamlosigkeit und Sicherheit unsre besten Grenzen, so schönes Land schränke für fremdes Eigenthum erklärt zu hören. Man fragt hier seitlich auch, wie konnte es so weit kommen, was hat Oesterreich gethan, was kann es noch thun? Daß unendlich Viel versäumt, versehlt, verdorben wurde, daß jetzt die Rathlosigkeit, die Unmacht, die Verwirrung, nicht mehr gut machen können, was geschehen ist, davon überzeugt man sich aus allen Berichten. Den Tirolern trauen wir aber noch die alten Tugendrn zu, wenngleich auch sie lange unschlüssig schienen und wir angern unsre gute Meinung unerfüllt sahen. Hier fühlt man nun durchweg, daß auch Etwas von uns geschehen muß. Zuführen von Pulver und Getreide werden wir, so werthvoll beides aller Orten wird, dennoch leisten müssen. Viele boten sich auch bereits als Freiwillige an, um mit den Waffen an die Grenzen ins Gebirg zu gehen. An dem besten Willen, den wir für Tirol haben, mögen die Nachbarn erkennen, daß wir sie verstanden, als sie uns beim Brudernamen um Beistand anriefen.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 20. April. Heute Abend verließ unsere Stadt eine Schaar von 14 Freiwilligen für Schleswig-Holstein, großentheils Holsteiner. Sie wurden mit Waffen, Geld ꝛc. in der Eile nothdürftig versehen und werden, bis sie an Ort und Stelle ankommen, der Unterstützung aller Deutschen empfohlen. Ein Komité bildete sich, um für weitere Freiwillige, die folgen werden, Sorge zu tragen. Viele Thätigkeit wird auf Vorbereitung der Nationalwahlen verwendet; heute war hier eine Versammlung von verschiedenen Abgesandten einzelner Vereine zur Besprechung der Wahlen. Etwas von unserem Landtag. Wahlaussichten wird Ihre Leser wohl interessiren. Sicher ist die Wahl von: Uhland, Pfizer, Schott, Römer, Murschel. Wahrscheinlich bereits die von Strauß (in seiner Vaterstadt Ludwigsburg), von seinen Gesinnungsgenossen Prof. Märklin, Fr. Vischer, Rektor Rümelin; von Röbinger, Tafel, Fryer, Haßler von unserm Landsmann Prof. Wurm in Hamburg. Als Bewerber und Vorgeschlagene genannt sind Rob. Mohl, sein Bruder Moriz Mohl der Nationalökonom, die Tübinger Professoren Fallati und Reyscher, Berthold Auerbach. Aus Oberschwaben dürfen Mad und einige unserer 3 Wieh gewählt werden. Weiter theile ich einen Vorschlag mit der mit viel Freude aufgenommen wurde. Würtemberg solle Rathy und Bassermann wählen. Man hört, den Wählern von Calw wolle der Landtagsabgeordnete Dörtenbach Rathy vorschlagen. Es wäre uns sehr freuen, wenn so die Verbrüderung zwischen deutschen Nachbarstaaten lebendig ins Werk gesetzt würde!

Stuttgart, 21. April. Dem Würtembergischen Bundestags-

gesandten in Frankfurt ist die Weisung ertheilt worden, die Oeffentlichkeit der Sitzungen der Bundesversammlung zu beantragen.

* **Göttingen**, 19. April. Einen Vorfall der vorigen Woche theile ich Ihnen etwas ausführlich mit, weil er die hiesigen Zustände charakterisirt. Im benachbarten Adelebsen waren Unruhen gewesen: einige mißliebige Beamte hatten die Flucht ergriffen, anderen Personen waren die Fenster eingeworfen worden. Erst nachträglich wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen und die Betreffenen, anständige Leute, gebunden nach Uslar abgeführt. Dies erregte hier in der jüngern Welt große Entrüstung. Mitglieder des Präsidiums der Bürgerversammlung wurden noch Abends spät von den Aufgeregten herbeigeholt, und sie sollten ihre Zustimmung dazu geben, daß eine bewaffnete Schaar nach Uslar vor das Kriminalamt zöge, um die Gefangenen zu befreien. Die Gemüther wurden dadurch einigermaßen beruhigt, daß erst genauere Erkundigungen eingezogen werden sollten, um dann im nöthigen Fall eine Deputation mit dem Gesuch nach Uslar zu senden, die Gefangenen frei zu geben. Die Erkundigungen wurden über Nacht eingeholt, und schon früh Morgens fand wieder eine Versammlung Statt, zu der Generalsuperintendent Rettig und Dr. Bock fast aus dem Bett geholt wurden, um eine Vollmacht für eine Deputation zu unterzeichnen, die den Beamten Vorstellungen machte, politische Gefangene nicht wie gemeine Verbrecher zu behandeln und sie, unter Rücksicht auf alle Nebenumstände, wo irgend möglich frei zu geben, da auf die Weise bei der Aufregung der Gemüther großes Unglück verhütet werden könne. Die Deputation ging unter einer schwarzroth-goldenen Fahne nach Uslar ab. Aeltere Bürger waren mit dieser Auskunft sehr unzufrieden, indem sie darin ein Aufreizelung der Umgegend erblickten, und schon um 10 Uhr mußte eine zweite Bürgerversammlung gehalten werden, wo die Unterzeichner der Vollmacht zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Indeß gelang ihre Rechtfertigung, indem sie nach zwei Seiten hin abgewehrt zu haben darstellten. Sie hatten bewaffneten Anzug verhindert, den Beamten aber zugleich bemerklich gemacht, daß in dieser Zeit, wo die bureaukratischen Gewalten, die Gewalten der Polizei und Gendarmerie fallen und die, wo das sittliche Bewußtsein der Gesammtheit den kräftigen Schutz der Gesetze bieten soll, noch nicht hergestellt sind, eine klage Vermittelung mehr am Platze ist als das ungeschickte Festhalten am Gesetzbuchstaben. Die Untersuchung ward in Uslar wenigstens beschleunigt, fünf Gefangene wurden sogleich frei gegeben und von der Deputation im Wagen nach Adelebsen mitgenommen; vier Andere sollen noch konfrontirt werden, waren aber auch nur polizeilich, nicht kriminell schuldig befunden und wurden auf ein Schreiben der Göttinger Justizkanzlei hier ebenfalls freigelassen. Herr Stüve soll den Schritt des Präsidiums der Bürgerversammlung aber sehr übel genommen haben, und in dem Falle würde er auch mehr juristisch als politisch urtheilen. Das Amt Uslar drohte, den Generalsuperintendenten beim Konsistorium zu denunciren, das entscheiden möge, ob gegen ersteren eine Disziplinaruntersuchung wegen Eingriffs in die Justiz einzuleiten sei. Das Konsistorium wird aber gut thun, die Sache auf sich beruhen zu lassen, denn nicht bloß Göttingen, sondern die ganze Umgegend würde jeden Schritt dieser Art sehr übel nehmen, und wie würden den Beweis bekommen, daß selbst in dieser Zeit Billigkeit, Humanität und kluge Berechnung des Augenblicks noch nicht neben dem hölzernen Juristenrecht Platz nehmen soll. Zumal stellt sich heraus, daß, da keine Kriminalverbrechen vorlagen, das Kriminalamt Uslar gar nicht einmal befugt war, in den Polizeidistrikt Adelebsen einzugreifen.

** **Heidelberg**, 22. April. Der Wahlbezirk Wiesloch-Neckargemünd hat als Abgeordneten in die badische Kammer den frühern Abg. Junghanns II., Advokaten in Meebach, gewählt; er nimmt die Stelle seines freiwillig ausgetretenen Bruders ein, der ebenso entschieden der äußersten Rechte angehört, wie der neugewählte der Linken. Der Neugewählte gehörte in Frankfurt zur Minorität, soviel wie wissen auch zu den Ausgetretenen; seinen Wählern erklärte er jedoch brieflich, daß er nicht zur republikanischen Partei gehöre.

* **Freiburg**, 22. April 1848. Nach heute hier eingetroffener offiziellen Nachricht hat Struve mit seiner Schaar auf dem Wege von Lörrach nach Steinen, wohin er der Abtheilung Hecker zur Hilfe ziehen wollte — sich in Auflösung in das Rheinthal geworfen, als er Heckers Niederlage bei Kandern erfuhr. Struve wurde bei der Rheinbrücke nächst Rheinfelden verhaftet und ist nach Säckingen abgeführt. Seine Schaar ist gleichfalls zerstreut.

Dahier verendet die Bewegung in einer heute harangurirten Volksversammlung von etwa 2000 Köpfen, deren Hauptzweck, ein Zuzug für Hecker zu sein, an den neueren Nachrichten und an der rings um die Stadt aufgestellten imposanten Truppenmacht scheiterte; unter dem Vorwand, gegen letztere die Stadt zu beschützen, wurde in der Person eines Turners Langsdorff ein Generalissimus ernannt, der unter der Entschuldigung, daß er zwar durchaus unfähig sei, die Stelle dennoch annahm, weil kein Anlaß zur Darlegung seiner Unfähigkeit sich zeigen werde. In der Versammlung wurde in den benachbarten Dörfern die Mannschaft geboten, weil Hecker es befohlen habe; in entfernteren Orten gab man vor, Hecker sei mit 20,000 Mann im Anzuge. (Nach einem späteren Bericht aus glaubhafter Quelle trat die anarchische Partei in Freiburg alle Vorbereitungen zu einer nachträglichen Schilderhebung und suchte die Stadt mitfortzureißen. Nähere Nachrichten müssen wir abwarten.)

* **Kandern**, 21. April. Gestern hat auf der Straße zwischen hier und Schlechtenhaus (gegen Schopfheim) ein bedeutendes Gefecht stattgefunden. Ich war selbst dabei. Es ging so zu: Vorgestern Abend 9 Uhr rückte Hecker mit 900—1000 Freischärlern hier ein, sie wurden bei den Bürgern und in den Wirthshäusern einquartiert und stellten Vorposten aus. Wilich war dabei anwesend. Sie betrugen sich ruhig, die hiesigen 2 Gendarmen wurden verhaftet, aber wieder auf Zureden des Bürgermeisters und andrer hiesigen Einwohner freigelassen. Ebenso 2 Dragoner, welche, einer Streifwache angehörig, gefangen worden waren. Morgens 7 Uhr stellte sich die Schaar, worunter auffallend gekleidete Männer, aber auch viel mit Sensen, Spießen ꝛc. bewaffnetes Gesindel, in der Hauptstraße auf. Zwei badische Soldaten in voller Uniform befanden sich dabei. Diese waren kurz vorher übergegangen, man sagt von Lörrach aus. Bald darauf rückten die Truppen herbei. Reg. Rath Stephani kam allein herein und verlas die Aufruhrakte. Kein Enthusiasmus war zu sehen! Kaum war dies vorbei, als die Infanterie einrückte. Ihr folgten Dragoner, reitende und Fußartillerie. Die Hessen waren an der Spitze. Die Freischärler zogen sich zurück durch den Wald auf der Straße nach Schopfheim, von den Truppen verfolgt. Man hätte mit Kartätschen sie beim Eingang des Waldes beschießen können, was aber nicht geschah, überhaupt war die größte Schonung unverkennbar. Auf der s. g. Scheidek, dem höchsten Punkt der Straße, angelangt (½ Stunden von hier) setzten die Freischärler sich fest, wo sie durch das Terrain, namentlich durch einen Weg, dessen oberer Rand höher ist und den dichten Wald eine sehr gefährliche Stellung hatten. General Gagern war an der äußersten Spitze seiner Truppen (einer hessischen Schützenkompagnie). Allgemein glaubte man, die Rebellen würden sich ohne Feuer zurückziehen, allein sie fingen die Truppen bis auf wenige Schritte anrücken und gaben alsdann Feuer. Gagern erhielt zwei Kugeln auf die Brust und eine in den Schenkel, er starb nach wenigen Augenblicken. Sein Pferd wurde gleichfalls getödtet, ferner ein Soldat vom Leibbataillon und ein Offizierbedienter. Eine angenblickliche Stockung war die Folge, aber alsbald wurden die Freischärler von den aufs Höchste erbitterten Truppen mit dem Bajonett angegriffen und geworfen. Sie ließen mehrere Todte, 5 habe ich gesehen, hier aber wurden im Ganzen 12 eingebracht. Sie sind total zersprengt und flohen nach allen Richtungen, meist die Waffen wegwerfend. Ich sah viele Sensen auf dem Kampfplatz wie aufs Kommando abgelegt liegen. Die Truppen haben sich sehr brav gehalten, sie zählen viele Verwundete, sind aber vom besten Geiste beseelt. Hessen und Unsre empfingen sich mit jubelndem Zuruf in Schlechthaus, durch welches Dorf ein Theil der Freischärler floh, ohne den geringsten Widerstand mehr zu leisten. Ich verließ die Kolonne bei ihrem Marsch ins Wiesenthal. Ein bad. Offizier, wie ich glaube ein Infanterieadjutant, dessen Name ich leider noch nicht weiß, hat bei dem Angriff auf die Scheidek sich mit seinem Pferd ins ärgste Getümmel geworfen und so tüchtig drein gehauen, daß mir zwei Hessen, ein Soldat und ein Unteroffizier, welche in seiner Nähe mit dem Bajonett kämpften, ihre Tapferkeit nicht genug rühmen konnten. Er sei nachher vom Pferd gesprungen und habe diese Beiden, die ihn unterstützt hatten, brüderlich umarmt. Hätte die Reiterei und das Geschütz, welches keinen Schuß gethan hat, angewendet werden können, so würden ohne Zweifel die Aufständischen einen bedeutenden Verlust an Todten erlitten haben, allein in Folge des dichten Waldes konnte nur Fußvolk gebraucht werden, welches sich, als noch nie im Feuer gestanden, sehr brav hielt. Eine Menge Freischärler läuft ohne Waffen umher, man hat hier mehrere gesehen. Sie sollen sich meistens in den Rötler Wald gegen Lörrach hingezogen haben, können aber nicht mehr stark sein, da sie nach allen Richtungen flohen. In Lörrach soll dagegen ein bedeutender Haufe, man sagt 1200 oder noch mehr stehen, die gestern das Rheinthal herabkamen. Hoffentlich wird ein gleiches Schicksal sie nicht treffen und werden sie auseinander gehen. Mich dauern die armen Leute, von denen Viele gar nicht wissen, um was es sich handelt und nur gezwungen mitgehen. Von hier ging Niemand, und sie sollen hierüber sich geäußert haben, daß ihre Erwar-

die Hauptſchaar iſt völlig zer-
ein geflüchtet. Wir ſind in dem
e neue Hauptſchaar gezwungen,
ruppen haben erhebend erprobt,
ieſes Treiben beſtehen; — als
ſich geſchlagen. Der Tod des
chwerts Opfer; im Uebrigen
9 leicht Verwundete und 6
verwundet betrachtet werden
indeſtens der fünffache, wie
Senſen, überhaupt Waffen
e genommen und fünfzehn
e Quartiere von Mülheim,
und morgen die Truppen
and Pferde, ſehr bedürfen.
Uhr. Der Kommandant

ſtakt im hieſigen Bezirke
nkfurt iſt beendigt. Mit
ſt worden. Sein haupt-
Jaxthoffer. Die Parteien
Minorität in Frankfurt.
ſein, wo eine ſolche
Um Prof. Jaxthoffer
n entſchiedenen Anhän-
il nur in der Einfäh-
mliche Verhalten wie
Minorität, und beſteht
aſſen, welche ſich von
aſſen, was ſie wün-
aufforderud und ein-
des mit etwas Ver-
eranzigende Gefahr
e entſchiedene Ma-
tanten), aber man
ſondern. Denn
ſtarke und verbrei-
beſtrebende Stim-
der eignen Par-
n. — Eine Folge
ſten Beſtrebun-
Bürgerreſſource,
n in geregelter
Zukunft zu er-
chen Gelehrten
zu beſeitigen.
erlandes ähn-
mentlich da-
vie unterſten
he Vorſpie-
ſucht macht,

ſchreibt der
Theils des
im Dorfe
r Drago-
verwundet
en, hier
n Nach-
ſchwach
in, ein-
Gefecht
heilung
achricht
n mit
raun-
ein-

Heh-
iſche
mb.
aus-
ſſor
ige
aß
n-

Digitized by Google

gebracht habe, endlich noch mancherlei nur zu begründete Klagen über die Saumseligkeit, womit der Krieg geführt werde.

* Rayeburg, 14. April 1848*). Die ersten Nachrichten vom Kriegsschauplatze sind überaus ernst und traurig, wenn auch nicht entmuthigend für die schleswig-holsteinische Sache. Die Zeitungen werden Euch berichtet haben von einem Gefechte am 9. d. M. oder richtiger, einer Schlacht, von einer großen Niederlage unserrerseits und einem solchen Rückzuge unserer Truppen. Diese Nachrichten sind falsch und übertrieben. Wir sind keineswegs geschlagen, der Versuch ist bei Weitem größer auf Seite der Dänen, unsre Armee nur war der Uebermacht gewichen und unverletzt — bis auf 1 Bataillon — einige Stunden zurückgegangen. Aber dies eine Bataillon! Das erste und das theure Blut ist geflossen; gegen 200 Familien des Landes in Trauer. Laß Mir erzählen, wie schändlicher Verrath Schleswig-Holstein schönste Blüthe dem Tode geweiht und dem barbarischen Feinde in die Hände geliefert. Wie gesagt, unser Centrum hat weiter nicht gelitten, sich geordnet zurückgezogen; aber nördlich von Flensburg, bei dem Dorfe Kruzau, fand das 5. (Kieler) Jägerbataillon mit der Turnerschaar und dem Studentenkorps unter dem Kommando des tapfern Majors Michelsen. Sie erhielten Befehl, diesen Posten aufs Aeußerste zu vertheidigen, um den Rückzug des gros der Armee zu decken. Ruhig standen sie dort, ohne den Feind zu ahnen. Inzwischen hatten Verräther in der Stadt Flensburg (Schmach und Verderben über sie!) dem Feinde Zeichen gegeben, mit Windmühlenflügeln ihm die Stellung, Stärke und Absichten unserer Truppen signalisirt. In Folge dessen rückten die Dänen mit 14,000 Mann am 9. in des Morgens Frühe heran; unserer Armee gelang es, zu retiriren, aber das 5. Bataillon, Turner und Studenten hielten wacker Stand; sie wurden abgeschnitten, blieben so ohne Nachricht von den Ihrigen und wurden von dem ganzen feindlichen Heere von 2 Landseiten zugleich angegriffen, während von der Seeseite (Flensburger Hafen) die Kugeln von 6 feindlichen Kanonenbooten mit deutschen Fahnen (!) in ihre Mitte sausten. Die dänischen Dragoner, von den Verräthern beiehrt, hatten ihre Helme mit Kohle schwarz gefärbt und den Pferden die Schwänze abgeschnitten — Abzeichen der Unsrigen! Die sammelten sich rasch; unter des tapfern Michelsens Kommando sollen sie sich meisterhaft gegen den überlegenen Feind gewehrt (sie waren 900 Mann gegen 10,000!) und in größter Ordnung sich zurückgezogen haben bis zu einem Hofstieg, wo Michelsen sie zum Hegstierten Kampf auf Tod und Leben für Freiheit und Vaterland aufforderte. Als der wüthende Feind heranstürmte hieß es: Scharfschützen vor! Das waren die Studenten und Turner. Meisterhaft haben sie geschossen und ein wahres Blutbad angerichtet. Aber bald sank die erste Reihe hin, unter ihnen Kier, Ludwig Reventlow, Simon, 2 Falk ꝛc; im zweiten Gliede standen mein Bruder, mein 16jähriger Better Christian Rantzau, Kiene, Otto Rantzau ꝛc. Als die Hälfte von ihnen niedergeschossen war, haben sie einen Bajonett-Angriff gemacht; aber was half es ihnen gegen den sich immer erneuenden Feind! Wie Löwen haben sie gefochten, den Feind immer wieder und wieder zurückgeschlagen über die Leichen ihrer Brüder. Mein Bruder erhält eine Kugel ins Bein; sein Vetter, dieser 16jährige Junge stellt sich vor ihn und schießt so noch 3 Dänen nieder; dann schleppt er ihn fort; aber Beide werden gefangen. Ein Jäger, der neben ihnen gefunden bis dahin, entkam mit Noth und erzählte dies in Kiel. Mörderisch ist das Treffen gewesen. Von den 900 Mann hat Michelsen, durch 3 Schüsse verwundet, 2 Mal gefangen sich endlich doch mit 200 Jägern nach Rendsburg durchgeschlagen; von den Turnern haben sich 40 Verspreugte bis jetzt wieder zusammengefunden. Von 160 Studenten sind bis jetzt 10 — 12 in Kiel angelangt, die Alle Urlaub gehabt, weil man an keine Schlacht dachte, nur 2, die mit im Treffen waren! Letztere gaben die Nachricht. Die übrigen Alle sind theils verwundet und gefangen, theils — dies die Mehrzahl — fürs Vaterland gefallen. Die Namen von Letzteren kennt man noch nicht. Mein Bruder, Otto Rantzau und Freder. Heinze sind verwundet in der Gefangenschaft der grausamsten Behandlung ausgesetzt! Ersterer gefangen: Christian Rantzau, Broderson, Ottens, Baudissin und noch gegen 20 Andere, lauter bekannte Namen. Die Gefangenen werden auf ein Blockschiff und später in die Citadelle zu Kopenhagen geschleppt; sei-Gott ihnen gnädig und erhalte sie uns. — Der König hat der Herzogin v. Augustenburg geschrieben: ihre Söhne würde er mit eigener Hand niederschießen, Falls sie gefangen würden. Und dabei stehen 8000 Preußen an Schleswig Grenze und sehen zu! 10,000 Hannoveraner bei Harburg — o deutsche Langsamkeit und Schmach über sie! sie hat uns unsre besten Leute gekostet! Aber keine Entmuthigung ist im Lande, nur Erbitterung und dreifacher Siegesdurst, und wir werden siegen! Der Landsturm ist jetzt in Angeln und den friesischen Landen aufgestanden, jetzt (o, wenn doch 8 Tage früher!) rücken die Preußen in Schleswig ein, und Alles glüht für den Kampf, für Freiheit und Recht. Bald werdet Ihr von einem Siege hören.

Lauenburg, 17. April. Von hier und der Stadt Mölln ist folgende Erklärung an die Landesregierung zu Rayeburg abgegangen. Das ganze Land wird sich derselben — wir dürfen es von seiner Ehrenhaftigkeit erwarten, anschließen. „Die von hoher Landesregierung am 27. v. M. abgegangene Erklärung hat von dem Lande als eine förmliche Neutralitäts-Erklärung angesehen werden müssen. Sie hat ein allgemeines Mißfallen erregt. Man hält die Ehre des Landes gefährdet. Die hohe Landesregierung erließ damals diese Erklärung, welche das ihr vom Landeherrn ertheilte Mandat, über welches sie gleichwohl nicht hinausgehen zu wollen bestimmt ausspricht, überschreitet, schwindar mit Zustimmung des Volkes nach einer in Rayeburg abgehaltenen Versammlung von Landeseinwohnern. Das Land sieht sich daher genöthigt, jetzt folgende Bitte an hohe Landesregierung zu stellen: Hohe Landesregierung wolle die früher abgegebene Neutralitäts-Erklärung widerrufen oder erklärenb, als einzige und Willensmeinung des Volkes proklamiren: 1) daß das deutsche Herzogthum Lauenburg nichts mit der größten Hingebung seine Verpflichtungen als deutscher Bundesstaat erfüllen wird; 2) daß das deutsche Herzogthum Lauenburg seinem Staate, der gegen den deutschen Bund oder gegen ein deutsches Land Krieg führt, in irgend einer Weise Hilfe und Unterstützung gewähren wird. Ferner bitten wir ehrerbietig gehorsamst, Hohe Landesregierung wolle bei dem deutschen Bunde schleunigste Ergreifung und Verwendung der geeignetsten Mittel zum Schutze des deutschen Herzogthums Lauenburg beantragen. Die wir ꝛc."

* Hamburg, 19. April. Dr. Riesser hat in Hamburg, seiner Vaterstadt, eine große Anzahl Stimmen zum deutschen Parlament in Frankfurt erhalten, wird jedoch der Opposition zum Kaufleute unterliegen, weil man hier glaubt, daß diese bei der Konsuete das Interesse Hamburgs mehr, als das von ganz Deutschland vertreten werden.

* Frankfurt, 22. April. Eine von einer Deputation des Volkswalls in Hanau heute dem 50er Ausschuß überge brene Protestation gegen den Einmarsch kurhessischer Truppen in die Provinz Hanau veranlaßte diesen Mittag eine außerordentliche Ausschußsitzung. Die Hanauer wollen wrder, daß die Truppen zum angeblichen Schutz der konstituirenden Versammlung, also möglicherweise zu einem Reaktionsversuch, noch zur Einmischung in die innern (?) Angelegenheiten Baedens verwendet werden. Sie machen den Ausschuß namentlich in erstrer Beziehung darauf aufmerksam, daß Kontrakte für die Verpflegung der Truppen während der Dauer der konstituirenden Versammlung abgeschlossen worden seien. Die Debatte hierüber war sehr lebhaft. Blum, Venedey, Schuselka u. A. sprachen sich lebhaft gegen alle Aufstellung von Truppen in der Nähe Frankfurts während der Dauer der konstit. Versammlung aus. Wenn man auch die Bajonette und Kartätschen nicht fürchte, so dürfe man doch dem Volke gegenüber auch nicht einmal dem Anschein einer Einschüchterung Raum geben. Der Bundestag habe durch die ohne die Zuziehung des Ausschusses eingeleitete Vertagung der Nationalversammlung und durch andere Maßregeln gerechten Anlaß zu Mißtrauen gegeben. Die konstit. Versammlung bedürfe keines Schutzes durch Militär, sie werde durch die Bürger Frankfurts und nöthigenfalls durch das ganze deutsche Volk geschützt werden. Spaß erklärte, man müsse auf Entfernung der Truppen dringen, und Falls sie nicht erfolge, die Jugend Deutschlands, die Turner, Studenten u. s. w. zum Schutz aufrufen. Von der andern Seite suchten Mathy, Wippermann u. A. den Gedanken an reaktionäre Maßregeln, sowie das Mißtrauen gegen Bund und Regierungen zu bekämpfen. Doch mußte Wippermann selbst zugeben, daß die Truppen in der Provinz Hanau durchaus unnöthig seien. Die Beschlüsse des Ausschusses gingen dahin: 1) den Hanauern für ihre patriotische Wachsamkeit gegen Reaktionsversuche zu danken; 2) ihnen den Irrthum zu benehmen, als ob Verwendung deutscher Truppen auf Requisition des Bundes gegen Aufruhr im Innern und bewaffneten Zuzug von Außen ungesetzlich wäre; 3) den Bundestag um Auskunft über die eigentliche Bestimmung der kurhessischen Truppen, sowie über den Grund oder Ungrund der Gerüchte von abgeschlossenen Kontrakten und darüber, ob nicht die kurhessische Regierung eine Schuld treffe, weil sie die Truppen nicht, wie der Bund gewollt, nach dem Badischen, sondern in die Provinz Hanau rücken läßt, zu ersuchen. Auf Steitmanns Antrag gab der Ausschuß seine Theilnahme über den

*) Durch gütige Mittheilung eines Privatbriefes sind wir in Stand gesetzt, obenstehenden Bericht über den unglücklichen Kampf bei Flensburg zu veröffentlichen; bei dem allgemeinen Interesse, das man an den gefallenen Opfern nahm, wird diese Schilderung, wenn auch nachträglich, doch nicht zu spät kommen. D. Red.

Tod des Generals v. Gagern und seinen Abscheu gegen die Urheber des Attentates zu erkennen. (Nachmittags um 4 Uhr ist wieder Ausschußsitzung.)

**Frankfurt**, 22. April. Die heutige Abendsitzung des Fünfzigerausschusses betraf den Zusammentritt der konstituirenden Versammlung. Noch einer lebhaften Debatte, auf welche wir zurückkommen werden, wurde der Reh'sche Antrag angenommen: da der Zusammentritt der konstituirenden Versammlung vom Vorparlament auf den 1. Mai festgesetzt worden, die Eröffnung aber von der Anwesenheit einer hinreichenden Anzahl Mitglieder abhänge, so möge der Bundestag von der Festsetzung eines Zeitpunktes sowohl für den Zusammentritt, als die Konstituirung der Versammlung abstehen. Dazu kam auf Mathy's Antrag der Zusatz: der Ausschuß erwartet zuversichtlich, daß eine hinreichende Anzahl Mitglieder sich einfinden werde, um spätestens am 18. Mai die Versammlung eröffnen zu können.

### Belgien.

In einem der freisinnigsten holländischen Blätter finden wir einen Brief aus Brüssel, der uns eines kurzen Auszugs wohl werth dünkt. „Wer Belgien nicht genau kennt, heißt es darin, den muß unsere Haltung der französischen Republik gegenüber nicht wenig überrascht haben. Besonders bei dem großen Haufen ihrer holländischen Landsleute standen wir seit 1830 als aufrührsüchtige und wühlerische Kerle, ja als unverbesserliche Nachäffer der Franzosen, als völlig entartete Niederdeutsche angesehrieen, die es sich wohl gar zur Ehre anrechneten, jedem von Paris ausgehenden Anstoß gehorsam zu folgen. Jetzt begreifen sie, daß sie sich in unserm Charakter getäuscht haben. Wir können indeß diesen Irrthum keinem Fremden verübeln, da ja die eine Hälfte des belgischen Volkes bisher hinsichtlich der andern ganz von derselben Täuschung befangen war. Die flämischen Bezirke trauten in der That den wallonischen und selbst einigen halbvorfranzösischen Strecken Brabants mit der Hauptsache sehr wenig Vaterlandsliebe und Unabhängigkeitsgefühl zu. Und hatten die Flamingen nicht manchen Grund dazu? War nicht die vlämische Sprachbewegung eben daraus hervorgegangen? Die neue französische Umwälzung war gewissermaßen nöthig, um die Flamingen selbst zu überzeugen, daß sie sich hinsichtlich der Grundstimmung eines Theils ihrer Landsleute glücklicher Weise getäuscht hatten. Jetzt erkennt Jedermann, daß der französische Firniß, womit die eine Hälfte Belgiens sich übergogen, eben nur Firniß war, und daß darunter der alte niederdeutsche Kern im Ganzen unversehrt geblieben. Der belgische Unabhängigkeitssinn hat, wo möglich, seit dem verunglückten Versuche der risquons tout noch an Glut zugenommen. Dieses edle Gefühl ist bei Allen so stark und besonnen, daß selbst die eifrigsten Republikaner für den Augenblick auf jegliche Propagandirung ihrer Grundsätze Verzicht leisten, nur um den Franzosen jeden Anlaß zu nehmen, der sich ihnen fast bieten möchte, und den sie gewiß gern ergreifen würden, um sich in unsere innern Angelegenheiten einzumischen.“ Der Briefsteller erzählt eine Menge Beispiele, wie Versuche zur Aufwiegelung durch französische Agenten an dem gesunden Sinn der Menge gänzlich gescheitert seien, ja wie die Polizei häufig diesen Predigern der Republik gegen die Arbeiter habe zu Hilfe kommen müssen, um sie zu schützen und den braven Leuten begreiflich zu machen, daß in einem Lande, wie Belgien, Jeder das Recht hat, sich der Freiheit der Rede zu bedienen, so lange er nicht durch Gewaltthat das Gesetz verletzt. Belgien hat seine Freiheit und Selbstständigkeit seit 1830 in mannigfacher Hinsicht vortrefflich benutzt, die schönsten Früchte davon zeigen sich aber in dem fortgeschrittenen und starken belgischen Nationalgefühle. Selbst in den bewegtesten sogenannten Patrioten-Jahren 1830 beginnt die Ueberzeugung zu keimen, daß Belgien seine Hoffnung nicht auf Frankreich stellen dürfte. Der Gedanke einer Zollvereinigung Belgiens mit Niederland findet auf beiden Seiten jetzt großen Anklang, aber in Belgien noch mehr als in Holland, und wer bei uns gegenwärtig noch wagen würde, von einer Zollunion Belgiens mit Frankreich zu sprechen, wie es früher wohl von blinden Vertheidigern unserer alten Linneninduſtrie geschah, dem würde man einen Franzosen (Franschelar) und Verräther nennen. Selbst die Mähler von Brügge haben eine Zollvereinigung mit Holland verlangt.

### Großbritannien.

**London**, 18. April. In der Unterhaussitzung vom 17. April hatte Lord Palmerston endlich Gelegenheit, sich über die dänische Frage und das Verhältniß der englischen Regierung zu den kriegführenden Theilen auszusprechen. Auf eine vielerwähnte an ihn gerichtete Anfrage Wilson's erklärte Lord Palmerston: „Die englische Regierung hat mehrere Mittheilungen sowohl von der dänischen als der preußischen Regierung erhalten. Wie es sich von selbst versteht, war es der Wunsch der britischen Regierung, womöglich durch ihre Vermittlung diese Mißhelligkeiten zu einer freundschaftlichen Ausgleichung zu bringen, und wir hoffen beiden Regierungen, der dänischen wie der preußischen, zu erkennen gegeben, daß, wenn unsere Dienste für diesen Zweck erspießlich sein sollten, wir sie mit Vergnügen leisten würden. Die von beiden Theilen kundgegebenen Ansichten lassen mich hoffen, daß man dieses Anerbieten annehmen wird. Gewiß wäre Nichts mehr zu bedauern, als eine Störung des europäischen Friedens durch ein Zerwürfniß dieser Art. Hinsichtlich der von der dänischen Regierung etwa beabsichtigten Maßregeln zur See halte ich es für wahrscheinlich, daß, wenn die Feindseligkeiten fortgesetzt werden sollten, die zur See mächtige dänische Regierung zu Maßregeln schreiten dürfte, durch welche der Handel Preußens und möglicherweise Hamburgs, insofern dieses am Kriege thätigen Antheil nehmen sollte, Unterbrechung erleiden würde; wenn aber im Gegentheil diese Streitfrage Gegenstand friedlicher Vermittlung werden sollte, darf man hoffen, daß eine Unterbrechung dieser Art nicht Statt finden wird. Eine officielle Mittheilung über das Ueberschreiten der holsteinischen Grenze durch preußische Truppen habe ich bis jetzt nicht erhalten, doch wäre es nicht unmöglich, daß es geschehen.“ Auf eine weitere Frage Disraeli's erwiderte Palmerston: „Es ist ganz richtig, daß das Herzogthum Schleswig der Krone Dänemark garantirt ist, und daß sich der dänische Hof auf diese Garantie England gegenüber berufen hat; aber meines Erachtens sind wir durch diese Verträge nicht verpflichtet, uns in Fragen zu mischen, welche die innern Beziehungen zwischen der dänischen Regierung und dem Einwohnern Holsteins zum Gegenstand haben.“ Aus dieser Erklärung geht wenigstens soviel hervor, daß sich die englische Regierung unter allen Umständen neutral zu halten gedenkt. Wie man aus den weitern Vorgängen dieser Sitzung erkennt, beabsichtigt Sir B. Cochrane, der übrigens Nichts weniger als ein Radikaler ist, der Königin an der Spitze von 150,000 Mann (!) eine Bittschrift um Rendrung des Armengesetzes zu überreichen, obschon ihm der Minister des Innern bedeutete, er möge das bleiben lassen. C. Buller richtete deßhalb eine Frage an Sir G. Grey, worauf dieser erwiderte, das Haus möge ganz ruhig sein, der beabsichtigte Antrag des Hrn. Cochrane sei in den Händen der Polizeikommissäre am Besten aufgehoben.

Am 18. April wurde die Bill zur größeren Sicherstellung der Krone und Regierung zum dritten Mal gelesen. Die Oppositionsmitglieder, hierunter der unermüdliche Hume, O'Connor, Munz ꝛc. bekämpften sie der Konsequenz wegen noch in diesem letzten Stadium. Hr. Bright drückte seine Freude darüber aus, daß das rastlose Anstreben von etwa 40—50 Opponenten wenigstens den günstigen Erfolg gehabt, daß die Regierung die Dauer der Bill auf zwei Jahre beschränkt habe. Sir R. Peel, der jetzt ganz Hand in Hand mit der Regierung geht, vertheidigte das Gesetz lebhaft. Munz führte namentlich gegen die Klausel „offenes und vorläufiges Sprechen.“ Schließlich sagte Lord J. Russel, diese Bill sei unter den jetzigen Umständen eine Nothwendigkeit geworden, und er hoffe, daß das Parlament, noch bevor sie erlösche, sie zu einem bleibenden Gesetz erheben werde. Er lebe der Ueberzeugung, daß die Bill gar sehr zur Erhaltung der inneren Ruhe im Königreich beitragen, dabei aber friedliche und ruhige Volksberathungen nicht im Geringsten beschränken werde. Nur der heftigen hochverrätherischen Sprache, welche offen zur Empörung aufforderte, wolle und müsse man ein Ziel setzen. Gleich nach den Osterferien werde er Maßregeln zur Verbesserung der Lage Irlands in Vorschlag bringen. Lord Russell gab nun eine Uebersicht der seit der Union zum Besten Irlands getroffenen Verfügungen und versicherte: er werde glücklich sein, wenn es ihm gelänge, teilsame Maßregeln für Irland ins Werk zu richten, aber so lange noch Leben und Athem in ihm sei, werde er sich jedem Versuch, die Union zwischen Irland und England aufzulösen, bis zum Aeußersten widersetzen. Diese Rede wurde, wie die Annahme der amendirten Bill (mit 295 gegen 40 Stimmen) mit lautem und lang dauerndem Beifall von der Majorität aufgenommen.

Ein Theil der entschiedenen Oppositionsmitglieder hat endlich das Bedürfniß gefühlt, sich fester an einander zu schließen, um eine kompakte Opposition, ohne die reich parlamentarisches, ja überhaupt kein verfassungsmäßiges Leben auf die Dauer möglich ist, herzustellen. Zu diesem Zwecke hielten sie, 51 an der Zahl, am 13. April eine Versammlung. Präsident der Versammlung war Joseph Hume, sein Beigeordneter Richard Cobden, Sekretär Sir Joshua Walmesley. Ihr Programm ist: Ausdehnung des Wahlrechts, gleiche und billige Vertheilung der Steuern, Verminderung der Staatsausgaben und allgemeine Förderung der Reformgrundsätze in Großbritannien und Irland. Diese Forderungen und Wünsche, hinter denen die Masse der Bevölkerung steht, werden früher oder später durchdringen, wenn auch für jetzt, insofern keine Landedrisen hinzutreten, hierzu keine Aussicht ist.

Google

Die nur zu bedeutende Majorität des jetzigen Parlaments ist mehr zu reaktionären als zu Fortschrittsmaßregeln geneigt; die Oppositionsfraktionen, eine irische und eine englische, eine ultrakirchliche und eine antikirchliche, eine korypfäische und eine radikale, lähmen eine die andere; endlich ist Cobden nicht mehr der Mann des Volkes, seitdem seine Liebe zum Frieden und zur Sparsamkeit ihn bewog, in so gefährlichen Zeiten nicht bloß bei dem Landherre, sondern auch bei der Flotte Reduktionen anzuraten.

Am 18. richtete Disraeli abermals eine Zwischenfrage an Lord Palmerston über die schleswig-holsteinische Frage, und bezeichnete dabei die Theilnahme deutscher Bundestruppen als einen vor Gott und Menschen frevelhaften Eingriff in alte dänische Rechte. Lord Palmerston erwiderte in echt staatsmännischer, der Streitfrage alle Herbheit benehmende Weise und vertheidigte namentlich den Ritter Bunsen, welchen Disraeli wegen seiner eben veröffentlichten Denkschrift über Schleswig-Holstein bitter angegriffen hatte. Wir theilen morgen Disraelis Rede und Palmerstons Gegenrede mit. Lord J. Russel zeigte an, daß bald nach den Osterferien die ewige Judenemancipationsbill wieder vor das Haus gebracht werden und der Präsident des Handelsamts am 15. Mai eine Bill für Verbesserung der Schifffahrtsgesetze einbringen würde. — Dem Globe zufolge ist Fürst Metternich mit seiner Gemahlin, dem Baron C. Hagel (Hügel?) und zahlreichem Gefolge von Rotterdam auf dem englischen Dampfschiff Rainbow in London eingetroffen. — Der alte Freund und Mitagitator O'Connells, Tom Steele, an Irlands Wiedergeburt verzweifelnd, suchte sich am 19. Abends das Leben zu nehmen, in dem er von der Waterloobrücke in die Themse sprang; er wurde jedoch von einem Schiffer aus den Wellen herausgeholt und sofort nach dem Kings College Hospital gebracht. Der Hut, den Steele vor seiner That von sich warf, ist derselbe berühmte Hut, welchen O'Connell ihm in Anerkennung seiner Verdienste um Irland zum Geschenk gemacht hatte. Tom Steele hat sein ganzes Vermögen für die kostspielige Repealbewegung in die Schanze geschlagen und saß eine zeitlang in Dublin im Schuldgefängniß.

**Frankreich.**

Paris, 20. April. Seit 7 Uhr Morgens strömen die Bataillone der Nationalgarde und der Linie auf ihre Sammelplätze, sie sind sehr zahlreich, die Linie zählt gegen 30,000 Mann und sechs Batterien. Die mobile Nationalgarde erscheint zum ersten Male uniformirt, die republikanische Garde hat ihre phantastische Tracht beibehalten, blaue Blusen mit hochrothen Leib- und Halsbinden. Die Börse, alle Gerichte, alle Bureaux und Komptoirs sind geschlossen, es ist hoher Feiertag, den eine allgemein glänzende Illumination der Stadt würdig beschließen wird. Die Linie wird überall freundlich empfangen, kein Ruf erhebt sich gegen sie. Die Mitglieder der provis. Regierung versammeln sich im Kriegsministerium und fahren von da nach der Estrade am Triumphbogen der Etoile. Um 9 Uhr erscheinen die Obersten und Kommandanten aller Bataillone der Nationalgarde und der Linie und empfangen die neuen Fahnen aus den Händen der Mitglieder der Regierung, dann findet das Defiliren aller Bataillone Statt. Die aufgestellte Masse des bewaffneten Volkes und der Linie füllt sämmtliche Boulevards von der Julisäule auf dem Bastilleplatze bis zur Madeleinekirche, die ganze lange Allee der Champs elysees und die sämmtlichen Quais an beiden Ufern der Seine. Man berechnet die Anzahl der unter den Waffen befindlichen Massen auf 250,000 Mann. Die Fahnenvertheilung und das Defiliren werden schwerlich vor 10 Uhr Abends beendet sein. Von Minute zu Minute fällt ein Kanonenschuß von Invalidenhof, und eine Generalsalve sämmtlicher Geschütze zeigt das Ende der Feier an.

Der heutige Moniteur enthält unter Anderm eine Proklamation der prov. Regierung, worin sie ihre Ansichten über die Klubs entwickelt. Sie seien eine Nothwendigkeit für die Republik und für die Bürger ein Recht. Doch sollen sich die Klubisten hüten, beständig die Gemüther in Unruhe zu erhalten; es würden auf ihre Rechnung sonst leicht contre-revolutionäre Verleumdungen kommen. Die prov. Regierung erklärt daher, daß sie Maßregeln ergriffen habe, welche die Klubs an bewaffneter Diktatiön verhindern. Ferner ein Amnestiedekret für alle Desertieurs vom Soldaten aufwärts bis zum Feldwebel, sowie für die Rekruten, welche sich nicht zur Einreihung stellten; ebenso einen Beschluß der prov. Regierung, wornach allen Fremden, welche seit der Revolution naturalisirt worden, einfache Briefe ausgeliefert werden, welche ihre Naturalisation konstatiren, und mit denen sie sich bei dem Wahlkommissären legitimiren können. Auch bringt das offizielle Blatt ein Dekret, welches alle Hypothekenschulden (Schuldverschreibungen und Renten, die auf Grundstücke radicirt sind) mit einer Steuer belegt. Auf einen Bericht des Finanzministers, in dem hervorgehoben ist, daß die bisherige Steuer proportional, also ungerecht gewesen sei, und daß im nächsten Budget die progressive Steuer erscheinen werde, daß aber vor der Hand die Staatskassen leer seien, und man bei den Kapitalisten, und nicht immer bei den Produzenten, Konsumenten und Grundeigenthümern nachfragen dürfe, dekretirt die prov. Regierung, daß für den Dienst des Jahres 1848 ein Prozent von allen Hypotheken, lebenslänglichen und perpetuirlichen Renten, von allen Privilegien und erlassenen Urtheilen erhoben werden soll. Die neue Steuer darf nicht in Memoiratenten ausbezahlt werden, sondern muß mit einem Male erlegt werden.

Auch ist der außerordentliche Staatsrathsdienst abgeschafft. — Diese und andere Maßregeln beweisen, daß Lamartines mederirte und versöhnende Politik sich von Ledru Rollin muß mehr und mehr ihre Wege zeigen lassen. Die Aufsätze auf Lamartine in mederirten Blättern zeigen, daß man dies auch in Paris so ansieht.

Paris, 21. April. Alle Berichte beschränken sich heute auf Beschreibungen des gestrigen Festes; dasselbe sollte Anfangs auf dem Marsfelde gefeiert werden, da man aber immer noch nicht ganz vor den Klubs sicher war, so entschloß man sich, es in den elysäischen Feldern abzuhalten. Der riesige Triumphbogen war eine Tribune verwandelt, in deren vorderster Estrade sich seit 8 Uhr Morgens die Mitglieder der provisorischen Regierung befanden. Der mit unzähligen Fahnen und Emblemen geschmückte Triumphbogen bot einen unbeschreiblichen Anblick dar — eine einzige, kolossale Menschenmasse — als sei das ganze Riesengebäude aus lauter lebendigen Menschen gebaut. Von frühestem morgen an rückten wahre Wälder von Bajonetten nach diesem Platze — in der einzigen 6. Legion stunden 29000 Nationalgardisten; und solcher Legionen gibt es zwölf, von denen sie allerdings die stärkste war. Die ganze mobile Nationalgarde, 30000 Mann stark, zum Theil bereits uniformirt kam Bataillonweise aus ihren Kasernen, und zu allen Barrieren zogen Infanterie, Kavallerie und ganze Batterien in die Stadt. Wo die Linie vorüberzog, wurde sie vom Volk und den beiden Nationalgarden mit Enthusiasmus empfangen.

Die Truppen zogen sich zuzwise aus allen Theilen der Stadt auf dem Concordeplatze zusammen, defilirten dann in den Champselysées vor der prov. Regierung, und kehrten durch das Faubourg du Roule mit den neuerhaltenen reichen Fahnen zurück. Den ganzen Tag von Minute zu Minute rollte der Kanonendonner von den Javaliren her — von früh 8 Uhr bis Abends 11 dauerte die Ceremonie — doch bemerkte man kaum die Nacht, so glänzend war Paris illuminirt. Aus jedem Gäßchen strahlten Freudenlichter hervor, die großen Straßen waren Lichtmeere.

Auf die Eindrücke der Feier, wie sie sich in der Pariser Presse und außerhalb derselben kund geben, werden wir morgen zurückkommen.

**Nachschrift.**

* Heidelberg, 24. April. Gestern Nachmittag gelangte eine 500 — 600 Mann starke Schaar Rebellen über Günterethal bis in die Nähe von Freiburg, wurde dort von den Truppen auf die energischste Weise empfangen, zurückgeworfen und ins Gebirge verfolgt; 9 Uhr Abends hörte man noch Kanonendonner und Kleingewehrfeuer. Die in Freiburg befindlichen Aufständler hatten die Stadtthore geschlossen, auf Androhen des kommandirenden Generals, die Stadt besichtigen zu lassen, wurde letztere wieder geöffnet, innerhalb derselben aber die Kanonen, welche die Rebellen der Bürgerartillerie abgenommen hatten, aufgepflanzt. Ein Theil dieser Rebellen soll ferner den Versuch gemacht haben, sich mit den über Günterstthal herbeigekommenen zu vereinigen, wurde davon aber durch die Truppen zurückgehalten. — Ein nicht unbeträchtlicher Theil derselben verlief dagegen, als die Kanonen donnerten, mithin während des obgedachten Kampfes, ohne Waffen die Stadt um theils mit der Eisenbahn theils mit andern Gelegenheiten in ihre Heimath zurückzukehren; — die Truppen aber waren gestern Abend noch nicht in Freiburg eingerückt. Diese Nachrichten sind offiziell berürten aber der Verwollständigung. Als ein Gerücht wurde mir mitgetheilt, daß die deutschen Arbeiter den Uebergang über den Rhein bei Breisach zu forciren versucht hätten. Näheres ist mir hierüber nicht bekannt. Professor Hecker soll in Freiburg bekannt gemacht haben, es habe ihm sein Bruder von Basel zur weitern Kundgebung geschrieben, daß er von seinem Unternehmen abstehe. Die Rebellen tranken der Nachricht nicht und lachten darüber.

So eben erfahren wir, daß die Verkündigung des Kriegsgesetzes im See- und Oberrheinkreis beschlossen ist.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder werden man sich an G. L. Lassenère Expedition 29 Quai-quais, Paris 55, Rue Notre Dame des Victoires.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Groß. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10, 1 durch die Post dagegen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Ausländer nicht der Betrag einer portofreien Postanstalt mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 116.** **Heidelberg,** Mittwoch 26. April **1848.**

## Uebersicht.

Die badische Regierung. — Wien (die mährisch-schles. Stände). Berlin (der Ständonnerstag; General Willisen; die Polen; das demokratische Wahlcomité. Aufruf an die Küstenbewohner. Grundzug in Belagerungszustand. Scharmützel mit den Polen). Posen (Deputation nach Petersburg). München (die Parlamentswahlen). Aus dem Voigtlande (Berichtigung; die Noth im Erzgebirge). Hannover (die Hildesheimer Revolution). Heidelberg (Rauschenplat Parlamentslandtag. Officieller Bericht über die Einnahme von Freiburg). Freiburg (Kampf von Freiburg. Ein mißglückter Ueberfall). Von der Schweizergrenze (Rüheres über die Gefechte an der Grenze). Kassel (Stellung des Ministeriums; Wippermann; die Deputirten). Darmstadt (der Nord Gagerns). Mainz (konstitutionelle Bewegung; der Abgeordnete Zitz und die anarchische Partei). Nendsburg (die Wahlen zur Nationalversammlung. Truppenbewegungen). Hamburg (Gerücht vom Vorrücken der Preußen; Feindseligkeiten gegen preuß. Schiffe.) Frankfurt (Verhandlungen des Fünfzigerausschusses. Verhandlungen der Bundesversammlung).

**Schweiz.** Bern. Tagsatzungsverhandlungen. Vertagung der Tagsatzung. Das Bündniß mit Sardinien abgelehnt. Die deutschen Zuzüge. Basel. Die Freischaaren.

**Großbritannien.** Verhandlungen über die schleswig-holsteinische Frage.

**Frankreich.** Das Bundesfest. Stimmen der „Presse" darüber. Ernst der Lage. Truppenzusammenziehung. **Die Wahlen.**

---

### Heidelberg, 25. April.

Nachdem der Republik ihr großer Schlag in Baden mißlungen ist, hoffen wir, daß sich die badische Regierung nunmehr ermanne und eine Stellung annehme, wo ihr zu handeln, zu berathen, Vertrauen herzustellen und Ruhe niederzuhalten, wieder möglich wird. Offen gestanden, wir haben zu der unsicheren, zaghaften Leitung der Dinge, wie wir sie bisher von Karlsruhe aus haben betreiben sehen, nur aus dem Grunde geschwiegen, weil wir das geringe Ansehn, in dem die Regierung war, nicht noch mehr erschüttern wollten. Wir theilten aber ganz den Unmuth, den man in allen Kreisen der Freunde der Ordnung in und außer dem Lande empfand, indem man beobachtete, wie man den heimlichen Brand hier ruhig und thatlos weiter glimmen ließ und so einen Zustand herbeiführte, gegen den zuletzt der Ausbruch der offenen Flamme Allen als eine Erleichterung und Wohlthat erschien. Wir empfanden diesen Unmuth um so tiefer, weil die Ereignisse in Baden und das Verhalten des Regiments ihnen gegenüber eine verdrießliche Waffe in den Händen aller Feinde der Freiheit und der konstitutionellen Staatsordnung abgeben werden. Das ist die Kraft, wird man sagen, die dem Fürsten in der konstitutionellen Abhängigkeit übrig bleibt; da sind die Thatsachen, die die Predigten der Absolutisten rechtfertigen, von der nothwendigen Konzentration der Regentengewalt in Einer Hand. Das sind die Früchte, so wird man schadenfroh ausrufen, von Euerer gepriesenen Freiheit, von Euerem vorgerückten politischen Treiben, von Euerer Mündigkeit und Reife, und wie alle die schönen Phrasen hießen, die Baden als die hohe Schule des deutschen politischen Lebens darstellten. Nun genießt Ihr die Ernte von dem, was Ihr Alles gesäet habt. Ihr habt den Wind ausgestreut, da habt Ihr den Sturm, der daraus erwachsen ist! — Wir werden vergebens aufsahren, daß wir dem Druck zweier langgedehnten republikanischen Grenzen, dem Andrang der Propaganda ausgesetzt sind wie kein anderes deutsches Land: man wird uns entgegenhalten, daß auch Belgien in dieser Lage, aber ruhig und geordnet ist. Wir werden vergebens eben dieses Land und seine Ruhe als einen Schild für die Vortrefflichkeit der konstitutionellen Einrichtungen vorhalten, vergebens anführen, daß eben nur die halbe Durchführung des Systems und die unheilvolle Mischung mit Metternich's Stabilitätsprinzip uns in diese Irritation des Geistes eingewöhnt und diese furchtbare Verbitterung in den Gemüthern angehäuft hat. — Man wird uns sagen, der Triumph dieser Staatsform und Bildung hätte sich eben darin bewähren müssen, derderlei Einflüsse von Außen, den reaktionären aus Osten und den anarchistischen aus Westen, zur rechten Zeit die Wage zu halten.

Was uns im Besondern angeht, die wir dieses Blatt leiten, wir haben freilich nie gelängnet, daß Einrichtungen, wie vortrefflich sie seien, ohne die rechten Menschen, die sie handhaben, für eines Staates Glück und Erhaltung Nichts bedeuten. Und je bewegter und größer die Zeiten sind, die einen Staat und ein Volk heimsuchen, desto größer und bedeutender werden die Menschen sein müssen, die auf Ruder treten, wenn die Stürme der Zeit bestanden werden sollen. Wir fangen an zu fürchten, daß die Menschen des Tages sich den Forderungen des Tages zu klein bewiesen werden. Wir haben seit Jahren uns vermessen, für Deutschland große Zeiten heraufzubeschwören, große Rollen in Anspruch zu nehmen, eine große Bühne für unsere Kräfte zu begehren. Jetzt hat uns ein Zauberschlag die verlangte Gelegenheit gegeben, und jetzt fehlt die ordnende Kraft, die üppige Fülle der Kräfte, die sich regen, zu beherrschen und zu lenken. Da ist die Scheide der Revolution und der Reform. Wir hatten nie gefürchtet, daß es bei uns in den oberen Schichten der Gesellschaft an der Einsicht und Nathgiebigkeit fehlen werde, zur gelegenen Stunde den gerechten Anliegen der Nation zu genügen; unvorbereitet, wie uns der plötzliche Schlag aus Westen und die angeborene Aufregung und Ueberstürzung in seinem Gefolge getroffen haben, hatten wir und dagegen vielleicht nicht Rechenschaft genug gegeben über die Frage, ob in jenen Schichten auch physische und moralische Kraft genug sein werde, in einem Falle, wie dem erlebten, die Reform zu sichern nicht allein durch weise Konzessionen, sondern auch durch energischen Widerstand gegen die rohe Gewalt. Es nützt Nichts, es sich zu verhehlen, daß dies Letztere nicht der Fall ist; Jeder hat es im Gefühle und Jeder verzagt, wenn er sich das Geständniß macht. Man sucht hier nach einem Reichsverweser, dort nach einem diktatorischen Triumvirat, dort nach einem Kaiser, der die Zügel des Reichs in die Hand nähme: das Bedürfniß empfindet ein Jeder, den Namen besitzen, den er sucht, weiß Keiner zu nennen. Warum besteht sich das Auge so oft jetzt auf den König von Hannover und die Aufmerksamkeit auf die Anekdoten, die den letzten Wechsel der Dinge dort begleiteten? Weil das Wohlgefallen an jeder Kraft mit dem Mangel an Kraftäußerungen wächst. Woher die Adressen so zahlreich und begeistert an unsern Mathy, als weil man an ihm eine rettende Energie des Charakters gewahrte? Warum übertäubte der Beifallruf in der Paulskirche den edlen Heinrich Gagern, als weil Jeder in der heroischen Haltung des Mannes einen Stab und eine Stütze sah? Warum betrieb man so die ungewöhnliche Vokation seines Bruders, als weil man auch in ihm die seltene Gabe wußte, nach der der Nothdrang der Zeit verlangt? Aber es scheint der Segen von unsern Geschicken zu weichen! Es sind zu wenige dieser energischen Gestalten, die wir nennen, dem unermeßlichen Aufruhr der Geister gegenüber. Und von den Wenigen liegt der Letzte, den wir nannten, von drei meuchlerischen Kugeln durchbohrt, auf der ungastlichen Erde, die er gastlich besuchte! Wer weiß, wie bald über das Grab dieses Märtyrers die Gewalt der Dinge dahinbrauft, von keinem Widerstande zu hemmen! Denn das ist das Recht einer jeden Revolution, daß sie die glatte Oberfläche der Gesellschaft durchbricht mit ihren aufgewühlten Wogen und aus ihrem eigenen schrecklichen Schooße die Menschen erzeugt, die sie wieder bändigen sollen.

Gibt's noch eine Rettung, so liegt sie in dem Zusammenschusse der Kräfte, wenn denn die einzelne versagt. Wir rufen ja in allen möglichen Beziehungen nach Association als nach dem Heilmittel für jedes Uebel, so müßten wir es auch hier versuchen, ob es nicht gelingt, die Macht der Freunde des Vaterlandes und der Ordnung

zusammenzuscharen und ihnen Vertrauen einzuflößen durch ihre Zahl, wenn es jedem Einzelnen das Selbstgefühl nicht gibt. Sollte auch das fehl schlagen, so klage ich Jeder nur selber an, wenn das Unheil massenweise über uns einbricht. Ihre schämen uns, noch vor wenigen Wochen, im Vertrauen auf die zahlenmäßige Stärke dieser Nation, Krieg nach Osten gepredigt und den Krieg nach Westen dann nicht gefürchtet zu haben, sich nun herausstellt, daß wir ihm wirklich bei weitem nicht einmal den Dämen und im Süden kaum einem Haufen wohlmeinender Verzweifelten gewachsen sind. Welch ein Schauspiel, daß ein Staat von mehr als einer Million Menschen nicht die Mühlereien einer kleinen Partei niederhalten kann, die ohne ihre wohlhalsigen Führer nicht existirte, deren Führer man noch vor wenigen Wochen nach den Fingern zählen konnte! Aber ist es ein Wunder, daß dem so ist? Alles, was in solchen Zeiten zusammenhalten bestimmt ist, ging getrennt seiner eignen Furcht nach; und statt den Gefahren einmüthig die Stirne zu zeigen, verkroch man sich in die Winkel. In solch einer Lage muß es die Bestgesinnten in der Masse entmuthigen, wenn sich der Fürst nicht zu zeigen wagt. In den neuen Ordnungen der Dinge ist es gelegen und soben, daß sich unsere sämmtlichen Fürstenhöfe verändern, vereinfachen, der Gesellschaft nähern und ihre Geschäfte und Sorgen und Mühen unverdrossen mit ihr theilen. Wie gerne hätte man es im Lande gesehen, wenn sich der Prinz, der in Zukunft den Thron dieses Landes einnehmen wird, an die Spitze der Bürgerwehr gestellt hätte; wie würde dies den organisirenden Eifer geschürt und der ganzen Einrichtung schnell eine schützende und schirmende Gestalt gegeben haben! Auch für die Minister war jetzt nicht Zeit, an dem Einen ruhigsten Orte im Lande festzusitzen: die Stände hatten ihnen einzeln und im Ganzen so manches Beispiel des Muths und des Selbstvertrauens gegeben; es gebührte, daß man anwesend war da, wo die Anarchie das Haupt hob: dies hätte dem Mann im Volke körperlich gezeigt, daß noch die Organe der Herrschaft vorhanden seien, es hätte den Menschen, die bei der Ordnung und Ruhe interessirt sind, Muth gemacht, es hätte die Vertreter der Regierungsgewalt in ihren angefochtenen Stellungen unterstützt. Die Zeiten waren von allem Anfang an nicht so gestellt, daß man ruhig die Aufwiegler die in die Kasernen dringen ließ, um den Geist der Meuterei unter das Militär zu bringen: bei den ersten Zeichen der Indisciplin hätte man das Militär zusammenfassen, das Offizierkorps spuriren, den Oberen, die Vertrauen und Liebe besaßen, das Geschäft einer Reorganisation übertragen sollen. Vor Wochen schon war der Regierung das Anerbieten eines tüchtigen, freisinnigen Mannes gemacht, stiegende Corps gegen die drohenden Arbeiter aus Frankreich zu errichten; war es geschehen, so konnte nie der heimische Aufruhr diese Ausdehnung gewinnen, daß man nun große Massen Hilfstruppen ins Land ziehen muß, und in ihrer Anwesenheit noch nicht einmal wagt, einzelne Verhaftungen durchzusetzen und seine Behörden ihre Pflicht zu lehren, oder es versucht, ob dieser Strom im Quell zu verstopfen war? Wir wollen es nicht behaupten, da er in tausend Quellen zugleich aus allen Erdeteilen Deutschlands hervorbricht. Aber es zu versuchen, das war die Pflicht einer jeden Regierung; es zu versuchen mit all der Kraft, die sonst die Ueberzeugung des Gelingens einzugeben pflegt. Diese erste Pflicht ist versäumt worden: es bleibt nun die schwerere, den nun entzügelten Strom wieder einzudämmen. Alle Kräfte und Gewalten müssen zu diesem Zwecke zusammenarbeiten. Denn will man in derselben frastischen Furcht und Nachlässigkeit diesen Eiterherd des Aufruhrs weiter wachern lassen, so wird man die nachbarlichen Hilfstruppen der Ansteckung aussetzen und das Eisen, das uns in unserem kleinen Lande schützen soll, gegen uns und die schützenden Nachbarn selber wetzen; man würde den Feuerbrand nach ganz Deutschland hinüberwerfen. Es ist dringend Noth, daß man sich mit Allem, was Muth und Kraft, Talent und Vertrauen hat, umgibt; ein Mann wie Mathy müßte nicht Einen Tag länger im Ministerium fehlen. Fahre man dann fort, wohlthätige Maßregeln zu ergreifen, volksthümliche Ordnungen zu schaffen, freisinnige Gesetze zu geben aus vollen Händen; aber in derselben Faust, die diese Spenden ausweirft, halte man fest die Zügel gepackt, die jetzt zu verlieren Führer und Fahrzeug verdirbt.

---

**Oesterreich.** Wien. Die mährisch-schlesischen Stände haben am 14. April die von Böhmen verlangte Union mit Böhmen entschieden abgewiesen. (A. Z.)

**Preußen.** ** Berlin, 21. April. Die Prozession ist gestern gescheitert. Die Chartisten ließen vorgestern Abend und gestern früh noch alle Minen springen. Der junge Schlöffel und namentlich zahlreiche Personen, welche das Gastrecht am hiesigen Ort auf die schändliche Weise mißbrauchte, Handwerker die Arbeiter nach Kräften, um die Zahl jener Prozessirenden zu vermehren, welche eben durch ihre Zahl dem Staatsministerium imponiren sollten. Die Maschinenbauarbeiter, in deren Namen jener aufrührerische Anschlag erschienen war, wollten dem Drucker die Presse zerbrechen, bis er sich dazu verstand, ihnen das Manuskript herauszugeben. Der Verfasser heißt Maßalaup. Es erschien darauf ihrerseits ein Widerruf, unterzeichnet von Arbeiterdeputirten der acht Hauptfabriken, der das ganze Lügengewebe zerriß. — Das Staatsministerium erklärte die Prozession für gesetzlich unzulässig. Magistrat und Stadtverordnete sprachen in 2 Anschlägen dagegen, jedoch mit schwachen schlaffen Worten. Der Polizeipräsident von Minutoli richtete eine dringende Ansprache mittelst Maueranschlag an das Berliner Volk, namentlich auch an die Gewerksgenossen. — Gegenüber den Machinationen unserer Chartisten wurde Seitens der Gegenpartei, der unermeßlichen Mehrzahl unsrer Einwohner, mit einer Kraft und Energie, mit einer seltnen Einmüthigkeit und Besonnenheit, auch so planmäßig operirt, wie man sonst nur von der kleinen Minderheit in Deutschland gewohnt ist. Der konstitutionelle Klub namentlich entfaltete einen Reichthum von guten Willen und intellektuellem Vermögen. Nach allen Ecken und Enden, wo Volksversammlungen gehalten wurden, wo Arbeiter in Masse standen, entsandte er Deputationen, zu denen seine edelsten und talentvollsten Mitglieder sich meldeten. Als ein Beispiel für viele, man denke sich Robert Prutz vorgestern Abends als Redner vor dem Schauhaufer Thor, gestern morgen Frühe vor den Arbeitern an den Rehbergen! Der Präsident Leite, Wilh. Jordan, Otto Schomburgk u. A. widmeten dem edlen Bestreben ihre Kräfte. Am Vorabend beschloß der Klub, eine Deputation an Camphausen zu senden, um den Verkauf von Kommißbroden in den Militärbäckereien zu verwirren und zu veranlassen daß die Arbeiter, welche Anmeldungsscharten zu Bauten, doch noch keine Arbeit erhalten, sich sehr erbittert waren, Beschäftigung sofort erhielten. Beide Anträge wurden genehmigt. Es war ein herrlicher Geist in diesem ganzen Treiben. Niemand dachte an England, wir haben nicht Konstabler, in deren Reihen man sich einzeichnen lassen konnte. Der Patriotismus war ein ganz anderer. Aber an aufopfernder Thatkraft, an edelster Hingebung kam er dem englischen gleich. — Ebenso beschickten die Studenten die Fabriken, die Rehberge; sprachen zu den Arbeitern am Plahenser, zu dem Volke unter den Linden. Die ehrlichen Leute erklärten, von Schlöffel betrogen zu sein und versprachen, ehe sie künftig Etwas unternähmen, immer erst bei den Studenten anzufragen! Ueber Schlöffel äußerten sie: „laßt ihn kommen. Der See ist tief; der Baum ist nicht zu hoch und Stricke gibt es noch". Dieser begabte, doch bis zur Tollhäuslerei überspannte junge Mensch darf auch als ein Opfer des alten Systems gelten; denn all sein Hab und all sein Wohnsinn hat wohl einer Hauptquelle des traurige Geschick seines Vaters! — Das Schäfergewerk trat zurück. Die Maschinenarbeiter wollten den Tag über arbeiten. So stelen von den bestochnen und verführten Massen mehr und mehr ab. Ein kleiner Zug mit Stäben, der uns begegnete, rief uns von selbst entgegen: „Keine Demonstration, keine Demonstration — ein Begräbniß"! — — Die großartigsten Anstalten waren getroffen. Der Zug sollte verhindert werden, vor das Schloß zu ziehen. Meint man, dergleichen Züge hätten ja schon ungehindert stattgefunden, so genügt es, an den Zweck, den ausgesprochnen Zweck dieser Prozessionen zu erinnern, um die strengste Anwendung des durch die Revolution doch unangetasteten Strafgesetzes zu rechtfertigen. Demgemäß nahm die studentische Freischaar den am meisten ausgesetzten Posten auf der Königsbrücke ein, welche die Königsstraße, also den Weg zum Schlosse mit dem Alexanderplatz verbindet, auf welchem die wichtigsten Posten derer, welche das direkte Wahrrecht mit Entschiedenheit verlangen, sich versammeln sollte. Die Stadt war in äußerster Erregtheit. Am Hofe schein man den Ausbruch einer zweiten Revolution nicht für unwahrscheinlich gehalten zu haben. Daß eine solche im Werk ist, unterliegt keinem Zweifel. — Die Komödie wurde nun plötzlich aufgegeben. Einer der Hauptkomödianten, der zu den bevorstehenden Wahlen bei der Stadt Berlin die Rolle eines jugendlichen Liebhabers übernommen hat, war bereits zurückgetreten. Also die Prozessionen unterblieb, und die Studenten und Bürger kehrten heim. — Was nun auch die politischen Schauspieler vorgeben mögen, und was sie künftighin vielleicht aufführen könnten, gestern, am 20. April 1848 errang das Ministerium und mit ihm die große Mehrheit unsres Berliner Volks den entschiedensten, eklatantesten Sieg über die Fraktion, deren Tendenz und Taktik in allen Ländern gegenwärtig eine und dieselbe ist. Dieselbe Menschheit, die in London und am Bodensee dem Willen des Volks unterlag, wurde gestern in Berlin bewegen, einen

„ehrenvollen" Rückzug antreten. — Was werden diese Leute jetzt beginnen? Ihre Leser mögen einige Blätter in der D. Z. zurückschlagen und nachlesen, was in Paris geschah, nachdem von dem Reformbankett abgestanden war! Nach Schablonen wird jetzt Geschichte gearbeitet. Und nicht bloß Weinreisende gibt es, sondern man „reist auf Revolutionen" und „macht" „in" Barrikaden!! — Sind wir aber die Narren, die mit sich machen lassen, was sie nicht wollen? — Der gestrige Coup monté war nicht der letzte; hoffentlich unser gestriger Sieg auch nicht unser letzter! Wir helfen uns selbst; darum wird uns Gott helfen.

** Berlin, 20. April. Die Angabe in Nr. 109 der D. Z., daß General Willisen in Berlin gewesen, beruht auf einer Verwechselung mit dem Bruder des Generals. Doch soll gestern gegen Abend Hr. v. W. hier angekommen sein, und zwar mit den unter den jetzigen Umständen günstigsten Nachrichten. — Ihre Sprache über Posen redet und hier aus der Seele; nur fügen Sie als gerechter Richter hinzu, daß Mieroslawski, Liebelt und die ebenso Polen entrüstet sind über den Wahnsinn ihrer Landsleute und mit dem Aufstrag, sowie mit den Gesinnungen des Hrn. v. W. völlig einverstanden sind. Von jeder Anklage gegen den Polenfanatismus sind solche Männer auszunehmen. — Schrieb ich wohl vorgestern, daß Raumer, der auch in dem sogenannten Volkswahlkomités (unter den Zelten) war, mit mehrern andern Anhängern der direkten Wahlen aus diesem Zeltenwahlkomité austrat, weil die Proposition von der Mehrheit beschlossen wurde?

** Berlin, 20 April. Es ist hier folgender Aufruf erschienen: An unsere Mitbürger in den deutschen Ostseehäfen. Theure Mitbürger! Der Krieg mit Dänemark hat begonnen. Der vereinten deutschen Landmacht gegenüber wird es seine Ohnmacht fühlen lernen. Aber wir sind mehrfach gegenüber der dänischen Flotte. Räuberische Angriffe bedrohen unsere Häfen und Kauffahrer; unser Handel, unser Wohlstand stehen auf dem Spiele. Bürger der Seestädte! Die Pflicht der Selbsterhaltung fordert schnellen thatkräftigen Handeln; die höhere Pflicht der Vaterlandsliebe erheischt Opfer. Treten Sie, die zunächst Bedrohten, zusammen als freiwillige Vertheidiger zu Ihrem, zu des Vaterlandes Schutz! Sühnen Sie durch eine rasche, großherzige That, eine That der Begeisterung und der Vaterlandsliebe, die beklagenswerthe Saumseligkeit, mit welcher die Sitzung einer deutschen Flotte bisher hinausgeschoben ward! Greifen Sie, Sie selbst, mit starker, entschlossener Hand zu dem einzigen Mittel, das in diesem Augenblick ausführbar ist: rüsten Sie die seefähigen Dampfschiffe aus, die bisher dem friedlichen Verkehre dienten und die jetzt mitzig in Ihren Häfen liegen! bewaffnen Sie dieselben mit Kanonen und Mannschaften! Stellen Sie eine Flotte her, nicht zu eigenem Angriff: aber feindliche Angriffe abzuwehren und die bedrohten Küsten, die preisgegebene Schiffahrt zu schützen! Nicht bloß die Regierung, der wir von diesem Aufruf gleichzeitig Kenntniß geben, das gesammte deutsche Volk, wir sind es überzeugt, wird Ihre tapferen und patriotischen Bemühungen unterstützen. Die Zeiten der Noth sind zugleich Zeiten großer Schöpfungen. Auch die große, die unerlässliche Schöpfung einer deutschen Kriegesflotte wird ihren Anfang nehmen in den gegenwärtigen gefahrvollen Zeiten! sie wird ihn nehmen, theurer Mitbürger, durch Ihren Patriotismus, Ihre Thatkraft, und nicht mehr auf dem Lande allein, sondern in Zukunft auch auf den Wogen werden deutscher Muth und deutsche Ehre triumphiren! Berlin, 16. April 1848. Der konstitutionelle Klub: Ludwig Gerlinger, Sprecher. Regibl. Otto Gerlinger, v. Daür. Dr. Burchard. Jordan. Lette. Das Abreskomité: Regibl. Linkstr. 34. v. Bardeleben, Krenenstr. 46. Wilhelm Jordan, Kochstr. 58. Robert Prutz, Kanonierstr. 16.

Der Boss. Zeitung wird aus Westpreußen geschrieben: Die Festung Graudenz erhielt in den letzten Tagen ganze Wagen voll von polnischen Besitzern dortiger Gegend, die daselbst einstweilen aufbewahrt werden, bis dieselben ihre Ansprüche auf Westpreußen aufgeben. Sie werden aufs Strengste behandelt, da sie wegen Staatsverrath angeklagt werden sollen. Sobald alle eingezogen worden, wird die Ruhe gewiß hergestellt sein, da die Bauern nur preußisch sein wollen. Zwischen Schwetz und Bromberg kam es zu einem Gefecht zwischen Husaren und polnischen Insurgenten zu Pferde unter Anführung des Wisocki auf Pakkowo und Balinski auf Sypniha. Drei Husaren wurden erschossen, 6 Andere schwer verwundet, von den Polen fielen 9 und 13 wurden verwundet, der ganze Trupp aber, mit Ausführer und zwei Wagen Waffen, gefangen genommen. Die Festung Graudenz ist in Belagerungszustand erklärt.

Posen, 18. April. Aus Warschau ist die wichtige Nachricht hier eingegangen, daß mit Genehmigung des Fürsten Statthalters eine Deputation einflußreicher Polen nach Petersburg abgegangen ist, um den Czar zu bitten, den Polen gewisse Zugeständnisse zu bewilligen und sich zum Herrn von ganz Polen zu machen. Diese Nachricht wird von hiesigen Polen als verbrannt wieder verkündigt. Sie sagen, sie wollen sich jetzt dem Kaiser Nikolaus in die Arme werfen, um mit seinem Beistande ein panslavisches Reich zu gründen. (Fr. O.P.A.Z.)

**Baiern.** || München, 23. April. Der Bauhofklub hat aus seiner Kandidatenliste die zwei Parlamentskandidaten Fallmerayer und Müller gewählt. Da aber Fallmerayer sich dem Klub oder vielmehr einer Deputation des Klubs gegenüber nicht im Sinn des Programms aussprach und unter Anderm erklärte, er sei besonders in Bezug auf die künftige Oberleitung Deutschlands noch nicht mit sich im Reinen, da er erst seit einigen Tagen wieder nach Europa zurückgekehrt sei und sich erst nähere Einsicht in den Stand aller Verhältnisse Deutschlands in den jüngsten Tagen verschaffen müßte, so wählte der Klub an seiner Stelle Dr. Hermann. Als Ersatzmänner wurden gewählt: Dr. Greiner, Dr. Ringler, Dr. Riedel und Professor Waagegraff. Morgen wird der Klub in Rendezhausen eine Volksversammlung halten. Es wollen auch mehrere andere Klubs sich anschließen.

* Aus dem Voigtlande, 17. April. Die Oberpostamtszeitung brachte aus Leipzig den 7. April die Nachricht, „daß das ganze Erzgebirge in vollem Aufstande begriffen sei" — und dieser Zeitung haben Sie Schuld zu geben, daß auch diese unwahre Nachricht in der Deutschen Zeitung abgedruckt wurde. — Offnen Sie daher einer direkten und wahren Nachricht Ihre Spalten. — Es ist leider nur zu wahr, daß das Schloß zu Waldenburg von einer blinden, durch unglückliche Köpfe exaltirte Rotte von einigen tausend Mann, total niedergebrannt und vernichtet wurde, es ist ferner wahr, daß in Elterlein eine Wagelfabrik zerstört wurde, allein daß das ganze Erzgebirge im Aufstand begriffen sei, ist eine Erdichtung. Beunruhigt sind, wie jetzt doch allenthalb, auch hier die Gemüther, hier umsomehr, da in Folge des schlechten Geschäftsganges aller Fabriken, jetzt der Verdienst der Arbeiter kaum zur Ernährung ihrer Familie hinreicht, und sie — da voraussichtlich die nahe bevorstehende Leipziger Ostermesse, über alle Maßen schlecht sein wird, und die Fabrikanten dann kein Geld zu Arbeitslöhnen mehr haben, wenn nicht von Seite der Regierung große Unterstützungen gemacht werden können — bald drohles sein werden. Es ist traurig, inmitten der Arbeiter zu leben und die ziemliche Gewißheit zu haben, daß sie sich in Zeit von vier Wochen, nicht mehr ernähren können. Es ist auf der andern Seite erfreulich, bei der großen Mehrzahl dieser Leute die Ueberzeugung zu finden, daß auf rohe und gewaltthätige Weise nichts Gutes für die Dauer zu erlangen ist. Indessen Eines — ist ein herzzerschneidendes Wort, und Bobelschwingk's Worte: „Noth kennt kein Gebot" — sind eine furchtbare Wahrheit. Wir haben jedoch darin viel Beunruhigendes, daß unser jetziges Ministerium Braun, Georgi, Oberländer ein außerordentliches Vertrauen genießt, und Oberländer, als Minister des Innern, hat ein besonderes Departement zur Verbesserung der Zustände arbeitender Klassen errichtet und aufgefordert, daß jedes Gewerbe im Lande die Mängel und die Mittel zur Beseitigung derselben, soweit Sie angegeben werden können, zur Anzeige bringe. Hören Sie einige Wünsche von unserer Gegend. Wir stellen oben an die Herstellung der Volksschulen und wünschen, daß von 14 — 18 Jahre alle Individuen noch Realwissenschaften nach Bedürfniß lernen; die Nothwendigkeit des Wanderns, besser Aufsicht der Lehrlinge, größere Handelsverbindungen, Zerstörung nach Werthzöllen und Anlegung von Diskontobanken in Fabrikstiftiten, von einer durch die Regierung zu errichtenden Nationalbank andrängt.

** Hannover, 21. April. Wir haben hier auch ein Endchen Revolution gehabt, den gesammten Apparat, die ganze dazu nöthige Scenerie und Dekorationen, provisorische Regierung (oder provisorische Ständeversammlung oder beides in Einem wie einst der Nationalkonvent), Barrikaden, ungeheure Redensarten, gezückte Dolche und allerlei Lumpengesindel. Das Stück wurde auch ganz gut gespielt, aber das Publikum hat sich doch ennuyirt, und einige von den Komödianten sind ausgepfiffen worden. Der Verlauf des Stückes war im Wesentlichen folgender. Es ist Ihnen von hieraus wohl schon über die sog. Konventionen berichtet worden, welche bei Eröffnung des Landtages einen Theil der Deputirten zweiter Kammer hieher geleiten, sich hier (was durchaus nicht in der Absicht der Korporationen gelegen hatte) als eine Art Kontrole der Ständeversammlung konstituiren und, als sie nach einigen Tagen auseinander gingen, einen Ausschuß von 5 Mitgliedern ernannten, welche über die Maßregeln der Regierung und Stände im Lande Bericht erstatten sollten. In welcher Art dies geschehen, braucht wohl nicht erzählt zu werden. Diese Kommission nun berief auf den 16. d. M. die Konventivversammlung wieder ein, die sich denn auch zahlreicher einfand und

Google

weit stürmischer und aufgeregter debattirte, viel weiter gehende und ungleich gefährlichere Maßregeln forderte, als das erste Mal. An demselben Tage brach in Hildesheim, derjenigen Stadt unseres Landes, die den zahlreichsten und miserabelsten Pöbel zählt, offener Aufruhr aus. Was derselbe bezweckte, wollte, ist noch nicht bekannt, wird aber die eingeleitete Kriminaluntersuchung vielleicht demnächst herausstellen. Barrikaden wurden aufgeworfen, Sturm geläutet, um die Bauern aus der Umgegend heranzuziehen, die öffentlichen Behörden unter Mißhandlungen gefangen genommen, mehrere Häuser von Grund aus verwüstet, eine Masse geistiger Getränke unter großen Drohungen und Rodomontaden konsumirt und jeder möglicher Unfug verübt. Derjenige, der als Anführer alles dieses Unheils zu gelten scheint, Advokat Weinhagen, Chef der Hildesheimer Bürgergarde, war, während dies in Hildesheim vorging, in Hannover zur Kondputritenversammlung, wo er erklärte: nöthigen Falls 30,000 Mann herbeiführen zu können, um die Plane und Zwecke der Versammlung durchzusetzen. Inzwischen ereilte die Gewalt, die er heraufbeschwor, ihn selbst. Wenige Minuten darauf wurde er auf eine Anordnung der Hildesheimer Justizkanzlei, die freilich vor dem Ausbruche des Aufruhrs erlassen war, wegen Anreizung zum Aufruhr arretirt. Seine Befreiung durch 40 Hildesheimer, welche der gefangen gehaltenen Justizkanzlei mit Waffen in der Hand einen Freilassungsbefehl abzwangen, damit auf der Eisenbahn hieher eilten und ihn im Triumph aus dem Gefängnisse holten, ist bereits aus den Zeitungen bekannt, ebenso der Jubel mit dem ihn seine Kondeputirten, als er in ihren Mitte trat, begrüßten. Indessen dieser Jubel verkehrte sich bald in lange Gesichter, als gleich darauf zwei Kompagnien der hiesigen Bürgergarde anrückten, welche das Ministerium auf die Nachricht requirirt hatte, daß der Freilassungsbefehl erzwungen worden; Weinhagen wurde nebst dreien seiner Landsleute, von denen Einer vergebens einen ihm sofort entwundenen Dolch zu gebrauchen versucht hatte, verhaftet und ins Gefängniß gebracht. Daß in Hannover der Aufruhr keine Sympathien finde, zeigt sich aus dem Verhalten der Bürgergarde; aber auch die Kondeputirten gaben Weinhagen nun formell auf, indem sie seine Kondeputirten Vollmacht für mangelhaft erklärten. Aber selbst die Hildesheimer blieben hinter solchem Verhalten nicht zurück. Auf die Nachricht von dem Aufruhr war von hieraus sofort Infanterie und Artillerie abgeschickt, die dort zu derselben Zeit ankam, als Weinhagen über seinen zweiten Mord verhaftet wurde. Die Hildesheimer öffneten sofort ihre Thore, räumten die Barrikaden hinweg und verläugneten Weinhagen und dessen Anhang. Am gestrigen Tage wurden noch 30 und einige hier in dem Aufruhr kompromittirte Hildesheimer eingebracht. Ueber Zweck und Verzweigung der aufrührerischen Plane herrscht noch tiefes Dunkel, das auch vielleicht die eingeleitete Kriminaluntersuchung nicht ganz aufhellen wird. Ob der Hildesheimer Aufruhr mit der Schilderhebung der Republikaner in irgendwelchem Zusammenhang steht, ist noch durchaus unklar, obgleich gar nicht zu bezweifeln ist, daß von Süddeutschland aus einzelne Männer beauftragt worden, Norddeutschland, namentlich Hannover und Mecklenburg zu revolutioniren und zu republikanisiren; man nennt in dieser Beziehung sogar Namen. Wie die Frage von diesem Zusammenhange mit den südrussischen Bewegungen, so ist auch dunkel, ob die geglückte Schilderhebung von Hildesheim Rebuliche in andern Theilen unsers Landes zur Folge gehabt haben würde; von der Stadt Celle meint man das wohl, indessen ohne Grund. Ebenso dunkel sind bis jetzt noch die ganzen Plane der Aufrührer, ob sie Anrufung einer Republik oder was sonst sie beabsichtigten, ob sie den Augenblick wo die Kondeputirtenversammlung hier zusammentrat, absichtlich zum Losbruche gewählt haben, um gleich eine Art prov. Regierung zu haben, ob vielleicht der Tag des Losbruchs sogar mit Rücksicht auf die anarchische Bewegung festgesetzt war, welche an diesem Tag in Paris losbrechen sollte aber verunglückte, auf wen im Lande sie sonst gezählt haben u. s. w.: Alles das liegt noch ganz im Dunkeln. Von der Kondeputirtenversammlung ist noch zu berichten, daß dieselbe beschlossen hat an die Stände, das Ministerium und den König eine Petition zu richten, worin verlangt wird, daß die Stände sofort und ohne sich zu vertagen, ein Wahlgesetz berathen sollten, daß dann die Ständeversammlung aufgelöst und zur Berathung einer neuen Verfassung eine neue Ständeversammlung in Einer Kammer berufen werden solle. Die Ständeversammlung hat diese Petition an eine Kommission verwiesen, und ist dann bis zum 8. Mai vertagt worden. Das Ministerium hat der Deputation der Kondeputirten durch den Ministerialvorstand Stüve erklärt: „daß nur die Ständeversammlung, nicht aber die sog. Kondeputirtenversammlung vom Ministerium als gesetzliche Vertretung des Landes anerkannt werden könne." — Auf Frankfurt bei dem Fünfzigerausschuß Beschwerde zu führen; wie es heißt, sind zwei dieser Kondeputirten, Bürern von Emden und Ellissen von Göttingen, zu diesem Zwecke nach Frankfurt abgereist.

**Baden.** Heidelberg, 24. April. Es kommt uns folgende Zuschrift zu: An meine Landsleute von Stadt und Landschaft Hildesheim. Durch die Sonderbundswirren im Süd-West-Ende Deutschlands zurückgehalten, konnte ich noch nicht in Hildesheim eintreffen, wo ich mich zur Wahl in den deutschen Verfassungsrath (konstituirende Nationalversammlung) in Vorschlag gebracht zu sehen wünsche. Dies meinen Freunden zur Nachricht und „Glück auf!" Karlsruhe, 22. April 1848. Rauschenplat, Dr.

* Heidelberg, 24. April. In den Augenblick, wo die Stadt Freiburg sich von einer Bande von Aufrührern überwältigen ließ und ihre sogenannte Neutralität mit einem mehrstündigen Kampfe büßen mußte, war auch Heidelberg ein ähnliches Glück zugedacht. Ohne den raschen Zusammentritt der Bürgerwehr, ohne die Energie derselben, hätten wir höchstwahrscheinlich am Ostermontag ähnliche Gäste beherbergen müssen, wie die Freiburger wenige Tage zuvor. Die Geschichte, plump wie sie eingefädelt war, gestattet einen trefflichen Ueberblick über die Manövers der Partei; wir werden daher morgen darauf zurückkommen.

* Heidelberg, 24. März Abends neun Uhr. Soeben kommt uns folgender Bericht zu: Ministerium des Innern. Karlsruhe, 24. April 1848. Gestern Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr, als die Truppen unter dem Kommando des Generals Hoffmann in die Stadt Freiburg einrücken wollten, kam der Zug der Aufrührer, der sich bei Todtnau gesammelt hatte, bei Günterstthal vom Gebirge herab, worauf die Truppen sich gegen dieselben wendeten. Von 4 Uhr bis nach 7 Uhr wurde gefeuert. Die Rebellen zerstreuten sich flehend, worauf die Truppen sich in die nächstliegenden Orte begaben und heute früh gegen die Stadt Freiburg rückten. Die Thore waren mit Barrikaden verrammelt. An den Eingängen der Stadt hatte von 9 Uhr an ein Kleingewehrfeuer Statt, und zugleich wurde die Stadt mit Kanonen beschossen. Um 11½ Uhr drangen die Truppen über die Barrikaden in die Stadt, die darin befindlichen Rebellen flüchteten sich. Die Stadt ist jetzt im Besitze der Truppen und Alles ist ganz ruhig. Brst.

* Ueber die Vorfälle vom 23. erhalten wir folgenden Auszug aus einem Privatschreiben: Freiburg, 23. April, Nachts 10 Uhr. Um 2 Uhr wurden der Bürgermeister und Stadtdirektor vom General Hoffmann, der mit seiner Mannschaft jenseits der neuen Dreisambrücke stand, beschieden und ihnen aufgegeben, bis 3 Uhr die Stadt von den Bewaffneten (die dort übernachtet hatten) zu räumen, oder es werde mit Waffengewalt geschehen, — auf einmal hieß es, Hecker kommt mit einer Schaar, und wirklich kamen mindestens 2000 Männer von Günterstthal her marschirt. General Hoffmann sammelte seine disponiblen Truppen und zog ihnen entgegen. Drei Salven mit Kartätschen, am Waldhorn, der Ecke des Waldes, zerstreute sie sogar, aber mit wenig Unterbrechung dauerte eine Viertelstunde herwärts von Günterstthal das Schießen fort, und nun begann es an der Dreisambrücke mit heftigen und Bauernbanden und dauerte bis 8 Uhr, wo das Feuer schwieg. Die Banden waren total geschlagen und haben viele Todte und Verwundete. General Hoffmann steht noch vor der Stadt.

* Von der Schweizergrenze, 24. April. Seit 8 Tagen halten eidgenössische Truppen zum französischen und deutschen Grenzgebiete alle Ausweege besetzt, um Bewaffnete weder ein noch aus zu lassen. Die Regierungen von Basel und Baselland nehmen entschieden alle Maßregeln, um die Neutralität der Schweiz aufrecht zu erhalten, und namentlich die mehrfach angedrohten Einfälle der deutschen Freischaaren in das Badische zu verhindern; aber in derselben Zeit steht der radikale Klub in Basel mit den badischen Führern und den Verbündeten in der Schweiz in der lebhaftesten Verbindung und direktem Verkehr. Während vorgestern Hecker und Struve mit ihren Schaaren bei Kandern mit den Truppen zusammenstießen, soll in Basel selbst den ganzen Tag über die größte Aufregung geherrscht haben. Schon am 19. hatte die Nationalzeitung in einem Aufrufe alle „entschlossenen" deutschen Arbeiter zu einer Versammlung eingeladen und während inmittelst zu Großhüningen eine Schaar der aus Frankreich vorbeiziehenden Arbeiter erschienen war, fuhren am Abend des 20sten, als die Nachricht von dem Rückzug Heckers schon eingetroffen, jene entschlossenen in mehreren Kutschen ganz gemächlich zur Stadt hinaus. In dem Wagen waren die Waffen verborgen, und die Grenzhut argwöhnte nichts Böses. Um 8 Uhr traf diese Bande auf der Leopoldshöhe ein, entwaffnete sofort die Zollwächter, nahm ihnen die Mäntel ab, sperrte einige dieser Leute mit dem dort stationirten Gendarmen ein und vertrieb dann den Grenzposten von der Hüninger Brücke. Dies Letzte ist

Digitized by Google

nun unbegreiflicher Weise gelungen und durchgeführt worden etwa 100 Schritte von der Schweizergrenze und im Angesicht der dort aufgestellten eidgenössischen Kompagnie. Der größere Theil der Bande zog auf die Leopoldshöhe zurück und suchte dort bis 4 Uhr Morgens mit der verbrüderten Bürgerwehr von Weil auf Kosten des neutralen Bierths. Als man gegen Morgen des 21. das Anrücken hessischer Infanterie gewahrte, meldete die Weiler Bürgerwehr die drohende Gefahr am Wachthause der Hüninger Brücke, wo die Betrunkenen sich eben angesichts hatten, ihrem Rausch gemüthlich auszuschlafen; die Truppen fanden nur noch die 2 Schwerstbetrunkenen; diese wurden, mit Mühe erweckt, als Gefangene mitgenommen und die Gefangenen auf Leopoldshöhe befreit; die entlaufenen Schuster und Schneider aus Basel aber waren in eiliger Flucht durch Schlamm und Sumpf nach Basel entronnen, wo sie ziemlich nüchtern ankamen. Was diese Expedition eigentlich bezweckt habe, ist nicht klar; die in Gr.-Hüningen eingerückte Arbeiterbande hat von dem eröffneten Uebergang keinen Gebrauch gemacht und von einer mit Hecker's Schaar gesuchten oder gefundenen Verbindung ist Nichts bekannt geworden. An der Spitze jener „Entschlossenen" stand übrigens der Präsident des Handwerkervereins in Basel, Laubenheimer; auch will man bei ihnen den Bezirksförster Dralle aus Reinach (Baselland) gesehen haben, den Präsidenten einer deutschen Arbeiterversammlung, die erklärt hatte: man rühre sich nur, um auf den Ruf des deutschen Parlaments nach Deutschland zu kommen. In Basel selbst soll man nach unsren Nachrichten über solches Treiben um so mehr ergrimmt sein, als, während mitten in den Straßen der Stadt und im Einverständniß mit den Rebakteuren der Nationalzeitung solche Bübereien unternommen werden, die ordentlichen und ehrlichen Bürgersöhne bei Tag und Nacht auf der Grenzbut stehen müssen und zusehen, wie man mit ihnen und den Maßregeln der Regierung Spott treibt; es könnte aber wohl geschehen, daß eine energische Demonstration von Seite der entrüsteten Bürger dem Unfuge ein unsanftes Ende mache. Am 21. um 11 Uhr sah Hecker, Weißhaar und einige andere flüchtige Republikaner über Rheinfelden mit der Post in Basel eingetroffen, wo sie, wie es scheint, nun ihr Hauptquartier aufschlagen und fürs Erste sich in den Wirthshäusern in Gesellschaft der Dr. Brenner umherdrehen. Sie haben ihre Sache noch nicht verloren; es ellen Sendlinge und Briefe nach allen Richtungen, in das Elsaß, das Badische, die Schweiz; die franz. Banden bleiben noch zusammen; die in Gr.-Hüningen erschienenen sollen gestern wieder rheinab gefahren sein und während gestern noch einige Hundert Freischärler vom Walde in Schopfheim standen, rüsten sich die „Entschlossenen" in Basel wieder zu neuen Unternehmungen. Dagegen ist, wie wir von Augenzeugen wissen, unter den Truppen ein tüchtiger Geist und militärische Zucht; besonders werden die Hessen und Würtemberger gerühmt; aber auch die Badener haben sich jenen gleichgehalten und einzelne Ueberläufer aus ihren Reihen ohne Weiteres niedergeschossen. Nun thut energische Führung Noth.

**Kurhessen.** Δ Kassel, 21. April. Die Kurhessen hegen den festen Glauben, daß sie durch die Ereignisse der letzten paar Monate vollständig den Sport im Auslande befeilgt hätten, dem sie früher ausgesetzt waren. Und in der That mußte wohl in Kurhessen der größte Widerstand bei der Regierung durch das Volk überwunden werden; man erlangte weit mehr zuletzt, als anfänglich gefordert war; jeder Versuch zu einer Rückkehr in frühere Verhältnisse ward entschieden abgewehrt und neuerdings in Kurhessen zuerst gegen den lautgewordenen Willen der einfünfzeichsten Landtagsdeputirten die directe Wahl für das konstituirende Parlament durchgesetzt. Ueberall ist ein reges öffentliches Leben erwacht, die Freiheit der Rede und der Schrift, der Association und Petition wird in einem außerordentlichen Umfange gebraucht. Wir können offen gestanden nicht sagen, daß die Regierung in gleicher Weise rührig und energisch und auf die richtigsten Ziele hinarbeite. Nicht, als ob sie die Hände in den Schooß legte; nein, im Ministerium wird emsterngend gearbeitet, aber das Volk sagt: man sieht Nichts. Darin liegt etwas Richtiges. In einer Zeit wie der unsern und unter den obwaltenden Verhältnissen muß eine Regierung Schlag auf Schlag mit den für das Volk wichtigsten Fragen herausrücken, es dürfen nicht Wochen vergehen, bis endlich ein Amneftiegesetz und ein Gewerbsteuererlaß erschient. Ein armer geplagter Minister kann nicht Alles allein vorberreiten und zurecht machen und abschließen, aber Referenten, Vorarbeiter für alle Fächer und Arbeiten kann man heranziehen; und keine ältern, tüchtigen Kräfte vorhanden, so nehme man jüngere; es kommt nur darauf an, daß die rechte Arbeit recht gethan werde, nicht von vorn sie gethan wird. Wie sie sich erinnern werden, habe ich im Anfang unserer Bewegung bestimmt ausgesprochen, daß Wippermann unerläßlich für das neue Ministerium sei. Ich wiederhole das heute noch und gestehe ein, daß ich wünschte, Wippermann bliebe lieber in Kassel, als daß er nach Frankfurt zur konstituirenden Versammlung geht. Er ist nicht nur die rechte Hand Eberhards, er ist auch fast der alleinige Arm desselben. Es scheidet in Wippermann der rüstigste und verständigste Arbeiter für längere Zeit aus dem Ministerium des Innern. Unser Landtag verfährt noch viel unbesorgter. Man sollte meinen, den meisten Deputirten brenne es unter den Sohlen bis sie nach Frankfurt in die konstituirende Versammlung kämen. Wohl im Einverständniß mit den Landtagsdeputirten überhaupt stellte Henckel eine Kandidatenliste den Wählern im Lande auf, in der zum größten Theil Landtagsdeputirte der Gegenwart oder Vergangenheit figurirten, als gäbe es sonst gar keine Kapacitäten im Lande. Kaum tritt Wippermann aus den Vertrauensmännern heraus und zurück in den Fünfzigerausschuß, so tritt in die verlassene Stelle der Landtagsdeputirte und Professor der Philologie Bergt ein. Sobald man damit einverstanden ist, daß zu einer solchen Stelle eine ehrliche und freisinnige Gesinnung und der Ruhm, dem früheren Ministerium gegenüber ein gesinnungstüchtiger Opponent gewesen zu sein, nicht genügt: wird man mit uns einverstanden sein, daß in dieser Erwenung mindestens viel Auffallendes liegt. Wir fühlen uns im Interesse des Landes dazu verpflichtet, dem Ministerium zuzurufen, daß kein Mensch im Lande an es die Forderung stelle, daß es bei der Wahl zu wichtigen Aemtern Leute übergehe und daß diesen unter die bekannten früheren Einstüße gerichteten Landtag zu beschränken braucht, obschon er freilich jetzt aus tüchtigen Männern der neuen Richtung zusammengesetzt ist; den Landtagsdeputirten selbst aber müssen wir in das Gewissen schärfen, daß sie vor Allem dazu erwählt sind, um die innern Angelegenheiten des Landes zu regeln und zu ordnen, und daß in diesem Gebiete gerade jetzt außerordentlich viel Arbeit vorhanden ist, welche die Entfernung vieler Mitglieder nicht zuläßt.

**Hessen.** * Mainz, 21. April. Endlich tritt hier dem Mühlen der Republikaner eine Widerstandskraft entgegen. Veranlaßt durch die grenzenlose Extravaganz der ultrarepublikanischen Mainzer Zeitung, haben sich die Konstitutionellen zusammengeschaart, um der Welt zu zeigen, daß diese Tendenz der Mainzer Zeitung nicht die Tendenz der Mainzer Bevölkerung, sondern nur die Tendenz einer kleinen Koterie ist, die Deutschland Wohl und Heil in dem Umsturz aller Verhältnisse finden zu können glaubt. Die Zahl dieser für die konstitutionelle Monarchie mit der breitesten demokratischen Unterlage gestimmten hiesigen Bewohner aller Stände ist sehr groß und ganz geeignet, den Ausdruck der Bevölkerung darzustellen. Der erste Schritt, den man that, besteht darin, daß man beschloß, für sich von der Mainzer Zeitung abzuwenden und ein neues politisches Organ zu gründen, das vom eben bezeichneten konstitutionellen Standpunkte die Zeitfragen behandelt. Dieses politische Organ wird auf Aktien gegründet, und das Unternehmen hat bereits einen guten Fortgang. Aber dabei blieb man nicht stehn; vielmehr tritt auch eine „konstitutionelle Association" zusammen, eine soziale Verbindung, deren Mitglieder sich zu dem politischen Glauben bekennen, der in der neuen Zeitung seinen Ausdruck nimmt und die auch zusammenhalten gegen Angriffe, von welcher Seite sie kommen mögen. Endlich hat man von Seite dieser Konstitutionellen eine Loyalitätsadresse an den Minister v. Dagern vorgeschlagen, angenommen und mit Tausenden von Unterschriften bedeckt, welche Adresse dem eben und hochachtbaren hessischen Staatsminister darthun wird, daß die Verunglimpfungen seines Namens, Charakters und Wirkens von dem Kern unsrer Bevölkerung, mißbilligt werden, und daß man sich glücklich fühle, einen solchen Minister am Ruder des Staats zu sehn. Nach diesen Demonstrationen wird sich's nun bald herausstellen, auf welcher Seite die Kraft, die Einsicht und der gute Wille liegen.

‡ Darmstadt, 23. April. Die Auflage eines Augenzeugen, der den Brüdern Sagern, dem greisen Vater, die Einzelnheiten des Todes ihres edeln Angehörigen berichtete, läßt keinen Zweifel mehr, daß ein schändlicherer Mord noch nie begangen worden. Ein Parlamentär der Hecker'schen Schaar forderte den General zu einer Unterredung. Sagern, obschon von den Offizieren gewarnt, zu ehrt an Verrath zu glauben, trat vor, Hecker auf der anderen Seite; Sagern wollte im Laufe des Gesprächs Hecker nochmals bestimmen, dem Vergießen von Bürgerblut zu entsagen, ja er ergriff seine Hand, aber vergebens! Die Unterredung ward abgebrochen und ehe Sagern noch in den Reihen seiner Truppen zurück war, feuerte auf Kommando die Schaar des Hecker aus dem Wald, wo sie im Versteck lag. Und von denen, die eine bessere Zeit zu bringen vorgeben, war eine That gescheehen, deren sich die rohesten Völker nicht schuldig machen. Deutschlands giftigster Feind konnte dem Vaterlande nicht eine tiefere Wunde schlagen. Und ein solcher Mann mußte gegen solche Menschen fallen!

Digitized by Google

Wahrlich die Wege der Vorsehung sind räthselhaft und das Leben der Menschen ein Spiel in ihrer verhüllten Hand *).

* Mainz 22. April. Ein Bericht aus Darmstadt in der „Deutschen Zeitung“ von heute macht aufmerksam auf die Widersprüche in dem Reden und Thun unsres Abg. Zitz in Bezug auf sein Erscheinen in der Deputirtenkammer. Daß wir hier nicht viel klarer sind über das Verhalten des Hrn. Zitz, erfseht man aus nachstehender Bekanntmachung im heutigen Wochenblatt. Sie lautet: „Die Republikaner Hecker und Struve haben, gegen die Gesetze der Freiheit und Brüderlichkeit, ihren Landsleuten mit Waffengewalt die Republik aufzuzwingen gesucht, von welcher diese Nichts wissen wollen. Die badische Kammer hat diese Volksfreunde als Aufwiegler und Verräther an der Ruhe und dem Wohle des Vaterlandes bereits geächtet und das Vorparlament Hecker aus der Reihe seiner Ersatzmänner gestrichen. Wollten wir dem Mohr und Zitz nicht Vermuthungen einlegen, daß ihre Namen ferner neben Hecker und Struve in der Annoce des hiesigen Bildungsvereins für Arbeiter erscheinen? (Dieser Verein fordert nämlich beständig zu Geldbeiträgen für das demokratische Centralwahlkomité in Frankfurt auf und nennt die Namen Hecker und Struve, Zitz und Mohr als Träger dieses Vereins). Hr. Zitz ist dieses offenbar seiner konstitutionell-monarchischen Rede vom letzten Sonntag schuldig, wenn er nicht den Verdacht erregen will, daß er als Wahlkandidat gerne mit jeder Partei sympathisirt, was Einsender nicht glauben kann. Wo bliebe auch sonst die politische Tugend, das strenge Festhalten an einem Prinzip, die unwandelbare Ueberzeugung, welche allein zu einem Deputirten befähigt? Wenn die Gelobtheit, welche sich das demokratische Centralkomité für die Wahlen zur konstituirenden Versammlung zur Förderung der vaterländischen Sache erbittet, irgendwie eingehen sollen, dann dürfen alle Empfehlung nicht mehr Hecker und Struve genannt werden, die über das Vaterland die Gräuel des Bürgerkriegs gebracht haben. Es wäre, wie die Sache jetzt steht, wohl zweckmäßiger, wenn die Gaben für die demokratischen Zwecke jetzt den armen, arbeitslosen Bürgern zufössen, die den nächsten Anspruch haben.“

**Schleswig.** Rendsburg, 20. April. Die Börsenhalle bringt über den Zustand der Dinge in Schleswig-Holstein folgende Mittheilungen: Die Wahl zur deutschen Nationalversammlung, welche von Schleswig-Holstein aus mit 11 Deputirten (6 Holstein, 5 Schleswig) zu beschicken ist, nimmt trotz der Kriegsunruhen die Gedanken in Anspruch. Gestern Abend haben bereits einige Patrioten im engeren Rendsburg die Sache zum Gegenstand der Besprechung gemacht. Hoffentlich wird daraus ein allgemeine Wahlkomité für unser Land hervorgehen. Begreiflich stehen die geschiedenen Namen des Landtags, sofern sie nicht anderweitig bedrinert sind, auf der Kandidatenliste obenan: Gülich, Claussen, Rickels, Esmarch, W. Lübers (Engel ist als Landbrost der Herrschaft Pinneberg konstituirt); auch haben wir den Gerichtshalter Hansen, Hamckens, Klenze nennen hören; ferner die Professoren Raabt und Christiansen. Bei der freisinnigen Grundlage aber, auf der das Wahlgesetz beruht, kann es in unserm Lande nicht an noch mehr fehlen, die vielleicht manchen der bisherigen Abgeordnenten vorzuziehen sind, z. B. Mehrere, die sich als Leiter der Bewegung vom 24. 9. M. hervorgethan haben. Es wird hier eine allgemeine Versammlung beabsichtigt, um eine Kandidatenliste für Schleswig-Holstein zu entwerfen. — Die Insel Fehrnarn, deren Bewohner so tapfer den Raubzug dänischer Kriegsschiffe abgeschlagen haben, hat jetzt regulärer Militär zum Schutz erhalten. — Von Eckernförde hört man, daß die dänische Besatzung verstärkt ist und die Verschanzungen eifrig fortgesetzt werden. Die dortige Brücke ist in Abtheilungen abgebrochen und mit Kanonen besahren. Jeder Tag des Zauderns wird mehr Menschenleben kosten, wenn den Dänen immer mehr Zeit sich zu befestigen gelassen wird. Hoffentlich geht es jetzt endlich aber doch bald vorwärts. — Der Prinz hat gestern eine Inspektion der ganzen Stellung unserer Armee gehalten, und man will Bewegungen auf der Linie bemerken. Die Truppenmasse jenseit der Eider, abgesehen vom 10. Armeekorps, muß denn auch doch nach gerade stark genug sein. Fortwährend ziehen noch preuß. Truppen hier durch (heute vom 2. Regiment), sowie stets neue Pferdskaaren verdurchkommen, das deprimierende Zaudern veranlaßt bereits sie und da offene Ausbrüche der Ungeduld. — Nachschrift. Vor dem Schluß dieses Schreibens erfahren wir, daß (wie wir schon erwähnt) der hannoversche General Halkett das Oberkommando übernimmt, während die hannoverschen Truppen an der Eider stehen bleiben. Ihm unterordnet sich der Fürst Radziwill. Ein Theil der hannoverschen Truppen wird auf die Nacht noch hier von Brist her erwartet.

Hamburg, 21. April, 6½ Uhr Nachmittags. Der Wes. Z. wird geschrieben: Diesen Nachmittag 4 Uhr trafen mit dem Eisenbahnzuge von Berlin hier ein: der General der Kavallerie v. Wrangel und der älteste Sohn des Prinzen Karl von Preußen (möglicher Weise der künftige Thronfolger), letzterer war jüngst von Sonn nach Berlin gereist, um von hier aus seine Reise nach dem Kriegsschauplatze anzutreten. General v. Wrangel ging gleichzeitig mit dem 20jährigen Prinzen diesen Nachmittag 5 Uhr von Altona nach Rendsburg ab; aus dem Munde des Generals, so erfahren wir von einer Person seiner Begleitung, kam die wichtige Aeußerung: „Preußen wird jetzt ohne weitern Verzug, und vielleicht diese Nacht noch angreifen“! — Muthmaßlich hängt dieser so bestimmte Entschluß mit der hier heute verbreiteten Nachricht zusammen, daß von den Dänen mehrere deutsche Schiffe, unter anderen ein preußisches und ein mecklenburgisches, aufgebracht worden seien.

* Frankfurt, 22. April. In der heutigen Abendsitzung des 50er Ausschusses erstattete zuerst Robert Blum den Bericht über die ihm gemeinschaftlich mit Raveaux und Lehne übertragene Sendung nach dem Rhein. In Bezug auf die Verschiedenheit der Ansichten zwischen den Schiffseigenern und den Dampfschiffahrtsgesellschaften wurde auf den 27. d. M. eine Zusammenkunft in Koblenz verabredet. Die Deputation wollte auch bei den Unruhen in Aachen vermittelnd einwirken; allein die Rathsklugheit und die unzweckmäßigen Anordnungen der dortigen Behörde vereitelten ihre Absicht. Hierüber, sowie über das Benehmen der Kriegsreservisten (eine Hauptveranlassung des Tumultes) ging Blum in mehrfache nicht sehr erdauliche Details ein. Blachiere beklagte, daß die Deputation aus Hanau nicht so freundlich empfangen wurde, wie es so patriotischen und um das öffentliche Wohl verdienten Männern gezieme, und beantragte eine mildere Fassung des auf ihre Eingabe beschlossenen Beschrides, die denn auch dem Sekretariat übertragen wurde. Bei diesem Anlaß wurde jedoch erklärt, daß der Ausdruck bei seinen Beschlüssen nur die Sache, nicht die Personen im Auge habe und die Freiheit seiner Berathungen dadurch durch Rücksicht auf etwaige Empfindlichkeit dritter Personen beeinträchtigen lassen dürfe. Auf Jacobi's Antrag wurde zum Zweck beschleunigter Herausgabe der Verhandlungen das Sekretariat um 2 Mitglieder verstärkt. Der Bundesbeschluß vom 20. d. M., in welchem die Bundesversammlung bezüglich den Anträgen Preußens und Hannovers sich vorbehielt, den Zeitpunkt der Eröffnung der konstitutionellen Versammlung festzusetzen, hatte die Anträge veranlaßt: von Lehne, daß der Bundestag nur unbefugter Weise über diesen Gegenstand Beschlüsse fassen könnte, und daß dagegen protestirt werden solle; von Murschel, daß der erste Mai als Zeitpunkt der Einberufung festgesetzt bleibe, die Konstituirung aber wo möglich am 15. Mai stattfinden möge; von Heckscher, den Bundestag zu ersuchen, daß ihm durchaus kein Recht zustehe, über die Einberufung oder Konstituirung einzelne Beschlüsse zu fassen. In der Diskussion über diese Anträge sprachen Blum, Wesendonk und Andere dem Bunde alles Recht ab, sich in die Angelegenheit der Eröffnung der konstit. Versammlung einzumischen. Es stehe hier ein Beschluß des Vorparlamentes fest, und lediglich dem Ausschuß sei die Vollziehung desselben übertragen. Blum, Venedey u. A. äußerten, daß der Bundestag durch obigen Beschluß und durch mehrere andere, ohne Benehmen mit dem Ausschusse gepflogene Verhandlungen, zu dem Verdacht Anlaß gebe, er wolle sich den Ausschuß als unbequem vom Halse schaffen. Es wurde gerügt, daß trotz der vor 3 Wochen beschlossenen Exporation des Bundestags noch 11 Theilnehmer der Reaktionsmajregeln in seinem Schoße säßen. Eine Anspielung Venedey's auf Intrigen gegen das Zustandekommen der Nationalversammlung und gegen das Ansehen des Ausschusses rief eine lebhafte Zwischendebatte hervor. Mehrfach wurde auch bemerkt, der Zusammentritt der Versammlung am 1. Mai sei im Interesse der Ruhe und Ordnung von ganz Deutschland nothwendig. Anderseits machten Mathy, v. Closen, Eisenmann, Gülich u. A. geltend, daß dem Bundestage allerdings nach den Beschlüssen des Vorparlaments zustehe, die Begründung der konstituirenden Versammlung in die Hand zu nehmen; daß er sich zwar hierin mit dem Ausschuß zu benehmen habe, daß aber auch kein positiver Beweis von der Absicht, den Ausschuß zu

*) Wir hätten einer so furchtbaren Anklage die Spalten nicht geöffnet, wenn sie nicht von dieser und andern achtbaren Seiten mit größter Bestimmtheit ausgesprochen würde, wenn nicht Augenzeugen damit übereinstimmten, wenn nicht im Herre selbst diese Ueberzeugung die verbreitete wäre. Decker hat zwar vieler Tage von Basel aus eine Erklärung erlassen, worin er behauptet, es sei zuerst von den Truppen, dann von den Rebellen gefeuert worden; aber es wird diese Erklärung theils durch die schon mitgetheilten Berichte, theils durch die übereinstimmende Versicherung glaubwürdiger Männer weitere Erklärungen darüber erhalten; das dieselben erfolgen und sein Dunkel über der Katastrophe zurückziehen möge, muß man im Interesse der Moralität dringend wünschen.

Digitized by Google

umgehen vorliege. Die Eröffnung der Versammlung am 1. Mai sei eine faktische Unmöglichkeit. Man möge sein unbegründetes Mißtrauen gegen den Bund und die Regierungen, die den besten Willen hätten, hervorrufen. Das Resultat der Debatte war die Annahme des Keßlerschen Antrags: da der Zusammentritt der konstit. Versammlung vom Vorparlament auf den 1. Mai festgesetzt worden, die Eröffnung aber von der Anwesenheit einer hinreichenden Anzahl Mitglieder abhänge, so möge der Bundesrat von der Festsetzung eines Zeitpunktes sowohl für den Zusammentritt als die Konstituirung der Versammlung abstehen. Dazu kam auf Mathy's Antrag der Zusatz: der Ausschuß erwartet zuversichtlich, daß eine hinreichende Anzahl Mitglieder sich einfinden werde, um solchergestalt am 18. Mai die Versammlung eröffnen zu können. Auch Blum's Antrag: bei der Bundesversammlung die vom Vorparlament beschlossene Exputation derselben in Erinnerung zu bringen, wurde angenommen. Da morgen keine Zeitungen erscheinen, sollen die heutigen Beschlüsse besonders bekannt gemacht werden.

**Schweiz.**

☽ Bern, 23. April. In der gestrigen Tagsatzung erhob sich bei Verlesung des Protokolls abermals ein kleiner Kampf zwischen Bern und Genf. Der Präsident Ochsenbein unterbrach wiederholt die Gesandtschaft von Genf, welche den Wortlaut der Berner Instruktion nicht recht verstanden hatte. Es erhob sich zuletzt ein ärgerlicher Streit, der nur durch Beschwichtigung einiger Gesandten (Aargau rief: silence!) ohne größeres Aergernis ablief. Aus dem Bericht der Kommission über Beiträge an Verwundete und Hinterlassene der eidg. Armee im Sonderbundskrieg ergibt sich ein Gesammtbetrag von 105,836 Fr. Das Meiste thaten Schweizer selbst, wovon die in Rußland, Klrinasien ꝛc. ehrenvolle Erwähnung verdienen. Man beschloß, dem Vorort die angemessene Vertheilung der Gaben überzutragen und ein Verzeichniß derselben, sowie deren Anwendung zu veröffentlichen. In Bezug auf Vertagung der Tagsatzung wird von Zürich auf den 15. Mai angetragen. Genf bringt nämlich seinen Antrag auf eine außerordentliche Tagsatzung. Ein Angriff dieses Gesandten (J. Fazy) auf die Wirksamkeit der Tagsatzung veranlaßte eine etwas starke Erwiderung vom Präsidium, die Würde der Tagsatzung zu retten. Ochsenbein erklärt, Gründe zu haben, welche ihn veranlassen könnten, zu einer Permanenz der Tagsatzung Anträge zu bringen. Mit 16½ St. wird die Vertagung der Tagsatzung bis zum 15. Mai beschlossen. — Wie man hört, ist in der gehrimen Sitzung der Tagsatzung beschlossen worden, den Antrag Sardinierens zu einem Bündnisse in ablehnendem Sinne zu beantworten. — Noch immer gehen einzelne Arbeiterhaufen von hier nach Baden ab, obwohl das Salzkiral der Hecker'schen Kolonne bekannt ist. Heinzen ist vorgestern aus Amerika hier eingetroffen und sogleich weiter gereist, um persönlichen Antheil an dem Kampf für die deutsche Republik zu nehmen. In hiesigen Blättern ist ein aus Säckingen den 18. April datirter Aufruf an die Deutschen in der Schweiz erschienen, welcher zum schleunigsten Zuzug zum republikanischen Heer auffordert. Er ist von dem „Oberkommandanten der Deutschen aus der Schweiz: J. Ph. Becker" unterschrieben. Becker ist Rheinbaier, naturalisirter Berner und Tabaksfabrikant in Biel.

**Großbritannien.**

London, 23. April. Hier der Hauptinhalt der von Disraeli und Palmerston in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gehaltenen Reden: Disraeli machte zuvörderst einige allgemeine Bemerkungen über die Lage Dänemarks und über die liberalen Maßregeln, zu denen sich der König aus freiem Willen (man kennt diesen freien Willen!) verstanden habe. Er ging sodann auf die Herzogthümer über, wie durch die Umtriebe der deutschen Partei in Holstein eine provisorische Regierung in Schleswig gebildet worden und wie diese erklärt habe, daß die Verbötterung Schleswigs wünsche, in Gemeinschaft mit Holstein ein deutscher Staat zu werden. Der König von Preußen habe darein gewilligt, diese Bewegung unter seinen Schutz zu nehmen und Truppen in das Gebirt des dänischen Königs einrücken lassen. Diese Invasion, behauptete Disraeli, sei durch Nichts zu rechtfertigen, durch Nichts veranlaßt, durch Nichts begründet. Der König von Dänemark, bemerkte er weiter, habe seinen aufständischen Unterthanen eine Niederlage beigebracht, und er würde den Aufstand in drei Tagen gänzlich erdrückt haben, wenn die Preußen nicht gewesen wären; sodann habe der deutsche Bundestag unter rechtswidrigen falschen Vorwänden dieser Invasion seine Sanktion ertheilt, ohne zu bedenken, daß, wenn sein Grundsatz sei, daß überall das deutsche Banner wehen müsse, wo Deutsch gesprochen würde, der Bundestag sich sofort wegen des Elsasses in einen Krieg mit Frankreich und wegen der Ostseeprovinzen mit Rußland einlassen müsse. (Hört! Hört!) Es liege im Interesse nicht nur Englands, sondern Europas, daß der Friede erhalten werde, aber der Friede könne nicht erhalten werden, wenn man Preußens gegenwärtige Politik ungerügt hingehen lasse. Außerdem habe England der Krone Dänemarks durch die Verträge von 1815 und 1720, die noch in Kraft seien, den ruhigen Besitz des Herzogthums Schleswig garantirt. Hierauf ging er zu der Denkschrift über, welche der preußische Gesandte, Ritter Bunsen, dem Lord Palmerston übergeicht habe, und er tadelte aufs Strengste die Indiskretion und die Leidenschaftlichkeit, womit dieser Staatsmann verfaßt hätte, die Verbindlichkeiten jener Garantie als unverbindlich darzustellen. Bereits habe die dänische Regierung England aufgemahnt, diese Garantien zu erfüllen. Wäre es nicht ganz ordnungs- und gesetzmäßig und dabei politisch, Preußen daran zu erinnern, daß, wenn es von England fordere, diese Garantien zu verletzen, England auch die Bürgschaft vergessen werde, welche es jenem für den ruhigen Besitz seiner sächsischen Besitzungen geleistet habe? Der Redner schloß seine Bemerkungen mit einer Art feierlichen Gebets, daß Gott in dieser Angelegenheit das Recht in Schutz nehmen und den Frieden Europas vermittelst der Gerechtigkeit und Macht Englands berathen möge. (S. f.)

**Frankreich.**

Paris, 21. April. Das gestrige Fest ist, wie wir schon bemerkten, fast das einzige, was die heutigen Blätter beschäftigt. Man schätzt die Zahl der Anwesenden auf 400,000; um elf Uhr begann das Defiliren und dauerte zwölf Stunden lang, es war fast Mitternacht, als die letzten Kompagnien durch die elyseischen Felder zogen. Nationalgarde und Heer waren im besten Einvernehmen; sie hatten die Mündungen ihrer Gewehre mit Blumen und Bändern geschmückt. Nachdem Arago eine kurze begeisterte Anrede gehalten, begann das allgemeine Defiliren; jeder Oberst machte Halt, wenn er vor der Estrade ankam, wo die provisorische Regierung war, und empfing dort die ihm bestimmte Fahne.

Was die Bildung einer Rheinarmee ist beschlossen, sie wird aus drei Infanteriedivisionen und einer Kavalleriedivision bestehen, jede Division der Infanterie aus drei Brigaden, die der Kavallerie aus vier Brigaden — Oberkommandant ist General Changarnier. Ein Bataillon der mobilen Nationalgarde ist heute auf der Eisenbahn nach Amiens abgegangen, um in dieser Stadt die Ordnung aufrecht zu haltrn.

Paris, 22. April. Die Stimmrn der Presse, welche sich vernehmen lassen, stimmen darin ganz überein, daß der Eindruck des Festes ein imposanter war; die Stimmung war rinmüthig, Bürger und Heer wetteiferten in freundlicher Annäherung, und kein Mißton, kein der Republik feindseliger Parteiruf ließ sich hören. Die Freunde der Regierung erblicken darin eine Bürgschaft für die Dauer der gegenwärtigen Ordnung der Dinge; die provisorische Regierung veröffentlicht heute einen Aufruf, worin es heißt: „Bürger, wunderi Euch nicht, daß ein Ruf der Freude und des einstimmigen Dankes aller Mitglieder der provisorischen Regierung diesem Rufe von Millionen antwortet, welche gestern vor uns vorübergezogen sind, indem sie mit dem einen Arm der Regierung die Waffen boten, mit dem andern der Republik den Eid der Treue schwuren. Nie hat das Königthum oder das Kaiserreich einer ähnlichen Revue beigewohnt! Denn es waren Armern, die vor ihnen vorüberzogen; hier war es ein Volk! Und das Volk hatte nur Eine Seele und diese Seele war die Bruderliebe! Dieser Triumphbogen, zum Ruhmen eines Eroberers errichtet, verschwand vor dieser Menge; der militärische Genius des Eroberers deugte sich vor dem Genius des Volkes. Es ist das der Charakter der großen Bewegung, welche wir vollenden. Die Individualitäten verschwinden, das Volk wird groß".

Nachdem der National den fürmischen Jubel der Hauptstadt geschildert, der sich in dem vereinten Rufe aller Parteien „vive la république" aussprach, fügt er hinzu: Wir wünschen von Herzen, daß man dies ebensogut in den Departements einsehe, wie in Paris. Die Republik kann nicht mehr in Frage gestellt werden. Das ist keine Theorie mehr, über die man verhandelt, das ist eine vollendete und praktische Thatsache. Die Republik hat es gemacht wie jener griechische Philosoph, vor dem man die Bewegung läugnete: sie ist vorwärts gegangen. Mögen darum alle Wähler in der Ueberzeugung zur Wahlurne hinzutreten, daß die Republik jetzt zu viel Lebenskraft hat, um an ihrer Dauer zweifeln zu dürfen, und daß es nur im Interesse des Landes liegt, daß ihre Einführung rasch, leicht, ohne Erschütterung erfolge.

Auch die andern Blätter, die von der Rechten wie von der Linken, äußern sich in befriedigtem Tone, und wenn sie nicht wie die Organe der Regierung sich der festen Zuversicht hingeben, daß nun das Bestehen der Dinge gesichert sei. Nicht Jeder hat so viel Optimismus, um, wie die Proklamation der Regierung thut, zu verkündigen: „die Ordnung ist verbürgt, die Sicherheit und Unabhängigkeit der Nationalrepräsentanten gesichert, die Industrie frei, der Kredit kehrt zurück" — vielmehr erinnern diese Aeußerungen etwas an die

Digitized by Google

# Entwurf

des

# deutschen Reichsgrundgesetzes.

Der hohen Deutschen Bundesversammlung als Gutachten der siebenzehn Männer des öffentlichen Vertrauens überreicht am 26. April 1848.

**(Als Beilage zur Deutschen Zeitung.)**

## Vorwort.

Aus einem treulich fortgesetzten Bemühen ist uns am Ende eine Arbeit erwachsen, die der besonnenen Pflege und einer zeitigenden Frühlingssonne gar sehr bedarf, wenn aus ihr Etwas zum Heile des Vaterlandes erblühen soll.

Nicht bloß daß wir die ungeheure Kühnheit, ja Vermessenheit empfanden, durch wenige scharf einschneidende Paragraphen tausendjährige Schäden heilen zu wollen, unter uns ergab sich, daß wir es nur geradezu gestehen, als wir den Hauptorganen der neuen Staatsbildung nachfragten, mannigfache Meinungsverschiedenheit, und es sind hochwichtige Entscheidungen allein durch Mehrheiten, überwiegende freilich, getroffen.

Was uns indeß immer wieder zu neuer Gemeinsamkeit des Eifers zusammenführte, war unsere volle begeisterte Einstimmigkeit in einem Punkte. Dieses Deutschland, welches die vielhundertjährigen Staats-Strafen seiner Entzweiung getragen hat, muß seine Volks- und Staatseinheit jetzt erreichen, unverzüglich, bevor noch das zweite Jahrhundert seit jenem Frieden abläuft, welcher seine Schwäche heilig spricht. Niemand in der Welt ist so mächtig, ein Volk von über vierzig Millionen, welches den Vorsatz gefaßt hat, sich selbst fortan anzugehören, daran zu verhindern; Niemand auch dürfte nur wünschen es zu sein, und wenn durch Ereignisse, in welchen wir Alle die Waltung einer höheren Hand verehren, Vieles von dem, was früher allein die Sehnsucht des Vaterlandsfreundes erreichte, heute in die nächste Nähe gerückt ist — wehe der Staatskunst, die in solchem Augenblicke die alten Netze der Täuschung wieder auswerfen wollte. Sie würde sich ihr eigenes Grab graben. Darum sind die Artikel über die Bedeutung des Reichs, über die Grundrechte des deutschen Volks und die Kompetenz des Reichsgerichts mit großer Einmüthigkeit genehmigt.

Allein die Nothwendigkeit, welche in den Sachen belegen ist, führte die Mehrzahl der Versammlung einen starken Schritt weiter. Niemand in ihrer Mitte verbarg sich, daß in jener Zerstückelung, welche für unser Vaterland so traurige Früchte getragen hat, dennoch zugleich vielfältige Keime verborgen liegen, welche zutreten bleiben müssen, wenn unsere Zukunft fröhlich gedeihen soll. Die Bedeutung unserer Dynastien ist durch die Stürme weniger Wochen nicht entblättert, und eine edle Scham hat uns Deutsche behütet, denen zur Seite zu treten, welche aus dem Mißbrauche der Macht, wozu die Versuchung in jeder Menschenbrust liegt, die Nothwendigkeit folgern wollen, jede hervorragende Größe als ein Hinderniß der Freiheit zu beseitigen. An unsere Fürstenhäuser knüpft sich nicht bloß die alte Gewohnheit des Gehorsams, welche sich durchaus nicht beliebig anderswohin übertragen läßt, sondern in Wahrheit die einzige Möglichkeit, dieses weitschichtige, vielgestaltige Deutschland allmählich in die Staatseinheit einzuführen, die sich aus höheren Gründen nicht länger entbehren läßt. Wenn es gewiß ist, daß eine Einheit in der Art, wie sie in anderen europäischen Staaten obwaltet, sich auf deutschem Boden nur durch eine unabsehliche Reihe von Gewaltthaten und Frevoln, deren Verantwortlichkeit kein reiner Vaterlandsfreund auf sich nehmen möchte, erreichen ließe, so würde ebenso gewiß am erreichten Ziel das Gefühl einer völligen Verödung und Rathlosigkeit die deutschen Gemüther überwältigen; denn es wäre ein plötzlicher leichtsinniger Bruch mit unserer ganzen Vergangenheit.

Steht so die Erblichkeit nicht bloß in der Gewissenhaftigkeit und der Gesinnung der Deutschen, sondern auch in ihrem politischen Ueberzeugungen fest, so hat sich doch über die Frage, ob das künftige Oberhaupt Deutschlands ebenfalls erblich zu berufen sei, die Versammlung der Siebenzehner nicht zur Einstimmigkeit vereinbaren können. Die Auffassung der Mehrzahl aber, die im Fortgange der Berathung stärker anwuchs, ist diese:

Von der Zeit an, da ein Reichsgrundgesetz dem deutschen Volk die Reichseinheit und seinen einzelnen Staaten eine Fülle der edelsten Freiheiten, wie sie noch kein Volk der Erde in so langem Kampfe erwarb, gewährleistete: Freiheiten deren noch weiteren Fortschritt nichts hemmen wird, es wäre denn die eigene Besonnenheit, von dieser Zeit an muß für jeden Vaterlandsfreund die Bewahrung solcher unschätzbaren Güter vor umwälzenden Strebungen die Hauptsache sein. Knüpft sich nun unser vierzweigtes Volksleben wesentlich an den Fortbestand der Dynastieen Deutschlands, so darf das Reichsoberhaupt, welches über dem Ganzen zu walten berufen ist, ebenfalls nur ein gleichartig erbberechtigtes sein. Verlassen von dieser Eigenschaft, welche die Wurzel jeder menschlichen Macht bildet, würde es ungleich berechtigt denjenigen gegenüberstehen, welche um der Wohlfahrt des Ganzen Willen die Verpflichtung anerkannt haben, ihre Erbmacht seiner Hoheit unterzuordnen. Es würde eben darum, wenn von Haus aus mächtig, das Reichsregiment als eine vergängliche Nebenaufgabe, nur allenfalls zu Hauszwecken nutzbar, betrachten und behandeln; ohne Hausmacht aber an den höchsten Platz gestellt, wie könnte ein solches, bloß mit den Fiktionen der Macht bekleidetes Reichsoberhaupt nur anders, als in den erblichen Dynastieen seine geborenen Gegner erblicken? Je kraftvoller ein solches Reichsoberhaupt auf den ihm übertragenen Rechten hielte, um so gewisser sahe sich das deutsche Volk in den verderblichsten inneren Zwiespalt, den gefährlichsten Kampf der Pflichten hineingerissen. Nicht unwahrscheinlich würde die eine und unheilbare Republik, mit einem Präsidenten an der Spitze, den Sieg davon tragen, aber sicherlich nur auf einem mit deutschem Bürgerblut besprützten Pfade; denn es ist eine Fabel, die allein in der verzehrenden Unruhe der letzten Wochen

Digitized by Google

vorübergehenden Glauben finden konnte, als sei aus den Herzen der Deutschen die Geltung ihrer Fürstenhäuser auf einmal verschwunden. Diese werden vielmehr in dem Volksbewußtsein eine um so freundlichere Stätte finden, weil sie dem allgemeinen Wohle schmerzliche Opfer gebracht haben. Darum darf der Anfang unserer neuen Ordnung keinerwegs mit der Bestellung eines wechselnden Oberhauptes gemacht werden, und die Mehrzahl unserer Versammlung hat, indem sie den §. 2. Paragraphen genehmigte, mit sicherer Ueberzeugung jede Rücksicht zu diesem Ziele hin aus ihrem Plane entfernt. Denn der Gedanke, daß sich spätzhin wohl auf eine Bahn zurückkommen lasse, die man, in schwankender Zeit schwankend gesinnt, jetzt zu betreten zagt, gehört den verderblichsten aller Täuschungen an. Was in dieser Richtung gelingen soll, muß unverzüglich geschehen.

Wenn Deutschlands einträchtiger Fürstenrath der großen Maiversammlung zu Frankfurt a. M. einen deutschen Fürsten seiner Wahl als erblichen Reichsoberhaupt zur Annahme zuführt, dann werden Freiheit und Ordnung auf deutschem Boden sich versöhnt die Hände reichen und fürder nicht von einander lassen.

## Verzeichniß

der dem Bundestage beigeordneten Vertrauensmänner, welche an der Berathung des vorstehenden Entwurfs Theil genommen haben:

Oesterreich: von Schmerling aus Wien und von Sommaruga aus Wien.
Preußen: Dr. Dahlmann aus Bonn.
Baiern: (nicht vertreten).
Königreich Sachsen: Todt aus Aborf.
Hannover: Dr. Zacharia aus Göttingen.
Würtemberg: Dr. Uhland aus Tübingen.
Baden: Bassermann aus Mannheim.
Kurhessen: Dr. Bergk aus Marburg.
Großherzogthum Hessen: Dr. Langen aus Rheinhessen.
Holstein: Dr. Droysen aus Kiel.
Luxemburg: Willmar aus Luxemburg.
Sächsische Hanser: von der Gabelentz aus Altenburg und Luther aus Meiningen.
Braunschweig und Nassau: von Gagern aus Wiesbaden.
Mecklenburg: Stever aus Mecklenburg.
Oldenburg u. s. w.: Dr. Albrecht aus Leipzig.
16. Stimme: Jaup aus Darmstadt und Petri aus Detmold.
Freie Städte: Dr. Gervinus aus Heidelberg.

---

Da nach der Erfahrung eines ganzen Menschenalters der Mangel an Einheit in dem deutschen Staatsleben innere Zerrüttung und Herabwürdigung der Volksfreiheit, gepaart mit Ohnmacht nach außen hin, über die deutsche Nation gebracht hat, so soll nunmehr an die Stelle des bisherigen deutschen Bundes eine auf Nationaleinheit gebaute Verfassung treten.

### Artikel I.
### Grundlagen.

§. 1. Die zum bisherigen deutschen Bunde gehörigen Lande, mit Einschluß der neuerdings aufgenommenen preußischen Provinzen und des Herzogthums Schleswig, bilden fortan ein Reich (Bundesstaat).

Anmerkung. Wegen des Großherzogthums Posen und des Jitzianer Kreises wird eine Bestimmung vorbehalten.

§. 2. Die Selbständigkeit der einzelnen deutschen Staaten wird nicht aufgehoben, aber soweit es die Einheit Deutschlands fordert, beschränkt. Diese Beschränkung liegt theils darin, daß einzelne Staatsangelegenheiten fortan ausschließlich der Reichsgewalt anheimfallen (Art. II.), theils darin, daß dem Volk, den einzelnen Regierungen gegenüber, gewisse Grundrechte und Einrichtungen von Reichswegen gewährleistet werden. (Art. IV.)

### Artikel II.
### Bedeutung des Reichs.

§. 3. Der Reichsgewalt steht fortan ausschließlich zu:

a) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten nach Außen, mithin das Recht der Verträge und des gesammten diplomatischen Verkehrs zu diesem Zwecke, ingleichen die Ueberwachung der von den einzelnen deutschen Staaten unter sich und mit dem Auslande abzuschließenden Verträge. (Ständige Gesandtschaften zwischen den einzelnen Staaten finden nicht weiter Statt.)
b) das Recht über Krieg und Frieden;
c) das Heerwesen, beruhend auf stehendem Heer und Landwehr, und auf dem Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht ohne Stellvertretung;
d) das Festungswesen;
e) die Sicherung Deutschlands zur See durch eine Kriegsflotte und Kriegshäfen;
f) das Zollwesen, so daß das ganze Reich ein Zollgebiet bildet;
g) das Postwesen;
h) Gesetzgebung und Oberaufsicht über Wasserstraßen, Eisenbahnen und Telegraphen;
i) die Ertheilung von Erfindungspatenten, die sich auf das ganze Reich erstrecken;
k) die Gesetzgebung im Gebiet des öffentlichen und Privatrechts, insoweit eine solche zur Durchbildung der Einheit Deutschlands erforderlich ist, wohin insbesondere ein Gesetz über deutsches Heimaths- und Staatsbürgerrecht, sowie ein Gesetz über ein für ganz Deutschland gleiches Münz-, Maß- und Gewichtssystem gehört;
l) die Gerichtsbarkeit, in dem unten (§. 24) bezeichneten Umfange;
m) die Verfügung über sämmtliche Zoll- und Post-Einkünfte und sofern diese und sonstige Reichseinnahmen (Taxen, Konsulatsgelder ꝛc.) nicht anderweitig, die Belegung der einzelnen Staaten mit Reichssteuern.

### Artikel III.
### Verfassung des Reichs.

§. 4. Die Fülle der Reichsgewalt ist in dem Reichsoberhaupte und dem Reichstage vereinigt. Die Verwaltung einzelner Zweige derselben geschieht durch eigene Reichsbehörden, an deren Spitze Reichsministers stehen. Die Gerichtsbarkeit insbesondere übt ein Reichsgericht aus.

#### A. Das Reichsoberhaupt.

§. 5. Die Würde des Reichsoberhauptes, deutschen Kaisers, soll um der Sicherstellung der wahren Wohlfahrt und Freiheit des deutschen Volks willen erblich sein.

§. 6. Das Reichsoberhaupt residirt zu Frankfurt am Main und bejieht eine mit dem Reichstag zu vereinbarende Civilliste.

§. 7. Der Kaiser hat die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten des Reichs, ernennt die Reichsbeamten und alle Offiziere des stehenden Heeres und der Marine, sowie die Stabsoffiziere der Landwehr, desgleichen verfügt er über die Vertheilung des stehenden Heeres. Auch zur Ertheilung von Erfindungspatenten (§. 3, i) bedarf es der Zustimmung des Reichstags nicht.

§. 8. Dem Kaiser steht die außerordentliche Berufung (vgl. §. 18), die Vertagung, Schließung und Auflösung des Reichstages zu.

Die Beschlüsse des Reichstags erhalten durch seine Verkündigung verbindliche Kraft für alle Theile des Reichs.

Er erläßt die zur Vollziehung der Reichsgesetze nöthigen Verordnungen.

Das Recht des Vorschlags und der Zustimmung zu den Gesetzen theilt er mit dem Reichstage.

§. 9. Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten aus.

Von ihm werden die Gesandten und Consuln ernannt und bei ihm beglaubigt.

Er schließt die Verträge mit auswärtigen Staaten, überwacht die Verträge der einzelnen deutschen Staaten (§. 3, a) und entscheidet über Krieg und Frieden.

§. 10. Der Kaiser ist unverletzlich und unverantwortlich. Dagegen müssen alle von ihm angeordneten Verfügungen von wenigstens einem der Reichsminister unterzeichnet werden, zum Zeichen der Verantwortlichkeit desselben für die Zweck- und Gesetzmäßigkeit der Verfügung. Der Mangel einer solchen Unterschrift macht die Verfügung ungültig.

#### B) Der Reichstag.

§. 11. Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Oberhause und dem Unterhause.

§. 12. Das Oberhaus besteht aus höchstens 200 Mitgliedern, nämlich

1) aus den regierenden Fürsten. Sie haben das Recht einen Stellvertreter zu schicken, der im Laufe einer Sitzungsperiode nicht abgerufen werden darf.
2) Aus einem Abgeordneten von jeder der 4 freien Städte, welche

Digitized by Google

die Regierung mindestens für die Dauer einer Sitzungsperiode schickt.

3) Aus Reichsräthen, welche aus dem Kreise der bewährten Verdienste der einzelnen Staaten auf 12 J. gewählt werden, so daß alle 4 Jahre $^1/_3$ austritt. Die Wahlberechtigung ist unter den einzelnen Staaten mit Rücksicht auf deren Bevölkerung vertheilt. In Staaten die nur einen Reichsrath schicken, steht das Wahlrecht den Ständen, und in den freien Städten dem gesetzgebenden Körper, in solchen die mehrere schicken, steht es zur Hälfte den Ständen, zur Hälfte den Regierungen zu (s. Anlage A). Die Reichsräthe müssen dem Staate, von dem sie gewählt werden, angehören und das 40. Lebensjahr vollendet haben.

§. 13. Das Unterhaus besteht aus Abgeordneten des Volks, welche auf 6 Jahre gewählt werden, so daß alle 2 Jahre ein Drittheil austritt. Auf je 100,000 Seelen der wirklichen Bevölkerung kommt ein Abgeordneter, jedoch so, daß auch Staaten von geringerer Volkszahl einen Abgeordneten schicken, und ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen ebenfalls zu einem Abgeordneten berechtigt;

Die Wahl geschieht durch das Volk (nicht durch die Ständeversammlungen), ob aber direct oder indirect (durch Wahlmänner) bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen.

Wähler ist jeder volljährige selbständige Staatsangehörige mit Ausschluß der wegen eines entehrenden Verbrechens Verurtheilten, wählbar jeder Wahlberechtigte nach vollendetem 30. Lebensjahre. Die näheren Bestimmungen bleiben einer von Reichswegen zu erlassenden Wahlordnung vorbehalten. Beamte bedürfen zu der auf sie gefallenen Wahl keine Genehmigung.

§. 14. Die Reichsräthe und die Mitglieder des Unterhauses beziehen Reise- und Tagegelder aus der Reichskasse.

§. 15. Jedes Mitglied des Reichstags mit Einschluß der §. 12 No. 1 und 2 erwähnten Stellvertreter und Abgeordneten vertritt ganz Deutschland und ist an Instruktionen nicht gebunden.

§. 16. Zu der Gültigkeit eines Reichstagsbeschlusses gehört die Uebereinstimmung beider Häuser.

Das Recht des Gesetzvorschlags, der Beschwerde und der Adresse, desgleichen die Anklage der Minister steht jedem Hause für sich zu.

Der Voranschlag des Reichshaushalts ist stets zuerst dem Unterhause zur Beschlußnahme vorzulegen, deren Ergebnis das Oberhaus nur im Ganzen verwerfen, in den einzelnen Ansätzen nicht verändern darf.

§. 17. Zu einem Beschlusse eines jeden Hauses gehört die Gegenwart von wenigstens einem Drittel seiner Mitglieder und die absolute Mehrheit der Stimmen.

§. 18. Der Reichstag versammelt sich von Rechtswegen jährlich einmal zu einer ordentlichen Sitzung in Frankfurt a. M., die am .... ihren Anfang nimmt. Außerordentliche Sitzungen können durch den Kaiser zu jeder Zeit berufen werden (s. o. §. 8). Eine Vertagung des Reichstags durch den Kaiser darf nicht über sechs Wochen ausgedehnt werden; einer Auflösung soll die Anordnung neuer Wahlen binnen 14 Tagen nachfolgen, widrigenfalls tritt der Reichstag drei Monate nach der Auflösung in seiner alten Gestalt zusammen, wenn die Zeit der ordentlichen Sitzung nicht früher fällt. Die Sitzungen beider Häuser sind öffentlich.

§. 19. Die Mitglieder des Reichstags können der Verpflichtung an den Berhandlungen desselben Theil zu nehmen, nur von dem betreffenden Hause des Reichstags losgelöst entbunden werden.

§. 20. Sie können — außer in dem Falle der Ergreifung auf frischer That bei peinlichen Verbrechen, während ihrer Anwesenheit auf dem Reichstage und auf der Hin- und Herreise — nicht ohne Zustimmung des Hauses, dem sie angehören, verhaftet werden. Auch können sie wegen ihrer Aeußerungen im Hause an keinem Orte zur Rechenschaft gezogen werden.

§. 21. Die Reichsminister haben nur Stimmrecht in dem einen oder andern Hause, wenn sie Mitglieder desselben sind. Sie haben Zutritt in jedem Hause und müssen auf ihr Verlangen gehört werden. Jedes Haus kann die Gegenwart der Minister verlangen.

### C) Das Reichsgericht.

§. 22. Das Reichsgericht besteht aus 21 Mitgliedern. Sie werden zu einem Drittel vom Reichsoberhaupt, zu einem Drittel vom Oberhause, zu einem Drittel vom Unterhause auf Lebenszeit ernannt, und wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten und den Vicepräsidenten. Unvereinbar mit der Stelle eines Reichsrichters ist die Mitgliedschaft des Ober- und Unterhauses und die Bekleidung jedes anderen Reichs- oder Staatsamtes.

§. 23. Das Reichsgericht hat seinen Sitz in Nürnberg. Seine Sitzungen sind öffentlich.

§. 24. Die Zuständigkeit des Reichsgerichts umfaßt folgendes.

a) Streitigkeiten jeder Art, politische und rechtliche, zwischen den einzelnen deutschen Staaten oder zwischen regierenden Fürsten, insofern sie nicht in das Gebiet der Reichsregierungssachen gehören, und mit Vorbehalt der gewillkürten Austräge.

b) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den deutschen Staaten unter demselben Vorbehalte.

c) Klagsachen von Privatpersonen gegen regierende deutsche Fürsten, insofern es an der Zuständigkeit eines Landesgerichtes fehlt.

d) Klagsachen von Privatpersonen gegen deutsche Staaten, bei welchen die Verpflichtung, der Forderung Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist.

e) Streitigkeiten zwischen der Regierung eines einzelnen Staates und dessen Ständen über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung.

f) Alle Klagen gegen den Reichsfiskus und dessen einzelne Zweige.

g) Entscheidungen in oberster Instanz über die nach der Verfassung eines jeden Landes zu beurtheilenden Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege.

h) Anklagen gegen die Reichsminister oder die Landesminister durch einen der Häuser des Reichstags; desgleichen Anklagen gegen die Landesminister durch die Landstände, wegen Verletzung der Reichs- oder beziehungsweise Landes-Grundgesetze. Die Frage wegen Ausdehnung des Anklagerechts auf andere Fälle bleibt der näheren Bestimmung eines Reichsgesetzes vorbehalten.

i) Criminalgerichtsbarkeit für Urtheilsfällung durch Geschworne in Fällen des Hoch- und Landesverraths gegen das Reich, sowie bei Majestätsverbrechen gegen das Reichsoberhaupt.

Der in diesen Fällen dem Reichsoberhaupt zustehenden Begnadigung muß ein Gutachten des Reichsgerichts vorhergehen.

Außerdem hat das Reichsgericht auf Erfordern der Reichsregierung, wegen angeblicher Verletzung reichsgesetzlich verbürgter Rechte durch Gesetze oder Regierungshandlungen der einzelnen Staaten Gutachten zu geben.

Die Vollziehung der reichsgerichtlichen Sprüche bestimmt ein künftiges Reichsgesetz.

## Artikel IV.

### Grundrechte des deutschen Volkes.

§. 25. Das Reich gewährleistet dem deutschen Volk folgende Grundrechte, welche zugleich der Verfassung jedes einzelnen Staates zur Norm dienen sollen:

a) eine Volksvertretung mit entscheidender Stimme bei Gesetzgebung und Besteuerung und mit Verantwortlichkeit der Minister gegen die Volksvertreter;

b) Oeffentlichkeit der Ständeversammlungen;

c) eine freie Gemeindeverfassung, auf Grundlage selbständiger Verwaltung in Gemeindeangelegenheiten;

d) Unabhängigkeit der Gerichte, Unabsetzbarkeit der Richter außer nach Urtheil und Recht; Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, mit Schwurgericht in Kriminalsachen und bei allen politischen Vergehen; Vollziehbarkeit der rechtskräftigen Erkenntnisse deutscher Gerichte im ganzen Gebiete des Reichs.

e) Gleichheit aller Stände in Betreff der Staats- und Gemeindelasten und der Amtsfähigkeit;

f) allgemeine Bürgerwehr;

g) freies Versammlungs- und Vereinsrecht, mit Vorbehalt eines Gesetzes gegen den Mißbrauch;

h) unbeschränktes Petitionsrecht sowohl der Einzelnen als der Körperschaften;

i) das Recht jedes Betheiligten, Beschwerde über gesetzwidriges Verfahren einer Behörde, nach vergeblichem Anruf der vorgesetzten Behörden, an die Landstände und, sofern eine Verletzung von Reichsgesetzen behauptet wird, an einen der Häuser des Reichstags mit der Bitte um Verwendung zu bringen;

k) Preßfreiheit ohne irgend eine Beschränkung durch Censur, Konzessionen und Kautionen; Aburtheilung der Preßvergehen durch Schwurgerichte;

l) Unverbrüchlichkeit des Briefgeheimnisses unter gesetzlicher Verwirrung der bei Kriminaluntersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen;

Digitized by Google

m) Sicherstellung der Person gegen willkürliche Verhaftung und Hausſuchung durch eine Habeas-corpus-Akte.

n) Berechtigung aller Angehörigen des deutschen Reichs in jedem einzelnen deutschen Staate und an jedem Ort ihren Aufenthalt zu nehmen, und unter den nämlichen Bedingungen wie die Angehörigen des betreffenden Staates Grundstücke zu erwerben und Gewerbe zu betreiben;

o) Auswanderungsfreiheit;

p) Freiheit der Wahl des Berufs und der Bildung dazu im In- und Auslande;

q) Freiheit der Wissenschaft;

r) Freiheit des Glaubens und der privaten und öffentlichen Religionsübung; Gleichheit aller Religionsparteien in bürgerlichen und politischen Rechten;

s) Freiheit volksthümlicher Entwicklung, insbesondere auch der nichtdeutschen Volksstämme durch Gleichberechtigung ihrer Sprache in Rücksicht auf Unterricht und innere Verwaltung.

Artikel V.

**Gewähr des Reichsgrundgesetzes.**

§. 26. Das Reichsoberhaupt leistet bei Antritt seiner Regierung einen Eid auf das Reichsgrundgesetz vor dem versammelten Reichstage, der bei jedem Thronwechsel unverzüglich und ohne Berufung in der Art zusammentritt, wie er das letztemal versammelt gewesen ist.

§. 27. Die Reichsminister und die übrigen Reichsbeamten und das Reichsheer werden gleichfalls auf das Reichsgrundgesetz vereidigt.

§. 28. Den in den einzelnen Staaten vorgeschriebenen Verpflichtungen auf die Landesverfassung wird die Verpflichtung auf das Reichsgrundgesetz beigefügt.

§. 29. Zu Abänderungen des Reichsgrundgesetzes ist die Uebereinstimmung des Reichstags mit dem Reichsoberhaupt, in jedem Hause die Anwesenheit von wenigstens drei Viertel der Mitglieder, und eine Stimmenmehrheit von wenigstens drei Viertel der Anwesenden erforderlich.

§. 30. Alle Bundesbeschlüsse, Landesgesetze und Verträge zwischen einzelnen deutschen Staaten sind, insoweit sie mit einer Bestimmung des Reichsgrundgesetzes im Widerspruch stehen, hiermit außer Kraft gesetzt.

Frankfurt am Main, 14. April 1848.

**Anlage A.**

Vertheilung der Reichsräthe auf die einzelnen deutschen Staaten.

| | |
|---|---|
| Oesterreich sendet | 24 |
| Preußen | 24 |
| Baiern | 12 |
| Sachsen, Hannover, Würtemberg u. Baden je 8, zusammen | 32 |
| Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Schwerin je 6, zusammen | 24 |
| Luxemburg, Braunschweig, Nassau, Sachsen-Weimar und Oldenburg je 4, zusammen | 20 |
| Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg je 2, zusammen | 6 |
| Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Hohenzollern-Sigmaringen, Hohenzollern-Hechingen, Waldeck, Reuß ält. Linie, Reuß jüng. Linie, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Homburg, Lichtenstein, Lauenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg und Frankfurt je 1, zusammen | 19 |
| | 161 |

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewer u. Comp., 72 Bow-Lane Route in London, für Frankreich, Spanien, Portugal u. Nordamerika Lister werden auch bei den G. L. Klimmerer Buchhandlung in Frankfurt, Place de St. Jean Nro. 2 und Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Le Bureau de publication bezieht das Groß. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt hierfür fl. 3. 36 kr. durch die Post bezogen in Baden und den Großherzogthümern Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 117. Heidelberg, Donnerstag 27. April 1848.

## Uebersicht.

Republikanischer Jesuitismus. — Wien (officielle Erklärung über das Verhältniß zu einem deutschen Bundesstaat. Adresse der Mähren gegen eine Vereinigung mit Böhmen). Baiern (Sieg der Tiroler in Tirol). Aus Tirol (die wälschen Einfälle: Nothruf um Hülfe). Cottbus (Sturm der Stadt durch wendische Bauern). München (die Stimmung im Lande. Konstitutionelle Bewegung. Die Freischaaren für Tirol. Prinz Karl. Ludwigsberg (Wahlkampf zwischen Strauß und Hoffmann). Tübingen (Fichte's Schrift über die deutsche Verfassung). Dresden (Einberufung eines außerordentl. Landtags). Hannover (Ständeversammlung vertagt. Weisung an General Halkett die Dänen anzugreifen). Heidelberg (ein verunglückter Putsch). Arendsburg (Vorpostengefecht bei Alterhof. Die preuß. Garden rücken vor. Stellung der Dänen. Scharmützel einer Freischaar mit einem Kanonenboot). Aus dem Fürstenthum Birkenfeld (herrliche Lage. Anarchie. Wunsch nach Einschmelzung). Frankfurt (Nordrussischland und der Aufruhr im Süden. Das Vaterrecht der nicht Eingeborenen).

**Schweiz.** Zürich. Die Neue Zür. Zeitung. Deutschland und die Schweizer Politiker.

**Dänemark.** Helsingör. Preußische Schiffe mit Beschlag belegt, deutsche Schiffe angehalten. Senator Kirchmayer nach Hannover. »»

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen: Distraelis und Palmerstons Reden über die dänische Frage. Nachtheiliches Einschreiten gegen die Aufrührstifter in Irland.

**Frankreich.** Dekrete der prov. Regierung. Die Wahlen begonnen. Straßburg. Die Freischärler ziehen ab. Die Polen. Die Truppen. Die bedrohte Unabhängigkeit der Gerichte.

**Italien.** Chur. Waffenstillstand.

**Nachschrift.** Der Mord Gagerns.

**Beilage.** Wien (Zustand der Dinge. Revolutionäre Regungen. Proklamation). Berlin (Organisation eines deutschen Handelsamts). Von der Saale (Vorschlag zur konstitutionellen Vereinigung). Stuttgart (die Wahlen. Die republikanische Partei. Bourgeoisie und Proletariat). Hermannstadt (Rothruf der Deutschen in Siebenbürgen). Schweiz. Bern (Tagsatzungsverhandlungen über Anerkennung der franz. Republik). Niederland. (Der neue Grundgesetzentwurf). Italien. Rom (Lord Minto. Kritische Lage Pius IX. Der h. Andreas und die Polen). Neapel (Ministerveränderung. Die Regierung in Palermo).

## Heidelberg, 26. April.

Wenn man die Zeitereignisse mit Rücksicht auf die Revolutionsgeschichten überschaut, so wird man leicht herausfinden, daß die Republikaner an der Spitze so gut einen General haben, wie die Jesuiten. Dieser republikanische Jesuitengeneral hat dermalen seine Residenz in Paris aufgeschlagen. Um dem vorgesteckten Ziele, der Verständigung einer deutschen Republik, sobald als möglich nahe zu kommen, manövrirt er vor allen Dingen dahin, überall Verwirrungen durch Aufregung der Gemüther und Anstreuung von Samen der Zwietracht herbeizuführen. Schlau und kriegskundig, wie er ist, versteht er, die Schwächen seiner Gegner vortrefflich zu benutzen. Er begreift recht wohl, daß der Deutsche in seiner überwiegenden Mehrheit keine Revolution, sondern eine gründliche Reformation will; er sieht voraus, daß der ausgeschriebene deutsche Reichstag mit Männern werde beschickt werden, die dem republikanischen Jakobinismus abhold sind. Um sich eine positive Macht zu schaffen, will dieser politische Jesuitengeneral mit einer bewaffneten Horde aus Frankreich und der Schweiz in unser schönes deutsches Vaterland dringen. Er findet die Grenzen besetzt und die Regierungen bereit, Widerstand zu leisten, zu dem Ende aber auch angemessene Reserve-Armeen aufzustellen. Daran liegt ihm gar Nichts. Was ist zu thun? Man muß die Regierungen verdächtigen, man muß dem Volke weiß machen, daß die Truppen aufgestellt würden, um es selbst nur wieder zu knechten. Das Volk, leider mit vollem Recht auf den Grund der Vergangenheit mißtrauisch geworden, gibt solchen Versprechungen Gehör und schreit dagegen, daß Baiern und Oestreicher in Würtemberg und Baden zum Schutze einrücken, um jenen Eindringlingen nur um so leichter in die Hände zu fallen. Dieses Kunststück scheint dem Schlauen gelungen zu sein. In Frankfurt hat er wahrgenommen, daß er doch bei dem vernünftigen Deutschen im Ganzen wenig Sympathieen findet. Ihm liegt nun Alles daran, daß das Zusammentreten des deutschen Reichstags verhindert und verschoben werde, damit nur ja nicht zu bald die deutschen Angelegenheiten geordnet werden; er will das Parlament mit republikanisch Gesinnten beschickt wissen und sich wenigstens darin die Majorität sichern. Man müßte blind sein, wenn man nicht sehen wollte, wie der Schlaukopf überall hin seine zum Theil in Schafsköpfen umherwandelnden Offiziere aufgesendet hat, die seinen Befehlen den unbedingtesten Gehorsam leisten und um so gefährlicher sind, als sie vollkommen harmonisch handeln und den bewährten Grundsatz: Spalte und herrsche! mit Einheit und Energie verfolgen. Der Schlaukopf ist als solcher natürlich zugleich der größte Menschenkenner; er weiß recht gut, daß der Deutsche vorzugsweise wissenschaftlicher Natur, höchst gründlich und zugleich genügt ist, über vorgelegte Fragen die Antworten nach allen denkbaren Richtungen hin zu versuchen und zu geben. Er muß in dieser Art beschäftigt werden, damit er über eine hingeworfene Prinzipienfrage recht Viel spreche, darüber aber das Handeln vergesse. Das Hauptziel ist jetzt, daß die Beschickung des Reichstags unterbleibe, weil die Wahl der Abgeordneten auf Nicht-Republikaner fallen wird. Das deutsche Volk muß bearbeitet werden, daß das Gegentheil geschehe. Man wirft ihm daher die Prinzipienfrage hin, daß die Parlamentsglieder unmittelbar aus Urwahlen und weiter aus absoluter Stimmenmehrheit hervorgehen müssen. Wer nur irgend rechnen kann, wird finden, daß, je größer die Zahl der zu Erwählenden wie der Wähler ist, um soviel mehr Zeit nothwendig ist, um dahin zu gelangen, daß Ihre Eingabe durch absolute Stimmenmehrheit gewählt werden könne. Das versteht der General recht gut; er will aber einen zweiten Oberon in sein Wunderhorn stoßen und darnach tanzen lassen, indem er eine Menge Hörnchen geschickt zu vertheilen weiß, mittelst welcher seine Untergeister die Erwählten zusammenblasen sollen. Wenn den Monarchen gegenüber ein: Es ist zu spät! zugerufen wurde, ruft dieser Oberer: Es wird nicht zu spät, wenn auch der Reichstag erst nach längerer Zeit zusammenkommt!

Unbegreiflich ist es dem ruhigen Zuschauer, wie sich die edelsten, reinsten, für Gesetz und Ordnung erwärmten, für das Wohl des Vaterlands erglühenden, in jeder Beziehung und namentlich auch politisch hochgebildeten Männer unbewußt und unvermerkt zum Werkzeug einer solchen unheilbringenden Propaganda machen lassen können. Die Lösung dieses Räthsels ist aber eben die Hinwerfung einer Prinzipienfrage, welche allerdings geeignet ist, das Gemüth zu ergreifen. Ueber diese fallen nun Gelehrte und Ungelehrte her, erhitzen sich in Ausfuhung von Ideale, schaffen Mühen und Sorgen und lassen das Eine unbemerkt, was Noth thut: den Sinn für Gesetz und Ordnung.

Es ist höchst gefährlich, wohl aber jenem im dunklen Hintergrunde lauernden und frohlockenden Schlaukopfe ungemein willkommen, wenn die Hinwerfung eines solchen Bissens eine Aufregung gegen die Staatsregierung und die gesetzlich geordneten Behörden zur Folge hat. Man darf nur fortwährend die Mangelhaftigkeit der Staatsregierung tadeln und daran mäkeln, um eine Mißstimmung zu erzeugen und zu nähren, wozu ein Grund nicht vorhanden ist. Während der Einzelne sich lediglich mit der Beantwortung der Prinzipienfrage beschäftigt und nach Idealen hascht, während er dabei dafür schwärmt, das Vaterland zu beglücken, vergißt und übersieht er, daß er Zündstoff hinlegt, aus dem die Flamme der Anarchie hervorbricht, auch ihm Gefahr droht und zu spät bewiesen läßt, daß er im Streben nach Idealen den sichern Boden preisgegeben und das geschaffene Unterschloß in ein schaudererregendes Grab sich verwandelt hat.

**Oesterreich.** Die Wiener Z. enthält folgendr bei der jetzigen Lage Oesterreichs doppelt auffallende Erklärung: „Weit entfernt dem bevorstehenden Wahlen zum deutschen Volksparlament eine bestimmte Richtung vorzeichnen oder auf dieselben Einfluß nehmen zu wol-

Digitized by Google

len, findet sich das Ministerium kaum, die bereits angeregte Frage, ob Deutschland in Zukunft ein Bundesstaat, oder ein Staatenbund sein soll, veranlaßt, seine Ansicht auszusprechen. Von dem Wunsche des innigen Anschlusses an Deutschland durchdrungen, wird Oesterreich jeden Anlaß freudig ergreifen, welcher seine Anhänglichkeit an die gemeinsame deutsche Sache zu bethätigen vermag. Es könnte aber nie ein gänzliches Aufgeben der Sonderinteressen seiner verschiedenen zum deutschen Bunde gehörigen Gebietstheile, eine unbedingte Unterordnung unter die Bundesversammlung, ein Verzichten auf die Selbstständigkeit der innern Verwaltung mit seiner besonderen Stellung vereinbarlich finden und muß sich die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung gefaßten Beschluß unbedingt vorbehalten. Insofern letzteres mit der Wesenheit eines Staatenbundes nicht vereinbarlich erkannt würde, wäre Oesterreich nicht in der Lage, einem solchen beizutreten."

**Brünn.** Durch die von Prag ausgegangene Anregung, Mähren und Schlesien mit Böhmen zu vereinigen, hat sich das Repräsentationskomite der k. Hauptstadt Brünn veranlaßt gefunden, in der Sitzung am 15. eine Adresse an den Kaiser zu beschließen, worin es gegen den Plan einer solchen Vereinigung nachdrücklich Einsprache erhebt und erklärt, daß die mährisch-schlesischen Provinzen nur in ihrem engsten Verbande mit der konstitutionellen Gesammtmonarchie, nicht aber in einer separatistischen Verbindung mit Böhmen ihr Gedeihen finden können.

**Botzen.** Die Allg. Z. enthält von hier Briefe über einen Sieg, welchen die Tyroler Truppen und Freiwilligen über die Wälschen in Cles errungen haben. Es heißt weiter: Unsre Truppen in Rondberg, beiläufig 8 Kompagnien Infanterie und Jäger beabsichtigen, vereint mit den Freiwilligen, das ganze Nons- und Sulzthal sowie Judikarien bis an die Grenze Tyrols rein zu fegen; möchten sie uns nur auch ebenso von allen Wälschgesinnten befreien! In Cles war die Republik schon verkündet, anderes in der Umgegend verschließen ihren herzlichen Beifall dafür noch in stiller Brust.

† **Aus Tirol**, 23. Die Angriffe auf unsre Grenze dauern fort. Im Sulzberg und am Nonnsberg bringen die lombardischen Freischaaren immer weiter vor und verstärken sich durch Werbung unter den wälschen Bewohnern dieser Thäler. Sie bieten Jedem zwei Zwanziger täglichen Sold und ein Handgeld, verlockend genug für die armen Bauern und das zahlreiche Gesindel. Sehen sagte man, daß sie auf solche Weise 2—300 Mann gewonnen haben und somit mehr als 600 zählen. Ihnen entgegen stehen an der Rochetta 4 Kompagnien reguläre Truppen mit 2 Geschützen und an der Mendel die Schützen von Botzen und Kaltern in ziemlich schwacher Anzahl, die jedoch durch zugezogene 200 Sanner und Mölterer verstärkt werden. Den Gampen hielt bis jetzt Hauptmann Peter von Sölder mit den Schützen von Lana besetzt. Ihm zu Hilfe zogen 2 Kompagnien Passeirer und eine aus der Stadt Meran unter Dr. Anton Pug und von Guterotti. Diese mit den Alleinen und Bauern wollten den Wälschen über „Unsere Frau im Walde" in den Rücken fallen und sie in die Bajonette der Oesterreicher bei Denschmez treiben. Im Nonsberg hat der Landrichter von Cles flüchten müssen, einer seiner Beamten, Martini, ritt den Freischaaren entgegen und hieß sie Namens ihrer Nonsbergischen Brüder willkommen. Am Wormserjoch halten 35 Jäger und ein paar Schützenkompagnien Wache. Ein Beweis, wie es an Truppen mangelt, gab uns die Hilfsschaar, die durch Meran zog, — etwa 120 Mann aller Waffengattungen, wahrhafte Musterreiter, — und dennoch konnte man selbst diese in Trient nicht entbehren, denn schon am nächsten Tage kehrten sie aus Mintschaau zurück. Es fehlen uns Nachrichten, ob nordtirolischer Zuzug bald anlangt. Die Proklame der Erzherzoge und der als gänzlich rath- und thatlos sich erweisenden Schützenregierung kommen täglich nach allen Orten hin, das Nothwendigste, Pulver und Waffen wird immer nur versprochen. Der Unmuth wächst, je dringender die Gefahr und je besser der Wille wird. Selbst der Botenverkehr ist mangelhaft — das Gericht Lana entsendet vergeblich um Nachrichten nach Fondo. — Zwei Briefe liegen vor uns aus dem Erschlande: „Macht Euch schlagfertig liebe deutsche Brüder, um uns zu Hilfe zu eilen", der zweite wiederholt: „Wendet alle Mittel an, auf den ersten Hilferuf ein Korps hierherführen zu können. Viele, Viele schauen bereits nach Baiern und Schwaben, von wo sie allein sich Hilfe versprechen." — Erzherzog Johann war vor zwei Tagen noch in Innsbruck. Er soll viele ernste, treffende Worte von patriotischen Männern hören müssen — er erfährt nun, warum der Tiroler erst nach mißmuthigem Zögern zu den Waffen greift. Die Noth des Vaterlandes thut jetzt Alles. Unser Volk ist zu tüchtig, um nicht zu rechter Stunde am rechten Platz zu stehen. Eins bemerken wir noch — die meisten derer, die sich jetzt um die Sache Oesterreichs und Tirols eifrigst annehmen, sind Leute, die dem alten Systeme niemals beipflichteten, die für die neue Ordnung einstehen. Die obgenannten Ansichten gehören einem Männerkreise in Meran an, der von geistlicher und weltlicher Polizei bis ins Absurde verfolgt war.

**Lombardei.** Wie der Bund, 3. geschrieben wird, haben sich in dieser Stadt traurige Vorfälle ereignet: Die Bauern der Umgegend, bekanntlich wendischen Ursprungs, mögen durch die Nachrichten von den Unruhen ihrer Stammverwandten, der Polen, verleitet worden sein, es diesen nachzuthun, und haben die Stadt gestürmt und geplündert. Die Bürgerwehr suchte sich im Rathhause zu vertheidigen, erlitt aber große Bedrängniß und Verluste. So wenigstens lauten die ersten Nachrichten.

§§ **Aus Baiern**, 20. April. Soweit bisjetzt meine Kenntniß von Baiern reicht, spricht sich die weitüberwiegende Mehrheit des Landes mit großer Entschiedenheit für das konstitutionell monarchische Princip aus. Tendenzen mit stark republikanischer Färbung sind fast nur in Franken vorgekommen, haben aber kein Schwanken in der Hauptrichtung hervorgebracht. Am Bedeutendsten für das Land erscheinen die Bewegungen in der Hauptstadt. Wie verschieden dieselben indeß sind, sie haben einen übereinstimmenden Charakterzug, sie sind unabhängig von äußern Einflüssen, und die Regierung läßt sie frei gewähren. Es war zu erwarten, daß nach den großen Erschütterungen, welche München erfahren, selbst ohne die allgemeine europäische Bewegung, nicht sogleich der ruhige Fortgang gewonnen werden konnte, und daß sich die Vorstellung festsetzte, man müsse im Sturmschritt bleiben, in welchem so Vieles gewonnen worden war. Die Ereignisse im badischen Seekreis trugen indessen dazu bei, die Bürger zu entschiedener Gesinnungsäußerung zu bringen. Aufrufe an den Straßenecken mahnten zu Gesetz und Ordnung, als den einzigen Erhaltungsmitteln der Freiheit und des Wohlstandes. Eine Adresse an den Fünfzigerausschuß und ein Manifest an die Wähler, beide mit dem entschiedensten Bekenntniß konstitutionell-monarchischer Gesinnung, wurden zur Unterschrift auf dem Rathhaus aufgelegt und in wenigen Stunden mit vielen tausend Unterschriften bedeckt. Bekanntlich endigt auf das Ziel ging eine Unternehmung des Grafen Hegnenberg-Dux, des freisinnigen Abgeordneten in der zweiten Kammer. In einer Zuschrift an die Wahlmänner legt er unter Bemerkungen über die hohe Dichtigkeit der bevorstehenden Wahlhandlung sein politisches Glaubensbekenntniß ab, in welchem er sich für Selbstständigkeit der Einzelstaaten bei Einheit des Gesammtvaterlandes, für Recht und Gesetz gegen Gewaltthat, für Religiosität bei voller Glaubensfreiheit, für ein deutsches Oberhaupt und für Treue gegen den König, für die konstitutionelle Monarchie, für die Unverletzlichkeit der Rechte des Volkes und der Krone erklärt. Auf dieses Glaubensbekenntniß vereinigte sich sogleich eine große Anzahl Münchner Bürger und Einwohner, auch anwesende Landesmitglieder zu einem Wahlausschuß und beschlossen in ihrem Sinne auf die Wahlen einzuwirken. Zu dem Ende Exemplaren wurde der Aufruf versendet; sodann eine Kandidatenliste entworfen und auch diese ins Land geschickt und weitere Vorkehrung getroffen, möglichst vielen der bezeichneten Kandidaten Erfolg zu verschaffen. Inzwischen waren die andern Gesellschaften nicht unthätig. Der Bauhofklub nahm gegen den konstitutionellen eine entschieden feindliche Stellung ein und verwarf dessen Programm. Merkwürdig dabei ist, daß nicht allein auf den Kandidatenlisten der verschiedenen Klubs mehrere Namen zugleich vorkommen, sondern auch, daß einige Männer in allen verschiedenen Klubs zugleich als Mitglieder thätig sind. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß die Räthsel dieses Verfahrens sich lösen werden, und sie werden — wenn sie von politischer Bedeutung werden sollten — weiterhin zu allgemeiner Kunde kommen. — Uebrigens geht ein Hauptgeist durch das ganze Land, mit den stimmfähigen Waffen hat Jedermann sein Herz in seine Hand genommen, Gewehr, Schlossenheit und Vaterlandsliebe wachsen auf den Uebungsfeldern, und unsre Jugend verlangt, den wälschen Eindringlingen entgegenzugehen zu werden. Nur der Gewerbthätigkeit auf- und der Noth abzuhelfen, haben wir noch kein Mittel gefunden.

**München**, 23. April. Von hier berichtet die Allg. Zeitung: Die Werbung für die Freischaaren nach Tirol hat einen schönen Erfolg gehabt, indem sich bereits über Zweihundert dazu gemeldet haben; die Führung soll dem Hauptmann Becker übertragen sein, welcher im J. 1809 in Tirol als Tambour seine ersten Sporen verdiente; als sein Adjutant wird der mit Tirol nach allen Seiten hin aufs Genauste bekannte Literat Dr. Lentner am Zuge theilnehmen. Die Freischaar wird sich mit den beiden mobilen Kompagnien des ehemaligen Freikorps in Wiesbach und Tegernsee verbinden, und wahrscheinlich binnen Kurzem schon aufmarschiren. (Möchte sie nicht säumen!) Daß die genannten Freikorps vom Herzog Max organisirt wurden, habe ich

Digitized by Google

Ihnen bereits früher mitgetheilt. — Heute Mittag sind 4 Kompagnien Jäger von Bueghausen hier eingerückt; unsre Leibregiment soll demnächst nach Tirol ausmarschiren. — Prinz Karl von Baiern wollte sich am 24. April als Bundes-Oberbefehlshaber des 7. Armeekorps nach Stuttgart und Karlsruhe begeben.

**Würtemberg.** Ludwigsburg, 23 April. Der Schwäb. Merkur berichtet: Der Wahlkampf ist in vollem Gange; die Parteien stehen sich schroff gegenüber: auf der einen Seite Strauß, auf der andern Che. Hoffmann vom Salon, in der Mitte steht Fabrikant Weigle. Hoffmann legte folgendes naives Glaubensbekenntniß ab: daß wenn es auf ihn angekommen wäre, wie die neu errungene Freiheit als für dieselbe nicht reif noch lange nicht bekommen hätten, daß er jetzt aber, nachdem Gott diesen Gang der Dinge einmal zugelassen habe, sich wohl oder übel darein füge, wie er überhaupt als Christ die jeweilige gesetzliche Obrigkeit, möge ihre Richtung sein, welche sie wolle, zu unterstützen habe.

**Tübingen**, 16. April. Die hier erschienene Schrift von Fichte, über einige Grundzüge der deutschen Verfassung warnt nachdrücklich davor, das monarchische Prinzip, von welchem allein die dauerhafte Einheit Deutschlands erwartet werden kann, auf irgend eine Weise zu schwächen. Sie widerräth daher durchaus, irgend einer Kollektivsouveränetät das künftige Heil Deutschlands anzuvertrauen. Sollten die Verhältnisse, wie wahrscheinlich ist, nur eine wechselnde Hegemonie zweier Staaten zulassen, so möge wenigstens ein verantwortliches, bleibendes Ministerium, an dessen Spitze ein Reichskanzler, das Gegengewicht wider alle dynastischen Sonderinteressen sein und eine dauernde, ausschließlich deutsche Politik begründen nach Innen und nach Außen. Hierdurch scheint vielleicht das einzige Mittel gegeben, ohne Erschütterung der Territorialverhältnisse, an denen wir nicht rühren dürfen, wenn wir nicht wollens in's Chaos gerathen wollen, zu einer eigentlich deutschen, nicht bloß deutsch-preußischen, oder deutsch-österreichischen, centralisirenden Macht zu gelangen. Was bedeutung das in Deutschland künftig zu beseitigende Prinzip der Volksvertretung betrifft, so zeigt die Schrift, daß man man an die Stelle des mit Recht zu verwerfenden Wahlprinzips nach der Besteuerung jetzt das Prinzip der Kopfzahl setzen zu wollen scheine, man ebenso wenig als vorher das eigentliche Volk vertreten Lasse, das wahrlich niemals sein Wesen in der bloßen numerischen Masse darstellen kann. Hieraus werde unvermeidlich jene falsche und eriogene Volkssouveränetät entstehen, deren schlimme Folgen Frankreich uns vor Augen legt, indem sich sicherlich das Demagogenthum derselben bemächtigen werde, wovon wir gleichfalls schon die Anfänge bei uns gesehen haben. Ein Volk lebe vielmehr nur in der Gesammtheit seiner eigenthümlichen geistigen Interessen, und in dieser, in der Gesammtheit seiner Stände, müsse es vertreten werden. Dies sei daher von jetzt an das einzige, zugleich echt germanische Prinzip der Volksvertretung. Der Adel von entlich berühmte Deutschland einer politischen Erziehung von Unten her, wenn es überhaupt dauernder Freiheit würdig und fähig sein solle. Diese könne jedoch nur in der Stärkung und Ausbildung der Gemeindeverfassungen im ganzen Vaterlande ihre Grundlage finden. „Erst an dem Kleinbilde des Gemeindelebens kann sich der Bürger, der Landmann den praktischen Blick für die großen Verhältnisse des Staates erwerben" u. s. w. S. 11. Aus dieser langsamen Durchbildung werde, zum ersten Male in der neuen Zeit, das freie Bürgerthum in seiner Herrlichkeit und Kraft hervortreten, zu dessen Verwirklichung der germanische Volksstamm, in der Weltgeschichte vorzugsweise geeignet zu sein scheine.

**Sachsen.** Dresden, 19. April. Die Stände sind zu einem außerordentlichen Landtage auf den 18. Mai d. J. einberufen. (L. Z.)

**Hannover**, 20. April. Die Börsenhalle meldet: Der bekannte Generallieutenant Halfett hat den Oberbefehl über die kombinirte schleswig-holsteinische Armee erhalten. Gestern kam der Adjutant desselben, Hauptmann Leonhard, hier an und überbrachte den Rapport, daß alle Dispositionen getroffen seien. Heute Nachmittag ging er mit einem Ertrazuge zurück, mit der Weisung, sofort die Dänen anzugreifen. Der Sonnabend oder Sonntag muß also eine Entscheidung herbeiführen. Uebermorgen geht eine Pionier-Kompagnie, unter dem Kapitän Dammert, nach Rendsburg. Hannovre wird die Elb- und Weser Mündung durch Fortifikationen schützen; der Artillerie-Major Wissel ist damit beauftragt.

**Hannover**, 20. April. Die allgemeine Ständeversammlung ist vorgestern bis zum 8. Mai vertagt worden. Die ständischen Kommissionen werden ihre Arbeiten während dieser Zeit fortsetzen. (H. H.)

* **Heidelberg**, 25. April. In dem Augenblick, wo die beide Botschaft hierher kam, die Stadt Freiburg stehe unter der Schreckenherrschaft eines Rebellenhaufens und die Truppen seien bereit, sie mit Gewalt zu säubern, sollte in Heidelberg etwas Aehnliches versucht werden; vielleicht, so dachten die Anstifter, wird die hiesige Bürgerschaft auch durch Beschluß erklären, „sie wolle neutral bleiben." Zum Glück für unsere Stadt war aber die Bürgerschaft so klug und so muthig, auf diesen trostlosen Ruhm politischer Unmündigkeit und Charakterlosigkeit zu verzichten; sie griff bei Zeiten zu und hat dadurch aller Wahrscheinlichkeit nach uns ein ähnliches Unglück, wie es Freiburg traf, erspart. — Der Verlauf und Ausgang des zweiten Ostertags, wie er beschrieben war für alle Freunde der gesetzlichen Freiheit und Ordnung, so war er auch belehrend für die Kenntniß der Führer und Macher; man sah sie einmal in ihrer ganzen Nichtswürdigkeit bloßgestellt, und der bewährten Heuchelei ausgedienter politischen Komödianten wurde wieder ein Mal die Larve gründlich abgezogen. In der Nacht des Ostersonntags, als die Nachrichten von Freiburg verkündeten, daß es dort gelungen sei, die Stadt unter Aufsicht eines wüthenden und betrunkenen Völkshaufens zu stellen, begab sich ein Häuflein Gesinnungsverwandter auf ein benachbartes Dorf (Ziegelhausen), um womöglich hier einen bewaffneten Zug für den folgenden Tag zu Stande zu bringen; an der Spitze stand ein gewisser Wolf aus Pforzheim, ein junger Bursche, der sich früher Studirensthalber hier aufhielt und an dem nichts bemerkenswerth ist, als eine tüchtige Portion Frechheit. Die Emissäre gaben vor, sie seien von zwei hiesigen Bürgern abgeschickt (die beiden Genannten stellen dies entschieden in Abrede), um die Bauern für den folgenden Tag bewaffnet nach Heidelberg zu entbieten; es solle dort die Republik ausgerufen werden! Die Ziegelhauser schienen zu dieser politischen Mission wenig innern Beruf zu fühlen; sie waren unzart genug, die Emissäre aufzugreifen, zu entwaffnen, sie zu einer schriftlichen Bestätigung ihrer Aussagen zu nöthigen und sofort der betreffenden Behörde die Anzeige zu machen. So endigte zwar dieser Versuch für die Urheber auf eine äußerst trostlose Weise; aber es war eben nur eine von den vielen Aufwiegelungen, die man zu gleicher Zeit unternahm. Auch auf andern Dörfchaften in der Nähe prodirte man daselbe; namentlich bot man in Sinsheim und der Umgegend die Leute auf, spiegelte ihnen vor, in Heidelberg sei eine große Volksversammlung, die dortige Einwohnerschaft beeürse des bewaffneten Zuzugs, und dergleichen plumpe Lügen mehr, wie man sie eben braucht, um eine blinde Masse ohne Urtheil, Pöbel in Manschetten und Pöbel in Lumpen, zu einem Bundestreiche zu verleiten. Auch hier wurden nicht nur einzelne verlorene Posten als Emissäre, sondern Einwohner und Bürger Heidelbergs als Anstifter bezeichnet; inwieweit der Vorwurf Grund hat, wird eine hoffentlich mit allem Eifer geführte Untersuchung beweisen. Zum Glück war aber die hiesige Bürgerschaft in ihrer überwiegenden Mehrzahl diesem Treiben ganz abhold; das warnende Beispiel von Freiburg stand vor Augen und die Einwieger, die zur Sorgfaltigkeit mahnenden, fanden hier so wenig Anklang als der Aufwiegler. Der Vorfall in Ziegelhausen machte vorsichtig; die sichere Kunde, daß ein Zuzug von Sinsheim zu erwarten sei, bewies, daß dieser Vorfall kein vereinzelter sei. Der erste Gedanke war, einen solchen Zuzug, wenn er bewaffnet erscheine, nicht in die Stadt zu lassen; Bürgermeister Winter meinte jedoch, man dürfe sein Bürgerblut vergießen, man solle ihn nur hereinziehen lassen! Gegen Mittag näherte sich der Zug; auf Leiterwagen, zu denen man die Pferde zum Theil mit Gewalt requirirt hatte, kam eine ziemlich bedeutende Masse aus den Dorfschaften bei Sinsheim und aus anderen Gegenden zusammen, indessen auf einigen Dörfern in der Nähe von Heidelberg die ganze Freunde (freilich in nicht sehr großer Zahl) gerüstet standen und sorgsam abwarteten, welche Wendung die Dinge nähmen. Die erste Kolonne zog um ein Uhr unter Trommelschlag und Geschrei in die Stadt ein; dieselbe bot freilich einen Anblick, wie ihn Sir John Falstaffs unsterbliche Armee gegeben haben mag, aber bei allem dem war die Sache für einen Fastnachtsspaß zu ernst. Ein Haufe von einigen Hunderten, dem eine größere Zahl folgte, bewaffnet mit Gewehren, Sensen, Sägen, die an Stangen befestigt waren, ist kein gastlicher Besuch, den man gastlich empfängt; eine solche Rotte mag sich Glück wünschen, wenn man sie nur heimschickt. Die Bestandtheile des Zugs waren ein eigenthümliches Schlaglicht auf die Elemente der sogenannten republikanischen Partei; weder der Bürger noch der Bauer war vertreten, wohl aber eine schlimme Gattung des Proletariats, die man im Gegensatz zur arbeitenden Klasse die faullenzende nennen könnte, und die in den sogenannten gebildeten Ständen ebensowiel Vertreter zählt, wie in den unteren Schichten der Gesellschaft. Da fand z. B. an der Spitze ein gewisser Apotheker Maier aus Sinsheim, da war halb städtisches, halb ländliches Volk, das auf Abenteuer gefaßt schien, da waren Einfältige und Neugierige, die den Spektakel wohlfeil mitmachen woll-

Digitized by Google

ien, da waren auch jüdische und christliche „Freiwillige“, die man mit der Drohung gepreßt hatte, sie seien, wenn sie blieben, ihres Lebens nicht sicher. Sie gaben sich freilich Alle, als die Sache fehlschlug, für arme Verführte aus; „wir sind in April geschickt“, rief mehr als Einer, der die deutsche Republik schon in der Tasche zu tragen meinte. Wir möchten auf diese harmlosen Erklärungen nicht zu Viel bauen; war ein solcher Haufe zu einer Heldenthat zwar nicht zu gebrauchen, so war er doch, wenn man ihn mit Wein und wilden Reden erhitzte, zu großen Excessen gut genug; Gäste, die ihre Flinten mit zwei bis drei Kugeln, mit Nägeln u. dgl. geladen hatten, sind nicht von der Art, wie man sie zu einem Süngerfeste, einem Jahrmarkt oder einer Volksversammlung einladet. Kamen die Andern auch, wuchs der Zuzug aus der Nähe, reichten ihnen die hiesigen Freunde die Hand, dann war die Sache so ernst wie in Freiburg, und wir konnten dann zusehen, wie wir die freundlich Eingelassenen wieder hinausbrachten. Diese Ueberzeugung schien auch in der hiesigen Bevölkerung die herrschende; als der Zug der „Brüder aus Sindheim“ kam, schloß man Thüren und Läden, und wie gleich darauf der Generalmarsch schlug, war die Bürgerwehr zahlreich und rasch, wie noch nie, auf den Beinen; binner einer Viertelstunde näherten sich die meisten Fähnlein dem Marktplatz, wo sich die Sindheimer aufgestellt hatten. Der trefflichen Anordnung des Chefs der hiesigen Bürgerwehr, Majors Kummer, war es zu verdanken, daß ohne Hinderniß und großes Aufsehen die ungebetenen Gäste umstellt wurden und sich plötzlich zu ihrem eigenen Erstaunen in einem Viereck von Bajonetten sahen. Als es nun hieß „Waffen ab“, da ließen freilich die gepreßten Freiwilligen in ungemein gereizter Stimmung ihre Waffen sinken, und es war ein bejammernswerthes Schauspiel, wie die Republikaner von Sindheim bleich und mit zitternden Knien dem Ausgang der Dinge entgegensahen; aber auch die Anstifter, die Muthigeren und Trotzigen sahen, daß hier Nachgeben die höchste Weisheit sei und die Wenigen, die aus dem Viereck entrannen, betrunken es ohne Zweifel, da die Entwaffnung außerhalb nicht so leicht und sportelfrei vor sich ging, wie innerhalb des Vierecks. Die guten Freunde von Heidelberg schwiegen; sie stellten sich selber das Zeugniß aus, daß ihre Lunge stärker war als ihre Courage, und die Akten des großen Heidelberger Putsches, die noch am Tage zuvor so parat standen, waren seit ohne alle Nachfrage. Die Entwaffnung ging vor sich, man nahm die Ladungen heraus und lernte bei dieser Gelegenheit den Werth von freundschaftlicher Wirkung, womit sie geladen waren, gründlich kennen; man ließ die Wagen wieder anspannen und die wirthen Gäste fortspedirten. Mit seltener Großmuth ließ man die Führer und Verführer mit wegziehen und gab ihnen auch, als sie fortzogen, die Waffen wieder mit; die Lektion war aber deßhalb nicht minder herb. Die noch auf dem Zug Begriffenen, als sie der Stadt sich näherten und den Gang der Dinge vernahmen, eröffneten ein eifriges Rennen mit Hindernissen und gelangten allmählich wieder — ohne deutsche Republik — an den heimatlichen Heerd. Die guten Freunde aus der Umgebung, die zum Theil schon nahe herangezogen waren, sahen ein, daß ein Rückzug ohne Blut hier das beste Manöver sei, und ehe der Abend herankam, war die Stadt so ruhig und sicher wie je. So hat die Freiburger Katastrophe ein hiteres Gegenstück erhalten; eine Bürgerschaft, die so wenig nicht neutral zu bleiben, hat sich selbst damit den größten Dienst erwiesen und dem übrigen Deutschland gezeigt, daß auch in Baden der Sinn für Ordnung und gesetzliche Freiheit noch stark genug ist, der frechen Wühlerei zu widerstehen. Wenn man aber nicht so gerüstet war, wie dann? Auch die Freischaaren in Freiburg waren keine Helden, ormochten es aber doch, erhitzt und berauscht, eine muthlose Bevölkerung eine Zeit lang zu tyrannisiren und über eine bisher glückliche Stadt Unheil genug zu bringen. Möge das Beispiel Heidelbergs den andern Städten als Muster dienen; das Unglück einer militärischen Exekution; auf unsere, nicht auf Bundeskosten, steht drohend vor der Thüre, wenn wir aber selber uns stark zeigen gegen meuterische Rotten, dann bedarf es der Exekution nicht. Wenn die Regierung Energie gegen offenen Frevel, die Bürger Wachsamkeit gegen jede Störung beweisen, dann werden wir unsern stark erschütterten Ruf in Deutschland allmählich wieder herstellen. Besser aber können die heimlichen Schürer nicht entwaffnet, die politische Heuchelei nicht entlarvt, das moderne demagogische Hoffchranzenthum in seiner ganzen Falschheit und Verworfenheit nicht gebrandmarkt werden, als auf diesem Wege.

**Schleswig.** Rendsburg, 21. April. Heute Vormittag hat ein mehr als sechsstündiges Vorpostengefecht bei Altenhof stattgefunden. Ein Korps von 1500 Dänen ist von Eckernförde ausgerückt und hat das dort postirte Freikorps unter der Führung des Majors von Reichenbach, etwa 4—500 Mann, mit Artillerie und von Kriegsschiffen unterstützt, angegriffen. Der Sieg ist unser gewesen, wenn auch an eine Verfolgung des Feindes, der sich, namentlich durch einen Bajonettangriff in die Flucht geschlagen, nach Eckernförde zurückgezogen hat, nicht zu denken gewesen ist, da wedre Linieninfanterie, noch Artillerie unsere tapferen Freischärler begleitete. Auf unserer Seite sind, wenn wir recht berichtet, 11 gefallen (7 Berliner aus dem Sepyuntschen Korps, 2 Rheinländer) und zwanzig und einige verwundet worden. Frau Ason gewährte Rendsburg den romantischen Anblick, daß sie einen Verwundeten ins Hospital geleitete. Der Verlust der Dänen soll noch einmal so groß sein. Mehrere Korps, die zu diesem Vorposten gehörten, waren erst in der Nacht bei Altenhof angelangt, um sich nach wenigen Stunden schon zu schlagen. Begreiflich haben die Vorposten die Order gehabt, vor überlegener Macht sich zurückzuziehen. Die Affaire ist demnach ein schöner Beweis der Bravour des Korps.

Der Hamb. Korr. enthält über dies Gefecht einen Bericht, wornach die Freischaaren nach tapferem Kampfe zuletzt vor der Uebermacht der Dänen hätten weichen müssen. Dieser Bericht lautet: Hamburg, 21. April, 9½ Uhr Abends. Mit dem heute Abend 8½ Uhr eingetroffenen Bahnzuge aus Rendsburg erfahren wir, daß sich heute früh um 4 Uhr im Schnellmarkter Holze unweit Altenhof, dem Gute des Grafen Eugen Reventlow, zwischen 2000 Mann dänischer Infanterie nebst einer Abtheilung Dragoner und einigen Kanonen einerseits und dem Waffenrischen und Ranzauer Freikorps, denen sich auch die Hamburger, Berliner und Kieler angeschlossen, andererseits zu einem heftigen Gefechte gekommen, welches bis gegen 11 Uhr währte. Die Freischaaren mußten der Uebermacht weichen und zogen sich in ziemlicher Ordnung zurück. Vier Wagen mit Verwundeten waren in Rendsburg eingetroffen. Die Preußen sollten morgen ausrücken und durch Hannoveraner ersetzt werden. General v. Wrangel war in Begleitung eines der jüngeren preuß. Prinzen nach Rendsburg unterwegs, um das Oberkommando der preuß. Truppen zu übernehmen.

Man schreibt ferner der Börsenh. aus Rendsburg vom 21. April: Gestern Abend ist die längst ersehnte Marschorder für die preuß. Truppen eingetroffen und die noch hier in Garnison liegenden Garderegimenter rücken morgen Mittag vor. Der Prinz Friedrich v. Augustenburg ist heute wieder zur Armee gegangen. Husum ist von den Dänen besetzt worden. Einer Abtheilung Bayonne, die gestern sich dort hatte sehen lassen, ist gestern die Besatzung, 400 Mann, mit Artillerie und Gefolge gefolgt. Aus sicherer Quelle erfahren wir von steten Truppenübergängen über die Schlei in den letzten Tagen; in den Dörfern Fluckebye, Hummelfeld, Kosel, südlich von der Schlei, wimmelt es von Dänen. Bei Missunde sind Kanonen aufgefahren, am Nordufer, und das von den Dänen versenkte Fährboot ist wieder herausgezogen. Man scheint mithin die in Angeln kantonirenden Truppen nach Eckernförde hinzuziehen, um nach verlorener Schlacht den Rückzug auf die Flotte zu nehmen, eventuell zugleich auf Schleswig und Missunde. Könnte die schleswig-holsteinische Armee die Batterien der dänischen Kriegsschiffe bei Eckernförde unschädlich machen, dann wäre offenbar die Position der Dänen eine sehr gefährdete.

Ferner enthält die Börsenh. vom 22. April noch folgende Nachschrift: Der „Altonaer Mercur“ schreibt aus Kiel vom 21. April: Die preußische Regierung hat heute Berichte aus London empfangen, nach denen das dortige Kabinet die Schritte des Bundestags wegen Schleswig noch nicht als einen Krieg gegen Dänemark betrachtet und solchem nach wenigstens vorläufig sich neutral verhalten wolle. Die Andeutungen der dänischen Blätter vom 19. scheinen damit übereinzustimmen. Heute Morgen sind die beiden preuß. Regimenter Kaiser Franz und Alexander aus Rendsburg ausmarschirt. Wie man glaubt, wird der Angriff von Friedrichsstadt aus erfolgen, da die jetzige Position der Dänen durch Torfmoore und das alte Dannewerke so sehr gedeckt ist, daß man den Angriff von der Fronte wohl nicht versuchen wird.

Kiel, 21. April. Der Hamb. Korresp. meldet: Von der Eckernförder Strandchaussee aus hat ein Theil des Hamburg-Kieler Freikorps mit einem Kanonenboot scharmützelt. In dieser letzteren Affäre ist der Kommandeur des Boots getödtet und mehrere seiner Leute sind verwundet worden. Die Unsrigen dagegen haben durch die Kanonenschüsse des Boots keinen Schaden gelitten.

Rendsburg, 21. April. Endlich gehts vorwärts, und das haben wir dem tapfern Herzoge von Braunschweig zu danken. Derselbe hat auf seine dringende Vorstellung beim Könige von Preußen endlich zur Antwort erhalten: Die nutzlosen Vermittlungsversuche sollten nunmehr aufhören und die Gewalt der Waffen entscheiden.

Mittags. Eine Estaffette bringt die Nachricht, daß die Dänen Husum besetzt und den Friedrichsstadt an der Eider ziehen. Das Gerücht, daß die Feinde die Eider überschritten, hat sich nicht bestä-

Digitized by Google

tigt. Heute Morgen hörten wir Kanonendonner von der Eckernförder Seite her.

Nachmittags 2 Uhr. Soeben erläßt die Kommandantschaft den Befehl, daß um 6 Uhr sämmtliche Wachen durch Bürgergarden abgelöst werden sollen. Die preuß. Gardezeitungen, welche gegenwärtig die Wachen besetzt haben, werden demnach ausrücken sollen. (Wes. Z).

Der Oberstlieutenant Bause, Flügeladjutant des Herzogs von Braunschweig, ist gestern Abend von einer Sendung Seitens des Herzogs an den König von Preußen mit der Nachricht zurückgekehrt, daß alle nur zweckdienlichen Vermittlungsversuche beseitigt und die gewünschte baldige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage nunmehr der Entscheidung durch die Waffen anheimgestellt werden soll. Die brave hier angekommene 2 preuß. Truppen sind gerade durchmarschirt, und morgen rücken die Gardetruppenregimenter nach. Auf der ganzen Linie ist Bewegung. (H. W. N.)

Auch in der Nordsee sind nunmehr wohlbemannte dänische Schiffe erschienen. Der Alton. Merk. vom 22. Abends schreibt: „Nach einer uns zugekommenen zuverlässigen Notiz sind vor Whd am Sonntage, den 16. d. M., 3 wohlbemannte dänische Fahrzeuge erschienen. Von den Dänen sind abgeschickt der Landvogt von Dorrien und Zollverwalter Erroe nebst den drei Höfte befindlichen 4 Kreuzzollschaluppen.

* Aus dem Fürstenthum Birkenfeld, 16. April. Das Fürstenthum Birkenfeld, 9 □Meilen mit 30,000 Einw., wurde auf dem Wiener Kongreß dem Herzog von Oldenburg als Entschädigung für im Krieg erlittene Verluste, jedoch glaubwürdiger Versicherung nach unter der Bedingung übergeben, daß, sofern ihm später eine anderweitige Entschädigung werden könne, dasselbe an Preußen abgetreten werden solle. Alle wurden seit dieser Zeit nach sogenannten patriarchalischen Grundsätzen regiert, bis denselben in den letzten glorreichen Wochen, wie überall so auch hier, gottlob für immer ein Ziel gesetzt wurde. Vor Kurzem wurde der Regierungspräsident fortgejagt, andere Beamte wurden gezwungen, ihre Aemter niederzulegen u. s. w. Die Reste der Regierung zu Birkenfeld sind so bedroht und angstvoll, daß sie schwerlich Lust haben werden, länger dort zu bleiben. Dadurch ist vollständige Anarchie bei uns eingetreten, und Jeder mag darauf bedacht sein, sich selbst zu helfen und zu schützen, denn die Gewalt der Behörden und Regierung hat aufgehört. Es wurden Adressen entworfen, Volksversammlungen gehalten, und wie aus manchen Aeußerungen hervorzugehen scheint, haben einige der Stimmführer eine Republik Oberrhein-Birkenfeld in Absicht, so zwar, daß der Großherzog aus besonderer Rücksicht gleichsam als Standesherr derselben beibehalten werden soll. Der Großherzog und die Regierung scheinen die Bewegung freilich nicht als diesem Geschäftspunkte zu beurtheilen und der Meinung zu sein, es könne bei einer gemeinsamen Verfassung ein getrenntes Regiment für das Fürstenthum fortbestehen, das Laviren mit halben Maßregeln zeigt wenigstens, daß man nicht abgeneigt ist, auf derartige Vorschläge einzugehen und zu den 38 Staaten des deutschen Vaterlandes den 39ten hinzuzufügen, während doch im Interesse der deutschen Einheit die kleinen Staaten geradezu aufgehoben werden müssen. Wie schutz- und wehrlos ein kleines Ländchen in unruhigen Zeiten dasteht, wie leicht es die Beute der Anarchie und einzelner Aufwiegler werden kann, ist bei uns leider zu klar geworden. Wollte man, wo versagt worden und wozu sich der Großherzog geneigt zeigt, für das Fürstenthum eine besondere Verfassung und einen besonderen Landtag anordnen, so würden wenig unabhängige Männer (denn vom Staate abhängige Beamte könnte man nicht wählen) von hinreichender Intelligenz und politischer Bildung unter uns zu finden sein. Wollte man ferner das Ländchen wie einen selbständigen, von Oldenburg ganz getrennten Staat organisiren, so müßten auch kostspielige höchst Justiz-, Verwaltungs-, Forstbehörden u. fortbestehen, und von der so allgemein verlangten Verminderung des Beamtenheeres könnte keine Rede sein, das verhaßte papierne Regiment mit seinen endlosen Plackereien und Kleinigkeitskrämereien würde vielmehr geradezu von Neuem anfangen. Wie erhebend und ermuthigend ist dagegen das Bewußtsein, Bürger eines großen Staates zu sein, dem zeitgemäße freisinnige Institutionen garantirt sind, der uns in Noth und Gefahr kräftig zu schützen vermag, und dem wie der Lage des Ländchens nach angehören müssen. Wer unsere gegenwärtige wahrhaft trostlose Lage unparteiisch in Erwägung zieht, wird überzeugt sein, daß schleunige Abhilfe Noth thut, und daß sie, da man das kleine Fürstenthum dem größeren, so weit entfernten Herzogthum nicht näher belegen kann, einzig und allein durch Verschmelzung des Ersteren mit Preußen gegen Entschädigung möglich ist. Möchte man in Oldenburg und Berlin unsere Zustände von dieser Seite auffassen, uns sofort provisorisch an Preußen abtreten und dem Parlamente, welches die Geschicke des Vaterlandes zu ordnen hat, die definitive Regulirung übergeben.

□ Frankfurt a. M., 22. April. In unserem Wahlgesetze zur konstituirenden Nationalversammlung ist nach dem eben von unserer gesetzgebenden Versammlung gefaßten Beschlusse das Wort selbständig auf die liberalste Weise ausgelegt worden. Wer nicht unter gerichtlicher Curatel steht, ist selbständig betrachtet, und somit die Abhängigkeit der Person angenommen. Minder zufrieden wird sich wahrscheinlich die öffentliche Meinung mit der Erklärung bezügen, welche dem Worte „Staatsangehörige" gegeben ward, indem man den sogenannten Fremden, d. i. denen, die jenseit der Marktthürme unserer freien Stadt in Staaten verbürgert sind, die doch wahrlich dem Deutschen nicht mehr „das Ausland" sind, die Wahlberechtigung für dies Mal wenigstens, absprach. Unter den Gründen, die dafür angeführt wurden, sind indeß einige, deren Bedeutsamkeit wir, so gern wir es möchten, doch nicht verkennen können. Daß der Bußtage das vom Vorparlamente beliebten Wahlgesetzes für diese Ausschließung ist, und auch die Erklärung des Hünfziger Ausschusses, selbst die zweite, welche da, wo der Begriff „Staatsangehörig" zweifelhaft ist, die liberalste Deutung empfiehlt, hier Nichts an der Sache ändert, liegt klar vor Augen. Hier war das früher nie zweifelhaft. Indessen seit dem Märztage ist die Freiheit nicht mehr die verrostet mittelalterliche, und auch die freien Städte müssen sich zu anderer Definition derselben bequemen. Aber eben die Kleinheit unseres Staates macht die Sache schwierig. Soll die zahlreichste Klasse unserer Permissionisten, die, welche halbe und ganze Wegestunden des Territoriums oder der Eisenbahn von hier verbürgert sind, doppelt stimmen können, oder soll und kann so schnell ein Abkommen mit den Nachbarstaaten Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Nassau, Baiern u. s. w. hierüber getroffen werden? Nun stellte sich noch dar, daß die Zulassung derselben zu unsern 10—12000 Stimmen noch 5200 bringen würde, daß in dieser konstituirenden Versammlung, wo vielleicht das Schicksal von Freistädte, wie der zumal kleinen Staaten Deutschlands überhaupt zur Sprache kommen kann, doch auch ein ganz „klein bischen Interesse an der Lokalität nicht mit Unrecht gewünscht werden muß — und so ist der an sich höchst traurige Beschluß, der viele wackere Deutsche in die Unmöglichkeit versetzt, für dies Mal zu stimmen, doch nicht unbedingt verwerflich zu nennen. Dazu wurde gerechnet — was und nicht bestimmen würde — daß in Hamburg, Preußen, Baiern, Oesterreich unsere Mitbürger eben auch ausgeschlossen sind (Braunschweig und Würtemberg besolgen die freisinnigere Praxis) und ein wenig Repressalien zu brauchen in das Naturrecht gehört, das sich in die Praxis drängt wie zu der alten Perückenzeitschrift. Es ist eben in der noch ungeordneten Wahl- wie andern Gesetzgebung Deutschlands für jetzt noch Vieles ein gordische Knoten, dessen Alexander hoffentlich unser Parlament werden wird. Hr. Dr. Stiebel hatte ein Amendement empfohlen, das Vieles für sich zu haben schien. Er wollte nur die mitwählen lassen, deren Heimath über eine Tagreise entfernt ist, und welche über 6 Monate hier wohnen. Aber bei näherer Prüfung zeigte sich, daß die erste Klausel doch vieles Willkürliche in sich trage, und beide besser von der vaterländischen, als von einer so kleinen Lokalgesetzgebung beschlossen würden. Später wird wohl auch die alte Bundesmatrikel nicht mehr gelten, welche unserm Frankfurt nicht $^3/_4$ seiner jetzigen Bevölkerung gibt, so daß der kleine Theil, mehr noch gedrohten, sich in einen unendlich kleinen verwandelt.

# Frankfurt, 24. April. Der Aufruf im Seeteufe gibt der bittern Stimmung in dem größeren Theile Deutschlands gegen die Bewohner der südwestlichen Marken frische Nahrung. Während die Herstellung eines freien und einigen Deutschlands jedem Manne das höchste Anliegen sein soll, wird der Bürgerkrieg an den Grenzen angefacht, werden fremde Schaaren herbeigezogen, wird mit dem Blutvergießen ein frevelhaftes Spiel getrieben! Während der Dane, der Italiener und der Pole die Hand ausstrecken nach deutschem Rechte und deutschem Boden, und größere Gefahren sich zusammenziehen, schürt tolle Ehrsucht das Feuer der Zwietracht, und die Bevölkerung scheint des Muthes und der Einsicht zu ermangeln, die sie gebieten hätten, solche Bestrebungen im Keime zu ersticken. Diese und ähnliche Betrachtungen erklären das unheimliche Gefühl, welches den Norden gegen den Süden beschleicht, der Einigkeit gesährlich, der Reaktion förderlich werden könnte. Wir erlauben uns daher, auf einige Zeichen aufmerksam zu machen, welche hinreichend darthun werden, daß die Bestandtheile der anarchischen Partei keineswegs ausschließlich in der Bevölkerung unserer südwestlichen Grenzen wurzeln. Die gewählten Vertreter des Volkes in den Kammern von Baiern, Würtemberg, Baden und Hessen haben sich nachdrücklich gegen die Wühler und für

Digitized by Google

die Grundlage deutscher Freiheit und Größe, für die Erhaltung der Gesetzlichkeit ausgesprochen. Ihrem Beispiele sind die Bürger einer Reihe von Städten und Landbezirken gefolgt. Die Truppen, obgleich durch planmäßige Verschwingen und Bestechungen bearbeitet, haben treu an dem Vaterlande und ihrer Pflicht gehalten und den Aufrührern die blutige Lehre gegeben, daß der zum Waffendienste berufene deutsche Bürger sich zur Bubenrollschigkeit und zum Meineid nicht verleiten läßt. Unter den Führern und Hetzern zu Anarchie und Bürgerkrieg ist eine Reihe von Norddeutschen, die im Süden für ihr hellsehes Treiben einen günstigeren Boden und im nahen Auslande einen Rückhalt für Hilfe und Flucht zu finden glaubten. Wir nennen Gustav v. Struve, von russischem Stamme, der den leicht erregbaren Hecker in das Unglück stürzte; den Preußen Willich, welcher die Meuchelmörder des edeln v. Gagern militärisch leitete; den Hofsrieur Bruns, der im Seekreis zur Meuterei hetzte, den Preußen Schlöffel, der landauf landab zur Empörung rief. Und wie mit den Männern des offenen Verbrechens, so verhält es sich auch mit denen, welche die Presse zum Verrath an dem Vaterlande mißbrauchten. Die „Deutsche Volkszeitung", gedruckt und verlegt bei Heinrich Hoff in Mannheim, wird geschrieben von dem Gustav Julius Fröbel, von dem Bruder des Kindergarten-Fröbel, und von dem Hamburger Bodr. Man lese die Namen der Mitarbeiter dieser Fundgrube von Verrücktheit und Sünde, und man wird finden, wie Viele dem Norden und wie Wenige dem Süden angehören. Forscht man ferner nach dem Ursprung der Schandartikel in der „Mannheimer Abendzeitung", so ergibt sich, daß die Spree, die Oder und die Elbe eine weit größere Menge derselben ablagern als Rhein, Neckar und Main. Mögen unsere Brüder im Norden dies bedenken und sich dann auch nicht mehr wundern, wenn die schlechten Elemente, die sie ausgestoßen, in der regen Einbildungskraft und dem leichteren Blute des Südens einige Verherrungen angerichtet haben. Der Kern unserer Bevölkerung hat sich dadon frei gehalten, er kimmt in Gesinnung und Gesühl für Vaterland und Freiheit, für Gesetzlichkeit und Ordnung mit dem Norden in wahrhaft überraschender Weise überein, und der einzige Vorwurf, der uns nicht ganz ohne Grund gemacht werden kann, ist der einer zu großen Langmuth, womit wir den Unfug so lange haben gewähren lassen, oder womit wir nach einmaligem Verfallen in eine bedauerliche Schlafsheit zurückgesunken sind. Dies erklärt sich aus der Furcht, in welche ängstliche Gemüther durch abgeschmackte Lügen von zahllosen Heerschaaren, die aus Frankreich und der Schweiz das Land überschwemmen würden, versetzt worden sind; es erklärt sich durch die Schwäche der Regierungen und der Behörden, welche unverschämten Drohungen Gehör gaben und mit dem Schutze der Grenzen zu lange zögerten; es erklärt sich durch die politzeiliche Erziehung, welche das frei lebende Geschlecht genossen, durch welche es der Männlichkeit entwöhnt und gelehrt worden ist, von der Polizei nicht nur jede Plage zu ertragen, sondern auch Hilfe in jeder Noth zu erwarten. Wir haben jedoch unsere Schwäche theuer genug gebüßt, wir machen den rauhen Gang durch die Wüste, und wir werden fortan nach der Erkenntniß handeln, daß nur in unserer eigenen Kraft und unserem deutschen Sinne die Rettung liegt. Wir tragen die Last der militärischen Besetzung, die wir hätten vermeiden können, wenn wir das Uebel erstickt hätten, bevor es großgewachsen war. Die Geschäfte stocken, Handel und Wandel liegen darnieder, Fremde und Einheimische meiden die Tummelplätze des Unfugs — und wir fühlen die Nothwendigkeit, durch schleunigste Herstellung der Ruhe und Gesetzlichkeit das Vertrauen wieder zu wecken, um das äußerste Elend zu vermeiden und an einer besseren Zukunft dauen zu können. Reichen wir uns von Nord und Süd die Bruderhand zu dem großen, gemeinsamen Werke.

### Schweiz.

□ Zürich, 21. April. Wenn Sie in Heidelberg Lust und Muße hätten, schweizerische Zeitungen aufmerksam zu lesen, so würde Ihnen nicht entgehn, in welch salzloser und gehässiger Weise namentlich die Neue Zür. Zeit. deutsche Angelegenheiten bespricht. Dies hat zwar, anlangend den betreffenden Redakteur, ganz und gar Nichts auf sich; und die Züricher Regierung mag in der Stimmung ihres Volkes Gründe finden, weßhalb sie das halb offizielle Blatt diese zwar unfähdliche, doch feindselige Stellung gegen Deutschland einnehmen läßt. Man steht hier und überhaupt in der Schweiz die Erhebung Deutschlands mit scheelen Augen an; man vermerkt es auch hier mißliebig, daß der Riese erwacht, und nunmehr für die Zwergheit ein Maßstab gegeben ist. Mit der Anarchie in Baden geht es rückwärts; die Hecker-Struwel-Peterssche Republik scheitert; die unermeßliche Mehrheit der Deutschen verschmäht die Republik. Alles das sind die Leute hier betroffen und verdutzt. Bekanntlich gefällt jedem Narren seine Kappe am besten; und so meinen denn auch manche Zürcher in vollem Ernste, die Republik sei die vollkommenste Staatsform, zu der es früher oder später noch überall kommen müße!! Namentlich leben Liebes Glaubens Diejenigen, welche gegenwärtig verdutzen, die fliegrichen Liberalen. Denselben spreche ich da, wo es sich um eigene, innere Angelegenheiten handelt, eine gesunde Beurtheilung durchaus nicht ab; für äußere Politik dagegen und große Verhältnisse fehlt ihnen das Organ. Dessenungeachtet gibt ein Solcher über Alles, was er nicht versteht, seine souveräne Meinung ab, und ahnt nicht, daß er Komiker ist — wider Willen *).

### Dänemark.

Helsingör, 19. April Abends. Heute Abend sind sämmtliche hier auf der Rhede liegende preußische Schiffe von zwei dänischen Kriegsschiffen mit Beschlag belegt worden. Ein anderes Schreiben der Herren A. v. Deurs und Co. an das Comptoir der Hamburger Assecuradeure, datirt Helsingör 19. April 10 Uhr Abends, sagt dagegen: So eben werden alle preußischen Schiffe angehalten. (B. H.)

Damit bestätigt sich gestern Hamburger Nachricht zusammen: Das Comptoir der Hamburgischen Assecuradeure hat von seinen Agenten in Kopenhagen, Hrn. C. J. Holdt, folgende, vom 19 d. datirte Mittheilung erhalten: „Ich beeile mich, hiemit ergebenst anzuzeigen, daß laut Mittheilung des Ministeriums alle preußischen Schiffe im Hafen zurückgehalten werden, und daß die k. Schiffe beordert sind, alle preußischen Schiffe aufzubringen. Die Neutralität von Hamburg und Lübeck wird nur dann respectirt, wenn diese beiden Städte nicht feindlich gegen Dänemark auftreten." Wie wir hören, reist heute Abend Hr. Senator Kirchenpauer nach Hannover, um Hamburgischer Seits an den Verhandlungen über die Sicherung der Schifffahrt auf der Elbe und Weser Theil zu nehmen. (B.-H.)

### Großbritannien.

London, 24. April. (Disraeli's und Palmerston's Reden über die dänische Frage. Schluß.) Viscount Palmerston erwiderte Hrn. Disraeli im Wesentlichen, die von ihm angeregte Frage sei von der allerhöchsten Wichtigkeit. Es gebe gewisse Umstände in der frühern Geschichte Dänemarks, welche Alles, was das Gebeihen dieses Staats betreffe, jedem fühlenden und denkenden Briten zu einem Gegenstande eines besondern Interesses machen müßten. Vielleicht habe kein Staat unter den Verträgen der vergangenen Zeit soviel Einbuße erlitten als Dänemark. Es sei das Loos Englands gewesen, vor nicht gar ferner Zeit durch Umstände zu einer damals unvermeidlich erscheinenden feindseligen Handlung gegen Dänemark getrieben worden zu sein, welche den Gefühlen sowohl der Regierung als des Landes zuwider gewesen. Eine Rechtsfrage habe sich jetzt zwischen dem deutschen Bunde und der Regierung Dänemarks aufgethan; diese Rechtsfrage beziehe sich einzig und allein auf das Herzogthum Schleswig. Der edle Lord geht hier auf diese Rechtsfrage tiefer ein und führt dann fort: da die englische Regierung ihre unparteiische Vermittlung angeboten habe, so würde es unpassend erschienen, wenn er (Palmerston) sein eigenes Urtheil nach der einen oder andern Seite ausdrücken wolle; darüber aber könne keine Frage sein, daß es für England Pflicht und Ehrensache sei, eingegangene Verbindlichkeiten zu halten. Das ehrenwerthe Mitglied für Buck habe vergessen zu bemerken, daß Frankreich eine ähnliche Bürgschaft gutgeheißen habe wie England, und ebenso wie dieses zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten gemahnt werden müsse. Redner habe sich etwas stark geäußert über das Verfahren einer Person, für welche er große Achtung und Bewunderung hege, er meine den preußischen Gesandten am Londoner Hofe, den Hr. Disraeli deßhalb getadelt, weil er über die schleswigsche Frage eine Flugschrift veröffentlicht habe *). Wenn das ehrenwerthe Mitglied sich in der Stellung des preußischen Gesandten befände, so würde ihn Niemand deßhalb tadeln, daß er vor ganz Europa öffentlich die Gründe dargelegt habe, durch welche seiner Ansicht nach das Verfahren des Königs von Preußen in dieser Angelegenheit gerechtfertigt würde. Mehr wolle und dürfe er (Palmerston) nicht sagen als nur seine Verschrerung wiederholen, daß England seine eingegangenen Verbindlichkeiten erfüllen werde; zugleich aber möge man nicht vergessen, daß

*) Wir werden auf diese Seite der schweizer Politiker in den nächsten Tagen zurückkommen.

*) Diese der Redaktion zugekandte Denkschrift trägt den Titel: „Memoir on the constitutional rights of the Duchies of Schleswig and Holstein presented to Viscount Palmerston by Chevalier Bunsen on the 8. April 1848. London: Longman, Brown, Green and Longmans, Paternoster — row." Die Schrift umfaßt 165 Seiten.

Digitized by Google

im vorliegenden Falle die preußischen Truppen nicht dazu verwandt würden, Schleswig von Dänemark loszureißen, sondern nur zur Unterstützung einer Partei, welche dafür hielte, daß ihre Rechte und Gewohnheiten sie eher berechtigten, mit dem Herzogthum Holstein statt mit dem Königreich Dänemark verbunden zu werden. Schließlich könne er nur die Hoffnung aussprechen, daß diese Verwirrungsfrage, die, bis zu ihren äußersten Konsequenzen fortgesetzt, den Frieden Europas stören könnten, durch diplomatische Vermittelung zu einer freundschaftlichen Ausgleichung gebracht werden würden. Diese hier im Auszuge mitgetheilte Rede wurde durch ein häufiges „Hört! Hört!“ unterbrochen.

Die englische Regierung scheint mit nachdrücklichem Ernste in Irland einschreiten zu wollen. Am 16. April hat die Polizei die erste Brigade der Schaafschützen-Repealer in der Ship-Street verhaftet. Marquis v. Landsowne erklärte am 27. April im Oberhause, daß nach gepflogener Berathung mit den Rechtskonsulenten der Krone Verhaftungsbefehle gegen alle Theilnehmer an den training societies (Waffenübungsgesellschaften) ergangen seien; in Dublin habe die Polizei durch Anschlag bekannt gemacht, daß das Scheibenschießen, soweit das Weichbild der Stadt Dublin reicht, fortan nicht gewuldet, sondern als ein Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Sicherheit angesehen werden solle. Der Hochverrathsprozeß gegen die Jungirländer Michael, Meagher und O'Brien als Soldat, welcher zu offenem Aufruhr aufgefordert und sich zu diesem Zweck mit den Franzosen in Verbindung gesetzt haben, ist von der Queen Bench zu Dublin eingeleitet.

## Frankreich.

Paris, 23. April. Der Moniteur bringt heute folgende officielle Aktenstücke: 1) Es wird eine Kommission unter Flocons Vorsitz mit einem Berichte über die Aemterhäufung beauftragt. Sie wird aus den Unterstaatssekretären und Divisionschefs der einzelnen Ministerien zusammengesetzt sein. 2) Die Schüler des Collège de France, bereits in so vielen Punkten der Ecole polytechnique assimilirt, sind fortan auch von dem militärischen Aufrufe frei. Ihre Inscriptiren in die Schule genügt beim Aufruf ihrer Altersklasse zur Konscription. 3) Die Demission des Admiralitätsraths Dupinot ist angenommen. 4) In einem Cirkular an die Maires der 12 Pariser Bezirke erklärt es der Bürgermeister von Paris A. Marrast für eine Verleumdung, als habe er eine Revue der Arbeiter in den Nationalwerkstätten zu Wahlumtrieben benützen wollen.

Heute am Ostersonntage haben die Wahlen hier wie in ganz Frankreich begonnen. Die Journale beschäftigen sich meist mit den Wahlen und liefern die verschiedenen Wahllisten.

* Straßburg, 23. April. Gestern in der Frühstunde verließ uns die große Masse der deutschen Zuzügler, welche seit einigen Tagen sich in der Stadt anhäuften, entweder, wie man glaubt, den Ausgang der Demonstration in Paris abzuwarten, von der Herwegh bestimmte „Rhmng“ hatte, oder nach Andern einmal in großer Zahl den Einfall in Deutschland zu versuchen. Der Regierungskommissär, sowie die Bürgerschaft, hieser ewigen Hetzerei von Polen und deutscher Republikanern, des Unfugs in den Bierhäusern und auf den Straßen herzlich satt, hatte zuletzt einigen Hundetten den Eintritt in die Stadt verjagt. Der Anführer derselben war sogar insolent, aber der Kommissär ließ ihm ankündigen, daß, wenn er oder seine Begleiter es wagen würden, seinen Befehlen zuwider zu handeln, er sie durch die Truppen niederschießen lassen würde. So trieben sie sich auf den nahen Dörfern umher, bis der Tag des allgemeinen Abzuges kam. Herwegh und seine Gattin sind mit fort, sowie die gesammelten Waffenvorräthe. Sie sehen, wie wichtig es war, die Hecker'sche Schaar von dem Rhein abzuschneiden. Das zwingt die Zuzüger weiter oben einen Uebergang zu suchen und nach Manchem zu schließen, werden sie wohl auf dem Gebiete von Basellandschaft die Stadt Basel umgehen, wenn nicht die württembergischen Truppen ihnen den Uebergang über den Rhein streitig machen. Sie zählen auf eine Stärke, welche den 24. verfallen soll. Mitleiderregend war es, diese Jugend so der Verführung hingegeben zu sehen: in Manchem erwachte der fromme Sinn, und sie bereiteten sich durch Theilnahme an der Charfreitagskommunion zu dem ungeschilchten Kampfe vor. Auch die Polen, unter denen immer mehr Polonais nés en France mitkommen, müßten mit Ernst zum Abzuge getrieben werden. Von den Deutschen gereizt, wollten sie auch in Masse und bewaffnet den Rhein überschreiten und verweigerten den Abzug, als dieses nicht gestattet wurde. Indessen hat ihnen die Departementalbehörde ernstlich aufgekündet, und so haben sie sich beraumt, in kleineren Schaaren abzuziehen. Wenn es auf diese Weise fortgeht, so können noch lang Leute mit polnischen Kappen und blauen Blusen ankommen, unter welcher aber das polnische Element immer seltener wird. Schon jetzt hörte man nur ausnahmsweise polnische Worte, obgleich die Namen häufig slavische Endsylben erhalten haben. Die Garnison in den Grenzdepartementen ist sehr schwach, und wirklich muß die Nationalgarde dieser Stadt einige Wachtposten beziehen, weil noch Truppen auswärts zur Erhaltung der Ruhe verwandt werden. Doch werden die Reserven eingerufen, Algier, Italien und andere Verhältnisse gebieten die Vervollständigung der Regimenter, die bestimmte Zahl des Heeres wird aber nicht überschritten mit Ausnahme der 24 Bataillone der mobilen Nationalgarde in Paris. Die Alpenarmee darf wohl zum nächsten Zweck die Erhaltung der Disciplin, welche jetzt in größern Städten schwieriger wird, besonders für die Truppen, die während der Revolution in Paris in den Strudel der Bewegung mit hineingezogen worden sind. Dann aber setze ich auch nicht daßür, daß dieses Heer nicht in der Lombardei und überhaupt in Oberitalien auftreten wird, sollte Karl Albert als Lohn für die geleistete Hilfe die eiserne Krone erzwingen wollen, oder Oesterreich Forderungen stellen, welche mit der Nationalität streiten. Mit großer Klugheit hat die provisor. Regierung wieder Truppen nach Paris gebracht: die Fahnenweihe war ein geschickt gewähltes Motiv. Damit haben indessen 13 Infanterie-, 7 Kavallerie- und 3 Artillerie-Regimentere sich erhaltlittirt, d. h. mit den Parisern fraternisirt. Darauf war auch der Pomp berechnet, mit welchem die Nationalgarde die einzelnen Regimenter eingeholt hat. Dieses kann zwar nur bei gewissen Staat, aber bei dem Feste selbst erschien die ganze imposante Schaar. Auch Lebru-Rollins Haufen, zwar ohne Waffen, ohne Fahnen, sind erschienen, aber nur als Folie: ihr Reich wird täglich ohnmächtiger; die Utopien schrumpfen schrecklich zusammen, sowohl in den Reden als in der Praxis, und namentlich Letztere wird bald ausweisen, daß der Staat ein schlechter Schneider und Schuhmacher ist. Unbegreiflich ist die Kühnheit, mit welcher die provisor. Regierung sich benimmt: das Palladium der Freiheit, freilich verunreinigt durch eingedrungene Jesuiten und andere charakterlose Diener, die Justiz, ist in dem Princip zusammengeworfen, sie, deren Unabhängigkeit bisher der Stolz Frankreichs gewesen! Eine neue Abgabe auf alle Hypotheken wird eingefordert, ohne noch durch Eine Zahl das Bedürfniß nachgewiesen zu haben. Ein solches Verfahren ist wirklich unerhört: nicht das ungeheure Budget, welches von der Kammer für 1848 votirt worden, nicht aus, so sage man, woju man noch mehr braucht, warum man die direkten Abgaben um 150 Millionen vermehrt, das Kapital mit 400 Millionen besteuert!

## Italien.

Chur, 22. April. Hier angekommene Privatbriefe aus der Lombardei melden, daß ein allgemeiner Waffenstillstand abgeschlossen worden sei.

## Nachschrift.

* Mit haben gestern einen Brief mitgetheilt, worin der Tod Gagerns als ein Meuchelmord bezeichnet war; wir haben auf Ermitteln dieser furchtbaren Anklage gedrungen und werden fortfahren, die einzelnen Aufrufungen zusammenzustellen. Im Fünfzigerausschusse theilte der Präsident Soiron am 22. April einen amtlichen Bericht mit, worin es heißt: Als man sich gegenüberstand, trat General Gagern mit Hecker in persönliche Verhandlung, die jedoch zu keiner Vereinigung führte. Als Beide sich trennten und Gagern sich zurückwandte, um sein Pferd zu besteigen, fielen Schüsse aus der Front der Hecker'schen Schaar und Gagern fiel, von drei Kugeln im Rücken getroffen, todt zur Erde. Die Versammlung vernahm dies mit tiefem Schweigen. Ferner „weist Stettmann darauf hin, wo das Vaterland an Friedrich v. Gagern verloren hat, und fordert den Fünfzigerausschuß auf, dieses Anerkenntniß, sowie den tiefen Abscheu vor der Rotte, von welcher ein so treuloser Frevel ausgegangen ist, auszusprechen. Alle Mitglieder erheben sich zum Zeichen der Beistimmung von ihren Sitzen.“

Ferner sind, wie wir aus guter Quelle vernehmen, mehrere Bürger, die Augenzeugen des Zusammenstoßes waren, bereit, zu bezeugen, daß Gagern durch meuchlerische Kugeln gefallen ist; es ist dringend nothwendig, daß dies geschehe und das Ergebniß öffentlich bekannt gemacht werde. — Wer der Bande, die hier in Frage kömmt, einen Meuchelmord nicht zutraut, dem theilen wir aus den jüngsten Tagen eine Thatsache mit, die genügen mag; von den gedemüthigten Frankfurtern, die aus Freiburg flohen, wurde, wie wir vom Bahnpersonal selber erfuhren, bei Zähringen auf den vorüberfahrenden Eisenbahnzug geschossen und ein Mann verwundet! So viel zur Moral der neuen Weltbegründer.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

**Oesterreich.** Δ **Wien**, 16. April. Es war die höchste Zeit, daß unsere Minister wieder einige Lebenszeichen gaben — aber leider warten sie immer, bis man sie zu Allem zwingt oder wenigstens drängt, was geschehen muß. Es scheint, daß sie die Wörtchen „zu spät" noch nicht oft genug gehört haben. Seit einem Monate warten wir auf die Vorbereitung der Wahlen, auf die Grundlagen der versprochenen Konstitution — eine brennende Ungeduld hatte sich aller Gemüther bemächtigt, die sich in der Presse, an öffentlichen Orten in kleineren und größeren Versammlungen auf alle Arten Luft zu machen suchte. Am 14. Abends war in dem Odeonsaale eine Versammlung von mehr als 10,000 Menschen, welche eine Petition votirten, worin sie den Kaiser um die Ertheilung der versprochenen Konstitution und um die Beschleunigung der Wahlen für Frankfurt und für die hier zu versammelnden Reichsstände bitten. Viele fremde Emissäre, von denen es hier wimmelt, suchten die Masse für Erklärung der Republik zu gewinnen — der thätigste derselben soll ein gewisser Dr. Schütte aus Hannover sein, den man sonderbar genug als einen russischen Emissär bezeichnet. Er soll den Antrag gestellt haben, heute früh bewaffnet in die Burg zu ziehen und den Kaiser um augenblickliche Ertheilung der Konstitution zu bitten oder zu zwingen, sowie die Absetzung der Minister Ziquelmont, Taaffe und des Grafen Hoyos zu begehren. Er fand aber keine Unterschriften. Auch die erste Petition wurde überflüssig durch die gestrige offizielle Bekanntmachung des beinahe fertigen Programms zur Konstitution — worin das Zweikammersystem sehr mißfällt — und durch die heutige Erklärung in der Wiener Zeitung, daß die Vorbereitungen zu den Wahlen an die betreffenden Behörden bereits abgegangen sind und zwar ganz nach den Bestimmungen der Frankfurter Versammlung. Oeffnungsrechtet war man heute auf Unruhen gefaßt und zwar durch die Arbeiter, welche sich auf dem Glacis versammeln und gegen die Burg ziehen wollten. Man nennt als den Ueheber abermals Dr. Schütte, welcher sich in allen Fabriken umhertreibt, um die Arbeiter aufzuwiegeln. Doch wurde man zeitig genug in Kenntniß gesetzt, und den Bemühungen und der Wachsamkeit der Nationalgarde ist es gelungen, alle Ruhestörer ferne zu halten. Heute lief man an den Ecken der Stadt folgende Maueranschläge: Kundmachung. Ein heute erschienener Aufruf, dessen Verfasser nicht genannt ist, aber redlichen Willen und richtige Erkenntniß verräth, enthält die beachtenswerthen Worte: Staaren wir Muthigen uns freiwillig zusammen. Voran die Universität, die Schriftsteller, denn der hohen Begeisterung gebührt der Vorrang, dann die Führer der Nationalgarde und des Bürgerkorps, deren Selbstaufopferung nicht dankbar genug anerkannt werden kann. Schließen wir denkfreudenden Besitzenden uns an, treten wir vereint vor die Regierung hin und sagen ihr, sieh, das ist die dominirende Macht, über die Du gebieten kannst zur Herstellung der Ruhe, der Sicherheit und der Ordnung; wir wollen eine starke Regierung, wir wollen nicht von einigen hundert irre leitenden Individuen, wovon die meisten Nichts zu verlieren haben, und ein großer Theil erst kürzlich zugereist. Ausländer sind, und zu Grunde richten lassen, wir wollen unverzüglich diesem anarchischen Zustande ein Ende machen, aber alsdann erwarten wir auch, daß Du handelst, organisirest die Freiheit, damit die Ruhe in die Gemüther wiederkehre. Und ich antworte darauf: Ja, die Regierung erkennt die Pflicht und hegt den festen Willen, zu handeln und mit der gesetzlichen Freiheit die unerläßliche Ruhe zu organisiren. Weil aber Jeder, dem das Wohl seines Vaterlandes am Herzen liegt, eine starke Regierung wollen muß, so trage auch Jeder dazu bei, sie stark zu machen, denn die Stärke der Regierung ist der Ausdruck der Gesellschaft, darum nicht Mißtrauen nähren, nicht Besorgnisse erwecken und verbreiten, nicht Zusammen im Freien versammeln, wo ein unüberdachtes Wort leicht Leidenschaften aufregen, Manifestationen hervorrufen kann, welche den ruhigen Bürger erschrecken, die Aufmerksamkeit der Regierung von dem Wichtigsten abziehen und den Erwerb einschränken, von welchem der Unterhalt des Arbeiters abhängt. Bleibt daher von diesen Versammlungen fern, liebe Mitbürger! — bei welchen Eurer Interessen unmöglich so ruhig beathen werden können, wie im engeren Kreise der von Euch gewählten Vertreter, welche mit Eurer Sache, mit Euren Bedürfnissen und Wünschen vertraut sind. Wählt Männer aus Eurer Mitte, laßt sie in ihren Bezirken und legalen Abtheilungen berathschlagen, und ihre Bitten oder Beschlüsse an Eure legalen Vertreter, den Gemeindeausschuß, gelangen. So wird jede Erunruhigung der Bevölkerung, jeder bedrohliche Charakter der Versammlungen, jeder Zusammenstoß vermieden werden, der nicht nöthig gehabten worden könnte, wenn Gewaltthätigkeit der gesetzlichen Macht nicht Folge leistet.

ng vor dem Gesetz ist die erste Pflicht jedes Bürgers; sie muß em konstitutionellen Staat noch heiliger sein, weil das Gesetz für Alle gleich ist. Darum möge der Fabrikherr, Meister und Arbeitgeber seine Gehilfen und Arbeiter warnen und abhalten, an bedrohlichen Versammlungen Theil zu nehmen; er kann nicht besser für ihr Wohl, für die Erhaltung ihrer Familien sorgen. Nur wo Ruhe, Sicherheit, Vertrauen herrscht, wird die Arbeit immer gesucht sein und den Arbeiter ein glücklicheres Loos erwarten. Wien, 15. April 1848. Der Minister des Innern.

(Zweiter Maueranschlag.) Mitbürger! Man hat Euch heute zu einer Manifestation aufzufordern berufen. Wer sind die Männer, die Euch berufen? Was wollen sie von Euch? Soll Ihr berathen? — Wie, Ihr versammelt unter Gottes freiem Himmel? Nein, man will Eure Leidenschaften entflammen, man will Euch mit glatter Zunge verlocken, Euch zum wollen- und gedankenlosen Werkzeug Eurer Pläne machen, die ganz Anderes als Eure Wohl beabsichtigen. Mitbürger! Die versprochene Konstitution des Vaterlandes ist fertig, sie ist im freisinnigsten Geiste fertig; in wenig Tagen wird sie veröffentlicht werden. Die Presse ist freigegeben; eine zahlreiche Nationalgarde wacht unermüdet über unserer Freiheiten, die Wahlen zum deutschen Parlament sind bereits ausgeschrieben; bald wird auch unser österreichisches Parlament zusammentreten, um über alle unsere Wünsche, über alle unsere Bedürfnisse zu berathen, zu beschließen. Vor demselben werden auch die Minister über die gemachte Erfahrung der kaiserlichen Verheißungen Rede stehen müssen. Was wollt Ihr also? Was wollt Ihr in einer Versammlung von Tausenden? Hütet Euch, daß unsere junge Freiheit nicht durch Unordnung bedroht werde. Wisset, Unordnung war zu allen Zeit das Grab der Freiheit! Ihr könnt durch sie Alles verlieren — Nichts gewinnen. Mitbürger! Beharrt auf dem Wege der Gesetzlichkeit; er führt uns sicher zum Ziele. Itzt ist Gesetz mit Ordnung und Freiheit gleichbedeutend. Es lebe das Gesetz! Es lebe die Ordnung! Es lebe die Freiheit! Oesterreich erwartet, daß Jeder seine Schuldigkeit thut. Unterschrift. Der kurialen politischen Referenten.

Δ **Wien**, 16. April. Der russische Gesandte Graf Medem ist am 12. hier angekommen und schreint den Auftrag zu haben, allgemein zu verbreiten, daß der Kaiser Nikolaus keineswegs die Absicht habe, sich die geringste Einmischung in die auswärtigen Angelegenheiten zu gestatten, daß er aber dagegen hoffe, daß man ihm ebenfalls in dem ruhigen Besitz seines Reiches nach den jetzigen Grenzen lasse! Es wollte nicht angreifen, wenn er nicht angegriffen wird. — Was wird Polen dazu sagen?

**Preußen.** * **Berlin**, 17. April. Während die großen Fragen der Politik und der politischen Organisation Deutschlands in diesem Augenblicke mit Recht oben an stehen, düerfen wir doch auch die materiellen Fragen nicht vergessen, damit es nicht geht, wie zur Zeit des Wiener Kongresses, der über der Politik, freilich in einem andern Sinne, den Interessen der Handels und der Industrie ganz vernachlässigte und dadurch Deutschland länger als dreißig Jahre einer schmählichen kommerziellen Knechtung Preis gab. Von allen Folgen, welche der Umsturz der Verhältnisse im deutschen Vaterlande hervorbringen wird, ist keine so wichtig, so fruchtbringend, als die so lange entbehrte und durch den Zollverein nur unvollkommen erzielte kommerzielle Einheit Deutschlands. Dem praktischen Blick der amerikanischen Staatsmänner entging die große Wichtigkeit der Union gerade in Beziehung auf Handel am Wenigsten. In dem klassischen Werke über die amerikanische Bundesverfassung: „The Federalist" sagt Alexander Hamilton: „Die Wichtigkeit der Union in kommerziellem Lichte betrachtet, ist einer von den Punkten, worüber kein Zweifel obwaltet, und welcher sich des Beifalls aller sachverständigen Männer zu erfreuen hat. Dies ist klar, sowohl in unserm Verkehr nach Außen als im Innern. Das Ausland wird lernen, uns zu fürchten und uns soviel als möglich des Aktivhandels in unsern eigenen Schiffen zu berauben. Sind wir vereint, so stehen uns vielfache Mittel zu Gebote, dieser unserer Prosperität so feindlichen Politik entgegen zu wirken. Durch allen Staaten der Union gemeinsame handelspolitische Maßregeln können wir fremde Länder zwingen, sich in Erlangung der Vortheile unseres Marktes zu überbieten. Ein anderes Mittel in dieser Hinsicht, das Verhalten der fremden Nationen gegen uns zu bestimmen, würde sich in der Gründung einer Kriegsflotte des Bundes darbieten. Unter einem kräftigen Bundesgouvernement würden die natürliche Kraft und die großen Hilfsquellen des Landes in dem Streben nach einem gemeinsamen Ziele alle Kombinationen der fremden Eifersucht gegen den Anwachs unserer Größe zu Schanden machen. Eine solche Lage würde selbst das Mißtrauen zu solchen Kombinationen nehmen, weil die Erfolglosigkeit nicht zweifelhaft sein könnte. Ein aktiver Handel, eine ausgedehnte Schiffahrt, eine blühende Marine würden dann das unfehlbare Erzeugniß physischer und moralischer Nothwendigkeit sein; wir würden alsdann Trotz bieten können den kleinlichen Kunstgriffen kleinlicher Politiker, den unwiderstehlichen und unveränderlichen Lauf der Natur zu konstreiren oder zu verändern. Ein ungehinderter Verkehr der Staaten unter sich wird den Handel einer jeden einzelnen Staates vermehren durch den Austausch der wechselseitigen Produkte nicht nur zur Befriedigung der gegenseitigen Bedürfnisse, sondern auch zur Aus-

Digitized by Google

fuhr nach dem Auslande. Die Adern des Handels in jedem Theile werden gefüllt werden und neue Bewegung und neue Kraft empfangen von der freien Circulation der Waaren in allen Theilen der Union. Der Unternehmungsgeist wird ein weit größeres Feld haben bei der Verschiedenartigkeit der Producte der verschiedenen Staaten; wenn die Ernte des Einen mißräth, so steht ihm die des Andern zu Gebote. Nicht bloß der Werth, sondern auch die Mannigfaltigkeit der Producte befördern die Activität des auswärtigen Handels u. s. w. Die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten wird eine weit vortheilhaftere sein, als die der dreizehn einzelnen Staaten ohne Union." Wie sehr haben sich diese prophetischen Worte des amerikanischen Staatsmannes bestätigt! Nach einem halben Jahrhundert sehen wir die amerikanische Union groß und mächtig nach Außen und nach Innen. Auch dem vereinigten Deutschland steht eine gleich große Zukunft bevor, aber es muß der Grund dazu jetzt gelegt werden; Alles kommt auf eine richtige Organisation des Bundesgouvernements an. Dem preuß. Handelsamte, dessen Vorsteher sich viele Jahre in den Vereinigten Staaten umgesehen, hat es nicht gelingen können, gegen die unbeugsame Opposition der Bureaukratie im Handelsfache durchzudringen, welche die Basis der einheitlichen deutschen Politik sein muß. Hoffen wir, daß hier einem künftigen deutschen Handelsamte gelingen werde. Denn ein wesentliches Glied in der Kette der neu zu bildenden Bundesinstitutionen muß nothwendig eine Central-Handelsbehörde — ein deutsches Handelsamt — sein, deren Aufgabe es sein wird, alle zur Bescheidung des Bundesgouvernements gelangenden Fragen des Handels und der Industrie in volksthümlicher Weise unter Berathung mit sachverständigen Männern aus dem Volk, aus dem allgemein deutschen Gesichtspunkte zur Entscheidung vorzubereiten.

|| Von der Saale, 17. April. Die Anfangs etwas zu bescheidene und geräuschlose Wirksamkeit des Berliner konstitutionellen Klubs entfaltet sich immer großartiger, und bereits entstehen in allen östlichen Provinzen Preußens nach seinem Vorbilde freie Vereine, deren Mitglieder für die Aufrechterhaltung und Befestigung des verfassungsmäßigen, auf breitester volksthümlichen Grundlage ruhenden Königthums mit allen gesetzlichen Mitteln zu wirken, Gut und Blut, Leib und Leben dafür einzusetzen bereit sind. Dem von Diatenus Hasemann in Halle gestifteten konstitutionellen Klub wird sich demnächst ein solcher für Naumburg, Pforte und die Umgegend anschließen, und gewiß wird keine Stadt unserer Provinz, unseres Vaterlandes länger zögern wollen, durch die Bildung ähnlicher Vereine ihre Liebe für freie und gesetzliche Entwickelung Deutschlands zu bethätigen, wo die immer mächtiger anschwellende äußere und innere Gefahr immer lauter zu einträchtiger und thatkräftiger Wirksamkeit aufruft. Aber noch fehlt diesem Bunde der Guten und Besten, der sich zu einem wahrhaften Tugendbunde im reinsten Sinne des Wortes gestalten könnte, der fester, Hand und Glieder, organisch verknüpfende Zusammenschluß, und die durch Sonderparteien, persönliche Grillen und zersplitternde Fraktionen ungebrochene Einigkeit, die der Partei der Reaktion Muth und Macht gab, seit 33 Jahren dem Volkswillen beharrlich zu widerstehen, und die eben jetzt das Häuflein der Republikaner mit so maßlosem Hochmuth und Uebermuth erfüllt. Dieser Zusammenschluß der Freunde des verfassungsmäßigen Königthums muß unverzüglich eintreten. Etwa nach dem Vorbilde des musterhaft organisirten Gustav-Adolf-Vereins mögen über den Kreisvereinen sich Provinzialvereine erheben und über allen der Berliner Klub als Centralverein stehen, an dessen Spitze gerade jetzt durch eine höchst glückliche Fügung der edle Cerlinger steht, ein Mann, dessen Name in ganz Deutschland einen reinen und hellen Klang hat. An diesen großen Vereinigungsverein mögen sich denn ohne Eifersucht, ohne Kantönligeist und Sonderbundsbestrebungen Vereine der andern deutschen Länder anschließen und zu Frankfurt a. M. einen Centralausschuß errichten, der, verstärkt durch die ungeheure Kraft fast aller politisch gebildeten deutschen Männer, einen mächtigen und entscheidenden Einfluß auf die konstituirende Versammlung üben würde. Ein Centralblatt sei das Organ des Centralausschusses, jeder Provinzial- oder Landesverein stifte eine Zeitung mit scharf ausgeprägter monarchisch-konstitutioneller Gesinnung, jeder Kreisklub begründe ein Wochenblatt, Flugschriften und Volksversammlungen tragen die hohen Zwecke des Vereins die in die untersten Volksschichten hinein, Bildungsvereine und Unterstützungsvereine in Kreisen und Gemeinden belehren das Volk über sein wahres Wohl und zeigen ihm, daß man es nicht mit hohlen Phrasen abspeisen will. Monatsversammlungen vereinigen die abgeordneten Mitglieder der Kreisvereine, Jahresversammlungen die der Landesvereine zu großen Vereinstagen, in denen über den Fortgang der großen Sache berichtet und berathen wird. Gern wird dann der Verein, der ja eben aus treuen, gesetzlichen Männern besteht, seine Wirksamkeit beschränken oder einstellen, wenn das verfassungsmäßige Königthum hinlänglich gesichert ist, denn er will keinen Staat im Staate bilden, aber er steht sofort gerüstet wieder da, wenn neue Gefahren drohen. Aber — es ist die allerhöchste Zeit zum Werke zu schreiten, ehe noch die große Reichsversammlung in Frankfurt zusammentritt. „Unser Feind ist fleißig in Waffen, nie sitzt ihn ein Schlummer an, willst im Eifer Du erschlaffen, o, dann ist's um uns gethan." Unser Kampf gilt der heiligsten und edelsten Sache, der Sache des deutschen Rechts und der deutschen Tugend; diese heilige Sache müssen wir aber auch mit ganzen und entschiedenen Mitteln zu vertheidigen wissen und auf Tod und Leben jener mit dem Auslande buhlenden undeutschen Partei entgegentreten.

**Würtemberg.** †† Stuttgart, 21. April. Der Wahlkampf, zunächst für die 28 würtembergische Sitze in der ersten deutschen Reichsvorsammlung, hat bereits im ganzen Lande begonnen. Die Regierung hat solche auf der breitesten Grundlage angeordnet, mit allgemeinem Stimmrecht aller Volljährigen (bei uns freilich erst nach zurückgelegtem 25. Lebensjahre) und durch direkte Wahlen, ohne die Zwischenkunft der gewählten Wahlmänner, wie ohne Beschränkung an irgend einen Census, an irgend einen Standpunkt oder gar eines religiösen Glaubensbekenntnisses. Jetzt ist agitirte Zeit, und es mag sein, daß eine Zahl tüchtiger, erprobter Volksmänner aus den Wahlurnen hervorgehen; es ist dieses nun so mehr zu erwarten, als die Häupter der liberalen Partei selbst an der Spitze der Staatsgewalt stehen, und somit — wenn diese Ehrenmänner auch weit entfernt davon sind, von den Mitteln und dem Einflusse der Staatsgewalt bei den Wahlen auch nur irgend Gebrauch zu machen, wie die frühere Regierung so vielfach gethan, und damit den Ausdruck der Volksrepräsentation verfälscht hat — doch immerhin die ganze Masse der alten und der neuen Konservativen, die Staatsbeamten, die alten Stadträthe ꝛc., gewohnt, sich der eben herrschenden Richtung zu fügen, aber (mit Recht) überzeugt, daß zur Stunde das liberale Element allein gegen den anstürmenden Geist des Republikanismus und der Anarchie zu schützen vermag, der entschieden feindlichen Richtung zustimmen. Ob aber dieses in der Theorie allerdings durchaus liberale System allgemeiner und direkter Wahlberechtigung auch für die Zukunft gute Wahlen, den treuen Ausdruck der Gesinnung der überwiegenden Mehrheit der Gebildeten, Freigesinnten liefern wird, mag wohl dahinstellt und der ernsten Berathung des ersten Parlaments würdig sein. Dürfen wir uns denn, dürfen selbst redliche, scharfblickende Republikaner sich verhehlen, daß namentlich die überwiegende Masse der ackerbautreibenden Bevölkerung in der politischen Bildung noch unermeßlich weit zurück ist, daß diese Bevölkerung aber wiederum die Mehrheit der Nation bildet? Unbedingt soll und muß zugegeben werden, daß dieser Mangel an politischer und geistiger Bildung in den untern Klassen, und besonders auf dem Lande, zum großen Theil dem heillosen Systeme des bevormundenden Polizeistaats, der Alles regieren wollenden Bureaukratie, welche so lange Jahre auf Deutschland lastete, zuzuschreiben ist. Aber die Wirkung liegt nun einmal als unabweidbare Thatsache vor uns, und es wird vieler Jahre bedürfen, ehe sie, mit ihrer bereits überwundenen Ursache, beseitigt wird. Die Leute, welche mit Recht oder Unrecht, aus Ueberzeugung oder für Parteizwecke, so mächtig gegen die „Bourgeoisie" eifern, übersehen in der Regel, daß — nachdem ohnehin alle Standesvorrechte und alle Standesunterschiede vor dem Gesetze gefallen sind oder in den nächsten Tagen fallen müssen wie dürres Laub vom Baum — der Bildungsstufe und politischen Gesinnung nach, außer oder zwischen dem sogenannten „Bürgerstand" dem „niedern Volke" noch zwischen letztern man die Handwerksgehilfen, die Fabrikarbeiter, die städtischen Tagelöhner, endlich das sogenannte „Proletariat" vorfindet, noch eine Klasse von Staatsbürgern existirt, durch Zahl und Wichtigkeit die bedeutendste von Allen, die Bauern, der Kern des Volks, welche — wenn Alles zuströmt und seine politische Bedeutung geltend macht — das Schwergewicht in die Wagschale werfen. Wie den socialen Theorien von Viktor Considérant, Louis Blanc, Proudhon ꝛc., so sieht man auch den politischen den Führer der Pariser Februarrevolution in Betreff des Wahlmodus, so auch den deßfallsigen Beschlüssen des Vorparlaments in der Paulskirche zu Frankfurt an, daß sie von Erzklöstern erdacht und gefaßt wurden, welchen nur ganz beiläufig einfällt, daß die Mehrzahl der Nation aus Bauern und Bauernknechten besteht, welche ganz andere Dinge im Sinne haben, als sie. Ich bin weit entfernt, damit gegen das allgemeine Wahlrecht zu sprechen, denn ich gehöre von ganzer Seele zu den Männern, welche den wahren Ausdruck der ganzen Nation in der Volksvertretung sehen wollen, und müßte auch Vieles, ja Alles gegen meine politische Ueberzeugung aufzallen: je freier die

Digitized by Google

Verfassung, um so heiliger ist die Pflicht der Unterwerfung unter den Gesammtwillen. Aber die directe Wahl Aller ist eine unläugbare Gefahr für die Sache des Fortschritts: darüber dürfen wir uns keine Täuschung machen; wir sehen es schon an der eisernen Konsequenz, mit welcher die französischen Legitimisten, die in Gazette an der Spitze, gerade diesen Wahlmodus seit Jahren durchzusetzen suchen. Bereits mischen sich auch in unserm Lande Elemente in den Wahlkampf, welche diese Richtung darthun. Im Oberlande, wo wenig Städte von einiger Bedeutung, aber ein unabhängiger, reicher Bauernstand zu finden ist, sind die Wahlen im Voraus entschieden, kein einziger Mann der entschiedenen, radikalen Linken, auch kaum Ein Protestant wird dort gewählt, Prof. Muck aber unzweifelhaft. An der baierischen Grenze, in den Wahlbezirken Ellwangen, Crailsheim, wo Reuchlein wird der freisinnige Oberjustizrath Sattler, Kandidat des Volkscomités, der bei indirekter Wahl unzweifelhaft gewählt worden wäre, wahrscheinlich gegen einen ultramontanen Pfarrer (wegen Weigerung der Einsegnung gemischter Ehen dahin versetzt) durchfallen, denn die Geistlichkeit agitirt nach allen Seiten.

Auch von protestantischer Seite sind etwelche Pfarrherren im Vorwurf, was wenigstens für die Kürze der Frankfurter Verhandlungen nicht eben glückenerheißend wäre. In Ludwigsburg treten gar zwei kirchliche Extreme bei der Bewerbung gegenüber: Dr. D. Steaus, dessen europäischer Name keiner Erläuterung bedarf, und Hoffmann, der Vorsteher der pietistischen Erziehungs- und Dressirungsanstalt auf dem „Salon", Herausgeber des „Christenboten", dieses pietistisch-bornirtesten, verfolgungswüthigsten und seroilsten Volksblattes in der gesammten Christenheit. Die Bauern und die ländlichen Arbeiter geniren sich nicht, solchen Menschen ihre Stimmen zu geben; gewöhnliche Wahlmänner würden doch eher solche Blamage fürchten. Leider ist aber auch wahr, daß es auf Seite der liberalen Partei erschrecklich an ausgezeichneten Talenten fehlt, und daß daher gar manche Mittelmäßigkeit mit in den Wurf kommt, was dasselbe als unfeilige Koterieweisen der guten Sache allzu häufig schadet. P. Pfizer, entschieden das größte politische Talent in Würtemberg, ist leider bedenklich erkrankt; und für Stuttgart, wo seine fast einhellige Wahl gesichert ist, muß nun aber auch ein guter Mensch als Ersatzmann einstehen. Wie schwer wir die bürgerlichen Zerwürfnisse, den Bürgerkrieg im badischen Nachbarlande hier bedauern, wie viele Sympathien auch die tolle Schilderhebung im Seekreise von Baden abgewendet haben, so muß man doch gestehen, daß unser Würtemberg an politischen Talenten bei Weitem ärmer ist, als der westlichere Bruderstamm, daß die Parteien bei Ihnen großartiger und tüchtiger zu organisiren wissen.

Hermannstadt, 3 April. Von den entferntesten Enden erschallen Nothrufe der Deutschen. Von hier schreibt man der Vossischen Zeitung: Der Abfall Ungarns von Oesterreich, welcher durch die Verweigerung eines Kriegs- und Finanzministeriums hervorzustehen schien, ist durch die entlich bewilligung vermieden worden, und somit die Gefahr eines offenen Bruchs mit unserem ungarischen Brüdern beseitigt. Nichtsdestoweniger trübt sich unser Gesichtskreis immer mehr und mehr, und die, so gut wie ausgesprochene, Vereinigung Ungarns mit Siebenbürgen droht, unsere politische Selbständigkeit zu gefährden. In der Gewißheit, dem deutschen Kaiserhause anzugehören, fand das neuere Geschlecht der Siebenbürger Deutschen den Trost und den Muth, für seine Nationalität einzustehen, bei der jetzigen Gestaltung der Dinge blickt es wehmüthig auf die neue schöne Zeit des Mutterlandes die in ihren Früchten gerade für unser Deutschthum verloren zu sein scheint. Auf dem äußersten Vorposten des Deutschthums nach Südosten fühlt der Sachse warm und innig für das Gesammtvaterland, und hofft, durch sein festes und sicheres Auftreten auch sein Scherflein zum Bruderschlusse des deutschen Namens beitragen zu können, aber nicht verhehlen kann er sich die Gefahr, in der es schwebt. Bereits ist in dieser Beziehung seit im ganzen Lande die Bewaffnung eingeleitet, bereits ist Sorge getragen, den Ausbruch unserer deutschen Gefühle nach Wien gelangen zu lassen, zahlreiche Reformen zur inneren Stärkung sind in Berathung, und so hoffen wir die Schuld der Läßigkeit nicht auf uns zu laden und in Zeiten der Noth die Hilfe des deutschen Mutterlandes mit gutem Gewissen beanspruchen zu können. Darum, Ihr deutschen Brüder, laßt unseren Hilferuf, wenn er erklingen sollte, ein gewaltiges Echo finden, das brausend und schwellend unsere etwaigen Dränger zur Besinnung zurückzuführen im Stande wäre! Laßt uns durch Euer Theilnahme des Jubels theilhaftig werden, der die edlen Herzen aller deutschen Stammgenossen erfüllt. — Der Ungar ist nicht in d[illegible]e, annaherd über die Vermittlung des gewaltigen Deutschlan[illegible]zugehen, sondern wird in wahrer Erkenntniß des eigenen Vortheils die kaum gewonnenen deutschen Sympathien nicht aufs Spiel setzen.

## Schweiz.

☽ Bern, 21. April. Der Anfang der gestrigen Tagsatzung war wieder geheim. Die wichtigsten Beschlüsse, welche sie in öffentlicher Berathung faßte, sind folgende: Dem Verlangen des eidgenössischen Kriegsraths nach einem Kredit von 20,000 Fr. für Fouragevergütung an Officiere des Genieetablads wird entsprochen. Für die Befestigungsarbeiten in Luziensteig, Bellinzona und St. Moritz werden bei den gegenwärtigen drohenden Umständen 50,000 Fr. verwilligt. Die Wahl eines eidgen. Stabsschreibers fällt auf Hrn. v. Moos, Landschreiber in Obwalden. Eine längere Diskussion entspinnt sich über Genfs Antrag auf formelle Anerkennung der französischen Republik. Zur Begründung des Antrags macht Genf geltend, daß die franz. Republik bereits einen Gesandten nach der Schweiz geschickt habe, weßhalb auch die Schweiz mit der Anerkennung nicht zögern soll. Man könne nicht einwenden, daß die Republik in Frankreich noch provisorisch sei; das Prinzip der Republik selbst sei ein Faktum durch die allgemeine Zustimmung des franz. Volkes und könne auch durch die Nationalversammlung nicht mehr in Frage gestellt werden. Bei der Umfrage warnen mehrere Stände vor einer voreiligen Anerkennung. Bern glaubt, daß es mit der Anerkennung gehe, wie mit der Garantie der eidgenössischen Verfassung; Niemand wisse recht, was sie zu bedeuten habe. Bei den frühreren völkerrechtlichen Verhältnissen habe sie einen Sinn gehabt, jetzt sei sie überflüssig. Statt eine solche Anerkennung auszusprechen, schlägt Bern eine andere Form vor, dahin gehend, daß der Vorort brauftragt wird, mit der franz. Republik in freundschaftlichen offieellen Verkehr zu treten und dies der franz. Regierung mitzutheilen. Da der Antrag von Genf mit 11 ½ St. in der Minderheit blieb, so wird der Antrag von Bern mit 21 St. angenommen. Der Bericht über den Bundesentwurf soll den einzelnen Gesandtschaften mitgetheilt werden. Genfs Antrag, sofort in eine Berathung über den Entwurf einzutreten, fand keinen Anklang; man wollte zuerst Instruktionen einholen. Morgen vertagt sich die Tagsatzung, um sich Mitte Mai wieder zur Berathung des Entwurfs der Bundesverfassung zu versammeln. — Oestern und vorgestern sind deutsche Arbeiter in kleinen Abtheilungen und unbewaffnet hier abgegangen, um sich mit den Heckerschen Schaaren zu vereinigen.

## Niederland.

Die holländischen Blätter theilen jetzt den Entwurf zum neuen Grundgesetz, sowie den ihn begleitenden Bericht der Staatskommission an den König vollständig mit. Das Land ist aufgerufen, sein Urtheil darüber abzugeben. Wie es scheint, fällt dasselbe durchgehends günstig für den Entwurf aus, wenn auch einige Stimmen am Einzelnen mäkeln, wie z. B. daß die Angelegenheiten der Kolonien nicht genannt und sondern unter die Leitung und Kontrole der Generalstaaten gestellt werden sollen. Art. 1 des Entwurfs lautet: „das Grundgebiet des Königreichs der Niederlande in Europa besteht aus den Provinzen Nordbrabant, Gelderland 2c. und dem Herzogthum Limburg. Auf das Herzogthum Limburg ist das Grundgesetz anwendbar, unbeschadet der Rechte des deutschen Bundes." So heißt es auch in dem jetzt geltenden Grundgesetz. Wie kann aber das Herzogthum Limburg Gebiet des deutschen Bundes sein und zugleich zu dem Grundgebiet des Königreichs der Niederlande gehören? Die Staatskommission erklärt, nur in der vollen Anerkennung und Ausbildung der Volksrechte sei „Leben und Wachsthum für den nationalen Staat." Sie will dieselben begründen auf den großen Grundsatz: Freiheit für Alle und in Allem mit Achtung der Freiheit eines Jeden und Mitregierung des Volks. Daher stellt sie Garantien auf für die persönliche Freiheit, das Petitionsrecht, für die Preßfreiheit, das Vereinigungsrecht, für die Religions- und Unterrichtsfreiheit. Sie verlangt direkte Wahlen für die Generalstaaten, erste und zweite Kammer (beide durch dieselben Wähler; nur die passive Wahl in die erste Kammer ist durch großen Grundbesitz oder Beerngen beschränkt), für die Provinzialstaaten und Gemeindebehörden. Sie stellt eine große Zahl Bestimmungen auf, welche darauf berechnet sind, die Selbstregierung der Gemeinden und Provinzen zu entwickeln zur Verstärkung des Ganzen. Wenn sie aber das demokratische Element im Staate zu stärken sucht, so trachtet sie nicht minder nach Befestigung der Einheit und Kraft der monarchischen Regierung in den allgemeinen Landesangelegenheiten. Unantastbarkeit des Königs, Verantwortlichkeit der Minister, ein festbegründiger Staatsrath, dessen Vorsitzer der König selber. Eine andere Eintheilung der Provinzen und der Gerichtshöfe zur Vereinfachung der

Digitized by Google

Verwaltung und zu Kostenerframsiren wird in die Hand der gesetzgebenden Kammern gelegt.

## Italien.

* Rom, 11. April. Lord Minto ist nicht abgereist, wie es gestern hieß, sondern wird noch 4—5 Tage hier verweilen. Dagegen ist Mons. Corboli-Bussi gestern nach dem Lager Karl Albert's abgegangen, wo er die italienische Ligue zum Abschlusse zu bringen, die Mission erhalten zu haben scheint. General Durando hat unterdessen in seinem Tagesbefehl förmlich einen Kreuzzug gepredigt, wobei er sich auch des Ansehns des Papstes bedient und den Krieg gegen die Oesterreicher zu einem Religionskrieg zu erheben sucht. Die Gazzetta di Roma remonstrirt dagegen in zarter Weise und erinnert daran, daß der Papst, wenn er bei solchen Gelgenheiten reden wollte, keines fremden Organs bedürfe, sondern selbst zu reden pflege. — Das Volk war bereits gestern im Begriff, Gewaltmaßregeln zu gebrauchen, um die Ausnahme von Papiergeld auf die Kirchengüter zu erzwingen. Es ist dies begreiflicher Weise die spigste Klippe, von der das Wahrzeug Pius IX. bedroht ist. Nicht blos die jesuitisch segenannt ultramontane Partei wird es ihm verübeln, sondern auch alle gemäßigten Anhänger des kirchlichen Systems werden es ihm verübeln, wenn er Hand anlegen sollte an den unveräußerlichen Schatz der Braut Christi. Gleichwohl scheint kein anderer Ausweg offen zu stehn. Die Verhältnisse werden jeden Tag gebieterischer, und schon macht sich der Geldmangel in den nächsten Lebenskreisen geltend. — Außerdem ist von allerlei Zumuthungen die Rede, welche dem Papst auf dem Weg anonymer Sendschreiben täglich gestellt werden sollen. Unter Anderm hatte man ihm angegangen, sich nach seinem eigentlichen Bischofssitz, nach dem Palast von S. Giovanni in Laterano, zurückzuziehen und den Quirinal dem Municipium einzuräumen, welches ihn besser gebrauchen könne als er. Auch auf kirchliche Reformen soll auf diesem Wege angetragen worden sein. Vereinfachung ihrer Noth; er möge doch die Ohrenbeichte abschaffen. — Ich darf Ihnen nicht verschweigen, daß diese Mittheilungen von Seite der jesuitischen Partei erfolgt sind. Es wäre daher möglich, daß Entstellung oder Uebertreibung unbewußt erfolgt sei. Indessen muß ich hinzufügen, daß der Berichterstatter versichert hat, eins dieser Schreiben mit eigenen Augen in den Händen des Papstes gesehen und gelesen zu haben.

* Rom, 7. April. Ich habe Ihnen Nichts von den Feierlichkeiten geschrieben, welche hier zu Lande die Wiederauffindung und Beisetzung des Hauptes des h. Andreas veranlaßt hat, da sie mir nur lokales Interesse darzubieten schienen. Jetzt scheint sich an diese Entwendung, von welcher andere deutsche Zeitungen berichtet haben werden, ein politisches Interesse zu knüpfen. Es wurde nämlich gleich Anfangs bemerkt, daß der Diebstahl nicht sowohl durch den Geldwerth der das Haupt umschließenden Silberkapsel veranlaßt gewesen sein dürfte. Man sprach schon damals davon, daß die Entwendung im Sinne eines Palladienraubs Katzgehalten haben möge, und da der Körper des genannten Heiligen sich in Rußland befindet, so hieß es, man habe den Schädel dazu zu bekommen gesucht. Nun zeigt es sich aber, daß die Polen bei der Sache ganz besonders interessirt gewesen sind, indem der h. Andreas der Protektor aller Slaven ist und daher wahrscheinlich bei dem bevorstehenden Befreiungskampf ein solcher Hort von ganz besonderer Wichtigkeit gewesen sein würde. Aeußerungen, die von einzelnen Polen gethan worden sind, lassen wenigstens darüber keinen Zweifel, daß der Panslawismus sich der Bedeutung dieser Reliquie bei solcher Gelegenheit lebhaft erinnert hat. Auch ist von Bahnenweihe und dgl. die Rede gewesen. Auf der Sache selbst ruht zwar ein Dunkel, welches schwerlich je durchdrungen werden wird, die Beziehungen aber, welche sich herausgestellt haben, sind unverkennbar.

† Neapel, 10. April. Zum Minister der Agrikultur und des Handels, womit interimistisch P. Ferretti beauftragt war, ist jetzt nachträglich D. Antonio Scialoja ernannt. An den Kongreß für die italienische Ligue gehen als bevollmächtigte von hier der Prinzipe Colobrano, der Prinzipe Leporano, Biagio Gamboa und Gasmiro di Lieto. Die Wahl Galieri's scheint wieder zurückgenommen zu sein. Gennaro Bellelli ist zum Minister bei dem Großherzog von Toskana und Pietro Leopardi zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim König von Sardinien, sowie in gleicher Eigenschaft bei der schweizerischen Eidgenossenschaft bestimmt. Der französische Konsul hier, de Montigny, ist provisorisch durch Hrn. Desborters ersetzt. Vor mehreren Tagen kam das englische Geschwader unter Admiral Parker in schöner Anzahl wieder hierher zurück. Für die Sitzungen der beiden Kammern werden in Ermangelung eines andern passenden Lokals und solange nicht ein solches eigens dazu erbaut sein wird, die Säle des mineralogischen Museums und der Universitätsbibliothek der Studien zurecht gemacht. — Der Präsident der provisorischen Regierung in Palermo, Ruggiero Settime, ernannte zu seinen Ministern: Mariano Stabile, Minister der äußern Angelegenheiten und des Handels; Pietro Risa, Krieg und Marine; Michele Armi, Finanzen; Pasquale Calvi, Inneres und öffentliche Sicherheit; Gaetano Pisani, gegenwärtiger Präsident des Komité in Messina, Kultus und Justiz; der Principe Butera, öffentlicher Unterricht und öffentliche Arbeiten. Ueber eine Angelegenheit mit Neapel hat sich das Parlament in Palermo noch keinen Augenblick beschäftigt, überhaupt sein Verhältniß zur hiesigen Regierung noch nie zur Sprache gebracht, wohl aber trifft es Vertheidigungsmaßregeln und schickt Verstärkungen nach Messina und anderen Orten gegen allenfallige neue Angriffe von Neapel. Hier hat das 7. linienregiment Befehl erhalten, über die römische Grenze zu marschiren, und ein dritter Korps von 700 Freiwilligen ist im Begriff, zu Schiffe nach der Lombardei abzugehen. Man hört heute von ernstlichen Unruhen in den Provinzen.

## Griechenland.

* Athen, 9. April. Das Revolutionsfest vom 25. März bis 6. April brachte eine Amnestie, wovon die Generale Th. Grivas und Gelistiotis und der Major Botzaitis ausgenommen sind. Halbe Maßregel. Abends wurden zwanzig Studenten von einer Kavallerierotte niedergeritten und mit Säbelhieben traktirt, weil sie Nein in Arm die Breite der Hauptstraße einnehmend, unter dem Rufe: „es lebe Griechenland, die Freiheit, der konstitutionelle König. Die französische Republik, das regelmäßige Militär", nach dem Balkon zogen, eine Adresse zu überreichen. Auch ein schwangeres Weib wurde zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Zwei Beschädigte trug man hinweg, als der Haufe der Zuschauer, welcher in wilder Flucht in einem Seitengäßchen sich übereinander wälzte, verlassen war. Mehrere Studenten sind verwundet. Ein Deutscher wurde mit Blut bespritzt, hatte aber Geistesgegenwart genug, sich an den Steigbügel eines Reiters anzuklammern, und setzte so über die Niedergestürzten hinweg. Selbst ein Offizier hat auf die Wehrlosen eingehauen. Die Adresse um Nationalgarde wurde indessen von den übrigen Studenten überreicht. So hätte denn die Agitation begonnen. Sie ist jedoch keineswegs gegen das Königthum gerichtet. Die Oppesition meint es gut mit dem König, sagte neulich Rendis, der bekannte Volksvertreter bei der Nationalversammlung vom 3. Sept. 43 — wir wollen ihn und gerne gefallen lassen, wie er ist, und noch warten bis unser Zeit kömmt, wenn nur durch Einigkeit und Zusammenhalten im Innern ein kräftiges Auftreten nach Außen möglich wird. Die Republik will Niemand, denn nach Xanthos, des alten Häterisers, treffenden Worte, würden sich ohne König die Griechen unter einander anfressen. Menschliche Kräfte anderer seits übersteigt es, sie noch lange in diesem Pferdrutes Bette zurückzuhalten, in welches sie die heilige Allianz eingeklemmt und die Metternichsche Politik angeschmiedet hat. Von der griech. Bevölkerung, welche eine Millien beträgt, sind nur 742,500 Eingeborne des Königreichs. Die Uebrigen sehnen sich in ihre Heimath zurück, mit der sie in ununterbrochener Verbindung stehen. Diese verschiedenen Heimathe aber sind von sieben Millionen Griechen bewohnt; deren Recht auf Freiheit nicht verjährt ist. Die Gesandten von Oesterreich und Preußen bereiten sich zur Abreise vor. Ihr Wirken war kein segenreiches. Möchte doch bald der neue deutsche Bundestag einen Botschafter schicken mit der Ermächtigung sich aus den deutschen Philhellenen einen tüchtigen Schreiber und einige Konsuls auszuwählen. Oberst Johann Stratos ist in der Klissura bei Missolonghi in einen Hinterhalt gefallen und, nachdem er, schon verwundet, den Räuberchef durch einen Pistolenschuß getödtet hatte, von den übrigen ermordet worden. In dieser Zeit ein trauriger Tod für einen tapferen Mann.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Drn. Cuer u. Komp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. s. überseeischen Länder beliebe man sich an H. L. Kiesenhauer Straßburg 38 Brandgasse. Paris 55, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Verl. Bur. Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Anfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 118. Heidelberg, Freitag 28. April 1848.

## Uebersicht.

**Der Aufstand im Oberlande.** — **Wien** (Graf Taaffe legt sein Stelle nieder). **Von d. ungar. Grenze** (Kossuth). **Berlin** (Lederfabrik in Neelnau. Thätigkeit der Deutschen in Posen für Erhaltung ihrer Nationalität). **München** (Italien. Wühlereien in Tirol). **Stuttgart** (Waffenbewegung. Amnestie für Forst- und Jagdvergehen). **Leipzig** (russ. Ausfuhrverbot). **Freiburg** (Berichte über die Vorfälle in Freiburg). **Darmstadt** (revolutionäre Regungen). **Weimar** (Demonstration gegen das verfassungsmäßig bestehende Wahlgesetz). **Altona** (Sieg der Deutschen über die Dänen. Das Dannewerke erstürmt). **Frankfurt** (die Wahlen zum Parlament. Die Verhandlungen des Fünfzigerausschusses.

**Großbritannien.** London. Bedeutliches Anschwellen der chartistischen Bewegung.

**Frankreich.** Die Wahlen. Spaltung in der Regierung. Resignation der Prätendenten.

**Italien.** Neapel. Die Bourbons in Sicilien entthront. Rom. Unruhen, die neap. Armee, Triest.

**Rußland.** Die polnische Deputation an den Kaiser.

**Beilage.** Wünsche für die deutsche Verfassung von Reyscher. Hamburg. Wahlen fürs Parlament. Protest dagegen. Konstantinopel. Die Vorfälle in Patras. Eindruck der westlichen Ereignisse. Türkische Passivität.

---

**Heidelberg**, 27. April.

Der Hecker-Struve'sche Aufstand ist, wenn auch vielleicht nicht ganz beendigt, doch als gescheitert zu betrachten. Möglich, ja wahrscheinlich, daß die anarchische Partei noch da oder dort einen kleinen Putsch versucht und dann einer der zersprengten Führer als Schöpfer einer vierundzwanzigstündigen Republik auftaucht, möglich, daß eine versöhnte Explosion dieser Art uns wieder auf ein paar Tage in eine blutige Krisis zurückwirft, deren Ende eine vollständige Okkupation unseres unglücklichen Landes sein wird, aber alles Das wird die Erinnerung der völligen Niederlage nicht verwischen, wie sie durch die Ereignisse der jüngsten zehn Tage unauslöschlich fixtsteht. Wie jammervoll und verächtlich steht dies Treiben nun vor uns; wie hohl und nichtig hat sich die Staatskunst und die Kriegskunst der Männer erwiesen, die da Schöpfer und Leiter waren! Der Fluch des Lächerlichen würde sich den Empörern an die Ferse heften, wenn nicht der Ernst der Erscheinungen, der trübe Hintergrund der Folgen so gewaltig wäre, daß er jede leichtere Auffassung der Dinge zurückdrängen muß. Ein Land, dessen Boden aufgelockert, in dem die Bande der staatlichen Ordnung gelöst sind, das um seinen Wohlstand auf lange Zeit hinaus Hazard gespielt hat, und dessen politischer Ruf vorerst durch einen dunklen Fleck geschwärzt ist, ein solches Land wird mit denen, die seine Führer und Verführer waren, zu leicht nicht abrechnen.

Dieselben kommen in Konstanz an, um dort die Ausfaat langwieriger Wühlereі zu ernten und müssen beschämt mit einer Handvoll Leute abziehen, während die große Mehrheit der Bevölkerung sich von ihnen abwendet; sie ziehen nach Donaueschingen, wohin Tausende geladen waren und Hunderte erschienen, sie müssen vor dem Anmarsch der Truppen entmuthigt den Rückzug antreten, müssen durch Pressen und Drohen die Schaar vergrößern, die einer wüsten Bande ähnlicher sieht als einem begeisterten Heere. Dahwischen fallen wie zur Erhei[tung] jene republikanischen Eintagsflitgen zu Konstanz und Offenbur[g] enden, wie sie begonnen hatten, und vergebens sucht man die ungeheure Armuth mit dem prahlenden Lappen einer „provisorischen Regierung", einer „Statthalterschaft" zu verhüllen, man liefert damit nur ein würdiges Seitenstück zu jener „Eidgenossenschaft", die der siebende Sonderbund in den Bergen von Wallis herumtrug. Es kömmt zum Schlagen; die Rebellion bleibt ihrem Charakter getreu, sie beginnt den Kampf mit dem Mord eines edlen ritterlichen Gegners und ruft damit die sittliche Empörung Deutschlands gegen sich auf, wie sie der Acht bereits verfallen war. Die Führer machen sich aus dem Staube; jenes echt republikanische Wort eines Monarchen — „Alles verloren, nur die Ehre nicht" — wendet sich bei diesen modernen Republikanern in die bequemere Devise: Alles verloren, nur das Leben nicht. Die Großmuth des Gegners, die gegen diesen Schlag Leute zu weit ging, die noch die Aufrufe der Verlesen ließ, als schon das Martialgesetz gelten sollte, die noch Fristen bewilligte, als nur noch die eine letzte Frist einzuräumen war, ließ die Häupter zum Theil entwischen und verlängerte den Kampf grausamer, als es die entschiedenste Strenge vermocht hätte. Sie entflohen, sie lassen durch ihre Agenten zweiten Ranges eine blinde, fanatisirte Rotte über eine wehrlose Stadt hereinbrechen und dort einen Zustand herstellen, der als die wahre Musterprobe der neuen politischen Glückseligkeit gelten konnte, sie lassen zwecklos den Kampf erneuern, indeß sie selber dem Schauplatze fern sind. Die Rebellion wird auch hier erdrückt, aber die Führer sind verschwunden und lassen auf dem durchwühlten Boden eine betrogene Bevölkerung zurück, die ihnen die bitterſten Verwünschungen nachsendet für alle die Schrecken der Anarchie, der Noth und Armuth, in die sie eine gewissenlose Demagogie gestürzt hat.

Haben die Führer und Urheber schon der Mitwelt die Beurtheilung nagemein leicht gemacht, so haben auch die Helfer sich auf eine unverzeßliche Weise charakterisirt. Schon die Bestandtheile der Faktion, die von dem verirrten, jedoch edlen Enthusiasmus republikanischer Schwärmer auch Nichts an sich hatten, wohl aber die Spuren des Schiffbruchs trugen, der sie aus der politischen und sittlichen Weltordnung herauswarf, noch mehr, die Mittel und Wege der Faktion haben auch eine nur vorübergehende Täuschung nicht zugelassen. Diese Feigheit im Moment der Krisis, dies nichtswürdige, charakterlose Spiel einzelner Personen und städtischen Behörden, die sich noch zwei Seiten hin den Rückzug decken wollten, dieser Bund mit der Anarchie, diese Unbesorgtheit in Mitteln und Wegen ließen jeden Unbefangenen einen Blick in dies Ekelnest thun, wer vor der politischen und sittlichen Wiedergeburt, wie sie diese Leute brachten, wahres Entsetzen erregen mußte. Noch bis zuletzt dies Lügenspiel, diese Bureaux mit falschen Nachrichten, diese abgeschmackten Aufhetzereien des Landvolks, das man nachher fein im Stiche ließ, das Alles ließ auf einen Bankerott an Kopf und Herz schließen, wie ihn selten eine politische Partei so gleich Anfangs der Welt eingestanden hat.

Zu welcher Verantwortung das Vaterland sie rufen wird, dem sie einen Bürgerkrieg anfachen in einem Augenblick, wo das unermeßliche Werk einer völligen Umgestaltung friedlich durchgeführt werden soll und der auswärtige Feind drohend an die Thore klopft, brauchen wir nicht zu wiederholen; aber auch die Partei selbst, die zur republikanischen Fahne ernstlich schwört und den mißbrauchten Namen mit Ehren tragen darf, wird Rechenschaft fordern von denen, die die Fahne der Republik in Deutschland auf lange Zeit um allen Kredit gebracht haben. Wo sich, wie hier, alles Unsaubere und Verfaulte in schuldem Eigennutz um die Fahne schaarte, wo man dem Arbeitenden den mühesosen Genuß, dem Bauern den unbestenerten Besitz, dem Proletarier die Erlösung aller Konkurrenz, dem Dienenden die Auflösung aller Bande des Gehorsams, dem aus der Gesellschaft Ausgeschiedenen eine allgemeine Amnestie aller Moral und Gesetzlichkeit verhieß, und das Alles unter dem stolzen Titel „Republik" zusammenfaßte, wo man mit allen Künsten der Despotie und Korruption anfing, um ohne Zweifel mit allen dämonischen Gewalten des Terrorismus zu enden, da mußte Alles, was republikanisch hieß, auf geraume Zeit Etwas von seinem guten Namen ver-

Digitized by Google

lieren. Das Volk wird die scharfe Distinktion nicht machen zwischen Anarchie und Republik, es wird den ungeheuern Abstand einer echt republ. Gesinnung von dem Dichten und Trachten Jener nicht überall vor Augen haben, es wird die Einen für die Andern mit verantwortlich machen. Eine republikanische Partei, die es aufrichtig meinte und sich auf der parlamentarischen Linie hielt, konnte z. B. in der konstituirenden Versammlung eine bedeutende Stellung einnehmen; aufmerksam auf die Blößen des Gegners, mit unermüdeter Spürkraft gegen die Reaktion und dem nie ruhenden Sporn für die Zögernden und Bedächtigen ausgestattet, konnte sie, auch wenn sie numerisch klein war, gewichtig in die Wagschale der künftigen Verhandlung fallen. Ob sie es jetzt wird, bezweifeln wir; ihr Auftreten schon ist von dem Mißtrauen nicht zu trennen, das ihr die schlechte Gesellschaft erweckt hat. Drum wird keine Partei mit tieferem Ingrimme dem Catilinarischen Treiben zugesehen haben, als das kleine zerstreute Häuflein der Männer von echt republikanischer Gesinnung; und doch ist der Unterschied groß genug, um selbst die aufrichtigen Republikaner in die Reihen hinüberzudrängen, die sämmtlich Front machen gegen eine Partei, die wie sie des stillsitzenden Beobachtens entbehrt, in einem geordneten und gesunden Zustande auch des politischen entbehren sollte. Eine mißglückte Verschwörung war stets eine Handhabe der Reaktion; auch im Volke wird diese Reaktion erfolgen, und Niemand wird über die jüngsten Orgien des Republikanismus ein strengeres Gericht halten, als eben die Republikaner.

---

**Oesterreich.** Wien, 20. April. Der Minister der Justiz, Graf Taaffe, hat seine Stelle in die Hände des Monarchen niedergelegt. Ein etwas schroffer Aristokratismus und mitunter launenhafte Härte in seinem Charakter haben ihm die Gemüther seiner Untergebenen und des Publikums entfremdet. (D. A. Z.)

Von der ungarischen Grenze, 21. April. Kossuth ist am Blutbrechen gefährlich erkrankt. Der Verlust dieses Mannes wäre für Ungarn in diesen Augenblicke wahrhaft unersetzlich. (N. Korresp.)

**Preußen.** ** Berlin, 23. April. Auf den Heimweg nach Schlesien rückten (wie es heißt, am 22. d. M.) preußische Jäger und Kürassiere in Abelnau, einer posenschen Kreisstadt, ein, um dort Quartier zu machen. Die Quartiermeister verfügen sich auf das Rathhaus. Die Soldaten halten in vollster Ruhe und Ordnung auf dem Markte. Plötzlich öffnen sich die Häuser. Bewaffnete Polen in Masse stürzen auf das deutsche Militär. Rud. aus den Fenstern ringsumher wird geschossen. Zwei oder drei Jäger bleiben auf der Stelle todt; mehrere Kürassiere werden verwundet. Die Ueberfallenden wehren sich tapfer ihrer Haut. Aber die Salven aus den Fenstern machen es rathsam, sich dicht vor der Stadt auf einem freien Platze zu sammeln. Unterdeß rückt Verstärkung heran; die Deutschen nehmen die verrätherische Stadt ein, und (angeblich) hundertfünfzig Polen bleiben auf dem Platze.

* Es kommt uns wieder eine Reihe von Attentaten zu, die den erfreulichen Beweis liefern, wie rührig man in Posen und Westpreußen das gute Recht der deutschen Nationalität aufrecht zu halten sucht; Einzelnes davon theilen wir mit, zunächst folgende Eingaben: Hohes Staatsministerium! Wieder durch die Allerhöchste Kabinetsorder, noch durch das hohe Ministerial-Reskript vom 14. d. M. ist den dringenden Bitten der Bewohner des Netzdistrikts Genüge geschehen. Uns ist eine Vermittlung wegen Aufnahme der deutschen Landestheile der Provinz Posen in den deutschen Bund in Aussicht gestellt. Dieses Versprechen kann die im höchsten Grade aufgeregten Gemüther der deutschen Bewohner des Netzdistrikts nicht beruhigen, um so weniger, als gerade in Folge der zwischen dem Generalmajor von Willisen und den Aufrührern geschlossenen Konventionen fortwährend bewaffnete Banden in vielen Theilen des Netzdistrikts durch polnische Edelleute und Priester organisirt und zu Mord, Raub und Plünderung der ruhigen Einwohner benutzt werden. Wir müssen deßhalb kategorisch darauf bestehen: daß sofort die provisorische Abtrennung des Netzdistrikts von dem Großherzogthum Posen und die Vereinigung desselben mit der Provinz Preußen verfügt werde. Geschieht dieses nicht sogleich, so wird der Bürgerkrieg zwischen Deutschen und Polen nicht zu vermeiden sein und mögen die Folgen desselben auf die Häupter derjenigen kommen, die ihn durch halbe und schwankende Maßregeln verantwortlich haben. Gleichzeitig geht unsere dringende Bitte an Ein hohes Staatsministerium: das Leben und das Eigenthum der Bewohner des Netzdistrikts durch eine angemessene, in den bedrohten Orten zu stationirende, lediglich zur Verfügung der k. Regierung zu Bromberg zu stellende Militärgewalt zu schützen und zur energischen Unterdrückung der bei uns an vielen Orten vollkommenen Anarchie sofort das Standrecht proklamiren zu lassen, weil die bis jetzt durch die Einmischung des Reorganisationskommissärs, Generalmajors von Willisen, überall gehemmten Bewegungen der Militärkräfte nicht nur gar nicht zur Herstellung der frevenlich gestörten Ordnung, sondern nur zu größerer Ermuthigung der Empörer geführt haben. In Betreff unserer deutschen Mitbrüder in den übrigen Theilen des Großherzogthums Posen, sowie der preußisch gesinnten Einwohner polnischer Abkunft halten wir uns auch mit Rücksicht auf das Wohl des gesammten preußischen Staates gedrungen, darauf zu bestehen: daß die in der Allerhöchsten Kabinetsorder vom 24. März c. gestellte Bedingung festgehalten werde. Die ausständischen Polen haben den gesetzlichen Zustand nicht aufrecht erhalten, im Gegentheil frevenlich gestört. Sie sind deßhalb der ihnen gemachten Verheißungen verlustig gegangen. Soll aber dennoch von einer Reorganisation die Rede sein, so kann sie nicht eintreten, bevor nicht überall der gesetzliche Zustand wieder hergestellt ist. Es ist daher unumgänglich nothwendig, daß die Insurgenten vollständig entwaffnet werden. Es kann die Reorganisation aber auch nur dann eintreten, wenn die Einwohner der betreffenden Landestheile selbst eine solche Umgestaltung wünschen, und Mann für Mann darüber sich erklärt haben: die bisherigen Reorganisationskommissionen kann in keiner Weise als Vertreter dieser Landestheile gelten. Ein energisches Einschreiten der Staatsbehörde ist nun so dringender, als fanatische Priester fort und fort die bisher noch ruhig gebliebenen Landbewohner zu den Waffen rufen. Bromberg, den 16. April 1848. Der Central-Bürgerausschuß für den Netzdistrikt zur Wahrung preußischer Interessen im Großherzogthum Posen. (Folgen die Unterschriften.)

Hohes Staatsministerium! Der Herr Generalmajor v. Willisen hat sich der Provinz Posen als Kommissarius zu ihrer Reorganisation angekündigt. Wir wollen für einen Augenblick der Zweckmäßigkeit der Seite legen, in welcher derselbe nach seiner Proklamation vom 9. d., nach seiner späteren Erklärung und nach seinem ganzen Verfahren vor der gesammten deutschen Bevölkerung erscheint. Wir fragen nur: ist es möglich, daß ein Beamter, ein Eingelner, mit einer politischen Sendung unumschränkt beauftragt sein könne, von deren Lösung der Friede Deutschlands und Europa's, das Gut und Leben von mehr als einer Million Menschen abhängig ist? Ist es möglich, daß mit den Feinden und Verräthern unserer deutschen Sache und unseres Vaterlandes Angesichts ihrer drohenden Sensen und Lanzen über das Schicksal patriotischer Unterthanen — wir können sagen — Gericht gehalten wird? Diesem Einen sollte Vollmacht gegeben sein, die Ehre der preußischen Militärs, mitten im Lauf eines, wenn auch wenig rühmlichen, Sieges — doch des Sieges — von Mördern und Räubern in den Staub zu legen? jene Empörer, die rings um sich her Schrecken und Verwüstungen verbreiten, in dem Augenblick ihrer Gefangennahme der Justiz zu entreißen, ihnen im Voraus die königl. Gnade zu verkünden und die Deserteurslisten in eine organische Bande umzuwandeln? Ohne uns heute auf die Erörterung einzulassen: an welchen Abgrund wir durch diesen Einen geführt sind, und welches maßlose Elend der Erfolg sein kann, glauben wir uns vollkommen zu der Ueberzeugung berechtigt: daß der Hr. Generalmajor v. Willisen mit einer solchen Vollmacht nimmermehr versehen sein kann; sonst würde unsehlbar Ein hohes Staatsministerium durch einen öffentlichen Erlaß die Provinz von der bedenkenden Sendung und der noch umfangreicheren Berechtigung dieses Beamten zuvor in Kenntniß gesetzt haben. Indem wir demnach mit Recht präsumiren dürfen, daß der Herr Generalmajor von Willisen seine Vollmacht bei Weitem überschritten, halten wir uns zu dem allergehorsamsten Antrage berechtigt: Ein hohes Staatsministerium wolle den Herrn Generalmajor v. Willisen nicht nur von seinem Posten abberufen, sondern auch in Anklagestand versetzen und für das unschuldig vergossene Blut unserer Mitbürger wie für die an ihnen begangenen Räubereien zur allerstrengsten Rechenschaft ziehen, und aber von den Geschehenen in Kenntniß setzen. Bromberg, den 16. April 1848. Der Central-Bürgerausschuß für den Netzdistrikt zur Wahrung preußischer Interessen im Großherzogthum Posen. (Folgen die Unterschriften.)

* Zur Charakteristik der Ehrlichkeit und des Wohlwollens der Leute, von denen hier die Rede, theilen wir folgendes Schreiben mit, das ein polnischer Abgeordneter an einen ungarischen Landschaftsrath gerichtet hat, und das uns in Uebersetzung mitgetheilt worden ist. Frankfurt a. M., 2. April. Hochgeschätzter Patriot! Gestern traf ich in Frankfurt ein, nachdem ich ohne Aufenthalt dem Ort meiner Sendung entgegengeeilt, allein es ist bis jetzt keine Gelegenheit vorhanden gewesen, mit unserem Interesse hervorzutreten. Hier ist ein ungeheurer Streit auf dem Reichstage — soll richtiger wohl heißen, auf der Versammlung der Nationalvertreter — unter den Republikanern und den Gemäßigten oder denjenigen, die die Mitte halten, ausgebrochen. Die Republikaner sind überstimmt, haben sich indeß

Digitized by Google

nicht zufrieden gegeben. Der innere Krieg unter den Deutschen ist augenscheinlich. Mit mir zugleich ist auch eingetroffen Miegolewski, Mitglied und Deputirter des Herzogthums, kann aber, gleich mir, der Sache nicht näher treten. Der Präsident der Versammlung hat mir versprochen, daß er mich morgen zulassen werde, ich zweifle indeß, daß dies auszuführen sein wird, inmitten so gewaltiger Streitigkeiten unter den Deutschen. Im Uebrigen erkennt man unser Verlangen, daß die Nationalität die Grenze bestimmt, für gerecht an, und hat man niemals die Absicht, dem entgegen zu treten. Was die Zusammenkunft in Kalm und die Bewaffnung anlangt, so kann die Obrigkeit solche nicht stören, weil Beides gesetzlich erlaubt ist. Um den König zu verpflichten, müßte man eine Deputation an ihn abschicken, damit er uns ebenso die Reorganisation gestatte; genehmigt er dies nicht, dann frage man nicht viel weiter und sei entschlossen. Im ganz Europa wird es trübe, und im Trüben fischt es sich am Besten. Alle Deutschen erklären, daß Falls der Preuße es wagt, die Polen zu entwaffnen, Alle auf ihn einschlagen werden. In der ersten Zeit achtet noch die preußische Obrigkeit, und sagt fortwährend, daß wir Nichts wollen als eine Bewaffnung gegen die Russen; sobald wir erst militärisch organisirt sind, werden wir nicht mehr bitten ꝛc. ꝛc.

Ignaz Lyskowski.

Eine Denkschrift des deutschen Nationalcomitées in Posen werden wir morgen mittheilen.

*† München, 25. April. Wie vielseitig und unermüdlich thätig die Italiener für ihre Sache sind, ersehen Sie aus dem beifolgenden Aufrufe der prov. Centralregierung der Lombardei an die deutschen Tiroler. Wie gut gewählt und durchgeführt sind darin die Hinleitungen auf 1809! Das Kreuz der welschen Bracaren, die Aeppuginer, welche sie führen, werden in Vergleich gebracht mit der religiösen Begeisterung der Tiroler von damals, mit dem Freitbaren Pater Haspinger. Die angeführten Greuel und Kirchenschändungen der Oesterreicher sollen auf das frommt, fittenreine Bergvolk ihre Wirkung nicht verfehlen. Oft verbietet ihm die Thelnahme an einem solchen Kriege — heißt es. Ebenso gut gemeint sind die Erinnerungen an die österreichischen Versprechungen von damals, an ihre etwas lückenhafte Erfüllung, an die abhanden gekommenen Freiheiten, an den Druck des Beamtenheers u. dgl. Schließlich kommt die Versicherung, sie wollten Tirol nicht angreifen, freilich in Widerspruch mit den bereits geschehenen Einfällen. Trient wird indessen feierlich draufgrucht, Bozen uns Deutschen zugewiesen. Lebehoch für Deutschland und Tirol gelten als Schlußpunkt. Das Brachtenswerthe an der Sache ist jedoch, daß dieses Prokiam in vielen hundert Exemplaren von Mailand hierher geschickt wurde, um sie hier aus seine Verbreitung zu schalten. Das Begleitschreiben appellirt an die Unerkennung der Freiheits- und Nationalitätsideen unserer Zeit und rechnet in diesem Sinne auf die deutsche Schwärmerei des Adressaten. Es scheint, man weiß in Mailand recht gut, daß der Tiroler diesmal nur mit zögernder Hand für Oesterreich zu den Waffen griff, daß er es eigentlich nur für sich und sein Land, für die deutsche Grenze zu thun beschloß. Soll auch diese Stimmung einen Bundesgenossen für die Lombarden abgeben, die mit jeder Stunde neue gewinnen, während Oesterreich Alles thut, die seinen zu verlieren? Was soll uns die Erklärung der Wiener Z. über Staatenbund und Bundesstaat? Könnte man wirklich in Wien noch an ein Oesterreich ohne Deutschland glauben? Die Frage wird beantwortet werden, wenn Radetzki Heerestrümmer auf deutschem Boden Schutz suchen, wenn die Czechen ihrem König slavische Gesetze aufgedrungen haben, die Ungarn die Staatsschuldübernahme ablehnen, — und Galizien im Aufstande verloren geht.

Die provisorische Central-Regierung der Lombardei an die Tiroler.

Tapfere Deutsch-Tiroler! Seid uns gegrüßt, Ihr tapfern, Ihr edelmüthigen Tiroler! Ein durch Selbstkraft frei gewordenes Volk bietet Euch freundlich die Bruderhand, der Freiheit sicher, unter Euch, wie das Startige, seit lang, dahin geht unser höchstes Streben. Eine von Tag zu Tag drückendere Tyrannei lastete auf unserem Lande, und alle gegen Willkür schützenden Gewährleistungen wurden uns allmählich von der Wiener Gewaltherrschaft entrissen. So lange noch ein Sternchen der Hoffnung flimmerte, auf friedlichem Wege unsere liebevollste Klage zu lindern, zu teugen wir der Regierung unaufhörlich unser Weh in Vorstellungen und Bitten vor; wie beantwortete aber die Regierung unser Flehen? Niedermetzeln ließ sie auf den Gassen wehrlose, friedliche Bürger, und auf abermaliges Bitten erfolgte uns das Standrecht; bezahlt ward Gut und Blut der Sobaten-Willkür preisgegeben. In diesem verzweifelten Zustande griffen wir zu den Waffen; die Sturmglocke erscholl durch das ganze Land . . . und mit Gotteshilfe erkämpften wir wieder die uns geraubten Rechte. Besiegt und in die Flucht geschlagen wurde das feindliche Heer, dem schwer lastete auf ihm der Fluch des Allmächtigen! Hierin leuchteten uns die tapfern Tiroler mit ihrem ruhmvollen Beispiele vor. Belehrt habt Ihr uns im Jahre 1809 der Schmach fremder Herrschaft los zu werden. Z[illegible] Berge und Thäler erinnern noch immer an Hofers Heldenthaten und [illegible] wackren Mitkämpfer. Das Kreuz, welches damals Euere bewaffnete[illegible]ren führte, ist nun unser Zahzar. Der preisenmüthige Jo-

chim Haspinger leitete Euch zum Siege; und seine Genossen, die Kapuciner, begeisterten unseren Muth zum heiligen Kampfe für Gott und Vaterland. Denn unsere Feinde frevelten wider Gott und Vaterland! — Ach! edle Tiroler, entrüsten wirdet Ihr Euch ob der Gotteslästerungen und Arbeit, die das österreichische Heer in unserem Lande verübte; ja empören würdet Ihr Euch gegen eine Regierung, die solche Schandthaten brandmarken; entweiht wurden die Kirchen und in Kasernen verwandelt, die Priester beim Altare ermordet, Greise, Weiber und Kinder der tobenden Wuth Ukrainerwerket. Nein, Ihr könnt nicht, Ihr edlen Tiroler, an einem solchen Kriege theilnehmen, Ihr könnt Euch nicht an diesen maßlosen Verbrechen betheiligen. — Gott vereinet es Euch! Nicht einmal Euer eigenes Wohl würde es Euch erlauben. Denn, wenn Oesterreich wieder Italien besiegen sollte (Gott behüte und bewahre), so würde es alsobald gegen Euch selbst seine dadurch erhöhte Kraft richten. Versprechen zwar wird Euch Oesterreich allerlei. Nie aber wird es sich Euch halten. Erinnert Euch an 1809. Also sind die Euch damals so heilig versprochenen Vorrechte? Ihr habt für Oesterreich nur Blut vergossen, und wie hat es Euch Oesterreich vergolten? Statt der Privilegien schickt es Euch eine jahllose Schaar von Beamten, die Euer sichres und freies Land unterdrücken und Euren Stämmen alle Rechte kranken. Betheiligt Euch also nicht an ungerechten Krieg; denn hereinbrechen über Euch würde die Rache des Allgerechten. Hintergehen will man Euch mit dem Vorgeben, als wollten wir mit Waffengewalt die Euch von Gott beschurene Heimath angreifen und bezwingen; das ist Lüge. Verrath! — Nein! Nie werden wir die Grenze Wälschlands überschreiten! Wie wollen unsere Freiheit, aber zugleich die Freiheit aller Länder und vor Allem die Freiheit Tirols. Treint ist wälsch und soll wälsch sein. Bozen ist deutsch und wird immer deutsch bleiben. Denn unser Wahlspruch ist: Selbstständigkeit und Besonderheit der Völker. Es lebe Deutschland! es leben die tapfern Tiroler, ja sie leben doch! Mailand, den 17. April 1848. Casati, Präsident. Borromeo — Guerrieri — Sirtzelli — Durini — Bretta — Giulini — Litta — Carbonero — Tarroni — Morosi — Reppuino Abt Anelli — Granelli — Dossi. — Torrenti, Generalsekretär.

** Aus Würtemberg, 25. April. Jetzt ist die Wahlschlacht eröffnet; heute, morgen, in den nächsten Tagen wird in allen unsern 28 Wahlbezirken gewählt, künftigen Sonntag wird das Resultat vollständig bekannt sein. Gestern waren überall im Lande Volksversammlungen, da sprach Strauß in Ludwigsburg, Wurm in Waiblingen, Bischer im Uracher Amt. Die Aufregung ist groß, alle Kandidaten müssen sich den Wählern vorstellen, für manchen ist es keine Kleinigkeit, von Versammlung zu Versammlung zu ziehen. Bischer sprach kürzlich an einem Tage in 3 Orten. Diese Versammlungen sind die erfreulichste Seite des Kampfes, es geht auf ihnen meist geordnet zu, von politischer Seite aus wird ehrlich, offen zu Werke gegangen, über Verwundung kann Niemand klagen; liege man nur überall angeführt mit Landmann, nachdem er die Kandidaten gehört, sich sein Urtheil selbst bilden. Aber da regt sich wieder die Macht im Finstern, Würtembergs altes Erbübel, der Pietismus, und fanatisiert. Ob wir unsern Strauß nach Frankfurt senden, ist noch keineswegs entschieden. Bis jetzt ging es gut, jedes Auftreten des übrigenen Mannes war ein Sieg, den größten erfocht er durch seine Worte gestern in Ludwigsburg. Der Vertreter des finstersten Pietismus, Inspektionsdirektor Hoffmann vom Salon, ist dort sein Gegner; auch Geistliche traten gegen ihn mit den alten Beschuldigungen auf. Mit der ihm eigenen Klarheit widerlegte Alle Strauß und zeigte, daß jeder Mangel an Tüchtigkeit und Kenntnissen ꝛc. gegen ihn dürfte vorgebracht werden, aber nur eines nicht: die Religion. Denn wahrlich um eine Synode handelt es sich nicht in Frankfurt! Die Widersacher, auch Hoffmann selen gestern entschieden „Freunde" kennt. Strauß wird als der Antichrist bezeichnet, Gottes Strafgericht seinen Wählern gedroht, Geistliche des Bezirks haben nicht nur die Predigt gegen ihn benutzt, sondern sie bitten im Kirchengebet um den „christlichen" Sinn für die Wähler, während ja doch selbst Juden zur Wahl zugelassen sind, sie bedenken nicht, wie frevelhaft sie solchen Saamen der Zwietracht ins Volk schleudern. Es wäre eine ewige Schmach für Schwaben, wenn uns Strauß entginge! Wenn — ist dann keine Stadt außer Schwaben, die, erleuchteter als Straußens Lands- und Landleute, ihn erwählt? Uns sehlen ganz die größern Städte, welche allein erhoben über solche grassen Vorurtheile sind. Aehnlich wie gegen Strauß wird gegen Bischer, gegen Heifer Heuerlein u. A. agitirt. Ebenso gehen die katholischen Pietisten zu Werke; ich meine nicht Oberschwaben, wo Wiest und Mack Einfluß herrscht, wo keine, gar keine Gegner gegen die Kandidaten der katholischen Bezirke aufstehen, aber Ellwangen, wo der ultramontane (wenn jetzt noch diese Bezeichnung überhaupt gilt) Kandidat, ein Pfarrer Kauzer, wohl siegen wird. Unerfreulich ist auch die Zwietracht, der Kirchthurmseifer, der sich in manchen der aus mehreren Aemtern zusammengesetzten Bezirke zeigt, jedes Amt will nicht von seinem Kandidaten lassen, so geht es z. B. im Tafels Bezirk, so bad dessen Erwählung sehr unsicher ist. Bedauerlich ist, daß sehr wenig Leitung im Wahlgeschäfte herrscht. Ein Wahlkomite in Stuttgart ist gewählt worden, es kündigte an, daß

Digitized by Google

es blos um Einheit zu erzielen, die Vermittlung der einzelnen Bezirke in die Hand nehme. Gleich regt sich die Eifersucht des „Landes"; Doppelwahlen müssen sich so ergeben, dort aber kennt ein tüchtiger Kandidat von Bezirk zu Bezirk, um seine Stelle zu finden. Ein oberschwäbisches Komité schlägt gar Wiest zwei Bezirken vor, und dafür 6 Männer in einem andern und darunter den Fürsten Konstantin Zeil „den Alten vom Berge". Leider ist auch Mathys Vorschlag ohne Anklang. Nun wir müssen eben lernen. Auch erfreuliche Seiten zeigen sich, so wird das Talent Wurms z. B. über die Lokalinteressen siegen, so werden Uhland, Pfizer ꝛc. in fast einstimmiger Wahl die Liebe ihrer Mitbürger erkennen. Ich werde Ihnen die Wahlen berichten.

Stuttgart, 24. April. Für Forst- und Jagdvergehen ist durch eine soeben erschienene königliche Verordnung Amnestie ertheilt worden.

Leipzig, 23. April. Nach Nachrichten aus Petersburg soll eine Versendung von Geld hierher zurückgewiesen worden sein, wenach auch ein Verbot der Versendung von Gold und Silber aus Rußland zu erwarten steht. Von einer Zurücknahme des österreichischen Ausfuhrverbots verlautet officiell noch Nichts.

Freiburg. Die Oberrh. S. berichtet vom 24. April: Wir haben unsern Ritterl von gestern in der Ueberzeugung geschlossen, daß wir heute einen heißen, blutigen Tag erwarten. Dafür sprach die Anwesenheit von etwa 1500 wohlbewaffneten Freischärlern, während bereits die Stadt von Militär ringsum eingeschlossen war. Unsere Ahnung hat uns nicht getäuscht. Um 9 Uhr vernahm man auf der Westseite der Stadt ein Plänkelfeuer, das bis 10 Uhr immer heftiger wurde und später sodann das Peloton- und Gliederfeuer, sowie eine gegenseitige Kanonade enstand. Der Tummelplatz war auf dem Rampart, vor dem Predigter-, Brisacher- und Schwabenthor und in der Gegend von Unterlinden. Das Feuern der Freischärler nach Außen und des Militärs denselben entgegen war zwei Stunden lang furchtbar und richtete die größten Verwüstungen an Gebäuden und im Innern derselben an; ein Haus war so sehr den Kanonen- und Kartätschenschüssen ausgesetzt, daß es dem Einsturze nahe ist. Mehrere Einwohner wurden getödtet oder verwundet. Referent bewohnt in Unterlinden einen dritten Stock, in welchen sieben Kugeln eindrangen und große Zerstörung in den Zimmern und an Möbeln verursachten. Auf gleiche Weise sind die beiden andern Stockwerke zugerichtet. Um halb 12 Uhr mußten die Freischärler dem militärischen Andrange weichen und wurden von den im Sturme ihnen nachsetzenden Soldaten nach allen Seiten hin verjagt und zerstreut und die Stadt von den Truppen besetzt. Allmählich zogen von allen Seiten her gegen 6000 Mann an Infanterie, Reitern und Artillerie mit zwar Badener, Nassauer, Hessen und Würtemberger in die Stadt, welche von ihnen so umzingelt war, daß man über die Tollkühnheit der Freischärler, einer solchen Macht trotzen zu wollen, nur staunen muß. Was wir hier während zwei Tagen erlebt haben, dies zu beschreiben, muß einer ruhigeren Stimmung vorbehalten bleiben, in der wir uns jetzt, nach so heftiger Anfregung, noch nicht befinden. Das Militär wurde hier einquartiert, und manche Einwohner haben 20 bis 30 Mann zu verpflegen. Vorwährend werden gefange Freischärler eingeführt und in der Kaserne untergebracht. Auch Todte und Verwundete trägt man jetzt herbei. Als man eben glaubte sich der Erholung hingeben zu können, wurde Nachmittags 4 Uhr wieder Alarm geblasen und getrommelt, und das Militär rückte aus; es hieß, neue Freischaaren wären im Anzuge gegen die Stadt. Alles geriet in neue Bestürzung, allein um 6 Uhr zogen die Truppen wieder ein und es hat sich ergeben, daß Massen von Freischaaren in der Ferne auf der Flucht gesehen wurden, also durchaus kein Grund zu Befürchtungen vorhanden war. Alles deutet darauf hin, daß wir eine ganz ruhige Nacht haben werden, und Freiburg durch die imposannte Militärmacht gegen jeden Ueberfall geschützt ist.

Dasselbe Blatt berichtet vom obern Rheinthale, 23. April: Die Häupter der republ. Bewegung, Struve, Hecker, Weißhaar und Torrent, haben sich sämmtlich in die Schweiz geflüchtet und befinden sich, wie versichert wird, heute in dem Flecken Mumpf.

* Es kommt uns zugleich folgender Bericht zu: Freiburg i. B., 25. April. Nach den Vorgängen neuester Zeit steht zu befahren, daß auch die Begebenheiten von Freiburg in entstellten Berichten verbreitet werden. Um nun allen Lügen nach dem Zuschnitt der Mannheimer Abendzeitung zuvorzukommen, soviel wenigstens in unsern Kräften steht, vernehmen Sie hier den wahren Sachverhalt, wie ihn der tüchtige Kiel in Umrissen hinzuwerfen vermag. Auf Samstag, den 22. d. M., war eine Volksversammlung berufen, wozu den Vorwand die Wahlangelegenheiten hergeben mußten. Geschäftig zogen Republikaner auf den Dörfern umher, um das Landvolk durch die falsche Vorspiegelung zu bethören: Hecker und Struve seien mit stattlichen Schaaren im Anzug; badisches und hessisches Kriegsvolk sei zu ihnen übergegangen; aus Frankreich nahe Herwegh mit fliegenden Bannern und klingendem Spiel; Freiburgs Bürgerschaft rüste sich zu ihren Gunsten und erwarte den Zuzug der Landleute. Diese kamen nun in hellen Haufen bewaffnet zur Stadt. Die Versammlung verkündete als ihren Entschluß, Heckers Unternehmen mit gewaffneter Hand zu unterstützen, erwählte den Studenten Langsdorf zu ihrem Hauptmann und besetzten die Stadt wie einen eroberten Platz. Nachmittags trat die Bürgerwehr zusammen, und der Bürgermeister unterhandelte mit der Freischaar, die bereits die Thore zu verrammeln begonnen hatte und die vier Geschütze der Stadt in Anspruch nahm. Die Unterhandlung führte zu dem Ergebniß: daß die Freischaaren als Gäste übernachten, am Morgen dann ungehindert abziehen sollten, die Posten aber der Bürgerschaft zu überlassen hätten. Abend und Nacht vergingen ruhig, doch am nächsten Vormittag (den 23.) nahm die Sache wieder eine drohende Wendung. Die Bürgerwehr mußte sich auf's Neue versammeln, aufs Neue wurden Unterhandlungen angeknüpft, worüber eine kostbare Zeit verloren ging. Wäre Kriegsvolk in die Stadt gerückt, so wären die Freischaaren sicherlich ohne Schwertstreich abgezogen; sie würden es wohl auch so gethan haben, hätten sie nicht ungtücksseliger Weise Nachmittags erfahren, daß vom Wald ein Zug heranrücke. Die Nahenden mußten natürlich Hecker und die Seinen sein, und nun galt kein Halten mehr. Die wilde Horde verlangte die städtischen Geschütze, und erlangte sie, weil in den Reihen der Bürgerwehr selbst einige Uebelgesinnte alle Wirksamkeit zu lähmen verstanden. Das Einfahrtsthor des Rathshofes wurde mit Gewalt eröffnet, das Geschütz entführt. Die angeblich Hecker'sche Freischaar wurde von den Bundestruppen mit blutigen Köpfen zurückgewiesen, ohne daß der Ausfall aus der Stadt es verhindern konnte. Von fünf Uhr bis zu Einbruch der Dunkelheit vernahmen wir scharfes Schießen, zum Theil ganz in der Nähe. Wir erwarteten, noch in der Nacht die Truppen einrücken zu sehen, was aber nicht geschah. Während der Nacht verrammelten die Aufständischen die Zugänge, bewachten eine Anzahl Bürger ihrer Waffen und würden sicherlich noch andere Unordnungen begangen haben, wenn sie Muße gehabt hätten. Mit banger Seele harrten wir der Befreier, ein Stein fiel uns vom Herzen, als wir endlich und endlich, etwa um halb zehn Uhr, den ersten Stückschuß vernahmen. Bald knallte es von allen Seiten, bis um elf Uhr endlich die Truppen als Sieger einziehen konnten. Unsere deutschen Brüder aus Baden, Hessen, Nassau und Würtemberg wurden mit ungeheurem Jubel empfangen; sie erfüllten uns von einer Horde Mordlustiger und deren bethörten Opfern, und wir begegnen ihnen unserm Dank, wie der ernste Augenblick es und eingab. Dennoch wußten wir erst noch nicht, daß unsern unbestimmten Besorgnissen Thatsachen zum Grunde gelegen, die bereits eine bestimmte Gestaltung angenommen hatten; so waren z. B. die Namen derjenigen Bürger aufgezeichnet, die als mißliebige zum Schweigen zu bringen seien, . . . zum Schweigen auf immerdar. Der blutige Sieg ist sofort benützt worden, um sich derjenigen Männer zu bemächtigen, welche als Anstifter des Hochverrathes gegen die deutsche Sache am Meisten verdächtig schienen. Die Anwälte Rettich und Reich, der Buchhändler Emmerling wurden nach Rastadt abgeführt, andere, auf denen schwere Inzichten lasten, in den hiesigen „Thurm" gebracht. (Thurm wird bei uns das Gefängniß überhaupt genannt.) Langsdorf ist entkommen. Der Sieg hat viel Blut gekostet. Im Ganzen scheinen die Soldaten mehr eingehäbt zu haben als die versprengten Freischärler. Viele Häuser sind beschädigt, einige darunter ziemlich stark, und mehrere Unbetheiligte verwundet. Die Zahl der Todtgewesenen ist bedeutend und wird immer noch stärker. Den Soldaten wird von gedienten Führern das Zeugniß gegeben, daß sie sich musterhaft gefochten haben; dasselbe ist im Ganzen nicht von den Freischärlern zu sagen, die bloß hinter Verhau und Mauer Stand hielten. Namentlich hat von den zahlreichen Sensenmännern auch nicht Einer Gebrauch von seiner Waffe gemacht, so daß die Sensenspieße nur geeignet haben, die Leute zu schrecken, wenn sie überhaupt schreckhaft waren. — Die Schaar, welche vom Wald kam, soll Siegel angeführt haben. Mit der Schlappe, welche die Verräther am deutschen Vaterland hier erhielten, wird hoffentlich ihre letzte Kraft gebrochen und jede Besorgniß geboben sein, daß wir dem gemeinsamen Vaterland jemals könnten entfremdet werden. Der Himmel bewahre uns fürderhin gnädig vor aller Schreckensherrschaft und schenke uns die Freiheit für Alle, die Freiheit in den Schranken der gesetzlichen Ordnung. Wir wollen ein großes, einiges, einziges Vaterland, mächtig nach Außen, wohnlich und sicher im Innern. Das wolle Gott und kaltes Eisen.

Hessen. ** Darmstadt, 26. April. Ich habe Ihnen die

Digitized by Google

traurige Kunde mitzutheilen, daß nach der Mainz. Ztg. eine Bürgerversammlung vorgestern in Oberingelheim beschlossen hat, die Regierung zu bitten, daß unsere Truppen nicht länger mehr gegen die Republikaner zur Unterdrückung des Aufstandes benutzt werden. So ist es denn endlich den Deklamationen der Mainz. Zeit. und den Wühlereien der Mainzer Republikaner gegückt, daß von einer Bürgerversammlung der offene Aufruhr heilig gesprochen wird. Sie sehen, dies fängt ebenso an, wie in Baden, und wird auch wahrscheinlich noch weiteren Fortgang nehmen *). Ich fürchte, daß auch unser Ministerium nicht den Muth hat, kräftig genug zu handeln. Bei Manchem, was da vorgeht, sollte man meinen, es beständen gar keine Strafgesetze mehr. Warum ist gegen die gemeinen Unfugsverfolgungen in Bingen noch nicht kräftig eingeschritten worden?

S. Aus **Weimar**, 23. April. Die Deutsche Zeit. hat hier solch eine Bedeutung erlangt, daß ich es für Pflicht halte, auf einen Vorgang zurückzukommen, über welchen andere Blätter, jedoch nach der Parteirichtung der Einsender auf die entgegengesetzt schroffste Weise, bereits berichtet haben. Es war am Montag den 17. d. M. ungefähr 9 Uhr Morgens, als mir gesagt wurde, es bereite sich ein Ereigniß vor; eine Jenenser Deputation sei angekommen, gegen das Wahlgesetz zu der Frankfurter Versammlung, zu welcher hier bereits die Wahlmänner gewählt wurden, Widerspruch einzulegen und die Wahlen danach zu hindern; an verschiedenen Orten sei eine Versammlation angeschlagen; man fürchte üble Vorkommnisse. Auf dem Wege nach dem Marktplatze erfuhr ich, daß an der Spitze der Deputation der Oberappellationsgerichtsrath Schaller, der Professor des röm. Rechts Hofrath Fein und der Prof. Stoy ständen. Bei diesen Namen schien die Besorgniß schwinden zu müssen, obschon man sich erinnern mochte, daß zu einer Zeit, wo der Rechtsboden thatsächlich noch nirgends verlassen war, eine ähnliche Deputation von Jena den versammelten Landtag durch Ankündigung schlimmer Möglichkeiten für den Fall, daß man nicht willfahre, gleichsam dahin getrieben hatte, dieselbe bloß zu dem Zwecke der nackten Uebertreichung einer Petition vor sich zu lassen. Auf dem Markte angelangt, hörte ich, daß sich die Deputation sorden zu dem Staatsministe v. Wadzdorf verfügt habe, sah aber zugleich mit Erstaunen an zwei Pfeilern des Rathhauses eine von Menschen umringte, gedruckte Eingabe der Deputation an den Großherzog wirklich angeschlagen. Ich begriff nun in dieser, ihrer Form an die Straßen gefesselten, als der zuständigen Behörde überreichten Eingabe — in welche verrerrei, namentlich aber direkte Wahlen und absolute Stimmenmehrheit overlangt wurden — war mit ausdrücklichen Worten gegen das Wahlgesetz v. 11. d. M. Protestation eingelegt; es war nicht nur das Wort gebraucht, nein, die ganze Eingabe war von Satz zu Satz eine Protestation gegen ein eben erst verfassungsmäßig gegrenees und veröffentlichtes Gesetz; man erklärte Satz für Satz: das verlange man! das müsse geschehen! Auf 10 Uhr Früh war eine Volksversammlung auf den Markt berufen worden. Eine große Menschenmenge sammelte sich, wohl 2000 Köpfe, einschließlich der Weiber, Kinder und herzugezogenen Jenenser, die zuletzt alle mitstimmten. Von der Deputation sprachen Schäler und Fein; gegen sie namentlich von Wydenbrugk. Das Ergebniß der Abstimmung, durch Handbre- und Herübertreten, war für die Deputation; dasselbe war aber unzweifelhaft auf eine Weise herbeigeführt, welche die Prüfung nicht bestand. Dahin rechnen wir, abgesehen von der Art der Abstimmung selbst in allen ihren Theilen, die Phrasen der Redner; sie appellirten an die gesunde Vernunft eines Jeden — und doch hatten sie vorher erklärt, sie seihst seien in die Tags zuvor in Jena gehaltene Volksversammlung mit entgegengesetzter Meinung gekommen, aber von schlichten Arbeitern eines Andern überzeugt worden, und das wolle bei ihnen, wie sie nun hinzusetzen, Viel sagen; dahin die Berufung auf Preußen, wo ja auch die Wahlart geändert worden, obschon man verschwieg, daß dort die Sachlage eine ganz andere war, und daß dort die Kenderung gerade erst das herbeiführte, was wir bereits haben; dahin, daß der eine der Deputationsredner bei der Abstimmung rief: „wer mündig ist, trete hierher, wer sich für unmündig erklärt, dortihin"; dahin, daß ein Theil des Rechts auf ernste Entgegnungen erwiderte: Ein lumpiges Mark soll uns nicht trennen, ob Protestation oder Petition — sie wollten das Erstere zurücknehmen und das Letztere wählen! Der gesunde Sinn des Volks hat zuletzt überall gesiegt über die Verblendung. In Eisenach, wohin sich die Deputation noch desselben Tags mit der Eisenbahn begab, und aller Orten in den verschiedenen Landestheilen, wohin zu gleichem Zweck Emissäre abgegangen waren, ist die Agitation vollständig gescheitert. Auch hier hat man sich alsbald gegen dieselbe und für Aufrechterhaltung der Wahlgesetzes in einer aus der Bürgerschaft heraus mit mehr Unterschriften bedeckten Eingabe erklärt, als bei der Volksversammlung überhaupt Stimmfähige anwesend waren. In Jena selbst aber sind nicht nur die Wahlen ruhig fortgegangen, sondern es ist auch gerabzu Widerspruch gegen das Verfahren der Deputation erfolgt. Betrachten wir nun die Sache von den verschiedenen Gesichtspunkten, welche sie zuläßt, so kann man zwar nicht wohl behaupten, daß aus dem Standpunkte des Rechts ein strafgesetzlich zu ahndendes Vergehen erkenntlich sei. Vom Standpunkte der Moral muß die innere Stimme richten. Aber vom Standpunkte der Politik muß man fragen, wie konnten sich solche Männer dazu verstehen, neue Wegen aufzupeitschen? Waren sie deren Beschwörung gewachsen? War es so leicht, ein beliebtes Ministerium zu stürzen und zu ersetzen?

**Ein Extrablatt zu Nr. 1347 der Weser Zeitung enthält folgende Nachricht per opt. Telegraph. Attona, 24 April. Sieg unserer Truppen gegen die Dänen. Die preußischen Truppen haben das Dannewerke erstürmt. Die Dänen sind auf der Retirade.**

† **Frankfurt** a. M., 25. April. Gestern Nachmittag von 4—8 Uhr wurde in der Katharinenkirche eine große Wählerversammlung gehalten, worin sechs Wahlkandidaten zur konstituirenden Nationalversammlung ihr Programm in ausführlichen Vorträgen und gegen Einwendungen Einzelner vertheidigten. Dr. Schlemmer sprach zuerst und es war um so anerkennenswerther, daß er sich, obwohl unwohl, dieser Anstrengung unterzog, als es ihm nicht um Stimmen für seine Person, sondern nur darum zu thun war, das große Publikum Frankfurts über den unausstehbaren, aber der Anstrengung des Augenblicks, der Unerfahrenheit der Hudsten und unstatirten Jugend und der politischen Richtung ihren Urheber ensprechenden Verfassungsprojekten in den übrigen Programmen zu warnen. Dieser Aufgabe entledigte er sich in einer der Sache wie des Ortes würdigen Weise, sowie mit einem Freimuth, der nur auf diese Art einem so gemischten Auditorium imponiren konnte. Die übrigen Redner waren die HD. Reingaunn, Jucho, Binding, Funk, deren-Beeteäge ich aber nicht angehört habe, da man zum Voraus wußte oder wissen wollte, daß unter ihnen der talentvolle Reingaunn und Jucho, auf die meisten Stimmen rechnen könnten, daß Funk sich nicht ernstlich bewerbe und Binding, ein verständiger und wohlwollender Mann, in der Minderheit bleiben werde. Die meisten Stimmen schienen bis jetzt für Jucho zu sein; seit aber bekannt wurde, daß Schöff Souchay die Wahl, wenn sie auf ihn fällt, annehmen werde — man hatte früher das Gegentheil ausgesprengt — so dürften die Bemühungen für Jucho und gegen einen Mann von Souchay's Charakter, Ansehen und Talent um so mehr noch schiteru, als es kein erfreuliches Ereignis wäre, wenn eine Stadt wie Frankfurt gegenüber beklagenswerthen republikanischen Bestrebungen einen, wenn auch noch so gemäßigten und übrigens achtbaren, „Republikaner von Ueberzeugung" in die Nationalversammlung wählte.

* **Frankfurt**, 25. April. In der heutigen Vermittagssitzung des Fünfzigerausschusses machte Kuranda auf die Vergänge in Böhmen aufmerksam, wo die Czechen in der Meinung, daß ihre Nationalität durch den Anschluß an Deutschland gefährdet sei, die Theilnahme an den Parlamentswahlen verweigerten. Nun sei aber bekanntlich der 3. Theil Böhmens durch Abstammung, Kultur und Sprache deutsch. Der Ausschuß habe bereits beschlossen, daß die böhmische Sprache und Nationalität ungefährdet bleiben solle. Es sei aber durchaus nothwendig, daß auch andere Ereignisse bisher abgelegene Bruderstämmeit der Böhmen auf diesen Beschluß hinzuleiten. Reh bemerkte, eine Lodtrennung Böhmens von Deutschland wäre für beide Theile ein großes Unglück; denn ein mitten in Deutschland sitzlirt daſtehendes Königreich Böhmen würde nicht nur schwach sein, sondern auch Deutschland schwächen. Er beantragt drßhalb die Absendung einer Deputation, welche die Böhmen über ihr Verhältniß zu Deutschland aufklären und sie veranlassen solle, die Wahl vorzunehmen. Graf Biſſingern schildert die Lage der Dinge als in sofern bedenklich, als die czechisch: Partei laut erkläre, sich lieber Rußland in die Arme werfen, als an Deutschland anschließen zu wollen. Wiesner glaubt, die Deputation werde wenigstens auf die Deutschen in Böhmen beruhigend wirken. Uebrigens hätten die Böhmen eine Erfahrung gemacht, die sie hoffentlich zur Besinnung bringen werde. Mähren und Schlesien nämlich hätten die von Böhmen angetragene Verbindung zu einem Reiche abgelehnt. Der Ausschuß beschloß die Absendung einer Deputation von 2 Mitgliedern, deren Wahl in der Nachmittagssitzung vor sich gehen soll. Schieden

*) Es ist doch zu hoffen, daß man, durch das Beispiel in Baden belehrt, bei Zeiten thue, was Recht und Pflicht ist und nicht durch eine großmüthige Nachsicht den Funken des Aufruhrs zur Flamme anfache. Insofern war es ungeschickt von den Mainzer Herren, die Masse abzuwehren, ebenso ungeschickt als von den Herren im Fünfzigerausschuß, die ihre Sympathien an den Tag legten. Das ist jetzt einmeder zu früh oder zu spät und wird zu Nichts dienen, als die Raglustiger selbst zu compromittiren.

Digitized by Google

zeigte an, daß die Wahlen in Schleswig-Holstein jedenfalls bis zum 10. Mai beendigt sein würden. Blum berichtet über seine Verhandlungen mit den Deputirten aus der Provinz Hanau. Die Abgeordneten der Ortschaften erklärten, sich dem Einrücken der Truppen mit Gewalt widersetzen zu wollen; auf Blum's Zureden gaben sie nur so weit nach, daß sie die Truppen 2 Tage lang beherbergen würden. Blachière theilte hierauf mit, daß bereits ein bad. Officier mit dem Auftrag angekommen sei, den Marsch der kurh. Truppen nach Baden zu beschleunigen, hiedurch sei die Provinz Hanau einigermaßen beruhigt. Verschiedene Wahlreklamationen aus Baden, Meiningen wurden ohne Beschlußfassung beseitigt, jene von Hamburg für das konstituirende Parlament aufbewahrt. Auf die Anzeige, daß im Herzogthum Limburg noch keine Anklagen zu den Wahlen getroffen werden, beschloß die Bundesversammlung, nun unverzüglich Einschreitung zu versuchen. Ueber mehrere Reklamationen aus Augsburg, Frankenthal und Oggersheim gegen die in dem baierischen Wahlgesetz enthaltene Beschränkung des Wahlrechts durch einen Census wurde, in Berücksichtigung des vorgerückten Standes der baierischen Wahlen, und da die Beurtheilung der Zulässigkeit der im baierischen Wahlgesetz enthaltenen Bestimmungen lediglich der konstituirenden Nationalversammlung vorbehalten bleibt, zur Tagesordnung geschritten. Hierauf theilte der Vorsitzende v. Soiron der Versammlung die neuesten Berichte aus Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg und die Verfügung wegen Einführung des Kriegszustandes im See- und Oberrheinkreis mit und bemerkt, daß diese Maßregel so gemäßigt als nur immer möglich gefaßt sei, indem keine Kriegsgerichte eingeführt und Niemand seinen ordentlichen Richter entzogen werde. Auf Antrag Reh's wurde beschlossen, eine Proklamation an das Volk zu erlassen und in dieselbe die von Biedermann beantragte Erklärung aufzunehmen: der Ausschuß spricht seine volle Zustimmung zu den Maßregeln der badischen Regierung aus, welche er eben so sehr dem Interesse der Ordnung wie der Freiheit findet. Die aus Baden an den Präsidenten gelangten Briefe wurden noch während der Sitzung durch Hrn. Blachière dem Bundespräsidenten überbracht, um den beschleunigten Marsch der kurhess. Truppen nach Baden zu bewirken. Eine Petition aus Hannover, des Inhalts, daß die Vollendung des hannoverischen Verfassungswerkes nicht den jetzigen Ständen anvertraut, sondern einer nach einem neuen Wahlgesetz zu berufenden konst. Versammlung übertragen werde, ward, nachdem Freudentheil, Heckscher u. A. auf die große Wichtigkeit des Gegenstandes aufmerksam gemacht, an eine Kommission von 5 Mitgliedern zu alsbaldiger Berichterstattung verwiesen. In der Abendsitzung wird die oben erwähnte (von Reh, Brunk und Heckscher) zu entwerfende Proklamation vorgelegt werden.

* Frankfurt, 25. April. Die Nachmittagssitzung beschäftigte sich zuerst mit der Wahl der Deputation nach Böhmen, welche auf Kuranda und von Wattins fiel. Dann machte Schott die Mittheilung, daß in Würtemberg die allgemeine Stimmung gegen den Republikanismus und für die Monarchie auf breitster Grundlage sei, und daß die würtembergischen Abgeordneten bis den 1. Mai eintreffen würden. Dukwitz legte eine Eingabe von 1320 Handwerkern in Bremen vor, welche darauf antragen, daß bei den Berathungen über die Arbeiterfragen Abgeordnete des Handwerkerstandes aus ganz Deutschland beigezogen werden. Eine von Mayer übergebene Vorstellung des Gemeinderaths in Braunfels kommt auf die morgige Tagesordnung. Reh verliest den Entwurf der aus Anlaß der badischen Vorgänge zu erlassenden Proklamation des Ausschusses. Von mehreren Seiten erheben sich Einwendungen theils dagegen, daß die Proklamation sich an die Ausländischen wendet, theils gegen einzelne Ausdrücke, wie Fluch, Wahnsinn u. dgl. Andere fürchten, daß man die Sachen beim Namen nennen müsse und das Verbrechen des bewaffneten Einfalls nicht kräftig genug brandmarken könne. Die Proklamation wird indessen an den Ausschuß zurückgewiesen, um sie in anderem Sinne (an die Bevölkerungen und die Behörden gerichtet) abzufassen. Auf Mathy's Vortrag beschließt der Ausschuß, dem Bundestag den Wunsch auszusprechen, er möge erklären, 1) daß jedem landständischen Abg., der zur konst. Vers. gewählt wird, freistehe, beide Wahlen anzunehmen oder letztere vorzuziehen, und daß dies als gesetzlicher Grund zur Beurlaubung oder Niederlegung seiner Abg.-Stelle angenommen werde; daß während der Dauer des Parlaments die Landtage der einzelnen Staaten ausgesetzt und nicht ohne die dringendsten Gründe einberufen werden; 2) daß konst. Versammlungen in einzelnen Staaten nicht eher berufen werden, ehe das Verfassungswerk für ganz Deutschland vollendet ist, indem sonst widersprechende Bestimmungen und Grundsätze, die Quelle späterer Verwirrnisse und Störungen, unvermeidlich wären. Wiesner beantragt, daß, da durch den Einfall italienischer Freischaaren in Tirol bereits der Kriegszustand mit Italien eingetreten, der Bundestag veranlaßt werde, im Sinne des Artikels 2 der Bundesakte und Artikels 39 der Wiener Schlußakte sogleich den König von Sardinien als Oberfeldherrn der italienischen Kriegsschaaren aufzufordern, seine Truppen bei Vermeidung energischer Einschreitung des Bundes vom deutschen Gebiete zurückzuziehen. Graf Bissingen und von Closen, Schuselka, Heckscher, Benedey theilen ihre Sympathie für Tirol, halten aber die Sprache nicht für so dringend und glauben, man könne sich auf die Tiroler verlassen, die ja keine Hilfe fordern, nur Pulver und Blei verlangten. Auch sei es nicht erwiesen, daß der Einfall in Tirol von sardinischen Truppen ausgegangen sei. Ein kurzer herzlicher Aufruf an die Tiroler werde genügen und die beste Wirkung hervorbringen. Zuletzt wurde denn auch der Aufruf einstimmig beschlossen, der Antrag Wiesners und ein anderer auf Ruckunftsteinholung beim Bundestag abgelehnt.

* Frankfurt a. M., 26. April. Zu Anfang der heutigen Vormittagssitzung des Fünfzigerausschusses entspann sich zuerst in Folge einer Angabe aus dem Großherzogthum Posen eine Debatte darüber, ob dem Verlangen nach Aufnahme eines Abgeordneten der dortigen Deutschen in den Ausschuß Statt zu geben sei. Während Biedermann, v. Closen u. A. mit Rücksicht auf die neuesten Bundesbeschlüsse, den Deputirten wenigstens mit berathender Stimme zulassen wollten, stimmten Uhrig, Benedey, Heckscher u. s. w. für Festhalten an dem Beschluß des Vorparlaments, welches die Posen'sche Frage offen lassen wollte. Die Abstimmung gab Verwerfung des Antrags auf Zulassung mit berathender Stimme; dagegen soll die Zuziehung zu Kommissionsberathungen statthaft sein. Eine Eingabe, von Eduard Werner im Namen Vieler unterzeichnet, worin dem „sogenannten" Fünfzigerausschuß erklärt wird, daß man in ganz Ostpreußen und Litauen entschlossen sei, seine angemaßte Autorität nicht anzuerkennen, wird unter Gelächter und mit dem Zusatz des Präsidenten: „dient zur Nachricht" zu den Akten gelegt. Auf eine Eingabe aus Marburg gegen die Verwendung der kurhessischen Truppen in Baden und Herbeiziehung anderer Bundestruppen nach Kurhessen wird zur Tagesordnung geschritten. Der Präsident v. Soiron und Robert Blum theilen Privatbriefe über die neuesten Vorgänge in Baden mit. In dem von Blum verlesenen Scheiben sind harte Anklagen gegen das Benehmen des hessischen Militärs enthalten, welche von Reh, Buhl und Mathy energisch zurückgewiesen wurden. Buhl verlangt, die ganze Nation solle aufgefordert werden, an die bedrohten Grenzpunkte zu eilen, um dort den Bürgerkrieg niederzuhalten. Benedey beantragt Errichtung eines Parlamentskorps, an dessen Spitze Mitglieder des Ausschusses treten würden. Dieser Antrag, sowie zwar Jakobi's in Betreff der mit den Beschlüssen des Vorparlaments im Widerspruch stehenden Erklärung der „Wiener Zeitung" über das Verhältniß Oesterreichs zum Bunde werden demnächst beraten werden. Benedey beantragt ferner Ernennung einer Kommission, welche dafür sorgen soll, daß von dem 1. Mai an alle Beschlüsse der konstituirenden Versammlung umfassend und rasch veröffentlicht werden. Pagenstecher erklärt den Bericht über die Polenfrage. Die Kommissionen ist der Ansicht, daß die Herstellung Polens eine heilige Pflicht für Deutschland sei, daß letzteres aber erst seine eigne Freiheit und Unabhängigkeit sicher stellen müsse, und daß auch die Interessen der deutschen Bevölkerung Posens ernstliche Berücksichtigung verdienen. Die Kommission beantragt, vorerst eine Deputation zur Ermittelung der Verhältnisse und Beschwichtigung der Aufregung nach Posen und Galizien zu senden. Der Bericht wird in der Nachmittagssitzung beraten werden. Der Entwurf der Adresse an die Tiroler wurde von Wiesner verlesen und sogleich einstimmig angenommen.

## Großbritannien.

London, 25. April. Das Parlament ist wegen der Osterfeiertage bis zum 4. Mai ausgesetzt worden.

Die Häupter der Chartistenbewegung haben jetzt ihr Augenmerk namentlich auch auf das nördliche Schottland gerichtet. In Aberdeen (wie später in Edinburg) fand am 17. ein großer Aufzug und ein Meeting der Chartisten Statt, wobei unter Andern Hr. Jones, das bekannte Mitglied des Londoner Nationalkonvents, eine Rede hielt und ankündigte: man wolle nun zum letzten Male eine Bittschrift an die Königin richten, und wenn sie bei der Regierung abermals kein Gehör finde, zu den Waffen als dem letzten noch übrigen Mittel greifen. Man beschloß, daß jeder Chartist sich mit einem Stichgewehr nebst Bajonett versehen sollte, und ein Brief eines Waffenhändlers in Birmingham, der Flinten nebst Bajonett Stück für 12 Sh. 6 D. zu liefern versprach, wurde unter rauschendem Beifall vorgelesen. Am Charfreitage wurden durch ganz England chartistische Versammlungen gehalten, in London an mehreren Orten, ferner in Birmingham, in Manchester,

Digitized by Google

Salford, Ashton, Stalybridge, Mottram, Oldham, Plymouth, Liverpool u. s. w. Hieran mag man die Ausdehnung dieser Bewegung erkennen, die, je mehr man ihr und ihren Leitern Verachtung und Hohn entgegensetzt, um so mehr eine republikanische Färbung annimmt. Es handelt sich bei der Mehrzahl der Chartisten nicht mehr sowohl um Gewährung der bekannten 6 Punkte der Volkscharte, sie sinnen bereits offen auf den Umsturz des Bestehenden und Abschaffung des Königthums. Der Tag eines ernstlichen Konfliktes kann schwerlich lange ausbleiben, und es wird sich dann zeigen, ob die Demokratie in England der Aristokratie gänzlich unterliegt, oder ob diese, da an eine großbritannische Republik in den nächsten Tagen nicht zu denken ist, jener Zugeständnisse machen muß, wohin namentlich die Gewährung allgemeinen Stimmrechts und jährliche Wahlen gehören würden. Auf mehreren Meetings wurden Abgeordnete für den am Montag wieder zusammentretenden Chartistenkonvent ernannt, in Manchester z. B. die Irländer Mitchell und O'Brien, obschon gegen sie ein Hochverrathsprozeß anhängig ist. Auf den meisten Versammlungen verlangte man: die Königin solle die Minister entlassen, das Parlament auflösen und Männer zu ihren Rathgebern berufen, welche die Volkscharte zu einer Kabinetsfrage machten. In Liverpool fragte Hr. Jones: ob, wenn die Königin ihr jetziges Parlament entließe, wohl 658 größere Schufte aufzutreiben werden könnten? ob das Volk verlieren würde, wenn man Lord Russell in den Sack Recke und der ehrenhafte Tem Duncombe an seine Stelle träte? Jeder Chartist möge sich mit einer Pike bewaffnen; er wolle nicht sagen, daß man von ihr Gebrauch mache, aber wenn die Kronschuldbill zum Gesetz erhoben würde, so solle es Jedem erlaubt sein, Hochverrath und Aufruhr zu predigen. Reynolds versicherte: er liebe die Königin, sie sei ein gutes Weib, habe aber verdammt schlechte Rathgeber. In Plymouth ließ man die Revolution hochleben und brachte den Aristokraten, namentlich aber dem Kaiser von Rußland und dem „weißköpfigen König von Hannover" schallende Verrat. Fast auf allen Meetings stellte man die Revolution als eine Ehrensache für England dar, um hinter den Völkern des Kontinents nicht zurückzubleiben, die im Sturmlauf mehr Freiheiten erobert hätten, als das Volk Englands je genossen habe.

## Frankreich.

Paris, 24. April. Die politischen Geschäfte stehen still, oder vielmehr sie werden von einem einzigen — dem Wahlgeschäft — absorbirt. Die Zeitungen und Briefe sind leer, da ganz Frankreich zu einer ungeheuren Wahlversammlung geworden ist und Jeder mit Spannung dem Ausgange der Dinge entgegensieht. Die Wahloperationen haben gestern den ganzen Tag fortgedauert und schließen erst heute Abend um 10 Uhr. Morgen beginnt das Zählen der Stimmen, das wahrscheinlich vier Tage lauern dürfte und so wird das Gesammt-Resultat der Wahlen nicht vor dem 29. d. bekannt gemacht werden können. Was als charakteristisch hervorhebt, ist die Schärfung der Parteien auf der Grundlage der neuen Umgestaltung; man könnte nicht sagen, daß in Paris zwischen Monarchie und Republik gestochten wird, vielmehr sind es die verschiedenen Fraktionen der Republikaner, die sich untereinander bekämpfen. Vor drei Monaten noch hätte man in den Tuilerien und dem Palais Bourbon geschaudert vor dem Gedanken, daß ganz Paris Männer von der Farbe des National wähle; jetzt liegen die Dinge so, daß die Männer des National die gemäßigten sind, und Armand Marrast von den Andern als traktionär bezeichnet wird. Wie zu erwarten war, hat sich die Kluft zwischen den Parteien während des Wahlgeschäfts wieder vollständig aufgethan; die eigentlich republikanische Partei operirt offen gegen die Sozialisten und Anarchisten und diese wieder gegen Jene. Paris erlebt das erbauliche Schauspiel, daß die Regierung, die sich vor Kurzem durch ein boiser de Lamouvelle verschönt hat, zwei verschiedene Wahlrichtungen verfolgt; Armand Marrast läßt Wahlzettel verdrucken, auf denen seine Kollegen, Ledru Rollin, Louis Blanc u. s. w. nicht stehen; die andere Partei thut ohne Zweifel dasselbe und so wird der Bruch allmählig vergrößert. So rasch folgt dem Fest der Bruderliebe die nothwendige Enttäuschung.

Der Messager bringt heute einen Brief der Herzogin von Orleans an eine ihr befreundete Dame in Genf, in dem die Prinzessin erklärt, daß sie zwar Anfangs den Verlust der Krone Frankreichs für ihren Sohn bedauert habe, jetzt aber nach reiflicherer Erwägung der Umstände zu besserer Einsicht gekommen sei und nun keinen Preis der Welt ihrem Sohn zur Annahme dieser Krone rathen würde. Einen fast ähnlichen Brief hat der Herzog von Bordeaux an die bedeutendsten seiner hiesigen Anhänger geschrieben und sie gebeten, durchaus nicht mehr auf ihn zu zählen, da er allen seinen Rechten entsage.

Vorausgesetzt, daß diese Briefe echt sind, halten wir sie doch nicht für wahr. Es lautet fast wie Ironie, in diesem Augenblick eine solche Resignation auszusprechen, die nur dann einen Sinn hätte, wenn die Zustände in Frankreich so durchaus unzweifelhaft und unerschütterlich wären, wie sie es nicht sind. Ohne innere und äußere Noth sind aber, soviel wir die Welt kennen, die in Palästen Gebornen nie so leicht bereit, den Herrlichkeiten der Welt zu entsagen.

## Italien.

† Neapel, 15. April. Das heute aus Palermo hier eingetroffene Dampfschiff „Vesuvio" brachte die positive Nachricht, daß das Parlament in Palermo den König Ferdinand II. und seine ganze Dynastie des sicilianischen Thrones für verlustig erklärt und proklamirt hat. Die k. Statuen von dessen Vater, Großvater und Alles, was an die Könige erinnerte, ist vom Volke zerstört worden. In Syrakus wurden die Festungswerke von den Regierungstruppen geschleift und dieser Platz verlassen. In Messina haben die Feindseligkeiten bereits wieder angefangen, Palermo schickte neuerdings wieder bedeutende Verstärkungen dahin, und nun wird es da erst recht losgehen. Die Sicilianer wollen diese Festung um jeden Preis haben, während der König diesen einzigen festen Punkt, den er noch auf dieser Insel hat, ebenso hartnäckig behaupten will.

* Rom, 13. April. Die bereits angekündigten Krawalle haben sich auch nach Erscheinen der Ordonnanz des Tesoriere, welcher zufolge die Bankscheine gegen Tesorschrine, die auf Kirchengüter hypothecirt sind, umgesetzt werden dürfen, nicht gelegt. Das Volk hat die Geldwucherer, deren 35 namhaft gemacht werden, besonders aufs Korn genommen. Unter dem Vorwand der Rebellionsfolgkeit haben Ruhestörungen stattgehabt, die man Anfangs durch Geldvertheilung beschwichtigen zu können gemeint hat. Erst als man sich von dem Thörichten dieser Maßregel überzeugt hatte, wurde die Bürgergarde zur Aufrechthaltung der Ordnung aufgeboten. Starke Patrouillen mit scharf geladenen Gewehren durchziehen die Stadt; viele Verhaftungen haben Statt gehabt. Die verdächtigen Subjekte waren nicht bloß bewaffnet, sondern auch mit Gelsummen ausgestattet, die mit ihren Forderungen in dem größten Widerspruch standen. Gestern Nachmittag war Piazza St. Apostoli für jede Passage geschlossen. Auf demselben liegt der Palast des Bankiers Valentini, welcher durch die abrupte Weise, wie er sein Geschäft aufgegeben hat, wesentlich zur Beschleunigung der hiesigen Geldkrisis beigetragen zu haben scheint. Gegen ihn hat sich daher der Unwille der Menge mit ganz besonderer Heftigkeit gewendet und seine eigenen Brüder haben es für gut befunden, zu erklären, daß sie seit mehreren Jahren sich aus dem Geschäft zurückgezogen haben, wodurch indeß der Haß sich mit um so größerer Leidenschaftlichkeit auf seine Person konzentrirt hat. Seine gefüllten Geldkasten scheinen daher von einem Sturm bedroht gewesen zu sein. — Der Ballade zu Folge sind dagegen die Fürsten Borghese und Mess. Torlonia nun wirklich zur Einschmelzung von Silbergeräthen geschritten, um das Metall auszumünzen zu lassen. — In Rieti waren den 7. d. M. 3000 Neapolitaner auf dem Durchmarsch nach der Lombardei angelangt. Auch soll sich der König beider Sicilien herbeigelassen haben, eine Million Dukati zu den Kriegskosten beizusteuern. Der Graf Terenzio Mamioni hat in einer der hiesigen Zeitschriften den Plan entworfen, Triest möglichst rasch von der Landseite her anzugreifen. Die Bevölkerung von Wien sei zwar slavisch, allein da sie italienisch geleernt habe, gehöre sie mit zu Italien!

## Rußland.

Die letzte Nummer des „Warschauer Courieres" bringt die Nachricht, daß sich auf Veranlassung des Fürsten-Statthalters eine Deputation der vier ersten Magnaten Polens, an deren Spitze Krasinski, nach Petersburg zum Kaiser begeben werden, um denselben zu bitten, das ehemalige Königreich Polen in der Verfassung, wie es vor der Revolution gewesen, wieder herzustellen und die geeigneten Schritte dahin zu thun, daß die jetzt dabei nicht befindlichen Theile desselben gleichfalls unter russischem Zepter vereinigt würden. Unter den letztern sind jedenfalls Galizien und Posen verstanden. Nimmt man nun an, daß der Fürst-Statthalter indeß Schwerlich auch sich selbst gehandelt habe, so ist diese Nachricht sehr bedeutungsvoll für Deutschland.

Verantwortlicher Redakteur G. Gerbinus.

Digitized by Google

## Wünsche für die deutsche Verfassung

von f. Reyscher.

Paul Pfizer — ich mag einem lieb gewordenen alten Namen nicht einen neuen Titel vorsetzen — hat in einem Aufsatz, der aus dem schwäbischen Merkur in die Allg. A. Zeit. übergieng, aufs Neue für preußische Hegemonie gesprochen, welche schon bisher in den sog. deutschen Zollverein eine Art von Verwirklichung fand. Dieser Zollverein war eine der schönsten Eroberungen, fast der einzige praktische Fortschritt der besten Jahrzehnden, denn in ihm lag die Hoffnung zu einer spätern engern Vereinigung. Indessen ich ahne die Gründe, welche früher einen Theil der württembergischen und badischen Opposition bestimmten, gegen den Anschluß an Preußen zu stimmen. Sie lagen in einem natürlichen Mißtrauen, das die Volksparteie im südlichen Deutschland wider den preußischen Beamtenstaat hatte, ein Mißtrauen, das durch die spätere Erfahrung theilweise gerechtfertigt wurde. Jetzt, da die Bureaukratie in Preußen gefallen, ist auch das Bedenken gegen eine weitere Annäherung an diesen Staat gehoben, und so erklärt sich, wie Pfizer, der früher dem Zollverband mit Preußen entgegen war trotz der von ihm empfohlenen Hegemonie, nun eben diese Hegemonie im ganzen Umfang verwirklicht wissen will: weil eben die Bedingung, an welche er dieselbe geknüpft hatte, durch den Eintritt Preußens in die Reihe der konstitutionellen Staaten erfüllt ist. Auch darin trete ich meinem Freunde Pfizer vollständig bei, daß, wenn überhaupt die Umstände eine Hegemonie für Deutschland nothwendig machen sollten, nur das Oberhaupt des größten deutschen Staats, also das Oberhaupt der mit geistiger und materieller Kraft reich ausgestatteten preuß. Monarchie Oberkönig werden könnte.

Allein die Abhängigkeit eines Staats von einem andern ist immerhin ein Zustand, dem man sich ohne Noth nicht unterwirft, und wenn mit der deutschen Einheit zugleich die deutsche Freiheit gegründet werden soll, so darf man diese wenigstens nicht mit einem Zwange beginnen. Die preußischen Verhältnisse haben sich allerdings zum Bessern gestaltet, allein auch die deutschen Verhältnisse haben sich geändert, und das deutsche Volk wird künftig seinen Schutz weder von der einen, noch von der andern Hausmacht, sondern von seiner eigenen Gesammtmacht erwarten. Das eben ist das Ziel der neuen Bewegung, daß ferner nicht mehr der Theil das Ganze, die Minderheit die Mehrheit beherrsche, sondern das Ganze den Theil in sich aufnehme und schirme, daß also wahr werde, was der österreichische Erzherzog Johann vor mehreren Jahren am Rheine aussprach: Kein Oesterreich, kein Preußen, sondern Ein Deutschland, fest wie seine Berge!

Pfizer bezweifelt, daß die Ausführung dieses Gedankens jetzt schon im Bereich der Möglichkeit liege. Ich glaube — und es ist dies nicht bloß meine, es ist die herrschende Ansicht — die Ausführung ist jetzt möglich oder nie. In der Gefahr einer gänzlichen Auflösung der Gesellschaft müssen alle Stände, welche diese zusammenhalten, Opfer bringen. Auch die Regierenden haben bereits Opfer gebracht, zu welchen sich bereit erklärt, und sie werden um so geneigter dazu beitragen, daß Deutschland gereinigt und gekräftigt werde, als dies der einzige Weg ist, um eine neue feste Ordnung herzustellen. Eine gemeinsame Vertretung am Bunde macht diese Ordnung nicht aus. Eine staatliche Gewalt über ganz Deutschland thut uns Noth, gestützt auf eine vernünftige Freiheit und eine wahrhafte Volksvertretung.

Man darf sich diese Aenderung nicht so vorstellen, als ob einer der bestehenden Landesregierungen die andern sich unterordnen müßten. Einzelne Regierungen werden allerdings in der neuen Organisation Deutschlands schwer Platz finden können, aber die anderen werden ohne Unterschied sich unterordnen der neuen Reichsgewalt, wie sie im Jahr 1815 sich unterzogen haben der Bundesgewalt. Darin allein liegt auch eine ehrenhafte Ausgleichung für Alle, während eine fabile Hegemonie, sei es eine preußische oder österreichische, ohne Kränkung und Zwang gar nicht durchführbar wäre, oder die schlimme Folge hätte, daß ein Theil Deutschlands unter den Schutz Oesterreichs, ein anderer unter den Preußens sich begäbe, ein dritter aber von Frankreich abgelöst und so Deutschland zertrümmert würde.

Oder glaubt man im Ernste, das alte Oesterreich werde sich gutwillig Preußen unterordnen? Oder es genüge, wenn dasselbe „mit seinem widerstrebenden Elementen" (die ihm mehr und mehr zu entrinnen drohen) in einen bloß äußerlichen Verband zu Deutschland trete? Das Erste ist nicht denkbar, das Zweite muß ich wenigstens aufs Bestimmteste verneinen. Wir bedürfen ein einiges, großes und mächtiges Reich, um nicht den Nachbarn zur Beute zu werden, und wir können und wollen keinen Theil unseres gesegneten Vaterlandes entbehren. Oesterreich selbst wird sich weder ausschließen von dem festeren Verbande, noch wird es seinen Eintritt abhängig machen von der unzulässigen Bedingung, allein zu herrschen im Reiche. Oesterreich hat schon ein Mal, nach seinem Anschluß an die nordische Allianz im Jahr 1813 der Einladung Hannovers zur Wiedereannahme der deutschen Kaiserkrone und wiederholt auf dem Wiener Kongresse dem von Hannover befürworteten gleichen Wunsche von 31 souveränen deutschen Fürsten und freien Städten widerstanden — mit Rücksicht auf Preußen*). Preußen müßte dasselbe Ansinnen, wenn es gestellt würde, ablehnen — mit Rücksicht auf Oesterreich. Dagegen ist weder Oesterreich, noch Preußen gehindert, die ordnungsmäßige Wahl zum deutschen Oberhaupt anzunehmen, und es versteht sich von selbst, daß, wenn einmal der Anfall der Reichsregierung verfassungsmäßig nur auf Wahl zu gründen ist, die beiden ersten Häuser Deutschlands ebenso wie alle anderen zum Vorraus sich dem erwählten Oberhaupte unterwerfen werden.

Auch ich nehme gerne wie Pfizer die Dinge, wie sie sind, nicht wie sie sein könnten. Dem Naturgesetze und dem allgemeinen Zuge der Geister läßt sich nicht mit Erfolg widerstreben. Allein was vor wenigen Monaten in der allmählichen Entwicklung der deutschen Verhältnisse ein Glück geschienen und die öffentliche Meinung vorläufig befriedigt hätte, erscheint jetzt theilweise nicht mehr so. Die allgemeine Sehnsucht und das allgemeine Bedürfniß in Deutschland geht nach einer dauerhaften, von Palastintriguen und örtlichen Hemmnissen unabhängigen Staatsgestaltung. Was sich in diesem Sinne als Wunsch und Forderung unseres Volks in Hinsicht auf die künftige deutsche Verfassung darstellen läßt, wäre etwa Folgendes:

1) das deutsche Volk, im Bewußtsein seiner Rechte und der Kraft, sie zu behaupten gegen äußere und innere Feinde, wird diejenige würdige Stelle unter den Völkern einnehmen, welche ihm nach dem Zeugniß der Geschichte und nach dem Stande seiner heutigen Bildung gebührt.

2) Auch nach Innen will dieses Volk staatsrechtlich geschützt sein wider neue Verkümmerung durch Bundes- und Kabinetsbeschlüsse, einseitige Fürstenkongresse und Ministerialkonferenzen; und es will nicht bloß festhalten an dem, was bisher zu seiner Ehre und zu seinem Frieden diente, sondern hinzuerwerben alle Rechte, deren die Bürger anderer seiner Staaten würdig gehalten sind, wofern diese Rechte unsern Verhältnissen, Neigungen und Bedürfnissen angemessen erscheinen.

3) Die gegenwärtige Eintheilung Deutschlands in 38 Souveränetätsgebiete entspricht weder der geschichtlich überlieferten Nationaleintheilung der Deutschen, noch ist sie vereinbar mit einer durchgreifenden Staatsordnung und dem unabweisbaren Anspruch auf eine gleichmäßige und wohlfeile Landesregierung. Die kleineren Gebiete werden daher andern sich anschließen, und die größeren nach natürlichen Grenzen sich abscheiden müssen.

4) Es ist der Wille des deutschen Volks, daß die Souveränetät oder höchste Staatsgewalt künftig ruhe in einer Gesammtmacht, welche den deutschen Staat nach Innen und Außen kräftig vertrete, und welcher alle wesentlichen staatlichen Rechte zukommen, unbeschadet der Selbstregierung der einzelnen Stammesgebiete hinsichtlich ihrer innern Angelegenheiten. Zu den Rechten der Reichsgewalt in Deutschland gehört geschichtlich die oberste Gesetzgebung, Besteuerung, oberste Gerichtsbarkeit, der Heerbann zu Land und Wasser, das Recht der Post, Münze und der allgemeinen Verkehrswege. Den einzelnen Reichslanden bleibe dagegen vorbehalten die Gerichtsbarkeit erster und zweiter Instanz, die Landespolizei, die Selbstbesteuerung und die Verwaltung der Landeseinkünfte.

5) Ein allgemeiner Reichstag, zusammengesetzt einerseits aus den Vertretern der einzelnen Lande (Fürsten und ständischen Abgesandten, je einer auf 50 Geviertmeilen), andererseits aus den Abgeordneten des deutschen Volks nach Wahlbezirken (je 1 Abgeordneter auf 100000 Seelen) möge jährlich zusammentreten, um über die Gesetze, Staatsverträge, Krieg und Frieden zu beschließen, um über die Staatsverwaltung Rechenschaft zu fordern. Bei einer Meinungsverschiedenheit beider Kammern hinsichtlich der Steuerauflage oder sonstiger unaufschieblichen Beschlüsse werden die Stimmen beider Versammlungen, der Ständekammer und der Volkskammer, durchgezählt.

6) An der Spitze des Reichs steht ein Oberhaupt, König der Deutschen genannt, mit dem Rechte der Vollziehung und der Besetzung, den Reichstag einzuberufen, zu vertagen, aufzulösen, seine Beschlüsse als Gesetze zu verkündigen, und die zu ihrer Vollziehung erforderlichen Anordnungen zu erlassen, ferner mit dem Rechte, die Reichs-

*) Klüber, Akten des Wiener Kongresses Bd. I. Heft 1. S. 85. 88f. Heft 2. S. 39.

Digitized by Google

ämter, sowohl bürgerliche als Militärstellen zu besitzen. Bloße Titel und Ehrenzeichen wären abzuschaffen.

7) Das Reichsoberhaupt werde gemäß dem Vorschlage der Siebener-Kommission gewählt auf die Dauer von 3 Jahren durch den gesammten Reichstag, nicht bloß, wie diese Kommission vorgeschlagen hat, durch die Landesregierungen, vermöge der Bestechung und der ganzen Verderbniß der alten Bundesregierung wieder Eingang verschafft würde. Die Wahl sei offen zu stellen den Häuptern und den männlichen Mitgliedern der deutschen Fürstenhäuser.*) Im Uebrigen werde nur gefordert, daß der zu Wählende ein gerechter, billiger und nüchterner Mann sei.**)

An würdigen Kandidaten wird es bei Annahme dieser Grundsätze nicht fehlen, und nicht bloß äußere Rücksichten, auch die Stimme des Volkes würde sich ohne Zweifel sofort einem Mitgliede des preußischen oder österreichischen Hauses zuwenden, aber man stelle nicht zum Voraus das eine oder andere Haus als ausschließlich berechtigt dar, noch beschränke man die Wahl auf die Regenten. Wäre es nöthig, das deutsche Bewußtsein in Oesterreich durch Wiederkehr der habsburgischen Kaiserherrschaft, welche nie als eine erbliche anerkannt war, in Preußen durch eine preußische Hegemonie zu wecken: nun so rede man lieber nicht von deutschem Sinne und deutscher Einigkeit. Sind aber diese beiden Bedingungen einer besseren deutschen Zukunft allwärts in unserm Vaterlande vorhanden, so mögen sie sich zunächst dadurch erfüllen, daß weder von den alten Vorrechten der Schwaben oder Sachsen, noch von neuen Privilegien Oesterreichs oder Brandenburgs mehr die Rede sei, sondern daß alle sich einigen in der Gründung eines großen und mächtigen Reichs und in der Erhöhung und Befreiung unseres lange gedemüthigten, edlen und tapfern deutschen Volks.

---

* **Hamburg**, 21. April. Hamburgs Wahlen zum Parlament sind beendet; von 17519 Stimmenden fielen die Stimmen folgendermaßen: Dr. Heckscher 15413, E. Reß 15624, C. Merck 14695, F. G. Stammann 1757, Dr. Rieser 1147, Dr. Baumeister 1461, von der Linden 868, Lutteroth 427, Stomann 380, Dr. Eden 74, Senator Geffcken 62, Prof. Wurm 58, F. Stammann 43, C. J. Johns 34, C. Johns 16. Noch ehe die Wahlen bekannt waren, protestirten die verschiedenen Vereine Hamburgs, der republikanische, der Bürgerverein und der Verein zur Hebung der Gewerbe gegen die Wahlumtriebe, und gestern schon, also 24 Stunden vor Bekanntwerden des Resultats ging der Protest an den Hünzigerausschuß zu Händen des Herrn Sieben nach Frankfurt ab, und Prof. Gervinus, der für die Hanseſtädte erwählte Vertrauensmann, wird bald Etwas zu thun bekommen. Der Protest enthält eine Menge Details, die bei den Wahlen vorgekommenen Umtriebe enthüllen; so zwang man das stehende Heer zur Abgabe ausgefüllter Stimmzettel.

### Türkei.

* **Konstantinopel**, 5. April. Da ich vor kurzer Zeit selbst in Patras anwesend war und dort sowohl wie auch hernach in Athen, Gelegenheit genug gehabt habe, über das Benehmen des engl. Konsuls Wood beim neulichen Aufstande des Mereditits in jenen kleinen Hafenstadt von verschiedenen unabhängigen Männern ganz gleichlautende Urtheile zu hören, so glaube ich, eine genauere Darstellung jener vielfach besprochenen Begebenheit Ihnen um so eher schuldig zu sein, als der Athener Korrespondent der Augsb. Zeitung (12. März) fortfährt, seinen falschen Standpunkt zu behaupten und Sie mich gewiß nicht einer übergroßen Liebe für die Engländer beschuldigen werden — doch der Wahrheit die Ehre! Als nämlich Mereditits, wie Sie wissen, ein ziemlich verzweifelt stehender, wenig fähiger Soldatenchef, Patras zum Ausgangspunkt seiner Operationen gegen die griechische Regierung zu machen beabsichtigte, und zur besseren Kräftigung seiner Schaar die Stadt brandschatzen wollte, ersuchten die Bürger die fremden Konsuln um ihre Vermittelung. Wood nahm sich der Sache an, und die Insurgenten, welche bei ihrem ersten Losbrechen auf einen weit größeren Anhang gerechnet hatten, gingen im Gefühl ihrer Schwäche auf den Vorschlag ein, die Stadt unbeschädigt zu verlassen, wenn man ihnen eine gewisse Summe auszahlen und ihnen Schiffe zur Ueberfahrt nach Malta verschaffen wollte. Da das Geld sich nicht so schnell herbeiringen ließ, so ging man von Seite der Stadt die dortige königliche Bank um ein Darlehn an, welches sie, wohl am meisten gedrängt, auch gern gewährte und hänbigte dasselbe Hrn. Wood zur Uebergabe ein. Während der Zeit waren die Insurgenten auf einem englischen Dampfer eingeschifft, da ihnen Wood versprochen hatte, das zu empfangende Geld ihnen nach La Valette nachsenden zu wollen. Zwei Tage darauf erschien eine Abtheilung Regierungstruppen zum Schutze der Stadt, und nun forderte das Gouvernement von dem englischen Konsul die Gelder zurück, „welche er der Bank entnommen habe." Dieser erklärte ihm jedoch, daß nicht er, sondern die Bürger der Stadt für die Summe verpflichtet seien, indem er nur als ihr Mandatar gehandelt habe; zugleich aber auch, daß, da die Insurgenten getreu das getroffene Abkommen gehalten hätten, er gleichfalls als Unterhändler ihnen sein Wort halten müsse. Ich meine, es ist das die Handlungsweise eines Mannes von Ehre, welche der Zustimmung Palmerston's gewiß sein durfte. Daß jetzt nach dem Sturze des französisch-österreichischen Ministeriums in Athen der Sekretär der österreichischen Gesandtschaft — denn dieser ist der Korrespondent — auf solche Weise an der liegenden englischen Partei seine Wuth auslässt, werden Sie leicht begreifen; ich dächte nur, daß der Wirrwarr, den er in der Musurischen Angelegenheit durch seine Berichte an Metternich und die Augsb. Zeitung angestiftet hat, ihn wohl bewegen sollte, künftig etwas mehr bei der Wahrheit zu bleiben. — Daß die hier ausfässigen Europäer durch die Ereignisse in Westeuropa in steter Aufregung gehalten werden, ist wohl natürlich. So haben die toskanischen Israeliten in den letzten Tagen ein großes Bankett zur Feier der gleichen staatlichen Berechtigung im Heimathlande hier gegeben, und der neue französische Geschäftsträger hat in einer von ihm veranlaßten Versammlung der Franzosen durch eine sehr warme Rede dargethan, daß bei dem großen Umschwung der Verhältnisse auch ein neuer Geist in die Diplomatie gedrungen ist. Nur die Deutschen haben sich bis jetzt noch nicht öffentlich mit den Thaten ihrer Brüder daheim einverstanden erklärt; allein man geht unter ihnen damit um, eine Adresse an Welcker einzusticken, um ihre Freude über das geschehene Werk zu geben, und zugleich die Hoffnung auszudrücken, daß das nun zu bildende deutsche Parlament auch für eine nachhaltige Vertretung der Deutschen in der Fremde Sorge tragen werde. Eine tüchtige Handelspolitik kann nur durch kräftig Organe im Auslande bestehen. Die Hanseaten, ohne sich jedoch von dieser allgemein deutschen Demonstration ausschließen zu wollen, werden in diesen Tagen auf einem im goldenen Horne liegenden Bremer Schiffe ein Fest zur Feier der Ereignisse in ihren Heimathsstädten abhalten. — Die Pforte wird durch die Umwälzungen im Westen wenig berührt. Zwar sind sogleich beim ersten Gerüchte von der Pariser Revolution alle Kriegsschiffe in Bereitschaft gesetzt; allein Rußland, ihr einzig zu fürchtender Feind, möchte jetzt wohl ganz anderswo, als im Bosporus, hinreichende Beschäftigung finden, und aufrührerische Bewegungen von Seite ihrer Unterthanen hat wohl kaum eine Regierung zu fürchten, welche mit ihren Reformen in so ruhiger, sicherer Weise dem Bildungsgrade ihres Volkes vorangeht, wie es der Divan schon seit Jahrzehnden gethan. Umgekehrt vielleicht droht ihr von den alten erhobenen Islamismus eher Gefahr, und man erzählt sich hier wirklich allgemein, daß eine in diesem Sinne angezettelte Verschwörung durch einige zwanzig seidene Schnüre ganz in der Stille erstickt sei — ein Gerücht, welches jedoch aller Bestätigung entbehrt und bei der bekannten Weichherzigkeit des Sultans sehr unwahrscheinlich ist. Als einen Beweis von dem richtigen politischen Blicke des Ali Pascha mögen Sie es hinnehmen, daß das bisherige gute Einvernehmen der Pforte mit der hiesigen preußischen Gesandtschaft in der letzten Zeit noch herzlicher geworden ist; der Minister des Auswärtigen hat seine Studien in Deutschland gemacht und weiß wohl, daß, wenn dieses Land seine ihm gebührende Stellung unter den Völkern einnimmt, es bei der bekannten deutschen Ehrlichkeit und Uneigennützigkeit stets ein starker Rückhalt für die doch immer bedrohte Stellung des türkischen Kaiserreichs abgeben wird. — In den nächsten Tagen geht General Jochmus von hier nach Hamburg zurück. Deutschland gewinnt an ihm, welcher früher die Kriege in Spanien und Griechenland mit durchgefochten hat, und in den letzten Jahren im türkischen Dienste nun vom Sultan sehr ehrenvoll entlassen ist, einen tüchtigen Soldaten für seine von zwei Seiten bedrohte Stellung.

---

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

---

*) Reges ex nobilitate sumunt. Tacitus Germ. cap. 7.

**) Homo justus, bonus et utilis. Aurea bulla c. II. §. 1.

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim. — Druck von **G. Mohr** in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei den Herr. Owen u. Comp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal u. Spanien Herr Bossange Père in Paris, Quai Voltaire, Nr. 11. Für Nordamerika Herr Bossange Père in Paris, Quai Voltaire, Nr. 11. Für Nordamerika Herr Bossange Père in Paris, Quai Voltaire, Nr. 11. Für Nordamerika Herr Bossange Père in Paris, Quai Voltaire, Nr. 11.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeberschaft besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 30 kr. durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Ausländer wird der Betrag einer dreifachen Postzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 119. Heidelberg, Samstag 29. April 1848.

## Uebersicht.

**Die Truppen.** — **Posen** (die Einfälle in Tirol. Siegesnachricht). **Trient** (die Insurgenten zurückgeworfen). **Berlin** (eine Klubsitzung. Der Sieg über die Dänen). **Posen** (Demskrieft des deutschen Nationalkomites in Posen. Blutige Exzesse der Polen) **Aus Würtemberg** (die Geistlichen und die Wahlen. Pietistische Umtriebe). **Karlsruhe** (der Mord Sagerns). **Mannheim** (Judenstörungen durch die anarchische Partei). **Freiburg** (der Turnverein aufgelöst. Aufforderung zur Auslieferung der Waffen). **Koburg** (Grieglied ins Parlament gewählt). **Kiel** (Stellung der Truppen; nahes Bevorstehen der Entscheidung). **Rendsburg** (der Sieg der Preußen; Schleswig genommen. Officielle Berichte darüber. Verfolgung der Dänen; Eckernförde geräumt; die Bundestruppen bereits jenseits Schleswigs. Aufruf zur Gründung einer deutschen Flotte). **Frankfurt** (Verhandlungen des Fünfzigerausschusses. Erwiderung von Mathy. Der Ausschuß und die anarchische Partei. Erzherzog Johann).

**Schweiz.** **Zürich.** Die Neutralität der Schweiz.

**Dänemark.** **Kopenhagen.** Der König. Armeebefehl des Kriegsministers. Die Kriegsreferven. Die aufgebrachten preuß. Schiffe.

**Großbritannien.** Die Times über Mittel gegen den Chartismus.

**Frankreich.** **Paris.** Dekrete der Regierung. Die Wahlhandlung.

**Oesterreichische Monarchie.** Bedenkliche Lage in Galizien.

**Nachschrift.** **Berlin.** Schlachbericht von Schleswig.

**Beilage.** General Friedrich v. Bagern. — **Posen** (Denkschrift des deutschen Nationalkomites). **Amsterdam** (die politische und materielle Krisis).

---

### Heidelberg, 28. April.

In dem Augenblick, wo wir Dies schreiben, ist die freudige Siegesbotschaft aus dem Norden angelangt, die uns die Reinigung der Stadt Schleswig von den Dänen verkündigt. Wir freuen uns dieses Sieges, nicht allein weil eine deutsche Stadt damit ihrer dänischen Dränger entledigt und dem Kriege endlich die rechte und energische Wendung gegeben ist, sondern namentlich um des erfrischenden und stärkenden moralischen Eindrucks willen, den die Kunde in ganz Deutschland machen wird. Auch die ersten ungünstigen Gefechte gegen die Dänen haben Zeugniß gegeben von der alten bewährten deutschen Tapferkeit. Auch die jüngsten Kämpfe in unserem badischen Oberlande haben dies Zeugniß bekräftigt, aber in dem einen Falle war der kriegerische Muth im Erfolge unglücklich, im andern war der Eindruck des Sieges durch die schmerzliche Erinnerung an den Bürgerkrieg verbittert.

Soviel steht indessen fest, daß die Auflösung, die einen Theil unseres politischen Lebens ergriffen hat, die Desorganisation und Entmuthigung, die wir vor unsern Augen wahrgenommen haben, das deutsche Heer noch unberührt gelassen hat; die Hoffnungen der Anarchisten, hier eine Stütze zu finden für Aufruhr und Bürgerkrieg, sind gänzlich gescheitert. Unsere Truppen haben eine schwere Probe glücklich überstanden; aus der bisher abgetrennten, korporativen Stellung durch den jüngsten Umschwung der Dinge dem Volke mehr genähert und auf die Verfassung verbindet, konnte der Soldat einen Augenblick zweifelhaft sein, welche Stellung er in dieser allgemeinen Verwirrung einzunehmen habe. Ob der Verfassungseid ihm nicht überhaupt jeden Angriff auf den Bürger verbot, konnte ihm wohl einen Moment unklar erscheinen; wo die politische Grenzlinie sei zwischen Landesverfassung und der Rebellion gegen dieselbe, war dem gemeinen Mann, bei seiner bisherigen künstlichen Isolirung von allem politischen Interesse, nicht sofort eine klare und abgemachte Frage. Jenes treffliche Beispiel, das die kurhessischen Offiziere in Kassel gaben, erregte in ganz Deutschland die freudigste Theilnahme, aber man mußte sich doch sagen, daß es eine Ausnahme sei, und man konnte der Masse, die bisher ohne jede politische Erziehung war, nicht zumuthen, dieselbe feine Unterscheidungsgraft zu besitzen. Eine Unklarheit und Verworrenheit der Begriffe war wenigstens fürs Erste nicht zu verdenken; war freilich der Kern gesund, so mußte auch die rechte und gesunde Anschauung der Dinge allmählich bestimmter hervortreten. Der Kern war gesund, denn das Heer ist auf dem aufgewühltesten Boden fest und ohne Wanken geblieben, es hat den Wühlereien der anarchischen Partei, den Verdächtigungen, den verlemderischen Hoffnungen auf einen Abfall die klare und unzweideutige That entgegengestellt.

Wie jene Wühlereien beschaffen waren und mit welchen Mitteln man die Disziplin im Heere aufzulösen, also das Vaterland nach Außen wie nach Innen verheert zu machen suchte, das haben wir in unserer Nähe mit Empörung gesehen. Es war kein sinnlicher Genuß zu gemein, keine Schmeichelei und Liebkosung zu niedrig; man bot Alles auf, die Lente einzeln zu demoralisiren, um dann die Zucht im Ganzen zu zerstören. Wir haben unter unsern Augen gesehen, wie man die niedrigsten Neigungen der Leute schürte, dabei mit utopischen Versprechungen und Hoffnungen sie aufregte, mit Rede und Flugschriften sie zu verwirren suchte, und es war weniger zu verwundern, daß diese unausgesetzten Versuche Einzelne zu Undisciplin verführten, als daß sie den ganzen Kern des Heeres nicht bedenklicher angriffen. Hinweggeführt in die freie Luft, fand es alle Zucht und Ehre vollständig wieder; es entstand ein Wetteifer, die Verlemmder zu beschämen, man ertrug Unwetter und Mangel und schlug sich mit der größten Lebhaftigkeit und Erbitterung, als wollte man durch die frische That beweisen, daß man Einzelne sehr wohl zur Undisciplin verführen, aber ein Heer nicht so rasch verderben könne. Unter allen schlachtlagenen Hoffnungen der Rebellen war keine so ganz eitel, als die mit größter Sicherheit ausgesprochene, das Heer werde übergehen und nach dem eben erst geschworenen Verfassungseid zum Umsturz der Verfassung die Hände bieten. Die wühlerische Faktion fühlt das auch; sie legt die süße, schmeichelnde Maske ab; sie äußert ihren Groll so ungeschickt und ungestüm wie eine verschmähte Kokette. Noch vor wenig Tagen „lechzten“ (nach dem Ausdruck eines berüchtigten Blattes) die Truppen nach dem Abfall; jetzt wird schon bittere Klage über sie geführt und sie der Brutalität beschuldigt; noch vor gang kurzer Zeit suchte man die in Mannheim liegenden naffauer Bataillone mit dem plumpsten Köder und dem gröbsten Sinnenkitzel zu verführen, und als dies ganz erfolglos scheiterte, ließ man die Maske fallen, ließ man Hohn und Wuth an ihnen aus, überfiel sie meuchlings, kurz zeigte nach kurzer Heuchelei das wahre und natürliche Gesicht.

Je erfreulicher sich jener Geist bewährt hat, um so eifriger sollte man ihn pflegen durch Wegräumung aller Mißstände, durch Einrichtungen, die den Soldaten wirklich dem bürgerlichen Leben näher stellen und ihm Liebe einflößen zu den Einrichtungen, die er mit den Waffen schützen soll. Eine despotisch niedergehaltene und korporativ ganz abgetrennte Soldatenkaste wird man leichter zur Meuterei und Auflösung bringen, als ein wahrhaft volksthümliches und bürgerlich gesinntes Heer. Man verbanne den Geist der Soldatenjagd, den man künstlich großgezogen hat, räume die Feindseligkeit weg, die häufig zwischen dem Soldat und Offizier genährt worden war, lasse den Soldaten seinen bürgerlichen Beruf ganz fühlen, statt gegen die bürgerliche Seite des Lebens ihm eine Abneigung und ein Mißtrauen zu wecken, die wieder nur Abneigung und Mißtrauen hervorrufen kann. Dann ist er am sichersten geschützt vor der innern Auflösung; denn ein von den Vorgesetzten ohne Liebe, von den Bürgern ohne Vertrauen behandeltes Heer wird den Umtrieben zerstörender Faktionen am sichersten verfallen.

---

**Oesterreich.** * **Posen**, 22. April. Das Ueberschtliche der letzten Vorgänge in Tirol betheiligt hauptsächlich in Folgendem. Am 9. April betraten die sembard. Truppen, großentheils aus Freischaaren und wenig-

Digitized by Google

gen Piemontesen bestehend, von Arvose über Rocca d'Anglo kommend, den tirolischen Boden. Sie verwüsteten sich bis zum 13. auf ungefähr 2000, drangen über Cembino und Vione nach Stenico vor, entsetzten an allen diesen Orten die Landwehrsche und riefen die Republik aus. Die Bevölkerung machte mit ihnen gemeine Sache. In Tione ist der Sohn des ständischen Vertreters des Viertels Trient, Dr. Marchesetti, zum Haupt der provisorischen Regierung ernannt. Intriganten war von den österreichischen Truppen leider nur sehr schwach besetzt, die Meuterer in Trient, die schon längst mit den Aufständischen nach allen Seiten hin in Verbindung stehen, erlaubten nicht, die bloß aus 2 Bataillonen Feldjäger bestehende Besatzung stark zu verringern. Schon bei Verkündung des kaiserlichen Patents über die Einführung der Konstitution hatte man den dortigen Hauptmann genöthigt, ein Gesuch um Vereinigung der zwei welschen Kreise Tirols mit dem lombardisch-venezianischen Königreich nach Wien zu senden; als dort der Aufstand ausbrach und näher rückte, füllte man an verschiedenen Orten die Häuser mit Steinen und Pech, um sich deren seiner Zeit gegen unsere Truppen zu bedienen. Mittlerweile wurde nun die dortige Besatzung durch ein Bataillon tiroler Jäger unter Oberst Zobl, 5 Kompagnien von Schwarzenberg Infanterie und einer kleinen Abtheilung Chevauxlegers verstärkt, so daß Major Burlo am 11. mit einer Truppe Kaiserjäger den im Schloß Doblino umringten Kameraden zu Hilfe eilen und sie durch einen glücklichen Schlag befreien konnte. Hierbei wurden 21 Feinde, theils Deserteure vom Regiment Geppert, theils Aufständische gefangen und Tags nachher in Trient erschossen, was unter den feigen Welschen heilsamen Schrecken verbreitete. Am 15. ward Trient in Belagerungszustand erklärt, schon früher aber 4 Trienter Grafen, als der Unruhestiftung verdächtig, eingezogen und nach Innsbruck abgeführt. Unser gräflicher Gouverneur wollte seinen hohen Standesgenossen die Haft erleichtern und verwandelte sie in Stadtarrest, allein man warnte die Grafen vor dem gerechten Zorn des Volkes, falls sie es wagen sollten, sich ihm zu zeigen; sie zogen es daher vor, zu Hause zu bleiben und sind jetzt nach Salzburg gebracht. Der Abtheilung der in Judikarien eingefallenen Freischärler von ungefähr 600 Mann brach sofort über den Sulzberg ins Nonsthal ein und besetzte Malè und Cles, wo ebenfalls die Republik verkündet, Freiheitsbäume aufgepflanzt und die kaiserlichen Adler zertrümmert wurden. Endlich erhoben sich, von so naher Gefahr bedroht unsere deutschen Bauern, die glücklicher Weise durch den plötzlichen Einfall von etwa 400 Mann Deserteure des Regiments Ferdinand Este und schlechtem Gesindel über das Stilfser Joch aus ihrer Ruhe aufgescheucht und für Haus und Habe besorgt wurden. In Passeier, Meran, Lana, Mölten und Sarnthal erhob sich eine Schaar von 500 bis 600 Freiwilligen, in Bozen über 70, in Kaltern bei 130, sie alle zogen in verschiedenen Richtungen nach dem Nonsberg, wo der Oberst des Regiments Schwarzenberg 6 Kompagnien Linieninfanterie und 2 Kom. Jäger mit 2 Kanonen zusammenzieht. Die Aufständischen wurden aus Cles vertrieben, ein junger Dallago, der schon beim Maidner Aufstand thätig gewesen, und 3 Tage vorher aus Trient gekommen, des Einverständnisses mit dem Feinde verdächtig, wurde, als er eben im Begriffe war, zu entfliehen, mit den Waffen in der Hand gefangen und mit seinem Vater, einem der reichsten Privaten Nonsbergs, bei dem man Waffen und großen Geldvorrath aufgefunden, in Fesseln hieher geführt. Sogleich wollten der Präsident Mayghini und der Mailänder Polizeidirektor Torresani, der Eine mit den Gefangenen verwandt, der Andere verschwägert sie gegen Kaution ausbitten, allein der Unwille des Volkes, der gegen eine so unwürdige Beoorwortung laut wurde, ließ ihre Freigebung nicht zu, sie wurden noch am Abende ihrer Ankunft nach Brixen abgeführt. Heute Nacht durch Estaffette die Nachricht ein, daß auch Malè und zwar durch Sturm genommen, und hierbei dem Feind 80 Mann getödtet seien. Die Gefahr scheint aber deßhalb nur augenblicklich verringert und aus Judikarien gedoppelt wiederzukehren. General Allemandi sei dort nämlich dieser Tage mit neuen Freischaaren eingedrungen und werde seine Kriegsmacht auf 8000 Mann zu bringen im Stande sein. Man will Trient um jeden Preis nehmen, im Rücken Radetzky das Banner des Aufstandes erheben und ihm den Rückzug durch Tirol abschneiden. Die hiesige Behörde, der diese Kunde aus ganz verlässiger Hand zukam, nahm sie bloß — zur Nachricht. Dieser Zopfvolk herrscht in allen unsern Vorkehrungen. Man sendet Kanonen nach dem Kriegsschauplatz, und wie sie getaden werden sollen; findet es sich, daß die Patronen nicht passen; ihre Bespannung ist mit gewöhnlichen in der Eile aufgetriebenen Pferden besorgt, die beim ersten Schuß wild werden und Reißaus nehmen. In Innsbruck, wo das Haupt aller Kopflosen gouvernirt, lagen 1700 Jägerkarabiner zerlegt und meist ohne Schaft, die jetzt erst hergerichtet werden. Geraume Zeit mangelte es hier an Waffen für die freiwilligen Schützen. Besagtem Gouverneur, Clemens Grafen von Brandis, liegt zumeist der Schutz und die Erhaltung der Jesuiten am Herzen, als deren Koadjutor er vor Jahre lang zum Verderben desLandvolk ihr Volkes gewirkt hat. Die Stadt ist über sie empört, sie aber sammeln Unterschriften in allen Dörfern zum Beweise, daß das Landvolk ihr Bleiben wünsche. So machten sie es in Luzern, so auch bei uns. Um ihr Bleiben durchzusetzen, schien ihnen auch Bürgerblut nicht zu kostbar. Und solche Bürgschaft für die öffentliche Ruhe wird uns vom Chef unserer Landesverwaltung geboten.

**Bozen**, 22. April, Früh. Zufolge neuer Nachrichten sind die Insurgenten gegen den Tonale, dann von Stenico nach Tione, von Riva bis Condino zurückgeworfen, haben gestern (21. d. M.) bei 2000 Mann stark mit vielen Bleßirten, Tione geräumt, und sind über Contine nach Lodron zurückgegangen. Die Nachricht von der Uebergabe der Festung Peschiera ist eine Erfindung. Peschiera befindet sich unter dem Befehle des tapfern Generals Baron Rath von dem Otto hauer Grenzinfanterieregimente besetzt.

**Trient**, 22. April. Heute ist folgende in italienischer Sprache gedruckte Bekanntmachung des Kreisamts erschienen: „Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nach einer so eben eingelangten Mittheilung des k. k. Militärkommandos kein Mann von den eingedrungenen italienischen Insurgentenhaufen, vielleicht ein oder das andere Individuum am Fuße des Tonalke ausgenommen, heute mehr auf tirolischem Boden weile." (K. Z.)

**Preußen.** ** **Berlin**, 24. April. Wir erlebten gestern im konstitutionellen Klub, was wir eben im Ganzen und Großen für den Staat erfahren. Wie die Machthaber in diesem allmächtig schienen, und die Volksstimme gar schwach und ohnmächtig dagegen, so waren im Klub die Wortführer und der Sprecher scheindar Alles und die zahlreiche, gutmüthige Versammlung, die bald Diesem, bald Jenem ihren Beifall gab, spottwenig. Aber im Staat und im Klub gab es eine Revolution; das Volk in Beiden erwies sich als den eigentlichen Herrn, als die wirkliche Macht; aus einem Zujörer und Zuschauer ward es ein Gesprech. Der denkende Mensch ist im Menschen erwacht; das Volk des konstitutionellen Klubs machte seine Revolution am 23. April. In einer Sitzung, wobei der Strom der leidenschaftlichsten Verhandlung mehr als ein Mal das parlamentarische Bett verließ, lag in der Versammlung einzig und allein der Schwerpunkt. Präsident Leite, welcher für Creilinger den Vorsitz führte, behauptete sich nur durch ein instinktives Ablaufchen der Wünsche, der Befehle der Versammlung; gegen die Versammlung vermochte er Nichts, auch nicht das Recht, wenn die Versammlung dasson abwich. Die Redner sprachen erschüttlich wie zu einem unsichtbaren Wesen, wie — nach antikem Vorklauf — zu einem Dämon. Wenn der Vorgänger unter Beifallsalvon die Rednerbühne verlassen, so beeilig sie der Nachfolger mit einem feierlichen Gruß, als gälte es einen Kampf auf Tod und Leben, zu frienlicher Umarmung. Kein Redner gewann die Versammlung, er mußte sie sich erobern. — Unter den Wahlkandidaten für Frankfurt oder Berlin, welche nicht das Komite des Klubs, nicht das erste Skrutinium der Versammlung zur Kandidatur berufen, sondern welche sich ordnungsmäßig bei dem Komite dazu angeboten, aufgestellt hatten, befand sich der hochbrühmte, durch die ganze gesehrte Welt bekannte Mathematiker Jakobi, früher zu Königsberg, seit einigen Jahren an der Berliner Akademie der Wissenschaften. Seine Kandidatenrede war am 21. April im Klub mit einem Donner von Applaus begleitet worden. Der Sprecher, Creilinger, sah sich am 22. April beim Beginn der Sitzung veranlaßt, in einem Rückblick auf die politischen Bekenntnisse der Kandidaten, welche sich angeboten, in Betreff der Jakobischen Rede auszusprechen, sie habe kein eigentliches politisches Glaubensbekenntniß enthalten, sie habe nur Anschauungen, was von den politischen Antecedentien des Kandidaten zu erfahren. Dies ward, mit einigen Abweichungen, dem zufällig abwesenden Kandidaten hinterbracht, er erschien gestern und eine Verhandlung begann, die weder in dem Lande der Erbweisheit, noch in dem alten Preußen erhört ist. Sie bezeichnete den Durchbruch zur politischen Volljährigkeit. Mit unnachsichtiger Offenheit, aber nicht ohne Leidenschaft, wurden die politischen Antecedentien des Kandidaten besprochen. Sie sind allerdings so wichtig, die Persönlichkeit des Herrn Jakobi ist so originell, daß sie die Aufmerksamkeit von Deutschland wohl verdienen. Dr. Robert Prutz forderte den großen Mathematiker auf, zu antworten, ob er die berühmte Loyalitätsadresse der Akademie in Betreff Raumers unterschrieben habe. Die Antwort lautete „Ja". „Nach vierstündiger Verhandlung, worin jede sonstige Zumuthung gegen Raumer abgewiesen, habe man die Adresse im Vertrauen auf den Verfasser unterschrieben, ohne sie gelesen zu haben; man habe nach der Raumerschen Polisfonerie dem König eine Artigkeit erweisen wollen.

Digitized by Google

für Handlungen eines Kollegiums sei der Einzelne nicht verantwortlich". Von seinen politischen Antecedentien sagte der Kandidat, er sei eine „politische Jungfrau"; er habe in seinem Gesehrtenzimmer nur über Politik nachgedacht. Prutz erhob nun, auf Privatmittheilung Crelingers sich berufend, die Anklage, der Kandidat solle vordem sich zur Macht gedrängt haben. Crelinger aufgefordert, schilderte das Erwachen des Liberalismus in Königsberg, die Spaltung der liberalen Partei; man habe den einflußreichen Männern alle Aufmerksamkeit geschenkt und gefunden, daß Jakobi sich in jener Zeit in der Nähe des Königs bei dessen Anwesenheit in auffallender Weise zu befinden gewußt habe. Crelinger fragt den berühmten Mathematiker, ob er dem König die Hand geküßt habe. Der Kandidat bejaht; einmal bei der Huldigung habe er dem König, auch dem verstorbenen Papst habe er die Hand geküßt! Dem Vorwurf, daß er sich zur Macht gedrängt habe, begegnet Jakobi mit den Thatsachen, daß er weder Geheimer-Rath noch Ritter des Adlers 2. Kl. (die 3. Kl. hat er) geworden und nur Ein Mal bei Eichhorn gewesen! Ein Brief des Kandidaten an den König vom Jahr 1846 wird verlesen, worin er mit Emphase dem König dankt, daß er ihm eine Geldunterstützung habe zufließen und den Aufenthalt in Rom bestreiten lassen, ein Brief voll der kaskinirtesten Schmeicheleien. Der Kandidat vertheidigt diesen Brief mit dem Argument, es sei so der Styl gewesen, mit Königen zu reden, es sei nützlich, daß man einem Könige, der nicht auf der Höhe der Zeit steht, statt zu sagen „Helle Dich dahin", vorredet: „Du stehst auf der Höhe der Zeit"!! — Sie rufen mir zu, warum so viel Federlesen machen; dieser große Gelehrte wird doch nicht mehr Umstände zur Wahl haben, als Friedrich Förster und Maßmann, die sich auch dem konst. Klub gemeldet hatten? Halt, das gibt dieser Sache die gewaltige Bedeutung. Die Versammlung hörte diese schweren politischen Anschuldigungen; der Kandidat mit sittlicher Miene räumte das Meiste ein und beschönigte Alles, die Versammlung klatschte Beifall. Ist denn die Mehrzahl von ferner Gesinnung? Ja würde keine Spitze darüber verlieren, wenn es so wäre. Die Jungfernrede des Mitgliedes der Berliner Akademie, so sehr auf Schrauben gestellt sie war, kokettirte mit den äußersten Ländern der Tagesmeinung. Sie hatte die Ausdrücke „Gesetzlichkeit", „Ordnung" ꝛc. perstiflirt; er wollte durchgreifend Alles vollständig und deßhalb direkte Wahlen; er war „kein Republikaner", aber es überkäuft ihn keine Gänsehaut bei dem Namen „Republik". Er erwähnte gestern, daß Arago ihn für die Ehrenlegion vorgeschlagen und Salvandy wegen seiner politischen Gesinnungen ihm diese verweigert habe (wofür kannte denn der konstitutionelle Minister die mißliebigen politischen Ansichten von Arago's Freunde?) und daß, so oft er von franz. Blättern angegriffen, ihn der National vertheidigte! — Hr. v. Bardeleben, nachdem er mit Mühe das Wort erhalten, führte vernichtende Schlagstriche gegen die Kandidatur des Günstlings von Armand Marrast. Der Kandidat sei ungeeignet, weil er politisch ganz unbewährt sei; während der Zeit der Prüfung, in einer Stadt wie Königsberg habe er sich um Nichts gekümmert; wir hätten bessere Leute; gleichfalls Sterne der Wissenschaft, die dem politischen Leben damals sich geopfert, wie die Göttinger Sieben; der Kandidat sei ferner zurückzuweisen, weil er sich indifferent in Bezug auf die Frage der Republik ausgesprochen; die Republik, in der Theorie die vollkommenste Staatsform, sei jetzt gleichbedeutend mit dem Bürgerkriege; endlich habe der Kandidat bei der Aufzählung dessen, was er empfangen, kein Wort der Erwähnung von jenen empfangenen Wohlthaten, für den Fürsten, seinen Wohlthäter, kein Wort verloren, „den gegenwärtig ein jeder Bube sich ermüdigt sehe, mit Koth zu bewerfen." Den außerordentlichen Eindruck dieser Rede mußte der Kandidat mit welchmüthigem Eingehen in alles, mit unbedingtem Beistimmen zu den Meisten. In Betreff der Monarchie erklärte er sich für die konstit. Monarchie, und ließ der Monarchie die Gerechtigkeit widerfahren, daß sie der Menschheit namentlich durch Beseitigung der Aristokratie wichtige Dienste geleistet habe. Dabei zollte er auch, als er des Königs gedachte, die wärmste Anerkennung — — dem russischen Kaiser. — Die Versammlung schien für den Kandidaten theilweise so sehr eingenommen, daß es dem beliebten Redner, Wilh. Jordan, kaum gelang, die Aufmerksamkeit zu fesseln, indem er auf Streichung des Prof. Jakobi von der Kandidatenliste antrug. — Dr. Glaser brantragte darauf, daß alle Kandidaten sich einer solchen Kritik unterwürfen, auch die vor der Versammlung Erwähnten. Assessor Wolff stellte den Antrag, nicht blos die politischen, sondern auch die Antecedentien aus dem Privatleben der Kandidaten zu prüfen, und sah zu dem Behufe, nachdem der Vorsitzer, Leite, ihn gefragt, ob nach seinem juristischen und menschlichen Gewissen dies zur Motivirung des Antrags gehöre, die Abschrift eines anonymen Artikels aus der Magdeburger Zeitung vor, der schwere Anschuldigungen gegen einen „Klubsprecher" erhob. Nach einem furchtbaren Tumult erhielt Bardeleben das Wort und verlangte, daß der Vorsitzer den Hrn. Wolff auf sein Ehrenwort frage, ob er damit lediglich eine Motivirung seines Antrags bezweckt oder eine bestimmte Persönlichkeit zu treffen gemeint habe? Diese Verhandlung wurde — vertagt! Und der Mann, welcher möglicherweise dadurch betroffen sein sollte, mußte nun den Vorsitz einnehmen, um zur Tagesordnung überzugehen. Crelinger, nach der Stimmenzahl der zweite der Kandidaten, hatte jede Wahl nach Berlin oder Frankfurt abgelehnt. Er sagte jetzt der Versammlung, so könne er den Vorsitz nicht führen und wollte zurücktreten. Ein endloses Rufen erscholl. Er übernahm den Hammer unter rauschendem Beifall. Auf seine Frage, ob hiernach die persönliche Angelegenheit noch ferner erörtert werden solle, antwortete ein fast einstimmiges Nein. Aber laute, gellende Stimmen riefen „Ja". Wer in diesem Augenblick den Professer Jakobi scharf ins Auge faßte, der that einen tiefen Blick in das Innere dieses berühmten Mannes. Nehme die Deutsche Zeitung diese kleine Geschichte zu Protokoll; sie kann in einer großen Versammlung, vielleicht in einem gewaltigen Augenblick, der über Leben und Kronen den Ausschlag gibt, dazu dienen, daß, wo die Maske getragen wird, die Maske falle.

** Berlin, 25. April, Vorm. 10 Uhr. Bei Schleswig ist es zum Schlagen gekommen. Die feste Position der Dänen ist durchbrochen. Die Stadt Schleswig ist von den deutschen Truppen eingenommen. Zuletzt hielt der Feind das Schloß Gottorf besetzt; endlich wich er auch daraus. — Das Bundesheer steht auf der Straße nach Flensburg. — — Nähere Einzelnheiten fehlen.

* Posen, 23. April. Zwei entscheidende Schläge sind gefallen, die perfide Gesinnung der Polen hat zu blutigem Zusammenstoßen geführt, und es hat sich gezeigt, wie wenig daran zu denken sei, daß die Ruhe hier schon hergestellt ist. Am 19. April rückte der Major v. Müller mit einem Bataillon Infanterie und einer Eskadron Ulanen in friedlichem Marsche auf die Stadt Gostyn zu. Schon war die Avantgarde mit in die Stadt hinein, als die Insurgenten plötzlich von allen Seiten auf sie feuerten, so daß die Avantgarde sich zurückziehen mußte. Nun verbarrikadirten die Polen die Stadt. Zweimal wurden die Insurgenten durch Trommelschlag zum Auseinandergehen aufgefordert; sie folgten aber dem Rufe nicht, sondern feuerten fortwährend auf die Truppen. In der Stadt wurde Sturm geläutet. Jetzt erst ging der Major zum Angriff über und wurde bald Herr der Stadt, obgleich man aus den Fenstern und vom Thurme herunter heftig auf das Militär schoß. Bemerkenswerth ist, daß sich beim Sturmläuten vorzugsweise der Probst Ostrowski und 2 Laienbrüder des Piaristenklosters auszeichneten. Diese mit vielen Andern wurden verhaftet; der kommandirende General hat jedoch mit Rücksicht auf das nahe steht die Geistlichen wieder entlassen. Noch bedeutsamer ist ein Vorfall, der sich am 22. April in Kempn zugetragen hat. Dorthin sandte nämlich der Major Lobnstein 40 Mann Infanterie und 15 Mann Kavallerie zum Quartiermachen. Als die Quartiermacher aufs Rathhaus gegangen waren und die übrige Mannschaft ruhig auf dem Markte stand, stürzten plötzlich Bewaffnete vor und schossen meuchlerischerweise auf die Soldaten. Natürlich gaben nun auch diese Feuer, zogen sich aber dann zum Bataillon zurück. Doch war schon ein Unteroffizier und ein Gemeiner getödtet, 4 Gemeine schwer verwundet. Das Militär nahm nun die Stadt unter dem heftigsten Widerstande der Insurgenten. Hierbei sollen von diesen etwa 20 Mann gefallen und Viele bleßirt sein. Hierauf ging die Nachricht ein, daß in der Gegend von Borrek ein Trupp sich gesammelt habe, der Kempn anzugreifen beabsichtige. Der Major sandte ihnen eine Eskadron entgegen. Auch hier kam es zum Gefechte; dabei wurde ein preußischer Unteroffizier, ein Ulane und ein Pferd leicht verwundet, während die Insurgenten 7 Todte auf dem Platze ließen. So halten die Polen geschlossene Verträge! Das ist die Gesinnung, die sie gegen uns Deutsche hegen.

†† Aus **Würtemberg**, 26. April. Dem Sprüche: Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes, so wird Euch alles Uebrige zufallen, wird gegenwärtig bei uns eine ganz neue Auslegung gegeben von einer Anzahl evangelischer Geistlichen. Sie scheinen nämlich zu glauben, daß das Studium der Theologie vorzugsweise befähige zur Wahl in die deutsche Nationalversammlung. Kaum ist einer oder der andere Wahlkreis, in welchem nicht ein, zwei, drei Geistliche als Bewerber auftreten. Und zwar sind es Männer von allen Abschattungen des dogmatischen Verhaltens, vom grassesten Pietisten bis zum Pantheisten. So traten z. B. in Ludwigsburg zu gleicher Zeit auf: Hofmann, das Haupt des unduldsamsten Pietismus, welcher noch nicht lange selbst unsere zahmen deutschen Verfassungen als Teufelswerk in seiner süddeutschen Warte bekämpfte, und sein Altersgenosse Strauß.

Digitized by Google

Dessen Freund Bischer, vielfach bekannt durch die über ihn verhängte Amtseinstellung, war Bewerber in mehr als einem Bezirke. So ferner der als philosophischer Schriftsteller thätige Wirth, ein Dekan Scholl und noch viele andere völlig unbekannte Größen; daß unter ihnen Einzelne ganz passende Männer sein mögen, wie der Pfarrer Schkind, soll nicht in Abrede gezogen werden; allein bei der überwiegenden Mehrzahl bleibt sehr unklar, was sich wohl diese Herren unter der Aufgabe des deutschen Parlaments denken, und wie sie ihrer Befähigung dazu sich bewußt sein mögen? Behüte uns doch der liebe Gott vor einer Kirchenversammlung und vor einer Berathung über die symbolischen Bücher!

Man schreibt dem in Stuttgart erscheinenden Beobachter aus dem Oberamt Reutlingen: Prof. Bischer drabschlägte vor den Bauern in Genkingen als Redner aufzutreten; allein drohende, murrende, zum Theil mit Mistgabeln bewaffnete Gruppen von Bauern bewiesen alsbald, wessen man sich hier zu versehen habe. Die Begleiter Bischer's wandten sich sofort mit diesem nach dem Filiale Undingen. Allein hier drang eine Rotte wüthender Bauern in das Wirthshaus ein und suchte den Kandidaten unter dem Geschrei „Gottesläugner, Zäuberer“ u. s. w. zu vorjagen. Einer der Bauern zog zur Beweisführung die Bibel. Worte auf dem Sack. Es hing an einem Härchen, es hätte eine Metzelei losbrechen müssen. Bischer sah sich darum mit seinen Begleitern genöthigt, den Ort zu verlassen.

Aus Ludwigsburg schreibt man demselben Blatte: Die weit die Sache getrieben wird, mag man aus folgendem Kirchengebet ersehen, das in den Oertragen von einer Kanzel in unserer Nähe verlesen wurde: „Lieber Gott, wir bitten Dich, daß die Wahlmänner, welche einen Abgeordneten in die deutsche Nationalversammlung zu wählen haben, erleuchtet werden mögen — lenke die Herzen auch der Wähler unserer Gemeinde dahin, daß sie, da bei dieser Versammlung nicht nur zeitliche, sondern namentlich ewigliche Fragen zur Sprache kommen, einen christlichen Mann wählen. Amen!“

**Baden.** Karlsruhe, 26. April. Soldat Lauterwälz im Leibinfanterieregiment hat folgende protokollarische Erklärung, die durch die Aussage anderer Soldaten bestätigt wird, in der K. Z. veröffentlicht: Ich stehe in der 10. Kompagnie des großh. Leibinfanterieregiments, habe das Gefecht bei Kandern gegen die Rebellen mitgemacht und selbst mit angefochten, wie General v. Gagern gesiegt wurde. General von Gagern war gegen die Rebellen vorgeritten und redete mit einigen der Anführer derselben, worunter Hecker sich befand. Die Rebellen schrien gegen das Militär hin: „Ihr deutschen Brüder, vivat! hoch!“ Hierauf wandte sich General v. Gagern von den Anführern der Rebellen hinweg, um zu den Truppen zurückzukehren. Er mochte sich ungefähr 15 Schritte von Hecker und den andern aufständischen Anführern entfernt haben, so fielen viele Schüsse von Seite der Rebellen auf ihn, worauf General v. Gagern todt zusammensiürzte. Ich sah selbst, wie auch Hecker eine Pistole nach ihm abschoß. Erst nachdem General v. Gagern getödtet war, feuerten die Truppen; vorher ist kein Schuß von unserer Seite gefallen.

* Wie wir aus guter Quelle erfahren, haben sich die aus dem Elsaß herübergedrohenen Haufen, von Straßburgern mit Waffen versehen, am Oberrhein zwischen Basel und Schlienzen gesammelt; die Truppen haben sich dorthin in Bewegung gesetzt, so daß die Beendigung der Rebellion in den nächsten Tagen zu erwarten steht.

**Freiburg**, 25. April. Die Zahl der in dem Kampfe gegen die Freischaaren am 24. April gefallenen Soldaten ist noch nicht genau ermittelt, doch kennt man bis jetzt 15 Todte und 20 Verwundete. — Die Zahl der gefallenen und verwundeten Freischaaren wird auf 35 angegeben.

**Freiburg**, 26. April. Zufolge stadtamtlicher Bekanntmachung vom Gestrigen ist der hiesige Turnverein aufgelöst worden.

**Freiburg**, 26. April. Gestern sind die hiesigen Einwohner zur Auslieferung der Waffen aufgefordert und 4 Stunden später Haussuntersuchung angeordnet worden, um sich der Befolgung dieser Anordnung zu versichern. Das Eindringen gefangener Freischärler dauert fort. (Oberrh. Z.)

†† **Mannheim**, 26. April. Heute kam es dahier zu einem unruhigen Auftritte, welcher leicht zu den schlimmsten Folgen hätte führen können. Seit einigen Tagen liegen nämlich mehrere Bataillone naffauischer Truppen in hiesiger Stadt, an welchen die gesinnungslose Partei der Anarchisten Anfangs ebenfalls wieder wie an dem früher dahier garnisonirenden badischen Regimente ihre Verführungskünste versuchte. Als alle ihre Bemühungen an dem Geiste der Truppen erfolglos blieben, so wurden dieselben auf die skandalöseste Weise verhöhnt und insultirt, was natürlich eine Erbitterung der Soldaten hervorrief. Diese machten denn auch kein Hehl daraus und legten ihre Geringschätzung vorzugsweise gegen das hier bestehende sogenannte Freikorps durch Worte und Mienen an den Tag. So sollen sie denn auch heute Nachmittag 12½ Uhr einigen der ihnen verhaßten Sensenmännern die Mühen vom Kopfe weggeschlagen haben, worauf die Angegriffenen sich zur Wehr setzten, einen Soldaten mißhandelten und die übrigen zum Rückzuge in die Kaserne nöthigten; der Haufe stürmte dann zum Rathhaus, zog die Sturmglocke und bewog einen Tambour, Generalmarsch zu schlagen, ohne vorher Befehl dazu einzuholen, die ganze Stadt geriet in die größte Bewegung. Die Bürgerwehr versammelte sich auf dem Marktplatze, und das Verlangen wurde an den Gemeinderath gestellt, daß die naffauischen Truppen augenblicklich und der Stadt entfernt werden sollten. Der Gemeinderath erklärte, diesem Verlangen nach Kräften entsprechen zu wollen, worauf Buchhändler Hoff im Namen der Bürgerschaft den Wunsch aussprach, es möchten keine Soldaten mehr hieher verlegt werden, und zugleich auf alsbaldige Entfernung des verhaßten Rgt. Uria drang. Die Deputation, welche der Gemeinderath an den kommandirenden Oberst absandte, versicherte sich mit demselben, der ohne Befehl hiesige Stadt nicht verlassen zu dürfen erklärte, dahin, daß er einen Adjutanten und der Gemeinderath eine Deputation nach Karlsruhe abschicke, um Befehl zum Wegzug seiner Truppen zu erwirken, in der Zwischenzeit sollten dieselben in den Kasernen konsignirt bleiben. Während dieser Verhandlungen hatte sich ein Theil des Freikorps, ohne Befehl von Seite des Bürgerwehrmajors erhalten zu haben, an die Rheinbrücke begeben, um den daselbst befindlichen Wachtposten naffauischer Truppen aufzuhelfen. Diese zogen sich bei der Annäherung der Sensenmänner, worunter auch Schützen waren, über die Brücke zu der jenseits stehenden bairischen Truppenabtheilung zurück und gaben auf die sie Verfolgenden eine Salve, ohne jedoch Jemanden zu verwunden. Die bair. Truppenabtheilung, welche nach allem dem den Ausbruch eines Auftandes in hiesiger Stadt annehmen mußte, machte Anstalt, über die Brücke herüberzugehen, woran man sie jedoch durch Abführung eines Joche hinderte. Baarfischen postirten sich in die Rheinluft und schossen auf die Baiern, von welchen mehrere verwundet sein sollen; 2 bereits gestorben sein sollen, was von letzteren erwähnt wurde jedoch ohne besonderen Erfolg, denn es wurde nur ein Knabe von 14 Jahren verwundet. Dieser unerwartete Zwischenfall erhöhte noch die allgemeine Besürzung und Aufregung der Gemüther, welche sich erst wieder legte, nachdem von der städtischen Behörde durch Aufpflanzen einer weißen Flagge und durch Unterhandlungen mit dem Befehlshaber der bairischen Truppen das Einstellen der Feindseligkeiten bewirkt und die Versicherung gegeben worden war, die Stadt befinde sich keineswegs in offener Empörung. Heute Abend durchziehen starke Patrouillen die Stadt, welche übrigens ruhig ist — wie lange aber, darüber erlaube ich mir Nichts zu sagen. Aber soviel ist sicher, daß die hiesigen Ultras, wenn sämmtliches Militär entfernt und die Sicherheit der Stadt einzig und allein der großherzoglichen von ihnen gewünschten Bürgerwehr anvertraut würde, einen Versuche, die Republik zu proklamiren und eine Diversion zu Gunsten der Hecker'schen Sache zu machen, durchaus nicht abgeneigt sind. Der Gemeinderath ist ganz in den Händen dieser terroristischen Partei, und lebt bloß noch von dessen Gnadenbrod.

Δ **Mannheim**, 27. April Morgens 10 Uhr. Der gestrige Abend und die Nacht sind ruhig vorübergegangen. Die Rheinbrücke ist noch nicht wieder hergestellt, vielmehr sind noch einige Joche abgefahren. Die Verbindung mit dem jenseitigen Ufer wird durch Kähne unterhalten. Leider ist es gestern nicht ohne Blutvergießen abgelaufen. Als nämlich die Sensenmänner an die Brücke zogen, entfloh der Naffauer Posten, welcher nur aus 10 Mann bestand, über die Brücke; jenseits standen 100 Mann Baiern, welche zu ihrem Schutz herbeieilten. Es fielen nun mehrere Schüsse, von welcher Seite zuerst geschossen wurde, ist mir unbekannt. Viele Bürgerwehrmänner eilten einzeln der Freischaar zu Hilfe, die 4. Kompagnie wurde von ihrem Hauptmann hinausgeführt. Es gelang einigen Verwegenen während des Feuerns die Anker eines Brückenjoches zu lösen, das Joch schwamm rheinabwärts, wurde aber an der Mündung des Neckars aufgehalten. Es wird nun erzählt, drei Baiern seien in dem Scharmützel schwer verwundet odet gar getödtet worden; auch mehrere Wehrmänner sind verwundet. Ein sonderbarer Zufall führte ein Bataillon Baiern auf der Main-Neckarbahn hieher, es war etwa halb 5 Uhr, der Kampf hatte seit zwei Stunden aufgehört. Die Bürgerwehr geleitete die Baiern, welche von den Vorfällen wohl gar keine Kenntniß hatten, von dem Bahnhof durch die Stadt nach dem Rhein, wo sie mittelst des Dampfschleppboots übergesetzt wurden. Nach eingezogenen Erkundigungen hatte gestern weder der Bürgermeister, noch eine andere obrigkeitliche Person den Generalmarsch schlagen lassen. Es scheint dies eine Willkür eines Einzelnen oder Mehrerer — ebenso das

Digitized by Google

Sturmläuten. Man hat den vor den Thurm gestellten Posten gewaltsam entfernt, die Thüre eingeschlagen und dann Sturm geläutet, um das Landvolk herbeizurufen. Dieses war aber so verständig, dem Ruf keine Folge zu geben. Der Gemeinderath war zwar versammelt, konnte aber nicht einmal verhindern, daß dicht neben ihm die Sturmglocke tönte. Hoff und Dr. Welker sollen unbefugter Weise sich in seine Berathungen gemischt und ihm die Beschlüsse diktirt haben. Die Verwegensten wollten den einen Major der Bürgerwehr zwingen, sein Bataillon in Masse nach der Brücke zu führen, was dieser aber entschieden ablehnte. Stadtdirektor Kern und Regierungsdirektor Stöber thaten gar Nichts, ließen Alles gehen, und so können wir noch von Glück sagen, daß nicht größeres Unheil geschah.

○ Koburg, 25. April. Heute wurde der Hofadvokat Moritz Briegleb, Schriftführer des Fünfzigerausschusses, mit 224 Stimmen als Abgeordneter des Herzogthums Koburg zur deutschen konstituirenden Nationalversammlung erwählt. Es stimmten im Ganzen 265 Wahlmänner. Ein republikanisches Häuflein aus einer Wurstfieder des Herzogthums, geleitet von einem jungen Schwärmer, der durch jahrelangen Verkehr mit Struve irre geführt worden, hat eine schwere Niederlage erlitten. Unter den Rednern in der Vorberathung erntete namentlich der ehem. würtembergische Staatsminister v. Wangenheim, nunmehr ein Greis von 75 Jahren, den stürmischsten Beifall.

**Schleswig.** Ein Extrablatt der Schlesw.-Holst. Zeit. bringt folgenden Bericht über den ersten Kampf der Preußen gegen die Dänen: **Rendsburg**, 23. April, Abends 9 Uhr. Die preußischen Truppen sind gestern Nachmittag von 3 Uhr an hier ausgerückt. Ihnen folgten, in fast ununterbrochener Aufeinanderfolge, bis heute Nachmittag 6 Uhr die übrigen Bundestruppen und unser Dragoner, die zur Erholung von den 34tägigen Strapazen bei Flensburg in der Gegend von Rendmeels einquartiert gewesen waren. Schon um 7½ Uhr trafen mehrere Wagen mit Verwundeten und ein Trupp gefangener Dänen hier ein, mit ihnen die Nachricht, daß die Dänen bei der Annäherung der Preußen sich von Kropp auf Schleswig zurückgezogen hatten, und daß es zwischen 2 und 3 Uhr westlich von Bustorf und bei Bustorf (dicht vor Schleswig) zu heißem Kampf gekommen. Am ersteren Punkt erstürmten die Preußen, die sich das Wort gegeben, zu siegen oder zu fallen, ohne ihre Artillerie abzuwarten, das neu befestigte alte Dannewerk (Danevirke), bei Bustorf die dort aufgeworfenen Verschanzungen. Der Kampf hat viel Menschenleben gekostet, aber mit der Einnahme von Friedrichsberg und dem sogenannten Erdbeerenberg gendet, dagegen die Dämme und Gottorf noch in den Händen der Dänen sind. Die von den Dänen in den Dämmen angelegten Minen werden ihren Zweck schwerlich erfüllen, da das durch den anhaltenden Nordostwind in die Schlei hineingedrängte Wasser sie hat erweichen und unbrauchbar machen müssen. Gleichzeitig mit den Preußen auf dem linken Flügel rückte das Zastrow'sche Korps nach Missunde vor, demontirte gleich durch den ersten Schuß eine der beiden feindlichen Kanonen, sprengte die andere und war im Begriff den Ponton zu vollenden. Noch weiter die Schlei hinunter, bei dem Gute Stubbe, ging um 11 Uhr das Wasmer'sche Freikorps über die Schlei, indem die Arnisser und Kappeler Schiffer solche Anstalten getroffen, daß sie 1000 Mann auf ein Mal überfetzen konnten. Der Rückzug scheint somit den Dänen abgeschnitten und ihnen keine andere Wahl übrig zu sein, als sich zu ergeben oder zu fallen. Zwar haben sie sich durch die Lappier Angeln eine breite Heerstraße zum Rückzuge schon gebahnt, allein wenn sie auch ihre Einschiffungsplätze erreichen, so möchte doch der Ostwind das Abfegeln ihrer Schiffe unmöglich machen, soweit sie nicht von den Dampfern ins Schlepptau genommen werden können. 11 Uhr. Fortwährend werden Verwundete eingebracht. Die Zahl der eingebrachten Gefangenen beläuft sich über 30. — Schleswig soll genommen sein.

Die Depesche des Generals von Wrangel, nach späterer Anordnung General en chef der Bundestruppen, lautet: „Hauptquartier Schleswig, 23. April. Abends 11 Uhr. An eine hohe provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein. Einer hohen Regierung theile ich die freudige Nachricht mit, daß nach einem mehrstündigen hartnäckigen Gefechte die Dänen zurückgeworfen worden und die Stadt Schleswig bis zum Gottorpper Schloßdamm Nachmittags gegen 2 Uhr in unsere Hände gekommen. Nachher wurde mit dem linken Flügel der Angriff erneuert, wobei die Stadt Schleswig umgangen und bis zur Chaussée nach Flensburg vorgedrungen wurde. Um 7½ Uhr war das Gefecht beendet. In Folge der Umgehung ist das Schloß Gottorp von den Dänen geräumt worden. Der k. preuß. General der Kavallerie v. Wrangel."

**Kriegsschauplatz**: 2 Uhr, Sonntag, 23. April. (Extrablatt d. Rendsb. Tagebl.) Nach heftigem Kampfe wurden die Dänen aus Bustorf bis zum Dannewerke zurückgedrängt. Ein energischer Bajonettanlauf, bei welchem besonders die Fuseliere sich auszeichnet und ziemlich gelitten, zwang sie, auch diese Position zu verlassen und sich nach Schleswig zurückzuziehen. — Schleswig ist vollständig geräumt, die Stadt mit den Umrigen besetzt. Bei Missunde ist das 3. Bataillon unter Baudissin und das 5. unter Zastrow, so wie ein Theil der Freischaaren über die Schlei gegangen, um den Dänen in den Rücken zu fallen. Sie haben den Feind geworfen und zwei Kanonen erbeutet. — Die Kavallerie dringt von Westen heran.

**Altona.** Darf man mündlichen Aussagen trauen, so ist der Kampf vor Schleswig ein sehr heftiger gewesen. Die Preußen haben, ohne ihre Kanonen abzuwarten, mit dem Bajonett gestürmt und die Dänen ihre Positionen auf's hartnäckigste vertheidigt. Da diese zum Theil sehr fest waren, so hat die Erstürmung leider viel Blut auf unserer Seite gekostet. Namentlich soll das schöne Alexanderregiment sehr gelitten haben, und es wird von einer großen Anzahl von Verwundeten berichtet, die auf Wagen nach Rendsburg gebracht worden. Eine unverbürgte Nachricht besagt, daß von zwei vorgeschickten aus den Herzogthümern rekrutirten Bataillonen, sowie auch von den dänischen Dragonern (von denen gleichfalls ein Theil aus Schleswigern besteht) ganze Haufen zu uns übergegangen seien. — Ueber die angebliche vollständige Räumung Schleswigs von den Dänen erfährt man noch nichts Näheres. Angeblich haben sie sich in der Richtung auf Flensburg zurückgezogen. (A. M.)

**Rendsburg**, 23. April. Eckernförde ist heute Morgen ohne Schwertstreich von der dänischen Armee geräumt worden. Wie man erzählt, haben die Freikorps, welche in der Nähe Eckernförde's mehrmals mit den Dänen scharmuzirten, das 3. und 4. unter Major v. Lann, seit dem Gefechte bei Altenhof Artillerie zur Bedeckung erhalten, was — so meinte man — zum Aufgeben der Stadt veranlaßt habe. (A. M.)

**Hamburg**, 24. April, 9 Uhr Abends. Der heutige Abendzug aus Rendsburg meldet, daß die Bundestruppen bereits zwei Stunden über Schleswig hinaus vorgerückt waren. Aus Schleswig wird von heute Mittag gemeldet, daß der Vortrab unter lautem Jubel der deutschgesinnten Bevölkerung in Flensburg eingerückt sei. Die Dänen hatten sich in großer Verwirrung nach Angeln gezogen. Der Verlust war auf beiden Seiten sehr bedeutend; ein preußisches Regiment soll gegen 100 Todte verloren haben.

* **Rendsburg**, 24. April. Nachdem die vielfach mit den Dänen angeknüpften Unterhandlungen endlich abgebrochen und die zur Vollziehung der Bundestagsbeschlüsse bestimmten Truppen thatsächlich eingetroffen waren, hat der preußische General Wrangel das Oberkommando der deutschen Truppen übernommen und ist gestern, am 23. gegen Schleswig vorgerückt. Die Dänen, welche Eckernförde trotz zuvor gerühmt hatten, wurden nach einem hartnäckigen Gefechte aus ihren Verschanzungen von Schleswig getrieben, und Abends 11 Uhr ist noch die Stadt Schleswig mit dem Schlosse Gottorf in die Gewalt der Preußen gefallen. Indem ich mir vorbehalte, Ihnen das Nähere mitzutheilen, beschränke ich mich für heute auf diese vorläufige Anzeige und füge hinzu, daß der moralische Erfolg dieser Treffen von der größten Wichtigkeit ist, da man bei dem langen Zaudern der Bundestruppen schon an dem ernstlichen Willen des Bundes, für uns einzuschreiten, zu zweifeln begann.

○ **Kiel**, 22. April Nachts. Heute kann ich Ihnen nur eine Uebersicht der Stellungen der Armeen geben, morgen dürfte es wohl zur Schlacht kommen. Die Dänen, circa 16,000 Mann, stehen von Schleswig an bis Missunde, nördlich der Schley und in Eckernförde, der rechte Flügel von Schleswig bis Hollingstedt an der Treene und an letzterer im Winkel nach Norden. Jn und um Schleswig 12,000 Mann, in Missunde ein Bataillon, in Eckernförde früher nur 300 Mann, jetzt wohl mehr. Diese Stellung, geschützt durch den Damm Dannewirke und durch Verschanzungen, wo dieser endet, dem Fluß entlang, ist von vorn schwer anzugreifen. Nach Westen schützt im wolligen Terrain die Treene, ein schmales Flüßchen, aber mit moorartigen und Wiesen-Ufern, vor der Fronte des Angriffs ist eine große ebene Moorbrüche, auf der der Angreifende ganz ungedeckt operiren muß; leichter ist der Angriff an der Chaussée von Schleswig Husum bei Silberstedt und an der Chaussée von Husum nach Flensburg. Bei Missunde ist eine Brücke zur Verbindung mit Eckernförde geschlagen; das Terrain zwischen Eckernförde und der Schley ist sehr koupirt und dürfte nur bei Tiefebb von Süden her zu durchdringen sein. Der Hafen von Eckernförde ist durch Kriegsschiffe und Kanonenboote gedeckt. Die Stellung der Dänen ist unverkennbar fest und schwer zu bezwingen. Unsere Armee stand bis heute von Sorgbrück bis Holtenau längs dem Kanale; die Vorposten reichten jedoch bis Altenhof, dicht

Digitized by Google

bei Edersförde, und zu den Hüttener Bergen, Wittensee. An diesen Orten sind sie in den letzten Tagen mehrfach mit den Dänen zusammengestoßen, namentlich gestern bei Edersförde, wo die Dänen mit Verlust nach Edernförde hineinzutreiben wurden. Nach der schleswig-holst. Z. soll unser Verlust 20 Todte und 40 Verwundete betragen; beides bestimmt wenigstens um die Hälfte zu hoch angegeben. Auch gibt sie die Stärke der Dänen viel zu hoch auf 800 Mann an, der Hamb. Korr. fabelt gar von 2000 Dänen. Ein Theil unserer Truppen steht noch bei Ihehoe, wahrscheinlich als Reserve. Heute Mittag erfolgte Marschordre und die Armee koncentrirt sich bei Oldenade vorwärts Kiel; 500 Wagen sind auch heute Abend nach Rendsburg requirirt; die Preußen sollen sich westwärts ziehen, also den linken Flügel mitbilden. Es scheint die Absicht, den rechten feindlichen Flügel zu umgehen und diese Bewegung noch in dieser Nacht zu beginnen. Es wird einen Marsch von 6 — 8 Stunden erfordern, der Angriff kann also am 24. erfolgen. Ist jenes die Absicht und gelingt sie, so ist die Stellung der Dänen und ihr Schicksal sehr gefährdet; es ist ihnen kaum die geschertere Rückzug möglich. Das Terrain zwischen Flensburg und Schleswig ist Moorbreite, ohne alle Positionspunkte, im Osten liegt Angeln mit völlig organisirtem Landsturm, der hinter den Zäunen und Erdwällen seines Landes beim ersten Angriff losbricht; im Westen die Marsch in den Waffen, im Terrain für eine Armee ebenso ungünstig; im Süden die ganze Stärke, das Centrum unserer Armee. Es scheint also nur möglich: ein Rückzug vor dem Kampf oder ein Kampf auf Leben und Tod. Möglich ist ferner, daß ein Theil der dänischen Armee, in der noch viele Schleswiger stehen, zu uns übergeht. Man rechnet nicht darauf, kann es aber wohl erwarten. Sehr klug war es in dieser Beziehung, daß man die neulich gefangenen 16 dänischen Dragoner aufs Beste behandelte und dreien davon, die verbrannt waren, die Freiheit schenkte, während man den Dänen unsere Truppen als wildes Raub- und Diebsgesindel geschildert hat. Die Entscheidung naht; Schleswig ist hoffentlich übermorgen wieder unser.

* Wir erhalten folgenden Aufruf an alle Deutsche zur Gründung einer deutschen Kriegsflotte. Deutsche Brüder! Eine große herrliche Zeit ist für Deutschland eingetreten, die Zeit, welche unser Vaterland endlich auf den Standpunkt erheben wird, den es unter den Staaten Europas einzunehmen berechtigt ist. Aber es bedarf dazu der vollen Thatkraft seines Volkes; — nur ein einiges, kräftiges Handeln kann es zu dem großen Ziele führen. Einmacht, bei der Neugestaltung Deutschlands im Innern, sei das Losungswort, welches Alle umschlinge! Vertrauensvoll richten sich unser Aller Blicke nach Frankfurt auf die freigewählten Vertreter des deutschen Volkes, auf das erste deutsche Parlament. Aber auch Opfer zur Begründung der geschirten Stellung des Vaterlandes seien freudig von Allen dargebracht! — Unbefchützt sind unsere blühenden Küsten, jedem feindlichen Einfalle wehrlos bloßgestellt. Auch die kleinste Seemacht ist im Stande, unsern Seehandel gänzlich zu hemmen, und wir müssen, wenn wir des Schutzes für unsere Handelsmarine bedürfen, die zweifelhafte Hilfe fremder Seemächte anrufen. Wohlan denn an's Werk, Ihr deutschen Brüder in allen Gauen des geliebten Vaterlandes! Richtet den Blick nach Außen, damit Deutschland recht bald die Achtung gebietende Stellung, die ihm mit Recht gebührt, auch auf dem Meere und in fremden Ländern einnehme. Errichtet, wie wir bereits gethan, Vereine und Sammlungen zu einem Grundfonds um eine deutsche Kriegsflotte ins Leben zu rufen, und laßt uns so das erste Opfer auf den Altar des Vaterlandes niederlegen! Das deutsche Parlament bilde den Vereinigungspunkt zur Entgegennahme der freiwilligen Beiträge, und ihm sei die Verfügung der Gelder zu diesem hohen Zwecke überlassen. Fühlt Ihr wie wir, so eilet und laßet nicht durch schädlichen Zögern die Augenblicke verloren gehen, welche unsere Unabhängigkeit auch auf dem Meere begründen können. Im April 1848. Der Bürgerverein des Amtes Ritzebüttel.

* Frankfurt, 26. April. Die Verhandlungen des Fünfzigerausschusses beweisen, daß die Anarchie dort keine Unterstützung finden wird. Auf die Anzeige, daß in Baden ein Martialgesetz erlassen und auf den See- und den Oberrheinkreis angewendet worden sei, stimmte der Ausschuß am 25. der Erklärung des Vorsitzenden bei, daß das Gesetz nicht gemäßigter hätte ausfallen können, und erklärte einstimmig, daß die Maßregeln der badischen Regierung ebenso im Interesse der Freiheit wie der Ordnung getroffen seien. Auch wurde beschlossen, eine kräftige Proklamation in diesem Sinne zu erlassen, und das Benehmen der Bürgerschaften, welche durch Laubheit oder Feigherzigkeit dem Aufruhr Vorschub geleistet, ernstlich zu mißbilligen. In der Verhandlung wurde insbesondere das mehr als zweideutige Benehmen des Bürgermeisters Winter zu Heidelberg scharf gerügt, und der patriotische Muth der dortigen Bürgerwehr und der Studenten ehrend anerkannt. Der Ausschuß hat sonach bewiesen, daß er der Anarchie und der Anfreizung zum Bürgerkriege, als den größten Verbrechen gegen das Vaterland, mit allem Nachdruck entgegen treten will. Ebenso hat er Schritte gethan, um den Zusammentritt der Nationalversammlung, und damit den Zeitpunkt der Wiederkehr des Vertrauens auf Deutschlands Zukunft zu fördern. Er hat nämlich beschlossen, daß der 1. Mai der Tag des Zusammentritts nach dem Beschlusse des Vorparlaments bleiben müsse, daß aber der Tag der Eröffnung von der Zahl der anwesenden Mitglieder bedingt sei; doch sei zu erwarten, daß spätestens am 18. Mai die Verhandlungen beginnen können. Die Bundesversammlung hat sich bereits dieser Ansicht angeschlossen.

* Frankfurt, 27. April. Bei der Berathung über die Posenfrage in der heutigen Abendsitzung äußerte sich von allen Seiten lebhafte Sympathie für Polen, aber auch Mißbilligung zu weit gehender Aufwürfe, und entschiedene Gesinnung, den Rechten Deutschlands und der deutschen Bevölkerung Posens Nichts zu vergeben. Es wurde namentlich hervorgehoben, daß bis zur gänzlichen Reorganisation der polnischen Gebietstheile Stadt und Festung Posen unter preußischer Herrschaft bleiben muß. Von andern Seiten drang man sogar darauf, daß Stadt und Festung Posen als Schlüssel Deutschlands niemals abgetreten werden dürfe. Die Versammlung beschloß: die Entscheidung der polnischen Frage der Nationalversammlung zu überlassen, dabei schon jetzt im Sinne der Beschlüsse des Vorparlaments als ihre Ansicht auszusprechen, daß das durch die Theilung Polens verübte Unrecht durch Wiederherstellung desselben, als selbständiger Staat zu sühnen sei, daß übrigens der Beschluß des Vorparlaments keineswegs die Wahrung der Interessen Deutschlands und der Deutschen im Großh. Posen ausschließen wolle und könne. Da durch Nets angeregt worden war, daß dem Beschlusse des Ausschusses zufolge, den durch Deutschland in ihre Heimath ziehenden Polen Hindernisse in den Weg gelegt und namentlich der Eintritt in Preußen erschwert wurde, so daß viele derselben in Dresden und Braunschweig liegen bleiben mußten (Jürgens versicherte der Anstand liege darin, daß ihre Päße vom preußischen Gesandten in Paris nicht visirt seien!) so wird der Bundestag dringend ersucht, bei den Regierungen den ungehinderten Durchzug der Polen zu vermitteln. Die von der Kommission beantragte Absendung einer Deputation nach Polen wurde nicht genehmigt. Von Soiron berichtet über den in Gemeinschaft mit dem Bundestag und den Vertrauensmännern entworfenen Vorschlag in Betreff der Exekutivgewalt des Bundes. Die Bundesversammlung soll durch drei Mitglieder verstärkt werden, welchen die Wahl des Vorsitzherrn, die Leitung des diplomatischen Verkehrs mit dem Ausland, und in dringenden Fällen auf eigne Verantwortung (außerdem aber nur nach vorgängiger Berathung des Bundestags) die vollziehende Gewalt zu übertragen wäre. Die 3 Mitglieder sollen von der Bundesversammlung nach erfolgter Rücksprache mit den Vertrauensmännern und dem Fünfzigerausschuß den Regierungen vorgeschlagen werden, der deutschen Nation für ihre Wirksamkeit verantwortlich sein, und letztere nur solang dauern, als sie die Nationalversammlung für passend findet. Hr. v. Soiron glaubt, daß bei der schwierigen Lage Deutschlands nach Innen und Außen eine solche Behörde sich besser zu vollziehender Gewalt eigne, als eine vielköpfige von Instruktionen abhängige Diplomatenversammlung. Durch die obigen Bestimmungen sei hinlänglich Garantie gegen Reaktionsgelüste — wenn solche bei der entschiedenen Haltung des deutschen Volkes irgend denkbar wären, dargeboten. Das sicherste Mittel gegen Reaktionen liege übrigens darin, daß man Empörung und Anarchie mit kräftiger Faust niederhalte. Der Vorschlag wird in der morgenden Vorsitzungsfitzung berathen werden, obgleich Jakobi, darauf gestützt, daß ähnliche Vorschläge in 2 geheimen Sitzungen des Ausschusses bereits verworfen worden seien, die Diskussion bis nach Veröffentlichung dieser geheimen Verhandlungen, d. h. bis übermorgen, ausgesetzt wissen wollte.

Frankfurt. Der Erklärung der Herren R. Blum, Dr. Jakobi und 13 anderer Mitglieder, welche in dem Protokoll zur 15. Sitzung des Fünfzigerausschusses enthalten ist, aber nicht verlesen wurde, setze ich die Erwiderung entgegen: Der Beschluß des Ausschusses nach dem Antrag des Hrn. Reh belägt den 1. Mai als den Tag des Zusammentritts der konstituirenden Versammlung, erklärt aber, daß der Tag der Konstituirung sich nach Voraus nicht bestimmen lasse. Der Beschluß des Ausschusses auf meinen Antrag änderte an dem frühern Nichts, sondern fügt nur die Erwartung hinzu, daß die Konstituirung der Versammlung spätestens bis zum 18. Mai stattfinden könne. Während daher der erste Beschluß den Beginn der Geschäfte der konstituirenden Versammlung auf das Ungewisse hinausstellt, gibt der zweite einen Anhalt für die Zuversicht auf eine baldige Eröffnung derselben. Der meinem Antrag entspre-

Digitized by Google

chende Beschluß des Ausschusses bietet daher nicht nur keinen Grund zu dem falschen Anschein, welchen die Minorität beforgt, sondern er nimmt dem Mißtrauen und der Beunruhigung des Volkes über den Gang seiner wichtigsten Angelegenheit einen Nahrungsstoff, der aus der unbestimmten Fassung des Reh'schen Antrags Ziffer 2 hätte gezogen werden können. Damit fällt die Erklärung der Herren Robert Blum, Dr. Jakobi u. A. als durchaus lerig in sich selbst zusammen.

Karl Mathy.

× Frankfurt, 27. April. Wiener Briefe melden die baldige Ankunft des Erzherzogs Johann dahier. Die Gegenwart dieses vertrefflichen, wahrhaft deutschen Fürsten, dessen ganzes Wesen eben so schlicht, als kraftvoll und entschieden ist, kann nur vom heilsamsten Einflusse sein; namentlich in einem Augenblick, wo das österreichische Ministerium durch den ungeschickten Artikel der Wiener Z. in ganz Deutschland einen Ruf des Unwillens erweckt hat.

## Schweiz.

† Zürich, 22. April. Die Wölkchen, welche sich, wenn auch nicht drohend, doch für den Augenblick störend an unserm sonst so blanken Neutralitätshimmel erhoben hatten, sind wieder verschwunden; ob wie damit gegen die Wiederkehr desselben gerüstet sind, möchte ich sehr bezweifeln. Die Seiten der Kantone Genf und Waadt, Z. Fayn und H. Drury, bringen auf das Aufgeben der Grundbedingung der Eidgenossenschaft, auf das Aufgeben der bisher so sorgfältig bewahrten Neutralität; die Schweiz soll den Kern eines neuen Bundes bilden, an welchen sich vorerst namentlich die oberitalischen Staaten anzuschließen hätten; ein Schutz- und Trutzbündniß der Völkerschaften auf beiden Abhängen der Alpen sei im Stande, die Angriffe jedes Feindes siegreich abzuwehren. Vom militärisch-politischen Standpunkt aus betrachtet, wären wir allerdings durch eine solche Allianz im Süden vollkommen gedeckt; allein welche Gefahr droht uns von dorther? namentlich wenn der Doppelader definitiv die Lombardei zu verlassen genöthigt ist? Unsere bedrohten Punkte, die wir im Falle eines europäischen Zusammenstoßes mit allen unseren Kräften zu wehren haben, liegen im Westen und im Norden; dort gilt es dann, mit bewaffneter Hand unsere Neutralität aufrecht zu erhalten. Und welche Dienste könnten uns hierbei die Lombarden oder Piemontesen leisten? Entweder wahren auch sie ihre Neutralität, und dann ist ein engeres Bündniß zwischen und überflüssig, die Gleichheit der Interessen verbindet uns dann eng genug; — oder — das Wahrscheinlichere ist — Italien folgt dem Impulse Frankreichs, und dann — fähren wir uns unwiderweinglich an dessen stürmisch dahinrollenden Kriegswagen gefesselt! — Muß ich auf ein zweites wichtigeres Moment noch ausdrücklich aufmerksam machen? Die schweizerische Eidgenossenschaft beruht auf dem engeren staatlichen Verbande von 3—4 Nationalitäten, und kann dann daher in gegenwärtiger Zeit, wo der nationale Zug so allmächtig durch die Herzen der Völker geht, nur durch die strengste Neutralität ihren fernern Bestand sichern; gibt sie diese Neutralität auf, neigt sie sich entschieden auf die eine Seite, so eust sie damit eo ipso eine Gegenwirkung hervor, die sich der natürlichen Richtung nach der ihr verwandten entgegengesetzten Seite hinglbt, der Zwiespalt ist da, und beim Eintritt des ersten allgemeinen Konfliktes lösen sich die einzelnen Theile aus den lockern Fugen und schließen sich mit magnetischer Kraft dem Organismus an, der die größte Anziehung auf sie äußert. Und welche Kraft ist heutzutage größer, als die der Nationalität? als diese Kraft, welche die armen Polen zwingt, die russische Knute fast dem Schutze Deutschlands vorzuziehen? Werden sie doch auf diese Weise mit ihren Brüdern wieder vereinigt. Es ist fast unmöglich, daß Staatsmänner, wie Drury und Fayn, diese so einfachen Wahrheiten verkennen können, und doch unterstützen sie das Begehren Gardinieus, ein „Schutz- und Trutzbündniß" mit der Eidgenossenschaft zu errichten! Auf der andern Seite ist Verstoße nicht bei diesen Männern anzunehmen, namentlich nicht, wenn man allenfalls auch J. Fayn für verstecktes Hintergedanken fähig hält, bei dem ehelichen Heinrich Dency. Bei diesem Dilemma wissen wir keinen weitern Erklärungsgrund als: der nationale Instinkt treibt sie wie die Mehrheit der italienischen und französischen Bevölkerung der Schweiz unwillkürlich zu Handlungen oder zu Begehren, welche die alte Neutralität der Schweiz untergraben, und welche jene mit den Kammerwänden Völkern in nähere Vereinigung zu bringen verspechen. Wie Alle, die wir in der Realisation dieses Strebens die unausbleibliche Auflösung der Eidgenossenschaft erblicken, begrüßen freudig den am 18. d. in geheimer Sitzung gefaßten Beschluß der Tagsatzung, den Antrag Gardinieus, ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen dieser Koone und der Eidgenossenschaft zu errichten, abzulehnen, und wir hoffen, daß die entschiedene Mehrheit des schweizerischen Volkes auch fernerhin mit Rath und That zu dieser einfachen Politik des gesunden Menschenverstandes stehen werde. —

## Dänemark.

Kopenhagen, 19. April. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Knuth, ist heute früh aus Schleswig hierher zurückgekehrt. Seine Anwesenheit im Hauptquartier ist überflüssig geworden, seitdem die Bundestagsbeschlüsse vom 12. d. M. jede Aussicht auf eine gütliche Vereinbarung über das Herzogthum Schleswig, vielleicht in etwas übereilter Weise (?), zerstört haben. Die Erbitterung der Dänen ist durch jene, wie sie behaupten, höchst ungerechten Beschlüsse auf das Aeußerste gesteigert worden. Aus Jütland und von den Inseln werden die Reserven herangezogen. Die Land-Armee soll auf mindestens 30,000 Mann gebracht werden. Drei Fregatten liegen in diesem Augenblick segelfertig in der Köge-Bucht, um eintretenden Falles sogleich nach der Ostsee abgehen zu können. Die Sache nimmt eine sehr ernste Wendung und der Krieg dürfte, besonders wenn es sich bestätigt, daß für den Nothfall Dänemark Englands Beistand zugesagt sei, nicht so leicht zu Ende zu führen sein. Die Nachtheile, welche für Handel und Schifffahrt daraus hervorgehen werden, sind unberechenbar. Ob man sie deren Abwendung von den deutschen Nord- und Ostseeküsten bei Fassung der oben erwähnten Beschlüsse in Frankfurt gewürdigt Fürsorge getroffen hat, ist aus den dortigen Blättern nicht zu ersehen. Kaum glaublich erscheint indessen, was man nach den von Frankfurt eingegangenen Berichten hier sich erzählt, daß daraus auf dem Bundestage Niemand gedacht haben solle. Heute sind die ersten preußischen Schiffe hier eingebracht worden und Kriegsschiffe nördlich und südlich detachirt worden. Hannoversche und mecklenburgische Schiffe sind noch nicht angehalten indem man damit wohl zögert, bis auch die Truppen dieser Staaten sich auf schleswigschem Grund und Boden zeigen. Das Kommerz-Kollegium hat sich heute das Gutachten der Kaufmannschaft erbeten, ob es erwünscht sei, daß Hamburg und Lübeck als neutral betrachtet würden, wofür sich denn auch dieses aussprechen, doch ist die allgemeine Meinung für die Blokade der Elbe und der Trave. (B. H.)

Kopenhagen, 22. April. Der König befindet sich in der Besserung und wird in Odensee, wo das Schloß für ihn in Stand gesetzt wird, erwartet. Der Kriegsminister Tscherning beiobt in einem Armeebefehl vom 20. den Enthusiasmus, den Muth und die Disciplin aller dänischen Truppen zu Lande wie zu Wasser, und ermahnt die Nation, die Anstrengungen mit Kraft zu tragen, daß würde die Sympathie der Großmächte sich für Dänemark bethätigen. In einem anderen Erlasse dankt der Kriegsminister den Einwohnern und Behörden für ihre Opfer. Die Kriegsreserven sind einberufen; das 1., 2., 3., 4. und 5. Reservebataillon und das 1. und 3. Jägerkorps werden organisirt. Die hamb. Bösenhalle bringt ein Verzeichniß der in Hofsingör und Kopenhagen aufgebrachten Schiffe; sie belaufen sich bereits auf die Zahl von 38.

## Großbritannien.

Die Times, deren Urtheile über manche specielle Punkte der auswärtigen Politik mit Vorsicht aufgenommen werden wollen, sind für die innern Angelegenheiten Englands von großem Gewicht, ihre Urtheile gleichsam der Schatten, den die werdenden Dinge, die wechselnden Stimmungen, die durch die Nothwendigkeit gebotenen oder bewerkstelligten legislativen Aenderungen und Maßregeln vor sich her werfen. Die Sprache, welche die Times jetzt der chartistischen Bewegung gegenüber führen, ist daher nicht ohne Bedeutung. „Wozu, sagen sie, das Verhöhnen einer Bewegung, die zuletzt doch ihre guten Gründe hat und aus nicht abzuläugnenden, nur zu sühlbaren Uebelständen hervorgebrochen ist? Wozu dies Losschlagen auf das Proletariat, welchem doch Niemand verdenken kann, wenn es nach einer Besserung seiner Lager strebt, da ja selbst in der menschlichen Gesellschaft glücklich und hoch Gestellte diesem dem menschlichen Geschlecht angeborenen Triebe nach Besserung und Vervollkommnung gehorchen? Wozu dies herzlose und frivole Spotten über die Un- und Mißbildung dieser geistig und leiblich Armen, wenn man damit nicht etwa ein Pasquill auf die Menschheit selbst schreiben will, welche sogar durch künstliche Mittel dazu drittrug, daß diese hungerleidende Masse sich in ihrem Schooße ausbildete? Wenn dieses edle Proletariertum sich nun durch chrgeizige Demagogen irreführen und mißbrauchen läßt, wenn zu Jedem, der ihm Erlösung verspricht, sich bewußtlos als seinem Messias hingibt, wenn es zuletzt zu dem ihm selbst nachtheiligsten Mittel, dem des gewaltthätigen Einbruchs in die gesellschaftliche Ordnung greift, wer trägt die Schuld als wir selbst, als diejenigen, welche sie im Sumpfe ihres elenden Daseins verkommen ließen, die es verabsäum-

Digitized by Google

## General Friedrich v. Gagern.

Friedrich Balduin v. Gagern wurde am 24. Oktober 1794 auf dem Schlosse zu Weilburg geboren. Sein berühmter, ehrwürdiger Vater, schon damals nassauischer Minister, gehört einem rheinischen, ursprünglich aus Lüttich stammenden reichsritterschaftlichen Geschlechte an. Die fromme und liebenswürdige Mutter, die ebenfalls den erstgeborenen Sohn überleben sollte, ist von den niederrheinischen Geschlechte von Gaugraben und in Düsseldorf geboren. Bis zum sechzehnten Jahre erhielt er seine Erziehung und Ausbildung bei den Eltern und ging damals schon mit tüchtiger wissenschaftlichen Vorbildung, vorzüglich in der klassischen Literatur und in der Mathematik, für die er in Paris eine ausgezeichnete Schule gefunden, zu der Göttinger Universität über. Seine stetigen Studien entzogen ihn keineswegs dem bewegten Studentenleben, und im zweiten Jahre des Studiums mußte er die Universität wegen häufiger Zweikämpfe verlassen.

Dem Zuge seines Herzens folgend, trat er nun in österreichische Dienste und machte mit dem Regiment Riesch-dragoner seinen ersten Feldzug als Gefreiter gegen Rußland, wo er bei Pinsk, dem Ziele seines Zuges, kaum der Gefangenschaft entging.

Im Jahre 1813, bei der Wendung der deutschen Waffen gegen Frankreich, hatte er das Glück, unter Einlaß mit dem Schwarzenbergischen Heer den Schlachten von Kulm, Dresden und Leipzig beizuwohnen.

Für die Denk- und Gemüthsart des Jünglings ist es bezeichnend, daß ihm unter den zahlreichen Erinnerungen jener ruhmvollen Kämpfe das Andenken folgender einfachen Begebenheit das liebste und lebendigste war. Nach einem schweren Marsche machten die Truppen spät Abends, und zwar am Vorabende der Schlacht, an dem Orte ihrer Bestimmung unter freiem Himmel Halt; sofort wurde den Soldaten der Befehl, Holz zu fällen und von Stämmen und Zweigen den Offizieren Hütten zu bauen. Da trat aber der junge Gagern, der erst einige Tage vorher Offizier geworden, hervor und gab zu bedenken, daß die Soldaten, äußerst erschöpft, um dem nahen Kampfe gewachsen zu sein, der noch übrigen Nachtstunden zur Erholung bedürften. Diese Bemerkung konnte nicht zurückgewiesen werden, und die Offiziere schliefen rings um die Wachtfeuer ohne Bedachung ein. Er aber, als er frühmorgens erwachte, sieht über seinem Haupte im Glanz des Morgenrothes eine schöne Laube mit einem Kranze prangen. Was die Gerechtigkeit zu fordern verbot, das hatte in reicherem Maße die Liebe geschützt.

Obwohl bei Leipzig viele seiner Freunde gefallen waren, so fesselte ihn doch der kameradschaftliche Geist an das österreichische Heer, und nicht ohne schweren Kampf unterwarf er sich dem Willen des Vaters, der bei seinem eigenen Uebergang von dem deutschen zu dem niederländischen Dienste des Hauses Nassau-Oranien den ältesten Sohn dem Dienste des Landesherrn nicht entziehen mochte. Zunächst sah sich auch durch diese Veränderung der Hauptmann v. Gagern dem Kampfe für das deutsche Vaterland nicht entzogen. Bei Waterloo, oder vielmehr schon bei Quatrebras, wurde er als Offizier des Generalstabs zu Pferde unter den Plänklern schwer verwundet. Sein jüngerer Bruder Heinrich, erst sechzehn Jahre alt, hatte — in den nassauischen Gliedern — dasselbe Schicksal. Bei dem Einzuge in Paris waren sie Beide wieder hergestellt und umgaben dort den Vater zugleich mit einem dritten Bruder (Karl), der sich unter bairischen Reitern bei Kreis zur Ruhe ausgeruhet hatte.

Bald nach Beendigung des Feldzuges besuchten die beiden brüderlichen Kampfgenossen (Friedrich und Heinrich, jener zufolge einer längeren Beurlaubung) die Universität Heidelberg und knüpften in den Jahren 1816 und 1817 zahlreiche, für das ganze Leben bedeutende Bekanntschaften. Hierauf kehrte zwar der Hauptmann zurück zu dem Waffendienste in die niederländischen Staaten. Aber der Wissenschaft und dem deutschen Vaterlande ist er nie entfremdet. Niemals trennte er sich auch in den Lagern von den größten Dichtern und Geschichtschreibern des Alterthums; vor Allem liebte er die Gesänge Homer's und Sophokles, wovon er große Theile im Gedächtnisse bewahrte; auch Thukidides, Cäsar, Tacitus, Sallust waren ihm treue Begleiter.

Militärische Aufnahmen und Vermessungen hielten ihn lange in dem Großherzogthum Luxemburg fest, also in dem Gebiete des deutschen Bundes, und in den Jahren 1824 und 1825 wurde er der Bundesmilitärkommission beigegeben. Damals erweiterten sich abermals seine deutschen Bekanntschaften, und die Verbindung der beiden Brüderfreunde für die höchste Ehre ihres Lebens, die Einheit und Größe des Vaterlandes, erreichte nun ihre höchste Kraft und Innigkeit. Ueber diesen am Altar des Vaterlandes geschlossenen Bund mag hier der Verblichene selbst sich aussprechen:

Die trüben Wolken, die, vom Sturm getragen,
So greifterhaft am Mond vorüberzieh'n,
Die trüben Wolken ziehen meinen Tagen,
Sie kommen, werfen Schatten und entfliehen.

Schon fern ist mir die Jugendzeit,
Und manche Hoffnung ist zerronnen,
Und manches Werk, so froh begonnen,
Ging unter in Vergessenheit.

Doch was der Brüder Eintracht sich versprach,
Das klingt noch immer in der Seele nach,
Und wie die Inschrift, in den Stein gegraben,
Besteht das Wort, das wir zum Bund uns gaben*).

Ebenso wollen wir aus seinem eigenen Munde die Empfindungen kennen lernen, mit welchen er den mehr als dreißigjährigen Zauberschlaf des Vaterlandes, ein besseres Erwachen hoffend, betrachtet hat.

Auch in des Volkes Leben gibt es Zeiten,
Wo es den schwülen Tag mit Unlust trägt,
Wo dumpfer Schwermuth Nebel sich verbreiten,
Wo sich der Kummer auf die Herzen legt.

Es streift dann mit gefenkten Schwingen
Der Wunsch tief an der Erde hin;
Umsonst strebt der befang'ne Sinn,
Mit diesen zaubre Macht zu ringen.

Doch nähret in des Menschen Brust geheim
Dann die Natur der künft'gen Thaten Keim,
Und senket unerwartet aus den Tiefen
Die Kräfte, die dort ungeahnet schliefen**).

In den Niederlanden wird der Deutsche nicht leicht ganz heimisch werden. Auch er, der doch bei den edelsten Männern Freundschaft und Anerkennung gefunden, sagte doch wohl einmal scherzhaft mit Ovidius: barbarus hic ego sum, quia non intelligor ulli. Dennoch wirkte er ununterbrochen mit der frischesten Thätigkeit, namentlich in Gent, wo er mehrere Jahre den Arbeiten des Generalstabs vorstand und zugleich den jüngeren Offizieren des Stabes Vorlesungen über Mathematik und Kriegswissenschaften hielt.

Die Jahre 1830 und 1831 waren für die niederländische Dienstzeit des Majors v. Gagern die wichtigsten. Durch die Pflicht war er im Kampfe gegen die Belgier gestellt, obgleich er lange unter ihnen gelebt hatte und sie ohne Zweifel auf feine Unterstützung gerechnet hatten. Die unter den Holländern herrschenden landschaftlichen und konfessionellen Vorurtheile waren ihm ganz fremd; für die Wallonen hatte er sogar als Soldat eine Vorliebe.

In dem Herbste 1830, gleich nach dem Verlust von Brüssel, wurde er Chef des Stabs bei dem Korps des tapferen Herzogs Bernhard von Weimar, dessen Hochachtung und Freundschaft er sich zu jeder Zeit erfreute. Bei der traurigen Auflösung der Armee, aus welcher die Belgier theils zurückkraten, theils entlassen wurden, nahm er an den meisten wichtigen Gefechten bis zu dem entschlossenen Bombardement der Stadt Antwerpen Theil. In diesen Gefechten stand ihm als Freiwilliger sein jüngster Bruder Maximilian zur Seite, der im Jahre vorher in dem Civildienste im Kabinet des Königs Wilhelm I. angestellt worden war. Auf die Entwicklung und das Schicksal dieses Bruders hatte er von nun an durch das Beispiel seines sittlichen und religiösen Ernstes den entschiedensten Einfluß.

Im März 1831 wurde er, während der Herzog Bernhard Generalgouverneur in Luxemburg war, mit den Verhandlungen am Bundestage wegen schützender Befestigung dieses Theiles des Bundesgebietes beauftragt; die Erfolglosigkeit dieser Bemühung, die sich noch jetzt so schwer rächt, machte ihm großen Kummer. Es gereichte ihm daher zur willkommnen Ableitung, als er sehr bald darauf mit seinem Divisionschef von Luxemburg in das Lager von Nordbrabant abberufen wurde, von wo aus er und sein Bruder Max an dem kurzen, aber ausgezeichneten Feldzuge von 1831 Theil nahmen. Der edle Herzog hat den König für dasjenige, was besonders in den bedeutenderen Treffen bei Hasselt und Löwen (8. und 12. August) die zweite Division als Vorhut geleistet, das Hauptverdienst dem Chef des Stabes, Major von Gagern zuzuerkennen.

In den folgenden Jahren (bis 1838) fand die niederländische Armee fortwährend in den Kantonirungen und Lagern von Nordbrabant, von wo aber im Jahr 1833 die Freiwilligen, unter diesen der jüngste Bruder des Majors, in die Heimath entlassen wurden.

Diese Jahre waren nun die schwersten seines Lebens. Unter einem Zelte, ohnweit Breda, dichtete er damals die erste Strophe jenes schönen Liedes an den Bruder Heinrich:

*) Zweite Strophe eines um das Jahr 1837 im holländischen Lager geschriebenen und dem damals aus dem politischen Leben in die Ruhe des Landbaues zurückgetretenen Bruder Heinrich zugesandten Gedichtes.

**) Die 23. Strophe desselben Gedichtes.

Digitized by Google

O Nacht, sei auf der Heide mir willkommen,
Wo sich des Lagers lange Linie dehnt.
Die Trommel schweigt, die Feuer sind verglommen,
Der Lärm verstummt, und durch die Stille dröhnt
Der Wache abgemess'nes Schreiten.
Ich lieg im Kanonenrechen Zelt,
Wo thatenlose Pflicht mich hält,
Doch die Gedanken sind im Weiten.
Bald steiget die Vergangenheit herauf,
Bald hebt die Zukunft ihren Schleier auf,
Und auf des Traumes vielverschlung'nen Wegen
Kommt stets Dein Bild, o Bruder, mir entgegen.

Das lange thatenlose Weilen im fremden Lager ließ ihn den Zustand seines deutschen Vaterlandes, das mit jedem Jahre tiefer sank, mehr als je empfinden. Sein gerechter Unwille, im Leben meist verstummend, bricht wiederholt in der Dichtung hervor, aus der hier ein weiter Klang ertönen mag, damit der Mann, wie er war und dachte, sich völlig zeige. Freilich hat seitdem das Blatt sich so gewendet, daß sich die Guten der jetzigen Anklagen gern enthielten, zu klein sich fühlend da, wo Gott selber straft und richtet, und zu groß, wo ohne Gefahr zahllose Stimmen, die früher stumm geblieben, jetzt so frech, wie feig, die alte Unbill hundertfältig vergelten. Er ruft zuerst die Erinnerungen von Heidelbergnach dem Freiheitskriege zurück:

Wie da des Lebens Pulse rascher schlugen,
Wie hoch aus der Begeist'rung Flügel trugen,
Da saß nicht dumpe Vorsicht mit zu Rath,
Der Wunsch war Vorbild, und das Wort war That.
Jungfräulich hatten wir die Siegstrophäe,
Die Frankreich unserer Zwietracht abgewann,
Im feinen Nallen aufgehängt gesehen,
Gehört, wie es auf neue Beute sann.
Verschwinden sollten diese Jahren,
Durch die der fürsten Luſt uns schied
Und an die Feinde uns vertieft,
Die an geistige Schaaren mahnen.
Nur eine deutsche Fahne sollte wehen,
Vom Ostseestrand bis an der Alpen Höhen,
Und unser Losung war: Ein Deutschland sei,
Ein Vaterland, groß, mächtig, einig, frei!
Wie eitel sie sich in den Purpur brüsten,
Die der Erob'rer Könige genannt,
Weil er zu des Triumphes Kosten Lüsten
Nur Könige vor seinen Wagen spannt!
Als noch des Schicksals Schale schwankte,
Wie da die Mund die Freiheit pries, — —
— — —
Jndem Ihr Ketten schmiedet, Kerker baut
Und Euer Wort bald deutelt und bald dreht,
Rüstet der Franke sich, und lüstern schaut
Er nach dem Rhein. Als wär's sein gutes Recht,
Erbaut der Russe seine Festen
Dort an der Donaumündung Strand,
Hier in der Weichsel dun'ären Sand,
Es droht der Feind von Ost und Westen — — *)

Das einzige, was ihn aufrichten mochte in solcher Betrachtung, war der erweiterte Bund der Brüder, zu denen nun auch der vierte, Moritz, in naſsauischem Civildienste, gehört, und deren Lebensschicksale er mit innigster Theilnahme verfolgte. Hören wir die Worte, die er sofort stärkend an Heinrich richtete:

Die Muse neigt die wehmutsvollen Blicke,
Sie hängt die goldne Leier auf und schweigt,
Die Unbewaffnete tritt scheu zurücke,
Wo drohend sich des Kampfes Rotte zeigt.
Es schallt bei Bateelandsgefahren
Der Wächter feiges, ernstes Wort,
Du Bruder steht ein fester Hort,
Um unser heilig Recht zu wahren.
O wie ich freudig Deiner Rede lauschte,
Wenn sie aus tief bewegtem Busen rauschte,
Und mit der Ueberzeugung Silberklang
Vom Herzen kommend in die Herzen drang.
Um im Senat zu wirken und zu wallen
Berlieh Dir die Natur Beredsamkeit,
Du haß, um die Gemüther festzuhalten,
Den hohen Sinn, die deutsche Biederkeit.
Du, den der Fürsten Zorn nicht scheucht,
Du, den der Schuld der Ehre deckt
Der Du so freudig Deiner Pflicht
Zum Opfer brachtest Deines Lebens Loos,
Du steh'st dem Haß, doch nicht dem Tadel bloß,
Du kannst im Kampf mit edelm Selbstvertrauen
Jedwedem Gegner kühn in's Auge schauen.
O, laß nicht ab zu singen und zu wagen,
Du bist des edeln Sitzebunds Dir bewußt.
Mag kluge Feigheit nach dem Kampfpreis fragen,
Wo Ehre ruft, ist Kampf des Tapferen Lust.

*) Aus der Strophe 7—12 des mehrerwähnten Gedichts.

Wenn Alle auch schon muthlos zagen,
Den Besten selbst die Hoffnung schwand,
Dann sollst Du noch mit fester Hand
Des Rechtes siegend Banner tragen,
Und will das Glück kaum um die Stirn des Schlechten
Schmachvollen Sieges dürre Kränze flechten.
Auch ohne Lorbeerkranz ist der ein Held,
Der für die gute Sache ficht und fällt*).

Jm Jahr 1838 wurde General von Gagern auf sein Verlangen vom Generalstab zur Linie und zwar in die Kavallerie versetzt; er erhielt ein Regiment Dragoner in Deventer. Jm Jahr darauf wurde er dem jungen Prinzen Alexander der Niederlande zu einer Reise nach Rußland beigegeben, wo er von dem russischen Hof und Reich sich gründliche Kenntniß erwarb, die zum Theil in einem sehr lehrreichen und ungedruckten Tagebuch enthalten sind. Jm Jahr 1843 wurde er als Oberst zugleich Brigadier der Kavallerie, im folgenden Frühjahre General und Flügeladjutant des Königs und als solcher bald mit einer wichtigen Mission nach Oſtindien betraut. Während seines dreijährigen Aufenthaltes unter den Tropen hatte er nicht allein das Heer und die Festungen des alten blühenden Java in Augenschein zu nehmen und über die wichtigsten militärischen Fragen der Kolonien zu berichten, sondern auch die neuen Besitzungen auf Sumatra zu gleichem Zwecke oft auf ungebahnten Wegen zu bereisen und endlich auf dem Rückwege das englische Jndien von Ceylon bis Calcutta, den Ganges hinauf zum Himalaya mit allen von ihm bewunderten Militäretablissements der Engländer zu besichtigen, worauf er über Bombay und Aegypten, durch viele in europäischen Diensten seltene Erfahrungen bereichert, im Juni vorigen Jahres zurückkam.

Kaum hatten sich der 81jährige Vater hoffen können, in seinen ländlichen Zurückgezogenheit zu Hornau im Taunusgebirge, welches der Sohn selbst früher besungen hatte, ihn wieder in seine liebenden Arme zu schließen.

Kennst Du die Berge in des Rheines Gauen
Von fern so schwarz, so finster anzuschauen?
Kennst näher, mag es, Dich hindurchgewunden,
Du wirst das Vaterhaus, das ihnen thronet.
Das Vaterhaus, wo uns der sanfte Weise
Am Blumentisch mit offnen Armen empfängt,
Er, der gereift auf langer Lebensreise
Mit waemem Herzen an den Seinen hängt;
Sein Auge zugewandt dem Lichte,
Erkennt des ew'gen Lenkers Spur
Jm off'nen Buche der Natur
Und in den Büchern der Geschichte**).

Bald nach der Heimkehr wurde der General von Gagern zum Gouverneur der Residenz und Provinzialkommandanten von Holland ernannt, und in dieser Stellung erfreute er sich nicht allein des ausgezeichneten Vertrauens seines Monarchen, sondern wurde auch wegen seiner hohen politischen Einsicht, seiner unerschütterlichen Gerechtigkeit und einer alle Herzen bewältigenden, durch tiefsinnigen Ernst nie verhüllten Humanität während der letzten politischen Krisis in Holland der Freund aller edlen Bürger, so daß sich die Nationalgarde der Hauptstadt freiwillig unter seine Befehle schaarte.

Aber kaum war dort die gewünschte Ruhe eingetreten, so verlangte er einen kurzen Urlaub in die theure Heimath, wo unterdessen der erschütternde Einfluß der französischen Umwälzung die Gestalt der Dinge gänzlich verändert hatte.

Das sehnliche Verlangen der Freunde des Vaterlandes, die diesen Edelsten seiner Söhne kannten, war seiner Ankunft zuvorgekommen.

Sie sahen in ihm wohl einen jener Führer und Lenker im Sturm, wie er sie, ohne an sich selbst zu denken, vormals befungen:

Die Rede, welche seine Stütze findet,
Kriecht an dem Boden ärmlich, krank und fahl; —
Doch an der Eiche lohem Stamme windet
Sie freudig sich empor zum Sonnenstrahl.
Das Volk bedarf des Führers Mahnung,
Des Lenkers in des Sturmes Drang,
Bedarf des Dichters Hochgesang,
Der Sprache gibt der stummen Ahnung.
Der jetzt dem Vaterlande sich verlagt,
Er hört sein Leben gern dafür gewagt.
Gieb Du ein würdig Ziel nur seinem Streben
Der Mensch wird vom Gemeinen sich erheben***).

Gerade in den ersten Tagen des, dem General von Gagern gewährten Urlaubs, nahm die Bewegung im südwestlichen Deutschland und vorzüglich im badischen Seekreise einen aufrührerischen und so bedenklichen Charakter an, daß nach der Ueberzeugung der bewährtesten Kenner der Landesverhältnisse die ganze Kraft eines erfahrenen und

*) Strophe 13—15 des erwähnten Gedichts.
**) Strophe 26 des erwähnten Gedichts.
***) Strophe 24 daselbst.

Digitized by Google

zugleich in politischen Dingen freisinnenden Militärs erforderlich schien. Die badische Regierung warf ihren Blick auf den vielfach empfohlenen General von Gagern. Derselbe konnte zwar mit seiner niederländischen Stellung eine hiesige bleibende Wirksamkeit nicht sofort vereinigen; aber auf die in Uebereinstimmung mit dem Rath der Siebenzehner ergangene Aufforderung der hohen Bundesversammlung glaubte der niederländische General, der ja auch in Rücksicht Luxemburgs dem Bunde noch ferner war, auf die einstichtige Billigung seines Monarchen zählen zu dürfen, indem er durch einen kurzen aber entscheidenden Waffendienst die Ruhe und Ordnung seiner Heimath herzustellen und die, ganz Deutschland bedrohende, Anarchie zu hemmen suchte. Als er die Ueberzeugung gewonnen, daß ein Einschluß sogleich gefaßt werden müsse, daß es nicht Zeit war, die Genehmigung aus Holland erst abzuholen, erhob er sich dessig mit den Worten des Aias, der eben das Lord zum Zweikampf ergegen: χθονι κάτερος ἐσθ' ὑπαὶ καὶ ἀνδρός.* Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß Alles, was seine Brüder in den jüngsten Tagen für Freiheit, Recht und Ordnung gethan hatten, und was er in Betreff des jüngeren noch in der letzten Stunde seines Daseins vor dem Schreiber dieser Zeilen mit der Freude eines Vaters rühmte, ein gleiches Wirken ihm selbst als die Schuld des alten Bruderbundes zu gebieten schien.

Wie er in den wenigen Tagen dieser ritterlichen Unternehmung theils durch seinen Namen, theils durch sein bloßes Auftreten den Geist der Empörung schwächte und den Geist der Zucht und Treue in dem Heere erhob, eingedrängt unter fremde Offiziere, sofort von Allen geliebt und geehrt war, wie er bei dem ersten Angriff auf die feindliche Rotte, um unter seinen mit mehr oder weniger Recht verdächtigten Truppen durch Vertrauen Treue zu erwecken, um unter den Empörern die Verführten und Gezwungenen von den Schuldigen zu trennen, sich an die Spitze der Kolonne stellte, ja sogar auf das Verlangen der Aufrührer ganz allein zur Besprechung zu ihnen hervortrat und dadurch das Opfer einer mehr als meuterischen Verrätherei geworden ist: diese Ereignisse sind allen Lesern so bekannt und in der Erinnerung neu, daß es ihrer näheren Darstellung hier nicht bedarf.

Der edle Held hat sein Leben nicht tollkühn preisgegeben. Er war sich dessen bewußt, daß nach den Ereignissen unserer Tage in ganz Deutschland wie in Frankreich die Herstellung militärischer Ehre und Tapferkeit durch gewöhnliche Mittel nicht bewirkt werden konnte. Mit Recht erwog er, daß er nicht bloß eine Schaar von 3000 Kriegern führte, daß er von Bonn über die Wirkung nach während dieses Kampfes allen Soldaten Deutschlands den Weg zu Sieg und Ehre wieder eröffnen mußte. Die erste That zur Unterdrückung der Anarchie sollte eine Heldenthat sein; das Gelingen gab er, wie in zahlreichen früheren Kämpfen, der Gefahr entschlossen und feurig entgegentretend, in Gottes Hand. Er fiel. Aber sein Tod war das Signal zu Kampf und Sieg. Sein Geist wird in den kommenden Kämpfen die Reihen der Feinde durchdrechen.

Wie er sein Vaterland trotz langjähriger Entfernung im Herzen trug, so möge das Vaterland auch ihn im Herzen tragen!

Wollt Ihr ihm ein Denkmal bauen? nun, so bildet den starken, stattlichen Mann in sanftem Schlummer ruhend und über ihm jene Lande der Liebe und Dankbarkeit!

---

* Folgendes ist die gestern erwähnte Denkschrift des deutschen Nationalkomités zu Posen, betreffend die nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen: „Einer polnischen Deputation aus dem Großherzogthum Posen ist Seitens des Königs Majestät die nationale Reorganisation der Provinz zugesichert worden, und es steht nicht zu bezweifeln, daß diese Zusicherung Folge gegeben werden wird. Die deutsche Bevölkerung ist sowohl ihrer Zahl nach, als durch das Uebergewicht der Bildung und geistigen Kraft, welches in ihr repräsentirt ist, berechtigt, eine völlige Gleichstellung ihrer Nationalität mit der polnischen zu verlangen; sie ist berechtigt, auf das Bestimmteste Verwahrung dagegen einzulegen, daß in der Verwaltung der Provinz dem polnischen Element ein Uebergewicht beigelegt werde, welches dahin führen könnte, die deutsche Bevölkerung einer polnischen Herrschaft unterzuordnen. Eine solche ist mit deutschem Wesen und deutscher Sinnesart nicht in Einklang zu bringen. Die polnische Herrschaft würde eine Herrschaft des polnischen Adels sein, der nebst seinem Anhange, bestehend aus einem Theil der katholischen Geistlichkeit und einigen Literaten, die polnischnationale Bewegung fast ausschließlich repräsentirt. Diese Partei hat durch ihre außerordentliche Rührigkeit und ihren Enthusiasmus für die mit der politischen Wiederherstellung Polens von ihr als identisch angesehene Nationalitätsfrage das Ausland an Zustände eines auf breiten Grundlagen ruhenden nationalen Volkslebens glauben gemacht, die in Wirklichkeit hier gar nicht existiren. Der polnische Bürgerstand ist in hiesiger Provinz an Zahl und noch mehr an Intelligenz und Besitz dem Deutschen gegenüber so schwach vertreten, daß derselbe fast als gar nicht vorhanden anzusehen ist, und dies tritt namentlich am so entschiedener hervor, als die jüdische Bevölkerung durch Sprache und Bildungsgang in der deutschen aufgegangen und mit ihr als ein Ganzes zu betrachten ist. Der polnische Bauernstand ist im Allgemeinen völlig indifferent gegen die nationale Bewegung und wird dur durch häufig unlautere oder gewaltsame Mittel, ohne eigenes selbständiges Bewußtsein, in dieselbe hineingezogen. Somit ist der polnische Adel, der seinen durch Grundbesitz und privilegirte Stellung gesicherten Einfluß auf ungebührliche Weise ausbeutet, der eigentliche Träger der nationalen Bewegung. Der polnische Adel hat aber nie Gewähr dafür gegeben, daß wahre Volks-Freiheit und Civilisation, daß insbesondere Achtung vor den Rechten aller Volksklassen und Anerkennung fremder Nationalität grundsätzlich durch ihn vertreten werde. Er hat stets das Gegentheil bewiesen, und sein Verhalten in allen Beziehungen des öffentlichen und Privatlebens bis auf den heutigen Tag gibt noch immer keine Gewähr dafür, daß die Wiederherstellung seiner Herrschaft nicht einem Siege der Unfreiheit, der Gesetzlosigkeit und erneuerter Standesprivilegien gleichkommen würde. Dies sind die Gründe, weßhalb die deutsche Bevölkerung der Provinz gegen jede Art von polnischer Herrschaft sich auf das Entschiedenste erklären muß. Die neuesten Ereignisse haben aber diesen Widerspruch nicht nur gerechtfertigt, sondern mit zwingender Gewalt dargethan, daß überhaupt die deutsche und polnische Bevölkerung der Provinz unter einer umfassenden, einheitlichen Leitung nicht ferner bestehen kann. Die dem Polen von dem Deutschen dargereichte Bruderhand hat jener mit Verachtung zurückgewiesen. Im Widerspruch mit den in Berlin den Deutschen kundgegebenen Sympathien, im Widerspruch mit den ersten öffentlichen Erklärungen des polnischen Nationalcomités zeigt der plötzliche Ausbruch von Höhnung und Haß gegen die Deutschen, daß die vorgebliche Bruderliebe auf der Voraussetzung fußt, es würden die 500,000 Deutschen des Großherzogthums ihre eigene Richtigkeit als Deutsche anerkennen und erklären, daß sie in der polnischen Nationalität aufgegangen. Und dies anthete man uns in dem Augenblicke zu, wo Deutschland selbst den Tag seiner Auferstehung feierte, wo unsere Brust von dem stolzen Gedanken schwoll, auch Glied des großen deutschen Volkes zu sein. Als der Polen land ward, daß wir bei allen Sympathien für ihre Sache doch deutsch bleiben wollten, verfolgten sie sofort den Deutschen mit entschiedener Feindseligkeit und schritten zu Thaten der Beraubung und der Gewalt gegen Personen und Eigenthum in einem Umfange, daß diesen nur da Einhalt geschah, wo den Polen die Macht dazu gebrach. Der alte unselige Hang zu Druck und Willkür besteht also leider noch ungeschwächt. Wie soll da ein einmüthiges Zusammenstehen beider Nationalitäten möglich sein? Zu diesem Sinne sind bereits energische Protestationen von Seite der Bevölkerung des Netzdistrikts und der westlichen Grenzkreise des Posener Departements erfolgt mit dem gleichzeitigen Antrage auf Lostrennung von der Provinz Posen, und zwar sind die diesfälligen Anträge in solcher Form gestellt, daß nur durch die Anwendung von Gewaltmaßregeln derselben zu begegnen wäre. Ein solche aber ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu denken; die deutschen Grenzkreise haben sich der Unterstützung der benachbarten deutschen Provinzen versichert, und kein deutscher Soldat würde sich dazu hergeben, seine deutschen Mitbrüder unterdrücken zu helfen, wenn es überhaupt der Regierung in den Sinn kommen könnte, dies zu wollen. Damit ist von selbst die Nothwendigkeit gegeben, eine Demarkationslinie zu ziehen zwischen den unter deutscher Verwaltung zu belassenden Theilen der Provinz und dem vorherrschend polnischen Theile, der eine Reorganisation im nationalen polnischen Sinne erstredt, unverkennbar in der Absicht, um damit den Grund für die künftige Wiederherstellung eines freien Polenreichs zu legen. Den diesem politischen Gedanken ist die nationale Bewegung der Polen in keiner Weise zu trennen. Es bleibt dem deutschen Element in der Provinz Nichts übrig, als diesem Gedanken die rechte Anerkennung widerfahren zu lassen, sei es auch auf Kosten mancher und selbst vielfacher Sonderinteressen, nimmermehr aber auf Kosten wesentlicher Gesammtinteressen der deutschen Nationalität oder mit Hintansetzung solcher politischen und militärischen Rücksichten, von denen die Existenz des ganzen preußischen Staats und die Sicherheit Deutschlands abhängig ist. Dies vorausgeschickt, bringen wir im Namen der gesammten deutschen Bevölkerung des Großherzogthums, von der wir mit Sicherheit erwarten, daß sie in der überwiegenden Mehrzahl sich unsern Ansichten anschließen wird, folgende Grundlagen für die nationale Reorganisation der Provinz in Vorschlag: 1) Von Seite der Staatsregierung ist eine

Digitized by Google

Abgrenzungslinie für den unter deutscher Verwaltung zu belassenden nördlichen und westlichen Theil der Provinz festzustellen, wobei sowohl das Uebergewicht der deutschen Nationalität in diesem Landestheile, als die dem Gesammtinteresse Preußens und Deutschlands entsprechenden militärischen und politischen Rücksichten zu beachten sind. Innerhalb der gedachten Linie muß jedenfalls die Stadt Posen fallen, und zwar sowohl aus wichtigen militärischen Gründen, als wegen des entschiedenen Uebergewichts, welches die deutsche Bevölkerung hier behauptet. Dies Uebergewicht beruht sowohl in der Kopfzahl — es leben hier 18,000 Polen mit 24,000 Deutschen — als wie darin, daß die polnische Bevölkerung der Stadt Posen vorherrschend den niedern, ungebildeten und unbemittelten Klassen, umgekehrt aber die deutsche Bevölkerung vorherrschend den wohlhabenden und gebildeten Mittelklassen angehört. Die polnische Bevölkerung der Stadt Posen trägt gewiß zu den öffentlichen Staats- und Kommunallasten kaum die Hälfte von dem bei, was die deutsche leistet, während nichtsdestoweniger die Mittel der Kommunalarmenpflege vorzugsweise polnischen Armen zu Gute kommen. 2) Einrichtung einer polnischen Verwaltung und einer nationalpolnischen Militärorganisation in dem abzugrenzenden östlichen, vorherrschend polnischen Theile der Provinz, selbstredend unter genügenden Garantien für die deutsche Nationalität, sowie für die freie Religionsübung der Evangelischen und Juden. In der gedachten Landestheile, dem Hauptstadt die altpolnische Königsstadt und erzbischöfliche Residenz Gnesen sein könnte, möge die polnische Nationalität unter deutschem Schutz, so lange sie dessen noch bedarf, sich frei und ungehindert entwickeln. Auf dem übrigen Theile der Provinz aber, der durch nicht rückgängig zu machende geschichtliche Ereignisse der überwiegt der deutschen Nationalität anheimgefallen, muß Polen für immer verzichten, und dies offen und bestimmt ausgesprochen werden. 3) Die preuß. Staatsregierung übernimmt die Vermittelung um die Ueberstellung poln. Gutsbesitzer aus dem unter deutscher Verwaltung bleibenden Theile der Provinz in den polu. und umgekehrt die Ueberschädung deutscher Eingesessenen aus dem polnischen Theile in den deutschen auf alle Weise zu erleichtern und zu befördern. Zu diesem Ende würden namentlich die Staatsgüter in dem polnischen Distrikt gegen Privatgüter innerhalb des deutschen Distrikts auszutauschen sein. 4) Die durch Urwahlen gewählten Volksrepräsentanten (Wahlmänner) entscheiden durch Abstimmung darüber, ob der unter deutscher Verwaltung bleibende Theil der Provinz dem deutschen Bunde beitreten soll oder nicht. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die überwiegende Mehrheit der Wahlmänner, sobald vorerst der polnische Theil der Provinz abgegrenzt ist, sich für den Anschluß an den deutschen Bund aussprechen wird. Dies sind unsere wohlerwogenen Vorschläge, bei denen wir unbedingt zu verharren fest entschlossen sind. Wir legen sie der Allerhöchsten Regierung Sr. Maj. des Königs zur Genehmigung vor und rufen die Völker Deutschlands auf, insbesondere aber unsere deutschen Brüder in allen preußischen Landen, und bei der Ausführung derselben mit der ganzen Kraft ihrer Sympathien und ihres bestimmenden Willens zur Seite zu stehen. Das deutsche Nationalkomité zu Posen. Neumann. Seger. Suttinger. Barth. Kaaß. Oelsinger. Bielig. Dr. Hepke. C. Mamroth. Dr. Hantke. Wehr. Damrosch. Poppe. Blau. Seidemann. B. Falk. Trepymacher. Günther. Zerpanowitz. v. Crousaz. E. Brachvogel. Dr. Wendt."

## Niederland.

* Amsterdam, 21. April. Ordnung, Ruhe, Vertrauen! Dies ist der Ruf wohlmeinender, besonnener und liberaler Männer. Es ist ein Losungswort, das mehr gilt, als die ironische Inschrift: Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft. Ordnung und Achtung vor dem Gesetz, welches seit den jüngsten Bewegungen allenthalben von braven, redlichen Volksmännern gehandhabt wird. Ruhe, damit sie ihre ohnedies schon schwere Aufgabe würdig lösen können. Endlich Vertrauen zu denen, welche die Volksstimme an's Ruder gerufen hat. Ist es doch, als wenn ein böser Genius sich plötzlich unserer Landsleute bemeistert hätte, der sie zu Allem treibt, was diesem schönen Losungswort zuwider ist! Die Ordnung, wo sie noch herrscht, wird mit Gewalt vertrieben: republikanische Harlekinaden, rohe Gewaltthätigkeiten, Streifzüge gegen selbstverständliche Mißbräuchen der Reaktion und bubenhafte Ausgelassenheiten ersetzen sie. Die Bedeutung des Wortes Ruhe ist zur Chimäre geworden; Agitationen, monster meetings, Drohungen, Scharmützel und blutige Köpfe wechseln täglich ab in bunter Reihe; der heutige Begriff der Ruhe ist der Tambourallappel der Bürgerwehr. Und da soll Vertrauen zurückkehren! da wird die Bankiers- und Geldaristokratie herausgefordert, jetzt einmal zu zeigen, was sie kann! da stören die Fabrikanten, während ihre Bankiers sabiren und ihre Arbeiter agitiren und sich berathen, die Arbeitslosunden kürzen und besser bezahlen; sie müssen sich krümmen und wenden, um ihren alten Verbindlichkeiten nur wohlbürftig nachzukommen, und in demselben Augenblicke werden ihnen neuere, größere auferlegt. — Da wirft man unsern Geld- und Finanzmännern gänzliche Erschlaffung vor und fordert sie auf, das ihnen geschenkte Vertrauen jetzt durch die That zu rechtfertigen und die geeigneten Mittel zu ergreifen, ihren Kredit und ihre Ehre aufrecht zu erhalten. Und auch an die Börsenmänner und Geldhändler ergeht der Ruf, sich zu ermannen und den Kredit nicht unterghen zu lassen, diesen Nerv des Handels und der Wohlfahrt. (Beilage Deutsche Zeitung Nr. 109 ff Frankfurt.) Wir erklären uns mit dem größern Theile des Inhalts bezeichneten Aufsatzes einverstanden, möchten jedoch die Frage aufstellen: ist es in einem von wilden, politischen Leidenschaften bewegten Lande, wo alle bisherigen kommerciellen und socialen Verhältnisse für den Augenblick gelöst und aufgehoben sind, ist es, sagen wir, in einem solchen Lande in der Macht der Finanz- und Börsenmänner, den Zusammensturz zu verhindern von Allem, was bisher „den Besitz, den Kredit und die öffentliche Ordnung begründete?" Wir antworten entschieden: Nein! Unter öffentlicher Ordnung verstehen wir ruhige Entwickelung der Thatkräfte jedes einzelnen Standes, jedes Gewerbes, jedes Menschen; wir verstehen darunter jenes fest Zusammenhalten der vielen Ringe unserer gesellschaftlichen Kette, die zerreißt und unthauglich wird, sobald ein einzelnes Glied derselben springt. Müssen wir nun, wenn wir den Zustand Deutschlands ruhig ins Auge fassen, uns nicht sagen, daß die öffentliche Ordnung, und durch sie Besitz und Kredit im höchsten Grade gefährdet sind? Ja einem Lande, das von politischen Agitatoren durchdrungen ist, wo die Kantzeile Volkstribune, die Kleinbürger Komiteepräsidenten, die Handwerker Klubredner und die Arbeiter Delegirte und Abgeordnete geworden sind, oder noch zu werden versprechen, da ist es doch wohl klar, daß alle bisherigen Verhältnisse aufhören müssen. An praktischen Beispielen fehlt es nicht. Umsonst wagt man es jetzt, den Kunden, der vor 6 Monaten Waaren bezogen hat, an seine Schuld zu mahnen; er ist Volksmann geworden, prästirt im Klub oder auf dem Rathhause und kann in solchen Zeiten nicht an's Bezahlen denken. Man schickt zum Schuhmacher, um sich für ein Paar Stiefel das Maß nehmen zu lassen, und erhält zur Antwort, daß Meister und Gesellen auf der Versammlung sind. Ebenso darf vermuthet werden, daß Niemand zu Hause ist, wenn der Steuereinnehmer seine Runde macht. Der friedliche Landbewohner, der Sonntabends in der Zeitung lauter Neuigkeiten liest, und durch die Worte: „Republik, Revolution, Verrath, Gewalt" erschreckt wird, denkt kleinlaut an seine 1000 Thaler, die er in der Stadt beim Bankier liegen hat, macht sich Montag in aller Früh auf den Weg, um sein Geld an der Kasse zu erheben. Der Kassier übergibt ihm 600 Thaler in Gold und den Rest in Papier, mit dem Bedeuten, daß man in diesen Zeiten nicht Alles in Gold bezahlen könne. — „Dann behalten Sie das Papier in Gottes Namen", erwidert der Landbewohner, „denn das kann ich doch nicht vergraben!" — Die Anekdote, welche eben so wahr als hefredigend ist, wird am Besten beweisen, ob es in der That die Schuld der Geld- und Börsenmänner ist, wenn das beste Papier seinen Werth verliert, und wenn das Geld mit jedem Tage seltener wird. Der Bankier, der in gewöhnlichen, ruhigen Zeiten so gerne Papiere nimmt, sieht sich jetzt gezwungen, zu seiner Verhaltung Metall „rücksichtslos vorzuenthalten, und es der vaterländischen Industrie zu entziehen." Das Papier- und Kreditsystem ist und bleibt eine, jungfräuliche Pflanze, die üppig sproßt, so lange der Sonnenschein des Vertrauens sie begünstigt, die aber beim ersten giftigen Hauch des Mißtrauens dahinwelkt und selten wieder ganz ersetzt. — Euch Allen daher, die ihr in jetziger Zeit in materieller Hinsicht leidet, euch Allen, die ihr in der Besserung der politischen auch den Vorausgang der socialen Verhältnisse zu erzielen wünscht und hofft, euch Allen sei das Losungswort mit Flammenschrift in's Herz geschrieben: Ordnung, Ruhe, Vertrauen! Nicht Jeder muß regieren wollen; die erste Pflicht des freien Mannes ist freier Gehorsam dem Gesetz. Jede Gewaltthätigkeit rächt sich selbst. Blicke nach Frankreich herüber und sieh, welche Folgen aus der Zügellosigkeit entspringen. Jeder redliche, brave Mann muß jetzt die Hand dem Nachbar reichen. Nicht durch Vorwürfe und Mißtrauen des einen Standes gegen den andern wird unsere Lage besser werden, sondern durch festes Zusammenhalten aller Stände, da keiner ohne den andern bestehen kann und ein zerbrochenes Glied die Stärke der ganzen Kette vernichtet.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Wm. A. Rapp, 79 Basinghall Street in London, für Frankreich bei Hrn. Lebrun in Portugal u. Westeuropäischen Plätzen werde man sich an H. L. Hiesemann in Leipzig zu Commissär, Buchhändler-Börse No. 16, Aus Nord-Amerika an Steinwerth.

# Deutsche Zeitung.

Die Pränumerationspreise betragen bei Abholung durch die Post vierteljährlich fl. 2. 30 kr. Preis der Einzelnummer 15 kr. Die Preise betragen vierteljährlich fl. 3. 30 kr. durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 4. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 3 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 120. Heidelberg, Sonntag 30. April 1848.

## Uebersicht.

**Die fünfte Thätigkeit des Ausschusses.** — **Wien** (revolutionäre Stimmung in den Donaufürstenthümern. Die galizischen Bauern. Aufruf des Fünfzigerausschusses an die Tiroler). **Innsbruck** (Vereinigung des ersten und zweiten Armeekorps). **Botzen** (Siegesbericht aus Italien). **Berlin** (Blutbad in Kosmin. Der preuß. Gesandte in Kopenhagen fordert seine Pässe. Die Sendung des Senator Banks. Küstenbatterien zum Schutze der Eidechsenfluth). **Königsberg** (Blokade der preuß. Häfen. Ein schwedisch-dänisches Bündniß). **München** (Kammerverhandlungen. v Closen Bundestagsgesandter). **Würtemberg** (Paul Pfizer und Federer). **Bon Nekar** (die ihrer. Sonderbündelei). **Karlsruhe** (Anschreiben der Parlamentswahlen. Antrag Andlaus über das Ministerium. Abgeordnetenwahl). **Mannheim** (Treiben der anarchischen Partei. Die Unruhen beschwichtigt). **Freiburg** (Prinz Friedrich von Würtemberg). **Lörrach** (Herwegh und seine Freischaar. Ein Treffen zu erwarten). **Weimar** (ein Attentäat die Bundesreform betreffend). **Altona** (Flensburg genommen. Der Kampf. Stimmung der Dänen. Blokade). **Neudeburg** (der Tagesbefehl des Generals v. Wrangel vor Eröffnung der Feindseligkeiten). **Beemen** (Flensburg in deutschen Händen). **Frankfurt** (Sitzung des Bundestags). **Schweiz. Solothurn. Liestal.** Deutsche Freischärler.

**Großbritannien.** London. Sir B. Cochrane. Demonstration gegen die Armengesetze. Der Zufand Irlands. O'Connor. Tom Steele.

**Frankreich.** Die Regierung verbietet die deutschen Freischaaren an der Grenze. Würdigung dieser Verbots. Große Truppenrüstungen. Die Wahlen. Royalist. Preßfreiheit. Leon Faucin.

**Italien.** Mickiewicz in Florenz. Polnische Geschriebenheit Rom. Lord Minto. Der Verkehr unterbrochen. Reaktionäre Bewegung. Unruhen Die Beziehungen zur Lombardei.

**Nachschrift.** Karlsruhe. Kammerverhandlungen. Gagerns Tod. Mathy Staatsrath. Die Herwegh'sche Freischaar bei Stopfheim zersprengt.

**Beilage.** Aus Baden (die Parlamentswahlen). Aus dem Wiesenthale (der Freischaarenzug). Bom Main (die lokalität der konstit. Versammlung). Schleswig-Holstein (Graf Kuchner und die Freiwilligen).

### Heidelberg, 29. April.

Der Fünfzigeranschuß hat in den letzten Tagen eine bestimmtere Richtung angenommen und seine Aufgabe, über die Berufung der Nationalversammlung zu wachen, fest ins Auge gefaßt. Er bemüht sich, zu fördern, was dem großen Werke nützlich, zu hindern, was ihm schädlich ist. In diesem Streben findet der Ausschuß den Weg, mit der Bundesversammlung und den Brigeordneten einig zu gehen, Achtung und Einfluß zu verbinden und zu gewinnen. Wissen Kurzem wird er seine Laufbahn mit Ehren beschließen, eine nothwendige Absonderstellung gern aufgeben, sobald die wahre Vertretung der Nation zur Stelle sein wird. Die nächste Gefahr für das deutsche Verfassungswerk drohte in den letzten Tagen von dem Aufstand in Baden, welcher von Außen gestützt, durch Schwäche im Innern gedultet, in der Hauptsache bewältigt zu sein scheint. — Bekanntlich hatte der Ausschuß eine Deputation an die Aufrührer geschickt; die Abgesandten (Spatz und Benedey) ließen eine Proklamation zurück, nachdem sie tauben Ohren gepredigt hatten. Am 22. sprach der Ausschuß nach der ergreifenden Ansprache des Herrn Stettmann seinen Schmerz über den Tod des Generals v. Gagern, „zugleich aber den tiefsten Abscheu vor der Rotte aus, die ihn meuchlings gemordet hat." Zugleich wurde den Hanauern, welche gegen den Einmarsch ihrer Landestruppen nicht nur in ihre Gegend, sondern auch zur Unterdrückung des Aufruhrs nach Baden protestirt hatten, bedeutet, daß eine Verwendung von deutschen Truppen zu solchem Zwecke nicht bundesgesetzwidrig sei. Auf die Anzeige, daß in Baden ein Martialgesetz erlassen und auf den See- und Oberrheinkreis angewendet worden sei, stimmte der Ausschuß am 25. der Erklärung des Vorsitzenden bei, daß das Gesetz nicht gemäßiget hätte anfallen können, und erklärte einstimmig, daß die Maßregeln der badischen Regierung ebenso im Interesse der Freiheit wie der Ordnung getroffen seien. Auch wurde beschlossen, eine kräftige Proklamation in diesem Sinne zu erlassen und das Benehmen der Bürgerschaften, welche durch Lauheit oder Feigheit dem Aufruhr Vorschub geleistet, ernstlich zu mißbilligen.

Der Ausschuß hat sonach bewiesen, daß er der Anarchie und der Aufreizung zum Bürgerkriege, als dem größten Verbrechen gegen das Vaterland, mit allem Nachdruck entgegentreten will. Ebenso hat er Schritte gethan, um den Zusammentritt der Nationalversammlung, und damit den Zeitpunkt der Wiederkehr des Vertrauens auf Deutschlands Zukunft zu fördern. Er hat nämlich beschlossen, daß der 1. Mai der Tag des Zusammentritts nach dem Beschlusse des Vorparlaments bleiben müsse, daß aber der Tag der Eröffnung von der Zahl der anwesenden Mitglieder, bedingt sei; doch sei zu erwarten, daß spätestens am 19. Mai die Verhandlungen beginnen können. Die Bundesversammlung hat sich bereits dieser Ansicht angeschlossen. Bezüglich auf die Störungen und Streitigkeiten, welche durch gleichzeitige Versammlung der Nationalvertretung und der Landtage in einzelnen Staaten, sowie durch die Ernennung einzelner Männer in beide Körperschaften entstehen könnten, hat der Ausschuß in einem Schreiben an die Bundesversammlung die Meinung ausgesprochen, daß es thunlichen Abgeordneten, welche in die Nationalversammlung gewählt werden, freistehen solle, beide Wahlen anzunehmen oder die letztere vorzuziehen; daß es wünschenswerth sei, die Landtage nicht ohne die dringendsten Gründe während der Dauer der konstituirenden Versammlung zu berufen, und daß in keinem Falle konstituirende Versammlungen Statt finden sollen, bevor das deutsche Verfassungswerk vollendet sein wird. Endlich hat der Ausschuß durch eine Reihe von Beschlüssen zu erkennen gegeben, daß er innerhalb der Grenzen der ihm übertragenen Befugnisse bleiben will. So wurde z. B. am 25. eine Reihe von Wahlverschwerden aus verschiedenen Ländern durch die motivirte Tagesordnung, d. h. durch Ueberweisung der Eingaben an die konstituirende Versammlung erledigt. Um über die böhmischen Wirren Auskunft zu erhalten und zu vermitteln, die Czechen darüber aufzuklären, daß die Verbindung mit Deutschland in ihrem eigenen Interesse liege, wurden die Herren Kuranda und v. Wachter nach Prag entsendet. Statt eines Antrags zur Aufforderung an den Bund, gegen Sardinien aufzutreten, wurde auf den Wunsch der meisten Mitglieder aus Oesterreich eine herzliche Aufrrache an die Tiroler beschlossen, mit der Zusicherung deutscher Hilfe, sobald sie derselben bedürfen und dieselbe verlangen. — Die Polenfrage, welche von Abgeordneten beider Theile aus Posen lebhaft betrieben ward, ist durch Beschluß vom 26. an die konstituirende Nationalversammlung überwiesen worden; dabei sprach die Versammlung nach dem Beschlusse des Vorparlaments ihre Ansicht aus über das Unrecht der Theilung Polens, welches durch nationale Reorganisation zu sühnen sei; nicht minder entschieden aber erklärte sie ihr Mitgefühl für die Deutschen in Polen und die Wahrung ihrer Rechte und Interessen. Endlich hat der Ausschuß auch erkannt, daß die Lage der Dinge in Deutschland eine größere einheitliche Kraftentwickelung dringend erfordert. Früher war ein Vorschlag zu diesem Zwecke von der Mehrheit abgelehnt worden. Heute dagegen kam nachstehender Antrag zur Berathung, der aus einem Zusammentritt von Mitgliedern der Bundesversammlung, der Brigeordneten und des Ausschusses hervorgegangen ist:

„Die Bundesversammlung soll durch 3 Mitglieder verstärkt werden, welchen die Wahl des Bundesoberfeldherrn, der diplomatische Verkehr zwischen Deutschland und den auswärtigen Mächten, sowie die erforderte Gewalt in eilenden Fällen unter eigner Verantwortlichkeit, in allen andern Fällen aber nach Berathung in der Bundesversammlung übertragen wird.

Die drei Personen werden von der Bundesversammlung nach Rücksprache mit den Männern des Vertrauens und mit dem permanenten Ausschuß den Regierungen vorgeschlagen.

Dieselben sind für ihre Handlungen der deutschen Nation verantwortlich, und ihre Wirksamkeit währt so lange, als sich nicht die konstituirende Nationalversammlung gegen deren Fortdauer erklärt."

Digitized by Google

Der Antrag wurde unerachtet der Gegenwehr einer Minorität angenommen.

Es ist nothwendig, an die Beschlüsse des Ausschusses zu erinnern, um Ansichten ganz anderer Art in der Presse gehörig zu verbidgen und einer ungünstigen Stimmung gegen den Ausschuß unter dem besseren Theile des Volkes mit Thatsachen entgegen zu wirken. Unter der Minderheit sind verschiedenartige Bestandtheile, welche ihren bitteren Gefühlen gegen die Mehrheit in den Zeitungen Luft machen. Theils unpraktische Schwärmer, die vor einer Reaktion mehr Furcht haben als vor dem Untergang des Vaterlandes, weil sie die Reaktion erlebt und hart empfunden, die Gefahren, denen Deutschland ausgesetzt ist, nicht richtig beurtheilen; theils Eitelkeiten, die in jedem Beschlusse der Bundesversammlung oder der Beigeordneten eine Sünde gegen die geträumte Machtvollkommenheit des Ausschusses sehen, und denen mehr an Reden für ihre Erwählung in die konstituirende Versammlung als an dem Schicksal Deutschlands gelegen ist. Dagegen zählt der Ausschuß — wir hoffen dies mit Zuversicht sagen zu dürfen — keine Mitglieder, die zu derjenigen Freiheit neigen, welche in Baden ihre blutigen Orgien in Meineid und Meuchelmord feiert.

So konnte es früher geschehen, daß diktatorische Schreiben erlassen worden sind, welche Regierungen und Bürger durch ihre verletzenden Formen beleidigten und den ganzen Ausschuß in ein schiefes Licht setzten. So erklären sich die Artikel, welche z. B. in der Speierer Zeitung den Bundestag und die Beigeordneten beschuldigen, sie wollten den Ausschuß beseitigen, während sie sich doch nur erlauben, ihr eigenes Leben zu führen. So begreift man eine Minoritätserklärung gegen den Antrag des Abg. Mathy, welcher den 18. Mai als den Tag der Eröffnung der Nationalversammlung in Aussicht stellt, während die Minorität die Eröffnung auf das Ungewisse verschoben wissen wollte, was den Anarchisten eine starke Waffe in die Hände gegeben hätte. So hat man endlich die Erzählungen des Hrn. Robert Blum zu verstehen, welche die Vorfälle in Aachen, einzelne Excesse naffauischer Soldaten und das treue und tapfere Benehmen der Bundestruppen in Baden in eine Farbe kleideten, welche gegen die Bürger und die Truppen, aber für die Urheber von Gewaltthätigkeiten und die Anarchisten zu stimmen geeignet waren, dem Erzähler aber auch eine derbe Zurechtweisung in der gestrigen Sitzung zuzogen.

Alle diese Fehler, Schwächen und Mängel sind aber nicht dem Ausschuß als solchem beizulegen; dieser wird vielmehr — wie bisher durch seine Beschlüsse, so fernerhin zeigen, daß er seine Aufgabe richtig erkannt hat und mit Besonnenheit und Entschiedenheit zu lösen versteht.

---

**Oesterreich.** Wien, 23. April. Die Allg. Z. wird von hier berichtet: Man darf jeden Tag darauf gefaßt sein, die Nachricht einer Revolution aus den Donaufürstenthümern zu hören. Das Gerücht der Verjagung der Hospodare in Jassy und Bucharest hat sich zwar bis jetzt nicht bestätigt, aber der Wille dazu ist im Volke vorhanden, die Aufregung ist groß, und mit jedem Tage wächst der Sturm auf dem flachen Land, wo der Bauer, wie in Galizien, auch das Joch der Edelleute abschütteln oder sie todtschlagen will. Die liberale Partei der gebildeten Städter verlangt ausgedehnte Reformen, Volksvertretung, Preßfreiheit. In Bulgarien, am ganzen Donauufer von Belgrad bis zu den Sulinamündungen spukt ebenso der revolutionäre Geist, der das türkische Joch und das russische Protektorat sich zu gleicher Zeit vom Halse schaffen will. In Galizien sind die Edelleute und alle Polenfreunde in Verzweiflung; denn alle Versuche, selbst mit gänzlichem Nachlaß der Robot, den Bauer für die polnische Sache zu gewinnen, sind gescheitert. Von Tarnow bis Lemberg stehen hunderttausend Dreschflegel, Mistgabeln und Sensen erhoben, nicht um die polnischen Flüchtlinge auf Frankreich zur Wiederherstellung des alten Polens zu unterstützen, sondern vielmehr sie beim ersten Versuch dazu sammt den Edelleuten und die ganze in Schnürröcke gekleidete fashionable polnische Gesellschaft zu spießen und todtzudreschen. Wahrlich schlimme, sehr schlimme Aussichten für Polens Wiedergeburt! Furchtbar rächt sich die Sünde des Feudalunwesens, welche der polnische Adel heute wieder gut zu machen sucht — aber nun erheben auch die polnischen Bauern den großen Völkerschrei unserer Tage: Es ist zu spät!

Der Sünfzigerausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung nachstehenden Aufruf erlassen: Tiroler, Brüder! Ihr steht wieder gewappnet auf Deutschlands heiligen Bergen. Haus und Hof habt Ihr voll edler Begeisterung für Euere, für Deutschlands Freiheit verlassen. Ihr schirmt mit dem alten Heldenmuth unsere Südgrenze. Hoferes Geist schwebt über Euch, kämpft mit Euch! Nehmt unsere freudige dankbare Anerkennung Eurer Hingebung zum Heile des gemeinsamen deutschen Vaterlandes! Deutschland ist eins! Die alten Scheidewände, welche die deutschen Stämme trennten, sind zusammengestürzt unter der Siegeskraft des erwachten Nationalgefühls. Euere Sache ist unsere Sache! Sendet sichere Botschaft über Euere Lage den Freunden gegenüber. Deutschland ist bereit, Euch beizustehen mit Gut und Blut, sobald Euere erprobte Kraft nicht ausreicht, sobald ihr unsere Hilfe bedürft. Wir kennen unsere Pflicht! Keine Spanne der heiligen deutschen Erde darf aufgegeben werden! Hört es, wackere Brüder auf den Hochwarten Tirols, hört es, Ihr Feinde Tirols: Die Deutschen stehen für ihre Freiheit und Unabhängigkeit, Einer für Alle und Alle für Einen. Frankfurt a. M., 26. April 1848. Der Fünfzigerausschuß des deutschen Vorparlaments. gez. Soiron. gez. Briegleb.

Innsbruck, 21. April. Nachrichten aus der Lombardei: Die jüngsten Berichte aus Verona bestätigen die Vereinigung des 1. u. 2. Armeekorps daselbst, in der bessen Verfassung, nach allen Seiten zu operiren. Mantua war auf 4 Monate mit Lebensmitteln versehen. Der König von Sardinien stand mit seinem Hauptquartier in Volta; der rechte Flügel in Goito, der linke in Valegio, wie es schien in vollkommener Unentschlossenheit zu weiterem Angriffe. Einige Streifkorps deckten in den Gebirgen von Salo die Linie des K. Heer durch Einfälle in die Judikarien und vom Guardasee aus.

Bulletin aus Bozen, 23. April. Am 21. haben die Oesterreicher bei Bevilacqua eine 500 Mann starke Schaar von Kreuzfahrern und päpstlichen Freiwilligen geschlagen und sind als Sieger in Cologna (links der Etsch, in der südlichen Mitte von Verona und Padua) eingezogen. Am 24. April. Schlaß und Ort Bevilacqua sind den Flammen übergeben. Am 19. unternahmen die Piemontesen (nach der Aussage eines Gefangenen zwei Infanterieregimenter, ein Kavallerieregiment und eine Batterie von 8 Geschützen) eine Demonstration gegen das Fort Belfiore, wurden aber von der Mantuanischen Besatzung mit Verlust zurückgetrieben.

**Preußen.** Berlin, 24. April. In Folge des von der bänischen Regierung an ihre Kriegsmarine ertheilten Befehls, die deutschen Schiffe aufzubringen, ist der kgl. preuß. Gesandte angewiesen worden, unverzüglich seine Päße zu fordern, da dieser Schritt, der noch vor dem Uebergehen der Bundestruppe durch die deutschen Truppen gethan worden, einer Kriegserklärung von Seite Dänemarks gleich zu achten ist. — Die Bundesversammlung hat den Hanseatischen Gesandten, Senator Banks, nach London gesandt, nicht um neue Unterhandlungen anzuknüpfen, sondern um dem englischen Kabinet die Lage der Sachen einfach darzustellen, den allgemeinen deutschen Gesichtspunkt ihm gegenüber auszusprechen; zugleich auch, um zu sehen, welche Maßregeln sich zu schleuniger Herstellung einer deutschen Marine und Wahrung der deutschen Handelsinteressen treffen lassen; er wird in beiden Beziehungen gemeinsam mit dem kgl. preuß. Gesandten, Dr. Bunsen, handeln, da Preußen in dieser ganzen Angelegenheit sich vollkommen mit dem Bunde identifizirt. — Auf Ansuchen der Hansestädte hat die kgl. hannoversche Regierung Einleitungen getroffen, um durch die schleunigste Herstellung von Küstenbatterien die Elbschiffahrt zu sichern.

(Allg. pr. Z.)

** Berlin, 25. April. Am 22. April sollten in der Stadt Kozmin eine Eskadron des 1. Ulanenregiments und das Füsilierbataillon des 7. Infanterieregiments, welche nach Schrimm zurückrücken, Marschquartier nehmen. Das Detachement sandte seine Quartiermacher unter dem Kommando eines Offiziers voran. In Kozmin angekommen, wurden sie ohne alle Veranlassung feindlich angegriffen, überfallen und mit Verlust und Zurücklassung von 2 Todten und 4 schwer Verwundeten aus der Stadt hinausgeschlagen. Dabei sind Gräuel vorgekommen, die man nur mit Ueberwindung niederschreiben kann. Der Unteroffizier Jänsch stürzte auf dem Markte, von einem Sensenhieb getroffen, schwer verwundet nieder. Auf allen Seiten kreischend, suchte er sich in ein Haus zu retten. Ein wüthender Haufe begleitete ihn; ein Weib, die Frau eines Mühlenmeisters, ihm zur Seite, verfolgte ihn „mit einem Beile Hieb auf Hieb.“ Er schrie, man möchte rasch mit ihm ein Ende machen. Das polnische Weib ließ nicht von ihm ab, und erst im Hause vollendete sie ihr Werk, indem sie ihm den Schädel spaltete. Zwölf Wunden trug er am Kopfe. — — Um die Hannoveraner zu bukarest, wiesen einmüthige Rufen in Deutschland! Hier ist mehr!! Sollen wir Deutsche diesen Schimpf ertragen, weil es Polen sind, die uns beschimpfen?! — — Die Leiche des Füsilier Günther wurde von dem Pflaster in den Rinnstein gezerrt, und hier zerhämmerten Weiber mit großen Steinen ihr das Haupt! Der eine schwer Verwundete hat 36 Wunden. Die Andern sind nicht minder unmenschlich behandelt worden! Eben als die Polen auf dem Damm

Digitized by Google

des Krotoschiner Weges die Brücke abzutragen im Begriff standen, erschienen die Truppen, deren Kameraden ein solches Ende genommen! Der Major befahl sofort den Angriff auf die Stadt. Die Truppen drangen ein. Als sie da die kannibalisch behandelten Verwundeten, als sie die gemalten Wappen mit den Leichen ihrer Kameraden sahen, bemächtigte sich ihrer eine unzügelbare Wuth, und es fosten Menschenleben. In den Häusern, aus denen geschossen wurde, wurden die Polen, welche man dort bewaffnet fand, niedergeschossen. Was von Polen entkommen konnte, suchte sein Heil in der Flucht. Die von den nahegelegenen Dörfern der Parochie des fanatischen Probstes Przeradzki zu Hilfe geeilten Banern wurden auf dem Felde angegriffen und auch hier ist viel Blut geflossen. Im Walde endete das Gefecht. Die Truppen behielten die Oberhand. — — Wenn Dänen solche Gräuel gegen Schleswig-Holsteiner verübt hätten, wie dieses elende Volk an den Unsrigen, Alles wäre auf Seite der Unsrigen, aber wieviel Stimmen werden jetzt sich erheben gegen deutsche Truppen, weil eine übermenschliche Gewalt, der Niemand widerstehen, sie bei dem Anblick der unglücklichen Brüder ergriff, die ein teuflisches Amt in die verfluchten Hände eines verbrecherischen und niederträchtigen Volkes lieferte, welches mit so unglücklich sind, unterjocht zu haben!! — Die fliehenden Polen werden aber den Aufruhr und den Haß durch ganz Posen tragen!

**Königsberg**, 18. April. Dem hiesigen dänischen Konsul ist heut die offizielle Anzeige der Seitens Dänemark an Preußen ergangenen Kriegserklärung mit der Aufforderung zugegangen, die hier liegenden dänischen Schiffe sofort zum schleunigen Auslaufen zu veranlassen, da die Blokirung der preußischen Häfen erfolgen würde. Gleichzeitig sollen diesem Konsul Nachrichten mitgetheilt sein, wonach ein enges Bündniß zwischen Dänemark und Schweden abgeschlossen worden. (Voss. Z.)

**Baiern.** = **München**, 26. April. In der gestrigen 14. öffentlichen Abnahtzung der Abgeordneten kam der Gesetzentwurf: „Die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen und über Strafrecht betreffend" zur Berathung und Schlußfassung und ward von der Kammer einstimmig und mit den Modifikationen der Reichsräthe — sie beriethen den Gesetzentwurf zuerst — und denen des Ausschusses angenommen. Hierauf wurde vom Staatsministerium der Justiz ein 59 Artikel umfassender Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof und über das Verfahren bei Anklage der Minister und vom Staatsminister der Finanzen ein Gesetzentwurf über eine Kapital- und Einkommensteuer eingebracht. Dieser Kapitalsteuer zufolge, zahlt demnach der Gulden einen Kreuzer, während der Einkommensteuer gemäß Unverheirathete mit 200 fl., Verheirathete mit Familie mit 400 und 500 fl. bereits Steuern zahlen. 200 fl. zahlen 30 kr., 300 fl. 45 kr., 600 fl. 1 fl. 50 kr., 1000 fl. 3 fl. 6000 fl. 60 kr., 40000 fl. 600 fl. u. s. w., wie Sie aus den Gesetzentwürfen, die ich Ihnen senden werde, näher ersehen werden. Der Abg. Schneyer bringt dann durch seine an den Ministerrichs gerichtete Frage, ob denn nicht bald Gesetzentwürfe über Association und Volksbewaffnung eingebracht würden, eine große Bewegung in der Kammer hervor. Der Finanzminister entgegnet nämlich ziemlich gereizt, daß man an sie, die Minister, Forderungen stelle, die das Maß menschlicher Kräfte übersteigen und sie müßten daraus ein gewisses Mißtrauen der Kammer erkennen. Diese Ansicht sucht der 1. Präsident zu widerlegen; nicht Mißtrauen sei es, was sie gegen das Ministerium erfülle, sondern nur Offenherzigkeit; denn sie, die Abgeordneten, seien die Organe des Volkes und müßten dessen Wünsche auch ohne Rückhalt aussprechen. Das Volk aber fordere die obigen Gesetzentwürfe. Ebenso sprachen sich auch Schneyer, Stockinger und Eppelsheimer aus, und Dr. Müller erwähnt, daß jedenfalls die Strafgesetze hätten zuletzt gebracht werden sollen, zuerst aber die längst verlangten, während die Abgg. Frhr. von Rotenhan, Bauer und Delninger sich des Ministeriums anzunehmen zu müssen glauben und das beständige Drängen und Treiben, sowie die beständige Forderung der Selbstauflösung, als von der Minorität der Kammer ausgehend bezeichnen. Auch die anwesenden Minister sprachen nochmal in diesem Sinne. Ebel und Ramoser fühlen sich ungemein gekränkt durch die immer wieder auftauchenden Aeußerungen, die Kammer solle sich selbst auflösen, man soll sie eben entlassen, wenn man sie nicht mehr haben wolle. Ob sie denn da seien, um sich täglich selbst ins Gesicht zu schlagen und schlagen zu lassen? Die Kammer-Majorität schließt sich ihren Ersteren an, und als Steckinger nochmals das Wort ergreifen will, wird zum Schluß gerufen. Der Präsident verschafft ihm jedoch das Wort, und er äußert sich dahin, er werde trotzdem, daß er in der Minorität sei, immer der Ansicht sein, daß die Kammer bald nach Eindringung der längst gewünschten Gesetzentwürfe einer andern Platz machen müsse. Bei einigen der obigen Erläuterungsreden sei Einem unwillkürlich der alte Spruch ein: „Blinder Eifer schadet nur"! Die Kammer schließ gegen neun Uhr.

**München**, 27. April. Der König hat den Bundestagsgesandten, Geh. Rath Justus Wilick, auf dessen wiederholtes Ansuchen in Berücksichtigung seines zunehmenden Augenleidens von seinem Posten abberufen und mit seinem Standesgehalt in Disponibilität gesetzt, wobei sich aber der König vorbehalten, von deßen ausgezeichneten Diensten wieder Gebrauch zu machen, sobald die Gesundheitsumstände Wilicks Solches gestatten. An seiner Stelle wurde der königliche Kammerer und Abgeordnete Frhr. v. Closen zum baierischen Bundestagsgesandten ernannt. (Allg. Z.)

**Würtemberg.** Der Beobachter enthält folgende Erklärung: Es hat sich gestern das Gerücht verbreitet, Paul Pfizer werde der Reichsversammlung wegen Unwohlseins nicht beiwohnen können, Friedrich Federer habe erklärt, er werde die Stelle eines Ersatzmannes nicht annehmen. Wie freuen und dagegen versichern zu können, daß die Unpäßlichkeit Pfizers keineswegs von der Bedeutung ist, um besorgen zu dürfen, er werde dadurch verhindert werden, bei der Reichsversammlung mitzuwirken. Ebenso hat Federer seine seidere Erklärung, die Stelle eines Ersatzmannes anzunehmen, widerholt.

Der Schwäb. M. bemerkt: Vom Neckar 26. April. Ueber den im heutigen Blatte mitgetheilten Artikel aus der Wiener Zeitung wird bemerkt, am ersten Maßtage, allgemein nur Eine Stimme vernommen: daß, wenn diese unbedingte Gesinnung sich als officiell erweisen sollte, von österreichischer Hegemonie keine Rede mehr sein könnte, und daß solche Erscheinungen leider nur den Anarchisten willkommen sein dürften.

**Baden.** * **Karlsruhe**, 28. April. Morgen wird Frhr. v. Andlaw in der ersten Kammer folgenden Antrag begründen: „In einer Adresse S. K. H. den Großherzog ehrerbietigst zu bitten, eine Untersuchung zu beschlen, ob nicht Mitglieder der obersten Staatsbehörde oder der Regierung nahe stehende Männer thatsächlich die Pläne der Revolutionspartei im Lande fördern, und somit entweder des Verrathe an ganz Deutschland oder einer höchst strafbaren Vernachlässigung ihrer Pflichten, wo nicht des Eidbruches schuldig sind. Sollten jedoch nur die Einsicht und Besähigung dieser Männer den Ansprüchen des Augenblickes nicht genügen, so wolle es im Hinblick auf die allgemeine Gefahr für das gesammte deutsche Vaterland Höchstdenselben gefallen, diese Staatsdiener ihrer Dienste zu entlassen". — Wir zweifeln nicht, daß Tausende der besten Bürger in Baden und in ganz Deutschland mit dem zweiten Theil dieses Antrages, nämlich damit einverstanden sind, daß Mangel an Einsicht und Befähigung im Verhältniß zu den Ereignissen die Schuld trägt, daß Baden das bedauerliche Schauspiel darbietet, dessen wir uns schämen müssen, und daß die so nahe liegenden, vorhandenen und unerläßlichen Mittel, um den Gräueln des Bürgerkrieges ein rasches Ziel zu setzen, nicht angewendet werden.

So eben sind hier an die Stelle der ausgetretenen Abgg. Goll und Knittel die H. H. Assessor Lamey und Buchdruckereibesitzer Malsch zu Abgeordneten gewählt worden.

**Karlsruhe**, 27. April. Das Regierungsblatt bringt die Eintheilung der Wahlbezirke zur Parlamentswahl; Baden hat 20 Deputirte zu stellen. Die Bezirksämter, heißt es, haben daher schleunigst den ernannten Wahlkommissarien die Vorgeschäfte der zu dem betreffenden Wahlbezirk gehörenden Wahlmänner zu übersenden, worauf die Kommissarien nach den Vorschriften des §. 66 der Wahlordnung die Einladung zur Wahl zu erlassen haben. Unser Ministerium des Innern ist mit dem weitern Vollzuge beauftragt.

†† **Mannheim**, 27. April. Heute Nachmittag ist ein Regiment Hessen nebst 2 Kompagnien Scharfschützen eingetrofft, so daß wir jetzt eine Garnison von ungefähr 3000 Mann haben. Bis jetzt haben nämlich die nassauischen Truppen die hiesige Stadt noch nicht verlassen, ungeachtet bes dringend an die Staatsbehörde gerichteten Verlangens, dieselben zu entfernen. Die Absendung eines Regierungskommissärs in hiesige Stadt, sowie die auf morgen angekündigte Ankunft weiterer Truppenabtheilungen läßt hoffen, daß die Regierung energischer als bisher auftreten und dem unsinnigen Treiben unserer Anarchisten ein Ziel setzen wird. Die Rheinbrücke ist bis auf diese Stunde noch nicht wieder aufgeführt, obgleich ein Beschluß des Gemeinderaths dieses heute angeordnet hat, allein eine Abtheilung unserer entschiedensten Republikaner, an deren Spitze Struve steht, hat erklärt, daß sie das abgeführte Joch der Brücke nicht eher wieder aufführen lassen, als bis sämmtliches nassauisches Militär die Stadt geräumt hätte. Hoffentlich werden sie die Erlaubniß dazu noch früher ertheilen, ehe es bei ihnen — zu spät wird.

Digitized by Google

Δ Mannheim, 28. April. Die Ruhe in unserer Stadt ist seit vorgestern nicht wieder gestört worden. Gestern fand 1300 Mann Kurhessen eingerückt, worunter etwa 2 Kompagnien Scharfschützen. Das wirkte zauberhaft; die Physiognomie der Stadt war wie verändert, der Schrecken hörte auf, mit dem Bewußtsein der Kraft kehrte auch die Sicherheit und der, wir müssen es leider gestehen, gänzlich entschwundene Muth zurück. Die Behörden hatten vorgestern eine Rathlosigkeit oder, wenn man lieber will, eine-Unsäßigkeit entwickelt, die ihres Gleichen sucht. Ueber 1000 Mann guter Truppen mit Kanonen standen zu ihrer Verfügung. Dennoch wagten sie nicht einmal, die Rheinbrücke gegen die Freischaar zu schützen, von welcher sehr viele bei den ersten Schüssen ihre Sensen wegwarfen und davon liefen. Die Verwundung einiger Bairen soll von Schützen herrühren, welche mit Büchsen bewaffnet waren. Unser Bürgermeister hatte nicht den Muth oder nicht die Besonnenheit, der versammelten Bürgerwehr irgend einen Befehl zu geben; ja er theilte ihr nicht einmal mit, daß sie ohne sein Geheiß zusammenberufen sei. Diese einzige Mittheilung wäre hinreichend gewesen, die Wohlgesinnten von den Anarchisten zu sondern und diese zu überzeugen, daß sie nur ein kleines Häuflein bilden. So wie aber die Sachen standen, fehte man und der Gefahr aus, von einem tollen Führer, der sich selbst auf dem Platz zum Oberst aufwarf, gegen die Soldaten in den Kampf geführt zu werden. Man sieht übrigens noch nicht klar, was eigentlich von den Leitern der vorgestrigen Bewegung beabsichtigt war, ob man und eine Szene nach Freiburger Muster aber was sonst aufführen wollte. Das Sturmläuten deutet auf letzter gehende Mutz; auch soll ein Emissär Heckers hier gewesen sein. Man sagt sogar, es seien schon am Morgen des 27. Leute aufs Land gesandt worden, um zu einem Zuzug einzuladen. Ob dies wahr ist, weiß ich aber nicht.

Freiburg, 27. April. Hier ist Alles ruhig. Nach eingekommenen Meldungen sollen die Rebellen sich gegenwärtig in der Gegend von Kandern befinden, wo sie aller Wahrscheinlichkeit nach heute den Truppen des General v. Miller in die Hände fallen werden. Man sieht hier im Laufe des Tages der Nachricht von einem Treffen entgegen. Das Hauptquartier wird voraussichtlich einige Zeit hier bleiben. (K. Z.)

Die Karlsr. Z. bringt folgende amtliche Berichte aus Freiburg: Freiburg ist in unsren Händen. Schon gestern war ich davor gerückt, war aber durch einen Angriff der Freischärler über Horben in das Günterstthal davon abgehalten. Ich trieb sie zurück bis Günterstthal; die Zeit war aber so weit vorgerückt, daß ich den Angriff auf die Stadt auf den andern Tag verschieben mußte. Schon gestern waren die in der Stadt herrschenden Freischaaren aufgefordert, sie verwiegerten hartnäckig und nahmen an dem Gefecht gegen die Freischaaren, die von Günterstthal her kamen, lebhaften Antheil, theils indem sie diesen über den Schloßberg zuzogen, theils dadurch, daß sie auf die vor dem Thor aufgestellten Truppen schossen. Heute schossen sie ebenfalls bei meiner Annäherung, hatten Barrikaden errichtet, und die dem hiesigen bürgerlichen Zeughaus entnommenen vier Kanonen aufgepflanzt. Ich ließ deßhalb zum Angriff schreiten, sobald die Truppen bei den Angriffspunkten angekommen waren. Zum Angriff wirkten mit: 2 Bataillone Hessen (2. Infanterieregiment), 1 Bataillon Nassauer (1. Bataillon des 2. Infanterieregiments), 2 Bataillone Badner (1. Bataillon des 2. Infanterieregiments und 2. Bataillone des 4. Infanterieregiments), dann 6 hessische und 2 badische Geschütze, 2 hessische und 1 badische Schwadron vom 1. Dragonerregiment. Das badische Bataillon des 2. Regiments griff das Predigerthor und das Zähringer Thor, das des 4. Regiments das Thor gegen die Eisenbahn an. Mit den badischen Bataillonen verbunden war das Nassauer Bataillon. Die hessischen Bataillone griffen das Breisacher Thor und das Schwabenthor an, und hatten zugleich ein Gefecht gegen die Freischaaren zu bestehen, welche aus dem Günterstthal vordrangen, aber wiederum zurückgewiesen wurden. Nachdem die Artillerie und Pionnier den Angriff eingeleitet und vorbereitet hatten, folgten die Sturmcolonnen im Marsch und drangen in die Stadt ein. Die Freischaaren flohen und leisteten in der Stadt selbst nur geringen Widerstand, doch tödteten sie noch mehrere Leute. Der Verlust war immerhin bedeutend. Gestern und heute wurden getödtet und verwundet: Hessen, keine Todte, 4 Verwundete; Nassau, 1 Todter, 2 Schwerverwundete, dazunter Leutenant Cyring; Baden, 2. Infanterieregiment, 5 Todte, 15 Verwundete; 4. Infanterieregiment, 3 Todte, 5 Verwundete. Das namentliche Verzeichniß der Todten und Verwundeten werde ich nachsenden. Eine Menge gefangener Freischärler wurde eingebracht. Die vier Kanonen der Stadt Freiburg wurden zurückerobert, und stehen dahier zur Verfügung. Eine Menge Freischaarensäbeln und Zähnen wurden gestern und heute aufgelesen. Eben so lag eine Menge Sensen und Gewehre der Freischaaren gestern und heute an den Straßen. Die Truppen der drei Staaten haben gewetteifert, zu zeigen, wie ernst ihnen der Wunsch um Gesetz ist. Die Sache der gesetzlichen Freiheit hat gesiegt, und die Anarchie einen herben Schlag erlitten. Freiburg, 24. April. 1848. Der Kommandirende der 2. Division des 8. deutschen Armeekorps. Hoffmann.

Freiburg, 27. April. Die Oberth. Z. bringt folgende Mittheilungen: Gestern ist der Oberbefehlshaber des 8. Armeekorps, Prinz Friedrich von Würtemberg, hier eingetroffen und wird einige Zeit sein Hauptquartier in hiesiger Stadt haben.

Lörrach, 25. April. Unsere Stadt befindet sich fortwährend in einem wahren Kriegszustand, der die Gemüther in der gespanntesten Erwartung läßt. Begreiflich: denn wir sind dem Schauplatz der Ereignisse ganz nahe gerückt und haben ein gut Theil derselben selbst erlebt. Gestern brach Herwegh, begleitet von seiner Gattin, mit 3 bis 400 deutschen Arbeitern, bei Kems über den Rhein und nahm über Stanfingen und Tannenkirch seinen Weg nach Kandern und den Pässen des Schwarzwalds. Einige Stunden zuvor war das hier mit in der Umgegend stationirte badische Militär, dessen Hauptquartier sich in Thumringen befand, in der Richtung von Freiburg zurückgezogen worden und wird wohl bei Schliengen Position gefaßt haben. Stündlich werden Würtemberger aus der obern Gegend hier erwartet, um bewaffnete Arbeiterdurchgänge und Zusammenrottungen im Gebirge zu verhindern. Ob die Aufstellerinnen noch einen Hauptschlag wagen werden, steht dahin; im Rücken und in der Front gefaßt, sind sie in einer verzweifelten Lage aufgestellt. Hier durchziehen fortwährend Patrouillen der Bürgerwehr Tag und Nacht die Stadt, die Unruhe ist beschwichtigt, die Herbergen sind mit Leuten aller Art überfüllt, an Verdächtigen fehlt es nicht, oben und unten; eine versuchte Brandstiftung — wenigstens wird eine solche allgemein angenommen — setzt die Stadt auf einige Augenblicke in Bestürzung; die Grenzzollposten werden insultirt, wobei ein Mann auf Zuglingen besonders thätig ist; bei Schusterinsel wird ein über den Rhein gekommener deutscher Arbeiter von einem Weiler Bürger in einer Anwandlung von Wahnsinn erschossen, und ein Mitbürger von ihm bedeutend verletzt, er selbst wird von Bürgern seiner Gemeinde gebunden den Händen der Gerechtigkeit überliefert: dies ist in wenigen Zügen das Bild unserer Stadt und Umgebung im jetzigen Momente; ich werde ihnen weiter schreiben, sobald eine wesentliche Veränderung in derselben eingetreten ist.

* **Weimar**, 22. April. Ich theile Ihnen folgendes Aktenstück von allgemeinem Interesse mit, da es die Stimmung in einem großen Theile von Mittel- und Norddeutschland bezeichnet: Ew. Exc. werden ebenso wie wir, im Interesse der Aufrechthaltung eines gesetzlichen Zustandes mit Bedauern wahrgenommen haben, in welche untergeordnete Stellung der dermalen in Frankfurt a. M. versammelte Bundestag zu der daselbst freiwillig zusammen getretenen, ihrer Natur nach nur berathenden Versammlung deutscher Männer getreten ist. Diese Versammlung beschloß, vom Bundestage die Aufhebung der frühren Ausnahmegesetze zu verlangen, der Bundestag fügte sich der Anforderung; die gedachte Versammlung begehrte Abberufung aller Bundestagsgesandten, welche zu jenen Ausnahmegesetzen mitgewirkt, und schon ist dem Ausschusse derselben von Seite des Bundestagspräsidiums angezeigt, daß diese Gesandten um ihre Entlassung nachgesucht haben. Auch der Bundestagsgesandte für die Großherzoglich und Herzoglich sächsischen Häuser, Freiherr von Fritsch, hat um Enthebung von seinen bisherigen Funktionen gebeten, und obgleich derselbe von dem Vorwurfe, bei der höchsten Bundesbehörde in reaktionärem Sinne gewirkt zu haben, frei ist, so vermögen wir doch nicht zu verkennen, daß seinem Ansuchen ein richtiger Takt zu Grunde liegt. Die Menge läßt sich bei der jetzigen Leidenschaftlichkeit nicht auf eine Prüfung der Handlungsweise Einzelner ein und kann es nicht weiß, weil die seitherigen Verhandlungen des Bundestages geheim gehalten wurden. Der Umstand allein, daß ein Mann Mitglied der verhaßten, in ihrer Wirksamkeit weit hinter den Erwartungen des deutschen Volkes zurückgebliebenen Behörde war, sie bemselben im gegenwärtigen Augenblicke der Aufregung einen unauslöschlichen Makel in der öffentlichen Meinung zu und wird stets das Mißtrauen gegen ihn erhalten. Wir bedauern aber, daß selbst eine gänzliche Erneuerung des Personals der Bundestagsgesandtschaften das Uebel gründlich zu heilen nicht vermag. Man wird auch dann noch in der erneuerten Versammlung nur den alten Bundestag erblicken, die energisch thätige republikanische Partei wird allen Greel der Menge, wenn er nicht mehr gegen die Personen der Bundestagsgesandten gerichtet werden kann, auf die überlle Person des Bundestags übertragen, um so die Versammlung von Vertretern der deutschen Staatsregierungen die ihnen gebührende Achtung und den nur auf diese zu

Digitized by Google

gründenden Einfluß gerade in dem Augenblicke zu entziehen, wo es gilt, durch ihre Wirksamkeit den republikanischen Bestrebungen ein Ziel zu setzen und eine das wahre Heil des deutschen Volkes fördernde und sicherude Neugestaltung der Verfassung Deutschlands zu erreichen. In der Sache selbst aber wird es nothwendig erscheinen, manche Bestimmungen der Bundesakte, welche die Entwickelung einer raschen und energischen Thätigkeit der Bundesversammlung hemmen, schon jetzt zu verlassen und die Letztere mit ausgedehnten Vollmachten zu versehen. Soll der Bundestag aus seiner in der letzten Zeit klar zu Tage gelegten Ohnmacht und Unselbstständigkeit herausgerissen, soll den deutschen Regierungen der deutschen Staatsregierungen wieder eine würdige und einflußreiche Stellung gegenüber dem Frankfurter Ausschusse, gegenüber der künftigen Volksvertretung gegeben werden, so scheint uns durchaus nothwendig, daß der seitherige Bundestag in kürzester Frist förmlich aufgelöst und bis zur definitiven Feststellung der Verfassung des neuen Bundesstaates unter Mitwirkung der demnächst zusammentretenden konstituirenden Versammlung der Volksvertreter, eine provisorische Vertretung der deutschen Staatsregierungen etwa nach folgenden Grundzügen gebildet werde:

1) Sämmtliche zum deutschen Bunde gehörige Staaten senden Vertreter zu der neuen provisorischen Bundesversammlung nach Frankfurt a. M. Keiner der vor Ablauf vier Jahren bereits bei dem Bundestage thätig gewesenen Gesandten wird mit einem Auftrage für diese provisorische Versammlung bekleidet. Vielmehr ist Bedacht zu nehmen, daß nur Männer zu derselben abgeordnet werden, welchen das seitherige Mißtrauen und Vorgeschaft des Vertrauens des Volkes bieten. 2) Die Stimmberechtigung der Staaten richtet sich nach den Vorschriften für das Plenum der seitherigen Bundesversammlung (Art. VI. der Bundesakte). Den größeren Staaten neue steht, so viele Vertreter zur Versammlung zu schicken, als ihnen hiernach Stimmen zu verstehen zustehen. 3) Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Der Vorsitzhat vorher einzuholenden Instruktion ist der der Stimmgebung nicht zulässig. 4) Die Geschäftsordnung regelt die Versammlung selbst. Ihre Sitzungen sind öffentlich. 5) Aufgabe dieser provisorischen Vertretung Deutschlands als eines für alle Zukunft angetrennten bestehenden Bundesstaates ist vor Allem: Sicherung der Integrität des Bundesgebietes bei allen an den Grenzen drohenden Gefahren und Steuerung der Anarchie im Innern Deutschlands. 6) Zur Erreichung der ersten Aufgabe hat die provis. Bundesversammlung vorläufig außerordentliche Gesandtschaften zu entsenden, wohin es ihr zweckmäßig erscheint, Bündnisse einzuleiten, und überhaupt das zur neuen Gestaltung der deutschen Verfassung Deutschlands Zuerstehen nach Außen wahrzunehmen. Die provisorische Versammlung darf einem fremden Staate im Namen aller deutschen Staaten selbst den Krieg erklären, jedoch nur im Falle, wenn die Integrität Deutschlands durch Handlungen oder reine Erklärung verletzt wird. Sie bestimmt sich selbst in den Grundzügen, das Deutschland unter den seitherigen Verhältnissen haben wünscht und seinem fremden Staate in der Entwickelung seiner inneren Staatsangelegenheiten einzugreifen. 7) Gegen Unternehmungen einer Faktion, welche auch Waffengewalt oder andere unerlaubte Mittel zur Verfassungen der deutschen Staaten umzustürzen beginnt sein sollte, ruft der provisorische Bund die Treue der deutschen Volksstämme, ruft er die Patriotismstriebe Aller, welche ein einiges unverseztes und mächtiges Deutschland wollen, zum Entgegenwirken auf und wird seiner Seits mit allen ihm und den Staatsregierungen der einzelnen deutschen Staaten zu Gebote stehenden Mitteln Unterstützung leisten. 8) Die größte Aufgabe der Gegenwart ist hiernächst, die künftige Verfassung Deutschlands in Uebereinstimmung der deutschen Staatsregierungen mit in der Kürze zusammenzutretenden konstituirenden Nationalversammlung festzustellen.

Sämmtliche deutsche Staaten erkennen die von ihnen nach vorstehenden Grundzügen zu beschickende provo. Bundesversammlung als das legale Organ an, welches mit der konstituirenden Nationalversammlung zu verhandeln, und auf deren Anträge die Erklärungen der Staatsregierungen in für diese bindender Weise abzugeben hat. Der provisorischen Bundesversammlung soll jedoch die Befugniß nicht zustehen, sich gegen folgende Punkte zu erklären: a) gegen Alles, was im Begriff eines Bundesstaates in seiner weitesten Ausdehnung liegt, vorausgesetzt, daß die zu begründende Centralgewalt desselben durch eine gesetzlich geordnete Mitwirkung ebensowohl der Abgeordneten der deutschen Staatsregierungen (bezüglich der Prinzen der jurist. Häuser oder deren Vertreter), als der Abgeordneten des deutschen Volks beschränkt ist; b) gegen Preßfreiheit; c) gegen das freie Associationsrecht; d) gegen ein gemeinsames deutsches Recht und gegen eine gemeinsame ten Anforderungen an der Zeit entsprechende Gerichtsverfassung; e) gegen vollständige Religionsfreiheit und gegen völlige Rechtsgleichheit ohne Unterschied des religiösen Glaubensbekenntnisses; f) gegen den Wahlmodus, welchen die konstituirende Nationalversammlung in Betreff der Wahl der Abgeordneten des deutschen Volkes vorschlagen wird. 9) Die prov. Bundesversammlung ist mit demselben Augenblicke aufgelöst, in welchem rechtsbeständig eine Verfassung Deutschlands zu Stande gekommen sein wird. Wir sind weit entfernt, zu verkennen, welche bedeutende Opfer ihrer seitherigen Souveränetät den deutschen Staatsregierungen durch obige Vorschläge zugemuthet werden, aber es gilt jetzt das Größere zu retten, Deutschland vor den Gefahren der Anarchie und fremder Invasion zu bewahren, in welche es noch menschlicher Voraussicht gestürzt werden wird, wenn nicht die Macht der unendlich thätigen und in der Wahl der Mittel nicht ängstlichen republikanischen Partei gebrochen werden kann. Dies ist aber unsers Dafürhaltens nur möglich, wenn sich die deutschen Staatsregierungen angelegen sein lassen, in jeder Weise also auch dadurch die verlorene öffentliche Meinung in kürzester Frist wieder zu gewinnen, daß sie die Neugestaltung der vaterländischen Verhältnisse im Sinne der großen Mehrheit des Volkes auch durch Herstellung eines kräftigen Organs an der Stelle des Bundestages zu befördern suchen. Der Augenblick ist jetzt entscheidend! Wir verstehen uns daher Ew. rc. die schleunigste Erwägung und Ausführung obiger Vorschläge, deren weitere Ausbildung wir gern anheim geben, dringend zu empfehlen, damit nicht auch in dieser Angelegenheit das verhängnißvolle „Es ist zu spät!“ seine Macht äußere, und im Strudel der Leidenschaften auch das verloren gehe, was jetzt zu retten noch möglich ist. Dieselbe Einladung lassen wir an sämmtliche deutsche Staatsregierungen heute ergehen und werden unverzeilich im Sinne obiger Mittheilung einen Gesandten nach Frankfurt a. M. möglichst schleunig absenden und instruiren, auf die Gefahr hin, daß die Maßregel keinen Anklang findet. Mit Vergnügen benutzen wir diese Gelegenheit die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern. Weimar, 7. April 1848.

Großherzoglich-sächsisches Staatsministerium. v. rc.

** Schleswig, 24. April*). Gestern Nachmittag haben achttausend Mann Preußen ihren Einzug in Schleswig gehalten. Die Dänen, die, keinen Ueberfall ahnend, von allen Seiten angegriffen wurden, haben eine furchtbare Niederlage erlitten, und es ist sehr viel Menschenblut geflossen. Nachdem am Stillfreitage und Ostersonntage mehrere kleine Vorposten-Scharmützel vorgefallen waren, erging die Nacht auf gestern ruhig, in Schaaren strömten die Dänen gestern Morgen zur Kirche, aber schon gleich nach dem ersten Altargebet ertönte der Generalmarsch und als ich in die Kirche trat strömten die Soldaten hinaus. Man war aber in den letzten Tagen so gewöhnt an solche Töne, daß wir Andern uns nicht stören ließen und obgleich man aus der Ferne schießen hörte, blieben die Meisten während des Gottesdienstes, der ungemein erhebend gehalten, aber sehr abgekürzt wurde. — Als wir um 10 Uhr aus der Kirche kamen, fielen schon Schuß auf Schuß bei Jaddebye, wo die Dänen sich lange hielten. Sie wurden umgangen und ein mörderisches Feuer wurde auf drei Seiten bei Jaddebye, Dannewerk, spitzer Pulverholz und Missunde gehört. Bis vor Nielsens Hause wurde gefeuert, da aber zogen sich die Dänen allmählich zurück. Bis gegen 8 Uhr Abends dauerte in mehr oder minder weiterer Entfernung das Schießen. Um 6 Uhr räumten die Dänen die Stadt. Heute haben sie, wie es heißt, eine feste Stellung zwischen hier und Flensburg genommen und der unselige Kampf wird von Neuem beginnen. Schon tönt wieder Generalmarsch, es ist 8½ Uhr Morg., bis somal wird dann wenigstens Schleswig den Kampfplatz nicht so in der Nähe haben. Unzählige Verwundeten sind noch diese Nacht eingebracht, alle Hospitäler sind überfüllt, und mehrere leere Privathäuser werden dafür eingerichtet. — Es ist in diesen 14 Tagen als hätte man Jahre durchlebt und wie soll alles wieder jemals in Ruhe und Frieden kommen. Das nördliche Schleswig will nicht deutsch werden, muß also auch erst wieder gewonnen werden. Schleswig d. h. unsere liebe Vaterstadt hat sich Gottlob würdig gehalten, die Anwesenheit von 10,000 Mann Dänen hat ihnen keine dänische Gesinnungen abgezwungen, sie haben sich in das Unvermeidliche ergeben, gegen die Eingelnen keinen Haß geäußert, sind aber fest in ihren Ansichten geblieben. — Da hört man seit 14 Tagen zum ersten Mal wieder von den ausziehenden Truppen „Schleswig-Holstin kommt wieder“ singen. — Seit sechs Wochen und noch immer giebt fortwährend preußisches, hannöversches, Ober und noch immer giebt fortwährend preußisches, hannöversches, oldenburgisches und braunschweiger Militär hier durch; sie haben sich bei Mißhandlungen Einzelner nicht gescheut, sie ist aber nicht gelungen, nun muß Alles hier durch. Ob die unglückseligen Dänen Flensburg erreicht haben wissen wir nicht, man muß es aber hoffen da man keine Kanonen hört. Vor Flensburg liegen ihre Schiffe und so können doch wohl Einige dem Gemetzel entgehen. Noch immer werden Verwundete eingebracht.

Rendsburg, 24. April. Unmittelbar vor Beginn der Feindseligkeiten wurde den Truppen der nachstehende Tagesbefehl vorgelesen: „Soldaten! die Rechte Deutschlands sind von den Dänen verletzt und Ihr bestimmt, dieselben aufrecht zu erhalten. Vom deutschen Bunde zu Eurem Obergeneral ernannt, betrachte ich es als ein hohes Glück und als eine besondere Ehre, berufen zu sein, Euch zu diesem Zweck in den Kampf führen zu können. Eure bewährten Führer und Eure Tapferkeit sind mir Bürge für den Erfolg. „Vorwärts für Deutschland!“ sei fortan unser gemeinsamer Losungswort, und mit

*) Aus einem uns freundlichst mitgetheilten Privatbriefe.

Digitized by Google

Gott im Herzen wird der Sieg dann unser sein. Es lebe unser gemeinsames Vaterland, es lebe Deutschland hoch! —" und nun vorwärts! Kendsburg, 22. April 1848. Der königl. preußische General der Kavallerie. (gez. v. Wrangel.)"

* Altona, 25. April. Flensburg ist schon wieder in unsern Händen, soeben bringt der Bahnzug die gewisse Nachricht; gestern Abend trug man sich nur mit den Gerüchten, daß die deutschen Truppen, nachdem sich Gottorf ergeben, nach Flensburg vorgerungen seien. Heute haben wir die Gewißheit; schon am 24. des Morgens waren unsere Truppen in Flensburg. Die Dänen sind, ohne eigentlichen Widerstand zu leisten, zurückgewichen, man glaubt aber, daß sie hinter Flensburg in der Nähe von Bau noch einmal Posto zu fassen und Halt zu machen suchen werden. Schleswig ward sehr schlecht von den Dänen vertheidigt, da sie es von Infanterie ohne Kavallerie und Artillerie mit Sturm nehmen ließen. Nach wenigen Stunden am 23. war es schon in den Händen der deutschen Truppen, und Gottorf ergab sich in Folge der Erklärung des Generals v. Wellendorf, das Schloß in Brand schießen zu lassen, da die von den Dänen angelegten und mit Pulver angefüllten Minen durch rasches Steigen der Schlei unbrauchbar geworden waren. Die Preußen haben sich sehr tapfer geschlagen, eine ganze Schwadron dänischer Dragoner ward von der Infanterie niedergemacht; die Dragoner wollten nämlich ein Quarré sprengen, doch das Quarré hielt Stand und vernichtete die Dragoner, obgleich es gar keinen Kavallerieschutz hatte. Der südlichste Theil Schleswigs von Flensburg ab ist nun frei von Dänen bis auf die Gefangenen, welche alle nach Rendsburg gebracht worden sind. Die Dänen verloren viele Gefangene und werden noch viele verlieren, da es augenblicklich unmöglich ist, mit den Schiffen zu entfliehen, auf denen sie gekommen sind. Widrige Winde verhindern jedes Auslaufen, und so könnte es am Ende kommen, daß unser erstes deutsches Kriegsschiff den Dänen abgenommen würde, ohne selbst eins zu verlieren. Die Beschlagnahme preußischer und anderer deutschen Schiffe, sowie die Blokirung preußischer und mecklenburglicher Häfen fürchten wir nun auch nicht mehr, wenn Dänemark nicht direkte Hilfe von irgend einer größern Macht erhält. England wird wohl jedes Einschreiten, trotz aller Rodenstarten, untersagen und sich nur auf Verhandlungen beschränken, und die man sich in Deutschland nicht einlassen wird. England scheint sich unter jeder Bedingung in Dänemark beliebt machen zu wollen, um sich dort einen neuen Markt zu gewinnen, besonders jetzt, wo die dänischen Kaufleute erklärt haben, von den Deutschen Nichts mehr kaufen zu wollen, da die Deutschen die Holsteiner mit Geld, Soldaten und Kriegsmaterial unterstützt haben. Dänemark kämpft mit derselben Aufopferung, wie einst Holland, doch wie dort nicht der Staat» quo des Jahres 1815 zu halten war, wird er auch hier nicht zu halten sein, trotz dieser Forderung Palmerstons. Um nun von diesem Enthusiasmus der Dänen so viel Vortheil wie möglich zu ziehen, und um in Dänemark neue Handelsverbindungen anzuknüpfen und die englisch-dänische Amitie nicht sinken zu lassen, erklärt sich Palmerston für dasselbe, ohne aber zu rüsten, energisch aufzutreten, um sich den deutschen Markt nicht zu verschließen. England muß jetzt sehr vorsichtig sein, da es sonst leicht einen Arbeiteraufruhr hervorrufen kann, der, ehe man es sich versieht, den Umsturz der englischen Monarchie im Gefolge haben kann. In England ist eine größere Noth, wie in Deutschland, und England hat die Folgen eines Krieges mehr zu fürchten, als Deutschland. So Viel ist gewiß, England schreitet nicht ein, mag es so viele Forderungen stellen, wie es will, auf seine Vergleichsvorschläge läßt man sich in Deutschland nicht mehr ein, nachdem einmal das Schwert aus der Scheide gezogen ist. Der begonnene Kampf muß ausgekämpft werden, und Schleswig wird so gut wie Holstein ein Stück Deutschland bleiben, trotz aller Protestationen Englands und Rußlands. Die Dänen sind übrigens bis aufs Aeußerste erbittert, sie haben in Kopenhagen gemeinsam das Abonnement auf die Hamburger Börsenhalle gekündigt, weil sie Artikel zu Gunsten Holsteins und gegen Dänemark gebracht hat, und zwar wegen einer Angabe, daß Dänemark nur 1400 Mann (wohl ein Druckfehler und sollte heißen 14,000) in's Feld stellen könne. Dänemarks Jalousie macht sich auch noch auf andere Weise Luft, die Kopenhagener Kaufleute haben beschlossen, Nichts mehr von Hamburg zu beziehen, da es durch Freischaarzug, Geld und Kriegsmaterial Holstein auf jede Weise unterstützt hat. Eine kleinliche Rache, die des Dänen ganz würdig ist. Eine andere Versicht, die sie benutzen, ist auch die, daß sie alle Briefe direkt senden, sondern über Kopenhagen gehen lassen, wo sie erst von einer Kommission geöffnet werden, um zu sehen, ob sie Verfängliches enthalten. Alle Handlungsbriefe theilen dasselbe Loos. Auch alle Packereien aus Hamburg u. s. w. gehen über Kopenhagen nach Schleswig, da eine direkte Verbindung nicht besteht. Sollten Lübeck und Hamburg gleichfalls in Blokadezustand erklärt werden, so würde die Korrespondenz wohl über England oder mindestens durch englische Fahrzeuge befördert werden. Die Frage, wie weit die Blokade ausgeführt werden wird, beschäftigt alle Gemüther und ist eine sehr wichtige, da der ganze Handel der Ostsee davon abhängt, und selbst der Nordseehandel und die Nordseeschifffahrt sind sehr gefährdet, da ein Kriegsschiff im Stande ist, die Mündung der Elbe, ein anderes die Mündung der Weser zu beherrschen, was eine allgemeine Stockung des nordischen Handels herbeiführen würde.

Frankfurt, 27. April. 42. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 27. April 1848. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung hatten sich die Vertrauensmänner eingefunden, um von den ihnen ausgearbeiteten Entwurf einer Verfassung für Deutschland zu überreichen und das Wort den Prof. Dahlmann ergreifte Vorwort zu verlesen. Sie erklärten hierbei, daß sie beabsichtigen, jenen Entwurf nebst diesem Vorwort als ihr der Bundesversammlung übergebenes Gutachten baldigst durch den Druck zu veröffentlichen, welches Vorhaben die Bundesversammlung nicht beanstandet. Jedoch beharrt sich die Bundesversammlung vor, nunmehr den Entwurf selbst erst zu prüfen, und weitere Beschlüsse dem Resultat dieser Prüfung gemäß zu fassen. Die Bundesversammlung eröffnete zugleich den Vertrauensmännern, daß sie wünsche, es möchten dieselben fernerhin hier anwesend bleiben, um der Bundesversammlung in den geeigneten Fällen, insbesondere bei der Berhandlung über den von ihnen eingereichten Verfassungsentwurf beiräthlich sein zu können. Von herzogl. nassauischer Seite wurde angezeigt, daß bereits nahe über 3400 Mann nebst 8 Geschützen in Folge der baldigen Requisition ins Großherzogthum Baden eingerückt, beziehungsweise einzurücken im Begriffe seien. Vom Militärausschuß wurden verschiedene Berichte erstattet. Die herzoglich-sächsische Regierung zu Gotha brachte den Entwurf einer neuen Verfassung für das Herzogthum Gotha zur Kenntnißnahme der Bundesversammlung und ließ anzeigen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung in den Herzogthümern Gotha und Koburg bis zum 1. Mai beendigt sein würden. Der Gesandte der prov. Regierung für Holstein beantragte die Aufnahme des Herzogthums Schleswig in den deutschen Bund, welcher Antrag einer Kommission zur Begutachtung überwiesen wurde. Der preußische Gesandte theilte einen Bericht des Generals v. Wrangel d. d. Schleswig, 23. April mit, wornach die preußischen Truppen siegreich vorgerückt waren und die Stadt Schleswig besetzt hatten.

* Frankfurt, 27. April. Die heutige Berathung über das sogenannte Triumvirat war wohl die wichtigste und belebteste unter allen bisherigen Verhandlungen des Ausschusses. Von 38 Mitgliedern, die in der Sitzung zugegen waren, traten 28 als Redner auf. Für den Vorschlag sprachen Stettman, Siemens, Hergenhahn, Closen, Matzky, Hecscher, Rey, Buhl, Cetto, Wilhelmi, Marschall, Paqueticher, bedingungsweise auch Schuselka, Biedermann und v. Setron. Gegen denselben Wiesner, Meier v. Königsberg, Jacobi, Spah, Wendrey, Abegg, Bülich, Blachiere und Simon. Auf Seite der Vertheidiger wurde vor Allem die Nothwendigkeit einer kräftigen Centralgewalt den innern und äußern Gefahren gegenüber, von den Gegnern die mangelnde Kompetenz des Ausschusses und die Zweckloßkeit der Maßregel im Angesicht des Zusammentritts der Nationalversammlung, endlich die Besorgniß, der Reaktion ein Organ zu verschaffen, hervorgehoben. Nach 6ständiger Debatte wurde endlich abgestimmt, und nach Verwerfung des Simon'schen Antrags und andern Modifikationen der Hauptantrag mit 23 gegen 15 Stimmen angenommen, jedoch so, daß bei der Wahl, resp. Vorschlag der Mitglieder des Triumvirats, mit dem Ausschuß, wenn er bis dortsin noch vorhanden, nicht bloß Rücksprache, sondern Vereinbarung zu treffen, und daß — Zusatz Hergenhahn's — noch vor der Ernennung des Triumvirats die Ernennung, des Oberfeldherrn sofort zu vollziehen ist. Blum, Raveaux, Lehur, Wächter und Kuranda waren in auswärtigen Missionen abwesend; sie würden wahrscheinlich zum größern Theile gegen den Vorschlag gestimmt, doch das Resultat nicht alterirt haben. Der von den Vertrauensmännern verfaßte Entwurf der deutschen Reichsverfassung ist mit einem Vorwort von Dahlmann gestern dem Bundestag übergeben worden und erschient heute schon im Buchhandel.

Bremen, 26. April. Durch den optischen Telegraphen trifft hier nachstehende Depesche ein: Altona, 25. April, Abends. „Schleswig, Gottorp wie auch Flensburg ist in unsern Händen. Ein Bataillon Dänen ist gefangen und ein Bataillon in die Schlei getrieben." (Br. Z.)

Digitized by Google

## Schweiz.

**Solothurn.** Seit drei Tagen ziehen hier einzelne Trupps deutscher Freischärler, in Blusen gekleidet, durch. Nach ihrer Aussage haben sie ihre Bestimmung nach dem Bisthum, wo sie dann bei dem jetzt in Basel sich aufhaltenden Propagandisten Becker weitere Verhaltungsbefehle einzuholen haben.

**Liestal, 21. April.** Heute Abend ist eine ziemliche Zahl Deutsche aus dem Kanton Neuenburg hier eingetroffen, welche ihren Genossen in Baden zu Hilfe ziehen wollen. Morgen werden noch einige Hundert nachkommen. Im Ganzen sollen bei 1000 aus Genf, Waadt, Neuenburg und Bern auf dem Marsche sein. (Nat. Z).

## Großbritannien.

**London, 27. April.** Die „manathaste" Stadt London hat seit dem 10. April einen zweiten Schreckenstag, und zwar mit Hilfe des Aufgebots von 1500 Polizeimännern glücklich überstanden. Der gutmeinende, aber etwas bizarre und keufuse Sir B. Cochrane hatte nämlich in den Morning Advertiser die Anzeige einrücken lassen: „Keine Barrikaden mehr! Große hauptstädtische Demonstration gegen die grausamen Armengesetze am Ostermontage." Sobann hatte er versprochen, an der Spitze von wenigstens 90,000 Mann vor das Ministerium des Innern zu rücken und dem Sir G. Grey die betreffende Petition zu überreichen, auch öffentlich fünf Oelgemälde mit Abbildungen von Armenhausscenen auszustellen u. s. w. Die Polizei, besorgt, Leben und Eigenthum der guten Londoner Bürger zu schützen, hatte Hrn. Cochrane von dem Aufzuge abgemahnt und die Demonstration, wie früher die charistische, als ungesetzlich erklärt. Cochrane ließ sich jedoch nicht schrecken, man erblickte ihn am Ostermontage in einem offnen Wagen mit seinen fünf Oelgemälden, deren Gegenstand sich aus den Unterschriften erklärt, z. B. „St. Martins-Arbeitshaus, die Armen in der Nacht auf kaltem Pflaster schlafend" u. s. w. Das ministerielle Organ, der Globe, gibt sich die Mühe, zu versichern: diese Oelbilder seien gerade keine Kunstwerke gewesen. Cochrane hielt an den Suppenanstalten und redete die Leute an: er beabsichtige keine Prozession, aber wenn sich Jemand ihm anschließen wolle, könne er Nichts dagegen haben. Als er länger sprechen wollte, drängten sich 50 bis 60 Polizeimänner um seinen Wagen und nöthigten ihn, seinen Weg fortzusetzen. Bis zum Ministerium des Innern bildete die Polizei ein förmliches Spalier. Schließlich fand sich Hr. Cochrane mit seinen beiden ursprünglichen Begleitern allein und gab seine Petition im Ministerium des Innern ab. Es ist gut, daß es der Londoner Polizei, trotz der furchtbarsten Anstalten, nicht gelingt, allen Humor zu unterdrücken; England würde, so paradox es klingt, ohne diesen Humor aus den Fugen gehn.

Wenn Worte Thaten, und Adressen und wüthende Journalartikel Revolutionen wären, so müßte man sagen, daß Irland bereits in den vollen Flammen des Aufruhrs stände. Der Vulkan stößt aber stets nur dumpfe Töne und Rauch von sich, ohne es zum Ausbruch zu bringen. Die „Nationen" und der „United Irishman" bringen täglich hochverrätherische Artikel, in denen das Volk zur offenen Empörung aufgemahnt wird, und täglich enthalten die englischen Zeitungen eine Blumenlese aus diesen irischen Blättern unter dem Titel: „The seditious movement in Ireland", „Progress of treason" u. s. w. Indeß ist es bis jetzt selbst nicht einmal zu partiellen Emeuten gekommen, obschon man aus mehreren Gegenden Irlands wieder die alten Schreckensberichte liest, wie Menschen in Folge des Hungers oder der schlechten Nahrungsmittel gestorben sind, wie man halbe Dorfbevölkerungen wegen Nichtzahlung der Zinse aus ihren Hütten treibt u. s. w. Es ist das alte Jammerlied, welches nun schon Jahrelang unser Ohr ermüdet, aber auch unser Herz empört.

In England nehmen die chartistischen Meetings ihren Fortgang; man hielt deren in Manchester, in Newcastle, in Nottingham, unter freiem Himmel bei Halifax. In Manchester und Nottingham sprach O'Connor selbst in jener darock humoristischen Weise, die man an ihm gewohnt ist. Dieser Mann ist unbezahlbar für die Ruhe Englands; während die jüngeren Führer der Chartisten, Ohptopte wie Reynolds und Jones, vor einem verzweifelten Streich nicht zurückschreckt würden, weiß O'Conner, den Nichts schrecklicher sein würde, als Blutvergießen, die aufgeregten Leidenschaften durch seinen bizarren Witz immer wieder in ein ruhiges Bett zu leiten. In Manchester äußerte O'Conner unter Anderm: „Die Gegner der Chartisten behaupten, daß auf Kenntigten-Commen nur 4000 Chartisten gegenwärtig waren; ich aber kann auf einen Eid versichern, es waren nicht weniger als 400,000. Es waren ja allein 10,000 Taschendiebe da. Mir selbst hat man, während ich meine Rede hielt, die Taschen geplündert." (Schallendes Gelächter.)

Der unglückliche Thomas Steele ist aus seinem Gewahrsam entlassen worden, nachdem er sein Wort gegeben, einen Selbstmord nicht wieder zu versuchen.

## Frankreich.

**Paris, 26. April.** Der heutige Moniteur bringt ein Dekret, das zunächst für Deutschland von Interesse ist. In Erwägung, lautet es, daß die Versammlung der Deutschen, in den Oberdepartementen sich trotz der entgegenstehenden Befehle der Behörden bilden; in Erwägung, daß diese Versammlungen auf einem einzelnen Punkte den Brodlerungen dieser Departemente zur Last sind; in Erwägung, daß sie ferner ein Gegenstand der Beunruhigung, ein Vorwand zur Bewaffnung und ein Gegenstand zu Mißverständnissen zwischen Deutschland und der Republik sind; in Erwägung, daß wir in Frieden leben, und daß sich die guten Beziehungen zwischen den Staaten des deutschen Bundes und der Republik fester bilden sollen, und daß es nicht von dem Willen einiger fremden Bewaffneten abhängen kann, die Gesinnungen des republikanischen Frankreichs gegen Deutschland zu alteriren; aus diesen Gründen beschließt die prov. Regierung: die Versammlungen der Deutschen in den Obdepartementen werden aufgelöst.

Gegen dieses Dekret kann man Nichts einwenden, als daß es zu spät kommt. Zwar ist es, wie wir aus dem Datum sehen, bereits am 19. April erlassen, aber auffallender Weise erst jetzt publicirt worden. Inzwischen haben sich drei Versammlungen gebildet, sind unter der Hand, wenn auch nicht officiell, mit Waffen versehen worden, haben der Rebellion im deutschen Südwesten als Stütze und Hintergrund dienen müssen und sind schließlich über den Rhein gebrochen, um den fast restlichen Bürgerkrieg frisch anzufachen. Das Dekret hat daher dasselbe Schicksal, wie die meisten Kundmachungen unserer Regierungen; vor drei Wochen ein dankenswerther Beweis nachbarlicher Gesinnung, kommt es jetzt — zu spät. Es erinnert an eine andere Verordnung der prov. Regierung, an jenes bekannte Dekret, welches die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit an der Stirne trug und Gastfreundschaft für alle fremden Arbeiter predigte — indeß E. Arago die „fremden" Arbeiter massenweise aus Lyon vertrieb. „Nur nach meinen Worten, nicht nach meinen Thaten"! — Oder sollten wir die Dinge zu trüb ansehen, wenn wir den Plan der prov. Regierung dahin deuten: sie wollte die ihr unbequemen Hände fremder Arbeiter loswerden, sie organisirte das Heereis der deutschen Legion, dann sich einige Franzosen (theils Schurken, theils edel Gesinnt) als leichte Werkzeuge brauchen ließen, sie drängte die Leute an die Grenze und saten nicht einzusehen, daß das die „Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich alterirem" könne; sie hatte dann den Triumph, den größten Theil glücklich aufs rechte Rheinufer spedirt zu sehen, und nun erläßt sie auf einmal ein Dekret, wodurch jene bewaffneten Versammlungen verboten sind. Wie gesagt, was vor drei Wochen eine That war, ist jetzt eine Redensart; was damals unendlich viel Störung und Mißtrauen hätte beseitigen können, wird jetzt nur neues Mißtrauen erregen.

Am bemelsben Tage nämlich bringt der Moniteur die l'Armée ein Dekret, welches die Reserve von den Jahren 1842 bis 1846 unter die Waffen ruft. Sie beträgt 99,360 Mann. Der besobere Effektivstand beläuft sich heute auf 377,000 Mann. Endlich die einberufene Altersklasse von 1847 70,000 Mann. Im Ganzen 546,360 Mann.

Ferner wird die Bildung der Rheinarmee lebhaft besprochen. Von den 17 Divisionen, die diese Armee bilden werden, sind die Kadres von 12 Divisionen schon organisirt. Die Generale sind ernannt und die Regimenter bezeichnet. Diese Armee wird sich in die eigentliche Rheinarmee und in die Nordostarmee theilen und sich in ihrer Aufstellung von Calais bis an den Jura erstrecken, wo sie mit der Alpenarmee in Verbindung tritt; ihre Stärke ist vorläufig auf 180,000 Mann festgesetzt.

Dazu der Waffenlärm, wenn man so friedlich gesinnt ist, wie das Dekret sagt? Drei Wochen früher ein solches Dekret ernstlich durchgeführt, und man brauchte keine Schildwache an den Rhein zu stellen, geschweige denn 200,000 Mann.

Die aus den Departements bis jetzt eingelaufenen Nachrichten versichern, daß die Wahlen überall mit Ruhe und Ordnung vorgenommen worden sind. Die Zahl der Wähler war überall beträchtlich, man rechnet im Durchschnitt, daß von 100 eingeschriebenen Wählern 90 an dem Wahlakte Theil nahmen. Hier in Paris ist das Verhältniß nicht so günstig, im 1., 2. und 11. Arrondissement (Tuileries, Chaussée d'Antin und Faubourg St. Germain) sind kaum die Hälfte der Wähler erschienen, man rechnet in Paris auf 100 eingeschriebene Wähler 70, die wirklich an den Wahlen Theil genommen haben. Im Uebrigen ist Paris ruhig und ganz von den Erwartungen auf das Re-

Digitized by Google

A **Aus Baden**, 20. April. In dem Augenblick, wo uns eine ganze Reihe von Ergänzungswahlen zur zweiten Kammer bevorsteht, halten wir es nicht für unangemessen, einige Punkte hervorzuheben, die uns nicht ganz unwürdig schienen, von unseren Wahlmännern bei ihrer Berathung und Entscheidung ins Auge gefaßt zu werden. In wenigen Wochen wird das deutsche Parlament, von dem Gesammtwillen der Nation getragen, die Leitung unserer großen politischen Angelegenheiten mit unwiderstehlicher Autorität übernehmen; von jener Stunde an werden die großen Nationalfragen von der Tagesordnung auch unserer badischen Kammer verschwinden. Wir wollen uns darüber freuen; wir wollen es keineswegs beklagen, wenn wir auch unserseits unsere großen parlamentarischen und staatsmännischen Charakter an die Reichsversammlung werden abgeben müssen. Der Schmerz, den unsere Kammer in Zukunft entbehren muß, wird der glänzendsten parlamentarischen Versammlung Europas zu Gute kommen. Es ist aber billig, daß wir jetzt schon vorsorgend in die Zukunft schauen und uns fragen: welche Rücksichten werden uns in Zukunft bei den Wahlen für unsere badische Kammer leiten müssen? In vieler Hinsicht gewiß dieselben, welche uns bisher leiteten, denn es muß unserer Kammer ohne Zweifel die Pflanzschule für unsere badischen Parlamentsmitglieder sein und bleiben; es scheint uns aber ein völlig neues Moment hinzuzutreten, dessen Beachtung wir nicht genug empfehlen zu können glauben. Für unsere Kammer ist mit dem Zusammentritt des Parlaments die Zeit des Kämpfens für allgemein deutsche Entwickelung ebenso unwiederbringlich vorüber, wie für unsere Regierung die Zeit der negativen Vielregiererei. Nachdem auch unser badisches Staatsschiff wohlbehalten in den mächtigen Strom einer allgemein deutschen, republikanisch-monarchischen Freiheit eingelaufen und ihm in dem Reichsparlament ein maßgebender Lenker gegeben ist, bleibt hinfüro für unsere badische Regierung wie Stände nur die weniger glänzende als segensvolle Aufgabe, dem Parlament das Große und Ganze der Nationalanliegen zu überlassen, aber durch schöpferische Thätigkeit zu der allgemeinen Freiheit den Einzelausbau derselben und die allgemeine Wohlfahrt hinzuzufügen, und neben den lebensunfähigen, sozialistisch-kommunistischen Experimenten in unserem Nachbarlande eine wahrhaft freie und begründete soziale Gestaltung des deutschen Vaterlandes das Dasein zu rufen. Zu einer Zeit demnach, wo unserer Kammer durch Austritt auf der ersten, durch Uebertritt ins Parlament auf der andern Seite eine völlige Erneuerung bevorsteht, zu einer Zeit, wo Juristerei und freiheitsfeindliche Heeresorganisation bei uns den Todesstoß empfangen hat und das Volk die unveräußerlichen Rechte der Selbstbewaffnung und des Selbstrechtsprechens wieder in seine Hand nimmt, in einem solchen Momente fragt sich billig jeder Bürger, welches wohl die geeignetsten Männer sein möchten, das unmittelbare Volkswohl, diese eigentlichste Zukunftsaufgabe unserer einzelnen deutschen Kammern, am Wirksamsten zu fördern. Jeder Einzelne möge in seinem Kreise und nach seinen Bedürfnissen sich diese Frage beantworten, wir unseres Theils wollen hier nur einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage geben und uns begnügen, auf die Lösung unserer einfachen und Schulfragen hinzuweisen. Je stärker unser Haß und unsere Verachtung der rein negativen Polizeiregierersi ist, desto näher rücken und diese beiden Zweige, welche in positiver Weise das Wohl und die Veredlung des Volkes ins Auge fassen; je tiefer die Aktien der juristischen Routine sinken, desto bedeutender wird die Stellung der weltlichen und geistlichen (wenn echtchristlichen) Lehrer des Volkes. Auch in unserem Lande drängen die Fragen des Unterrichts und der Kirche immer unwiderstehlicher; es handelt sich darum, ob unsere junge politische Freiheit durch Erlösung des Volkes aus den Banden geistiger und geistlicher Finsterniß eine gründliche Unterlage und Bürgschaft erhalten soll; es fragt sich, ob unsere katholische Kirche das patriarchalisch-despotische Regierungsprincip mit seiner von Familie und Staat losgerissenen geistlichen Gehorsteks abschütteln wird; es handelt sich um ihre und der protestantischen Kirche fernere Stellung zu der gesammten nach Einigkeit sich sehnenden Nation, so wie zum Staat, und ob sie von diesem auch fernerhin zu bloßen Polizeianstalten mißbraucht werden sollen; es fragt sich, ob sachunkundige Juristen auch fernerhin unser ganzes Schulwesen in oberster Instanz regieren und seine Entwicklungen werden hemmen dürfen: kurz es handelt sich bei Behandlung der Zitelschen Motion um Fassation unseres in Zukunft überflüssigen Ministeriums des Auswärtigen (indem das Ministerium des Innern viel besser und zweckmäßiger unsere Beziehungen zum Bundesparlament und zur Bundesregierung vermitteln wird) und um die Kreirung eines unabhängigen Unterrichts- und Kultusdepartements. Wenn wir die unermeßliche Wichtigkeit der Frage bedenken, scheint es uns dringend nothwendig, Kirche und Schule durch tüchtig gebildete, sachkundige Männer in unserer Kammer vertreten zu sehen, in der wir bis jetzt Männer wie Zettel und Bassermann freudig als Vorkämpfer in diesen Angelegenheiten begrüßten, neben denen wir aber nur ungern (wir stehen nicht an, diesen Namen offen mit parlamentarischer Freimüthigkeit zu nennen) einen Mann wie den Oberhofbuchenalt Bek vermissen, der als tüchtiger Gelehrter und Schulmann bekannt, bei anerkannter Freisinnigkeit wie früher den katholischen Kirchen- so jetzt unsern Schulangelegenheiten mit Aufzeichnung sich widmet. Nur wenn solche Männer in unserer Kammer sitzen, kann Baden in seinen Kirchen- und Schulangelegenheiten einen schöpferischen Neubau erwarten, und daß gerade unsere Kammer in einem solchen allseitigen Neubau unseres Volkeslebens rasch und entschieden vorschreite, scheint uns nicht bloß eine Pflicht, sondern sogar ein Gebot der Selbsterhaltung, wenn anderes dieselbe neben dem Reichsparlamente die volle Theilnahme und Hingabe unseres badischen Volkes sich erhalten will.

* **Aus dem Wiesenthale**, 24. April. *) Hecker kam am Dinstag Nachts 9 Uhr mit seiner Kolonne unter weitern Befehlshabern, Willich, Bruhn, Kaiser, Doll ꝛc. hier an; sie führten zwei kleine Kanonen und etliche Bagagewagen mit sich. Es war für 900 Mann Quartier bestellt; beim Austheilen der Billete zeigte sich, daß es nur 440 Mann waren; 200 Mann blieben in Zell zurück, welche darauf ebenfalls hier einrückten. Weiteren Zufluß von circa 300 Mann aus der Gegend von St. Blasien, Bernau, Todtmoos, welche er durchzog, und wo überall das 1. und 2. Aufgebot unter Androhungen requirirt wurde, stieß hier zu ihm. — Die ganze Kolonne mag etwa 900 Mann gewesen sein, als sie weiter zog. Bei der Kunde von seinem Anzug auf hier wurde ihm eine Deputation entgegengeschickt, mit der Erklärung, daß Schopfheim kein Kontingent stellen werde, dagegen sei man bereit, seine Mannschaft gastfreundlich aufzunehmen und ungehindert weiter ziehen zu lassen; diese Mittheilung schien er nicht zu erwarten. Die Schaar mochte auf Anderes vorbereitet gewesen sein. Man hoffte eine allgemeine Erhebung des liberalen Wiesenthals. Nachdem die Kolonne einmarschirt und in der Straße vor dem Rathhaus aufgestellt war, hielt Hecker eine Rede an's Volk und suchte zum Mitzug anzuwerben. Er schilderte die Sache bereits als gewonnen, indem in Erhebung überall stattfinde, und sein Zug, auf den es zu keinem Stoß kommen, einem Hochzeitzug gleichen werde — so groß war seine Zuversicht. Die Nacht ging ruhig vorüber; die Mannszucht unter den Truppen, wenn man sie so nennen kann, war gut. Erst Tags darauf, also Mittwoch Nachmittags um 3 Uhr, setzte die Kolonne ihren Marsch von hier fort über Steinen, Schlechtbaus nach Kandern (3 Stunden von hier); sie kam daselbst etwas nach 8 Uhr an und wurde einquartirt, mit dem Bemerken, daß die Leute sich nicht auskleiden sollten, weil die Truppen in der Nähe seien. Der kürzere Weg über Kandern in die Rheinebene soll deßwegen gewählt worden sein, um möglichst bald mit Regierungstruppen zusammenzustoßen und den Sieß derselben kennen zu lernen. Man hoffte zuversichtlich auf den Uebergang derselben, oder der Zertheilung war groß. Morgens rückten die Regierungstruppen von Schliengen her gegen Kandern an, die Freischaaren dagegen ihren Rückzug aus Kandern, in der gleichen Richtung der Ankunft. Ein Parlamentär (Reg.-Kom. Stephani) eilte Hecker nach und forderte ihn auf, von seinem Beginnen abzustehen, die Waffen niederzulegen ꝛc.; es wurde nicht willfahrt; darauf wurde die Aufruhrakte vorgelesen, und da auch dies Nichts fruchtete, fingen die Truppen an, die Offensive zu ergreifen. Heckers Kolonne stand in diesem Augenblick an einem dicht mit Wald besetzten Berg und verfolgte die dadurch führende Straße bis hinauf auf die Höhe; dort wurde Posto gefaßt, und die Schaar ordnete sich zum Kampfe; sie war links und rechts von der Straße aufgestellt, es wurde befohlen, nicht zu schießen, sondern die Truppen nahe anrücken zu lassen, um sie durch Schrecken zum Uebertritt überreden zu können. — Also kamen die beiden Parteien auf wenige Schritte zusammen. General Sogern parlamentirte wieder mit Hecker wegen Waffenniederlegung. Die Führer der Freischaaren riefen den Truppen Vivat zu. Sagern, das Unnütze seines Bemühens einsehend, wollte sich wieder zu Pferd setzen, als auf einmal, man weiß nicht in Folge welches Anlasses, aus den Reihen der Konstanzer Schüsse fielen und diesen sammt seinem Pferd tödteten, wodurch der Kampf nun also gleich entbrannt sein soll, und zwar so, daß nach kurzem Widerstand

*) Nachstehender Bericht eines Augenzeugen faßt den Gang der Bewegung der Insurgenten im Oberlande in seinem Zusammenhang so klar und übersichtlich zusammen, daß wir ihm nachträglich noch glauben eine Stelle einräumen zu müssen.

Digitized by Google

stand die Flucht der Freischaaren allgemein gewesen sein soll. — Der Kampf begann um 9 Uhr, um 10½ Uhr kamen schon die ersten Flüchtigen mit Wagen rc. hier durch. — Sie erzählten Schreckliches; groß war ihre Bestürzung. Die Zahl beiderseitigen Opfer kenne ich zur Zeit noch nicht genau, doch mögen es etwa 15 Todte und etwa 50 Verwundete auf beiden Seiten zusammen sein. Ein Theil der Fliehenden jog sich gegen Steinen, der erstere in der Richtung gegen Zell zurück. Die Ersteren sammelten sich wieder und plänkelten mit den Truppen hinter Steinen, da erschien Weißhaar und Struve mit einer Kolonne von etwa 600 Mann von Lörrach her, doch ohne den Truppen entgegenzurücken faßte er seine Stellung links des Wiesenflusses und ließ die Brücke alsobald abdecken, als sämmtliche Fliehende, worunter Hecker, darüber waren. Somit war der erste Schlachttag zu Ende. Das Militär zog über Hagen, Thumringen nach Binzen rc., die Freischaaren dagegen über Hüfingen ins Rheinthal nach Nollingen, aber so geängstigt, daß sie nicht mehr zusammenhielten, sondern sich auflösten und nach der Schweiz flüchteten; wenigstens hört man von diesen beiden Kolonnen wenig mehr. Hecker kam Tags darauf nach Basel, und Weißhaar ist ebenfalls unsichtbar geworden. Diejenigen, welche in der Richtung nach Zell flüchteten wurden theilweise wieder gesammelt und hierher gebracht; es mögen etwa 150 Mann gewesen sein. Am gleichen Abend (20. April) rückte die Kolonne von Siegel hier ein; es führte etwa 3000 Mann mit zwei schönen Kanonen, wenn ich nicht irre, waren es Sechspfünder; weitere 1000 Mann blieben die Nachzut. Diese Mannschaft wurde auf Wagen hierher transportirt, weil sie Kenntniß von der Niederlage hatte, welche ihre Kameraden erlitten hatten. Diese Kolonne übernachtete hier in Schopfheim und wollte Morgens in aller Frühe nach dem Rheinthal gegen Säckingen aufbrechen und sich mit Hecker und Weißhaar vereinigen. Die über Nacht einlaufenden Berichte bestimmten sie anders, denn statt um 7 Uhr Morgens war sie bis 4 Uhr Abends (die Zeit des Mittagessens ausgenommen) in den Straßen, und zwar immer bewaffnet ungeachtet des schlechten Wetters, und ging dann erst, statt nach Säckingen über Zell und Schönau ab, um ins Breisgau einzufallen. Diese Kolonne war besser armirt als die Hecker'sche. Die eine und andere aber machte einen weit mehr abschreckenden als erhebenden Eindruck; es war ein Gemisch, das man gesehen haben muß, schildern läßt es sich nicht. Nach Lörrach, der Kolonne Siegel kamen noch an demselben Abend fast einige 100 Neuangeworbene aus der Gegend von Görrvil an und übernachteten hier; doch diese waren bereits bei Ankunft schon sehr muthlos, so daß es nichts Weiteres brauchte, als einer Nachricht, welche uns Nachts 12 Uhr zukam und die Ankunft des Militärs meldete, am diese Schaar flüchtig zu machen; wahrscheinlich hat sie sich aufgelöst und in die Heimath gestüchtet. Somit endete für hier bis heute die Einquartierung, welche anfing, täglig zu werden, da viele Bürger bis 50 Mann auf dem Hals hatten; es wurde zwar Zahlung dafür geboten, allein Niemand wagte solche anzunehmen. Mehrere herrschaftl. Kassen, die sie von verschiedenen Orten mit sich genommen hatten, gaben den Führern die Mittel in die Hand, überall die eingegangenen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die Kolonne Siegel mußte zur Zeit gegen Freiburg im Kamarsch sein; man hört auch bereits von einem Gefecht, welches zwischen ihr und dem Militär stattgefunden haben soll. Mähreres ist zur Zeit noch nicht bekannt. — Struve ist seit seinem Erscheinen bei Steinen und Rückzug in's Rheinthal in Säckingen von der Polizei arretirt worden, von den Bürgern aber in demselben Augenblick wieder befreit, als ein Piquet württembergischer Ulanen von Waldshut aus ihm in Empfang nehmen wollte. — Struve trieb es sich an der Spitze von circa 150 Mann in dem nahe gelegenen Dossenbach, Wehr, Hasel herum, Mannschaft werbend und fordernd, allein ohne Erfolge, da sich Niemand terrorisiren lassen wollte. — Er nahm daher seinen Weg nach Hausen (woselbst er die Kasse des Hüttenwerks durchsuchte, aber leer fand) und Zell und folgte der Kolonne Siegel. — Von Hecker weiß man bis jetzt nichts Bestimmteres. — In Basel angelangen, weil er von dort aus die Umgegend zum Aufstand aufforderte, soll er sich nach Rheinfelden begeben haben, aber auch da nicht gelitten, soll er sich in das Elsaß begeben haben, so sagt man. Viele deutsche Arbeiter aus dem Elsaß sind übee den Rhein gekommen und werden heute in unserer Umgebung von badischen Truppen verfolgt; wahrscheinlich hören wie heute noch Kriegslärm. Man ist aber seit einigen Tagen so daran gewöhnt, daß man sich nicht viele daraus macht; denn eine Nachricht drängte die andere und rief die Bürgerwehr unter die Waffen, so daß diese ganz erschöpft ist und auf endliche Ankunft militärischer Hilfe hofft. Wenn der Paß hier besetzt ist, so werden die Freischaaren, wenn sie bei Freiburg sich nicht behaupten können, sich auflösen müssen; denn es bleibt ihnen dann kein Ausweg, weil von allen Richtungen her Militär im Anmarsch ist. Mehrere Abgesandte aus dem Seekreis sind der Kolonne Siegel nachgereist mit dem Auftrag, die Führer zu veranlassen, ihre Leute zu entlassen, da kein Widerstand möglich sei, indem zu viel Militär heranrücke. Wir wollen hoffen, daß die Ordnung bald wieder hergestellt sei und das Parlament uns bald mit weisen, volksthümlichen Einrichtungen beglücke.

** Vom Main, 26. April. Gestatten Sie in Ihrem Blatte den Raum zu einigen Bemerkungen über den Sitzungssaal des vorstehenden Reichstages, wie solche die Betrachtung dieser Oertlichkeit und die Erfahrung des Vorparlaments an die Hand gibt. Die Paulskirche in Frankfurt ist im Ganzen ein zweckmäßiges Lokal zur Abhaltung einer Versammlung; allein doch, scheint es, sind einige Aenderungen dringend nöthig, wenn es sich von einem monatelang dauernden Zusammentritte und von langen täglichen Sitzungen handelt; Aenderungen, welche nicht als Kleinigkeiten betrachtet werden können, da die Ordnung und Ruhe in der Versammlung zum Theil durch sie bedingt ist. Einfender dieses ist nämlich der Ansicht, daß 1) der Sitz des Präsidenten noch mehr als geschehen zu erhöhen, auch etwas weiter vorzurücken ist, als bei dem Vorparlamente der Fall war; er muß besser übersehen und leichter gehört werden können. Wäre hierbei die Kanzel im Wege, so könnte sie ohne Zweifel entfernt werden. Ein Platz für Vicepräsidenten scheint dagegen überflüssig; sie sind bloße Mitglieder, bis sie vorübergehend vorsitzen. 2) Die Sekräre müssen weit höher gesetzt werden. Sie konnten die Abstimmungsverhältnisse nicht richtig beurtheilen und waren in dem Gedränge schwer zu finden. 3) Die Sitze der Mitglieder sollten amphitheatralisch erhöht werden. Es war im Vorparlamente unmöglich, hinten zu hören oder zu sehen, wenn vorne Einzelne standen; dies aber erzeugt immer wieder lärmende Zurufe und Unordnung. 4) Daß in dem untern Raum der Kirche zunächstliegt Mitglieder sitzen können, ist wohl einleuchtend. Die Anweisung von Zuhörern hat in vielfacher Beziehung zu Unfug geführt. Zuhörer gehören auf die Gallerie. 5) Der hierdurch gewonnene Raum könnte und sollte auf doppelte Weise nützlich verwendet werden. Ein Mal zur Erweiterung des innern Halbkreises zwischen den ersten Bänken und der Rednerbühne. Dieser Raum war im Vorparlamente viel zu eng, und das unvermeidliche Gedränge erschwerte die Kommunikation mit dem Bureau gar sehr. Zweitens zur Freilassung eines Ganges zwischen den hintersten Bänken und der Umfassungsmauer der Kirche. Ein solcher Gang ist unentbehrlich zur Kommunikation der Mitglieder während der Sitzungen, und er dient bei langen Sitzungen als Steplatz für Mitglieder, welchen das Sitzen allzubeschwerlich geworden ist. Wird er mit einer Matte oder einem Teppiche belegt, so entsteht keinerlei Störung. 6) Durchaus nothwendig ist ein Raum zum Ablegen von Hüten, Mänteln rc. Das Beschleppen mit denselben war äußerst lästig und würde unerträglich bei einer monatelangen Dauer. Endlich 7) sollten an den Kirchthüren kleine Klapptische angebracht werden zum Auflegen von Papieren und zu etwaigen schriftlichen Aufzeichnungen. Einfender ist nicht darüber unterrichtet, ob vielleicht diese Wünsche ganz oder theilweise jetzt schon berücksichtigt werden. Wenn dem so ist, so entschuldigt er sein überflüssiges Hervortreten; wenn aber nicht, so ist es jetzt eben noch Zeit, sie zu erfüllen, und es sei erlaubt, zu wiederholen, daß sie nicht ohne materielle Bedeutung sind.

**Schleswig-Holstein.** Aus Rendsburg schreibt man der Fr. O. P. Z. vom 23. April: Der Graf Luckner, der den Landsturm in Angeln organisiren wollte, ist mit seinen Gesätten glücklich den Händen der Dänen entgangen; er hat sich einem Freikorps angeschlossen, das heute bei Slubor, einem adeligen Gute an der Schlei oberhalb Missunde, in Angeln eingedrungen ist, um die Dänen, die von dem 5. Bataillon und andern unserer Truppen vor Kosel, dem gegenüberliegenden Kirchhorfe, geschlagen, dorthin gedrängt worden sind, von der Seite anzugreifen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Cox, 4 Warwick Street, London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Deutschland bei Wilmot, Strasburg 28 Spanngasse. Preis 20 Sgr.

Die Hauptexpedition besorgt das Bureau Heidelberg, Der Preis beträgt 1½ Thlr. für das Halbjahr, durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 1 fl. 12 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 2 kr. (1 Sgr.) berechnet.

# Deutsche Zeitung.

№ 121. Heidelberg, Montag 1. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde. — Wien (die österreichische Verfassung). Aus Tirol (Vertretung der Bäuerchen. Die Nachwirkungen des alten Systems. Oesterr. Gesandtenbericht). Triest (Unruhe in den Häusern der Oesterreicher). Berlin (L. Versammlungen über die Reorganisation des Großh. Posen. Bestimmung über die Annahme freiwilliger Beiträge zur Bedreitung des Staatsbedarfs). Nürnberg (Eisenmann gewählt). Aus Würtemberg (die Wahlen). Karlsruhe (Besetzung der Freischaaren. Treiben derselben. Mathy's Wahl und Ernennung. Die fremden Umtriebe). Mannheim (Verhaftungen. Die Stadt ruhig). Heidelberg (die Universität). Aus dem Wiesenthal (die Hermesgäsche Freischaar geschlagen). Von der Schweizergrenze (die Besetzung der Freischaaren. Die Hermesgäsche Freischaar). Gießen (konstitutioneller Aufruf). Weimar (Parlamentswahl). Mecklenburg-Schwerin (die Parlamentswahlen). Rendsburg (Nachrichten vom Kriegsschauplatze. Der König von Dänemark). Schleswig (Einschiffung der Dänen. Die Kriegskasse erbeutet. Preußischer Bericht über die Einnahme von Flensburg. Die Parlamentswahlen). Frankfurt (Verhandlungen des Fünfzigerausschusses).

**Großbritannien** London. Diplomatische Korrespondenz zwischen Palmerston und dem Herzog von Solomayer.

**Frankreich.** Paris. Besandigung des nordamerikanischen Gesandten. Gerücht von einer Allianz. Die Wahlen in der Hauptstadt.

**Italien.** Rom. Kirchengüter. Emancipation der Juden. Geistliche Händel.

**Nachschrift.** München. Die Parlamentswahlen. Karlsruhe. Der Antrag Andlaws zurückgenommen.

☞ Mit der heutigen Nummer wird der Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes als Beilage ausgegeben.

---

Heidelberg, 30. April.

Der Entwurf einer deutschen Verfassungsurkunde, wie er aus den Berathungen der siebenzehn Vertrauensmänner hervorgegangen ist, liegt uns gedruckt vor. Es kann sich nun Jeder seine Meinung darüber bilden; es ist noch eine kurze Zeit gegeben, um vor dem Zusammentritt der konstituirenden Versammlung die Ansichten zu tauschen, und wenn es möglich ist, für oder gegen den Entwurf und seine einzelnen Positionen zu einigen.

Eine unbankbarere Arbeit als diese ist wohl lange nicht gemacht worden. Die siebenzehn Männer, von dem Bundestage herangezogen und einer Revisionskommission beigeordnet, die für das neue Verfassungswerk vom Bunde niedergesetzt war, sehen sich doch von Anfang an bei dieser Aufgabe aus sich selbst und ihre alleinigen Berathungen isolirt. In der Zwischenzeit von der ersten Vokation dieser Volksvertrauten an bis zu ihrem schließlichen Zusammentritt zu der Ausarbeitung dieses Entwurfes, was war da nicht Alles geschehen! Als Zöpfl in der ersten Flugschrift über die Umgestaltung des Bundes die Volksvertretung noch aus 69 Mitgliedern bestehen lassen wollte, da hatte man am Bundestage noch Muth zu einem Revisionswerke, denn die Vorschläge knüpften sich an das Bestehende an und schonten die Formen! Als aber die Volksforderungen größer und größer wurden, und selbst von Preußens König die deutschen Begehren anerkannt, ausgesprochen, mitgefordert wurden, da sah man wohl, daß es sich nicht mehr um eine Revision, kaum um eine Reform, eigentlich um eine völlige Revolution, eine totale Umgestaltung der deutschen Verfassungsverhältnisse handelte. Der Frankfurter Tag in der Pauluskirche drückte allen diesen umfassenden und neugestaltenden Ideen und Forderungen das Siegel auf. Von diesem Augenblicke an mochte der Bundestag oder seine Revisionskommission die Aufgabe des Verfassungsentwurfs wohl gern aus den Händen geben und dem Rathe der Siebenzehn allein überlassen. Der Bund ist der Vertreter unserer Fürsten, und da diese selbst in der allgemeinen Bestürzung oder Aufregung die Verfassungsangelegenheit ganz unberührt ließen, so konnte man es jenem nicht wohl verdenken, wenn er seinerseits sich nicht zudrängte, die schwierige Sache in die eigene Hand zu nehmen. So standen die Siebenzehn von dieser Seite her isolirt. Dies dünkt uns Schade. Im Anfange der Bewegung und ehe der Umschwung der Verhältnisse seinen Rundgang in Deutschland vollendet hatte, hörten wir nicht gerne von Fürstenkongressen reden und von ländlichen Deputationen, die nach Potsdam gezogen werden sollten. Damals hielten wir die Forderung einer konstituirenden Versammlung entgegen, denn eine oktroyirte Verfassung konnte uns in aller Weise nicht dienen; wir suchten nach einer neuen Ordnung der Dinge, die auf Vertrag beruhte. Wir sahen dann aber freilich ebensowenig gern, daß man nach der Berliner Revolution von Seite unserer Fürsten auf das andere Extrem hinübersprang, und nun in Fahrlässigkeit Alles gehen ließ, wie es wollte. War man, wie wir nicht zweifeln, auch unter den Fürsten einig, die Freiheiten zu gewähren, die Koncentration zu beginstigen, die Volksrechte zu sichern, die man in der Nation in einer großen Einmacht verlangt, so blieb doch immer die Eine Frage der Form übrig, die man der neuen Einheit geben wollte, über die es dem Fürstenkollegium vor Allem zukam, unter sich eine Einigung zu treffen. Dies ist nicht geschehen; kaum ist ein einziger Vorschlag auf einem einzigen Fürstencongreß in Frankfurt aufgetaucht! Je größer die Schwierigkeiten dieser Frage sind, je zweifelhafter die Majoritäten sein werden, die in der konstituirenden Versammlung darüber entscheiden werden, je gefährlicher der Zwiespalt sein würde, der von den unzufriedenen Minoritäten ausgehen möchte, mit Einem Worte, je bedrohter die Einheit Deutschlands sein wird in dem Momente, wo über die Kardinalfrage der Einheit, über das Bundeshaupt, entschieden ist, desto nothwendiger und heilsamer wäre es gewesen, daß die Fürsten wenigstens in diesem Einen Hauptpunkte der Verfassung mit einem einigen Entschlusse vor die Volksversammlung getreten wären. Hätte ein solcher Entschluß vorgelegen, so hätte der Bundestag wahrscheinlich die übrigen Bestimmungen der Verfassung gern selbst mitanfertigen helfen, und man brachte dann ein homogenes Ganzes vor die konstituirende Versammlung, das die große Empfehlung in sich getragen hätte, von der Einen Seite der Pacieenten bereits sanktionirt zu sein: dies gab einen festen Anhalt der Berathung, es machte die Gegenforderungen erwogener und besonnener, es setzte den vorzulegenden Entwurf in einen Vortheil, dessen sich jetzt der Entwurf der Siebenzehn nicht erfreut. Er wird voraussichtlich bei Fürsten und Höfen keinen großen Beifall finden. Da, wo man sich in dem Gedanken der Eblichkeit gefällt, würde man, um aus der Spannung zu kommen, wohl lieber gleich den glücklichen Erben der deutschen Krone Kaiserkrone setzen haben. An manchen der kleinen Höfe, wo man sich mit der Aussicht auf ein erbliches Oberhaupt bereits versöhnt hatte, wird die Bestimmung vielleicht wieder erschrecken, wenn ihre Ausführung näher rückt. An andern Landeshäuptern wird es nicht fehlen, die grundsätzlich dieser ganzen Einheit entgegen sind. Von denen wollen wir gar nicht reden, die vielleicht auch jetzt die ganze Bedeutung der Zeit noch nicht anerkennen und den neuen Forderungen noch zu entschlüpfen hoffen, ehe sie Ordnungen werden sollten.

So hat also dieser Entwurf von Seite der Fürsten wohl auf wenig Dank zu hoffen, es sei denn bei denen, die mit ganzer Hingebung auf die bewegenden Ideen des Tages eingehen; noch weniger Dank, weniger als Dank, Haß und Schmähung wird er sich verdienen von der Seite her, die allem Fürstenthum entgegentritt, von der Seite des Republikanismus. Wer nach dieser Seite neigt, der verschmäht schon in ausgesprochener Feindschaft Parlament und konstitutionelle Versammlung, nachdem man sich überzeugen mußte, daß die deutsche Nation keine Republik will; wie viel mehr wird ihm die vorgearbeitete Verfassung ein Gräuel sein, die dem Parlamente nicht einmal die Präsidentur oder die fünfjährige Kaiserwahl vorschlägt, sondern die erbliche Monarchie. Aber von dieser Seite konnten auch die Siebenzehn keinen Dank verdienen wollen. Ihre Aufgabe war, je mehr sich das Verlangen nach Republik in der un-

Digitized by Google

reiftesten Weise kundgab, desto entschiedener die Monarchie in ihrer reiftesten Gestalt zu entwickeln. Denn es die Geschicke mit sich bringen, daß die bisherigen europäischen Staatsordnungen der Republik künftig weichen sollen, so mag uns dies Loos nicht eher treffen, als bis die Besten und Weisesten sich unter uns für die Republik erklären, bis die Begriffe der Menschen mit dem Worte Republik nicht den Sinn der Zügellosigkeit und Anarchie, sondern den der höchsten Ordnung und Gerechtigkeit verbinden, bis die Sitten republikanisch, d. h. einfach, streng, sparsam, nüchtern geworden sind, bis die Liebe zum Gesetz, die Zugsamkeit unter das Gesetz, eine stille aber feste Leidenschaft unter uns geworden ist, bis sich die Proberepublik in Frankreich zum Heil des Landes bewährt hat. Bis dahin gilt es, die in der Abstimmung besiegte Republik auch da, wo sie sich in Waffen zeigt, niederzuhalten und den Keim der Revolution zu ersticken, den diese unzeitige Agitation unter uns hegt und pflegt, und wo das deutsche Volk zu tagen hat, zu berathen, zu verfassen und zu organisiren, da gilt es, stark und groß den Monarchismus auszubilden, ihn auf die breiten Grundlagen der Demokratie zu wölben und einen mächtigen Schutzstürzen aufzuführen, der die Schwachheit des Gewölbes nicht drückt, sondern zu einer unerschütterlichen Festigkeit zusammenbindet. Mit einer solchen Staatsschöpfung mag dann Deutschland ruhig den kommenden Dingen entgegensehen; es ist die Ordnung, die der deutsche Volksstamm über die europäische Welt gebreitet hat, und auf die in den fast zweitausend Jahren der neuen Geschichte in England das einzige Reich gegründet worden ist, das sich mit dem größten Staatsgebilde der alten Welt an Ruhm und Größe vergleichen kann.

Bei den Republikanern will und wird sich, sagten wir, der Entwurf seinen Dank verdienen; bei den Monarchen will er es wohl, sollte er's wohl; ob er es wird, haben wir bezweifelt. Es steht in Frage, was sein Loos bei den Monarchisten sein wird.

Wollen wir diese Frage einiger Maßen mit Sicherheit beantworten, so müssen wir vorsichtig unter den Monarchisten unterscheiden. Man kann ohne Zwang die verschiedensten Schattirungen unter ihnen bezeichnen. Es gibt eine Klasse von Partikularisten, welche in ehrlicher Ueberzeugung an der Erhaltung der einzelnen deutschen Staaten hängen, welche Deutschland eine Einheit gönnen, aber ebensosehr auch den Territorien und ihren Fürsten eine möglichste Unabhängigkeit wünschen. Es gibt eine andere Klasse, welche die Monarchie nur tolerirt, weil die Masse der Bevölkerung noch an ihr hängt, welche ihr aber jedes Terrain abzugewinnen sucht und auf dem Wege der geistigen Ueberzeugung, aber auch ebenso mit den geeigneten politischen Mitteln der Republik vorarbeitet. Bei beiden Parteien herrscht durchschnittlich, bei Vielen vielleicht ohne ihr Wissen, das föderalistische Prinzip über das einheitliche vor; Beide sind gegen die Erbmonarchie und für ein Wahlhaupt oder einen Turnus; den Einen gilt es dabei vorzüglich, die Landesgewalten nicht zu schwächen, den Andern, die monarchische Obergewalt nicht zu stark werden zu lassen; Beide arbeiten sich, obwohl sie unter sich am wenigsten Verwandtschaft haben, einander in die Hände. — Dieser föderalistischen Gruppe steht eine Gruppe von Monarchisten gegenüber, die aus dem Prinzip der Einheit konsequent der Erbmonarchie zugethan sind. Wir setzen voraus, daß alle Glieder dieser Gruppe sich die großen demokratischen Grundlagen sind, die der Verfassung Deutschlands auch in dem vorliegenden Entwurfe unterbreitet sind. In ihr trennen sich wieder zwei Theile, wovon der Eine die erbliche Monarchie möglichst auf den Fuß herrichten möchte, wie sie in England ist; der Andere mehr die neueren Formen ins Auge faßt, die die monarchische Demokratie in Belgien angenommen hat, mit den Hinzuthaten etwa der amerikanischen Verfassung, die von der föderalistischen Natur unseres Staatenverbandes bedingt werden. Von nicht großer Bedeutung und Zahl scheint uns endlich eine fünfte Fraktion zu sein, die die Begründung einer Einen und unheilbaren Monarchie auf dem Untergange der einzelnen Staaten wünscht; sie hat wohl nicht mehr Anhänger als die Partei derer, die Eine unheilbare Republik aus Deutschland machen wollen. Wir wollen einzeln unterschen, welchen Dank sich der Verfassungsentwurf der Siebenzehn bei diesen verschiedenen Parteien muthmaßlich erwerben wird.

**Oesterreich.** Wien, 25. April. Die Konstitution des österreichischen Kaiserstaates ist verkündigt worden. Der Eingang lautet: „Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich ꝛc. ꝛc. Ueberzeugt, daß die Staatsinstitutionen der Leitung der Völker eingetreten sind, und stets geneigt, angemessenen, daß die Uns anvertrauten Völker unter den Segnungen eines langjährigen Friedens auf der Bahn dieser Fortschritte auch nicht zurückgeblieben sind, haben Wir denselben durch Unser Patent vom 15. März d. J. die Erklärung einer Prüfung zugesichert. Es gereicht Unserem Herzen zur Beruhigung, indem Wir Unser kaiserliches Wort lösen, die zahlreichen Merkmale treuer Liebe und Anhänglichkeit Unserer gesammten Völker dadurch zu erwidern, daß Wir auf eine feierliche Weise Unsere Sorgfalt für ihr Wohl und Unser Bestreben an den Tag legen, ihren Rechtszustand zu sichern und ihnen eine ihre Interessen sicherndeTheilnahme an der Regelung der Angelegenheiten des Vaterlandes einzuräumen. In dieser Erwägung haben Wir nach den Anträgen Unseres Ministerraths und nach sorgfältiger Prüfung derselben beschlossen, die beigefügte Verfassungsurkunde für die in derselben bezeichneten Länder zu ertheilen, welche wir unter den gemeinsamen Schutz aller zu Unserem Reiche gehörigen Völker mit der festen Zuversicht stellen, daß dadurch das Band des Vertrauens zwischen dem Throne und dem Volke, und die seit Jahrhunderten bestehende Vereinigung der zur Monarchie gehörigen Reiche zu ihrem gemeinsamen Wohle noch inniger verschlungen werden wird. Wir verordnen daher, daß die in dieser Verfassungsurkunde enthaltenen Bestimmungen allen Unseren Unterthanen ohne Ausnahme, sowie allen geistlichen, Civil- und Militärautoritäten zur unverbrüchlichen Richtschnur zu dienen haben. Wir behalten uns vor, demnächst die Vertreter aller Provinzen in Folge eines provisorisch zu ertheilenden Wahlgesetzes wählen zu lassen und zu dem abzuhaltenden Reichstage einzuberufen. Gegeben in Unserer k. Haupt- und Residenzstadt Wien, den fünfundzwanzigsten April im Eintausend Achthundert Acht und Vierzigsten, Unserer Reiche im Vierzehnten Jahre, Ferdinand m. p. (L. S.). Figuelmont, Minister des Aeußern und prov. Präsident. Pillersdorff, Minister des Innern. Kraus, Finanzminister. Sommaruga, Minister des Unterrichts. Zanini, Kriegsminister. Die Konstitutionsurkunde selbst enthält sieben Abtheilungen deren Inhalt wir vorläufig in gedrängtem Auszug mittheilen wollen. I. Allgemeine Bestimmung. §§. 1—7. Sämmtliche zum öst. Kaiserstaate gehörige Länder bilden eine untrennbare Monarchie. Die Gebietseintheilung der einzelnen Provinzen bleibt unverändert. Allen Volksstämmen ist die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache gewährleistet. II. Der Kaiser. §§. 8—16. Der Kaiser ist unverantwortlich; seine Anordnungen bedürfen aber der Mitzeichnung eines verantwortlichen Ministers. Er übt die vollziehende Gewalt, hat das Recht zum Vorschlagen von Gesetzen im Reichstage und die Sanktion aller Gesetze und bernft jährlich den Reichstag. III. Staatsbürgerliche und politische Rechte der Staatseinwohner. §§. 17—31. Allen Staatsbürgern ist volle Glaubens-, Gewissens- und persönliche Freiheit, Freiheit der Presse und Recht der Petitionen gewährleistet. Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Allen bezeichneten Rechte genießen auch die Fremden. Ferner genießen alle Staatsbürger Petitions- und Vereinsrecht, Freiheit der Auswanderung; das Recht, Grundbesitz zu erwerben, jeden gesetzlich erlaubten Gewerbszweig zu ergreifen und zu allen Aemtern und Würden zu gelangen; Gleichheit vor dem Gesetz, gleichen persönlichen Gerichtsstand, gleiche Wehr- und Steuerpflicht. Die Beseitigung aller Verschiedenheiten der bürgerlichen und politischen Rechte einzelner Konfessionen wird den Gegenstand dem ersten Reichstag vorzulegender Gesetze bilden. Die Richter können nur durch Erkennniß entlassen, zurückgesetzt, versetzt oder pensionirt werden. Oeffentlich mündliches Verfahren mit Schwurgerichten; freie Ausübung der Gottesdienstes für alle gesetzlich anerkannten christlichen Glaubensbekenntnisse und den israelitischen Kultus. IV. Die Minister. §§. 32—33. Verantwortlichkeit der Minister für alle Amtshandlungen und Anlegge nach einem besonderen Gesetz. V. Der Reichstag. §§. 34—44. Reichstag in 2 Kammern: Senat und Kammer der Abgeordneten. Fünfjährige Dauer des Reichstags mit jährlicher Einberufung. Der Senat besteht aus den Prinzen, dem vom Kaiser ohne Rücksicht auf Stand und Geburt auf Lebensdauer ernannten Mitgliedern, und aus 150 von den bedeutendsten Grundbesitzern für die ganze Wahlperiode aus ihrer Mitte gewählten Mitgliedern. Die Kammer der Abgeordneten besteht aus 383 Mitgliedern; ihre Wahl beruht auf der Volkszahl und der Vertretung aller Landesbürgerlichen Interessen. Die Sitzungen beider Kammern sind in der Regel öffentlich. Ein Mitglied, das eine bestehende Staatsstelle annimmt, hat sich einer neuen Wahl zu unterziehen; die Regierung wird keinem gewählten Mitgliede den Eintritt in die Kammern verweigern. VI. Wirksamkeit des Reichstags. §§. 45—53. Gesetzgebung gemeinschaftlich mit dem Kaiser; jährliche Bewilligung der Rekrutirung, Steuerbewilligung, Kontrahirung von Staatsschulden, Veräußerung von Staatsgütern, jährliche Feststeung des Budgets; Initiative zu Gesetzen, Annahme u. Berathung von Petitionen. VII. Provinzialstände. §§. 54—59. In den einzelnen Ländern bestehen Provinzial-

Digitized by Google

stände zur Wahrnehmung der Provinzialinteressen und Besorgung der für diese Interessen sich ergebenden Erfordernisse, soweit solche nicht unter den allgemeinen Staatserfordernissen begriffen sind. Für die besonderen Interessen der Kreise und Bezirke werden Munizipal-Einrichtungen festgesetzt. Die Gemeindeverfassung beruht auf dem Grundsatz, daß alle Ortsreffen der Gemeinden und ihrer Mitglieder vertreten werden. In der ganzen Monarchie wird die Nationalgarde durch ein besonderes Gesetz errichtet, bleibt jedoch den Civilbehörden untergeordnet. Die Nationalgarde und alle Beamten leisten dem Kaiser den Eid auf die Verfassung. Der Verfassungseid der Armee wird in den Fahneneid aufgenommen.

† Aus Tirol, 28. April. Für dies erstemal hätten wir die Welschen heimgesucht. Der Nons- und Sulzberg ist gesäubert, in Judikarien stehen sie hart an der Grenze und werden auch da noch hinübermüssen. Ob wir es aber verhindern können, daß sie wiederkehren? Wir haben noch nicht Alles gethan mit diesem Gesindel. Hüten wir uns vor der Großmuth Georgiewitsch, mit der in früheren Kämpfen unsere Schützenschaaren gewöhnlich das kaum erkämpfte Schlachtfeld verließen. Hart an der Grenze müssen wir Wache stehen, die gewonnenen Posten dürfen nirgends verlassen werden. Ueberall, wo die Welschen waren, lassen sie mehr Freunde zurück, als wir Feinde vertrieben haben. Alle Thäler jenseit des Gampen und der Mendola sind für und für jetzt eroberte feindliches Gebiet — beim ersten glücklichen Vordringen der Italiener erstehen und gewiß dort mehr Gegner als wie diesmal fanden. Und wie wühlt nicht der Verrath, der Fanatismus der Lombarden in unserm ganzen Erschland! In Bozen, in dieser Stadt voll krämerischer Suffisance und theilnahmloser Bigotei, liebäugeln Viele mit der gefälligern Trikolore Italiens. Die ultmächtig aufgetrommelte Willenskraft unseres gutherzigen Landvolks, der freudige Muth der Redigirsinnen in den Städten muß bei Kraft und Lust erhalten bleiben. Wird dafür von Oben gesorgt werden? — Wir fürchten ernstlich das Gegentheil. Da lesen wir den Aufruf, den der Friedenskommissär Graf Hartig an die Italiener erließ. Er wird als eine große Lüge dem Kaiser und seinem Boten vor die Füße geworfen werden. So spricht man nicht mit einem Volke, das für seine Unabhängigkeit mit Allem und Jedem einsteht. Noch schreibt man mit den alten Federn in der Hofkanzlei, noch immer kopirt man die Konzepte Metternichs — und hofft die „Monarchie" zu retten. Wenn Ihr es nur auf seine Weise zu können glaubt, warum habt Ihr ihn dann entlassen? — Man vergißt sich soweit, sich zu bemühen, des Kaiserd Absnutt als eine gut italienische darzustellen. Für uns Deutsche wird er dann wieder zum echten Habsburger gestempelt. Im Falle der Noth empfehlen ihn seine Diplomaten den Franzosen als Bandsmann — als Duc de Lorraine. Auf den „Enthusiasmus der übrigen Völker unter dem Scepter Sr. Majestät" verweist man die Italiener, dieser wird sie bestegen helfen. Da steht die blanke Lüge dem wohlunterrichteten Feind gegenüber, den man zu ernentem Vertrauen, zu aufrichtigem Glauben gewinnen will. Man hat in Wien, auch ohne Sehkünzlo, Beweise genug, daß in ganz Oesterreich italienische Emissäre die Stimmung des Volkes nach Mailand und Venedig berichten. Wo ist der Enthusiasmus, der für die eitle Phrase einer österreichischen Monarchie gegen Italien einstehet, der in diesem Kriege ein Heil absteht für Kaiser und Volk? Oesterreichs Stellung verlangt, daß wir einen billigen Vertrag, ohne Schmach erstreben, — wieder erobern werden wir Nichts. Eine Niederlage Radetzkys, und Ungarn, Böhmen verweigern ihre Truppen, wir Deutsche verbluten uns ohne Erfolg und Ehre, bei uns in Tirol wird der Unmuth des Volks die Waffen zerbrechen, die es diesmal noch für die Heimat — für nichts Anderes — erhob. Und neben diesem Friedensbriefe bringt die Wiener Z. die Erklärung, einem deutschen Bundesstaat könne Oesterreich nicht beispflichten! Das teuf. — Also wieder lodgerissen bleiben vom großen Ganzen, wieder verkümmern und schmachten in separatistischer Knechtung und Schmach! Wir in Tirol doppelt umschränkt von deutschen und welschen Zollbäumen, keinen Anschluß an die Eisenbahnen, das Korn im Welschland und Deutschland uns händlich abgesperrt, keine Aussuhr unserer Produkte, dazu die alten Steuern, die alle gültige Forderung, die Landsage und die Schreiber und die Jesuiten voll schöner Hoffnungen auf die Wiederkehr guter Tage! — Und nach solchen Erklärungen soll Tirol mit der „angestammten" Liebe einstehen für Oesterreich? — Gehe Gott, daß diese schrecklichste aller Verblendungen, der Glaube an ein Oesterreich ohne aufrichtige, ganze Hingebung an Deutschland — bald und ganz falle. Unser Kummer wächst, unsere Lage werden immer banger und schwerer — nur nicht unsere Zweifel an der Weisheit hastigkeit unserer Regierung, sie führen zum Schlimmsten!

* Triest, 4. April. Nbine ist in den Händen der Oesterreicher.

**Preußen.** Berlin, 26. April. Die Allg. Pr. Z. veröffentlicht folgende Bekanntmachung: In Meiner Order vom 24. v. M. habe Ich die Bewilligung einer nationalen Reorganisation des Großherzogthums Posen an die Bedingung des wiederhergestellten Landfriedens geknüpft. Da diese Bedingung in der Hauptsache erfüllt ist, so will Ich nicht, daß unter der an einigen Orten noch stattfindenden ungesetzlichen Haltung einzelner Irregeleiteten die Gesammtheit leide, und habe daher in der festen Zuversicht, daß von nun an alle Störungen der öffentlichen Ordnung aufhören und Meine getreuen Unterthanen polnischer Abkunft hierin ein neues Pfand Meiner landesväterlichen Gesinnungen erkennen werden, auf den Antrag Meines Staatsministeriums beschlossen, schon jetzt die nationale Reorganisation des Großherzogthums beginnen zu lassen. Ausgeschlossen von dieser Reorganisation bleiben: das Gebiet des ehemaligen Nepbistrikts, mit Ausnahme eines Theils des Kreises Inowrazlaw, die Kreise' Birnbaum, Meseritz, Bomst, Fraustadt, Samter, Buck, der westliche Theil der Kreise Oberamt und Posen, einschließlich der Stadt und Festung Posen, der südliche Theil der Kreise Kröben und Krotoschin, endlich die Stadt Kempen. Die nähere Bezeichnung der Grenzlinie bleibt der weiteren Anordnung vorbehalten. Nachdem die Ruhe vollständig hergestellt und die Reorganisation in dem polnischen Antheil begonnen haben wird, will Ich die alsdann noch hervortretenden weiteren Wünsche beider Nationalitäten, welche anderweitige Bestimmungen über einzelne Distrikte begehren sollten, gern berücksichtigen. Für die von der Reorganisation auszunehmenden Theile des Großherzogthums soll, soweit noch nicht durch den Bundestagsbeschluß vom 22. d. M. darüber entschieden ist, die Einverleibung in den deutschen Bund anderzeitig nachgesucht werden. Die übrigen Theile des Großherzogthums Posen erhalten eine eigene konstitutionelle Verfassung. Der höhere und niedere Schulunterricht, die Gerichtsverfassung und Administration wird eine nationale sein. Die Beamtenstellen aller Kategorien werden mit Landesangehörigen besetzt. Das von diesem Landestheil zur Armee zu stellende Kontingent wird aus Eingebornen gebildet. Die polnische Sprache wird die Geschäftssprache, der deutschen Sprache aber bleiben die Rechte garantirt, welche selber der polnischen Sprache zustanden. Die Order vom 2. Februar 1833, welche die ständischen Wahlen der Landräthe für das Großherzogthum Posen suspendirt hat, tritt sofort außer Kraft. Die Wahlen der Landräthe werden angeordnet. Das Wappen des Großherzogthums verbleibt diesem Landestheile. Die Großherzogthumsfahnen werden mit den preußischen vereinigt getragen. Das Staatsministerium hat wegen der Ausführung der hier in den Grundzügen angedeuteten nationalen Reorganisation unverzüglich das Geeignete einzuleiten. Die Polen, welche in den deutschen Theile und die Deutschen, welche in dem polnischen Theile des Großherzogthums leben, mögen alle Besorgnisse wegen ihrer religiösen, persönlichen und Besitzverhältnisse schwinden lassen. Sie mögen auf die Gleichheit vor dem Gesetze und auf dessen kräftige Handhabung fest vertrauen! Berlin, 26. April 1848. Friedrich Wilhelm. Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Kenim. Bornemann. Hansemann. von Neyher. von Patow.

Berlin, 28. April. Die Allg. Pr. Z. enthält eine königl. Bestimmung vom 25. April, wonach auf Antrag des Staatsministeriums genehmigt wird, daß die zur Bestreitung des Staatsbedarfs eingehenden freiwilligen Beiträge, soweit solche in Gelde bestehen, deren Annahme in den Staatskassen gestattet ist oder in Gold und Silber bestehen, angenommen werden. Diese Beiträge sollen als eine Schuld des Staats durch Schuldverschreibungen zu 10, 20, 50 und 100 Thlrn. verbrieft und mit jährlich 5 Prozent in halbjährlichen Raten verzinst werden.

†† Nürnberg, 28. April. Heute Morgen traten unsere Wahlmänner mit denen des dazu gehörigen Bezirks zusammen (im Ganzen 120), um die Wahl des Deputirten für das konstituirende Parlament in Frankfurt a. M. vorzunehmen. Dieselbe fiel mit Stimmenmehrheit auf Dr. Eisenmann, der nach einem Briefe an einen Freund auch erklärt hat, die Wahl annehmen zu wollen, Falls dieselbe auf ihn fiele. Die meisten Chancen für die Ersatzmänner haben bis jetzt als Erster Advokat Dr. Krafft, als Zweiter Stadtgerichts-Assessor Dr. Falb. Die Wahl ist bis jetzt (Postabgang) für die Ersatzmänner noch nicht entschieden.

** Aus Würtemberg, 28. April. Zwei Wahlen sind vollendet: in Eßlingen ist Murm gewählt, in Besigheim Reg. Rath Schober, ein schon unter dem alten System liberaler Mann. Murms Wahl ist sehr erfreulich. Ganz schnell noch entstand ihm ein Gegner, ein Pfarrer Werner, der viele Stimmen von der Pietistenpartei erhielt. Wie diese sich regt, wie unsere orthodoxen Pfaffen Himmel und Erde bewegen, um „ihre Leute" durchzusetzen, um die freie Schule

Digitized by Google

wegzudrücken, ist schamlos. Strauß, der edle Denker, wird zweifelsohne den Rücken der Frommen unterstützen, und der obengenannte Hoffmann, ein Gegenstück, Erzaufseher Vaterstadt Ludwigsburg zu unserer Schande zu verteten haben. Die Aufregung ist dort angetheure, man glaubt, ernstliche Scenen gegen Hoffmann und seine Partei, auch gegen den Ortsgeistlichen, der Strauß befeindet, werden folgen. Die Leidenschaften sind so auf ihrer Spitze, daß die Gerüchte von solchen Planen schon glaublich sind. Hoffmann hat seine Residenz, den sog. Salon verlassen, Bauern haben ihn in der letzten Nacht bewacht. Bischer, gegen den ähnlich verfahren wird, hat noch eher Aussicht; sein Gegner ist das frühere Kammermitglied, v. Werner, ein ehrenwerther Charakter, aber ein nachgiebiger aller Mann, der sich in die Hände der Pietisten gab, nachdem er vorher eine Wahl sich verbeten, nur um jetzt Bischer zu verdrängen. Von Strauß weiß man noch morgen berichten; fällt er durch, so kommt sich auf das Mäßlichste in meinem Leben Weise zurück, und um so mehr, als Mathy sehr viele Aussicht hat, in Calw gewählt zu werden. In Meegenthein handelt es sich um Rob. Mohl oder Baffermann *); B. Pfizer und sein Gesatzmann, Federer, in Stuttgart, Uhland ꝛc. erhalten fast alle Stimmen ihrer Bezirke.

**Baden.** Δ Karlsruhe, 29. April. Eben geht die amtliche Nachricht hier ein, daß die von Herwegh geführte Schaar fremder Eindringlinge zwischen Schopfheim und Dossenbach von württembergischen Truppen erreicht und völlig geschlagen worden ist. Der Feind lief 23 Todte auf dem Platze, 200 wurden gefangen. Von Seite der Würtembergischen blieben leider ein Offizier und ein Soldat. Es zeigt sich durch diesen Erfolg, daß es eine ganz zweckmäßige Taktik war, die fremden Eindringlinge über den Rhein herüber zu lassen. Auf diese Weise wird die Sache rasch entschieden, während man anderen Falls, wer weiß auf wie lange, die Rheingrenze noch hätte bewachen müssen. — Was Deutschland von diesen angeblichen Bringern der Freiheit zu erwarten hatte, ist zwar längst von Jedem, der nicht sein Vaterland verrathen wollte oder mit Blindheit geschlagen war, deutlich erkannt; doch jetzt muß auch den letzteren der Staar gestochen sein. Die Herwegh'sche Horde, mit langen, breiten Dolchen bewaffnet, hat, seit sie den Rhein überschritten, wohin sie kam, Alles geplündert, die Hauseigenthümer, die sich diesem Raub widersetzen wollten, mißhandelt und mit dem Tode bedroht. Das ist die Erfüllung der heißerkünenden Zusagen der Herwegh'schen Freiheitsmänner! Räuber sind es, die der deutsche Dichter gegen sein Vaterland führt, und wenn auch in Kurzem der blutige Bürgerkrieg beendigt sein wird, so werden Räuberbanden wahrscheinlich noch längere Zeit eine Plage der oberen Gegend bleiben. Das sind dann die einzigen Früchte, die uns der hochverrätherische Aufruhr gebracht. — Hecker soll die Schuftereinsel entmuthigt verlassen haben. Sonderbar, daß weder er, noch Struve, noch Herwegh sich bis jetzt auch nur den Finger gerührt. — Aus vielen Theilen des Landes, wo die Regierung der Gesetzlosigkeit ein Ende gemacht, laufen Briefe ein, welche freudigen Dank dafür aussprechen, daß sie von der Knechtschaft der Anarchisten erlöst sind. Wirken sonst braven, aber nur zeitweise Bürgern fällt es wie ein Schleier vom Gesicht, und sie erkennen, daß man unter der verhaßten Bliteredorf'schen Herrschaft hundertmal mehr wirkliche Freiheit genoß, als unter der Herrschaft der Gesetzlosigkeit. Diese Einsicht wird freilich bei vielen Schwachen wieder überspringen, und ich höre, daß in manchen Theilen Deutschlands der Ekel vor dem Treiben in Baden die Gemüther schon wieder übersleopal gestimmt habe; dann aber haben unsere Unerschütterlichen diese Reaktion in den Gemüthern nur ihren eigenen Ueberstreibungen zuzuschreiben. Wie vor diesen die Abgg. Welcker, Mathy und Baffermann von Anfang an nur im Interesse der wahren darunten Freiheit gewarnt, werden dann vielleicht auch die einsehen, die in ihrem Wahne solche Männer jetzt zu verdächtigen sich überwinden können. — Daß der Abg. Mathy gestern zum Mitglied des Staatsministeriums ernannt worden, werden Sie bereits wissen. Ich war eben Zeuge, wie eine Abordnung aus Würtemberg ihm seine Erwählung in den Bezirken Neuenburg, Calw und Wildbad ankündigte: ein schönes Zeugniß für den nationalen Sinn der Schwaben, die im Gegensatze zu unseren Herren v. Ihstein, Bentano, Kapp, Richter u. A. in dem Nachbar nicht mehr einen Fremden sehen. — Hr. Mathy sing die Deputation, ob nicht sein Eintritt in das Ministerium Bedenken bei ihnen erregt, worauf sie aber erwiderten, daß, wer jetzt sich zu dem Opfer entschließe, dem Staatsschiffe auf stürmischer See Steuermann zu werden, dadurch den besten Beweis echter Vaterlandsliebe gebe. — Der Angriff des ultramontanen ersten Kammermitgliedes, Hrn. v. Andlaw, auf das Ministerium erregt hier nur Mitleid. — Vielfach wird verstärkt, die kathol. Geistlichkeit in Offenburg und Freiburg habe den Aufruhr eher begünstigt, als ihm entgegengewirkt; ehnedem sollen Zeichen genug vorliegen, daß hinter den Hochverrätern die alten inneren und äußeren Feinde Deutschlands ihr Spiel treiben. Woher kommen doch die Summen, die von Leuten ohne Vermögen in Karlsruhe, Rastatt, Mannheim, Frankfurt, Hanau und an anderen Orten aus vollen Händen fließen! — Spuren eines russischen Agenten sind schon in Frankfurt gesehen worden, und die Zeitungen berichten, daß dem Hrn. Leben Rollin die Mission geheimer Staatsgelder nicht genügte. Möchten doch zur Ehre unseres Vaterlandes nur Wenige der Aufrührer wissen, welchen Zwecken sie dienen.

†† Mannheim, 29. April. Heute Vormittag sind die HH. J. B. Gerhard, A. Hoff, Spieß und Bey dahier verhaftet und unter starker Bedeckung nach Bruchsal abgeführt worden. Die beiden Letzteren werden beschuldigt, die Mörder der bairischen Soldaten zu sein, welche am letzten Mittwoch erschossen wurden. Man sieht noch weiteren Verhaftungen entgegen. Der Kern der Bürgerschaft, von dem Druck der Anarchisten befreit, athmet wieder auf und billigt diese von der Staatsbehörde ergriffene energische Maßregel, wodurch der erste Schritt zur Rückkehr der gesetzlichen Ordnung geschehen ist. Die Anhänger der Verhafteten bleiben bei der Absührung ihrer Häupter ruhig.

* Heidelberg, 29. April. Von verschiedenen Seiten kommen uns Anfragen zu, ob denn die Vorlesungen an der hiesigen Universität in bevorstehenden Sommersemester wirklich gehalten werden? Wir wissen nicht, was einen solchen Zweifel begründen könnte. Wir erkennen uns jetzt der ungestörten Ruhe und hoffen, daß und die Zukunft immer festere Bürgschaften dafür bringen wird; der Aufstand im Oberland ist seinem Ende nahe, die geheimen und offenen Versuche, hier einen Ableger großzuziehen, sind auf jammervolle Art gescheitert und der Fanatismus, den eine Handvoll verächtlicher und verachteter Parteiführer gegen die Hochschule nähren wollte, hat nicht ausschlagen wollen. So hat man denn hier auch nicht das geringste Bedenken, die akademische Thätigkeit in gewohnter Weise fortzusetzen, und wie wir sehen, sind am schwarzen Brette die Vorlesungen wie sonst auch angekündigt und werden in den nächsten Tagen beginnen.

* Schopfheim, 27. April. Soeben hat ein Gefecht zwischen den Würtembergern und einer Kolonne freigelassener Arbeiter, eine kleine halbe Stunde von hier, stattgefunden und ist für die Ersteren glänzend ausgefallen: Es wurde nämlich heute Morgen kund, daß etwa 800 Freischärler in einem benachbarten Orte durchgekommen seien; alsbald wurden die hier seit gestern anwesenden würtembergischen Truppen auf verschiedene Seiten ausgesandt, so daß zufällig nur eine Kompagnie Infanterie auf die fraglische Kolonne stieß. — Diese war auf günstigem Terrain. Dennoch griff die würtembergische Kompagnie rasch an und kämpfte während etwa drei Stunden allein gegen eine bedeutende Uebermacht, bis endlich von mehreren Seiten Hilfe von Infanterie, Artillerie und Kavallerie anrückte und den Kampf beendigte. — Von dem Militär sind es keine Todte, wohl Einige verwundete, worunter der Hauptmann, gegen haben. Von den Freischaren sind bereits 8 Todte eingetiefert, noch ungefähr 30 sollen im Feld und Wald liegen, und an Gefangenen sind bereits über 100 eingebracht, lauter Zeug, wie man Mühe haben würde, es zusammen zu finden. Man will wissen, daß eine zweite Kolonne deutscher Arbeiter aus Frankreich in unserer Nähe stehen soll. — Wenn es wahr ist, so gibt es morgen wieder einen Kampf, dem sie nicht entlaufen können, da das Militär alle Passagen besetzt hat. Generallieutenant v. Miller und General Valois sind mit ihrer Division hier.

** Von der Schweizergränze, 28. April. Sie haben wohl ohne Zweifel schon von der neuen Republik Schafferlosel gehört, die in dem monarchischen Winkel zwischen den Republiken Frankreich und Basel ihre Banner aufgepflanzt hat. Ungefähr 200 Bürger verscheidener Zungen — sehr viele dieser deutschen Patrioten verstehen kein Wort deutsch — bilden dieselbe; ohne Schwertstreich haben sie den Boden erobert und verschangen sich nun durch umgehauene Bäume. Diese Verschanzungen aufs Aeußerste zu vertheidigen, schienen sie nicht im Sinn zu haben, da sie von der franz. Behörde in Hüningen die Erlaubniß erbeten und erhalten haben, sich im Fall der Noth wieder über den Rhein zurückziehen. Man weiß nicht, über was man sich mehr wundern soll, über die Geduld dieser Leute oder über die Geduld der badischen Regierung, die nun schon seit vier Tagen diesen Skandal duldet. Gestern ist dieser Staat wieder um einige Bürger vermehrt worden; gegen Abend kam aus dem Wiesenthale herüber eine Anzahl deutscher und französischer Flüchtlinge, ohne Waffen, die Blusen zum Zeichen friedlicher Absichten weiß unter dem Arm tragend.

*) Soviel wir wissen, ist Baffermann in diesem Bezirke erst vorgeschoben worden, als ein früherer Gegenkandidat Mohls die Aussicht, gewählt zu werden, ganz verloren hatte.

Digitized by Google

Sie waren von der Herwegh'schen Schaar und erzählten, daß sie gestern Morgens 10 Uhr in der Nähe von Schopfheim plötzlich von den Würtembergern angegriffen wurden, die nicht viel parlamentirten, sondern gleich ihre Waffen gebrauchten. Ihre Schaar sei bald zerstreut und Viele gefangen genommen worden. Ueber Herwegh beklagten sie sich bitter; er habe sie im Stich gelassen. Seine Frau besitze noch mehr Muth als er. Sie vermuthen, daß er in einem Chaischen, das er mitgeführt, entkommen sei. Bornstedt, wollten Einige wissen, sei gefährdet. Ein anderes Gefecht, vermuthlich mit der Siegel'schen Kolonne, sollen die Würtemberger bei Todtnau bestanden haben; darüber fehlen jedoch noch genaue Nachrichten.

>< Von der Schweizergrenze, 27. April. Nachdem die republikanische Landesoberätherei, die schon ganz Baden den Franzosen in die Hände fpielen zu können wähnte, nun gehetzt und gejagt über die deutschen Grenzen flüchtet, behauptet sich noch immer der kleinste und neueste Freistaat der Sonnenfinsterniß. Es ist nicht anders, als sollte der Hänigner Brückenkopf auf rechtem Rheinufer ein Vorwerk für Frankreich werden. Als wenn sie Südbaden Frankreichs wären, bauen da unter des Kommunisten Willich's und Heinzen's Befehlen deutsche Blutsmänner Schanzen und Barrikaden. Auf der linken Rheinseite stehen zwei gutladene Kanonen, deren Mündungen auf Deutschland gerichtet sind. Vielleicht werden diese Geschütze den Franzosen mit Gewalt entführt, sobald die Freischaar in die Noth versetzt wird, ihren der Freiheit geweihten Boden gegen Uebergriffe der deutschen Heeresmacht zu vertheidigen. Oder sollen etwa die wälschen Kanonen den Deutschen antworten, sobald diese ihre Kugeln theilmärkts den zu Vertreibenden nachsenden? Wird etwa der casus belli mit der Schweizerinsel eingeleitet? Nun es wird sich bald zeigen. Gestern sprengten die Würtemberger bei Zell und Kadenbach im Wiesenthal die Herwegh'sche Freischaar auseinander. Die berüchtigten Häupter Bornstedt und Schimmelpfennig (vulgo Rheinhardt) sollen dabei gefallen sein, und nach Aussage mehrerer flüchtlinge hätte sich Herwegh nach Rheinfelden zu geflüchtet mit dem Reste seiner Bande. Da aber dort überall Truppen stehen, so könnte es leicht geschehen, daß der Schwabenjüngling seinen unsanften Landsleuten in die Hände geriethe, die, wie eben die Nachricht kommt, nun auch bei Schwörstätten unweit Rheinfelden zum zweiten Mal auf ihn gestoßen sein sollen. Gestern und vorgestern also sind nun die beiden Freischaarenbanden zerspreugt worden, am 25. die Siegel'sche Schaar, die von Freiburg nach dem Rhein durch den Schwarzwald flüchtete und ihre Kanonen den Truppen lassen mußte, und am 26. die Herwegh'sche Schaar, die viel französische Mitläufer, Herrn gestern mehrere hier einfuhren, in ihren Reihen zählte. Wenn nun auch Deutschlands Befreiung durch die Freischaaren mißlungen, so trösten sich diese damit, daß zeht Frankreich Heere das ernstere Nachspiel aufnehmen werden. Die verrotteten Führer sagen es ihren Gesellen ganz unumwunden, die franz. Regierung habe ihnen diese Zusage auf das Bestimmteste gemacht.

Δ Gießen, 27. April. So eben erscheint hier folgende unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen sehr bedeutungsvolle Proklamation: An unsere Mitbürger von Gießen und Umgegend. Ohne Gesetz keine Freiheit! Ohne Ordnung kein Recht! Am heutigen Tage hat sich hier ein Bürgerverein im Sinne des vaterländischen Vereines zu Darmstadt gebildet, der sich zu folgenden Grundsätzen bekennt: Vorwärts! nicht Stillstand, noch weniger Rückgang, aber vorwärts nur auf der Bahn des Gesetzes! Alles ganz, Nichts halb, aber ganz nur das Volksgemäße, also die Fortentwickelung auf dem Grunde deutscher Eigenthümlichkeit. Als echte Vaterlandsfreunde wollen wir ein einiges, freies Deutschland, stark und geachtet nach Außen, gesichert, glücklich und zufrieden nach Innen. Und diese Segnungen im neuen Deutschland sollen nicht etwa bloß einzelnen Ständen zu Gute kommen, sie sollen ein gleiches Gemeingut sein Aller, die thätig und schaffend, ein Jeder in seinem Kreise, durch Fleiß, Betriebsamkeit und Ordnungsliebe mitwirken am gemeinschaftlichen Wohl. Wir wollen, daß Deutschlands neue Gestaltung unter Mitwirkung seiner Fürsten sich entwickle auf demokratischer Grundlage. Zu dem Ende wollen wir ein gemeinsames Oberhaupt für Deutschland, ein deutsches Parlament, bestehend aus dem Senate der Einzelstaaten und einer Volkskammer, durch welche der Wille des Volkes in verfassungsmäßiger Weise sich kund thue und Geltung verschaffe. Wir wollen politische Freiheit, d. h. das Recht der freien Mittheilung und der Besprechung unserer Angelegenheiten in Rede und Schrift und das Recht der freien Vereinigung. Wir wollen religiöse Freiheit, d. h. für einen Jeden das Recht, seiner eigenen religiösen Ueberzeugung zu leben, und dieselbe auch öffentlich zu bekennen, und gleiche bürgerliche und politische Rechte aller Konfessionen. Mit wahrem Trennung der Kirche vom Staate und eine volksthümliche Erziehung und Bildung der Jugend. Wir wollen Gleichheit vor dem Gesetze und Sicherheit der Person und des Eigenthums, verbunden mit Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens und Schwurgerichten. Wir wollen ein allgemeines Gesetzbuch für Deutschland und einen höchsten Gerichtshof für ganz Deutschland. Wir wollen Einheit des Münz-, Maaß- und Gewichtswesens. Wir wollen ein allgemeines deutsches Staatsbürgerthum. Wir wollen ein deutsches Volksheer und eine deutsche Flotte mit deutschem Banner und deutscher Flagge. Wir wollen eine möglichst wohlfeilere und volksthümliche Verwaltung. Wir wollen Fürsorge für den Gewerbs- und Arbeiterstand, sowohl in Städten als auf dem Lande, Steuern nach dem Einkommen u. s. w. Wie nun dies Alles zu verwirklichen und in unserem Deutschland in das Leben einzuführen ist, das ist die Aufgabe der in Frankfurt zusammentretenden konstituirenden Versammlung, zu welcher Deutschland jetzt seine Abgeordneten zu wählen hat. In der Hand dieser Versammlung liegt unsere Zukunft. Kürzer können wir uns glücklicher Weise in Bezug auf Dasjenige fassen, was unser Großherzogthum Hessen insbesondere angeht.

Wir wollen, daß alles Das, was unser Erbgroßherzog Mitregent beim Antritte seiner Regierung uns, unter eines Eigen Mitwirkung, so bereitwillig und gewiß aus innerster Ueberzeugung dargeboten hat, zur vollen Wirklichkeit werde. Wir erklären hiermit als freie konstitutionelle deutsche Männer frei und offen unsere entschiedene Ueberzeugung, daß keine Verfassung mehr und größere Rechte und Freiheiten des Volkes gewähren kann, als die im Vorstehenden bezeichnete. Wir erklären darnach aber auch als freie konstitutionelle deutsche Männer frei und offen: 1) Wir wollen mit aller Kraft dafür eintreten, daß jene Freiheiten und Rechte des Volkes, wie sie keine Verfassung größer gewähren kann, zur Wahrheit werden. 2) Wir wollen aber in keinem Falle eine Republik; hat der Erbgroßherzog zuerst und freiwillig die Rechte und Freiheiten des Volkes gewährt und uns versichert, so soll er sich auch auf uns verlassen können. Das erklärn wir als freie hessische Bürger und fordern alle hessischen Bürger auf, das Gleiche zu thun. 3) Wir wollen auf gesetzlichen Wege dafür wirken, daß nur ein solcher Mann in die konstituirende Versammlung nach Frankfurt gesendet wird, der sich entschieden für konstitutionelle Monarchie ausgesprochen hat. Wer mit uns einverstanden ist, der schließe sich uns an! Gießen, 26. April 1848. Der Ausschuß des vaterländischen Vereins zu Gießen. Dr. Credner, Prof. Rosenberg, Hofgerichtsadv. W. Dickoré, Kreallehrer. Ploch, Landrichter. Fulda, Fabrikant. Welker, Hofgerichtsadv. v. Haber, stud. jur. Lorbacher, stud. cam. Burckhardt, Schloßermeister. Kr. Köhler, Hymnasiallehrer. Helmolt, Schreinermeister. Braun, Mühlt. Konrad Weidig, Mrzger. vdt. Dr. Eichelin, Sekretär."

Deutsche Männer aller Gaue unsers großen schönen Vaterlandes folgt diesem Beispiel deutschen Bürgersinnes, deutscher Redlichkeit und deutscher Treue. Weg mit Anarchie und Unsturz.

Weimar, 26. April. Zum Abgeordneten für die Nationalversammlung zu Frankfurt hat der weimarische Kreis heute den Geh. Staatsrath v. Wydenbrugk und als dessen Stellvertreter den Buchhändler Frommann zu Jena gewählt.

Schwerin, 24. April. Die Landeswahlen zur Frankfurter Deputirtenversammlung sind folgendermaßen ausgefallen: I. Wahlkreis (Rostock): Oberappellationsgerichtsrath Kierulff; Ersatzmann: Dr. Lippe. II. Wahlkreis (Bliemar): Dr. Haupt; Ersatzmann: Wendhausen-Borschendorf. III. Wahlkreis (Schwerin): Amtsverwalter Bäcker; Ersatzmann: Dr. Marcus. IV. Wahlkreis (Boitzenburg): Rektor Reinhardt; Ersatzmann: Schlettwein-Bandelstorff. V. Wahlkreis (Parchim): Oberappellationsrath Kierulff-Rostock; Ersatzmann: Dr. Drechsler-Rostock. VI. Wahlkreis (Güstrow): Pogge-Roggow; Ersatzmann: v. Thünen-Thellow. VII. Wahlkreis (Waren): Dr. Sperngel.

**Schleswig.** ⚓ Rendsburg, 25. April Abends. Sie finden mich mit einem Male in Rendsburg in einem Hospital mit 80 Betten, dem ich vorstehe. Gestern Abend war es mir zu langweilig in Kiel, heute Morgen 9 Uhr saß ich hier ein, um 10 Uhr war ich installirt, und jetzt bin ich völlig eingewohnt. Von dem Siege bei Schleswig werden Sie schon wissen. Die Vorposten waren unaufmerksam und wurden rasch zurückgedrängt. Die Preußen rückten (23.) vor die Schanze (4 Kanonen) bei Dannewerke, welche eine Salve gab, die drei Mann beschädigte, und stürmten dieselbe, ohne ihr Zeit zum zweiten Schuß zu geben, während die preußische Artillerie eine halbe Stunde rückwärts stand. Sie rückten dann bis an das Dorf Busdorf, welches den Anfang der Stadt Schleswig bildet und wo wieder Verschanzungen waren, welche die Truppen aufhielten, bis ein Korps, welches diese umgangen, von der Flanke einfiel und so die Dänen zum Rückzug zwang. Die Dänen, durch falschen Lärm schon 2 Tage lang zuvor beunruhigt, wurden erst bei dem Angriff auf die Schanze alar-

Digitized by Google

wird, konnten daher, da Schleswig ¾ Meilen lang um die Spitze der Schlei sich erstreckt, erst spät erschienen. Daher kämpften besonders Dragoner von ihrer Seite, welche bald aber nach tapferer Gegenwehr in die Schlei und die moraſtigen, durch das hohe Waſſer noch ſchwierigeren Wieſen gedrängt wurden und ſehr gelitten haben ſollen. Von da geht eine gerade Straße auf das Schloß Gottorf zu, welche von dort mit Kanonen beſtrichen wurde, weßhalb das Vorrücken gehemmt ward. Statt deſſen zog ſich eine Kolonne, beſonders freiwillige Schützen, durch waldige Höhen im Halbkreiſe um das Schloß weſtlich (links) herum und erreichte etwas nordwärts die Flensburger Landſtraße, nachdem heftige Gefechte mit Artillerie und Schützen beſtanden waren. Während dies geſchah, waren in der Nacht die ſchleswig-holſteiniſchen Truppen, unſer rechter Flügel, 500 Reguläre, 1100 Freiwillige, an Caternſtorfe vorbei gegen Miſſunde gerückt (die Dänen hatten nicht, wie ich voriges Mal ſchrieb, den ſchmalen Streif zwiſchen Schlei und Ekernförde beſetzt), hatten zum Theil dort, nachdem die 2 Kanonen der Feinde (die eine durch den erſten Schuß) demontiet waren, auf Pontons, zum Theil etwas weiter gegen Norden bei Stubbe auf Booten, welche die Schiffer von Arnis und Kappeln beſchafft, die Schlei überſetzt und marſchirten nach der Flensburg-Schleswiger Straße. Seitdem hörten wir nichts Beſtimmtes mehr von dort. Geſt heute Abend kommt die freilich nicht erfreuliche Nachricht, in Flensburg ſind die Dänen getrennt, der Hauptheil zöge nach Norden, nach Apenrade, 16 Kanonen und viele Offiziere ſein gefangen. Die Nachricht ſcheint ſicher. Ob unſer linker Flügel, der die von mir früher angegebene Umgehung machte, dabei thätig war, iſt wohl mehr als zweifelhaft, wahrſcheinlich haben nur das Centrum und der rechte Flügel den Feind erreichen können. Der ſtarke Oſtwind iſt uns dabei günſtig geweſen, indem er durch das Anſchwellen der Schlei die dort in den Dämmen beim Schleſſe Gottorf angelegten Minen unbrauchbar gemacht hat; auch ſoll bei Eckernförde aus derſelben Urſache ein Kriegsſchiff auf den Sand geſetzt ſein. — Ueber das Befinden des Königs iſt man ſehr in Sorgen. Das Gerücht ſeines Todes verbreitet ſich allgemein. Auffallend iſt, daß, nachdem die hieſige Zeitung am 20. ſein Erkranken an Bronchitis in Friedericia gemeldet, dieſelbe am 22. keine Zeile über ſein Befinden bringt. Der König wird jetzt ganz unverhohlen als Maſchine behandelt; in Schleswig, wo man ihn nur ein paar Stunden ließ, gab man ihm nicht einmal Zeit, ſich zu erfriſchen, ſondern ſpedirte ihn eiligſt nach Flensburg zurück. Der Verluſt der Preußen (mit Verwundeten) wird auf 150 Mann angegeben. In Schleswig hatten 3 Beamte die däniſche Regierung anerkannt; ein Prediger, der ſich weigerte, die Proklamationen verleſen zu verleſen, ward mit Dragonern auf die Kanzel geführt und verlas dieſe dann, nachdem er ſchriftlich erklärt hatte, daß durch dieſe Verleſung die Giltigkeit derſelben nicht anerkannt werde.

†† Schleswig, 25. April. Soeben ſchifften ſich die Dänen in Eckernförde mit Zurücklaſſung ihrer Pferde ein. Das Kriegsſchiff Galathee liegt aber noch dort. Die däniſche Kriegskaſſe wurde von braunſchweiger Freiwilligen geſtern erbeutet. Flensburg wird wohl ſchon eingenommen ſein; die däniſch Geſinnten ſind geflüchtet. Hier ſind viele Häuſer von Kanonenkugeln beſchädigt. Die Dänen fochten tapfer, ſchoſſen gut, unſere Garde hielt ſich aber meiſterhaft.

Neumünſter, 25. April. In einer von heute Morgen 9½ bis nach 3 Uhr hier unter dem Vorſitze des Herrn Kammerherrn v. Neergaard gehaltenen Verſammlung zur Berathung über die Wahl zum deutſchen Parlament wurden folgende Männer als Candidaten für Holſtein und event. für Schleswig feſtgeſtirt: Adv. Claußen in Kiel, Prof. Hanſſen in Leipzig, Etatsrath Reventlow in Kiel, Adv. Bargum in Kiel, Kammerherr v. Neergard, Dr. Alsmann in Kiel, Adv. Friederici in Kiel, Dr. Dreis, bisher in Meldorf, jetzt ſchleswig-holſteiniſcher Freiwilliger, Prof. Waitz, bisher in Kiel, Prof. Wuem in Hamburg, Stein in Kiel, Dr. Rieſſer in Hamburg, Prof. Droyſen in Kiel (jetzt in Frankfurt a. M.), Obreadiütor Brakel in Rendsburg, Adv. Dr. Gülich in Schleswig (jetzt in Frankfurt a. M.), Dr. Steindorff in Schleswig, Adv. Michmann in Kiel, Hardesvogt Jacobſen. Der erſte holſteiniſche Waldbeſitzer hat ſich bereits faſt definitiv für Claußen, der zweite für v. Neergard, der dritte für Hanſſen entſchieden. Nach einem nochmaligen Stimmeneinzählungsüberſuche hatten die meiſten Stimmen für Schleswig-Holſtein: Claußen, Gülich, Droyſen, Hanſſen, Brakel, Neergard, Jacobſen, Rieſſer, Alsmann, Steindorff, Waitz. Nächſtdem erhielt die meiſten Stimmen: Michmann, Rieſſer, Dreis, Stein, Friederici und Wuem. In der heutigen mit theilweiſe ſehr ſchaufer Kritik geführten Debatte war das Reſultat, daß man ſich gegen die Aufnahme folgender Namen in die Vorſchlagsliſte entſchied: Adv. Samwer in Kiel, Prof. Roß in Halle, Prof. Dahlmann in Bonn, Etatsrath Rickels in Glückſtadt, Juſtizrath Schleiden und Etatsrath Francke. Die Kandidatur des Hrn. Landvogt Lempfert und des Obergerichtsrathe Grafen Moltke kam nicht zur Sprache.

Die Allg. Pr. Z. berichtet: Aus zuverläſſiger Quelle iſt uns aus Rendsburg vom 25. April Abends 10 Uhr folgende Nachricht vom Kriegsſchauplatze zugegangen: Sorben komme ich in Rendsburg an und erfahre bei meiner Meldung auf der proviſoriſchen Regierung, daß bereits heute früh 10 Uhr die Preußen die Stadt Flensburg genommen haben. Die Dänen ſind gänzlich vertrieben, und iſt ihnen der Weg zu ihren Schiffen über Hoirup abgeſchnitten; ſind dieſelben nicht ſchon über Apenrade aufs Waſſer gekommen, ſo werden ſie von unſeren Truppen aufgefunden und hoffentlich gänzlich vernichtet werden. 24 Kanonen ſind den Dänen genommen, auf der feindlichen wie unſerer Seite viele Verwundete und von den Grenadieren des Kaiſer Franz Regiments mehrere Todte aufgefunden worden (circa 20 däniſche Gefangene). Außer einzelnen kleinen Abtheilungen holſteiniſcher Truppen ſind wiederum die Preußen allein auf dem Schlachtfelde geweſen und haben glänzend gefiegt.

* Frankfurt, 28. April. Der Fünfziger-Ausſchuß war in ſeiner heutigen Abendſitzung faſt ausſchließlich mit Vorberathung von Anträgen beſchäftigt. Der Antrag Wiesners, daß der Bund für Anerkennung der ſchwarz-roth-goldnen Flagge von Seite aller Gewächte ſorgen, jener Gülichs, daß er auf die Gleichſtellung dieſer Flagge mit jener der bedeutendſten Nationen hinwirken möge, erweckten zwar lebhafte Sympathie; doch drang die Anſicht des Hrn. Duckwitz, daß alle Gegenſtände der Handelspolitik und der Schifffahrt als unzertrennbares Ganzes nur von der konſt. Verſ. und den von ihr zu ſchaffenden Vollzugsorganen erledigt werden können, bei der Mehrheit durch, und brohte Anträge derſelben der Tagesordnung. Dagegen wurde Jakobi Antrag auf Niederſetzung einer Kommiſſion um über die amtliche Erklärung der Wien. Zeit. in Betreff der Stellung Oeſterreichs zum Bunde (in welcher Erklärung der Antragſteller einen offenbaren Widerſpruch gegen die Beſchlüſſe des Vorparlaments erblickt) zu berichten, gegen den Widerſpruch Hornbofels und Stettmanns angenommen. Auch Beſeners Antrag, eine Parlamentsmehr von 10,000 Mann zur Erhaltung der bereits eingeführten öffentlichen Ordnung und zum Schutz des Parlaments zu errichten, gebt an eine Kommiſſion. Zu Anfang der Sitzung legte Heckſcher den Entwurf der Adreſſe an das badiſche Volk vor, welcher mit einem Zuſatz von Spat genehmigt wurde. Die Arbeitervereine von Hanau und Offenbach kündigen dem Ausſchuſſe an, daß, da den nicht Eingebürgerten an ihren Wohnorten das Wahlrecht nicht eingeräumt werde, ſie nunmehr eigene Abgeordnete, und zwar auf 10,000 Arbeiter einen, in die konſtituirende Verſammlung ſenden werden. Die Wahlkommiſſion wird über dieſen eigenthümlichen Fall zu berichten haben. — 29. Abends. An der Wahl eines Abgeordneten zur konſtituirenden Verſammlung nahmen hier 6611 Wähler Theil. Hievon erhielt Dr. Jucho 6650, Dr. Reinganum 1404, Schaff Soucay 421, Dr. Kilp 70, Dr. Binding 1. 22 Stimmen u. ſ. w. Auch auf Hecker fielen 6 Stimmen.

## Großbritannien.

London, 26. April. Gewiß nicht auf Wunſch und Willen des Lord Palmerſton veröffentlicht „Galignani's Meſſenger“ einen Briefwechſel zwiſchen Palmerſton, H. L. Bulwer und dem ſpaniſchen Miniſter des Auswärtigen, dem Herzog von Sotemayor. Was man auch von der ſpaniſchen Wirthſchaft denken mag, und welche unumſtößliche Wahrheiten die Palmerſton'ſchen Lektionen auch enthalten mögen, ſo kann man doch unmöglich die Sprache billigen, womit Palmerſton die Regierungen auswärtiger Länder ſchulmeiſtert, ebenſowenig wird man läugnen können, daß die gewiſſene und raiſonirende Art, womit der Herzog von Sotemayor die Palmerſton'ſchen Anmaßungen zurückweiſt, als eine Schlappe für Palmerſton zu betrachten iſt. England, als Wächter der konſtitutionellen Freiheit, hat ſeine Aufgabe erfüllt; die Völker haben ſich im Innern emancipirt, ſie werden ſich auch von dem Druck der engliſchen Einfluſſe zu emancipiren wiſſen. Auch England wird gezwungen werden, ſich zu einer neuen diplomatiſchen Lehre und Praxis zu bekennen; die Palmerſton'ſche Diplomatie, obſchon an Energie und umfaſſendem Blick über andere hervorragend, iſt mit dem alten diplomatiſchen Syſtem noch durch zu viel Fäden verklappt, die durchriſſen werden müſſen, wenn die Völker für ihre innere Entwickelung wie für ihre Stellung gegen einander vollkommen freien Spielraum gewinnen ſollen. Es iſt möglich, daß der bürgerliche und volksfreundliche Geiſt, dem ſich Viel ohne Zweifel eben ſo gern anſchließen würde, als er jetzt mit den Whigs ſich verträgt, unter den jetzigen Verhältniſſen Ausſicht hat, früher oder ſpäter zur Macht zu gelangen; nur wird man ihn nicht Kriegsminiſter werden laſſen. Was die oben erwähnte Korreſpondenz betrifft, ſo ſchreibt Lord Palmerſton an den

Digitized by Google

englischen Gesandten in Madrid unterm 16. März: er möge der spanischen Regierung anrathen, daß sie einen gesetzlichen und konstitutionellen Weg einschlage; der Sturz der Dynastie Orleans werde dem spanischen Hofe Sweetz genug sein, wie gesährlich es sei, ein Land in einer dem Willen und Geist der Nation widersprechenden Weise zu verwalten; die Katastrophe in Paris zeige deutlich, daß selbst eine wohlgeschulte und zahlreiche Armee nur ein ungenügender Schutz für die Krone sei, wenn das Regierungssystem mit dem Volkscharakter nicht in Einklang stehe. Dieser Brief schließt: „die Königin von Spanien würde innerhalb der gegenwärtigen kritischen Lage klug thun, wenn sie die Exekutivgewalt ihrer Regierung dadurch kräftigte, daß sie die Grundlagen, auf welchen die Verwaltung ruht, erweitert, und in ihren Rath einige von denjenigen Männern zieht, auf welche die liberale Partei ihr Vertrauen setzt.“ Der zweite mitgetheilte Brief ist von Hrn. Bulwer als Begleitungsschreiben des Palmerston'schen an den Herzog von Sotomayor gerichtet und bekräftigt die so ziemlich in der Form von Forderungen auftretenden Wünsche Palmerston's. Das Antwortschreiben des Herzogs an Bulwer, vom 10. April datirt, ist zu lang, um es hier seiner ganzen Ausdehnung nach mitzutheilen; nur einige der wesentlichsten Punkte wollen wir berühren. Der spanische Minister drückt im Eingange seines Schreibens seine Verwunderung sowohl über den Brief Palmerston's, als namentlich darüber aus, daß er bereits früher schon im Clamor Publico veröffentlicht worden, in einem Oppositionsjournale, welches demnach von der englischen Regierung besonders begünstigt und zu Darlegungen ihrer Ansichten benutzt zu werden scheine. Der spanische Minister spricht dem englischen das Recht ab, besser über den Charakter und die Gewohnheiten der Spanier urtheilen zu können, als ein geborner Spanier; im Gegentheil, seitdem sich Spanien von den Einflüssen des Auslandes frei gemacht, sei Ruhe und Glück in Spanien fortdauernd im Wachsen. Der Herzog von Sotomayor bezeichnet die Art, wie Palmerston seine Wünsche ausgedrückt, als eine „außerordentliche Anmaßung, von der man nur überrascht sein könne; was würde Lord Palmerston sagen, wenn sich die spanische Regierung in die Verwaltung der großbritannischen Angelegenheiten mischen oder sie einer Kritik unterwerfen wollte? wenn sie ihr z. B. eine Aenderung in ihrem Verwaltungssystem vorschlagen oder anrathen wollte, wiesamere und freisinnigere Maßregeln zu treffen, um die schreckliche Lage Irlands zu erleichtern? Was würde er sagen, wenn der spanische Gesandte in London in so herber Weise, wie Hr. Bulwer gethan, die Zwangsmaßregeln geißeln wollte, welche England trüfe, um die Gährung im eigenen Lande niederzuhalten? Was würde er sagen, wenn die spanische Regierung im Namen der Menschheit von England verlangen wollte, es solle sich gegen die ostindischen Völkerschaften größerer Schonung und menschlicherer Behandlung befleißigen? Was endlich würde er sagen, wenn die spanische Regierung der englischen zu Gemüthe führen wollte, daß die auf dem Kontinent den Machthabern ertheilte Lehre allen Völkern, auch das englische nicht ausgenommen, heilsam sei, daß folglich die großbritannische Regierung dem berühmten Peel zu übertragen sei, jenem talentvollen Staatsmann, der die Sympathien des englischen Volkes im weitesten Sinne, aber auch die Achtung und Hochschätzung aller Regierungen Europas zu gewinnen gewußt habe?“ — Der Minister legt schließlich in der „entschiedensten Weise“ Verwahrung gegen das Palmerston'sche Ansinnen und Verfahren ein, wie dies jede Regierung thun müsse, welche nicht alle Selbstachtung verloren habe, sendet die empfangenen Briefe im Einschluß an Hrn. Bulwer zurück und erklärt, daß, wenn ihm noch ein ähnliches Schreiben zugehen sollte, er dasselbe ebenfalls, aber ohne eine weitere Bemerkung, wieder zurückschicken werde. — Es ist übrigens wahrzunehmen, daß Palmerston seit einiger Zeit ziemlich kleinlaut geworden ist und in seinen parlamentarischen Erklärungen sich einer sehr vorsichtigen Ausdrucksweise befleißigt. Die Bewegung der Völker ist ihm zu mächtig geworden; die Stellungen sind verschoben, und in derjenigen, in der er sich jetzt befindet, scheint er sich, sollist wie er ist, nicht gerade behaglich zu fühlen.

## Frankreich.

Paris, 27. April. Der Gesandte der Ver. Staaten, H. Richard Rush, hat sich gestern nach dem Stadthause begeben, um der provis. Regierung die definitive Anerkennung der franz. Republik durch die nordamerikanische Regierung und seine Kreditive zu überreichen. Er ward mit großen Ehrenbezeugungen empfangen, begrüßte die Regierung in einer sehr freundlichen Rede und freute sich, daß Nordamerika gleich Anfangs die französische Republik anerkannt habe. „Es geschah dies drei Tage nach ihrem Entstehen, — jetzt ist sie bereits im dritten Monat ihres Daseins. Während dieser Zeit, wo ganz Europa bewegt und Frankreich den schwersten Prüfungen und Hindernissen ausgesetzt war, ist es der prov. Regierung gelungen, dem Lande die höchsten Güter der Ruhe im Innern, des Friedens nach Außen zu bewahren. Die Geschichte wird dieses ungetrübte Werk zu würdigen wissen.“ Lamartine antwortete dem Gesandten und sprach das Vertrauen aus, daß die Republik groß und stark in die Hände der Nation übergehen werde. „Was uns dieses Vertrauen gibt, ist, daß das französische Volk jetzt reif für seine Institutionen ist. Was vor 55 Jahren nur in den Köpfen der ausgezeichnetern Geister war, ist jetzt in die Ideen und Sitten des ganzen Volkes ohne Ausnahme übergegangen. Die Republik, die unser Volk heute will, ist dieselbe, die sie bei sich bereits gegründet haben — eine fortschreitende Republik, aber mit Aufrechthaltung der Rechte, des Eigenthums, der Industrie, des Handels, der Rechtlichkeit, der Freiheit, des moralischen und religiösen Gefühles der Bürger.“ Lamartine erinnerte dann an die alten Beziehungen zwischen Frankreich und Nordamerika und schloß mit den Worten: Jener Franzose habe für Amerika das Herz Lafayettes.

Man glaubt, daß diese öffentliche Aufstreten eine abschließende Demonstration war und spricht davon, daß eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen der französischen Republik und den vereinigten Staaten in Unterhandlung sei, um den Uebergriffen Englands zur See die gebührenden Schranken zu setzen. Die Sermächte zweiten Ranges in Europa, namentlich die Italiens, sollen eingeladen werden, dieser Allianz beizutreten.

Das Wahlgeschäft ist seinem Ende nahe; die nächsten Tage werden das Ergebniß bringen. Soviel man jetzt schon davon bemerken kann, wird das Resultat in Paris ein erfreuliches sein; Lamartine und seine Freunde werden die größte Majorität erhalten, Ledru Rollin einer der letzten Deputirten sein. Nach einer Stimmliste, die das „Journal des Débats“ mittheilt, haben in einer Sektion des 1. Arrondissements Lamartine, Marrast, Dupont u. s. w. von 554 Stimmen ungefähr je 500 Stimmen, Ledru Rollin nur 114, Louis Blanc nur 92 Stimmen; die übrigen Sektionen sollen ganz dasselbe Verhältniß enthalten. Auch im 2. bis 7. Arrondissement steht überall Lamartines Name oben an, dann seine Freunde Dupont, Garnier Pages, Marrast, Arago, Carnot, und erst in sehr später Linie Ledru Rollin, L. Blanc, Flocon u. s. w.; erst im achten stehen sich die beiden Parteien ziemlich gleich. In den andern stellt sich das Verhältniß wieder wie in den ersten; im 13. (Bourg la Reine) zeigt eine Stimmliste über 900 Stimmen für Lamartines Richtung, nur 30 für Ledru Rollin, 20 für Louis Blanc.

An Manövern aller Art haben es namentlich die Lyßegenannten nicht fehlen lassen; aus einem fulminanten Briefe von Lamennais geht hervor, daß man das „souveräne Volk“ gerade so mißbrauchte, wie es von seinen Schmeichlern und Höflingen überall mißbraucht wird. Dennoch stellt sich bis jetzt das Verhältniß ganz zu Gunsten der gemäßigten Richtung und es ist höchst pikant, zu lesen, wie das Journal des Débats in brüderlicher Eintracht mit dem National sich darüber freut, daß die gemäßigte Meinung siege. Was sie Zeiten, wo das J. d. D. einen Armand Marrast und Arago als Männer der gemäßigten Meinung unterstützt! — Eine Niederlage Ledru Rollins in der Hauptstadt, oder auch nur eine Wahl mit schwacher Stimmenzahl würde der Partei einen empfindlichen Stoß versetzen, und es erhält sich daher auch das Gerücht, Ledru Rollin wolle abdanken. Daß ihm die Provinzen keine Unterstützung bringen, läßt sich erwarten.

## Italien.

* Rom, 18. April. Die Kirchengüter, welche seit der Revolucation angesammelt worden sind, betragen, wie jetzt nachgewiesen worden ist, den Werth von 120 Mill. Scudi. Ein großer Theil derselben ist aus Legaten, die die Geistlichkeit auf dem Todenbette der Kirche zuzuwenden gewußt hat, erwachsen. Da dieselben nun dem Staate zugänglich geworden sind, so werden sich die Finanzen des Kirchenstaats bald wahrscheinlich eines sehreren Kredits erfreuen dürfen als die von irgend einem anderen Staat Europa's. Unterdessen aber herrscht hier augenblicklich Noth. Der Trésorier muß sich zu helfen suchen und hat daher eine Vorschußsteuer ausgeschrieben, welche bei den Grundstückabgaben der Jahre 1849, 1850, 1851 wieder berrechnet werden soll. Sie beträgt $^{3}/_{12}$ der Grundsteuer in drei Raten zahlbar. — Der Circolo romano popolare, welcher von dem der Vornehmen wohl unterschieden werden muß, hat dem Ministerium den Vorschlag zu einem neuen Wahlgesetz eingereicht, nachdem vorher in diesen Versammlungen eine Reihe von Vorträgen über das Staatsgrundgesetz gehalten worden waren. — Die Emancipation der Juden ist gestern insoweit erfolgt, als der Kardinal Vikar Befehl gegeben hat, die Thore, durch welche die Bewohner des Ghetto jeden Abend von

Digitized by Google

der übrigen Stadtbevölkerung abgeschlossen wurden, hinwegzunehmen. Zur Vermeidung größeren Volksaufsaufs hatte man erst 3 Uhr nach Sonnenuntergang Hand ans Werk gelegt, dann aber auch so gründlich verfahren, daß nicht ein Stein von jener Pforte stehen geblieben ist. — Ein großer Streit droht sich wegen des Besitzes des Collegio Romano zu erheben, welches die Jesuiten haben aufgeben müssen und das das Volk jetzt für ein neu zu errichtendes Lyceum verwendet zu sehen wünscht. Das Municipium hatte den Antrag deßhalb an den Papst gestellt. Statt dessen aber bemerkt man jetzt, daß neue Miethlinge sich daselbst einzunisten drohen, was zu heftigem Geschrei Veranlassung gibt. In der That bedarf der öffentliche Unterricht einer sehr gründlichen Reform. Denn mit der Beseitigung der Jesuiten ist es allein nicht gethan. Die Priester von S. Apollinare, denen man gegenwärtig die hiesige Jugend anvertraut hat, vermögen dieselbe nicht einmal äußerlich im Zaum zu halten. Vor einigen Tagen hatten die Buben dieser Collegi die Kinder eines unserer Landsleute als Deutsche so verhöhnt und mißhandelt, daß sich einige Bürgergardisten ihrer annahmen und sie nach Hause bringen mußten. Die Lehrer waren unfähig gewesen, sie zu schützen. — Der Papst erklärt denen, welche ihn zu sprechen Gelegenheit haben, daß er mit der Lösung des großen Problems beschäftigt sei, als stallen. Fürst seine Obliegenheiten zu erfüllen und als Papst den Krieg zu vermeiden. Dieses Räthsel müsse er bald lösen, und er hoffe es zu lösen.

### Nachschrift.

† München, 28. April. So eben sind die Wahlen für das deutsche Parlament berendet. Ministerialrath Prof. Hermann erhielt im ersten Wahlbezirke 77 Stimmen unter 119, im zweiten Bezirke bekam Prof. Fallmerayer mit 116 Stimmen unter 124 die Majorität. Zu Ersatzmännern sind gewählt: Oberappellrath Cucumus in beiden Bezirken, dann Oberstlieutenant Lylander und Adv. Rubandl.

* Aus Karlsruhe erfahren wir, daß gestern (29.) die Begründung des bekannten Adlam'schen Antrags in der ersten Kammer stattgefunden hat; die Regierung nahm ihn als das auf, was er war, als einen Versuch der Reaktion, im Trüben zu fischen. Bekk und Mathy wehrten die Vorwürfe des Motionsstellers energisch ab, und der Ausgang war, daß derselbe seinen Antrag zurückzahm. Ein Antrag v. Rüppel, „die Kammer wünsche, daß die Regierung kräftige Maßregeln zur Unterdrückung des Aufruhrs treffen und die Beamten zur gewissenhaftesten Pflichterfüllung auffordern möge", wurde angenommen; diesem Wunsch schließen sich ohne Zweifel alle Wohlgesinnten im Lande an.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

---

Soeben erhalten wir die Nachricht, daß sich in München ein Hauptkomité zur Unterstützung der Tiroler gebildet hat, an dessen Spitze die Herren Dr. Fr. Lentner (Kaufingerstraße Nr. 17.) und Kaufmann Gustav Schulze stehen. Dasselbe hat am 26. d. bereits eine Aufforderung an alle Zeitungen erlassen. Wir haben uns als ein solches für Heidelberg und die Umgegend konstituirt und sind bereit, die milden Gaben der Vaterlandsfreunde entgegen zu nehmen und an das genannte Münchner Hauptkomité zu befördern.

Heidelberg, 29. April 1848. **Häusser**, Professor. **Joseph Kraus**, Gemeinderath. **Jolly**, Professor. **Otto Welcker. Reichard**, Redakteur. **Ph. J. Guttenberger.**

[381] **Erklärung.**

Apotheker Maier von Sinsheim und noch einige unzeitige Rebellen treiben schon längere Zeit in Sinsheim und der Umgegend den schändlichsten Unfug durch Verbreitung aufrührischer, den Umsturz der Verfassung zum Ziele genommener Schriften und scheuten sich nicht von Ort zu Ort zu ziehen und durch Ausstreuung der schändlichsten Lügen Unruhe zu stiften und Aufstand zu gewinnen. Wir übergehen die von ihnen unternommene Verdächtigung und Beschuldigung der Beamten mit dem Aufügen jedoch, daß sie von rechtlich gesinnten Gemeinden allenthalben nur mit Verachtung nach Haus geschickt wurden, weil diese Gemeinden es unter ihrer Ehre fanden, sich an diesen ohnmächtigen und verlagenswerthen Subjekten zu vergreifen. Die Frechheit dieser Aufrührer, an deren Spitze immer Apotheker Maier stand, der wahnsinniger Weise sich den Titel eines Vorstandes des Ausschusses der provisorischen Regierung beilegte, ging soweit, daß sie auf Ostersonntag den 23. d. M. eine Versammlung in Sinsheim veranstalteten, um dort republikanische Berathung abzuhalten. Am nämlichen Tage begaben sie sich noch nach Heidelberg, von wo sie nach Mitternacht rückkehrten und an allen Orten verkündeten, daß am Montag eine sehr ausgedehnte Volksversammlung in Heidelberg stattfinde. Niemand wußte sich zu erklären, was vorgehen solle; allein schon frühe kam Maier mit seiner Sippschaft und einem mit Gewehren, Sensen, Gabeln ꝛc. bewaffneten Gefolge aus der Umgegend hier an und forderte auch hier zum Mitzuge auf. Wir waren seit entschlossen, an dem Unternehmen, dessen Zweck Niemand begreifen konnte, und nicht zu betheiligen, allein die rohe Menge, die nicht wich, brachte es durch Drohen mit Morden und Brennen so weit, daß sich auch von hier Einige bestimmen ließen, sich dem Zuge anzuschließen. In Heidelberg angekommen, wußte sich der Vorstand des Ausschusses der provisorischen Regierung, so wie überhaupt Niemand aus seinem Gefolge über den Grund des Erscheinens zu verantworten, und die Folge davon war, daß der Zug, so weit er in Heidelberg selbst eingerückt war, von der dortigen Bürgerwehr unwirsch und nach kurzem Widerstand, der leicht das größte Unglück hätte verderblichen können, entwaffnet wurde. Wir danken den Einwohnern und insbesondere der Bürgerwehr Heidelbergs für ihre Rücksichten, welche sie mit den größtentheils durch den Zwang zur Theilnahme Verführten hatten, und geben uns der Hoffnung hin, daß die Rädelsführer die gerechte Strafe nach der ganzen Strenge des Gesetzes treffen wird.

Hoffenheim, 25. April 1848.

Im Namen der Gemeinde: **Der Gemeinderath.**

---

[382] In meinem Verlage erschien soeben:

## Es ist zu spät!

Ein politisches Trauerspiel

von

**Roderich.**

8. 5 Bogen. Geheftet 7½ Ngr.

Leipzig, im April 1848.

**Wilhelm Jurany.**

---

[383] Mit dem 1. Mai tritt in Mainz, durch eine Aktiengesellschaft gegründet, eine neue Zeitung ins Leben, welche den Titel

## Rheinische Zeitung

führt und die Interessen der konstitutionellen Monarchie vertritt. Weit entfernt, der Reaktion, käme sie woher sie wolle, zur Stütze zu dienen, wird unsere Zeitung die Freiheiten, welche das deutsche Volk errungen, sowie deren weitere Ausbildung, auf das äußerste zu vertheidigen und sich die Erzielung der Einheit und Kraft des Gesammtvaterlandes zur höchsten Aufgabe machen, dagegen den Bestrebungen jeder anarchischen Partei mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Das Blatt erscheint täglich und kostet in Mainz und im ganzen Umfange des Großherzogthums Hessen jährlich 7 fl., zu welchem Preise auswärts der Postaufschlag kommt. Insertionen werden mit 4 kr. per Zeile vergütet. Man abonnirt bei allen Postexpeditionen. — Mainz, April 1848. **Expedition der Rheinischen Zeitung.**

---

**J. S. des Postverwalters C. Becker in Pforzheim gegen Johannes Ziegler von Eppingen Forderung betr.**

Der Gläubiger Postverwalter C. Becker von Pforzheim hat in seiner schriftlichen Eingabe vom 17. Febr. l. J. vorgetragen, daß der Postgefälle Johannes Ziegler von Eppingen verschiedene kleine Summen im Gesammtbetrage von 700 fl., als Darlehen von ihm erhalten habe, und verlange, daß gegen diesen seinen Schuldner ein Zahlungsbefehl erlassen werde. Da nun dessen gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt ist, und das Großh. Oberamt Pforzheim nach Nr. 11 des laufenden Zahlungsblattes auf denselben fahndet, so wird Postgefälle Johannes Ziegler von Eppingen in rechtspolizeilicher Anwendung des § 272 Ziffer 3 der P. O. andurch aufgefordert, innerhalb 4 Wochen seinen Gläubiger um so gewisser Klaglos zu stellen, als sonst die Forderung für zugestanden, und jede Einrede dagegen für verschmäht erklärt würde.

Eppingen, 17. April 1848.

**Großh. Bad. Bez. Amt.**

[384]³ Müller.

---

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

(Hierzu eine Beilage.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Owen in Lond., 79 Newgate Street in London, für Frankreich b. Hrn. Herwegh in Paris, wo auch Inserate angenommen werden. Der Preis beträgt für das Vierteljahr 1 fl. 48 kr. Alle Briefe und Gelder werden franco erbeten.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion befindet sich in Heidelberg. Der Preis beträgt für das Vierteljahr 1 fl. 48 kr.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 1 fl. 12 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 2 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 122. Heidelberg, Dinstag 2. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde II. — Belgien (Rückzug der Wälschen; bessere Nachrichten aus Italien). Görz (Uebergabe von Udine. Berichten der öster. Truppen). Berlin (Dankerpetition. Aufstand in Krakau. Anspruche an die Polen. Canitz Kriegsminister. Enthusiasmus über die Siegesberichte). Posen (Anordnung der Parlamentswahlen). München (die Parlamentswahlen; trübe Aussichten; die Dinge in Tirol). Augsburg, Speier, Aschaffenburg (Parlamentswahlen). Stuttgart (die Parlamentswahlen). Dresden (Mobilmachung der Truppen). Leipzig (Vorausberechnung von Steuern). Hannover (Depesche des Generals Halkett). Kassel (Verhandlungen der ersten Kammer; die Amtsanklage Motion begründet und zurückgenommen). Mannheim (Aufnahmen nach dem Terrorismus der Anarchisten). Von der Schweizergrenze (Die Niedertage der Freischaaren. Parlamentswahlen). Altenburg (Parlamentswahl). Braunschweig (Parlamentswahl). Rendsburg (in Itzehoe wieder die deutsche Fahne. Verschanzungen der Dänen. Die Preußen in Apenrade. Kriegsbericht des Generals Wrangel. Die Repressalien gegen Dänemark. Jütland soll besetzt werden. Die Flucht der Dänen). Frankfurt (Protokamationen des Fünfzigerausschusses. General Halkett; Berichtigung. Verhandlungen des Ausschusses).

**Großbritannien.** London. Rauferei von Chartisten mit der Polizei in Greenock. Der Lag. Nationalkonvent vertagt. Die Chartist. Bewegung und die neue Dampf-Londoner Bolksstagnat. Interessenkurum der kath. Geistlichkeit um ein eignes irisches Parlament.

**Frankreich.** Paris. Der Anlauf der Eisenbahnen. Die Wahlen. Sieg der gemäßigten Republikaner. Die Ehrbietung. Geheime Fonds. Orleanistische Wahlmanöver. Die Bank.

**Beilage.** Der Kampf bei Zeiburg. — Wien (Festlichkeiten). München (Kammerverhandlungen. Das freiwillige Aufgebot). Trieft (Uebergabe von Udine)

## Heidelberg, 1. Mai.

Wir wollten untersuchen, sagten wir gestern, wie sich den verschiedenen Gruppen und Prinzipien der Monarchisten gegenüber der Verfassungsentwurf der Siebenzehn verhalten werde. Wir nannten zuerst die Partikularisten, die aus Ueberzeugung für die Erhaltung der einzelnen Staaten arbeiten und die Einheit nicht um den Preis der Besonderheit kaufen möchten. Diese Ansicht hatte in dem Kreise der Siebenzehn in einer Minderheit, die wir ihr auch in der großen Abstimmung wünschen, ihre ebenso ehrenwerthen als konsequenten Vertreter.

Ehrenwerth darum, weil es der deutschen Natur so wohl ansteht, mit der ganzen Freimüthigkeit eine Ueberzeugung zu vertheidigen, auch wenn sie nicht eben in der öffentlichen Meinung vortheilhaft postirt ist. Der übereinstimmende Ruf des deutschen Volkes geht nach Einheit. Es ist schwer und für die Popularität mißlich, diesem Rufe entgegenzutreten. Es wird sich aber fragen, wenn die große Probe der Erfahrung gemacht wird, ob es gerade die am schlimmsten mit der Einheit Deutschlands meinten, die in dem Sinne der Männer, die wir hier im Auge haben, sich freimüthig für die Aufrechthaltung der kleinen Staaten und der Stammeseigenthümlichkeiten ihrer Einwohner erklären. In der deutschen Natur ist diese Liebe und Entwicklung des Besonderen tief begründet. Wir haben nun einmal die Centralisation einer großen Hauptstadt, wir haben die methodische Nivellirung durch den Absolutismus nicht in Deutschland, wie in Frankreich, gehabt; unsere Geschichte, wie sie in der herkömmlichen Weise einheitlich als Kaisergeschichte behandelt wird, ist, außer an wenigen Stellen, arm und dürftig; wird ein Geschichtschreiber einmal den unermeßlichen Stoff der Landes- und Stammgeschichte geschickt hinein zu flechten wissen, dann erst werden wir recht fühlen, daß in die äußersten Glieder des deutschen Staatskörpers Lebensadern reichen, welche man nicht abschneiden und nicht unterbinden kann, ohne das Leben des Ganzen zu gefährden. Es könnte, wie im vorigen Jahrhundert in Frankreich, so jetzt bei uns, eine dauernde und zerstörende Revolution die Fürstenhäuser austreiben und vertilgen, den Provinzialismus, Föderalismus, Partikularismus mit blutigem Schwamm hinwegwischen — aber noch würden die Zuckungen der Revolution nicht aufgehört haben, und diese verblaßten Bilder würden wieder hervortreten; es würde die absolute Einheit durch einen Alexandrischen Geist in Deutschland begründet werden können, aber an dem Mangel der gleichen Nachfolger würde sie wieder scheitern, es würde der Stammgeist wahrscheinlich die mächtigste Triebfeder der Reaktion und Gegenrevolution werden. Wie wunderbar verflochten, wie tief verwurzelt der Partikularismus mit unserer ganzen Natur ist, ist gerade in diesen Tagen der allgemeinen Bestrebung nach Einheit an vielfachen naiven Zügen und gefährlichen Widersprüchen, bedenklichen Tendenzen und rührenden Symptomen sichtbar geworden, und wird es vielleicht noch in viel ernsterer, vielleicht in tragischer Weise werden, wenn an die Ausführung der deutschen Einheit wirklich die Hand gelegt werden soll. Dort unten in Schleswig hatte man die lange Klage über die Danisirung des Landes und zuletzt unter Anderem den Volksschrei über die dänische Schule in Hadersleben gehört, in der noch ertheilt das Land und seine Freiheit nicht, und schon denkt die provisorische Regierung daran, in dem dänischen Schleswig ein dänisches Gymnasium zu errichten! Indem die 17 Männer ihr neues Verfassungswerk auf den durchschlagenden Gedanken der Nationaleinheit gründen, nehmen sie, der versetzten Systematik nicht achtend, in die Grundrechte des deutschen Volkes einen Satz auf, der den Slaven, den nichtdeutschen Stämmen, ihre vollsthümliche Entwicklung, ihre Nationalsprache im Unterricht und Verwaltung sichert! Die Meinung einer Anzahl politischer Männer geht dahin, Deutschlands Krone dem preußischen Regentenhause erblich zu übertragen; damit aber die Einheit Preußens der deutschen Einheit nicht zu nahe trete, verlangen sie (sei sind aus mündlichen und schriftliche Forderungen dieser Art mehrfach angekommen), daß Preußen seinen Vereinigten Landtag aufgebe, und daß die acht Provinzen mehr in die Reihe der übrigen kleinen Staaten Deutschlands eintreten. Dies sind die unschuldigen Aeußerungen des Sondergeistes in Einzelnen; wo er sich in den Massen regt, wird er bedenklicher. Man hat in Baden die Fahne der Republik aufgepflanzt, und es ist dabei deutlich geworden, daß ein großer Theil der Bevölkerung dieses Landes für die deutsche Einheit keinen Sinn hat, daß er die deutsche Nationalität für Nichts anschlägt, daß er eine soldatische Ehre des deutschen Volkes nicht kennt. In Baiern sind eine Weile die deutschen Farben verfolgt worden, und es scheint, daß man von Oben heraus die partikularen Reservationen nährt und unterhält. Der Bodenseer gründet Jemand eine neue Zeitung, der das Kurfürstenthum Köln wieder herstellen will. In Oesterreich hat das Ministerium sich für die besondere Lage dieses Landes eine besondere Stellung zu dem deutschen Bunde vorbehalten, es hat für den Fall, daß die Natur eines „Staatenbundes" (eines „Bundesstaates" wollte man sagen) die unbedingte Fügung unter die Bundesgewalt bedinge, Oesterreichs Austritt angekündigt, und die vornehmsten Oesterreicher, die wir neulich hier außen im Reiche sahen, haben es geradezu ausgesprochen, daß Oesterreich, wenn es nicht an die Spitze Deutschlands treten solle, von Deutschland abreiten werde! So sind die Konstellationen, unter denen die deutsche Freiheit geboren werden soll!

Was Wunder, wenn diesen Symptomen gegenüber Männer, die bisher an der Geschichte und auf ihr verkehrt, mit der Natur der Nation geworden sind, sinnige Landbewohner, die im Kleinleben den Menschen an der Scholle kennen gelernt haben, Beamte, die die Politik aus den Gesichtspunkten ihres Geschäftskreises und ihres Landeshorizontes betrachten, Gelehrte, die der Reichthum des individuellen und partikularen Lebens anzieht und fesselt — was Wunder, sagen wir, wenn Alles, was deutsche Gemüthlichkeit liebt und in

Digitized by Google

sich trägt, an der besonderen Existenz der einzelnen deutschen Staaten festhängt und von der Eigenthümlichkeit der Stammesform erhalten zu sehen wünscht, was man erhalten werden kann. Sie sehen in jenen mannichfachen Zügen der Gesammtliebe des Volkes Naturart herausbrechen, die man achten soll; sie sehen in jenen feindseligen Aeußerungen des Partikularismus Gefahren drohen, denen man ausweichen müsse. Den Männern dieser politischen Sphäre genügt es an der errungenen Freiheit; wir beobachten, daß sie diese sicherzustellen in ihren Verfassungsansichten ebenso konsequent sind, wie in ihren vorgeschlagenen politischen Maßnahmen für die Abwägung der Unabhängigkeit der einzelnen Staaten gegen die allgemeine Einheit. Wenn es nur darum gälte, zu Hause eine gesicherte Freiheit, eine leidliche Ordnung, eine fremdliche Existenz zu gründen, die Menschen der Provinz ihre Verfassung und Verwaltung verstehen zu lassen, ganz wie sie wollen, die allgemeine Behaglichkeit möglichst wenig zu stören und die neue Einheit allenfalls so weit walten zu lassen, als sie dient, uns von unbilligen Angriffen zu sichern, so hatten diese Männer durchaus Recht. Ein staatlicher Stillleben wurde sich in Deutschland fortsetzen, eine Art Neutralität, imposanter als bisher aber nicht ehrenhafter für die Nation, sich erhalten lassen; der Zweck, den Oesterreich dem deutschen Bunde gleich bei seiner Stiftung setzte, „daß er sich im Centrum von Europa als eine große defensive Vereinigung zur Erhaltung der Ruhe des Weltheils etablire", dieser Zweck würde sich vollkommener als früher mit den Mitteln erreichen lassen, die von der Seite dieser Partikularisten versechten werden. Sie wollen die großen Grundrechte der Nation gesichert wissen, damit im Hause Freiheit sei; sie wollen die Ungleichheiten getilgt, die Vorrechte entfernt, sie wollen ein bürgerliches Regiment und Fürstenthum, damit der häusliche Friede durch möglichst wenige Gegensätze gestört sei; sie lassen daher Rechte von einem Oberen, einer Partei, einer politischen Begünstigung des Adels wissen; sie wollen, wenn sie überhaupt ein Zweikammersystem für nöthig finden, nur ein Regierungshaus haben, einen erweiterten Bundestag, in welchem vor Allem die Rechte des Einzelstaates vertreten und die Besonderheit, die Selbständigkeit des Theiles gewahrt werde. Wenn Zoll- und Heerwesen in eine Hand gelegt werden, so dünkt ihnen dann der Einheit genug geschehen; Recht und Gerichtswesen wollen sie so wenig aber Einen Kamm geschoren haben, wie die Verwaltung. Wenn irgend ein Chef an die Spitze tritt, der die einheitlichen Einrichtungen handhabt, so stellt sie das zufrieden. Ein mächtiges Haupt, das sich auf eine große Hausmacht stütze, würde ihnen die Gefahr zu bringen scheinen, daß kleinere Lande auf österreichischen oder preußischen Fuß zu sitzen. Eine erbliche Monarchie unter den kleinen Monarchen würde sie mit der Besorgniß erfüllen, daß diese zerdrückt würden und ein ungetheiltes Reich zuletzt die Einzelstaaten verschlingen würde. Sie sind daher für einen drei- oder fünfjährigen Wahlkaiser oder für einen Wechsel dieser Würde unter den mächtigern Regenten. Daß die deutsche Nation zu ihrer Freiheit auch eine Macht begehre, bringen sie nicht in Anschlag; daß ein so bewegtes inneres Leben nothwendig eine Fülle von Kraft voraussetze, die sich einen Ausweg nach Außen noth- und naturgedrungen suche; daß diese Kraft eine stetige Lenkung bedürfe und nicht einen launigen Wechsel der Richtungen; daß eine innere Politik, die den Namen verdient, eine äußere bedinge, die sich den Namen verdienen muß: Alles dies liegt dem Gesichtskreise jener Männer fern. Die Welt ist aus den Augen, nicht allein in den innern Verbindungen der Staaten, sondern auch in ihren äußern Verhältnissen zu einander: die drohende Stellung Frankreichs, die Zerrüttung, mit der es den Weltheil heimsucht, macht es unvermeidlich nothwendig, daß sich eine große Macht wie ein Schutz und Wall für Europa an dessen Grenzen lagere; in dem seltenen Augenblicke, wo dieses Bedürfniß sich zeigt, scheint Oesterreich in seine einzelnen Bestandtheile zerbröckeln zu wollen; der alte Bundesgenosse Englands, mit dem es die Anmaßungen Frankreichs zurückzuhalten, die ewigen Eruptionen dieses vulkanischen Bodens zu dämpfen suchte, geht ihm verloren; Deutschland ist beruhen, an die Stelle dieser Weltmacht zu treten, das ist der Sinn unserer Forderungen und die Ursache, warum wir eine starke erbliche Monarchie begehren und eine feste Form der Einheit nöthig finden, damit eine konsequente höhere Staatskunst Boden gewinnen könne, die der Lage der Welt, der Stellung Deutschlands zu ihr, der gesetzigen Kraft dieses Volkes nach ihrem großen Umfange, nach dem Verhältniß des Ganzen und nicht nach den Interessen der Theile, nach einer thätigen und nothwendigen Ansicht und nicht nach dem Zufalle fünfjähriger Regentenwechsel Rechnung zu tragen lernt.

Wenn unsere Partikularisten auf diesem Wege die Eine und unheilbare Monarchie drohen sehen, so mögen sie bedenken, daß bei den einzuführenden Freiheiten der Nation auch die Freiheiten der Bolksthelle und der einzelnen Fürsten werden gewahrt und geachtet werden, und daß die Gefahr einer weiteren Mediatisirung den neuen Regenten nur hervorstehen wird, wenn sie sich gegen die nothwendig und unausbleiblich gewordene Einheit und Stärke der Reichsgewalt allzu widerstrebend zeigen würden. Was aber viel wichtiger ist: sie mögen bedenken, daß sie auf ihrem Wege dem Gegenstand, der Republik, am zuverlässigsten in die Hände arbeiten. Folgenden Sätzen ist nach unserer Meinung ganz nicht zu widersprechen: Eine wechselnde Hauptlingsfahrt macht ein System deutscher auswärtigen Politik unmöglich; es hält Deutschland auf dem Standpunkte seiner bisherigen Unfähigkeit zu handeln fest, während gleichwohl die Ereignisse es zwingen, aus der Thatlosigkeit herauszugehen; die Kollisionen, in die wir nothwendig gerathen, werden zu unserem Schaden aufschlagen, die Niederlage und Schmach der Nation wird man in den Anfregungen dieser Zeiten nicht auf die mangelnde Einheit, sondern auf die Monarchie schieben; man wird sie als das letzte Hinderniß des deutschen Aufsehens im Ganzen und in allen Theilen zu zertrümmern streben. Dazu mitzuhelfen, ist um so unverantwortlicher, als nach dieser Ziele schon Parteien hinstreben, die so stark sind, daß ihre natürlichsten Gegner nicht Ursache hätten, sie noch wider Willen zu unterstützen.

**Oesterreich.** Görz, 24. April. Nach erfolgter Ratifizirung der Konvention rückten die k. k. Truppen gestern Nachmittag 1 Uhr in Udine ein, wo sie Waffen, Munition und 3 Kanonen gefunden haben. Die von Zarvis anrückenden k. k. Truppen griffen den Feind bei Pontebo mit Nachdruck an und zwangen ihn zum Rückzuge. Eilboten gehen in alle Richtungen der Provinz Friaul ab, um die Feindseligkeiten einzustellen und die Wege gangbar zu machen. Heute sehen die Truppen ihren Marsch nach Udine fort und besetzen Codroivo. Graf Hartig, an Se. Exz. den Hrn. Minister des Aeußern. (A. Z.)

* Wien, 24. April. Das Gerücht von dem Einfalle neuer Freischaaren in Istrianen hat sich nicht bewährt, vielmehr wurden die dort gestandenen Insurgenten nach einem am 22. Abends hier ausgegebenen Kriegsbulletin bis Cordino (einem Dorfe nächst der Ausmündung des Thales gegen den Isrosee) und im Rondberg bis gegen den Tonale, der Scheidewand vom Thal Camonica, zurückgeworfen, und eine vom Kreisamt Trient erlassene Kundmachung meldet, „daß nach einer kaiserlich eingetretenen Mithellung des k. k. Militärkommando's zur Zeit kein Mann mehr von den eingedrungenen italienischen Insurgentenhaufen, einzelne Nachzügler am Fuße des Tonale vielleicht ausgenommen, auf tirolischen Boden weile." Sonach hätten wir gute Zeit zum Rüsten, denn daß man Mailand sammt Suite den Plan aufgebe, Radetzky Verbindung mit Tirol abzuschneiden, wird sich wohl Niemand träumen lassen. Die Berichte der französischen Journale über den angefagten Streifzug Allemandis stimmen ganz mit dem, was die Meldungen aus Istrianen davon in Aussicht stellen. Beschiera ist keineswegs gefallen, wie die wälschen Lügenblätter verbreiten, im Gegentheil versichern die bei der hiesigen Kriegskanzlei eingetroffenen amtlichen Nachrichten, die Sechzehnpfünder seien aus der Batterie, worauf die Feste beschossen wurde, zurückgezogen und die Schußlöcher geblendet worden. Nach denselben Berichten liegt die Schießschule der piemontesischen Kanoniere noch ziemlich im Wirbelsturmstande. Baron Rath, der Kommandant der Feste, ist ein braver und muthiger Krieger. Es erinnert an die Worte manches wackern Spartaners, was er der Aufforderung zur Uebergabe geantwortet: „Ein Ritter des Thierschneidens übergibt die Festung nicht".

**Preußen.** ** Berlin, 28. April. Die Berliner Zeitungen von heute Abend und morgen Früh werden ausbleiben. Damit Ihre Strunkel-Peters nicht auspofaunen, in Berlin sei die Republik proklamirt, und momentane Erfolge erschleichen, so machen Sie doch sogleich bekannt, daß die Berliner Buchdruckergehilfen sich zusammengethan haben, um für einen Theil von ihnen, der schlechter gestellt ist, eine Erhöhung des Lohns zu erlangen, und für heute die Arbeit eingestellt haben — bis auf die Burschen herab! Eine Demostration ist damit nicht verbunden. — Am 26. April soll ein Aufstand in Krakau ausgebrochen sein; die Oesterreicher haben-im Kampf gefiegt. 800 Polen sind ausgewiesen; 400 kehren morgen nach Berlin zurück. Eine glückliche, möglichst schnelle Durchreise! — Eine Versammlung des bewaffneten Studentenkorps hat durch Maueranschlag in polnischer und deutscher Sprache einen Aufruf an Polen und Deutsche Posens erlassen, worin sie die Ersteren an die Schwüre ewiger Freundschaft zu Deutschland, die sie bei der Befreiung aus dem Kerker leisteten, er-

Digitized by Google

innern und den Landsleuten, unter Anerkennung der Langmuth, Friedensliebe und des Heroismus derselben, für den äußersten, schlimmsten Fall brausenden Zuzug gegen die Polen zusichern. — Es gibt hier doch noch einzelne Köpfe, deren Kapazität die Sache der Polen, weil diese sich zu befreien streben, mit der Freiheit so durchaus identifizirt, daß, wer dieser polnischen Sache sich widersetzt, ein Feind der Freiheit, ein geborner Kuckt oder Barbar heißt — also auch die Deutschen im Stande der Rothwehr. Warum, fragen diese Köpfe, macht Ihr nicht gemeinschaftliche Sache mit den Polen? das heißt, die Deutschen in Posen sollen zuvörderst sich gegen die preußische Regierung auflehnen und sodann, wenn Polen frei ist, auch der Hand des freien Polenvolks die Gabe der Freiheit empfangen! Oder warum sollen nicht Deutsche und Polen eine slawischgermanische Eidgenossenschaft bilden? Vor allen Dingen gilt es, jeden kleinlichen Zwist, Mord und Raub und Niedertracht vergessen, über der einen heiligen Idee der opferbereiten Befreiung derjenigen, welche uns stets mit Füßen treten. Angesichts dem Greuel, welche polnischer Fanatismus gegen die deutsche Nationalität verübt, predigen unsre kosmopolitischen Jesuiten die Fraternität der Mörder mit den Kindern und Eltern der Gemordeten!

**Berlin**, 27. April. Die Allg. Pr. Z. sagt: Wir haben schon gestern berichtet, mit welchem Enthusiasmus die erste Siegesnachricht aus Schleswig-Holstein hier von dem im Theater versammelten Publikum aufgenommen worden war. Auch in anderen Kreisen hat dieselbe, wie sie sich in der Hauptstadt verbreitete, ebenso begeisterte Freude erregt, und zu besonderer Genugthuung hat allen Vaterlandsfreunden die rühmende Anerkennung gereicht, welche in Berichten schleswig-holsteinischer Blätter sowohl der Tapferkeit wie der ausgezeichneten disciplinirten Haltung der preußischen Truppen gezollt wird. Als unsere Berliner Bürgerwehr auf der Schloßwache die Kunde von dem erfochtenen Siege erhielt, in Folge dessen die Stadt Schleswig eingenommen wurde, brachte sie den Tapferen ein lautes Hurrah, und die im Schloß anwesenden Soldaten wurden von ihr kameradschaftlich bewirthet.

**Berlin**. Der bisherige provisorische Kriegsminister General Reyher tritt aus diesem Verhältniß zurück. Als Kriegsminister ist dem Vernehmen nach der General Graf Kanitz, gegenwärtig am Rhein, designirt. (Derselbe ist, der Köln. Z. zufolge, bereits nach Berlin abgereist.)

**Berlin**. Ein hier eingegangener Bericht des Generals Wrangel vom 24. Abends, gibt folgende Nachrichten über die Fortsetzung der Kriegsoperationen nach der Einnahme von Schleswig. Die Verfolgung der Dänen wurde am 24. fortgesetzt, und die Avantgarde aus Truppen des 10. Korps (indefonderre Hannoveraner und Braunschweiger) gebildet, um ihnen Gelegenheit zu geben, an der Ehre des Kampfes Theil zu nehmen. — Der Avantgarde folgte zur Unterstützung auf der Chaussee nach Flensburg die dritte hannöver'sche Brigade und die Brigade des Generals Möllendorf. Erst spät konnte die Avantgarde bei Billschau-Krug die Arrieregarde des Feindes erreichen, da diese sich aus sehr festen und sogar verschanzten Stellungen eilig zurückgezogen hatte, ohne den Angriff abzuwarten. Die Arrieregarde bestand aus dänischen Husaren und Jägern. Die hannöver'schen Husaren nahmen den feindlichen Regimentskommandanten, mehrere Offiziere und 80 Mann gefangen und eroberten eine Standarte. Die braunschw. Jäger zwangen die ihnen gegenüberstehenden dänischen Sächsen, nach heftigem Widerstand der Gegenwehr derselben, unter dem Hauptmann v. Schafenberg, die Waffen zu strecken. Hier endigte das Gefecht. Es war zu spät, um Flensburg noch zu erreichen, zumal da die Truppen des 10. Korps bereits fünf Meilen bei anhaltendem Regen zurückgelegt hatten. Es wurden Bivouars bezogen, und der Angriff auf Flensburg auf den folgenden Tag, 25. früh, festgesetzt.

Die Voss. Z. bemerkt: Von Manchen wird hier die Frage aufgeworfen, ob von deutscher Seite, bei dem Mangel einer Flotte, hinlängliche Repressalien gegen Dänemark geübt werden könnten, in Betreff der Handelsschiffe die es mit Beschlag belegt hat und noch wegnehmen könnte. Wir dahin schon bemerkt, daß die Instruktion des Oberbefehlshabers der holstein-schleswigschen Armee, Generals Wrangel, dahin geht, Jütland zu besetzen, falls Dänemark die deutschen Schiffe nicht freigibt. Diese Provinz ist so auch nicht die reichste des dänischen Staats, würde dennoch eine immer mehr als genügende Entschädigung für die Verluste zur See darbieten. Aber bei beharrlicher Weigerung Dänemarks, läßt sich noch weiter gehen. Der kleine Belt ist, selbst ohne Kriegsschiffe, wohl zu überschreiten, wenn man die Umstände nützt, und Fühnen also gleichfalls zu besetzen. Dänemark würde dadurch seiner ergiebigsten Finanzquellen so vollständig beraubt, daß es den Kampf zuforderst aufgeben müßte. — Alles läßt sich inzwischen bis jetzt so an, daß dieser Ergebniß auch früher eintreten wird.

**Posen**, 25. April. Der Oberpräsident hat eine Bekanntmachung erlassen, in welcher er die Wahl der Abgeordneten nach Frankfurt für die deutschen Kreise anordnet. Am Schlusse heißt es darin: „Die eigentliche Grenzlinie des dem deutschen Bunde einverleibenden Theiles der Provinz zieht schon zu ziehen, ist unmöglich gewesen, und deßhalb werden die Wahlen nur von den Bewohnern der Netzdistrikte und der Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst und Fraustadt vorgenommen werden." (Köln. Z.)

**Baiern.** ♀ München, 28. April. So eben gingen unsere Wahlen zu Ende. Im 1. Wahlbezirk wurde mit 77 unter 119 Stimmen der Ministerialrath Hermann, im zweiten mit 116 unter 124 Stimmen Professor Fallmerayer zu Abgeordneten für die konstituirende Versammlung gewählt. Ersatzmänner sind der Obrapellationsgerichtsrath Cucumus, der, so viel ich weiß, sich gegenwärtig bereits in Frankfurt unter den 17 Vertrauensmännern beim Bundestage an unsers Kammerpräsidenten Kirchgeßner Stelle befindet, ferner der Advokat Ruhwandel und der Obristlieutenant Xylander. Es sind deren nur drei, weil Cucumus, in beiden Bezirken fast einstimmig als erster Ersatzmann ernählt, in dem einen dem nächsten Ersatzmann seine Stelle abtritt. Was Fallmerayer betrifft, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß man ihn auch in seinem Geburtsbezirke Erding zum Abgeordneten wählen wird; letzterer Wahl würde er, wie er sich geäußert, annehmen. Obgleich die Gesetzlichkeit sämmtlicher Wahlen hier von Vielen bestritten wird, da sie nicht, wie ich im vorigen Schreiben dargelegt, genau nach den Bestimmungen des von beiden Kammern angenommenen und vom Könige sanktionirten Wahlgesetzes vollzogen worden sind, so dürften sich die Reklamationen dagegen dem Parlament doch wohl nur auf vereinzelte Stimmen beschränken. Im Ganzen darf man mit den Wahlen zufrieden sein, wenn auch Manches sich gegen den Einen oder den Andern der Gewählten, gegen Alle sich einwenden ließe, daß sie, auf streng konservativem Boden stehend, geneigt sein werden, das allgemein-deutsche Interesse dem provinziell-baierischen nachzusetzen, und wenn sie auch sämmtlich bezüglich der Oberleitung des künftigen Parlamentes für ein abwechselndes vorörtliches Triumvirat unter den drei deutschen Hauptmächten, in den speciell gewerblichen Fragen für Beschränkung stimmen möchten. Die Abgeordneten wie die Ersatzmänner sind Männer von gewieger Erfahrung und Kenntniß; Unabhängigkeit des Charakters kann man ihnen, trotz einiger Unsicherheit und Einseitigkeit ihrer politischen Ueberzeugungen und Ansichten, durchaus nicht absprechen, auch sie überdies in verträglicher Beziehung auf einem freien Standpunkte stehen, dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, von ihnen in Frankfurt bei Erledigung der großen deutschen Fragen der Gegenwart würdig und kräftig, wenn auch nicht immer im Sinne der Majorität vertreten zu werden. Das ultramontane Element, welches in den Wahlmännern allerdings durch mehrere bekannte Namen der Intelligenz, vorzüglich aber des Bürgerstandes ausgesprochen war, ist bei den Wahlen vollständig in den Hintergrund getreten. Doch beweist man vom platten Lande und aus dem Gebirge her Abgeordnete des beschränktesten Ultramontanismus zu erhalten; denn schon sehen wir Abel's Name unter den Kandidaten nicht nur in seinem Lebnaute Stammesreich, sondern auch anderwärts auftauchen. — Die Aussichten in die Zukunft erfüllen sich. Sehen will man in Wien nicht zugestehen, daß die konstituirende Versammlung entschiedene Beschlüsse bezüglich der künftigen Verfassung und des künftigen Rechtszustandes in Deutschland fassen dürfe; die territoriale Eifersucht und Zersplitterung erhebt wieder kühner das Haupt, und während man um Kirchlein market und streitet, sammeln unsere Feinde an den Grenzen des Landes drohende Truppenmassen, die jeden Augenblick bereit sind, sich auf uns zu stürzen, um von der noch durch Nichts beschwichtigten, durch viele Vorgänge vielmehr von Neuem genährten Uneinigkeit Nutzen zu ziehen. Frankreich kann sich nicht halten, ohne die überschwellenden Kräfte nach Deutschland zu werfen, die slavischen Stämme harren des günstigen Augenblicks, und schon beginnen selbst die geringen wendischen Völkersplitter in der Lausitz und in den Marken sich zu regen, um sich wieder in nationale Selbstständigkeit zu gestalten! Man traut nur diesen Stämmen nicht. Das Gespenst Vorschlag eines großen Donaureichs ist nur eine Chimäre, um die Erzherzogsthümer von Deutschland zu trennen und so beides zu schwächen. Hier heißt es: Seid wachsam und einig! Wo aber soll Einigkeit herkommen, wo jeder Einzelstaat an seine eigne Ehre und seinen Vortheil denkt?

† München, 28. April. Es sollte heute an Sie ein Aufruf abgehen, durch welchen ein Verein hiesiger Männer, dem auch der Herzog Max in Baiern beigetreten, die gesammten Vaterlandsfreunde

Digitized by Google

zur Unterstützung der Tiroler auffordert. Auch für die hiesige Tagespresse lag derselbe bereit, und schon war im engsten Kreise und in kürzester Frist ein erfreulicher Anfang mit Geld- und Waffenbeiträgen gemacht worden. Die Stimmung jedoch, wie sie nach jenem bekannten offiziellen Wiener Zeitungs-Artikel sich allgemein äußert, verspricht so wenig für den Erfolg dieses Unternehmens, daß die Betheiligten, wiewohl mit tiefem Bedauern, es vertagen. Noch sind die Zeiten der Noth nicht vorüber, und wenn diese wiederkommen für unsere Nachbarn in Tirol, wollen wir ihrer Regierung gegenüber einen Beweis versuchen, wie wird mit der deutschen Einheit verstanden wissen wollen. Für jetzt ist es kaum zu verdenken, wenn da Viele die bittere Wahrheit des Sprichwo rtes erfahren wollen. „Quid dolorosi regos, plectuntur Achivi“. Das österreichische Geld-Ausführverbot rief schon den Gedanken an eine Repressalie hervor. Was soll so jetzt aus dem armen Tirol werden, wenn neben dem feindlichen Mißwahl auch Baiern ihm die Getreidezufuhr abspertte? Möchte dieser Schritt — der, wie wir wissen, schon geschehen sollte — nochmal verhindert werden. Wir dürfen die Hand nicht zurückziehen, wenngleich die kalten, glatten Finger der Regierenden zwischen die dargebotenen der Völker greifen.

Aschaffenburg, 28. April. Als Abgeordneter zu dem deutschen Parlament nach Frankfurt wurde von dem hiesigen Wahlbezirk Dr. Müller, zweiter Präsident in der Kammer der Abgeordneten, gewählt. In Augsburg wurden gewählt: zum Abgeordneten nach Frankfurt Advokat Dr. Baur, als erster Ersatzmann Advokat Dr. Fischer, als zweiter Dr. Ed. Wildermann (Württemberger, Redakteur des Austlandes). — In Speier hat den 28. April Wahl der Abgeordneten für die konstituirende Versammlung aus dem Wahlbezirke Speier (Kantone Speier und Germersheim und ein Theil des Kantons Edenkoben) stattgefunden. S. F. Kolb von Speier, Redakteur der Speirer Zeitung und Mitglied der Fünfziger, erhielt die Stimmenmehrheit.

** Aus Würtemberg. 29. April. Mehrere Wahlen sind vollendet. 2 berichtete ich gestern; heute sind 8 weitere bekannt. Schott, einer der Führer unserer früheren ständischen Opposition, ist in Böblingen gewählt, Kaufmann Ostertag in Stuttgart sein Ersatzmann. Bischer hat mit geringer Mehrheit in Reutlingen gesiegt gegen Direktor v. Werner. Hier also ein Sieg über die finsterer Partei der Fanatiker, welche Werner zum vorgeschoben haben! Strauß ist hingegen ohne alle Aussicht; die Wahl ist noch nicht beendigt, aber der Gegner Hoffmann entscheiden in der Vorhand. Es ist niederschlagend! In dieser schönen Zeit des Fortschritts, im frischen politischen Leben Deutschlands wieder dieser dumpfe Aberglaube und Fanatismus! Wie schamlos das Treiben der pietistischen Rotte ist, mögen Sie daraus abnehmen, daß ihnen selbst der allerehrste Schott nicht kirchlich genug ist, und ihm an dem Helfer Dettinger in Stuttgart ein Gegner erwuchs, der es, ob er gleich nicht einmal ein beliebter Kanzelredner und im politischen Felde gänzlich unbekannt ist, doch bis zur Hälfte der Stimmen Schotts brachte. Die Herren wollen eine Kirchenversammlung da unten zusammentreiben! Gewählt sind weiter: Tafel, Prof. Fricke, der Vorsteher des Stuttgarter patriotischen Vereins, dessen Ersatzmann Gustav Pfizer ist. In Heilbronn der Bierbrauer Ludwig Hentges, in Herrenberg Rösinger, welcher auch noch in Ochringen gewählt werden soll. Sein Ersatzmann ist der frühere Minister Wangenheim, ferner Haßler in Ulm. Mit der größten Freude berichte ich die folgende Wahl in Calw: Karl Mathy; er hat sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt. Bassermann und Rob. Mohl stehen sich bis jetzt auf bloß 3 Stimmen gleich in Mergentheim. Moriz Mohls Wahl ist sicher. Er hat wegen seiner wohlgezielten Angriffe aufs „Junkerthum“ einen Strauß mit 2 unserer „Ritter“ zu bestehen. Jeder Vernünftige stimmt Mohl bei, daß er Geschetteres zu thun weiß, als seine Ansichten mit den Singirnen der von ihm Beschämten abzumachen; er weist die Ausforderungen derselben ab. Vom Adel wird höchstens Einer gewählt: Fürst Zeil. — Jetzt sind auch die Wahlen zu unserer Ständekammer ausgeschrieben. So wird sich die Hitze und Wahlleidenschaft noch nicht legen.

Sachsen. Dresden, 26. April. Gestern ist hier der Befehl zur Mobilmachung des sächsischen Bundeskontingents ergangen. Die Truppen sollen schon in künftiger Woche marschiren und sind vorerst nach Baiern nachzurücken bestimmt, da die dortigen Truppen theils nach Tirol, theils an den Rhein gehen.

Leipzig, 27. April. Die hies. Z. bringt eine Verordnung, die Verausgabung von Grand-, sowie Gewerbe- und Personalsteuern im Monat Mai d. J. betreffend. Zu dieser Maßregel hat namentlich die von Seite des deutschen Bundes für erforderlich erachtete Mobilmachung der sächs. Armee Veranlassung gegeben.

**Hannover**, 27. April. Ausgug aus einer Depesche des General-Lieutenants Halkett. Holebüll, 25. April. Die Vertheidigung der Dänen ist heute bis 2 Meilen nördlich von Flensburg in der Richtung auf Seavenstein fortgesetzt worden, ohne daß es uns gelungen ist, den Feind irgendwo zum Stehen zu bringen. Flensburg war bei der Ankunft der Bundestruppen bereits geräumt; einige im Hafen liegende feindliche Schiffe wurden von unserer Artillerie beschossen und dadurch veranlaßt, sich mehr zurückzuziehen. Die sogenannte starke Stellung von Bau war verlassen und von der gerühmten Stärke wenig zu bemerken. Die Truppen haben in der vorigten sehr nasskalten Nacht biwouakirt, und mußten auch heute der sehr engen Dislocirung wegen zum Theil die Nacht unter freiem Himmel zubringen. Ich bedauere, daß ich noch nicht im Stande bin, ganz genaue Listen über die Todten und Verwundeten bei dem Gefechte am 24. vorzulegen, da zufällige Umstände die Einsendung der geforderten Listen verzögert haben.

(Hannov. Zeit.)

**Baden.** ** Karlsruhe, 29. April. Wir haben heute in der ersten Kammer eine Scene erlebt, welche für manche reaktionäre Hoffnung eine gute Beleihrung bot. Freiherr v. Andlaw hatte auf heute die Begründung der Motion in der ersten Kammer in nachstehender Weise angekündigt: „in einer Adresse den Großherzog zu bitten, eine Untersuchung zu befehlen, ob nicht Mitglieder der obersten Staatsbehörde oder der Regierung nahe stehende Männer thatsächlich die Pläne der Revolutionspartei im Lande fördern und somit entweder des Verrathe an ganz Deutschland oder einer höchst strafbaren Vernachlässigung ihrer Pflichten“ sich nicht des Gidbruchs schuldig sind. Sollte jedoch nur die Einsicht und die Besähigung dieser Männer den Ansprüchen des Augenblicks nicht genügen, so wolle es in Hinblick auf die Gefahr für das deutsche Vaterland dem Großherzoge gefallen, diese Staatsdiener zu entlassen.“ Die Ankündigung dieser Motion hatte bei allen Verständigen einen unangenehmen Eindruck gemacht. Man staunte über die Beschuldigung, die nach der Fassung der Ankündigung Mitglieder des Staatsministeriums zutraute, daß sie einen Staatsverrath verübt haben könnten, da in dem Worte „Verrath“ nur die abschtliche Pflichtverletzung liegt; man ärgerte sich noch mehr über den Mangel an politischem Takt des Herrn v. Andlaw, der bei einigem Nachrenken einsehen mußte, daß es unverständig sei, unter den jetzigen Umständen die Energie der Regierung zu lähmen. Die begründete nun v. Andlaw bei sehr gefüllten Tribünen die Motion. Der Redner sprach aus, daß die öffentliche Stimme die der Entrüstung über innere Zustände sei; er bezann mit dem Sündenregister der Regierung, erinnerte an die Aufstritte in der zweitrn Kammer am 1. März, an die vielfachen Petitionen, welche die 12 Wünsche aussprachen, erklärte die Brandstiftung im Hause des Ministeriums des Aeußeren als eine politische Demonstration gegen den deutschen Bund, hob dann die in der 2. Kammer geforderten 12 Wünsche hervor, die berechnet waren, die Staatsverwaltung zu lähmen; durch die Volksversammlung in Offenburg sei bewirkt worden, daß neben der Regierung die Volksgewalt herrschte; und die Regierung habe einzelnen Beschlüssen jener Versammlung nachgegeben, sie habe sich der durch Petitionen beantragten Decimirung der Kammer nicht widersetzt, sie habe im Sterkreis einen Beamten angestellt, der mit der Aufrührerei im Zusammenhang gestanden, und die in vom Volke angestellten Beamten entlassen. Man durfte, sagt der Redner, von Seite der Regierung sich nicht den Wünschen der Revolutionspartei unterwerfen; die Regierung hirfe es geschehen, daß die Republik an manchen Orten proklamirt wurde, sie verdüngnete ihre Kraft und lähmte die Macht derjenigen, welche sich den Umrahen widersetzen wollten. In Frankfurt sei der Wendepunkt eingetreten. Einzelne Männer zeigten sich dort offen als Republikaner und nahmen eine Stellung an, die mit ihrem Verfassungseide nicht in Einklang war; und dennoch (fährt v. Andlaw fort) erschienen diese Männer noch in der zweiten Kammer; die Regierung zauderte, sie gab selbst die Gefangenen frei, ertheilte Amnestie, versicherte, daß von nun an aber die Strenge des Gesetzes den Schuldigen treffen würde, aber sie habe ihr Wort nicht gehalten; sie habe Richter nicht verhaftet, sondern Mathy habe es gethan, die Regierung habe keine bewaffnete Macht in den Gefreis gesendet, sie habe von dem Anmarsch der Truppen anderer deutschen Staaten keine amtliche Anzeige den Einwohnern gemacht, sie habe überall Schonung gegen die Verbrecher gezeigt, sie sei nicht gegen den schwer verletzenden Beschluß der Stadt Konstanz eingeschritten, habe die dortige bewaffnete Volksversammlung nicht gehindert, sie habe den Aufruhr wachsen lassen, die Untersuchungen lahm geführt, sie habe mit den Rebellen parlamentirt, S. Struve entwilchen lassen, sie habe Ehrlose auf ihr Ehrenwort, statt sie gefangen zu nehmen, freigegeben, sie habe die Verführung der Soldaten geduldet, die zügellose Presse nicht verfolgt. Die Sache der Freiheit

Digitized by Google

ist (ruft v. Andlaw) nicht ohne Mitschuld gefährdet; er versichert zwar, daß er den Präsidenten des Ministeriums des Innern wegen seiner Gesinnung und Rechtlichkeit sehr achte, aber ihn doch des Schwankens und der Halbheit beschuldigen müsse, um so mehr als nach der öffentlichen Meinung dies Folge des Einflusses einer nicht verantwortlichen Kamarilla wäre. Andlaw stellt daher den oben angegebenen Antrag. Nachdem v. Göler den Antrag Andlaws unterstützt, v. Gemmingen nur für einige Ansichten Andlaws sich ausgesprochen hatte, rhob sich der Präsident Bekk. Er erklärt, daß es für Personen, die außerhalb des Kampfes ständen, leicht sei, an politischen Verhältnissen zu tadeln; er habe keine Vorschläge, was man hätte thun sollen, gehört; Bekk gibt zu, daß beträchtende Verhältnisse im Lande vorgekommen seien, daß an den schlimmen Zuständen die Nachbarschaft Badens an Frankreich und der Schweiz Schuld sei, daß die Revolutionäre auf die Unterstützung der Auswärtigen gerechnet hätten; Bekk erklärt mit aller Entschiedenheit, daß die Regierung sogleich überall, wo Unordnungen gedroht hätten, geeignete Verfügungen erlassen, aber selbst tüchtige Beamte berichteten, daß ihnen alle Möglichkeit fehlte, die Befehle zu vollziehen. Nach seiner Versicherung würden im Augenblicke, in dem man in Konstanz versucht haben würde, Zwietracht zu verbreiten, alle Beamten verjagt worden sein. Die Regierung habe, weil sie gewußt, daß die Aufrührer auf den Beistand der Fremden rechneten, bedeutende militärische Macht für nothwendig erhalten, man habe das Einrücken der Truppen anderer deutschen Staaten veranlaßt; leider aber dauere es nach den deutschen Verhältnissen lange, bis solche Anstalten in Bewegung gesetzt werden könnten; sie habe den Einmarsch der Truppen dem Volke nicht früher verkünden können, bis die Regierung die festen Zusagen dieses Einmarsches erhalten hätte. Hr. v. Andlaw habe wohl vergessen, daß der badischen Regierung keine freie Verfügung über die Dislokationen und das militärische Benehmen der Truppen zustehe, daß daher auch die Regierung nicht zu tadeln sei, wenn Manches anders ausgeführt worden, als manche Leute wünschten. Die Regierung habe Nichts versäumt, aber der Vollzug ihrer Befehle sei oft an der Gewalt der Umstände gescheitert. Staatsrath Bekk erklärt: die Regierung überlasse es der Kammer und dem Publikum, den Stab über sie zu brechen; er selbst würde von verschiedenen Seiten angegriffen, so daß es ihm zuletzt gleichgiltig wäre, wenn es auch in der ersten Kammer geschehe. Er hält den Motionssteller für unfähig, die Verhältnisse zu beurtheilen, achte ihn als einen Ehrenmann, bedauge aber seine Verirrung, die ihn verleitet habe, die Regierung selbst der verbrecherischen Theilnahme an Komplotten zu beschuldigen; Thatsachen seien nicht angeführt worden; Verdächtigungen, wie sie vorgebracht worden, weise er mit Indignation zurück. v. Dusch und Rebenius erklärten sich im gleichen Sinne; v. Gemmingen tadelt den Mangel der Energie der Regierung, sowie die Amnestieertheilung, findet aber auch die Nachgiebigkeit der zweiten Kammer bei den Scenen am 1. März tadelnswerth. v. Andlaw entgegnete hierauf, daß Hr. Bekk die Motion irrig aufgefaßt, daß er die Regierung nur einer thatsächlichen, aber nicht einer absichtlichen Begünstigung des Aufruhrs beschuldigt habe; daß das Volk vor den Verbrechern nur deswegen Furcht gehabt habe, weil es bei der Regierung keinen Schutz gefunden hätte. Er werde, weil man jetzt Angabe von Thatsachen vermisse, später eine Anklage gegen das Ministerium erheben. v. Göler erklärte hierauf, daß er warten wolle, bis die Anklage gestellt würde, die Motion aber nicht unterstütze, weil es an Angabe bestimmter Thatsachen fehle. Vogel unterstützt die Motion nicht, weil er nach der Verfassung der Kammer das Recht nicht einräumt, Untersuchung zu beantragen, wohl aber Anklage gegen die Minister zu stellen. Mit scharfen Waffen griff hierauf Mathy (zum erstenmale als Staatsrath auftretend) die Motion an. Er erklärte, daß diejenigen, welche seit Jahren den Boden unterwühlten, jetzt in England lebten oder auf ihre Güter sich zurückzezogen hätten. Er zeigte, daß, wenn man auch die Begründung der Motion zugeben wollte, doch der Antrag nicht gerechtfertigt würde. Nach Mathy's Erklärung trifft die Motion Andlaw's zusammen mit der Freiburger Volksversammlung; beide stähmten die Regierung. Man besorge nicht ohne Grund wieder das Wirken der Reaktion. Möge (ruft Mathy aus) der Antrag des Motionsstellers nicht auch zu den Mitteln der Unterstützung des Aufruhrs gerechnet werden! Nachdem der Redner viele Beamte der Pflichtwidrigkeit beschuldigt und erklärt hatte, daß er auch gegen sie ein Martialgesetz angewendet haben wolle, schließt Mathy mit den Worten: die Regierung hat hinreichend Kraft gezeigt, daß sie dem starken Andringen auf Aufhebung der ersten Kammer nicht nachgegeben hat. Die HH. v. Marschall, Boger und Hüffel erklärten hierauf, daß sie die Motion nicht unterstützen könnten; nachdem im gleichen Sinne Klüber und v. Rüdt gesprochen hatten, stellte der Letzte noch den Antrag, daß die Kammer den Wunsch aussprechr, daß die Regierung kräftige Maßregeln zur Unterdrückung des Aufruhrs treffen und die Beamten zur gewissenhaftesten Pflichterfüllung auffordern möchte. Dieser Antrag wurde von der Kammer angenommen, nachdem v. Andlaw erklärt hatte, daß er seinen Antrag zurücknehme.

Der Eindruck, den die heutige Sitzung machte, war ein dem Motionssteller ungünstiger. Die Waffen, deren er sich gegen das Ministerium bediente, lehrten sich insoferne gegen ihn, als die allgemeine Stimme der Regierung Recht gab und den Motionssteller tadelte. Man konnte nicht begreifen, wie Andlaw in dem Augenblicke, in welchem es darauf ankam, das Ministerium zu unterstützen und ihm Kraft zu geben, harte Angriffe gegen die Minister schleudern konnte. Die Fassung seines Antrages war auf jeden Fall eine schwere Verdächtigung. Auch wir sind überzeugt, daß durch frühreres thatkräftiges Einschreiten der Behörden, z. B. Verhaftung mancher Aufrührer, durch Auflösung von Freikorps und insbesondere Einschreiten gegen die Sensenmänner an manchen Orten dem Ausbruch des Aufruhrs hätte vorgebeugt werden können; aber wir kennen auch die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Regierung zu kämpfen hatte. Wenn die vornehmen Herren, die jetzt die Regierung tadeln, in der Lage des badischen Ministeriums gewesen wären und der Neigung dieser Herren, die Welt durch Veradtung der Volkswünsche und durch Kanonen zu regieren, am Anfang März gefolgt hätten, so wäre jetzt ein ganz anderer, weit verbreiteter Brand entzündet. Wir wünschen eine kräftige Regierung, aber auch eine solche, die, wenn sie die Gesetze streng handhabt, die gerechten Forderungen des Volkes erfüllt. Widerlich ist es, wenn die, welche gegen die Freiheitsbewegungen des Volkes sich erheben, und so viel von Strenge sprechen, ganz vergessen, daß die lange Mißhandlung des Volkes, dessen heiligste Rechte man unterdrückte, die Hauptursache ist, warum jetzt das von der ersungten Freiheit berauschte, in einer Art Fieber liegende Volk die Freiheit, deren es ungewohnt war, nicht recht zu gebrauchen weiß und von schlauen Verführern und ehrgeizigen Aufwieglern leicht irregeleitet werden kann*).

Δ Mannheim, 29. April. Endlich hat das Schicksal Diejenigen erreicht, deren frevelhafter Wahnsinn unsere Stadt zum Schauplatz ähnlicher Scenen, wie die Ostern sie in Freiburg aufführen sahen, machen wollte. Hoff und Grohe sind heute Morgen 10 Uhr arretirt worden; ebenso ein Wirth, Namens Spies, der sich rühmte, am 26. zwei Baiern niedergeschossen zu haben. Es ist von keiner Seite irgend ein Widerstand geleistet worden, der auch wohl bei den bedeutenden militärischen Kräften, welche den Behörden zu Gebot stehen, gleich im Keime unterdrückt werden würde. Alle Tiefgen Einwohner, welchen die Aufrechthaltung des Gesetzes und der Ordnung am Herzen liegt, Alle, welche die Freiheit lieben und den Terrorismus, wie er bisher herrschte, verabscheuen, Alle, welche ihr deutsches Vaterland groß, mächtig und darum einig sehen wollen, Alle, welche den Volkswillen achten, aber eben darum einr gewaltthätige Partei, welcher zur Erreichung ihrer Zwecke alle auch die schlechtesten Mittel dienen, hassen, weil deren Treiben nicht bloß den Vorwand, sondern die Nothwendigkeit einer Reaktion herbeiführt, Alle diese freuen sich, daß unserer Regierung endlich erkannt hat, Milde und Nachsicht gelte für Schwäche, Langmuth für Furcht, Versöhnlichkeit für ein Bekenntniß böser Ohnmacht. Als Mathy Fickers Arretirung bewirkte, sagten schon die Fäden der ganzen Konspiration mich allein in den Händen zu haben. Ebenso offen trat er den Augen Aller Einschtigen. Wenn der Einen entschlossenen That die andere in rascher Ausführung gefolgt wäre, so konnte viel Blut erspart werden. Ich will damit keine Anklage gegen die Regierung schleudern; sie mochte es für bedenklich halten, einzuschreiten, bevor die juridischen Beweise vorlagen, da am Ende die moralische Ueberzeugung zu einem Triumph der Angeklagten vor Gericht, welches nur nach Beweisen urtheilen darf, ge-

*) Das in vielen Zällen Mehr gethan oder rascher hätte gehandelt werden können, darüber sind wohl die Meisten einig; nur wird man dieses Unterlassen und Zögern nicht einem bösen Willen zuschreiben, man wird mehr wie Zehr. v. Andlaw will, sogleich gegen die ganze Regierung Sturm laufen. Wir glauben ineffen diese Antipathie des edlen Freiherrn gegen das bürgerlich Ministerium ganz zu verstehen; sind aber eben darum auch nicht im Entferntesten geneigt, den hochtorystischen Gelüsten der Unverbesserlichen irgend einen Vorschub zu leihen. Wir haben hier ein kleines Exempel, wie rührig die Partei des Alten die Verstimmung über die letzten Ereignisse in ihrem Sinne auszubeuten weiß; auch anderwärts wird sie die erwähnten Stimmungen zu ihren Gunsten zu wenden suchen. Die Herren täuschen sich; weil wir die junge Freiheit gegen die Anarchie verfechten, soll der aufrührerischen Reaktion auch gar Nichts geschenkt sein, und wenn uns das Ministerium Bekk-Dusch zu nachsichtig und unsicher in seiner Haltung schien, so würden wir deßhalb doch nie auf irgend eine Weise einer Kombination Andlaw-Göler-Gemmingen die Wege ebnen helfen. D. R.

Digitized by Google

führt hätte. Wer hätte wagen wollen, Hecker, Struve u. A. des Verbrechens, das sie nun begangen haben, damals anzuklagen und vor Gericht zu überführen? Hat doch Hoff am Tage, da die officielle Nachricht von der Schilderhebung jenen Beschluß öffentlich vom Rathhaus verkündigt wurde, sich nicht geschämt, dieß für Lüge zu erklären, indem Hecker einer solchen That unfähig sei! Am nächsten Tag schon — vielmehr am nämlichen Tag und zur nämlichen Stunde — war in seiner Volkszeitung die Nachricht von dem Aufstand gedruckt, nur mit der Variation, daß Tausende im Gefolge Heckers und Struve's seien. Die Perfidie, welche sich hierin kund gab, charakterisirt überhaupt das ganze Verfahren der hiesigen Partei. Täglich, stündlich wurden falsche Nachrichten verbreitet, um das Volk künstlich in fortwährender Aufregung zu erhalten; war Hecker geschlagen, so fand Struve an der Spitze von Tausenden; war dieser auf der Flucht, so waren die deutschen Arbeiter aus dem Elsaß herübergedrungen oder das Militär in ganzen Bataillonen übergegangen u. s. w. Die besten und verdientesten Männer wurden der Volksrache denuncirt, jede freie Meinungs-Aeußerung durch Drohungen oder Gewalt unterdrückt; ein Ausbruch stand täglich bevor, ein besonders glücklicher Zufall hat uns davor bewahrt. Selbst am letzten Mittwoch, wo alle Vorbereitungen getroffen waren und die Sache einen ganz unerwartet günstigen Verlauf nahm, indem alle Behörden den Kopf verloren hatten, muß irgend ein Umstand, vielleicht das Ausbleiben des Landvolkes, die Empörer von der Ausführung ihres eigentlichen Plans abgehalten haben, so daß wir mit dem bloßen Schrecken davon kamen. Jetzt ist Alles ruhig, und wir danken dem Himmel, nicht unserer eigenen Kraft und Entschlossenheit, daß der Sturm über unser Haupt weggezogen, und daß der Blitz zwar eingeschlagen, aber nicht gezündet hat.

* Von der Schweizergrenze, 29. April. General von Miller mit den Württembergern hat gestern sein Hauptquartier in Lörrach bezogen. Der Zusammenstoß der Truppen mit der Herwegh'schen Schaar war am 28. 11 Uhr Morgens bei Dossenbach, wo die 6. Kompagnie des 6. Regiments unter Hauptmann Lipp, allein nach einem 2stündigen Gefechte, die Freischaar sprengte. Aus dem Munde von Augenzeugen vernehmen wir, daß gegen 30 Freischärler erschossen und noch mehr verwundet worden, während von den Truppen, außer dem verwundeten Hauptmann, kein Mann weder geblieben ist noch verwundet wurde. Dreimal soll die Freischaar aus einem Walde hervor zum Angriffe auf die am Abhange des Berges tiefer gestellten Truppen vorgedrungen, jedesmal aber durch die wohlgezielten Schüsse der württembergischen Scharfschützen zum Rückzug gezwungen worden sein, bis endlich von Seite der Soldaten eine förmliche Jagd auf die Fliehenden gemacht wurde. Gleich im Beginne des Gefechtes verschwand Herwegh, der vor Schreck faßt ohnmächtig geworden und ward schleunigst flüchtig. Die Entschlossenheit seiner Frau allein rettete ihn in einem Wägelein, dessen Sprintzeder sein Versteck ward, so oft die Flucht mitten durch Züge von Reitern ging, denen nicht in den Sinn kam, ein fahrendes Weib anzuhalten, und so entkam er über die Brücke bei Rheinfelden. Einen mannhafteren Führer aber hatten die Freischaaren an Schimmelpfennig, Vulgo Rheinhard. Dieser drang, als er seine Sache verloren sah, mit dem Säbel in der Hand auf Hauptmann Lipp ein. Es entspann sich zwischen Beiden ein Zweikampf, in welchem Hauptmann Lipp einen Hieb in die Hand, Schimmelpfennig einen solchen über den Kopf erhielt. Soldaten sprangen nun ihrem Hauptmann zu Hilfe und einer derselben stieß sein Bajonett dem Schimmelpfennig in den Mund, daß es durch den Kopf drang und den Getroffenen niederstreckte, worauf noch Schüsse und Kolbenstöße seinem Leben ein Ende machten. Die Reste der Freischaar, die noch vereint den Rückzug nach Rheinfelden fortsetzten, hatten den Nachmittag bei Schwörstätten noch ein unbedeutendes Gefecht, in welchem sie völlig zersprengt wurden, zu bestehen. Gegen 400 Gefangene fielen den Truppen bei Dossenbach und Schwörstätten in die Hände. Ein Zug von 95 kam gestern nach Lörrach in Gewahrsam, darunter aber 20 Franzosen vom liederlichsten Gesindel. Auch ward gestern von den eidgenössischen Truppen ein Haufe von 50 Flüchtigen mit ihrem Führer Bernstedt durch Basel über die franz. Grenze abgeführt. Es ist ein Jammer, die irregeführten Leute zu sehen und ihre Klagen zu hören, wie man sie auf das Frevelhafteste hintergangen, betrogen und belogen. Herwegh und seine Genossen haben den Tod bereits zu verantworten, die für eine so schlechte Sache ihnen folgten. Das Gefecht, das die Würtembergers am 27. bei Zell den flüchtigen Freischaaren der Siegel'schen Bande lieferten, kostete nur einem Freischärler das Leben. Die vier Konstanzer Kanonen, die Feldwagen und viele guten Mutkes nun diesen Feldzug zu Ende gebracht haben und in heiterster Stimmung den neuen und größeren Gefahren entgegen sehen, welche kurz oder lang über das Vaterland kommen können. Die Offiziere leben auf das Entschiedenste den Geist der Zucht und die Unverdrossenheit, die ihre Truppen bei allen Anstrengungen und Entbehrungen dieses Gebirgsstreifens bewährt haben. Uebereinstimmend aber wird beklagt, daß von Seite der badischen Kriegsbehörde den Württembergern auch nicht die geringste Nachricht über den Stand der Dinge bei Freiburg und Kandern gegeben worden, daß sie überhaupt ohne alle Kunde von diesen gelassen warm, und daß die Begegnung mit den Freischaaren nur in Folge eines zufälligen Zusammentreffens stattgefunden. Alle Ueberreinstimmung im Handeln fehlte.

Ueber den Verlust der Herwegh'schen Freischaar bringt die Basl. Z. folgende Angaben: Der Verlust der Freischaar beträgt wohl in den 30 Todten, 26 wurden bis zum 27. Abends aufgelesen, die Zahl der Gefangenen wird bis auf 400 angegeben. Am Freitag wurden deren 95 nach Lörrach gebracht, darunter 20 Franzosen. Viele Flüchtlinge kamen nach der Schweiz. Am 28. wurde eine Kolonne von 48 auf Schweizerboden gestöchteten Freischärlern, unter 2 Anführern Bürnstein (nicht Bernstedt) und Löwenfels entlassen und nach Basel gebracht, darunter 9 Franzosen, von hier wurden sie noch den gleichen Abend an die französische Grenze geführt, und ohne Aufstand eingelassen.

**Kurhessen.** Nach dem Ergebnis der Wahl eines Nationalvertreters für den vierten Wahlbezirk Fritzlar ist von 8558 Wählern der Oberbibliothekar Dr. Karl Bernhardi zu Kassel mit 5582 Stimmen gewählt worden. Im Wahlbezirk Schwege ist gleichfalls Hr. Bernhardi (mit 6345 Stimmen) gewählt; im Bezirk Hersfeld Hr. Gymnasialrektor Pfarrer Jakobi mit 5198 Stimmen; im dritten Bezirk (Hofgeismar) Hr. Wippermann mit 9431 Stimmen.

**Braunschweig,** 25. April. An diesem Tage hat der erste Wahlbezirk den Advokaten Holland zum Nationalrepräsentanten nach Frankfurt gewählt.

**Altenburg,** 27. April. Zu Abgeordneten des Herzogthums bei der konstituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. sind der „D. A. Z." zufolge mit überwiegender Stimmenmehrheit gewählt worden: der Hofadvokat Sonnenkalb und der Staatsminister u. Landschaftspräsident v. Lindenau.

**Schleswig.** Rendsburg, 26. April, Abends 6 Uhr. Man schreibt der Hamb. Börsenhalle: Aus einem von gestern datirten Briefe aus Flensburg ersieht man, daß die zurückgebliebenen Einwohner jetzt, nachdem sie der dänischen Truppen entledigt sind, ihre Sympathien für die deutsche Sache unverhohlen an den Tag legen. Die dort eingerückten Preußen, Hannoveraner und Braunschweiger sind theils nach dem Norden, theils schon weiter nach dem Westen ausgerückt. Toudern ist vermuthlich schon frei. — Abends 6½ Uhr. Einem Briefe aus Apenrade, der allerdings einige Tage alt ist, zufolge, waren damals keine Dänen daselbst. Nach ihrem Rückzuge aus Flensburg sollen sich die Dänen bei Holnis und auf der Insel Alsen (in Sonderburg) stark verschanzt und die Fähre abgebrochen haben. Die weggeführten deutschen Beamten sind, sicherem Vernehmen nach, größtentheils wieder zurückgekehrt; nur Bürgermeister Schow aus Apenrade und Dr. Marcus aus Hadersleben sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Die Abschneidung von 1800 Dänen bei Flensburg ist bis jetzt blos Gerücht. In Flensburg sind jetzt wieder überall die deutschen Farben zum Vorschein gekommen. Christiansen ist mit seiner Familie entflohen, sein Haus aber mit starker Einquartierung belegt worden. Excesse sind beim Einzug in Flensburg nicht vorgekommen. Die Dänen sollen noch Zeit gehabt haben, fast alle ihre Kanonen von Flensburg aus einzuschiffen. Die Preußen haben überall, wo sie durchgekommen, den besten Ruf, hauptsächlich ihrer musterhaften Disciplin halber, hinterlassen. Der hiesige Paradeplatz wimmelt von Wagen, die Proviant bringen, und von andern, die solchen nach dem Norden führen.

Schleswig, 26. April. Die Hr. D. Z. bringt folgende Nachricht: Die Preußen sind in Apenrade eingerückt.

Altona, 26. April. 600 Verwundete, größtentheils Dänen, sind nach Rendsburg und Kiel gebracht worden. Professor Langenbeck in Kiel hat allein 16 Schenkel abgenommen an Einem Nachmittage. Mehr als 400 Gefangene sind von Flensburg aus eingebracht worden; viele Offiziere, unter Andern auch der Oberst Alsen, sind gefangen. Die Braunschweiger, Hannoveraner, Mecklenburger und die Freischaaren haben sich eben so wacker gehalten, wie die Preußen, und es war ein wahres Drängen, um den Feind zu erreichen. Die Dänen sind unaufhaltsam im Rückmarsche, da man ihnen weit gemacht hat, daß man sie erschießen würde, sobald sie gefangen genommen werden. (K. Z.)

Eine Depesche des optischen Telegraphen aus Altona 27. April lautet: „Die Dänen gehen nach Tondern, um Ripen zu erreichen. Zu

Digitized by Google

Alsen sind sie abgeschnitten. Ihre Batterien bei Holnis sind genommen." In Flensburg lieſen die Dänen ſich nur kurze Raſt. Am 23. und 24. kam die däniſche Armee daſelbſt ziemlich ge- und zerſchlagen, wie ein Brief in der Sache ſich ausdrückt, an, und verlieſ ſchon am 24. auf den Ruf „die Deutſchen kommen"! wieder die Stadt. Am 25. Morgens ſind dieſe dann auch zahlreich eingerückt. Die Dänen hatten ſo eilig die Flucht genommen, daß ſie ihr Gepäck auf den Straßen zurückließen.

Frankfurt, 29. April. Nachſtehender Aufruf an alle Deutſchen iſt ſoeben von dem Fünfzigerausſchuß erlaſſen worden: „Das verbrecheriſche Unternehmen Einzelner, mit bewaffneter Hand Deutſchland eine Staatsverfaſſung aufzudringen, iſt, aller Abmahnung ungeachtet, zum blutigen Ausbruch gekommen. Nochmals erhebt der Ausſchuß das Vorparlaments ſeine Stimme; er erhebt ſie Namens des deutſchen Volkes, er erhebt ſie für die Zukunft Deutſchlands. Jene, die ſich die Freunde des deutſchen Volkes nennen, ſind ſeine ſchlimmſten Feinde. Um ihren Willen geltend zu machen, ſetzen ſie Alles aufs Spiel, was Deutſchland nach langem Kampfe und mit ſchweren Opfern errungen hat: ſeine Einheit, ſeine Freiheit. Der Reaktion öffnen ſie Thür und Thor, den äußern Feinden ſtellen ſie das deutſche Land bloß. Ruf denn, Ihr deutſchen Brüder in den bedrohten Landen, die Ihr treu ſeid der Sache des Vaterlandes, unzugänglich der Verlockung zum Abfall, feſt in Eurem Vertrauen, daß in den Tagen des Mai freigewählte Abgeordnete aller deutſchen Bundesſtämme einen Bau deutſcher Einheit und deutſcher Freiheit gründen werden, der feſt ſteht für alle Zeiten — auf denn zu männlicher That. Die badiſche Regierung hat zu Unterdrückung des Aufruhrs ein Geſetz verkündet, welches die Zuſtimmung aller wahren Vaterlandsfreunde findet. Unterſtützt die Ausführung dieſes Geſetzes. Deutſche Krieger eilen herbei zur Bekämpfung der Empörer. Erkennt in dieſen Kriegern Eure Brüder. Als Eure Freunde nehmt ſie auf und ſtreit ihnen bei ſoweit Ihr könnt. Wenn Ihr das thut, wenn Ihr den Aufrührern Eure Städte, Eure Dörfer verſchließt, wenn Ihr die Unterſtützung verhindert, die Uebelgeſinnte ihnen bieten möchten, ſo wird bald der Aufruhr unterdrückt und in friedlicher Weiſe der freie Entſchluß des wahren Volkswillens möglich werden, von welchem allein die Aufrichtung der künftigen Verfaſſung von ganz Deutſchland und von jedem deutſchen Einzelſtaate abhängen kann. Frankfurt a. M., 28. April 1848. Der Fünfziger-Ausſchuß.

An die Stürmer der Schanze Dannewerk bei Schleswig. Brüder! Wir ſind ſtolz auf die erſte Waffenthat des neu erſtandenen Deutſchlands. Ihr habt Eure Pflicht wie freie Männer gethan, und das Vaterland wird Euch dafür Dank wiſſen. Das iſt die rechte Kampfart, und die Feinde Deutſchlands an ſeinen Grenzen im Norden oder Süden, im Oſten oder Weſten werden bieten erſten Schlag hinlänglich beleht ſein, daß die Zeit vorüber iſt, wo man ungeſtraft ſich in die Angelegenheiten Deutſchlands miſchen durfte. Für dieſe Lehre, die Ihr der Welt gegeben, werden Euch Eure Nachkommen ſegnen. Es treibt uns, Euch dies im Namen des Vaterlandes zu ſagen. Ihr kämpft mit dem Schwerte von Stahl und Eiſen, wir mit dem Schwerte des Wortes und des Gedankens. Euer Sieg iſt unſer Sieg, wie unſere Sache die Eurige. Und ſo ſtimmen wir hier auf dem Felde der geiſtigen Kämpfe in Euren Schlachtruf ein: „Vorwärts für Deutſchland — und mit Gott im Herzen iſt der Sieg unſer — der Sieg der Freiheit, der Ordnung, der Volksrechte, der Sieg des einigen, ſelbſtändigen und mächtigen Deutſchlands!" Vorwärts für Deutſchland! Frankfurt a. M., 29. April 1848. Der Fünfziger-Ausſchuß. Soiron. H. Simon.

© Frankfurt, 26. April. Nummer 115 Ihrer Zeitung enthält einen Irrthum, den aufzuklären Ihnen, vielleicht angemeſſen erſcheint. Die in dem Artikel „vom Niederrhein" enthaltene Nachrichten über General Hallett beruhen nämlich auf einer Verwechslung mit ſeinem Bruder dem engliſchen Generallieutenant Colin Hallett. Dieſer war allerdings 1815 kommandirender Obriſt des 2. leichten Bataillons der deutſchen Legion, welches in der Schlacht bei Waterloo den Pachthof von Mont S. Jean im Verein mit den braven Naſſauern ſo heldenmüthig vertheidigte. Der jetzige k. hannöverſche Generallieutenant aber, Hugo Hallett, war im Jahr 1815 Obriſtlieutenant des 7. Linienbataillons der engliſch-deutſchen Legion und hat mit großer Auszeichnung in dem Feldzug 1805 in Hannover, 1807 bei Kopenhagen gegen die Dänen, 1809 bei Kaiſerwerth und 1809 bis 12 aber in Spanien gefochten. 1813 und 14 kommandirte er die erſte hannöverſche Brigade im Norden Deutſchlands unter dem Oberbefehl des General Grafen von Wallmoden (jetzt in Italien bei der öſterreichiſchen Armee) und focht ſchon damals gegen die Dänen bei Rendsburg, was namentlich in Betracht der Terrainkenntniſſe jetzt von Wichtigkeit ſein dürfte. Mancher Lützowſche Jäger wird ſich auch noch des 16. Sept. 1813 erinnern, wo Hugo Hallett mit ſeiner Brigade im Gefecht an der Söhrde links von den Lützowern und Reichenſchen vordrang und ein franzöſiſches Viereck zerſprengte. In der Schlacht bei Waterloo befehligte er die 3. hannöverſche Infanteriebrigade, ſprengte mit dieſer ein Viereck der kaiſerlichen Garde und machte bei dieſer Gelegenheit den General Cambronne perſönlich zum Gefangenen, indem er, um ſeine jungen Truppen anzufeuern, plötzlich in die Reihen der franzöſiſchen Tirailleure hineinſprengte und den General Cambronne, der von ſeinen Leuten etwas entfernt ſtand, erfaßte; glücklich vereinigte er ſich wieder mit ſeiner Brigade, ſeinen Gefangenen durch die Tirailleurlinie mit ſich durchziehend. Wie aus Obigem erhellt, hat Hallett bereits 1807 im Befreiungskrieg gegen die Dänen gefochten und iſt gewiß ein General, der ſeine Truppen zu führen verſtehen wird und auch in ſeinem ganzen früheren Leben ohne Makel daſteht.

* Frankfurt, 29. April. In der heutigen Ausſchußſitzung brachte zuerſt Rob. Blum über die Rheinſchiffahrtskonferenz in Koblenz. Die verſuchte Vermittlung zwiſchen den Schiffern und den Schleppſchiffahrtsgeſellſchaften blieb erfolglos, da Letztere nichts Geringeres als gänzliches Eingehen der Schleppſchiffahrt verlangen, während die Geſellſchaften ſich wohl aus Rückſicht auf die Schiffer zur Einſchränkung ihres Betriebs, aber natürlich nicht zum Selbſtmord entſchließen wollen. Venedey trug eine kräftige Anſprache an die Erſtürmer der Schanze Dannewerk vor, welche genehmigt wurde. Dann referirte Heckſcher über die hannov. Verfaſſungsfrage. In der Debatte hierüber behauptete Wippermann, die hannov. Verfaſſung von 1840 ſtehe in anerkannter Wirkſamkeit, was Entgegnungen v. Siemens, Freudentheil und Blum hervorrief. Letzterer verglich die angebliche Zuſtimmung des hannov. Volks mit der Lage desjenigen, dem man Hände und Füße bindet und ihn dann fragt, ob ihm Dies oder Jenes genehm ſei? Heckſcher äußerte: das Vorparlament habe durch ſeinen Beſchluß wegen Aufhebung der Kuknahmsgeſetze und Exputation des Bundestags gezeigt, daß man die Rechte des deutſchen Volks nicht mehr mit Füßen treten laſſen wolle. Es blieb nun aber noch übrig, die Unterlaſſungsſünden des alten Bundes wieder gut zu machen, und eine der entſchiedſten und verderblichſten derſelben ſei die unverzeihliche Rechtsverweigerung gegen die Bitten des hannov. Volks um Erhaltung ſeiner Verfaſſung geweſen. Der Ausſchuß trat faſt einſtimmig dem Kommiſſionsantrag bei, den Bundestag zu erſuchen, er wolle der hannov. Regierung dringend anrathen und empfehlen, die Thätigkeit der jetzigen Stände auf die Erledigung der laufenden Geſchäfte und des Budgets zu beſchränken, ſodann ein proviſoriſches, liberales Wahlgeſetz auf Grund der Beſchlüſſe des Vorparlaments zu erlaſſen, nach demſelben eine konſtituirende Verſammlung berufen zu laſſen, dieſe aber erſt nach Vollendung des deutſchen Verfaſſungswerks einzuberufen. Die HH. Wippermann und Stettmann wurden auserſehen, in Gemeinſchaft mit 2 Vertrauensmännern, 2 Bundestagsgeſandten und 2 Senatsdeputirten die Vorbereitung für die deutſche konſtituirende Verſammlung zu treffen.

## Großbritannien.

London, 27. April. Die Chartiſten bringen es doch allmählich zu Widerſetzlichkeiten und Thätlichkeiten, namentlich in Schottland. Unter andern hielten die Chartiſten am 22., 7 bis 800 Mann ſtark, in Greenock einen Umzug, gegen welchen die Polizei einzuſchreiten Miene machte. Die Chartiſten griffen die Conſtables heraus und dieſe ließen ihre Stöcke etwas unſanft auf die Köpfe der Chartiſten niederfallen, und es ſetzte mehrere ſchwere Verwundungen. In Edinburg waren in den letzten Tagen lange Zettel an den Straßenecken angeklebt, wodurch die Bewohner von Edinburg und Leith zu einer Verſammlung auf dem Caltonhügel eingeladen werden. Der Zweck dieſer Verſammlung ſollte ſein, ein Geſuch an die Königin um unverzügliche Entlaſſung ihrer Miniſter zu berathen.

Inzwiſchen hat der wunderliche Chartiſtenkönig, O'Connor, einen Tagesbefehl erlaſſen, wonach die Verſammlungen des chartiſtiſchen ſogenannten Nationalkonvents ausgeſetzt werden ſollen, Einige vermuthen, wegen finanziellen Bankrotts des Konvents, Andere meinen, wegen der hohen Bedeutungen der jetzt zum Geſetz erhobenen Kronſchuld. O'Connor iſt, wie er ſich ſtets zeigte, ein friedliebender Mann, der jeden direkten Konflikt mit politiſchen Beſtimmungen gern aus dem Wege geht. Als Grund der angerathenen Vertagung des Nationalkonvents gibt der ſchlaue Häuptling an: der Chartismus habe in der letzten Zeit in den mittlern Klaſſen, im Krämerſtande und unter den iriſchen Repealern eine Menge Konvertiten gewonnen, und man müſſe erſt in Ruhe abwarten, was deren Einfluß auf das Haus ver-

Digitized by Google

## Der Kampf bei Freiburg *).

†† Freiburg, am 28. April. Die beiden Gefechte bei Freiburg am 23. und 24. April, und die Bewegungen der Truppen vor und während derselben sind in den Zeitungen zum Theil sehr entstellt und meist bloß von dem Standpunkt der Partei aus mitgetheilt worden; namentlich behauptet ein Artikel in der Oberrheinischen Zeitung vom 27. d. M., daß die Aufrührer am 23. den Sieg behalten hätten, während andere, z. B. officielle Nachrichten gerade das Gegentheil aussagen. Es mag daher zur Aufklärung und Berichtigung der Urtheile beitragen, wenn ein Augenzeuge und Theilnehmer an beiden Gefechten seine Wahrnehmungen unbefangen mittheilt.

Am 21. und 22. April waren die Truppen in der Gegend von Freiburg zusammengezogen worden, am 22. standen sie bis Abend 5 Uhr bei Wiehre a cheval der Chaussee nach Ufthausen unter dem Gewehr, dann wurden sie in die umliegenden Dörfer zum Theil 2—3 Stunden weit ins Quartier gelegt. Es scheint, daß an diesen beiden Tagen von den städtischen und von der Regierungsbehörde sehr viel versäumt worden ist. Es verlangen angesehene Freiburger Bürger, daß Freitags und Samstag Morgens ein einziges Bataillon in Freiburg genügt hätte, um alle Unordnungen und Schrecken der folgenden Tage unmöglich zu machen; da die Bürgergarde, zu zwei Drittteln gut gesinnt, nur einer geordneten militärischen Unterstützung bedurft hätte, um die Oberhand zu behalten. Wollte man vielleicht absichtlich den Aufruhr so groß ziehen, um dann einen desto entschiedenern Schlag zu führen? Es war ungeheure Verantwortlichkeit eines solchen Plans kann diese Meinung kaum bestehen, und es mag daher wieder einer übertriebenen, in neuerer Zeit unheilvoll genug gewordenen Milde und Schonung die Schuld beigemessen werden. Genug, auch Samstag Mittags, wo aus der Volksversammlung auf dem Karlsplatz hinlänglich auf die Absichten der Aufrührer geschlossen werden konnte, wurde kein Versuch gemacht, die Stadt, sei es auch mit Gewalt, zu besetzen, wozu damals, außer einem Bataillon Nassauer, die nämliche Truppenmacht, wie später am 23. versammelt war, während in der Stadt noch keine Barrikaden errichtet und noch keine Kanonen in den Händen der Freischärler waren.

Am 23. gegen Mittag kam der Befehl zum augenblicklichen Aufbruch nach Freiburg in die Stationen. Die Freischaaren unter Siegel, ein Theil der bei Kandern geschlagenen Hecker'schen Schaar, waren von Todtnau her im Anzug. Nach 3 Uhr hatten sie Günterstthal erreicht und brachen durch das Thal zum Angriff vor. Ein Theil der badischen Jnfanterie wurde ihnen entgegengeworfen und brachte sie zum Stehen, die zwei badische Geschütze herbeikamen, deren Kartätschenfeuer die Aufrührer alsbald in verwirrter Flucht, mit Zurücklassung einer großen Zahl von Waffen, von den badischen Plänklern verfolgt, in den Wald zurücktrieb. Jnzwischen waren nach und nach auch einige Kompagnien Hessen eingerückt, welche zur Unterstützung der badischen Tirailleurs größtentheils verwendet wurden. Hier kam das Gefecht zum Stehen, indem die Truppen durch förmliche Befehle vom weiteren Verfolgen ihrer Vortheile abgehalten und zum Theil sogar in unvortheilhaftere Stellungen zurückgeführt wurden, wahrscheinlich, weil man ein zu weites Auseinanderziehen der Militärmacht wegen der gleichzeitigen Bewegungen in der Stadt nicht glaubte zulassen zu dürfen. Die Freischärler in Freiburg hatten nämlich indessen verschiedene Versuche gemacht, ihren Freunden draußen zu Hilfe zu kommen; die rechtzeitig an den Barrieren der Vorstädte aufgestellte Mannschaft hatte sie aber daran verhindert, namentlich wich ein großer Haufe, der mit fliegenden Fahnen aus dem Breisacher Thor anzog, vor zwei hessischen, an der Dreisambrücke aufgestellten Geschützen, die noch diese feuern konnten, zurück. Fortwährend kamen nun die Truppen aus ihren Stationen an und wurden zum Theil gegen die Siegerschen Freischaaren, zum Theil zur Beobachtung der in der Stadt eingeschlossenen verwendet. Einzelne Abtheilungen, welche durch den Sternwald die Verbindung mit der nach dem Höllenthal gehenden Hochstr. suchten, wurden durch 2 hessische Haubitzen (beim neuen Kirchhof aufgefahren) nachdrücklich beschossen und dadurch zurückgeworfen; später fand eine Rekognoszirung nach dem Eingang des Höllenthals bis über den Hof „das Schiff" hinaus Statt, welche keinen Widerstand fand, aber viele Gefangene und Waffen einbrachte. Die Stadt wurde an diesem Tage nur beobachtet, nicht angegriffen, weil die Truppen zu vereinzelt und zu spät eintrafen. Abends rief der Befehl alle Abtheilungen zurück, und das Militär bezog nun Quartiere in der nächsten Umgebung der Stadt. Die Freischaaren können sich also an diesem Tage durchaus keines Siegs rühmen; vielmehr sind sie überall vor dem Militär zurückgewichen und haben selbst in ihren gut gedeckten Stellungen nirgends Stand gehalten. Der beste Beweis dafür liegt darin, daß am folgenden Tag, als der Angriff auf die Stadt erfolgte, sich kaum eine Spur der Schaaren von 23. im Wald mehr zeigte.

Am 24. früh Morgens wurde das Militär vor Wiehre aufgestellt, und als die zur Räumung der Stadt gegebene Bedenkzeit abgelaufen war, begann gegen 9 Uhr der Angriff gegen die 3 am Stärksten verbarrikadirten Thore. Am Predigerthor griffen Badener und Nassauer, am Ausgang der Jesuitengasse Badener, am Breisacherthor die Hessen an. Am Predigerthor beim sogenannten Rempart war der härteste Kampf; durch die dort aufgestellten 2 Geschütze, welche die Aufrührer den Bürgern abgenommen hatten, verlor das Militär 6—9 Todte und Verwundete, aber nach der Einladung des zweiten Geschützes drangen die Truppen, mit denen die hessischen Scharfschützen waren, im Sturm vor, worauf die Freischaaren, ohne den Angriff abzuwarten, in wilder Flucht ihre Stellung verließen. An den zwei andern Eingängen vertrieb schon allein das Feuer der Artillerie die Vertheidiger, und das Militär rückte dort ohne bedeutenden Verlust ein. Ein Theil der Hessen hatte gleichzeitig ein unbedeutendes Plänklergefecht gegen den Wald bei Wiehre, aus dem eine kleine Schaar auf 5—600 Schritt ein unschädliches Feuer eröffnete, ohne sich aus dem Wald hervorzuwagen. Gegen 11 Uhr war Alles beendigt und das Militär zog, unter dem Wehen der Tücher und dem Hurrahrufen der Bürger, in die vom Feind verlassene Stadt ein. Die Zahl der Gefangenen, die sogleich und später gemacht wurden, mag an 200 betragen haben, hätte aber viel bedeutender sein können, wenn man durch die Truppen, welche in hinlänglicher Anzahl dazu verwendbar waren, den Schlosberg und den Ausgang der Stadt nach dem Höllenthal besetzt hätte, denn dorthin entkamen Viele und unter ihnen gerade die Schuldigsten. Es scheint, man wollte dem stiebenden Feinde eine goldne Brücke bauen; aber, wenn einmal Gewalt gebraucht wird, dann ist immer die äußerste Energie das geeignetste, und wie sehr es anders scheinen mag, auch das mildeste Mittel, weil es eine ganze Reihe blutiger Vorgänge meist im Keime erstickt. — Das sind die Gefechte bei Freiburg, welche mit denen in der Gegend von Kandern dem Militär ungefähr 12 Todte und 37 Verwundete, den Aufrührern unverhältnißmäßig mehr und zweihundert bis dreihundert Gefangene kosteten. Der Kampf war an einzelnen Orten blutig genug, sehr hartnäckig aber nirgends. Die Freischaaren hielten nie Stand und wichen vor einem ernstlichen Angriff selbst aus vortrefflichen Stellungen. An persönlichem Muth mag es Vielen unter ihnen nicht gefehlt haben; aber an dauerndem Widerstand war nicht zu denken, weil keine Ordnung, kein Oberbefehl, keine Führung bei ihnen war und weil das drückende Gefühl für eine ungerechte, verfehmte Sache zu kämpfen, doch erschütternd an manche Brust schlug. Das Militär bewies sich unter wirklich ungewöhnlichen Anstrengungen ausdauernd und im Gefecht für junge Soldaten brav und zuverlässig. Weit mehr bei den Freischaaren sicher auf einen Uebergang in Masse gerechnet und auch von andren Seiten an der Pflichttreue der Truppen gezweifelt hatte, war es um so erfreulicher, die Soldaten aller Staaten vom nämlichen guten Geist der Ordnung und des Landhaltens Ehrfurcht dereselt zu sehen. Außerordentliche Thaten sind übrigens von Seite des Militärs nicht geschehen, und wir müssen in dieser wie in jeder anderen Beziehung die Uebertreibungen zurückweisen, welche sich öffentliche Blätter erlaubt haben. Was die Gerüchte, was ein Courrier bei Rhein erzählen, widerlegt sich in seiner Lächerlichkeit von selbst; aber wir möchten doch auch die Korrespondenten anderer naterländischen Blätter bitten, geschehene Dinge nicht in den Farben einer lebhaften Phantasie und eines übermüthig aufgeregten Gefühls zu schildern. Das vergossene Bürgerblut kann man tief und schmerzlich beklagen, ohne darum in jedem Gefecht eine Napoleonische Hauptschlacht zu erblicken. In dieser Zeit der gewaltigen Aufregung der Gemüther thut es doppelt Noth, aller Orten nicht mehr als die Wahrheit zu sagen. Freiburg ist nun von beinahe 5000 Mann besetzt, und es ist eine milde Strafe für das charakterlose Hin- und Herschwanken seiner Bürgerschaft, für ihre traurige Neutralitätserklärung, daß sie nun die Last der Einquartierung zu tragen hat. Der Kampf gegen die Aufrührer ist durch den Schlag von Freiburg im Westen theilweise beendigt; sie werden sich nicht mehr zu einem bedeutenden Haufen sammeln können, da das ganze Oberland mit Truppen erfüllt ist. Möge man nun eine rasche Nachlese des Siegs halten, möge man den See- und Oberrheinkreis durch kräftige Maßregeln, aber auch durch Milde und

*) Von einem Offizier, der an dem Kampfe Theil nahm.

Digitized by Google

Gerechtigkeit wieder zur Ruhe bringen, damit wir dem äußeren Feind, der vielleicht näher, als wir denken, an unsre Thüre pocht, einträchtig gerüstet gegenüberstehen.

**Oesterreich.** Wien, 25. April. Der heutige Tag, an welchem unsere neue Staatsverfassung öffentlich verkündet worden, ist bisher sehr freudig gewesen. Die vereinigte Schaaren der k. k. Truppen und der Bürgerwehr sind unter jubelndem Volkszudrange vor Sr. Maj. und der k. k. Familie feierlich durch die Burg gezogen. Die Staatsobligationen sind auf 71 gestiegen. (Fr. O. P. Z.)

= München, 27. April. In der gestrigen 15. (Abend)-Sitzung, in der, wie ich schon meldete, der Gesetzentwurf über ein im Wege freiwilliger Subskription aufzunehmendes Darlehen zur Berathung und Schlußfassung kommen sollte, war die Besorgniß der Abgeordneten nicht ohne Interesse, da die Minorität (die Pfälzer alle nebst einigen andern Abgeordneten) den Gesetzentwurf noch einmal in den Ausschuß verwiesen haben wollte. Dr. Müller beantragte dies zuerst, und ihm folgte Stockinger, der deutlich und offen aussprach, daß er und die übrigen Pfälzer in so lange keine Zustimmung dem Darlehensgesetzentwurfe nicht ertheilen werde, bis die Minister die längst geforderten Gesetzentwürfe über die ständische Initiative, Volksbewaffnung, Association ꝛc. eingebracht haben würden. Der Staatsminister der Finanzen erkennt in dieser Aeußerung ein offenbares Mißtrauensvotum gegen das Ministerium, welche Ansicht die Minorität zu wiederlegen sucht, indem sie hervorhebt, daß das Ministerium da, wo es sich um Gesetze handelt, überhaupt ein Vertrauensvotum nicht brauchen werde. Im Sinne des Finanzministers äußert sich auch Bauer, Rotenhan, Sattler, Vogel, Schwindel, die alle darauf besonders aufmerksam machen zu müssen glaubten, daß der dankeserlegende Zustand der Industrie dringend die schleunige Berathung des fraglichen Gesetzentwurfes verlange. Vogel bemerkt freilich, die Hast sei beinah zu groß, dem Ausschuß sei nur ein Zeitminimum zur Berathung gewährt gewesen, doch wolle er Angesichts des Bedürfnisses des Landes die sofortigen Berathung in der Kammer nicht in den Weg treten. Minister Heintz meint, die Minorität wolle ein Vertrauensvotum geben, so sehr sie sich auch dagegen zu verwahren suchte. Ob dies aber jetzt am Platze sei, wo Brod und Arbeit fuchende Hände befriedigt werden sollen, und die gesunkene Industrie durch die Unterstützung der Regierung so bald als möglich aufgerichtet werden muß? Die Kammer begleitet diese Worte mit lautem Beyoo, Stockinger will sprechen, aber die Majorität ruft heftig: Keine Entgegnung! Schluß! und es gelingt dem 1. Präsidenten, die übrigens die ganze Sitzung hindurch musterhaft die Verhandlungen leitet, nur mit Mühe, dem 1. Sekretär (Stockinger) das Wort zu verschaffen, der denn auch auf eine feste, würdige Weise entgegnet. Auch Christmann thut dies, indem er besonders mit Stockinger hervorhebt, wie die gestrigen Interessen des Volkes höher, als die materiellen stehen, und wie sie, die Minorität, nur des Volkes Anliegen und Wünsche aussprechen, wenn sie auf Einbringung der von ihnen schon so oft begehrten Gesetzentwürfe dringen. Die Gallerie ruft ihm Beyoo zu. Als noch einige Redner die Minorität zu gewinnen suchten, diese aber widerstand, und die Sitzung eben für geschlossen erklärt werden sollte, bringt der Minister des Innern — heute das Erstemal wieder nach längerer Abwesenheit anwesend — noch zwei Gesetzentürfe ein, nämlich über die Wahlen der Abgeordneten in die Kammer und über die ständische Initiative, worauf Stockinger erklärte: nun sei ja gewährt, was sie wollten; sie werden also auch dem Anlehensgesetzentwurfe ihre Zustimmung ertheilen. Nach einigen verteufenswollen und verfehmenden Worten von Seite des 1. Präsidenten erklärt dieser die Sitzung für geschlossen. Sie dauerte bis gegen 10 Uhr. Heute Morgen wird sie fortgesetzt. — Es gab einen Moment während dieser Sitzung, in der es höchst gefährlich gewesen wäre, die überschreiende und ungestüm den Schluß fordernde Majorität durchgreifen sein würde. Die Kammer, vielleicht das ganze Land, hat es der festen würdevollen und in jeder Art taktvollen Haltung des 1. Präsidenten zu danken, daß nicht Unheil herauf beschworen wurde.

= München, 27. April. Die heutige Sitzung bildete die Fortsetzung der gestrigen. Die allgemeine Debatte über den Gesetzentwurf, „ein im Wege freiwilliger Subskription aufzunehmendes Darlehn betreffend", an der sich mehrere Abgeordneten betheiligten, wurde durch die Meldung des 1. Präsidenten unterbrochen, daß eben dem kgl. Hause ein Prinz geboren worden sei, welche Nachricht die Kammer sehr freudig aufnahm und ihr monarchisch-constitutionelles Gefühl durch ein dreifaches Hoch manifestirte. Der Allg. Schund hatte kurz vorher noch einige beachtenswerthe Specialitäten in Bezug auf den Betrieb der Eisenbahnbauten im schwäbischen Oberlande, sowie auf die dortige Volksbewaffnung vorgebracht. Er habe nämlich erst die Strecke von Lindau her bereist und dort am Tunnelbau nur 4 Arbeiter und einige Aufseher beschäftigt gefunden; dann, er habe schon vor längerer Zeit Waffen für seine oberschwäbischen Landsleute vom Ministerium verlangt und zwar 2000 Stück Gewehre und man habe 200 geschickt. Seine Landsleute wollen Waffen; dann zögen sie Alle gegen den Feind, woher er kommen mag, ohne Verzug; mit Stöcken aber werden sie ihm nicht Widerstand leisten können. Auf die erstere Bemerkung entgegnete der Finanzminister, der Allg. Schund werde, wenn er nach Hause reise, gewiß mehr Arbeiter treffen, auf die letztere der Kriegsminister: im gegenwärtigen Augenblicke seien 2 Kompagnien Artillerie erst nach Lindau abgegangen und Waffen und Munition werden in Masse in diese Gegend nach Tirol hin verschickt. Einige oberfränkische Abgeordnete schildern die Noth und die Armuth unter den Webern im Fichtelgebirge und der Umgegend und verlangen schleunige Hilfe; der Minister des Innern versichert, daß eben erst bei 15,000 Webhäuser daselbst Beschäftigung für die Heeresmontirung erhalten haben. Alle Redner aber erklären sich beinahe dahin, daß das Darlehen ganz an der Zeit sei, da alle Verhältnisse es verlangten, und Manche bedauern sogar, daß das Ministerium nicht mehr gefordert habe. Der Gesetzentwurf wird mit den Modifikationen des Ausschusses und denen einiger Abgeordneten nebst zwei beigefügten Wünschen angenommen. Der ganze durch außerordentliche Mittel zu bedende Bedarf berechnet sich für das Militär auf 6,890,000 fl., für die Pfälzerbahn auf 800,000 fl., für Industrie auf 1,000,000 fl. und für die weitere Reserve, die Unterstützung des Heeres im Falle eines Krieges betreffend, auf 932,000 fl.; im Ganzen also auf eine Summe von 9,622,000 fl., wovon jedoch Erübrigungen von 2,500,000 fl. in Abzug kommen und es bleibt also für das Darlehen im Wege freiwilliger Subskription eine Summe von 7 Millionen, die dem Gesetzentwurfe gemäß durch Ausfertigung von Staatsschuldscheinen zu 20 bis 100 fl. eingebracht werden sollen. Am Schlusse der Sitzung bringt der Finanzminister noch einen kurzen Gesetzentwurf über die Diäten für die Abgeordneten beim Deutschen Bunde ein. Demgemäß erhält ein solcher ebenfalls (!) Diäten, wie ein baierischer Kammergerichtsrath, was wohl Manchem eine etwas zu kleine Summe dünken möchte.

## Italien.

**Triest**, 23 April. Man schreibt der Allg. Z.: Nachdem Udine der Aufforderung des Feldzeugmeisters, sich zu ergeben, keine Folge geleistet hatte, begann das Bombardement, welches auch von der Stadt aus mit einem lebhaften Feuer erwidert wurde, das unserer Armee einen tapfern Obersten und sieben Soldaten kostet. Welchen Schaden Udine erlitten, ist in diesem Augenblicke noch nicht bekannt. In diesem Augenblick salutirt die hier eingelaufene englische Kriegsbrigg Harlequin. Wie es heißt, werden ihr noch einige andere Kriegsschiffe folgen.

**Triest**, 24. April. Udine ist in den Händen der Oesterreicher. Eine Staffette brachte diese Nachricht in der verflossenen Nacht, und Sie können denken, wie freudig sie hier aufgenommen und mit welch um so größerer Herzlichkeit das Geburtsfest des Kaisers heute hier gefeiert wurde. Details besitzen wir noch nicht; wie wissen bloß, daß Graf Nugent von der Nationalgarde in die Stadt eingeführt wurde und, von derselben Garde begleitet, in die andern Städte Friauls einrücken wird. Von Dalmatien und Istrien sind heute beförderliche Nachrichten eingegangen.

Dem Franks. Journal zufolge war am 25. April in Wien folgende telegraphische Depesche eingetroffen: „Görz, 23. April. Nach mehrstündiger Beschießung sandte Udine gestern Parlamentäre, und es wurden die Präliminarien zur Unterwerfung der Provinz Friaul abgeschlossen. Man erwartet nur noch die Ratifikation der prov. Regierung. Graf Hartig, an Se. Excell. den Hrn. Minister des Aeußern."

Verantwortlicher Redakteur G. Gerdinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England in Hrn. Gust. A. Kapp, 70 Newgate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal u. Oberitalien in Commission bei Hrn. C. L. Alexander Strasburg 18 Grandgasse. Preis 36 Kr. Rhein. Preuß. Cour. pro Semester.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeberschaft besorgt das Verleg. Geb. Hermann Hettinger. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 2 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 123. Heidelberg, Mittwoch 3. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde III. — **Prag** (Sitzung des Nationalausschusses). Triest (Sieg der österr. Truppen). **Strombera** (Ultramontane Umtriebe der Polen). **Stralsund** (der deutsche Küste und die Kriegsflotte). **Tilsit** (russ. Armeekorps). **Danzig** (Repressalien gegen Dänemark). **München** (Kammerverhandlungen; die Baydewegung). **Nürnberg** (Parlamentsvorpiani. Aus Würtemberg sein Parlamentswahlen. Die Zeit im Kampfe mit mittelalterlichen Erinnerungen). **Karlsruhe** (Hecker und Struve mit Steckbriefen verfolgt; Anordnung neuer Wahlen. Der Antrag Andlaw; die badische Bureaukratie; Mannheim entwaffnet und in Kriegszustand). Vom Rhein (Zur Charakteristik der Anarchisten und Freischärler). **Gotha** (Parlamentswahlen). **Oldenburg** (Parlamentswahl). **Hessenburg** (Ständischer Parlamentsstil. Die Hannoveraner gegen die Insel Alten. Verfassung der prov. Regierung. Die Bundestruppen in Baden verlassen Altona. Preußische Schiffe mit Befehlshaber beigelegt). **Bremen** (Parlamentswahl). **Frankfurt** (Verhandlungen des Ausschusses).

**Großbritannien** London. Berlin in revolutionärem Zustand. Vorschlag dem 10. April ein Denkmal zu errichten. Abbruch des diplomat. Verkehrs zwischen dem engl. Gesandten und dem span. Kabinet. Einbruch der neuesten Nachrichten aus Dänemark.

**Frankreich.** Paris. Die Wahlen. Sieg der gemäßigten Partei. Unruhen in Rouen.

**Oesterreichische Monarchie.** Krakau. In Folge eines Aufstandes Bombardement der Stadt. Niederlage und Unterwerfung der Insurgenten.

**Nordamerika.** New-York. 3. J. Astor †.

**Nachschrift.** Die Stadt Mannheim entwaffnet und im Kriegszustand.

**Beilage.** München (Kammerverhandlungen). Leipzig Wahlbewegung. Der deutsche und der vaterländische Verein. Südtirol). Lübeck (Verfassungsreform). Lübeck. Protestation des Königs gegen den Beschluß des sicilianischen Parlaments. Türkei. Konstantinopel. Ruhe am Bosporus. Graf Stürmer. Die Pforte und Preußen.

---

### Heidelberg, 2. Mai.

Die Republikaner, die unter uns und ihren politischen Grundsätzen einen bitteren Ernst machen, indem sie sie augenblicklich ins Leben rufen, ihr eigenes Leben daran setzen, der Nation das Gesetz und die Staatsordnung vorschreiben wollen, diese offenen Republikaner wird Deutschland in kurzer Zeit ihrer Zahl nach vollständig übersehen; es ist ein Feind, der sichtbar zu bekämpfen ist, und der weder nach Zahl, noch nach Charakter und Talent von Bedeutung scheint.

Aber ein viel gefährlicherer Feind sind die Kryptorepublikaner, die die Monarchie mit Freude siechen, mit Freude die Ereignisse an ihrem Bestande zehren und nagen sehen, die ihr den Gnadenstoß nicht geben mögen als einer ohnehin dem Tode bestimmten, die als lachende Erben die Stunde ihres Verscheidens berechnen und erlauern. Sie sind fast in allen Stücken der Gegensatz zu den Parteikarikaturisten und aus Menschenklassen zusammengesetzt, die den Bestandtheilen jener Gruppe ganz entgegenliegen. Es sind nicht Gelehrte, die ein ernstes Lebensstudium aus der Geschichte und der Volkonatur gemacht haben, sondern dilettantische Literaten, die von dem Geiste der fremden, französischen Literatur geteänkt und darum von dem Geiste der französischen Politik inficirt sind; es sind nicht Männer einer festen Heimath, denen das Herz bei dem Gedanken an die ländliche, wenn auch nur ärmliche Scholle, wärmer wird, sondern Kosmopoliten, die ihre Neigungen von jeder Anhänglichkeit an eine Gewöhnung und Ueberlieferung abgelöst haben; es sind nicht Beamte, die aus dem Staatsleben wenigstens den praktischen Theil der kleinern Geschäfte genau durchschauen, sondern es sind Idealisten, die Politik, Geschichte, Massen- und Staatennatur aus halbpoetischen, halb philosophischen Vorstellungen konstruiren und die jede Erfahrung und Wirklichkeit nicht kennen; es sind nicht Männer der Besonderheit, die eine eigenthümliche Stammbildung exkeriren, sondern es sind demokratische Nivelliver wie alle Propagandisten, die die Stämme und Völker nur trennen, um sie wieder einander gleichzustellen, zu verbrüdern und Sitte, Staatsordnungen und soziale Einrichtungen nach Einer Schnur zu messen; es sind nicht Staatsmänner, die eine Fremde der Ueberzeugung an dem Sieg gewisser politischen Ideen haben, und die einen festen, erreichbaren Ruhepunkt ihrer politischen Bestrebungen kennen und zu bezeichnen wissen, sondern es sind Agitatoren, die in einer ziellosen oder möglichst fern zielenden Bewegung ihr Element haben; es sind nicht Patrioten, denen eine angeborne Herzensneigung zu ihrem Volke den Wunsch, den Drang, den Übrigeg eingibt, dieses Volk groß und mächtig zu wissen, sondern es sind jene politischen Humanisten, denen gleichgiltig ein jedes Volk das ernchlste Volk ist; es sind nicht Männer der offenen That, die ein großer Kampf um die Güter der Ehre, des Ruhmes, der Macht interessiren würde, sondern ihre Freude und ihr Talent ist auf das geschickte Minengraben und die unsichtbaren geistigen Bewegungen der Völker und Zeiten gestellt; es sind auch nicht Männer des offenen Rathes, deren Richtung, Waffen, Zwecke offenbar vorliegen, sondern es sind die politischen Jesuiten, deren Absichten versteckt sind, deren Ziele wechseln wie ihre Wege, deren taktische Kunst das Ablaufen der Schwäche und Feigheit ihrer Gegner ist; es sind sind überhaupt nicht Menschen, die irgend einen Staatssinn haben, die da anfangt und aufhört mit dem uneigennützigen Fühlen und Leben in dem nationalen Ganzen, dem man angehört, sondern es sind Egoisten, deren Sinn und Trachten nur auf sich selbst und die Rolle des Übrigeges gerichtet ist, die sie sich zu spielen vorgenommen haben. Der ganze Geist und Charakter, der unsere Literatur in den letzten zwei Jahrzehnten wesentlich und hauptsächlich gestaltet und verderbt hat, hat auch diese Politik geschaffen; dieselbe Gewalt, die jene geübt hat, übt auch diese über die Gemüther, und das Gebrechmiß dieser Gewalt ruht in jener Zielllosigkeit der Bestrebungen dieser Männer. Die Kraft, die nach dem fernsten Ziele strebt, setzt sich am heftigsten in Bewegung und reißt Alles, was nicht Widerstandskraft in eigener Selbstständigkeit hat, mit sich dahin. Darum ist dies die eigentliche propagirende Macht des Tages. Alles, was feig und charakterlos ist, schließt sich diesem großen Zuge an, der den Schein der Kühnheit vor sich her trägt; der Terrorismus, den diese Kryptorepublikaner üben, ist feiner, aber wirksamer als der der offenen Republikaner und Empörer, weil es gefahrloser ist, sich ihrer friedlichen Richtung anzuschließen als jener gewaltthätigen. Alles, was selbst kein Urtheil hat und einen positiven Rath in politischen Dingen nicht zu geben wüßte, wirft sich hierhin, wo man nur zu negiren und zu untergraben weiß. Alles, was sich zur Republik aus Rückschen nicht geradeaus zu bekennen wagt, aber der Mode nach mit ihr liebangelt, macht seinen Frieden mit dieser Partei. Die wenigen ehrlichen Republikaner, denen diese Staatsform eine Sache der Ueberzeugung und Gesinnung ist, und die gleichwohl die Zeit und das Volk nirgends reif dazu sehen, geben gleichfalls im Gefolge dieser Gruppe, wie verschieden nach Charakter und Denkart sie von ihr erscheinen.

Den Republikanern, die mit der Monarchie schon heute und gewaltsam brechen, ist das deutsche Verfassungswerk gleichgiltig, den verkappten aber, von denen wir reden, die sich der monarchischen Form noch fügen, weil sie müssen, muß ein Verfassungsentwurf wie dieser der Gegenstand der giftigsten Angriffe werden. Ihnen ist nicht mit einem starken deutschen Reiche gedient, das einmal in einen kriegerischen Gegensatz gegen andere Nationalitäten treten könnte, denn ihre idealistische Richtung ist auf den Weltfrieden und die Völkerverbrüderung; ihnen ist der Neubau unseres Staates auf den alten Staatsordnungen ärgerlich, denn sie träumen mit den Franzosen von einer gänzlichen Veränderung der sozialen Verhältnisse, die der menschlichen Natur zuwider ist und selbst ihre äußerste Dehnbarkeit überbieten würde. Kaiser und Reich, Vereinung und Sache gehört ihnen in die Rumpelkammer der Antiquitäten; Reibung und Civilisiren unter die Sünden am heiligen Geist der Volksouveränetät; die Erbtichkeit unter die Lanpplagen der Gewohnheit, von denen sich die Philisterhaftigkeit nicht losznringen vermag. Auf diesen letzten Punkt muß sich der Hauptstoß der ganzen Schlachtordnung dieser Gegner

Digitized by Google

richten, denn an seinen Bestand oder Fall hängt sich ihre Hoffnung oder Besorgniß an. Ein Dorhaupt, auf wenige Jahre gewählt, ist das Höchste, was sie zugeben würden; ein Präsident auf Ein Jahr wäre das Wünschenswerthere; wenn er zugleich Präsident des Reichstages wäre, desto besser, so hätte man die exekutive Gewalt ohne weitere Umstände mit der legislativen gleich verbunden; denn all' das Wesen von Prärogativen der Krone, Ernennung von Gesandten und Offizieren, Abschluß von Verträgen und Krieg und Frieden, von Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit des Hauptes würden in der Ansicht dieser Politiker unverantwortliche Reminiscenzen einer Regierungsart sein, die man lieber bis auf die Erinnerung tilgte, und sie würden das Alles lieber in den Befugnissen des Reichstages untergehen lassen. Zweikammersystem und Oberhaus ist ihnen ein Aberglaube; die Erscheinung oder Verretung der Fürsten auf demselben wird ihren abgeretenen Witzen über Lichtenstein und Lobenstein neue Sohlen geben; der Aristocratismus der Wahlbaren wird allen vollsjahrigen Esprit in Bewegung setzen, um über den Aristokratismus der gleichrten Verfassungsentwerfer die bitterften Sarkasmen anzuzugießen; die Beschränkung der Vertretung auf Einen Abgeordneten von 100,000 Seelen wird eine Anklage auf Volksverrath involviren. Am Meisten anzufreiden werden sie sich mit den Bestimmungen in dem Entwurfe fühlen, gegen die sie sich nicht anzufreden zeigen dürfen. Denn in dem Wesen alles Gegebenen liegt es, daß er dieselbe Aeußerung in seinem eigenen Munde sur besser hält als in dem fremden, und daß er dem Andern nicht gönnt, was er sich selber vorbehalten glaubt. Gegen die freisinnigen Bestimmungen in dem Entwurfe wird daher eine eigene Strategie nothwendig werden, und wir dürfen uns auf eine Bereicherung der politisch-literarischen Kriegskunst freuen: wenn unserem schlichten Sinne jene Artikel über die Grundrechte des Volks und über das Reichsgericht und ähnliche unangreifbar scheinen für Jeden, der einmal die Fahne der Freiheit aufgesteckt hat, so sind wir darum doch überzeugt, daß diese Gegner mehr als Eine schwache Seite zum Angriff auffinden werden. Die plumpe Blöße wollen wir dazu nicht einmal rechnen, die der Entwurf in aller Breite darbietet, daß nämlich den Kommunisten und Socialisten darin gar Nichts geboten ist. Zu diesen Loswerden der Revolution bekennen sich nicht Alle, die wir in den Kreis der heimlichen Republikaner, der Vertager der Republik, zählen, aber unter Umständen werden die Meisten auch diese Parole annehmen, sobald es einen andern Boden nicht mehr gibt, auf dem man ohne Kenntniß und Beruf die Rolle großer Politiker spielen kann.

**Oesterreich.** Wien, 26. April. Der Freimüthige enthält folgende Notiz: Preßburger Juden sind in Schaaren hier eingetroffen. Mord und Todschlag wüthete gegen sie, Kranke wurden aus den Betten gerissen und auf die Straße geworfen, Greise und Kinder gemordet! Gottes Fluch treffe die Mörder!

Prag, 24. April. Heute Abend hielt der Nationalausschuß eine seiner interessantesten Sitzungen, eine Sitzung, von der wir im Voraus erwarteten, daß sie eine sehr stürmische sein würde. Sie war es nicht. Alle Anwesenden (es waren deren 103) erklärten sich einstimmig für den Antrag der mit der Tagesfrage betrauten 10. Sektion. Die Tagesfrage war aber keine geringere als die Einleitung der Wahlen zur Beschickung des deutschen Parlamentes. Es war nämlich dem Grafen Stadion wiederholt von Wien der Auftrag zugekommen, diese Wahlen einzuleiten; wir sagen wiederholt, weil er bei erstem Erhalt des Auftrags aus Rücksicht auf die nationalen Verhältnisse des Landes begründetes Bedenken getragen, demselben sofort Folge zu leisten. Erst nachdem er dem Ministerium seine Bedenken mitgetheilt, schrieb er die Wahlen aus und legte mit Einverständniß des Ministers des Innern die Angelegenheit dem Nationalkomite vor. Das Referat über den Verlauf der heutigen Sitzung überlassen wir einer andern Feder und beschränken uns hier bloß darauf, die dieselbe veranlassenden Aktenstücke und das Resultat der Sitzung mitzutheilen, welches darin bestand: durch eine Deputation Se. Majestät zu bitten, die Entscheidung, ob das deutsche Parlament von Seite Böhmens zu beschicken sei, dem nächsten Landtage zu überlassen. Nachdem dieser Antrag und der (vom Grafen Wurmbrand, Dr. Kliebert und Dr. Godler gearbeitete) betreffende Petitionsentwurf einstimmig und mit donnerndem Applaus der Versammlung sowohl, als insbesondere des sehr zahlreichen Auditoriums angenommen worden, wurde zur Wahl der drei nach Wien abzuschickenden Deputirten geschritten. Diese fiel mit eminenter Stimmenmehrheit auf Grafen Wurmbrand, Buchhändler Borrosch (einen Deutschen) und Schieferdecker Jarosch. Sie reisen morgen (25.) Mittag nach Wien. — Im weitern Verlauf der Sitzung wurde beschlossen, daß fortan zum Zeichen, daß Böhmen keine Separation von Oesterreich wolle, neben den böhmischen auch die österreichischen Farben getragen werden sollen. Wenn dies Blatt erscheint, wird bereits vom Prager Rathhaus und vielleicht auch von vielen Thürmen neben der roth-weißen auch die schwarz-gelbe Fahne wallen.

(Konst. Bl. a. B.)

Pesth, 21. April. Der Presb. Zeit. zufolge ist hier eine Gesandtschaft aus Serbien eingetroffen, um der Regierung die Rückkehr Serbiens mit Belgrad unter die ungarische Herrschaft neben billigen Bedingungen anzubieten. Die Regierung hat ein festes Augenmerk auf die Donaufürstenthümer gerichtet, und es wird auch damit der Umstand in Verbindung gebracht, daß die Regierung den Offizier Grafen Pötting als außerordentlichen Courier an den ungarischen Kriegsminister nach Verona abgeschickt, um denselben zur schleunigen Heimkehr aufzufordern.

Triest, 16 April. Mehrere übereinstimmende Briefe aus Görz und Cormons enthalten die Nachricht daß Palma nuova sich auf Vermittlung des Erbischofs und einiger Deputirten von Udine gestern Nachmittag um 3 Uhr ergeben hat und die österreichischen Truppen bereits daselbst eingerückt sind. (Nach einem Bericht von Nugent, in der neuesten Wiener Zeitung, hatte sich auch Cividale unterworfen. Codroipo sollte am 24 besetzt werden, in Pontebba war ein siegreiches Treffen geliefert worden.)

**Preußen.** † Bromberg, 23. April. Ich erlaube mir, Ihnen ein Erzeugniß des uns ungarntenden Jesuitismus zu überschicken, das unter dem trügerischen Vorgeben, als sei die katholische Religion der Polen in Gefahr, den religiösen Fanatismus der polnischen Bauern, die sonst eine innige Anhänglichkeit an Preußen haben, zu erregen strebt und zu erregen weiß, und unter diesem Deckmantel die selbstsüchtigen Zwecke des polnischen Adels noch zu halten sucht. „Zu meiner großen Betrübniß habe ich in Erfahrung gebracht, daß Feinde unserer Kirche in den deutschen Kreisen des Großherzogthums Posen sich alle erdenkliche Mühe geben, die katholische Bevölkerung zu Petitionen zu verleiten, deren Zweck die Abtrennung dieser Kreise von dem Großherzogthum und ihre Einverleibung in den deutschen Bund sein soll. Es ist von wesentlichem Interesse, diesen Machinationen kräftig entgegenzutreten und den freien ungezwungenen Wunsch der katholischen Bevölkerung in dieser Hinsicht genau kennen zu lernen. Zu diesem Behuf veranlasse ich Euer re. hiermit angelegentlichst mit ihren Gingesessen sofort zusammenzutreten und selbige protokollarisch zu vernehmen, ob sie wirklich gleichgiltig auf die Bande ihrer nationalen Verschmelzung, auf ihre geschichtliche Bedeutung, vor Allem aber auf ihre religiöse Verwandtschaft mit den übrigen Theilen der hiesigen Provinz, eine solche Trennung von dem Großherzogthum wünschen, und in den deutschen Bund, in welchem Interessen, insbesondere aber ihre religiösen Sachen vielleicht Bedeutung und Schutz verlieren möchten, einverleibt zu werden verlangen. Ich darf hoffen, daß Euer re. nicht unterlassen werden, Ihren Pfarrkindern über die ihnen etwa von unseren Widersachern gemachten Vorspiegelungen das wahre Licht aufgehen zu lassen. Die mit den Eingesessen anzuknüpfende Verhandlung, in welcher die etwaigen Unterzeichnungen bei denen, die des Schreibens unkundig sind, gehörig bescheinigt werden müssen, sehe ich schleunigst entgegen. Posen, 21. April 1848. (gez.) Leo Prinzteki, Erzbischof".

Tilsit, 25. April. Die Beff. Z. berichtet von hier: Soeben erhalten wir von der russ. Grenze die verbürgte Nachricht, daß das Armeekorps für Szamaiten im Anmarsch ist. Das Hauptquartier ist Mitau; Divisionskhab Pelangen und Schaulen oder Rossein. — Sämmtliche russ. Soldaten in Kithauen sowohl in den Garnisonen, als auf den Grenzwachen haben strenge Order, niemals einzeln, sondern nur in Trupps von 12 Mann mit Kommandeur so wie bei Patrouillen zu marschiren. Diese Maßregel unterstützt unsern Schmuggelhandel, da die Schmuggler den größeren Trupps viel leichter auszuweichen vermögen, als den kleineren häufigen Pikets und Patrouillen.

Danzig, 25. April. Durch eine heute Morgen 7 Uhr begonnene Sitzung der k. Regierung ist, wie verlautet, auf den Antrag eines hies. Kaufmanns, beschlossen worden, das für Rechnung der dänischen Regierung hier lagernde Schiffsbauholz vorläufig mit Beschlag zu belegen, da es sich bestätigt, daß bereits preußische Kauffahrteischiffe von den Dänen angehalten worden sind.

— Stralsund, 25. April. Die dänischen Schiffe kreuzen so nahe den hiesigen Küsten, daß man täglich auf Rügen oder an der pommerschen Küste, namentlich an dem ganz unbefestigten Darß, einer Halbinsel, die zum Theil meilenbreitsch, zum Theil preußisch ist, eine Landung von den Feinden erwarten kann. Unsere Landwehr ist

Digitized by Google

freilich eingezogen; einige Kompagnien sind auch nach Rügen geschickt, es ist aber diesen, so brav sie auch sein mögen, unmöglich, eine Landung zu hindern, die unter dem Schutze wohlarmirter Kriegsschiffe geschieht. Jetzt tritt der Mangel einer deutschen Kriegsflotte — wäre sie auch noch so klein — mehr als je hervor, und man hört von allen Seiten Stimmen, daß die Männer, welche in Frankfurt den Krieg gegen Dänemark beschlossen haben, ebenso energisch die Bildung einer deutschen Kriegsflotte — nicht Preußen allein, sondern dem Gesammtvaterlande bestehen möchten. Sie kann uns auch gegen andere Feinde, als die Dänen, sehr bald nöthig werden. Aber nur keine Fregatten, keine Dampfkriegsschiffe! Was uns Noth thut, was an der langen hiesigen Küste allein nützen kann bei der Enge und Seichtigkeit des hiesigen Fahrwassers, bei den selbst meilenweit entfernt von der Küste so häufig sich findenden Untiefen, das sind Kanonenboote, nach Art der schwedischen Scheerenflotte, die leicht gebaut und flachgehend, durch die Beschaffenheit der Ufer nirgend ein Hinderniß finden. Als Schwedisch-Pommern an Preußen kam, lagen hier im Hafen sechs solcher Boote, sie sind seitdem verfault, und Alles, was von der Marine jener Zeit übrig geblieben, ist ein alter pensionirter Oberst, dessen theoretische Kenntnisse und indeß im gegenwärtigen Falle von großem Nutzen sein könnten, praktische Seeoffiziere müßten wir dagegen in England oder Schweden anwerben. Matrosen haben wir jetzt genug hier, denn unser Hafen liegt — ein trauriger Anblick! — gedrängt voller Schiffe, von denen viele schon beladen sind, aber wegen der dänischen Kaper nicht auszulaufen wagen. Auch die Bewohner der kleinen, um Rügen liegenden Inseln und Halbinseln sind ein meerkundiges, sturmerprobtes Volk, das, jetzt lästig feierud, gern jeden Dienst gegen den tückischen Feind annehmen würde. Als nach dem Dars Militär zum Küstenschutz geschickt werden sollte, verweigerten die Einwohner dessen Annahme: sie könnten ihr Land gegen die Dänen selbst vertheidigen, denn ihre Söhne wären müßig zu Hause — wolle man ihnen aber Hilfe gewähren, so möge es gegen den Feind geschehen, der ihre Saaten verwüste — und dieser Feind wären dreihundert aus Mecklenburg gekommene Hirsche!

§§ Aus **Baiern** 26. April. Wie haben eine Schule durchzumachen; möchten wir Alle darin lernen! Wer die Kluhs besaßt, wer ihre Kandidaten-Listen durchsieht, ihre Reduer hört, ihre Forderungen und Verschlagungen inneriert, der muß wohl sagen, daß Wenige die Prüfung bestehen werden. Hoffen wir aber, daß grade die Wenigen, wenigstens vorzugsweis diese Wenigen berufen werden. Aus den Kandidaten-Listen muß man die Ueberzeugung gewinnen, daß bei Abfassung derselben der Gedanke an die Bedeutung der konstituirenden Versammlung eines neuen deutschen Reichs die Oberleitung nicht hatte; sonst hätte man gewußt, daß außer der Gesinnung eines rechtschaffenen, aufgeklärten deutschen Mannes an jener Stelle eine klare Anschauung der Staats- und Verfassungsverhältnisse, eine genaue Kenntniß des Staatsrechts und seiner Geschichte, der Besiehungen des Handels und der Zollcinrichtungen und überhaupt sehr viel positives Wissen, und zu alledem die Gabe der Rede, des freien Vortrags nothwendig und parlamentarischer Gewandtheit wenigstens höchst wünschenswerth sind. Es ist nun Glück und dem Takt der Wahlmänner überlassen, aus den Reihen der Empfohlenen — denn Andere kommen schwerlich auf die Stimmzettel — die rechten herauszufinden. — Ich wohnte in München einer Volksversammlung bei, in welcher sich vor etwa 2000 Männern verschiedenen Standes mehrere Kandidaten des deutschen Landtags vernehmen ließen. Nun, es war viel guter Wille, viel edles Feuer, viel (auch wenig) Gabe zu sprechen wahrzunehmen; von Schatt aber war allein die Rede des Ministerialraths v. Hermann, der die doppelte Aufgabe der Umgestaltung der Einzelverfassungen und der Neugestaltung einer deutschen Centralgewalt, so wie das Verhältniß beider gegen einander beleuchtete und in sichtvoller Darstellung die Rechte der Einzelstaaten von der unerläßlichen Befugniß der Centralgewalt schied, die einzelnen Momente faßt umschrieb und somit eigentlich die schwierigste und wichtigste Frage in die Hand nahm. Alles, was die andern Kandidaten vorbrachten, war dagegen gehalten Deklamation, Zusammenstellung beliebter, aber sehr verbrauchter Schlagwörter, verstärkt durch einigen Lokalhaß gegen den „preußischen Zollverein“ oder die „Reaction“. Dennoch ernteten diese feurigen Irritatoren, zumal bei recht erhobener Stimme den stürmischsten Beifall, und es ist keinem Zweifel unterworfen, daß in dieser Versammlung, hätte sie zu entscheiden gehabt, die Wahl nur zwischen den letztern geschwankt haben würde. Wurde doch Hermann sogleich und Abends in vielen Bierhäusern, Tags darauf in Lokalblättern als ein Mann des krassen Rückschritts bezeichnet und vor ihm gewarnt; und doch hatte er die schwerwiegenden Worte ausgesprochen: „Wir hatten bis jetzt noch keine konstitutionelle Monarchie! Erst mit dem Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister, mit freier Presse und mit dem Rechte der Association werden wir eine konstitutionelle Monarchie erhalten!“

**Baiern.** Außer den schon bekannten Wahlen sind noch folgende bekannt: In Arnstein (Unterfranken) wurde von 119 Wahlmännern gewählt: zum Abgeordneten Konsulent Quante mit 102 Stimmen; zum I. Ersatzmann Oberappellationsgerichtsrath Dr. Lauck mit 77 Stimmen; zum II. Ersatzmann Professor Ebel. In Aschaffenburg wurden gewählt: zum Abgeordneten der II. Präsident der baierischen Abgeordnetenkammer Titularforstmeister Dr. Müller (mit 120 unter 125 Stimmen); zum I. Ersatzmann der I. Appellationsgerichtsdirektor Papius daselbst (95 Stimmen); zum II. Ersatzmann der Bürgermeister der Stadt, A. v. Herlein (91 Stimmen). In Dillingen: zum Abgeordneten der katholische Dekan Vogel (Abgeordneter zur baierischen Kammer); I. Ersatzmann Assessor Breidenbach in Lauingen; II. Ersatzmann Professor Aymold in Dillingen. In Dinkelsbühl: zum Abgeordneten Rechtsrath Hans v. Raumer (einstimmig); I. Ersatzmann Kaufmann L. Günther in Nürnberg; II. Ersatzmann G. Chr. Scheuing (früher Landtagsabgeordneter) in Ansbach. In Donauwörth: zum Abgeordneten der rechtskundige Bürgermeister J. Weber in Neuburg a. d. D.; I. Ersatzmann Bürgermeister Föeg von Donauwörth; II. Ersatzmann Rentbeamter Weber in Höchstädt. In Eichstädt: als Abgeordneter der frühere Landtagsabgeordnete Domkapitular Friedrich Thinnes von da; als I. Ersatzmann der rechtskundige Bürgermeister Karl Nar daselbst und als II. Ersatzmann der Präsident des Appellationsgerichts von Mittelfranken, Siemon v. Haller. (Sämmtliche im ersten Skrutinium). In Erlangen: Abgeordneter (wie bereits gemeldet) Dr. Eisenmann (86 Stimmen); I. Ersatzmann Oberappellationsgerichtsrath Glück zu München (115 Stimmen); II. Ersatzmann Postbalter Stöder zu Langenfeld (88 St.) Zahl der Votanten 123. In Kempten: Abgeordneter Prof. Haggenmüller. (Ersatzmänner noch nicht bekannt). In Windsheim (Gerichtsbezirk Rothenburg a. T. Stadt, Uffenheim, Neustadt a. A., Mkt. Bibart, Windsheim und Rütenbanden): zum Abg. Dr. Eisenmann; zum I. Ersatzmann Dekan Bauer a. Bamberg; zum II. Kgl. Schuller v. Windsheim — sämmtlich fast einstimmig. Abeusberg: Abg. Pl. Lassalle in München. (61 St.); Ersatzmänner Prof. Phillips (61), Fürst Leiningen (66 St.). Zahl der Wahlmänner: 108. Amberg: Abg. Prof. Bürk in München; Ersatzmänner: App.-Ger.-Präsident v. d. Becke in Landshut, Reg.-Rath v. Podewils in Regensburg. Im Wahlbezirke Deggendorf (gebildet aus den Landgerichten Deggendorf, Hengersberg, Bogen und Mitterfels) wurde zum Abg. gewählt: Dr. G. Phillips in München, und zu Ersatzmännern K. Frhr. v. Schrenk und Prof. Lassalle. Gemünden (Unterfr.) Abgeordneter Prof. Eckl in Würzburg; Ersatzmänner: Rentbeamter Eckart von Lohr und Appellations-Rath Friedrich zu Aschaffenburg. In Kitzingen: Abgeordneter O. A.-Gerichtsrath Geigel in München (einstimmig); Ersatzmänner: Quante (77 St.), Rechtsanwalt Beehaus (95 St.). Zahl der Wahlmänner 133. Neumarkt: Abg. Domprobst Friedrich in Bamberg; Ersatzmänner: Prof. Lassalle, Generallieutenant Frhr. v. Gumppenberg. Nürnberg v. W. (Oberpfalz): Abgeordneter Kreis- und Stadtgerichtsrath Reithmayr in Regensburg; Ersatzmänner Landrichter v. Nagel in Oberviechtach, Pfarrer Schmidl von Eglarn. In dem Wahlbezirk Pottenstein (gebildet aus den Landgerichten Pottenstein, Hollfeld, Ebermannstadt, Pegnitz und einem Theile des Landgerichts Gräfenberg) wurde zum Abgeordneten gewählt: der Gerichtsarzt Dr. Gangkofner von Pottenstein; zu Ersatzmännern: I. der Gerichtsarzt Dr. Herzog von Ebermannstadt; II. Dekan Fellner von Geesmannstein — drei Männer, welche ihr politisches Glaubensbekenntniß im Sinne des monarchisch-konstitutionellen Prinzips offen abgelegt haben. Schweinfurt: Abgeordneter O.-A.-Gerichtsrath Cucumus in München. Stadtvorgetten (Unterfr.): Abg. gutes. Appellger.-Rath Treffert in München. Ersatzmänner: Eisenmann und Cucumus. Weiden: Abg. Kreis- und Stadtgerichtsrath Reithmayr; Ersatzmänner Prof. Pötzl, Appellationsgerichtsassessor Dr. Mayer in Freyung. (N. K.)

Nürnberg, 30. April. Wie wir vernehmen ist Hr. Dr. Eisenmann, da seine beiden Ersatzmänner in Würzburg an andern Orten zu Abgeordneten gewählt sind, genöthigt, die Wahl für Würzburg anzunehmen, so daß für Nürnberg der erste Ersatzmann Hr. Dr. Kraffft den Sitz am Reichstage einnehmen wird.

# **Würtemberg**, 30. April. Es bleibt doch ewig Schade, daß unser guter Land seinen alten Schwabennamen nicht mehr führt;

Digitized by Google

man wäre so viel leichter fertig mit dem Urtheile über unsere „Streiche“. Kaum haben wir Deutschland ergänzt durch unsern theologischen Landsturm, welcher die Reichstagssitze sämmtlich erobern wollte; noch brennt die Schaamröthe über die Wahl Hoffmann's jedem irgend Verständigen auf den Wangen: so kommt schon wieder eine neue Geschichte zu Tage, welche noch weit toller ist, als alles Bisherige. Einer unserer Reichstagsabgeordneten, der Oberstlieutenant Moriz Mohl, hatte schon im Vorparlamente die Abschaffung des Aels beantragt und erklärte nun auch seinen Wählern, diesen Antrag im Reichstage verfolgen zu wollen. Ueber die Richtigkeit, Zeitgemäßheit und Ausführbarkeit dieses Gedankens kann man verschiedner Ansicht sein; allein unbesteitbar ist nicht nur, daß M. Mohl ein höchst ehrenwerther und um das Land vielfach verdienter Mann ist, sondern auch, daß er diese Absicht ganz allgemein und ohne irgend eine Beziehung auf Personen aussprach. Was haben nun unsere schwäbischen Junker zu thun? Bekämpfen sie vielleicht den Gedanken mit Geist, mit Wissen, mit Gründen? Bewahre Gott, wer wird so plebejisch sein. Sie rücken ihm mit Zeugen und Pistolen auf's Zimmer, sie nennen ihn einen Verleumder, einen Hundsfott, lassen sich von ihm die Treppe hinabweisen. Dies muß zu den Unglaublichsten überzeugen, daß Privilegien einem Mann geübter, brauchbar und nothwendig machen; daß die Standesherren und Ritter ihre bisherige Stellung in den Kammern lediglich zum Wohle des Volkes und zur Beseitigung von Jagdunfug, von Feudallasten, von erbeutem Gerichtsstande, von Steuerbefreiungen, von Bevorzugung in der Repräsentation benützten. Wer jetzt nicht einsieht, daß man in Frankfurt den Adel zu pflegen und als Blüthe der deutschen Gesittung und Nationalität zu fördern hat, dem ist offenbar nicht zu helfen. Doch, die Welt liegt im Argen, und so ist sehr zu fürchten, daß diese intelligente und würdige Benehmen der gnädigen Herren Manchen dem Antrage Mohl's geneigter gemacht hat, als er vorher war. Denn zwei Worte in bitterem Ernste. Einmal möchte dem Adel nicht zu rathen sein, sich aufs Faustrecht zur Vertheidigung seiner vermeintlichen Rechte einzulassen; die Antwort mit dem Dreschflegel würde vielleicht nicht lange auf sich warten lassen. Er zeige, daß er Recht hatte und Recht hat; mit Gewalt und Bramarbasiren führt er nur um so sicherer seinen Untergang herbei. Glaubt eine Handvoll Menschen, das deutsche Volk werde sich von ihnen terrorisiren lassen? Noch einmal, sie mögen es sich zweimal überlegen. Zweitens aber muß jeder Mensch von fünf Sinnen auf das Festeste den Beginnen in dem Weg treten, Anträge zur Ordnung unserer deutschen Verhältnisse — seien solche Anträge gut oder schlecht — mittelst der Pistole beseitigen zu wollen. Wohin sollte dies führen? Wer einen Vorschlag gegen sein Recht oder gegen sein Interesse findet, der bekämpfe ihn mit den Waffen des Geistes, nicht mit der Faust oder der Klinge. Oder soll es etwa den Mecklenburgern im Reichstage freistehen, gegen einen Redner, der den Eintritt ihres Landes in den Zollverein beantragt, auf Kommando ein Pelotonfeuer zu eröffnen? einem geschickten Schützen aus Reuß-Schleiz-Greiz, Alle aus einem Reichstage niederzustrecken, welche meinen, wir haben zu viele und zu kleine Staaten? sollen die Bewohner Sachsen, welche den König von Preußen nicht zum deutschen Kaiser machen wollen, wie Straßenjungen Schimpfworte nachrufen dürfen? Welcher Unsinn! welche Barbarei! Es muß, juristisch und sittlich, für Landfriedensbruch erklärt werden, wenn Einer einen Reichstagsabgeordneten wegen seiner Anträge anzutasten wagt.

** Aus Würtemberg. Unsere Wahlen sind bis auf Wenige heute bekannt. Die Stadt Stuttgart nebst Umgebung sendet Paul Pfizer, der von seiner Krankheit gottlob wieder so weit hergestellt ist, daß er die Sendung wird antreten können. Sein Ersatzmann ist der bisherige Landtagsabgeordnete der Stadt, Fr. Federer. Römer ist beinahe einstimmig gewählt, sein Ersatzmann der Rdg. Seeseied. Murschel ist, wie zu erwarten stand, im Schwarzwalde gewählt, ebenbort auch Professor Rheinwald in Bern, ein würtemb. Flüchtling aus den 30er Jahren, der manche Sträuße wegen seines politischen Lebens in der Zwischenzeit vor der Wahl noch durchzukämpfen hatte. Gegen ihn stand Menzel. Rödinger ist in Oehringen nun auch gewählt; man weiß noch nicht, für welche Wahl, da er in 2 Bezirken Sieger ist, er sich entscheiden wird. Der einzige Adelige, der gewählt ist, ist der Fürst von Waldburg-Zeil in Oberschwaben, sein Ersatzmann ist sein Kaplan Lichtenstein. Gleichfalls gewählt ist der ultramontane Defan Kauzer. Moriz Mohl ist in Heidenheim gewählt; die Art, wie der Adel ihn wegen seines entschiedenen Austretens zu terrorisiren sucht, erregt hier allgemeine Indignation. Ob sein Bruder Robert oder Bassermann in Mergentheim gesiegt, werden Sie vielleicht sicherer wissen, als wir hier. In Ehingen ist Abgeordneter Prof. Gfrörer in Freiburg, ein Würtemberger; er hatte die katholischen Stimmen, die protestantischen erhielt theils Pfarrer Stäudlin in Suppingen, theils, und zwar die aller Pietisten, O. J. R. Klett in Ludwigsburg. Sicher ist Fezer's Sieg, sicher natürlich Uhland, beide Wahlen sind jedoch noch nicht bekannt.

**Baden.** †† **Karlsruhe**, 1. Mai. Der sonderbare Antrag des Hrn. v. Andlaw in der ersten Kammer hat die Sache der Gesetzlosigkeit und des Rückschritts nicht gerettet. Sie ist verloren. Ein oder zwei Kanonenschüsse, eine Kompagnie der tapfern Truppen reichen hin, um die stärksten Schaaren der eingebrochenen Horden zu zersprengen; die Gefangenen werden haufenweise eingebracht; der Rest löst sich in Räuberbanden auf, welche einzelnstehende Häuser und Höfe plündern. Die Führer sind auf der Flucht, die Verführten, wie gewöhnlich, geopfert. Soll das badische Volk, welches unter dem frevelhaften Verrath an ihm und Deutschland so schwer gelitten und noch leidet, diese eigene Art von Pensionären auf seine Kosten erhalten? Es ist zu erwarten, daß die Untersuchung, so groß sie sein mag, rasch geführt und durch Urtheil erledigt werde.

Aus der Verhandlung über den Antrag des Hrn. v. Andlaw geht hervor, daß die Fehler, welche man der Regierung vorwirft, hauptsächlich dadurch aufgeklärt werden, daß ihre Anordnungen nicht vollzogen worden sind, wozu noch weiter kömmt, daß der Einmarsch der Truppen aus den Nachbarstaaten in den Seekreis länger verzögert wurde, als die Regierung erwartete. Diese Gesuche hatten sich theils durch ihr früheres Benehmen unmöglich gemacht, theils haben sie sich im Augenblicke der Gefahr unfähig oder muthlos gezeigt. Hierüber muß ebenso, wie über die Theilhaber an dem Aufruhr, strenge Untersuchung gepflogen, es müssen die Beamten, welche sich pflichtwidrig betragen haben, ihrer Dienste ohne Rutzegehalt entlassen werden. Damit muß ein Gesetz verbunden werden, welches für die Zukunft ausspricht, daß der Beamte, welcher die Anordnungen der Regierungen nicht vollzieht oder nicht das Aeußerste thut, um den Vollzug zu bewirken, ohne alle Umstände entlassen wird. In ruhigen Zeiten ist gut verwalten, aber der Staat braucht Männer, welche auch an dem Tage des Sturmes und mit Gefahr ihres Lebens ihre Schuldigkeit thun.

Die Stadt Mannheim ist in Kriegszustand erklärt, und die Bewohner werden entwaffnet. Wenn man erwägt, daß Mannheim der Sitz der Häupter des Aufstandes und der vorausgegangenen Verschwörung ist; daß von da aus der Verrath am Vaterlande in die weitesten Kreise hinausgesponnen wurde; daß ein Theil der Bürgerwehr den Knarrschten diente; daß Mannheimer auf die Baiern schossen, und daß eine gefährliche Rotte von Fremden und Einheimischen dort bis auf den heutigen Tag ihr Wesen trieb, so wird man die Maßregel nicht nur gerechtfertigt, sondern geboten finden. Die beiden letzten Tage war Mannheim ruhig; einige Rädelsführer wurden verhaftet. Aber wer bürgte dafür, daß am dritten oder vierten Tage die Meuterer nicht wieder unruhig zu werden gewußt würden? Bürgte etwa der Gemeinderath, welcher sich den Diktaten eines J. K. Grohe, Heinrich Hoff und Konsorten beugte, und zur Stunde noch Heckee unter seinen Mitgliedern zählt? Die Bürgerwehr, die Heckee noch immer als Oberst ertennt, und die Verstärkung, die seinen Anzug zu bilden, welche sie am 8. April unterschrieb, am 9. schon wieder vergessen hatte? Oder bürgen diejenigen, welche Hecker, Struve und einen Rudel der schlimmsten Anarchisten zu Wahlmännern gewählt haben? — Nein — Mannheim hat in sich selbst die Kraft nicht gefunden, Gesetzlichkeit und Ordnung zu erhalten, es muß ihm diese Kraft vom Staate kommen. Die bessern Bürger werden die Nothwendigkeit der Maßregel erkennen, und das unangenehme Gefühl, dadurch mit betroffen zu werden, durch die Zuversicht auflösen, daß ihnen die Waffen alsbald wieder gegeben werden und ein gesetzlicher Zustand, Sicherheit und Ordnung die Wunden wieder heilen werden, welche eine allzu lange Dauer der ärgsten Zuchtlosigkeit der Stadt geschlagen haben.

* **Karlsruhe**, 1. Mai. Die Herren Hecker und Struve sind von ihren Funktionen als Anwälte suspendirt und mit den übrigen Theilnehmern ihres verbrecherischen Unternehmens zur Fahndung ausgeschrieben. Für den Bezirk Weinheim, Ladenburg wird unverzüglich eine neue Abgeordnetenwahl an Heckee's Stelle angeordnet. Die übrigen erledigten Abgeordnetenstellen, wozu durch den Austritt von Straub und Helbing zwei weitere kommen, werden so schnell als möglich durch neue Wahlen wieder besetzt werden.

V **Vom Rhein**, 29. April. Es ist nicht uninteressant zu wissen, wie unsere neueren Angelegenheiten in gewissen französischen Blättern besprochen und entstellt werden; darum theile ich Ihnen zunächst einige wortgetreue Auszüge aus der „Commune de Paris“ mit, welche sonst wohl überseben werden dürften. Heinrich Börnstein hat zwei von ihm unterzeichnete Artikel in jenes Blatt gestiefert, worin sich

Digitized by Google

folgende Stellen befinden: „Die republikanische Bewegung in Baden. Die Nachrichten, welche wir heute erhalten, sind der republikanischen Sache günstig. Wir lassen sie in chronologischer Ordnung folgen, und unsere Leser mögen daraus die Wichtigkeit der revolutionären Bewegung in Baden beurtheilen.

Säckingen, 20. April. Alles ist hier unter den Waffen. Die sämmtliche streitbare Mannschaft von 18 bis 40 Jahren marschirt gegen unsere Unterdrücker. Man hat Ueberfluß an Waffen, Munition und Mundvorrath und ist überzeugt, daß die badischen Truppen in Masse zu den Aufständischen übergehen werden. —

Liestal, 21. April. Diesen Abend sind 200 Deutsche von Neuenburg hier angekommen, um ihren badischen Brüdern zur Hilfe zu eilen. Morgen werden noch 300 Bewaffnete kommen, und 1000 Republikaner rücken von Genf, Waadt und Bern heran.

Hüningen, 21. April. Der Rheinübergang ist frei, und Nichts steht mehr den deutschen Legionen von Paris und Lyon im Wege, um nach Baden vorzudringen. Gestern befanden sich hier 2000 Mann badische und hessische Truppen unserer Festung gegenüber, um den Rheinübergang zu vertheidigen. Auf das Gerücht, daß die deutsche Legion von Hüningen heranrücke, ließ der Befehlshaber der Hessen zwei Kanonen vor der Brücke auffahren, welche von der Schanzeninsel aus auf das französische Gebiet gerichtet wurden; aber unser wackerer Festungskommandant brachte diese dem Völkerrecht zuwiderlaufende Sache bald wieder ins Geleis. Er ließ dem Kommandanten melden, daß er die Kanonen sogleich zu entfernen habe; andernfalls würde er auch auf dem französischen Ufer solche aufstellen und bei der ersten Kugel, welche auf französisches Gebiet falle, mit einem wohlgenährten Feuer antworten. In der That wurden auch zwei französische Kanonen am Zugang zur Brücke aufgestellt und gegen die Truppen gerichtet, welche, als sie diese Maßregeln gewahr wurden und zugleich von der Besetzung Lörrachs durch die Republikaner Nachricht erhielten, sich sofort zurückzogen und verschwanden. Die Besatzung breitet sich aus, und die Truppen werden trotz ihrer Anzahl nichts Entscheidendes thun können. Ohne Zweifel werden wir morgen Nachricht erhalten, daß die Pariser Legion in Baden eingezogen ist, und ein entscheidender Kampf wird nicht lange auf sich warten lassen. (Allerdings, nur anderen Ausganges!) Das republikanische Frankreich sei auf seiner Hut. Die Armeen, welche man unter dem Vorwand eines Tausends Arbeiter an der französischen Grenze gesammelt hat, sind gegen die französische Republik gerichtet. Man fürchtet die Sympathien ihrer Völker; die deutschen Fürsten suchen deßhalb eine Gelegenheit und einen Vorwand, um sie in einen Krieg gegen Frankreich anzuhetzen, und der Kaiser von Rußland ermuntert sie dazu. So hofft man der Freiheit im Innern und zugleich im Ausland der Republik Meister zu werden. Schon stehen 8000 Mann am Rhein, österreichische Truppen sind in Ulm und Rastatt eingezogen, die Besatzung von Mainz ist verstärkt; die Armee der Oesterreicher steht in der Nähe des Mont Cenis, und die Allianz der Letzteren mit den Engländern zur Wiederherwerbung Venedigs und der Lombardei ist Niemanden mehr ein Geheimniß. Der König von Preußen hat seinen Vertrauten, den General Pfuel, nach Petersburg geschickt, um auch dort ein Bündniß zu schließen, welches die strengere Unterpressung Polens zum Zweck haben wird. England und alle Mächte waffnen, und alle Rüstungen sind gegen die französische Republik gerichtet. So macht denn die französische Regierung einmal ihrer sentimentalen Politik ein Ende, und lasse Frankreich Stimme vernehmen, welche Gerechtigkeit und Wiederherstellung für Polen, Italien und Frankreich verlangt. Seine Stimme, die Stimme von 35 Millionen freier Männer, wird gehört werden, und wenn die verbündeten Despoten noch einmal dem Triumphzuge der französischen Revolution sich zu widersetzen wagen sollten, so ziehe Frankreich das Schwert, und es wird alle Völker Europens und die Sympathien der ganzen Welt zu Verbündeten haben." Auf derselben Seite dieser Nummer der „Commune de Paris" wird Dr. Rauschenplatt des Undankes gegen Frankreich geziehen und auf kleinliche Weise bespöttelt, weil er den unbeutschen, hoffnungslosen Aufrührern entgegenwirkt; ja es wird sogar berichtet, es sei in der republikanischen Gesellschaft in Straßburg in der Sitzung vom 20. d. M. mit Einstimmigkeit die schimpfliche Ausstoßung über ihn als einen des Monarchismus Ueberwiesenen ausgesprochen worden. Nun Benedey wird als feindseliger Verräther gezeichnet; seine „Ernennung zum deutschen Gesandten bei der französischen Republik" wird einer Kriegserklärung gleichgeachtet und die Erwartung ausgesprochen, daß die provisorische Regierung ihre Würde zu wahren wissen werde, indem sie diesen Mann, der mit Welcker das Elsaß und Lothringen deutsch machen wolle, ablehne. Der andere Brief von Heinrich Bürgstein trägt das Datum „Pfalzburg, 21. April" und zeichnet sich dadurch aus, daß er die Streitkräfte der Aufrührer auf das Großartigste steigert. Weißhaar und Struve hätten ein Jeder 2000, Hecker sogar 6000 Mann. Der Artikel schließt mit folgender interessanten Stelle: „Hoffen wir, daß diese tapferen Patrioten siegen; die Regierung der französischen Republik aber muß jetzt den Muth haben, kühn ihre Pflicht zu erfüllen, indem sie ohne Verzug die neue badische Republik anerkennt, indem sie dieselbe unter ihren *) Schutz stellt, um jede Dazwischenkunft zu verhindern. Ist einmal die Republik in Baden eingeführt, so wird ganz Deutschland folgen und dann erst wird Frankreich jenseit des Rheines auf ein aufrichtiges und dauerndes Bündniß zählen können".

Im Moniteur vom 26. ds. erklärt die provisorische Regierung in einem Dekret vom 19. d. M. die Vereinigungen der Deutschen in den östlichen Departementen für sofort aufgelöst, weil sie eine Last für die Bewohner jener Gegenden seien. Die „Assemblée nationale" vom 27. stellt dabei die Frage, ob denn die provisorische Regierung erst seit dem 19. April die Wichtigkeit ihrer Gründe eingesehen habe, und ob sie daran dachte, als sie die Bildung der deutschen Heerhaufen erlaubte und den Zug nach Belgien förderte. Die gemäßigteren Maßregeln werden mit gutem Grunde Hrn. Lamartine zugeschrieben. Er soll sich die Aufgabe gestellt haben, ohne Spaltung den Zusammentritt der Nationalversammlung zu erreichen, und soll deßhalb manchen Dekreten, die er laut mißbilligt, seine Unterschrift nicht versagt haben, indem hieraus keine nöthigenden Folgerungen hervorgingen, und alsdann doch ein Jeder klar mit seiner Farbe hervortreten müsse.

*** Gotha, 29. April. Auf Grund eines den vom Fünfzigerausschuß gegebenen Grundsätzen sich anschließenden Wahlgesetzes wurde am 26. d. M. — durch zahlreiche Wahlen — der von uns nach Frankfurt zum deutschen konstituirenden Parlament zu schickende Deputirte gewählt; 217 Wahlmänner, städtische und ländliche, waren auf hiesigem Rathhause versammelt, und mit einer glanzvollen Majorität — mit 199 Stimmen von 217 — wählte man zu dieser wichtigsten Sendung den Hofrath Freiherr. Gottlieb Becker, Redakteur des Allgemeinen Anzeigers, der in seiner publicistischen Laufbahn mit warmem ergliehendem Eifer für alles im Vaterlande gedeihende Gute den Gang der allgemeinen Ereignisse mit fortdauerndem lebendigen Interesse beobachtet hat. In einer in die Herzen der Wahlmänner tief eindringenden Rede erklärte er sich zur Annahme der Wahl sofort bereit und führte aus, wie er, seiner lebenslänglichen Ueberzeugung getreu, im konstitutionell-monarchischen Sinne, als ein warmer Freund und Vertreter einer weiten Volksfreiheit, für die Sache des gelitten Vaterlandes „feel und treu" rathen werde. In die Hände dieses Mannes, eines wackern Deutschen, sehen wir unsers Theils die Ertheilung der vorliegenden großen Aufgabe mit dem vollsten Vertrauen gelegt und freuen uns dieser glücklichen Wahl um so mehr, als die darin liegende Anerkennung der wohlverdiente Lohn eines langjährigen uneigennützigen Wirkens ist. Zu seinem Stellvertreter wurde mit überwiegender Majorität von 166 Stimmen der hiesige Justizrath Christian Kopp gewählt, ein Mann von Unbescholtenheit des Rufs, anerkannter Tüchtigkeit in seinem Fache und großer Vielseitigkeit und Raschheit des Geistes. Auch ihn glauben wir als einen entschiedenen Verfechter der Volksfreiheit betrachten zu dürfen. In beiden Männern sind wir überzeugt, würdig vertreten zu werden, und wünschen Nichts mehr, als daß das Glück der Theilnahme an einer so großen Wirksamkeit in ihrer eigenen Erhebung und Hingebung für die große Sache des deutschen Volkes nur noch mehr und mehr heitragen möge; für uns selbst aber wünschen wir, daß sich der Blick der in unserem neuen politischen Leben ganz ungewohnten Landesbewohner auf die hohen Interessen des herrlichen deutschen Vaterlandes wenden, daß man endlich erkennen möge, daß uns ein besserer Zustand in dem besondern Gemeinwesen unseres Staates nur kommen kann, wenn der große Staatskörper, neu belebt und verjüngt, zu einem höheren Leben sich erhebt. Mögen die Herzen unserer Vertreter in Frankfurt in Eintracht zelenkt werden, damit dieser große Moment nicht ohne Frucht vor uns vorbeigehe, und die Deutschen endlich, als eine große und geachtete Nation, in die Reihe der übrigen Völker eintreten. Dahin führt aber nur der Weg, der von der Anarchie ab zur Stärke führt, das ist der Weg zur

*) Mit welcher Schamlosigkeit die Faktion bekannte Thatsachen fälschte, die offenbarsten Niederlagen in Siegesberichte umschmückte und sich selber in ein unentwirrbares Netz von plumpen Lügen verwickelte, das haben wir jüngst durch Auszüge aus der Mannh. Abendz. und einigen Schweizer Blättern ähnlichen Schlags zur Genüge erwiesen; es ist indeß für die Leser Mühe, wenn wir diese Seite von Interesse, auch mit ihren eigenen Worten den Beweis zu führen, daß sie die Franzosen unverhohlen zum Krieg gegen Deutschland, zur bewaffneten Intervention in Baden aufforderte. [O. R.

Digitized by Google

konstitutionellen Monarchie, getragen von den Prinzipien volksthümlicher Freiheiten und von dem Fundamente der zur Anerkennung gebrachten Volkssouveränetät.

**Oldenburg.** Die Wahlen für die Vertretung des Großherzogthums in der deutschen Nationalversammlung sind auf indirektem Wege durch Wahlmänner vollzogen. Darnach sind die HH. Ober-Gerichts-Advocat Rüder mit 434 Stimmen, Hofrath von Buttel mit 303, Hofrath Mölling mit 260, Advokat Tappehorn mit 244 Stimmen zu unsern Repräsentanten erwählt.

**Schleswig.** Flensburg. Die Hamb. Börsenhalle meldet in ihrer Nr. vom 28. April: Wir erhalten von unserm Berichterstatter aus Flensburg vom 27. April, 5½ Uhr Abends, folgende Mittheilung: Heute ist ein dänischer Parlamentär, wie ich eben aus zuverlässiger Quelle erfahre, hier angekommen. Wenn nicht etwa dadurch die bereits getroffenen Anordnungen eine Abänderung erleiden, so rückt morgen das preußische Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment nebst einer Batterie, wie verlautet wird, zunächst nach Hadersleben zu aus.

Ein heute Morgen von Flensburg hier angekommener Reisender erzählt, daß heute von den Hannoveranern unter der Leitung von General Halkett eine Operation gegen die Insel Alsen unternommen werden solle.

Die provisorische Regierung hat folgende Verfügung erlassen: In Folge des gegenwärtigen Kriegszustandes verfügt die provisorische Regierung, wie folgt: Es sind die bisherigen Postverbindungen zwischen den Herzogthümern Schleswig-Holstein und Dänemark bis weiter aufgehoben. Die betreffenden Postämter haben bei Beförderung von Briefen, Frachtpostsachen und Diligencen in Uebereinstimmung mit dieser Verfügung zu verfahren. Rendsburg, den 27. April 1848. Die provisorische Regierung. Befeler. M. T. Schmidt.

Hierzu bemerkt die Hamb. Börsenhalle: Uns scheint es (ganz abgesehen davon, ob die prov. Regierung in diesem Falle ihre Befugnisse überschritten hat oder nicht) keine richtige Maßregel, den Krieg der Staaten auf die Privatverhältnisse zu übertragen. Wir hoffen daher von unserm Senate zuversichtlich, daß er so schnell als möglich Anstalten treffen werde, um Hamburg auf einem anderen Wege eine Kommunikation für Briefe ꝛc. mit Dänemark zu verschaffen. In jetziger Zeit sich eine solche Kommunikation nicht mehr nehmen; geschieht es dennoch, so muß es den Ruin beider Theile nach sich ziehen.

Hamburg, 28. April. (9 Uhr Abends.) Der heute Abend erst um 8 Uhr eingetroffene Bahnzug bringt die Nachricht von dem Einzuge der Bundestruppen in Hadersleben. Es wurde ein Angriff auf Alsen beabsichtigt, wohin sich ein Theil der dänischen Truppen gezogen hatte. (H. Kor.)

Hamburg, 27. April. Heute sind endlich im Altonaer Hafen zwei dänische Schiffe mit Beschlag belegt worden, während man noch in voriger Woche in unpassender Gutmüthigkeit ein solches von einem Dampfer ins Schlepptau nehmen und zum Hafen hinausbringen ließ.

Bremen, 29. April. Die überwiegende Stimmenzahl bei der gestern vollzogenen Wahl zur deutschen Nationalversammlung ist auf unsern Mitbürger, Hrn. C. T. Groekoht gefallen. Die genauere Angabe der Stimmen ist uns noch nicht zugegangen; doch hören wir, daß in der Stadt selbst wenig über 1500 Personen von ihrem Wahlrechte Gebrauch gemacht haben, was wohl zum Theil dem Umstande zuzuschreiben ist, daß von vornherein Hrn. Groekohts Erwählung auf fast gar keinen Widerstand stieß. (W. Z.)

* Frankfurt, 1. Mai. Von den Mitgliedern der konstituirenden Versammlung waren heute Vormittag 18 hier anwesend. Sie traten unter Schritt Wolff's Kaiserlaale zusammen und beschlossen, ihre Anwesenheit den fünfziger-Ausschuß anzuzeigen; am Donnerstage werden sie sich abermals versammeln, bis wohin jedenfalls eine größere Anzahl hier anwesend sein wird. An die noch Abwesenden soll eine Einladung zur Beschleunigung ihrer Reise ergehen. Die Ausschußsitzung wurde heute Nachmittag größtentheils mit Verlesung von Eingaben ausgefüllt, unter welchen eine Monster-Adresse aus München (im konstitutionell-monarchischen Sinne) mit ihren 12,000 Unterschriften hervorragte. Ein Bericht der Kommission über Volksbewaffnung beantragt den Druck und die dankende Anerkennung einer Denkschrift des großh. hess. Oberstlieutenants Benator, womit der Ausschuß sich einverstanden erklärte. Auf Jacobi's Antrag wurde eine Kommission von 5 Mitgliedern (Jacobi, Duckwitz, Lehne, Jürgens, Schuselka) ernannt, um einen Bericht an die konstituirende Versammlung über die Wirksamkeit des Ausschusses zu erstatten. Deputirter aus Hanau trägt darauf an, daß über die Todesart des General v. Gagern vom Ausschuß eine Untersuchung eingeleitet und nach deren Befund die Anschuldigung des Meuchelmordes zurückgenommen werde. Der Ausschuß wies jedoch diesen Antrag als außer seinem Berufe liegend durch die Tagesordnung ab. Die nächste Sitzung findet übermorgen Statt.

## Großbritannien.

London, 28. April. Der Standard enthält eine thränenreiche Jeremiade aus Berlin, welche Galignani's Messenger unter der Ueberschrift „Revolutionary Berlin“ wiedergibt. Hiernach gibt es in Berlin keine Regierung mehr; die Minister stehen unter der Herrschaft und Bauffichtigung der 50 Diktatoren zu Frankfurt, die ihre Machtvollkommenheit usurpirt haben (The ministers are under the control of fifty self-constituted dictators at Frankfort); nirgends Muth, nirgends Vertrauen, der kaufmännische Kredit verschwunden; alle Banketts, Kaufleute, Krämer mit schnellem, geräuschlosen Schritt bedroht; keine Hauszinse bezahlt; Diener und Arbeitsleute entlassen; Eigenthümer in ihren Besitzungen angegriffen und genöthigt, das Verlangte zu geben oder ihr Besitzthum verkauft und niedergebrannt zu sehen (!). Aufständische Volkshaufen, heißt es weiter, durchziehen die Straßen; die Bürgergarde gibt sich zwar das Ansehen, als ob sie den Frieden aufrecht erhalten wolle, zeigt aber jeden Augenblick ihre Furcht vor dem Pöbel; allen gesetzlichen Behörden wird Trotz geboten; die Tyrannei der Presse hat den höchsten Grad erreicht (!), und jeder Tag fördert die gröbsten Lamphiete und Karrikaturen auf die höchststehenden Personen zu Tage.“ (Im Vorbeigehen gesagt, die teutschen politischen Karrikaturen sind allerdings zum größten Theil abschreckend häßlich, reizlos und plump, aber selbst gemein!) So steht Berlin im Hohlspiegel des Standard aus. Wie ganz anders Großbritannien und London! Daß Hunderttausende, vielleicht Millionen in Irland, in der Hauptstadt Englands selbst, in den überfüllten Fabrikstädten ein Hungerleben führen, welches Tag für Tag am Rande des Todes hinschwindelt, findet der an solche Scenen gewöhnte Standard ganz in der Ordnung; um so lauter triumphirt er, daß diese im Lande herrschende Ordnung am 10. April keineswegs unterbrochen wurde; ja er stellt den 10. April ganz ernsthaft den bedeutendsten Geschichtstagen Englands und selbst dem 18. Juni, den Jahrestage der Schlacht von Waterloo zur Seite! Es ist ferner in England allen Ernstes der Vorschlag gemacht worden, diesen Tag zu ihrem ein Denkmal zu errichten. Was soll denn Heidelberg seinem großen Osterfeuer zu Ehren thun, wo es, von einer zahlreichen und wohlbewaffneten republikanischen Freischaar unverberaitet überfallen, sich so standhaft seiner Haut wehrte? London hatte sich 8 Tage lang auf den 10. April vorbereitet, es hatte seine ganze Polizeimannschaft aufgeboten, seine Besatzung mit mehreren Regimentern verstärkt, die bedrohtesten Punkte mit Geschützen versehen, 150,000 Konstables mit Stecken in den Straßen aufgestellt, und das Alles zum Schutz gegen etwa hechtens 20,000 unbewaffnete, von dem Friedensmanne O'Connor geleitete und vor der Strenge des Gesetzes zitternde Chartisten! Es ist indeß möglich, daß die Chartisten durch die Furcht, die man vor ihnen zeigt, zuletzt doch wider Willen Muth bekommen.

Der Morning Post zufolge ist der Bruch zwischen dem Ministerium Narvaez und dem englischen Gesandten in Madrid jetzt vollständig. Hr. Bulwer hat mit dem spanischen Kabinet jeden Verkehr, der über bloße unvermeidliche Geschäftsberührungen hinausliegt, abgebrochen, und er wartet nur noch auf Palmerstons Weisung, ob er bleiben oder gehen soll. Aus den Times erfeht man, daß der Herzog von Sotomayor dem spanischen Gesandten in Madrid anbefohlen hat, von Lord Palmerston die Abberufung Hrn. Bulwers zu fordern. Man weiß nicht, zu welchen Konsequenzen diese neue Verwickelung noch führen kann. Uebrigens sprechen die meisten Zeitungen über Palmerstons insolentes Benehmen gegen die spanische Regierung ihren feigenen Tadel aus. Was dem Standard versteht sich dies von selbst; er sagt: man würde Palmerston Schreiben an den Herzog von Sotomayor für eine Erfindung halten müssen, wäre man nicht, daß Lord Palmerstons Eitelkeit und Narrheit unbegrenzt seien. Die Antwort des spanischen Ministers findet der Standard würdig gehalten und für Bulwer und Palmerston niederschmetternd, England müsse sich von dieser diplomatischen Sünde reinigen, und dies könne nur dadurch geschehen, daß man diese Angelegenheit im Parlament zur Sprache bringe und Palmerston sowohl als Bulwer von den Staatsgeschäften entferne. Empfindlicher für Palmerston ist der Tadel der einflußreichen Times, die sich auch schon früher über den rauhen, befehlenden Ton, welcher die diplomatische Sprache Palmerstons gegen weniger mächtige Staaten charakterisirt, bitter geäußert haben. Das Morning Chronicle erkennt die Talente Palmerstons an, meint aber, seine Kühnheit arte in Rücksichtslosigkeit, seine Geschäftsleichtig-

Digitized by Google

keit in Leichtfertigkeit, seine Festigkeit in Insolenz aus. Doch findet diese Zeitung auch des Herzogs von Sotomayor Antwort sehr unbesonnen; Spanien werde sie zu bereuen haben und bald einsehen, daß ein Strauß mit der englischen Diplomatie seine unangenehmen Folgen nach sich ziehe. Narvaez werde gedemüthigt werden, leider aber sei zu fürchten, daß dann Spanien der republikanischen Faktion verfallen dürfte. Nur der Sun drückt seine vollkommene Zufriedenheit mit dem Verfahren Palmerstons aus, England habe das Recht und die Pflicht, so zu den spanischen Diktatoren zu sprechen, und Palmerston habe sich hier wieder als seiner würdig, als einen Staatsmann bewiesen, dessen Name seit 30 Jahren mit dem Ruhm und der Größe Englands innig verwachsen sei.

Die Kunde von dem Ausbruch des Krieges zwischen dem deutschen Bunde und Dänemark hat dem Standard zufolge großes Aufsehen in der City erregt; doch meint das genannte Blatt, daß unter den jetzigen Umständen kein Ministerium den tollen Gedanken haben werde, England, sobald es nicht direkt angegriffen würde, in einen auswärtigen Krieg zu verwickeln, obschon jener Krieg eine Verletzung von Bündschaften sei, welche England der dänischen Krone gelestet. — Die Staatspapiere blieben fest; die Konsols standen am 28. April auf $82^3/_8$.

## Frankreich.

Paris, 29. April. Das Resultat der Wahlen für Paris und das Departement der Seine ist gestern Abend um 10 Uhr auf dem Platze des Stadthauses, bei Fackelschein und unter den Fanfaren der Musikchöre der Nationalgarde bekannt gemacht worden. Von 360,000 Wählern der Stadt Paris und des Departements der Seine haben ungefähr 300,000 an dem Wahlakte Theil genommen, der vom 23. 7 Uhr Morgens bis gestern den 28. $10^1/_2$ Uhr Abends dauerte und von der größten Ruhe und Ordnung begleitet war. Die Namen der 34 Deputirten von Paris und der Seine sind folgende:

| | | |
|---|---|---|
| Lamartine, Regierungsmitglied, mit . . . . . | 259,800 | St. |
| Dupont (de l'Eure) do. do. . . . . | 245,083 | " |
| Fr. Arago do. do. . . . . | 243,640 | " |
| Garnier-Pagès do. do. . . . . | 240,890 | " |
| A. Marrast do. do. . . . . | 229,166 | " |
| Marie do. do. . . . . | 225,766 | " |
| Cremieux do. do. . . . . | 210,699 | " |
| Beranger, Dichter. . . . . | 204,271 | " |
| Carnot, Unterrichts-Minister. . . . . | 195,608 | " |
| Bethmont, Handels-Minister. . . . . | 189,252 | " |
| Duvivier, General der mobilen Nationalgarde . . | 182,175 | " |
| Lasteyrie, Fred., Ex-Deput. der Linken . . . | 165,156 | " |
| Bavin, do. do. . . . . | 151,103 | " |
| Cavaignac, Generalgouverneur von Algier . . . | 144,187 | " |
| Berger, Ex-Deput. der Linken, Maire des 2. Kr. . | 136,660 | " |
| Pagnerre, General-Sekretär der prov. Regierung . | 136,117 | " |
| Buchez, Adjunkt des Maire von Paris . . . . | 135,678 | " |
| Germain, Präsident des Staatsraths . . . . | 135,050 | " |
| Corbon, Arbeiter und Redakteur des Atelier . . | 135,043 | " |
| Caussidière, Polizeipräfekt . . . . . | 133,775 | " |
| Albert, Arbeiter, Regierungsmitglied . . . . | 133,041 | " |
| Wolowski, Prof. am Conservatoire des arts et métiers | 132,333 | " |
| Perpin, Arbeiter, Uhrmacher . . . . . | 131,969 | " |
| Ledru-Rollin, Regierungsmitglied . . . . . | 131,587 | " |
| J. P. Schmitt, Arbeiter . . . . . | 124,383 | " |
| Etcron, Regierungsmitglied . . . . . | 121,865 | " |
| Louis Blanc, do. do. . . . . | 121,140 | " |
| Recurt, Adjunkt des Maire von Paris . . . . | 118,075 | " |
| Agricol Perdiguier, Arbeiter, Tischler . . . . | 117,290 | " |
| J. Bastide, Unterstaats-Sekretär des Auswärtigen | 110,228 | " |
| Coquerel, protestantischer Pastor . . . . . | 109,834 | " |
| Garnon, Ex-Deputirter . . . . . | 106,747 | " |
| Guinard, Oberst der Artillerie der Nationalgarde | 106,262 | " |
| Abbé Lamennais . . . . . | 104,871 | " |

Diese Liste bestätigt, was man in den letzten Tagen erwartet hatte; selbst in der Hauptstadt haben Lamartine und seine Freunde eine ungeheure Majorität und sind in der Reihe die ersten, während Ledru Rollin mit 120,000 Stimmen weniger erst als der vierundzwanzigste in der Liste erscheint. Selbst in der Hauptstadt sind Männer der frühreren Kammer, wie Lasteyrie, Berger, die man gewiß nicht zur ersteren Seite rechnen durfte, mit größerer Majorität gewählt als Ledru Rollin und Louis Blanc. In den Provinzen, so weit man die Resultate kennt, wird sich dies noch schärfer aussprechen; die Neigung der Mehrheit wird noch mehr nach der Rechten hingehen, als in Paris. Viele Deputirte der frühreren gemäßigten Linken sind wieder gewählt, und aller Voraussicht nach wird diese Partei in der konstituirenden Versammlung den Ausschlag geben. Wir finden wieder Odilon Barrot, Tocqueville, Gustav de Beaumont, Jambert, St. Albin, Mornay, Corne, und neben diesen bekannteren Namen eine Reihe von Männern, die als gleichgesinnt bezeichnet werden. Es wird sich demnach aus der früheren dynastischen und jungen Linken der Deputirtenkammer eine nicht unbedeutende Fraktion bilden, welche in der Nationalversammlung die Rechte einnimmt. An sie wird sich auch ohne Zweifel Berryer, der in Marseille wieder gewählte ist, und Montalembert, Falls er gewählt wird, anschließen. Die sozialistische und kommunistische Richtung ist bis jetzt sehr schwach vertreten, und es wird nicht lange dauern, so wird man über den reaktionären Geist der Versammlung Klage führen oder gar mit Gewalt sich gegen sie aufstehen.

Ein Vorspiel davon gibt die Stadt Rouen. Dort hatte die gemäßigte Partei durchaus gesiegt und Alles, was an den Ledru Rollinschen Republikanismus erinnerte, ausgeschlossen. Die letztere Partei wurde hiedurch erbittert, es kam zwischen ihr und den Gegnern zu Reibungen, und am 27. April entspann sich ein heftiges Straßengefecht, in denen zahlreiche Barrikaden errichtet, mit der größten Erbitterung vertheidigt und von der Linie und Nationalgarde genommen wurden. Am Abend des 27. schickte der Militärkommandant von Rouen folgende telegraphische Depesche an den Kriegsminister: „Es ist Mitternacht, wir schlagen uns seit 6 Stunden gegen einen beträchtlichen Aufstand, der unser Feuer erwidert. Der morgige Tag wird heißer werden. Schicken sie uns Verstärkungen, es ist dringend". — Eine Depesche des Generalprokurators an den Justizminister sagt (vom 28. $4^1/_2$ Uhr Morgens datirt), der Aufstand sei unterdrückt, und es habe 8 Todte und 15 Verwundete gegeben. — Allein der National, der Regierung nahe stehend, sagt: der Aufstand habe am 28. wieder begonnen, man habe Artillerie gegen die Barrikaden anwenden müssen, mehrere Fabrikdörfer der Umgegend haben sich der Regierung angeschlossen, zwei Regimenter Infanterie seien auf der Eisenbahn von Paris nach Rouen geschickt worden und die Stadt in Belagerungszustand erklärt. — Dagegen versichert das Débats, daß gestern Abend um 6 Uhr beim Abgange des letzten Convois die Ruhe in Rouen ganz hergestellt war.

Nach dem Journal de Rouen vom 29, dessen Nachrichten bis 3 Uhr Morgens gehen, war die Emeute im Innern ganz überwältigt. Die Zahl der Todten wird auf 22 angegeben, die der Verwundeten, viel bedeutender, läßt sich noch nicht ermitteln. 248 Personen sind verhaftet worden, unter ihnen Herr Durand, Deputirter und Maire, zugleich Präsident eines sehr exaltirten Klubs. Rouen ist übrigens nicht in Belagerungszustand (état de siège), sondern nur in Kriegszustand (état de guerre) erklärt, wodurch die Befugnisse der Militär-Kommandanten bedeutend erweitert werden.

In Elbeuf sind die Arbeiter ebenfalls aufgestanden, und man sandte in größter Eile Munition für die Truppen und Nationalgarde dahin.

Diese Symptome sind bedenklich; sie zeigen im Kleinen, was die Nationalversammlung im Großen zu erwarten hat, wenn ihre Haltung den Wünschen der Partei nicht entspricht.

## Oesterreichische Monarchie.

Krakau, 26. April. In Folge der Weigerung Castiglione's, noch fernere Waffen an die Polen zu verabfolgen, begaben sich große Haufen in die Vorstädte, um Sensen zu schmieden. Daran verhindert, zogen sie schreiend und tärmend in die Stadt, griffen einzelne Posten an und errichteten an mehreren Punkten Barrikaden. Castiglione zog das Militär nach der Burg und ließ Krakau von dieser Citadelle von 2 Uhr Nachmittags bis Abends $7^1/_2$ Uhr mit schwerem Geschütz beschießen. Die Aufregung in der Stadt ist unbeschreiblich, und Alles auf den Sturm der ausbrechenden Insurrektion gefaßt. (Schles. Z.)

Krakau, 27. April. Wir haben einen blutigen Kampf gehabt. Der Aufstand begann gestern um 4 Uhr. Als der durch seine Menschenfreundlichkeit und Langmuth allgemein beliebte Oberkommandant, Graf Castiglione, an der Spitze der Generale das Volk mit väterlichen Worten zur Ruhe mahnte, erhielt er von Fenstern aus 3 Schüsse ins Gesicht; in diesem Augenblicke übernahm General Mottke das Kommando und ließ feuern. Das Blutbad war fürchterlich, die Stadt ward 3 Stunden lang beschossen, bis Parlamentäre kamen und um Gnade baten. Die Stadt kapitulirte nun, die Insurgenten und

Digitized by Google

**Baiern.** = München, 29. April. Unsere zweite Kammer hat heute den Gesetzentwurf über die Verhältnisse der Sparkassen und beziehungsweise die bei der Staatsschuldentilgungsanstalt anliegenden Sparkassenkapitalien berathen und denselben mit den wesentlichen Modifikationen des Ausschusses angenommen. In Betreff dieses Gesetz-Entwurfes, wie er von der Regierung eingebracht worden war, sind viele Vorstellungen und Protestationen der Magistrate und Gemeindekollegien (z. B. von hier, Nürnberg, Bamberg, Hof, Augsburg ꝛc.) eingelaufen, worin die große Aufregung geschildert ist, welche das Bekanntwerden des Gesetzentwurfes unter den zahlreichen Einlegern hervorgebracht hat, so daß man Unruhen befürchten konnte. Durch die Fassung, die das Gesetz durch den Ausschuß und die Kammer erhielt, sind nun die obigen Besorchungen beseitigt; denn es war nicht abzusehen, woher die Sparkassen oder die haftenden Gemeinden die baaren Geldmittel nehmen sollten, die zur Heimzahlung der gekündeten Einlagen im Sinne des Artikels 3 des Gesetzentwurfes erforderlich gewesen sein würden. Nunmehr heißt der Artikel so: „Die Sparkassen sollen die Einleger aus der Klasse der Dienstboten, Handwerksgesellen, Taglöhner, Fabrikarbeiter oder Militärs vom 1. Unteroffizier abwärts bis zum statutenmäßigen Maximalbetrag der Einlagen vorzugsweise befriedigen". — Die Kammer der Reichsräthe hat dem Preßgesetzentwurfe noch einige Zusätze in Betreff der angegriffenen Amtsehre und der Vertheidigungsaufnahme im öffentlichen Interesse des Angegriffenen beigefügt, die gesetzliche Geltung erhalten sollen. — Der Klub, von dem ich Ihnen schon öfter berichtete, hat eine Adresse an den Fünfziger-Ausschuß verfaßt, worin gesagt wird, daß ein großer Theil der hiesigen Bewohner mit der Wahl Fallmerayer's und Hermann's zu Parlaments-Abgeordneten unzufrieden und die Urwahlen überhaupt nicht streng dem Gesetze gemäß vorgegangen seien. Auch zwei Adressen an unser Ministerium über die Feststellung eines Census in dem neuen Kammerwahlgesetze und über die Auflösung der Kammer deadschlägt er demnächst aufzulegen. Ein Antrag, dem freisinnigen Ministerium ein Vertrauensvotum abzugeben, stieß auf bedeutenden Widerstand und fiel durch. Ueber die treffliche Haltung der Kammerminorität sprach der Klub sich anerkennend aus.

**Sachsen.** * Leipzig, 28. April. Bei der bevorstehenden Wahl von Abgeordneten für Frankfurt sind offene Wahlumtriebe bei uns im vollen Gange. Die verschiedenen Parteien, Vereine und selbst einzelne Privaten verbreiten auf alle mögliche Weise Listen von Kandidaten ihrer Gesinnung. Die Vereinswuth hat Ueberhaupt um sich gegriffen. Trotz der bereits bestehenden tauchen immer noch neue auf, so zuletzt der Verein zur Wahrung deutscher Interessen an den östlichen Grenzen, an dessen Spitze die DD. Wuttke, Fürst und Kühne getreten sind; so der demokratische Verein unter Semmig und Weller, der fast mit offenem Visier nur republikanisch-sozialistische Tendenzen predigt und in seinem Eifer andere Vereine zu verdächtigen sucht, insbesondere auch den deutschen Verein, der bereits Programme erläßt, aber nicht konsequent genug verfährt. So hat er jüngst eine Wahlmännerliste verbreitet, welche in und außer dem Vereine viel Mißbilligung gefunden hat, da sie charakterlose Männer der verschiedensten politischen Gesinnung zusammenstellt und empfiehlt. Und so kam es, daß diese Liste sogar öffentlich an den Pranger gestellt ward. Als deßhalb Dr. Haltaus es feurig dem Ausschuß ans Herz legte, er solle ein ander Mal gewissenhafter Wahllisten entwerfen und nicht ein buntes Gemisch von Männern aller Farben aufstellen, sondern nur von Männern, die dem Programm zu Folge auch in der That es wüßten und vertreten könnten, die konstitutionelle Monarchie auf der breitesten demokratischen Grundlage anzubahnen, so wollte ihn der Präsident, der wegen eines solchen gerechten Tadels in große Hitze gerieth, zur Ordnung verweisen, was einen so großen Sturm und so hitzige Debatten hervorrief, daß die Galerien, die mehrfach gereizt wurden, in Masse in den Saal herabdrangen, und die Sitzung zuletzt sogar aufgehoben werden mußte. Der Ausschuß, der den Tadel über seine Inkonsequenz nicht verschmerzen konnte, erließ dann noch eine Herausforderung gegen Dr. Haltaus, die dieser aber mit Entschiedenheit beantwortet hat. Die Tendenzen des Vereines sind ganz zeitgemäße, doch die Wahlmännerliste desselben verdiente wegen ihrer Unentschiedenheit politischer Farbe einen öffentlichen Tadel, weil ein politischer Verein von so freisinnigen Unterlagen kein schwankendes Rohr in einer Besenfrage, wie eine Wahlliste ist, sein soll. Der Vaterlandsverein, der nicht bloß hier Tausende von Mitgliedern hat, sondern bereits auch an vierzig Zweigvereine zählt, hielt dieser Tage seine erste Generalversammlung, an der ungefähr 80 Abgeordnete aus den Provinzen Theil nahmen. Seine Tendenz ist eine völlig freisinnige, gemäßigt in sofern noch als er die Republik nicht an die Spitze stellt, aber seine Grundlagen sind mit denen der Republik eng verwandt. Er erkennt die Einigung, Einigkeit und Einheit des deutschen Volkes in Freiheit, Gleichheit und Brüdersinn aller Volksangehörigen, in Selbstständigkeit, Unverschertheit, Größe und Machtansehen des Vaterlandes als Ziel seines Strebens an, und der Grundsatz unbedingter Machtvollkommenheit des Volkswillens und der Selbstherrlichkeit des deutschen Volkes gilt dem Verein als Richtschnur seines Handelns. Der deutsche Verein steht dagegen konstitutionelle Monarchie mit breitester demokratischen Grundlage an der Spitze seines Programms, welches der Vaterlandsverein für die Gegenwart ebenfalls als zeitgemäß in Sachsen anerkannt hat. Beide Vereine vereinigt würden eine gewaltige Macht sein, während sie vereinzelt sich mannigfach in Durchführung ihrer liberalen Grundlagen schaden. Man arbeitet deßhalb jetzt eifrig an dem Einigungswerke. So vielfach das politische Leben in unserer Stadt auch geweckt ist, so bleibt es doch etwad Unerklärliches, daß bis jetzt unter einer so großen Anzahl Stimmfähiger erst nur über 5000 sich zur Wahl von Wahlmännern gemeldet haben. Man sieht daraus, daß Viele sich noch gar nicht über ihren alten Indifferentismus erheben können. Viele Störungen in den hiesigen politischen Klubs macht der bekannte Dr. Langenschwarz, der durch ungeistlose politische Räsonnements die Proletarier auf seine Seite gezogen und bei seiner Keckheit mehrere Gesellschaften gesprengt hat, ihre Sitzungen völlig aufzuheben, wobei es bald zu Thätlichkeiten gekommen wäre, so den Preußenklub, der ihn sogar öffentlich deßhalb ausgestoßen hat, und zuletzt den Vaterlandsverein, der entschieden genug die äußerste Linke vertritt. Langenschwarz hoffte durch solche Demonstrationen das niedere Volk ganz zu gewinnen und möchte gern durch das Volk auf die Wahlliste nach Frankfurt kommen, allein der besonnenere Theil der Bürger wird hoffentlich fest genug sein, seine Wahl unmöglich zu machen. Unsere Armee ist vom Bundestag beauftragt, sich sofort mobil zu machen, sie soll, wie man hört, nach Baiern vorrücken. Freiwillige nach Holstein kommen täglich noch in großer Anzahl durch. Auch ein Korps von Polen ging dieser Tage durch Leipzig, wo die Sympathien für das polnische Volk, welches so kannibalisch gegen unsere deutschen Brüder wüthet, sehr im Abnehmen begriffen sind. Wir ernten von den Polen keinen Dank für die Opfer, die wir ihnen bringen. Die Wahl eines zweiten Bürgermeisters ist auf den Advokaten Koch gefallen, einen jungen, thatkräftigen Mann von liberaler Gesinnung. So stehen nun zwei gesinnungsvolle Liberale, Klinger und Koch, an der Spitze von Leipzig.

△ Lübeck, 24. April. Während viele deutsche Staaten in diesem Augenblicke beschäftigt sind, vollständige Reformen der Verfassung einzuführen, ist Lübed in diesen Tagen an das Ende ähnlicher, schon seit längerer Zeit begonnener Bestrebungen gelangt. Bereits vor fünf Jahren fing man hier an, an einer neuen Verfassung zu arbeiten. Verschiedene Ursachen, hauptsächlich daß man zu Anfang einen verkehrten Weg einschlug, und daß nach reichsstädtischer Weise Viele über Reform abhold waren, haben es bewirkt, daß die Arbeit so unendlich lang gedauert hat. Jetzt ist sie fertig, aber freilich, da sie nicht unter dem Einfluß der erst in der neuesten Zeit entkandenen Ideen gemacht ist, ist sie auch keine praktische Anwendung derselben, sondern beruht auf andern Prinzipien. Wir glaubten schon Viel erreicht zu haben, als gesetzlich festgestellt war, daß das persönliche Stimmrecht der Bürger aufhören und ein Repräsentativsystem an die Stelle desselben treten sollte, daß ferner die Gelehrten, die Landleute und eine große Anzahl Gewerbtreibender, die bis jetzt gar keine politischen Rechte haben, ebenfalls vertreten werden sollten, und wir freuten uns innig, daß nun die bisher in elf getrennten Kollegien berathende Bürgerschaft zu Einem Körper vereinigt würde, und zugleich in der Zusammensetzung und den innern Einrichtungen des Senats, ferner in der Gerichtsverfassung wesentliche Verbesserungen in Aussicht gestellt waren. Es war nichts Leichtes, die doch so wünschenswerthe allgemeine und freie Zustimmung zu diesen Reformen zu erlangen, jedoch es wurde dahin gewirkt und gelangt und wir hoffen nun, nach Abstreifung aller den Geist hemmenden, mittelalterlichen Formen ein neues, schönes Leben in unsern Mauern erblühen zu sehen. Da auf einmal braust ein gewaltiger Geist durch Europa, allgemeine Wahlfreiheit und gar gleiche Wahlfreiheit wird das Losungswort, davon allein erwartet man eine Regeneration des Volkes. Es konnte nicht fehlen, daß auch hier Manche das Panier dieser Ideen erhoben, und da entstand denn die schwierige Frage: sollen wir ihnen folgen? sollen wir das, was wir nach reiflicher Ueberlegung als gut erkannt haben, aufgeben und dafür neue, uns bisher unbekannte und in unserem Vaterlande wenigstens, noch nirgends bewährte Ideen zum Grunde legen? Wir haben es nicht gethan, wir sind, zumal in der Ueberzeu-

Digitized by Google

gung, daß eine künftige Fortbildung der Verfassung nicht ausgeschlossen und leichter zu bewerkstelligen ist, als eine etwa nothwendige Rückbildung, bei unsern früheren Entschädigten gebildeten. Die Bürgerschaft besteht demnach künftig aus 120 nach gewerblichen Ständen gewählten Vertretern, nämlich 12 Gelehrten, 40 Kaufleuten, 12 Krämern, 40 Gewerbstreibenden und 16 Landleuten; sie werden auf acht Jahre gewählt und künftig zum vierten Theile erneuert; sie versammeln sich jährlich wenigstens sechsmal und zwar viermal an bestimmten Tagen, außerdem so oft der Senat, der sie zu berufen hat, es für erforderlich hält oder der gleich zu erwähnende Bürgerausschuß es begehrt. Kommissarien des Senats sind in den Versammlungen gegenwärtig und an der Berathung Theil zu nehmen berechtigt, entfernen sich jedoch, wenn die Abstimmung vor sich geht. Die Anträge des Senats werden vorher öffentlich bekannt gemacht, und es wird, wenn die Bürgerschaft es nicht vorzieht, sie erst durch eine Kommission begutachten zu lassen, in einer Versammlung darüber entschieden. Der Bürgerschaft steht die Theilnahme an der Gesetzgebung im vollen Umfange zu, über ihre Mitwirkung bei der Verwaltung sind feste Bestimmungen vereinbart. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Bürgerausschuß, bestehend aus dem vierten Theil der Vertreter jedes Standes, der alljährlich zur Hälfte erneuert wird. Dieser Ausschuß hat alle Anträge des Senats, ehe sie an die Bürgerschaft gelangen, zu begutachten und in minder wichtigen Angelegenheiten, aber auch in allen Fällen, in denen es ihm dem Senate vorher beschließt der Bürgerschaft übertragen ist, anstatt derselben zu entscheiden. Er versammelt sich regelmäßig alle vierzehn Tage einmal. Bürgerschaft und Bürgerausschuß erwählen, jeder Körper aus seiner Mitte, einen Vorsitzführer; der Vorsitzführer der Bürgerschaft kann nicht zugleich Mitglied des Bürgerausschusses sein. Der Senat besteht aus 20 Mitgliedern; jeder Bürger, der das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat, ist wählbar, nur die nächsten Verwandtschaftsgrade sind ausgeschlossen. Die Selbstergänzung des Senats hört auf, und es wird für jede Wahl eine aus Rathsmitgliedern und Bürgern gleichheilig zusammengesetzte Kommission gebildet. Die Zahl der Senatoren und das Verhältniß der Gelehrten unter ihnen zu den Nichtgelehrten kann jedoch erst definitiv festgestellt werden, nachdem eine unverzügliche vorzunehmende Berathung über Umgestaltung des Gerichtswesens unter Trennung der Rechtspflege von der Administration beendigt ist. Die Vorsitzer des Senats und des Obergerichts werden aus dem ganzen Senat und von demselben auf zwei Jahre gewählt und führen während dieser Zeit den Titel Bürgermeister. Für den Fall beharrlicher Meinungsverschiedenheit zwischen Rath und Bürgerschaft wird da, wo es sich um authentische Auslegung bestehender Gesetze, besonders über Rechte des Senats oder der Bürgerschaft handelt, die Streitfrage der rechtlichen Entscheidung des Oberappellationsgerichts der vier freien Städte unterworfen. Wenn dagegen die Meinungen des Senats und der Bürgerschaft darüber abweichen, was das Staatswohl erfordere und beide der übereinstimmenden Meinung sind, daß eine Beschlußnahme ohne wesentlichen Nachtheil für das Gemeinwesen keinen Aufschub erleide, so ist die Meinungsverschiedenheit durch den Ausspruch einer Entscheidungskommission zu beseitigen, die durch sieben Mitglieder des Senats und sieben Mitglieder der Bürgerschaft gebildet wird. Durch diese Kommission dürfen jedoch nie Aenderungen in der Staatsverfassung herbeigeführt werden. —: Das sind die Grundzüge unserer neuen Verfassung die bereits zum Gesetz erhoben ist und in wenigen Wochen ins Leben treten wird. Niemand verkennt, daß sie der Verbesserungen bedürftig ist, namentlich solcher, die dem plötzlich erwachten Volksgeiste entsprechen, und es ist deßhalb auch der Paragraph des Entwurfs, der eine Revision nach 5 Jahren anordnet, nicht mit in die Urkunde aufgenommen. Wahrscheinlich wird eines der ersten Geschäfte der neuen Bürgerschaft darin bestehen, auch den bis jetzt nicht vertretenen unteren Ständen politische Rechte einzuräumen. Mögen nur alle noch vorzunehmenden Veränderungen auf demselben Wege ruhiger und friedlicher Reform zu Stande kommen und eben so sehr der Ausdruck allgemeiner und geprüfter Ueberzeugung sein, als dies bisher glücklicher Weise bei uns der Fall war.

## Italien.

† Neapel, 19. April. König Ferdinand II. hat gegen den Parlamentsbeschluß von Palermo, der ihn der Krone Siciliens für verlustig erklärt, folgenden Protest erlassen: „Wir erklären zu protestiren und protestiren mit Gegenwärtigem feierlich gegen den Akt von Palermo vom 13. April 1848, der die heiligen Rechte Unserer königlichen Person und Dynastie und die Einigkeit und Integrität der Monarchie verletzt; Wir erklären ihn ungesetzlich, aufrührerisch, nichtig und ungiltig." Dieser Akt, vom Könige, vom Ministerpräsidenten und dem Minister der Grazia und Giustizia unterzeichnet, ist in dem Reichsarchiv niedergelegt. Dabei wirds wohl einstweilen bleiben müssen, wenigstens die Angriffe sich nur auf Messina beschränken, da alle disponiblen Truppen nach der Lombardei ziehen müssen. Auf besonderes Ansuchen des Königs von Sardinien soll in diesen Tagen eine neapolitanische Flotte nach dem adriatischen Meere abgehen, um einen Landungsversuch der Oesterreicher an jener Küste zu verhindern. Mit ihr ziehen 4000 Mann tiefiger Truppen, die in Venedig ans Land steigen und sich mit dem piemontesischen Heer vereinigen sollen. Man spricht sogar davon, daß der König nach Eröffnung des Parlaments sich selbst an die Spitze seiner Truppen stellen und die Unabhängigkeit der Lombardei erkämpfen helfen wolle. So ist dieser Fürst Siciliens gegenüber in großer Verlegenheit, und muß, um das gegen ihn verbreitete Mißtrauen, als sei es ihm mit seinen Konzessionen nicht Ernst, zu beschwichtigen, alle seine entbehrlichen Streitkräfte nach Oberitalien schicken und zusehen, wie unterdessen die Sicilianer ihn des Thrones entsetzen und, was auch bereits vom Parlament beschlossen ist, einen andern italienischen Fürsten auf den Thron berufen. Zu einem letzten Versuch, zu friedlicher Ausgleichung verreist heute der bekannte Romeo nach Palermo, um die abtrünnigen Sicilianer wieder zu gewinnen zu suchen. Das englische Geschwader ist wieder nach Malta zurückgekehrt, auch Lord Minto hat Neapel verlassen; es scheint, daß England die Vermittlung zwischen Neapel und Sicilien aufgegeben hat.

## Türkei.

* Konstantinopel, 12. April. Während Ihre deutschen und französischen Korrespondenten bei den sich überstürzenden Wellen des stürmerregten Geschichtsstromes alle Hände voll zu thun haben, um Sie in Kenntniß von dem Geschehenen zu erhalten, sitzen wir hier im Orientexakte ruhig, wie ehemals ein protestantischer Dorfpfarrer bei einem Abendschmause und sehen die Schiffe den einen jung umgrünten Bosporus auf- und abgleiten. Nachdem die „altersschwache" Pforte eine von sehr vieler jugendlichen Kraft zeugenden Flotte, die selbst dem einigen Deutschland Ehre machen würde, binnen 14 Tagen in schlagfertigen Zustand gesetzt hat, ist hier Alles still; denn ein kleines Dolchgefecht, welches allabendlich zwischen den Griechen und Maltheser unten bei der Galatabrücke sich entspinnt, ist ohne alle Bedeutung, wenngleich die Schuld dieser Unordnung der englischen Botschaft zur Last fällt, da sie die Maltheser, so oft sie wegen Verbrechen eingesteckt werden, augenblicklich reklamirt, und wegen der Albernheit ihrer Gesetze, die keine christliche Instruktion, selbst nicht einmal in diesen Gegenden duldete, aus Mangel einer hiesigen Jury sogleich wieder auf freien Fuß stellt. Nur Graf von Römer hat neulich hier einen nicht geringen Sturm hervorgerufen. Am 9. April nämlich kam die erste Nachricht von der lombardischen Revublik an, und augenblicklich verbreitete sich das Gerücht, die hiesigen Italiener wollten hier das alte venetianische Ballo, welches gegenwärtig dem österreichischen Botschafter zur Wohnung dient, als ihr Eigenthum mit gewaffneter Hand reklamiren. Eine beträchtliche Anzahl türkischer Soldaten hielt den Palast besetzt und starke Patrouillen streiften durch die Straßen von Pera — allein auch nicht ein Einziger Venetianer zeigte sich. Es erschien vielmehr am andern Morgen eine Deputation von dem alten Säzling Metternichs, die ihm die gänzliche Ungegründetheit dieser Besorgnisse darthat und ihm zugleich sechs ihrer achtbarsten hiesigen Landsleute als Geisel stellen wollte. Er schlug dies Anerbieten aus und muß sich nun von Jedermann sagen lassen, daß das ganze Gerücht von ihm absichtlich ausgesprengt sei, um die Italiener zu verdächtigen, eine Anschicht, der ich, bekannt mit den Häuptern der italienischen Partei, unbedingt beipflichte. Also noch vor Thoraboschluß ein diplomatisches Intriguelein, die Herren sind doch selbst in Zeiten, wie die unsrigen, unverbesserlich. — Das ausnehmend gute Verhältniß der Pforte zur preuß. Gesandtschaft dauert fort; den Grund davon dürfen Sie, wie ich Ihnen schon vor einer Woche schrieb, in der wichtigen Ansicht der Türken suchen, daß ein nach Außen mächtiges Deutschland ihnen ein treuer Bundesgenosse sein werde. — Metternich läßt man hier in Odessa angekommen sein, er wird wohl schwerlich, wie einst der Herzog v. Richelieu, von dort sich wieder hinter einen westeuropäischen Ministertisch begeben.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Owen in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal u. Brasilien nehmen Bestellungen an die Herren Bossange Vater in London. Für Frankreich, Belgien, Savoyen, Piemont, Span

ganze Geschichte hindurch nur in Monarchien und in geschlossenen Aristokratien gefunden werden.

Von dieser Verfassung alles Thunliche festzuhalten, ist wohl Dahlmanns Absicht gewesen, dem die ersten Umrisse des vorliegenden Entwurfes zuzuschreiben sind. Seinen Gründen gelang es, die Ueberzeugungen selbst von Anhängern des Wahlprincips unter den Siebenzehn zu erschüttern. Er stellte, ganz sich treu bleibend, die Erbmonarchie in den Mittelpunkt der deutschen Gesammtverfassung als eine natürliche und nothwendige Bedingung in einem Bundesstaate von lauter erblichen Monarchien. Er wollte mit der Erbverfassung „eine treibende Kraft in den Staat einführen, die auch den schlechtesten Herrscher auf den Weg des Gemeinwohls leitet", er wollte die „monarchisch verdichtete Thatkraft" nicht missen, deren Wirkungen ihm aus der Geschichte bekannt und geläufig sind. Der Entwurf verlangt daher alle die Attribute einheitlicher Herrschaft für den deutschen Kaiser, die die wesentlichen Bedingungen alles Königthums sind: unter der Erblichkeit die Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit des Herrschers und alle Präeogative der anerkannten Gewalt. Dabei setzt er eine große Hausmacht voraus: denn eine so erhabene Stellung ohne eine entsprechende Unterlage wäre ein Schatten ohne Halt; der Begriff einer Macht sucht, wie alle Ideen unter Menschen, nach einer Verkörperung; das Streben jedes Johannd ohne Land und den deutschen Thron wieder wie im Mittelalter, so jetzt, wieder die Gründung der sehlenden Hausmacht und die Folge davon die Hintansetzung der Reichsinteressen sein. Der Entwurf führt daher auch äußerlich die Benennungen Kaiser und Reich zurück, die die Einheit betonen; er verlangt auch den äußeren Centralpunkt der Einheit, eine Residenz, die der stetige Sitz des Kaisers, der Ministerien, des Reichstages sei: eine Forderung, die mit am Meisten auffallen wird, weil sie selbst die alte Erinnerung nicht einmal für sich hat und vielleicht selbst den Partikularismus des glücklichen Landes gegen sich hätte, dessen Fürst die deutsche Krone zu tragen bestimmt würde. Auch das Oberhaus war in der ursprünglichen Gestalt des Entwurfes der monarchischen Gewalt und Prärogative günstiger gesinnt als es jetzt der Fall ist. Nach der Grundlage des Entwurfes sollten die Fürsten nicht allein selbst oder durch Stellvertreter in dem Oberhause Sitz nehmen, sondern sie sollten auch in einem nach der Bevölkerung der Lande geregelten Verhältniß die sämmtlichen Reichsräthe ernennen. Dies hätte faktisch zu einer Pairie geführt. Zwar die Mediatisirten und den Adel auch nur zu nennen, mochte selbst der ursprüngliche Entwurf in diesen Zeiten nicht weiter gerathen finden, die kein anderes Vorrecht als das des Verdienstes, und auch dieses kaum, anerkennen wollen; die amtliche Berechtigung, die Vertretung der hohen geistlichen und weltlichen Würden, die Standesberechtigung, die Vertretung des großen Grundbesitzes als solchen, die persönliche Berechtigung, die erbliche Vertretung bestimmter Familien in ihren Erstgebornen war aufgegeben. Nur das bewährte Verdienst sollte ein Anrecht auf die Ernennung in das Oberhaus geben; die Lebenslänglichkeit sollte dann die Unabhängigkeit des Ernannten sichern: aber auch diese Einschränkungen hätten es wohl verstattet, daß sich das Oberhaus rein zu einer Pairie gebildet hätte, sobald die deutschen Fürsten das ihnen überwiesene Recht in ihrem Sinn zu nützen verstanden. Und wir wollen gar nicht sagen, daß dies zum Nachtheil des deutschen Reiches hätte ausschlagen müssen, wenn nur dies Recht in einem rechten Sinne genützt worden wäre. Denn nach Theorie und Erfahrung scheint uns wahrhaft der Staat der beste zu sein, in dem alle verschiedenen Stände, deren wesentlich eigenthümliche Beschäftigungen und Richtungen man nicht negiren und nicht nivelliren kann und soll, in ihren Interessen gleichmäßig vertreten sind. Und wie viel für die Größe und die Macht eines Staates der Stand von jeher bedeutet hat, dessen Berufsart ihn die Waffe verngönnt, der höhern Staatsbildung sich ausschließend zu widmen, das kann unter Verständigen selbst in diesen Zeiten nicht verkannt werden, in denen man sich gegen die Wahrheit die Ohren verklebt. Aber freilich, wie nicht jeder Ort, so ist auch nicht jede Zeit geschaffen, dem besten Staat die beste Verfassung zu bilden. Seitdem sich Amerika von England losgerissen und einen bewunderten Staat geschaffen hat ohne allen Geburtsadel, seitdem Frankreichs Revolutionen an der Ausstillung desselben wiederholt gearbeitet haben und Belgien seine bürgerliche Verfassung erprobt hat, scheint es vergebens und eitel zu sein, sich dieser Zeitrichtung widersetzen zu wollen. Dies Gefühl oder diese Betrachtung ist es gewesen, die in der Mehrheit der Siebenzehn vorgewaltet und die ursprünglichen Bestimmungen des Entwurfes über das Oberhaus sehr wesentlich geändert hat, ohne indeß an die Bestimmungen über die Erbmonarchie und ihre Rechte zu rühren.

---

**Oesterreich.** Wien, 28. April. Eine Deputation aus Krakau ist hier angelangt und bringt erschütternde Nachrichten mit. Es ist zu einem Konflikte zwischen den Truppen und dem Volke gekommen. Jene waren gezwungen, sich in die Citadelle zurückzuziehen, später kam es zum Feuern, es wurde mit Kartätschen geschossen und große Verheerung bewirkt. Die Deputation nahm heute Morgen Audienz beim Kaiser; noch an diesem Nachmittag wird sie ihre Angelegenheit in der Universitätsaula zur Sprache bringen. — Der politische Horizont bedeckt sich zusehends mit schwarzen Wolken. Während die Nachricht von der Einnahme Udines die Spezy. Metalliques sogar bis auf 75 hinaustrieb, neuy jedoch ganz vorzüglich auf die Nachricht von einem thätigen Eingreifen Englands beitrug, vernimmt man, daß die franz. Republik ernsthaft mit dem Gedanken umgehe, ihre Armeen gegen den Osten, angeblich zum Schutze und zur Wiederherstellung Polens, marschiren zu lassen. — Für die Wahlen zum Reichstage in Frankfurt sind die Wahlmänner meistens schon gewählt. Die politische Unbildung, welche hier auf dem Lande herrscht, wird wohl manche bizarre Wahl zu Tage fördern. — Gegen die proklamirte Konstitution erheben sich tagtäglich mehr Stimmen. Ein hiesiger Kind, „der deutsche Adler", hat dagegen protestirt. Ohne in Raisonnements einzugehen, bemerkt ich bloß die unwiderlegbare Thatsache, daß sowohl gegen den Adel als die jetzige Gesetzkunde sich ein systematischer Vernichtungsfeldzug herausgebildet hat. (R. Ztr.)

* Bozen, 26. April. So eben erschint hier folgendes Bulletin mit Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Italien und Südtirol: In Folge einer Beschießung am 21. d. M. Abends knüpfte die faktische Regierung der Stadt Udine mit dem Feldzeugmeister Grafen Nugent eine Unterhandlung an, welche am 22. Nachmittag 1 Uhr die Präliminarien zur definitiven Unterwerfung der Provinz Friaul lieferte, die zu sehr befriedigenden Resultaten führen werden. Udine wurde mit Handbirgranaten und Raketen beworfen; der theilweise entstandene Brand richtete aber keinen wesentlichen Schaden an.

Nachträgliche Notizen über die Räumung des Nons-, Sulz- und Sarkathales, sowie Judikarien von den eingedrungenen italienischen Insurgenten können, wie folgt, gegeben werden.

Am Nonsberg hat bei einigen geführten Streifcharen, gefundenen und mehreren in Male und Stenico zurückgelassenen Papieren und Briefen der Aufstandsschen erhellet, daß die eingeflossenen Freikorps unter ihrem Chef Alemandi aus den Brigaden Sceoti, Longena, Leici und Manara, in ungefähr 20 und einige Legionen oder Kompagnien eingetheilt und zusammen über 3000 Mann stark, in der Ueberzeugung nach Tirol vorgedrungen waren, sie würden, durch die Einwohner unterstützt, in kurzer Zeit Bozen, Trient und Roveredo besetzen können.

Vor der Kolonne des Majors Mozers Scharinger verließen die Insurgenten am 20. d. Stenico in wilder Unordnung und flüchteten sich ungeachtet des unaufhörlichen Regens, der in Strömen fiel und die Verfolgung des Feindes hinderte, eine höchst mühevolle Wegerstrecke von 9 Stunden bis Condino an der Grenze zwischen Tirol und dem Brescianischen. Nach Aussage der Bewohner dieses Ortes waren die Freikorps 2000 Mann stark und hatten 2 Haubitzen nebst einer Kompagnie von den verrätherisch zum Feind übergegangenen Abtheilungen des Regimentes Haugwitz bei sich. — Male, das durch den bereits früher erzählten Angriff unter Oberst Melezer von 600 Insurgenten befreit wurde, ist nebst Cles von der Jägerkompagnie des Hauptmannes Bonn und den Landesschützen besetzt. — Am 21. d. M. war eine feindliche Kolonne am Eingange in das Val di Ledro mit Dampf- und Schleppschiffen bei Bonale gelandet und hatte Riva von der Landund Seeseite angegriffen; sie wurde aber vom Oberstlieutenant Pechy von Schwarzenberg mit Verlust zurückgeworfen. — Vom 22. d. M. angefangen, wurden die sliehenden Freischaaren durch Streifpatrien von 2 Bataillonen und 1 Kompagnie Alexnthalern verfolgt; Stenito, Riva, sowie Condino und Pieve im Ledro-Thale sind von unseren Truppen besetzt. Das Gros der in Südtirol stehenden Truppen operirt bereits im Zusammenhange mit der Hauptarmee gegen die Flanken des Feindes.

* Bozen, 25. April. Soeben komme ich von einer Festlichkeit, die mich mit inniger Freude erfüllte. Nach der heutigen kirchlichen Feier des Geburtstages unseres Kaisers wurde auf dem hiesigen Rathhause, Stadtpfarrthueme und Schießstand die deutsche Fahne aufgehißt und Arndt's begeistrendes Lied gesungen. Deutsch also sind wir, deutsch, oft kamen mir stille Zweifel darüber, nun aber steht die Sprache der Herzen, der begeistrte Ausdruf der überwiegenden Mehrzahl dafür ein, das war „Ein Lied aufs Innigste zu wünschen!" — Heute zogen auch zwei Kompagnien freiwilliger Schützen aus Kufstein ein, welche an die welsche Grenze rücken und unsere Bauern ablösen. Sie wollen Mailand sehen und Radetzky schrieb auffordernd: „ein tiroler Schütze sei ihm lieber als ein italienischer König."

Digitized by Google

**Prag**, 26. April. Während das hiesige Nationalkomité einstimmig eine Petition gegen den erst heute publicirten kaiserlichen Erlaß vom 21. April über die Anordnung der Wahlen für Frankfurt a. M. beschlossen und solche bereits durch eine Deputation nach Wien geschickt hat, kommt heute ebenfalls in der „Prager Zeitung“ aus dem ganz czechischen Städtchen Deutschbrod eine energische Erklärung gegen die bisherigen Beschußnahmen des erwähnten Nationalkomité's; es verlangt die Auflösung desselben und spricht entschieden für den Anschluß an Deutschland und Betheiligung am deutschen Parlament. Man sieht also immer mehr, daß die hiesigen Ultraczechen sich unberufen zu Wortführern des ganzen Landes aufwerfen, um ihre Plane durchzusetzen, während man in den Provinzen, selbst in den ganz czechischen, durchaus nicht mit ihren Bestrebungen und separatistischen Ideen einverstanden ist. Gott gebe nur, daß wir nicht das Schlimmste, nämlich einen Bürgerkrieg, bekommen! (D. A. Z.)

**Breslau**. Berlin. Die Nachricht von dem Siege bei Schleswig, den die preußischen Truppen unter dem General Wrangel erfochten, hat hier die freudigste Bewegung hervorgebracht und einen patriotischen Enthusiasmus erregt, der sich in zahlosen Freudenbezeigungen aussspricht. Die Mißstimmung, welche in einem Theile der Bürgerschaft noch immer gegen die Garderegimenter herrschte, ist jetzt fast gänzlich verwischt, und man hört aller Orten die Leute mit Eifer davon sprechen, daß die Garden bei ihrer Rückkehr aus Schleswig feierlich wieder in Berlin eingeholt werden müßten. (D. A. Z.)

**Berlin**, 26. April. Der Regierungsrath v. Kamptz ist von hier nach Frankfurt a. M. abgegangen, um den dort zu pflegenden Berathungen in Betreff des endlichen Zustandekommens eines allgemeinen deutschen Zollvereins als preußischer Beauftragter beizuwohnen.

(Karls. Z.)

**Berlin**, 28. April. Da man gestern wieder ansehnliche Polenzüge auf der Eisenbahn von Magdeburg hier erwartete, die zum Theil bewaffnet sein sollten, so sind die nöthigen Maßregeln getroffen worden, denselben die Waffen abzunehmen, und sie ihnen erst bei der rasch anzuordnenden Weiterbeförderung wieder einzuhändigen.

Wie man hört, soll die Bezeichnung „Gemeiner“ bei dem Heere und die Anrede „Du“ wegfallen, die Landwehr fortan auch alle 2 Jahre und dann nur auf acht Tage zusammentreten. Die Offiziere werden, da die Kadettenhäuser aufhören, künftig von unten an zu dienen haben.

(Berl. Z.)

**Usedom**. Der Hamb. Börsenh. wird geschrieben: Die Usedomer haben ihrem Bürgermeister, weil er die deutsche Fahne nicht anerkennen wollte, den Gehorsam aufgekündigt und ihn — fortgejagt. Ruhe und Ordnung sind bei Umfurz des Bürgermeisterthrons in Usedom nicht weiter gestört.

**Breslau**, 26. April. Der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Pinder, hat an diesem Tage folgende Bekanntmachung erlassen: Die an mich gelangenden Anzeigen beweist über republikanische als über reaktionäre Bestrebungen und über statsfeindete Wahlumtriebe häufen sich in dem Maße, daß ich mich veranlaßt finde, meine Ansicht über dergleichen politische Bewegungen öffentlich auszusprechen. Ich werde denselben nicht entgegentreten, so lange sie innerhalb der Schranken der jetzt bestehenden Gesetze bleiben. Diese vor Verletzung zu schützen und ihr Ansehen aufrecht zu erhalten, ist mir Pflicht. Ich halte es aber auch, zumal in der jetzigen Übergangsperiode, für wünschenswerth, daß jede politische Ueberzeugung sich öffentlich aussprche, und für nothwendig, daß ihr die Möglichkeit dazu innerhalb der Gesetze unbeschränkt gewährt werde. In den freien, offenen und gesetzlichen Austausch der verschiedenen politischen Ansichten wird sich unsere wahre Freiheit um so lebenskräftiger entwickeln. Darum hindere ich die öffentliche und ehrliche Einwirkung auf die Wahlen nicht; darum habe ich die mit der Leitung der Wahlen betrauten Behörden angewiesen, sich jedes Einflusses auf die Wahlresultate zu enthalten. Ungesetzlichen Wahlumtrieben aber werde ich zu begegnen wissen.

**Breslau**, 27. April, Abends 10 Uhr. Die Schles. Z. berichtet: Soeben treffen mit dem heute Morgen von Krakau abgegangenen Zuge 159 polnische Emigranten, von Krakau kommend, hier ein. Sie melden, daß Castiglione, welcher, beiläufig gesagt, durch die Backen geschossen worden, erklärt habe: er würde Krakau in Grund und Boden schießen, wenn nicht 1) alle nicht ortsangehörigen Emigranten Krakau binnen drei Tagen verlassen hätten, und 2) alle Waffen abgeliefert würden. Die Oesterreicher zählen in Folge des gestrigen Kampfes 8 Offiziere und 56 Soldaten, die Krakusen schätzen ihren Verlust eben so hoch.

Ferner vom 28. April meldet dieselbe Zeitung, daß mit dem Nachmittagszuge der oberschlesischen Eisenbahn in Breslau eine 200 Mann starke Kolonne polnischer Emigranten aus Krakau angekommen ist. Nach den Aussagen dieser Emigranten ist die Ruhe gestern in Krakau weiter nicht gestört worden.

**Olmütz**. Die Schles. Z. berichtet über den hier am 26. April stattgehabten Kampf: Heute Morgen 1 Uhr rückte das hiesige Militär nach dem eine Meile von hier entfernten Städtchen Rascksow, um vereint mit den krotoschiner Truppen mit Anbruch des Tags die dortigen Insurgenten anzugreifen. Als das hiesige Militär das eine Achtelmeile von Rascksow entfernte Dorf Raschkowetz passiren wollte, wurde ihm von einer großen Anzahl Sensenmänner der Weg versperrt, während hinter den die Straße begrenzenden Steinjäunen auf die Soldaten geschossen ward. Die Schüsse jedoch waren ganz unschädlich, und es wurden nur einige Helme der Soldaten beschädigt. Hierdurch aber hatten sich Letztere eine Stunde verzögert und konnten daher die Insurgenten nicht so bald angreifen, denen der Kürassierlieutenant von Rothkirch mit seinen 25 Kürassieren den Weg nach Pleschen abschneiden wollte. Hier nun befand sich derselbe einer mindestens vierzigfach überlegenen Macht gegenüber, da die hiesige Infanterie noch zu entfernt war. Der Lieutenant und noch zwei Kürassiere wurden verwundet. Unterdeß war die hiesige Infanterie vorgerückt, welche zwei Bataillons- und mehrere Gliederzüge auf die Insurgenten gab, und sicherlich wäre der größte Theil derselben geblieben, wenn die aus Krotoschin eben erst angelangten vier Kanonen in Wirksamkeit gesetzt worden wären, und die zurückgebliebenen Rebellen nicht um Pardon gebeten hätten. Im Ganzen sind von den Insurgenten 50—60 Todte und circa 70 Verwundete und Gefangene. — Nachschrift. Soeben treffen mehrere glaubwürdige Augenzeugen aus Rascksow hier ein und bringen die Nachricht, daß dort zwei Fuhrleute von der Landwehr erschossen worden sind. Eine der Kugeln hatte verschiedene Frau wurde bald festgenommen, aber auch sämmtliche Militär-Chargen sogleich aus der Stadt. — Nachmittags 6 Uhr. Wir erhalten den neuesten Bericht aus Pleschen. Die Insurgenten aus Rascksow sind bereits dort eingetroffen und haben drei Stunden Sturm läuten lassen, in Folge dessen sich schon jetzt dort eine größere Zahl Insurgenten befindet als letzthin. Es wird schon an Barrikaden gearbeitet, und zwei Geschütze sind nach Posen gereist, um vom General v. Colomb das Zurückziehen der Truppen zu verlangen. In allen Oefen predigen heute die Geistlichen Bewaffnung und Tod den Deutschen, und auch unsere Umgegend ist bereits wieder voll von Sensenmännern.

**Stettin**, 27. April. Nachdem von Seite der dänischen Regierung in Kopenhagen und Eckernau auf die Schiffe aller deutschen Flaggen Embargo gelegt worden, ist hiesigen Orts bestimmt, daß alle im diesseitigen Hafen befindlichen dänischen Schiffe und dänisches Eigenthum mit Beschlag belegt werden sollen. Ausgenommen von dieser Maßregel sind die zur schleswig-holsteinischen Marine gehörenden Schiffe und das Eigenthum der Bewohner der Herzogthümer Schleswig-Holstein. Wir weisen hiermit sämmtliche Behörden unseres Verwaltungsbezirks an, für die unverzügliche Ausführung dieser Anordnung Sorge zu tragen; überall, wo sie von dem Vorhandensein dänischer Schiffe oder dänischen Eigenthums Kenntniß erhalten, die Beschlagnahme — jedoch unter Beachtung obiger die Herzogthümer Schleswig-Holstein betreffenden Ausnahme — zu veranlassen; für die sichere Aufbewahrung der mit Arrest belegten Schiffe oder Gegenstände Sorge zu tragen und uns von jedem einzelnen vorkommenden Falle dieser Art Behufs der weiter zu treffenden Verfügungen die schleunigste Anzige zu erstatten. Jede nach Publikation dieser Verfügung zu treffende Disposition über dänisches Eigenthum, welches den Anordnungen dieser Bekanntmachung unterliegt, wird von uns als ungesetzlich und nicht vorhanden betrachtet werden. Kgl. Regierung. Abtheilung des Innern. Pavell.

**Elberfeld**, 27. April. Der Kreis Hagen soll seine Vorwahlen beendet haben und diese so ausgefallen sein, daß, wenn am Wahltage Parke gehalten wird, Friedrich Harkort nach Berlin und v. Binke nach Frankfurt gehen. Soviel wir die Gewählten kennen, konnte nicht vollständiger und landmäßiger gewählt werden.

**Baiern**. Regensburg, 30. April. Bei k. Regierung dahier ist gestern Nachmittags die Anzeige eingetroffen, daß am 5., 8., 10., und 12. Mai 10,000 (?) Mann Oesterreicher (Infanterie und Artillerie) auf ihrem Marsche über Ulm und Rastatt durch unsere Stadt kommen werden. (Regensb. Ztg.)

** Aus **Würtenberg**, 1. Mai. Unsere Wahlen für die deutsche Nationalversammlung sind jetzt beendigt. Uhland ist in Tübingen-Rottenburg gewählt, Fallati sein Ersatzmann; in Kirchheim Rektor Rümelin von Nürtingen, in Oberschwaben noch der Tübinger Mieth und ein katholischer Kaplan Pfahler, in Backnang Schiffer Mögele und endlich in Ludwigsburg — Christoph Hoffmann vom Salon, leider! Unbedingt würden wir freudig dem Endergebniß der Wahlen

Digitized by Google

zustimmen, sie im Ganzen gelungene, gegenwärtig nennen, wenn nur nicht diese eine Scharte wäre, statt Strauß — Hoffmann. Wir hoffen Baden werde dieselbe auswetzen durch die Wahl von Strauß! Das wäre also das pietistische Element in all seiner Verwerflichkeit! Die ultramontane Richtung ist sehr stark vertreten durch den Fürsten Waldburg-Zeil, durch den Tübinger Wiest, durch den Pfarrer Kaufer und den Kaplan Pfaler, und zu ihnen ist wohl auch Prof. Eförer in Freiburg zu rechnen. Der Adel hat bloß ein Mitglied: den Fürsten Zeil, es wurden auch nirgends sonst Versuche von ihm gemacht. Nationalökonomen sind zwei der ersten unserer deutschen gewählt: Wurm aus Hamburg und Moriz Mohl. Wir schicken zwei Männer aus den Reihen des Volks: den Bierbrauer Hensgen aus Heilbronn, den Schlosser Nägele aus Wurrhard. Ersterer hat sich besonders in letzterer Zeit als Redner hervorgethan, Nägele hat sich durch klare verständige Ansichten über Volkszustände, die Lage der Gewerbe u. s. w. viel Vertrauen erworben; er ist ein bescheidener Mann, zu einer großen Rolle im Parlament wird er sich nicht herzudrängen, wir sind aber überzeugt, daß manche Frage kommen mag, wo sein gesundes Urtheil eindringlichen Gehör verdient. Der altbewährten württembergischen Opposition gehören an Uhland, Pfizer, Schott, Römer, Tafel, Rödinger, Erzer, Murschel. Uhland und Schott sind die bewährten Volksfreunde Pfizer und Römer die Staatsmänner, denen das vollste Vertrauen zu Theil geworden, und an sie schließt sich Mathy an, dessen Wahl wir und zur größten Ehre rechnen. Rob. Mohl ist jetzt wieder ein Abgeordneter seiner Heimath geworden; wir hoffen viel Nutzen von seinen Talenten, wir sind überzeugt, daß er die Entschiedenheit, mit der er gegen das Unrecht der früheren Regierung auftrat, sich nur noch mehr zu eigen gemacht habe. Unter diesem Unrecht litt auch Wischer. Theologen haben wir viele gewählt; hervorheben müssen wir unter ihnen noch Hagter, den im politischen Felde so klaren Rümelin, und den bewährten Ehrenmann Prof. Frisch. Redner sind unter unseren Abgeordneten besonders Mathy, Wurm, Wischer, Pfizer, Rümelin, R. Mohl.

Der Schwäb. Merkur enthielt dieser Tage einen Aufruf an die badischen Wähler, den Bezirksgericht des Ludwigsburger Bezirks gut zu machen. In einem Augenblick wo Schwaben aus seinem oft geringen Partikularismus heraustreten ist und einen der ehrenwerthen badischen Bürger zum Abgeordneten gewählt hat, wird hoffentlich auch Baden hinter diesem Beispiele nicht zurückbleiben und einen Mann, wie D. Strauß, auf seine Kandidatenliste setzen. Es wäre ein echt jesuitisches Stück, die Kirchlichkeit dabei ins Spiel zu bringen und mit dem Theologen Strauß den aufrichtig konstitutionellen Politiker Strauß todtschlagen zu wollen. In Würtemberg freilich haben es die frommen Herren so getrieben, als gälte es zu Frankfurt, ein kirchliches Symbol aufzustellen, nicht eine Reichsverfassung zu begründen.

[Stuttgart, Anf. Mai. Auf die Erklärung des H. Kanzlers von Wächter in der D. Z. gegen einen Artikel aus Stuttgart hin ich die Antwort schuldig geblieben bis jetzt, nachdem unsere Reichstagswahlen vollendet sind. Daß H. Kanzler von Wächter vermöge seiner ausgezeichneten Kenntnisse und Talente, seiner Rednergabe, seiner Klarheit ganz vorzüglich der Mann für ein deutsches Parlament wäre, daran zweifelt in seiner Heimath Schwaben Niemand. Ja daß er vor Allem berufen wäre, eine große Rolle beim deutschen Verfassungswerke zu spielen, daß gewiß Wenige wie er das Geschick hätten, eine Versammlung vortrefflich zu leiten, daß er ein geborener Kammerpräsident ist, das behaupten seine Landsleute fest von ihm. Werden sich also in Würtemberg nicht alle Wahlbezirke um ihn reißen? Wird nicht jeder Wähler ihm zustimmen, der noch in jener Erklärung sagt, daß er sich stets zu dem Grundsatze angehörhaftester politischen Freiheit des Volkes bekannt habe, daß er das Prinzip des entschiedensten politischen Fortschritts aber stets auf dem Boden des Rechts und der konstitutionellen Monarchie nicht erst seit zwei Monaten vertheidige? Unsere Wahlen sind vollendet. Wächter ist nicht genannt; er kam nirgends in Vorschlag, auch kein einziger Bezirk dachte an ihn, sein Name wurde in der ganzen umfangreichen Wahlagitation auch gar nicht genannt! Wie kommt's?

Sachsen. Dresden, 27. April. Das sächsische Contingent ist nach Baiern bestimmt, wo, und zwar zwischen Bamberg und Nürnberg, ein Bundesheer von 50,000 Mann aufgestellt werden soll, um bei allen möglichen Eventualitäten bei der Hand sein zu können. (D. A. Z.)

Dresden, 29. April. Bürgermeister Todt ist zum Ministerialrath und Bundestagsgesandten ernannt worden. (W.-Bl.)

Baden. †† Karlsruhe, 2. Mai. In der gestrigen Sitzung der 2. Kammer waren 41 Mitglieder anwesend. Kapp und Richter fehlten; dagegen hatten sich v. Ihstein und Brentano eingefunden. Die neugewählten Abgeordneten der Stadt Karlsruhe, Malsch und Lamey, und der Stadt Baden, Advokat Wolf, nahmen ihre Sitze ein. Unter den Petitionen befanden sich mehrere, deren Unterzeichner sich der Erklärung der Stadt Mannheim vom 8. April (die leider nicht gehalten wurde) anschließen und sich für die Verfassung und die Gesetzlichkeit aussprachen. Zwei Adressen von Störrach und Weil, von dem Abg. Mathy übergeben, athmeten einen echt deutschen Geist und erkannten die Pflicht, den Beschlüssen des Parlamentes nachzuleben; sie waren am 14. April unterzeichnet, also bevor der Aufruhr im Oberlande geschlichtet war. — Der Abg. Stöber suchte sich gegen einen Artikel der deutschen Zeitung zu rechtfertigen, worin der Kreisregierung in Mannheim, deren Vorstand er ist, Unthätigkeit vorgeworfen wird. Helmreich erklärte dagegen, mit aller Anerkennung des ehrenwerthen Charakters des Abg. Stöber, daß durch größere Thatkraft der Behörde großes Elend hätte verhütet werden können. Stöber erwiderte mit einem Nachruf, welcher der Kreisregierung zu wünschen gewesen wäre, hier aber Angesichts der Wirklichkeit Nichts bewiesen konnte. — Baffermann stellte die Frage an die Regierungskommission, ob die Regierung bereits eine neue Wahl in dem Bezirke Weinheim-Ladenburg (Hecker) angeordnet habe. H. M. V. Hoffmann verneint die Frage, wird aber den Wunsch der Kammer zur Kenntniß der Regierung bringen. Mathy bedauert, daß der Bezirk nicht selbst das Begehren gestellt habe, in der Kammer vertreten zu sein.

Mathy. Auf den Bericht des Abg. Helmreich nahm die Kammer den Gesetzentwurf gegen die Steuerverweigerungen einstimmig an. Hiernach wird, wo die gewöhnlichen gesetzlichen Mittel nicht hinreichen, zunächst der Gemeinderath angegangen, durch die Bürgerwehr die nöthige Unterstützung zu leisten. Geschieht dies nicht, so werden Truppen zur Beistreckung verwendet.

Baum berichtet über das provisorische Martialgesetz. Die Kommission trägt einstimmig auf Annahme mit wenigen Aenderungen an. Die Berathung wird in einer der nächsten Sitzungen stattfinden; man vernimmt, daß als Ergänzung eine Vorlage über Einführung des Standerechtes gegen die in Räuberbanden aufgelösten fremden Aufrührer und gegen meuterische Soldaten folgen werde. Welcker bemußte diesen Anlaß, um sich über die Zustände und die ungerechten Verurtheile, welche darauf im übrigen Deutschland gegen Baden abgeleitet werden, zu äußern. Noch vor wenig Tagen würde er für die Berathung des Gesetzes in abgekürzter Form gestimmt und vielleicht vorgeschlagen haben, die Waffen der Regierung noch zu verstärken. Zum Glücke sei dies jetzt nicht mehr nöthig. Die Bewegung sei im Wesentlichen überwunden, und er fühle das Bedürfniß, jetzt entschieden im Interesse der Freiheit und Ehre des badischen Volkes seine Stimme zu erheben. Im Auslande sei man nur zu geneigt, Beschuldigungen gegen Baden zu schleudern, die Ehre und den wohlverdienten Ruhm des Landes als zerfetzt anzusehen. Getheilt allerdings müssen diese hohen Güter erschienen, aber in unserer Lage wäre es Andern nicht besser gegangen. An einer Grenze von mehr als 100 Stunden Länge ist Baden den unmittelbarsten Einwirkungen der Erregtheit in zwei revolutionären Republiken ausgesetzt. Alle deutschen Länder haben zu dem Aufruhr in Baden ihre Kontingente gestellt. Preußen, Würtemberger, Sachsen, Hessteiner, Baiern u. K. befanden sich unter den Führern und Aufwieglern der verrätherischen Unternehmung gegen das Vaterland, deren Theilnehmer selbst den Franzosen so verächtlich geworden, daß sie sich für Polen angeben mußten, um in Frankreich nicht mißhandelt zu werden. Die Fortschritte der Verführung sind eine Folge des früheren Unterdrückungszustandes, auf die Regierungen und ihre Beamten fällt ein großer Theil der Schuld. Es hat sich ein Mangel an politischer Einsicht gezeigt, vor dem man erschrecken könnte. Die Behörden haschen nach einer Form und einem Worte, jetzt, wo Deutschland im Begriff steht, die herrliche Freiheit zu erringen und zu befestigen. Es ist ein Unsinn, jetzt von Republik zu reden, in einem Augenblicke, wo sie am Untergehen möglich ist, wo der in ihrem Namen erhobene Aufruhr unsere kostbarsten Errungenschaften gefährdet. Ihre angeblichen Anhänger haben sich selig bewiesen in Vertheidigung derselben, sie haben das Volk belogen und selbst zum Meuchelmord gegriffen. Ebenso hat sich vielfach Feigheit gezeigt in der Vertheidigung der Ordnung. Das sind betrübende Erscheinungen, aber dennoch ist der Kern des Volkes gut und kein anderes deutsches Volk hätte es in unserer Lage besser gemacht. Bereits ist im Lande der bessere Sinn erwacht und kömmt zu Kräften. Mehr noch als für die Ehre und den Ruhm spricht der Redner im Interesse der Freiheit. Er besorgt, daß viele Bürger durch die erlebten Gräuel der Anarchie zu einer Erkältung gegen die Freiheit geführt, der Reaktion in die Arme fallen, der einzige Weg, auf welchem eine Reaktion möglich wäre, sowie auch, daß Beamte, welche mit bewaffneten Ver-

Digitized by Google

brechern feig gebuhlt, ſich jetzt wieder reaktionären Verfolgungen hingeben können. Gegen ſolche Frichte des Aufruhrs muß man auf der Hut ſein, aber die Kraft des Geſetzes darf nicht gelähmt werden. —

Der Reſt der Sitzung wurde mit Petitionsberichten ausgefüllt.

Δ Mannheim, 2. Mai. Geſtern früh von 8 Uhr an ſtellten ſich die Truppen, Naſſauer, Kurheſſen und Baiern, am Schloßplatze auf, alle Stadtausgänge wurden ſtark beſetzt. Um 10 Uhr erſchien eine Bekanntmachung, wonach die Stadt in Kriegszuſtand erklärt, und die Ablieferung aller Waffen binnen drei Stunden befohlen wurde. Man berief ſich in auffallender Weiſe, dem Befehl Folge zu leiſten; das Drängen am Rathhaus, wo die Waffen entgegen genommen wurden, war ſo groß, daß Manche ſtundenlang warten mußten. Sonderbar iſt, daß Kaufmann Engelhardt, der am 26. ſeine Kompagnie gegen die Brücke geführt und auf Aufforderung des Buchhändlers Hoff ſich die Stelle eines Oberſten der Bürgerwehr angemaßt hatte, ſchon am 30., alſo einen Tag vor Verkündung der allgemeinen Entwaffnung, ſeiner Kompagnie die Ablieferung der Waffen anſagen ließ. Er wurde geſtern verhaftet, ebenſo ein Sohn des Kaufmann Rauen, der die Freiſchaar zur Brücke geführt haben ſoll. Dr. Welcker, der Sohn unſeres geſtorbenen und allgemein verehrten Deputirten und Landestagsgeſandten Welcker, ſoll ſich der Verhaftung durch die Flucht entzogen haben. Man ſpricht noch von andern, theils ſchon gefangenen, theils bevorſtehenden Verhaftungen. Nach den Vorgängen der frühern Tage hätte man erwarten ſollen, daß eine allgemeine Aufregung, Erbitterung durch dieſe kraften und entſchiedenen Maßregeln der Regierung erzeugt würde. Aber Nichts weniger als das. Man tadelt zwar hie und da dieſe Maßregeln als zu weit gehend, man findet da und dort die Entfaltung einer ſo großen militäriſchen Macht, es ſind vielleicht 5000 Mann mit vieler Artillerie aufgeſtellt, für überflüſſig. Manche klagen über die große peluniäre Laſt, welche der Stadt aufgebürdet werde; aber im Ganzen ſieht man die Nothwendigkeit der Wiederherſtellung einer kräftigen Regierungsgewalt ein, da wir bewieſen haben, daß uns ſelbſt nicht der Muth und die Thatkraft inne wohnt, der Herrſchaft einzelner Terroriſten mit kühner Stirne entgegen zu treten. Der Einzelne von Mathy in das Miniſterium iſt uns eine ſinnbildliche Bürgſchaft dafür, daß wir nicht der Reaktion wieder ja ſchon die Hand nach dem Ruder ausſtrecke, anheim fallen; die erſte Probe hat uns dieſer wahre Volksfreund und Staatsmann ſchon bei der Debatte in der erſten Kammer gegeben, als er den Hrn. von Andlaw daran erinnerte, daß der Taepeſſiſche Fels nicht weit vom Capitol ſteht. Daß dieſe Herren, welche in Gemeinſchaft mit ihren Geſinnungsgenoſſen in Wien, Berlin, München, Stuttgart, Dresden, Hannover u. ſ. w. von jeher alles Unglück über Deutſchland gebracht und darum allein die bedlagenswerthen Verirrungen des Volkes, welche hie und da vorkamen, verſchuldet haben, jetzt ſchon wieder wagen, das Haupt zu heben und wider die geſammte Regierung Sturm zu laufen, ſolle uns doch mahnen, nicht die Hände in den Schooß zu legen, ſondern achtſam auf der Warte unſerer jungen Freiheit zu ſtehen.

Heſſen. ** Darmſtadt, 2. Mai. Geſtern hielt die 2. Kammer nach zehntägigen Oſterferien die erſte Sitzung. Der Präſident Hoffe begrüßte in kurzer Anrede die Mitglieder und forderte auf, durch Ausſtehen Sympathie auszudrücken für den Sieg der deutſchen Sache in Schleswig und für den Sieg über die Aufrührer in Baden. Alle erhoben ſich mit Ausnahme von Behlen, Heldmann und Mohr. Behlen erklärte, er freue ſich wohl über den Sieg über die Dänen, nicht aber über den Sieg in Baden; er halte es für ein Unrecht, fremde Truppen zu Parteizwecken zu benutzen. Heldmann konformirte ſich damit; Mohr ſprach insbeſondere dagegen, daß bei der Tödtung Gegerne eine Verrätherei vorgefallen ſei. Reh erwiderte kräftig. Eine ſolche Geiſtesverirrung wie die jener drei Herren iſt unendlich klägiich. Wenn dieſe Freunde des offenen Aufruhrs im Stande wären, Konſequenzen zu ziehen, und Muth hätten, dann würden ſie mit Hecker gegangen und wären nicht bezahlt geblieben.

* Mainz, 1. Mai. Mit der R publik iſt es vorerſt bei uns zu Ende; geſtern in der Bürgerverſammlung ſahen wir den Ausgang ihrer Herrſchaft, indem auch die republikaniſche Majorität des Bürgerkomités ihr Mandat niederlegte, wie einige Tage zuvor die konſtitutionelle Minorität. Diesmal, kann man ſagen, hat eine Minorität die Majorität geſprengt; allein hinter der Minorität ſtand eine große Mehrheit der Bevölkerung, welche gerade wie dieſe Minorität die beiden bekannten Beſchlüſſe der Republikaner im Komité mit Entſchiedenheit zurückwies, weil Keiner dem Komité die Befugniß einräumen mochte, ſich über die Behörden und über das Geſetz zu ſtellen. Dieſes einſehend, hat die republikaniſche Majorität geſtern mit einigem Eklat in der Bürgerverſammlung reſignirt, und für die republikaniſchen Tendenzen bleibt nun der zuſammengetretene demokratiſche Klub der einzige Boden der Wirkſamkeit, während die geſetzlichen Autoritäten wieder in vollem und alleinigem Beſitze der Leitung des öffentlichen Wohls ſind. Es iſt zu wünſchen, daß ſie ſich ſtark und energiſch zeigen möchten, damit man nicht abermals zu der im Grunde zwecklosen Austhilfe der Wahl eines Bürgerkomités ſchreiten muß. — Die Wahl des Abgeordneten zur deutſchen Nationalverſammlung hat ſo eben vorbereitend begonnen. Die Republikaner haben zwar in der geſtrigen Bürgerverſammlung erklärt, daß ſie nicht wählen würden, wenn man inbirekt wähle; allein ich denke, ſie werden ſich eines Beſſern beſinnen und dem republikaniſchen Kandidaten Zitz ihre Stimmen nicht entziehen. Zitz ſprach auch in der Bürgerverſammlung über die Wahl, aber, aufrichtig geſtanden, man wird aus dieſem Manne, ſo ſchön ſeine Reden ſind, nicht klug. Er iſt nicht abgeneigt, die Miſſion zu übernehmen, auch wenn ſie ihm nur wenige indirekter Wahlen übertragen wird, und donnert doch jeden Augenblick gegen dieſen Wahlmodus. Er ſtand in Frankfurt mit Hecker auf einer Linie und iſt doch nicht im Entfernteſten geneigt, den gewaltſamen Weg Heckens einzuſchlagen. Er iſt Republikaner und will doch auch den Konſtitutionellen möglich ſein. Ich glaube, daß er ſich dadurch alle Chancen der Wahl benimmt, wenn er nicht noch einmal vor den Wahlmännern eine entſchiedene Erklärung abgibt. (Unter den politiſchen Mißgeburten der jüngſten bewegten Zeit ſind die politiſchen Zaltgeraude, die ſich jede Chance ſchern wollen, und im Nothfall, wie ihr Meiſter, ein Dutzend politiſcher Eide ſchwören, auftreitig die widerwärtigſten; ihnen Händen ſollte man am Wenigſten eine große politiſche Miſſion anvertrauen.)

‡ **Braunſchweig**, 29. April. Auch im Herzogthum Braunſchweig iſt man in einer völligen Umgeſtaltung der Verhältniſſe begriffen. Der verſammelte Landtag hat eine Reihe von Geſetzentwürfen, über Preßfreiheit, öffentlich mündlichen Gerichtsverfahren, Haftung der Gemeinden für Schaden bei Aufläufen, Militärfuhren u. ſ. w. berathen und wird eine Kommiſſion zur Vereinbarung über ein neues Wahlgeſetz zuſammenkaſſen. Die weitergehenden Reformen der Verfaſſung hängen alsdann von dem Ausfalle der Frankfurter Berathungen ab. Sehr lebhafte Zwiſchenrede erregen die Ständeverhältniſſen nicht. Die Ständeverſammlung, obgleich natürlich jetzt durch und durch liberal, enthält zu viel Ballaſt, zu wenig Redner, welche irgend parlamentariſches Talent haben, und kann durch die Wichtigkeit der Gegenſtände, nicht aber durch die Art der Behandlung Intereſſe erregen. Der Abg. Trieps iſt ohne allen Zweifel der talentvollſte. Sonſt iſt man hier im Lande durchaus konſtitutionell-monarchiſch geſinnt, und republikaniſche Beſtrebungen finden keinen Anklang. Das Benehmen des Herzogs trägt hierzu nicht wenig bei. Die Ergüſſe einer übermäßigen Devotion, die Ausdrücke einer durchaus gemachten Begeiſterung, und jene monarchiſche Geſinnung, die von den Fürſten nur in einer beſonders gewählten, nicht in der gewöhnlichen Sprache ſpricht — das Alles klingt zuweilen nur in der hieſigen deutſchen Volkszeitung an, wo aber beſtändig, dem die wahrhaft monarchiſche Geſinnung mit begleichen enthehren können, und der Monarchie wird nicht durch Redensarten, ſondern durch beſonnene Ueberzeugungen und deren ſchlichten Ausdruck in der gewöhnlichen Sprache genützt. Wie freilich künftig die Monarchie mit einer Dem. kratie auf ſo breiten Grundlagen, wie ſie zum Theile ſchon eingeführt iſt, beſtehen ſoll, ſcheint noch nicht völlig klar; wenigſtens würde man vor drei Monaten noch einen Jeden, der der Monarchie ein Umgehen mit ſolcher Demokratie als etwas Ausführbares angerathen hätte, für einen verkappten Republikaner gehalten haben. Die Folgen der Demokratie äußern ſich übrigens ſchon jetzt bei uns auf eine bemerkbare Weiſe. Eigentliche Proletariermaſſen haben wir hier nicht, und Arbeitsmangel einen ſtreng ausgeprägten Gegenſatz zwiſchen einem dritten und vierten Stande. Wohl aber ſind Einzelne des dritten Standes geſonnen, liberaler zu ſein als die Uebrigen, und finden eine nicht ſehr zahlreiche Maſſe, die in fortwährender Agitation bleibt. Das Gewicht dieſer Agitationspartei, die im dritten Stande ſehr geringen Anhalt hat, iſt bedeutend überſchätzt worden; ſie konnte einen Einfluß nur dadurch gewinnen, daß ſich die Mittelklaſſen zu ſehr von der Bewegung fern hielten. Dieſen Mittelklaſſen ſind nun endlich, wie wir hoffen noch nicht zu ſpät, die Augen aufgegangen. Den Ausſchlag gab die Wahl zur Nationalvertretung im hieſigen Wahlbezirk, der aus der Stadt mit 40,000 und den umliegenden Aemtern mit 20,000 Einwohnern beſteht. In der Stadt (die von 125 Wahlmännern nur 72 ſtellte) hatten jene Agitatoren alles Mögliche gethan, um ihren Kandidaten, den Prokurator Holland, durchzudringen; allein dieſes war doch nur durch Bearbeitung der ländlichen Wahlmänner zu erreichen. Auf dem Lande halten ſich leider die Einflußreicheren wenig oder gar nicht um die Wahl bekümmert, und ſo ließen ſich die ländlichen Wahlmänner leicht gewinnen. Nachher

Digitized by Google

haben ländliche Wahlmänner geäußert: sie hätten für H. gestimmt, weil man ihnen gesagt, das sei der Wunsch des Ministeriums. Und doch waren für H. nur 65 Stimmen gewonnen, so daß man hier nicht daran zweifelt, die Wahl entspreche dem Willen der Mehrzahl der ländlichen Bevölkerung nicht und sei nur durch Gewinnung der ländlichen Wahlmänner, die die ganze Sache ziemlich gleichgiltig nehmen, zu Stande gekommen. Man ist also in Braunschweig zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Mittelklassen, die eigentlich den Kern der Bevölkerung ausmachen, besser zusammenhalten und sich auch Einfluß verschaffen müssen, wenn sie nicht das politische Gewicht ganz und gar den Händen weniger Agitatoren überlassen wollen. Entscheidet schließlich auch bemerkenswerthem Weise die Kopfzahl, so wird der wahre Wille des Volks ohne solches Zusammenhalten nie zur Geltung kommen, denn eine große Ueberzahl ist noch thränahmlos oder politisch völlig ungeübt, so daß Einzelne, die sich darauf legen, Stimmen zusammenzubringen, sehr leicht über die wahre Majorität einen Sieg davon tragen können. Uebrigens müssen wir hinzufügen, daß Hollands Wahl eine gute zu nennen ist; das Bedenklichste liegt nur darin, daß die höheren Klassen der Gesellschaft sich zu spät gerührt haben, und daß die Leiter der Bewegung statt Holland eben so gut einen andern ganz untauglichen Kandidaten hätten durchbringen können.

Braunschweig, 27. April. Nachrichten aus Schöningen melden, daß heute daselbst der Pastor Jürgens zum Nationalvertreter gewählt worden ist.

**Luxemburg**, 28. April. Unsere Stände, die außerordentlich zusammengetreten, sind nun in Ettelbrück versammelt. Bis jetzt haben diese Stände vier Kommissionen zu ernennen beschlossen und zwar in folgender Reihenfolge: die erste zur Bearbeitung eines Wahlgesetzes für unsere nach Frankfurt zu schickenden Deputirten; die zweite zur Verfertigung eines Projekts der neuen Konstitution; die dritte zur Untersuchung der gegenwärtigen Lage des Landes und die vierte zur Behandlung der Arbeiterfrage. — Es werden von der Partei, die sich an Belgien anschließen will, Intriguen geschmiedet, die unerschöpflich sind. Hören Sie die Hauptsache. In der letzten, uns bis jetzt hier bekannten Sitzung trat Hr. N. Metz mit einem von noch 32 andern Deputirten unterschriebenen Antrag auf: „das Wahlgesetz für unsere nach Frankfurt zu sendenden Abgeordneten, sowie alle auf unser Verhältniß zu Deutschland bezüglichen Fragen aufzuschieben, bis die neue Konstitution gemacht sei, und dieselben dann der nach der neuen Konstitution gewählten Kammer zu überweisen"!! — (Ein Extrablatt des uns so eben zugehenden „Volksfreundes" Nr. 7 meldet in einer Nachschrift vom 28. 9 Uhr Abends, daß der Antrag des Hrn. N. Metz mit 35 gegen 29 Stimmen verworfen worden, und daß Hoffnung vorhanden sei, daß die ferneren Sitzungen der Stände in Luxemburg werden abgehalten werden.) (Lr. Z.)

**Schleswig.** Prof. Hansen und Th. Olshausen erklären in den öffentlichen Blättern, daß sie auf die Erwählung in das deutsche Parlament verzichten.

In der am 26. in Rendsburg abgehaltenen Bürgerversammlung wurde Professor Dahlmann in Bonn als der würdigste Kandidat für den zweiten holsteinischen Wahlbezirk in Vorschlag gebracht und von der Versammlung einstimmig angenommen.

**Altona**, 30. April. Der Weser Zeitung wird gemeldet, daß sich dort 5 bis 600 Verwundete befinden, worunter keine 200 deutsche sind. Auch sind dort 400 Gefangene untergebracht und in Rendsburg 500. — Drei dänischen Kriegsschiffen soll der Rückzug bei Holnis abgeschnitten sein.

**Rendsburg**, 28. April. Heute Morgen wurden 11 dänische Officiere kriegsgefangen hier eingebracht, und diesen Nachmittag erwartet man 400 gefangene dänische Soldaten. Letzteren ist Logis in der Altstädter Kirche bereitet.

Unsere Truppen sollen bereits die jütländische Grenze überschritten haben; die Dänen sind nirgends zu finden, nur ein Theil hat sich nach der Insel Alsen gewandt, wahrscheinlich um sich dort einzuschiffen; sie werden verfolgt.

**Hamburg**, 29. April. Das nunmehr schleswig-holsteinische Oberpostamt in Hamburg nimmt, bis auf weitere Verfügung, die für Dänemark bestimmten Posten zur Beförderung über Lübeck nach wie vor entgegen, vorausgesetzt, daß die Kommunikation von Lübeck nach Kopenhagen nicht unterbrochen wird.

**Frankfurt**, 1. Mai. Auf Einladung der zu Frankfurt wohnhaften Abgeordneten Dr. Cuvenin und Dr. Jucho waren folgende Abgeordnete zur deutschen konstituirenden Versammlung erschienen, nämlich: Dr. Schott, von Stuttgart. Jürgens, von Braunschweig. Rühl, von Hanau. Murschel, von Stuttgart. Cuvenin, von Frankfurt. Dr. Heckscher, von Hamburg. Rob. Blum, von Leipzig. Hetzner, von Wiesbaden. Schwarzenberg, von Kassel. Dr. Eisenmann, von Würzburg. Wippermann, von Kassel. Roß, von Hamburg. Dr. Briegleb, von Koburg. G. F. Kolb, von Speier. Schepp, von Wiesbaden. Dr. Cuvenne, von München. Dr. Hergenhahn, von Wiesbaden. Dr. Jucho, von Frankfurt a. M. Als Alterspvorstand übernahm Dr. Schott aus Stuttgart die Leitung der heutigen Verhandlung, und wählte als Schriftführer Dr. Jucho aus Frankfurt. Nachdem sich die Erschienenen gegenseitig als für vorläufig legitimirt anerkannt hatten, vereinigten sich dieselben über folgende Punkte: 1) Bei der nach Beschluß des Fünfziger-Ausschusses niedergesetzten Kommission sich anzumelden; 2) von ihrem Hiersein und dem Beginn des Zusammentritts der konstituirenden Nationalversammlung dem Fünfziger-Ausschuß Anzeige zu machen; 3) Donnerstag, den 4. d. M., Vormittags 11 Uhr, im Kaisersaale des Römers sich wieder zusammenzufinden, hierzu 4) durch Bekanntmachung gegenwärtiger Abrede die inzwischen in Frankfurt sich einfindenden Abgeordneten ebenfalls einzuladen; endlich 5) die noch nicht eingetroffenen Abgeordneten zur schleunigen Hierherreise aufzufordern. Zur Benrkundung: Der Alterspvorstand, gez. Dr. Schott. Als Schriftführer: Dr. Jucho.

Die Kommission, welche die erforderlichen Anstalten zu treffen hat, damit die National-Versammlung baldigst ihre Geschäftsthätigkeit beginnen könne, bringt zur Kenntniß der eintreffenden Herren Abgeordneten, daß sie vom 2. bis 7. dieses Monats Mai, jeden Vormittag von 10—11 Uhr in dem Saalhofschen Haus auf dem großen Kornmarkt, der deutsch-reformirten Kirche gegenüber, die Anmeldungen derselben annehmen wird und ladet sie deßhalb ein, in jener Stunde ihre Legitimations-Urkunde der Kommission zum Eintrag in das eröffnete Register einzureichen. Die Anmeldungsstunden vom 8. dieses Monats an, werden später bekannt gemacht werden.

### Großbritannien.

London, 29. April. Die Nachrichten aus den verschiedenen Grafschaften Irlands lautet immer beunruhigender, die über den Nothstand, namentlich in den westlichen Bezirken, immer trauriger. In Clifden, einem von jeher heimgesuchten Ort in Connamara, haben die Leute kaum noch Kartoffeln; man lebt zum Theil von Haferbrod und gibt sich, nach Aus sage der Zukunft keine Aussicht auf Besserung ist, einer dumpfen Verzweiflung hin. Die Noth wächst mit der steigenden Anarchie; der Handel liegt darnieder und die englischen Kapitalien ziehen sich immer mehr von Irland zurück. Diese unglückliche Insel ist faß ganz im Kriegs- und Blokadezustand. Ein offener Ausbruch wäre doch wie das erleichternde Aufathmen eines Todtkranken. Inzwischen treiben die Agitatoren und Aufwiegler ihr Wesen fort, sie bereden das Volk, den letzten Heller statt auf Nahrung und Kleidung, auf den Ankauf und die Verfertigung von Piken zu verwenden. Eine große Versammlung von Repealern fand am 25. in Liverpool Statt. Von der aufregenden Sprache, die man sich bei diesen Versammlungen erlaubt, folgendes Beispiel. Doheny sagte: „Bewaffnet Euch, kauft Lanzen und Büchsen, ein Mann geht noch einmal so sicher und stolz durch die Straßen, wenn er mit einer Büchse bewaffnet ist; und wenn der Königin eine Denkschrift über den Unterhause eine Bittschrift überreicht werden soll, so trägt der Besitz einer Flinte oder Pike gar sehr dazu bei, der Petition oder Denkschrift ein größeres Gewicht zu verleihen." Man rief ihm zu, er möge sich in Acht nehmen, es seien Spione in der Versammlung. „Spione!" rief der Redner, „freilich gibt es and unter uns Spione; wo wären sie nicht? Die englische Regierung hat keinen Schilling, um die unglücklichen Irländer, welche vor Hunger und Entkräftung gestorben sind, zu begraben, aber zur Bezahlung von Spionen, welche edle und uneigennützige Patrioten auf dem Hinterhalt belauern, hat sie Geld in Fülle. Die Zeit ist gekommen, Rache zu nehmen für die Unthaten, die man an Irland verübt hat und dieses edle Land aus der Lage einer abhängigen Provinz zu derjenigen einer selbstständigen Nation zu erheben". Leider wächst auch in England selbst unter der jetzigen Weltlage die Noth und die Verzweiflung unter den Arbeitern; in den englischen Fabrikdistrikten steht es bäser aus. Dem Chronicle zufolge sind in Manchester 1,0000 Arbeiter nur für wenige Wochentage beschäftigt und fast ebenso viele gänzlich unbeschäftigt. Die Krämer und kleinen Kaufleute sind kaum besser daran. Alle diese verzweifelten, verschrobenen Verhältnisse scheinen einer Katastrophe entgegenzugehen, die man bis jetzt durch künstliche Mittel noch aufgehalten hat.

### Portugal.

Die Deputirtenkammer hat, nach einer Privatmittheilung der Times, mit 61 gegen 36 Stimmen sich für das Princip der direkten Wahlen ausgesprochen, obschon die Partei der beiden Cabrals Him-

Digitized by Google

mel und Erde in Bewegung gesetzt hatte, dieses Resultat zu verreiteln. Der Korrespondent sagt: „Portugal darf sich jetzt rühmen, auch seine Revolution gemacht zu haben, und zwar eine ganz unblutige, indem die Deputirtenkammer das direkte Wahlrecht oder das englische System eingeführt hat“ u. s. w. Es wird nun nöthig werden, ein neues Wahlgesetz zu entwerfen, auf Grundlage des direkten Wahlrechts, welches bereits im J. 1820 in Portugal eingeführt, 1836 bei Gelegenheit der Septemberrevolution wieder hergestellt, aber von Costa Cabral (Graf von Thomar) im Jahre 1842 abermals abgeschafft wurde. Die Times, wie sich denken läßt, freuen sich über den Sieg des englischen Wahlsystems in Portugal, welcher vielleicht einem Siege des englischen Systems überhaupt gleichkommt, und meinen, von jetzt an werde wohl aller Wahlbestechung, Unterdrückung der Wahlfreiheit und Fälschung der Wahlisten in Portugal ein Ziel gesetzt sein. Uebrigens fehlt es, dem Daily News zufolge, auch in Portugal nicht an republikanischen Mäßigeren, namentlich huldigt die Jugend der Idee einer portugiesischen Republik, wie denn unter Andern von den 500 Studenten zu Coimbra nicht weniger als 400 in diesem Sinne eine Glückwunschadresse an die provisorische Regierung Frankreichs gerichtet haben. Man mag diese republikanischen Regungen bedauern, aber in einer stürmisch aufgeregten Zeit, wie die unsrige, dürfen sie nicht gerade Wunder nehmen. Aufreizende und sehr populär geschriebene Flugschriften, welche zur Absetzung der Königin und Abschaffung des Königthums überhaupt auffordern, werden in Portugal vielfach verbreitet.

## Italien.

* Rom, 22. April. Gestern Abend war die erste Wahlversammlung im Kaufmannskhal anberaumt. Noch ist das Resultat derselben nicht bekannt; das Wahlgesetz aber läßt wenig Gutes hoffen und seinen scharfsinnigsten, aber auch härtesten Tadler hat es am Vater Venturi gefunden, welcher fortfährt eine höchst freie und offene Sprache zu reden und auch in politischen Dingen jede Sache beim rechten Namen nennt. Dem Kardinal Antonelli hat er unumwunden erklärt, daß das gegenwärtige Censualwahlgesetz die zweite Kammer mit Demagogen und die erste mit Obskurantisten überfüllen werde. Uebrigens seien bis jetzt alle italienischen Konstitutionen sammt ihren Wahlgesetzen gleich schlecht. Keine einzige werde dauern. Scheine man nicht bald zu Aenderungen, so werde der republikanische Schwindel durch dieselben nur befördert werden. Ein vernünftiges Wahlgesetz müsse jeden Familienvater wählbar hinstellen und zum Wähler machen. Dies sei der natürlichen Ordnung der Dinge gemäß: in Rom habe der Sohn Konsul werden können, aber nicht votiren dürfen. Geld sei ein nichtsnutziges Ding und sei dem Guten nie dem Schlechten erreichbar; auch Gelehrsamkeit und Bildung seien zufällig: nur der Familienvater habe ein Recht. Und sowie das Schicksal der Kammern von einem guten Wahlgesetze abhängig sei, so müsse sich eine wahrhaft gute Konstitution dreier Dinge entledigen: der Minister des Kultus, des öffentlichen Unterrichts und des Innern. — Nicht weniger bitter sind die Klagen, die er über die späte Einberufung der Kammern führt. Dies sei für den hiesigen Staat ein Unglück. Nur rasches Handeln könne dem hereinbrechenden Unglück vorbeugen. So werde es absichtlich herbeigeführt. — Die Kirchengüter für die Erleichterung der Staatsnoth zu verwenden, sei recht und billig, sei im Sinne der Stifter. Veräußern aber solle man sie nicht. Das heiße die Henne, welche Goldeier legt, abschlachten. Die Hypothekirung reiche vollkommen aus, könne dann auch mehr als einmal Nutzen bringen. — Ich theile Ihnen obige Ideen des gelehrten, lebensfrischen Italienermischt mit, welcher fortwährend die hervorragendste politische Persönlichkeit ist, die wir hier aufzuweisen haben. Er ist ein dämonischer Mann, voll praempten Wissens und von einem höchst raschen und sicheren Urtheil. Seine Kanzelvorträge und selbst seine politischen Schriften geben nur ein schwaches Bild von dem was der Mann in Wirklichkeit ist. Nur wer die ausdrucksvolle Mimik zu beobachten Gelegenheit hat, mit der er seiner Rede unterwupft die nachhaltigste Kraft leiht, bekommt eine Ahnung von dem Einfluß, den er auf die Menge ausübt. Wenn dieser schriftbar im gegenwärtigen Augenblick bei seiner nächsten Umgebung schon gesunken ist, so macht er sich um so mächtiger nach Außen hin geltend. Es übt denselben durch eine sehr lebhaft nach allen Seiten hin gerichtete Correspondenz aus und wirkt tief aufgeregt, wohin er sein Wort sendet. Am Entschiedensten mag er wohl auf seine Landsleute, die Sicilianer, eingewirkt haben, deren Handlungsweise er ja seiner Zeit öffentlich belobt hat. Jetzt haben sie ihn daher zum Pair des neu zu begründenden konstitutionellen Königreichs ernannt, und provisorisch hat er dessen Repräsentanz beim heil. Stuhl in der Eigenschaft eines Kommissärs übernommen. Die drei sicilianischen Abgesandten, welche die Angelegenheiten der Diota italiana betreiben sollen, sind La Farina, Amari und Pisani. Sie sind auf einem Dampfboot mit trikolorer Flagge und dem Abzeichen der Trinakria in Civitavecchia angelangt und mit Jubel und Banketten empfangen worden.

## Griechenland.

* Athen, 16. April. Während es in Europa stürmt, herrscht hier politische Windstille. Aber es ist ihr nicht zu trauen. Nur die Kamarilla und das Ministerium sind beseligt: Der Held von Chaleis ruht auf seinen Lorbeeren und den eudoischen Kontributionen aus; die Uebrigen machen ihre Geschäfte. Die Geschäfte der Bürger dagegen stocken, drei Bankrotte sind ausgebrochen, mehrere Wechselhäuser schwanken. Die Bank beschränkt sich auf Ausmerzeichen ihrer Noten, die man nicht mehr für sicher hält. Selbst die sonst beliebten türkischen Thaler sind um 5% im Werth gefallen. Niemand zahlt, Geld ist kaum um 24% zu leihen. Das Mißbehagen ist allgemein. Bei diesen Zuständen klingt der Rath der Organe des Hofs und des Ministeriums fast wie Ironie. Griechenland soll jetzt ruhig bleiben und seine Pflanzen ordnend aufblühen, dann werde ihm die Türkei in den Schooß fallen. Ein halbruinirter Mann wird sich wohl durch kühnes Wagen und kräftiges Handeln retten; seine Finanzen ordnend und die Hände kreuzend, muß er verkümmern. Wollen aber die Minister die Rolle des Prinzen von Caetgnan spielen? Dann möchte man ihnen zurufen: Wenn sich Eure Brüder selbst befreit haben, werden sie Euch so wenig danken, als die Mailänder ihm. Vergeßt Ihr, wie seit 15 Jahren die Ueberfleißer behandelt worden sind, daß sie die letzte Nationalversammlung zu Paris erklärt hat, und daß diese Scharte ausgewetzt sein will! Jetzt könnt Ihr am Kopfe stehen, bald wird man Euch an den Schwanz stellen.

## Nachschrift.

* Mannheim, 2. Mai. Die Untersuchung gegen die hiesigen Anarchisten leitet, wie man vernimmt, auf weit verzweigte Pläne, daher denn auch täglich weitere Verhaftungen vorgenommen werden. Es bestätigt sich, daß schon am Morgen des Tages, an dem man hier die Sturmglocke zog, reitende Boten auf das Land entsendet waren, um die Bauern herein zu holen. Da man aber nicht lange vorher die sogenannten freudigen Arbeiter hier versagt hatte, so war in der Umgegend auch alle Begeisterung für das herbeigeführende Paradies verschwunden. Bei dem Redakteur der Abendzeitung, J. P. Grohe, soll sich ein sehr wichtiger Beifwechsel vorgefunden haben, wie denn überhaupt Mannheim der Hauptsitz der Verschwörung war, von wo die Fäden einestheils nach Mainz, Frankfurt, Hanau und Köln, anderntheils nach Straßburg und Paris reichten. O hätten wir doch nicht diese Schmach erlebt! Der schlechteste Franzose wäre nicht schlecht genug, um sich mit dem Auslande gegen sein Vaterland zu verschwören.

Aber der völlige Mangel an sittlichem Gehalt bei den Empörern stellt sich auch auf allen andern Seiten ihres Thuns dar: Herwegh, der die Republik zur Religion erklärt, verbirgt die Begeisterung für diese Religion unter dem Sprützleder eines Mägeleins, Hecker und Struve geben von Basel und Rheinfelden aus mit heiler Haut Befehle an die armen Verführten, die da glaubten, ihre Führer würden wenigstens für ihre gute Sache zu sterben wissen; daß Hecker selbst auf den edeln Gagern gefeuert, bezeugen alle Soldaten, die bei Kandern in der vordersten Reihe Augenzeugen waren; in Freiburg schossen die Rebellen aus ihren Verstecken auf die Kerzte, die auf den Straßen die Wunden der Soldaten verbanden; und diese selben Soldaten, die sie zwei Wochen vorher nicht genug mit Liebkosungen hatten überhäufen können, so lange sie auf den Meineid gehofft, nennen sie nun in einer neuen Proklamation von Straßburg aus „verthierte Söldlinge!“ —

Aber das Geschmür ist aufgebrochen, und die Krankheit ist gehoben. Für ganz Deutschland haben wir Badner die schmerzliche Operation bestanden, möge Deutschland uns dafür nicht mit Abneigung lohnen. Es kann nun mit Ruhe und Würde das große Werk, die Wiederherstellung deutscher Größe und Macht, vollenden. Auf trüben April scheint nun die Sonne des verheißenden Mai. Die tapferen Thaten an der Eider wie am Garbasee verbürgen uns den Frieden; gehen wir getrost der Zukunft entgegen.

Δ Karlsruhe, 2. Mai. In Folge der Ergebnisse, welche die Disciplinaruntersuchung gegen Peter geliefert, hat das Ministerium ihn nun vor Gericht gestellt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

## Schweiz.

□ Aus der Schweiz, 29. April. Es galt in der Schweiz bisher für einen unumstößlichen Glaubenssatz: ein Fremder, mäge er auch zehn, zwanzig Jahre im Lande gelebt, mäge er, mit dem besten Willen, mit allem möglichen Scharfsinn begabt, sich noch so eifrig mit den Zuständen des Landes beschäftigt haben, ist unfähig, unsere Verhältnisse zu beurtheilen; durch dieses Studium namentlich lassen sich unsere Angelegenheiten nicht kennen lernen. Nun ereignet sich der seltsame Fall, daß ein großer Theil der schweiz. Publicisten, der vorher die rigorösesten Anforderungen in Bezug auf das eigene Land stelle, im gegenwärtigen Zeitpunkt über die deutschen Verhältnisse mit einer Sicherheit urtheilt, die — eben nur aus einer vollendeten Unkenntniß oder aus einem scheelsüchtigen Uebelwollen entspringt. Die schweiz. Publicisten, welche ich im Sinne habe, sind nicht die eigentlich demokratischen Blätter; diesen, soweit ihnen Ernst um die Sache ist, mag man es noch verzeihen, wenn sie gegen Deutschland poltern, weil dasselbe sich keine Republik aufdringen lassen will; ihnen fehlt weiter Nichts, um kompetent zu sein, als die eigene Anschauung und die nähere Bekanntschaft mit den einschlagenden Verhältnissen; Jenen aber fehlt außerdem noch — der gute Wille. Als Beleg für meine Behauptung mag mir die „N. Z. Z." dienen, ein Blatt, das an und für sich viel zu unbedeutend wäre, um nur darüber zu reden, das aber als Organ unsers Legalratikalismus eines gewissen unverdienten Ansehens genießt, das auch zum Theil noch von dem leider zu früh verstorbenen früheren Redakteur Ott vererbt sein mag. Diese „N. Z. Z." nun, der nicht die geringste Kenntniß weder der deutschen noch überhaupt der auswärtigen Zustände zugeschrieben werden kann, ergeht sich seit einiger Zeit in den unsinnigsten Urtheilen über Deutschland; es vergeht kein Tag, an welchem nicht irgend ein Faktum bevorhebt, ein anderes begeifert, an welchem nicht Gift und Schmutz über Personen und Verhältnisse vergossen würde. Die Hauptanklage gegen Deutschland, die zuweilen noch mit dem Schein einiges Ernstes vorgebracht wird, ist natürlich die Abweisung der republikanischen Staatsverfassung; hier läuft aber schon der böse Wille mitunter. Die „N. Z. Z." wußte vor ein paar Wochen gar wohl auseinanderzusetzen, „Republik sei ein schönes Wort, doch kenne sie ein noch schöneres, die Freiheit." Glauben Sie aber nur uns Himmelswilden nicht, die „N. Z. Z." stimme etwa mit Ihren deutschen „Republikanern", welche die Republik wirklich mit Gewalt durchfesen wollten, in ihren politischen Ansichten überein. Weit gefehlt! Ihr Charakter ist ein tölschopierner, höchst philiströser Legalradikalismus, der jenen „republikanischen" Bestrebungen und Publicisten bald mit „legalen" Mitteln ihr Handwerk legen würde, wenn dieselben etwa in Zürich reden oder drucken wollten, was sie in Baden oder in Berlin reden und drucken. Das ist es also nicht; aber deshalb ungeachtet, wie gesagt, täglich die schmähetste, scheelsüchtigste Beleuchtung deutscher Zustände! Zur Zeit des Sonderbundsfeldzuges, wo gewiß manche Schwächen und Blößen vorhanden waren, hat die deutsche liberale Presse, mit höchst geringfügigen Ausnahmen, die schweiz. Verhältnisse mit dem größten Wohlwollen besprochen, nie hat sie Einzelnes in den Staub gezogen oder gar mit Koth beworfen, sondern immer nur das großartige Ganze der Erscheinung im Auge behalten. Und die schweiz. Presse, in specie die „N. Z. Z." gegenüber der gewaltigen Umwälzung in Deutschland, durch welche in wenigen Wochen die Grundzüge einer wahrhaften, wesentlichen Freiheit erkämpft wurden? Vor Allem dient ihr der „deutsche Kaiser" zum Gespötte; statt es höchst begreiflich zu finden, daß die Frage über die künftige Gestaltung Deutschlands von der Presse aufs Mannigfaltigste aufgefaßt und beantwortet wird, spottet sie darüber, daß man bei dieser Verschiedenheit der Ansichten von einer deutschen Einheit rede; ja, sie geht in dem Unsinn soweit, auszurufen: mit der Aufstellung des Verfassungsentwurfes waren die Deutschen bald fertig, von dem neuen Bunde aber hat noch Niemand eine Idee. Als ob jener Verfassungsentwurf nicht eben erst den „neuen Bund" ins Leben zu rufen hätte. Aber diesen Unsinn wagt ein Blatt von sich zu geben, das sich während der Dauer der Bundesrevisionskommission etwa 5—6 Mal genöthigt sah, seine frühere Ansicht über den „neuen Bund" über Bord zu werfen, und je nach der neuen Phase eine andere Ansicht zu adoptiren. Daß der Jünglingsbund ausschnitt, dem das Zutrauen der deutschen Nation als Vollmachtsgeber zur Seite steht, gewöhnlich der „Michelauschuß" titulirt wird, ist sehr bezeichnend für das Schicklichkeitsgefühl von Leuten, die früher nicht einmal Worte der Entrüstung fanden, als der König von Würtemberg (er war freilich damals noch ein „mächtiger Herr") die schweiz. Ehre direkt angriff, und die es früher nicht gewagt hätten, den kleinsten Schreiber oder Bedurzer zu insultiren! Wie erfrig wurde nicht die Austreibung Heinzens gebilligt; wäre dieselbe noch aus eigenem Antriebe geschehen; aber so — auf einen Wink von Oben, wie es in München geschah! — Diesem Fünfzigrauschsatz wird seit einigen Tagen von der „N. Z. Z." und verwandten Seitenblicken ein höchst possierlicher Vorwurf gemacht, weil er nämlich nicht seine Vollmachten schwarz auf weiß habe, sei er auch nicht berechtigt, die Erhebung der Republikaner als anarchisch oder illegal zu bezeichnen und anzugreifen, wobei dann den ehrlichen Deutschen insinuirt wird, „sie befänden sich eigentlich im Zustande der Revolution". Die „N. Z. Z." möge sich darüber beruhigen; die Deutschen wissen, daß sie sich im Zustande der Revolution befinden; sie wissen aber auch, daß es ihr höchstes Interesse ist, anarchischen Bestrebungen, die jenen Zustand der Revolution verewigen würden, mit Kraft und Entschiedenheit entgegenzutreten, um sobald wie möglich diesen revolutionären Zustand zu beendigen und die neue, auf die Freiheit und Selbstständigkeit des Volkes zu gründende, Ordnung der Dinge herbeizuführen. Aber Sie können dessen ungeachtet „legalen" kennen lernen: mehre Hefte nach der Frankfurter Ausstand hat eine geschriebene Vollmacht — also sind Beide gleichberechtigt! — Wo hat denn die provisorische Regierung von Paris ihre Vollmacht? und wieß sie von der schweiz. Presse gradelt, weil sie dessenungeachtet Blanqui und Genossen mit Kraft entgegentritt? Wir sehen auch hier wieder die Scheelsucht und den bösen Willen. — Geschieht in Italien irgendwo eine servile Niedertracht, gleich heißt es, man zähle sich fast nach Wien oder Berlin versetzt; die Münchener werden „namenlos niederträchtig" gescholten, weil sie zurft die Lola „apotheosirt" (!!) und dann sich gegen sie „als die größten Flegel" (der galante Herr Redakteur!) gezeigt hätten. Die „D. Volkszeitung" wärmte vor ein paar Tagen auf eine höchst überstürzige Weise den alten Börne'schen Witz wieder auf, die Deutschen seien von jeher die bösen bedienten gewesen, sogleich reproduzirt in der „N. Z. Z." mit Wohlgefallen die Aeußerung und bedenkt dabei nicht, was „un Suisse" auf Deutsch heißt. — Solcher Beispiele könnte ich Ihnen hunderte aufzählen; es mag an den aufs Geradewohl herausgegriffenen genügen. Ist aber wirklich Neid und Mißgunst der Grund dieser auffallenden Erscheinung? Bei einzelnen Personen allerdings, namentlich wohl bei der Red. der N. Z. Z., bei der noch allerlei spezielle Verhältnisse influiren; bei der großen Mehrzahl, die leider oft gedankenlos einer unwissenden Presse nachbetet, mag es freilich ein etwas unangenehmes Gefühl erwecken, wenn ein Volk, das man bisher unter sich erblickte, einen solchen Aufschwung nimmt, daß die alten Stellungen total gewechselt werden; allein ich lebe der festen Hoffnung, daß solche Mißstimmungen sich wieder ausgleichen werden; zuerst entschieden Abwehr gegenüber den Angriffe, dann aber auch freundliches Entgegenkommen, sobald man von diesen unwürdigen Beleidigungen absteht. —

Schließlich noch eine Bemerkung: Der Pole Biernacki und viele Andere mit ihm verlangen Westpreußen, ohne Rücksicht darauf, ob es gegenwärtig eine deutsche Bevölkerung habe oder nicht, weil dasselbe früher einmal ein paar 100 Jahre unter Polens Schutz gestanden; — die Italiener dagegen und mit ihnen die schweiz. „N. Z. Z." verlangen „Wälschtirol", das über ein Jahrtausend beim deutschen Reiche war, und für die militärische Deckung des südlichen Deutschtirols unumgänglich nothwendig ist, aus dem entgegengesetzten Grunde für Italien, weil nämlich seine Bevölkerung italienisch. Ich hoffe zuversichtlich, die deutsche Nation werde sich durch diese Unverschämtheiten in ihrem geraden, ehrlichen Gange hindern lassen, sie werde ihr Wort lösen, das sie für die Befreiung Polens eingesetzt und werde Oesterreich nicht darin unterstützen, die freien Lombarden wieder unter das alte drabschnute Joch zu beugen. Auf Dank wird sie dabei freilich verzichten müssen! *)

## Niederland.

Zufolge der mit der letzten Ueberlandpost aus Batavia angelangten Nachrichten sahen sich die Holländer nun doch genöthigt, da-

*) Unter mehreren Zuschriften aus der Schweiz, die Deutsche und Schweizer von drei uns zugehen lassen, theilen wir vorstehendem Aufsatz mit, behalten uns jedoch vor, das Verhältniß der Schweizer Presse zur deutschen Erhebung noch besonders zu besprechen. Wir haben in Zeiten, wo die hohe Staatsklugheit der europäischen Kabinete den Kopf verloren hatte, und wir nicht mehr verleiden lassen, für die schweizerische Unabhängigkeit energisch und ausdauernd zu kämpfen, wie werden auch die eigene vaterländische Sache zu vertreten wissen in einem Augenblick, wo ein Theil der Schweizer Presse den Kopf verloren zu haben scheint. Unsere Mitarbeiter in der Schweiz suchen uns mit der Beurtheilungsfähigkeit der Personen zu trösten, von welchen jene Blätter ausgehen; wir beruhigen uns dabei nicht, sondern möchten auch gern die Staatsklugheit genauer uns Auge fassen, die in diesem Augenblick ihren besten Verbündeten mit knabenhaftem Uebermuth gewaltsam gegen sich empört und eine Politik verfolgt, die zu so bösen Häufern führt, wie nur jemals die Sonderbündler es that.

D. R.

Digitized by Google

selbst einen neuen Kriegszug gegen Bali auszurüsten. Derselbe sollte aus 2 Bataillonen zu Fuß, 2 Bergbatterien und 2 Eskadronen bestehen. Wie man weiß, befindet sich noch eine holländische Besatzung auf Bali. — Auch war die Kolonialregierung mit den Portugiesen auf der molukkischen Insel Timor-Laut in Zwist geraten und hatte eine Kommission abgesandt.

Die Beisetzung der von Madeira herbeigeführten Leiche des Prinzen Alexander in den fürstlich orsinischen Grabgewölben der alten Kirche zu Deste hat mit aller Feierlichkeit stattgefunden. — Auch in Niederland erweckt der Tod des tapfern Generals Gagern die innigste und allgemeinste Theilnahme.

Die Vorarbeiten zur Trockenlegung des Haarlemer Meers sind so weit gediehen, daß am 15. Mai die drei letzten Eingänge in dasselbe für die Schifffahrt geschlossen werden sollen, so daß fortan die Schiffe sich auf den großen Kanal — de Ring zwar — der um das ganze Meer herumgezogen, sich beschränken müssen. — Ein Theil der fremden Fabrikarbeiter zu Rotterdam wird mit Ausweisung bedroht.

**Spanien.**

Madrid, 20. April. Der Zustand des Landes ist ein durchaus gewaltsamer und kann daher nicht dauern. Der unabhängigen Presse sind die Lippen geschlossen. Das Wort impossibilidato, d. h. in die Unmöglichkeit gesetzt, eine freie Meinung zu äußern, hat eine ungeheuere Ausdehnung erhalten, das Eco, der Espectador, der Clamor Publico, die Prensa, der Siglo und viele andere Madrider Blätter sind impossibilitado, und durch dieses Schweigen jetzt oft beredter, als früher mit ihren Deklamationen. Seit der Nacht vom 26. März hat die Regierung, d. h. das Schreckgespenst Narvaez', in ganz Spanien die konstitutionellen Garantien aufgehoben, die Hauptstadt in Belagerungsstand erklärt, ein Kriegsgericht eingerichtet, Verhaftungen und Verbannungen in großer Zahl verfügt und auf eine so gewaltsame Weise gehandelt wie selbst in Spanien nicht erhört ist. Die Straßen Madrids wimmeln täglich mehr von Bajonetten, und die ministeriellen Moderadoblätter suchen noch in wirthschaftenden Artikeln die Soldaten gegen die Progressisten aufzuhetzen. Die Fabriken und Handelsgeschäfte stecken größtentheils, der Kredit ist völlig getödtet; das neue Münzgesetz aber, das den Kredit wieder emporheben sollte, beweist Nichts als die gänzliche finanzielle Ohnmacht und Ungeschicklichkeit der Regierung. Jetzt sollen die Progressisten auch die Geldkrisis verschuldet haben, und man macht diejenigen, welche man seit gern mit der Klasse der Proletarier zusammenwirft, verantwortlich dafür, daß das Baargeld aus dem Verkehre verschwunden ist. Während man nun so die Progressisten offen und leidenschaftlich verfolgt, macht die Regierung den Carlisten ein Zugeständniß nach dem andern. Das auffallendste derselben aber ist das Dekret in der gestrigen Gaceta, welches allen carlistischen Offizieren und Generalen, auch wenn sie sich hartnäckig geweigert, der Uebereinkunft von Bergara beizutreten, die Bortheile dieser Konventionen zugesteht, sie in ihrem Range anerkennt und auf Halbsold setzt. Mittlerweile bleiben die liberalen Offiziere, die doch für den Thron Isabellens ihr Blut vergossen, ganz vergessen und in äußerster Dürftigkeit, ja viele der unter Espartero's doch verfassungsmäßiger Regentschaft ernannten Grade sind noch heute gar nicht anerkannt worden. Jenes Dekret, das selbstredend viel böses Blut macht, beweist übrigens, daß die Regierung overlaubt ist und sich Täuschungen hingibt, die nicht lange dauern können. Sagt doch der Herald geradezu: „Das Dekret soll den Schutzwall verstärken, der den Thron Isabellens gegen die Angriffe der Revolution vertheidigt".

**Frankreich.**

Paris, 29. April. Der Moniteur enthält heute folgende offizielle Aktenstücke: 1) Dekret der provisorischen Regierung, welches die Vereinigung aller Provinzialbanken Frankreichs (mit Ausnahme der von Bordeaux) mit der Pariser Bank beschließt. Die Aktionäre dieser Banken tauschen ihre Aktien gegen Aktien der Pariser Bank al pari ein, und die Provinzialbanknoten, früher nur auf ihre betreffenden Departements beschränkt, haben jetzt Kurs in ganz Frankreich, bis sie binnen 6 Monaten für Banknoten der Pariser Bank umgetauscht werden. Die Aktiva und Passiva jener Provinzialbank übernimmt die Pariser Bank. 2) Dekret, die Eintheilung Frankreichs in 17 Militärdivisionen betreffend. 3) Dekret, verordnend, daß das Louvre fortgesetzt aufgebaut, „Palast des Volkes" genannt und künftig zu den Industrie-, Kunst- und andern Ausstellungen und zur Unterbringung der Nationalbibliothek verwendet werden soll. Die Rivolistraße wird zugleich nach dem bisherigen Plane bis zum Pont-neuf ausgebaut. Alle Arbeiter sind eingeladen, sich bei den Arbeiten am Volkspalaste zu betheiligen. Die nöthigen Expropriationen geschehen augenblicklich durch eine Kommission. 4) Die Kinderbewahranstalten werden aus Militärtägleinstiftungen, zu Unterrichtsanstalten umgewandelt und erhalten den Namen „Bätterliche Schulen". Eine Bildungsschule für Lehrerinnen dieser Schulen wird der Normalschule beigegeben. Jede mittlere Schule erhält eine Oberlehrerin, eine Lehrerin für den Schulunterricht, eine Musiklehrerin, eine Zeichnenlehrerin und Verwalterin.

Die Ergebnisse der Wahlen, wie sie heute schon bekannt werden, haben natürlich auf die Organe der Presse einen sehr verschiedenen Eindruck gemacht. Während die Blätter des früheren Regime, sowie diejenigen, die Lamartine's und A. Marrast's Politik vertreten, sichtbar befriedigt sind, äußert sich unter den republikanischen Ultra's eine unverhohlene Verstimmung. Die Reforme, ein Organ Ledru Rollins, sagt geradezu: „Wir hatten schon auf recht schlechte Wahlen gerechnet, aber der Ausgang hat, wir müssen es gestehen, unsere Erwartungen übertroffen. Die Beamten der gefallenen Regierung brauchten nur die Wege zu verfolgen, welche ihren eine Praxis von 17 Jahren so leicht gemacht hat. Der Baum der Monarchie, den wir nur gestäubert haben, hat seine Früchte getragen. — Die Reaktion hat das Uebrige gethan. Auch sie hat das System der Monarchie fortgesetzt; sie hat Alarm geschlagen, sie hat von Kommunismus und Anarchie geschrien, und unter dem Einfluß dieses panischen Schreckens haben viele ehrliche Leute gestimmt!"

Paris, 30. April. Der heutige Moniteur bringt ein Dekret, worin General Cavaignac, auf seinen Wunsch, an der Nationalversammlung Theil zu nehmen, von dem Oberbefehl in Algier abberufen und Changarnier an seine Stelle als Gouverneur ernannt ist. — Die Bewegung der afrikanischen Kolonie scheint bis jetzt der republikanischen Regierung so wenig gefährlich zu sein, als ihre monarchischen; der Kommissär der Regierung hat dort ähnlich, wie seine Kollegen in den Provinzen, gehaust, und der National, der doch noch nicht so ministeriell geworden ist, um Alles gut zu heißen, was auf dem Stadthause beschlossen wird, sah sich veranlaßt, dagegen Klage zu führen.

Die heute bekannt gewordenen Wahlen stellen immer deutlicher den Sieg der gemäßigten Richtung hervor; Lamartine ist noch in sieben Departements mit größter Stimmenzahl gewählt worden. Von bekannten Namen der früheren Linken erwähnen wir Lherbette, Vivien, Duvergier de Hauranne; auch Georg und Oskar Lafayette (Sohn und Enkel des „Befreiers zweier Welten") sind gewählt. Die Ernennung von Thiers (im Departement der Rhonemündungen) ist noch sehr zweifelhaft, und man darf auf sein sittliche Genugthuung hoffen, diesen Namen den von Barbès, des Aufrührers eines neuen Frankreichs fernhalten zu sehen. Die Mehrzahl der Namen ist natürlich neu, und es ist daher schwer, schon jetzt über die Majorität etwas Sicheres festzustellen. Aber die Stimmen der Presse verbreiten darüber einiges Licht. Das Journal des Debats ist nicht mißvergnügt; der Courrier Français, der sich gern an Ledru Rollins Schweif anhängt, sichtbar verstimmt; die Reforme verliert fast alle Fassung, spricht von dem bereits begonnenen Kampfe zwischen der Bourgeoisie und dem Volke und bemüht sich nach Kräften, Oel in die Flamme zu gießen. Daß das Zünglein der Wage stark nach der Rechten neigt, das beweist aber ganz besonders der „National"; auch er, obwohl mit der Niederlage der Ultras offenbar zufrieden, spricht sich so aus, als wenn nicht Alles so wäre, wie es sein sollte. Er hofft zuversichtlich, daß die Majorität, aufrichtig der Republik ergeben, den ganzen Umfang der ihr übertragenen Aufgabe fühlen wird, gibt aber doch zu, daß die „Reaktion einen größern Antheil an diesen Wahlen gehabt hat, als es die bereitwillige Begeisterung, womit man die Republik aufnahm, hätte erwarten lassen." Er schreibt dies ungünstige Resultat zunächst der Verzögerung der Wahlen zu; hätte man sogleich nach dem Sturze des Königthums gewählt, wie im Jahre 1792, so wäre nach seiner (gewiß begründeten) Meinung die Versammlung eine entschieden republikanische geworden. Schlimmen Einfluß schreibt das genannte Blatt auch den Beamten zu; es gibt nicht unceutlich zu verstehen, daß der Rest der alten Beamten kaum nachtheiliger wirkte als die unter ungünstigen Gestirn „in der Eile" ernannten Kommissäre, welche die „Bevölkerung entfremdet und die rechtlichen Partei begünstigt" hätten. — Dies Geständniß gibt viel zu denken; mehr noch die Uebersicht der Partei in in Reuen und Eibeuf, jetzt auch in Limoges, wo weiß wie bald in Paris selbst! Denn daß die durch die überwiegende Mehrheit der Volksstimme gestaltgegene Partei zum Theil nicht abgeneigt ist, mit Gewalt und Uebervortheilung den Sieg zu erkreten und so dieselbe Rolle zu spielen, wie unsere Sonderbündler in Deutschland, davon kann man lebhaft überzeugt sein.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cramer in Berlin. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. Nordamerika nimmt Bestellungen an die Buchhandlung Hr. Ad. Le Roux in Straßburg.

# Deutsche Zeitung.

Die Zeitung erscheint wöchentlich dreimal: Montags, Mittwochs und Freitags. Der Preis beträgt vierteljährlich 1 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen im Großherzogthum Baden 1 fl. 52 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 3 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 125. Heidelberg, Freitag 5. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde. V. — Wien (Aktenmäßige Darstellung der Verfassung; Aufnahme derselben. Judenverfolgung. Gold aus Italien. Lieder und Deutsche). Aus Tirol (Abwehr der Wälschen). Der Gouverneur Graf Brandis). Berlin (Bekanntmachung in Betreff der Bundesbeschlüsse). Breslau (Volksversammlung in Posen. Polnische Bauernbevölkerung). Königsberg (in russisches Kordon). Von der polnischen Grenze (Gerücht von einem Aufstand in Petersburg). Nürnberg (Truppen nach dem Seekreis). Zwiefalten (Parlamentswahl). Karlsruhe (Kammerverhandlungen. Der Gesetzentwurf über die Beamten. Zittel's Antrag. Für Hecker eine neue Wahl ausgeschrieben. Details über den letzten Freischarenkampf). Rheinhessen (Adresse an Mathy). Mannheim (die anarchische Presse verstummt). Freiburg (Berichtigung). Aus Rheinhessen (Gegendemonstration einer Volksversammlung). Weimar (Parlamentswahlen). Sigmaringen (Parlamentswahl). Schleswig-Holstein (Depesche des Grafen Dalhousie). Schleswig (Nachträgliches über den Kampf bei Schleswig. Nachricht vom Kriegsschauplatze. Dänische Exzesse nach der Elde. Kiel (der deutsche Verein. Vorwahl. Frankfurt (Verhandlungen der Bundesversammlung. Die Herzogin von Orleans).

**Großbritannien.** London. Die neue Reformbewegung. Die Cobdensche neue League. Die schleswig-holsteinische Frage. Gerücht von russ. Hülfe für Dänemark.

**Frankreich.** Paris. Die Wahlen. Stimmen der Presse darüber. Die Unruhen in den Provinzen. Adel-Kater. Straßburg. Ein Aufruf der Anarchisten.

**Italien.** Die Beschneidung Benedigs mit der Lombardei eingeleitet.

**Ungarn.** Pesth. Rückmarsch ungar. Truppen.

**Jonische Inseln.** Politische Zerkerungen.

**Beilage.** Heidelberg. Die freie Rheinschifffahrt; Protest. Baiern. Parlamentswahlen. Württemberg. Die deutsche Flotte. **Schweiz.** Bern. Der Bundesentwurf. Stellung Oschsenbeins. Prof. Rheinwald entlassen.

### Heidelberg, 4. Mai.

Vor einiger Zeit noch wäre eine Pairie und ein Oberhaus nach Dahlmann's Wünschen in Deutschland wohl möglich gewesen. In der letzten Ausgabe seiner Politik hat er noch geradezu gegen die herkömmlichen Einwürfe behauptet, es fehle in keinem Staate, und auch in den kleinen Staaten Deutschlands nicht an den bauerhaften und erblichen Bestandtheilen, die sich für eine erste Kammer eignen. In Preußen hat sich das auch gezeigt, und wäre bei der Berufung des Vereinigten Landtags eine umsichtige Organisation der Herrenkurie eingetreten, wäre das Land zugleich damals mit den Freiheiten begabt worden, die es nun doch so schnell erhalten wird, so wäre die Unlust gegen das Adelsthum weit nicht so groß gewesen. Der Moment für die Bildung einer preußischen Pairie war 1815, als die Opfer des Volks für die Landesbefreiung in Aller Andenken waren; so könnte man sich denken, daß, wenn ein großer Krieg unser neues Verfassungswerk vertagen sollte, neue Verdienste des Adels ihm auch jetzt noch eine neue Geltung wieder verschaffen würden. Gleichwohl läßt sich nicht verkennen, daß alle Ideen, alle Standes- und Lebensverhältnisse der Zeit gegen jede aristokratische Ordnung ankämpfen. Selbst in England hat das Oberhaus mehr und mehr seine Bedeutung verloren, und der Aristokratismus, der dort im Volke lebendige Wurzeln hat, ist von den feindlichen kontinentalen Ideen erschüttert, so daß es jeden Tag unmöglicher wird, daß von dorther eine Institution zu uns herüber verpflanzt werde, welche von uns aus selbst drüben entwurzelt zu werden scheint.

Wir können es daher nur billigen, daß die Bildung des Oberhauses in der schließlichen Redaktion des Entwurfs eine Gestalt angenommen hat, die nicht mehr der Organisation einer englischen Pairskammer, sondern mehr dem Senate von Amerika und Belgien entspricht. Wir brauchen nicht zu sagen, daß wir eine doppelte Kammer unsererseits so nothwendig finden, wie sie die freiesten Staaten, wie sie Amerika nicht nur in seiner Union, sondern auch in seinen einzelnen Staaten nothwendig gefunden hat. Kein Vernünftiger wird in einem großen Staate, wo sich die Interessen vielfach stoßen und streiten, die Kritik, die Sichtung, die Kontrole einer doppelten Berathung entbehren, die Elemente des Konservatismus dem Princip der Beweglichkeit gegenüber in der Gesetzgebung vermissen wollen; von diesen allgemeinen Rechtfertigungsgründen des Zweikammersystems aus bedarf es aber für eine erste Kammer durchaus des Geburtsadels nicht. Die Siebenzehn haben daher die Gestalt des Oberhauses wesentlich abweichend von dem ersten Entwurfe umgewandelt. Sie haben an die Stelle der lebenslänglichkeit der Reichsräthe die Ernennung oder Wahl auf 12 Jahre gesetzt; sie haben die Berechtigung der Regierungen der Einzelstaaten, dieselben in der ganzen Zahl zu ernennen, auf die Hälfte beschränkt; sie haben bestimmt, daß die andere Hälfte durch die Landstände der Territorien — nicht einmal, wie vorgeschlagen war, präsentirt, sondern — gewählt werden sollen; sie haben sodann ein höheres Alter zur Bedingung der Wahlbarkeit gemacht und festgesetzt, daß die Reichsräthe dem Lande angehören sollen, in dem sie gewählt oder ernannt werden. Diese letztere Bestimmung neben der andern, daß sie von den Landesherren, den Landesregierungen und Landständen gewählt werden, gibt dem Oberhause die Bedeutung und den Beruf des amerikanischen Senates, dem Haus der Abgeordneten gegenüber, die willkürlich aus allen Kreisen Deutschlands gewählt werden, die Interessen der Einzelstaaten zu wahren; auch die erhöhte Altersforderung hat für diese Bestimmung einen Sinn, weil lokale Verhältnisse und Zustände genau kennen und schätzen zu lernen, es einer längeren Einlebung und Gewöhnung bedarf, als nur über das Große und Allgemeine zu urtheilen. Faßt man diesen Beruf und diese Stellung des Oberhauses im deutschen Reiche gegen das Unterhaus ins Auge, so wird umsoweniger Einwand gegen ein Zweikammersystem gemacht werden können, weil das Eine Haus hier gegen das Andere einen in den Verhältnissen begründeten Gegensatz bildet und ein besonderes Interesse zu vertreten hat; am wenigsten dürften sich die dagegen setzen, die es mit dem Bestande der einzelnen Staaten gut meinen und ihnen die Erhaltung eines gewissen Umfangs von Rechten gewährt und gewahrt wissen wollen.

So weit scheint nun der Boden für ein Oberhaus glücklich gewonnen und die Bestimmungen über dessen Bildung angemessen zu sein. Nur daß die Fürsten darin sollen persönlich Sitz nehmen können, dünkt uns eine völlige Inkonsequenz zu sein. Man sagt uns, daß nicht weniger als sieben deutsche Fürsten den Wunsch ausgedrückt hätten, diese Befugniß in dem Grundsatze ausgesprochen zu sehen; und gewiß, es macht den Fürsten nur Ehre, wenn sie es für möglich halten und selbst das Ihrige dazu thun wollten, daß das Kollegium ausserer Regenten in dem gesetzgebenden Körper der Nation mitarbeitete wie des Landes erste Bürger, daß die mittelalterlichen Ordnungen insoweit zurückstehen, als unsere Fürsten damals Mitglieder des Reichstags waren, und verebelt und verfeinert wiederkehren, insofern zu erwarten wäre, daß unsere Fürsten künftig einträchtiger, patriotischer, unreigennütziger für das Reichswohl arbeiten würden, als sie unter der alten Reichsverfassung thaten. Aber wie geneigt auch in diesem Augenblick der Aufregung unsere Fürsten sein möchten, persönlichen Sitz auf dem Reichstage zu nehmen und eine aktive politische Rolle zu spielen, es ist ganz gegen die Natur dieser Zeiten, daß dies auch künftig der Fall sein werde. Und wenn es sein sollte, so könnten sie durchaus nur in einem Haus der Gleichen (Pairs) ihren Platz einnehmen. Sie könnten dann mit dem übrigen Adel Deutschlands eine gleichartige und mächtige Partei bilden und sich so, selbst für die Gefahr Einer unthrolbaren Monarchie, eine große Rolle zu spielen vorbehalten. So aber, was das Oberhaus in dem Entwurf jetzt gebildet und zusammengesetzt ist, ist den Fürsten die Befugniß, persönlich zu erscheinen, nach unserer bescheidenen Meinung unbedachtsamer Weise gegeben worden. Lebenslänglichen Mitglieder des Oberhauses waren, wenn Fürsten persönlich darin sitzen sollten, schon nöthig, um die Unabhängigkeit der Stellung und der Stimmen zu sichern. Auf kurze Jahre gewählte und ernannte Glieder werden zu leicht den persönlichen Einflüssen der

Digitized by Google

anwesenden und mitstimmenden Fürsten ausgesetzt sein. Der entgegengesetzte Fall ist aber nicht weniger schlimm. Wenn in ausgereckten Zeiten eine leidenschaftliche Minderheit von zanksüchtigen Deputirten der größten politischen Meinung in der Oberhauschichte, wie sollte die Würde der Fürsten bestehen, wenn ihnen vielleicht ins Angesicht Schmähungen von ihren eigenen Unterthanen gesagt würden! Uns dünkt, im Sinne des Parlamentarismus vollends, für die würdige Stellung der Fürsten am besten gesorgt, wenn sie wie bisher so auch künftig, wie im Lande so auch im Reiche, den gesetzgebenden Körpern entfernt gehalten bleiben. Wollen wir die Monarchie wie über dem Reiche so auch in den Territorien erhalten, so muß die Grundregel nicht vergessen werden, daß der Fürst über den Parteien stehen und nicht selber Partei sein soll. Wie aber dies möglich wäre, wenn eine ansehnliche Zahl von Fürsten in einer Stellung im Oberhause zusammen saßen, die sie nicht allein berufsmäßig zu einer Art Partei gegen die zweite Kammer, sondern auch meinungsmäßig zu einer Partei gegen die Eine Seite der ersten Kammer machen würde, das gestehen wir nicht zu begreifen.

Wir hätten daher zu wünschen, daß diese Bestimmung bei den künftigen Entscheidungen ausfalle, und daß unser Oberhaus nach dem kombinirten Muster des amerikanischen und belgischen Senates folgerichtig durchgebildet werde. Dabei haben wir noch ein weiteres Anliegen, was zwar nur ein Aeußerliches betrifft, das aber doch sehr wesentlich gerade mit dem Innerlichen in Bezug steht. Wir meinen die Terminologie. Man hat hier in dem Entwurfe alte und fremde Benennungen gebraucht, die wir fast sämmtlich gern vermieden gesehen hätten. Man soll nicht unnöthig neue Namen schaffen, die durch Fremdartigkeit vielleicht abschrecken; man soll sich aber auch nicht allzusehr vor neuen Benennungen fürchten, wenn sie sich eng und treffend an die zu benennende Sache anschmiegen. Ein paar Monate Berathung und Besprechung genügen sehr schnell an Worte, die man sonst noch nicht im Munde führete. Der Entwurf nennt den neu zu bildenden deutschen Staat ein Reich und fügt in Parenthese das Wort „Bundesstaat" bei. Man fühlte, daß das Wort Reich die Einheit zu ausschließlich aussprechе; die Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat ist allgemein angenommener Weise die Aufgabe; man fügte also diese Bezeichnung zur Verdeutlichung bei. Das, was man sagen wollte, drückte aber das Eine Wort Bundesreich in vollständiger Weise aus. Der allgemeine Begriff Bundesstaat, auf ein konkretes Land angewandt, lautet nicht anders als Bundesreich. Dieser Ausdruck klingt unsern Ohren keineswegs fremd; er hat etwas Feierliches im Klang und erhebt so praktisch Bezeichnendes, daß man unsere Sprache darum beneiden dürfte. Das Wort entspricht der Sache darum so vortrefflich, weil es die getheilte und gegliederte Natur dieses föderativen Staates zugleich aussprich. Es bietet den außerordentlichen Vortheil, daß man, wo der volle officielle Ausdruck nicht nöthig ist, die kürzere Bezeichnung Bund daraus ausheben kann, wo der Nachdruck auf den Einzelstaaten liegt, und die Beziehung Reich, wo die Einheit betont werden soll. Der H. l. würde also nach unserer Ansicht gesagt haben: die deutschen Lande bilden fortan ein Bundesreich. Nach diesen Einen Namen und Begriffe hätten sich nachher alle anderen Benennungen bestimmen lassen. Wir hätten den Namen Kaiser gern einem bescheidenern, bundesmäßigeren weichen sehen. Wir halten die Erinnerung an das zwar tausendjährige Kaiserreich bei den Meisten für verschwunden, wir glauben, daß die Benennung Vielen schon wegen des Anklangs an das Fremde, an das römische Cäsarenthum unangenehm ist, viel Mehren aber wegen der keineswegs erfreulichen Reminiszenz an die Geschichte des Kaiserreichs; auch die Wiederbelebung des Kaiserthums Karl's des Großen von Seite Napoleon's weckt in keiner Weise Sympathien für diese Formen auf. Die Zeit ist nirgends den prätentiösen und prächtigen Aeußerlichkeiten günstig; auch unsern Fürsten müßte eine Würde genehmer scheinen, die statt des imperatorischen Titels eine Benennung trüge, welche die föderale Natur des Staats zugleich bezeichnete. In Preußen suchte man nach solch einem Titel und schlug vor: König Protektor, Schirmvogt, Schutzherr des deutschen Bundes; und unserer Reichsbenennung würde eine der Titel: Reichsfürst des deutschen Bundes folgen, was uns gerade den rechten, bescheidenen, bürgerlichen Klang hätte. Die Reichsversammlung würde in voller officieller Benennung: der Reichs- und Bundestag heißen, was dann nach Gutfinden abgekürzt werden könnte. Sollte das Oberhaus die verbündete Natur, das Unterhaus die Vereinigung des deutschen Reichs darstellen, so hieße das Eine folgerichtig das Bundeshaus, das Andere das Reichshaus. Wenn aber diese Namen dem Ohre weniger gerecht scheinen sollten, so würden wir darauf dringen, wie in Amerika und Belgien, das Oberhaus Senat und das Unterhaus das Haus der Abgeordneten (Volkshaus) zu nennen. Der Natur der Sache nach möchte ferner namentlich die Benennung Reichsräthe für ganz verschuldet zu erachten sein, da dies Beruf der Mitglieder des Oberhauses gerade die Wahrung der besonderen Staatenmineressen sein soll; sie müßten demnach eher Bundesräthe oder Landesräthe genannt werden, wenn die Bezeichnung Senat für die erste Kammer nicht beliebt werden sollte. In dieser Weise durchgeführt, würde uns scheinen, wir träten in Sache, in Begriff und Benennung gleichmäßig in die neue Staatsordnung ein, wie sie in Amerika und Belgien normgebend geworden ist; wir hielten uns so von allem Affektirten, Nachgeahmten und Aufgefrischten ferne und bezeichneten einfache Begriffe und Einrichtungen mit den schlichten, sachlichen Benennungen, die der verständigen und kritischen Zeit angenehm sind und doch keineswegs der Würde der Dinge Etwas vergeben.

**Oesterreich.** Wien. Von hier schreibt man der Allg. Z.: Immer drohender und unerträglicher wird die Stellung der Tschechen gegen die Deutschen. Die Deputationen beider Nationalitäten aus Prag, von welchen die eine für, die andere gegen die Wahlen für das deutsche Parlament bei der Regierung wirkte, sind heute nach Prag zurückgekehrt, ohne von Hrn. v. Pillersdorf einen bestimmten Bescheid erhalten zu haben. Doch neigt sich die Regierung aus reiner Schwäche sichtbar zu Gunsten der slavischen Anmaßungen. Niemand wird die Tschechen zwingen, nach Frankfurt Abgeordnete zu schicken, aber ebensowenig darf und wird der deutsche Bund dulden, daß die Tschechen die deutschen Böhmen durch Zwang und Einschüchterung hindern, an den Wahlen sich zu betheiligen. Dieselben werden sich auch nicht hindern lassen durch Gewalt, und mit diesem festen Entschluß treten ihre Abgeordneten heute nach Prag zurück. Sie werden mit den Waffen in der Hand zur Selbstvertheidigung die Wahlen für das deutsche Parlament vornehmen. Wollen die Tschechen die Sache durchaus mit Blut entscheiden — wohlan! Der neue deutsche Bund wird unsere deutschen Brüder nicht im Stiche lassen. Wir dürfen und werden nimmer dulden, daß sich ein slavisches Bollwerk auf deutscher Erde erhebe. Ueber das Benehmen des an die Spitze der Landesverwaltung neu berufenen Grafen v. Thun herrscht unter den deutsch gesinnten Oesterreichern nur eine Stimme der Entrüstung. Obwohl selbst von deutschem Blut stammend, nimmt er offen Partei gegen das Slaventhum und kränkt das Nationalgefühl der Deutschböhmen auf alle Weise.

Wien, 27. April. Die letzten Tage vor dem 25. April waren wieder sehr unheilbrohend durch die Stimmung der Studenten, Techniker und zum Theil auch der National- und Bürgergarde. Das absurdeste Gerücht über die Absichten der Regierung war verbreitet und, was noch unbegreiflicher scheint, geglaubt worden. — Der 25. war als der Tag anberaumt, an welchem die Urkunde der Konstitution dem Volke feierlich bekannt gemacht werden sollte — nun sprengte man aus, die neue Verfassung sei keineswegs auf eine so liberale Basis gegründet als man den Kämpfern der Märztage es zugesagt hätte. Die Regierung sei sich dessen bewußt, erwarte Widerstand und habe deßhalb drei weitere Regimenter Militär hierher beordert, um bei dem geringsten Zeichen von Mißhilligung die Gewalt der Waffen anzuwenden. Die Feierlichkeit würde auf dem Glacis stattfinden, und man würde absichtlich das akademische Korps und die Nationalgarde so aufstellen, daß sie ganz von Soldaten umzingelt wären und zugleich die Kanonen gegen sie richten. Der Glaube an diese abscheuliche Lüge war so fest und so allgemein, daß sogar Deputationen der Artillerie in die Hofsäle kamen, um die Studirenden zu versichern, sie würden keinem Befehle, auf sie zu feuern, Folge leisten. Die Aufregung war grenzenlos. Die einzelnen Kommandanten gaben sich alle Mühe, um sie zu bekämpfen und es gelang ihnen endlich, die Gemüther etwas zu beruhigen, indem jeder sein eigenes Leben gegen die Grundlosigkeit dieser Lüge einsetzte. — Der Morgen des 25. nahte heran, die gedruckte Verfassungs-Urkunde wurde ausgetheilt und mit Jubel aufgenommen. Der Kaiser und die Kaiserin erschienen nicht bei der Feierlichkeit, weil das Gedränge sehr unglücklich und regnerisch war. — Doch erschien als Stellvertreter des Kaisers der Erzherzog Franz Karl mit seiner Gemahlin und dem künftigen Thronfolger Franz Joseph, die stürmisch begrüßt wurden. Das Militär wurde überall, wo es sich zeigte, mit Jubel empfangen, nur als das Pionier-Korps erschien, trat eine Todtenstille ein — jenes Korps war es, welches am 13. in der Herrengasse vor dem Ständehaus zuerst auf das Volk geschossen hatte. (Am 26. wurde bereits diesem Regiment der Befehl ertheilt, eine andere Station zu beziehen.) Am

Digitized by Google

Schlusse der Feierlichkeit zog Alles in den Burghof, wo sich der Kaiser und die Kaiserin auf dem Balkon zeigten. Der Jubel war einstimmig und wollte nicht enden. Abends wurde dem Kaiser ein Fackelzug gebracht und die innere Stadt war erleuchtet. So endete dieser gefürchtete Tag zu allgemeiner Beruhigung.

Im Ganzen ist die Verfassung gut aufgenommen worden; man findet, daß es die liberalste der jetzt in Deutschland existirenden ist. Zudem wird sie nun als Grundlage angesehen, an welcher es der Nationalversammlung überlassen bleibt, beliebige Verbesserungen zu machen. Einzelne Klubs, und besonders die Juden, welche ihre volle Emancipation zu finden gehofft hatten, reden und schreiben heftig dagegen, doch ist, wie gesagt, die allgemeine Stimmung dafür und scheint sich sogar mit dem Zweikammer-System zu befreunden.

Am 23. und 24. wurden furchtbare Excesse in Preßburg gegen die Juden verübt, man plünderte ihre Häuser und zerstörte was man nicht fortbringen konnte. Neben dem Comitats-Hause wurde die israelitische Lesanstalt sammt der Bibliothek so vernichtet, daß nicht einmal das Dach geblieben sein soll — und die Behörde ließ es geschehen! — —

Unsere Abgeordneten von Frankfurt kommen nach und nach zurück. Sie sind entzückt von der herzlichen Aufnahme, die sie überall und namentlich in Heidelberg gefunden. Die fürdeutsche Intelligenz hat sie mit Bewunderung erfüllt.

Graf Buol ist zum Botschafter nach Petersburg ernannt und hat die Weisung, sich stündlich zur Abreise bereit zu halten.

Vorgestern kamen 2 Kaiserjäger hier an, um der Regierung einen Karren von Adelsli zu überbringen. In diesem Karren befanden sich 34 Ctnr. Goldbarren, welcher der Feldzeugmeister aus Mailand geflüchtet und von diesen beiden treuen Soldaten in aller Stille hierher bringen ließ. Der Finanzminister Krauß soll außer sich vor Vergnügen sein und sie persönlich in Empfang genommen haben.

† Aus Tirol, 28. April. Hier erste Mai wäre der Angriff abgewiesen. Wenn die Leute bei uns nur wollen, so bringen sie derlei Dinge gut und bündig zu Ende. Mancher Stutzer lehnte dabei noch ungebraucht im Winkel. Die eben nicht zu zahlreichen Schaaren, die dem Feinde entgegengingen, zeigten uns, was wir aufbringen könnten, wenn es und einmal Ernst ist. Der fehlt dem Ganzen noch immer. Wer die Passeirer durch Meran waschiren sah, wird sich keine besseren Grenzwächter für Deutschland wünschen. Diese „freudigen Kerle“, um mit ihnen selbst zu sprechen, traten auf wie aus Erz gegossen. Im heiteren Bewußtsein ihrer Kraft gewannen die entschlossenen, trotzigen Züge eine gutmüthige Beimischung von unbeschreiblicher Wirkung. Sie handhabten spielend die schweren Stutzer und schritten so fest und regelrecht wie gedrillte Soldaten. Hofer's Schwiegersohn führte sie. Der Nonsberg wird durch sie und die Ultener noch von zurückgebliebenen Welschen gesäubert. Aus Judikarien hofft man diese auch zu bringen, denkt vielleicht auch an bessere Grenzbesetzung, für jetzt kann man diese Gebietstheile Oesterreichs und des deutschen Bundes, deren Beamte bereits der Mailänder Regierung sich verpflichteten, noch nicht als gänzlich wiedergewonnen betrachten. Den Angriffspunkt über das Wormserjoch haben die Italiener selbst verschanzt oder der Franzenshöhe. Unsere etliche Jäger und die Praderschützen stehen ihnen gelassen gegenüber. Am 24. trafen die tirolischen Wiener Studenten als Freischaar in Botzen ein. So hoffen wir denn, wenn die guten Bestandtheile aus Italien sich erwahren und fortdauern, von einem nochmaligen Einfall verschont zu bleiben, obschon die Ihre eines Italien da' alla cima del Brennero in Mailand nicht aufgegeben ist und wir sogar wissen, daß ihr eine zweite in den Provinzen einen „Rhein-Republik“ — welche aus Deutschtirol, Salzburg und Steyer eine „Nebenschweiz“ herstellen soll, freundnachbarlich an die Seite tritt. — So beschäftigen sich unsere Feinde fast sorglamer um unser Wohl als unsere Freunde es gethan. Was Letztere betrifft, werden Sie bereits wissen, daß Graf Brandis als Landeshauptmann abgedankt hat und mit ihm der ständische Ausschuß. Der Graf berief sich kürzlich im „Tirolerboten“, den gegen ihn laut gewordenen Stimmen gegenüber, auf seine „seit vielen Jahren den Tirolern bekannten Gesinnungen.“ Den Willen des Grafen in Bezug auf Tirol hat man noch nie als einen schlechten dargestellt, man zweifelt nicht an seinem Patriotismus; — nur seinen Ansichten, seinen Grundsätzen und seinem Verfahren gelten alle Angriffe, und die allgemeine Billigung seines Rücktritts, die ihm nicht fremd bleiben kann, mag er als Beleg hinnehmen, wie sehr die gegen ihn gesprochenen Worte die Meinung Aller ausdrückten. Davon mag er sich noch mehr überzeugen, wenn er auch die Mitte eines Gouverneurs nicht mehr bekleiden wird und dann auch jene mitreden können, die jetzt in submissestem Schweigen den Meinungen beipflichten, die wir aussprechen für Pflicht halten. Diese Stummen sowohl, als die, wie wir wissen, jetzt auch in seiner nächsten Nähe Lautsprechenden erwarten, daß seiner ersten Abdankung die zweite folge. Graf Brandis lese die „Konstitution“ und frage sich, ob ein Mann mit seinem politischen und religiösen Glaubensbekenntniß die Satzungen derselben als „verantwortlicher“ Beamter anerkennen und befolgen könne — ehrlich und offen — ohne reservatio und dergl. Wie konnten ihm noch vertrauen beim alten Systeme — nach dem Empfange dieser Verfassung können und dürfen wir es nicht mehr. Ihn oder uns müssen wir der adelichen Selbsttäuschung beschuldigen, — um nicht zu sagen, der offenbaren Lüge.

**Breslau.** Berlin, 29. April. Der Polizeipräsident von Minutoli erließ unter diesem Datum eine Bekanntmachung in Betreff der von den Buchdruckergehilfen beabredeten Arbeitseinstellung, worin es schließlich heißt: Da nach den geltenden Bestimmungen alle fremden Gewerbegehilfen, sobald sie drei Tage lang ohne Arbeitsgelegenheit und Beschäftigung gewesen sind, aus der hiesigen Stadt entfernt werden sollen, so wird hiernach gegen sämmtliche nicht einheimische Buchdruckergehilfen, die bis zum Dinstag den 2. Mai nicht wiederum in Arbeit getreten sind, ohne Aufschub und mit aller Strenge verfahren werden. Uebrigens ist die Nummer der Allg. P. Z. vom 30. April wieder in gewöhnlicher Größe und Ausdehnung erschienen. Am 1. Mai wird wegen der an diesem Tage stattfindenden Umwahlen keine Zeitung ausgegeben, wie denn für diesen Tag in Betreff der bürgerlichen Geschäfte dieselben Bestimmungen gelten sollen, wie für einen Sonn- und Feiertag.

**Breslau**, 28. April. Man meldet uns aus Posen, daß daselbst am 26. eine große Volksversammlung stattgehabt, zu der sich Deputirte aus allen Kreisen des Großherzogthums eingefunden hatten. In dieser zur Berathung des Vertrauens unter den Deutschen veranstalteten Versammlung waren auch viele polnische Bauern als Deputirte ihrer Dörfer mit Vollmachten versehen erschienen. Einer von diesen hielt eine längere Rede in polnischer Sprache, in der er unter Anderm sagte: Wenn die Ebelleute revolutionären wollen, so müssen sie zuerst uns fragen, ob wir auch eine andere Regierung haben wollen; sie allein haben über uns Nichts zu bestimmen. Die Rede wurde mit unendlichem Jubel aufgenommen. — Das deutsche Nationalkomité zu Posen wurde von den Deputirten ersucht, sich als Centralkomité zu konstituiren, was daselbe auch annahm. (Bresl. Z.)

**Königsberg**, 26. April. An der russischen Grenze bei Kutno ist jetzt eine russische Militärabtheilung des Rüdigerschen Korps erschienen, welches 3000 Mann und 6 Feldgeschütze stark ist. Die russischen Offiziere wußten Nichts von den Ereignissen in Europa und waren verwundert, die preußischen Offiziere mit der deutschen Kokarde zu erblicken. (Berl. Nach).

**Von der polnischen Grenze**, 25. April. Nachrichten aus Rußland zufolge soll unter der Petersburger Garde ein Aufstand ausgebrochen sein. Dasselbe wird auch aus Moskau berichtet. Vielleicht hängt hiermit auch die Abreise des Kaisers nach Warschau zusammen, die ebenfalls gemeldet wird. (D. Allg. Z.)

**Baiern.** Nürnberg, 2. Mai. Das hier garnisonirende Infanterie-Regiment (Erbgroßherzog von Hessen) wird morgen unsere Stadt verlassen; wie wir vernehmen, ist dasselbe nach dem badischen Seekreis (Stockach) bestimmt. (N. Korr.)

**Zwickau**, 30. April. Zum Abgeordneten in die konstituirende Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. wurde hier heute Prof. Biedermann aus Leipzig, zu dessen Stellvertreter der hiesige Appellationsrath Günz gewählt. (Bat.-Bl.)

**Baden.** †† Karlsruhe, 3. Mai. Heute wurde der zweiten Kammer von Staatsrath Bekk nachstehender Gesetzentwurf vorgelegt: §. 1. Die Staatsbeamten, welche seit 1. März d. J. 1) wegen der gegen sie bestandenen Anzeigeverhaftet, ohne daß sie dazu völlig genöthigt waren, ihre Stellen verlassen; 2) oder bei den entstandenen aufrührischen Bewegungen aus Furchtsamkeit die Erfüllung ihrer Amtspflichten verfäumt haben — sind der ehrenmäßigen Rechte verlustig und können ohne Pension entlassen oder nach Umständen mit einer geringeren als der gesetzlichen Pension von ihrem Amte entfernt oder auf eine geringere Stelle versetzt werden.

§. 2. Dasselbe gilt von denjenigen Beamten, bei welchen erst nach der Verkündung dieses Gesetzes während der Dauer der gegenwärtigen politischen Bewegung die Voraussetzungen des §. 1. Nr. 1 oder 2 eintreten.

§. 3. Auch Gemeindebeamte können, wenn sie sich in einem der im §. 1. Nr. 1 oder 2. und §. 2. bezeichneten Fälle befinden, durch die Kreisregierung alsbald entlassen werden.

§. 4. Die Anwendung dieses Gesetzes ist an die Bedingung geknüpft, daß der Betroffene innerhalb 4 Wochen über das, was ihm zur Last gelegt ist, vernommen wird. Diese 4 Wochen laufen von

Digitized by Google

der Verkündung dieses Gesetzes an, oder wenn das Verschulden erst später eintritt, von diesem an.

§. 5. Staatsbeamte, welche durch ihr Verschulden die Unzuständigkeit in ihrem Bezirke gegen sich erregten, und binnen seit 1. März l. J. verfloß wurden, oder nach §. 2. noch verfließt werden, haben keine Vergütung der Zugestehen anzusprechen. —

Staatsrath Regenius übergab einen Gesetzentwurf über die Organisation des Staatsrathes und eine Eröffnung über die Leitung des Auswanderungswesens im Verein mit den andern Bundesregierungen. Durch beide Vorlagen wird Zusicherungen entsprochen, welche auf dem vorigen Landtage gegeben waren. — Brentano legt dem Bericht über den Gesetzentwurf für theilweise Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit vor.

Zittel begründet seine Motion auf Niedersetzung einer Kommission, welche in Gemeinschaft mit der Regierung Vorschläge berathen und in die Kammer bringen soll, wodurch die Staatsangaben noch in diesem Jahre wesentlich vermindert werden können. Der Redner führte aus, daß die Verpflichtung des Landes gegenwärtig die Hauptsorge der Regierung und Stände ist. Die Klagen gegen die Regierung wegen Mangels an Energie treffen auch die Kammer. Wo die Regierung energisch einschreiten wollte, ist sie ohne Unterstützung geblieben, sowohl den ihnen eigenen Beamten, welche zum Theil feiger, vielleicht verrätherischer Weise die Anordnungen unvollzogen ließen, wie von den Bürgern, bei denen sich ein trostloses Hin- und Herschwanken kund gab. Es war nicht eigentlich Feigheit, aber viele Bürger begreifen noch nicht, in welcher Stellung sie gegenwärtig zu der Regierung stehen. Sie sind seit lange gewohnt, daß Jeder, der eine freiere Richtung hatte, sich in Gegensatz zu der Regierung stellen mußte, und daher kam bei den neuesten Ereignissen das Schwanken, auf welche Seite man zu treten habe. Die Kammer ist nicht mit dem tapferen Beispiele vorangegangen, sie hat nur zögernd für die Maßregeln gestimmt, welche ein energischeres Einschreiten erforderten. Wir hatten bisher den Kampf nach einer andern Seite hin geführt, jetzt mußten wir nach entgegengesetzter Richtung, wo wir Unterstützung für die Freiheit zu finden gewohnt waren, kämpfen. Diese Persönlichkeiten, welche früher für die Gesetzlichkeit gewirkt hatten, traten auf die Seite des Aufruhrs. Wie man in der ersten Kammer so plötzlich gegen die Regierung auftreten konnte, ist kaum begreiflich, da dieselbe so lange geschwiegen hatte, bis die Sache jetzt so weit war, daß man hintennach manches Geschehene tadeln konnte. Jetzt hat die Langzeit ausgehört, es werden sehr strenge Maßregeln angewendet. Jedoch diese allein reichen zur Herstellung der Ruhe nicht hin. Der Kriegszustand muß aufhören, die Soldaten können nicht ewig bleiben, und wenn die Quellen der Unzufriedenheit nicht verstopft werden, so fängt dann die Geschichte wieder von Vorne an. Jene Quellen sind: Erstens die Verwortrechtheit und Umkehrung aller Rechtsbegriffe und politischen Grundsätze, der Schwindel, welcher in viele Leute gefahren ist, daß sie unter Freiheit eine vollständige Gesetzlosigkeit verstehen. Die Republik ist ihnen gleichbedeutend mit Steuerfreiheit, ja mit der Besreiung von allen persönlichen Verbindlichkeiten. Selbst der Aufruf Struve's an Vielen gar nicht so schlimm vorgekommen; sie sahen ihn als eine Art nachdrücklicher Petition an. Gegen diese Verworrenheit hilft nur Belehrung, allein sie kann nicht eher wirken, bis der Verhetzte Zustand vorüber ist. Die Organe der Regierung selbst sollten dafür thätig sein, aber da zeigt sich eben die gänzliche Entfremdung derselben von dem Volke; und die Nothwendigkeit, dagegen die Elemente herbeizuziehen, das ganze Kanzleiwesen umzugestalten und durch unmittelbaren Verkehr der Beamten mit dem Volke zu verwalten. — Die zweite Quelle der Unzufriedenheit liegt in den gesellschaftlichen Zuständen. Die gegenwärtige Revolution oder Reform ist weniger eine politische als eine soziale, und diejenigen, welche hierin eine Aenderung zum Bessern verlangen, sind vollständig in ihrem Recht. Allein die Zeitverhältnisse sind von der Art, daß eher sämmtliche als bessere Zustände in der nächsten Zukunft zu erwarten sind. Das Nächste, was geschehen kann und muß, ist, daß die Regierung den Willen zeigt, alle möglichen Erleichterungen eintreten zu lassen, und daß man von Oben herab kein Opfer scheut, um eine Versöhnung der Gemüther herbeizuführen. Billigere Vertheilung der Steuern und andere Erleichterungen sind zwar in Aussicht gestellt, allein von unmittelbarer Wirkung würde eine Minderung der Pensionen und Besoldungen von 1000 fl. an nach einer steigenden Skala mit Rücksicht auf das Privatvermögen der Beamten sein. Der Redner wiederholt seinen allgemeinen Antrag auf Niedersetzung einer Kommission, welcher von den Abgg. Blankenhorn, Mez, Bissing, Meyer, Schmitt, Mathy, Zentner, Lamey unterstützt und mit Bemerkungen begleitet wird. Die Kammer beschließt einstimmig die Berathung und den Druck der Motion und nahm dann, auf Wellers Bericht, das Budget des Justizministeriums mit einer wesentlichen Minderung des für Gerichtsgebäude bestimmten Kredits an. —

Karlsruhe, 2. Mai. Das heute erschienene großherzogl. Regierungsblatt Nr. 30 enthält eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, wonach durch Staatsministerialerlaß v. 1. d. M., Nr. 894, „in Erwägung, daß Dr. Friedrich Hecker von Mannheim offen zum gewaltsamen Umsturze der Verfassung aufgefordert, und dadurch in Gemäßheit des §. 69 der Verfassungsurkunde auf seine Wirksamkeit als Abgeordneter thatsächlich verzichtet hat", verfügt ist, daß in dem 35. Aemterwahlbezirke (Weinheim und Ladenburg) eine neue Abgeordnetenwahl alsbald vorgenommen werde. Regierungsrath v. Stengel in Mannheim ist zum Wahlkommissär ernannt.

Die Schwäb. Merkur entnimmt einem Schreiben aus dem würtembergter Hauptquartier folgende Details: So viel bis jetzt über die durch das Gefecht vom 27. gesprengte Legion erhoben werden konnte, war sie von Herwegh und Bornstedt als Mitglieder des Centralkomitee begleitet; der militärische Oberbefehl wurde bei dem Uebergange über den Rhein Bornstein übertragen. Die Legion theilte sich in vier Bataillone, ein jedes derselben in vier Kompagnien. Bataillonschef waren Rindt, als abwesend vertreten durch Mufafe (der geblieben ist), Herter, Deiaporte (gefangen) und Reinhardt (todt); die Stärke der Legion wird auf etwas mehr denn 800 Mann angegeben. Herwegh machte sich sogleich bei der Wahrnehmung eines Zusammentreffens mit den Truppen aus dem Staube. Börnstein verschwand nach den ersten Schüssen, worauf Boenstedt, der eigentlich nur politischer Feldherr war, desgleichen. Ueber die Absichten der Kolonne gibt Bornstedt an, schon nach dem Uebergange über den Rhein bei Kembs hätten sie sich überzeugt, daß an eine große politische Erhebung nicht zu denken sei; die zugleich erhaltene Nachricht von dem Gange der Ereignisse bei Freiburg habe zu dem Beschlusse geführt, in die Schweiz zurückzukehren. Der Uebergang dahin sollte ihr Rheinfelden geschehen. Daß dieser ganze Einfall der Arbeiter und politischen Schwindler durch irrige Berichte über den Zustand Deutschlands hervorgerufen, daß also diese Verbindungen und Plane bei der Mehrzahl durch Täuschungen zu Stande gekommen, scheint als unzweifelhaft angenommen werden zu dürfen.

Mannheim, 2. Mai. Die heutige Postbhörde zeigt an, daß die „Mannheimer Abendzeitung", die „Deutsche Volkszeitung" und der „Deutsche Zuschauer" bis auf Weiteres nicht mehr erscheinen werden.

* Freiburg, 3. Mai. Im Eingang eines Artikels vom 28. April ist, wie ich sehe, gesagt, daß die „Oberrh. Z." einen Artikel enthielte, welcher den Freischaaren Mißtrauen einflößen und vom 23. April den Sieg zuschreibe. Dies beruht auf einem Irrthum, dessen Beobachtung von mir übersehen worden ist. Nicht die „Oberrheinische", sondern die „Mannh. Abendzeit." vom 27. April behauptet, daß das Militär bei Günterthal mit namhaftem Verlust zurückgedrängt worden sei und auch bei dem eine Stunde später erneuerten Angriff einen weit größeren Verlust, als die Freischaaren erlitten habe. Ich bereite, Sie zu ersuchen, diese Berichtigung aufnehmen zu wollen. Im Uebrigen stehe ich für meinen Artikel ein.

* Rheinbischofsheim, 1. Mai. Nachstehende Adresse an den Kdg. Mathy, mit 164 Unterschriften der achtbarsten Bürger von hier und den Gemeinden Memprechtshofen, Scherzheim, Helmtingen u. A. versehen, werden Sie hier Aufnahme in Ihr geschätztes Blatt nicht unwerth halten, obgleich die Adresse in der Zeitung, vor etwa 14 Tagen daraus gedrucken, derselben seinen Raum in ihren Spalten gönnte. Die Adresse lautet: „Wackrer, deutscher Mann! Wir Bürger aus dem Bezirk Rheinbischofsheim reichen Ihnen im Geiste die deutsche Bruderhand für die That, welche Sie durch die Verhaftsnahmung eines Mannes vollbracht haben, der landauf, landab den völligen Umsturz predigte und bei der am 2. d. M. zu Achern abgehaltenen Volksversammlung, bei welcher Oberhauptsitzer der wahre Freund des Vaterlandes mit der Glut der Scham und des Zornes erfüllt werden mußte, es unumwunden aussprach, daß 5000 wohlbewaffnete und mit allen Mitteln ausgerüstete Männer von jenseit des Rheines im Anzug begriffen seien, welche man als Stützen der Freiheit mit offenen Armen aufnehmen müsse; für diese That sollen wir Ihnen unsern vollen und ungetheilten Beifall. Wenn in Zeiten der Ruhe und des Friedens Menschen, welche der allgemeinen Wohlfahrt gefährlich sind, durch die Wächter der öffentlichen Sicherheit unschädlich gemacht werden, so ist das eine einfache und ganz natürliche Sache. Wenn aber in Zeiten der größten Aufregung und Ueberstürzung, wo einzelne Wenige die kaum errungene Freiheit für sich und ihre Zwecke auszubeuten das Gelüste kund geben, wenn da, wo des Gesetzes Arm machtlos zu werden droht, ein Mann, dem die Wohlfahrt des Vaterlandes als oberstes Gesetz gilt, sich vor dem Riß

Digitized by Google

stellt und auf eigene Gefahr hin einen dem Gemeinwohl schlechthin gefährlichen Mann der Macht der gesetzlichen Ordnung überliefert; so ist das eine That, wozu wie innige Vaterlandsliebe, so auch wahrer Mannesmuth gehört. Beides haben Sie bewährt, unbekümmert um die Folgen, welche für Sie daraus entstehen konnten. Das zeigt den Deutschen, das zeigt den braven Mann, und „der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt“. Wir Alle sind von dem erhabenden Gefühl der Freiheit erfüllt und getragen; wir Alle wollen ein einziges, einiges großes deutsches Vaterland. Aber eben weil wir dieses wollen und dafür den letzten Tropfen Blut zum Pfande einzusetzen und verpflichten, eben darum wollen wir keine Anarchie, eben darum treten wir Jedem, der uns von Außen her Stützen der Freiheit herbeirufen will, mit aller Entschiedenheit entgegen. Wie fühlen uns Manns genug, unsern eigenen Heerd wohnlich und freundlich einzurichten; das ist ein unsere Sache. Dazu bedürfen wir keiner fremden Mitwirkung. Wie müßten vor uns selbst erröthen, nein, wie verdienten, als aller Freiheit unwürdig, die Knute, wenn wir zum Schutze unserer Freiheit Zuzüge aus dem Auslande mit „offenen Armen“ empfangen wollten. Welcher Geist uns beseelt, werden Sie, werthester deutscher Mann, aus Vorstehendem zu Genüge entnehmen. Empfangen Sie für Ihr muthiges Auftreten unsern innigsten Dank mit deutschem Gruß und Handschlag. Gott erhalte und schütze unser geliebtes deutsches Vaterland. Rheinhilfschofsheim, den 14. April 1848. (Folgen die Unterschriften.)

Aus Rheinhessen, 28. April. Der Artikel von Darmstadt in Ihrer heutigen Nummer veranlaßt uns, Ihnen den Beweis zu liefern, daß die Gesinnung, welche sich in einer am 25. d. zu Gaualgesheim bei Oberingelheim abgehaltenen Volksversammlung aussprach, durchaus nicht die unserer ganzen Provinz Rheinhessen ist. Gestern wurde in einer Volksversammlung zu Partenheim, Kreis Alzey, die von 18 Gemeinden der Umgegend beschickt war, im ganz entgegengesetzten Sinne unter Andrem beschlossen, eine Dankesadresse an unsere hessischen Truppen und ihre tapferen deutschen Waffenbrüder in Baden für den Beweis ihrer unerschütterlichen Treue und glorreichen Tapferkeit abgehen zu lassen und zu gleicher Zeit an unser Ministerium das Gesuch zu stellen, daß diese unsere tapferen Schaaren durch Zusendungen neuer Verstärkungen aus dem Bundesheere in den Stand gesetzt werden, allen inneren und äußeren Feinden mit der so nothwendigen Energie entgegenzutreten.

S Sachsen-Weimar, 30. April. Die Wahlen zu der konstituirenden Versammlung sind im Großherzogthume beendigt. Im I. Wahlbezirke (Weimar) ist v. Wydenbrugk einstimmig zum Abgeordneten, der Buchhändler Frommann zu Jena ist zum Stellvertreter gewählt worden. Im II. Wahlbezirk (Eisenach) wurde Abgeordneter der Gymnasialprofessor Dr. Weißengrün daß., Stellvertreter der Dr. med. Enders; im III. Wahlbezirk (Jena) Abgeordneter der O.-A.-G.-Rath Schäfer, Stellvertreter Professor Siebert, Beide zu Jena; im IV. Wahlbezirk (Neustadt) Abgeordneter der Professor Fischer aus Jena mit 112 unter 114 Stimmen, Stellvertreter der Pfarrer Büttner zu Voltmannsdorf. Wie müssen im Allgemeinen die Wahl als eine glückliche bezeichnen. Zwar sind wie, zum Theil selbst in sehr wichtigen Fragen, mit den Ansichten des einen oder des andern Abgeordneten keineswegs überall einverstanden — das Schäfer'sche Programm spricht sich z. B. für einen auf Zeit gewählten Präsidenten aus — : allein wir haben namentlich zu den zunächst Berufenen ohne Ausnahme das volle Vertrauen, daß sie mit der Bestätigung ein redliches Streben verbinden. Mögen sich denn auch die Einzelnen die Ansichten treuen; die Liebe zum Vaterlande wird sie zuletzt einigen! — Der Abgeordnete v. Wydenbrugk ist bereits heute Abend über Eisenach nach Frankfurt abgereist.

Sigmaringen, 29. April. Hier hat bei der Wahl eines Abgeordneten des Fürstenthums zur deutschen Nationalversammlung Pfarrer Spritzler in Empfingen die meisten Stimmen erhalten. Spritzler gehört dem „Schwäb. Merkur“ zufolge, in kirchlicher Beziehung der Wessenberg'schen Schule an.

Schleswig, 23. April. Abends 6½ Uhr. Die Allg. D. Z. bringt über den Kampf bei Schleswig ans Privatbriefen folgende Auszüge, die interessant genug erscheinen, um deren nachträgliche Mittheilung zu rechtfertigen: Seit einer Stunde ist der Kampf zu Ende. Ich liege mit dem 1. Bataillon des Kaiser Franz Grenadierregiments in dem südlichen Theil der Stadt Schleswig. Um 10½ Uhr sei heute der erste Schuß von unserer Avantgarde bei Oberseth. Wir waren in zwei Kolonnen vorgegangen, die Garde über Duvenstedt und Breckendorf, die Linie auf der Chaussee von Rendsburg nach Schleswig. Die Dänen hatten uns nicht erwartet, aber Bordorf besetzt. Dies wurde von unserer Avantgarde und den Linientruppen genommen. Jetzt entspann sich aber ein heißer Kampf. Wir wurden stark beschossen. Die Kanonenkugeln schlugen rechts und links von meinem Bataillon und dicht vor mir ein, doch nur eine einzige Kugel schlug in das Bataillon und tödtete einen Grenadier der 3. Kompagnie. Der Kampf wurde immer heißer. Die Dänen schickten 3 Bataillone in unsere linke Flanke. Sie wurden zurückgeworfen. Bordorf brannte; das 2. Bataillon hatte es besetzt und Viel verloren. Das 1. Bataillon wurde jetzt beordert, vorzugehen; es that dies im Sturmschritt. Rechts und links kämpften die Tirailleurs des Füsilier- und des 2. Bataillons noch, da erhielt das 1. bis an den Borsfee vor und schnitt dadurch ungefähr zwei Kompagnien dänischer Jäger den Rückzug ab, welche einen kleinen Arm der Schlei zu durchwaten suchten, wobei Viele ertranken, sehr Viele von uns niedergeschossen, vielleicht 20 Gefangene genommen wurden. Es mögen im Ganzen 30 bis 40 entkommen sein. Das erste Bataillon drang nun in die Stadt, besetzte sie und warf die Dänen bis in das Schloß Gottorf zurück. Weiter wollten wir nicht vorgehen, weil der Damm unterminirt worden. Wir setzten die Gewehre zusammen, und die Einwohner brachten uns Erfrischungen. Das Füsilierbataillon erhielt den Befehl, uns abzulösen und unsere Stelle einzunehmen. Die Dänen feuerten mit Kartätschen vom Schloß, und leider bissete die letzte Kugel noch zwei Offiziere des Füsilierbataillons. Auf unserem linken Flügel dauert der Kampf noch fort; der General v. Bonin drang bis über Stubby vor. Auch auf dem rechten Flügel bei Eckernförde währte das Kanonenfeuer fort; die Dänen sind dort mit dem Zastrow'schen Korps und den Freischaaren im Kampf. Die Dänen haben sich sehr gut geschlagen und Viel verloren. Wenn sie sich morgen noch schlagen, so rieticen sie, daß wie sie von Flensburg und Holnis abschneiden. Am letzten Orte haben sie 300 Kauffahrteischiffe, um sich auf denselben überzuschen.

Schleswig, 24. April. Morgens 8 Uhr. Noch gestern Abend haben die Dänen ganz Schleswig geräumt und sollen eine Meile weit zurückgegangen sein. Wie haben somit ganz Schleswig befreit. Heute rücken die Holsteiner, Hannoveraner und Braunschweiger den Dänen nach; wir werden wahrscheinlich folgen, doch dürfte es kaum noch zu einer zweiten Schlacht kommen, da die Dänen sich bei Holnis einschiffen, wozu ihnen der Wind aber heute sehr ungünstig ist. Der Feldzug scheint somit durch die gestrige Schlacht von circa 11,000 Preußen gegen 15,000 Dänen entschieden zu sein. Unsere Leute haben sich vortrefflich geschlagen und wie Ehrenmänner benommen. Den verwundeten Dänen haben sie hilfreiche Hand geleistet, die Gefangenen sehr freundlich behandelt, und nicht ein Tropfen ist von ihnen geöffnet worden, um sich mit Beute zu beladen.

Bericht von der Armee in Schleswig. — Auszug aus einer Depesche des Generallieutenants Halkett an Se. Majestät den König von Hannover: „Hauptquartier Rübel, im Amte Sonderburg, 27. April. Die mobile Division des zehnten Bundesarmekorps hat heute einen Marsch von Hoderup und Umgegend bis an die Küste, der Insel Alsen gegenüber, angetreten. Ich erwartete den Feind in einer starken Stellung vor dem Uebergange, an deren Verschanzung er lange gearbeitet haben sollte, zu finden. Der Feind hatte die noch unvollendeten Schanzen nur mit einer schwachen Wache besetzt und verließ sie bei unserer Annäherung ganz, ohne einen Schuß zu thun. Ich ließ sie in Besitz nehmen und wenigstens theilweise zerstören. Unterwegs und bei der Demolirung der Schanzen wurden wir durch einiges Feuer aus Kanonenbooten und Dampfschiffen belästigt, jedoch ohne daß wir dadurch Schaden erlitten hätten. Der Feind ist noch bei der Insel Alsen, obgleich nur über einen sehr unbedeutenden Meeresarm führend, hat doch der dänischen Schiffe wegen nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten. Außerdem ist auch die gegenüberliegende Küste verschanzt und mit Artillerie besetzt.“ (Hannov. Z.)

Kiel, 29. April Abends. Die gestern Abend im hiesigen deutschen Vereine vorgenommene Vorwahl eines nach Frankfurt zu sendenden Abgeordneten ergab folgendes Resultat: Th. Olshausen erhielt 324, Prof. Walz 21, Advokat Baegum 12, Prof. Stein 9, Dahlmann 5, Staatsrath Brinkmann 3, Prof. Hansen 2, Prof. Rosf 2 und Advokat Claussen 2 Stimmen. Nachdem diese Vorwahl beendet war, hielt Prof. Stein einen Vortrag über die Nothwendigkeit der Errichtung einer deutschen Flotte und trug darauf an, daß eine Kommission zur Förderung des angegebenen Zweckes niedergesetzt werde. Der Vorschlag wurde unter großem Beifall angenommen und bestimmt, daß der Vorstand des deutschen Vereins unter Zuziehung von Sachverständigen diese bilden möge. Nach hier eingetroffenen Nachrichten, deren Wahrheit wir freilich nicht verbürgen können, stehen die Unsrigen bereits auch schon auf der Insel Alsen.

Hamburg, 30. April. Der heute Abend eingetroffene Bahnzug aus Rendsburg bringt keine bestimmte Neuigkeit. Man spricht in

Digitized by Google

Schleswig von Friedens-Unterhandlungen; weniger verbürgt von begegneten mehre sogar schon glücklich beendigten Operationen gegen Alsen. Die Dänen scheinen das schleswig'sche Festland gänzlich geräumt zu haben. Achtbaren Privatnachrichten zufolge, ist dieser Tage eine Fregatte von Kopenhagen nach der Mündung der Elbe abgegangen. Das nunmehr schleswig-holsteinische Oberpostamt hirschelt nimmt, bis auf weitere Verfügung, die für Dänemark bestimmte Posten zur Beförderung über Lübeck nach wie vor einzegen, vorausgesetzt, daß die Kommunikation von Lübeck nach Kopenhagen nicht unterbrochen wird. (H. Kor.)

Frankfurt, 2. Mai. 35. Sitzung der Bundesversammlung vom 2. Mai 1848. Da nach eingegangenen Nachrichten von Seite Rußlands den bisher flüchtigen Polen der Eintritt in das Königreich Polen nicht gestattet wird, und die Anhäufung dieser Flüchtlinge in dem Großherzogthum Posen der öffentlichen Ordnung gefährlich ist, so beschließt die Bundesversammlung auf den Antrag Preußens, der badischen Regierung den Wunsch auszudrücken, daß zum Eintritt aus Frankreich und weitern Transport in der bisherigen Weise, nämlich in Partien zu 50 Mann und auf Kosten der Regierung, nur diejenigen Individuen zugelassen werden, welche sich ausweisen können, daß sie aus Preußischpolen stammen. Auf den Antrag Preußens wird die Stadt und Festung Posen nebst dem Gebiete, welches die Verbindung derselben mit den übrigen deutschen Landen herstellt, mit einer Bevölkerung von 273,500 Köpfen in den deutschen Bund aufgenommen. Ein Antrag von Preußen wegen Beseitigung der Unsicherheit der Dampfschifffahrt, namentlich der Dampfschleppschifffahrt auf dem Rhein wird an eine aus den Gesandten der Rheinuferstaaten zusammengesetzte Kommission gewiesen.

Frankfurt, 2. Mai. Die Frkf. O. Zeitung meldet: Die Herzogin von Orleans ist gestern hier durchgereist; sie wird sich nach Zuba begeben, wo bereits ein Haus für sie auf längere Zeit gemiethet sein soll.

## Großbritannien.

London, 30. April. Durch die Hume-Cobden'sche Ligue angeregt, hat sich, wie schon früher bemerkt, eine neue Reformbewegung aufgethan, welche um so mächtiger zu werden verspricht, da sie in ihren Hauptforderungen sich der chartistischen Agitation nähert, andererseits aber durchaus monarchisch ist und sich von der antienglischen tauben Nebenströmung der jungirischen Bewegung fern hält. Diese englische Reformbewegung scheint namentlich den kleinern Bürgerstand, die Krämer, Handwerker u. s. f. zu ergreifen. Der Verantritt Hume's und Cobden's verleiht dieser Bewegung um so mehr Gewicht. In verschiedenen Städten wurden in diesem Sinne Versammlungen gehalten, doch scheint man noch kein gemeinsames Programm aufgestellt zu haben, vielmehr meichen die Beschlüsse und Wünsche, die in den verschiedenen Versammlungsorten ausgesprochen wurden, vielfach von einander ab. In Bradfort versammelten sich auf einen von 510 Krämern und kleinen Kaufleuten unterzeichneten Aufruf nicht weniger als 6000 Personen zu einer Berathung, deren Vorsitzender der Mayor der Stadt, R. Milligan Esq., war. Die Anträge Scholefelds: die Parlamentsmitglieder sollen Taggelder erhalten, die Eigenthumsqualifikation soll abgeschafft, die Dauer der Parlamente abgekürzt werden, wurden einstimmig angenommen. Bei dem Meeting in Manchester wurde unter Anderm beschlossen: Wahl durch Ballot, dreijährige Parlamente, gleiche Wahldistrikte. In Bury lauteten die Beschlüsse: Allgemeines Wahlrecht, geheime Abstimmung, jährliche Parlamente, Taggelder für die Parlamentsmitglieder, gleiche Wahldistrikte. Diese Forderungen fallen mit den bekannten sechs chartistischen Punkten ziemlich, die der Reformer von Bury fast ganz zusammen, und es läßt sich voraussehen, daß die chartistische Bewegung, die vorzugsweise unter den Fabrikarbeitern mächtig ist, mit dieser neuen Agitation verschmelzen, zugleich aber jede Berufung auf Anwendung von Gewalt u. s. w. aufgeben und sich von der größern Anzahl ihrer jetzigen revolutionären und auf Abschaffung des Königthums abzielenden Führer lossagen wird. Einige der ausgesprochenen Forderungen werden ohne Zweifel in nicht gar langer Zeit durchgesetzt werden, insofern bedeutende, das Reich von Innen oder Außen erschütternde Reisen eintreten sollten, welche einen Ministerwechsel im Sinne Hume's und Cobden's und eine Auflösung des jetzigen Parlaments nöthig machten; denn mit dem jetzigen Parlament würden demokratische Minister nicht regieren können. Cobden, Wilson und Gleichgesinnte scheinen ihren Plan, das Parlament in demokratischem Sinne zu reformieren, mit Eifer und Nachdruck betreiben zu wollen. Am 28. April wurde zu diesem Zweck in dem Berathungszimmer der früheren „nationalen Anti-Corn-law League" in Manchester eine Versammlung der Hauptleiter dieser neuen Bewegung gehalten; Cobden, Bright, Kersaw und andere Parlamentsmitglieder waren zugegen, G. Wilson nahm den Präsidentenstuhl ein. Die Beschlüsse lauteten auf Ausdehnung der Wahlrechts, Abstimmung durch Ballot, gleiche Wahldistrikte, Verminderung der Steuern u. s. w. Endlich beschloß man, daß 1500 der bedeutendsten Anhänger des Freihandelssystems im ganzen Lande durch ein Rundschreiben zu einer großen Versammlung einzuladen seien, auf der man die weitern Operationspläne und das Programm berathen will.

Man murmelt so viel von geheimnißvollen großen Rüstungen in Rußland, von Truppenanmärschen u. s. w., ohne daß Jemand zu sagen weiß, gegen welchen Objekt sie gerichtet sind. Der Standard glaubt, den Schlüssel hierzu gefunden zu haben; er versichert, aus der besten Quelle zu wissen, daß Rußland entschlossen sei, Dänemark zu Hilfe zu kommen, und zwar mit einem Heer von 100,000 M., daß die Garden in Riga ständen, zum Einschiffen fertig, wenn nicht bereits eingeschifft. Dagegen meint Daily News, daß in der Streitsache zwischen der Krone und dem Volke von Dänemark einerseits und den Herzogthümern andererseits allen Vermuthen nach ein gütliches Abkommen würde getroffen werden. Das M. Chronicle sagt: In der ganzen City hat sich ein Gefühl des Bedauerns zu erkennen gegeben bei der Nachricht von der Niederlage der Dänen durch die deutschen Bundestruppen, indem man allgemein der Ansicht ist, daß die Dänen das Recht auf ihrer Seite haben. (Es schadet Nichts, daß wir es einmal durch entschiedenes Auftreten ein wenig mit den Russlande verderben haben, nachdem das Ausland es mit und so oft verdorben und Verderbnis an und gräbt hat. Ritter Bunsen hat, wie wir in der Allg. Z. lesen, Namens der Schleswig-Holsteiner, der wahrhaften Nachkommen der Angelsachsen, eine Adresse an England erlassen, worin er letzteres auffordert, nicht aus Eigennutz und um schnöden Vortheils willen die Sache der stammverwandten Schleswig-Holsteiner ohne weitere Prüfung von sich zu stoßen; und er, der in die Gesinnungen der Engländer durch langen Umgang und seine Stellung die beste Einsicht haben kann, wirft bei dieser Gelegenheit den Beiten vor: „Um die wahre Sachlage habt Ihr Euch nicht gekümmert, und durch den Einfluß Eurer Stimmen habt Ihr eine heilige Sache, die es unter allen Geschicksehen hätte sein sollen, schändbe preisgegeben.")

## Frankreich.

Paris, 1. Mai. Unter den Wahlen, die heute noch bekannt geworden sind, finden wir wieder neben vielen ganz neuen und unbekannten Leuten mehrere Namen, die an die frühere Linke, ja an das linke Centrum erinnern. Dufaure, Remusat, Billault, Malleville, Tracy, Corcelles sind alle gewählt; nur Thiers und Girardin sind in ihren Bezirken durchgefallen. Nimmt man an, daß hinter diesen bekannten Namen eine große Anzahl Gleichgesinnter steht, so ist das reaktionäre Renommee der neuen Versammlung, die Rebellion der anarchischen Partei in Rouen, Elbeuf, Limoges u. s. w. ganz erklärt. Die Pariser Presse gibt den neuen Wahlen ihre Stimmungen. Insbesondere die Reforme vor Wuth schäumt und die Blutszenen von Rouen mit giftigen Worten der Bourgeoisie zur Last legt, hat das Journal des Débats seit dem 24. Febr. nicht so wohl, so selten und muthig gesprochen, wie heute. Wie ließ dies Blatt bisher Alles über sich ergehen, wie strengte es sich an, Alles gutzuheißen, und welch' eine benennende Apostrophe richtet es heute an die herrschende Partei! Es nimmt von den Emeuten in den Provinzen, dem bewaffneten Widerstand der anarchischen Minorität Anlaß, an die Partei Ledru Rollins und seine Freunde folgende tief einschneidende Worte zu richten: „Die Nationalversammlung geht lebendig aus dem Schoeße des Landes hervor, und diejenigen, welche diese freudigste Apprellation an die ganze Masse der Bürger eingetegt haben, diese sind es, welche sich heute gegen die empfangene Antwort auflehnen! Woher kommen diese Protestationen? Von denen, die seit 2 Monaten die Diktatur haben, die alle Mittel der Bewegung, alle Werkzeuge der Gewalt, Alles, was eine Regierung und Verwaltung ausmacht, in ihren Händen hatten und, Gott weiß es, das auch zu benützen wußten! Hat man die Aussendung von Kommissarien und Cirkularen, von Bulletins, den Mißbrauch jedes Einflusses, die Einimpfung der Doktrinen und die Propaganda der Einschüchterung irgend gespart? Und wenn nun das Land frei, so frei es kann, antwortet, so will man seine Stimme verschmähen und verkennen? Gibt es noch Etwas, das über das allgemeine Stimmrecht hinausgeht?"

Während so die Débats den eigentlich wunden Fleck der herrschenden Oligarchie schmunzelos aufdecken, kann der Rational seine Besorgniß vor einer Reaktion nicht mehr bewältigen; seine Freude über die Niederlage Ledru Rollins wird ihm durch den Umblick auf den ziemlich matt gefärbten Republikanismus vieler der Gewählten merklich getrübt. Er gibt zu, daß das allgemeine Stimmrecht die

Digitized by Google

Resultate nicht gehabt habe, die man hätte erwarten dürfen; er scheint nicht zu fühlen, daß er seinem ersten Grundsatze, der Souverainetät des Volkes, untreu wird, indem er die auszudeutig ausgesprochene Meinung dieses Volkes der eignen hintansetzt und so auf dem besten Wege ist, der Theorie des Despotismus anheimzufallen. Seit Wochen hatte der National mit Stolz auf den nahen Ausspruch der Stimme des Volkes hingewiesen und sie als die höchste Instanz anerkannt; jetzt wo diese Stimme nicht ganz nach Wunsch gesprochen hat, ist er mißvergnügt und möchte seine eigene Ansicht als die unfehlbare den Mandataren des souverainen Volkes aufdringen. Die Republik, so lautet der Orakelspruch, ist unvermeidlich; „die Nation will die Republik" — wie könnte es also dem Abgeordneten der Nation einfallen, ein anderes Staatsgebäude aufzurichten? Man sieht, der National hält die Souverainetät der eigenen Meinung doch noch höher, als die Souverainetät des Volkes und ist ganz auf dem Wege unserer Souverdünkler, die der Welt die Lüge aufdringen wollten, das deutsche Volk wolle die Republik. Auch bei uns in Deutschland wird das „allgemeine Stimmrecht den Erwartungen, die man hegen durfte, nicht entsprechen"; das souveräne Volk wird sprechen, und die Republikaner, die es nach Frankfurt senden wird, werden an den Fingern abzuzählen sein. Nichtsdestoweniger wird es Leute geben, die eigensinnig wie der National behaupten: Deutschland will die Republik, sie ist ihm eine Nothwendigkeit. Man wird dann auch fragen müssen, gibt es noch eine weitere Instanz, als das allgemeine Stimmrecht?

Der National gibt zwar zu — und dies Geständniß ist interessant genug — daß die Anarchie der mächtigste Hebel der Reaktion sei, daß nur mit der Ordnung die Freiheit bestehen könne, er deutet auch sein an, daß die Regierung durch ihre Organe selbst zum Theil der Republik den schlechtesten Dienst erwiesen habe, aber die Furcht vor der Reaktion macht ihn abermals inkonsequent. Derselbe National, der noch vor Kurzem den sozialistischen Theorien Louis Blancs so fremd gewesen war, der sie nur erwähnt hatte, um sie zu bekämpfen, macht jetzt auf einmal vor den sozialistischen Doktrinärs im Luxemburg einen tiefen Bückling. Während er bisher die Gegensätze seiner Ansicht gegenüber der Louis Blanc'schen eifrig und geflissentlich hervorhob, findet er jetzt auf einmal Uebereinstimmung genug, und es wird nicht lange dauern, so wird der oft sehr empfindlich persiflirte Louis Blanc eine der Größen des National sein. Ist dies angekündigte Bündniß ein Schreckschuß für die nach Reaktion lüsterne siegestrotzige Bourgeoisie oder ist's eine Rothwehr gegen sie? In beiden Fällen ist das Auftreten des National eine bemerkenswerthe Thatsache.

Der plötzliche Muth, den das Journal des Débats wieder gefunden hat, die jakobinische Wuth der Reforme, die verlegene Umschau des National nach einem Verbündeten und die desperate Handreichung, die er Louis Blanc gibt — das Alles sind sehr bedeutende Symptome der Stimmung, worin die verschiedenen Parteien der Nationalversammlung entgegensehen. Auch in Frankreich wie bei uns werden aber die Leute der Minorität es wenigstens versuchen, das Votum der Nation zu erschleichen, da es auf dem geraden Wege nicht zu erringen war; denn vor dem Willen der Mehrheit, vor dem Ausspruch des so viel gepriesenen souverainen Volkes haben die Männer der „Reforme" und was daran hängt nicht mehr Achtung, als unsre Sonderdünkler.

Die Arbeiten an dem provisorischen Sitzungssaale der Nationalversammlung sind so gut wie beendigt. Heute wird die letzte Hand angelegt, morgen und übermorgen steht der Saal dem Publikum zur Besichtigung offen. Weder der Moniteur, noch die andern Journale der Regierung bestätigen das Gerücht von der Vertagung der Nationalversammlung, die also am 4. d. eröffnet werden wird. Ueber den Gang der ersten Arbeiten läßt sich Nichts bestimmen, es ist kein Reglement über den Geschäftsgang vorhanden; wird man damit anfangen ein solches zu machen, wird man vor Allem die Wahlen verificiren, wird man die Akte der provisorischen Regierung prüfen und selbe bestätigen oder widerrufen? Nichts ist noch über diese Fragen entschieden.

Die Unruhen in Rouen sind zu Ende, es ist viel Blut geflossen, und die Verhaftungen dauern fort, in Elbeuf waren die Insurgenten noch im Besitze eines Theiles ihrer Positionen, und die Truppen erwarteten Verstärkungen, in Limoges dagegen waren die Arbeiter Herren der Stadt und der Umgegend und hatten eine revolutionäre Regierung eingesetzt, deren erster Akt die Verkündung der Todesstrafe gegen jede Verletzung des Eigenthums war. Auch in Nantes, Clermont-Ferrand, Bourges und Nismes hat es in Folge der Wahlen Unordnungen gegeben, letztere Stadt ist in Belagerungszustand erklärt.

Abdelkader ist am 23. April aus dem Fort Lamalgue nach dem Schlosse von Pau gebracht worden, wo er künftig mit seiner Familie und seinem Gefolge wohnen wird.

Straßburg. Von hier berichtet der Schwäb. Merkur: G. Strauß und K. Heinzen in Verbindung mit Hecker, Bruhn und Lommel haben im Gasthof zum Rothhock in Straßburg einen provisorischen Centralausschuß gebildet, dessen Aufgabe ist, „die vereinzelten Bestrebungen zu einigen und die zersplitterten Kräfte nach einem gemeinsamen Ziel zu richten, zu welchem Zweck die irregeleitete öffentliche Meinung über die wahre Lage der Dinge aufgeklärt werden soll." Wir haben also eine neue Sündflut von Flugschriften und Aufrufen aus der Heinzen-Struwelschen Fabrik zu erwarten, wodurch abermals der Versuch gemacht werden soll, dem Ehrgeiz Weniger zuliebe Hunderte von Landsleuten unglücklich zu machen. Der Aufruf beginnt mit einer empörenden Schmähung auf die wackern Mitbürger in unserem Heere: „Eine Uebermacht von verthierten, und der Fremde herbeigezogenen Soldlingen, deren Spuren nur Akte der empörendsten Treulosigkeit und blutiger Barbarei sind, hat in Baden die republikanischen Waffen einstweilen niedergeschlagen und dem Volk das ihm verhaßte Fürstenregiment wieder aufgezwungen. Es gilt jetzt, mit aller Energie den Kampf von Neuem vorzubereiten, und zwar in einer planmäßigen Weise, welche der republikanischen Partei Deutschlands zur Zeit bessere Erfolge zu sichern im Stande ist, als eine Erhebung, die nothwendig ebenso wenig vorbereitet werden konnte, wie sie länger zu umgehen war".

(Die plumpe Art, wie sich die obengenannten Individuen demaskieren, zerstört auch die letzte Täuschung über ihre politische Klugheit; sie scheinen es darauf abzusehen, durch den Fluch des Lächerlichen den Eindruck der Verachtung zu überwältigen. Denn lächerlicher noch als empörend ist es, wenn sie jetzt von „verthierten Soldlingen" reden, nachdem sie Geld, Speise und Trank, Reden und Flugschriften, Umarmungen und Küsse in Menge gespendet haben und jenen „Verthierten" die Brudergesinnung mit wirklich erlogener Zudringlichkeit haben aufzudringen suchen; lächerlich ist es, den Groll verschmähter Liebe jetzt so grob an den Tag zu legen und die zu schimpfen, die man nicht hat zur Selbstthätigkeit verführen können. Es war freilich leichter und gefahrloser, erst zu schmeicheln und jetzt aus sicherem Winkel zu schimpfen, als vor den Bajonetten der „Verthierten" Stand zu halten. Bei so unbegreiflichem vis-à-vis liegt dann allerdings Falstaffs Reflexion über Ehre und den Werth des Lebens viel näher, als der Entschluß, wie Brutus und Cassius zu enden.)

## Italien.

Der Venetianer Kriegsbericht vom 21. d. berichtet nichts für uns Neues, dagegen enthält die Venetianer Zeitung vom 22., die in gedrücktem Tone geschrieben ist, einen Beschluß der Konsulte und der Regierung, der den Umsturz der Marcusrepublik und die politische Verschmelzung mit der Lombardei einleiten soll. (A. Z).

## Ungern.

Pesth, 23. April. Ein Korrespondent von hier schreibt der D. A. Z.: Wir ersahren aus guter Quelle, daß das Ministerium einen Kurier von dem ungarischen Kriegsminister L. Messaros aus Verona erhalten hat, welcher die Nachricht überbrachte, daß der Minister mit seinem Husarenregiment den Rückmarsch nach Ungarn angetreten. Auch andere ungarische Truppenkorps dürften bald Italien verlassen, da die Entrüstung über die fortdauernde Verwendung derselben „gegen die Freiheit" immer heftiger sich ausprägt.

## Jonische Inseln.

In den italienischen Zeitungen findet sich eine Adresse „Korfu, 26. März" vor, die im Namen der Jonier spricht und an den britischen Kolonialsekretär gerichtet ist. Sie hält an um Preßfreiheit, um direkte und freisinnige Volksrepräsentation durch geheime Wahl von Wahlkollegien, um Ordnung der jonischen Militärmacht nach den Vorschriften des Pariser Traktats vom 5. Nov. 1815. (Wird England unverschämt genug sein, die Jonier abschläglich auf Wünsche zu bescheiden, die keine andere sind als solche, auf deren Gewährung England bei anderen Regierungen mit so großer Impertinenz zu dringen pflegt?)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

## Die freie Rheinschiffahrt; Protest.

H Heidelberg, 29. April. Das gewaltsame Verfahren gegen die Dampfschleppschiffahrt auf dem Rhein und die sich daran knüpfenden Vorgänge haben wohl überall bei den Einsichtsvollen ein peinliches Erstaunen hervorgerufen. In einem Augenblick, wo die Schiffahrt auf den deutschen Strömen endlich aller allen Hemmnisse entledigt und wirklich frei werden soll, in dem nämlichen Augenblick werfen wir selbst die Entwicklung der Rheinschiffahrt in die schlimmsten aller Banden zurück — in die Fesseln des Vorurtheils und des Privatnutzens. Hier liegt derselbe Fall vor, der stets, in geringerem oder stärkerm Maße dort eintritt, wo neue Erfindungen gemacht und Verbesserungen ins Leben eingeführt werden. Jede neue Maschine jede Verbesserung, in der Weltwirthschaft wie im Staate, wie wohlthätig sie für das Ganze wirken, und wie viel edlere Kräfte als die abgedankten sie zur Thätigkeit aufrufen mag, setzt doch einzelne Hände außer Arbeit, legt einzelne Kräfte vorübergehend brach. Das ist ein allgemeines Naturgesetz der Wirthschaft, das kein Gut ohne Kosten, ohne Opfer erlangt werden kann, auch keine Verbesserung. Wollte man aber um der Kosten willen dieses Gut selbst aufgeben, so müßte man die gesammte Volkswirthschaft geradezu vernichten. Vernünftiger Weise sollte man, wo Uebergänge in einem Gewerbe unvermeidlich geworden — und auf die Dauer kann die Zugkraft des Pferdes nicht mit der Elementarkraft des Dampfes konkurriren — dieselben nicht hindernd stören und den Todeskampf künstlich verlängern wollen; man sollte die Gesellschaft so organisiren sein, daß den eigentlich brachgelegten Kräften der Uebergang zu einer neuen Thätigkeit möglichst erleichtert würde — und dazu sind die beiden Grundbedingungen, volle Gewerbefreiheit und tüchtige Volksbildung — und daß den Einzelnen, die unter dem allgemeinen Vortheil leiden, wo nöthig eine wirksame hilfreiche Hand geleistet würde, vorzüglich durch angemessene Kreditanstalten. Unter keinen Umständen aber darf der Fortschritt des Ganzen aufgehalten oder gar zurückgeworfen werden, damit nur dem Interesse der Einzelnen nicht weh geschehe; am Ende würde man doch bloß kümmerliche Interessen gefristet haben, und Alle, die ganze Nation würde sich zuletzt in gedrücktern Verhältnissen befinden, wie zwischen Leben und Sterben. So gut man der Schiffer und Schiffzieher halber die Dampfschiffahrt beengen will, so gut können die Landfuhrleute verlangen, daß man auf den Eisenbahnen kein Gut mehr verführe, so gut können die Inhaber von Gasthöfen und Bahnarbeitenden Klasse, allen Maschinen das Todesurtheil sprechen. Das hieße aber Nichts, als den Materialismus wieder auf den Thron setzen, die große Mehrzahl der Menschen zu Last- und Zugthieren herabwürdigen und das freie Bürgerthum in seiner bestandigen Wiederverjüngung ganz unmöglich machen. Der Grund der unermeßlichen Wichtigkeit der Maschinen für Kultur und Freiheit liegt in den beiden unbestreitbaren Sätzen, daß sie mehr und mehr die mechanische Arbeit dem Menschen abnehmen und dadurch die Veredlung und Vergeistigung der menschlichen Thätigkeit möglich machen, daß sie dabei zugleich die materielle Gütermasse ungemein vermehren. Es ist endlich Zeit, die Vorurtheile gegen das Maschinenwesen fahren zu lassen, ohne welches ja nur die unterste Stufe der Kultur zu erreichen möglich wäre. Will man bedauern, daß die Druckerpresse unmöglich macht, daß nicht Millionen Menschen mit dem Bücherabschreiben ein kümmerliches Leben fristen? Beschäftigt jetzt die Druckerpresse nicht weit mehr Menschen, als einst das Abschreiben von Schriften, und dabei sind diese so wohlfeil geworden, daß sie nicht mehr das Privilegium sehr Weniger bilden. Als ums Jahr 1769 M. Arkwright den mechanischen Baumwollspinnstuhl erfand, schrien einige 1000 Handspinner Ach und Weh; jetzt aber finden Hunderttausende ihr reichliches Einkommen in den britischen Baumwollmanufakturen, diese setzen dann eine ungeheure Handelsmarine in Bewegung und liefern die Hälfte der Waaren in den Gesammtausfuhrhandel Englands! Gegen die Maschinen sprechen, heißt Nichts anders, als der Verbindung des Geistes mit der Menschenhand zur Ueberwindung der Materie eine Grenze setzen wollen und sagen, hier oder dort sei es wünschenswerth, daß der Gottesfunke in uns zu wirken aufhöre, daß nur noch die rohe Hand thätig sein solle. Eine solche Verwilderung der Arbeit wäre der Tod des Geistes und der Freiheit. Doch wir können gottlob nicht zurück — vorwärts dringt's nach dem Gesetze der Entwicklung. Um den Segelschiffern und selbst den Schiffahrtern wirklich zu Hilfe zu kommen, dürfen wir den Verkehr auf dem Rhein nicht lähmen, vielmehr müssen wir ihn durch völlige Entfesselung, durch Milderung der darauf lastenden Abgaben und auf jede andere mögliche Weise noch zu erleichtern und zu beleben suchen. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß der Rheinschiffahrt noch eine unermeßliche Entwicklung bevorsteht, wenn nur die rechten Mittel dazu ergriffen werden, als da sind: völlige Schiffahrtsfreiheit bis ins Meer, Aufhebung aller Belästigungen, Anlage von Sicherheitshäfen, überseeische Rhederei, besonders auch ein nationales Handels- und Schiffahrtssystem, eine kräftige deutsche Handelspolitik. Beschränkung in der Anwendung der Dampfkraft aber kann die Entwicklung nur hemmen, ohne daß sie doch den alten Zustand zu retten vermag. Wie viele Privatinteressen übrigens jenen Privatinteressen der Schiffhalter und Schiffer gegenüberstehen, damit alle hier noch das Gewicht der allgemeinen Interessen nachdrücklich unterstützen, davon überzeugt man sich bald, wenn man den gerechten Unwillen der Bergleute in den Kohlenbezirken an der Ruhr und der Arbeiter in vielen Hüttenwerken und großen technischen Anstalten gegen die Störungen der Dampfschiffahrt auf dem Rhein hervorbrechen hört. In einem Gebrechen von der Ruhr versichern uns mehrere Steiger und andere Bergbeamte, daß darüber schon viele kräftige Arbeiter mit ihren Familien außer Brod gekommen seien. Zum Beleg lassen wir folgende Zuschrift folgen:

„Zur Ueberzeugung, besonders für die verehrliche Frankfurter Versammlung. Die Dampfschiffe auf dem Rheine werden mit Kugeln beschossen! 87 Kugeln haben ein einziges Schiff getroffen, glücklicherweise aber die Mannschaft, welche förmlich verschanzt war, nicht verwundet. Größtentheils sind die Schüsse vorbeigegangen. Sollen und dürfen Schiffshalter von Weißenthurm, Bingen und andern Orten, sowie Schiffziehen, Lootsen und Schiffer den sogenannten freien deutschen Rhein ungestraft verhöhnen und beherrschen? Soll der Privatvortheil der Wissenschaft am Rhein untergehen, die Industrie, welche dem Inlande Arbeit schafft, dem Auslande preisgegeben werden oder von Unzufriedenen abhängen? Sollen die Güter von Holland und die Brennstoffe von der Ruhr in 6 — 8 Tagen durch deutsche Industrie nach Mainz und Mannheim ohne neuen willkürlichen Tribut schnell und billig befördert werden? oder soll der deutsche Michel durch alle verschiedene Gaue solche oft in länger als 2 — 3 Monaten nach seiner Willkür und nach Verhältniß des Wasserstandes dahinkriechen lassen und der Süddeutsche dafür fort und fort Tribut zahlen? Soll der größte Theil des ganzen Kohlenverkehrs rheinaufwärts dadurch vernichtet werden? Soll diese kraftbare Störung Freiheit sein? Kein, jene Beschimpfung darf nicht länger geduldet und muß solcher nach Kräften vorgebeugt werden! Viele Tausende Berg- und Hüttenleute, Schiffszimmerleute, Schmiede, Metall- und Maschinen-Arbeiter und sonstige Gewerbtreibende und Taglöhner leiden bereits bitter durch den Unfug und bitten um energische Maßregeln zur Abhilfe derselben. — Der Rhein dürfte sonst bald verröden und zu spät dergleichen Unfinn betrauert werden. Essen im April 1848. Namens einer Masse deutscher Bergleute im Essen-Werdenschen und Märkischen Revier".

**Baier n**, 2. Mai. Parlamentswahlen: Aibach: Abg. Min.-Rath Graf; erster Ersatzmann App.-Gerichtsdirektor Breitenbach in Freising. Bamberg: Abg. (wie bereits gemeldet) Advokat Titus; Ersatzmänner Rothgerbermeister und Magistratsrath Ulsch in Bamberg und Oekonom und Gemeindevorsteher Frank zu Hilsberg. Bayreuth: Abg. Advokat Keim; Ersatzmänner Advokat Käfferlein, Hr. Friedr. Stenscher aus Rehwlh. Bruck: Abg. Graf Hegnenberg-Dux. Ellingen (Landgerichte Weißenburg, Heidenheim, Gunzenhausen, Pleinfeld und Hersbruck-Lauf): Abg. Oberkonsistorialpräsident Arnold (95 St.), Ersatzmänner Prof. Stahl in Erlangen (74 St.), Kaufm. L. Günther in Nürnberg (81 St.); Zahl der Wahlmänner: 128. Erding: Abg. Minister Beisler. Forchheim: Abg. Advokat Burkart II. von Bamberg; Ersatzmänner Kaufm. Bachmaier von Forchheim, Landgerichtsassessor Bierzigmann von Herzogenaurach. Hofheim (Unterfranken): Abg. Prof. Edel; Ersatzmänner Dr. Eisenmann, Kaufmann Reinhard aus Neustadt. Kaufbeuren: Abg. Stadtger.-Direktor Dr. Barth in München; Ersatzmänner Prof. Edel und Minist.-Rath Dr. Hermann. Kempten: Abg. Prof. Haggenmüller; Ersatzmänner Rechtspraktikant Müller zu Füßen (Bruder des Prof. Müller in München) und Hr. Karl Forster in Augsburg. Kronach: Abg. Dr. Eisenmann; Ersatzmänner Hofrath Behr und Advokat Burkart II. in Bamberg. Kulmbach: Abg. Dr. Eisenmann; Ersatzm. Landgerichtsassessor Schneider von Lichtenfels, Aufschläger Gebhardt. Landshut: Abg. Regier.-Präsid. v. Zenetti. Memmingen: Abg. Dgr.-Ass. Maier in Ottobeuren. Moosburg: Abg. Advokat Dr. Ruhmandel in München, Nördlingen: Abg. Curamus; Ersatzm. Frhr. v. Rotenhan, App.-Rath Gramm in Neuburg. Rosenheim: Abg. Dr. Sepp; Ersatzm. Reg.-Rath Graf Reigersberg, Prof. Dr. Phillips. Speier: Abg. Dr. Kolb aus Speier; Ersatzm. Kreisrath Rebenack, Notar Reichard. (Kolb erhielt 86, sein Gegenkandidat, Kantonsarzt Dr. Heine von

Digitized by Google

Germersheim 38 St.) Traunstein: Abg. Minister v. Beisler; Ersatzm.-Stiftspropst (ehem. Prof.) Döllinger; Hofrath Schauß, Abg. in München. Untergünzburg: Hdg. O.-A.-G.-R. Cucumus; Ersatzm. Adv.-Dr. Stockinger von Frankenthal und Prof. Fallmerayer. Weilheim: Abg. Karl Kirchgeßner. Ersatzmänner Rentdamter Stöhr, Abg. Edelmann. Bischofsheim: Als Abgeordneter nach Frankfurt wurde gewählt: Ebel, Dr. und Prof. Zu Ersatzmännern Kirchgeßner, Advokat und Regierungsdirektor Schmitt. Schweinfurt: Als Abgeordneter nach Frankfurt wurde hier O.-A.-Gerichtsrath Cucumus gewählt. Zu Ersatzmännern Seigel, kgl. O.-A.-Gerichtsrath in München, und Dr. Röder.

*†* **Aus Würtemberg**, 27. April. Wir haben schon einen Krieg mit Dänemark, wir werden über kurz oder lang wahrscheinlich einen mit Rußland bekommen, und unsere ausgedehnten Ost- und Nordseeküsten sind noch immer unbeschützt, unsere Tausende von Handelsschiffen werdens jedem freidlichen Ueberfall des kleinsten Kapers preisgeben. Ist solch ein Zustand aber zu-ld zu rechtfertigen, ist er nicht vielmehr eine tiefe Schmach für Alle, die ihn verschuldet haben, erfordert es jetzt wenigstens nicht der dringendsten und kräftigsten Mittel ihm, wenn auch nur einigermaßen, so viel nur thunlich, abzuhelfen? Ein Land was Seeküsten besitzt und nicht auch Kriegsschiffe hat, ist immer halb wehrlos zu nennen, mag es auch sonst noch so gastreiche, wohlausgerüstete Landheere besolden, ein Gürtel noch so starker Festungen seine Binnengrenzen beschützen. Ganz abgesehen von England, Frankreich und Rußland, haben auch die kleinen Staaten, Dänemark, Schweden, Holland, Sardinien, Neapel, dies hinreichend erkannt, sie Alle haben genügende Kriegsschiffe, nur Deutschland, das große Deutschland mit seinen 40 Millionen Einwohnern, besitzt ein einziges, winziges derartiges Schiff, die preußische Korvette „Amazone“ von einigen 20 Kanonen. So vermag jetzt Dänemark mit seinen 4—5 Fregatten und 10—12 kleinern Korvetten und Dampfern unseren gesammten Seehandel zu zerstören, alle unsere Küstenstädte in beständiger Gefahr eines feindlichen Ueberfalles zu erhalten. Wahrlich, Schamröthe muß Jeden überfallen, der ein Herz für Deutschlands Ehre hat, wenn es dies bedenkt. Und dabei haben wir an unsern Nord- und Ostseeküsten so treffliche Matrosen, wie nur ein Land der Welt, selbst das stolze England nicht ausgenommen, sie erzeugt, in genügender Zahl, um eine treffliche Kriegsflotte zu bemannen. Konnten wir denselben doch bisher nicht immer genügsame Beschäftigung geben und eine große Zahl hannoverscher, oldenburgischer und mecklenburgischer Seelente dient auf den holländischen Ostindien-Fahrern, auf denen sie vorzugsweise gerne gesehen sind. Ebenso sind dem Schreiber dieses allein 7 Mecklenburger gebildeter Stände bekannt, die höhere Officiersposten in der französischen und russischen Marine bekleiden, und gewiß gerne ihre Dienste dem Vaterlande widmeten, wenn ihnen dort nur Gelegenheit dazu geboten würde. Unsere Kriegsschiffe aber könnten wir vollkommen im Lande selbst erbauen, ohne dem Auslande nur den geringsten Tribut für Material irgend einer Art zu zahlen, denn Holz, Eisen, Leinen, Hanf besitzen wir in vollkommen genügender Quantität und Qualität. Aber unsere Eichen und Tannen verkaufen wir zu Masten nach Holland und England. Für den Augenblick müssen wir uns gegen Dänemark und etwa gegen Rußland andere schleunige Hilfe schaffen, und auch dies vermögen wir, sobald nur der ernstliche Wille dazu vorhanden ist. Es hält bei der gegenwärtigen Handelsstockung gar nicht schwer, in unseren Nord- und Ostseehäfen 100—150 kleine schnellsegelnde Schiffe von 30—60 Last, mit tüchtigen Matrosen und guten Führern bemannt, gegen eine nicht zu hohe Jahresmiethe zu erhalten. Wenn jedes dieser Fahrzeuge nur mit 6—10 leichten Kanonen und mehreren tüchtigen Schnellschützen besetzt wäre, so reichten solche vollkommen zum Schutz unserer Kauffartheischiffe und unserer Küsten gegen die Angriffe einer russischen wie dänischen Flotte aus und könnten besonders auch das etwaige Kapern unserer Handelsschiffe durch das Kapern der fremden wieder vergelten. Die Kanonen zur Ausrüstung dieser Schiffe wären nicht schwer zu bekommen und unter dem Bundeskontingent von Hannover, Oldenburg, den Hansestädten, Mecklenburg und Preußen fänden sich leicht 8—10,000 Mann Soldaten und Officiere, die schon an die See gewöhnt sind, daß sie als Artilleristen und Marinesoldaten auf diesen Schiffen dienen könnten. Wir bitten, diesen kurzen Vorschlag näher zu prüfen, denn wir glauben nicht, daß er irgend etwas Unzweckmäßiges enthält. Natürlich müßten die Kosten dieser Flotte nicht allein von den Küstenstaaten, sondern von ganz Deutschland ebenso, wie dies bei dem Bau der Bundesfestungen geschehen ist, getragen werden. Diese so armirten Kauffahrer halten wir nur für einen augenblicklichen Nothbehelf, für die Zukunft aber wünschen wir eigene Bundeswerften, auf denen auch Fregatten und besonders Kriegsdampfschiffe die unserer Flagge auch in fremden Meeren Achtung verschaffen, erbaut werden. Deutschlands Farben sind seit jetzt zum ersten Mal auf einem Handelsschiff in fremde Länder getragen, sie müssen auch auf stattlichen Kriegsschiffen wehen, damit Erstere gesichert ihren friedlichen Lauf verfolgen können. Wenn auch natürlich der lokalen Verhältnisse wegen die Söhne der deutschen Küstenländer vorzugsweise die Bemannung der deutschen Flotte liefern würden, so wären durch Errichtung von Marineanstalten, in denen eine Vorbereitung zum Seedienst geschähe, auch die des Binnenlandes nicht ganz davon ausgeschlossen. Manchem feurigen Jüngling, der jetzt vergebens sich darnach sehnt, würde dadurch die erwünschte Gelegenheit geschafft, seinen Thatendurst in weiten Meerefahrten zu stillen, somit auch bleibt ein nicht geringer Vortheil für ganz Deutschland. Darum rüsten wir uns wacker jetzt auch zur See, wie wir zu Lande schon gerüstet dastehen. Es gilt kein langes Zaudern mehr hierin, wir müssen Werke aufzuweisen haben, bevor es zu spät damit ist.

## Schweiz.

☽ **Bern**, 1. Mai. In 8 Tagen versammelt sich der Gr. Rath, um außer wichtigen Gesetzesvorschlägen ganz besonders die Instruktion auf die nächste Tagsatzung zu berathen. In dem Regierungsrath haben bei der Eröffnung der Berathung über den Bundesentwurf Stämpfli und Stockmar von vornherein für die Auffstellung eines redigen. Verfassungsrathes gestimmt, weil der Entwurf, wie er vorliege, aus politischen und materiellen Gesichtspunkten nicht angenommen werden könnte, weil durch die Tagsatzung der Entwurf jedenfalls nicht werde verbessert werden, indem alle Gesandten mit kantonalen Instruktionen erschienen werden, und es folglich besser sei, von vornherein den Umweg zu meiden. Die Mehrheit des Regierungsrathes wollte aber in den Entwurf eintreten. Ochsenbein sprach sich unbedingt für denselben aus und vertheidigt ihn in allen Punkten. In mehreren Sitzungen wurde nun das Projekt berathen und der materielle Theil des Entwurfes durch folgende Beschlüsse ganz umgrändert: vollständige Centralisation der Militärwesens-Instruktion und Administration; vollständige Centralisation des Post- und Zollwesens; unbeschränktes Niederlassungsrecht aller Schweizerbürger in allen Kantonen, d. h. jeder Schweizerbürger ist eo ipso Bürger des Kantons, wo er domicilirt ist; polizeiliche Verweisungen sind nicht zulässig; unbeschränkte Gewährleistung der Religions-, Rede- und Preßfreiheit, des Petitions- und Vereinsrechtes, sowie des Asylrechtes. Auch der organische Theil des Entwurfes wird wesentliche Aenderungen erfahren, besonders wird man sich für das Einkommensystem entschieden. Es ist nicht zu zweifeln, daß der Gr. Rath diese Bestimmungen als wesentlich in die Instruktion aufnehmen wird. Ochsenbein steht isolirt. Sein Vorschlag, die Tagsatzungssitzungen vom 14.—18. April geheim zu halten, und sein in denselben über den Allianzantrag mit Sardinien abgegebenes Votum, das jetzt durch seinen heftigen Gegner, James Fazy, mit den übrigen Verhandlungen veröffentlicht worden ist, hat ihm in den kühnsten Führern der radikalen Partei eine energische Opposition aufgeworfen, mit welcher er einen schweren Kampf zu bestehen haben wird. Auch der Volkerstein reicht bei dem Gr. Rath eine Petition gegen den Bundesentwurf ein. Unser Erziehungsdirektor, Regierungsrath Schneider, reist, wie man allgemein behauptet, dem Gr. Rath seine Entlassung ein. Wenn ein besserer Mann ihm nachfolgt, so ist der Rücktritt dieses Mannes ein Glück für den Kanton; mit dem besten Willen konnte er das Erziehungswesen nicht fördern und hat bei dem Mangel aller hierzu erforderlichen Fähigkeiten nur Verwirrung hervorgebracht. — Herr Prof. Rheinwald, naturalisirter Berner, hat jüngst in einer Volksversammlung in Würtemberg sich gegen die Republik, als die jetzt für Deutschland rathsame Staatsform, ausgesprochen und als Beweis für seine Behauptung die Zustände in der Schweiz angeführt. Bei seiner Zurückkunft wurde ihm an drei aufeinander folgenden Abenden Katzenmusik mit einem wahrhaft höllischen Lärm gebracht. Er ist jetzt durch den Reg. Rath in seiner Funktion als Professor eingestellt und den Gerichten übergeben worden, wahrscheinlich, weil er in einer nachträglichen Erklärung einen Regierungsrath persönlich angegriffen hat.

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

**Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.**

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. exper in London, für Frankreich, Elsaß, Portugal u. Spanien bei Hrn. Lorentz Schlesier in Straßburg, für Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland bei Hrn. C. L. Kampmeyer in Bremen, für Nordamerika bei Hrn. Steinbrenner in New York.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeber-Wohnung befindet sich Gross. Gas. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 1 fl. 30 kr., durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 1 fl. 12 kr. Für Auswärts treten der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 1 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 126. Heidelberg, Samstag 6. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf des deutschen Verfassungsgesetzes. VI. — Wien (Erklärung der päpstlichen Nunciatur über das Verhältniß zu Oesterreich. Die Ausweisung des Hr. Schütte. Bauernrevolution. Die Parteien. Die vier Grafen aus Tirol entlassen. Provisorischer Landtag. Die Flotte nach Venedig. Der englische Konsul erkennt die Republik von St. Marco nicht an). Aus Tirol (Aufruf des Erzherzogs Johann. Kandidaten für das deutsche Parlament). Berlin (der Preußische Staatsanzeiger. Vor der Wahlschlacht. Nach dem Treffen. Aufruf des Königs an die Armee). Köln (die Wahlmännerwahlen). Stuttgart (Moriz Mohl. Die Bahlen. Dr. Steinß). Göttingen (Rückkehr der Studenten). Mannheim (der Gemeinderath. Bekanntmachung des bairischen Kommandanten). Mainz (Stand der Wahlen). Rendsburg (Nachrichten vom Kriegsschauplatze). Hamburg (die Preußen in Jütland). Bremen (preußisches Gebiet). Frankfurt (z. v. Bagern. Berhandlungen des Ausschusses; die Mission nach Böhmen. Verhandlungen der Bundesversammlung).

Schweiz. Bern. Entzweiung zwischen Obschwalen und den äußersten Radikalen. Prof. Rheinwald und republ. Redefreiheit. Die Kaserei der Presse. Chur. Parlamentswahl in Lichtenstein.

Frankreich. Dekret über die Negersklaverei.

Oesterreichische Monarchie. Lemberg. Der poln. Sprache größere Rechte eingeräumt. Krakau. Das Nationalkomitee. Abgeordneter zur Frankf. Nationalversammlung. Zusammenziehung von Truppen. Proklamation. Ruhe. Ablösung der Robot zugesagt.

Beilage. Aus Schwaben. Die Bahlen; der unmittelbare Wahlakt. Treiben der Altconstanzen und Pietisten. — Frankreich. Die Ultras über die Bahlen. Anordnung über den Gehaltsgang der Nationalversammlung. Die Unruhen in den Provinzen. Treiben der Presse und der Klubs gegen die Gemäßigten. Straßburg. Die Bahlen; Zeichen der Zeit. Die deutsche Freischaaren. Die Unruhen.

### Heidelberg, 5. Mai.

Wenn man von der Gründung einer erblichen Monarchie im deutschen Reiche spricht, so ist selbstverstanden, daß eine der beiden Großmächte die Wahl treffen muß, den kaiserlichen Thron einzunehmen. Es gibt gewiß nur wenige jener politischen Phantasten, die irgend einen nachgeborenen Prinzen zu dieser Würde erheben und ihm keine Macht geben wollen, als den guten Willen der deutschen Fürsten und Stände, die Stimme der Reichsstände und eine schmale Civilliste, wenn anders diese letzte Konzession noch gemacht werden soll; denn Einige wollen sogar, daß diese landlose Würde auch noch ein Ehrenamt ohne Lohn sei. In dem Rathe der Siebenzehn hat man das Votum für die erbliche Monarchie nicht anders verstanden, als daß Preußen oder Oesterreich der Erbe des deutschen Thrones werden müßten; wahrscheinlich hat bloß die österreichische Stimme dabei Oesterreich im Auge gehabt. Die Einsicht, daß nur in der preußischen Kombination ein Heil für Deutschland liege, wog in dieser Versammlung vor; und möchte sie nur auch in den weiteren Kreisen der Fürsten, des Volkes und der konstituirenden Versammlung Boden fassen, damit nicht die Entscheidung über unsere Schicksale nach dem Wunsche polnischer Kontiniere falle, die nach den Eindrücken Eines Tages und nach den Launen der gegenwärtigen Stunde Einrichtungen begehren und schaffen werden, von denen unsere ganze Zukunft abhängt.

Es sind gewiß sehr Wenige, die sich dieser preußisch-deutschen Kombination und der erblichen Monarchie aus dem Grunde annehmen, weil es ihnen heilsam dünkt, auf einem Weg zu kommen, der den Wegfall der einzelnen Staaten und Dynastien und eine ungetheilte Monarchie zu versprechen scheint. Es ist ja gewiß, daß uns der Mangel dieser absoluten Einheit in unserer ganzen Geschichte um die Macht und das nationale Ansehn betrogen hat, das uns die Größe, die Bildung und Bildsamkeit, die Lage dieser Nation hätte zusprechen müssen. Aber nicht jedes Volk ist eben geschaffen, auf einem und demselben Wege zum Ziele zu gehen, und nicht jede Zeit verheißt der nämlichen Staatsbildung das gleiche Gedeihen. In diesen Zeiten einer ganz individuellen Bildung hat auch das Staatenindividuum, wie klein es sei, eine Geltung erhalten, die es in den Jahrhunderten der Militärkolossionen nicht hatte, wo Völker und Staaten wie Waaren behandelt wurden. Eines der wesentlichsten politischen Charakterzeichen dieser Zeit ist das Bestreben jeder kleinsten Nationalität, seine Unabhängigkeit, seine Eigenthümlichkeit, seine besondere Entwicklung zu wahren. Und wie im Privatleben, wo des Einzelnen Vermögen nicht ausreicht, der Verein anheilsend an die Stelle tritt, so scheiden sich im Staatenleben die kleinen Nationalitäten zu Verbündungen zusammen, und der föderalistische Staat wird vielleicht in diesem Jahrhunderte eine bedeutende Rolle spielen. Für sich ein Jahrhundert scheint Deutschland seine politischen Kräfte gespart zu haben. Wir glauben daher, daß Deutschlands Zukunft wesentlich auf seiner Bundesnatur beruht, und daß alles Andere seiner Entwicklung Zwang anthun und beim endlichen Versuche bleiben würde. Wir wollen nicht längnen, daß, jemehr die Richtung der Zeit auf das Abtrennen und Isoliren der Nationalitäten ausgeht, Deutschland und jeder andere große Staat, der gerade in dieser Zeit durch eine Zhioshnkrasie seiner Entwickelung zu einer festen und geschlossenen Einheit gelangen könnte, mitten unter sovielen zerstückelten Völkertheilchen auch zu einer ungeheuren Macht gelangen müßte. Aber zweitausend Jahre der geschichtlichen Entfaltung unserer Natur und unseres Nationalcharakters belehren uns unzweideutig, daß Deutschland zu solch einer Stellung nicht geboren und nicht erzogen worden ist. Wir halten es für gänzlich unwahrscheinlich, daß der Versuch, Deutschland in diesen und den nächsten Zeiten zu solch einer absoluten Einheit zu führen, auch nur gemacht werde; wir halten es für gänzlich unmöglich, daß, wenn er gemacht würde, er im Geringsten gelingen könnte. Wir halten daher die Bestrebungen derer, die auf eine solche einheitliche Monarchie hinarbeiten, für hoffnungslos, und die Befürchtungen der Andern, die sie vermieden sehen möchten, für grundlos.

Daß wir ganz offen sind: wir mögen die Gefahr nicht geradezu ganz wegläugnen, daß eine erbliche Monarchie mit der Machtbefleidung, die ihr in dem Entwurfe gegeben ist, zu dem Versuch einer Mediatisirung sämmtlicher Fürstenhäuser in Deutschland führen könnte. Aber wir halten diese Gefahr in eben dem Maße für entfernt, als wir die Gefahr der Republik bei der Einführung einer Wahlmonarchie für naheliegend halten. Und dies aus folgendem einleuchtenden Grunde. Wenn die neue Verfassung Deutschlands sei es mit einem erblichen oder gewählten Kaiser, eingeführt sein wird, so wird sie sich in ruhigen Zeiten in dieser und jener Gestalt erproben; man wird die erlangte innere Freiheit genießen und sich an ihrem Besitze genügen. Werden wir aber in große und anhaltende Kriegskollisionen verwickelt, wo sich die Thatkraft steigert, wo Opfer verlangt und Interessen verschiedenartig verletzt werden, so ist das Naheliegende, daß bei einem unmächtigen, wechselnden Haupte, wie es in unserer ganzen Vergangenheit gewesen ist, die Fürsten, besonders die mächtigern, vielleicht nicht gerade widerspänstig und rebellisch, wohl aber nachlässig in Erfüllung ihrer Pflicht sind, und dadurch jetzt wie früher jede Operation des Reiches hemmen und lähmen, ohne daß man ihnen von Kaiser, von Reich und Rechts wegen Etwas anhaben könnte. Wäre ein großer Schaden und eine große Schmach, wie früher immer, die Folge solch eines Unwesens, so würde bei dem jetzt erwachten nationalen Ehrgeize die Volksjustiz, die nach moralischer Ueberzeugung, auch ohne Zeugen und Beweise abzurheilt, dieses Gebrechen heilen — die Monarchie würde zu Grunde gehen. Unter einem angesehenen, durch eigene Hausmacht gewaltigen Herrscher ist es an und für sich viel unwahrscheinlicher, daß eine solche schleichende Felonie nur versucht werden sollte; würde sie es doch, so könnte es von einer Reihe von Staaten schwer geschehen, die von Preußen auf mehreren Seiten eingeschlossen sind; es würde von einem, von wenigen gethchen; die Land- und Reichsmacht des Kaisers würde ein erstes Beispiel zu statuiren haben, und

Digitized by Google

dies Beispiel würde die Fürsten und Staaten belehren, daß ihre Existenz am besten gesichert ist, wenn sie dem Reich am besten dienen. Was aber die Besorgniß anbetrifft, es möchte der Versuch der Unterdrückung vom einzelnen Fürstenhause auch am Unschuldigen gemacht werden, so müßte die Verfassung des Rechts, das wir begründen wollen, für Niemand nützend, bindend und verpflichtend sein, wenn so Etwas ungestraft geschehen, wenn es nicht ungethan verhindert werden könnte. Für diesen Fall wäre jede Bemühung um unsere vaterländischen Zustände eitel und verloren.

Was gerade von Seite Preußens den bloßen Versuch einer solchen Attentats in höchstem Grade unwahrscheinlich macht, das ist die Befriedigung seines Vergrößerungsbedürfnisses, zu der es am loyalsten gelangte, wenn es an die Spitze der deutschen Dinge gestellt würde. Preußen wäre damit aus einer Verlegenheit, die es in jedem großen Konflikte drücken müßte; es wäre, mit Deutschland verschmolzen, seiner getrennten Landestheile, seiner schmalen, gebrechlichen Länge, seiner ausgedehnten Grenzen, seiner zweifelhaften Stellung im Zollverein ledig und los; es wäre seiner mißlichen Mittelmacht enthoben, die es an zweideutige Bundesgenossen wies; es wäre aus seiner getheilten Richtung nach Osten und Westen erreitet, denn es könnte nun seine slavischen Beßzungen von sich schalen, um gänzlich deutsch zu sein; es thäte dann nur den letzten Schritt auf einem lange eingeschlagenen Wege. Preußen hat den Raub Polens begonnen, um seine Theile zu vereinigen und zu arrondiren; es hat seinen Besitz in Folge einer preiswürdigen Verwaltung civilisirt und der Deutschen Kultur erobert; es strebte von dem Momente an, wo deutsche Bildung die preußischen Provinzen in wenig Jahrhunderten mächtig ergriff und in die Bahnen des geistigen Lebens in Deutschland riß, in Deutschland tiefer einzudringen; es strebte so Hannover zu erlangen und Sachsen zu besitzen, es ließ sich den gefährlichen Erwerb der Rheinlande gefallen und suchte zuletzt durch den Zollverein Deutschland an sich zu ketten. All dies wäre besser gelungen, wenn Preußen eine freie Verfassung besaß. Es wird sie jetzt besitzen, und jener letzte Schritt, seine Sache mit der deutschen durch eine gesetzliche Verbindung zu vereinigen, sollte ohne alle Besorgniß von unserer Seite gethan werden dürfen. Eine Gefahr der Verpreußung ist für Deutschland dadurch nicht; wohl ist eine Gefahr der Verdeutschung Preußens dadurch, wenn dies eine Gefahr heißen könnte. Was wir in Deutschland Preußenthum nennen, ist am Ende nur kurbrandenburgisches Element. Weder Schlesien noch Sachsen, weder Westfalen noch Rheinland ist in diesem Sinne preußisch. Was in Preußen übel verstanden war, die Provinzialtrennung, ist jetzt gut angeschlagen: Preußens Provinzen sind weit mehr deutsch als sie preußisch sind, sobald wir sie deutsch machen und nicht rücksichtend auf Preußen anweisen und isoliren wollen. Wollte man in Deutschland um der größern Garantie willen, daß Preußen seinen vereinzelten Landtag aufgabe, die Provinzen auf diese Weise homogener in die Reihe der kleinen deutschen Staaten einfügte, damit ein Zusammenstoß zweier vielleicht gleich großen und an Intelligenz gleich mächtigen Reichstage unmöglich werde, damit statt einer Anordnung der preußischen Nationalität vielmehr ein Verschiedenes in die deutsche angebahnt werde, so würde Preußen nicht politisch handeln, wenn es einer solchen Forderung nicht mit Vertrauen, mit Uneigennützigkeit, mit Freuden entgegen käme. Aber auch selbst ohne eine solche Bestimmung scheint und, als ob die Besorgniß eine Chimäre sei, daß Deutschland je in Preußen aufgehen könnte. Die Eine Bestimmung, daß die Residenz des Kaisers in Frankfurt sei, wird dies verhindern. Es versteht sich, daß bei der Organisation der Ministerien weitere Bürgschaften verlangt und gegeben werden müßten, daß die höchsten Reichsbeamten nur zum Theile aus den Angehörigen des kaiserlichen Hauslandes genommen werden dürften.

Man legt hoch in dem Publikum so vielen Werth auf die Persönlichkeit des Regenten. Man wohl, in dieser Hinsicht kann man für den ersten Moment von Seite des preußischen Königs vollkommen sicher sein, so vielfach angefochten gerade seine Persönlichkeit in den letzten Zeiten gewesen ist. Trotz des Berliner Umzugs, der so viel Anstoß erregte, ist es ganz sicher, daß der Charakter des Königs von Preußen von Nichts in der Welt enfernter ist als von dem Gedanken an irgend welche Usurpation, und daß Niemand in politischer Beziehung vielleicht bis zur Ungenügkeit bescheidener und williger ist, Anderen den Vortritt zu lassen, als gerade Er. Man weiß wohl, daß wir in diesem Blatte die Fürstenschmeichler nicht gepflegt haben, und die Schmeichler des Königs von Preußen am Wenigsten. Dennoch wollen wir die Wahrheit in keinem Falle, und wenn es aller Volksungunst zum Trotz geschehen müßte, vertheilen. Wir wollen es dies Mal nicht thun, selbst auf die Gefahr einer Indiskretion hin. Wir sind nicht ermächtigt dazu, aber da in diesen Tagen so vieles Ungerade gerade sein muß, so wollen wir uns unermächtigt dazu erschließen, von folgender Stelle Gebrauch zu machen, die der König von Preußen vor einigen Jahren mit eigener Hand in einem Aufsatze niedergeschrieben hat, der für einen Zeitungsartikel bestimmt war, dem, so viel wir wissen, die Censur die Aufnahme in die Allg. Preuß. Zeit. versagte. Die Stelle heißt so: „Man sagt und zwar, daß Preußen für die konstitutionelle Zerrennung seiner moralischen Gewalt durch die Sympathien derjenigen Staaten entschädigt werden würde, welche gleichfalls Konstitutionen haben, daß namentlich das konstitutionell Deutschland alsdann ausschließlich unter Preußens Einfluß fallen würde. Es kann jedoch einer edlen Politik nicht in den Sinn kommen, mit konstitutionellen Formen in Deutschland eine preußisch-hegemonische Propaganda zu treiben. Die deutsche Politik Preußens ist so entschieden eine Politik des Vertrauens, daß jenes schon an sich höchst sußlatente Manöver sein ganzes Verhältniß zum gemeinschaftlichen großen Vaterlande zerstören müßte". Diese Worte machen dem moralischen Charakter des Königs gewiß alle Ehre und dürfen in der fraglichen Beziehung allgemein beruhigen. Der König nennt dies edle Politik. Edel ist es gewiß; ob es Politik ist, scheint uns eine andere Frage. Eine edle Politik muß jetzt drei großen gemeinschaftlichen Vaterlandes Wohl und Wehe allem Anderen zuvorsetzen. Es dem Schicksal eines Mißtrieche Preis geben, ist leichtsinn. Es Oesterreich überlassen, dünkt uns im politischen Sinn gerade unmöglich. Davon wollen wir morgen reden.

---

**Oesterreich.** Wien. Die durch wiederholte Zeitungsberichte der Aufwiegelung, ja gar des Hochverraths berüchtigten 4 Grafen aus Trient Thun, Sizzo, Manci und Petti, deren Abführung nach Salzburg verfügt worden war, sind bereits auf Anordnung des Ministeriums des Innern in Freiheit gesetzt, und ihren Familien und Mitbürgern wieder gegeben.

Wien. Es wird, wie wir vernehmen, sich vor Eindernzung der Kammern noch ein provisorischer, niederösterreichischer Landtag versammeln, gewiß nicht ohne Billigung, ohne Vorwissen des Ministeriums, vielleicht zur Berathung des provisorischen Wahlgesetzes — vielleicht auch in den andern Provinzen, wenn sie es nicht ablehnen.
(Oesterr. Zeitg.)

Wien, 27. April. Die „Wiener Zt." enthält folgende Mittheilung: Aus Triest traf die Nachricht vom 25. April ein, daß unsere Flotille, aus drei Fregatten und vier Briggs bestehend, denen sich ein englischer Dampfer anschloß, bereits von Pola abgegelte, um Venedig, allwo die größte Anarchie herrscht, zu blockiren. Die heutigen Nachrichten aus Triest bestätigen die Ankunft des englischen Konsuls von Venedig, sowie daß er in Venedig die Erklärung abgegeben hatte, daß England die Republik nicht anerkenne. Die Nachricht aber, daß der Pöbel das englische Wappen herabgerissen, bestätigt sich telegraphisch nicht. Der englische Konsul, der von Triest aus Depeschen an den englischen Botschafter Lord Ponsonby in Wien richtete, ist im Gegentheile zum Schutze der Engländer am 25. wieder nach Venedig zurückgekehrt, und der unserer Flotille zugetheilte englische Dampfer scheint in gleicher Absicht nach Venedig abgegangen zu sein.

Die Allg. Ztg. schreibt: Wir erhalten aus Wien von der römischen Nuntiatur folgende Erklärung: „In einem Aufruf, welchen der Graf Joh. Bapt. Balthyan in die Abendbeilage zur Wiener Zeitung vom 28. April hat einrücken lassen, wird vorausgesetzt, daß der Papst einen Krieg gegen Oesterreich begonnen habe. Wir sind ermächtigt zu erklären, daß die Voraussetzung des Hrn. Grafen durchaus grundlos ist, indem der heilige Vater und seine Regierung nicht aufgehört haben freundschaftliche Verhältnisse mit dem kais. österreichischen Hofe zu unterhalten." (Eine solche Erklärung in dem Augenblick, wo die päpstlichen Truppen, den neuesten Nachrichten zufolge, den Po überschritten haben und der päpstliche Feldmarschall, Durando, sogar ein Hilfskorps nach Friaul entsendet hat.)

△ Wien, 28. April. Dr. Schütte ist von Wien ausgewiesen worden; am 20. verkündete dies das Blatt „die Konstitution" mit schwarzem Rande, und seit jenem Augenblicke ist er der Held des Tages, sogar seine früheren Gegner nehmen jetzt seine Partei — zahllose Flugschriften und Zeitungsartikel protestiren gegen diese Ausweisung und nennen es ein willkürliches, unkonstitutionelles Verfahren, gleich dem in Berlin vor 3 Jahren gegen Jtzstein und Hecker erfolgten. — Von hier ging Dr. Schütte nach Prag, von wo er ebenfalls vertrieben wurde. Dort versammelte sich das Volk vor seinem Absteigquartier und verlangte, daß man ihn ausliefere, es wolle ein Volksgericht an ihm vollziehen, so daß man, für sein Leben besorgt,

Digitized by Google

ihn heimlich entfernte. In Prag kennt man ihn genauer als hier, da er längere Zeit in der Haas'schen Buchhandlung als Korrektor war. Seit dem 25. Februar war er hier und galt bei der Regierung für einen republikanisch-gesinnten Emissär. Er ist kein Hannoveraner, wie ich Ihnen irrig schrieb, der Gesandte von Bodenhausen verläugnet ihn als solchen, sondern ein preußischer Unterthan aus Kassel in Westfalen. Man muß bei ihm vielerlei Kenntnisse und große Verstandskraft anerkennen, doch ist sein Charakter jedenfalls zweifelhaft, da er hier mehreren Männern sein Ehrenwort gab, nicht mehr öffentlich zu sprechen und es dennoch wiederholt that, namentlich in der Aula, wo er vor den Studenten erschien wurde, sich zu entfernen. Er soll schon öfters seine politische Farbe geändert und früher für die Jesuiten gesprochen haben. Man erwartet indessen, daß derselbe jetzt, nach der urkundlichen Ertheilung der Konstitution, wieder Hieher zurückkehrt.

Vorige Woche war eine Deputation galizischer Bauern hier. Sie begehrten eine Audienz bei dem Kaiser und erklärten, daß ihnen zwar die Aufhebung der Robot rc. von ihren Obrigkeiten wäre mitgetheilt worden, aber die Obrigkeit hätten sie schon so oft betrogen, daß sie nur dann daran glauben könnten, wenn sie es von dem Kaiser selbst hören würden. Sie machten zugleich wieder ein recht rührendes Anerbieten, welches von Neuem beweist, wie sehr der polnische Bauer der österreichischen Regierung ergeben ist. Sie äußerten nämlich, wenn es wahr sei, daß der Kaiser Krieg in Italien habe, so möge er doch alles in Galizien stehende Militär herausziehen, sie, die Bauern, bewaffnen und unter den Befehl von Officieren stellen, mit deren Hilfe sie Gefangen gegen alle inneren und äußeren Feinde mit Gut und Blut vertheidigen wollten. — Die Parteien spalten sich hier immer mehr, die heftigsten Faktionen sind die, welche sich um die Begriffe von Bundesstaat und Staatenbund gegenüber stehen; die Ersten wollen, daß Oesterreich fortan in Deutschland aufgehe — die Zweiten wollen darin einen Verrath an dem Kaiserthum sehen und eine Untergrabung von dessen Größe.

Triest, 25. April. Das Journal des österreich. Lloyd meldet: In Alexandria (11. April) klagt man, wie überall, über anhaltende Geschäftslosigkeit. Der Vicekönig kehrte am 3. von Neapel zurück und wurde von Einheimischen wie Fremden aufs lobhafteste bewillkommt. Mehemed Ali bedarf der sorgfältigsten ärztlichen Pflege, und sich zu schwach fühlend, um die Regierung zu leiten, hat er zu diesem Behufe ein Conseil unter Vorsitz Ibrahim Paschas gebildet, welcher ebenfalls bereits von Neapel zurückgekehrt ist. — In Cairo herrscht, wie in allen Provinzen, die vollkommenste Ruhe. — Aus Ostindien (15. März) wenig Bemerkenswerthes.

† Aus Tirol, 29. April. Erzherzog Johann hat einen zweiten Aufruf erlassen. Er dankt jenen, die seinem ersten folgend unter die Waffen traten, und spricht, ihrem Beispiele nachzukommen. Der treffliche Herr spricht jetzt wieder die rechte Sprache — „wir haben uns verkannt.“ Er dringt darauf, daß mit Einsicht und Thätigkeit die Schützenkompagnien hergestellt und marschfertig gehalten werden, denn es gilt die „liebe Heimat“ — und der Kaiser, wie das deutsche Vaterland, soll sehen, was ein kleines, aber entschlossenes Volk vermag. Es ist unsere Pflicht. — Was wir auch zu rechten und zu schlichten haben mögen mit den Regimentsheilern des Kaisers, jetzt darf es uns nicht blindwüthig zurückhalten, die Erbschaft der Väter, Treue, Freiheitssinn und Streitbarkeit nachzuweisen. Fast fürcht' ich, wir haben zu lang gezögert, und man sagt draußen: wo sind die alten Tiroler? — Der „Tirolerbote“ beingt uns zu gleicher Zeit eine Liste von Landsleuten für die deutsche Volksvertretung am Bundestag. Da lesen wir natürlich viele Namen, die wir hier zu Land kaum kennen, noch weniger Sie da draußen am Rhein. Unser Historiker, Pater Albert Jäger, ist darunter. Eine gute Anzahl Beamter fehlt nicht, unter diesen Apellrath Dr. Prettis, der Freund des bekannten Salvotti, Landrath Wafer, der Bauadjunkt Duile rc. In diesen Herren könnten wir niemals die Vertreter unserer Gesinnung anerkennen. Man nennt auch Andere: Dr. Schuler, Dr. Streiter, Landrichter Honsteller, v. Ifser, Dr. Gottlieb Putz, Dr. Pfreilschner rc. Wen immer die Wahl treffe, wir verlangen nur Eins von dem Gewählten, daß er für die eine nur materielles und politisches Wohl umfassende Forderung wie ein Mann einstehe, für den vollständigen Anschluß Tirols an Deutschland.

**Preußen.** ** Berlin, 1. Mai. Es ist hier folgender Aufruf erschienen: „An die Armee. Ich habe bereits durch Meine Proklamation vom 18. März Meine feste Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß Unser gemeinschaftliches deutsches Vaterland nur dadurch zu seiner alten Macht und Glorie, zu dem ihm gebührenden Ansehen in Europa gelangen könne, wenn es selbst in seiner Gesammtheit, sowie in allen Staaten, welche sie bilden, durch verfassungsmäßige Freiheiten gekräftigt und erhoben würde. Darauf habe Ich in Folge dieses Ausspruchs Meinen Erblanden eine solche Verfassung aus freiem Entschlusse verheißen und beschlossen, sie für Mich und Meine Nachfolger in der Krone anzuordnen. Ich werde Mich, unterstützt von Meinem treuen und biedern Volke, ihrer vollen Einleitung und Ausführung zum Heil des Vaterlandes weihen und sie durchführen, so Mir Gott hilft. Ihr nun, treue und tapfere Krieger Meines Heeres, seid berufen, mitzuwirken an der Vollbringung dieses großen Werks, und um Euch dazu zu kräftigen, rufe Ich voran in Euch die Erinnerung auf, wie unter Unsern glorreichen, mit Sieg und Segen gekrönten Farben Eure Vorfahren den Ruhm des preußischen Namens begründet und erhalten haben. Die Mühen dieser oft schweren Kämpfe haben Eure Könige und Eure Mitbürger zu allen Zeiten dankbar erkannt und geehrt. Was Eure Vorfahren und Ihr bisher für Preußen getan und gewesen, das werdet Ihr bei der unter Gottes gnädigem Beistande zu vollendenden Einigung Unsres deutschen Vaterlandes für dieses ferner thun und sein! und so trägt Ihr, neben Unsren alten Farben, zugleich die des tausendjährigen deutschen Reichs, um Euch eingedenk zu sein, daß Ihr mit Ehren deutschen Boden vertheidigen des ganzen, einigen Deutschlands Schutz und Wehr seid. In dem Bewußtsein dieses hohen Berufs werdet Ihr streben, immer die Ersten zu sein unter den tapfern deutschen Brüdern, wenn es den Kampf gilt, mit Blut und Leben für die Freiheit des theuren Vaterlandes. Aber nicht allein nach Außen ruft Euch die Pflicht, sondern Euer Arm soll auch dienen, um im Innern die Ordnung zu wahren, dem Gesetz Achtung und Gehorsam zu sichern und Unsre Verfassung aufrecht zu erhalten. Für Erreichung dieses großen hohen Ziels und Erfüllung dieser rühmlichen aber schweren Pflichten wird Euch kein Opfer zu theuer sein. Ich erwarte dies mit fester Zuversicht von Euch, Meine treuen und tapfern Krieger, in dem Bewußtsein, Euch mit Meinem Beispiel voranzugehen. Potsdam, 1. Mai 1848. Friedrich Wilhelm. gez. Graf Brandenburg.

**Berlin**, 1. Mai. Die Allg. Pr. Zeitung trägt vom Beginn des Mai an den Titel „Preußischer Staatsanzeiger“. Der ersten Nummer sind folgende Zeilen vorgesetzt: Die Allgemeine Preußische Zeitung ist am gestrigen Tage zum letzten Male erschienen. An ihre Stelle tritt von heute an unter dem obenstehenden Titel das „Preußischen Staatsanzeigeres“ ein amtliches Organ, welches in derselben Weise täglich erscheinen wird, wie die Allgemeine Preußische Zeitung. Der „Preußische Staatsanzeiger“ wird außer den amtlichen Bekanntmachungen und Erlassen der Regierung auch die „Verhandlungen der zur Vereinbarung über die preußische Verfassung eingerufenen Versammlung so schnell wie möglich“ mittheilen. Der „nichtamtliche Theil“ derselben wird der Mittheilung verlässlicher thatsächlicher Berichte über die Tagesgeschichte und vorzüglich der darauf Bezug habenden officiellen Aktenstücke, Kammerverhandlungen u. s. w. gewidmet sein. Für Handels- und Börsennachrichten, sowie für Besprechung der Interessen der Kunst und Wissenschaft, sind besondere Abschnitte des „Preußischen Staatsanzeigers“ bestimmt.

** **Berlin**, 1. Mai, in der Frühe. Ein wundervoller Frühlingsmorgen dieser 1. Mai! Ein erfrischender Regen ist gestern vorausgegangen und ein Wonnemond, der seines Namens werth ist, hat begonnen. Heute wird die erste Schlacht geschlagen für die Konstitution, für unsern Antheil an Staat und Reich — und zwar die entscheidende Schlacht. Die Gegner der indirekten Wahlen befolgen gemeinsam die Politik, über die Wahlen der Wahlmänner stillschweigend hinwegzugehen und dann ein ungeheures Gewicht darauf zu legen, daß die Wenigen das große Vertrauen besitzen, Abgeordnete zu wählen wie vielleicht der großen Mehrheit der Urwähler unmöglich kommen sind, als ob diese Wenigen so zufällig zusammengeschneit wären, als ob nicht dasselbe Repräsentativprinzip sie bevollmächtigte, was die Versammlung der Abgeordneten besäßigt, im Namen des Volks Beschlüsse zu fassen. Die Gegner lassen sich dieweilen an, wie wenn die Wahlmänner von der Regierung ernannt würden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß von den Wahlmännern abhängt, welchen Charakter die Abgeordnetenkammer tragen werde. Aber deßhalb ist die Auswahl dieser Vertrauensmänner auch das unvergleichlich bedeutungsvolle Recht. Ein Volk, dessen politische Theilnahme so gering ist, daß es dieser Wahlmännerwahl nicht die gebührende Achtung schenkt, sich ihr spärlich und ohne die äußerste Achtsamkeit unterzieht, das handelt nicht also, weil es nicht für der Mühe werth hält, die Stimmwahl zu vollziehen, sondern würde bei direkten Wahlen ebenso lässig zu Werke gehen. Darüber darf man sich nicht täuschen. — Glücklicherweise leitet unser Volk ein richtiger politischer Takt und die heutigen Urwahlen wecken eine Theilnahme, die über alle Beschreibung groß ist. Sie

Digitized by Google

können verschert sein, daß die Männer über 24 Jahre, welche an den Wahlmännerwahlen keinen Theil nehmen, hier in Berlin zu zählen sein werden. Geschäftsmänner, die tausenden Korrespondenzen unterhalten, sehen sich für heute nach jungen Leuten um. Die Theater sind geschlossen. Die Eisenbahnzüge, hör ich, sind ebenfalls eingestellt. Die Leute freuen sich, wie auf ein Fest. Und doch wird es ein Fest, worin das ganze Fest besteht. Nicht wenig mühsam wird es sein; denn, sobald die Wahlmänner für die preußische Versammlung gewählt sind, beginnen die Urwahlen für den Reichstag. In allen Bezirken fanden zahlreiche Vorversammlungen Statt, die trotz angestrengtester Bemühungen einiger „Strwwelpeter", die arbeitenden Klassen von diesen Besprechungen fern zu halten, auch von diesen meistens recht zahlreich besucht waren. Hier wurden Wahlmännerkandidaten aufgestellt und Listen derselben angefertigt. Darin liegt der erste Anstoß zur politischen Emanzipation. So mancher bescheidene Mann, der es in seiner politischen Naivität niemals über das Herz gebracht hätte, sich zum Abgeordneten vorzuschlagen, meldete sich zum Wahlmannskandidaten und legte ein Bekenntniß ab, das ihn Vielen werth machte und die Aufmerksamkeit unwillkürlich ihm zuwandte. In vielen Bezirken soll außerordentlich viel parlamentarischer Sinn geherrscht haben. Erfreulich ist auch, daß, soviel ich erfahren, im Allgemeinen alle Klassen, auch die sogenannte Aristokratie, sich bereitwillig mit Kreth und Pleth versammelt habe. Ja, wenn die Aristokratie nicht im Volke „aufgeht", dann ist sie mehr als aufgehoben! — Darin hätten sich demnach die sogenannten Volksfreunde einigermaßen verrechnet, daß das Volk auf die Wahlen kein sonderliches Gewicht legte und, weil die direkte Wahlart nicht beliebt werden. Denn das Volk, d. h. Alle, von Oben bis Unten (in der veralteten ständischen Sprache zu reden!) hat seine höchste Theilnahme an den Tag gelegt, und welche Wahlmänner auch der erste Mai zu Tage bringt, als gute Demokraten unterwerfen wir uns dem Volkswillen. Wer sie auch sein mögen, sie sind immerhin diejenigen, welche die Nation gewollt hat. Aber die Mitglieder der Menschheit, welche sich vorzugsweise Demokraten nennen (die Deutsche Z. sagte einmal: „wie ineus a non lucendo"), werden diese Mehrheit des Volks nicht ehren. Sie werden die Namen der Wahlmänner verrufen und bespotten, und ein Geschrei darüber erheben, daß diesen obliegen solle, die Abgeordneten zu ernennen. Die Demonstration von Gründonnerstag ist unterblieben. Das ist unsern Ultras gar nicht so sämerzlich, wie man meint. Die konstitutionelle Partei ging auch indem Punkte des Wahlen hervor. Folglich ist sie ein trüber Ausdruck des Volkswillens. Daher hat sie die Alternative, sich erst ein Vertrauen im Volke unter den Zelten durch Nachgiebigkeit und Gelehrigkeit zu erwerben, oder durch Selbständigkeit und Festigkeit das souveräne Zeltenvolk so zu ergänzen, daß es die Konstitution dieser indirekten Konstituante verwerfen wird! Diese souveränen Schwätzer können nicht zufrieden sein, als wenn sie in der Lage bleiben, mit allen aufeinanderfolgenden Gewalten Krieg zu führen, zuvörderst also mit einer konstituierenden Versammlung. Denn diese saß dem Sattel zu hoben, verlohnte sich!

** Berlin, 1. Mai, Abends. Gegen 10 Uhr Abends sind die Morgens 8 Uhr begonnenen Urwahlen wohl in der ganzen Stadt beendigt gewesen. Ueber das Resultat weiß Jedermann vorläufig nur von seinem Wahlbezirke. Wieder ein vielfach radikal verändertes Leben! Ich wette, jetzt hätten Sie hier tattsam Licht und Luft, daran es im vergangenen Oktober noch weidlich mangelte. Stellt man die pralte Erklusivität, welche hier herrschte, nicht bloß zwischen verschiedenen Ständen, sondern zwischen den Einzelnen, die z. B. an öffentlichen Orten in nachbarliche Berührung kamen, mit den Scenen in der Wahlversammlung, mit der allgemeinen Vertrautheit, freundlichen Gegenfreitigkeit und dem gespräch gen Wesen Aller gegen Alle zusammen, man sollte glauben, ein Jahrhundert läge dazwischen. — Eine wunderliche Ironie hat es gefügt, daß die Minister durch ihr Wahlgesetz davon ausgeschlossen waren, die Wahlmänner für Berlin zu wählen; da nämlich nicht bloß von dem Aufenthalt, sondern stillschweigend auch von dem Wohnort Gemeinschaft Dauer gefordert und keiner der neuen Minister, außer Bornemann, 6 Monate hier sit (vor 6 Monaten erwarteten wir die Einberufung der Nutsachter!), so war ihnen nur gestattet, an der Wahl für Frankfurt Theil zu nehmen, wo jene Beschränkung fortfällt. — In dem Wahlbezirk, welcher mir zunächst liegt, ist Jakob Grimm einer der 5 Wahlmänner für Frankfurt. Hier konnte man wieder ein Beispiel von dem Uebermuth und dem aller republikanischen Sitte hohnsprechenden Eigensinn einer Minorität erleben, die, als ihrem Kandidaten immer und immer nicht die absolute Majorität zu Theil wurde, also der Gesammtwille entgegenstand, ganz außer sich gerieth, ihn quand même gewählt haben wollte und sich z. B. „diejenigen zu merken" drohte, die auf Seite der Mehrheit hervorragten; der Volkskommissär begegnete diesen politischen Ungezogenheiten mit Würde; doch war es erfreulich, daß die Mehrheit mit der Gutmüthigkeit, die für alle Mehrheiten in unserm Vaterlande so bezeichnend ist (namentlich z. B. für die Mehrheit des Fünfzigerausschusses), der Minderheit ihren eignen Kandidaten zugab! — Auf dem Gendarmenplatz fand ein infiges Intermezzo Statt; im Schauspielhause war Wahlversammlung; plötzlich fallen zwei Schüsse — — die Urwähler stürzen heraus — — zwei kleine Buben hatten die Wählerschaft mystifiziert. Das war die einzige Unruhe! — Die Stadt hat ein festsames Aussehen gehabt; auf den Straßen hat sich außerordentlich viel Jugend und Ausländerei gezeigt; die Frauen hielten sich bereit, gleich denen von Kalum und von Urbenzeit, ihren häuslichen Herd zu verstedigen, denn der Umstand, daß die der Lokarde verhaftig Erklärten heute freies Feld hatten, setzte die Frauenwelt in hohe Besorgniß. — Ich höre eben, daß an vielen Orten den ernannten Wahlmännern Ständchen gebracht werden. — Eine Adtheilung Bürgerwehr mit Musik, von zahllosem Volk begleitet, zieht die Leipzigerstraße herauf! — Es war doch heute der größte Tag unseres Lebens. Und nicht bloß für Preußen! Heute wählten 15 Mill. Deutsche die Abgeordneten zu dem Hause des deutschen Volks. Gott gebe seinen Segen. So beginnen denn die denkwürdigen Tage bis zum 8. und 10. Mai, wo die Vertrauensmänner der Nation unsere Abgeordnete ernennen. — Es steht fest, wie die deutschen Berge, daß wir nicht mehr in den April zu schicken sind. Unser Bonnemond ist da: oder nutzen wir ihn! der deutsche Mai kommt ein Mal und nicht wieder!

** Köln, 3. Mai. Heute erst hat der Volkswahlen hat gestern Abend, nach dem harmlichsten Kampfe, sein Ende erreicht. Denn den vier Parteien, welche das alte Köln in der letzten Zeit in Bewegung setzten, waren indeß nur drei im Felde. Die kommunistische Fraktion der Arbeiterwelt hatte sich nämlich zurückgezogen, da sie sich keineswegs auf eine indirekte Wahl einlassen will. Die Konstitutionellen, die man hier mit dem Titel „Heuler" beschenkt, die Radikalen, welche man kurzweg „Wühler" nennt, und die Katholiken nahmen daher das Feld allein in Beschlag. Für Jemand, der den englischen Parlamentswahlen zusah, mußte es auffallend sein, wie ruhig hier Alles vorüberging. Die heftigen Debatten vor den Thüren der Wahlzimmer bewiesen aber, daß Alles Interesse an dem Vorfallenden nahm. Im Laufe des ersten Morgens war es natürlich noch sehr ungewiß, welche Partei die Oberhand gewinnen würde, gegen Abend zeigte es sich aber, daß die Radikalen, von den Konstitutionellen nicht unterstützt, kaum die Partei der Konstitutionellen zu balancieren wußten, und daß die Katholiken immer mehr in den Vordergrund traten. An verschiedenen Punkten sah man die radikale wie die konstitutionelle Bourgeoisie, welche sich gegenseitig zu überstimmen suchte, durch die von den schlauen Katholiken getragenen Pastore und Küster hors de combat gesetzt, und unwillkürlich verstärkte sich ihre Gewalt von Minute zu Minute. Gestern dauerte dieses Spiel ebenfalls fort, und man muß gestehen, daß die geistlichen Herren so bedeutend in die Majorität gekommen sind, daß wahrscheinlich der Erzbischof für Berlin gewählt wird. Auch für Frankfurt würden sie eine ähnliche Wahl durchsetzen können; man hofft aber, daß sie nicht einen solchen Verstoß gegen die öffentliche Meinung begehen werden, und zog Hr. Raveaux wohl einstimmig auf den Schild gehoben werden wird. Dieses zweifelhaft gute Resultat der hiesigen Wahlen haben wir denn wiederum den irregeleiteten Arbeitern zu verdanken, welche leicht durch ihr Erscheinen ein günstigeres Ergebniß verhindern konnten, die durch ihren Sonderbund der Reaktion aber offenbar in die Hände arbeiteten.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 3. Mai. Wir sind durch das Auftreten des Adels gegen Moriz Mohl lebhaft erinnert an den Strauß, den Soiron in Mannheim durchzumachen hatte. Wie damals ihm, so kommt jetzt Mohl die gesunde öffentliche Meinung in aller Entschiedenheit gegen das mittelalterliche Ueberbleibsel, politische Ansichten durch Pistolen zu beseitigen, zu Hilfe. Der Stuttgarter politische Verein und andere auf dem Lande erklären dies öffentlich. — Strauß'ens Unterliegen veranlaßt gleichfalls die Thätigkeit dieser Vereine, welche, wie der Neckar und Heilbronner, laut ihren Schmerz über die Schmach aussprechen. In einer sehr schönen Ansprache an seine und Strauß'ens Landsleute, die Ludwigsburger, hat es Justinus Kerner gethan. „Ludwigsburger Mitbürger — so sagt er — ich beklage, ich traure mit Euch, daß eine wahre Lächerlichkeit Euch des Sieges, des Ruhmes beraubte, aus Euren Mauern einen der ersten Denker Deutschlands zur Beeathung, nicht seiner religiösen, sondern seiner politischen Ungestaltung senden zu können, und das ist es, was ich Euch in meinem Schmerz darüber, und gleichsam mein Votum für Strauß in die Wahlurne meiner Vaterstadt niederlegend, öffentlich mitzutheilen und sagen zu müssen glaubte." Der allgemeine schmähliche

Digitized by Google

Wunsch ist, Strauß doch noch gewählt zu sehen. Möglicherweise möchte noch eine Wahl bei den bevorstehenden, da Rödinger doppelt gewählt ist; er hat für Oehringen angenommen; ob sein Ersatzmann in Herrenberg, der alte Staatsminister v. Wangenheim, in Coburg annimmt, weiß man nicht. Aber selbst wenn er ablehnt, ist für Strauß die Hoffnung gering, denn jene Gegend ist ein Pietistennest. So ist die einzige Hoffnung auf Bayerns Wähler gerichtet. Gewiß werden Sie bereit sein, die Wahl von Strauß in einem badischen Bezirk mit allen Kräften zu unterstützen. Für diesmal, welche Strauß als Politiker noch weniger kennen, die Nachricht, daß ehestens 6 theologisch-politische Volksreden von ihm erscheinen werden.

**Hannover.** Göttingen, 1. Mai. Soeben Nachmittags 3 Uhr, sind unsere Studenten im feierlichen Aufzuge wieder hier eingetroffen, jedenfalls eine größere Anzahl, als die, welche am 17. März in ernstem Trauerzuge die damals noch unter dem Drucke des Polizeistaats seufzende Stadt verlassen hatte. (Fr. J.)

**Hessen.** * Mainz, 4. Mai. Große Worte und kleine Handlungen! Die Republikaner, die vor wenigen Tagen feierlichst beschlossen, sich nicht bei der Wahl zur konstituirenden Versammlung zu betheiligen, haben nun gestern wieder das Entgegengesetzte beschlossen. Dabei ist es sehr interessant, die beiden Plakate, welche beide Beschlüsse verkündeten, an den Mauern neben einander prangen zu sehen, gleichsam als lebende Beweise von der Konfusung dieser Partei. Die 146 Namen, welche die Partei als ihre Wahlmännerkandidaten aufstellt, sind mühsam aus ihrer Mitte genommen, es war schwer, mehr herauszufinden. Sie stellen Zib als den Geeignetsten für das Parlament auf. Ich fürchte aber, das leidige „zu spät!“ wird auch hier wieder geltend werden. Hätten sich die Republikaner gleich Anfangs mit den Konstitutionellen verständigt, hätten sie etwas von ihrer absolutesten Schroffheit abgelegt und sich namentlich in den jüngsten Bürgerversammlungen als Leute gezeigt, mit denen ein Wort zu reden ist, ich bin überzeugt, Zib wäre mit enormer Majorität gewählt worden. So aber stehn die Konstitutionellen mit ihrem Kandidaten (dem Abgeordneten Wernher aus Nierstein, einem Meainzer von Geburt) gerüstet da, und wenn nicht jetzig eine Vereinigung eintritt, so ist die Wahl des Hrn. Zib sehr in Frage gestellt. Dabei verdient ihm das hiesige republikanische Organ noch vollends das Spiel; es schimpft auf die Wahlmänner der Konstitutionellen, nennt sie Pfaffen- und Fürstendiener, während doch die geachtetsten Männer von Mainz darunter sind.

**Baden.** Mannheim, 2. Mai. Von Erste des hair. Oberbefehlshabers der Truppen in der Rheinpfalz ist heute folgende Bekanntmachung erschienen: Se. kgl. Hoheit der Großherzog haben durch allerhöchsten Erlaß vom 29. April jenen unglücklichen Vorfall bei Ludwigshafen, der die k. bairischen Truppen mit Entrüstung erfüllte, als verdrecherisch bezeichnet, und die gesetzliche Untersuchung darüber ist bereits eingeleitet. Durch diesen Akt allerhöchster Gerechtigkeit ist aller Grund der Sühne der so sehr gewünschten Einigkeit gewichen, und die k. Truppen unter meinem Befehle werden durch musterhafte Mannszucht den Bewohnern Mannheims beweisen, daß auch aller Groll aus ihrem Herzen gewichen ist. Ich vertraue aber eben so gut auf den erprobten Bürgersinn der loyalen Einwohner der Stadt, daß sie das Bestreben zur Herstellung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung unterstützen, und die Truppenkommandanten nicht in den Fall kommen werden, von den ihnen zu Gebot stehenden Mitteln Gebrauch machen zu müssen. Mannheim, 2. Mai. 1848. Der k. bairische Generallieutnant, Kammandirender der Truppen in der Rheinpfalz. Karl Theodor, Fürst von Thurn und Taxis.

* Der Gemeinderath der Stadt Mannheim übersendet uns folgende Berichtigung: „In Ihrer Zeitung vom 29. d. M. heißt es in einem Artikel über den Vorfall in hiesiger Stadt wörtlich wie folgt: „Der Gemeinderath ist ganz in den Händen dieser terroristischen Partei und lebt blos noch von dessen Gnadenbrod.“ Die in diesem Satze enthaltene Beschuldigung müssen wir entschieden zurückweisen, indem sie zur Annahme berechtigen möchte, der hiesige Gemeinderath sei ein Werkzeug der genannten Partei. Daß dies jedoch nicht der Fall, ist jedem hiesigen Einwohner bekannt. In einem weitern Aufsatze desselben Blattes heißt es: „Hoff und Dr. Welcker sollen unbefugter Weise sich in seine (des Gemeinderaths) Berathungen gemischt und ihm die Beschlüsse diktirt haben.“ Auch diese Angabe müssen wir als unrichtig bezeichnen. Allerdings waren beide genannte Herren in einer am Abende des Mittwochs anberaumten Sitzung anwesend, aber nur auf Einladung. Bei dieser Gelegenheit machte Dr. Welcker Vorschläge, welche jedoch augenblicklich verworfen wurden, ohne daß nur eine Diktussion über dieselben stattfand. Der Gemeinderath berathet frei und unabhängig, und wenn seinen Beschlüssen nicht die willige Folge, wie sonst, geleistet ward, so hat er sie doch stets aufrecht zu erhalten gewußt. Dieses bitten wir berichtigend in Ihr geschätztes Blatt aufnehmen. Mannheim, 29. April 1848. Jolly. Pfeiffer.“

In vorstehender „Berichtigung“ sucht die Gemeindebehörde jeden Vorwurf von sich abzuwälzen, in der zweiten Kammer hat die Staatsbehörde (der Regierungsdirektor) sich veranlaßt gesehen, gegen den Vorwurf der Schwäche, der ihr in unserm Blatte gemacht worden war, zu protestiren. Wir müssen es unsern Korrespondenten überlassen, ihre Behauptungen gegen beide Einwände zu vertheidigen. Gleichwohl geht uns auch ein Aufsatz des Mannh. Journals zu, worin im Namen der Bürgerschaft eine ausführliche Rechtfertigung unternommen und die in der D. Z. ausgesprochenen Vorwürfe als „Aufwiegelungen“ abgefertigt werden. Was aus diesem Aufsatze als rechtfertigend in die Augen fällt, die Muthlosigkeit und Schwäche der Staatsbehörden und die gute Gesinnung eines Theils der Mannheimer Bürgerschaft, das ist nicht neu, sondern ist schon früher in unserm Blatte hervorgehoben worden, lange ehe diese Rechtfertigung erschienen war. Nur reicht Beides nicht aus, um die Bürgerschaft von jenen Vorwurf freizusprechen; die Vertheidigung ist so ungenügend, wie die obige Berichtigung des Gemeinderathes. Eine Stadt, die soviel auf politische Selbstthätigkeit hielt, sollte sich in einem solchen Augenblick nicht hinter die Staatsbehörde verstecken; gerade wenn die Staatsbehörde ohnmächtig und willenlos war, da hatte die Stadtbehörde das Recht und die Pflicht, energisch die Zügel in die Hände zu nehmen. Es ist Thatsache, daß die Stadt Mannheim unter dem terroristischen Regiment eines H. Hoff und seiner Rotte stand, Thatsache, daß sie zu Wahlmännern für die konstituirende Versammlung Individuen wählte, die in diesem Augenblick entweder im Gefängniß sitzen oder wegen Hochverraths Steckbriefich verfolgt werden, Thatsache, daß unter Anführung von Bürgern und Bürgerwehrmännern ein Theil der Brücke zerstört ward, Thatsache, daß Bürger aus sicherem Verstecke meuchlerisch deutsche Soldaten erschossen und sich dieser That laut rühmten, Thatsache, daß im Moment der größten Noth eine Deputation „im Namen der Stadt Mannheim“ die Entfernung deutscher Truppen verlangte; alles dieß sind Thatsachen stille der Mannh. J. nicht etwa in Abrede, sondern es gibt eine Schilderung der Zustände, die das Gemälde wo möglich noch früher erschienen lassen.

Wollte man auch der einzelnen Exzesse und Brutalitäten, der Ausschweifungen aller Zucht, des wilden Pöbelübermuthes gar nicht gedenken, ein Zustand, wo der Landesverrath und das Verbrechen frei einhergehen und sich sprützen dürfen, fordert außergewöhnliche Mittel und eine außergewöhnliche Energie. Mit der guten Gesinnung, der unfruchtbaren Indignation, den beschwichtigenden Reden ist da Nichts mehr zu thun, und wer in solchen Augenblicken von dem ersten bittern Gefühl der Nothwendigkeit zurückbebt, muß sich das letzte, härtere willenlos gefallen lassen. Die Erklärung im Mannheimer Journ. sagt selber: „Wahr ist es, wir hätten noch einen Schritt weiter gehen können, um Alles zu thun, was in äußersten Falle von uns hätte gefordert werden können; aber dieser eine Schritt, hätten wir ihn in Gemeinschaft mit unserer Gemeindebehörde am letzten Mittwoch oder früher gethan, er hätte, so wie die Parteien standen, unbezweifelt Bürgerblut gekostet, ohne die Sache zu entscheiden. Wir konnten, wir durften dies nicht thun! Wenn unsere Regierung ruhig mit ansah, wie die Partei Hecker-Struve, während und nach der Frankfurter Vorversammlung, auf den gewaltigen Umsturz der bestehenden Ordnung hinarbeitete, wenn die Militärmacht hier, ohne einzuschreiten, die Subordination entschwinden ließ, wenn unsere Polizei die ersten nothwendigsten Aufgaben ihres Daseins nicht mehr löste, wenn unsere erste Verwaltungsbehörde der Bürgerwehr zumuthete, in dem Augenblick, wo die Stadt ohne die geringste Besatzung war, die nach Abgang von Heder und Struve zurückgebliebenen Häuser der Umsturzpartei festzunehmen, was sie unter dem Schutze des Militärs nicht zu thun wagte, wenn die Polizeibehörde nicht den Muth hatte, fremde arbeitslose, offenbar gefährliche Menschen zu entfernen und die Sicherheit des Eigenthums festzuhalten, so wären doch offenbarer Wahnsinn gewesen, wennwir Angesichts dieser Ohnmacht der gesetzlich bestehenden Gewalt uns eingeblößt hätten, mit Verschwendung von Bürgerblut auf einen Ruck Alles in die alten Fugen wieder einzwingen zu können. In unserer Lage hätte uns Nichts von Ereignissen, wie sie leider letzten Mittwoch Statt hatten, erretten können, als wenn unsere Regierung zur rechten Zeit den oft und vielfach bethätigten guten Willen der Bürgerschaft thatkräftig unterstützt hätte, wenn mit Mannheim auch der Staat rechtzeitig die Kraft gefunden hätte, Gesetzlichkeit und Ordnung zu erhalten.“

Also wieder die Regierung, wieder die Polizei! Wir sind zwar ganz damit einverstanden und haben es früher als die Stadt Mannheim im entschiedensten Tone hervorgehoben, daß die Staatsbehörden

Digitized by Google

die nöthige Energie nicht gezeigt, daß ihre mittleren und unteren Organe häufig ein Verbrechen beobachtet haben, bei dem es zweifelhaft war, ob es an gutem Willen oder an dem nöthigen Muthe oder an Beidem fehlte; die so Kalte und übermüthige Bureaukratie hat den traurigen Beweis geliefert, daß sie zwar in friedlichen Zeiten hundert Lästen, Schlanen, Polizeiqualereien hinter dem Schreibtisch anordnen konnte, aber in dem Augenblicke einer ernsten gefahrvollen Krisis ein ganz unbrauchbares Instrument sei. Dessenungeachtet oder vielmehr gerade deßwegen scheint es uns sehr nothwendig, daß die Stadt Mannheim, die wir gerne auf Selbstregierung hielt, in einem solchen Momente seinen andern Nothruf hat, als den an die Polizei. Wir hätten da auf Bürgermuth, auf kühne Entschlossenheit gerechnet; wir hätten gehofft, eine Stadt, wie Mannheim, werde Männer genug in sich finden, um mit den Buben fertig zu werden. Wenn wirklich — und wir zweifeln daran nicht — die Gesinnung der besseren Bürger so unzweifelhaft war, warum fand sich in ihnen die Entschlossenheit nicht, die schamlosen Demagogen aufzugreifen, die frechen und doch feigen Banden niederzuwerfen, die offenen Verbrecher zu fassen? Wo das Vaterland in Gefahr ist, muß Jeder vor den Riß stehen; wo die Ruhe und die Ehre einer Stadt durch eine böse Rotte bedroht ist, muß die Stadt nicht erst nach der Polizei rufen, sondern sie selber üben. In den Republiken der alten Zeit hat man solch kühne Handlungen als schöne Zeugnisse der Bürgertugend gepriesen; in unserer läppischen, matten, sentimentalen Zeit, wo man so Viel von Republikanismus redet, hat man nicht einmal den Muth, eine solche That zu loben, geschweige denn sie nachzuahmen. Man rühmt seine stille Gesinnung, seine Anhänglichkeit an die Ordnung, man scheut sich empfindsam vor „Bürgerblut", vergißt aber, daß diese Empfindsamkeit zur größten Grausamkeit wird, wenn man aus ungeeitiger Schonung gegen Verräther und Verbrecher den guten und gesunden Theil des Ganzen leiden läßt. Diejenigen Städte und Bürgerschaften, die in diesen Tagen einer Entscheidung neutral bleiben, laviren oder auch nur mit gütigen, freundlichen Reden die gährende Hefe beschwichtigen wollten, haben eine schwere Verantwortung auf sich geladen und ihre politischen Mündigkeit kein günstiges Zeugniß ausgestellt. Wir bedauern es tief, daß selber die Stadt Mannheim, die zur deutschen Reform die erste Losung sprach, solch eine Katastrophe hat kommen müssen; aber was uns noch mehr schmerzt, ist die offne Schadenfreude der Unverbesserlichen, der Reaktionäre und Konterrevolutionäre, die die Kühe wieder leck emporrecken und frohlockend hinweisen auf die Unfähigkeit des Bürgerthums, sich selbst zu helfen.

**Schleswig.** ✠ Rendsburg, 30. April. Ich kann Ihnen über den Verlauf unserer Dinge bis zur Besetzung von Flensburg nichts Neues melden. Die weiteren Fortschritte jenseit Flensburgs haben keinen Widerstand gefunden und der größte Theil der dänischen Armee hat sich nach Jütland zurückgezogen. Zuerst glaubte man, das Hauptkorps auf der Insel Alsen zu haben und deabsichtigte dorthin überzusetzen, man weiß jetzt, daß nur eine kleine Abtheilung dorthin geworfen ist, und es scheint der Plan aufgegeben. Am 28. war unser Hauptquartier in Tondern, von da eine Linienstellung quer über das Land nach Apenrade, von da der Küste entlang bis Alsen und Flensburg, in dieser letztern Hannoveraner und Schleswig-Holsteiner. Den Freikorps ist freigestellt, nach Hause zu gehen, da man sie jetzt doch nur zur Küstenbesetzung u. dgl. verwenden könne. Streifkorps sind bis Kolding hinaufgewiesen, ohne auf den Feind zu stoßen. Den Verlust bei Schleswig glaube ich bestimmt angeben zu können: an Todten auf 3 Offiziere und 32 Unteroffiziere und Gemeine von unserer Seite, 11 Offiziere und 110 Unteroffiziere und Gemeine von den Dänen. Die Zahl der Verwundeten aber ist sehr groß. Gefangen befinden sich in Rendsburg 13 Offiziere und an 500 Unteroffiziere und Gemeine. Es fand sich hier ein Lazareth für ungefähr 70 Kranke vor, aber nicht vollständig, und für innere Kranke ursprünglich eingerichtet, fehlten ihm die meisten der für Verwundete nöthigen Einrichtungen. Bald aber fanden sich nicht bloß alle weiter erforderlichen Requisiten, sondern auch ein allseitiger Entgegenkommen, daß innerhalb 3 Tage die ganze Einrichtung vollendet und Alles bis ins kleinste Detail, selbst zur Bequemlichkeit vorhanden war. Von dem Zuströmen der Hilfe und Geschenke haben Sie keinen Begriff, nur Beispielshalber führe ich an, daß von Altona Abgeordnete mit Eingemachtem, Apfelsinen, Cigarren ꝛc. zum Belange von 2000 Pfd. erschienen, die erfucht wurden, sofort damit nach Schleswig und Flensburg zu gehen. Diese Herren erklärten, in 8 Tagen mit einem ähnlichen Transport wieder zu kommen. Solche Sendungen geschahen in allen Dingen, an Scharpie, Leinwand, bis zu Betten und Bettzeug. Instrumenten. Von Lebensmitteln führe ich an, daß in einem Vormittage 600 Tonnen Roggen abgeliefert wurden. Daß Rußland sich nicht in unsern Streit mischen wird, ist wohl gewiß, ein nach Kopenhagen bestimmter Gesandter äußerte dies früher schon, und jetzt bestätigen es mehrere Nachrichten. Der Ihnen dort noch wohl in guter Erinnerung lebende Lehmann ist Kompagnieführer eines Freikorps, ist wohl und hat sich hervorgethan.

**Hamburg**, 1. Mai, 8½ Uhr Abends. Nach heute Abend mit dem Bahnzuge eingegangenen Nachrichten wären die Preußen in Jütland eingerückt; das Hauptquartier soll in Kolding sein. Der rechte Flügel (das 40te Bundeskorps) soll vorwärts nach Fredericia Geschütz, um den Angriff auf Alsen zu beginnen. (Hamb. Korr.)

**Bremen**, 3. Mai. Gestern langten an Bord eines durch ein Dampfboot geschleppten Schiffes 6 Stück schweres Geschütz (Vierundzwanzigpfünder) hier an, welche die preuß. Regierung von Minden herabschickt, um zur Montirung einer Strandbatterie unterhalb Bremerhafens zu dienen. Die Arbeiten zu diesem Behufe werden schon seit mehreren Tagen unter Leitung eines preußischen Artillerieoffiziers mit Eifer betrieben. (Wes. Z.)

**Frankfurt**, 3 Mai. 46. Sitzung der Bundesversammlung vom 3. Mai 1848. In der heutigen Sitzung beschloß die Bundesversammlung dem General v. Wrangel und den unter seinen Befehlen stehenden Truppen den Dank des Vaterlandes für die bethätigte Tapferkeit, Ausdauer und Mannszucht auszusprechen. Der preußische Gesandte gab Auskunft, daß die Matrikular-Berichtigung der zum deutschen Bunde gehörigen Länder nach der erfolgten Aufnahme von Ost- und Westpreußen auf 9,570,000 Köpfe sich belaufe. Der Gegenstand eines Schreibens des Fünfzigerausschusses wegen der Wahlen zur Nationalversammlung in den sämmtlichen Reußischen Landen jüngerer Linie hatte seine Erledigung bereits dadurch gefunden, daß die Bundesversammlung die betreffenden Regierungen schon früher aufgefordert hatte, nicht 3 sondern nur 2 Abgeordnete wählen zu lassen. Von der königl. sächs. Regierung wurde angezeigt, daß die Wahlen zur National-Versammlung bis zum 10. Mai beendigt sein würden. Desgleichen vom Gesandten für Luxemburg, daß die Niederländische Regierung für Limburg einen eigenen Kommissär bestellt habe, um die Wahlleitung sämmtlicher Bundesbehörde zu bewirken und insbesondere auch den wegen der Wahlen zur Nationalversammlung, so bald zu erwarten sei, es würden diese Wahlen bis zum 18. d. beendigt sein. Ferner wurde über den in der 37. Sitzung vom badischen Gesandten gestellten Antrag nach erfolgter Berichterstattung von Seite des Revisionsausschusses, berathen und beschlossen: Um dem von den Vertrauensmännern sowohl, als auch dem Fünfziger-Ausschuß anerkannten Bedürfniß, daß die verfassungsmäßigen Vollziehungsrechte der Bundesregierung auf die brillanste Weise für die großen vaterländischen Aufgaben und Bundeszwecke in den gegenwärtigen schwierigen Zeitverhältnissen ausgeübt werden, den Bundesregierungen vorzuschlagen, unverzüglich drei Abgesandte zu bezeichnen und der Bundesversammlung anzuschließen, welche in eiligen Fällen nach eigener Entschließung, sonst aber nach dem Rath der Bundesversammlung zu handeln haben und dem deutschen Volk und den Regierungen verantwortlich sind. Deren Aufgabe wäre vorzugsweise die für die innere und äußere Sicherheit und Wohlfahrt des Gesammtvaterlandes nöthigen diplomatischen Verhandlungen und Maßregeln zu führen und zu ergreifen, die obere Leitung sämmtlicher Vertheidigungsanstalten einschließlich der Volksbewaffnung zu übernehmen und der Vermittlung der Reginal-Ansichten und Wünsche gegenüber der N. V. in Beziehung auf die in Leben zu rufende neue Verfassung für Deutschland sich zu unterziehen.

* **Frankfurt**, 3. Mai. Die heutige Sitzung des Fünfziger-Ausschusses gewann großes Interesse durch die Mittheilungen, welche die HH. v. Wächter, Kuranda und Schilling (der sich Jenen in Prag anschloß) über ihre Mission nach Böhmen machten. Dieselbe ist in Bezug auf ihren nächsten Zweck total gescheitert; die Gründen, welche sich jetzt die Czechen haben, um das deutsche Element durch Terrorismus darnieder halten, weigern sich entschieden, das deutsche Parlament zu beschicken. Als Grund hiefür geben sie einerseits den nahen Zusammentritt ihres eigenen Landtags an; andererseits aber erklären sie unumwunden, daß sie ihr Verhältniß zum deutschen Bunde als faktisch gelöst betrachten, und die Gründung eines großen Slavenreiches im Auge haben, welchem Serbien, Bosnien, die Moldau u. s. w. einverleibt werden soll. Oesterreich würde, wenn es nicht die Eristenz seiner Dynastie auf's Spiel setzen wolle, sich diesem Reiche anschließen müssen. Alle Gegengründe der Deputirten des Ausschusses blieben fruchtlos; ja Schilling war selbst von persönlichen Angriffen bedroht, und Palazky sprach sich gegen ihn in höchst gereizter Weise aus, wofür er jedoch später Ehrenerklärung gab. Die Deutschen Böhmens ihrerseits sind, soweit der czechische Terrorismus ihnen noch eine Willensäußerung gestattet, entschlossen, das Parlament

zu beschicken, so daß man immerhin doch 15 — 20 Abgeordnete von dort erwarten darf. Wie Schilling die Stimmung der deutschen Bevölkerung Oesterreichs schildert, wolle dieselbe sich keineswegs den slavischen Bestrebungen hingeben, sondern im Nothfall eher die Dynastie als den innigen Verband mit Deutschland opfern. Die Aeußerung Schillings, man müsse Böhmen nöthigenfalls mit der Schärfe des Schwertes an den Abfall vom deutschen Bunde hindern, fand in der heutigen Ausschußsitzung mißfachen Anklang. Es wurde allgemein erkannt, daß rasches Handeln nöthig sei, um so mehr, als die Czechen es auch auf Vernichtung des Magyarenthums abgesehen hätten und russischer Einfluß nur zu sichtbar hervortrete. (Russische Emissäre durchziehen, wie Schufelka bemerkte, alle Theile Böhmens; russische Orden und Brillantringe schmücken die Führer der Czechenpartei.) Der Beschluß ging dahin: daß die böhmische Frage dem Ausschuß, der auf Jakobi's Antrag zur Berichterstattung über die bekannte amtliche Erklärung der Wiener Zeitung vom 20. April ernannt wurde, zu schleunigem Begutachten überwiesen und derselben zu diesem Zwecke die HH. Schilling, v. Wächter und Kuranda beigegeben wurden.

— ○ Frankfurt, 3. Mai. Es hat Ihnen Niemand darüber berichtet, daß am letzten Montag die Leiche des edlen Gagern von hier nach Horman, dem Landsitze seiner Eltern, gebracht worden ist. Das hiesige Militär, der Bundestag, die Siebenzehn, der 50er Ausschuß, eine Zahl Offiziere aller Grade aus Mainz gaben ihr das Geleite; die Stimmung war feierliche und stille Trauer. Der Nekrolog in Ihrem Blatte, aus der Feder des verteanten Freundes der Gagern'schen Brüder, Hermann Müller, gibt jedem aufmerksamen Leser tief zu denken. Es geht aus ihm hervor, daß unter diesen Brüdern schon seit 1813 ein patriotischer Bund war, der sich in schlechten und guten Tagen aufrecht erhielt. Denkt man sich, was in solchen Zeiten wie diese, die Einzelnen werth sind, die die Energie eines Fritz und Heinrich Gagern haben, so kann man ermessen, was dem Vaterland unter solchen Brüdern ein solcher Bund bedeutet hätte, indem sich die Kräfte nicht bloß im einfachen Verhältnisse vermehrt haben würden. Der Fall eines solchen Mannes ist wie ein vorbedeutendes Verhängniß für Deutschland. Möge der Einfluß besserer Sterne dieses erste Omen kreuzen!

### Schweiz.

†† Bern, 1. Mai. Die Rede des Bundespräsidenten, worin dieser in der neulich gehaltenen geheimen Sitzung gegen ein Schutzbündniß mit Sardinien und für Aufrechthaltung der schweizerischen Neutralität sprach, wird in der „Berner Zeitung" und einigen anderen Blättern sehr heftig angegriffen. Da jene Zeitung das Hauptorgan der äußersten Linken im Kanton ist und von dem Geschäftsführenden Niggeler, unter Theilnahme des Finanzdirektors Stämpfli, redigirt wird, so ist dieser Angriff als das Manifest eines offenen Bruchs zwischen den beiden Parteien der Radikalen zu betrachten, die sich in der hiesigen Regierung längst mit zunehmender Spannung gegenüberstanden. Auf welche Seite sich der Sieg neigt, muß sich in der Großrathssitzung, die am 8. d. eröffnet wird, entscheiden. Der vielverzweigte Volksverein ist für die Stämpfli'sche Partei thätig, Ochsenbein hat an einem Theil der bisherigen Konservativen zweibutige Bundesgenossen. — Prof. Rheinwald, ein Württemberger, ist vom Regierungsrath suspendirt und den Gerichten überwiesen worden, weil er bei einer Wühlerversammlung in Würtemberg sich gegen eine deutsche Republik erklärt, und zum Beweis davon, daß mit der republikanischen Verfassungsform als solcher nicht allein Schäden abgeholfen sei, einige Vorfälle aus der neuesten Schweizer Geschichte angeführt hatte. Ob diese Aeußerungen klug und taktvoll waren, soll hier nicht untersucht werden; wir begreifen, daß sie den Schweizer verletzen konnten, besonders da Rheinwald nicht bloß Bürger und Angestellter der Republik Bern ist, sondern auch 12 Jahre lang als politischer Flüchtling das schweizerische Gastrecht genossen hat; wir begreifen selbst die Katzenmusiken, die ihm nach seiner Zurückkunft gebracht worden sind; aber daß die republikanische Redefreiheit so enge Grenzen habe, um ein polizeiliches Einschreiten, wie das bemerkte, zu rechtfertigen, das hätten wir nicht geglaubt. — In welcher Weise hier zu Lande für die deutsche Republik und über die deutschen Konstitutionellen gesprochen wird, sehen Sie aus den Blättern. Bei der Mehrzahl derselben kann dies nicht überraschen, aber der Neuen Züricher Zeitung hätte man so viel Anstandsgefühl zutrauen dürfen, um sich dieser lächerlich hochmüthigen Ausfälle gegen Bestrebungen zu enthalten, deren Wesen und Gründe man wenigstens erst kennen müßte, ehe man über sie abspricht, und so viel politische Einsicht, um zu begreifen, daß das Interesse der Schweiz ein konstitutionell-monarchisches Deutschland fordert, denn zwischen eine französische, eine italienische und eine deutsche Republik eingeklemmt, müßte diese früher oder später, des Zusammenhalts einer eigenthümlichen Verfassungsform entbehrend, der Anziehungskraft der Nationalitäten nachgeben.

* Chur, 1. Mai. Das Fürstenthum Lichtenstein hat zum Abgeordneten nach Frankfurt gewählt den Rektor der hiesigen katholischen Kantonsschule, Peter Kaiser, einen gebornen Lichtensteiner und Verfasser einer vor Kurzem erschienenen Geschichte Lichtensteins. Hr. Kaiser ist ein besonnener, etwas ängstlicher, dem Juste Milieu anhängender Mann; doch, soviel uns bekannt, mehr republikanisch als konstitutionell-monarchisch gesinnt. Republikanisch ist auch die im Fürstenthum Lichtenstein, zumal bei dem jüngeren Geschlechte, vorherrschende Stimmung.

### Frankreich.

Ein Dekret der Regierung bestimmt, daß die Aufhebung der Negersklaverei in allen französischen Kolonien zwei Monate nach Bekanntmachung dieses Dekrets in jeder Lokalität Statt finden soll. Die pekuniären Abschigungen und die Käufe und Verkäufe von Sklaven hören augenblicklich auf. Alle Besitzer von Sklaven werden vom Staate entschädigt. Jeder Sklave, der künftig den Boden der französischen Kolonien betritt, ist frei. Franzosen dürfen selbst in fremden Ländern weder Sklaven besitzen, noch selbe kaufen oder verkaufen, widrigenfalls sie sonst ihr französisches Bürgerrecht verlieren.

### Oesterreichische Monarchie.

Lemberg. An d. l. f. Magistrate und die übrigen Stellen erster Instanz ist die Weisung ergangen, von nun an den Parteien die Erledigung in derselben Sprache, der deutschen oder polnischen, auszufertigen, in welcher die Eingabe abgefaßt sind. Hinsichtlich der Vorlesungen an der Universität wurde von Seite des Landesbehörde die Verfügung getroffen, daß es öffentlichen Docenten, welche sich über ihre Befähigung beim akademischen Senate auszuweisen im Stande sind, gestattet ist, sowohl über Obligat- als freie Lehrfächer öffentliche Vorträge zu halten, bei welchen es ihnen freisteht, sich auch der polnischen Sprache zu bedienen. Jedoch wird bemerkt, daß nur von den ordentlichen Professoren ausgefertigte Frequentationszeugnisse legale Geltung haben werden.

Krakau. Die Oesterreich. Z., redigirt von Ernst Schwarzer, bringt aus der „Rada narodowa" folgende Nachrichten: Das National-Komité in Krakau, von dem bereits in dieser Zeitung gemeldet worden ist, hat die Genehmigung der Staatsbehörden in Wien erhalten. Es wurde daher nach der Ankunft dieser Nachricht gleich eine Theilung der Geschäfte im Komité vorgenommen. Rukowski erhielt die Abtheilung des Kultus, Zwanzigwieg das Aeußere, Zienkowski das Innere, Wysocki die Abtheilung des Krieges. — Leon Bochenek und Stanislaw Trentowski werden als Deputirte zu der Versammlung in Frankfurt a. M. abgehen. Des Letzteren politische Vorträge im Amphitheater finden viel Beifall und werden zahlreich besucht. Nach seiner Rückkunft von Frankfurt wird er die Redaktion des Blattes übernehmen, welches das Nationalkomité herauszugeben gedenkt. — Von den in Krakau angelangten polnischen Emigranten gehen Viele nach Galizien, die von dem Kreiskomité weiter vertheilt werden. — Das Krakauer Komité hat an die Staatsregierung in Wien eine Petition um Geldunterstützung gesandt, von der es eine nicht unginstige Annahme erwartet. — Oesterreichische Truppen häufen sich gegenwärtig Stellung bei der Stadt von Krakau; man sagt, es soll ein Korps von 80,000 Mann in Krakau und in Galizien unter dem Oberbefehl von Windischgrätz zusammengezogen werden, man weiß nicht, ob gegen Polen oder Russen. — Die Rada narodowa enthält ferner eine Proklamation an die „Brüder der Russinen", die bekanntlich die Bevölkerung von Ostgalizien ausmachen. Sie werden darin aufgefordert, ihre Nationaleifersucht gegen die Polen zu lassen, indem diese ihnen, als einem Zweige desselben Stammes, brüderlich entgegenkommen. Sie möchten daher die Bestrebungen der Polen nach allen ihren Kräften unterstützen und zunächst das Mißtrauen des russischen Volkes gegen die Polen auszurotten suchen.

Wir haben Briefe aus Krakau vom 28. April. Die Ruhe war nicht mehr gestört worden; es herrschte Todtenstille. Ueber 800 Emigranten hatten die Stadt verlassen. Die Regierung hatte eine kaiserliche Entschließung kundgemacht, nach welcher die Ablösung der Robot und anderer Feudallasten den Bauern aus Staatsmitteln zugestagt wurde. Bei den Edelleuten soll dies große Erbitterung erregt haben. (Allg. Z.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

**Würtemberg.** *Aus Schwaben, Ende April. Die Wahlen zur Nationalversammlung sind zu Ende, wenn schon die Ergebnisse noch nicht überall bekannt. Aber schon die Wahlkämpfe selbst, so wie sie überall geführt wurden, wo irgend Zündstoff für die reaktionären Parteien im Lande zu finden war, reichen zu, über das direkte Wahlsystem und dessen Angemessenheit zur politischen Bildungsstufe der Massen ein sicheres Urtheil abzugeben. Es war der Einfluß der demokratischen Bestrebungen, welchem das Ministerium die Anordnung direkter Wahlen einräumen zu müssen glaubte; aber nicht diese, sondern vornehmlich die reaktionären Partiern, haben sich dieses Wahlsystems bemächtigen können und, wo immer möglich, die Massen zu dem heftigsten Fanatismus entflammt. Unserm Volke fehlen die ersten Elemente staatsbürgerlicher Begriffe und einer selbständigen politischen Bildung. Die unseligen Folgen einer so weitgreifenden bureaukratischen und kirchlichen Bevormundung, wie sie von der hier geübt worden, lassen sich nicht durch die Einsichten der Ersterkenntniß und der Volksversammlungen während einiger Wochen hinwegwischen. Der Sprung von der Jahre lang geübten ministeriellen Machtkorruption zu einem, nur allein einem politisch reifen Volke angemessenen, direkten Wahlsysteme war zu groß. So ist es kein Wunder, wenn an die Stelle der die selbstregen Wahlen bestimmenden Beamtenschaft andere Führer getreten sind, deren finsteres Treiben einen schmerzlichen Blick thun läßt in die dem Fanatismus offenstehende Unmündigkeit und Einfachheit der Massen. *)

Der Sturm, der sich von Stuttgart aus gegen republikanische Tendenzen erhob, war nur der Ausdruck des allenthalben im Kerne des Volkes, namentlich im Bauernstande wurzelnden konservativen Elementes, das mit Recht Blutige so sehr fürchtet, als Anarchie. Aber es ist diese Haltung des Volkes weit weniger eine klare, entschiedene politische Gesinnung, als vielmehr nur ein Instinkt, der die Massen leitet, und darum sind dieselben reaktionären Bestrebungen, wenn diese klug genug sind, die Individualität unsres schwäbischen Volksstammes anzufassen, nur um so mehr zugänglich. Einen der wesentlichsten Grundzüge dieser Individualität macht aber das religiöse und kirchliche Element aus, und daß man daran bei der Berathung über direktes oder indirektes Wahlsystem von seiner Seite gedacht zu haben scheint, können wir Angesichts des jetzt losgelassenen Fanatismus nicht ernstlich genug bedauern. Noch ist es Zeit, einzulenken, und die Warnung, welche im Gang der Schweizerdinge in dieser Hinsicht auch für uns liegt, nicht verloren gehen zu lassen. Wohl regt es sich allenthalben im Volk, auch der pfäffischen Fesseln losgewerden, und wir haben beim Anfassen der Wahlkämpfe die fühlen, freilich noch schüchternen, Versuche mit Freuden wahrnehmen können, womit hellere Köpfe und redliche Herzen im Volke selbst ringen, dahin zu kommen, daß, wie Dr. Strauß in seiner Volksrede die Fanatiker abwies, dem Parlamente gegeben werde, was des Parlamentes sei. Da ward zum ersten Mal die gesammte Masse des Volks zur Ausübung des Wahlrechtes berufen in einer hochwichtigen Angelegenheit, welche drei Vierthelen weit über ihr Verständniß und ihren Gesichtskreis hinausliegt.

Die Gelegenheit war zu lockend, als daß die durch den neuen Umschwung der Dinge verblüfften Parteiführer des Ultramontanismus und des Pietismus sich dieselben hätten entschlüpfen lassen, und wäre es auch nur gewesen, um ihrem Einfluß auf die Massen wieder einen Aufschwung zu geben. Prof. Mack, der langjährige Führer der entschiedensten katholischen Richtung im Lande, der redliche Kämpfer für das Recht seiner Kirche, wie für Volksfreiheit hat sich die Unzucht der ultramontanen Geistlichkeit in Oberschwaben dadurch zugezogen, daß er in der Kammer dem neuen Ablösungsgesetze, welches die in ihren Einkünften bedrohten Geistlichen in Wuth versetzt hat, nicht entgegen trat, und Ihr Stuttgarter Korrespondent ist in dieser Hinsicht (vgl. den Bericht in Nr. 118) nicht gründlich unterrichtet. Auch ist Mack zu sehr Christ und Bürger des deutschen Vaterlandes, als daß er einem die Massen gewinnenden Fanatismus mittelst Aufpflanzung der Fahne der Unduldsamkeit das Wort reden könnte. Daher sollte andern Männern das Vertrauen des katholischen Volkes gewonnen werden. So der Pfarrer Kaufen, vom welchem nur bekannt ist, daß er den Frieden einer paritätischen Stadt auf eine wahrlosliche Weise gestört hat, W. Pfarrer in Freiburg, dessen Geschichtsschreibung zeigt, in welchen Diensten er steht. Und werfen man sich zu solchen Männern verfehlt, darüber geben die Mittel, um ihre Macht durchzusetzen, genügende Anskunft. In Ellwangen mußte ein freisinniger katholischer Professor, der Kanzers Wahl ansecht, vor der Wuth des Volkes die Stadt verlassen. In Oberschwaben wurde der Gründer gegenüber Borgesellagerne als ein Mann bezeichnet, der es auf den Umsturz der katholischen Kirche abgesehen habe. Hier wie dort wurde die Wahlsache zu einer Konfessionssache gemacht, hier wie dort die alte Wunde des Glaubenszwiespalts unter deutschen Bauern unverantwortlicher Weise und zum Zeichen des Mißtrauens der Vaterlandsliebe dieser ultramontanen Partei aufs Neue aufgerissen. Aber nicht genug; die pietistischen, evangelischen Fanatiker haben den Ultramontanen nun möglich noch den Rang abgelaufen und jedenfalls dieselben an politischer Einsichtslosigkeit und finsterem Glaubenshaß noch übertroten. Denn der zelotische Pietismus schleuderte seine Brandfackel nicht nur in die Wahlbezirke, wo es galt, einen Strauß, einen Bischer zu beseitigen, sondern auch dahin, wo, wie in gemischten Bezirken, ultramontane Tendenzen mit Männern einer freisinnigen, konstitutionellen Richtung bereits im Kampfe lagen, wo für die Kandidaten des Pietismus nie und nimmermehr eine Hoffnung auf Sieg war, wo die Agitation für solche nur eine Stimmengersplitterung herbeiführen mußte, welche den glänzenden Sieg der Ultramontanen zur Folge hatte. So arbeiter der fanatische Pietismus dem Parteitreiben der Ultramontanen in die Hände, und mit welchen finstern Hilfsmitteln! Die Ehrenzitel: „Gottesläugner", „Feinde Christi" u. s. w. sind es, womit Männer bezeichnet werden, die redlich und gewissenhaft seit Jahren an der Hebung der Volksbildung, an der Verbesserung der politischen, kirchlichen und socialen Zustände mitwirken, und die Früchte dieses, die Massen fanatisirenden, allein wahren evangelischen Glaubens sind, daß die also verlästerten Männer ohne thätliche Mißhandlungen sich nicht in den Wahlbezirken sehen lassen dürfen. — Armes deutsches Vaterland! Mit solchen Erscheinungen beginnt das Werk der Einigung! Und zu diesen Umtrieben der Reaktion stellt jetzt nur noch die Konspiration des Junkerthums und der Bureaukratie. Darum, im Angesicht der drohenden Gefahren von Außen und der innern im Osten sich regenden Sonderbundsgelüste, aufgeschaut, daß nicht die Reaktion, wie die republ. Gewissenlosigkeit Volk und Vaterland verraths!

*) Vgl. die letzterden Artikel in Nr. 111 und 112 unserer Zeitung.

### Frankreich.

**Paris, 1. Mai.** Wir haben bereits von den Organen der verschiedenen Parteien einige bedeutendere über den Charakter der Wahlen sprechen lassen; Erbitterung, ihre revolutionären Ultras, Verlegenheit und Verstimmung der eigentlichen Republikaner, und Frohlocken der konstitutionell Monarchischen waren die vorherrschenden Eindrücke. Wer die Reforme oder die Commune de Paris durchblätterl, glaubt sich in die Journalistik des Jahres 1793 versetzt; so brutal und leidenschaftlich drohen diese mit einem gewaltsamen Rückschlag von Unten, so wenig wollen sie die Stimme der Nation, die nun gesprochen hat, gelten lassen. Höchst bezeichnend ist es, die mißvergnügten Blätter über die Gründe zu hören, denen sie den ungünstigen Ausgang zuschreiben. Nach den Einen haben die Beamten der alten Regierung, nach den Andern die Geistlichkeit und die Legitimisten oder die Regierung selbst es verschuldet; kurz, es wird jeder Einfluß angenommen, nur der eine nicht, der hier allein in Anschlag kommen kann: der Wille des Volks. Man hatte die provisorische Regierung eine Wahlfabrik genannt hatte, dessen eigentlicher Zweck war, die Wahlen ganz in die Hände der Pariser Klubs und Wahlausschüsse zu bringen, nachdem Ledru Rollin erst Cirkulare erlassen hatte, die den schriftlichen Kniffen eines Guizot und Duchatel wie ein Tropfen Wasser dem andern ähnlich sahen, nachdem er sämmliche Proskriptionslisten gegen die mißfälligen Personen aufgestellt hatte, nachdem die Kommissärien der Regierung eine Gewalt geübt, wie nur jemals die Präfekten der Monarchie, und nachdem Alles das doch nicht zum Ziele geführt hat, haben die Organe der Regierung noch die Kaltestirn, alle denkbaren Gründe aufzusuchen, statt die einfache Thatsache zu beherzigen, daß die unermeßliche Mehrheit der Franzosen von einem Regiment Ledru Rollins Nichts wissen will. Vor zwei Monaten hieß es: wir wollen der Nation ihr Entscheidungsrecht lassen, jetzt ist man zufrieden sich, weil diese Nation anders zu entscheiden scheint, als eine Faktion in Paris es will. Kein Blatt legt dies in so brutaler und schamloser Weise an den Tag, als der Courrier Français, einer der Schleppträger Ledru Rollins. Seiner Verstocherung nach hätte die Regierung zu Wenig gethan, sich zu großmüthig gezeigt, ihre Wahleinwirkungen (die unter Louis Philipp mit Recht so laut getadelten Wahleinwirkungen!) zu matt betrieben. „Die wahren Volksmänner, so schließt das Blatt, müssen die Fahne wieder aufnehmen, welche die Regierung hat aus den Händen fallen lassen. Ihre Energie muß sich an dem Gefühl ihrer kleinen Zahl beleben; sie haben für sich das Recht und die Sympathien aller edlen Seelen. Mögen sie vorwärts gehen voll Vertrauen; bei ihrem ersten Rufe wird das Volk sie hören"! Die Sprache ist deutlich; sie kann populär ungefähr so: wir sind freilich in den Wahlen geschlagen, wir sind in der Minorität, wir müssen also durch einen Handstreich zu erlangen suchen, was uns die Stimme des Volkes versagt hat.

Digitized by Google

Drum Geduld; kommt die Stunde zum Loschlagen, so wird es an den nöthigen Häuften nicht fehlen. Ob aber Frankreich sich diese Tyrannei einer Oligarchie wird gefallen lassen, ob es die Geschichte der Girondisten noch einmal mit durchmachen, und die ganze politische Lebensthätigkeit des Landes von einer Handvoll Leute in der Hauptstadt sich wird bestimmen lassen, das ist vorerst noch um so zweifelhafter, als in der Hauptstadt selbst die Partei Ledru Rollin nur eine Minorität bildet, und nur durch Einschüchterung über die Mehrheit Herr werden kann.

Paris, 2. Mai. Ein Dekret der provisorischen Regierung stellt das provisorische Reglement für die Eröffnung der Nationalversammlung fest. Wir theilen die wesentlichsten Punkte desselben mit, da es vorzüglich auf schnelle Erledigung der Geschäfte berechnet zu sein scheint. Am 4. Mai um 12 Uhr Mittags versammeln sich sämmtliche Volksvertreter in dem Sitzungssaale. Um 1 Uhr ersetzen sie die provisorische Regierung und die Minister. Nach einer kurzen Anrede des Präsidenten der provisorischen Regierung konstituirt sich das provisorische Bureau, mit dem ältesten Volksvertreter als Präsidenten und den sechs jüngsten als Sekretären. Die Versammlung theilt sich hierauf in 18 Bureaus, jedes von 50 Mitgliedern. Jedes Bureau schreitet sogleich zur Prüfung von 50 Wahlen. Um 3 Uhr wird die öffentliche Sitzung wieder eröffnet und alle unbestrittenen Wahlen werden bestätigt, die bestrittenen werden vertagt. Wenn mindestens 600 Mitglieder als rechtmäßig gewählt bestätigt sind, so wird der definitive Präsident der Versammlung durch namentliche Stimmgettel gewählt. Neun Abtheilungen von Wahlrichtern, jede aus 3 Mitgliedern bestehend, ordnen und zählen die Stimmzettel; derjenige Volksvertreter, der die meisten Stimmen über die absolute Majorität von 451 Stimmen hat, wird als Präsident proklamirt. Auf gleiche Weise werden 6 Vicepräsidenten, 6 Sekretäre und drei Quästoren gewählt. Alle diese Ernennungen geschehen nur für einen Monat. Das definitive Bureau läßt hierauf das provisorische Bureau ab, und der Präsident sagt: „Volksvertreter! im Namen der einen und untheilbaren Republik, die Nationalversammlung ist konstituirt. Es lebe die Republik!“ Der Präsident der provisorischen Regierung stattet nun über die Lage des Staates seit dem 24. Februar Bericht ab und übergibt seine Gewalt in die Hände der Vertreter der Nation. Jeder Minister legt über seine Amtshandlungen vom 24. Februar bis 4. Mai Rechenschaft ab.

In Rouen und Elbeuf ist die Ordnung ganz hergestellt, aber die größte Erbitterung herrscht unter den Arbeitern. In Limoges, wo die Insurrektion siegte, hat sich eine provisorische Regierung gebildet, der sich die Truppen und das Landvolk der ganzen Umgegend angeschlossen haben sollen. Ein aufrührerisch. Broodlmächtigter der Regierung ist dort angekommen.

Inzwischen dauert der Lärm der Ultras in der Presse und den Klubs fort; man scheint es darauf abzusehen, die Mitglieder der Nationalversammlung noch ehe sie nach Paris kommen, nach Kräften einzuschüchtern. In dieselbe Kategorie gehört auch eine andere Demonstration. Der Klub der Menschen- und Bürgerrechte, an dessen Spitze Barbès, Obrest der 12. Legion der Nationalgarde und Volkscertreter, ferner die alten Republikaner Huber, Sobrier, Villain und Chippron stehen, hat gestern eine sehr heftende Proklamation anschlagen lassen, worin nicht nur die politischen, sondern auch die sozialen Reformen gefordert werden und der Bonapartismus geradezu angekündigt wird, daß, wenn sie noch ein Mal diesem gerechten Verlangen thörichten Widerstand entgegensetzen und das Volk unterdrücken werde, man mit ihr nicht mehr von Verzeihung, sondern nur noch von Gerechtigkeit sprechen werde. (Die Gerechtigkeit von 1793!) So fängt ein Theil der Presse und der Klubs ganz dieselben Manövers an, wie die, womit man in der ersten großen Revolution die gesetzgebenden Versammlungen terrorisirt hat. Die Drohungen kommen aber fast zu frühe; noch hat die Versammlung nicht gesprochen, ja noch ist sie nicht einmal versammelt und schon zeigt man ihr drohend die geballte Faust. Ob sich darin nicht mehr der Zorn der Ohnmacht, als das Vertrauen des Sieges ausspricht?

* Straßburg, 1. Mai. Die Wahlen dieses Departements für die Nationalversammlung sind beendigt angefallen. Herr Lichtenberger, der so kräftig den Niederrhein verwaltet hat, und auf dessen Vorstellungen auch größtentheils das Dekret der Regierung gegen das Zusammenrotten der Zuzüger an der Ostgrenze erlassen worden, ist mit mehr als 118,000 Stimmen der Erste auf der Liste erwählt. Ihm folgte eine Reihe von 14 trefflichen, gemäßigten Männern, wenigstens mit Ausnahme eines Einzigen, den seine Lokalität durchgesetzt hat, und der ein heftiger, oft unbesonnener Anhänger der Republik sein soll. Der Klub der Union Fraternelle, der über den Dr. Rauschenplatt die Exkommunikation ausgesprochen und gegen das erwähnte Dekret Protest einlegte, ist nicht repräsentirt, so wenig als die Socialisten, die Pietisten und Ultramontanisten, oder wie sie sonst Alle heißen, die ein Wahlbanner aufgesteckt und Listen verbreitet hatten. Doch stand wegen der einförmigen Wirksamkeit des Klerus die bischöfliche Liste am Rädchen; der Unterschied betrug nur 500 Stimmen. Ich glaube, es hätte unangenehme Scenen gegeben, wenn sie gesiegt hätte. Die Stimmen der in dem Heere Dienenden, die diesem Depart. angehören, betrugen etwa 7000: für einen der Kandidaten, den Artilleriekapitän Brückner, sind sie entscheidend geworden. Ebenso beruhigend sind, wie Sie bereits wissen, die Wahlen in der Hauptstadt und überhaupt in dem innern Frankreich. Lamartine's Popularität, verglichen mit der seines Kollegen Ledru-Rollin, ist wirklich eine wichtige, wohlthuende Erscheinung. Der Verfasser der Girondins hat gewissermaßen diese Grundsätze popularisirt, wobei seine Darstellung — unhistorisch, aber glänzend — wohl das Meiste beigetragen hat. Sollte nicht in dieser Volksstimmung ein wichtiges Zeichen der Zeit liegen, und zwar ein erfreuliches — eine Garantie für die Bestrebungen, ihr Ziel und die Mittel? Allerdings bleiben der Bedenklichkeiten viele, wenn so Alles an einer Individualität hängt, aber es schaart sich doch eine Partei um ihn, die zur Masse anwächst, auftritt und den Muth erhalten läßt. Man muß die Dinge nehmen, wie sie sind. Wie könnten sie auch anders sich gestalten nach den Ereignissen! Deutschland hat noch überall die Stützen der öffentlichen Ordnung, die Regierungen; der Himmel lenke die Völker und Fürsten, daß die Einen sich erhalten, die Andern sie halten! In Frankreich ist die Regierung zusammengestürzt, und Niemand wegelegt: man hofft ein große Besonnenheit nöthig, den Gang der Staatsmaschine wieder herzustellen, und Mißgriffe mögen mancher Art vorfallen. Deutschland fühlte Nichts von diesen schweren Wehen, und hoffentlich wird es bei den kleinen Störungen in dem badischen Oberlande sein Bewenden haben; das Uebrige gehörte zu dem großen Läuterungsprozesse und war im Grunde weniger zerstörend, als vielmehr erhaltend. Denn das Zweckmäßige hat immer längere Dauer als das Verschrumpfte, in Fäulniß Versunkene. Heute sind nun die Deputirten abgetagten. Ein langer Zug der Bürger und Soldaten mit Musikcorps geleitete sie bis an die Grenze des Stadtbannes. Daß eine solche Feierlichkeit Statt fand, ist nicht unzweckmäßig; das Volk soll sich führen, wie wichtig diese Mission ist, welche sie in die Hände der 15 Mitbürger gelegt hat. Daß aus Einer Deputation die Halfte dabei mitzog, läßt sich erklären; auch für sie wird die Nationalversammlung wichtig. Was aber die deutschen Republikaner dabei wollen, ist weniger deutlich. Für sie und ihre Wünsche ist hier kein Heil mehr. Diese Wiederersttandenen haben sich nämlich in ziemlicher Zahl wieder in dieser Stadt eingefunden und sind in gesonderter Schaar mitgezogen. Aber ohne die durchsichtige Reichsfahne, die wohl als Trophäe des Siegs bei Rheinfelden nach Stuttgart gekommen oder gar auf dem Strande der Schusterinsel begraben sein mag. Auch ihre Führer sind alle hier und wohlbehalten. Die ersten Ankömmlinge, die mit Schiffen oder auf den Eisenbahnen sich hieher retteten, erzählten so Viel von dem Blutbade der Wüthriche, der Barbaren, daß sich auf öffentlichen Plätzen Hunderte um sie drängten. Einige von Flucht bald lend, Andere Thränen des Mitleids vergießend; Viele erwarteten, die Fluthen des Rheines würden von Blut gerötet aufschwellen! Aber bald drängten sich wieder Schaaren von grauen Hüten in den Straßen, und wir hatten abermals die angedeuteten Gäste, die um den Zehrpfennig bitten, während die Führer in den Gasthöfen sich an reicher Tafel erholen. Ein wahres Wunder war es, daß Sonntags, der Zerbauene, plötzlich sich behaglich in dem Rebstock wieder zusammenfand. Jetzt werden sie, wie früher ihre Vorgänger, unter dem Namen politische Flüchtlinge in die Departemente des Innern vertheilt. Damit aber nicht Alles zerfalle, hat Heinzen ein Komité konstituirt, welches als Centralbehörde mit den Einzelnen Verbindungen unterhalten wird. Hoffentlich werden die Meisten, dieses nutzlosen Aufopferen ihres Lebens müde, entweder in Frankreich wieder zu ruhiger Handthierung greifen, oder als gute Bürger der Heimath zuziehen und dort durch Thätigkeit das Beste fördern helfen. — Den Konflikt in Rouen zwischen der Nationalgarde und den Arbeitern haben die Zeitungen gemeldet. Es ist das erste Zusammentreffen der Bürger mit denjenigen, welche jetzt gerne die Herren sein möchten. Die Truppen standen bei den Erstern, und Beide haben bewiesen, daß man wohl gegen despotische Regierungen Barrikaden mit Erfolg errichten könne, aber nicht gegen seine Mitbürger. In sofern ist der Sieg von großer Wichtigkeit und guter Vorbedeutung.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf; für Deutschland übernimmt sie Hr. Otto in Stuttg. 20 Kreuzer. Preis in London 3½ Sgr. Für Frankreich, Belgien, Holland, Portugal u. Nordamerika werden sie von Hrn. G. L. Daube & Comp. in London, für Italien von Hrn. Bernhard Frommherz, Schweiz, in Genf, für Dänemark, Schweden, Norwegen, Russland und Polen von Hrn. Eduard Kummer in Leipzig angenommen.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeberschaft besorgt das Gmelin. Verlag von Bernhard Mohr in Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 45 Kr. oder 15 Sgr. durch die Post bezogen 60 Kreuzer oder 20 Sgr. Alle Anzeigen werden mit 2 Kr. oder 1 Sgr. berechnet.

№ 127. Heidelberg, Sonntag 7. Mai. 1848.

## Ueberschicht.

Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde. VII. — Wien (die Bauern in Galizien und der Adel. Die Parlamentswahlen. Verordnung über die Abgaben in Kärnthen). Bozen (Neuer Einfall der Wälschen erwartet; Ankunft der Kufsteiner und tiroler Studenten). Prag (die Statute von Troppau und Jägerndorf treten gegen die böhmischen Separationen Protest ein. Der Czechisch verlangt Trennung von Böhmen). Berlin (Erlass über den Creutzeltverein für das Wohl der arretirenden Klassen. Dänische Fregatte vor dem Swinemünder Hafen. Stellung der Truppen in Holstand. Fürst Lichnowski. Der Kriegsminister. Die Centralarmee. Das Freikorps. Dänemark sucht Hannov. Vermittlung. Polnische Aktenstücke. Blutige Niederlage der poln. Insurgenten im Lager von Lyon. Protestation der poln. Bewohner gegen die Einverleibung in den Bund). Posen (ihr sonderbares Pochen auf ihre Verträge. Ihre Forderungen. Allgemeiner Gedanke. Abfall poln. Regimenter. Rückzug der Deutschen von Mitoslaw). Breslau (die militärische Verschwörung in Warschau). Düsseldorf (die Wahlen). Crefeld, Bonn (Sieg der Ultramontanen). Königsberg (Truppen nach der russischen Grenze. Angebliche Erklärung Russlands. Mündrain die Unruhen beschwichtigt. Die arbeitenden Klassen. Die Parlamentswahlen). Solothurn (Truppen in das untere Mainthal). Hannover (Dahlmann gewählt. Parlamentswahlen). Donaueschingen (Verhaftungen). Schwarzburg-Rudolstadt (vor Sonntag. Zeitung. Ein Freikorps nach Schleswig-Holstein. Die Unruhen in Weimar). Braunschweig (Parlamentswahl). Schleswig (Preußen nach Jütland vorgerückt. Wahl.) Rudolstadt (Berücken der Herzogin. Die Dänen. Die fremde Politik). Altona (Stimmung der Herzogthümer. Beschluss der Landesversammlung. Schritte mit Beschlag belegt. Der Verkehr unterbrochen. Bedenken des Kieler Hafens.) Hamburg (Parlamentswahl). Frankfurt (Verhandlungen des Ausschusses über Posen. Das Verhältniß zu Oesterreich und der letzte Bundesbeschluß. Verhandlungen der Bundesversammlung.

**Dänemark.** Ankunft des Königs. Ansprache an die Kopenhagener.

**Norwegen.** Die Staatsrevolution errichtet.

**Großherzogthümer.** Lauenburg. (Die Stimmen über das brabbichtige April Dementad.) **Straßenkampf** zwischen Jung- und Altirland. Limerick in Kriegszustand erklärt. O'Brien entlastet seinem Parlamentsitz. Entschiedene Mißregeln der Regierung. Drohungen der Times gegen Preußen.

**Frankreich.** Strasburg. Eröffnung der Nationalversammlung.

**Beilage.** München (die Parlamentswahlen. Die Wirkung der Klubs). Niederland (die Nothschlafahrt. Graf Stirum. Das Ministerium). Dänemark (Schreiben des Kriegsministers an den dänischen General. Orla Lehmann. Die beschlagnahmte deutscher Schiffe angetrogt). Frankreich. Paris (erstes Zusammentreten der Abgeordneten. Die Polemik der Presse. Gebietrung der beiden Extreme. Der National über Italien und Polen. Die deutschen Emigranten in Frankreich. Die Unruhen in den Provinzen. Der portugiesische Gesandte). Türkei. Bukarest (die russischen Intriguen. Bevorabte Lage der Donaulande).

## Heidelberg, 6. Mai.

Die Konstitution der österreichischen Monarchie ist proklamirt, eine Verfassung, nicht durch freien Vertrag entstanden, sondern von dem Kaiser gegeben, aber auf breiten Grundlagen ruhend. Auf dem Reichstage, der zunächst zusammentreten wird, soll die Monarchie sich zum ersten Mal als ein einiger Staat fühlen. Wird sie sich auch als ein einiges Volk, eine einige Nation fühlen? Nach dem Verhältniß der Bevölkerungen in den Gebietstheilen, für welche die Konstitution erlassen ist, werden auf dem Reichstage die slavischen Elemente überwiegend sein. Wir sprechen dies einfach aus, ohne eine weitere Bemerkung hinzuzufügen; Erdermann in Deutschland wird die Nutzanwendung daraus von selbst zu ziehen wissen.

Aber es wird nicht leicht sein, die Frage im Voraus zu beantworten: wie sich diese Versammlung zu dem deutschen Reichstage stellen wird. Werden sie Hand in Hand gehen können? Wird Deutschland die slavischen Elemente, werden diese Deutschland zufrieden stellen können? Wird Oesterreich nicht gerade durch seinen Reichstag gehindert werden, in Frankfurt ganz in dem deutschen Sinne, und folglich mit all der Kraft aufzutreten, die ihm gebührt? Alle Kraft der Regierungen liegt jetzt nur in der vollen Hingebung an die deutsche Sache, in der innigen und lebendigen Durchdringung mit rein deutscher Gesinnung.

Eine Bemerkung dringt sich zunächst auf. Die österreichische Konstitution ist fertig; die Beschlüsse des deutschen Reichstages werden auf sie keinen Einfluß mehr haben können. Während Preußen seine konstituirende Versammlung so beruft, daß dieselbe mit der Frankfurter Versammlung Hand in Hand gehen, und die preußische Verfassung den dort festzustellenden, allgemein deutschen Grundsätzen anpassen kann, hat Oesterreich sich von vornherein die Hände gebunden. Oder wird es sich den Beschlüssen der Mehrheit aus deutschen Reichstage unterwerfen und vorkommenden Falls auch die Bestimmungen seiner Verfassung abändern? Wird die Regierung, wird das Volk dazu die Hand bieten? Wir fürchten sehr, daß Oesterreich sich dadurch schon um einen Schritt auserhalb der deutschen Bewegung gestellt habe. Inwieweit es dazu durch seine besondere Stellung genöthigt war, wollen wir hier nicht beurtheilen. Aber verhehlen können wir uns nicht, wie mißlich es ist, wenn eine Macht, die den Anspruch erhebt oder von Vielen dazu anerkannt ist, an die Spitze Deutschlands zu treten, sich durch eine besondere Stellung gewöhnigt sieht, auserhalb der allgemeinen deutschen Bewegung eine selbständige Haltung anzunehmen.

Diese besondere Stellung aufzugeben, dazu scheint uns, wenn man den öffentlichen Kundgebungen trauen darf, keine große Neigung vorhanden, nicht allein unter der slavischen Bevölkerung, für die Palazky's Schreiben an den Fünfzigerausschuß deutlich genug Zeugniß gibt, sondern selbst nicht unter der deutschen Bevölkerung. In Wien sind die drei Farben Deutschlands vielfältig wieder den frühern Farben Oesterreichs gewichen; und nicht Slaven, sondern vorzugsweise Deutsche sind es, die diese Richtung einschlagen. Sie hoffen, auf derselben die Slaven zu begegnen; sie wollen die Sympathien, die man für Deutschland nicht gewinnen kann, für Oesterreich erhalten. Von den öffentlichen Blättern klagen einige darüber, andere gehen lebhaft auf diesen Weg ein. Die Wiener Zeitung spricht sich fast nur noch in dem Interesse aus, die Selbständigkeit und Besonderheit Oesterreichs als europäische Großmacht zu wahren. Sehr bezeichnend war in diesem Sinne ein Artikel der Wiener Zeitung vom 24. v. M., in welchem ausdrücklich Verwahrung ausgesprochen wird gegen „ein Aufgehen Oesterreichs in Deutschland, gegen einen Bundesvertrag, welcher der Möglichkeit Raum gebe, daß durch einen Mehrzahlbeschluß zu Frankfurt die österreichische Verfassung gefährdet, ja nur bedroht werde", gegen ein „Verkennen der durch nationale Verschiedenheiten gegebenen besonderen Stellung Oesterreichs", in welchem dagegen der Anspruch erhoben wird, daß Oesterreich, „ohne auf seine unabhängige Stellung als europäische Großmacht zu verzichten", das Gewicht einer Weltmacht in die Wagschale deutscher Freiheit lege.

Ist das die Sprache einer Macht, die an der Spitze Deutschlands stehen kann? heißt dies „Gewicht einer Weltmacht in die Wagschale werfen" etwas Anderes, als Deutschland, wie bisher, eine Schleppe nehmen? Bisher haben wir uns das gefallen lassen — sollen wir es auch ferner? Ist ein Staat möglich bei solcher Stellung einer seiner Mitglieder? Kann Deutschland eine europäische Großmacht, eine Weltmacht sein, wenn ein Land an der Spitze steht, das selbständig, unabhängig von Deutschland, eine Weltmacht sein will und es vielleicht sein muß, weil sein Schwerpunkt außerhalb Deutschland liegt? ein Land, das in diesem Augenblicke nicht vermag, sein Bundeskontingent zur Verfügung des Bundes zu stellen, weil es dasselbe braucht, um seine außerdeutschen Länder theils zu schützen, theils wiederzuerobern? Was ist seit langer Zeit das traurige Schicksal Deutschlands gewesen? Was war besonders im 16. Jahrhundert Schuld, daß die Reformation nicht eine Angelegenheit des ganzen Deutschlands und damit zugleich eine politische und soziale Reform wurde? Was anderes, als daß es — und zwar gerade durch Oesterreich — in die Wirrsale und Intrigen einer ihm selber nicht angehörenden Politik hineingezogen wurde, weil dasjenige Haus, welches an der Spitze stand, sich als eine europäische, eine Weltmacht außer, neben und leider auch über Deutschland ansah! Und sollen wir in der gegenwärtigen Krisis, in der sich unsere Geschicke für die ganze Zukunft wenigstens im Keime gestalten müssen, uns wieder in eine solche Lage bringen lassen?

Digitized by Google

Wir sind durch diese Betrachtungen lebhaft auf frühere Aeußerungen in diesem Blatte zurückgeführt, welche damals von Manchen nicht ohne Befremdniß gelesen wurden. Die Befürchtungen, daß auch das freie Oesterreich doch noch lange nicht genug von deutschem Sinn durchdrungen, mit deutschen Interessen durchgegen und durchstochten sei, schienen sich nur zu sehr zu verwirklichen. Wenn sich Oesterreich selbst außer Deutschland stellt, wenn es ein Aufgehen in Deutschland, wie jener Wiener Artikel es ausspricht, als ein Untergehen in demselben ansieht, so sind wir gerechtfertigt. Und wer will es entscheiden, ob Oesterreich nicht sogar wohl thun würde, wenn es seine Politik von der Deutschlands trennte, sich an die slavischen Elemente seines Reiches hingabe und, statt der Stelle eines lebendigen Gliedes im deutschen Bundesstaat, nur eine lose, verbundene, selbständigere Stellung nähme? Wer will entscheiden, ob es nicht dazu werde gezwungen werden? Hat doch in Böhmen selben der Nationalausschuß einstimmig in Frage gestellt, ob man den deutschen Reichstag beschicken wolle! Die Aufrechthaltung der Verbindung mit Oesterreich, scheint es, gewinnt in deutschösterreichischen Staaten neuen Anhang, die Verbindung mit Deutschland zu lösen ist der Wunsch mächtiger Stämme, sie zu lockern selbst das Bestreben einer deutschen Partei! Ein Land oder ein Volk, das in solchem Augenblick in solcher Lage ist, an die Spitze von Deutschland zu stellen, dazu kann kein halbwegs umsichtiger Staatsmann seine Stimme geben. An der Spitze Deutschlands können wir nur eine Macht sehen, in der das deutsche Herzblut ungetrübt pulsirt, die nicht von Außen her ihre Anregungen empfängt, nicht durch Rücksichten auf fremde Verhältnisse zum Handeln oder zum Unterlassen bewogen, verlockt, ja gezwungen werden kann; eine Macht mit einem Worte, die rein, offen und ehrlich deutsch, die ganz deutsch ist.

Und welches Gewicht würde Oesterreich in unsere Wagschale legen als europäische Weltmacht, wenn der Schrei der Verzweiflung auch nur halb wahr ist, den mir in der Allgemeinen Oesterreichischen Zeitung lesen (v. 25. April): „Täuschen wir uns nicht selbst, gestehen wir uns die herbe Wahrheit ein; unsere effektive Macht, unser österreichisches Vaterland ist herabgesunken auf 5 bis 6 Millionen Deutsche, einschließlich selbst einer Million slavischer Jüdyrier. Es ist dies schrecklich; es ist über alle Vorstellung niederschlagend; es ist die unglückseligste Frucht der Metternich'schen Verkehrtheit und politischen Kurzsichtigkeit; aber es ist die nackte, die gräßliche Wahrheit, die die Verzweiflung selbst nicht abzuweghren vermag."

Gott gebe, daß dies übertrieben sei; wir wünschen es nicht nur für Oesterreich, wir wünschen es für Deutschland. Wir wünschen es auch für Preußen, dem vor Allem daran liegen muß, ein kräftiges, wahrhaft deutsches Bundesvolk neben sich zu haben, das ihm helfe, Deutschlands Grenze zu wahren gegen Osten, wie die deutschen Brüder im Süden sie wahren gegen Westen.

Preußen hat den Anspruch aufgegeben, außerhalb Deutschland irgend Etwas sein zu wollen; nicht mehr Preußen, sondern Deutschland soll jetzt im Rath der europäischen Großmächte sitzen. Nur mit, ja nur in und durch Deutschland will Preußen eine Weltmacht sein. Es sieht sein Aufgehen in Deutschland nicht als ein Untergehen an, sondern als eine Erhebung, als eine Kräftigung; — wir möchten jenes in einer neueren Philosophie gerade in seiner Doppelsinnigkeit oft als bedeutsam hervorgehobene Wort darauf anwenden: es will in Deutschland aufgehoben sein, aufgehoben, d. h. aufhörend als das alte Preußen, aber auch aufgehoben, d. h. bewahrt und erhalten als ein neues, deutsches Preußen. Wie es jenen angeschotenen Anbruch, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, versteht, das hat es so eben in Schleswig gezeigt, wo es seine Truppen zuerst mit dem Bajonett dem Geschütz der Dänen entgegengeführt hat. Trotz der Nothwendigkeit, in Posen wie am Rhein, bedeutende militärische Kräfte zu entfalten, hat es dennoch seine Truppen zur Disposition des Bundes gestellt, hat sich als den deutschen Grenzhüter gegen Norden bewährt, hat im Anfange des Bundes Siege erfochten — die ersten deutschen Siege seit 33 Jahren! — Und wie Preußens Heere sich als deutsche Heere gezeigt, so hoffen wir auch, daß der neue preußische Landtag sich als ein deutscher Landtag zeigen, daß er im lebendigsten Einverständniß mit dem Frankfurter Reichstage handeln und die vollständige Einheit aller deutschen und preußischen Interessen wahren, bewahren und kräftigen werde.

**Oesterreich.** Auf den Antrag der Stände des Herzogthums Kärnten, die Umgestaltung der Naturalabgaben in Geldleistungen betreffend, hat der Kaiser eine Verordnung für daselbe erlassen, welche bestimmt: daß vom 1. Jan. 1849 ab 1) alle auf Grund und Boden haftenden, aus dem Obereigenthum oder Zehentrecht entspringenden, sowie die denselben verfassungsmäßig gleichgehaltenen Natural- und Arbeitsleistungen in eine billige Bodenentschädigung umgewandelt werden sollen. 2) Daß die Stände unter Zuziehung von acht landkundigen Grundbesitzern und von Vertretern aus dem Bauernstande ein über Umwandlung betreffendes Gesetz berathen mögen. Bis zu jenen Landtagsmitgliedern, welche 3) den Bezugsberechtigten und Verpflichteten vorschlagen, sich im gütlichen Wege darüber auszugleichen, ob diese Obliegenheiten für das Jahr 1848 noch in Natura oder in Geld zu leisten sind. 4) Können sich die Betheiligten über den Gehalt nicht einigen, so ist den Kreisämtern die Befugniß zur Schätzung des faktischen Besitzstandes und zur Bestimmung des daraus hervorgehenden Aequivalentbetrages ertheilt worden. Gegen den Ausspruch derselben ist eine weitere Appellation zulässig. 5) Die schon bestehenden Verträge bezüglich der Umwandlung von Naturalabgaben in Geld behalten ihre volle Giltigkeit. 6) Alle durch diese Angelegenheit veranlaßten Eingaben, gerichtlichen Verhandlungen 2c. sind wieder den Gebührensatz, nach den Stempelgesetzen vorgeschrieben.

△ Wien, 29. April. Die Bauern aus der Umgegend von Lemberg haben ein Komité gebildet, welches nun seinen bleibenden Aufenthalt in Lemberg selbst hat. Dasselbe hat den Zweck, bei der geringsten Gewaltthätigkeit der Edelleute gegen die Regierung ein Signal zu geben, worauf sogleich 20,000 Bauern der Regierung zu Hilfe eilen wollen. Dieses Faktum ist ein ganz „freiwilliges" Ergebniß der Stimmung der Bauern gegen die Edelleute, welche sie Jahrhunderte lang wie Thiere behandelten — ich glaube, der polnische Bauer würde lieber in Masse auswandern, als sich mit seinen Gutsherren aussöhnlich versöhnen. Und dieser verblendete Adel fängt in diesem Augenblick an zu revoltiren, wo er Zugeständnisse aller Art von der Regierung erhält und die Sympathie von ganz Deutschland ihm beinahe eine Garantie für die Regenerirung seines Landes bieten. Er kann die Ereignisse nicht abwarten, er überstürzt sich in seiner heftigen Ungeduld — er bedenkt nicht, daß wenn er Deutschlands Sympathie einbüßt — und auch Deutschlands Gewalt ist endlich — ihm nur die Wahl bleibt, zwischen der russischen Knute oder gänzlichem Verfall in sich selbst.

**Wien**, 30. April. (Konst. Donau-Ztg.) Heute um 10 Uhr Vormittags waren im großen Rittersaale des niederösterreichischen Landhauses die Wahlmänner der innern Stadt Wien versammelt. Unter den Versammelten waren auch die Minister Baron Pillersdorf und Baron Sommaruga, Graf Montecuculi, Graf Brünner, Graf Hoyos sen., die Hofräthe Radda, Pöller, Beyer, Spaun, Bergmayer, v. Ruepfleer, Stelzhammer, Linden. Während der Versammlung wurden folgende Wahlen proklamirt: Hern: Dr. Melly; Ersatzmann, Regierungssekretär Breinlhaar. Zuwtil: Dr. Reichel, Ersatzmann, Dr. Dreschenfeld. Weidhofen an der Ybbs: Regierungssekretär Beinhauer; Ersatzmann, Kreiskommissär Kleinmann. St. Pölten: Prof. Endlicher; Ersatzmann, Dr. Gutherz. Tulln: Ritter v. Schmerling; Ersatzmann, Dr. Wildner von Maithstein. Amstetten: Oberamtmann Gründlinger; Ersatzmann, Syndikus Wendler. Mölk: Oberamtmann Ranzeni; Ersatzmann, Oberamtmann Gründlinger. Korneuburg: Kreiskommissär Fügert; Ersatzmann, Kaufmann Schulz. Feldsberg: Dr. Ad. Wiesner; Ersatzmann, C. Bauerschmidt. Retz: Dr. Jg. Kaiser; Ersatzmann, Dr. Seiller.

Nach einem Brief aus Prag fand am 29. April eine große Versammlung über die Frage Statt, ob man in Böhmen Abgeordnete zum deutschen Parlament senden solle oder nicht. Das Resultat scheint: die deutschen Bezirke werden wählen, die böhmischen (slavischen) nicht! Die Tschechen mögen sehen, wohin sie mit ihren Absonderungsgelüsten kommen. In Oesterreichisch-Schlesien und Mähren wird die angetragene „Union" überall verweisen; der Egerkreis verlangt sogar Trennung von Böhmen. Die Stände des Fürstenthums Troppau und Jägerndorf haben ein feierliches Manifest gegen die böhmische Sonderbündlerei erlassen, das mit den Worten schließt: „sollte wider besseres Verhoffen Böhmen in seinem Separatismus verharren, so wollen wir nicht mit Böhmen, sondern mit Mähren, welches gleiche Gesinnungen mit uns theilt, treu unserm Kaiser und Oberherzog, an den Kern der Monarchie, an das Erzherzogthum Oesterreich uns anschließen." — Der oben erwähnten Prager Versammlung wohnten die Abgeordneten des Fünfzigerausschusses (Wächter und Kuranda) bei; sie mußten einsehen, welche wirkungslose Rolle sie dabei spielten.

* Bozen, 29. April. Gestern trafen bei der hiesigen Kriegskanzlei Nachrichten ein, daß Judikarien neuerdings durch einen Insurgentenhaufen von 2—3000 Mann bedroht sei, von einem wirklichen Einfall hat jedoch bisher Nichts verlautet. Sollte es die fanatisirten wälschen Freischaaren in der That noch einmal gelüsten, auf tirolischem Boden die dreifarbige Fahne aufzupflanzen, so dürfte es noch blutigere Köpfe für sie absetzen als letzthin. Das Thal Judikarien ist von unseren Truppen hinreichend besetzt, und wackere Schützen rücken nach. Am 25. langte hier eine Kompagnie Kufsteiner an, handveste Burschc, die ihr Geschäft in Handhabung des Stutzers Tags nachher auf der Schreibe, wozu ein gemahlter Piemontese diente, wacker erprobe-

Digitized by Google

tru, am 27. folgten ihnen eine Kompagnie tiroler Studenten aus Wien, den greisen Hasplinger als Feldpater und Dr. Adolf Pichler als Hauptmann an ihrer Spitze, einer wie alle voll Feuereifer für die Sache der Freiheit; heute werden eine Kompagnie Kärnthner und die erste der Innsbrucker Studenten, am 1. Mai die zweite Abtheilung unserer dortigen Akademiker erwarten. Es ist jetzt ein Muth, eine freudige Kampflust unter dem Volk erwacht, wovon man sich noch vor 14 Tagen Nichts träumen ließ; das gute Beispiel läßt nunmehr auch den Klüsten nicht mehr ruhig. Die Mailänder sandten uns ein Proklam in deutscher Sprache, worin sie erklären, nur das sprachvermandte Bäklschtirol zu beanspruchen, Trient wollten sie, nicht Bozen. Sie meinen nämlich, wenn sie nur erst dort festen Fuß gefaßt, so wollten sie schon für das Weitere sorgen, für die Grenzpfähle am Brenner und bei Finstermünz.

**Preußen.** Berlin, 3. Mai. Der Schluß eines t. Erlasses in Betr. des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen lautet: Auf den gemeinschaftlichen Bericht vom 30. Juli v. J. und den Bericht des Ministeriums des Innern v. 12. d. M. ermächtige ich das letztere, dem mit den übrigen Anlagen zurückerfolgenden Statut des Centralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen die Bestätigung zu ertheilen, will auch dem Vereine beschränkte Korporationsrechte, so weit diese das Recht, Kapitalien und Grundstücke auf seinen Namen erwerben zu dürfen, in sich begreifen, hiermit verleihen und demselben die nachgesuchte Portofreiheit bewilligen. Zugleich ermächtige ich das Finanzministerium, nach Bestätigung des Statuts die durch meinen Erlaß vom 25. Oktober 1843 zur Förderung der Zwecke des Vereins bewilligten 15,000 Rthlr. dem Vorstande des Centralvereins zu überweisen. Potsdam, 31. März 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gez.) von Auerswald. Hansemann.

Die polnischen Bewohner der Stadt Posen haben folgenden Protest veröffentlicht: „Da die polnischen Einwohner der Stadt Posen, ebenso wie diejenigen im gesammten Großherzogthum Posen, gegen jede Theilung des Großherzogthums und gegen die Einverleibung irgendeines Theils desselben in den deutschen Bund, also auch gegen die Einverleibung der Stadt Posen protestirt haben und hiermit feierlichst protestiren, so erklären die in Posen wohnenden Polen, daß sie sich bei den am 1. Mai stattfindenden Wahlen weder betheiligen können noch werden, da eine derartige Betheiligung dahingehe bestätigen würde, wogegen sie protestirt haben und zu protestiren nie aufhören werden."

**Berlin**, 2. Mai. Die Fr. O. P. Z. enthält in einer Korrespondenz Folgendes: Dänischer Seits ist der gewiß nicht zu billigende Versuch gemacht worden, Hannover zu einer Privatdemarche wegen Einstellung der Feindseligkeiten unter Vermittlung Englands zu veranlassen. Die hannöversche Regierung hielt aber an ihrer Pflicht und wies ein so perfides Ansinnen mit dem Bemerken zurück, daß Dänemark sich dieserhalb an Preußen wenden müßte. Der dänische Kammerherr v. Reedtz war zu dieser Privatunterhandlung nach Hannover gesendet und mußte beschämt wieder nach Kopenhagen zurückreisen.

Gegen 800 Polen, welche von der österreichischen Grenze zurückgewiesen sind, werden wieder hier durchgebracht werden und erhalten ihre einstweiligen Wohnsitze zwischen der Elbe und Weser.

(Voss. Z.)

**Berlin**, 2. Mai. Man tischt in der Spen. Z.: Der Fürst Czartoryski, welcher vor einigen Wochen aus Paris hier angekommen war, um an den Verhandlungen zur Wiederherstellung Polens thätigen Antheil zu nehmen, ist durch das von ihm mißbilligte feindselige Auftreten seiner Landsleute gegen die Deutschen in der Provinz Posen veranlaßt worden, nicht, wie er bei seiner Ankunft beabsichtigte, nach dem Großherzogthum zu gehen, sondern nach Frankreich zurückzukehren.

Der General Kanitz hat das Kriegsministerium angenommen und ist bereits vom Rhein hier eingetroffen. Als seinen Nachfolger im Kommando des 8. Armeekorps nennt man den Generallieutenant v. Neumann.

Die Voss. Z. bringt über das im Centrum Deutschlands zusammenzuziehende Heer noch Folgendes: Einem Bundesbeschluß zufolge wird bei Bamberg, Nürnberg und Hof ein Armeekorps von 60,000 Mann zusammengezogen werden, das aus 20,000 Oesterreichern, 20,000 Baiern, Württembergern und Nassauern und 20,000 Preußen bestehen würde. Preußischer Seits sind das 8. und 22. Infanterieregiment, das 18. und. 19. Landwehrregiment, vier Bataillone Landwehr von Berlin, Wetzgen, Sangerhausen und Neuhaldensleben, die 4. Jägerabtheilung, das Regiment Garde-Dragoner, das 7. Kürassierregiment, das 10. und 12. Husarenregiment und vier Batterien (3 Fuß- und 1 reitende) nebst einer Pionirabtheilung dazu bestimmt. — Wer das Kommando führen wird, ist noch nicht bestimmt.

Dieselbe Zeitung bemerkt: Das von Schleswig-Holstein zurückgetretene Freikorps, 85 Mann, hat sich vorgestern in Bankow einquartiert, ohne dazu eine Erlaubniß gehabt zu haben. Auf eingegangene Beschwerden sind diese Leute jetzt durch die hiesige Polizeibehörde entwaffnet worden.

**Berlin**, 3. Mai. Dem auswärtigen Ministerium ist heute ein Bericht des Ober-Präsidenten von Pommern zugekommen folgenden Inhalts: So eben (am 2. Mai) geht mir durch Estaffette von dem Landrath des uedom-wolliner Kreises die Mittheilung zu, daß gestern Nachmittag die dänische Fregatte „Harfrun" („Seejungfer") vor der swinemünder Rhede erschienen ist und sich etwa 3/4 Meilen von dem Eingang des Hafens vor Anker gelegt hat; die beiden englischen Kauffahrteischiffe „Margareth Sfelly", Kapitän Tapping aus Glasgow, von Bahia mit Zucker, und „Enquisite", Kapitän Narlor aus Sunderland mit Steinkohlen, sind von der Fregatte mit einem scharfen Schusse angehalten und haben die Weisung erhalten, in keinem preußischen Hafen einzulaufen, wie dies von den dortigen Land gekommenen Kapitänen berichtet ist. Die Fregatte sowohl, wie die beiden englischen Schiffe, liegen auf der Rhede vor Anker. Gestern Abend 9 1/2 Uhr ist in Swinemünde noch die jedoch unverbürgte Nachricht eingegangen, daß von der dänischen Fregatte vier Boote abgesetzt seien. Die für den Hafen von Swinemünde und dessen Umgegend getroffenen Vertheidigungsmaßregeln sind vollkommen hinreichend, um einen etwaigen Versuch der Dänen zur Landung, für welche jedoch bis jetzt keine Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, auf das Kräftigste abzuwehren. Zugleich gehen von anderen Seiten sichere Nachrichten ein, daß Dänemark seine Maßregeln gegen die preußische Handelsmarine nun auch faktisch gegen die gesammte deutsche Marine ausgedehnt hat durch Aufbringung mehrerer hanseatischen und anderen Schiffe. Das Hauptquartier des preußisch-deutschen Armeekorps befindet sich, aller Wahrscheinlichkeit nach, heute in Kolding innerhalb Jütland, wo die Avantgarde muß bis gegen die kleine Festung Friderecia vorgeschoben sein. Die Truppen haben eine solche Stellung, daß sie die Verbindungen von Fünen mit dem festen Lande beherrschen. Die Bundestruppen werden auf dänischem Gebiet die Sicherung der deutschen und preußischen Handelsinteressen erzwingen. (Preuß. Staatsanzeiger.)

**Posen**, 26. April. Ueber den Antheil des kath. Klerus an dem neuerdings in verzweifelter Heftigkeit entbrannten Kampf mit dem poln. Insurgenten wird der Allg. Z. geschrieben: Der Kampf würde sich vielleicht nicht wieder mit solcher Wuth erneuert haben, wenn nicht, wie allgemein bekannt, das Oberhaupt von den Priestern dermaßen verdorben wäre, das gemeine Volk zu fanatisiren, indem sie ihm weis machten, es sei jetzund doch nur die Absicht der Deutschen, ihnen ihre katholische Religion zu nehmen. Schon früher ist unser Erzbischof von den Ministern v. Auerswald und v. Schwerin und in den letzten Tagen noch mündlich von unserm kommandirenden General und dem Oberpräsidenten dringend gebeten worden, einen Hirtenbrief zu erlassen und diesen unseligen Treiben ein Ende zu machen, er hat es aber abgelehnt. Und der Mann hat der Regierung den Eid der Treue geschworen! — Aus dem Königreich Polen sind heute die bestimmtesten Nachrichten darüber eingegangen, daß die Russen mit zahlreichen Streitkräften wiederum die hart an die preußische Grenze vorgerückt sind, welche jetzt mit einer ununterbrochenen lebendigen Mauer abgeführt ist. Der Aufbruch von Kalisch nach dem Königreich durchaus nicht befreyt; alle gegentheiligen Nachrichten rühren von den Polen her, die gern einen Aufstand in Polen und Galizien herausbeschwören möchten.

**Posen**, 1. Mai. Der Voss. Z. schreibt man, daß der General von Colomb entrankt ist; ferner: der General Blumen hat eine Expedition gegen Miloslaw, wo sich der Hauptstamm der bewaffneten Polen befindet, gemacht. Es gelang zwar, den Ort, der heftig vertheidigt wurde, zweimal zu nehmen, doch konnte er nicht behauptet werden, weil ein Theil der in den Truppen dienenden Polen abgezogen sein soll. Der Verlust auf beiden Seiten wäre, dem Vernehmen nach, nicht unbeträchtlich gewesen, auch mehrere Officiere sind geblieben, es wird unter Andern der Major von Thadden genannt.

Ueber dieses Treffen wird der Fr. O. P. Z. ausführlicher geschrieben wie folgt: **Posen**, 1. Mai. Unsere heutigen Nachrichten vom Schauplatze des Kampfes lauten durchaus nicht erfreulich; unsere Truppen sind durch die Treulosigkeit der Soldaten polnischer Abkunft zum Rückzug gezwungen worden. Die Nachrichten, welche darüber so eben hier eingetroffen sind, lauten noch sehr verworren, und es ist schwer, sich davon ein klares Bild zu entwerfen. Folgendes scheint indessen richtig zu sein: Ein mehrere tausend Mann starker Insurgentenkorps

Digitized by Google

hause, darunter einige Kompagnien Jäger und etwas Artillerie, hatte unter Wierostawski's eigener Anführung bei dem Städtchen Mlocław, nicht fern von der polnischen Grenze und etwa 8 Meilen von hier in östlicher Richtung, eine feste Position genommen. Diese nun sollte gestern von den preuß. Truppen unter Anführung des Generals von Blumen angegriffen werden; allein unter seinen Truppen befanden sich über die Hälfte geborene Polen, auf deren Treue er daher zu können glaubte, zumal sie von überaus tüchtigen Officieren angeführt wurden; indessen fielen sie, sobald es zum Gefecht kam, ab und gingen, wie es heißt, zum Feinde über oder schlugen sich wenigstens gar nicht, sondern machten kehrt. Namentlich gilt dies dem Vernehmen nach von den Kürassieren und einem Bataillon des 19. Infanterieregiments. Alle Tapferkeit der Officiere war vergebens, unsere Truppen erlitten große Verluste und mußten sich drei Stunden weit bis zur Stadt Schroda zurückziehen. Der Chef des 19. Regiments, Oberst von Blumenthal, wird vermißt, ebenso die Hauptleute Knorr und Zickelmann, ein Schwager des vom 3. März her bekannten Oberstlieutenants von Trompczynski, und die Lieutenants von Donecke, von Kern u. a. m. Die Lieutenants von Wedell und von Wedelstädt sind schwer verwundet hier eingebracht worden. Die Polen jubeln und glauben nun den Sieg schon in Händen zu haben; unsere Militärs sind dagegen voll der höchsten Erbitterung und verlangen einen Kampf auf Leben und Tod. Dieser wird auch wahrscheinlich schon morgen stattfinden, denn schon ist der Oberst v. Brandt mit seinem Detaschement bei Neustadt über die Warthe gegangen und rückt auf Miloslaw vor, wohin sich auch heute von hier das 7. Landwehrregiment und die reitende Artillerie der hiesigen Garnison begeben. Das sind die Folgen davon, daß man auf die Treue der eingebornen Truppen so fest gebaut hat. Ein Strafgericht wird, der gestern Abend hier Statt hatte, ist durch das Einschreiten des Militärs schnell unterdrückt worden, und es hat bisher bloß einige blutige Köpfe gesetzt. — Die Unruhen sind heute früh hier abgehalten worden; die Polen haben nicht Zheil daran genommen.

Posen, 29. April. Der Fr. O. Z. wird geschrieben: Nachdem bereits heute am Tage die Nachricht hier eingegangen war, daß gestern Abend ein blutiges Gefecht vor und in der Stadt Gräß mit den polnischen Insurgenten stattgefunden, ist soeben ein Courier hier angekommen, der die Nachricht bringt, daß die stärkste und best organisirte Polenschaar heute bei dem Städtchen Xions nach tapferer Gegenwehr gänzlich aufgerieben worden ist. Vom ersteren Gefecht kennen wir bereits die Details: Ein starker Insurgentenhaufe hatte das Gut einer Deutschen (von Lindenau) in der Nähe von Gräß geplündert und wandte von sich hier nach der Stadt Gräß, deren Bewohner zu drei Viertheilen Polen sind, die sie sich daher zum Theil sogleich den Insurgenten anschlossen. Inzwischen erhielt der Oberst von Heister, der in der Kreisstadt Dak kommandirt, Nachricht von dem Vorfall, und zog mit Infanterie, Husaren und zwei Geschützen, unter dem tapferen Hauptmann Dörnstein, sofort nach Gräß, wo er gestern Abend ankam. Die in die Stadt einziehenden Husaren wurden aus allen Fenstern mit Kugeln begrüßt und mußten sich rasch zurückziehen; aber die sie verfolgenden Polen wurden mit Kartätschenkugeln aus den inzwischen aufgefahrenen beiden Geschützen empfangen und mußten sich nun unter großem Verlust in die Stadt zurückziehen, die nun noch zwei Stunden lang beschossen wurde. Um 11 Uhr Nachts waren die Truppen Heeren der Stadt und die Polen gänzlich geschlagen. Der Verlust war, besonders auf Seite der Letztern, sehr beträchtlich. — Der heutige Kampf bei Xions war jedoch noch viel bedeutender, was schon daraus hervorgeht, daß das Militär an Todten und Verwundeten fünf Officiere und über fünfzig Mann zählt; der Verlust der Insurgenten ist nicht genau bekannt, er soll jedoch sehr groß sein. Sie haben sich lange und tapfer geschlagen und wurden erst dann gänzlich auseinander gesprengt; über dreihundert sind gefangen genommen. Morgen werden die polnischen Insurgenten, die bei Miloslaw stehen, angegriffen werden.

Breslau, 25. April. Aus Warschau gibt die „Gazeta Polska" die Mittheilung, daß von den in Folge der entdeckten Militärverschwörung verhafteten Officieren der Warschauer Garnison, auf Grund eines Erkenntnisses des Kriegsgerichtes, bereits vier, der Geburt nach Kurländer, vor einigen Tagen in der Citadelle erschossen worden sind. Im Königreiche Polen sollen bereits die Bauern beaufsichtigt sein, ihre Gutsherren, sobald sie von Aufstand sprechen, dem nächsten Gendarmenchef zu überliefern. — Das Gerücht von einer durch Metternich verbreiteten Kontrerevolution in Galizien, nach der Manier vom Jahre 1846, taucht abermals auf. Vielleicht hangen mit jenem Gerüchte die bedeutenden Brandschäden, welche aus vielen Kreisen Galiziens jetzt berichtet werden, ligenwise zusammen. (Bresl. Ztg.)

Breslau. Die Schles. Zeit. bringt vom 16. April folgende Mittheilung: Am heutigen Tage hielten die Mitglieder der Breslauer Buchdrucker-Gesellschaft, Principale und Gehilfen, im Zohn'schen Lokale eine Generalversammlung zur Berathung und Beschlußnahme über die Mittel zur Abhilfe gegenwärtiger Mißverhältnisse. Die Versammlung war sehr zahlreich. Die Wünsche der Arbeiter wurden fast einstimmig von den Principalen angenommen. Der in dieser Versammlung genehmigte Vorstand veröffentlicht folgende Proklamation: Unsern geehrten Freunden und Kollegen nahe und ferne diene hierdurch Folgendes zur Nachricht: Laut Beschluß einer General-Versammlung, die am heutigen Tage von sämmtlichen hier konditionirenden Gehilfen, sowie von allen Principalen abgehalten wurde, sind die von Seite der Gehilfen gestellten Forderungen von den im Protokoll unterzeichneten Principalen angenommen worden:

1) Vom 1. Mai d. J. ab wird für das Tausend u von Petit die incl. Cicero 3. Sgr., für Nonpareille 4 Sgr., für Tabellen in Werken der doppelte Satzpreis gezahlt. Die in gewissem Grade stehenden Setzer und Drucker sollen vorläufig mindestens 4 Rthlr. wöchentlich erhalten; für Ertrazumen und Arbeiten an Sonntagen soll pr. Stunde 3 Sgr., für Arbeiten des Nachts und an beiden Festtagen 6 Sgr. pr. Stunde bezahlt werden. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden festgesetzt. 2) Die Lehrlings-Angelegenheiten, resp. deren Zahl, Aufnahme ꝛc. betreffend, wurde festgesetzt, diese einer gemischten Kommission vorher zur Berathung und dann zur Beschlußnahme der Gesellschaft vorzulegen. Die Lehrlinge werden diesen Beschluß allgemeinen Kenntniß bringen. Einstweilen wurde beschlossen, die in Lehrlingsverhältnisse eingetretenen Lehrlinge mehr einzuschreiben. 3) Ebenso wurden die speciellen Anforderungen der Drucker von den Prinzipalen angenommen. Diese sind laut Protokoll: Es soll vom 1. Mai ab

das Tausend Druck bei kleinem Format mit 20 Sgr.
" " " " Mittel-Format " 25 "
" " " " großem Format " 1 Rthlr.

bei Prachtwerken dagegen höhere Preise gezahlt werden. — Auflagen von einem Tausend werden für fünf Zwicken berechnet; das fünfte Zwichen als Entschädigung für das Zurichten. Auflagen von 750 sind werden als 1000, von 500 als 625, von 250 als 500, unter 250 als Accidenz berechnet, und als solche das reine Dutzend mit 15 Sgr., jedoch mit Ausschluß einer Bogenzahl bis 50, mit 2½ Sgr. extra berechnet. — Prachtsaccidenzien, Gedichte, Preis-Courante ꝛc. werden bei jeder Auflage von unter 60 bis 100 mit 20 Sgr. und was über 100 nach Verhältniß der vorhergehenden Preise regulirt und erhöht berechnet. — Format- und Satzänderungen sind besonders zu vergüthigen. — Bei Werken, wo besonders Satzin zu denken, wäre die zu 50 das Bogy mit 2½ Sgr. zu bezahlen. — Das Maschinenwesen betreffend sollen a) Handpressen nicht mehr neu eingeführt, sondern nur Beschäftigung haben, die Maschinen in Wirksamkeit treten; b) gewöhnliche kleine Auflagen vorzugsweise auf der Handpresse gedruckt, c) Maschinen wo durch wichtig angelernte Buchdrucker dirigirt und d) in Druckereien, in welchen mehrere Maschinen im Gange, eine jede mit einem Maschinenmeister besetzt werden. Zur Aufrechthaltung dieser Beschlüsse wurde unterzeichnete Kommission, aus zwei Principalen, fünf Setzern und zwei Druckern bestehend, gewählt. Diese Kommission wird zugleich das Ehren- und Schiedsgericht der Breslauer Buchdrucker-Gesellschaft sein.

Zu ähnlichem Zwecke wurde an den Ostertagen in Heidelberg eine Versammlung abgehalten, wobei die Städte Frankfurt, Mainz, Wiesbaden, Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg durch Abgeordnete vertreten waren. In dieser Versammlung verbanden sich diese Städte einmüthig und wählten Frankfurt zum Centralkorrespondenzpunkt, welcher demnächst durch Cirkulare oder in Zeitungen zu einer größeren Versammlung von Städten aufforderen wird, worin entscheidende Beschlüsse gefaßt werden sollen. Das Heidelberger Komité der Buchdrucker.

Königsberg, 28. April. Von hier schreibt man der Voss. Ztg.: So eben marschirt das 1te und 2te Bataillon des auf Kriegsfuß gesetzten 1sten Infanterie-Regiments von hier ab; ein Bataillon geht nach Memel, das andere nach Insterburg, am letzteren Orte bleibt jedoch nur eine Kompagnie mit der Fahne, die drei anderen Kompagnien rücken an die Grenze. In Stelle dieser beiden Bataillone wird das 3te (Füsilier-) Bataillon genannten Regiments, das bisher in Braunsberg garnisonirte, hieher dislocirt und soll schon heute eintreffen. Morgen werden auch einige G.schütze nach Memel abgehen. Die Order zu diesen Truppenbewegungen traf erst vorgestern Abends per Estaffette von Berlin hier ein; in derselben ist die höchste Eile empfohlen. Dieselbe ist auch beobachtet, denn heute Morgen sehr seühe sah man das Regiment bereits auf dem Marsche. Die oben genannten Truppen sollen in Eilmärschen sich an ihren Bestimmungsort begeben und dürfen keine Ruhetage halten. Binnen Kurzem wird wohl noch mehr hiesiges Militär an die russische und polnische Grenze rücken und es steht zu erwarten, daß unsere Landwehr nun mobil gemacht werden wird. Der Grund zu allen diesen Maßnahmen soll eine von Rußland abgegebene Erklärung sein, die einer förmlichen Kriegserklärung nicht unähnlich ist. — Reitende bringen von der russischen Grenze her die Nachricht, daß bei Mitau bedeutende russische Truppenmassen koncentrirt werden; eine Heeresabtheilung soll auf die russisch-preußische Grenze zu marschiren und bereits bis auf 4 Meilen von Memel vorgerückt sein. — Die russische und polnische Grenze

Digitized by Google

wird sehr strenge bewacht, und es fällt den Reisenden schwer, über dieselbe zu kommen.

Düsseldorf, 2. Mai. Die Urwählen der hiesigen Oberbürgermeisterei haben ihre Wahl beendigt, und in allen Wahlbezirken hat die demokratische Partei so vollständig gesiegt, daß von 82 Wahlmännern 77 ihr angehören. Diese sind sämmtlich entschlossen, ihren Vorkämpfer, den Advokaten Hesendonk, sowohl nach Berlin als nach Frankfurt zu senden und ihm für die erstere Mission den Kaufmann Goetz zur Seite zu geben. Das bisher so katholische Düsseldorf wird also auf beiden konstituirenden Versammlungen durch einen Protestanten und einen Juden vertreten sein, welche Beide ihr Mandat aus den Händen von fast ausschließlich katholischen Wahlmännern empfangen. Dieses Resultat wird Manchen befremden, erklärt sich aber einfach aus der Thätigkeit der Führer der demokratischen Partei, die ein starkes Drittel der Urwähler, namentlich aus der arbeitenden Klasse, für sich gewonnen und ihre Anhänger sämmtlich auf dem Wahlplatze unter geschickten Leitern anwesend hatte, während von den Konstitutionellen die Meisten um des lieben Friedens willen oder aus andern Gründen den Philisterthume ruhig zu Hause geblieben waren. (Köln. Z.)

Krefeld, 2. Mai. Die Urwahlen wurden hier gestern in den meisten Bezirken vollendet. Den Umtrieben der hierarchischen Partei ist es, gelöhnt auf die große Masse, gelungen, ihre Kandidaten meistens durchzusetzen. Unser Bedenken hat hier keine Aussicht, gewählt zu werden. Wir hoffen und wünschen, daß von andern Orten derselbe nach Frankfurt oder Berlin gesandt werde, und es so sich offenbare, daß die Intriguen, welche ihn hier verdrängten, keineswegs überall Anklang finden.

Bonn, 2. Mai. Die am gestrigen Tage vollzogenen Wahlen der Wahlmänner für die Deputirten nach Berlin und Frankfurt sind durchweg zu Gunsten der konservativen, besonders der klerikalen Partei ausgefallen. Da Professor Watter eine Wahl definitiv abgelehnt hat, so dürften jetzt die Professoren Dahlmann, Dieterici und Bauerband die meisten Chancen haben. (Auch in Aachen hat sich ein entschiedener Sieg der gesittigen Einstimmung herausgestellt.)

München, 2. Mai. Man lebt hier jetzt fortwährend in Sorge wegen Ubeitersunruhen; große Militärmassen, unterstützt von sämmtlichen Freikorps, waren zumal gestern bis über Mitternacht in Bewegung, um die Straßen zu durchstreifen, die Hauptplätze der innern Stadt zu bewachen; doch hat sich der Uebermuth des Volks bis jetzt nur auf einige allerdings sehr handgreifliche Ausbrüche der Rohheit, wobei die Kavallerie scharf einzuhauen sich veranlaßt sah, beschränkt, obgleich Drohbriefe und Wirthshausreden einen systematischen Angriff auf die reicheren Bräuer, Bäcker und Metzger hatten befürchten lassen. Die Sorge ist aber um so größer, als das Verschenken des leicht brausenden Bockbiers, dessen Saison wir jetzt leben, auch bei ruhigeren Zeiten nur ohne Unfug und Tumult vorübergehen pflegt. Gestern Abend zündete ein aufgeregter Pöbelhaufen einen mit Baumzeile belaubten Frachtwagen vor der Mauthhalle an; doch wurde man des Feuers bald Meister. Offenbar jedoch ist bei dem Allem nicht irgend ein tieferer Bewegegrund, sondern nur böser Muthwille im Spiel, zum Theil erst hervorgerufen durch den Haß gegen mißtrauische Polizeimaßregeln und Militäraufstellungen, durch die sich das Volk in seiner freilich oft nur allzuwilden Lust nur ungern bedroht sieht. Man möge wachsam sein, im Fall freveslhafter Ordnungsverletzung mit Strenge einschreiten, aber man hüte sich, den Bösen an die Wand zu malen, ihn absichtlich heraufzubeschwören. Diese täglichen Reibungen zwischen der bewaffneten Macht und dem unbewaffneten Pöbel könne zu keinem guten Ende führen; Letzterer gewinnt sich daran und lernt vergleichen als einen nothwendigen Bestandtheil, als eine Würze seiner Vergnügungen lieben. So folgern sich einerseits Mißtrauen und Strenge, andererseits Muthwille und Haß in gleichem Verhältniß. Dies ist ein sehr gefährlicher Zustand, den zu ändern, jedes billige Mittel versucht werden müßte. Durch Gewalt und Strenge wird man dabei aber schwerlich zum gewünschten Ziele gelangen; und will die polizeiliche Behörde nur immer den Zuchtmeister spielen, nicht aber wo möglich auch den Erzieher, so verfehlt sie ihren Zweck und ihre Bestimmung. Nur betrachte man das gemeine Volk nicht als ein unverbesserliches Geschlecht, als ein Geschlecht ohne Ehrgefühl, ohne Sinn für Gesetz und Ordnung. Man wende sich an die bessere Seite in ihm, die nicht fehlt, und die und bei dem Bemühen, es zu zügeln, nicht im Stich lassen wird; man suche die allzuschroffe Scheidewand zwischen ihm und dem eigentlichen Bürger, sowie weiterhin zwischen ihm und dem Soldaten der Linie aufzuheben, und es dadurch zum Mitbürger und Mitbeschützer der allgemeinen Ordnung und des Gesetzes zu machen, daß man ihm zu diesem Zwecke die Waffen in die Hand gibt. Leider aber sind wir von diesem Gedanken hier noch weit entfernt, da man sich ja bis jetzt noch nicht einmal hat entschließen können, dem ehrenwerthesten, ebenso arbeitsamen als geschickten Theil des Gesellenstandes die Erlaubniß zur Einübung der Waffen und zur Bildung eines Freikorps zu bewilligen, obgleich es erwiesen, daß die Gesellen im Ganzen nur wenig Antheil an den hiesigen Unruhen im Februar und März genommen haben. — Wenn man das Ergebniß der Abgeordnetenwahlen in Baiern, soweit sie zur Zeit bekannt sind, betrachtet, so kann man nicht anders als mit Besorgniß darauf blicken. Bis jetzt sind viele Doppelwahlen vorgekommen, die keinenfalls den Mangel an vorhandenen Kapacitäten, sondern den Eifer beweisen, den die Agitation auf die Wähler ausgeübt hat. Wir bemerken darunter nicht viele freisinnige Namen; viele gehören der streng konservativen, ein großer Theil der nitramontanen Partei, mehrere dem höchsten Beamtenstande, dem gegenwärtigen und dem abgetretenen Ministerium an, unter Letzteren Seidler, welcher die Wahl annimmt, Thon-Dittmer und Zenetti; unter jenen Philipps, v. Lassaux u. A. Jüngere Männer, von denen wahrhaft deutscher Gesinnung man übergezt sein konnte, sind fast gänzlich übergangen, und überhaupt Manche gewählt, die bei ihrer Bewerbung weniger an Deutschland und sein Interesse, als etwa an Baiern und seine Dynastie dachten, und hoffen, durch ihr Erscheinen in Frankfurt noch specielere Interessen und Absichten erreichen zu können.

Bayreuth, 2. Mai. Eine Kompagnie des hiesigen Infanterieregiments ist heute in das unter Mainthal abgegangen, wo neue Unruhen die Anwesenheit von Truppen nothwendig gemacht haben. (N. Würzb. Z.)

**Hannover**, 2. Mai. Im zweiten Wahlbezirk des Königreichs ist Professor Dahlmann zum Abgeordneten für die deutsche Reichsversammlung gewählt worden. Ersatzmann ist Rath Wachsmuth.

Hannover, 2. Mai. Die norddeutschen Blätter theilen folgende Parlamentswahlen mit: In Celle wurde Dahlmann, in Osnabrück Lettermann Berufung, im 21. Bezirk Dr. Bruddenberg, in Nienburg Stadtgerichtsrath Dammer gewählt. Ueber Dahlmann bemerkt die Weser.: Wenn es zehn Dahlmann statt Eines gäbe, so würden sie wahrscheinlich sämmtlich zu Vertretern gewählt sein. Außer in Hannover und in Celle hat sich in drei bis vier schleswig-holsteinischen Wahlbezirken die Mehrheit für Dahlmann ausgesprochen.

**Braunschweig**, 2. Mai. In Eschershausen ist Friedrich Stolle von Holzminden, in Wolfenbüttel Oberlandesgerichtsrath Langerfeldt in die Nationalversammlung gewählt worden.

Donaueschingen, 2. Mai. Heute wurde der vormalige Bürgermeister Rans wieder verhaftet; mit ihm der ganze ehemalige politische Ausschuß. Zwei Mitglieder desselben entzogen sich der Verhaftung durch die Flucht. Morgen wird ein Bataillon badischen Fußvolk und eine halbe Schwadron leichte Reiterei einrücken. (K. Z.)

Aus Villingen enthalten wir von dem dortigen Volksausschusse folgende Zuschrift: Die Deutsche Zeitung enthält in Ziffer 109 vom 18. d. M. unter: Baden. Karlsruhe, 16. April, Seite 869, folgende Stelle: Aus Villingen wurde der würtembergische General ersucht, ungesäumt mit seinen Truppen einzurücken. Zur Berichtigung dieser Angabe, welche hier eine große Entrüstung hervorrief, diene folgende Erklärung: „In einer Versammlung des Gemeinderaths und vielen Bürgerausschussen am 14. d. M. wurde dem großherzogl. Regierungskommissär v. Stengel, der zufällig während der Versammlung hier angekommen war, die Erklärung abgegeben: der Einmarsch der würtembergischen Truppen in Villingen sei unnöthig, Ruhe und Ordnung werden ohne dieselben bei uns erhalten, und im Falle einer dringenden Gefahr werde man nicht anstehen, deren Hilfe in Anspruch zu nehmen. So lange es immerhin möglich sei, soll man Villingen mit der Einquartierung jener Truppen verschonen, insofern aber die Besetzung der Rheingrenze wegen auswärtiger Gefahr das Einrücken jener Truppen wirklich nothwendig mache, was man übrigens sehr bezweifle, werde man dieselben als Brüder betrachten und ihnen keine Hindernisse entgegensetzen."

Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt, 1. Mai. Seit dem 26. April ist der neugewählte Vorlandtag versammelt, um das Wahlgesetz, das Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister und die Geschäftsordnung des nächsten Landtags zu berathen. Unter den 26 Abgeordneten befinden sich 7 Aerzte und 3 Geistliche. Man kann nicht anders, als anerkennen, daß in den bisherigen Debatten ein würdiger constitutioneller Geist sich entwickelt hat, daß man die natürlichen Rechte des Thrones ehrt und nach einer freisinnigen Konstitution strebt. Im Allgemeinen herrscht in dem Fürstenthume Gesetzlichkeit und Ruhe. Einzelne Zuckungen können nicht in Anschlag kommen. Viele Sorgen bereitet das Stocken der Gewerbe und des Handels, da dadurche störend

Digitized by Google

und heranbildend in die Fabrikverhältnisse des Thüringer Waldes eingreift. Man beabsichtigt, durch Gewährung von Vorschüssen oder Kredit von Seite des Staates die Fabrikbesitzer in den Stand zu setzen, fortarbeiten zu lassen, und somit eine Brücke zu bieten, welche die Arbeiter bis zu der hoffentlich bald wieder eintretenden bessern Zeit hinüberführt. Aus dem Fürstenthum zog eine Freischaar von 28 Mann Jäger nach Schleswig-Holstein, von welcher bereits Einige, unter Andern ein Sohn des General-Superintendenten Gräf, den Tod fanden. Wie wir eben vernehmen, sind in der nahen sachsen-weimarischen Stadt Remda 500 Mann Militär nebst dem Kriminalgericht angelangt, um über dort und von dort aus in Weimar das Weitere einzuleiten. Gleiches soll in Sonneberg geschehen sein.

**Schleswig.** # Rendsburg, 1. Mai. Unsere Armee schreitet ruhig fort, ohne auf den Feind gestoßen zu sein. Gestern Abend lief die Nachricht ein, daß das Hauptquartier nach Habersleben vorgerückt sei, während auf der andern Seite Braklow'sche Jäger und Reguläre in Ripen liegen. Also ist das Herzogthum Schleswig bis auf Alsen und Arroe wohl von den Dänen geräumt, und selbst Alsen soll unverhältnißmäßig wenig Truppen noch gerüstet sein. Das Gerücht eines Nachgehens der Dänen herrscht hier noch vor den dänischen Grenzen der kennt, bezweifelt dies in hohem Grade. Daran, daß die Dänen ihre Offiziere und Soldaten durch irrige Nachrichten getäuscht haben, ist nach der Aussage der Gefangenen durchaus nicht mehr zu zweifeln. Die Verwundeten, welche ich Gelegenheit hatte zu sprechen, waren ohne Ahnung von der Bedeutung des Kampfes, und sind nun gegangen, weil „sie kommandirt" seien. Mannszucht ist überall ziemlich strenge gehalten worden, und man klagt in Schleswig eigentlich nur über die Ungezogenheit der Offiziere. Der Rückzug der Dänen ist bis Flensburg entschieden ganz geordnet gewesen, und auch die Gerüchte über die Flucht aus Flensburg sind wohl nur von einzelnen kleineren Abtheilungen zu verstehen, so daß das Hauptkorps jedenfalls in Ordnung Jütland erreicht hat. Der Befehl des Kriegsministers Lehmann lautet dahin, daß der General Hedemann sich „bis Weiteres" ohne bedeutende Verstärkung zu halten habe. Mit Uebergehung aller Einzelnheiten ist in den dänischen Blättern bloß der Rückzug berichtet, der Verlust aber nirgends angegeben. Die Verhandlungen mit England und Rußland stellen dieselben Blätter sogar als günstig dar; kurz es gibt Nichts, das sie nicht als zu ihrem Vortheil gereichend darzustellen versuchen. Daß dänische Offiziere in Flensburg auf baldiges Zusammentreffen in Berlin getrunken, berichten Augenzeugen, die zuverlässig zu sein scheinen; ob dies aber bloß Demonstration gewesen, läßt sich natürlich nicht entscheiden.

Schleswig, 30. April. Heute fand hier eine Vorwahl Statt über den nach Frankfurt zu entsendenden Deputirten. Einstimmig entschied man sich für den Professor Dahlmann in Bonn und, wenn dieser vielleicht schon in Holstein gewählt würde, für Dr. Steinhoff hierselbst. (S.-H. Z.)

Altona, 2. Mai. Hier sind 2224 Stimmen für Etatsrath Franke, 499 Stimmen für Professor Dahlmann abgegeben; da indeß in dem zum dritten Wahldistrikte gehörigen Landbezirke für Dahlmann, angeachtet der großen Wahrscheinlichkeit, daß er im sechsten Wahldistrikte gewählt wird, außerordentliche Anstrengungen gemacht sind, ihn durchzusetzen, so steht es wohl' sehr dahin, ob die Altonaische Majorität den Ausschlag geben werde. (B.-H.)

* Altona, 2. Mai. Schleswig und Holstein sind so gut wie befreit, kein Däne ist mehr auf deutschem Boden, wenigstens nicht mehr auf dem Festlande; denn schon weht die deutsche Fahne von der Kolbinger Brücke, also auf jütischem Grund und Boden. Nur auf den Inseln Alsen und Arroe halten sich die Dänen noch, auf Alsen haben sie sich verschanzt, und dänische Kriegsschiffe okkupiren noch immer den Uebergang von Sunderwieck nach Sonderburg, doch fangen auch die Dänen schon an, Alsen zu räumen, und es wird nicht lange währen, so sind die verbündeten Heere in das Innere Jütlands und Fünens eingedrungen. Schon ist das Hauptquartier von Apenrade nach Hadersleben verlegt, und die Nachhut, unter General Halkett aus Hannoveranern bestehend, steht bei Gravenstein, nördlich von Flensburg. Sind die Inseln gleichfalls vom Feinde frei, so hat der Krieg auf deutschem Boden aufgehört, und er wird nur noch so lange auf dänischem fortgesetzt, bis die Entschädigungen von dänischer Seite sicher gestellt sind. Die Dänen haben sich übrigens allerlei Unredlichkeiten bedient, um das Volk zu bethören und den Deutschen gegen Kriegsgebrauch Schaden zuzufügen. So fand man bei den gefangenen Dänen statt Patronen Bleiplatten zum Schießen, so schleppte man den Major Michelsen kriegsgefangen mit sich von Flensburg aus fort, obgleich alle Aerzte erklärten, daß der Gefangene eine solche Strapaze nur mit Verlust des Lebens antreten könne. Durch diese Verfahrten ist eine große Erbitterung gegen die Dänen hervorgerufen worden, und die frühere sehr freundliche Behandlung der Gefangenen ist mehrfach geschwunden. Um die eigentliche Lage des Landes zu verdecken, zogte Graf Knuth durch Ansichtag an der Kopenhagener Börse an, daß die Preußen nur in Holstein eingerückt wären, um die Seeschärfer zu vertreiben. „Südersländer", das Organ dieser Partei, zog an, daß Graf Oxholm aus St. Petersburg am 20. und das Ohr Lehmann von London zurückgekehrt sei, und daß Beide günstige Nachrichten mitgebracht haben. Die Nachrichten sind aber Nichts weniger als günstig; denn beide Kabinete haben erklärt, sich nicht in die Kämpfe mischen zu wollen; statt einer gehofften und erwarteten Hilfe wird man sich also mit einer Neutralität begnügen müssen, die zu gar Nichts hilft, wenn nicht gar das englische Kabinet jetzt in Folge weggenommener Schiffe sich gegen Dänemark erklärt. Zwei Schiffe nämlich, welche von London nach Königsberg bestimmt waren, Katharine Cornelsen, Kapitän de Jong, und Sitting, Kapitän J. L. van Sluys, hatten für Rechnung englischer Häuser Stückgüter und Rohzucker geladen und wurden, obgleich sie als holländische Schiffe die holländische Flagge aufgehißt hatten, beim Ausgange auf dem Kieler Hafen angehalten und ins Embargo belegt. Der Hannöversche Konsul in Kiel begab sich zwar sogleich an das dänische Kriegsschiff und protestirte gegen ein solches Verfahren, erhielt aber die Antwort, daß er noch immer ohne Instruktion sei, und so lange dies sei, würde er jedes Schiff, welches aus dem Kieler Hafen auslaufe, anhalten, da er bestimmt sei, den Kieler Hafen im Blokadezustand zu erhalten. Solange also keine Antwort und neue Instruktion von Kopenhagen eintrifft, solange hört alle Schifffahrt auf der Ostsee und theilweise auch auf der Nordsee auf. Briefe von hier nach Kopenhagen können so schon nicht anders, als auf Umwegen über Schweden oder England befördert werden, da jede direkte Verbindung von Deutschland aus aufgehört hat. Ueber in Hamburg noch in Altona kann man einen Brief nach Kopenhagen direkt befördern.

Rendsburg, 2. Mai. Die provisorische Regierung hat gestern eine Verfügung, betreffend die Untersagung jeglichen Verkehrs mit dem Königreich Dänemark, erlassen.

Hamburg, 1. Mai. Professor Dahlmann ist im Kirchspiel Nienstädten für die Nationalversammlung einstimmig gewählt worden. (Hamb. Korresp.)

Die Börsenhalle enthält Folgendes: Einem Schreiben unseres Berichterstatters aus Hadersleben vom 1. Mai zufolge sind gestern Morgen die ersten Preußen von dort auf Jütland zu ausgerückt. Obgleich man in 4 Stunden Kolding erreichen konnte, hält der Schreiber es doch für möglich, daß die Preußen gestern noch in Christiansfeld übernachtet haben. Gestern Mittag wurde das Kaiser Alexandra Grenadierregiment und Husaren in Hadersleben erwartet. — Die Wahl zum deutschen Parlament für Hadersleben und den zu ihr gehörigen ländlichen Wahldistrikt scheint gefallen Dr. Ahlmann aus Kiel und Prof. Michelsen in Jena zu schwanken.

Die von den Dänen thatsächlich angefangene Blokade des Kieler Hafens (welche sich daher auch auf den Ausgang des in diesen mündenden schleswig-holsteinischen Kanal bezieht) wird ohne Zweifel Gegenstand diplomatischer Erörterungen werden, weil eine Bekanntmachung dieser Maßregel vorher nicht stattgefunden hat. Heute Abend wollte ein engl. Schiff in Ballast ausgehen, dessen Kapitän nach einzugezogener Instruktion seines Konsuls (Herrn M. L. Schmidt, bekanntlich zugleich Mitglieder der provisorischen Regierung) die Blokade nicht anzuerkennen gesonnen sein soll. (N. Merk.)

* Frankfurt, 3. Mai. Die heutige Sitzung des Fünfzigerausschusses war größtentheilig der Polenfrage gewidmet. Es waren Beschwerden polnischer Flüchtlinge gegen die Gewaltthat, welche dem Durchzug in ihr Vaterland von deutschen Regierungen entgegengestellt werden, eingelaufen. Die traurige Lage dieser Leute, welche im Vertrauen auf das ausgesprochene Erklärung zu Gunsten der Herstellung Polens, die hiermit und mit den Beschlüssen des Ausschusses in Widerspruch stehenden Bundesbeschlüsse wegen Zurückweisung aller nicht aus Preußisch-Polen stammenden polnischen Flüchtlinge und wegen Einverleibung der Stadt und Festung Posen in den deutschen Bund wurden zum Theil unter lebhaftem Tadel zur Sprache gebracht und zuletzt beschlossen, daß der Ausschuß den Bundestag im Namen der deutschen Ehre zur Erfüllung des den Polen vom Vorparlamente feierlich gegebenen Versprechens auffordern, zugleich aber auf seinem Beschlusse wegen freien Durchzugs und gezogener Unterstützung der hierdurch betroffenen Polen beharren solle. In der österreichischen Frage wurde mit Affiamation folgender Kommissionsantrag angenommen: der Ausschuß erklärt, daß

Digitized by Google

die Aufgabe des konstituirenden Parlaments allein dahin geht, ein einiges Deutschland, welches in ungeschwächter Kraft nach Innen und Außen zu wirken vermag, zu gründen; daß zwar die Sonderinteressen, die dieser Aufgabe nicht widersprechen, möglichst geschont und erhalten werden sollen, dagegen alle Sonderinteressen, die damit nicht vereinbar sind, sich durchaus unterordnen müssen; daß daher die Erklärung der Wiener Zeitung, wenn sie einen andern Sinn hat, unstatthaft sein würde. Da jedoch das Vorparlament beschlossen hat, der konstituirenden Versammlung einige und allein die künftige Festsetzung der staatlichen Verhältnisse Deutschlands zu überlassen, soweit dieser die Festsetzung jener Verhältnisse allein zusteht, geht der Fünfziger-Ausschuß zur Tagesordnung über. — Die böhmische Frage wird morgen auf die Tagesordnung kommen. Heckscher nahm das Wort, um gegen den Bundesbeschluß vom 3. d. M. zu protestiren, insofern derselbe den Sinn und die Bedeutung der Ausschußbeschlüsse über die Exekutivgewalt des Bundes entstellt, die bedungene Vereinbarung mit dem Ausschuß und den Vertrauensmännern über die Wahl der 3 Mitglieder ignorirt und dagegen den Letztern eine ursprünglich durchaus nicht beabsichtigte „Vertretung der Regierungs-Ansichten und Wünsche gegenüber der konstituirenden Versammlung“ zur Aufgabe macht. Der Ausschuß schloß sich einstimmig diesem Proteste an.

**Frankfurt**, 4. Mai. 47. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 4. Mai 1848. Statt des ausgetretenen Gesandten tritt für die freie Stadt Lübeck Senator von der Hude ein. Auf den Vorschlag von Preußen wird die Frage, ob gemeinschaftliche Maßregeln für ganz Deutschland wegen Beschlagnahme dänischer Schiffe zur Vergeltung des von Dänemark auf deutsche Schiffe gelegten Beschlags zu ergreifen seien, und ob der deutsche Bund auf andere Weise eine Garantie für den durch Dänemark gestifteten Schaden zu übernehmen habe, an eine eigens niedergesetzte Kommission gewiesen. Zur Bestreitung der Kosten für die nothwendigen Wohnungsentstellen für die Besatzungstruppen von Ulm werden die nöthigen Mittel bewilligt. Desgleichen wird die von Oesterreich, Baiern und Württemberg für die Besatzung von Ulm zu stellende Mannschaft an Reiterei und technischen Truppen festgesetzt. Die Absendung hannöverischer Truppen in das Herzogthum Lauenburg zur Unterstützung der dortigen Behörden bei zu befürchtenden Unruhen wird gut geheißen.

Protokoll der Versammlung der hier bereits anwesenden Abgeordneten für die konstituirende National-Versammlung. Verhandelt Frankfurt a. M. den 4. Mai 1848 im Kaisersaale. Es waren heute außer den am 1. Mai d. J. gegenwärtig gewesenen Abgeordneten erschienen: 1) Max v. Gagern, gewählt zu Hadamar. 2) Adodfat Karl Alexander Spaß, gewählt zu Frankenthal. 3) Jakob Benedey aus Köln, gewählt zu Homburg v. d. H. 4) Ernst Merck, gewählt zu Hamburg. 5) Robert Mohl, gewählt zu Bergzabern. Dagegen waren heute nicht anwesend von den am Montag Erschienenen die Abgeordneten Schepp, Cucumus, Hebner, Hergenhahn und Wippermann. Abgeordneter Rühl von Hanau stellte den Antrag: Durch öffentliche dringende Aufforderung die bereits gewählten Abgeordneten zum baldigsten Erscheinen zu veranlassen. Der Antrag ward einstimmig angenommen und dem Vorsitzenden die Ausführung überlassen. Dr. Cnyrim stellte den Antrag auf Entwerfen einer Geschäftsordnung für die konstituirende Versammlung, den er später dahin näher bestimmte, daß drei Mitglieder zu ersuchen seien, sich mit dem Entwurf einer Geschäftsordnung zu beschäftigen. Die Anwesenden waren mit diesem Vorschlag einverstanden und es wurden die Abgeordneten Schwarzenberg, Mohl und Murschel ersucht, sich dieser Arbeit zu unterziehen. Koch von Speier brantragt, sich künftigen Montag den 8. d. M. wieder hier einzufinden, welchem Antrag beigestimmt ward. Schließlich war man darüber einverstanden, daß Protokoll der heutigen Sitzung dem Fünfziger-Ausschuß mitzutheilen. Der Vorsitzende: Scholt. Der Schriftführer: Zuche.

### Dänemark.

**Kopenhagen**, 29. April. Der König ist im besten Wohlsein heute Nachmittag auf dem Dampfschiffe „Regin“ wieder hier eingetroffen.

Kopenhagener Blätter vom 1. Mai enthalten eine kurze Ansprache des Königs an die Kopenhagener, in welcher er ihnen für die von ihnen bei seiner Heimkehr dargelegten Beweise der Zuneigung danke, sie seiner Liebe versichert und ihnen die Zusage gibt, daß er Hand in Hand mit ihnen gehen und Gutes und Schlimmes mit ihnen theilen wolle. — Die Berlingsche Zeit. bemerkt, daß vom Auslande keine neue Post und auch den Provinzen keine bemerkenswerthe Neuigkeit eingegangen sei. Ein Rapport des Generals Hedemann vom 28. spricht nur von der Sammlung der Truppen auf Alsen. Vom General Wedell ist ein Bericht eingegangen, demzufolge der rechte Flügel des Herres (hauptsächlich Kavallerie) sich langsam nordwärts zieht. Sowohl General Wrangel als General Hedemann haben Parlamentäre in die resp. feindlichen Lager geschickt, die jedoch beide keine diplomatische Mission hatten, sondern nur Erkundigungen nach Gefangenen und Verwundeten eingezogen haben.

Fährelander berichtet aus Helsingör, daß am 29. der Kommandant von Kronborg und der Befehlshaber des Wachtschiffes noch keinen Bericht erhalten hatten, hannoversche, mecklenburgische und hanseatische Schiffe aufzubringen.

### Norwegen.

**Langesund**, 25. April. Es sind Ingenieure nach den befestigten norwegischen Seehäfen geschickt, und es wird die Scherenflotte sofortig gemacht. (B. H.)

### Großbritannien.

**London**, 1. Mai. Man erfährt jetzt, worin das dem 10. April zu errichtende Denkmal bestehen soll, nämlich in einem neuen Hospital, Bad- und Waschhäusern für die Armen und andern wohlthätigen Stiftungen. Dergleichen ist ganz gut, nur sollte es hierzu nicht einer Anregung wie des 10. Aprils bedürfen. Auch die Times sprechen sich gegen einen solchen Plan aus. Diese Zeitung sagt: „Solche Denkmale nähren den Parteigeist, den Haß zwischen den verschiedenen Klassen, sie lassen die eine Partei fühlen, daß sie besiegt, die andere, daß sie aus dem Kampfe als Sieger hervorgegangen ist. Um Gotteswillen führt in London, dieser Hauptstadt aller Stämme, aller Sekten, aller Klassen, aller politischen Ansichten des britischen Reichs, nicht zum ersten Male solche Gedächtnißstiftungen ein. Ein Rebell muß ohne Zweifel die gesetzlichen Folgen seines Unternehmens tragen, und kann doch in seiner Weise ein ganz guter Mensch sein, der ehr Mitleid als Haß und Verachtung verdient. In keinem Falle aber ist es schön, Besiegte selbst in solcher Weise an ihren Fall zu erinnern.“ Dabei haben die Times gar Nichts gegen die Errichtung solcher wohlthätigen Anstalten zu bemerken, vielmehr bedürfe London derselben mehr als jede andere Hauptstadt, nur sollen sie nicht dem ausgesprochenen Zwecke dienen. Die Times fahren fort: „Wir nehmen an, daß die Herren des Denkmalkomitées so gut wie wir einige der Aufsätze am 10. April gesehen haben; nun, dann dürfte der Anblick jener schmutzigen, ungesund aussehenden, schlecht gekleideten Wesen, welche zum größten Theile jene Züge bildeten, ihnen allerdings den Wunsch eingeflößt haben, diese armen Leute zu speisen, zu waschen, zu kleiden und zu heilen, und es wäre ganz natürlich und entschuldbar erschienen, wenn Lord Ashley (der bekannte Philanthropist) ihnen einen Vorrath von warmem Wasser, Seife und Handtüchern nach dem Versammlungsplatz hinausgeschickt und damit ein Bataillon Waschweiber, Hrn. Cuffey an ihrer Spitze, beauftragt hätte“ u. s. w. Die Times kehren jedoch bald wieder in ihren ernsten Ton zurück, indem sie fortfahren: „In der Versammlung auf dem Kenningtoner Gemeindeplatz gab es vielleicht ein paar Bursche, dem äußeren Ansehen nach etwa ein Drittel von den 10,000, welche ohne Zweifel einem Straßenauflauf nicht abgeneigt waren und sich vor Vergnügen die Hände gerieben haben würden, hätten sie aus ungefähderter Ferne einen Zusammenstoß mit den Truppen oder den Brand von einem halb Dutzend öffentlicher Gebäude mitansehen können. Wenn die irischen Konföderirten so schlecht sind, wie sie zu sein nicht verhehlen, so waren diese ohne Zweifel unter den Leuten, die Rauflustigen. Aber die große Mehrzahl dieser bejammernswerthen Leute, welche so niedergedrückt dahergeschlichen, als sollten sie gehängt werden, war ohne Zweifel des feindlichsten Sinnes und meinte, selbst konstitutionell zu handeln. Diese armen Tröpfe glaubten ganz aufrichtig an die sechs Punkte der Volkscharte und waren der Ansicht, daß sie nur die britischen Rechte, sich zu versammeln und zu petitioniren, aufrecht erhielten, wenn sie so nach dem Kenningtoner Gemeindeplatz und — insofern man es gestattet hätte — in Procession weiter zögen. In unsern Tagen, wo so viel Meinungsverschiedenheit über das, was nach der Verfassung gesetzlich ist und was nicht, selbst im Schooße des Parlament besteht, war es wenigstens entschuldbar, wenn eine Anzahl unwissender und wohl selbst gut meinender Leute, welche auf der Wetterseite der Welt hausen, es für gesetzlich hielten, zusammenzukommen wo, und zu gehen, wohin es ihnen behagte, trotz aller Parlamentsbeschlüsse und ministeriellen Aufrufe, die das Gegentheil besagten. Wir thaten Recht, ihrem Treiben Einhalt zu thun, aber ihr Irrthum ist nicht strafbar und schwer genug, daß man ihn in Lettern von Stein niederschreibt, durch Säulenhallen verewigt und durch prächtige Kuppeln vor aller Welt sichtbar macht“.

Digitized by Google

**Baiern.** § München, 29. April. Unsere Wahlen haben ein befriedigendes Ergebniß geliefert, und auch die benachbarten sind nach bisher eingelaufenen Nachrichten gut ausgefallen. Wir haben den Ministerialrath v. Hermann und Professor Fallmerayer gewählt, als ersten Ersatzmann zwei Mal Oberapellationsgerichtsrath Cucumus und als zweite Ersatzmänner Advokat Ruhwandt und Obristlieutenant von Hylander. Für Hermann sprachen vornehmlich seine umfassenden und gründlichen Kenntnisse der Verfassungen und Verhältnisse der Deutschen, ja aller neuern Staaten, sein tiefer Blick in alle Zweige der Verwaltung und in die Bedürfnisse und Kräfte des Lebens, so daß er schwerlich durch Irgendwen zu ersetzen sein dürfte, selbst wenn er nicht obendrein zu gleicher Zeit die Gabe der Rede in so hoher Vollkommenheit besäße, als es wirklich der Fall ist. Für Fallmerayer vereinigten sich die Schattirungen aller Meinungen. Es liegt ein eigner Zauber in seiner Persönlichkeit; die letzten analytischen Reflexbilder in der Allgemeinen Zeitung, die fabelhafte Lebedung des Hrn. Mussarus, die noch fabelhaftere Lobpreisung des Hrn. v. Stürmer in Konstantinopel hatte Niemand mit dem Geist der Vorrede zu den Fragmenten aus dem Orient in Verbindung zu bringen gewußt und seine hiesigen Freunde hatten sich sehr für ihn abgekämpft. Da tritt er mitten in den Wahlkampf; man vergißt Mussarus und Byzantiner und erinnert sich nur der kühnen und glücklichen Kämpfe gegen Eibius Egnatius Tacitusfuß und Alles fällt ihm zu, ja selbst die Geistlichkeit, die ihm am wenigsten Dank schuldig ist, tritt für ihn in der Wahlversammlung auf und legt das letzte entscheidende Gewicht in die Wagschale. Sehr gern hätte man Cucumus auch als Abgeordneten gehabt, allein da eine dritte Stelle nicht zu vergeben war, mußte man sich begnügen, ihn als ersten Stellvertreter zu wählen, und da er zugleich in beiden Wahlbezirken von München, in dem einen einstimmig von allen Wählern, und zwar nicht etwa durch Akklamation, sondern durch Stimmzettel, als solcher gewählt worden, so wird dies hoffentlich als Zeugniß gelten, daß er, der zu den bedeutsten Vertrauensmännern am Bundestag gehört, nicht nur der Ernächte der Regierung, sondern auch der Mann des Volkes ist. — Uebrigens wurde mir hier eine eigenthümliche Erfahrung gemacht, welche vielfältig besprochen wird. Seit länger als 14 Tagen sind verschiedene Klubs thätig gewesen, die Wahlen zu dem Frankfurter Tage vorzubereiten; es sind fast täglich Versammlungen, Berathungen, Abstimmungen gehalten worden, Listen gedruckt, Aufrufe und Proklamationen, desgleichen eine große Volksversammlung im Freien abgehalten worden; man war von mancher Seite her seiner Sache so gewiß, daß man die Hinderniße seiner Wünsche nur in der Vergangenheit sah, die Gegenwart aber vollkommen beherrschte. Nun, alle diese Versammlungen und Berathungen und Demonstrationen waren von großem Werth, haben Viele geweckt, geleitet, geläutert, aber einen unmittelbaren Einfluß auf die Wahl haben sie nicht gehabt. Als die ersten Wahltage nahten, suchten sich die Wahlstriktte nach unmittelbarer Eingebung zu organisiren; und als die Wahlmänner zur Vorberathung zusammentraten, waren die glänzenden Namen der Klubs und der Volksversammlungen wie ausgelöscht, zu Fallmerayer, dessen Name öffentlich von der Kandidatenliste des Bauhofstands gestrigt worden war, wurde der Held des Tages. Nur Hermann, der in allen Klubs die größte Stimmenzahl für sich hatte, blieb für die Wahl fest; allein nicht weil, sondern obschon ihn die Klubs erkoren. Graf Oegenberg Dux ist in seinem Wahlbezirk auf dem Lande gewählt worden; er, wie Baur in Augsburg und hoffentlich die überwiegende Mehrzahl der Abgeordneten aus Baiern, gehört zu den Männern der konstitutionellen Monarchie, wie die neuen Gewährschaften sie gestaltet, zu den Verfechtern der Freiheit und der Ordnung, und was wohl zu wünschen ist, zu den ausgezeichneten parlamentarischen Talenten unsrer zweiten Kammer.

**Niederland.**

Rotterdam, 29. April. Bei den tollen Angriffen, welchen die Schleppdampfschiffe seit einiger Zeit, Seitens moderner Raubritter, auf dem Rhein ausgesetzt sind, hat die Direktion der hiesigen Dampfschifffahrtsgesellschaft für nöthig erachtet, ihren deutschen Schleppbooten sechs Fuß hohe Schanzen und Barrikaden um das Deck her zimmern zu lassen, zur Schutzwehr der Steuerleute und Mannschaft gegen die Gewehrkugeln. Zwei Dampfer „Rheinus“ und „Paul“ sind bereits auf diese Weise zweckmäßig eingerichtet, um mitten im Frieden den freien Rhein ohne Gefahr befahren zu können!

Haag, 30. April. Das Ministerium soll beschlossen haben, statt der Mahlsteuer, die wohl ganz eingehen dürfte, versuchsweise eine Einkommensteuer einzuführen. Bei der hochgespannten Belastung des Landes sieht man jeder neuen Steuer mit Mißtrauen entgegen, und Viele meinen, es sei vorläufig genug, daß man sich die englische Verfassung zum Muster genommen, dazu brauche nicht auch das englische Steuersystem zu kommen. Es ist freilich überall leichter, gewisse brittische Einrichtungen und Bräuche nachzuahmen, sich mit Dachtklubs, mit Jockelklubs, selbst mit einer income-tax zu versehen, als sich die engl. Thatkraft, das öffentliche Pflichtgefühl und den Sinn für Gesetzlichkeit, der so tief im englischen Volke wurzelt, anzueignen. Was die Thatkraft — immer die erste Eigenschaft eines englischen Kabinets — betrifft, so vermißt man sie wieder bei dem neuen niederländischen Ministerium, das zwar manchen Beweis von Wohlwollen, aber auch von Schwäche gibt. Der von der Staatskommission aufgestellte Verfassungsentwurf wird mit einigen, doch wie uns dünkt, unwesentlichen Aenderungen vor die Kammer gebracht werden. Die Meinung, welche darauf dringt, die erste Kammer der Generalstaaten aus den Landesinstitutionen auszulöschen, gewinnt an Stärke. Niederland besitzt sowenig das aristokratische Element als die Größe Englands, und eine erste Kammer, die von denselben Wählern wie die zweite Kammer ernannt wird, nur nach einem passiven Wahlensus, ist wohl bloß eine willkürliche, in keinem Prinzipe begründete Modifikation der andern Kammer. Wie eine hohe Kammer nicht, wie in England, in dem ihr eigenen Bereiche selbständigkeit, Kraft, Ansehen findet, dünkt sie uns ein unnützes Rad am Wagen. Das Zweikammersystem war in Niederland nie beliebt; im Jahr 1815 ward es bloß deßhalb eingeführt, weil die belgischen Notabeln darauf drangen.

**Dänemark.**

Kopenhagen, 27. April. Die Antwort des Kriegsministers auf den Bericht des Generals Hedemann nach dem Rückzuge von Schleswig, vom Kruge zu Jesteet, 1. Oftertag um Mitternacht datirt, lautet folgendermaßen: „Herr General! Ich empfange in diesem Augenblick Ihren Rapport vom ersten Ostertage um Mitternacht. Daß Sie sich vor der Macht, die Sie gegen sich haben, zurückziehen mußten, war mit Sicherheit vorzusehen, ebenso wenig, als daß dieselbe sich nach tapferstem Widerstand und mit Ordnung und Ruhe zurückziehen würde. Aber dieses Mal haben Sie und Ihre braven Truppen jede Erwartung übertroffen. Ein mehr als achtstündiger Kampf ist für ein Armeekorps, wie das Ihrige, eine Heldenthat, deren Verdienst jede Lobrede überstrigt. Die Ehre ist geretttet, mag kommen, was da will. Der König und das Vaterland werden sich mit Dankbarkeit Ihrer That erinnern, die nicht anders als uns Achtung bei Allen und Sympathie bei den Gerechten verschaffen kann. Ich will Ihnen nicht verbergen, daß Sie noch einige Zeit ohne wesentliche Verstärkung den Kampf gegen eine entschiedene Uebermacht aushalten müssen, aber ihre Ihren Patriotismus und den Ihres Heeres ist so Etwas nicht absolut Neues. Die Zukunft wird es lehren, daß das nordische Armeekorps, das Ihnen anvertraut worden, nicht besiegt, und uns Ihrem Beispiel werden wir neuen Muth, frische Begeisterung für unsere heilige und gerechte Sache schöpfen. Herr General, grüßen Sie Ihre Armee von mir und von Ihren dankbaren Mitbürgern“.

Die Eröffnung der Provinzialstände geschah gestern durch eine Rede, welche der k. Kommissär, Graf Sponneck, hielt. Es wird darin die achtjährige Regierungszeit Christian's VIII. als eine der glücklichsten Perioden der dänischen Geschichte, die Bewegung in Schleswig-Holstein als Aufruhr, die Intervention des deutschen Bundes als mit dem Völkerrechte streitend bezeichnet. Nach dieser Einleitung wird mit einigen Worten des Gesetzentwurfs des Wahlgesetzes zur Bildung der angekündigten Reichsversammlung gedacht, zu dessen Prüfung ein Komitis niedergesetzt wurde. Zum Schlusse ist der Ständevertagung wurde Statsrath Scavenius, zum Vicepräsidenten Prof. Clausen gewählt.

Der Staatsminister Orla Lehmann ist gestern auf dem englischen Dampfschiffe „Camilla“ aus London hier angekommen.

In der heutigen Nummer des Faedrelandet befindet sich eine Mittheilung, in welcher erklärt wird, daß, sobald vollkommene Gewißheit von der Abtrennahme der Hanseftädte am Kriege gegen Dänemark eingegangen sei, die kgl. Kriegsschiffe Befehl erhalten werden, alle deutschen Schiffe ohne Ausnahme aufzubringen, und daß dieselben dann nicht mehr mit einem bloßen Embargo davonkommen, sondern unbedingt werden konfiszirt werden. Im Verlaufe der Mittheilung wird dann aber auseinandergesetzt, daß eine Blokade nach der durch das Völkerrecht bestimmten Definition, sowohl in politischer als in militärischer Hinsicht, allzugroße Schwierigkeiten darbieten würde, und daß man daher, ohne jedoch von der gehörigen scharfen Aufsicht einzelner Schiffe abstehen zu wollen, in der

Digitized by Google

Hauptsache sich darauf werde beschränken müssen, die Operationen des Landherrn durch die Kriegsschiffe zu unterstützen.

## Frankreich.

**Paris**, 3. Mai. Schon gestern haben sich eine Reihe von Mitgliedern der konstituirenden Versammlung bei den Quästoren einschreiben lassen und ihre Plätze im Saale ausgesucht. Die Einrichtung des Lokale ist im Wesentlichen dieselbe, wie die der früheren Deputirtenkammer. Die frühern Abgeordneten haben sich meistens auf der Rechten ihre Plätze gesucht; dort sah man Duvergier de Hauranne, Leon de Malleville, Remusat, Berger und auch für Odilon Barrot wurde dort ein Platz bezeichnet. Die Höhen der äußersten Linken (der Berg) waren von Barbès, Em. und Stephan Arago, Cauffidière, Bernard u. A. eingenommen; ein Drittel der Gewählten ist indessen noch nicht in Paris anwesend und wird auch bei der morgen stattfindenden Eröffnung der Versammlung wahrscheinlich noch ausbleiben.

In den Blättern wird die Verhandlung über die muthmaßliche Haltung der Versammlung fortgesetzt; die Organe der Rechten, bisher verstummt oder schüchtern, lassen sich wieder ziemlich laut vernehmen. In der Presse erklärt E. Girardin, daß der Termin des Schweigens, den er sich auferlegt, jetzt durch den Zusammentritt der konstituirenden Versammlung abgelaufen sei; in dem Journal des Débats wird eine Parallele gezogen zwischen der bisherigen revolutionären und der nun beginnenden republikanischen Epoche. Der revolutionären Epoche, das ist ungefähr der Gedanke des genannten Blattes, konnte man etwas Diktatur wohl hingehen lassen, sie durfte uns schon zum Schweigen verdammen, sie durfte die Unabsetzbarkeit der Richter antasten, die Männer der revolutionären Regierung konnten so diktatorisch reden, wie sie gethan haben, die republikanische Zeit wird die freie ungestörte Verhandlung und die freie Abstimmung wiederherstellen.

An dieser Sprache wird man die Kühnheit der Hoffnungen erkennen, welche die antirepublikanische Partei erfüllt. Die Assemblée nationale bringt gar ein heftiges Kriegs-Manifest gegen die revolutionäre Partei und droht damit, daß, wenn die Majorität der Regierung fortfahre sich schwach zu zeigen, die Nationalgarde ohne Befehl die Waffen ergreifen und sich selbst Recht zu verschaffen wissen werde. „Eher werden wir zu Grunde gehen, sagt sie, als mit euch kapituliren, — die ganze Bevölkerung ist gegen euch. Wagt kein Straßengefecht, denn ihr würdet vernichtet werden."

Aehnliche Reden hört man auf der andern Seite; die gestern erwähnten Drohworte des „Courrier français" und ähnliche Stellen in andern Blättern beweisen, daß man auf beiden Seiten thätig ist das Feuer zu schüren. So hat der Klub Blanqui eine heftige Adresse an die prov. Regierung gerichtet, in der er die blutigen Auftritte in Rouen eine royalistische Bartholomäusnacht nennt, dann erklärt, daß das Komplott die „Arbeiterkanaillen" zu vernichten schon lange bestanden habe und verlangt, daß 1) die Nationalgarde von Rouen aufgelöst und entwaffnet werde, 2) alle Generale und Officiere der Truppen und der Nationalgarde, die diese Metzeleien befohlen haben, verhaftet und gerichtet werden, 3) daß Gleiches mit den dortigen Gerichtshöfe geschehe, und 4) daß sogleich alle Truppen von Paris entfernt werden, die in diesem Augenblicke durch verrätherische Bantelle mit der Nationalgarde von der Bourgeoisie für eine Bartholomäusnacht der Arbeiter bearbeitet würden!!

In einem Augenblick, wo so die beiden Extremen in Aufregung und Verbitterung wetteifern, macht es einen guten Eindruck, daß das Atelier, das Organ der Arbeiter, zum Frieden räth. Das genannte Blatt richtet eine Adresse an die „Revolutionäre", worin es zwar seine Unzufriedenheit ausspricht, daß das populäre Element, namentlich das socialistische, in der Nationalversammlung zu wenig vertreten sei, dagegen der „Bibralismus der dynastischen Linken wieder mit zahlreichem Gefolge auf der politischen Bühne erscheine", aber zugleich den festen Willen aussspricht, nur mit der Presse, dem Worte und allen gesetzigen Mitteln dagegen zu kämpfen. „Wenn es unter Euch Leute gibt, die mit bewaffneter Hand versuchen wollen, so stehen wir nicht zu ihnen; wir sind gegen sie, wir werden sie als Feinde der Republik betrachten und als Usurpatoren der Volkssouveränetät behandeln".

Der „National" bespricht in einem Artikel die auswärtige Politik, und schließt aus den Vorgängen in Posen, Krakau, Galizien, Baden und Italien, daß die kaum errungene Freiheit überall bedroht sei, und daß die Völker abermals den Ränken der Kabinette gegenüber den Kürzeren stehen würden. In Preußen, sagt er, wie in Oesterreich, triumphirt die Reaktion, und die Revolutionen von Wien und Berlin werden bald annullirt sein, die Unabhängigkeit Italiens aber ist eine Lebensfrage für die französische Republik, und die Regierung muß ihre ganze Aufmerksamkeit dahin wenden. In dem Organe Armand Marraste ist diese Stelle von Bedeutung; Deutschland wird gut thun, auf solche Andeutungen aufzumerken.

Wir wollen den wüthenden Ausfällen der übrigen Blätter nicht mehr Gewicht beilegen, als sie durch sich selber haben; aber ein Blatt von der Bedeutung wie der National sollte seine Urtheile auf bewährte Thatsachen bauen. Er hat sich freilich über den Aufruhr in Baden aus dem „Courier du Bas-Rhin" oder aus Berichten der verunglückten Empörer belehren lassen; alle die grandiosen Lügen über anfänglich große Erfolge der Rebellen, über ungeheure Truppenmassen, über die Brutalität derselben sind in seine Spalten so gut übergegangen, wie in die der übrigen Blätter. Ueber Posen wird er von jenen Rasenden bedient, die es dahin gebracht haben, in kurzer Zeit die deutschen Sympathien ins Gegentheil zu verwandeln; kein Wunder, wenn er von den empörenden Auftritten in Posen und von dem Treiben in Westpreußen keine Ahnung hat, wohl aber jeden Tag ein neues Attentat der deutschen Politik gegen die polnische Nationalität auffindet. Die deutsche Presse, die deutsche Diplomatie in Frankreich, die französische in Deutschland hat hier die Pflicht, belehrend und verschwend zu wirken; die polnischen Ultras und die von uns ausgestoßenen Empörer werden ohnehin nach Kräften zu hetzen und zu entzweien suchen. Hat ja doch Börnstein in der jüngst mitgetheilten Stelle der Commune de Paris die Franzosen schon offen zur Intervention in Baden aufgefordert und auch die andern, die bei Kandern, bei Freiburg, bei Dossenbach ohne einen Tropfen Blutvergießt geflossen sind, werden nicht verfäumen, in Frankreich dieselbe Rolle zu spielen, wie einst die monarchischen Emigranten zu Pillnitz und Coblenz.

Auch in Marseille und andern Departements haben Unruhen Statt gefunden, die jedoch ohne ernstliche Folgen geblieben sind. In Limoges herrscht noch immer die revolutionäre Kommission, es sind indessen Truppen dahin abgesandt.

Der portugiesische Gesandte hat der provisorischen Regierung angezeigt, daß er den Auftrag erhalten habe, mit der französischen Republik die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten.

## Türkei.

**Bukarest**, 13. April. Die österreich. Zeitung enthält von hier folgende Mittheilung: Seit vorgestern sind wir hier in einer ängstlichen Aufregung. Es verbreitete sich nämlich das Gerücht, daß 6000 Türken in Silistria, 4000 in Rikopel und 4000 in Rustschuk eingerückt wären. Verbürgt ist die Nachricht jedenfalls, daß vier russische Kavallerieregimenter, zwei Ulanen und zwei Husarenregimenter für die Walachei bestimmt sein sollen. Heute aber wird die schauderhafte Neuigkeit als eine Thatsache erzählt, daß die russische Armee bereits den Pruth bei Skulany in der Moldau überschritten habe. Unser Fürst wurde davon durch eine Staffette benachrichtigt. Wahrscheinlich steht die vor drei Tagen plötzlich erfolgte Abreise des russ. Generalkonsuls, Hrn. v. Kotzebue, damit in Verbindung. Nicht ohne Grund vermuthet man, daß auch die Russen noch hermetischer von der Pforte. Strenge abschließen und diese besperren werden, damit ja nur kein freisinniger Gedanke mehr über die Karpathen dringe und zu Reformen anrege. Dazu mögen auch die Petitionen in Jassy, an deren Spitze der franz. und engl. Konsul stand, um Aufhebung der bei uns und dort so verunerschwer drückenden Censur und Erweiterung der Verfassungsrechte ihr Scherflein beigetragen haben. Die Geschäfte liegen ganz darnieder, und 200 Schiffe feiern zu Braila, weil sie Nichts zu verführen haben. In Bosnien sollen Verfolgungen im russ. Interesse stattfinden, mit welchen ein Brief des venetianischen Ministers Nikolo Tomaseo an den Vladika wegen eines beabsichtigten Einfalls der Montenegriner in Cattaro nicht im Widerspruch steht. In Belgrad soll man die Türken verjagt haben. Briefe aus Bosnien und Jassy vom frühesten Datum haben Befürchtungen wegen eines Einfalls der Russen in die Moldau laut werden lassen. Reisende an den Grenzpässen haben sie nicht nur bestätigt, sondern die Armenier in Smyrna und wohlhabendere Seidlerfamilien sollen Anstalten zur Flucht gemacht haben. Wir sehen bestimmteren Nachrichten mit bangen Erwartungen entgegen. Wäre das der erste Schritt von der erklärten russ. Neutralität, dann ist die Okkupation der beiden Fürstenthümer als ein durch die europäische Politik gebilligtes Fait accompli anzusehen!

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von C. Chr. Wehr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Cox, Oliver & King, 72 Newgate Street in London. Für Frankreich: Bureau Havas, Laffite, Bullier & Comp. 8 Place de la Bourse in Paris. Für Amerika: in Straßburg Nr. 21. Grand-Rue, in Basel Nr. 20 hinter der Hauptwache.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Verl. Bur. Palmaie Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 10.—, durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 24 kr. Die Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 128. Heidelberg, Montag 8. Mai. 1848.

## Uebersicht.

**Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde.** VIII. — **Wien** (Stimmung der Lombarden gegen Karl Albert. Der Kriegsminister). **Prag** (Unruhen). **Lyon** (Forderungen der Bürger). **Berlin** (Zur Charakteristik der poln. Wühlereien. Anerkennung der Königin von Spanien. Ernennung eines preuß. Gesandten in Madrid. General von Pfuel kommt für in Posen). **Posen** (Ausschreiben der Insurrection). **Stettin** (Wahlen und Ruhestörungen). **Swinemünde** (englische Schiffe angehalten). **Breslau** (Sieg der demokratischen Partei in den Wahlen). **Tilsit** (Ankunft des russ. Kaisers in Riga; Waffenlieferung). **München** (der Bericht über das Ablösungsgesetz). **Sachsen** (Parlamentswahlen). **Karlsruhe** (die Reduktionen in Besoldungen und Pensionen. Die Heimkehr der Truppen. Die franz. Regierung im Verhältniß zu Deutschland. Die Lage von Mannheim. Eine günstige Wendung zu erwarten. Kammerverhandlungen. Die Kammer und das Parlament. Verordnung über die Volksbewaffnung). **Heidelberg** (Direktor Louis †). **Mainz** (Centren der Parteien; die Wahlbewegung). **Luxemburg** (Wahlen der Bundesbeschlüsse. Bischof Laurent abberufen). **Meiningen** (Parlamentswahl). **Lübeck** (Anzeige der bär. Regierung). **Hamburg** (der Bau einer deutschen Flotte begonnen). **Frankfurt** (Verhandlungen des Ausschusses. Rotowitz tritt ab. Trentowski über die Krakauer Ereignisse. Ein Schreiben des Posener Nationalcomités.

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen. Die Fremdenbill. Der Zusammenstoß zwischen Junge- und Altirland. O'Brien.

**Italien.** Rom. Das neue Ministerium. Der Verschwörungsprozeß. Der italienische Staatenbund. Einberufung der Wahlcollegien. Ministerwechsel. Die gesetzliche Gewalt des Papstes. Sterbini. Das Verhältniß zu Oesterreich. Die Finanzverwaltung. Stellung Pius IX.

**Griechenland** und **Asien.** Die Finanzkrisis. Thätigkeit des neuen Ministeriums.

**Belage.** **München** (die Note dargestellt. Noth der arbeitenden Klasse; die Parlamentswahlen). **Schweiz.** Basel. Aufrührung der deutschen Flüchtlinge von der Grenze. Handwerkerausweisung. Aus der Schweiz. Republikanische Freiheit. Bern. Die Verfassung in Neuenburg angenommen; die Klerus in Freiburg **Frankreich.** Die Eröffnungsfeierlichkeit der Nationalversammlung. Wahlprüfungen. **Türkei.** Konstantinopel. Auszug der russ. Truppen aus Tscherkessien. Rüstungen der Pforte.

## Heidelberg, 7. Mai.

Preußen hat es feierlich erklärt, daß seine natürliche Politik es erheischt, mit Deutschland seine Interessen zu verschmelzen und seine Geschicke zu vereinigen. Der König hat es erklärt. Der vereinigte Landtag von 1847 hat diese deutsche Gesinnung ausgesprochen. Der neue konstituirende Landtag wird es noch viel entschiedner thun. Lage, Geschichte, Bildung des Landes und des Volkes geben diesem Allem Nachdruck und Bürgschaft; es ist nicht eine Verbindung, die künstlich gemacht, von Oben geschaffen, von einer zufälligen Verlegung zufällig beliebt wird, sondern es soll in ihr einem natürlichen Verhältnisse nur das letzte Siegel aufgedrückt werden. Es hat eine Zeit gegeben, wo der alte Freund Oesterr. Zeltet, äußern konnte er möchte den Russischen, die nicht preußisch, sondern deutsch sein wollten, die Füße vor die Füße legen lassen; aber das war schon damals eine vereinzelte Lächerlichkeit: die großen Bewegungen dieser Tage haben die Posen und Tilsit hin gezeigt, daß man im fernsten Preußen dem Kerne aller Deutschheit so nahe ist, wie nur irgenwo im Mittelpunkte des Landes.

Das Alles kann von Oesterreich nicht gelten. Während sich die Stände von Preußen um die Ausnahme in den deutschen Bund eifrig und einstimmig bewerben, während die Deutschen in Posen in einer großartigen Erhebung darum kämpfen und darnach ringen, wollen die Czechen den uralten Verband mit Deutschland lösen, und kaum regen sich die Deutschböhmen dagegen, erklären die Waisichiers, der konstituirenden Tag in Frankfurt nicht beschicken zu wollen, und die deutschen Sympathien in Tirol, die dem entgegenstehen, sind die schwerlich sehr verbreitet. Die slavische Bevölkerung in Oesterreich, die auf dem vereinigten Reichstage zu der deutschen im Verhältniß von 3 zu 1 vertreten sein wird, verlangt eine Abtrennung des österreichischen Staates von dem deutschen Bunde: ihre Forderung ist, die Bildung eines großen slavischen Oesterreichs, als die Aufgabe der Gesammtmonarchie gefaßt, zu sehen, die durch einen Bund mit Deutschland unmöglich werden würde. Dem slavischen Fanatismus hat die deutsche Bevölkerung Oesterreichs keineswegs einen deutschen Fanatismus entgegenzusetzen; die Bande, die sie mit Deutschland verknüpfen, sind zu lose geworden; sie hält nur an Deutschland unter der Voraussetzung, daß Oesterreich an die Spitze tritt, und selbst unter dieser Voraussetzung wird sie die partikularen, nichtdeutschen Zwecke des österreichischen Staates nirgends den deutschen hintangesetzt wissen wollen. Selbst in der Bundesstaatspartei in Wien ist der Partikularismus keinesweg in der Weise getilgt, wie das in Deutschland unter denen sein würde, die sich zu dieser Benennung bekennen. Die Regierung endlich selbst hat in dem neulichen vielbesprochenen Vorbehalt sich eine Ausnahmestellung in oder neben dem Bunde vorbehalten, wenn der Centralgewalt zu Viel eingeräumt werden, d. h. wenn sie nicht Oesterreich zufallen sollte. Diese Ansicht der Regierung möchte sich überwinden lassen, wenn der österreichische Reichstag, selbst wenn nur die 190 Vertreter auf der konstituirenden Versammlung in Frankfurt dagegen auftraten. Allein dies ist in keiner Weise zu erwarten. Die Oesterreicher, die um jeden Preis einen Anlehn an den deutschen Bundesstaate nehmen wollen, gibt es nach unserm Wissen so gut wie nicht. Es gibt deren, die ihre Dynastie wohl Preis geben würden, wenn sie das Hinderniß sein sollte, Oesterreich an die Spitze Deutschlands zu stellen; aber diese Herrschaft scheint immer der Preis zu sein, um den allein Oesterreich sich an Deutschland hingeben will.

Das mag nun auch vielleicht, obwohl es bis jetzt weder gedacht, noch auch nur gesagt worden ist, der Fall mit Preußen sein. Sich in den deutschen Bund ergeben, so lange er Nichts bedeutete und fernerhin Nichts bedeuten wird, das konnten bisher, das können auch fürderhin, wenn man mit einem Wahlreiche die Nichtigkeit Deutschlands aufrecht halten will, breite Großmächte ohne alles Bedenken thun. Aber sich Deutschland hingeben, so daß die Interessen Deutschlands die Landesinteressen verschlingen und in sich aufnehmen, das können sie billigerweise nur um einen Preis der ihnen entgegengeboten wird, um den Preis der deutschen Krone. Nur Eine dieser Mächte kann diese Krone besitzen. Welche soll es sein? Es kann nur die Macht sein, die sich Deutschland in dieser Weise bei dem besten Willen ganz hingeben kann. Das ist nur mit Preußen der Fall und nicht mit Oesterreich.

Wenn die Zeit der nivellirenden Absolutien noch wäre, wo der Völker Bewußtsein ganz geschwunden, wo der Völkertausch alltäglich war, wenn man noch wie damals mit willenlosen Massen zu thun hätte, wenn es möglich wäre, das ungeheure Projekt eines Pangermanismus aufzugreifen, das Joseph II. in Oesterreich durchfahren wollte, dann allerdings könnte Oesterreich, indem es Deutschland an sich setzte, sich an Deutschland hingeben nicht nur, sondern auch Deutschland einen Preis in Aussicht zeigen, der jedes Opfer auswöge, das wir Oesterreich bringen möchten: die Kolonisirung, die Germanisirung des ganzen Südostens. Aber eine solche Uniformirung der Welt würde sich schon zu Josephs Zeit unmöglich erwiesen haben; Napoleons kolossale und gewaltthätige Verschmelzungspläne schmetterten, wie Josephs humanistische gespleitert sein würden; und auch keine Napoleonische Kühnheit und Stärke, wenn sie zugleich mit Josephs Herzensgüte und edler Meinung gepaart wäre, könnte jetzt weiter auf solche Gedanken zurückkommen. Alle Geschichte weist dahin, daß, ganz im Gegensatze zu den fantastischen Doktrinen des Tages, die alle Völkerunterschiede läugnen möchten, die Stämme und Völker sich nach ihrer Sprache und Sitte zu trennen, sich organisch zu gliedern, die Beherrschung fremder Ueberwacht abzuschütteln, ein vielgestaltiges Leben zu schaffen streben: es lösen sich die Elemente der zusammengesetzten Staaten auf in ihre natürlichen Theile; die Revolution der Zeit wird mit bewegt von dem Rufe nach Völkerrechten und Stammnaabhängigkeit. Oesterreich selbst hat das Seine gethan, in seinem eigenen Schooße eine solche Germanisirung unmög-

Digitized by Google

lich zu machen. Man sagt, unter Frauy II. sei das System der Volksthümlichkeit planmäßig und methodisch im Gegensatze zu dem rangermanischen Josephs II. angenommen worden. Man habe die Neigung der deutschen Bauern zum Kosmopolitismus benutzt und gefürchtet, und habe ihm das Nationalgefühl entgegenstellen wollen, das sich unter Maria Theresia in Ungarn, später in Tirol so nützlich erwiesen. Mag dies Theorie und System der Regierung gewesen sein oder nicht, die Praxis entsprach ihr allerdings: bei dem ersten momentanen Aufodern eines Geistes freierer Thätigkeit und Bewegung unter den Brüdern Stadion zündete auch der erste Funke dieses Nationalismus und erschütterte die gedankenlose Existenz der unterdrückten Stämme; seit 1815 zeigten sich die ersten Spuren slavischer Emancipationen in Literatur und Sprache, in Ungarn und Böhmen. Was zuvor Provinz war, ward nun Staat; die Staaten unter sich wurden durch Zolllinien unterschieden; eigene Höfe unterhielten den Gedanken der eigenen nationalen Existenz; nachdem der Begriff des Unterschiedes einmal erwacht war, mochte die Dislokation der Truppen den Spalt nur größer reißen. Der lang befolgte Rigorismus der österreichischen Politik, nirgends den Anfang einer Concession zu machen, ward in dieser wichtigsten Beziehung verlassen: Ungarn begann ein politisches Leben, als Deutschösterreich noch lange feierte; das slawisch illyrische, das czechische Element fing an, in eigener Bewegung zu gähren. Die deutschen Oesterreicher klagten über die Begünstigung und Bevorzugung der fremden Nationalitäten und über die Uebergriffe ihrer Sprache. Die fremden Stämme waren darum nicht günstiger gegen die österreichische Regierung gestimmt. Denn allerdings suchte man, was man mit der einen Hand gab, mit der andern wieder zu nehmen. Ein einziges schwerfälliges System langsamer Lähmung sollte die Kräfte wieder unschädlich machen, die man schien gewähren zu lassen. Das Bewußtsein dieser Hemmung und dieser Druck mehr gemeinsam und mit ihm der Umwuth, womit man ihn ertrug; während das Selbstgefühl in dem Ganzen des Reichs unter dem gesunkenen Ansehen nach Außen, unter der verwahrlosten Geistescultur im Innern, unter dem Mechanismus des Staatslebens erstarb, erwachte es in den einzelnen Theilen und verrieth sich in dem deutlichen Streben nach Ablösung: die Opposition, die in andern Staaten gegen mißbilligte Regierungssysteme geht, ging hier auf Abtrennung und Auflösung aus. Alle Verständigen hatten daher längst für Oesterreich gefürchtet, der mechanische Zusammenhalt dieses Staatenkomplexes möchte nicht länger dauern, als so lange die Welt in dem früheren Zustande der Ruhe und des Friedens beharrte, und die erste Erschütterung, die den Osten erreichte, möchte ein Auseinanderfallen dieses Staates mit sich bringen: denn wie wollte man diesen disparaten Gliedern Festhalten bei einem Hause, von dem der Nimbus gewichen war, bei einem Regierungssysteme, das der Spott der Welt geworden, bei einem Bildungssysteme, dessen man sich zu schämen begonnen hatte? Diese Erschütterung ist gekommen, und diese Folgen sind theils eingetreten, theils stehen sie noch zu befürchten. Aber sie hat Oesterreich zugleich die kostbaren Güter der Freiheit gebracht, diese Erschütterung; und es sollen diese Güter allen Theilen des österreichischen Staates zu Gute kommen. Die Freiheit lockt und reizt in diesen Theilen der Welt um so mehr, je neuer sie ist; die Freiheit bindet und fesselt zusammen, unter jenen rohen Naturkinder vielleicht um so mehr, je eingewurzelter doch eine alte Gewöhnung und Anhänglichkeit an das österreichische Wesen besteht. Drängen sich so nach den neuen Gewährungen und Aussichten, die die neue Ordnung in Oesterreich darbietet, die slavischen und magyarischen Stämme mit neuen Forderungen und Hoffnungen, mit neuer Bereitschaft und Willsahrigkeit zu dem regierenden Hause hin, erfüllt von dem Gedanken eines freien Oesterreichs, in dem die Nationalitäten in gleichen Rechten stehen, die Einen schwärmend für einen Panslavismus, den Oesterreich im Gegensatze zu der russischen Panhellenie über alle Slaven durch Freiheit entwickeln solle, die Anderen begeistert in der Erinnerung an die alte Ausdehnung Ungarns, zu deren Erneuerung der Zerfall der Türkei Aussicht und die Uebermacht Rußlands Anlaß genug gäbe, so scheint es auf die Dauer unmöglich, daß Oesterreich nicht diesen Ansoderungen in irgend einer Weise genügen müßte. Die kecke Anmuthung ist schon früher an Oesterreich gemacht worden, sich für den drohenden Fall einer Auflösung der Monarchie durch rasche Verwandlung in einen Staatenbund zu retten; noch kühnere Gedanken wird die andauernde Gährung der Zeiten gebären. Dorthin, nach Osten gerichtet, mit seiner Intelligenz und Bildung hinfort auf Deutschland sinnend, aber mit seiner Politik vom Westen mehr abgewandt, bemühe die Schätze zu heben, die in der nichtdeutschen Erde Oesterreichs versenkt liegen, welche ungeheure Aufgaben hat dort Oesterreich zu lösen, welche große Aussichten zu kultiviren! Nach Deutschland gekehrt, wird Oesterreich nur hemmen können; das konservative Schwergewicht ist dort nur durch die Verfassung noch nicht zerstört; Verschand in Deutschland wurde Oesterreich in milderer Form seine bisherigen Einflüsse auch künftig noch fortsetzen. Aber dorthin wird Alles fördern, was Oesterreich thut, und um so mehr, je mehr es sich zwar mit seiner Bildung auf Deutschland stützt, je mehr es dagegen in seinen äußern Handlungen und Bewegungen die Vortheile und Sympathien der Ueberzahl seiner Bevölkerung und die Lage und natürliche Politik der großen Masse seines Bundesgebietes in Erwägung zieht. Um Alles zusammenzufassen: viel größere Fragen und Aufgaben rufen Oesterreich nach dem Osten, wobei sich seine östliche nichtdeutsche Bevölkerung in erster Linie regen muß, schon weil sie nach Zahl und Lage dazu berufen ist. Viel größere Fragen und Aufgaben sind Oesterreich also außerhalb Deutschland als innerhalb gegeben, es hat eine viel gewaltigere Politik dorthin als hierhin zu entwickeln; es hat sie vorzugsweise mit nichtdeutschen Kräften zu verfolgen. Das Alles hindert Oesterreich, sich an Deutschland zu hinzugeben, wie wir es verlangen, wie es Preußen kann, das weder eine nichtdeutsche Bevölkerung hat, noch eine nichtdeutsche Politik von dem Moment an haben kann, wo es durch die freieste Verfassung an Deutschland gekettet ist. Das Alles macht uns aufmerksam, daß Oesterreich einen großen Beruf angewiesen hat, bei dessen Erfüllung es Deutschland nur um so sicherer haben nehmen könnte, während Preußen keinen anderen Beruf fortan haben kann, als den es mit Deutschland theilt. Das Alles macht es bei Männern, die mit reifer Umsicht die Schicksale ihres Vaterlandes bedenken, indem sie es neu konstituiren wollen, unzweifelhaft, daß nur der Vorsitz Preußens in den deutschen Dingen räthlich und denkbar, der österreichische geradezu unmöglich ist.

**Oesterreich.** Die Oesterreich. Z. enthält Nachstehendes: Einem Bericht des F. M. Grafen Radetzky aus Verona vom 25. April entlehnen wir in Absicht auf die Mailänder Zustände Folgendes: Die Stimmung ist durchaus nicht zu Gunsten Karl Alberts, und er dürfte wenig Hoffnung haben, sich von der Lombardei als König anerkannt zu sehen. Man beobachtet zwar dermalen noch einige Schonung gegen ihn, sagt aber doch schon laut, daß er ebenfalls vertrieben werden müsse. Man war über eine Erhebung der niedern Volksklassen gegen die reicheren überaus besorgt. Da man den gemietheten Haufen den Anfangs zugesagten Lohn schmälerte, so zogen diese in die Kaserne Sant'Ambrogio und stellten dort den kaiserlichen Adler aufgestapft haden. Nur die Zusicherung erhöhten Soldes konnte selbe wieder besänftigen. Als die thätigsten Aufwiegler erscheinen die Frauen und die Priester, Beide gehen öffentlich bewaffnet einher. Sogar Damen der höheren Stände sieht man häufig vor den Gesängnissen, wo unsere braven Grenzer verwahrt werden, und diese Mannschaft, gegen welche der ganze Haß aufgeRackelt werden ist, wird von ihnen mit Pistolen bedroht. Die zurückgebliebenen Frauen vom Hofe oder des Militärs werden auf eine wahrhaft unwürdige Weise behandelt.

**Wien.** Der Kriegsminister Zanini hat sein Portefeuille niedergelegt, an seine Stelle trat der Feldzeugmeister Graf Latour. Der Rücktritt Zanini's, dem das Publikum vertraute, und der die schwierigen Agelegenheiten in Italien mit großer Umsicht überblicke, wird als ein beklagenswerther Verlust für das Vaterland angesehen.

**Prag.** Aus Prag vom 2. Mai berichtet unser Krawalle, die hauptsächlich gegen die Juden, nebenbei auch gegen die Bäcker gerichtet waren. Sie waren so ernstlich, daß der neue Gouverneur, Graf Leo Thun, mit dem Standrecht drohte. (Allg. Z.)

**Cger**, 30. April. Nach der Köln. Z. sind die von dem Bürgerausschuß geforderten Punkte folgende: 1) Trennung des Egerer Bezirkes von böhmischen Ständen, weil der Egerer Bezirk, obgleich seit Jahrhunderten an die Krone Böhmens um 40,000 Mark Silber verpfändet, noch nicht in der böhmischen Landtafel als ein Bestandtheil Böhmens erschrint; 2) Aufrechthaltung der deutschen Nationalität im Egerer Bezirke und Anschließung an den deutschen Bund; 3) Steuerreviston.

**Preußen.** **Berlin**, 5. Mai. Der Preuß. Staatsanzeiger bringt die Nachricht, daß der König am 3. d. M., Abends 6 Uhr, im Schlosse den spanischen Kammerherrn, Senator, Generallieutenant und Generalinspekter des Geniekorps, Don Antonio Remon Zarco del Valle, in einer Privataudienz empfangen und aus seinen Händen das Schreiben entgegengenommen hat, durch welches derselbe von Ihrer Majestät der Königin Isabella von Spanien als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am hiesigen Hofiager beglaubigt

Digitized by Google

wird. Der Staatsanzeiger bemerkt hierzu: Bei der großen Wichtigkeit, welche die Beziehungen Deutschlands mit Spanien sowohl in politischer als kommerzieller Hinsicht haben wird die in dem heutigen amtlichen Theile enthaltene Nachricht, daß Se. Majestät einen Gesandten der Königin Isabella zu empfangen geruht habe, vom Publikum gewiß mit großer Befriedigung vernommen werden. Wir finden uns zugleich in den Stand gesetzt, anzukündigen, daß auch diesseits ein Gesandter für den Hof von Madrid bereits designirt ist, welcher sich baldigst auf seinen Posten begeben wird. Die königliche Mission in Madrid wird mit allen Mitteln ausgerüstet sein, welche sie in den Stand setzen können, um für die Interessen des deutschen und preußischen Handels auf wirksame und fördernde Weise thätig zu sein.

Berlin, 2. Mai. Die preußischen Angelegenheiten haben eine neue Erneuerung veranlaßt. Statt des Generals v. Willisen wird General v. Pfuel als kön. Kommissarius nach Posen gehen, und zwar mit den ausgedehntesten Vollmachten sowohl zur Ausführung der Konvention von Schroda, als zur Vollendung der Reorganitation des Großherzogthums innerhalb der durch die letzte Kabinetsordre gezogenen Grenzen. (Köln. Z.)

** Berlin, 4. Mai. Zur Charakteristik der polnischen Wühlereien theile ich Ihnen folgende Aktenstücke mit. „Das Central-National-Komité an den Kreiskommissär. Wir fordern hiermit auf und beschwören im Namen des Vaterlandes, jetzt um so eifriger an dem Volke zu arbeiten, da jetzt der General Willisen in das Großherzogthum kommt, um nach dem Bedürfniß, wie er es hier verstanden wird, das Reorganis.-System zu bestimmen. Von uns also und von unserm Volke hängt jetzt unsre Zukunft ab. Es muß also dahin gestrebt werden, daß nicht nur der nationale Geist nicht sinke, im Gegentheil, er muß erhitzt und gehoben werden bis zur höchsten Polenz und überall, wo es nur immer angänglich und wo es bisher noch nicht stattgefunden, muß der nationale Geist mit allen Kräften aufgestachelt und erhalten werden; wie wiederholen dabei, daß davon sehr viel unsre unzweifelhaft unsre Zukunft abhängt. Wir fordern überdem noch auf, daß alle Uebergriffe, alle Ausschreitungen und Aufwiegelein der Bauern, deren sich Beamte schuldig gemacht haben, ebenso alle Beleidigungen, welche die polnische Bevölkerung von den Deutschen erfahren, genau ermittelt, soweit als möglich Zeugen darüber vernommen, die Verhandlungen mit Unterschriften versehen und dem Centralkomité schleunigst, ja pie Estaffette, eingesandt werden. Vielleicht wird man den Bezirken die Wahl der Distriktskommissarien und den Kreisen die Wahl der Landräthe nachgeben, worauf das Volk vorzubereiten ist. Posen, 5. April. Ferner aus dem Schreiben des Nationalkomites an das Komité in Gozinn vom 28. März: Das Verhältniß der deutschen Bevölkerung zur polnischen ist in jenem Kreise vorzugsweise traurig. Es muß verändert werden, damit Deutschen zu ihr zu alarmiren, um dadurch nicht eine zu große Reaktion hervorzurufen, jedoch ist es durchaus wichtig, die Suprematie über ihnen zu behaupten. Deßhalb wird in Gegenwart der Deutschen ein offnes freundschaftliches Benehmen, das sie unsrer Anhänglichkeit und Brüderschaft versichert, empfohlen, hintee ihrem Rücken ist aber das Volk zu bewaffnen, sein Feuereifer zu heben und in beobachter Haltung zu zeigen. — Eine zweite Schwierigkeit, die dem Aufstand im Krotoner Kreise entgegensteht, ist ein gewisses Mißtrauen des Volkes gegen die Gutsbesitzer — es ist dies die größte Schwierigkeit, und der Same zur gefährlichsten Anarchie, deßhalb muß vor Allem darauf hingewirkt werden, dies im Keime zu ersticken, zumal die Tendenz der Regierungsgewalten nicht zweifelhaft ist, daß sie mit allen Mitteln dahin streben werden, das Volk zu beruhigen und mit Gallizischen Szenen anzurücken. (Das Komité ermächtigt das Komité, jeden „Aufwiegler" sofort zu verhaften) u. s. w. Moraczewski, Beweinekt!

Posen, 2. Mai. Der Fr. O.-P.-Z. wird geschrieben, daß sich das bedeutende, angeblich 5—6000 Köpfe starke Volkerkorps, welches bei der Kreisstadt Bleschen eine feste Position eingenommen hatte, von dort nach Miloslaw begeben, um sich mit dem Herrhaufen unter Mieroslawski, der außerdem von allen Seiten Verstärkungen an sich gezogen hat, zu verbinden. Deßhalb dürften die jetzt bei Schroda versammelten preußischen Truppen, obgleich Oberst von Brandt sich bereits mit dem General von Blumen vereinigt haben soll, nicht stark genug sein, den feindlichen Herrhaufen anzugreifen; es würde aber jedenfalls von äußerst nachtheiligen Folgen sein, wenn es den Truppen nicht möglich schnell gelänge, den Insurgenten eine gänzliche Niederlage beizubringen, weil der vorgestrige günstige Erfolg ihrer Waffen ihnen bereits wieder eine solche moralische Kraft verliehen hat, daß Mieroslawski und einige Priester bereits einen Aufruf zum allgemeinen Aufstande an alle Polen im Großherzogthum haben erlassen können, der auch nicht erfolglos geblieben ist, indem die Sensenmänner überall wieder den Sammelplätzen zueilen.

Breslau, 2. Mai. Der Fr. O.-P.-Z. schreibt man: Bei den Wahlen der Wahlmänner hat die entschieden demokratische Partei, welche durch den demokratischen Klub vertreten wird, den vollständigen Sieg davon getragen über die konstitutionellen Vertreter und den konstitutionellen Klub dergestalt, daß ersterer allein die Deputirten sowohl für Berlin als für Frankfurt ernennen wird.

Tilsit. Die Voss. Z. meldet von hier: Nach einer so eben eingegangenen Korrespondenz-Nachricht, ist der Kaiser von Rußland in Riga angekommen. Er war daselbst erst am 29. angemeldet, aber, wie gewöhnlich, überraschte er, und kam 3 Tage früher. Den dort soll er nach Kowno und Polen gehen. Wahrscheinlich ist der alleinige Zweck seiner Reise, sich persönlich von dem Stande der Dinge in den Grenz-Provinzen zu überzeugen, der in den schwärzesten Farben geschildert war. — Die neue Bestimmung, in Betreff der Civilreserve sämmtlicher Waffen an die Behörden, wird in Szamaiten mit unerhörter Strenge ausgeführt, und es sind derselben auch sämmtliche kaiserliche Beamte unterworfen. Die Strafen der Verheimlichung sind: a) für einen Gutsbesitzer: Konfiskation sämmtlicher Güter; b) für einen sonstigen Privatmann: Strafarbeit in den sibirischen Bergwerken, Uebersiedlung das höchste Strafmaß im russischen Gesetze und härter als der Tod); c) für einen Beamten: Tod durch's Erschießen binnen 24 Stunden. Leider ist in der Tauroggen Gegend schon ein Individuum, Namens Degalsky, welcher bei der Ablieferung einiger Waffen die Versicherung gab, keine mehr zu besitzen, bei dem sich aber in Folge einer Denunciation doch noch 1 Flinte, 1 Säbel und einige Pfund Pulver vorfanden, zur Strafarbeit in den Bergwerken verurtheilt, und wird in diesen Tagen abgeführt.

Stettin, 2. Mai. Die Wahlen der Wahlmänner sind gestern ohne Störung vor sich gegangen. Leider wurde aber dieser Zeitpunkt von einigen Unruhestiftern benutzt, um ein hiesiges Möbelmagazin und eine Kleiderhandlung zu zerstören. Das zeitige Einschreiten der Bürgerwehren hinderte größeren Unfug. Viele der Tumultuanten sind zur Haft gebracht und haben der Bestrafung zu gewärtigen. Auch mehrere Verwundungen sind vorgekommen. St. Z.

**Baiern.** = München, 4. Mai. Die Ber. 4 Ausschüsse sind immer noch nicht mit der Berathung des Ablösungsgesetzes zu Ende, weßhalb auch die auf heute beabsichtigte öffentliche Kammersitzung noch nicht stattfinden konnte. Das Referat über diesen so wichtigen und bedeutsamen Gesetzentwurf, der nämlich Rechts weniger, als die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixirung und Ablösung der Grundlasten beabsichtigt, hat der Abg. Dr. Schwindel übernommen, und wir erlauben uns, diesem so gründlichen Referate einige der prägnantesten Stellen zu entnehmen. In der Einleitung spricht er sich unter Anderm also aus: „Allerdings sind alle in den grundherrlichen Verträgen konstituirten Ständen und selbständigen Renten und Lasten ablösbar, allerdings erstreckt sich diese Ablösbarkeit auf das Zehntrecht und die Bedenzinse; jede Ablösung bedingt aber ein Aequivatent. Die Gesetzgebungsgewalten sind somit zwar kompetent, in dieser Richtung vorzuschreiten, ich läugne es nicht; allein die Ansprüche auf verhältnißmäßige Vergütungen gehen diesem Gesetzgebungsgerichte zur Seite. Absichtlich dagegen anzuführen, wird den loyalen Gesinnungen der Kammer ferne sein. Möge nur der rechte Maßstab bei dem Werke angelegt werden!" Daß dieser im Gesetzentwurfe im Durchschnitte angelegt sei, findet er denn auch und läßt sich hierüber, nachdem er übrigens manche Modifikationen und Einschaltungen zum Gesetzentwurfe in Vorschlag gebracht hatte, also vernehmen: „Faßt man nun alle bisher aufgeführten höchst günstigen Zahlungsmodalitäten ruhig, und aller selbstsüchtigen Berthellung entledigt, ins Auge, so kann der Ablösungsmaßstab kaum auf ein höchst billiger angekommt und in Hinsicht auf solche Begünstigung der Pflichtigen auch den Grund- und Zehentherren die Entschädigungsaufstellung mit dem 25fachen Betrage, wie ihn der Art. XXX. aussprecht, vergönnt werden. Die höchst bedeutenden pekuniären Vortheile erwachsen den Pflichtigen vorzüglich aus der unmäßig billigen Handlohnsvergütung, dann aus der Reduktion der jährlichen Grundabgabe. Welch auffallender Unterschied zegen die frühren Ablösungen sich ergibt, läßt sich am Klarsten in Ziffern darstellen. Ein Grundholde hätte z. B. einen Handlohn von 100 fl. und eine jährliche Stift von 4 fl. auf sich. Die Ablösung dieser Lasten würde nach den bestehenden Verordnungen betragen: a) von 100 fl. Besitzveränderungshandlohn, b) 100 fl. Ablösungskapital, c) für 4 fl. à 25 weiter 100 fl., in Summa 300 fl.

Digitized by Google

Nach dem neuen Gesetze aber zahlt derselbe nur a) 100 fl. als Besitzveränderungsabhandlgn, b) 50 fl. als Ablösungskapital, c) 72 fl. für obige 4 fl. also in Summa 222 fl.“ In Bezug auf den Blut- und Kleinzehent ꝛc. beantragt er folgende Fassung des Art. V.: „Der Blutzehent und der noch nicht zur Erhebung gekommene Neubruchzehent, sowie der Kleinzehent da, wo er nicht bereits Hergebracht oder durch Verträge oder Vergleich anerkannt ist, hören ohne Entschädigung der Berechtigten auf.“ Art. VI. soll dem Referate gemäß lauten: „Das Jagdrecht auf fremdem Eigenthume hört ohne Entschädigung der Berechtigten auf und geht vom 1. Okt. 1849 an die Gemeinden und Grundeigenthümer über.“ Der Referent (Dr. Schwindel) hält die Jagd und Weide für die Zollschranken der Kultur. Er wünscht daher, daß in Bezug auf die Weide ein besonderer Artikel nach §. 6 eingeschaltet werde, also lautend: „Die Weide auf Aeckern während ihrer Fruktifikation und auf Wiesen während der Hegzeit wird ohne Unterschied, ob sie auf Herkommen, Verjährung und darauf gegründeten Titeln oder auf ausdrücklich besonderen Konzessionen und Verträgen mit dem Eigenthümer beruhen, ohne Entschädigung aufgehoben. Die Gemeinden und Grundeigenthümer sind befugt, zu jeder Zeit auf Ablösung der Weiderechte zu dringen. Der Entschädigungsbetrag wird durch Schätzung nach Ziff. 3 des Art. XII. von den Kulturbehörden ermittelt und festgestellt.“ Für den Dekzunft bei den ganzen Gesetzen hält er den Art. VIII., nach welchem sämmtliche, im Eigenthum der Privaten, der Stiftungen und Kommunen befindliche Grundgefälle unter bestimmten Normen in das Eigenthum des Staates übergehen und hält dies für eine ebenso große artige, als schwierige Maßregel. Ebenso schwierig scheint ihm die Ablösung der Forstrechte und die Fixirung des Zehents zu sein, und er weicht in den Maßregeln zur Realisirung dieser Angelegenheit von dem Gesetzentwurfe ab. Am Schlusse heißt es: „Eines wird die Legislatorin nicht verhindern können, daß nämlich nach dem Erscheinen des Gesetzes sogleich zahlreiche Kapitalskündigungen erfolgen und bedurch die Schuldner gezwungen werden, ihre Staatsschuldbriefe vielleicht mit großem Verluste umzusetzen... Kraft dieses Gesetzes aber heben Adelige und Geistlichkeit auf, politische Körperschaften zu bilden; kraft des Gesetzes hört die unheilige Kriegskraft zusammen. Immerhin fügen wir bei: sie hat lange genug bestanden. Möge mit ihrem Sturze eine schönere, bessere Zukunft über das baierische, über das deutsche Vaterland heraufziehen!

**Sachsen.** Glauchau. Hier wurde J. Georg Günther aus Leipzig zum Abgeordneten für die Frankfurter Nationalversammlung, zum Ersatzmann der Bürgermeister Linke aus Werdau gewählt.

**Baden.** †† Karlsruhe, 6. Mai. Sie haben in Ihrer heutigen Nummer bezüglich auf einen Artikel im Mannheimer Journal und auf die Erklärung des Gemeinderaths gegen frühere Mittheilungen so sehr Dasjenige getroffen, was ich zu erwidern hatte, daß ich mich jeder Wiederholung enthalten und mich darauf beschränken kann, Ihnen meinen Dank dafür auszudrücken. Zugleich freue ich mich, Ihnen mittheilen zu können, daß die Zeit gekommen ist, die Lust zu erleichtern, welche der Stadt Mannheim erspart werden konnte, deren Zweck und Wirkung dem größeren und besser gesinnten Theile der Bürgerschaft zu Gute kommen wird. Es ist bereits Einleitung getroffen, daß die Truppenzahl vermindert, die Kosten für die Stadt ermäßigt, für die Verpflegung des noch bleibenden Theiles der Besatzung die gesetzliche Vergütung geleistet werde. Die Aufhebung des Kriegszustandes wird dem Vernehmen nach erfolgen, so bald hinreichende Bürgschaften vorliegen, daß nicht alsbald der frühere Unfug wieder beginnt. Zur erwünschten Beschleunigung dieses Zeitpunktes dient ein Schritt, welchen Gemeinderath und Ausschuß gestern durch Abfendung einer Deputation hierher gethan hat, so wie die begonnene Säuberung der Stadt von unbruchlichen fremden Elementen.

Die Kammer hat in ihren drei letzten Sitzungen mehrere Petitionen erledigt, unter Andern eine Vorstellung gegen das staats- und sittenverderbliche Treiben vieler, besonders jüngerer katholischen Geistlichen, mit dringender Empfehlung dem Staatsministerium überwiesen. In zwei Sitzungen wurde das Gesetz über Ablösung der Weiderechte berathen und angenommen. Die Frage, wie es mit dem Landtage während der Dauer der Nationalversammlung gehalten werden soll, beschäftigt ebenfalls die Kammer, und man vereinbarte sich im Wesentlichen über folgende Punkte: Es soll mit dem Beginn der Nationalversammlung eine Vertagung der Kammer eintreten, eine Form Ruf des Präsidenten jeden Augenblick wieder in Thätigkeit treten kann. Vor der Vertagung muß jedoch hinsichtlich des Budgets ein Beschluß gefaßt, es sollen ferner verschiedene Vorlagen über dringende Gegenstände erledigt und andere erwartete Vorlagen von der Regierung vorbereitet und Kommissionen zur Bearbeitung übergeben werden. Hinsichtlich des Budgets gehen die Meinungen dahin, daß die Staatseinnahmen für dieses Jahr theils durch eine Gesetzvorlage über die Steuererhebung in der zweiten Hälfte des Jahres, im Uebrigen auch dem Finanzgesetz für 1847 geregelt werden sollen, welches auch für die ordentlichen Ausgaben des Jahres 1848 maßgebend bliebe. Die dringendsten außerordentlichen Ausgaben sind bereits bewilligt, weitere vorzuschlagen gestattet die dermalige Lage der Finanzen nicht. Von der Regierung werden erbeten Gesetzentwürfe über Veränderung der Erhebungsart der indirekten Steuern zur Beseitigung der lästigen Kontrolvorschriften, über die Einkommensteuer und über Einführung der Schwurgerichte. Sobald die Kommissionen mit den Berichten fertig sind, soll der Präsident die Kammer zur Berathung rufen. Die Vorlage des Budgets für die Post und Eisenbahn und die Eisenbahnschuldentilgungskasse ist gleichfalls nothwendig. Von den bereits berathenen Geschäften sollen unter andern noch vor der Beurlaubung erledigt werden: die Gesetze über den Verfassungseid, über die Gleichstellung der Konfessionen, über den Kriegszustand, über eine Untersuchungsbehörde für die politischen Gefangenen, über feige und pflichtvergessene Beamte, über die Rechnungsnachweisungen des Staatsministeriums (den Staatsrath), über die Eröffnung wegen Leitung der Antwanderung, Zitterle Motion auf Verminderung der Staatsausgaben nach diesem Jahre um 1. w. w. Endlich soll die Regierung aufgefordert, die Instruktion über Vereinsfahrung des Gemeindeverfassungsgesetzes baldigst zu erlassen. Durch eine Verordnung werden die Beschränkungen der Deutschkatholiken aufgehoben und ihnen der Name, der öffentliche Gottesdienst und die Rechte einer Körperschaft zuerkannt. Nur schade, daß so viele Deutschkatholiken sich dem Aufruhr angeschlossen und ihre Sache in Mißkredit gebracht haben (Strowe, Dr. Hammer, Streuber, Scheible u. A.)

Karlsruhe, 5. Mai. Das großherzogl. Regierungsblatt Nr. 31., vom heutigen enthält nachstehende landesherrliche Verordnung: Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, ꝛc. Es ist bekannt, daß sich seit der Mitte des Monats März d. J. in den versiedenen Kreisen und in einzelnen Bezirken und Orten sogenannte „Volksausschüsse“ oder „Vereine“ gebildet, welche sich zur Aufgabe machten, die öffentliche Gewalt an sich zu ziehen, und den verfassungsmäßigen Organen (den Behörden, so wie selbst den Ständekammern) als eine selbständige Macht sich gegenüber zu stellen. Viele derselben haben die Leitung der Volksbewaffnung an sich gezogen. Sie haben sich angemaßt, die Beschlüsse der gesetzlichen Autoritäten, wenn sie solche nicht billigten, zu verwerfen, und wohl auch zum Widerstand gegen dieselben aufzufordern. Sie haben, als wenn ihnen die Sicherheitspolizei zustünde, Pässe oder Transportscheine ausgestellt ꝛc. Durch ihren gegenseitigen Verkehr und durch ihre Unterordnung unter einen sogenannten „Zentralausschuß“, zu dessen Odmann Hecker gewählt wurde, sind sie in ihrer ungesetzlichen Wirksamkeit bestärkt worden, und im Namen dieses Zentralausschusses wurde endlich der hochverrätherische Aufruf im Seekreise erlassen, bewaffnet und zum Aufruhr gerückt. Es kann nicht als einzelnes Mitglieder dieser Volksausschüsse oder Vereine in dieser verbrecherischen Richtung begriffen, so hat sie immerhin diese gesetzwidrige Einrichtung an sich als unverreinbarlich mit der Staatsordnung und als die Sicherheit des Staates oder das allgemeine Wohl gefährdend dargestellt, wofhalb Wir die oben bezeichneten Volksausschüsse (Komitées) nach Maßgabe des Gesetzes vom 26. Oktober 1833 hiemit für aufgelöst erklären und ihr Fortbestehen verbieten. Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 4. Mai 1848. Leopold. v. Dusch. Rebenius. Bekk. C. Hoffmann. Mathy. Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Bücher.

∞ Karlsruhe, den 4. Mai. Sicherm Vernehmen zufolge ist unsere Regierung eifrig damit beschäftigt, in mehreren Zweigen der Verwaltung, namentlich im Personenwesen bedeutende Ersparungen gesetzlich vorzubereiten, und geht darin auch in dieser Hinsicht den übrigen Theilen des Gesammtvaterlandes mit rühmlichem Beispiele voran. Es soll zwar der richtige Grundsatz festgehalten werden, daß die Existenz des tüchtigen Beamten auch für die Tage des späten Alters von dem Staate gesichert sein muß, wenn er in allen Fällen seine Selbständigkeit und Integrität bewahren und nicht den häßlichen Schäden verfallen soll, welche bei unsern westlichen Nachbarn so häufig zum Skandal geworden sind; es soll sich aber zugleich die Ansicht geltend machen, daß es den bejahrten Diener des Staates nur ziert, wenn er zur Zeit, wo er nicht mehr dienen kann, auf jeden entbehrlichen Luxus verzichtend, nur zur Steuer des Nothwendigen sein bescheidenes Theil mit gutem Gewissen und in Ehren dahin nimmt. Demgemäß sollen hauptsächlich bei höchsten Pensionen einer bedeutenden Reduktion entgegengesehen, wobei bei der gedrückten Lage aller industriellen und commerciellen Verhältnisse nur mit verdientem Beifall auf-

Digitized by Google

genommen werden und vielfach beruhigend einwirken wird, wie uns ein Bericht aus dem Odenwalde, wohin die frohe Kunde gedrungen, bereits im Voraus überzeugt hat. Auch in den Regionen des Hofs sollen, wie die öffentliche Stimme berichtet, ähnliche Reduktionen in Aussicht stehen, und man bringt damit in Zusammenhang, daß gewisse erledigte Chargen bisher nicht wieder besetzt worden sind. Wie begrüßen diese Kunde als eine recht erfreuliche; weil die Erfahrung den Beweis liefert, daß die Bürdenträger, welche ihre Erhebung nur der Gnade, nicht der eigenen Befähigung verdanken, um ihrer Existenz Ausfall zu decken, allerwärts zu Cabalen und Intriguen ihre Zuflucht nehmen und so eben sowohl die Qualegeister ihrer Wohlthäter als ihrer untergebenen Sachkundigen sind. Den Staatsdienerfamilien, welche für die Zukunft eine knappe Pension fürchten, wollen wir in Zeiten den heilsamen Rath geben, in den besseren, wenn auch allerdings nicht fetten Jahren aller kostspieligen Rivalität und Ostentation kläglich zu entsagen.

ƶ Karlsruhe, 6. Mai. Am Abend des 3. Mai kam das Bataillon des Leibregiments, welches an dem Gefecht bei Kandern Theil genommen hatte und Zeuge des an dem edeln Sagern verübten Meuchelmordes war, aus dem Oberlande zurück. Die wackern Krieger wurden von der Bürgerwehr empfangen und durch die Straßen der Stadt, am Schlosse vorbei, wo der Großherzog sie begrüßte und den ihnen Nachrauf der Wehrmänner von der Linie und der Bürgerschaft entgegen nahm, in die Kaserne geleitet. Eine zahllose Menge drängte sich am Bahnhofe und auf dem Wege der Truppen, um Zeuge des erhebenden Anblickes der Vereinigung der Bürger mit den Kriegern zu sein, deren Freude aus ihren Zügen sprach. Ein anderes Bataillon wird das heimgekehrte im Oberlande ersetzen, denn noch dürfen die Grenzen nicht ohne Schutz bleiben. Frankreich hat gedubelt, daß in Paris, Lyon und an mehreren Orten Schaaren von Deutschen, Franzosen und Angehörigen anderer Länder sich bildeten und in den Waffen übten, mit der erklärten Absicht, vom französischen Gebiete aus feindlich in Deutschland einzufallen. Es hatte ferner den Anschein, als ob Frankreich zugeben wolle, daß die zurückgeflohenen Trümmer der eingedrochenen Banden sich an der Grenze zu neuen Unternehmungen sammelten und rüsteten. Die Führer kündigten diese Absicht unverhohlen im Nachbarländischen Deutschland an; sie hatten sogar die Frechheit, einen badischen Artillerieoffizier, der in bürgerlicher Kleidung nach Straßburg gekommen war, gefangen zu nehmen, nach Schlettgheim abzuführen und dem Kommandanten in Fetzt anzuzeigen, daß sie die Auslieferung von drei in Bruchsal verhafteten Badenführern verlangten, widrigenfalls der Offizier erschossen werde. Auf das Begehren des Kommandanten wurde dann doch der Offizier von einer Abtheilung französischer Truppen befreit. Die französische Regierung hat endlich auch die Entfernung der Flüchtlinge von den Grenzen angeordnet, und man darf glauben, daß der Anmarsch der Fremdenlegion aus Algerien gegen den Rhein, welchen das Gerücht meldete, nicht Stattfinden werde. Der Sieg Lamartine's und seiner Freunde in den Wahlen spricht ebenfalls dafür, daß Frankreich weitere Verletzungen des Völkerrechts gegen Deutschland verwehren werde. Es ist für das Wohl beider Nationen zu wünschen, daß ihre innern Entwicklungen ohne Krieg vor sich gehen, als daß die verständigen Patrioten nicht Alles aufbieten sollten, um den Frieden zu erhalten. — Gestern wurden die vier Kanonen, welche den Banden in Freiburg abgenommen wurden, hier eingebracht. Sie waren von Abtheilungen aller Truppen, die an dem Kampfe Theil genommen, geleitet, und es befestigt sich unter ihnen das Gefühl einer deutschen Einheit, ein vaterländischer Geist, dessen Erscheinen und Wachsen im Heere höchst erfreulich und eine gute Frucht schlimmer Saaten ist.

† Heidelberg, 6. Mai. Wir haben einen Todesfall zu beklagen, der einen der verdienstvollsten Männer ganz unerwartet aus unserer Mitte hinweggenommen hat. Direktor Louis, Vorstand unserer so blühenden höhern Bürgerschule, die seines Wirkens nicht entbehren zu können wird, ist gestern Abend plötzlich vom Schlagflusse getroffen und so im kräftigen Mannesalter seiner Familie, seinen Freunden und dem öffentlichen Leben in der schmerzlichsten Weise entrissen worden. Die hiesige Bürgerwehr hatte an diesem Abend ihre Marschübungen, an denen auch er Theil nahm; vor dem Thore wurde Halt gemacht, er sprach scherzend mit seinen Nachbarn und in demselben Augenblicke stürzte er, vom Schlage getroffen, bewußtlos nieder. Ungeachtet der auf der Stelle angewandten ärztlichen Hilfe gelang es nicht mehr, ihn in's Leben zurückzurufen. In der allgemeinen und herzlichen Theilnahme, die sich bei diesem erschütternden Todesfalle in allen Kreisen kundgibt, spricht sich die einmüthige Anerkennung seines reichen und verdienten Wirkens aus. Denn nicht nur in den Kreisen, denen er zunächst stand, in der Familie, unter den Freunden wird man ihn schmerzlich vermissen, auch in dem öffentlichen leben wird er eine fühlbare Lücke zurücklassen. Die zahlreichen Freunde und Verehrer in der Nähe und Ferne, die den biedern, braven Charakter des Ehrenmannes an ihm schätzten, wissen auch, was er als Pädagog für Tausende gewesen ist. Seine reiche geistige Bildung, unterstützt durch einen echt praktischen Blick und eine milde, überaus wohlwollende Persönlichkeit, machte ihn wie Wenige geschickt, Lehrer und Erzieher der Jugend zu sein. Die Jugend, wie er sie anzuziehen wußte, blieb ihm auch von Herzen zugethan, und so redlig, so gründlich ein Thun war, so nachhaltig und eingreifend waren die Wirkungen. Den Freunden wird der gemüthliche, muntere Mann mit seinen geistigen und geselligen Gaben, seinem verständigen, klaren und freimüthigen Wesen in ihrer Erinnerung bleiben, wie sein Verlust sie jetzt Alle tief erschüttert hat.

**Oeffen.** # Mainz, 5. Mai. Auf Ernst folgt Scherz, auf das Drama das Lustspiel, wie bei dem griechischen Theater, so auch in der Politik. Das Drama der republikanischen Bewegung in Ihrem Vaterland hat kaum ausgespielt, und schon läßt man hier ein Nachspiel folgen, welches, in sehr unschuldiger Weise, den Humor zu Ersterem liefert. Wir haben hier ein wahres Chaos von Fraktionen, welche, obgleich nicht thatsächlich zusammenstehend, dennoch alle Ihre Vertreter haben. Wir haben eine äußerste republikanische Linke, d. i. die Partei der Mainzer Zeitung; dann eine republikanisch konstitutionelle, d. i. eine solche, die selber auch nicht weiß, wie sie sich aussprechen soll, ferner eine echt konstitutionelle, eine konstitutionelle vom alten System, eine ultramontane, und am Ende gibt es sogar noch Anhänger der Reaktion. Diese Einzelnheiten unterscheidet jedoch nur der Tiefersehblickende; dem gewöhnlichen Auge stellen sich nur zwei Parteien dar, eine ultramontane und eine radikale. Die sogenannten Wohldenkenden, das sind die Leute der dritten und vierten der oben angeführten Parteien, wirft man von Seite der Radikalen bei der jetzigen Wahlbewegung ohne Weiteres zu den Jesuiten, weil es wahrscheinlich angenehmer ist, sich seine Gegner alle mit einem Kopf zu denken, um sie, wie weiland Nero, mit einem Schlage zu vernichten, natürlich in unblutiger Weise, denn an's Abschlagen der Köpfe denken unsere Gegner doch nicht. Kürzlich ward ein neues Bürgerkomité, bestehend aus dreißig Männern, gebildet, und die Radikalen erbieten bei der Wahl die Mehrheit; die Gemäßigten blieben größtentheils zu Hause und wählten nicht, natürlich, weil sie ja die Gemäßigten sind. Die Regierung hat indirekte Wahlen angeordnet. — Die 18 Radikalen des Bürgerkomités erließen, der Regierung zum Trotz, den Beschluß, direkt zu wählen. Elf Mitglieder wollten bei dieser Gründung der provisorischen Regierung in Mainz nicht mitspielen und traten aus, weil sie in obigem Beschluß eine Usurpation der Regierungsgewalt sahen. Die Mehrheit schickte Emissäre zu den Landgemeinden, welche mit der Stadt Mainz gemeinschaftlich wählen; aber das Landvolk dachte in seiner Einfalt, es sei natürlicher, den Beschlüssen des Ministeriums Gagern und der verfassungsmäßigen Landstände, als denen des Mainzer Bürgerkomités zu folgen, und die Emissäre zogen unverrichteter Sache wieder ab. Das Komité hat das Recht beim Klang sank. Den folgenden Sonntag ward Bürgerversammlung gehalten, und die provisorische Regierung trat, nach pomphaften Deklamationen, ab. Ehe jedoch die Bürgerversammlung zu Ende ging, beschloß die Mehrheit, lieber gar nicht, als indirekt zu wählen. An den Straßenecken ward dieser Beschluß angeschlagen — den folgenden Tag aber — o Wunder! — erschienen die Wahlmännerlisten der Radikalen, und die Mainzer Zeitung berichtete, daß man auf Kneathen der Vermittelungspartei dennoch ia Masse wählen wolle. Nur ein kleiner Theil der ersten der genannten Fraktionen schrint sich gleich zu bleiben und nicht wählen zu wollen; wahrscheinlich wird der Kandidat der zweiten Partei, Dr. Zitz, aus der Wahl hervorgehen. Jetzt zeigt sich die Wahlbewegung wieder groß; die Wahlzettel der Wohldenkenden werden zerrissen, oder verkehrt an die Ecken geklebt und mit Dinte beschmiert, wobei es auch an einzelnen mit Dinte gezeichneten Karrikaturen und Versen nicht fehlt. Die Wahlbewegung hat eine Schellenkappe aufgesetzt; die Mainzer thun es auch nicht anders, etwas vom Hasching hängt ihnen immer an, wie bei dem feierlichen Autodafe Ihres Blaires und des Frankfurter Journals, denen es die Mainzer Zeitung nicht verzeihen kann, daß sie so viele Abonnenten haben. Das also wäre die Geschichte der drei Tage — das komische Intermezzo der Mainzer provisorischen Regierung.

* **Luxemburg** und **Limburg.** Endlich ist durch einen Beschluß des Königs Wilhelm vom 28. April in der Person des Distriktskommissärs zu Roermonde, Beerenbroek, ein „herzoglich limburgischer Kommissär für die deutschen Bundesschare“ ernannt worden, zu dem Behufe die Beschickung der deutschen Bundesversammlung, betreffend die Wahl von Abgeordneten in die deutsche Nationalversammlung und das Verbot der Ausfuhr von Pferden, für das Herzogthum

Digitized by Google

Limburg in Vollzug zu setzen. Auf welche Weise, das wird nicht weiter gesagt. — Die von der Luxemburger Ständeversammlung am 26. April Behufs der Ausarbeitung eines Wahlgesetzes für die Abgeordneten nach Frankfurt ernannte Kommission von Sieben hat bereits am folgenden Tag Bericht erstattet durch den Mund des Hrn. München. Nachdem die Kommission angesprochen, daß durch die Abordnung nach Frankfurt das Großherzogthum Luxemburg in seinem seiner Rechte als unabhängiger Staat (!) verlustig oder gefährdet werden könne, stellt sie anheim, die drei deutschen Abgeordneten durch den Landtag, die von allen volljährigen Bürgern ernannt werden sollen — auf jede 500 Seelen der Bevölkerung einer — wählen zu lassen. Allzugleich haben dagegen 33 Mitglieder der Versammlung, die deren 70 zählt, den schriftlichen Antrag gestellt, daß die Versammlung sich in jeder auf die Abordnung nach Frankfurt Bezug habenden Frage für unbefugt erklären solle. Diese fortdauernde Abstoßung gegen uns ist eine der vielen bittern Früchte der niederländischen Verwaltung und ihrer fels halbfeindlichen Stellung gegen das Deutsche. Das holländische Gouvernement hat zu keiner Zeit begreifen wollen, was sich seit vielen Jahren in Deutschland vorbereitet, und es hat seit 1815 in der verkehrtesten Weise darauf gearbeitet, Reis Fremde gegen die deutschen Interessen zu machen. Es wird seine natürliche Stellung auch nicht eher begreifen, bis Deutschland der holländischen Politik mit Ernst und Kraft entgegentritt, und je länger dieses geschieht, desto besser. Jetzt gefallen sich die holländischen Blätter darin, zu erzählen: Die provisorische Regierung Frankreichs habe eine Note an Preußen ergehen lassen, worin sie gegen alle und jede Ausdehnung des deutschen Grundgebiets zum Nachtheil der angrenzenden Staaten, selbst gegen die Einverleibung irgend eines Theiles Schleswigs, Posens oder Westpreußens, entschiedene Verwahrung einlege. Das wäre wohl ganz nach dem Sinne dieser holländischen Staatsweisen, die gutmüthig genug sind, an die Neutralität Hollands bei dem Ausbruche eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich zu glauben!

Luxemburg, 1. Mai. Die Rh. u. Mos. Z. berichtet: Durch ein Schreiben des Papstes weist der Bischof Laurent plötzlich abberufen. Der Papst sagt: Er könne zwar nicht glauben, daß durch den Bischof das Land in Feuer und Flammen versetzt sei, aber bis zur friedlichen Rückkehr in seine Diöcese oder bis zur anderweitigen Dispostition solle er sich entfernen. Der Bischof reist heute nach Aachen.

**Sachsen-Meiningen.** Die Parlamentswahlen stehen hier auf den Landtagsabgeordneten und Bürgermeister zu Eisfeld J. Hofmann und den Regierungsrath Liebmann.

Von der Ostsee wird am 2. Mai berichtet: Zu den zwei engl. Schiffen „Exquisite", Kapitän Naylor, von Sunderland, und „Margarethe Stelly", Kapitän Todding, von Bahia, welche durch die dänische Fregatte „Dayfrauen" angehalten worden sind (s. das gestrige Blatt der Deutschen Zeitung), haben sich bis jetzt, Morgens 8 Uhr, noch eine englische Bark, 10 englische Briggs und ein englischer Schooner gesellt, die theils schon in der Nähe der Fregatte Anker gewesen haben, theils noch um sie herum unter Segel sind, um bald ein Gleiches zu thun oder anzukehren, da ihnen das Einlaufen in irgend einen preußischen Hafen (wie der bereits im Register des Kapitän Naylor auf Veranlassung des Befehlhabers der dänischen Fregatte gemachte Vermerk besagt) untersagt ist. Während der letzten Nacht hörten wir hier von der Seeseite mehrere Schüsse fallen, die den angekommenen Schiffen gegolten haben. Die gestern erwähnten Schiffe „Exquisite" und „Margarethe Stelly" haben heute in Wirklichkeit einen scharfen Schuß bekommen, nachdem sie dem zuerst erhaltenen blinden Schuß nicht sofort Folge leisteten. Am Bestade von Danzig, Memel, Wolgast rc. sollen ebenfalls dänische Schiffe abgegangen sein.

Lübeck, 2. Mai. Heut ist dem Senate von der k. dän. Reg. die officielle Anzeige geworden, wie sich die k. Regierung genöthigt sehe, alle gegen Preußen und die norddeutschen Regierungen ergriffenen Vertheidigungsmittel ebenfalls gegen die Hansestädt zur Anwendung zu bringen. Ferner ist von dem Konsul Dreyer dem Minisserresidenten Paull zu Kopenhagen gemeldet worden, daß am 30. April Abends die Order von dort in Helsingör eingetroffen sei, alle hannoverschen, mecklenburger und hanseatischen Schiffe anzuhalten, und daß ein Bremer und zwei Lübecker Schiffe, die am 1. Mai angekommen, und wovon das eine eben seine Expedition bekommen und fegelfertig gewesen, gleichfalls mit Embargo belegt seien. (Wes. Z.)

Hamburg, 2. Mai. Heute Morgen geschahen die ersten Hammerschläge zur neu zu erbauenden deutschen Flotte; auf unserer Werfte wurden die ersten Rippen auf den Zimmerplatz gebracht. Die deutsche Flotte hat also in ihren ersten Anfängen begonnen, und Hamburg hat den Ruhm, die Gründung bewerkstelligt zu haben, und zwar in Folge eines Aufrufs des Hrn. Edgar Roß, eines der drei für Frankfurt gewählten Parlamentsmitglieder. Das erste gebaute Schiff wird ein Kanonenboot sein, und man will mit den gebotenen Mitteln derartig fortfahren, daß man ein größeres Schiff bauen wird. (K. Z.)

Frankfurt, 1. Mai. Dr. Tzerntowski, Abgeordneter aus Krakau, ist am 27. April von letzterer Stadt abgereist und hat sich sofort nach seiner Ankunft in Frankfurt beeilt, eine „an das deutsche Volk" gerichtete Schilderung der jüngsten Ereignisse in Krakau zu entwerfen, welche der Hr. D. Z. in einem Extrablatt beigegeben ist und wie sich denken läßt, von den früher bekannt gewordenen Berichten vielfach abweicht. Der Schluß lautet: Um nun ferner jedes subjektive Urtheil zurückzuhalten und nur das Objektive treu zu schildern, theilt der Unterzeichnete die Ueberzeugung der Krakauer mit, wie er sie bei seiner Abreise hat aussprechen hören: 1) Man ist sich bewußt, daß man Alles gethan, um die Sympathie der Deutschen nicht zu verlieren und mit den österreichischen Truppen Brüderschaft zu schließen; die Oesterreicher haben aber das gute Verhältniß vernichtet. Daraus schließt man, daß es in Posen auf dieselbe Art und Weise zum unseligen Hader gekommen sein müßte; 2) man ist überzeugt, daß die Bureaukratie an allem Unglück in Krakau und in Posen Schuld sei, daß Metternich selbst zwar noch mehr, aber immer sein System noch herrsche; 3) man ist genau unterrichtet von den Agenten des Czars, welche in Posen und in Galizien wirken, die Polen gegen die Deutschen und die Deutschen gegen die Polen aufhetzen und hier mit Rubeln, und dort mit demagogischen Reden ihren Zweck erreichen. Unterdessen lasse Potzkiewicz eine Deputation aus Warschau nach Petersburg abgehen, um den Czar um Herstellung des ganzen alten polnischen Reichs zu bitten. Wenn es dahin käme, daß die Polen alle Hoffnung auf die Redlichkeit der deutschen Absichten verlören, dann müßten sie ihre Blicke wohl dem Czar zuwenden. Wahrlich, eine gar feine und seither — ganz glückliche Politik! 4) man begreife die Deutschen nicht; entweder ihre Politik oder ihre Gesinnung in Bezug auf sie scheine falsch zu sein u. s. w. Schließlich sagt Trentowski: Wer aber wird die Früchte dieser ganz verstellten Politik ernten? Die Antwort braucht ist: der Czar! — Wer den russischen Wirksamkeit einigermaßen kennt, wird an der Redlichkeit dieses durch die Schule deutscher wissenschaftlichen Bildung gegangenen Mannes nicht zweifeln, leider hat aber die Mehrzahl seiner Landsleute durch zum mindesten vorschnelles, unbedachtes und selbst hinterlistiges und weit zielendes Handeln und Manövrieren das Mögliche dazu beigetragen, unsern Glauben an den guten Willen der Polen für Deutschland aufs Tiefste wankend zu machen. Eben erst theilt die Schles. Z. ein Schreiben des poln. Nationalkomites zu Posen vom 28. März mit, dessen Authentizität sie verbürgt. Der erste Theil dieses Schreibens lautet: „Das Nationalkomite an das Komite zu . . . Dem Nationalkomite sind die Schwierigkeiten bekannt, mit denen das Komite in . . . zu kämpfen hat. Das Verhältnig der deutschen Bevölkerung zur polnischen in diesem Kreise versetzt sich in einem vorzugsweise gereizten Zustande. Es muß vermieden werden, die Deutschen zu sehr zu alarmiren, um dadurch nicht eine zu große Reaktion ins Leben zu rufen, jedoch ist es durchaus wichtig, die Supermatie über sie zu behaupten. Deßhalb wird Angesichts der Deutschen ein offenes, aufrichtiges, freundschaftliches Benehmen, das sie unserer Zuneigung und Verbrüderung versichert, anempfehlen; hinter ihrem Rücken ist aber das Volk zu bewaffnen, sein Enthusiasmus anzufeuern und dasselbe in bedrohender Haltung darzustellen."

* Frankfurt, 5. Mai. Die heutigen Ausschußberathungen lauten: 1) auf Antrag Wedemeiers: den Bundestag zu der Erklärung zu veranlassen, daß der deutsche Bund nun und nimmermehr die Losreißung irgend eines auf dem deutschen Bundesgebiete einheimischen Volksstammes oder irgend eines zu Deutschland gehörenden Landes gestatten werde, und daß der Bund vorkommenden Falls die geeignetsen Maßregeln treffe; 2) auf Antrag Schuselkas: den Nationalversammlung zu empfehlen, an den ungarischen Reichstag das freundnachbarliche Ersuchen zu stellen: Ungarn, durch die wichtigsten politischen Interessen mit Deutschland verbunden, möge die Sachsen in Siebenbürgen in ihrer Nationalität und Municipalverfassung nicht beeinträchtigen; 3) der Bund möge dafür sorgen, daß über allgemeine Volksbewaffnung nicht blos Bestimmungen getroffen, sondern dieselben auch schleunigst ins Leben gerufen werden.

Frankfurt a. M. Nachträglich mag erwähnt werden, daß in der Bundestagssitzung vom 2. Mai der preuß. Gesandte mittheilte: General von Radowitz habe seine Entlassung eingereicht und Oberst Frem werde nunmehr allein die preußische Stimme in der Militärkommission führen.

### Großbritannien.

London, 2. Mai. Das Unterhaus hat nach Ablauf der Lur-

Digitized by Google

gen Osterferien in prunkloser und schlichter Weise seine Geschäfte am 1. Mai wieder aufgenommen. Sir G. Grey beantragte die zweite Lesung der Fremdenbill, die er mit den außergewöhnlichen Umständen der Gegenwart zu rechtfertigen suchte. Mehrere Redner der entschieden radikalen Minderheit bekämpften sie, am Eindringlichsten W. Molesworth, der ihre Nothwendigkeit in Frage stellte. „Ich weiß", sagte er unter Anderm, „daß dem Gerüchte nach ein halb Dutzend jener verzweifelten Aufrührstifter, welche an der letzten französischen Revolution thätigen Antheil genommen, in unser Land gekommen und in den Straßen der Hauptstadt erkannt worden sein sollen. Man hat uns maiätterielle Seits gesagt, daß der Gesetzentwurf gegen die Umtriebe dieser Personen gerichtet sei. Solche Leute für gefährlich halten, hieße aber den Institutionen des Landes und den Gesinnungen des Volkes ein schlechtes Kompliment machen. (Beifall.) In Frankreich waren diese Aufwiegler allerdings gefährlich, denn da war der Monarch wegen seiner Selbstsucht verhaßt, das Ministerium verderbt oder verdorben, die höheren Klassen demoralisirt und verachtet, und die mittlern Klassen gegen die Landesinstitutionen gleichgiltig. Diese Revolutionsstoffe sind in England nicht vorhanden, und deßhalb kann auch von solchen Ausländern und überhaupt von Ausländern keine Gefahr für die Ruhe und den Frieden Englands zu befürchten sein. Aber man sagt, daß die Gefahr in Irland liege, welches sich aus guten Gründen vernachlässigt fühlt, warum aber dann die Maßregel auch auf England ausdehnen?" Trotzdem wurde die zweite Lesung der Bill, welche die Regierung ein Jahr lang ermächtigt, gewisse verdächtige Zugvögel aus der Fremde des Landes zu verweisen, mit 141 bedeutenden Stimmen gegen 22, also mit einer Majorität von 119 beschlossen. Es mag keine Gefahr haben, daß die Bill angenommen wurde, da, wie man die englische Regierung kennt, kein Mißbrauch mit ihr getrieben werden wird, aber diese kleine Minderheit gegen eine Maßregel polizeilichen Charakters hat doch etwas Bedenkliches, während die Regierung bei ihren heilsamen und organischen Gesetzesvorschlägen meist auf sehr heftigen Widerstand zu stoßen pflegt. In derselben Sitzung begründete Sir W. Somerville einen Gesetzentwurf, welcher bezweckt, das Wahlrecht in Irland zu verdessern, und erhielt Erlaubniß, die Bill vor das Haus zu bringen.

Die Zeitungen enthalten jetzt lange Berichte über den blutigen Kampf, welcher in Limerick zwischen den Jung- und Altirländern am 29. April stattgefunden hat. Die Altirländer, die Freunde des verstorbenen Daniel O'Connell, hatten es namentlich auf Hrn. Mitchell abgesehen, welcher sich wegen seiner maßlosen Angriffe auf O'Connell und die O'Connelliten in jener Stadt verhaßt gemacht hat. Das Volk belagerte das Gebäude, in welchem die Jungirländer eine Versammlung hielten, verbrannte das Bildniß Mitchells, griff das Haus mit Steinen an, die Jungiren vertheidigten sich mit Flintenschüssen aus den Fenstern, trieben die Massen zurück, tödteten einen von den Angreifern, und es wäre zu einem furchtbaren Blutbade gekommen, wenn sich nicht Polizeimannschaft und Militär dawischen gelegt hätte. Zu allgemeinem Bedauern scheint auch Hr. O'Brien einen Steinwurf über dem Auge, so daß er sich von vier Männern in das Haus seines Schwiegervaters geleiten lassen mußte. In Folge dieser Ereignisse beabsichtigte O'Brien allerdings, seinen Parlamentssitz für Limerick aufzugeben; er hat sich jedoch auf den Rath seiner Freunde und in Erwägung, daß der Aufwand nicht sowohl ihm als Mitchell gegolten hat und nur von wenigen ihre Geleiteten ausgegangen ist, seinen Beschluß dem Vernehmen nach nicht mehr zu fassen. Mitchell, welcher Bestern in's Parlament wieder erschienen.

## Italien.

* Rom, 25. April. Aus den fast täglich erschienenden Ordonnanzen läßt sich entnehmen, daß sich das gegenwärtige Ministerium der Regierungsgeschäfte mit Ernst und Geschick annimmt. Namentlich hat der Minister des Innern viele Personalveränderungen vorgenommen. Auch erfolgt die Vollziehung der Befehle rasch und pünktlich. So ist der Abschluß des von Monsr. Morandi verfaßt als groß angekündigten Julyprogresso genau auf den anberaumten Tag vorgenommen worden. Der Justizminister hatte befohlen, daß dies den 17. April geschehen soll, und den 17. wurde das Manuskript der offiziellen Druckerei übergeben. Auch ist der dicke Band bereits fertig gedruckt, aber noch nicht veröffentlicht. Letzteres kann erst dann geschehen, wenn der Referent die Vergleichung mit seinen eigenen Akten vorgenommen haben wird. So viel scheint indeß nach Allem, was man darüber vernimmt, festzustehen, daß die Hauptsache fehlt. Die Existenz einer Konspiration ist zwar nachgewiesen, auch werden die verhafteten Polizeibeamten, wie Minardi, Freddi, Ajal u. s. w. ihre Theilnahme an jenem mißlungenen Reaktionsversuch büßen müssen, alle anderen Verzweigungen der Verschwörung sind entweder nicht mit Aufmerksamkeit in's Auge gefaßt oder wissentlich der Betrachtung entzogen worden. Einen sehr störenden Eindruck soll namentlich die Verschweigung von Namen machen, die bei der Untersuchung in Frage gekommen waren.— Die hier anwesenden Abgeordneten, welche mit der Bildung des italienischen Staatenbundes beauftragt sind, geben den Klubs neue Nahrung. Namentlich vertheidigen die Sicilianer ihre Abtrennung von Neapel mit Lebhaftigkeit und verwahren sich gegen den Vorwurf des Abfalls von der italienischen Gesammtangelegenheit. Alle Regierungen, die legalen sowohl wie die provisorischen, haben ihre Deputirten bereits hier, Sardinien allein läßt auf sich warten, wahrscheinlich weil es selbst gern vorher die Wendung der Dinge in der Lombardei noch abwarten möchte.

* Rom, 27. April. Die Wahlkollegien sind auf den 18. Mai zusammenberufen und sollen in den von den Kommunalmagistraturen dazu angewiesenen Lokalitäten abgehalten werden. Ihr Beginn ist auf 8 Uhr Morgens angesetzt, und sie dürfen nicht über 4 Uhr Nachmittags dauern. Auf dem Kapitol sind die Listen der Wähler und Wählbaren unter der Halle vor dem Museum ausgestellt. — Der Finanzminister Monsr. Morichini hat freiwillig seine Entlassung als Finanzminister genommen, und auch sein Posten ist laisciert worden. Zu seinem Nachfolger hat der Papst den Fürsten D. Annibale Simonetti ernannt. Jetzt sind nur noch das Ministerium für öffentlichen Unterricht und das Staatssekretariat in den Händen des Klerus; ersteres kann nicht laisciert werden, weil es die Statuten des tridentinischen Concils nicht zulassen würden und das Staatssekretariat noch viel weniger, weil die geistlichen Angelegenheiten, die daselbst der Diplomatie gegenüber zu verhandeln hat, doch unmöglich weltlichen Ministern anvertraut werden könnten. Der Progreß indeß bringt vorwärts, und wenn nicht Alles täuscht, so bereitet sich Pius IX. nicht blos in Gedanken auf eine Abtrennung des Papstthums von der säkularen Gewalt vor. Wie die Sachen jetzt stehn, so wird er sich vielleicht noch glücklich preisen, wenn er das Papstthum als solches noch aus dem großen europäischen Schiffbruch zu retten im Stande ist. — Sterbini, der jetzt mit abgelegter Maske an der Spitze des Kommunismus steht, hat bereits aus verschiedenen Ecken weichen müssen, und es ist davon die Rede, daß man ihn auch aus dem Circolo romano zu entfernen beabsichtige. — Obwohl die öffentlichen Blätter den Pöbelgang der päpstlichen Truppen als erfolgt melden, so verweilt doch der öftere. Beschafter noch persönlich in der Mitte der feindlichen Bewegung. Auch Graf Rossi, der französische Ex-Ambassadeur, hält sichnoch hier auf.

## Griechenland.

* Athen, 23. April. Nachdem die Baarschaft der Bank durch Auswechseln der Noten erschöpft war und die Regierung ihr keine Darlehe gehen konnte, erschien ein rasch durch die Kammern gegangenes Gesetz, welches die Nationalbank für fünf Monate der Verbindlichkeit, ihre Noten auszuwechseln, entbindet, die Kassen anweist, diese Noten mit 2 Proz. Prämie an Zahlungsstatt anzunehmen, den Noten nach Ablauf der fünf Monate eine Prämie von 5 Proz. verspricht, den Betrag der bis dahin cirkulirenden Noten auf 1,500,000 Dr. beschränkt, die Präsidenten der Kammeen über die Ausführung dieser Bestimmung zu Wächtern bestellt, wöchentlich einen genauen Etat der Aktiva und Passiva der Bank dem Ministerium des Innern zur Veröffentlichung in einer Zeitung der Hauptstadt vorzulegen befiehlt. Der Finanzfreiß zu begegnen, hat ferner das Ministerium das Rückfor zum alten Steuersystem — der Verpachtung des Naturalzehents — in der Kammer erwirkt. Schon die Majestät der vorigen Kammer hatte die Verpachtung als kleineres Uebel zurückbegehrt, was die Endursache ihrer Auflösung war. Mehrere der verhaftesten Beamten der Minister-in Kolettis und Zavellas sind abgesetzt worden. Wenn gleich die Opposition ganz richtig behauptet, daß diese Palliativmittel keine gründliche Heilung unserer Zustände erzeugen können, so ist doch die öffentliche Stimmung minder ungünstig, und die Demagogenkünste des Rigas Palamides und einiger Ultranappisten, welche zur Abschaffung alles bestehenden Institutionen rathen und unter dem Namen einer wohlfeilen Regierung Republik predigen, verfehlen ihre Wirkung. — Nach Außen sind jetzt alle Augen gerichtet. Nach London und den jonischen Inseln. Nach Rußland und Thessalien und Epirus. — Der sardinische Konsul hat veröffentlicht, daß trotz des Krieges mit Oesterreich die Handels- und Postverbindung Griechenlands mit Triest durch österreichische Schiffe nicht gestört werden solle. — Eine außerordentliche Sendung nach Baiern zur Beglückwünschung des Königs Maximilian hat Maurekordatos abgelehnt, Trikupis angenommen. Bezeichnend für des Königs Wunsch einer Annäherung an die englische Partei, für Trikupis Geschmeidigkeit und für Maurekordatos Festigkeit.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

№ 128. Beilage zur Deutschen Zeitung. 8. Mai 1848.

**Baiern.** ⁂ München, 3. Mai. Der gestrige Tag ist ohne die geringste Störung vorübergegangen, und es hat sich demnach bestätigt, daß die unruhigen Auftritte an den beiden vorherigen Tagen nur einem augenblicklich aufgeregten Mutwillen ohne weitere Zwecke und Folgen ihr Entstehen verdanken. Als eine Thorheit, ja als ein Frevel dürfte es erscheinen, unter solchen Umständen, deren mehr zufällige Natur nicht zu verkennen, die Verkündigung des Standrechts zu verlangen, wie dies von mehreren Seiten her geschieht. Zwar scheint es, als gehe man in den untern Volksklassen darauf aus, einen möglichst niedrigen Preis des Sommerbiers erzwingen zu wollen, worüber der taxlustige Ansatz bis jetzt, so viel mir bekannt, noch nicht veröffentlicht ist, und wenn die Behörden nicht Sorge tragen, den billigen Anforderungen und Wünschen des Volkes zuvorzukommen, so dürfte es schwerlich ohne erneute und ernstlichere Krawalle abgehen. Die Preise der Gerste, des Hopfens und Holzes stehen verhältnißmäßig jetzt niedrig; wagten aber wohl nun den Maßaufschlag, der eine so reiche Quelle der städtischen Einnahmen ist, gewaltig zu ermäßigen wollen, und doch sollte man es, da diese Steuer hauptsächlich der arbeitenden Klasse zu Last fällt. Noch besser wir indeß das Beste, zumal, wenn man schleunigst die müßigen Arbeiterkräfte zu beschäftigen sucht und nicht säumt, wie man es vorhat, die theilweise eingestellten Staatseisenbahnen und andere öffentliche Bauten wieder in Angriff nehmen zu lassen. Ob dabei die Eisenbahn von hier nach Salzburg ernstlicher als bisher zur Sprache gebracht werden wird, ist die Frage, und doch verdient sie unsere vorzügliche Aufmerksamkeit, da sie unstreitig die Hauptpulsader für unsern Handelsverkehr und durch dieses zugleich für die Belebung unserer Gewerbthätigkeit abgeben würde. Denn bis jetzt fehlt es und an einer entsprechenden Vermittelung des Ostens mit dem Westen und an gelegenen Absatzwegen für unsere gewerblichen Erzeugnisse nach dem adriatischen und schwarzen Meere. Je mehr unsere Abgeordnetenwahlen bekannt werden, desto unzweifelhafter stellt sich heraus, daß sie größtentheils das Werk systematischer Agitation sind, in deren Ergebnissen sich zwar die in den einzelnen größeren Wahlbezirken verschiedene Ansicht und Gesinnungsrichtung in politischer und religiöser Beziehung einigermaßen kundgibt, ohne daß sie jedoch deßhalb als der freie und unbefangene Ausdruck des eigentlich intelligenten Theils der Landeseinwohnerschaft zu betrachten wären. Man hat bei den Urwahlen sehr geschickt mit Hilfe der Massen und dann weiter im Sinne der ausschließlich katechisch strengkonfessionellen, auch ultramontanen Sonderpartei zu wirken gewußt. Die Hand der Agitatoren ist fast nirgends zu verkennen, wie sich desgleichen daraus ergeben dürfte, daß man in einigen Wahlbezirken nicht einen dieselben Abgeordneten, sondern auch die nämlichen oder fast die nämlichen Ersatzmänner gewählt hat. Doch betrachten wir es als ein Resultat freier Ueberzeugung und als einen Ausdruck wahrhafter Schätzung, wenn wir bemerken, daß Eisenmann an sechs verschiedenen Wahlorten (Culmbach, Grouach, Erlangen, Nürnberg, Windsheim, Würzburg), der Oberappellationsgerichtsrath Cucumus in vier verschiedenen Distrikten zu Abgeordneten gewählt worden sind. Im Ganzen zählen wir in 51 Wahlbezirken, deren Wahlen bis jetzt bekannt wurden, nur 37 verschiedene Abgeordnete, sodaß in 14 Bezirken die Ersatzmänner an deren Stelle treten oder neue Wahlen vorgenommen werden müssen. Uebrigens verdient als charakteristisch noch erwähnt zu werden, daß sich aus dem Kreise des Adels und der Geistlichkeit verhältnißmäßig nur sehr wenige Wahlen finden; man scheint sie absichtlich vermieden zu haben.

**Schweiz.**

☽ Bern, 3. Mai. Am 30. April fand in Neuenburg die Abstimmung über die Staatsverfassung Statt. Nur wenige stimmfähige Bürger waren zu Hause geblieben; beide Parteien maßen ihre Kräfte. Von 10,208 Stimmenden haben 5813 für die Annahme, 4395 für die Verwerfung gestimmt; 5487 Stimmen haben gegen 3679 die Anerkennung des Verfassungsrathes als ersten großen Rath ausgesprochen. Am 1. Mai fand eine Volksdemonstration Statt, indem unter großem Gepränge und allerlei Ceremonien der Sonderbund begraben wurde. Nachmittags wurde auf der sogenannten schwarzen Promenade ein Fest zu Ehren der Freiheit gefeiert. — Während in Luzern von der ultramontanen Partei die größten Anstrengungen gemacht werden, um das Volk zu einem Veto gegen den großräthlichen Beschluß in Betreff der Aufhebung der Klöster zu fanatisiren, hat der gleiche Schritt in Freiburg bei der dortigen Bevölkerung keine große Sensation gemacht. In diesem Kanton arbeitet man rüstig an dem Regenerationswerke. Der Liberalen Streben geht besonders dahin, den gefährlichen Bischof Marilley zu entfernen und an seine Stelle den edlen Pater Girard zu bringen.

Basel, 4. Mai. Die Basler Z. schreibt: Der Beschluß der provisorischen Regierung in Paris, die deutschen Flüchtlinge nicht mehr an der Grenze zu dulden, wird in Ausführung gebracht. Gestern waren deren etwa 400 in Huningen nahe der Mühlhausen versammelt und wurden vom franz. Kommissär in die Gegend von Belfangen und Dôle instradirt. Weitere 500 — 600, die sich noch im Elsaß befinden mögen, sollen auch ins Innere geschickt werden. — Seit einigen Tagen besuchen die in der Umgegend stationirten würtembergischen Militärs unsere Stadt. Einige Individuen haben sich bringehen lassen, ihnen Schimpfworte nachzurufen, was die Polizei veranlaßt hat, einige fremde Handwerksgesellen fortzuweisen und hiesige Einwohner dem Polizeigericht zu überweisen.

† Aus der Schweiz, 1. Mai. In einer merkwürdigen Parlamentsrede hat unlängst Lord Brougham sich dahin geäußert, die Republik sei kein dem Gedeihen der Freiheit günstiger Boden. Brougham ist ein Mann von Geist, das leidet keinen Zweifel; sowie er auch Fächer ist, daß Viele von denen, welche die Republik für die wahre Schule der Freiheit ansehen, Geist nicht besitzen. Darum aber hat der edle Lord nicht a priori sichen Recht. Mit Sicherheit annehmen läßt sich zum Voraus nur, daß er für seinen Ausspruch Gründe hatte; ob genügende und welche, wohin sich der Mühe zu errathen. Unbedingt ihm beipflichten würde Jedermann, wenn er die Aristokratie im Auge hätte, das ehemalige Venedig, das alte Bern Aber er bezieht die Demokratie; auf welche Erscheinungen wird er da fußen? — Es handelt sich im Zusammenhang seiner Rede lediglich um die politische Freiheit. Vielleicht dachte er daran, daß in der Demokratie die zweitlos tyrannische Partei ihren Sieg ohne Rauschen auszubeuten, die Besiegten unbarmherzig zu unterdrücken pflege, weil ein beim Kampfe der Partein unbetheiligtes Element, das Königthum, mangelt, das sich vermittelnd, ausgleichend, schütze, das der Rechtsgut, dem Ueberwinder den Verfolgungseifer zurück: bis hieher und nicht weiter! Hat er vielleicht von der Behandlung der Luzerner Liberalen durch Siegwart Etwas gehört, oder von den Septembermännern Zürichs oder von der Art und Weise, wie die Berner Radikalen ihren Gegnern den Fuß auf den Nacken setzen, sie aus den Aemtern werfen, ihnen Prozesse anhängen u. s. w.? Lag ihm, den Juristen, vielleicht im Sinne der natürliche Zusammenhang meiner Freiheit mit der Gerechtigkeit Anderer gegen mich; und fiel ihm da die alte Wahrheit ein, daß es nirgends weniger Gerechtigkeit gibt, dieselbe nirgends gefährdeter ist, als in der Demokratie? Oder dachte er an das Spießbürgerthum, an demokratische Engherzigkeit und Beschränktheit, welche Recht und Freiheit Andern möglichst verenzigt und schmälert; an die Zunft von Leuten, welche die Freiheit nur dazu haben, um sie zu knebeln? Sei dem, wie ihm wolle! es erhellt: Lord Brougham hat mit oder ohne Erlaubniß des Bärenlabs eine eigene Meinung, welche von derjenigen der geegen Umbekannten abweicht; und Broughams Suspension und Absetzung wird vorläufig suspendirt und angespezt bleiben müssen.

**Frankreich.**

Paris, 4. Mai. (Eröffnung der Nationalversammlung der französischen Republik.) 8 Uhr Morgens. Heiteres, schönes Frühlingswetter, ganz Paris hat ein festtägliches Ansehen, an den Straßenecken Haufen von Neugierigen, die drei große Plakate lesen. Das erste ist eine Abschiedsproklamation der provisorischen Regierung, der Bevölkerung dankend für die ruhige und würdige Haltung, die selbe seit dem 24. Febr. trotz aller Aufregungen und Erschütterungen zu bewahren wußte und sie ermahnend mit gleicher Ordnung, mit gleichem Vertrauen die Nationalversammlung zu umgeben, die jetzt die Republik dauernd begründen werde. Das zweite ist eine Proklamation des Polizeipräfekten in Bezug auf die seit einigen Tagen umlaufenden finstern Gerüchte, er ermahnt ebenfalls zur Ruhe, zur Ordnung und zum Vertrauen. Ein dritter Anschlag verkündet die von dem Maire von Paris zur Feier des Tages und zur Sicherung der Nationalversammlung getroffenen militärischen Maßregeln. — In allen Stadtvierteln von Paris schlagen indessen die Tambour den Generalmarsch, die Kompagnien der Nationalgarde stellen sich auf ihren Sammelplätzen auf, die Truppen ordnen sich vor den Kasernen, Odvonnanzoffiziere und Adjutanten sprengen hin und her. Zwei Batterien stellen sich in den Champs elysées auf, um die Salven der Kanonen am Invalidenhotel zu beantworten.

9 Uhr. Die Mitglieder der provisorischen Regierung begeben sich einzeln in das Justizministerium auf dem Vendome-Platze, von wo sie sich zu Fuße in die National-Versammlung verfügen werden. Die Straßen werden immer belebter, doch hat Alles ein ruhiges, friedliches, feiertagsmäßiges Ansehen. Die zahllosen Journ-

Digitized by Google

mit-Verkäufer drängen sich durch die Menschenmenge, mit saurem Gesicht ihre Journale ausbietend, sie machen vorzügliche Geschäfte — Alles kauft, Alles liest und politische Diskussionen eröffnen sich an jeder Straßenecke. Was sagen die Journale? Nicht viel Neues. Der National fordert noch ein Mal zu Einigkeit auf und verbrennt der Demokratie Opfersühnung aller sprechenden Forderungen, in der Action zu wirken dagegen Lamartine einleitend, daß es keine legitimistische Partei mehr gebe, was bei dem Publikum ehrn so wenig Glauben findet, als die Versprechungen des National. Die Gazette de France will eine monarchische Republik, wo möglich mit dem Herzoge von Bordeaux, und der Constitutionnel, der am Liebsten eine republikanische Monarchie möchte, kann sich noch immer nicht trösten, daß sein Patron Thiers nicht in die Nationalversammlung gewählt worden ist.

Die Reforme einerseits wie die Assemblée nationale anderer Seits setzen ihre wüthenden Ausfälle fort; während das Organ Ledru Rollins die greulichsten Schilderungen entwirft von dem Treiben des Absolutismus in Europa und den Kreuzzug predigt gegen die übrig gebliebenen Monarchien, schlägt das andere Blatt in liebreichem Tone vor, eine Prestigitationslise aller revolutionären Ultras zu entwerfen. Der Monsieur dagegen bringt — als Abschied der provisorischen Regierung — ein Defret, welches dem Kriegsminister einen außerordentlichen Kredit von 80 Millionen für Kriegsrüstungen eröffnet. Da allein 18 Millionen für Feurage, 5 Millionen für Artillerie-Material und zwei Millionen für Pulver bestimmt sind, so sieht das Defret fast wie eine Vorbereitung zu einem Feldzuge aus.

11 Uhr. Die Nationalgarde hat sich in Bewegung gesetzt und stellt sich auf dem Revolutionsplatze in Schlachtordnung auf. Die zweite Legion der Nationalgarde, die Blüthe des reichen Mittelstandes, demarkirt heute die Nationalversammlung, lauter Uniformen, wenig bürgerliche Kleidungen in den Gliedern, feine einzige Blouse. Die Gamins erzählen sich, jeder Nationalgardist habe 40 fanfre Patronen bekommen. Die Arbeiter gehen mit ihrer Pfeife im Munde gruppenweise auf und ab, sie scheinen nicht sehr erbaut von der Heiterlichkeit; alle Leute sagen, sie hätten das Alles schon oft gesehen — nur die Namen seien geändert worden.

Wir treten in den Saal, er ist höchst einfach, fast zu republikanisch einfach, die Hauptfarbe ein mattes Grün, die Devise: Liberté, Egalité, Fraternité fast bis zum Ueberdruß wiederholt. Ueberfluß an dreifarbigen Fahnen, und am Vordertheile der Rednertribune die Daten: 22., 23., 24., Februar, welche manchem ehemaligen Deputirten Louis Philipps unangenehme Erinnerungen zurückrufen. Das Bureau ganz wie in der alten Kammer, alle öffentlichen Tribunen sind überfüllt, die Tribune der Redakteure zählt 45 Plätze, die der Stenographen 70. Elf Reihen von Sitzen, amphitheatralisch aufsteigend, fassen die 900 Deputirten, das Ganze ist in Hufeisenform. Die beiden ersten Bänke der ersten Sektion links sind für die Minister bestimmt. Lamartine hat seinen Platz wie in der ehemaligen Kammer auf der äußersten Rechten gewählt, gleich unter ihm sind Carnot und Berenger, etwas früher der General Courtais und Hr. Larochejacquelein. Alle ehemaligen Deputirten der Linken sitzen jetzt rechts unter der Leitung Odilon-Barrots und Dupeyrouxs de Hauranne. General Thiars hat seinen früheren Platz auf der äußersten Linken. Die höchsten Bänke der Linken sind durch die Ultrarepublikaner Barbès, Martin-Bernaud, Emmanuel und Etienne Arago, Lauffidière, Durrieu u. s. w. besetzt.

1 Uhr. Die provisorischen Secretäre nehmen Platz im Bureau. Die Versammlung mag ungefähr 700 Deputirte zählen. Um 1½ Uhr ist die provisorische Regierung noch nicht da. Der Alterspräsident Aubry de Puyraveau nimmt den Präsidentenstuhl ein, die Huissiers laden die Deputirten ein, sich auf ihre Plätze zu begeben; es wird still. Bärm und Jubelrufen von Außen kündigen das Herannahen der provisorischen Regierung an. Die Kanonen der Invaliden donnern und die Batterien des Champs élysées erwidern den Gruß. Die provisorische Regierung tritt ein und wird von der Versammlung mit dem dreimaligen Jubelrufe: Vive la République! empfangen. Louis Blanc führt den alten Dupont (de l'Eure). Die Sitzung ist eröffnet. Dupont de l'Eure bestigt die Tribune. In einer kurzen Rede proklamirt er die Republik und erklärt, daß die provisorische Regierung heute ihr Amt niederlege. Ihm folgt Cremieux, der als Justizminister die Nationalversammlung für eröffnet erklärt. Der Präsident ersucht die Deputirten, sich in ihr Bureaus zu begeben, um die Wahlen zu prüfen. Um 3 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet werden. Der Abbé Lacordaire ist in seinem vollständigen Ordenszange als Dominikaner erschienen, ebenso wie alle anderen Geistlichen, die gewählt wurden, die Soutane und ihre sonstigen geistlichen Abzeichen beibehalten haben. Von Duponts Rede war seines schwachen Organes wegen wenig zu verstehen, doch erklärte er, die Aufgabe der Versammlung sei, durch eine Verfassung und Gesetze die Demokratie in Frankreich zu organisiren und zu begründen und zugleich die definitive Regierungsform durch Plebiscite festzustellen, was nicht anders als mit dem Rufe: Vive la République! gesehen könne; dieser Ruf einstimmig und enthusiastisch drei Mal ausgebracht, antwortete ihm, und so ist die französische Republik proklamirt.

Die Eröffnungsrede, die Dupont verlas, wird uns von einer andern Seite zugesandt und lautet: „Bürger, Repräsentanten des Volkes, die provisorische Regierung der Republik bringt sich vor der Nation und huldigt der höchsten Gewalt, womit Ihr bekleidet seid. Erwählte des Volkes! seid willkommen in dieser großen Hauptstadt, in welcher eure Anwesenheit ein Gefühl des Glückes und der Hoffnung weckt, welches nicht getäuscht werden wird. Träger der Volkssouverainität, Ihr wollt unsere neuen Konstitutionen auf den breiten Grundlagen der Demokratie begründen und Frankreich die einzige Verfassung geben, welche entsprechen, eine republikanische Verfassung. Aber, nachdem Ihr das große politische Gesetz proklamirt habt, werdet Ihr Euch, wie wir, damit beschäftigen, die möglichste und kräftigste Mitwirkung der Regierung in den Verhältnissen festzustellen, welche die Nothwendigkeit der Arbeit zwischen allen Bürgern begründet, und welche die heiligen Gesetze der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit als Grundlage haben müssen. Endlich ist für die prov. Regierung der Moment gekommen, in Eure Hände die unbeschränkte Gewalt abzugeben, womit die Revolution uns bekleidet hatte. Ihr werdet wissen, ob für uns diese Gewalt etwas Anderes war, als eine moralische Macht mitten unter den schwierigen Verhältnissen, die wir durchgemacht haben. Treu unserem Ursprung und unserer persönlichen Ueberzeugung, haben wir nicht gezögert, die im Februar entstehende Republik anzuerkennen. Heute wiederholen wir die Arbeiter der Nationalwerkstätten mit dem Rufe ein, der sie stets vereinigen soll: Es lebe die Republik!“

Um 3 Uhr 40 Minuten wurde die Sitzung wieder aufgenommen, und die Berichterstatter des Bureaus verlasen ihre Berichte. Kaum hatte der Erste derselben die Verlesung beendigt und zur Zulassung seiner Kandidatenliste angetragen, als sich ein Girondе-Deputirter, Olivier Demostbier, erhob und darauf antrug: jedes Glied anzuhalten, auf die Tribune zu steigen und den politischen Eid auf die eine und unibelhafte Republik zu schwören. Dieser Antrag rief einen förmlichen Sturm des Mißerspruchs hervor.

Cremieux, Justizminister, eilte auf die Tribune und bekämpfte den Antrag in energischer Weise. Wir haben, sagte er, während der frühern Regierungssysteme eine solche Maße politischer Eide schwören sehen, daß diesem Skandal ein Ende gemacht werden müsse.

Der ganze Saal erdröhnte von dem Beifalle, den Cremieux's Rede erntete. Der politische Eid ist für immer begraben. Das Mitglied des Girondedepartements zog ihn übrigens selbst wieder zurück, als es den einstimmigen Trotz von allen Bänken gewahrte.

Die Wahlprüfung dot außer diesem Incidenz wenig von allgemeinem Interesse (Die Nationalversammlung war noch mit diesen förmlichkeits-Erledigungen beschäftigt, als die Poststunde schlug.)

Paris, 4. Mai 4½ Uhr.

## Türkei.

Konstantinopel, 12. April. In einer Korrespondenz von hier in der Köln. Z. heißt es unter Anderm: Rußland zieht seine sämmtlichen Truppen aus Aschetessen zurück und ersetzt sie durch Kosakenregimenter, welche blos die Festungen zu bewachen und die Grenze von den Streifzügen der Tschetessen frei zu halten haben werden. Die russische Diplomatie hat der Pforte diese Maßregel als einen Beweis der friedlichen Absichten Rußlands dargestellt, während es viel natürlicher wäre, darin eine Drohung gegen die Pforte zu erblicken, indem diese im Kriege abgehärteten, in dem beschwerlichen Waffendienste von lange her geübten Truppen ein Korps von 20 — 25000 Mann bilden, welches sich vortrefflich zu einem Ueberfalle eignet und nur Aschetessen verlassen wird, um an den Mündungen des Dniepr Posto zu fassen — also an dem bei gewählten Orte, von wo aus es rasch könnte eingeschifft und nach Belieben der russischen Regierung auf jedweden Punkt befördert werden könnte. (Viel näher liegt die Annahme, daß diese Truppen nach der Weichsel, statt nach dem Dniepr bestimmt sind.) Diese Lage der Dinge hat die Pforte wohl erwogen, und man hat sämmtliche Regimenter der Garde, welche auf verschiedenen Punkten Asiens zerstreut sind, nach Konstantinopel einberufen. Auch ist Gegenbefehl an die Truppen ergangen, die nach Tripoli bestimmt waren.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von C. Mohr in Heidelberg

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Comp., 72 Newgate-street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugall und Nordwestliches Italien werden Bestellungen bei Hrn. Alexandre in Straßburg Nr. 29 Grande Rue, Paris Nr. 26 Notre Dame de Nazareth, Die Hauptexpedition besorgt das Grob. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Belgien, Holland und den Raum einer deutschsprachigen Postzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

# Deutsche Zeitung.

**№ 129.** **Heidelberg,** Dienstag 9. Mai. **1848.**

## Uebersicht.

**Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde.** IX. — **Wien** (amtliche Erklärung). **Berlin** (die Ereignisse in Posen. Militärkabinetsorder; Zollerschwerungen gegen Neuenburg; der Zollverein. Die Bundestruppen vor Friedericia. Anträge auf einen Waffenstillstand). **Posen** (Räthers über die Gesetze). **Krefeld** (Waffenstillstand für Beckerath). **Aus Baiern** (die Wahlen; die ultramontane Partei. Der Entwurf der Reichsverfassung. Die deutsche Einheit und die Trennungsgelüste). **Vom untern Main** (Entwaffnung in Hanau). **Rendsburg** (Vorrücken der Preußen im Jütischen. Proklamation des Generals Wrangel. Ein russ. Legationssekretär im Hauptquartier). **Hamburg** (Bekanntmachung des Senats. Anfänge einer deutschen Kriegsflotte). **Bremerhaven** (Wegnahme von Schiffen). **Frankfurt** (Bundesversammlung. Proklamation des Ausschusses an die Böhmen und Mähren. Deutsche Michterien im Fünfzigerausschuß. Krakau. Fremde Namen. Verhandlungen des Ausschusses). **Dänemark.** Erklärung der dänischen Regierung.

**Großbritannien.** **London.** Ministerielle Erklärung über die spanische und dänische Angelegenheit.

**Frankreich.** **Paris.** Die erste Sitzung der Nationalversammlung. Proklamation der Republik. Eindrücke des Tages. Zweite Sitzung. Die Präsidentenwahl vorgenommen. Bucher, Kandidat. Verfassungsentwürfe. Straßburg. Die deutschen Freischärler. Die Depeschenkommission. Ein Agent Leden-Rollins.

**Italien.** **Rom.** Einberufung der Wahlkollegien. Ministerwechsel. Die weltliche Gewalt des Papstes. Sterbini. Das Verhältniß zu Oesterreich. Die Finanzverwaltung. Stellung Pius IX.

**Amerika.** **Philadelphia.** Verheerungskrieg der Indianer gegen die Weißen in Yucatan. Der Friedensantrag. Santa Anna. General Scott. New-York. Die Deutschen in den Ver. Staaten.

---

**Heidelberg,** 8. Mai.

Wir müssen auf dem Punkte, den wir zuletzt besprachen, noch verweilen: das Verhältniß der beiden Großmächte zu Deutschland und die Lage jeder einzelnen, wenn man sie auf sich allein angewiesen denkt, muß nothwendig nach allen Seiten hin erörtert werden, ehe man in sich zu einer schließlichen Entscheidung der Frage über die Erblichkeit oder Nichterblichkeit der deutschen Krone, und der Frage über den zu adoptirenden Erben derselben kommen kann. In dem nackten Paragraphen des Entwurfs, der die Erblichkeit des deutschen Kaiserthums ausspricht, steht von allen diesen Erwägungen und Bedenken Nichts; man darf aber voraussetzen, daß sie den Urhebern des Entwurfs keineswegs fremd waren, und daß in ihrer „Professorenweisheit" mehr staatsmännischer Witz gelegen ist, als ein Frankfurter Blaumontagskränzchen in all seiner lichtfreundlichen Weisheit vielleicht nur nachzuahmen wüßte.

Wir wollen Oesterreich nicht von uns stoßen, wir wollen uns nur Dem nicht hingeben und preisgeben, der sich uns nicht wieder hingeben kann. Wir wollen unbefangen die Stellung suchen, die Oesterreich in seinem und unserem gleichlautenden Interesse in und zu Deutschland nehmen kann und soll. Zu dem Ende suchen wir vor Allem die Stellung auf, die es, ganz abgesehen von allem Verhältniß zu Deutschland, nach seiner Natur, Lage und Beschaffenheit in der politischen Welt einnehmen sollte und müßte, und wir sind sicher, daß sich darnach die besondere Stellung zu Deutschland ungezwungener ergeben wird. Jene allgemeine Stellung, sanden wir, nicht allein in unserer gestrigen, sondern auch in früher schon angestellten Betrachtungen, weist Oesterreich auf den Osten hin. Dorthin erstrecken sich seine ausgedehntesten Besitzungen, dort bietet Land und Volk ein unermeßliches Feld zu einer jungen Kultur dar, dort ist der weite Spielraum für eine neue Civilisation, für eine aufgeklärte Verwaltung und eine freisinnig erziehende innere Politik. Dort ist zugleich ein Kampfplatz der Ehre und des Ruhms für eine großartige äußere Politik, durch welche Oesterreich den Rang einer Weltmacht wieder einnehmen kann, den es unter der Metternich'schen Verwaltung faktisch eingebüßt hat. Oesterreich hat nach unserer Ansicht keine Wahl, wenn es ehrlich bestehen und rühmlich vorschreiten will, als diese äußere Politik, die ihm Lage und Interesse gebieten, zu ergreifen, seine aktive Betheiligung, eine leitende Thätigkeit in den orientalischen Dingen an sich zu nehmen. Diese äußere Politik kann nicht verfolgt werden, ohne die entsprechende innere, die wir andeuten, ohne die geistige und politische Emporhebung der magyarischen und slavischen Völkerstämme. Was beide erheischen, diese innere und jene äußere Politik, wollen wir hier noch einmal anzudeuten versuchen, obwohl in diesen Blättern früher schon mehrfach darauf hingewiesen worden ist.

Was zuerst die äußere Politik angeht, so läßt sich am bequemsten aus dem, was Oesterreich bisher nicht gethan hat, und was die Folgen dieser Unthätigkeit gewesen sind, erkennen, was es hätte thun sollen, und folgern, was das Ergebniß dieser Thätigkeit gewesen sein würde. Zu aller Zeit hat Oesterreich die Ausbreitung des russischen Einflusses im Südosten gefürchtet, zu aller Zeit ihn abzuwenden gesucht mit den nichtsversprechenden Künsten der Intrigue und Diplomatie, zu keiner Zeit ihn mit offenem Widerspruch zu bekämpfen gewagt. Zuvolenz, Schwäche, Mangel an Selbstvertrauen beherrschten das Kabinet von Wien in dieser Beziehung schon lange vor Metternich, während Rußland dem verfallenden Nachbar im Süden gegenüber seit eben so langer und längerer Zeit in all der furchtbaren Konsequenz alle die schrecklichen Künste entfaltet, mit denen es einst das Reich der Polen untergrub. Rußland hat sich 1840 vertragsmäßig von bedeutendem Einfluß auf die Türkei gesichert; es übt das Protektorat über alle griechischen Christen im Orient; es minirt in dem jungen Staate von Griechenland mit England um die Wette; es herrscht ganz eigentlich durch seine Prokonsuln in den Donaufürstenthümern; es arbeitet an der Sulinamündung, die Donau durch Versandung zu einem Binnenwasser zu machen; es intriguirt unter den slavischen Stämmen Oesterreichs selbst, um sie ihm abspänstig zu machen; es ist allmächtig im Osten, und Oesterreich steht ihm in aller Unmacht gegenüber, immer schmollend und grollend, nie zu einem Entschlusse gekommen. Bis zu Josephs II. Zeit war es konsequente österreichische Politik, Rußland sich nicht bis zur Donau ausdehnen zu lassen! Wohin ist dies seitdem gediehen! Seit Oesterreich in Verbindung mit Rußland den türkischen Krieg von 1790 geführt, scheint es durch die damalige Ersparung scheu gemacht zu sein, mit der Türkei over mit Rußland anzubinden; es verlieh die kräftige Politik, die mit Rußland um Macht und Ansehen gewetteifert oder ihm den Einfluß gewahrt hätte; es suchte den Raub der Türkei zu verhindern, ohne alle die Vorbereitungen hindern zu können, deren Folge der Raub sein muß. Oesterreich hat seit dem Carlowitzer Frieden vertragsmäßig das Recht, sich der katholischen Kirche im Orient anzunehmen, wie Rußland der griechischen; es hat sich ihrer nie angenommen; es hat 1828 Konstantinopel, Elend und Verwilderung auf die ganze armenische Bevölkerung von Konstantinopel kommen lassen, ohne daß der Internuntius zu ihrem Schutze mehr gethan hätte, als ein rettes Wort vergebens für sie zu verwenden. Oesterreich hat in der griechischen Befreiungsfache von der Auflieferung Rhigas an bis zuletzt Alles gethan, was seinen Namen unter den Griechen nur verabscheut machen konnte, statt daß es hier die Gegenpolei hätte mit beiden Händen ergreifen müssen, mit der deutschen Dynastie einen stetigen deutschen Einfluß im Oriente zu sichern. In den Donaufürstenthümern ist Oesterreichs Ansehen so ohne Bedeutung, daß seine eigenen dort angestellten Unterthanen bei dem russischen Gesandten Schutz suchen müssen! Und hat man nicht in Serbien langehin förmlich gesucht und gestrebt, Oesterreich einen Einfluß aufzuzwingen! Serbier hätte und wünschte schon

Digitized by Google

1789 österreichisch zu werden; in der Revolution seit 1848 war es ganz wieder zu Oesterreich geneigt und sollte 1809 noch ein Mal geradezu unter österreichische Herrschaft gestellt werden, man konnte nicht zum Entschlusse kommen. Auf dem Wiener Kongresse nahm sich Niemand in Oesterreich Serbiens an, und so ist es geblieben bis auf die neueste Zeit. In Bosnien, dessen Küsten Oesterreich besitzt, sehnten sich die Beys gelegentlich österreichisch zu werden, selbst um den Preis des Religionswechsels; Oesterreich that Nichts dazu, sich diese Leute durch Wohlthaten zu verbinden. Die Montenegriner suchten zu Zeiten Oesterreichs Schutz, aber an der Umständlichkeit des Wiener Geschäftsganges scheiterten die Bestrebungen. Statt hier überall das erste Wort zu reden, war es zuletzt soweit gekommen, daß Frankreich, ja selbst daß Czartoryski's Emissäre mehr Einfluß in Serbien übten als Oesterreich, daß sich Oesterreich der bosnischen und montenegrinischen Räubereien kaum erwehren konnte, daß sich österreichische Schiffe durch russische Impertinenz von Donaufahrten abhalten ließen, die englische Kauffahrer den Russen zum Possen, den Oesterreichern zur Beschämung unter ihren Augen ausführten, daß türkische, daß selbst griechische Matrosen wagten, die Flagge des Kaiserreichs zu beschimpfen, faß ohne Ahndung fürchten zu müssen, daß der deutsche Name im Oriente allerseits ein Schimpfname geworden ist. Die Finanznoth, die innere Unsicherheit, das fruchtbare Phlegma in der Bewegung der ganzen Staatsmaschine, die Angst vor jeder Bewegung überhaupt, die Besorgniß vor Frankreich in Italien hielt Oesterreich in dieser unthätigen Stellung fest. Metternich, immer nur von Einem Phantom gepeinigt, erklärte die Uebermacht des russischen Einflusses für ein Uebel, aber er hielt die Eintracht mit Rußland für nothwendig gegen das größere Uebel des unruhigen Geistes in Frankreich. Jetzt sehen wir vor Augen, was jene Eintracht gegen dies größere Uebel genützt hat. Italien ist nun verloren; es ist wenigstens zu wünschen, daß ein günstiger Waffenerfolg, an dem wir nicht zweifeln, in Oesterreich nicht das Gelüste reizen wird, die alten Verhältnisse wieder herzustellen; von dem Momente aber an, wo sich Oesterreich mehr dem Westen abwenden kann und wird, treten auch die Verbindungen der äußersten östlichen Politik noch bestimmter heran. Sie werden aber Oesterreich immer in der gleichen Schwäche und Unfähigkeit finden, wenn es nicht eine entsprechende innere Politik ergreift, wenn es nicht den Schwerpunkt seiner Wirksamkeit in seine östlichen Theile legt.

Reichen, wie Rußland und der Türkei gegenüber, scheint das deutsche Oesterreich von Uranfang an nicht der geeignete Staat gewesen zu sein; dem vollendeten Machiavellismus der russischen Staatskunst war die deutsche Ehrlichkeit, der slavischen Erregbarkeit das deutsche Phlegma, dem türkischen Ungestüm die österreichische Umständlichkeit nicht gewachsen. Ungarn, sich selbst überlassen, verstand es, wenigstens zeitweise, viel besser, mit den Türken fertig zu werden, als Oesterreich jemals verstanden hat; die Aussdauer, die hitzige Tapferkeit des Momentes, die persönliche Aufopferung, den Fanatismus selbst, Eigenschaften, die in türkischen Kriegen wesentlich mitwirken, haben die magyarischen Kriegshäupter viel häufiger besessen als die österreichischen. Sobald Oesterreich unter Ferdinand die ungarische Krone erwarb, lieferte es gleich in dessen Regierungszeit die unzweideutigsten Beweise, daß es in der östlichen Politik Nichts vermöchte: Ungarns und Oesterreichs Rettung war keineswegs die deutsche Kraft des Letzteren, sondern der Nimbus der kaiserlichen Großmacht, und vor Allem der innere Verfall der Türkei selbst. Die imponirende Kriegsmacht Oesterreichs war für eine Uebermacht im Orient nicht gewaltsam genug, die geistige Schlauheit nicht gewissenlos genug, die Waffen, die denen Rußland hier Wunder ausrichtet. Um zu einer allgemeinen Präponderanz in der Türkei und ihren Mischvölkern zu kommen, dazu müßte Oesterreich die Macht haben, die Rußland affektirt, oder den Schein zu behaupten wissen, den Rußland behauptet, mit der ganzen rücksichtslosen Politik dazu. Wie es mit der österreichischen Kriegskunst der Türkei gegenüber unter Ferdinand war, so war es noch 1790, und so ist es noch heute. Wenigstens hat es Prokesch, der Oesterreich gewiß Nichts zum Nachtheile sagen will, noch 1838 ehrlich herausgesagt, er betrachte die Türken für Nichts, wenn er sich russische Heere gegen sie denke; für die Oesterreicher aber möchten sie eine schwierige Aufgabe sein! Ganz anderes wird dieses sein, wenn in die slavischen, illyrischen, magyarischen Regimenter Oesterreichs eine geistige und moralische Kraft geworfen wird, wenn diese Stämme aus ihrer Unterordnung und Verwahrlosung hervorgezogen sind, wenn ihre nationale Entwicklung nicht bloß spartisch sondern, sondern sorgsam gepflegt wird, wenn sie alle in dem österreichischen Reichsverbande sich fühlen lernen, nicht als Heloten, sondern als Gleiche. Ganz anders wird dies sein, wenn Oesterreich dort, und nur dort im Osten die Basis seiner ganzen Politik sucht, wenn es sich an die Spitze eines freien Slaventhums im Süden stellt, wenn es den Interessen Ungarns durch eine Ausdehnung seines Einflusses oder seiner Macht an der Donau zu Hilfe kommt. Man hat Oesterreich im Schwung der Begeisterung zugemuthet, sich seinen deutschen Besitzes zu entäußern, Polen herzustellen, sich in Konstantinopel zu setzen, ein neues Byzantinerreich zu gründen, oder auch einen Staatenbund mit großen Freiheiten aus den Völkerschaften jener vielsprachigen „Scheide der Völker“ unter seiner centralen Macht zu bilden. Das klang abenteuerlich, so lange Metternich regierte; aber jetzt, nachdem man immer schon in Ungarn gefordert hatte, die Habsburger sollten wenigstens ihre Sommerresidenz nach Ofen legen, nachdem nun Slavonen und Czechen mit ihren Forderungen herausstreten, nachdem die Serben sich wieder zu nähern scheinen, nachdem Polens Herstellung, trotz der Aussichten, die man sich jetzt in Wien wieder machen, auf die Länge nicht mehr zu hindern sein wird, nachdem diese ungeheure Bewegung den Weltgeist erschüttert hat, so daß auch die trägen Massen des Ostens aufgerüttelt werden; jetzt muß man sich nothwendig in Wien zu kühnern Gedanken dieser Art erheben, wenn man die Existenz erhalten will. Die Neugründung des österreichischen Staatsbaues wird bei den erhobenen Forderungen seiner Glieder nicht anders geschehen können, als durch eine Pflege der mannigfachen Elemente des Völkerlebens jener Gegenden, im Gegensatze zu dem russischen Verfahren der Uniformirung und Nivellirung: die Abwehr des russischen Einflusses durch Freiheit und nationale Entwickelung wird das Mittel sein, um direkt oder indirekt die Donau zu beherrschen; die gleiche Berathung der ungarischen, südslavischen und deutschen Interessen, das ist was Oesterreich groß machen und neu leben wird. Hier sind die großen Grundsätze der nationalen, der politischen, der religiösen Freiheit und Toleranz im weitesten Umfang zu üben, die jetzt der Welt gewerkigt werden: denn nirgendshin dringt dieser europäische Ruf so unmittelbar unter die orientalische Starrheit der Existenzen in Glauben, Sprache und Volksthum. Uralt sind hier in diesen thraischen Gegenden die Nebeneinanderlagerungen von Völkern und Religionen ohne Vermischung, oder auch die Aenderungen der Nationalität und des Glaubens unter Druck und Zwang ohne innere Betheiligung. Schon in dem Reiche der Chazaren, schon in dem Kopfe Stephans des Heiligen regte sich der politische Grundsatz, den die Umgebung gleichsam aufnöthigte, hier den Religionen und den Nationalitäten gleiche Stellung und gleiche Pflege zu gewähren. Wie müßte es auf die Völkerschaften dieser jahrhundertelang unterdrückten Lande wirken, wenn jemals dieser Grundsatz, nicht wie in der Türkei aus Nothwendigkeit, sondern aus Ueberzeugung gehandhabt würde, und wenn die eigne Existenz nicht von der Duldung eines Despoten abhinge, sondern von den freien Principien einer humanen Regierung ausflösse. Wer mit der Einwirkung eines klassischen Geistes, sowie einst der Macedonische Königsstamm, noch einmal diese thraischen und illyrischen Stämme durchdränge, ihm wäre der Weg nach dem Oriente geöffnet, heute wie damals, und die Herrschaft am Ister gewiß. Das Alles aber, was wir hier andeuten, sind nicht etwa die Grillen eines phantasirenden Gehirns, es sind positive politische Pläne, die in großer Zeit schon einmal da gewesen sind, aber nur in Oesterreich nicht die Menschen zur Ausführung gefunden haben. Schon 1805 war Talleyrands Gedanke, Oesterreich solle die Moldau und Wallachei, Bessarabien und Bulgarien erhalten, damit es als Masse zum Wohl der civilisirten Welt erhalten werde und ein Wall gegen Rußland bleibe. Das ward verworfen, schreibt er, trotz tausend guter Gründe. Im Jahre 1810 schlug Jemand eine großartige Politik dem Staatskanzler vor: Oesterreich solle im Bunde mit Frankreich die Donau bis Bessarabien, mit Bosnien und Bulgarien in Besitz nehmen, die Türkei mit Neurußland entschädigen, Rußland, einmal betrieget und besieget, ganz aus allem Einfluß in Europa verdrängen, Polen herstellen und zu dem Ende Galizien herausgeben! Das waren die kühnen Projekte jener kühnen Zeiten; für Metternich zu kühn; für diese Tage vielleicht nicht mehr zu steil, obwohl man sich noch vor wenigen Monaten bedacht hätte, mit solchen Entwürfen sicherlich

Digitized by Google

zu erscheinen. Fänden sich je in Oesterreich die Männer, die eine solche Politik in Angriff nähmen, so würde in die Donaulande ein ganz neues Leben einkehren, und ganz Deutschland würde jauchzen zu Oesterreichs jungem Glücke. Und wäre nur ein erster Grund zur Regeneration des ungarischen und südslavischen Bedens gelegt, so gehörte, wenn einst der Tag des Falls für die Pforte kommt, die Zukunft im Orient dem, der zu Lande am nächsten grenzt.

Was nun bei dieser Orientirung der österreichischen Politik den deutschen Landen für eine Stellung zufäme, das ist nicht schwer zu entscheiden.

**Oesterreich.** Wien, 3. Mai. Die Wien. Z. enthält folgenden amtlichen Artikel: „Das Nationalkomité in Prag wurde bei einer von demselben eingebrachten Vorstellung gegen die Vornahme der Wahlen der Deputirten zu der konstituirenden Versammlung in Frankfurt vorzugsweise von Besorgnissen für die Wahrung der Gesammtinteressen der Monarchie, des Königs und der Nationalität geleitet. Dieselben achtenden Motive bewogen die Stände Mährens in der Versammlung am 26. v. M. zu dem Beschlusse, diese Wahl bis zum nächsten Landtage zu verschieben. Das Ministerium glaubte die Ueberzeugung fest halten zu müssen, daß die einseitige Nichterfüllung der von der Bundesbehörde gefaßten Beschlüsse in den zum deutschen Bunde gehörigen Ländern nicht gerechtfertigt wäre, daß ferner die österreichische Regierung durch die Erklärung der Interessen ihrer einzelnen Länder in der Bundesversammlung zu wahren, ihren Pflichten, sowie ihrem Bestreben, das Wohl seiner Theile und den Augen zu verlieren, Genüge geleistet habe, daß endlich die Aufrechthaltung aller Nationalitäten durch die Verfassungsurkunde hinreichend verbürgt sei. Diese Ueberzeugung konnte nur zu dem Beschlusse führen, die bereits eingeleitete Ausscheidung der Wahlen zu der Versammlung in Frankfurt einfach zu halten. Ein solcher Beschluß war mit der vollen Anerkennung der von dem Nationalkomité und den mährischen Ständen bei diesem Anlasse ausgesprochenen loyalen Gesinnungen eben so verträglich als eng verbunden. Eine besondere Aufforderung zu demselben mußte aber auch noch in der Wahrnehmung gefunden werden, daß in den genannten Provinzen sich auch bei zahlreichen Stimmen der lebhafte Wunsch für Vornahme der Wahlen ausgesprochen hat, und daß eine polnähnige Vertretung der österr. Monarchie, sowohl im Interesse der Gesammtheit, als der einzelnen Volksstämme besonders wünschenswerth erscheint".

**Preußen.** Berlin, 2. Mai. Die Köln. Z. bringt von hier folgende Mittheilungen: Der Finanzminister hat verfügt, daß die gewissen Fabrikaten des Fürstenthums Neuenburg bei dem Eingang in das Zollvereinsgebiet bewilligten Zollerleichterungen „in Folge der neuerlich eingetretenen Verhältnisse" bis auf Weiteres auszusetzen sind. Demgemäß werden auch die für das laufende Jahr über meuffirenden neuenburger Wein ertheilten Pässe von jetzt ab für ungiltig erklärt. — Nach einer vorläufigen Abrechnung über die gemeinschaftlichen Einnahmen an Zollgefällen für 1847 betrug die Bevölkerung der Zollvereinsstaaten 29,393,372, und zwar Preußen 18,453,540, Luxemburg 186,140, Baiern 4,510,700, Sachsen 1,836,664, Württemberg 1,786,870, Baden 1,365,034, Kurhessen 720,883, Großh. Hessen 863,152, Thüringen 997,243, Braunschweig 248,519, Nassau 418,627. Die Bruttoeinnahme betrug zusammen 26,927,727 Thlr., worunter Preußen mit 19,193,216 Thlrn. Davon gehen ab an Vergütungen, Ausgabslungen u. s. w. 769,258 Thlr., bleiben 26,128,468. Die Kosten der Zollerhebung und die Zollschulden an den Ausgangszen und die sonstigen Ausgaben betragen 2,511,053 Thlr., worunter 1,156,328 Thlr. auf Preußen kommen. Zur gemeinsamen Theilung bleiben 23,781,676 Thlr. und zwar fallen nach der Bevölkerung auf Preußen 13,312,270, Luxemburg 150,603, Baiern 3,649,530, Sachsen 1,486,013, Würtemberg 1,445,726, Baden 1,104,426, Kurhessen 588,109, Großh. Hessen 698,362, Thüringen 806,852, Braunschweig 201,072 und auf Nassau 338,704 Thlr. Dabei zahlt Preußen 4,100,860 Thlr. heraus.

** Berlin, 4. Mai. Mit Nachrichten über die entsetzensvollen Auftritte bei Kosz und Mielosław in Preußisch-Polen lassen Sie mich zurückhalten, bis ich Zuverlässiges melden kann. Jetzt bin ich es nicht im Stande. Ich will Dem, was mir Polen erzählen, Polen, deren Freundschaft mir dafür bürgt, daß sie mich nicht absichtlich täuschen werden, durchaus nicht den Glauben versagen. Aber, namentlich in Betreff der Ursachen zu den blutigen Zusammenstöße Deutschlands und Polens stehen jene Mittheilungen mit dem, was Deutscherseits berichtet wird, im schneidendsten Widerspruch. Sein Sie vorsichtig in der Aufnahme von Nachrichten, vorsichtig, wenn sie aus deutscher, vielleicht noch vorsichtiger, wenn sie aus polnischer Quelle stammen. Die Polen behaupten, die von Willisen mit Libelt am 11. April geschlossene Uebereinkunft von Jarosławiec sei von den Preußen gebrochen. Ich habe Beweise in Händen, daß sie von den Polen vielfältig übertreten worden. Aber das Unglück ist darum für uns nicht geringer. Die Sendung Willisens, die entschieden den Polen günstigen Gesinnungen der Regierung werden jetzt auf das Gehässigste deutet wird werden. Schon hört man austufen, abschließlich habe man es in Posen dahin kommen lassen, man habe zugesehen und der Dinge gewartet! Mit etwas mehr Schein tadelt man, daß Colomb und Steinäcker nicht abgerufen worden, die Willisens Wirksamkeit so sehr gelähmt haben; denn es sind allerdings von diesen Männern vorschnelle und ungerschickte, wenn auch wohlgemeinte Maßnahmen ausgegangen, aber vergesse man doch nicht, die unglückliche Sachlage der Provinz in Anschlag zu bringen. Mit der Entfernung Colombs und Steinäckers trieb man die Deutschen auf das Aeußerste; sie mußten sich dann für verraten und verkauft erachten, es kam mit dem Augenblick der Abdrausung zum Bürgerkriege, der, wenn auch jetzt seine niederbrechen Flammen über Posen zusammenschlagen werden, wahrhaftig nicht von hier aus angefacht ist. — Der General Willisen verweilt hier und steht in ununterbrochenen Beziehungen zum Gouvernement. Wir können die tiefe Besorgniß nicht unterdrücken daß die vielfältigen schweren Kränkungen, welche dieser, vielleicht zukunftreichste deutsche Feldherr in der doppelseitigen Stellung hat erdulden müssen und welche die aufrichtige Bilsigung derer, welche ihn gesandt hatten, kaum vergessen machen dürfte, und den edlen General einem Abgrund zuführen werden, vor dem ein wahrer Freund ihn rechtzeitig gewarnt haben will. Ein unschuldig gekränktes, tief verletztes Gemüth ist für entgegengesetzte Eindrücke nur zu sehr empfänglich. Wir fürchten das Gift der Schmeichelei. Die Adresse, welche die Zeltenversammlung, in deren Augen die Deutschen in Posen eine „durch lange Unterdrückung der Gewalt und des Unrechts moralisch tief herabgewürdigte Bevölkerung", ist die „ist die Ehre des deutschen Namens beleidigt", den General überschandt hat, enthält einige gut ausgedrückte Wahrheiten und versteht, einen Mann wie Willisen zu würdigen. Aber die Antwort des Generals, dünkt uns, hätte einigermaßen eine andere sein können. Es ziemte dem Edelsinn eines Sokrantes, jene unwürdigen Bezeichnungen seiner Landsleute, von denen er so sehr beleidigt ist, gerade deßhalb zurückzuweisen. Mit Nichts hätte Willisen besser bewiesen, wie deutsch er gesinnt ist, als wenn er die niederträchtigen Schmähungen, welche auf seine Gegner geschleudert wurden, würdevoll zurückwies. Er adoptirte Bilschweigend alles Gesagte. — Wir wollen offen und ehrlich dem General Willisen sagen, daß wir seinen glänzenden Geist, sein hohes Genie bewundern, aber seinen Ehrgeiz fürchten. Nicht für uns, sondern für ihn! Wir wünschen, dieser edle Ehrgeiz, der jetzt in Folge der letzten, nach unserer Meinung höchst ehrenvoll erfüllten Mission ihn verzehrt und auftrgt, fände bald einen würdigen Gegenstand. Wir beklagen, daß die Stimmung der Posener Deutschen es ihm unmöglich gemacht hat, das begonnene Werk weiterzuführen. Käme es zum Kriege mit Rußland, Willisen, der Russenfeind, der weitsichtige Stratег, wäre der Bundesfeldherr, der uns noththäte. Die Zeit ist vielleicht nicht so fern, als manche Politiker meinen. Jedenfalls möge die Zukunft des Generals von Willisen so makellos und spiegelklar, wie seine Vergangenheit sein! Nichts ist gefährlicher für große Männer, als unverdiente Kränkungen und falsche Anschuldigungen. Sie sind die Verkuchungen, denen wahre Größe widersteht, denen auch Willisen nicht erliegen wird, wenn der Seelenadel ihm gewahrt bleibt, ohne den wahre Größe nicht denkbar ist.

Berlin, 5. Mai. Der Staatsanzeiger meldet: Die in Schleswig vereinigten Bundestruppen haben am 2. Mai die jütische Grenze überschritten und sind bis auf 1 Stunde vor Fridericia vorgerückt. Der General von Wrangel hat dabei an die Jütländer eine Proklamation erlassen, worin er erklärt, daß er nicht als Eroberer komme, die Einwohner zu feindlichem und ruhigem Betragen ermahnt und sie des Schutzes für ihr Eigenthum in der Achtung für ihre Nationalfarben versichert und die Behörden aufordert, ihren Posten nicht zu verlassen. — Nach aus dem Hauptquartiere eingegangenen Nachrichten war dänischerseits der Vorschlag zu einem Waffenstillstande auf drei Wochen gemacht, nach welchem, bei Beschränkung der deutschen Truppen auf das feste Land von Schleswig, die Einstellung der feindlichen Maßregeln zur See während des Waffenstillstandes angeboten wurde. Der Oberbefehlshaber hat dagegen erklärt, es könne von keinem Waffenstillstand und keiner Einstellung der Feindseligkeiten die Rede sein, bevor nicht auch Alsen und alle zu Schleswig gehörigen Inseln geräumt und alles mit Beschlag belegte preußische und deutsche Eigenthum zurückgegeben und der Handel mit allen deutschen Häfen

Digitized by Google

frei geworden sei; bei einer solchen Uebergabe der Insel Alsen sei er bereit, die auf derselben befindlichen Dänischen Offiziere nicht als Kriegsgefangene zu betrachten, sondern sie nach ihrer Heilung zurückzusenden. Ob die dänische Regierung auf diese sehr mäßigen Bedingungen eingehen wird, ist zu erwarten; jedenfalls würden die Operationen unserer Truppen keine Verzögerung erleiden.

**Posen**, 1. Mai. Aus einem uns vorliegenden, nicht amtlichen Bericht theilen wir unsern Lesern nach Nachstehendes mit: „Die im Treffen bei Miłoslaw gebliebenen Offiziere sind die Lieutenants von Hagemeister und von Gayette und von Kern. Hauptmann Knorr, durch einen Schuß an beiden Beinen verletzt, soll später von den Sensenmännern auf gräßliche Weise verstümmelt worden sein. Unter den Offizieren, die mit höchster Auszeichnung gefochten, nennt man besonders den verwundeten Lieutenant von Wedell und den Lieutenant Rother, der, den Helm auf der Degenspitze tragend, seinen Zug zwanzig Schritt vorauf marschirte, diesen zur muthigen Folge auffordernd. Auch die Bravour des Lieutenants vom 7. Husarenregiment von Wedell wird von allen Seiten gerühmt. Eine Abtheilung von 500 Gefangenen aus dem Gefechte von Xions wurde heute von Natt mit uns durch 100 Mann Infanterie und 20 Husaren mit 3 Offizieren hierher eskortirt. In der Woldung zwischen Kurnik und Gadki wurde dieser Zug von einigen hundert Bewaffneten mit großer Entschlossenheit angegriffen. Es entspann sich ein lebhaftes Gefecht, in dem auf polnischer Seite mehrere Leute fielen. Hinter Gadki traf die Eskorte mit einem Detachement zusammen, das von hier aus nach Miłoslaw nachrückte. Die Artillerie, geführt vom Hauptmann Mehr, gab eine Kartätschenlage, worauf die Sensenmänner sich zurückzogen. Die Gefangenen sind hier auf Fort Winiary abgeliefert worden. Von der Post aus verbreitete sich gegen Abend die Nachricht, daß am heutigen Vormittage Ludwig von Mieroslawski gefallen sei. Miłoslaw soll morgen wieder mit Sturm genommen werden. (P. Z.)

**Posen**, 2. Mai. Die hiesige Zeitung enthält in ihrem heutigen Blatte die nachstehende Kabinets-Ordr: „Es ist zu Meiner Kenntniß gekommen, daß die von Mir angeordnete Reorganisation des Großherzogthums Posen so gedeutet worden ist, als könne dadurch die katholische Kirche in Gefahr kommen. Diese Deutung ist, wenn nicht böswillig, doch jedenfalls unrichtig. Bewohner der Provinz Posen! Was Euch, seitdem Ihr dem preußischen Staate angehört, von Meinem Königlichen Vater zugesagt worden ist, daß die katholische Kirche unangetastet bleiben solle, es ist Euch seit mehr als 30 Jahren unverbrüchlich gehalten worden. Eure Religion, Eure Kirche ist Mir heilig. Es wird auch ferner so bleiben, es wird Euch Niemand in Eurem heiligen Glauben stören, jeder Versuch dazu würde ohne Nachsicht gestraft werden. Ob Eure Beamten Polen oder Deutsche sein werden, sie müssen stets nach den Landesgesetzen handeln, und sie werden daher auch Eure Religion, Eure Kirche ehren. Darauf gebe Ich Euch wiederholt Mein Königliches Wort. Potsdam, 30. April 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. Camphausen. Auerswald."

**Krefeld**, 4. Mai. Heute hat hier eine Einigung beider Wahlparteien stattgefunden. v. Beckerath hat die sicherste Aussicht, von unserm Wahlbezirke nach Frankfurt entsandt zu werden. Wir wollen vergeben und vergessen, was dahinter liegt, und die Motive nicht ferner untersuchen, durch welche diese Einverständniß bewirkt worden ist. Möge das Unkraut konstitutioneller Zwietracht in unserer Stadt zum letzten Male die Saat der politischen Freiheit vergiftet haben! (Köln. Z.)

§§ Aus **Baiern**. Unsre Wahlen zur deutschen Reichsversammlung liegen vollständig vor und sind fast durchaus befriedigend zu nennen. Selbst die Namen der als ultramontan bezeichneten Partei finden fast überall Zustimmung, nicht als ob man dem in Rom unmöglich gewordenen Jesuitismus in Frankfurt eine Zuflucht sichern möchte, sondern weil es wichtig ist, daß eine Ansicht, die als das Bekenntniß von Vielen betrachtet werden muß, bei dem Neuban nicht unvertreten sei, weil es nothwendig ist, daß die Vertreter derselben auf organischem und gesetzlichem Wege ins Ganze sich fügen, weil es angenommen ist, daß ihrem Uebelthätigkeit eine Genugthuung gebührt. In den wesentlichen Fragen traut man ihnen, und gewiß mit Recht, Uebereinstimmung mit der Mehrheit zu; für das Verhältniß zwischen Kirche und Staat erwartet man allerdings, daß sie das Princip der Lostrennung zum Losungswort machen werden und dabei selbst von protestantischer Seite auf Unterstützung rechnen. Inzwischen wird uns bei diesem Kampfe unser guter Genius nicht verlassen und namentlich das Recht der Erziehung und des Unterrichts vor der geistlichen Censur, das Recht der Familie vor dem Beichtstuhl sicher stellen. Größre Gefahr droht von einer andern Seite, und hier ist vor der Hand die Möglichkeit der Abwehr noch nicht mit Zuversicht angebahnt. Der Entwurf der neuen Reichsverfassung, wie allgemein man seine Vorzüge — namentlich in Betreff der Volksrechte — anerkannt, hat in seinem Kardinalpunkt vielfältigen Widerspruch gefunden und plötzlich erscheint die „deutsche Einheit" als ein Gespenst, vor dem die Einen sich fürchten, und das die Andern als Lüge verspotten. Wie Mehrere mögen sich erinnern, weß Ursprungs und wie alt unsre Souveränetäten sind! Sie sind; wir haben uns in sie hineingelebt, und das sonderbündische Gift hat sich so mit dem Blut in unsern Adern gemischt, daß eine Ausscheidung jetzt ein großes Kunststück sein wird. Dennoch muß es ausgeführt werden, wenn nicht alle Hoffnung eitel, alle Mühe verloren sein soll. Daß der „ächte Kaiser" überall auf Widerstand stoßen wird, außer bei seinem Stamm, kann unmöglich überraschen; daß Preußen gemeint sei, bezweifelt Niemand; daß Preußen sehr viele Stimmen, vielleicht ganz Süddeutschland in dieser Frage wider sich hat, weiß Jedermann, wenn auch nachträglich durch Aufträgen über die Berliner Ereignisse vom 18., 19. und mehr noch durch die ruhmvollen Waffenthaten in Schleswig der thörichten und plumpen Feindseligkeit, wie sie sich namentlich bei uns breit gemacht, der Stachel genommen wird; daß Oesterreich in seiner jetzigen Verfassung und nach so langer Entfremdung von uns, der Aufgabe der Zeit nicht gewachsen ist, wird es wohl selbst einsehen können, sowie ihm nicht zu verdenken ist, wenn es auf seine Erinnerungen Ansprüche gründet. Aus allen diesen Widersprüchen heraus in eine einfache Stellung unter ein erbliches Oberhaupt zu treten, das durch Stimmenmehrheit bestimmt wäre, muß als ein Wagniß erscheinen, das schwerlich gelingt, und hier ist man deßhalb vielmehr geneigt, für einen Turnus zu stimmen, oder ein Triumvirat zu bilden, auch wenn man erkennt, daß beide Formen nur Uebergangsstufen bilden. Aber gerade einen Uebergang muß man suchen, wenn man mit Wahrscheinlichkeit annehmen muß, daß der Uebersprung nicht gelingt. Nimmt aber der Separatismus, wie er sich namentlich in den höhern Regionen zeigt, überhand und sucht Bestand und Einfluß zugewinnen, so stehen uns traurige, vielleicht furchtbare Zeiten bevor. Deutschland läßt sich den Gedanken seiner Einheit jetzt nicht mehr rauben, noch verkümmern, und es wird ihm kein Preis zu hoch sein für dieses Gut. Mögen daß alle diejenigen beherzigen, die mit der Annahme des niederen Preises die Forderung des höchsten unmöglich machen.

**Bern** in Untervaiern, 4. Mai. Den Schwäb. Merkur wird geschrieben: Preußische und großherzoglich hessische Truppen von allen Waffengattungen, deren Stärke auf einige Tausend Mann angegeben wird, sind diesen Vormittag ganz unerwartet in die Stadt Hanau eingerückt, um dem dortigen Freischaarenunwesen ein Ende zu machen. Gleich nach ihrem Einrücken erfolgte, unter strenger Beobachtung der gesetzlichen Formen, die allgemeine Entwaffnung. Doch wird die Bürgergarde nach bewirkter Reorganisation alsbald wieder ins Leben treten. Man hört von keinen Widersetzlichkeiten, auf welche die Ausführung dieser nothwendig gewordenen Maßregel gestoßen wäre.

**Schleswig**. Rendsburg, 3. Mai. Gestern Morgen haben die preußischen Truppen, wie vorher bestimmt worden, Christianfeld verlassen und sind, ohne auf Feinde zu stoßen, bis über Kolding hinausgegangen. Das Hauptquartier des Generals Wrangel war den Abend des 2. d. in Sudby, zwischen Kolding und Fredericia, wo wahrscheinlich General Bonin schon denselben Abend eingetroffen sein wird, da es bereits vorgestern (am 1. d.) von den dänischen Truppen verlassen worden ist. Der Einzug des Generalstabes in Fredericia war auf heute bestimmt, während der Prinz von Augustenburg, der mit seinem Korps von Ripen sich wieder nach Osten gewandt hat, gleichzeitig Veile besetzen wird. Gestern Abend ist der russische Legationsrath Goetz, wie es heißt, mit russisch-englischen Aufträgen, im Hauptquartier angelangt, von Apenrade kommend, wohin ihn ein russisches Dampfschiff gebracht hatte. Ein ihn begleitender dänischer Parlamentair ward nicht durchgelassen. Die Besetzung von Veile und Fredericia wird den Wrangel wahrscheinlich sein Hauptquartier in Kolding nehmen und seine Vorposten höchstens bis Horsens vorschieben. Die Aufnahme drei den Jüten wird grobst. Die Auflösung der Freikorps soll sistirt sein. — General Wrangel hat folgenden Aufruf erlassen: „An die Bewohner von Jütland! Ein deutsches tapferes Heer wird morgen die Grenze Eures Landes überschreiten; nicht in feindseliger Absicht kommt es zu Euch, darum rufe ich Euch zu: bleibt in Euren friedlichen Wohnungen, sieht nicht mit Weib und Kind von dem Euch so theuern Herde. Ich, der Höchstkommandirende des Heeres, stehe Euch dafür ein, daß Euere Personen und heilig sein werden, und daß Euer Eigenthum und Euer Nationalsarben gegen jegliche Handlung der Willkür geschützt werden sollen, solange das Heer sich innerhalb der Grenze Eures Landes aufhält; aber ich kann Euch nicht davon befreien, die Bedürfnisse des Heeres herbeischaffen, und dazu be-

Digitized by Google

darf ich in Eurem eigenen Interesse der Mitwirkung Eurer gesetzmäßigen Obrigkeit. Demgemäß werden hierdurch alle königlich dänischen Civil-Behörden ernstlich aufgefordert, auf ihren Posten zu bleiben und fortzufahren, Ihren Pflichten und Obliegenheiten nachzukommen. Gleichermaßen fordere ich die Geistlichkeit auf, in ihren Pfarren zu bleiben und ihren ganzen Einfluß auf die Gemüthigung ihrer Gemeinde zu verwenden. Sollten die königlich dänischen Behörden dieser Vorschrift nicht nachkommen, so sind die schlimmsten Folgen für Euch unvermeidlich, denn in diesem Falle werden meine Truppen genöthigt werden, sich selbst einzuquartieren und sich selbst nach eigenem Gutdünken alle zu ihrem Lebensunterhalt nöthigen Mittel zu nehmen, wobei mit dem besten Willen willkürlichem und unordentlichem Verfahren nicht jedesmal Schranken würden gesetzt werden können. Alles Unglück aber, welches daraus entstehen könnte, würde ausschließlich Eurer Obrigkeit zuzuschreiben werden, die Euch in Augenblicken des Drangsales verließe. — Jütländer! Nehmt meine Truppen gastfrei auf; Ihr sowohl, wie Eure Mütter und Kinder, werdet dann ganz ebenso sicher sein, inmitten des edlen deutschen Kriegsvolkes, welches anzuführen ich das Glück habe, als unter Euren eigenen Brüdern. Hauptquartier Christiansfeldt, den 1. Mai 1848. Unterz. der Oberbefehlshaber des Heeres, Wrangel, königlich preußischer General der Kavallerie."

**Apenrade**, 2. Mai, 12 Uhr Mittags. Soeben hat ein dänisches Kriegsdampfschiff ein Boot mit einer weißen Flagge ausgesetzt, welches einen Legationssekretär der russischen Gesandtschaft in Kopenhagen and Land bringt, der selbstverständlich sofort in Begleitung eines hannoverschen Offiziers weiter ins Hauptquartier nach Christiansfeldt oder Kolding gesandt wurde. — Seit wenigen Stunden steht das schöne hannoversche Regiment Kronprinz-Dragoner hier; es wird wohl einige Zeit hier in Besatzung bleiben.

**Hamburg**. Von hier erhält die Wes. Zeit. über die freilich ziemlich dürftigen Anfänge einer deutschen Kriegsflotte Folgendes: Die Herren J. H. von Somm und Söhne haben die Herstellung mehrerer Kanonenboote übernommen; es sind augenblicklich mit dem Rip zu denselben und der Beschaffung des Materials beschäftigt. Mit Hören, daß die Gesammtkosten für ein fertiges und vollständig armirtes Kanonenboot auf 10,000 Mark Crt. veranschlagt wurden, und daß 6 Wochen Zeit zur Vollendung erforderlich sein werden. Herr Roß, der Unternehmer dieses Kriegsschiffbaues, sagt, laut Anzeige in den öffentlichen Blättern, neue 24- und 18pfündige, lange, riserne Kanonen, sowie 36- und 18pfündige Karronaden, zu Kauf, gegen baare Bezahlung.

**Kopenhagen**, 4. Mai. (Telegraphische Nachricht). Von einem sorben von Helgoland Kommenden hört ich, daß das gestern daselbst angekommene dänische Kriegsschiff bereits vier aus der Elbe kommende Schiffe genommen, worunter gewiß ein Hamburger und muthmaßlich eine ostendurger. Ein Bark hat entschlüpfen wollen, aber sie hat nach einigen Schüssen beigelegt. Die Hälfte der Matrosen ist von den Schiffen genommen und durch Dänen ersetzt worden. Der Kommandant des Schiffs hat auf Helgoland, wo er gelandet, gesagt, daß noch mehrere große Kriegsschiffe kommen würden. Dieses führt 48 Kanonen und noch 480 Mann. Zwei andere Kriegsschiffe sollen nach dem Texel gegangen sein. Der Gouverneur von Helgoland hat gleich einen Bericht nach London abgehen lassen. Vorstehendes wird auch noch durch einen Brief von Helgoland bestätigt. (Kr. Z.)

**Frankfurt**, 5. Mai. An die Bewohner Böhmens, Mährens und Schlesiens. Brüder und Bundesgenossen! In wenigen Tagen tritt in Frankfurt das große Parlament zusammen, welches eine neue Epoche der Geschichte beginnen wird, welches ein neues Deutschland aufbauen soll, einen Bund voll Freiheit und Einheit, voll Macht und Würde. Die künstliche Scheidewand, welche die einzelnen Stämme innerhalb der deutschen Marken bisher getrennt, die falsche Politik, welche in der Zwietracht der deutschen Reichsgenossen die Stütze zynischer Pläne und Willkürherrschaft fand, soll für immerdar verschwinden. Fortan sollen die Männer, welche das Volk zu seinen Vertretern wählte, über das Wohl und Weh der Gesammtheit berathen und diese Männer der freien Volkswahl werden wissen, was zum Heile ihrer Heimath, was zum Heile des Gesammtreichs nothwendig ist. Nicht mehr durch die geheimen Fäden der Diplomatie soll der Bund Deutschlands geleitet werden, offen und frei, vor den Auge der Welt wollen wir unserer gegenseitigen Interessen verhandeln, unsere Freiheit gemeinsam schützen und beschützen. Einer für Alle, Alle für Einen, Brüder und Bundesgenossen! Seit vielen Jahrhunderten habt Ihr mit Würden und Ehren in Deutschlands Mitte den hohen Platz eingenommen, der Euch gebührt. Eure Fürsten haben die deutsche Krone getragen, Eure Männer saßen im deutschen Rathe, Eure Städte sind der Sitz deutscher Bildung und Wissenschaft. Wir waren Eure Vormauer gegen den Westen, Ihr ward unsere Vormauer gegen den Osten, gemeinsam haben wir seit Jahrhunderten die großen denkwürdigen Schlachten geschlagen gegen fremde Bedrücker, auf gemeinsamem Ehrenbette ruhen unsere gefallenen Helden, ein gemeinsamer Vorbeerkranz umschlingt sie in den Büchern unserer Geschichte. Und wie wir Ehre und Ruhm getheilt, so theilten wir auch Unglück und Drangsal; jene finstere und unduldsame Tyrannei, die einst Eure Bürgerschaft vernichtet, sie hat auch unsere Freiheit zertreten. Als Völker haben wir nie gegeneinander gekämpft; aber jene tyrannische Fürstenherrschsucht, jener religiöse Fanatismus, die den Deutschen gegen den Deutschen im Bürgerkriege verblenten ließen, haben ihre Werkzeuge unter uns, wie unter Euch gefunden. Gedenken wir der Großthaten der Väter und nicht ihrer Sünden in dieser Stunde! Brüder und Bundesgenossen! Auf daß sie nicht wiederkehre jene Nacht der historischen Sünde, wollen wir den Bund jetzt fester schließen, den Bund der Völker, den Bund der Freiheit und der Brüderlichkeit. Wir haben gemeinsam gelitten an demselben Leid, wir wollen gemeinsam uns wärmen an derselben Sonne. Nur die Gemeinsamkeit macht uns stark, nur die Einheit gibt uns Kraft, alten und neuen Feinden Widerstand zu leisten. Laßt uns einig den neuen Weg betreten! Hört nicht auf die verlockenden Stimmen, die durch falsche Verheißungen Euch trennen wollen von uns und Mißtrauen säen zwischen unsern Stämmen; es sind die alten egoistischen unglückseligen Töne, welche durch Zersplitterung zur Knechtschaft und zum Unheil führten. Die Freiheit, die das versüngte Deutschland Euch bietet, steht licht und hell als ein klares Bild vor Euch, die Freiheit, die jene Zeit verheißen, ist von der Nacht unberechenbarer Zukunft und Wirren bedeckt. Nicht uns mißtraut, die wir die Heiligkeit der Nationalität verehren; die sie Euch bisher verkümmerten, waren unsere Bedrücker wie die Eurigen. Das freie Deutschland darf Niemand knechten. Es wird mit starkem Arm das gute Recht eines jeden Einzelnen schützen, so wie es fest entschlossen ist, das gute Recht seiner Gesammtheit und seiner bisherigen Bundesgrenzen unverkürzt zu wahren. Im Namen dieses Rechts, im Namen der Freiheit und zur Schonung des Friedens und einer glücklichen ungetrübten Zukunft ergeht unser dringender Ruf an Euch, den Platz einzunehmen, der Euch in unserer Mitte gebührt. Eure Deputirten werden ein offenes, ein warmes Herz für all' Dasjenige finden, was Eure besondere Stellung erheischt. Sollte aber manche Partei in Ueberschätzung ihrer Sonderinteressen uns ihre Mitwirkung versagen und sollte deßhalb in einzelnen Bezirken ein Theil der Bewohner zur Wahl schreiten, so würden voraussichtlich auch solche Wahlen unter den gegebenen Verhältnissen von der Nationalversammlung für gültig erklärt und die Gewählten in ihren Kreis aufgenommen werden. Mögt aber eine solche Spaltung fern von Euch bleiben! Dies die Stimme aller Eurer deutschen Brüder, die durch uns zu Euch spricht. Treu und aufrichtig reichen wir Euch die Bruderhand. Die Stunde dieses Bundes ist groß und heilig; die Nachwelt wird richten über diejenigen, die ihre Heiligkeit verkennen, sie wird das Andenken derer segnen, die ihre Aufgabe begreifen. Der Fünfzigers-Ausschuß. Soiron. Simon, Schriftführer.

**Frankfurt**, 6. Mai. 48. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 6. Mai 1848. In der heutigen Sitzung traten die neuen Gesandten für Braunschweig, Legat.-Rath Dr. Lieber, und für die 15. Kurie (Oldenburg rc.), Obrist Mosle, ein. Die großh. hess. so wie die herz. sächs. Regierung in Gotha und Meiningen ließen anzeigen, daß wegen der allgemeinen Volksbewaffnung die erforderlichen gesetzlichen Einleitungen getroffen seien. Die großherzoglich sachsen-weimarische, die sachsen-meiningersche und die herzogl. nassauische Regierung ließen anzeigen, daß die Abgeordneten zur Nationalversammlung gewählt seien. Ein Erinnerungsschreiben des Fünfziger-Ausschusses bezüglich gleichzeitiger Abhaltung von Ständeversammlungen in einzelnen Staaten mit der Nationalversammlung hatte seine Erledigung durch den Bundesbeschluß vom 26. April bereits erhalten. Auf ein Schreiben des Fünfziger-Ausschusses, den Durchzug der Polen betreffend, wurde beschlossen: demselben den Bundesbeschluß vom 2. Mai nebst Motiven mitzutheilen, zugleich wurde angezeigt, daß von badischer Seite auf preußischen Antrag alle Vorkehrungen getroffen seien, um soweit thunlich, zu verhindern, daß solche Polen in Baden eingelassen und weiter befördert werden, welche von der russischen und österreichischen Grenze nach den neuerdings bekannt gewordenen Verfügungen der russischen und österreichischen Behörden zurückgewiesen werden. Auf den Kommissionsbericht wegen der Störungen der Dampfschiffahrt auf dem Rheine wurde beschlossen: Die königl. preußische, großherzoglich hessische und herzoglich nassauische Regierung aufzufordern, unverzüglich im Einvernehmen mit die geeignetsten energischesten

Digitized by Google

Maßregeln zu ergreifen, um die gewaltsamen Störungen der Dampfschleppschiffahrt, welche den Handel und die Gewerbe so sehr gefährden, baldigst zu beseitigen. Bezüglich der Verhältnisse des Herzogthums Lauenburg wurde beschlossen: die Regierung in Ratzeburg aufzufordern, ihren Bundesstaat gesetzig nachzukommen, und da seither in der Bundesmatrikel Holstein und Lauenburg vereinigt gewesen sind, wegen Repartition der Bundeslasten mit der provisorischen Regierung in Rendsburg sich zu verständigen. Die württembergische Regierung ließ den Antrag fallen, die Sitzungen der Bundesversammlung öffentlich zu halten. Professor Bernhardt in Bonn überreichte eine Abhandlung über die deutschen Barben, und Buchhändler Weber in Leipzig 20 Exemplare der „Illustrirten Zeitung", welche den Entwurf zu einer Verfassung für Deutschland enthält.

* **Frankfurt**, 6. Mai. Die heutige Ausschußsitzung eröffnete Schleiden mit dem Antrage: daß der Ausschuß seinen gestrigen Beschluß, den Bundestag zu einer förmlichen Erklärung zur Integrität des Bundesgebiets aufzufordern, zurücknehme. Die Bundesakte spreche ohnehin die Unauflöslichkeit des Bundes aus, und eine Erklärung jener Art sei erst geeignet, Zweifel zu erregen. Von andern Seiten (Stettmann, Hoecksher, Eisenmann) wurde dagegen auf die Theilung Luxemburgs und andere Vorgänge hingedeutet, welche bewiesen, daß nicht alle Bestimmungen der Bundesakte Maßkraft geworden seien. Schleidens Antrag wurde keine Folge gegeben. Jakobi führte aus den Briefen eines Deutschen in Zürich mehrere Einzelnheiten an, welche auf Bedrückung der Deutschen in der Schweiz schließen lassen. Unter Anderm wurde einem Deutschen nicht gestattet, auf einem von ihm ausgerüsteten Boote die deutsche Flagge zu führen. Der Ausschuß nahm aus dieser Mittheilung Anlaß, den Bundestag zu kräftiger Wahrung der deutschen Ehre und der deutschen Interessen in der Schweiz aufzufordern. Mehrere Beschwerden über die Wahlen zur National-Versammlung wurden der Entscheidung dieser letztern vorbehalten; zu diesem Zwecke sollen die Bundesregierungen durch das Organ der Bundesversammlung aufgefordert werden, ihre Wahlvorsteher an die National-Versammlung einzusenden. Die Ausschußsitzungen sind bis Dienstag angesetzt.

* **Frankfurt**, 6. Mai. Die vorgestrige Sitzung des Fünfziger-Ausschusses bot für den besonnenen Beobachter ein eigenes, nicht sehr erfreuliches Schauspiel. Viele warme Worte der Sympathie für Polen, aber die fürsten Anklage gegen Preußen, gegen den Bundestag, weil sie nicht unbedingt alle aus Frankreich rückkehrenden Polen dahin lassen, wo diese mit deutscher Unterstützung zurückkehrenden die Zahl und Macht Derjenigen vermehren, welche unsere deutschen Brüder im Großherzogthum Posen bedrigen und ermorden. Keine oder höchstens ein paar schüchterne Worte des Mitgefühls für deutsche Noth und Verzweiflung, seine nationale Empörung über die an Deutschen verübten Frevel, über den Undank, der mit Recht die anfängliche Theilnahme des Vorparlaments in das Gegentheil verkehrt. Es scheint, wir Deutsche sind noch immer mehr sentimental als politisch, mehr kosmopolitisch als deutsch. Oder wollte man etwa vor dem französischen Gesandten, welcher der Sitzung beiwohnte, einen Einklang mit den Gefühlen des französischen Volkes beurkunden! Aber gewiß würden Franzosen in unserem Falle so nicht sprechen. Den Franzosen fällt nicht ein, uns Deutschen das Elsaß wieder zu geben, und der französische Gesandte, obwohl selbst ein Deutscher, mag wohl im Stillen über Herrn Blum's Klage gelächelt haben, daß der deutsche Bund die Grenzfestung Posen den uns jetzt so feindlichen Polen nicht in aller Entmüthigkeit überliefert. Vergebens suchte Herr Blum die Jedem vorschwebende Parallele mit der französischen Grenzfestung Straßburg zu verrücken: Posen ist gegen Osten für uns, was Straßburg für Frankreich. Wann einmal Frankreich uns Straßburg wiedergibt, das ganz deutsch, dann wollen wir Posen zurückgeben, das doch nur halb polnisch.)

Es war auffallend, daß sämmtliche Redner, die für die Wiederherstellung Polens sprachen, diese Wiederherstellung immer nur von Preußen verlangten, daß Niemand an Krakau dachte, dessen Einverleibung in Oesterreich nicht wie die Posens verjährt, sondern so frisch ist, daß Oesterreich mit Krakau nur Etwas zurückgebe, das es noch vor wenigen Monaten nicht sein genannt. Ja, der Freistaat Krakau sollte wieder hergestellt werden; seine Einverleibung war ein Scheinact des Unrecht, dessen Sühne uns auch dann wohl anstehe, wenn das feindliche Benehmen der Polen unser Mitgefühl erkaltet hat. Nach diesem kleinen polnischen Freistaat könnte man dann alle aus Frankreich rückkehrenden Polen ziehen lassen; ihre Zurückweisung ist ohnehin auf die Dauer nicht aufzuhalten. Von Krakau aus mögen sie dann Warschau wieder zu gewinnen suchen, dort mögen sie nach ihrem Charakter und ihren Leidenschaften verfahren. Deutschland hat dann das Seinige gethan, und mag dann mit gutem Bug seine Grenzen gegen sie wie gegen jeden Nachbar schützen.

△ **Frankfurt**, 6. Mai. Wir hörten neulich in einer Sitzung der Sechsundfünfziger den Ausspruch, die Deutschen hätten ein eigenes Talent, Schwierigkeiten zu schaffen, wo keine sind. Die Schaffung der deutschen Flotte in den nordischen Meeren hat allerdings ihre Schwierigkeiten, aber warum behält jetzt Oesterreich, nachdem die Unzuverlässigkeit der italienischen Seeleute, welche jeder Mann, außer Metternich, schon seit dem Abfall der Gebrüder Bandiera kannte, durch die That erwiesen ist, noch die ital. Namen seiner Kriegsschiffe bei? Gewiß würde es ganz anders auf die deutsche Nation wirken, ganz anders das Gefühl der Gemeinsamkeit erregen, wenn ein Schiff „Oesterreich", „Verfassung", „Stadt Wien", „Graf Kuensberg" u. s. w. auf dem adriatischen Meere schwämme, als eine Bellona, Dorothea, Venezia, Beneto u. s. w. Mit diesen deutschen Namen hätten wir, da ohnedies die Schiffe jetzt, statt mit Italienern, mit deutschen und germanisirten Slaven bemannt werden müssen, einen ganz achtungswerthen Anfang einer deutschen Flotte. Zugleich möchten wir die baierische und österreichische Regierung auf die Lächerlichkeit aufmerksam machen, jetzt, wo man in Baden eine gänzlich deutsche, militärische Terminologie einführt, ihre leichten Reiterregimenter immer noch Chevauxlegers zu nennen, und um Abänderung in „leichte Reiter", wie längst in Sachsen und Würtemberg geschehen, bitten.

△ **Hamburg**, 3. Mai. Nachstehende Bekanntmachung theilen wir zugleich als Probe des Hamburgischen amtlichen Styls mit: Auszug aus dem Protokoll des Hamburgischen Senats, Mittwoch den 3. Mai. Conclusum und Commiss. Ihre Wohlweisheiten, Herren Meyer und Spalding, Deputatis Commercii Folgendes mündlich mitzutheilen: Nach einem gestern Morgen hier von Hrn. Minister-Residenten Pauli in Kopenhagen eingegangenen und vom 1. Mai datirten Berichte hat der Hamburgische Vice-Konsul Dreyer in Helsingör die Anzeige gemacht, daß am 30. April Abends der Befehl dorthin gelangt sei, alle hannoverschen, mecklenburgischen und hanseatischen Schiffe anzuhalten, so wie daß in Folge dessen auch bereits ein Bremer und zwei Lübecker Schiffe, bis an demselben Tage angekommen und bereits expedirt waren, mit Embargo belegt worden seien. Von mehreren Seiten wurde zugleich berichtet, daß die Fregatte „Gefion" zugleich mit einem kleineren Fahrzeuge beordert sei, vor der Elbe und Weser zu kreuzen. Zu gleicher Zeit ist den Senat von dem hiesigen interimistischen königl. dänischen Chargé d'affaires, Hrn. Westenholz angezeigt worden, daß er seine diplomatischen Beziehungen für abgebrochen halten müsse. Indem E. H. Rath diese bedauerlichen Verhältnisse zur Kenntniß Deputatorum bringt, ersucht Er dieselben, das kaufmännische Publikum davon in Kenntniß zu setzen. E. Schlüter, Dr.

## Dänemark.

Folgende Erklärung der dänischen Regierung ist, in vier Spalten abgedruckt, in Rosted am 3. Mai eingegangen und wird uns durch unsren Rosteder Korrespondenten mitgetheilt: Wir Frederik der Siebente von Gottes Gnaden ꝛc. thun kund hiemit: Daß Wir in Folge der zwischen Uns und Sr. Maj. dem Könige v. Preußen, Sr. Maj. dem Könige v. Hannover, Ihr. kk. HH. den Großherzogen v. Oldenburg u. Mecklenburg, so wie den freien und Hansestädten Lübeck, Hamburg und Bremen eingetretenen Feindseligkeiten, Uns veranlaßt gesehen haben, die Häfen, Küstenstrecken und Flußmündungen dieser Staaten, so wie die Häfen in Unsern eigenen Landen, welche von ihnen besetzt sind, in Blokade-Zustand zu erklären. Wir haben Unsern Kriegsschiffen den Befehl ertheilt, diese Maßregel auszuführen, und sowohl den eigenen als den Schiffen alliirter, freundschaftlicher und neutraler Mächte nicht zu gestatten, in die gedachten, von Unsern Kriegsschiffen blokirten Häfen und Oerter einzulaufen. Dieses zur Nachricht und Gelebung aller Beikommenden. Urkundlich unter Unserem königlichen Handzeichen und beigedrucktem Insiegel. Gegeben in Unserer königlichen Residenzstadt Kopenhagen, den 29. April 1848. (L. S.) Frederik R. (B. H.)

## Großbritannien.

London, 4. Mai. Im Unterhause richtete Hr. Urquhart an Lord J. Russell eine Frage wegen der diplomatischen Korrespondenz zwischen Palmerston und H. Bulwer einer- und dem spanischen Minister des Auswärtigen andererseits. Lord J. Russell erklärte im Wesentlichen: Man möge nicht vergessen, daß England große Anstrengungen gemacht und große Summen aufgewendet habe, um die Königin von Spanien auf dem Thron zu erhalten, daß mithin England wohl berechtigt sei, der spanischen Regierung freundschaftlichen Rath zu ertheilen und daß Lord Palmerston auch nichts Anderes beabsichtige; er, Russell, glaube nicht, daß der Vorlage der betreffenden Papiere Etwas

Digitized by Google

im Wege stünde. In diesem Augenblick trat Lord Palmerston in das Haus und erwiderte sofort auf eine an ihn gerichtete Frage Roebuck's: daß in Bezug auf die Zurückberufung des englischen Gesandten in Madrid keine Korrespondenz stattgefunden; ferner auf eine weitere Frage wegen der **dänischen Angelegenheit**: daß beide Parteien gegen die angebotene Vermittelung Englands Nichts einzuwenden gehabt, und daß die britische Regierung über diese Angelegenheit mit beiden Parteien in Unterhandlungen stände (Gelächter). Die Mittheilung der spanischen Aktenstücke versprach Palmerston für den folgenden Tag.

## Frankreich.

Paris, 4. Mai. Die Nationalversammlung füllte ihre erste Sitzung mit den Wahlprüfungen aus, deren Verlauf im Einzelnen nichts besonders Bemerkenswerthes bot. Dagegen erhob sich der Abg. Berger und verlas im Namen der Deputirten der Seine folgenden Entwurf: „Die Nationalversammlung, als treuer Organ des Volkes, das sie erwählt hat, erklärt hiermit vor Beginn ihrer Arbeiten, im Namen des französischen Volks und Angesichts der ganzen Welt, daß die am 24. Februar proklamirte Republik die Regierungsform Frankreichs ist und bleiben wird." (Stürmische Zustimmung.) „Im Namen des Vaterlandes beschwört die Versammlung alle Franzosen aller Meinungen, ihre alten Zwistigkeiten zu vergessen und nur eine große Familie zu bilden." (Allgemeiner Jubel.) „Die Republik, die Frankreich will, hat den Wahlspruch: Freiheit, Gleichheit, Brüderliebe! Der Tag, der die Vertreter des Volkes in diesem Saale vereinigt, ist für alle Bürger das Fest der Eintracht und der Brüderliebe." — In Folge dieser Verlesung erhebt sich nun eine lebhafte, begeisterte Diskussion, in der die Redner aller Seiten der Versammlung ihre vollständige unbedingte Zustimmung zu der Proklamation geben. Emanuel Arago ruft aus: Die Republik ist da — und wir proklamiren sie nicht mehr, wir begrüßen sie nur. Barbès fügt hinzu: Die Republik ist am 24. Februar vom Volke begründet worden — Niemand kann sie mehr in Frage stellen, wir sind hier nur die Diener des Volkes, und so haben wir auch nur seinen Willen mit dem Ruf zu begrüßen: Es lebe die eine, untheilbare, demokratische und brüderliche Republik! worauf sich die ganze Versammlung erhebt und diesen Ruf mit Einstimmigkeit wiederholt. Um 5½ Uhr erscheint General Courtais auf der Tribune: „Bürgervertreter! sagt er, das Volk verlangt die Mitglieder der provisorischen Regierung und der Nationalversammlung zu sehen und aus ihrem Munde die Proklamation der Republik zu hören." — Die Abgg. der ehemaligen Linken erheben sich gegen dies Verlangen, ohne Zweifel, weil sie sich erinnern, wie man in der ersten großen Revolution diese Nachgiebigkeit gegen die Launen der Pariser Bevölkerung mißbraucht hat. Aber ihre Vorstellungen sind erfolglos. Wie? ruft Einer aus, die heldenmüthige Bevölkerung von Paris läßt Euch durch den Mund des Oberkommandanten der Nationalgarde bitten, die Republik zu proklamiren, und man will zaudern? Kann es ein französisches Herz geben, das dem braven Pariser Volke diesen Beweis von Achtung und Zutrauen verweigern wollte? Solchen Gründen war natürlich nicht zu widerstehen, und die ganze Versammlung begab sich auf den Säulengang des Palais Bourbon. Der Concordeplatz, die Champs-elysées, die Quais, der Tuilleriengarten waren mit einer dichtgedrängten Menschenmasse bedeckt, die die unterstehende Szene beleuchtete; im weiten Kreise blinkten die Gewehre der Nationalgarde, ein ungeheurer Jubelruf des Volkes empfing die Versammlung, unter dem Donner der Kanonen proklamirte Lebru-Rollin die Republik, alle Militärmusiken fielen ein, die Fahnen der Legionen und der Regimenter wurden geschwungen, Nationalgarde und Truppen präsentirten, alle Tambours schlugen den Generalmarsch und die ungeheure Menschenmenge brach in den Jubelruf aus: Es lebe die Republik!

So schloß dieser erste Tag der Nationalversammlung für Alle befriedigend. Die auf der Rechten hatten die Beruhigung, daß der ganze Akt inmitten der gesürchteten Hauptstadt ohne Störung der Ruhe vor sich gegangen war, ja fast wie ein Fest geendet hatte; die auf der Linken sahen wenigstens für diesen Tag ihre reaktionären Besürchtungen beseitigt. Mit der Hingebung an den Augenblick und seine Eindrücke, wie sie dem französischen Volke eigen ist, vergaß man der Sorgen und ungelösten Räthsel, die der Schooß der nächsten Zukunft birgt, und feeute sich nur, diesen einen Tag so festlich belebt zu haben. Zu bieserigen, die sich gern durch starke Eindrücke erschüttern lassen, die Neugierigen und Blasirten der Hauptstadt waren sogar betroffen, so wenig Aufregung und Leidenschaft zu finden; der ganze Akt schien mehr ein Gebot der Nothwendigkeit als das Ergebniß eines republikanischen Aufschwunges.

Paris, 5. Mai. Nationalversammlung. Die Sitzung wird um 1 Uhr eröffnet. Ludry du Puyraveau präsidirt. Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen und mit den Wahlprüfungen fortgefahren. Diese Operation wird wieder mit derselben Schnelligkeit wie gestern betrieben, saß alle Wahlen genehmigt. Lamartine ist anwesend, obwohl etwas hinkend und sehr angegriffen, gestern Abend war er ernstlich unwohl und man zweifelte, daß er heute das Bett würde verlassen können. Die zum Bericht vorbereiteten Wahlen sind beendigt; es soll zur Wahl eines Präsidenten geschritten werden. Es erhebt sich eine lebhafte Debatte über die Art und Weise der Abstimmung, die endlich dahin gelöst wird, daß alle Deputirte, deren Wahl-Protokolle noch nicht eingetroffen sind, an der Wahl Theil nehmen können. Es wird mit großer Majorität entschieden, daß die Wahl eines Präsidenten nur provisorisch für einen Monat Statt finde. — Das Skrutin beginnt mit Namensaufruf und kann bei der Langsamkeit dieser Operation vor Postschluß unmöglich beendigt sein. Man glaubt, daß Buchez gewählt wird.

(Buchez ist durch seine große Sammlung, die historire parlementaire, auch in Deutschland bekannt; die Tendenz, die durch dieses Sammelwerk hindurch geht, ist der reine Jakobinismus der Robespierre-St. Just'schen Schule, mit einer guten Dosis Katholicismus verquickt. Jedem Leser des sonst sehr brauchbaren Werkes ist die Wuth der Herausgeber gegen Gironbisten, Girondisten, Protestanten u. s. w., und die Vergötterung der „sainte Montagne" ohne Zweifel im Gedächtniß. Doch scheint B. in diesem Augenblick nicht zu den Ultras gerechnet zu werden.)

Es tauchen jetzt auch schon Verfassungsprojekte auf; zwei bedeutende Namen sind bis jetzt damit aufgetreten — Cormenin und Lamennais. Es wird sich Gelegenheit finden, darauf zurückzukommen.

* Straßburg, 5. Mai. Die Freischärler sind nun wirklich bis auf den letzten Mann abgezogen, ihrer Bestimmung in die weiter von der Grenze gelegenen Departemente folgend. Dort werden sie den Gnadenstoß der politischen Flüchtlinge, 1 Frank 50 Cent. für den Tag erhalten. Wie Herwegh, Börnstein und Andere sich damit vertragen werden, ist ungewiß: wahrscheinlich werden die dazu Fähigen von der Schweiz aus „Literatur" treiben. Hoffentlich wird sich die Schaar allmählich lichten, und mancher verirrte Sohn es vorziehen, in den Schooß der Familie zurückzukehren, statt in der fremden Stadt, wo er sich weiter Anklang findet, auf der faulen Haut zu liegen. Die Dankbezeige, welche einige Führer an die Straßburger und die Elsässer überhaupt bekannt gemacht haben, ist eine große Lüge: wenn man auch dem Verhungern gewehrt hat, so ist doch dieses menschliche Mitgefühl noch weit von der Sympathie, die sie sich rühmen gefunden zu haben, und die sich höchstens auf die kleine Zahl der Mitglieder Eines Klubs beschränkt hat. — Wir haben hier wirklich ein Stückchen von republikanischer Freiheit, wie dieselbe leider von Menschen verstanden wird. Bei den ersten Nachrichten von der Revolution in der Hauptstadt, traten sogleich einige Bürger zusammen und mit der stillen, doch festen Absicht, der Ordnung der Dinge bitteren Ernst in die provisorische Departemental-Verwaltung. Es waren geachtete Namen und besonders Herr Lichtenberger, sichere Bürgen für die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe. Mit allgemeinem Beifall vernahm man auch die Bestätigung des Hrn. Lichtenberger als Regierungskommissär, und aus mehreren Mittheilungen haben Sie erkennen können, mit wie großer Umsicht und Energie die Verwaltung geführt worden ist. Nun aber, ist Hr. L. und zwei andere seiner Kollegen nach Paris abgegangen, als Delegirte bei der National-Versammlung. Wenn schon die rücksichtslose Instruktion Ledru-Rollin's über die Gewalten der Kommissäre im Allgemeinen Unwillen erregt hat, so ist doch hier ein spezieller Grund vorhanden gewesen, sich dagegen aufzulehnen, denn der persönliche Charakter der Bevollmächtigten gab hinlängliche Gewähr gegen Mißbräuche. Auch war man wohl zufrieden, als vor seiner Abreise Hr. Lichtenberger seine Vollmacht in die Hände der Kommission niederlegte, weil die Mitglieder derselben allgemein geschätzt werden. Jetzt aber, nach der Abreise der Deputirten, tritt plötzlich ein Commissaire der beiden Rheindepartemente, ein gewisser Stanjat, auf, der sich incognito schon einige Wochen in Colmar und der Umgegend umhertreiben soll, aber nirgends öffentlich aufgetreten ist. Dieser, ein Freund Ledru-Rollins, und, wie man sagt, Mitarbeiter an der Reforme, war vermuthlich bei dem Minister Ledru, in welchen diese Zeitung gekommen, um seine Ernennung besorgt und hatte seinen Gönner um eine sicherere Auskunft angesprochen, und wie auch Andere auf eine unbesonnene Weise seine Mission erhalten. Aber weder bei Chaussour, einem Kommissär des Oberrheins, noch bei Lichtenberger hatte er es gewagt, sie geltend zu machen. Auch in dieser Stadt war man entschlossen, sobald er hervortreten würde, ihm einen Laufpaß zu geben. Da hat er für gut gefunden, sich mit der

Digitized by Google

Kommission zu vertagen und ein Mitglied derselben als Kommissär zu konstituiren. Dieser ist nun wieder ein geachteter Mitbürger, Herr Essen, Dr. der Medizin. Aber der ganze Handel ist inkonstituionell. Zuerst scheint sich der Herr Hanjat seine Mission vorbehalten zu wollen, und also das Gehalt fortzubeziehen, als Commissaire général für das beiden Departemente, und dann hat die Kommission gar kein Recht einen solchen Vertrag einzugehen. Durch solche Verletzungen aller Prinzipien können die öffentlichen Verwaltungen in die fatalsten Lagen versetzt werden, wenn man nämlich einigen Männern, die wohl selbst durch das öffentliche Zutrauen gewählt worden sind, einander, ihre Befugnisse an Andere abzutreten, die sich nicht in diesem Falle befinden. Ich wünschte nicht, daß Unheil daraus entstände, aber die zur Einsetzung konstituirenellen Behörden gibt es keinen andern Ursprung der öffentlichen Gewalten außer dem Zutrauen der Mitbürger. Dieses wird sich aber nie einem Kameraden des Herrn Ledru-Rollin zuwenden, und nie wird sich ein Vertrag, der mit diesem geschlossen worden, der Hingebung und Achtung der Bevölkerung erfreuen können. Auf solchem Wege fallen wir am Ende entrauaganten Menschen und einem Despotismus in die Hände, der heute zurückgewiesen würde, trüge er den Namen eines Fürsten oder der Republik.

Ich kann aus ganz sicherer Quelle Ihnen die Nachricht mittheilen, daß unter den Führern der Lombarden die Idee einer Republik ganz aufgegeben ist, und Alle dahin sich vereinigt haben, Carlo Alberto als König anzuerkennen. Die Rivalitäten unter den Städten, die ein allgemeines Aufeinanderfallen herbeizuführen drohen, dann die Uebermacht der österreichischen Waffen, die Unmöglichkeit, die improvisirten militärischen Kräften zusammenzuhalten, stellen diesen Entschluß als Nothwendigkeit heraus.

## Italien.

* Rom, 28. April. Der schwierige Punkt der hiesigen Staatsverwaltung sind die Finanzen, und D. Annibale Simonetti scheint kaum der Mann zu sein, welcher Kraft, Erfahrung und Einsicht genug besitzt, dem schwierigen Posten des Tesoriere vorzustehen. Auch er ist eins der Mitglieder der nun bald fetig entlassenen Staatskonsulta und wurde damals, als der Ernennung derselben sein Name zuerst genannt ward, als ziemlich leichtsinnig erachtet. Seine besten Freunde rühmen ihn zwar als einen guten Jungen (un bravo giovone), aber mehr wurde ihm nicht nachgesagt. In der That ist seit der seit seiner niegenoe mit Ausgrichtung gemacht worden, und man begreift daher in der That nicht, wie man bei einer so wichtigen Wahl so leichtsinnig hat verfahren können. Nun soll man sich freilich vor voreiligem Urtheil hüten, und sowie schon oft die gerechtesten Erwartungen getäuscht worden sind, so ist es auch wohl möglich, daß Gott in dem Schwachen mächtig werde. — Die gestern gegen Sie ausgesprochenen Befürchtungen, daß man der weltlichen Macht des Papstes Gewalt anthun werde, sind zum Theil schon wahr geworden. Man geht ernstlich damit um, ihn auf dem Wege eines vorhergehenden zur definitiven Kriegserklärung gegen Oesterreich zu zwingen. Dies sollte schon gestern geschehen. Es ist es geschehen ist, weder der vor Abgang der heutigen Post kaum zu ermitteln im Stande sein.*) — Die hiesige Bank deabsichtigt in Ancona und Bologna Scontocomptoires zu errichten, um an beiden Orten dem Handel zu Hilfe zu eilen.

## Amerika.

* Newyork, 8. April. Die letzten Dampfer brachten die Nachrichten von der Revolution in Paris und den in Folge davon stattgehabten gleichen Ereignissen in Deutschland. Von der allgemeinen Aufregung, welche dies hier hervorrufen, können Sie sich kaum einen Begriff machen, und mit der geistigen Spannung sieht man jetzt der fernern Entwicklung dieser großen Weltbegebenheiten entgegen. Dies Frankreich angeht, so befürchtet man ziemlich allgemein, daß die herrschenden sozialistischen und kommunistischen Elemente dem Gedeihen einer soliden republikanischen Verfassung sehr entgegen sein dürften, während man anderer Seits den Bemühungen des provisorischen Gouvernements die Ordnung aufrecht zu halten, alle Gerechtigkeit widerfahren läßt. Von Deutschland hofft man aber, daß es auf friedlichem Wege seine Rechte erlangen wird, daß das deutsche Volk in seiner Liebe Frankreich gegenüber stehen und nicht ein bloßer Nachahmer von Frankreich sein wird, sondern dessen eigenen Anwandungen mit Kraft entgegentreten, uno indem es deutsche Institutionen und deutsche Freiheit bekommt, auch bereit sein wird, diese Rechte gegen jede Einmischung zu vertheidigen. Dieses ist nicht allein der Wunsch der Deutschen in Amerika, sondern auch der Eingeborenen, und es wird von dem Benehmen Deutschlands der Grad der Achtung abhängen, welchen wir Deutscher in Zukunft hier genießen sollen. Wie Ihnen bekannt, so ist in Amerika kein Feld für Kommunismus, und die Amerikaner sind der Ansicht, daß die jetzige Zeit darthun müsse, ob Deutschland für Freiheit reif sei, oder durch Einführung von sozialistischen und kommunistischen Vertretungen der Anarchie und in deren Folge einem spätern Despotismus den Weg bahnen will. Die Amerikaner fühlen für Deutschland ein desto größeres Interesse, da die Ver. Staaten beinahe aus ebenso viel Staaten, als in Deutschland sich befinden, bestehen, welche, was ihre innere Einrichtung und Regierung anbetrifft, ganz unabhängig von einander sind und nur nach Außen eine starke Einheit bilden; wenn es deßhalb in Deutschland zu einer allgemeinen Volksvertretung kömmt, so werden auch die Ver. Staaten von Deutschland ebenso dem Auslande eine einzige starke Fronte bieten können. Im Handel hat die ganze Geschichte natürlich eine sehr starke Sensation erregt und man ist hinsichtlich des Schicksals der französischen Häuser äußerst besorgt, jedoch haben sie mit Ausnahme von Collemd und Berlin, die ihre Zahlungen eingestellt haben, für die Dekung hiesiger Verbindlichkeiten gesorgt und sich sehr tapfer dabei gehalten. Wir wollen nur hoffen, daß der allgemeine Friede nicht gestört werde. England soll unserer Regierung die vertrauliche Mittheilung gemacht haben, daß es sich in die Angelegenheiten des Kontinents nicht mischen würde; wenn nun Deutschland in seiner Wuth verharrt, so werden die Franzosen keine Scheue haben, sie früheres Raub- und Plünderungssystem unter dem Vorwand der Freiheit wieder anzufangen, dazu gehört aber Einigkeit in Deutschland und gegenseitiges Nachgeben. Sie können sich denken, wie sehr wir deßhalb Alle hier dabei interessirt sind, unsere Nationalehre ist dabei auf dem Spiel, und es ist der allgemeine Wunsch, daß Deutschland auf dem gesetzlichen Wege groß und mächtig werden möchte. Karl Heinzen hat uns zur allgemeinen Freude wieder verlassen, seine Ansichten taugen Nichts für unser Land, er will nur wühlen und umstürzen, und da er hier kein Feld dafür fand und sich beinahe mit Jedermann in der kurzen Zeit schon überworfen hatte, so fand er selbst es am Gerathensten, sich wieder zu entfernen, und es wurde, um ihn nun fort zu werden, willig dazu beigesteuert. Der Waffingtonhatte eine außerordentlich schnelle Rückreise, und es wird sagt, daß Hermann auch in der Fahrt ist, die regelmäßige Dampfschiffverbindung mit Deutschland wohl gehörig durchgeführt werden können.

Die neuesten Nachrichten aus Amerika, datirt Philadelphia, 19. April, sind mit dem Dampfschiff Hibernia nach England gekommen und vom Morn. Chron. mitgetheilt. Der Zustand der Provinz Yukatan (Mexiko) wird als ein verzweifelter geschildert; die Indianer, deren streitbare Mannschaft man auf 70,000 Köpfe schätzt, haben bereits Tausende der weißen Bevölkerung niedergemetzelt, Haufen von Spaniern in das Meer getrieben und bedrohen und belagern mehrere Städte und Ortschaften. Obwohl die Regierung der Vereinigten Staaten als die britischen und französischen Konsuln sind von den Weißen um Schutz und Hilfe gebeten worden, so ihnen auch ohne Zweifel gewährt werden wird. Leider aber wird sich der zugesagte Schutz schwerlich weiter als über die Küstenstriche erstrecken können. In New-Orleans ging das Gerücht, daß bereits selbst Quatemala und Baralar von den Indianern genommen und deren weiße Bewohner geschlachtet worden. — Der Friedensvertrag zwischen Mexiko und Nordamerika ist von dem Kongreß zu Queretaro noch immer nicht ratificirt worden, doch hält man dies für so gewiß, daß die Civilgewalt in der Hauptstadt Mexiko und in Vera Cruz theilweise bereits den Mexikanern übergeben ist, und daß die nordamerikanischen Truppen Anstalten machten, die Hauptstadt zu verlassen. Santa Anna war im Begriff, sich auf einer Brigg in Antigua nahe bei Vera Cruz einzuschiffen. In letzterer Stadt wurde General Scott auf seiner Rückreise nach den Vereinigten Staaten stündlich erwartet. Der bekannte mexikanische General Valencia war, wie es heißt, mit Tod abgegangen. Inzwischen feiern die Deutschen die Revolutionen in Frankreich und Deutschland durch zahlreiche Meetings, und schmücken die Gebäude mit den Flaggen der Vereinigten Staaten, der französischen Trikolore, der poln. Farbe, dem grünen irischen und dem schwarzrothgoldnen deutschen Banner. Die Stärke der deutschen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten wird von demselben Korrespondenten auf nicht weniger als 5 Millionen geschätzt; in New-York wohnen 60000, in Philadelphia 30000, in Cincinnatt 35000, in Baltimore 25000 u. s. w. Auch veranstalten die Deutschen Geldsammlungen, um den Freiheitsbestrebungen ihrer Landsleute daheim zu Hilfe zu kommen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von [illegible]ffermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

*) Ist erst heute anberaumt worden.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cramer & Comp., 79 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Belgien bei Herrn Lorentz-Verdeyen in Schaerbeek Nr. 29 Boulevard du Nord-Ost in Brüssel. Für Nordamerika in Cleveland Nr. 29 Superior Street, New-York Nr. 29 Nassau Street zu haben.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverbreitung besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.— durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 24 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer kreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 130. Heidelberg, Mittwoch 10. Mai. 1848.

## Uebersicht.

**Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde.** X. — **Oesterreichs Lage und Stellung.** — **Wien** (seine Demonstration, Rückritt des Grafen Figuremont, Parlamentswahlen). **Berlin** (die Besitznahme von Friderieia. Kanonade zwischen dänischen Kanonierschaluppen und preuß. Artillerie. Die Vermittlung eines russischen Unterhändlers abgewiesen. Ministerrath. Orla Lehmanns Mission in London gescheitert. Blutbad unter den Polen bei Breschen. Gefangene Eroberte. Vertheidigungsanstalten der Festung Posen). **Posen** (deutsche Freischaaren. Auflösung eines Protokolls im Namen der „Republik" Polen. Vom Kriegsschauplatze. Ein polnischer Diktator. Feldmarschall Zietzen †). **Slogan** (Belagerungszustand). **Stettin** (Anträge der Kaufmannschaft beim Ministerium). **Elberfeld** (Parlamentswahl. Bedrohung gewählt). **Trier** (Bekanntmachung wegen der Unruhen). **Stuttgart** (Wangenheim.) **Leipzig** (das ältere Gebäudeverzeichniß). **Karlsruhe** (die polytechnische Schule. Die deutsche Kriegsreform. Die Festung Rastadt. Fichter). **Freiburg** (Erleichterung der Einquartierung). **Anhalt-Dessau** (verantwortliches Ministerium). **Mannheim** (Bericht des Generals Mezangel über die Einnahme von Friderieia. Badens Parlamentskandidat). **Hamburg** (ein schwedischer Gesandter in Kopenhagen. Die Reserven nach Rünen. Bekanntmachung über die Blokade der deutschen Häfen). **Frankfurt** (ein deutsches Bundesheer. Zur Charakteristik der Parteien. Berichtigung in Betreff Hanau's).

**Schweiz.** Basel. Die Tagsatzung berufen.

**Niederland.** Gent. Thätigkeit des Ministeriums.

**Großbritannien.** London. Der Cobdensche Reformverein. Bruch zwischen O'Connor und den ehartistischen Ultras. Die Judenemancipationsbill im Unterhause endlich durchgegangen.

**Ungarn.** Pesth. Finanzminister Kossuth.

**Beilage.** Württemberg. Die Wahlen. Uebersicht der Parteien. **Schweiz.** Bern. Spaltung zwischen Ochsenbein und den Extremen. Die Ostgrenzen der Schweiz. Wahlen in Neuenburg. **Niederland.** Amsterdam. Handelsnachrichten. **Frankreich.** Verhandlungen der Nationalversammlung. Buchez zum Präsidenten gewählt. Charakter der Wahlen. Wahlprüfungen. Bericht Lamartines. Bevorstehende Wahl der Regierungskommission.

### Heidelberg, 9. Mai.

Oesterreich, zeigten wir gestern, hat seinen größern Beruf dort, wo seine nichtdeutschen Vorlande in größester Ausdehnung hingelagert sind; es hat seinen Schwerpunkt dort, wo die größere, die nichtdeutsche Bevölkerung ist; eben dort liegen seine reichen Hülfsquellen zum guten Theile unbenutzt; sie nutzbar zu machen, muß seine innere und äußere Politik zusammenarbeiten auf einem Gebiete, das Deutschland nicht unmittelbar angeht. Die nichtdeutschen Elemente sind in dem Kaiserstaate dermaßen überwiegend, daß die Allg. Oesterr. Zeitung — wir führten sie neulich an — die deutsche Bevölkerung auf 5—6 Millionen herabgesunken angibt. Diese fremden Nationalitäten und ihre Bedürfnisse, Interessen und Anforderungen zu berücksichtigen, sind selbst die deutschen Oesterreicher in einem richtigen Instinkte überall geneigt; es ist wesentlich diese Rücksicht, die das Verlangen nach einer abgesonderten Stellung Oesterreichs zu Deutschland, nach der Wahrung einer unabhängigen Bewegung unter den deutschen Oesterreichern selten veranlaßt hat. Nur wenige Deutschösterreicher scheinen uns jetzt noch das Selbstgefühl zu haben, eine Suprematie der kleinen deutschen Minderheit über die Mehrheit der übrigen Stämme in Anspruch nehmen zu wollen, obwohl die stolze Erinnerung keineswegs ausgelöscht sein kann, daß dies bisher die Stellung der Deutschen war. Man darf annehmen, daß die Deutschösterreicher, welche einen engen Anschluß an Deutschland suchen, mit Hilfe und Unterstützung des deutschen Nationalverbandes diese Suprematie aufrecht halten wollen, und daß die Andern, die künftig mit den Nichtdeutschen in Oesterreich zusammenstehen und nicht weiter über sie herrschen wollen, für eine Lockerung der Verbindung mit Deutschland sind.

Wenn wir diesen Verhalt der Dinge und die in ihm liegenden Konsequenzen auf die äußersten Punkte treiben, so ergibt sich, uns scheint ganz unwiderspruchlich, folgende Alternative.

Entweder Oesterreich gibt sich mit ganzem und ernstem Eifer seinem östlichen Berufe hin; zu zweck die schlafenden Kräfte der magyarischen, slavischen, illyrischen Völkerschaften auf; es gibt sich an das Werk der Kultur eines großen Stammvolkes, das bisher in einem tausendjährigen Winterschlafe gelegen; es wirft sich mit ungetheilter Kraft in diese außerdeutsche Bewegung hinein; um sich in keiner Weise zu theilen, löst es sich lieber gleich von Deutschland ganz und völlig mit allen seinen Landen ab; dann ist kein Zweifel, in wenigen Jahrzehenden wird sich das gegenwärtige Verhältniß umkehren: es wird der minderzählenden deutschen Bevölkerung die Gefahr drohen, absorbirt, wenigstens ebenso beherrscht zu werden, als sie bisher beherrschte.

Oder Oesterreich griffe zwar, losgesagt von seiner westlichen Politik, die östliche energisch an, aber von demselben Standpunkte der Supremacie des deutschen Elements aus wie bisher; es suchte, um diesen Standpunkt zu behaupten, um die alten Prätensionen mit neuer Kraft verfolgen zu können, die engste Verbindung mit Deutschland, um sich der deutschen Kräfte möglichst zu versichern; es bewürfe sich mit Glück um die deutsche Krone; es gelänge ihm, mit den glänzenden Aussichten deutscher Kolonisation und deutscher Handelsgröße im Oriente, die deutsche Nation für seine österreichische Politik in Bewegung zu setzen; dann ist kein Zweifel, es würde sich ein Vernichtungskampf zwischen dem germanischen und slavischen Stamme sofort entspinnen. Die kleinen Verhältnisse in Posen würden sich ganz im Großen wiederholen; wir möchten noch so viele Freundschaft, Selbstständigkeit und Verbindung den nichtdeutschen Völkern zu einem gemeinsamen Gauzen antragen, ihre Eifersucht und ihr Germanenhaß würden die dargebotene Hand zu aller Zeit als eine feindlich ausgestreckte Faust betrachten und sich in Waffen setzen.

Beide Fälle, wenn sie eintraten, wären gewiß gleichmäßig zu beklagen — Niemand wird das läugnen. Wenn dies aber Niemand läugnet, so müßte, scheint es, auch Jedermann zugeben, daß ein mittlerer Weg eingeschlagen und nicht nach jenen äußersten Punkten vorgeschritten werden müsse, damit nicht die zwei äußersten Folgen eintreten. Oesterreich müßte sich also nicht von Deutschland ganz ablösen, damit nicht das deutsche Element des Reiches verschlungen oder erdrückt werde; Oesterreich müßte auch nicht die ganze deutsche Macht zur Verfügung haben, um weder in sich die Versuchung, noch in den nichtdeutschen Stämmen die Furcht aufzuregen, es könne von dieser deutschen Uebermacht ungerechten Gebrauch machen, es könne noch einmal auf den unzeitigen Gedanken einer Universalherrschaft kommen.

Einen Hauptpunkt vergesse man ja nicht in Erwägung zu ziehen, wenn man die Gründe erörtert, die gegen Oesterreichs Kaiserschaft in Deutschland sprechen: keine Kombination würde die Eifersucht aller Reiche Europas so sehr erwecken wie diese. Man erinnere sich, daß die Verbindung der deutschen Reichsherrschaft mit seinen Erblanden Oesterreich früher, als jene Herrschaft im Reiche ein Schatten war, zu seinen universalmonarchischen Projekten hinriß, und daß dies europäische Kriege veranlaßte zum Schaden von Reich und Oesterreich. Sollte jetzt die deutsche Macht, mit all der Kraft, die in der Einheit liegt, mit all dem Feuer dieser verjüngten und thatendurstigen Nationen in die Eine Hand des Kaisers von Oesterreich gelegt werden, der Ungarn besitzt und mit all dieser Macht Polen und Nordslavien sich leicht erhalten kann, so wird dies einen allgemeinen Widerspruch und Angriff zu befahren haben! Denn was wäre einer solchen Gewalt unmöglich, die mit einer so ungeheuren physischen Kraft ausgerüstet, mit der Intelligenz der begabtesten Stämme ausgestattet, in der Mitte des Weltheils gelegen, über 60 — 70 Mill. Menschen gebötet? Was wäre von

Digitized by Google

einer solchen Macht nicht zu befürchten? Ganz besonders aber würde Furcht und Mißtrauen die ländliche Bevölkerung in Oesterreich ergreifen, wenn die deutsche Zwingwacht in Oesterreichs Händen wäre; schon jetzt wachen alle Stämme, in richtiger Ahnung oder Erkenntniß der Dinge, die sich in Deutschland bereiten, eifersüchtig auf jeden kleinsten Schritt der Deutschen und sind besorgt, zu der geistigen Uebergewicht dieses Volkes noch die regere Thatkraft hinzukommen zu sehen. So würde sich der bisherige Zustand des Zwiespaltes unter den Nationalitäten der österreichischen Erbe nicht allein erhalten, sondern vergrößern und steigern bis zum Bruche.

Darum soll Oesterreich in seinem eigenen Interesse, um die Schwierigkeiten in seinem Innern zu vermeiden, um die volle freie Bewegung in seinem größern nichtdeutschen Gebiete ungehemmt verfolgen zu können, um den Neid der Mächte nicht herauszufordern, um mit seinem eigenen Berufe nicht zwiespältig zu zerfallen, auf die deutsche Krone verzichten. Aber es soll sich darum nicht, wie es Viele verlangen oder doch erwarten, hoffen oder fürchten, von dem deutschen Bunde auch mit seiner deutschen Bevölkerung gänzlich loslagen, damit dieß nicht in die Unterordnung gerathe, in der sie bisher die Nichtdeutschen gehalten hatte. Träte Oesterreich wie jedes andere Bundesglied ohne alle Reservation und Sonderstellung in den deutschen Bund mit seinen bisherigen deutschen Provinzen ein (wir können auch Böhmen seiner Lage wegen unmöglich missen), so ist die Besorgniß der Magyaren und Slaven für ihre nationale Selbstständigkeit auf ein Mal gehoben. Seine deutschen Truppen werden dort nicht mehr gebraucht werden. Die Treue dieser Völker wird eine Folge der Pflege sein, mit der Oesterreich ihre Interessen besorgen wird. Auf der andern Seite wird das deutsche Element in der Verbindung mit Deutschland jene Stärke finden, die es in seiner geringen Zahl nicht von selber hat. Es wird seinen nationalen Halt haben, den es, abgeschnitten von Deutschland, unter dem überwiegenden Einflusse der Nichtdeutschen in Oesterreich leicht verlieren würde. Es wird Deutschlands moralische und intelligente Kraft, nach dem Fall der Sperre, in sich einziehen sehen. Mit dieser geistigen Macht wird es streben, die edelste und gerechteste Suprematie, die nie angefochten werden kann, in dem ganzen österreichischen Staate sich zu erhalten. Die Brücke zwischen dem deutschen Reiche und dem Oesterreich wird weniger die gemeinsame Dynastie als die Gemeinsamkeit der Interessen bilden. Dem ungarisch slavischen Lande fehlen Hände, Geld und geistige Kultur. Deutschland kann sie ihm liefern. Schon früher war man in Ungarn keineswegs allgemein so fanatisch gegen alle deutsche Kolonisation; die geschärfte Freiheit in Deutschland selbst, die abgenommene Furcht vor deutscher Machination und Unterdrückung wird mehr und mehr die beiden Nationen versöhnen, die gegen Rußland hin und nach der Donau hin Einerlei Bedürfniß auseinander weist. Die engste nationale und kommercielle Allianz zwischen Ungarn und Deutschland wäre schon längst geboten gewesen. Oesterreichs Stellung als eine Großmacht würde durch Nichts in dieser Ordnung der Dinge beeinträchtigt. Es ist wahr, die Zeit geht gegen alle Lebensverhältnisse und unnatürliche Verbindung an. Aber dies ist keine unnatürliche Verbindung, wenn sie nur durch Thätigkeit lebendig gemacht wird; und eine regsame Politik überwindet auch selbst unnatürliche Verbindungen. Was konnte es Englands imposanter Größe schaden, daß Hannover ein deutsches Gebiet war, oder daß es ganz eine Kompagnie seiner Unterthanen ein Reich in Ostindien beugt, das an Umfang das Mutterland viel Mal überstreigt? Alles kommt darauf an, daß Thätigkeit an die Stelle der bisherigen Indolenz in Oesterreich tritt, und daß man sich selber achte, um Anderen Achtung einflößen zu können. Eine einzige Anordnung möchte nöthig werden, um den Reichsmittelpunkt so zu legen, daß er nach seiner Seite hin überwöge. Die Stadt Wien, die nun der Zusammenfluß aller Nationalitäten und die lange Gewöhnung zum unerläßlichen Centrum des Staats gemacht hat, müßte wohl mit einem kleinen Gebiet bis zur ungarischen Grenze hin dem deutschen Verbande entzogen werden, damit der Kaiser in seiner Hauptstadt in absoluter Unabhängigkeit stehe und an sie Alle ein gleiches Recht, zu ihr Alle eine gleiche Beziehung haben.

So kommt man, nach den mannigfaltigsten Richtungen in der Betrachtung ausgehend, auf allen Seiten immer auf dasselbe Resultat zurück: wenn der Rath der Fürsten sich vereinbaren, wenn die Wahl des Volkes sich vereinigen soll, einen deutschen Staat an die Spitze von Deutschland zu stellen, so räth jede Ueberlegung von Oesterreich ab. Eine schmerzliche unter allen abmahnenden Betrachtungen mögen wir nicht einmal ausführlich anstellen, obwohl wir früher darauf hingedeutet haben. Lieber wollen wir noch zum Schlusse, nachdem wir bedacht haben, was politische Erwogenheit in dieser Entscheidung unserer größten Frage rathen würde, in Erwägung ziehen, was wohl der Instinkt thun würde, wenn diese Frage sakrisch entschieden werden sollte. Wir wollen den Fall setzen, unser Fürstenkollegium einigte sich nicht über die Thronfrage, und die konstituirende Versammlung faßte einen Beschluß, der entweder Eine der Großmächte oder beide, oder die kleinen Staaten dermaßen verletzte, daß eine Spaltung erfolgte, und daß man nun versuchte, in einzelner Handlung und Unterhandlung, statt in gemeinsamer Berathung, die große Aufgabe thatsächlich zu erledigen, statt legislatorisch oder auf dem Weg des Vertrages. Was würde geschehen? Oesterreich in seiner Rathlosigkeit und Vielbeschäftigung zu Hause würde sich leicht entschlossen auf sich selbst zurückziehen; vielleicht mit Baiern eine enge Allianz schließen; das Uebrige würde es weder gewollen noch können. Aber Preußen würde Nichts zu thun haben, als seine innere Freiheit rasch zu entwickeln, seine äußere Politik nach Maßgabe dieser gewonnenen Freiheit umzugestalten, den kleinen, engen Weg, den es im Zollvereine gegangen ist, noch einmal größer, imposanter zu gehen, die nächsten kleinen Staaten in einen politischen Bund zu ziehen wie vorher in einen Zollverband, und seine Oberleitung als den Ausgangspunkt aller Unterhandlung festzustellen; in kurzer Zeit würde die Schwerkraft dieses Staates und seines anfangenden Bundes die sämmtlichen mittlern Staaten Deutschlands anziehen und selbst Baiern den moralischen Zwang auflegen, hinzuzutreten. Dies war der Gang, den wir Alle, wir Gegner von Radowitz und seines Gleichen, Preußen schon lange gern hätten gehen sehen; er hätte uns jetzt unsägliche Mühe und Zwist erspart, wenn er früher gegangen worden wäre. Dies ist der Gang, den Preußen noch jeden Tag gehen kann. Und wir wollen es offen sagen: wenn wir zuweilen fürchteten, es möchte, schwer wie die Sache ist, eigensüchtig wie die Menschen sind, über dem ersten Versuch der deutschen Einheit zu einer großen Spaltung kommen, so haben wir unsern einzigen und alleinigen Trost darin, daß Preußen diesen Gang gehen muß und gehen wird und dadurch den letzten Bruch und Schaden in Deutschland heilen wird.

Seien wir denn Männer, und beurtheilen wir unsere politische Lage nicht nach persönlichen Leidenschaften und Antipathien, sondern nach staatskundiger Ueberlegung, abgethan von allem Vorurtheile für oder gegen diesen oder jenen Staat, Stamm oder Fürsten, völlig nur nach den sprechenden Interessen des ganzen Landes und Volkes. Jeder Zug der Erwägung sagt dann, daß Deutschlands Heil nur in der Einigung mit Preußen, in dem Vorsitz von Preußen liegt. Was wäre entgegen? Ewig nur die Furcht, daß wir preußisch werden! Aber wenn wir nicht deutsch genug sind, um das zu hindern, so werden wir mit all unserem Deutschthum auf seine Weise Deutschland werden.

---

**Oesterreich.** Wien, 4. Mai. Die Allg. Z. schreibt: Der Minister des Aeußern, Graf Buol-Schauenstein, ist heute von seinem Posten zurückgetreten, nachdem derselbe durch wiederholte Demonstrationen zum Rücktritt öffentlich aufgefordert worden.

Von welcher Art diese Demonstration gewesen, darüber gibt eine Korrespondenz im Rürnb. K. Aufschluß, worin es unter Anderm heißt: Viele Tausende von Menschen zogen gestern gegen 10 Uhr Abends vor die Wohnung des Ministers, um seine Abdankung lärmend zu fordern. Auf das Bedeuten des Portiers, daß der Graf nicht zu Hause sei, verfügte sich eine Deputation von zwölf dem Hausthore zunächst stehenden Männern in's Hotel und hielt Haussuchung, wobei sie die Rohheit begingen, bis ins Schlafgemach der halbentkleideten Gräfin einzudringen, um auch hier nach dem Grafen zu spähen u. s. w. (Unsre A. Korresp. erwähnt von solchen Exzessen Nichts).

Gewählt wurden für Frankfurt neuerdings: im Wahlbezirk Linz als Abg. Stadt- und Landrath Cagerbauer zu Linz (Ersatzmann Stadt- und Landrath v. Schultheim, Magistratsrath Ed. Brunner, Beide zu Linz), Reufelden Pfleger Kobsperger in Neuhaus (Ersatzmann Stiftsrichter Pauli in Schlägel, Pfleger Preyrer in Altenhof), Freistadt Dr. med. J. Reisinger in Freistadt (Ersatzmann Pfleger Fleischhandel und Bürgerm. Turz zu Freistadt), Grein Prof. Ohe in Wien (Ersatzmann Landrath Weiß in Salzburg, Berggerichtsassessor Wagner in Steyer). Außer diesen Wahlen bringt die konstitutionelle Donauzeitung auch

Digitized by Google

bereits einige des Wahlbezirks Wien. In der inneren Stadt wurde mit großer Mehrheit — 99 unter 104 Stimmen — Dr. Eugen Merzle von Mühlfeld zum Abgeordneten, mit minderer Entschiedenheit Rath z. v. Köchel als Ersatzmann gewählt, im Wahlbezirk Landstraße als Abgeordneter Frhr. v. Andrian-Werburg, Ersatzmann Dr. Franz Egger, in der Leopoldstadt als Abgeord. Dr. Schilling, als Ersatzmann Dr. J. N. Berger.

Δ Wien, 3. Mai. Heute Nacht war hier die großartigste Katzenmusik, welche Wien noch erlebte — die erste, welche von der Universität ausging. Die Veranlassung dazu war die Eingabe einiger Bürger, welche, von dem Erzbischof Milde unterstützt, sich an die Regierung wandten mit der Bitte, die Ligorianer in der Breitsorge der verschiedenen Pfarrerien zu verwenden und jene, welche nicht untergebracht werden könnten, mit Reisegeld zu versehen und die ihnen konfiscirten Ordensgüter zurückzugeben. Die Universität war darüber so entrüstet, daß eine große Anzahl von Studirenden gestern Abend um 11 Uhr vor das Haus des Erzbischofs zog und ihm eine tumultuarische Katzenmusik brachte; von dort ging es zu dem Grafen Hiquelmont, wo der Lärm von Neuem begann, man verlangte von ihm, seine Stelle sogleich niederzulegen, wo nicht, so würden sie als heute Abend wieder kommen. Heute früh hat sich das Gerücht verbreitet, Graf Hiquelmont sei wirklich abgetreten. — Auch Graf Hoyos soll seine Stelle als Kommandant der Nationalgarde niedergelegt haben und durch General Heß ersetzt worden sein. — Durch diesen Rücktritt wird ein längst und allgemein ausgesprochener Wunsch der Nationalgarde erfüllt. — Graf Hoyos war diese Nacht gegenwärtig bei den Katzenmusikern und forderte die einzelnen anwesenden Garden auf, die Menge auseinander zu treiben, diese weigerten sich unter dem Vorwand ihrer zu geringen Anzahl. — Diese Weigerung soll die Ursache seines Rücktritts sein. — Der vierte Mai ist als der Tag des Ausbruchs einer Revolution in Lemberg bestimmt. Die dortigen Studenten gießen Tag und Nacht Kugeln auf der Universität, und die polnischen Damen versehen sie mit Trank und Speise, damit das Geschäft desto schneller und mit weniger Zeitverlust von Statten gehe. — So beantwortet Polen die Sympathien Deutschlands. — Dr. Wegerle von Mühlfeld wurde heute Vormittag im Wahllokal der innern Stadt als Abgeordneter zu der konstituirenden Versammlung nach Frankfurt gewählt.

**Preußen.** Berlin, 6. Mai. Die Voss. Z. schreibt: Aus Posen ist hierher gemeldet, daß die Polen Militostaw von freien Stücken verlassen und sich nach Wreschen gewendet haben. Unsern von diesem Ort fand ein Gefecht zwischen ihnen und dem General v. Wedell Statt. Da indessen die Gesammtmacht der Polen, etwa 8—9000 betragend, sich bei Wreschen koncentrirte, hat der General v. Wedell eine Position rückwärts genommen. Am 3. ist er in Posen gewesen, um sich wegen der weiteren Operationen zu besprechen, und werden diese in Gemeinschaft mit dem General v. Pfuelen und Obristen v. Brandt ausführen. — Der Divisions. Leutter, Kommandeur der 10. Kavallerie-Brigade, ist zu Krotz in der Nacht vom 1. zum 2. Mai plötzlich verstorben. — Der Breslauer Zeitung zufolge wäre Stefjanski zum Diktator des Großherzogthums ernannt worden. — Ein Brief aus Warmbrunn meldet das am 3. Mai daselbst erfolgte Ableben des Feldmarschalls v. Zietzen.

Berlin, 5. Mai. Die Wie. Die Voss. Z. meldet, war gestern der König von des Morgens um 9 Uhr bis gegen 3 Uhr in Berlin und wohnte einem Ministerrath bei, welcher fast diese ganze Zeitdauer ausfüllte und in dem die Verhandlungen äußerst lebhaft waren. Dem Vernehmen nach hätten sie sich besonders auf auswärtige Verhältnisse bezogen.

Berlin. Der Magdeb. Zeitung wird von hier geschrieben: „Als ganz bestimmt kann mitgetheilt werden, daß Orla Lehmann's Mission in London vollständig gescheitert ist, und daß derselbe enttäuscht nach Kopenhagen zurückkehren mußte. Die englische Regierung wird sich jeder Einmischung enthalten. Ebenso gilt es für ausgemacht, daß das Bundesheer Jütland besetzen und bis zur vollständigen Lösung der Streitfrage, also bis nach dem Friedensschluß, okkupiren wird."

Berlin, 6. Mai. Eben eintreffende Nachrichten aus dem Hauptquartier Fridericia bringen folgenden Bericht über die Besetzung dieser kleinen Festung: Fridericia, 3. Mai. Da die Nachrichten, die man über das Verlassen der Festung Fridericia dänischerseits hatte, sich durch ausgesandte Patrouillen vollständig bestätigten, ließ der General-Lieutenant Fürst Radziwill sechs in der vergangenen Nacht ein Bataillon der Avant-Garde in diesen Ort hineinwerfen, und es ist demselben heute das Hauptquartier dahin gefolgt. Die Geschütze sind von den Wällen nach Fünen hinübergeschafft worden, und der hier zurückgebliebene dänische Kommandant hatte die Anordnungen zur Einquartierung von 1500 Mann getroffen. (!) Es sind so eben zur Feier der Besitznahme 101 Kanonenschüsse gelöst worden. Außer dem unmittelbar am kleinen Belt gelegenen Seefort ist die Festung übrigens völlig dem Verfall anheimgegeben und irgend einen ernsthaften Widerstand zu leisten völlig unfähig. Eine heftige Kanonade hat heute Mittag bei Snegbye zwischen zwei dänischen Kanonenschaluppen und der preußischen Artillerie, welche nebst einem Bataillon zur Deckung dieses Landungsplatzes aufgestellt war, stattgehabt. Von unserer Seite ist dabei ein Kanonier erschossen worden, doch scheint der Feind bedeutender gelitten zu haben. Die holsteinischen Truppen unter dem Prinzen Friedrich von Augustenburg haben Veile besetzt und sind gegen Horsens vorgeschoben. Ihr und um Fridericia steht nebst dem Hauptquartiere die Avantgarde und die von General von Bonin befehligte Brigade. Die Bevölkerung ist ernst und hat den Takt, keine Gefühle zu heucheln, die sie für uns nicht empfinden kann, doch zeigt sie vollständige Ruhe und Ruhe unter den Maßregeln unserer Truppen. Von den Freischaaren haben sich viele den preuß. Truppentheilen als Tirailleurs attachiren lassen, so z. B. die kieler Studenten dem Regiment Alexander, die thüringer Schützen dem 2. Infanterieregiment.

Dem Hamb. Korr. zufolge hat General v. Wrangel den Hrn. v. Ewers, der Namens Rußlands den Dänen einen Waffenstillstand hat auswirken wollen, eine völlig ablehnende Antwort gegeben, worauf die preußischen Officiere zu ihrer großen Befriedigung in Kenntniß gesetzt sind.

**Posen**, 5. Mai. Die Pos. Z. vom heutigen Tage enthält vom Kriegsschauplatze folgende Nachrichten: Am Abend des 2. d. M. rückte General v. Hirschfeld vor Wreschen, welches er unbesetzt glaubte. Den den Windmühlen-Höhen erst beim in der dichten polnischen Schaaren zu Gesicht; er zog sich zurück, wurde angegriffen und ließ nun lange Zeit das schwere Geschütz mit Kartätschen und Shrapnells arbeiten. Die Verheerung, die dadurch in den polnischen Reihen angerichtet worden ist, soll grausig sein. Auf preußischer Seite sind 8 Mann gefallen, auf polnischer Seite 5—600. Es heißt, jedes Haus in Wreschen sei ein Lazareth; so sollen in einem Hause 20 Edelleute liegen, denen beide Beine fortgerissen sind. Alle polnischen Kreise von hier sind bereits entboten. Die Frau Gräfin Raczynski ist mit unverzüglicher Einrichtung eines großen Lazareths auf ihrem Gute Rogalin beschäftigt. Das Gut Szkolowo und mehrere Vorwerke in der Nähe von Wreschen sind an diesem Abende in Flammen aufgegangen. Gestern früh wurde von Samter der bekannte Mackiewicz schwer verwundet nebst zwei andern Aufwieglern gefangen eingebracht. Gegen Mittag wurde der als Aufsicher in Wreschen von allen Seiten her bezeichnete Graf Eduard Poninski hier in Posen verhaftet. Der vielfach todt gesagte Graf Szoryin Mielzynski ist hier angekommen, allerdings verwundet, aber, seiner ganzen Erscheinung nach zu schließen, nicht in lebensgefährlicher. Gestern Nacht hat von der Breslauer Seite her zu zwei Stellen eine Annäherung Bewaffneter an die Festung stattgefunden. In Folge dessen sind die Wallschirm- und Grabenbrücke verpallisadirt, die andern Brücken abgedeckt, und eine Innundirung steht in Aussicht. Die beiden Eichwaldswege sind durch Gräben gesperrt, alle Kommunikation dort aufgehoben. Hier wurden heute gegen 800 deutsche Freiwillige eingekleidet, auch ist schon ein Freischaarenzug aus der Neumark angelangt. General von Pfuel ist gestern Nachmittag hier angelangt; auch ein Theil der Truppen, die bei Miloslaw gekämpft, ist eingerückt.

Posen, 3. Mai. Am 2. Mai waren 120 Mann Landwehr, worunter 115 Polen, von hier nach Glogau ausmarschirt, unter Führung der Lieutenants Burgund und Boschinski. In der Nähe von Radzkow ging einem Landwehrmanne aus Wreschen, wie er sagt, das Gewehr los, auf welches Zeichen sehr bald aus den nahen Wäldern mehrere Hundert Sensenmänner erschienen und die Landwehr umzingelten, die ohne einen Schuß zu thun, sich ergab oder vielmehr übergang. Man war um das Schicksal der beiden unter den deutschen Bewohnern sehr beliebten Führer schmerzlich besorgt; beide trafen aber mit mehreren Unteroffizieren und 20 Mann am 3. Mai in Posen wieder ein. Meldungs gibt folgendes Protokoll, welches beide Offiziere vor ihrer Freilassung unterschreiben mußten: „Verhandelt Moschin, den 3. Mai 1848. Den am gestrigen Tage durch die Partisanen der Republik Polen gefangen genommenen Herren Offizieren: 1) dem Hrn. Lieutenant Burgund, und 2) dem Hrn. Lieutenant Boschnyski, wurde im Auftrage des Chefs des Stabes der Partisanen bekannt gemacht, daß sie unter der Bedingung auf freien Fuß gestellt werden, wenn sie ihr Offizier-Ehrenwort geben, nicht gegen die „Republik Polen" zu kämpfen." Die Offiziere waren mit einem Gefolg-

Digitized by Google

brief des polnischen Zweigkomites zu Moskau versehen und sind mit Abrechnung einer schrecklichen Stunde am Abend vorher, wo die Sensenmänner Rache verlangten, durchaus human und von einigen edlen Polen, namentlich den Herren Romarkiewicz, Cielecki, Macziejowski, v. Stremmler, Krotowski und Trojanowski mit großer Theilnahme behandelt worden.

Posen, 2. Mai. Die Schles. Z. meldet: Bei dem jetzt bedrohlichen Stande des Regierungs-Bezirks sind bereits auch 8000 Mann Freischaaren aus dem Mesenitzer, Birnbaumer Kreise ꝛc. und der Neumark angeboten worden; auch aus Pommern erwartet man dergleichen. Die Freischaaren werden auf der Linie von Wronke über Pinne bis Fraustadt agiren. Auch unser Posener Freikorps, 750 Mann, wird, sobald es vollständig bewaffnet, vielleicht schon heute (um die Deutschen in Stenczewo zu befreien) ausrücken, es herrscht in demselben der vortrefflichste Geist, das Bewußtsein der Mannskraft und des guten Rechtes. — Heute erwartet man noch den General der Kavallerie v. Pfuel mit dem Rest des 6. Armee-Korps (2 Regimenter Linie, 1 Regiment Landwehr-Infanterie, 1 Regiment Kavallerie und die Artillerie). Da heute die Entwaffnung der bewaffneten Bürgerwehr, um unter der Höhe der Hälfte Posen, erfolgen soll, so befürchtet man Unruhen, weßhalb der erste Kommandant v. Steinäcker die Volksversammlung ersucht, heute nicht zusammenzutreten, und gebeten hat, jeder Bürger möge für etwa vorkommende Fälle ruhig in seinem Hause bleiben.

Trier, 6. Mai. Die Trierer Z. enthält folgende Nachricht: Die ursprünglich politische, aus den großen Ereignissen der Gegenwart hervorgegangene Bewegung in der Stadt Trier hatte in jüngster Zeit eine die Staatsgewalt lähmende und die Sicherheit der Person und des Eigenthums gefährdende Richtung genommen. Eine in böswilliger Absicht bewirkte und unterhaltene Aufregung wurde am 2. d. Mts. durch bedauerliche Gerüchte, welche sich an die Verhaftung einiger Militärs und an den Einmarsch einer Bataillons des 26. Infanterie-Regiments knüpften, in so hohem Grade gesteigert, daß in der irrigen Voraussetzung eines auf die Stadt beabsichtigten Angriffes des Militärs am 2. Abends und am 3. d. Mts. die Straßen mit Barrikaden in großer Zahl gesperrt, und unter mehrstündigem wiederholtem Sturmgeläute die Bürgerwehr, alle andern kampffähigen Einwohner der Stadt und selbst der benachbarten Landgemeinden zu deren Vertheidigung aufgeboten worden. Schon am folgenden Tage gelang es indessen der wohlgesinnten Bürgerschaft, die Barrikaden hinwegzuräumen und die städtischen Thore und Straßen dem Verkehr wieder zu öffnen. — Heute hat die seit einigen Wochen unterbrochene Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer wieder begonnen und unter fernerer bereitwilliger Mitwirkung der Bürgerschaft wird die öffentliche Ruhe und Ordnung der Stadt Trier in der kürzesten Frist völlig wieder hergestellt werden. Indem wir diese Ereignisse zur Kenntniß des Regierungsbezirks Trier bringen, sprechen wir zugleich die zuversichtliche Erwartung aus, daß fortan in keinem andern Orte desselben die gesetzlichen Ordnung gestört, insbesondere die pünktliche Entrichtung öffentlicher Abgaben gesichert werde, und machen es allen Behörden zur Pflicht, im Vereine mit den wohlgesinnten Bürgern auf die Erreichung dieses Ziels mit Umsicht und Energie hinzuwirken. Trier, 6. Mai 1848. Im Vertretung des kommandirenden Generals der 8. Armeekorps. Roth v. Schreckenstein, Generalmajor und Kommandeur der 15. Division. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Eichmann.

Elberfeld, 6. Mai. Heute ist Herr Dr. Bogenstecher in der Wormuhl einstimmig zum Vertreter nach Frankfurt, Hr. Oberprokurator v. Köhrig mit überwiegender Stimmenmehrheit zu dessen Stellvertreter und Hr. v. Beckrath mit 81 von 98 Stimmen ebenfalls in Crefeld zum Deputirten nach Frankfurt gewählt worden. (Elberf. Z.)

Königsberg, 3. Mai. So eben soll Befehl hierher gekommen sein, die Infanterie der Provinzial- und Garde-Landwehr mobil zu machen.

Stettin. Die Vorsteher der Kaufmannschaft haben am 26. April beschlossen, beim Staatsministerium folgende Anträge zu stellen: a) Zu erklären, daß der deutsche Bund erfolglich für alle dem deutschen Handel durch die Feindschaft Dänemarks bereiteten Verluste sei. b) Eine Vereinbarung mit der englischen Regierung dahin zu treffen, Kreuzer nach dem Kanal zur Wahrung unserer die Ostsee belegenden Schiffe zu beordern. c) Unsern kommandirenden General in Schleswig anzuweisen, die Freilassung unserer von dänischer Seite unter Embargo gelegten Schiffe als eine conditio sine qua non für den Fall eines Waffenstillstandsabschlusses festzusetzen. Als Deputirte aus der Mitte der Vorsteher sollen die HD. Rahm und Schillow resp. in Schleswig und Berlin diesen Anträgen Nachdruck zu geben suchen. (B. Z.)

Glogau, 30. April. Hiesige Festung soll in Belagerungszustand versetzt werden. Bis in die Nähe von Fraustadt um Großherzogthume sind Sensenmänner vorgedrungen. Gestern brachte man 13 polnische Ueberläufer von dem in Liegnitz stationirten Landwehrbataillon hier ein. Von unsern Schützenhause weht mächtig die deutsche Fahne, die durch Beiträge angefertigt worden, welche bei einer Volksversammlung eingingen. Für die Armahnen sind sämmtliche hiesige Kirchen in Anspruch genommen. (B. Z.)

**Baiern.** Zu den Wahlen der konstituirenden Versammlung ist nachzutragen: Wunsterl als Abgeordneter Dr. Blumenröder aus Kirchenlamitz (Ersatzmann Dr. Rubner und Kaufmann Brondenburg). Pfarrkirchen als Abgeordneter der Bauer Karl Ostermünchner aus Griesbach (Ersatzmann Landrichter Hofer und Dekan S. Münich in Pfarrkirchen). Landau a. d. Isar als Abgeordneter k. Präsident v. Zenetti. Ebersberg als Abgeordneter Prof. Phillips. Minister v. Beisler hat für Eroding, Stuffelpropst Döllinger für Landau optirt, sohin geht Hofrath Dr. Schauß, Advokat in München, für Traunstein nach Frankfurt.

**Würtemberg.** * Es kommt uns folgende Erklärung zu: Die Streitsache zwischen Hrn. Oberstleutnant Mohl und mir ist in ihrer öffentlichen Verhandlung wesentlich auf einen falschen Standpunkt gestellt worden; in Nachstehendem soll dieser sein Berichtigung finden. 1) Die Schritte des Frhrn. v. Gültingen sind mir vollkommen fremd. 2) Ich habe wegen der von Hrn. Moritz Mohl behandelten Frage über die Abschaffung des Adels diesem mit keiner Silbe einen Vorwurf gemacht. Dagegen hatte Hr. Moritz Mohl in öffentlicher Rede, die Debauptung aufgestellt, der Adel habe in der Kammer nie die allgemeinen, vielmehr stets nur seine Sonderinteressen vertreten. Da aber jene schwere Anklage zu Öffingen, meinem Landsitze, vor der versammelten Gemeinde, aufgesprochen worden war, so durfte ich, als ein gewesener Abgeordneter der Ritterschaft, sie als einen unmittelbaren auch gegen mich gerichteten Vorwurf ehrenrührigster Pflichtvergessenheit betrachten und mußte zur Wahrung meiner Ehre derselben auf das entschiedenste zurückweisen. 3) Die ganze Angelegenheit zwischen Hrn. Oberstlieut. Mohl und mir, ist demnach eine rein persönliche, und berührte die politische Frage vom Adel als Stand ganz und gar nicht. Stuttgart im Mai 1848. Karl Frhr. von Wöllwarth.

Nagold, 6. Mai. Wangerheim hat in einem im hiesigen Amtsblatte veröffentlichten Schreiben an den Oberamtmann Daser seinen Dank für das ihm von unserem Wahlbezirk übertragene Vertrauen ausgesprochen, die Wahl jedoch wegen vorgerückten Alters und körperlicher Gebrechen abgelehnt. Wir haben also demnächst zum zweiten Male einen Abgeordneten nach Frankfurt zu wählen. (Schw. M.)

**Sachsen.** Leipzig, 5. Mai. Die folgende für die jetzt beginnende Jubilatemesse nicht unwichtige Bekanntmachung ist heute hier vom Handelsstand ergangen: „Auf Antrag der Handelsvorstandes und die hierauf eingetretene kräftige Verwendung unserer hohen Staatsregierung ist in Betreff des österreichischen Geldausfuhrverbots soeben folgende officielle Mittheilung eingegangen: „Das Landesprädikum in Prag wird von der k. k. österreichischen Regierung ermächtigt, zu Baarsendungen, die zufolge beigebrachter glaubwürdigen Handelskorrespondenzpapiere oder anderer Nachweisungen zu Besorgung oder Schlichtung von Handelsgeschäften auf der Leipziger Ostermesse bestimmt sind, bis einschließlich 5000 fl. K. M. Ausfuhrpässe zu ertheilen. Ferner ist jede Durchfuhr von Geld und Silber gestattet, wenn dieses schon beim Eintritt nach Oesterreich als Durchfuhrgut erklärt wird.“ Wir beeilen uns, den geehrten Handels- und Fabrikstand hiervon in Kenntniß zu setzen. (D. A. Z.)

**Baden.** | Karlsruhe, 3. Mai. Der Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes stellt eine Herrenrichtung in Aussicht, welche alle Wünsche befriedigen wird. Da es jedoch noch zweifelhaft ist, in welchem Umfang dieser Entwurf von der in Frankfurt zusammentretenden konstituirenden Versammlung angenommen wird, mittlerweile aber Verhältnisse eintreten konnten, welche ihre Lösung vorzugsweise in dem deutschen Heere finden möchten, so dürfte es im höchsten Grade wünschenswerth sein, daß auch die hier einschlagenden Fragen eine schnelle Lösung erhielten. Wenn auch nicht in Abrede gestellt werden will, daß den in Frankfurt zusammentretenden Männern ein Urtheil in Hervorhältnissen zustehe, so kann doch nur der mehr hervortretende politische Theil hierunter verstanden sein. Die Stellung des Offiziers war bisher der Art, daß er an den Bewegungen des Volkes keinen thätigen Antheil nehmen konnte, im Gegentheil wurde er durch ein stets genährtes Mißtrauen des Bürgers diesem mehr und mehr entfremdet, und es wird einer geraumen Zeit bedürfen, die hierdurch entstandene Kluft zwischen Beiden auszufüllen, sei auch die Hand noch so aufrichtig dargereicht, welche der Offizier zum Bunde bietet. Aus diesen Gründen wird es mehr als zweifelhaft, daß nur

Digitized by Google

ein Offizier zu jener Versammlung berufen werde, deren schönster Beruf die Größe, Freiheit und Sicherheit unseres theuren Vaterlandes ist. Wir wollen hierüber nicht weiter unser Bedauern aussprechen, glauben aber doch, daß es auch dem bürgerlichen Parlamentsmitgliede erwünscht sein müßte, in Fragen des Krieges den Mann der Waffe zu hören. Die einzige Gelegenheit hierzu bietet sich dem Parlamente durch die in Frankfurt versammelte Bundesmilitärkommission. Wenn aber schon mehrfällig gegen die Wirksamkeit dieser Kommission öffentlich Klage erhoben wurde, daß sie in den 33 Friedensjahren noch nicht dazu kam, unsere Grenzen durch Festungen zu schützen, unsere vielgegliederten Heertheile in größeren Einklang zu bringen, sollte es dann wahrscheinlich sein, daß sie jetzt das nöthige Vertrauen findet? Sollte nicht auch sie, wie es durch die Vertrauensmänner beim Bundestag geschehen ist, durch neu hinzukommende Kräfte verjüngt werden? — Wir haben und jüngst überzeugt, daß die Befestigungsarbeiten bei Rastatt mit lobenswerthem Eifer betrieben werden. Doch konnten wir uns nicht überreden, daß es möglich wäre, in wenigen Monaten mit diesen Arbeiten schon so weit vorgeschritten zu sein, daß Rastatt einem förmlichen Angriff widerstehen könnte. Um diesem Zweck zu genügen, müßte die die südwestliche Fronte hauptsächlich deckende Ueberschwemmung möglich sein. Zu den hiezu nöthigen Schleusen haben wir aber noch keinen Anfang gesehen. Wenn es unter diesen Umständen schon an Sorgfaltigkeit grenzt, Ausrüstungsmaterial, Kanonen, Eisenmunition und großen Pulvervorrath hier niederzulegen, so wird es vollkommen unbegreiflich, wenn man erfährt, daß noch gar keine Lafetten für die Kanonen vorhanden sind, und diese daher nutzlos vor dem Schlosse lagern. Wir wollen unsere Geschütze sicher untergebracht wissen, und wüßten deßhalb unbedingt rathen, die für Rastatt bestimmten so lange in Mainz zu bergen, bis Rastatt wirklich bevollmächtigt werden kann mit eigene Vertheidigungsfähigkeit erhält. Mit Hilfe der Dampfschiffe kann die Ueberschiffung der Geschütze auch dann leicht geschehen.

∞ **Karlsruhe**, 7. Mai. Die Zöglinge unserer polytechnischen Schule genießen seit gestern Nachmittag den schönen Mai gesellschaftlich in dem benachbarten Albthale. Sie haben nämlich kurz vor dem Beginn der eben verflossenen mehrwöchentlichen Ferien eine Petition um bessere Besetzung dreier Professuren, deren bisherige Vertreter, die Herren Kaiser, Bader, Stieffel, sich ihres Beifalls nicht erfreuen, bei der zweiten Ständekammer eingereicht, ohne jedoch vorher von den zuständigen Behörden entdört zu sein. Als bei der Rückkehr aus den Ferien unsere Polytechniker noch keine Antwort eingetroffen war, indem unseres Wissens in der Kammer bei so mancherlei Unterbrechungen noch nicht einmal der Kommissionsbericht über die Petition abgestattet ist, so versammelten sich gestern Nachmittag um 1 Uhr sämmtliche Polytechniker im Peomenadehaus, beschlossen dort eine Bittschrift an den Präsidenten des Ministeriums des Innern, überantworteten dieselbe einer Deputation und machten hierauf einen gemeinschaftlichen Spaziergang nach dem benachbarten Ettlingen. Hier erheilten sie die Nachricht, daß ihrem Gesuche vorerst eine angemessenere Form zu geben sei, da sie jedoch nicht allem völlige Studienfreiheit sofort zu erwarten hätten, sondern daß auch zwei weitere Beamte Vorträge über die beanstandeten Fächer halten würden, wodurch dann einem Jeden die Wahl des Beamten freigegeben wäre. Nach einigen Debatten wurde nunmehr das Gesuch anders redigirt und noch gestern Abend eingereicht. Am Dinstag dürften dann die ernsteren Studien wieder an Ort und Stelle in Angriff genommen werden.

**Karlsruhe**, 7. Mai. Die Karlsr. Z. berichtet eine Angabe der Allg. Z. über Fickler wie folgt: Die Allg. Z. meldet in einem Schreiben „vom Bodensee“ vom 2. Mai, daß am Tage zuvor Abends um 8 Uhr Fickler in Konstanz angelangt und freudlich empfangen worden sei. Diese Nachricht muß auf einem falschen Gerüchte oder einer Verwechslung beruhen, denn sie ist gänzlich unbegründet. Fickler befindet sich nach wie vor hier in Haft. Nur in Betreff der Anklage wegen Preßvergehen liegt ein Spruch des Hofgerichts in Bruchsal vor, welcher das Stadtamt Karlsruhe als Untersuchungsgericht für inkompetent erklärt und die Sache nach Konstanz weist, bekanntlich aber befindet sich Fickler zugleich wegen Landesverrath in Untersuchung, worauf jener Spruch lediglich keinen Bezug hat.

†† **Karlsruhe**, 8. Mai. Obgleich heute wieder zwei neugewählte Mitglieder, Berger und Preschmari, in die zweite Kammer traten und beeidigt wurden, so waren doch zeitweise kaum die zu einem Beschlusse nöthigen 35 Stimmen zusammen zu bringen, weil Einzelne den Nachmittag in dem Garten jenem im Saale vorziehen, und Andere, welche hier anwesend sind, nur selten in den Sitzungen erscheinen. So z. B. der Abg. Christ, der höchstens auf Augenblicke sichtbar wird, um dann wieder zu verschwinden. Der Abg. Weller sprach im Interesse der Stadt Mannheim den Wunsch aus, daß der Kriegszustand aufhören und die Militärlast gemindert werden möchte. Er habe die Mahregel von Anfang an nicht für gerechtfertigt gehalten und wünsche sich gefreut haben, wenn seine Bemühungen den Erfolg gehabt hätten, daß Umgang davon genommen worden wäre. Viele halten die Maßregel für verspätet, weil sie einsieht, nachdem die Ursachen schon beseitigt, die Führer der Anarchisten verhaftet waren. Die längere Dauer der Last beunruhige auch diejenigen Bürger, welche Freunde der gegenwärtigen Regierung sind, die für ihre Person Alles aufgeboten haben, um die Ruhe zu erhalten, was auch insofern gelungen sei, als der Aufstand nicht zum Ausbruche kam. Sachs schloß sich dieser Ausführung an und stellte die Frage, warum die beschlossene Truppenminderung noch nicht vollzogen sei. Der Zweck der Besetzung sei erreicht, eine längere Dauer würde als Strafe erscheinen. Zugleich klagte der Redner über das Benehmen baierischer Offiziere in Mannheim. Brentano will jetzt noch nicht untersuchen, ob der gegen seine Vaterstadt verhängte Kriegszustand gerechtfertigt sei oder nicht; zu dieser Untersuchung werde die Berathung des provisorischen Gesetzes Gelegenheit geben. Auffallend sei, daß eine so außerordentlich harte Maßregel so spät verhängt worden sei. Er habe Briefe aus Freiburg, welche schauderhafte Beispiele von Elend in Folge des Kriegszustandes anführen, und er preise sich glücklich, nicht zu denen zu gehören, welche zu solchen Maßregeln gerathen haben. Endlich führte der Redner einen Vorfall aus Offenburg an, wobei die Maßnahme sich verlegend gegen einen Bürger benommen hätten; auch Gefangene in Rastatt befänden, z. B. Advokat Reich, seien nicht, oder doch nicht in der Weise vernommen worden, wie sie §. 15 der Verfassung vorschreibt, welcher geradezu verletzt worden sei.

Ueber den Druck der Militärlast in Freiburg klagte der Abg. Mez, mit dem Bemerken jedoch, daß seit gestern eine Minderung eingetreten sei. Viele Bürger, die an dem Aufruhr keinen Antheil genommen, haben schwer gelitten, und es wäre doch nicht nöthig gewesen, die Kaserne leer zu lassen, und alle Truppen zu den Bürgern zu legen. Wäre am Oberfonntag früh nur eine kleine Anzahl der Truppen, welche in der Umgegend müßig standen, in der Stadt gewesen, so wäre das große Unglück nicht eingetreten. — Für Offenburg wünscht Zentner eine Verminderung der Truppenzahl, was durch Verlegung eines Theiles in die großen und wohlhabenden Rheinorte leicht geschehen könne.

Auf diese Aeußerungen und Wünsche erwiderte zuerst Staatsrath Rettig in Bezug auf Mannheim: die Ursachen der Maßregel seien offenkundig; die besten Bürger hätten sich außer Stand erklärt, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Man habe auf verschiedene Art versucht, der Ruhestörer Meister zu werden, es sei aber nicht gelungen, sondern so weit gekommen, daß die Sturmglocke geläutet, Barrikaden errichtet, die Rassauer an der Brückenwache verjagt, die Brücke abgeführt und auf die Baiern geschossen worden. Da ward es freilich nothwendig, stärkere Maßregeln zu ergreifen; die Verspätung sei zu bedauern, allein darüber sollte Mannheim nicht klagen, da der spätere Anfang eine längere Dauer begründe. Eine natürliche Strafe liege allerdings auch vor, wo ein großer Brand der öffentlichen Ordnung stattgefunden habe. Es werde übrigens abgeholfen werden; der Oberkommandant treffe morgen in Mannheim ein und werde wahrscheinlich andere Dispositionen anordnen. Es sei unklug, durch unbewiesene Anschuldigungen die Truppen zu reizen. — In Freiburg hätten die Bürger zwar nicht zu den Unruhen mitgewirkt, aber Eine große Schuld treffe sie, nämlich die Neutralitätserklärung, welche die civilisirte Welt entsetzt habe; die Zukunft werde lehren, wie weit sich die Bürgerschaft davon reinigen könne. — General Hoffmann fügte bei: Sobald der deutsche Bund Remedore gestifftet, liegt die Dislokation der Truppen nicht mehr in der Hand der Regierung, sondern des Befehlshabers. In Offenburg und anderwärts war es so lange nicht ruhig, als die Besatzungen schwach waren; wenn man heute die Truppen heraushöbe, würden die Unordnungen morgen wieder beginnen; es sei dort noch gegen andere, als von Außen kommende Zuzüger Schutz nöthig. Gegen die frühere Besetzung von Freiburg hatte der Gemeinderath selbst protestirt; als aber 800 Freischärler in der Stadt und eben so viele den Truppen im Rücken standen, da konnte nicht länger unterhandelt werden; es war eine traurige Nothwendigkeit, daß ich eine badische Stadt stürmen lassen mußte. Den Truppen, die man „fremde“ nennt, din ich das Zeugniß schuldig, daß sie sich musterhaft betragen haben; nach dem Sturm wurde kein Exceß begangen, was sast ohne Beispiel ist. Die Kasernen dienen zur Aufbewahrung von Gefangenen und der Waffen der Bürgerwehr. Sind sie leer, so ziehen die Truppen ein.

Digitized by Google

Es sind mir auch keine Klagen zugekommen. Wer Grund hat, sich zu beschweren, soll es thun; die Redner aber sollten statt allgemeiner Beschuldigungen Thatsachen anführen. — Die Regierung wünscht so sehr als irgend Jemand, daß die Truppen zurückgezogen und wieder auf den Friedensstand gesetzt werden können. — St.-R. Mathy findet Wellers Wunsch und seine Bemühungen für baldiges Aufhören in dessen Liebe zu seiner Vaterstadt Mannheim wohl begründet; Weller habe sein Begehren in einer Form vorgetragen, wie sie einem gebildeten Manne ansteht. Auch Er (Mathy) habe das Seinige gethan, um die Maßregel zu verhüten, indem er persönlich, und nicht ohne einige Mühe, dazu beigetragen, die Bürgerwehr zu der Erklärung zu veranlassen, daß sie keinen Anlaß mehr finden werde: aber leider sei es anders gekommen, und es ist Thatsache, daß ihre Ehrer erklärten, sie könnten für die Mannschaft nicht stehen; die Thatsache, daß ein Aufstand nur darum nicht ausbrach, weil sich die Stadt ohne nachdrücklichen Widerstand vor den Anarchisten in Schrecken setzen ließ. Daß die nothwendige Maßregel nicht früher eintrat, bedauert der Redner; daß sie möglichst bald aufhöre, sei sein lebhafter Wunsch. Auf die Aeußerung des Abg. Brentano, er schäme sich glücklich, nicht zu Denen zu gehören, welche den Kriegszustand angeordnet — erwidert der Redner, daß er seinerseits froh sei, sich nicht unter denen zu befinden, welche so harte Maßregeln verschuldet haben. Der Abg. Brentano habe gegen den Schutz der Grenzen deklamirt, die amtlichen Nachrichten über den verabredeten Einfall von Außen abgeleugnet, und auch heute habe er nur Worte des Tadels gegen die Truppen, aber kein Wort des Tadels gegen Diejenigen, welche Aufruhr und Kriegslasten in das Land gebracht haben. Das Gefühl der Unsicherheit sei die Hauptquelle der Geschäftsstockung und des Elendes, welche durch den Aufstand noch vermehrt werden mußten. Diese Ursachen wegzuräumen und das Vertrauen auf Sicherheit des Rechtes, der Person und des Eigenthums herzustellen, sei die dringendste Aufgabe. Alsdann erst können Bemühungen zur Abhilfe der Noth fruchten, Bemühungen, die sich ein Jeder sollte angelegen sein lassen. — Brentano entgegnete, der ehrenwerthe Charakter des Staatsraths Mathy (er widerhohlte und betonte den Titel in so auffallender Weise, daß der Abg. Helmreich fragte, was dies zu bedeuten habe) bürge dafür, daß er ihn nicht verdächtigen wolle. Mathy erwiderte, er sei eben so überzeugt, daß Brentano keine Verdächtigung gegen ihn beabsichtigt habe, als er ihn am 1. März vor einer stark aufgeregten Volksmenge beschützte, die Volksmörder todtschlagen zu wollen, eine Aeußerung, welche leicht hätte Folgen haben können. Eben so wenig finde er eine Verdächtigung in der Erklärung Brentanos (in der Abendzeitung) über Fickler Verhaftung, obgleich dieselbe nicht geradezu zu seinem Vortheil laute. Hiermit wurde dieser Gegenstand verlassen und die Kammer berieth zunächst die Rechnungsnachweisungen des Staatsministeriums und nahm dann das Gesetz über die theilweise Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit einstimmig an.

Freiburg, 6. Mai. Die hiesige Bürger- und Einwohnerschaft wird von morgen an in der drückenden Last der Einquartirung wieder erleichtert werden. Mittelst höchster Entschließung nämlich vom Großherzog wird die militärische Besetzung der Stadt Freiburg vom 7. Gestrigen wird die militärische Besetzung der Stadt Freiburg vom 7. d. M. an in der Art aufhören, daß die anwesenden Truppen nicht mehr als Exekutionstruppen zu behandeln sind, sondern daß für die Verpflegung derselben wieder die tarifmäßige Beigäbung geleistet wird. (Freib. Z.)

**Anhalt-Bernburg.** Bernburg, 3. Mai. Das Regierungsblatt enthält eine provisorische Verordnung, wornach der am 12. Dec. 1832 errichtete und unter dem 30. März 1834 mit erweiterten Befugnissen versehene Geheime Konferenzrath der künftigen Ständeversammlung gegenüber die Verpflichtungen eines konstitutionellen verantwortlichen Ministeriums übernimmt. (Magdeb. Z.)

**Mecklenburg.** Schwerin, den 4. Mai. Die Ständeversammlung hat sich nach längerer Debatte zwischen Ritterschaft und Landschaft einstimmig dahin erklärt, bei dem zu erlassenden neuen Wahlgesetz zur Landestertretung das ständische Princip zu verlassen und dasselbe auf eine Repräsentation nach Kopfzahl zu basiren.

**Schleswig-Holstein.** Die Börsenhalle bringt folgende Mittheilungen: Rendsburg, 5. Mai. General Wrangel hat der provis. Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein folgenden Bericht übersandt: „Einer Hohen Regierung theile ich hierdurch ergebenst mit, daß gestern am Jahrestage der Schlacht von Groß-Börsten die deutschen Truppen unter meinem Befehl die jütische Grenze bei Kolding überschritten und noch am Abend desselben Tages die „Festung Fridericia besetzt haben", diesen wichtigen Brückenkopf Dänemarks auf dem Festlande. Der Feind hatte auch die Grenzen der dänischen Provinzen und die starke Stellung bei Kolding ohne Widerstand verlassen, und von einer Vorpostenlinie des die Avantgarde kommandirenden Generals v. Bonin öffnete Fridericia seine Thore. Alle dänischen Truppen hatte man nach Fünen übergeschifft, das Kriegsmaterial war zum größten Theil mitgenommen, nur 7 Geschützröhre, welche vergraben worden, ziemlich bedeutende Munitionsvorräthe, Getreide und Mehl sind in unsere Hände gefallen. Der Feind scheint bis jetzt die Absicht gehabt zu haben, sich im Gefecht zu halten, denn der Graben desselben war neuerdings pallisadirt worden. Ich habe bereits die nöthigen Befehle zur Fortführung dieses Forts gegeben. Heute um 3 Uhr Nachmittags wurde die deutsche Fahne am Flaggenstabe des Seeforts aufgezogen und mit 101 Kanonenschüssen salutirt. So lange diese Fahne weht, wird „kein Soll und kein Schiffen, die den kleinen Belt passiren", erhoben werden. Der Muth und die Ausdauer, mit welcher das Heer unter meinem Befehle die Gefahren überwanden und die anstrengenden Märsche ertragen hat, welche zur Erreichung eines so glorreichen Resultates erforderlich waren, kann ich nicht genug anerkennen. Fridericia, 3. Mai 1848. Der Oberbefehlshaber der Armee (gez.) Wrangel."

Schleswig, 4. Mai. In einer gestern Abend gehaltenen Wahlversammlung für Frankfurt theilte Baron C. v. Liliencron mit, daß der preußische Gesandte in London, Geh. Rath Bunsen, ausgesprochen, daß er es für die größte Ehre halten würde, von Schleswig als Deputirter für Frankfurt gewählt zu werden. Da Dahlmann schon anderweitig gewählt ist, und es sich jetzt nur um Bunsen und Steindorf handelt, so hat die Wahl wohl keinen Zweifel.

Hamburg, 5. Mai. Die Börsenhalle meldet von hier: Heute sind hier Briefe von mehreren auf der „Dronning Maria" gefangen gehaltenen Hamburgern und Altonaern an ihre Eltern, Verwandten u. s. w. angekommen, welche die gute Behandlung und das Wohlbefinden derselben bezeugen. — Am Dienstage war in Kopenhagen ein schwedischer General mit einer Mission der schwedischen Regierung an die dänischer angekommen. Den Inhalt seiner Depesche kennt man nicht. — Zu dem wahrscheinlich auf Fünen sich sammelnden dänischen Heere sind vor einigen Tagen einige tausend Mann Reserven von Kopenhagen abgezangen. — Von der Kommerzdeputation ist heute Folgendes durch Anschlag bekannt gemacht: Den Repräsentanten der fremden Mächte in Kopenhagen ist officiell angezeigt: „Die Blokade von Stettin, Stralsund, Neufahrwasser und Memel werde am 2. Mai, die von Pillau und Danzig am 3. Mai, die der Eidmündungen provisorisch am 10. Mai beginnen, doch werde wegen der etwa gegen noch andere Häfen zu beschließenden Blokade weitere Mittheilung vorbehalten und im Allgemeinen bemerkt, daß die Blokade auf neutrale Packetboote, welche zum Transport der Post dienten und keine Kriegscontrebande an Bord hätten, sich nicht erstrecken werde. Der Hafen und die Enge von Kiel würden vom 4. Mai an blokirt werden.

Frankfurt, 5. Mai. Die Nachricht, Hanau sei von preußischen und großh. hess. Truppen militärisch besetzt und hierauf habe die Entwaffnung der Freischaaren und die zeitweilige Auflösung der Bürgergarde stattgehabt, beschränkt sich darauf, daß in der letzten Nacht Abtheilungen großh. hessischer Infanterie und Scharfschützen nebst einigen Geschützstücken über Offenbach in das kurhessische Gebiet rückten und sich in einigen unsern Hanau gelegenen Ortschaften vertheilten. Preußische Truppen aber sollen aus einer andern Richtung heranziehen. Letzter ist tagegen allzuwahr, daß seit dem 1. d. M. einige hundert Fabrikarbeiter aus Mangel an Beschäftigung von den Fabrikherren entlassen wurden. (Schw. M.)

† Frankfurt a. M., 8. Mai. Nach einer Nachricht „aus der Wetterau" in der Oberpostamtszeitung hat sich u. A. auch August Becker „als Kandidaten zur konstituirenden Nationalversammlung erklärt" und sich in sich „als entschiedener Republikaner" angesprochen, „der Aufsetzung der Fürsten und Vereinigung von ganz Deutschland zu Einem Staate forderte." „Jeder Redner hatte seinen Anhang und seinen Beifall." So bekannt August Becker auch ist, so kann es doch nicht schaden zur Charakteristik dieses Republikaners an zwei Briefe von ihm zurückzuerinnern. Der eine aus der Schweiz an Boden in Frankfurt geschrieben, erschien 1844 in mehreren Zeitungen, unter Andern auch in der „Mannh. A. Z." Es heißt darin u. A.: Als ich (in der Untersuchung von 1835—1837) bereits alles mich Betreffende gestand, kam man zu mir zu wiederholten Malen auf Jordan zurück. Man hatte mir in allen Ansagen geglaubt (leider!), nur in denen über Jordan wollte man mir kein rechtes Vertrauen schenken. — — Während ich so Alles thun mußte, um meinen wankenden Kredit herzustellen, legte man mir Fragen vor; es kann sein, daß ich dieselben — — nicht so gewissenhaft beantwortet habe, als ich sollte." Der andere Brief an Weitling steht in dem Züricher amtlichen Bericht. „Die Kom-

Digitized by Google

munitten in der Schweiz nach den bei Mettling vorgefundenen Papieren." Becker sagt darin u. A.: „Sei nur nicht blöde. Pumpe die Kerle an, iß und trink gut, damit Du lange lebest und es Dir wohl gehe auf Erden. Go arg wie Herwegh brauchst Du freilich nicht zu treiben. Auch ich, lieber Junge, habe dessen gelbe Stiefeln bemerkt und die Nase darüber gerümpft. Aber laß das nur gut sein — — man darf ihn nicht scheu machen. Warte nur, später wollen wir einen Theil seiner Dukaten zu unseren Geschäften in Anspruch nehmen u. s. w."

⊙ **Frankfurt**, 8. Mai. Wenn schon der Kunstgriff der deutschen Sonderbündler; die Truppen verschiedener Bundesstaaten als „fremde Truppen" zu bezeichnen, nicht anschlug, wenn schon in Baden wie in Schleswig das beste Einvernehmen zwischen ihnen besteht, so bleibt doch immer wünschenswerth, die Verschmelzung sämmtlicher deutschen Truppen in ein großes einheitliches Bundesheer auf jede Weise zu fördern. Aeußerlichkeiten haben meist einen größern Einfluß, als man sich gern gesteht. Eine gleiche Uniform wäre gewiß das sicherste Beförderungsmittel dieser wünschenswerthen Verschmelzung. Da dies Mittel indeß wegen seiner Kostspieligkeit für jetzt unausführbar ist, so lassen Sie mich Ihnen eine Stelle aus dem Briefe eines in der Schweiz wohnenden Deutschen mittheilen, der mir der Beherzigung werth scheint: „Ich habe während meines hiesigen Aufenthalts eine Beobachtung gemacht, deren Uebertragung auf unser deutsches Militair jedenfalls nicht von Seite ihrer Kostspieligkeit sich angreifen ließe. Für das sämmtliche schweizerische Militair, so verschieden auch sonst in jedem einzelnen Kantone dessen Uniformirung bestimmt ist, gilt der Grundsatz, daß dasselbe, sobald es in eigentlichen Bundesangelegenheiten auftritt, die sogenannte eidgenössische Binde erhält, ein etwa handbreites rothes Tuchband mit dem weißen Kreuze, das ohne Unterschied sowohl Officiere als Soldaten zu tragen haben. Gerade diese eidgenössische Binde aber, wie ich schon bei verschiedenen Veranlassungen und ganz besonders wieder bei dem letzten Kriege gegen den Sonderbund zu bemerken Gelegenheit hatte, scheint eine wahre Zauberkraft, und zwar in gleichem Grade für die Soldaten selbst wie für das Publikum, zu besitzen. Ein Soldat mit der eidgenössischen Binde am Arme tritt schon in Gang und Haltung ganz anders auf, er dünkt sich jetzt Etwas zu sein, und er sucht durch sein oft bis zur Ostentation gesteigertes Anschließen gerade an die Soldaten anderer Kantone zu zeigen, daß sie alle ein gemeinsames Ganzes bilden; was dagegen das Publikum betrifft, dem man doch sonst ja seinen „Kantönligeist" so mit Recht zum Vorwurfe machen kann, so habe ich noch nie ein einziges Mal gehört, daß es demselben eingefallen wäre, eidgenössische Truppen noch länger als Berner, Züricher, Aargauer ꝛc. zu betrachten. Sollte es nun, Angesichts dieser Erscheinung in der Schweiz, nicht vielleicht wünschenswerth sein, wenn auch unsere deutschen Truppen jetzt, wo sie nicht als Baiern und Würtemberger, sondern als siebenten und achten ꝛc Bundesarmeekorps zu handeln haben, ein ähnliches Zeichen — eine schwarz-roth-goldene Armbinde — tragen würden?"

## Belgien.

○ **Gent**, 1. Mai. Das Ministerium beweist eine Thätigkeit, die ebenso sehr den Umständen und den Verhältnissen des Landes entspricht, als sie an sich bewundernswürdig ist. Welch' eine Menge wirklicher Reformen sind während der letzten beiden Monate rasch auf einander ins Leben gerufen, und kaum denkt man, ihre Reihe werde jetzt erschöpft sein, als die Minister schon wieder mit neuen Entwürfen auftreten, die alle darauf berechnet sind, unser wahrhaft liberales konstitutionelles System zu vervollständigen und zu befestigen. Roger bewiest sich als einen Mann der Zeit und Staatsmännischer Thatkraft. Von den Gesetzentwürfen, die der seit einigen Tagen wieder versammelten Kammer bereits vorgelegt worden, hebe ich blos den hervor, der eine Pennypost einführt (2 Decimes gleichmäßig für jeden Brief im Inlande), einen andern, der den Zeitungsstempel völlig aufhebt und dagegen den Stempel auf gewisse Handelspapiere erhöht, endlich den sogenannten Entwurf zur parlamentarischen Reform. Dem letzteren zufolge sollen so zu sagen alle öffentlichen Beamten (der Magistratur und Verwaltung) aus solche fortan von dem Senat und dem Repräsentantenhause ausgeschlossen sein; ausgenommen sind bloß die Minister, die Generallieutenants, die Provinzialgouverneure, vorausgesetzt, daß sie nicht in der Provinz, die sie verwalten, gewählt worden, und die Räthe der Appellhöfe. In den meisten Abtheilungen der Kammer, wo der Entwurf bereits zur Berathung gekommen, hat man indeß auch diese Funktionen für unvereinbar mit der Volksvertreterschaft erklärt und will sonach alle Beamten außer den Ministern ausgeschlossen wissen. — Die im Haag angeknüpften Unterhandlungen zur Ausdehnung der Handelsbeziehungen zwischen Belgien und Niederland sollen vorerst zu keinem Ergebnisse geführt haben; der diesseitige Bevollmächtigte ist von dort zurückgekehrt. Wir bedauern das aufrichtig im Interesse beider Länder. Ohne Zweifel ist der Plan an dem Monopol der niederl. Handelsmatschappy gescheitert, die eifersüchtig über den Alleinhandel mit den holländischen Kolonien wacht, und deren ausgedehntes Monopol alles holländische Gerede über Handelsfreiheit zum Possenspiel macht. Auch die Demüthigungen des Ministeriums, unsere Handelsbeziehungen mit Spanien zu erweitern, scheinen bislang ohne Erfolg geblieben zu sein. Dessenungeachtet verdienen sie unsere Anerkennung, wie denn das Ministerium auch unermüdlich ist im Hebung des Kredits und Stärkung der Industriekräfte. — Zuge der neue Gesetzentwurf, der die sehr wirksame Societe generale ermächtigt, 20 Millionen fr. in Banknoten auszugeben. Der König war nie so volksbeliebt als gegenwärtig, und die wenigen Republikaner, die Belgien zählt, sind durch die Handlungen der Regierung und die Liebe des Volks zum Könige völlig entwaffnet. Von den Festlichkeiten, welche die Sänger und Liedertafeln von Antwerpen, Gent ꝛc. im Vereine mit den Brüsselern dem König zugedacht, werden Sie schon gelesen haben. Ein patriotischen Broschüren, an vaterländischen Liedern und Tondichtungen, die besonders von Flandern ausgehen, waren wir nie so gesegnet als jetzt. Hervorgehoben zu werden verdient Dr. Snellaerts treffliche Schrift über das Thema: „Was sollen wir Belgier werden?" Zwei unserer ersten literarisch-vlämischen Gesellschaften, unter andern die von Willems begründete: „De tael (Sprache) is ganscht het Volk", haben Gustav Höffen zu ihrem korrespondirenden Mitglied und ihm Dankesschreiben wegen seines „Vlämisch-Belgien" zugesandt.

## Schweiz.

**Basel**. Mit heute eingelaufenem vorzüglichem Schreiben wird die Tagsatzung schon auf nächsten Donnerstag, 11. Mai, zusammenberufen. Der Vorort motivirt diese eilige Zusammenberufung der auf den 15. Mai angesetzten Bundesversammlung damit, „daß laut bestimmter Nachrichten durch den Zusammenzug starker österreichischen Truppenmassen die kritische Schweizergrenze bedroht sei" (!!) — Oder ist ohne Zweifel noch Etwas zwischen den Zeilen zu lesen. (Bas. Z.)

## Großbritannien.

**London**, 5. Mai. Der neue Cobden'sche Reformverein dürfte der whiggischen Regierung leicht gefährlich werden. Sämmtliche Mitglieder der ehemaligen Anti-Corn-Law-League sind ihr gewiß; die Masse des Volkes ist durch die chartistische Bewegung, welche anderseits durch ihre Schroffheit die besitzende Bürgerklasse von sich abschreckte, hinlänglich vorbereitet, und die Namen Cobden, Bright, Wilson (der bei den Verhandlungen des Vereins gegen die Korngesetze den Vorsitz führte) sind im Lande und selbst bei ihren Gegnern einen guten und ehrlichen Klang. Es ist offenbar, daß die bürgerliche Mittelklasse nicht eher ruhen wird, als bis sie das aristokratische Regiment gebrochen hat; dieser Gang der Dinge ist in England seit Langem vorgezeichnet. Je gradiger und einflußreicher aber die Männer sind, welche sich an die Spitze der Bewegung gestellt haben, um so unbefangener darf England vor gewaltsamen Ausbrüchen und chartistischen Empörungsversuchen sein, um so friedlicher wird diese Revolution ihren Weg vollenden, um so heftigere Kämpfe wird es aber auch im Parlament geben, da diese bürgerliche Bewegung nicht bloß, wie sich von selbst versteht, bei den eigentlichen Tories, sondern auch bei dem größten Theile der Whigs, die treffliche Staatsmännische und rednerische Talente in ihren Reihen zählen, auf den entschiedensten Widerstand stoßen wird. Ob diese neue League, wie die frühere, gegen die Korngesetze jahrelange Kämpfe nöthig haben wird, um ihre Absichten durchzusetzen, oder ob bei dem katastrophenhaften Ernste der jetzigen Zeit und in Folge einiger unvermeidlich scheinender Krisen die Frucht dieser demokratischen Verbindung früher reifen wird, darüber läßt sich voraus Nichts sagen. Jedenfalls hat aber diese Reformbewegung gleich im Beginn einen mächtigen Anlauf genommen. In Birmingham, wo der frühere Reformer George Edmonds an die Spitze der Bewegung getreten ist, hat das betreffende Aufschreiben des Vereins bereits im Laufe des 29. April 7000 Unterschriften erhalten. Der Anfang dieses Rundschreibens lautet: „Manchester, 27. April. Eine Zahl Gentlemen trat heutigen Tages hier zusammen, um sich über die Schritte zu verständigen, die dazu dienen können, alle Klassen der Reformer zu Gunsten einer Verbesserung in unserm Volksvertretungssysteme zu vereinigen. Sie sehen, wie das stete Anwachsen der Staatsausgaben und der Besteuerung die Ursache der tiefen Besorgniß ist, und sie zweifeln an der Möglichkeit einer dauernden Heilung, so lange die Besteuerten ihrer größern Zahl nach von jeder wirksamen Einfluß im Parlament ausgeschlossen sind u. s. w." Als Reformmaßregeln, die geeignet scheinen, die Zustimmung aller mittleren und unteren Klassen zu erhalten, werden in diesem Rund-

Digitized by Google

△ Aus **Würtemberg**, Anfang Mai. Unsere Wahlen zur Nationalversammlung sind nun beendigt, aber keineswegs zur allgemeinen Zufriedenheit ausgefallen. Manche verwünschen nun die diesen Wahlen, in welchen sie den Triumph des würtembergischen Liberalismus gesehen hatten. Durch diese direkten Wahlen sind Richtungen zur Vertretung gelangt, welche man bereits überwunden geglaubt hatte, und die sich nun mächtiger zeigen, als man ihnen zugetraut hatte, nämlich der Pietismus und Ultramontanismus. Uebrigens so unwillkommen auch diese Ergebnisse einerseits sind, so muß man doch anerkennen, daß unsere Zustände dadurch in ihrer Wahrheit zu Tage gekommen sind, daß die Wahlen, indem sie auf Ultramontane und Pietisten gefallen, ein richtigeres Ausdruck der Ansichten von der Masse des Landvolks sind, als wenn sie durch vernünftige Leitung auf Männer von politischer Befähigung gefallen wären. Uebrigens fehlt es auch so nicht an sehr tüchtigen Vertretern des schwäbischen Stammes auf der Nationalversammlung. Einmal fehlen die Führer der hiesigen Oppesition, die längst bewährten Kämpfer für politische Freiheit nicht; Uhland, Pfizer, Römer, Schott, Mauchart sind in ihren Bezirken mit überwiegender Majorität gewählt. Auch die Rechtskenntnisse Rödinger und Tafel, welche einst ihre Begeisterung für deutsche Freiheit und Einheit durch mehrjährige Festungshaft büßen mußten, welche vor 18 Jahren das Oppositionsblatt „den Beobachter" gründeten und unter den unglücklichsten Verhältnissen mit großer Ausdauer fortschrieben, sind unter den Gewählten. Rödinger ist sogar doppelt gewählt, in dem Bezirk Ochringen-Künkelsau und Herrenberg-Horb. In Letzterem wird nun wohl der Ersatzmann, der greise v. Wangenheim eintreten, der einst als würtembergischer Bundesgesandter die Anregung zu einer nationalen Umgestaltung des Bundestages zu geben versucht hat. Aus der Reihe der Staatsdiener ist Regierungsrath Schober gewählt, der schon unter Schlayer seine Selbstständigkeit und Freisinnigkeit bewährt hat und ein noch junger Mann von einem bieberen entschiedenen Charakter und tüchtigem Talent ist. Unter den politischen Kapacitäten dürften die beiden Brüder Mohl eine ehrenvolle Stelle einnehmen, Beide können durch ihre ausgezeichneten Kenntnisse der Versammlung gute Dienste leisten. Robert Mohl ist wohl bei Ihnen so gut wie hier bekannt und anerkannt, Moriz Mohl, der Oberstcuerrath, hat bei uns einen noch populäreren Namen, den er sich durch seine einstige Oppesition gegen den vormaligen Einfluß Preußens im Zollverein und die darauf erfolgte Beseitigung im Staatsdienst und dann durch die vor einigen Jahren mit großer Entschiedenheit und Sachkenntniß geführte Polemik gegen Bayerdorffer erworben hat. Neuestens hat er durch eine heftige Fehde mit dem Adel von sich sprechen gemacht, die ihm sogar eine Herausforderung zugezogen, welche er jedoch abgelehnt hat, mit der Erklärung, das Duell sei einer der unsinnigsten Auswüchse des Junkerthums. Zu den Männern von hervorragender Intelligenz gehört auch der rührige Professor Wuem von Hamburg, ein geborner Würtemberger, der von seinem alten Landsleuten mit warmer Theilnahme bei seiner Bewerbung unterstützt und im Bezirk Eßlingen mit großer Majorität gegen zwei mitbewerbende Pfarrer, einen Hegelianer und einen Pietisten, durchdrang. Mit Stolz wird die Wahl Ihres trefflichen Mathy genannt und unbegreiflich gefunden, wie ein Geistlicher des Bezirks, der keine andern Verdienste für sich geltend machen konnte, als das, einst bei der Burschenschaft gewesen und wegen seiner politischen Ansichten verfolgt worden zu sein, ihm gegenüber auf seiner Bewerbung beharren konnte. Zu den guten Wahlen sind noch zu zählen die von Professor Haßler in Ulm, der als Abgeordneter bei unserer Ständeversammlung schon beim letzten Landtag das Justemilieu verließ und sich immer entschiedener zur Opposition gesellte; ferner Rechtskonsulent Feger, einer der Oppositionsabgeordneten der äußersten Linken; Feisch, Professor an der Realschule in Stuttgart, seit längerer Zeit mit Herausgabe der Werke Joh. Keples beschäftigt, Vorstand der Stuttgarter Turnanstalt, ein frischer, entschiedener Charakter von längst bewährter Freisinnigkeit; Retter Kümmelin von Nürtingen, ein Mann von Geist und freiem historischen Urtheil; Schlossermeister Nägele, ein schlichter Handwerksmann von gesundem Verstand und vertrauter Bekanntschaft mit den Gewerbs- und Volksständen und der Gabe gewandter Rede.

Von etwas zweifelhafterem Werth ist die Wahl des Professers Bischer in Tübingen, der zwar als Docent der Aesthetik voll Geist und Witz zu sprechen weiß, aber schwerlich die nöthigen politischen Kenntnisse hat, um in einer konstituirenden Versammlung mitzusprechen, und leicht sich verlucht fühlen könnte, durch Witz seinen Mangel zu decken. Aehnliches Mißtrauen setzt man in Prof. Zimmermann von Stuttgart der mehr glänzende Bedenrgaben als politische Einsicht haben dürfte. Die schlechteste mit allgemeinem Unwillen aufgenommene Wahl ist aber die im Bezirk Ludwigsburg von der Pietistenpartei gegen Strauß durchgesetzte Wahl des Institutsherrn Hoffmann, eines Pietistenführers von der schroffsten Art, der noch kürzlich sich gegen die volksthümlichen Bewegungen auf die reaktionärste, dornirteste Weise aussprach. Seine Wahl ist um soweyr zu bedauern, da Strauß direkt durchgefallen ist. Außer Hoffmann brachten die Pietisten glücklicherweise keinen Kandidaten durch, obgleich man in mehreren Bezirken Geistliche dieser Richtung durchzubringen suchte. Dagegen setzten die Katholiken in den meisten katholischen Wahlbezirken ihre Kandidaten durch; so wurde in Ellwangen der ultramontane Stadtpfarrer Kayser gewählt, in Biberach Fürst Zeil, ein muthmaßlicher Führer einer öfterr. Partei, in Tettnang Kaplan Diehler, ein talentvoller junger Mann von streng katholischer, in politischen Dingen übrigens entschiedener freien Gesinnung, in Ehingen Prof. Sförrer, in Seutgau Oberjustizrath Wiest in Tübingen, der übrigens politisch ebenfalls für liberal gilt. Weiter wie die wirt. Abgeordneten nach ihren politischen Schattirungen eintheilen, so dürften der konstitutionellen Monarchie mit ihren volksthümlichen Konsequenzen angehören Uhland, Pfizer, Römer, Schott, Maiby, Murschel, Schober, M. Mohl, Rümelin; etwas weiter rechts R. Mohl, Wangenheim, Wiest, Fürst Zeil, Sförrer, Kayser, Thaler, links mit Hinneigung zum Republikanismus Rödinger, Tafel, Wurm, Feger, Frisch, Bischer, Hentges. Der völligen Reaktion würde Hoffmann angehören.

## Schweiz.

** Bern, 4. Mai. Was schon seit einiger Zeit vorauszusehen war, nämlich ein Bruch zwischen der Partei des Hrn. Ochsenbein und der sogenannten Bären-Partei, an deren Spitze die Herren Stämpfli, Niggeler u. s. w. stehen, scheint sich endlich zu vermirklichen. Das Organ der letzten, die Berner Zeitung, hat bereits in ihren neusten Nummern eine feindselige Stellung gegen den Bundesprästdenten eingenommen, und in einer vor Kurzem stattgefundenen Sitzung des Regierungsrathes soll es aus Anlaß des neuen Bundesvertrags sogar zu einer offenen Kriegserklärung zwischen den Führern jener beiden Parteien gekommen sein. Nebst dem bemelbten Bundesprojekt, als dessen Vertheidiger Ochsenbein auftritt, macht man denselben namentlich zum Vorwurf, daß er in der Tagsatzung den Muth hatte, energisch sich für die Aufrechthaltung der schweizerischen Neutralität und gegen den Anschluß des dieselbe gefährdenden Sonderbündnisses mit Sardinien auszusprechen. Die extreme radikale Partei, welche ein Interesse zu fabriciren sucht, um zu ihrem Zwecke zu gelangen, scheint es ganz eigentlich darauf abgesehen zu haben, die Schweiz ins Verderben zu stürzen, und es steht zu besorgen, daß es ihr gelingen wird, wenn nicht die östlichen Kantone mit Kraft und Energie auftreten und in Verbindung mit den vormaligen Sonderbundsständen den propagandistischen Plänen der „Partei des Auslandes" ein Ende machen.

○ Bern, 6. Mai. Die Ostgrenze der Schweiz ist bedroht Gestern eingetangte Depeschen des eidgenössischen Oberst Gerwer melden, daß täglich wachsende österreichische Truppenmassen sich an der südlichen Grenze Grantbündtens zusammenziehen und Minen machen, sich mit Gewalt durch schweizerisches Gebiet einen Weg nach der Lombardei zu bahnen. Gerwer hat bejhwegen alle Maßregeln getroffen, um der einem Handstreich gehörig zu sein und die Neutralität der Schweiz mit allen ihm jetzt zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten. Bei der drohenden Gefahr hat er aber zugleich den Vorort um Verhaltungsbefehle ersucht; dieser ertheilte sogleich dem Kriegsrath Auftrag und Vollmacht, die ferneren nöthigen Maßregeln zu treffen und hat außerdem beschlossen, die Cinderufung einer außerordentlichen Tagsatzung auf den 11. d. beschlossen. Unterdessen nehmen die Werbungen für die Lombardei ihren Fortgang. Hiesige Zeitungen bringen sogar die Nachricht, die di ßige Regierung habe die Werbung gestattet, insofern Mailand materielle Sicherheit leiste. Zu diesem Ende sollen die Verträge bereits abgeschlossen und baares Geld von Italien her auf dem Wege sein. Diesen Bruch der Verfassung, welche ausdrücklich jede Militärkapitulation untersagt, wird sich die Regierung im gegenwärtigen Augenblick sicher nicht zu Schulden kommen lassen. — Der große Rath von Neuenburg hat sich in seiner Sitzung vom 4. Mai konstituirt. Zum Präsidenten wurde ernannt Grandpierre, zu Vicepräsidenten Grantjean und Boeel. Die Wahlen in den Staatsrath fielen auf Piaget, Fauvrenaud-Bson, Brandt-Stauffer, Dr. Dubois, Montandon, Aimé, Humbert, Steck. Die republikanische Partei siegte bei der Abstimmung über die Verfassung nur mit Hülfe des starken Zuzugs, den sie von Neuenburgern aus Genf, Waadt und Bern erhalten; sonst wissen sie in der Minderheit geblieben; denn die Royalisten stimmen für Beibehalt der Bedsiterung für sich zu haben.

Digitized by Google

## Niederland.

* **Amsterdam**, 3. Mai. Die in meinem letzten Berichte ausgesprochene Erwartung, daß die Handelsverhältnisse eine günstigere Wendung nehmen würden, hat sich bereits thatsächlich praktisch bestätigt. Der Handel will Freiheit, gepaart mit Ruhe und Ordnung; sobald er sich überzeugt, daß solche mit Kraft gehandhabt werden, schöpft er Muth und blüht von Neuem auf. Die Wirren in Frankreich und Deutschland waren bis vor vierzehn Tagen die Gespenster, welche Vertrauen und Unternehmungslust von den Börsen verscheuchten; sie sind seit den Wahlen verschwunden. Wenn Nationen sich so entschieden für Gesetz und Ordnung aussprechen, dann können einzelne Schreier ruhig poltern, kann mögen die Herren Lebru-Rollin und Hecker immer ihr Barrikaden-Steckenpferchen noch ein Weniig reiten und groß sprechen; man glaubt ihnen nicht mehr. Staatspapiere steigen wieder, das Geld cirkulirt leicht, und der Unternehmungsgeist des Kaufmanns erwacht von Neuem: — In mehreren Geschäfts-Branchen hat sich solcher bei uns bereits geltend gemacht, freilich einstweilen noch vorsichtig und langsam. Unsere Getreidepreise sind während der letzten 8 Tage um fl. 10 à 20 pr. Last gestiegen, und bleibt namentlich für Weizen die Stimmung fest. — In Rohzucken fanden vorige Woche starke Umsätze Statt; circa 15000 Kranjang Java wurden von der Maatschappy genommen, wovon der größere Theil zum Export nach Rußland. — In soliden Staatspapieren geht täglich Viel um. Holl. 2½% Ranten zuletzt 42⅞; ditto 4% 63¾; Russische Obl. bei Hope 5% 89⅞; Oesterreichische 5% Metall. 65¼; ditto 2½% 33; Spanische Rt. 2. 85; 10% ditto 2. 510, 10¼. — — Geld ist sehr häufig und zu 4½% ausgeboten. Sobald sich in Deutschland die Verhältnisse noch etwas mehr konsolidirt haben und die Schleswig-Dänische Frage erst gelöst ist, werden wir gewiß eine vortheilhafte Handelsperiode herannahen sehen.

## Frankreich.

**Paris**, 5. Mai. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung, deren Anfang wir gestern berichtet haben, hat zwölf Stunden gedauert und war zum größten Theil mit der Abgabe von Stimmzetteln ausgefüllt. Das Resultat war folgendes. Unter 727 Stimmenden erhielt H. Buchez 389 St., Trelat 234, Renuet 91; Buchez wurde also als Präsident ausgerufen. Hierauf begann die Wahl der Vicepräsidenten. Es wurden gewählt: Recurt, Cavaignac, Corbon (Arbeiter), Guinard, Cormenin und Sarrb; die sechs Secretäre sind Peupin (Arbeiter), Robert, Degeorge, H. Byat, Lacrosse und Peau. Die Versammlung, obwohl nur mit diesem Gegenstande beschäftigt, war gleichwohl sehr lebhaft, bisweilen stürmisch. Die äußerste Linke war mit der langen Ausdehnung der Sitzung nicht zufrieden und verlangte eine Verschiebung; Andere waren nicht damit einverstanden, daß die Wahl des Präsidiums nur eine monatliche sein solle, und es äußerte sich in der Berhandlung über diese Fragen bereits die große Entfremdung und Verfeindung der ertremen Parteien, die nicht unterliefen, sich gegenseitig erbitterte Parteinamen (ouctionaires, factieux u. dgl.) zuzuwerfen.

Der neue Präsident Buchez trat sein Amt mit einer Rede an, aus der wir folgende bezeichnende Stelle hervorheben: „Bürger! Ich danke Euch für die mir erwiesene Ehre. Ich betrachte deren Annahme als eine Pflicht, deren Erfüllung, hoffe ich, Ihr mir erleichtern werdet. Nie besaß eine Versammlung größere Macht als diese. Ihr seid von Millionen Stimmen erwählt; Ihr stellt hier das vereinigte Frankreich dar; Ihr habt seinen Willen mit Einstimmigkeit bekundet. Ihr habt gestern zum Beispiel siebenzehnmale die demokratische Republik im Laufe der Sitzung proklamirt. (Bravo's). Ich ermähne dies hier, weil es eine Verpflichtung unserersseits für die Zukunft enthält. (Ja, Ja.) Wir Alle sind durch Alle erwählt und haben daher die Pflicht, für Alle zu sorgen und ganz besonders uns mit jener armen, unglücklichen Klasse zu beschäftigen, mit der man sich nie beschäftigte. (Beifall.) Wir wollen es nicht wie die gestürzte Regierung machen, nicht die Augen schließen, nicht die Fragen aufschieben. (Nein, Nein.) Alle diese Fragen können gelöst werden, und sie werden es ohne Zweifel nun durch die Reife, Weisheit und Erfahrung von Männern sein, die eine große Nation vertreten, von Männern, die bedächtig im Handeln sein, aber ihre Handlungen auf eine reife, feste und entschlossene Weise vollführen werden.

Diese Ansichten selbst gelten im Allgemeinen zwar für republikanisch, aber nicht für ertrem; von Buchez haben wir schon gestern gesprochen und ihn nach seinen Schriften als einen Mann bezeichnet, der dem Berge näher steht als der Gironde. Gleichwol ist er in der gegenwärtigen Partrisstellung nicht auf der äußersten Linken; Trélat war der Kandidat dieser Fraktion und für Buchez stimmte ein großer Theil der früheren Linken. Den Aeußerungen der Presse nach zu schließen sind die Anhänger der Reaktion ebenfowenig zufrieden als die Anarchisten, Beide sehen ihre Hoffnungen sinken. Doch sollte man nicht vergessen, daß solche Wahlen in einer neuen Versammlung, die sich selber noch nicht kennt, ein sehr unsicherer Maßstab der Parteien sind; es müssen Principenfragen auftauchen, wenn sich die natürlichen Gegensätze scheiden sollen, und dazu wird die Aufgabe, welche der Versammlung vorliegt, ohne Zweifel sehr bald Stoff genug bieten.

**Paris**, 6. Mai. Sitzung der Nationalversammlung unter dem Vorsitze von Buchez. Es sind ungefähr 100 Abgeordnete anwesend; um 1½ U. beginnt die Sitzung mit dem Rest der Wahlproklamationen. Einige Wahlen im Dep. der Loire (worunter die des Bischofs von Orleans) sind angefochten, und mit der Gültigkeit auf der Kanzel und im Beichtstuhl darauf aufgerufen habe; es wird eine Untersuchung beschlossen. Dann folgte die Wahl eines H. Schmitt (in Paris), der sich für einen Arbeiter ausgegeben hat, während er ein Beamter der früheren Regierung ist.* Man hatte ihn unter der falschen Firma gewählt, und jetzt beansprucht ein anderer Schmitt, der wirklich Arbeiter ist, die Wahl für sich (dieser komische Zwischenfall gibt Stoff zu sehr ernsten Betrachtungen über die unmittelbare Wahlart bei großen Wahlkollegien; 124000 Stimmen hatten diesen Mann gewählt, ohne ihn auch nur oberflächlich zu kennen!). Die Wahl wird kassirt und eine neue angeordnet. An der Tagesordnung fand hierauf eine Mittheilung der prov. Regierung. Im Namen Dupont de l'Eure tritt Lamartine mit einem ausführlichen Berichte auf, dessen erster Theil bekannte Ereignisse retrospektiv rekapitulirt, um dann auf die gegenwärtige Lage der Republik überzugehen. Die Republik, sagte Lamartine, wird nicht von uns proklamirt, sie proklamirte sich selbst durch den Mund des Volke. Unsere Aufgabe war, vor Allem die Ordnung in Paris wiederherzustellen, das Volk bot uns selbst hiezu die Hand. Jeder Mensch war Soldat und Beamter. Unsern innigsten Dank dem Volke, das uns nicht nur unterstützte, sondern auch begeisterte; unter dieser Inspiration schafften wir die Todesstrafe ab. Die rothe Fahne hatte auf den Barrikaden gefiegt, aber die Kämpfer selbst setzten die alte dreifarbige Fahne wieder an ihre Stelle. Die Republik wurde ohne Widerspruch in allen Departements, in allen Kolonien angenommen. Zu dem Auslande sprachen wir Worte der Freundschaft und der Versöhnung, aber wir verfolgten mit Kraft die Politik unserer Ahnen. Diese Politik machte bedeutende Rüstungen nothwendig, wir bildeten eine große Armee, unsere Flotte ging unter Segel. Die Justiz wurde von der Politik getrennt (?). Die Demokratie ward das Prinzip der Regierung. Die Einen erhoben und belehren wie die Andern, Alle zufrieden und glücklich zu machen, das ist unser Zweck. Dazu werden wir alle socialen Ideen prüfen, dazu alle Maßregeln ergreifen, dazu haben alle unsere Vorarbeiten hingetrebt. — Herr Lamartine geht nun auf die Finanzkrisis über und setzt ihre Ursachen aus einander, so wie den Ruhen der provisorisch dagegen ergriffenen Maßregeln, die bereits anfangen, das Vertrauen zurückzuführen.

In allgemeinen Umrissen befriedigt Lamartine die verschiedenen Zweige der Verwaltung und verspricht auf die Berichte der einzelnen Minister. Er fordert schließlich die Nationalversammlung auf, das Werk der prov. Regierung fortzusetzen, eine Regierungskommission für die ausübende Gewalt zu bestellen und dann die Verfassung zu begründen. — Nach Lamartine besteig Leden Rollin die Rednerbühne. Der Redner suchte sich zuerst gegen die Angriffe zu vertheidigen, deren Ziel er gewesen, und die Maßregeln seiner Verwaltung zu rechtfertigen. Da der Postabschluß seine Rede sehr früh unterbrach, müssen wir uns vorbehalten, morgen darauf zurückzukommen.

Man erwartet heute noch die Bestellung einer Regierungskommission, welche von der Nationalversammlung ernannt werden wird. Die Ansichten darüber sind getheilt; die Einen wollen eine ausübende Gewalt von fünf Personen (eine schlimme Erinnerung an das Direktorium!), welche dann verantwortliche Minister ernennen würde; die Andern hielten die Ernennung eines Ministeriums mit einem Präsidenten an der Spitze für zweckmäßiger. In beiden Fällen, sagt das Journal des Débats, scheint die Mehrheit der Versammlung der Ansicht, man müsse die exekutive Gewalt nur aus ganz homogenen Bestandtheilen zusammensetzen, damit die Regierung mit Uebereinstimmung und Energie handeln könne. Hier werden sich also die Parteien messen; entweder die Politik Lamartines oder die Lehru Rollins muß hier aus der Wahlurne hervorgehen.

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oberst Rotzy, 72 Newgate-street in London. Für Frankreich, Straßburg, Portugal und übrige südliche Länder vermitteln sich an G. H. Reichardt in Straßburg. Nr. 29 Brandt, Postrath Nr. 29 Quai des Bateaux du Rhin.

# Deutsche Zeitung.

Die Quartalpränumeration beträgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt 3 Gulden fl. 30. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 3. 30 kr. für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 131. Heidelberg, Donnerstag 11. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Die preußische Politik in der polnischen Frage. — Wien (die Parlamentswahlen. Erbr. v. Kübeltzern an Ziegelmeyer's Stelle. Die Czartoryskischen Güter. Amtlicher Bericht über den Verlust in Italien). Innsbruck (Parlamentswahlen). Berlin (die Schreckensjahnde in Posen. Manifest des Generals v. Pfuel. Die Metzelei in Bnk). Königsberg (Dankadresse der städtischen Behörden). Posen (die Bestimmungen der Kabinetsordre vom 7. März 1846 wiederhergestellt. Das Stadtrecht proklamirt. Niedermetzelung von Preußen in Buk). Bromberg (Gnesen der Sammelpunkt). Regensburg (Ankunft österreichischer Truppen). Leipzig (Parlamentswahlen). Hannover (Parlamentswahlen). Karlsruhe Kammerverhandlungen. Die polit. Gefangenen). Freiburg (Verhaftungen). Koburg (Wangenheim lehnt die Kandidatur zum Parlamente ab). Schleswig (die Dänen auf Alsen. Die Freiwerbe). Neuenburg (Erklärung der prov. Regierung an die Bewohner von Neuschleswig). Hamburg (Versammlung wegen einer Kriegsflotte). Frankfurt (Verhandlungen der Bundesversammlung. Erklärung gegen den Ausschuß. Die Vertrauensmänner).

**Schweiz.** Zürich. Ein Tagesbefehl Ludwig's an die Alpenarmee. Die N. Zür. Z. in italienischer Ethale). Bern (Ochsenbein tritt zurück. Antwort des Vororts an Sardinien). Chur (eine Umwälzung in Rom. Abg. für Lichtenstein).

**Großbritannien.** Lord Dudley Stuart und S. B. Hall für den neuen Reformbund. Reformmeeting zu Birmingham.

**Italien.** Feldmarschall Welden bei Verona. Rückgängige Bewegung der Piemontesen. Rom. Pius IX. zum Kriege geträngt. Kritische Lage seiner weltlichen Macht.

**Rußland.** Von der Weichsel. Russische Rüstungen. Die Ausfuhr von Gold und Silbermünze länge der westlichen Grenze verboten.

**Beilage.** Berlin (der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klasse). München (Kammerverhandlungen. Die Ruhe hergestellt). **Frankreich.** Paris (der Verfassungsentwurf von Lamennais. C. Girardin über die Republik. Verhandlungen der Nationalversammlung. Ledru-Rollins Bericht. Die Wahl der Regierungskommission. Die Feste Hüningen. Rothschild). **Italien.** Rom (Gerücht von einer Emeute. Der Papst von der Kriegspartei gedrängt).

---

### Heidelberg, 10. Mai.

Mit Behutsamkeit, ohne sich von Verkennungen oder Vergötterungen der polnischen Angelegenheit irren zu lassen, verfolgt die preußische Regierung ihre Bahn einer nach allen Seiten gerechten Politik in der polnischen Frage. Dieser weltgeschichtlichen Sühne hat das Ministerium gleichsam den Ehrenplatz in seinem Programm eingeräumt. Dort war seine erste Sorge; sie scheint sein Hauptaugenmerk zu sein. Am 22. März übernahm Auerswald das Portefeuille des Innern; am 24. verkündigte der offene Brief des Königs die nationale Reorganisation. Man klagt in Preußen das Kabinet häufig der Unthätigkeit an. Brachte die polnische Frage nicht eine aufreibende Thätigkeit in Gang, die am Allerwenigsten in öffentlichen Erlassen, Proklamationen und Gesetzen sich bemerklich machen durfte und doch das verantwortliche Ministerium stets in seiner Solidarität in Anspruch nahm? Von den fünfhundert achtzig und einigen Deputationen, die Hr. v. Auerswald innerhalb drei Wochen empfangen haben soll, mag wohl der bei Weitem größte Theil auf Rechnung der Polensache kommen. Bis den Gagern, Römer u. A. theilen die Campshausen und Auerswald das gleiche Loos. Steuermännern an das Ruder gesetzt zu sein, welche zu einer Zeit, wo das Regieren ein Kinderspiel war, das Staatsschiff auf Sandbänke festführen, um jetzt nie gekannten Schwierigkeiten die Stirne bieten zu müssen. Eine Revolution legte das Heft in ihre Hand. Soziale Probleme traten sogleich in den Vorgrund. In den Provinzen reaktionäre Gelüste; fortdauernde Agitation in der Hauptstadt. Zwischen Volk und Heer unselige Spaltung; drohende Konflikte mit dem Ausland. Mitten in diesen Wirren die Lösung einer Frage von so ungeheurer Verantwortung übernommen zu haben, zeugt von Muth. Hielt es doch Lamartine für geboten, daß man der Polen erst nach Vollendung des deutschen Einigungswerkes gedenke! Das Ministerium setzte mehrfach seine Existenz für Polen auf das Spiel. Aber es zeigte sich der bedenklichen Lage gewachsen. Die Männer im Amt erwiesen sich als Staatsmänner. Hatten sie nach dem Andringen der Zeit sogleich Hand an die völlige und völkische Freigebung Polens gelegt, so hätten die Polen, wie wir sie jetzt kennen gelernt haben, nicht einen Augenblick gezögert, ihre vermeintlichen Rechte auf die deutschen Distrikte und auf Altpreußen und Oberschlesien geltend zu machen. Dann erhoben die Deutschen jener Lande den gerechten Widerruf gegen die Regierung, welche sie verlassen, und die kräftigsten Anathema gegen das Ministerium wären von daher erschollen, wo man vordem am Hartnäckigsten die Freigebung gefordert. Aber schon war die Regierung scheinbar im Dilemma; bewaffnete Horden standen bis auf 20,000 im Großherzogthum; die Behörden waren verjagt oder machtlos; es schien Nichts übrig, als entweder Alles Preis zu geben, also auch 500,000 Deutsche! oder die Polen als Insurgenten zu behandeln und dem Aufstand ein blutiges Ende zu machen, wobei die mit Macht zurückgehaltenen Truppen nur zu bereitwillig die Hand geboten hätten. Die Regierung kannte solche Alternative nicht. In ihren Augen galt der wenn auch durch unwürdige Mittel verstärkte Aufstand einer unglücklichen Nation nicht soviel als ein todeswürdiges Verbrechen; ebensofern lag der Gedanke, die Deutschen aufzugeben. Die Sendung Willisens flößte den edlern Polen Vertrauen ein. Die Deutschen trieb sein Erscheinen zur höchsten Entwicklung ihrer Willenskraft und in einer Unzweideutigkeit bekannten sie sich zu Deutschland, gegen die Libelle Protest zur Lächerlichkeit wird. Sie gaben der Regierung erst die Vollmacht, so zu handeln, wie jetzt geschieht. Doch wie sorgfältig mochte sie prüfen und erwägen, ob die Forderungen der Deutschen gerecht oder überspannt! Die Deutschen waren gewohnt, in Posen als Gebieter, als herrschendes Volk sich zu gerirren. Wie häufige Bittschriften verlangten die Inkorporation des ganzen Großherzogthums. Die Klasse der Beamten, welche mit der deutschen Herrschaft über Bord zu gehen fürchten mußte, mochte Alles aufbieten, das ganze Land ungetheilt zu erhalten. Wie gefärbt mochten oft die Berichte gewesen sein; dumme doch, wie überall, noch in Posen die alte Bureaukratie, die Erfreindin der neuen Regierung, und nirgend hat sie mehr Ursache zur Opposition, als eben in Posen! Dazu kamen die Mißstethaten und Frevel der Polen, bei denen sich das Herz umwandte; wie leicht hieß das Ministerium in solchen Augenblicken, wo die Sympathie doch ganz erfroren sein mußte, den übergreifenden Petitionen der Deutschen oder den Rachrufen der deutschen Befehlshaber und Beamten ein williges Ohr! Täglich häuften sich ohne Zweifel die Berichte und Beschwerden aus allen Ecken und Enden des Großherzogthums. Wir waren in äußerster Sorge, ob die Rezierung ihr Friedenswerk bis an das Ende durchführen würde. Vor Allem dünkte uns ein Zwiespalt der Meinungen innerhalb des Ministeriums nicht ganz unwahrscheinlich. Aber diesethe Einheitlichkeit, dasselbe feste Aneinanderhalten, welches uns Privatdreise als das erfreulche Charakteristikon des Kabinets vom 29. März schildern, bethätigte sich auch hierbei. Die beschlossene Reorganisation im nationalen Sinne ist nunmehr in ihren Grundzügen konsequent für Polen und Deutsche durchgeführt.

Die Erfüllung der heißesten Wünsche, die Zuschreung eines Anschlusses an Deutschland, hat im Netzdistrikt und den übrigen deutschen Landen einen unsäglichen Jubel erregt, aber wie wir hören augenblicklich auch einen wahren Sturm von Deputationen und Bittschriften aus denjenigen Landstrichen und Städten hervorgerufen, deren Anschluß in den deutschen Bund die Order vom 14. April nicht ausdrücklich ausgesprochen hat, so z. B. aus den Kreisen Kröben und Krotoschin und von der Stadt Kempen, die dicht an der schlesischen Grenze liegt und ganz deutsch ist. Von

Digitized by Google

der Stadt Posen wissen wir aber mit Bestimmtheit, daß ein überwiegend deutsche Bevölkerung im Begriff steht, ein Provisoriumantrag zu erlassen und eine deutsche provisorische Regierung niederzusetzen, als die Regierung, gleichzeitig von der Bundesversammlung aufgefordert, die Festung Posen an der deutschen Grenze zu erhalten, wie es scheint, nothgedrungen nachgab. Dieses Zögern scheint uns übrigens nicht ganz gerechtfertigt. Denn Sachkundige behaupten, die Befestigung Posens sei mehr werth, als das ganze Herzogthum, und die Sicherheit der deutschen Ostgrenze wäre denn doch unverantwortlich bloßgestellt, gäbe man einen solchen festen Punkt in polnische Hände. — — In polnische Hände! Von dem abgesondert polnischen Großherzogthum läßt sich nicht mehr aussagen, daß es „preußisch" bleibt. Denn mit dem deutschen Königreich Preußen steht dieses kleine polnische Reich doch in keinem festern Verbande, als Norwegen mit Schweden, und in noch loserer Verbindung, weil hier die Stammverwandtschaft fehlt. Der König von Preußen ist zugleich Großherzog von Posen. Posen stellt ein polnisches Kontingent, d. h. es steht mit dem Königreich in Offensiv- und Defensivverhältniß. Beide Lande werden in Realunion gedacht (daher wohl die Anordnung der vereinigt polnisch-preußischen Kokarde). Das kgl. Patent vom 26. April läßt über das staatsrechtliche Verhältniß keinen Zweifel. Das Großherzogthum erhält eine eigne konstitutionelle Verfassung; daher werden die polnischen Abgeordneten schwerlich an der Konstituante in Berlin theilnehmen, sondern zu Gnesen, welches sich wohl insbesondere zur Hauptstadt eignet, wird die polnische konstituirende Versammlung ihren Sitz nehmen. Aber Eines nimmt uns Wunder. Glaubt man in Berlin, das preußische Ministerium werde nach wie vor das Großherzogthum regieren? Wollen die Hrn. Camphausen, v. Auerswald, Schwerin dem polnischen Landtag in Gnesen verantwortlich sein? Verantwortlich mit allen Schlußfolgerungen? Wird Minister Hansemann das polnische Budget entwerfen und vertheidigen? Soll ein Ministerium sich auflösen, weil der posener Landtag ein Mißtrauensvotum ausspricht, wenn der preußische Landtag in seiner Mehrheit auf seiner Seite steht? oder soll die eigene Konstitution der Polen dadurch ein Schemen werden, daß Minister bloß deßhalb weiter regieren dürfen, weil sie in Preußen die Majorität der Kammern für sich haben? Ein eignes verantwortliches Ministerium für Posen ist die unausweichliche Konsequenz der eignen konstitutionellen Verfassung, die das Patent verbürgt. Vielleicht ist darin gerade, weil diese nicht ohne Zenes sein kann, besserem nicht Erwähnung gethan. Wir begnügen uns damit, dieses verantwortliche posensche Ministerium eine Klippe. Die Deutschen behaupten, es gebe nicht viel Polen mit den nöthigen Kenntnissen. Allerdings in Posen zeigten sich Solche selten. Aber die Annahme beruht auf einem falschen Schluß. In dem preußischen Posen deutscher Beamter zu werden, konnte dem polnischen Ehrgeiz nicht lockend sein. Jetzt öffnet sich eine hellere Aussicht. Der polnischen Regierung werden die Talente, an denen Posen so reich ist, sich nicht entziehen, und die in Kunst, Wissenschaft und — Verschwörungen vertiefsten Polensöhne werden eine praktische Schule durchmachen in diesem polnischen Staatsdienst. Wo soll aber das posensche Ministerium residiren? In Gnesen. Doch dann müßte zugleich ein Statthalter ernannt werden? Wir stehen in diesem Punkte den Polen selbst verwirrungen. Möge man zu Berlin sich auch über Konsequenzen klar bewußt sein! — — Daß doch die Polen jetzt einfahren, wie diese Organisation eines kleinen Landestheils, an deren Aufrichtigkeit zu zweifeln nicht erlaubt ist, wie dieses kleine konstitutionelle Polen mit allen Segnungen der Freiheit und der Bildung sie die wahrhafte Wiedergeburt Polens mehr Bürgschaft leistet, als alle Rüstungen und Verschwörungen von 1830 bis 1846! Die preußische Politik hat Polens Schicksal in der Polen Hand gelegt. Jetzt ist Polen in der That seines Schicksals Schmied!

**Oesterreich.** Wien, 5. Mai. Gottlob! Die gute deutsche Sache hat wenigstens zur Hälfte in Wien gesiegt. Von den sieben gewählten Abgeordneten für Frankfurt sind drei für den engen, einigen Anschluß an Deutschland und drei für die vierte (Hrr. v. Andrian) ist ein Patriot im vollsten und ehrlichsten Sinn des Wortes, so daß wir Nichts gegen ihn haben, auch wenn er dem unbedingten Beitritt zu einem deutschen Bundesstaat nicht das Wort reden sollte. Auser den drei Wahlen, deren Resultat Sie bereits kennen, wurden gestern noch gewählt: als Abgeordete die HH. Oberst Mayer, Josef Würth, Mösring, Frhr. v. Andrian; als Ersatzmänner die HH. Dr. Egger, Hartmuth, Quala, Perthaler. Dr. Slatka, einer der verdientesten Männer Wiens, und Friedrich Hebbel, der Dichter, haben Aussicht in deutschen Kreisen Posens gewählt zu werden, wo an passenden Kandidaten ziemlich Mangel herrschen soll. Hrr. v. Arbeitern ist provisorisch in alle Stellen Frequentirenden eingetreten. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß ein vollständiger Wechsel der Personen und des Systems in Bälde folgen wird. Pillersdorff hat bei sehr vielen ehrenwerthen Eigenschaften doch weder Energie, noch Arbeitskraft, noch Redegabe genug, um im Angesicht des neuen österreichischen Parlaments die Geschäfte zu führen. Der designirte Minister des Aeußern möge ein bestimmtes Programm über Oesterreichs auswärtige Politik veröffentlichen, wird laß allgemein laut. (A. Z.)

Der Pr. Staatsanz. meldet, daß der Kaiser das auf die Güter der Familie des Fürsten Adam Czartoryski gelegte Sequester aufgehoben hat.

Nach den jetzt eingelaufenen amtlichen Berichten hat die Armee in Italien in dem fünftägigen Kampfe von Mailand und in den bis zum 27. April stattgefundenen Gefechten an Todten 206 Mann, darunter 6 Officier, an Verwundeten 369 Mann, darunter 18 Officiere, an Vermißten und der abgefallenen italienischen Mannschaft (an deren Treubruch nur 2 Officiere Theil nahmen) 15,937 Mann verloren; wozu noch 687 Pferde und eine in Cremona von den Rebellen überfallene Kavalleriebatterie von 6 Kanonen kommen.

Innsbruck, 6. Mai. Heute fand die Wahl des Deputirten zur Frankfurter-Versammlung von Seite des ersten Wahlbezirks (Innsbruck, Wilten, Miedres, Steinach und Stetzing) Statt. Sie fiel mit 56 Stimmen von 95 Stimmgebenden auf Dr. J. Schuler, fürstlichen Archive und Hauptredakteur des Tirolerboten.

**Preußen.** Berlin, 7. Mai. Man liest im Pr. Staatsanzeiger: Die Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen gehen das teuerigst Bild der dortigen gänzlich aufgelösten Zustände, in denen die k. Truppen nur unter den größten Opfern Kampfmuth die Ruhe wiederherzustellen suchen. Viele polnische Oberst haben ihre Kontingente von Sensenmännern und zum Theil Jägern, die sich zu Ueberfällen und Hinterhalten nach Vorschrift vereinigen oder dem Hauptkorps auf kürzere oder längere Zeit sich anschließen. Tagtäglich sind Ueberfälle und Gefechte, stets mit Verlusten auf beiden Seiten. Vorgestern und gestern ist in Buk gekämpft worden, das zuletzt von unsern Truppen behauptet worden ist. Heute früh hat ein Ueberfall auf Obornik stattgefunden; da man aber gestern von dem Plane des Feindes unterrichtet war, ist sofort ein starkes Detachement zur Unterstützung hingeschickt worden. Bei dieser Lage der Dinge, und da man Ursache hat, auf Posen selbst eine Unternehmung zu befürchten, so dürfte nicht mehr gezögert werden, das Belagerungszustand zu verkündigen. Zugleich hat der k. Kommissär, General von Pfuel, folgendes Manifest erlassen, welches den deutlichen Beweis liefert, wie sehr die k. Regierung bemüht ist, selbst in dem Augenblick, wo ihre Aufgabe ihr von der polnischen Bevölkerung selbst so unendlich erschwert wird, ihren gegebenen Verheißungen Erfüllung zu sichern, während sie zugleich mit allem Nachdruck den Zustand des Friedens herzustellen bemüht ist, den die ruhigen Einwohner zu fordern ein Recht haben:

Manifest. Se. M. der König haben mich nach Posen gesandt, um die Reorganisation der Provinz nach den in der Allerhöchsten Kabinetsordre vom 26. April l. enthaltenen Bestimmungen einzuleiten. Diese Reorganisation setzt vor Allem Ruhe und Ordnung im Lande voraus; dagegen finde ich überall den vollständigsten Austrieb, angeregt durch die allergnädigsten Gesinnungen für Religion und Nationalität. Der dringenden Lage der Verhältnisse angemessen, ist dahre von den obersten Behörden der Provinz das Martialgesetz erlassen worden, welches ich, kraft meiner Vollmacht, bestätige. Um indessen der irregeleiteten polnischen Bevölkerung den Beweis zu geben, wie ernst es dem Könige mit der baldigsten Erfüllung seines gegebenen Versprechens ist, so soll desselben Vollzug sofort der Anfang mit der Organisation derjenigen Kreise gemacht werden, welche als rein polnische zu betrachten sind. Die Demarkationslinie der Theilung soll indessen noch vorlagt werden, so daß über diejenigen Kreise, in welchen eine Theilung stattfindet, einstweilen noch nicht bestimmt worden wird, um vor der definitiven Feststellung alle etwa noch hervortretenden Wünsche beider Nationalitäten in gehörige Erwägung nehmen zu können. Diese Vergünstigung soll aber auch in den übrigen Kreisen überall da, wo die Lokalität oder die Verhältnisse es gestatten, die möglichste Berücksichtigung finden, und wird der Anfang der Reorganisation darin bestehen, daß unverzüglich für die bezeichneten Kreise Gnesen, Wreschen, Schroda, Schrimm, Kosten, Pleschen, Adelnau, Schildberg, mit Ausnahme der Stadt Kempen, eine besondere polnische Regierung eingesetzt werden wird, mit deren Zuziehung sämmtliche Administrationszweige geordnet werden sollen. Posen, 5. Mai 1848. Der k. Kommissär. General der Infanterie, v. Pfuel.

Digitized by Google

Die näheren Details über die Vorfälle in Buk gibt der folgende Bericht des die Unternehmung dorthin beschligenden Majors Brerz: Am 4. d. M. früh 1½ Uhr rückte der Hauptmann von Boenigk mit der 8ten und der Hälfte der 3ten Kompagnie des 18ten Infanterie-Regiments in Buk ein. Es hatte sich eine Bürgerwache konstituirt, da die 8te Kompagnie des 7ten Landwehr-Regiments dorthin am 3. d. M., Abends 8 Uhr, Buk verlassen. Auf die Versicherung der hiesigen Bürgerwache, Ruhe und Ordnung zu erhalten, quartierte der rc. von Boenigk ein und soll nur eine schwache Wache etablirt haben. Gegen 4 Uhr früh, den 4. d. M., wurde er von den Insurgenten überfallen und die Soldaten von ihren polnischen Wirthen theilweise entwaffnet und niedergehauen. Sämmtliche Offiziere waren eine kurze Zeit von den Insurgenten gefangen; da machten 10 Soldaten, worun die meisten Polen, einen entschiedenen Angriff, trieben die Insurgenten zurück und befreiten ihre Offiziere. Es gelang, die Leute nunmehr zu sammeln, in der ungefähren Stärke einer Kompagnie. Der Hauptmann von Boenigk griff die Rebellen an, vertrieb sie aus der Stadt und behielt diese bis gegen 11 Uhr Mittags, wo er auf die Nachricht, daß immer neue Insurgenten-Banden anziehen, Buk verließ und seinen Rückzug nach Pinne antrat. Todte Soldaten sind 6, blessirte 16. Unter den Ersteren wurden gestern früh einem Manne die Augen von den Rebellen ausgestochen, und erst gegen Abend verschied der Unglückliche. Ein Gendarm aus Buk brachte die Anzeige von dem gegen den rc. von Boenigk unternommenen Ueberfall an den Major von Brerz nach Grätz. Sofort entsendete er um 7 Uhr früh die 7. Kompagnie des 18. Infanterieregiments zur Unterstützung des von Boenigk. Gegen 10 Uhr ging in Grätz die Nachricht durch deutsche Bauern ein, Buk wäre sehr stark von den Insurgenten besetzt, die Truppen niedergemacht oder gefangen, sämmtlich entwaffnet. Dies bewog den Major, Generalmarsch schlagen zu lassen und gegen Buk zu marschiren. Um halb zwölf Uhr Vormittags verließ er Grätz. Das dritte Bataillon 18ten Landwehr-Regiments in Rakwitz benachrichtigte den Major von der Lage der Sache und ersuchte ihn, Grätz zu besetzen. Dies ist gestern Nachmittag 4 Uhr geschehen und die Ruhe in Grätz nicht gestört. Hinter Opalenitza vereinigte sich der Major Brerz mit der vorausgesandten Kompagnie und ging mit allen Vorsichtsmaßregeln gegen Buk vor, auf ein blutiges Gefecht vorbereitet. Die Insurgenten räumten indeß die Stadt und zerstreuten sich nach allen Gegenden. Der Widerstand war schwach, die Truppen wurden beschossen, die Schützen nahmen die Stadt. Der hiesige Vikarius stellte sich unweit der katholischen Kirche mit Sensenmännern unserer Landwehr entgegen und wurde erschossen. Außerdem sind bis jetzt 38 Leichen aufgefunden, die theils in dem Morgen-, theils in dem Nachmittags-Kampf geblieben sein mögen. Buk ist von den Insurgenten vor ihrem Abmarsch gänzlich ausgeplündert; viele Weiber waren mit herbeigezogen und schleppten die geraubten Sachen mit fort. Nur sehr wenige Einwohner sind zur Zeit in Buk, es flüchtet was flüchten kann. Alle Gegenden umher sind in Aufruhr, es ist ein Krieg, es ist ein Morden; Blut um Blut. Die Insurgenten in Stenszewo sind übrigens dieselben, welche den Ueberfall auf Buk unternommen und sich in Kloster Gorka gelagert hatten. Der Ueberfall ist, so weit es sich übersehen läßt, vom Oberst von Riegolewski geleitet. Ebenso hat Eugen von Szczaniecki, welcher im Gefecht als Gefangener eingebracht ist, den Ueberfall thätig geleitet. (gez.) Brerz.

**Königsberg**, 30. April. Der Magistrat und die Stadtverordneten haben nachstehende Dankadresse erlassen: „Des Königs Majestät hat am 14. d. M. dem gerechten und dringenden Verlangen der Deutschen an den zehn Grenzkreisen des Großherzogthums Posen gewillfahrt und deren Aufnahme in den deutschen Bund zu veranlassen beschlossen. Mit einem großen Theile der gedachten Kreise durch mutte und neuere geschichtliche Bande in einem engeren provinzialen Verhältniß, als alle übrigen Landsassen der Monarchie, erachten wir es für Pflicht, Einem hohen Staatsministerium die volle Befriedigung und den innigen Dank dafür auszusprechen, daß es der Krone zu diesem entscheidenden Schritte gerathen hat. In Uebereinstimmung mit den Ueberzeugungen und Wünschen auch unseres Landestheiles hat Dasselbe der Versorgnis dadurch für immer ein Ende gemacht, mit welcher unsere deutschen Brüder in den posenschen Grenzkreisen, gleich uns, den Entschließungen der Regierung entgegensahen. Königsberg, 26. April 1848. Der Magistrat. Die Stadtverordnetenversammlung."

**Posen**, 5. Mai. Heute ist folgende Proklamation des Generals von Colomb und des Oberpräsidenten von Beurmann erschienen: „Nachdem des Königs Majestät in Allerhöchstihrer Gnade den politischen Gefangenen vollständige Amnestie gewährt, nachdem im Vertrauen auf die Folgen dieser Gnade die Kabinetsordre vom 7. März 1846 für diese Provinz außer Wirksamkeit gesetzt, nachdem endlich die erbetene Reorganisation in vollem Maße bewilligt worden ist, durfte erwartet werden, daß die Zustände der Provinz rasch wieder in ihr ruhiges Geleise zurückkehren werden. Dieses Vertrauen ist vollständig gerechtfertigt. Die früheren mannigfachen Uebergriffe sind bis zu fast allgemeiner Landesbewaffnung ausgedehnt und so weit getrieben worden, daß bewaffneter Widerstand gegen die Königlichen Waffen aufgetreten und derselbe in nicht wenigen Fällen zum bewaffneten Angriffe gesteigert worden ist. Die Ruhe und das Wohl der Provinz, welche uns anvertraut und welche wir zu erhalten verpflichtet sind, haben durch alle Schonungen, welche wir bisher dahin eintreten ließen, nicht gesichert werden können. Wir können, wollen wir uns nicht schwerer Verantwortlichkeit aussetzen, es hierbei nicht ferner belassen, wir dürfen die Machinationen Einzelner nicht länger mit ansehen, wenn wir das Leben und die Existenz Vieler nicht auf das Spiel setzen wollen. Wir sehen uns deßhalb veranlaßt, die Bestimmungen der Kabinetsordre vom 7. März 1846 sofort mit der Publikation dieses Erlasses wieder in Kraft treten zu lassen, und indem wir diese wie folgt 1) Wer einen bewaffnet im Angriffe oder im Widerstand gegen die bewaffnete Macht, die Obrigkeit oder deren Abgeordnete ergreifen, insgleichen wer bei Aufreizelung Unserer Unterthanen zum Aufstande oder bei Vertheilung von Waffen zu diesem Zwecke auf frischer That betroffen wird, soll vor ein jedes Mal durch den kommandirenden General ausgeordneten Kriegsgericht, bestehend unter dem Vorsitze eines Stabsoffiziers aus drei Hauptleuten, drei Unteroffizieren und einem Auditeur, gestellt und mit der Todesstrafe des Erschießens belegt werden, die sogleich nach gefälltem und von dem kommandirenden General bestätigtem Urtheil zu vollstrecken ist. 2) Dem kommandirenden General steht die Befugniß zu, die Vollstreckung des Todesurtheils zu suspendiren und an Uns zu Unserer weiteren Entschließung zu berichten — zur öffentlichen Kenntniß bringen, geben wir uns der Hoffnung hin, daß die Verführungskünste einzelner Böswilligen an dem guten Sinn der Einwohner der Provinz scheitern und sie uns nicht in die harte Lage bringen werden, diese strengen Maßregeln zur Ausführung bringen zu müssen. Posen, 5. Mai 1848. Der kommandirende General des 5. Armeekorps. von Colomb. Der Oberpräsident von Beurmann."

**Posen**, 5. Mai, Abends. Der Fr. O. P. A. B. meldet man von hier: Wie bereits gemeldet, ist gestern Nachmittag der kommandirende General Pfuel hier angekommen. Daß er mit ausgedehnten Vollmachten versehen ist, offenbart sich schon heute, als in aller Frühe das Standrecht für das ganze Großherzogthum Posen proklamirt worden ist. Somit ist der äußerste Schritt erfolgt, und Falle die Insurgenten nach jetzt noch die Waffen nicht niederlegen, dürften wir entsetzliche Scenen zu gewärtigen haben. Aber es ist kaum zu hoffen, daß die angeordnete Maßregel jetzt noch zur Rückkehr der Ruhe führen werde, vielmehr dürfte ein völliger Vernichtungskampf die Folge davon sein. Heute früh ist bereits eine neue Schreckensbotschaft hier eingegangen, bei deren Erzählung sich das Haar sträubt. Zur Sicherheit der 2—3 Meilen von hier entfernten Stadt Buk war eine Kompagnie Infanterie dorthin abgesandt; diese ist nun in der verflossenen Nacht, theilweise in den Quartieren, von den Insurgenten überfallen und zum großen Theil niedergemetzelt worden; wie es heißt, sollen heute circa 80 Mann! Dem Kriegsschauplatze fehlen heute alle Nachrichten, da die Insurgenten alle Depeschen auffangen; Mieroslawski soll sich nach Gnesen gewandt haben. — Heute Vormittag ist man hier bereits zu einer sehr ernsten Maßregel geschritten: man hat mehrere der einflußreichsten Polen verhaftet, darunter Graf Titus Dzialynski, Graf Poninski, Gutsbesitzer von Trefo, Weinhändler Lorenz u. K. — Unser Stadt ist auch heute noch ganz abgesperrt, da alle Dörfer ringsum in Aufstande sind.

**Bromberg**, 3. Mai, Abends 6 Uhr. Soeben erhalten wir eine Schrecken verbreitende Nachricht aus Mongrowitz. In Loplenno, einem Städtchen bei Mongrowitz, wurde in dieser Nacht Sturm geläutet. Der Ruf erscholl: Nach Gnesen! und in kurzer Zeit war die ganze männliche (nur polnische) Bevölkerung im Marsche dahin, um den Insurgenten beizustehen; wo will das hinaus! Gnesen wird sich bei einer solchen Macht der Insurgenten nicht halten können, und wehe dann den armen Deutschen und Juden! — (Voss. Z.)

**Baiern**. München, 6. Mai. Die Vorstellungen, welche die königl. baierische Regierung in Betreff des Gebäudsuhrverbots an die österreichische Regierung richtete, haben den Erfolg gehabt, daß von der letzteren Freipässe für alle 5000 fl. Konv.-M. nicht übersteigenden Baarsendungen nach Baiern zugesagt wurden, welche erweitelich zur Deckung bloß seitiger Forderungen privatrechtlicher Natur und zur Zahlung von Zinskoupons österreichischer Staatspapiere bestimmt sind. Zur Erleichterung des Grenzverkehrs, namentlich an der tirolischen

Digitized by Google

Grenze, sind noch besondere Verfügungen bereits an die Zollämter ergangen. Zugleich spricht die k. k. Regierung in der diese Mittheilungen enthaltenden Note an die k. k. baierische Regierung die Hoffnung aus, daß sie noch vor Ende Junius im Stande sein werde, das Geldausfuhrverbot ganz wieder aufzuheben. (A. Z.)

Regensburg, 5. Mai. Heute Mittags ist die erste Marschkolonne der angekündigten österreich. Truppen (10,000 Mann), ein Bataillon vom k. k. Infanterieregiment Wellington, 1400 und einige Mann stark, dahier eingetroffen und in die Quartiere vertheilt worden. Morgen geht dieselbe wieder ab. (K. Z.)

**Sachsen.** Leipzig, 7. Mai. Zu der konstituirenden Versammlung in Frankfurt a. M. wurden gewählt: In Leipzig: zum Abg. Herr Robert Blum, zum Ersatzmann Dr. Wuttke; in Neustadt bei Stolpen: zum Abg. Dr. Schaffrath, zum Ersatzmann Dr. Joseph.

**Hannover.** 4. Mai. Unsere Wahlen zur Nationalversammlung sind jetzt zum größeren Theile bekannt und im Ganzen sehr gut und würdig ausgefallen; ungemein charakteristisch ist es, wie man fast überall auf solche Männer gegriffen hat, deren Verhalten während der Verfassungsbehörde eine Bürgschaft für ihr entschiedenes Auftreten gibt. Bei einzelnen solcher Namen möchte man fast meinen, es sei die Wahl nur aus einer Art Pietät darauf gefallen, bei andern haben die Wähler offenbar durch die Wahl eines jüngeren Namens sich selbst ehren wollen. Neue Namen findet man sehr wenig darunter und was darunter ist, scheint kaum allzuviel zu versprechen. Wir wollen die einzelnen Wahlen, soweit wir solche kennen, nach den Landdrostein aufführen: 1. Landdrostei Hannover. 1r Bezirk: Deputirter Syndikus Theodor Meyer zu Lüneburg — Ersatzmann Rev. Nicol zu Hannover (tritt, da Meyer in Lüneburg gewählt worden und dort annimmt, als Deputirter ein). 2r Bezirk: Dep. Hofrath Dahlmann — Ersatzmann Rath Wachsmuth (tritt als Dep. ein, da Dahlmann die Annahme der Wahl im 14. Bezirk zugesagt hat). 3r Bezirk: Deput. Justizrath a. D. v. Bothmer — Ersatzmann Syndikus Dr. Theod. Meyer zu Lüneburg (hier wird wohl eine neue Wahl nöthig werden, da v. Bothmer, im 17. Bezirk gewählt, die Annahme der Wahl zugesagt haben soll und der Ersatzmann Meyer im 1. und 13. Bezirk als Dep. gewählt worden). 4r Bezirk: Dep. Magistratsassessor Dammers zu Nienburg — Ersatzmann Justizrath Brünck zu Hannover. 5r Bezirk (noch unbekannt). 11. Landdrostei Hildesheim. 6r Bezirk: Dep. Professor Zachariä zu Göttingen, jetzt zu Frankfurt als Vertrauensmann, — Ersatzmann Justizr. Hugo zu Göttingen. 7r Bezirk: Dep. Dahlmann — Ersatzmann Justiz. Hugo, der nun als Dep. eintritt. 8r Bezirk: Dep. Justizr. Lüntzel zu Hildesheim — Ersatzmann Justizr. Oberg daselbst. 9r Bezirk: Dep. Prof. Arens zu Brüssel (politischer Flüchtling) — Ersatzmann Assessor a. D. Winter. 10r Bezirk (noch unbekannt). III. Landdrostei Lüneburg. 11r Bezirk: Dep. Hofrath Albrecht zu Leipzig, einer der Göttinger Sieben, — Ersatzmann Dahlmann. 12r Bezirk (noch unbekannt). 13r Bezirk: Dep. Syndikus Theod. Meyer zu Lüneburg — Ersatzmann Schopratb Merkel zu Hannover. 14r Bezirk: Dep. Dahlmann, der dieß Wahl seiner Zusage gemäß annehmen wird, — Ersatzmann Justizrath Schmidt zu Celle. 15r Bezirk: Dep. Justizr. a. D. v. Bothmer — Ersatzmann Oekonom Schmidt zu Fallingbostel. IV. Landdrostei Stade. 16r Bezirk (noch unbekannt). 17r Bezirk: Dep. Geh. Kabinetsrath Rose a. D. zu Braunschweig — Ersatzmann Landrath Lang zu Verden (Präsident 2r Kammer). 18r Bezirk: Dep. Kaufmann Droege zu Bremen — Ersatzmann Kaufmann Meyer daselbst. 19r Bezirk (noch unbekannt). V. Landdrostei Osnabrück. 20r Bezirk: Dep. Kaufmann Brüning zu Osnabrück — Ersatzmann Assessor Oehlkers zu Melle. 21r Bezirk: Dep. Advokat Buddenberg zu Berlenbrück (Generalsyndikus 2r Kammer) — Ersatzmann Advokat Detmold zu Hannover (tritt als Dep. ein, wenn Buddenberg, wie es heißt, die Wahl nicht annimmt). 22r Bezirk (noch unbekannt). 23r Bezirk (noch unbekannt). VI. Landdrostei Aurich. 24r Bezirk (noch unbekannt). 25r Bezirk: Dep. Konsul P. Brons zu Emden — Ersatzmann Magistratsassessor Brückner daselbst. 26r Bezirk (noch unbekannt). Man darf sich über das Resultat dieser Wahlen im Ganzen nur freuen, zumal wenn man bedenkt, wie durchkreuzlich gering die politische Durchbildung unsres Landes noch ist. Daß von allen Kandidaturen und deren Sinnesgenossen bis jetzt kein Einziger gewählt worden, darf nicht weiter auffallen, wird aber hoffentlich für die Bremer Blätter eine Veranlassung sein, nun auch einmal gegen jenen Kondeputirten-Unsinn von der Preßfreiheit Gebrauch zu machen. — Im 10n Bezirke sind, wie die Hannov. Ztg. meldet, gewählt zum Abgeordneten Dr. v. Reden zu Berlin, zum Ersatzmann Prof. Ahrens zu Kniestedt. (Br. Z.)

**Baden.** †† Karlsruhe, 9. Mai. Wie gestern Beschwerden gegen den Kriegszustand, die Zahl und die Last der Truppen, so wurden heute in der zweiten Kammer Klagen gegen die Verhaftungen angeblich Unschuldiger und über die Behandlung der Gefangenen in Bruchsal laut. Hierzu gab die Vorstellung eines der Gefangenen, des Schriftverfassers Reich von Mühlheim, Anlaß; daß dieser und Andere Briefe erhalten, Briefe und Vorstellungen schreiben, daß sogar über zu langsame Beförderung ihrer Schreiben durch die Post geklagt wird, spricht hinlänglich für die Art, wie sie behandelt werden. Der Minister dagegen ist der Meinung, daß es schlimmer als die Strässlinge behandelt werde, daß der Aufruhr hätte vermieden werden können, wenn die Beamten dem Volke bekehrend zugesprochen hätten, daß das Verbrechen, wenn ein solches vorliege, nicht aus niederigen Beweggründen, sondern blos aus der Verschiedenheit der politischen Ansichten hervorgegangen, daß die Zellen in Bruchsal feucht und kalt seien, daß die Vernehmung von 4—500 Gefangenen nicht nach §. 15 der Verfassung innerhalb zweimal 24 Stunden vorgenommen werden u. s. w. Die Abgg. Metz und Brentano erheben schwere Anklagen gegen das Verfahren bei den Verhaftungen (in Freiburg nach dem Sturm), wobei sogar Soldaten verwendet worden seien, und zingen zum Theil noch viel weiter als der Bittsteller selbst. So fand es Brentano unbegreiflich, daß die Gefangenen in die neue, noch unbewohnte Strafanstalt in Bruchsal gebracht worden seien, während im ganzen Lande kein besserer Ort zu finden ist. Die Abgg. Schmitt, Perthaler, Jittel, Lamey, Zenner, Baum u. A. führten das Uebertriebene auf den wahren Werth zurück, stimmten aber auch für die Ueberweisung der Eingabe an das Staatsministerium, damit für Sichtung der Gefangenen und Beschleunigung der Untersuchung gesorgt werde. Die Ansicht der Mehrheit geht dahin, daß die Rädelsführer schnell abgeurtheilt, die Verführten mit Nachsicht behandelt werden möchten, und es ist zu erwarten, daß demgemäß verfahren werde. — Daß statt Siegeslieder der Anarchisten Klagestimmen ertönen, daß sie, wie es sich gebührt, Vertheidiger finden, anstatt Ankläger aufzutreten, die schwerlich nach Gesetz und Verfassung klagen und die Gefangenen mild behandeln würden, dagu kann sich das ganze Land Glück wünschen.

Freiburg, 8. Mai. Heute sind die Hofgerichtsadvokaten v. Weissenek und Heunisch, Handelsmann Schlesser und Traiteur Schofer hier verhaftet und in das städtische Gefängniß gebracht worden. (D. Z.)

* Der Wesers. wird aus Frankfurt geschrieben, die beiden Mannheimer Blätter, die „Volkszeitung“ und die „Abendzeitung“ seien an einem Polizeiverbot entschalten; diese Angabe bedarf der Berichtigung. Unser Preßgesetz vom 28. Dec. 1831, das seit dem 1. März d. J. wieder in Wirksamkeit gesetzt ist, verlangt, daß der verantwortliche Redakteur einer in Baden erscheinenden Zeitung ein badischer Staatsbürger sei; die Redakteure der Volkszeitung waren es nicht, und es wurde somit nur eine Bestimmung des Gesetzes erfüllt, über deren sonstigen Werth man denken mag, wie man will. Ebenso hat, so viel wir wissen, die Abendzeitung wegen mangelnder gesetzlicher Ordnungen aufgehört; die Kaution, die unser Preßgesetz bestimmt, wurde von dem Kautionssteller zurückgezogen. Alle weitern Reflexionen des Korresp. der Weserzeitung fallen daher weg; von einer Reaktion der Petitzigemalt kann hier die Rede nicht sein, höchstens wäre zu bedauern, daß die Regierung nicht mitten im Sturme und der Gefahr daran gedacht hat, gesetzliche Bestimmungen zu vollziehen. Ihr aber nachsagen, daß sie jetzt noch brendigtem Aufrufe bestehende Gesetze verletze, blos um die Volksbewaffnung und die Abendzeitung zu unterdrücken, heißt ihr doch eine große politische Armseligkeit zutrauen.

Coburg, 7. Mai. Eben lese ich in Nr. 128 der Leipziger Zeitung, daß in dem würtembergischen Wahlbezirke Heidenheim als Ersatzmann Rötinger, welcher die Wahl in die konstituirende Nationalversammlung für einen anderen würtembergischen Wahlbezirk angenommen hat, der alte Staatsminister von Wangenheim in Kobura gewählt worden ist, und daß von dessen Ablehnung die Vornahme einer neuen, vielleicht auf Strauß fallenden Wahl abhängt. Wangenheim war auch im hiesigen Herzogthume zum Abgeordneten in Vorschlag gebracht, hat aber im Voraus erklärt, daß er die Wahl „wegen Abnahme seiner physischen und intellektuellen Kräfte“ nicht annehmen könne. Es ist gewiß für viele Ihrer Leser von Interesse, nachstehende Erklärung des hochbejahrten, vielerfahrenen Staatsmannes zu vernehmen. Ich theile sie Ihnen mit dem Wunsche, daß der Wahlbezirk Herrenberg nach der Ablehnung Wangenheims nicht säumen möge, durch die Wahl des Dr. Strauß das Würtemberger Volk vor der Schande zu bewahren, daß es seinen größten Denker von der ersten deutschen Reichsversammlung fern hält. Wangenheim sagt unter Anderm in der Erklärung:

„Würde ich mich nun jene hohe Sendung bewerben, so würde ich

Digitized by Google

natürlich zuerst nachzuweisen suchen, daß ich nicht erst seit 1849, vielmehr schon seit dem November 1847 bis zum August 1823, in und außerhalb der Bundesversammlung, Gedanken, die in die heutige Gegenwart reichen, ausgesprochen und unter den ungünstigsten Verhältnissen dafür auch gehandelt, nicht ohne allen Erfolg gewirkt, gelitten und darüber am Ende meine ganze staatsmännische Wirksamkeit in noch rüstigem Mannesalter verloren habe. Es würde daraus hervorzugangen sein, daß ich in allen wesentlichen Principien, wie sie der auch von mir hochverehrte, charakervolle Dr. Eisenmann in seiner Hauptschrift: „Ideen zu einer deutschen Reichsverfassung" entwickelt, übereinstimme. Nur da weiche ich von ihm ab, wo er einseitig Baiern ist, und diese Einseitigkeit ihn verleitet, die Würde des Bundesoberhauptes zwischen Preußen, Oesterreich und Baiern wechseln zu lassen; denn da, wo er durch die Art, wie er diesen Staatsrath aus dem Kreis der Fürsten hervorgehen läßt, sie so unbedingt nothwendige Einheit in den Functionen zersetzen spaltet." Dann am Schluß: „Ich weiß, was die Schultern vermögen und was sie weigern. Ich bin ein hochbejahrter Greis, fühle meine physischen und intellectuellen Kräfte merklich abnehmen, mein Sprachorgan hat seine dauernde Kraft mehr und mein Gehörsinn ist abgestumpft. So muß ich pflichtmäßig die ehrende Aufforderung meiner lieben Mitbürger ablehnen. Anerkennung ist ein Bedürfniß der sittlichen Natur des Menschen; dieses haben Sie befriedigt und dafür bleibt Ihnen mein treugefühlter Dank. (Hätte das Gesetz über die Wahlen nicht unbegreiflicherweise die Nothwendigkeit der Wahl eines Erlaubmannes ganz aus dem Auge verloren, ohne Anstand würde ich dem Freiherrn von Gagern dazu meine Stimme gegeben haben.)"

**Schleswig.** Die Verhältnisse gegen Alsen sind dieselben geblieben; die Vorposten gegen Sonderburg haben in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai viel Geräusch von dorther, besonders das Fahren von schwerem Fuhrwerk: auf der Straße von Sonderburg nach Augustenburg herumommen, welches auf einen theilweisen Abzug der Truppen von Alsen hindeuten scheint.

**Rendsburg**, 4. Mai. Die Auflösung der Freikorps ist wiederum stirt. Prinz Friedrich hat in einer Proklamation ihnen seine Zufriedenheit mit ihrem Muthe und ihrer Ausdauer zu erkennen gegeben und erklärt, daß sie seiner Ueberzeugung nach auch ferner dem Vaterlande von großem Nutzen sein würden.

**Rendsburg**, 6. Mai. Die „Schlesw.-Holst. Z." veröffentlicht folgende Erklärung der prov. Regierung: „An die Bewohner der Landdistrikte im nördlichen Schleswig. Es ist zu unserer Kunde gekommen, daß in dem nördlichen Schleswig durch mehrere Personen die wahrheitswidrigsten Nachrichten verbreitet sind, um die dortigen Landleute über die Landesangelegenheiten und namentlich über die Folgen eines Anschlusses des Herzogthums Schleswig an den deutschen Bund, aufs Aergste zu täuschen. Durch diese Vorgänge fühlen wir uns veranlaßt, gegenwärtige Ansprache an die Bewohner der nördlichen Landdistrikte zu erlassen. Als durch eine Volksbewegung in Kopenhagen die gewaltsame Trennung Schleswigs von Holstein und die Einverleibung Schleswigs in das Königreich Dänemark mittelst gemeinschaftlicher Verfassung angekündigt wurde, und unser Landesherr, in der Gewalt einer den Herzogthümern feindlichen Partei und von aufgeregungenen Ministern umgeben, nicht mehr nach freiem Entschlusse hinsichtlich der Herzogthümer handeln konnte; da blieb dem schleswig-holsteinischen Volke zur Aufrechthaltung der Landesrechte und der Selbständigkeit beider Herzogthümer kein anderes Mittel übrig, als dem feindseligen Angriffe der im Königreich Dänemark sich erhebenden Partei die Gewalt der Nothwehr entgegen zu setzen. Nicht Auflehnung und Empörung gegen den rechtmäßigen Landesherrn war es, als mit großer Bestimmung von allen Seiten die provisorische Regierung die Leitung der Staatsangelegenheiten übernahm; es geschah dieses vielmehr lediglich zu dem Zwecke, die Rechte des schleswig-holsteinischen Volkes und des Landesherrn gegen feindliche Angriffe zu vertheidigen, die Ruhe und Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten. Es ist niemals unsere Absicht gewesen, die Regierung in den Herzogthümern Schleswig-Holstein ihrem rechtmäßigen Landesherrn zu entreißen, willkürlich einen andern an seine Stelle zu setzen; nur im Namen des rechtmäßigen Landesherrn haben wir die Regierung übernommen und fortgeführt. Es ist eine arge Unwahrheit, wenn die Behauptung verbreitet wird, daß es auf Unterdrückung einzelner Volksklassen, namentlich des Landvolks abgesehen sei. Alle Stände, alle Klassen des Volks in dem größten Theile beider Herzogthümer haben sich mit großer Bereitwilligkeit und mit entgegenkommendem Vertrauen der provisorischen Regierung angeschlossen. Namentlich verdanken wir dem Bauernstande sowohl in den Aemtern und Landschaften als in den Gutsdistrikten die thätigste Mitwirkung für die Sache des Landes. Die möglich größte Freiheit aller Volksklassen, so weit sie immer nur mit gesetzlicher Ordnung bestehen kann, ist das Ziel unseres Strebens; die Freiheit des Bauernstandes, auf welche unser Land stolz war, wird durch eine freie Landesverfassung nur befestigt und erweitert werden können. Nicht minder falsch ist die Behauptung, daß eine Unterdrückung der dänischen Sprache im nördlichen Schleswig zu befürchten sei. Wie wir schon in unserer Ansprache vom 28. März d. J. dargelegt haben, wird Jeder, mag er deutsch oder dänisch reden, sich in seiner Freiheit des gleichen Schutzes zu erfreuen haben. Der Anschluß des Herzogthums Schleswig an den deutschen Bund wird nur dazu dienen können, die Freiheit in jeder Beziehung festzustellen. Die Unterdrückung einer Sprache ist unverträglich mit der Sache der Freiheit, und jede Befürchtung in dieser Beziehung beruht auf Täuschung und Irrthum. Unsere Sache und die Sache des ganzen Deutschlands ist die Sache des Friedens. Nur um den Frieden zu erzwingen, haben Schleswig-Holsteins Bewohner zu den Waffen gegriffen, sind die Truppen des deutschen Bundes uns zu Hilfe gezogen. Sind wir nur Alle unter uns einig, so wird hoffentlich bald unser schönes Land wieder der Segnungen des Friedens im reichen Maße sich erfreuen. Mitbürger! Jahrhunderte lang haben Schleswigs und Holsteins Bewohner von der Königsau bis zur Elbe treu und fest zusammengehalten in Glück und Unglück, haben festgehalten an dem Rechte des Landes, an der innigen Verbindung beider Herzogthümer. Als wir uns bedroht sahen mit einer gewaltsamen Trennung, als den Einwohnern des Herzogthums Holstein alle möglichen Verheißungen ertheilt wurden, haben die Holsteiner sich nicht irre machen lassen durch die schönsten Versprechungen, haben Gut und Blut daran gesetzt, das alte Band aufrecht zu erhalten und ihren schleswigschen Brüdern gegen feindlichen Angriff beizustehen. Laßt Euch daher nicht irre machen durch bodhafte Umwahrheiten, laßt Euch nicht klager von denjenigen täuschen, welche von Dorf zu Dorf ziehen, um Euch gegen Euere Landsleute aufzuhetzen, Euch Mißtrauen und Haß gegen Euere deutsch redenden Brüder einzuflößen. Schließt Euch vertrauensvoll dem übrigen schleswig-holsteinischen Volke an, und die segensreichen Folgen gesetzlicher Freiheit und Ordnung werden sich, wie über das ganze Land, so auch über die Gefilde Euere Gegend verbreiten. Rendsburg, 5. Mai 1848. Die provisorische Regierung. Beseler. Reventlow. M. Z. Schmidt. J. Bremer. Th. Olshausen".

**Hamburg**, 6. Mai. Die Börsenhalle berichtet: In einer außerordentlich zahlreichen Versammlung im großen Saale der Börsenhalle erklärten die Herren Sieman und J. C. Godeffroy heute, daß im Vertrauen auf die Mitwirkung von ganz Deutschland die ersten vorbereitenden Schritte zur Errichtung einer Kriegsmarine von ihnen eingeleitet, daß ihnen von Seite unseres Senats die willfährigste Erklärung bei diesem Unternehmen geworden, Schutz und Hilfe zugesagt, und daß die Erreichung des großen Zieles nicht mehr zweifelhaft, wenn ganz Deutschland sich einer Sache annähme, welche mehr denn eine die Sache von ganz Deutschland ist. Die Versammlung bot ein wahrhaft erhebendes Bild; ein elektrischer Funke bewegte alle Herzen bei dem energischen, mehrfach durch Jubel der Hallen und der Einstimmigkeit unterbrochenen Vortrag der Hn. Godeffroy, und die lebhaftesten Zeichen der Anerkennung wurden den Ehrenmännern, welche durch ihr Auftreten ein Verdienst um ganz Deutschland sich erworben haben, zu Theil, als sie ihren Aufruf mit der Erklärung bekräftigten, daß jeder von ihnen ein Kauffahrteischiff für die erste deutsche Marine zur Verfügung eines Komites gestellt, welches zur Herbeiführung des großen Zieles sich gebildet. Die Aufforderung zur Herbeischaffung der erforderlichen Geldmittel wurde mit wahrem Enthusiasmus aufgenommen und die zur Unterschrift ausgelegten Bögen waren rasch mit Unterzeichnungen bedeckt.

**Frankfurt**, 8. Mai. 49. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 8. Mai 1848. In der 47. Sitzung hatte der preußische Gesandte den Antrag gestellt, zur Widervergeltung des von Dänemark auf deutsche Schiffe gelegten Embargo auch auf die an deutschen Küsten oder in deutschen Häfen befindlichen dänischen Schiffe Beschlag zu legen. Hierauf wurde heute beschlossen, daß die Bundesversammlung zwar eine solche Maßregel anzuordnen das volle Recht habe, jedoch den einer derartigen allgemeinen Verfügung abhalten wolle und sich vorbehalte, bei den in Aussicht stehenden Verhandlungen darauf zu dringen, daß Dänemark für den verursachten Schaden vollen Ersatz leiste. Ein Schreiben des Zuschauer-Ausschusses, wonach in mehreren zum deutschen Bunde gehörigen Theilen von Oesterreich die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung verweigert werden, sowie ein den gleichen Gegenstand betreffender Antrag des großh. hess. Gesandten wird dem Revisionsausschuß zugewiesen. Auf einen An-

Digitized by Google

tag, daß allgemeine Volksbewaffnung schleunig in's Leben gerufen werden möchte, wurde beschlossen, demselben auf den Beschluß vom 18. April hinzuweisen, wonach die Regierungen bereits aufgefordert worden seien, mitzutheilen, welche Anordnungen in dieser Beziehung getroffen worden. Auf eine Mittheilung des Fünfziger-Ausschusses über den in dessen Sitzung vom 4. Mai wegen der exekutiven Bundesgewalt gefaßten Beschluß wurde auf den Antrag des würtembergischen Gesandten beschlossen, Folgendes zu erwidern: Die Bundesversammlung hätte erwarten dürfen, daß der Fünfziger-Ausschuß, bevor er den Beschluß vom 3. Mai über die vorläufende Gewalt des Bundestages zum Gegenstand einer Berathung machte und eine Mittheilung darüber an die Bundesversammlung beschloß, die Veröffentlichung des amtlichen Bundesprotokolls oder eine vollständige Mittheilung desselben, zu welcher bereits Einleitung getroffen war, abgewartet und nicht auf einen außeroffiziellen Zeitungsartikel seine Einsprache gebaut hätte. Die Bundesversammlung hat den fraglichen Beschluß, zu welchem der erste Vorschlag aus ihrer Mitte hervorging, im reinsten Gefühl, dem deutschen Vaterlande einen Dienst zu leisten, selbständig gefaßt und als Motiv hierzu angeführt, daß auch der Fünfziger-Ausschuß das Bedürfniß eines koncentrirteren und wo es nöthig ist, beschleunigte Thätigkeit entwickelnden Organes anerkannt habe. Zur vorläufigen Einsetzung dieses Organes die erforderlichen Einleitungen zu treffen, fand sich die Bundesversammlung, da solche lediglich ein Auftrag ihrer gesetzlich bestehenden Autorität sein soll, und demselben keine andern Befugnisse übertragen werden sollen, als solche, welche ihr nach der allseitig anerkannten gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Ordnung zustehen, vollkommen befugt. Wenn der Fünfziger-Ausschuß von der Voraussetzung ausgeht, daß die Bundesversammlung hierbei an den von ihm unterm 27. April gefaßten Beschluß irgendwie gebunden sei, so kann man hierin nur eine Verkennung der Stellung des Fünfziger-Ausschusses und der der Bundesversammlung gegenüber den Regierungen zukommenden Befugnisse erblicken; und indem die Bundesversammlung ihr Bedauern ausspricht, daß bei den nach ausdrücklichem Beschluß des Fünfziger-Ausschusses veröffentlichten Verhandlungen desselben so maßlose Angriffe eines seiner Mitglieder vorkommen konnten, wie solche in öffentlichen Blättern zu lesen sind, muß sie die Protestation des Fünfziger-Ausschusses gegen den gesetzmäßigen Gang dieser Angelegenheit entschieden zurückweisen. — Schließlich wird ein Schreiben des Generals v. Meagel über das fegerische Eindringen der Deutschen in Jütland verlesen.

**Frankfurt**, 8. Mai. In den heutigen Berhandlungen der 17 Vertrauensmänner am Bundestage wurde die Stellung der beigeordneten Männer des Vertrauens von Neuem zur Sprache gebracht und beschlossen, die hohe Bundesversammlung zu benachrichtigen, daß mehrere von ihnen, welche sich mit Urlaub von hier wegbegeben, ohne besondere Aufforderung nicht zurückzukehren beabsichtigen und andere, welche als Mitglieder der konstituirenden Nationalversammlung gewählt sind, nach deren Eröffnung nicht mehr in ihrer Stellung als Beigeordnete der hohen Bundesversammlung zu bleiben wünschen, daß also, falls die hohe Bundesversammlung oder die resp. Regierungen einen Werth darauf setzen, daß die Beigeordneten noch vollzählig an etwaigen Berathungen über den Verfassungsentwurf Theil nehmen möchten, die geeigneten Maßnahmen zur Ersetzung der fehlenden Mitglieder in Zeiten zu treffen sein würden. Der Berichterstatter gab sodann Kenntniß von dem Inhalte einer Adresse vieler der achtbarsten Bürger der Stadt Köln (unter welchen namentlich mehrere der ersten Gerichts- und Verwaltungsbeamten, der angesehensten Kaufleute und Aemtlite der Stadt) mit der an die Männer des Vertrauens gerichteten Bitte, die Anerkennung etwa vielmehr die förmliche Garantie der Neutralität des Königreiches Belgien durch den deutschen Bund bei der hohen Bundesversammlung zu ermitteln. Dieses Gesuch spricht die Bewunderung der gegenwärtigen Lage und Stellung Belgiens aus, welches mit beispielloser Ruhe und Festigkeit den Sturm bestehe, von welchem ganz Europa erschüttert sei. Der Grund dieser glänzenden Auszeichnung wird in der Verfassung und ihrer Garantie, in der musterhaften Thätigkeit der Regierungs- und Volksorgane, sowie in dem Siege der bürgerlichen und kirchlichen Freiheit über die Sonderinteressen gefunden. Die aus diesen Betrachtungen entspringende Hochachtung und Dankbarkeit, verbunden mit sonstigen nachbarlichen Sympathien, motivirt den Wunsch der Kölner, daß Belgiens Neutralität ohne Verzug durch den deutschen Bund garantirt werde.

Die anwesenden beigeordneten Männer des Vertrauens fanden den in dem Gesuche der Kölner ausgesprochenen Wunsch durch die gegenwärtige völkerrechtliche Stellung Belgiens zu dem deutschen Bunde allerdings vollkommen begründet. In den Verträgen von 1831 und 1839 ist die beständige Neutralität Belgiens von den fünf Großmächten förmlich gewährleistet worden. Eine solche ausdrückliche Garantie der Neutralität von Seite des deutschen Bundes hat aber bisher noch nicht stattgefunden. Derselbe hat nur Oesterreich und Preußen im Jahre 1839 beauftragt, bei der Londoner Konferenz Namens seiner, des Bundes, zu erklären, daß er den Artikeln der Separationsakte vom 15. Oktober 1831, welche die Territorialverhältnisse des Königreichs Belgien und die immerwährende Neutralität desselben betreffen, seine Zustimmung gebe, und diese Zustimmung wurde von den dabei betheiligten Mächten acceptirt. Eine förmliche und ausdrückliche Garantie dieser Neutralität hat von Seite des Bundes seitdem nicht stattgefunden. Außer der Rücksicht auf die großen Verbindungen Gr. Maj. des Königs der Belgier um den Frieden und die Ordnung Europa's und namentlich Deutschlands boten sich mehrere andere Gründe zur Unterstützung des vorgebrachten Verlangens dar, welche theils aus den allgemeinen völkerrechtlichen Verhältnissen, theils aus den nachbarlichen Beziehungen, theils aus der Erhebung des deutschen Bundes zur europäischen Großmacht hervorgingen. Aus diesen Gründen wurde beschlossen, das Gesuch der Bürger Kölns im Hinblick auf die zu erwartenden offiziellen Schritte der belgischen Regierung der hohen Bundesversammlung zur recht baldigen Berücksichtigung auf das Dringendste zu empfehlen. (B. B.)

## Schweiz.

† **Zürich**, 6. Mai. Die Lyoner Blätter bringen einen Tagsbefehl des Generals Oudinot vom 27. April an seine Division der Alpenarmee, der wohl geeignet ist, die Aufmerksamkeit Deutschlands auf sich zu ziehen. Es heißt darin, indem von den früheren Thaten der Franzosen in Italien, wo sie mit Italienern nebeneinander kämpften, gesprochen wird: „vielleicht werden bald wieder neue Bande eine unsern Erinnerungen so theure Waffenbrüderschaft schließen". Das ist als offizielle Sprache recht deutlich und ganz geeignet, der sehr zahlreichen Partei in Deutschland, die schon vom ewigen Frieden der durch die Bande der Bruderliebe vereinigten Völker träumt, die Augen zu öffnen. — Wie weit unsere „Neue Zürcher Zeitung" in ihrem wälschen Patriotismus geht, ist fast unglaublich, indem sie der „A. Allg. Z." (diese und ihr geschätztes Blatt sind „in Gutem wie in Bösem" die einzige Bezugsquelle für das ganze weite Ausland) nachträgt, daß ein ungarisches Blatt in bodenlosem Wahnsinn und freveldhafter Anschweifung zum Menschenmord gegen die unverschuldlichsten Feinde Ungarns aufforderte, zu denen daselbe den Kaiser Nikolaus, den Grafen Stegelment und den Feldmarschall Radetzky (weil er die ungarischen Soldaten zu Freiheitsmördern mache) rechne, tuft sie mit Begeisterung aus: „dieser ungarische Unwille gegen die „Freiheitsmörder" erschient übrigens vernünftigen Leuten jedenfalls weit natürlicher, als die Michelbegeisterung für das ungefährete Tyrol." Wohin führt doch die Leidenschaft den Menschen! Ja bitte Sie: ein redlicher Familienvater mit so und so viel unerzogenen Kindern, seit 1848 verbürgert in dem ehrlichen, follben Kt. Zürich, will feigen, italienischen Menschenmord natürlich finden, weil er daran verzweifelt, daß sich seine lieben Landsleute auf andere Weise der auch von uns verabscheuten Barbarein Radetzky's erwehren möchten? Sei er ohne Sorgen: Oesterreich wird in seinem Kampfe zur Unterdrückung der Lombardei weder von Deutschland noch von Ungarn unterstützt werden; das Uebrige — müssen die Italiener selbst thun. — Gelüstet es freilich die Herren Franzosen nach der schönen Po-Ebene, wie der oben erwähnte Tagesbefehl anzudeuten scheint — dann verändert sich die Sachlage, und Deutschland, und vielleicht auch England, werden dann ebenfalls ein Wörtchen drein zu reden wissen.

**Bern**, 8. Mai. Vor Abgang der Post bleibt mir nur soviel Zeit, um Ihnen mit zwei Worten zu melden, daß heute der Gr. Rath eröffnet worden ist, und noch einer sehr stürmischen Sitzung, in welcher ein unheilbarer Zwiespalt in der Regierung zu Tage kam, Herr Ochsenbein seine Entlassung als Regierungsrath und Präsident des Vororts gegeben hat. Morgen das Nähere.

**Bern**. Der Vorort hat nun Sardinien auf den Allianzantrag geantwortet. Der „Eidgenosse von Freiburg" theilt das Schreiben des Vorortes ganz mit. Wir entnehmen demselben den Hauptinhalt: „Die Eidgenossenschaft, ihrem Ursprunge und den Grundsätzen getreu, welchen sie ihr Dasein und die Stellung verdankt, die sie gegenwärtig einnimmt, anerkennt jeder Nation das Recht der Selbstkonstituirung. Die Eidgenossenschaft hat mit der aufrichtigsten Sympathie die Anstrengungen begrüßt, welche die Völker machen, um die veralteten Formen des Absolutismus zu brechen und die Bahn der Nationalität und Freiheit zu betreten. Die hochherzmüthige Erhebung der italienischen Völkerschaften flößte ihr keine geringere Theilnahme ein, und die Eidgenossenschaft überläßt sich der Hoffnung, daß die neu betretene Bahn das Glück und die Wohlfahrt einer edelmüthigen Nation

Digitized by Google

fördern werde. Demnach bestehen äußere und innere Gründe, welche es der Eidgenossenschaft nicht gestatten, in dem vorgeschlagenen Sinn ein Bündniß mit einem Nachbarstaate einzugehen und einen direkten Antheil an einem fremden Kriege zu nehmen. Nach den ungeheuern Anstrengungen, welche die Schweiz vor kaum sechs Monaten machen mußte, um in ihrem Innern eine die Grundlage ihres Daseins gefährdende Lage zu unterdrücken, dahauf die Eidgenossenschaft der Ruhe, um die Kräfte wieder zu sammeln, die sie nöthig haben kann, um den großen Ereignissen, die sich vorbereiten, die Spitze zu bieten und im entscheidenden Augenblicke nicht unvorbereitet zu sein. Die Ungewißheit, die noch über der Politik schwebt, welche andere Staaten gegenüber Italien in der nächsten Zukunft befolgen werden, gebietet zudem der Schweiz, mit der größten Umsicht zu Werke zu gehen, und dies um so mehr, da die Schweiz, vermöge ihrer geographischen Lage, sich auf Eventualitäten gefaßt halten muß, welche eine positive Mitwirkung von ihrer Seite erfordern können. Die schweizerische Eidgenossenschaft hat sich die Aufgabe gestellt, eine gewissenhafte und strenge Neutralität mitten in dem großen Drama der Nationen zu beobachten. Indem sie diese Aufgabe treu erfüllt, hegt sie das Bewußtsein, den Völkern, deren Kampf begonnen hat, einen bedeutenden Dienst zu erweisen. Denn solange die Alpenpässe geschlossen bleiben, solange ein Einfall in das schweizerische Gebiet unmöglich ist, sind die kriegführenden Parteien nicht in die Nothwendigkeit versetzt, ihre Kräfte zu zersplittern, und sie können dieselben an den bedrohtesten Punkten konzentriren."

ƒ Chur, 7. Mai. Vom Regierungsamt des Fürstenthums Lichtenstein ist dem hiesigen Erziehungsrath die Anfrage zugegangen, es sei in der am 28. April zu Vaduz abgehaltenen Versammlung sämmtlicher Landesabgeordneten einstimmig Hr. Dr. Peter Kaiser, Rektor an unserer kath. Kantonsschule, zum Vertreter des Fürstenthums bei der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt erwählt worden. Zugleich wurde das Gesuch gestellt, es möchte dem Gewählten gestattet werden, diesem ehrenvollen Ruf zu folgen. Der Erz.-Rath hat in Anerkennung der Verdienste des bei uns allgemein geschätzten Mannes dem Gesuch entsprochen, obschon dessen Abwesenheit im gegenwärtigen Momente, da man an eine Vereinigung der beiden Kantonsschulen denkt, sehr bedauerlich wird. Sie werden an ihm einen freisinnigen, aufgeklärten und besonnenen Mitarbeiter an dem deutschen Konstitutionswerke finden.

Uebereinstimmende Berichte von Rom über Civitavecchia, Genua und über Bologna melden Folgendes: Vom Volke gedrängt, Oesterreich den Krieg zu erklären, hat der Papst in einem geheimen Konsistorium am 29. April erklärt, er könne als Oberhaupt der kathol. Kirche, den Söhnen derselben, den Oesterreichern, den Krieg nicht erklären. Die sämmtlichen römischen Truppen seien nur bestimmt gewesen, die Grenzen des Kirchenstaates zu besetzen; wenn sie den Po überschritten haben, so sei dies gegen seinen bestimmten Befehl geschehen. Diese Erklärung brachte die römische Bevölkerung in furchtbare Aufregung. Das ganze Ministerium gab seine Entlassung ein, die angenommen wurde. Die Generalstabschef der Armee und die Municipalität machten dem Papst vergeblich Vorstellungen. Es wurden ihm 24 Stunden Bedenkzeit gegeben. Unterdessen besetzte die Nationalgarde alle Thore. Sie hat den bestimmten Befehl, keinen Geistlichen, welchen Ranges er sei, aus der Stadt zu lassen; selbst den Papst nicht. Sollte Pius IX. dabei beharren, Oesterreich den Krieg nicht erklären zu wollen, so soll er sofort nur als Bischof von Rom angesehen, die weltliche Herrschaft einer provisorischen Regierung übertragen werden. (S. unten „Rom" und die Berichte in der heutigen Beilage.)

## Großbritannien.

London, 6. Mai. Dem Komite des neuen Reformvereins zu Manchester waren bereits am 3. Mai früh nahe 200 Antworten von angesehenen Männern aus allen Theilen des Königreichs zugegangen, worin die zum Beitritt Aufgefoderten meist in entschiedener Weise und unter enthusiastischen Bekräftigungen ihren Anschluß an die neue Bewegung erklären und zugleich versichern, daß in ihren Bezirken Alles für diese Bewegung reif sei. Solche Antworten erhielt das Komité unter andern aus London, Leeds, Halifax, Brafoed, Liverpool, Bristol, Huddersfield, Nottingham u. s. w. Beide einflußreiche Mitglieder für Marylebone, Lord Dudley Stuart (dieser wohl nicht aus angeborenem Radikalismus, sondern weil er zufällig Vertreter eines radikalen Wahlbezirkes ist) und Sir B. Hall, haben ihre Zustimmung ertheilt, Sir B. Hall mit den Worten: „ich werde mich glücklich schätzen, allen Maßregeln eines zweckmäßigen Staatshaushalts und einer heilsamen Reform meine Unterstützung zu geben, und was in meinen Kräften steht, dazu beizutragen, daß diese Zwecke aufgeführt werden, mögen auch die Anregungen dazu herrühren, von welcher Partei sie wollen." In Birmingham wurde am 4. in demselben Sinne im Rathhause eine Versammlung gehalten, welcher viele ehrbare und begüterte Handwerker, dann aber auch eine große Zahl Chartisten beiwohnten, von denen mehrere Anreden an die Versammlung hielten. Das bekannte radikale Parlamentsmitglied Munz beantragte, daß die Versammlung ihre Zustimmung zu den Reformvorschlägen des Vereins erklären wolle, was denn auch geschah; doch verwahrten sich die Chartisten dafür, daß sie das Haushaltungs-Stimmrecht nur als Abschlagszahlung auf das von ihnen gefoderte allgemeine und unbeengte Stimmrecht betrachteten. Ein Herr Douglas beantragte: „Die Versammelten sind der Ansicht, daß diese Reformen am Sichersten dadurch bewerkstelligt werden könnten, wenn sich die arbeitende Klasse mit der Mittelklasse verbände." Angenommen unter dem Eidesschwur weniger Stimmen. Perkins beantragte: „Dieses Meeting macht sich verbindlich, die Mitglieder des Unterhauses, welche Radikalreforme sind, in ihren gesetzlichen und konstitutionellen Bestrebungen zur Durchsetzung eines verbesserten Wahlsystems zu unterstützen." Angenommen, auch von den heftigsten Chartisten. Blythe endlich beantragte, „einen Verein unter dem Namen der Reformleague zu bilden und Vereinsgesetze zu entwerfen." Von der Versammlung angenommen.

## Italien.

* Rom, 1. Mai. Das Zauberwort, welches über Pius IX. Alles vermag, ist in verhängnißvoller Stunde von einem alten Prälaten ausgesprochen worden und hat seine ganze Gewalt entfaltet. Es heißt „Gewissen." Bei Nennung desselben erwacht er wie ein Nachtwandler aus dem Schlaf, in welchen ihn der süße Gedanke an verantwortliche Minister eingelullt hat, und nun setzt er Alles auf das Spiel. Karl Albert, die gute Sache, das Kriegsglück, Alles ist an die Magie seines Namens geknüpft, und gerade diesen will er im Moment der Krisis zu wahren suchen. Jetzt wird nun auch von der Fortschrittspartei Alles daran gesetzt, ihn noch zu gewinnen. Die Minister kommen sammt und sonders um ihre Entlassung ein. Es scheint sie anzunehmen, denn Kaed. Ferretti wird mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Corsini wird von Seite der Stadt ihm zugesandt, er beharrt auf seiner Erklärung, daß er den Krieg nicht wolle, weil er ihm ein Gräuel sei, weil er zwischen den Kindern der Kirche geführt werde. Die verschiedenen Klubs versammeln sich in dem Saal des Kasino's der Fauste, man berät sich über die eventuelle Errichtung der provisorischen Regierung, die Civica hält unterdeß die Thore besetzt und läßt selbst Spaziergänger nicht hinaus, man dreht mit den Nezze di Catene, d. h. mit einem wohlarrangirten Blutbad. Diese schöne Aussicht mag das Herz der Kardinäle, die bis spät in die Nacht auf dem Quirinal versammelt gewesen sein sollen, erweicht haben. Diesen Morgen verbreitete sich die Kunde von Konzessionen. Armirung, Reservevereinberufung, Fortsetzung des Kriegs waren indirekt zugestanden worden. Die Minister bleiben dafür verantwortlich. Der Papst mischt sich nicht in diese Angelegenheiten. — „Auf diese Weise", hörte ich einen erfahrenen Geistlichen sagen, „auf diese Weise kann er noch einige Tage länger regieren." — Unterdessen ist Graf Mamiani vom Papst zurückgekehrt, welcher das alte Ministerium beizubehalten sich entschlossen hat. Nur wird statt des Kaed. Antonelli, der nur die geistlich-diplomatischen Geschäfte fortzuführen haben wird, eben jener Graf Mamiani das Präsidium führen. Dem Kardinal, der entschieden wollte, ist angeboten worden und hat auch die Civica Zimmerarrest erhalten. Die ganze heutige Post, soweit sie an Kardinäle adressirt war, ist in den Händen der Civica. Man behauptet, in den Briefen, deren man habhaft geworden ist, deutliche Spuren reaktionärer Bewegungen angezeigt gefunden zu haben. In den Gefängnissen will man 200 Civicacapos vorgefunden haben, mit denen angethan, die Sträflinge auf freien Fuß hätten gesetzt werden sollen. Deßhalb hat man den Hauptschließer selbst in Verwahrung gebracht. — Obwohl man Alles that, die bisherige Regierungsform wenigstens dem Scheine nach aufrecht zu erhalten, so darf doch das gegenwärtige Ministerium schon wie eine Art provisorische Regierung betrachtet werden.

Die Allg. Z. schreibt: Wenn das vorletzte Mailändische Bulletin sagte, durch das Vorrücken der Piemontesen nach Bussolengo sei dem Marschall Radetzky die Hoffnung abgeschnitten, von Tirol her die erwarteten Verstärkungen zu erhalten, so ward diese Voraussage alsbald durch die That widerlegt. Der in Sdtirol befehligende Feldmarschallieutenant Welden eilte bis Verona und zum jenseitigen Etschufer vor, und die Piemontesen machten, ohne daß es zum Treffen gekommen wäre, vorerst wieder eine rückgängige Bewegung.

Digitized by Google

* Berlin. Es ist hier folgender Aufruf erschienen: Der neue Geist, welcher über unser deutsches und preußisches Vaterland aufgegangen ist, hat auch den Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen aus den Banden des Todes, die ihn bereits umfangen hielten, erlöst. Geboren in dem Augenblicke, als das zerknirschte Deutschland sich seiner industriellen Macht bewußt zu werden anfing, erhält er doch erst die Kraft zum Leben jetzt, wo Deutschland seine ganze nationale, aus der Freiheit wiedergeborne Stärke erlangt. Das Recht der freien Vereinigung ist gesichert, die konstitutionelle Regierungsgewalt, wie sie bereitwillig unser Statut bestätigt und unserm Vereine Vertrauen geschenkt hat, wird ihn in den Schranken des Gesetzes frei sich entwickeln lassen, sie wird ihn unterstützen und fördern, um, nachdem die Freiheit errungen, die Wohlfahrt der bisher mit der Noth des Lebens kämpfenden Klassen begründen zu helfen. Die Zoll- und Gedankenschranken, welche die deutschen Bruderstämme noch getrennt hielten, sind gefallen oder werden in Kurzem fallen, die Wirksamkeit unseres Vereins kann sich jetzt in Wahrheit über ganz Deutschland erstrecken. So rufen wir denn mit freudigen Hoffnungen, mit neuer Begeisterung die Brüder in allen Gauen des schönen Vaterlandes auf, an das große Werk zu gehen mit stolzem Muthe, aber auch mit Besonnenheit. Soziale Reformen können nur hervorgehen aus bewußter Einsicht, aus der nur allmählich zu erringenden Umgestaltung der verschiedensten Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mannigfaltigsten, oft sich durchkreuzenden Interessen. Darum, Ihr Männer des Arbeiterstandes, haltet fest an der Einsicht, die — wir hoffen es — in der Mehrzahl von Euch noch lebendig ist, daß nur in friedlichem Wege eine Verbesserung Eurer Lage zu erreichen ist. Bedenket auch, wenn Ihr die neue Freiheit benutzet und zusammentretet, um Euch über Eure Wünsche und Beschwerden zu besprechen, die gegenwärtige Lage derer, von denen Ihr Abhilfe erwartet; bedenket, daß Handel und Gewerbe stocken, und welche ungeheuren Kapitalverluste durch den großen Umschwung herbeigeführt sind; bedenket, daß wir die errungene Freiheit nicht sicherstellen können, wenn wir nicht Alle Hingebung genug besitzen, unvermeidliche Verluste zu tragen. Führet vor allen Dingen Eure Sache nicht gewaltsam, führet sie nicht durch Zerstörung! Das ist nicht der Weg, Eure Lage zu verbessern, sondern zu verschlechtern. Die öffentlichen Behörden — deß sind wir gewiß — werden überall gewiß Eure Anträge zu hören, Eure Wünsche, so viel in ihren Kräften steht, zu berücksichtigen und zu vermitteln. Habt Vertrauen zu dem neuen Geiste, der durch die Welt geht: seine Macht ist die Macht der Wahrheit und des Guten, seine gewaltige Kraft wendet die Herzen der Bestehenden mehr und mehr Eurem Loose zu, wir vertrauen ihm, wir vertrauen Euch. Wir werden Euch dieses Vertrauen beweisen, indem wir sofort Vorkehrung treffen werden, daß bei unserer Thätigkeit der Rath und die Stimme von Männern und Euer Mitte vernommen werden. Wir fordern die schon bestehenden Lokalvereine und diejenigen, die sich jetzt, wie wir hoffen, in den Städten und Fabrikorten des Vaterlandes bilden werden, auf, ein Gleiches zu thun. Wir wünschen, daß diese Lokalvereine in innigem Zusammenhange mit uns, in möglichst geringer Abhängigkeit von uns stehen. Wir werden nicht unmittelbar eingreifen in ihre Wirksamkeit, aber wir wünschen, daß sie uns in Kenntniß von derselben erhalten, daß sie uns namentlich in Stand setzen, das allgemein Nothwendige und durch die Hilfe der Staatsorgane zu Erreichende kennen zu lernen und durch unsere Vermittlung der Verwirklichung näher zu führen. Im Uebrigen wollen wir, so viel wir vermögen, die Lokalvereine mit unserem Rath und mit unseren Geldkräften unterstützen und für jetzt als Mittel zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Volksklassen folgende bezeichnen und zu ihrer Erwägung und Anwendung anregen:

1) Die geistige und sittliche Hebung der arbeitenden Klassen, die große Sache der Volksbildung wird in dem Kreise unserer Vereinszwecke zunächst durch Fabrikschulen und Bewahranstalten für die Kinder der Fabrikarbeiter, durch Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse in Schriften und mündlichem Vortrage zu fördern sein. Was zur geistigen und sittlichen Erhebung der Handwerker, sowie zur Besserung ihrer gesellschaftlichen Stellung in neuerer Zeit an vielen Orten in den Handwerkervereinen durch mündliche Vorträge, Lesekreise, Gesang und Zeichnungsübungen geleistet worden ist, läßt es dringend wünschenswerth erscheinen, daß die Bildung solcher Vereine immer allgemeiner werde, und daß Aehnliches auch in dem Kreise der in ihren Erwerbsverhältnissen weniger selbständigen Hand- und Fabrikarbeiter geschehe.

2) Zur Begründung einer die Bedürfnisse der Zeit befriedigenden bürgerlichen Stellung der Gewerbetreibenden und Arbeiter halten wir deren korporative Organisation nach ihren gewerblichen Beschäftigungen in allen nicht erst dazu geeigneten Städten, Flecken und Fabeldörfern, wo eine solche noch nicht vorhanden ist, für das dringendste Bedürfniß; die Verfassungen der Handelskammern und der Innungen können dabei im Allgemeinen zum Anhalt dienen. Wir empfehlen dabei eine Hinwirkung auf die Bildung von Gewerbs-Genossenschaften, einerseits der Fabrikanten und Meister, andererseits der Gesellen und Arbeiter oder nach den Umständen aller Angehörigen eines Gewerbzweiges oder einer Fabrik, mit organisch zu wählenden Vorständen und Abgeordneten, welche in periodischen Versammlungen sich über ihre Angelegenheiten berathen. Diese Verbindungen werden zur gemeinschaftlichen Besprechung gewerblicher Gegenstände und Vorschläge, zur Einführung neuer Erfindungen oder verbesserter Verfahrungsarten, zur Anschaffung und Benutzung belehrender Bücher, Zeichnungen oder Modelle, zur Anstellung gewerblicher Versuche, zur Errichtung und Unterhaltung gemeinschaftlicher Anstalten, überhaupt zu jeder Vervollkommnung des Gewerbebetriebs der Genossen die dem Einzelnen fehlende Gelegenheit und Veranlassung darbieten; sie werden die Genossenschaft als Glied des höheren Ganzen der Gemeinde ordnen und heben. Auch empfehlen wir die Bildung von Gewerbegerichten unter Zuziehung von Vertretern der Arbeiter, wie sie am Rhein bereits bestehen. Bei solchen Organisationen wird auch eine verbesserte Stellung der Lehrlinge beim Fabrik- und Handwerksbetriebe durch Sicherung ihrer technischen Ausbildung, ihrer sittlichen und geistigen Erziehung herbeizuführen sein. (Schluß morgen.)

= München, 5. Mai. Die hier versammelten Ausschüsse sind noch immer mit dem Abfassungsgesetze beschäftigt. Morgen soll es übrigens zur öffentlichen Berathung in der Kammer gebracht werden. In der heutigen öffentlichen Sitzung — es ist die 19. — der Abgeordneten ward von der Kammer der Gesetzentwurf, die Kosten auf die Abordnung zu der Bundesversammlung am deutschen Bunde (?) zu Frankfurt betreffend, so wie ihn die Regierung einbrachte, einstimmig angenommen. Einige Abgeordnete fanden die angesetzten Diäten zu gering; Andere erklärten, sie würden, einmal gewählt, auch ohne Diäten hingehen, da die Thätigkeit der Sache ein solches Opfer leicht bringen lasse. Die beiden Gesetzartikel lauten: Art. 1. Den baierischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde wird für die Reise nach Frankfurt und für die Dauer ihres dortigen Geschäftsaufenthaltes eine Entschädigung der Reise- und Aufenthaltskosten in derselben Art, wie sie den Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten nach Beilage 10, Tit. 2, §. 49 zur Verfassungsurkunde gegeben ist, genehmigt. Die hiedurch entstehenden Kosten werden auf den Reichsrefferofonds übernommen. Art. 2. Der Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. Auch die Reichsräthe hielten heute und gestern öffentliche Sitzungen und beriethen in derselben die Rückäußerungen der Kammer der Abgeordneten in Bezug auf mehrere Gesetzentwürfe. Mehrere Redner äußern sich mit großer Freimüthigkeit, ja Fürst Wallerstein schießt gewöhnlich noch mit seinen freimüthigen Aeußerungen weit über die Gesetzentwürfe hinaus. Nur die Geistlichkeit und einige ultramontane Ruinen suchen sich nach der Bewegung der Zeit, freilich macht- und wirkungslos, entgegenzustemmen. So sochten diese bei Berathung des Gesetzentwurfes einige Abänderungen des Strafgesetzbuches von 1813, betreffend die Aufhebung der Pedgerstrafe, an, woraus ihre Humanität gewiß am Besten ersichtlich ist. Die Bevölkerung ist ruhig. Auf gestern war übrigens ein Krawall angesagt, im Falle das Bier nicht um 5 Kr. (die Maß) ausgeschenkt würde. Es waren daher alle militärischen Maßregeln zur Dämpfung desselben getroffen. Auch hieß es, man wolle die Republik ausrufen u. dergl. mehr. Es kam übrigens an keinem Orte der Stadt eine Ruhestörung vor. Ich meine Zeitlang glaube, daß die Münchener jedenfalls eher des Bieres als der Republik wegen einen Krawall anfangen dürfte. Die Republik hat dahier ein ganz kleines Terrain, aber ein um so größeres Bier Sambrinus. Seine Anhänger sind Legion.

## Frankreich.

Paris, 6. Mai. Wir haben den Verfassungsentwurf von Lamennais bereits erwähnt; derselbe ist vom „National" mit Beifall aufgenommen worden, und enthält Eigenthümliches genug, um das Interesse mehr als vorübergehend festzuhalten. In den allgemeinen Grundsätzen und Rechten, die Lamennais für das französische Volk feststellt, wird sein Entwurf mit den übrigen, die etwa aufkommen sollten, ohne Zweifel übereinstimmen; er will eine demokratische Republik, also diejenige Staatsform, über die sich ohne Zweifel die Nationalversammlung in den bevorstehenden Verfassungsberathungen ver-

Digitized by Google

einigen wird. Er will allgemeines Stimmrecht, eine gesetzgebende Nationalversammlung, die auf drei Jahre gewählt wird, einen durch die ganze Nation gewählten Präsidenten als Träger der Exekutivgewalt, progressive Steuern und vieles Andere, was ohne Zweifel auch andere Entwürfe mit dem Lamennais'schen gemein haben werden. Das eigentliche Charakteristische in der Arbeit des berühmten Pamphletisten ist die Art, wie er die Verwaltung der Republik feststellt, und gerade hier ist er offenbar konsequenter als die meisten Sprecher und Organe der französischen Demokratie. Gegenüber der Centralisation, wie sie durch die erste Revolution, das Kaiserreich, die Restauration und das Julikönigthum in fortwährender Steigerung begründet, wie sie durch die provisorische Regierung nach allen Seiten hin diktatorisch ausgebeutet worden ist, erhebt Lamennais entschieden seine Stimme für Decentralisation; Gemeinden und Provinzen sollen recht demokratisch reorganisirt und neu belebt, die ganze Beamtenhierarchie zerbrochen und bis in die Ministerien hinauf das populäre und demokratische Element verbreitet werden. Lamennais will, daß nicht nur die Gemeinde-, sondern auch die Provinzialverwaltung durch Volkswahlen geübt werde; er will also die erdrückende Centralisation und den bis ins Kleinste gehenden Präfektenbeispotismus aufgehoben sehen. Sogar in die Ministerien soll dieses volksthümliche Element der Wahlen eingeführt werden; dem Minister sollen je zwei Vertrauensmänner aus dem Volke zur Seite stehen, um eine Art Kontrole über ihn zu üben. Ueber die praktische Zulässigkeit dieses letzten Punktes wollen wir uns hier nicht weiter auslassen; das Uebrige ist jedenfalls von Bedeutung, und es wird in den Provinzen seinen Eindruck nicht verfehlen, daß ein so guter Name wie Lamennais ein Mal für die Lösung der centralisirenden Bande die Stimme erhoben hat.

In der „Presse" hat C. Girardin sein willkürliches oder unwillkürliches Schweigen gebrochen; er scheint entschlossen, seine Opposition gegen die neuen Gewalten fortzusetzen. In dem leitenden Artikel von heute hebt er hervor, wie der Name Republik keineswegs hinreiche, um alle innern Schäden des Staatswesens zu verbannen; er gibt die Bedingungen an, unter denen er den neuen republikanischen Einrichtungen zugethan sein werde. „Es lebe die Republik, sagt er, ja; aber unter der Bedingung, daß es nicht die Gährung aller schlimmen Leidenschaften, sondern im Gegentheil der Antrieb sei für alle edlen Gedanken. Es lebe die Republik, ja; aber unter der Bedingung, daß die niedere Eifersucht durch den edlen Wetteifer verdrängt werde. Es lebe die Republik; aber nur unter der Bedingung, daß es die Freiheit sein wird, nicht der Despotismus. Es lebe die Republik, ja; aber unter der Bedingung, daß der Kredit und die Wohlthabenheit kommen werde, nicht der Bankerott und der Verfall. Es lebe die Republik, ja; aber unter der Voraussetzung, daß es die Erhebung der Demokratie sein wird, und nicht die gewaltthätige Herrschaft der Demagogie. Es lebe die Republik, ja; aber nur, wenn sie nicht den Verfall Frankreichs bringen wird. Es lebe die Republik, ja; aber unter der Bedingung, daß nicht ein aufgerichtetes Schaffot seinen ungerührten Thron erhebe. Es lebe die Republik, ja; aber nur, wenn nicht der Krieg auf jede Gefahr dem Frieden um jeden Preis folgt. Es lebe die Republik, ja; aber nur unter der Bedingung, daß nicht dieselben Mißbräuche verewigt und verstärkt sein werden, höchstens mit dem einen Unterschied, daß die Unterschriften geändert sind. Es lebe die Republik; aber nur dann, wenn der Geist des Fortschritts siegen wird über den Geist der Routine und des administrativen Widerstands. Es lebe die Republik, ja; aber unter der Bedingung, daß die Gleichheit nicht zur Erniedrigung, die Freiheit nicht zur Unterdrückung, die Brüderlichkeit nicht zur Lüge, die Republik nicht zu einem leeren Worte werde, zu einem trügerischen Deckmantel, einem Handel der Betörten, wo die Aeltern in der Arbeit, d.h. die Thätigkeit, nicht etwa ihr Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht verkaufen würden, sondern ihr Linsengericht für das Stimmrecht."

Paris, 7. Mai. Ehe man hier sehr wenig über den Schluß der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung nachzutragen. Nach Lamartines Vortrag folgte Ledru Rollin, über seine Amtsthätigkeit Rechenschaft ablegend — er erhob sich mit Lebhaftigkeit gegen die gehässigen Angriffe und Verleumdungen, denen er seit drei Monaten ausgesetzt gewesen sei, und erklärte: er habe nur einen Zweck im Auge gehabt, den Sieg der Revolution zu sichern und die Ordnung zu erhalten Er ward, wie Lamartine, einige Male von Beifall unterbrochen, und Cremieux, Rechenschaft über seine Verwaltung des Justizministeriums ablegend. Dann L. Blanc und sprach über die große Frage der Organisation der Arbeit; er wurde mit der größten Aufmerksamkeit, wenn auch mit geringerer Sympathie angehört. Weniger Aufmerksamkeit fand der Bericht Carnots über das Unterrichtsministerium. Bethmont legte seinen Bericht über die Staatshaaten nieder, ohne ihn zu lesen, und der Vortrag von Garnier-Pagès über die Finanzen mußte wegen allzugroßer Ermüdung des Ministers unterbrochen werden. Nachdem die Versammlung beschlossen hatte, Abends und heute keine Sitzung zu halten, um sich und den aufs Aeußerste erschöpften Ministern einige Ruhe zu gönnen, und nachdem der Polizeipräfekt Caussidière erklärt hatte, die Ruhe der Stadt sei vollkommen gesichert, ward die Sitzung um 6¼ Uhr aufgehoben.

Die vollständigen Berichte der verschiedenen Minister wird der Moniteur mittheilen; wir werden dann auf das, was in diesen umfangreichen Aktenstücken von Belang ist, zurückkommen. Ledru Rollins Verstheilungsgesetze machte einen gewissen Eindruck; die Oppositionsblätter machen sich lustig über die Empfindlichkeit, womit der angebende Staatsmann von sich und nur von sich geredet hat. Das Journal des Débats bemerkt bitter: Hr. Ledru Rollin ist sehr undankbar; man will aus ihm durchaus einen großen Mann machen, und er nimmt es nicht an.

Die Montag-Abendsitzung der Nat.-Vers. verspricht einen interessanten Wahlkampf. Es wird in ihr die neue Regierung gewählt, die nun bis zur definitiven Verfassungsannahme regieren soll. Zahlreiche Intriguen entspinnen sich von allen Seiten. Ein Theil will Lamartine, Arago und Marie als Triumvirat, ein anderer Theil Lamartine, Arago, Marie, Bethmont und Marrast als fünfköpfiges Gouvernement; ein dritter Theil endlich will eine rein revolutionäre Regierung, bestehend aus Ledru Rollin, L. Blanc, Flocon, Albert a. s. w. Daß dieser letztere durch das Votum der Versammlung nicht bestellt werden wird, läßt sich mit Gewißheit voraussehen; vielleicht zieht man aber, um zum Ziele zu gelangen, den Weg der Gewalt dem legalen vor.

Auf den motivirten Antrag des Generals Lamoricière soll das Nationalvertheidigungscomité die Wiederaufrichtung der Festungswerke von Ihinngen beschlossen haben.

Das Haus Rothschild hätt in diesem Augenblick hier einen finanziellen Kongreß — die Repräsentanten der Häuser Rothschild in London, Frankfurt, Neapel und Wien sind versammelt, um mit dem Chef des Pariser Hauses die Maßregeln zu berathen, durch die der schwer bedrohte europäische Kredit wieder hergestellt werden könne.

## Italien.

Der Monitour parisien bringt die Nachricht, daß in Rom am 1. Mai eine Emeute ausgebrochen sei, weil der Papst sich geweigert hatte, Oesterreich den Krieg zu erklären. Das Ministerium sei abgetreten, und es habe sich eine provisorische Regierung gebildet, die dem Papste 24 Stunden Zeit gegeben habe, in dieser Hinsicht einen Entschluß zu fassen. — Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß die italienischen Nachrichten der französischen Blätter stets mit Vorsicht zu gebrauchen sind; daß jedoch Etwas im Werke war, beweist auch der nachstehende Brief aus Rom:

* Rom, 29. April. Der Uebergabe der an den Papst zu richtenden Adresse scheint sich der Polizeiminister Galletti mit der Versicherung in den Weg geskellt zu haben, er werde dafür sorgen, daß die Kriegserklärung in Zeit von drei Tagen erfolge. Man hat nämlich dem Volke die Sache so vorzustellen gewußt, daß, so lange der Krieg nicht von Seite des Papstes erfolgt sei, die Freiwilligen sowohl als die regulären Truppen wie Räuberhorden betrachtet und behandelt werden würden. Zu solchem Zweck hat man den Tod des venezianischen Landschaftmalers Caffi mannigfach aufgeschmückt und das Gerücht verbreitet, daß die österreichischen Truppen alle Gefangenen ohne Ausnahme erschössen. Andererseits hat der neue Finanzminister Prinz Simonetti den Wünschen nach rascher Veröffentlichung der Kriegsnachrichten Genüge zu leisten gesucht. Er hat sofort eine Staffettenverbindung zwischen hier und Ferrara angeordnet und gleichzeitig zur Bildung von Kriegsdomité's die Hand geboten. Die Listen derer, welche freiwillige Kriegsbeiträge geliefert haben, sind an den Ecken angeschlagen. Die Summe derselben beläuft sich nahe an 32,000 röm. Scudi. — Heut verkünden die Bulletins den Zusammentritt eines geheimen Konsistoriums, welchem der Papst die gegenwärtigen dringenden Zeitverhältnisse vorlegen zu wollen scheint.

Verantwortlicher Redakteur **G. Gervinus.**

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim. — Druckerei von **G. Mohr** in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner & Kop., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder werden uns sich an H. N. Nieratzke in Grenzburg Nr. 29 Breite, Posthof Nr. 29 Neue Dame de Nemours.

# Deutsche Zeitung.

Die Postexpeditionen besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 132. Heidelberg, Freitag 12. Mai. 1848.

## Uebersicht.

**Die Dinge im Osten.** — **Wien** (kais. Proklamation). Aus Tirol (die Abwehr der Wälschen von der Grenze. Die tirolischen Schützen in Italien. Die Parlamentswahlen). **Berlin** (Ein Gegner Dahlmanns. Abschaffung der körperl. Züchtigung. Resultat der Wahlen. Friedensunterhandlungen). **Ostrowo** (Regungen für Deutschland). **Breslau** (in Krakau ein neuer Gouverneur). **Magdeburg** (Ankunft von Polen). **Königsberg** (Meereise der Kaufmannschaft). **Köln** (Abgeordnetenwahlen; Anträge aus Limburg). **Krefeld** (Abgeordnetenwahl). **Vom Rhein** (die Wahlen; Thätigkeit des Klerus). **Straubing** (der Wahlaufschub erklärt die Wahlen Irrthümlich und Lassalle für nichtig). **Neuenburg** (Anwesenheit Mathys). **Dresden** (Verordnung, in Preßsachen). **Karlsruhe** (Gesetz gegen Steuerverweigerung. Franz. Ultimatum für Oesterreich). **Mannheim** (die Erleichterung der Okkupation zugesagt. Die Werke. Die Wahl ins Parlament). **Heidelberg** (die neue Universität). **Bühl** (Abgeordnetenwahl). **Gießen** (die Wahl zum Parlament). **Schwerin** (Einführung direkter Wahlen und des Nichteinkaufs). **Schleswig** (Ritter Bunsen gewählt. Gericht von dän. Friedensvorschlägen. Vermischtes vom Kriegsschauplatze). **Altona** (Ankunft des Herzogs von Augustenburg). **Kiel** (Ableben des Majors Michelsen). **Hamburg** (Schiffe und Geldsammlung für die deutsche Flotte. Die Depeschen Wrangels und Hasselts). **Lübek** (Parlamentswahl). **Frankfurt** (Protest eines Posener Deputirten gegen die Fünfziger. Danksagungen der Bundesversammlung an den Oberstelherrn in Schleswig. Verhandlungen des Ausschusses).

**Schweiz.** **Bern.** Die Absendung Ochsenbeins. Versöhnung versucht. **Basel.** Lord Minto auf der Rückreise.

**Großbritannien.** **London.** Ein Schreiben des Fürsten A. Czartoryski an den Baron Arnim. Versammlung der Londoner Polenfreunde.

**Italien.** **Rom.** Expektoration des Papstes im Konsistorium.

**Beilage.** **Berlin** (Kampf der Deutschen und Polen. Agitation und Verzweiflung. Niedertrachtigkeit von Deutschen). **Heidelberg** (die Reform der protest. Kirchenverfassung). **Frankreich.** **Paris** (Gerüchte. Die Zusammensetzung der Nationalversammlung. Verhandlungen derselben. Bericht Lamartines. Stürmische Scene über die Wahl der Regierungskommission.

## Heidelberg, 11. Mai.

Der Zustand von Polen, die Beschaffenheit des Volkes, die Verwahrlosung der Bauern, die wüsten Sitten des Adels, das Alles könnte für uns nie ein Motiv sein, weniger für die Freigebung des Landes und die Herstellung des Staates zu stimmen; ja wir wissen nicht, ob es nicht ein Motiv mehr für diese Ansicht wäre. Wenn sich je der Strom der Geschichte entschiedener dem Osten wieder zulenkt, so muß die große Frage zur Entscheidung kommen, ob die slavischen Stämme sich fähig erweisen werden, eine Rolle bei der Civilisirung des Orientes mitzuspielen oder nicht; es muß sich zeigen, will dies sagen, ob die Slaven selbst zum Oriente gehören oder nicht, ob das Werk der Hineintragung fremder Kultur bei ihnen so nöthig sein wird wie bei den Bekennern des Islam, oder ob sie sich aus eigener geistiger Kraft emporringen werden, um eine Stelle neben den europäischen Völkern einzunehmen. Darum reden wir der Herstellung Polens, darum der Emancipation der slavischen Oesterreicher, darum der Befreiung der Donaulande von russischem Einflusse, darum der nationalen Entwicklung von Böhmen und Mähren das Wort. Wir scheuen uns nicht, einen mächtigen, zahlreichen Volksstamm auf die Bahn der freien Mitbewerbung mit Deutschland zu rufen, denn nur in einer großartigen, fortgesetzten Thätigkeit und Kraftübung nach Innen und einem Wetteifer nach Außen wird sich unser Vaterland wahrhaft in den Besitz seiner neuen Errungenschaft innerer Freiheit setzen, um dem Erwerbe äußerer Macht und Bedeutung zu steuern; auf sich selbst isolirt, plötzlich der Ruhe wieder hingegeben, würde es in eine physische Abspannung und Schwäche zurücksinken, wie nach den Befreiungskriegen gegen Frankreich.

Wollen wir aber diese Konkurrenz mit dem befreiten Slaventhum anhalten, so steht es uns allerdings nicht allein zu, sondern es ist unsere entschiedenste Pflicht, auf das Zusammenhalten aller deutschen Elemente ebenso eifersüchtig und sorgsam zu wachen, wie die Slaven von der Weichsel an bis in die Südspitze des Peloponneses gleichfalls thun. Die Grenzscheidung ist nicht möglich: wir müssen in Siebenbürgen und müßten in dem abzutretenden Posen und Galizien Deutsche den fremden Nationen zum Pfande lassen, wir müssen in Preußen und Posen Polen zum Pfande behalten, in Böhmen wird der Kampf dieser Elemente kaum zu schlichten sein. So weit aber eine Abscheidung durch irgend eine überwiegende Bewohner- und Stimmzahl und eine öffentliche Meinung zu erreichen steht, so weit würde sie nach unserer Ansicht auch durchzuführen sein. Wir haben von Anfang an nicht für die Abtretung von ganz Posen gestimmt. Wir waren keineswegs von einer sentimentalen Großmuth bestimmt, die Freigebung der Polen zu verlangen, sondern nur von einem strengen Gerechtigkeitssinne, neben dem dazu noch durchaus das richtig verstandene Interesse beider Theile mitreden sollte. Denn was konnte die Uebung der Gerechtigkeit versangen, wenn Polens neue Existenz damit beginnen sollte, daß ihnen die unwillig unterworfenen Deutschen dasselbe Ungemach bereiten würden, das sie bisher uns bereiteten? Und wäre dies dann strenge Gerechtigkeit, wenn wir den Polen ganz Posen dahingäben, mit allen Deutschen und mit allem dem, was die Deutschen dort geschaffen haben? Vergleiche man doch mit Galizien und dem Königreiche Polen, was aus den preußischen Theilen geworden ist! Es ist deutsches Gebiet durch deutsche Kraft und Arbeit geworden, die die polnischen Wüsten, Oeden und Sümpfe in fruchtbares Land verwandelt, die Verkehr, Gewerbe und Bildung hier begründet haben. Man hat mit Recht gefragt, soll ein Maler, der ein Stück roher Leinwand entwandt hat, gehalten sein, mit dem gestohlenen Gute das Gemälde dahinzugeben, das er darauf geschaffen hat? Er kann nur verpflichtet sein, seine Strafe zu büßen und dem Beraubten die Mittel zu geben, sich ein anderes Linnen zu erwerben. Dazu sind wir bereit zu helfen. Aber das Produkt des deutschen Fleißes und Staatskunsttreibes soll uns bleiben. Und wir sprechen unsere ganze Mißbilligung dessen aus, was in dem Fünfzigerausschusse in Frankfurt irgend in einem undeutschen Sinne zum Nachtheil der Deutschen in Posen gesprochen worden ist, wir schließen uns dem Proteste des Hrn. Kreß vollkommen an und bedauern höchlich, daß in jener Versammlung die unpatriotische Gesinnung eine so laute Stimme hat finden können, die uns gegen Osten unbedacht und nur in einer andern Weise Preis geben will, wie Andere mit allem Bedachte im Westen.

Indem wir darauf bringen, unsere deutschen Brüder in Preußen und Posen, die ihre Deutschheit in einer so energischen Weise ausgesprochen und bewährt haben, mit allen Banden an uns zu knüpfen, sind wir darum nur um so entschiedener für die Hingebung der vorherrschend polnischen Theile. Wir sind noch immer, trotz einzelner Anwandlungen eines Bedenkens, für einen russischen Krieg sehr eingenommen. Und es ist uns durchaus weder befremdend, noch besorglich, daß wir von Truppenbewegungen an der russisch-preußischen Grenze lesen; es ist uns nur erfreulich, daß unser wohlunterrichteter Berliner **Korrespondent, der uns immer von unseren Kriegsgedanken abzubringen suchte, uns jetzt schreibt, der russische Krieg sei vielleicht nicht so fern, wie Viele glauben. Wir nehmen diesen Krieg keineswegs so leichtsinnig, wie es etwa scheinen möchte; wir spielen durchaus nicht muthwillig und leichtfertig weder mit unsern Gedanken, noch mit unsern Worten; wir spiegeln uns nicht leichterfochtene Siege vor und Lorbeern an der Newa wie an der Schlei; wir kennen die Gefahr eines Bündnisses zwischen der französischen Republik und der russischen Despotie und die Folgen eines europäischen Krieges, der sich daran knüpfen kann. Dennoch scheinen uns die großen Motive nicht zu fehlen, vor so großen und gewaltigen Verwicklungen nicht zurückzuschrecken.

Wir glauben nicht an die Möglichkeit, daß die Kraftfülle junger unverbrauchter Geschlechter, die sich in den jüngsten Bewe-

Digitized by Google

gungen offenbart hat, sich wieder so bald zur Ruhe legen werde oder sich so schnell erschöpft habe. Wir sind überzeugt, daß Europa einer langen Reihe von Erschütterungen entgegen geht, die sich je nach Umständen nach Innen schlagen oder nach Außen ablagern können. Wir sind nicht für Bürgerkriege aber wohl für Kriege; wir halten Alles, was geeignet ist, jene Ablagerung der Gährungsstoffe nach Außen zu treiben, nicht für ein Unheil, sondern für ein Wohlthat.

Wir sagten ferner schon oben: wir halten keine Frucht der bisherigen Bewegung in Deutschland für sicher eingethan, solange das deutsche Volk sich nicht im vollen Bewußtsein seiner nationalen Gesammtkraft fühlt. Nicht eher werden die schwächlichen Liebäugeleien mit fremdem Einflusse, die verrätherischen Verbindungen mit dem Auslande, die erniedrigende Selbstverachtung, die sich im Nachahmen fremder Staatseinrichtungen und Maximen ausspricht, die schlaffe Feigheit des Pfahlbürgerthums auf der einen Seite und auf der andern die eitle Gier nach Aufreibung der eigenen Kräfte, der Neid gegen hervorragende Persönlichkeiten aufhören, nicht eher werden sich alle die niedrigen Leidenschaften legen, die ein Vermächtniß der schlaffen Vergangenheit, oder ein Erwerb der überreizten Gegenwart sind, als bis ein großer Krieg seine Ansprache an die starken Eigenschaften der menschlichen Natur macht, das Verdienst und die Charaktergröße zu Ehren bringt und der Nation die Achtung vor sich selber in der Achtung Anderer wiedergibt. Welch einen wohlthätigen Eindruck machte in kleineren Kreisen die wackere Haltung der Truppen schon in ihrer mißlichen Mission im Oberlande Badens! Wie allgemein erwärmend und erhebend war der Eindruck der preußischen Siege in Schleswig! Solche Thaten und solche Nachrichten geben dem Volke die erhöhte Stimmung, die nach großen Dingen, Ordnungen, Einrichtungen und Freiheiten zu Hause ringt, aber ohne die Verstimmung, die Verbitterung und Unzufriedenheit, die das Beste des Errungenen in Ueberspannung und Ueberreizung wieder verscherzt. Solche Thaten, im größern Maßstabe gethan, werden der Nation die Befriedigung geben, die den Boden erst recht bestellt, auf dem ein Staat in Wahrheit gedeihen kann.

Eine solche größere Verwickelung würde auch die Hauptfrage unserer inneren Aufgabe von selber lösen, an deren befriedigende Lösung auf ehenem Wege wir kaum zu glauben wagen. Die Oberleitung der deutschen Dinge in Eine Hand unbeweglich und stetig zu legen, dünkt uns die einzige Bürgschaft für unsere Zukunft zu sein. Eifersucht und Sonderungssucht wird möglicher Weise diese Anordnung verhindern, und noch mehr als dies vielleicht die Unfähigkeit der meisten Menschen, die Gefahren vorauszusehen, das Unzulängliche zu beurtheilen, das in jeder anderen Verfassung gelegen ist. Ein Krieg mit allen Wechselfällen des Glückes wird uns die bessere Ueberzeugung aufdringen, er wird auch den Staat von selbst ins Licht treten lassen, der sich als der geeignetste ausweist, an der Spitze des deutschen Bundes zu stehen.

Was endlich vor Allem für einen Krieg mit Rußland spricht, ist ein Verhältniß, das ihn auf die Länge doch unvermeidlich macht, ob man dafür oder dagegen spreche. Es hieße ganz alle Natur von Menschen und Staatsverhältnissen verkennen, wenn man glauben wollte, Rußland könne und werde in der versprochenen Neutralität beharren. Entweder die Bewegung, in der wir leben, stockt in Folge der ersten Ueberspannung, dann wird Rußland den Moment der Abspannung erspähen, um einen Gegenschlag der Reaktion zu fördern, oder die Bewegung hat ihren Fortgang und wühlt zunächst die slavischen Völkerschaften auf, so wird Rußland mit seinem Widerstande nicht allein seinen nächsten, sondern auch jeden fernsten Feind zu treffen suchen. Auf alle Fälle wird Rußland die Freiheit nicht ruhig an seinen Thoren sich lagern lassen. Und wenn die Politik der Freiheit so klug und entschlossen ist wie die des Despotismus, so sollte sie ihrerseits ebensowenig die Despotie ruhig an den Pforten ihre Reiche lagern lassen. Sie ist nicht gesichert, solange Rußland unbewegt in der vollen Herrschaft über seine rohen Kräfte ist, sowenig als sie gesichert war, solange Oesterreich in Metternich's Banden lag.

Dies sind die Gründe, die uns bewegen, einen russischen Krieg mehr zu wünschen als zu fürchten, obwohl wir in dem deutschen Volk zur Zeit noch keineswegs den lebhaften Instinkt gewahren, der zu solchen großen Entschlüssen selbst die Masse hinantriebe. An Bundesgenossen würde es nicht fehlen. Denn die Bewegungen unter den slavischen, romanischen, griechischen Angrenzern Rußlands bleiben nicht aus. Was in den Donaufürstenthümern vorgeht, ist uns noch mit einem Schleier verdeckt. In Griechenland brennen sich verwirrten Dinge, über die uns einige Andeutungen dorther den Schleier etwas lüften. Verschiedene Parteien regen sich dort, eine Schilderhebung gegen die Pforte zu bewerkstelligen und nebenher die religiöse Fahne dabei aufzupflanzen als Kolmore das Joch der Unterdrückung mit christlichen Griechen und mit muhammedanischen Albanesen gleichmäßig abzuwerfen. Emissaire schleichen in Dorfkatten und suchen vorzuverleiten, man hofft auf den Zaun deutscher Philhellenen und auf die alte Sympathie des Occidents. Durch alle Provinzen scheinen wie verwebt die Fäden einer Verbindung unter den edlen Patrioten zu laufen. Die alten verbrauchten Namen der Maurokordatos und Kokotronis, der Metaras und Deligiannis sind unter diesen jungen Emporkömmlingen ausgestrichen; sie verachten ihre Ränke und die kleine Sphäre des Hofs, in der sich ihr Ehrgeiz umtreibt; sie sprechen in nächtlichen Zusammenkünften von dem Heil des Gesammtvaterlandes, zu dem sie Alles rechnen, was griechische Sprache redet und türkische Knechtschaft haßt. Sie lauern den Zeitpunkt ab in besserer Gedult, als die Polen es verstehen, und sie haben in schlechterer Lage und noch längerer Unterdrückung früher darum mehr ausgerichtet als die Polen und werden es vielleicht wieder. Sie hoffen darauf, daß König Otto noch einmal heller und größer blicken, sich den ihre Spitze stellen und sie in Masse über die Grenze führen werde. Sie sehen diese Zeit jetzt näher gerückt, sie wollen den Zeitgeist hereinlassen und die Freiheit zunächst in die Laube der gedrückten Brüder tragen. Es übt auch dort also die Macht der Bewegung ihr Recht und bald dürfte unser korrespondirender Freund in Konstantinopel nicht mehr Ursache haben, so behaglich von dem Frieden in der Türkei zu sprechen, dieweil sich die Völker weit vornen in dem Westen schlagen. Ob aber der Zeitpunkt gerade jetzt so ganz günstig gewählt wäre? Wenn Rußland in einen Krieg im Westen und Norden verwickelt wäre, so hätte die Türkei ganz freie Hand gegen die Empörer. Es kommt also darauf an, ob man unter den Hellenen die türkische Gewalt oder die russische Intrigue, die in jenem Kriegsfalle allerdings auch abgelenkt wäre, mehr fürchtet, darüber wagen wir nicht zu entscheiden. Gewiß müßte man sich rüsten, nur mit eigenen Kräften zu operiren. Aus Deutschland würde man sich jetzt schwer entfernen mögen. Ein russischer Krieg in Nordwest würde übrigens Eine nützliche Diversion für Griechenland bringen. Die Donaufürstenthümer würden den russischen und türkischen Einfluß zugleich abzuwerfen suchen, und dies böte allerdings eine Handhabe, um auch im Süden noch ein Mal den Haldmond zu erschüttern. Möge dann die deutsche und österreichische Politik klüger spielen als sonst und die Griechen nicht mit philhellenischen Freischaaren, sondern mit Armeen unterstützen.

---

**Oesterreich.** Wien, 5. Mai. Heute erschien nachstehende kaiserliche Proklamation: „Die zu ernsten Gefahren führende Aufregung der Gemüther und die Wünsche aller bei Aufrechthaltung der Ruhe und Gesetzlichkeit betheiligten Bewohner meiner getreuen Haupt- und Residenzstadt fordern mich auf, einige eindringende Worte an meine geliebten Wiener zu richten. Nach der Verwirklichung der in den Tagen des März geäußerten Wünsche, nach der Erfüllung aller Hoffnungen, welche damals gehegt wurden, durfte man ein besonnenes Fortschreiten auf der betretenen konstitutionellen Bahn erwarten. Ganz Europa hat die Blicke auf Oesterreich, auf Wien gerichtet, und nur mit bitterer Enttäuschung würde es einen Rückzauch der errungenen Freiheit von einer Bevölkerung gelibt sehen, die immer den Vorbild der Biederkeit und der wahren Bürgertugend war. Eigenmächtige Schritte, Selbsthülfe und Anmaßung von Amthhandlungen, welche nur den konstitutionellen Behörden angehören, können den Zustand nur verschlimmern, die Verwicklungen nur vermehren und die Unmöglichkeit herbeiführen, den von Drangsalen heimgesuchten Mitbürgern, deren Loos zu erleichtern vor Allem unser gemeinschaftliches Bestreben sein muß, dauernd zu helfen. Jedem Bewohner der Haupt- und Residenzstadt sind die Wege bekannt, welche die aufrechtstehenden Gesetze vorzeichnen, um Beschwerden zur Abhilfe zu bringen, sie mögen gegen Behörden oder einzelne Individuen gerichtet sein. Zusammenrottungen und Gewaltthätigkeit an Personen und Eigenthum können und dürfen nicht geduldet werden, und müssen in einem konstitutionellen Staate durch Zusammenwirken aller zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit berufenen Organe abgewehrt werden. Das Haus des Bürgers und sein Familienleben wird von allen gesitteten Völkern als ein Heiligthum bewahrt und beschützt. Ich wende mich daher mit Vertrauen an den redlichen, selbst unter den schwersten Prüfungen

Digitized by Google

bewährten Sinn der Bewohner meiner Residenz, vor Allem aber an die Nationalgarde und die mit ihr verbundene akademische Legion, und die Bürgerkorps, zu deren schönem Berufe dieser Sitz gehört, und in deren Mitte ich mich stets sicher fühle, und ich erwarte von ihrem Zusammenwirken, daß Ruhe und Ordnung nicht ferner gestört werden, und der ruhige Bürger gegen Angriffe und Beleidigungen willigen Schutz finden wird. Um den traurigen Folgen von Ueberschreitungen des Gesetzes vorzubeugen, wird die in ihrer überwiegenden Mehrzahl trefflich gesinnte Bevölkerung diesen Gütern der öffentlichen Sicherheit in ihren Bemühungen kräftig beistehen, insbesondere aber werden die Gewerbsleute, Fabrikanten und alle Dienstgeber bemüht sein, ihre Arbeitsleute und Untergebenen von fremden Aufständen zurückzuhalten und nachdrücklichst vor den üblen Folgen, welche für sie aus diesen fortgesetzten Störungen des öffentlichen Vertrauens hervorgehen müssen, warnen. Es müßte mich und es müßte jeden redlich Gesinnten mit tiefem Kummer erfüllen, unter dem Schutze von Freiheiten leben, Sicherheit und Ehre ruhiger Bürger bedroht zu sehen. Wien, den 4. Mai 1848. Ferdinand m. p. Der Minister des Innern, Freiherr v. Pillersdorff m. p."

† Aus Tirol, 7. Mai. Seit dem Treffen, das die Tuppeiner Radetzky's aus dem Stellwagen von Mincio hinter die Etsch zurückgedrängt, werden bei und bei Verfassungsfeste wieder Lauter, die Nähe der Gefahr tritt uns härter an den Leib. Man fürchtet, es möchten die Italiener den Feldmarschall angreifen, ehe Nugent zu ihm stoßen kann. Auch der Einfall in Judikarien, im Kons- und Sulzberg wird sicherlich wiederholt. Wir hören bereits von Zusammlung neuer Schaaren, die meistal reguläre Soldaten und Gesindel mit sich bringen wollen. So rufen wir denn unsern Grenzwachen ein ernstliches „Habt-Acht" zu. Es sind jetzt viele wackere Männer auf dem Platz. Die Innthäler schicken ihren Zuzug in herrlichster Landwehr. Es ist eigenthümlich, wie diese Kämpen bojoarischen Stammes mit der Rüstigkeit und Kraft ihrer Gestalten ein rüstiges, lebensfrisches, derbes Wesen — die heitre Streitbarkeit ihres Volks kundgeben in Schritt und Haltung. Die Schützen von Kufstein, Jenbach, Zillerthal — was sind das für schöne Streiterthumen! Von Wiltau kam auch eine Kompagnie rühmlichbekannter Zielschützen, mit ihren marschirten der Landkreis (Fürst F. Schwarzenberg) und Graf Colloredo. Auch alle unsere kampflustige Jugend steht bereits an den Grenzen, die Innsbrucker Studenten und die Wiener unter Adolph Pichler, den Poeten. Die Letztern wollten nicht so allgemein gefallen; sehr Viele, die es seltsam finden, daß sich die jungen Leute in diese Dinge mischen, und von der Begeisterung überhaupt nicht viel halten, fanden Manches zu excentrisch an diesen Patrioten. Man merke ihnen ihren noch ziemlich viel von dem Geist der Wiener Märztage an. Ihre Art habe etwas — Barrikadenstürmerisches, meinen Manche, sie reden auch wahrscheinlich viel von Deutschland und erzählen von den Siegesmarsch ꝛc. Am Ende fingen sie gar Hermann Siems viel verfolgtes Schützenlied, an dem nun Alles buchstäblich wahr geworden ist. Wie dem sei, mit ihren bäuerlichen Kameraden werden sie sich vertragen und ihre Studirgkeit thun sie sicherlich auch. Die Freunde des kanaanitischen Tirols werden noch nachgerade an Mancherlei sich gewöhnen müssen, was ihnen auf Eroem und Amalek zu stammen scheint; z. B. an die ritterlichliche Konstitution. — Noch eins: Radetzky's Aufruf hat uns darum gefallen, weil er so viel Rühmliches sagt von unsern Landesinndern, dem Kaiserjägern. Wir glauben ihm alles das auf ein Haar, denn wir wissen, es sind tüchtige Gesellen und werden dyhalb vom Herrn Marschall auch immer dahin gestellt, wo's Stichhalten heißt. Nun ruft er uns Uebrige auch auf, den Thaten und Mühen haben, wir sollten zu ihm hinabsteigen in die welsche Ebene, er recht viele Tirolerschützen habe, von denen ein Jeder ihm so viel werth sei als ein italienischer König. Bis jetzt hat es der Herr aber nur mit Einem solchen welschen König zu thun und hat wohl noch etliche tausend Kaiserschützen ihm entgegenzustellen; die werden mit dem schon fertig werden, wenn er ihnen nur den rechten Weg zeigt, wo sie ihn finden. Wir Andere kommen, wenn einmal mehr solche Könige zu haben sind; jetzt bleiben wir fein still daheim in Tirol. — Morgen sind die Wahlen für's Parlament nach Frankfurt. So gut, wie anderswo, hoffen wir, fallen sie auch aus; zweifelsohne wird unser Völkleln in seinen besseren Richtungen vertreten sein; die Extreme, scheint uns, bleiben ungangen.

Preußen. ** Berlin, 5. Mai. Ein hiesiger Privatdocent, F. A. Mieter, erriert sich gegen Jakob Grimm, weil dieser für Frankfurt Dahlmann vorgeschlagen hat. Dahlmann, den „Antiquitätenkrämer", den „Deutschland in seinen Parlamenten gar nicht mehr gebrauchen kann", der den Entwurf einer Reichsverfassung in der Hauptsache verfaßt hat, welchen „die 17 Vertrauensmänner dem deutschen Volke vorzulegen gewagt haben"! Der Privatdocent lächtet den armen Dahlmann: „weder Berlin, noch eine andre deutsche Stadt möge ihm ihre Stimme nach Frankfurt geben!" — Vorzugsweise anstößig ist dem bescheidnen Gelehrten die erste Kammer von Fürsten und fürstlichen Stellvertretern. Hier haben Sie einen neuen Beitrag für Ihre politische Psychologie. In jedem Bundesstaat müssen, wenn die Verfassung gelund ist, zwei Organe sein, eines für die Gliederung, also eine Repräsentation der Staaten, das andre für die Einheit, also eine Repräsentation des Volks. Hierin macht keinen Unterschied, ob Republik, ob Monarchie. Der amerikanische Senat repräsentirt die Einzelstaaten. Die Art und Weise dieser Repräsentation der Staaten richtet sich aber nach der Verfassung derselben. Da die deutschen Staaten konstitutionell-monarchische Verfassungen haben, muß auch das deutsche Oberhaus nach diesem Princip zusammengesetzt sein. F. A. Mörker hat das Mißgeschick, sich gerade an dem Unangreifbarsten des Entwurfs vergreifen zu haben. Denn konstitutionelle Staaten als solche können nur vertreten werden durch ihre Fürsten, resp. deren Stellvertreter und durch Abgeordnete der Ständekammern. Daß auch den Ständekammern das Recht zustehen soll, Mitglieder des Oberhauses zu wählen, trnähnt der polemisirende Gelehrte nicht. — Was wurmt ihn denn so sehr dieses Oberhaus? Sollte ihm vielleicht die ostensible Anerkennung unangenehm sein, welche gerade in diesem Punkte der konstitutionell-monarchischen Form der Einzelstaaten zu Theil wird? Wirklich wäre der Entwurf einer Verfassung, welche der gelehrte Berliner Privatdocent vorzulegen „wagen" würde, dahinlaufend, daß die konstitutionellen deutschen Staaten im Parlament eine Repräsentation republikanischen Charakters erhielten, — wenn überhaupt gar eine! — Wir haben es jetzt mit einer eignen Sorte von Finsterlingen zu thun. — Wenn am Schlusse seiner witzigen Erklärung Privatdocent Mörker meint, Dahlmann müsse „seit dem Sturze des deutschen Reichs nicht mehr mit den Deutschen gelebt, sondern wie Dornröschen geschlafen haben", so wünschen wir unsererseits diesem gründlichen Kenner der neuesten deutschen Geschichte nach Abstreifung seiner Nachtmütze einen gesegneten „Guten Morgen"!

** Berlin, 8. Mai. Abends. Abgeordnete der Stadt Berlin zum konstituirenden Landtage für Preußen sind: Geh. Rev.-Rth. Jonas, Prediger Sydow (beide von Darmstadt her rühmlich bekannt), Stadtoberrodneter Beherends zwrimal, Geh. Rev. Rth. Bauer, Staatsanwalt v. Kirchmann, Fabrikant Zacharias, der Präsident des politischen (radikalen) Klubs, Assessor Jung, Geh. Obertribunk. Waldeck, und der ehrenwerthe Landtagsabgeordnete und Oberbürgermeister der Stadt Prenzlau, Grabow. Abg. der Stadt Potsdam ist Prediger Jonas. Abg. der Stadt Köln sind Min. Camphausen und der Erzbischof v. Geissel. Sydows Stellvertreter soll Bruno Bauer sein.

Berlin, 7. Mai. Das neueste Stück der Gesetzsammlung enthält einen k. Erlaß vom 6. d., betreffend die Abschaffung der körperlichen Züchtigung.

Berlin, 6. Mai. Man meldet der Wes. Z. Die letzten Berichte aus dem Hauptquartierer des Generals Wrangel melden, daß Seitens Dänemarks, nachdem der angetragene Waffenstillstand abgeschlagen worden sei, die bestimmte Unterhandlung wegen Wiederherstellung des Friedens sei verlangt worden, und es soll in Folge davon ein Diplomat, der bereits früher zu Unterhandlungen mit Dänemark verwendet worden ist und deshalb das dortige Terrain genau kennt, im Begriffe stehen, von hier nach dem Hauptquartiere abzugehen. Dem General Wrangel soll gleichzeitig der Befehl zugesandt worden sein, mit der Besetzung Jütlands fortzufahren und bis zur Errigdung der Königs Seits aufgefangenen Schiffe nicht bis zur völligen Einstellung der Feindseligkeiten zur See es besetzt zu halten. Es wird wohl auch noch beigefügt, daß die Aufhebung des Sundzolls gegen eine Entschädigung und die Einverleibung von ganz Schleswig in den deutschen Bund als die ersten Grundlagen der Unterhandlung unverrückbar solle festgehalten werden.

Ostrowo, 5. Mai. Was vorauszusehen war, tritt nun endlich in Wirklichkeit. Die Bauern unserer Gegend, welche, stets treu an Preußen hängend, nur durch die Bemühungen des Adels und der Geistlichkeit aufgereizt wurden, sich zu bewaffnen und zum eignen Nachtheil die sonst friedlichen Gegenden zu brunruhigen, fangen allmählig an, zur Besinnung zurückzukehren. Sie fangen an, einzusehen, wie sehr sie getäuscht zu Zwecken gebraucht wurden, denen sie durchaus abhold sind. Den ersten Beweis hierfür liefert der Umstand, daß sie bereits aus eignem Antrieb ihre Sensen gutwillig auf Wagen hierher bringen und ablieferu. In die Bauern von Zacharzyn, wo die ersten Opfer in der Provinz fielen, wie die noch vieler anderen Dörfer, schickten Deputationen an den hiesigen deutschen Verein mit der Bitte, kräftig dahin zu wirken, daß auch sie in den deutschen Bund aufgenom-

Digitized by Google

men würden. Der größte Theil der Bauern unserer Kreises ist nun wieder völlig deutsch gesinnt, und wir könnten schon getrost eine Abstimmung wünschen, nur ist noch der Stoich an der poln. Grenze in größter Aufregung, welche zu erhalten man am meisten besorgen darf. Mühr war, weil von dieser Seite der Durchzug der Insurgenten in das Krakauische bewerkstelligt werden sollte, westhalb auch in dem auf jenem Striche gelegenen Dorf Strzyzow Militär liegt. Unsere schles. Landwehr ist bis nach Dembno bei Neustadt a. W. vorgerückt und soll nach heute eingetroffenen Privatnachrichten die Stadt Miloslaw von preuß. Truppen wieder genommen und die Insurgenten gänzlich vernichtet worden sein. Nähere Berichte fehlen noch. Hier befindet sich vorläufig nur eine halbe Kompagnie, die jede Nacht im Bivouac liegt, während die Bürger den Wachtdienst verrichten. — Für die verunglückten christlichen und jüdischen Deutschen in Kions ist von Seite des hiesigen deutschen Komitee eine Sammlung veranstaltet worden, an welcher sich Jedermann mit anschnlichen Gaben betheiligt. Möchten doch auch unsere deutschen Brüder in anderen Städten diesem Beispiel folgen! (Schl. Z.)

**Karnik**, 2. Mai. — Gestern hat eine Bande polnischer Gesindel, unter dem Malerlehrling Walther aus Posen, welcher unben affen- net war und harmlos seinen Weg verfolgte, im Walde bei Santomysl meuchlings überfallen, ihn mit Sensen niedergeschlagen und ihn in der Meinung, daß er todt sei, ins Getreide geschleppt, wo er so lange liegen geblieben, bis ihn Reisende aufgefunden haben. Glücklicher Weise war jedoch der Knabe nur betäubt, nur schwindar todt und ist mit zwei Kopfwunden und mehreren Verletzungen an Händen und Füßen davon gekommen. Ein Sensenhieb hat ihm den rechten Fuß der Länge nach gespalten. Der Verwundete befindet sich hier in Kur und Pflege. (Pos. Z.)

**Breslau**, 5. Mai. In Krakau hat an der Stelle des an seinen Wunden darniederliegenden Castiglione die oberste Leitung der Civil- und Militärverwaltung auf General Graf Schlik v. Bassano und Weißkirchen interimistisch übernommen.

**Breslau**, 6. Mai. Die gestern von Posen nach Breslau abgegangene Post ist, wie hier allgemein versichert wird, 1 Meile von der Stadt Posen von poln. Insurgenten angehalten und ein großer Theil der nach Breslau bestimmten Gelder und Briefe in Beschlag genommen worden. Zwei äußerst schöne Damen sowie zwei Herren, welche sich auf dem Postwagen befanden, wurden gendthigt, den Insurgenten in ihr Lager zu folgen. (Schl. Z.)

**Magdebnrg**, 8. Mai. Seit einigen Tagen treffen hier ununterbrochen Kolonnen von Polen ein, welche von Frankreich vor einigen Wochen nach Polen gegangen, an der Oder, und russ. Grenze zurückgewiesen sind, und welche Preußen nun im Großherzogthum Posen auch nicht zu fassen wünscht. Dieselben werden in der Provinz Sachsen in Depots von einigen hundert Mann vorläufig untergebracht, bis eine weitere Wendung ihrer Schicksals erfolgt. Die heut von hier abgegangenen 386 Mann sind nach Aschersleben dirigirt; auch nach Calbeen und Quedlinburg sollen Depots kommen, weil in diesen Orten Militär ist. (L. Z.)

**Königsberg**, 2. Mai. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft hat das Staatsministerium in einer energischen Adresse aufgefordert, nicht eher mit Dänemark Frieden zu schließen, als bis völlige Genugthuung und Schadloshaltung für die Wegnahme der deutschen Schiffe erfolgt sei. Zugleich wird um Aufhebung des Sundzolls gebeten, der allein den Dänen die Unterhaltung einer Flotte möglich mache, während er den deutschen Handel lähme. „Die preuß. Häfen hätten diesem Algier an der Ostsee das Geld zu den Festen zollen müssen, in die sie nun selbst gewoisen würden." (Br. D. Z.)

** **Köln**, 5. Mai. Aus der Zeitung werden Sie schon wissen, daß die heutigen Wahlen in Köln für die konstituirende Versammlung in Berlin auf den Erzbischof von Geissel und den Minister Camphausen gefallen sind; es wird Sie interessiren, zu erfahren, daß nach oben eingegangenen Nachrichten in Solingen E. M. Arndt gewählt ist.

**Köln**, 8. Mai. Bei der heute Statens der Wahlmänner erfolgten Wahl zweier Abgeordneten für die Stadt Köln zu den wegen Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung nach Berlin zu berufenden Versammlung wurde von 169 Anwesenden gewählt: Der Herr Erzbischof Johannes von Geissel mit 107 Stimmen und Herr Ministerpräsident Camphausen mit 128 Stimmen. Von den Wahlmännern des Landkreises Köln wurde Hr. Justizrath Throd. Esser I. in Köln zum Abgeordneten und Herr Landgerichtsrath Heiter. Biermer in Aachen zu dessen Stellvertreter gewählt. — Für den Kreis Mülheim am Rheine wurde Herr Anton Gladbach zum Abgeordneten, Herr Rolshoven zum Stellvertreter gewählt.

**Köln**, 8. Mai. Nachdem nunmehr auch aus dem Herzogthum Limburg Anträge an den Fünfzigerausschuß zu Frankfurt zur Einberufung von Deputirten zur deutschen Nationalversammlung dahin eingegangen sind, vernehmen wir bei der Durchreise des mit dieser Mission betrauten Notars Roosen aus M.-Gladbach, daß jener Antrag mit dem freudigsten Entgegenkommen aufgenommen worden ist, und daß der Bundestag sofort Veranstaltung dazu nehmen werde, daß unverzüglich auch dem Volke gewählte Deputirte aus dem Herzogthum Limburg zum deutschen Parlament entsendet werden. (K. Z.)

** Vom Rhein, 7. Mai. Das Resultat der Urwahlen in der Rheinprovinz ist gewiß eine sehr beachtungswerthe Erscheinung; es hat den überwiegenden Einfluß, welchen die katholische Geistlichkeit hier auf die Masse übt, klar zu Tag gelegt. Mit wenigen Ausnahmen enthalten selbst in den größeren Städten die Listen der Wahlmänner die gesammte Geistlichkeit bis zu den untersten Kirchendienern herab, und die größere Hälfte der übrigen Namen besteht aus ihren blindesten und unselbständigsten Anhängern; in den kleineren Ortschaften und in den ländlichen Wahlbezirken gleichen jene Listen vollends dem Verzeichniß der Mitglieder einer Synodalversammlung. Ein solches Resultat, ein so entschiedener Sieg hat nicht blos den urtheilsfähigen Theil der Bevölkerung, er hat die liegende Partei selbst einigermaßen bestürzt gemacht, und es hat ganz den Anschein, als werde sie sich keiner mit möglichster Mäßigung bedienen, um nicht eine Reaktion auf ihr Haupt herabzurufen, die sich bereits hier und da ohnedies zu regen beginnt. Die Führer der Partei sind zu gewandt und klug, um das nicht zu erkennen, und sie werden sich für diesmal ohne Zweifel wesentlich damit begnügen, ihre Macht in unzweideutiger Weise konstatirt zu haben. Später wird man dann weiter sehen. In welchem Umfang der Katholicismus schließlich die neue Ordnung der Dinge anzubeuten gedenkt, geht auch aus dem Programm hervor, mit welchem das „Komite der Katholiken" in Köln in den Wahlkampf getreten ist. Es verlangt daselbst gänzliches Wegfallen des Staatseinflusses bei allen Wahlen für geistliche Aemter, gänzliches Wegfallen der landesherrlichen Patronate, Wegfallen der Berufung an die weltliche Gewalt in geistlichen Sachen, freien Verkehr der Bischöfe mit dem Oberhaupte und mit ihren Untergebenen, sofortige Ausführung der früher verheißenen Dotation der Kirche in liegenden Gründen, gleichzeitige Ueberweisung der bisher von den Pfarrgeistlichen benutzten Landereien als unbestrittenes Eigenthum der katholischen Kirche, Rückgabe aller ausdrücklich durch die Stiftung für die Katholiken bestimmten Schul- und Armenstiftungen zu freier Verwaltung der betreffenden oder der gesammten katholischen Kirchengemeinde, endlich — es scheint, die Hauptsache ist zum Schlusse aufgespart — specielle Garantie der freien Associationsrechte für alle religiösen Korporationen. Wenn trotz Programm einmal realisirt ist, so möchte der katholischen Kirche schwerlich noch Etwas zu wünschen übrig bleiben. Der Klerus hat übrigens bei der gegenwärtigen Bewegung eine eigenthümliche Rolle gespielt. Als kurz nach den Ereignissen von Berlin, wo selbst die Regierung in Frage gestellt schien, auch in der Rheinprovinz alle Bande der Ordnung sich lösten und mehr und mehr die Anarchie ihr Haupt zu erheben drohte, ließen sich die Bischöfe des Rheinlandes in langen Hirtenbriefen vernehmen, aber nur um zum Gehete für die Kirche aufzufordern: des Königs thaten diese Hirtenbriefe mit keinem Worte Erwähnung. Man hielt sich vielleicht den Rücken frei und war bereit, eintretenden Falls das Salvum fac rempublicam anzustimmen. Aber die Wogen glätteten sich, und es war kein Zweifel mehr gestattet, daß die ungeheure Mehrheit der konstitutionelle Monarchie und nur die konstitutionelle Monarchie wolle. Der Klerus schwamm mit dem Strom, und das „Wahlkomite der Katholiken" nahm ti: konstitutionelle Monarchie in sein Programm auf. Endlich, als die Wahlen näher und näher rückten, erschien abermals ein erzbischöflicher Erlaß, in welchem er die Geistlichkeit zur regsten Betheiligung an der Wahlhandlung aufforderte: er hat sicher keine Ursache gehabt, sich über die Lauheit seiner Untergebenen zu beschweren. Kanzel und Beichtstuhl sind in einer Art benützt, daß die dargebotene Belehrung vielfach stark nach moralischem Zwange schmeckt: nur halb so viel Eifer und Energie von Seite der Geistlichkeit, und alle die zahlreichen Unordnungen und Greuel, die wir zu beklagen haben, wären vermieden worden. — Merkwürdig ist es übrigens, daß in den überwiegend evangelischen Theilen der Provinz, selbst in denen, seines grassen Protestantismus wegen, fast verrufenen Wupperthale, kaum ein einziger Geistlicher zur Theilnahme am Wahlgeschäfte berufen ist.

**Krefeld**, 7. Mai. In einer gestern hier abgehaltenen Vor-

Digitized by Google

versammlung der Wahlmänner, wurden Hr. von Beckerath zum Deputirten nach Frankfurt mit Hrn. Landrath Förster von Kempen zum Stellvertreter, Prof. Bauerband zu Bonn nach Berlin mit Hrn. Herdery von Uerdingen zu seinem Stellvertreter gewählt. (E. Z.)

**Baiern.** Stranding, 6. Mai. Auf die von der Minorität der Wahlmänner gegen die Wahl des Abg. Arndts und des Erbauamannes Lassaulx erhobene Protestation wies die k. Kreisregierung die Beschlußfassung über die Giltigkeit der Wahl dem Wahlausschusse zu. (?) Dieser wurde heute hier versammelt und erklärte die Wahl für nichtig. (Allg. Z.)

**Würtemberg.** □ Neuenbürg, im württemberg. Schwarzwalde, 8. Mai. Der gestrige Tag war für die hiesige Stadt und für die Umgegend ein festlicher. Die Oberämter Neuenbürg, Calw, Nagold und Freudenstadt haben den badischen Abgeordneten und unmehrigen Staatsrath, Karl Mathy, zu ihren Abgeordneten bei der in den nächsten Tagen zusammentretenden konstituirenden deutschen Nationalversammlung gewählt. Die Wenigsten kannten Hrn. Mathy von Person. Man hatte bei der Wahl nur sein seitheriges Wirken in der badischen Kammer und bei dem Fünfzigerausschuß in Frankfurt, sowie sein Auftreten gegen die Anarchie vor Augen. Sehr natürlich war daher der Wunsch, den Anerkannten persönlich kennen zu lernen. Diesem Wunsche entsprechend, traf gestern Morgen Mathy, begleitet von mehreren Freunden, worunter einige Abgeordnete der badischen Kammer, von Karlsruhe hier ein. Einige Wagen waren demselben von hier aus entgegengefahren und geleiteten ihn zur Stadt, wo Seiner an der Post das Volk, vertreten durch alle Stände, harrte und ihn mit lautem Jubel empfing. Die ganze Stadt war festlich geschmückt. Die schwarz-roth-goldne Fahne wehte von den Häusern, mehrere der letztern zierten passende Inschriften mit dem Namen des Gefeierten; das Grün des Waldes war in die Straßen der Stadt verpflanzt. Nachdem unser Gast die Stadt und deren Umgebungen, begleitet von vielen Wählern, besehen, versügte er sich auf das Rathhaus, von dessen Balkon aus der Stadtschultheiß ihn der versammelten Menge vorstellte. An diese hielt sofort Mathy eine Rede, an deren Schluß er mit einem allgemeinen und begeisterten Hoch begrüßt wurde, worauf der Liedertranz Arndt's „Was ist des Deutschen Vaterland“ vortrug. Der Mathy noch nicht gekannt hatte, mußte durch die von ihm gehaltene Rede für ihn gewonnen sein. Das ihm zu Ehren veranstaltete Festessen war so zahlreich besucht, daß der geräumige Saal kaum alle Theilnehmer fassen konnte. Auch der gewählte Stellvertreter, der Abgeordnete Oertenbach von Calw, welcher freiwillig zurücktrat, als Mathy vorgeschlagen wurde, hatte sich eingefunden und sich laut gefreuet, daß er gerne dem Würdigern gewichen sei — eine Aeußerung, welche gewiß nicht minder Oertenbach, als Mathy zur Ehre gereicht! Sehr erfreulich war es auch, zu sehen, wie sich unsre badischen Nachbarn bei diesem Fest betheiligt hatten. Besonders die Pforzheimer hatten sich zahlreich dabei eingefunden. Es herrschte eine Herzlichkeit und Gemüthlichkeit, die keinen Zweifel darüber lassen konnten, daß die Schiedsmann wenigstens schon zwischen den Bewohnern dieser beiden Länder gefallen ist.

**Sachsen.** Dresden, 6. Mai. Das Ministerium des Innern erläßt folgende Verordnung, die bisher zum Vertriebe gewisser außerhalb der deutschen Bundesstaaten erschienenen Schriften erforderlich gewesene besondere Erlaubniß betreffend, vom 1. Mai 1848. In die §. 28 der Verordnung vom 5. Febr. 1844, die Angelegenheiten der Presse betreffend, enthaltene Vorschrift, daß es zum Vertriebe von Zeitschriften oder andern nicht über zwanzig Bogen betragenden Druckschriften politischen Inhalts, die in einem nicht zum deutschen Bunde gehörigen Staate in deutscher Sprache erschienen, der Einholung ausdrücklicher Erlaubniß bedürfe, lediglich auf einer Bestimmung der durch die Verordnung vom 24. November 1832 publicirten Bundesbeschlüsse vom 5. Juli 1832 §. 1 beruht, diese aber zu demjenigen gehören, welche durch die mittelst Verordnung vom 15. April 1848 publicirten Bundesbeschluß vom 2. April d. J. aufgehoben worden sind; so wird mit Genehmigung Sr. königl. Maj. die eingangsgedachte Vorschrift §. 28 der Verordnung vom 5. Februar 1844 anmit außer Wirksamkeit gesetzt.

**Baden.** Karlsruhe, 8. Mai. Das großherzogl. Regierungsblatt Nr. 32, vom gestrigen Datum, verkündigt nachstehendes Gesetz: Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Es ist zu Unserer Kenntniß gekommen, daß in einigen Theilen des Landes Verweigerungen der gesetzlichen Abgaben vorgekommen sind, zu deren Aufhebung die gewöhnlichen Mittel nicht geeignet scheinen. Wir haben daher beschlossen, zur Beseitigung dieses gesetzwidrigen Treibens außerordentliche Zwangsmaßregeln in Anwendung zu bringen, und verordnen mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, wie folgt:

Art. 1. Wenn Verweigerungen der gesetzlichen Abgaben vorkommen, zu deren Beseitigung die gewöhnlichen gesetzlichen Mittel nicht zureichen, so hat das Oberamt den Gemeinderath des betreffenden Ortes aufzufordern, der Steuerbehörde bei Erhebung der gesetzlichen Abgaben, nöthigenfalls durch Aufgebot der Bürgerwehr, die erforderliche Unterstützung zu leisten. Art. 2. Giebt der Gemeinderath, aus welchem Grund es auch sein mag, dieser Aufforderung keine Folge, so ist das Finanzministerium davon in Kenntniß zu setzen, und den Militärkommandanten angehn, eine den Umständen angemessene Anzahl Truppen zur Vollstreckung in die betreffende Gemeinde abzusenden, und letztern Anfordern ist sofort ohne Verzug zu entsprechen. Art. 3. Außer der freien Verpflegung dieser Truppenabtheilung während des Hin- und Rückmarsches und des Aufenthaltes in der betreffenden Gemeinde hat jeder einzelne Mann des Kommandos 24 kr. für jeden Tag des Aufenthaltes an Kostgeldzuschuß zu gewärtigen. Art. 4. Die betreffende Gemeinde hat die Kosten, vorbehaltlich des Rückgriffes auf die Schuldnern, zu tragen, und zwar die Verpflegung während des Aufenthaltes in Naturalleistungen, den Betrag der Marschkosten aber nach dem gesetzlichen Reglement, und die Vollstreckungsgebühren in baarem Gelde durch unmittelbare Beziehung an das Truppenkommando noch während dessen Aufenthaltes in der Gemeinde. Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 1. Mai 1848. Leopold. C. Hoffmann. Auf allerhöchsten Befehl Sr. I. Hoheit des Großherzogs Büchler.

**Karlsruhe**, 7. Mai. Man schreibt der Allgem. Zeit. von hier: Heute kam ein französ. Kurier hier durch, der ausgesagt, er sei Ueberbringer eines Ultimatums der franz. Regierung an die österreichische in Bezug auf Italien. Da man bei uns — wenn auch nicht dem Wiener Kabinete, doch wenigstens dem Wiener Volke ebensoviel Einsichtsfähigkeit rücksichtlich Italiens zutraut als den Berlinern in Bezug auf Posen, so wird man einen Krieg mit Frankreich jetzt nicht anders ansehen als vor sechs Wochen, nämlich als ein Ereigniß, das in jedem Falle eingetreten wäre, mögen nun Italien oder Posen, Böhmen oder Ungarn, Schleswig-Holstein die landesverrätherischen Aufstände unserer Republikaner dazu die nächste Veranlassung geben.

**Mannheim**, 9. Mai. Die Erleichterung der die Gesammteinwohnerschaft sehr drückenden Last der Einquartirung und Verköstigung von 7000 Mann an Soldaten wurde, wie Sie gemeldet haben, bereits am 4. d. M. im Staatsministerium beschlossen, ist aber bis heute noch nicht vollzogen, wahrscheinlich weil die Befehle über die Dislocirung der Truppen vom Prinzen Karl von Baiern erst noch erwartet wurden. Heute ist nun dieser in Person hier eingetroffen und hat einer Deputation des Gemeinderaths, welche ihm das Anliegen der Stadt vortrug, die Versicherung gegeben, daß morgen ein großer Theil der Exekutionstruppen abgehen werde. Möge nun der Erleichterung aufgehoben werde, scheint einer vorerst nicht Hoffnung gewesen zu sein. Uebrigens herrschte seit den bekannten Ereignissen in unserer Stadt die vollständigste Ruhe, die trotz der vielen Verhaftungen auch nicht einen Augenblick gestört wurde. Der Deutsche Zuschauer ist unter einem andern Redakteur (Karl Hoff, Bruder des Bundestäters Hoff) wieder erschienen, die Abendzeitung noch nicht; für diese hat sich wohl ein Redakteur in der Person des Dr. Häber gefunden, aber die Kaution konnte bis jetzt nicht gestellt werden. Die Parlamentswahl soll den 16. d. stattfinden. Kandidat ist unser bisheriger Deputirter Weller. Von einem Gegenkandidaten verlautet noch Nichts.

* **Heidelberg**, 10. Mai. Die Vorlesungen an unserer Hochschule haben seit acht Tagen begonnen, und manche Besorgniß ist damit widerlegt. Zwar liegt es in der Natur der Sache, daß die Zeitverhältnisse auf die Frequenz einer jeden Universität, namentlich einer badischen, sehr fühlbar einwirken müssen, aber gleichwohl waren diejenigen glücklicher Weise im Irrthum, die eine völlige Abnahme oder einen Stillstand der wissenschaftlichen Thätigkeit befürchteten. So haben sich denn auch, wenn gleich nicht in so großer Anzahl, wie früher, aus den entferntern Theilen Deutschlands junge Männer genug eingefunden, und die Hörsäle sind keineswegs so verödet, wie die Erfahrungen vor Anfang des Semesters sich es wohl autzumalen pflegten. Die neu Angekommenen konnten sich auch überzeugen, daß von den Alarmgerüchten über die bevorstehende Ruhe unserer Stadt auch nicht das Geringste begründet war; seit den Schreckenstagen, jener bekannten Epoche, erinnern wir uns der vollkommensten Ruhe.

**Bühl**, 7. Mai. Bei der am vergangenen Donnerstag stattgehabten Wahl eines Abgeordneten in die zweite Kammer der Ständeversammlung des 23. Aemterwahlbezirks (Aemter Bühl und Achern), ist Bürgermeister Berger von Bühl erwählt worden.

**Hessen** ♯ Gießen, 9. Mai. Soeben wird das Resultat der Wahlmännerwahl in hiesiger Stadt veröffentlicht. Sämmtliche 34 Wahlmänner, welche für Vogt stimmen zu wollen vorher erklärt hatten, wurden von drei Vierteln aller Abstimmenden erwählt, während keiner der von dem patentl. dich konstitutionellen Klub aufgestellten Wahlmänner auch nur ein Sechstel sämmtlicher Stimmen erhielt. Es ist nunmehr nicht mehr zu bezweifeln, daß Vogt im ganzen Wahlkreis die Majorität erhalten wird.

**Mecklenburg-Schwerin**, 6. Mai. Mecklenburg wird in Zukunft die freieste Verfassung in Deutschland und nächst Frankreich und Nordamerika in der Welt haben. In ihrer heut. 11. Sitzung hat sich die Landtagsversammlung, nachdem die Regierung die Alternative zwegen An-

Digitized by Google

nahme ihrer modificirten Propesition oder der Wahl nach der Kopfzahl gestellt hatte und das letztere Princip in der 91ten Sitzung angenommen war, auf Vorlage des dritten Kommissionsberichts mit 136 gegen 16 Stimmen für direkte Wahlen und mit 79 gegen 76 Stimmen für Nichtersuß entschieden. (Ein seltsamer Umschwung der Dinge! Das ehemals stockaristokratische Mecklenburg hat fortan die freieste Verfassung und Wien gegenwärtig die radikalste Presse in Deutschland!)

**Schleswig**, 5. Mai. Der Ritter Bunsen ist von den heute erfolgenenen 473 Wählern unserer Stadt mit 425 gegen 47 Stimmen, welche den Dr. Steindorf zufielen, erwählt, während der Graf von Moltke dem Prof. Gervinus seine Stimme gab. Der eine ländliche Wahlbezirk hat ebenfalls Bunsen gewählt, so wie auch die Stadt Eckernförde sich für ihn aussprechen wird.

**Schleswig**, 5. Mai Abends. Der Sohn des Prinzen Karl von Preußen soll heute, von Kolding kommend, hier nach Berlin durchgeeilt sein. Man sagt, derselbe habe gedrängt, daß von Seite Dänemarks Friedensvorschläge gemacht wären, die aller Wahrscheinlichkeit nach zum Frieden führen würden. Allein soll vom General Bethelt befragt sein. Gestern wollte man von der Geschinger Höhe durch ein Fernrohr die deutsche Fahne auf Alsen wehen gesehen haben. Die Dänen sollen nach der Insel Fünen die Kranken, Gefangenen, so wie ihren Kriegs-Apparat eingeschafft und sich selbst dahin eingeschifft haben. Einen ihrer Kanonenboote soll von den hannoverschen Batterien in den Grund geschossen sein. Die schleswig-holsteinischen Truppen sind durch Ripen über die Königsau gezogen; Kolding und Fridericia sind von den Preußen besetzt, die bis Belle vorgerückt sind.

**Altona**, 7. Mai. Gestern Abend langte hier eine Anzahl invalider Freischärler vom Kriegsschauplatze an. Wie es heißt, soll ein Theil der Verwundeten und Kranken hierher verlegt und das Landarbeitshaus zum Lazareth eingerichtet werden. Der Herzog von Augustenburg traf gestern Abend mit seinem Sohne, dem Prinzen Friedrich, hier ein und begab sich sogleich nach Hamburg.

**Kiel**, 6. Mai. Gestern traf hier die sichere Nachricht von dem Abtritt des Majors Michelsen ein. Derselbe wurde bekanntlich in der unglücklichen Flensburger Affäre am linken Arm verwundet und gefangen genommen, nachdem er mit dem größten Muthe die Rettung des ihm untergebenen Korps versucht hatte. Er wurde im Flensburger Hospital von dem gleichfalls gefangenen Dr. Roß aus Kiel amputirt und befand sich leidlich, als die Dänen ihre so eilige Flucht von Flensburg antraten. Unerachtet der Erklärungen der Aerzte, daß der Transport dem Verwundeten schaden würde, wurde Michelsen auf das Dampfschiff geschleppt, woselbst er so leidend war, daß er nicht in die Kajüte gebracht werden konnte, sondern auf dem Verdeck bleiben mußte. Die Folge davon war ein akuter Gelenkrheumatismus und nach wenigen Tagen der Tod. Ein Scherl der Entrüstung über diese Unthat durchfährt unsere ganze Stadt. (D. Korr.)

**Hamburg**, 7. Mai. Der Weser Z. zufolge sind im Laufe dieses Tages bis Mittags 12 Uhr bereits fünf Schiffe und gegen 160,000 Mark zur deutschen Flotte zur Disposition gestellt worden. — Man wundert sich hier allgemein, daß General Halkett bis jetzt noch keine einzige Depesche direkt an die provisorische Regierung gerichtet hat, so daß diese seine amtlichen, nach Hannover gerichteten Mittheilungen erst aus den Hamb. Blättern erfährt, während General Brangel seine Schlachtberichte direkt an die provisorische Regierung einsandte, durch sie den Landerwohnern seinen Dank abstatten ließ, endlich ihr auch sein Vorrücken nach Jütland amtlich anzeigte.

**Lübeck**, 5. Mai. Zu Abgeordneten für die Konstituirende Versammlung sind hier der Oberappellationsgerichtsrath Dr. Wiebersdh, zum Ersatzmann Prof. Dr. Dreyer gewählt worden. Der Hamb. Korr. bemerkt: Die Namen beider Männer haben in unserm deutschen Vaterlande einen guten Klang; der Erstere, unlängst erst von Marburg hieher berufen, hat durch seine frühere Wirksamkeit sich schon den Ruf eines echten deutschen Biedermannes erworben, der Letztere, Lübecker von Geburt, ist als Kenner deutscher Geschichte, deutschen Wesens auch außerhalb seiner Vaterstadt rühmlich bekannt.

**Frankfurt**, 2. Mai. Protest. Herr Präsident! Der Fünfziger-Ausschuß hat mir, den Deputirten eines neuerdings zu Deutschland geschlagenen Gebiets, welches fast so groß ist, als das Großherzogthum Baden, die Theilnahme an seiner Berathung versagt. Daß ich aber kraft des Volkswillens des gedachten Landestheiles hier bin, mögen die Anlagen nachweisen, deren Zahl sich täglich mehrt. Der Fünfziger-Ausschuß kann keine andere Basis für sein Dasein anführen, als eben den Volkswillen, und ich zweifle, ob viele seiner Mitglieder in der Lage sind, eine gleiche Legitimation aufweisen zu können, als ich. Der Fünfziger-Ausschuß hat, indem er die Nichtvertretung eines so bedeutenden Gebietes Deutschlands beschloß, mit bestehenden Zuständen völlig unbekannt zu sein er selbst ausgesprochen hat, gegen jenen Landestheil, welcher von den Gräueln eines Bürger- und Religionskrieges schwer heimgesucht wird, einen Akt ausgeübt, über den die konstituirende Versammlung und das deutsche Volk richten mag. Indem ich diese Vorlagen Em. Hochwohlgeboren und dem Fünfziger-Ausschuß mache, will ich zugleich den Beweis führen, daß jener Theil Deutschlands trotz des Willens seiner Bevölkerung und nicht durch einen Akt der Militär der preußischen Regierung und des deutschen Bundestages zu Deutschland geschlagen ist. Wer diesen Volkswillen mit der Schmach einer vierten Theilung Polens zu bezeichnen wagt, erkennt die Volkssouveränetät nicht an, und ist er ein Mitglied des Fünfziger-Ausschusses, der bekanntlich keine andere Basis seines Daseins hat, so schmäht er einen Volksspruch, der nicht im Fünfziger-Ausschuß vertreten ist, gegen dessen Vertretung er vielleicht abstimmig gestimmt hat. Weiter hat der Fünfziger-Ausschuß den Regierungen Deutschlands die Pflicht auferlegt, die Korps polnischer Emigranten, zu vielen hundert Mann vereinigt, ungehindert und bekenntlich in Ihr Vaterland gelangen zu lassen, hat aber dieses Vaterland nicht näher bezeichnet. In Erwägung, daß diese durch Deutschland ziehenden Truppen keine preußischen Staatsangehörigen sind, in Erwägung, daß diese Leute in ihrer Heimath, dem russischen Polen, keine Ruhestätte finden, in Erwägung, daß die polnische Bevölkerung der Provinz Posen einen barbarischen Krieg gegen die deutschen Bewohner jener provinzischen Provinz führt, einen Krieg, der wesentlich zugleich ein Religionskrieg ist, in Erwägung, daß die ihnen zu Hilfe ziehenden, dem vom Fünfziger-Ausschuß unterstützten Polen keine andern Existenzmittel befitzen, als solche, welche der Krieg, gegen die Deutschen ihnen liefern kann, in Erwägung endlich, daß die polnischen Horden selbst das Bundesgebiet nicht achten, protestire ich im Namen der zahlreichen Bevölkerung, welche ich zu vertreten die Ehre habe, laut und feierlichst gegen Beschlüsse, wie der genannte in Betreff des Durchzuges polnischer Korps durch Deutschland, und mache den Fünfziger-Ausschuß für jeden Tropfen deutschen Blutes verantwortlich, den die Schaaren, welche er uns nach Posen sendet, vergießen sollten. Frankfurt a. M., den 2. Mai 1848. Kerst, Deputirter der zu Deutschland gehörigen Kreise der Provinz Posen.

**Frankfurt**, 7. Mai. Die deutsche Bundesversammlung hat dem Oberbefehlshaber der zur Operation nach den Herzogthümern Schleswig-Holstein beorderten Bundescontingenten, sowie sämmtlichen unter seinen Befehlen stehenden Truppen durch nachstehendes Schreiben vom 4. d. Mts. ihre volle Anerkennung der Verdienste ausgedrückt, welche sich dieselben um das gemeinsame deutsche Vaterland erworben haben:

„Die deutsche Bundesversammlung hat die Berichte Eurer Excellenz aus Schleswig vom 25., Uwensee vom 24., Flensburg vom 25. und Apenrade vom 28. Apr. über den Gang des gegen die dänischen Truppen in Schleswig-Holstein eröffneten Feldzugs erhalten, und daraus mit der lebhaftesten Befriedigung ersehen, daß, nachdem Euere Excellenz den Ihnen übertragenen Oberbefehl vom 22. April übernommen hatten, schon am 28. desselben Monats die Ihnen gestellte Aufgabe mit einer Schnelligkeit und einem Erfolge gelöst war, welche die Erwartungen des deutschen Bundes nicht nur erfüllt, sondern noch übertroffen haben. Der entschlossenen und einsichtsvollen Leitung des Oberselbherrn hat die Tapferkeit, die Ausdauer und militärische Tüchtigkeit sämmtlicher ihm unterstehenden Truppen im vollsten Maße entsprochen; Beide haben sich um das deutsche Vaterland hochverdient gemacht und sich auf den Dank desselben den gerechtesten Anspruch erworben. Indem die Bundesversammlung es Ihrer angenehmste Pflicht betrachtet, Euerer Excellenz diese Bezeugungen Namens des deutschen Bundes auszudrücken, ersucht sie zugleich dieselben auch sämmtlichen unter Ihrem Oberbefehl stehenden Truppen zu erkennen zu geben".

* **Frankfurt**, 9. Mai. Die heutige Ausschußsitzung führte zu einer Eröffnung des neuesten Bundesbeschlusses vom 8. d. M., die jedoch nur als ein Vorspotengesecht zu betrachten ist. Abegg nämlich las den Beschluß vor, deleuchtete ihn sehr scharf in seinen einzelnen Theilen und behauptete u. A., die Bundesversammlung trete nur deßhalb dem Ausschuß, dessen Mitwirkung zu der Maßregel des Triumvirats sie früher hervorgerufen, jetzt so schroff gegenüber, weil sie sich durch die Dämpfung der anarchischen Bestrebungen in Baden gekräftigt fühle. Der Bundestag vergesse, daß eine Revolution stattgefunden; er sei noch immer, trotz der Expuration, vom alten Geiste beseelt u. s. w. Zuletzt beantragt Abegg, die Erwiderung des Bundestags vom 8. d. M. für durchaus ungenugthuend zu erklären und sich gegen jede etwa aus derselben zu ziehende Konsequenz auf das Entschiedenste zu verwahren. Der Präsident verlas hierauf ein Schrei-

Digitized by Google

den Welcker's, welches den Bundesbeschluß vom 8. d. näher erläutert und zu zeigen sucht, daß derselbe keineswegs den Beschlüssen des Ausschusses zuwiderlaufe. In der hierauf eröffneten Debatte trat Niemand für den Bundesbeschluß vom 8. d. in die Schranken, wohl aber wurde, besonders nach der ehen vernommenen Erklärung Welcker's, von mehreren Seiten eine Kommissionsberathung für nöthig erkannt und zuletzt auch mit Mehrheit beschlossen. Die Kommission (Wegg, Bluntschli, Pfyffer, Simon und Pioda, soll sich schon morgen berathen und dann sogleich berathen werden. Hierüber beantragt einen Aufruf an die Ufferstaaten der Ost- und Nordsee und an die ganze deutsche Nation für die Errichtung einer Kriegsmarine, worüber ebenfalls eine Kommission berathen wird. Bekanntlich verließ ein Schreiben des Grafen v. d. Goltz, Adjutanten des Prinzen von Preußen, worin versichert wird, daß der Prinz von jeder traktionären Gesinnung weit entfernt sei, und nur die nationalen Interessen Deutschlands auch während seines Aufenthalts in London im Auge habe. Pfyffer berichtet über Venedey's Antrag in Betreff der Errichtung einer Parlamentswache. Die Mehrheit der Kommission ist für Ablehnung des Vorschlags, die Minorität für Zuweisung an die konstit. Versammlung. Letzterer wird beschlossen.

### Schweiz.

* Aus Bern kommt uns ein ausführlicher Bericht über die jüngste Großrathssitzung vom 8. Mai zu, den wir in der nächsten Nummer mittheilen werden; am Schlusse bemerkt der Brief über die gestern berichtete Abdankung Ochsenbein's: Die Nachricht von diesem Ereigniß verbreitete sich rasch und erregte in der Stadt große Bestürzung. Bald nach der Sitzung vereinigte sich eine Anzahl von Großräthen, um zu berathen, was in diesem kritischen Moment zu thun sei. Man wählte einen Ausschuß, welcher eine Vereinigung im Regierungsrathe herbeiführen solle. Heute Morgen saß Regierungsrath und Deputation. Der Große Rath konnte nicht in die Berathung des Bundestentwurfs eintreten, weil der Berichterstatter, Ochsenbein, fehlte. Man nahm andere Berathungsgegenstände zur Hand. Später erschien der Regierungsrath mit der Abordnung, und, wie ich höre, soll vom Großenrath eine Kommission niedergesetzt worden sein, um zur Beilegung des Zwiespalts bis morgen Anträge zu bringen. Sodann sei nach Berichterstattung des Hrn. Ochsenbein in die Berathung des Verfassungsentwurfs eingetreten worden.

Basel. Am 8. Mai ist Lord Minto, aus Italien kommend, nach England hier durchgereist. Bei der Wendung, welche jetzt die Dinge in Italien genommen haben, kann man seine diplomatische Mission so ziemlich als gescheitert erachten.

### Großbritannien.

London, 7. Mai. Das Chronicle theilt einen Brief des Fürsten Czartoryski an den Baron von Reuim mit, worin derselbe erklärt, er sei nach Berlin mit einem Herzen voll Hoffnung gekommen; Preußen, als das Organ der großmüthigen Gefühle des gesammten Deutschlands, sei, wie es schien, von dem Wunsche beseelt gewesen, in der Sühnung eines großen Unrechts voranzugehen. Aber mit einem schweren Herzen und in seinen glänzenden Hoffnungen getäuscht, verlasse er Berlin. Man habe von den ertheilten Versprechungen keine erfüllt und durch übertriebene Schilderungen und lügenhafte Gerüchte die Deutschen gegen die Polen zu erbittern gesucht; daran seien namentlich die preußischen Beamten im Posen'schen Schuld gewesen, welche bei einer Regierungsveränderung ihre Stellen zu verlieren befürchten mußten. Nicht genug, daß die verheißene Reorganisation nicht erfolgt sei, sei man sogar zu einer neuen Theilung Polens geschritten, indem man, auf falsche statistische Angaben gestützt, beschlossen, die Hälfte des Großherzogthums mit der Hauptstadt abzureißen und dem deutschen Bunde einzuverleiben; es sei dies eine Maßregel, welche ohne Zweifel mit den edelmüthigen Absichten des Königs von Preußen im Widerspruch stände, und gegen welche alle Polen Verwahrung einlegen würden u. s. w. Dieses Schreiben enthält freilich keine Andeutung davon, daß, wie versichert worden, Fürst Czartoryski aus Unzufriedenheit mit dem Treiben Mieroslawskis die preuß. Hauptstadt verlassen habe, keinenfalls aber möchte dieser patriotische Aristokrat von den Gewaltthätigkeiten der posen'schen Sensenmänner und von dem Gedanken einer polnischen Republik sehr erbaut sein.

Am 3. Mai hielten die Polenfreunde in London ihre siebenzehnte Jahresversammlung, der, wie sich von selbst versteht, auch der unerschütterliche Polenfreund Lord Dudley Stuart beiwohnte. Lord Beaumont äußerte sich bei diesem Anlaß dahin: Allerdings hätten die Polen jetzt eine Gelegenheit gehabt, sich von dem russischen Joche frei zu machen, wie sie ihnen so günstig seit 1831 nicht geboten worden; aber seiner Ansicht nach hätten sie diese Gelegenheit verpaßt und wären sogar in einer schlimmern Lage als vorher (Zeichen von Mißbilligung). Er wisse recht gut, daß das, was er sage, den Anwesenden nicht genehm klingen werde, aber er müsse offen und frei sprechen, es sei jetzt die Zeit nicht, Jemanden zu schmeicheln. — Preußen habe den Polen die Hand für eine Reorganisation geboten, aber sie hätten die ihnen gereichte Hand ausgeschlagen, und weit entfernt, Preußen in seinen wohlgemeinten Versuchen zu unterstützen, hätten sie ihm Hindernisse in den Weg gelegt und wären zu offenen Feindseligkeiten geschritten. Er wolle nicht alle Hoffnungen für die Polen aufgeben, aber nur unter der Bedingung, wenn sie sich tatkräftiger aufführten und durch ein vernünftigeres Betragen den muthwillig verlorenen Boden wieder zu gewinnen suchten. Graf Valerian Krasinski suchte seine Landsleute zu rechtfertigen. So lange Posen, sagte der Graf, unter polnischer Herrschaft gestanden, hätten sich die in großer Zahl einwandernden Deutschen als ruhige Unterthanen gezeigt, aber als die Provinz unter preußische Herrschaft gekommen, hätten sie sich in derselben Lage befunden wie die Ureingewanderten in Irland, sie wären seelen die herrschende Partei gewesen, und es liege in der menschlichen Natur, diejenigen zu hassen, denen man Unrecht gethan; aus diesem Grunde würden auch die Polen von den Deutschen gehaßt. (Dieses Haß ist es auch wohl zuzuschreiben, daß die Berliner ihre fiegreiche Revolution zuerst dadurch feierten, daß sie die aus ihrem Gefängniß freigelassenen Polen im Triumphe durch die Stadt führten, hierunter jenen Mieroslawski, welcher jetzt für einen Krieg auf Tod und Leben die Polen gegen die Deutschen bewaffnet!) Der Graf Krasinski behauptete, daß die Deutschen überall zuerst angegriffen hätten. Dies könnte insofern möglich sein, als die Preußen durch die überall sich bildenden Haufen von Sensenmännern, Pikanderern u. s. w. absichtlich zur Anwendung von Waffengewalt genöthigt worden. Obschon die Aufgeklärung auf Irland für England nicht gerade artig und wenig erfreulich lautete, wurde die Rede Krasinskis doch mit Beifall aufgenommen. Lord Dudley Stuart sprach seine wärmsten Freundschaftsgefühle und zuversichtlichsten Hoffnungen für Polens Wiederherstellung aus. Als die zweckmäßigste Regierungsform für Polen erklärt der edle Lord die verfassungsmäßig beschränkte Monarchie im englischen Sinne. Ganz wohl! nur gehört zur Aufrechthaltung und ruhigen Entwickelung einer solchen Verfassung auch die ganze Gemüthsart der Engländer, ihre Ruhe, ihre zähe Energie, ihr praktischer Verstand, ihre Achtung vor dem Gesetz und selbst ihr Humor und ihr Spleen. Die Führer der polnischen Sensenmänner haben sich freilich auch nicht für die englische Verfassung, die mit der leicht wieder in Erschütterung und Bewegung umschlagenden Hitze und Ungeduld der Polen sich nicht verträgt, sondern, was den Enthusiasmus ihrer englischen Freunde sehr abkühlen möchte, für eine Demokratie vom reinsten Wasser, welches freilich noch mit manchem Schlamm und ganz gewiß mit Strömen Bluts gemischt werden möchte, ausgesprochen. Wenn sie auf diesem Wege nicht der heillosesten Anarchie verfallen, so verfallen sie doch ganz gewiß dem russischen Despotismus. Jammerschade um so vieles edle, des Aufopferns würdige Blut, das jetzt schon auf jenem weiten Schlachtfelde vergossen wird!

### Italien.

* Rom, 30. April. In dem gestern abgehaltenen Konsistorium hat der Papst sich frei und offen über die Anschuldigungen, welche ihn getroffen, und die Forderungen, welche man ihm stellt, erklärt und die betreffende Allokution noch durch die gestrige Nummer der Gazzetta di Roma veröffentlichen lassen. Gegen erstere vertheidigt er sich durch eine ausführliche Erzählung der Dinge, die seinem Pontifikate vorausgegangen seien, und daß der Vorwurf, als sei die gegenwärtige politische Bewegung von ihm ausgegangen, ein sehr ungerechter und unbegründeter sei. Er habe nur zur Ausführung gebracht, was die europäischen Großmächte in dem Memorandum vom J. 1831 selbst verlangt gehabt hätten. Dem stürmischen Jubel über diesen Ausgang der lang vorbereiteten Krisis habe er selbst in Rom steuern müssen. Zum Gehorsam gegen die Fürsten habe er die Völker zu ermahnen nicht unterlassen; es sei dies bereits den 1. Okt. geschehen. Nachmals habe er es an Ermahnungen zur Eintracht, zur Ruhe und zur allgemeinen Menschenliebe nicht fehlen lassen. Hätte man doch seiner Vaterstimme Gehör geliehen! Jedermann aber kenne, was seit jener Zeit in und außer Italien vorgegangen sei. Wer da aber behaupten wolle, daß er diesen Ereignissen durch das, was er wohlmeinend und gutgesinnt gethan habe, der Weg gebahnt worden sei, der habe dazu auf keine Weise ein Recht, indem er ja nichts Anders gethan als was die Fürsten Europas selbst für gut erachtet gehabt hätten. Seinen Unterthanen wolle er nach dem Beispiel Christi vergeben, und indem er sie liebevoll zu der Pflicht zurückrufe, vom Vater des Erbarmens erflehen, daß er sie mit der dem Unbant bereiteten Geisel

Digitized by Google

** Berlin, 5. Mai. An die in konventionsmäßiger Anzahl zu Xiony versammelten Kreisbaaren" erging die vergebliche Aufforderung, sich aufzulösen. Der Bürgermeister war von ihnen verhaftet. Ebenso der in Xiony stationirte Gendarme, dem der Beschlahaber des Korps, Dadrowski, als Grund angab, ein „Agent einer feindlichen Macht", — ein „Spion" — dürfe nicht länger im Lager geduldet werden, und Dadrowski konne ihn vor Gewaltthat nicht schützen. Endlich hielt Dadrowski drei Deutsche gefangen, die er herauszugeben sich weigerte. Der polnische Kreiskommissarius Raczynski, also einer der nationalen Vertrauensmänner, forderte dringend die Freilassung. Umsonst. Dadrowski antwortete, er werde die drei Deutschen vor ein Kriegsgericht stellen und nur dann frei lassen, wenn sie von diesem freigesprochen wären. Der Oberst v. Brandt an der Spitze einer Militärabtheilung, erlieh nun eine dreimalige, letzt fruchtlose Aufforderung zur Niederlegung der Waffen. Das Lager mußte angegriffen werden, und die Kart verbarrikadirte Stadt wurde nach mehrstündiger heftiger Vertheidigung genommen. 974 Freischärler sind dabei gefangen worden. Bei dem Kampf unglücklicher Weise entstand eine Feuersbrunst, die einen Theil der Stadt eingeäschert hat, wahrscheinlich sogar den größten! — Von Xiony wandte sich Oberst Brandt gegen Neustadt an der Warthe, besetzte diesen Ort und sicherte sich so den Uebergang über den Fluß. — Am 30. April, 8 Uhr Morgens brach der Generalmajor von Blumen mit 3 Bataillonen Infanterie, 1/2 Kompagnie Jäger, 3 Eskadrons, 4 Geschützen von Schroda gegen den Sammelplatz der Freischaaren, Mielosław, auf und stieß bei Winagora auf dessen Vorposten. Er sandte den Major v. Brodowski, als einen der polnischen Sprache kundigen Parlamentär, voraus, um zur Niederlegung der Waffen aufzufordern. Der Parlamentär wurde mit Büchsenfeuer empfangen. So bewaffnet General Blumen nicht zu unterhandeln und drang mit den Truppen vor. Die Freischärler räumten Winagora. Die Position bei Mielosław war einige Tausend Mann karl; Ludwig Mierosławski war hier der Anführer, „Befehlshaber der polnischen Armee" genannt. Die Zahl der durch die Konvention bei Jaroslawiec vom 11. April gestatteten Truppenkadres war hier weitaus überschritten. Es war auch wenig auf das Halten der Verträge polnischerseits abgesehen. Man pochte darauf, daß, wo bisher ernstlicher Widerstand geleistet worden, die Preußen sich ruhig wieder zurückzogen hätten, wie z. B. bei Schroda vor den Sensenmännern. Hier gelang es Brodowski, mit den polnischen Führern zu unterhandeln. — Die Aufforderung zur Niederlegung der Waffen wurde durch Mierosławski mit dem trotzigsten Gelichter beantwortet, sich bis zum letzten Blutstropfen mit seinen Untergebenen vertheidigen zu wollen. — Der Kampf begann und währte mit hartnäckigem Widerstande von Seite der Mierosławskischen Schaar und großen Verlusten auf beiden Seiten 2 1/2 Stunde, bis endlich General Blumen völlig Herr des Ortes wurde, und seine Mannschaften bis darüber hinaus vordrangen. Jenseits von Mielosław auf der Straße nach Dembre, machte die preußische Kavallerie noch einen Angriff auf polnische Ulanen und warf sie bis auf ihre im Walde stehende Infanterie. Der Erfolg dieses Rückzugs erregte übrigens einige militärische Zweifel in dessen Aufrichtigkeit; wir hatten ihn für einen strategischen Kunstgriff. Denn eben im Begriff Vorsolgen der Ulanen wurden die Preußen von der polnischen Infanterie im Walde mit so nachdrücklichem Büchsenfeuer empfangen und gleichzeitig von der Kavallerie in der Flanke so heftig angefallen, daß ihre Reihen durchbrochen und sie auf Mielosław zurückgeworfen wurden. Diesellen Polen, welche gegenwärtig sich nicht entblöden, die Deutschen eines Bruches der Willkürlichen Uebereinkunft anzuklagen, entwickelten an jenem Walde durch sofortigen Zuzug der im Neustädter Lager befindlichen Truppen, sowie durch mehrere Tausende aus der Umgegend von Mielosław und Wreschen aufgebotener Sensenträger und Büchsenschützen verstärkt, in nächster Nähe ganz unerwartet eine so große Ueberlegenheit an Streitkräften, daß General Blumen, nachdem er mit großer Anstrengung und rühmlichster Ausdauer seiner tapfern Legion faß zwei Stunden lang Mielosław vertheidigt hatte, genöthigt war, sich nach Schroda zurückzuziehen. — — Gibt es noch Deutsche, die dabei triumphirend ausrufen: „Gottlob, die Preußen sind geschlagen, die Polen haben gesiegt"?! Wenn es solche gibt, so suche ich sie nicht in Baden, nicht in Baiern, auch nicht bei den Freunden der Zeitung Ernst v. Schwarzer, sondern hier zu Berlin, und zwar unter den Subjekten, die, von irgendwelchem Edelende getrieben, sich mit allerlei Gelichter unter den Zelten versammeln, und unter denen, welche die schandbaren Korrespondenzartikel aus Berlin für die Zeitung des Hrn. v. Schwarzer sub firma „H.H." oder „H.J." schreiben! — — Die Verlust der deutschen Truppen beträgt an Todten: drei Offiziere (v. Uthmann, v. Bayer, v. Kern, der von Sensenmännern fürchterlich verstümmelt sein soll), drei Unteroffiziere, 12 Gemeine. An Verwundeten: 11 Offiziere (die Hauptleute v. Dreßler, v. Seydlitz, Knorr, Tilemann, v. Michaelis, die Offiziere Beyer, v. Drygalski I., v. Merell, v. Wedell, Simon, Lauke), 1 Unteroffizier, 30 Mann. — Ueberdem wußte man über das Schicksal von 100 Mann, die vermißt wurden, Nichts. — Der Verlust der Freischärler soll sehr bedeutend gewesen sein, ist aber nicht angegeben. Ein in Mielosław erobertes Geschütz mußte aus Mangel an Transportmitteln zurückgelassen werden. — — Die Polen haben nun alle Streitkräfte ihrer Heerlager von Neustadt und Mielosław bei M. vereinigt. Von Posen aus hat daher Blumen eine Verstärkung von 1/2 Bataillonen, 1/2 Eskadron, 2 Geschützen und Oberst Brandt den Befehl erhalten, mit allen seinen Truppen auf das rechte Warthenfer übergehen und sich mit Blumen zu vereinigen. — — So haben die Polen es gewollt. Am 11. April war General Colomb in der Lage, ihr vereinigtes Lager bei Schroda zu vernichten. Willkürlich fiel ihm in die Zügel. Die Regierung begann ihr Friedenswerk. Aber ihre Basis war die Gerechtigkeit. Diese forderte für die Deutschen in Posen dieselbe Unabhängigkeit von den Polen, wie diesen werden sollte von dem preußischen Provinzialverband. Die Polen protestirten gegen diese Bereitigung freier Deutschen und ihre Anerkennung durch eine deutsche Krone, als gegen eine neue Theilung „Polens"! Und in dem Augenblick, da die Regierung Pfuel absandte und virtuell das Wahlgesetz für die konstituirende polnische Versammlung zu publiziren im Begriffe war, statt zu den friedlichen Mahlen, geht's auf die feindliche Wahlstatt. Alle ihneres Sinn wird da vergeudet für eine falsche Sache! Wenn aber die Geschichte einst richten wird, wer die Schuld trägt, daß preußische Heiden gegen Polens beste Kraft anstämpfen mußten, und daß nicht Deutsche und Polen schneeländer dem gemeinsamen Feinde die Stirn boten, dann wird sie Preußen und Deutschland frei und das unglückselige Polen schuldig sprechen. — Hier verweilen jetzt Polen in großer Anzahl, zweifelsohne sämmtlich mit „diplomatischen" Sendungen betraut, oder aus eigener Vollmacht an den Hof, an die Minister, an einflußreiche Männer, an Parteiführer, an Klubs, an Versammlungen in seischer Luft! Je verzweifelter die Lage des beklagenswerthesten aller Völker wird, desto leidenschaftlicher Agitationen werden, müssen von seinen Söhnen betrieben werden, hier, in Frankfurt, in Paris! Führt die erste Berliner Revolution, an der die Polen einigen schwachen Antheil genommen, nicht zum erwünschten Ziele und bringen die Polen in Posen nicht durch, wollen, so versuchen sie eine zweite! Der Kindermord, das Weh' brechrinnt, ist in der Sprache des polnischen Nationalkomité's ein Fremdwort. Und gelingt es nicht, Berlin zu revolutionären, wozu die von Tag zu Tag bedenklichere Arbeiterfrage eine greifbare Handhabe bietet, dann gibt es eine dritte Instanz — den Czar in Moskau! Das wird den Polen jetzt noch innerlich und äußerlich unmöglich macht, die Freundschaft der Russen zu suchen, das ist die öffentliche Meinung von Europa. Wenn sie es aber erst dahin gebracht haben, wovor ich schaudere, daß Frankreich und England, namentlich Frankreich über ihre Handlungsweise urtheilt, wie gegenwärtig leider zu ihrem Verderben Deutschland: dann braucht es nicht einmal einer Umwälzung an der Newa, dann ergreifen sie auch die blutige Hand des Selbstherrschers, um den Deutschen, die in der Sprache des polnischen Nationalkomité's ein Fremdwort. Und gelingt es nicht, Berlin zu revolutionären, wozu die von Tag zu Tag bedenklichere Arbeiterfrage eine greifbare Handhabe bietet, dann gibt es eine dritte Instanz — den Czar in Moskau! Das wird den Polen jetzt noch innerlich und äußerlich unmöglich macht, die Freundschaft der Russen zu suchen, das ist die öffentliche Meinung von Europa. Wenn sie es aber erst dahin gebracht haben, wovor ich schaudere, daß Frankreich und England, namentlich Frankreich über ihre Handlungsweise urtheilt, wie gegenwärtig leider zu ihrem Verderben Deutschland: dann braucht es nicht einmal einer Umwälzung an der Newa, dann ergreifen sie auch die blutige Hand des Selbstherrschers, um den Deutschen, die in der Sprache des polnischen Nationalkomité's ein Fremdwort. Und gelingt es nicht, Berlin zu revolutionären, wozu die von Tag zu Tag bedenklichere Arbeiterfrage eine greifbare Handhabe bietet, dann gibt es eine dritte Instanz — den Czar in Moskau! Das wird den Polen jetzt noch innerlich und äußerlich unmöglich macht, die Freundschaft der Russen zu suchen, das ist die öffentliche Meinung von Europa. Wenn sie es aber erst dahin gebracht haben, wovor ich schaudere, daß Frankreich und England, namentlich Frankreich über ihre Handlungsweise urtheilt, wie gegenwärtig leider zu ihrem Verderben Deutschland: dann braucht es nicht einmal einer Umwälzung an der Newa, dann ergreifen sie auch die blutige Hand des Selbstherrschers, um den Deutschen, die in der alte Slavenland wieder erobert, — dann werden sie die friedsahlen Knechte des neuen Attila! — Die Volksversammlung unter den Zelten hat einen Maueranschlag veranlaßt, der unserm Namen zur Schande gereicht. Das unterzeichnete anonyme Komité fordert die Herstellung Polens von der Weichsel bis an's schwarze Meer. Und aus welchem Grunde soll deutsche Nationalität mit Füßen getreten werden?! „Zum Schutze gegen Rußland". Also, um Deutschland gegen Rußland zu beschützen, lagert man ein Slavenreich zwischen Deutschland und Ostpreußen. Oder die Lobhasser verschenken auch Letzteres? Und nur zum Schutze! Die feigsten Nationen geben nicht so schimpflichen Zeugniß für ihre Kraft. Für diese Grundsätze wollen die Zeltenpolitiker „stehen und fallen". — Es sollte und dieser politische Wahnsinn nicht schwerzen. Aber immer sind es doch Deutsche, die sich so weit vergessen; Deutsche wollen die badische Republik unter den Schutz Frankreichs stellen; Deutsche wollen Deutschland unter den Schutz Polens stellen! Ist der Name „Verräther" nicht mehr im Vaterlande der ärgste Schimpf? An unseren Linden schlägt man offene Manifeste des Vaterlandsverraths an!

ξ Heidelberg, 7. Mai. Eine Anzahl Geistliche aus der Umgegend Heidelbergs haben den lebhaften Wunsch ausgesprochen, daß baldigst eine Versammlung von Geistlichen und Kirchengemeinderäthen zunächst der Diöcesen Heidelberg, Ladenburg, Mannheim, Neckargemünd, Oberheidelberg und Wiesloch zur Besprechung der Angelegenheiten unserer ev. prot. Kirche hier gehalten werden solle und dazu die Mitglieder der theologischen Fakultät eingeladen werden möchten.

Digitized by Google

Diese Versammlung wird Mittwoch den 10. Mai, Morgens 9 Uhr, im Saale des hiesigen Lyceums Statt finden, und wir laden daher die übrigen Mannheim Herrn, sowie andere Kollegen und Kirchenvorsteher hierdurch ein, sich dahin einfinden zu wollen. Zugleich fügen wir einen ganz unmaßgeblichen Entwurf einiger Sätze bei, welcher, wenn es die Versammlung wünscht, als Basis für die Diskussion dienen könnte, damit dieselbe auf geordnete Weise an einem bestimmten Faden verlaufe.

1. Die Erhebung des deutschen Volkes in diesen Tagen muß, wie auf dem Boden des Staates, so auch auf dem der ev. prot. Kirche, eine Neugestaltung zur Folge haben, welche sowohl das bisherige Verhältniß der Kirche zum Staat, als die Kirchenverfassung gänzlich umändern und die Gründung einer freien deutsch-protestantischen Nationalkirche zum Ziele haben wird. Dieses Ziel zu erreichen, müssen die verschiedenen deutsch-protestantischen Landeskirchen sich die Hand bieten, und ohne ihre Eigenthümlichkeit, wie solche im kirchlichen Bewußtsein des Volkes wurzelt, gewaltsam abzuthun, berathen, wie jene Einheit des Ganzen auf dem Wege der Reform zu erstreben und zu verwirklichen sei. 3. Auch die unterzeichneten Glieder, Vorsteher und Geistliche der ev. prot. Kirche Badens, welche die auf der Unionsurkunde vom Jahre 1821 ruhende und durch die Landes-Verfassungsurkunde anerkannte Gemeinschaft der vormals reformirten und lutherischen Kirchen im Gebiete des Großherzogthums Baden ist, wünschen die Gründung einer freien deutsch-protestantischen Nationalkirche, in welcher sich ihre Landeskirche als ein einheitlicher und wohlgegliederter Organismus mit ein Theil zum Ganzen verbände. 4. Diesen Wunsch jetzt auszusprechen und seiner Verwirklichung anzudenken, halten sie sich verpflichtet durch die Verkündigung absoluter bürgerlicher und politischer Gleichstellung aller Glaubensweisen und Kirchenformen in Deutschland, wodurch sich jetzt schon die bisherigen Verhältnisse der Kirche zum Staat wesentlich umgestaltet haben. 5. Die unterzeichneten Glieder der badischen Kirche sind daher der Ueberzeugung, daß die bisherige Art und Weise äußerer Einigung und Leitung der ev. prot. Kirche durch eine Staatskirchenbehörde, als Organ des obersten Kirchenregiments, nicht länger bestehen könne, da diese Verhältnisse auf einem besonderen, religiösen Charakter des Staates beruhten, welcher durch die Verkündigung voller Religionsfreiheit bereits aufgehoben hat. 6. In Folge dessen muß die ev. Kirche Badens sowohl ihre Unabhängigkeit von der Leitung der bisherigen obersten Kirchenbehörde und der Staatskirchenbehörde in Anspruch nehmen, als auch ihre Verfassung dahin entwickeln, daß durch sie die Autonomie und Selbstverwaltung der Kirche gesichert werde und bleibe. 7. Diese Unabhängigkeit der Kirche vom Staate soll nicht als eine Entgegensetzung der beiden, sondern als eine positive Beziehungsstätigkeit zwischen beiden angesehen werden, sondern die ev. Kirche erkennt in Uebereinstimmung mit ihrer Vergangenheit eine innige geistige Beziehung zwischen Kirche und Staat, welche sich eine äußerliche, soweit es ohne Beeinträchtigung der Freiheit und Selbständigkeit der einen oder des andern möglich ist, bethätigen soll vorzugsweise an. 8. Der Staat, als die göttlich geordnete, rechtlich sittliche Gemeinschaft des irdischen Lebens, bedarf unabweisbar zur Erreichung seiner Zwecke einer sittlichen Grundlage. Die dieser Grundlage zu Grunde liegende Bedeutung als religiös-sittliche Gemeinschaft zur höchsten Vollendung des irdischen und Verwirklichung des ewigen Lebens bedarf zu ihrer äußern Selbstdarstellung des Rechtsschutzes von Seite des Staats und berührt sich auch im Universelle der Fassung überseitiger Sittlichkeit wesentlich mit den Zwecken desselben. Beide Lebensgebiete müssen daher in Beziehung auf ihre gemeinsamen Zwecke in freier Weise sich vereinbaren. 9. Dabei bleibt der Kirche die Entwicklung und Gestaltung ihrer eigenen Verhältnisse in dem Verbande der einzelnen Gemeinde, der Diözese, Landes- und Nationalkirche vollkommen frei überlassen. 10. Für alle diese kirchlichen Kreise ist die Synodalverfassung in möglichst freier Entwicklung das Mittel, die Freiheit und Autonomie sich zu sichern, zu erhalten und zu erhalten. 11. Gemeinschaftliche Landesbehörden deutscher Nation bilden durch freigewählte geistliche und nichtgeistliche Abgeordnete, deren Anzahl sich nach dem Umfang der Landeskirche richtet, eine deutsche Generalsynode. 12. Diese versammelt sich alle 3 Jahre in einer jedesmal von der vorher gehenden zu bestimmenden deutschen Stadt, erstmals im Jahre 1849 zu Frankfurt a. M. 13. Ihre Berathungen und Beschlüsse haben den Zweck, die Einheit der deutsch-protestantischer Nationalkirche zu vermitteln und zu verwirklichen. Heidelberg, 26. April 1848. Bürck. Dittenberger. Schiß.

## Frankreich.

Paris, 8. Mai. Der gestrige Sonntag ließ einen Ruhepunkt in der politischen Bewegung eintreten; die Wahl der Regierungskommission wird erst heute Abend auf die Tagesordnung kommen; es ist daher für jetzt wenig Neues zu berichten. Wie es in solchen Pausen, namentlich bei so gespannter Stimmung zu geschehen pflegt, es entstehen eine Menge von Gerüchten, die wohl bis und da mit der größten Bestimmtheit ausgesprochen werden, deren Wahrheit wir aber deßwegen nicht verbürgen möchten. Thatsache ist, daß man über die Form der Regierungsgewalt noch nicht einig ist, daß z. B. der „Rational“ darüber auf eine bemerkenswerthe Weise zurückhält; als Gerücht dagegen erwähnen wir, daß Lamartine erklärt haben soll, er werde nur an einer Kombination Theil nehmen, in der auch Ledru Rollin sei. Alles um des lieben Friedens willen, und um nicht gleich Anfangs eine Spaltung in der Versammlung hervorzurufen! Armand Marrast dagegen soll sich klüger Weise im entgegengesetzten Sinne ausgesprochen haben. Thatsache ist, daß gestern Abend alle Klubs von Paris eine Adresse votirt haben, durch die die Nationalversammlung aufgefordert wird, sich auf das Schleunigste mit dem Einschreiten zu Gunsten Polens und Italiens zu beschäftigen. Gerücht dagegen ist, das englische Kabinet habe Herrn Lamartine eine Note zugehen lassen mit der Erklärung, daß man jenseits des Kanals jeden Einmarsch französischer Truppen in Italien als einen casus belli betrachten werde. Wie wollen uns über die Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit dieser Gerüchte nicht weiter auslassen; sie sind alle von der Art, daß uns die nächste Zukunft darüber Gewißheit verschaffen wird.

Folgendes ist ungefähr die Zusammensetzung der Nationalversammlung. Dieselbe zählt in ihrem Schooße 192 ehemalige Deputirte, worunter viele Advokaten, 87 neue Advokaten, in Ausübung ihrer Profession, 62 Gerichtsbeamte, 36 Gemeinderäte, 39 Regierungskommissäre, 33 Militärs, 29 Aerzte, 26 Arbeiter, 21 Ackerbauer, 17 Publizisten, 83 Kaufleute, Notare, Schmaltzer, Fabrikanten, Lehrer, 217 Personen ohne bestimmte Angabe des Standes. Die Liste bedarf jedoch noch bedeutender Ergänzungen und wird erst in einigen Wochen vollständig gemacht werden können.

Sitzung der Nationalversammlung. Der Finanzminister Garnier-Pagès fährt in seinem Rechenschaftsberichte fort, nachdem die 18 Bureaux der Versammlung durch das Loos ernannt worden sind. Die gegenwärtige Finanzlage ist folgende: Für öffentliche Arbeiten sind nothwendig 514 Mill., zur Deckung der Boni du Trésor 253 Mill., das Deficit des Budgets seit 1840 275 Mill., die Dette Flottante 324 Mill. und die Staatsschuld beträgt 177 Mill. jährliche Interessen. Das künftige ordinäre Budget wird 1500 Mill. betragen, die Einnahmen machen 1540 Mill. aus; dagegen sind 165 Mill. außerordentliches Budget nothwendig, die jedoch durch das Anmeistement so gedeckt werden, daß nur eine Differenz von 11 Mill. bleibt. Auf den Finanzminister folgt der Kriegsminister, Hr. Arago, der ebenfalls Rechenschaft abstattet. Wir bemerken aus der langen Aufzählung der getroffenen Vertheidigungsanstalten nur, daß die Regierung allein der Nationalgarde zu den Gewehren, die sie bereits besaß, noch 446,860 Gewehre gegeben hat, und daß sie ihre größte Kraft und ihre größte Stärke im Zulande, wie dem Auslande gegenüber in der Nationalgarde demokratisch organisirt, d. i. in der Bewaffnung des ganzen Volkes sucht. Der Minister des Staatsbanken Marie folgt hierauf und liest ebenfalls seinen Bericht ab, da jeder dieser Berichte $^3/_4$ St. die eine Stunde wegnimmt, so ist es bereits 3 Uhr geworden, als auch Herr Marie schließt. Endlich erscheint Lamartine auf der Tribune und die ganze Versammlung hört ihm mit gespannter Aufmerksamkeit zu. Er erklärte vor Allem, daß er die Friedenspolitik der Politik der bewaffneten Propaganda vorgezogen und es verschmäht habe, andern Völkern Regierungsformen aufzudringen, die diesen vielleicht nicht zusagten. Was er bis jetzt gethan habe, sei „bewaffnete Diplomatie“ gewesen; der großen National-Versammlung stehe es zu, zu beschließen, was sie in dieser Hinsicht den Interessen Frankreichs angemessen halte. Lamartine geht nun auf die einzelnen Länder über und zeigt, welche Siege das demokratische Princip bereits in ganz Europa erfochten habe. Für Deutschland spricht er die glänzendsten Hoffnungen aus, und glaubt, daß aus dem Parlamente in Frankfurt ein wahrhafter deutscher Bundesstaat hervorgehen und Deutschlands Zukunft sichern werde. Zu den natürlichen Alliirten Frankreichs zählte Lamartine Italien, die Schweiz und Deutschland. Die provisorische Regierung, schloß er, schäze sich glücklich, der Nationalversammlung Frankreich im Frieden und rein von jeden politischen Unrechte nach Außen zu übergeben. — Nachdem der Redner unter stürmischem Beifall geendet, verliest der Präsident einen Brief des alten Dichters Beranger, der seine Entlassung als Deputirter gibt. Die Kammer will sie nicht annehmen, und erklärt dies durch ein einstimmiges Votum. Der Vertreter Domes schlägt vor, daß die Nationalversammlung durch ein Dekret die Rechenschaftsberichte der provisor. Regierung annehme und erkläre, daß die provisor. Regierung sich um das Vaterland wohl verdient gemacht habe und daß die provisor. Regierung die exekutive Gewalt bis zur Beendigung der Konstitution einer Commission von fünf Mitgliedern übergebe. Er will die fünf Namen vorlesen, aber man läßt ihn nicht zu Worte kommen. „Seine Namen!“ heißt es von der Rechten, da man hofft, so Ledru-Rollin durch ein Stillschweigendes Votum ohne Debatte und der Regierung zu entfernen. Die heftigsten Interpellationen kreuzen sich, nun hört fünf Minuten lang kein Wort. Beide Parteien sind in der größten Aufregung, die auch dann nicht aufhört, als der Präsident sich bedeckt und die Sitzung schließt. Diese kleine Szene gibt einen Vorgeschmack von der Erbitterung, womit sich beide Parteien beim eigentlichen Treffen gegenüber stehen werden.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England der Hrn. Oliver & Boyd, 79 Newgate-street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden uns Gh. H. Alexander in Straßburg Nr. 29 Broglie, Paris Nr. 29 Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Pränumerationspreise besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post besorgen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 28 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 133. Heidelberg, Samstag 13. Mai. 1848.

## Uebersicht.

**Deutschland und die Schweizer Presse.** — **Wien** (v. Lebzeltern. Freisinnige Modifikation der Verfassung. v. Doerer. Zu Kroatien und Slavonien das Staatsrecht verständigt. Erklärung des Kriegsministeriums). **Karlsbad** (Graf Thun über die Beschickung des deutschen Parlaments). **Berlin** (Deutschthum als Ketzerei. Ueberm Bundestagsgesandter. Dänische Seeluvpe genommen. Stettiner Freihafen gegen die Dänen. Gericht über Polen). **Aachen** (Parlamentswahl). **Posen, Bromberg** (Anwachsen des Aufstands; ein Freiherr gefangen). **Westpreußen** (poln. Insurrektionsversuch gescheitert. Flüchtlinge aus Russisch-Polen). **Königsberg** (Bauernaufruhr). **München** (Kammerverhandlungen. Der Gesetzentwurf über die Ablösung). **Prozelten** (Wassermann gewählt). **Sachsen** (Parlamentswahlen). **Freiburg** (Welcker Parlamentskandidat). **Hardheim** (Abgeordnetenwahl). **Rendsburg** (Unterhandlungen wegen Waffenruhe. Stillstand der Operationen. Vermittlungsvorschläge). **Detmold** (Parlamentswahl). **Frankfurt** (Verhandlungen der Fünfzigerausschusses).

**Schweiz.** Aus der Schweiz. Die N. Zür. Z. Die italienischen Werbungen. **Bern.** Die Schweizer Neutralität. Parteinahme einzelner Kantone für Italien. **Chur.** Gerüchte über Rom. Merkantilische Sympathien für Italien.

**Frankreich.** Straßburg. Die Ernennung der neuen Regierung.

**Italien.** Verona. Ein Treffen bei Verona. Nachrichten aus dem Hauptquartier. Rom. Ernstes gespanntes Verhältniß. Neapel. Finanzielle Nothgezeln. Das Heer nach der Lombardei. Thätigkeit des Ministeriums.

**Beilage.** Auszüge aus den Akten des poln. Nationalvereins in Posen. **Berlin.** Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klasse. / **Mecklenburg.** Die Parlamentswahlen; der Landtag. **Schweiz.** Bern. Die Großrathsverhandlungen und die Abdankung Ochsenbeins. **Frankreich.** Berhandlungen der Nationalversammlung. Wieder eine stürmische Scene. Wühlereien der äußersten Partei. Die Berhandlung über die Bildung der neuen Regierung. Begonnene Abstimmung.

### Heidelberg, 12. Mai.

Es scheint als sollte unsere deutsche Theilnahme an dem Schicksal anderer Staaten und Nationalitäten wenig Anerkennung ernten; es scheint als sollten wir durch den sündhaftesten Undank zu dem Egoismus bekehrt werden, der längst die verständige, ungemüthliche Politik der großen Staaten Europas geleitet hat. Indeß wir mitten in der größten Krisis des eigenen Vaterlandes kaum ein dringenderes Anliegen haben, als die Wiederherstellung der polnischen Nationalität, und es sogar gutmüthige Thoren unter uns gibt, welche Hunderttausende deutscher Bewohner und die Errungenschaft deutscher Arbeit dem neuen Sarmatenreiche als Morgengabe hinwerfen möchten, lohnt man uns mit Aufständen, heimtückischen Ueberfällen und Blutscenen, die in sehr kurzer Zeit die populärsten Sympathien für Polen bedenklich erschüttert haben und, wenn kein Umschwung eintritt, sie bald in die gerechteste Empörung wider alles Slavische umkehren müssen.

Ein ähnliches Schicksal droht uns von der Schweiz her. Indeß wir Deutsche in bedenklichsten Tagen, wo die ganze Diplomatie des Kontinents gegen die Schweiz verschworen war, und von Frankreich nur die schmählichsten Intrigiren gegen die eidgenössische Sache ausgeheckt wurden, eine ebenso warme als uneigennützige Sympathie für den Principienkampf, der sich dort in den Bergen aufsocht, an den Tag legten, indeß unsere Presse mit wenig Ausnahmen gegen die Kabinetspolitik der deutschen Großmächte trotz Censur und Polizei einen hartnäckigen und eifrigen Strauß ausfämpfte, und unsere deutsche Gutmüthigkeit bewundernd und begeistert die Heldenthaten sich erzählen ließ, die bei Gisikon und auf dem Rothenberge vollbracht worden waren, indeß wir bei dem Schweizer der Engländer und Franzosen, in Worten und wohl die und da auch in Thaten unsere Sympathie für die Unabhängigkeit der Schweiz kundgaben, erwidert man uns seit von dort den Gruß mit Hohn und Schmähungen, mit offener Sympathie für deutsche Sonderbündelei, mit wohrgem Liebäugeln mit den Franzosen und Italienern. Allem Anschein nach wird es nicht lange dauern, und man wird in der Schweiz mit Cechen, Magyaren, Dänen, Polen, Russen u. s. w. fraternisiren, gegen die Deutschen allein als die eigentlichen Erbfeinde feindlich Front machen.

Wir haben bisher wenig Nachdruck darauf gelegt, theils weil es wichtigere Dinge zu thun gab, als sich mit Schweizerzeitungen zu befassen, theils weil wir selber und unser Blatt die vorzügliche Zielscheibe der grenzenlosen Wuth einiger Schweizerblätter gewesen sind, und eine natürliche Scheu uns abhielt, in so bedenklichen Zeiten auch nur ein paar Minuten mit einer perfidischen Fehde, einer rechten querelle allemande, zu verderben. Ohnedies brachten unsere republikanischen Kollegen an der Aar und an der Limmat nichts Neues zu Wege; sie setzten von den Broden, die selbst dem seligen Rhein. Beob. und der Mannh. Abendz. zuletzt verleidet waren. Der Doktor, der Professor, der Hofrath, die Doktorzeitung, die Professorzeitung und die Hofrathheitung, das war der geistreiche Klimax, auf dem sich der attische Witz der Berner und Züricher Zeitungen auf- und abstieged bewegte. Unsere republikanischen Kollegen scheinen nicht zu ahnen, wie wenig Aufsehens das monarchische Deutschland von diesen und andern Titulaturen überhaupt noch macht, sie verrathen durch diese lebhafte Betonung von Wörtern, denen in Deutschland Niemand mehr eine positive oder negative Bedeutung beilegt, daß sie in der eigentlich republikanischen Auffassung der Dinge hinter uns hartgesotten und unverbesserlichen Monarchisten noch weit zurück sind. Wir wollen davon Umgang nehmen, wir wollen den Vorwurf, den uns ein Kampf gegen Persönlichkeiten vielleicht in die Hände gabe, unbenützt lassen, und die ganze Blumenlese von Grobheiten, Schmähungen und ungesalzenen Reden, womit die Schweizerpresse uns persönlich auszeichnete, großmüthig zu den Akten legen.

Aber was die gemeinsame vaterländische Sache angeht, dürfen wir so stillschweigend nicht übergehen; ist es uns persönlich eine hinreichende Genugthuung, in Gemeinschaft mit der deutschen Nation alltäglich geschmäht zu werden, so haben wir doch nicht Stoicismus genug, die Brutalitäten, womit unser Volk überhäuft, so ungerügt vorbeigehen zu lassen. Wir legen wahrhaftig nicht zu viel Werth auf das, was man über deutsche Zustände in Bern und Zürich druckt; aber sobald wir voraussetzen dürfen, daß durch dieses Gedruckte eine Partei, vielleicht ein einflußreicher Theil der Schweiz vertreten ist, da wird uns die Pflicht auferlegt, zu der Unzucht des Wortes, die man sich dort gegen uns erlaubt, nicht länger zu schweigen. Wir legen aber voraus, daß in jenen Invektiven gegen Deutschland sich ein Theil der Schweiz aussprieht, nicht weil wir der Zeitung von Bern oder Zürich mehr Gewicht beilegen, als sie haben, sondern weil gleichzeitig in andern Kreisen und auf andern Gebieten ganz verwandte Aeußerungen und Gelüste laut werden, auf die man die deutsche Politik nicht früh genug aufmerksam machen kann. Wir wollen Beides ins Auge fassen: die Aeußerungen eines Theiles der Schweizerpresse und die verwandten Anklänge einer Politik, die in diesem Augenblicke im Begriffe ist, das Uebergewicht in der Weltschweiz zu erringen.

Wir wollen es der radikalen Schweizerpresse nicht zu schlimm deuten, daß sie für unsere deutschen „Republikaner" so eifrig Partei nahm; noch weniger wollen wir den Republikanern an der Limmat und an der Aar zumuthen, sich für unsere konstitutionelle Monarchie zu begeistern. Es ist das Sache des politischen Geschmacks; die Antipathie ist ganz gegenseitig, denn wir unserer Seits in Deutschland möchten uns ebensowenig für eine Republik enthusiasmiren, in welcher die Politik der Berner oder Züricher Zeitung das große Wort führt. Aber eines hätten die Herren in der Schweiz nicht übersehen sollen und bei der Nähe des Schauplatzes auch nicht übersehen dürfen, daß für die unermeßliche Mehr-

Digitized by Google

heit der deutschen Nation der republikanische Putsch im Seekreis ganz dasselbe war, was der jesuitische Sturmlauf für die Schweiz. Beide wollten die Gelüste einer Minderheit dem unzweideutigen Willen der Mehrheit aufzwingen. Beide durchwarnen sieben Vierteljahrkreisig über das Bankrott, als daß sie sich dem Willen der Mehrheit fügten, Beide verschmähten die Kokketerie, selbst, das offene Einverständniß mit dem Auslande nicht, um dem widerstrebenden Inlande den Willen einer Faktion aufzudringen. Ja noch mehr; von den wenn auch schreinbaren Gründen, womit der Sonderbund seine unrechtmäßige Existenz zu rechtfertigen suchte, läßt sich auch nicht einer für unsere Sonderbündler im Seekreis gebrauchen; Nichts von dem, was den Dialektikern der sieben Kantone als Grund der Berechtigung gelten konnte, war auf die sämmerliche Schilderhebung im südwestlichen Winkel Deutschlands anzuwenden. Und doch sympathisirten unsere republikanischen Nachbarn, die so eifrig und ritterlich für das „Recht der Majoritäten“ fochten, hier mit dem brutalen Unrecht einer Minorität, und doch schmähten sie lieber ein großes Volk, als daß sie es über sich vermocht hätten, ihren Irrthum über die Bedeutung der republikanischen Partei in Deutschland einzugestehen.

Wir haben in den ernsten Tagen des Kampfes uns bisweilen den ehrbaren Scherz erlaubt, ein paar Auszüge aus Schweizerblättern mitzutheilen, worin der Putsch im Seekreis geschildert war; wir haben mit diesen Proben Fallstaffischer Geschichtsdarstellung zwar unsere Leser gewiß sehr erheitert, aber doch den Nebenzweck, die Schweizerblätter ein Wenig zur Vorsicht zu ermahnen, offenbar nicht erreicht. Sie haben ihre Lügenberichte fortgesetzt, sie haben auf diese Berichte gestützt, souveränen Urtheile über unsere Zustände abgegeben, bei denen unsere Stimmung zwischen Mitleid und Verachtung getheilt war. Von den eigentlichen Schimpfwörtern nicht einmal zu reden — es wurde dem deutschen Volke auch das Aergste nachgesagt, weil es nun einmal von zwei Mannheimer Advokaten sich seine Politik nicht wollte machen lassen. Die Berner Zeitung leistete in Gränelschilderungen der deutschen Zustände das Unglaublichste; nach ihrer Versicherung ist die „Knebelung des badischen Volkes auf der höchsten Spitze; das Martialgesetz, die Einkerkerungen, die Entwaffnung, kurz alle Mittel der brutalen Gewalt und der Schreckensherrschaft“ sind dort oben auf. Weil die Deutsche Zeit. einmal ganz harmlos zwischen offenen und geheimen Republikanern unterschied, steht ihre erhitzte Phantasie (in Nr. 106) bereits ein neues Inquisitionstribunal gegen geheime Republikaner errichtet, bei dem Prof. Gervinus als „moderner Torquemada“ fungirt. Weil man die Redakteure zweier badischen Blätter auf guten Grund hin verhaftete und in zwei Städten, den Sitzen der Anarchie, die Entwaffnung vornahm und die Wohlfahrtsausschüsse des Aufruhrs unterdrückte, ist nach Versicherung der Berner Zeit. die Vereinsfreiheit unterdrückt, die Volksbewaffnung in eine Volksentwaffnung umgewandelt und fast alle Journalisten eingekerkert! Der Berner Zeit. steht diese humane Entrüstung so wohl an; es war ja wohl in Baden, wo man die besiegten Kantone mit harten Geldervpressungen auf lange Zeit hinaus verarmen machte, wo man Professoren wegen Aeußerungen auf den Katheder oder in einer Volksversammlung (wie Ausländer!) absetzte, wo man jeden freundlichen und klugen Rath zur Mäßigung entrüstet zurückwies; es war ja wohl nicht die Berner Zeitung, die für jede Brutalität, jede Mißhandlung ein vae victis in Bereitschaft hatte?! Und jetzt, nachdem sie das Uebermaß von Siegesübermuth im eigenen Lande bereitwillig entschuldigt hat, sucht sie ein paar vorübergehende Maßregeln des nothwendigen Schutzes durch ungeheuere Uebertreibungen als Terrorismus zu verdächtigen, und nimmt die humane Larve vor, die ihr im December 1847 gegen die eigenen Landsleute so wohl angestanden hätte.

Wir haben häufig einen Unterschied machen hören zwischen Berner Plumpheit und Züricher Feinheit; man hat uns die derbe ungeschlachte Natur des Bären im Westen nicht selten in eine unvortheilhafte Parallele gestellt mit dem feineren Gepräge der Züricher Bildung und Erziehung. Nach der politischen Presse beider Städte zu urtheilen, können wir den Unterschied nicht gerechtfertigt finden; wir finden die Saturnalien der Züricher Zeitung weder würdiger, noch feiner, noch geistreicher, als das, was die junge Politik in Bern drucken läßt, und wenn die N. Zür. Z., so wie sie uns vorliegt, die herrschende Politik in Zürich ebenso treu wiedergibt, wie die Bern. Z. die des gegenwärtigen Großen Raths und seiner Parteiführer, so können wir das Schicksal beider Kantone nur gleich tief beklagen, wenn eine solche Politik dort Aussicht auf Herrschaft hätte. Während das Berner Blatt sich damit begnügt hat, die Thatsachen falsch zu berichten und an sie ihr Räsonnement — genügt mit den obligaten Schmähworten — anzuknüpfen, schien das Züricher Organ es eigentlich es darauf anzulegen, die Ehre einer ganzen Nation in recht boshafter Weise zu bemakeln. Man wird vielleicht das Gewicht solcher Ergießungen viel geringer anschlagen, wenn man die unmittelbare Quelle, von dem Nimbus der Entfernung entkleidet, vor Augen hat, aber man wird es auch unsern Landsleuten nicht verargen können, wenn sie minder gleichmüthig als wir und minder bekannt mit der attischen Urbanität und Sittbe der Schweizer Presse, allmählich die Geduld verlorn und sich allerwärts, wo sich zufällig das Züricher Blatt hin verlief, die lauteste Entrüstung kundgab über die flache und unwürdige Frivolität, womit hier die Politik eines großen Volkes behandelt ward.

Eine genaue Kenntniß der deutschen Zustände und eine scharfe, treffende Beurtheilung hat man billiger Weise von der Schweizerpresse nie verlangt, wohl aber durfte man von ihr mehr politisches Anstandsgefühl und mehr Achtung vor sich selbst erwarten, als ihre neuesten Erzeugnisse bewiesen haben. Das alte Lied vom „deutschen Michel“ sieben Mal die Woche in allen Variationen wiederholt, die gemeine Anspielung auf „deutsche Bedienten“, der flurrile Spott über die Entwickelung der Dinge in Deutschland, die zu beurtheilen den Publicisten au der Limmat auch jeder Beruf fehlt, der unwürdige Hohn über jeden öffentlichen Akt der deutschen Politik, die kleinlichen Ausfälle und Schmähungen auf Personen und Zustände machen bei jedem anständigen Politiker einen ganz entgegengesetzten Eindruck, als den die Urheber beabsichtigten. Wenn man in Deutschland zu Subscriptionen auffordert für den Ankauf einer Kriegsflotte, und die Neue Züricher Zeitung glaubt, diese patriotische Regung lächerlich machen zu können, so fällt damit das republikanische Blatt in die letzte Kategorie serviler Hofblätter; oder wenn Jemand in Zürich beim Ausziehen der deutschen Flagge von einem Polizeimann daran gehindert wird, und die Neue Zür. Zeit. sich über den Spaß von Herzen freut, so stellt sie nur sich selber und der republikanischen Polizei, die vor den drei Farben eine ähnliche Scheu zu haben scheint wie unsere monarchische, ein ungeheueres Armuthszeugniß aus; wenn sie es z. B. „wahnsinnig“ findet, daß wir zum Schutz der tiroler Grenze vor wälschen Freischaaren aufgefordert hatten, so weiß sie damit über den Zustand des eigenen Gehirns den bedenklichsten Verdacht; oder wenn sie bedauernd fragt, mit welchem Recht denn Deutschland den Dänen Schleswig-Holstein entreiße, so stellt sie damit nur ihrer eigenen publicistischen Befähigung ein Zeugniß aus — dessen entsprechendes Prädikat schwer zu finden ist.

Oder sollte hinter dieser plumpen und alltäglichen Umhüllung sich eine Politik verbergen, die mit Schmähungen anfängt und mit Feindseligkeiten endet? Sollte hinter diesen Ausschweifungen einzelner Blätter vielleicht doch die junge Staatskunst der Zukunft liegen und die letzten Nummern der Berner und Züricher Zeitungen das Programm einer neuen Politik enthalten? Der Inhalt entspräche dann dem Gefäße. Wir wollen aber auf diese Frage morgen zurückkommen.

**Oesterreich.** Wien, 7. Mai. Der Freimüthige berichtet: Das Komité der akademischen Legion saß die ganze Nacht, um eine Adresse wegen Abänderung der Konstitution zu entwerfen. Heute früh wurde selbe dem Minister des Innern überreicht, entgegengenommen. Es wird geboten, daß für die Abgeordnetenkammer kein Wahlcensus bestehe, so wie bei den Wahlen für das deutsche Parlament, daß in den Senat nicht bloß die bedeutendsten Grundbesitzer, sondern auch die nicht ganz unbedeutenden gewählt werden können; auch soll deren Wahl nicht von ihnen selbst als egoistische Kaste, sondern vom Volk geschehen. Der Ministerrath möge Se. M. bitten, sich von der Ernennung von Mitgliedern in die erste Kammer zu enthalten. Auch sollte der Reichstag so schleunig als möglich berufen werden. Da es endlich sowohl im Interesse der Bestrebenden als der Arbeitenden liege, ein Arbeitsministerium zu kreiren, so soll der Ministerrath durch ein solches vervollständigt werden. Eine außerordentliche Anzahl von Nationalgarden und Bürgern nahm an dieser höchst interessanten Berathung Theil. Hoch lebe die Universität! Im Bürger- und Nationalgardekomite wird diese Adresse berathen und wahrscheinlich in unveränderter Fassung von beiden Korps gleichfalls überreicht werden. — Einen Tag später. Die Petition der Studenten hat gewirkt. Die Wiener Zeitung bringt die Nachricht, daß der Reichstag bereits im Laufe des künftigen Monats zusammenberufen werden soll. Für die zweite Kammer soll kein Census be-

Digitized by Google

sehen; für die obere soll die Intelligenz und „mäßiger" Grundbesitz maßgebend sein. Die Wahlordnung wird demnächst erscheinen. Bis dahin ersparen wir unsere Urtheile, fürchten jedoch, daß die Wahl der Mitglieder der obern Kammer doch nicht, wie gewünscht wurde, durch das Volk bewerkstelligt werden wird, so wie sich hinter der Intelligenz die projectirte Curie des Senats verstecken zu sollen scheint. Auch ein Arbeitsministerium wird versprochen."

**Wien.** In der Abendausgabe zur Allg. Oesterr. Z. vom 4. Mai lesen wir mit Erstaunen aus Galizien die Angabe hingestellt, als ob vom k. k. Militärkommando in Krakau unter gewissen Umständen russische Waffenhülfe dahin hätte verlangt werden können. Das Kriegsministerium findet sich daher veranlaßt zu erklären, daß schon am 23. März dem k.k. Militärkommando in Krakau die Weisung ertheilt wurde „für den Fall, als der kaiserlich-russische Truppenkommandant an der dortigen Grenze seine militärische Hilfe anbieten sollte, diese zwar mit gebührender Rücksicht, jedoch mit nicht minderer Entschiedenheit abzulehnen sei". Eine gleiche Weisung ist von Seite des Kriegsministeriums unterm 13. April auch an den kommandirenden General in Galizien ergangen.

Im amtlichen Theile der Wien. Z. erklärt der Konferenzrath Franz Frhr. v. Lebzeltern auf verschiedene an ihn gelangte Anfragen und geäußerte Zweifel, daß er keineswegs zum Minister des Aeußern und des kaiserlichen Hauses ernannt, sondern ihm nur anderselben worden sei, nach Entlehnung des Grafen Ficquelmont aus dieser Stellung als ältester Beamter dieses Ministeriums bis zur Ernennung eines neuen Ministers die Leitung der Geschäfte zu besorgen. — Zu den Judenverfolgungen in Prag und Preßburg kommen noch ärgere Nachrichten aus dem Banat, von wo fürchterliche Gräuelscenen berichtet werden. Die Illyrier und Kroaten sollen, durch Emissäre aus Serbien bearbeitet, aufgestanden sein.

Aus Kroatien und Slavonien enthält die Agram. Zeit. vom 2. Mai eine Bekanntmachung des Banus Frhrn. v. Jellačić, durch welche in diesen Königreichen das Standrecht verkündet wird. Die Veranlassung dazu waren Angriffe auf das Eigenthum, Brandlegungen und andere Gewaltthaten, hervorgegangen aus irriger Auffassung der Aufhebung aller Robote und Zehnten.

**Linz,** 2. Mai. Im Wahlbezirk Linz ist als Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung Landrath Kaperbauer, in Neufelden Pfleger Kohlparzer, in Freistadt Dr. Reisinger, in Grain Prof. Hye von Wien gewählt worden.

**Karlsbad,** 3. Mai. Der Allg. D. Z. wird von hier geschrieben: Graf Friedrich Deym, zum Mitglied des Prager Nationalcomités erwählt, ward durch Krankheit von der Theilnahme an den Berathungen desselben verhindert und entsendete von hier aus eine Zuschrift nach Prag ab, aus der man deutlich ersieht, daß Männer wie der Genannte, welche entschieden der czechischen Partei angehören, bei denen aber Vaterlandsliebe höher als bloß einseitige Czechomanie steht, sich durchaus für einen festen und innigen Anschluß Böhmens an Deutschland und für schleunige Wahl der Abgeordneten nach Frankfurt aussprechen. Wir entnehmen jenem Schreiben folgende besonders hervortretende Stellen: Nach meinem unvorgreiflichen Dafürhalten, meiner innigsten Ueberzeugung, wäre die Nichtbeschickung des deutschen Parlaments von Seite Böhmens eines der verhängnißvollen Ereignisse; dann ganz abgesehen, daß, je schwächer Oesterreich dort vertreten ist, desto geringer auch sein Einfluß auf die Ergebnisse der Berathungen sein müsse, sehe ich in der Unterlassung der angeordneten Wahlen in Böhmen: 1) Ungerechtsam gegen den unter Verantwortlichkeit des Ministeriums gefaßten Beschluß, welcher das zur ruhigen Entwicklung unserer grossen Errungenschaften so nothwendige Ansehen der Regierung abermals gegenüber dem In- und Auslande auf das Empfindlichste schwächen müßte; 2) den sattsam Vorerfahrungsgemäß vom deutschen Land, und dessen Verband Böhmen einseitig zu treten nicht bringt ist, dahrer, wenn sich Deutschland es nicht gefallen läßt und die Integrität des Bundesgebiets aufrecht zu erhalten beschließt, ein bewaffnetes Einschreiten, wie es gegenwärtig in Schleswig-Holstein der Fall ist, nur mit dem Unterschied, daß hier der deutsche Bund noch weit mehr in seinem Recht ist als dort; endlich sehe ich 3) in diesem letzten Falle den unvermeidlichen Ausbruch des Bürgerkrieges in unserm geliebten Vaterlande, das bisher den Ruhm bewahrt hat, seinen Zusammenhalt der Provinzen glücklich vermieden zu haben. Dieser Bürgerkrieg hatte aber für immer, wie er auch ende, Böhmen in zwei feindliche Lager, weil er, wenn auch in völliger Verkennung der politischen Frage, sicherlich unter dem Schilde der beiden nationalen Elemente im Lande geführt werden würde, geschieden, das eine dort, wo einmal die Würfel des Kriegs fallen, von Anfang nimmermehr vorherzusehen ist, und eben so gut die Unterjochung, zu Vernichtung des slavischen Elements als des deutschen möglich wird; ges schweige denn, das offenbar die Integrität unseres Vaterlandes, ja der Bestand der ehem. Monarchie auf dem Spiele stände.

**Preußen.** ** **Berlin,** 7. Mai. Die Flammen des Bürgerkrieges lodern in Posen empor! In Ihr Archiv der Tagesgeschichte will ich ein kurzes Promemoria niederlegen — für Mit- oder Nachwelt. — Die Reorganisation im nationalen Sinne war das Ergebniß tagelanger Unterhandlungen unserer neuen Staatsregierung mit den angesehensten Männern der polnischen Nation, mit Größen ersten Ranges. Es ist bemerkenswerth, daß Hr. v. Przyłuski, der Erzbischof, sich unter den polnischen Deputirten befand. Die Blicke der polnischen Patrioten richteten sich auf den General v. Willisen. Die Regierung ernannte Willisen zum Reorganisationskommissarius und unter den schwierigsten Verhältnissen rechtfertigte derselbe das ehrende Vertrauen derer, die ihn sendet. Willisen verhandelte eine nationale Reorganisation so, daß die deutschen Kreise in deutscher, die polnischen Landschaften in polnischer Weise hervorstehen und einzurichten seien. Ebenso wollte die Regierung sie verstanden wissen. Willisen, den seine verbindenden Landsleute so sehr verehren, war es, der die Demarkationslinie festzuvorteln. Willisen erklärte von vornherein (wenn ich nicht irre: Anfangs nicht im Einklang mit allen Ministern), die Festung Posen dürfe nun und nimmer von Preußen getrennt werden. Der Antrag Willisens, beträchtigt durch Millionen von Stimmen aus dem Großherzogthum, unterschrift gerade von denen, die den General schonungslos verfolgten, wurde zum Beschluß. Die Demarkationslinie wurde durch die Order vom 14. April mit genauer Rücksichtnahme auf den Willen der Bevölkerung vorläufig festgestellt; durch die Order vom 26. April Stadt und Festung Posen dem deutschen Bunde zugeschärt. Wie glänzend im Ganzen und Großen Willisen seinen weltgeschichtlichen Beruf erfüllt, werden die Enkel seiner Gegner anerkennen. Eine friedliche Lösung der vielverschlungenen polnischen Dinge war nicht fern. Ihre Möglichkeit lag so nahe. Sie wäre gelungen. Es wäre nicht zum Bürgerkrieg gekommen: — — das Fest der Ostern erschien. Die Osterbräche, die Jahresabsolution stand bevor. Kurrswald und Schwerin drangen in den Erzbischof, Worte des Friedens und der Versöhnung an die Geistlichkeit zu richten. Der Oberpräsident v. Beurmann ging ihr persönlich darum an. Der Palast wich aus. Seine Antwort war eine That. Er erließ ein Rundschreiben in der entgegengesetzten Tendenz. Sein Brief war eine Brandfackel. — Die polnischen Bauern waren nicht zu bewegen gewesen, Etwas gegen „Preußen" zu unternehmen. Dieser Name hat in ihren Ohren einen unaussöhnlicher guten Klang. Er ist ihnen der Gegensatz zum „Adel" und zur „Knechtschaft". Ihre Deputirten sagten weiter Nichts, als: „wir sind dem König von Preußen dankbar, wir wollen bei Preußen bleiben". Die Deputationen, die durch polnische Ortschaften reisten, um in Berlin für den Anschluß an den Bund zu bitten, erhielten in diesen heimlich Gelogschenke zur Reise — „sie vertäten ja auch ihre Sache"! — Der posensche Bauer setzt nur Eines über den König von Preußen: seine Religion, sein Seelenheil. Es galt, die Gefährdung der katholischen Religion zu predigen! Deutschland mag gelästert werden über die Schreiber zu ganz unprovisirten Kabinetsorder in Betreff der Religion? Sie war von Tausenden geforert. Tausende verlangen eine Erklärung, ob der König sie nicht wirklich protestantisch machen wolle; aber es mußte eine Erklärung des Königs selbst sein; „der König von Preußen ist der Einzige, dem wir glauben". Denken Sie an den Sonderbund und das Wolk der Urkantone! Dennoch muß es Ihnen ein Geheimniß bleiben, wie die Pfaffen plötzlich diesen Wahn hervorzaubern konnten? Ein kleines Wort thut dieses Räthsel. Das Wörchen: „deutsch". Nämlich deutsch und evangelisch, polnisch und katholisch sind völlig gleichbedeutend. Hätte man im Regierungsrath, in der Stadt Posen, in Frankfurt ꝛc. sich begnügt, „preußisch" bleiben zu wollen, so hätte den Pfaffen aller Vorwand. Aber die Begierung mußte das Landvolk in Posen hatte diesen engen Kreis durchschreiten; ihre rührenden Petitionen reden nur vom deutschen Vaterland, von deutscher Zukunft und verlangen: „Aufnahme in den deutschen Bund." Das, was ich jetzt noch zu sagen habe, ist ein einfaches Rechenexempel. „Ihr soll deutsch werden", sagte der Pfaffe, „zuwillig oder mit Gewalt. Eure Brüder in Bromberg haben sich einschrecken lassen und sind schon deutsch geworden! Der König von Preußen, dem Ihr glaubt, hat es selbst gesagt, und Ihr könnt es lesen: sie sollen deutsch sein, zum deutschen Bunde gehören." Nun kam das Opferfest, Beichte und Ablaß; die Bande an die katholische Kirche wurden inniger, also der Haß gegen das „Deutschthum", gegen die Ketzerei, entbrannte auf das Heftigste! Wer kennt die geleisteten Gelübde! Nicht jeden Pfaffen denke man sich als Betrüger. Die Meisten stehen unter dem Bann desselben Sprachgebrauchs und reden gewiß die Sprache der Ueberzeugung. Die Wenigen, welche bewußt gehandelt, entflammte, gleich den spanischen Mönchen, der Fanatismus der Vaterlandsliebe, bei den Polen immer das verzehrende Feuer einer unglücklichen Liebe! — Seit dem Osterfest schlug im Großherzogthum Alles plötzlich um. Die polnischen Führer nahmen eine verwegene, rebellische Sprache an. Dabrowski forderte die nur mit Mühe von Willisen zurückgehaltne Kampflust des preußischen

Digitized by Google

Kriegerstandes übermüthig heraus. Colomb, der schon am 11. April dreinhauen und nach seiner Anschauungsweise mit Einem Schlage dem Aufruhr das Haupt abtrennen wollte (doch ist es nicht das Haupt einer Hydra?), hielt nicht länger zurück mit seinem verletzten Mitbürgergefühl und Ehrgefühle. Ein allgemeiner Aufstand der fanatisirten Bevölkerung war im Werden. Vielleicht dachte der General, ihm zuvorzukommen. Die polnischen Aufführer schienen darauf zu zählen. Und ein Krieg begann, den die Pfaffen gemacht: ein Religionskrieg! Wie gern wollen die armen Polen „preußisch“ bleiben; aber der König von Preußen will sie ja zwingen, „deutsch“ zu werden, und für ihre heilige Religion wollen sie lieber sterben! — — Wenn sich die Polen jetzt nicht zu Grunde richten, wenn Polen nicht verloren ist, dann gebührt das ungetheilte Verdienst der Wiederherstellung den Männern, welche jetzt an der Spitze Preußens stehen und mit unerschütterlichem Muth, mit unermüdlicher Ausdauer und fast bis zur Selbstvergessenheit diese Schuld der deutschen Nation redlich und ohne alle Charlatanerie abzutragen bemüht sind. Sie fassen sich nicht irren. Sie zählen auf seinen Dank. Ihre Politik in der polnischen Sache ist die Gerechtigkeit. Ueber den raubenden Träumern dieses Pfaffenbrandes wird Deutschland ein Haus des polnischen Volks erbauen, einen polnischen Herd errichten und den Polen auf einer „polnischen Erde“ unter Preußens schirmender Oberhoheit sich selbst nach eignen Gesetzen regieren sehen. Und wenn in Deutschland, wenn in Frankreich alle Theilnahme für Polen erkaltet wäre, wenn die preußische Regierung von keiner Sympathie mehr wissen könnte, so steht unser Zuversicht dahin, daß die Krone Preußen fortfahren wird, der Sache Polens gerecht zu werden trotz aller Welt! — Wie den ersten polnischen Abgeordneten sofort Gehör geschenkt wurde, wie Willisens Vorschläge fast sämmtlich angenommen sind, trotz des Bürgerkriegs, trotz der Flüche der Pfaffen gegen das Deutschthum, werden die ersten Ermuthigte gelegt zur Wiederherstellung Polens. — Mit dem deutschen Banner in der Hand, befreit Preußen die Herzogthümer und sob es der Eider vom dänischen Joch und erobert Jütland; eben um seines Deutschthums willen empören sich die Polen. Wahrlich, wahrlich, die Sterne sprechen, daß Preußen jetzt für Deutschland steht und fällt.

**Berlin**, 9. Mai. Der König hat den Wirklichen Geheimen Rath Grafen von Dönhoff auf dessen Wunsch von dem Posten seines Gesandten und bevollmächtigten Ministers am deutschen Bundestage abberufen und diesen Posten dem bisherigen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim päpstlichen Hofe, Kammerherrn und Wirklichen Legationsrathe von Usedom übertragen, ingleichen auch die durch den Abgang des General-Majors a. D. von Radowitz, so wie des zu einer andern Bestimmung draußen Obersten From erledigten Posten seines Militär-Kommissarius bei der deutschen Bundesversammlung, dem General-Major von Peucker, verliehen.

**Berlin**, 5. Mai. Soeben geht uns aus Stettin die Nachricht zu, daß eine dänische Schaluppe mit 16 Mann Besatzung, welche auf Usedom bei Heringsdorf gelandet war, um Lebensmittel einzuholen, von der dortigen preußischen Mannschaft gefangen genommen worden ist. In Stettin bildet sich ein Freikorps, das mit bewaffneten Fahrzeugen die vor Swinemünde liegende dänische Fregatte angreifen will. (Schl. Z.)

Man versichert, daß der Oberbürgermeister Binder in Schlesien eine telegraphische Depesche hergelandt habe, in welcher angezeigt wird, daß der Kaiser von Rußland Polen fest gegeben habe mit Einsetzung des Herzogs von Leuchtenberg zum Könige von Polen, unter dem Schutze Rußlands. (Der Kaiser ist in Warschau angekommen.)

**Aachen**. Für die konstit. Versammlung in Berlin sind im hiesigen Landkreis Erzbischof von Geissel und Minister Hansemann (letzterer auch in Malmedy) gewählt worden.

**Königsberg**, 6. Mai. Die Voss. Z. meldet: Die ganze biesige Umgegend ist in Aufruhr. Die Insterne und Knechte empören sich überall gegen die Gutsherrschaft und richten schreckliche Verheerungen an. Einige Gutsbesitzer sind so arg mißhandelt worden, daß sie im Verschieben liegen, und auf einigen Gütern sind die größten Verwüstungen durch die Zusammenrotten in den Gutsgebäuden gemacht worden. Täglich rückt Militär der hiesigen Garnison aus, um die Unruhen zu unterdrücken, und es sollen nun stärgende Kolonnen von größeren Truppenmassen gebildet werden, die für Aufrechthaltung der Ordnung sorgen sollen, denn die Zustände auf dem platten Lande drohen die entsetzlichste Gefahr. (Sollten die gräßlichen Ausbrüche im Osten noch davon zurückhalten lassen, daß Rußland hier seine Hand im Spiele hat?)

Aus **Westpreußen**, 5. Mai. Eine beträchtliche Menge von Sensenmännern, die im Einverständnisse mit den Bewohnern von Strabia — in der Gegend von Thorn — auch hier die bestehende Ordnung umstoßen und ein polnisches Regiment einführen wollten, ist eingefangen, und vorgestern wurde ein Theil derselben nach Thorn gebracht, wo sie vorläufig in der dortigen Festung detinirt werden sollen. Eine Abtheilung der früher in Rosenberg kantonirten Husaren hatte einen hartnäckigen Kampf mit diesen Insurgenten zu bestehen, erlangte aber doch den Sieg über sie und machte sie zum großen Theil zu Gefangenen, während die Uebrigen unter Gewerfung ihrer furchtbaren Waffe mit größter Eile entflohen. An der Spitze der Insurgenten befand sich ein katholischer Geistlicher und ein Einsiedler von Strabia, ein Mann, der bis jetzt allgemeine Verehrung genoß. Ueberhaupt ist die katholische Geistlichkeit hier sehr zu fürchten, denn sie schmiedet fortwährend aufwiegelerische Pläne und sucht das gemeine Volk durch Fanatisirung anzuwiegen. — Die noch immer in ziemlich zahlreichen Trupps hier einstreifenden polnischen Flüchtlinge aus Russisch-Polen, deren Ziel immer Posen ist, werden hier mit Gewalt von den Bürgern der Städte und den deutschen Bewohnern des platten Landes an ihrem Vorhaben gehindert, und überall, wo sie angetroffen werden, verweigert man ihnen das Weiterreisen nach Posen. Viele haben in der letzten Zeit umkehren und wieder nach Ostpreußen, von wo sie zunächst kamen, zurückgehen müssen. Bei der Ankunft der Dampfboote und Posten sieht man stets eine Menge hiesiger Bewohner versammelt, um diese Mißregel zur Ausführung zu bringen.

(Voss. Z.)

Δ **Posen**, 5. Mai, Abends 8 Uhr. Eben bewegt sich ein Zug langsam, leichendegängnißartig durch die Vorstadt St. Martin, über die Mühlenstraße und Magazinstraße nach dem Kämmereiplatze: 1) eine Truppe von Husaren, in ihrer Mitte zwei und zwei zusammengebunden eine Anzahl Polen, Mörder preußischer Soldaten. 2) Ein Zug Infanterie — die zum Niederstoßen ermattet — die letzten Braven der Kompagnie des 18. Infanterieregiments, welche von den Polen meuchlings überfallen und niedergemordet worden. Man sieht nur zwei Offiziere. 3) Eine große Anzahl von Wagen, darauf liegen verstümmelte preußische Krieger. Deutsche! Hört Ihrs wohl, Ihr die Ihr mit den Sympathien für Polen, Eure deutschen Brüder im Herzogthum Posen mit Füßen tretet, kommt hierher nach Posen, schaut Euch einen solchen Zug an; stellt Euch hierher eine halbe Stunde. — Preußische, deutsche Krieger liegen auf diesen Wagen, mit abgehackten Gliedmaßen, mit zerspaltenen und durchstoßenen Köpfen, das Todesringen auf dem Antlitz. Das Blut quillt durch die Verbände. Man hört die letzten Seufzer der Sterbenden. Es sind nicht Soldaten, die im ehrlichen offenen Kampfe gefallen, sondern in der Finsterniß überfallen, entwaffnet und wehrlos gefangen sind, und zwar von Polen, deren Häupter Deutschland jetzt ihren Dank abtragen für ihre Befreiung aus dem Kerker. Die Wagenreihe zieht sich die ganze Mühlenstraße entlang. Es folgen 4) wiederum Soldaten, welche theils leicht verwundet, theils erschöpft, sich kaum weiter bewegen. Sie sind nicht zu erkennen, ihre Gesichter sind geschwärzt von Pulver — sie haben sich buchgeschlagen durch die Mörderreihen, Fuß für Fuß Erde theurer erkauft. 5) Ein großer Wagen mit Stroh bedeckt — es sind die Leichname der Gemordeten, Alle auf einem Haufen zusammengepackt. 6) Ein unübersehbarer Zug von Wagen mit Städtigen, deutsche Frauen und Kinder aus Buk, welche der fanatischen Brutalität roher Polenhaufen entgangen sind. Tausende von deutschen Eltern ohnern Posens betrachten den Zug, es herrscht eine feierliche Stille, nur Schluchzen hört man, kein Auge steht man thränenleer. Nur ein Blick dringt wie ein elektrischer Funke von Auge zu Auge — er sagt: „Rache“ — nicht eine solche, die im unschuldigen Blute des polnischen Bauers zu suchen — den Deutschen empört solch Rachegefühl — sondern eine solche, die und gewährt werden muß. Die Leitee und Organisatoren der Mörderhaufen mögen büßen, was sie verschuldet. Und nun „Dr. Peyzinski“ Erzbischof von Posen und Gnesen, der Sie das Volk nicht abgemahnt haben von fanatischen Gräueln, werden Sie Rechenschaft abzulegen haben vor dem Richterstuhle Gottes? Sie aber, General von Willisen, stehen Sie Ihr Werk, Ihre Konvention!*) Jetzt „träufelt der Balsam für ihr wundes Herz.“ Lassen Sie sich wieder eine Deputation schicken vom Berliner Komite zur Wiederherstellung Polens und antworten Sie darauf wieder mit Schmähungen auf die Deutschen des Großherzogthums.

**Posen**, 6. Mai. Der Voss. Z. wird geschrieben: Heute ist die gewöhnliche Post nach Breslau nicht abgegangen, und wird vorläufig die Korrespondenz dorthin über Frankfurt a. d. O. bewerkstelligt

*) Wie mögen in diesen Vorwurf, den die Korrespondenz ausspricht, nicht einstimmen, theilen aber den ganzen Brief wörtlich mit, weil er die Stimmung der Deutschen treuer, als Schilderungen es vermögen, charakterisirt.

Digitized by Google

werden. Obwohl nun sich gestern das ganze Militär versammelte und auch Sensenmänner in beträchtlicher Anzahl auf der Straße von Naramowice nach Posen, sowie auf der Straße nach dem Schwalde gesehen worden sind (vorgestern kamen sie von dort sogar bis in die Nähe des Schießhauses, wo unsere Vorposten stehen), so kam es doch zu keinem eigentlichen Angriff, und entfernten die größeren Kanonenschüsse nur daher, weil man nach allen Gegenden hin Kanonenkugeln warf, um sich über eine etwaige Annäherung des Feindes zu orientiren. — Heute sind die in Kurnik, Gisz und Buk stationirt gewesenen Truppen zurückgekommen, sowie überhaupt die zum Theil sehr kleinen und für die großen Schaaren herumziehender Sensenmänner ungenügenden Posten in den kleinern Städten, so in Samter, Obornik rc. zurückgezogen werden sollen, um die Festung selbst (welche im Augenblicke nur sehr schwach besetzt ist) in den gehörigen Vertheidigungszustand zu setzen. — Sämmtliche passiren Flüchtlinge aus den kleinen Ortschaften ein, und sind für dieselben nicht nur von wohlwollenden deutschen Einwohnern Quartiere eingerichtet worden, sondern auch von der Regierung Anstalten gemacht, um die Aermsten, die meist mit Hinterlassung ihrer ganzen habe hier ankommen, sicher unterzubringen; zu letzterm Ende sind bereits die Lokale, welche das Friedrich Wilhelms-Gymnasium für seine unteren Klassen im Odrum inne hatte, für Verwundete und Flüchtlinge eingeräumt worden. Die Verhaftungen mehrerer Polen, die man für Häupter der Insurgenten hält, dauern fort, so viel bis jetzt bekannt, sind Hr. v. Poninski, Graf v. Dzialinski, Stefanski, Treganowski, und wie es heißt, mehrere polnische katholische Geistliche, unter denen auch das Komitemitglied Prusinowski sein soll, eingezogen worden. Es heißt, daß nach 18,000 Mann Militär in die Provinz rücken sollen; wir halten dies für sehr nothwendig, um so mehr, wenn es sich bestätigt, daß das 18. und 19. Landwehrregiment noch heute oder morgen als Kontingent zum deutschen Bunde ausrücken soll; denn wir sind wirklich sehr ernstlich bedroht und sehen nicht ohne Bangen der Zukunft entgegen.

**Posen**, 8. Mai. Von hier wird der Fr. O. P. Z. berichtet: Der hiesige Justizkommissär Krauthofer, der sich jetzt Krotowski nennt, hat mit einem 1500 Köpfe starken Partisanenkorps vorgestern die Kreisstadt Schrimm anzugreifen gewagt, ist aber mit großem Verluste von einem dortihn geschickten Bataillon des 18. Regiments zurückgeworfen worden; gestern Mittag sind die zahlreichen Gefangenen, unter denen sich auch hiesige Bürger befinden, hier eingebracht worden, der Chef ist entkommen. Eben dieser Krauthofer giebt jetzt zu den übrigen Mitteln, um seiner Sache Erfolg zu geben: so hat er vorgestern an die hiesigen Behörden sogenannte amtliche Schreiben erlassen, worin er sie aufhebt und im Namen der polnischen Republik anfruft. Diese Schreiben sind zu merkwürdig, um hier nicht einen wörtlich mitzutheilen; es lautet: „Namens der polnischen Republik. Das polnische Partisanenkorps besetzt die Generalkommission zu Posen, Angesichts dieses: 1) Alles Verfahren bei sich einzustellen, alle Exekution aufzuheben, die Kassen zu versiegeln und unter Kuratel zweier Polen und eines Deutschen zu stellen, und dis auf weitere Verfügung seine Bescheide nicht ferner unter dem Titel einer preußischen Behörde zu erlassen; 2) die ihr untergeordneten Behörden und Beamten von diesem Befehl zur Nachachtung in Kenntniß zu setzen. Die Vollstreckung dieses Befehls stellt der Oberbefehlshaber unter das Verantwortlichkeit des Partisanenkorps. Chef Krauthofer." — Die Nachricht, daß die Stadt und Festung Posen nunmehr in den deutschen Bund aufgenommen werden, hat hier gestern unter allen Deutschen ungeheuren Jubel hervorgerufen; es wird bereits ein großartiges Fest vorbereitet. Gestern früh erschien hier plötzlich an alle Einwohner der Befehl, sämmtliche in ihren Händen befindliche Waffen mit Einschluß der Sensen an die Kommandantur bis Mittag abzuliefern, widrigenfalls die der Order nicht Gehorchenden sofort aus der Stadt gewiesen werden würden. Es sind seitdem große Massen von Waffen eingeliefert worden. — Heute dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach es zu einer Hauptschlacht zwischen den Truppen und dem Hauptkorps der Insurgenten unter Mierosławski kommen. Derselbe hat die Stadt Wreschen verlassen und sich in das koupirte Terrain von Sufen, Wilkowo und Tagewicze, wo derzeit Land und viel Wasser ist, gezogen und dort eine feste Stellung eingenommen. Die Truppen, mit zahlreicher Artillerie versehen, sind nunmehr von allen Seiten gegen ihn angerückt und haben ihn eingeschlossen. Gestern Abend sollte es zum letztenmal zum Niederlegen der Waffen aufgefordert und, Falls er dies verweigere, heute angegriffen werden. Der Erfolg kann kaum zweifelhaft sein, da das Militär jetzt mit Schrapnells schießt, die unter den Gegnern furchtbar aufräumen; Mierosławski aber hat Mangel an Schießwaffen und namentlich an großem Geschütz. — Gestern sind hier wieder mehrere einsinnreiche Posen verhaftet worden. Der Postenlauf mit Ausnahme des Berliner Kurses ist noch gehemmt.

**Bromberg**, 5. Mai. Seit gestern Abend strömen Flüchtlinge aus Trzemeszno, Mogilno, Strzelno rc. schaarenweise unserer Stadt zu; die Inowrocławer Post hatte fünf Bewagen. Die Insurgenten rücken langsam vorwärts vormärts und nähern sich uns mehr und mehr. Das Militär beabsichtigt, dieselben im Gedränge zu umzingeln und durch Kreuzfeuer zu vernichten oder nach Rußland zu treiben, wo ihrer nicht der freundlichste Empfang warten würde, da die Grenzen mit russischen Truppen gedrängt besetzt sind. Die Insurgentenmassen stehen jetzt bei Mitkowo. — Heute sind im Auftrage des politischen Bürgervereins zwei Deputirte nach Berlin abgegangen, um die Erklärung des Standrechts in hiesiger Provinz und die Herbeiziehung größerer Truppenmassen beim Ministerium zu erwirken. Unsere Stadt ist ganz von Militär entblößt und auch ringsum steht es an zuverlässigen Truppen. Unbegreiflicherweise hat man zeigt im Revolutionszustande die polnischen Linien- und Landwehrregimenter in hiesiger Provinz dislocirt, während man sie in Friedenszeiten nach dem Rhein und nach Pommern schickt. Alle sind daher Nichts weniger als sicher und fast ausschließlich auf unsere Bürgerwehr und die gute, einmüthige Gesinnung der Einwohnerschaft angewiesen. — 6. Mai früh 9½ Uhr. Flüchtlinge auf Flüchtlinge erfüllen die Straßen. Die Insurgenten haben bei Mitkowo die Militärlinie durchbrochen und ziehen mit Eilmärschen in hellen Haufen hierher; es sollen ihrer gegen 13,000 sein. Unsere Stadt bietet einen Anblick der Verwirrung, der Angst, aber auch des Muthes. Ohne Thore, ohne bestimmte nothwendig zu passirende Stadtiringänge sind wir dem Feinde ohne Rettung preisgegeben. Flüchtlinge aus Barschin melden, daß die Insurgenten schon dort in großer Anzahl wahrgenommen werden; Barschin ist 3 Meilen von hier und um 4 Uhr können wir Besuch von ihnen haben. Man rüstet Barrikaden, tausend Hände arbeiten an Patronen, die zugewonnenen Kahnschiffe, 50 an der Zahl, erbieten sich zum Eintritt in die Bürgerwehr. Viele Familien, namentlich von Beamten, verlassen die Stadt. Die Gelder der Oberbandelsgerichtskassen und die Regierungshauptkasse werden verpackt und in Sicherheit gebracht. — 11 Uhr. (Staffette). Ein Schreiben des Divisionsgenerals v. Wedell an die hiesige Regierung meldet, daß der General v. Hirschfeld mit 2 Bataillonen des 21. Infanterieregiments und 2 Schwadronen Husaren, sowie 6 Geschützen in Eilmärschen abgesendet sei, um dem Feinde zuvorzukommen und die Stadt Bromberg und Umgegend zu schützen; er selbst mit den übrigen Truppen werde die Insurgenten im Rücken angreifen. — 1 Uhr. Der General v. Hirschfeld hat dem Feinde den Vorsprung abgewonnen; er steht mit seinen Truppen bei Nenkorf, dieseit Barschin's, die Insurgenten jenseit Barschin's. Dort wird es wohl zu einem entscheidenden Schlage kommen. Die Insurgenten rauben und plündern. Die deutschen Gutsbesitzer und Landräthe rc. jener Gegend sind fast alle hier versammelt; sie würden dort ihres Lebens nicht sicher sein. Die Truppen des Generals v. Hirschfeld sind seit gestern Abend 8 Uhr dis heute Morgen 5 Uhr in ununterbrochenem Marsche gewesen; sie sollen, wie sich denken läßt, sehr ermüdet und entkräftet sein. v. Hirschfeld hat nun Lebensmittel requirirt.

**Baiern.** = **München**, 7. Mai. Die gestrige Abendsitzung der Abgeordneten füllte vornehmlich den Vortrag und die Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der von dem Ausschusse zur Vorlage an die Kammer gezogen befundenen Anträge aus. Die Berathung und Schlußfassung über das Abstimmungsverfahren nach einem kurzen Vortrage des Abg. Schwindel auf morgen vertagt, da die gedruckten Resultate der Ausschüsse eben erst in die Hände der Kammermitglieder gegeben werden konnten. Unter den obigen Anträgen hebe ich einige, die eine lebhaftere Verdebatte herbeiführten, hervor. Es gehören hieher besonders die Anträge der Abgg. Erel und Kirchgeßner, die deutschen Universitäten, die Aufhebung der Honorarienstundung und die Organisation der Universitäten betreffend. Die Antragsteller sprachen sich lebhaft und warm für die Wiederherstellung der akademischen Freiheit, sowie der Lehrfreiheit in ihrem vollen Umfange aus. Aehnliches gesagt auch von dem Vertreter der Erlanger Universität, Prof. Engelhardt. Erel pflagte freilich den Umstand, daß das Abstimmungsgesetz den Universitäten bereiteten materiellen Verlust aufzuerlegen werde und wünsat auch, daß die bekannten pensionirten Münchner Professoren, an denen so viele Studenten mit Liebe hingen, wieder angestellt werden mögen, worin ihm besonders Dr. Ruland unterstützte. Der anwesende Staat minister des Kultus und Unterrichts, v. Beisler, gibt der Kammer die Versicherung, daß der Staat die so bedeutsamen und wichtigen höheren Lehranstalten, die Universitäten, keineswegs vernachlässigen, sondern ihnen seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden werde. Die alte akademische Freiheit, die Lese-

Digitized by Google

soulheit sollen den Universitäten wieder zurückgegeben werden. Die akademischen Bürger, die Studenten, hätten durch ihre Haltung besonders in den jüngsten Tagen wohl gezeigt, daß sie dieser Güter theilhaftig seien. Kirchenfreier steht sich durch die Beschuldigung der Professoren der Universität Würzburg, daß er früher nicht so liberal, wie jetzt sich gezeigt habe, angegriffen und überhitzt es der Kammer, hierüber zu entscheiden. Die Kammer erkennt sich einmüthig gegen diese Anschuldigung ihres Präsidenten. Ebel sucht die Professoren Würzburgs gegen Anschuldigungen ebenfalls zu rechtfertigen. Unter den ferneren Anträgen nenne ich noch den des Unterlieutenants Thumser im dritten Jägerbataillon, der sich darin mit großer Offenherzigkeit gegen verschiedene Mißstände beim Militär ausspricht und Verbesserungen vorschlägt. Einer der anwesenden Ministerial-Kommissäre legt Verwahrung gegen die Anschuldigungen gegen die Militärbeamten ein. Eine große Anzahl von Anträgen der Volksschullehrer beabsichtigt eine Verbesserung des Volksschulwesens und der Lage der Lehrer, woraus zur Genüge erhellt, wie dringend und zeitgemäß es sei, daß die Regierung dieser Angelegenheit ihre besondere Aufmerksamkeit zuwende: denn eine tüchtige Volksbildung ist die sicherste Grundlage eines Staates. — Es liegt gegenwärtig auf der Studentenhauptwache eine Verwahrung an die Kammer (in Form einer Adresse) gegen den im Wahlgesetze angenommenen Census auf, die schon mit zahlreichen Unterschriften bedeckt ist.

= München, 8. Mai. Bei der Berathung des Ablösungsgesetzes in der heutigen (21.) Sitzung der Abgeordneten hatten sich mehrere Redner einschreiben lassen, als Rabl, Ruland, Götz u. s. w. Rabl erklärt sich im Durchschnitte mit dem Gesetzentwurfe, wie er aus den Händen des Ausschusses hervorging, einverstanden und zählt vornehmlich die Gegner desselben auf. Einzelne Bemerkungen dieses Redners, besonders die gegen die Geistlichen gerichteten, waren treffend. Ruland hatte sich als Redner gegen den Gesetzentwurf einschreiben lassen, was wohl vorauszusetzen werden konnte; denn wenn dieser Redner auch manches Treffliche bei gutem Vortrage sprach, so leuchtete seine der Neuzeit im Prinzipe abgeneigte Gesinnungsweise doch überall hervor. Wie kann der, welcher der Geschichte nicht das Recht zuerkennt, mit Hintansetzung und wohl auch mit Zerstörung des Alten, Ab- und Angelebten einer höhern Entwicklung zuzustreben, die Forderungen unserer Zeit begreifen? Eine solche Zeitforderung ist aber das Ablösungsgesetz im Prinzipe, wenn auch dessen Durchführung manche Mängel im Einzelnen an sich tragen mag. Götz wollte nicht für und nicht gegen, sondern über den Gesetzentwurf sprechen. Nachdem er aber dennoch lange gegen ihn gesprochen und besonders als Causa pro domo, aufgetreten war — denn die Geistlichen müssen dem Gesetzentwurfe allerdings nicht unbedeutende Opfer bringen — so sagte er am Schlusse gleichwohl: der Gesetzentwurf sei eine Zeitforderung und man müsse ihn annehmen, wenigstens modificirt. Bei der allgemeinen Diskussion betheiligten sich Dr. Müller, Schlund, Schäfer, Pfaum, Weinzierl, Besterlmayer und zwar beinahe Alle, mit Ausnahme von Schlund und Weinzierl, mehr gegen als für denselben. Aus der ganzen Debatte, wie sie bisher stattfand und in einer Abendsitzung fortgesetzt werden wird, geht hervor, daß die Landeigenthümer ohne Gerichtsbarkeit besonders für den Gesetzentwurf sind und ihn vielleicht vollständig annehmen würden, die Geistlichen aber sich gegen mehrere Punkte desselben, besonders gegen Einziehung von Stiftungen und geistlichen Gütern, sträuben. Die übrigen Kammermitglieder haben sich bisher bei der Debatte noch nicht betheiligt. Der Gesetzentwurf selbst ging mit bedeutenden Modifikationen aus dem Ausschusse hervor. Er zerfällt in 4 Abschnitte. Der erste handelt von der Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, der zweite von der Aufhebung der auf dem Boden haftenden Lasten und Abgaben, der dritte von der Tilgung zustündiger Grundlasten und der vierte von der Ablösung aller Grundlasten. Daß die Stiftungen einen bedeutenden Verlust durch die Annahme des Ablösungsgesetzes erleiden, ist gewiß. Aber wird der Staat nicht künftig die Sorge für seine Armen und Bedürftigen übernehmen müssen, die eine frühere, von den Humanitätsgrundsätzen noch nicht durchdrungene Zeit der Obsorge von Privatstiftungen und Wohlthätigkeitsanstalten zuwies? Doch mehr hierüber in meinem nächsten Berichte. Das Publikum nahm den lebhaftesten Antheil an der heutigen Berhandlung.

Stadt Projelten, 9. Mai. Da Herr Pr. Scuffert die auf ihn gefallene Wahl als Abgeordneter bei der konstituirenden Nationalversammlung in Frankfurt aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt hatte, auch die erwählten Ersatzmänner Eisenmann und Cucumus nicht einwilligen können, indem sie bereits anderwärts gewählt sind, fand heute eine neue Wahl statt, und dabei wurde Bassermann mit 121 von 123 Stimmen gewählt. Ein erfreuliches Beispiel, daß die Abgeordneten nicht alle aus dem engeren Lande gewählt werden, dem sie angehören. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Sachsen. Für Frankfurt wurden gewählt in Rochlitz: zum Abgeordn. Justizamtmann Heftenberge, zum Ersatzmann Bürgermeister Hebbig; in Traunstein: zum Abg. Kreisamtmann Heubner; zum Ersatzmann Bürgermeister Mauksch.

Baden. Freiburg, 9. Mai. Es macht uns Vergnügen, bemerken zu können, daß hier die Wahl Welcker's zum Parlamentsmitgliede in sicherer Aussicht steht; wenigstens haben sich die hiesigen Wahlmänner in einer Vorberathung einstimmig für ihn entschieden. (Freib. Z.)

Hardheim, 8. Mai. Heut wurde dahier die durch den Austritt des Abg. Vogelmann nöthig gewordene Ersatzwahl für den 41. Aemter-Wahlbezirk (beide Aemter Wertheim ausschließlich der Stadt und das Amt Walldürn) vorgenommen, und zum neuen Abgeordneten dieses Bezirks Herr Kiefer, Bürgermeister in Walldürn, erwählt. (K. Z.)

Detmold, 4. Mai. Für die konstituirende Versammlung in Frankfurt wurden hier Professor Schirenberg zum Abgeordneten und geh. Kanzleirath Pertz zum Stellvertreter gewählt.

Neudsburg, 7. Mai. Den Berichten eines zuverlässigen Reisenden zufolge, der gestern Abend von Flensburg zurückkehrte, waren Unterhandlungen im Gange und ein zweitägiger Waffenstillstand bewilligt worden.

Auszug aus einer Depesche des Generallieutenants Halkett an den König von Hannover, angekommen den 7. Mai. „Hauptquartier Ulderupp, den 5. Mai Abends. In den Verhältnissen der mobilen Division zu der Insel Alsen ist keine Veränderung eingetreten. Der General d. Wrangel hat einen Tagesbefehl erlassen, wonach ein Waffenstillstand in den Operationen jetzt eintreten soll, nachdem Friderizia besetzt worden. In Folge dessen ist das 1. hannoversche Dragonerregiment wieder, von der Brigade von Wöllendorf getrennt, in Hadersleben angekommen, und es wird die Dragonerbrigade wahrscheinlich in ihre früheren Quartiere zurückkehren. Depeschen des Generals von Wrangel sind nach Sonderburg-Fahr gebracht und dort von einem dänischen Offizier in Empfang genommen. Die Verpflegung hat in der wohlhabenden bevölkerten Gegend bislang keine Schwierigkeit gefunden; der Gesundheitszustand der Mannschaft und Pferde ist gut; die Letzteren haben die Strapazen langer Märsche mit Leichtigkeit ertragen."

Kiel, 8. Mai. Professor Droysen war vorgestern aus Frankfurt in Rendsburg angekommen und reiste gestern wieder zurück. Sicheren Vernehmen nach stand diese Reise mit der bei dem deutschen Bunde eingereichten Vermittelungsvorschlägen England in Verbindung. Diese Vermittelungsvorschläge sollen der Hauptsache nach dahin gehen, daß die Herzogthümer unter Aufrechthaltung der Personalunion in ein Verhältniß zu Dänemark kommen, wie Norwegen zu Schweden. (H. K.)

* Frankfurt, 10. Mai. Die heutigen Verhandlungen im Fünfziger-Ausschuß nahmen eine wohl von Niemand geahnte Wendung. Die Kommission, welche zur Prüfung des Bundesbeschlusses vom 8. d. M. ernannt war, sollte den Bericht vortragen; Abrgg hatte als ihr Referent das Wort. Derselbe erklärte, ehe er seinen Vortrag beginne, halte er es für Pflicht, der Versammlung ein ihm eben auf wertrauliche Weise zugekommenes Aktenstück mitzutheilen, das auf die zu verhandelnde Frage von großem Einfluß sei. Das Aktenstück ist ein in einer Bundestagssitzung vom 4. d. M. durch den großh. hessischen Bundestagsgesandten vorgetragener und von der Bundesversammlung einstimmig adoptirter Vortrag, welcher als unzweifelhaft nachzuweisen sucht, daß zur Berterung der Regierungen gegenüber der konstit. Versammlung, sofern diese den Fürsten eine Verfassung oktroyiren wollte, anstatt sie mit ihnen im Vertragswege zu vereinbaren, ein Centralorgan erforderlich sei; als solches schickt nun das vielbesprochene Triumvirat gelten zu sollen. In dem Bundesbeschluß ist auch mehrfach von Wahrung der Selbstständigkeit der einzelnen Staaten gegenüber dem „Bundesstaat" die Rede. Während und nach der Verlesung des Aktenstückes herrschte lebhafte Bewegung im Saale. Heber trug darauf an, über die Echtheit dieses Beschlusses, durch welchen der Nat. Vers. des wichtigste ihrer Rechte, die konstituirende Gewalt, entzogen werden solle, den Bundestag zur Erklärung zu veranlassen, und bis dahin jede Berathung zu verschieben. Blum machte darauf aufmerksam, daß, die Echtheit des Dokumentes vorausgesetzt, das Triumvirat, das man unter falscher Larve dem Ausschuß habe aufdringen wollen, nicht sowohl eine Exekutivgewalt, als ein Bundesministerium beabsichtige, dessen Errichtung aber nur der konstit. Versammlung zustehe;

Digitized by Google

daß man gegen solche Absichten des Bundestags protestiren und das Vaterland in Gefahr erklären müsse u. Einstimmig wurde beschlossen, von der Bundesversammlung sofort eine Erklärung über die Echtheit des Beschlusses vom 4. d. einzufordern, denselben mit dem stenogr. Protokoll zu veröffentlichen und die Berathung über den Bundesbeschluß vom 8. d. M. (gegen welchen die Kommission entschiedene Verwahrung beantragt) auf Montag zu vertagen. Morgen soll der Antrag von Jacobi, Venedey und Rodt diskutirt werden, des Inhalts: daß mit Rücksicht auf die schwierigen Zeitverhältnisse und die zunehmenden Reaktionsgelüste, ein Aufruf an die Parlamentsmitglieder zu beschleunigtem Eintreffen erlassen werde.

## Schweiz.

□ Aus der Schweiz, 8. Mai. Die Erwiderung der N. Z. Z. auf meinen Artikel vom 29. April ist so kahl und nichtssagend, daß es sich nicht der Mühe verlohnen würde, darauf zu antworten. Da jedoch Ihrem Korrespondenten eine Lüge vorgeworfen wird, so müssen Sie ihm schon erlauben, nicht der N. Z. Z. wegen, sich mit ein paar Worten zu rechtfertigen. Lügen heißt wissentlich in böslicher Absicht die Unwahrheit sagen; der Vorwurf der Lüge wird, nicht gerade in Italien, aber namentlich in dem freien Altengland, als eine grobe, direkte, persönliche Beleidigung, jedenfalls als höchst unparlamentarisch betrachtet. Die N. Z. Z. behauptet also, sie habe zu keiner Zeit weder auf deutsche noch auf andere Größen Rücksicht genommen und die Zürchliche Preßfreiheit sei eben so weit wie sie nur in Baden bestand. Hierauf folgende Fakta: 1) Als der König von Würtemberg sich wirklich injuriöser Ausdrücke gegen die Schweiz bei Eröffnung der Kammern bediente, war da nicht die N. Z. Z. voll der zartesten Rücksicht gegen den König? 2) Waren die Heinzenschen Broschüren, derentwegen H. Zürich und die Schweiz verlassen mußte, etwa ärger als Briefe, welches ungestraft in Baden publicirt wurde? 3) Wurde Weitling nicht in Zürich wegen seines „Evangeliums der armen Sünder", Hetzereien gegen seiner „21 Gegen" kriminell und polizeilich verfolgt und bestraft? Sind nicht beide Bücher noch bis zur Stunde in Zürich verboten? In welchem deutschen Staate wäre das wohl heutzutage möglich? Dergleichen Thatsachen könnte ich noch sehr vervielfältigen; es mag an den obigen genügen, um zu beweisen, mit welcher moralischen Leichtfertigkeit die Redaktion der N. Z. Z. zu Werke geht; nur erinnere ich ausdrücklich daran, daß ich hier die angeführten Fakta weder loben noch tadeln will. — Wie sehr aber die N. Z. Z. alle Haltung, alle Fassung verloren hat, beweist sie immer noch täglich. Dem 22. „Marze" entnimmt sie einen Artikel, worin es heißt: „Edles Ungarn, Du hast ohne den Apparat der deutschen Wissenschaft die Bewegung der italienischen Civilisation begriffen und gemacht" u. s. w.; sodann werden mit italienischem Schwulste die Vortheile aufgezählt, welche die ungarische Barbarei aus der italischen Civilisation ziehen könnte, und schließlich fügt die N. Z. Z. aus eigenen Mitteln bei, die deutschen Bajonette hätten in der That der Menschheit mehr geschadet als die deutsche Wissenschaft hier genützt. Daß die Redaktion der N. Z. Z. der „deutschen Wissenschaft" auch nicht den mindesten Dank schuldet, erkennen wir allerdings gern an.

Das Werbegeschäft für die Lombardei und Venedig macht gute Fortschritte; in Zürich sind unter der Hand ein paar Hundert Mann engagirt; man spricht sogar von einem höheren Stabsoffizier. Wir können das durchaus nicht tadeln; unsere Sympathien für Italien gestalten und trotz der N. Z. Z. nicht, ungerecht gegen das schöne und edle Land zu sein.

** Bern, 8. Mai. Während die Tagsatzung mit überwiegender Mehrheit das ihr von Sardinien angetragene Schutz- und Trutzbündniß verworfen hat, machen es sich einige Kantone zur Aufgabe, die Lombardei wenigstens indirekt gegen Oesterreich zu unterstützen. Es ist bekannt, daß schon Anfangs bei Ausbruch des Aufstandes in Mailand Freischaaren aus dem Kanton Tessin den Lombarden zu Hilfe eilten und nicht wenig zu dem Siege der Letztern beitrugen. Allein auch seither und ungeachtet der Neutralitätserklärung der Tagsatzung lieferten mehrere Kantone, wie namentlich Bern, Waadt und Genf, nicht nur Munition und Waffen in die Lombardei, sondern sie gestatteten sogar die Werbung von Freiwilligen. Gestern kommt somit das sogenannte „Reislaufen" wieder Mode werden zu wollen. Wie sich alles dieses mit der Neutralität der Schweiz verträgt, ist schwer einzusehen. Auffallend ist jedenfalls, daß gerade diejenigen Kantone, welche sich am Lautesten dagegen erheben, als Oesterreich und Frankreich den Sonderbund mit Geld und Waffen unterstützten, nun kein Bedenken tragen, das Nämliche zu thun. Tempora mutantur et nos mutamur in illis. Man sagt freilich, die Schweiz habe das größte Interesse, die Lombardei im Kampfe gegen die Oesterreicher zu unterstützen, weil die Letztern, wenn es ihnen gelänge die Lombardei zu bezwingen, auch die Schweiz bedrohen könnten. Wir halten diese Besorgniß für ganz unbegründet. So lange die Schweiz ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen gewissenhaft erfüllt und zeigt, daß es ihr Ernst sei, ihre Neutralität mithilfe nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand zu wahren, hat sie von Seite Oesterreichs am Allermenigsten Etwas zu befürchten. Anders könnten sich die Sachen bloß dann gestalten, wenn die Schweiz aus ihrer neutralen Stellung herausträte und sich für die Lombarden Partei ergreifen würde. Die können daher nicht genug warnen gegen alle und jede Handlungen, durch welche die Neutralität der Schweiz kompromittirt werden könnte, und erwarten von der Tagsatzung, daß sie gegen die betreffenden Kantone, welche sich dergleichen Handlungen zu Schulden kommen lassen, mit aller Energie einschreite.

♂ Chur, 8. Mai. Die gestrigen Nachrichten aus Rom scheinen sich zu bestätigen. Zwar melden die Mailänder Blätter heute kein Wort von Rom, dagegen liest man in einem Bulletin des Republikaners, der Papst habe nachgegeben, sich in einem Motu proprio für die Sache der italienischen Freiheit ausgesprochen und erklärt, er werde seine Unterthanen nicht hindern, an dem heiligen Kriege Theil zu nehmen. Das Ministerium soll bleiben, nur die Geistlichen treten aus und werden durch Weltliche ersetzt. Ein außerordentlicher Abgeordneter ist an Karlo Alberto abgegangen, um ihn der vollkommensten Theilnahme des Papstes an der Sache der Lombardei zu versichern. Die ungünstige Stimmung des Papstes soll durch deutsche Bischöfe herbeigeführt worden sein, die ihn, im Falle er den Krieg an Oesterreich erkläre, mit einem Schisma bedrohten *). — Bekanntlich ist die Tagsatzung schon auf Donnerstag den 11. Mai einberufen. Veranlassung hierzu ist ein Bericht des Obersten Luvini aus Mailand über eine angebliche Bedrohung (?) der östlichen Schweiz durch Aufstellung und Zusammenziehung österr. Truppen. Wir haben gegenwärtig 2 bündnerische Bataillone und 2 Scharfschützenkompagnien unterm Kommando des Obersten Gerwer von Bern an den Grenzen gegen Tirol und Veltlin. Diese Truppen sind mehr als hinreichend, um kleinen Abtheilungen von Oesterreichern oder Italienern den Durchzug über schweizerisches Gebiet im Engadin, Münsterthal und Puschlav zu wehren. An eine Gebietsverletzung durch ein größeres Armeekorps denkt hier Niemand ernstlich, der die Verhältnisse kennt. Grundsätzen ist entschieden für strenge Aufrechterhaltung der Neutralität; daneben sind alle Sympathien für die Lombardei, von deren Unabhängigkeit wie die größten Vortheile für den Handel zu hoffen haben.

## Frankreich.

* Straßburg, 11. Mai. Telegraphische Depesche von Paris, 10. Mai, 6 Uhr Abends. Der Minister des Innern an den Kommissär der Republik in den Departements:

Die Nationalversammlung hat so eben folgende fünf Bürger zu Mitgliedern der Regierung ernannt: Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine, Ledru Rollin.

(Die genaueren Berichte über das, was bis zum 9. Abends in Paris geschah, finden die Leser in der heutigen Beilage. Nach obiger telegraphischen Nachricht ist also der Vorschlag, daß die Nationalversammlung selbst regieren und nur Minister ernennen solle, durchgefallen, dagegen die Regierung so bestellt, wie Lamartine es vorgeschlagen hatte. Um des Friedens willen hat man Ledru Rollin aufgenommen; aber er steht einer gegen vier, denn seine Freunde und Stützen in der bisherigen Regierung, Flocon, Louis Blanc, Albert, sind beseitigt.)

## Italien.

Verona, 7. Mai. Die Allg. Z. bringt folgende Nachrichten: Ein mörderischer Kampf fand gestern in unserer unmittelbaren Nähe statt. Der Feind, durch die zahlreichen Freischaaren den Unsern vielleicht dreimal numerisch überlegen, mußte weichen und zog sich auf Valleggio zurück. Die Oestrr. Truppen fochten wie die Löwen und verdienen darum leider Viele der Ihrigen. Unter den Gefallenen befindet sich von den tapfern General Salis, der durch die Brust geschossen wurde, den Obrist Lieutenant Leuzendorf und Andere. Von den Truppen erlitten den bedeutendsten Verlust das 10. Jägerbataillon, besthand aus Niederösterreichern — also Deutschen, und theilweise auch die italienischen Grenadiere. Dem Feinde wurde wahrscheinlich eine vierfache Anzahl kampfunfähig gemacht. Sieben Stunden ununterbrochen donnerten die Kanonen, von 11 bis 2 Uhr Nachmittags in

*) s. unten den Brief aus Rom.

Digitized by Google

## Auszüge aus den Akten des polnischen Nationalkomité's in Posen.

Fol. 4. Das Nationalkomité vom 21. März. Auf Grund Einverständnisses mit dem Erzbischof werden die Geistlichen aufgefordert, in Angelegenheiten des Vaterlandes die Aufträge des Nationalkomités zu befolgen.

Fol. 15. Das Nationalkomité an das Kreiskomité des Krotoner Kreises. Jeder, der das Volk ableiten wollte, ist ohne Ansehen der Person zu verhaften. Man muß sich organisiren, in die Glieder treten und zur Waffe greifen. Bürger Endziągowski ist Euer Organisator. Wir tragen Euch auf, einen Aufstand der Bauern zu veranlassen, sie zu bewaffnen, Sensen schmieden zu lassen, Piken fertigen zu lassen u. s. w. gez. Berwinski.

Fol. 21. Das Nationalkomité an das Komité in Gostin. (Wurde schon in unserer Nummer 128 mitgetheilt.) Nach der dort mitgetheilten Stelle heißt es weiter: Deßhalb fordert das Nationalkomité auf, Personen auf das Genaueste zu überwachen, welche das Volk aufwiegeln könnten, in welcher Beziehung die Distriktskommissarien sich am Thätigsten zeigen. Das Nationalkomité ermächtigt daher die Behörden, jeden ertappten Aufwiegler zu verhaften und unter Aufsicht zu halten. Außer den Distriktskommissarien sind auch russische Agenten thätig, welche Häfe aus der Luft um den 15. März führen. Den Landern Gelder muß dem Volke durch gewandte Emissäre und die Geistlichen Freiheit, Brüderlichkeit und Liebe zum Vaterlande gepredigt werden.

In der Anlage empfängt das Komité einen Befehl des Obersten der Gendarmerie an die Gendarmen mit dem Bedeuten, daß davon nur mit der größten Vorsicht Gebrauch gemacht werden kann, um den Verdacht, den Anschein zu vermindern, als handelten die Komités in Gemeinschaft mit den preußischen Polizeibehörden; einzig und allein nur gegen Uebergriffe der Deutschen kann die Hilfe der Gendarmen angesprochen werden. Posen, 28. März 1848. gez. Moraczewski. Berwinski.

Fol. 29. Das Nationalkomité an den Kreiskommissarius Radowski. In der Anlage übersenden wir dem gestrigen Kommissarius 3 Exempl. des Befehls des Obersten der Gendarmerie, Natzmer, an die Gendarmen des Großherzogthums, welche Sie den Gendarmen mittheilen wollen. Nach diesem Befehle werden die Gendarmen zu Ihrer Disposition stehen. Wir empfehlen jedoch die allergrößte Vorsicht in dem Anrufen ihrer Hilfe, vor Allem aber fordern wir den Hrn. Kommissarius auf, ihnen keine Aufträge gegen das polnische Volk zu geben. Man hat sich nur darauf zu beschränken, sie auszusenden, um die deutsche und jüdische Bevölkerung in Ordnung zu halten. Posen, den 29. März 1848. J. Autz. gez. Jarockowski.

Fol. 33. Das Kreiskomité fragt unterm 1. April an, wie es sich in Betreff des Oberpräsidialbefehls und Verbot der Sensen verhalten haben.

Fol. 35. Das Centralkomité ꝛc. Wir benachrichtigen das Kreiskomité gleichzeitig, daß bewegliche Kolonnen des preußischen Militärs zur Wiederherstellung der früheren Ordnung in die Provinz gesandt sind. In mehreren Städten haben diese sich darauf beschränkt, die abgerissenen Adler wieder aufzuhängen; andere Städte, wie z. B. Szroda, haben sie gar nicht hereingelassen, indem sie ihnen eine bewaffnete Macht von 5000 Sensenmännern und einige Hundert formirtes Militär entgegen gestellt haben. Man kann folgern, daß sie dort unseren Formationen nicht entgegen treten werden, wo sie sehen möchten, daß es zu blutigen Reibungen kommen müßte. Daher ist es nothwendig, die angrenzenden Dörfer der Kouzentrationspunkte aufzuwiegeln, mit Sensen zu bewaffnen und so einzurichten, daß sie sich jederzeit und vorzüglich auf jedes Verlangen versammeln können. Posen, den 30. März 1848. gez. Moraczewski. Stowaczewski.

Fol. 52. Das Centralnationalkomité an den Kreiskommissar. (s. unsre Nummer 128).

Fol. 76. Der Aufrührer der bewaffneten Macht im Lager zu Dionz an das Kreiskomité zu —. Aus Veranlassung der zwischen dem Nationalkomité und dem General Willisen geschlossenen Konvention, wonach die nationale Macht auf eine bestimmte Zahl Soldaten begrenzt wird, diese aber die festgesetzte Zahl schon überstrigen, aus Veranlassung des Mangels an Lebensmitteln, welche aus den entfernteren Kreisen nicht zugehen, sieht sich der Befehlshaber genöthigt, das Komité aufzufordern, keine Freiwilligen mehr anzunehmen und diejenigen, welche schon versammelt sind, bis auf weitere Befehle nach Hause zu entlassen. Diejenigen Pferde, welche nach der Repartition gestellt worden sind, hat das Komité den Eigenthümern zurückzustellen, ihnen jedoch aufzugeben, daß diese Pferde zur Arbeit nicht verwendet werden, sondern daß sie mit guten Deckkitteln und Zaumzeug zu montiren und auf jedes Erfordern an den zu bestimmenden Orten zu gestellen sind. Kionz, den 14. April 1848. gez. Endziągowski.

Vol. III. Bericht aus Gostkowo, Jakrzewo, Kawcze v. 1. April. Widerwillen gegen die Kokarden sowohl unter den Deutschen, als bei der polnischen Bevölkerung; Abneigung gegen die polnische Sache, als Sache des Adels.

13. April. Bericht aus Gostkowo. In den Gütern des Fürsten Sulkowski ist auch nicht eine Spur nationalen Geistes zu bemerken, und in den ganzen Gütern weht auch nicht eine Fahne.

---

* Berlin. (Die Centralsat. f. d. Wohl d. arbeitend. Klasse. Schl.) 3) Die wirthschaftliche Lage der Arbeiter wird zu allen Zeiten durch Fleiß, Sparsamkeit und produktive Anlage des Ersparten am Nothhaltigsten gehoben: Spar- und Prämienkassen, Sorge zur Anschaffung von Winterbedürfnissen, Kranken- und Sterbeladen, Unterstützungs- und Pensionskassen sind geeignet, jene Tugenden zu befördern und unbdar zu machen. Auch hinsichtlich der Kredit-Anstalten, für den Arbeiterstand wird sich für viele Lokalvereine Gelegenheit zu einer wohlthätigen Einwirkung darbieten. Bei den Pfandleih- und Vorschußkassen, mögen sie nun mit den Sparkassen verbunden sein oder nicht, können wir eine Kontrolsirung und Mitwirkung der Vereinsvorstände und eine nähere Erkundigung und Hilfe bei den Arbeitern, welche sich zu deren Benutzung gedrängt sehen, nur empfehlen. Wo es gelingt, auf pünktlichere Bezahlung der Handwerker-Rechnungen und Beseitigung allzu langer Kredite hinzuwirken, wird gleichzeitig das Bedürfniß der Handwerker nach Vorschüssen vermindert werden.

4) Zu den dringenden Verbesserungen der gesundheitspolizeilichen Einrichtungen rechnen wir, nächst der Beschaffung besserer Wohnungen, die Fürsorge für öffentliche Waschhäuser und Bäder, Erleichterung der ärztlichen Hilfe und des Gebrauchs von Heilmitteln durch Verträge mit Aerzten und Apothekern für die Behandlung der Hand- und Fabrikarbeiter. Vorlesungen über Gesundheitspflege für die Arbeiter und die Förderung vernünftiger Mäßigkeitsbestrebungen werden ihren wohlthätigen Erfolg nicht verfehlen.

5) Bei der innigsten Theilnahme für eine auskömmliche Lage des Arbeiterstandes können wir doch in den Vorschlägen zu einer sogenannten allgemeinen Organisation der Arbeit durch Handhabung des Gewerbebetriebs von Behörden oder Vereinen nicht den richtigen Weg erblicken. Doch wird es eines der schönsten Ziele der Ortsvereine sein, wenn sie zur Erhaltung und Befestigung eines billigen und wohlwollenden Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern führen, wobei sowohl die Gewerbe, auf deren Gedeihen die Nationalkraft so wesentlich beruht, als die arbeitenden Klassen sich am Besten befinden.

Die Gemeide- oder Staatsbehörden, welche sich mit den Verhältnissen der arbeitenden Klassen zu beschäftigen haben, so wie die Armenverwaltungen, werden die Bildung der von uns vorgeschlagenen Ortsvereine nur willkommen heißen können, da es wesentliche Aufgabe dieser ist, der Verarmung und der Belastung der Staats- und Gemeindeanstalten vorzubeugen. Es ist deßhalb auch besonders wünschenswerth, daß Gemeindebeamte und Gemeindeverordnete bei den Ortsvereinen sich unmittelbar betheiligen, und wird es dann auch nicht ausbleiben, daß dieselben an manchen Orten zu einer wesentlichen Umgestaltung des Systems der bürgerlichen Armenpflege führen.

Wir beschränken uns für jetzt auf diese Andeutungen und behalten uns weitere Mittheilung über die Ausführung des hier Angegebenen, sowie über manche andere zur Erreichung unseres Zieles in Vorschlag gebrachten Mittel bis dahin vor, daß dieselbe von einzelnen Vereinen begehrt wird. Wir wünschten, daß wir außer unserem Rath auch umfassende Unterstützungen durch unsere Gesetzgebe zusagen könnten; sie sind aber, wenngleich uns mit der von des Königs Majestät unterm 31. v. M. ertheilten Bestätigung unseres Statuts und der Beilegung von Korporationsrechten und der Portofreiheit auch das königl. Gnadengeschenk von 15,000 Thlr. überwiesen worden ist, doch noch verhältnißmäßig so beschränkt, daß wir, die die Zahl unserer Mitglieder sich bedeutend vermehrt hat, sehr haushälterisch mit denselben umgehen und hoffen müssen, daß die Ortsvereine im Stande sein mögen, durch ihre eigenen Kräfte die Ziele, welche sie sich stecken, zu erreichen. Möge sich denn der Kreis des Zusammenwirkens solcher friedlichen Vereine durch alle Gaue unseres geliebten deutschen Vaterlandes schlingen! Mögen sie dazu mitwirken, unseren neuerdings so schön aufblühenden Gewerben auch nach dieser Seite hin zu größe-

Digitized by Google

rem Gebieten zu verhelfen! Möchten sie in die beschiedene Wohnung manches Heilsgiten deutschen Mannes Segen und Anerkennung bringen!

Mit Bezug auf das Vorstehende laden wir die Freunde unserer Vereinszwecke im ganzen Vaterlande nochmals zum Beitritte zu unserem Centralvereine, so wie zur Errichtung von Ortsvereinen und von Anstalten der vorerwähnten Art an ihren Wohnorten, besonders aber an Fabrikorten, wo sich Bedürftig und Gelegenheit dazu bietet, angelegentlichst ein. Möge jener neue Geist unsers Vaterlandes auch für die menschenfreundlichen Zwecke unseres Vereines recht viel wohlthätige Folgen herbeiführen! Möge dies dazu beitragen, die Gemüther zum guten verschwenden Ziele zu leiten und aus der großen Aussaat reiche Früchte für die Sache wahren Menschenwohles erwachsen zu lassen!

Die Berufung der Mitglieder des Centralvereins zu einer Generalversammlung werden wir binnen Kurzem veranlassen. Die geehrten deutschen Zeitungs-Redaktionen werden um gefällige unentgeltliche Veröffentlichung obiger Ansprache ganz ergebenst ersucht.

Berlin, den 14. April 1848.

Der Vorstand des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen.

Biedahn. Freiherr v. Reden. Lette. H. C. Carl. C. D. Oppenfeld. Ed. Goldschmidt. Robiling, Stadtrath. Duncker, Stadtrath. D. A. Brandt.

† Mecklenburg, 30. April. Die Wahlen zum Frankfurter Parlament haben bereits am 22. d. stattgefunden. Man kann sie nicht anders als übereilt bezeichnen. Die Urwähler auf dem Lande, in der größten Zahl Tagelöhner, ließen sich nicht anderden, daß es sich hauptsächlich um die Entscheidung ihrer Angelegenheiten handle; warum hätte man sie auch sonst zur Wahlhandlung herbeigezogen? Sie wählten sich Leute zu Wahlmännern, auf die sie sich verlassen zu können meinten und darunter fast gar keinen Gutsbesitzer. Freilich den Wahlmännern selbst wurde, wenigstens in den Wahlversammlungen, die in den größeren Städten stattfanden, so viel deutlich gemacht, daß die Deputirten in Frankfurt etwas Anderes zu thun hätten, als die Verhältnisse der Kathenleute von Mecklenburg zu regeln; sie ließen sich die Instruzzettel von ihren Vertrauensmännern schreiben, und diese nahmen sich den Wahlaufsatz zur Regel, welchen die Ausschüsse der Reformvereine durch eine besondere zu diesem Zweck bestellte Deputation anfertigen lassen. Bei diesen Vorschlägen selbst war aber die Auswahl noch dadurch sehr beschränkt, daß die tüchtigsten und von den früheren Landtagen her bekanntesten Volksmänner, wie Stever und Schnelle, sich die Wahl ausdrücklich verbeten hatten, weil sie ihre Wirksamkeit hier im Lande höher anschlugen, als die auf dem Frankfurter Reichstage. Es ist unter diesen Umständen noch von Glück zu sagen, daß wenigstens nicht alle Deputirtenwahlen geradezu schlecht, sondern einige sogar gut ausgefallen sind. Die Deputirten sind, von Mecklenburg-Schwerin: Oberappellationsrath Kirchhoff, schon Mitglied des Fünfziger-Ausschusses, der zwei Mal gewählt wurde, in Rostock und in Parchim; wahrscheinlich wird er die Wahl von Rostock annehmen und für Parchim sein Erstsmann, Dr. Drechsler, ein junger Advokat von Talent, eintreten; Dr. Haupt, Gymnasialleherer in Wismar; Amtsverwalter Böcler in Schwerin; Rektor Reinhard in Boizenburg, ein beliebter Volksmunrit; Pogge auf Roggow, ein guter Landwirth; Dr. Sprengel, ein Advokat, von dem wir wünschen, daß er besser sein möge als sein Ruf; — von Mecklenburg-Strelitz: Advokat Gerstein, wenig bekannt. Hoffentlich wird das übrige Deutschland durch seine Deputirten im Parlament erfahren, was den meisten der unsrigen an politischer Fähigkeit abgeht.

Am 26. d. ist der außerordentliche Landtag zu Schwerin eröffnet worden. Die landesherrlichen Vorschläge fassen sich in folgenden Hauptpunkten zusammen: 1. Auflösung der bisherigen Landesvertretung. 2. Andahnung einer neuen Ständeeinrichtung auf Grundlage von Wahlen im ganzen Lande. 3. Unverändertes Fortbestand der übrigen staatsrechtlichen Verhältnisse des Landes bis dahin, daß durch Vereinbarung der Landesherren mit den neu zu erwählenden Ständen andere Einrichtungen getroffen sein werden. Zugleich ist ein Wahlgesetz und eine provisorische Geschäftsordnung vorgelegt worden. Nach diesem Wahlgesetz werden die vereinigten Stände von Mecklenburg-Schwerin und M.-Strelitz aus 103 Abgeordneten des ganzen Landes gebildet, wenn anders die Union beider Großherzogthümer bei der neuen Verfassung noch länger fortdauern kann, was sehr zweifelhaft erscheint. In Mecklen. Schwerin sollen 85 Abgeordnete gewählt werden, und zwar 33 von den Städten, 23 von den größeren Grundbesitzern, 29 in den ländlichen Wahldistrikten (Domänen, ritterschaftliche Aemter 110, Klöster- und Kämmergüter zusammen). Die Wahlberechtigung ist im Allgemeinen ebenso angebehnt wie nach dem Wahlgesetz für das deutsche Parlament, nur daß, wie in dem preußischen Wahlgesetz, für sämmtliche Abgeordnete ein Lebensalter von 30 Jahren verlangt wird; außerdem wird den größeren Grundbesitzern (Besitzern eines Hauptguts) ein direktes Wahlrecht für ihre 23 Abgeordneten zugestanden, ohne daß jedoch die Wählbarkeit, auch für diese, auf sie selbst beschränkt wäre. Dieses Wahlgesetz findet besonders wegen der letzteren Bestimmung vielen Widerspruch von Seite der Reformvereine, welche theils ein reines Repräsentativsystem nach Kopfzahl, theils eine gleichmäßige Vertretung der Interessen nach gewissen Kategorien verlangen, aber in keiner Weise eine Aristokratie des Grundbesitzes angehabnt wissen wollen.

## Schweiz.

☽ Bern, 9. Mai. Der Bundespräsident, Herr Ochsenbein, hat also, wie ich Ihnen gestern geschrieben habe, seinen Rücktritt von allen öffentlichen Beamtungen erklärt. Der Verlauf der Großrathssitzung, an deren Schluß sich dieses hochwichtige Ereigniß zutrug, ist folgender. Herr Präsident Niggeler eröffnet die Versammlung, zu der sich die Großräthe fast vollzählig eingefunden hatten, mit einem kurzen Ueberblicke der so wichtigen Ereignisse, die seit der letzten Sitzung des Großen Rathes sich ereignet: Frankreichs Republik, die Schilderhebung der Lombardei, die Revolutionen und die Reaktion in Deutschland werden gestiftet, dabei auf die Ruhe der Schweiz gewiesen, die jetzt zu dem so wichtigen Bundesrevisionswerke Ernst werden solle. Der Redner legt dabei sein politisches Glaubensbekenntniß ab, wie ohne die Idee einer Verschmelzung sämmtlicher Kantone in einen Einheitsstaat, ohne volksthümlichen Verfassungsrath nichts Gutes, Zeitgemäßes erwachsen könne. Auch für den Kanton sei die Ruhe erwünscht, und eine Menge von Geschäften erwarte ihre Erledigung durch die oberste Landesbehörde. Er erklärt die Sitzung für eröffnet.

An der Tagesordnung ist nun die Berathung über die Revision des Bundesentwurfes. Der Berichterstatter, Präsident Ochsenbein, trat zuvor ein in die mannigfachen Auslegungen, die das Bernische Votum in Berug auf den sardinischen Allianzvertrag erfahren, und beleuchtet in kurzen, aber treffenden Zügen die Zeitereignisse, ihre Folgen für uns und die Stellung, die uns dabei angewiesen. Er hat keine Hoffnungen für die italienische Freiheit, mißtraut dem Papst, der laut eines so eben eingegangenen Schreibens der außerordentlichen Geschäftsträgers der Schweiz bei der Italiänischen Regierung, Lavine, gegen Oesterreich nicht kämpfen wolle und seinen Truppen den Befehl zum Rückmarsch gegeben habe; vor Allem aber mißtraue er dem König Albert. Ein Schutz- und Trutzbündniß mit Sardinien wäre eine Kriegserklärung an Oesterreich, aber auch zu gleicher Zeit an Frankreich, das noch immer die gleichen Gelüste nach Italien hege wie früher und bereits auf dem Marsche nach Savoyen sei. Die schweizerische Selbständigkeit zu wahren, das sei unsere höchste Pflicht, nicht in fremde Händel uns zu mischen, wenn auch Berge Gelder verschroben würden. Er wünscht nun, daß der St. Rath sich darüber ausspreche, ob er die Politik der Gesandtschaft billige oder nicht. Der Präsident will die Sache noch dem Reglement an den Regierungsrath weisen; oder Ochsenbein erklärt, er habe Gründe, daß der Gr. Rath sich allsobald darüber ausspreche. RR. Stämpfli (2. Tagsatzungsgesandter) will ebenfalls vorerst die Ansicht des Regierungsrathes über dieses ohne Instruktion gegebene Votum des ersten Gesandten vernehmen, ehe man dasselbe genehmige. Ochsenbein verlangt keine spezielle Genehmigung seines Votums, sondern wünscht nur zu vernehmen, ob ihn Jemand im Gr. Rathe deßhalb mißbilige. Dieses angetragene Bündniß mit Sardinien sei im Vororte, wo die gleichen Mitglieder wie im Regierungsrath sitzen, besprochen, und auch er sei der Ansicht gewesen, nicht in dieses Bündniß einzutreten. Gestiel also sein Vorwurf, daß er keine Instruktion hierzu gehabt habe. Neutralität als einen wesentlichen Theil des schweizerischen Bundesrechts bilde für ihn übrigens auch eine Instruktion, sowie er auch eine innere Instruktion im Bundesrathe habe, für das Wohl der Eidgenossenschaft zu sprechen und sich also nicht in fremde Händel zu mischen. Organe Bernischer Staatsmänner, wie die „Berner Zeitung“ und die „Helvetia“ hätten das Votum des Bernischen Gesandten herumgezogen und behauptet, das sei nicht die wahre Meinung des Berner Volks, und da Donnerstags die Tagsatzung wieder zusammenträte, so könne er unmöglich als Repräsentant des Berner Volks hingehn, wenn er nicht die Gewißheit habe, daß er dessen Meinung vertrete. Nach einigen Erörterungen wird der Antrag Ruthys', womit sich auch Ochsenbein einverstanden erklärt, zum Beschluß erhoben, nämlich: der Regierungsrath solle bis nächsten Mittwoch darüber Bericht erstatten.

Nun folgte eine Interpellation von Oberst Kurz, welcher die

Digitized by Google

Katastrophe herbeiführte. Obschon er nicht so ängstlich sei und im Waffen- und Munitionsverkauf, sowie im Zuzug von Freiwilligen nach der Lombardei noch keine Neutralitätsverletzung erblicke, so wünsche er doch nähere Auskunft über förmliche Verbungen, welche nicht nur in bedeutendem Grade in andern Kantonen, sondern auch hier stattfinden sollen; er wünscht eine offene und bestimmte Erklärung hierüber, da er nicht glauben könne, daß die Regierung keine Kenntniß davon habe. Oschsenbein hätte gern darüber keine Diskussion im Gr. Rathe selbst gewünscht. Er trge zwar auch Sympathien für Italien, aber seine Sympathien für sein Vaterland seien doch stärker, daher er offen darüber Auskunft geben wolle, was zu seiner Kenntniß gelangt sei. Er habe die bestimmte Versicherung erhalten, daß sich im Kanton Waadt Komite's gebildet haben, welche Militärkapitulationen mit dem Abgesandten der Lombardei, Herrn Prenetti, ohne Wissen der Regierung abgeschlossen hätten. So sollten auch bereits, nachdem Kanonen, Waffen und Munition vorausgegangen, 3000 Mann in 8 Tagen nachfolgen. In Genf bildeten sich gleichfalls Komite's zu ähnlichem Zweck, um mit Herrn Prenetti förmliche Verträge abzuschließen. Er habe nicht begreifen können, daß so Etwas gegenüber der Neutralitätserklärung der Tagsatzung geschehen könne. Auch im Kanton Bern solle so Etwas vorfallen, wie er zufällig vernommen. Herr Regierungsstatthalter Matthys von Schwarzenburg, dermalen in Garnison in Bern, sei nämlich bei ihm gewesen, um Urlaub zu erhalten, da er nach Hause müsse, um 200 Mann nach der Lombardei anzuwerben. Näher befragt, habe Herr Matthys die Auskunft darüber ertheilt, daß der Großrathspräsident Rigger, Großrath Schürz, die Regierungsräthe Stämpfli und Stockmar ein Komite gebildet und mit Herrn Prenetti einen Vertrag abgeschlossen haben. Er habe nun darüber mit Herrn Justizdirektor gesprochen, der ihm mitgetheilt habe, daß er auf ein empfehlendes Zeugniß der Herren Rigger und Stockmar, welches er verliest, dem Zuchthausverwalter Michel „im Gesammtinteresse des Vaterlands“ einen Urlaub ins Oberland ertheilt habe, um, wie er dann später gehört, um dort heute für die Lombardei anzuwerben. In dem mit Hrn. Matthys gestern Abend abgehaltenen Verhöre habe derselbe erklärt, daß der Vertrag mit dem Komite gestern ratifizirt worden sei. Er könne nun aber nicht glauben, daß ein solcher Vertrag, und zwar durch Mitglieder der Regierung selbst, geschlossen worden sei, da ja die Militärkapitulationen durch die Verfassung selbst, sowie durch das Gesetz jede Saalschwendung ausdrücklich verboten sei, und hier auch das Hochverrathsgesetz klar einschlage, wer sich schuldig mache, Gefahr von Außen in das Land zu ziehen. Daß dieses damit geschehen könne, ergebe sich aus den vor wenigen Tagen aus Wien erhaltenen Nachrichten, wonach Oesterreich gegen neapolitanischen und dem toskanischen Gesandten die Päße zugestellt und den Krieg erklärt habe, weil sie die Lombardei mit Freiwilligen und wohl sonst auf jede Art unterstützt hätten. Das sei, was er von diesen Werbungen erfahren habe, und nähere Einsicht könne man sich aus den hier liegenden Akten verschaffen. Jaggi, Justizdirektor, gibt einige bestätigende, aber auch sehr entschuldigende und abbittlich lautende Erläuterungen, daß er keine offizielle Kenntniß habe, ob Herr Michel im Oberlande werbe rc. Rigger, welcher den Präsidentenstuhl dem Vicepräsidenten Tillier überläßt, will durchaus Nichts von einer abgeschlossenen Kapitulation und ebensowenig von Werbungen wissen. Herr Prenetti habe drei ihm und seinem Schwager Stämpfli um eine Audienz nachgesucht und in derselben von der wünschbaren Hilfe von Schweizer Freiwilligen, namentlich Scharfschützen für die Lombardei, und von einer Militärkapitulation gesprochen, auch erwähnt, daß sich Herr Ochsenbein sehr günstig darüber ausgesprochen. Er habe ihm das Verfassungs- und Gesetzwidrige einer solchen Militärkapitulation auseinandergesetzt und ihm noch bedeutet, daß dies bloß eine zwischen der sardinischen Regierung und den Angeworbenen selbst abzumachende Sache sei. Er wisse nicht, wer die Rachsucht, daß er sich mit Werbung befasse, verdreitet habe, aber er sei nicht mehr sicher auf der Straße gewesen, und von Solchen, welche sich anwerben lassen wollten, förmlich belagert worden. Hr. Michel sei nur ins Oberland gegangen, um die dortige Stimmung zu erforschen, nicht aber, um anzuwerben. Er habe Hrn. Prenetti noch ausdrücklich bedeutet, daß es durchaus nicht zuggebern würde, wie sich denn ganze Korps auf Schweizerboden bildeten. Auch Stockmar verwahrt sich gegen die Ausstellungen und bemerkt, er habe im Regierungsrath gegen den Verkauf einer Sechspfünderbatterie, Gewehren und Munition an Hrn. Prenetti gestimmt, aber der Verkauf sei dann doch während seiner Abwesenheit beschlossen worden. Seine ganze angebliche Thätigkeit an Werbung beschränke sich auf gute Räthe an junge Leute, daß sie sich im Falle von Verwundung, Verstümmelung in eine Unterstützung sollen garantiren lassen. Stämpfli bestätigt, was Riggeier gesagt und bedauert, daß diese Fragen hier, statt im Regierungsrathe, behandelt werden. Wenn die Polizei soviel von Falschwerben rc. wisse, so müsse sie Hrn. Prenetti gar nicht dulden, sondern zum Land hinauszuweisen. Auch Schürz bethauert seine Unschuld. Zum weitenmale werde er des Hochverrathe angeklagt: Das erstemal nach dem Freischaarenzug von Siegwart und nun von unserm Bundespräsidenten, welchem er nun harte Vorwürfe macht. Ochsenbein hat keine Anklage auf Hochverrath erheben wollen, sondern gleich Anfangs seinen Zweifel an die Richtigkeit der Aussage des Hrn. Matthys ausgesprochen; auch freue es ihn, daß sie sich so rein vor dem Gr. Rath und dem Volke hätten erklären können. Die verkauften Kanonen rc. seien alt und unbrauchbar gewesen; indessen habe man sie doch dem Herrn Prenetti, der darum angefragt, abgeschlagen; da hätte sie aber der theffinische Gesandte für Tessin zu kaufen verlangt, was man ihm gewährt habe, ohne ihn zu fragen, was er damit machen wolle. Seien sie nach Mailand gekommen, so habe dies der beglaubigte Gesandte von Tessin zu verantworten. Er habe sich in der Tagsatzung auch gegen die Zulässigkeit von Werbungen erklärt, wohl aber konnten Freiwillige wie nach Griechenland, Polen rc. gehen. Erst letzten Freitag habe er Kenntniß davon erhalten. Er zweifle nun durchaus nicht an der vollen Wahrheit der Aussagen des Hrn. Riggeier; ebenso wenig begreife er aber, daß Etwas der Art vorgehen müsse. Er liest eine Stelle aus dem mit Regierungsstatthalter Matthys abgehaltenen Verhöre vor, der erklärt, in der Gesellschaft von Hrn. Oberst Gaischet, Riggeier und Ludwig Snell vernommen zu haben, daß der Vertrag ratifizirt worden sei. Er liest ferner einen Brief vom Amtsgerichtsschreiber Hubler vor, welcher meldet, daß das Komité gute Nachrichten in Beziehung auf Unterstützung der Verwundeten rc. durch Hrn. Prenetti erhalten habe. Er wünscht daher eine nähere Untersuchung, denn die Tagsatzung werde die Verbungen in Waadt gewiß ungern vernehmen, ohne Zweifel auch die heutigen Verhandlungen erfahren, wo es sie dann sehr wundern müßte, wenn die Sache nicht näher untersucht würde. Riggeier schent die Untersuchung nicht, will aber keine Specialkommission, sondern an den ordentlichen Richter gewiesen werden. Buhbrger tadelt diese vom Bundespräsidenten willkürlich veranlaßte Unterbrechung der Tagesordnung. Die Angaben der öffentlichen Blätter über Spaltungen im Regierungsrathe scheinen ihm wirklich gegründet zu sein, wie er aus diesen bittern Parteiangriffen schließen müsse. Ochsenbein weiß die Beschuldigung Buhbergers zurück, als ob er mit Hrn. Oberst Kurz im Einverständniß gewesen wäre. Matthys will die Spaltung nicht noch größer machen und das Zutrauen in einzelne Personen nicht noch mehr erschüttern, daher stelle er den Antrag, zur Tagesordnung zu schreiten, da es sich von selbst verstehe, daß der Regierungsrath die Pflicht habe, bei gesetzwidrigen Handlungen ohne Ansehen der Person einzuschreiten. Ochsenbein schlägt eine motivirte Tagesordnung im angegebenen Sinne vor. Jagodi will Nichts von einem abgedrungenen Zutrauensvotum wissen, wie Hr. Ochsenbein es heute verlangt habe; diese unheimliche Zeit der Zutrauensvoten sei vorbei. — Mit großer Mehrheit gegen 46 Stimmen wird beschlossen, vom Gegenstand zu abstrahiren, also gar keinen Beschluß zu fassen. Ochsenbein erklärt nun, da man seine Bestrebungen nicht habe auf legend eine Weise anerkennen und sogar dem Regierungsrathe nicht die Pflicht habe zuerkennen und ausdrücklich habe übertragen wollen, ohne Ansehen der Person in vorliegender Sache einzuschreiten, so nehme er seine Demission als Präsident und Mitglied des Regierungsraths. Hatte, entfernte sich. Es erheben sich hierauf Stimmen, daß der Beschluß vom Regierungspräsidenten irrig interpretirt worden sei. Von Andern wird gegen die Abstimmung reklamirt. Der Vicepräsident von Tillier bemerkt, daß das Entlassungsbegehren erst schriftlich eingereicht werden müsse, bevor man darüber verhandeln könne. Es bleibt bei der Abstimmung und die Versammlung geht unter großer Aufregung auseinander.

## Frankreich.

Paris, 8. Mai. Unser Bericht über die heutige Sitzung brach gestern da ab, wo der Dornes'sche Vorschlag, der provis. Regierung einen Dank zu votiren und dann die Mitglieder der Regierungskommission aus ihr zu ernennen, eine Aufregung verursacht hatte, die jede Fortsetzung der Debatte unmöglich machte. Nach einiger Zeit wird die Sitzung wieder eröffnet; Dornes Antrag wurde dahin modificirt, daß er die Namen weglassen werde. Eine neue Diskussion beginnt, man verlangt, daß der Vorschlag in zwei Theile geschieden, daß der provisorischen Regierung der Dank der Versammlung sogleich votirt, die Zusammensetzung der Regierungskommission aber einer

Digitized by Google

von den Bureaux gewählten Kommission zur Prüfung übergeben werde. Lebhafte Aufregung, die heftigsten Interpellationen kreuzen sich, der Präsident vermag es kaum, sich Gehör zu verschaffen. Abermals wird darauf gedrungen, der provisorischen Regierung sogleich eine Danksagung zu votiren, daß sie das Land gerettet habe. Barbès tritt auf die Tribüne, er verlangt, daß, ehe man der Regierung danke, man von ihr Rechenschaft verlange über die „Metzelei" von Rouen, über „die Schlächtereien", welche die Nationalgarde verübt und über die ernie drigende Haltung (abaissement), welche Frankreich dem Auslande gegenüber eingenommen. So entsteht in der Versammlung ein wahrer Sturm. Senard, Generalprokurator von Rouen, nimmt das Wort, er bekämpft die gehässigen Anschuldigungen von Barbès, er erklärt die Ursache der Unordnungen in Rouen, die ihren Grund nur in der Aufregung der Massen durch einzelne leidenschaftliche exaltirte Menschen gehabt haben. Diese Menschen, sagt er, säen überall Haß und Zwietracht, sie vergessen, daß es in Frankreich jetzt nur eine Klasse: französische Bürger (citoyens), gibt, und theilen das Land in zwei Klassen, in das Volk und in Bourgeois, welche Letztere sie dem Hasse und der Vernichtung weihen. Senard verlangt, daß man sich nicht auf vage Anschuldigungen beschränke, daß man die Anklage klar und bestimmt formulire, er werde auf jeden Punkt mit Beweisstücken in der Hand antworten. Hr. Barbès entgegnet, die eingeleitete gerichtliche Untersuchung genüge ihm nicht, man solle sie den Händen eines Frank-Carré (Generalprokurator) und anderer solcher Individuen entziehen, und die Nationalversammlung selbst solle eine Untersuchung einleiten. In dem heftigsten Sturme, der die Versammlung bewegt, vermag es endlich der Justizminister Cremieux, sich Gehör zu verschaffen, er will, daß die Versammlung, ehe sie urtheile, das Resultat der eingeleiteten Untersuchung abwarte. Man geht schließlich zur Tagesordnung über. Hierauf nimmt die Versammlung mit Einstimmigkeit den ersten Theil von Dornès Vorschlage an, und votirt der provisorischen Regierung den Dank des Landes und der Versammlung. In Hinsicht des zweiten Theiles wird entschieden, daß die Bureaux sogleich jedes eine Kommission ernennen, daß diese Kommission die Form der neu einzusetzenden provisorischen Exekutivgewalt diskutire und am andern Tage ihren Bericht der Versammlung vorlege.

Die Eindrücke dieser Sitzung sind natürlich sehr verschieden; die Leute von der äußersten Linken sind heftig erbittert, die Gemäßigten, die früheren Monarchisten, verbergen ihre Zufriedenheit nicht. Die Wahlen in den Bureaux, die Wahl der Kommission, welche morgen über den oben genannten Vorschlag berichten soll, alles das beweist, wie klein die eigentlich jakobinische Partei in der Versammlung ist, welch überlegenen Einfluß dagegen die Moderirten und die frühere Linke in dieser Versammlung üben. Die Frage, die heute Abend am lebhaftesten verhandelt wurde, ist die Herstellung der Regierung; ob eine vollziehende Gewalt außer der Versammlung zu ernennen sei, oder ob die Versammlung selbst vollziehende Macht bleiben und nur Minister ernennen solle. Das Letztere hat natürlich viel Lockendes für die Versammlung, weckt aber den Andern das gegründete Bedenken, daß die aufgeregte zahlreiche Versammlung eine sehr unbehülfliche Regierungsmaschine sei und zu einer Verwicklung ohne Gleichen führen müsse. In der provisor. Regierung selbst ist man getheilter Ansicht; Flocon z. B. sprach sich für eine exekutive Kommission, Cremieux für Ernennung von Ministern aus. Lamartine scheint in der That eine Trennung von Ledru Rollin nicht zu wollen, und will die bisherige Regierung als einig und solidarisch behandelt sehen, Armand Marrast dagegen, offenbar der entschiedenste Gegner Ledru Rollins, erklärt schriftlich, er werde keine Regierungsfunktion annehmen, sondern nur Maire von Paris bleiben. Inzwischen rasen die Klubs und die extremen Blätter; schon ist der „National" dort als ein Organ der ärgsten Reaktion verschrieen, Lamartine's Bericht wird von der „Reforme" heftig angegriffen, und verlangt, daß man besonders Deutschland gegenüber eine entschiedene Politik befolge, daß man das demokratische Prinzip daselbst unterstütze und die mittelalterlichen Projekte jener franzosenfressenden Doktrinäre bekämpfe, die die deutsche Einheit auf dem alten Feudalismus neu basiren möchten!' Die alte jakobinische Verdächtigung verfängt sich, der französische Gesandte am deutschen Bunde, Hr. Bawow, wird von dem Organe Ledru Rollins bitter angegriffen, was ihn in Deutschland nur empfehlen kann, Armand Marrast mit der dummen Verleumdung verfolgt, auch er sei von der Julioregierung erkauft gewesen! Unter der Hand droht man auch wohl mit einigen hunderttausend Fäusten, welche die Nationalversammlung schon von ihrer Mäßigung zurückbringen wird.

**Paris**, 9. Mai. Sitzung der Nationalversammlung. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die interimistische Regierung; Pyat in Berichterstatter. Er verglichert die verschiedenen Vorschläge, bespricht ihren Werth und ihre Hindernisse. Die zwei Hauptvorschläge sind: 1) einen Regierungskommissär zu ernennen, der die Minister ernennt und regiert. 2) die Ernennung der Minister durch die Nationalversammlung mit einem Konseilspräsidenten, so daß also die nationale Versfassung selbst regieren würde. Die Kommission spricht sich für den letzteren Vorschlag aus und zwar mit 14 gegen 4 Stimmen. Die Kommission will 1 Konseilspräsidenten, 9 verantwortliche Minister, alle im Scrutin und mit absoluter Majorität gewählt. Die Redner die für die unmittelbare Führung der Regierungsgeschäfte durch die Versammlung sprachen, machten geltend, daß man kein Zwischenorgan bedürfe, daß die getreueste Volksvertretung selber herrschen sei, die Schicksale Frankreichs zu lenken; hinter diesen vorgeschobenen Gründen lag aber offenbar das geheime Motiv, jede Mitwirkung eines Mannes wie Ledru-Rollin, eher selbst Krage, die vielleicht unvermeidlich waren, auszuschließen, und die Gewalt ganz die Hände der gemäßigten Mehrheit der N.-V. zu bringen. Dr.pfadi sprachen auch Lafayette, O. Barrot u. A. dafür. Lamartine, der keine Spaltung der provis. Reg. getten lassen, sondern die ganze Behörde für solidarisch halten wollte, ebenso entschieden dagegen und für Bildung einer anständenden Kommission. Die bedeutendste Rede gegen die unmittelbare Regierungsgewalt der Nationalversammlung brachte Jules Favre; er erinnerte mit allem Nachdruck an die drohende Anarchie. Eine Minorität in der Versammlung werde zu den Beschlüssen der Majorität Nein! sagen, und daß werde sich im Lande ebenfalls eine Minorität bilden, die den Gehorsam verweigern werde. Die Majorität werde dann die materielle Gewalt anwenden müssen, und er gebe zu bedenken, wohin es führen solle. Noch größere Uebelstände gebe die Ernennung der Minister, die schlimmsten aber ihre Absetzung. Die Versammlung müsse jeden Minister, den sie absetzen wolle, förmlich in Anklagestand versetzen und ihn richten. Täglich werden die Anklagen der Klubs gegen die Minister kommen, und die Nationalversammlung werde nichts Anderes zu thun haben, als immer die Minister zu verhören, die Minister nichts Anderes, als sich beständig zu vertheidigen und zu rechtfertigen. Er erinnert an das Beispiel des Konvents, der Anfangs auch ein Ministerium und eine Menge Ausschüsse ernannt habe, — was sei erfolgt, die Minister seien verschwunden und zu bloßen Kommis geworden, die Komites haben sich alle angeeifelt und es sei nur eine exekutive Regierungskommission geblieben, der Wohlfahrtsausschuß, der alle Gewalt in sich vereinigt hatte. Er macht aufmerksam, wie bei plötzlichen Ereignissen, bei Kriegsgefahr von Außen, bei einer Empörung im Innern die Minister, die Nichts auf ihrer Verantwortlichkeit nehmen würden, stets bei der Nationalversammlung erst Instruktionen einholen und die geheimsten Staatsangelegenheiten öffentlich verhandelt werden müßten. Er warnt die Versammlung, aus einer Prinzipienfrage keine Parteifrage zu machen und so Mißtrauen in das Land zu werfen.

Bei der Abstimmung stellt der Präsident die Frage: Soll dem Vorschlage der Kommission gemäß die Nationalversammlung die neun Minister und einen Präsidenten ernennen? Zweimal wird durch Aufstehen und Niedersitzen abgestimmt, zweimal wird das Resultat als zweifelhaft erklärt. Man schreitet nun zum Skrutin mit Namensaufruf, dessen Ergebniß bei Abgang der Post noch nicht bekannt war. An der Börse war jedoch gegen den Schluß das Gerücht verbreitet, die Nationalversammlung habe sich für eine Fünferkommission entschieden und Lamartine, Ledru Rollin, Cremieux, Arago und Marie hingeeingewählt; das Gerücht war aber vielleicht nur auf das Steigen der Course berechnet, das darauf erfolgte.

Nach diesen Berichten, die bis den 9. Mai Nachmittags 4 Uhr gehen, widerlegt sich die Angabe der heutigen Frankfurter Blätter von selbst, daß nach einer telegraph. Depesche, die am 9. Mai 3 Uhr Nachmittags in Straßburg eingetroffen sein soll, Lamartine, Garnier-Pages und A. Marrast zu Mitgliedern der Regierungskommission bestellt worden seien. Daß die Telegraphen die Nachrichten einer späteren Zeit voraus wissen sollen, ist selbst nach den vorgeschrittenen Bedürfnissen unserer Zeit zu viel verlangt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oppenheim & Comp., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden dem Buchhandel Hr. C. H. Reinhardt in Straßburg Hr. Jos. Baer & Comp., Buchhandlung in Frankfurt a. M. Für Belgien

In welcher Weise diese Aufschüsse und Kommissionen ins Leben zu rufen seien, wie sie wirksam sein sollen, wird ausführlich erörtert.

Einem hier eingegangenen Privatbriefe aus Posen vom 8. zufolge, hat bei Obornik ein heftiges Treffen zwischen den preußischen Truppen und den polnischen Insurgenten stattgefunden, in welchem 1500 bis 2000 der letztern auf dem Kampfplatz blieben. Die preußischen Truppen kamen aus Posen dem Feinde in den Rücken. Der direkte Postenlauf von Posen nach Breslau ist unterbrochen. Die Briefe gehen über Pinne und Küstrin nach Breslau. (Berl. N.)

Berlin, 9. Mai. Die Voss. Z. meldet: Nach einem am 9. Vormittags hier eingegangenen Schreiben des Generals Colomb ist die Hauptmacht der polnischen Insurgenten unter Mieroslawski durch die Combinirung der Truppenbewegungen gegen dieselben auf Mielczin zwischen Wreschen und Gnesen zurückgedrängt worden, so daß denselben kein anderer Ausweg mehr übrig blieb, als die russische Grenze zu überschreiten. Der Führer verlangte daher zu kapituliren, und sandte deßhalb zwei Officiere nach Posen. Doch der General schickte mit diesen seinen Sohn als Parlamentair zurück, mit dem Bescheide, daß er sich auf Unterhandlungen nicht einlassen könne, sondern die unbedingte Unterwerfung fordern müsse. Die Antwort hierauf war noch nicht eingetroffen bei Abgang des Briefes. Die Stücke der Insurgenten wird auf zehn- bis zwölftausend Mann geschätzt. Wahrscheinlich ist es, daß dieselben in Folge des durch den General Hirschfeld vereitelten Versuchs, sich auf Bromberg zu werfen, in ihrer jetzige Stellung gerathen sind, da sie alle anderen Ausswege von Truppen besetzt fanden. Nach Nachrichten vom zehnten Mai hätten sich die Insurgenten, nachdem ihnen ein Versuch, sich durchzuschlagen, mißlungen, bereits auf Gnade und Ungnade ergeben. Ein Brief aus Posen vom 8. Mai, also von früherem Datum, in der Voss. Z. schildert die Insurrection als noch im Zunehmen, das Land links der Warte vollständig im Aufstande, bei Strelczewo sogar die Straße nach Breslau durchbrochen. Derselbe Brief aus Posen erklärt übrigens, daß an jenem Tage die bei Gnesen unter Mieroslawski versammelten Insurgenten von den preußischen Truppen umstellt gewesen, und daß es bereits mit dieser Hauptmacht der Polen zu blutigen Gefechten gekommen sei. Die Truppen der Provinz Posen belieben sich auf 30,000 Mann, sollen aber noch um 16—20,000 Mann vom 3., 2. und 1. Armeekorps vermehrt werden, 8000 Mann von diesen Verstärkungen sollten schon in Gnesen eingerückt sein.

* Berlin, 10. Mai. Das Resultat der Wahlen in Berlin sowie in den alten Provinzen, soweit das letztere bisher bekannt geworden, ist für beide Parlamente, das preußische wie das deutsche, ein zufriedenstellendes für alle Freunde des demokratischen Konstitutionalismus. Die Berliner Wahlen für die preußische konstituirende Versammlung sind durchaus populär. „Berlins Ehre ist gerettet," lautete heute einer der jubilirenden Maueranschläge, welche allnächtlich mehrmals unsere Straßenecken in Leseladenite verwandeln. Die heutigen Wahlen zum Frankfurter Parlamente sind gleichfalls glücklich zu nennen; Stadtrath Dr. Veit, Stadtverordneter Dr. Naumerk, Ministerpräsident Camphausen (zwei Mal gewählt), Major Teichert sind sämmtlich freisinnige und echt konstitutionelle Männer. Friedr. v. Raumer meinigstens nicht schädlich. Hr. v. Rönne, als Stellvertreter gewählt, erklärte, daß er nur für den Fall einer Wahl zum Deputirten selbst, dieselbe annehmen könne; er wird vielleicht für Camphausen gewählt werden. Von allen Literaten, die sich so thätig zur Vertretung der deutschen Nation auf dem konstituirenden Parlamente in den Vorversammlungen herandrängten, ist keiner gewählt worden, selbst nicht der thätige und sehr beliebte Prutz, der seit den Märztagen hier sein Domicil aufgeschlagen hat und sich bei der Bewegung unseres neuen politischen Lebens, besonders im konstitutionellen Klub, sehr thätig bewiesen hat. Herr Dr. Mundt hatte es bis zum Wahlmann gebracht, aber bei der Frankfurter Wahl hatte er das Unglück, viermal hintereinander mit nur einer Stimme zu erscheinen. Bruno Bauer dagegen ist zum Stellvertreter für Frankfurt gewählt; es scheint, als wolle man dem entschiedenen Charakter des Mannes seinen unnöthiger Weise zur Schau getragenen Atheismus verzeihen. Er ist bekanntlich auch als Stellvertreter für Berlin gewählt. Der Begründer des polit. Klubs Oberl.-Ger.-R. Ludwig Gerlinger war freiwillig von der Kandidatur zurückgetreten. Dem thätigen Advokaten der angeklagten Polen nimmt man keine Angriffe gegen die Polen in dem von ihm gestifteten konstitutionellen Klub sehr übel. Ein Wiphlatt sagt in dieser Hinsicht heute von ihm: Hr. Gerlinger hat für die Polen gesprochen, so lange sie saßen, und gegen sie geeifert, da sie aufstanden. Aus Stettin und Prenzlau, den Hauptstädten der Provinzen Pommern und Uckermark, werden lauter liberale Wahlen gemeldet, desgleichen aus Breslau, Stralsund, Bernau, Frankfurt rc.

Leipzig, 3. Mai. Die Mag. 3. veröffentlicht folgende Erklärung: „Aus einem in Nr. 119 der „Allg. Zeitung" enthaltenen Korrespondenz-Artikel aus Berlin vom 29. v. M. ersehe ich, daß Ihre Zeitung in einer Note zu einem ihrer Artikel erklärt hat, wie sie verbürgen könne: daß die Proklamationen Se. Maj. des Königs vom 21. März l., in welcher erklärt wird, daß derselbe sich an die Spitze Deutschlands stelle, aus der Feder des Ministers des Auswärtigen, von Arnim, die Unterschrift Sr. Majestät aber „Aus meine lieben Berliner" aus meiner Feder geflossen sei. Da hierdurch Zweifel über den Zeitpunkt meines Amtsantritts entstehen könnten, so sehe ich mich zu der Erklärung veranlaßt: daß keine dieser beiden Schriftstücke aus meiner Feder geflossen und daß mir von der gedachten Ansprache nicht eher irgend Etwas bekannt worden ist, als bis ich dieselbe am 19. Morgens bereits gedruckt sah. Es war dies um so natürlicher, als ich, wie schon aus meiner Erklärung beim Landtage hervorgeht, meine Funktionen erst am 19. gegen Mittag begonnen habe, wo alle Befehle in Bezug auf die Truppenbewegungen bereits ertheilt und in der Ausführung begriffen waren. Graf Arnim.

Aachen, 10. Mai. Bei der heute hier stattgehabten Wahl eines Abgeordneten zur Frankfurter Nationalversammlung ist der Zinnamtmeister Dr. David Hansemann, in seinem Stellvertreter Kanonikus Dr. Smets gewählt worden.

Trier, 10. Mai. Hier wurde für Frankfurt Advokat Simon zum Abgeordneten, Herr Ph. Andre zum Stellvertreter gewählt.

Köln, 10. Mai. Zum Abgeordneten für Frankfurt wurde hier Franz Raveaux, zum Stellvertreter Polizeidirektor Müller gewählt.

Koblenz, 10. Mai. Bei der heute dahier stattgehabten Wahl der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung nach Frankfurt a. M. wurden Justizrath Adams dahier mit 78 Stimmen gegen 47 des Hrn. Stettmann zum Abgeordneten, und Dr. Louis Caspers dahier mit 81 gegen 37 Stimmen des Justizraths Kopp zum Stellvertreter gewählt. (Rh.- u. M.-Z.)

* Dortmund, 10. Mai. Die Grafschaft Mark war, wie billig, fest entschlossen, ihren Binde nach Frankfurt abzuordnen, und da die Besorgniß obwaltete, er möchte in Hagen nicht gewählt werden, so hatten mehrere andere Wahlkreise ihr Augenmerk auf ihn gerichtet. Hier fand die Wahl zwischen v. Vincke und Guts. Höfken; ersterer erhielt 77, letzterer 56 Stimmen. Zum Stellvertreter ward Höfken, der selbst für Vincke gesprochen, mit 103 von 133 Stimmen gewählt. Dem Vernehmen nach ist Vincke auch in Altena und in Hagen gewählt, so daß hier oder dort eine neue Wahl stattfinden muß, wenn nicht der Stellvertreter in solchem Fall sofort als Vertreter gilt.

Königsberg, 7. Mai. Man schreibt der Voss. Z.: Soeben trifft der Schaffelt die Nachricht ein, daß in dem 4 Meilen von hier entfernten Städtchen Domnau entsetzliche Unruhen ausgebrochen sind und ein großer Theil der Stadt in Flammen steht. Beim Abgange der Estaffette sollen bereits 45 Gebäude niedergebrannt sein, auch die Stadtkirche ist durch das Feuer zerstört worden. Das hierdurch über die Stadt gekommene Unglück ist als entsetzlich geschildert, denn die halbe Stadt ist in einen Schutthaufen verwandelt, ja es kann wohl die ganze Stadt durch diese Feuersbrunst drauf gehen. Von den unglücklichen Einwohnern des Städtchens sollen viele in den Flammen beim Löschen, beim Bergen der Sachen rc. den Tod gefunden haben. — Die Unruhen in hiesiger Gegend mehren sich von Tag zu Tag, und wir werden von den schrecklichsten anarchischen Zuständen bedroht. Die Gutsherrschaften führen den förmlichen Krieg mit den tumultuarischen Insterleuten und Scharwerkern, müssen sich versichern lassen vor herbarischen mit ihrem Haus- und Dienstpersonal, fallen aber doch oft in die Hände der Aufrührer und müssen diesen dann geben, was sie wollen, wenn sie nicht ihr Leben oder ihre Gesundheit aufsetzen. Täglich rückt hiesiges Militär aufs Land, welches aber leider nicht ausreicht, um die Unruhen unterdrücken zu können, denn fast der ganze Regierungsbezirk steht in Aufruhr. Ueberall ist's ein Kampf der Besitzlosen gegen die Besitzenden, und Stehlen, Rauben, Plündern und Zerstören ist immer der Zweck des Tumults.

Baiern. — München, 9. Mai. Die zweite Kammer hat ihre Berathungen über das Adelsaufgebungsgesetz in der gestrigen Abend- und heutigen Vormittagssitzung fortgesetzt und bereits auch über den Art. 1 des l. Adelsedikts Beschluß gefaßt. Derselbe lautet mit den Modifikationen des Ausschusses und nach der Fassung, wie Haberzettl denselben also: „Die staats- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt wird ohne Entschädigung der Berechtigten aufgehoben. Hiervon sind jene Gerichtsbarkeiten ausgenommen, deren Abtretung an den Staat vor dem 12. April 1848 erklärt worden war. Diese Gerichtsbarkeit hört auf mit dem 1. Oktober 1848, von welchem Tage

an die Landes- und gutsherrlichen Gerichts- und Polizeibeamten und Diener unter den Ausfertigungsbedingungen des Pensionsreglements, die am 12. April 1848 bekannten, sowie die Pensionen aus pragmatischen Ausfertigungen solcher Dienerstehen nach den am selben Tage bestandenen Normen, vom Staate übernommen werden". Der Kampf war ziemlich heiß; die katholische Geistlichkeit erhob sich mit aller ihr zu Gebot stehenden Kraft, die freilich bei manchem Redner nicht sonderlich groß war, gegen den Gesetzentwurf und nannte ihn verfassungswidrig, ungerecht, ja sogar staatsgefährlich. Es fielen sich Stimmen vernehmen, die ich während der gegenwärtigen und frühern Kammersessionen noch nie vernahm und die sonst, wie die Brummen am Sonntag, in stiller, stummer Beschaulichkeit sich wiegen. Diese sprachen jetzt in leidenschaftlichem, heftigem Ton und schwuren sogar ihre Pflicht dem Gesetzentwurf entgegen. Da nenne Einer die Abgeordneten Neubach, Ramsler, Riedm. Die Adeligen schwiegen lange und sprachen zuletzt, namentlich Frhr. v. Rotenhan und der Graf Hegnenberg-Dux. Er malte ins Schwarze; die ganze Ordnung stehe auf dem Boden der Revolution; der frühere Standpunkt sei nach allen Verhältnissen hin umgestoßen, ja sogar die Dinge, die in Frankfurt vorgingen und noch vorgehen, möchten nach frühern Rechtsbegriffen für landesverrätherisch gehalten werden und würden wahrscheinlich auch so früher gerichtet worden sein. Er wolle übrigens nicht gegen den Zeitriesen kämpfen und nähme, wenn man wolle, den Gesetzentwurf auch so an, wie ihn die Regierung einbrachte. Auch Rotenhan wollte nicht gegen den Zeitstrom kämpfen. Aber Alles vergebens; der Allmacht der Zeit und ihren Forderungen mußten alle diese Gegner erliegen, und die Ereignisse sind mächtiger als die Worte. Dekan Bauer sprach trefflich für den Gesetzentwurf und stellte sich auf den Standpunkt der Staatsweisheit. Ihm schlossen sich noch einige Redner an, z. B. Dekan Dittmar. Der Referent Dr. Schwindel bekämpfte mit Geist und Humor, was diesem Abgeordneten in nicht geringem Maße zuerkannt werden muß, die Gegner des Gesetzentwurfes. Auch vom Ministerstische aus wurden diese gründlich bekämpft und zwar vom Minister des Innern, dem der Finanzen und Ministerialrath Hermann. Das Resultat der speciellen Debatte habe ich Ihnen bereits oben mitgetheilt. Heute Abend wird sie fortgesetzt. Wir haben mit dem obigen Resultat schon viel, sehr viel errungen. Die Landes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, ein Institut, das jeden freisinnigen und vernünftigen Mann heftig mit Indignation erfüllen mußte, ist damit aufgehoben.

**München**, 6. Mai. Das gesammte bairische Truppencorps, welches zur Zeit in Baden sich befindet und in Koalitans, Rudolfszell und Stockach dislocirt ist, besteht aus dem Infanterieregiment „Erbgroßherzog von Hessendarmstadt", aus sechs einzelnen Bataillons Infanterie von verschiedenen Regimentern, aus sechs Schwadronen Chevauxlegers und einer halben Batterie. Nebst dieser Truppenmacht liegen noch in der bairischen Pfalz, mit Ausnahme der Festungsbesatzung von Landau mit Germersheim, drei vollzählige Infanterieregimenter, ein Jägerbataillon, ein Regiment Chevauxlegers und eine Batterie Artillerie, so daß bis jetzt an der Westgrenze Deutschlands, die Festungsbesatzungen abgerechnet, allein zwischen 14—15,000 Mann bairische Soldaten jeden Augenblick verfügbar sind. — Laut eines Kriegsministerialbefehls vom 26. April werden künftig unsere Regimenter, statt der umständlichen und nothwendig sehr veränderlichen Bezeichnung nach den Regimentsinhabern, wieder wie früher nach ihren Nummern genannt werden. (Allg. Z.)

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 10. Mai. Heute haben drei unserer Abgeordneten nach Frankfurt die Reise angetreten: Haßler, Schober, Hanges; die übrigen werden in den nächsten Tagen folgen. Es wurde noch eine Adreßdeputation veranstaltet, zu der viele unserer politischen Notabilitäten erschienen, auch B. Pfizer und Reinert. Pfizer sprach wieder wie stets mit dem vollen Kernenmark seiner Hörer, leider aber auch von seiner Krankheit; möge ihn Frankfurt verjüngen! Manch kräftiges Wort ertönte über die schwere Aufgabe der Schiedenden. Einer wurde unter den Esseiern besonders vermißt: Strauß; mit tiefem Bedauern wurde seiner Nichtwahl gedacht. Die Adreßsenden wurden bis zu dem Endpunkt unserer Eisenbahnstrecke, bis Bietigheim begleitet, wo die Bürgerwehr den Zug empfing und ihm Ehrenbezeugungen erwies. — In Herrenberg, wo wegen Doppelwahl nach Nichtannahme des Ersatzmanns, Waagenheim, eine neue Wahl nöthig ist, wird ohne allen Zweifel Prof. Fallati in Tübingen gewählt werden; für Strauß wäre dort, in einer von vielen Pietisten bewohnten Gegend, keine Aussicht. — Den ihm sind so eben 6 theologisch-politische Volksreden erschienen: seine Reden im Ludwigsburger Wahlkampf. Sie möchten Baders Wählern an's Herz zu legen sein, damit sie auch Straußens klares politisches Wissen kennen lernen. Eine Stelle aus dem Vorwort möchten Sie erlauben, beigusetzen: „Der Wahlkampf, der sich in diesen Reden abspiegelt, markirt die Bildungsstufe, auf welcher die neue Zeit unser Volk überrascht hat. Er geflattert einen Blick in das seltsame Zwielicht, welches durch das Einbrechen des jungen Tags in die alte Nacht entstanden ist. Er prigt uns aber auch, wo diese Nacht ihren eigentlichen Sitz hat, er lehrt uns diejenigen kennen, welche, nachdem die Reaktion der Regierungen gebrochen ist, noch immer dunstig sind, dem Lichte den Zugang in die Köpfe zu versperren, um auch forlan in dem geliebten Dunkel herrschen zu können. Es sind die Pietisten und der Ihnen affiliirte Theil der evangelischen Geistlichkeit."

**Hannover**, 9. Mai. Anzug aus einer Depesche des Generallieutenants Baron Schele an Se. Maj. den König von Hannover. „Hauptquartier Eldenburg, 7. Mai. Die hänischen Truppen, welche gestern, meinem Berichte zufolge, von Alsen zur Einnahme eines uns bereits ten Brückenkopfs herüber gekommen waren, sind heute Alle wieder zurückgegangen. Nach der Meldung der Vorposten ist es gestern Abend sehr unruhig in Sonderburg gewesen, und heute Morgen Generalmarsch geschlagen. Man vermuthet daß die Dänen, und Besorgniß einer Landung auf Alsen, viele Truppen in Sonderburg zusammengezogen gehabt, und diese jetzt wieder weggeschickt haben. Gestern Abend ist noch ein Sotnat des 5. Infanterieregiments durch den Arm geschossen worden, indem er den Feind nicht im Auge hatte und einen dänischen Jäger, der sich an ihn heranschlich, nicht bemerkte. Der einzige von unserer Seite gestern Schuß soll einen dänischen Offizier verwundet haben. Unsere Vlosiere sind sehr thätig, die Postcommunikationen zwischen den verschiedenen Cantonnements anzulegen."

Es kommt uns folgende „Berichtigung" zu: Zur Berichtigung des in Nr. 115 dieses Blattes vom 25. vorigen Monats enthaltenen Artikels aus Göttingen vom 19. vorigen Monats, in Betreff der Vorfälle zu Adelebsen, der deßfallsigen Kriminaluntersuchung und der Eingriffe des Generallyurisdictionsrathes Rettig und Dr. Bieß zu Göttingen in den Gang der Justiz, haben wir zu bemerken, daß überall keine politischen Verbrechen, sondern nur das gemeine Verbrechen der Störung des Hausfriedens vorgelegen, daß die Untersuchung durch die Göttinger Deputation nicht beschleunigt, daß die Freilassung nicht durch die Göttinger Deputation veranlaßt worden, sondern weil nach abgelegtem Geständnisse kein Grund zur Fortdauer der Haft blieb, und daß endlich bisjetzt noch über keine der zur Untersuchung gezogenen Personen ein Erkenntniß abgegeben worden, also auch noch nicht Niemand davon sein kann, ob Einer kriminell oder politisch schuldig befunden, auch die Kriminalität des zur Anzeige gekommenen Verbrechens nach Art. 180 unseres Kriminalstrafgesetzbuches und somit auch unsere Kompetenz zur Untersuchung der Sache nicht in Zweifel gezogen werden könne. Göttingen, den 6. Mai. Königl. Amt. Folgen die Unterschriften.

**Baden.** * Heidelberg, 13. Mai. Aus Frankfurt bringt man uns soeben die für ganz Sicher ausgegebene Nachricht, daß Oesterreich in Galizien dem Beispiele Preußens folgen und das Polnische polnisch reorganisiren wird.

ζ Heidelberg, 11. Mai. Gestern fand die angekündigte kirchliche Versammlung im großen Saale des Lyceums unter dem Präsidium des Prof. Dittenberger Statt. Sie war von den Gliedern der theologischen Fakultät und einer sehr großen Anzahl von Geistlichen und Kirchenältesten der verschiedensten theologischen und kirchlichen Richtungen besucht. Die Verhandlungen erstreckten sich auf die Nothwendigkeit einer kirchlichen Reform hinsichtlich des Verhältnisses der Kirche zum Staat und der autonomischen Organisation der ersteren, sowie auf Bildung einer deutschen ev.-prot. Nationalkirche. Man konnte jedoch nur einen kleine Anzahl von Sätzen zum Abschluß bringen, und es wurde daher die Fortsetzung der Berathung durch eine weitere Versammlung am 24. Mai beschlossen. Besonders interessant war es, die Vertreter der entgegengesetzesten theologischen Richtungen, z. B. den Seminardirektor Stern und Abg. Zittel in gemeinsamer Berathung zu sehen, und besonders erfreulich dabei, keinerlei Leidenschaftlichkeit oder Bitterkeit, wie sie für das beinahe unausstlgbare odium theologicum so leicht mit sich bringt, zu verspüren. Mit reicher Sachkenntniß und großer Gewandtheit vertrat Dr. Hundeshagen, die von ihm in Verbindung mit Dr. Dittenberger aufgestellten Thesen, deren Inhalt in ausführlicher und schöner Durchführung wiederholt durch Dr. Ullmann angegriffen wurde.

**Frankfurt.** Die bevorstehende Eröffnung der konstituirenden Nationalversammlung auch kirchlich durch Erflehung des göttlichen Segens über das von ihr zum besten des deutschen Gesammtvaterlandes zu gründende Verfassungswerk einleiten zu lassen, entspricht der hohen Bedeutung und Wichtigkeit der bevorstehenden Verhandlungen. Die

Digitized by Google

mit den Vorbereitungen zum Nationalparlamente beauftragte Kommission, an welche überdieß ein dessfallsiges Ersuchen von Seite des Fünfzigerausschusses gelangt ist, glaubt diesem Ersuchen um vollständigsten zu entsprechen, wenn sie hiermit die öffentliche Aufforderung erläßt, daß in dem gesammten Vaterland der nächste Sonntagsgottesdienst oder der darauffolgende auf eine dem obigen hohen Zweck entsprechende Weise gefeiert werden möge. Frankfurt a. M., 10. Mai 1848. Die Vorbereitungskommission zur konstituirenden Nationalversammlung. Closen. Cucumus. Harnier. Kloß. Langen. Lepel. Stettmann. Wippermann.

**Frankfurt**, 19. Mai. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung wurde auf eine Anzeige des Fünfzigerausschusses beschlossen, nähere Erkundigung einzuziehen, ob die Gerüchte begründet seien, daß in der Schweiz gegen die Deutschen als solche Mißhandlungen verübt werden. Sodann wurde der großh. luxemburgischen Gesandtschaft angesonnen, über die Wahl zur Nationalversammlung in Limburg und die deßhalb getroffenen Anordnungen baldigst Auskunft zu geben. Auf mehrere von den Vertrauensmännern eingesendete Adressen, die den Wunsch aussprechen, es möge der deutsche Bund, ebenso wie dies früher von den übrigen europäischen Großmächten geschehen sei, die beständige Neutralität von Belgien garantiren, wurde beschlossen, den in Ausdruck gestellten Eröffnungen von Seite der belgischen Regierung selbst entgegen zu sehen. Eine Anfrage der Vertrauensmänner über ihre fernere Stellung und etwaige Ergänzungen wurde an einen Ausschuß zur Begutachtung verwiesen. Von der k. preußischen Regierung wurde angezeigt, daß für die Unterkunft und Verpflegung der aus Krakau nach der russischen Grenze zurückgewiesenen, nach Frankreich aber nicht durchzutransportirenden Polen Vorkehrungen getroffen seien. Von derselben, daß sie übereinkunftsmäßig die Bundeskontingente von Lippe und Waldeck für die Besatzung von Luxemburg fernerhin stellen werde. Vom Militärausschuß wurde über das Gesuch der Angestellten in der Kanzlei der Militärkommission in ihren dienstlichen Verhältnissen den Beamten in der Bundeskanzlei gleich gestellt zu werden, berichtet und dem Gesuch entsprochen. Die württembergische Gesandtschaft überreichte das Gesetz über die Volksbewaffnung. Der badische Gesandte verlas den Bericht über seine Verhandlung mit dem Fünfzigerausschuß bezüglich der von der Bundesversammlung den Regierungen gemachten Vorschläge, wegen einer Bundeskriminalbehörde. Der Gesandte für Holstein erinnerte, daß der Ausschuß zur Vollziehung des Art. 19 der Bundesakte baldigst über den in der 37 Sitzung der Bundesversammlung von badischer Seite gestellten Antrag wegen der Zollverhältnisse berichten möge. Derselbe beantrage, daß die Festung Rendsburg zur Bundesfestung erhoben werde, desgleichen daß eine Kommission bestellt werden möge zur Ausarbeitung eines Vorentwurfs zu einem allgemeinen bürgerlichen und peinlichen Gesetzbuch für Deutschland.

**Frankfurt**, 4. Mai. Separatprotokoll der 47. Sitzung der deutschen Bundesversammlung. In Gegenwart von Colloredo, Münchhoff, Closen, Wangenheim, Bernewitz (auch Hrn. Baden), Jordis, Lepel, Madai, Bingingerode, Voit, Holzhausen, Harnier. Den von den 17 Männern des Vorraths aufgearbeiteten Verfassungsentwurf betreffend. (42. Sitzung vom April 1848.) Dem Revisionsausschusse ist von seinen Referenten, dem Großherzoglich Hessischen Bundestagsgesandten, folgender Promemoria vorlesen worden, welches er auch zur Kenntnißnahme hoher Bundesversammlung bringen zu dürfen glaubt: „Nachdem die Vertrauensmänner in der Sitzung hoher Bundesversammlung vom 27. v. M. den von ihnen ausgearbeiteten Entwurf zur Verfassung für Deutschland eingereicht haben, ist es durchaus nöthig, daß hohe Bundesversammlung einen Beschluß fasse, ob sie 1) vorerst Instruktionen der einzelnen Regierungen abwarten, oder 2) gleich zur Prüfung der in dem Entwurf enthaltenen Bestimmungen übergehen und vorschlen wolle, über die den einzelnen Gesandten angemessen scheinenden Modifikationen sich zu verständigen, in welchem Falle weiter zu beschließen wäre, a) ob der Revisionsausschuß zunächst jene Prüfung und resp. Begutachtung vorzunehmen hätte, oder etwa b) für diesen Fall die gewöhnliche Geschäftsordnung zu verlassen und wegen der hohen Wichtigkeit und großen Eile der Sache eine andere, etwa die Einrichtung zu belieben wäre, daß die hohe Bundesversammlung sich in zwei oder drei Sektionen theilte und in diesen erst den Entwurf berathe, das Resultat dieser vorläufigen Prüfung aber in einer vollen Versammlung von den Referenten der einzelnen Sektionen gemeinsam mitgetheilt, und dann weiter berathen würde, wenn nicht hohe Bundesversammlung vorziehen sollte, gleich in pleno zu berathen, weil, wie bemerkt, die Zeit so außerordentlich sparsam zugemessen ist. Leicher kann nicht verkannt werden, daß, es möge procedirt werden wie da wolle, es ganz unthunlich erscheint, die Resultate der Verständigung hoher Bundesversammlung noch so zeitig zur Kenntniß der einzelnen Regierungen zu bringen, daß diese annoch sich über einen im Namen der Regierungen der Nationalversammlung vorzulegenden Entwurf zu einer im Vertragswege zu vereinbarenden Verfassung verständigen könnten; ohne specielle Autorisation aber wird hohe Bundesversammlung nicht dazu sich verstehen wollen, einen von ihr gefertigten oder amendirten Entwurf der Nationalversammlung hinzugeben. Verhalten sich aber die Regierungen ganz unthätig, so ist vorauszusehen, daß die berathende Versammlung eine „rein konstituirende“ sein und den Regierungen eine Konstitution oktroyren, wenigstens dies zu thun versuchen werde, und den wichtigsten gegenüber. Selbst übrigens, wenn — wie augenfällig — die Regierungen in ihrer Gesammtheit nicht im Stande sein sollten, mit einem ihnen genehmen Verfassungsentwurf hervorzutreten, würden ihre Rechte und Interessen noch sich wahren lassen, sofern sie die geeigneten Organe der Nationalversammlung gegenüber zu stellen vermöchten.

Allein hier wirft sich gleich das Bedenken auf: wird die konstituirende Versammlung solche Organe, also eigentliche Regierungskommissäre, wenn sie außerhalb ihr stehen, zulassen? Und könnte nicht durch den Versuch der Formirung einer solchen Ministerbank sofort ein Prinzipienkampf herbeigeführt werden, dessen Ausgang für die Regierungen leicht gefährlich werden könnte? handelten die Regierungen deßhalb nicht vorsichtiger, wenn sie zu bewirken suchten, daß die Männer ihres Vertrauens in die Nationalversammlung gewählt würden, oder wenn sie diese Männer in den Reihen der gewählten Abgeordneten selbst suchten, und — ohne ihnen einen offiziellen Charakter beizulegen — mit ihnen sich zu verständigen, was bei zu identifizirenden Interesse der Regierungen und Völker über die gegenwärtigen Rechte und Pflichten, sowohl in Beziehung auf ganz Deutschland, als auch die einzelnen Theile des Bundesstaates, verfassungsmäßig festzusetzen wäre. Es ist nicht wohl denkbar, daß die Regierungen beabsichtigten, die Nationalversammlungen ganz frei gewähren zu lassen und ruhig abzuwarten, welche Verfassung von derselben werde zu Stande gebracht werden, — in der Hoffnung etwa, daß die Versammlung das bezügliche Werk nicht als bindendes Gesetz sogleich dekretiren und promulgiren, sondern zunächst den Regierungen als Vertragsentwurf zur Annahme und resp. weitern Verhandlungen vorlegen werde. Dies wird voraussichtlich nicht geschehen, sondern, wie schon bemerkt, es ist zu erwarten, daß die Versammlung, selbst wenn sie in einer großen Mehrzahl aus Angehörigen der s. g. konstitutionellen Monarchie besteht, das ihr nun einmal eingeräumte und vorwährend zu gestaltenden Konsequenzen ausgebeutet werdende Präsidat „konstituirende“ wird realisiren und folgerweise in eine förmliche Verhandlung und vertragsweise Vereinbarung mit den Regierungen nicht sich wird einlassen wollen. Gerade um an dieser Klippe nicht zu scheitern, ist es wünschenswerth, daß die Verfassung dem Schooße der Nationalversammlung, der Form und dem Inhalte nach, so entheige, daß die Regierungen der Einzelnstaaten sie annehmen können, ohne hierdurch den Verbindungen ihrer Freiheit zu entsagen und in dem Bundesstaat aufoder eigentlich unterzugehen.

Das ist aber ehe zu hoffen, wenn es den Regierungen gelingt, Organe zu finden, welche nicht von Außen nach Innen, sondern umgekehrt zu wirken den Willen und die Kraft haben, damit durch Gründe der Vernunft, des Rechts und der Erfahrung die Ueberzeugung neu begründet und gestärkt werde, daß Deutschland seinem Partikularismus auch die allermobilthätigsten Folgen verdanke, und noch künftig derselbe edle Blüthen und Früchte treiben könne, die Nachtheile jenes Partikularismus aber sich beseitigen, eine wahre Einheit und Größe Deutschlands sich herstellen lassen, ohne gewaltsame Vernichtung der Staatseinzelnsouveränitäten. Gegen den Vorschlag, die Organe der Regierungen in der Versammlung selbst zu suchen, wird zwar eingewendet werden, daß davon zu besorgen sei, es werde sofort das Vertrauen der öffentlichen Meinung, welche jene Männer gewählt hat, wieder geschwächt und diesen hierdurch die nöthige Einfluß, um den Zweck erreichen zu können, entzogen werden. Allein diesem Einwand läßt sich durch die Bemerkung begegnen, daß eben deßhalb die fraglichen Organe keine offiziellen sein sollen, daß einer förmlichen Minderbank noch mehr Gefahren der Art entgegenstehen würden, daß überhaupt sich das Bilden einer rechten und einer linken Seite und einer Centrums gar nicht verhindern läßt, weil die Verschiedenheit der Ansichten und Ueberzeugungen mit Nothwendigkeit dahin führt, und Verständigungen überhaupt weder Gesammtheiten, noch Individuen sich entziehen können, alle Parteien ohne Unterschied ihren ausgesetzt sind. Außerdem ist nicht zu verkennen, daß es für die Regierungen äußerst schwierig sein würde, unter ihren Beamten und zwar bei jenigen, welche den neuen Zeitrichtungen durchaus ergeben sind, eine genügende Un-

Digitized by Google

zahl von Männern zu finden, welche die erforderlichen physischen, geistigen und moralischen Eigenschaften besitzen, um mit Erfolg von einer Regierungsbank aus auf eine so zahlreiche Versammlung zu wirken. Und sind die Regierungen so glücklich, solche Männer zu haben, so bedürfen sie ihrer auch zu Haus in den gegenwärtigen anarchischen Zuständen, und weil in jedem einzelnen Land auf legislative Abänderungen des Bestehenden gedrungen wird, ohne daß die Resultate der konstituirenden Nationalversammlung abwarten. Die Bundesversammlung selbst, in ihrer Gesammtheit aber durch Deputationen, kann die Regierungen in der Gesammtheit nicht vertreten. Von andern nicht entfernt liegenden Gründen abgesehen, genügt die Erwägung, daß die Bundesversammlung, als Repräsentantin der Regierungen, der Nationalversammlung gewissermaßen gegenüberstehe, und nicht wohl angeht, daß beide direkt miteinander verhandeln, wie dies sonst in Vertragsverhältnissen wohl geschieht, sondern es vermittelnder Organe bedarf, wenigstens diese ebenfalls von den Regierungen gewählt werden. Offenbar sind auch in dem Verhältniß der Regierungen zur Nationalversammlung verschiedene Gesichtspunkte festzuhalten, einmal haben nämlich die Regierungen ein solidarisches Interesse dem Volke in seiner Totalität gegenüber, bei Festsetzung also der gegenseitigen Volks- und Regierungsrechte und Pflichten, haben daher die Regierungen ein besonderes Interesse gegen einander, bezüglich der Verhältnisse zu der zu konstituirenden obersten Reichsgewalt, und endlich haben die einzelnen Staaten, Regierung und Volk vereinigt, gewisse Partikularinteressen den allgemeinen Interessen von ganz Deutschland gegenüber zu wahren. Diese verschiedenen und zum Theil einander widerstreitenden Rücksichten einem höheren Gesichtspunkte unterzuordnen oder in diesem zu vereinigen, wäre zwar eine würdige Aufgabe für die Bundesversammlung, allein sie wird sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu lösen vermögen. Es dürften aber die Regierungen auf die angedeuteten Momente aufmerksam zu machen sein, selbst auf die Gefahr hin, daß diese überflüssig sein könnte, weil sie von selbst schon solche in Betracht gezogen und möglicherweise geeignete Maßregeln ergriffen haben können. Wenn übrigens diese lange schon (auch im relativen und den gegenwärtigen Verhältnissen angemessenen Sinn) besprochene, aber noch immer nicht in Ausführung gebrachte Schaffung einer Bundescentral-, resp. Exekutivbehörde noch zu Stande gebracht werden sollte, ehe die Nationalversammlung zusammentritt — und die Nothwendigkeit einer solchen Maßregel im Interesse aller Regierungen, der größten wie der kleinsten, dürfte wahrhaftig nicht verkannt werden, wenn nicht fortwährend deklagenswerthen Illusionen sich hingegeben würde, so möchte wohl jene Behörde auch als die geeignetste erscheinen, um der Nationalversammlung gegenüberzutreten, Namens der Regierungen mit ihr zu verkehren, und für diesen Verkehr die passendsten Organe zu suchen.

Selbst aber wenn es nicht gelingen sollte, die fragliche Behörde ins Leben zu rufen — wenn doch Bundesversammlung oder die ringelnen Regierungen an den duchstäblichen Bestimmungen der Bundesakte festhalten wollten, während hiervon doch in anderen Fällen so häufig schon in der neuesten Zeit abgegangen und überhaupt der Boden betreten worden ist, auf welchem unbestimmtig nur die Nothwendigkeit, das Bedürfniß des Tages Qualität und Quantität des Handelns bestimmt, so würde doch unter allen Umständen es nöthig sein, daß die Regierungen eine Kommission von 3 bis 5 Mitgliedern unverzüglich bestellen und in Frankfurt zusammentreten ließen, um eine einheitliche Leitung in die Verhältnisse zur Nationalversammlung zu bringen. Jene Kommission würde die formelle Vermittlung zwischen den Regierungen in ihrer Gesammtheit und der Nationalversammlung über sich nehmen und je nach den Umständen die geeignetsten Maßregeln zur Wahrung der Regierungsinteressen vorschen."

---

Der Ausschuß ist der Ansicht, daß dieses Promemoria den Regierungen einzusenden sei, weil dasselbe theilweise wenigstens Bemerkungen und Andeutungen enthält, deren Berücksichtigung sich empfehlen dürfte. Der Hauptgegenstand findet zwar seine Erledigung durch den gestern gefaßten Beschluß wegen Bildung einer Bundescentralbehörde zur Ausübung der Exekutivgewalt. Allein demungeachtet glaubt der Revisionsausschuß den Antrag stellen zu müssen: die Bundesversammlung wolle den allerhöchsten und höchsten Regierungen das von ihrem Revisionsausschusse eingereichte Promemoria, unter Bezugnahme auf den Beschluß vom Gestrigen wegen Anordnung einer Bundescentralbehörde, zur gutfindenden Kenntnißnahme einsenden, mit dem Antrage jedoch, nicht nur ihre Gesandten, bezüglich des bereits zu ihrer Kenntniß gebrachten, von den 17 Männern des Vertrauens ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs, mit Instruktionen zu versehen, sondern auch den Gesandten ausgedehnte Vollmachten in Beziehung auf die Verhältnisse der Regierungen zu der Nationalversammlung und die Verhandlungen mit derselben zu ertheilen. Antrag des Revisionsausschusses einstimmig zum Beschluß erhoben.

## Schweiz.

** Bern, 10. Mai. Das Fernerstnß im Schooß der Regierung ist dieser Tage zu einem offenen Ausbruch gekommen. Vorgestern wurde die zweite regelmäßige Großrathssitzung dieses Jahrs eröffnet. Ochsenbein berichtet in seiner Eigenschaft als erster Tagsatzungsgesandter über sein Verhalten in der Neutralitätsfrage. Er entwickelt gut und schlagend die Gründe, welche ihn bestimmten, für Ablehnung des angetragenen Bündnisses mit Sardinien zu stimmen, und verlangt vom Gr. Rath eine Betrittserklärung, damit er wisse, ob er bei der Eröffnung der Tagsatzung (am 12. d.) dieser mit dem Bernischen Volk im Rücken gegenüberstehen könne oder nicht. Finanzdirektor Stämpfli tadelt, daß der Präsident hier ohne Rücksprache mit der Regierung gehandelt habe, und beantragt, seinen Rechenschaftsbericht vor der großräthlichen Berathung dem Regierungsrath zur Berichterstattung vorzulegen, was denn auch beschlossen wird, trotz Ochsenbein's Widerspruch. Ueber dem erfolgt von konservativer Seite eine Interpellation in Betreff der Truppenanwerbungen für Sardinien, welche in mehreren Kantonen, so auch in Bern, stattfinden. Ochsenbein theilt mit, daß ihm vom Bestehen eines Werbekomitee für diesen Zweck Anzeige gemacht sei, in dem sich u. A. die Regierungsräthe Stämpfli und Stockmar, der Großrathspräsident Niggeler und der Vicepräsident Schärz befinden; er könne das nicht glauben, denn es wäre nicht nur eine Verletzung der Gesetze, die jede Militärkapitulation mit dem Ausland verbieten, sondern auch ein Hochverrath an der Eidgenossenschaft, welche dadurch sehr leicht in einen Krieg mit dem Ausland verwickelt werden könnte. Die Angegriffenen entgegnen: sie wollen keine Militärkapitulation mit Sardinien, sondern nur eine öffentliche Bürgschaft für diejenigen, welche sich freiwillig der italienischen Sache widmen, hinsichtlich der ihnen gemachten Versprechungen (also doch eine Militärkapitulation). Es fallen starke Worte gegen Ochsenbein, der von seinem Mitglied beschuldigt wird, daß die Interpellation nur ein zwischen ihm und den Konservativen abgekartetes Spiel sei. Er will auf den Anklage seiner Kollegen nicht bestehen, bringt aber noch weitere Anzeige für dieselbe bei und verlangt, daß der Regierungsrath mit der Untersuchung der Sache beauftragt werde — nicht ganz in Uebereinstimmung mit der Geschäftsordnung, nach welcher Großrathsbeschlüsse nur auf eine förmliche Motion hin gefaßt werden können. Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt, und in Folge dessen erklärt Ochsenbein seinen Austritt aus dem Regierungsrath. Indessen ist es, wie wir hören, durch Privatverhandlungen gelungen, wieder zu vermitteln: der Große Rath wird Ochsenbein's Votum auf der Tagsatzung gutheißen, dieser sein Entlassungsgesuch zurücknehmen. Die Werbungen für Sardinien werden wohl ignorirt werden. So hätte die gemäßigte Ansicht in der Neutralitätsfrage vorläufig gesiegt; ob aber darum der Friede hergestellt und die Stellung des Regierungspräsidenten für die Dauer befestigt ist, möchten wir bezweifeln. Was vorgestern gesagt worden ist, wird auf keiner Seite vergessen werden, und ein grundsätzlicher Gegensatz ist dadurch nicht beseitigt, daß man sich verabredet, ihn für den Augenblick zu ignoriren. Sollte die Partei an's Ruder kommen, welche für eine Einmischung der Schweiz in die italienischen Angelegenheiten ist, so wären die Folgen nicht zu berechnen. Die überwiegende Mehrheit des schweizerischen und auch des Bernischen Volks ist diesem Schritt gewiß abgeneigt, aber wie oft hat sich schon die thatlose Mehrzahl der Gemäßigten von einer rührigen Minderheit forttreiben lassen!

Uri, 8. Mai. Die Landsgemeinde von Uri, die bei sehr schönem Wetter und noch ziemlich zahlreichem Besuche den 7. d. Statt fand, erfüllte dieses Jahr das Herz jedes friedliebgesinnten Uraners mit tiefer Wehmuth. — Was seit Menschengedenken in Uri nie geschah, ist gestern geschehen. — Die ärgerlichsten Auftritte der Erbitterung und Entzweiung liefen sich unter dem sonst so friedlichen Urnervolke hohen und niedern Standes wahrnehmen. Mit vieler Umsicht und großer Geschäftskenntniß eröffnete Hr. Landammann J'graggen die hohe Versammlung, indem er auf die traurigen innern und äußern Verhältnisse des Vaterlandes aufmerksam machte und zu Frieden und Einigkeit im Innern und zu klugem Benehmen gegen die Miteidgenossen ermahnte. Auch die ersten Wahlen eines neuen Landammann und Statthalters, wozu Dr. Lusser und Hr. Aler. Muheim von einstimmig bezeichnet wurden, liefen ruhig ab, obwohl Hr. Lusser bei der Annahme der Landammannstelle schon die Männer der Siegwartischen Partei anzuvernehmen schien, was schon einiges böses Blut mag hervorgebracht haben. Allein bei der Verlesung des Geschlaumes und des Regierungsrathes zeigten sich dann ganz furchtbar die erhitzten

Digitized by Google

Dresden. Die schmählichsten Aeußerungen und Beschimpfungen fanden statt. Die ganze unselige Sonderbundsgeschichte wurde wieder ans Licht gebracht, hasse und dawider mit aller Heftigkeit gestritten und endlich trug die alte Partei des Sonderbundes den Sieg davon, indem zwei heftige Verfechter desselben als Secretair und Regierungsrath gewählt wurden: nämlich Rüttiger, Schilig und Landrathsbruch Zofinger. Bandenmanns Z'sraggen, der zur Zeit der größten Noth durch weise Vermittlung und eine ehrenvolle Kapitulation mit General Dufour vor den fernern Gräueln des Bürgerkriegs das Land rettete und um die hatte eidg. Okkupation aufzuhaben, mit dem ihm Ruheim dem für Uri Kaution leistenden Hause Zdinger von Basel Bürgschaft leistete, wurde aus Allem entfernt, wofür er gewiß nicht zu bedauern ist, wohl aber das liebe Vaterland, das an ihm einen wissen, gewissigten Vorsteher verlor. Da die Versammlung dann fast auseinander gingen und Niemand sonst die Gesandtschaftsstellen bekleiden wollte, wurden mit kaum 100 Händen Hr. Karl Ruheim und Jauch als Gesandter gewählt. (Bast. Z.)

## Dänemark.

Kopenhagen, 6. Mai. Staatsminister Orla Lehmann ist als Regierungskommissär nach Jütland abgereist in Begleitung des Professors Juris Krieger und des Kanzleisekretärs Dahl; er hatte in Belle und Horsens für den Augenblick von allem Widerstand abgerathen. Er soll heute in Randers und morgen in Aalborg eintreffen. Nach dieser von allen irgend ansehnlichen Städten alterndrücklichen Stadt Jütlands scheinen sich auch alle in Jütland befindlichen Truppen vor den Preußen zurückzuziehen, die sich nicht in Aarhuus eingeschifft haben; allein auch in Aalborg scheinen die Truppen nicht Stand halten zu können, denn es wird von 130 Dragonern des 3. Regiments bemerkt, sie seien nach Aalborg geritten, um dort eingeschifft zu werden. — Die Berlingsche Zeitung ausert sich die strenge Mannszucht, welche die Preußen halten, Alles bezahlten und sich aufs Beste aufführten. Der König hat sich nach Fredericksberg begeben. Die Stände beschäftigen sich mit dem Wahlgesetz. — Die Berlingsche Zeitung meldet, daß ein russischer Kurier, der von Stockholm nach Athen mit dem „Negor" gegangen, sich geäußert, er habe im Namen Rußlands, Englands und Frankreichs den Preußen untersagt, über die Königsau zu gehen! Die dänischen Truppen sammeln sich auf Fünen. Im dänischen Ministerium scheint Uneinigkeit zu herrschen, und von Seite des Marineministers wird alle Verantwortlichkeit für die längere Schonung insbesondere der hanseatischen Schiffe abgelehnt und dem Minister des Auswärtigen zugeschoben. Die Ministser seien, heißt es im halbamtlichen Blatte, alle verantwortlich und wer Beweise habe, daß ein Minister seine Pflicht nicht erfülle, solle sich an den Premierminister wenden.

## Schweden.

Stockholm, 3. Mai. Unsere Blätter haben gestern das königliche vom 1. d. M. datirte Schreiben mitgetheilt, durch welches den Reichsständen der Entwurf zu der neuen Reichstagsordnung und der neuen Verfassung mitgetheilt wird. Die Grundlage des Entwurfs bildet das Repräsentationssystem unter Aufhebung der jetzt bestehenden reichsständischen Verfassung. Es soll das Zweikammersystem eingeführt werden, und die erste Kammer aus 120 auf neun Jahre gewählten, alle drei Jahre zu einem Drittel zu erneuernden, die zweite Kammer aus 150 für die Dauer des Reichstages zu erwählenden Mitgliedern bestehen. Briefe aus Stockholm vom 4. Mai berichten, daß zwar ein bedeutendes Observationskorps in Schonen aufgestellt werde, daß die Regierung aber fest entschlossen sei, die strengste Neutralität aufrecht zu halten. (H. C.)

Daggen berichtet dasselbe Blatt aus Gothenburg, 30. April. Der Skandinavismus hat sich plötzlich in einer Heftigkeit entfaltet, worvon man vor zwei Monaten noch keine Ahnung hatte. Die Stimmung in ganz Schweden gegen Deutschland und die Deutschen ist seit den letzten Nachrichten aus Schleswig so aufgeregt, daß sie nahe an Haß grenzt, und es stehen persönliche Reibungen und vielleicht Schlimmeres in Aussicht. Die öffentliche Meinung wird durch die Zeitungen auf das Eifrigste in Dänemarks Interesse bearbeitet, ohne daß irgend ein Widerspruch sich geltend machte. — Schweden rüstet gewaltig.

Hamburg, 9. Mai. Dem Senate ist unterm heutigen Datum von Seite des königl. schwed. Ministerresidenten eine von der königl. schwed. Regierung dem Berliner Hofe zugestellten Deklaration mitgetheilt worden, in welcher die Erstere anzeigt, daß sie, ohne sich in die schleswigsche Frage einmischen zu wollen, sich veranlaßt sehen werde, für den Fall, daß der Kampf sich nicht auf das Herzogthum Schleswig beschränke, sondern die deutsche Truppen andere Provinzen der dänischen Monarchie betreten sollten, ein Truppencorps nach Dänemark zu senden, um wie dem dänischen Truppen vereint, jedoch lediglich defensiv gegen diese Invasion eine Vereinigung deutscher Truppen zu agiren. Der Herr Ministerresident sagt in seiner Note hinzu, die königliche schwedische Regierung werde keinen Mehrzoll gegen den Handel und die Schiffahrt Deutschlands eingreifen; deutsche Handelsschiffe konnten auch ferner unbehindert die Gewässer von Schweden und Norwegen befahren, so lange keine Feindseligkeiten gegen diese Länder ergriffen werden.

## Großbritannien.

London, 9. Mai. Das torystische, aber von seinem Standpunkt in der Regel gut und verständig geschriebene Journal Britannia sagt auf die Zukunft Frankreichs wie auf die Friedensverschwörungen Lamartines theils seinen Glauben, theils seine Hoffnung. Es sagt unter Anderm: „Das Finanzwesen des Staats geräth Tag für Tag in größere Unordnung; die Unzufriedenheit der Arbeiter äußert sich in unverschämten Drohungen; die Verarmung wächst unter allen Klassen; und die Klubs schreien nach Gerechtigkeit für diese verwegenen Frevler, welche sich selbst zu Erhaltern der Ordnung aufzuwerfen wagen. Der gemäßigte Charakter der Wahlen flößt uns kein Vertrauen auf die Zukunft ein. Die entschiedenen Demokraten sind in der Minorität, aber in einer mächtigen Minorität. Wenn Ledru Rollin allein im Seinedepartement 130,000 Anhänger hat, wie groß muß in ganz Frankreich sein Anhang sein! Ein Viertel dieser Zahl entschlossener Männer würde hinreichen, die Nationalversammlung unter Kuchtel zu halten und die gesammte Nation zu beherrschen. Wird die Regierung den Forderungen der Minorität auf die Dauer Widerstand leisten können? Wurde die Revolution nicht durch eine Minorität in's Werk gesetzt? Ist das Princip der Revolution nicht gutheißt durch die Art, wie man ihren Sieg anerkannt und wie man ihr huldigt? Eben so wenig Glauben haben wir an die friedliche Gesinnung der provis. Regierung. Die Alpenarmee wird täglich verstärkt. Die Piemontesen werden freilich in jedem Zusammenstoß mit dem österreichischen Heere auf's Haupt geschlagen. Karl Albert erläßt aufgedunsene Proklamationen über das, was er nicht ausgerichtet, und bedroht großsprecherisch seine Truppen mit Ruhm für die Einnahme von verwüsteten Dörfern und freiwillig aufgegebenen Stellungen. Inzwischen ist Oesterreich daran, Ancona zu sichern und Venedig zum Gehorsam zurückzubringen. Wenn hat sich an Augen ergeben und die umgebende Landschaft folgt diesem Beispiel. Unter der lombardischen Dorfbevölkerung scheint die österreich. Regierung viel Sympathien zu besitzen. Mailand war von Alters her ein deutsches Leben und erkannte selbst zur Zeit der Visconti die Oberherrlichkeit des Kaisers an. Wenn die Mitglieder der provisorischen Regierung zu Mailand einigermaßen verständig sind, sollten sie nicht die „Intonventionen" einer französischen Invasion gegen die Verbindlichkeiten eines Vertrags mit Oesterreich abwägen, wenn er schon ihnen eine Art nominellen Abhängigkeit auferlegen sollte?" Die Britannia zweifelt nicht, daß Oesterreich auf jeden billigen Vergleich gern eingehen werde, und ein solcher Vergleich sei das Einzige, was uns auf Erhaltung des allgemeinen Friedens Hoffnung gewähre. Denn Lamartine und seine Amtsgenossen seien die Geschöpfe der Umstände; hinausgeschleudert in die Strömung der Revolution, müßten sie mit der Woge gehen. Gegen Oesterreich herrsche in Frankreich ein traditioneller Haß, und die Nachricht von einer Niederlage der italienischen Verbündeten und dem Verrücken Radetzki's würde, unter dem jubelnden Zuruf des Volks, das Ueberschreiten der Alpen durch die französische Armee zur Folge haben.

In einem beachtenswerthen Artikel sprechen sich nun auch die Times gegen das Treiben der polnischen Insurgenten und ihrer Führer aus, indem diese die günstige Gelegenheit, durch ein ruhiges Abkommen mit Preußen und durch ein vernünftiges Husbauen der ihnen für eine eigene Verwaltung in den eigentlich polnischen Kreisen gewährten Grundlagen zu einem Anfange vernünftiger Freiheit und nationaler Selbstständigkeit zu gelangen, in ihrem Uebermuth und durch den ihnen inne wohnenden Geist der Anarchie verscherzt hätten. So hätten sie gezeigt, daß für ein geordnetes Staatswesen von den Polen sich Nichts hoffen lasse, und die Sympathie für die polnische Sache bei der großen Mehrheit der Deutschen sei von Siedepunkte bis auf Null gefallen. Und mit Recht! denn als Wildfen nach Polen gekommen, um auf einer Grundlage, wie sie unter den jetzigen Umständen nicht billiger sein könne, die Angelegenheiten der Provinz zu ordnen und jeder Nationalität das Ihrige zu gewähren, habe er bereits Alles im Zustande der Anarchie vorgefunden u. s. w. Diese Zeitung spricht sogar aus, was unsere Wissen noch keine deutsche

Digitized by Google

Zeitung aussprechen hat erwartet hat, wenn sie behauptet: es wäre besser und dem Heile Polens selbst zuträglicher gewesen, wenn die Berliner nach glücklich vollbrachter Revolution die polnischen Staatsgefangenen nicht aus ihrem Kerker befreit und im Triumphzuge durch die Stadt geleitet hätten; diese verwegenen und antipolnischen Polen würden dann nicht in der Lage gekommen sein, ihre Unklugheit vor aller Welt blosszustellen."

Die in der Beilage zum heutigen Kr. Ztg. enthaltene Erklärung, welche Lord Palmerston in der Unterhaussitzung vom 8. Mai einer Anfrage Urquhart's entgegensetzte, lautet: Die preußischen Truppen hätten allerdings schonungslos Befehl betreten, und er habe Grund zu vermuthen, daß diese Truppen Befehl hätten, auch in Jütland die zu einer gewissen Entfernung vorzudringen. Was die Ausgleichungsfrage betreffe, so habe er schon erklärt, daß beide Theile geneigt seien, die Vermittelung der dritthen Regierung, welche mit beiden Parteien in Unterhandlungen stände, anzunehmen; auch habe er keinen Grund, die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der Streitsache aufzugeben (Hört, hört!). Alles, was er sagen könne, sei, daß die britische Regierung Nichts unterlassen werde, was zu diesem Zweck beitragen könne. Urquhart frage weiter: ob England allein oder in Verbindung mit Rußland das Vermittleregeschäft betreibe, worauf Palmerston erwiderte: Dänemark habe sich allerdings auch an Rußland gewandt; seines Wissens aber unterhandle der deutsche Bund over Preußen als sein Organ in dieser Angelegenheit nur mit der britischen Regierung. Auf eine weitere Anfrage in Betreff der Elbblokade antwortete Palmerston: Allerdings habe die britische Regierung eine Anzeige über eine beabsichtigte Blokade erhalten, ja der ohne Zweifel alle preußischen und deutschen Gerichten eingeschlossen seien; die Blokadeerklärung enthalte die gewöhnlichen Bestimmungen, sei, wie er glaube, durch hinlängliche Kräfte unterstützt und bezwecke, dem Völkerrecht gemäß, das Einlaufen von Schiffen, seien sie mit Kriegsvorräthen, Waaren oder Ballast beladen, in die blokirten Häfen zu verhindern. Hr. Robinson fragte weiter: ob denn die Blokade sich einzig und allein gegen die Schiffe der kriegführenden Mächte richte? Palmerston antwortete: ein dänischer Officier, welcher eines der zur Aufrechthaltung der Blokade bestimmten Schiffe befehlige, sei in Helgoland vor Anker gegangen und habe erklärt, daß britische Dampfschiffe, wenn sie nur Passagiere und Postpackete beförderten, nicht vom Einlaufen in die blokirten Häfen abgehalten sein sollten. Hiermit verlieh man den fraglichen Gegenstand. Dem Standard zufolge hat die dänische Blokadeerklärung in den kaufmännischen Kreisen Englands ein ungemeines Staunen erregt, zumal da dem Vernehmen nach Dänemark gesonnen sei, die Blokade in der strengsten Weise durchzuführen. Es sei kein Zweifel, sagt der Standard, daß Englands Handel und Fabrikwesen dadurch auf's Fühlbarste leiden, und daß eine Vermehrung der Bankerotte davon die unmittelbare Folge sein würde.

Die Börsenhalle enthält folgende Privatmittheilung: Die Direktoren der Handelskammer in Manchester haben Lord Palmerston am 4. eine Adresse zugesandt, worin demselben Vorstellungen über den mißlichen Zustand gemacht werden, welcher sich den britischen Handel durch die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Dänemark heraulast werde. Der Werthe mit der Elbe abfordert nach ihrer Angabe von der englischen Ausfuhr: angefähr 33½ pCt. der ganzen Quantums Baumwollengarn, 15½ pCt. der Strumpfwaaren, 48 pCt. der Wollengarne, 14½ a 15 pCt. der Seidenwaaren (Stückweise). Außerdem wäre Hamburg ein bedeutender Markt für solche Retouren von überseeischen Häfen für englischer Rechnung, die etwa durch die Navigations-Akte in England nicht zulässig seien. Die Unterbrechung dieses Verkehrs laste besonders schwer auf der schon durch andere Umstände schwer betroffenen englischen Industrie and Handel, und wären die Folgen nicht abzusehen. Lord Palmerston wird deßhalb dringend um friedliche Vermittelung gebeten. Die Mayor von Manchester und der Präsident der Handelskammer haben noch um eine specielle Unterredung in dieser Angelegenheit ersucht.

## Frankreich.

Paris, 10. Mai. Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 10. Mai. Unter dem Vorsitze des Hrn. Buchez. Braunruhigende Gerüchte cirkulirten vor dem Beginne der Sitzung, man spricht von Deputationen in Masse, die heute in der Versammlung erscheinen wollen, namentlich sollen sämmtliche Klubs von Paris eine Demonstration zu Gunsten Polens beabsichtigen. Jedenfalls sind Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Die Sitzung wird um 11 Uhr eröffnet — doch kann das Scrutin nicht beginnen, da noch eine große Anzahl der Mitglieder fehlt. Herr Lherbette verlangt, daß man über die Sitzung um 12 Uhr eröffne, statt so die Zeit zu verlieren. Um 12 Uhr nimmt der Präsident wieder seinen Platz ein. Man beginnt mit Erledigung der noch rückständigen Wahlprüfungen. Herr Senard nimmt hierauf das Wort; er weist auf die Nothwendigkeit hin, eine Regierung der Vertheidigung zu bilden, und erklärt im Namen mehrerer achtbaren Provinzler (der Partei Odilon Barrot), daß sie einer solchen Regierung ihre Stimmen geben würden. Hierüber Tumult unterbricht ihn, und man ruft ihm zu, er möchte in seinem Rocken, aber nicht im Namen einer Partei sprechen. Herr Martin erklärt im Namen des Herrn Dupont (de l'Eure), daß dieser im Begriff sei, die Wahl abzulehnen. Abermaliger Tumult. Hr. Berard behauptet, man brauche Duponts (de l'Eure) Weigerung nicht anzunehmen. Eine gewaltige konfuse Diskussion folgt, über deren Schluß von der Versammlung bald abgestimmt wird. Ein Vorschlag von Barbès, daß die Abstimmung über die 5 Namen der Regierungskommission laut und mündlich Statt finde, wird verworfen. Man schreitet um 12½ Uhr zum Scrutin mittelst Namensaufruf, das um 2 Uhr beendigt ist. Die Sortirung der Wahlzettel dauert bis 4 Uhr und gibt folgendes Resultat:

| | | |
|---|---|---|
| Anzahl der Votirenden | | 794 |
| Absolute Majorität | | 398 |
| Die Stimmen vertheilten sich wie folgt: | | |
| Herr Lamartine | 643 | Stimmen |
| „ Lebru Rollin | 458 | „ |
| „ Garnier-Pagès | 715 | „ |
| „ Arago | 725 | „ |
| „ Marie | 702 | „ |

Darnach hatte also Lamartine die Stimmen der äußersten Linken, Lebru Rollin die große Mehrzahl der Rechten gegen sich. (Die übrigen Nachrichten s. in der Beilage.)

## Italien.

* Rom, 3. Mai. Es scheint sich die Radikalen über die Drohungen mit der gesetzlichen Strafgewalt, die Pius IX. hat blicken lassen, geäußert haben, so tief ist der Eindruck gewesen, den dieselben auf die Gemüthgten gemacht haben. Die Ruhe ist seit gestern Nachmittag vollkommen hergestellt. Man hat sich mit der Civica über das zu befolgende Programm verständigt, die Sorge für den Ruhe soll die Staatskonsulta und ihre Nachfolgerin, die Ständeversammlung, übernehmen. Auf einem Lalemministerium wird bestanden, und dieser Forderung scheint der Papst nachzugeben. Mamiani ist zu ihm berufen und allem Anschein nach mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden. Auch war davon die Rede, der Papst werde das diplomatische Korps bei sich sehen. — Verschimmert war die jetzt abgelaufene Bewegung durch das Gerücht worden, in Ancona sei eine Verschwörung entdeckt worden, der zufolge man die Citadelle habe durch Minen in die Luft sprengen wollen. Auch dies ist Fabel gewesen, hat aber Gespenstersehereien hervorgerufen. — Die Radikalen haben bei dem Publikum durch ihr Benehmen in den letzten Tagen alle Achtung eingebüßt. Hoffentlich werden sie nicht wieder aufkommen.

* Rom, 4. Mai. Gestern Nachmittag erschien ein Anschlag im Namen der Rekaktion der Epoca, demzufolge Mamiani Abends 8 Uhr im Palast Doria den Ministern sein von dem Papst approbirtes Programm vorlegen wollte. Man hoffte noch vor Schlafengehen das neue Ministerium proklamirt zu sehen, allein umsonst. Das alte ist in definitiver Auflösung begriffen, und lange kann es dabei mit der Kreirung des neuen nicht Anstand haben. Die piemontesische Partei, welche die Unruhen der letzten Tage selbst durch Emissäre, die von Turin eingetroffen sind, hat bereiben lassen, sucht jede Gelegenheit wahrzunehmen, um das längere Verweilen des österreichischen Botschafters zu verdächtigen, und möchte gar zu gern den bestimmten Entweis führen, daß Pius IX. zu seiner standhaften Weigerung der Kriegserklärung durch diplomatischen Einfluß getrieben worden sei. Die Minister der drei italienischen Staaten verfassen nicht, das Ihrige dazu beizutragen, ihre Kollegen zu verdächtigen und den Papst selbst indirekt herabzusetzen. So hat gestern eine beabsichtigte Demonstration des diplomatischen Korps viel Lärm verursacht. Es handelte sich um eine Audienz beim Papst in corpore. Die italienischen Gesandten zogen sich nicht blos von einer solchen zurück, sondern liefen auch mit Hintansetzung jeder kollegialischen Diskretion die verbreitesten Gerüchte ins Publikum gelangen, welches nun in der ganzen Sache eine österreichisch-russische Intrigue zu erblicken glaubt. Nun wird der Papst diejenigen Minister, welche Courage genug haben, sich ihm in so verhängnißvollen Momenten vorzustellen, einzeln empfangen. Von dem Sardinischen und Toskanischen Gesandten hieß es, sie seien, freilich in ganz entgegengesetzter Absicht, schon vorigen Sonntag bei ihm gewesen. — Aus den Provinzen steht man den alarmirendsten Nachrichten entgegen.

Digitized by Google

## Pfäffische Wühlereien in Polen.

* Zur Charakteristik der Umtriebe in Polen werden wir einen Aufruf mit, der „an das brodlose römisch-katholische Volk des Großherzogthums Posen" gerichtet ist:

„Die jetzigen Zeitverhältnisse liegen unserm Gewissen die heilige Pflicht auf, ein ernstes und wohlgemeintes Wort zu Euch zu sprechen; hauptsächlich darum, weil wir leider jetzt die Erfahrung gemacht haben, wie eifrig man von Feindes Seite bemüht ist, Euch zu verwirren und Sand in die Augen zu streuen.

Ihr wisset, es soll jetzt nach unsers guten Königs Verheißung das Großherzogthum Posen reorganisirt werden; das heißt: es sollen wiederum Eingeborne des Großherzogthums die Aemter in demselben bekleiden, es sollen Eingeborne an den Gerichten sitzen und auch das Militär soll nur aus Eingebornen gebildet werden. Mit einem Worte, es soll eine alte Schuld, die an unsern Vätern ist begangen worden, wieder gut gemacht werden.

Die Hauptbewohner des Großherzogthums Posen aber sind Polen, das heißt Katholiken, denn polnisch und katholisch gilt, wie Ihr wißt, unter uns für ein und dasselbe.

Nach dem Willen des Königs hätten wir also zu erwarten, daß endlich einmal auch die Katholiken zu Aemtern kommen würden, sowohl bei der Regierung, bei den Gerichten, als auch beim Militär. Wir hätten zu erwarten, daß Eure katholischen Kinder, wenn sie auch arm sind, aber dabei Fähigkeiten haben und sich bei regem Fleiße irgend einem Berufe widmen wollen, dereinst ein Amt im Staate bekleiden dürften.

Ihr wißt recht gut, wie dis heute der katholischen Bewohner unseres Landes selbst in diesem ehemals rein katholischen Lande behandelt worden ist! — Er mochte ein eingeborner Deutscher oder Pole sein — mit sehr wenigen Ausnahmen waren es immer Lutheraner, die uns zugeschickt oder im Lande selbst herausgesucht wurden, um uns zu beherrschen, zu knechten und ihr Spiel mit uns zu treiben. War es ein Landrath? — Er wußte lutherisch sein! — War es ein Bürgermeister? Er mußte lutherisch sein, und wäre es auch in einer rein katholischen Stadt! — War es ein Schulz? Er mußte lutherisch sein, und wäre es auch in einem ganz katholischen Dorfe! — War es auch nur eine Hebamme? Sie mußte lutherisch sein, und wäre es auch in einem ganz katholischen Orte! —

Und ist es denn etwa Euch schon zufrieden gewesen, Euch dieser weltlichen Vortheile zu berauben? Mit Nichten. Man nun aus auch immerhin vorreden wollte, daß wir gleiche Rechte mit den Lutheranern hätten; so seh Ihr aber doch nicht blind gewesen, sondern habt deutlich genug gesehen, wie es überhaupt darauf abgewessen war, die katholische Religion allmählich ganz zu vertilgen.

Wie kennen zwar das königliche Wort, das 1815 gesprochen wurde: „Eure Religion soll geschützt werden." Ihr habt aber auch gesehen, wie es ist gehalten worden.

Ihr habt gesehen, wie die Katholiken bis auf den heutigen Tag zurückgesetzt worden sind. Ihr habt gesehen, wie die Lutheraner, wenn sie nur den Mund öffneten und in einem katholischen Orte eine lutherische Kirche oder eine lutherische Schule bauen wollten, wie bereitwillig man ihnen die Kassen geöffnet hat, während es bei den Katholiken immer hieß, wenn sie eine gleiche Bitte einreichten: „Wir haben keine Fonds." — Ihr habt gesehen, wie man mit unsern Bischöfen verfahren ist, als sie der Vernichtung der katholischen Religion sich kräftig widersetzten.

Ihr habt gesehen, wie man Juden mit offenen Armen aufnahm, sobald er nur gegen die katholische Kirche auftrat; Ihr habt gesehen, wie man einen Ronge und Czerski bis in den Himmel erhob und ihnen Geld über Geld schickte, weil man glaubte, diese Männer könnten vielleicht die achtzehnhundertjährige katholische Kirche stürzen helfen. Ihr habt gesehen, wie die lutherischen Geistlichen besoldet wurden, wenn sie ein paar schlecht katholisch gemacht hatten; während unser katholischen Geistlichen verfolgt wurden und in das schwarze Buch kamen, wenn sie einen Lutheraner bekehrt.

Ihr habt gesehen, wie der katholische Vater, wenn er seiner lutherischen Frau zu Liebe sein Kind in der lutherischen Kirche wollte taufen lassen, er nur zum Superintendenten gehen durfte; der lutherische Vater dagegen, wollte er seiner katholischen Ehefrau zu Liebe das Kind in der katholischen Kirche taufen lassen, mußte sich erst zum Landrath begeben, mehrere Male abweisen lassen, und war vielen Vorwürfen und Unannehmlichkeiten ausgesetzt, so daß ihm die Lust vergehen mußte, es zum zweiten Male wieder zu thun. — Noch Vieles könnten wir Euch anführen, was wir aber unterlassen, weil es Euch ohnehin bekannt ist.

Und sehet, jetzt stände zu erwarten, daß dieser planmäßigen Austrottung der katholischen Kirche wenigstens im Großherzogthum Posen ein Ende gemacht werde, indem nach der Verheißung des Königs die Eingebornen der Nation an die Spitze der Aemter treten sollen.

Man will unserer heiligen Religion aber die Freiheit durchaus nicht gönnen; darum hat man zu allerlei Lügen und Schurkenstreichen schon wieder seine Zuflucht genommen und gesagt: Die deutschen Katholiken wollten vom Großherzogthum Posen getrennt sein und zu Deutschland geschlagen werden. Brüder! Sagte, möchtet Ihr wirklich solche Verräther an Eurem heiligen Glauben werden? — Möchtet Ihr wirklich jetzt, wo es in Eurer Macht steht, Eure heilige Religion wieder zu Ehren kommen zu lassen, Euch noch dagegen sträuben und verlangen, zu Preußen geschlagen zu werden? wo man die Geistlichen soglich verträgt, sobald sie es nur mit ihrem Glauben redlich meinen! — wie man es z. B. mit dem Geistlichen in Ostrowo gethan hat, während die lutherischen Geistlichen die katholische Kirche nach Herzenslust beschimpfen können und ungestraft bleiben? — Und daß es in Preußen etwas besser werden sollte, ist noch keine Aussicht vorhanden. Der Feind ruft zwar immerhin: Freiheit! Aber wohlgemerkt, nur für sich, und nicht für uns Katholiken.

Oder wollet Ihr es etwa aus andern Gründen thun? — Ihr habt keine andern Gründe — denn Eure übrigen Rechte bleiben Euch unter Preußens Schutz auch unter unsern polnischen Mitbrüdern eben so geschert und garantirt, als in Preußen oder Deutschland. — Saget, würden Eure Kinder nicht den Fluch noch im Grabe über Euch sprechen, wenn Ihr die Freiheit Eurer Religion, wie sie Euch jetzt bevorsteht, noch mit Füßen treten und von Euch stoßen wollet? — Oder wollet Ihr keine Augen haben und sehen, was aus unserm Vaterlande und unserer Religion seit 30 Jahren geworden ist? — Darum widerstrebet aus allen Kräften, jetzt, da es noch Zeit ist, einer solchen Lostrennung von Eurem katholischen Glaubensbrüdern! — Und haben Manche von Euch sich etwa schon verführen lassen und zu einer solchen Lostrennung von unserm Vaterlande, wo jetzt unser Glaube, unsere Religion wieder blühen, herrlich blühen soll als ein echter Garten Gottes, das Wort gegeben? — Nehmet es soglich zurück, da es noch Zeit ist, und bedenket, die alte Schlange, die Euch schon so oft betrogen, hat Euch auch jetzt wieder zu einem falschen Schritte verführt. — Begrüßet vielmehr mit wahrhaft christlicher Freude die Aufrechtung unsere heiligen Glaubens, und tretet Jedem, der es noch einmal versuchen wollte, Euch zu einem solchen Schritte zu verführen, entgegen mit den Worten: Weiche von mir, Satan! So lebe und blühe unser polnisches Vaterland mit unserm heiligen römisch-katholischen Glauben! Die deutsche römisch-katholische Geistlichkeit des Großherzogthums Posen."

## Großbritannien.

London, 8. Mai. Die neue Bewegung für Wahl- und Parlamentsreform ist fortdauernd im Anwachsen, die Zahl derjenigen Parlamentsmitglieder, welche ursprünglich den Kern der Bewegung bildeten, ist von 51 auf etwa das Doppelte gestiegen. Die Reformgesellschaft von Westminster hat am 4. folgenden Beschluß gefaßt: „Sie bedauere tief, daß der General Sir Delacy Evans neuerdings ein Verfahren im Parlament eingeschlagen habe, welches nicht geeignet sei, den Grundsätzen zur Unterstützung zu dienen, zu deren Förderung der General von der Gesellschaft ins Parlament gewählt worden. Die Gesellschaft lebe jedoch der Hoffnung, daß der General unverzüglich denjenigen Mitgliedern seinen Beistand schenken werde, welche, unter Hunes und Cobdens Führung, sich vereinigt hätten, um gewisse politische und financielle Reformen, die durch die gegenwärtige Lage des Landes gebieten würden, ins Leben zu rufen". Mehrere dem Ministerium günstige Zeitungen sprachen ihre Befürchtung aus, daß diese Bewegung dem ohnehin von äußeren und inneren Schwierigkeiten umgebenen Kabinet bedenkliche Verlegenheiten bereiten werde. Zu den Journalen, welche die Nothwendigkeit einer Wahlreform ans Licht zu stellen bemüht sind, gehört namentlich auch der Examiner. Die gesammte Wahlkörperschaft des Reiches, sagt dieses Blatt, belaufe sich auf etwa 900,000 Köpfe, mithin komme erst auf den sechsten erwachsenen Mann und auf die vierte Haushaltung ein Wähler; so ein Unterhaus repräsentirte nicht das Volk, sondern etwa 150,000 wenig gewissenhafte und möglichst wenig unabhängige Leute, welche als die eingeschächerten und bestochenen Werkzeuge Anderer handelten, deren Interessen ihnen fern lägen. Die Forderungen der Chartisten in Hinsicht der Wahlreform seien im Ganzen nicht unbillig, ihre Sprache in den Reformversammlungen im Allgemeinen gemäßigt und vernünf-

Digitized by Google

tig genossen, nur ihre Führer, welche es als Agitatoren von Handwerk zu keiner friedlichen Verständigung mit der Mittelklasse kommen lassen wollten, schadeten ihrer gerechten Sache. Daher müsse man die neue Reformbewegung von Herzen willkommen heißen; ihr Ziel werde auf dem friedlichen Wege erreicht werden, indem es für englische Staatsmänner, wenn sie im Amte bleiben und ein starkes Regiment führen wollen, nothwendiges Gebot sei, Zugeständnisse zu machen, sobald die Mehrheit aller gebildeten Bewohner Großbritanniens in ihren Forderungen einig wäre, und das Wohl des Landes sie nothwendig erheische. Hierin liege das Geheimniß des Erfolges, welchen die Reformbill gehabt. Und nur durch ein ähnliches Bündniß zwischen einer liberalen Regierung und einem reformirenden Volke könne der weitere Fortschritt, der in nicht ferner Zeit unvermeidlich sei, in derselben zufriedenstellenden Weise bewerkstelligt werden.

Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, ältester Sohn des Landgrafen von Hessen, ist den 6. Mai zu einem Besuche bei dem Herzoge von Cambridge in London eingetroffen. Die Post bemerkt: Der Besuch dieses Prinzen, eines Neffen der Herzogin von Cambridge, ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht ohne Bedeutung, da der genannte Prinz der muthmaßliche Erbe (?) der hänischen Krone ist.

Die letzten bedeutenden Vorgänge im Parlament betrafen namentlich die diplomatische Korrespondenz zwischen Palmerston und dem Herzog von Sotomayor und die in dieser Angelegenheit von Herrn Bulwer gespielte Rolle. Lord Stanley griff Palmerston am 5. Mai im Oberhause dieserhalb in einer ausführlichen Rede an; der Marquis von Lansdowne vertheidigte seinen Amtsgenossen, dem schließlich auch der etwas wortreich gewordene Lord Brougham zu Hilfe kam. Aus einer vorläufigen Notiz in Galignani's Messenger ist zu ersehen, daß Lord Stanley am 7. Mai dieselbe Angelegenheit abermals in Anregung brachte, daß sie auch im Hause der Gemeinen angeregt wurde, und daß Lord Palmerston hier seine frühere Erklärung wiederholte, daß dem Verhalten Hrn. Bulwers die entschiedenste Zustimmung der englischen Regierung zu Theil geworden sei. Die Times tadeln neuerdings Lord Palmerston wegen dieser Angelegenheit, auf die wir noch ausführlicher zurückkommen gedenken, aufs Nachdrücklichste. In der Unterhaussitzung vom 7. Mai wiederholte Palmerston seine Versicherung, daß er noch immer hoffe, die Angelegenheiten zwischen Preußen und Dänemark (warum nicht zwischen Deutschland und Dänemark?) würden sich in zufriedenstellender Weise beilegen lassen.

# London, 8. Mai. Ich kann Ihnen die erfreuliche Nachricht mittheilen, daß sich hier ein Verein der hiesigen Deutschen gebildet hat, um dem Vaterland ein Geschenk mit einem ersten deutschen Kriegsschiff zu machen. Es soll 25,000 Pfund kosten. Der Prinz von Preußen geht mit einer Zeichnung von 1000 Pfund voran. Darf man Gerüchten trauen, so ist die preußische Gesandtschaft überhaupt bedacht, für den Ankauf von Schiffen erfolgreicher zu wirken, als der Bundestag durch seine Gesandten mit leeren Taschen. Es wird Sie freuen, von hier aus zu hören, daß sich der nordamerikanische Gesandte in London, der rühmlichst bekannte Bankrott, mit dem Entwurfe des Reichsgrundgesetzes höchlich einverstanden erklärt und ihn für seinen Präsidenten sogleich ins Englische hat übersetzen lassen. Sagen Sie das dort recht nachdrücklich Ihren Republikanern, über die alle Amerikaner lachen, die so verständig sind, nicht allen Völkern ihre Verfassung anpassend, am Wenigsten gar die anerkannten Fehler ihrer Verfassung für alle Völker rühmlich zu finden. Ich kann dreifügen, daß sich der Herzog von Wellington über das Reichsgericht besonders erbaut geäußert hat. Das sind Stimmen von Staatsbeamten; damit können die siebenzehn Männer, wenigstens in ihrem eigenen Bewußtsein, viele Verunglimpfungen dämpfen, an denen es bei der Auftragung der Gemüther und dem planlosen Unverstande der meisten deutschen Emporkömmlinge in der Politik nicht fehlen wird.

## Frankreich.

Paris, 10. Mai. Die Verhandlung von gestern bildet das heutige Tagesgespräch und füllt die Spalten der „Presse". Mit einer kleinen Majorität — von 411 Stimmen gegen 385 — wurde der Vorschlag der Kommission, die Nationalversammlung selber solle durch verantwortliche Minister regieren, verworfen und der andere angenommen, durch eine auszuhende Regierungsbehörde von 5 Männern die Geschäfte leiten zu lassen. Stellt man sich, abgesehen von den Parteifragen und den Neigungen oder Abneigungen gegen Personen, lediglich auf den Standpunkt der Zweckmäßigkeit, so kann, scheint uns, kaum ein Zweifel darüber sein, daß der Verwaltung durch Wenige der Vorzug gebührt vor einer vielköpfigen schwerfälligen Regierungsmaschine von 900 Männern. Die Gründe, die Jules Favre in einer trefflichen Rede, die wir gestern kurz hervorhoben, für eine Regierungskommission geltend machte, sind nicht leicht zu widerlegen; selbst die Gegner geben zu, daß im Allgemeinen der Grundsatz der Theilung der Gewalten der richtigere sei, und die Bedenken gegen eine Vereinigung derselben sich schwer beseitigen lassen. Aber darum handelte es sich eben nicht; die Principienfrage war für die Nationalversammlung eine Parteifrage geworden. Durch eine unmittelbare Regierung, die in den Händen der Nationalversammlung lag, war der Einfluß Ledru Rollins ganz beseitigt; die Majorität der Versammlung, unverkennbar im entgegengesetzten Sinne zusammengesetzt, ernannte dann Minister in ihrem Sinne, und kein Zwischenorgan störte mehr die Uebung ihres vollständigen Einflusses. Bei der Bildung einer Fünf-Kommission war Ledru Rollin, nachdem man eben erst der ganzen provisorischen Regierung ein Votum der Anerkennung hatte zu Theil werden lassen, nicht wohl zu umgehen, da Lamartine selbst erklärte, zu einer Trennung von seinen Kollegen die Hand nicht zu bieten. So war für die rechte Seite der Nationalversammlung die Frage die: Ledru Rollin oder nicht? Offenbar schlugen aber die guten Gründe, welche sich für eine Regierungs-Kommission anführen ließen, bei vielen Mitgliedern durch und die sonst ziemlich sichere Majorität im Sinne der alten Linken ward dadurch getheilt. Es sind daher die Blätter der moderirten oder reaktionären Richtung mißvergnügt; sie verbergen nicht, daß sie es anders wünschen und können doch auch wieder nicht läugnen, daß der Beschluß der Mehrheit Vieles für sich habe. Sie lassen ihre Unzufriedenheit daher an der Versammlung aus; das Journal des Debats bemerkt wegwerfend, ihm sei es ganz gleichgiltig, ob dieser oder jener die Majorität bekomme; es kenne Niemanden, weder in der L. M. noch in der provisor. Regierung, den die Uebersetzung als den rechten Mann bezeichnet habe und der das Genie der Gewalt in sich trage. Die Presse ist über die Haltung der Nationalversammlung sehr unglücklich. „Welche Verwirrung richtet sie an, welchen Lärm, welche Unordnung, welches Gerede, welchen Mangel an Zucht und Würde"; beide Blätter finden, daß die Physiognomie der früheren Deputirtenkammer von dem Aussehen der neuen Versammlung nicht viel abweiche. Neuerst zufrieden dagegen ist der National. In seinen Augen hat die eigentlich reaktionäre Partei eine Schlappe erhalten und doch ist auch Ledru Rollin und sein Anhang auf gelinde Art neutralisirt worden. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß Ledru Rollin in der neuen Regierungskommission und gegenüber der Nationalversammlung eine ziemlich isolirte Stellung hat, seine Räthe Albert, Flocon und Blanc sind auf die freundliche Weise beseitigt, und in der neuen Regierungsgewalt ist Ledru Rollin eine Stimme gegen vier, welche der Politik des „National" angehören. Das Ministerium des Innern wird nun natürlich einem eigenen Minister übergeben werden, und Ledru Rollin verliert also den Einfluß, den er hier gübt, bleibt jedoch in der Regierung als Abwehr gegen die Reaktion, als Konzession für die äußerste Linke. Es ist natürlich, daß eine solche Kombination den ganzen Beifall A. Marrast's hat und er schon die Entscheidung über die Vorfrage als einen Sieg des gesunden Sinnes und einer vernünftigen Politik begrüßt. Das Votum über die Regierungsform ist ihm ein vortreffliches Zeichen; es dürgt ihm für „die guten Gesinnungen, welche den größten Theil der Versammlung beleben." Er läßt seine Freude in denselben Ausdrücken und mit derselben Emphase aus, wie einst das Journal des Debats über ein günstiges Votum, das für Guizot gefallen war; das J. d. D. dagegen murrt und grollt, wie der National in den besten Zeiten der Julimonarchie gethan hatte. Beide haben Recht; die Hoffnungen auf offne Reaktion sind etwas vertagt, der Bruch zwischen den bisherigen Elementen der Regierung vermieden und die Richtung beseitigt, welche Lamartine und Armand Marrast für den gegenwärtigen Augenblick zu Verbündeten macht.

Auf heute Mittag sind die Wahlen selbst angesagt; ihren Ausgang haben wir gestern schon nach der telegraphischen Depesche berichtet.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Boyd, 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder vermitteln sich an G. H. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris bei Nr. 38 Notre Dame des Victoires.

# Deutsche Zeitung.

Die Verlagsexpedition befindet sich Hrn. Dr. Hofmann, Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 30. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 48. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 135. Heidelberg, Montag 15. Mai. 1848.

## Uebersicht.

**Deutschland und die Schweizer Presse II.** Eine Lücke im Entwurf des Reichsgrundgesetzes. — **Wien** (ein neues Ministerium in Aussicht). **Berlin** (Räthsel über die Insurrektion in Posen. Die Kapitulation. Russische Note. Entwurf zu einer Centralregierung. Die Rückkehr des Prinzen von Preußen eingeleitet. Ein Preßprozeß). **Potsdam** (Wahl). **Brandenburg** (Parlamentswahl). **Halle, Breslau** (Abgeordnetenwahlen). **Posen** (Mirrosławski an die russ. Grenze gedrängt, die Insurgenten geschlagen. Die Kapitulation nicht bewilligt. Zustände der Stadt Posen). **Stralsund** (bessere Aussichten für den Handel. E. M. Arndt ins Parlament gewählt). **Aus Preußen** (Dänische Piraterie). **Swinemünde** (Protest des engl. Konsuls). **Kleve** (Parlamentswahl). **Köln** (Mobilmachung der Landwehr). **Dresden, Leipzig** (Parlamentswahlen). **Karlsruhe** (die polytechnische Schule. Der Stationswang. Freiwillige Gabe des Großherzogs. Gesetzentwurf über Veränderung des Steuersystems). **Mannheim** (Aufhebung des Kriegszustandes). **Heidelberg** (Parlamentswahl). **Durlach** (Wieder ins Parlament gewählt). **Aus der Pfalz** (der Tod Gagerns). **Darmstadt** (Adam Trier zur Nationalverf. Erklärung). **Mainz** (Eintreffen eines Schleppdampfschiffes). **Wiesbaden** (die kleine Diplomatie). **Schleswig** (eine Landung der Dänen abgewiesen). **Koldung** (Helvetia soll von den Dänen beschossen sein. Entlassung der Freischaaren). **Hamburg** (Erklärung Schwerins an Preußen). **Frankfurt** (Verhandlungen der Bundesversammlung. Aufruf der Linken an das Volk. Der Fünfzigergesandte). Verhandlungen desselben über das Bundesprotokoll vom 4. und den Bundesbeschluß vom 8. Mai).

**Dänemark.** Kopenhagen. Schwedische Hilfe.

**Großbritannien.** London. Ein Ausbruch auf den jonischen Inseln erwartet. Verhöhnung zwischen O'Connell und O'Brien.

**Italien.** Rom. Eine piemontesisch-neapolit. Flotte nach dem adriatischen Meere.

**Beilage.** Vom Rhein. Die Kriminalgerichtsverfassung. Leipzig. Die Parlamentswahlen. Unsittliche Demonstrationen der Radikalen. Die Presse. **Schweiz.** Bern. Die Spaltung im Reg.-Rath ausgeglichen. **Frankreich.** Paris. Die auswärtige Politik. Täuschungen. Hetzereien. Louis Blanc. Verhandlungen der Nationalversammlung. Bildung des Ministeriums.

### Heidelberg, 14. Mai.

Wir wollten heute den Zusammenhang besprechen, der zwischen einer einflußreichen Richtung der Schweizerpolitik und der gehässigen, durchaus feindseligen Stellung der halboffiziellen Schweizerpresse zu Deutschland besteht. Unsere Leser werden sich noch des Lärms erinnern, den einer unserer Korrespondenten „vom Neckar“ in der Schweiz erregte, als er „Berner Staatsmänner“ beschuldigte, mit fremden Propagandisten in Berührung zu stehen, und ihnen die schlimme Gesinnung zutraute, durch Wühlereien an den Grenzen und über den Grenzen der Schweiz die Neutralität des eigenen Vaterlandes zu gefährden. Wir öffneten damals dem durchaus ehrenwerthen Manne, der diese Anklage aussprach, die Spalten unseres Blattes, weil wir hofften, seine schwarzsichtigen Befürchtungen schlagend widerlegt zu sehen; wir sahen die Dinge nicht so trüb an, weil wir den Beschuldigten zuviel Einsicht und Patriotismus zutrauten, als daß wir ein so tolles und gewissenloses Babanaquespiel erwarten durften. Eine leichtsinnige, unbedachte Berührung mit propagandistischen Elementen ließ sich wohl denken, nimmer aber ein wohlerwogenes politisches System in diesem Sinne.

Bedenklich machte uns erst die Entgegnung, die jener Angriff fand, die wilden und haltungslosen Ausbrüche, die man statt ruhigen Beweises der Anklage entgegensetzte. Wer sich ganz rein fühlte, konnte so nicht außer sich gerathen, wer das gute Recht der Wahrheit für sich hatte, brauchte einem Verdacht nicht mit Verdächtigungen, einer ruhig ausgesprochenen Befürchtung nicht mit groben Schmähungen zu antworten oder gar das höchst unrepublikanische Stückchen aufzuführen, daß er einen Angriff, der eine ernste Abwehr erwartete, mit der abgeschmackten Drohung einer unmöglichen Injurienklage erwiderte. Noch bedenklicher machten uns einzelne Ausschlüsse, die der Zeit der Neckarkorrespondenzen nachfolgten; wir haben (in Nr. 86 Beilage) einen Brief eines solchen Propagandisten mitgetheilt, dessen Namen wir kennen und dessen Thätigkeit dem Kreise der „Berner Staatsmänner“ bei Weitem nicht so ferne steht, wie jene gut gepflegte moralische Entrüstung einen Unbefangenen glauben machen konnte. Dort ist — wir veröffentlichten den Brief gegen Ende März — das ganze Getriebe, wie es um Mitte April begann, als eine nahe bevorstehende Katastrophe jubelnd vorausgesagt; dort war der ganze Uebermuth, der ganze Cynismus und auch die grenzenlose Selbsttäuschung zu lesen, die nachher beim Ausbruch unseres Oberländer Putsches so prahlend anfing und so dürftig endete.

Das Verhalten der Schweizer radikalen Presse selbst aber während des Aufstandes im Seekreis und nach Beendigung desselben mußte auch die gutmüthigste Illusion zerstören. Diese unverhohlene und leidenschaftliche Sympathie mit den deutschen und französischen Propagandisten, diese heftige und feindselige Opposition gegen die unermeßliche Majorität des deutschen Volkes, und dieser freche, unverfrorene Ton gegen uns, wie wir ihn gestern charakterisirten, konnte nicht allein auf der kleinstädtischen Einbildung entspringen, jedes Volk müsse, abgesehen von der eigenen Natur und den eigenthümlichen Verhältnissen, sich durchaus die Staatsformen aufdringen lassen, die man in Bern und Zürich für die beste hält. Der selbstgefällige Wahn kleiner Republiken, daß es außer dieser Form kein Heil gebe, konnte nicht so weit führen, daß man eine Nation, die mit sich selbst zu einem andern Ergebniß gekommen war, darum mit gemeinen Schmähungen überschüttete und ganz außer sich gerieth, weil diese Nation die unbeirrene Anhebung einer Handvoll Leute energisch niederhielt und das Werk einer großen durchgreifenden Reform nicht mit Putschgelüsten und Bürgerkriegen gestört sehen wollte. Diese heftige und maßlose Sympathie mit den deutschen Sonderbündeleien standen sehr schlecht zu der moralischen Indignation über den Vorwurf propagandistischer Umtriebe; wenn Etwas den Zusammenhang und die Vertiefe für propagandistische Wühlereien bloßstellte, so war es gerade dieser ungeschickt verrathene Groll gegen die deutsche Entwicklung und diese Schadenfreude über einen gewissenlos angefachten Bürgerkrieg.

Welches das letzte Ziel war, konnte für den aufmerksamen Beobachter nicht mehr zweifelhaft sein. Wenn man in Bern den deutschen Freischärlern nicht officiell, aber faktisch die freundlichste Unterstützung gewährte, indeß das Organ des sogenannten „brutalen“ Radikalismus wahrhaft brutal über Alles herfiel, was in Deutschland noch auf Gesetz und Ordnung hielt, so war das nur die Einleitung zu der Politik, die mit den Franzosen nicht allein fraternisirte, sondern den Gedanken der jungen Republik, der auf der Rednerbühne die Neutralität der Schweiz für ein Unding erklärt hatte, mit feierlichen und abschilichen Huldigungen ehrte. Bald stand das Organ des „brutalen“ Radikalismus nicht mehr allein; der „legale“ kam ihm dienstfertig zu Hilfe, und die Neue Zür. Z. ließ sehr unzweideutig eine Drohung fallen, die das Erscheinen schweizerischer Freischaaren auf deutschem Boden in Aussicht stellte. Wir wissen nicht, ob das Züricher Blatt Deutschland damit einen Schrecken einjagen wollte, aber das wissen wir, daß dies unbewachte Geständniß für niemand Anders Bedenken erregen kann, als für die Schweiz selber.

Denn ein so leichtsinniges Kokettiren mit der Ungesetzlichkeit und eine so unbesonnene Hindeutung darauf, daß man nicht geneigt sei, an den Bedingungen der Neutralität festzuhalten, kann nur der Schweiz selbst Gefahren bringen. Oder hat man vergessen, daß diese Neutralität es war, die die reaktionäre Staatskunst vor sechs Monaten binden half, die den Worten des britischen Staatsmannes einen so bedeutenden Nachdruck gab, die jede bewaffnete Intervention der fremden Staaten im Voraus als eine monströse Verletzung beschworener Verträge bezeichnete? Hat man vergessen, daß alle Deutungen und Sophistereien der Guizot-Met-

Digitized by Google

ternichschen Schule vor der klaren und unzweideutigen Thatsache weichen mußten, daß die Schweiz neutral war, und diese Neutralität bis dahin nicht verletzt hatte? Hat man vergessen, daß selbst Palmerston der fremden Truppen freie Hand gab, sobald der letzteste Buch dieses neutralen Verhältnisses von der Schweiz selber ausgehe? Hat man der Zeiten vergessen und des Druckes, womit die Eidgenossenschaft die freiwilligen oder unfreiwilligen Störungen jenes glücklichen Verhältnisses hat büßen müssen? Es scheint, als gedenke man alles Dessen nicht mehr; sonst würde man nicht so leichtsinnig mit Gelüsten spielen, deren ganze Tragweite die politischen Intriguanten selber schwerlich begreifen; man würde nicht so unbesonnen einen Talisman zu zerbrechen suchen, von dem ein guter Theil der Unabhängigkeit und der Wohlfahrt des Schweizervolkes abhängt? Eingeschlossen zwischen drei verschiedene Nationalitäten, die im Begriffe sind, sich zu verjüngen und zu verstärken, hat die aus drei Nationalitäten bestehende Schweiz eine sehr delikate Stellung, die sie nicht vorsichtig genug wahren kann, die sie sich mit unbedachten Worten und unpolitischen Handlungen nicht verderben sollte.

Die jüngsten Verhandlungen der Tagsatzung über das sardinische Bündniß, wo zwar der Patriotismus und die Klugheit in entschiedener Mehrheit blieb, aber doch sehr bedenkliche Neigungen einer Minorität sichtbar wurden, dann die Verhandlungen im Berner Großen Rathe geben Aufklärung darüber, was eine gewisse Partei will. Die Geschichte von den Militärkapitulationen, die der berner und waadtländer Radikalismus mit den Lombardinen eingegangen haben soll, ist durch die Verhandlungen im Großen Rathe nicht zur Genüge aufgeklärt; das Verhalten Ochsenbein's, aus dem der Patriot, nicht der Parteimann herausspracht, die verworrenen und ungenügenden Entschuldigungen der Gegner, die laue Stimmung des Großen Rathes — das Alles beweist zur Genüge, daß eine rührige Partei da ist, die im Begriffe steht, durch eine große Thorheit ein großes Unheil über die Schweiz zu bringen. Jene an sich sehr harmlose Drohung der N. Zür. Z., Deutschland mit Freischaaren zu bekriegen, gewinnt durch die unverkennbaren Gelüste der Andern, am italienischen Kriege Theil zu nehmen, einige Bedeutung; die Herren scheinen nicht zu wissen, daß der erste Schritt dieser Art nach dieser oder nach jener Seite der Eidgenossenschaft eine Verwicklung bereiten muß, deren Ausgang für sie selber jedenfalls ein unbritwoller sein würde, mögen nun deutsche, italienische oder französische Waffen das Uebergewicht behaupten. Es würden dann jedenfalls Krisen eintreten, wo sich die Zuchtlosigkeit unüberlegter Worte sehr bitter strafen könnte. Die äußere Unabhängigkeit der Schweiz wäre nicht minder bedroht als die Errungenschaft der innern Freiheit, wenn die eidgenössische Politik einen Augenblick dem Willen der Leute folgte, die schon jetzt in Wort und Schrift Alles aufbieten, die Schweiz ihren Nachbarn gegenüber schwer zu kompromittiren. Es liegt in den innern Zuständen Unvollendetes genug vor, dem eine weise Staatskunst die ganze Kraft zu widmen hätte; man brauchte sich nicht von dem festsamen Gelüst treiben zu lassen, nach Außen eine Rolle zu spielen. Das beste wixit qui bene latuit hat in großen Wetterschütterungen eine sehr zu beherzigende Bedeutung, und es könnten bei dem gefährlichen Hazardspiel Inneres und Aeußeres zugleich unrettbar verloren gehen.

---

Die schweren Verwicklungen in Schleswig-Holstein weisen recht deutlich auf, zu wie verlorenen öffentlichen Zuständen unser bisheriges Bundeswesen führt. Bekommt der deutsche Bund Krieg mit Dänemark, so ist der Holsteiner von Bundeswegen verpflichtet seinen Herzog zu bekriegen, weil dieser König von Dänemark ist, ebenso der Lauenburger; der Schleswiger aber ist, mindestens nach der Behauptung der Krone Dänemark, in demselben Maße verpflichtet, in solchem Falle, mit den Dänen gepaart, seine Hände in holsteinisches Bruderblut zu tauchen.

Rechtsverhältnisse dieser Art konnte das Mittelalter ertragen, in welchem der Tapferkeit ihre ritterliche Ehre gezollt ward, selbst wenn sie die eigenen Eingeweide zerfleischte; unser Sinn aber verlangt vor Allem, daß jedes Blutvergießen sich durch einen vaterländischen Zweck rechtfertige. Wir verwerfen jene mittelalterlichen Satzungen, welche durch Verpflichtungen, die sich kreuzen, die Gewissen verwirren, und wir haben uns deßhalb mit Recht gefreut, als unser Jahrhundert einige dieser Verwickelungen löste, als Wismar, welches der westfälische Friede mitten aus Mecklenburg zugleich mit ein paar Amtsgebieten ausschnitt und an Schweden überantwortete, zur alten Heimat zurückkehrte, als Schwedischpommern an Preußen kam, und England vermöge seines übergroßen Einflusses durchsetzte, endlich von Hannover lassen mußte, ohne Zustimmung dessen Volkes aufzugeben, Hannover in den Schlingen seiner Kondominat festzuhalten. Und wie unendlich viel spitzfindiger noch überdauert daran, daß Deutschland der Herr seiner Küste werde! Um von Oesterreich gar nicht zu reden, dessen Schwerpunkt unwiederbringlich in außerdeutsche Gebiete fällt, und das wir doch nicht missen können und wollen, ist nicht das deutsche Luxemburg an die Krone der Niederlande geknüpft? und was die Zukunft angeht, wer kennt nicht Rußlands Vorbedachte seiner Rechte auf Holstein, und wie viele Herrschaftsansprüche können sich nicht für deutsche Fürstenstöhne, die im Ausland ihren Sitz haben, noch eröffnen?

Nun ist es allerdings unmöglich, alle diese Schäden unseres Gemeinwesens, wie sie in Jahrhunderten erwachsen sind, auf einen Schnitt hinwegzuschneiden, und was die Vergangenheit betrifft, möchte allein Schleswig-Holstein eine Ausnahme machen. Denn wo einmal ein breiter Blutstrom zwischen den Fürsten und einem andere redenden Volk liegt, da ist die Aufforderung groß, ein überhaupt unnatürliches Verhältniß, welches durch den Kunstausdruck Personalunion nicht verbessert wird, lieber bei dem bevorstehenden Friedensschlusse gänzlich aufzuheben, als durch die Beibehaltung neue Ausbrüche hervorzurufen, die den europäischen Frieden zum zweiten Male stören möchten. Was aber sonst die Zukunft angeht, so darf in unserem künftigen Reichsgrundgesetze ein Paragraph nicht fehlen, welcher sich so formuliren ließe:

In Zukunft darf kein Staat des deutschen Reiches unter die Regierung eines im Auslande regierenden Fürsten oder im Auslande verbleibenden Prinzen fallen. Fällt aber einem deutschen regierenden Fürsten die Herrschaft über einen Staat des Auslandes zu, so gehen mit der Annahme dieser Herrschaft die demselben bisher im deutschen Reiche zustehenden Regierungsrechte an den zunächst berechtigten Prinzen über.

---

**Oesterreich.** Wien, 9. Mai. Die Allg. Z. läßt sich berichten, es sei ein Ministerium mit „entschiedenem Grundsatzen“ zu erwarten und nennt als Mitglieder desselben den Baron Wessenberg, den Baron Doblhof, den Hofrath Baumgartner und schließlich den wirklichen Staats und Deutschenhaß Bakany. Wir wollen in Verschlichkeiten nicht eingehen, können aber unsere Verwunderung darüber nicht bergen, wie man in solch einer Kombination ein Ministerium der entschiedenen Reform finden will. Und doch wäre es höchste Zeit, einmal zu zeigen, daß man in Wien vieles Alte vergessen und etwas Neues gelernt hat.

Aus Preußen, 9. Mai. Der Fr.O.P.Z. wird von hier gemeldet: Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen melden, daß die Dänen an der Nordküste von Samland in Ostpreußen, bei dem Fischerdorfe Neukuhren, auf einem Kanonenboote, das von einer Fregatte aus dem Land gesandt wurde, gelandet sind und das dortige Landvolk, das wie aus den Wolken gefallen war, arg in Konstribution genommen haben. Man wird nun aber in Betreff dieser ungebetenen Gäste dort vorsichtiger werden.

Berlin, 9. Mai. Man schreibt der Köln. Z.: Aus bester Quelle wird versichert, daß Rußland an unser Kabinet eine Note gerichtet habe, durch welche Erklärungen erbeten werden über das Einrücken der Preußen in Jütland. — Man versichert ferner mit großer Bestimmtheit und von derselben Seite, man sange an, sich die Frage zu stellen, ob nicht in Frankfurt eine provisor. Centralregierung zu beantragen sei. In dieser Beziehung liegen zwei Entwürfe vor. Der eine stimmt für einen Erzherzog, einen preußischen Prinzen und einen andern Prinzen für die übrigen Fürsten. Der zweite Entwurf ginge auf Wessenberg, Camphausen und von Bagern hinaus. Man fügt hinzu, daß eine dieser beiden provisorischen Regierungen baldmöglichst zusammentreten möchte. Auch an eine definitive Centralgewalt wird gedacht. Doch davon später.

Berlin, 12. Mai. Der heutige Staatsanz. enthält einen Bericht des Ministeriums und einen Erlaß des Königs, worauf hervorgeht, daß Einleitungen zur Rückkehr des Prinzen von Preußen getroffen werden. Wir werden die Aktenstücke morgen mittheilen.

†† Berlin, 11. Mai. Der erste politische Proceß nach der Revolution vom 18. März wurde heute auf dem Kammergericht verhandelt; der Student Schiff. stand unter der Anklage des Versuchs einer Verleitung zum Aufruhr. Das Kriminalkollegium bestand aus 6 Mitgliedern, von welchen der Kammergerichtsrath Nikolovius den Vorsitz führte. Die Verhandlung begann um 9 Uhr mit Verlesung

Digitized by Google

der Anklageakte, welche vom Staatsanwalt Hr. v. Kirchmann vertreten wurde. Gegenstand der Anklage waren 2 Artikel in Nr. 5 des von Schlöffel redigirten „Volksfreundes.“ Der Angeklagte hatte jede Vertheidigung, zu deren Uebernahme mehrere der angesehensten Rechtsgelehrten, unter Andern auch Assessor Jung, sich erboten hatten, abgelehnt. Er selbst vertheidigte in einem langen und breedten Vortrage die Befugniß des Gerichtshofes, inmitten eines völlig revolutionären Zustandes über polit. Handlungen zu richten, und verwahrte sich ausdrücklich gegen die Annahme, als ob es einer Vertheidigung bedürfe. Nachdem 2 Belastungs- und 5 Entlastungszeugen, unter diesen der Abg. Assess. Jung und der Schriftsteller Dr. Saß, vernommen worden, begründete der Staatsanwalt die Anklage und trug auf eine Freiheitsstrafe von 5 Wochen und (wegen Mißbrauchs an patriotischer Gesinnung“) auf Aberkennung der Nationalkokarde an. Nach langer Berathung wurde das Urtheil eröffnet. Es lautet: auf Freiheitsstrafe von 6 Monat wegen versuchter Verleitung zum Aufrufe. Der mit dieser Anklage verbundene Strafantrag wegen drabsichtigter Mißhandlung des Ministerpräsidenten Camphausen ist vom Gerichtshof verworfen, die Nationalkokarde ist den Angeklagten nicht aberkannt. Nach Eröffnung des Erkenntnisses erklärte der Angeklagte, daß er nicht appelliren würde. Man spricht davon, daß heute Abend eine große Demonstration zu Gunsten des Verurtheilten stattfinden werde.

** Berlin, 10. Mai. Generallieutenant v. Wedell sammelte am 5. Mai seine Truppenmacht bei Gnesen, um die polnischen Scharen, welche sich nach Kujavien gezogen hatten, anzugreifen. Der Generalmajor v. Bieleckfeld wurde darauf in der Richtung auf Barschin mit 3 Bataillonen, 3 Eskadrons und 4 Geschützen entsandt, um den Polen den Weg nach Bromberg zu verlegen; denn am 4. waren sie in der Stärke von etwa 4000 Mann (größtentheils Sensenmänner, 6—800 Jäger, 5—600 Ulanen) nach Mogilno marschirt, am 5. aber nach Gembin zurückgekehrt. Am 6. zogen sich die Freischaaren nach Orchowo und Strzelno. Nun rückte Wedell mit dem Kern der Truppen auf Whlatowo und Mogilno, während Hirschfeld in die Gegend von Inowrazlaw und Strzelno dirigirt wurde. Am 7. d. M. standen die Polen bei Slompy, unweit Mielsyn; Wedell war über Tzymesno nach Whlatowo marschirt. Mieroslawski war nicht mehr Anführer der Freischaaren; durch Vermittlung des Gutsbesitzers v. Tzarjanowski hatte er bei dem königlichen Kommissarius, General v. Pfuel, seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Waffen niederzulegen. Neu erwählter Führer war Brzezanski. Dieser sandte von Skapy am 7. im Verein von Dr. Szolbski und Ciapski ein Schreiben an General Wedell, worin er auf Waffenstillstand antrug und im Namen seiner Waffenbrüder erklärte, mit diesem Beschlage seine andere Absicht zu verbinden, als die Reorganisation des Großherzogthums Posen, so wie sie die königl. Kabinetsordre aufgefaßt hat, zu beschleunigen. Die Herren v. Lakowicz und Szolbski überbrachten diesen Antrag. Generallieutenant Wedell schlug jedes Anerbieten eines Waffenstillstands aus, und forderte auf, die Waffen niederzulegen; dem folgenden Tag 9 Uhr Morgens (es war Abends 8 Uhr) sollten die Bewaffnen sämmtlich Mitgye vorrücken, dort alle Waffen, Pferde und sonstigen Vorräthe ablefern und die Rückkunft der Truppen erwarten; sodann werde Wedell, bis von Posen der Entscheid eintreffe, die Bewachung durch seine Truppen übernehmen. Die beiden Parlamentaire wolle Wedell unter sichrem Geleit nach Posen senden. Am 8. Mai antwortete Brzezanowski von Gonye (halbwegs zwischen Wreschen und der russischen Grenze), er sei von der ersten Denkungsart des Generals fest überzeugt und zweifle nicht, daß seinerseits die mildesten Maßregeln angewandt werden würden; doch befürchte er mit seinen Waffengefährten die Rache der dem General untergebenen Truppen und habe deshalbstehen, in Schroda die Waffen niederzulegen, wenn der General seinen guten Willen erkennen werde. Darauf erwidert Generallieutenant v. Wedell aus Wreschen von demselben Tage, 9 Uhr Abends: Es werde folgenden Tags 9 Uhr früh, ein preußische Offizier zu persönlicher Unterredung mit dem „polnischen Obersten“ in Sberki eintreffen, um letztern mit den Bedingungen bekannt zu machen, welche das Niederlegen der Waffen des Korps zu begleiten haben. Finde über diese Bedingungen eine vorläufige Einigung Statt, so werde der General den polnischen Obersten zu einer persönlichen Zusammenkunft einladen, um einen definitiven Abschluß herbeizuführen. Dies diene zum Beweise, wie sehr er bereit sei, dem Blutvergießen ein Ziel zu setzen. Unter allen Umständen dürfe das „Truppenkorps der Polen“ keine fernere Bewegung machen, und Niemand sich davon entfernen. Jede Fortsetzung der Bewegungen gelte als Bruch der Waffenstillstand. Unter diesem Vorbehalt stände der General von jed-m Angriff ab. Im Laufe der Nacht erwarte er definitive Antwort. Indessen hatte Wedell die beiden Parlamentäre, geleitet durch einen Officier, nach Posen an General Pfuel gesandt. Sie trafen am 8. Morgens dort ein, und Hr. v. Pfuel ertheilte die Vollmacht an den Generalkriegsrath Wedell, eine Kapitulation unter folgenden Bedingungen abzuschließen: 1) Sofortige Niederlegung der Waffen. 2) Den Emigranten und Fremden und dem Königreich Polen, und Galizien, aus Krakau, die Führer mit eindegriffen, werden (unter keiner Bedingung ausgeliefert!) zwischen Elbe und Weser Aufenthalt und Unterhalt angewiesen, ebenso auf besondern Wunsch Päße nach Frankreich ertheilt. 3) Die Eingeborenen werden nach Kreisen geordnet und unter Bedeckung zu ihrem eignen Schutz, ihren Kreisstädten zugeführt, wo sie entlassen werden. 4) Lediglich diejenigen Landwehrmänner und Deserteure, welche gegen die preußischen Truppen gefochten, werden in eine besondre Abtheilung zusammengestellt, nach Posen geführt, „wo sie von besonderer Gnade Sr. Majestät empfohlen werden sollen.“ 5) Sämmtliche bei Gnesen allen denen, welche die Waffen niedergelegt haben. Der Antrag Brzezanski's, in Schroda die Waffen zu strecken, ist wahrscheinlich ehrlich gemeint; die Polen verfolgen, wenn sie so nahe an der russischen Grenze sich entwaffnen, von den Truppen hindergedrängt zu werden. Wie gemdlos diese Besorgniß ist, dafür spricht der bis jetzt in Noth und Leid, in Sieg und Freude bewährte Geist der Kriegszucht in unserm Heer. — Ebensowohl könnte jener Vorschlag eine Kriegslist enthalten. Es war dem General Wedell wohl bekannt, daß von Rogalin gegen Schroda hin ein starkes Korps sich in Bewegung gesetzt. Vielleicht gedachte Brzezanowski, mit diesem vereinigt, von Neuem vorzuschlagen. Zum Glück durfte Hr. v. Wedell gewährleistig und auf Treu und Glauben handeln; ohne unvorsichtig zu sein. Das Korps von Rogalin war mit Verlust von 20—30 Todten und 8 kleinen Kanonen und Böllern mittlerweile zerstreut. War es also Kriegslist, so ist sie vereitelt, und wir dürfen hoffen, die Brzezanski.sche Schaar, der Kern der Aufständischen, habe bei Schroda die Waffen niedergelegt. Sollte das Versprechen nicht gehalten sein, dann hätten wir allerdings ihre Verblendung tief zu beklagen. Die Schaar wäre dann vernichtet! — Bei Gnesta und Stenszewo waren gestern auch noch zwei Lager; diese dürften heute bereits aufgehoben sein. Das letztre Lager hatte während 6 Tagen die Straße nach Gnesen, das Lager von Rogalin, die Straße nach Schrimm und Breslau völlig gesperrt. Nach Stenszewo sind zwei Bataillone, eine Eskadron und zwei Geschütze detachirt. — — Die Aufstörer haben fast sämmtlich die Schaaren und meist die Provinz verlassen. Sie standen auch schon in nicht geringer Gefahr. Bei Wreschen sind aufgeredemtlich viel Edelleute gefallen — drbhalb, weil die Bauern sie gezwungen haben sollen, voran zu gehen. Die Mißstimmung gegen die Führer soll sehr bedenklich sein. — Wenn nun aber auch der eigentliche Aufstand gedämpft ist und mit ungesäumter dueckgreifender Herstellung des Polenthums in Preußisch Polen vorgeschritten werden wird, ohne daß irgend welche Scheue Einzelner den Entschließungen der Regierung zu Gunsten Polens Einhalt thun können, so ist doch an eine wahrhafte Pacifikation in jenem Landestheil lange nicht zu denken. Kraczewski oder Mieroslawski, wer von diesen auch das Präsidium der neu einzurichtenden polnischen Regierung in Gnesen übernehmen wird, mit Schwerzen wird er erfahren, wie unthätig den liebeingereihenden organisatorischen Maßnahmen, sei es nun für die Landestbewahren, für das polnische Schulwesen, für die polnische Wehrverfassung, für die polnische Verfassungsangelegenheit, die künftlich gefleigerte Aufregung der untern Volksklassen einwirken muß. Das Pfaffengift zerfrißt in leidengeschlichtet Weise den Organismus. Die fanatisirte Bevölkerung wird sich schwerlich sogleich beruhigen. Werden nicht jetzt die wärmsten Patrioten, die an's Werk der wahrhaft dauernden und jetzt einzig möglichen Wiederherstellung einer „polnischen Ede“, wenn auch nur einer kleinen Schale, die Hand legen, als Verräther verschrie n werden? Mehr als je bedarf Polen jetzt gesunder Köpfe und dessen, was ihm seit immer gefehlt hat, wenn Uebereilung, Mißtrauen, Zwiespalten des Geistes und Herzens war, der Weisheit! Männer, wie Mieliynski, dessen edele Vaterlandsliebe auch der Fanatiker nicht anzuweifeln wagt und dessen klarer Geist, dessen würdevolle Mäßigung jeden Fanatismus ausschließt, sind ein wahrer Segen, für die Polen. Und auch für uns. Denn was den Polen wahrhaft frommt, das frommt auch uns. — — Folgendes Histörchen zum Schluß, das ich berichte ohne allen Groll, aber das doch manchen harte Urtheil entschuldigt, was ich zuweilen in der ersten Aufwallung nicht unterdrücken konnte. Der Fürst Sulkowski auf Reisen „soll“ während seines hiesigen Aufenthalts in jüngsthergestossener Zeit (gleich nach dem Kampf bei Kion und Mielosław), während er unter andern Anträgen der Regierung vorstellig, seine Truppen aus den polnischen Kreisen gänzlich zurückzuziehen, bei einem hiesigen namhaften Sattler — 1500 Sättel bestellt haben! — wahrscheinlich für die preußische Kavallerie. —

Digitized by Google

Hundertvier Studenten haben in einer recht schönen Adresse an das Ministerium ein gutes Wort für Polen eingelegt; es ist recht wohlthuend, wahrzunehmen, daß die edlere Menschlichkeit, welche doch in den Sympathien der Deutschen für Polen sich von jeher kund gab, sich nicht leren läßt und immer wieder in den Vordergrund tritt. Es ist eine hoffnungsreiche und herrliche Eigenschaft der deutschen Nation. Denn nur eine Volksthümlichkeit, deren Subjekt wortwohl und echt menschlich ist, hat eine Zukunft.

Breslau. Man schreibt der Voss. Ztg., das Resultat der Wahlen für die preuß. konstituirende Versammlung sei ein für die demokratische Partei durchaus günstiges, wie nach der Wahlmännerwahl zu erwarten gewesen. Es seien Graf Reichenbach, Schriftsteller Brill, Dr. Elsner zu Abgeordneten, Dr. Nees v. Esenbeck, Dr. Stein und Stadtgerichtsrath Pfülicher zu Stellvertretern gewählt worden. Der Landtreis Breslau hat mit Stimmenmehrheit Milde gewählt. —

Halle. Von hier sind für die konstit. Versammlung in Berlin Prof. Duncker als Abgeordneter, Prof. Burmeister als Stellvertreter gewählt.

Cleve, 10. Mai. Die klerikale Partei hat auch bei der Wahl des Deputirten zum deutschen Parlament gesiegt, nicht aber bei der des Stellvertreters. Von 139 Votanten erhielt Dr. Schelten 114, Prof. Dieringer 15 Stimmen. (Düss. Z.)

Potsdam, 10. Mai. Als Deputirter nach Frankfurt wurde heute der Regierungsrath Rüttig gewählt.

Brandenburg, 10. Mai. Als Abgeordnete wurden hier gewählt: 1) für Berlin: Dr. med. Steinbeck von hier; Stellvertreter: Assmann Zimmermann aus Liepe. 2) Für Frankfurt: Graf Arnim (Boitzenburg); Stellvertreter: Konrektor Dr. Schrader von hier. —

Ober-Glogau, 6. Mai. Heute früh um 1 Uhr brachte eine Staffette die Order, daß das erste Aufgebot der Landwehr eingezogen werden und bis zum 9. Mai bereits in Kosel eintreffen müßte. (O. B.)

Swinemünde, 7. Mai, Abends. (Oftse-Ztg.) Der Termin für den unbehinderten Ausgang neutraler Schiffe ist bis zum 20. Mai festgesetzt worden. Nachdem gestern der hiesige englische Vice-Konsul erfahren hatte, daß der Eintritt der Blokade von Swinemünde erst auf den 2ten d. M. festgestellt sei, hat derselbe dagegen protestirt, daß der Kommandeur der dänischen Fregatte „Havfruen" die früher, und zwar am 5ten d. M. eingetroffenen Schiffe „Exquisite" und „Margaretha Stein" bisher vom Einlaufen in den hiesigen Hafen zurückgehalten habe. In Folge dessen sind jene beiden Schiffe heute freigegeben und mit Hülfe des Dampfboots Abends hier eingekommen.

Köln, 10. Mai. Man erwartet hier mit jedem Tage den Befehl zur sofortigen Mobilmachung des rheinischen Armeekorps und zur unverzüglichen Einberufung der Landwehr.

= Stralsund, 10. Mai. Es traf hier gestern beim schwedischen Konsulate von Seite Dänemarks die Nachricht ein, daß, wie die Sachen sich auch gestalten möchten, der jetzt durch schwedische Dampfschiffe besorgte Postverkehr zwischen Malmö und Stralsund nicht gestört würde, eine Nachricht, welche, ebenso wie die zu gleicher Zeit bekannt gewordenen Friedensmittheilungen Lord Palmerstons, die lebhafteste Freude hier erregten. Stralsund ist seit dem 2. Mai von Dänemark als im Blokadezustand offiziell bezeichnet, indeß hat sich seit dieser Zeit kein dänisches Schiff hier in der Nähe blicken lassen. Auch sind die Positionen bei Stehsof, Barhöft und Preßnitz so vollständig armirt, daß an ein Eindringen in unseren Hafen und an ein früher sehr zu fürchtendes Verbrennen unserer Handelsschiffe nicht mehr zu denken ist, denn die Geschütze auf den erwähnten Punkten beherrschen das ganze Fahrwasser. Bei der heute vorgenommenen Wahl eines Abgeordneten nach Frankfurt ist diese, was ich voller Freude Ihnen sofort mittheile, auf E. M. Arndt in Bonn gefallen. Von 147 Stimmen waren 142 für den wackern Greis und namentlich waren es die Wahlmänner Rügens, welche für ihren Landsmann kämpften. Sein Aufruf: „Noch eine kleine Anstrengung in die Stimmlisten" in Nr. 99 der Deutschen Zeitung hat dort solchen Enthusiasmus erregt, daß er separat gedruckt in vielen Exemplaren überall verbreitet wurde; er gibt ja auch Zeugniß, daß die Last der Jahre nicht den jugendlich frischen Geist seines Verfassers beugte. Als Stellvertreter wurde der jetzige Kultusminister, Graf Schwerin, gewählt, bekanntlich auch ein geborner Pommeraner.

Posen, 9. Mai. Die Pos. Z. enthält folgende Mittheilungen vom Kriegsschauplatze: „Die Hauptleute Knorr und Tieklmann sind in dem Kampfe bei Miloslaw am 30. April nicht gefallen; sie befinden sich, wie wir gestern aus einem eigenhändigen Briefe des Hauptmanns Tieklmann ersehen haben, gefangen und verwundet in dem polnischen Lazarethe zu Miloslaw, wo sie gut behandelt werden. Justizkommissär Krauthofer fungirt zur Zeit als Kommandant in dem polnischen Partisanenlager von Moschin. Dr. Wladislaus von Niegolewski befindet sich schon seit einiger Zeit als Vertreter der polnischen Sache zu Frankfurt a. M. Mierosławski ist nach dem blutigen Abend von Wreschen am 2. d. M. nach Trzemeszne gezogen, ist dort zurückgeschlagen worden und hat nun sein Hauptquartier im Dorfe Skaye, unfern der russischen Grenze, einige Meilen nördlich von Slupec, aufgeschlagen. Er soll um sich her die beste Mannzucht halten, so versichert uns ein deutscher Gutsbesitzer aus der Nähe von Wreschen, der sich am 2. genöthigt sah, mit seinen 30 polnischen Leuten dem Kampfe bei Wreschen beizuwohnen, hinterher jedoch seine und seiner Dienstleute Entlassung bis auf Weiteres ohne Schwierigkeiten von Mierosławski erlangte. Am 5. hat es in Obernik ein blutiges Gefecht gegeben. Gleich im Anfange desselben fiel der feindliche Führer, Major Dobrzych, von einer Musketenkugel durchbohrt. Derselbe hatte eine Uhr und 450 Rthlr. bei sich, die als Beute unter die Führere des 6. Regiments vertheilt wurden. Am 6. ist in Schrimm ein zweimaliger Angriff auf die Stadt, von Seite der bei Rogalin versammten Insurgenten, durch die Preußen siegreich zurückgeschlagen worden. Eine große Menge von Gefangenen sind von dorther gestern hier eingebracht worden. Eine Expedition, bestehend aus 6 Kompagnien, 2 Schwadronen und 4 Geschützen, wurde noch in der Nacht nach Mosckin gegen den Partisanenführer Krauthofer-Krotowski abgesandt, welcher bereits von den k. Behörden steckbrieflich verfolgt wird. Dem Rittmeister v. Mitzlaff vom 2. Husarenregiment, durch die Schnelligkeit seiner Expeditionen rühmlich bekannt, ist es gelungen, sechs polnische Obersten (zwei Grafen Skarbeki, v. Zeltowski u. A.), von denen zwei bei dem Ueberfall in Buk eine bedeutende Rolle gespielt haben sollen, in Sady zu verhaften und heute früh hier abzuliefern. Auch eine Kanonade außerhalb ist in der Frühe gehört worden. Noch wissen wir nicht, wo dieselbe Statt gefunden hat. Die Kopfzahl der ganz verarmten geflüchteten Familien aus Buk und andern Orten, die hier im Odeum untergebracht sind und ernährt werden, betrug schon gestern 56. Die Stadt Buk soll nach dem Berichte des letzten Officiers, der hindurchgezogen, völlig verwüstet und wie ausgeplündert sein. Unbeschreibt lagen, ein entsetzlicher Anblick, auf dem Markte und in allen Straßen die Leichen umher. Zwei von den Führern der Insurgenten in Buk sind verlaurt gewesen. Heute früh ist eine Deputation des polnischen Hauptquartiers in der Absicht, zu kapituliren, hier eingetroffen, aber von der Militairbehörde zurückgewiesen worden. Nicht der Major v. Winning, sondern Major Brech hat mit seinem Bataillon die Insurgenten aus Buk vertrieben. Auch ist der Verlust der Kompagnie des Hauptmanns von Boenigk zu doch angegeben, er beläuft sich im Ganzen auf etwa 30 Mann an Todten und Verwundeten. Desertirt ist kein Einziger, es haben sich sogar noch gestern einige Soldaten — Polen — die versprengt worden, hier wieder eingefunden. Die Insurgenten haben in Buk allein etwa 90 Mann an Todten verloren unter denen auch ein Geistlicher, der sich an die Spitze der Partisanen gestellt haben soll, und der Besitzer von Sady, Herr v. Zaremba, genannt worden.

Dasselbe Blatt meldet ferner: „So eben, Nachmittags um 4 Uhr, erhalten wir die zuverlässige Nachricht, daß Rogalin, das Hauptquartier des von ehemaligen Kommissär Krauthofer (Krotowski) geführten Partisanenkorps der Republik Polen, von einer Abtheilung unserer Truppen unter den Befehlen des Majors von Schimmelspfennig heute früh gewonnen worden ist. Ueber die Zahl der Gebliebenen können wir noch Nichts mittheilen. Vier Kanonen sind in die Hände der Sieger gefallen".

Der königlicher Kommissarius, General der Infanterie von Pfuel, hat unterm 8. Nachstehendes bekannt gemacht: „Der ehemalige Justizkommissarius Krauthofer, der seit einiger Zeit Krotowski sich nennt, der Gutsbesitzer Wladimir Mielzynski aus Krzyzanowo, Kreis Schrimm, und der Franz Mazeljowski, Sohn des Probsteipächters auf Miry, Kreis Posen, erlassen seit einigen Tagen unter vollkommener Nichtachtung und Verhöhnung aller Gesetze, Namens der polnischen Republik und als Chefs des polnischen Partisanenkorps, Schreiben und Befehle an die königlich preußischen Behörden. Zugleich stellt der sogenannte Oberbefehlshaber die Vollstreckung der Befehle unter das Vehmgericht des Partisanenkorps. Das Vehmgericht, welches in die fernste und roheste Zeit der Geschichte fällt, ist — soweit dies Institut bekannt geworden ist — nichts Anderes als die Organisation des Meuchelmordes. Die oben Genannten, welche sich der Proklamation des Meuchelmords durch ihre Erlasse an das königl. Oberlandesgericht und die königl. Generalkommission vom 6. d. M. schuldig gemacht haben, werden ihrer Bestrafung nicht entgehen. Niemand wird sich zum Mit-

Digitized by Google

schuldigen eines solchen Verbrechens machen wollen, und es wird deshalb Jedermann hiermit aufgefordert, die Genannten, wo es auch sei, zu verhaften und den königlichen Behörden anzuliefern. Diejenigen aber, welche dennoch diese Unfreier zum Meuchelmorde bei sich aufnehmen, verheimlichen oder deren Flucht befördern, werden ebenfalls zur Untersuchung und Bestrafung auf Grund des §. 160 Theil II. Tit. 20 des Allgemeinen Landrechts gezogen werden. Posen, 8. Mai 1848. Der königliche Kommissarius, General der Infanterie von Pfuel."

Vorgestern war vom Kommandanten von Steinäcker der Befehl zur Einlieferung der Waffen erlassen worden. Dieselbe hat gestern stattgehabt. Am Nachmittage war darauf der Kanonenplatz mit einigen Tausend Deutschen aus allen Ständen bedeckt, welche von 6—½9 Uhr Waffen aus den königlichen Zeughäusern erhielten. Perkussionsgewehre, Infanterie- und Kavalleriesäbel wurden zunächst an die Bezirksleiter und dann durch diese weiter an die Inhaber der vom deutschen Nationalkomité ausgefertigten und von dem Generalkommando abgestempelten Legitimationskarten vertheilt. Unter den gedrängten Menschenmassen, die bis zum Einbruch der Nacht unter den Kastanienbäumen auf- und abwogten, bemerkte man nur selten einen Polen. Nach 10 Uhr wurde abermals Generalmarsch geschlagen, die Besatzung, die sich in den letzten beiden Tagen soll um das Doppelte verstärkt haben, eilte auf die Sammelplätze; die Einwohner harrten ängstlich der Dinge, die da kommen sollten, doch es blieb Alles still. Später ergab sich, daß das Gut Klischin brannte.

**Sachsen.** Dresden, den 10. Mai. Heute Vormittag, schreibt man dem Fr. J., wurde von 76 Wahlmännern der Nationalvertreter zum deutschen Reichstage im Saale der Stadtverordneten gewählt. Professor Wigard erhielt gleich bei der ersten Abstimmung 55 Stimmen.

Leipzig, 10. Mai. Von den 24 Wahlbezirken, in welche das Königreich Sachsen eingetheilt ist, sind aus 10 Bezirken die Ergebnisse der Wahlen zur konstituirenden Nationalversammlung bekannt. Es wurden gewählt im 1. Bez.: Stadtrath Oensel in Zittau, als Stellvertreter: Fabr. Hofmann; im 5. Bez.: Bürgermeister Schmidt in Wurzen, als Stellvertr.: Ed. Langhein daselbst; im 6. Bez.: Red. Blum in Leipzig, als Stellvertr.: Dr. Wuttke daselbst; im 8. Bez.: Justizamtmann Heisterberg in Rochlitz, als Stellvertreter: Advocat Heldig in Borna: im 10. Bez.: Schriftsteller J. G. Günther in Leipzig, als Stellvertr.: Bürgermeister Linke in Werdau; im 11. Bez.: Prof. Biedermann in Leipzig, als Stellvertr.: Advocat-Rath Cuno in Zwickau; im 13. Bez.: Advocat-Gr.-Beisitzer v. Trützschler in Dresden, als Stellvertr.: Kaufm. Böhler in Plauen; im 17. Bez.: Kreisdirektor Heubner in Freiberg, als Stellvertr.: Bürgermeister Mauckisch in Dippoldiswalde; im 19. Bez.: Gutsbesitzer Joseph in Lindenau, als Stellvertr.: Stadtrath Thoß in Freiberg; im 24. Bez.: Advocat Dr. Schaffrath zu Neustadt, als Stellvertr.: Gutsbesitzer Joseph zu Lindenau. Diese Wahlen sind fast sämmtlich im Sinne der entschieden freisinnigen Partei ausgefallen.

**Baden.** ∞ Karlsruhe, 10. Mai, Mittags. Unsere Polytechniker haben ihre improvisirten Ferien etwas länger ausgedehnt, als wir bei der Abfassung unseres Berichtes vom 7. d. M. gehofft hatten. Den vorstehenden Montag beabsichtigen sie aber bestimmt in Frauenalb zu sein. Von hier aus machten Viele noch einen Ausflug nach Herrenalb und nach dem Wildbade, wobei mehrere so eben erst hier eingetroffen sind. Andere haben sogar Stuttgart besucht und sind bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Hier sind unterdessen ihre Erwartungen keineswegs in Erfüllung gegangen; vielmehr befanden sich sie gestern Mittag ein Anschlag am schwarzen Brette, worin die Direktion der polytechnischen Schule einen Erlaß des Ministeriums publicirt, wornach die großherzoglichen Aemter angewiesen sind, den gedachten Lustreisen entgegen zu wirken, und zugleich Alle, welche nicht von heute an die Vorlesungen wieder besuchen, mit der Relegation von der Anstalt bedroht werden. Von der Aufhebung des bisher bei einigen Fächern üblichen Kollegienzwanges, so wie von der gewünschten und bei der früheren Besprechung dem Vernehmen nach in Aussicht gestellten Zulassung von Privatdocenten, ist in diesem Erlasse noch nicht die Rede. Es wird dies von vielen Seiten bedauert, weil wirklich die obligaten Vorträge von einem oder dem andern Docenten ohne sonderliche Selbstverläugnung zur Beruhigung sonst wenig gesuchter Kollegien ausgedehnt werden sein sollen, und man in der Zulassung von Privatdocenten hiergegen eine wohl nicht unwesentliche Verkehrung sieht. Es sollen sich zum Beispiel viele Studiosen des Ingenieurfaches bisher nur darum in die Bausuhle haben aufnehmen lassen, weil hier die Wahl der Kollegien mehr ihrer eigenen Entscheidung überlassen wird, und der Vorstand ihnen nur mit seinem Rath an die Hand geht, während sie in der Ingenieurschule zum Besuche von Vorlesungen, welche sie nicht zu hören wünschen, verpflichtet werden. Den rechten Weg zu diesem Ziele haben nun freilich die jungen Männer gänzlich verfehlt; vielleicht wird man die Rückkehr zur Ordnung dadurch erwirken, daß man ihnen die Berücksichtigung derselben auf die reichste Weise kund gegebener Wünsche in Aussicht stellt. Bis jetzt hat sich nur ein kleiner Theil derselben zum sofortigen Kollegienbesuche verstanden; dagegen haben gegen fünfzig bereits durch Unterschrift sich anheischig gemacht, lieber freiwillig auszutreten, als sich dazu zu verstehen. Auf heute Abend ist eine Versammlung angesagt, wo das Weitere berathen werden soll.

Karlsruhe, 11. Mai. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer legte der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Hoffmann, folgenden Gesetzentwurf vor: „Wir, von Gottes Gnaden, ꝛc. Auf den Vortrag Unseres Staatsministeriums und mit Zustimmung unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt: Art. 1. Vom 1. Januar 1849 an, und bis die zum Zwecke einer gerechtern Vertheilung der öffentlichen Lasten bereits begonnenen umfassenden Arbeiten vollendet sein werden, treten eine mit dem Betrage des steuerbaren Einkommens in angemessenen Abstufungen steigende Einkommensteuer, sowie eine besondere Kapitalsteuer nach den ergehenden besondern Gesetzen, einstweilen als Zusatzsteuern zu den bestehenden ordentlichen direkten Steuern in Wirksamkeit. Art. 2. Von demselben Zeitpunkte an ist die Schlachtviehaccise und die Kaufbriefaxe gänzlich aufgehoben und die Immobilientauxaccise von 1½ kr. auf 1 kr. von jedem Gulden des Kaufpreises herabgesetzt. Die Erbschaftsaccise bleibt nach ihrem bisherigen Bestande in Kraft. Art. 3. Finden sich nach Ermittlung des Ertrages der nach Art. 1 neu einzuführenden Steuern und nach Aufstellung des gegenwärtig einer durchgreifenden Revision unterliegenden ordentlichen Budgets erhebliche, zur Deckung nothwendiger außerordentlichen Ausgaben nicht erforderliche Ueberschüsse der Einnahmen über die Ausgaben, so sollen unter Vereinbarung mit den Ständen weitere Erleichterungen in den Steuern eintreten. Art. 4. Zur Deckung des dermaligen außerordentlichen Bedarfs der Kriegsverwaltung werden außer andern außerordentlichen Mitteln folgende Einnahmen bestimmt: 1) Die fren Besoldungen, Funktionsgehalte und Pfründen der Staats- und Kirchendiener, der Hofdiener, der Diener der großh. Familie und der Stands- und Grundheerern, sowie der Gemeindebeamten, und sämmtliche Pensionen solcher Diener unterliegen, soweit sie in einer Hand vereinigt mehr als 1000 fl. betragen, neben der fortbestehenden Klassensteuer für das Jahr 1848 folgender außerordentlichen Zusatzsteuer:

| Die genannten fren Bezüge von | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1001 bis 1500 fl. | bezahlen | 2% | des ganzen | Betrags, |
| 1501 „ 2000 fl. | „ | 3% | „ | „ |
| 2001 „ 2500 fl. | „ | 4% | „ | „ |
| 2501 „ 3000 fl. | „ | 5% | „ | „ |
| 3001 „ 4000 fl. | „ | 6% | „ | „ |
| 4001 „ 5000 fl. | „ | 7% | „ | „ |
| 5001 „ 6000 fl. | „ | 8% | „ | „ |
| von mehr als 6000 fl. | „ | 10% | „ | „ |

Der Mehrbetrag der Steuer einer höhern Klasse gegen eine geringere darf jedoch nie größer sein, als der Betrag, um welchen der fire Bezug größer ist, als das höchste Einkommen der vorhergehenden Klasse. 2) Die in Art. 1 genannten Steuern, die Kapitalsteuer und Einkommensteuer, sind als außerordentliche Steuern auch für das Jahr 1848 zu erheben; doch sind die unter Ziffer 1 aufgeführten fren Bezüge für dieses Jahr aus den Erhebungslisten der Einkommensteuer wegzulassen. Die betreffenden Personen sind nur mit ihren etwa sonstigen Einkommensantheilen der wahrsenden Einkommensteuer unterworfen. Die unter Ziffer 1 und 2 aufgeführten Abzüge und Steuern sind mit einem Drittel am 1. August, mit einem Drittel am 1. Okt. und mit dem letzten Drittel am 1. Dec. l. J. zu erheben. In derselben Sitzung legte Staatsrath Hoffmann noch zwei Gesetzentwürfe vor, über: a) die Umwandlung der Weinsteuer (Weinaccise und Ohmgeld) und die Biercaccise in Bausch(summen, und b) die Umwandlung der Schlachtviehaccise in Bausch(summen. Endlich übergab Staatsrath Hoffmann noch einen Gesetzentwurf, die Erhebung der direkten und indirekten Steuern auf weitere 6 Monate betreffend. Auf den Antrag des Abg. Zittel wurde von der Kammer der einhellige Beschluß gefaßt, dem Entgegenkommen des Großherzogs ihren Dank in einer Adresse auszusprechen.

Karlsruhe, 12. Mai. In der letzten Kammersitzung wurde nach der Karlsr. Ztg. folgendes Reskript mitgetheilt: „Seine königl. Hoheit der Großherzog — erwägend die augenblickliche große Stockung der Gewerbe und des Handels, welche leider noch durch die verbrecherischen Störungen der Ruhe und gesetzlichen Ordnung vermehrt wurde,

Digitized by Google

und von den in dieser drangvollen Zeit gesteigerten Bedürfnissen der Staatskasse unterrichtet, haben sich gnädigst bewogen gefunden, derselben für die Bestreitung der außerordentlich starken Ausgaben der Kriegsverwaltung im laufenden Jahre mit einem allerhöchsten Beitrag von einmalhunderttausend Gulden zu Hilfe zu kommen. Von gleicher Gesinnung beseelt, haben sich auch die höchsten Mitglieder der großherzogl. Familie zu einem außerordentlichen Beitrage für dieses Jahr, zusammen von fünfundzwanzigtausend Gulden bereit erklärt. Hiervon lassen Seine königl. Hoheit der Großherzog das Staatsministerium zur Besorgung des Weiteren in Kenntniß setzen. Karlsruhe, den 11. Mai 1848. Auf Befehl Seiner königl. Hoheit des Großherzogs. Der Minister des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten (gez.) v. Dusch."

△ **Mannheim**, 12. Mai. Der Kriegszustand ist durch Staatsministerialbeschluß vom 10. d. aufgehoben worden, was gestern durch den Ministerialkommissär mittelst Anschlag an den Straßenecken verkündet wurde. Volksversammlungen bleiben dem ungeachtet verboten, was von mehreren Seiten für ungerechtlich gehalten wird. Die Aufgabe der Regierung scheint aber darauf zu beruhen, daß sie den Kriegszustand theilweise aufrechen, daher in einer oder der andern seiner Folgen fortbestehen lassen könne. Wir glauben übrigens nicht, daß es nothwendig gewesen wäre, eine solche Ausnahmsmaßregel zu ergreifen, die wenigstens nicht den klaren Buchstaben des Gesetzes für sich hat und daher den Vorwand abgeben kann, die Regierung einer Ungesetzlichkeit zu zeihen. Es wird sich auch in diesen Tagen zeigen, daß hier die bei Weitem größere Anzahl der Bürger und Einwohner, wenn auch entschieden dem Fortschritt zugethan, doch jeder Anarchie und Gewaltthat abgeneigt ist, daß es diesen bei der plötzlichen Spaltung der liberalen Partei nur nicht möglich war, sich sofort zusammenzufinden, um durch ihre Anzahl und die Achtbarkeit ihrer Mitglieder der durch die verwerflichen Mittel aufgeschreckten Menge mit Erfolg entgegentreten zu können. Gestern sind deßhalb fünfzehn Männer zusammengetreten, welche ein von Direktor Schröder entworfenes Programm einstimmig angenommen und auf heute ihre Freunde und Gesinnungsgenossen zu einer weitern Besprechung eingeladen haben. Es gilt, da die alten Bände sämmtlich zerfallen sind, einen neuen, aber starken Bund, begründet auf Uebereinstimmung der Gesinnung, ins Leben zu rufen, der nicht blos für diesen jenen Zweck wirken, sondern den ganzen Menschen erfassen, eine ganze politische Thätigkeit in einer klar ausgesprochenen Richtung bestimmen, unter den Gleichgesinnten Einigkeit im Handeln und dadurch Muth und Vertrauen auf sich selbst wecken soll. Wir fühlen sehr wohl, daß es nie einzelnen Einigen hätte gelingen können, uns Viele unter die Herrschaft des Schreckens zu bringen, wenn wir verstanden hätten, uns in jener kritischen Zeit zusammenzufinden und zu organisiren. Nun aber wir diese Einsicht gewonnen haben, sollen auch die künftigen Gefahren uns gerüstet finden. Wir wollen zusammenstehen, Einer für Alle, Alle für Einen.

* **Heidelberg**, 14. Mai. Wie wir so eben erfahren, ist in Waldshadt Jungbannes. zum Abgeordneten in das deutsche Parlament gewählt worden; derselbe gehörte in unserer Kammer zur entschiedenen Opposition, im Vorparlamente zur Minorität.

* Aus der **Pfalz**, 13. Mai. Dem in der Deutschen Zeitung ausgesprochenen Wunsch, es mögen über den Tod v. Gagern's möglichst viele Augenzeugen vernommen werden, ist unseres Erachtens noch immer nicht hinreichend entsprochen worden. Wir haben erst vor einigen Tagen wieder von einem Mitgliede der badischen zweiten Kammer die Behauptung gehört, die Soldaten hätten bei Kandern zuerst geschossen und v. Gagern sei also nicht meuchlerisch getödtet worden; auch hat Hecker dieses wiederholt erklärt. Es wäre daher sehr im Interesse der Wahrheit, wenn die sämmtlichen Officiere, welche bei jenem unglücklichen Ereignisse zugegen gewesen sind, eine öffentliche Erklärung abgäben, wie v. Gagern umgekommen, um auf diese Weise das öffentliche Urtheil festzustellen und die vorhandenen Zweifel und Widersprüche zu zerstreuen*). Wie sich übrigens auch die Sache verhalte, das Vaterland wird nicht aufhören, den gefallenen Helden von denen zurückzufordern, deren frevlerische Hand ihm denselben entrissen hat. — Schließlich die Bitte, es möchten die zehn Artikel der Deutschen Zeitung über den Verfassungsentwurf der Vertrauensmänner in einem besondern Abdrucke erscheinen, damit dieselben weiteren Kreisen zugänglich werden.

*) Wir können diesen Wunsch nur lebhaft unterstützen, namentlich seit in der Kölnischen Z. und andern Blättern eine Erklärung von Hecker erschienen ist, welche die früheren Aussagen von der andern Seite entschieden in Abrede stellt. Wir werden auf diese Erklärung morgen zurückkommen. D. R.

* **Durlach**, 13. Mai 2 Uhr Nachmittags. In diesem Augenblick erhalten wir aus Wilferdingen die sichere Kunde, per Estaffette, daß heute dort bei den von den Aemtern Durlach und Pforzheim und einigen Orten des Amtes Bretten vorgenommenen Wahl eines Vertreters zum deutschen Parlament, Welcker, der Mann der Redlichkeit und Treue, Welcker, dem ein gegebenes Wort gleich Eidem heilig ist, mit 103 Stimmen als Erkorener aus der Urne hervorgegangen, während v. Itzstein, den Republikaner unserer Stadt Welckern gegenüber auf den Kampfplatz führten — mit 34 Stimmen — unterlegen.

**Hessen.** ** **Darmstadt**, 13. Mai. Zur Nationalversammlung wurden gewählt vorgestern in Erbach Bogen aus Michelstadt, gestern in Nidda Gagern. Bogen hat unter dem frühern System Viel gelitten und gehört zu den gemäßigten Republikanern.

* Aus **Darmstadt** kommt uns eine Gegenerklärung der Abgg. Behlen, Heldmann und Mohr zu, worin sie ihre Abstimmung in der Kammersitzung vom 1. Mai gegen den Angriff eines unserer Korresp. in Schutz nehmen. „Wir wissen uns nicht zu erklären, heißt es, wozu vom Einsender aus der Mittheilung des Petitionsantrags vom 1. d. M. ausgelassen hat, daß darin die Kammer aufgefordert wurde, ein Verdammungsurtheil über die unglücklichen Freischaarenführer auszusprechen. Diesem nachzukommen haben die Unterzeichneten seinen Beruf in sich gefühlt. Was nun die berührten Konsequenzen betrifft, so hätte der Einsender bedenken sollen, daß man eine Ansicht mit allen gesetzlichen Mitteln vertreten kann, ohne sich deßhalb zu extremen Maßregeln verleiten lassen zu müssen. Von dem Einsender erwarten wir den Muth, seinen Namen in diesen Blättern öffentlich zu nennen".

**Mainz**, 11. Mai. Nach langer Unterbrechung sahen wir heute den ersten Dampfschleppzug rheinabwärts wieder hier eintreffen. Es waren die Schiffe der Frankfurter Gesellschaft, welche auf der Strecke von Koblenz hierher die Fahrt wieder eröffneten. Die Reise ist ohne die geringste Störung vollführt worden, was um so größere Freunde erregen mußte, als dadurch zur Ehre Deutschlands der Beweis geliefert wurde, daß auch am Rhein der bessere Sinn, trotz böswilliger Aufreizungen, den Sieg über rohe Gewaltthätigkeiten und Gefährdung des Eigenthums zu erringen wußte. (Fr. O. Z.)

**Nassau.** **Wiesbaden**, 11. Mai. Unsere Regierung hat einen neuen Schritt zur Vereinfachung unserer Verhältnisse gethan, indem sie, wie wir vernehmen, ihre sämmtlichen diplomatischen Agenten an deutschen sowohl als auswärtigen Höfen abberufen hat. Der geheime Legationsrath von Gagern ist sogleich an die Höfe von Holland und Belgien, bei welchen er bisher als Gesandter beglaubigt war, abgeschickt worden, um sich persönlich zu verabschieden. Wie begreiflich diese Maßregel nicht allein wegen der Ersparniß für uns, sondern auch des Prinzips wegen: daß künftig nur noch die Einheit Deutschlands, sei es Bund oder Reich, im Auslande vertreten werde. Allerdings müssen zu letzterm Zweck nunmehr die geeigneten Ersatzmaßregeln beim Bundestage beantragt werden. (Fr. O. Z.)

* **Frankfurt**, 12. Mai. Der nach einer mehr als vierstündigen äußerst belebten Berathung heute gefaßte Beschluß des Fünfzigerausschusses in Betreff des Bundesprotokolls vom 4. d. M. lautet: „In Erwägung, daß das vorliegende Protokoll Grundsätze und Ansichten enthält, die den Beschlüssen des Vorparlaments widersprechen und der konstituirenden Versammlung ihren Charakter als solcher absprechen; in Erwägung, daß der Bundestag deßhalb sogar den Regierungen zur gutheißenden Kenntnißnahme eingesandt, und gegen diese Grundsätze und Ansichten sich auch nicht ein Widerspruch erheben hat; in Erwägung, daß auch die Exekutivgewalt mit diesem Protokoll in eine Verbindung gebracht worden, die es nicht zweifelhaft läßt, daß man sogar einen Theil der Vorschläge des Protokolls durch dieselben verwirklicht sieht, und daß aus diesem Allem hervorgeht, wie der Bundestag seine Stellung und seinen Standpunkt verkennt, erklärt der Fünfziger-Ausschuß zu Protokoll: daß er die Rechte der konstit. Versammlung hiermit vollständig gegen jeden Eingriff wahrt, und das Provisorium wie das Verfahren des Bundestags mit denselben der Beurtheilung der öffentlichen Meinung Deutschlands übergibt". — Ferner beschloß der Ausschuß, den Gagernschen der konst. Versammlung zu überweisen. Sehr bemerkenswerth ist die Thatsache, daß im Lauf der Debatte eine Zuschrift des Ministers v. Gagern zukam, worin die großherzogl. hessische Regierung das Provisorium ihres Gesandten förmlich desavouirt; Gagern erklärt nämlich, das Provisorium sei von dem Gesandten ohne Wissen der Regierung und ohne vorher eingeholte Instruktion derselben an die Bundesversammlung abgegeben worden; es werde, zumal was die Ansichten über die Kompetenz der konstit. Versammlung und ihr Verhältniß zu den Regierungen betreffe,

Digitized by Google

entschieden mißbilligt, und diese Mißbilligung werde demnächst öffentlich ausgesprochen werden. Auch Hergenhahn, welcher an der Berathung als Ausschußmitglied Theil nahm, erklärte sowohl in dieser Eigenschaft wie in jener als Minister, daß er lediglich die Konstit. Versammlung für befugt halte, eine Verfassung für ganz Deutschland zu geben, daß er aus allen Kräften diese Befugniß aufrechthalten, und wenn er dazu außer Stand gesetzt würde, alsdann sein Amt niederlegen würde. — Nach Erledigung dieser Gegenstanden ging die Berathung zu dem Bundesbeschluß vom 8 Mai (Zurückweisung des Protestes der Fünfziger gegen den Beschluß in Betreff der Exekutivgewalt) über. Nach kurzer Debatte ging der Antrag Abegg's in der von der Kommission modificirten Form durch, wornach der Ausschuß die Erwiderung des Bundestags vom 8. d. als durchaus ungerechtfertigt erklärt, sich gegen jede daraus abzuleitende Folgerung entschieden verwahrt und sich von jeder, wenn auch nur entfernten, Theilnahme an der beschlossenen Exekutivgewalt (Triumvirat) lossagt. Der auf Anlaß des Separatprotokolls von Kolb gestellte Antrag, die Mitglieder der Konstit. Versammlung zu schleunigen Erscheinen aufzufordern, wurde als überflüssig beseitigt; der Antrag Schuselka's aber, auf Abberufung der Gesandten, welche das Separatprotokoll unterzeichnet, zu dringen, nur von Einem Mitgliede unterstützt. — Bei dem heute Nachmittag Statt gefundenen Zusammentritt der Parlamentsmitglieder wurden 29 neue angemeldet, darunter Uhland, v. Lindenau, Hahler, Droysen, Zachariä, u. s. w.

* Frankfurt, 11. Mai. In Folge der gestern an ihn gerichteten Anfrage hat der Bundestag heute ein Exemplar des Separatprotokolls vom 4. d. dem Ausschuß übermacht. Die Uebereinstimmung mit dem von Abegg verlesenen läßt über die Echtheit des letztern einen Zweifel (der ohnehin nur ein formeller sein konnte) nicht länger zu. Es wurde beschlossen, morgen Vormittag über diesen Gegenstand, und zwar getrennt von der Abegg'schen Motion in Betreff des Bundesbeschlusses vom 8. d. M. zu berathen. Die Debatte wird dem Volk großes Interesse bieten. Eine andere gleichzeitig vom Bundestag gemachte Mittheilung betrifft die Motive seines Beschlusses in der Polensache. Sie wurde nach einigen Hin- und Herreden, die gerade nichts Neues zum Vorschein brachten, an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten verwiesen. Die Anträge Heckschers in Betreff der deutschen Marine wurden einstimmig genehmigt. Sie bezwecken eine Aufforderung an den Bundestag, die Seestaaten und das gesammte Volk, und den Zusammentritt eines Kongresses in Hamburg (31. Mai), welchem nach Heckscher's Wunsch der Bund vorläufig die Summe von $^1/_2$ Mill. Rthlr. zur Verfügung stellen sollte. Schließlich referirte v. Soiron über die Konferenzen mit dem Bund in Betreff der militärischen Angelegenheiten und des Triumvirats. Aus diesen durch Kolb, Wippermann, Rey, Biedermann u. A. ergänzten Mittheilungen geht soviel hervor, daß die Kommission des Ausschusses bei den Konferenzen mit dem Bundestag von Vertheidigung und Bund der Triumvirat-Frage später in den Bundesbeschlüssen gegeben worden, keine Ahnung hatte, und wenn sie sie gehabt hätte, von vornherein entschieden dagegen protestirt haben würde.

Frankfurt, 12. Mai. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 12. Mai 1848. Auf eine Anfrage des Fünfziger-Ausschusses, ob die zu dessen Kenntniß gekommene Abschrift eines Separatprotokolls vom 4. Mai in Betreff der Behandlung des vorliegenden Verfassungsentwurfs authentisch sei, hatte der Revisions-Ausschuß unter Mittheilung eines Abdrucks jenes Protokolls bejahend zu antworten beschlossen, was von der Bundesversammlung gut geheißen wird. Ein Schreiben des Prinzen Karl von Baiern, Oberbefehlshabers des 7. und 8. Armeekorps, über den Bestand dieser Armeekorps und die süddeutschen Bundesfestungen wird Behufs der Frage wegen weiterer Aufbewahrung des Festungs-Armirungsmaterials der Militärkommission mitgetheilt. Der preußische Gesandte bringt nachträglich eine Eingabe von mehreren tausend Einwohnern aus der Stadt und dem Kreis Posen zur Kenntniß der Bundesversammlung, worin diese um Aufnahme in den deutschen Bund bitten. Derselbe Gesandte zeigt an, daß der Transport von Steinkohlen und Koaks rheinaufwärts bis Andernach durch Dampfschleppschiffe und weiter auf der Achse ununterbrochen fortdaure und der Schutz der Dampfschleppschiffahrt vom Militär- und Civilbehörden nach Möglichkeit gewährt werde. Der badische Gesandte zeigt an, daß nach eingetretener Beruhigung des dortigen Landes die Bundestruppen anderer Staaten zur Erhaltung der innern Ruhe nicht wesentlich erforderlich seien; da die großherzoglich hessische Regierung zugleich um Zurückziehung ihrer Truppen gebeten, so wird beschlossen, den Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps zu überlassen, diese Zurückziehung nach Thunlichkeit zu bewerkstelligen. Namens des luxemburgischen Gesandten wird angezeigt, daß die Wahlen im Limburgischen zur Nationalversammlung keinerlei Beschränkungen, welche mit dem Beschluß des Vorparlaments und dem Bundesbeschluß vom 7. April nicht übereinstimmen, unterworfen worden seien, und daß indirekte Wahlen stattfinden, welche am 12. und 16. Mai vorgenommen werden sollen. Dies wird dem Fünfziger-Ausschuß auf dessen Nachfrage mitgetheilten beschlossen. Auf einen Antrag der luxemburgischen Regierung wird beschlossen, den Gouverneur der Festung Luxemburg zu ermächtigen, zur Dämpfung von Unruhen im Großherzogthum kleinere Detachements nöthigenfalls auch über den Rayon der Festung hinaus, insbesondere bei Sicherheit der Festung, unter eigener Verantwortlichkeit abzuordnen. Auf einen Bericht der Reklamationskommission wird beschlossen, den Buchdruckerei-Inhaber Kreps zur Verabfolgung einer Quartausgabe der Bundesprotokolle, welche unmittelbar nach Unterzeichnung derselben erscheinen sollen, zu ermächtigen.

Auf eine Eingabe des Nationalvereins für deutsche Auswanderung nach Amerika wird beschlossen, das gemeinnützige Streben dieses Vereins anzuerkennen, ihm die thunliche Unterstützung wegen etwa zu beantragender allgemeiner Maßregeln zuzusichern und die Erwartung auszusprechen, daß bei der Neugestaltung Deutschlands diese wichtige Angelegenheit zur Nationalsache werde erhoben werden.

An das deutsche Volk. Brüder! Deutsche Kriegsflotten wiegten einst ihre Masten auf allen Meeren, schrieben fremden Königen Gesetze vor, verfügten selbst über die Kronen der Feinde deutscher Macht und Herrlichkeit. Jetzt sind wir wehrlos auf der weltenverbindenden See, jetzt sind wir wehrlos selbst auf unsern heimathlichen Strömen! Ihr wißt es, was mit gerechtem, heiligem Zorn jedes deutsche Herz entflammt. Das kleine Dänemark verhöhnt das ge-ßte, im Lichte seiner Freiheit, im Bewußtsein seiner hohen Weltsendung doppelt mächtige Deutschland! Ein paar Kriegsfahrzeuge, eine Handvoll Seefoldaten dürfen es wagen, deutsche Ströme zu sperren, unsere blühende Handelsmarine dem schmählichen bereits gewagten Seeraub preiszugeben! Unsere Nationalehre ist angetastet, der deutsche Gewerbfleiß bedroht! Kann, darf ein großes, edles Volk Solches ertragen? In den Nord- und Ostseestaaten antworten unsere wackern Brüder bereits mit der That ein mannhaftes Nein! Sie ringen, Deutschland seetüchtig zu machen. Heiliger Eifer begeistert die Backern. Sie scheuen kein Opfer, der Schmach ein Ende zu machen. Brüder! Ganz Deutschland, das ganze Deutschland muß im gleichen Geiste wirken. Gemeinsames Handeln thut Noth, nur die gemeinsame Kraft kann helfen für die Gegenwart, kann helfen für die Zukunft. Es gilt, eine deutsche Kriegsmarine zu gründen. Der Fünfziger-Ausschuß wendet sich an das deutsche Volk, damit es unverweilt das große Werk fördern helfe. Sachverständige aus allen deutschen Küstenstaaten werden am 31. Mai in Hamburg berüber tagen. Deutsche Patriotismus, unterstütze ihre That. Wann hat Deutschland sein Gut gespart, so es die Ehre, die unabhängigkeit seines Vaterlandes galt? Auch der Helfer des Unvermögenden wird dankbar angenommen werden. Reich und Arm muß gleichmäßig die Freude werden, zu Deutschlands Erhebung mitzuwirken! Wenn das deutsche Volk will, werden bald schwarz-roth-goldne Flaggen auf deutschen Kriegsschiffen wehen, werden bald unsere Feinde uns achten zur See, wie auf dem festen Lande. Voran, wackeres deutsches Volk, allüberall Deine Ehre zu wahren, allüberall für die Entfaltung Deiner Machtherrlichkeit zu sorgen! Frankfurt a. M., den 11. Mai 1848. Der Fünfziger-Ausschuß. Soiron. Simon, Schriftführer.

Schleswig. Rendsburg, 9. Mai. Auf den Antrag der Freikorps sind dieselben am 5. Mai von dem kommandirenden General der schleswig-holsteinischen Armee, unter Anerkennung ihres guten Dienste, entlassen worden, da der eigentliche Zweck des Krieges, die Räumung des Herzogthums Schleswig von Seite der Dänen, erreicht ist. Sie werden ihren Marsch auf Rendsburg richten, um daselbst friedlich aufgelöst zu werden. Die Ankunft ist resp. zum 17., 18. und 19. d. M. zu erwarten.

Kolding, den 8. Mai. Abends 6 Uhr. Man schreibt der Börsenhalle: So eben geht hier die zuverlässige Nachricht ein, daß Friderieia seit heute früh 7 Uhr die 12 Uhr von den Dänen mit 24 dreimfündigen Schiffen hart beschossen worden, und dabei die Stadt an zwei Stellen in Brand gerathen ist. Die preußische Artillerie mit 8 Geschützen hat kräftig geantwortet und ein großes Gefechtsschiff (nach einer früheren Mittheilung drei Kanonenboote) in Grund geschossen.

Hamburg, 10. Mai. Folgendes ist, dem Hamb. Korresp. zufolge, der Inhalt der von Schweden an Preußen erlassenen Erklärung: Zuvörderst spricht König Oskar sein Bedauern über das Einrücken preußischer und anderer Bundestruppen in das Herzogthum

Digitized by Google

** Vom Rhein, 9. Mai. Bekanntlich hat bereits in der Mitte des vorigen Monats das Ministerium die rheinische Kriminalgerichtsverfassung, welche durch die bisherige Gesetzgebung vielfach alterirt worden war, im Wesentlichen in ihrer Integrität wiederhergestellt; doch sind noch immer einzelne Bestimmungen der preußischen Gesetze in Kraft geblieben, und davon beginnt jetzt namentlich diejenige, welche den Art. 351 der Kriminalprozeßordnung aufgehoben hat, starken Widerspruch zu finden, da, wie eine Stimme in der kölnischen Zeitung sich ausspricht, „keine die Wesenheit des Geschwornengerichts auf eine schmählichere Weise angegriffen und zerstört hat". In einer nicht mehr fernen Zeit wird das Geschwornengericht in ganz Deutschland zur Geltung gelangen; es dürfte deßhalb die Erörterung jener Bestimmung ein allgemeineres Interesse in Anspruch nehmen können. „Ist der Angeklagte — so lautet der §. 351 cit. — der Hauptthat nur mit einfacher Stimmenmehrheit für schuldig erklärt worden, so berathschlagen die Richter unter sich über denselben Gegenstand, und tritt der Meinung der Minderzahl der Geschwornen eine Mehrzahl der Richter in der Art bei, daß, wenn man die Stimmen zusammenzählt, diese Zahl die der Mehrzahl der Geschwornen und der Minderzahl der Richter übersteigt, so hat die dem Angeklagten günstige Meinung den Vorzug". Dieser Artikel ist durch das Gesetz vom 31. December 1833 in folgender Weise abgeändert worden: „In allen Fällen, in welchen die einfache Mehrheit der Stimmen bei der Entscheidung der Geschwornen Statt gefunden hat, sie mag die Hauptthat oder das Dasein eines erschwerenden Umstandes betreffen, haben die Richter des Assisenhofes selbst in Berathung zu treten und nach Mehrheit ihrer Stimmen zu entscheiden". Es bedarf nun freilich keines weitern Nachweises, daß das eben allegirte Gesetz gegen das Wesen der Jury verstößt, da es das Verdikt der Geschwornen im gegebenen Falle völlig ignorirt und implicite die Ansicht ausspricht, daß in schwierigen Fällen — denn namentlich in solchen wird das Verdikt mit einfacher Majorität abgegeben werden — nur die rechtsgelehrten Richter im Stande seien, die Wahrheit zu finden, eine Ansicht, welche das ganze Institut der Jury verdächtig machen müßte; aber es ist sehr die Frage, ob die Rücksicht zu den Bestimmungen des §. 351 der Kriminalprozeßordnung den Vorzug verdient. Denn was geschieht? Um nicht mit einfacher Stimmenmehrheit der Geschwornen verurtheilen zu lassen, läßt man durch die Minderzahl der Richter verurtheilen; 7 Geschworne gegen 5 genügen nicht, tritt aber die Minderzahl von 2 Richtern dem verurtheilenden, die Mehrzahl von 3 Richtern dem freisprechenden Ausspruch bei, so gibt doch jene Minderzahl den Ausschlag; und während in der Jury, bei der Majorität von 7 gegen 5, 2 Stimmen nicht hingereicht haben, um Gewißheit zu geben, soll im Assisenhofe, bei der Majorität von 3 gegen 2, eine einzige Stimme dazu hinreichen. Das ist gewiß keine Verbesserung des bisherigen Zustandes. Entweder man lasse die Verurtheilung auch bei einfacher Stimmenmehrheit zu, denn man kann doch sicher nicht behaupten, daß z. B. 7 gegen 5 Stimmen jene volle Gewißheit geben, die man der Entscheidung von 7 gegen 5 Stimmen abspricht, oder man adoptire den englischen Grundsatz, welcher kein anderes Verdikt anerkennt, als welches mit Einhelligkeit aller Stimmen abgegeben ist. Davon Nächstens mehr.

* Leipzig, 7. Mai. So ist denn endlich die Wahl für Frankfurt auch bei uns abgethan. Nach vielem Hin- und Herschreiben, Debattiren und Wahlumtrieben ist schließlich Robert Blum mit 47 unter 71 Stimmen gewählt worden und zu dessen Stellvertreter Dr. Wuttke. Der ganze Wahlmodus hat auf die Meisten einen üblen Eindruck gemacht. Privaten und Vereine boten allen ihren Einfluß auf, um ihre Kandidaten zur Wahl zu bringen. Gedruckte Wahlzettel sagten sich, und unser Lokalblättler stritten für und wider die Anempfohlenen. Es artete dabei fast in Handlichkeiten aus. Dergleichen Wahlumtriebe sind wahrlich nichts Erfreuliches, sie manifestiren die unheilvollen Leidenschaften der überall aufstachelnden Parteien. Am Gewaltigsten regte sich der Kampf um Blum und Biedermann. Ersterer ward vom Vaterlandsverein, letzterer vom deutschen Verein warm empfohlen durch Wort, Schrift und That. Blum, der Mann des Volkes, ward von einer Seite her vielfach bekämpft. Zum Theil gönnt man ihm nicht die Auszeichnung, zum Theil mißtraut man ihm sogar, da man ihn für einen radikalen Republikaner hält. Biedermann, der unter der gebildeten Bevölkerung einen großen Anhang hat, aber weniger als Blum unter dem Volke bekannt ist, war daher von allen gemäßigten Parteien bevorzugt. Darob regten sich die Blumianer gewaltig. Sie meinten, es sei eine Ehrensache für Leipzig, den Mann zu wählen, der seit Jahren immer so besonnen den Fortschritt geleitet habe. Man hätte lieber Beide gewählt, wäre es gegangen, da Beide wesentliche Vorzüge vor einander besitzen. Daher war Freude unter den Blumianern, als man hörte, Biedermann sei in Zwickau gewählt worden. So war der Zweck erreicht, auch ihn in Frankfurt als Vertreter zu sehen. Dennoch zog sich ein Gewitter für Blum zusammen, da er den Zeitungen zufolge dem ersten Verein des neuen Parlaments beigewohnt hat. Dies schien ein Beleg dafür zu sein, daß er anderswo gewählt sei, Leipzig brauche ihn nun nicht. Wie verlautet, ist im Preußischen die Wahl auf ihn gefallen, die Wahl ist aber in sofern wieder umgestoßen worden, als man in den preußischen Landen nachträglich nicht einen, sondern mehrere Vertreter gewählt wissen will. Blums Freunde gaben sich alle mögliche Mühe, dem Publikum die Meinung zu benehmen, daß er anderswo gewählt sei, Leipzig dürfe ihn deßhalb nicht fallen lassen. Und so ist denn seinen Freunden auch ihr Wunsch nach vielem Bemühen in Erfüllung gegangen. Es haben sich übrigens hier wenige als Kandidaten gemeldet, nämlich Blum, Biedermann, Wuttke, Ruge, Höpfner, Wiegand, Weiße, während Männer wie Albrecht, Dahlmann, Klinger, Jofeph und Koch vielfach empfohlen wurden. Auch in in den Nachbarorten sind die Wahlumtriebe sehr lebhaft gewesen. Unsere politischen Vereine sind überaus thätig. Vielfache Mißbilligung hat der demokratische Verein, der aus Republikanern, Kommunisten und Socialisten besteht, und von einem jungen Literaten, Dr. Semmig, und einem jungen Buchhändler, Weller, repräsentirt wird, sich dadurch zugezogen, daß er einen Protest gegen die Künzigser veröffentlicht hat, weil diese die republikanischen Umtriebe in Baden durch fremde Truppen hätten bekämpfen lassen. Man wollte auch den Vaterlandsverein zur Unterschrift bewegen, der ist aber nicht darauf eingegangen. Die Republikaner schaden sich durch solche unnütze und voriante Demonstrationen und sind im Irrthum, wenn sie glauben, dadurch die Republik schneller herbeizuführen. Glauben Sie nicht, daß jener von etwas mehr als hundert Leuten unterschriebener Protest irgendwie die Gesinnung der hiesigen und sächsischen Bevölkerung in Masse vertrete, diese hält fest an konstitutioneller Monarchie mit den größten und freisinnigsten Rechten und Pflichten des Volkes. Der Anfang unserer Vormesse in so gros ist, wie vorauszusehen war, nicht günstig ausgefallen. Das ist ein großes Unglück für Gewerbe, Fabriken und Handel. Man sieht hier Nichts als traurige Gesichter und hört Nichts als Klagen. Ein sicheres Resultat läßt sich jedoch noch gar nicht feststellen. Denn Klagen hört man jede Messe, und Einer verkauft mehr als der Andere. Die öfter. Regierung hat zwar theilweise ihr Gelderbot aufgehoben, aber es fehlen die vielen Griechen, Bukarester, Russen und Polen. Letztere bekommen keine Pässe ins Ausland und die Bukarester sollen den sogar zu 1000 Dukaten Strafe verdammt haben, der nach Leipzig zur Messe geht. Auch deutsche Kundschaft aus Baiern und der Schweiz fehlt. Italiener und Perser machen noch keine Messe, zumal ihre Zahlungsmittel beim jetzigen Geldverkehr beschränkt sind. Das Geld ist sehr knapp, um Papiere ziehen nicht mehr. Der Absatz in Leder ist erst in den letzten zwei Tagen lebhaft geworden, der in Tuch läßt aber noch viel zu wünschen übrig. In den übrigen Artikeln schwirgen die Geschäfte. Man setzt mit Hoffnung noch der nächsten Woche entgegen. Möge es besser werden. Leipzig ist endlich, was schon lange Noth that, zur Errichtung einer Vorschußbank in der Eigenschaft einer städtischen Bethanstalt geschritten. Das Grundkapital von 500,000 Thlr. soll in Appoints von 50, 100 und 150 Thlr. aufgebracht werden, Leipzig haftet dafür. Vorschüsse sollen nur auf Produkte außer Gewerbe und Baumaterialien, auf fabricirte, der Mode nicht unterworfene Waaren, auf sächsische Staatspapiere, Leipziger Stadtobligationen und hypothekische Kapitalien bis zur Hälfte, ja bis zu zwei Drittheil der Werthe und Kurse gewährt werden. Wandrer Fabrikant kann somit seine Waare, anstatt unter dem Werth zu verschleudern, auf einige Zeit zieh wenigstens versehen, um Geld zu bekommen, damit seine Arbeiter, wenn er zurückkehrt, nicht zu hungern brauchen.

## Schweiz.

○ Bern, 11. Mai. Das regierungsräthliche Schlußmahrma ist ausgespielt; die streitenden Parteien haben sich versöhnt, und es herrscht in den obern Regionen scheinbar wieder Friede. In der gestrigen Großrathssitzung rapportirte der Regierungsrath über das Votum der bernischen Gesandtschaft auf der Tagsatzung, betreffend den Allianzvertrag mit Sardinien. In diesem Berichte sprach der Regierungsrath seine warme Sympathie für die Freiheitsbestrebungen der Völker aus, sprach sich aber über die Stellung der Schweiz in den gegenwärtigen Zeitbewegungen in einmüthiger Uebereinstimmung mit den Ansichten der bernischen Gesandtschaft dahin aus, daß man mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Neutralität der Schweiz aufrecht erhalten und sich nicht in fremde Händel mischen solle, und be-

Digitized by Google

antrage desselben einstimmig die Genehmigung des Benehmens der bernischen Gesandtschaft durch den Gr. Rath. Die ganze Versammlung sprach ihre Beistimmung zu diesem Antrag aus. Hierauf stattete die Dreierkommission, welche vom Gr. Rath zur Ausgleichung der Differenzen ernannt worden war, Bericht und stellte den Antrag, daß dem Hrn. Ochsenbein die Entlassung als Präsident und Mitglied des Regierungsraths nicht gegeben werden solle, in Betracht 1). daß das Entlassungsbegehren auf einer irrigen Voraussetzung beruhe, indem der Gr. Rath nicht beschlossen habe, daß keine Untersuchungen gegen diejenigen, die der Theilnahme an Militärkapitulation und Werbungen verdächtig seien, angehoben werden sollen, sondern nur erkannt habe, daß vermalen in der Sache kein Beschluß zu fassen sei, indem der Regierungsrath auch ohne Weisung für die Handhabung der Gesetze zu sorgen habe; 2) daß es unter den gegenwärtigen Umständen wünschenswerth sei, daß Hr. Ochsenbein, der schätzenswerthe Eigenschaften besitze und bisher eine uneigennützige Vaterlandsliebe bewiesen habe, in seinen Funktionen bleibe. Diese Anträge der Kommission wurden mit großer Mehrheit gegen 1 Stimme angenommen. Hr. Ochsenbein tritt nun ein. Nachdem ihm der Beschluß mitgetheilt worden ist, erklärt er, daß er schon früher nur ungern die ihm übertragene Stelle angenommen und sich seither oft nach seinem stillern Berufsleben gesehnt habe. Jedenfalls hege er den festen Vorsatz, nur so lange zu bleiben, als im Wesentlichen er seine politischen Ansichten getheilt sehe. Diesen Moment glaubte er jetzt um so mehr vorhanden, als gerade in den Tagen der Gefahr den Behörden nöthig ist, ein festes Benehmen einzuhalten. Jede Ansicht, konsequent verfolgt, kann zum Glück führen; aber Konsequenz ist nöthig. Da er nun sehe, daß die oberste Landesbehörde mit seinen Neutralitätsprincipien einverstanden sei und er aus den eben gemachten Mittheilungen erkenne, daß er den früheren Großrathsbeschluß irrig aufgefaßt habe, so erkläre er, in seiner Stelle verbleiben zu wollen. — Noch wird in Bezug auf diese Angelegenheit angezeigt, daß der Regierungsrath den Justizdirektor mit Untersuchung und Bericht über die erwähnten Werbungen beauftragt habe. Hr. Jaggi verschert, daß nach den Berichten, die er von Regierungsstatthaltern erhalten, bis jetzt keine Werbungen stattgefunden hätten, sondern nur das Gerücht gehe, daß Werbungen eintreten würden. Auch von dem Dasein eines Werbkomité's liegen bis jetzt keine Thatsachen vor. — Heute ist wieder die Tagsatzung zusammengetreten, um die zum Schutze der von österreichischen Truppen bedrohten östlichen Schweiz nothwendigen Maßregeln zu treffen. — Der schweizerische Konsul aus Mailand schreibt, daß täglich viele Schweizer in dieser Stadt eintreffen, welche sich als Freiwillige zur Verfügung der provisorischen Regierung stellen, aber desselben geachtet weder Sold noch Verpflegung erhalten und daher, da sie meistens ohne Existenzmittel seien, in bittere Verlegenheit gerathen und die Hilfe des Konsulats ansprechen. Der Konsul bittet daher um Instruktionsgeld und Heimsendung, was er zu thun habe. Auch die letzten Tessiner Freiwilligen sollen, unzufrieden mit der Behandlung, die sie erfahren, nach der Heimath zurückkehren.

## Frankreich.

Paris, 11. Mai. Der letzte Theil der gestrigen Nationalversammlung bot noch einige Zwischenfälle von allgemeinem Interesse. Zwei Redner kündigten Interpellationen an über Italien und Polen, und Lamartine setzte dafür Montag den 15. d. fest. Es werden da ohne Zweifel starke Reden gehört werden, und nach dem Vorspiel, das die Presse gibt, wird es an Ausfällen und Expektorationen gegen die deutschen Großmächte nicht fehlen. Es ist unbegreiflich, welch grobe Verwirrung der Thatsachen in den Radentenhen Blättern herrscht, und welche Uebertreibungen sie sich anfinden lassen. Selbst der „Nationak" läßt sich z. B. noch am 2. Mai geduldig berichten, wie man in Straßburg den Kanonendonner gehört habe, der eine neue Schilderhebung der „braven Republikaner" ankündigte, oder dieselbe Zeitung berichtet von großen Siegen der polnischen Insurgenten, deren einer nach dem wohlunterrichteten Blatte bei „Mirosławsky" mit 1200 Mann gegen eine zehnfach überlegene Menge Preußen erfochten ward! Ueber das Verhalten der deutschen Politik, namentlich das Verfahren des gegenwärtigen preußischen Ministeriums, werden von polnischen Flüchtlingen die gröbsten Entstellungen verbreitet und die ganze Verantwortlichkeit der jüngsten Greuel natürlich nur den Deutschen zugeschoben. Fortwährend wird von dem perfiden und gleisnerischen Treiben der preußischen Politik gegen die Polen gesprochen und wöchentlich ein Mal die Lüge aufgewärmt (auch heute wieder), es sei zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland ein geheimes Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen worden! Die leichtgläubige Natur der Franzosen gibt diesen Machinationen den vollsten Spielraum; täglich ist als Thatsache in den Pariser Blättern das zu lesen, was die Phantasie polin. Emissäre ausgeheckt hat. Kein Wunder, wenn dann die Nationalversf. glaubt, sie würde ihrer Stellung Etwas vergeben, sobald sie nicht mit einem quos ego dagwischen trete. So ist die Rede davon, es solle am Montag der Vorschlag gemacht werden, eine polnische Legion zu bilden, eine Adresse an das deutsche Volk zu erlassen, damit die Mißverständnisse zwischen Deutschland und Polen aufhören und den letztern die ganze Selbständigkeit gewährt werde, endlich eine energische Note an die Kabinete von Wien und Berlin zu richten, worin die Räumung Italiens und die Wiederherstellung der Nationalität Polens gefordert, vor Allem aber auf Einstellung der Feindseligkeiten gedrungen würde. — Sollten diese Schritte keinen Erfolg haben, so würde die Nationalversammlung durch ein Votum die exekutive Gewalt ermächtigen, augenblicklich jene Maßregeln zu ergreifen, die ihr zum Schutze fremder Nationalitäten und zur Erhaltung der Würde Frankreichs am angemessensten scheinen. Schon die Fassung dieser Anträge, wie sie das Gerücht gibt, zeigt die große Unkenntniß der Lage; dessenungeachtet zweifeln wir nicht daran, daß man am nächsten Montag in diesem Sinne gewaltig provoriren wird.

Am Schluß der gestrigen Sitzung erlebte auch Louis Blanc, dessen Regiment im Luxemburg jetzt zu Ende ist, eine empfindliche Scene. Er suchte sich in einer längern Auseinandersetzung von den Vorwürfen zu rechtfertigen, die man gegen seine leere doktrinäre Thätigkeit gerichtet hatte; mit der Beschuldigung, die seinen Leuten eigen ist, verschiedene er sich unter andern als den isolirten Vertheidiger des Volkes" — was natürlich in der Versammlung einen großen Sturm hervorrief und den Abg. Peupin (einen Uhrmacher) zu einer bittern Replik veranlaßte. „Louis Blanc, sagte Peupin unter andern, will beweisen, daß er nicht schuldig ist; gewiß ist er das auch nicht. Wie kann der schuldig sein, der nichts gethan hat?" — Der Vorschlag, ein Ministerium der Arbeit zu gründen, wird verworfen, dagegen aber die Bildung einer Kommission von 36 Mitgliedern detretirt, die sich mit der Untersuchung der Lage der arbeitenden Klassen beschäftigen und sogleich Mittel zur Abhilfe vorschlagen solle.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung begann mit einer Diskussion über die Art und Weise, wie die Konstitution geschaffen werden solle. Ein Vorschlag von Senard, sogleich eine Kommission zu ernennen, die sich bloß damit beschäftigen soll, die Rechte und Attributionen der exekutiven Gewalt festzustellen, damit für die gestern gewählte sogleich eine beschränkende Norm bestehe — wird verworfen, dagegen mit Einstimmigkeit der Vorschlag angenommen, eine Kommission zu ernennen, die ein vollständiges Konstitutionsprojekt ausarbeiten und der Versammlung vorlegen soll. Es wird ebenfalls mit Einstimmigkeit die Bildung einer Kommission für die Arbeiter votirt. Beide Kommissionen werden jede aus 36 Mitgliedern bestehen. Die Sitzung wird für eine Stunde ausgesetzt und die Kammer zieht sich in ihre Bureaus zurück. Erst um 3 Uhr ward die Sitzung wieder eröffnet, es kam aber bis zum Beschluß Nichts vor, als der Bericht über ein Reglement der Versammlung, welches so ziemlich dem der frühreren Versammlung ähnlich ist.

* Von Straßburg erhalten wir soeben zwei telegraphische Depeschen, deren erste die Ernennung des Ministers des Innern, die zweite spätere die Bildung des ganzen Ministeriums ankündigt. Dieselbe lautet:

Paris, 12. Mai Abends 4½ Uhr. Der Minister des Innern an die Kommissäre der Republik. Sie erhalten hier die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, wie es durch die Kommission der Exekutivgewalt ernannt worden ist. Minister der Justiz Cremieux; der auswärtigen Angelegenheiten Jules Bastide (Unterstaatssekretär Jules Favre); des Kriegs (interimistisch) Charrat; der Marine Casy; des Innern Recurt (Unterstaatssekretär Carteret); des öffentlichen Unterrichts Carnot; der öffentlichen Arbeiten Trelat; des Handels Flocon; des Kultus Bethmont; der Finanzen Duclerc. Maire von Paris: A. Marrast; Polizeipräfekt Caussidière; Pagnerre ist Sekretär der Exekutivbehörde mit beratender Stimme im Ministerrath.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner & Comp., 79 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder vermitteln sich an Hr. H. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 20 Rue de Beaune.

Die Insertionsgebühren beträgt das Dreißig. Bog. Perlamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1. 12. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 21. 20 kr. Alle Buchhandlungen nehmen der Firma unser Unternehmen Beispiele mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

# Deutsche Zeitung.

№ 136. Heidelberg, Dienstag 16. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde. XI. — Aus Tirol (Parlamentswahlen. Beda Weber. Die Volksstimmung. Das Verfahren der Regierung). Bozen (Parlamentswahlen. Kriegsbulletin). Berlin (Deputation polnischer Bauern. Die Rückkehr des Prinzen von Preußen. Erklärung der Regierung gegen Schweden. Die Beschießung von Friedericia. Vorstellung der Bürgerwehr an den König. Tagesbefehl an die preußischen Truppen in Schleswig. Danzig (die Blokade). Elbing (die Wahlen. Die politische Bildung). Posen (pfäffisches Treiben. Die Zeitungslügen und die amtlichen Berichte über den Aufstand. Die Insurrection noch nicht gedämpft. Bestattung der in Bal Gemeinten. Krautjunker verfaßt). Magdeburg (Parlamentswahlen. Die „polnischen" Insurgenten). Erfurt (Wahlen). Koblenz (das Armeekorps bei Bamberg). Münster (der Bischof nach Frankfurt gewählt) Siegen, Solingen (Parlamentswahlen). Hannover (Parlamentswahlen). Darmstadt (Parlamentswahl). Jeddewarder (Parlamentswahl). Von der Ahr (Berichtigung; Wahlangelegenheiten). Rendsburg (das Freikorps). Kolding (die Beschießung von Friedericia). Hamburg (die englische Vermittelung). Frankfurt (Rücktritt Harnier's beim Bundestag).

**Schweiz.** Die Schweizer Neutralität.

**Schweden.** Stockholm. Die schwedische Hilfe. Die neue Verfassung. Eine Probe deutscher Objectivität.

**Großbritannien.** London. Cobden und die radikale Bodyreform. Eine Erklärung Palmerstons über die Krakauer Ereignisse. Macaulay's Austritt. Times und M. Chr. über die dänische Blokade.

**Frankreich.** Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Bieder ein Föderationsfest. Volksdemonstrationen. Bösterreien der Emigranten.

**Spanien.** Eine Emeute unterdrückt.

## Heidelberg, 15. Mai.

Der Entwurf des Reichsgrundgesetzes fängt in den Blättern an, der Diskussion unterworfen zu werden. Wie wir vorausgesetzt haben, so findet Alles, was über die Volksrechte, das Bundesgericht, die Reichsgewalt gesagt ist, wenig oder keinen Anstand; wie begreiflich, da hier die Ueberder des Entwurfes eigentlich nur die Volkswünsche und Forderungen zu redigiren hatten, über die man im Princip einig ist. Nur der Senat, über den auch wir unsere Bedenken hatten, findet, sei es seiner ganzen Einführung, sei es seiner Bildung nach, Widerspruch, und er wird voraussichtlich ein Gegenstand der heftigsten Kämpfe auf dem Reichstage werden. Vor Allem aber ist es die Frage nach dem Reichsoberhaupte, welche die Stimme der Presse wie der Menschen und der Staaten in Deutschland theilt. Nicht allein ist in diesem Punkte das aufgestellte Princip der Erblichkeit am Angefochtensten, sondern die Erwägung gleitet hier auch augenblicklich vom Princip zur Anwendung über; und es sind nicht allein Grundsätze, die hier den Widerspruch veranlassen, sondern noch mehr die Betrachtung der Schwierigkeiten, die der Ausführung der vorgeschlagenen Erbmonarchie entgegentreten.

Daß man von den Schwierigkeiten spricht, daß man sie aufdeckt, daß man sie in das hellste Licht stellt und Augen und Gedanken der Nation an sie gewöhnt, daß man die Opfer nennt und fordert, die sie beseitigen können, dies ist gewiß in diesem Augenblicke eine der größten Obliegenheiten der Presse. Daß man aber hier und da dem Entwurfe einen Vorwurf daraus macht, daß er das feste, bestimmte, politisch einzig rathliche Ziel hinstellt, als ob es keine Schwierigkeit in der Welt dabei zu überwinden gäbe, dies in der That gehört unter die Rechthaberein und Unarten der deutschen Disputirsucht, die auch da, wo sie nichts Wesentliches einzuwenden hat, etwas Unwesentliches einzuwenden sucht. Die Schwierigkeiten, die sich der Aus- und Einführung irgend einer Verfassung und Staatsreform in Deutschland entgegenwerfen, sind groß genug, daß man sie nicht noch zu vermehren braucht, indem man gegen den Entwurf, selbst bei der Billigung der meisten seiner Sätze, aufreist, statt ihn als eine Grundlage der verständigen Besprechung der wohlwollenden Gesinnung Aller zu empfehlen, denen es wenigstens Ernst ist, Etwas aus unseren Bundesstaaten gemacht zu sehen. In dem Entwurf konnte man nichts Anderes, man mußte irgend nach einer festen Ueberzeugung die beste Staatsform aufstellen und die aufgestellte Ansicht im Uebrigen dem Schicksale der späteren Berathung und Entscheidung überlassen.

Wie unendlich groß freilich die Schwierigkeiten sind, die sich in dieser Hauptfrage in die Erwägungen unwillkürlich eindrängen, das hat man in dem Rathe der Siebenzehn gewiß viel mehr empfunden, als es irgend ein Einzelner in seinen Betrachtungen konnte. Es ist ein sprechendes Symptom von unserer allgemeinen Unentschiedenheit, an der befriedigenden Lösung dieser Frage geradezu zu verzweifeln, daß man die definitive Lösung derselben nicht etwa am Ende der Diskussionen und der parlamentarischen Kämpfe, nicht etwa nach der gemachten Erfahrung der Hindernisse, sondern schon vorher, schon vor der Berathung, schon in der bloßen Voraussicht der Schwierigkeiten aufgibt, daß man in der Presse geradehin auf ein Provisorium lossteuert und dies in das möglichst tröstliche Licht zu stellen sucht, um lieber gleich mit dem Gedanken an das Scheitern jeder definitiven Gestaltung unseres Bundesrechts zu versöhnen. Weil eine endliche feste Form für jetzt nicht ohne große und schwer zu überwindende Opfer erreicht werden kann, so soll man lieber die Zeit der Noth abwarten, wo Umwälzung und Unsicherheit diese Opfer, die man sich jetzt freiwillig auflegen will, schon abzwingen werden: man soll sich also nach dem Bedürfnisse gerade der nächsten Zeit strecken, man soll eine vorübrliche Regierung wechseln lassen, wie in der Schweiz, oder sich mit dem provisorischen Verfassungsausschusse begnügen, den der Bundestag jetzt zu ernennen im Begriffe ist. Wir fühlen uns in unserer Blöße. Mit etwas Mühe und Betriebsamkeit, mit einigen Opfern, zu denen uns die Voraussicht kommender Bedürfnisse stacheln sollte, könnten wir uns schon jetzt ein schützendes, wärmendes Kleid verschaffen; wir ahnen aber, daß uns, solange wir in Frost und Verderb nicht gerade erstarren, die Indolenz der menschlichen Natur nicht über ein Flickwerk hinauskommen lassen werde. Was zu thun? Wer rathen, lieber gleich bei den Flicken zu bleiben, das am nächsten zur Hand liegt, und das nicht einmal einen Faden zum Zusammennehmen erfordert. Da, wir sind große Staatsmänner allzumal, wir Deutsche! und wir freuen uns zum Voraus darauf, welch ein Schauspiel von politischer Verhandlung unsere Barnave und Lamett in unserer Konstituante der Welt darbieten, und wie sie das Jahr 1789 in ewigen Schatten werfen werden!

Die Siebenzehn, sagten wir, mußten die Schwierigkeiten wohl so sehr empfinden wie nur irgendwer, aber sie konnten nicht so verzagt sein wollen, in einem gutachtlichen Plane aus Rücksichten auf diese Schwierigkeiten das aufzunehmen, was sie für schlecht achteten. Wie nahe ihnen die Erwägung jener Schwierigkeiten lag, ermeße man daraus, daß in dem urkundlichen Entwurfe nach dem Paragraphen, der über das Oberhaupt bestimmt, eine „weitergehende Bestimmung" aufgenommen war, die für den Fall, daß man sich nicht sogleich über diese Frage vereinbaren könnte, die Ernennung eines Reichsverwesers vorsah, jedoch nur auf eine bestimmte Frist, innerhalb welcher über die Form und das Haupt des Staates definitiv verfügt werden sollte. Man beleuchte diesen Artikel auch nicht sogleich, so schwer wog das Gewicht der vielen Bedenken; erst am Ende der Berathung fühlte man, wie neben all den festen Bestimmungen des Entwurfes diese schwankende unangemessen dazwischen stünde, und warf sie heraus. Noch ein anderer Ausweg aus den vielen Einwürfen gegen die von der Mehrheit beschlossene Erblichkeit ward versucht. Man trug darauf

Digitized by Google

an, daß die Gegner, die für einen Wahlkaiser oder für eine Alternation waren, ihre Ansicht formulirt und als ein Amendement vom Entwurfe beigeben sollten; allein es schien nicht als ob sie sich unterwinden würden etwas anzurathen. Wir wünschen von Herzen, daß dies Verhältniß in dem kleinen Rathe, in dem Rathe der Fürsten wie in dem größeren Volksrathe wiederkehren möchte, damit wir über die Kalamität einer solchen Institution glücklich hinauskämen.

Nichts ist bequemer, als in einem Zeitpunkte so gährender Meinungen, in einer Materie von so widersprechenden Ansichten, wie diese ist, ein Provisorium anzurathen; es heißt das, sich allen Meinungen fügen; es heißt das, jeder Meinung die Meinung lassen, sie werde, wenn auch nicht gleich, doch künftig einmal durchgehen. Fast ebenso bequem ist die Ansicht von dem fünfjährigen Wahlkaiser. Es heißt das, jedem Regenten und jedem Stamme die Hoffnung als Köder hinhalten, daß es nur auf ihn und sein Geschick ankomme, die höchste Würde an sich zu nehmen. Was man von dem Schritte der Siebenzehn denken möge, das muß man ihnen zugestehen, daß sie die Bequemlichkeit und Wohldienerei hintansetzten, und daß einiger Muth dazu gehörte, gerade das Unbequemste auszusprechen, sowohl nach der Seite des Volkes hin als nach der Seite der Fürsten hin. Das Volk sollten die großen Freiheiten mit der Erbmonarchie versöhnen, und die großen Beschränkungen, die man der höchsten Gewalt auflegte; die Fürsten sollten die Nothwendigkeit, die Erkenntniß der Sachlage, die Erwägung der Zeitlage, die Alles, nur keine Provisorien duldet, bestimmen, die Opfer zu bringen, die ihnen angemuthet werden. Dies eindringlich vorstellen gerade nahe zu legen, war die Absicht des so heftig angegriffenen, also so oft/nur verschrienen Vorwortes, das einem Manne zum Verfasser hat, der seinem Vaterlande Opfer zu bringen in der That und nicht bloß in Worten gelernt hat, der Fürsten und Volk gegenüber die Wahrheit zu sagen nie verlernt hat, und der einen so geraden, von Gunst und Unguust der Großen und der Vielen so ungebeugten Nacken trägt, daß die armseligen, gebückten Kriecher und Schmeichler der Volkslaune wohlthaten, statt ihn zu begeifern, lieber die Elemente der Freiheit von ihm und seinem Thun und Lassen zu lernen. Man macht dem Vorwort ein Verbrechen daraus, daß es den Fürsten zuredet, der Volksversammlung in Frankfurt einen deutschen Fürsten ihrer Wahl als erblichen Oberhaupt zur Annahme zuzuführen. Diese Versammlung solle so einig und allem Bestimmen über die Regierungsform und so auch über das Haupt des deutschen Reiches. Wir müssen dagegen erinnern, daß der Beschluß über die einzige und alleinige Bestimmung des konstituirenden Reichstages, die beantragte Erklärung der Volkssouveränetät, von der Vorversammlung in Frankfurt nur unter der Modifikation angenommen worden ist, daß die Vertragung zwischen Volk und Fürsten durch den Antrag durchaus nicht ausgeschlossen sein solle. Wir haben uns selbst dahin erklärt, daß wir der konstituirenden Versammlung alle Freiheit der Beschlußnahme gönnen, und haben eindringend gewarnt, irgend einen Eigensinn kontradiktorisch entgegenzusetzen. Nur in den Einen Frage des Reichsoberhauptes würden wir im Namen der echten Freiheit, Gerechtigkeit und Gerathenheit begehren, daß der „einträchtige Fürstenrath“ allerdings nicht allein mit zusprechen, sondern selbst das wesentliche Wort zu sprechen hätte. Im Namen der Freiheit: denn ihnen eine Staatsform aufzulegen, ohne sie zu Rathe zu ziehen, hieße nur die Absolutie von einer Seite auf eine andere schieben, die auf keiner Seite sein soll; im Namen der Gerechtigkeit: denn das deutsche Reichsoberhaupt soll nicht allein über ein Volk gesetzt sein, sondern auch über eine Reihe von Königen und Fürsten, die über die „Fürstenverfassung“ also nothwendig ein Recht haben müssen, mitzusprechen; im Namen der Gerathenheit: denn wenn man diese Freiheit und diese Gerechtigkeit den Fürsten versagen will, so will man feinerlei Fürstenthum mehr, und entschließe man sich lieber, sich für die Republik gleich und unumwunden zu erklären.

† Aus Tirol, 8. Mai. Auch in Botzen und Meran sind nun die Wahlschlachten entschieden. In ersterer Stadt ward mit 85 Stimmen unter 108—10 der Frhr. von Unterrichter gewählt, Präsident des Appellgerichts zu Klagenfurt; in Meran siegte Professor Beda Weber mit 72 Stimmen gegen 69, die für den Bürgermeister Haller abgegeben wurden. Unser den Wahlmännern des letzteren Bezirkes fand sich eine beträchtliche Anzahl aus dem Klerus. Die Agitation, die dem Ergebniß vorherging, war eine lebhafte. Eine „Handvoll Leute in Meran“ hatte den Kandidaten Pr. Beda Weber als Ordensgeistlichen für unwählbar erklären wollen. — Er sollte sich darüber Rath in Botzen holen beim Erzherzog Johann, welcher ihn nicht nur für wählbar erklärte, sondern selbst wünschte, daß er das Mandat liebe. Diese Thaten theilte der Hr. Professor in einem gedruckten Bogen den Wahlmännern mit, welche er auforderte, sich nicht „niederdrücken“ zu lassen. Ein früherer offenes Schreiben an die Wähler im Erzstande gibt die Gewohnheit an, nach welchen Beda Weber seine Landsleute in Frankfurt zu vertreten gedenkt. Es erfaßt in meisterlichen Verständniß die ganze Politik des Bauers an der Passer und Etsch. Nach Einführung seiner Person, die den Kandidaten als den des Volk „hervorgegangen“, als einen Mann mit 22 Jahren Volksdiensten, als ein Schriftsteller im Tirolersinn und deßhalb von der österreichischen Polizei Verfolgten darstellt, proklamirt er vorerst den innigen Anschluß an Deutschland. Sofort deckt er die Sünden der Regierung auf, wodurch das Erschland gleichsam nach einer Berechnung zu Grunde gerichtet wurde und so manches gute Recht des Volkes vernichtet war. Die Ausschußherren für den Wein, der Accis, die Holznrichter, Stempel, die Bevormundung in Gemeinsachen, das Schreiberunwesen, die Schrinlandstände, Alles wird vermerkt, was längst die Leute drückte. Für Abhilfe dieser Mißstände will er wirken in Wort und Schrift, „der Diener des eischländischen Volkes zu sein, ist sein größter Stolz.“ Mit dem Erzherzoge Johann strebt er nach einem einigen Deutschland — daneben bleibt die alte Treue für die Dynastie, Unabhängigkeit nach Innen und vor Allem in kirchlichen Dingen. Sollte von einer Kaiserwahl die Rede sein, so stimme er für Oesterreich — ein anderes deutsches Oberhaupt könne man sich nicht denken. Er empfiehlt schließlich die Wahl eines Mannes, der Vertrauthcit mit den Zuständen, Redefertigkeit, katholische Gesinnung, allseitige Kenntniß Deutschlands und seiner Bedürfnisse, Unbefangenheit und Muth besitze. Ein Recht zu diesem Anspruche glaubt Dr. Beda Weber durch seine 20jährige Arbeit zu haben, „die Niemand besoldet hat.“ — Wenn wir Ihnen dieses Sendschreiben so breit auszieben, so geschieht es, wie gesagt, weil es vollkommen im Sinne der Volksmasse gegeben ist. Ein anderes des Dr. Frz. Tappeiner, der im Binschgau viele Chancen hat, im übrigengenden Tone wärmster Vaterlandsliebe und freimüthiger Gesinnung gegeben, schließt sich ganz an den Entwurf des Reichsgesetzes an, wie ihn die Siebenzehner erliefen. Es ist tirolisch im Sinne der Partei, die jedenfalls die aufrichtigste, wenn auch die schwächste im Lande ist. Noch hören wir, daß für Bruxen der Theologie Professor Gasser, für Oberinnthal der Universitäts Professor Adolf Pilz und für Unterinnthal Professor Albert Jäger genannt sei. Der Erzherzog Johann verließ Botzen, sowie der Ausgang des Wahlkampfes seine Zweifel mehr übrig ließ. In Trient will er die Leitung der Kriegsangelegenheiten durch seine Räthe fördern, denn man hält neue Einfälle für möglich, obwohl man ebenso getheilt sie abzuwehren hofft. Roeckivol rüstet sich mit Eifer, und Manche wollen sauflustig hinabziehen bis ins Mailändische. Man spricht von einem Aufgebot, das an die 20000 reichen soll. Das sind Pläne sorgloser Köpfe. An der Etsch bleiben die Mannen ernstgemessen daheim und wollen zum Höchsten die deutsche Grenze hüten. Das Wormserjoch beschützen noch immer 35 Mann in bombenfestlichen Abtheilungen zu Giurno, Mals und Nauders vertheilt. Die allgemeine Stimmung ist keine erfreuliche. — Die Geistlichen, die sich in letzter Zeit im liberalen Sinne für Oesterreich aussprachen, halten sich sehr bedeutet. Man (die Regierung und das Erzhaus?) soh es, daß diese Elemente in Tirol keinen Boden hätten, und ließ sie fallen. Die Partei, die bisher regierte, erhob in diesen Tagen ihr Haupt mit aller Würde der Alleinberechtigung. So fürchtet man unter dem konstitutionellen Regime einen weit größeren Druck als unter dem alten patriarchalischen. Oesterreich scheint Tirol erhalten zu wollen durch ein Verfahren, das einmal stärker der Grund des unvermeidlichen Verlustes sein wird.

* Botzen, 9. Mai. Es ist hier folgendes Kriegsbulletin erschienen: Im heutigen sind den Inhalt der mir soeben mittelst Estaffette zugekommenen estaffetten Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Italien zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Am 5. d. gegen Mittag hatte der Feind zwischen Pioverzano und Cavazon eine Stärke von 5000 Mann entwickelt, und war damit unter einem heftigen Feuer gegen Ponton und über die Taffo-Brücke gegen unsere Vorpostenkette am Rivolt vorgerückt, so daß der am linken Flügel der Vorposten stehende Hauptmann Porlasky gegen Rivolt hingedrängt und nach und nach die ganze Vorpostenlinie des Oberstlieut. Peaty ins Gefecht gezogen wurde, zumal der linke feindliche Flügel aus — von Salo her übergeschifften — Freischaaren bestehend, die auch Gefecht misführten, von Rift der gleichfalls gegen Rivolt vordrang. Oberstlieut. Peaty zog eine Division Baden unter dem Hauptmann Leithner zur Unterstützung

Digitized by Google

an sich und Hptm. Borschig erhielt eine Division Schwarzenberg unter Hptm. Marx zur Verstärkung. In Folge dieser Verstärkung gelang es dem Oberst. Welden, den in mehreren Kolonnen unter dem heftigsten Geschützfeuer vordringenden Feind, mittelst einer zur Unterstützung vorgesendeten halben Kriegsbatterie, gedeckt von der 6. Kompagnie Schwarzenberg, gegen Abend zum Halbmachen zu zwingen. Der Feind zog sich gegen den Tasse zurück; die Nacht blieb ruhig, und noch der auf dem Wachtfeuern bezeichneten Stellung des Feindes, schien sich die Ansicht zu verbreiten, daß alle seine Bewegungen und Angriffe seit dem 30. v. M. den Zweck hatten, durch das Zurückdrängen unserer Streitkräfte auf dem rechten Etschufer die Belagerung von Peschiera zu erleichtern; allein es zeigte sich, daß er seine Hauptstärke gegen Verona gezogen und dort einen Hauptschlag zu führen beabsichtigt hatte — wahrscheinlich von dem bereits bis an die Piave erfolgten Vorrücken des F. Z. M. Nugent benachrichtigt. Am 6. d. früh gegen 9 Uhr wurde Morschall Radetzky in seiner Stellung auf dem Monte zur Verona und zwar hauptsächlich auf dem linken Etschufer bei S. Lucia angegriffen, während gleichzeitig gegen S. Massimo, Croce bianca und Chievo mit einer heftigen Kanonade Scheinangriffe gemacht wurden. Der Feind warf sich mit seiner ganzen Kraft auf den Punkt S. Lucia, der nur durch die schwache Brigade Strassoldo vertheidigt wurde. Diese Brigade, welche löwenmüthig kämpfte, wurde eine zeitlang zurückgedrängt, eroberte jedoch nach erhaltener Unterstützung durch einen Theil der Brigade Clam und zuletzt der Reserven, gebildet aus 4 Komp. des ungarischen Grenadierbataillons Weiler und einem Bataillon von C. H. Sigmund, die Position von S. Lucia wieder, welches der Feind nach vergeblichem heftigen Widerstand, ohne einen neuen Angriff der Reserven abzuwarten, mit einem Kanonendonner Rückzug — wobei man viele Kriegsrüstungen, Trommeln, Tornister u. s. w. vorfand — räumte. Ebenso hat er sich auf der ganzen übrigen Linie zurückgezogen, auf der er während des Angriffes fortwährend gegen die das Centrum und den rechten Flügel des Marschalls bildenden Brigaden Spaniol, Lichtenstein und Zatz demonstrirt und bei S. Massimo einen Angriff gemacht hatte, wobei er zurückgedrängt worden war. Das äußerst kompirte Terrain ließ einer lebhafte Verfolgung des zurückgedrängten Feindes mit Kavallerie nicht zu, daher nur wenige Gefangene gemacht wurden; doch fiel eine große Anzahl Verwundeter in unsere Hände, welche der Feind nicht mitnehmen konnte. Die nähern Details und Verlustangaben fehlen noch und werden erst nachträglich anlangen. Der Kampf dauerte von 9 Uhr früh bis gegen Uhr Nachmittag. Der Feldmarschall-Lieutenant nicht genug die kluge Führung der Kommandanten und die Tapferkeit und Hingebung der Truppen rühmen; leider bedauert er den Verlust vieler braven Offiziere. Unter den Todten befindet sich Oberstl. Leygenbort, der an der Spitze seines Bataillons blieb; schwer verwundet sind: G. M. Baron Salis und Oberst Peternyal, welch letzterer einen Arm verlor. Se. k. Hoheit der Erzherzog Franz Josef befanden sich mehrmals im lebhaftesten Feuer und zeigten während des Kampfes die größte Ruhe und Kaltblütigkeit. In den Reihen des Feindes bei S. Lucia kämpften an der Spitze päpstlicher Schweizertruppen, was mit den freundschaftlichen Versicherungen St. Heiligkeit wahrscheinlich nicht im Einklange steht. Die Stärke von Verona die Nähe der Festungen selbst, unsere Truppen unter dem Kommando des Oberstn Zobel halten die Stellung bei Rivoli besetzt; er selbst befindet sich zu Volargne. Von den übrigen Punkten an der Grenze sind keine erheblichen Neuigkeiten eingelaufen. Erzherzog Johann. m. p.

* **Bozen**, 8. Mai. Die Wahlschlacht für Frankfurt scheint im größten Theil Tirols im ultramontanen und separatistischen Sinne gegen jeden aufrichtigen und innigen Anschluß an Deutschland auszuschlagen. Hier wurde heute Vormittag der Appellationsgerichtspräsident Freiherr von Unterrichter mit 85 Stimmen unter 108 gewählt, für Meran soll der bekannte Allirte der Jesuitenfreunde in München, Pater Beda Weber, ein Benediktinermönch, in Brixen der Theologieprofessor, Brieger Gasser, als einer der Abgeordneten fürs Unterinthal Professor Albert Jäger, auch Benediktinermönch, für das obere Innthal endlich Brixener Alois Flir, Professor der Aesthetik an der Innsbrucker Universität, in Aussicht stehen. Albert Jäger, der frühere Jesuitenfeind, ergriff in letzter Zeit sehr lebhaft Partei für unsern Gouverneur, den Helfer jesuitischen Fortschritts. So hat die Konstitution bei uns den wahren Charakter und Ausdruck des Volkswillens zu Tage gefördert; Priesterherrschaft ist es, was der Gesammtwille bei uns beharrlich anstrebt; wir befinden uns in Mitte einer reaktionären Revolution.

**Preußen.** **Berlin**, 12. Mai. Soeben geht uns folgendes zu: Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König, Allergnädigster König und Herr! Mit Schmerz hat die Bürgerwehr von Berlin aus der Mittheilung des Generallieutenants v. Neumann vom 11. d. M. vernommen, daß Ew. Maj. die auf morgen den 13. anberaumte Beerdigung der Bürgerwehr, wegen verschiedener Nachtheilen, aufgehoben. In so wohlmeinender Absicht auch die Anordnung erfolgt ist, so gibt solche doch im Publikum leider zu Mißdeutungen Anlaß, welche die enge Eintracht zwischen Ew. Maj. und der Bürgerwehr von Berlin in Frage zu stellen suchen. Die unterzeichnete Kommandeur und die eben versammelten Majore der Bürgerwehr fühlen sich daher gedrungen, Ew. Maj. den Ausdruck derjenigen Verehrung und Anhänglichkeit darzubringen, welche die gesammte Bürgerwehr Ew. Maj. persönlich entgegentragen wollte. Berlin, 12. Mai 1848. In Ehrfurcht Ew. k. Maj. treu ergebene (gez.) von Aschoff. Bünau. Wegner. Neumann. Flist. Bleffen. v. Stillynagel. Hepl. Baron v. Bimpffen. Hchs. Hensel. Bicht. Braun. Benda. Woderb. Boeckg. Sametzki. v. Gärtner. Oestmann. Krutsch. v. Herford.

Tagesbefehl an die Truppen des preuß. Korps in Schleswig: Es ist Euch gelungen, unter der einsichtsvollen Führung Eurer kriegserfahrenen Befehlshaber, vereinigt mit Euren deutschen Waffenbrüdern in den Gefechte zur Besetzung von Eckernförde den Waffenruhm des vaterländischen Heeres aufs Neue glänzend zu bewähren, sowohl durch Tapferkeit im Gefecht als durch Menschlichkeit nach demselben und durch musterhafte Disciplin. Gern nehme ich daher Veranlassung, Euch meinen Dank und Meine Zufriedenheit auszudrücken, in dem festen Vertrauen, daß Ihr auch ferner Euch des preuß. Namens würdig zeigen werdet. Potsdam, 8. Mai 1848. Friedrich Wilhelm.

**Berlin.** Die gestrigen wichtigen Aktenstücke über die Zurückkehr des Prinzen von Preußen sind folgende: **Ew. Königl. Majestät** haben vor der Bildung des gegenwärtigen Ministeriums Se. Königl. Hoheit den Prinzen von Preußen mit einem Allerhöchsten Auftrage nach England zu entfernen geruht. Allerhöchstderselbe wollten sich entfernen, die Gründe der ertheilenden vorzutragen, als wenn, nach unserer Ansicht, die baldige Rückkehr Sr. Königl. Hoheit in Ew. Majestät Staaten dringend zu wünschen ist. Seitdem der Prinz von Preußen am 18. März, als erstes Mitglied des vormaligen Staatsministeriums, das Allerhöchste Patent mit unterzeichnete, in welchem die Rethmen igerit einer konstitutionellen Verfassung für alle deutschen Länder von Ew. Majestät anerkannt wurde, ist unter Zustimmung des Vereinigten Landtages ein Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Nationalversammlung erlassen worden, die Abgeordneten sind erwählt, und die Eindernung der Versammlung steht nahe bevor. Für den Zeitpunkt nun, wo die Vereinbarung der Staatsverfassung zu Stande gekommen sein wird, erachten wir es für unerläßlich, daß Se. Königl. Hoheit, als der Nächste am Throne, zu dem Eide der Verfassungsannahme aufgefordert werden. Aber auch während dieser Berathung durch die Versammlung ist es erforderlich, jedem Zweifel, jeder Deutung zu begegnen, wozu die Abwesenheit Sr. Königl. Hoheit Anlaß geben könnte. Ew. Königl. Majestät wollen daß die Versammlung ihre Berathungen mit der vollen Gewißheit beginne und fortsetze, in Ew. Majestät ersten Ministerium einen Mitbürgen der Rechte zu finden, welche Ew. Majestät der Volksvertretung einzuräumen entschlossen sind; es ist nöthig, daß die in ihre Heimath zurückkehrenden Abgeordneten in dem ganzen Lande Zeugniß von Gesinnungen abtegen, welche Ihr zu erkennen ihnen die Gelegenheit nicht fehlen wird, wie sie neu seither nicht gehegt hat. Nicht lange mehr wird die erregte Gegenwart der Ueberzeugung sich verschließen, daß die Mitwirkung des Charakters der sichere Grundsatz für das richtige männliche Behaupten auf der neuen Bahn darbietet, welche mit Ew. Majestät Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen als ein Bedürfniß für das Wohl des Volkes erkannt hat, zum diese Ueberzeugung, herbeigeführt und befestigt hat den freimüthigen Anschluß an die neuen Zustände, durch das Leben in und mit ihnen, wird von den gemischten Gefühlen eines ebenso unwichtigen, als treuen Volksstammes bald nur die edelsten Bestandtheile zurücklassen. Wir fassen hiernach Ew. Majestät allerunterthänigst Vorschlag, Se. Königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen die Abkürzung des Aufenthaltes in England zu empfehlen. Berlin, den 10. Mai 1848. Das Staatsministerium. Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Bornemann, von Arnim Boytzenburg. Graf von Kanitz, von Patow. An den Königl. Majestät. Ich bin mit dem in dem Berichte des Staatsministeriums vom gestrigen Tage vorgetragenen Ansichten um so mehr einverstanden, als Mein Bruder, der Prinz von Preußen Königl. Hoheit, wiederholentlich Seine volle Zuftimmung zu der von Meiner Regierung befolgten neuen Richtung gegeben hat. Ich habe deshalb Se. Königl. Hoheit, nach dem Antrage des Staatsministeriums zur baldigen Rückkehr in das Vaterland veranlaßt. Zugleich habe Ich, nachdem der Ueberzeugung Seine Brüder, Prinzen, Meine Gnade von Neuem zu bestätigen, Sich bereit und sofort Seinem Eintreffen angezeigt haben ist und der Sr. Königl. Hoheit attachirte Generaladjutantur Major Oelrichs eine andere Bestimmung erhalten hat, den Major Laue zum ersten Adjutanten des Prinzen von Preußen mit dem Auftrage ernannt, Sr. Königl. Hoheit Meine Aufforderung zur Rückkehr zu überbringen.

**Berlin**, 9. Mai. Gestern sind mehrere polnische Bauern aus der Provinz Posen, die sich in deutscher Sprache gar nicht verständlich machen konnten, als Deputirte vieler ihrer Landsleute hier angekommen, um den König persönlich zu sprechen und dringend zu bitten, ihnen gegen die polnischen Insurgenten mehr Schutz als bisher angedeihen zu lassen. Der König hat diesen Bauern bei seiner gestrigen Anwesenheit in Berlin Audienz ertheilt und durch einen Dolmetscher zugesagt, nach Kräften dahin zu wirken, daß Ruhe und Ordnung im Posenschen bald wieder einkehre. (Schles. Z.)

Digitized by Google

Berlin, 12. Mai. Die k. schwedische Regierung hat geglaubt, daß sich an die Maßregeln des deutschen Bundes zur Vertheidigung der Rechte Schleswig-Holsteins Verwickelungen knüpfen könnten, welche das politische Gleichgewicht im Norden Europa's gefährdeten, insofern dadurch die Existenz oder Integrität Dänemarks und damit die Sicherheit auch der anderen skandinavischen Reiche bedroht erschienen. Sie hat sich dadurch zu dem Entschlusse bewogen gefunden, den sie der k. Regierung angezeigt hat: Im Fall des Einrückens deutscher Truppen auf eigentlich dänisches Gebiet ein Armee-Korps nach Fünen oder auf irgend eine andere der dänischen Inseln hinüber zu senden, um sich einer etwaigen deutschen Invasion zu widersetzen.

Der schwedische Gesandte hat, indem er diese Erklärung überreichte, zugleich ausdrücklich bemerklich gemacht, daß diese Maßregel rein defensiver Natur sei, und daß die deutschen Schiffe nach wie vor Sicherheit und gute Aufnahme in den schwedischen und norwegischen Häfen finden würden, so lange Reciprocität beobachtet würde.

Diesen Erklärungen gegenüber hat die k. Regierung die berubigende Versicherung ertheilen können, daß weder von ihrer Seite, noch von Seite des Bundes irgend eine Absicht der Eroberung Dänemark oder den skandinavischen Reichen gegenüber gehegt werde, wie sie dies auch schon wiederholt öffentlich ausgesprochen und den europäischen Mächten angezeigt habe; daß auch die Okkupation eines Theiles von Jütland keinen anderen Character habe, als den einer nothgedrungenen Repressalie gegen die von Dänemark verübte Vergewaltung deutschen Eigenthums und die Gewinnung einer Garantie für den Ersatz desselben; daß sie selbst sich schon bereit erklärt habe, sobald der Zweck dieser Maßregel erreicht sei, ihre Truppen aus Jütland zurückzuziehen. (Pr. Staatsanz.)

Berlin, 12. Mai. Die Nachrichten aus dem Hauptquartier Kolding melden von keinen erheblichen Kriegsoperationen. Auf dem festen Lande fand faktisch vollkommene Waffenruhe Statt. Nur von der See hatten die Dänen einen ziemlich unbegreiflichen Angriff auf Fridericia versucht, indem ein Dampfschiff und mehrere Kanonenboote sich vor dieselbe gelegt und die dänische Stadt mehrere Stunden lang bombardirt haben, wobei dieselbe empfindlich gelitten hat und Niemand von unseren Truppen, wohl aber mehrere dänische Einwohner das Leben verloren haben. Unsere Batterie beantwortete das Feuer der Dänen auf das Nachdrücklichste, und als die dänische Flotille sich zurückgezogen hatte, warfen die bei Snoghöi aufgestellten preußischen Haubitzen ihre Granaten über den kleinen Belt hinüber nach Fünen in ein von den Dänen stark besetztes Dorf und das Städtchen Middelfahrt, in welchen beiden man in Folge derselben Brand entstehen sah.

Danzig, 8. Mai. Unser Hafen ist nun auch blokirt, doch hofft man, daß unsere „Amazone", in Begleitung des französischen Dampfschiffes „la Reine", welches 6 Kanonen führt und hier seit Herbst zum Verkauf liegt, das dänische Schiff, welches schwach bemannt sein soll, vertreiben wird.

† Elbing, 8. Mai. Unsere Wahlen haben hier seit Wochen begonnen. Keine glänzenden Auspicien! Das Königreich von Gottes Gnaden ist dem Landvolk seit zu vielen Generationen eingebläut und eingepredigt, als daß wir von dieser breiten Basis Gutes erwarten dürften. Unsere durch und durch freisinnige und liberale Ritterschaft ist fast ganz in den Hintergrund gedrängt. Wie haben hier in Elbing zwar noch mit genauer Noth unsern tüchtigen und liebenswürdigen Oberbürgermeister Philipps gerettet, der ursprünglich vor dem vereinigten Landtage für Berlin bestimmt war. Wie es aber mit den Wahlen für deutsche Parlament gehen wird, ist noch gar nicht abzusehn. Wenn die wirkliche Majorität unseres altpreußischen Volks in Berlin vertreten wird, und wenn diese Vertretung in den andern Provinzen ähnlich ausfällt, so steht ein dänisches Kabinetsgericht in Perspektive — dahinter vielleicht neue Barrikaden — und eine Bender in der Provinz. Gott gebe, daß es anderswo anders sei. Für uns hier zu Lande würde ein minder liberales Wahlgesetz unendlich liberalere Wahlen ergeben haben. Aber rückwärts zu schreiten, ist zu tedious as to go over.

† Elbing, 10. Mai. Ich habe mit meinem Prognostikon Recht gehabt. Die Liberalen und die Stadt haben gegen das Land eine Wahlniederlage erlitten, wiewohl wir noch hier mit einem blauen Auge davon gekommen sind. Dr. Köstler, Gutsbesitzer zu Wogenau, ist wenigstens ein rechtschaffener Mann, wenn gleich politisch farblos, aber eben deßhalb der Majorität genehm. Er wird indessen schon in Frankfurt lernen. Sein Stellvertreter Schmidt, ein Schulz, hat so viel ich von ihm höre, mehr politische noch sonstige Bildung. Dem heiligen deutschen Reich dürften ihm, Falls das Unglück wollte, daß er eingezogen würde, selbst inmitten der alten Kaiserstadt schwerlich klare Begriffe beigebracht werden. In den andern Theilen Ost- und Westpreußens dagegen steht es gar wunderbarlich aus. Denn mit Ausnahme der größeren Städte sind fast durchgängig die Wahlen auf Leute aus der arbeitenden Klasse gefallen. Sie werden ertaunen, welche Metamorphose mit dem „freisinnigen" Ostpreußen vorgegangen ist, d. h. die Gesinnung ist dieselbe geblieben, nur sind bei diesem Umwühlen des politischen Ackers diejenigen Schichten an die Oberfläche gekommen, die leider gar keine Ahnung von politischer Gesinnung haben, und deren Katechismus lautet: Ich bin der Herr Dein König; Du sollst nicht andere Könige haben neben mir. In einigen Bezirken wollten die Wähler durchaus den „guten König selbst" zum Deputirten wählen, und ein alter Bauer weinte bittere Thränen, als man ihm begreiflich machte, daß das nicht angehe. — Nach einer so eben hier eingegangenen Privatnachricht haben die Polen bei ihrem Marsch auf Bromberg eine blutige und totale Niederlage erlitten und sind völlig zersprengt worden.

Posen, 9. Mai. Es artet in das Lächerliche aus, welche Mährchen sich manche deutsche Blätter, meist im polnischen Interesse, von hier aufbinden lassen, damit diese Lügen dann durch eine große Zahl deutscher Blätter die Runde machen und bei aller innern und äußern Unglaubwürdigkeit von einem guten Theil des Publikums geglaubt werden. Zwischen Miloslaw und Gnesen, heißt es in diesen Berichten, habe es ein ganzes Armeekorps, das fünfte, mit den Polen zu thun gehabt, 4000 Insurgenten blieben todt, 3500 verwundet auf dem Schlachtfelde, bei Zokalewo verrammeln die Preußen einen Schanzstall, worin sich mehrere Hunderte von Insurgenten verborgen halten und decken das Gebäude in Brand, alle darin Befindlichen kommen in den Flammen um, die Gensenmänner stürmen, einen Choral singend, mit geschlossenen Augen gegen die Batterien und fallen so reihenweise zu Tausenden, kurz unsere Zeitungen lassen durch ihre Korrespondenten jetzund mehr Insurgenten „niedermetzeln" (ein beliebter Ausdruck in jenen Korrespondenzen), als die Preußen durch Kartätschen und Shrapnels jegend im Stande sind. Hiermit vergleiche man folgende amtliche Berichte:

Aus den Berichten der Generale von Pfuel und von Colomb vom 9. Mai 1848. Der Generallieutenant v. Wedell hatte am 5. d. M. die ihm unterge ordneten Truppen und zwar: 3 Bataillone, 3 Eskadronen, 4 Geschütze unter dem Generalmajor v. Hirschfeld, 10 Bataillone, $10^1/_2$ Eskadronen, 11 Geschütze unter dem Obersten von Brandt, zusammen 13 Bataillone, $13^1/_2$ Eskadronen, 15 Geschütze, bei Barsen vereinigt, um die Insurgenten, welche sich nach Kujavien zogen, anzugreifen und auseinanderzutreiben. Die Entscheidung liegt in der Operation des Generallieutenants von Wedell gegen die sogenannten Kadres, die sich bei Miloslaw vereinigt haben und als Kern der polnischen Insurrektion betrachtet werden müssen und von Anfang an der Stützpunkt aller untergeordneten Bewaffnungen gewesen sind. Am 5. wurde der General v. Hirschfeld mit 3 Bataillonen, 4 Geschützen in der Richtung nach Bartschin entsendet, um den Insurgenten den Weg nach Bromberg zu verlegen, welche am 4. in der Stärke von circa 4000 Mann, von denen der größte Theil Lanzenträger, 600 bis 800 Jäger, 500 bis 600 Ulanen waren — nach Wegilno marschirt, am 6. aber nach Gembin zurückgekehrt waren. Am 6. gegen sich die Insurgenten in die Gegend von Orchowo und Strzelno. Generallieutenant von Wedell marschirte mit seinem Gros auf Wilatowo und Wegilno, während der General von Hirschfeld in die Gegend zwischen Inowraclaw und Strzelno dirigirt wurde. Am 7. standen die Insurgenten, welche die Bewegung nach Kujavien ganz aufgegeben hatten, bei Skompe unweit Mielkyn, General von Wedell war über Trzemeljno zurück nach Wittkowo marschirt. Hier erhielt er am 7. B. M. von dem zeitigen Führer der Insurgenten, Oberst Brzezanski, ein Schreiben an den General der Infanterie, v. Pfuel, worin er um die Erlaubniß bittet, Proklamationen an Ersteren senden zu dürfen; der Generallieutenant von Wedell verlangte unbedingte Unterwerfung, sandte jedoch die beiden Parlamentärs durch einen Offizier nach Posen, wo dieselben den 8. Morgens eintrafen. Am 8. wich das Hauptkorps der Insurgenten weiter südlich aus und besetzte Miloslaw wieder, der Generallieutenant von Wedell erreichte Wreschen und meldete von hier aus am Abend, daß der Kommandirende des Hauptkorps der Insurgenten, von Brzezanski (woraus hervorgeht, daß Mierosławski nicht mehr kommandirt), sich erboten habe, die Waffen bei Schroda niederzulegen, und daß er, der Generallieutenant v. Wedell, sich heute auf Schroda dirigiren werde, um dort eine Kapitulation entgegenzunehmen.

Der General von Pfuel hat heute den General von Wedell angewiesen, sich vor allen Dingen auf keinen Waffenstillstand einzulassen und nur unten folgenden Bedingungen eine Kapitulation abzuschließen: 1) sofortige Niederlegung der Waffen; 2) die Emigranten und Fremden

Digitized by Google

den aus dem Königreich Posen, Galizien, Krakau und überhaupt jeder Nationalität, die Führer mit einbegriffen, werden in ein Depot zwischen Elbe und Weser abgeführt, und diejenigen, welche es wünschen, sollen Pässe nach Frankreich erhalten können. 3) Die Leute aus dem Großherzogthum Posen werden nach Kreisen geordnet und unter Bedeckung zu ihrem eigenen Schutz ihren resp. Landräthen zugeführt, wo sie entlassen werden. 4) Landwehrmänner und Deserteure, welche in den Reihen der Insurgenten gefochten, werden in eine besondere Abtheilung zusammengestellt und nach Posen geführt, wo sie der besondern Gnade Seiner Majestät des Königs empfohlen werden sollen. 5) Sicherheit der Person allen denen, welche die Waffen niedergelegt haben. Aus den zweifelhaften Hin- und Hermärschen der Insurgenten sowohl, als aus den Schriften, welche deren Führer jetzt thun, indem das Mieroslawski bereits durch Vermittelung eines Gutsbesitzers von Taczanowski beim General von Pfuel seine Bereitwilligkeit, die Waffen niederzulegen, ausgesprochen hat, läßt sich deutlich erkennen, daß die Insurgenten endlich beginnen, das Thörichte und Sinnlose ihrer ganzen Handlungsweise zu erkennen, und nur noch für ihre Ersteren Kämpfen, so daß die Auflösung der Mieroslawskischen Schaaren vielleicht in Kurzem erfolgen dürfte. Damit würde jedoch die Beruhigung der Provinz für die erste Zeit noch nicht erreicht sein; denn nicht nur ist die Aufregung und Bewaffnung unter dem Landvolk, unterhalten durch den Adel und die Geistlichkeit, noch immer über die ganze Provinz verbreitet, sondern es haben sich in der letzten Zeit wieder an verschiedenen Punkten der Provinz Insurgentenbanden zusammengezogen, welche durch Raub und Plünderung die Gegenden und die Landstraßen unsicher machen und sperren, und dies sogar ganz in der Nähe von Posen, wo sich bei Stefszewo auf dem linken und bei Rogalin auf dem rechten Ufer der Warthe Banden von 1000 die 1500 Insurgenten etablirt und die Straßen nach Breslau und Schrimm gänzlich gesperrt haben. Unter diesen Umständen war es nothwendig, mobile Kolonnen nach Kurnik und Rogalin zu senden. Die Haupt-Kolonne, 3 Bataillone, 2 Schwadronen, 4 Geschütze, unter Kaufrung, des Majors Christoffel, fand den Feind nicht mehr in Kurnik; derselbe hatte sich noch in der Nacht wieder nach seinem Lager von Rogalin zurückgezogen. Der Major Christoffel dirigirte sich hierauf ohne Säumen nach Rogalin. Ein Detachement von 2 Kompagnien, unter Major von Winning, war direkt von Posen nach Rogalin abgeschickt worden, um die Brücke, die man daselbst von Salzkähnen gebaut vermuthete, zu zerstören und den Rest des Lagers gleichzeitig mit Kurnik anzugreifen. Der Feind, der die Unsrigen mit Stückenfeuer empfing, auch einige Geschütze kleinen Kalibers spielen ließ, ward ohne Zögern angegriffen und nach einiger Gegenwehr vertrieben und gänzlich zersprengt; die auf der Straße nach Kurnik Fortfliehenden fielen der von dort anrückenden Haupt-Kolonne in die Hände und wurden zum Theil getödtet, zum Theil gefangen, zum Theil in den Wald gesprengt. Das Gefecht kostet uns nur 4 Verwundete, der Feind hat gegen 30 Todte ungefähren Ueberschlag nach, die Verwundeten hat er fortgeschleppt. Alle seine Geschütze, 8 leine Kanonen und Böller, sind genommen, und der Anführer hat in der Warthe seinen Tod gefunden.

Posen. Die Pos. Z. meldet: Am 8. Mai Nachmittags hatten sich Tausende unserer deutschen Mitbürger vor dem hiesigen Garnisonlazarethe auf dem Kanonenplatze versammelt, um eine Feierlichkeit traurigster Art zu begehen, auf welche die wärmste Frühlingssonne, die Herzen tröstend und erhebend, herabschien. In langem Zuge wurden die sich treu bekämpften Krieger den sieben Soldaten, deren Leiden Freitag Abend aus Gut Jersitzerbruch worden waren, zur letzten Ruhestätte auf dem hiesigen Garnisonkirchhof unter den Festungswerken hinübergeführt. Diese sieben Unglücklichen, deren abnorme Todeswunden nach ärztlichem Urtheil darauf haben schließen lassen, daß sie sämmtlich in den Quartieren ein entsetzliches Ende gefunden, gehören sämmtlich zum 2. Bataillon des 18. Infanterieregiments. Einige Angehörige der beklagenswerthen Opfer waren bei der Grabfeier zugegen, so namentlich die Ehefrau des Einen. Unter den höheren Offizieren erblickte man mit Freude den Soldatenvater von Steinäcker, der nun auch schon lange von Posens deutschen Bürgern wegen seiner rastlosen Thätigkeit und Fürsorge als Freund und Vater begrüßt wird. Der Militärseelsorgeprediger Nieß hielt in seiner bekannten, zum Herzen dringenden, Weise die Grabrede, die von dem Geiste des wahren Christenthums, von dem Geiste der versöhnenden, vergebenden Liebe durchwebt war. Krauthofer-Krotowski ist in dem Dorfe Konarzewo bei Stenschewo verhaftet, wo er, nachdem das Schloß von Soldaten umzingelt war, im Garten sein Gewehr vergrub und gegen die beiden Husaren von der von Clausbergschen Schwadron, die sich seiner Person bemächtigten, vorgab, er sei der Gärtner. Auch der Schlossermeister Lipinski wurde vorgestern gefangen hier eingebracht.

Posen, 10. Mai. Die polnische Grenze ist fortdauernd mit Kosaken, Husaren ꝛc. stark besetzt. Von Kalisch die Preisern stehen 18,000 Mann mit 3 Batterien Artillerie und 800 Tscherkessen. Das russ. Militär glaubt, es werde gegen Frankreich geführt werden. Die Nachrichten aus Rogalin waren übertrieben. Von dem entsendeten Truppenkorps ist nur eine Kompagnie nebst 20 die 25 Mann; was nicht gefangen wurde, hat sich in die Wälder gerettet. Die Schmiede der Dorfschaften um Jarocin und Pleschen schmieden nach wie vor Sensen, und in Grodzik, an der polnischen Grenze, besteht wieder ein polnisches Komité, was bei den jetzigen Umständen als ein Glück zu betrachten ist, denn wo Komités bestehen, geschehen keine Gewaltthaten gegen das Eigenthum, wie dieß auch im Kreise Pleschen, so lange das Komité bestand, nicht geschah. Nach den Breslauer Mittheilungen macht der Aufstand überall Fortschritte, die Gegend um Kosten soll vollständig aufrührerisch sein. (Pos. Z.)

Posen. In der D. Allg. Z. liest man Folgendes: Die katholischen Priester ziehen jetzt auf dem platten Lande mit Schießpfählen, Reithosen und Reiterstiefeln mit großen Sporen umher und führen die unglücklichen Landleute dem Lode entgegen. So war der jetzt als Kriegsgefangener hier eingebrachte Priester Kosiutski mit Gewehr, Munition und Waffen bei Szydlichowo z. Pyglinek nach Kiono gesandt, um dort die Insurgenten „über die Vaterlandsliebe zu belehren", d. h. die Mannschaften zur Wuth gegen die Deutschen anzufeuern, wie aktenmäßig feststeht. Dessen Feuereifer ist jedoch Nichts gegen den des Geistlichen von Cerekwitz, welcher mit Doppelflinte und Jagdtasche bewaffnet, seine Schlachtopfer aufforderte, die Stadt Samter, Falls die preußischen Truppen den beabsichtigten Angriff zurückschlagen, an allen 4 Ecken anzuzünden, sonst aber jeden Deutschen und Juden, welcher angetroffen werde, sogleich aufzuschneiden (technischer Ausdruck der Geistlichen!) oder todtzuschlagen.

Magdeburg, 10. Mai. Man schreibt der Köln. Z.: Bei den heute vollzogenen Wahlen der Abgeordneten für Frankfurt sind mit bedeutender Stimmenmehrheit gewählt worden: der Land- und Stadtgerichtsrath a. D. Hr. Simon in Breslau, und der hiesige Regierungsrath Hr. v. Bodelschwingh als Stellvertreter. Hr. v. Bodelschwingh hat sich in den wenigen Wochen, wo er, mit Verwaltung des Landrathamtes und der Polizeidirektion der Stadt Magdeburg nach des Hrn. von Kamptz regnungener Entfernung beauftragt, den hiesigen Publikum näher trat, die allgemeinste Hochachtung und volles Zutrauen zu erwerben gewußt. Er ist ein praktischer und dabei von Patriotismus durchglühter Mann. — Die auf ihrer Rückkehr von der verunglückten Insurrektion in Krakau hier einstweilen zurückgehaltenen und in den Umgegend von Aschersleben, Quedlinburg u. s. w. untergebrachten Polen, mehrere Hundert an der Zahl, haben dort viele Excesse verübt, weßhalb heute mehrere auf die hiesige Citadelle in Haft gebracht wurden. Es stellt sich übrigens heraus, daß ein großer Theil dieser Leute gar keine Polen, sondern französische und deutsche Vagabunden sind, die sich aus Liebe zum Vagabundiren den eigentlichen Polen anschossen.

* Provinz Sachsen, 12. Mai. In dem Bezirke Wanzleben bei Magdeburg ist Prof. Gervinus zum Abgeordneten ins deutsche Parlament gewählt worden.

Erfurt, 9. Mai. G. Krackrügge ist hier zum Deputirten für den preuß. Reichstag gewählt worden.

Coblenz, 12. Mai. Nach einer diesen Morgen hier von Berlin eingetroffenen telegraphischen Depesche wird das Armeekorps bei Bamberg nicht zusammengezogen werden und ist deßhalb einem heute Früh nach Erfurt von hier abgereisten Ingenieuroffizier, welcher zu der daselbst garnisonirenden 4. Pionierabtheilung, die zu diesem Armeekorps stoßen sollte, kommandirt war, der Befehl zur Rückkehr hierher nachgeschickt worden. (Rh. D. Z.)

Münster, 10. Mai. Der Bischof von Münster, Müller, ist zum Deputirten für Frankfurt, der Geh. Rath Aulicke in Berlin, im geistlichen Ministerium, zum Stellvertreter so eben gewählt worden.

So steht es fest, daß hier die kirchliche Partei alle andern total aus dem Felde geschlagen hat. Die Früchte dieses Sieges werden nicht ausbleiben. Die Zerwürfnisse in Deutschland werden um ein vor wenigen Wochen kaum geschriebenes neues vermehrt; denn nicht nur in Münster, im ganzen Münsterlande, im ganzen katholischen Westfalen ist auf ähnliche Weise gewühlt worden; an den Streitigkeiten, welche beinahe schon jetzt die Einigkeit Deutschlands zu einer Chimäre zu machen drohen, tritt der konfessionelle Streit hinzu.

Siegen. Hier ist Gustav Mevissen aus Köln zum Abgeordneten für das deutsche Parlament gewählt.

Solingen, 11. Mai. Gleich nach der gestern erfolgten Wahl des Prof. E. M. Arndt in Bonn zum Vertreter unseres Kreises in

Digitized by Google

der deutschen Nationalversammlung hatte sich eine Deputation von hier zu ihm begeben. Dieselbe ist heute Abend zurückgekehrt, hochbeglückt durch die Erklärung Rudes, daß er diese Wahl annehme. (Mhn. Z.)

**Hannover.** Buddenberg hat die Wahl für Frankfurt nicht angenommen und sein Ersatzmann Detmold ist heute in Begleitung Bodenstedts nach Frankfurt abgereist, wo dieser beiden als die ersten Hannoveraner eintreffen werden. Nicol reist am Freitag ab. Bortmann hat die Wahl für Blumenau angenommen, daher wird Schmidt nach Frankfurt gehen und die zweite Kammer noch ein Mitglied verlieren, dem das ungetheilte Vertrauen des Landes angehört. Auch Präsident Lang soll die Wahl für Frankfurt anzunehmen gesonnen sein. (Morg. Z.)

**Hessen.** ** Darmstadt, 14. Mai. In Zwingenberg wurde gestern Sagern zur Nationalversammlung gewählt. Sagern hat also bald diese Wahl angenommen; somit muß in Nidda nochmals gewählt werden.

Fedderwarden, 12. Mai. Die Herrschaft Knyphausen wählte heute durch 57 Wahlmänner ihren Vertreter zur deutschen Nationalversammlung; es erhielten an Stimmen: Bassermann als Vertreter 52 und Welcker als Ersatzmann 47 Stimmen. Auf den Fall, daß beide die auf sie gefallene Wahl nicht annehmen möchten, wurde der aus Fedderwarden gebürtige Obergerichts-Anwalt Cropp in Oldenburg durch 47 Stimmen als zweiter Ersatzmann gewählt. (Wes. Z.)

* Von der Nahe, 30. April. Wir lesen zu unserm Erstaunen in Nr. 117 Ihrer Zeitung, daß wir uns hier im Zustande der „vollständigen Anarchie" befinden; daß Jeder darauf bedacht sein möge, sich selbst zu helfen und zu schützen, da die Gewalt der Regierung und Behörden aufgehört habe, und daß daher, um diesem Zustande ein Ende zu machen, nichts Eiligeres zu thun sei, als das Fürstenthum an Preußen abzutreten — damit dasselbe des kräftigen Schutzes der Regierung zu Trier theilhaftig werde? Wenn dieser Artikel nicht etwa unter dem Eindrucke einer Katzenmusik in aller Eile niedergeschrieben sein sollte, so läßt er sich durchaus nicht entschuldigen oder erklären; denn er enthält nicht eine bloße Uebertreibung, sondern die gröbste Unwahrheit. Allerdings ist bereits am 14. v. M. von einer großen Volksmasse in Birkenfeld — jedoch unter Mitanwesenheit des Stadtvorstandes und Ammannes zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung — eine Petition um Entfernung des Regierungspräsidenten Fischer beschlossen worden, nicht sowohl wegen dessen patriarchalischer Regierungsgrundsätze, die weder hier noch in Oldenburg jemals einige Anerkennung gefunden haben, als vielmehr, weil er gegen eine damals im Fürstenthum cirkulirende, die beschiedensten Wünsche ausdrückende Adresse an den innigst verehrten Großherzog durch Verfügung mit Abtretung an Preußen n. dgl. eine Reaktion versucht hatte. Dieser Beschluß wurde von demselben andern Tags nur noch nachdrücklicher in den benachbarten Landgemeinden persönlich wiederholt, und als er auch hier gänzlich fehlschlug, ist der Regierungspräsident nicht „weggejagt", sondern nur aus diesen Gemeinden bisher nicht wieder nach Birkenfeld zurückgekehrt, ohne daß jedoch dadurch „die Reste der Regierung" begreiflicher Weise irgend eine merkliche Einbuße an ihrer amtlichen Wirksamkeit in der jetzigen Zeit erlitten hätten. Auch ist es richtig, daß vor Kurzem der Ammann und der Bürgermeister von Oberstein von der dortigen Einwohnerschaft veranlaßt worden sind, sich ihrer Amtsfunktionen bis weiter zu enthalten, und daß die Regierung, statt sofort mit Bajonnetten dawider einzuschreiten, es vorgezogen hat, zunächst eine Untersuchung zu eröffnen, deren Resultat abzuwarten ist. Endlich sollen einzelne Katzenmusiken nicht abgeläugnet werden. Auch wird zugegeben, daß hin und wieder in Birkenfeld ernstliche Unruhen befürchtet wurden; und soll schließlich die schwierige Stellung der hies. Regierung, die von Oldenburg aus in solchen Lagen keine Verhaltungsbefehle einholen kann, und so gut es geht, auf eigene Hand u. Verantwortlichkeit handeln muß, gar nicht verkannt werden. Aber die „vollständige Anarchie" befindet sich bloß in dem von der Wahrheit verlassenen Kopfe des Korrespondenten. Ueber die Regierung, noch die übrigen Behörden sind in ihrer gewohnten amtlichen Wirksamkeit bis jetzt auf irgendwelchen Widerstand gestoßen, wenn auch die Polizei in der Zeit der ersten Aufregung hier wie überall gewissen ein Auge zugedrückt haben mag. Die Frage: ob und in welcher einheitlichen Verbindung mit Oldenburg eine Verfassung für den hiesigen Landestheil sich erreichen lasse, welche ich im vorigen Jahre in dieser Zeitung beiläufig als eine der schwierigsten bei dem bevorstehenden Verfassungs-Werke bezeichnete, hat denn auch jetzt das Fürstenthum in lebhafter Bewegung erhalten und ist sogar in großen Volksversammlungen diskutirt worden. Am einfachsten ließe sich dieselbe freilich durch Abtretung des Landes an Preußen beseitigen. Aber dafür, als eine vorläufige isolirte Maßregel ist die Mehrzahl der Einwohner nicht — ob mit Recht oder Unrecht, lasse ich dahingestellt — durchaus nicht gestimmt, sondern will erwarten, was die Nationalversammlung über die Umgestaltung der Territorialverhältnisse Deutschlands demnächstendber beschließen wird. Bei der Wahl der vier Vertreter des Großherzogthums für diese Nationalversammlung am 24. d. M. erhielt der Hofrath Ritz in Birkenfeld die Stimmen sämmtlicher Bürker. Wahrscheinlich sind diese Stimmen aber lauter verlorene. Denn wenigstens der Hofrath Ritz auch von der Stadt Oldenburg als Wahlkandidat empfohlen worden ist, so kann bei dem im Großherzogthum Statt findenden vorgängigen Zusammenziehen der Wahlmänner vieler Kreise, worin dieselben die Stimmen ihrer sogenannten Kandidaten sich gegenseitig zusichern, das entfernte Fürstenthum sich für seinen Kandidaten nicht betheiligen. Es wäre zu wünschen gewesen, daß bei dem Gesuche der Birkenfelder um eine besondere Vertretung das nachstehende Verhältniß, worin auf diese Weise das Fürstenthum durch die gnade mit Rücksicht auf es und Lübeck erlassene Wahlordnung gegen das Herzogthum gesetzt worden ist, schärfer ins Auge gefaßt worden wäre; statt daß man im flüchtiger Rücksicht dieses Gesuch sehr verkehrt dadurch zu motiviren suchte, daß das Fürstenthum einen besonderen nur durch Personal-Union mit Oldenburg verbundenen Staat bilde, in welchem Falle es des Gesuchs gar nicht bedurft, sondern nach dem Beschlusse des Vorparlaments die besondere Vertretung sich von selbst verstanden hätte.

Rendsburg, 9. Mai. Man erwartet im Verlauf der Woche sämmtliche Freikorps hier zurück, um dann unter angemessenen Feierlichkeiten ihre entlassen zu werden. Der wackeren Streiter, wenigstens der Scharfschützen unter ihnen, harrt indessen schon eine andere Bestimmung. Sie werden eine ehrenvolle Verwendung finden auf den Kriegsschiffen und Dampfbooten, die jetzt mit aller Energie in Hamburg und Bremen ausgerüstet werden, um der Blokade unserer Ströme und Häfen ein Ende zu machen.

Kalding, 9. Mai. Von hier bringt die Börsenhalle über die Beschießung von oder eigentlich nur das Schießen auf die Stadt Fridericia folgenden Bericht eines Augenzeugen: Am gestrigen Morgen ging ich in militärischen Geschäften nach Fridericia und wurde dort Zeuge eines Gefechtes mit einem Dampfschiffe und vier Kanonenbooten. Augenscheinlich hatten diese Schiffe es sich zur Aufgabe gestellt, die deutsche Flagge von der Hafenbatterie wegzuschießen, und warfen Granaten in die Batterie und die Stadt; leider ging dabei das Zeughaus und einem von den Dänen zurückgelassenen Patronenvorrath in Flammen auf, das Dach desselben wurde brabefoschoßen und einige friedliche Einwohner getödtet. Indessen wurde das feindliche Feuer von den preußischen Ostindischen Kanonen in und außerhalb der Festung lebhaft erwidert, und wie hatten die Genugthuung, zwei Kanonenboote in der Weise zu zerstören, daß sie nur mit Mühe das jenseitige Ufer erreichten, und wurde außerdem dem Dampfschiffe das eine Rad und das Hinterbord zerschossen, so wie auch die Räderstelle Stadt theilweise brannte. Zur Vergeltung der Beschießung von Fridericia, ließ der General von Bonin einige Granaten (von Saxphoi aus) in Middelfart hineinwerfen, wodurch etwa fünf bis sechs Häuser niederbrannten. Diese Stadt ist von drei dänischen Bataillonen, zwei Batterien und freiwilliger Kavallerie besetzt.

Hamburg, den 11. Mai. Ueber die englische Vermittlung schreibt der H. Kor.: So viel man vernimmt, soll England vor allen Dingen die Einstellung der Feindseligkeiten auf beiden Seiten, und zwar die Räumung beider Herzogthümer von deutschen Truppen, so wie die Aufhebung der Blokade und Zurückgabe der genommenen Schiffe als einleitende Maßregel wünschen, und sowohl in Kopenhagen als in Frankfurt eine einigermaßen günstige Stimmung gefunden haben, jedoch von Seite des Bundes an Preußen, als dessen Organ in dieser Angelegenheit, verwiesen worden sein, während sich in Berlin, besonders seit dem Einrücken der preußischen Truppen in Jütland, keine Geneigtheit zur Aufgebung der gewonnenen Positionen gezeigt hätte.

Frankfurt, den 13. Mai. Wie man hört, hat Senator Dr. Harnier seine Stelle als Vertreter unserer Stadt beim Bundestage niedergelegt.

## Schweiz.

Durch Privatbriefe vernimmt man, daß die Genfer und Waadtländer Freischaaren mit der eidg. Armbinde in Mailand eingezogen sind. Ohne Zweifel wird die Tagsatzung wegen dieses Mißbrauchs des eidg. Feldzeichens die nothwendigen Schritte thun. (Bas. Z).

## Schweden.

Stockholm, 3. Mai. Unsere Blätter haben gestern das königliche vom 1. d. M. datirte Schreiben mitgetheilt, durch welches den Reichsständen der Entwurf zu der neuen Reichstagsordnung und der

neben Verfassung mitgetheilt wird. Die Grundlage des Entwurfs bildet das Repräsentativsystem unter Aufsehung der jetzt bestehenden reichsständischen Verfassung. Es soll das Zweikammersystem eingeführt werden und die erste Kammer aus 120 auf neun Jahre gewählten, alle drei Jahre zu einem Drittel zu erneuernden, die zweite Kammer aus 150 für die Dauer des Reichstags zu ernennenden Mitgliedern bestehen.

Stockholm, 5. Mai. Der Vossischen Zeitung wird von hier geschrieben: Eine schwedische Armee von 16,000 Mann und eine norwegische von 4000 Mann sollen mit den ersten Tagen des Frühlings nach Schonen und Seeland; man sagt, daß England Geldunterstützungen versprochen. Prinz Oskar (unser Admiral) ist schon nach Karlskrona abgereist, wie man sagt, um einen Theil der Flotte mobil zu machen. In aller Gemüthsruhe druckt diese deutsche und speciell preußische Zeitung ohne irgendweiter Gegenbemerkung nachstehenden Zusatz ihres Korrespondenten ab: „Der Enthusiasmus für die Dänen ist hier groß und schön, große Summen werden gesichnet zur Unterstützung der Dänen, ich sah auf den Listen eine an 1000 Rb. B. und eine an 1500 Rb. B.; selbst ehemalige Preußen, überzeugt von der Unrechtmäßigkeit des Krieges, zeichnen Summen. — Sämmtliche Skandinavier müssen zusammentreten, nicht vergeblich fordert Dänemark die Hilfe seiner Stammverbrüdern; und wie sich ein slavisches, italisches, deutsches nationales Reich bilden, so muß auch der Skandinavismus zur Geltung kommen!"

### Großbritannien.

London, 11. Mai. Der Manchester Examiner schreibt, daß jeden Tag Hunderte von bestimmenden Antworten auf das Rundschreiben des Vereins in Manchester, dem eigentlichen Herde der neuen Reformbewegung, einströmen, worin von den früheren Mitgliedern der ehemaligen Anti-Corn-Law League. Am 27. Mai erhielt das Komité deren nicht weniger als 1400, und zwar aus allen Klassen der Gesellschaft, von Bankiers, Magistratspersonen, Kaufleuten, Krämern, Spinnern, Geistlichen, Rechtsgelehrten u. s. w. Die Beitretenden drücken zugleich ihre wärmste Anhänglichkeit für die große Sache der Reform aus. Nur wenige Antworten, höchstens fünf unter hundert, sind ablehnend, mit dem Bemerken: daß jetzt die Zeit noch nicht gekommen sei. (Ein Londoner Korrespondent der Allg. Zeitung stellt diese Reformbewegung, trotz der vielen gegentheiligen Berichte, als ziemlich geschwächt dar; das Ganze sei nur ein Manöver Cobdens, der, von Ehrgeiz getrieben, sich durch diesen Lärm Manchester vorschmeicheln wolle; Hr. Cobden und die Radikalen hätten den 10. April mit ganz andern Gefühlen entgegengesehen als die ungeheure Mehrzahl der Engländer, an die Möglichkeit einer erfolgreichen Charttistenbewegung geglaubt und auf diese Hoffnung hin bereits das Programm eines radikalen Ministeriums fertig gehabt, mit William Molesworth in erster Reihe, sodann Cobden, Bright u. s. w. Man wisse nicht, inwieweit Cobden den Plan seinem Freunde Cremieux in Paris mitgetheilt habe, gewiß aber sei, daß das britische Kabinet von der prov. Regierung in Paris eine freundschaftliche Andeutung über einen an jenem Tage beabsichtigten Handstreich erhalten und auf diese Warnung hin ihre umfassenden Vertheidigungsmaßregeln getroffen habe. Die Wahrheit dieser jedenfalls noch sehr unwahrscheinlichen Hypothesen angenommen, mag doch die Bemerkung erlaubt sein, daß jener Londoner Korrespondent an dem Fehler des alten Systems, an einem Uebermaß der Persönlichkeitspolitik zu leiden scheint; er sieht mit den Personen vor ihm und verliert darüber den Fern- und Umblick über die Massenbewegung im Rücken und in den Flanken. Die Reformbewegung gilt ihm für gescheitert, weil ihm die Herren Cobden, Bright, Wilson, Molesworth und Gleichgesinnte zuwider sind. So dreht er sich auf der kleinen Scheibe der Persönlichkeiten, deren Rand mit wenigen Namen vielleicht schon halbverdrauchter Staatsmänner umschrieben ist. So gibt es zuletzt nur noch Pest oder Russell, Aberdeen oder Palmerston, wie es zuletzt in Frankreich nur noch Thiers oder Guizot gab. Ueber dieser ermüdende politische Unodrom ging denn auch die Dynastie Orleans zu Grunde, wie das Metternichsche Monodrama Oesterreich in seine verzweifelte Lage gebracht hat. Aber diese Herren werden nicht gesehrter und hören auf die Lehren der Geschichte nicht, so nahe sich diese ihnen auch an das Ohr lehnt. Es handelt sich in England nicht um Hrn. Cobden oder einen Hrn. Soundso, sondern um eine mächtige Bewegung, die aus einem längst und tiefgefühlten Bedürfnisse des Volks hervorgegangen ist. Cobden ist im Wahrheit nur der unbewußte Diener und nur der scheinbare Leiter dieser Bewegung. Zeigt er sich kleiner als sie, treibt ihn nur Ehrgeiz, Eifersucht oder Eigennutz an, sich zu ihrem Leiter oder Mitleiter aufzuwerfen, so wird sie ihn eben so gut hinwegschwemmen, wie sie in Frankreich die Thiers, die Molé's, die Odilon Barrots hinweggeschwemmt hat, während man jetzt auf der Stuft Häuptern hervorragen sieht, von deren Dasein früher das Ausland zum Theil kaum eine Ahnung hatte.)

Im Unterhause wurde Palmerston auch in Betreff der neuesten Vorgänge in Krakau befragt. Palmerston erwiderte: „Ich habe allerdings eine amtliche Mittheilung erhalten, die, in Uebereinstimmung mit den schon ins Publikum gelangten Nachrichten, dahin lautet, daß in Folge gewisser Ereignisse in Krakau Gnades stattfand, auch wenn ein Bombardement oder eine Kanonade nennt, meines Vermuthens vor Kastell aus gegen die Stadt. Diese Kanonade dauerte einige Stunden und dann hörte sie auf." (Gelächter.) Was man auch von den mindestens unbesonnenen polnischen Insurrektionsversuchen denken mag, so liegt doch in der fast teilweisen Einkleidung dieser ministerlichen Erklärung, wie in der Art ihrer Aufnahme Etwas, was das menschliche Gefühl tief verletzt.

Der Globe zeigt an, daß der Kriegszahlmeister Macnaghten aus dem Kabinet ausscheiden werde. Der Grund ist bekannt. Ob im Unterhaus erhalten können, obschon er der vielleicht geistreichste unter den jetzigen Ministern und der gediegenste Redner ist. Man sieht, daß bei den englischen Wählern die Intelligenz gerade nicht schwer in die Wagschale fällt.

Das Chronicle ist über die dänische Blokade sehr ungehalten. „Berichte aus Dänemark und Deutschland", sagt diese Zeitung, „zeigen an, daß die Flotte Sr. dänischen Majestät mit aller Strenge die furchtbaren Blokademaßregeln zur gänzlichen Vernichtung des auswärtigen deutschen Handels fortsetzt. Man darf hoffen, daß die Vermittelung Englands bald den Erfolg haben werde, diesem Kriege ein Ende zu machen, welcher zugleich für unsern kontinentalen Handel in hohem Grade nachtheilig ist." Dieselbe Hoffnung sprechen die Times aus: „Wenn dieser Zustand der Dinge, in Folge fortgesetzter Okkupation Dänemarks durch die Deutschen, andauern sollte, wird die britische Regierung gedrungen sein, dagegen Protest einzulegen, einem Zustande der Dinge ein Ende zu machen, bei welchem wir als Neutrale vielleicht in höherem Grade benachtheiligt sind, als brite kriegführende Theile". Dabei fahren die Times fort, einseitig für Dänemark Partei zu nehmen und die von diesem getroffenen Maßregeln zu rechtfertigen, „wodurch es die Deutschen für eine der ungerechtesten und unverantwortlichsten Gebietsverletzungen, welche die Geschichte kennt, zu strafen sucht (!). Wir müssen den Schaden, welchen unsere Handelsinteressen durch diesen Krieg erleiden, auf Diejenigen zurückwerfen, welche ihn begonnen haben" u. s. w. Durch alle Schmiede sittlicher Entrüstung schlägt auch hier die Naturfarbe jenes Eigennutzes durch, welcher für die Times charakteristisch ist.

### Frankreich.

Paris, 12. Mai. Französische Nationalversammlung. Sitzung vom 12. Mai. Vorsitzender: Buchez. Die Sitzung wird um 1 Uhr eröffnet. Herr Cremieux spricht über einen Vorschlag, wornach kein Volksvertreter zugleich öffentlicher Beamter sein könne. Es weist darauf hin, daß diese Frage eine konstitutionelle sei, und verlangt, daß sie den Bureaux zur Prüfung zugewiesen werde, was auch votirt wird. Nach einigen unbedeutenden Vorschlägen geht man an die Tagesordnung, d. h. zur Diskussion der Art und Weise, wie die Kommission, die den Konstitutionsentwurf machen wird, gewählt werden soll. Zwei Ansichten werden hierüber, die eine: die Kommission nach einer vorläufigen Diskussion durch die Bureaux ernennen zu lassen; die zweite: die Kommissäre durch die ganze Nationalversammlung nach einer allgemeinen Diskussion ernennen zu lassen. Berryer schlägt vor, die Frage in jedem Bureau prüfen und dann von jedem Bureau eine Liste der 18 Kommissäre machen zu lassen, diese 18 Listen werden dann zusammengestellt und die 18 Kandidaten, die auf allen 18 Listen die relative Majorität haben, wären die Kommissäre. Ihredette bekämpft diesen Vorschlag. Nach einer zweitündigen, höchst verwirrten Diskussion beschließt man endlich, daß die Konstitutionskommission aus 36 Mitgliedern bestehen soll — dann wird wieder eine Stunde lebhaft diskutirt und dieses Votum wieder umgeworfen. Nach einer wo möglich noch tosenderen Verhandlung wird abermals abgestimmt, ob 4, 5, 6, 9, 11, 18, 25, 36, 39 oder 150 Mitglieder (denn so viel und so lautende Vorschläge liegen vor) in die Kommission gewählt werden sollen? — Die Zahl von 150 wird verworfen, die 39 und 36 ebenfalls, die 25 ebenfalls — endlich wird die Zahl von 18 Mitgliedern angenommen. Es kömmt die zweite Frage: Wie sollen die 18 Mitglieder gewählt werden? Durch die Versammlung? Durch die Bureaux? — Endlich wird mit großer Majorität votirt, daß die 18 Mitglieder von der Nationalversammlung selbst ernählt werden sollen. So fand die Sache heim Postschluß.

Digitized by Google

In derselben Sitzung beehrte auch P. Bonaparte, der eine frappante Aehnlichkeit mit seinem Oheim hat (Korsika hat 2 Neffen des Kaisers geschickt), die Tribune und trug darauf an, daß der Minister des Auswärtigen sämmtliche Aktenstück, betreffend die italienische und polnische Frage, der Versammlung heute noch vorlege, um bis Montag hierüber nach Einsicht zu nehmen. Bastide, Minister des Auswärtigen, willigte in sofortige Vorlage aller Aktenstücke ein, nur müsse er diejenigen zurückhalten, welche auf noch schwebende diplomatische Korrespondenzen Bezug hätten.

Am nächsten Sonntag soll wieder ein Volksfest der Verbrüderung stattfinden; indessen der Zwiespalt unverhöhnt vorliegt und die Verbitterung der Parteien allenthalben sich kundgibt, feiert man Verbrüderungsfeste! Die rechte Seite der Nationalversammlung suchte aus Gründen der Sparsamkeit der Feier des Festes entgegenzuwirken, man hielt ihr aber die hohe politische Wichtigkeit eines solchen Tages entgegen, und sie mußte sich fügen. An diesem Feste nämlich werden nach dem Programm auch Deputationen Deutschlands, Polens und Italiens Theil nehmen, um so die allgemeine Weltverbrüderung symbolisch mit zu begehen. Am Eingange des Marsfeldes erhebt sich eine riesige Pyramide, auf der die Namen aller deutschen und italienischen Völker eingegraben sind, die bereits die Freiheit errungen haben und am Fuße derselben sieht man drei allegorische Statuen: Deutschland, Frankreich und Italien, die sich die Hände reichen. Inzwischen wird das Volk erhitzt und zu Demonstrationen mißbraucht, die mindestens überflüssig sind. So soll morgen eine Riesendeputation sich nach der Nationalversammlung begeben und eine Adresse überbringen, worin auf schleuniges Einschreiten zu Gunsten Polens gedrungen wird. Die polnischen Emissäre fahren fort, in den Blättern der äußersten Linken gräuliche Mißhandlungen zu berichten, denen der Pole im Großherzogthum Posen preisgegeben sein soll, und es wird Nichts unversucht gelassen, diese ohnehin schwierigen Verhältnisse, deren sich Deutschland bei allem Unbank so ernst annimmt, noch mehr zu verwirren. Ein Gleiches thun die deutschen Flüchtlinge; nur ist hier der große Unterschied, daß die polnische Leidenschaft wenigstens nicht gegen die eigne Heimath fremde Waffen anfordert, während die deutsche Emigration dessen kein Hehl hat und ganz dieselbe Rolle spielt, wie einst das landesflüchtige Frankreich in Koblenz. Von vielen Proben nur zwei. Einer der flüchtigen Freischärler, ein gewisser Homburg, der sich für einen deutschen Journalisten ausgibt, kommt in Straßburg an und bittet dort in einem gedruckten Aufruf um Geld, damit er ein deutsches Journal gründen könne, „um mit den Waffen des Geistes und ungehindert von den Gedankenmördern der deutschen Regierungen, welche die kaum abgelegten Mordinstrumente mit Wollust wieder zu ergreifen streben, die Rechte der Menschheit im Allgemeinen, sowie die Verhältnisse seines gedrückten Vaterlandes in energischer Weise zu besprechen."

Derselbe deutsche Patriot entweiht von den Zuständen in der Heimath folgende Schilderung: „Tausende schmachten bereits in den dumpfen Kerkern, welche die Despotie mit so vieler Geschicklichkeit zu Hölen der Tortur umwandelt, andere deutsche Freiheitskämpfer waren so glücklich, wenn auch nur mit nackter Leibe, den grausamen Verfolgern und Unterdrückern zu entspringen."

Ein anderes Beispiel ist folgendes. In der Allg. Z. (No. 132 Beilage) ist ein „Freischärlerbericht" zu lesen, den, wenn wir nicht sehr irren, eine heroische Berlinerin, die Gattin eines Dichters verfaßt hat, der einst sang: „Ehrlich' uns vor dem Frankenland und vor dem Czaren, Deinem Schwager." In diesem Bericht, der in der Gruppirung der Zahlen nach Fallaby's Muster ist stellenweise Kerle aus zweien nach, und die deutschen Truppen mit den größten Schwierigkeiten überhaupt, heißt es schließlich:

Unsere Todten sollen geraubt werden, wir haben's alle gesehworen, und wenn wir jetzt wiederkommen — und wir kommen bald — kommen wir anders. Franzosen, Schweizer, Türken, wenn es sein muß, alle sind willkommen, die uns ihre Hilfe leisten wollen, dieser brutalen Macht ein Ende zu machen. In Freiburg hat das badische Militär sogar noch die Todten zerstückelt und geschändet (!!). Alle Rücksichten hören jetzt auf, alle patriotischen Bedenken haben ein Ende gegenüber von solcher Schurkerei. Vom größten Theil der Mannschaft wissen wir noch nichts, 60, die im Walde versteckt lagen, sollen durch die Bauern letzte Nacht verrathen, andere in Hüningen angekommen, noch andere sind vorgestern gefangen und zum Theil weiter befördert sein. Ueber 100 sind auch schon wieder hier, Hecker und Struve sitzen in Hüningen, dort wollen auch wir hin, die verschiedenen Trümmer sammeln; dann mit einer wohlorganisirten Armee von vielen Tausenden — denn Georg will jetzt die Franzosen herbeirufen — über den Rhein. Dieser brutalen Soldatenwirthschaft kann nur mit Soldaten eine Ende gemacht werden, und ch' die nicht überall unmöglich gemacht ist, kann niemand in Deutschland leben." Wie Schade, daß verzogenen Kindern und Weibern nicht die Donnerteile Frankreichs in die Hände gelegt sind!

## Spanien.

Paris, 12. Mai. Die Reforme meldet, daß eine neue Emeute in Madrid ausgebrochen und unterdrückt worden ist. Die telegraphische Depesche, die sie mittheilt, lautet folgendermaßen: Behobie, 8. Mai 6½ Uhr Morgens. Der Polizei-Kommissär an den Unter-Regierungs-Kommissär in Bayonne. — Kopie einer Depesche die gestern Abend auf der Telegraphen-Linie von Madrid in Irun angelangt ist. „Madrid, 7. Mai. Die Revolutionäre haben diesen Morgen ihren letzten und verzweifelten Versuch gemacht. Sie hatten einige Soldaten verführt, aber diese lehrten bald wieder in ihre Reihen zurück und die Rebellen flohen auf das Freigebe. Die Garnison hat sich bewundernswürdig benommen, und das Volk hat in Masse die Regierung unterstützt. Seit 11 Uhr Morgens ist die Ruhe wieder hergestellt." Für gleichlautende Abschrift P. Garat, Unter-Reg.-Kommissär.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.


## Bekanntmachung.

Die Ankunft und Abfahrt der Düsseldoefer Dampfschiffe findet bis auf Weiteres wie folgt Statt:

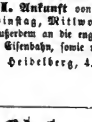
**I. Abgang** nach **Mainz** täglich um 3¼ Uhr Nachmittags im Anschluß an den von Schlengen kommenden Eisenbahnzug VII.

**II. Ankunft** von **Mainz** täglich zur Mittagszeit im Anschluß an den Eisenbahnzug X. nach Schlengen. Die Fahrten an Sonntag, Dinstag, Mittwoch und Freitag schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten an Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach London an. Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Gr. Eisenbahn, sowie umgekehrt auf allen Hauptstationen der Gr. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 4. Mai 1848.

**Großh. Post und Eisenbahn-Amt**
Eberlin.

[447]



## Niederländische Dampfschiffe.

Ohne umzuladen in zwei Tagen bis Rotterdam und in drei Tagen von Rotterdam nach Mannheim. Abfahrt von Mannheim jeden Montag, Dinstag, Donnerstag und Samstag um 5 Uhr Morgens. Das Boot von Samstag korrespondirt mit dem jeden Dinstag von Rotterdam nach London fahrenden „Batavier".

Der Agent
[448]12 Mannheim, 1. März 1848. **L. W. Renner.**


Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei den Herren Cowper & Comp., 70 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden Bestellungen bei den H. H. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 29 Rue Jean de Beauvais.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Gesch. Bur. Pfahlgasse Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 1 fl. 30 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 137. Heidelberg, Mittwoch 17. Mai. 1848.

## Uebersicht.

**Deutschland.** Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde XII. — Oesterreich (die neuen Minister). Wien (die Allg. österr. Z. gegen Palazki). Aus Tirol (die Parlamentswahlen; der Gouverneur). Bozen (Wahlen). Triest. Böhmen (Parlamentswahlen). Aus Preußen (Parlamentswahlen). Berlin (die Zurückberufung des Prinzen von Preußen vertagt). Posen (Bericht des General Pfuel. Mieroslawski gefangen. Aufruf für die flüchtigen Bewohner von Bork). Rheinpreußen, Kreuznach (Parlamentswahlen). Düsseldorf (Petition). München (ein 8fl. Regiment nach Tirol). Stuttgart (Ministerwechsel). Leipzig (Parlamentswahlen). Karlsruhe (Kammerverhandlungen. Auf was zum Behufe einer deutschen Kriegsflotte). Mannheim (Programm des vaterl. Vereins). Giessen in Lumburg (die Regierung gegen die deutsche Fahne. Sieg der Deutschen bei den Limpichen). Neudenburg (Briefwechsel zwischen dem General Wrangel und einem dän. Kapitän). Hamburg (dän. Note wegen Sichtung der Civil- und Militärbehörden). Frankfurt (Vorlage des badischen Gesandten über die Trinkwiederstellung).

**Großbritannien.** London. Die englisch-spanischen Händel. Nothstand in Nord- und Mittelengland. Die Presse über Italien. Arrangement in Betreff der dänischen Händel. Die franz. Nordküste in Vertheidigungszustand gesetzt.

**Italien.** Turin. Eröffnung des Nationalparlaments.

**Beilage.** Norddeutschland. Ueber den Entwurf des Reichsgrundgesetzes. München. Kammerverhandlungen über das Ablösungsgesetz. **Frankreich.** Paris. Das Nationalfest aufgeschoben. Verhandlungen der Nationalversammlung. Kritische Lage und Spannung der Parteien. Straßburg. Rückblick auf die letzten Ereignisse. Die Kriegsaussichten. Der Papst.

## Heidelberg, 16. Mai.

Der Fünfzigerausschuß ist noch zuletzt mit dem Bundestage zerfallen über das Promemoria des Referenten des Revisionsausschusses in Bezug auf die Vertretung der Regierungsinteressen vor der konstituirenden Versammlung. Möchte der Ausschuß wohl bedenken, was er thut. Er ist nichts Anderes als ein Ausfluß des Vorparlaments, das selbst die Betragung mit den Regierungen nicht abgewiesen hat. Wäre das aber auch geschehen, so weiß man hinlänglich, daß die Beschlüsse jener Versammlung für Niemanden in Deutschland eine gesetzlich bindende Gewalt haben, und daß sie in Berlin und Wien nur aus Vorsichtigkeit, nicht aus Unterwürfigkeit bisher befolgt worden sind. Wir geben zu bedenken, ob dem Wege des Vertrags und der Uebereinkunft mit unseren Regierungen überhaupt zu entkommen ist, betrachte man die Sache aus faktischen oder rechtlichen Gesichtspunkten. Wenn der Ausschuß oder die konstituirende Versammlung mit Einer einzigen Regierung in Deutschland zu thun hätten, die sie im Namen der ganzen vereinigten Nation gefangen hielten, so dürften sie es vielleicht wagen, Gesetze einseitig vorzuschreiben und aufzuerlegen; in Deutschland werden sich gegen einen solchen Versuch immer die Gegner finden, nicht allein die Höfe oder Regierungen, sondern auch die Staaten und Völker, die ihn mit den leichtesten Erfolge zurückweisen. Rechtlich betrachtet aber ist es, wie wir gestern sagten, gar nicht abzuweisen, daß über eine Verfassung, die einem Fürstenvereine wie einem Staatenvereine auferlegt werden soll, die Fürsten wie die Staaten und ihre Interessen dem neuen Einheitsinteresse gegenüber gehört werden müssen. Eine mildere, gefahrlosere, schonendere, volksthümlichere Art der Vertretung dieser Interessen aber als die in dem Promemoria vorgeschlagene läßt sich gar nicht denken. Die konstituirende Versammlung könnte sie nicht einmal ablehnen, selbst wenn sie wollte; sie müßte geradezu jede kontradiktorische Stimme, auch aus ihrer eigenen Mitte, unterdrücken wollen; dies hieße noch etwas viel Schlimmeres, als eine Verfassung oktroyiren. Nach unserer Ansicht ist es bedauernswerth genug, daß nicht ein von den Regierungen unter sich bereits vereinbarter Verfassungsplan der konstituirenden Versammlung vorgelegt und von einer Minderheit vertheidigt werden kann; der Form nach kommt durch solch ein gegenständliches Element erst Halt in jede Verhandlung; der Sache nach wäre dadurch sogleich ganz und völlig auf den Weg des Vertrags eingegangen worden, das Höchste, wohin die Volksforderungen gerechter Weise von jeher gereicht haben. Es ist keine Verfassung denkbar ohne Uebertragung gewisser Rechte und ohne Uebernahme gewisser Verbindlichkeiten. Sollen Beide nicht durch Gewalt bestimmt werden, so müssen sie es durch Vertrag. Wollte die konstituirende Versammlung in dem Gefühle ihrer Souveränetät über die Form des Vertragens wegschlüpfen, dadurch, daß sie jede Vertretung des Interesses der Fürsten und der Einzelstaaten verbränge, so würde dennoch eine Sanktion ihres Statuts von Seite dieser Letzteren nothwendig sein, es würde schließlich dennoch die Natur des Vertrags sich geltend machen. Schon hat sich Oesterreich diese Sanktion vorbehalten, und dieser Erklärung trat der Ausschuß wohlweise nicht entgegen. Was soll nun dieses tapfere Auftahren über die unendlich viel unschuldigere Lesung eines Promemorias im Schooße des Bundestags, an dem man sich glaubt reiben zu dürfen, weil er keine zehn Millionen Unterthanen hinter sich hat!

Wir wiederholen dringend unsere frühere Ermahnung, daß man dem Streit über die Volkssouveränetät verträglich aus dem Wege gehe, wie es die Regierungen bisher in Befolgung der Wahlansichten des Vorparlaments gethan haben. Insofern dünkt es uns selbst, es wäre bessere Politik gewesen, jenes Promemoria nicht zu veröffentlichen, um das leichtempfindliche Volksbewußtsein nicht zu reizen. Man durchsieht in der Masse so selten die Tragweite solcher Vorträge und Anträge und vermuthet überall das Schlimmste. Gerade das, was das Promemoria will, war so einfach zu machen, ohne daß man davon sprach. Soll aber einmal, wie es nun geschehen ist, der Gegenstand zur Sprache gebracht werden, so gehe Jedermann mit sich zu Rathe, daß er nicht eigenwillig und gewaltsherisch, sondern gerecht in seinem Votum sei.

Es ist wohl nicht ohne Interesse, zu erfahren, wie man in dem Rathe der Siebenzehn über die Formalitäten der Verhandlung gedacht hat, über die Fragen, wer die Versammlung eröffne, ob sie Jemand officiell zu leiten habe, ob und wie der Entwurf des Reichsgrundgesetzes ihr zur Grundlage ihrer Berathungen unterbreitet, und wie und von wem er erläutert und vertheidigt werden solle. Die Siebenzehn haben über diese Fragen eine kleine Denkschrift dem Bundestag überreicht, die nicht ohne Uebereinstimmung mit dem Promemoria ist, die aber gewiß so liberale und billige Ansichten vortrug, wie man sie auch aus dem Gesichtspunkte der Volkssouveränetät völlig anerkennen müßte.

Man sah es in dieser Schrift als selbstverstanden an, daß der Bundestag, der die Wahlen zu dem konstituirenden Reichstag ausschrieb, im Namen der Regierungen, welche sie ausführen lassen, die Pflicht und das Recht habe, diese Versammlung rechtzeitig zu berufen und zu eröffnen. Zweifelsohne fand man es dagegen, wer bei derselben den Entwurf der Verfassung vertreten solle.

Das Natürlichste wäre wohl gewesen, daß seine Anzahl der Verfasser des Entwurfs selber im Namen der deutschen Regierungen als deren Kommissäre den konstituirenden Reichstage gegenüber getreten wäre.

Zwei Verhältnisse aber schienen diese einfachste Anordnung zu erschweren. Einmal war vorauszusetzen, daß sich unter den Siebenzehn nur sehr Wenige mit dem ganzen Entwurfe in allen seinen Theilen einverstanden erklären würden, sehr Wenige daher auch

Digitized by Google

denselben in allen seinen Theilen hätten vertreten mögen. Es hätte sich ferner gefragt, ob die Wenigen, welche das Ganze und alle seine Theile hätten vertreten wollen, gerade ihrer Persönlichkeit nach geeignet gewesen wären, es auch vertreten zu können. Zweitens aber würden die deutschen Regierungen wünschen — und diese Wünsch ward vollkommen gerecht und gerechtfertigt gefunden — daß, ihre Berathungen und Bestimmungen über das allgemein deutsche Verfassungswesen gegenüber, Kommissäre der Landesregierungen anwesend sein, die in allen den Fällen, wo die Grenzscheidung zwischen der particularen und der gemeindeutschen Gesetzgebung zu bedeutenderen Kontroversen führte, die Interessen der einzelnen Gliedersaaten gegen etwaige zu große Uebergriffe der Bundesgewalt wahrnehmen würden. Diese Kommissäre würden die Regierungen frei zu wählen und zu instruiren wünschen, und es würde sich gefragt haben, ob ihnen dazu gerade jene Verfasser des Entwurfs genehm wären.

Man fand also andere Vorschläge nöthig, wie man am Besten ein Kommissariat bilde, das gleichsam eine provisorische Ministerbank der konstituirenden Versammlung gegenüber einnähme.

Da es sich um eine neu und frei zu bildende Verfassung handelte, da voraussichtlich die Diskussion dieser großen Fragen in ihrem Verlauf selbst manche Ansichten der Urheber des vorzulegenden Verfassungsentwurfs erschüttern konnte, so schien es den Siebenzehn auf eine Vertheidigung und Vertretung des Buchstabens ihres Entwurfs nicht so sehr anzukommen. Sie wollten selbst nicht einmal wünschen, daß der von ihnen ausgehende Entwurf der Versammlung etwa als eine ausschließliche Grundlage ihrer Berathungen oktroyirt, auferlegt werde. Sie fanden es möglich, daß der konstituirenden Versammlung von Privaten Verfassungsentwürfe eingereicht würden, die sie der Berücksichtigung ebenso werth fände wie den ihrigen. Man fand es ganz natürlich, wenn sie in diesem Falle die sämmtlichen Entwürfe einem eignen aus ihrer Mitte gewählten Ausschusse zur Begutachtung überließe, und die Vorschläge dieses Ausschusses dann zur Grundlage ihrer Berathungen nähme. In solch' einem Falle wären die Siebenzehn nicht einmal mehr geschickt, eine Rolle durchzuführen. Nicht auf den Buchstaben der Verfassung und des Verfassungsentwurfs also, fanden sie, komme es bei deren Vertretung an, sondern nur auf den Kern und den Geist derselben. Dieser liegt aber wesentlich in der richtigen Abwägung der Grenzen der Gewalten, der Bundesgewalt auf der einen Seite und der den Einzelstaaten und Regierungen vorzubehaltenden Machtrechte auf der andern. Die Schlichtung, die Vermittelung, die billige Erwägung in den eintretenden Kollisions- und Kontroverspällen dieser Art schien die Hauptaufgabe der zu ernennenden Kommissäre zu sein. Und sie hätten ihren persönlichkeiten und Befähigungen nach ganz mit der Rücksicht auf diese Hauptpunkte gewählt werden müssen.

Man schlug daher vor, der Bundestag wolle unverweilt die neun größern Staaten Deutschlands auffordern, jeder einen Kommissär zu der konstituirenden Versammlung nach Frankfurt zu senden, denen sich alsdann noch einzelne Glieder der Siebenzehn, entweder von dem Bundestage oder von den Kommissären selbst auszuwählt, als weitere Kommissäre hätten zugeordnet und über den Verfassungsentwurf möglichst mit ihnen verständigen mögen. Die kleineren Staaten würden ihre Instruktionen, die begreiflicher Weise nur sehr kar sein könnten, entweder einem dieser Kommissäre nach freier Wahl übergeben oder sich vereinigt haben, um 2 bis 3 eign Abgeordnete hinzuzufügen. Diese Kommissäre sollten nur aus den erwählten Mitgliedern der konstituirenden Versammlung ernannt werden.

Diese Kommissäre hätten nach der Ansicht der Siebenzehn kein fertiges System einer Verfassung und Organisation des deutschen Bundesreichs zu vertheidigen, sondern in gemeinsamer Berathung mit der konstituirenden Versammlung erst zu bilden und zu schaffen gehabt. Sie hätten nicht durch hemmende Instruktionen gebunden werden, noch durch konventionelle Veto den freien Beschlüssen der Versammlung vorbeugen dürfen. Sie konnten auch nicht interpellirt werden über Handlungen des Bundes oder einzelner Regierungen; vielmehr hätte ihr eigentliches Geschäft, außer der freien Theilnahme an der allgemeinen Berathung, das sein sollen, daß sie an die Versammlung ihre Interpellationen richteten, in allen den Fällen, wo der Centralgewalt Uebergriffe in die unveräußerliche Gewalt der Einzelstaaten eingeräumt werden sollten, und wo der Volkswille in den grundgesetzlichen Bestimmungen die höhere politische Rücksicht aus den Augen zu setzen drohte. Auch sollte ihnen in der Geschäftsordnung, deren Feststellung im Uebrigen der Autonomie der konstituirenden Versammlung überlassen werden müsse, das Recht vorbehalten werden, am Schlusse jeder Diskussion resumirend auf den Gegenstand zurückzukommen. Erst nach dem Abschlusse der Berathungen und vor der definitiven Beschlußnahme der Versammlung über das Ganze der Verfassung sollte es den einzelnen Regierungen gestattet sein, innerhalb einer möglichst kurzen Frist ihre etwaigen Einwendungen, wenn sie von den Kommissären in ihrer Mehrheit erheblich genug gefunden wurden, noch vortragen und die betreffenden Punkte einer nochmaligen Diskussion unterwerfen zu lassen.

Sobald die Verfassung angenommen und zur Ernennung des Oberhaupts des deutschen Bundes geschritten wäre, sollte nach der Ansicht der Siebenzehn dessen erste Handlung sein, die konstituirende Versammlung zu vertagen, oder Falls von derselben ein veränderter Wahlmodus beliebt ward, neue Wahlen ungesäumt ausschreiben, damit, ehe zu der Organisation der Bundesverwaltung geschritten werde, an die Stelle des provisorischen Ministeriums ein definitives trete, das dem neu zusammentretenden Reichstag mit einem festen Plan der Organisation gleich entgegenkäme.

**Oesterreich.** Das neu errichtete Ministerium für Handel, Ackerbau und Industrie ist dem ständischen Verordneten A. Frhrn. v. Doblhoff und jenes der öffentlichen Arbeiten dem Hofrath A. v. Baumgartner verliehen worden. (W. Z.)

Wien. Die Allg. Oesterr. Ztg. bemerkt: Soeben geht ein dumpfes Gerücht durch die Stadt und verbreitet Schrecken und Entrüstung. Uebelwollende bemühen sich, die Kunde zu verbreiten, Jellachich werde zum Minister des Unterrichts ernannt. Einen solchen Hohn des gesunden Menschenverstandes, ein so gräßliches Attentat gegen unser großes deutsches Vaterland werden sich die verantwortlichen Minister Oesterreichs nimmer zu Schulden kommen lassen. Ein Mann, dessen Germanenhaß sprichwörtlich geworden, ein Mann, an den sich alle Hoffnungen der panslavistischen Bestrebungen knüpfen, ein Mann, der den mitteleuropäischen Völkerbund um das schöne, seit tausend Jahren mit ihm verbundene Böhmenland betrogen, nein, ein solcher Mann kann nicht dazu ernählt werden, unserer deutschen Jugend ihren Bildungsgang vorzuzeichnen und sie für den großen Kampf der Zukunft vorzubereiten. Eine solche Ernennung wäre mehr als ein Verbrechen, sie wäre ein politischer Fehler, und vor diesen wird sich unsere Regierung zu hüten wissen.

† Aus Tirol, 12. Mai. Von weiteren Mißgeburtnissen berichten wir ihnen das aus Trient, wo der österreichische Generalkonsul in Hamburg, Sisinio de Prettis, die Majora erhielt. Als Ersatzmänner im Unterinnthal sind die DDr. Haßlwander und Kerer, für Meran Bürgermeister Haller gewählt. Statt des Beyner Deputirten, Frh. v. Unterrichter, eines 74 jährigen, schon einmal vom Schlage gerührten Mann-s, wird zweifelsohne sein Erschmann, der baierische Konsul J. v. Putzer in Botzen, nach Frankfurt abgehen. Die ultramontane Partei fördert, jedoch buchaus nicht im antideutschen, ausschließlich österreichischen Sinne, ihren überwiegenden Einfluß durch die von ihr auch in Baiern angewandte Ausstreuung, als wäden konfessionelle Fragen im Parlament verhandelt. Der größte Theil des in diesem Sinne mißleiteten Landvolkes glaubt schriftlich ebenso fest an die in Frankfurt beabsichtigte Protestantisirung Tirols, als die Bauern, die er damit lenkte. Unkenntniß und Furcht gibt ihn so gut wie das Volk in die Hände der Parteiführer. Unter den bisher bekannten Gesinnungen übertragen Dr. Schuler und Prof. Beda Weber die andern bei Weitem, und von Beiden ist ein entschiedener Anschluß an die deutschen Interessen vorauszusehen. Prof. Alb. Jäger, der Historiker, dürfte sich passiv verhalten, wie die meisten übrigen. Im Tirolerboten ließ sich jüngst Graf Brandis von einigen Innsbrucker Bürgern als „Wohlthäter Tirols und trefflicher Gouverneur" ein Zeugniß ausstellen, — dagegen wird er in einer Grosssüre von andern denigrirt erstuft, doch bald ganz abgetreten. Die Aufstedung der Jesuiten erlaubt ihm kaum länger diesem Wunsche zu widerstreben, wenn er es mit Ehren thun will.

Tirol. Die ernern bisher bekannt gewordenen Wahlen in die deutsche Nationalversammlung hatten nachstehende Resultat: Im 3. unterinnthalischen Wahlbezirke Aloia Sa-mb, Dekan und fürstepbischöflicher Rath zu Brixen. Im 1. oberinnthalischen Wahlbezirke Aloia Blitt, k. k. Universitätsprofessor. Im 2. oberinnthalischen Wahlbezirke Dr. Joh. Ketzer, k. k. Universitätsprofessor. Im 1. pusterthalischen Wahlbezirk Vincenz Gasser, Theologieprofessor in Brixen. Im 1. Wahlbezirk des Kreises Botzen Franz Frhr. v. Unterrichter, k. k. App.-Nationsgerichtspräsident in Klagenfurt. Im 1. Wahlbe-

Digitized by Google

zirke des Kreises Rovereto Joh. Fehr. v. Prato, Dr. der Theologie und Prof. der Religionslehre am Gymnasium zu Rovereto. Im J. Wahlbezirk des Kreises Bozen/berg Dr. Jodok Stülz, Archivar des Stifts St. Florian und Mitglied der Akademie der Wissenschaften zu Wien, und wegen Nichtannahme der erste Ersatzmann Prof. Hefler, Dr. und Prof. der Theologie zu Brixen.

* Bozen, 11. Mai. In Innsbruck wurde für den ersten Wahlbezirk der liberale Bewerber Dr. Johann Schuler, in Trient Sizinio von Perini, österreichischer Konsul in Hamburg, in Meran der Benediktinermönch Beda Weber für die konstituirende Nationalversammlung in Frankfurt gewählt. Es ist durch die Wahlumtriebe einiges Leben unter die Bevölkerung gekommen, wozu eine Partei, die den Bauern vorspiegelte, man wolle ihr protestantische machen, das Ihre beitrug. In Meran bedeutete dies Geistlicher alles Andere den Wahlmännern und erklärte Jeden für einen Feind des Vaterlandes, der nicht Beda Weber wähle. Dennoch lebt selbst in den untersten Schichten des Volkes die Ueberzeugung, daß Tirols künftige Wohlfahrt nur durch den Anschluß an den deutschen Zollverein gesichert sei. Der hier gewählte pensionirte Appellpräsident Baron von Unterrichter in Klagenfurt, ein 74jähriger vom Schlage gerührter Greis, wird voraussichtlich einen Ersatzmann, dem hiesigen Handelsmann Johann von Puyer, Platz machen. Täglich ziehen nun neue Schützencompagnien, fast ausschließlich aus Nordtirol, zur Vertheidigung unserer welschen Grenzmarken hier durch; wir hoffen daher in nächster Zukunft seinem feindlichen Uebersall ausgesetzt zu sein.

Aus Böhmen, 11. Mai. Im deutschen Böhmen stehen die Wahlen für das deutsche Parlament zu Frankfurt trotz aller Hindernisse, die von Seite der czechischen Partei erhoben werden, rüstig vor sich. Bereits wurden gewählt: In Komotau: Dr. Matowitzka (mit großer Majorität); in Saaz Dr. Rößler; in Tetschen Kaufmann Jordan; in Leitmeritz saß einstimmig Moriz Hartmann; in Rumburg (wie es heißt) Dr. Kreuzberg. Hoffentlich wird das Landespräsidium nicht, wie man befürchtet, Anstand nehmen, den Deputirten ihre Legitimationen auszufolgen. (Allg. Z.)

In Triest sist die Wahl zu der konstituirenden Versammlung in Frankfurt auf Hrn. v. Bruck, den verdienstvollen Direktor des österreichischen Lloyd.

**Preußen.** Für Frankfurt wurden gewählt: In Sangerhausen: zum Abg. Buchhändler Dr. Schwetschke, zum Ersatzmann geh. Kommissionsrath Stadtrath Wucherer; in Eisleben: zum Abg. Dr. Hayn, zum Ersatzmann v.e. Wolf; in Zeitz: zum Abg. Assessor Pinckert, zum Ersatzmann Gymnasialdirektor Kahnt; in Torgau: zum Abg. Dr. Schwarz, zum Ersatzm. Assessor Jaegert; in Delitzsch: zum Abg. Kammerjunker Degenfeld, zum Ersatzm. Rittergutsbesitzer v. Beltheim; in Stettin (Stadtbezirk): Prof. Giesebrecht, zum Ersatzm. Oberlandesgerichtsrath Kosmann, zum Ersatzm. Justizrath Staehr; in Cös-Stettin: zum Abg. Fürstbischof v. Diepenbrock, zum Ersatzm. Stadtgerichtsrath Deubert; in Greifenberg: zum Abg. Bürgerm. Holz, zum Ersatzm. Gut Oythen; in Reiße: zum Abg. Justizkommissär Schola, zum Ersatzm. Oberst v. Auerswald; in Leobschütz: zum Abg. Oberlehrer Dr. Kobiert, zum Ersatzm. Justizrath Wodicska; in Hirschberg: zum Abg. Dr. Schiffer, zum Ersatzm. Dr. John aus Schönau; in Liegnitz: zum Abg. Prof. Förster, zum Ersatzm. Reg.-Rth. v. Merkel; im vereinigten großstrählitzer und lublinitzer Kreise: zum Abg. Rittm. Lachan zu Himmelwitz, zum Ersatzm. Bürgerm. Mendrella aus Lieb; in Ratibor: Fürst Lichnowsky, zum Ersatzm. Domherr Heide; in Steinau: zum Abg. Stadtger.-Rth. Simon, zum Ersatzm. geh. Justizrath Gravell; in Gros-Glogau: zum Abg. Bürgerm. v. Unruerth, zum Ersatzm. Pastor Röthe aus Meisdorf; in Frankenstein: zum Abg. Stadtger.-Rath Simon in Breslau, zum Ersatzm. Landgerichtsrath Jacke in Breslau; in Oels: zum Abg. Gymnasialoberer Rösler, zum Ersatzm. Graf Oythen; in Ohlau: zum Abg. geh. Archivrath Prof. Dr. Stenzel, zum Ersatzm. Landrath v. Brochen. (D. Allg. Z.)

**Berlin.** Der „Preuß. Staatsanzeiger" vom 13. Mai enthält eine Erklärung des Staatsministeriums, wodurch der Calsedeh über die Zurückberufung der Truppen von Preußen der auf den 22. Mai einberufenen preußischen Nationalversammlung anheimgegeben wird. Das Aktenstück folgt morgen.

**Posen,** 11. Mai. Anzug aus dem Bericht des Generals von Pfuel, vom 11. Mai 1848. Der General v. Wedell hat bei Piatkowecyarne, wo die Kapitulation in Ausführung kommen sollte, nur 35 Insurgenten ohne Waffen gefunden. Alle übrigen hatten sich zerstreut, und heute eingegangenen Nachrichten zufolge, zogen sie in einzelnen Trupps, zum Theil ohne Waffen, herum, verkauften ihre Pferde und übten allerlei Unfug und Plünderung aus. Der General v. Wedell schickt Detachements nach allen Richtungen aus, um Gefangene zu machen und morgen soll ein Durchsuchen der Wälder längs der ganzen Warthe stattfinden. Es ward gestern Abend mit einbrechender Nacht ein starkes Detachement von hier nach Rogalin abgeschickt, in der Absicht, diejenigen Insurgentenhaufen, die sich seit dem Uebersall von vorgestern dort etwa wieder gesammelt haben möchten, sowie die vom Hauptkorps von Schroda flüchtigen, die sich nach Rogalin gewandt hätten, um da die Warthe zu passiren, zu überfallen. Nach so eben eingegangener Meldung war aber Nichts in Rogalin als ein kleiner Haufen Saufenmänner, die beim ersten Schuß sogleich entliefen, mit Hinterlassung von 4 Böllern, 2 Wagen Munition und einigen Gewehren. In den Kellern des Schlosses wurden noch 100 Säcke Salz gefunden, die von dem sogenannten Salztransport geraubt worden waren. Ich werde jetzt mit der Entwaffnung systematisch vorgehen, um neuen Versuchen zum Aufstande zuvorzukommen. Seeben wird Miereslawski gefänglich eingebracht, er hatte sich mit noch 3 Andern bei einem Edelmanne, 2½ Meile von hier, verborgen; ich werde ihn sobald als thunlich nach Cüstrin schicken. Er hatte sich der Kapitulation unterwerfen wollen, es aber nicht gewagt, ins Lager zurückzukehren, wie ich schon vorgestern durch Herrn v. Taczanowski wußte.

Die Dresmer Z. enthält aus der Posener folgenden Nothruf: Das grauenvolle Schicksal unserer Nachbarstadt Buk ist durch Zeitungsberichte hinlänglich bekannt geworden. Zahlreiche deutsche Familien, christliche und jüdische, die durch unbeutschen Vandalismus Alles, Alles verloren und buchstäblich nur das nackte Leben gerettet haben, befinden sich als Flüchtlinge hier — in einem einzelnen Lokal allein über 60 — und werden von den hiesigen Deutschen unterhalten; aber die hiesigen Deutschen, inmitten des verderblichsten alter Kriege, des Bürgerkrieges, lebend und seit vielen Wochen fast jeden Erwerbes beraubt, sind kaum mehr im Stande zu helfen. Darum ergeht an die edlen deutschen Bewohner Bremens die dringende Bitte um ein Scherflein für die deutschen Flüchtlinge — aber „schnell, schnell"! denn die Noth ist groß. Posen, 10. Mai 1848.

**Breslau.** Wahlen für Frankf.: Abg. Arnold Ruge, Stellv. Stadtger.-Rth. Simon; (Landtreis) Abg. Landgerichtsdir. Fuchs, Stellv. Stadtger.-Rath Grubert. Schweidnitz: Abg. Prof. Trellamof, Stellv. Prof Nebelt.

**Aus Rheinpreußen,** 11. Mai. Hier wurden gewählt für Frankfurt: Gustav Meviffen zu Düsten. In Wesel: Assessor Marx aus Duisburg; in Hamm: Prof. Heinr. von Römer; in Prüm: Assessor Becker in Trier; Bernkastel: Advokatanwalt Zell in Trier; St. Wendel: Kaufmann Cetto in Trier; Simmern: Prof. Arndt in Bonn; Düren: Prof. Walter in Bonn; Erkelenz: Prof. Clemens in Bonn.

**Düsseldorf,** 13. Mai. Nachstehende Petition liegt heute Abend 7 Uhr im Geleke'schen Gartenlokale (Steinweg) zur Unterzeichnung offen und soll morgen abgesandt werden: „Majestät! Die unterzeichneten Bürger von Düsseldorf bitten, die Rückkehr des Prinzen von Preußen aus England zur Zeit nicht veranlassen zu wollen. Ehrerbietigst Düsseldorf, 13. Mai 1848." (Folgen die Unterschriften.) (Düsseld. Z.)

**Stuttgart,** 13. Mai. Am 8. und 10. d. M. wurden hier die Wahlen der Abgeordneten für Frankfurt und Berlin vorgenommen. Für erstere Versammlung ging der bekannte Gutsbesitzer Steinmann aus Besetzich bei Koblenz als Deputirter, und als Stellvertreter der Justizrath Kaup in Kreuznach aus der Wahlurne hervor; für Berlin wurden gewählt: der Kaufmann v. Beckerath in Krefeld, und zu dessen Stellv. der Kaufmann Neuhaus zu Kreuznach.

**Baiern.** München, 13. Mai. Wie wir soeben erfahren, beabsichtigt die österreich. Regierung die in Tirol befindliche Truppenmacht zu verstärken, um die südtirolische Bundesgrenze gegen jeden feindlichen Einfall vollends zu sichern. Zu diesem Zwecke wird das k. k. Infanterieregiment Latour, welches ursprünglich nach Ulm bestimmt war, wo sie hiefe drei Bataillone den gegenwärtigen Angeklikt noch nicht hinreichende Unterkunft vorhanden ist, den Hauptstadt und Regenburg über München nach Tirol marschiren. An dessen Stelle wird demnächst ein anderes Infanterieregiment aus Böhmen nach Ulm abgehen, wo inzwischen die nöthigen Vorkehrungen zu dessen Unterbringung getroffen sein werden. (Allg. Z.)

**Würtemberg.** Der Minister der Familienangelegenheiten des königl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Generallieutenant Graf v. Beroldingen, ist seiner bisher fortgelegten Funktionen enthoben und dieselben dem Direktor des Geh. Staats- und Hausarchivs, Geh. Legationsrath v. Roser, in provisor. Eigenschaft übertragen worden.

**Sachsen.** Leipzig, 14. Mai. In der konstituirenden Versammlung in Frankfurt a. M. wurden im Königreich Sachsen weiter gewählt: in Bautzen: zum Abg. Dr. Hermann auf Weitzig, zum Ersatzmann Hofrath Dr. Stüber; in Meißen zum Abg. Bürgermeister Tscheltke; in Löbau zum Abg. Pr. A. Zöllner, zum Ersatzmann Buchdruckerei Hopfeld.

**Baden.** †† Karlsruhe, 15. Mai. In der heutigen Sitzung verlas der Präsident die Antwort des Großherzogs auf die Dankadresse der zweiten Kammer für den Beitrag von 100,000 fl. zur Bestreitung der außerordentlichen Kriegskosten. Die Kammer erhielte sodann die von der Regierung begehrte Ermächtigung, den im Großherzogthum für die konstituirende Versammlung gewählten Ab-

Digitized by Google

geordneten außer den Reisekosten eine Taggebühr von 5 fl. zu bezahlen. — F. M. Präs. Hoffmann legte die Gesetze über die Einkommensteuer und Kapitalsteuer vor, mit dem Wunsche, daß nun, da die Finanzverwaltung Alles, was gewünscht wurde, vorgelegt habe, die Kommission ihre Arbeiten beschleunigen möge, damit die Kammer bald zur Berathung der Gesetze berufen werden könne. Das Gesetz über das Standrecht bei dem Militär wurde mit einigen Modifikationen angenommen. Brentano wollte den Aufruhr, Christ die Kriegsbedrohung nicht als Umstände gelten lassen, welche die Einführung des Standrechts bei Truppen, unter denen sich ein meuterischer Geist zeigt, begründen. Sie blieben mit ihren Vorschlägen allein, sonst wäre nur der Krieg mit fremden Mächten übrig geblieben, wo hoffentlich das Standrecht am Wenigsten nöthig sein wird. Die Kammer beschäftigte sich mit Petitionsberichten, worunter einige um Niederschlagung der politischen Untersuchungen und Amnestie. Die Kommission kann dazu nicht rathen, sondern zur Beschleunigung der Untersuchung und Ausschreibung der minder schwer belasteten Gefangenen. Die Kammer hat sich aber vor Kurzem schon in diesem Sinne ausgesprochen, der Antrag geht daher auf motivirte Tagesordnung. v. Itzstein beantragte, die Petition dem Staatsministerium zu überweisen. Desgleichen Jungkunz u. Brentano. St. R. Bekk erwähnte in seiner Erwiderung eines Flugblattes, welches von dem demokratischen Verein in Karlsruhe ausgegangen und in dem Blatte „die Republik“ in Heidelberg abgedruckt ist, und worin Männer, unter denen mehrere Abgeordnete, als Kandidaten für das Parlament empfohlen werden. Darin heißt es, daß die Republik die einzig mögliche und passende Staatsform für Deutschland sei, daß sie kommen werde, entweder durch die Nationalversammlung oder über Blut und Leichen, und daß die bezeichneten Männer kräftig für dieselbe wirken würden. Diese Empfehlung von Freunden erklärte St. R. Bekk für die schlimmste Verdächtigung, gegen welche sich die Betreffenden öffentlich aussprechen sollten. Brentano gab der Empfehlung eine harmlose Deutung, mit dem Anfügen, wenn es der demokratische Verein anders meine, so ire er sich in ihm. Christ, gleichfalls im Vorschlag *), will sich nicht vertheidigen; Beide ergängen sich in Persönlichkeiten gegen St. R. Mathy, welche durch den allgemeinen Unwillen der Kammer zum Schweigen gebracht wurden. Metz gab eine würdige Erklärung; er würde nicht in diesem Saale sein, wenn der Aufruf des demokratischen Vereins auf ihn passe. Itzstein kümmert sich nicht um das Geschwätz von Leuten, die er nicht kenne, und beruft sich auf seine Erklärung in Offenburg (die freilich auch Hecker gegeben). Richter schließt sich an. Stoffel wundert sich, daß auch sein Name auf diesem Verzeichniß stehe; wenn Jolle ihn doch besser kennen. Kurz, die Empfohlenen wollten Nichts von dem demokratischen Verein wissen, die Meisten gewiß mit aller Offenheit. Die Andern bessern sich in dem Maße, wie die Aussichten für die Anarchie trüber werden. Sie beschränken sich auf unwahre Schilderungen von schlechten Betragen der Soldaten, die sofort von den betreffenden Gemeindebehörden Lügen gestraft werden, auf falsche Darstellungen über die Behandlung der Gefangenen und ihr Schicksal u. s. w. Das Volk hat aber die Erfahrung, daß es von dieser Seite her schmählich belogen worden ist, zu theuer bezahlen müssen, als daß derlei weitere Unwahrheiten noch die drabsichtigte Wirkung hervorbringen könnten. In einer Abendsitzung wurde ein Zusatz der ersten Kammer zu dem Gesetz über den Gerichtsstand für die hochverrätherischen Umtriebe angenommen. Derselbe besagt, daß, wenn zur Zeit der Aburtheilung die Schwurgerichte noch nicht eingeführt seien, ein solches nach dem Regierungsentwurf gebildet werden solle.

†† **Karlsruhe**, 15. Mai. Die zweite Kammer hat in den letzten Tagen mehrere wichtige Vorlagen von der Regierung erhalten und theilweise erledigt. Am 11. wurden die Aenderungen berathen, welche die erste Kammer an dem Gesetz über die Ausübung des Jagdrechts vorgenommen hatte; eine Vereinbarung kam nicht zu Stande, und es wird sich zeigen, ob die erste Kammer von ihrem Satze abgeht, das Jagdrecht den Grundeigenthümern zu geben, und ob sie zustimmt, es den Gemeinden zu lassen. — Die Eröffnung des Ministers v. Dusch, daß der Großherzog dem Beharr der Staatskasse zur Bestreitung der außerordentlichen Kriegskosten mit einem Beitrage von hunderttausend Gulden zu Hilfe komme, und daß die Mitglieder der fürstlichen Familie weitere 25,000 fl. beitragen, diese Eröffnung wurde von der Kammer mit einem Danke erwidert, den das Land sich anschließt. Hierauf folgte der Entwurf, wonach zu den Mehrausgaben des Staates zunächst Diejenigen beitragen, welche feste Geldeinnahmen beziehen, und zwar mittelst einer außerordentlichen Besteuerungsfreier, welche nach der Größe der Besoldung von 2 bis 10 % steigt; was zu dem Bedarf noch fehlt, soll auf das Einkommen umgelegt werden. Gleichzeitig soll die Erhebungsweise der Wein-, Bier- und Fleischsteuer in der Weise geändert werden, daß die besondere Aufsicht und Kontrole wegfällt, welche so vielen Anlaß zu Beschwerden gab. Die Steuer soll nach einem Durchschnitt mehrerer Jahre, woran 10 % für die wegfallenden Kosten in Abzug kommen, in Baufchsummen erhoben werden. Den Bürgern selbst wird überlassen, die Beträge auf die Einzelnen umzulegen; bürgerliche Schatzungsräthe und Steuerschwurgerichte entscheiden die Streitigkeiten und Beschwerden, welche bisher vor die Staatsbehörden gebracht wurden. — Vom 1. Januar 1849 sollen die Kapital- und die wachsende Einkommensteuer in die Reihe der ordentlichen Steuern treten, dafür wird die Fleischsteuer und die Kaufbriefstare aufgehoben, die Kaufacte von 1 1/2 fr. auf 1 fr. vom Gulden herabgesetzt. Diese Vorschläge der Regierung beruhen auf der Voraussetzung eines hohen Grades politischer Reife und Bildung im Volke. Bewährt sich dieselbe und verstehen sich die Bürger zu der Selbstverwaltung, welche ihnen hier bezüglich auf die Besteuerung zunächst geboten wird, so folgt eine weitere Ausbildung zu einer allgemeinen Vermögens- und Einkommensteuer. Ergäbe sich dagegen Unlust, Widerwille und Streiterei als Folge der vorgeschlagenen Vereinfachung des Steuerwesens unter Mitwirkung des Volkes, so wäre damit der traurige Beweis für die Nothwendigkeit einer Rückkehr zu dem alten Systeme und eines längeren Beharrens bei demselben geliefert. Hoffen wir indessen, daß der Versuch eines wahren Fortschritts zu volksthümlicher Verwaltung, der Versuch, den wir der Gesinnung und dem Muthe des Präsidenten des Finanzministeriums, Hrn. Hoffmann verdanken, mit Hilfe der politischen Tüchtigkeit des badischen Volkes gelingen werde. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Kommission wenigstens das Gesetz über die Umwandelung der Erbebungsweise der Verbrauchsteuer in Baufchsummen noch vor der Berathung berathen, und die Kammer die bedeutende Erleichterung nicht verzögern möge.

Am 12. wurde das Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben für 1848 angenommen. Hiernach ist das Finanzgesetz für 1847 maßgebend. Die Steuern werden für die zweite Hälfte des Jahres wie früher erhoben. Wesentliche Abweichungen sind durch besondere Gesetze (wie die vorerwähnten) oder durch veränderte Verhältnisse zu begründen.

In der Sitzung vom 13. waren mit vieler Mühe 18 Mitglieder zusammengebracht worden, die nöthige Zahl, um Verfassungsgesetze zu berathen. Der Entwurf über Einführung der Schwurgerichte wurde vorgelegt. Die Kammer berieth und genehmigte zuerst das Gesetz über die Beeidigung der Bürger mit Einschluß der Staatsdiener und Krieger auf die Verfassung, und das provisorische Gesetz über den Kriegszustand, wobei Brentano den Antrag stellte, daß die stehenden Aufrührer nicht mit den Waffen verfolgt werden dürften, was aber mit Allen gegen drei Stimmen (Brentano, v. Itzstein und Sachs) verworfen wurde. Der Antrag des Abg. Bissing, daß Einbringlinge von Außen Landrechtlich gerichtet werden sollten, wurde zwar, als nicht in dieses Gesetz gehörend, zurückgezogen; allein die Kammer sprach die Erwartung aus, die Regierung werde, falls die Umstände es fordern sollten, das Standrecht einführen; die Kammer erblicke hierzu nicht nur durch unwidersprochene Erklärungen ihre Ermächtigung, sondern mehrere Redner, insbesondere Welcker, erklärten, daß die Regierung verantwortlich dafür zu machen wäre, wenn sie die Maßregel unterließe, Falls sie nothwendig werden sollte. Zugleich wurde aber die Erwartung ausgesprochen, daß der sittliche und patriotische Absehen des Volkes gegen Unternehmungen, über deren verbrecherische Natur jetzt Alle aufgeklärt sind, die Wiederkehr ähnlicher Vorfälle verhüten, und damit die Anwendung des Standrechtes überflüssig machen würde. Das Gesetz über den Kriegszustand wurde mit wenigen Aenderungen einstimmig angenommen. Mit allen Stimmen gegen Eine (Ulrich) erklärte sich die Kammer für das Gesetz, welches die Beschränkungen staatsbürgerlicher Rechte aus Rücksichten der Konfession aufhebt. Aus dem Entwurfe in Betreff der Beamten, welche ihre Pflicht während der letzten Bewegung nicht erfüllt haben, strich eine Minderheit von 19 gegen 29 Stimmen den Art. 4, wonach die seit 1. März begangenen Handlungen unter das Gesetz fallen; eine Minderheit strich diese Bestimmungen, denn zur Annahme des Gesetzes mit Art. 4 wären 2/3 Stimmen, also 32 erforderlich gewesen. Für die Zukunft wird das Gesetz gelten, dafür stimmten Alle gegen sieben. — Die Minderheit, welche es dahin brachte, daß das Volk eine bedeutende Summe von Pensionen an Beamte bezahlen muß,

*) Dieser Vorschlag beweist jedenfalls, daß der „demokratische Verein“ es nicht zu streng nahm und nicht lauter Republikaner vom reinsten Wasser auf die Liste setzte. Unter dem Minderheiten Bürgerdorf wenigstens — und damals war Math damit zu bewieten — gehörte der Abg. Christ nicht zu den ganz hart gesottenen Republikanern.

Digitized by Google

die sie nicht verdienen, besteht aus folgenden Mitgliedern, die wir in drei Gruppen zusammenstellen: Bissing, Hildebrand, Perstinari, Schmitt, Stälzer, Zentner. — Fauth, Rettig, Schaaff, v. Stockhorn, Ulrich. — Brentano, Christ, v. Ihstein, Mez, Richter, Sachs, Scheffelt, Wolf.

Endlich wurde nach langer Berhandlung das Gesetz angenommen, wonach das Hofgericht in Freiburg die hochverrätherischen Unternehmungen der jüngsten Zeit zu untersuchen, und mit einem Schwurgericht abzuurtheilen hat. — Die Sitzung währte von Morgens 9 bis Abends 8 Uhr mit Unterbrechung von einer Stunde. Zu Anfang der Sitzung hatte sich der Abg. Brentano über eine Flugschrift beklagt, worin darauf aufmerksam gemacht war, daß v. Ihstein in allen 20 Wahlbezirken als Kandidat für die konstituirende Versammlung vorgeschlagen sei, und zwar von der Partei, für welche der Ausdruck radikal nicht mehr radikal genug ist. Der Zweck dieses Manövers war dahin angegeben, daß die mehrfache Wahl Ihstein dienen solle, in zweiter Linie Männer der bezeichneten Partei vorzuschieben. Brentano behauptete, die Flugschrift könne zu Excessen in Bruchsal Anlaß geben, da bereits gedroht worde, den Wahlmännern, die für Ihstein stimmen würden, die Häuser zu zerstören; er behauptete endlich, Staatsrath Mathy habe die Flugschrift dem Bürgermeister in Bruchsal mit der Weisung zugehen lassen, sie zu vertheilen. Diese Unwahrheit fand ihre Berichtigung, und daran wurde die Bemerkung geknüpft, es wäre zu wünschen gewesen, daß Brentano früher gegen Schriften und ihm heterogene Blätter aufgetreten wäre, welche wirklich Excesse zur Folge hatten. Zur Sache selbst gehört die Aufklärung, daß v. Ihstein zur Theilnahme an gemeinschaftlichen Berathungen über die Wahlen eingeladen, nicht erschienen und sich gegen Welcker, Bassermann, Mittermaier u. A. als Gegenkandidat aufstellte und aufstellen ließ.

* Wir erhalten folgenden Aufruf: Deutsche Flotte. Deutschland kann nur groß und mächtig werden, wenn es seinen Handel und seine Küsten mit einer Kriegsflotte zu schützen vermag. Hätten die Deutschen dies früher erkannt, so würden wir jetzt nicht die Schmach erleben, daß das kleine Dänemark mit seinen Schiffen unsere fliegenden Heere auffällt, unsere Häfen sperrt und die Schiffe des norddeutschen Handels hinwegnimmt. Deßhalb thut es Noth, daß kein Tag verloren gehe, herbeigeschafft, was uns fehlt. Warten wir nicht bis die Regierungen Beschlüsse gefaßt haben, sondern jeder Deutsche, dem das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, bringe seine Gabe. Wer schnell gibt, gibt doppelt. Auch die kleinste Gabe ist willkommen. Der vaterländische Verein will es sich zur Aufgabe machen, freiwillige Beiträge aus allen Theilen Badens zu sammeln. Für unsere Stadt beginnen wir sogleich damit, an verschiedenen Orten Behälter zur Einsammlung freiwilliger Beiträge aufzustellen. Mögen in allen Stadt- und Landgemeinden Vereine zu gleichem Zweck sich bilden und die einzugangenen Gelder uns übermachen, damit die Beiträge Badens vereinigt ihre Bestimmung erhalten. Mit Vergnügen werden die Mitglieder des Vorstandes des vaterländischen Vereins: Major von Böch, Oberbürgermeister Daler, Emil Groos, Buchhändler Holzmann, Münzrath Kachel, Kaufmann Kölle, Obergerichtsadv. Kusel, Gemeinderath Münning, Gemeinder. und Landtagsabg. Malsch, Hofbuchhändler W. Müller, Kaufmann Schweig, Kaufmann Stumpf, Rechtskandidat von Stetten, Buchdruckereibesitzer Vogel, Postrath Zimmer — für diesen Zweck bestimmte Gelder in Empfang nehmen und wir ersuchen die Redaktionen aller badischen Blätter ein Gleiches zu thun*). Ueber die einkommenden Gelder wird der Verein öffentliche Rechnung ablegen. Karlsruhe, 13. Mai 1848. Im Namen des vaterl. Vereins. Für dessen Vorstand der Obmann Zimmer. Der Schriftführer L. v. Stetten.

*) Wir erklären uns gern dazu bereit. D. Red.

**Limburg.** Stirdorf, 12. Mai. Die Aachener Zeitung meldet: Als ich Ihnen gestern mit freudigem Herzen die Nachricht mittheilte, daß auch bei uns die deutsche Fahne feierlich aufgepflanzt worden sei, konnte ich nicht ahnen, daß diese nationale Demonstration, welche mit Zustimmung und selbst unter Aufführung unserer fürstlichen Behörden Statt gefunden, den schweren Ingrimm unseres Gouvernements auf uns laden würde. Wahrscheinlich auf Anstiften unserer holländischen Beamten, die der deutschen Sache feind sind, erschien heute Morgen hier eine Staffette aus Maestricht mit dem Befehle des Gouverneurs, das schwarz-roth-goldne Banner von dem Rathhause zu entfernen, widrigenfalls man es mit bewaffneter Macht herabholen werde. Der Stadtrath erklärte, daß er gegen den Willen des Volkes die Fahne nicht entferne. Die Bürgerschaft aber war höchst aufgebracht und wollte sich das Zeichen ihrer Erlösung nicht nehmen lassen. Einmüthig erklärte man, die Fahne nicht gutwillig herzugeben; der bewaffneten Macht werde man jedoch keinen Widerstand entgegensetzen. Wir sind nun in Erwartung der Dinge, die da kommen werden. Wie sehr unser holländisches Gouvernement überhaupt geneigt zu sein scheint, deutsche Gesinnung hier zu unterdrücken, geht daraus hervor, daß bei einem hiesigen Bürger, der sich der deutschen Sache besonders angenommen und unter Andern ein Simburgisches Volkslied nach der Melodie: „Noch ist Polen nicht verloren“ gedichtet, welches hier von Mund zu Mund geht, während dessen Abwesenheit eine Haussuchung stattgefunden hat. Auch soll ein Verhaftungsbefehl gegen denselben vorliegen. — Unteressen sind die Urwahlen für Frankfurt hier in Ruhe vollzogen worden. Der Sieg der deutschen Partei ist entschieden. Wenn die beiden Männer, wonit Roermonde und Valkenburg das deutsche Parlament beschicken werden, unsern Wahlmännern entsprechen, so dürfen wir hoffen, daß ein unserer guten deutschen Sache feindlich gesinntes Gouvernement es nicht mehr wagen wird, unserer gesetzlichen Bestrebungen zur Aufrechthaltung unserer Nationalität zu verhindern, und daß bald die Schranken fallen werden, die uns von unserm deutschen Vaterlande trennen.

**Schleswig.** Rendsburg, 12. Mai. Die B.H. theilt folgenden interessanten Briefwechsel zwischen dem General Wrangel und Steen Bille, Oberbefehlshaber der Flotte im kleinen Belt mit: 1. An den General, Kommandanten en chef der das Gebiet Sr. Maj. des Königs von Dänemark okkupirenden feindlichen Truppen. (Das Original ist französisch.) „Herr General! Der Unterzeichnete, d. z. Befehlshaber der Seemacht Sr. Maj. des Königs von Dänemark auf dieser Station, hält es für seine Pflicht, Sie von den nachfolgenden Thatsachen in Kenntniß zu setzen: 1. Gestern am 8. d., während des Kampfes vor der Citadelle von Fredericia wurden einige verwundete Matrosen von den unter meinen Befehlen stehenden Kanonenbooten prosiderich in den Häusern einquartiert, welche auf der Spitze von Strib liegen, und diese Häuser wurden durch eine auf denselben angebrachte weiße Fahne bezeichnet. Die westlich in der Bucht von Fridericia aufgestellte Batterie wählte gerade diese Häuser zur Zielscheibe ihrer Kanonen und Kreide dieselben in Brand lange nach Beendigung des Kampfes. 2. Am gestrigen Abend ist die Stadt Middelfart bombardirt worden. In der Besorgniß, daß die Anwesenheit der Dampfcorvette „Dekla“ zu einem Angriff Veranlassung geben könnte, hatte ich den Befehl gegeben, sie von ihrer Stellung vor der Stadt zurückzuziehen, und dieser Befehl ist ausgeführt worden, aber dennoch hat das Bombardement stattgehabt, nicht auf die Korvette, sondern auf eine offene und vertheidigungslose Stadt. Ich bin überzeugt, Hr. General, daß die Mittheilung dieser Thatsachen, die bisher in den Kriegsannalen civilisirter Nationen unbekannt sind, hinreichen wird, um ihre Wiederholung zu verhindern. Ich will Ihnen nur bemerken, daß es in meiner Macht gestanden hat, mehrere von feindlichen Truppen besetzte Städte zu bombardiren, und daß ich es nicht gethan habe, zurückgehalten durch die Grundsätze, welche mir leiten, und welche Sie sind, daß wenn gegen meine Erwartung die Antwort, mit welcher Sie mich drohen werden, mir bewiesen sollte, daß diese Thatsachen auf Ihren Befehl geschehen sind, die dän. Marine im Stande sein wird, grausame Rache an den Seeküsten der Ostsee zu nehmen. Ich habe die Ehre ꝛc. Steen Bille, Kammerherr, Schiffskapitän, Befehlshaber der Seemacht Sr. Maj. des Königs von Dänemark im kleinen Belt. Am Bord des Hekla, den 9. Mai 1848.“ II. An den königl. dänischen Kammerherrn und Schiffskapitän, Oberbefehlshaber der Flotte im kleinen Belt, Hrn. Steen Bille, am Bord des „Hekla.“ „Gw. Hochwohlgeboren Schreiben vom gestrigen Tage habe ich sorden erhalten und beehre mich, darauf zu erwidern. 1. Der Kampf am 8. vor Fridericia ist an meinem Tage wie derjenige an dem vorhergehenden nicht von den Truppen unter meinem Befehl, sondern von der königl. dänischen Marine feindthätig, d. h. ohne irgend eine äußere Veranlassung begonnen worden. 2. Die königl. dänische Marine hat sich zu ihrem Zielpunkt nicht meine Truppen allein, sondern die Stadt Fridericia ausgewählt und dort durch ihr Wurffeuer mehrere Häuser angezündet, selbst das königl. Schloß theilweise zerstört und eine bedeutende Anzahl der schutzlosen, ihrem Könige treuen Bewohner, darunter Weiber und Kinder, getödtet und verwundet. 3. Fridericia steht jetzt unter Deutschlands Schutz. Als Beweis, daß ich nicht ungerächt Akte der Grausamkeit an Schutzlingen Deutschlands begehen lasse, hat am Abende des 8. meine Artillerie Gleiches mit Gleichem vergolten und das stark von dänischen Truppen besetzte Middelfart in Brand geschossen. 4) Aus ähnlichen Gründe ist das Fridericia direkt gegenüber liegende Dorf Strib beschossen worden, vor welchem überdies Batterien gegen die von mir besetzte Stadt und Citadelle aufgeworfen waren. 5) Daß eine weiße Fahne auf den gegen das Ufer

Digitized by Google

vorsprungenen Häusern dieses Dorfes gewirft habe, ist nicht bemerkt worden; wäre dies geschehen und wäre meinen Truppen bekannt gewesen, daß dieselbe den Schutz von Verwundeten beanspruchen solle, so würde das Feuer gewiß nur gegen die feindliche Batterie gerichtet worden sein. 6) Wenn Ew. Hochwohlgeboren aussprechen, daß die dänische Marine für das Bombardement von Middelfart an Häfen der Ostsee Rache nehmen werde, so lassen Sie es sich gesagt sein, daß für jedes Haus, welches die dänische Marine an deutschen Küsten in Brand schießen sollte, ein Dorf in Jütland brennen wird! Mein Name dürgt Ihnen dafür, daß es geschehen würde. 7) Ich nehme das Land, welches bis jetzt Kriegsschauplatz war, ich nehme die verwundeten und gefangenen Dänen zu Zeugen, daß ich mich bisher bemüht habe, den Krieg auf eine Weise zu führen, welche civilisirten Nationen würdig ist und dieselben ehrt. Will mich aber die dänische Marine durch ihr Verfahren zwingen, andere Maßregeln zu ergreifen, so soll wenigstens Deutschland und ganz Europa wissen, daß nicht von mir, nicht von meinen braven Truppen zuerst solche, in unserer jetzigen Zeit nicht zu rechtfertigende Art, Krieg zu führen, angegangen ist. Dies Schreiben, so wie das von Ew. Hochwohlgeboren an mich gerichtete, auf welches es die Antwort ist, werde ich der Oeffentlichkeit übergeben, und in der Hoffnung, daß die dänische Marine mich nicht nöthigen werde, mein hier gegebenes Versprechen zu erfüllen, verharre ich mit ausgezeichneter Hochachtung Ew. Hochwohlgeboren ergebenster (gez.) Wrangel. Kolding, den 10. Mai 1848."

**Hamburg**, den 12. Mai. Die hiesige Commerzdeputation bringt Folgendes zur Kenntniß des Publikums: Nach einer von dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten den Gesandtschaften zu Kopenhagen mitgetheilten Note ist beschlossen worden: 1) daß für jetzt weder die Mündung der Elbe oder der Weser, noch auch irgend ein anderer Hafen an der Nordsee durch dänische Kriegsschiffe werde blockirt werden; 2) daß die Blockade der folgenden Häfen: Pillau, Danzig, Stralsund, Rostock und Wismar vom 16. Mai an aufgehoben werden soll, daß also nur Kiel mit der Mündung des schleswigschen Canals bei Holtenau und Swinemünde blockirt bleiben werden, daß aber die Blockade von demselben Tage an sich ausdehnen wird auf die drei Mündungen der Oder, d. h. von Wolgast, Swinemünde und Camwin.

**Frankfurt**, 10. Mai. 50. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 10. Mai 1848. §. 457. Antrag der großherzogl. badischen Regierung auf provisorische Begründung einer errichtenden Bundesgewalt bis zur Berendigung des Verfassungswerkes und der konstituirenden Versammlung. Der großherzogl. badische Gesandte erstattet nachstehenden Bericht über seine Verhandlung mit dem Fünfzigerausschuß, bezüglich der von hoher Bundesversammlung den Regierungen gemachten Vorschläge wegen Bestellung einer Bundesexekutivbehörde. Derselbe lautet, wie folgt: „Am 3. Mai, nach der Fassung des Bundesbeschlusses in Betreff der Ausübung der Vollziehungsrechte des Bundes, ließ ich den Herrn Präsidenten des Fünfziger-Ausschusses vor meiner wohlgerungenen schnellen Abreise nach Koblenz wissen, ich werte ihm, nach dem Wunsche der Bundesversammlung, diesen Beschluß und befriedigende Aufklärungen über denselben den andern Tag mittheilen. Leider sagte vor dieser Mittheilung und lediglich nach einem unvollständigen, selbst durch bedeutende Druckfehler entstellten Zeitungsartikel der Fünfziger-Ausschuß sogleich am 4. den der Bundesversammlung mitgetheilten Beschluß. Derselbe beruht auf vielfach trügen Voraussetzungen. Es begründet namentlich dieser Bundesbeschluß nicht eine „neue Exekutivgewalt", da derselbe vielmehr nach der angeschlossenen officiellen Fassung nur rücksichtlich der Art der Ausübung der „bisherigen verfassungsmäßigen Vollziehungsrechte", ohne Veränderung der verfassungsmäßigen Stimmrechte, wegen der größeren gesetzlichen Schwierigkeiten und der neuen Aufgaben der Zeitverhältnisse, eine Zuziehung einiger neuen Gesandtschaften an den Bundestag beantragt. Es stehen auch die Vorschläge, welche der Fünfziger-Ausschuß nach vorläufigen Besprechungen mehrerer seiner Mitglieder mit dem Bundespräsidium-Ausschusse machte, keineswegs in dem vorausgesetzten Gegensatze mit dem endlichen Bundesbeschlusse, welchen die Bundesversammlung am 3. Mai faßte. So wenig der letztere einer Uebereinstimmung mit jenen Vorschlägen erwähnt oder gar seine Entstehung von ihnen ableitet, ebenso wenig widerspricht er ihnen thatsächlich. Vielmehr enthält der Bundesbeschluß zustimmend der auch in jenen Vorschlägen enthaltenen Anerkennung des dringenden Bedürfnisses im Wesentlichen ganz dieselbe Einrichtung für die Art der Ausübung der Vollziehungsrechte durch drei von Oesterreich, Preußen und den übrigen Staaten zu ernennende Abgeordnete. Der Bundesbeschluß schließt sich auch in der weiteren Durchführung möglichst jenen Vorschlägen des Fünfziger-Ausschusses an. So namentlich darin, daß die drei neu zu ernennenden Männer mit der Bundesversammlung verbunden werden sollen. Auch rücksichtlich der „eiligen Fälle", in welchen entschlußunfähige diese drei Männer nach eigener Entschließung handeln sollen, ist wörtlich die Fassung jener Vorschläge gewählt worden. Ihnen entsprechend ist ebenfalls ausdrücklich die Verantwortlichkeit dieser Männer gegen die Nation ausgesprochen. Hierdurch ist auch auf die publicistisch allein schickliche Weise, nach dem Wunsche des Fünfziger-Ausschusses, ausgedrückt, daß, ähnlich wie im konstitutionellen Staat, schon ein bloßes Mißtrauensvotum die Minister unmöglich macht, auch ihre Beibehaltung und mittelbar auch ihre Ernennung von der Nationalversammlung abhängig sind — ja, so weit dieses etwa in der Natur und dem Rechte des ausgesprochenen Willens eines Parlaments liegen konnte, selbst überhaupt die Einrichtung. Es ist diese Einrichtung im Bundesbeschluß keineswegs als „bleibende Maßregel" bezeichnet, ebenso wenig als die Vorschläge des Fünfziger-Ausschusses eine besondere „Zustimmung der Nationalversammlung" fordern. Eine Verbindung der Bundesversammlung mit den siebenzehn und den fünfzig Männern, um den Regierungen die Männer für jene drei Gesandtschaften zu nennen, war dermalen schon darum unzulässig, weil ja der Bundesbeschluß die Einrichtung selbst erst den Regierungen blos vorschlägt. Es bedarf also auch hier keiner Ausführung darüber, daß selbst alle officiellen Nationalversammlungen der Welt den Regierungen, die nordamerikanische Republik namentlich dem Präsidenten, die Ernennung der Minister überlassen, und eine Verantwortlichkeit völlig genügend finden. Dabei bleibt es natürlich dem Fünfzigerausschuß unbenommen, seinerseits auch jetzt den betreffenden Regierungen Männer seines Vertrauens vorzuschlagen. Uebrigens würde auch gerade der Hauptzweck der Einrichtung durch Beschränkungen der freien Regierungs-Ernennungen zerstört werden. Es sollen die vollziehenden Kräfte, die der Armeen, der Beamten, der Kassen des deutschen Vaterlandes, welche wenigstens bis jetzt sämmtlich zunächst nur von den Befehlen der Regierungen und Staatsmänner zu Wien, zu Berlin u. s. w. abhängen, in diesen schwierigsten und gefährlichsten Zeiten für die Rettung und das Wohl des Vaterlandes möglichst harmonisch geeinigt werden. Es sollen, Mißgriffe, Spaltungen und Gegensätze, welche, wenn sie große gemeinschaftliche Maßregeln, wie die jetzt nothwendigen, stellen und Hunderte von Meilen getrennt, von Staatsmännern, die den örtlichen und persönlichen Verhältnissen fremd sind, ausgehen sollen, absolut unvermeidlich sind, nicht hintenauch, etwa gar durch Lossagungen von der Gemeinschaft betämpft, sondern zum Vorans verhindert werden. Es sollten dazu die vertrautesten und ersten Staatsmänner der Regierungen an den Orten, wo sich jetzt die Schicksale der Throne und des Volks verhandeln und entscheiden, in Frankfurt, vielleicht in den Herzlagern und an den Kongressen, vielleicht auch durch persönliche Besprechungen mit den Regierungen, sich möglichst leicht und schnell über das Wichtigste vereinigen. Es soll zugleich auch die Politik der beiden Großmächte in innigster Verbindung und Wechselwirkung mit allen übrigen deutschen Regierungen, mit dem Bunde und mit der Nationalversammlung erhalten werden. Bedürfen nun aber hiezu jene Minister nicht des innigsten Vertrauens der Regierungen? Und könnte irgend ein einsichtiger und patriotischer Bürger und Staatsmann neben dem kräftigen Volksparlament und in unsern jetzigen Gefahren nur Schwäche, Mißgriffe und Spaltungen in der nationalen Regierung und ihren Maßregeln wünschen? Die Wirksamkeit jener drei Gesandten endlich in Beziehung auf „eine Vermittlung und Vereinigung der Ansichten und Wünsche der Regierungen unter einander und mit der konstituirenden Nationalversammlung in Beziehung auf die im gemeinschaftlichen Verein in das Leben zu rufende neue deutsche Verfassung" steht ebenfalls nicht im mindesten Widerspruche mit jenen früheren Vorschlägen des Fünfzigerausschusses. Denn dieser nennt ja unbedenklich die Vollziehungsrechte als eine Aufgabe jener Gesandten. Der Bundesbeschluß hebt einzelne Klassen und unter diesen die obige als vorzugsweise Aufgaben für dieselbe hervor. Aber möchte Jemand wirklich den Regierungen und dem deutschen Bunde allen Recht zum Versuche jener Vereinigung und Vermittlung der Ansichten und Wünsche über die in's Leben zu rufende neue Verfassung, vielleicht gar das Recht zum Aussprechen ihrer Ansichten und Wünsche absprechen? Doch an diesem Punkte angelangt, verzichte ich auf jede Kritik der Mittheilungen und der Verhandlungen des Fünfzigerausschusses, so wie vollends der Form der letztern. Ich muß es daher lediglich seiner Loatsmännischen Weisheit und seiner sonst vielfach bethätigten patriotischen Gesinnung anheim geben, welche Wendungen er etwa, nun beinahe am Schlusse seiner Wirksamkeit, seinen auf solche irrige Voraussetzungen gebauten letzten Erklärungen in dieser wichtigsten vaterländischen Angelegenheit zu geben für gut findet. Die Bundesver-

Digitized by Google

sammlung kann ruhig auch hier, wie überall, seit der großen Regeneration unseres vaterländischen Rechtszustandes, ihre Maßregel dem Richterstuhle der öffentlichen Meinung unterstellen. Sie wird, davon bin ich überzeugt, auch fernerhin die Behauptung der Würde und der unentbehrlichen Rechte der Regierungen und Staaten, welche sie zu vertreten berufen ist, mit leidenschaftsloser, ernster Bemühung für das einträchtige Zusammenwirken aller Kräfte und Organe des Vaterlandes zu verbinden wissen. Solche Eintracht und das Streben nach ihr ist wohl, wenn in den bereits offen vorliegenden und in den noch hervorbrechenden größten Gefahren unseres Vaterlandes unser herrlicher Freiheitsbau nicht in Trümmer zerfallen soll, die unbedingt erste und wesentlichste staatsmännische Aufgabe und Weisheit."

## Großbritannien.

London, 12. Mai. Die Diskussion über das leidige diplomatische Zerwürfniß zwischen Palmerston und dem Herzog von Sotomayor hat kaum im Parlament, geschweige in der Journalistik ihr Ende erreicht. Der Hauptsache nach ist übrigens die Angelegenheit beigelegt, obschon Lord Palmerstons Ansehen dadurch einen neuen Stoß erlitten hat. Sie gehört zu den vielen diplomatischen Zänkereien und Hetzereien, welche nur dazu gedient haben, auch von dieser Seite her das alte System in ein halb lächerliches, halb verächtliches Licht zu stellen. Palmerston, der erst so selbstherrlich gegen Spanien auftretete, hat an Bulwer geschrieben, daß die — gewiß ziemlich derbe und ungeordentliche — Antwort des Herzogs von Sotomayor die britische Regierung keineswegs befriedigt habe; Marquis von Londonderry äußerte im Oberhaus sein Bedauern über den Schritt Bulwers, während Palmerston im Unterhaus verfuhrte: Die Regierung habe ihre vollkommene Billigung mit Bulwers Schritt ausgesprochen. So hatten Stanley und Aberdeen Anlaß genug, ihre Angriffe gegen die Regierung und namentlich den Minister des Auswärtigen zu richten. Der Marquis von Londonderry erklärte dann schließlich, man habe Hrn. Bulwer dieser Angelegenheit wegen doch nicht wohl aus Madrid zurückrufen können und es daher vorgezogen, sein Verfahren officiell zu billigen u. s. w. (Diese Billigung war aber so stark, daß Hr. Bulwer die in England seltene Auszeichnung genoß, mit einem Orden beschenkt zu werden.) Eine richtige Bemerkung Londonderrs war übrigens folgende: Spanien habe so oft bei der englischen Regierung um guten Rath und Beistand angefragt — während das umgekehrte nie der Fall gewesen — daß sich England gegen Spanien schon Etwas herausnehmen dürfe. Diese Bemerkung, sagen wir, ist richtig, wenn auch nicht eben erquicklich.

Uebereinstimmend mit den Andeutungen des Journal des Débats (siehe die heutige Beilage) äußern sich nun auch die Times: „Der Prinz Friedrich von Hessen habe sich in London entschlossen, seinen Ansprüchen auf die dänische Krone zu entsagen. Es sei nun leicht, aus der Klemme herauszukommen, wenn man den 19jährigen Sohn des Herzogs von Augustenburg als König von Dänemark und Herzog von Schleswig-Holstein ausriefe, und beide Herzogthümer vereinigt zum deutschen Bunde gehören lasse. Die Räsonnements ins Blaue, wodurch einige deutsche Schriftsteller und Redner den regierenden König abzusetzen und die Herzogsthümer vom dänischen Reiche loszureißen anriethen, würden sich als eine reine Chimäre erweisen; eine solche Eroberung könne nicht versucht werden, ohne Europa in einen ernstlichen Kampf zu verwickeln" u. s. w. Wir können über diese Drohungen der Times unbesorgt sein; die Schreiber der Times wissen am Besten, daß Deutschland der Hauptmarkt für die Eittkanfleute ist, daß England eher alles Andere thun wird, als mit uns anzubinden, gegen seinen eigenen Vortheil zu wüthen und unsere Sympathien für England gänzlich zu Grunde zu richten. Wenn irgendein Frankreich unsern bereits schwer beladenen Schultern einen Krieg aufzubürden suchte, dann möchte freilich das Friedensmarkt mit Dänemark und das Versöhnungswerk einen ganz andern Umgang nehmen, als wir erwarten, fürchten oder hoffen. — Als ein günstiges Zeichen betrachtet man es in London, daß Dänemark von 10000 best-Eten Flinten 8000 wieder abbestellt hat; nur 2000 sind abgeliefert worden.

Der Atlas entwirft ein sehr trauriges Bild von den Nothzuständen in den Städten Nord- und Mittelenglands; namentlich mache sich jetzt die Noth in viel höherem Grade als je früher in den mittlern Klassen, unter den sogenannten kleinen Leuten, den Krämern, kleinen Kaufleuten u. s. w. geltend, und scheinbar wohlhabende Familien befänden sich in der größten Verlegenheit und wüßten nicht, wo aus und ein. Verzüglich in Nottingham (wo daher auch der Chartismus so viele Anhänger zählt) und in der Nachbarschaft ist das Elend groß. Ein Geistlicher, welcher die Hungersnoth in Irland mit angesehen und dort Mitglied mehrerer Unterstützungskomités war, hat erklärt: die Noth in Irland sei nicht größer gewesen, wahrhaft erstaunenswerth aber die Geduld, womit die Dulder in Nottingham ihr furchtbares Schicksal zu ertragen wüßten. Seit 1844 namentlich hat die Verarmung von Jahr zu Jahr zugenommen, und man fragt sich besorgt und ängstlich, wohin es führen soll, wenn von Jahr zu Jahr Tausende mehr dem Proletariat verfallen, während die allgemeine Wolltage keineswegs geeignet ist, bessere Aussichten für Handel und Gewerbfleiß in nächster Zukunft zu eröffnen. Glücklicherweise wird in England die Noth einzelner Landestheile nicht jahrelang verschwiegen, wie dies mit der oberschlesischen Noth der Fall war, und während gewisse irländische Blätter flocken, haben sich andere, so gegenwärtig die Waffenmanufaktur und verwandte Zweige. England kommt aber nie zu kurz, wie sich die Dinge auch gestalten mögen, und selbst das Unglück anderer Völker wird ihm ein Kapital, aus dem es seine Vortheile und seine Zinsen zieht.

Zu den seltsamsten Erscheinungen der Zeit gehört, daß, während Italien, das Mutterland des Papstthums und Katholicismus, ernstlich damit umgeht, den Papst seiner weltlichen Macht und dadurch einer Hauptstütze seines Einflusses, namentlich aber seines Nimbus zu entkleiden, das ehemals so antipäpstliche und No-Popery-Rufe ausstoßende England die Vertheidigung des Papstes auch als weltlichen Fürsten übernommen hat. Alle englischen Zeitungen scheinen ziemlich darin übereinzustimmen, mit der Demüthigung des Papstes auch den Herzenbrand der wildesten Anarchie über Italien zu prophezeien. Sie finden die Verdammung der Mailänder Revolutionsheldinnen und Republikaner mit dem König von Sardinien, dessen Lebenslauf ein Gewebe von Treulosigkeiten, Intrigen und freiheitsmörderischem Mißregeln gewesen, in hohem Grade sinnlos; sie beschuldigen die Lombarden der Undankbarkeit, daß sie gerade in dem Augenblick das blutige Banner des Aufruhrs gegen Oesterreich erheben, als die Studenten und Bürger Wiens auch für sie alle möglichen konstitutionellen Rechte und Freiheiten erkämpft und die Metternichsche Herrschaft gebrochen hatten; der schändesten Undankbarkeit aber zeihen sie die Römer, daß sie dem Papste, welcher der Urheber der ganzen Bewegung gewesen und seinen Unterthanen mehr Freiheiten gewährt „als sie je verlangt oder zu ihrem Nutzen zu brauchen wüßten", gar so übel mitspielen. Wenn die jetzige Gährung Italien nicht in den Abgrund der Anarchie stürze, so werde sie es früher oder später dem ehrgeizigen Frankreich dienstbar machen, und die Italiener möchten dann selbst zusehen, was sie angerichtet, indem sie den milden Einfluß des jetzt konstitutionellen Oesterreichs gegen den Einfluß des nach militärischem Despotismus lüsternen Frankreichs vertauscht, den edlen Pius IX. in jeder Weise gedrängt und in seinen heilsamen Entschlüssen gehemmt, dagegen einen in Fäulniß übergegangenen Menschen wie Karl Albert auf den Herrschild erhoben hätten!

Dem Herald wird aus Boulogne vom 11. Mai geschrieben: „So eben ist Befehl aus Paris gekommen, die ganze Küstenlinie in Vertheidigungszustand zu setzen und die detachirten Forts mit Kanonen zu versehen, auch die Thore der obern Stadt wieder herzustellen und zu befestigen. Dies sieht wie eine Vorbereitung zum Kriege aus", setzt der Korrespondent hinzu. In Folge der Festlandsnachrichten sind an der Börse vom 12. Mai die Staatspapiere gewichen, die Konsols z. B. von 84⅛ auf 83¾.

## Italien.

In Turin ward am 8 Mai das Nationalparlament eröffnet. Der Stellvertreter des Königs, Prinz Eugen von Savoyen, wies in der Thronrede auf die gemeinsame Betheiligung mit andern Theilen der Halbinsel, wodurch, wenn diese Hoffnung in Erfüllung gehe, Sardinien jenen Grad von Macht erreichen werde, zu dem es, zum Heil Italiens, die Vorsehung führen wolle.

Verantwortlicher Redakteur G. Gerolinus.

## Druckfehler.

In den leitenden Artikeln in Nr. 126. Sp. 2. Z. 11. v. u. lies: vorüber gehend.
In Nr. 132. Sp. 1. Z. 6. v. u. lies: und dem Erwerbe u. s. w. zusteuern.
In Nr. 130. Sp. 1. Z. 10. v. u. lies: selber statt selten.
In Nr. 126. Sp. 2. Z. 8. v. o. lies dreimal: ihre statt seine.
In Nr. 128. Sp. 3. Z. 4. v. o. lies: von einzelnen Fürstenhäusern.

Digitized by Google

## Ueber den Entwurf des Reichsgrundgesetzes.

* Nordeutschland, 3. Mai. Der Entwurf eines deutschen Reichsgrundgesetzes ist nun seit einigen Tagen von den 17 Vertrauensmännern dem Bundestage übergeben und zugleich veröffentlicht worden, damit die deutsche Nation in allen Gauen und Ländern denselben bei sich erwägen und vorberathen könne. Die vielfältig derselbe auch hier in Berlin schon besprochen ist und von Besagten und Unbesagten, von Wahlmännern und Wahlkandidaten und Urwählern berathen, das können Sie sich denken; — gewiß auch von der Regierung, über deren An- und Absichten indeß noch Nichts verlautet. Zunächst wird ihn der Bundestag berathen müssen und sich entscheiden, ob er denselben adoptiren, daß sei es auch mit Abänderungen, der Nationalversammlung im Namen der Fürsten zur Besprechung und Vereinbarung vorlegen will. Er ist zunächst unabhängig vom Bundestage, selbst vom Bundesrevisionsausschusse, als das Werk der 17 Vertrauensmänner entstanden; er ist bis jetzt nur noch als das Gutachten dieser 17 Männer zu betrachten. Einen amtlichen Charakter kann er erst bekommen, wenn ihn der Bundestag selber sich aneignet. Wird er das thun? So fragt sich Jedermann mit nicht verhehlter, gespannter Erwartung. Niemand kann sich verhehlen, daß sich gegen viele Punkte desselben große Bedenken erheben werden, von den Fürsten wie von den Völkern. Ist es doch nichts Geringes zu dem Reiche und dem Kaiser, dessen Oberhoheit sich mehr und mehr zu entziehen Jahrhunderte lang das Streben der deutschen Fürsten war, auf ein Mal zurückkehren zu sollen! Aber nicht die Fürsten allein sollen einen großen und wichtigen Theil ihrer Souveränetätsrechte aufgeben, sondern auch die deutschen Stämme und Völkerschaften werden alte, vielleicht lieb gewordene Ordnungen, alten Herkommen, wohl gar alten Recht an das gemeinsame Vaterland hingeben müssen; die Ständeversammlungen und Landtage der deutschen Länder werden viel von ihrer Selbstständigkeit und Bedeutung einbüßen und neben dem allgemeinen Reichstage nur noch eine Stellung einnehmen können, die von Provincialständen nicht allzuweit entfernt sein möchte. Die Regierungen, deren Abgeordnete den Bund bilden, werden Alles das wohl zu überlegen haben; sie werden sicherlich bei der Berathung darüber nicht das einseitige Regierungsinteresse, sondern außer dem Gesammtinteresse des ganzen deutschen Vaterlandes nur das Interesse, die Wünsche und die Rechte ihrer Völker im Auge fassen. Wir dürfen wohl annehmen, daß der vorliegende Entwurf in allen seinen großen Haupt- und Grundzügen, in welchen auch nach dem Vorwort im Rath der Siebzehnen die schönste Einmüthigkeit geherrscht, die Stimmung und die Wünsche der großen Mehrheit der deutschen Völker ausspricht. Einheitliche Leitung aller Geschäfte und Angelegenheiten des ganzen Reichs unter einem Oberhaupte, dem eine achtunggebietende exekutive Gewalt anvertraut werde, neben diesem die Begründung einer Reichsversammlung mit einem Oberhause, das die deutschen Fürsten enthalte oder vertrete, und einem Unterhause, das vom Volke frei gewählt werde zu Berathung und Beschluß aller großen Gesammtinteressen; durchgreifende Ordnung eines deutschen Heerwesens und einer deutschen Volksbewaffnung; Einheit der Gesetzgebung in allen wesentlichen Punkten, mit voller Betheiligung des Volkes, namentlich an den Finanzen; ein echtes Reichsgericht mit höchster Autorität zur Entscheidung aller Streitigkeiten zwischen den Fürsten untereinander oder den Fürsten und Ständen oder Völkern; Einheit in der Vertretung des deutschen Namens und der deutschen Interessen nach Außen und im Auslande — das dürfen wir wohl als den Kern und die Substanz der von allen Seiten laut gewordenen Wünsche bezeichnen. Das sind aber auch, wie der erste Blick lehrt, die Grundzüge des Entwurfes, über die im Wesentlichen Uebereinstimmung unter den Siebzehnen war. Das sind aber auch gewiß die wesentlichen Erfordernisse eines Bundesstaates; ohne diese Bestimmungen würde Deutschland immer ein Staatenbund bleiben. Ein Bundesstaat ist die Forderung der deutschen Völker. Die Regierungen, soweit sie sich unseres Wissens öffentlich ausgesprochen (wenn wir Oesterreich ausnehmen) haben sich damit einverstanden erklärt. Preußen hat es zuerst gethan; der König hat erklärt, daß Preußen fortan in Deutschland aufgehen solle. Er will nicht Deutschland in Preußen aufgehen lassen — wie man solches Gelüste oft nicht so sehr dem Könige als dem preußischen Volke vorgeworfen hat — sondern Preußen in Deutschland. Wir Preußen machen dabei keine Bedingungen für uns selbst, sondern fordern nur was für alle deutschen Stämme gleiches Bedürfniß, gleiche Bedingung ist, daß aus der Einheit nicht Einförmigkeit werde. Wer also das in Wahrheit will, wem es Ernst ist um ein einiges Deutschland, der muß sich im Ganzen und Großen zu jenem Entwurfe bekennen, und es wünschen, daß er den Berathungen der Nationalversammlung zu Grunde gelegt werde. Möchten die deutschen Regierungen dies bald und entschieden aussprechen! Möchte auch da, wir wünschen es im allgemeinen deutschen Interesse — Preußen wiederum vorangehen mit seinem Beispiele, und durch eine solche Erklärung bethätigen, daß es ihm Ernst gewesen sei, mit seinen Worten, daß es nicht vor denselben zurückscheue, wenn die Stunde der Erfüllung nun gekommen ist! Sollte es möglich sein, daß Preußen, daß irgend eine deutsche Regierung die Wichtigkeit des Augenblicks verkennte? daß sie nicht einsähe, wie nothwendig es ist, der großen Nationalversammlung mit einem festen Banner entgegenzutreten? und daß nur der Entwurf der Siebzehnen, welche die Regierungen selbst, aber aus dem Volke hervor haben, dies Banner werden kann? Was wird das deutsche Volk, was wird die Nationalversammlung selbst von den Fürsten, von dem Bundestage denken, wenn sie ihren Plänen nicht begegnen, ihnen mit seinem Programm, in seinem entschiedenen Sinne entgegentreten? hieße das nicht ganz und gar sich selbst aufgeben? sich von vornherein jeden Einfluß selbst unmöglich machen? Ist es denn, nach irgend einer Seite hin, um des Volkes selbst willen, wünschenswerth, daß einer Versammlung von so vielen Hundert Einzelnen ganz und gar die Initiative überlassen werde? Kann sie mit Ernst und Ordnung berathen, wenn ihr nicht ein fester Knotenpunkt, ein Krystallisationspunkt gegeben ist? Und wo anders sollte sich der finden, als in jenem Entwurfe? Welche Regierung hätte die Kraft oder das Recht, mit einem einzelnen, einseitigen Projekte der Versammlung irgendwo aufzutreten? Gegenprojekt um Projekt — und dann natürlich sei jedem Deputirten, oder wenigstens bei jeder Fraktion der Versammlung auch wieder ein Projekt — was soll dabei herauskommen? Wenn aber die Regierungen zunächst diesem Entwurfe sich anschließen, wenn sie erklären, daß sie an jenen großen Grundzügen unverbrüchlich festhalten wollen, wie die Völker es sicherlich thun, dann, aber auch nur dann können die Einzelheiten, die näheren Bestimmungen desselben nach ihrem praktischen Gehalte Gegenstand neuer friedlichen Berathung werden, wie sie es unter den Siebzehnen gewesen, welche sich darüber auch nur zu Mehrheiten vereinigen konnten. Zu diesem Theile rechnet der Entwurf selbst die Erblichkeit des Oberhauptes; und auch in der Ungewißheit darüber hat der Rath der Siebzehnen wohl recht eigentlich das deutsche Volk ausgesprochen. Denn das darüber sich schon eine feste Ansicht im Volke gebildet, müssen wir uns bei bisherigen öffentlichen Kundgebungen entschieden bezweifeln. Die Gründe für die Erblichkeit hat das Vorwort, der Majorität gemäß, dargestellt. Oft und kräftig sind dieselben auch in diesem Blatte mit Staatsmännischer Weisheit und patriotischer Beredsamkeit vertreten worden. Auch gern erkennen wir die hohe Bedeutung derselben an; gern geben wir zu, daß ein solches erbliches Kaiserthum das tiefste Bedürfniß Deutschlands, daß es allein die volle Bürgschaft der Dauer sei, daß jeder, der es mit Deutschland gut meint, ernstlich dahin streben und arbeiten muß. Aber je mehr wir die Sache selbst wünschen, um so eher werden uns einige Zweifel an der augenblicklichen praktischen Durchführbarkeit erlaubt sein; um so dringender scheint es uns, wohl zu bedenken, ob man nicht durch einen zu frühzeitigen Versuch ihrer Einführung gerade ihre dauernde Begründung für die Zukunft erschwere. Kann es nicht gar wohl in Frage gestellt werden, ob grade jetzt, in einer solchen Zeit des Schwankens und der Aufregung, der Augenblick sei, um eine so feste, dauernde Institution für viele Geschlechter zu begründen; ob es nothwendig, ob es weise sei. Man muß sich fragen, ob nicht zu einer solchen Stellung die beiden großen Mächte in Deutschland, die bisher in der Reihe der europäischen Großmächte, als zwei mitgezählt und an deren Stelle nun ein einiges Deutschland als Eine (und dann die größte) europäische Großmacht treten soll, zu mächtig, die kleineren Staaten Deutschlands aber zu wenig mächtig seien? ob nicht dadurch grade beständige Reibungen und Mißverständnisse entstehen müßten, die man doch nicht mit Einem Schlage durch eine große moralische Besserung aus der Welt, also auch nicht aus Deutschland wird wegbringen können? ob schon alle deutschen Stämme so vollkommen zur Einheit durchgedrungen seien, daß sie in irgend einem einzelnen Fürstenhause für alle Zukunft auch ihren eigenen Vertreter anerkennen können? Man wird sich vielleicht sagen, daß, wenn alle übrigen Institutionen durchgreifend auf die Wahrung der Einheit berechnet sind, wenn das Oberhaupt im Sinne der echten Freiheit nur der Ausführer der Beschlüsse des gesammten Volkes ist, wie es sich im Unter- und Oberhause darstellt, dann auch ein Wechsel desselben für die einheitliche Leitung der Geschäfte und die gleichmäßige und feste Haltung Deutschlands in der innern und äußern Politik nicht gefahrdrohend sei; man wird dadurch vielleicht den wohlbegründeten Anforderungen aller deutschen Stämme Rechnung tragen, und den Verdacht, wie die Regung des Ehrgeizes abschneiden zu können glauben. Wir sind ganz wohl damit zufrieden, daß diese Bestimmung nicht volle

Digitized by Google

Einmüthigkeit im Rathe der Siebenzigen gefunden hat, und also um so mehr weiterer Berathung wird vorbehalten bleiben müssen. Es darf diese Frage hierüber um so eher jetzt, einer allmählichen Zeitigung zu größerer Reife überlassen bleiben, als durch die letzten Verathungen am Bundestage über die Bestimmung eines Bundesheeres, welches von drei Prozent der Einwohnerzahl gebildet, in Allem und zu jeder Zeit eine gleich mehr einheitliche Leitung und Gebrauch, eine größere Energie und Stärke in der Anwendung zu verleihen. Das ist doch ein Anfang, und wir werden ja sehen, wie das sich bewähren wird. Für den Frieden dürfte es auch gewiß ein Gewinnst und ein Schutz vor Krieg. Auch wird die angeregte Idee eines bald zu ernennenden deutschen Oberfeldherrn wohl nicht ohne Einfluß bleiben auf die praktische Gestaltung der Bestimmung über die Ausdehnung der Gewalt des Oberhauptes in Bezug auf das Heerwesen. In dem Rathe der Siebenzigen haben wohl Viele praktischen Militärs gesessen; sonst hätte wohl schwerlich die Bestimmung Aufnahme gefunden, daß der „deutsche Kaiser die Officiere des stehenden Heeres und der Marine" ernenne. In dieser Ausdehnung auf alle Officiere möchte sie wohl schwerlich durzuführen sein, auch ist sie gewiß nicht nothwendig. Wir müßten den Geist der deutschen Heere wenig kennen, wenn wir nicht gerade in denselben eine Opposition gegen diese Bestimmung erwarten dürften. Ueberhaupt will es uns scheinen, als wenn der ganze Entwurf vielleicht ein zu weit gehendes Aufgeben der Souveränetät — wir meinen, nicht blos der einzelnen Regierungen, sondern der einzelnen Staaten im Ganzen — voraussetze und fordere. Wir denken auch dabei zunächst an die praktische Ausführbarkeit; aber wir glauben auch, daß überhaupt um des von Allen ersehnten Zieles willen es nothwendig sei, so weit zu gehen. Wollen Oesterreich und Preußen sich so wenig einem aus einem kleinern Staate hervorgegangenen Manne unterordnen wollen? Man sage nicht, daß beide Länder eben durch ihre Macht schon vor zu weit gehenden Uebergriffen geschützt seien, daß sie zu auch im Oberhause und Unterhause ihrer überwiegenden Volkszahl gemäß vertreten wären; — es kann sich auch gegen sie, namentlich gegen je einen von ihnen, eine Mehrheit in beiden Häusern bilden, welche ihrer Eigenthümlichkeit, ihren Interessen, selbst ihren Rechten gefährlich werden und dem Oberhaupte eine Macht verleihen könnte, der sie sich nicht frei hingeben, sondern mit ihrem Volke sich gezwungen unterwerfen müßten. Auf der andern Seite verkenne man auch nicht, daß, wenn einer von diesen beiden größeren Staaten an der Spitze stände, es deutschland noch viel leichter werden könnte, eine solche Mehrheit in den Häusern zu gewinnen, durch welche es unbillige Maßregeln gegen die kleinern Staaten durchsetzte, die es dann mit seiner ganzen materiellen Macht unterstützen würde. Sind es die Regierungen der kleinern Staaten nicht ihren Völkern, sind diese es nicht sich selbst schuldig, reiflich vorher zu erwägen, wie weit es um der Einheit Deutschlands willen nothwendig ist, sich der eigenen Rechte zu begeben, ohne einer solchen Gefahr sich auszusetzen? Aber alles dies gehört nicht zu den Grundzügen, es gehört zu der Ausführung und der näheren Bestimmung. Durch eine Annahme des Entwurfs im Großen und Ganzen wird keine deutsche Regierung sich und ihrem Volke die Hände binden; wird doch die Entscheidung nicht von den Bundestagsgesandten, sondern von ihnen als den Vertretern ihrer Regierungen und der Nationalversammlung zusammengefaßt werden. Wir enthalten uns deshalb auch eines weitern Eingehens auf die einzelnen Paragraphen des Entwurfs, aus dem wir noch manche Punkte als näherer Erwägung bedürftig hervorheben könnten; diese wird nicht ausbleiben. Wir wollten nur im Allgemeinen demselben unsere Anerkennung darbringen, unsern freudigen Gruß für diesen ersten Beginn eines neuen deutschen Reiches, welches schon nicht mehr nur auf dem Papiere dieser Vorlage, sondern schon in den Herzen aller deutschen Völker lebendig feststeht. Wir wollten vor Allem unsere Wünsche aussprechen, daß die Regierungen, daß namentlich unsere Regierung nicht zurückhalten möge, eine solche Anerkennung offen auszusprechen, damit die deutsche Nation wisse, was sie von ihnen zu erwarten hat! O, möchte Preußen jetzt nicht den Stundenschlag verlieren! möchte es sich beeilen, fest und sicher mit einer entschiedenen Politik aufzutreten! möchte es, was die XVII. Männer des Vertrauens dem gesammten Deutschland darbieten, mit Vertrauen sich anzigen! — dann wird auch ihm das deutsche Vertrauen ja nicht entstehen! Sollte das Schlußwort der Einleitung: „Wenn Deutschland einträchtiger Fürstenrath der großen Maiversammlung zu Frankfurt a. M. einen deutschen Fürsten seiner Wahl als erblichen Reichsoberhaupt zur Annahme zuführt, dann werden Freiheit und Ordnung auf deutschem Boden sich verlöhnt die Hände reichen und fürder nicht von einander lassen" — zur Wahrheit werden; — sollte dem einträchtigen Fürstenrathe gegenüber ein ebenso einträchtiger Volksrath das Dargebotene annehmen und so das Schauspiel der alten Kaiserwahlen sich in erhöhtem Sinne — denn es wäre eine Wahl, nicht nur für den Augenblick, sondern für die Zukunft, nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kinder und Enkel — sich wiederholen, und — in romantischer Freudigkeit, jauchzen da unsere, praktischer Richtung wohl, werden auch wir unsere oben gebrachten Ehrenbezeugungen wieder hören! aufgeben und einen festen einträchtigen Willen, der Fürsten und Völker vereinte, gegründet auf das Wohl Deutschlands, als den Grundpfeiler seiner Größe und Herrlichkeit kennt das dies, wenn es erreichbarist, das Ziel, das Recht ist, darin wird, daran sollte Niemand zweifeln, der die Geschichte kennt und Deutschland liebt!

**Baiern.** — München, 11. Mai. Unsere zweite Kammer führt in der Berathung der einzelnen Absonitte und Artikel des Ablösungsgesetzes fort und ist in drei folgenden Sitzungen (es finden alle Tage auch Abendsitzungen statt, die bis gegen 10 Uhr Nachts währen) bereits bei Art. 8 des II. Absonittes angekommen, ein Artikel, vor dessen Annahme den Geistlichen besonders graute und von dem einer derselben in der gestrigen Abendsitzung sagte, er wolle lieber den Bettelstab in die Hand nehmen, wolle sich lieber mit Prügeln todtschlagen lassen, als diesem Artikel seine Zustimmung ertheilen. Der Artikel handelt nämlich von dem Uebergange der Grundgefälle der Stiftungen, Kommunen und Privaten an den Staat. Schreyer meint freilich, die geistlichen Herren sollten sich nicht so gar sehr vereifern, sollten nicht so zähe an den irdischen Gütern festhalten und könnten wohl ihre Sache etwas wohlfeiler geben; denn er habe eben in der Zeitung gelesen, daß der Papst selbst dem weltlichen Regiment entsagt und seine Regierung niedergelegt habe. Dies schien von großer Wirkung zu sein; denn während vorher noch einige katholische Geistliche — die protestantischen waren im Durchschnitte für den Gesetzentwurf — die Kammer bei Allem, was ihr heilig sei, beschworen, ja diesem Artikel ihre Zustimmung nicht zu ertheilen, da ein schweres Gericht der Annahme desselben einst folgen könnte, und ein Redner (Ruland) fast in Thränen bei seiner Darstellung ausbrach, schien auf ein Mal der Opposition die Spitze gebrochen und der Art. 8 wird, allerdings bedeutend modificirt, wohl von der Kammer angenommen werden. Da ich Ihnen in meinem letzten Berichte bereits den Art. 1 des 1. Absonittes (dieser betrifft nach dem Gesetzentwurfe aus 2 Artikeln, nach der Beschlußfassung des Ausschusses und der Kammern noch in einen einzig) mitgetheilt habe, so thue ich dasselbe auch in Bezug auf die Artikel der übrigen Absonitte so weit die selben von großem allgemeinen Interesse ist. Der Artikel 2 des II. Absonittes, der von der Aufhebung der auf dem Boden haftenden Lasten und Abgaben handelt, heißt nun: Alle Naturalfrohndienste, gemessene wie ungemessene, mit Ausnahme jener bestimmten Dienste, welche nach Ausweis der Bezugsregister und der gepflogenen Liquidationen herkömmlich immer in Geld, obgleich unter alternativem Vorbehalte der Naturalleistung entrichtet worden sind, werden, vom 1. Januar 1849 anfangend, ohne Entschädigung der Berechtigten aufgehoben; damit erstaren auch alle Gegenrechtnisse für dieselben. Wenn Oekonomiegüter mit den für dieselben zu leistenden Frohnen verpachtet sind, so können beide Theile für das nächste Pachtziel den Pacht anfündigen, wenn keine Vereinbarung des Pachtschillings zu Stande kommt. Art. 3. Die Erhebung der Mortuarien und der Todtfallhandläne cessirt ohne Entschädigung. Art. 4. Der Bintzehent und der noch nicht zur Erhebung gekommene Neubruchszehent, sowie der Kleinzehent da, wo er nicht bereits hergebracht oder durch Verträge oder Vergleich anerkannt ist, hören ohne Entschädigung der Berechtigten auf. Art. 5. Das Jagdrecht auf fremdem Eigenthum hört ohne Entschädigung der Berechtigten auf und geht, vom 1. Oktober 1848 beginnend, an die Gemeinden und Grundeigenthümer eines zusammenhängenden Gutskomplexes über. Die Größe dieses Komplexes und die Ausübung der Jagd wird durch ein eigenes Gesetz normirt werden, welches der nächsten Ständeversammlung vorzulegen ist, bis dahin ist die Regierung ermächtigt, eine provisorische Verordnung hierüber zu erlassen. Art. 5. Die Weide auf Aeckern während ihrer Bestellation und auf Wiesen während der Hegzeit wird ohne Unterschied, ob sie auf Herkommen, Verjährung und darauf gegründeten Titeln oder auf ausdrücklichen besondern Konzessionen und Verträgen mit den Eigenthümern beruhe, ohne Entschädigung aufgehoben. Die Ablösung der Weiderechte auf Gemeindemarkungen oder sonstigen Weidedistrikten muß auf Verlangen der Mehrheit der Verpflichteten stattfinden, wenn sie für den ganzen Komplex gefordert wird. Der Entschädigungsbetrag wird durch Schätzung nach Ziffer 4 des Art. 12 von den Kultunbehörden ermittelt und festgesetzt. Artikel 7. Alle rin perzönlichen, nicht auf Grund und Boden haftenden Abgaben an den Grund- oder Gerichtsherrn hören ohne Entschädigung des

Digitized by Google

letztern auf, z. B. die Kanon- und Ordinari-Steuer, die Kleinhanthöhne, Handlungsgebühren, die Zehrungsungsgelder, Zehentpacht-Ablösungsgebühren, Gebühren für Ertheilung gutsherrlicher Konsense, die Kammerstrafen, Reiterstellen und Reiter-Anlagen, das Meistergeld, Wandergeld, Bürgergeld, Judenschutzgeld, Klappergeld, Gastgeld, Hundebesteuerungsgeld, Konsistorial- und Formalitätsstrafen, das Ungenossengeld, die Rauchsteuer, das Receptions-, Herbergs- und Schutzgeld, namentlich der Juden, die Gewerbs-Reklamation, das Einzuggeld, Siegelgeld, Verhörgeld. Art. 8 (über den jedoch die Kammer noch nicht abschlimmt, wohl aber bestätigt hat): die übrigen, im Eigenthume der Privaten, der Stiftungen und Kommunen befindlichen Grundgefälle gehen auf Verlangen der Berechtigten unter den nachfolgenden Bestimmungen (sie folgen im III. Abschnitte), welche bezüglich der Fixirung sogleich allgemein in Vollzug zu setzen sind, in das Eigenthum des Staates über. Diejenigen Berechtigten, welche von der Vermittlung des Staates keinen Gebrauch machen wollen, sind verpflichtet, ihren Grundholden dieselben Vortheile, namentlich die Annuitätenzahlungen zu gewähren, welche der Staat kraft des gegenwärtigen Gesetzes darbietet. — Beinahe alle zu diesen Artikeln eingebrachten und lange hin und her berathenen Modifikationen wurden bei der Schlußfassung verworfen und beinahe die unveränderte Fassung des Ausschusses angenommen. Die Berathung wird heute fortgesetzt.

— München, 12. Mai. Die Kammer der Abgeordneten hat gestern nach langer Debatte über Artikel 8 Beschluß gefaßt, die Ausschuß-Modifikation zwar theilweise angenommen, dafür aber für einige andere Modifikationen sich entschieden. Das Projekt einer Landrentenbank sei durch. Nach dem Ausschusse lautet der Artikel 8: „Die übrigen, im Eigenthume der Privaten, der Stiftungen und Kommunen befindlichen Grundgefälle gehen auf Verlangen der Berechtigten unter den nachfolgenden Bestimmungen (im III. Abschnitte über Fixirung anständiger Grundlasten), welche bezüglich der Fixirung sogleich allgemein in Vollzug zu setzen sind, in das Eigenthum des Staates über. Diejenigen Berechtigten, welche von der Vermittlung des Staates keinen Gebrauch machen wollen, sind verpflichtet, ihren Grund- und Zehentholden dieselben Vortheile, namentlich die Annuitätenzahlungen, zu gewähren, welche der Staat kraft des gegenwärtigen Gesetzes darbietet". Für diese Fassung sprachen sich am Schlusse der Debatte noch besonders der Referent (Dr. Schwindel) und ebenso Ministerialrath Hermann und der Finanzminister mit aller Entschiedenheit aus und suchten darzuthun, wie das ganze Ablösungsgesetz unvollständig, ja gewissermaßen zunichte sei, wenn nicht die Berechtigten den Vortheilen die Ablösung durch Annuitätenzahlungen gewähren müssen. Dennoch fiel bei der Abstimmung dieser Passus weg, da Prof. Edel zu Art. XXVI, XXVII und XXX Modifikationen eingebracht hatte, die die Modalität dieser Ablösung erst näher bestimmen sollten, und in denen er zur Erleichterung der Ablösung allerdings Annuitätenzahlungen will und den Pflichtigen für berechtigt erklärt, alle früher ständigen und gemäß gegenwärtigen Gesetzes fixirten jährlichen Grundabgaben zu jeder Zeit durch baare Erlegung des 18fachen jährlichen Betrags oder durch Bestellung eines von seiner Seite kündbaren zu 4 % verzinslichen Bodenzinskapitals auf diesen Betrag abzulösen. Der Art. 8 selbst aber ward durch Stimmenmehrheit in der nachfolgenden Fassung angenommen: „Die übrigen im Eigenthume der Privaten, der Stiftungen und Kommunen befindlichen Grundgefälle gehen auf Verlangen der Berechtigten unter den nachfolgenden Bestimmungen, welche bezüglich der Fixirung sogleich allgemein in Vollzug zu setzen sind, „an die zu errichtende Ablösungskasse" (eine Modifikation Schmitz'). Hinsichtlich der Stiftungen und Kommunen wird die Kuratelgenehmigung als gegeben erachtet, wenn die gesetzlich bestehenden Verwaltungen der ersteren sich für das Eine oder das Andere erklären (Modifikation Pfeifelmeyer's). Der Finanzminister, Frhr. v. Lerchenfeld, hatte übrigens noch ausdrücklich bemerkt, daß man ja nicht glauben solle, der Staat wünsche, daß die Berechtigten an ihn übergeben, da dieser dadurch nur die größten Verluste habe, und es also keineswegs etwa eine günstige Finanzspekulation sei. — In der Abendsitzung brachte derselbe zu Art. 9 und 10 Modifikationen ein, die dahin zielen, auch alle Fortfrohne zu fixiren, d. h. in eine jährlich unveränderlich gleichartige Naturalabgabe umzuwandeln. Diese Modifikationen erschienen jedoch so wichtig, daß die Kammer eine Verweisung in den Ausschuß für nöthig erachtete. Einige Redner zeigten übrigens vorläufig die Schwierigkeit und Gefährlichkeit der Durchführung dieser Maßregel, die allerdings für die Forstkultur und Oekonomie mehrere Bedenken sein möchte, und es ist anzunehmen, daß der Ausschuß diese Angelegenheiten dem nächsten Landtage überweisen wird. Jedenfalls wird die Durchführung dieser obigen Modifikationen unter dem Landvolke auf großen Widerstand stoßen. — Der Kultusminister brachte am Schlusse der gestrigen Abendsitzung einen Gesetzentwurf über protestantische Generalsynoden und Konsistorialbezirke. Baiern ein und sprach den Wunsch aus, die Kammer möchte dem Entwurf so noch während ihres Beisammenseins berathen.

## Frankreich.

Paris, 12. Mai. Das Journal d. D. gibt heute Folgendes als Basis der englischen Vermittlung in der schleswig-holsteinischen Frage. Der Prinz von Hessen (jetzt in London) entsagt auf sein Erbrecht auf in Dänemark, der Herzog von Augustenburg hat einen Verzicht seines Sohn — dieser wird vom Könige von Dänemark adoptirt, bekommt nach dessen Tode den Thron und die dänische Monarchie bleibt somit ungetheilt unter einem Herrscher. In Hinsicht des Eintritts Schleswig-Holsteins in den deutschen Bund müßten vor Allem die deutschen Bundestruppen beide Herzogthümer räumen und dann würde der König von Dänemark auf ein Gesuch seiner Unterthanen in den deutschen Theil Schleswigs einrücken und den deutschen Bund zu treten. In keinem Falle aber würde England dulden, daß Schleswig-Holstein ganz von der dänischen Monarchie abgerissen werde. Sind diese Nachrichten begründet, so wird die deutsche Diplomatie hoffentlich ihre Sachen so gut machen wie das deutsche Heer. Das überaus betrübende Unglück der Personalunion noch einmal fest zu begründen und aus der nationalen Streitfrage einen dynastischen Prinzipienkampf machen zu lassen, dafür hat wahrhaftig Deutschland sein Blut nicht vergossen.

Paris, 13. Mai Sitzung der Nationalversammlung. Die große Demonstration der Klubs zu Gunsten Polens ist mittelst Manteranschlage auf Montag den 15. verschoben worden. Demungeachtet sind einige Vorsichtsmaßregeln getroffen, eine Kompagnie der Nationalgarde ist am Eingange der Konkordebrücke aufgestellt und starke Detachements der mobilen Nationalgarde durchziehen die Quais. Gestern Abend. Das Gebäude der Nationalversammlung ist wie gewöhnlich, durch ein Bataillon der Nationalgarde bewacht. Die Versammlung im Sitzungssaale ist ziemlich zahlreich. An der Tagesordnung ist ein Vorschlag, daß die mehrjach gewählten Vertreter sich bis zum 15. Mai über den Wahlbezirk entscheiden sollen, den sie vertreten wollen, und daß die neuen Wahlen bis längstens 5. Juni Statt finden. Dieselbe verwirrte Diskussion wie gewöhnlich, dieselben Unterbrechungen, dieselbe Masse von Amendements und Nebenvorschlägen, dieselben Unterbrechungen, endlich wird der Vorschlag angenommen. — Die fernere Diskussion bewegt sich um die Fortsetzung des Reglements für die Berhandlungen der Versammlung und zwar das Kapitel, die Einberufung und Leitung von Vorschlägen, die s. g. parlamentarischen Initiative betreffend. Hierauf kommt der Vorschlag eines Dekrets, welches die Eintheilung der Kammer in 15 Komite's anordnet. Diese 15 Komite's sind: der Justiz, der Kulten, der auswärtigen Angelegenheiten, des Unterrichts, des Innern, der Departemental- und Kommunalverwaltung, des Handels und der Industrie, des Ackerbaues und des Kredites auf Grund und Boden, der Marine, des Kriegs, Algiers, der Kolonien, der Finanzen, der Staatsbauten, der Gesetzgebung. Jedes Mitglied wählt nach seinen Fähigkeiten und Neigungen das Komite, in dem es wirken will, die nicht selbstwählenden werden durch das Loos vertheilt. Jedes Komité prüft alle Vorschläge, Propositionen u. s. w., die in sein Fach schlagen und stattet der Versammlung darüber Bericht ab. — Nach einer langen und ermüdenden Debatte wird der Vorschlag angenommen.

Im Laufe der Sitzung betrieb auch der Minister des Innern, Dr. Recuet, die Tribune und zeigte an, daß das Fest des 14. auf acht Tage verschoben sei, da es unmöglich werde, die Vorbereitungen bis morgen zu beendigen. Inzwischen sind bereits gegen 80,000 Menschen aus den Departements angekommen um dem Feste beizuwohnen und die Dampfschiffe sowie die Nordbahn bringen ganze Schaaren von neugierigen Engländern. Das Fest wird somit erst den 21. Statt finden, — wenn es überhaupt noch Statt findet. Denn jene Entschuldigung des Ministers — „die Vorbereitungen seien nicht beendet" — hat etwas Zweifelhaftes, wenn man die Lage und Stimmung der Hauptstadt uns Auge faßt. Während der Sitzung lief gegen 4 Uhr das Gerücht um, daß man sich in La Villette und vor der Barriere St. Martin schlage; Thatsache ist, daß die Anfregung unter allen Klassen der Bevölkerung eher zu- als abnimmt. Die Arbeiter im Luxemburg, die jetzt aus der neuen Regierung beseitigte Kommission Louis Blancs, erklären heute, sie würden an dem Feste keinen Theil nehmen; ein tiefer Anschlag der Polen mit schwarzem Rande und mit der Aufschrift: „Doch einmal nun unsre Brüder und hier labet man uns zu Festen ein" schildert in den grellsten Farben die Gräuel, die in Posen, Galizien und Krakau verübt werden sollen und nährt so jene Aufregung, welche in den letzten Tagen von den polnischen Emissären und den anarchischen Klubs absichtlich geschürt worden ist. Die

Digitized by Google

Nationalgarde ist fortwährend schlagfertig, die Proletarier erinnern an das Wort, das einer von ihnen am Morgen des 25. Febr. aussprach: wir wollen der Republik drei Monate Elend und Entbehrung zum Opfer bringen. Die drei Monate sind in wenig Tagen abgelaufen und Niemand sieht die Bürgschaften, welche die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sicherstellen, den Wohlstand und die Ruhe Aller begründen sollen.

Daß die Nationalversammlung wenig Erfreuliches bieten kann, liegt zu Tage. Auch wenn sie nicht so viel redete und verhandelte, auch wenn nicht der alte parlamentarische Mechanismus mit Allem, was daran hängt, und den früheren Kammern in die neue Versammlung herübergedrungen wäre, für eine stürmische Gährung wie die gegenwärtige, für das ungestüm pochende Verlangen der arbeitenden Klasse ist eine redende, debattirende, konstituirende Zusammenkunft von 900 Menschen die schlechteste Abhilfe. Man will Maßregeln, im Palais Bourbon hört man nur Reden; die ungeduldige Menge will eingreifende, wirksame Handlungen, dort sind bis jetzt nur Theorien und Doktrinen zum Vorschein gekommen. Ein römischer Senat wird aus der Nationalversammlung nicht gemacht werden können; die Dinge liegen aber so, daß, wenn eine parlamentarische Versammlung überhaupt helfen soll, nur ein römischer Senat oder ein revolutionärer Konvent helfen kann. Die Abneigung gegen die ganze Form wächst mit jeder Stunde, und nicht nur die Popularität der Nationalversammlung wird in sehr kurzer Zeit dahin sein, sondern der ganze Haß des Pariser Proletariats könnte sich allmählich gegen die Müßiggänger im Palais Bourbon wenden, die ihre 25 Franken Diäten verzehren, ohne für das Volk irgend Etwas „in thun".

Die Regierung steht zwischen den äußersten Parteien; sie ist mit der Reaktion und der Anarchie zugleich gespannt. Die reaktionäre Presse kann es Lamartine nicht verzeihen, daß er im entscheidenden Augenblick nicht Ledru-Rollin den Krieg erklärte, sondern lieber mit ihm als mit der offenen Reaktion in einer Regierungskommission sitzen wollte; sie überschütten ihn daher auf unklügste Weise mit den heftigsten Vorwürfen. Die anarchische und jakobinische Seite steht in der jetzigen Regierung nur einen Uebergang und will sich nur dann mit Lamartine verstehen, wenn er offen und energisch mit der Reaktion, der Mäßigung, der friedlichen Reform bricht. Der gute National und sein Protektor A. Marrast sind die Zielscheibe der bittersten Angriffe von Seite der äußersten Linken geworden; seit das republikanische Blatt seierlich organisiren, vermitteln, versöhnen will, wird ihm übler mitgespielt, als jemals dem Journal des Débats unter der alten Regierung. Wie aus allen diesen Wirren herauskommen, wie die zersplitterten und zerfaserten Richtungen nach einem Ziele hin lenken, wie den ungeheuren Stoff auf anschickliche Weise entladen? Es gibt ein Mittel, den Krieg nach Außen; und dies Mittel, der wenig Wochen im Munde der Bruderliebe noch gewaltig verherrlicht, fängt an, sich schon vielen Leuten als ein Gebot der Nothwendigkeit aufzudrängen. Wer da glauben wollte, daß dem unabwendbaren Fatalismus der Dinge eine menschliche Kraft, ein menschlicher Wille oder ein theoretischer Grundsatz zu widerstehen stark genug wäre, würde sich irren, wie sich die gutmüthigen Schwärmer irrten, die nach dem Föderationsfeste von 1790 an einen ewigen Frieden und eine ungestörte Brüderliebe glaubten. Die Hetzereien gegen das Ausland, die künstlichen Aufregungen der Volksstimmung werden heute wie damals versucht; man beginnt ähnlich, möchte man nicht ähnlich enden. Damit ist nicht gesagt, daß bei der französischen Beweglichkeit nicht auch eine Wendung nach der andern Seite hin sehr denkbar wäre oder manche Besürchtung sich in naher Zukunft als übertrieben erweisen kann, aber den schlechten Politikern oder zweideutigen Patrioten gegenüber, die sich in fruchtlosem Optimismus gefallen, muß man das Memento mori biswellen recht nachdrücklich betonen — selbst auf die Gefahr hin, daß der Lieblingsruf: „Reaktion" die Antwort wäre.

* Straßburg, 12. März. So wären nun einige Schritte weiter gethan, welche wenigstens nicht tiefer in das Chaos zurück, sondern eher aus demselben hinaus zu führen versprechen! Das wichtige Princip, ob die Nationalversammlung selbst oder eine weitere provisorische Regierung die Leitung des Staates erhalten sollte, ist entschieden, und zwar zum Vortheil der letztern. Der Kampf fand zwischen der ruhigern Masse der Versammlung und zwischen Parteien Statt, welche den schwankenden Zustand verlängern wollten, um ihn zu anderweitigen Hoffnungen und Entwürfen benützen zu können. Auf dieser Seite standen nämlich die Anhänger der Regentschaft im Namen des ältesten Sohnes der Herzogin von Orleans, und Heinrichs des Bourbonen, und endlich die Feinde aller zu begründenden Ordnung, weil ihrer Meinung nach Frankreich noch nicht genug auf den Kopf gestellt ist. Gegen die Vereinigung dieser (denn Odillon Barrot stimmte mit Berryer und Bardoux) mußte mit Einheit und Eintracht aufgetreten werden, daher die Verschwörung mit Ledru Rollin, von welcher sein Rapport zeugt, der einfach selbst nur wenig schonendes, aber deßwegen auch günstig wirkendes Bekenntniß der Mißgriffe und Fehler ist. Ja möchte Vielen diese gewandte Praktik wünschen, welche oft ohne viele Worte, aber mit sester Sicherheit zu dem vorgesteckten Ziele leitet. Wer die Nothwendigkeit einer Ausschürung nicht begriffen hatte, konnte sich auch nicht erklären, wie unter den Gemäßigteren vielleicht einer der Zweideutigsten, Buchez, sogleich zum Präsidenten gewählt worden ist. Die weiteren Theorien dieses Mannes, welche in den Einleitungen zu mehreren Bänden seiner Histoire parlementaire do la Révolution entwickelt worden, möchten unter andern Umständen wohl Manchen zurückgehalten haben, für ihn zu stimmen; jetzt aber durfte seine Zerspitterung der Stimmen Katilina's enden. Der weitere der bezeichneten Schritte ist dann die Wahl der fünf selbst, welche die Regierung bis zur Konstitution führen werden. Unbedeutende oder gehässigere Mitglieder sollten ausfallen; Flocon, Albert, Bethmont, wovon die beiden ersten dem unverwüstlichen Ledru Rollin ein gewisses Gewicht gegeben hätten, durften nicht in die neue Regierung eintreten. Marrast ist wichtiger als Maire der Hauptstadt. Aber Ledru Rollin durfte nicht mehr fehlen seit Bardès sich gegen Rouen und der Republikaner an der deutschen Grenze gegen ihn erhoben hatte. Seine Wahl hat ein Band zerrissen, das Bardès beseitigt; jetzt kann nämlich dem Verlangen der Officiere seiner 40,000 Nat.-Garden starken Legion nachgegeben und eine neue Obristwahl getroffen werden. Beinahe 800 Mitglieder haben gestimmt. Garnier-Pagès, Arago und Marie haben über 700 Stimmen erhalten, Lamartine etwa 100 weniger, weil für ihn aus Rache keine der eben bezeichneten Parteien gestimmt hat; Ledru Rollin hat nur etwas über 400 erhalten, weil zu diesen noch viele von den Moderirten ihm ihre Stimme versagt haben. Rieh. nur steht Letzterer als der einzige Repräsentant seiner Partei in der Regierung, sodaß ersahren wir auch durch den Telegraphen, daß der gemäßigte Mecurt, Dr. der Medicin, als Minister des Innern von den Regierenden angenommen worden ist; damit hört nun alle Gefahr, eigenmächtig durch die Regierungskommission zu wirken, völlig auf. Paris, so schreibt man uns, geht nun bessern Hoffnungen entgegen, denn gestern war die Stimmung noch düster bei Deputirten wie bei der Bürgerschaft. Letzterer mit dem Bewußtsein, daß noch ein gewaltiger blutiger Schlag zur Niederwerfung der Ochlokratie nöthig sei, wünschte ihn bald herbeigeführt zu sehen, damit es schneller endigen möge und Regierung und Land in öffentlicher Ruhe die Ordnung wiederherstellen und das Bessere begründen könnte. Denn wen könnte eine Republik mit solchen öffentlichen Zuständen ersreuen, wer darin die versprochene segenbringende Zeit erblicken? Allerdings läßt sich bei dem Gang der Dinge in Italien vielleicht ein Krieg voraussehen. Die Italiener, wie Sie aus den Berichten ersehen, wären ohne Carlo Alberto unterlegen; auch verschwinden neben ihm die schnell aufgetauchten Namen. Allemandi sollte eigentlich vor einem Kriegsgericht stehen; denn statt an der Spitze der Schaaren in dem wälschen Tirol zu kämpfen, schwelgte er in weichlichem Lebensgenusse, und soll das Geld für Ausschmückung seines Pallastes verwendet haben. Aber so wie Oesterreich steht, wird der Erfolg von Seite Frankreichs einen bestimmten und begrenzten Zweck haben. Ist die Lombardei frei, so hat das Tagewerk des französischen Heeres ein Ende. Freilich könnte die Grenzlinie in Tirol wegen der Päße Schwierigkeiten bieten, aber ich hoffe sie nicht für unüberwindlich. Dagegen betrachte man den finanziellen Zustand der europäischen Staaten; wo finden sich Mittel, den Krieg zu führen? Die gefüllten Arsenale Frankreichs sind durch die Landesbewaffnung erschöpft, und in dem langen Frieden sind die Waffenmannsakturen eingeschlafen. Es fehlt an Pferden für Reiterei und Artillerie, und mit den 80 Millionen des außerordentlichen Kredits für das Heer werden höchstens die Reserven eingekleidet und das Nothwendige hergestellt. Unsere Freude sind nicht in dem Anslande, sondern in unsrer eigenen Mitte; für sie muß eine Befriedigung gesucht werden, die kein Krieg, auch der glücklichste, nicht lösen kann. — Vor einigen Tagen schrieb ein Italiener, daß der Papst sie in große Verlegenheit setze; er sei ein Oberdmith bei der Begründung der Einheit; was soll man mit einem Mann anfangen, der nun immer mit Fußtritten voranstreben müsse? So schnell hat sich sein Schicksal erfüllt! Vor ihm hat es noch Andere getroffen, welche ihm gerathen hatten. Hätte er nicht besser gehandelt, wenn er den Kirchenstaat säkularisirt hätte? Italien hätte ihn wahrlich als König begrüßt!

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Brup., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder wende man sich an C. L. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brand., Paris Nr. 30 Rue Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Haupterpedition besorgt das Groß. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 1 fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.12. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 138. Heidelberg, Donnerstag 18. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Die deutschen Forderungen in Bezug auf Schleswig-Holstein. — Trier (Parlamentswahl). Berlin (Eindrängung der konstituirenden Versammlung. Politische Heuchler. Tiergartenpolk). Vom Rhein (der Kantönligeist. Das Bürgerwehrwesen). Königsberg (Parlamentswahl). München) Verstärkung der Artillerie). Regensburg (die oberste. Abgeordneten. Die czechischen Wühlereien). Würzburg (Ruhestörungen. Karlsruhe, Pforzheim, Baden, Heidelberg (Parlamentswahlen). Mannheim (Programm des vaterländischen Vereins). Darmstadt (Parlamentswahl. Der Bundestagsgesandte). Friedberg (Wahlen). Lauenburg (Parlamentswahl). Rendsburg (brutale Behandlung deutscher Patrioten). Altona (Gericht von einem Gefechte. Parlamentswahlen). Altona (Truppen bis nach Horsens vorgeschoben). Hamburg (englische Friedensvermittlungen). Bremen (Sichtung der Biolate). Frankfurt (Verhandlungen des Fünfzigerausschusses).

**Schweiz.** Bern. Verhandlungen der Tagsatzung. Ochsenbein und die extreme Partei.

**Norwegen.** Beschlüsse einer Volksversammlung zu Gunsten der Dänen.

**Frankreich.** Ein Angriff auf die Nationalversammlung vereitelt. Die Krisis der Lage.

**Italien.** Rom. Die Agitation gegen und für Pius. Neapel. Die Kammer; das Ministerium; Verhältniß zu Sicilien.

Berichtigung.

**Beilage.** Aktenstücke über Gagerns Tod. **Schweiz.** Zürich. Die ehrg. Universität. Die Wissenschaft in Reinen Republiken. **Griechenland.** Athen. Die Ausgewanderten. Das Ministerium.

### Heidelberg, 17. Mai.

Lord Palmerston hat am 4. d. M. im Parlament erklärt, die Mediation Englands in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit sei allerseits angenommen, und er betrachte dieselbe als bereits angetreten.

Mit der wirklich beginnenden Vermittlung tritt die Frage jeden Falles in ein neues Stadium ein. Ist sie dazu reif? Sind die Bedingungen erfüllt, unter welchen allein dies der Fall sein kann? Oder ist der edle Lord bereit, diese Bedingungen unmittelbar durch das ganze Gewicht seines Einflusses und seiner Macht durchzusetzen?

Deutschland hat dieselben klar und unzweideutig ausgesprochen. Es hat erklärt, daß von keiner Unterhandlung die Rede sein könne, bis der Status quo ante hergestellt sei; dies hat Preußen denn natürlich als die erste, vorläufige Basis der Mediation aufstellen müssen; wenn der englische Minister die Mediation als angenommen und angetreten betrachtet, so muß er diese Basis anerkannt haben. Wir haben auch seine Ursache, daran zu zweifeln. Ist nun diese Basis hergestellt?

Soviel wir wissen, haben die Dänen noch die Insel Alsen inne. Diese gehört unbezweifelt zu Schleswig, und ist zugleich einer der wichtigsten strategischen Punkte für das ganze Herzogthum Schleswig; sie bedroht die bedeutende Hafenstadt Apenrade, die ganze gegenüberliegende Küste und nöthigt die Bundesarmee, ein nicht geringes Korps zur Beobachtung der Uebergänge aufgestellt zu lassen. Darum hat auch der Oberbefehlshaber der Bundesarmee in Schleswig, General v. Wrangel, neben der Einstellung der Feindseligkeiten zur See und der unmittelbaren Freigebung alles bisher aufgebrachten deutschen Eigenthums, die Räumung dieser Insel als unabweisbare Vorbedingung selbst für einen vorläufigen Waffenstillstand ausgesprochen. Ob die Dänen geneigt geworden, auf diese Bedingung einzugehen, darüber haben die öffentlichen Blätter noch keine Kunde gebracht. Wenn Lord Palmerston die Mediation als im Gange seiend betrachtet, so muß er entweder über Dänemarks Absicht dazu unterrichtet sein oder selbst die Absicht haben, Dänemark dazu zu vermögen, was ihm nicht schwer werden kann. Wir nehmen daher diese officielle Erklärung im Parlament, durch die wir den englischen Minister vor seinem Volk und vor der europäischen Politik gebunden achten, gern als die Bürgschaft eines ehrenvollen Friedens auf der von Deutschland gestellten Basis auf. Und ist dieser Fall wirklich eingetreten, hat Dänemark sich dazu bequemt, seine beiden Bedingungen anzunehmen, so können unsere Truppen, sollten wir denken, Jütland vorerst räumen, welches sie bisher nur als Unterpfand und Sicherheitsbürgschaft für das aufgebrachte deutsche Eigenthum und den durch diese Beschlagnahme verursachten Schaden besetzt hatten.

Dann aber, wenn nun die Vermittelungs- und Friedens-Unterhandlungen wirklich beginnen, ist es nothwendig, daß Deutschland, welches seines Rechtes sich lange bewußt gewesen, auch seiner Forderungen sich nun recht klar und sicher bewußt werde und dieselben energisch und entschieden festhalte; diese beiden Begriffe sind bekanntlich in deutscher Politik nicht immer Eins gewesen, noch Hand in Hand gegangen! in umgekehrtem Sinne, als das oft in andern Staaten der Fall gewesen. Die Artikulirung seiner Forderungen hat Deutschland zunächst Preußen aufgetragen, und dieses hat das Zutrauen des Bundes hinreichend bewährt durch die Energie und den Eifer, mit denen es, selbst eigene temporäre Verluste und Schädigung in seinen materiellen Interessen nicht scheuend, sich an die Spitze der kriegerischen Maßregeln gestellt hat; wir dürfen daher wohl hoffen, daß es auch den friedlichen Fortgang der Unterhandlung mit gleichem Ernst und gleicher Entschiedenheit durchführen werde. Wir dürfen dies um so mehr erwarten, da gerade in England, dessen Vermittelung eintreten wird, der Mann steht, der in seiner neulichen Denkschrift an Lord Palmerston die Sache Schleswig-Holsteins und die Sache Deutschlands so tapfer geführt hat, und der von seinen eigenen Worten nicht zurücktreten wird, nun es gilt, dieselben zur That zu machen. Aber Preußen bedarf der Gewißheit, daß Deutschland hinter ihm stehe, mit ihm gehe; daß der ganze deutsche Bund bereit sei, das volle Gewicht seines festen Willens in die Wagschale zu legen; es muß ganz unmöglich gemacht werden, daß Dänemark und England beide, oder eine von beiden Mächten auch nur einen Augenblick vergesse, oder absichtlich zu vergessen scheine, daß, wenn gleich zunächst Preußen unterhandelt, es doch nur im Namen und im Auftrage des deutschen Bundes unterhandelt; daß der Krieg nicht Preußen ist, nicht zwischen Dänemark und Preußen, auch nicht mehr zwischen Dänemark und den Holsteinern allein, sondern zwischen Dänemark und dem deutschen Bunde, der in seinem Gliede Holstein angegriffen und verletzt ist.

Und wenn Deutschland auf Preußen vollständig vertraut, so muß es doch sein Auge fest und wachsam auf diese Sache gerichtet halten, nicht aus Mißtrauen, sondern weil das in der Natur der Dinge liegt; weil es sich jetzt nicht mehr um eine Kabinets- oder Regierungspolitik handelt nach alter, gottlob verratterter Weise, sondern um eine Politik der Völker, an welcher die Völker selbst lebendigen, bewußten, thätigen Antheil nehmen sollen, wie sie es in dieser Frage wirklich schon gethan haben; weil gerade diese Frage nicht eine territoriale Frage ist im Sinne vergangener Jahrhunderte, wo es sich um den Besitz von etwas mehr oder weniger Land, etwas mehr oder weniger Seelen oder anderer Hilfs- und Reichthumsquellen handelt, sondern eine Volksfrage, die große nationale Interessen, Lebensfragen der gesammten deutschen Nation betrifft; weil es gilt, unsere deutschen Brüder in Schleswig-Holstein, nachdem wir sie mit den Waffen unterstützt haben, nun wieder mit der ganzen Kraft unseres Nationalgefühls zu unterstützen, und weil es beinahe das erste Mal ist, daß Deutschland als Ein

Digitized by Google

Einiges Volk auftritt, wie der Krieg in Schleswig der erste deutsche Bundeskrieg war.

Sprechen wir es daher noch ein Mal klar und offen aus, was Deutschland will und wollen muß; wir glauben nicht, daß irgend eine deutsche Stimme unseren Forderungen widersprechen werde.

Die ganze Frage ist zunächst und ursprünglich eine Frage nach dem Recht der Herzogthümer; wir haben uns dieses Rechts angenommen oder, wenn man ängstlich und vorsichtig sprechen will, des Rechts des Herzogthums Holstein in seiner Verbindung mit Schleswig. Dieses Recht muß also vor Allem offen und feierlich anerkannt werden, so daß es über alle Zweifel fest stehe. Dänemark muß seine auf die Inkorporation Schleswigs gerichteten Schritte einfach zurücknehmen und die Berechtigung Schleswigs anerkennen.

Dies Recht muß aber auch für alle Zukunft gegen die Möglichkeit jedes weiteren Angriffes sicher gestellt werden. Es muß daher förmlich und feierlich ausgesprochen werden, als die Grundlage aller zukünftigen Verhältnisse und Beziehungen der Herzogthümer zu Dänemark, daß sie untereinander in einer wahrhaft staatsrechtlichen Realunion, mit Dänemark aber in einer reinen Personalunion stehen, wie Norwegen mit Schweden, wie Ungarn mit Oesterreich, wie Hannover früher mit Großbritannien stand; daß sie also alle innern Verhältnisse mit einander gemein, von Dänemark aber gesondert haben, Gerichtswesen, Herrwesen, Marine, Münzwesen, Verwaltung in jeder Beziehung, Finanzen, Steuern ꝛc. Alle dem entgegenstehenden dänischen Maßregeln, deren seit so langer Zeit so viele ergangen sind, müssen zurückgenommen und eine förmliche, offene Scheidung und Trennung, eine Ehescheidung gleichsam, vorgenommen werden; die unrechtmäßige Communio bonorum, welche die Dänen bisher usurpirt hatten, muß aufgehoben werden. Das ist das Recht der Herzogthümer; und von diesem Recht, für das Deutschland eingetreten ist, darf kein Titelchen abgelassen werden.

Aber die Frage ist weiter auch eine nationale Frage. Auf diesen Punkt wollen wir morgen zurückkommen.

---

**Oesterreich.** Triest, 10. Mai. Die Wahl der Deputirten zum deutschen Parlament für die Stadt und das Gebiet von Triest ist vorüber und hat den Direktor des österreichischen Lloyd, Hrn. Karl v. Bruck, den Aktuar der hiesigen Börse, Hrn. Dr. Friedrich Burger, getroffen. Als Ersatzmänner wurden gewählt: die HH. C. Rugendorff, H. Luttenroth, J. Hagenauer und E. Mettike. Die Wahlen für den Görzer- und Istrianerkreis sind noch nicht bekannt, werden aber sicher eben so wie hier, Männer treffen, welche Deutschland Ehre machen. (Allg. Z.)

**Preußen.** ** Berlin, 13. Mai. In der politischen Heuchelei sind wir ehrliche Deutsche jetzt in eifriger Konkurrenz mit den darin ausgezeichnetsten Nationen. Wer Sittlichkeit als Grundlage des Staats erkennt, möchte sehen den Untergang des Staates wittern. Denn da sind Reaktionäre, die sich für Konstitutionelle ausgeben, gefährlich nur, weil sie die Farbe, mit der sie sich schminken, in Verruf bringen. Da sind Reaktionäre, die sich den Socialismus umgewichst haben, um ihre hochverrätherischen Gelüste zu umhüllen, die per aspera, d. h. durch Anarchie, ad astra, d. h. zum Militärdespotismus hindurch möchten; von diesen mag manche Stumme gefunden werden, die der Empfänger dem vielleicht radikal gesinnten Ueberbringer zu verdanken meint; sie sind es, die va-banque spielen. Da gibt es „ehrliche Konstitutionelle", denen die Republik die vollkommenste Staatsform, das Jenseits des konstitutionellen Diesseits ist; es bedarf nur eines politischen Feuerbach, der ihnen den Supranaturalismus austreibt, und sie glauben an die Immanenz der Republik! mit solcher Haltlosigkeit und Seichtheit entsprechen sie dem, was in der sog. Revolution der Bauch des Konvents heißt! Dann kommen die „Demokraten von Wichel bis zur Zehe", welche der konstitutionellen Staatsform anhängen, um mittelst dieser Angeltruhe jene politischen „Fische" sich zu fangen, welche mit enthusiastischer Breitstimmung jener Kreaturen, die sich nur zu nicht „die Entwicklung abschneiden" und „ewig möglich" sein möchten, und eine so sämmerliche Konstitution aufbinden möchten, daß das Königthum darin zur hohlen Lüge wird, damit sie künftig die Schuld der unerträglichen Halbheit und Erbärmlichkeit dem letzten Rest von Monarchie in den Schuh schieben und endlich „erfahrungsmäßig" die letzte Konsequenz ziehen, d. h. sie abschaffen dürfen. Ihre Politik ist vorgezeichnet; in Berlin greifen sie das Zweikammersystem (nicht bloß ein schlechtes, sondern jedes), das absolute Veto des Königs, das Recht über Krieg und Frieden u. s. w. an, lauter Dinge, die „so sehr wenig" das konstitutionelle Prinzip berühren, daß es konstitutionelle Marum geben wird, die beweisen, wie z. B., wenn das Zweikammersystem Platz greift, das absolute Veto für völlig überflüssig halten; — im deutschen Parlament stimmen sie gegen die Einführung der erblichen Monarchie in Deutschland und mit der Hanswurstiade einer aus Monarchien bestehenden Bundesrepublik, die sie vielleicht z. B. Baiern aus Liebe zum Hause Wittelsbach stimmen möchte, bringen sie dem Königthum in den einzelnen Bundesstaaten ein schleichendes, langsam, aber sicher tödtendes Gift bei. — Wären mindestens die Republikaner, die sich so nennen, aufrichtig und ehrlich! Aber die Republik ist ein gebuldiges Hauptwort. Rom unter Augustus, Frankreich unter Napoleon, sogar das verwahrloste Polen führte diesen Titel, und unter den Staatsformen das zu sein scheint, was in der Schriftstellerhierarchie der „Gebrauchtwird" war. Auch Frankreich unter dem Direktorium und jetzt unter der Kombination Ledru-Rollin-Lamartine ist eine Republik geheißen! Auch der deutsche Bund ist eigentlich eine Republik. — Die republikanischen Gleißner sind keineswegs hauptsächlich Gegner des Königthums, sondern Gegner des Repräsentativprincips; sie heucheln jetzt die höchste Ehrfurcht vor der Volksvertretung, weil sie selbst daran theilnehmen oder sie zu lenken hoffen, aber sie gilt nur als Mittel zum Zweck. Ihr Zweck ist — euphemistisch ausgedrückt: — die „reine" Demokratie, oder deutlicher: die Ochlokratie, und ihr Hintergedanke: die Demagogie. Noch sind wenige Streitpunkte auf der Tagesordnung, wo dieser Hexensabbath erkennbar wird; einer derselben ist der über direkte oder indirekte Wahlart. Das allgemeine Wahlrecht wird durch den direkten Modus ein Spielwerk der Demagogen. Aber es leben gar Viele, die Augen haben und doch nicht sehen. — Manche bieser letztern Heuchler treibt bloßer Ehrgeiz; diese sind, ohne es zu wissen, gemeinste Werkzeuge. Diesen, die sich Republikaner nennen, ist auch die Massenherrschaft und der Einfluß, den auf Massen das berechnete Geschwätz übt, nur ein Liebergang und hier treffen wunderbarer Weise die Legitimisten wirklich mit den Socialisten zusammen. Nicht mit allen Socialisten; denn die Praktischen darunter werden nicht verkennen, wie die volksthümliche Monarchie den socialen Reformen das freieste Feld bietet, freilich nicht socialen Revolutionen, freilich weder dem Raube noch der Plünderung, aber dem Arbeiten Aller für Alle. Doch die verzweifelten Ehrvertilger, die den Irrsinn ihrer Systeme nicht absehen und als echte Deutschlose die Unausführbarkeit in dem sinnbhaften Statuenque suchen! denen ist das Repräsentativprincip ein Greuel im Wege; denn dies kann niemals Vollmacht ertheilen, Despotismus zu üben. Massenherrschaft ist aber Despotismus; ihre vollziehende Gewalt kennt keine rechtliche, keine sittliche Schranke. Plünderung, Raub und Mord können im Namen der souveränen Masse vollzogen werden. Dieser Despotismus ist die Ausrichtung der socialistischen Doktrinäre! — — Die Ironie dieser schrecklichen Stufenfolge politischer Scheinheiligkeit liegt darin, daß die Ultras der Reaktion dabei das Feld behaupten, daß sie bei aller Einfalt die Pfiffigsten unter diesen Schlaukörpfen sind. Denn jener Socialrepublikanismus, jener kommunistische Despotismus ist nicht das Letzte. Die militärische Diktatur ist am Ende Skizzirt. Wie Hobbes sein System des idealen Absolutismus aus der Furcht Aller", aus dem „Kriege Aller gegen Alle" entwickelt, so folgt blinde Unterwerfung unter den Einzelnen, welcher die wilden Thiere zu bändigen, den Raubstaat zu einem absolutistischen Militärstaat umzuwandeln und Ordnung und Sicherheit, sie koste was es wolle, herzustellen der Mann ist! — Das ist der Fluch des Jesuitismus; er unterliegt schließlich einer kolossalen Dummheit; denn er ist wider die Natur. — — Gestern erlebten wir hier einen Aufstritt, worin Tartüffe die Hauptrolle spielte und die dummen Degens Legion waren. Das Ministerium hat in dem Briefe, welchen der Staatsanzeiger mittheilt, dem König aufgetrodert, den Peingen von Preußen aus England, wohin er nach seiner Flucht oder eiligen Abreise von hier (vielleicht nun zu verbitten, daß er sich nach Petersburg wandte?) einen Auftrag erbittet, zurückzukehren, damit er während der Berathungen des konstituirenden Landtags anwesend, unverzüglich das vom Könige zu beschwörende Staatsgrundgesetz als erster Unterthan mitbeschwöre. Für das Heer und die östlichen Provinzen dürfte der Prinz mit seiner Ankunft auf, ein Märtyrer für die Verfassung, auswärtiger Gegner, ein Emigrant zu sein. Weigert der Prinz den Eid auf die Verfassung, so entsagt er seinem Thronrecht und, losgelöst von allerhand möglichen auswärtigen Verbindungen, ist er dann ungefährlich. Während Frankreich mit Recht von Ludwig dem Sechzehnten den Befehl an seine Brüder verlangte, sie sollten sofort zurückkehren, geräth Berlin außer sich, daß die Minister im Namen des Königreichs ihre Pflicht thun und die Rückkehr des Emigranten, die

Digitized by Google

sofortige Rückkehr verlangen. — — Nun hören sie aber die Sprache der nichtswürdigen Heuchler: „die Rückkehr des Prinzen wird die Stadt in die höchste Unruhe versetzen, wird den Aufstand, wird eine neue Revolution, wird den Bürgerkrieg herbeiführen.“ Und diese Tartüffes halten unter den Zeiten einer Versammlung von vielen Tausenden, führen die gemeinsten Reden, gebrauchen die abgebrauchtesten Demagogenkniffe, z. B. sie wollten dem Ministerium, was die Anarchie hervorführt, beweisen, welcher Sinn für Gesetz und Ordnung, welche Ruhe und Würde ihnen beiwohne! Sie versetzen die Stadt in höchste Unruhe. In unabsehbarem improvisirten Zuge schwärmen sie vor das Haus des Ministerpräsidenten, protestiren gegen die Rückberufung des fürstlichen Emigranten und predigen in nochmaliger Versammlung spät Abends den Fall des Ministeriums für alle Fälle, aus Schlechtigkeit, wenn es nachgibt, wegen Verraths am Volke, wenn es standhaft bleibt! Sie fangen den Aufstand an; die tief in die Nacht schauen sie sich vor dem Hause des Prinzen, verhöhnen die Bürgerwehr und bringen darauf, daß das Haus die Inschrift: „Nationaleigenthum“ wieder erhalte, die es seit der glorreichen Revolution erhielt, bei welcher nicht der geringste Eingriff in das Eigenthum geschah! — Sie setzen den Aufstand fort; sie werden es vielleicht zur Revolution bringen. Wissen Sie, wie? Wenn das Ministerium die Unmöglichkeit einsieht, unter Aufsicht der Berliner Gassenjungen das große Preußen zu regieren, wenn die Physiognomie der Ostprovinzen gegen ein solches Regiment eines „Volksausschusses“ sich drohender wird, sehen wir das Aeußerste voraus, daß es seinen Sitz irgend anderswohin wird verlegen müssen. Dann ist für Berlin die Revolution fertig. Dann wird auswandern, wer irgend noch entkommen kann. Die Folgen sind kaum zu überschauen. Dann haben unsere guten Freunde auch den erwünschten Bürgerkrieg! — — Und nun die souveräne Lüge, das Alles verhüten zu wollen, das Alles zu verwünschen, zu verabscheuen!! — Dennoch ist bei dieser Heuchelei viel Aufrichtigkeit, nämlich der Gefoppten, der an der Nase Herumgeführten; und Solche sind „die Vielen.“ Man sollte Berlin für ein Tollhaus halten, wenn man hört: „Ja, einen Bürgerkrieg gibt es, wenn der Prinz kommt; einen Bürgerkrieg gibt es jetzt, auch wenn er nicht kommt; dann wollen wir doch lieber gleich den Bürgerkrieg!“ Die wenigen Schlauköpfe wären sogesagen an die Luft gesetzt, ohne den Schweiß von Berrücken. Berlin ist in diesem Augenblick vergleichbar einem Irrenhause, der vor der Schlacht das Todesurtheil sich das selben nimmt! — Unter allen den Friedensheuchelein und argen Lügereien vernahm ich nur Ein wahres Wort. Dies war der dem Ministerium gemachte Vorwurf, es habe — „eigenmächtig“ gehandelt. — Das ist es, was dem „Aufstand“ bei der Berliner Volkes so wurmt; das Ministerium handelte ohne seine Erlaubniß! Das vergeben dem Ministerium nicht die Demagogen und noch weniger die Vielen, welche am Narrenseil sich ziehen lassen; denn wer selbst nicht „eigenmächtig“ handeln kann, wie sie, der hält die Selbstständigkeit für ein Verbrechen. Ein verantwortliches Ministerium handelt „eigenmächtig“ — das ist unverzeihlich! Vielleicht sind die Herren Jung, Fischer, Held ꝛc. bereit, ein „ohnmächtiges“, „unverantwortliches“ „Directorium“ zu übernehmen? — —

** Berlin, 11. Mai. Wir hatten uns gewöhnt, in Adam Czartoryski bei allen Schwächen doch immerhin das Prototyp eines Polen zu erblicken. Es scheint Fatalismus, daß wir lernen sollen, auch ihn herabzusetzen unter die Klasse der weniger als Gewöhnlichen, der gemeinen Naturen. Das Journal des Débats v. 5. Mai bringt einen Brief des Fürsten an den Minister Arnim voll von jenen Anmaßungen, Thorheiten, Gleißnereien und Verläumdungen offenkundiger Thatsachen, die wir bei diesem Volke in demselben Augenblick zu beklagen haben, in dem wir seiner Befreiung vorarbeiten. Der Brief schließt mit der profunde conviction, daß Preußen seine Polenlande den Polen ändern werde. Eintracht und Vertrauen zwischen Deutschland und Polen sei sein Gesichtspunkt. Der Fürst warnt, man möge Polen nicht dahin bringen, seinen Bundesgenossen anderwo (ailleurs) zu suchen. — An demselben Tage, 26. April, schreibt der hochgeborne Warner an Lamartine und verflagt das egoistische Deutschland vor dem höchsten Gerichtshof des republikanischen Frankreichs! An demselben Tage suchte also der Pole sich anderswo den Bundesgenossen!! — Es ist uns ein erbedendes Gefühl, daß wir gleichgiltig vermögen, dem Manne, welchen wir aus seinem Volke zumeist geachtet haben, unsre Achtung zu entziehen und dennoch, dennoch seinem Volke gerecht zu sein. Anklagen mag uns Polen, aber, wenn uns auch Frankreich verurtheilt, die Weltgeschichte wird uns freisprechen.

Herr v. Auerswald, der Minister des Innern, ist in seinem Wahlkreise, wo fast lauter Männer der arbeitenden Klassen Wahlmänner waren, zum Abgeordneten für den preuß. konstit. Landtag gewählt. Bei der Vorversammlung meldeten sich mehrere Kandidaten; nachdem Jemand Herrn v. Auerswald vorgeschlagen, brachte die Versammlung dem Genannten ein stürmisches Lebehoch.

Berlin. Durch k. Patent vom 13. Mai sind die „zur Vereinbarung der preuß. Staatsverfassung gewählten Vertreter des preußischen Volkes“ auf den 22. Mai einberufen.

** Vom Rhein, 11. Mai. Ich fürchte, wir Deutsche sind unverbesserlich in gewissen Beziehungen. Da sprechen und schreiben und schwärmen wir von der Einigkeit und Einheit des deutschen Vaterlandes und sind im Grunde noch im schönsten Pfahlbürgerthum und in der exclusivsten provinziellen Sonderung befangen. Es ist das unverbesserlich wieder recht deutsch zu Tage getreten, als man bei Ihnen in Baden gegen den Einmarsch der „Fremden“, d. h. Bundestruppen, deklamirte, noch kraffer aber geklatscht sich die Sache bei uns, wo man die Stirn hat, alle diejenigen Truppentheile desselben Staatsverbandes als fremde Truppen zu betrachten und zu verhorresciren, welche nicht in der Rheinprovinz ihren Kinderbrei gegessen, und das zu derselben Zeit, wo die Reserven der Rheinischen Regimenter ruhig zu Hause sitzen und die Grenzen von jenen herangezogenen „fremden“ Truppen besetzen und bewachen lassen. Die Behörden sind leider schwach genug gewesen, den Kundgebungen dieses traurigen Provinzialgeistes Rechnung zu tragen und sie dadurch gewissermaßen zu berechtigen, und in Trier hat der Chef der Bürgerwehr es sogar wagen können, zu erklären, daß er sich dem Einmarsche „fremder“ Truppen mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln widersetzen werde. Es ist dringend zu bedauern, daß selbst von Seite des Fürstgrey-Ausschusses diesem Geiste unserer Nahrung gegeben ist, als der Vendetyp'sche Antrag auf Errichtung eines Parlamentsheeres jene Anschauung als vorhanden nicht bloß anerkennt, sondern in dieselbe eingehen schient. Doch, um auf die Rheinprovinz zurückzukommen, so spielt jetzt, wenn von der Gerährlichkeit oder wenigstens Ueberflüssigkeit der „fremden“ Truppen die Rede ist, gegenwärtig die bewaffnete Bürgerwehr eine große Rolle. Das Institut der Bürgerwehr ist seiner Idee nach gewiß vortrefflich, aber ob unsere Bürgerwehr, wie sie jetzt ist oder sich für zu gestalten beginnt, bei einem wirklich ernsten Anlasse zu gebrauchen wäre, steht sehr dahin. Einseine Bedenken liegen uns bereits vor. In Aachen hat sie ohne Kommando geschossen und sich dann, über ihre eigenen Thaten erschrocken, in aller Stille aufgelöst, um dem Militär die Wiederherstellung der Ruhe zu überlassen; in Trier hat sie mit den Händen in der Tasche der Zerstörung von Privateigenthum zugesehen, weil der Betroffene ein mißliebiger Mann war; das sind doch ein paar eklatante Fälle. Ich bin selbst Wehrmann, aber ich trete nicht in Reih' und Glied, ohne dem Himmel meine Augen und Ohren empfohlen zu haben, welche bei den gewandten Bajonett-Evolutionen meiner Nebenmänner in der augenscheinlichsten Gefahr schweben, und ich bin der festen Ueberzeugung, daß bei ernsten Konflikten nicht der zehnte Theil der Kompagnie erscheint. Dabei fängt man schon mit allerlei Spielereien an, welche das ganze Institut vollends verläslichen. Sehen Sie z. B. nach Köln, so sehen Sie bald hier bald dort eine Kompagnie von den Stärke eines einfachen Zuges, aber mit einer unermeßlichen Fahne und einem vollständigen Musikkorps umherstolziren, und jetzt ist man drauf und dran, ohne Kanonen und Pferde, Bürger-Artillerie und Bürger-Kavallerie zu organisiren. Und diese Affanzereien nennt man Volksbewaffnung! (Diese bittern Klagen werden auch anderswärts Anklang finden, wo sich derselbe Mangel an Ernst und rechtem Eifer kund gibt. Wir fürchten sehr und legen daher obige Klagen Allen ans Herz, daß dieses Bürgerwehrwesen, wie es an vielen Orten betrieben wird, das Institut der Volksbewaffnung in Mißkredit bringen, allen Eifer einschläfern und schließlich dem ernstesten Soldatenthume einen ernstlichen Triumph bereiten wird. Dagegen sollte bei Zeiten gewirkt werden.)

Königsberg, 10. Mai. Für die Stadt ist hier Prof. jur. Simson mit 67 Stimmen nach Frankfurt gewählt worden; Dr. Jacoby erhielt nur 63; für den Landkreis wurde Dr. v. Bardeleben gewählt.

Baiern. = München, 13. Mai. Das Ablösungsgesetz ist von der Kammer berathen und bereits mit 113 gegen 9 Stimmen angenommen worden. Diese neun Stimmen gehören der Geistlichkeit und zwar der katholischen an, die sich dadurch — mit Ausnahme von drei, die für das Gesetz stimmten, darunter natürlich Dekan Vogel — das deutlichste Zeichen ihrer Kenntniß gegen den Geist der Zeit, der auch ein Geist der Wahrheit und Freiheit ist, selbst aufdrückte. Einige Gegner des Gesetzes entfernten sich vor der Abstimmung, da sie wahrscheinlich doch sich vor dem einfachen „Nein“ sträubten, aber auch nicht Ja sagen wollten. Es gehört hierher z. B. der Vertreter der Münchner Universität, Prof. Zenger, der das Gesetz als ein solches bezeichnete,

Digitized by Google

das ihm den Hals zuschnürte, als er es las. Die Kammer war gestern bis halb 11 Uhr Nachts versammelt und hatte auch schon Vormittags bis gegen 2 Uhr gesessen. Die schwierigsten Artikel waren freilich schon berathen; doch ist das Gesetz ziemlich umfangreich; denn es zählt nach der jetzigen Fassung 39 Artikel. Es ist mir daher vorläufig auch nicht möglich, Ihnen die einzelnen Artikel (vom 9 Art. an) mitzutheilen, da ich meinen Bericht über die Massen ausdehnen müßte; ich werde Ihnen jedoch in den nächsten Tagen das ganze Gesetz, wie es von der Kammer berathen und angenommen wurde, übersenden und beschränke mich daher hier nur noch auf allgemeine Bemerkungen, die nicht ohne Interesse sein dürften. Gegen die vom Finanzminister eingebrachten Modifikationen, die Fixation aller Forstrechte betreffend, erklärte sich der Ausschuß und mit ihm die Kammer dahin, daß sie wohl dem künftigen Forstpolizeigesetze einverleibt werden dürften, ihre vorläufige Verwirklichung dürfe jedoch auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwer durchzuführen sein möchte. Die Kammer überläßt es daher der neu einzuberufenden, diese Kastanien aus dem Feuer zu holen. Ueber den Artikel, der das Verfahren bei Ermittlung des durchschnittlichen Zehntertrags und über die dabei möglich vorkommenden Einwendungen betrifft, debattirte die Kammer ziemlich lang, entschied sich jedoch für die Fassung des Ausschusses; auch die übrigen Artikel des Gesetzentwurfes wurden größtentheils mit den Modifikationen des Ausschusses angenommen. Die Modifikation Schwindels, daß alle fixen Grundgefälle des Staats, der Privaten, der Stiftungen und Kommunen unter nachstehenden Bedingungen (die dann nämlich im Gesetze folgen) ablösbar seien, gab der fadilen Kohorte nochmal Veranlassung, gegen die Ungerechtigkeit dieses Gesetzes Ausfälle zu machen und womöglich das Unrechtbare zu retten. Vergebens! Man that deutlich dar, daß den Stiftungen genug gewährt sei, wenn man ihnen es überlasse, ob sie an den Staat abgeben wollten oder nicht, daß es aber die größte Ungerechtigkeit und das größte Borrecht wäre — und das Gesetz sei eben theilweise ein solches gegen Vorrechte —, wenn man den Stiftungen es auch frei ließe, ob ihre Verpflichteten ablösen dürften oder nicht. „Ablösung" sei ja das Grundprinzip des Gesetzentwurfes. Die Staatskasse gewährleistet jedoch nach einer Modifikation Schäfers den Stiftungen und Anstalten des Kultus, Unterrichts und der Wohlthätigkeit die Entschädigung der 20 (nicht 18) fachen Betrags, wenn sie auch nicht ihre Ablösungskapitalien an den Staat übergeben. Zu Art. 36 brachte Prof. Dr. Ebel eine Zusatzmodifikation, die sie dahin und Weise, wenn die Ablösungskasse näher bestimmt sei und wenn sie der Kammer angenommen wurde. Sie soll nämlich eine eigene Ablösungskasse bei der Staatsschuldentilgungsanstalt errichtet werden, welche unter Mitaufsicht ständischer Kommissäre das ganze Ablösungsgeschäft nach den im gegenwärtigen Gesetze enthaltenen Bestimmungen, jedoch gänzlich getrennt von der Verwaltung der Staatsschuld und ihrer Fonds zu besorgen hat. Diese Kasse hat (nach dem Zusatze Ebels) die weitere Bestimmung, auch den Grund- und Zehentholden jener Gemeinden, Stiftungen und Privaten, welche ihre Grundrenten nicht an sie überwiesen haben, die Tilgung ihrer Grundlasten durch Annuitäten möglich zu machen. Ein Pflichtiger, welcher $^{39}/_{100}$ seiner urspünglichen jährlichen Grundabgabe 34 Jahre lang oder $^{34}/_{100}$ dieser Grundabgabe 43 Jahre lang an sie bezahlt, wird nach Ablauf dieser Perioden von seiner Last befreit, indem die Ablösungskasse alsdann das Ablösungskapital baar an den Berechtigten hinausgeben muß. Ergänzt der Pflichtige, während des Laufes der Tilgungsperiode die bereits eingezahlten Tilgungsraten sammt Zinseszinsen zu 4% durch Erlegung des Restes seines Ablösungskapitals, so muß die Ablösungskasse ihre Pflichtigen sofort durch Befreiegung des Berechtigten befreien. Die Ablösungskasse ist berechtigt und verpflichtet, mittelst der bei ihr in dieser Weise eingezahlten Annuitäten, Ablösungskapitale jener Rentenpflichtigen, die solche Annuitäten einzahlen, nach dem Nennwerthe abzulösen und an sich zu kaufen und auch die 1% Zinsen dieser Kapitale in gleicher Weise zu verwenden. Die Kammer wird nun noch in mehreren Sitzungen das Wahlgesetz für die Abgeordneten berathen und dann wahrscheinlich ihre Thätigkeit beschließen. Das Referat über das genannte Gesetz hat der Abg. Dekan Bauer übernommen. Hierüber Näheres in einem nächsten Berichte.

**München**, 14. Mai. Der König hat durch eine jüngste Entschließung die bairische Artillerlemacht durch ein Regiment reitender Artillerie als drittes bairisches Artillerieregiment verstärkt, und in Beziehung auf Uniformirung und Bewaffnung der Officiere und der Mannschaft die betreffenden Bestimmungen erlassen.

**Regensburg**, 14. Mai. Gestern Abend sind die oberösterreichischen Parlaments-Abgeordneten mit dem Dampfschiff hier angekommen. — Nach den Erzählungen der Mannschaft der hier durchgekommenen böhmischen Regimenter sind von Prag aus eine Menge Briefe an die Soldaten versendet worden, um diese für die Pläne der czechischen Partei zu gewinnen, doch erfolglos. Auch unter dem Landvolke in Böhmen sollen die czechischen Wühlereien durchaus keinen Anklang finden. Damit will aber nicht gesagt sein, daß Deutschland den Machinationen der Slaven gegenüber die Hände ruhig in den Schooß legen solle. (K. Z.)

**Würzburg**, 12. Mai. Die Neue Würzburger Zeitung berichtet von einer Serenade und einem Lampenzuge, welcher am 11. Abends dem auf der Reise nach Frankfurt die Stadt passirenden Dr. Behr gebracht wurde, jedoch eine Störung erlitt, über welche sich die Zeitung nähere Berichte vorbehält, da eine Untersuchung eingeleitet sei. Doch bemerkt sie, daß die Stadtwehr und die Studenten augenblicklich zum Ordnungsdienst herbeigerufen seien, so daß der Exceß keine ernstern Folgen gehabt habe.

**Baden**, 15. Mai. Heute fand hier die Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung für den 12. Wahlbezirk Stadt, welcher aus den Städten und Aemtern Rastatt, Baden und Sinsheim besteht. Wiitermeister ist erwählt.

**Pforzheim**, 12. Mai. Heute ist A. v. Itstein mit 104 gegen 24 Stimmen zum Abgeordneten des diesseitigen Bezirks in das Parlament nach Frankfurt gewählt worden. (D. Z.)

* **Heidelberg**, 16. Mai. Heute fand hier die Wahl eines Abgeordneten ins deutsche Parlament Statt, mit 93 gegen 52 Stimmen wurde Hr. v. Soiron zum Vertreter des Bezirks Heidelberg, Wiesloch, Weinheim erwählt; der Kandidat der Minorität war Peter.

**Karlsruhe**, 16. Mai. Für den Bezirk Karlsruhe-Ettlingen ist Zittel zum Parlamentsabgeordneten gewählt worden.

Δ **Mannheim**, 15. Mai. Hier ist folgender Aufruf erschienen: Die neuesten Ereignisse haben dieiflach das Bedürfniß einer tatkräftigen Einigung aller bewährten Freunde der Einheit des deutschen Vaterlandes, des Fortschritts und der gesetzlichen Freiheit hervorteten lassen. Um diesem Bedürfnisse zu genügen, sind die Unterzeichneten auf der in nachfolgender Erklärung enthaltenen Grundlage zur Bildung eines neuen vaterländischen Vereins zusammengetreten.

„Wir hoffen unerschüttert fest auf eine große, glückliche und ruhmreiche Zukunft des deutschen Volkes! Eine schöne und herrliche Zukunft wird unserem edlen Volke von nahe an 50 Millionen zusammenwohnenden Angehörigen heute wie zu allen Zeiten angeboten; sie ist die Zukunft der deutschen Freiheit und die deutsche Einheit soll begründet ist. Zur Gründung dieser deutschen Einheit und Freiheit ist der erste und wesentlichste Schritt geschehen durch die Zusammenkunft der in allen deutschen Gauen vom Volke frei gewählten Vertreter zur Nationalversammlung in Frankfurt am Main. Um die deutsche Freiheit für immer zu sichern, um sie durch den Zusammentritt der deutschen Volksstämmer begonnene Vereinigung aller deutschen Volksstämme zu einem mächtigen Reiche zu vollenden, ist fortan Alles nöthig, als daß das Volk seiner Kammer Vertrauen und Unterstützung gewähre, daß es den Beschlüssen der Mehrheit seiner Vertreter Nachdruck gebe und für ihre Vollziehung Sorge trage; daß an seinem festen Willen die Hindernisse ohnmächtig scheitern, welche der Vollziehung dieser Beschlüsse sei es von seinen Monarchen und ihren Dienern, sei es von irregeleiteten Massen und ihren sie mißbrauchenden Schmeichlern, entgegengesetzt werden mögen. Was die Mehrheit der von Deutschland freigewählten Vertreter im Interesse der deutschen Freiheit und einheitlichen Macht beschließt, ist ein Erwartungen und Wünschen der Einzelnen mehr oder weniger entsprechr oder nicht — es ist der ausgesprochene Wille der Mehrheit der Nation, es muß um der deutschen Einheit, um der deutschen Freiheit willen und um der Freiheit willen jedem Einzelnen oberstes Gesetz sein. Nur der Gesetzlichkeit Mehrheit und seine Vollziehung kann ein Ruf der Gesammtheit von Heil sein; aller Andere kann nur Unruhe, Zwietracht, Bürgerkrieg und Unglück über das schöne Vaterland bringen. Wer immer den Entschluß und uns theilt, den Beschlüssen der Mehrheit der deutschen freigewählten Reichsversammlung zur Geltung zu helfen, ihre Durchführung in diesem Momente der Wiedergeburt eines einigen, mächtigen und freien deutschen Reiches mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln zu fördern und zu unterstützen, der ist brüderlich in unserem Kreise aufgenommen. In gleicher Weise glauben wir in unserem engeren badischen Vaterlande nur Einen Weg vorgezeichnet, auf welchem eine glückliche und freie Zukunft, auf welchen der Fortschritt in der Gesetzgebung und Verwaltung, die Verbesserung der wichtigsten bürgerlichen Verhältnisse allen guten Bürgern leicht erzielt werden kann. Es ist das feste und mannhafte Zusammenstehen aller guten und freiwachenden Bürger, um den Beschlüssen der freigewählten badischen Volksvertreter Nachdruck und Gewicht zu verleihen; um die Durchführung und Erfüllung der von der Mehrheit der Abgeordneten gestellten gerechten Wünsche des Landes zu unterstützen. Wir sind gewiß, daß diese Mehrheit einen auch noch so entfernten Versuch einer Reaktion binden oder gar unterstützen werde, mit Kälte er von irgend einer Seite je gemacht werden, so wird er scheitern an dem entschlossenen Widerstande aller guten Bürger des Landes. Man soll uns so wenig in die alten Geleise zurückführen, als man das Wasser wird bergan fließen machen. Möge eine freisinnige Regierung, mögen unsere freisinnigen Abgeordneten wissen, daß sie in dem Widerstande gegen reaktionäre Gelüste stets auf die Bürger des Landes zählen können. Sie zählen darauf, wir bezweifeln es nicht; vielmehr hoffen und wünschen wir von der Regierung wie von der Kammer, daß sie die Vollendung all der Gesetze und Einrichtungen möglichst beschleunigen werden, welche zur Befestigung und Vervollständigung unserer Freiheiten nöthig und wünschenswerth sind, zur Förderung des gesetzlichen Fortschritts, zum Schutz der Freiheit, zur Wahrung der für das Gedeihen aller Geschäfte und Gewerbe, zur Sicherung von Ar-

heit um Erwerb für alle Klassen unserer Mitbürger so unentbehrlichen Ordnung werden wir wannhaft und fest zusammenstehen. Diese wollen wir! Wer mit uns auf diesem Wege eine freie und glückliche Zukunft des Vaterlandes zu sichern wünscht, wer mit uns die hohe Genugthuung theilt, daß wir eine solche Zukunft auf diesem Wege sicher erreichen werden, der schlage brüderlich ein und zähle sich zu unserm Bunde." J. G. Adam. L. Aler. Bassermann. Jos. Baumt. Bitzinger. Simon Bühler. Claessen. Eloyd. W. Dänzel. H. Dürkheimer. Engelhorn. Eser. Pl. Günkel. Gerstl. Ph. Held. Hergert. Jak. Herz. Dr. Ladenburger. Moritz Lenel. Fried. Löwenhaupt. R. Lumbenberger. Eduard Moll. A. Nanen. C. Reller. Fr. Oetterlin. A. Pfeffer. Melchior Richert. Adam Ross. H. Schaaf. Heinrich Walther. Dr. Weissenhorn. Franz Wiesner. August Wurster. Mannheim, 14. Mai 1848.

**Hessen.** Darmstadt, 15. Mai. Man schreibt der F. O. P. Z. von hier, daß der Bundestagsgesandte v. Lepel abberufen und daß Graf Lehrbach als sein Nachfolger bezeichnet wird.

# Darmstadt, 16. Mai. Gestern ist in Umstadt Jury zur Nationalversammlung gewählt worden, heute ist Darmstadt Wilhelm Schulz.

In Friedberg wurde für Frankfurt Landrichter Hofmann, im Wahlbezirke Büdingen Sagern, in Vingen Brunck gewählt. Sagern hat sich für Zwingenberg entschieden.

**Lauenburg.** Hier ist Dr. Gabriel Rießer für die Frankfurter Reichsversammlung gewählt worden.

**Schleswig.** Rendsburg, 11. Mai. Von der Armee ist Nichts zu berichten. In unseren nördlichen Häfen erscheinen ab und zu dänische Dampfschiffe, setzen sich mit den dort stationirten Kriegsschiffen in Verbindung und verschwinden wieder. Reisende, die vom Norden kommen, fügen den schon bekannten Details über die alle Humanität spottende Behandlung der von den Dänen weggeführten Patrioten immer neue hinzu. So haben dänische Soldaten den Kirchspielsvogt Erichsen an ein Hundenrad gebunden und ihm unter dem Jurnf: „da friß, Du deutscher Hund", abgenagte Knochen ins Gesicht geworfen. Als die Gattin bei Dr. Markuse in ihrer Verzweiflung über den Zustand, in welchem sie denselben vor dem anzustellenden Verhör im Gefängniß zu Hadersleben vorfand, zu dem Mitglied der Regierungskommission Lassen eilte, wies dieser sie barsch zu seinem Kollegen Kirstein, der mit derselben Schonungslosigkeit sie zu Lassen zurückschickte. In Hadersleben fürchtet man allgemein für die Gesundheit und selbst das Leben des armen Gefangenen, erzählend, daß er die Soldaten beschworen habe, seinem Leiden doch lieber gleich durch eine Kugel ein Ende zu machen, und die Besorgniß aussprechend, daß ihm und seinen Leidensgefährten noch jetzt keine bessere Behandlung zu Theil werde. Daß die gefangenen Dänen in Rendsburg mit aller Humanität behandelt werden, tadelt man natürlich nicht, aber man begreift nicht, daß nicht durch Parlamentäre eine gleiche Behandlung der Unsrigen, nöthigenfalls selbst mit Hilfe von Repressalien, sollte durchgesetzt werden können. — Ein hier nach Norden durchreisender Kurier soll mit Uebergabe einer energischen Note der englischen Regierung an die dänische dreimtragt sein. — Im dritten schleswigschen Wahlbezirkt ist der Regierungspräsident Franke fast einstimmig gewählt worden. Die politische Gleichgiltigkeit der Stadt Flensburg und des ganzen Distriktes zeigte sich in glänzender Weise durch die Abgabe von noch nicht 1000 Stimmen. (S.-H. Z.)

**Hamburg,** 11. Mai Nachmittags. Man schreibt der Allg. Z. von hier: Aus guter Quelle vernehme ich, daß Hr. Bligh, der englische Gesandte in Hannover, heute hier nach Kopenhagen durchgereist, mit Instruktionen von Lord Palmerston, die Friedensvermittlungen energisch zu betreiben. Der Senat hält eben eine außerordentliche Versammlung, wie es heißt in Folge von Depeschen von Syndikus Banks in London, wohl ebenfalls in Bezug auf den abzuschließenden Frieden. Beide Nachrichten stimmten die Börse günstig. Das hiesige Dampfschiff Elbe ging heute mit einer Ladung Kanonen nach Curhaven ab.

Die Wahlen des Herzogthums Schleswig für das deutsche Parlament sind nun sämmtlich bekannt. Sie sind auf Bunsen in London, Michelsen in Jena, und auf Francke, Gismarck und Gülich, die in Schleswig-Holstein selbst leben, gefallen. Im Herzogthum Holstein sind von den sechs Wahlen bisher vier bekannt. Die Gewählten sind die HH. Clausen, Droysen, Waitz und v. Reergaard.

**Altona,** 12. Mai. Der Börsenhalle wird von hier geschrieben: zwei Meilen jenseit Rendsburg hat man gestern von 2 bis 5½ Uhr Morgens Kanonendonner in der Richtung von Eckernförde, nach Andern von Alsen her gehört. Gegen Mittag kam ein Militärbericht darüber in Rendsburg an; dessen Inhalt aber nicht bekannt geworden ist.

**Altona,** 13. Mai. Die neulich mitgetheilte Nachricht, daß General v. Wrangel sein Hauptquartier nach Kolding zurückverlegt hat, ist mehrfach in dem Sinne aufgefaßt worden, als wenn von der alliirten Armee rückgängige Bewegungen gemacht würden. Aus zuverlässiger Quelle können wir indessen mittheilen, daß diese Auffassung eine irrige ist, da am 9. und 10. d. eine ziemlich bedeutende Stärke unserer Kavallerie und Infanterie sowie einiges Geschütz bis in die Nähe von Horsens vorgerückt ist. Es geht daraus hervor, daß an eine Räumung von Jütland fürs Erste noch nicht gedacht wird. (A. M.)

**Bremen,** 14. Mai. Die Wes. Z. bemerkt: Die gestern gemeldete Sistirung der Blokade unserer Ströme mit den einigen Seiten als eine Einstellung der Feindseligkeiten überhaupt angesehen und daran die Hoffnung geknüpft worden, daß der Seehandel wenigstens für die Dauer gepflogener Verhandlungen seinen ungehörten Fortgang werde nehmen können. Eine nähere Durchsetzung des Sistirungsdekretes wird indeß zeigen, daß in derselben nur von einer Einstellung der Blokade für einen bestimmten Theil der deutschen Küste die Rede ist, keineswegs von einer Einstellung der Feindseligkeiten gegen die deutschen Flaggen überhaupt. Darf man einem Kieler Korrespondenten der „Börsenhalle" glauben, so hätte die ganze Maßregel überhaupt weit eher einen kriegerischen als einen friedlichen Charakter. Dänemark will keine Blokade, die es nicht ausführen vermag, wozu eine bedeutende Flotte gehört; es will seine Kriegsschiffe nicht vor einigen Häfen müßig und ruhmlos liegen lassen; es will sie konzentriren, um wichtige und erfolgreiche Unternehmungen zur See (z. B. Brandschatzungen) ausführen zu können, auch kann es durch Kreuzer mehr Fahrzeuge aufbringen, als durch Blokaden. Daneben ist diese Maßregel aber auch ein Zugeständniß gegen England, wodurch es vielleicht besondere Gunst zu gewinnen vermag, wenigstens diesem Handelsstaate die Verlängerung des Krieges nicht zum Nachtheil, sondern im Gegentheil vortheilhaft werden läßt. England kann nämlich jetzt nach den wichtigsten deutschen Seestädten, vorzüglich Hamburg und Bremen, so viel handeln als es will, aber nur in neutralen Schiffen, d. h. hier englischen; die englische Rhederei muß sich also bedeutend heben, während die deutsche einen schwer zu heilenden Schaden erleidet. Wir werden nun sehen, welchen Einfluß diese Wendung der Dinge auf Englands Vermittelungsrolle ausübt.

Auch in dem kurzen Eingange zu der Note des dänischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Knuth, an alle auswärtigen Gesandtschaften wird die Aufhebung der Blokade ausdrücklich als eine Maßregel zu Gunsten der betreundeten und neutralen Mächte erklärt. Dieser Eingang lautet: „Ich habe die Ehre, Ihnen anzuzeigen, daß die kön. Regierung, sowohl aus strategischen und aus militärischen Gründen, so wie um, so weit die Umstände es gestatten, den Handel und die Schifffahrt der befreundeten und neutealen Mächte nicht zu hemmen, beschlossen hat." (Folgt nun der gestern mitgetheilte Text.)

**Frankfurt,** 15. Mai. Im Fünfziger-Ausschuß war heute die Arbeiterfrage an der Tagesordnung. Es lag ein ausführlicher Bericht der Kommission vor, und die Frage war nun, ob die Vorarbeiten zur Erledigung der Sache dem Bundestag übertragen oder dieß unbedingt der konstit. Versammlung vorbehalten werden solle. Für Ersteres sprachen Eisenmann u. A. dagegen Blum, Venedey und besonders Raveaux. Letzterer meinte, nach dem jüngst Vorgefallenen dürfe man mit dem Bunde gar nicht mehr verkehren. Vielfach wurde auch auf die Arbeiterfrage selbst eingegangen, namentlich auf das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit, das Zoll- und Kreditwesen, die neuesten sozialistischen Theorien von Theilnahme der Arbeiter am Gewinn u. s. w. Auch die herrschende Kreditlosigkeit und der Mangel an Vertrauen wurden als Hauptursache der gegenwärtigen Geschäftsstockung zur Sprache gebracht. Bei diesem Anlaß kam Raveaux auf die Zustände in Preußen zu sprechen, wo die Regierung selbst das öffentliche Mißtrauen verschulde. Das konstitut. Ministerium unterschreibe Lügen, und selbst die beiden freisinnigsten Minister hätten ihre Mitwirkung zur Zurückberufung eines Prinzen, den das Land verbannt habe. Die Regierungen taugten Nichts, wie solle da der Bund Etwas taugen? Bei diesen Worten brach ein Theil der Zuhörer in stürmischen Beifall aus, so daß der Präsident beschwichtigen mußte. Bei der Abstimmung wurde mit Beseitigung der auf Verweisung an den Bundestag abzielenden Anträge beschlossen: den vorliegenden Kommissionsbericht an die konstit. Versammlung zu überweisen, mit der Empfehlung: ungesäumt durch eine eigene Prüfungskommission unter Verwendung von Sachverständigen aller Fächer, besonders des Handwerker- und Arbeiterstandes aus allen Theilen Deutschlands, nähere und umfassende Prüfung vorzunehmen und die Regierungen zu Mittheilungen über die lokalen Verhältnisse und Maßnahmen aufzufordern.

**Schweiz.**

Bern, 14. Mai. Verhandlungen der Tagsatzung vom 13. Ueber die in den gegenwärtigen Verhältnissen zu treffenden Maßregeln stellt

Digitized by Google

die hiesige niedergesetzte Kommission folgende Anträge: 1) Die durch den eidgenössischen Vorort zur Sicherung der Kantone Graubünden und Tessin aufgebotenen Truppen werden unter den Befehl eines vom eidg. Kriegsrath zu bezeichnenden Divisionsobersten gestellt. Nähere Truppenaufgebote haben diesen Augenblick nicht Statt. 2) In Basel wird das eidg. Kommando einstweilen beibehalten. 3) Der Vorort ist eingeladen, unter den schon zur Verfügung der Militärausgaben bewilligten Anlehen noch ein anderes, wenn möglich im Ausland abzuschließen. 4) Die Kantone werden eingeladen, die nöthigen Maßregeln zu treffen, daß dem Reißlaufen in die Lombardei Einhalt gethan und allfälligen Werbungen für das Ausland entgegengetreten wird. Herr Rüf, Bürcherkantter, glaubt, daß die Tagsatzung längere Zeit versammelt bleibe, nicht für alle Eventualitäten Maßregeln zu Truppenaufstellungen getroffen werden sollen; in dringenden Fällen könne der Vorort von sich aus handeln. Zudem sei die Schweiz nicht im Falle einer unbewaffneten Neutralität, da in Tessin 2 Bataillon Infanterie und Artillerie, in Graubünden 2 Bat. Infanterie nebst Scharfschützen, in Zürich 2 Bat. Infanterie, die an der badischen Grenze aufgestellt sind, und in Basel 2 Komp. Infanterie sich befanden. Die Kommission findet die Besorgnisse, welche den Vorort zu fernerer Einberufung veranlaßten, gerechtfertigt, daher sie die bisherigen Aufgebote billige, von weiteren jedoch der der Hand abrathe. Es sei begreiflich, daß die Mailänder Regierung Gründe zu Mahnungen habe, wenn es ihr auch nur um eine Demonstration von unserer Seite gegen Oesterreich durch Truppenaufstellung zu thun sei. Die Kommission glaubt aber auch daran mahnen zu sollen, nicht auf andere Weise die Neutralität zu verletzen. Wenn Regierungen dulden, daß Militärpflichtige in Kantonsuniform über die Grenze zu Felde ziehen, verletzen sie ihre Pflicht. Auch Oesterreich könnte werben und aufbieten, das aber brächte uns Statt der glücklichen Ruhe Zerrissenheit und Kampf. Die Diskussion über die Anträge dauerte fast den ganzen Tag. Freiburg (Dr. Bussard) spricht vor Eröffnung der Umfrage über Werbungen, führt den §. 8. des Bundes und die Kapitulation von 1832 zwischen Salis-Sizers und dem päpstlichen Nuntius an. Keine eidgen. Behörde habe diese Kapitulation sanktionirt, doch sei sie gehalten und nicht gehindert worden. Für den Absolutismus zu werben, sei früher erlaubt gewesen; trete man jetzt den Werbungen für die Freiheit entgegen, so erregе das mehr als bloß peinliche Geschäfte. Freiburg wünscht die Streichung von Art. 4 und daß die Kantone ihre Gesandten mit Instruktionen versehen möchten, nach Umständen im Interesse der Schweiz Allianzverträge abzuschließen. In der nun folgenden Umfrage stimmen die meisten Gesandten den Anträgen der Kommission bei. Nur Waadt sieht kein Heil für die Schweiz in der Behauptung der Neutralität, was die Geschichte beweise. Wieder Frankreichs fortschreitende, noch Oesterreichs reaktionäre Politik werde die Neutralität der Schweiz achten. Waadt glaubt, wenn die Schweiz existiren wolle, so müsse sie an dem Kampfe Italiens gegen Oesterreich Theil nehmen. Genf, das dem Antrag Freiburgs beistimmt und im Sinne von Waadt spricht, reist Bern durch einige Ausgelüstetten und Stichleien, wodurch zwischen Ochsenbein und J. Fazy wieder eine peinliche Scene herbeigeführt wird. Waadt weist sogar in heftigen Ausdrücken den „diktatorischen" Ton des Gesandten von Bern zurück. Bei der Abstimmung werden die Anträge der Kommission mit Mehrheit angenommen.

**Bern, 13. Mai. Der Berg hat eine Maus geboren. Der Friede ist wenigstens für den Augenblick wiederhergestellt. Ochsenbein bleibt und die Bären-Partei hat das Feuer eingestellt. Manche hatten dafür, es wäre im allgemeinen Interesse besser gewesen, wenn es zu einem eigentlichen Austrag zwischen den beiden einander entgegenstehenden Prinzipien gekommen wäre, zu dem es doch früher oder später kommen müsse; durch die eingetretene Transaktion sei der Kampf nur hinausgeschoben und keineswegs nachhaltig beseitigt worden. Wir geben dieses zu, glauben aber gleichwohl, daß unter den gegenwärtigen äußerst verwickelten und bedrohlichen Verhältnissen ein „Putsch" im Sitze des Vororts zu den allerbedenklichsten und gefährlichsten Folgen hätte führen können. Ochsenbein's Entfernung von den Geschäften hätte unausweichlich die größte Verwirrung, da vielleicht eine Bundesrevolution herbeigeführt, und zwar dies in einem Augenblick, wo wir — wenn nicht alle Zeichen trügen — und am Vorabend eines Krieges bestehen. Zudem ist der Ausgang, den die Sache genommen, immerhin als eine Schlappe der Bären-Partei zu betrachten. Der Versuch, Ochsenbein zu stürzen, ist ihr mißlungen, und der große Rath hat bewiesen, daß er nicht gesonnen ist, sich von den Herren Niggeler, Stähli u. Komp. länger am Gängelbande führen zu lassen. Die Werbungen für die Lombardei, für die sich diese Herren so sehr interessiren, sind von dem Großen Rathe wenigstens indirekt mißbilligt worden, und es steht zu hoffen, daß die Regierung von nun an ge gen dieses heillose Treiben mit mehr Energie einschreiten werde, als es bisher der Fall war. Auch hinsichtlich der Bundesrevision wird die extreme Partei mit ihren Plänen kaum durchdringen. Der von der Tagsatzungskommission ausgearbeitete Entwurf wird aller Wahrscheinlichkeit nach mit einigen Modifikationen von einer Mehrheit von Staaten angenommen und somit das neue Gebäude noch zur rechten Zeit unter Dach gebracht werden.

## Norwegen.

Norwegen. Laut der Rigstidende in Christiania fand daselbst am 1. Mai eine große Versammlung im Börsenlokale unter Vorsitz von dem Reichsrathsherr Lange Statt, worin folgende Resolutionen angenommen wurden: 1) Die Eider wat, schon seit der Stiftung der nordischen Reiche und des deutschen Reiches, die Grenze zwischen den beiden großen Hauptzweigen des germanischen Stammes: Nordenvolker (Dänen, Schweden und Normänner) und Deutsche. 2) Schleswig ist daher seit dieser Zeit ein dänisches Land, bewohnt von einem Theil des dänischen Volkes. 3) dieses ursprüngliche Nationalverhältniß haben fürstliche Familientraktate in deutschem Interesse nicht umstürzen können; allein sie haben ein ungehöriges Eindringen der deutschen Elemente auf nordischem Grund zu Wege gebracht. 4) Schleswig wahre Repräsentation, die Abelhaurn, ist nach und nach vom deutschen Adel zurückgedrängt worden, auf dieselbe Weise und unter Einfluß derselben Politik der deutschen Könige auf Dänemarks Thron, wie früher in Norwegen die eingedornen Großen („Aetter") von dem dänischen Adel bedrängt wurden. 5) Deutschlands Forderung der Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund, wozu es nie gehört, ist ein unbefugter Machtspruch, ein Angriff der deutschen Nationalität auf die nordische, der nur durch den unnatürlichen Einfluß, durch privileg. Stände den Schein erlangt hat von einer überwiegenden Ueberrasthümung unter Schleswigs eigener Bevölkerung. 6) Mit demselben Rechte kann Deutschland, was es auch in den letzten Tagen ziemlich deutlich ausgesprochen hat, auf das ganze Dänemark, d. h. auf ein Drittel des Nordens, Ansprüche machen. 7) Bei dergleichen Eingriffen kann Norwegen kein gleichgültiger Zuschauer bleiben. 8) Norwegen ebenso wie Schweden müssen erkennen, daß ihre eigne Nationalität durch Deutschlands Forderung an Schleswig angegriffen ist, und Dänemark jetzt für die zukünftige Selbstständigkeit des ganzen Nordens so heldenmüthig blutet. 9) Das norwegische Volk darf sich daher nicht entschlagen, die Anstrengungen und Aufopferungen zu theilen, welche die Noth des Augenblicks mit sich führt. 10) Diese Beschlüsse sind dem Könige und dem Storthing mitzutheilen. — Es wurde ferner eine Komite von 12 Männern niedergesetzt, die im Geiste der obigen Resolutionen im ganzen Lande zu wirken hätten. — Man erwartete in Christiania, daß das Ministerium seine Entlassung nehmen würde.

## Frankreich.

* Als wir gestern unsere Betrachtungen über die Lage der Dinge in Frankreich etwas trübe abschlossen und von der Stimmung der Parteien wenig Günstiges prophezeihten, da ahnten wir kaum, daß die Erbitterung der extremen Seite so rasch zu einem Handstreich führen werde. Wir redeten gestern davon, wie unpopulär bereits bei einem Theil der Pariser Bevölkerung die Nationalversammlung geworden sei, wie sich gegen sie schon jetzt die ganze Aufregung und alle Verzweiflung einmüthig richte; gegen sie wurden jene Demonstrationen mit Hilfe polnischer Emissäre organisirt, gegen sie jene Riesenpetition veranstaltet, gegen sie sollte am Sonntag und Montag rasch noch ein Mal ein kriegslustiger Sturm zu Gunsten des Polenthums stattfinden. Aus derselben Quelle scheint auch das entstanden zu sein, worüber folgende telegraphische Depesche und Nachricht gibt:

Telegraphische Depesche aus Paris, 15. Mai 1848, um halb sechs Uhr Abends. Der Minister des Innern an die Kommissarien der Republik: Ein unsinniger Versuch gegen die Nationalversammlung hat Statt gefunden, aber ohne den geringsten Erfolg; die Versammlung hat ihre Sitzungen wieder begonnen. Die Regierung ergreift die kräftigsten Maßregeln. Straßburg, 16. Mai 1848. Als Abschrift: Der Direktor des Telegraphs, Lair. Als gleichlautende Abschrift: Der Abgeordnete der Departementalverwaltung, Eiffen.

Paris, 14. Mai. Die Luft ist schwül, es steht ein drohendes Gewitter am Himmel — und wenn kein Wunder geschieht, so wird es sich furchtbar entladen. — Gestern war Paris außerordentlich bewegt, bis um 1 Uhr nach Mitternacht waren alle Straßen voll bivakirender Gruppen, ganze Kompagnien der Nationalgarde und der

Digitized by Google

Mobilen durchzogen patrouillirend die Stadt, und die trübsten Besorgnisse wurden überall laut.

Die Regierungskommission war gestern den ganzen Tag in geheimer Berathung im Marineministerium, die Minister waren ebenfalls anwesend, sehr wichtige Beschlüsse in Bezug auf die auswärtige Politik sollen gefaßt worden sein. Man spricht von einer außerordentlichen Aushebung von 200,000 Mann, die alle unverheiratheten Männer von 18 bis 30 Jahren begreife. Der Generalstab der Armee, das Genie-wesen und die mobile Garde werden auf den Kriegsfuß gesetzt — ein Krieg bleibt der einzige Ausweg und der Vorwand dazu wird nicht mangeln.

Die Nationalversammlung hat indessen gestern bis 6 Uhr Abends ruhig reglementarische Fragen diskutirt, sie hat die Bildung von 15 permanenten Komitee's votirt, jedoch das der Gesetzgebung mit dem der Justiz vereinigt und dafür ein Komite der Arbeit ernannt, in welches sich das zur Untersuchung der Lage der arbeitenden Klassen ernannte Komite verschmolzen wird. Sie hat ferner bestimmt, daß das Komite des Innern zugleich auch das Komite der schönen Künste sein wird und die Theater, Musik, Malerei, Poesie und Tanz zu sorgen hat.

Den ganzen Tag über durchkreuzen sich die verschiedensten Gerüchte; bald sollen im Schooß der Regierung Mißhelligkeiten ausgebrochen sein, bald hieß es, die Arbeiter würden morgen 200,000 Mann stark vor die Nationalversammlung ziehen. Auf der kleinen Börse bei Tortoni war man allgemein entschieden kriegerisch gestimmt. Es herrschte dort der allgemeine Wunsch, daß sich die Regierung möglichst energisch zeige, sowohl in Bezug auf die Anträge Italiens als Polens, welche morgen in der Nationalversammlung gestellt werden dürften, Ihrer Ansicht nach brauche Frankreich nur eine feste Haltung zu zeigen, um die Völker Europa's in den Stand zu setzen, sich selbst diejenige Regierungsform zu geben, die ihnen beliebe. Wir haben die Richtung und das Ziel dieser Politik bereits in unserer letzten Nummer besprochen, auch die „Demonstrationen" zu Gunsten Polens als das erkannt, was sie sein, nicht was sie scheinen sollen. Wahrscheinlich fand wirklich am Montag eine solche Demonstration Statt und wurde dabei die Nationalversammlung selbst in ihrer Sicherheit bedroht; daß der Schlag diesmal verunglückte, hat uns die oben telegraphische Depesche gemeldet. Näheres wird uns die nächste französische Post bringen.

**Italien.**

* Rom, 6. Mai. Das Programm des neuen Ministeriums ist ohne Waffengeklirre erschienen und in einer sehr würdigen, ja schönen Sprache von dem Grafen Mamiani abgefaßt. Es verspricht im Allgemeinen, sich der heiligen Sache des Vaterlandes anzunehmen, sich der Entwicklung der konstitutionellen Freiheit zu befleißigen, an die Heilung der Uebel, die die unteren Volksklassen darniederdrücken, Hand anzulegen und der Dürftigkeit und Unwissenheit zu steuern. Rom habe nicht bloß die Verpflichtung, sondern ein Recht darauf, in der Sache des Fortschritts keiner andern Nation der Welt nachzustehen. In Rücksicht auf eine große Vergangenheit würden sie einige der Verbesserungen vorschlagen, die das ungeduldige Jahrhundert der modernen Weltweisheit advertange. Dazu aber sei Vertrauen, Geborsam, Einigkeit und Bürgermuth nöthig. — Unterstehen aber tritt man in Betracht dessen, was die Feindschaft betrifft, alles Völkerrecht mit Füßen. Dem österreichischen Botschafter hat man gestern den allezeit thätigen Circumacchi zugesandt und ihn unter sehr höflichen Versicherungen des persönlichen Vertrauens zu seiner Entfernung aufforbern lassen. Länger hier zu verweilen, schicke sich unter gegenwärtigen Umständen nicht wohl für ihn. Es scheint wirklich, als ob derselbe jetzt seine Pässe verlangt habe, wozu indessen wohl andere Verhältnisse mitgewirkt haben mögen. — In Civitavecchia war bereits am 3. d. M. der Er-Herzog von Parma angelangt, um sich hierher zu begeben. Es scheint indessen von Seite der hiesigen Regierung die Weisung erhalten zu haben, seine Reise lieber weiter fortzusetzen. Er war in dem Hause des englischen Konsuls abgetreten und seine Anwesenheit erregte bald viel Aufsehen. Die Civica mußte patrouilliren. Er soll seinen Weg nach Malta genommen haben. — Das neue Ministerium hat, um wenigstens in Etwas den heißen Volkswünschen zu genügen, eine Aushebung von 6000 Mann regulärer Truppen angeordnet und zwei piemontesische Offiziere mit deren Organisation beauftragt.

* Rom, 8. Mai. Die bisher berichteten Vorfälle dürfen nur als Einleitung zu der bevorstehenden Krisis betrachtet werden. Diese selbst bereitet sich erst vor. Denn wenn bis jetzt der Name Pius des IX. bloß einer Partei als Feldgeschrei hat dienen müssen, so wird er von nun an als Doppelrufe von zwei ganz entgegengesetzten Faktionen in Anspruch genommen werden. Trostreere hat sich nicht damit begnügt, jene ferahafte Erklärung der unbedingten Ergebung in den Willen des Papstes Pius IX. unter die Adresse des Klubs setzen zu lassen, sondern hat auch bereits die triklore Fahne hissen und wird diesen Nachmittag nach dem Quirinal ziehen, um dem Papst den Panteffel zu küssen. Dieses kann leicht das Signal werden zu ernsteren Demonstrationen, zumal für den Fall, daß die andere Fraktion der Civica sich länger weigern sollte, die Posten zu verlassen, welche sie in den Tumulte der vorigen Woche usurpirt hatte. Die Stadtthore sind schon wieder frei, dagegen war noch gestern davon die Rede, das Kastell S. Angelo wolle man nicht aufgeben. — Wenn nun in Rom so viel auch nicht zu fürchten sein dürfte, da das Volk gutartig und immer noch unter gewissen Bedingungen lenkbar ist, so wird die Lage der Provinzen doch von Tag zu Tag bedenklicher, ja beforglicher. Schon der Umstand, daß man den Volksminister Galletti in Bologna abgesandt hat, um verwüstend einzuschreiten, spricht dafür, daß sich das Gouvernement über die bedrohliche Lage der Dinge keine Illusionen macht. Wie doch man aber in der Provinz selbst das Verhalten Roms und des Papstes im gegenwärtigen Augenblick auffaßt, läßt sich daraus entnehmen, daß seit gestern zwei Brüder des Papstes mit dem Auftrag hier eingetroffen sind, dem Welt- und Kirchenfürsten ernstliche Vorstellungen über das, was sich vorbereitet und zum Theil schon unzweideutig herausgestellt hat, zu machen. Als sie über den Corso nach dem Quirinal fuhren, wurden sie von der Partei, die diesen Stadtheil eingenommen hat und beherrscht, mit lebhaften Freudenbezeugungen empfangen, und man wird nicht ermangeln, sich ihrer vollends zu bemächtigen, um durch sie auf den Sinn des Papstes mit konterrevolutionärem Einfluß zu wirken. Ob man sich dabei nicht verrechnen dürfte, ist eine andere Frage, da der Papst wenigstens mit dem einen dieser Brüder in einem keineswegs guten Vernehmen gestanden haben soll. — Von Civita Vecchia sind gestern mehrere französische Marineoffiziere hier eingetroffen, was indeß kaum mehr besagt, als daß einige Schiffe der Flotte dort im Hafen angelegt haben. Der Erherzog von Parma verweilte den 5. noch daselbst.

† Neapel, 5. Mai. Die Eröffnung der Kammern ist vom 1. auf den 15. Mai verlegt; noch ist erst ein kleiner Theil der Deputirten gewählt. Die Minister Ferretti, Conforti, Ruggiero und Imbriani bleiben einstweilen wieder; das offizielle Journal sagt, das Ministerium bleibt an seinem Posten und verspricht die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nichts bestoweniger geschieht fast Nichts, um Unordnungen vorzubeugen, und wo solche vorfallen, läßt man sie meist ungestraft geschehen. Die freie Presse wird auf eine unverantwortliche Weise mißbraucht, und Niemand wagt, den zahllosen Schmähschriften, die fortwährend erscheinen, Einhalt zu thun; so als dieser Tage eine Person, die aufrührerische Proklame an die Straßenecken klebte, von einer Patrouille eingefangen wurde, war der Polizeipräfekt schwach genug, sich durch Drohungen von den Anhängern des Verhafteten dessen Befreiung abzwingen zu lassen. So geht es durch alle Behörden und Gerichte, es fürchtet sich Jedermann, mit Strenge einzuschreiten, und man kann sagen, daß einstweilen aller Rechtsgang soviel als stille steht. Es ist zu wünschen, daß das junge Ministerium wie an Alter so auch mehr und mehr an Weisheit, Kraft und Energie zunehmen möge. Die neapolitanische Flotte wurde bei ihrer Durchfahrt durch den Kanal von Messina von den sicilianischen Batterien in und um Messina mit Kanonenkugeln begrüßt und hat auf die gleiche Weise kräftig wieder zurück geantwortet. So verringen sich diese beiden Völker zum heiligen Krieg für die Unabhängigkeit Italiens. Nach spätern hier eingetroffenen telegraphischen Nachrichten von Messina wurde seitdem zwischen beiden Parteien ein Waffenstillstand bis zum 20. Mai geschlossen, der als verlängert betrachtet werden soll, wenn bei Ablauf nicht eine 8tägige Aufkündigung vorausgegangen ist. — Wie die Staatszeitung berichtet, hat nun der Papst die Landung der neapol. Truppen in Ankona, der es sich Anfangs widersetzen wollte, erlaubt.

---

**Berichtigung.** In der heutigen Beilage ist bei der zweiten Erklärung über Sagerns Tod aus Versehen die Unterschrift weggelassen; dieselbe lautet: Slaufen, 2. Mai 1848. Im Namen des Offizierkorps des 1. Bataillons des großh. herf. 3. Infanterieregiments und dem seinigen. Cronenbold, Maj.

Die unterzeichneten großh. bad. Offiziere, welche in dem Gefecht auf der Scheidbeck an der Seite des Generals v. Sagern sich befanden, schließen sich dem Inhalte obiger Darstellung an und mitbeurkunden, daß die ersten Schüsse von den Rebellen abgefeuert worden sind. Kuny, Major. Heisler, Oberlieutenant.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

## Aktenstücke über Gagern's Tod.

Vor einigen Tagen schon erinnerte einer unserer Korrespondenten daran, daß noch zu Wenig geschehen sei, um durch bewährte Augenzeugen jeden Zweifel über die Urheber von Gagern's Fall zu beseitigen. Wir schlossen und damals dieser Erinnerung an und sprechen auch heute den Wunsch aus, daß Nichts verstumt werden möge, durch eine umfassungene Prüfung der Thatsachen den klaren Thatbestand herzustellen; es soll Niemand ohne Beweis des Meuchelmords, aber auch Niemand ohne Grund der Verleumdung bezichtigt werden. Wir theilen zunächst die schon in einer früheren Nummer erwähnte Erklärung Hecker's mit; wir enthalten uns über Inhalt und Form jeder Bemerkung und weisen nur auf die Widersprüche in den Thatsachen hin, worin diese Erklärung zu allen ähnlichen Veröffentlichungen über diesen Gegenstand steht. Wir fügen die entgegenstehende Erklärung hessischer Offiziere bei, nicht um die Akten darüber abzuschließen, sondern eine innere aufmerksame Prüfung und endgiltige Entscheidung über diese Sache zu veranlassen.

„Alle ehrenhaften Redaktionen deutscher Zeitungen werden ersucht, nachfolgende Erklärung aufzunehmen. Zu den schlechten Mitteln monarchischer Reaktion, welche sich nicht entblöden, in der Bezeichnung für Volk und Volksfreiheit geschehene republikanische Schilderbrebung auf das Nichtswürdigste zu verleumden, jener Reaktion, die nur den niederen Leidenschaften des Eigennutzes, der Furcht und Anfopferungsunfähigkeit schmeichelt — zu jenen schlechten Mitteln gehört vor allen die boshafte und schändliche Erdichtung, als sei General Gagern meuchlings gefallen. Wiederholt erzählte ich den Hergang, wie er sich wirklich zugetragen hat, und appelliere an die Ehrenhaftigkeit der Augenzeugen, an die Ehrenhaftigkeit, welche ein Feind dem andern schuldig ist, damit sie die Wahrheit meiner Behauptung bestätigen. Als unsere Kolonne von Kandern auszog, sagte sie auf den Höhen dicht vor Kandern Posto. Ich stand bei einem Fähnlein am Berge, als mir zugerufen wurde, Gagern wünsche mich zu sprechen. Ich begab mich auf die Straße, wo mir ein Kavallerie-Lieutenant, ich meine Kiefer, vom Dragoner-Regiment in Bruchsal, entgegenkam und diese Mittheilung wiederholte. Ich stieg den Weg herab, begleitet von mehreren republikanischen Aufführern, und traf mit Gagern auf der Mitte einer vor der Stadt Kandern befindlichen Brücke zusammen, wo er mich anredete: „Sie, d. h. die Republikaner, müssen die Waffen niederlegen", was ich natürlich ablehnte; darauf fuhr er fort: „Sie sind ein gescheiter Mann, aber ein Fanatiker", worauf ich erwiderte: „wenn die Hingebung für die Befreiung eines großen Volkes Fanatismus ist, dann mögen Sie diese Handlungsweise also bezeichnen, dann gibt es aber auch einen Fanatismus auf der andern Seite, dem Sie dienen; übrigens bin ich nicht hier, um hierüber zu streiten, sondern frage, ob Sie mir sonst Etwas mitzutheilen haben." Hierauf entgegnete er mir: so werde ich mit aller Strenge einschreiten, worauf ich erwiderte: und wir werden einem Angriff zu begegnen wissen, übrigens werden Sie uns (die Anführer) zuvor zu unsern Korps zurückkehren lassen, worauf er erwiderte: Allerdings. Nach diesem Zwischengespräch eilt mir ein badischer Stabsofficier (Kunz, wenn ich nicht irre) noch zu: „Ich beschwöre Sie, stehen Sie ab." Damit hatte das Parlamentiren und der erste Akt der Handlung ein Ende. Wir verließen nun unsere Position vor Kandern, sammelten unser Korps auf der Straße und marschirten vorwärts bergauf, ungefähr dreiviertel oder eine Stunde weit. In einiger Entfernung marschirten uns die Linientruppen, die Hessen voran, nach. So gelangten wir, nachdem also zwischen der Unterredung auf der Brücke dreiviertel bis eine Stunde verflossen war, auf die höchste Spitze des Berges, von wo dann die Straße sich bei Schlechtenhaus stets bergab gegen Steinen zieht. Hier mußten wir Position fassen, denn gegen wir bergab und ließen den Feind die Höhe fassen, so konnte er uns von oben herab mit Geschütz-, Musketen-, Kavallerie-Chargen leicht werfen. Als die uns nachrückende Linie sah, daß wir Halt machten, hielt sie ebenfalls an, und wir stellten uns nun folgendermaßen auf: Ein Fähnlein rechts an der Straße (von Kandern aus gedacht), ein Fähnlein links, ein Fähnlein quer über die Straße, rechts von ihm am Waldrand sämmtliche Sensen und hinter dem ersten Fähnlein rechts von der Straße im Gebüsch die Reserve; zu beiden Seiten der Bergkänge die Scharfschützen. Die Gegner kannten so, daß das hessische Fußvolk voranstand, wie man denn wohlweislich stets vermitzen hatte, uns badische Truppen gegenüber zu stellen. Die Republikaner empfingen nun diese mit einem Zuruf, schwenkten die Mützen oder Hüte, riefen: „Kein Bürgerblut vergießen, Ihr seid unsere Brüder, es lebe die Freiheit, tretet in unsere Reihen", und gleichzeitig traten aus unseren Reihen Männer vor, streckten die Hände aus, und schon traten aus den vorderen Reihen der Hessen 8—10 Soldaten vor, offenbar in der Absicht friedlicher Begegnung. Als dies bemerkt wurde, ritt Gagern vor, einer oder mehrere Officiere begaben sich ebenfalls vor. Die Soldaten traten in die Reihen zurück, nachdem er ihnen etwas zugerufen hatte; Feuer wurde kommandirt, ein Pelaton-Feuer erfolgte, und nun erst schoß man republikanischer Seits; hätten wir zuerst schießen lassen, so wäre der Erfolg nicht zweifelhaft gewesen, denn es ist etwas ganz Anderes bei ruhigungewohnten Truppen, die erste Salve geben oder die erste Salve ruhig aushalten. Erst nachdem nun Gagern'scher Seits gefeuert worden, fourirten unsere Leute, es fiel Gagern und fast gleichzeitig mit ihm fielen noch Andere nieder und der todt, das konnte ich nicht unterscheiden. Es ist also eine wahre Schändlichkeit, behaupten zu wollen, Gagern sei beim Parlamentiren erschossen worden, und kein Ehrenmann, mag er auch mein politischer Feind sein, wird je glauben, daß Republikaner, daß ich fähig sei, einen Meuchelmord auch nur durch Zusehen zu gestatten, geschweige ihn zu verheimlichen oder zu vertheidigen, dafür dürgt mein ganzes Leben. Gewissenlos muß ich es aber nennen, wenn der Fünfziger-Ausschuß zu Frankfurt a. M., wenn dessen Vorstand von Soiron, welchen ich noch ein besonderes Kapitel widmen werde, so leichtfertig diese schändliche Anschuldigung als Thatsache annimmt und daraufhin proklamirt.

Von Hrn. Baron v. Soiron, der selbst noch in Offenburg im Gasthause auf die Republik Toaste ausbrachte und mich noch lange genug kennt, um zu wissen, daß Meuchelmord weder eines ehrlichen Mannes, noch eines Republikaners, noch mein Handwerk ist, von ihm hätte man wenigstens erwarten dürfen, daß er mit einer Erklärung mit seinem Namen in die Welt schicke, die ebenso grundlos, als schmählich ist. Ich hätte erwarten dürfen, daß man ebenfowenig an eine Tödtung beim Parlamentiren glaube, als ich daran, daß die Familie von Gagern 40 Banditen gegen Struve und mich gedungen habe. Das Maß des Frechoerleumderischen ist aber voll mit der angeblich protokollarischen Erklärung eines gewissen Soldaten Trautmich in der „Karlsruher Zeitung", worauf ich sogar gegen Gagern ein Pistol abgeschossen hätte. In dem ganzen Verlaufe kam ich nie, das brachte schon meine Stellung mit sich, in die Nähe, den Säbel und die Pistolen auch nur zu zucken oder anzulegen, geschweige denn davon Gebrauch zu machen. Um aber das völlig Nichtswürdige dieses angeblichen Deponenten in das Licht zu setzen, bemerke ich, daß die Badener hinter den Hessen standen, vor mir das Fähnlein rechts vom Wege, ich selbst vor diesem Fähnlein noch rückwärts gegen den Wald, dem Seitenfeuer der Hessen ausgesetzt, so daß ein badischer Soldat gar nicht sehen konnte, was vorne bei den Hessen vorging. Ich bin es fest überzeugt, dieser Gefelle ist nicht im Stande, den Platz zu beschreiben, auf welchem ich stand, und doch ist es ein sehr leicht zu beschreibender. Ich erkläre auf mein Wort, daß die Anschuldigung eine infame Verleumdung ist, als hätte ich ein Pistol auf Gagern abgefeuert. Ich zweifle nicht, daß es gemeine Seelen genug geben wird, welche in Wort und Schrift die republikanische Sache mit Sabel und Geifer zu bewerfen unternehmen; am Meisten solche, die noch vor wenigen Wochen selbst die wüthendsten Fürstenknechte waren; von Hof- und Staatsräthen und andern Gesindern nicht zu reden. Ich werde diesem monarchischen Ephen und seinem vae victis nicht antworten, es genügt an dieser Erklärung. Aber Einen mögen sich die Herren notiren: Aus dem für die Herrschaft eines Menschen vergossenen Blute vieler Menschen wird die Republik so sicher erstehen, als aus dem Kern Eicher der Baum. Dr. Friedrich Hecker."

### Erklärung.

Mehrere Artikel in öffentlichen Blättern über das Gefecht bei Kandern, aber namentlich die Behauptung, daß von den hessischen Soldaten unrest geschossen worden sei, veranlassen das Officierkorps des 1. Bataillons des großherz. hessischen 3. Infanterieregiments, den Zusammenstoß auf der sogenannten Scheideck bei Kandern auf Manneswort der Wahrheit getreu zu schildern. Die Aufreizung einer gewissen Partei gegen das hessische Militär ist zwar wahrhaft empörend, soll aber nicht näher beleuchtet werden, da die Folgen abgöttlicher Verleumdungen und grober Beleidigungen immer auf Denjenigen zurückfallen, dem jedes Mittel heilig ist, welches zum Zweck führt. Der Zweck des vorliegenden Falls liegt für das Auge des Unverblendeten ganz offen. Auf der Scheideck wurde die Hecker'sche Schaar wiederholt von dem Hrn. General v. Gagern zum Ablegen der Waffen in eindringlichen, wohlgemeinten, freundlichen, selbst bittenden Worten aufgefordert. General v. Gagern hatte vorher schon oft dem Kommandeur des oben genannten Bataillons und auch jetzt wieder dem Kommandanten der zu demselben gehörenden und dermalen die Spitze der Kolonne bildenden Schützenkompagnie, Hauptmann Keim, den be-

Digitized by Google

stimmten Befehl ertheilt, den ersten Schuß zu vermeiden. Wäre es die Absicht des Generals v. Gagern gewesen, zuerst zu schießen, so hätte man mehrmals Gelegenheit gehabt, den gegnerischen Anführer — Hecker — den Kugeln unserer Scharfschützen preiszugeben. Die Schützenkompagnie, unter dem genannten Hauptmann Keim, rückte vor bis dicht vor die Schaar Hecker's, die in dem Wäldchen in vielfachen Gliedern und zur Seite im Plänklerorden hinter den Bäumen aufgestellt war. Mit der nochmaligen Aufforderung, zu ihnen überzugehen, und unter einem fürchterlichen Gebrüll wurde aus dem zweiten Gliede der Hecker'schen Schaar und gleich darauf von verschiedenen Seiten auf den General v. Gagern geschossen, dessen trauriges Ende aus amtlichen Berichten bereits bekannt ist. Der von der Hecker'schen Seite herkommende erste Schuß, glücklicher Weise ein Prellschuß, traf den Hauptmann der Schützenkompagnie am linken Arm. Hauptmann Keim und die bei seiner Kompagnie stehenden Oberlieutenant Becker und Lieutenant Becker, so wie die zum ersten Halbzug dieser Kompagnie gehörenden Unteroffiziere und Schützen sind bereit, Dies eidlich zu beschwören. Jeder vernünftige Mensch wird es begreiflich finden, daß diese auf uns abgefeuerten ersten Schüsse ungesäumt von unseren eigenen Soldaten erwidert worden sind. So fiel General v. Gagern als Opfer seines Ehrmuthes und seiner Nachsicht gegen einen in Acht erklärten Feind, schmerzlich betrauert von Allen, die während der kurzen Zeit seiner Wirksamkeit Gelegenheit hatten, die Vorzüge seines Geistes und Herzens hochschätzen und verehren zu lernen. Die Liebe zu dem edlen deutschen Manne wurzelt tief in der Brust seiner Untergebenen, und das Andenken an ihn und sein bejammernswerthes Ende wird ewig in uns leben.

## Schweiz.

*** Zürich, 12. Mai. Der Züricher Große Rath hat gestern das Projekt einer eidgenössischen Universität, welche, wie man meint, doch nur unserer Stadt zufallen könnte, mit großer Mehrheit verworfen. Das geht wirklich über allen „beschränkten Unterthanenverstand“; sehen wir aber genauer zu, so finden wir diesen Beschluß begreiflich und ganz in der Ordnung. Einmal hat er schon die Analogie für sich; denn geradeso verwarf im J. 1833 das Luzerner Volk jenen Bundesentwurf, welcher Luzern selbst zur Hauptstadt der Schweiz machen wollte. Freilich wird man sagen: „das thaten damals die zusammenwirkenden Extreme, Ultraradikalismus und Pfaffenthum; dagegen wäre die eidgenössische Hochschule spricht Dr. Furrer, und stimmt eine Menge sonst ganz vernünftiger und liberaler Rathsherren.“ „Aber wenn Thoren Thorheiten begehen, was ist daran Merkwürdiges? Das ist ja eben der Jammer von der Sache, daß die dummen Streiche bei uns von den gescheiten Leuten gemacht werden.“ — Sache! sachte! Daß die Jugend Ideale habe und strebe nach deren Verwirklichung; daß die Herren Dr. Escher, Brändli u. s. w. für die eidgenössische Hochschule kämpfen, ist recht und schön. Aeltern und erfahrenen Männern dagegen steht die Erwägung zu, was erreichbar, was an der Zeit sei; und daß Furrer die Verhältnisse kennt, daß er weiß, wie viel Uhr es ist im Schweizerlande, wer will es bezweifeln? Diese Erstreckung der Hochschule eines nur deutsch redenden und streng reformirten Kantons zu einer großen, zugleich deutschen und evangelischen Universität mit protestantischer und katholischer Theologie ist überhaupt ein Ding, von dessen Wie jetzt noch alle Vorstellung mangelt; auch wurde darauf mit Recht aufmerksam gemacht, es sei noch gar nicht so gewiß, daß diese Universität nach Zürich kommen würde. Die Geschichte erinnert den Einsender an eine Schnurre, welche ein Ihnen bekannter hiesiger Professor einmal zum Besten gab. Das Forstamt zu K. schickte die Rechnung über erlegte Hasen, Rehe, Sauen ꝛc. an die Oberbehörde ein und erhielt dieselbe gutgeheißen zurück, jedoch bei einem besonders großen und schweren Rehbock mit dem marginale: Solchen Rehbock hätte man nicht schießen gesollt, sondern zu einem Hirsch heranwachsen lassen. Wie das anfangen, ist freilich schwerer zu sagen, als einen Bock zu schießen. Auch könnte in casu quo vielleicht eine andere Schweizerstadt den Braten kapern; und der Habich ist, wie ein bekanntes Fabelchen und zudem, besser denn der Hätzlich. Wie sind zufrieden, wenn unsere bestehende Hochschule nicht aus dem Regen in die Traufe geräth, wenn nicht unter gewissen entmuthigenden Einflüssen der Rehbock zu einem Hasen zurückwächst. Wie weit aber die Demokratie, mit Kleinstaaterei verbunden, zur Pflegerin der Wissenschaft sich eigne, kann jetzt auch ein Blinder einsehn; und hoffentlich werden unsere deutschen Gelehrten nunmehr amtlich zu erklären aufgefordert werden, daß sie die Republik für die vollkommenste Staatsform halten, passend auch da, wo sie nicht ist, nicht hingehört, und wo sie nur mit dem Ruin aller der Zwecke, die sie verfolgen will, eingeführt werden könnte. Daß unser Großer Rath die abgenöthigte Hochschule wegerkannte, damit bewirkte er im rechten Geiste der Demokratie, welche Große und Hervorragendes nie gewährt hat und niemals dulden wird. Säße einmal ein unumschränkter Herrscher: ich brauche keine geschetten heute, sprach schon vor zehn Jahren Dr. Euser im siebzehnten Großen Rathe des Programm der Demokratie dahin aus: wir brauchen keine Genies im Lande; was wir bedürfen, sind mittlere Leute. Sie sehen, der Mann ließ sich billiger finden, als jener Monarch. Gewiß hielt und hält dieser Sprecher sich selbst für kein Genie; aber soviel Verstand hatte er, Verstand mit Maß zuzulassen; und Schreiber dieses kann daher auch nicht umhin, die absolute Monarchie — denn von einer andern haben wir in der Schweiz keine Idee — der Demokratie durchaus nachzusetzen.

## Griechenland.

Athen, 30. April. Der Mangel an baarem Gelde ist so groß, daß ein Theil der 9200 Drachmen, welche der außerordentliche Gesandte Kriskys zu seiner Reise nach München erhielt, entlehnen werden mußte. Dieser Gesandte empfing noch vor seiner Abreise aus den Händen des Königs das Großkreuz des Erlöserordens, was der Minister des Aeußern erfuhr, um das Patent nachträglich auszufertigen. In der Kammer machen die vorigen Minister und ihre Anhänger, etwa 30, heftige Opposition, worunter der Abgeordnete Kleomenes und der Beisitzer Kalipharnas, welcher gleichwohl noch Direktor des Ministeriums des Innern ist.

Die Ausgewanderten schlagen die Amnestie aus, weil die Kammer, der man sie zum Opfer gebracht und deren Koryphäen jetzt Opposition machen, nicht aufgelöst wird. Oberst Velenzas steht schon mit 100 und einigen Bewaffneten in Phthiotis und erklärt in seiner Proklamation, das System stürzen zu wollen. Die Obersten Papaflessas und Kontogiannis, dann die Majore Balapas und Tarkatzis schreiben von der Grenze an den Präfekten von Phthiotis: weil die ungerechte Kammer nicht aufgelöst, die Verfassung mit Füßen getreten, der Palast von den abscheulichen Wesen nicht gereinigt und überhaupt im System des vorigen verderblichen Ministeriums fortgefahren werde, seien sie gezwungen, Se. Majestät, ihren verehrungswürdigen König, anzugehen, daß er die Angelegenheiten der Nation ordne. In der Kammer hat der Minister des Innern gesagt, der Abgeordnete Major Weikos, der Verwandte und Vertraute des abgesetzten Ministerpräsidenten Zavellas, der vor 10 Tagen ohne Urlaub der Kammer und des Stabskommandanten abgereist ist, machinire gegen die Regierung in Naupaktus. Major Weikos war übrigens unterwegs in einen Hinterhalt gefallen, der seinen Begleiter, einen türkischen Albanesen, erschoß und ihm 2000 Dr. abnahm, welches Geld außer Wahrscheinlichkeit nach dazu bestimmt war, nicht Naupaktien, wo die übergeschickten Sultoten wohnen, gegen die Regierung, sondern Suli gegen die Pforte zum Aufstand zu bewegen. Nach den Proklamationen des Ministeriums besteht die Hälfte von Velenzas Mannschaft aus Türken. Wenn dies richtig, so sind es ohne Zweifel Trümmer von Sinlekas Banden, gegen die Pforte aufständische Turko-Albanesen; denn daß die Ausgewanderten mit dem Erbfeind gegen ihr Vaterland gemeinschaftliche Sache machen sollten, wie das Ministerium insinuirt, können wir nimmermehr glauben. Von Seiglotis und Theodor Grivas vernimmt man nichts Verlässiges. Die Regierung hat den Obersten Mamuris mit 150 Mann an Bord des Dampfbootes Otto nach Phthiotis und General Gardikiotis Grivas nach Theben beordert. Indessen nährt das Ministerium die Hoffnung, die Rebellen würden sich doch noch die Amnestie gefallen lassen. Die Korvette Ludwig hat Befehl, General Mauromichalis und fünfzig Gendarmen nach Kalamä in Messenien zu bringen. In Gythion liegen sich die Matrosen in den Haaren. In Chaleid haben sich die Bewohner der Citadelle mit der Besatzung gerauft. Der Postbote ist wieder in der Nähe von Athen ausgeraubt worden. Drei Stunden von hier gab es blutige Händel, weil der abgesetzte Demarch von Phile, ein Klient Kalipharnas, sein Amt nicht übergeben wollte. Hier werden die beunruhigendsten Gerüchte verbreitet. Dazu hat ein Sonderling, Namens Zisis, eine Klugschrift gegen die Türken veröffentlicht und wird, während ein Heft, das die Deutschen ihrer Nationalflagge zu Ehren feiern wollten, auf den Wunsch des Hofes unterbleiben mußte, weil auch von Griechenlands Zukunft ein Wort gesprochen werden sollte. Kurz, das System des jetzigen Ministeriums ist noch schlimmer als das Kolettis'sche, ein System der Unsicherheit, Rathlosigkeit, Nachgiebigkeit, Inkonsequenz und Furchtsamkeit, dessen natürliche Folgen auf die Länge Verlust des Ansehens der Regierung und Anarchie sein müssen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Knap., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Aberdeutsche Länder beorgen sich an G. L. Lizemayer in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 29 Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverleihung besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — ; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 139. Heidelberg, Freitag 19. Mai. 1848.

## Uebersicht.

**Die deutschen Forderungen in Bezug auf Schleswig Holstein II. Aus Tirol** (die Parlamentswahlen. Thätigkeit des Klerus. Neue Landtagswahlen. Graf Beandis). **Prag** (Wahlen in Böhmen und Oberösterreich). **Berlin** (die Zurückberufung des Prinzen von Preußen. Ministerielle Bekanntmachung in Betreff des Prinzen von Preußen). **Aachen** (Bericht an die Künftiger aus Limburg). **München** (Kammerverhandlungen). **Aus Württemberg** (Unruhen und Gährungen im Lande). **Stauffen** (die Anklager der Soldaten). **Freiburg, Emmendingen, Bretten, Pforzheim** (Parlamentswahlen). **Freiburg** (Erklärung des Bürgermeisters v. Rotteck). **Kassel** (die Rotenburger Quart). **Darmstadt** (der Entwurf über die Schwurgerichte. Ein intoleranter Kammerbeschluß). **Mainz** (Brutalitäten des Zunftgeistes. Parlamentswahl). **Hamburg** (Einberufung des 10. Bundesarmeekorps). **Lübeck** (in Sachen der Kriegsmarine). **Bremen** (Verhandlungen über die Blokade. Die Schrift von Siemens). **Frankfurt** (Verhandlungen der Bundesversammlung. Das Promemoria des hess. Gesandten).

**Frankreich. Paris.** Der National und die Debats über die poln. Frage. Bitterer Angriff E. Girardins gegen die Regierung. Die Antritte vom 15. Mai; die Nationalversammlung von den Massen besetzt und terrorisirt. Herstellung der Ruhe. Cauffidieres Rücktritt.

**Beilage.** Die Geschäftsordnung des Parlaments. **Berlin.** Die Zurückberufung des Prinzen von Preußen. Vom Mittelrhein. Die militärische Lage des deutschen Südwestens. **Amerika.** Louis Philipps Vermögensumstände.

### Heidelberg, 18. Mai.

Schleswig, das deutsche Schleswig, hat das Begehren gestellt, in den deutschen Bund aufgenommen zu werden, und die deutsche Nation ist, wie es nicht anders sein konnte, diesem Begehren mit freudigem Bruderzurufe entgegengekommen. Wir wissen sehr wohl, daß wir juristisch, staatsrechtlich kein Recht auf Schleswig in diesem Sinne geltend machen können. Aber es gibt im Laufe der Geschichte noch ein höheres Recht als das juristisch staatsrechtliche — ein Recht, das man nicht gerade mit der Gewalt der Waffen geltend zu machen suchen darf, das sich aber früher oder später eine Geltung verschafft durch seine eigene innere treibende und drängende Kraft; ein Recht, das eine **Nothwendigkeit** ist. Das ist das Recht, das bisher in der Politik wenig gegolten, das nun aber, jemehr es eine Politik der Völker geben wird, umsomehr als Princip wird in dieselbe eingeführt werden müssen: das Recht der natürlichen, angeborenen Zusammengehörigkeit nach Völkern und Stämmen. Der muß wenig offene Augen haben, welcher nicht einsieht, daß das ganze Drängen und Treiben der Geschichte in unserem Jahrhundert dahin geht, daß die Staaten zu Völkern werden, der Staat in dem Volk aufgehe, daß die großen zusammengehörigen Massen sich scheiden und bei aller Mannigfaltigkeit und Individualität der Formen im Einzelnen doch das Zusammengehörige zu einander komme und bei einander bleibe. In diesem höheren historischen Sinn hat Schleswig ein Recht, zu fordern, daß es in den deutschen Bund aufgenommen werde, hat Deutschland ein Recht, es aufzunehmen. Indem Deutschland durch die Entlassung Polens aus seinem engeren Verband einen großen Akt nationaler Gerechtigkeit zu üben bereit ist, hat es auch das Recht, zu fordern, daß ihm dieselbe Gerechtigkeit in Schleswig werde, die es den Polen anbietet. Und wenn früher der Bundestag Preußen ersuchte, bei seinen Unterhandlungen dies Ziel ins Auge zu fassen, so wird **jetzt** der Augenblick gekommen sein, diese **Forderung** geltend zu machen. Der Herzog von Schleswig-Holstein muß jetzt auch für Schleswig den deutschen Bunde beitreten, und Schleswig-Holstein muß als ein einiges untrennbares Ganze ein Glied des deutschen Bundes bilden. Dies ist um so nothwendiger, weil darin die allein mögliche Garantie liegt gegen die Uebergriffe, welche Dänemark sonst immer von Neuem in Schleswig versuchen würde. Es hat zwar jetzt gesehen, daß hinter Schleswig nicht allein das kleine Holstein, sondern das große Deutschland steht; aber es könnte die Lektion, die es hier empfangen hat, leicht wieder vergessen. Das kann und wird es aber nicht, wenn Schleswig im deutschen Bunde ist. Davon wird Deutschland nicht abgehen, das möge der edle Lord uns glauben, so sauer es ihm vielleicht auch ankommen mag, dem deutschen Reiche Gebrauchen wir doch einmal immerhin diesen Namen schon im Voraus!) eine neue und herrliche Küste gewinnen zu lassen.

Es wird davon nicht abgehen im Princip; aber ich denke, wir sprechen das Gefühl jedes Deutschen aus, wenn wir sagen, daß Deutschland gewiß auch ferner dagegen ist, irgend ein Dorf Schleswigs wider seinen Willen zu seinem Bunde zu ziehen, irgend einer dänischen Gemeinde in Nordschleswig die deutsche Nationalität aufdringen zu wollen. Von der **Rechtsfrage**, die wir oben als die erste Seite dieser Angelegenheit hingestellt haben, ist kein Titelchen abzulassen; aber die nationale Frage ist, sobald der **Grundsatz** anerkannt ist, auf gütlichem Wege auszugleichen. Wir wollen es dem nördlichen Theil Schleswigs nicht mißgönnen, wenn er lieber zu Dänemark als zu Deutschland treten will. Wir werden nicht gegen eine billige Scheidungslinie protestiren; haben doch auch die Schleswigholsteiner selbst sich zu einer solchen nicht unwillig erklärt; und wenn dies auch eine in mancher Hinsicht schmerzliche Trennung von lange Zusammengehörigen werden mag — bei einer Ehescheidung reißen ja immer auch manche Herzensfasern auseinander, die schon recht fest und innig in einander verwachsen schienen. Aber dagegen protestiren wir, und hoffentlich nicht wir allein, daß diese Scheidungslinie, diese Abwartung gezogen werde durch die **Diplomatie**, auf der Karte, durch diese oder jene sogenannte natürliche Linie, diesen oder jenen Fluß oder Meerbusen, nach künstlich rechtenden und marktenden Verhandlungen um einen Schritt oder Fuß breit Landes oder Wassers, um eine Hütte oder ein Gehöft oder selbst ein Schloß oder eine Stadt mehr. Wie sie ausfallen werde, das lassen wir vorerst ganz dahingestellt sein, nur um das Princip derselben ist es uns zu thun; daß dies Princip der freie Volkswille sei, daß dieser befragt werde, und daß nur derjenige Theil Schleswigs dänisch werde, der dänisch sein will, nur derjenige deutsch werde, der deutsch sein will und sich deutsch fühlt! Sage man immerhin, das sei ein ganz neues, unerhörtes Princip in der Politik; es ist schon viel Neues in die Politik eingeführt in dem Jahre 1848, und wird noch viel Neues eingeführt werden in dem Jahre 1848! Und dies wird nicht das Schlechteste darunter sein. — Daß dies gleich von vornherein als Grundsatz der Abgrenzung aufgestellt werde, darum bitten wir, darauf dringen wir im Namen unserer deutschen Brüder in Schleswig und im Grunde ebensosehr zu Gunsten, und also im Namen der Männer dänischen Stammes in Nordschleswig. Ist dies Princip einmal festgestellt, so kann die Ausführung in ihren Modalitäten weiterer Unterhandlung überlassen bleiben.

Ebenso die Auseinandersetzung über die Trennung aller bisher von Dänemark in eine aufgedrungene Gemeinschaft hineingezogenen Gegenstände der Finanzen oder der Verwaltung. Schleswig-Holstein wird seinen Theil an der dänischen Marine fordern, welche zum Theil aus dem Gelde der Herzogthümer angeschafft worden; und wie früher Dänemark mit Unrecht das dänische Wappen hat in schleswig-holsteinische Handelsschiffe einbrennen lassen, so wird nun vielleicht auf manchem bisher dänischen Schiff das schleswig-holsteinische oder vielmehr das deutsche Wappen die Wo-

Digitized by Google

gen durchfurchen. Ebenso mit dem Gesinde, — die aus den Herzogthümern weggeführten Kanonen, die bisher gegen dieselben gerichtet waren, werden nun wohl wieder in ihre ursprüngliche Stellung zurückstehen. Und so vieles Andere — aber das Alles läßt sich nicht in wenigen Tagen abmachen.

Zuerst kommt es darauf an, daß man sich der Grundsätze als der festen Basis aller Unterhandlung klar bewußt werde. So lange diese nicht festgestellt sind von der vermittelnden Macht und bündig und unverbrüchlich von Dänemark anerkannt, solange wird, das vertrauen wir fest, kein Mann der deutschen Truppen das Herzogthum verlassen und auch nur über die Eyder nach Holstein zurückgehen. Die provisorische Regierung aber, denken wir, muß solange in Thätigkeit bleiben, bis sich die Auflösung und die neuen Verhältnisse der Herzogthümer wenigstens im Wesentlichen geregelt sind; sonst ist keine Ruhe, keine Ordnung, kein erträgliches Leben für die Einwohner der Herzogthümer möglich. Es können nicht in diesem Augenblick von dem König-Herzog eine neue Verwaltung, neue Behörden eingesetzt werden. Die sichere Folge davon, das glauben wir prophezeihen zu können würde sein, daß die eben in Süddeutschland besiegten republikanischen Ideen dort im Norden wieder auftauchten, daß die schon verhallten Klänge, die von einer nordalbingischen Republik redeten, sich verstärkt wieder hören ließen. Und wer wollte dafür die Verantwortlichkeit übernehmen?

Und wenn wir nun zuletzt noch mit einer Forderung kommen, wird man uns begreiflich und selbstsüchtig scheinen? Ist es unbillig, von Dänemark außer der Freigebung alles in Beschlag genommenen preußischen und deutschen Eigenthums, welche sich von selbst versteht, noch einen Ersatz zu verlangen für den auf diese Weise dem Handel zugefügten und durch jene bloße Freigabe keineswegs vollständig wieder gut gemachten Schaden? Ist es unerhört, daß man nach einem gerechten Krieg von Dem, der ihn muthwillig hervorgerufen, Entschädigung für die Kriegskosten verlange? Werden die Regierungen Preußens und der Staaten des zehnten Bundesarmeekorps ihren Ländern gegenüber in Zeiten so allgemeinen Druckes wie die jetzigen davon abstehen wollen, davon abstehen dürfen? Und ist nicht auch dieses eine allgemein deutsche Forderung?

Wir halten inne. Es ließen sich noch manche wichtige Angelegenheiten des deutschen Handels, die bei einer definitiven Regierung von Schleswig-Holstein der Saat in Betheiligt sind, zur Sprache bringen. Aber wir wollten nur unsere Stimme erheben für Das, was wir für den Augenblick dringend und nothwendig bieten; möge sie nicht ungehört verklingen, nicht ungehört in Preußen, nicht ungehört in Deutschland, nicht ungehört vielleicht sogar in England, welches doch allmählich anfängt, zu merken, daß es auch in Deutschland eine öffentliche Meinung gibt, welche ihre Macht und ihr Recht geltend macht wie jenseit des Kanals.

Indem wir den Artikel abschließen, sehen wir in den Blättern die Nachricht, daß England Vermittlung dahin ziele, Dänemark durch Uebertragung der agnatischen Erbfolge die Verbindung der Herzogthümer zu sichern. Wir begnügen uns für heute, dazauf aufmerksam zu machen, daß hierdurch eine der größten Kollisionen herbeigeführt werden könnte, wenn es der deutschen konstituirenden Versammlung gefiele, in die Verfassung einen Artikel wie den in unserer Nr. 135 vorgeschlagenen einzuräten. Die Nation würde sich dann schwerlich gefallen lassen, daß in demselben Augenblicke ein diplomatisches Arrangement getroffen werde, welches eben dieses Grundgesetzes, eines der wesentlichsten für unsere Nationaleinheit, im ersten Augenblicke seines Erlasses spotten würde. Wir denken die Verbürgung jener Nachricht abzuwarten, um dann auf den Gegenstand zurückzukommen.

---

**Oesterreich.** Die Allg. Z. schreibt: Aus Prag vom 13. Mai liegen Briefe vor uns, welche leine weiteren Störungen der Ruhe berichten, aber auch keine Parlamentswahlen. Nicht nur daß die dortigen Blätter vom czechischen Terrorismus geschlagen sind, auch die deutschen Korrespondenten tragen Scheu, ihre Mittheilungen der Post zu übergeben. So weit ist es mit dem Bundesstaate Böhmen gekommen. Indessen haben wir bereits aus einigen deutschen Bezirken (Leitmeritz, Komotau, Teschen ꝛc) die Wahlen nach Frankfurt gemeldet, und eben zeigt uns ein Brief aus Teplitz vom 12. an, daß dort gewählt worden. Dr. Hoffelt erhielt die Mehrheit — 92 Stimmen; Heinrich Reutter ward Ersatzmann. In Krain, Kärnthen, Friaul, Istrien ward überall gewählt. Zu den bereits mitgetheilten oberösterreichischen Wahlen sind nachzutragen: Linz Abgeordneter Bauer Engelmeyer, Ersatzmann Pfleger Baumgartner; Wels Abgeordneter Regierungsrath Kaiser, Ersatzmann Kreishauptmann Pritsch; Schärding Abgeordneter Dr. jur. Radleiter, welcher ablehnte, weshalb Landrath Dr. Schmidt eintritt, zweiter Ersatzmann Landrath Moser. In den Bezirken Klagenfurt wurden gewählt als Abgeordnete Dr. J. Sitzger, Ersatzmann Gutsinspektor Schleißnigg; St. Veit Abgeordneter Dr. v. Knapitsch, Ersatzmann Schleißnigg; St. Andrä Abgeordneter Feldmarschallieutenant Graf G. Thurn, Ersatzmann Hofsekretär Gritzner. Im Saazer Kreis (Böhmen) ist der Professor Makowitze zu Krakau als Parlamentsabgeordneter gewählt worden.

+ Aus Tirol, den. 13 Mai. Das Ergebniß der Parlamentswahlen, soweit es bekannt ist, stellt sich nun, wie folgt: Im Unterinnthal wurde entschieden für Dr. Joh. Schuler und Dr. Gredler, Advokat in Wien, und Dekan Schmid aus Brixlegthal. (K. Jäger ist Ersatzmann). Im Oberinnthal: Prof. A. Flier und Prof. Dr. Kerer (Jurist). Im Pusterthal: Prof. A. Gasser (Theolog) und Dr. Haslwanter, Advokat. Im Eisakkreis: Frhr. von Unterrichter und Prof. Beda Weber. In Vorarlberg erhielt in einem Bezirke der Chorherr J. Stülz die Mehrheit, doch wird wahrscheinlich für ihn Prof. Fetzer eintreten. Von den Gewählten der welschen Kreise kennen wir: den Grafen Festi (einen der vier verhafteten und freigegebenen Verdächtigen) — den Apellrath de Pretis, Abatte Giovanni a Prato, Magistratsrath Marfili, Dr. Bettorazzi. Der Abbate Prato ist einer der lautesten und unumwundensten Stimmführer der italienischen Sache in Wälschtirol; wie wir hören, haben sich aber Gewehl er als der ihm in der Mehrheit sich anschließenden Wälschtiroler für diese Wahl zum Eintritt Verbleiben im deutschen Bunde entschlossen, wogegen sie um so bestimmter darauf dringen wollen, für die Kreise Trient und Roveredo eine von Deutschtirol und dem Innsbrucker Gubernium gänzlich gesonderte Verwaltung zu erhalten. Die hier genannten Deputirten sind bereits alle auf dem Wege nach Frankfurt. Aus allen eingegangenen Berichten über die Wahlen stellt es sich heraus, daß, wie zu erwarten, der Klerus vollkommen die Leitung dieser Angelegenheit übernommen hatte. Als die Wahlmänner an den einzelnen Orten zusammentraten, bemerkte man fast überall solche Massen von Geistlichen, daß eher ein kirchlicher als politischer Akt, eine Synode und nicht eine Volkswahl vorgenommen zu werden schien. Wie wenig übrigens von der Regierung die Gemeinden über den Zweck der Wahlen verständigt waren, erläutert die Aeußerung Mehrerer der Bauern von Hötting, einer Gemeinde des Mezzan, die dem Wahlcommissär erklärten „sie könnten nicht mitthun, sie hätten jetzt nicht Zeit nach Frankfurt zu gehen". — Für den tirolischen Landtag, der Ende Mai eröffnet werden soll, ist eine tranitorische Wahlordnung genehmigt worden, welcher später die vom Kongreß selbst zu bestimmende folgen wird. Wir erhalten somit anstatt der bisherigen 52 Votanten 72 in folgender Stimmenvertheilung nach den vier Ständen. Der Adel schickt 13 Abgeordnete, welche von sämmtlichen „zu ihrem Jahr gekommenen Tirolerlandsleuten" d. h. allen volljährigen Angehörigen der tirol. Adeligen direkte gewählt werden. Die Geistlichkeit sendet die Bischöfe von Trient und Brixen und einen Stellvertreter des Erzbischofs von Salzburg, ferner 3 Gewählte der Prälaturen und sechs Abgeordnete des selbständigen Landklerus. Auf der Geistlichkeit ist die Deputirte der Universität. Auf der Städtebank werden 23 direkt gewählte Verordnete und eben so viele indirekt Erkorne auf der Bauernbank sitzen, also aus jedem dieser Stände nun zehn mehr als früher. Die Verhandlungen werden öffentlich stattfinden und die Protokolle der Presse übergeben. Zu dem Zwecke sind bereits Bauten im Ständesaal vorgenommen und aus München Stenographen herbeigerufen. Es verlautet, Graf Brandis beabsichtige, sich als Deputirter bei den Herren und Rittern wählen zu lassen. Allgemein ist man jetzt gespannt auf das Verfahren der österreichischen Regierung in Bezug der Aufhebung der Innsbrucker Jesuiten und Liguorianer gegenüber der hierarchischen Partei im Lande, welche auf jeden Fall eine Sonderstellung Tirols in dieser Sache zu begehren und mit allen Mitteln durchzusetzen bereit ist — wobei sie auf die Unterstützung des Grafen Brandis, auf einen Petitionssturm beim Landtag und selbst auf einen heftigen „Putsch" ihr Vertrauen setzt. Die „kath. Blätter" belehren männiglich, wie weit man gehen will. In Bälde Näheres über diese Frage, die bei uns über den moralischen Bankerott der Regierung entscheidet.

**Preußen.** ** Berlin, 15. Mai. Die Stadt Berlin befindet sich in einer sehr zweifelhaften Lage. Niemand kann vorhersagen, was die nächsten Stunden bringen. Auch nicht unsre politischen Künstler, die das Volk bearbeiten! Denn sie können nicht wissen, ob der Stoff nicht so spröde ist, daß er plötzlichen Widerstand leistet. Die

Digitized by Google

herrschende Aufregung ist durch das Ministerium hervorgerufen. Das ist unläugbar. Vor seinem Briefe an den König, der die Rückberufung des ausgewanderten Thronfolgers verlangt, war Windhitze. Es fehlte aller Vorwand zum Lärmen; man füllte die Zwischenzeit mit Anspielungen auf die „halben Maßregeln" in Posen, die man vielleicht im deutschen Parlament von unserm Abgeordneten Kauwerk wird wiederholen hören, und auf die Unthätigkeit des Ministeriums. Da kommt dieser hochverrätherische Brief! Und allerdings, er verwandelte die Physiognomie der Hauptstadt wie mit einem Zauberschlage. Wäre zu Berlin das Martialgesetz verkündigt, die Wirkung wäre nicht schlagender gewesen. Eine Aufregung, von der man in der Ferne nur eine Ahnung hat, wenn man Paris kennt, raubte allen Klassen der Bevölkerung völlig die Besinnung. Nirgends erhob sich eine öffentliche Stimme, welche frei von Leidenschaft sich äußerte. Alle Welt fand unter dem Bann des Zorns, des Widerwillens, der Furcht oder des Revolutionsfiebers. In dem konstit. Klub, der als über alle Maßen gemäßigt gilt, häuften sich die Schimpfreden von „Lüge", „Perfidie", „Frechheit", „Schande", „weiblich", „schimpflich" gegen das Ministerium. Die Studenten protestirten, die Bürgerrechtsmänner protestirten, die Klubs protestirten, die Zeitenversammlung protestirte. Deputationen folgten auf Deputationen. Die Manteransäße wurden Legion. Es war unzweideutig, wie Berlin gesonnen war. — Von den Zelten bewegten sich an den aufeinanderfolgenden Abenden endlose Processionen zu Camphausen. Es war in der Volksversammlung außer Zweifel gestellt, daß das Ministerium unmöglich geworden. Denn, blieb es auf seinem Beschlusse standhaft, dann zwang es der Volkswille zur Abdankung; nahm es den Beschluß zurück, dann war es unwürdig, länger an der Spitze des Staats zu stehen. In diesem Sinne forderte die Volksdeputation Widerruf des Beschlusses. Zu der gestrigen Volksversammlung forderte das erwählte Komité „diejenigen, welchen das Recht zusteht, Waffen zu tragen", auf, „zur Sicherung der Ordnung" in Waffen zu erscheinen! Diese Aufforderung zur Umgesetzlichkeit erregte allgemeinen Unwillen, sand auch in der Versammlung seinen Anklang und rief einen einstimmigen Protest der Studenten hervor. Die Volksversammlung selbst war mehr komisch als tragisch. Eine gedruckte Liste eines Volksministeriums wurde ausgetheilt: Kauwerk, Minister des Innern; Behrends und Bisky, Min. der Arbeit; Jung, Min. der „Gerechtigkeit"; Oberst v. Griesheim, Min. des „Krieges"; Diesterweg, Min. des Unterrichts; Graf Reichenbach in Schlesien, Min. des Auswärtigen; Hansemann, Min. der Finanzen! Durch Handaufheben wurde nach einander jeder Minister angenommen. Dann wurde beschlossen, wenn das jetzige Ministerium abgedankt habe, zu den Ministerkandidaten zu zichen und sie zu fragen, ob sie das Portefeuille annehmen mögen. Somit basta! — Nun fanden sich doch mit der Zeit Leute, welche dies Verfahren einigermaßen lächerlich fanden. Die gestrige Volksdeputation sprach ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium aus. — Wenn heute geschrieben wird, „Lügen die Götter! — Denn daß das Ministerium seinen Beschluß nicht zurücknehmen wird, ist ebenso gewiß, als daß es nicht seine Entlassung einreichen wird! Was zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther geschehen konnte, ist geschehen. Der öffentlichen Stimme ist vielfach Rechnung getragen, d. h. die öffentlichen Fragen sind größtentheils öffentlich beantwortet worden! Ein Brief Camphausens an den Kommandanten der Bürgerwehr ist veröffentlicht, worauf hervorgeht, daß der Prinz nicht, wie man fürchtet, vor Eröffnung der konstituirenden Versammlung eintreffen kann. Ein neuer Erlaß des Staatsministeriums wiederholt dies und theilt mit, daß der Prinz seine volle Zustimmung zu der neuen konstitutionellen Bahn vorher abgeben werde. — Sehr vielen Anstoß hat in dem ersten Briefe der Minister die Erwähnung der „Sendung" erregt, die bisher Niemand für Ernst nehmen wollte. Daß der Prinz Befugnisse seinem Auftrag nicht hier im Schloß empfing, leuchtet ein; denn er reiste nicht wie ein Königlicher Sendbote ab; und der Weg nach England führt nicht über Spandau, die Pfaueninsel und Pareq. Aber ob die Erwähnung der Sendung eine Lüge sei, wird doch wohl sich ausweisen! Ferner war das Wort „Ritterlichkeit" sehr widerwärtig, sehr am unrechten Orte. Wenn aber der konstitutionelle Klub in dem Satze, daß die Erregtheit der Gegenwart einer unparteiischen Beurtheilung weichen werde, die Reaktion und den Verrath am Volke wittert, und nun die Erregung als die Mutter unserer Freiheit darstellt — der Erregung der Gemüther verdanken und die Minister ihre Portefeuilles — dann kann man begreifen eben auf die Erregung des Augenblicks schielen, in der Menge nicht wissen, was sie thun. — Die Rückberufung des Prinzen von Preußen war eine unzweideutige Schuldigkeit des verantwortlichen Ministeriums. Gegen die Dynastie? Nein. Gegen die Nation? Ja. Mit welchem Antlitz durften die Minister wohl vor die Volksrepräsentation treten, wenn der Prinz im Ausland verweilte? Wie wollten sie das Unheil verhüten, wenn den Arbeiten der Versammlung der Protest des Thronfolgers entgegentrate, wenn so das Werk einer Vereinbarung mit der Krone zur Entzweiung und das Land in zwei feindliche Lager getheilt würde! Sie hatten die Pflicht, sorgfaltigst Sorge zu tragen, daß der Thronfolger das Ausland verlasse, indem die Eröffnung der konstituirenden Versammlung bevorstand. Sie erfüllten diese Pflicht. Der Klug leistete keinen Widerstand, sondern ging darauf ein. Der linke Schein einer Reaktion, einer drohenden Konterrevolution, deren Handhabe in Frankreich die Emigranten waren, zerfloß. — Und nun wird ein Geschrei erhoben, ein kindisches, sinnloses. Es hallt durch die freie Presse, dieses Angstgeschrei, dieser komische Wehruf, dieser improvisirte Aufruhr. Was setzt man endgegen? Der Prinz konnte nur durch das Volk zurückberufen werden. Oder: nur durch die konstit. Vers. Das Volk ist nicht vorher befragt worden. Der Prinz hätte ganz aus freien Stücken ankommen können, d. h. das Ministerium hätte nicht öffentlich, freimüthig und ohne Hehl auftreten sollen. Endlich am Hänfigsten tönt die Jammerstimme: „zu früh, zu früh!" — Wohlan; hoffen wir, das Trauerspiel „zu früh" habe ausgespielt, und nach antiker Sitte folge das komische Stück: „zu früh!" Wofür zu früh? Er hätte erst zur konstituirenden Versammlung eintreffen müssen. Es ist aber sogar unmöglich, daß er ihrer Eröffnung beiwohne! Man fährt nicht von London nach Berlin in 50 Minuten wie von Potsdam! Der 22. Mai war aber, wie schon aus der Rede des Abg. v. Vincke vom 10. April hervorgeht, der vorher dazu bestimmte Tag, Falls irgend die Vorbereitungen beendigt sein würden, und zwar der Jahrestag der ersten preußischen Verfassungsurkunde vom Jahre 1815! — Der Prinz hätte erst kommen müssen, wenn die Verfassung fertig ist und er sie beschworen kann. Wenn er dann aber nicht gekommen wäre? dann hätte er die Thronfolge verwirkt! Und die Exekution dieser steche Worte ist ein Bürgerkrieg!! Gerade, nachdem er die Verfassung beschworen hat, kann er gehen, soweit er will; dann ist er der Verfassung Treue schuldig, und wie sind gegen ihn nur soweit verpflichtet, als er seinen Eid hält. Aber man muß nicht soviel auf vorgefaßte Ehre geben? Wohlan so komme der Prinz vor oder nach dem beschworenen Eide; das gilt dann gleichviel. Wer aber auf den Eid Werth legt, mag wünschen und, wenn er peranwortl. Minister ist, fordern, daß der Prinz vorher komme. — Mit Einem Wort, das Ministerium, wenn es ohne allen und jeden Rückhalt die Freiheit wollte, durfte den Prinzen nicht im Auslande dulden, mußte Sorge tragen, daß er von dem Könige, der ihn gesendet haben soll, zurückberufen werde, noch ehe die konstituirende Versammlung ihre Berathungen eröffnet! Als Frankreich die Zurückberufung der ausgewanderten Prinzen forderte, war es nicht eifersüchtiger auf die Sicherung der jungen Freiheit, als das preußische Ministerium, indem es rechtzeitig die Rückkehr des Prinzen aus dem Auslande verlangte. — Man möchte an der politischen Bildung des preußischen Volks verzweifeln, wenn man von diesen Protesten hört — aber halt, verfallen wir nicht in den Fehler der Zeitenpolitiker und verwechseln das preußische Volk mit den, wenn auch noch so zahlreichen, Bewohnern Berlins, welche jetzt protestirt haben. In diesen Protesten ist freilich viel ehrenwerther Sinn für Freiheit, aber herzlich wenig Begriff von Freiheit; doch hoffentlich steht die politische Reife des Volks etwas höher, als diese Proteste.

Berlin, 15. Mai. Der Pr. Staatsanzeiger enthält folgende ministerielle Bekanntmachung: Der mitunterzeichnete Vorsteher des Staatsministeriums hat schon gestern — in einer Antwort an den Kommandeur der Bürgerwehr — die irrigen Gerüchte über den Zeitpunkt der Rückkehr des Prinzen von Preußen Königl. Hoheit widerlegt. Dessenungeachtet ist hierüber am gestrigen Abende durch eine Deputation einer Volksversammlung eine Erklärung begehrt worden. Zur allgemeinen Beruhigung erklären wir demnach: Se. Königl. Hoheit kann und wird schlechterdings in vierzehn Tagen, also jedenfalls nach der auf den 22. d. M. unwiderruflich festgesetzten Eröffnung der Versammlung der Volksvertreter, in das Vaterland zurückkehren. Vorher wird der Prinz — wie es nie anders die Absicht war — Seine volle Zustimmung zu der betretenen neuen konstitutionellen Bahn öffentlich kundgeben. Jene Deputation hat gleichzeitig einen Mangel an Vertrauen zu den Mitgliedern des Staatsministeriums ausgesprochen. Wenngleich wir dies bedauern, so können wir doch darum unsere Stellung nicht verlassen, am wenigsten jetzt, wenige Tage vor dem Zusammentritt der neuen Volksvertretung. Wir sind dies dem ganzen Volke, — auch mit Rücksicht auf die aus der Hauptstadt, wie aus den Provinzen, uns zugegangenen zahlreichen Adressen im entgegengesetzten Sinne — schuldig. Wir sind es der Versammlung der Volksvertreter selbst schuldig, welcher wir Rechenschaft über unsere Amts-

Digitized by Google

handlungen abzulegen haben. Nach dieser nochmaligen öffentlichen Erklärung erwarten wir mit Zuversicht, daß nicht durch wiederholte Demonstrationen die Vorbereitung der Vorlagen für die Volksvertretung, insbesondere des Verfassungsentwurfes, ferner gehemmt werde. Berlin, 15. Mai 1848. Das Staatsministerium. Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. von Arnim. Hansemann. Graf von Kanitz. von Patow.

**Aachen**, 15. Mai. Die Aachner Zeitung enthält Nachstehendes: Von hier aus ist heute nachstehender Bericht an den Fünfzigerausschuß in Frankfurt abgesandt worden: „Gregemittel der Urwahlen im Herzogthume Limburg ist dort auf fast allen Thürmen das schwarz-roth-goldene Banner aufgehißt worden. In dieser gesetzlichen, im Einverständnisse mit den Lokalbehörden vorgenommenen Demonstration der deutschen Nationalität sind die Limburger plötzlich durch den beispiellosen Einbruch holländischer Truppen gestört worden, der zu deutsch also lautet: „„Nr. 2209. Kabinet Maestricht, 12. Mai. An den Gemeinderath zu Dorenbaan. Es ist mir ein Brief des Schöffenassessors H. W. D. Emrets Ihrer Gemeinde geworden, worin derselbe mir davon Kenntniß gibt, daß er aus eigener Autorität dem Verlangen zweier Eingesessenen nachgegeben, die deutsche Bundesflagge auf dem Thurme aufzuziehen. In Folge dieser Mißbrauch habe ich die Ehre, Ihnen zu eröffnen, daß die öffentlichen Gebäude allein unter der Oberaufsicht der öffentlichen Gewalt (Obrigkeit) stehen; daß diese Macht keinen Beifall hat, Zeichen von Sympathie für oder gegen den deutschen Bund an den Tag zu legen, und daß also, solange keine Vorschriften gegeben oder Anordnungen hierüber getroffen, die deutsche Bundesflagge an keinem öffentlichen Gebäude aufgehißt werden darf. Nach dem Vorangehenden habe ich die Ehre, Sie aufzufordern, unverweilt die deutsche Flagge vom Thurme herunterwehen zu lassen, und sehe Sie zugleich davon in Kenntniß, daß, im Falle die Wache des Gemeinderathes in der Ausführung dieser Maßregel nicht hinreichen sollte, ich bereit bin, die Exekution derselben durch eine starke Truppenkolonne vornehmen zu lassen. Ich erwarte mit erster Post Bericht, ob dem Inhalt dieses Befehls Genüge geleistet ist. Der Gouverneur des Herzogthums Limburg. (gez.) van Merwen.““

Diesem drohenden Befehle, der die deutschen Rechte Limburgs gar nicht zu kennen scheint, ist nun an einzelnen Orten Folge geleistet, an andern aber auch heftiger Widerstand entgegengesetzt worden. Die Unterzeichneten halten es für ihre Pflicht, so schleunig als möglich dem Fünfzigerausschuß, als der bis jetzt noch einzig richtigen Stelle, solcher Thatsachen Kenntniß zu geben. Sie glauben dies um so mehr thun zu müssen, als die Wahlmänner des Limburger Landes, die ihnen jenes Schreiben mitgetheilt und sich für die Richtigkeit der Abschrift verbürgen, Bedenken tragen für ihr gekränktes Recht der holländischen Regierung offen entgegen zu treten, und als die Regierung noch an Principien festzuhalten scheint, die bei uns zu Grabe getragen. Wir sind überzeugt, daß es bei den Männern des Vertrauens der Nation nur der Anregung bedarf, um das Herzogthum Limburg gleich Schleswig-Holstein: „in der Ausübung seiner nationalen Rechte nicht gestört, nur gestärkt und nicht von holländischen Truppen überfluthet zu sehen, deren Erscheinen gewiß zu Kollisionen und Bluttergießen Anlaß geben würde“. (Folgen die Unterschriften).

**Baiern.** = München, 15. Mai. In der heutigen (32) Sitzung der Abgeordneten kam der Gesetzentwurf, die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betreffend, zur Berathung. Bei der allgemeinen Debatte betheiligten sich mehrere Abgeordnete und erklärten sich theils gegen, theils für den Gesetzentwurf. Frhr. v. Rotenhan sah eine große Gefahr in der Annahme desselben; die Monarchie sei gefährdet, ja er sei vielleicht das Grab der Freiheit und Monarchie. Zwei katholische Geistliche (Rulaud und Reutlbach) sprachen in ähnlichem Sinne, und der erstere bemerkte, daß sogar große Gefahr für die Kirche und den christlichen Staat überhaupt daraus. Vermittelnd sprachen sich Graf Hegnenberg und Dekan Eby aus. Entschieden für den Gesetzentwurf erklärte sich Prof. Schenrl und der Referent in dieser Angelegenheit, Dekan Bauer, die beide treffliche Worte sprachen. Die Abgg. Stockinger, Christmann und Schnetzer erkannten den Gesetzentwurf nur dann für genügend an, wenn an die Stelle der indirekten Wahlen direkte und an die Stelle der direkten Steuerentrichtung, wovon die aktive Wahlfähigkeit abhängen solle, die Anerkennung der aktiven Wahlfähigkeit jedes volljährigen Baiern gesetzt würde. Der Abg. Christmann übergab auch dem I. Präsidenten eine mit mehr als 600 Unterschriften bedeckte, in diesem Sinne abgefaßte, Adresse. Der II. Präsident, Dr. Müller, sprach sich für den Gesetzentwurf insofern aus, als er auf freiern Grundlagen, als das bisherige Wahlsystem, basirt sei. Doch bekriegen könne er ihn keineswegs, da er mit seinen Grundsätzen nicht in Uebereinstimmung zu bringen sei. Der Minister des Innern suchte die vorgebrachten Ansichten gegen den Gesetzentwurf zu widerlegen und sprach sich besonders gegen eine Aeußerung Schnetzers, daß die Regierung sich wieder auf Bajonette zu stützen anfange, weit einige Republikaner unterlegen wären, und die Reaktion bereits im Anzuge sei, dahin aus, daß die Regierung recht wohl die Stimmung und Forderung der Zeit kenne und keineswegs in den Bajonetten, sondern nur in dem guten Gewissen und in dem gesunden Sinne des Volkes ihr Heil suche. Er brachte sodann noch einen Gesetzentwurf von minderer Bedeutung über die Einführung der bairischen Gerichtsbarkeit in einigen von der Krone Böhmen an Baiern übergegangenen Landestheilen ein, womit die Sitzung schloß. Zu bemerken habe ich noch, daß die Reichsräthe in ihrer Rückäußerung die Siegelmäßigkeit nicht aufgaben und die 2. Kammer sich dahin entschied, daß diese solange dem Adel noch bleiben solle, bis die Notariate eingeführt seien.

**Württemberg**, 15. Mai. Es ist sehr zu bedauern, daß ein Geist der Auflehnung und Unordnung da und dort in unserm Lande überhand nimmt. Demonstrationen gegen verhaßte Gemeinde- und Staatsbeamte, Fenstereinwerfen, Verweigerung der Steuern, Gewaltthaten gegen Personen und Eigenthum sind die Formen, in denen sich jener böse Geist zeigt. So in Nagold im württemb. Schwarzwald, wo am 12. die Beamten schwer mißhandelt wurden, wohin von Stuttgart 300 Mann Militär zur Erhaltung der Ordnung geschickt werden mußten. So in einer Gemeinde des Weinsberger Oberamts, wo die Bauern die Untersuchung früherer Exzesse verhinderten, den Untersuchungsrichter nöthigten, ihnen die Akten selbst vorzulesen, und ihm mit Drohungen zu Leibe gingen. Auch dahin wurde alsbald Militär beordert. Wo soll es hinaus, wenn sich dieser Geist verbreitet? Strenges Einschreiten ist nothwendig, aber wie ist der Ernst möglich? Die Bürgerwehren sind meist in wenig erbaulichem Zustand, und wissen wir, wie lange das Militär verfügbar ist? Möge es um Gotteswillen in Frankfurt voran gehen, das ist gegen die Stärme aller Art das einzige Mittel! Und um Alles in der Welt jetzt nur Eines nicht! Nur jetzt auch nicht den leisesten Versuch der Reaktion, sonst bricht die Flamme los!

**Sachsen**, 15. Mai. Es muß jeden Militär, welcher an der Einnahme Freiburg's Theil nahm, auf das Höchste empören, wenn auf so schonungslose und zugleich verleumderische Weise das Benehmen des Militärs geschildert wird und zwar um so mehr, da dies in der zweiten Ständekammer geschah, wo man doch im Allgemeinen das Benehmen der Freischaaren als hochverrätherisch bezeichnete und die Truppen, zum bewaffneten Einschreiten bestimmte. Wir bedauern die wenigen unschuldigen Opfer, welche durch Unvorsichtigkeit ein Opfer unserer Kugeln wurden, aber Niemand wird uns verargen, daß wir gegen bewaffnete Feinde auch unsere Waffen gebrauchten. Wäre übrigens so grausam gehandelt worden, wie es der Herr Abg. Brentano gern schildern möchte, so müßten die Gefallenen der in Freiburg gefundenen und beerdigten Freischaaren mehr betragen, und die Zahl der Gefangenen müßte noch eine geringere sein. Niemand wird uns, den badischen Soldaten, Schonungslosigkeit und Grausamkeit vorwerfen können; denn unser höchstes Ziel war neben dem Sieg der Waffen Schonung von Bürgerblut.

Die Oberrh. Zeitung bringt eine Berichtigung, wornach aus Parlamentsmitgliedern für Vorschein von ihr aus Verstehen v. Itzstein statt Welcker genannt wurde, dagegen ist derselben Zeitung zufolge Itzstein im Breisgau selbst, dann in Emmendingen (hier einstimmig) und in Bretten gewählt worden.

Eine Extra-Beilage zur Freib. Zeitung enthält eine „wahrheitsgetreue Darstellung des Bürgermeisters v. Rotteck von Freiburg über sein in der Zeit vom 8. bis zum 24. April d. J. eingehaltenes dienstliches Verhalten.“ Es heißt darin: „Dem so vielfach angefeindeten Beschlusse der Gemeindeversammlung (neutral zu bleiben) lag lediglich die Betrachtung zu Grunde, daß Hecker und Struve ihr hochverrätherisches Beginnen doch nur dann fortsetzen würden, wenn sich die Bevölkerung des Seekreises in ihrer Mehrheit erhebe, und daß also Freiburg sich dem Andrange von vielen Tausenden ohne große militärische Streitmacht nicht widersetzen könne. Daß Hecker und Struve den Aufruhr selbst dann noch fortsetzen würden, wenn ihr Aufruf eine massenweise Erhebung des Seekreises nicht bewirke, konnte von uns nicht angenommen, ja nicht einmal gedacht werden.“

**Kassel**, 12. Mai. In einer am heutigen Tage stattgehabten außerordentlichen Sitzung der Ständeversammlung zeigte der Landtags-Kommissär die von Sr. Königl. Hoheit dem Kurfürsten eigenhändig unterzeichnete Verordnung wegen Abtretung der Rothenburger Quart vor und überreichte zugleich eine Mittheilung des Finanzministeriums zur Berathung über mehrere, die Ausführung obiger Verordnung betreffende Bestimmungen. Letztere wurde dem Desdertien-Ausschuß überwiesen.

**Hessen.** # Darmstadt, 15. Mai. Sie besprechen in der Beilage zu ihrer heutigen Nummer die Frage, wie es gehalten werden soll, wenn die Geschworenen nur mit einfacher Majorität schuldig er-

Digitized by Google

kennen. Ich denke, diese Frage wird in dem Gesetzentwurf über Schwurgerichte, der, auf freisinnigen Grundlagen ausgearbeitet, in der Kürze unseren Landsländen vorgelegt werden soll, ganz gut entschieden. Es soll nämlich in solchem Fall nur alsdann schuldig erkannt werden, wenn 7 Geschworene und wenigstens 3 Richter, also 10 Stimmen, gegen 5 Geschworne und (höchstens) 2 Richter, also 7 Stimmen verurtheilen. Unsere 2. Kammer hat vor einigen Tagen einen sonderbaren Beschluß gefaßt. Die Kammer hat den Gesetzentwurf über politische Gleichstellung aller Konfessionen angenommen, dazu aber auch ein Amendement von Heldmann angenommen, nach welchem die Juden im Erwerb des Ortsbürgerrechts vorerst noch ganz den alten Bestimmungen unterworfen sein sollen. So werden unsere Juden Staatsbürger, können die höchsten Ehrenstellen im Staat bekleiden, können Mitglieder der 1. und 2. Kammer werden — wenn sie aber Ortsbürger werden wollen, dann unterliegen sie noch den alten Ausnahmsgesetzen. Ich hoffe, daß die 1. Kammer dem Beschluß der 2. nicht beitritt.

* Mainz, 16. Mai. Soeben wird Dr. Zitz als Abgeordneter zur konstituirenden Versammlung in Frankfurt proklamirt. Die Wahl ging in der Fruchthalle vor sich, die von Zuhörern überfüllt war. Die 292 Wahlmänner hatten eine besondere Estrade vor der Rednertribune inne. Die Wahlhandlung dauerte mehrere Stunden, die größtentheils von den Reden der Kandidaten, Zitz und Wernher, ausgefüllt wurden. Wernher trat aber nicht für sich, sondern für seinen Freund Dr. Langen auf, der zu den 17 Vertrauensmännern am Bundestage gehört, und den der Landbezirk als seinen Kandidaten aufstellte. Langen ist einer der ehrenwerthesten Liberalen, den unsere Provinz besitzt, aber er ist Anhänger der konstitutionellen Monarchie, und darum hat er natürlich die hiesigen Wahlmänner gegen sich. Wernher konnte daher mit seinen politischen Ansichten, die auch die seines Freundes Langen sind, nicht durchdringen, ja man zeigte sich unwillig darüber. Zitz dagegen harangirte das Publikum mit radikalen Grundsätzen, die besser wunderten, und die ihm den Jubel derselben zuzogen. Da wurde es natürlich mit mancher Aeußerung nicht so genau genommen, und wenn Zitz gegen die Bethauptung Wernhers, daß das Gebäude stehe und nur einer Verbesserung und Kräftigung bedürfe, die Aeußerung that: „Es sei besser den Schweinstall einzureißen und einen Ballast darauf zu bauen", so mußte ein solches Kraftwort natürlich dem feinen Geschmack der Freunde außerordentlich zusagen. Zitz erhielt indessen von den 292 Stimmenden 240 Stimmen.

# Mainz, 16. Mai. Die große Gährung unserer Zeit hat den Bodensatz vieler Jahre aufgerührt, sie hat sehr viel Gutes, aber auch manches Schlimme, manches Ungeschlachte an die Oberfläche gebracht. In unserm alten Mauern geht schon seit längerer Zeit, durch die Märzrevolution aus dem Grabe gescheucht, ein Gespenst um — es ist der Zunftgeist. — Verflossenen Sonntag hat es sich wieder erhoben und dem neuen Geschlechte, der neuen Zeit, die Zähne gezeigt. Es sollte ein Dampfschleppschiff den Rhein passiren, das erste seit geraumer Zeit; aber die Zunft der Voranzieher legte ihr Veto ein, enterte das Schiff und zwang es zum Umkehren. Tags darauf, in der Frühe, fuhr das Schiff durch die Brücke und von da rheinaufwärts weiter; nachdem es sich jedoch zuvor mit den Vorzanziehern abgefunden und denselben eine Summe abschlägiglich entrichtet hatte. Erinnert das nicht lebhaft an die glückseligen Zeiten des Mittelalters und des Faustrechts, wo die Raubritter jeden an ihrer Burg vorbeifahrenden Schiffe einen Wurzoll auferlegten? Die Bürgermehr war ausgerückt, es mangelte aber an der nöthigen Energie, sie dagegen sich mit Zufehen; sie kam, sah und — ging wieder. Tags darauf wurden jedoch einige Verhaftungen vorgenommen. In ganz Deutschland wünscht man eine freiere Bewegung in den Gewerben, und hier, wo der Zunftgeist schon lange begraben lag, erhebt er sich wieder, tritt dem gesammten Fortschritt in der Industrie, besonders dem Maschinenwesen in den Weg und will letzteres vollständig ausgerottet wissen. Dieser nämliche unsaubere Geist stiftete auch die Zerstörung der Taunuseisenbahn an und bewog die hiesigen Fuhrleute zu dem Verlangen, daß kein Kaufmann sein Speditionsgut mit eigenen Pferden fahren, kein Steinkohlenhändler auf eigener Fuhre dem Käufer seine Waare bringen dürfte. Die Schiffer verlangen nicht mehr und nicht weniger als vollständige Entfernung aller Dampfschiffe, sowohl für den Personen- als Güterstransport vom Rhein. Man würde dann wieder Tage lang mit den Wasserdiligencen und Marktschiffen seligen Andenkens auf dem Rheine herumgefoltert und verlöre, um eine Reise von 2 Stunden zu machen, einen Tag Zeit. Personen- und Güterstransport würde, da diese unsinnigen Forderungen nur an unserer Wasserstraße gestellt werden, einen anderen Weg finden und Fahrende wie Gefahrene säßen am Ende trocken an dem schönen Ufer des Rheines.

Hamburg, 12. Mai. Das Komité für die Errichtung der deutschen Kriegsmarine macht die Anzeige, daß die Hrn. J. C. Godeffroy und Sohn an der Stelle ihres Schiffes „Steinwärder", den allgemein ausgesprochenen Ansichten und Wünschen zufolge, ihr großes Schiff, „Cesar Godeffroy" zu unentgeltlicher Benutzung dem Komité zur Dispposition gestellt haben.

Hamburg, 14. Mai. Dem Hamb. Korresp. zufolge hat der General v. Wrangel in Folge der Erklärung der schwedischen Regierung, auf Grund des Bundes-Beschlusses vom 15. April d. J. ad 2, die sofortige Einberufung der vollständigen Kontingente des 10. deutschen Bundes-Armee-Korps verlangt.

Lübeck, 10. Mai. Zur Förderung der in Anregung gekommenen Gründung einer deutschen Kriegsmarine, insbesondere auch für die Ostsee, hat der Senat in seiner heutigen Sitzung eine außerordentliche Kommission niedergesetzt und zu deren Mitgliedern den Syndikus Dr. Elder, den Senator Legiewzer und den Senator Dr. Curtius ernannt.

△ Bremen, 14. Mai. Obgleich sich hier gestern Morgen schon die für den Handel gewiß sehr erfreuliche Nachricht verbreitete, daß die Blokade der Weser aufgehoben sei, wurde dennoch am Nachmittage die zur Berathung über den Schutz unseres Stromes angesagte Versammlung in der Börse abgehalten. Sie war freilich leider nicht in der Anzahl besucht, wie man es bei der Wichtigkeit der Gegenstandes wohl hätte erwarten können; desto erfreulicher war aber die Kraft und Energie, mit welcher sich einzelne Redner dahin aussprachen, daß, wenn gleich die augenblickliche Noth aufgehoben sei, doch das beschämende Gefühl unserer Schwäche das Herz wohl zu tief ergriffen habe, um nicht mit allen nur möglichen Mitteln nach einer maritimen Kräftigung Deutschlands zu streben. Bremen sei gewiß gern zu Opfern bereit, allein man müsse in Verständigung mit den sich in andern Städten, namentlich Hamburg und Braunschweig, bildenden Vereinen handeln, und vor allen Dingen sich mit erfahrenen Männern über die zweckmäßigste Verwendungsart der einkommenden Summen benehmen. Nachdem man sich über diesen Standpunkt geeinigt hatte, wurde die gesammte Angelegenheit einem Ausschuß von 20 Männern übergeben. — Unter den vielen jetzt auftauchenden Vorschlägen zur Bildung unserer Flotte kann ich den Lesern Ihres geehrten Blattes nicht genug eine kleine Schrift empfehlen, welche unter dem Titel: Die deutsche Kriegsmarine von J. Andresen Siemens, kürzlich in Oldenburg erschienen ist. Der Verfasser, ein im Seewesen wohl bewanderter Holzländer, der durch sein treues Festhalten an Deutschland die Schande der Inselbewohner wieder etwas verlöscht, weiche sie durch ihre Loosbrennlehre gegen ihr ursprüngliches und sie noch stets ernährendes Vaterland auf sich geladen haben, tritt darin mit einem sehr beachtenswerthen Vorschlage hervor. Seiner Ansicht nach sollen nämlich von Bundes wegen eine Menge kleinerer Schiffe in der Art gebaut werden, daß sie in Friedenszeiten auch zu Frachtfahrten und Packetdiensten zu gebrauchen sind, in Kriegszeiten aber augenblicklich zur Deckung unserer Küsten in den Stand gesetzt werden können, da ein sofortiges Erbauen großer Linienschiffe sehr kostspielig und bei gegenwärtigem Mangel an Officieren auch gänzlich unnütz sei. Zwar würde ein Fahrzeug dieser Art nicht so viel Raum als ein gewöhnlicher Kauffahrer in sich schließen, allein dadurch, daß der Staat bei der Menge seiner Schiffe die Versicherung derselben selbst übernähme, und somit niemals auf die Waare eine Havarie de Groß gerechnet werden könnte, würde der ein solches Schiff chartende Kaufmann gern bereit willigen, etwas höhere Frachtsätze zu bezahlen, weil ihm seine Assekuradeurs, einer nicht unbedeutenden Chance enthoben, in diesem Falle eine weit geringere Prämie anrechnen, so daß sicherlich die Zinsen des verwandten Kapitals vom Staate verdient würden. Zugleich gewinnen wir dadurch eine stets in Thätigkeit begriffene Schule für die Bemannung. Es würde mich zu weit führen, wenn ich auch auf die vielen andern in dem Buche enthaltenen praktischen Winke hier eingehen wollte; ich schließe daher mit dem Wunsche, daß die deutschen Volksvertreter in Frankfurt, denen es gewidmet ist, ihm ihre ganze Aufmerksamkeit schenken mögen!

† Frankfurt, 13. Mai. Sie sehen bereits aus den Frankfurter Zeitungen, welchen Sturm sowohl in dem Fünfzigerausschusse als im Publikum das Promemoria des großherzoglich hessischen Bundestagsgesandten, als Berichtserstatters des zur Revision des Verfassungsentwurfes der 17 Vertrauensmänner von der Bundesversammlung niedergesetzten Ausschusses hervorgerufen. Das Montagskränzchen hat bereits erwünschte Gelegenheit bekommen, sich wichtig zu machen und einen „Schrei des Entsetzens" im Frankfurter Journal von sich zu geben; und in der gestrigen Sitzung des Fünfzigerausschusses ist nur zu Vieles in ähnlichem Style drohend ausgesetzen worden. Je-

mehr wie dies tadeln, weil ein Volk, welches nicht auf dem Wege der Revolution, sondern der Reform wandeln will und zu wandeln die Kraft hat, traktätsüchtige Gelüste nicht mit revolutionären Worten zurückzuweisen braucht, und weil der Fünfziger-Ausschuß nur eigene Scheuche verräth, wenn er sich auf eine andere Gewalt außer ihm beruft, als die im Geiste des Volkes liegt, desto entschiedener müssen wir auch das Promemoria tadeln, welches nicht als ein dieser Mißgriff zu bezeichnen ist, sondern ein gänzliches Verkennen unserer ganzen Lage ausdrückt und im mildesten Falle zeigt, wie wenig die Mitglieder des Ausschusses, die dasselbe gut geheißen und die großentheils noch alle Bestandtheile der Bundesversammlung waren, auf der Höhe der Zeit stehen. Das Promemoria bezeichnet unsere Zustände als anarchisch, stellt den Kampf der Gegenwart als einen Zwiespalt zwischen Volk und Regierungen dar und ist in einem Geiste geschrieben, und macht Vorschläge, wodurch ein solcher Zwiespalt sicher hervorgerufen und unheilbar gemacht werden müßte. Sind unsere Zustände so, wie das Promemoria anzunehmen scheint, so wird keine Macht der Erde uns vor „Anarchie“ schützen, so würden alle Bemühungen der Patrioten, dieser vorzubeugen, vergeblich sein, so würden Maßnahmen, wie es den Regierungen empfiehlt, den Sturz der letztern nur beschleunigen. Dem Verfasser des Promemoria und dem Prinzip adoptirenden Revisionsausschusse hat die Einsicht und das Vertrauen gefehlt, daß nur unsere Zustände nicht so sind. Wir halten den Geist des deutschen Volkes für gut, halten es für Jedermanns Pflicht, das Volk in diesem seinem guten Geiste zu bestärken, ihm diesen zum Bewußtsein zu bringen, nicht aber es durch Mißtrauen, welches man ihm zeigt, mit Mißtrauen gegen sich selbst zu erfüllen. Nur wenn die konstituirende Nationalversammlung das ausspricht und feststeht, was dem Bedürfnisse ganz Deutschlands gemäß ist, wird ihr Werk Geltung und Dauer haben, also hat man von der Nationalversammlung Nichts zu fürchten, so lange man vom Volke Nichts zu fürchten hat, sondern das Bessere von ihm hoffen kann. — Wir schließen mit der Bemerkung, wie unwürdig es das Volkes wäre, sich durch falsche, bald und leicht berichtigte Maßnahmen, sei es des Bundestages, sei es des Fünfziger-Ausschusses oder wessen sonst, von seiner guten Bahn ablenken zu lassen.

**Frankfurt**, 15. Mai. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung kamen einige Punkte von allgemeinerem Interesse vor: Der großh. hess. Gesandte zeigte mit Bezug auf den Bundesbeschluß vom 26. April an, daß nach der Ansicht seiner Regierung allerdings einem landständischen Abgeordneten, der zugleich in die Nationalversammlung gewählt worden sei, freistehen müsse, auch diese zweite Wahl anzunehmen und zwar entweder mit Beibehaltung oder Niederlegung der ersten Stelle und daß in beiden Fällen wohl keine Kammer der hess. Ständeversammlung Anstand nehmen werde, den nöthigen Urlaub oder die Niederlegung des Amtes zu verwilligen. Ebenso daß nach jener Ansicht in den einzelnen deutschen Staaten konstituirende Ständeversammlungen mit der Aufgabe, die Verfassungen neu zu gestalten, vor der Vollendung des Verfassungswerkes für ganz Deutschland nicht zu berufen seien, weil bei Revision der Verfassung der einzelnen Staaten die Grundsätze ebenfalls Anwendung finden müßten, auf welche jenes Werk gebaut werde. Der württembergische Gesandte beantragte zur Widerlegung irrthümlicher Auffassung des Verfahrens der Bundesversammlung bezüglich des Separatprotokolls vom 4. d. M. eine beruhigende Erklärung zu erlassen. Der holsteinische Gesandte stellte einen Antrag, bezüglich ausgedehnterer Verantwortlichkeit der Bundestagsgesandten, welche Anträge an den Revisionsausschuß zur Begutachtung abgegeben wurden.

**Frankfurt**, 16. Mai. 53. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 16. Mai 1848. Oeffentliche Erklärung der deutschen Bundesversammlung. Die Bundesversammlung glaubt es der Sache und sich selbst schuldig zu sein, die Mißdeutungen, welche in Folge der Verhandlungen des Fünfzigerausschusses ihr Verfahren hinsichtlich des Separatprotokolls vom 4. Mai erlitten hat, nicht mit Stillschweigen zu übergehen. Die Bundesversammlung weiß jede Verdächtigung, als wollte sie die freie Entwicklung eines einigen kräftigen Deutschlands hemmen, aufs Offenste und Feierlichste zurück. Das Promemoria, welches der Bundesversammlung vorgelegt worden war, wurde, ohne ein Urtheil über dessen einzelne Sätze aussprechen, als Neuerung eines Einzelnen den Bundesregierungen zur zustimmenden Kenntnißnahme (d. h. zur beliebigen, nicht zur gutheißenden Kenntnißnahme, wie dieß Wort umgestaltet worden ist) mitgetheilt, indem dasselbe nach der Ansicht des Revisionsausschusses, theilweise wenigstens, Bemerkungen und Andeutungen enthält, deren Berücksichtigung sich empfehlen dürfte. Zur Aufnahme in das öffentliche Protokoll wurde das Promemoria nicht geeignet gefunden, weil es bei Gelegenheit einer Instruktion, die sich die Bundestagsgesandten von ihren Regierungen erbaten, zur Vorlage kam. Die Bundesversammlung unterwirft in dieser wie in allen andern Angelegenheiten alle ihre Handlungen ruhig der unbefangenen Beurtheilung des deutschen Volkes und seiner Vertreter und übernimmt jede Verantwortung hierfür. Die auf diesen Gegenstand sich beziehenden Aktenstücke werden besonders abgedruckt werden. Dem Antrag der kurhessischen Regierung, daß die in Baden stationirten kurhess. Truppen so schleunig wie möglich zurückgezogen werden dürfen, theils um das Kontingent mobil machen zu können, theils um Unruhen im dortigen Lande zu begegnen, wird durch eine entsprechende Weisung an den Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps unter der Voraussetzung, daß keine besondern Umstände obwalten, entsprochen. Der Gesandte von Braunschweig bringt die Ansichten dieser Regierung über Ausführung der Oeffentlichkeit der Bundestagssitzungen zur Kenntniß; hiernach soll über alle Verfassungsangelegenheiten öffentlich in pleno berathen, eine Majorität von $^2/_3$ der Stimmen zur Beschlußfassung für genügend gehalten, und in einer zu entwerfenden Geschäftsordnung das Weitere bestimmt werden. Dieser Vortrag wird an den Revisionsausschuß verwiesen.

### Frankreich.

**Paris**, 15. Mai. Gegenüber der stürmischen und kriegssüchtigen Politik, womit die polnischen Agenten die Pariser Bevölkerung zu erhitzen und die Nationalversammlung zu einem unverantwortlichen Schritte zu drängen suchen, spricht der National ein verständiges Wort der Versöhnung, das im Lager der Extremen seinen Ruf, ein reaktionäres Organ zu sein, ohne Zweifel verstärken wird. Es ist offenbar, sagt das Organ K. Marrast's, daß in der polnischen Frage Frankreich Nichts vermag ohne Deutschland. Wenn Polen unser Nachbar wäre, wie Italien oder Belgien, so hätten wir Niemand zu befragen; ohne Zweifel wäre dann in diesem Augenblicke Polen, auf unsere Nachbarschaft bauend, bereit im Aufstande und unsere Freiwilligen würden ihm nicht fehlen. Aber Deutschland ist der Nachbar, Deutschlands Sympathien muß man unterhalten und verstärken; Deutschland muß man zur Einstehung veranlassen. Für Polen Etwas unternehmen wider den Willen Deutschlands, wäre von unserer Seite der gefährlichste und traurigste aller Versuche. Kann man sagen, wie viel Blut und Schätze es kosten würde, um durch Deutschland bis zum Niemen zu gelangen? Und begreift man nicht, welche unendliche und unerwartete Freude die Könige und Aristokraten Europas ergreifen würde, wenn durch einen Fehler, der alle denkbaren Fehler übertreffen würde, die zwei vorgeschrittensten und der gemeinsamen Sache ergebensten Völker aneinander geriethen und in einem Bruderkriege die Kräfte mißbrauchten, die so sorglich gegen den gemeinen Feind aufgespart werden sollten? . . . Das Erscheinen einer französischen Armee am Rhein, fügt der National hinzu, würde alle Besorgnisse wieder aufwecken; man würde, wenn unsere Fahne so ohne Aufforderung erschiene, den Krieg, die Eroberung und alle grausamen Mißhandlungen des Napoleonischen Systems wieder erstehen sehen. Alles was für uns ist, würde sich bald gegen uns wenden; unsere wärmsten Freunde würden unsere heftigsten Feinde werden, und wir würden das aufstemmen sehen, was wir vermeiden wollen, eine um so gefährlichere Koalition, da sie nicht allein die Könige als Urheber für sich hätte, sondern auch die Leidenschaften des Volkes ins Spiel brächte. Der National will daher keine Drohungen, kein bewaffnetes Einschreiten; die Nationalversammlung soll eine Adresse an Deutschland erlassen, die diplomatischen Vertreter Frankreichs sollen friedlich, wenn auch entschieden, für die polnische Sache wirken. — Ganz in demselben Sinne spricht sich das Journal des Débats aus; nachdem es in einem längeren Artikel die deutsche Verfassungsreform, den Entwurf der Siebenzehn, das deutsche Kaiserthum und die, wie es glaubt, nahe bevorstehende Mediatisirung der kleineren Fürsten besprochen hat, geht es in einem zweiten Aufsatze zur polnischen Frage über und erklärt sich hier ebenfalls für die friedliche Politik, nicht für die gewaltsame Störung der jetzt im Gange begriffenen deutschen Entwicklung. — Eine solche Politik, wie sie die beiden alten Gegner, Débats und National, verfechten, nennt man aber jetzt in Paris in den Klubs und einem Theil der Presse die „traktionäre“ und es fragt sich, wie lange Vernunft und Ueberlegung dem stürmischen Andrang der Faktionen wird widerstehen können.

Unter den Blättern, die der Regierung am Lautesten die geheime Neigung zu einem Kriege vorwerfen, steht die „Presse“ oben an. Sie mag in manchen einzelnen Punkten übertreiben (der Behauptung z. B., daß von Neuem 200,000 Mann ausgehoben werden sollen, wird entschieden widersprochen), aber in der Hauptsache greift sie die Kriegsgelüste mit den rechten Waffen an, und wenn sich die Regierung wirklich fortreißen ließe zu einem solchen Schritte, so wäre kein Vorwurf des genannten Blattes zu hart. „Das Verbrechen, sagt die Presse, das wir voraus-

Digitized by Google

geschehen haben, ist auf dem Punkte, vollbracht zu werden. Die Regierung, die mit den Hilfsmitteln zu Ende ist und nicht weiß, wie sie den Kredit durch das Vertrauen und die Arbeit durch den Kredit beleben soll, ist im Begriff, das Geheimniß ihrer verderberschen Unfähigkeit in einem Kriege zu vergraben! Sie ändert den Charakter der Revolution vom 24. Februar; aus einer friedlichen und socialen macht sie eine kriegerische und politische; statt die Freiheit durch Ihren, will sie die Freiheit mit Kanonen machen. Volk, was haben sie Dir gesagt? Sie haben Dir gesagt, daß das Loos des Arbeiters zu beklagen wäre, und sie es bessern wollten! daß die Sterblichkeit den Reichen schone und sich auf den Armen werfe! Sie waren unwillig bei dem Gedanken, Dich so elend leben zu sehen. Was machen sie? Was haben sie vor? Sie haben vor, dich todtschlagen zu lassen. Glaube nicht, daß es die Hilfe für Italien oder Polen gilt: zwei Namen, mit denen man Deine Großmuth mißbraucht. Es geschieht, um sich Deiner zu entledigen, da sie nicht mehr wissen, was sie mit Dir anfangen sollen, um der Verantwortung für ihre Unfähigkeit zu entgehen; um die Spuren ihrer Verschleuderungen zu verwischen, um einen Vorwand zu haben zur Suspension aller politischen Freiheiten, es geschieht um einen verantwortlichen Urheber zu haben für alles Unheil, das sie nicht zu bemmen wußten, das sie erschuret haben! Man wird dann Alles auf den Krieg werfen.“ Möglich, und jedenfalls zu wünschen ist, daß diese bittern Vorwürfe ungerecht sind, so weit sie die gegenwärtige Regierung im Ganzen treffen sollen; gewiß aber ist, daß es eine Partei, vielleicht bald eine mächtige Partei gibt, ja daß diese Partei wohl gar die Regierung sein wird, und für die ist dann kein Wort zu viel gesagt. In einem Punkte hat Girardin jedenfalls ganz Recht — und die Wahrheit bleibt Wahrheit, es mag sie aussprechen, wer da will — Polen ist der Vorwand, das Schreckensſystem das eigentliche Ziel. Die folgenden Thatsachen werden dies über allen Zweifel erheben.

Wir haben die Blätter reden lassen, um die Stimmung zu bezeichnen, welche sich heute Morgen in dem Theil der Presse aussprach, der, abgesehen von den politischen Meinungen, der Anarchie und dem Terrorismus abhold ist. In Folge dessen erschien auch heute Morgen ein Aufruf der Regierung, der zur Ordnung und zur Gesetzlichkeit mahnt und die aufgeregte Stimmung zu beschwichtigen sucht. Daß Etwas im Werke sei, diese Ahnung, ja diese Gewißheit gibt sich in allen Organen kund; nur ja doch durch unterschriebene Proklamationen das Proletariat auf den Bastillenplatz entboten und die Emeute wie in den blutigen Tagen der Revolution förmlich angesagt. Wir lassen nun die Berichte folgen, wie sie eine der Pariser Korrespondenzen über die Vorfälle des Tages mittheilt.

Sitzung der Nationalversammlung. (Vorsitzender: Hr. Buchez.) Die Sitzung wird um 12 1/2 Uhr eröffnet. Mehrere Vorschläge werden vorgelesen, mehrere Dringlichkeit, mehrfach gewährt, erklären, in welchem Departement sie ihre Wahl beehrito annehmen; Lamartine und Ledru Rollin für Paris. Derjenige, der als Dichter, forderet nochmals seine Entlassung; sie wird angenommen.

Außer der Versammlung sieht es sehr kriegerisch aus, Bataillone der Nationalgarde und der Mobilen kampiren auf allen Seiten des Palais Bourbon. Ein Bataillon der Mobilen steht hinter dem Gitter des vordern Perisstyls, ein Bataillon der Nationalgarde im hintern Hofe. Im Saale sind um 12 1/2 Uhr kaum 500 Vertreter.

Man geht zur Tagesordnung und Interpellation wegen Italiens und Polens. Herr D'Aragon nimmt das Wort, er fordert von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Erklärungen über die Politik der französischen Republik Italien gegenüber. Der Minister Bastide nimmt das Wort, sein schwaches Organ macht die Erklärung, die er abliest, ganz unverständlich — sie scheint so ziemlich mit dem heutigen Artikel des National übereinzustimmen, nur in viel friedlicherer Fassung. Die Versammlung begrüßt diese Erklärung mit einem: Tres bien! Herr D'Aragon antwortet, der Minister habe erklärt, er wünsche die Erhaltung des Friedens, und Frankreich werde nicht in Italien intervenirren, da Italien diese Intervention nicht verlangt habe. Allein der Redner glaubt, daß Italien zuletzt in dem Kampfe erliegen, ob die französische Regierung dann intervenirren werde, und ob sie hierzu moralisch und materiell gerüstet sei. Ferner fragt er, ob die preuß. Regierung auf diplomatischem Wege Etwas für Italiens Befreiung gethan habe? Er glaubt, daß man die günstige Zeit zum Handeln, gleich nach der Februar-Revolution, habe unbenutzt vorübergehen lassen, und daß jetzt die Umstände viel schwieriger seien. — Herr Lamartine: Er will nicht antworten — bis die Interpellationen wegen Polens vorüber sein — dann werde er, über beide Fragen auf ein Mal vollständig und befriedigend antworten. Herr Wolowski spricht über Polen. Während des Anfangs seiner Rede hört man von Außen heftigen Lärm, das Geschrei einer ungeheuern Volksmenge — die Versammlung wird unruhig — mehrere Deputirte nehmen ihre Hüte und gehen hinaus.

Wir gehen hinab, über 100,000 Menschen mit Fahnen und der Inschrift: Vive la Pologne! sind um die Kammer versammelt, sie sind ohne Waffen, ohne Tambours — ihr beständiger Ruf ist: Vive la République! Vive la Pologne! In der Versammlung spricht indessen Wolowski fort, Niemand gibt Acht. Hr. Gerard stürzt todtenblaß herein, er sagt Buchez Etwas ins Ohr, hierauf will Wolowski unterbrechen, aber die Versammlung fordert, daß weiter gesprochen wird. Da kömmt der Quäſtor Degouſée und meldet, daß der General Courtais gegen die Anordnung des Präsidenten der Nationalgarde befohlen habe, die Bajonette abzuziehen. Heftiger Lärm. Clement Thomas fordert auf, die Petitionäre anzuhören, aber schon ist ein Theil derselben (um 1 1/4 Uhr) in die Tribunen gedrungen. Fürchterlicher Lärm von Außen und im Innern. Das Volk bricht die Thüren ein, sie dringen in alle Tribunen. Eine halbe Stunde dauert der Lärm nun schon, die Versammlung ist auf ihren Plätzen. Um 1 3/4 Uhr kömmt Ledru Rollin, sehr aufgeregt. Barbès stürzt auf die Tribune. Clement Thomas und Genard wollen ihn wegdrängen. Um 1 3/4 Uhr bringt der andere Volkshaufe in den Saal selbst. Gaussidière will ihm die Parthei entreißen, es kömmt zu einer Schlägerei, Ledru Rollin ist seit einer Viertelstunde auf der Tribune, er kann vor Lärm nicht zu Worte kommen. Barbès, Gaussidière sind ebenfalls auf der Tribune, Raspail ebenfalls, Niemand kann sprechen, man hört einen Schuß von Außen. Es ist 2 Uhr. Barbès gelingt es endlich, Stillschweigen hervorzubringen. Der Präsident will die Petition für Polen vorlesen, aber neue Haufen drängen ein, und der Lärm fängt wieder an, zugleich hört man von Außen feuern. Endlich will Raspail das Wort nehmen, es wird stille, da schreit ein Deputirter: Sie haben nicht das Recht, hier zu sprechen! Das Volk wird wüthend, es will den Deputirten herunterreißen, der nur mit Mühe geschützt wird.

Der Lärm geht wieder fort. Es mögen etwa 2000 Menschen eingedrungen sein — davon 500 im Saale unten, die übrigen auf den Tribunen. Die ganze bewaffnete Macht, die in und vor der Kammer, hat zu thun, um die Ueberigen von Eindringen abzuhalten, die Versammlung ist daher im Innern ganz schutzlos. — Um 2 1/4 Uhr steigt Louis Blanc auf die Tribune, enthusiastischer Jubel empfängt ihn, Alles drückt ihm die Hände, er verschafft sich Gehör. Er fordert das Volk zur Ruhe auf, damit die Petition gelesen und diskutirt werden könne, wie auch im Interesse seiner eigenen Würde solle das Volk geeilt, stark und ruhig sein! Raspail, fängt an die Petition zu lesen, da erhebt sich ein Deputirter und protestirt. Neuer wüthender Lärm. — Endlich gelingt es Raspail die Petition vorzulesen — sie verlangt, daß die Nationalversammlung sich augenblicklich mit der Polenfrage zu beschäftigen habe. — Der Ruf: Vive la Pologne! begrüßt die Petition. Der Lärm fängt das Bureau des Präsidenten, man kann wieder vor Lärm Nichts hören, die Vertreter sitzen ruhig auf ihren Sitzen, draußen wird in ganz Paris Generalmarsch geschlagen.

Barbès verlangt ein Dekret, wodurch die Nationalversammlung erklären soll, daß das Volk von Paris sich durch die heutige Demonstration um das Vaterland verdient gemacht habe. (Aus in diesem schamlosen Antrag liegt eine furchtbare Erinnerung an 1793; Robespierre und Marrat deantragten auch den Dank für das Volk, wenn es mit den Fäusten den Konvent tyranisirte.) Es ist 2 1/2 Uhr vorbei. Blanqui erscheint jetzt auch, er ist auf der Tribune. — Silence! Silence! — Aber auch Blanqui kann sich kein Gehör verschaffen. — Endlich hält er eine Rede zur Gunsten Polens — es ist im Saale todtenstille — aber von Außen hört man wüthendes Geschrei. Er sagt: wir verschieden sind die politischen Meinungen in Frankreich sein mögen, über Eines sei die ganze französische Nation einig, und dies sei die Polenfrage. Am Schlusse begehrte er die Freilassung aller politischen Gefangenen, ferner erklärte er: das Volk verlange von der Nationalversammlung, daß sie sich vor Allem mit der Frage der Arbeit beschäftige. Der Mangel an Arbeit habe tiefliegende, sociale Wurzeln. (Ihrer Element Thomas: Ich verlange das Wort! — Lärm. Seine Freunde hindern ihn am Reden). Man ruft Blanqui zu, bei der Frage zu bleiben. Blanqui fordert daher, daß man sogleich über die Polenfrage abstimme. Unter diesem Lärm wird es 3 Uhr. — Die Lage der Dinge ist im Innern noch immer dieselbe, von Außen wissen wir Nichts mehr, denn alle Aus- und Eingänge sind geschlossen und bewacht. — Neuer Lärm, neue Haufen dringen herein. Blanqui spricht abermals unter großem Lärm. — Endlich nimmt Ledru Rollin das Wort, er verspricht dem Volke Befriedigung seiner Wünsche (Jubel). Er sagt, das Volk von Paris solle ruhig sein, denn bei seiner Macht könne es nicht betrogen wer-

Digitized by Google

## Die Geschäftsordnung des Parlaments.

Die „Vorschläge zu einer Geschäftsordnung des verfassungsgebenden Reichstages, von R. Mohl" sind dem Vernehmen nach von der vorberathenden Kommission in Frankfurt in ihren wesentlichen Zügen adoptirt worden und werden also wahrscheinlich die formelle Grundlage für die Verhandlungen des künftigen Reichstags bilden. Der Verfasser, bekanntlich berufen zu dieser Arbeit wie Wenige, ist einer solchen Adoption entgegen gekommen durch strenge, auf unmittelbare Anwendung berechnete Fassung seiner Vorschläge, während die Rechtfertigungen einzelner Punkte, Resultate einer umfassenden Sachkenntniß und einer Anschauung in deutschen und auswärtigen legislativen Versammlungen, in den Anmerkungen niedergelegt sind. Dem Gange des Entwurfes folgend, heben wir einzelne Hauptsätze aus.

Die einleitenden Maßregeln sind sehr passend dem Fünfzigerausschuß zugewiesen, als einer bereits bestehenden und zu diesem Zweck eigentlich niedergesetzten Behörde. Er entscheidet über die vorläufige Zulassung und veranlaßt, wenn etwa 350 Mitglieder beisammen sind, eine vorbereitende Versammlung, welche einen Vorsitzenden, einige Stellvertreter und Schriftführer wählt, Alle nur vorläufig bis zur definitiven Vorstandswahl durch die volle Versammlung. — Für diesen letztgenannten, entscheidend wichtigen Akt macht der Verf. den Vorschlag, den Vorsitzenden nur vorübergehend, auf je 4 Wochen zu wählen. Das Bedenkliche und Auffallende, was hierin liegt, verkennt er nicht; aber er macht darauf aufmerksam, daß eine konstituirende Versammlung ein andres Bedürfniß habe, als eine konstituirte, daß hier, wo ein Zerfluthen verderbenbringend für ganz Deutschland sein würde, die Versammlung Zeit haben müsse, ihre Talente zu prüfen. Durch die Bestimmung, daß der Austretende wieder wählbar ist, wird ihr die Möglichkeit gegeben, den probehaltig befundenen Mann ihrer Wahl festzuhalten, und man darf hoffen, daß sie sich dieses Mittels bedienen werde, um den Bedenklichkeiten abzuhelfen, die bei dem Vorschlage sich immerhin aufdrängen. Wenn der Verf. sich darauf beruft, daß die Konstituante von 1789, und gar der Konvent, „ohne fühlbare daraus rührende Nachtheile", wechselnde Vorsteher gehabt hätten, so können wir dies nicht so leicht zugeben und möchten daran erinnern, wie sehr z. B. der Vorsitz eines Mirabeau, Chapelier oder Herault de Sechelles im kritischen Augenblick sich von Andern unterschied. Daß auch die vier Stellvertreter nur vorübergehend ernannt werden, ist eine Folge aus dem Vorhergehenden; dagegen soll das Amt der acht Schriftführer, wenn sie nicht selbst, nach mindestens vierwöchentlicher Frist, ihre Festung verlangen, ein dieibendes sein.

Besonders zahlreich und sorgfältig sind die Bestimmungen über die Wahlprüfung, vielleicht der treffliche Theil der ganzen Arbeit. Wir können hier am Wenigsten in diese einzelnen Bestimmungen folgen, in denen auch das Kleine wichtig ist, und müssen auf die ansführliche und treffliche Rechtfertigung verweisen. Die Hauptpunkte sind diese: Ein Wahlausschuß von 15 Mitgliedern wird von dem Gesammtvorstand (Präsident, Stellvertreter und Sekretäre), unter dem Veto der Versammlung ernannt, und nach je 4 Wochen erneuert; er entscheidet über die anscheinende Echtheit der vorgelegten Wahlurkunde und über die Uebereinstimmung derselben mit dem betreffenden Landeswahlgesetz, endgiltig und ohne weitere Berufung; über die Uebereinstimmung der einzelnen Landeswahlgesetze dagegen mit dem Beschlusse der Frankfurter vorberathenden Versammlung und über die Gesammtzahl der Abgeordneten eines Landes erstattet er Bericht und Antrag an die Versammlung, der die Entscheidung hierüber zusteht. Hat der Ausschuß oder die Versammlung über die Giltigkeit einer Wahl entschieden, so darf sie von Mitgliedern der Versammlung nicht weiter angegriffen werden. Mitgliedern dagegen (d. h. Wählern des Bezirks und Gegenbewerbern) dürfen, der Ausschuß mag bereits entschieden haben oder nicht, innerhalb der ersten 4 Wochen nach Einreichung der Wahlurkunde eine Wahl ansechten. Durch einzelne Bestimmungen, besonders über den Kostenpunkt, ist diese Ansechtung sehr erschwert, doch nicht unmöglich gemacht, denn mit Recht hofft der Verf., es werde in dieser Zeit nicht so sehr an Gemeingeist in Deutschland fehlen, daß nicht in einem bemerkbaren Falle Meinungsgenossen zusammenständen, um ihr Recht und das des Vaterlandes zu vertheidigen. In öffentlicher Sitzung und mündlicher Verhandlung prüft der Ausschuß die Beweismittel der Parteien für und gegen die angefochtene Wahl; die Berathung und Abstimmung erfolgt in geheimer Sitzung. Die Zuständigkeit des Ausschusses oder der Versammlung richtet sich auch hier nach der oben angegebenen Reichsschnur.

Der Grundsatz, einer großen und ganz neu gebildeten Versammlung häufige Wahlen möglichst zu ersparen, hat den Verf. bewogen, bei der Bildung der Ausschüsse dem Gesammtvorstand eine wesentliche Rolle zu ertheilen. Die Versammlung theilt sich zu jenem Zwecke durch Loos in 15 gleiche, alle 4 Wochen zu erneuernde Abtheilungen, und aus diesen wählt in der Regel der Gesammtvorstand, ausnahmsweise die ganze Versammlung, die Mitglieder der Ausschüsse, so daß jede Abtheilung in der Regel ein Mitglied des fragl. Ausschusses stellt. Der Gesammtvorstand hat bei seiner Wahl die voraussichtlich vorhandenen wesentlichen Meinungen zu berücksichtigen, eine Bestimmung, die, wie der Verf. bemerkt, in England, wo feststehende Gewohnheit herrscht, wegfallen könnte, bei uns aber jene ersetzen muß. Die Ausschüsse sind theils stehende, theils besondere. Weiter dürfen wir nicht ins Einzelne gehen, aber von Interesse wird es sein, die Gegenstände der Beschäftigung für die 9 stehenden Ausschüsse aufzuführen: Geschäftsordnung, Begutachtung der Reichsverfassung, auswärtige Angelegenheiten, Heerwesen und Flotte, Finanzen, volkswirthschaftliche und gemeinnützige Angelegenheiten, Wahlprüfung, bürgerliche und Strafgesetzgebung, Petitionen. Die treffliche englische Gewohnheit, daß die Ausschüsse Zeugen abhören, amtliche Auskunft verlangen und die Ergebnisse bekannt machen, hat der Verf. auch zu seinem Vorschlag gemacht.

Auf die Regeln für die Verhandlungen dürfen wir hier nicht eingehen, weil sie mehr die Eigenthümlichkeiten legislativer Versammlungen überhaupt, als die besonderen der bevorstehenden konstit. Versammlung betreffen. Wir wollen nur aus der Reihe der Vorschläge anführen, daß ein Redner sich zwar einschreiben lassen, aber dann nur eine halbe Stunde reden darf, während die freie Verhandlung keiner solchen Beschränkung unterliegt. Einen Vorteeg abzulesen, wird nicht gestattet.

Daß der scheinbar so äußerliche Umstand der Sitzordnung seine Bedeutung habe, führt der Verf. treffich aus und entscheidet mit überwiegenden Gründen für die freie Wahl des Platzes. Keine unfreiwillige Sitzordnung nach irgend rationellen oder irrationellen Gründen wird hiernach auf dem Reichstag die Anziehung der wahlverwandten Elemente und die augenfällige Bildung politischer Parteien hindern. Für die Abstimmung empfiehlt der Verf. als rathsame und sichere Weise Sitzenbleiben und Aufstehen und bei zweifelhaftem Ergebniß die Abstimmung mit zwei Kugeln, die dem Abstimmenden eher Gelegenheit gibt, seine Abstimmung zu verbergen. Den Einwendungen, welche diesen Vorzug nicht als einen solchen anerkennen möchten, entzieht sich der Verf. mit der Frage: ob man es vorziehe, Zurschaue gegen ihre Ueberzeugung oder nach derselben handeln zu sehen; und daß der politische Heldenmuth plötzlich allgemein geworden, zieht er in Zweifel.

Aus dem letzten Abschnitt über Petitionen heben wir die wichtige, durch die warnenden Beispiele aus der franz. Revolutionsgeschichte unterstützte Bestimmung hervor, daß die Petitionen schriftlich einzureichen und in keinem Falle Deputationen in den Sitzungen zuzulassen sind.

Zum Schluß weisen wir wiederholt auf die eben so reichhaltigen als klaren Motivirungen des Verf. hin und wünschen, daß die im Obigen nackt hingestellten Sätze die Leser anregen möchten, jene selbst zur Hand zu nehmen.

**Preußen.** Berlin, 13. Mai. Die gestern erwähnte Erklärung des Staatsministeriums in Betreff der Zurückberufung des Prinzen von Preußen lautet: Die vom Staatsministerium Sr. Majestät dem Könige vorgeschlagene Zurückberufung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen hat bei einem Theil der Hauptstadt Widerspruch gefunden. Unser von des Königs Majestät genehmigter Vorschlag beruht auf der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, daß der Nächste am Throne nicht außerhalb der Grenzen des Vaterlandes weilen darf zu der Zeit, wo das neue Verfassungswerk zwischen dem Könige und zwischen seinem Volke vereinbart werden soll. Wir erblicken hierin eine Bürgschaft für die Zukunft des Vaterlandes, für die Einigkeit zwischen Thron und Volk, für die Kraft des Staates, doppelt wichtig in einem Augenblicke, wo Preußen mit den Waffen an den deutschen Grenzen, mit dem Worte in zwei großen Versammlungen seinen alten Ruhm der Tapferkeit und Intelligenz zu bewähren berufen ist. Wie zweifeln auch nicht, daß die Verhandlungen in der Versammlung, die wir allein als die wahre Vertretung des gesammten preußischen Volkes anzuerkennen vermögen, Gelegenheit darbieten werden, den Zweck des Aufenthaltes des Prinzen von Preußen

Digitized by Google

in dem freien England und des Seine Heimkehr verzögernden Rückweges über das durch seine Institutionen sich bewährende Belgien in das wahre Licht zu stellen. Das ganze Land wird dann die Ueberzeugung gewinnen, daß der Preis mit freudiger Zuversicht in die von der Regierung Sr. Majestät des Königs betretene neue Bahn zu verfolgen sich entschlossen ist, und daß die Regierung von Ihm eine kräftige Unterstützung bei Ausführung der Vorschläge zu erwarten hat, welche sie im Interesse der Befestigung der Freiheit an die zu berufende Versammlung zu bringen beabsichtigt. Damit werden dann alle Besorgnisse vor reaktionären Tendenzen schwinden, und es wird das leider noch immer gestörte Vertrauen zu Gesetz und Ordnung, zum Heile aller Klassen des Volkes, zurückkehren! Berlins Bewohner werden mit und die Ueberzeugung theilen, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann, wenn, wie es am gestrigen Tage geschehen ist, auch ferner Versuche gemacht werden sollten, durch Deputationen in Begleitung großer Massen auf die Entschließung der Regierung einzuwirken. Jede geordnete Regierungsgewalt und mit ihr die Herrschaft des Gesetzes, worauf allein die wahre Freiheit beruht, ist gefährdet, wenn durch solche Demonstrationen die Abänderung von Regierungsbeschlüssen gefordert wird. So sehr es den Wünschen der Regierung entspricht, daß die öffentliche Stimmung sowohl aus der Hauptstadt, als aus allen Theilen des Landes sich kundgibt, so darf sie doch verlangen, daß dies auf geordnetem Wege geschehe. Die schließliche Entscheidung über ihre Maßregeln wird sie von der Volksvertretung erwarten. In dieser ihrer Ansicht nach allein würdigen Stellung dankt die Regierung auf die gute, oft bewährte Gesinnung und auf die Anerkennung der Bewohner Berlins. Berlin, den 13. Mai 1848. Das Staatsministerium. Camphausen. Gr. v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Gr. v. Kanitz. v. Patow.

† Vom Mittelrhein, Mitte Mai. Die politische Lage Deutschlands ist der Art, daß sie uns einen Krieg mit unserem westlichen Nachbar nicht gerade als nahe bevorstehend (?) erscheinen läßt; die Bewegungen, welche die centraleuropäischen Völkermassen ergriffen haben, sind jedoch zu mächtig, um nicht auf jede Möglichkeit gefaßt sein zu wollen. Die Erinnerungen vergangener Zeiten, in welchen unser schönes Vaterland leider der Schauplatz verheerender Kriege war, deren traurige Spuren nur zu lange dem getrübten Blick sichtbar blieben, hätten uns schon längst diejenigen Schöpfungen bringen sollen, deren Dasein eine Wiederholung jener traurigen Zustände möglichst vermieden hätten. Sehen wir uns nach dieser Seite um und erwägen, ohne Vorurtheil, was wir in einem langen Frieden errungen haben, so finden wir, daß den Erwartungen bei Weitem nicht entsprochen worden ist. Nehmen wollen wir anerkennen, wie Preußen in Befestigung seiner Grenzen unermüdlich thätig war, wie von Wesel bis Koblenz diesenigen Arbeiten vollzogen wurden, welche jenen Plätzen mehr Festigkeit, dem ganzen Vertheidigungssysteme mehr Zusammenhang geben sollten; wir müssen ebenso anerkennen, was für Mainz geschehen ist, wir müssen die Bestrebungen Baierns loben, welches in Germersheim ein neues Glied dem Vertheidigungsgürtel beigefügt hat und wollen endlich nicht übersehen, daß in Rastatt und Ulm zwei neue feste Plätze geschaffen wurden, welche jedoch leider noch nicht vollendet sind. Was die Lage der einzelnen Plätze, den hauptsächlich hieraus folgenden Nutzen betreffen, so kann man verschiedener Meinung sein. Uns däucht indeß, daß nicht alle so gelegen sind, wie es der allgemeine Zweck gebietet, daß ferner noch Expensen fehlen, welche die zerstreuten Gelder zu einem Ganzen vereinigt potenziren sollten. Ein großer Theil unserer Festungen liegt zu weit rückwärts der Grenze, wir sehen nur den Nordwesten derselben durch Luxemburg, Saarlouis, Landau und Rastatt in erster Linie gehörig geschützt. Die übrigen Festungen alle, wenn schon die bedeutendsten darunter, gehören einer zweiten Vertheidigungslinie an. Gerade die schwächste Seite unserer Grenze, der Südwesten, die Linie von Rastatt bis Lörrach, ist allen Schutzes baar, den ein fester Platz ihr gewähren könnte. Wir wollen uns jetzt nicht bei der Frage aufhalten, was zum Schutze dieses Theiles der Grenze hätte geschehen sollen; vielmehr wollen wir in Anregung bringen, was, in nächster Zukunft, dafür geschehen könnte. Man mag über den Werth der Festungen überhaupt, über die Art der Befestigung insbesondere, verschiedener Ansicht sein, so läßt sich doch mit Bestimmtheit sagen, daß Vortheile, welche die Natur bietet, durch die Kunst erhöht werden können, und in taktischer Hinsicht oft mit geringen Mitteln eine Widerstandskraft erzeugt werden kann, welche den kühnsten Erwartungen entspricht. Schon mehrfach haben vorübergehend aufgeführte Befestigungen Festungen ersetzt, ohne daß sie bei ihrem Falle den großen Nachtheil hatten, dem Feinde eine nutzbare Beute gewesen zu sein. Sollte uns diese Betrachtung nicht zu der Frage führen, ob sich der Schwarzwald nicht auf ähnliche Weise zu dem Bollwerk machen ließe, an welchem die Wogen einer überfluthenden Volksfluth machtlos zerschellen? Wir glauben Ja! Dieser Zweck würden vorerst durch die Anlage einzelner Befestigungen in den Eingängen der Schwarzwaldthäler und einzelner rückwärts gelegenen Punkte. Mit Absicht enthalten wir uns, auf die nähere Entwickelung dieses Planes einzugehen, müssen aber zu besserer Verständigung noch einige allgemeine Betrachtungen hinzufügen. Mit dem Gedanken an einen Krieg mit Frankreich verbindet sich natürlich jener über die Art seiner Führung, und hier bildet das politische Element den Ausgangspunkt. Bei der gegenwärtigen Stellung der Staaten, die durch diesen Krieg unmittelbar berührt werden müßten, können, was Niederland und Belgien betrifft, nur zwei Fälle als möglich gedacht werden. Diese Staaten sind entweder neutral oder sie sind unsere Verbündeten. In beiden Fällen beschränken sich die direkten Angriffspunkte des deutschen Gebietes auf die Linie von Luxemburg längs des preußisch, baierisch und hessischen Gebietes bis an die Schweizergrenze bei Basel. Das französische Elsaß drängt sich keilförmig in die deutschen Lande und man könnte geneigt sein, diese Form für einen strategischen Vortheil auf feindlicher Seite zu halten. In der That wird es aber erst zum wahren Vortheil durch die jenseitigen fortifikatorischen Anlagen, hauptsächlich durch Straßburg. Dies strategische Uebergewicht würde mehr als paralysirt, ja zu unseren Gunsten gewendet, wenn wir an unserem Oberrhein, vielleicht bei Altbreisach oder Freiburg, einen gleich starken festen Platz wie Straßburg hätten. Wenigstens würde ein feindliches Heer erst diesen Platz oder Rastatt genommen haben müssen, ehr es an ein weiteres Vordringen denken dürfte. Bei dem Geiste, wie er gottlob jetzt in dem deutschen Volke lebt, läßt sich jedoch mit Zuversicht annehmen, daß ein Krieg, mag er uns geboten werden von welcher Seite er will, diejenige entschiedene Begeistung findet, die einen großen Volkes allein würdig ist, daß wir mit unseren Mitteln nicht geduldig warten, bis der Feind auf unseren Fluren steht! Haben wir ein starkes Heer an unserem Oberrhein, ein anderes zwischen Luxemburg und Saarlouis stehen, bereit, bei dem ersten Kriegsruf der Franzosen in Frankreich einzudringen, dann wahrlich werden wir den Frembling nicht so bald auf unseren Fluren zu suchen haben. Entscheidet aber das Waffengluck gegen uns, so wäre es erst Zeit von den Vorbereitungen Gebrauch zu machen, die wir auf eigenem Gebiete zu unserer fernern Sicherheit und Aufnahme finden. Dies sei unser befestigter Schwarzwald. So nur verstehen wir den Schutz der Rheingrenze!

### Amerika.

Den Berichten von gänzlicher Entblößung und apokolischer Armuth Ludwig Philipps gegenüber sei man Folgendes, was aus Philadelphia der Köln. Z. geschrieben wird: Man erwartet hier mit aller Zuversicht die Ankunft Ludwig Philipp's, welcher, was Ihnen vielleicht bekannt sein dürfte, ein sehr bedeutendes Vermögen in Amerika besitzt. Man hat sich die Mühe genommen, in der Bank von Pennsylvanien, welche das Schuldbuch des Staates führt, nachzusehen, ob nicht der Ex-König der Franzosen Staatsgläubiger des von Wilhelm Penn gegründeten Staates ist, und siehe, man fand, daß er bloß die nämliche Summe von 500,000 Dollars gut hat. Wahrscheinlich hat der Napoleon des Friedens dem friedliebenden Sitter der Quäker, welche ebenfalls an keinen Krieg glauben, einen Beweis seiner Achtung geben wollen. In New-York gehört eine ganze Reihe von Häusern und Grundstücken, namentlich aber das New-York-Hotel in Broadway, ebenfalls dem Napoleon des Friedens. Zudem soll noch der entthronte Friedens-Kaiser ein großes Eigenthum in New-Orleans und ausgedehnte Ländereien im Westen der Union besitzen. Sie ersehen hieraus, daß man ihn nicht zu bemitleiden braucht, wenn seine Krongüter zum Besten der arbeitenden Klassen öffentlich verkauft werden. Alle Napoleoniden, welche hier seit 30 Jahren anwesend gewesen, haben Amerika verlassen und sich nach Frankreich eingeschifft; dasselbe erwartet man jetzt die Ueberbleibsel der alten und neueren Bourbonen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ewert & Comp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Ueberseeische Länder werden nur Sich an C. A. Alexander in Straßburg Nr. 29 Brand., Paris Nr. 29 Rue Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeberschaft besorgt das Gesetz. Red. Professor Beseler in Heidelberg. Der Preis beträgt laut Beschluß d. 13. 20 fl. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 140. Heidelberg, Samstag 20. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde XIII. — **Wien** (K. Grün und C. v. Schwarzer gewählt. Die ungarischen Regimenter bleiben. Der österreich. Reichstag. Aufhebung der Roboten in Galizien und Lodomerien). **Triest** (Fortschritte des österreichischen Korps Augent). **Aus Tirol** (Militärisches). **Berlin** (die Stimmung beruhigt). **Vom Rhein** (die Wahlen und die ultramontane Partei. Rückblick auf die Wahlen). **Elbing** (das freisinnige Wahlgesetz unfreisinnig ausgebeutet. Die Geistlichen. Städtische und ländliche Wahlen). **München** (Kammerverhandlungen). **Herrenberg** (Parlamentswahl). **Weilheim** (eine topale Wahl). **Sachsen** (Parlamentswahlen). **Baden** (Parlamentswahlen). **Karlsruhe** (ein Untersuchungsgericht angeordnet). **Lurenburg** (Parlamentswahl). **Rendsburg** (Stimmung in Jütland gegen die Gestänner. Truppenverstärkung nach Fridericia. Gefechtsgel in Dänemark). **Hamburg** (Gerüchte von ernstlichen Gefechten). **Frankfurt** (Sitzung des Bundestages. Das Promemoria und der Fünfzigerausschuß. Verhandlungen deßelben. Die Eröffnung der Nationalversammlung festgesetzt. Die Wahl des Präsidenten. Antrag Lenes).

**Schweiz.** Bern. Die Versöhnung. Officielle und faktische Neutralität. Die Schweizer Arbeiter in Deutschland. Tagsatzungsverhandlungen. Ochsenbein und wälscher Radikalismus.

**Niederland.** Amsterdam. Ministerkrisis.

**Großbritannien.** Brougham beantragt Verbesserung der Strafgesetze. Gerichtet von einem Ministerium Peel. Lord Ashburton. †

**Nachschrift.** Frankfurt. Erste Sitzung der Nationalversammlung.

**Beilage. Niederland.** Ministerwechsel. **Großbritannien.** Loyalitätsadresse an die Königin. Tod zweier Parlamentsmitglieder. Cobden gegen die Fremdenbill. **Frankreich. Paris.** Räderer über die Vorfälle vom 15. Verhaftungen. Verhandlungen der Nationalversammlung; die Ruhe hergestellt. **Straßburg.** Die letzten Ereignisse.

### Heidelberg, 19. Mai.

Wir kämpfen in Deutschland den großen Kampf der Reform mit der Revolution. Unsere erste und schönste Hoffnung, daß wir ohne inneres Blutvergießen zur Wiedergeburt unseres Staates gelangen könnten, ist nicht in Erfüllung gegangen. Die Revolution hat da und dort ihr Haupt erhoben, aber sie ist unterdrückt worden; die allgemeine Meinung hat sie verurtheilt. Dies soll uns, die wir auf der Seite der Reform stehen, nicht sanguinisch machen. Die Revolution, wie alles Andere, will eingeübt und gelernt sein, und ihre ersten Lehrlingsproben sind so gewesen, daß sie uns Meister verspricht. Die Reform wird also ihre ganze Kraft und Meisterschaft zu erproben haben, wenn sie die Revolution auf die Dauer niederhalten will. Sie wird nicht mit der Indolenz der Masse ihre Siege feiern müssen, sondern mit der Energie und Thätigkeit alles Talents, alles Charakters, aller tüchtigen Gesinnung, alles echten Freisinns, der in der Nation zu finden ist; sie wird mit aller Wachsamkeit zugleich gegen die Reaktion wie gegen die Revolution ihre Stirne zu kehren haben; sie wird einschneidender Mittel bedürfen, wenn sie die letztere bändigen oder im Voraus entwaffnen will; sie wird Nichts so sehr zu fürchten haben, als die Lauheit der Wohlgesinnten und die thatlose Ruhe, die die Hoffnungen der Unverbesserlichen wieder aufweckt, und die Halbheit der Zustände, bei der man so gern stehen bleibt, wenn die Zustände leidlich sind und wenn, sie total umgestalten, Unruhe, Kämpfe und Opfer kostet.

Wir waren früher für die Sache der Reform jeden Kampf mit dem Obscurantismus in Staat und Leben aufzunehmen bereit, wir wollen ihn jetzt zugleich gegen die Revolution durchfechten, so lange uns nicht jeder Boden unter den Füßen hinweggenommen ist. Diesen höchsten Grundsatz sehe man als den Faden an, der unsere Ansichten überhaupt und auch die über unser Verfassungswerk überall zusammenhält. Weil wir für Reform sind, darum sind wir, wenn es mit der Verträglichkeit nicht geht, für Vertrag zwischen Fürsten und Volk, zwischen den Einzelstaaten und dem Ganzen, zwischen Partikularismus und Einheit, zwischen Bund und Reich, womit darum keineswegs gemeint ist, daß wir auch mit jedem Eigensinn eines einzelnen Staates oder Fürsten vertragen wollten. Weil wir für Reform sind, darum sind wir für kein Provisorium, das die faktischen Zustände unterhalten würde, das der Anarchie nicht gewachsen wäre, das der Sucht der Unruhe, der Erwartung, der Neuerung fortwährende Nahrung gäbe. Weil wir für Reform sind, darum sind wir nicht für ein Wahlreich, weil dies eine Institution ist, die nur einem verlängerten Provisorium gleicht. Weil wir für Reform sind, darum sind wir nicht für einen Turnus der Oberherrschaft, weil diese Einrichtung wesentliche Fehler des Wahlreichs hat und den bedeutendsten dazu, daß hier selbst die Möglichkeit einer Steigkeit in der Leitung der Dinge, die wenigstens durch Wiederwahl einiger Maßen zu erreichen wäre, abgeschnitten würde. Weil wir für Reform sind, und zwar für eine Reform, die die Energie der Revolution nicht scheuen und die Opfer, welche die Revolution erzwingt, freiwillig darbringen soll, darum sind wir für ein erbliches, durch Hausmacht starkes Oberhaupt, das Deutschlands Würde nach Außen allein aufrechthalten und dadurch die innere Unbefriedigung, den Quell aller aufrührerischen Gelüste, ersticken kann. Weil wir für Reform sind, darum sind wir für scharf geprägte Formen der Verfassung, die allem Verlaufgen, allem Unterminirlichen, allem Unsichtbaren und Schwankenden mit einem Male ein Ende machen. Weil wir für Reform sind, darum sind wir für so schneidende Mittel, um das Selbstgefühl der Nation zu wecken, für Kriege, für Marineschöpfung und alle äußere Thätigkeit, die den üppigen Kräften Materie gibt, sich zu erproben, ohne selbstzerstörend gegen das eigene Fleisch und Blut zu wüthen.

Man verschreit die Siebenzehn als Alterthümler, weil sie dem deutschen Oberhaupt den Titel Kaiser und dem deutschen Bundesstaate den Titel Reich gegeben haben; man verlacht die Siebenzehner und und, weil wir eine starke Einheit gründen wollen, die in Klein- und Großstaaten unbesiegbare Gegner haben werde; man verdächtigt auch unsern Freisinn, weil wir die erbliche Monarchie predigen und dabei einen Senat gründen wollen, in dem wir die Reinsten deutschen Staaten vertreten lassen, also in ihrer Freiheit anerkennen. Was den Freisinn gerade angeht, so wollen wir auf die Heldenthaten des Freimuths unserer Gegner getrost warten. Sie wissen, daß die größeren Staaten und Höfe sich nicht sehr willig einem erblichen Oberhaupte fügen werden; sie fügen sich also dieser Schwierigkeit und stimmen für ein Wahlreich; die Kraftstücke aber, die sie an den Großen nicht versuchen mögen, werden sie dagegen an den Kleinen ausüben: man warte nur darauf, wie beldenmüthig sie sich in der Presse oder in der konstituirenden Versammlung für den Wegfall der kleinsten deutschen Staaten erheben werden! Wir wollen indessen bei unserer unbankbarern Kriegführung bleiben: wir wollen gerade den Mächtigen gegenüber unermüdet wiederholen, daß, wenn sie das deutsche Land nicht verdauernden, unüberschauten Bewegungen aussetzen wollen, sie nothwendig mit starken Opfern eine starke einheitliche Macht, gleich jetzt, definitiv, begründen müssen, und daß der einzige Weg, die Revolution in ihrem Keime zu unterdrücken, diese gründliche Reformation am Haupt und an den Hauptgliedern des Staates ist. Wir wollen dann den Kriegszug gegen die kleinen Fürstenthümer Andern überlassen, in der Ueberzeugung, daß wenn die Einheit so begründet wird, wie wir es wünschen, gerade diese kleinen Bielheiten ihr am wenigsten Eintrag thun werden.

Man hat von Oesterreich die Erklärung bereits hinnehmen müssen, daß es sich den Ordnungen eines Bundesstaates nicht fügen werde; wir thun was wir können, um die Oesterreicher zu überzeugen, daß es ihr eigener Vortheil erheischen dürfte, sich dem deutschen Bunde enge einzuverleiben. Sollte Alles mißlingen, sollte Oesterreich auf einer Ausnahmsstellung beharren, ja sollte es ganz zurücktreten, so müssen wir uns dies wohl von einer Macht

Digitized by Google

gefallen lassen, mit welcher Friede zu halten unser erstes Bedürfniß ist, und die wir überdies in solch einem Falle nicht zwingen könnten und dürften, weil ein zu achtendes Bedürfniß, eine force majeure diesen Schritt ihr aufnöthigen, weil die Bevölkerung in ihrem größesten Theile diesen Schritt gutheißen würde. Es ist zu frühe, die moralische Kraft des nationalen Zusammenhanges zwischen Deutschland und Oesterreich in solch einem Falle geltend zu machen, sie würde sich versagen. Und das wäre der leidige Trost in diesem äußersten Falle, daß in dem übrig bleibenden deutschen Bundesstaate faß nur gleichartige Bestandtheile dann zurückblieben. In diesen könnte man getrost den deutschen Volksgeist operiren lassen, wenn sich einzelne Regierungen und Höfe, selbst wenn sich einzelne Stämme und Landestheile dem deutschen Einigungs- und Verfassungswerke widersetzen sollten. So ist es mit Baiern. Es ist gewiß, daß dieser Staat die meisten Opfer bringen würde, wenn nach unserem Wunsche die deutsche Krone an Preußen fiele; nach unserer Auseinandersetzung selbst größere Opfer als Oesterreich. Man hat das unter den Siebenzehn wohl gefühlt; man hätte Baiern gern alle möglichen Gewährungen entgegenzugehen gebracht; man legte darum das Reichsgericht nach Nürnberg; die Bestimmung, daß Baiern im Falle einer Minderjährigkeit die Regentschaft führe, würde man sehr gerne in das Grundgesetz eingehen sehen; jede Ehre, die Baiern zu Theil werden könnte, ohne dem Ganzen und seiner strengen Einheit zu schaden, würde man willig ertheilen. Aber auch ohne solche Ersatze sollte sich Baiern nicht bedenken, seine großen Opfer dem Gesammtvaterlande darzubringen. Es soll sich fragen, was aus Deutschland werden wird, wenn in Folge einer schwachen Obergewalt, einer furzen wechselnden Herrschaft, die Bedeutungslosigkeit nach Außen und durch sie der Unmuth nach Innen fortdauert. Es soll sich fragen, was, im Falle einer Konstituirung der obersten Gewalt in unserem Sinne, sein Widerstand fruchten könnte, und ob in seinen neuerworbenen Provinzen der deutsche Einheitssinn nicht schleunigst durchgreifen würde? Nachst Baiern dürfen wir aus Hannover den stärksten Widerstand gegen unsere einheitlichen Verfassungsformen erwarten. Es verlautet, daß der König seinen Bundestagsgesandten ausdrücklich gegen die einheitliche Monarchie instruirt habe. Soeben kommt uns eine kleine in Hannover gedruckte Broschüre zu: „Einige Bemerkungen zum Entwurfe des Reichsgrundgesetzes". Sie darf wohl als das Programm der partikularistischen Opposition der höhern Regionen angesehen werden. Es heißt da, durch die Prärogative des Reichs (Art. II.) würde „die Selbständigkeit der einzelnen Staaten aufgehoben"; man fragt da, „wer unter diesen Umständen noch Fürst, wer Mitglied einer Ständeversammlung in den einzelnen Staaten sein möchte"! Deutschland, sagt man da ferner mit der größten Bequemlichkeit, sei in den letzten 33 Jahren, wenn nicht einig so doch einiger gewesen als je zuvor! In den vielen Staaten „liebe doch Jeder sein eigenes Vaterland und wünsche im einigen großen Deutschland zu bleiben, wenn er nur es ist"! Man solle daher in den einzelnen Staaten in den „neuen" konstitutionellen Formen wieder aufbauen, was zur Erhaltung jedes Staates nothwendig ist! Wir sollen „auf die Einheit auf dem Papiere lieber verzichten"! Bestehen werde sie doch so nicht, wie der Entwurf wolle! an seinen Bestimmungen über das Reichsoberhaupt müsse er scheitern. „Der augenblickliche Zustand eines politischen Rausches, wie er bei uns herrscht, sei überhaupt nicht geeignet, um Verfassungen zu berathen"! Man soll also bei der alten Nüchternheit bleiben, man soll den Bundestag in seiner alten Form bestehen lassen und nur die Minister der einzelnen Staaten für die Instruktionen der Bundestagsgesandten verantwortlich machen: „dies würde die einfachste und natürlichste Vertretung der Völker am Bundestage gewesen sein"!!

Dies ist deutlich! Man wird das überall hoffentlich verstehen? Das ist derselbe unselige Geist, der Deutschland ins Verderben gerissen hat! So ungeschickt regt sich jenem Entwurfe gegenüber dieser Sondergeist wieder, diese spießbürgerliche Selbstzufriedenheit mit dem Winkel in dem sich Jeder angebaut hat, diese faule Bequemlichkeit und Abneigung gegen jede Veränderung, dieser kalte Hohn gegen jede großartigere Hoffnung, diese schnöde Bespöttelung des „einigen großen Deutschlands", dieses Verwerfen alles Aufschwunges als eines Zustandes politischer Trunkenheit! Diesem Geist des Unheils wollte der Entwurf gerade mit vollem Bewußtsein entgegenarbeiten! Wird man wohl bei diesem ersten Schmerzensrufe einsehen, daß er die wunden Flecke getroffen hat? Wird man wohl begreifen, welchen Absichten und Ansichten man dient, wenn man gegen die erdichte und kräftig konstituirte Monarchie stimmt? Erkennt man wohl, daß alle Provisorien und kurzathmigen Reichsregimente nur jene alte Schlafsheit der Theile wieder zurückrufen werden, die uns in diesen Zustand der Auflösung, der Ungufriedenheit, der politischen Schwäche des Ganzen gebracht hat?

Und wird man wohl einsehen, daß mehr Muth und Freimuth dazu gehörte, diesem Unwesen, das an den mächtigern unter den unmächtigen Höfen vorzugsweise seinen Sitz hat, in dem Verfassungswerke zu begegnen, als wenn man dann die kleinen Staaten verkürzt oder bedroht hätte. Man hat den Siebenzehn alles Ernstes einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie in ihrer Oberhausmatrikel auch die kleinsten Staaten bedacht haben. Hätten sie sie streichen sollen? Wer gab ihnen irgend eine Befugniß dazu? Welch ein gerechter Schrei würde gegen eine solche Anmaßung erfolgt sein? Hat doch selbst die gewiß nicht zu delikate Vorversammlung in der Paulskirche dem kleinsten Staate seinen eigenen Abgeordneten zuerkannt! Jetzt verkündigt man es zwar ganz laut, daß auf der konstituirenden Versammlung der Antrag auf Wegfall der kleinsten Staaten werde gestellt werden. Gewiß aber hat selbst diese Versammlung kein Recht über die kleinen Staaten einseitig zu verfügen. In Folge des Princips der Volkssouverenetät hätte, wenn man dasselbe nicht die Existenz aller Staaten in Deutschland von einem Mehrheitsbeschlusse abhängig machen will, die Bevölkerung dieser einzelnen Stadtchen zuerst sprechen müssen. Die deutsche Bewegung hat keinen ihrer Throne umgestürzt. Und wenn dies der Wille jeder Einwohnerschaft in jedem der kleinen Staaten war, so erheischt die echte Freiheit und Bundesnatur unseres Landes, daß wir ihn achten und ehren. Damit wollen wir übrigens nicht sagen, daß es nicht sehr wünschenswerth wäre, wenn die kleinsten Staaten in Deutschland, soweit keine Stammeigenthümlichkeit ihrer Existenz eine innere Nothwendigkeit gibt, wegfielen, in Folge eines freiwilligen Opfers ihrer Bewohner und ihrer regierenden Häuser. Es wäre ein Opfer ganz in dem reformatorischen Sinne, dem wir das Wort reden, der jedoch thatsächlichen Umständen sort zuweilen, die sich am Leichtesten sind; es wäre ein Opfer der kleinsten Fürsten, das die Größesten zu entsprechenden Opfern spornen, zu zwingen müßte; es wäre ein Opfer, das Deutschland nach Außen mit einem Male eine ehrwürdigere Stellung gäbe. Denn denkt man sich die Grenze der Aufbehungen etwa bei den sächsischen Herzogthümern in Thüringen, so fielen, wenn wir recht zählen, schon 15 kleinere Staaten weg: es leuchtet aber von selbst ein, wie ganz anders ein Bund von 18 mittlern Fürstenthümern erscheint, als unser bisheriger mit dreiundbreißigen, unter denen einige unendlich kleine, die dem Spotte so unerschöpflliche Nahrung gewährten. Wer begänne wohl, ein solches Opfer auf dem Altare des Vaterlandes zuerst niederzulegen und ein großes Beispiel zu geben? Es würde die Sache der Monarchie erleichtern, und, wie wir sagten, zu Gunsten und Frommen der Reform in Deutschland wirken, indem er in Vorausicht der Nothwendigkeit sie durch freiwilliges Handeln entwaffnete; die fruchtlose Widersetzlichkeit gegen die Nothwendigkeit oder das gedankenlose Abwarten derselben ist es dagegen, was den Revolutionen Waffen leiht.

**Oesterreich.** Wien. Durch kaiserlichen vom Minister des Innern, Freiherrn von Billersdorff, gegengezeichneten Erlaß vom 17. April (kundgemacht am 12. Mai) haben in Galizien und Lodomerien alle Roboten und sonstigen unterthänigen Leistungen sowohl der Grundwirthe, als auch der Häusler und Inleute mit dem 15. Mai 1848 aufzuhören. Die Grundentschaften werden dagegen, vom 15. Mai angefangen, verhalten: von der Entschädigung der Urbarialsteuer, von den Verbindlichkeit, Grundbücher zu errichten, von der Pflicht, ihre Unterthanen in Rechtsstreitigkeiten zu vertreten, von der Leistung eines Beitrags zur Deckung des Aufwandes für die Landes-Sicherheitswache u. s. w. Die Gutsherren werden ferner von der Last der Verwaltung und Einhebung der direkten Steuern und von der unentgeltlichen Ausübung der Civil-Gerichtsbarkeit und der politischen Geschäftsführung mit thunlichster Beschleunigung befreit. Der durch diese Verfügung erwachsende Ausfall des rechtmäßig gebührenden Urbarial- und grundherrlichen Zehent-Erträgnisses wird den Grundentschaften und Urbarialberechtigten vom Staate vergütet.

Wien, 13. Mai. Man schreibt der Allg. Z.: Graf v. Auersperg (Anastasius Grün) ist in Laibach von einem ganz slavischen Distrikt nach Frankfurt gewählt und deßwegen so sehr gestern hier. Er und die meisten übrigen Abgeordneten werden diesen Abend nach Frank-

Digitized by Google

fant abreisen. Der gefeierte Dichter ist für den innigen Anschluß an Deutschland. — Ernst v. Schwarzer, der Redakteur der Ostsee. Ztg., wurde in Böhmen zum Abgeordneten nach Frankfurt gewählt. Auf das Bestimmteste wurde mir heute aus bester Quelle versichert, daß die Differenzen mit Ungarn wegen Zurückberufung der ungarischen Regimenter gelöst sind. Das Ministerium von Pesth steht von dem Verlangen der Zurückberufung der ungarischen Truppen aus Italien ab, erklärt aber dafür drei Regimenter aus Böhmen und Galizien, um die südslavischen Bewegungen im Zaume zu halten, nachdem es fest erklärt hatte, daß die gegenwärtige Truppenzahl in Ungarn (etwa 21,000 Mann) zur Erhaltung der Ruhe nicht ausreiche. Der österreichische Reichstag wird sich am 20. Mai versammeln.

Der Allg. Zeit. wird von Brieg 13. Mai geschrieben: Heute eingetroffenen Berichten zufolge sollen die Oesterreicher Treviso genommen und auch bereits Mestre besetzt haben. Officiell ist darüber noch Nichts bekannt geworden; man hat aber keinen Grund daran zu zweifeln, da die Nachricht von verläßlichen Personen gegeben wurde.

† Aus Tirol, 15. Mai. Die Gesammtzahl der bis heute an den italienischen Grenzen vertheilten Schützenkompagnien beträgt 36. Manche denken an den Rückmarsch, da bei ihnen die festgesetzte Auszugszeit von einem Monate schon vorüber ist, man wird aber wohl noch ein zweites anhängen, auch sind in Nordtirol ein paar neue Kompagnien, z. B. in Kufstein, Rattenberg, Stubay ꝛc. zum Nachrücken bereit. Die Oberinnthaler sind im Süden wenig vertreten, sie haben dagegen die Deckung der Schweizergrenze übernommen. Von der Freischaar der tiroler Wienerstudenten will man wissen, daß sie erheblich wäre, mit Radetzky auch mit den italienischen Boden ihren jungen Muth zu versuchen. Ihnen würden sich dann Etwa halber die Innsbrucker anschließen. Wir müssen gestehen, daß wir ihre deutschen Fahnen nicht gern flattern sähen im Pulverdampfe jener Gefechte, die da „heilsamen Schrecken" fördern sollen, so sehr wir den deutschen Waffen die ehrenvollsten Erfolge wünschen, damit einmal ein Ende werde in dieser so lang festgegriffenen Sache. Etwas dünkiger drücken sich diesem Enthusiasmus gegenüber die Friedliebenden und Abgeklärten aus. Im Burggrafenamt (die Gegend um Meran), von wo sonst die rüstigsten Streiter ausgingen, ist noch immer Niemand ausgerückt, außer jenem Häuflein Meraner, das auch nach dem Wormserjoch zog. Die Stimmung des Landvolks dort ist eine sehr gedrückte. Die Zugerklärungen der Regierung greifen nicht an, weil sie nicht materiell stützbar sind. „So lange der Erz. Rainer mit seinen Räthen, glauben wir Nichts", sagen die Eisenlänner. Der Haß gegen das Wälschthum aber ist stark und nimmt ebenso zu wie die Lauheit gegen die Regierung und selbst das Erzhaus. Welch ein Unterschied der Begrüßung des Erzherzogs Johann vom Jahre 1845 und heute! Alles still und stumm — nachdem er zwei Kompagnien bestätigt hatte, ging man tantlos auseinander. Bei Ankunft des Erzh. Rainer (10. Mai) wurde nicht einmal ein Böller abgefeuert, kein Schuß fand da. — Um auch von den oft erwähnten Schützenkompagnien die staatswirthschaftliche Seite kennen zu lernen, müssen Sie wissen, daß diese das kostspieligste Militär sind, welches benützt werden kann. Ein gemeiner Schütze erhält täglich vom Staate 36 kr. rheinisch — bringt er seinen Stutzer mit, weitere 5 kr. und dazu 24 kr. Zulage aus der Gemeindekasse, somit 1 fl. 5 kr. Er gibt im Dienste für Quartier und Kost den Tag 6 kr. ab und verdient also 59 kr. Die Offiziere sind im Verhältniß mäßiger bezahlt: ein Hauptmann bezieht 72 fl., ein Lieutenant 35 fl. Die Kompagnie von 120 Mann im Durchschnitt verlangt im Monate einen Aufwand von beinahe 4000 fl., wonach die Aufstellung des gegenwärtigen Korps von 3600 solcher Schützen 120,000 fl. und darüber kostet, deren größere Hälfte das Land selbst zu zahlen hat. Die Zurückhaltung und der Widerwille des Volkes bei dieser Vertheidigungsweise werden hiedurch erklärlich und erscheinen sehr ehrenhaft gegenüber den officiellen Berichten von der „Begeisterung", welcher man die Erhebung dieses Heerbanns zuschreibt. Ebenso ist bekannt, daß die Schützen selbst auf letztere Erklärung wenig Anspruch machen, den Sold als wohlverdient betrachten und ihre Schuldigkeit thun. Der Geist in den Schaaren wird als ein guter geschildert; man sei sich ganz klar über das Was und Warum und auch die innere Ordnung sei gut. Betreuen von 1809 anerkennen besonders letztern Umstand. — Soeben erfahren wir, daß die Passirer in den Gefechten bei Cadore sich mannhaft schlugen, ebenso kräftig erhob sich der Landsturm dieses Thals, als gestürmt wurde. Bei Storo zeichneten sich die Bezner unter Murmann aus. Die Kompagnie des Bergraths Zötl aus Hall, der die Besten aller Schützenfahnen Tirols, von denen Keiner eine Kugel umsonst verschießt, um sich sammelte, sucht auf der vordersten Linie den Feind auf.

**Preußen.** †† Berlin, 16. Mai. Die Besürchtungen des gestrigen Tages hat der Abend nicht bestätigt. Der seinem Inhalt nach in dem gestrigen Bericht mitgetheilte Erlaß des Staatsministeriums wurde in der Volksversammlung, die nicht weniger zahlreich war, als die vorgestrige, verlesen. Die Kommissionsmitglieder waren sichtlich verlegen über die jetzt an ergreifenden Maßregeln. Hr. Held bedauerte, daß das Ministerium im Grunde das Verlangte gewährt habe. Der größte Theil der Versammlung, durch das fortwährende Debattiren der einen Angelegenheit und durch die resultatlosen Hin- und Herzüge offenbar ermüdet, war froh, auf diesem Auswege von der Sache loszukommen. Man beschloß ungeachtet des lärmenden Widerspruchs einer nicht geringen Anzahl, auf Hrn. Eichlers Vorschlag, der Nationalversammlung den Entschluß zu überlassen. Es wird beabsichtigt, den Allg. Jung mit der Anregung dieser Angelegenheit sofort bei Eröffnung der Nationalversammlung zu beauftragen.

** Vom Rhein, 14. Mai. Das Resultat der Definitivwahlen in der Rheinprovinz für die konstituirende Versammlung in Berlin ist so ausgefallen, wie die Zusammensetzung der aus den Urwahlen hervorgegangenen Wahlmänner es erwarten ließ: die klerikale Partei hat durchgängig gesiegt und ist nicht blos in ihren Hauptstützen vertreten, sondern hat auch eine Menge von Gestirnen zweiten und dritten Ranges durchgesetzt. Augenscheinlich ist auf diese Wahlen der Nachdruck gelegt worden; für die Versammlung in Frankfurt, von welcher man klug genug ist, für erklusiv katholische Tendenzen keinerlei Hoffnungen zu fassen, ist man dagegen entweder sehr lau zu Werke gegangen oder hat gar, wo es irgend thunlich, die Kandidaten der konstitutionell-monarchischen Fraktion unterstützt und auf diese Weise einen in die Augen springenden, aber bekanntlich sehr unfruchtbaren Beweis von Zurückhaltung und Mäßigung geliefert: für Frankfurt überwiegt deßhalb die gemäßigte konstitutionell-monarchische Partei ohne konfessionelle Färbung bei Weitem. Die Radikalen, die offenen oder versteckten Republikaner, mit und ohne kommunistische Beimischung, haben für diese konstituirende Versammlungen eine sehr entschiedene Niederlage erlitten; sie sind nur in sehr wenigen und sehr unbedeutenden Persönlichkeiten vertreten. Was dann die Zusammensetzung dieser Versammlungen im Einzelnen angeht, und zwar zunächst des Parlaments in Berlin, so fendet ihm die Rheinprovinz nicht weniger als 10 Geistliche zu, den Erzbischof von Geissel, zwei Domkapitulare, einen Konsistorialrath, einen Kanonikus, einen Dechanten, drei Pfarrer und einen Kaplan; der Erzbischof also ist doppelt gezählt, in Landtagsakten Köln und Berlin, und wird wahrscheinlich ist statt seiner abermals ein Mitglied der Geistlichkeit gewählt würde. Von den Mitgliedern des Ministeriums ist der Minister-Präsident Camphausen einmal, in Köln, gewählt, der Finanzminister Hansemann dagegen dreimal, im Landkreis Kaöln, in Malmedy und in Solingen. Die Erklärung dieses Verhältnisses liegt wohl einfach darin, daß Hansemann bekanntlich einer der eifrigsten Verfechter des Schutzzollsystems ist, welchem die Rheinprovinz in ihrer großen Mehrheit sich zuneigt, während Campshausen von jeher sich zu den entschiedensten Anhängern des Freihandels zählte, und die Wahlbezirke, welche den Finanzminister wählten, sind gerade vorzugsweise Fabrikbezirke. Von Deppelwahlen sind sonst noch vorgekommen die des Landgerichtsrath Reichensperger, eines bekannten und thätigen Mitglieder der klerikalen Partei, aus der Rhein- und Mosselzeitung und dem Domblatt vielfach bekannt, und die des Professors Bauerband, den indeß jene Partei sehr irrthümlich zu den Ihrigen zählen dürfte, ein Irrthum, der dadurch entstanden ist, daß Bauerband, als er noch dem Barreau in Köln angehörte, die Geschäfte des Erzbischofs Klemens August führte. Unangenehm überrascht ist diese Partei durch die Wahl des Advokat-Anwalts Stupp, des bekannten Vorkämpfers des vom Papste verdammten Hermesianismus; unangenehm berührt aber sind alle Parteien durch die Wahl eines Herrn Anton Stadbach, eines ehemaligen, mit dem vollsten Rechte von seinem Amte entfernten Schulleerers in einem Bergischen Dorfe, eines eifrigen Korrespondenten der entschiedensten Mannheimer Abendzeitung und Ritters einer hochstehenden, zu einer traurigen Berühmtheit gelangten Dame, in Summa, eines der übelsten Schreier, der je ein Dorf-Publikum entzückte. Von bekannten Namen finden sich sonst noch der Geheimerath Simons in Berlin, früher General-Advokat am Appellationsgerichtshofe zu Köln, dann ins Ministerium berufen und auf dem vereinigten Ausschuß zur Berathung des neuen Strafgesetzbuchs als Regierungs-Kommissär vielfach thätig; ferner die Herren von Mollus, von Beckerath und Stettmann, der Opposition des vereinigten Landtags angehörend, der letzte seitdem auch Mitglied des Siebner- und Fünfziger-Ausschusses in Frankfurt; endlich unter der Geistlichkeit der Pfarrer Dr. Binterim in Bilk, der geistig bedeutendste unserer Ultramontanen. Sämmtliche

Digitized by Google

Gewählte übrigens gehören wenigstens durch Geburt der Rheinprovinz an. So weit die Berliner Versammlung; über die Frankfurter nächstens.

** Vom Rhein, 15. Mai. Während die Franzosen den richtigen Takt gehabt haben, fast sämmtliche Talente der früheren, selbst der dynastischen Opposition in die konstituirende Nationalversammlung zu wählen, ist man bei uns, die wir doch nicht die ungeheure Kluft überschritten haben, welche die Monarchie, selbst die konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage von der republikanischen Staatsform trennt, in man bei uns, sagen wir, scheinbar bestissen gewesen, alle früheren parlamentarischen Erinnerungen zu beseitigen. Von 75 Deputirten, welche die Rheinprovinz zum Vereinigten Landtage zu stellen hatte, sind nur sieben, vom ehemaligen Stande der Ritterschaft: Mylius, vom Stande der Städte: Beckerath und die Minister Camphausen und Hansemann, vom Stande der Landgemeinden: Stettmann, Lensing und Aldenhoven, der letzte nur als Stellvertreter, für das Berliner Parlament gewählt; alle übrigen sind neue Männer, und selbst von jenen Sieben kommen, da die Versammlungen in Berlin und Frankfurt fast gleichzeitig zusammentreten, noch mehrere in Wegfall, welche für beide Versammlungen gewählt sind, und nun, wie es bei Stettmann schon geschehen ist und bei Beckerath wahrscheinlich geschehen wird, für Frankfurt optiren. Daß selbst Koryphäen der Opposition im Vereinigten Landtage, wie z. B. Meviffen, dem neuen Parlamente nicht angehören, wird allen Seiten als unerklärlich gefunden. Man wird es sich, wenn man aufrichtig sein will, kaum verhehlen können, daß die rheinischen Elemente des Vereinigten Landtags, obgleich unter der Herrschaft eines Wahlgesetzes zusammengebracht, dessen zahlreiche Beschränkungen jetzt sämmtlich gefallen sind, im Großen und Ganzen liberaler waren, als die Kräfte es sind, welche das Rheinland gegenwärtig zu seiner Vertretung entsendet. Die Nutzanwendung wird der klerikalen Partei, welche ein solches Resultat zu Wege gebracht, seiner Zeit schon fühlbar werden: sie hat gesiegt, glänzend gesiegt, aber sie hat auch allen irgend selbstständigen Geistern die Lungen geöffnet; die Priesterherrschaft, welche die Rheinprovinz seither noch gefangen hält, geht zu Ende, und gerade ihr augenblicklicher Triumph ist der Anfang des Endes. — Es hat jene Partei übrigens, wie ich bereits in meinigem vorigen Schreiben bemerkte, in richtiger Würdigung der Verhältnisse, allen Nachdruck auf die Wahlen für Berlin gelegt; in Frankfurt ist sie z. B. nur durch ein einziges Mitglied der Geistlichkeit, den Kanonikus Smets in Aachen, vertreten, und wenn auch verschiedene ihrer eifrigsten Anhänger, Reichensperger, Haugh und die Professoren Knoodt, Klemens und vor allen Dingen Walter in Bonn nach Frankfurt gewählt sind, so verschwinden diese in der Masse der übrigen um so mehr, als die bedeutendsten derselben, Reichensperger und Walter — ich habe den letzteren unter den für Berlin Gewählten zu nennen vergessen — ohne Zweifel nach Berlin und nicht nach Frankfurt gehen. Die Republikaner haben an zwei Orten gesiegt, die sonst als die Hauptvollwerke des Ultramontanismus galten, in Düsseldorf und selbst in Trier, dem Bischofsitze Arnoldi's und der Benahrerin des heiligen Rocks. Von sonstigen bekannten Namen finden sich abermals die Minister Camphausen und Hansemann, die schon genannten Stettmann und Beckerath, Dr. Pagenstecher in Elberfeld, Franz Raveaux in Köln, der dort mit dem neuen Regierungspräsidenten konkurrirte und seinen Dank dafür in einer Rede aussprach, die in der Kölnischen Zeitung abgedruckt ist und zu dem Schlechtesten gehört, was je gesprochen und gedruckt worden, und endlich der ehrwürdige Arndt, der zweimal in Solingen und in Simmern gewählt wurde. Es bedarf kaum der Bemerkung, daß der Vorschlag, mit welchem einige übereifrige Verehrer seiner Person hervorgetreten sind, ihn als Ehrenmitglied für ganz Deutschland in die Frankfurter Nationalversammlung zu senden, mit einem Lächeln bei Seite gelegt ist.

† Elbing, 12. Mai. Meine Befürchtungen wegen der Wahlen beschränken sich immer mehr; aber sie haben doch zum Theil eine Richtung genommen, die man nicht ahnete. In den Distrikten, wo der Katholicismus numerisch vorherrscht, sind überall Geistliche gewählt, und nicht nur in dem eigentlich katholischen Ermelande, sondern auch in jenen Gegenden, wo Alles, was in die Kategorie von Bildung und Besitz gehört, durchaus protestantisch ist. Die arbeitende Klasse nämlich, die sog. Instleute und die Knechte, sind aus den polnischen Zeiten her, wo die protestantische Kirche exclesia pressa war und sich nur durch die freiwillige Beisteuer der Begüterten erhielt, bei der Mutterkirche beharret, die im alleinigen Besitz der reichen Pfründen blieb und folgerecht sich den entschiedensten Einfluß auf die darbende ungeheure Menge bewahrte. Indem so die Kluft zwischen der besitzenden und arbeitenden Klasse auch durch den religiösen Zwiespalt noch vergrößert und befestigt ist, sind die Kanäle, durch welche anderwärts die Cirkulation der Bildung aus den obern Schichten in die untern zu bringen und allmählich die organische Umwandlung des ganzen Volkes zu vermitteln pflegt, hier so gut als ganz verstopft geblieben. Während in den intelligenteren Schichten der Gesellschaft ein reges politisches Bewußtsein sich entwickelte, ist die ihnen völlig entfremdete Masse als ein träger Niederschlag zu Boden gesunken. Nimmt man nun noch hinzu, daß der rege Verkehr der Städte und die vielen Ehren der Niederungen fortwährend polnische Elemente hineinzogen, die sich den vorgefundenen Elementen bei gleicher Religion und gleicher Unbildung leicht assimilirten, so wird man begreifen, zu welch unerwarteten Resultaten hier das neue, ganz freisinnige Princip der Volksvertretung führen mußte. Ein Rückblick auf das Gesagte wird aber zugleich lehren, daß die Schuld dieses unglücklichen Zustandes keineswegs den gebildeten und besitzenden Klassen selbst, sondern theils der Gewalt der Verhältnisse, theils andern heimlich und unheimlich wirkenden Mächten zuzurechnen ist. Wenn es aber wahr ist, daß die Besten im Volke herrschen sollen, so steht man leicht, daß dies durch unser für die hiesigen Verhältnisse zu weit ausgedehntes Wahlgesetz keineswegs erreicht wird. Hier wird leider die Thadden'sche Absurdität zur Wahrheit werden. Wenn auch nicht statt des Geistes unsres Volks Fisch und Knochen direkt zum Landtag ziehen, so ist doch die Frage, ob die hämonischen Gewalten, welche diese Fleisch- und Knochenmassen sammt der Seele nach Gutdünken bieponiren, dem gemeinsamen Heile des Vaterlandes und Staates nicht noch viel gefährlicher werden. Mag der Ultramontanismus, der seine feinen Netze von München und Köln bis in die entferntesten Winkel des Ermelandes hin ausspannt, zunächst im Stinne haben, was er will, so viel ist gewiß, daß Deutschland und die Welt erstaunt sein wird über die Umwandlung, die mit dem liberalen Ost- und Westpreußen in Folge des liberalsten Wahlgesetzes vorgegangen ist. Besonders rächt sich übrigens die Anordnung, welche die Unterschiede zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung durch das bloße Zählen der Seelen nivellirt hat. Nirgends haben wohl die mittleren und größeren Städte eine so entschieden ausgeprägte Physiognomie, ich möchte sagen, einen so persönlichen Charakter, als in Ostpreußen, namentlich auch die Weichselstädte. Hier konzentrirt sich Wohlstand und Bildung in schärferem Gegensatze gegen das Land, als irgendwo. Und dieser Wohlstand und diese Bildung wird durch das Zusammenwerfen mit der an Zahl weit überwiegenden ländlichen Bevölkerung so gut als gar nicht repräsentirt. In dem durchaus protestantischen Marienburg ist ein katholischer Probst zum Deputirten nach Berlin, der Bischof von Ermeland nach Frankfurt gewählt. Und so, mit Ausnahme der selbständig wählenden Städte Danzig und Königsberg, überall. Hier in Elbing haben wir noch mit Noth eine Art mittlerer Diagonale zu ziehen vermocht, und nur in Thorn, wo die Furcht vor den Polen alle übrigen Elemente energisch konzentrirt hat, ist eine Wahl im entschiedenen Sinne durchgedrungen. Dies scheint mir immerhin ein Punkt zu sein, den die gesetzgebenden Versammlungen Preußens und Deutschlands nicht außer Augen lassen dürfen. So sehr eine „ländliche Gliederung" im engherzigen und antiquirten Sinne auch uns zuwider ist, so darf doch der Standesunterschied, wo er auf so natürlicher Basis beruht, wie bei Stadt- und Landbewohnern, und wo er von so entschiedenem Einfluß auf das ganze Dasein, auf die geistigen und materiellen Interessen des Menschen ist, nicht unberücksichtigt gelassen werden. Mag das Land, mögen die Städte ihren Repräsentanten aus der Zahl aller Staatsbürger frei und nach einziger Maßgabe ihres Vertrauens wählen, aber werfe man sie nicht als Wähler zusammen. Hier wenigstens wird daraus stets eine Ungerechtigkeit gegen die städtische Bevölkerung und für das Ganze der schlimmste Erfolg — das Uebergewicht der Masse über die Intelligenz erwachsen.

**Baiern.** — München, 15. Mai. In der Abendsitzung beginnt die specielle Debatte über den Entwurf des Wahlgesetzes. Art. 1 und 2 erfahren geringe Veränderungen. Stockinger dringt zu Art. 3 eine Modifikation für direkte Wahlen ein. Er hält sie allein eines mündigen Volkes würdig. In Betreff einiger Aeußerungen, die besonders von Seite Frhr. v. Rotenhans über das badische Volk fielen, sagt derselbe: man irre, wenn man glaubte, die direkten Wahlen hätten die jüngsten betrübenden Ereignisse daselbst herbeigeführt. Dem sei nicht so: das badische Volk als solches, nicht einige Parteimänner, hätten stets gezeigt, daß es solches Früchte von den direkten Wahlen gezogen; denn die badische Kammer sei anerkannt seit langer Zeit die trefflichste in Deutschland gewesen, und der Gedanke eines deutschen Parlaments sei aus dieser Kammer hervorgegangen. Christmann und Schuetzer sprechen für direkte Wahlen. Der Minister der Justiz er-

Digitized by Google

klärt, die direkten Wahlen seien gerade der Freiheit gar nicht förderlich und bebauptet, Vielen (besonders den Armen) werde das Wahlrecht dadurch verkümmert. Uebrigens habe er noch gar Nichts für direkte Wahlen vorgebracht gehört, was eine besondere Beachtung verdiene. Christmann erklärt sich entschieden gegen mehrere Aeußerungen des Justizministers und weiß sie zurück, ebenso Scharter; der Justizminister erwidert, er habe nicht gegen die Person, sondern gegen die Sache gesprochen. (Uebrigens muß ich gestehen, daß auch ich Mehreres fand, was ziemlich verletzend war, zwar nicht direkt persönlich, aber dennoch verletzend). Der Referent Bauer erklärt sich gegen die direkte Wahl; das Volk sei dazu noch nicht geeignet. Der Minister der Finanzen stellt den Grundsatz auf, den er stets gehegt, daß politische Rechte nicht absolut seien; jeder Einzelne darf sie nur zum Besten des Allgemeinen ausüben. Das Wahlrecht, so ungemein wichtig, verdiene die besondere Beachtung, und die Regierung habe diese demselben zugewandt. Er spricht sich gegen das direkte Wahlsystem aus. Bei der Abstimmung ergibt sich die Annahme des Art. 2 des Gesetzentwurfs. Er lautet: Die Wahl findet in zwei gesonderten Handlungen Statt: a) mittelst Wahl der Wahlmänner (Urwahl); b) mittelst Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner; die eingebrachten Modifikationen fallen durch. (Lebhaftgang.)

**Würtemberg.** Herrenberg. Für den Beirat Herrenberg (zu welchem Nagold auch Hoch gehören) wurde als Abgeordneter für die Reichsversammlung Fallati mit 690 Stimmen gewählt.

In Welzheim fand eine Landtagsabgeordnetenwahl Statt; der bisherige Abgeordnete Bitzmann wurde wieder gewählt; zu erwähnen ist jedoch, daß bei diesem Akt — in dem so lange einer Verfassung sich erfreuenden Würtemberg! — auch der König 9 Stimmen erhielt!

**Sachsen.** In Döbeln wurde Regierungsdirektor und Advokat v. Dieskau in Plauen zum Abgeordneten für Frankfurt gewählt.

**Baden.** Karlsruhe, 17. Mai. Das großherzogl. Regierungsblatt Nr. 33, vom heutigen Datum, verkündigt nachstehendes Gesetz:

Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt: Art 1. Zur Unterdrückung gegen die Urheber und Gehilfen der hochverrätherischen Handlungen, die seit dem März dieses Jahres in mehreren Theilen des Großherzogthums stattfanden und die zum Schlusse der Untersuchung stattfinden werden, sie mögen von Civil- oder von in Activdienstleben Militärpersonen begangen worden sein, ist ein Untersuchungsgericht, bestehend aus fünf Richtern und dem nöthigen Hülfspersonale, in Freiburg niedergesetzt. Art. 2. Das Untersuchungsgericht wird von dem Polizeigerichte des Oberrheinkreises gebildet. Das Hofgericht ernennt, unabhängig von dem Justizministerium, den Vorstand des Untersuchungsgerichtes und die Mitglieder aus der Zahl der richterlichen Beamten. Art. 3. Die Abtheilung dieser Verbrechen geschieht durch das Hofgericht in Freiburg, unter Zuziehung von Geschworenen. Wenn voraussichtlich der Schluß der Untersuchung, in Folge der der Zweiten Kammer bereits gemachten Vorlage, ein Gesetz über die Einführung des Schwurgerichtes noch nicht erlassen ist, so tritt für diese Abtheilung jener Entwurf über die Einführung von Geschworenengerichten, wie er von der Regierung vorgelegt worden ist, in Kraft. Das Hofgericht entscheidet auch zugleich über die im Laufe der Untersuchung einlaufenden Beschwerden der Angeschuldigten. Gegeben zu Karlsruhe in Unserm Staatsministerium, vom 16. Mai 1848. Best. Leopold. Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Bächler.

In Lahr wurde in das deutsche Parlament für die Wahlbezirke Lahr, Ettenheim, Haslach und Wolfach Hofgerichtsadvokat Brentano, in Achern für den Bezirk Bühl, Achern, Rheinbischofsheim und Kork v. Itzstein (einstimmig) gewählt. Ebenso in Mannheim. Wertheim und Tauberbischofsheim haben den Hofrath Kapp gewählt.

**Luxemburg,** 13. Mai. Die drei so eben gewählten Abgeordneten für Frankfurt sind die Herren Willmar (General-Prokurator und Frankfurter Bertrauensmann) und die Advokaten Servais und München. Ihre Stellvertreter sind: Fabricant Hoch, Gutsbesitzer N. Pescatore und (mit gleicher Stimmenzahl) die Herren Andrés (Staatsprokurator) und Schon (Direktor der Einregistrirungs-Verwaltung). In dieser Wahl zeigt sich nicht die besuchteste Neigung zu einer Losreißung von Deutschland, aber, abgesehen von Willmar, ein allgemein herrschender Sonder-Patriotismus, welcher von der belgischen Partei benutzt wird. — Die konstituirende landständische Versammlung ist auf den 18. Mai berufen. Für den Entwurf der neuen Verfassung hat die belgische zum Muster gedient. (Köln. Z.)

**Schleswig.** Rendsburg, 13. Mai. Morgen in der Frühe gehen 4 Stück schweres Geschütz, zwei 84pfündige Bombenkanonen und zwei 24pfündige Festungskanonen von hier nach Fridericia ab. Auf der ganzen Strecke sind die Vorspannpferde im Voraus beordert, so daß der Transport binnen 48 Stunden geschehen sein wird. Auch von Magdeburg wird ehestens schweres Geschütz hier erwartet, und auf unserem Arsenal wird sehr thätig daran gearbeitet, alles disponible Geschütz mobil zu machen. Die auf Shackenburg erbeuteten 6 Kanonen, sowie eine Masse Waffen, welche man den Horden des Bauern-Agitators Lauridsen Stan abgenommen hat, sind hierher gebracht worden. Letztere bieten einen sehr baroden Anblick dar. Ofengabeln, Mistforken, Sensenklingen an Besenstielen befestigt, Bratspieße, Zaunpfähle mit Nagelspitzen beschlagen, Alles bunt durcheinander, sogar ein altes Scharfrichterschwert erblickt man darunter. (W. C. R.)

Die Börsenfalle meldet: Nach Privatmittheilungen aus England hat die dänische Regierung außer den Flinten noch mancherlei Kriegsmunition, unter Anderem auch Raketen, bestellt, wegen Geldmangels aber diese Bestellungen wieder zurücknehmen müssen.

Rendsburg, 13. Mai. Die Jüten fangen nach der durchaus zwecklosen Besetzung von Fridericia doch ihre eigenen Landsleute an zu begreifen, daß die Kopenhagener kein Herz für Jütland haben, was dieselben schon lange hätten einsehen können. Einzelne fangen schon an, von einer provisorischen Regierung für Jütland zu sprechen. Unter dem Major von Zastrow ist ein Detaschement nach Norden abgegangen. Es besteht allein aus schleswig-holsteinischen Truppen aller Waffen, darunter 4 Kanonen. Dies Korps scheint die Aufgabe zu haben, die noch in Jütland befindlichen dänischen Truppen aufzusuchen und zu einem Kampfe zu drängen. Unterdem wird diese Expedition wahrscheinlich der Widerspenstigkeit der nördlichen Obrigkeiten ein Ende machen. (Rendsb. Tagbl.)

**Frankfurt,** 17. Mai. In der heutigen Sitzung gab der hannoversche Gesandte im Namen seiner Regierung eine Erklärung bezüglich des von den Vertrauensmännern ausgearbeiteten Verfassungs-Entwurfs und der Grundsätze ab, auf welche die Verfassung basiren müsse, indem er zugleich anzeigte, daß er instruirt sei, auf eine Erörterung der einzelnen Bestimmungen des Entwurfes einzugehen. Der badische Gesandte knüpfte hieran die Erklärung, daß auch er für eine solche Erörterung instruirt sei. Auch die Gesandten von Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Braunschweig und Oldenburg erklärten die Bereitwilligkeit ihrer Regierungen, alle irgend möglichen Opfer der Einheit und Freiheit Deutschlands bei Feststellung der künftigen Reichsverfassung zu bringen, und daß sie instruirt seien, auf eine Erörterung der Einzelnheiten des Verfassungsentwurfes einzugehen. (F. J.)

* **Frankfurt,** 17. Mai. Der fünfziger-Ausschuß hielt heute noch eine Sitzung, in welcher Eingaben besprochen und der an die konstit. Versammlung zu erstattende Bericht über die Wirksamkeit des Ausschusses berathen wurde. In ersterer Beziehung ist einer Vorstellung aus Aachen im Interesse des Verfahrens gegen die deutschen Farben in Limburg zu erwähnen, welche auf Stettmanns Antrag dem Bundestage dringend empfohlen und dabei die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die nächstens eintreffenden Limburger Deputirten zur konst. Vers. ihre Sympathien für Deutschland zu erkennen geben würden. Dasselbe Mitglied besprach sodann auch zu Uebergabe an den Bundestag eine Protestation Koblenzer Bürger gegen die Rückkehr des Prinzen von Preußen und wollte dabei den Regierungen die zuversichtliche Erwartung des Ausschusses zu erkennen geben lassen: daß dem derselben Maßregeln ergreifen werde, welche das von der konst. Vers. zu begründende einheitliche Verfassungswerk benachtheiligen könnten. Den Antrag bekämpfte Heckscher, weil man den abwesenden Prinzen nicht anklagen, auch mit dem Bundestag gar nicht mehr verkehren solle. Hierin stimmte ihm Schuselka bei. Stettmann rechtfertigte seinen Antrag dadurch, daß er auf die in der Eingabe enthaltene Drohung einer Losreißung von Preußen und Deutschland und auf die daraus entstehende Gefahr fremden Einfalls hinwies. Beneday verlangte wegen der Anbeutung einer auch nur eventuellen Losreißung den Ordnungsruf, was aber ohne Folge blieb. Endlich wurde auf Antrag v. Radowitz beschlossen, die Koblenzer Eingabe an die konst. Vers. (Statt an den Bundestag) zu verweisen. Der von Duckwitz erstattete Bericht über die Wirksamkeit des Ausschusses führte zu längeren Debatten, indem Beneday eine moralische Geschichte des Ausschusses in den Bericht verwebt wünschte, wogegen erinnert wurde, daß eine solche von den Ausschußmitgliedern selbst unmöglich ausgehen könnte, ohne in den Fehler der Einseitigkeit und Parteilichkeit zu verfallen. Der Bericht wurde zuletzt genehmigt und dessen Druck beschlossen. Unmittelbar an diese Sitzung reihte sich um 7½ Uhr eine Versammlung der Parlamentsglieder, in welcher beschlossen wurde, die feierliche Eröffnung der konst. Versammlung in der Paulskirche morgen Nachmittags 4 Uhr vorzunehmen. Es sind ungefähr 350 Mitglieder anwesend.

△ **Frankfurt,** 18. Mai. Was gestern Abend die Feuer auf den Höhen des Taunus verkündet, wird heute geschehen: Die deutsche konstituirende Nationalversammlung wird um 4 Uhr feierlich eröffnet werden. Eine Vorberathung wird um 3 Uhr in dem Kaisersaal stattfinden, wo dem Vernehmen nach ein provisorischer Präsident bis zur

Digitized by Google

Erledigung der Vollmachtsprüfungen gewählt werden soll. Als Kandidaten werden Heinrich v. Gagern und Robert Blum genannt. Die Versammlung wird also gleich bei ihrer ersten Handlung Gelegenheit haben, die allgemeine Richtung ihrer Gesinnung zu offenbaren. Zur Stunde, 11 Uhr, sind schon nahe an 400 Abgeordnete, also über die Hälfte, angemeldet.

Frankfurt, 18. Mai. Leider ist zuletzt der Fünfzigerausschuß mit dem Bundestage über das Separatprotokoll vom 4. d. M. in einen Konflikt gerathen, in welchem er nach dem Urtheile der Unbefangenen nicht große Ehre eingeerntet hat. Stechen schon überhaupt die Verhandlungen der fünfziger Pinsichtlich gefunder politischen Auffassung von denen des Vorparlaments ab, so misst sich gerade in die Verhandlungen über das Protokoll v. 4. d. M. noch ein Moment, das für das gesunde Gefühl das entscheidende ist. Wer die Aktenstücke, die der Bund jetzt zu veröffentlichen im Begriff ist, einfach und unbefangen durchliest, wird in jenem Protokoll zunächst nur einen Ausschußbericht mit dem Antrage auf Instruktionseinholung über die Stellung zum Parlament finden, dem ein von einem Mitgliede als Material bei der Berathung niedergeschriebener Aufsatz — allerdings sehr überflüssiger Weise — einverleibt ist, weil derselbe theilweise beachtenswerthe Bemerkungen enthalte. Der Bund beschließt Nichts als Instruktionseinholung. Natürlich also, daß die Dose im Laufe — nicht seiner Berathung, sondern nur — der Berathung des Ausschusses vorgekommene Motive ihm nicht angerechnet sind. Das ist die Sache. Wenige durchlesen aber eine komplizirtes Aktenstück und Wenige sondern dessen Bestandtheile. Man erzählte sich daher bloß: es existire ein geheimes Protokoll, worin sehr reaktionäre Dinge ständen. Was wirklich an der Sache war, untersuchte Niemand. Die Reden im fünfzigerausschuß stellten die Sache auch schlechthin so dar, und leider ist eben die Klage über Reaktion, das Sprechen vom männlichen Muthe gegen Reaktion jetzt etwas sehr Wohlfeiles, aber auch sehr Wirksames. Die Folgen sind nicht ausgeblieben. Zeitungsartikel und Adressen sprechen schlechtweg von reaktionären Absichten (Gelüsten, ist jetzt der terminus technicus), und die Kölner Adresse vom 14. d. M. nach Berlin verschert ganz unbefangen: der Bundestag habe den einzelnen Höfen eine Note mitgetheilt, worauf versucht sei, die Nationalversammlung nicht als konstituirende, sondern als berathende darstellen werden soll. Dadei mag gleich bemerkt werden, daß in dem unter den Fünfzig vertheilten Abdruck beathende, im authentischen Abdruck aber bevorstehende Versammlung steht, und dieser Druckfehler in der Sitzung vom 12. anerkannt wurde. Ist es nicht zu billigen, daß das eigentliche Sachverhältniß nicht besser aufgeklärt wurde, so macht noch ein anderer Umstand gleichfalls einen tiefen Eindruck. So leicht kann man jetzt überhaupt nicht und insbesondere nicht bei dem Bunde in seiner jetzigen Komposition an Reaktionen glauben. Wozu also schlechweg den ganzen Bund der Absicht von Reaktionen beschuldigen und mit Deklamationen gegen Reaktion, zu denen jetzt wahrlich kein Muth gehört, eine Ungerechtigkeit begehen? Ernste, politisch-tüchtige Männer, die wirklich für deutsche Freiheit wirken können und wollen, werden es verschmähen, auf diese Weise die Stimmung des Volks zu benutzen, um Popularität, Ruf der Freisinnigkeit und des Muthes zu erstreben. Nichts ist gewisser, als daß auf die Länge doch nur der wahre Sinn der Sache der maßgebende wird, daß aber die Erregung, die bei der Empfindlichkeit des Volks so leicht hervorgebracht wird, auch ihr Bedenkliches hat, und die krankhafte Reizbarkeit der Zeit von denen, die das Amt der Aerzte übernommen haben, geschont und nicht ohne ernste Ueberlegung, ohne ernsten Grund zur Hervorrufung von Erregungen benutzt werden muß. So empfindlich man zur Zeit der alten Censur war, so empfindlich ist man noch, und die Freiheit wird um Nichts gefördert sein, wenn Aufsindungen und ungerechte Beschuldigungen — auf jene Empfindlichkeit berechnet — jetzt, wie früher, nur nach der andern Seite gemacht werden. In Deutschland ist die Zahl derer groß, die alles Ernstes Freiheit und vernünftigen Fortschritt wollen: durch Verdächtigungen mit Reaktionsintendenzen — die jetzt wahrlich eben so leicht und wirksam sind, als früher die Verdächtigungen mit Freiheitsintendenzen — werden viele Liberale, die Freiheit nach jeder Richtung wollen, gerodezu in die Reaktion hineingetrieben und dem weitern Fortschritt abwendig gemacht.

Frankfurt, 18. Mai. Das folgende Aktenstück wird Sie interessiren. Es cirkulirt hier unter den angekommenen Mitgliedern der konst. Versammlung, die soeben um 4 Uhr zusammentritt und vorausschtlich Gagern zu ihrem Präsidenten ernähten wird. Die Physiognomie der Versammlung ist so, daß dieser „Beschluß der Reichs-Versammlung, beantragt durch den Deputirten Leue von Salzwedel" und alle ähnlichen Vorschläge schwerlich Beschlüsse werden dürfen. Art. I. Nachdem in Folge der Prüfung der Wahlurkunden die Mitglieder dieser Versammlung sich als solche gegenseitig anerkannt haben, bestellen und erklären dieselben sich als die gesetzmäßige Reichsversammlung für Deutschland. Art. II. Das deutsche Volk hat gegenwärtig die Macht und das Recht, dem Reiche eine neue Gestaltung zu geben, und die Reichsversammlung ist das einzige echte und wahre Organ, wodurch dasselbe seinen Willen kund thut. Art. III. Jeder Abgeordnete ist nicht Vertreter des Landestheils, in dem er gewählt ist, sondern des gesammten deutschen Vaterlandes, und was die Mehrheit beschließt, das ist der Wille des deutschen Volks. Widerstand gegen die Beschlüsse der Reichsversammlung ist Widerstand gegen den Willen des Volkes. Art. IV. Die Mitglieder dieser Versammlung sind nur Gott und ihrem Gewissen Rechenschaft schuldig und keiner weltlichen Macht verantwortlich. Jeder Beamte der politzlichen oder gerichtlichen Gewalt, welcher von einem Abgeordneten wegen seiner Reden und Handlungen in dieser seiner Eigenschaft Verantwortung fordert und zu dem Ende ein Verfahren einleitet, jeder Minister, der ein solches Verfahren bestehgt, soll des Hochverraths schuldig sein. Art. V. Der Wille der Deutschen ist die Herstellung der Einheit Deutschlands durch ein inneres nicht weiter löstliches Band, die Erschaffung eines dauernden Rechtszustandes, die Gründung der bürgerlichen Freiheit der Einzelnen, der politischen Freiheit des Volkes. Art. VI. Die Reichsversammlung, als das einzige gesetzmäßige Organ des Willens des deutschen Volks, hat allein den Beruf, die Verfassung Deutschlands zu bestimmen, und wird über die künftige Stellung der Fürsten im Staate entscheiden. Art. VII. Die Reichsversammlung erklärt, daß die Staatsform Deutschlands das erbliche Königthum sein wird. Sie wird einen der deutschen Fürsten als Kaiser oder König von Deutschland erwählen, demselben die übrigen Fürsten als einen Fürstenrath an die Seite setzen und die politischen Rechte und Pflichten des Volkes bestimmen. Art. VIII. Die Reichsversammlung erklärt, daß jeder Fürst, welcher selbstsüchtig genug ist, um seine persönl. Interessen der Ehre und dem Heile des gesammten Vaterlandes vorzuziehen, seiner fürstlichen Würde unwerth ist. Sie verordnet, daß jeder Fürst, welcher sich ihren Beschlüssen nicht unterwirft, mit seiner Familie der fürstlichen Würde verlustig sei und in die Klasse der Bürger herabtrete, daß ihre Kron- und Familiengut Staats-Eigenthum werde. Art. IX. Sie erklärt jeden Fürsten für einen Verräther an dem Vaterlande, der zum Verwirklichung seiner Sonderinteressen den Bürgerkrieg beginnt, und sie wird über ihn erkennen, was Rechtens. Sie verordnet, daß jeder Officier und Beamte, welcher Hilfe leistet zum bewaffneten Widerstande gegen die Ausführung ihrer Beschlüsse, durch die That selbst ehrlos ist und unfähig bleibt, dem Vaterlande je wieder in einem Staats- oder Gemeindeamte zu dienen. Art X. Gegenwärtiger Beschluß soll jedem deutschen Fürsten und den freien Städten mit der Aufforderung zugestellt werden, binnen zehn Tagen, angerechnet vom Tage des Empfangs, die Anerkennung des Beschlusses der Reichs-Versammlung einzufenden.

Hamburg, 15. Mai. Hier wie in Kiel waern Gerüchte verbreitet von einem ernstlichen Gefechte, das in der Nacht vom Donnerstag auf den Freitag stattgefunden habe und zum Nachtheile der Dänen ausgefallen sei.

## Schweiz.

†† Bern, 14. Mai. Man wird die letzten Vorgänge im hiesigen Großen Rathe auswärts — woferu dort die eigenen Angelegenheiten erlauben, sich um die Schweiz zu bekümmern — kaum begreifen. Die ist es denkbar, wird man sich fragen, daß ein so entschiedener Bruch, wie der in der Berner Regierung, so schnell gehoben wird? Werden die Parteien und die Parteiführer jetzt wohl vergessen, was sie vor wenigen Tagen gerethet und gethan haben? Werden die Einen die Anklage hochverrätherischen Treibens, wird der Andere das unverhältte Mißtrauensvotum, die Absicht, ihn zu stürzen, vergebren können? Und wie konnten Volksmänner, wie wissen, was sie wollen, eine solche Verbindung herbeiführen, um sie kaum ohne offenen parlamentarischen Kampf, ohne principielle Entscheidung auf einen Privatvergleich hin wieder beruhen zu lassen? Vielleicht gibt das Nachstehende einigen Aufschluß. Ursprünglich war es bei dem Angriff auf Ochsenbeind Votum für die Neutralität ohne Zweifel auf den Sturz der Friedenspartei und die Verdrängung ihres Hauptkämmführers abgesehen. Allein von verschiedenen Seiten lief die Nachricht ein, daß sich im Volk eine so bedrohliche Stimmung gegen den Krieg zeige, daß man es auf radikaler Seite gerathen fand, den Rückzug anzutreten. Die Opfer und Kosten des Sonderbundskrieges sind noch zu wenig verschmerzt, die Geldklemme, die Stockung des gewerblichen Verkehrs, der Mangel an Absatz für viele Erzeugnisse lasten zu schwer auf dem Lande, als daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung für eine Politik sein könnte,

Digitized by Google

durch welche die Schweiz in einen mühlosen und gefährlichen Angriffskrieg verwickelt, und der Druck des gegenwärtigen Zustandes unberechenbar verstärkt würde. Leute, welche die Volksstimmung kennen, versichern, daß jeder entschiedene Schritt zur Betheiligung an dem italienischen Kriege das Zeichen zum Umsturz der Regierung, die ihn wagte, sein würde. So wird es wohl bei der offiziellen Neutralität bleiben. Indessen gehen die Rüstungen für die Landwehr fort, und die Regierung legt ihnen, trotz des halben Siegs der Friedenspartei, kein Hinderniß in den Weg. Man wagt nicht, die Gegner durch ein derartiges Einschreiten herauszufordern. Vielleicht hören sie aber bald von selbst auf. Es soll den Lombarden an den Mitteln fehlen, die Freiwilligen gehörig zu verpflegen und zu besolden. Aus reiner Begeisterung aber, darauf können Sie sich verlassen, ziehen nicht Viele. Dazu ist man hier zu Lande zu reell, zu wenig Idealist. Point d'argent, point de Suisses. Bereits sind dem Vernehmen nach nicht ganz Wenige der früher Geworbenen zurückgekehrt, welche über ihre Behandlung in Italien bittere Klage führen. — Bei dieser Gelegenheit eine Anfrage. Es geht gegenwärtig durch alle Schweizer Blätter die Bekanntmachung, daß schweizerische Arbeiter aus Deutschland an verschiedenen Orten angeworben werden. Wir sind von der Unwahrheit dieser Behauptung überzeugt, wir halten sie geradezu für unmöglich, aber sie ist eines der wirksamsten Mittel, den Deutschenhaß anzufachen, der in diesem Augenblick von einer Partei, welche freilich sie das Beste ihres eigenen Vaterlandes damit schändet sorgt, mit bewußter Absicht genährt wird. Können Sie uns keine nähere Auskunft darüber geben, wie es sich mit jenen angeblichen Anwerbungen verhält, und ob denselben vielleicht einzelne Thatsachen, etwa die bei den gegenwärtigen Seldverhältnissen sehr erklärliche Entlassung von Fabrikarbeitern zu Grunde liegen? *)

☽ Bern, 16. Mai. Die Beeidigung des neuen ersten Gesandten von Uri, Landammanns Muheim, veranlaßte in der gestrigen Tagsatzung ein kleines Intermezzo. Zürich nämlich bezeichnete ihn als einen Mann, der zur Zeit das bekannte Manifest vom 29. Oktober unterzeichnet und an allen Schritten des Sonderbundes gegen die Eidgenossenschaft Theil genommen habe; deßwegen sei derselbe nicht ohne Weiteres zuzulassen. Zürich verlangt von ihm die Erklärung, 1) daß er das Manifest nur aus Auftrag seines Standes unterzeichnet, 2) daß er an den Sitzungen des Kriegsraths des Sonderbunds keinen Antheil genommen habe. Im Laufe der Diskussion machte sich zuletzt die Ansicht geltend, daß die bestimmte Erklärung des zweiten Gesandten von Uri, daß das Manifest im Auftrag des Standes Uri unterzeichnet worden sei, und daß Landammann Muheim an den Berathungen des Sonderbundskriegsraths keinen Antheil genommen, der Tagsatzung genügen könne, weßhalb von dem Antrag Zürichs zu abstrahiren sei. Das Kreditiv Muheims wird sofort genehmigt. Ein Antrag St. Gallens, es solle dem Hrn. Lusini in Mailand ein mit dem Handelsverhältnissen der Schweiz vertrauter Mann als zweiter Abgeordneter beigegeben werden, wird behandelt. Die kommercielle Wichtigkeit der Lombardei für die Schweiz kommt dabei zur Sprache und veranlaßt andererseits den Wunsch, der Vorort möchte Obiges etwa nach Umständen behandeln. Auf die Bemerkung Genfs, um vorheilhafte Handelsverbindungen zu erhalten, müsse man auch eine andere Politik gegenüber der Lombardei befolgen, antwortet Bern, Menschen sind keine Waaren, und um Waaren solle man keine Menschen geben. Der Antrag wird mit 12½ Stimmen angenommen. Heute beginnt die Berathung über den Bundesentwurf mit der Eintrittsfrage; sodann kommt die Organisation zur Berhandlung. — Allem Anscheine nach sind die Gesandten der Städte Basel, Waadt, Freiburg und Neuenburg über die Polizei, welche die Tagsatzung eingeschlagen hat, in sehr gereizter Stimmung. Herr Estel (Waadt) protestirte in seinem Namen und in Gegenwart anderer übrigen Gesandten, es werde nicht 2 Monate dauern, so würde die Berner Regierung gestürzt werden. Aehnliches soll J. Fazy schon vor 2 Monaten in Genf geweissagt haben. Diesem Gesandten ruft der Verfassungsfreund, Ochsenbeins Organ, zu: das aber mögen sich diese Herrn noch merken, die Schweiz ist nicht geneigt, nach der Pfeife eines Kinds in Paris zu tanzen, und wenn er auch den schönen Namen Gesellschaft trägt. An der Spitze dieses Vereins steht Chaudrais, der Sohn eines schweizerischen Unteroffiziers, der, in Frankreich geboren, die heimische Erde nie betreten hat, aber sich doch brusten fühlt, in unsere Verhältnisse einzugreifen. Er ist der Redakteur der „Commune", eines Blattes, das in Ton und Haltung an die heftigsten Organe der Schreckenszeit erinnert. Er hat Zutritt bei Lamartine, den er wöchentlich einigemal besucht und über schweizerische Verhältnisse spricht, die er nicht kennt. Von diesem Chaudrais ging der Antrag aus, die Tagsatzung für inkompetent zur Berathung der Bundesverfassung zu erklären, „einen Verfassungsrath zu ernennen und durch diesen zu Völkerverbrüderung zu gelangen". Dieser Fingerzeig soll hinweisen, woher die Gefahr für die schweizerische Selbstständigkeit komme.

*) Uns ist nicht ein Fall dieser Art bekannt, sonst würden wir uns eben so ernstlichen dagegen aussprechen, wie gegen die ähnlichen Machregeln in Frankreich.

## Niederland.

* Amsterdam, 15. Mai. Auch wir laboriren hier wieder an einer Ministerkrisis. Der bekannte Entwurf der Kommission mit Bezug auf die Revision des Grundgesetzes hat im Ministerrath zwei Parteien hervorgerufen, und es wurde mit jedem Tage klarer, daß eine Veränderung der Personen im Kabinet nothwendig werden würde. Zwei Tage lang blieb das Land in unangenehmem Zweifel, ob das aristokratische oder das demokratische Element die Oberhand behalten würde. Letzteres hat vollständig gesiegt, Dank dem praktischen Blick und der biedern Gesinnung des Königs. — Graf Schimmelpenninck, der Vertreter der britisch-konservativen Gesinnung, ist abgetreten und mit ihm General Neyvu. Luzac und Donker Curtius bleiben im Ministerium, Defekenaer hat gestern bereits den Eid als neubestallter Minister des Innern geleistet und Thorbecke's Ernennung zum Minister-Präsidenten wird stündlich erwartet. Die Rede, womit Donker Curtius vorgestern der Kammer diese Veränderungen anzeigte, und in welcher er das Programm des neuen Ministeriums entwarf, verdient auch die Aufmerksamkeit des Auslandes wegen ihrer gediegenen, würdigen und praktischen Tendenz. — Die Behandlung des Entwurfs der Grundgesetzrevision wird die erste Beschäftigung des neuen Ministeriums sein. — Im Handel ist es bei uns und weiter recht still geworden; die fatalen Streitigkeiten in Schleswig und die dänischen Repressalien paralysiren auch unsern Handel noch der Ostsee, und man wünscht recht dringend eine baldige Einigung der beiden Parteien. — An der Oste herrscht noch immer eine ängstliche Stimmung; man möchte so gerne wieder größere Unternehmungen machen, wagt es aber nicht, da die Verhältnisse in Frankreich und Deutschland noch gar zu wenig konsolidirt sind. Namentlich dürft man mißtrauisch auf Frankreich, dessen zerrüttete Finanzverhältnisse immer mehr Besorgniß einflößen. — Die meisten Staatspapiere haben sich während der letzten Tage nur schwach behauptet. Holl. 2½ %, 41¼ c. 41; ditto 4 %, 61¼ c. 61; Span. Arr.: 2. 85, 9⅛ c. ¾; ditto z. 510, 9⅛; Russ. 5 % bei Oppr. 87¼; ditto 4 % bei Stieglitz; Oesterr. Metall. 2½ %, 26⅛ c. 26.

## Großbritannien.

London, 15. Mai. Im Oberhause segte Lord Brougham eine schon im Sommer vorigen Jahres angekündigte Bill, betreffend die Verbesserung des Strafrechts, auf der Tafel des Hauses nieder. Der Redner gab bei dieser Gelegenheit einen Ueberblick über den Gesammtzustand der englischen Strafgesetzgebung und ihre Verwaltung, bezog sich auf die von ihm bereits vor 20 Jahren entwickelte Darlegung, welche die Ernennung eines Ausschusses zu Folge hatte, und brachte sodann die vielen noch bestehenden Anomalien und Sinnlosigkeiten wie die Verbesserungen zur Sprache, die er für nöthig erachte und in seinem Entwurfe motivire. Wenn es dem Lord gelingt, unter dem Wuste der englischen Strafgesetze aufzuräumen und zu ihrer Läuterung und Reinigung beizutragen, so wird ihm die Dankbarkeit einer spätern Nachwelt nicht fehlen, die Mitwelt aber ihm gern so manche Thorheiten und geschwätzige Reden nachsehen, über denen man in letzter Zeit sogar seine Verdienste um die Reformbill zu vergessen schien. Der Lord schloß, ähnlich wie Lord J. Russell seine Rede gegen Godden (vgl. heutige Beilage), Länger als zwanzig Jahre habe er sich mit diesem Gegenstande beschäftigt, nie aber sei er mehr von der Nothwendigkeit, auf dem Gebiete des Strafrechts Reformen einzuführen, überzeugt gewesen, als in unserer Zeit, wo Europa in den Wiederwind der Revolution hineingezogen und mit dem Geräusch der Waffen und dem Getach zusammenstürzender Throne erfüllt wäre. Es sei sein innigster Wunsch, seine Hoffnung, daß die britische Verfassung noch lange Zeit der Ruhm des Landes bleiben möge, und er flehe zu Gott, das Loos von ihm abzuwenden, daß er diese Verfassung, das größte Werk menschlicher Weisheit, in den Staub sinken sehe, er wünsche zu sterben bevor der Tag gekommen, welcher den Sturz dieser Verfassung herbeiführen möchte.

Vor etwa 14 Tagen hatte Sir R. Peel der Königin in Osborne einen Besuch ab, und wurde von ihr in einer Privataudienz empfangen. Schon damals behauptete Daily News, daß dieser Besuch mit einer bevorstehenden Ministeränderung in Verbindung stehe. Dieses Blatt kommt hierauf wieder zurück und glaubt versichern zu können, daß, was damals nur Gerücht gewesen, jetzt bestimmtere

Digitized by Google

### Niederland.

**Haag**, 12. Mai. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer erlas der Präsident eine königliche Botschaft, worin angezeigt wird, daß Graf Schimmelpenninck und Generalmajor Reyven ihre Entlassung eingereicht und daß der König dieselbe angenommen hätte. Der Justizminister entwickelte darauf das freisinnige Programm des Ministeriums, welches allgemeinen Beifall fand. Herr Donker Curtius wird zugleich den katholischen Kultus übernehmen; Hr. Dekkenaar wird die Finanzen führen, Hr. Luyac aber im Ministerium bleiben. Das Journal de Limburg versichert, daß der Gemeinderath von Maestricht eine Adresse angenommen, worin er gegen die Trennung Limburgs von Holland protestirt.

### Großbritannien.

**London**, 14. Mai. Den 11. Mai fand im Unterhause die dritte Verlesung der Fremdenbill Statt. Die Besprechung, welche sich darüber entspann, war politisch bedeutsame, als sonst die parlamentarischen Verhandlungen in diesem letzten Stadium der Berathung zu sein pflegen. Cobden, seiner neuen Stellung als Oppositionsführer getreu, führte gegen die Regierung eine sehr raisonirende Sprache. „Ich halte mich verschert", sagte er, „daß die großen Mehrheit, bei denen ich bisher völlig war und worunter ich namentlich die des Freihandels nenne, niemals durchgegangen wären, hätten wir nicht von vornherein Tories und Whigs für identisch genommen; und ich erlaube mir zu sagen, daß ich sie auch künftig bei allen Fragen, an denen ich mich betheiligen sollte, als Eins betrachten werde. Die Regierung bringt uns, statt organischer und nützlicher Maßregeln, irische Zwangsbills, Fremdenbille und Regierungsschuppbille; sie scheint mir das auf dem Kontinent gegebene Beispiel, wo alle Zwangs- und Repressivmaßregeln Nichts verschlugen, sich nicht zu Nutzen gemacht zu haben; Regierungen sind gefallen, weil sie nicht zu rechter Zeit den Weg der Versöhnung und des Nachgebens betraten. Das Land will solche Zwangsgriffe nicht; es verlangt, daß man unser Repräsentativsystem mit dem Geiste der Zeit mehr in Einklang bringe. (Beifall.) Das britische Volk will, während die gesammte Welt in einer Vorwärtsbewegung begriffen ist, nicht stillstehen, geschweige gar eine Rückwärtsbewegung machen. Das Land will, daß man Einschränkungen und Erfparniß im Staatshaushalt vornimmt, und ich sehe nicht an, zu behaupten, daß wenn Ihr die Monarchie des Landes gegen republikanische Neuerungen zu stützen wünscht, Ihr diesem Zwecke am Ersten entgegenkommt, wenn Ihr Etwas von jenem mittelalterlich barbarischen Pomp abthut, welcher für das Land kostspielig und ein bloß aristokratischer Puß ist, wenn Ihr einige von den unnöthigen Anhängseln des Königthums abschafft, statt Gesetze in Vorschlag zu bringen, wodurch die Redefreiheit beschränkt werden soll, oder solche gewaltthätige Maßregeln, wie diejenige ist, über die wir hier berathen. Und ich gehe der Regierung die Versicherung, daß sich das Volk gegenüber solchen Maßregeln nicht mit der Rolle eines blos passiven Zuschauers begnügen dürfte. Ich habe bereits früher schon entwickelt, warum Ihr die Majorität im jetzigen Parlamente habt, aber ich versichere Euch, daß die Gefühle aufgeregt des Hauses ganz anderer sind; wollt Ihr die Landesinstitutionen aufrecht erhalten, so stützt Euch nicht auf Zwangsgesetze, sondern nehmt zu Zugeständnissen Eure Zuflucht, zu heilsamen Maßregeln, werdet anders und verseht Euch zu weitern Ersparnissen."

Lord J. Russell gestand in seiner Vertheidigungsrede mit anerkennenswerther Offenheit ein, daß er allerdings sich gezwungen gesehen, mehrere Repressivmaßregeln vorzuschlagen, daß er aber seiner Pflicht gegen die Treuen und Gutgesinnten zu fehlen geglaubt, wenn er aus bloßer Rücksicht auf Volksgunst dies durch die Lage der Dinge Nöthige zu thun unterlassen hätte. (Kein Einsichtiger wird die Regierung darum tadeln wollen, daß sie Gesetze einbrachte, um den irischen Revolutionspredigern Zaum und Zügel anzulegen, aber die Bill zur Ausweisung verdächtiger Fremden scheint wenigstens unnütz zu sein und eine übertriebene Aengstlichkeit der Regierung anzuzeigen. Ist der Revolutionsstoff in England wirklich, was wir noch bezweifeln, bis zur Explosion gehäuft, so wird der Ausbruch auch ohne ausländische Emissäre erfolgen, zumal da der Engländer, auch der gemeinste, Nationalgefühl genug besitzt, um ausländischen Einflüsterungen und Einflüssen unzugänglich zu sein. Vielleicht hat man auch bei dieser Bill hauptsächlich Irland im Auge gehabt, dessen erhitzter critischer Brodsterung allerdings die Neigung zeigte, weder dem aufreizenden Rath der Franzosen ihr Ohr, noch einer materiellen französischen Hilfe die Lüftern zu verschließen.) Im weitern Verlauf seiner Rede glaubte Russell versichern zu dürfen, daß das Volk, so weit er es kenne, mit den Institutionen des Landes, das Königthum und die Aristokratie mit eingeschlossen, vollkommen zufrieden sei. „Laßt uns", sagte der Lord, „so viel Ersparnisse machen, als immer nur möglich, laßt uns das Steuerwesen verbessern, nur laßt uns nicht glauben, daß, indem wir einen der großen Tragepfeiler des Staats erschüttern oder die Basis verrücken, auf welcher die Landesverfassung ruht, wir dadurch dem Lande wirklich eine Wohlthat erzeugen, noch laßt uns zu dem unsandern Zwecke, von der Masse mit Beifall belohnt zu werden, alles Hohe und Edle, welches sich dem Volke eingeflößt hat, auf's Spiel setzen." Bezieht entgegnete dem Minister und äußerte unter Anderm: „Brei habe seiner Zeit eine Majorität von 80 bis 100 gehabt; aber er, der Redner, wisse recht wohl, daß manchmal eine Majorität im Parlament eine Mehrheit für sich, im Volke zu gleicher Zeit aber eine entschiedene Mehrheit gegen sich habe; und der edle Lord werde erleben, daß, wenn er seinen jetzigen politischen Gang verfolge, seine Regierung an diesen Majoritäten sterben werde."

Mögen nun die Altreformer, die Whigs, die Vertreter der Aristokratie in Intelligenz, Stellung oder Reichthum, welche am Liebsten mit vollen Händen und aus bloßer Großmuth spenden möchten, oder die Neureformer, die Demokraten, die Vertreter der fabrizierenden und handeltreibenden Klassen, der Mittelstellungen und der Mittelintelligenz, bei denen, „wenn sie Geld geben sollen, alle Gemüthlichkeit aufhört," im entscheidenden Treffen Sieger bleiben, so scheint doch so viel gewiß, daß sich diese Revolution im rein reformirenden und friedlichen Wege, durch den bloßen Druck der öffentlichen Meinung auf Parlament und Regierung vollziehen wird. Man erkennt dies an der gedrigenen Ruhe, womit selbst solche verfängliche Verhandlungen im Parlament durchgeführt werden, während in der französischen Nationalversammlung bei solchen Parteizusammenstößen sofort alle revolutionären Leidenschaften losbrechen und den vulkanischen Boden spüren lassen, auf dem sie aufgeführt ist.

Die Bürgerschaft der City hat, ortanlaßt durch die mancherlei sich kundgebenden Reformgelüste, welche bereits gewisse Attribute des Königthums nicht verschonen, eine Glückwunsch- und Loyalitätsadresse an die Königin gerichtet, welche von dieser huldreich entgegengenommen wurde.

Das Parlament hat plötzlich zwei seiner Mitglieder durch den Tod verloren; es starb Dr. Kripps, welchen den bekannten lustigen Auftritt mit O'Connor im Unterhaus anregte, und Hr. Redyead Yorke, Schwiegersohn des verstorbenen Lord Brandon und Sohn des bekannten politischen Schriftstellers Henry Redyead Yorke, nahm sich selbst das Leben, indem er im Regents-Park ein Fläschchen Vitriolsäure austrank. Der Unglückliche war ein recentrischer Kopf, wie unter Andern aus seinem Wahlschreiben hervorgeht, worin es heißt: „ich bin ein gemäßigter Reformer, wenn es nur Mäßigung braucht, ich bin ein entschiedener Reformer, wenn Entschiedenheit besser ist, und ich bin ein Radikalreformer, wenn Radikalismus das Beste ist."

### Frankreich.

**Paris**, 16. Mai. Ueber die Vorfälle in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung haben wir noch Einiges nachzutragen. In dem Augenblick, wo unser Bericht abbrach, hatte der Tumult den höchsten Grad erreicht; Barbès schwang sich auf die Tribune und schlug ein Dekret vor, wodurch 1) der Krieg wegen Polens erklärt, 2) eine Steuer von tausend Millionen auf alle Reichen gelegt wird, 3) das Schlagen des Generalmarsches als Hochverrath am Volke verdammt wird. Er verlangt die augenblickliche Annahme — aber die ganze Nationalversammlung, die trotz der Gefahr, trotz der sie umwogenden Menge schweigend und unbeweglich auf ihren Sitzen geblieben ist, verharrt in ihrer majestätischen Ruhe. Da stürzt Huber, Chef des revolutionären Klubs, auf die Tribune: „Im Namen des Volkes, schreit er, die Nationalversammlung ist aufgelöst!" Der Präsident wird sogleich mit seinem Armstuhle umgeworfen, die Sekretäre werden vom Bureau gedrängt, die ganze Versammlung wird von der Masse vertrieben. Allgemein erhebt sich der Ruf aufs Stadthaus zu ziehen und eine neue provisorische Regierung einzusetzen. Die Masse bricht auf und wälzt sich über die Quais zum Stadthause. Ein Theil ist in dem Saale geblieben — da ertönt Sturmmarsch, die Mobile und die Nationalgarde dringen mit gefälltem Bajonette in den Saal, in einem Augenblicke ist er geräumt. Lamartine, Ledru-Rollin und die Deputirten treten ein, sie nehmen ihre Plätze. Allgemeiner Jubel empfängt sie; Lamartine erklärt: der Platz der Regierung sei jetzt nicht hier, er sei auf der Straße, an der Spitze der bewaffneten Macht. Alles erhebt sich und eilt hinaus. Lamartine und Ledru-Rollin besteigen zwei Dragonerpferde, stellen sich an die Spitze der unabsehbaren Kolonnen der Truppen und der Nationalgarde und marschiren unter Jubelgeschrei des Volkes gegen das Stadthaus.

Digitized by Google

Hier waren unterdessen die Klubs eingedrungen, sie hatten die rothe Fahne aufgepflanzt und durch schnell gedruckte Proklamationen eine Regierung proklamirt, bestehend aus: Barbès, Ledru Rollin, Louis Blanc, Albert, Thoré, Blanqui, Cabet, Raspail, Flocon, Pierre Leroux, Cauffidière. (Nach einer andern Nachricht wären Flocon und Ledru Rollin nicht auf der Liste gewesen, wohl aber außer den genannten noch Huber und Sobrier. Proudhon scheint in die Bewegung nicht verflochten, wenigstens hatte er in seinem Blatt, dem Représentant du peuple, seit einigen Tagen sich im entgegengesetzten Sinne ausgesprochen). Plötzlich wird gemeldet, daß von allen Seiten Truppen vorrücken, auch Ledru Rollin wird jetzt für einen Verräther erklärt, der das Volk verworfen lassen will!! Der Ruf: Aux armes! ertönt, die Verwirrung wird unbeschreiblich. Jetzt (5½ Uhr) fahren 4 Batterien Kavalleriegeschütz von Lanciers und Dragonern gedeckt, im Galopp über die Quais und stellen sich vor dem Stadthause auf, die Nationalgarde, von Lamartine und Ledru Rollin geführt, kömmt an, die 8. und 9. Legion bringen in das Stadthaus; Barbès, Albert, Thoré, Raspail und der General Courtais werden gefangen genommen, dem General Courtais werden die Epauletten herumtergerissen, der Degen zerbrochen, Alles beschuldigt ihn des Verrathes. Alle übrigen im Stadthause befindlichen Individuen werden gefangen, Sobrier wird auf dem Quai d'Orsay verhaftet. Lamartine und Ledru Rollin erscheinen im Saale des Stadthauses, sie ernennen Clement Thomas zum Obercommandanten der Nationalgarde. Kein Schuß ist gefallen, kein Tropfen Blut vergossen worden. Um 6 Uhr ziehen Ledru Rollin und Lamartine im Triumphe mit der bewaffneten Macht nach der Nationalversammlung zurück. In diesem Augenblicke trifft das 21. Infanterieregiment aus St. Denis ein, und die Nationalgarden der ganzen Banmeile von Paris rücken im Sturmschritte in Paris ein. Es sind 250,000 Mann unter den Waffen.

Um 6½ Uhr wird die Sitzung der Nationalversammlung wieder eröffnet, sie votirt der Nationalgarde und der Armee den Dank des Landes. Arago, Garnier-Pagès und Marie, die im Luxembourg in Permanenz geblieben waren und alle Befehle ertheilten, während Ledru Rollin und Lamartine selbe persönlich ausführten, lassen Bericht abstatten. Die Insurrection ist für heute besiegt. Die Versammlung ernennt den Deputirten General Barraguay d'Hilliers zum Militärkommandanten von Paris, Clement Thomas zum Kommandanten der Nationalgarde, sie votirt den Anklagestand gegen drei ihrer Mitglieder: Courtais, Barbès und Albert — Louis Blanc, der sich vertheidigen will, wird zum Schweigen gebracht und um 10 Uhr Abends die Sitzung aufgehoben.

Paris, 16. Mai. Heute morgen ist die Stadt ruhig, alle Läden wieder geöffnet. Doch sind alle Plätze von starken Truppenmassen besetzt und es circuliren Gerüchte, es solle ein neuer Sturm beginnen, um die Gefangenen im Fort Vincennes zu befreien. Die Blätter der anarchischen Partei, die Reforme, die Commune de Paris u. s. w. sind nicht erschienen. Um 10½ Uhr wird die Sitzung der Nationalversammlung eröffnet. Sie beginnt mit Vorwürfen gegen den Präsidenten (Buchez), den man der Schwäche und Unentschlossenheit anklagt; mit lauten Anklagen gegen die Polizeipräfekten Cauffidière, den man offen des Einverständnisses mit den Aufrührern beschuldigt. Nur mit vieler Mühe kann sich Garnier Pagès Gehör verschaffen. „Nach Besiegung des gestrigen Attentats, sagte er, hat die prov. Regierung alle Maßregeln für die Sicherheit von Paris ergriffen. Verhaftungen seien vorgenommen, Sobrier sei verhaftet, Waffen und Munition bei ihm weggenommen, 75 Individuen wurden verhaftet, der Mißbrauch des Versammlungsrechtes werde verhindert werden. Die Gefangenen seien nach Vincennes gebracht worden, Barbès, Albert und die Andern. (Man verlangt die Namen.) Beide Raspail, der Oberst des Generalstabs der Nationalgarde Gaillot, Thoré, Blanqui u. s. w. — alle Regimenter, die um Paris stationiren, haben den Befehl erhalten, nach Paris zu kommen. Das irregulären Korps der Montagnards ist aufgelöst. Die Polizeipräfektur sei nicht vergessen worden, der Polizeipräfekt habe sich sehr gut benommen, aber sie werde der Nationalgarde zur Bewachung übergeben werden. General Bedeau werde die Truppen kommandiren, Clement Thomas die Nationalgarde. Garnier Pagès verlangt nun, die Berechtigung zu verschiedenen Maßregeln zur Befestigung der Ordnung zu erhalten. Er verlangt, daß man die Regierungskommission handeln lasse und ihr vertraue, dann werde sie auch Alles auf ihre Verantwortlichkeit nehmen."

Dieser Vorschlag findet Widerspruch, die Partei der dynastischen Linken läßt sich sehr laut vernehmen, und auch als Lamartine ein Vertrauensvotum verlangt, dauert die Aufregung und Verwirrung fort. Doch wird schließlich, nachdem es Lamartine gelungen, durch stoische Ruhe die Tribune zu behaupten, das Vertrauensvotum mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Ein Vorschlag von Billaudt (1) das Finanzkomité solle einen Bericht über die Lage des Staatsschatzes, die Finanzen und die Mittel zur Abhilfe abstatten. 2) Ein Dekret solle erlassen werden, um in allen Lokalitäten von Frankreich Untersuchungsrichter zu ernennen, um sich mit der Frage der Arbeit zu beschäftigen. 3) Alle Versammlungen in der Umgebung der Nationalversammlung sollen bei strengen Strafen verboten und jeder Versetzung der Deputirten, einzeln und in Masse, als Verrath an der Nation bestraft werden — dieser Vorschlag wird nach lebhafter Debatte an eine Kommission gewiesen. Als nach einer Unterbrechung am Nachmittag die Sitzung wieder begann, war die Stimmung nicht ruhiger als zuvor. Cauffidière erschien, um sich zu rechtfertigen; neue Anklagen folgten, und als Cremieux auftrat und nachwies, wie der Polizeipräfekt es versäumt habe, im rechten Augenblicke die Sache im Keime zu ersticken, machte die Vertheidigung des Angegriffenen keinen Eindruck mehr. Cauffidière erklärte dann, daß er seine Entlassung gebe, da er das Vertrauen der Versammlung nicht habe. Der Minister des Innern erstattete einen beruhigenden Bericht über die Lage der Hauptstadt, wornach zwar noch Aufregung herrsche, aber den Ruhestörungen ein Ziel gesetzt sei.

Der Moniteur bringt mehrere Dekrete, wornach die Nationalversammlung sich am 15. für permanent erklärt hat, der Nationalgarde und der Linie ihre Anerkennung ausspricht und die Arrestation der Abgeordneten Courtais, Barbès, Albert genehmigt. Die übrigen Aktenstücke sind theils beruhigende Proklamationen, theils Verfügungen, die wir bereits in dem obigen Bericht erwähnt haben.

* Straßburg, 17. Mai. So schnell tritt die Entscheidung ein! Den 13., wie Sie wissen, wurde, nach der Veranstaltung der Klubs, die Versammlung auf dem Marsfelde gehalten, welche die Forderungen Polen und Italien betreffend an die Nationalversammlung bringen sollte. Wenige Tausende fanden sich ein, denen vermuthlich war der Boden noch nicht genug aufgewühlt; aber nach der Proklamation der Regierung waren diese Zusammenrottungen schon hinreichend, die Ruhe der Hauptstadt zu stören. Die Führer gaben sich das Wort auf den 15. (Montag); an diesem Tage sollten die Fordernden kräftiger auftreten. So war es auch. Nach Einigen 30 tausend, nach Andern 50 tausend „ouvriers" zogen in die Nationalversammlung. General Courtais befahl sie einzulassen, weil sie unbewaffnet gekommen; so wurde die Versammlung im eigentlichen Sinne erdrückt; die Eingedrungenen setzten sich zwischen die Deputirten, und als die Debatte anfing, war es unmöglich, mehr die Kammer zu erkennen. Andere hatten sich der Flinten der Wache haltenden Nationalgarde durch Ueberfall bemächtigt; die Nationalgarde selbst war mit in den Schwarm gezogen worden. Desmegen konnte auch von den anstürmenden Legionen keine Gewalt gebraucht werden. Nun entstand die wildeste Szene. Viele Deputirten suchten sich zu retten, als Obiton Barrot die Tribune bestieg, um allein gegen das Rasenden Laufen zu protestirte. Hier sei sein Posten, er werde ihn einnehmen bis zum Tode! Die Meuterer ernannten eine provisorische Regierung, an deren Spitze Barbès stand. Sie bemächtigten sich des Telegraphen, der Post. Alles dauerte mehrere Stunden; den 15. um 9 Uhr Abends konnten endlich die Kouriere fort. Sie waren jeder bis an die Barriere von 200 Nationalgarden begleitet, und ertheilten von Arago den mündlichen Auftrag, in den Departementsstädten zu verkündigen, daß die Ruhe hergestellt sei; daß den folgenden Morgen telegraphische Nachrichten der Regierung weitere Kunde geben würden. Briefe, welche der Kourier von Mitgliedern der Nationalversammlung mitgebracht, sagen, daß Barbès, Courtais, Blanqui, nebst 15 — 1700 Andern gefänglich eingezogen worden. Gestern den ganzen Tag erhielten wir Nichts durch den Telegraphen. Erst heute Mittag bringt er die Depesche von diesem Morgen 5 Uhr, daß Alles beruhigt sei, Cauffidiere seine Entlassung gegeben, und das Zutrauen wiederkehre. Er sagt nichts von Unruhen, die gestern vorgefallen, sondern nur von denen des 15. Vermuthlich sind die kräftigen Schritte der Regierung, deren die Depesche von dem 15. erwähnt, in der Einjiehung jener Ruhestörer zu suchen. Aber warum über den Dienstag nichts?

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England: Herr Oliver in Lond., 73 Newgate-Street in Verbindung. Für Frankreich, Spanien, Portugal und übrige selbe Länder vermittelnd: Hr. C. A. Reverchon in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 28 Rue Dauphine.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptverbreiteten besorgt das Groß. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 15.— durch die Post besorgen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Ausgaben nach der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 141. Heidelberg, Sonntag 21. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde XIV. — Wien (das neue Wahlgesetz. Bundesthat oder Staatenbund. Deutsche und sonderbündlerische Neigungen. Unserer Ausfluß Ungarns an Oesterreich. Vereinigung des Armeekorps von Rugent und Alper. Tagesreiche Gerichte). Prag (Palacky und das Minsterium). Bozen (Rückblick auf die Wahlen. Der Landtag). Berlin (die neuesten Demonstrationen. Dr. Jung). Briefwechsel zwischen Camphausen und dem Oberst der Bürgerwehr. Die Friedensverhandlungen). Neues Aufloben des Aufrufes. Ueberfall von Bak. Pressverhältnisse. Russische Truppen an der Grenze. Bekanntmachungen der Demarkationslinie). München (bevorstehendes Ende der Kammersitzung. Das Wahlgesetz). Baden (Parlamentswahlen). Heidelberg (Postermäßigung für die Deutsche Zeitung in Preußen) Die besseren Truppen). Limburg, Berlin (Kürassiere gegen die deutsche Fahne). Altona (die dänische Flotte). Rendsburg (Nachrichten vom Kriegsschauplatze). Bremen (Ruhe und Reaktion). Frankfurt (die Bundesversammlung an die Nationalversammlung. Die erste Sitzung der Nationalversammlung. Zweite Sitzung. Gagern zum Präsidenten, Soiron zum Vizepräsidenten gewählt).

**Schweiz.** Bern. Verhandlungen über den Bundesentwurf. Die Wahlen im Gr. Rath. Die Bundesverfassung. Das Zweikammersystem angenommen. Die Wahlen in Bern.

**Dänemark.** Die schwed. Intervention. Russische Schiffe erwartet.

**Schweden und Norwegen.** Großfürst Konstantin in Stockholm. Observationskorps in Schonen.

**Großbritannien.** London. Parlamentsverhandlungen: Die dän. Frage; Hamel Motion; Regierungsvorschläge für Verbesserung der Schiffahrtsgesetze. Ein Hofjäriek.

**Frankreich.** Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung. Nachträgliches über die letzten Vorfälle. Unverbürgte Gerüchte.

**Griechenland.** Athen. Bürgerkrieg. Vorgänge in Athen. Mordversuch an Mussuros.

**Beilage.** Berona. Bericht eines Augenzeugen über den Sieg bei Berona. Baden. Patriotische Wünsche über Deutschlands innere Grenze. Aus dem Odenwaldgeschen. Die Wahlen zur Nationalversammlung. Die Sammlung für die deutsche Flotte. Die Verfassung. Frankreich. Paris. Verfügungen der Regierung. Einzelnes über die Vorfalle vom 15.

## Heidelberg, 20. Mai.

Wir haben gestern den Vorwurf mitgetheilt, den eine hannoversche Broschüre dem Entwurf des Reichsgrundgesetzes macht, daß seine Bestimmungen über die Bedeutung des Reichs die Selbständigkeit der einzelnen Staaten dermaßen beeinträchtigen, daß Niemand mehr unter diesen Bedingungen weder Fürst noch Landstand eines Staates werde sein wollen. In milderer Form ist dieser Vorwurf auch von Andern wiederholt worden. Man hat gefunden, daß der Reichsgewalt Rechte eingeräumt worden seien, die die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten mehr beschränkten, als dies sogar in Nordamerika der Fall ist. Man hat in einzelnen Bestimmungen geradezu die Absicht gesehen, den Fürsten der Einzelstaaten alles Ansehen zu entziehen; dahin rechnete man besonders die Bestimmung, daß die souveränen Fürsten im Oberhause neben ihren Unterthanen sitzen sollten, und die andere, daß das Reichshaupt die Offiziere der Armee ernennen, überhaupt der Befehl über das Militär den Fürsten entzogen werden solle. Man hat gefragt, was endlich den Einzelstaaten, ihren Regenten, ihrer Regierung und Gesetzgebung übrig bleibe, wenn die Centralgewalt mit allen den Befugnissen bekleidet würde, die der Entwurf ihr einräumen will.

Auch in andern Kreisen also als gerade nur in den höchsten regt sich der Partikularismus schon wieder, dessen unseligen Folgen zu begegnen die gegenwärtige Bewegung mit am Energischsten strebte, dessen Wesen entgegenwirken daher auch die Aufgabe jeder Verfassung und Reform in Deutschland sein muß. Soll Deutschland nicht, wie früher, immer der Spielball der großen Mächte Europas bleiben, soll nicht der Zustand der Auflösung wiederhergestellt werden, in dem wir bis vor einigen Jahrzehnten begriffen waren, soll nicht der Zustand der Schlaffheit und Machtlosigkeit erhalten werden, in dem wir uns bis heute befanden, so muß die Centralgewalt Deutschlands unabweislich so stark als möglich gemacht werden, es muß dem Sonderstreben gerade der mächtigsten Bundesstaaten am Nachdrücklichsten begegnet werden, und muß der Gedanke an getheilte, vielköpfige Direktorien, an Wohlfürstenthum, an alles Schattenregiment, was es heiße, getilgt, es muß der Wahn und die thörichte Furcht vor Uebergriffen der Reichsgewalt, denen bei einer so freien Verfassung täglich zu begegnen ist, abgelegt werden. Siegen diese Aufreizungen zu allerdand unnützen Besorgnissen, stellen wir die alte Schwäche und Rathlosigkeit mit einer neuen, schwachen und unberathenen Verfassungsform her, so geben wir uns eine saure Mühe, die Revolution, in deren ersten Stadien wir und befinden, möglichst zu kräftigen und auf die Dauer zu stellen. Wenn es wahr wäre (was wir noch lange nicht zugeben wollen), daß der Entwurf die Selbständigkeit der Einzelstaaten mehr beschränke als die Verfassung des amerikanischen Freistaats, so würden wir uns nicht scheuen, laut zu erklären, daß dies nur wünschenswerth sei. Denn Amerika hat keine Fürsten an der Spitze der einzelnen Staaten, die einen besonderen Ehrgeiz, ja einer besonderen, lange vererbten Hauspolitik folgen; Amerika hat keine Geschichte und keine Erfahrung hinter sich, wie wir sie hinter uns haben, und hat übrigens bei den ersten Versuchen der Decentralisation von Seite einzelner Staaten die Bande der Centralgewalt straffer gezogen und nicht gelockert.

Was die Bestimmung des Entwurfs angeht, daß die Fürsten persönlich in dem Oberhause sitzen sollen, so haben wir selbst dies als ungeeignet anerkannt, und man kann darin allerdings eine Herabsetzung des fürstlichen Ansehens finden, obgleich die Absicht in dem Rathe der Siebenzehn eher eine entgegengesetzte war. Sonst aber ist in der Institution des Oberhauses gewiß Alles in der Anlage wenigstens gegeben, was die Selbständigkeit der einzelnen Staaten und Regenten aufrecht halten kann und muß. Es ist darin eine Stimmvertheilung festgesetzt, die zwar nicht soweit geht, wie einige Kopisten der nordamerikanischen Verfassung thun, daß sie Oesterreich und Reuß die gleiche Stimmenzahl gäbe, die aber doch das Uebergewicht der größern Staaten herabsetzt, das Gewicht der kleinern erhöht. Es ist diesem Staatenhause, diesem Senate dieselbe Initiative und dasselbe Veto gegeben, wie dem Reichshaupte und dem Volkshause. Den Einzelstaaten ist dadurch das entsprechende Recht der Theilnahme an der allgemeinen einheitlichen Gesetzgebung für das Ganze geschert. Dem Uebergewicht der Centralsation ist dadurch vollständig vorgebaut. Es ist den Einzelstaaten, es ist dem Partikularismus alle Konzession in diesem Senate gemacht, die man ihm machen kann. Denn wie viele Anfechtung wird das ganze Institut eines Oberhauses ohnehin auszustehen haben! Wie natürlich nahe liegt einer so gewaltsam vorschreitenden öffentlichen Meinung der Ueberspruna aus dem Einen diehierigen Extrem in das entgegengesetzte, das Bestreben, meinen wir, künftig nur das Volk in dem Einen Unterhause vertreten zu sehen, während bisher in dem Bundestage nur die Fürsten und Regierungen vertreten waren.

Wo läge doch eigentlich in dem Entwurfe die excessive Beeinträchtigung der Einzelstaaten, über die man Klage führt? Wo, wenn überhaupt von einer größeren Einheit einmal die Rede sein soll? Die Bestimmungen über die Rechte des deutschen Volks wird man nicht dahin zählen wollen, denn wer wollte es wagen, ihnen heute entgegenzutreten, die wahrlich nicht von den Urtheilern des Entwurfs erfonnen worden sind! Die Bestimmungen über die Einheit des Post- und Verkehrswesens können nicht dahin gerechnet werden, da einzelne Staaten ja ihre Posten sogar verpachtet haben! Die Bestimmungen über die Einheit des Zoll- und Handelswesens können nicht gemeint sein, denn auch auf diesem Gebiete hat man sich bereits der Selbständigkeit in dem Zollverein begeben, und gewiß nicht zum Nachtheil irgend eines Souveränitätsrechts der Fürsten oder eines Interesses der Staaten. Es

Digitized by Google

bleiben die Bestimmungen über das Heerwesen, über die Dislocirung der Truppen, über die Ernennung der Offiziere u. s. w., die allerdings am Meisten angefochten worden sind. „Man setze", sagt die „Allgemeine Zeitung" vom 14. dieses Monats, „den König von Preußen als Bundesoberhaupt, dann könnte der König von Baiern seinen Lieutenant ernennen, der höheren Offiziere nicht zu gedenken, und wenn er zur Erhaltung der Ordnung in seiner Residenz eine Garnison nöthig zu haben glaubte, so müßte er den König von Preußen darum ersuchen, dieser aber könnte angemessen finden, dem König von Baiern zu diesem Behuf ein Regiment Pommern zu schicken und die Baiern nach Berlin oder nach Tilsit zu kommandiren. Oder wenn der König von Baiern zum Bundesoberhaupt ernannt würde, so sollte die preußische Armee unter die Befehle von München gestellt werden! Welcher deutsche Fürst wird sich solchen demüthigenden Bedingungen unterwerfen, und welcher sich selbst fühlende deutsche Volksstamm, wie z. B. der baierische, wird sich gefallen lassen, daß sein Fürst auf solche Weise gedemüthigt werde?" Und ebenso findet eine sonst sehr wohlmeinende Kritik des Entwurfs in unserm eigenen Blatte (Beilage Nr. 137), daß die Ernennung der Offiziere durch den Kaiser eine allzu beschwerliche Bestimmung für das Ansehn der Fürsten sei.

In diesem letztgenannten Aufsatze ist übrigens sogleich der Einwurf gegen alle diese Ausstellungen gemacht, den auch wir hervorausheben würden. Man figurirt sich hier Konsequenzen einiger vagen Bestimmungen, die sogleich aufs Aeußerste gehen, Konsequenzen, die zu erörtern nicht in ein Grundgesetz gehörte, denen sich auch die speciellen Gesetze in den fraglichen Beziehungen vorbeugen läßt, Konsequenzen, die man unter den Siebenzehn selbst nicht gewollt hat. Allerdings sind die Bestimmungen über das Heerwesen diejenigen, die die tiefeinschneidendste Veränderung in unserer ganzen Stellung als Staat und Staatsmacht hervorbringen werden, aber auch sollen und müssen. Diese Veränderung ist aber durchzuführen, ohne daß man dabei in dem Maße das Ansehen der Fürsten und Staaten beeinträchtige, wie man hier und da zu fürchten scheint. Wie wir uns die Organisation des Heerwesens ganz im Großen gedacht haben, so würde künftig ein erstes Aufgebot der Linie allein in der Hand des Reichshauptes sein. Es würde dieses die eigentliche Kriegeschule sein, in der in möglichst kurzer Frist die Lehrdienstzeit abgethan würde; und dieses Heer würde nach unserer Ansicht nur in den Festungen und an der Grenze liegen, und mit allem partikularen Dienste, Residenz- und Gardewesen Nichts zu thun haben. Gelegt und verlegt müßte dieses erste Aufgebot allerdings ganz nach der Willkür des Reichshauptes werden, damit gleich in der Schule der Begriff des einheitlichen deutschen Militärdienstes der vorwaltende werde. Darum müßte keineswegs, ja es dürfte nicht einmal das landschaftliche Zusammenstehen der Truppen aufgehoben werden, und die Officiere, damit nicht die Landeskinder des Oberhauptes einseitig bedacht würden, möchten eben so gut wie die Postbeamten in den betreffenden Landestheilen, von den einzelnen Fürsten dem Kaiser zur Ernennung präsentirt werden. Alsdann würde nach vollendeter Lehrzeit jenes erste Aufgebot als zweites Aufgebot der Linie in die einzelnen Staaten zurückkehren und in Friedenszeiten dort zum Behuf des Landesherrn stehen, um die innere Sicherheit des Landes im Nothfall zu wahren, ein Zweck, zu dem die unmittelbar kaiserliche Truppe des ersten Aufgebots nie gebraucht werden dürfte. Dies letztere scheint eine Bestimmung zu sein, die in das Grundgesetz nachgetragen zu werden verdiente; im Uebrigen aber können in dieser Beziehung eine Reihe von Anordnungen in der speciellen Organisation des Militärwesens getroffen und in einschlagenden Gesetzen dem Reichstag später von dem Reichsministerium vorgelegt werden, die dem Ansehen und der Unabhängigkeit der einzelnen Fürsten und Staaten günstig sind, ohne dem Interesse der Einheit zu schaden.

Wenn in der jetzt und den vorher erwähnten Beziehungen den Einzelstaaten und ihrer Unabhängigkeit nicht mehr Eintrag geschieht, als unumgänglich zum Wohl des Ganzen nothwendig ist, so bleibt ihnen auf der andern Seite unendlich viel Spielraum, um ihrer selbständigen Thätigkeit freien Lauf zu lassen. Wir wollen das hier nicht näher auseinbren, obgleich es ein fruchtbares und dankbares Thema ist. Nur zwei Gegenstände wollen wir mit kurzen Worten erwähnen, die für sich allein eine so unendliche Perspektive gewähren, daß man schon in der bloßen Hinsicht auf diese beiden nie an der Materie zur Eigenthätigkeit der einzelnen Staaten und Fürsten verzweifeln darf. Der Reichsminister des Innern wird ein verhältnißmäßig sehr kleines Feld zu bauen haben; fast das ganze Gebiet der innern Verwaltung verbleibt den einzelnen Staaten. Hier wird man sich künftig nicht länger dem Andrang der neuen Forderungen entziehen können; den sozialistischen Ideen die praktischen Seiten abzugewinnen oder sie mit praktischen Ausführungen niederzuschlagen, wird eine Aufgabe werden, der nicht zu entrinnen ist; der edelste Wetteifer wird die Einzelstaaten ergreifen können, die abenteuerlichsten Entwürfe mit den nützlichsten ausführbaren Einrichtungen zu diskreditiren und so einen wahren, großen Nutzen mit jenen viel kleineren Opfern zu bringen, die eben die Theilung in kleine Staatzy in Deutschland möglich macht: denn so braucht das Experiment, das in diesen Dingen unvermeidlich sein wird, nicht an dem Körper des Ganzen gemacht zu werden. Der zweite Punkt ist die geistige Bildung. Es wird kein Reichsministerium des Kultus geben. Alles was die Dinge des Kultus angeht, verbleibt den einzelnen Staaten. Den einzelnen Regenten ist auch die Pflege aller Kunst und Wissenschaft zum edelsten Wetteifer gegeben. Dies ist die Seite, um derentwillen man von jeher die Theilung in kleine Staaten, in Italien wie in Deutschland, gesegnet hat, selbst wenn man sie von streng politischer Seite verwerfen mußte. Diese Seite bleibt unangetastet. Sie wird sogar leichter zu hegen und zu pflegen sein als sonst. Die Einzelstaaten sind künftig vieler prosaischen, äußerlichen, zerstreuenden, in ruhigen Zeiten nichtigen und formellen Geschäfte überhoben, sie können sich auf diese innere geistige Seite der Zustände ausschließlich werfen. Würde diese Aufgabe in den Einzelstaaten und die Aufgabe der äußeren Thätigkeit von Seite des Reichsganzen mit gleicher Virtuosität ergriffen, wahrlich, nie wäre ein Staat und ein Volk gewesen, das zu so großen Dingen auserfehen wäre, wie das deutsche.

---

**Oesterreich.** Δ Wien, 14. Mai. Am 11. wurde durch Plakate das Wahlgesetz bekannt gemacht, nach welchem die Wahlen für unsre am 26. Juni festgesetzte Nationalversammlung vorgenommen werden sollen. Allgemeine Mißstimmung erregte es, daß die Regierung bei der Bildung dieses „provisorischen Gesetzes" auf keine der durch die akademische Legion und die Nationalgarde eingereichten Petitionen zur Modificirung der ersten Kammer Rücksicht genommen hat. — Eine der kürzlich hier entstandenen Zeitschriften, „die neue Zeit", gibt dem gesammten Ministerium bereits den Rath seine Entlassung zu nehmen, nachdem es zu diesem Wahlgesetze seine Zustimmung geben konnte. — Der Meinungskampf um die Begriffe Bundesstaat und Staatenbund dauert heftiger als je fort. Alle wahre Deutschen, deren es Gott sei Dank auch hier noch viele gibt, streiten für die schwarz-roth-goldne Fahne. An ihrer Spitze die Universität und alle von Frankfurt zurückgekehrten Abgeordneten mit ihren Anhängern. Leider ist dies aber doch nur eine Minorität im Verhältnisse zu jenen, welche der schwarz-gelben Fahne oder dem Begriffe Staatenbund huldigen. Auf dieser Seite steht das Ministerium, alle Böhmen und Slaven, alle Militärs, der Beamtenstand, die Geistlichkeit, alle Spießbürger und der ganze Adel, welcher letztere mehr Heil für seine bevorzugte Stellung bei den sarmatischen Völkern hofft; und unter dem Rufe: Oesterreich über Alles! verbirgt er den Gedanken: Unser Privilegien vor Allem! — Aber dies möge Gott und Deutschland verhüten. Wir appelliren an das gesammte deutsche Volk, es möge uns helfen, dem mit Blutbefleckten Banner Ihrer seiner österreichischen Brüder den Staar zu stechen, so lange es noch Zeit ist. — Die Ungarn stehen bereits ein, was ihnen und uns droht. Ihr Minister des Aeußern dringt bei unserer Regierung im Namen seiner Nation auf den innigsten und unverzüglichen Anschluß Oesterreichs an Deutschland. Auch aus Polen vernimmt man einzelne Stimmen dafür — möchten sie nicht vereinzelt bleiben und Polen endlich einsehen, daß es seine eigne Freiheit nur in der Verbrüderung mit uns finden kann. — Seit einigen Tagen hat sich hier ein Verein von Schwarzgelben gebildet, 105 an der Zahl, welche sich „österreichischer Verein" nennen und deren Hauptzweck Separatismus und Verfolgung der Universität zu sein scheint. Diese Schwarzgelben sollen den Auftrag gest ht haben, die Aula zu schließen, damit sie desto bequemer ihr Separatisten- und Neutralitätsgeschäft betreiben können. Aber die Regierung hat so viel Takt gehabt, diesen Gesuch zu umgehen und nicht darüber zu stolpern. Das Volk weiß, daß die Universität wacht, wenn die Regierung schläft, und wir sind fest überzeugt, daß wenn man heute die Aula schließen würde, wir morgen Arbeiter-Unruhen hätten. — Die akademische Legion und die Nationalgarde, desgleichen viele politische Klubs, halten vorbereitende Versammlungen, um gegen das Wahlge-

Digitized by Google

setz Protestation einzulegen. — Es stellt sich immer klarer heraus, daß Fürst Metternich die ersten Regungen der slavischen Nationalität schon damals nährte und pflegte, als die ersten Rufe nach Einheit in Deutschland erschollen, um sich derselben als Gegengewicht seiner Zeit bedienen zu können. Die Zeit, welche er vorhersah, ist nun gekommen — aber nicht mehr seine Zeit.

Wien, 14. Mai. Man schreibt der Allg. Z.: In der gestern abgehaltenen Sitzung des Vereins der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien war auch der rühmlichst bekannte ungarische Publicist, Franz Pulszky, gegenwärtig Staatssekretär bei dem ungarischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, in Wien anwesend, und äußerte sich in einer gediegenen Rede dahin, daß Ungarn fest entschlossen ist mit aller Kraft an Oesterreich, aber nur an ein deutsches, nie und nimmermehr aber an ein slavisches Oesterreich zu halten, und daß das Ministerium gesonnen ist, dem nächsten Reichstag die Uebernahme eines verhältnißmäßigen Theils der österreichischen Staatsschuld vorzuschlagen, und sollte auch dadurch der Bestand des Kabinets in Frage gestellt werden, was aber nicht vorauszusetzen sei.

Wien, 14. Mai. Die hies. Z. schreibt: Nach den heutigen Nachrichten von Conegliano vom 11. hat sich Feldzeugmeister Graf Nugent mit den über Vicenza und Bassano herangerückten Truppen des Generals d'Aspre vereinigt, und war in Person auf der Straße mit den Generalen Herzog Alexander von Würtemberg und Fürst Schwarzenberg über Feltre gegen Treviso vorgerückt. Die Insurgenten wurden nach allen Seiten geworfen und litten in wilder Flucht davon. Nach Eingang dieser Nachricht ging die zwei Stunden von Conegliano an der Piave gelandene Armeedivision unter General Schaitza über die Piave, und die Mannschaft von päpstlichen Truppen, welche den Uebergangspunkt vertheidigt hatten, wurden nach allen Seiten geworfen und in die Flucht gejagt. Unsere Truppen rückten auf dieser Seite bis Spressiano vor. Donnerstag werden sämmtliche Truppen unter den Mauern von Treviso eingetroffen sein; allein es bereitet sich allvort Alles zur Flucht. — Auch theilt das Journal des österr. Lloyd ein Schreiben des Feldzeugmeisters Nugent mit, worin gesagt ist, daß nach verschiedenen Gefechten die feste Stellung von Mont-belluna besetzt und der Feind am 11. in der Nähe von Treviso vollständig geworfen worden. Die Oesterreicher standen unter den Mauern Treviso's. Inzwischen fabeln die italienischen Zeitungen, und nach ihnen die N. Z. Z., von einem Siege oder vielmehr dem Anfange eines Sieges der Italiener unter Ferrari, obschon hiermit die Angaben Bolognefer Z., wenig stimmen, daß Ferrari sich am 11. mit 14,000 Mann in Treviso befunden, aber Anstalten getroffen habe, sich gegen Mestre zu ziehen. Dies steht einem Rückzuge und einem Aufgeben Treviso's gleich, da Mestre südlich von Treviso gegen Venedig hin liegt.

Prag, 12. Mai. In der heutigen Sitzung des Nationalausschusses trat auch Palacky auf und berichtete über seine Reise nach Wien. Man habe ihm ein Ministerium angeboten; er habe es abgelehnt, um nicht der Regierung Verlegenheit zu bereiten. Im Weseatlichen theile das Ministerium ganz seine Ansicht, nur über die augenblicklichen entscheidenden Maßregeln, die hinsichtlich des Anschlusses an Deutschland zu treffen seien, weiche ihre Meinung ab. (Das heißt: das Ministerium will die Trennung von Deutschland noch ein wenig hinziehen, Palacky sie sofortig zur Entscheidung bringen). (K. Z.)

* Bozen, 15. Mai. Die Wahl für den III. Bezirk des Unterinnthals (Rattenberg, Hofgarten, Kitzbichl, Kufstein) gab einen liberalen Abgeordneten für Frankfurt, Dr. Grebler, Hof- und Gerichtsadvokat in Wien, jene hingegen für den II. Bezirk des Pusterthals (Lienz, Windischmatrey, Sillian, Ampezzo, Arlsberg) den Innsbrucker Advokaten Dr. Haßmauker, einen Freund der Jesuiten, der gegen ihre vom Kaiser ausgesprochene Aufhebung eine Petition für ihren Fortbestand betreibt. Wir beschicken nun die konstituirende deutsche Nationalversammlung in Frankfurt aus dem Ländchen Tirol mit fünf Geistlichen unter den elf bisher Gewählten, denn von 4 Wahlbezirken in den welschen Kreisen wurden noch keine Wahlen bekannt; auch Vorarlberg stellte unter 2 Deputirten einen Geistlichen. Die Majorität dieser Vertrauensmänner verfolgt rückgängige Bestrebungen, mit Politik befaßten sich bisher die Wenigsten derselben. Der im Dunkeln wühlenden Partei gilt es nicht, des Landes Wohl und Ehre, sondern nur ihre eigene alte Herrschaft zu fördern, sie erhebt ihr Haupt stolzer als ehedem. Auch für unsern Provinziallandtag, der auf Anfang des nächsten Monats in Innsbruck berufen ist, scheint sich eine gute Anzahl Geistlicher den Städten und Landgemeinden als Vertreter aufzudrängen, obwohl Geistlichkeit und Adel besondere Stände bilden und sonach zur Wahrung der Interessen des Bürger- und Bauernstandes nicht berufen sind. Nach der neuen kaiserlichen Verordnung wird nämlich unser diesjähriger Landtag mit 13 Deputirten der Geistlichkeit, wozu die 3 Bischöfe von Salzburg, Trient und Brixen, die Abgeordneten ihrer 3 Domkapitel und der Universität und 6 Oekane zählen, ferner mit 13 Ausschüssen des immatrikulirten Adels, 23 Vertretern der Städte und ebenso vielen der Gerichte oder Landgemeinden beschickt. Bei der Aufrechthaltung des ständischen Prinzips liegt es im Geiste des Gesetzes, daß Geistlichkeit und Adel wegen ihrer Bevorzugung nicht auch die Vertretung des Bürger- und Bauernstandes beanspruchen sollen, und Leute von Ehre aus den ersteren Ständen würden jede auf sie fallende Wahl abweisen. Wir fürchten uns aber nicht mit solchen Hoffnungen, es wird bei uns in der neuen Zeit noch schlimmer werden als in der alten, wovon die Schuld zwar immer nur die letztern trifft; am Ende mag es wohl zu einem Neuzerstören kommen, daß auch dem Verblendetsten die Augen öffnet.

Preußen. Berlin, 10. Mai. Kommandeur der Bürgerwehr, v. Aschoff, hat an den Ministerpräsidenten Camphausen heute folgende Anfrage gerichtet: Es hat sich unter einem großen Theile der hiesigen Einwohner und auch unter der Bürgerwehr das Gerücht verbreitet, daß Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen schon in der Nähe der Hauptstadt oder doch schon auf deutschem Boden angelangt sei. Obwohl ich nicht an dieses Gerücht glaube, so erlaube ich mir doch, Ew. Excellenz um eilar zur Veröffentlichung geeignete Aufklärung hierüber gehorsamst zu bitten. Berlin, 14. Mai. v. Aschoff. Die Antwort lautet wie folgt: Ew. Wohlgeboren erwidere ich auf die Anfrage vom heutigen Tage, daß der Prinz von Preußen königl. Hoh. sich gegenwärtig noch in England befindet, seinen Rückweg, der frühestens in einigen Tagen angetreten werden kann, über Belgien nehmen und sich daselbst einige Zeit aufhalten wird. Es ist daher leicht zu berechnen, daß Se. königl. Hoh. nicht früher als in 14 Tagen in dem preuß. Staate eintreffen kann. Berlin, 14. Mai 1848. Camphausen.

Berlin. Von hier schreibt man der Wes. Z: Die Verhandlungen wegen des Friedensabschlusses mit Dänemark sind in diesem Augenblick völlig nach London verlegt und werden dort von dem Ehrenmann Bunsen, dem Grafen Arentlow und dem Lord Palmerston selbst geführt. Der erfreuliche Ausgang wird dahin die auf ihn gefallene Wahl zum deutschen Parlament unter seiner Berufung anzunehmen im Stande sein. Wir werden vielleicht schon morgen Genaueres über den Stand der Friedensverhandlungen mittheilen können.

†† Berlin, 17. Mai. Die Volksversammlung, welche gestern über die Bewaffnungsfrage berathen wollte, hat nicht stattgefunden. Der politische Klub hat diese Angelegenheit zu der seinigen gemacht. Gegen ihn richtet sich heute auch die durch ihn zu Frage hervorgerufene neue Aufregung der Bürgerschaft. Als der Klub gestern Abend in der Leipzigerstraße seine Sitzung hielt, drang eine Anzahl Männer, meist Zimmergesellen, in den Hofraum, in welchem sich das Versammlungslokal befindet. Einigen gelang es, in das Lokal selbst einzudringen. Durch Unterredung mit diesen Leuten ergab sich, daß sie durch einzelne Männer aus dem Bürgerstande zur gewaltsamen Aufhebung des Klubs angestiftet waren. Der Lärm, welchen die obschon geringe Anzahl der Tumultuanten verursachte, hatte einen solchen Auflauf verursacht, daß eine starke Bürgerwehrabtheilung herbeigeholt werden mußte. Die Leipzigerstraße war in der Nähe des Klublokals bis tief in die Nacht von Menschenmassen gefüllt. Nur durch Anwendung der Waffen, jedoch ohne Verletzungen herbeizuführen, wurde der Tumult endlich beseitigt. Noch in der Nacht gelang es, die Urheber dieses und ähnlicher Tumulte zu ermitteln. Einzelne Bürger hatten den arbeitslosen Gesellen den polit. Klub als die Ursache der herrschenden Unruhen und der durch dieselben herbeigeführten Nahrungslosigkeit bezeichnet. Es sind in Folge dieser Vorgänge heute mehrfache Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten sollen sich sogar ein Hauptmann und ein Zugführer der Bürgerwehr befinden.

Hr. Held zeigt soeben durch Maueranschlag an, daß er von seiner Stellung in Folge vielfache Verdächtigungen abtrete, aber durch die Presse zur Aufklärung des politisch ungebildeten Volkes wirken werde, und daß namentlich die soziale Frage den besondern Gegenstand seiner Bestrebungen jetzt ausmache.

Posen, 13. Mai. Der k. Kommissär General, der Infanterie v. Pfuel, hat folgende Bekanntmachung erlassen: Auf Grund der allerhöchsten Bestimmungen und der mit ertheilten Vollmachten habe ich die Grenzlinie zwischen den beiden Theilen des Großherzogthums Posen, welche resp. treue zum deutschen Bunde treten oder der Reorganisation im nationalen Sinne theilhaftig werden sollen, so wie es die Anlage näher nachweist, vorläufig festgesetzt, indem ich zugleich genehmigen Reklamationen, welche im Interesse der einen oder der andern Nationalität für eine Modifikation jener Linie in einzelnen Theilen noch vorzubringen sein möchten, entgegensehe, damit die vollständige und

Digitized by Google

definitive Regulirung dieser Angelegenheit erfolgen kann. Zugleich fordere ich diejenigen deutschen Besitzer auf, welche in dem der Reorganisation zu unterwerfenden Theile, sowie diejenigen polnischen Besitzer, welche in dem zum deutschen Bunde tretenden Gebiet ansässig sind und durch Tausch oder Veränderung ihrer Besitzungen eine Uebersiedelung in den andern Gebietstheil wünschen, mir ihre desfallsigen Anträge einzureichen, damit von der geeigneten Behörde diejenigen Maßregeln angeordnet werden können, welche zu einer Erleichterung und Beförderung jener Absicht zu dienen vermögen. Posen, 12. Mai 1848. Der General der Infanterie, Inspekteur der 3. Armeeabtheilung und k. Kommissär, v. Pfuel.

Posen, 15. Mai. Man schreibt der Voss. Zeitung: Gestern Abend lief die Nachricht von einem in der Nähe von Bromberg und Grin stattgehabten bedeutenden Gefechte ein, in welchem der General Hirschfeld das ganze dort befindliche Insurgentenkorps aufgelöst haben soll und in welchem 500 Polen geblieben sein sollen. Eben so betrübend lauten die Nachrichten, welche von dem südl. Theile des Großherzogthums, Adelnauer Kreis, einlaufen, indem es von dorther als gewiß gemeldet wird, daß sich neue Insurgentenkorps zusammenziehen; endlich ist auch Buk abermals von 3—500 Sensenmännern überschwemmt worden, welche diejenigen Familien, die nach den schrecklichen Ereignissen vom 4. d. M. noch dort geblieben waren, nun von Neuem überfallen und mit Hinterlassung aller Habe zur Flucht genöthigt haben. Gestern Abend um 7 Uhr kamen mehrere Wagen von dorther mit Flüchtlingen hier an. Demnach ist die Insurrektion noch keineswegs unterdrückt, im Gegentheil gibt es Viele, welche einen noch stärkeren Ausbruch derselben befürchten, da es gewiß ist, daß die Geistlichkeit Alles aufbietet, um das Volk auf das Aeußerste zu fanatisiren. Dagegen schreint die Bewegung einen andern Charakter anzunehmen und sich zum Theil gegen die Führer, denen Verrath zugeschrieben wird, zu richten, weßhalb auch viele derselben Gelegenheit suchen, freiwillig in preußische Gefangenschaft zu kommen; eben so ist es gewiß, daß ein Theil des polnischen Adels aus Furcht vor gallischen Zuständen das Land verläßt. Vorgestern kam sogar der sonderbare Fall vor, daß der Bauer Jan Palacz, Mitglied des polnischen Central-National-Komite's, hierher nach Posen an die Polizei die Bitte sandte, ihn zu verhaften, da er in Gnesczyn vor seinen eigenen Landsleuten, denen jetzt die bekannten Verfolgungen des National-Komite's vom 1. April d. J. nicht gehalten werden können, nicht mehr sicher sei. Zwar ward, da nach einiger andern Umstände dazu veranlassen, die Verhaftung des Palacz, der sich in Mullakhausen befand, wirklich bewerkstelligt, er indeß sofort wieder frei gelassen, als es sich ergab, daß er nicht der bekannte Insurgentenführer, sondern dies nur sein Verwandter, ein gewisser Maciej Palacz sei, wonach der durch alle Zeitungen gegangene Irrthum, als heiße der gegenwärtige Chef der Insurrektion Jan Palacz, zu berichtigen ist.

Der Börsenhalle wird ferner berichtet: Mierosławski soll auf sein Ehrenwort, außer Landes gehen zu wollen, entlassen, Krankhofer dagegen vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen worden sein. (Berichte aus Posen vom 13. melden, daß Oberst Dworski und Rittmeister Kierkor unter militärischer Bedeckung vorläufig am 12. von dort nach Küstrin gebracht worden seien, um später der Kapitulation gemäß Pässe nach Frankreich zu erhalten.)

Einem Berichte des Generals von Wedell in der „Pos. Ztg." ist folgender Brief Mierosławski's angehängt: „Mein General! In der Besorgniß, daß meine Person den Verträgen, die man zwischen den feindlichen Parteien abzuschließen beabsichtigen könnte, hindernd entgegenstehen würde, habe ich den Oberbefehl der polnischen Truppen dem Obersten Brzezański, Bürger des Großherzogthums, von dem Augenblick, wo von Verhandlungen die Rede war, übergeben. Indem ich durch den Abschluß derselben in die Kategorie der Emigranten getreten bin, die sich nach der Konvention vom 11. April in bestimmten Abtheilungen vereinigen sollten, unterwerfe ich mich dem ihnen bevorstehenden Schicksal ohne einen Vorbehalt. Um endlich das preußische Gouvernement über meine Absichten für die Zukunft sicher zu stellen, verlange ich, mein General, durch Ihre Vermittelung einen Paß nach Frankreich, wie ihn die Vorschläge des Generals v. Pfuel bedingen. Den 9. April. Ludwig Mierosławski.

Die „Gazeta Polska" enthält in ihrer neuesten Nummer folgende Nachricht über Polen: In Kalisch stehen 2 Regimenter Kavallerie mit 8 Geschützen und eine bedeutende Abtheilung Kosaken. Bei Last sind 40 Geschütze. Die bestellten Lieferungen wurden nach Lowicz gesandt, denn bis gegen den 8. Mai mußte Alles in den Magazinen sein. Alle Civil- und Militärbehörden haben den Befehl erhalten, jeden preußischen Soldaten, der nach Posen desertiren sollte, zuvorkommend zu empfangen. Die desertirten Offziere sollen ihren Gehalt erhalten, und dem gemeinen Soldaten ist eine Zulage von 10 polnischen Groschen täglich zu den gewöhnlichen Verpflegungsgeldern zu zahlen.

**Baiern.** — **München**, 16. Mai. Mit Ende dieser Woche werden unsere Stände (von nun an hört nach dem neuen Wahlgesetze diese Benennung auf) ihre Thätigkeit beschließen, wie wir in der heutigen Sitzung der Abgeordneten vernahmen, als Professor Edel und Stockinger ihre Urlaubsgesuche einreichten, da sie ihre Pflicht und die hohe Wichtigkeit der Sache nach Frankfurt rufe. Sie erhielten jedoch den Urlaub nicht und müssen vollends diese Woche ihre Kammerfrie einnehmen, da noch einige dringende Gesetzentwürfe (darunter die über Einkommen- und Vermögenssteuer) zu berathen seien. Aus unserer Kammer gehen 9 Mitglieder als Abgeordnete zum Parlament, darunter der I. und II. Präsident, der I. Sekretär, die Abgg. Bauer, Christmann, v. Rotenhan rc. Mit der Berathung des Wahlgesetzes kamen heute die Abgeordneten zu Ende. Es ward mit nicht wesentlichen Modifikationen des Ausschusses mit 116 gegen 7 Stimmen (darunter größtentheils katholische Geistliche, sowie Frhr. v. Rotenhan) angenommen. Jeder volljährige Staatsangehörige, der dem Staate direkte Steuern entrichtet, ist demnach bei indirekter Wahl wahlfähig, und jeder baierische Staatsbürger kann mit dem 25. Jahre Wahlmann, mit dem 30. Abgeordneter werden. Auf 500 Seelen kommt ein Wahlmann; in jedem Regierungsbezirke sind 4 — 6 Wahlbezirke bestimmt, der Wahlmann schwört vor der Wahl, daß er frei von allen fremden Einflüssen wähle, nur eine Beschwerdeführung bei der Kammer selbst gegen den Ausspruch der Wahlausschüsse bleibt den Betheiligten vorbehalten u. s. w. Die Minorität drang beinahe mit keiner ihrer Modifikationen durch, gab jedoch dem Gesetzentwurfe ihre Zustimmung. Am Schlusse der Sitzung brachte der Minister der Finanzen einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Jagdrechte auf fremdem Eigenthum und Boden ein.

**Baden.** * Heidelberg, 18. Mai. Wir freuen uns, unseren Lesern in Preußen mittheilen zu können, daß das Generalpostamt in Berlin mit der Ausführung der bekannten Dresdner Postkonvention begonnen,und in Folge derselben für die Zeit vom 1. Juli an den Preis der Deutschen Zeitung für das gesammte Königreich Preußen auf 9 Rthlr. 26 Sgr. ermäßigt hat.

**Hessen-Darmstadt.** * Heidelberg, 19. Mai. Heute morgen verließen uns die durchpassirenden Truppen (vom 2. Regimente), die seit mehreren Wochen hier einquartiert waren. Die Veranlassung zu diesem Besuch war, wie alle Welt weiß, keine erfreuliche und es war wohl zu begreifen, wie bei dem materiellen Drucke der gegenwärtigen Zeit sich vielfacher Widerspruch erhob gegen solch unerwarteten Besuch, selbst wenn man sich bei ruhiger Ueberlegung sagen mußte, daß der Ruhrruhe im Lande und die Sicherheit der Grenzen eine solche Maßregel nothwendig machte. Um so erfreulicher war das Einvernehmen, wie es zwischen den hessischen Militär und der hiesigen Einwohnerschaft stattfand; in wenig Wochen schienen sie eine eingebürgerte Garnison zu sein und die frühere Klage über „fremde" Truppen war nicht mehr zu hören. Vielmehr hatte das hessische Wesen, jene biedere Gutmüthigkeit mit seinen ordnungsliebenden Formen, sehr bald Alle gewonnen, und während in so aufgeregten Zeiten Konflikte zwischen bürgerlichen und militärischen Elementen sehr leicht denkbar waren, wetteiferten hier beide Theile in dem Bestreben, sich diese Tage der Unruhe und Spannung möglichst behaglich auszuhalten. Die herzlichen Abschiedsworte, die der Kommandeur des Regiments an die Bewohner der hiesigen Stadt richtete, haben unter uns Allen ihren Wiederhall gefunden.

Die Oberrhein. Zeitung meldet folgende Wahlen: In Ueberlingen wurde Peter, in Offenburg Bürgermeister Rée zum Parlamentsabgeordneten gewählt; Letzterer fast einstimmig, Ersterer mit 77 gegen 51, die auf Mittermaier fielen. In Engen wurde Brentano gewählt.

**Limburg.** Heerlen. Sonntag Abends 9 Uhr. Soeben rücken die Kürassiere ein, um der Order des Gouvernements, die aufgestellten deutschen Fahnen abzunehmen, nöthigenfalls mit bewaffneter Hand Nachdruck zu geben. (Tr. Z.)

**Schleswig.** Altona, 13. Mai. Der Bestand der dänischen Flotte ist folgender: 6 Linienschiffe, 5 zu 84, 1 zu 66 Kanonen; 7 Fregatten, 1 zu 58, 4 zu 46, 2 zu 40 Kanonen; 4 Korvetten zu 20 Kanonen, 3 Schooner, 3 Kutter, 80 Kanonen-Schaluppen, 2 Kriegs-Dampfschiffe. Zu diesen letzteren kommen indeß noch sechs, welche in Friedenszeiten als Postschiffe verwendet, aber bei Kriegsfällen dem Staate zur Verfügung gestellt werden. — Während in Schweden der Eifer für Dänemark sehr groß ist, zeigt er sich in Norwegen sehr kühl. Der Stortthing soll nicht geneigt sein, Geld zu dem Hilfskorps zu bewilligen. (K. Z.)

Rendsburg, 15. Mai. Vom Kriegsschauplatz nichts Neues.

Digitized by Google

Die Schiffe im Belt verhalten nach Wrangels Drohung sich ruhig. Die Dänen warten auf die Ankunft der Schweden, welche nach ihrer Aussage am 20. d. erfolgen soll. Am 13. d. brachte Major Zastrow, welcher mit einem Detachement der schleswig-holsteinischen Truppen einen Streifzug nach Aarhuus ausgeführt, 141 Zägige Lebensmittel aller Art für 7000 Mann, so wie den Stiftsamtmann von Aarhuus als Geisel für fernere Lieferungen und als Repressalie wegen der Gefangennahme des Hrn. v. Krogh mit nach Belle. (B.-H.)

Δ Bremen, 12. Mai. Wenn in irgendeiner Zeit, so thut in der unsrigen die Oertlichkeit vor allen andern Dingen Noth. Nur wer ohne Hintergedanken bei dem gewaltigen Ernste der Gegenwart die Hand anlegt, um ohne Rücksicht auf das Wohl der eigenen kleinen Persönlichkeit das Glück der großen Gesammtheit zu fördern, verdient allein den Namen eines wahren Vaterlandsfreundes. Es ist allerdings gewiß nicht zu bestreiten, daß bei der Menge die Selbstsucht einzig das bunte Getriebe des menschlichen Lebens zusammenhält, jedoch eine andere Zeit fordert aber auch einen andern durchgesteten Eigennutz, der gern Opfer darbringt, eines Theils um den Rest seiner Habe sicher zu stellen, und andern Theils um die Fonds der Gesammtheit zu vermehren, damit die eigene Aktie um so mehr werth werde. Leider muß man gestehen, sind wir selbst von diesem ohne großartige Weltanschauung auf praktischen Verständniß der Verhältnisse fußenden Standpunkte hier in Bremen noch ziemlich entfernt. Bremen ist in der letzten Zeit durch die selbstsüchtigen Bemühungen einiger in jeder Beziehung ausgezeichneten Bürger wirklich ein Lieblingskind von Deutschland geworden; es haben sich namentlich in den südlichen Staaten warme Sympathien für diesen zweiten deutschen Stapelplatz kundgegeben, aber wenn man nicht gerade zu gutmüthig alle und jede Lauheit dem neidischen, fältrenen Blute zuschreiben will, so muß man einräumen, daß gegenwärtig die alte Hanseskadt sich dieser ihres „Stein im Brett“ sehr wenig bewußt ergeigt. Der Handel, es ist wahr, wird sehr durch den dänischen Krieg gestört, obgleich man hier verwirrt durch die verschiedenen sich widersprechenden Proklamationen von Kopenhagen gar nicht ins Reine kommen kann, ob unsere Weser eigentlich geschlossen ist oder nicht — allein statt durch kraftvolles Auftreten diesem unangenehmen Zustande bald ein Ende zu machen, bemüht man sich, mit verdrießlichem Geschrei dem Gange der Dinge in Jütland zuzuschauen und allenfalls mit dem einmal nicht zu verdammenden trocknen Humor einen Witz über sich selbst zu machen. Es fehlt noch den Leuten so ganz und gar an einem frischen öffentlichen Leben! Haben doch unsere armen Freiwilligen ohne irgend eine dankbare Begrüßung von Seite der Stadt unbeachtet wieder in die Thore einziehen müssen, obgleich sie mehr als einmal Pulver gerochen haben. — Ebenso kläglich wie nach Außen sieht es nach Innen mit unserer Verfassungsangelegenheit aus. Unsere bisherige Regierung, aus dem 15. Jahrhunderte in kraftlose Reinheit uns erhalten, hat zwar am 8. März den Drängen des Volkes nachgeben müssen; auf eine sehr ausgedehnte Wahlbasis hin hat sich jetzt ein Repräsentativkörper von 300 Köpfen vereinigt, bestehen frühere Zusammensetzung — hören Sie und staunen! — bis dahin allein von der Laune des Präsidenten abhing („de Presdent kan reden, wen he will“). Allein statt auf die durchschlagenden Forderungen der Zeit einzugehen, die doch wahrhaftig nicht mehr mit einem solchen Rechtsboden vermittelt kann, treibt man die edle Selbstverläugnung so weit, daß man in der letzten Versammlung, wo der Senat nach einigen sehr zweideutigen Antworten endlich der Bürgerschaft sich erklärte, daß er es nun ehrlich mit der Freiheit meinen wolle, ihm eine herzliche Dankadresse votirte, „weil dieser Entschluß nach seiner bisherigen Stellung dem Rathe wohl große Kämpfe gekostet haben möchte“!! Und doch hängt die ganze Existenz des Senats, der ja als Korporation dem sonderlichen Willen des Volkes gegenüber gar keine Rechte hat, nur allein von dem Willen der Bürgerschaft ab. Diese gänzliche Verkennung jeder staatsrechtlichen Stellung kommt aber daher, weil die Gebildeten immer mehr wieder die Errungenschaft des Volkes einzuengen streben, und die ehrlichen, bieberen Volksmänner selbst nicht gebildet genug sind, um ihre gutgemeinten Vorschläge in eine Form zu bringen, welche nicht von dem aristokratischen Hohne der jungen Doktoren zerpflückt würde, die doch so lange den alten Zustand haben ungeschoren gelassen! So ist denn die Reaktion bei uns im vollen Gange, und wir haben das Schlimmste zu befürchten, weil sie zu natürlich nicht bleiben kann, und über abermalige Niedermerfung und nur wieder nach Außen und Innen gefährlichen Stürmen ausfegt. Wie wenig Menschen sind doch eigentlich nicht Geistesverwandte der Bourbonen!

Frankfurt, 18. Mai. Die Bundesversammlung hat an die deutsche Nationalversammlung folgende Begrüßung gerichtet: Die Macht außerordentlicher Begebenheiten, das Verlangen, welches sich laut in unserm ganzen Vaterland angesprochen hat, und der aus beiden hervorgegangene Aufruf der Regierungen haben in dieser großen Stunde eine Versammlung hierher geführt, wie unsere Geschichte sie noch niemals sah. In seinen Grundfesten hat das alte politische Leben gebebt, und von dem Jubel und dem Vertrauen des ganzen deutschen Volkes begrüßt, erhebt sich eine neue Größe: das deutsche Parlament. Die deutschen Regierungen und ihr gemeinschaftliches Organ, die Bundesversammlung, mit dem deutschen Volke in der gleichen Liebe für unser großes Vaterland vereint und aufrichtig huldigend dem neuen Geiste der Zeit, reichen den Nationalvertretern die Hand zum Bündnisse und wünschen ihrem Heil und Segen. Frankfurt a. M., am 18. Mai 1848. Die deutsche Bundesversammlung und in deren Namen: Der Präsidirende, Colloredo.

0 Frankfurt, 18. Mai. Um 4 Uhr zogen die Abgeordneten aus dem Römer unter Kanonendonner in die Paulskirche ein. Es waren ihrer wohl 350 — 400. Alterspräsident Dr. Lang; Vicepräsident Minister v. Lindenau. Der erstere erklärt nach einigen Einleitungsworten die Versammlung für konstituirt; die Versammlung ernennt sich. Eine Gewillkommnung des Parlaments von Seite des Bundestages wird verlesen; Herr Zitz aus Mainz beginnt sogleich im Ton der Vorversammlung unter dem Jubel der Gallerien gegen den Vorschlag, diese Mittheilung zu beantworten, Einwendungen zu machen, weil es unter der Würde der Versammlung sei, ein bloßes Kompliment zu beantworten. Die Mißtheiligung der Versammlung sprach sich unzweideutig aus. Man schlug sogleich, um derjenigen Ungehörigkeiten vorzubeugen, die Annahme einer provisorischen Geschäftsordnung vor, wobei die Linke ihre früheren Künste der Uebervumpelung versuchte, indem Wesendonck aus Düsseldorf eine kurze Geschäftsordnung, die Niemand kannte, dem gedruckten Entwurf dreier dazu aufgefoderten Mitglieder (Mohl, Murschel, Schwarzenberg) vorschieben wollte. Die Versammlung entschied sich dafür, den letztern Entwurf provisorisch als ihre Geschäftsordnung anzunehmen. In Folge deren wird morgen ein vorläufiger Vorsitzender und ein Ausschuß gewählt werden, der die Geschäftsordnung begutachten wird. Redner, Dichtender und viele Redner, selbst Wortenreißer fehlten dieser ersten Zusammenkunft nicht, wohl aber alle Würde, die ein so großer Augenblick verlangte. Gelagt wurde zu mehrmals, daß Deutschland, in Europa die Augen auf diese Versammlung gerichtet habe, aber gehandelt wurde nicht darnach. Welche nutzlose Plauderein, welche wunderliche Hast, über nichtigen Formalitäten die Zeit zu verbringen! Hoffentlich wird von morgen an eine kräftige Präsidentschaft auch eine kernigere Haltung in den Gang der Verhandlungen bringen. Einge es so fort, so wünsche ich Nichts so sehr, als daß die anwesenden französischen und englischen Berichterstatter recht schwer deutsch verstehen.

# Frankfurt, 19. Mai. Heute wählte die Nationalversammlung den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter bis zur Vollendung der Wahlprüfungen. Von 397 Anwesenden erhielt als Präsident Heinrich v. Gagern 305 Stimmen; 85 fielen auf v. Soiron, 3 auf Robert Blum, 4 zersplitterten sich. Hr. v. Gagern schritt von dem Präsidentenstuhle aus an die Versammlung folgende Worte: „Ueberwältigt von dem Eindrucke, den Ihre Abstimmung auf mich hervorbringen mußte, bin ich nur im Stande, wenige Worte an sie zu richten. Das Amt, welches Sie mir übertragen, ist zwar ein vorübergehendes; eine wenige Tage habe ich dem Vertrauen zu entsprechen, welches die große Mehrheit dieser erhabenen Versammlung in mich gesetzt hat. Aber auch für diese kurze Dauer muß ich Ihre Nachsicht, Ihre Unterstützung in großem Umfange in Anspruch nehmen. Ich gelobe hier feierlich vor dem ganzen deutschen Volke, daß seine Interessen mir über Alles gehen, daß sie die Richtschnur meines Betragens sein werden, so lange ein Blutstropfen in meinen Adern fließt. Ich gelobe insbesondere als das gewählte Organ Ihrer Versammlung die strengste Unparteilichkeit, die meine Pflicht ist. Wir haben das große Werk vor uns, das zu vollenden zumal in deutschen Männern angenommen worden ist; wir sollen schaffen — eine Verfassung für Deutschland. Unser Beruf und unser Vollmacht dazu liegen in der, Souveränität unserer Nation (Beifallsturm). Beruf und Vollmacht hat die Schwierigkeit — um nicht zu sagen Unmöglichkeit — einer Verständigung unter den Regierungen in unsere Hände gelegt. In der Voraussicht dieser Schwierigkeit hat das Vorparlament unsern Beruf angedeutet und den Charakter einer konstit. Versammlung uns vindizirt. Deutschland will Eins sein, Ein Reich, regiert von dem Willen des Volkes unter Mitwirkung seiner Stämme und seiner Regierungen. Diese Mitwirkung zu bewirken, liegt an der Versammlung. Ueber Manches besteht Zweifel im Volke, aber Einheit will die Nation, — Einheit wird sie haben und befestigen, trotz alle Schwierigkeiten von Außen und im Innern. Uns so, Vertreter des Volkes, bitte

Digitized by Google

ich um Ihre Unterstützung und Nachsicht, nachdem ich Ihnen gelobt habe, auf diesem Wege, wenn auch nur auf kurze Zeit, das Amt zu führen. Wäre es auf längere Zeit, so würde ich verpflichtet sein, Ihnen noch einen andern Mann anzukündigen. Denn weder mit meinen Kräften, noch mit den geretzten Ansprüchen des Volkes auf eine ganz unabhängige Stellung des Vorsitzenden dieser Versammlung würde die Bethätigung des Amtes, welches ich in meinem engeren Vaterlande bekleide, verträglich sein. (Beifall.)

Das Haus wählte hierauf zum Stellvertreter des Vorsitzenden A. v. Soiron mit 341 Stimmen (von 392); 26 Stimmen fielen auf Robert Blum, 10 auf Dahlmann, die übrigen auf Verschiedene. — v. Soiron fügte seinem Danke die Erklärung bei, daß Gesinnung und Ziel bei ihm die nämlichen seien, wie bei Gagern, daß er ihn nach Kräften unterstützen und — wenn zur Stellvertretung berufen — sich bestreben werde, die parlamentarische Ordnung aufrecht zu erhalten, den Willen der Mehrheit zu finden und zu vollziehen. Die Jugendsekretäre werden beibehalten und die Adjutanten gewählt.

## Schweiz.

☽ Bern, 17. Mai. Wie sehr die Ansichten über den Bundesentwurf auseinandergehen, hat die gestrige Tagsatzung bewiesen. Nachdem das Eintreten mit 19 Stimmen beschlossen war, da nur Bern und Genf einen Verfassungsrath beantragten, machten sich bei der Berathung über die Organisation 7 verschiedene Systeme geltend; einen einzigen Nationalrath ohne weiteren Einfluß der Kantone verfocht Aargau und Bern; die Ansicht von einem einzigen Nationalrath mit einem Veto der Kantone in gewissen Fragen vertheidigte Zürich; Wallis beantragte eine einzige Kammer mit gemischter Kantonal- und Nationalvertretung, so daß zwei Repräsentanten von jedem Kanton und ein Repräsentant auf je 30,000 Seelen in die Kammer gelandt würden; Glarus und Graubünden wollten eine einzige Kammer nach einem andern gemischten System, indem die Zahl der Repräsentanten je nach der Bevölkerung der Kantone von 2—8 anwächst, ähnlich der Mediationsverfassung; auch die Urkantone und Appenzell a. Rh. wollen nur eine einzige Kammer, aber nach dem bisherigen Repräsentationsverhältniß — also die Tagsatzung, wie sie jetzt ist. Das System des Entwurfs, also zwei Kammern, einen Nationalrath und eine Ständekammer wurde beantragt von Genf, Luzern, Waadt, St. Gallen und Solothurn. Schaffhausen allein sprach für eine Einheitsrepublik. Als Hauptgegensätze standen sich gegenüber das Einkammersystem und das Zweikammersystem. Die Vertheidiger des ersteren, die also bloß einen einzigen Nationalrath wollen, waren dem Zweikammersystem vor, es sei zu kompliciert und zu kostspielig, durch den Ständerath werde der Kantonalegoismus einseitig gepflegt, und dessändige Konflikte seien vorauszusehen. Die Anhänger des Zweikammersystems dagegen bestorgen, daß ohne einen Ständerath die Kantone allmählich ganz vernichtet würden; und doch beruhen die Geschäfte und das Leben der Schweiz auf den Kantonen. Auch sei das Zweikammersystem viel billiger als ein Nationalrath mit dem Veto der Kantone, da hier immer alle großen Räthe zusammenberufen werden müßten. Erst heute findet die Abstimmung über diese Fundamentalfrage Statt, wenn nicht noch einmal dieser Punkt zu genauer Erörterung an eine Kommission gewiesen wird; aber höchst wahrscheinlich erhält keine Ansicht eine Mehrheit. — Der Gr. Rath hat in seiner heutigen Sitzung zum Präsidenten des Regierungsraths, also zum künftigen Bundespräsidenten gewählt: Regierungsrath Funk, einen Anhänger der Ochsenbeinischen Fraktion; zum Präsidenten des Gr. Raths: Hrn. v. Tillier, zum Vicepräsidenten, Hrn. Niggeler, zum Statthalter Hrn. Büpberger. An die Stelle des ausgetretenen Reg.-Raths und Erziehungsdirektors Schneider wurde in den Reg.-Rath berufen Oberrichter Müller. Diese Wahlen beweisen, daß die Anhänger der von Ochsenbein vertretenen Politik die Majorität bilden.

☽ Bern, 18. Mai. Das Zweikammersystem hat in der Tagsatzung den Sieg davon getragen; 15 Stimmen haben es als Prinzip für die künftige Organisation festgehalten. Die Diskussion bot nichts Bemerkenswerthes dar und wendete sich nun zur artikelweisen Berathung des Entwurfs. Da meines Wissens die Deutsche Zeitung das Projekt noch nicht hat abdrucken lassen, so dürfte es Ihren Lesern wohl nicht unintereffant sein, wenn ich, der Diskussion folgend, den Entwurf mittheile, wie er jedesmal aus der Berathung hervorgeht. Die 4 ersten §§ sind mit wenigen Veränderungen angenommen worden, und der Entwurf lautet bis dahin also: Im Namen Gottes des Allmächtigen! Die schweizerischen Nationen, in der Absicht, den Bund der Eidgenossen zu bestätigen und zeitgemäß zu entwickeln, hat nachstehende Verfassung angenommen: Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft. Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen. Art. 1. Die durch gegenwärtigen Bund vereinigten Völkerschaften der 22 souverenen Kantone, als Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden (ob und nid dem Wald), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt und Land), Schaffhausen, Appenzell (beider Rhoden), St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf bilden in ihrer Gesammtheit die schweizerische Eidgenossenschaft. — Art. 2. Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Außen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossenschaft und Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt (mehrere Stände wollten in diesen Artikel die Neutralität als Zweck des Bundes hineinbringen, was aber keinen Anklang fand). Art. 3. Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränetät nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt übertragen sind. — Art. 4. Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt in der Schweiz keine Unterthanenverhältnisse, keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familien oder Personen. — Am Anfang der gestrigen Sitzung theilte der Präsident ein Schreiben des französischen Gesandten an den Vorort mit, worin die Ernennung der neuen provisorischen Regierung in Frankreich angezeigt wird; ferner ein Schreiben von Lamartine, das die freundschaftlichsten Gesinnungen für die Schweiz ausdrückt. — Die in meinem gestrigen Briefe mitgetheilten Wahlen des Gr. Raths sind für unsern Kanton von großer Bedeutung, indem sie als ein Sieg der von Ochsenbein befolgten Politik angesehen werden müssen. Der Gr. Rath theilt sich jetzt in zwei Lager, auf welche die Bezeichnung der Konservativen und Radikalen nicht mehr recht paßt. Es ist die Bewegungspartei, die in der vaterländischen Politik nach unbeirrter Centralisation strebt und nach Außen hin die Schweiz an dem Prinzipienkampf betheiligen möchte. Die Führer dieser Partei sind Stämpfli, Niggeler und Büpberger. Die andere Partei bekennt sich zu dem von Ochsenbein verfochtenen Föderativ- und Neutralitätsprinzip. Sie hat durch Anschluß der Konservativen jetzt eine entschiedene Mehrheit, was sich eben in den gestrigen Wahlen zeigte. Die Kandidaten der ersten Fraktion waren: für ein Mitglied in den Regierungsrath an des ausgetretenen Hrn. Schneiders Stelle: Hr. Cellin, Standesbuchhalter; als Präsident des Gr. Raths: Hr. Büpberger; als Präsident des Regierungsraths und Bundespräsidenten: R.-R. Stämpfli. Keiner dieser Kandidaten erhielt eine Mehrheit, sondern wie ich Ihnen geschrieben habe, wurde gewählt zum Großrathspräsidenten: Hr. v. Tillier; zum Regierungspräsidenten: Hr. Funk; zu einem Mitglied in den Regierungsrath: Hr. Oberrichter Müller; diese waren vorgeschlagen von der Ochsenbein'schen Partei.

## Dänemark.

Kopenhagen, 13. Mai. Die halbamtliche „Berlingsche Ztg." bringt eine Mittheilung, in der es für eine Unwahrheit der deutschen Zeitungen erklärt wird, als ob Schweden sich gegen jede Einmischung in die schleswigsche Angelegenheit verwahrt. Schweden wird vielmehr in dieser Frage gemeinsam mit den andern den Besitz Schleswigs der dänischen Krone garantirt habenden Mächten auftreten, aber dem Königreich Dänemark, ohne weitere Beschlüsse der Mächte (auch Russlands?) abzuwarten, sobald zu Hilfe kommen, als es von Deutschland angegriffen werde. Die schwedische Hilfe gibt der Kriegspartei neuen Muth, und man schämt sich jetzt auch nicht mehr, von bewerbenden russischer Hilfe zu sprechen, nachdem sich die englische Hilfe als feindliche Erfindung, um die öffentliche Meinung irre zu führen, erwiesen. Das Gerücht geht, der nach Petersburg gesandte Hr. v. Lewetzow habe günstige Nachrichten gebracht, und die russische Flotte unter dem Großfürsten Konstantin werde bald eintreffen.

## Schweden und Norwegen.

Die Gothenburger „Handels- und Schiffahrtszeitung" vom 11. Mai meldet aus Stockholm, daß dort der russische Großfürst Konstantin angekommen, um sogleich seine Reise nach Kopenhagen fortzusetzen. Das Aftonblad meldet aus Carlskrona vom 2. d., daß dort Befehl eingegangen sei, die Korvette „Jaramas" nebst der Brigg „Nordenskiold" und dem Dampfschiff „Thor" schleunig auszurüsten, damit dieselben am 20. d. mit der Fregatte „Eugenie" segelfertig sein können. Auch der Schooner „Aktiv" soll schnell ausgerüstet werden.

Christiania, 9. Mai. Ehegestern ist hier ein Befehl des Königs angekommen, der die größte Anzahl Soldaten, die der König ohne Ermächtigung des Storthings über unsere Grenze senden darf, nämlich 3000 Mann norwegischer Truppen zu einem in Schonen zusammenzuziehenden Observationskorps kommandirt. Zugleich werden

Digitized by Google

vom Sterthing Geldbewilligungen für die Rüstungen verlangt. Man hofft, daß die skandinavische Aufregung die sonstige Besonnenheit der Norweger überrumpeln und sie in diese nur im Interesse der russischen Politik die Verwirrung der nordischen Kugelgewölbten fördernde Einmischung hineinreißen werde.

## Großbritannien.

London, 16. Mai. Die torystischen Blätter, welche sich noch immer mit Wohlgefallen in Glanzmeere artistokratischer Festlichkeiten baden, bringen jetzt drei bis vier langspaltige Beschreibungen eines am 11. Mai gehaltenen Hofzirkels oder sogenannten Drawingrooms (wobei auch Damen erscheinen dürfen) und nur für Tories lesbare Verzeichnisse sämmtlicher dabei anwesenden hoffähigen Personen. Von der Königin, den Herzoginen und den Marquisinen bis zur Baronesse Rothschild und der Miß Hundson, bildeten die Damen eine wahre Ausstellung der mannichfaltigsten Kleidungsstoffe, Schmucksachen und Luxusartikel. Bei mehreren Damen lesen wir zum Schlusse der Schilderung die Angabe: „und eine Verschwendung von Diamanten.“ Die Tories gehören aber zu jenerlosen Klasse, welche zu dem, was sie nicht vergibt, und Nichts dazu lernt, sie sollten einsehen, daß solche Prachtbeschreibungen geeignet sind, der neuen demokratischen Reformbewegung mehr Mitstreiter und Theilnehmende zuzuführen, als dies Cobden durch seine schönsten Reden nur immer im Stande ist*).

Aus der Unterhandsitzung vom 11. Mai ist noch nachträglich zu erwähnen, daß Lord John Russell auf eine Anfrage Urquhart's die runde Erklärung abgab: „Die zwischen Dänemark und Großbritannien bestehenden vertragsmäßigen Garantien sänden auf die Gegenwart keine Anwendung.“ Auch das Ultighalt Globe spricht sich unumwunden gegen die dänischen Anmaßungen aus. „Die ganze Streitsache“, sagt diese Zeitung, „sei auf diesen Punkt durch die Teotzköpfigkeit und Nationaleitelkeit der Dänen gebracht worden; es sei Schade, daß nur ein Tropfen Menschenblut darum vergossen würde; Deutschland sei frei von jedem Vorwurf der Ungerechtigkeit, aber wohl würde dieser Vorwurf jede andere europäische Macht treffen, welche Dänemark einen Rückhalt gewähre und es dadurch ermuthige, in seinem Trotz zu beharren.“ Diese witzigischen und ministeriellen Erklärungen sind uns willkommen, obschon man doch fragen möchte, warum die englische Regierung in diesem Sinn nicht entschiedener handelt. Englands hat freilich erreicht, was es wollte, die Elb- und Weserblokade ist einstweilen stillet, neutrale Schiffe werden von Dänemark nicht aufgebracht, der knappe Offenhandel kümmert England überhaupt wenig, der Schaden fällt auf Deutschland mit seiner ganzen Wucht und die Rückschläge von Deutschland aus, unter denen der englische Handel und Gewerbfleiß etwa leiden, werden durch gewisse andere Vortheile erfetzt, welche England aus solchen verwirrten Lagen zu ziehen weiß. Es war eine der verderblichen Täuschungen der alten verrotteten deutschen Politik, die Vertheidigung unserer Seeinteressen den Engländern zu überlassen und auf den Besitz einer Kriegsflotte zu verzichten. Nun wohl, wir werden mit unsern Herren den Landkrieg für England ausfechten müssen, wir England aber unsere Interessen zur See verfolgt, davon haben wir jetzt schon einen wenig tröstlichen Vorgeschmack.

Am 12. Mai kündigte Hr. Hume im Unterhause an, daß er künftigen 23. eine Motion vorschlagen werde, des Inhalts: daß das Unterhaus in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung das Eigenthum, die Intelligenz und den Gewerbfleiß des Landes nicht vertrete und das Verlangen des Volkes im genügenden Grade nicht befitze; weßhalb es ihm gestattet sein möge, eine Bill einzubringen mit folgenden Grundlagen: Wahlbarkeit aller Familienväter, geheime Abstimmung, dreijährige Parlamente und Gleichheit der Wahldezirke. An jenem Tage wird also die neue Hume-Cobdensche Reformleague ihre erste parlamentarische Schlacht mit der Regierung versuchen.

*) Wir finden bei mehreren Konterfeis der Damen auch die spezielle Bemerkung: daß ihr Anzug von Kopf bis zu Fuß englischen Fabrikat gewesen. Auch hat die Königin vor Kurzem durch ihren Oberceremonienmeister den zu ihrem Hofstaat gehörenden Damen die Weisung ertheilen lassen, bei Hofe nur im englischen Stoffen zu erscheinen. Diesen Umstand beachte vor Kurzem Lord G. Bentinck selbst im Parlament zur Sprache, indem er seine Freude darüber aussprache, daß, wie aus jener Weisung hervorzugehen scheine, die Regierung angefangen habe ihren Freihandelsideen untreu zu werden und einzusehen, daß man die britische Industrie durch alle möglichen Mittel schützen müsse. Die Verhandlungen darüber wurden mit um so größerem Humor geführt, da der Lord sich gleich im Beginn seiner Rede aufs Lächerlichste versprach, indem er sagte: „Die Königin habe befohlen, daß die Hofdamen vor ihr ohne alle Anzüge erscheinen sollten“, was ein unanständiges Gelächter erregte.

In der Unterhaus-Sitzung vom 12. Mai brachte endlich Hr. Labouchere Namens der Regierung die lang versprochenen Vorschläge für Abänderung der Schiffahrtsgesetze ein, die von der Gegenpartei des Freihandelssystems hartnäckig bekämpft wurden. Die weiteren Verhandlungen wurden, um den Mitgliedern für genauere Prüfung der Regierungsvorschläge Raum zu gewähren, bis zum 18. Mai vertagt.

## Frankreich.

Paris, 17. Mai. Sitzung der Nationalversammlung. Mit dem Schlage zwölf Uhr erklärte Präsident Buchez die Sitzung eröffnet. Die Umgegend des Sitzungsgebäudes ist mit denselben militärischen Vorsichtsmaßregeln geschützt wie gestern. Starke Abtheilungen der Garde mobile und Linie bewachen die Seine-Ufer und die Revolutionsbrücke. Nur die Kanonen der der großen Eingangstreppe des Bourdonpalastes sind verschwunden. Im Vorhofe liegen mehrere Kompagnien, zum Theil auf Matratzen, welche dem Orte ein kriegerisches Ansehen verleihen. Man glaubt sich in einem Feldlager. Ein Mitglied überreichte eine Adresse der Nationalgarde von Haore, worin sie Lieb und Leben zu ihrer Verfügung stellt. Die Versammlung votirte ihr dafür öffentlichen Dank. Demnächst verlas Buchez als Präsident das Abdankungsgesuch Caussidière's, das, obwohl erwartet, doch eine peinliche Stimmung erregte. Staatsanwalt Klais verlangte sodann einen Urlaub, um nach Limoges zurückzukehren und dort den Kommunistenprozeß zu leiten. Mehrere Glieder der Linken benutzten diesen Anlaß, um das unverträgliche Verhältniß hervorzuheben, das zwischen Volksvertretung und Beamtengeschäften herrsche. Sie bringen deßhalb auf sofortige Erledigung der Interpellitätsfrage. Nächstdem erhielt der Berichterstatter über die Wahlen auf Korsika das Wort. Korsika hat nämlich die beiden Napoleoniden (Pierre Bonaparte, der seinem Onkel frappant gleicht, und Pierre Napoleon Bonaparte) und Louis Blanc zu Vertretern gewählt. Es fragte sich aber, ob Napoleoniden wegen ihrer Verbannung überhaupt zulässig sind. Die Kommission hielt diese Verbannung für abgeschafft, und die Versammlung trat dieser Ansicht bei. Die Prinzen bleiben. Die Wahl Louis Blanc's, der auf Barbès Platze sitzt, wurde dagegen annullirt und Abbatucci zugelassen. Louis Blanc bleibt demnächst Seine-Repräsentant. Hierauf schritt die Versammlung zur Wahl derjenigen 18 Glieder, welche die künftige Staatsverfassung Frankreichs entwerfen sollen. Der 6 Uhr schwerlich ein Resultat. — Mit dem Verlesen der Tribunen am 15. beschädigt werden seien und der Reparatur bedürfen, zeigen die Quästoren der Nationalversammlung an, daß das Publikum vorläufig den Sitzungen der Nationalversammlung nicht mehr beiwohnen könne. Die Blätter der moderirten, oder wenn man will, reaktionären Partei stellen heute im Namen der Nationalgarde folgende Forderungen: 1) Entfernung aller zweideutigen Mitglieder aus der Regierung; 2) noch sechs Linienregimenter nach Paris kommen zu lassen; 3) alle kompromittirten Klubs zu schließen — den andern einen gewissen Kreis für ihre Diskussion vorzuschreiben —; zu diesem Zwecke müsse jeder Klub einen Regierungs-Stenographen haben, der Alles aufschreibt und den der Klub bezahlt; 4) Abtheilung aller an den Ereignissen des 15. Mai Betheiligten durch die Nationalversammlung selbst. — Die gemäßigte Partei macht rasche Fortschritte — wir hab nächstdem bereits, daß sie es also wird, die zunächst aus dem jüngsten Versuche ihr Vortheile ziehen wird — wir werden uns nicht täuschen. — Cabet, dessen Name in den letzten Ereignissen vielfach genannt wurde, ist in diesem Augenblicke in Marseille, wo er Vorlesungen über den ikarischen Kommunismus hält. — Die Assemblée nationale will wissen, daß Blanqui entsprungen sei und sich nach Brüssel geflüchtet habe. — Daßelbe Blatt meldet auch, daß Louis Blanc verhaftet oder auf der Flucht sei. Gerüchte dieser Art drängen sich; eines schlägt und widerlegt das andere.

## Griechenland.

* Athen, 7. Mai 1848. Die Regierung verfällt täglich, die Rebellion wurde in wenigen Tagen wie ein Spinnengewebe zerstört sein. Sie siegte von Schlachten gegen Weiber, die aber so wenig Muth waren, daß man sich an die erdichtete Schlacht von Chaleis erinnert. General Mamuris, der in Phthiotis befehligt, hat zuerst Kanonen, dann Geld verlangt, um Truppen zu werben, und da die Staatskasse leer, hat die Civilliste ausgeboten. Velengas, den ein ministerielles Blatt gefangen nehmen läßt, und Balabas sind nach glaubwürdigen Privatnachrichten mit 500 Mann in einer Stellung bei Lamia verschanzt, welche aus dem Freiheitskampf als unein nehmbar bekannt ist. Papapakosa steht zwischen Ampbissa und Livadien mit einer mindestens gleichen Anzahl Palikaren. Gegen ihn ist General Garoliketis Grivas beordert, aber bis heute wurde noch nicht

Digitized by Google

## Das Treffen bei Verona.

▽ Verona, 10. Mai *). Sieg! — Die sind noch in Verona, oder eigentlich außerhalb Verona's, doch mit hinlänglichen Streitkräften drinnen und 200 Kanonen auf den Wällen, gerüstet, um jeden Putsch der Veronesen im Keim zu ersticken. Nachdem wir Karl Alberts Versuch, über den Mincio zu gehen, vereitelt hatten, erhielten wir Befehl, uns in die Nachbarschaft von Verona zurückzuziehen, und gestuirten so dem Feinde, nachdem wir die Brücken in die Luft gesprengt, den Fluß zu passiren; vorher machte er jedoch noch einen Angriff auf Mantua, lächerlich genug, da Mantua fester und unangreifbarer ist, als selbst Gibraltar. So wurde er denn auch mit großem Verlust zurückgeschlagen. Desshalb verschonte er, weil er einsah, daß man das Pulver doch nur unnütz verpuffen würde. Inzwischen ließ Karl Albert durch seine Spione verschiedene Male verbreiten, er gedenke an diesem oder jenem Tage mit seiner Armee in Verona zu Mittag zu speisen; aber man wartete auf ihn vergebend. Am 6. endlich erklärte er bestimmt, in Verona sein Mittagsmahl einzunehmen, und ließ zu diesem Zwecke seine ganze Streitmacht, 70 bis 80,000 M., gegen unsere Linie vorrücken, welche nicht mehr als 20,000 Mann zählen mochte. Sein Hauptstreben war auf die Besitznahme von St. Lucia gerichtet, um von hier aus Verona zu beschießen. An diesem denkwürdigen Tage nun griffen 15,000 Mann jenen Punkt an, welcher nur durch 4000 Oesterreicher vertheidigt wurde; zweimal nahm der Feind von diesem Dorfe Besitz und hielt sich zuletzt darin bis um 5 Uhr Abends, als unsere italienischen und ungarischen Grenadiere, von 6 Geschützen unterstützt, mit größter Kriegsfurie und Entschlossenheit einen Angriff auf den Feind machten, der nun, ohne einen Schuß abzufeuern, seine Waffen von sich warf und wie eine Schaafherde auseinander stäubte, Flinten, Tschakos, Tornister, Kochgeräthschaften, Arzneibüchsen und zwei Fahnen in unsern Händen zurücklassend, welch' letztere im Triumph durch Verona getragen wurden. An allen übrigen Orten war er noch lange vor 5 Uhr zurückgeschlagen worden. Nachdem schickte während der Nacht Aerzte und Wagen hinaus und ließ die verwundeten Piemontesen verbinden und in die Hospitäler der Stadt bringen. 150 Soldaten und zwei Offiziere wurden noch lebend eingebracht. Der Verlust der Feinde war ungeheuer; 2000 Todte wurden allein auf dem Schlachtfelde begraben, ungerechnet die vielen Todten und Verwundeten, welche noch vor Anbruch des Abends von Feinde fortgebracht worden. O glorreicher Tag, daß nicht ohne Weh! Wir haben den Verlust vieler höheren Offiziere zu beklagen, hierunter 1 General, 1 Oberstlieutenant und 4 Offiziere todt, 12 verwundet. An Soldaten verloren wir 52 Todte und 138 Verwundete. Seitdem haben wir von Karl Alberts Schweren, von 14 Pferden gezogenen Geschützen Nichts mehr gehört; denn er hat Sechzehnpfünder, wir nur Sechs- und einige Zwölfpfünder; aber die österreichische Artillerie wird selbst von der englischen nicht erreicht. Mit Ungeduld warten wir auf Nugent, der mit 30,000 Mann zu unserer Hilfe heranzieht, hinter ihm noch Reserven aus allen Theilen des Reichs. Unsere Truppen sind tapfer und werden Verona gegen jeden Feind drinnen oder draußen bis zum letzten Mann zu halten wissen. Ich habe nichts weiter hinzuzufügen, als daß mein Onkel in wenig Tagen geheilt war, und daß ich meine Wißbegierde oft gegen diese piemontesischen . . . . . abgeschossen habe. Auch mein Oheim ist in die Brust geschossen. Fünf große Wagen, gefüllt mit Waffen und Munition, sind durch die Straßen Verona's im Triumph geführt worden.

Zugleich erhielten wir durch dieselbe gütige Hand noch ein in Verona in der Buchdruckerei Libanti gedrucktes Blatt mit einer näheren Beschreibung dieses Gefechts, „das wir", wie es in den einleitenden Worten heißt, „wohl auch eine Schlacht nennen könnten, wenn wir nicht Feinde hochtrabender Phrasen und Uebertreibungen wären." Aus diesem Berichte geht hervor, daß der wichtige Punkt S. Lucia nach den ursprünglichen Befestigungsbauanträgen mit einigen Werken verschanzt werden sollte, was aber aus ökonomischen Rücksichten unterblieb. Die Zahl der österreichischen Truppen stand mit der großen Ausdehnung des Terrains in keinem Verhältniß; inzwischen erwiesen sich die Verhaue, durch welche man die Hauptzugänge zur österreichischen Stellung einigermaßen verstärkt hatte, im Laufe des Gefechts als vortheilhaft. Folgende Stelle verdient noch Erwähnung: „Wer das hiesige Terrain kennt, der weiß, daß in dieser Richtung der Gebrauch der Kavallerie unmöglich ist. Dieser Umstand rettete unsere Truppen, denn hätten wir unsere brave Kavallerie zu seiner Verfolgung nachsenden können, so wäre er einer vollkommenen Niederlage nicht entgangen." Wir bemerken schließlich, daß selbst die W. Z. Z., die bisher in jeder Nummer die Oesterreicher durch die Italiener aufs Haupt schlagen ließ, von dem Treffen bei Verona sagt: beide Parteien könnten sich den Sieg zuschreiben, d. h. aus dem Wälsch-Schweizerischen dieser Z. ins einfach Deutsche übersetzt: die Italiener wurden geschlagen. Daß es auch an andern Orten für die Italiener nicht sehr tröstlich aussieht, ergibt sich aus folgender Bemerkung der N. Z. Z.: Die Berichte aus dem Venetianischen lauten betrübend. Nach dem unglücklichen Gefecht bei Cornuda zog sich Ferrari immer mehr zurück. Wo General Durando ist, wußte man in Mailand nicht recht.

*) Aus einem uns vom Empfänger freundlichst mitgetheilten, ursprünglich englisch geschriebenen Privatschreiben eines im Oberst. Heere als Officier angestellten Engländers. Den aufgedunsenen und prahlenden mailänder Bulletins gegenüber sind solche Berichte von Augenzeugen, die den unmittelbaren Eindruck des Ereignisses frisch und wahr wiedergeben, von doppelem Werth.

† **Baden**, 16. Mai. Sie haben in Ihrer gestrigen Nummer eines in dem neuen Verfassungsentwurf fehlenden Paragraphen erwähnt, betreffend, daß in Zukunft kein Theil des deutschen Gesammtvaterlandes mehr, wie dieß bisher mit Holstein, Luxemburg und Limburg der Fall war, unter der Hoheit eines nichtdeutschen Fürsten stehen solle. Sie haben sich hiermit ein großes Verdienst erworben, indem Sie eine Sache von so unendlicher Wichtigkeit — hoffentlich mit allem Erfolg — angeregt haben; Sie haben hierin die Ansicht gewiß aller Deutschen ausgesprochen, und wenn dieser Zusatz auf der bevorstehenden Nationalversammlung als einer der Hauptparagraphen behandelt wird, wie er es auch seiner Wichtigkeit nach verdient, so haben wir Hoffnung, daß das angeblich von England für Schleswig-Holstein beantragte Verhältniß zu Dänemark, gleich jenem von Norwegen zu Schweden, nicht zur Anwendung komme, daß ferner die Hoheitsrechte von Luxemburg und Limburg bald einem von den betreffenden Landestheilen erwählten deutschen Prinzen, gleichwie jene von Schleswig-Holstein, übertragen werden, welcher sein Land selbstständig im deutschen Bund vertrete; und daß sich endlich die aus den stammverwandtschaftlichen Beziehungen des oldenburgischen Regentenhauses her datirte entfernte Möglichkeit etwaiger Ansprüche des russischen Czaaren an Holstein als gänzlich beseitigt erklären. — Sie dringt sich uns nun bei dieser Gelegenheit noch eine andere, mit jener zwar nicht identische, doch aber mit ihr in einigem Zusammenhang stehende Frage auf, die sich mit der Abgrenzung der innern Bestandtheile des deutschen Bundes beschäftigt, während jene das deutsche Gesammtreich nach Außen zu unabhängig stellen will. Ein Blick auf die Karte wird wohl Jeden erstaunen lassen, was wir meinen, die innere Zerrissenheit der verschiedenen Landestheile nämlich; das Zerkreuztliegen so vieler größeren und kleineren Gebiete einer und derselben Regierung, diese Hunderte von Parzellen, die wie farbige Punkte selbst auf Karten größeren Maßstabes vor unsern Augen schwimmen, was besonders von Mittel- und Norddeutschland gilt. — Wenn wir auch nicht Freund sind von Landarsten mit jenen geradlinigen Grenzen, wie man sie auf unsern Landen von Nordamerika hat, so läßt sich doch wünschen, daß man den verschiedenen Ländern natürliche Grenzen und eine mehrmässige Abrundung gebe, und daß man die einzelnen Theile eines Jeden zu einem zusammenhängenden Ganzen gestalte, wodurch die nothwendige Einheit, sowie auch größere Kraftigkeit und Wehrfestigkeit in der Verwaltung erzielt würde. Warum liegen z. B. verschiedene kleine Gebietstheile von Hamburg im Holsteinischen zerstreut? Mit welchem Interesse können die an der Ostsee oder gar am Hundsrücken gelegenen Theile von Oldenburg sich zu diesem Großherzogthum an der Nordsee rechnen? Warum hat Preußen sich mit Ländereien jeder Größe zwischen die sächsischen, anhaltischen und braunschweigischen Herzogthümer hineingezwängt? Wie zersplittert sind diese und die übrigen kleinen Fürstenthümer in Mitteldeutschland trotzdem, daß sie schon ohnehin klein genug sind, wenn eines Jeden Gebietstheile vereinigt wären! Viele andere solche Parzellen, groß und klein, die von Churhessen, Mecklenburg u. s. f. zerstreut umherliegen, erwähnen wir hier nicht weiter, sondern stellen die Frage: Sollte hier unter den einzelnen Regierungen und Kammern kein Tausch veranstaltet werden können, durch welchen eine bessere Abrundung der einzelnen Staaten zu einem einzigen Ganzen erzielt würde? — Wäre es ferner nicht möglich, Grenzen, die die Natur gezogen zu haben scheint, so viel als möglich auch politisch gelten zu lassen? Wie kommt es, daß man am Oberrhein zwischen Konstanz

Digitized by Google

und Basel im Badischen einzelne Schweizertheile, in der Schweiz abgetretene badische Bezirken trifft? Warum konnte man zwischen dem 51. und 52. Breitegrad die deutsche Bestgrenze nicht bis zur Mosel ausdehnen, sondern ließ man einen langen, schmalen Streifen holländisch? Und wie wird es endlich sein mit Schleswig, das nun zum deutschen Bunde gehört, und welches verschiedene zu Jütland, also zu Dänemark gehörige Theile, z. B. das Amt Ribe, Theile der Inseln Föhr, Sylt ꝛc. umfaßtet? Versteht es sich nicht von selbst, daß diese Theile sofort auch zum deutschen Bund gehören?

Δ Aus dem **Oldenburgischen**, 13. Mai. Das Recht der Herrschaft Knyphausen, einen Vertreter in die konstituirende Versammlung nach Frankfurt zu schicken, war von dem Erbyrätendenten Graf Karl v. Bentinck (gegenwärtig in Frankfurt) in Anspruch genommen, wurde aber auf einen falschen Bericht des damaligen oldenburgischen Gesandten von Berk vom Bundestage unberücksichtigt gelassen. Dessungeachtet ordneten die Knyphausischen Behörden die nöthigen Wahlen an, indem sie zugleich gegen den Bundesbeschluß, der das Recht der Vertretung nicht anerkannte, reklamirten. Zugleich wurde durch ein Lokalblatt, in welchem der oldenburg. Abgeordnete, Hr. Rüder, das Recht Knyphausens auf eine Vertretung bei der Nationalversammlung nachwies, die Wahl Bassermanns, Welckers, Mathys oder von Wächters vorgeschlagen, deren Wahl in ihren bisherigen Wahlkreisen wegen ihrer Abwesenheit und der dortigen Unruhen sehr zweifelhaft sei. Dieser Vorschlag fand fast ungetheilten Beifall. Von Mathy erfuhr man, daß er in Würtemberg gewählt sei. Dasselbe glaubte man über v. Wächter; gegen diesen hatte man zum Theile auch das Bedenken, daß er, wenn die eigenthümlichen Verhältnisse Knyphausens zur Sprache kommen würden, die Herrschaft nicht ganz im Sinne der Wähler vertreten möchte. Hiervon war man aber hinsichtlich Welckers überzeugt. Doch überwog dies partikulärer Interesse nicht das deutsche, mit welchem Bassermanns Antrag auf Nationalvertretung hier, wie überall, aufgenommen war. Bei der vorgestern zu Zedderwarden Statt gefundenen Wahl (durch Wahlmänner) erhielt Bassermann von 57 Stimmen 52. Welcker bekam 47 für den Fall, daß Bassermann die Wahl ablehnen sollte, und für den Fall, daß es Beide thun sollten, der Obergerichtsanwalt Cropp zu Oldenburg (ein geborner Knyphäuser) ebenfalls 47. Die übrigen Stimmen zersplitterten sich. Die Wahl fand nicht ohne Bewegung Statt. Diese bezog sich aber nicht auf die Kandidaten, über welche die öffentliche Stimme einig war, obgleich in einem andern Lokalblatte vor der Wahl eines „südwestlichen Staatsmannes" gewarnt war. Im Knyphausischen wie im Oldenburgischen waren die Arbeiter auf dem Lande durch die allgemeinen Reformbewegungen aufmerksamer auf ihre gegen die Aristokratie der Beamtete (Bauern, Landbesitzer) sehr gedrückte Lage geworden und hatten ihre Rechte mehr oder minder nachdrücklich geltend zu machen gesucht. Im Knyphausischen hatte ein Beamter sich ihrer angenommen und dadurch Opposition gegen sich erweckt, die sich bei den Wahlen lauter zeigte, weil er, vielleicht etwas unvorsichtig, seine Schützlinge aufmerksam gemacht hatte, welche Macht sie bei freierem Stimmrecht dem Hausieuten gegenüber hätten, sobald sie einig wären. Es liegt uns nahe, für die Gründung einer deutschen Flotte begeistert zu sein. Die militärischen Besetzungen Oldenburgs auf den Küsten, die Herstellung von Batterien, die Kanonen schüsse des „Gefion", welche man von der Küste hat hören können, weisen unmittelbar darauf hin, und noch mehr die Stockungen im Handel und die Gefahr, die sich auch auf dem platten Lande fühlbar machen. Dennoch ist die Schnelligkeit rühmend anzuerkennen, mit welcher in der kleinen Herrschaft Knyphausen innerhalb weniger Tage an 3000 Thlr. für eine Flotte zusammengebracht sind, besonders weil das Handelsinteresse unmittelbar nicht mitgewirkt haben kann. Auch in Jeverland ist eine solche Zeichnung eröffnet. Es ist von Männern, welche die Küsten genau kennen, versichert worden, daß bei Heppens in Jeverland vielleicht ein günstiger Hafen für Kriegsschiffe herzustellen sei. Verhält dies sich so, so könnte es von großer Wichtigkeit sein, da die deutschen Küsten der Nordsee so arm an Ankerplätzen für Schiffe mit bedeutendem Tiefgange sind. Die 34 Berather des Verfassungsentwurfes werden ihre mit Rücksicht auf die konstituirenden Versammlungen zu Frankfurt und demnächst zu Oldenburg provisorischen Berathungen bald beendet haben. Die konstitutionellen Formen sind in unserm Lande zu neu, als daß sie schon mit Sicherheit gehandhabt werden könnten; desto fester und sicherer sind die politischen Ansichten der Versammlung. Bemerkenswerth ist z. B. ihre Forderung (gegen 4 Stimmen), daß dem Fürsten kein absouetes Veto zustehe, sondern ein dreimaliger Beschluß des Landtages einen Antrag zum Gesetz erhebe.

## Frankreich.

**Paris**, 17. Mai. Der heutige Moniteur enthält ein Dekret, wodurch die Garde republicaine, die Montagnards, die Lyonnais und ähnliche Korps aufgelöst sind; dagegen wird durch eine andere Verordnung ein Korps von 2600 Mann errichtet, das den Namen „pariser republikanische Garde" führt, von der Stadt Paris besoldet wird und unter dem direkten Befehl des Polizeipräfekten stehen soll. Die aufgelösten Freitorps haben noch in der Nacht vom 15. auf den 16. einzelne Punkte besetzt, namentlich die Polizeipräfektur in Besitz gehalten; als man jedoch am Morgen Generalmarsch schlagen ließ und die Nationalgarden massenweis anrückten, räumten sie die Plätze ohne Widerstand und unter lauter Versicherung ihrer guten Absichten, die mit gutem Grund Gott bezweifelt wurden. Seit gestern Abend kehrte die Ruhe zurück; Paris nahm mit jener Leichtigkeit, die es auszeichnet, rasch nach einem stürmischen Tage wieder sein heiteres Gewand an.

Ueber die Vorfälle vom 15. selbst hört man noch nachträglich folgendes. Wie bereits erwähnt ward, war der Name „Volen" die Losexpelle, durch die man Tausende anzog; sie glaubten für eine unterdrückte Nationalität ein gutes Werk zu thun und sollten unbewußt zu einem Handstreich des Terrorismus mitwirken. Der Zug war nach dem geringsten Anschlag 15,000 Menschen stark, andere geben ihn um das Vier- und Fünffache größer an; Beide können Recht haben, je nachdem man Theilnehmer und Neugierige sondert oder zusammenzählt. Die Zugänge zu dem Deputirtenpalaste waren gleichwohl sehr leicht zu vertheidigen; aber es war, ungeachtet ganz Paris wußte, daß Etwas im Werke war, in den Tuilerien nur ein Bataillon Nationalgarde, an dem point de Concorde nur einige Kompagnien aufgestellt! Auch diese wollten Widerstand leisten, aber auf Befehl, so wird versichert, mußten sie die Bajonette abschlossen und ihre Reihen öffnen. An dem Palais Bourbon schien man alle Sitter; Lamartine und Ledru Rollin erschienen, um abzumahnen, aber ohne allen Erfolg. Man öffnete die Sitter mit Gewalt und drang in die Versammlung ein, um dort die schon erzählten Exzesse zu begehen. Während hier der Skandal so lange fortdauerte, bis die Nationalgarde anrückte und ohne Mühe den Saal reinigte, hatten sich Barbès und Raspail an der Spitze anderer Haufen nach dem Hotel de Ville begeben und verbreiteten das Gerücht, die Nationalversammlung sei aufgelöst und eine neue Regierung eingesetzt. Wie sie ungestört des Schutzes, der das Stadthaus hätte bieten sollen, derthin gelangten, und was sie während ihrer halbstündigen Regierung dort trieben, darüber muß die gerichtliche Untersuchung noch Aufschluß geben. Auch hier dauerte das neue Regiment nicht lange; sich rückten die Nationalgarden an, die Artillerie zuerst und — die großen Revolutionäre, die seit Wochen die Guillotine im Munde führten, ließen sich ohne allen Widerstand verhaften. Zweiundsechzig Individuen, unter ihnen Barbès und Albert, wurden hier ohne Blutvergießen mit einem Schlag verhaftet. Damit endigte in der Hauptsache dieser Handstreich der Bergpartei; außer allem Andern hat er den einen unbestreitbaren Vortheil, gezeigt zu haben, in welch unendlich kleiner Minorität selbst im Verhältniß zur Bevölkerung der Hauptstadt jene Partei steht, und wie unverantwortlich es wäre, wenn sich die Uebrigen durch den leeren Trotz ihres Benehmens verdrüssen ließen.

Aus diesen Thatsachen ergibt sich übrigens, daß ein Theil der Behörden schwach oder offenbar zweideutig gehandelt habe. General Courtais und der Polizeipräfekt Caussidière sind kompromittirt, bieser mindestens wegen seines passiven, jener wegen seines verrätherischen Benehmens. Dennoch hatte Courtais die Stirne, in der Abendsitzung vom 15. zu erscheinen, wurde aber durch den Ruf à bas Cossin gezüchtigt, den Saal zu verlassen. Aus der Rede, durch die Caussidière sich zu vertheidigen suchte, ging die bemerkenswerthe Thatsache hervor, daß derselbe schon vor der Eröffnung der Nationalversammlung einen Verhaftsbefehl gegen Blanqui in Händen hatte, denselben aber zurückgeben mußte. Hatte man damals den Muth nicht, ihn zu fassen, oder wollte man warten, bis er sich entschieden kompromittirte? Mehrere Beamte, welche die neue Regierung ernannt hat, stehen ebenfalls in zweideutigem Lichte; man nahm eben, was die Parteifarbe trug, zum Theil Anhänger der extremen Partei und fragte nicht darnach, ob man sich im Fall der Noth auf sie verlassen könne. Auf der Liste von Ministern, welche Barbès auf dem Rathhause entwarf und drucken ließ, stand doch auch Ledru Rollin, gegen den inzwischen dies Mal kein Vorwurf des Einverständnisses geäußert wird; Louis Blanc dagegen ist in der Nationalversammlung mit Unmuth empfangen und im Vorsaal von der Nationalgarde ausgezischt worden.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Boyd., 73 Newgatestreet in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder verbreitet sich die M. B. Alexander in Straßburg Nr. 29 Broglie. Paris Nr. 29 Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Zeitungsexpedition besorgt das Abonnement. Der Preis beträgt vierteljährig 1 fl. 30 kr. — durch die Post belegen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1 fl. 48 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 142. Heidelberg, Montag 22. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde XV. — Wien (große Volksbewegung gegen das Ministerium und einzelne Punkte der Verfassung; alle Forderungen bewilligt). Salzburg (Petition um unbedingte Annahme der Beschlüsse der Nationalversammlung). Triest (die österr. Flotte vor Venedig. Bekanntmachung wegen der Ueberlandpost). Berlin (Bau von Kriegsdampfschiffen). Posen (Niederlage der Insurgenten bei Erin). Krotoschin (die politischen Gefangenen. Russische Truppenbewegungen). München (ungewisse Stimmung. † Das Wahlgesetz). Stuttgart (die Abgeordnetenwahlen. M. Mohl. österreichische Truppen). Freiburg (Abreisende nach Wien abgereist). Waldshut (Parlamentswahlen). Darmstadt (die Wahlen. Die zweite Kammer). Limburg (Blatt für deutsche Angelegenheiten. Parlamentswahl). Schleswig (die Friedensunterhandlungen. Die gefangenen Dänen. Verfügung der provisorischen Regierung aufgehoben). Rendsburg (Dorfesche. Der Verkehr mit Dänemark). Frankfurt (Verhandlungen der Bundesversammlung. Wortlaut der Anträge auf Oeffentlichkeit der Bundesversammlungen und Integrität der Bundesgebiete. Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Frage einer allgemeinen Amnestie. Die Wahlen in Baden).

Schweiz. Zürich. Verhandlungen des Gr. Raths über den Entwurf der Bundesverfassung.

Dänemark. Kopenhagen. Vom Kriegsschauplatze. Der Großfürst Konstantin.

Großbritannien. London. Der Globe über die polnische Frage. Die Regierungsvorschläge für Aenderung der Schifffahrtsgesetze.

Frankreich. Paris. Gestaltung der Parteien; die republikanische und die dynastische Seite. Alarmgerüchte beider extremen Parteien. Berhandlungen der Nationalversammlung. Die Dynastie Orleans verbannt. Die Verfassungskommission. Reaktionäre Vorschläge.

## Heidelberg, 21. Mai.

Der in der Allg. Z. erschienene baierische Verfassungsentwurf, vom Hof und dem Ministerium ausgegangen, hat für uns zwei große Verdienste, ein öffentliches und ein ganz specielles für uns allein. Das Letztere suchen wir darin, daß er den Entwurf der Siebenzehn, den so sehr angefochtenen und verschrienen, dessen wir uns im Wesentlichen annehmen, in ein sehr vortheilhaftes Licht rücken muß bei Allen, die mit der Forderung der deutschen Einheit einen Begriff und einen Ernst verbinden. Das Verdienst für das Oeffentliche aber suchen wir darin, daß der Entwurf auf das Offenste und Ehrlichste, wie die lithographirten Motive selbst sagen, ohne alle Hintergedanken, das System des Partikularismus aufdeckt, das man in Baiern eben so bestimmt scheint aufrecht halten zu wollen, als man ihm in dem übrigen Deutschland ein Ende zu machen strebt. Die monarchischen Ultras in Frankfurt, wie Leue, machen nun ihre Anträge, alle Landesfürsten für Verräther und ihrer Lande verlustig zu erklären, die sich den Beschlüssen des Reichstages nicht fügen wollen; die republikanischen schlugen am 18. im holländischen Hof in Frankfurt die Bildung einer provisorischen Regierung aus der Mitte des Reichstages vor, damit man mit Anträgen wie der Leuesche nicht eher vorgehe, als bis sich um diese eine wirkliche Macht geschaart hätte. So stellen sich die Extreme schroff gegeneinander über, die beide über kurz oder lang zu einer verderblichen Kollision führen müssen; es sei denn, daß sich in der Mitte eine imposante und einträchtige Ueberzahl ausspricht für eine wahre Einheit und Freiheit, ohne Republik, ohne Fürsten- und Volksdespotie und ohne die alten Sünden des Sondergeistes.

Wir fühlen uns in der Richtung, die wir bisher in unerschütterlicher Konsequenz inne gehalten haben, durch die Erscheinungen auf jenen beiden Enden nur auf das Freudigste getröstigt und hoffen, daß die Thatsachen und die hervortretenden Absichten rechts und links uns unter den Besonnenen und Einsichtigen immer mehr Anhang verschaffen werden, nicht allein in den allgemeinen Prinzipien, sondern auch in Bezug auf die Staatsform, auf die wir losstueren. Wir wollen den baierischen Entwurf und seine Motive unter beiden Gesichtspunkten betrachten.

Was die Prinzipien angeht, so sagen wir: Wir wollen eine Reform der deutschen Reichs- und Bundesverfassung an Haupt und Glied. Wir wollen sie in all den Energie zu dem Ziele treiben, zu dem sie eine Revolution, wenn sie erst vollendet, wenn sie nach ihren ersten Ercessen zu dem Möglichen und Haltbaren zurückgekehrt wäre, treiben würde. Wir rufen Einsicht und freie Kraft und Entschlossenheit auf, der Nothwendigkeit zu begegnen durch freiwillige Fügung und aus eigenem Antriebe das zu thun, wozu sonst die Ereignisse zwingen werden. Wir machen die Ansprüche auf Opfer, auf die großen Opfer, die der große Ruhm wahrhafter Uneigennützigkeit und Vaterlandsliebe und der Segen friedlicher Umbildung krönen würde. Wir fordern die radikalen und fundamentalen Umgestaltungen unserer Verfassung, die uns fortgesetzte Krisen ersparen sollen und können. Wir fordern diese radikalen Umgestaltungen und diese Opfer vorzugsweise in Bezug auf die deutsche Einheit, weil diese das Ein und Alles in den Zwecken der deutschen Bewegung ist.

Die baierischen Erklärungen erkennen in dem Entwurfe der Siebenzehn, den die Revolutionäre für das konservative Machwerk altfränkischer Gelehrten ansehen, diesen energisch umgestaltenden Charakter mit Entsetzen. Sie kritisiren diesen Entwurf und seine „doktrinären Phrasen" weniger in dem officiellen Style diplomatischer Erörterungen, als in der fast leidenschaftlichen Sprache literarischer oder publicistischer Polemik. Dieser Entwurf, heißt es, wolle in der Centralgewalt, die er aufstelle, eine Despotie schaffen! er sei ein „Völker und Fürsten vernichtender Entwurf!" Seine formellen Vorschläge seien so umwälzend, daß eine „Revolution aller bestehenden Verhältnisse", ja Bürgerkrieg die Folge davon sein könnte. Er vernichte alle bestehenden konstitutionellen Rechte und Freiheiten der einzelnen Volksstämme; er sei eine Nichtigkeitserklärung gegen alle konstitutionellen Fürsten. Er mache die deutschen Fürsten zu bloßen Vorstehern der Polizeigewalt und zu Sklaven des deutschen Kaisers, die Landstände aber zu Automaten, die eben nur nach den Beschlüssen des Gesammtstaates wieder zu beschließen hätten. — Diese auffallenden und grellen Ausdrücke finden sich sämmtlich und wörtlich in den Motiven zu dem baierischen Entwurfe auf den Siebenzehner-Entwurf ausgeschüttet.

Man sieht schon, der Eifer geht gegen die Einheitsforderungen des Siebenzehner-Entwurfs und gegen die Opfer, die er verlangt, gegen den energischen, den ganzen Charakter der Ansichten und Anmuthungen, die er ausstellt. Man kann im Gegensatze davon den baierischen Entwurf geradezu charakterisiren als den Ausdruck einer Politik der Bequemlichkeit, die sich in das, was sie in den neuen Zeitforderungen für unüberwindlich hält, mit Bereitwilligkeit fügt, gegen alles Unbequeme, Opfer Erheischende sträubt, vor Allem aber Allem widerspricht, was das baierische Sondergefühl und Sonderinteresse verletzt. Baiern, heißt es, will in seinem Entwurfe nur eine freie Ansicht mittheilen, sonst sich aber dem Willen Deutschlands fügen; aber sogleich folgt die Ausnahme: „wenn nur die nothwendige Kraft und Einheit des Gesammtvaterlandes erzielt, die nothwendige Freiheit und Energie der Regierungen neben der Volksfreiheit bewahrt wird." Noch bezeichnender und deutlicher: Worin Alle einig zu sein scheinen, dem soll keine Regierung entgegentreten, nie aber wird die baierische Regierung zustimmen zu Verfassungen, „welche die wesentlichsten Rechte der Einzelregierungen zerstören, die Freiheit der Entwicklung der einzelnen Volksstämme aufheben." Und als eine solche Verfassung wird alsdann der Entwurf der Siebenzehn in den obigen Ausdrücken bezeichnet. Es wird nackt und kahl gefragt, ob eine solche centrale Macht, wie sie dieser Entwurf begehrt, „für die Einheit Deutschlands nothwendig, räthlich oder nur wün-

Digitized by Google

schenswerth sei?“ Und es ist dabei nicht etwa bloß die Erblichkeit der Kaiserkrone gemeint, sie soll bestritten wird, sondern sogt die ganze Reihe der Bestimmungen, die unter dem Abschnitte über die Bedeutung des Reichs zusammengestellt sind, Bestimmungen über Dinge, über die uns in der That „Alle einig zu sein scheinen“, und denen also, nach den ausgesprochenen Grundsätzen der baierischen Regierung selbst, nicht entgegengetreten werden sollte. Um mit Einem Worte den Gegensatz des partikularistischen baierischen Entwurfs zu dem einheitlichen der Siebenzehn zu bezeichnen: Wo dieser letztere auf eine scharfe, bestimmte Einheit schaffend und organisirend hindringt, begnügt sich der erstere mit dem Princip der Einigung. „Wahre Einheit“, sagen die Motive, „könne nur das Resultat einer freien, gemeinsamen Abwägung und Abstimmung über alle Einzelinteressen sein, nur das Resultat wahrer Einigung.“ Unter wahrer, freier Einigung aber ist volle, willige Einigung verstanden, und wo diese nicht Statt haben kann, wird also auch ihr Resultat, die wahre Einheit, nicht Statt haben. Das heißt: die bisherige Bundesverfassung wird in ihrem wesentlichsten Grundfehler aufrecht erhalten. So haben wir es allerdings mit der neuen Verfassung nicht gemein. Jene Abwägung und Abstimmung über alle Einzelinteressen kann und wird nach dem Entwurfe der Siebenzehn Statt haben in dem Senate und in dem Volkshause. Wenn der Geist der Einheit in der Reichsverwaltung zu sehr drückt, werden die Wahlen auch in das letztere so partikularistisch auffallen, daß sich dies Haus mit dem Senate in eine Opposition zu Gunsten der Interessen der Einzelstaaten vereinigen wird. So wird es also an jener Abwägung der Einzelinteressen nicht fehlen. Aber mit dieser Abwägung ist allerdings nicht Alles gesagt und nicht Alles gethan. Sondern was das Resultat der wahren Einheit nach unserer Ueberzeugung wesentlich hervorbringen wird, ist nicht dieser bloße Geist der Versöhnlichkeit und Einigung, auf den nicht zu bauen ist, sondern die bindenden Formen der Einheit, die in Folge eines einmaligen großen Opfers in einer großen Zeit von Fürsten und Völkern geschaffen und angenommen werden. Wahre Einigung in jenem baierischen Sinn ist nie unter Menschen möglich; auf sie die Einheit Deutschlands bauen, hieße die Natur des deutschen Bundes benutzen, um die Minoritäten bestimmend zu machen. Wahre Einheit gründen verlangt, daß sich der Einzelne dem Ganzen füge. Die Gegensätze müssen berathend abgewogen, aber dann in Folge der Abstimmung auch abgestoßen und abgeschlossen, in Folge jenes patriotischen Opfers ausgeglichen werden. Dies einmalige große Opfer in der That, nicht die steten kleinen Opfer der Einigung in Versprechen, das ist unser Stichwort.

**Oesterreich.** Wien, 11. Mai. Man ersieht, wenn man in den Tabellen der provisorischen Wahlordnung, welche die Regierung gleichzeitig mit der Einberufung des Reichstages bekannt gemacht hat, das Zahlenverhältniß sieht, in welchem die einzelnen Provinzen auf dem Reichstage vertreten sein werden. Galizien stellt von den 383 Mitgliedern der zweiten Kammer nicht weniger als 96. Und dabei ist die Bukowina und ist Krakau noch nicht berechnet, die noch weitere 12 Abgeordnete zu wählen haben, so daß also die polnische Zunge mit 108 Stimmen in der zweiten Kammer vertreten sein wird. Zählt man dazu die 11 Abgeordneten für Dalmatien, so ergibt sich, daß die nicht zu Deutschland gehörigen österr. Provinzen nicht viel weniger als ein volles Drittheil der österr. Reichstagsabgeordneten stellen werden. [Das Verhältniß im Einzelnen ist folgendes: Der Senat besteht aus 150 Mitgliedern, welche aus den bedeutendsten Grundbesitzern zu wählen sind, und zwar kommen davon auf Böhmen 37 Mitglieder, auf Mähren 15, Schlesien 4, Oesterreich ob der Ens 6, Salzburg 1, Niederösterreich 13, Steiermark 9, Kärnthen 3, Krain 4, Küstenland 4, Dalmatien 3, Tirol 6, Vorarlberg 1, Galizien 40, Bukowina 3, Krakauer Gebiet 1. Die Vertheilung der für die Kammer der Abgeordneten zu wählenden 383 Mitglieder ist folgende: auf Böhmen 90, Mähren 38, Schlesien 10, Oesterreich ob der Ens 16, Salzburg 3, Niederösterreich 37, Steiermark 21, Kärnthen 7, Krain 10, Küstenland 12, Dalmatien 11, Tirol 17, Vorarlberg 2, Galizien 95, Bukowina 8, Krakauer Gebiet 4.] (K. Z.)

Δ Wien, 15. Mai. Das Centralkomité der Nationalgarde und der akademischen Legion wurde gestern Mittag plötzlich durch die Regierung für aufgelöst erklärt mit dem Bedeuten, sie hätten sich nicht in die Politik zu mischen. Die Nationalgarde hat als solche in keinem Lande die jetzt noch das Recht, politische Vereine zu bilden, aber als Bürgern kann man es ihnen nicht wehren. Die Regierung drückte sich darüber nicht deutlich aus, und nun glaubt man, daß sie Vereine überhaupt nicht dulden wolle, und Alles ist in der größten Entrüstung. Es scheint, daß das Ministerium nach dieser Maßregel auf Unruhen gefaßt war, denn heute Nacht ist Militär ausgerückt, sowohl Kavallerie als Infanterie, und ich sah selbst 10 Kanonen aus dem Zeughause wegführen. Dies steigerte die Unzufriedenheit, denn auf den Straßen war Nichts zu hören, als einige unfreundliche Katzenmusiken, deren eine dem Direktor Knoll gebracht wurde, weil er die Nacht vorher eine andere Katzenmusikbande als Officier einer Kompagnie Nationalgarde mit dem Bajonett hatte angreifen lassen, um sie auseinander zu treiben. Heute früh war Alles in der größten Gährung über das Ausrücken des Militärs. Heute Mittag um 4 Uhr wurde plötzlich Generalmarsch geschlagen; es hieß, die Arbeiter wollen in die Stadt rücken und in Masse fragen, was die Kanonen heute Nacht zu bedeuten hatten. Einige sagen, das Monument des Kaisers Franz auf dem Burgplatz werde zerstört werden — Gott gebe daß nichts Schlimmeres geschieht. Soeben vernehme ich, daß eine Deputation wegen Wiedereinsetzung des gestern aufgelösten Centralkomités seit einer Stunde in der Burg ist (jetzt ist es 6 Uhr Nachmittags). Die Wache in der Burg wird von der Nationalgarde und der Linie zusammen versehen. In dem Burghof und in den angrenzenden Straßen und Plätzen sind Tausende von Proletariern. Soeben rückt wieder eine neue Eskadron Kürassiere mit 4 Kanonen aus. Auf der Universität ist Alles gedrängt voll Studenten, Professoren, Doktoren — und vor dem Gebäude wimmelt es ebenso wie vor der Burg von Arbeitern. Techniker begaben sich mit ihren Werkzeugen auf die Universität — sollen sie für Barrikaden bestimmt sein? Es wäre furchtbar, wenn es so weit käme und nur aus der Ursache, weil das Ministerium noch nicht gelernt hat, konstitutionell zu regieren. Die Thore aus der Stadt in die Vorstädte sind in so fern geperrt, als Jedermann hinaus, aber Niemand herein darf. — Eine halbe Stunde später. Auf den Straßen ist ein Getümmel wie in den Märztagen, nur mit dem Unterschiede, daß beinahe Alles bewaffnet ist. Eine Masse Arbeiter sind mit Pickeln, Schaufeln, Hacken ꝛc. versehen. Abends 9 Uhr. Die ganze innere Stadt ist illuminirt. Folgendes sind die Punkte, welche soeben von dem Ministerrathe der Deputation bewilligt wurden: 1) Zurücknahme der Auflösung des Centralkomités der Nationalgarde und akademischen Legion. 2) In Zukunft darf kein Militär mehr in der Stadt requirirt werden ohne vorhergegangenes besonderes Ansuchen der Nationalgarde. Dem Burg gleichmäßig vertheilter Wachdienst in der Burg und Stadt zwischen der Nationalgarde und der Truppe. Zur Entscheidung über den vierten Punkt haben sich die Minister eine Stunde Zeit zur weiteren Berathung erbeten. Es ist nichts Geringeres als was folgt: 4) Die Reichsversammlung soll eine konstituirende, ganz vom Volke ausgehende sein, ohne alle Rücksicht auf das erlassene Wahlgesetz.

Wenn man den Gang der hiesigen Ereignisse betrachtet, so kann man nicht läugnen, daß alles Gewaltsame bis jetzt immer durch Mißtrauen oder Mangel an Umsichtigkeit des Ministeriums hervorgerufen worden ist. So auch die heutige allgemeine Volksdemonstration. Eine Protestation gegen das Wahlgesetz wäre zwar immer erfolgt, aber auf dem gewöhnlichen legalen Wege und nicht in Form einer Sturmpetition, der die Entscheidung auf dem Fuße folgen muß. — Alles ist jetzt bewilligt. Um 11 Uhr kam ein Reiterder aus der Burg, um zu verkünden, daß wir eine einzige Kammer haben werden, und daß dieselbe eine konstituirende sein soll. Man drehte den Reiter sammt dem Pferde beinahe in der Luft um, zwang ihn, umzukehren und die Bewilligung gedruckt zu bringen. Um halb zwei Uhr nach Mitternacht brachte man aus der Burg ein gedrucktes Plakat folgenden Inhalts: Kundmachung: Das Ministerium hat in Erwägung der Pflichten, welche ihm gegen den Thron obliegen und um zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther nach Kräften beizutragen, die Zurücknahme des Tagsbefehls der Nationalgarde vom 13. Mai 1848 und die Gewährung der zwei übrigen Punkte der überreichten Petition beschlossen. Ebenso wurde der Nationalgarde gewährt, daß die Verfassung vom 28. April 1848 vorläufig der Berathung der Reichsstände unterliegen und die Bestimmungen des Wahlgesetzes, welche zu Bedenken Anlaß gegeben haben, in einer neuerlichen Prüfung erwogen werden sollen. Da in Folge dieser Zugeständnisse die Verfassung erst durch die Reichsstände festgestellt worden wird, so wird für den ersten Reichstag nur eine Kammer gewählt werden, somit für die Wahlen gar kein Census bestehen, wodurch alle Zweifel einer unvollkommenen Volksvertretung entfallen. Wien, am 15. Mai 1848. Der Minister des Innern: Pillersdorf.

△ Wien, 16. Mai. Die Nationalgarde war seit längerer Zeit in Spannung mit der Aula. Noch gestern früh waren die

Digitized by Google

Studenten nur einzelner Kompagnien sicher, die Meisten rückten aus, ohne zu wissen, um was es sich handle, die Mehrzahl glaubte, es gehe gegen die Arbeiter. Graf Hoyos hatte auch zu diesem Zwecke den Generalmarsch schon schlagen lassen. — Erst Mittags schlossen sich mehrere Kompagnien der R. G. der Aula an, denen andere nachfolgten. — Die Studenten waren auf das Aeußerste entschlossen, die Stellen zu Barrikaden waren schon bezeichnet, die Werkzeuge bei der Hand. Die Stimmung des Militärs war zweifelhaft, nur der Artillerie war man sicher, denn einzelne Artilleristen kamen in den besetzten Straßen und Plätzen zu den aufgestellten Studenten und verkauften ihnen Patronen; der Kauf wurde durch Händedruck und ermuthigenden Blick besiegelt. Als es einmal so weit gediehen war, schlossen sich auch die Bürger an, mehr mischten sich unter die geschlossenen Reihen der akadem. Legion. Die alten Bürger riefen der Jugend zu: So ist's recht, nur nicht nachgeben, bis Alles bewilligt ist; Alles jubelte denen Studenten zu, wo sie sich zeigen, ihre Männer umarmen sie, und die Frauen winken ihnen mit weißen Tüchern. Die akademische Legion rückte diesmal ohne ihren Oberkommandanten aus; Graf Kolloredo muß Unheil gewittert haben, er war abgereist. Auch Graf Hoyos, der Kommandant der Nationalgarde, hatte sich mit zwei Kompagnien seiner getreuen Garde, auf die er zählen konnte, wahrscheinlich, zum großen Theile lauter Beamte, in das Innere der Burg postirt. Die Sprecher der Deputation in der Burg waren Dr. Goldmark (man nennt ihn als den Leiter des Ganzen) und Dr. Glaser nebst mehreren anderen. Die Minister waren heute früh entschlossen, alle ihre Entlassung zu nehmen. Die Universität schickte eine Deputation zu ihnen — das Resultat ist noch nicht bekannt.

Salzburg, 12. Mai. Es liegt eine an das Ministerium des Innern abgesendete, vom 12. Mai datirte Petition auf dem Magistratsseretariate der Stadt Salzburg zur Unterschrift auf, welche mit folgenden Worten schließt: Die Gefertigten stellen an das Ministerium des Innern das Ersuchen: Die Beschlüsse des von allen deutschen Provinzen und Provinztheilen Oesterreichs beschickten Frankfurter Parlamentes als die souveräne Stimme des gesammten deutschen Volkes für unbedingt bindend für alle deutschen Provinzen und Provinztheile Oesterreichs erklären zu wollen, die entschieden slavischen Provinztheile aber weder mit einer Aufforderung zur Absendung von Abgeordneten nach Frankfurt zu drohen, noch überhaupt ihren sonstigen Anschluß an Deutschland zu betreiben. Ein großes, einziges, deutsches Parlament, ohne Zerstückelung in Schwärze durch slavische Abgesandte! Ein großes einziges Deutschland, soweit die deutsche Zunge reicht. Ist dies einige Deutschland gewidmet, dann ist auch Oesterreich wieder einig und groß, da der Slave Verstand genug hat, lieber die Freiheit unter der Aegide Deutschlands, als die Barbarei und die Knechtschaft unter der Knute Rußlands in Empfang zu nehmen.

Triest, 11. Mai. Der Allg. österr. Z. wird geschrieben. Wie wir soeben erfahren, ist der größte Theil der österr. Flotte vorgestern im Angesichte Venedigs erschienen, während bis jetzt nur einzelne k. k. Kriegsschiffe im Golf vertheilt waren und die Blokade hielten. Die Ursache, daß Oberst Kudriafzeff sich veranlaßt fand, die Flotte zu vereinigen, mag wohl die eingetaufene Nachricht gewesen sein, daß eine neapolitanischen Dampfer und eine piemontesische Flotte im adriatischen Meer gesegelt seien. Ein Zusammentreffen, welches mit armenischen Zöglingen heute von Venedig hier ankam, berichtet, daß es von einem österr. Dampfer offizirt, frei nach Triest gelassen wurde, ferner daß die Flotte aus 2 Fregatten, 1 Korvette, 3 Briggs und 4 Dampfvooten bestehe, und daß man sie in Venedig Anfangs für die erwarteten Neapolitaner und Piemontesen hielt, und daß selbst zwei kleine venetianische Kriegsschiffe auf dem Kanal waren, aus dem Hafen zu kaufen, um sie zu begrüßen. Vor dem Lido soll eine englische Fregatte geankert sein.

Triest. Das Journal des Oesterreichischen Lloyd bringt in Bezug auf die Ueberlandpost Folgendes zur Kenntniß des Publikums: „Der schöne, der Dampfschifffahrtsgesellschaft des Oesterreichischen Lloyd gehörende, auf unserer Werfte gebaute und durch unser Arsenal kürzlich ausgerüstete Dampfer „Italia" Nr. 24 von 900 Tonnen und 260 Pferdekräften hat am 10. l. M. seine erste Fahrt nach Alexandria begonnen, wodurch die in unserm Blatte angekündete Wiederaufnahme der direkten Fahrten zwischen Triest und Alexandria und respektive Ostindien erfolgt ist. Die Rückkehr dieses Schnellfahrers wird zwischen dem 24. und 25. l. M. erwartet. Das zweite, zu demselben Zwecke bestimmte Dampfboot „Germania" Nr. 25, von gleicher Größe und Pferdekraft, schreitet in seiner Ausrüstung rasch vor, und es dürften die vorermähnten Fahrten schon im Laufe des Monats Juli verdoppelt werden. Wir ergreifen diese Gelegenheit zu bemerken, daß für diejenigen, welche sich der Dampfboote des Oesterreichischen Lloyd zu ihren Reisen oder zum Waarentransport nach Istrien, Dalmatien, der Levante, Griechenland, den jonischen Inseln, den Häfen des schwarzen Meeres und der Donau, Egypten, Ostindien u. s. w. bedienen, durchaus kein Hinderniß weder in der Kommunikation zu Lande, wo alle nach Triest führenden Straßen, mit Ausnahme jener über Oberitalien, offen sind, noch zur See obwaltet. Nur die Fahrten zwischen Triest und Venedig, Ankona und Brindisi sind für jetzt unterbrochen, dürften aber in Kurzem wieder aufgenommen werden."

Preußen. Berlin. Dem Frankf. J. zufolge hat die Fabrik von Borsig den Auftrag erhalten, 6 Dampfmaschinen zu ebensoviel Kriegsschiffen zu bauen. Die Schiffe selbst sollen zu gleicher Zeit in Stettin, Danzig und Bremen in Angriff genommen werden. Falls die Schiffe nicht mehr für den Krieg gebraucht werden sollten, haben sie keinen den Zweck, als transatlantische zwischen Bremen und New-York oder anderen Häfen der Union verwendet zu werden.

Posen, 14. Mai. Die Pos. Z. berichtet über das Gefecht bei Crin wie folgt: Gestern haben die Polen abermals eine blutige Niederlage erlitten. Ein großer Theil der bewaffneten Hauptmacht, die, wie früher berichtet worden, schleunbar verschwunden war, tauchte plötzlich in der Gegend von Crin im Bromberger Regierungsbezirk wieder auf. Als die Polen dort aus einem Walde hervorkamen, ließ General Hirschfeld sie durch eine kleine Abtheilung in der rechten Flanke angreifen, während er sein Hauptkorps verdeckt hielt. Die Insurgenten ließen sich täuschen und verliefen immer zahlreicher den Wald, der sie deckte. Da wurden sie auch von der linken Flanke angegriffen; sie wendeten sich ganz gegen diese und wurden so völlig aus dem Walde auf die Ebene herausgetrieben. Nun ließ General Hirschfeld seinen ganzen Artilleriepark auffahren und anhalten Feuern. Durch Shrapnels wurde der Tod in die Insurgentenhaufen getragen, der Verlust an Todten und Verwundeten war sehr groß. Was lebend davonkam, wurde gefangen. Auch das 8. und 12. Infanterieregiment sind nun in die Provinz eingerückt, und es soll fortan jede Stadt und jedes Städtchen eine angemessene Besatzung erhalten, dabei zugleich die Einrichtung so getroffen werden, daß sich alle diese kleineren Abtheilungen mit größter Schnelligkeit in den Mittelpunkt des Kreises zusammenziehen können, um vorkommenden Falles die ganze Streitkraft dem bedrohten Punkte zuzuführen. Die drei Regalinen Geschütze sind nicht durch die Landwehr, sondern durch Husaren noch nachträglich genommen worden. Premierlieutenant von Rostig vom 7. Husarenregiment überfiel mit einem einzigen Zug Husaren und einigen Landwehrmännern einen starken Trupp bewaffneter Insurgenten, der diese Geschütze durch einen Wald geleitete, hieb gewaltig ein, zersprengte die überraschten Polen und eroberte die Kanonen.

Krotoschin, 11. Mai. Sämmtliche politische Gefangene sind heute früh 4 Uhr unter sehr starker militärischen Bedeckung von hier nach Glogau abgeführt worden. — In einem Schreiben von gestern aus dem Dorfe Rodekow an der polnischen Grenze wird berichtet, daß die ganze polnische Grenze entlang, besonders aber bei Peisern, täglich immer mehr russische Truppen anrücken. (K. Z.)

Baiern. = München, 17. Mai. Es ist bei uns, glaube ich, wie allerwärts in Deutschland: wir warten der Dinge, die da kommen sollen von — Frankfurt. Der politische Horizont hat eine ganz andere Färbung, wie vor Letzten noch: das Volk und seine Freunde, die Regierung und die Reaktionäre — alle sehen Gefahren und erwarten, daß dem Spuke bald ein Ende gemacht werde. Schon einigemal, auch heute, wurde in der Kammer geäußert, daß sich der politische Horizont getrübt habe. Die Minister entgegneten, dem sei nicht so; die Regierung sei am Allerwenigsten bei der Reaktion, wenn sie existiren sollte, betheiligt. Möge uns aus diesem gegenseitigen Mißtrauen, das nun einmal schon wieder Platz gegriffen hat, das deutsche Parlament bald herausreißen; mögen die Freudflammen, die heute, als am Vorabende der Eröffnung des deutschen Parlaments, auch auf unsern Höhen und Bergen hoffentlich leuchten werden, ein schönes, erfreuliches Vorzeichen für eine helle, ungetrübte Zukunft Deutschlands sein! — Unsere Kammer hat nun auch den Gesetzentwurf über die ständische Initiative berathen und mit einigen unerheblichen Modifikationen den Ausschußes denselben angenommen und zwar mit einer Mineralität von 9 Stimmen (Geistlicher und Adeliger). — Das Wahlgesetz befriedigt in seiner Fassung, wie es die Stände annahmen, sehr Viele nicht. Es fand heute bereits eine Versammlung aller Derer, die sich durch Art. 6 als Wahlmänner ausgeschlossen fehen, in dem Saale der blauen Traube Statt. Der Art. 6 ist allerdings sehr beschränkend, denn er schließt z. B. alle Literaten, Künstler, Praktikanten, Offiziere ꝛc. davon aus, daß sie als Wahlmänner gewählt werden können, da als solche bloß Staatsbürger wählbar

Digitized by Google

sind. Mithin ist Jeder, der nicht auf ein Amt, Gewerbe, Grundbesitz oder Renten anfällig und dadurch zum Staatsbürger geworden ist, als Wahlmann ausgeschlossen. Die Kammer der Reichsräthe kann sich durch eine freiere und weitere Fassung des Artikels ein großes Verdienst erwerben. Möge sie diese Gelegenheit nützen.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 18. Mai. Die Wahlen für unsere würtembergische Kammer sind im Ganze; bereits sind mehrere bekannt. Ich will abwarten, bis sie vorüber sind, um, was in Betreff derselben für das größere Vaterland Interesse bietet, zusammenzufassen. Es herrscht großentheils eine bedeutende Lauheit, so z. B. hier in Stuttgart, wo die für die Wahlmännerwahl erforderliche Stimmenzahl theilweise schwerlich zusammenzubringen ist. Ueberhaupt ist die Ebbe in politischen Dingen noch nicht im Abnehmen. — In die Nationalversammlung werden wir als zu wählenden Abgeordneten wegen der einzigen Doppelwahl ohne Zweifel Prof. Follath in Tübingen senden, einen Mann, der uns Ehre macht. — Moriz Mohl hat durch seinen Entschluß, den Staatsdienst zu verlassen und ausschließlich dem Volk als Abgeordneter und mit seinen Kenntnissen als Berather seiner gewerblichen Verhältnisse zu leben, bedeutend an Popularität gewonnen. — Ein österreichisches Bataillon, das auf dem Marsche nach Raltatt gestern in Cannstadt ankam, hat Kontreorder erhalten und wird morgen wieder dem Bodensee zu abreisen; die Offiziere sagen, es gehe jetzt nach Italien. Die deutsche Gesinnungsweise der Oestreicher hat hier sehr angesprochen; sie wunderten sich, daß unsere Soldaten keine deutsche Kokarde tragen.

**Freiburg**, 18. Mai. Seit 50 Jahren hier lebende k. k. Minister außer Dienst, Frhr. v. Wessenberg, hat den Ruf als Minister des Auswärtigen erhalten und angenommen, und ist schon heute nach Wien abgereist. (Karlsr. Z.)

**Waldshut**, 16. Mai. Heute fand in dem benachbarten Thiengen die Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt für die Aemter Blumenfeld, Bonndorf, Stühlingen, Jestetten und Waldshut Statt. Von 140 erschienenen Wahlmännern erhielt der Landtagsabgeordnete v. Itstein 94, der Abg. Buhl 30, und Frhr. v. Andlaw in Freiburg die übrigen Stimmen. Im Wahlbezirke Schopfheim wie in dem von Staufen, Mülheim, Schönau und St. Blasien ist Itstein gewählt worden. (F. Z.)

**Hessen.** ‡ Darmstadt, 19. Mai. Wahlen für Frankfurt: in Worms: Zöpfer; in Bingen: Oberländer; Vogt. Beide Wahlen sind den Strengkonstitutionellen nicht angenehm. — Somit wären die Wahlen bei uns (bis auf die nochmalige Wahl wegen der Doppelwahl Sagerns) beendigt. Von den 12 Gewählten gehören 7 zur strengkonstitutionellen Partei; 2 werden diesmal noch für die Monarchie stimmen, einer hat öffentlich erklärt, es komme nicht viel darauf an, ob Republik oder Monarchie; 2 haben wenigstens geäußert, daß sie nicht absolut gegen die konstitutionelle Monarchie seien. — Unsere Wahlen erfolgten in einem öffentlichen Akt. Die Wahlkandidaten benutzten, dem Geist des Gesetzes entsprechend, recht vielfach die Gelegenheit zum öffentlichen Auftreten; an den meisten Orten machten auch die Wahlmänner von der Erlaubniß zu Reden genügenden Gebrauch; bei einzelnen Wahlen wußte man wünschen, daß die Wahlmänner mehr Gebrauch von dieser Erlaubniß machten, an 2 Orten sprach sogar nicht ein einziger Wahlmann. Für die politische Reife spricht, daß die Meisten ihren Entschluß: wen wählen? nicht bis zum öffentlichen Wahlakt aufschoben; Schreiber dieser Zeilen hat z. B. über die Wahl im Odenwald am Tag vor der Wahl Notizen erhalten, die mit dem nachherigen Resultat vollständig übereinstimmten. In 4 Landbezirken wurden Männer gewählt, welche bei dem Wahlakt nicht gegenwärtig waren; in einem Bezirk wurde sogar ein Mann gewählt, der ausdrücklich zu Gunsten eines Freundes zurückgetreten war. Ueberhaupt hat alles solches Zurücktreten und Empfehlen Anderer weniger Wirkung gehabt als früher; es ist erfreulich, daß die Leute selbst urtheilen wollen. — Wer haben indirekte Wahl gehabt. In Gießen wurden nur solche Wahlmänner gewählt, welche versprochen hatten, für Vogt zu stimmen; in Mainz hat man Wahlmännerlisten als „Stimmzettel für Itz“ ausgegeben. Wenn die Menge sich noch etwas mehr in das freie politische Leben gefunden hat, wenn man aufhört in einzelnen Orten den Entschluß: wen wählen? aufzuschieben, bis anderwärts gewählt ist und man gesehen, wer übrig geblieben, dann wird diese Verfahrungsweise allgemein werden, und welcher Unterschied bleibt dann noch zwischen der indirekten und der direkten Wahl? — Unsere zweite Kammer hat dem Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Verhältnisse der Standesherren genehmigt; hiernach hören alle Regierungsrechte dieser Herren auf; in der zweiten Kammer hat man sogar noch darüber diskutirt, ob die großherzoglich hessische Gesetzgebung die im deutschen Staatsrecht begründete Ebenbürtigkeit der Standesherren aufheben sollte — und nun lehnt dieselbe zweite Kammer dieser Tage den Antrag ab: den Erbgroßherzog zu bitten, daß bei einer „demnächstigen“ Verfassungsrevision der Standesherren ihren Sitz in der ersten Kammer verlieren möchten!! Unsere jetzige zweite Kammer ist besser als alle, die wir seit 1835 hatten; diese Anschauung hatte den Schreiber dieser Zeilen zu der gutmüthigen Ansicht verleitet, daß eine Auflösung der Kammer nicht nöthig sei, daß die besseren Elemente, zumal bei dem Ministerium Gagern, vorherrschen würden. Aber ich habe mich geirrt. Diese Kammer ist der Zeit nicht mehr gewachsen, diese Kammer, die — während Gesetz und Praxis diese Frage ganz offen ließen — noch im Januar 1848 der Regierung gestattete, einem Prinzen den Urlaub zu verweigern, der vermöge seines Dienstalters wilder seinen Willen nicht mehr thätigen aktiven Staatsdienst berufen werden konnte, diese Kammer, welche völlige Gleichstellung aller Konfessionen beschließt, aber vor der Hand die Juden bezüglich des Ortsbürgerrechts noch den Ausnahmsgesetzen unterwirft — welche den Standesherren alle Regierungsrechte entzieht, aber sich nicht zu dem Wunsch entschließen kann, daß dieselben „demnächst“ ihren Sitz in der ersten Kammer verlieren. Nein! hoffentlich wird diese Kammer bald aufgelöst und sogleich eine neue nach einem freien Wahlgesetz berufen; namentlich ist zu wünschen, daß auch diejenigen f. g. kubikten Leute, welche nicht 1000 fl. Besoldung haben oder 100 fl. Steuern bezahlen, wahlfähig werden. Referent will diese nicht in der Kammer sehen, weil sie Staatsdiener und Advokaten sind, sondern weil u. A. auch juristisch-kritische Schärfe bei Gesetzentwürfen der zweiten Kammer Noth thut. (Es steht im Wahlgesetz zum Parlament nach dem Antrag der zweiten Kammer, daß die Wahlstandsdauer „höchstens Einmal“ reden dürfen! und der Wortlaut des von zweiter Kammer verabredeten Gesetzentwurfs über die Religionsfreiheit beschränkt nur die Juden bei Erwerb des Ortsbürgerrechts, stellt aber Muhamedaner und Fritschanbeter den Christen vollständig gleich.) Die von uns ersehnte neue zweite Kammer braucht nur in Thätigkeit zu bleiben, bis die deutsche Nationalversammlung ihre Aufgabe gelöst hat; alsdann kann die von Gagern in Anstadt gestellte hessische konstituirende Versammlung neu erwählt werden; namentlich bei einem freien Wahlgesetz haben wir noch genug frische Kräfte im Land, aus denen eine gute zweite Kammer gebildet werden kann, auch wenn 12 Männer aus Hessen in Frankfurt sagen.

**Nassau**, 17. Mai. Aus dem Limburgerthum, 16. Mai. Der Ach. Zeit. wird geschrieben: Bei der heute Statt gefundenen Wahl zum deutschen Parlament ward für den einen Wahlbezirk (Hallenberg) des Herzogthums Limburg Baron von Scherpenzeel-Heusch mit 126 Stimmen als Kandidat der deutschen Partei von 149 Wahlmännern gewählt. Die polikänische Partei hatte nur zwei Stimmen; zehn Zettel waren weiß. Das ganze Herzogthum ist im größten Enthusiasmus für die deutsche Sache. Den näheren Bericht behalten wir uns bis morgen vor.

**Limburg**, 8. Mai. Heute ist hier die erste Nummer einer Art von Gesetzsammlung des deutschen Bundes, „Memorial voor de duitsche Bondzaken“, ausgegeben worden, das künftig diesem Bundeslande alle Bundesangelegenheiten mittheilen soll. Die erste Nummer enthält die Verordnung wegen der Wahl zweier Abgeordneten für Limburg zur deutschen Nationalversammlung. (Nr. Staatsang.)

**Schleswig.** Rendsburg, 17. Mai. Die prov. Regierung hat folgende Verfügung, betreffend eine Modifikation der Verfügung vom 1. Mai d. J. wegen Untersagung jeglichen Verkehrs mit dem Königreiche Dänemark, erlassen: „Mit Rücksicht darauf, daß das Festland des Herzogthums Schleswig jetzt vom Feinde gänzlich geräumt und der Zustand des Landes die Beschränkung exceptioneller Maßregeln thunlich macht, verfügt die prov. Regierung wie folgt: Die Bestimmung der Verfügung vom 1. Mai d. J., betreffend die Untersagung jeglichen Verkehrs mit dem Königreich Dänemark, daß die Uebertreter dieses Verbots nach der Festung Rendsburg zu transportiren seien, wird hierdurch aufgehoben. Die wegen Verkehrs des Verkehrs mit dem Feinde verhafteten Personen sind nach Befund der Umstände von den beikommenden Polizeibehörden zur Verantwortung zu ziehen oder den ordentlichen Gerichten zur weiteren Wahrnehmung des Erforderlichen zu überliefern. Rendsburg, 15. Mai 1848. Die provisorische Regierung. Beseler. F. Reventlow. M. T. Schmidt. J. Bremer. Th. Olshausen.

Es sind Depeschen des Generallieutenants Halkett vom 13. und 14. d. M. aus Ulderup in Hannover eingegangen, nach welchen in den letzten Tagen dort keine Feindseligkeiten vorgefallen sind. (— Die gestern aus Kiel mitgetheilte Meldung von einem Gefecht, das am 14. Statt gefunden haben sollte, ist daher unbegründet —). Die Verhältnisse der mobilen Division haben sich ebenfalls nicht verändert.

**Kiel**, 14. Mai. Morgen wird der Kiel zum ersten Kanonen-

Digitized by Google

boot gelegt werden. Der Bau wird in Auftrag und für Rechnung der Flottenkomites unternommen. Es sollen in Kiel ca. 15,000 Thlr. Beisteuer für die deutsche Kriegsflotte gezeichnet sein, und nicht allein Bürger, sondern selbst Dienende und Dienstmädgte tragen ihr Scherflein bei. Unser Handel hat satt aufgeboten, nur der geringe Umfang für den Konsum findet noch Statt. Die Kaufleute tragen mit rühmlichem Patriotismus ihr Loos, und setzen ihre Hoffnungen auf einen baldigen, doch ehrenvollen Frieden, der die Integrität des Landes sichert. (Schl.-Holst. Z.)

Schleswig, 15. Mai. Ueber die Friedensunterhandlungen wird jetzt berichtet, und zwar so, daß die Dänen den Status quo ante herstellen wollen, also Alsen und Arröe räumen, die genommenen deutschen Schiffe herausgeben, die Blokade überall aufheben lassen, und in eine Auswechselung der gefangenen deutschen Beamten und Soldaten gegen die dänischen willigen. Dagegen verlangen sie aber die völlige Räumung Jütlands von Seite der deutschen Truppen. Dafür spricht die heute eintreffende Nachricht, daß daß das gestern hier angekommene schwere Geschütz, 22—24pfünd. Kanonen und 82—84pfünd. Bombenkanonen, aus Rendsburg zu heute Abend nach Fridericia bestimmt — in Kpenrade Kontrordre erhalten hat. Ferner auch, daß es den Dänen auf den Inseln, namentlich in Fünen durchaus an Lebensmitteln fehlen soll; so wird erzählt, daß 6 dän. Seeboten nach Fridericia von Fünen herübergeschwommen seien, die dieses berichteten. (Auch der Hamb. Korr. enthält aus Schleswig eine ähnliche Mittheilung, wobei bemerkt ist: dieses Uebereinkommen würde mit der Antwort des preuß. Staatsministeriums, auf die Notifikation des schwed. Hofes übereinstimmen; erst nach Eintritt dieses Zustandes würden die Friedensunterhandlungen beginnen).

Rendsburg, 15. Mai. Es befinden sich jetzt zwischen 8 und 900 (nach einer näheren Angabe 873) Dänen, darunter 27 Offiziere und eine große Anzahl von Offizierapiranten in unserem Lande in Gefangenschaft. Außerdem sollen 47 dän. Offiziere todt oder verwundet sein. —

Frankfurt, 16. Mai. Der in der 45sten Bundestagssitzung vom 6. d. gestellte Antrag des württembergischen Gesandten auf Oeffentlichkeit der Berhandlungen der Bundesversammlung lautet nach der Allg. Z. wie folgt: „Der königliche Gesandte ist, mit Rücksicht darauf, daß die größtmögliche Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Bundesversammlung nur dazu beitragen kann, das Zutrauen des deutschen Volkes zu der Bundesversammlung immermehr zu befestigen und zu kräftigen, beauftragt darauf anzutragen, daß die Bundesversammlung künftig ihre Sitzungen, mit Ausnahme der Berathungen über solche Gegenstände, bei welchen ihrer Natur nach nothwendig eine Ausnahme hiervon eintreten muß, öffentlich halten und zu diesem Behuf mit möglichster Beschleunigung die erforderlichen Einleitungen treffen möge. Darüber, ob eine Ausnahme von der Oeffentlichkeit einzutreten habe, dürfte in jedem einzelnen Fall die Majorität der Bundesversammlung entscheiden, nachdem vorläufig die Oeffentlichkeit der Sitzungen wird suspendirt worden sein, sobald entweder der betreffende Ausschuß, welcher einen Vortrag zu erstatten, oder der Bundestagsgesandte, welcher einen Antrag zu stellen hat, hierum nachgesucht haben wird.“ — Der in der 45sten Sitzung am 8. Mai gestellte Antrag des großherzogl. hessischen Gesandten, die Integrität des deutschen Bundesgebiets betreffend, lautet: „Hohe Bundesversammlung wolle die kaiserlich österreichische Regierung auf das Dringendste ersuchen, im Interesse des gesammten deutschen Bundes und des deutschen Volkes, sowie der österreichischen Monarchie insbesondere, mit aller Kraft dem Losreißen einzelner, bisher zum deutschen Bunde gehört habender Bestandtheile der Monarchie von dem Bunde entgegenzuwirken, folgweise die zeitgemäßen Maßregeln zu ergreifen, damit in keinem zum deutschen Bund gehörigen Landestheile die Wahlen zur konstituirenden Nationalversammlung unterbleiben, und insbesondere auch da solche vorgenommen werden, wo ein Theil der Bevölkerung sich ihrer enthalten will, und vor völlig unbegründeten Besorgniß vor Beeinträchtigung seiner Nationalität, während diese, nämlich die Freiheit volksthümlicher Entwicklung auch der nicht ursprünglich deutschen Volksstämme durch Gleichberechtigung ihrer Sprache in Rücksicht auf Unterricht und innere Verwaltung, gerade im Bunde die sicherste Beachtung und Verbürgung finden würde, wogegen durch den Versuch eines Abreißens vom Bunde die Gefahr des Verlustes jeder Selbstständigkeit für die Abtrünnigen wieder herbeigeführt werden.“ — Beide Anträge wurden zur Begutachtung an den Redaktionsausschuß verwiesen. — Graf Colloredo, dessen Stelle in Frankfurt jetzt von dem „Vertrauensmann“ v. Schmerling eingenommen worden, ist, der Allg. Z. zufolge, als Gesandter nach London bestimmt.

Frankfurt, 19. Mai. Aus der heutigen Sitzung der Bundesversammlung heben wir unter Anderm Folgendes hervor! Aus einem Berichte des Marineausschusses wurden die Maßregeln entnommen, welche wegen wirksamen Schutzes der deutschen Nordküste ergriffen worden sind, um zu der Einführung der nothwendigen Freiheit des innern Verkehrs und zu einem großen einheitlichen deutschen Handels- und Zollsystem in möglichst kurzer Frist gelangen zu können, beschließt die Bundesversammlung, an die sämmtlichen jetzt noch durch verschiedene Zollsysteme getrennten deutschen Bundesstaaten, nämlich: 1) an Oesterreich, 2) an Preußen und die mit Preußen in einem Zollvereine verbundenen Staaten, 3) an Hannover und die mit ihm im Steuerverein verbundenen Staaten, 4) an das Herzogthum Holstein, 5) an die beiden Herzogthümer Mecklenburg, 6) an die drei freien Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg die Aufforderung ergehen zu lassen, sofort sachverständige Männer hierher nach Frankfurt zu senden, welche über ein gemeinschaftliches Handels- und Zollsystem sich zu verständigen und die geeigneten Vorschläge zur Ausführung zu machen haben. Der Gesandte von Braunschweig beantragt die Ertheilung von Maßregeln, wegen gleichförmiger Bildung der Landwehr neben der Bürgerwehr. Dieser Antrag wird dem Militärausschuß zugewiesen.

# Frankfurt, 20. Mai. Die fünfzehn Abtheilungen des Reichstags haben gestern schon durch die Erwählung der Vorsitzende, Stellvertreter und Schriftführer ihre Thätigkeit begonnen und heute sind die Wahlprüfungen vorgenommen. Dieses Geschäft wurde ihnen gestern durch Beschluß der Versammlung ausdrücklich zugewiesen; über die brandstandten Wahlen beschließt zunächst der aus den Vorsitzenden der Abtheilungen gebildete Ausschuß, und wo dieser sich die Unglittigkeit stimmt, entscheidet die Versammlung. Ein Antrag von Venedey, daß angefochtene Wahlen, wobei es sich um eine Prinzipienfrage handele, vor der Versammlung gebracht werden sollen, wurde verworfen, ebenso der Vorschlag, daß über alle angefochtenen Wahlen die Versammlung entscheiden soll. Man sieht, die Versammlung will keine Zeit unnöthig verwenden, sondern sobald als möglich an die Lösung ihrer großen Aufgabe gehen. Die Nachricht, daß die preußische Regierung von den Abgeordneten, die für beide Versammlungen, in Berlin und Frankfurt gewählt sind, verlange, daß sie eine von beiden Stellen niederlegen sollen, veranlaßte den Abg. Raveaux zu dem Vorschlage, daß heute eine Sitzung gehalten werde, um auszusprechen, wie es den Gewählten frei stehe, beide Stellen zu behalten. Wiesner, Kolb, vorzugsweise aber Robert Blum unterstützten diesen Antrag, stellten die Verfügung von Preußen als eine schwere Verletzung der Besitzlist des Vorparlaments und der Fünfziger hat, sprachen von einem Bruche, den alsbald begonnt werden müsse, wenn es nicht „zu spät“ werden solle, und suchten die Versammlung zu einem übereilten Beschlusse hinzureißen. Dergebens. v. Beckerath, Beseler (von Greifswalde, Bruder des Mitgliedes der Regierung von Schleswig-Holstein), Stettmann u. A. entgegneten, daß zunächst die Abgeordneten aus Preußen unter sich berathen und ihren Beschluß der Versammlung vortragen würden; daß Preußen gegenwärtig den Landtag haben müsse als Schild der Gesetzlichkeit und zur Erledigung dringender Angelegenheiten der inneren Verwaltung; daß die Verfassung für Preußen ohne Zweifel nicht eher werde berathen werden, bis die leidenden Grundsätze durch die deutsche Verfassung in Frankfurt festgestellt seien. Eben um der Wichtigkeit der Sache willen bedürfe die Entscheidung einer gründlichen Berathung in den Formen der Geschäftsordnung. Der Abg. Naveaux fand sich selbst veranlaßt, seinem dem Vorgehen einer Sitzung für heute abzutreten, und so läßt sich mit Bestimmtheit annehmen, daß die Begründung des Antrags, welche für Montag auf die Tagesordnung gesetzt ist, einer ordnungsgemäßen Berathung unterzogen werde. Einige weitere Vorschläge wurden zurückgelegt, bis durch Prüfung der Wahlen die Versammlung gültig bestehen wird.

Man hatte in der gestrigen Sitzung einen Antrag auf allgemeine Amnestie erwartet, der jedoch ausblieb. Diejenigen, welche in gutem Gemüth und Glauben dem Vorschlag zugänglich gewesen, zogen sich zurück, sobald ihnen die Bedeutung klar geworden. Die Andern gaben den Plan auf, nachdem sie die ersten Erfahrungen über die Stimmung der Versammlung gemacht hatten. Wäre es gelungen, die Wiesenbaur'sche Geschäftsordnung, das heißt, keine Geschäftsordnung statt des durchaus verunstalteten Entwurfes von R. Mohl, Waitzel und Schwarzenberg durchzusetzen, die Versammlung noch länger unter der schwachen Leitung des Alterspräsidenten zu halten, oder Robert Blum zum Vorsitz zu erheben, dann hätte vermuthlich der Antrag auf Amnestie nicht lange auf sich warten lassen. Allein die Annahme der zweckmäßigen Geschäftsordnung dämpfte die Lust nach stürmischen Verhand-

Digitized by Google

jungen, die Hoffnung, etwa mit Hilfe einer lobenden Gallerie die Neulinge einzuschüchtern. Die glänzende Erwählung des ehrlin H. von Gagern zum Vorsitzenden, des wackern v. Soiron zum Stellvertreter, der sich gleichgesinnt mit Gagern erklärte, ist nicht geeignet, die Anarchisten zu ermuthigen. Man hört jetzt Versicherungen konstitutioneller Gesinnungen, Versöhnung und Friede von Lippen träufeln, die vor Kurzem noch von ganz anderen Aeußerungen überströmten. Der Plan, den Anstiftern und Theilnehmern an der weitverzweigten Schilderhebung mit fremdem Zuzug in Baden durch die Annexkie in den sechs verfassbaren Wahlbezirken des Abg. v. Itstein den Weg in die Reichsversammlung zu öffnen, mußte aufgegeben werden. Befangenwerth sind die Ergebnisse der meisten Wahlen in Baden, wo die Wahlmänner unter dem Einflusse der Sensenfreiheit ernannt und durch plötzliche Täuschungen zu den Ergebnissen bestimmt wurden, welche den Antheil Badens an dem deutschen Verfassungswerke zu keinem beneidenswerthen machen. Diese entschiedene Freunde des Fortschritts hoffen zuversichtlich, daß Männer wie Buhl und Weller, die sich in dem Kampfe gegen die Reaktion wie gegen die von ihr unterstützte Anarchie rühmlich ausgezeichnet haben, aber durch die Partei, deren schlechten Absichten v. Itstein Name als Deckmantel diente, aus den Wahlen verdrängt wurden, bei den Nachwahlen die Zahl der würdigen Vertreter der deutschen Nation aus Baden verstärken werden.

## Schweiz.

† Zürich, 15. Mai. Bei der Bedeutung, die der Kt. Zürich, nicht bloß durch seine Einwohnerzahl, für die ganze Schweiz hat, ist es nicht ohne Interesse, auf die Verhandlungen des vor einigen Tagen versammelten Zürichischen Gr. Rathes einen Blick zu werfen. An demselben Tage, an welchem die Tagsatzung, ganz unerwarteter Weise vier Tage vor dem zuerst festgesetzten Termine, eröffnet wurde, kam unser Gr. Rath zusammen, um sich über die der Gesandtschaft zu ertheilende Instruktion rücksichtlich des Bundesverfassungsentwurfes zu berathen. Der Großrathspräsident, Dr. Escher, bemerkte in seiner Eröffnungsrede: auf die allgemeine Theilnahme, auf die Anspannung aller Kräfte in den Sonderbundwirren sei allerdings eine gewisse Abspannung und Theilnahmlosigkeit beim Volke eingetreten; allein dadurch solle man sich nicht abhalten lassen, mit Eifer an dem Revisionswerke fortzuarbeiten, es werde eine Zeit kommen, wo auch das Volk sich wieder in einer aufgeboxenen Stimmung befinden und Rechenschaft über die gegenwärtigen Bestrebungen verlangen werde. Er persönlich betrachte mögliche Centralisation als das zu erstrebende Ideal, er verkenne es nicht, daß der Entwurf sich demselben zu nähern strebe; allein es geschehe dies auf höchst inkonsequente Weise. Der Redner weist nun in einer ganzen Reihe von Fällen diese Inkonsequenzen nach und fährt dann fort: könne man aber auch diese Centralisation für jetzt nicht vollständig erreichen, so sollte doch wenigstens der Grundsatz, welcher sich bei den Bürgern der Einzelstaaten allgemeiner Geltung erfreue, der der politischen Rechtsgleichheit, auch auf den Bund angewandt werden, mit einem Wort — es sollten alle Schweizerbürger in Bundessachen politisch gleichberechtigt sein; und dies um so mehr, als der neue Verfassungsentwurf dem Bunde eine große Summe von Rechten zuweist, deren Ausübung bisher den Kantonen zukam. Indem wir den Kommissionsbericht des Hrn. Furrer, sowie die mitunter recht interessante Diskussion über den Bundesentwurf übergehen, wollen wir nur auf die drei Hauptabänderungen aufmerksam machen, welche der Gr. Rath mit Mehrheit vorzunehmen beschieß. Die erste betraf, in einer Vielen gewiß höchst unerwarteten Weise, die Streichung der eidg. Hochschule. Wie, Zürich, das „schweiz. Athen", das man mit der eidg. Hochschule zu lodern gedachte, damit es sich um so weniger weigere, Bern als Sitz der neuen Bundesregierung anzuerkennen, Zürich verschmäht nun aus eigenem Antriebe die dargebotene Kostpreise? Beregtheren rückte die ganze junge Intelligenz des Gr. Rathes, in Verbindung mit den Herren Sulzberger, Sidler u. s. w. mit den schärfsten und, gewichtigsten Waffen ins Feld, um die wissenschaftliche Ehre des schweiz. Athens zu retten; es gelang nicht: Hr. Furrer hielt allen Angriffen hartnäckig Stand, und seine Beweisführung, so prosaisch sie war, konnte nicht verfehlen, die Mehrheit des Gr. Rathes für sich zu erhalten; er sagte: unsere Universität kostet und zahrlich 50,000 Fr., die eidg. wird das Sechsfache kosten; ehe man und dieselbe gibt, wird man uns fragen: welchen Ertrabeitrag gedenket Ihr wohl an dieselbe zu leisten? Dann geht es an ein Feilschen und Markten, und zuletzt wird uns eine starke Summe jährlichen Beitrages überbunden, mit welcher unsere Kommitenten, namentlich in der gegenwärtigen verdrießlosen Zeit, schwerlich einverstanden sein dürften. So geschah das Unerhörte: Zürich selbst hieß die dargebotene eidg. Universität von sich. — So wichtig wie der erste Punkt für den Kt. Zürich, ebenso wichtig ist der zweite für die ganze Eidgenossenschaft; ja, Hr. Furrer behauptete sogar, daß mit Annahme desselben das ganze Bundesprojekt wohl unter's Eis gehen werde; er betrifft die Entschädigung der Kantone für die Verlegung der Binnenzölle nach Außen. Die Bundesrevisionskommission hatte als Grundsatz angenommen: die Kantone erhalten von den an die eidg. Grenze verlegten Zöllen auf den Kopf 3 Batzen, aus dem Ueberschuß sollen diejenigen Kantone, welche auf diese Weise weniger beziehen als vorher, vollständig entschädigt werden. Der Züricher Gr. Rath instruirte dagegen auf den Antrag der Kommission: die Kantone sind nur nach den Verlehrsmitteln, die sie darbieten, also namentlich nach den Straßen, zu entschädigen; der Ueberschuß fällt in die allgemeine Bundeskasse. Der Kt. Zürich ist in der That vorzugsweise zu einem solchen Antrage berechtigt; großmüthig hob er im Jahr 1835 seine Zölle fast ohne Ausnahme auf, in der Hoffnung, die übrigen Kantone würden diesem schönen Beispiele folgen — es geschah nicht —; und es ist nicht billig, daß die andern Stände nun vor Zürich bevorzugt werden sollen. Aber der Punkt ist materieller Natur, und der Streit wird ein hitziger werden; wie gesagt hielt ihn Hr. Furrer für wichtig genug, um dem ganzen Projekte sein Todesloos deßhalb zu prophezeien. — Der dritte Punkt ist in formeller Beziehung gewiß der wichtigste, und doch wird eher eine Verständigung darüber möglich werden als über den eben besprochenen. Es handelte sich um das Einkammer- oder Zweikammersystem: die Anhänger des letztern, wie es der Entwurf bringt, führten an, sie seien dem Bundesstaate von Herzen zugethan, sie betrachteten denselben nicht etwa als eine Uebergangsstufe zu dem zu erstrebenden Einheitsstaate und stimmten für das Zweikammersystem, damit beide in dem Bundesstaate enthaltenen Richtungen ihre Geltung und ihren Ausdruck erhielten (Küttimann, Brändli); einige Konservative, wie Murall und Mousson, wollten sogar noch das konservative Element des Ständerathes verstärkt wissen. Umsonst! Hr. Escher wies siegreich nach, der Ständerath werde nach wie vor einen kältigen Hemmschuh bilden; zwar habe die Tagsatzung in ihrer Proklamation an die Sonderbundstände denselben zu weit gehende Versprechungen rücksichtlich der Unverletzlichkeit der Kantonalsouveränetät gemacht, allein die großartige Bewegung der Zeit könne und dürfe nicht spurlos an uns vorübergehen. Der Gr. Rath beschloß mit 96 gegen 45 Stimmen, die Gesandtschaft solle für das Einkammersystem stimmen. — Vielleicht erwächst in noch andern als der Gesetzlichkeit die ihr durch den Entwurf entzogene Machtfähigkeit wieder zuerkannt wurde, und daß Hr. Alt-Oberrichter Ulrich, der Verfasser jenes Strafgesetzbuches, das Schwurgericht eine „Garderobe der Zeit" nannte, wodurch derselbe — freilich ohne Erfolg — antrug, „man solle, ehe man die Jury einführe, zuvor die Erfahrungen der Nachbarstaaten abwarten." Unsere Zürcher Konservativen sind höchst pfiffig, sie lassen immer gern andere Leute für sich experimentiren; als es sich früher einmal im Gr. Rathe um Einführung eines obligatorischen Lehrmittels in die Volksschule handelte, bemerkte der Erziehungsrath Dr. Rohn-Escher: unter den deutschen Schulmännern herrsche gegenwärtig Streit über den Vorzug der einen oder der andern Methode, „man möge also das Resultat dieses Streites erst abwarten." Auch damals fiel diese konservative Fürsicht und Weisheit auf unfruchtbaren Boden.

## Dänemark.

Kopenhagen, 15. Mai. Die Post aus Fünen hat gestern Abend keine weiteren bemerkenswerthen Neuigkeiten vom Kriegsschauplatze gebracht, als daß das Hauptquartier nach Odense verlegt ist. Der Oberhofmarschall Levehan ist Sonnabend mit dem „Rob Roy" von St. Petersburg hier angekommen. Das Aarhuuser Fivebladet meldet, daß die schleswig-holsteinischen Truppen in Aarhuus am 10. ein- und am 12. wieder ausmarschirten. Sie hatten einer Requirirung von Verpflegungsgegenständen auf 14 Tage für 7500 Mann Nachdruck zu geben, indeß ward diese Forderung nach Unterhandlung des Höchstkommandirenden mit den Behörden auf die Hälfte herabgesetzt. Am 12., 6 Uhr Morgens, zogen die deutschen Truppen wieder ab nach Veile. In ihrer Anwesenheit sind keinerlei Unordnung vor und die dänischen Blätter anerkennen die Humanität der Officiere. In der Anwesenheit der deutschen Truppen erschienen dänische Dampfschiffe auf der Rhede, allein verließen nach einigen ausgewechselten, keinen weitern Schaden anrichtenden Schüssen Aarhuus südlich. Auch in Randers, in der nördlichen Hälfte Jütlands, sind schleswig-holsteinische Dragoner erschienen. Von der Ankunft des Großfürsten Konstantin meldet man hier noch Nichts und weiß die Neuigkeit, daß er kommen will, nur aus der Gothenburger Handelszeitung. — Die freiwilligen Beiträge aus ganz Dänemark betragen in diesem Augenblick an 160,000 Rthlr. (120,000 Thlr preuß.)

Digitized by Google

## Großbritannien.

London, 17. Mai. Der Globe steht, wie in der dänischen Frage, so auch in der Angelegenheit des Großherzogthums Posen, auf Seite der Deutschen. Nachdem das Ehjahstart einige der von den polnischen Sensenmännern begangenen Grausamkeiten, namentlich den schändlichen Ueberfall in Bnin berichtet und davon Anlaß genommen, die polnischen Bauern an Mäßigkeit, aber nicht an niederschmetterndem Muth mit den Bauern zu vergleichen, fährt er fort: „Die besten Freunde dieses unglücklichen Volks sind diejenigen, welche ihm seine wirkliche Lage vor Augen stellen. Ueber die polnische Nationalität blühende Phrasen zu machen und übermüthige Hoffnungen in den Polen zu erwecken, ist ein angenehmeres Geschäft als Tadler zu rügen, aber es ist nicht so nützlich. Es ist bequem, Polen mit enthusiastischen Augen anzusehen, aber es ist erspriesslicher, den Gesichtspunkt festzuhalten, der von dem unparteiischen Europa festgehalten werden muß. Nicht durch Mewchelmord und Jacquerie können Nationalitäten wieder hergestellt werden. Die alten Grenzlinien Polens sind noch da, aber in einem großen Theile des Landes hat sich der Charakter der Bevölkerung verändert. Die Mehrzahl der Einwohner längs der preußischen Grenze besteht nicht mehr aus Polen. Die Deutschen, welche jetzt Theile des ehemaligen Polens bewohnen, sind nicht verantwortlich zu machen für Ereignisse, welche das Land für dessen Besitznahme öffneten. Sie haben sich auf Treu und Glauben nationaler Bürgschaften dort heimisch gemacht, und es wäre grausam, sie ihrem Schicksal zu überlassen. Die Frage zwischen den Polen und Preußen ist einfach diese: sollen die deutschen Bewohner Polens geopfert werden, um eine geographische Scheidung längs der alten durch die Tradition bezeichneten Grenzen gewaltsam ins Werk zu richten, oder sollen die Einwohner beschützt und die Landesgrenze verändert werden? Soll die Bevölkerung der Karte oder die Karte der Bevölkerung angepaßt werden?“ Der Globe kommt nun auf das Schreiben des Fürsten Czartoryski zu sprechen und meint: dieses Schreiben sei als ein Manifest der Polen zu betrachten. (Gegen diese Behauptung wirft Delgens Junyolen, welches die Demokratie in reinster Form und Ruthenung Polens bis zur Oder und Ostsee, möglicherweise auch bis zur Elbe und Saale begehrt, viel einzuwenden haben). In diesem Schreiben zeige sich die Absicht, daß man Wiederherstellung der alten Grenzen von 1772 beanspruche, im Nothfall auch auf franz. Hilfe sich Rechnung mache. Durch fremde Hilfe werde aber der Streit nicht gelöst, es werde dann nur noch mehr Blut fließen. Preußen sei eben so sehr verpflichtet, die Deutschen gegen die französischen Legionen als gegen die polnischen Sensenmänner zu schützen. Ein Krieg wegen der Herstellung der alten Grenzen werde unfehlbar auch Rußland auf das Schlachtfeld rufen, und die Russischen auf den endlichen Erfolg seien keineswegs der Art, um den Fürsten und seine Freunde zu ermuthigen, wenn sie ganz Europa in Krieg verwickeln wollten. Daher sollten die Polen, wie ihnen Lord Beaumont gerathen, sich fürs Erste mit dem Stück reorganisirten polnischen Landes als einem Centralpunkt, um von hier aus weiter nach der Peripherie zu polonisiren, begnügen lassen und den Kompromiß Preußens sodald als möglich annehmen, da der Erfolg eines Kompromisses allein von seiner frühzeitigen Annahme abhängig sei.

Herr Labouchere ging in seiner Rede, die er am 16. Mai zu Gunsten der Neuerung der bestehenden Schiffahrtsgesetze hielt, bis auf Richard II., Cromwell und Jakob II. zurück und legte dar, wie die Selbstbefreiung Südamerika's, die Erfindung der Dampfschiffahrt, die durch den langen Frieden bewirkte Rivalität in Handelssachen, endlich die bereits vorgenommenen großen Aenderungen im Schutzsystem auch eine Aenderung in den bestehenden Gesetzen über die Schiffahrt nothwendig machten, wenn die Ausnahmen und Anomalien jetzt nicht zahlreicher werden sollten, als die Regel. Er bezog sich hierbei auf die Klagen, die aus Jamaika, Kanada, Trinidad eingelaufen, auf die trefflichen Untersuchungen, welche Herr Ricardo über diesen Gegenstand angestellt, und legte die Nachtheile dar, welche für England daraus erwüchsen, daß aus seinem europäischen Hafen ein Produkt Asiens, Afrika's oder Amerika's nach England gebracht werden dürfte, außer in englischen Schiffen. Die Zeit sei gekommen, wo die fremden Völker sich weigerten, auf ungleiche Bedingungen mit England Handel zu treiben. Er bezog sich hierbei namentlich auf Preußen, dessentwegen Duckliffon bereits im Jahr 1823 Aenderungen in der Schiffahrtsgesetzgebung vorschlug, und welches jetzt die gesammten Zollvereinsstaaten hinter sich habe, und auf Nordamerika, welches sich durch seinen Gesandten, Herrn Bancroft, in ähnlichem Sinne ausgesprochen habe, wie Preußen durch Herrn Bunsen. (Dies hierher Nimmt die Darstellung Herrn Labouchere's ziemlich vollständig mit einem Artikel des Edinburgh Review überein, aus welchem die Deutsche Z. im Nov. vorigen Jahres einen Auszug mitgetheilt hat). Die Vorschläge der Regierung laufen nun im Wesentlichen darauf hinaus: in den Bestimmungen der Fischerei und in der Küstenfahrt sollen keine wesentlichen Veränderungen eintreten; dafür aber sollen alle jene Bestimmungen wegfallen, welche die Einführung asiatischer, afrikanischer und amerikanischer Produkte aus einem europäischen Hafen nach England dahin nur englischen Schiffen gestatteten, wogegen der Regierung das Recht vorbehalten sein solle, Ausnahme-Bestimmungen für jene Länder in Kraft treten zu lassen, welche englische Schiffe nachhaltig behandelten, obschon es keineswegs Absicht der Regierung sei, gegen alle jene Völker, die eine engherzige Seehandelspolitik befolgten, principmäßig Vergeltungsrecht zu üben. Auch in Betreff der Bemannung der Schiffe schlug Hr. Labouchere einige Aenderungen vor, wonach auf Schiffen, die nicht zum bloßen Küstenhandel gebraucht werden, wenigstens drei Viertel der Mannschaft aus Engländern bestehen solle. Endlich soll der britische Rhedar fürder nicht gehalten sein, seine Schiffe nur in England bauen zu lassen.

Die Regierung scheint in Irland aufs Entschiedenste einschreiten zu wollen. John Mitchell sitzt des Landesverraths angeklagt im Gefängniß, und O'Brien steht vor Gericht. Inzwischen hat sich auch ein Verein protestantischer Repealer gebildet, während andererseits die katholische Geistlichkeit in ihren Bestrben, aufregend auf die Massen zu wirken, nicht ermüdet. Zeugniß davon ist unter Anderm ein kriegerisches Schreiben des katholischen Priesters James Hughes an Lord J. Russell, welches das Blatt „The Nation“ veröffentlicht. Es sind darin Rathschläge für den irischen Revolutionskrieg ertheilt, und als der beste Moment für den Beginn desselben die Zeit nach der Ernte empfohlen.

## Frankreich.

Paris, den 18. Mai. Die Ruhe ist vollkommen hergestellt, und Paris geht wieder seinen früheren Geschäften und Vergnügungen nach, wie wenn Nichts geschehen wäre. Die Klubs sind stille geworden, die anarchische Presse vorsichtiger, nur in der Nationalversammlung wird der Parteizank (Kampf kann man es nicht nennen) um so lebhafter erneuert. Die Mehrheit der Versammlung, die bisher gemeinsam Front machte gegen die Anarchisten, hat sich mehr in ihre natürlichen Elemente geschieden; Debats und National gehen nicht mehr so Hand in Hand mit einander wie in den letzten Tagen, und die Republikaner, die der gegenwärtigen Regierung zugethan sind, stehen nicht mehr in einer Linie mit den Mitgliedern der alten Linken und ihren dynastischen Neigungen. Dies gab sich heute in der Nationalversammlung kund, dies spricht sich in den Blättern aus, unter denen z. B. der National einen ernsten Warnungsruf bringt, die republikanische Majorität möge sich nicht von einer gewandten, politisch gewbrsteten Minorität leiten lassen. Die Majorität, sagt er, möge sich in Acht nehmen. Die ehemalige dynastische Opposition, unfähig durch sich selbst zu regieren, wie sie das achtzehn Jahre lang bewiesen hat, besitzt das Talent, Andern die Ausübung der Gewalt unmöglich zu machen; freilich ein negatives Verdienst, das aber in einer so ernsten Lage wie der gegenwärtigen für ein Land ungemein gefährlich ist! Wie dieser offene Bruch zwischen dem politischen Republikanismus mit der dynastischen Linken auch zwischen dieser letzten Partei und der gegenwärtigen Regierung eingetreten ist, werden die unten folgenden Verhandlungen der Nationalversammlung beweisen; die öffentliche Stimmung spricht sich in unerwarteten zum Theil ganz tollen Gerüchten dreiehnend aus. Bald heißt es, der Graf von Paris und der Prinz Joinville wurden demnächst förmlich als Regierung proklamirt werden, bald soll Louis Napoleon, oder der Herzog von Bordeaux, kurz ein ganzes Kabinet von Prätendenten bereits in Paris anwesend sein, bald wird verhaftet, St. Beuve werde den offnen Antrag auf Entfernung Ledru Rollins stellen, und bei Torteni werden schon Wetten eingegangen, daß in drei Monaten Joinville Regent sei. Andererseits drängt ein Alarmgerücht das andere; bald soll es im Faubourg St. Antoine sich regen, bald vor den Barrieren schon zum Kampf gekommen sein, mit einem Worte, jede der extremen Parteien sucht ihrerseits entsprechende Gerüchte zu verbreiten, die eine um vor der Anarchie, die andere um vor der Reaktion Schrecken einzujagen.

In der gestrigen Abendsitzung erschienen die Regierungskommission und die Minister auf ihren Bänken, um der Kammer Mittheilungen zu machen. Der Minister des Innern versicherte vor Allem der Versammlung, daß die größte Ruhe in Paris herrsche, daß fortwährend Nationalgardenbataillone aus der Departemente einträfen, und daß man künftig in Tagen der Gefahr nicht nur auf die 200,000 Mann Na-

Digitized by Google

tionalgarden von Paris, sondern auch mindestens auf 500,000 Mann der Provinzen rechnen könne. General Cavaignac sei zum Kriegsminister ernannt, der Abgeordnete Trouvé-Chauvel zum Polizeipräfekten und auch bereits installirt. Die republikanische Garde habe die Präfektur geräumt und sei in verschiedenen Kasernen vertheilt. Hierauf legte er der Nationalversammlung mehrere dringende Dekrete vor, deren schleunige Annahme er nachsuchte. Das erste verbietet die bewaffneten Klubs, das zweite untersagt Louis Philipp und seiner Familie den Eintritt in Frankreich. Der Minister der öffentlichen Arbeiten legte ein Dekret vor, wornach die Regierung zum Ankauf der Eisenbahnen autorisirt wird, und ein anderes, welches vier Millionen für augenblicklich zu beginnende öffentliche Arbeiten und drei Millionen für die Nationalwerkstätten bewilligt. Der Justizminister endlich bringt einen Beschluß, wonach die Mitglieder der Regierungskommission nicht in den Sitzungen der Versammlung zu erscheinen haben, sondern nur durch die Minister vertreten werden, nur wenn die Versammlung die Regierungsmitglieder persönlich direkt zu hören wünscht, kann sie sie in ihren Schooß berufen. Unter diesen Dekreten war nur eines, das einen Theil der Versammlung unbequem war; dasjenige, welches die Verbannung der Dynastie Orleans verlangte. An sich ist dies Dekret müßig; denn im Falle die Republik stark ist, bedarf sie dessen nicht, im Falle die Reaktion siegt, wird jenes Dekret keine Schranke sein. Aber es war eine Schlinge für die ehemalige Linke; dieselbe sollte in die Alternative gesetzt werden, sich entweder für oder gegen die vertriebene Dynastie auszusprechen. Drum erhob sich auch die dynastische Linke und wollte, wie sie sagte, nach dem Reglement die Dekrete erst an eine Kommission gewiesen haben; ein Verlangen, das von der Regierung entschieden bestritten ward, da es nicht auf Berathung, sondern auf Annahme sei. Wie gewöhnlich folgte eine heftige Szene. Lärm, Geschrei, Ordnungsruf durchkreuzten sich, und während die einen über Diktatur schrieen, beschuldigten die Andern ihre Gegner der monarchischen Reaktion. Endlich als A. Marrast mit bürren Worten sagte, ein Verweisen an die Kommission mache die exekutive Gewalt unmöglich und zwinge sie zum Abtreten, ward die Tagesordnung, wie sie Jules Favre vorschlug, angenommen. Als dann Abends spät das Skrutinium über die Wahl der 18 Mitglieder der Verfassungskommission eröffnet ward, hatten nur sechs die absolute Majorität, Cormenin, Marrast, Lamennais, Vivien, Tocqueville, Dufaure — also unter sechs die Hälfte aus Mitgliedern der alten Linken bestehend, und zwar ist Vivien mit 517, Tocqueville mit 490, Dufaure mit 395 Stimmen (unter 784 Stimmenden) erwählt. Auch unter denen, die zunächst folgen, ist die Hälfte Republikaner, die Hälfte Mitglieder der ehemaligen Linken, z. B. Beaumont, O. Barrot, Remusat, Duvergier de Hauranne, Billault u. s. w.

Mehrere Blätter verstehen bestimmt, Blanqui sei nicht arretirt, sondern wie Huber verschwunden. — General Rumigny, Adjutant Louis Philippe, ist an die belgische Grenze transportirt worden.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gab Lacordaire seine Entlassung, da seine geistlichen Pflichten mit den schweren Obliegenheiten eines Volksvertreters ihm nicht vereinbar scheinen. St. Beuve kündigt für Morgen Interpellation des Ministers des Innern an. — Ein Mitglied überreicht eine Petition um Wiedereinführung der Schuldhaft. — Herr Dornès liest den Entwurf einer Proklamation der Nationalversammlung an die Nation vor, welche die letzten Ereignisse betrifft und sich zugleich gegen die Anarchie und gegen die Reaktion ausspricht — Herr Berard liest ein anderes Projekt vor, im vollständig reaktionären Sinne, Anklagen der Regierung und ihrer Agenten enthaltend. Die Proklamation wird nach Beseitigung der Proklamation Dornès noch einmal gelesen. L. Durieu spricht gegen dieselbe, er findet sie unpassend. Emanuel Arago spricht ebenfalls dagegen, er verlangt, daß sie einer Kommission zur Prüfung zugewiesen werde. Flocon macht aufmerksam, daß, wenn die Versammlung zur Nation spreche, jede Phrase, jedes Wort gewogen werde. Der Ruf zur Abstimmung ertönt und nur mit Mühe gelingt es, die Berhandlung des Aktenstücks auf morgen zu vertagen. Hierauf liest Jambert einen Vorschlag vor, wonach alle Klubs und politischen Versammlungen verboten werden und die Bürger nur das Recht haben, sich zu versammeln, um eine Petition zu unterschreiben. — Heftiger Lärm. Der Vorschlag wird von Niemanden unterstützt und daher beseitigt. Vor dem Polizeiskluß beschäftigte sich die Nationalversammlung noch mit Berathung des Reglements, an dem sie bis jetzt fast ihre ganze Thätigkeit verschwendet hat.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[478] Bei Wilh. Screy in Leipzig erschien soeben in Kommission:

**Der persönliche Schutz.**

Aerztlicher Rathgeber bei allen Krankheiten der Geschlechtstheile, die in Folge geheimer Jugendsünden, übermäßigen Genusses in der geschlechtlichen Liebe und durch Ansteckung entstehen, nebst praktischen Bemerkungen über das männliche Zeugungs-, die weibliche Unfruchtbarkeit und deren Heilung. Mit 25 erläuternden anatomischen Abbildungen. Von Dr. Samuel La'Mert, praktischem Arzte in London, Ehrenmitgliede der Universität Edinburg und der medizinischen Gesellschaften zu London, Edinburg ꝛc. 8. 128. S. In Umschlag broschirt. Preis 1 Dukaten. Allen Personen die in ihrer Jugend die Sklaven der Sinnlichkeit waren, oder es noch sind, Allen, die das heilige Band der Ehe knüpfen wollen und sich nicht ganz rein von früherem Fehltritt wissen; Allen, die die Nachwehen von jugendlichen Verirrungen jetzt in ihrem reiferen Alter durch Leiden aller Art empfinden; Allen endlich, deren Ehe in Folge von Kinderlosigkeit trübe und traurlos ist — wird dieses Buch als ein sicherer, wohlmeinender Rathgeber zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und zur Kräftigung und Befestigung ihres Organismus anempfohlen. Die Gesundheit ist das höchste Glück auf Erden, denn was nützt Geld und Gut mit Kränklichkeit, Geschwächtheit und Erschlaffung! — Auch Eltern, Lehrer und Erzieher machen wir auf dieses Werk aufmerksam; sie werden darin Rathschläge finden, wie sie ihnen noch wie geworben sind. Dieses Werk ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direkt durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffern auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Herrn Laurentius, Dorotheenstraße Nr. 1 in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

[479] Ich beehre mich, hiermit anzuzeigen, daß ich mit heutigem Tage aus dem seither unter der Firma: W. & J. Cmilling betriebenen Mercerie- u. sonstigen Kurzwaarengeschäfte austrete und solches mit sämmtlichen Aktiven und Passiven nun meinem Schwager J. J. Cmilling für alleinige Rechnung übertasse. Für das mir geschenkte Vertrauen sage ich meinen verbindlichsten Dank und bitte, solches nun auf meinen Schwager übertragen zu wollen.

Mannheim, 18. Mai 1848.

**G. Eb. Cmilling.**

Auf Obiges Bezug nehmend, habe ich die Ehre, zur Kenntniß zu bringen, daß ich das übernommene Geschäft unter der Firma: J. J. Cmilling ohne weitere Aenderung fortführen werde und bitte die Versicherung entgegennehmen zu wollen, daß ich mich eifrigst bemühen werde, durch streng reelle und billigste Bedienung das meinem Schwager seither bewiesene Vertrauen mir zu erwerben und zu bewahren.

J. J. Cmilling.

## Bekanntmachung.

Die Ankunft und Abfahrt der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres wie folgt Statt:

**I. Abgang** nach **Mainz** täglich um 3½ Uhr Nachmittags im Anschluß an den von Schlengen kommenden Eisenbahnzug VII.

**II. Ankunft** von **Mainz** täglich zur Mittagszeit im Anschluß an den Eisenbahnzug X. nach Schlengen. Die Fahrten an Sonntag, Dinstag, Mittwoch und Freitag schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten an Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach London an. Bei den Agenturen dieser Dampfschiffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Gr. Eisenbahn, sowie umgekehrt auf allen Hauptstationen der Gr. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 4. Mai 1848.

**Großh. Post und Eisenbahn-Amt**
**Eberlin.**

[480]

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England der Herr Clowes 4 Rupp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden man sich an H. L. Kistner in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 28 Rues Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Heraußerhebung besorgt das Verl. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt hierfür halbjährlich 2. 30. — durch die Post bezogen im Zollverein und Großherzogthum Baden 2. 42. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 113. Heidelberg, Dinstag 23. Mai. 1848.

## Uebersicht.

**Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde. XVI. Der baierische Entwurf.** — **Wien** (die Minister). **Berlin** (Bekanntmachung des Magistrats. Major Lane. Die Berliner Volksführer und Emmissäre. Schwierige Lage des Ministeriums. Der Oberpräsident der Provinz Schlesien). **Merseburg** (Preußen und Deutschland). **Dortmund** (Parlamentswahl). **Posen** (galizische Scenen. Zusammenrottungen. Parlamentswahlen). **München** (eine polnische Versammlung. Unruhe gegen das Wahlgesetz. Kammerverhandlungen). **Stuttgart** (die Abgeordnetenwahlen. Schweizer Tägen). **Sachsen** (Parlamentswahlen). **Kaiserhaus** (zur Reform des deutschen Heerwesens). **Mannheim** (Erklärung). **Bitlingen** (Parlamentswahl). **Mainz** (die Angriffe auf die Schleppdampfboote). **Eisenach** (die Herzogin v. Orleans). **Gotha** (die Vorfeier der Eröffnung des Parlaments). **Koburg** (Kauferei zwischen Konstitutionellen u. Revolutionären). **Braunschweig** (Sammlung für Steinadrer). **Altona** (Nachrichten vom Kriegsschauplatze). **Lauenburg** (Schreiben des Generals Wrangel an die prov. Regierung). **Hamburg** (Friedensgerüchte. Mittheilung des schwedischen Konsuls an den Senat). **Frankfurt** (die Nationalversammlung. Günstigere Aussichten. Die Verdächtigungen. Stimmen für Einheit. Das Ausland und seine Emissäre. Deutsches Elend in der Fremde. Die Präsidentenwahl Eugenes).

**Schweiz. Zürich.** Die Freiheit in England und die in der Schweiz. Die gegenwärtige Deutschenfresserei. Mißhandlung der Deutschen. Die verlangte Vertreibung.

**Großbritannien. London.** Der gehemmte Ostseehandel. Die Barings. Das Gerücht von einem dänischen Kaperer im Kanal widerlegt.

**Frankreich. Paris.** Die Kommission für den Verfassungsentwurf. Die Pläne der Anhänger vom 15. Mai. Sitzung der Nationalversammlung.

Nachschrift. **Wien** (Flucht der kaiserlichen Familie).

### Heidelberg, 22. Mai.

Wir haben gestern das vorschreitende Princip in dem baierischen Entwurfe im Allgemeinen besprochen, wir wollen ihn heute in Bezug auf seine formalen Bestimmungen mit dem Entwurfe der Siebenzehn vergleichen.

Die baierischen Motive tadeln an dem letztern Entwurfe, daß eine klare Sonderung der gemeinsamen Rechte und der Kompetenz des deutschen Bundesstaates von der Selbstregierung der einzelnen Staaten darin fehle. Allein dieser Vorwurf hebt sich schon durch die sehr scharfe Entgegenstellung dieses Gegenentwurfs: man darf nur beide nebeneinander lesen, um Jeder wird sogleich ganz deutlich wissen, was der Eine und der Andere will und nicht will. Der Eine stellt so deutlich formulirte Bestimmungen über die künftige einheitlichere Organisation Deutschlands auf, daß Niemand darüber im Zweifel bleiben kann; der Andere verräth eben so deutlich in seiner Polemik wie in seinen positiven Bestimmungen, daß er von dieser Einheit Nichts wissen will. Ist in einem der Entwürfe irgend Etwas unklar, so ist es in dem baierischen der Gedanke von der wahrhaften und freien „Einigung" aller verschiedenen Interessen, Gegenstäge und Rechte, die die nationale Einheit als Resultat nach sich ziehen soll. Denn hier ist auf ein verschwommenes Ideal verwiesen, wo wir feste und faßbare, reale Gesetze, Rechte und Verbindlichkeiten suchen. Der Siebenzehnerentwurf stellt wie die amerikanische Verfassung die Befugnisse der Centralgewalt einfach und nüchtern zusammen und setzt als selbstverstanden voraus, daß alles Uebrige den Einzelstaaten übertassen bleibt; die baierischen Motive sprechen fast überall nur von der Unmöglichkeit einer einheitlichen Staatsform und der baierische Entwurf stellt zuletzt eine Centralgewalt auf, von der die Motive selber fühlen, daß es „keine Einheitsform" sei: außer wieder, insofern sene mystische „wahre freie Einigung" den formalen Mangel etwa ergänzte. Der Siebenzehner-Entwurf läßt, außer in den ausdrücklich ausgenommenen Punkten, die Autonomie der Einzelstaaten unangetastet, und wir deuteten schon vorgestern an, welch ein weites Feld dies ist. Der baierische Entwurf umgekehrt hebt alle sene ausgenommenen Punkte geradezu auf, so daß die Centralgewalt selbst und ihre Befugnisse nichtig erschienen, und die Einheit des deutschen Landes gerade so weit bestehen bliebe, als sie bisher immer bestand. Dies wollen wir im Einzelnen nachweisen, und es wird daraus die Klarheit klar werden, mit der dieser Entwurf ebensosehr auf Schwächung, wie der der Siebenzehner auf Stärkung der Einheit dringt.

Wir führten gestern aus den baierischen Motiven selbst die Aeußerung an, daß in den Dingen, worin Alle einig seien, keine Regierung entgegentreten solle. Nun wohl, wir unterzeseit glauben, in der Forderung einer größeren Centralisation sei man in Deutschland einig, und nicht allein in der Forderung des allgemeinen Ziels, sondern auch mancher besonderen Mittel und Wege zum Ziele. Wir glaubten, wir seien Alle einig darin, in das deutsche Verkehrswesen, vor Allem in das Postwesen, Einheit, was man in aller Welt Einheit zu nennen pflegt, zu bringen; aber der baierische Entwurf und seine Motive wollen dabei nur von jener wahrhaften Einigung wissen, die zu einer „Verständigung über gleiche Grundsätze auf dem Wege des Kartells" führt! Welche Aussicht, wenn diese Verständigung noch auf den Wegen langer Postsystems und der früheren Diplomatie und der bisherigen deutschen Eintracht angebahnt werden soll! — Wir glauben, wir seien Alle einig darin, ein gleiches Münz-, Maß- und Gewichtsystem zu begehren, die baierischen Motive aber wollen auch hier nur eine Einigung über einen gleichen Münzfuß, und diese Einigung sehen sie darin am Leichtesten erreicht, wenn weder Nord noch Süd seine Münzen und Münzbenennungen aufgibt, d. h. wenn es beim Alten bleibt. — Wir glauben, wir seien, wenigstens wir im Zollverein, Alle einig darüber, daß schlimme wie gute Erfahrungen uns auf den Weg der Einheit in Zoll- und Handelssachen gebieterisch hingewiesen hätten, aber die baierischen Motive wollen auch in dieser Beziehung nur gleichmäßige Institute in den Einzelstaaten, „oder doch auf gleichartigen Grundlagen beruhende Verträge dieser Art der deutschen Staaten untereinander!" Und der §. 13 des Entwurfs lautet: es soll der deutsche Handels- und Zollverein auf gleichmäßigen Grundlagen der Verzollung errichtet, oder „wenn dies nicht unverzüglich zu erreichen ist, so sollen annähernd gleiche Grundsätze für die Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge der deutschen Staaten untereinander aufgestellt werden!" Man sieht hier die Unterschiede der Einheit des Siebenzehner Entwurfs und der Einigung des baierischen aufs Frappanteste herausstreten: die Verfassung der Siebenzehn würde zene gleichmäßigen Grundlagen, und mehr als das, so unverzüglich erreichen machen, als es in der Natur der Sache überhaupt liegt, aber die baierische Einigung stellt uns auch in diesen Punkten in eine sehr ferne, ferne Perspektive nichts Anderes, als wieder jene „wahre Einheit", an der wir uns nun seit der Wiener Kongreßzeite erbaut haben! — Wir glauben, vielleicht in Nichts seien wir Alle so einig, wie in dem Verlangen einer einzigen einheitlichen Vertretung nach Außen. Allein die baierischen Motive wollen auch hier nur wieder eine freie „Verständigung", „etwa so, daß Eine größere Macht für Norddeutschland, Eine für den Osten und Eine dritte für Süddeutschland die Vertretung wie die Kosten derselben, aber nur im Namen und Interesse des deutschen Gesammtvaterlandes zu den Haupttheilen übernehme, ohne die andern mittleren und kleineren Staaten ganz von dem Antheil daran auszuschließen!" Man freue sich im Voraus auf die Erfolge dieser erprobten, einheitlichen aber dreifaltigen und vielschwänzigen Vertretung des Einen Körpers nach Außen, mit deren eigenthümlicher Mannigfaltigkeit und mannigfaltiger Eigenthümlichkeit dem Entwurfe noch nicht genug ist! Nein, außerdem soll auch noch gerade das ausdrücklich geschehen, was Alle ausdrücklich wollen, daß es nicht geschehe, es soll jedem einzelnen Staate freistehen, „neben den deutschen Bundesstaatsgesandten und Konsuln noch

Digitized by Google

eigene Vertreter, außerordentliche Gesandte, Geschäftsträger, Konsuln oder Handelsagenten zu ernennen!" So daß so hiermit nicht allein bei dem Alten bliebe, sondern vielmehr zu der Nichtigkeit oder Zersplittterung der bisherigen Vertretung noch eine ungeheure Konfusion und eine zu verbürgende Verunreinigung hinzukäme, Alles in Folge jener „freien und wahren Einigung", die allein der Quell der echten Einheit ist. Diesem ingeniösen Stück von Gesetzgebung kommt nur das Folgende an Werth und Bedeutung gleich.

Wir glauben, Alle in Deutschland seien darin einig, und die Erfahrung zeigt, daß nicht allein Alle in ihren Ueberzeugungen, sondern Viele selbst in einer ganz blinden, ja furchtbaren Leidenschaftlichkeit darin einig sind, daß der Bundestag in keiner seiner bisherigen Funktionen bestehen könne und dürfe, am Wenigsten, daß durch ihn die zerspltte Natur des Regimentes, die Spaltung und dadurch Vernichtung der exekutiven Behörde aufrecht erhalten werde. Dennoch, als ob man in Baiern Nichts von Allem erkennt hätte, was die deutsche Welt bisher bewegte, wollen die baierischen Motive, daß „die exekutive Gewalt in den Händen der Regierungen (der Einzelstaaten) und ihrer Bevollmächtigten bleibe". Es soll der Bundestag unter dem Namen Reichstag fortbestehen wie bisher; die „wesentliche Gewalt der Regierungen soll in diesem Reichstage (Bundestage) nicht verwischt, sondern erhalten werden"; es sollen nach dem Entwurfe die Bundestagsglieder wie früher an Instruktionen gebunden sein. Nicht ein einheitliches Organ soll also an die Spitze der deutschen Dinge treten, sondern eine „Kollektivsonveränetät!" Es soll nicht ein selbständiger Theil des gesetzgeb. Körpers, wie der Senat des Siebenzehner Entwurfs, die Interessen der Einzelstaaten vertreten, sondern dieser gebundene Reichstag soll „die einzelnen Regierungen mit der Centralregierung verbinden." Und ist nun bei dieser sorgsamen Wahrung der Sonderinteressen diese Centralregierung desto stärker, desto einheitlicher? macht sie? Bielmehr ist auch hier ein dreitheiliges Direktorium an der Spitze, das nach einem festen Cyklus entweder unter den drei Großmächten wechseln oder von ihnen gemeinschaftlich nebeneinander besetzt sein soll! Und wieder ist es nicht damit genug, daß diese Exekutivbehörde ebensowohl wie die dreieinige Vertretung nach Außen an sich überhaupt keine Einheit begründet, sondern sie soll dann überdies noch, eben wie es bei der diplomatischen Repräsentation ist, mit allen einzelnen Regierungen in der Art in Beziehung bleiben, daß diese als selbständige Organe des deutschen politischen Lebens vertreten sind und mitwirken". Auch hier also bleibt in stets gleicher Konsequenz der Verständigung derselbe vielversprechende Raum geöffnet und dieselbe endlose Zeit wie bisher!

Wo die Einigkeit der deutschen Nation sich mit am Unzweideutigsten ausgesprochen hat, das ist in den Ansichten über die eigentliche Volksvertretung, das Parlament und dessen Zusammensetzung. Das Zweikammersystem wird eine schwere Anfechtung auszuhalten haben, es wird aber siegen, wie es jüngst sogar in der Schweizer Tagsatzung gesiegt hat. Es wird siegen, vorzugsweise aus dem föderativen Grunde, von dem es bei uns wie in Nordamerika und in der Schweiz gleichmäßig bedingt ist: es muß ein Haus da sein, welches in dem Bunde die Interessen der einzelnen Staaten versicht. Nach dem baierischen Entwurfe sind die Interessen schon im Direktorium und im Bundestage (Reichstage) von Seite der Regierungen und ihrer Bevollmächtigten gewahrt, die Volksvertretung soll nur um so einheitlicher, volksthümlicher und entfernter von allem Partikularistischen sein. Sie ist von Allem das Gegentheil. Nicht einheitlich; denn es sollen zwei Häuser sein; außer dem Reichstage, der dem Regierungshause in dem (Welcker'schen) Entwurfe der badischen Kammer entspricht, noch ein Oberhaus, das nun keine rechte Grundlage hat. Nicht volksthümlich; denn dieses Oberhaus soll zwar (und dies ist in den Motiven mit sehr guten Gründen versochten) nicht die Fürsten selbst in sich aufnehmen, die nicht „zu einem aristokratischen Elemente" gemacht werden und nicht aus ihrer Stellung in der Regierung der Einzelstaaten herausgerückt werden sollen, aber es soll, wie dies schon in diesen Worten liegt, eine aristokratische Vertretung enthalten und „aus den ersten Kammern der Einzelstaaten oder aus den ihnen analogen Elementen gebildet werden". Nicht frei von Partikularismus; denn obgleich das Unterhaus nach §. 30 des Entwurfs aus der Wahl des Volks hervorgehen soll, so ist doch nicht undeutlich der Wunsch ausgesprochen, daß die Wahlen in beide Häuser lieber von den beiden Ständekammern der einzelnen Staaten ausgehen und für das Oberhaus die Mitglieder auch aus den ersten Kammern genommen werden sollen. Nur in dem Falle also, daß in der gestellten Alternative die Mitglieder des Unterhauses nicht von den zweiten Kammern der Einzelstaaten, sondern unmittelbar von dem Volke aus allen Theilen des deutschen Landes gewählt würden, nur in diesem Falle würde nach dem baierischen Entwurfe das Unterhaus allein ein wahrhaft im Geiste der Einheit gebildetes Organ in dem deutschen Reiche sein. Aber auch diese Eine Konzession an diese verhaßte Einheit soll zuletzt noch völlig illusorisch gemacht werden. Denn dieses Unterhaus soll nach §. 34 zwar Anträge, Wünsche und Petitionen stellen dürfen, aber es dürfen diese „niemals die Verfassungen und verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Staaten beeinträchtigen!!" Wenn dies nicht von selbst deutlich ist, dann ist Nichts in der Welt deutlich zu machen. Dies ist vollkommen in dem Geiste der frühern Auslegung und Praxis in Bezug auf unser Steuerbewilligungsrecht. Ihr dürft Steuern bewilligen, aber nicht verweigern, sollte da der Sinn dieses Rechtes sein. Und so hier: Ihr sollt die wahre Einheit haben, aber Ihr sollt die Vielheit und den Partikularismus auch nicht in dem kleinsten Tüpfchen ihrer Rechte antasten!

**Oesterreich.** Wien, 17. Mai. Die Allg. Z. entnimmt von hier nachstehendes Schreiben: Wie Sie aus der heutigen Wiener Zeitung entnehmen, hat das Ministerium im Masse seine Entlassung eingegeben, und noch gestern Abend wurde das Publikum durch eine angeschlagene, mit des Kaisers Unterschrift versehene Proklamation beruhigt, indem nicht nur die bereits verkündigten, sondern auch die andern bereits gewedelten Zugeständnisse dadurch verbürgt wurden. Jedenfalls werden die alten Minister ihre Portefeuilles bis zur Ernennung neuer behalten, und es macht sich die Ansicht geltend, daß damit bis nach Eröffnung des Reichstages gewartet werden muß, um die Zustände nicht noch mehr zu verwirren. Ein wahrhafter Verlust wäre es, Pillersdorff ganz ausscheiden zu sehen, und unbegreiflich, warum sich derselbe nicht an die Spitze der Finanzen gestellt findet, welche als seine Specialität lange vor den Zeiten Sichofs und Kübecks, d. h. vor Jahrzehnden, bezeichnet wurden.

**Preußen.** Berlin, 19. Mai. Die Voss. Z. bemerkt: Noch ist keine Nachricht eingegangen, daß der Prinz von Preußen London verlassen hätte. Nicht ohne Bedeutung ist der Wechsel in der nächsten militärischen Umgebung des Prinzen. Seinen früheren Adjutanten ist eine andere Bestimmung geworden. Der Major Laue ist als erster Adjutant desselben eingetreten, ein Mann, der, außer seinen hochgeachteten militärischen Fähigkeiten, auch das Vertrauen besitzt, sich frei den Gesinnungen der Zeit angeschlossen zu haben. Es ist bekannt, daß derselbe auch durch einen fünfjährigen Aufenthalt in der Türkei und thätige Theilnahme an dem Kriege zwischen dieser und dem Pascha von Aegypten (Schlacht bei Nisib) sich wichtige militärische Erfahrungen erworben hat. Auch jetzt in dem schleswig-holsteinischen Feldzuge, war er als Generalstabsofficier thätig und hat sich die ehrenvollste Anerkennung des Chefs dieser Kriegsoperation gewonnen. — Bezeichnend für den gesunkenen Kredit der Berliner Volksführer ist, daß Hr. Jung, da er vielfach bedroht worden, den polizeilichen Schutz für seine Person in Anspruch genommen, und Hr. Held durch einen Maueranschlag erklärt hat, er werde ferner nicht mehr als „Demagoge" auftreten. Weiter erzählt die Voss. Z. folgenden charakteristischen Vorgang: Ein Emissär, welcher vor einigen Tagen zu den Arbeitern am Plötzenser Kanalbau, um sie zur Verweigerung Schiffers aufzuregen, ist von denselben schlecht empfangen worden, indem man ihn ins Wasser tauchte und ihn demnächst nach Hause sandte. Hr. Schiffel ist übrigens bereits nach Magdeburg abgeführt worden.

**Berlin**, 17. Mai. Der Rh. Korr. will wissen: Die Differenzen zwischen den einzelnen Mitgliedern des Ministeriums sind sehr bedeutend, die Prinz v. Preußenstrage hat das Ministerium zwar nicht in die Luft gesprengt, aber nach Innen und Außen erschüttert. Hanfemann repräsentirt die entschiedenste und liberalste Seite, er übernimmt vielleicht noch vor der Nationalversammlung das Konseilspräsidium. Der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Pinder, und der Polizeipräsident von Breslau, Kuh, reichen ihre Entlassung ein, wenn das Ministerium sich nicht zur Zurücknahme seiner Maßregel, die Zurückberufung des Prinzen von Preußen betreffend, entschließen wolle. (?)

**Berlin**, 18. Mai. Der Magistrat hat folgende Bekanntmachung veröffentlicht: „Mit Schmerz vernimmt die Bürgerschaft Stimmen aus den Provinzen, welche die Meinung kundgeben, als ob die bewährte patriotische Gesinnung unserer Vaterstadt durch die Ereignisse der letzten Tage wankend gemacht worden wäre. Diese Gesinnung ist

Digitized by Google

jedoch niemals in ihrem tiefsten Grunde erschüttert worden. Wenn indeß wir, wenn viele wahre Vaterlandsfreunde bisher den Kundgebungen erregter Gemüther gegenüber Schweigen beobachtet haben, so geschah es in der Ueberzeugung, daß Zeit und Ueberlegung ihre richtige Einwirkung nicht verfehlen und in Allen, die es mit dem Vaterlande redlich meinen, den Sinn für Gesetzlichkeit und Ordnung immer mehr kräftigen würden. Unsere Erwartung hat uns nicht getäuscht. Die allgemeine Stimmung ist deutlich. Man erkennt die Abwege, auf welchen die Leidenschaft sich so leicht verirrt. Wir sehen der Entwicklung unserer politischen Verhältnisse freudig entgegen. Die Volksvertretung ist geschaffen, und ihr Zusammentritt ist nahe bevorstehend. In ihrer Hand liegt die Berathung des Volkswohls. Von ihr darf man mit voller Zuversicht erwarten, daß sie jedes Interesse vertreten und schützen wird. Hierauf glauben wir die Forderung stellen zu müssen, daß Ruhe und Ordnung in unserer Stadt fernerhin in keinerlei Weise gestört werde. Jede Auflehnung gegen dieselbe und gegen den durch die Vertreter der Nation sich aussprechenden Gesammtwillen wird nunmehr ein Vergehen gegen das ganze Volk. Das Schicksal des Vaterlandes, sowie das von uns vertretene besondere Interesse unserer Stadt, verpflichtet uns alle Obrigkeit, unsern Mitbürgern diesen Gesichtspunkt vorzuhalten, damit durch dessen richtige Auffassung Ordnung und Gesetz wieder Achtung gewinnen und die durch Nahrungslosigkeit bedrohte Wohlfahrt unserer Stadt wiederum gesichert gestellt werde. Berlin, den 17. Mai 1848. Der Magistrat."

* Merseburg, 15. Mai. An Ihre seitenden Artikel mich anschließend, erlaube ich mir, als ein alter, aber, wie ich glaube, nicht befangener Preuße folgende Bemerkungen mitzutheilen. Die Zeitverhältnisse sind so ungeheuer, daß es sich gar nicht mehr allein um das Verhältniß Preußens zu Deutschland, sondern um das Verhältniß Deutschlands zu Europa handelt. Es ist, als ob die Weltgeschichte alle großen europäischen Fragen mit einem Ruck auf einmal zur Entscheidung zusammendrängte. Es fragt sich, ob künftig der Slave, der Germane oder der Romane in Europa herrschen soll, oder ob sie sich naturgemäß in den Einfluß theilen? So viel ist gewiß, wenn Deutschland nicht Eins wird, dann unterliegt es den Einflüssen der übrigen beiden europäischen Elemente, die Einheit Deutschlands ist also für uns Deutsche die Hauptfrage. Gelingt diese, dann kann Deutschland das Herz von Europa die Stelle einnehmen, die ihm die Versetzung angewiesen hat. Gelingt dieses nicht, dann sehe ich für eine gedeihliche, fortschreitende Entwickelung Europas keinen Ausweg. Der Preuße muß sich also vor allen Dingen auf diesen Standpunkt stellen und alles Kleinliche, Engherzige von sich abstreifen. Oesterreich hat eine sehr schwierige Aufgabe zu lösen, es soll Deutsche, Slaven und Magyaren zu einem Ganzen zusammenverbinden. Die Slaven in Oesterreich wollen einen südlichen großen Slavenstaat an der Donau als Gegengewicht gegen Rußland. Die Idee Oesterreichs als eine große zusammenhaltende Macht jener verschiedenartigen Bestandtheile scheint seine Völker anzuziehen, die Deutschen darin vielleicht am Wenigsten. Aber ihre Bestimmung scheint mir zu sein, in jene großen Slaven- und Magyarenmassen höhere Kultur zu bringen, wie schon die Absicht Josephs II. war. Oesterreich würde also, wenn auch mit Deutschland in einer gewissen natürlichen Verbindung bleibend, doch politisch aus dem engeren Verband mit demselben früher oder später ausscheiden. Nun zu Preußen. Preußen soll in Deutschland aufgehn. Bedenke man aber dabei ja, daß es von den alten Provinzen Viel verlangt ist, wenn sie ihre fast 200jährige Geschichte, den 7jährigen Krieg und die Freiheitskriege von $18^{13}/_{15}$ vergessen sollen. Sie sind vielmehr stolz darauf, sie haben sämmtlich viel militärischen Geist, und sie werden sich mit Freuden gegen Osten und Westen schlagen. Deutschland wird es erfahren, daß sie seine würdigen Vorfechter sind. Sie können sich aber nur mit Freuden schlagen, wenn Preußen eine würdige Stellung in Deutschland erhält, sie müssen, wenn sie ihr Preußen aufgeben sollen, eine ihrer würdige Stellung in Deutschland finden. Ich war vor 14 Tagen in Berlin und fand die ausgezeichnetsten Familien, die vor 30 Jahren Gut und Blut geopfert, außer sich darüber, daß Preußen untergehen solle. Nur mit Mühe konnte man ihnen einen Trost beibringen, daß Preußen im künftigen Deutschland erst seine rechte Stelle finden werde, daß der große König nicht umsonst der Ruhm Deutschlands im zweiten Jahrhundert gewesen, daß seine Schöpfung nicht untergehen solle, aber freilich ein ganz anderes Kleid anziehen müsse. Hierzu kommt, daß die Preußen sich des Sterbens bewußt sind, alle deutsche Kultur, wo sie auch gefunden werden mochte, in sich aufgenommen zu haben, immer das Beste zu sich zu ziehen. Seine größten Männer in diesem Jahrhundert, Stein, Gneisenau, Scharnhorst, Hardenberg, waren keine gebornen Preußen, und doch lebten und starben diese Männer, die, ich zum Theil persönlich gekannt, für Preußen. Kant war gebornter Preuße, Fichte, Hegel wurden herangezogen, ihre Wissenschaft drang ins Volk ein. Dieses Alles möge das westliche und südliche Deutschland jetzt wohl in Erwägung ziehen. Das katholische Rheinland und Westfalen mögen sich mit Preußen noch nicht identificirt haben. Die Rheinländer waren politisch, recht entwickelt, als der Preuße der alten Provinzen, sie sind praktisch, gewandt, und haben politischen Takt; aber die politische Ausbildung in den alten Provinzen macht jetzt jeden Monat Riesenschritte. Bekommt Preußen eine würdige Stellung in Deutschland, dann werden sich die alten Provinzen gern umbilden, sie werden deutscher werden, das preußische Nationalgefühl wird dem deutschen weichen. Un entgegengesetzten Falle sehe ich nicht ab, wie es werden soll. Deutschland möge also ein menschliches Gefühl für sie haben. Wird man in Frankfurt über ein deutsches Oberhaupt jetzt nicht definitiv einig, was ich für sehr wahrscheinlich halte, dann muß man vorläufig ein Interimistikum treffen. Preußen wird sich dann die ihm gebührende Stelle durch seine Schlachten, die es für Deutschland liefert, erobern, und Deutschland wird sie ihm endlich willig zuerkennen. Das sicherste Mittel, Preußen recht deutsch zu machen, liegt darin, die Hohenzollern an die Spitze von Deutschland zu stellen. Dann wird der Preuße gern das Preußenthum ablegen, und sich immer mehr mit Deutschland identificiren. Dem Könige würde man wohl aber nicht zumuthen, dem Wohnsitz seiner Ahnen gänzlich zu entsagen, und die Stadt Berlin, die gar nicht Anspruch macht, Hauptstadt Deutschlands zu sein, halt werden zu lassen. Was mit dem Wohnsitz in Frankfurt gemeint ist, verstehe ich nach Ihren Auseinandersetzungen sehr wohl. Aber da Preußen immer mehr einsehen wird, daß es keine Großmacht für sich ist, daß es nur durch und mit Deutschland etwas Großes ist, da ihm Deutschland seine Flotte wird unterhalten müssen, da es mit seinem ganzen Verkehr an Deutschland gewiesen ist, so kann man dem Könige ja wohl bei der leichten Verbindung durch die Eisenbahn einen doppelten Wohnsitz gönnen, der überdem wohl um so nöthiger sein wird, als die Kriege mit den Slaven und die nähere Kenntnisse ihrer Verhältniß wohl häufig seinen Aufenthalt in Berlin nöthig machen würden. Schon jetzt handelt es sich um die Völkergrenze zwischen Deutschland und den Slaven. Bekommt Rußland die Polen auf seine Seite, dann werden Beide uns schon zu schaffen machen.

Posen, 17. Mai. Der Voss. Z. wird geschrieben: Leider haben sich schon unverkennbare Spuren gezeigt, daß unser Großherzogthum von Nachahmung der galizischen Militärscenen nicht ganz frei bleiben wird. Es sind wirklich schon einige polnische Edelleute von ihren Bauern erhängt gefunden worden, und zwar hat das Loos meistens Anführer der Insurgenten getroffen, die allerdings unter jetzigen Umständen nicht im Stande waren, die Versprechungen zu halten, welche am 1. April das polnische Nationalcentralkomité machte, und auf welche hin der polnische Bauer in den Krieg zog. Es ist in den letzten Tagen auch öfters vorgekommen, daß Heerden von 50—80 Sennenkühen sich ohne Weiteres bei einem polnischen Gutsbesitzer einquartiert und dort mehrere Tage gehaust haben. Vorgestern Abend hatten wir wieder den traurigen Anblick eines gefangenen Volkshaufens von 2—300 Personen, der sich zusammengerottet hatte, um zwei fremden Herren aus Berlin (Lewinsohn und Korn) eine gefährliche Katzenmusik zu bringen, da dieselben hier in dem Verdachte stehen, als ob sie thätig für die Polen wirkten und unter den Arbeitern kommunistische Ideen verbreiten wollten.

Die Voss. Z. bemerkt leonisch: Die ziemlich zuletzt bekannt gewordene Wahl für Frankfurt ist sicher eine der gelungensten. In Küchen ist nämlich von 120 Wählern mit 90 Stimmen Hr. v. Radowitz zur Beförderung der Wiedergeburt Deutschlands erkoren worden, und hinter ihm steht als gleichbefähigter Stellvertreter Professor Bayhe in Breslau. — In Zülichau (Neumark) wurde der preußische Gesandte für Nordamerika, Hr. v. Raumer, in Aquila (Provinz Brandenburg) Staatsminister Flottwell, in Augsburg Gutsbesitzer v. Saucken-Tarputschen, in Düren Professor Braun in Bonn nach Frankfurt gewählt. Hr. Hansemann hat die Wahl des Landkreises Aachen für Berlin angenommen.

* Dortmund, 19. Mai. Bei der neuen Wahl, die nach dem allgemeinen Erlaß des Staatsministeriums durch hier für den Wahlbezirk Dortmund-Bochum Statt gefunden, ist Dr. Höffen mit 99 gegen 33 Stimmen als Abgeordneter zum deutschen Reichstag genählt. Frhr. v. Binde, der, wie bekannt, die Wahl für Hagen angenommen, hatte sich in einem Schreiben an die Wahlmänner des hiesigen Bezirks ebenfalls zu Höffens Gunsten sehr warm ausgesprochen.

|| München, 19. Mai. Gestrückte Straßenaufläge luden zur zahlreichen Theilnahme an der festlichen Begehung des so hochwichti-

Digitized by Google

gen Tages auf der in der Nähe gelegenen Mentenschwaige ein. Diese Straßenaufzüge gingen übrigens nicht von der Regierung, sondern nur von einem Komité aus, das sich aus dem eingegangenen Baufonds bildete und gestern auch zur Abfassung einer Adresse an die Kammer der Reichsräthe eine Einladung an alle die erlies, welche durch die beschränkenden Artikel des Wahlgesetzes, besonders den Art. 6, sich verletzt sahen. Das Fest auf der Menterschwaige selbst hatte mehr das Ansehen einer Kirchweih, als eines politischen Aktes. Bloß ein Redner trat auf und sprach von der hohen Bedeutung des Tags, an dem heute in Frankfurt das deutsche Parlament eröffnet werden soll. Auch fanden Sammlungen für die deutsche Flotte Statt. In der Kammer der Abgeordneten sprach der L. Präsident gestern bei Eröffnung der Sitzung einige Worte über das deutsche Parlament und die Kammer brachte ein dreimaliges Hoch auf ein freies, einiges und starkes Deutschland. Von dem Giebel des Ständehauses herab wehte die schwarz-roth-goldne Fahne in der Mitte von zwei baierischen Fahnen. In der Kammer selbst fand gestern die Berathung und Schlußfassung über die Kapitalsteuer Statt, und es kostete keinen geringen Kampf, bis dieselbe durchging. Es standen viele Gegner auf, die aus den verschiedensten Gründen dem Gesetzentwurfe entgegentraten und lieber der Regierung ein Kreditvotum zuertheilt wissen wollten. Auch der Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister kam zur Berathung und wird zunächst in der Fassung des Ausschusses von der Kammer angenommen werden. Es liegt noch die Berathung einiger kleinern Gesetzentwürfe vor, und die Kammer wird dann ihrer Auflösung nahe sein.

**Würtemberg.** Dem Schwäb. Merkur wird geschrieben: Ein hasellandschaftliches Statt enthält folgenden infamen Artikel: „Aus dem Würtembergischen werden alle schweizerischen Arbeiter fortgewiesen, darunter befinden sich etliche Basellandschäftler. Die Schweiz hingegen steckt voll Schwabengeschmeis und würtembergischem Spießheckergesindel. (!!) Repressalien also gegen die in unserer Landschaft befindlichen Schwaben; fort mit ihnen, fort über die Schweizer Grenze!“ Der Korrespondent meint nun: Für die vielen deutschen Arbeiter in der Schweiz wäre es sehr wünschenswerth, zu erfahren, ob dieses Gerücht wahr ist. Der Schwäb. M. sagt seinen Korrespondenten mit folgenden Worten von der Wahrheit in Kenntniß: Das Ganze ist eine schändliche Lüge ohne allen Grund, wahrscheinlich von den Freischärlern ausgesprengt, um neue Opfer von unsern Landsleuten in der Schweiz zu neuen unsinnigen Unternehmungen an sich zu locken.

** Stuttgart, 20. Mai. Unsere würtembergischen Abgeordnetenwahlen, jetzt im vollen Gange, haben für Deutschland natürlich nun nicht mehr so viel Interesse, um alle einzeln aufgeführt zu werden. Der Grund, weßhalb ich schreibe, ist, um Eine zu melden. Strauß ist gewählt und zwar in dem Bezirke, wo auch die Stadt auch schon bei den Reichstagswahlen für ihn war, wo ihn aber das Landvolk verließ, in Ludwigsburg, das zu diesen Wahlen, als eine unserer „guten Städte“, eine eigene Stimme hat. Von 104 Stimmen hat er 103 erhalten; einige wenige Wähler, die Pietisten, stimmten gar nicht. Soweit wäre also das Unrecht gut gemacht. — Gestatt ist für Herrenberg-Nagold jetzt zum Reichstag gewählt (Ihre Nachricht im heut. Bl. ist zu früh; es war dies die Wahl von nur Einem Abstimmungsort). Die meisten Stimmen nach ihm hatte G. Pfizer (Pauls Bruder). — Man ist hier verwundert über den Mangel an aller Organisation in den badischen Wahlen, während Baden doch nicht nur an politischer Bildung weit voraus ist, sondern auch noch die kleinere Wählerzahl jedes Bezirks und die Eisenbahn schnelle Vereinbarung erleichtern sollten. Auch erhellt gar nicht, ob in Baden Ersatzmänner gewählt wurden. Wo wird Issleib annehmen? Sollte er nicht Bretten-Eppingen an Strauß überlassen wollen? — Um auf die Abgeordnetenwahlen zurückzukommen, so macht sich leider vielfach der Lokalpatriotismus allzusehr da und dort geltend, und eine ziemliche Summe wenig bedeutender Männer dürfte gewählt werden. Neben ihnen zum Glück einige neue Notabilitäten, wie alle namentlich Strauß, wie Fallati, Reyscher. Warten wir erst den Schluß der Wahlen ab.

**Sachsen.** In Großenhain ist der Staatsminister Dr. Braun zum Abgeordneten für Frankfurt gewählt worden.

**Baden.** = Karlsruhe, 12. Mai. In Nummer 130 Ihrer Zeitung vom 10. Mai haben Sie in einer Korrespondenz von hier einige derzeitige militärische Verhältnisse im Allgemeinen zur Sprache gebracht, deren Richtigkeit und Wichtigkeit eine gründlichere Erörterung verdienen. Wenden wir uns zu der Kulgabe, welche die Siebenzehner dem Parlament gestellt haben und nach deren Lösung sich ganz Deutschland sehnt, so war dieselbe in militärischer Beziehung: Gründung Eines deutschen Heeres, Errichtung einer Marine und Erhebung aller deutschen Festungen zu Bundesfestungen. Letzteres dürfte, in Bezug auf deren Instandhaltung, allen Staaten ebenso angenehm sein, als es überhaupt zweckmäßig und leicht einzuführen wäre. Der Bund stelle sich alle Ingenieure und Beamten dieses Fachs, alles Material, Vorräthe, Ausrüstungen ꝛc. sämmtlicher deutschen Festungen zur Disposition und verwende sie an Ort und Stelle oder zu Neubauten, die im Norden, Osten und Südwesten zur Sicherung der Grenzen ebenso nothwendig werden, als sie Griegenheit geben, die Tausende von brodlosen Arbeitern zu beschäftigen. — Ebenso nehme der Bund die Einrichtung einer Marine in seine Hand, unter Mitwirkung von ganz Deutschland und überlasse sie nicht einzelnen Staaten. Was aber die Gründung Eines deutschen Heeres betrifft, so ist die Verschmelzung der hiezu vorhandenen Bestandtheile in Ein Ganzes für den Anfang eines Theils etwas schwierig, andern Theils noch nicht unbedingt nothwendig, so lange nicht auch Ein Reich geschaffen ist. Hierein gründlich einzugehen, würde uns zu weit führen. Wir erwähnen nur der bisherigen Zusammenstellung der 11 deutschen Armeekorps, die zwar, mit löblicher Ausnahme des VIII. Korps, nur auf dem Papier bestand, die aber, was insbesondere das Zusammenstoßen der kleinen Staaten-Kontingente betrifft, nicht nur zweckwidrig, sondern auch komisch war. Man findet sie in jedem größern Handbuch der deutschen Bundesstaaten — bald hoffentlich nicht mehr. — Darum gerne davon. Die 11 Armeekorps von weiteren Bundestruppen sind folgen Gestalten, wie Deutschland sie hat, wie als Ein Ganzes vereinigt sein wird, sondern in verschiedene Heeresabtheilungen zerfallen muß, so gestalte man letztere, aber nicht wie bisher, aus Staaten, die ganz getrennt von einander liegen, sondern aus Nachbarstaaten, und zwar etwa auf folgende Art: Oesterreich bilde sein tiroler-steirisch-illyrisches (wobei Lichtenstein!), sein österreichisch-mährisches, sein böhmisches Armeekorps; Altpreußen seine 2 Armeekorps; Baiern ein solches; Würtemberg mit Baden und Hohenzollern; alle Hessen Eine; alle Sachsen; Rheinpreußen mit Luxemburg, Rheinbaiern und Rheinhessen; Hannover mit Oldenburg und Braunschweig; Schleswig-Holstein mit Mecklenburg; die kleinen Ländchen in Mitten Deutschlands schließen sich an die nächsten der genannten Armeekorps an. So erhielte Deutschland etwa 11 Armeekorps, die in kurzer Zeit einzig unter sich hinlänglich Commandirung, Einheitlichkeit und Einrichtung auf gleichen Fuß gestellt wären. Jedes Korps hätte seine gesammte Kriegsverwaltung, ein einziges Oberkommando; alle seine Bestandtheile müßten so innig mit einander verschmolzen sein, als dies bisher in einem einzelnen Staat der Fall war. Die höchsten Stellen ein für allemal im Centrum des Armeekorps-Staates; alle Truppen, ihre Diskolation, ihr zweiliger Dienststand, das Vorrücken der Officiere ꝛc. unter der obersten Leitung eines des ältesten oder mächtigern der diesen Armeekorps-Staat bildenden Fürsten; dieses Alles aber unter steter Aufsicht und Mitwissenschaft des Bundes (sei dies ein Kaiser, ein Oberhaupt oder wie bisher eine Versammlung), dessen Pflicht es sein würde, einen solchen Einklang in die verschiedenen Armeekorps zu bringen, daß im Dschacke der Ein Armeekorps nur noch der einzige Unterschied derselben bestände; auch diese würden sich bald Gleich verwischen.

**Mannheim**, 17. Mai. Herr Zentner, Abgeordneter der zweiten Kammer sieht uns eine Erklärung über seine Abstimmung gegen das Gesetz, welches gegen das saumselige oder pflichtwidrige Benehmen der Beamten während des jüngsten Aufstandes der Kammer vorgelegt worden war. Ich habe, sagt er, die Motive Anderer bei jener Abstimmung nicht zu vertreten, kann aber für meine Person versichern, daß mir die in Frage gekommenen Beamten fremd stehen, und ich pflichtwidriges und muthloses Benehmen hier wie überall mißbillige und streng geahndet wünsche. Ich hielt darum den vorgelegten Gesetzentwurf im Allgemeinen als eine nothwendige Verbesserung des Staatsdienereidtits willkommen, hielt mich aber als Jurist und als Freund wahrer bürgerlichen Freiheit für verpflichtet, den darin enthaltenen Strafzusatz der Rückwirkung des Gesetzes als einen gefährlichen zu erklären.

**Villingen**, 18. Mai. Bei der heute hier stattgefundenen Wahl eines Abgeordneten des dritten Wahlbezirks für das deutsche Parlament erhielten von 150 Stimmen: der Abgeordnete Kapp 126, C. Metz von Freiburg 16, Staatsrath Bekk 4 und der Abgeordnete Welte 2 Stimmen. Letzterer hatte bereits vor der Wahl sich für die Nichtannahme einer Abgeordnetenstelle brieflich ausgesprochen.

**Hessen.** * Mainz, 20. Mai. Die Langmuth gegen die verbrecherischen Angriffe auf die Schiffpyboote hat nun ein Ende. Der Provinzialkommissär läßt so eben bekannt machen, daß die Regierungen der Rheinuferstaaten sich entschlossen haben, den Dampfschleppschifffahrtsgesellschaften nicht nur den vollen Schutz zu gewähren, den sie überhaupt brauchen, sondern auch die einzelnen Schlepp-

Digitized by Google

boote mit Militär zu bemannen, welches beauftragt ist, gegen jeden Attentat auf die vorbeifahrenden Boote den vollen Gebrauch der Waffen zu wenden. Zugleich aber ist dem Schifferstand in dieser Bekanntmachung eröffnet, daß seit gestern in Mainz Kommissäre der Rheinuferstaaten zusammengetreten sind, um die Interessen der rheinischen Segelschiffahrt mit den Bedürfnissen des Handels und den Rechten der Dampfschleppschiffahrts - Unternehmungen so schnell und so weit als möglich in Einklang zu bringen, und daß bereits die verschiedenen Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaften zur Erreichung dieses Zweckes anerkennenswerthe Erleichterungen gemacht haben*).

**Weimar.** Eisenach, 15. Mai. Man schreibt der Allg. Zeitr: Seit mehreren 14 Tagen bewohnt die Herzogin von Orleans einige Zimmer dahier im großherzoglichen Schloß. Sie lebt höchst einfach und zurückgezogen mit einer einzigen Kammerfrau. Ihre beiden Söhne haben einen Hofmeister. Die hohe Frau macht in Begleitung ihrer Kinder häufige Spaziergänge in die schönen Umgebungen; fährt sie, so bedient sie sich einer Miethwagens. Dem Vernehmen nach wird sie den ganzen Sommer hier verweilen, ja vielleicht für immer in Eisenach wohnen und während der wärmeren Monate die drei kleinen Zimmer im Ritterschloß der Wartburg (wo auch Luthers Wohnung gewesen) beziehen, welche seit längerer Zeit als Absteigquartier für die Weimar'schen Prinzen in einfachem Style eingerichtet ist. Es geht das Gerücht, daß auch Ludwig Philipp, des wohlfeilen Aufenthalts wegen, nach Eisenach übersiedeln wolle.

**Jena.** Gegen den 18. ist unserm Blatte enthaltene Darstellung, welche Einer unserer Korrespondenten aus Weimar über eine Deputation um Abänderung des Wahlgesetzes gegeben hat, reklamirt einer der Betheiligten, Hr. Prof. Dr. E. Frin in Jena. Er wünscht, daß man sein Urtheil suspendire, da er in einer irgenen nächstens dem Druck zu übergebenden Broschüre eine getreue Darstellung des ganzen Sachverhaltes geben werde. Durch ein Versehen ist die Mittheilung dieser Reklamation bisher verzögert worden.

**Gotha**, 18. Mai. Die Aufforderung, den Vorabend der Eröffnung der deutschen Nationalversammlung durch Feuer auf den Bergen zu feiern, wurde hier mit großem Eifer aufgenommen. Es wurde eine Subskription zur Deckung der Kosten eröffnet. Die aufgebrachte Summe sei überreichlich aus, und da das Volk selbstthätig von einem patriotischen Enthusiasmus und der Herzogl. Kammer geliefert wurde, so konnte die ganze Summe sogleich für die deutsche Flotte niedergelegt werden. Die ganze Bürgerwehr zog unter Musik und dem Zuströmen der ganzen Bevölkerung auf die Höhe, wo sonst die Oktoberfeuer brannten. Es wurde gesungen, eine kräftige, sehr ansprechende Rede gehalten und das Schießen aus Böllern und Gewehren dauerte bis tief in die Nacht. Das helle Mondlicht hinderte die Fernsicht. Das Feuer auf dem Inselberge wurde zuerst anschthar. Anderwärts konnten wir nur noch sechs in verschiedenen Richtungen wahrnehmen, am Hellen das auf der Waschenburg bei Arnstadt.

**Koburg**, 14. Mai. Die D. A. Z. berichtet über einen an diesem Tage stattgehabten Vorgang, der in die Reihe jener bizarren Tageserscheinungen gehört, welche zwar als Symptome eines tief greifenden Krankheitszustandes einst Beträchtendes, aber auf der andern Seite auch wieder etwas sehr Lächerliches und Possirliches haben. Ein bedeutender Volkshaufe zog nämlich nebend vors Schloß, und Einige riefen den Herzog heraus, um ihm anzukündigen, daß sie ihn abgesetzt und im Ländchen die Republik proklamirt wünschten. Der Herzog erklärte höflich, daß er gern bereit sei, dem Throne zu entsagen, wenn die Mehrzahl des Volkes sich für die Republik aussprechen. Sofort aber erhob sich auf der andern Seite der Ruf: „Es lebe die konstitutionelle Monarchie; keine Republik!“ Beide Parteien wurden immer heftiger, und zuletzt löste der Tumult sich in eine Prügelei auf.

**Braunschweig.** * Das Komité für die Hinterbliebenen E. Steinacker's übersendet uns einen Bericht über die ihm zugegangenen Ehrengaben. Der Raum gestattet uns nicht, das ausführliche Verzeichniß aufzunehmen; wir müssen uns begnügen, das Gesammtergebniß dieser Nationalsubskription mitzutheilen, die das Vertrauen auf den vaterländischen Sinn und die nationale Dankbarkeit der Deutschen nicht getäuscht hat. Die Summe der bis zum 21. Februar d. J. eingegangenen Beiträge beträgt 496 Thlr. 20 Sgr. Gold, 5323 Thlr. 10 Sgr. 4 Pf. Kur. Weitere Beiträge für die folgenden Jahre sind von mehreren Seiten zugesichert worden. Ueber die Verwendung der Gelder verspricht das Komité demnächst öffentlich Bericht zu erstatten.

**Aus dem Lauenburgischen**, 13. Mai. Daß man jetzt auch auswärts sich mit unserer hohen „Provisorischen“ Regierung zu beschäftigen anfängt, zeigt das folgende Schreiben des Generals Wrangel an dieselbe: „An eine hohe provisorische Regierung zu Lauenburg. Seine ꝛc. Regierung beehre ich mich, in der Anlage abschriftlich den Auszug des Protokolls der 38. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 28. April 1848 zur Kenntnißnahme zu übersenden. Eine ꝛc. Regierung wird daraus ersehen, daß die Bundesversammlung das Verfahren mißbilligt hat, durch welches Sie das lauenburgische Truppenkontingent aus Holstein zurückgezogen haben, und daß sie beantragt hat, ohne Verzug Maßregeln zur Abhilfe zu ergreifen. Die Ueberzeugung, welche ich von der deutschen Gesinnung Einer ꝛc. Regierung, so wie von deren Gehorsam für die Beschlüsse des deutschen Bundes hege, lassen mich hoffen, daß es genügen werde, Sie hierdurch aufzufordern: „Acht und zwanzig Stunden“ nach Empfang dieses Schreibens will Mannschaften des lauenburgischen Kontingents nach Rendsburg in Marsch zu setzen, dort werden sie wieder equipirt und durch die dortige Kommandantur zu ihren respekt. Korps instradirt werden. „Eine ꝛc. Regierung ersuche ich, mir umgehend Anzeige über den Empfang dieses pr. Estaffette abgehenden Schreibens zu machen und mir eine genaue Nachweisung über die Zahl der abzusendenden Mannschaft, sowie über die Truppenkorps, zu welchen sie gehören, einzusenden. Tief betrübten würde es mich, wenn Eine ꝛc. Regierung durch Zögerung oder Nichterfüllung zur Anwendung von Zwangsmaßregeln mich nöthigen sollte. Der Oberbefehlshaber der Armee. (gez.) v. Wrangel. Kolding, 6. Mai.“ (Schl.-Holst.-Z.)

**Altona**, 18. Mai. Der Abendzug von Rendsburg bringt die Nachricht, daß General Halkett sein Hauptquartier von Uderup nach Apenrade verlegt hatte. Die Lauenburger Jäger sind heute in Schleswig eingetroffen. In Kolding war, wie es heißt, durch Unvorsichtigkeit eine Feuersbrunst ausgebrochen. — Bei Sonderburg-Höhr war es am 16. Morgens zwischen den am zweiten Brückenkopf mbelitenden zwei bis drei dän. Kompagnien und dem mecklenburg. zweiten Bataillon zu einem wirkungslosen Feuergefecht gekommen. Als die Dänen landeten, ließ der Brigadekommandeur, Oberst Graf Kanhau, die Mecklenburger durch das zweite oldenburg. Bataillon ablösen, welches nach einem kurzen Feuergefechte durch einen Bajonettangriff die Dänen zum raschen Umkehren und Einschiffen nöthigte. Die Mecklenburger haben zwei Todte und die Oldenburger einen leicht Verwundeten gehabt.

**Hamburg**, 18. Mai. Ein Adjutant des Generals Halkett, welcher heute aus dem Hauptquartiere mit Depeschen nach Hannover ging, versicherte, daß der Friede mit Dänemark so gut wie abgeschlossen sei. Der letzte Kanonenschuß sei gefallen. (B. H.)

Aus einem Privatbriefe, datirt Celle vom 13. d., erfahren wir, daß schleswig-holsteinische Truppen am Morgen des 14. d. zurückziehen sollten, um den Dänen, die eine Landung zwischen Celle und Horsens gemacht hatten, entgegen zu gehen. (K. Z.)

**Hamburg**, 15. Mai. Dem Hamburger Senate ist von Seite des diesigen schwedischen und norwegischen General-Konsulats folgende Mittheilung zugegangen: „Nachdem die königl. schwedische norwegische Regierung der königl. preußischen Regierung und durch Allerhöchstdieselbe den übrigen hohen Regierungen des deutschen Bundes angezeigt, daß die königliche Regierung, unter den jetzigen, den ganzen Norden bedrohenden Verhältnissen, sich genöthigt gefunden, Maßregeln zu ergreifen zum Schutz und zur Selbstsicherung des vereinigten Königreichs — hat der unterzeichnete General-Konsul auf allerhöchsten Befehl, hiemit die Ehre, Ew. Magnifizenz zu benachrichtigen, daß diese Maßregeln vollkommen defensiver Natur sind, so wie, daß selbst in dem Falle, daß die königl. Regierung sich veranlaßt finden sollte, nach den dänischen Inseln Truppen zu senden, es nicht Ihre Absicht ist, den Handel und der Schiffahrt Deutschlands Störungen oder Hindernisse zu bereiten, welche vielmehr nur dann stattfinden würden, wenn Feindseligkeiten gegen den Handel und die Schiffahrt der vereinigten Reiche von Seite Deutschlands ausgeübt werden. Zur Vermeidung möglicher Irrungen in dieser Hinsicht, welche zur Beeinträchtigung der Flaggen oder des Eigenthums der beiden Nationen Veranlassung geben könnten, hat der Unterzeichnete die Ehre, Ew. Magnifizenz zu ersuchen, die betreffenden Autoritäten davon in Kenntniß zu setzen. Der Unterzeichnete hat die Ehre ꝛc. ꝛc. Kraft.“

**Frankfurt**, 16. Mai. Aus Havre vom 6. Mai meldet die A. Z. vom 12: „Noch immer sind an 300 der unglücklichen deutschen Familien hier und in der Vorstadt Graville und jetzt dem Verhungern nahe, da kein Mitglied derselben mehr Arbeit erhält, noch

*) Von Koblenz haben wir eine Zuschrift erhalten, worin mehrere Seefischer gegen den Verwurf protestiren, sich an den gewaltthätigen Angriffen auf die Schleppdampfschiffe betheiligt zu haben. Es seien dieselben nur von Leinenschlepper, Schiffziehern u. s. w. ausgegangen, dagegen von dem eigentlichen Schifferstande mit Entrüstung vernommen worden. „Die Rheinschiffer wollen ihre Angelegenheiten nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern nur auf dem Wege des Gesetzes erledigt wissen, und das Gesetz muß hier helfend und schützend eingreifen“.

Digitized by Google

arbeiten darf. Das Elend dieser armen Leute ist unbeschreiblich; jahrelang wurden sie hier aufs Mitthätigste unterstützt und ernähret; der deutsche protestantische Geistliche, Pfarrer Mänz, hat kein Mögliches gethan, die Lage der armen Leute zu erleichtern, aber alle Hilfsmittel sind erschöpft; die hier wohnenden Deutschen sind meist selbst durch die Zeitumstände in eine sehr schlimme Lage versetzt; den Franzosen geht es nicht viel besser, und dann hat die Stadt jetzt Tausende von brodlosen Arbeitern zu ernähren. Es bedürfte nur 3—4000 fl. dieser Unglücklichen, die buchstäblich am Verhungern und deren große Mehrzahl Württemberger sind, nach Amerika zu schaffen. Wenn ihre Landsleute in Deutschland Etwas für sie thun wollen, bevor sie auf faulem Stroh umkommen, so ist es die höchste Zeit." — Für diese Unglücklichen hat schon im April Dr. Fr. Bassermann in Mannheim, wie es scheint, mit wenig Erfolg, zur Hilfe aufgefordert, und ob das neue württembergische Ministerium für seine bedrängten Landsleute schon Etwas gethan hat, ist nicht bekannt. Für die Deutschen, welche gänzlich ohne ihr Verschulden, durch den Haß gegen die fremden Arbeiter, in diese traurige Lage gelangt sind, geschieht Nichts — es sind ja nur Deutsche! — während das Parlament stürmisch von den Regierungen verlangte und die Fünfziger in diesem Drängen jetzt, beim ausgebrochenen Bürgerkriege in Posen, fortfahren: die deutschen Regierungen sollen Polen, welche ihre Stellen in Frankreich freiwillig aufgegeben, unentgeltlich durch Deutschland in ihr „Vaterland" schaffen, noch dazu ohne alle Legitimation durch Päße, welche von jedem andern Reisenden verlangt wird, wobei nicht gefragt ist, ob unter „Vaterland" Russisch-Polen verstanden ist, wo ihrer Galgen und Knute, Sibirien oder Bergwerk wartet, oder Posen und Galizien, wo die Mehrzahl polnischer Nationalbewaffneter Angehörige hat und wo diesen kaum die Verlegenheiten zweier deutschen Regierungen zu vermehren.

§ **Frankfurt**, 20. Mai. Nun ist uns Allen froh uns Herz, mit festem Vertrauen blicken wir jetzt in die Zukunft. Seit gestern haben sich die schwarzen Wolken getheilt, und von der eben hohen Stirne des Mannes, den der Wille der Nation an die Spitze der Reichsversammlung gestellt, strahlt das Licht, das unseren Pfad erleuchtet, auf daß wir festen Schrittes zum großen Ziele wandeln. War die erste Sitzung der Nationalversammlung eine unerfreuliche, so zeigte die zweite in um so stärkerem Gegensatze, daß, (nach Gagern's Wahl) nun ein ehrlicher Sinn über ihr walte: von dem Augenblick an, da er den Vorsitz einnahm, war die Haltung der Versammlung eine so würdige, wie sie von keinem Parlament übertroffen werden kann. Der Eindruck seiner Rede war ein unbeschreiblicher, selbst auf Einzelne seiner Gegner. Seine Gegner? Nein, nicht er hat Gegner, seine Politik nur ist, die einzige Gegner hat, die Politik, welche das, was der Despotie abgerungen, nicht der Anarchie preisgeben will; die Politik, welche der Nationalversammlung die höchste Macht zuspricht, weil diese allein uns retten kann, aber dennoch das Ansehen der einzelnen Regierungen nicht weiter erschüttern läßt, weil sie es sind, die das Gesetz und damit die Freiheit schützen. Seine Politik ist die der Reform und nicht der Revolution, und zu dieser heilsamen Politik hat sich gestern die Nation bekannt. Größer, als wir gehofft, ist die Mehrheit; darum auch ging von dieser Stunde an in allen Richtungen Vertrauen nach allen Richtungen Deutschlands. Die fremden Gesandten schicken Depeschen ab, In- und Ausland kennen nun den Willen der souveränen deutschen Nation. — Werden wohl alle die, welche so viel vom Volkssouverainetät sprechen, sich diesem souveränen Willen fügen? Nur äußerlich, zum Schein, so weit es die Klugheit gebietet. Von echt demokratischer Aufrichtigkeit ist die Demagogie weit verschieden. Wir wollen Ihnen vorher sagen, mit welchen Waffen man gegen die Politik der Reform nun kämpfen wird. Vorzugsweise mit zweien. Zuerst wird man, wie das z. B. in Ihrem Baden bisher schon geschehen, das Vertrauen in das Parlament selbst zu erschüttern suchen. Warum sollte man auch das Parlament gelten lassen, da es sich ja nicht dazu gebrauchen läßt den Willen Einzelner an die Stelle des Nationalwillens zu setzen! In diesem Sinne wird die Presse eifrigst benutzt werden, vorzugsweise die Frankfurter. Weil Treil seine Republikaner, Reichsstaaten und Trier seine Lichtfreunde, Brandenburg und Pommern keine Kommunisten und Baiern keine Anarchisten gefunden, sondern weil die Nationalversammlung der getreue Ausdruck alles im Volke schon Sympathien ist, darum muß diese Nationalversammlung verworfen werden. Statt sich glücklich zu preisen, daß unsere alte Sehnsucht sich endlich erfüllt hat und alle Elemente des deutschen Volkes, wie es leibt und lebt, ihren wahren Ausdruck nun in einem Brennpunkte gefunden und statt in diesem Sinne sich über die grau und grünen Uebereinstimmung wie selbst über die langen schwarzen Röcke einiger Gesinnungs-n zu freuen, möchten sie diesen Ausdruck des souveränen Volks lieber gleich wieder zertrümmern um an seine Stelle, nöthigenfalls mit Gewalt, den Ausdruck ihres eigenen Willens zu setzen. Die zweite Waffe ist das Bestreben, die Zustände der Gegenwart so darzustellen, daß sie ein Vertrauen in die Zukunft nicht Wurzel soll greifen, und nur ein völliges Verfallen in gesetzloses Chaos als Uebergang zu irgendeiner neuen Gestaltung soll betrachtet werden können. Wundern Sie sich daher nicht, wenn schon morgen, wo über die Verträglichkeit oder Unverträglichkeit der Berliner und Frankfurter verfassungsfeindlichen Versammlungen verhandelt werden soll, von unendlichen Gefahren, von einem Bruch zwischen Nord- und Süddeutschland, von Bürgerkrieg u. dgl. die Rede sein wird. So wurden auch bereits in Vorversammlungen, wo Schlüssel und Jacobi, obschon Letzterer gar nicht Mitglied des Parlaments ist, das große Wort führen, alle Regierungen als in Auflösung begriffen und alle Gesetze als vernichtet geschildert, während doch alle Zusammenkommen in ostreuliger Uebereinstimmung berichten, wie die Wogen des heftigen Wahnsinns sich überall wieder legen, die hohe See wieder ihre freundschaftere Fläche zeigt und nur noch in Wien, weil eben gerade dort der Sprung am Gewaltigsten war, die Wogen fortbrausen bis auch da sie durch Uebersättigung sich brechen werden. Aber ist der Sinn für Gesetzlichkeit und Ordnung in den Gemüthern wieder befestigt, so doch keineswegs der Sinn für Erhaltung des Alten. Wohin wir hören, ob wir mit einem Schlesier sprachen, der an der polnischen Grenze wohnt, oder mit einem pommerschen Edelmann oder einem Geistlichen aus Oesterreich — aus Aller Mund tönt nur der eine Ruf: dem großen Bau eines einigen Vaterlandes opfern wir das Besondere unserer Provinzen willig auf, und wer solche Gesinnung nicht mitgebracht hätte, hier in Frankfurt, im erhebenden und doch friedlichen Einklang der verschiedensten Stämme, der wird Belehrung, dieser den ganzen Menschen umfassenden Stimmung, wie wir Deutsche sie bisher nie fühlen gekannt, sich nicht erwehren können. In dieser Uebereinstimmung, in diesem gesunden, festen und deutschen Sinne liegt die Bürgschaft unserer Zukunft. Wer möchte sie uns rauben? Officiere, die aus Baden zurückkehren, wo die Truppen aus sechs Bundesstaaten mit einander in Berührung kamen, versichern uns, so bereitwillig Alle gegen die Anarchie und den Bürgerkrieg zu Felde gezogen, so sicher könne andererseits das Parlament auf das deutsche Militär rechnen, wenn es deutsche Fürsten gelten sollte, welche sich feindlichen Beschlüssen widersetzen möchten.

§ **Frankfurt**, 21. Mai. Es fehlt hier nicht an poln. und franz. Emissären, und es wird wohl auch an der deutschen Nationalversammlung versucht werden, wie Einiges in der französischen — wenn auch nicht in gleicher Weise, ob nicht unter dem Namen gerechter Sympathie für fremde Nationalität gewisse Zwecke zu erreichen wären; ja man spricht davon, Frankreich wolle sich wegen der Wiederherstellung Polens mit unserer Nationalversammlung in unmittelbare Verbindung setzen. Wir hoffen, daß, wenn Frankreich mit solcher Zärtlichkeit dafür besorgt ist, daß die eine Nationalität nicht mehr unter der Herrschaft einer andern stehe, Deutschland zuerst in der Freigebung des Elsasses vorangehe, daß Frankreich mit der Verwirklichung seines Grundsatzes vorangehe.

** **Frankfurt**, 21. Mai. Das Frankfurter Journal vom 20. Mai, ausgegeben am demselben Tage, an welchem die deutsche National-Versammlung mit 305 unter 397 Stimmen „den Minister von Gagern" zu ihrem Präsidenten gewählt hat (vgl. die 3. Beilage desselben Blattes) belehrt zu einem „Dr. Löwenthal" unterzeichneten leitenden Artikel das leidende Publikum „daß wenn hier und da die Hoffnung ausgesprochen, daß unsere konstituirende Versammlung den Minister von Gagern zu ihrem Präsidenten wählen werde, in welcher Aeußerung die Herren Löwenthal (mit „wir" sprechend) „immer nur das Merkmal einer gemüthlich politischen Beschränktheit oder gar die schadenfrohe Absicht, die politische Befähigung der deutschen Nationalversammlung im Voraus zu verdächtigen erblicken" konnten. Ja, es war sogar gemäß diesem am Wahltage publicirten leitenden Artikel ein „fast unglaubliches Gerücht" zu den Ohren der Herren Löwenthal gedrungen, gemäß welchem „die Präsidentschaft Gagerns auch der Wunsch einer Anzahl von Mitgliedern der National-Versammlung selbst" ist. Weiter wird sodann diese „unmöglich" Wahl Gagerns als eine persönliche, dem Scheine der Zweideutigkeit „preisgegebene Huldigung" bezeichnet, ja, als „die reine, präsidirenden Würde der National-Versammlung befleckende", dergestalt, daß die „Mehrheit der National-Versammlung selbst sich gleich in dem ersten Augenblicke ihres Daseins als eine abhängige, ihre hohen Zwecke verkennende, der Berathung und den Ereignissen planlos vorgreifende Partei bloßgeben, sich bei dem denkenden Theile der Nation ihres wahren und einzigen Lebuselementes, des hingebenden Vertrauens berauben würde", während die Präsidentschaft Gagerns (was ihn selbst betrifft), „das kleine Ende einer großartig begonnenen politischen Laufbahn sein"

Digitized by Google

würde. Den Herren Bluntschli antworten auf diese seltenen Vorbichtigungen die Thatsachen und Ereignisse: 1. Eine Unmöglichkeit war die Wahl Sagerns nicht; denn ihn hat die große Mehrzahl der Versammlung erwählt. 2. Die „Angahl von Mitgliedern", welche als politisch-beschränkt oder als hochst-verrätherisch bezeichnet werden, beläuft sich auf 305, als „unbedingte Mehrheit" der Andersmählenden ergibt sich also die Mindrecht von 92 Mitgliedern. 3. Um eine definitive Präsidentenwahl hat es sich gar nicht gehandelt, sondern um eine ganz vorübergehende Mittelsperson. 4. Von Sagern, übrigens Staatsminister, nicht „Minister einer Dynastie", hat selbst nach der Wahl erklärt, daß er als definitiv erwählter Präsident sein Amt als Minister niederlegen würde. Dieses Alles, wie gesagt, kann in der Beilage desselben Blattes, welches den verleitenden Artikel enthält, gelesen werden.

## Schweiz.

† Zürich, 17. Mai. Es ist merkwürdig, wie spezifisch verschieden der Begriff von Freiheit von den verschiedenen Nationen aufgefaßt wird: in England, wo dieselbe auf eignem Grund und Boden erwuchs, wo das Volk selbst sie mit saurem Schweiß und Blut verdienen mußte, da ist sie nun in unbestrittenem Besitze von Jedermann; sogar „Fremden" ist es dort vergönnt, ihr Urtheil über England und englische Zustände abzugeben, und verfährt auch die englische Presse keineswegs immer glimpflich mit solchen Kritikern, so würde sie sich doch im Innersten ihrer Seele schämen, leeres weitern Argumentes als eben nur des Fremdenvorwurfes Herr zu sein. Mazzini durfte in einem englischen Blatte den Minister Graham einen „Schurken" nennen und dennoch unangefochten in England verweilen. Die Schweiz hat freilich auch ihre ursprüngliche Freiheit durch eigene Kraft gewonnen, es klein der frische Strom frischer Jahrhunderte verschenkte, und die politische Wiedergeburt der Schweiz kam leider nicht durch eigene Kraftanstrengung, sondern wesentlich durch das (hier wohlthätige) Machtwort Napoleon's zu Stande; der Erfolg war der Art, daß die Alliirten 1815 das Gewicht ihres Einflusses in die Wagschale legen mußten, damit nicht alle Errungenschaften der französischen Revolution verloren gingen. Wir erkennen an, daß die Schweiz, gleich Deutschland, auf den von Frankreich in der Julirevolution gegebenen Impuls, seitdem mit eigenen Kräften um die Freiheit wirbt und ringt; allein das Ziel ist noch nicht erreicht, die Geburtswehen sind noch nicht überstanden, das Resultat kann also noch kein reines, ungetrübtes sein. Die Schweiz hat Preßfreiheit, auf dem Papiere besser noch als England; aber wehe dem Fremden, der sich erlaubt, in Zürich einer ihm fremden Ansicht, sogar man seiner beraubt, wie selbst L. Snell erfahren) schweizerischen Partei ein selbständiges Urtheil über die Schweiz erlaubt; wie namentlich ein Fremder, der in „Sold und Brod" einer schweizer. Regierung steht, sich unterfangen darf, seine etwaige mißbeliebige Ansicht zu äußern, das übersteigt alle und jede Fassungskraft der schweizer. Presse. Zeugen dafür namentlich die Herren Rheinwald in Bern und Bobrik*) in Zürich. Hatte auch der Letztere etwas vorzeitig über die „traurige Lage" der Deutschen in der Schweiz an Jakoby geschrieben; das, was er von den schweiz. Blättern — mit ehrenwerthen Ausnahmen — über gepredigten Deutschenhaß, über verlangte Austreibung der Fremden berichtet, ist zwar vollkommen wahr, aber doch, so lange sich die Angelegenheit nur im Gebiete der Presse bewegt, nicht für diplomatischer Verhandlungen geeignet; — wie wollte es sich machen, wenn hohe einen Fetzer begannen und Jakoby eine Indiskretion, aber nun: welcher magische Lärm! Während ein zürcherisches Blatt den Deutschen in Masse „unterthanen Knechtssinn", „feige Handlungen" u. s. w. u. s. w. vorwirft, fordert ein anderes die „Volksjustiz" auf, an Herrn Bobrik ein Exempel zu statuiren, weil er den Schweizern Feigheit vorgeworfen. Natürlich war Nichts an der Sache; allein Herr Bobrik ist nun einmal die bête noire, auf die sich der ganze Zorn der Züricher zu wälzen scheint. Blieben diese Sachen auf dem Gebiete der Presse, so könnte man es sich noch gefallen lassen; allein sie fangen an „praktisch" zu werden. Vor ein paar Tagen wurden drei ruhig nach Hause gehende Männer von 12 — 15 heldenmüthigen Schweizern in einer Gasse überfallen und mißhandelt, weil man sie an ihrer Sprache als Deutsche erkannte. Der Humor dabei war, daß der am übelsten behandelte sich vergebens auf seine Eigenschaft als Waadtländer berief, er sprach leider nur hochdeutsch und mußte für diese Sünde mit den Andern büßen. Das Ernsthafte hingegen liegt darin, daß die drei Mißhandelten behaupten, von der ganz in der Nähe befindlichen Hauptwache nicht den gehörigen Schutz erhalten zu haben, und daß sie deßhalb im Begriffe sind, eine Klage über das Benehmen der Kantonalpolizei einzureichen. So wurde mir aus glaubwürdiger Quelle berichtet; — mit Namen könnte ich Ihnen dagegen diejenigen „geblödeten" Züricher nennen, die sich nicht schämen, zu äußern, Herr Bobrik sei billig „mit Ohrfeigen" für seine Unverschämtheit zu traktiren. — Die hiesige Regierung hat, ganz in der Ordnung, eine Untersuchung darüber angestellt, ob und welche schwere Arbeiter ohne Grund aus Deutschland angeworben seien; die schwer. Arbeiter in Zürich, durch ein selbst bei den Züricher Liberalen in hohem Grade Fehrendes Subjekt aufgestiftet, petitionirten sofort, ohne das Resultat jener Untersuchung abzuwarten, die Arbeiter aller Staaten, die kein Gegenrecht hielten, fortzuweisen. Auch der deutsche Zollverein ist ein Hauptstein des Anstoßes; dieselben, welche sich vielleicht brennen, eine schweiz. Zollstirie herzustellen, schämen sich nicht, auch die deutschen Zölle zu den gegenwärtigen Mißverhalten Deutschlands zu rechnen, und weiß man dann auf Frankreich hin, wo die Zölle so noch viel höher seien, ohne daß man dieselben als einen Frevel an der schweiz. Nation betrachte, so wird Einem wohl gar grantworten: „ja, das ist ein Preußisch-Land!" als ob damit etwa eine ganz unschuldige, natürliche Beschaffenheit, wie Gebirgsland, Sumpfland oder dergleichen bezeichnet würde. So wird überall mit zwei Ellen gemessen.

## Großbritannien.

London, 17. Mai. Man liest in den Times: „Ein Brief, welchen wir aus Rostock erhalten haben, fordert von der englischen Regierung in den stärksten Ausdrücken Rechenschaft dafür, daß sie nicht die geringsten Vorkehrungen zum Schutze des britischen Eigenthums an den Osterküsten getroffen habe. Der Briefsteller schreibt uns, daß große Mengen von Bleiglätte, Schrot, Glas, Kiebern u. s. w. aus Preußen in Rostock angekommen seien, und es sei zu fürchten, daß der ganze Ausfuhrhandel der Ostseehäfen nach England, wenigstens für dieses Jahr, zu Grunde gehe, insofern nicht bald Friede geschlossen würde. Auch mehrere Tausend Quarter Getreide lägen auf englische Rechnung zum Verschicken bereit, aber es könnten keine Schiffe aufgetrieben werden, welche sie zu verladen wagten". (Von dem britischen Einfuhrhandel nach den preußischen Häfen pflegt Lord Palmerston im Parlament in der Regel sehr geringschätzig zu sprechen; unter Anderem erklärte er am 2. Juli 1847 im Unterhause: Die Einfuhr an britischen Waaren nach preußischen Häfen habe in einem Jahre weniger als 500 Tonnen betragen. Dagegen dürfte der erschwerte Transport von Rohprodukten, namentlich von Getreide und Schiffsbauholz aus den Ostseehäfen nach England Letzterem doch empfindlich werden; die Reklamationen einzelner britischen Unterthanen werden sich häufen und die Regierung als Vermittlerin nöthigen, für endliche Beilegung des Krieges entschiedenere Schritte zu thun. Auch wir müssen die Beendigung eines Krieges dringend wünschen, der fortan uns kaum noch Ruhm und Ehre eintragen kann, unseren Handel bedeutend unterwühlt und, wenn irgwischen ein europäischer Krieg sich entspinnen sollte, die Schwierigkeiten unserer Lage nur vermehren und uns, wegen des Friedensschlusses, in ernstliche Verlegenheit setzen würde. Möge mit dem Kriege dann nur nicht der Gedanke zur Errichtung einer deutschen Flotte beigelegt sein!)

Die Köln. Zeit. fügt der Nachricht vom Tode Lord Ashburtons (Alexander Baring) folgende Mittheilungen über die Familie der Barings hinzu: „Die Barings stammen ursprünglich aus Bremen*) und erwarben ihren Reichthum im Handel. Lord Erskine nannte bereits Sir Francis Baring, den Vater des Verstorbenen, den ersten Kaufmann der Welt. Lord Ashburton war der Erste, welcher wegen kaufmännischer Verdienste zur Peerswürde erhoben wurde. Georg III. machte freilich auch einen Kaufmann zum Peer; aber, wie man zu wissen glaubt, für zehntausend Pfund Sterling. Lord Ashburton ist besonders durch seine Sendung nach Amerika im Jahre 1842 bekannt geworden. Es gelang ihm, der dort gelebt und vielfache Verbindungen mit den Vereinigten Staaten hatte, die schwebenden Streitigkeiten zur Zufriedenheit der Amerikaner wie der Engländer beizulegen." Auch als nationalökonomischer Schriftsteller hat sich Lord Ashburton, namentlich durch seine Schrift: „The financial and commercial crisis" rühmlich bekannt gemacht; Lord Ashburton war eine Autorität auf diesem Felde.

Mehrere auch deutsche Zeitungen brachten die Nachricht, daß im Kanal ein deutsches Fahrzeug von einem dänischen Kaper versolgt worden sei. Der Globe widerlegt diese Nachricht: man habe die genauesten Nachforschungen angestellt, und es hat sich ergeben, daß kein bewaffnetes dänisches Fahrzeug im Kanal erschienen sei oder versucht habe, irgend ein preußisches oder deutsches Schiff zu belästigen. Indeß habe jene Nachricht schon ihre unangenehmen Folgen gehabt, indem mehrere Schiffe nicht wagten, von Cowes auszulaufen, aus Furcht, mit dem „mysteriösen Dänen" zusammenzugerathen.

*) Sir Francis Baring war Enkel des Pastors an St. Mosgorii in Bremen, Franz Baring, dessen Sohn Joh. Baring als Kaufmann nach England gekommen war..

Digitized by Google

## Frankreich.

Paris, 19. Mai. Der Schluß der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung verlief ruhiger, als der Anfang. Ein großer Theil des innern Reglements ward diskutirt u. angenommen, u. die noch fehlenden 12 Mitglieder der Verfassungskommission wurden ernählt. Diese Kommission besteht jetzt aus 7 Mitgliedern der ehemaligen Linken: Vivien, Tocqueville, Dufaure, Gust. Beaumont, Dupin, Odilon-Barrot, Bagès (de l'Arriège) und aus den Schriftstellern Cormenin, Lamennais, Arm. Marrast, Considerant, Boudebelle, Dornès, dem Rechtsgelehrten Martin (von Strasburg), Woirhaye, Tourret, dem protest. Pastor Coquerel und dem Arbeiter Corbon. Nach der Zusammensetzung dieser Kommission zu schließen, wird der Verfassungsentwurf ein ziemlich buntzusammengesetztes Produkt werden; die reaktionairen Elemente sind jedenfalls darin nicht besonders stark vertreten.

Mehrere Journale veröffentlichen heute die bei Gobrier gefundenen Dekrete. Sie betreffen die Auflösung der Nationalversammlung, die, aus Reaktionären bestehend, ihr Mandat nicht erfüllt und ihre Zeit mit unnützem Geschwätze verbände — die Auflösung der Nationalgarde und die Bildung einer neuen, nur aus bekannten Patrioten bestehend, die den Namen: arbeitende Macht (force ouvrière) erhalten sollte, die Erhebung einer brüderlichen Steuer, wonach alle Kapitalisten die Hälfte ihres Einkommens abliefern müßen. Der Ertrag wird dann an die bedürftigen Familien ausgetheilt und zwar nach welchem Grundsatz? Nach der alphabetischen Ordnung! Die glücklichen A, B, C! — diese neue Aristokratie des Alphabets kann sich sättigen, indessen das unglückliche Proletariat unter X, Y, Z darben muß. Ein Dekret bestellt dann schleunigst Organisation der Arbeit binnen drei Wochen. Und das Ganze ist keine Persiflage, sondern bitterer, blutiger Ernst, d. h. ein Wahnsinn, in dem, mit Polonius zu reden, nicht einmal Methode ist.

Der Anfang der heutigen Sitzung der Nationalversammlung war wieder mit Vorwürfen und Vertheidigungen ausgefüllt, womit die Rechte wie die Linke wetteifern, die kostbare Zeit zu verderben. Die Tagesordnung führte dann zur Berathung des Entwurfs einer Proklamation von Berard, den wir gestern erwähnt haben. Diejenigen Stellen, welche zweideutig oder schief lauteten und einen versteckten Tadel gegen die Regierung enthalten sollten, als sei sie selbst nicht ohne Schuld an den Vorfällen vom 15. Mai, wurden theils gemildert, theils ganz weggelassen und das ganze Aktenstück einstimmig angenommen. Die Nationalversammlung hat also in den 14 Tagen ihres Bestehens bereits zwei Riesenarbeiten vollendet: ein Reglement und eine Proklamation. Wann wird da nach mäßigem Ueberschlag die Verfassung fertig werden?

## Nachschrift.

* Heidelberg, 22. Mai. Wir erhalten soeben durch einen Reisenden aus München die Bestätigung der bereits einlaufenden Berichte, daß die kaiserliche Familie sich in Folge eines Sturmes auf die Hofburg genöthigt sah, Wien zu verlassen. Sie war in Salzburg angekommen und nahm ihren Weg nach Innsbruck. Eine zweite außerordentliche Beilage der Allgemeinen Augsburger Zeitung bestätigt gleichfalls diese so höchst wichtigen Nachrichten.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.


[481] **Das Soolbad zu Salzungen, im Herzogthum S. Meiningen.**

Das hiesige Bad, durch seine außerordentliche Wirksamkeit bereits zur Genüge bekannt, wird **am 15. dieses Monats** eröffnet. Nähere Auskunft ertheilt auf Anfragen Unterzeichnete.

Salzungen, Anfangs Mai 1848. **Die Badedirektion.**

[482] Bei J. G. Heyse in Bremen erschien soeben und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

**A. Duckwitz**

(Senator der freien Stadt Bremen).

Der deutsche

**Handels- und Schifffahrtsbund.**

2. Auflage. geh. 2/3 Thlr.

Die erste Auflage dieser zunächst nur zur Mittheilung an die Kabinete und die deutschen Handelskammern bestimmten Denkschrift, welche nicht allgemein in den Handel gegeben ward, hat sich binnen Jahresfrist vergriffen. Bei dieser zweiten Auflage nimmt der Verfasser in einer ausführlichen Einleitung ebensowohl auf den grossartigen Umschwung der jüngsten Zeit in der politischen Welt, für den behandelten Gegenstand Bezug, wie er einzelne der vielen in neuerer Zeit laut gewordenen handelspolitischen Ansichten und Vorschläge, namentlich die in der Denkschrift des Hamburger Senats über Differentialzölle ausgesprochenen Grundsätze in Erwägung zieht. Auch die obige Schrift findet für Deutschlands Einheit und Macht. Hervorgegangen aus den Anschauungen und Erfahrungen eines mit allen Handelsverhältnissen innig vertrauten, hochgebildeten praktischen Geschäftsmannes verdient sie die größte Beachtung und hat namentlich für Staatsmänner, Mitglieder von Handelskammern, Volksvertreter und einsichtsvolle Kaufleute das unbedingteste Interesse.

[485]12 **Rheinische Dampfschifffahrt.**

**Kölnische** **Gesellschaft.**

Tägliche Abfahrt:

Von **Mannheim** nach **Cöln 6** Uhr Morgens. Von **Mainz** nach **Mannheim 2½** Uhr Mittags.

Mannheim, den 14. Febr. 1848. ***Die Agentur.***

[483] In der L. L. Zurcher'schen Sortimentsbuchhandlung in Tübingen ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

**Reyscher, A. L., Die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung.** Drei Reden gesprochen von Wählern des vierten württembergischen Wahlbezirks. Nebst einem offenen Sendschreiben an Hrn. Staatsrath F. Römer. gr. 8. geh. Preis 18 kr.

**Politisches.**

[484] Bei Flammer & Hoffmann in Pforzheim sind soeben erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands und der angrenzenden Länder zu haben:

**Deutsche Briefe aus Paris.**

Von **Dr. Adolf Helfferich.**

Groß Oktav. Geheftet.

Nr. I. Die Berliner Barrikaden und die Folgen der Pariser Februarrevolution. 15 kr.

Nr. II. Die provisorische Regierung und die Nationalversammlung. 9 kr.

Nr. III. IV. Le commencement de la fin. — Die Republik und das monarchische Princip. Der Pariser Salon. 18 kr.

Nr. V. Die Zahnemoire und die Babiers. 15 kr.

Nr. VI. Unterschiedliche Flaste und die Eröffnung der Nationalversammlung. 15 kr.


Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Für Pränumerirer nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver 4 Kings. 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden man sich an H. H. Alexander in Straßburg Nr. 29 Quartier Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Quartalpränumeration beträgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt fürs ganze Jahr 5 fl. 30 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Ausländer wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 144. Heidelberg, Mittwoch 24. Mai. 1848.

## Uebersicht.

**Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde. XVII. Wien** (Erklärung der Minister. Aufhebung des Polizeigraths. Die plötzliche Abreise der kaiserl. Familie. Verhaftungen. Auflösung des Centralkomitées). **Töplitz** (Czechische Machinationen; Parlamentswahlen). **Innsbruck** (Ankunft der kais. Familie. Jubelnder Empfang). **Bozen** (Gefechte an der Grenze. Friedensgerüchte). **Berlin** (Die Unterhandlungen mit Dänemark; der Prinz v. Preußen und die Konstitution). **Mülheim** (J. Grimm gewählt). **Posen** (die Warschauer Zeitungen über Polen. Berufung des kgl. Kommissärs). **Rheindalern** (der alte Postzeigeist im gegenwärtigen Ministerium). **Stuttgart** (erpublik. Bewegungen in Sigmaringen). **Vom Rhein** (Minister Stüve und die partikularen Bestrebungen). **Mannheim** (Abzug eines Theils der Truppen. Die „fremden" Truppen. Das Fest zur Eröffnung des Parlaments. Sammlung für die Flotte). **Mainz** (Unruhen). **Mendsburg** (Berfügung der prov. Regierung). **Frankfurt** (die Abgeordneten sind schon. Schleswig).

**Schweiz. Bern.** Berathungen der Tagsatzung über den Verfassungsentwurf.

**Schweden.** Zwei Millionen Kriegskosten bewilligt. Die Schweden sollen Fünen und Alsen besetzen.

**Großbritannien. London.** Meeting der vereinigten Chartisten und Reuelsormer.

**Frankreich. Paris.** Verhandlungen der Nationalversammlung. Die bewaffnete Macht. Louis Blanc. Die Gerüchte über den Herzog von Bordeaux. Das Fest vom 21. Mai.

**Italien. Rom.** Adresse Venturi's an den Papst.

---

### Heidelberg, 23. Mai.

Baiern holt mit dem vorgelegten Entwurfe eine Versäumniß nach. Es sieht das Parlament zusammentreten, ohne daß sich die Regierungen ihren gebührenden Antheil an der künftigen Konstituirung Deutschlands gesichert hätten. Die baierische Regierung setzt voraus, daß die Vertreter der deutschen Nation eine gemeinsame Berathung und vertragsmäßige Uebereinkunft zwischen Fürsten und Völkern nicht zurückweisen werden. Sie schlägt vor, Bevollmächtigte der Regierungen neben dem Parlamente zu versammeln um eine gemeinsame Verständigung zu Stande zu bringen. Sie sähe auch gern, daß die Fürsten in Person in Frankfurt zusammenkämen, um sich eine definitive Beschlußfassung über alle einzelnen Punkte der Verfassung zu sichern. All dies sind Wünsche und Anträge, die wir vollkommen für gerechtfertigt halten, und die nur viel besser schon früher gestellt worden wären. Aber freilich, wenn die Fürsten mit so einheitofeindlichen Planen erschienen oder ihre Bevollmächtigten mit so erlussenen Instruktionen, und mit Entwürfen, die so entschieden alle verständige Nachgiebigkeit unmöglich machen, indem sie über Alles „Verständigung" verlangen und über Nichts einen nationalen Mehrheitsbeschluß wollen gelten lassen, dann müßten wir an jeder friedlichen Uebereinkunft verzweifeln, und Spaltung und Zerwürfniß als das Ende der großen begonnenen Arbeit voraussehen.

Baiern will seine Prätensionen, ein unabhängiger Staat und Nation zu sein, aufrecht erhalten. Wenn Oesterreich das thut, so ist es durch Geschichte und Lage, durch Verhältnisse und Schicksale gezwungen, durch Nothwendigkeit gerechtfertigt, durch seine Größe berechtigt. Nichts von alle Dem ist mit Baiern der Fall. Und wenn es wahr sein sollte, was die Gerüchte sagen, daß es mit Oesterreich über eine Separatstellung zu Deutschland, über ein gemeinschaftliches Verfahren dem Willen des übrigen Deutschlands gegenüber unterhandle, und daß beide zusammen ihre Operationen zunächst in Würtemberg und dann so weiter fortsetzen wollen, so würden wir die Ersten sein, die Nationalversammlung aufzurufen, ihrer größesten Pflicht zu genügen und die deutsche Einheit in dem ersten Moment ihres Zusammentritts mit allen ihren Kräften zu sichrmen. Wir, die wir unter den Ersten die Zusammenberufung des Vorparlaments beantragt haben, wir sind zwar niemals für nutz- und zwecklose Usurpationen und Demonstrationen gewesen, die in dem Vorparlamente vorgeschlagen und von seinem Ausschusse vielfach gemacht wurden; wir sind in allen Dingen dafür, das Lächerliche, das Unausführbare, das Zweckwidrige, das Unverhältnißmäßige zu vermeiden; wir mochten nicht das Spielen einer provisorischen Regierung, da alle deutschen Regierungen bestanden; wir mochten noch viel weniger das Aufregen und Drohen mit einer vorgespiegelten Gefahr des Vaterlandes, wo keine war, wir mochten nicht, daß man da, wo Maulwürfe wühlten, von titanischen Bergthürmen spräche. Aber wenn es eine der größesten Mächte Deutschlands darauf anlegen sollte, von vornherein ein unbedingtes Veto auf gewisse Verfassungsbeschlüsse zu legen, wenn sie machinirte ihre partikularen Interessen Andern einzureden, wenn sie immer von Verständigung redend ihre Wenn und ihre Niemals schon vor aller Diskussion drohend der Nationalversammlung entgegenwürfe, wenn sie mit Unverträglichkeit begänne und den ersten Samen der Zwietracht in die Berathung streute, mit dem deutschen Vorsatze, im Nothfall den Zwiespalt auch eintreten zu lassen und die Trennung Deutschlands auszuführen, dann, im Angesichte dieser wahren und großen Gefahr des Vaterlandes, sehen wir, die wir immer die Fürsprecher der Gesetzlichkeit und der Verträglichkeit sind, über die Legitimation der Nationalversammlung hinweg und verlangen von ihr, daß sie nach den Gesetzen der Noth verfahre und ihre ganze moralische Macht daran setze, um zu verretten, welche politische Macht sie bereits während der Konstituirung faktisch ausüben könne, noch ehe ihr rechtlich in Folge der Konstituirung eine solche zukomme. Wir reden für die erbliche Schirmvogtei Preußens über den deutschen Bund. Aber wenn die Krone Preußen selbst diese Staatsform und Verfassung als eine Bedingung ihres Zutritts zu dem neuen Bunde im Voraus unveränderlich hinstellen, wenn Preußen im Falle der nationalen Verwerfung dieser Form schmollend zurücktreten wollte, so würden wir eben so laut unsere Stimme gegen das Preußen erheben, das seiner Größe nach solch einen Schritt viel leichter thun und gegen alle unsere Reklamationen Recht behalten könnte, wie gegen Baiern, das ihn seiner Beschaffenheit nach nicht so leicht thun und nicht so leicht Recht behalten kann. Nur bei Oesterreich würden wir auch im Falle die Nothwendigkeit reiseliren, wenn es sich eine Ausnahmsstellung vorbehalten müßte; selbst bei Preußen, trotz seiner bisherigen Stellung als Großmacht, erkennen wir eine solche Nothwendigkeit nicht an.

Baiern will keinen Wahlkaiser. Die Motive zu dem vorgelegten Entwurfe drängen in ein paar Worte die weisen Gründe dagegen zusammen. Baiern will auch keinen Erbkaiser, und es verräth an Einer Stelle nicht undeutlich aus welchem Grunde: weil es einen preußischen Erbkaiser fürchtet; einen baierischen würde es höchlich billigen. Denn politische Gründe gegen ein erbliches Kaiserthum, oder wie wir es lieber nennen würden, gegen ein deutsches Reichsfürstenthum oder Schirmvogtei, sind nicht in den Motiven zu finden, wohl aber desto mehr bestige, erbitterte und grundlose Ausfälle. Jeder Gedanke an eine freiwillige Unterordnung liegt der baierischen Regierung ferne, das ist der einzige und alleinige, egoistische Grund, der in dem Entwurf und in seinen Motiven gegen das Erbkaiserthum spricht. Daher wird sogar auf den Zollverein ein feindlicher, unzufriedener Blick zurückgeworfen, und eben an dieser Stelle sieht deutlich der Mißmuth gegen die preußische Hegemonie heraus. Schon die vielen Gegensätze der Interessen im Zollvereine, heißt es, hätten die Nothwendigkeit herausgestellt, daß nicht nur ausschließlich ein norddeutscher Staat oder ein östlicher (man wird wohl zu lesen verstehen) der östliche wird

Digitized by Google

nur genannt, damit der Streich nicht allzuviele auf Preußen geführt werde; es kann aber nur der norddeutsche Staat gemeint sein, denn ein östlicher hätte ja in dem Zollverein Nichts zu schaffen), sondern auch wenigstens Ein südwestlicher Staat Deutschlands an der Oberleitung des deutschen Nationalkrieges Theil nehme! Schon die vage, ungeordnete, prekäre Oberleitung Preußens im Zollverein schien Baiern also unerträglich; natürlich muß ihm eine dritte politische Leitung Deutschlands von Seite Preußens eine Tyrannei scheinen. Nur durch Tyrannei und Unterdrückung würde sich Baiern einen preußischen Kaiser auflegen lassen, und wieder sieht es in jenem Kaiser einen Tyrannen und Unterdrücker. In diesem Zirkel bewegen sich alle Argumente gegen das Kaiserthum, wenn sie anders Argumente heißen dürfen, herum. „Nicht dem Machtgebote, nicht dem insinuirenden Willen einer Großmacht unterwirft sich ohne Despotie und Zwang der freie Wille der deutschen Stämme und Fürsten". Ein mächtiger Kaiser aber, wie ihn der Entwurf der Siebenzehn will, an der Spitze einer Großmacht, an der Spitze der deutschen Heere, würde nach den baierischen Ansichten eine solche Despotie, eine „Militärdiktatur" begründen, „würde die bewaffnete Macht zur Unterdrückung aller Partikularinteressen gebrauchen", würde alle bestehenden Principien, Freiheiten und Regierungen vernichten, würde durch seine Prätensionen oder Autorität im Interesse eines einzelnen größeren Staates alle anderen Staats- und Volksinteressen absorbiren. Aber dies ist nicht so. Nicht ein mächtiger Kaiser würde dies Alles thun, sondern ein absoluter Kaiser, ein Militärdespot, aber nicht ein konstitutioneller Fürst; ein gewaltshaberischer Emporkömmling, aber nicht ein beschränkter und mit jener Gewalt beschränkter, von einem mächtigen Fürstenkollegium und von mächtigen Volksorganen beschenkter und beschränkter Fürst. Es ist daher ein unnatürlicher und fehlerhafter, ein gedankenverrätherischer Sprung, wenn man nach der Herzählung jener Gefahren ausruft: „daher kein Prätendentenkaiser, kein Despotenkaiser (wir stimmen von Herzen ein!) — über haupt keine Kaiser!" Das ist zu viel. „Wir wollen deren einen beschränkten und mit starken Volksinstitutionen umgebenen Kaiser", das ist der regelrechte und logische Zorgang des Gedankens, den man aussprechen sollte, aber freilich nicht wollte. Die baierische Erklärung des Entwurfes meint, noch so begründete parlamentarische Gewalt würde leicht von einem mächtigen Kaiser gesprengt. Und dabei beruft man sich auf die alte Geschichte Deutschlands — die doch nur die Unmacht der Kaiser zeigte, welche durch Fürsten und Partikularprätensionen über Gebühr beschränkt waren; die eine Uebermacht einzelner Kaiser nur dort nachweist, wo ihre geistige Ueberlegenheit übergroß war, gegen die keine Einrichtungen halten. Man beruft sich daher auch eben so unpassend auf Napoleon, der einmal ein Gewaltshaber ohne alle Beschränkung war, und nennt eben so schon übergenen Geist auf dessen Ausnahmeerscheinung hin Niemand Verfassungen gründen kann. Wir setzen in den Entwurf der Siebenzehn unseren Kaiser, mit seinen Befugnissen und Machtbefleidungen, und daneben unser Parlament mit seinen Befugnissen. Die Folge würde sein, sagt die baierische Erklärung, daß bei einer erlangten Popularität des Kaisers nicht nur die deutschen Fürsten seine Vasallen, die Regierungen seine Werkzeuge sein würden, sondern auch alle parlamentarischen Volksfreiheiten und Rechte von ihm wie Spreu auseinander geblasen werden könnten. Wir geben zu, ein popularer und zugleich geistig gewaltiger und gewaltshätiger Mann, aber auch nur ein solcher, könnte solche Dinge bewirken. Aber nun setze man denselben Mann, denselben Charakter mit denselben Gaben in das Direktorium, auf Einen der drei theilhabenden Throne, auf den baierischen Thron, würde derselbe Fall nicht gerade so sein? Und welche Institution würde wohl schneller und nothwendiger auf die Bildung eines solchen Charakters hinwirken? Wenn nur Ein erblicher Machthaber ist, und wenn ihrer drei nebeneinander sind, so ist im letzten Falle gegen den ersten das Verhältniß der Wahrscheinlichkeit eines großen Mannes auf der höchsten Stelle immer wie Drei zu Eins. Aber dies ist noch nicht Alles: sondern die Geschichte aller Triumvirate hat ausnahmslos bewiesen, daß ihr Fortgang immer ein Dummvirat, und ihr Ende eben der Despot war, den man in Baiern so fürchtet. Noch ist auch diese Betrachtung nicht der einzige Gegensatz, der die wunderliche Argumentation in den baierischen Motiven niederschlägt: man darf die Sätze nur umkehren, um zu sehen, wie haltlos sie sind. Ein populärer Kaiser mit dieser Macht, hieß es, wird ein noch so freies Parlament und wird die Fürsten der Einzelstaaten über den Haufen werfen. Es sei! Aber dann könnten wir viel richtiger das Gegentheil, und vielleicht zwei Gegentheile für Eines, entgegensetzen: Ein populäres Parlament mit diesen Rechten wird einen noch so mächtigen Kaiser, geschweige gar ein Direktorium und einen Bundesrath, viel leichter umstoßen, denn es wird die Fürsten der Einzelstaaten für sich haben, während der Kaiser Parlament und Fürsten gegen sich hätte. Und ferner: Ein ehrgeiziges Fürstenkollegium, das sich durch Hegung der partikularen Interessen und des Sondergeistes in den Einzelstaaten populär macht, könnte ebenso leicht die gesammte Einheitsverfassung wieder umwerfen. Es könnte, heißt das, faktisch in einem bestehenden Kaiserreiche ausführen, was Baiern soeben mit diesem Entwurfe durch Bearbeitung der öffentlichen Meinung in dem erst zu konstituirenden anfängt, und wozu es, in Albdaiern wenigstens, sich durch gerade durch die Popularität dieser partikularistischen Ansichten aufgefordert fühlen mag. Gegen den unpopulären Kaiser, der ja ohnehin erst geschaffen werden müßte, hat es alle Aussicht des Erfolges. Aber gegen die Einheitsideen glücklicher Weise nicht so.

---

**Oesterreich.** Wien. Die Wien. Z. vom 17. Mai enthält nachstehende, vom Ministerium ihr zugegangene Mittheilung: „Nachdem durch wiederholte Deputationen von dem versammelten Ministerrathe die Zurücknahme des Tagesbefehls des Oberkommandanten der Nationalgarde gegen die Verhandlungen des politischen Komites desselben verlangt wurde, hat derselbe diesem Begehren nicht nachgeben zu können geglaubt, und diese Entschließung mit dem Beifuge ausgesertigt, daß er bei dem Beweise von Mangel an Vertrauen der Nationalgarde seine Stelle in die Hände Sr. Maj. niederlegen werde. Diese Erklärung wurde mit entschiedenem Mißfallen und mit der Erwiderung aufgenommen, daß die Sicherheit und Ruhe auf das Höchste gefährdet und das Aeußerste zu besorgen sein würde. Eben so beunruhigende Nachrichten erhielten die Minister über die Richtung und über die vorherrschenden Sympathien für das gestellte Begehren und über die Mittel, den in größter Eilzung begriffenen Manifestationen des Volkes Widerstand zu leisten. Diese Verhältnisse erforderten eine um so ernstere Ermäßung, als Tausende von Arbeitern in die Stadt geströmt waren und Neigung zu gewaltsamen Schritten besorgen ließen. Sie erkannten es unter solchen Umständen für ihre heiligste Pflicht, mit Hintansetzung aller persönlichen Rücksichten vor Allem auf die Sicherheit des Thrones, der Dynastie und der Einheit der Monarchie bedacht zu sein. Diese Pflichten geboten ihnen, schwere Opfer zu bringen, um größeres Unglück abzuwenden. Sie haben den angegriffenen Tagesbefehl außer Kraft gesetzt die bereits von Sr. Maj. beschlossene gemeinschaftliche Besetzung der Stadthure und der Burgwache mit dem Militär der Nationalgarde zugestehet und ebenso zugestanden, daß das Ersetzen nur in jenen Fällen der dringendsten Gefahr, wo die Nationalgarde selbst darum bittet, herbeigerufen werde. Auch diese Zugeständnisse waren nicht hinreichend, die aufgeregte Stimmung zu beruhigen. Die Feststellung der Verfassung durch den konstituirenden Reichstag wurde ebenso, wie eine Revision des Wahlgesetzes gefordert und nur durch diese Bewilligung die Erhaltung der Ruhe als möglich erklärt. Vor Allem berufen, die getheilte Person Sr. Maj., den konstitutionellen Thron und die ernstlich bedrohte Sicherheit der Residenz zu schützen, zugleich aber die Ueberzeugung zu bestätigen, daß der Monarch zu jedem mit dem Gesammtwohle verträglichen Zugeständnisse gerne sei, haben die Minister die Verantwortlichkeit übernommen, Sr. Maj. vorzuschlagen, den ersten Reichstag zu einem konstituirenden zu erklären und die Wahlen für denselben auf Eine Kammer zu bestimmen, wodurch die für den Sanat festgesetzten Wahlmodalitäten des Mai entfallen und das provisorische Wahlgesetz einer neuen Prüfung unterzogen werden muß. So wenig es für die Minister, welche die Verantwortlichkeit ablehnen, so fühlen sie doch durch diese Vorgänge und durch ihren Schritt die Kraft und die Mittel gehoben, wodurch ihre Dienste der Krone zur Stütze dienen können. Ihr Pflichtgefühl hat ihnen daher die unabweisliche Nothwendigkeit auferlegt, die ihnen anvertrauten Ministerien in die Hände Sr. Majestät niederzulegen, um den Monarchen in den Stand zu setzen, sich mit Räthen zu umgeben, welche sich einer allgemeinen und kräftigen Unterstützung erfreuen."

Der bisher noch bestandene Hofkriegsrath ist aufgelöst und die Vereinigung der obersten Centralkriegsverwaltung im ganzen Umfange in dem Kriegsministerium angeordnet werden. Der Hofkriegsrath und dessen Amtswirksamkeit wird demgemäß mit dem Letzten d. M. aufhören.

Wien, 18. Mai. „Heute in der neunten Abendstunde ist dem Ministerium die mündliche unerwartete Mittheilung zugekommen, daß

Digitized by Google

Se. Maj. der Kaiser als Gesundheitsrücksichten in Begleitung der Kaiserin und des durchlauchtigsten Erzherzogs Franz Karl sammt seiner erlauchten Gemahlin und drei Prinzen die Residenz verlassen und die Route nach Innsbruck eingeschlagen habe. Das unterzeichnete Ministerium, welches die Gründe und näheren Umstände dieser Reise nicht kennt, steht sich verpflichtet, dieselbe zur Kenntniß der Bevölkerung zu bringen. Dasselbe hat es als seine erste Pflicht erkannt, in der Person des Oberkommandanten der Nationalgarde, Grafen Hoyos, eine vertrauenswürdige Person, an Se. Majestät sogleich in der Nacht abzusenden und die dringende Bitte zu stellen, daß die Bevölkerung durch die Rückkehr des Kaisers oder durch eine offene Darstellung der Gründe, welche dieselbe unmöglich machen, beruhigt werde. Derselbe dringende Wunsch wird dem Hrn. Erzherzog durch die Absendung des Präsidenten Grafen Wilczek vorgetragen werden. — Der Ministerrath erkennt ebenso in diesem wichtigen Augenblick die heilige Pflicht des Interessen des Vaterlandes seine ungetheilte Sorge und Aufmerksamkeit zu widmen und unter seiner Verantwortung so zu handeln, wie es die Umstände erheischen. Die Unterstützung der Mitbürger und aller Gutgesinnten wird ihn in den Stand setzen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuhalten und zur Beruhigung der Gemüther beizutragen. Was über dieses Ereigniß zur Kenntniß der Minister gelangt, wird jedesmal getreu und vollständig zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden, sowie dieselben, sobald sie directe Aufträge oder Mittheilungen von dem Monarchen erhalten, dieselben veröffentlichen werden. Wien, am 17. Mai 1848. Die interimistischen Minister: Pillersdorf. Sommaruga. Krauß. Latour. Doblhoff. Baumgartner." Diese Kundmachung von der Abreise des Kaisers ist heute Morgen wie ein Blitz auf Wien gefallen. Niemand hatte daran gedacht, wie viel auch in den Tagen vorher von einer Uebersiedelung des Kaisers nach Prag die Rede gewesen. Jetzt schien dies vorbei, man sprach wohl von dem Eindruck, welchen die Stumpfetition auf die Provinzen machen würde, man war in dieser Hinsicht auf Bedrohliches gefaßt, aber daß der Kaiser jetzt nach einer solchen Katastrophe plötzlich gehen würde, das hat Niemand erwartet. Der Eindruck in Wien ist ungeheuer; Wien fühlt sich im Leben bedroht, und wenn jetzt den jungen Ultras einfallen sollte, von Republik zu sprechen, so fände uns ein furchtbares Dreinschlagen dieser, dessen Ausgang keinen Augenblick zweifelhaft. (A. Allg. Z.)

Wien, 18. Mai. Der A. Z. schreibt man: Die hies. Ereignisse verlaufen, wie zu erwarten stand. Ein Ruf geht durch die angefüllten Straßen: es muß ein Ende nehmen mit diesen Excessen der Freiheit, wir wollen die Freiheit, aber mit unserm Kaiser, wir wollen die wahre konstitutionelle Monarchie. Alle Genossenschaften, alle Streitkräfte haben sich vereinigt zu diesem Zweck, das Centralkomitè ist aufgelöst, und unter der Präsidentschaft Montecuculi's ist es in einen Sicherheitsausschuß verwandelt, die Journalisten und Volksredner, welche den Uebertreibungen das Wort gesprochen, werden verhaftet, und es ist mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen, daß diese Krisis zu heilsamer Ordnung führen werde. Ein vorlauter junger Mann hat die Vorwegnahme und Unkenntniß des Terrains gehabt, in der Maria-Hilfer Vorstadt Republik ausrufen zu wollen. Dies hat er beinahe mit seinem Leben gebüßt, das Volk hat ihn aufhenken wollen, und mit Mühe ist er aus dem Getümmel gerissen und verhaftet worden. (!) Man erwartet, daß der Kaiser zurückkehren werde, sobald ihm das Ministerium die Nachricht geben kann, es sei die konstitutionelle Ordnung hergestellt.

Töplitz, 15. Mai. Wenn die Deutschen in Prag, aus ihrer Versunkenheit sich aufraffend, nur den hundertsten Theil jener Energie und rastlosen Thätigkeit der Czechen besäßen, so wären die von letzteren drohenden Gefahren leicht abzuwenden, da das czechische Landvolk bisher diese nationalen Konflikte mit gleichgiltigen Augen betrachtet. Bald aber wird auch dieses sich ändern; denn während die deutsche Presse in Prag mehr beschränkt ist, als unter der Censur, da der Redakteur der vorigen konstitutionellen Zeitung fortwährend mit Konfiscirung oder gar Todtschlag bedroht wird, ist die Czechenpartei unermüdlich in Bearbeitung des Landvolkes durch Emissäre, welche auffreizende Zeitungsartikel, Flugblätter und Spottgedichte gegen die Deutschen und namentlich gegen das Frankfurter Parlament verbreiten. Ein sonder verbreitetes Machwerk dieser Art sucht das Landvolk gegen die Wahlen für Frankfurt mit dem Vorgeben aufzureizen, daß die Macht des Kaisers in Frankfurt beschränkt werden solle, weil er die Aufrechung der Robot bewilligt habe und das Parlament den ferneren Fortbestand derselben zu bewirken suche. Bei dem gesunkenen Ansehen der Behörden, und da die czechische Geistlichkeit größtentheils mit den Prager Fanatikern im Bunde steht, ist es sower, den gemeinen Mann über dieses Lügengewebe aufzuklären. — Die in den deutschen Kreisen zum Theile beendigten Wahlen für Frankfurt sind in Egern auf Hrn. v. Sommaruga in Wien, in Leitmeritz auf Moriz Hartmann und in Rumburg auf D. Kreuzberg in Prag gefallen. (K. Z.)

* Bozen, 18. Mai. Am 14. d. fiel an der Grenze von Jubikarien ein neuerliches Gefecht mit den Italienern vor. Diese rückten nämlich mit 1000 — 1200 Mann in zwei Kolonnen über den Castaroback gegen Darzo, einen Weiler unweit Storo, vor, wobei sie auf unsere Plänkler ein Kartätschenfeuer aus Haubitzen eröffneten. Ihre Schüsse waren aber sämmtlich zu hoch gerichtet, nach dreistündigem Gefechte nahmen die Unsern wieder ihre frühere Stellung bei Darzo ein, wobei sie nur einen Gemeinen des 3. Jägerbataillons verloren. Dem Feinde, dessen ganze Stärke von einem Augenzeugen des Regiments Haugwitz auf 1800 — 2000 Mann angegeben wird, sind 21 Leute getödtet und wenigstens ebenso viele verwundet. Aus Lairs vernehmen wir den Tod des Oberlieutenants der 2. innsbrucker Studentenkompagnie Dr. Stolter. Obwohl er nicht den Kugeln der Feinde, sondern einem plötzlichen Krankheitsanfall erlag, zählen wir ihn doch zu denen, die ihr Leben für das Vaterland geopfert, da ihn das tödtliche Uebel in Folge der Anstrengungen seines Dienstes und der ungewöhnlich gesteigerten Hitze ergriffen hatte; wir verloren an ihm einen der glühendsten und aufrichtigsten Vorkämpfer der Freiheit. Erzherzog Johann eilte mit 4 Majors aus Trient herbei, um sich an die Spitze derer zu stellen, die ihm die letzte Ehre erwiesen. Die Einnahme von Torrisio durch die Oesterreicher, wovon ich Ihnen jüngst berichtete, bestätigt sich auch durch spätere amtliche Nachrichten. Auch Verona sind, wie wir aus ganz verläßlicher Quelle vernehmen, bereits Friedensunterhandlungen in Betreff Oberitaliens eingeleitet. Hiemit stimmt auch eine jüngst von der Kriegskanzlei in Trient hier eingetroffene Anordnung mit der ferneren Bildung von Schützenkompagnien inne zu halten.

Innsbruck, 19. Mai 9¾ Uhr Abends. Soeben kömmt ein Kurier von Wien (Salzburg?) mit der Nachricht, Se. Maj. der Kaiser werde alsbald hier ankommen. Die ein Lauffeuer verbreitet sich diese Kunde durch die ganze Stadt. Trommler eilen durch die Straßen und rufen Bürger und Nationalgarden unter die Waffen, alle Fenster werden beleuchtet, ein Korps Bürger versieht sich mit Fackeln und zieht dem Kaiser entgegen. Die kaiserlichen Gemächer in der Burg werden eiligst zur Aufnahme Ihrer Majestäten in den Stand gesetzt. Ungeheure Menschenmassen sammeln sich auf dem Rennplatze vor der Burg, um das geliebte Herrscherpaar zu sehen. 10½ Uhr Nachts. Unter unbeschreiblichem Jubel ziehen Ihre Majestäten in unsere wie durch einen Zauberschlag beleuchtete Stadt ein. Mit denselben kommen J. M. die Kaiserin Mutter, der Erzherzog Franz Karl, Thronfolger, die Erzherzogin Sophie mit zwei kleinen Prinzen und dem Oberhofmeister Grafen Bombelles. Die Berge wiederhallen von dem endlosen Jubel der zahllosen Menschenmassen, während im Burghof das Musikkorps der Bürgergarde die Volkshymne spielt. (Allg. Z.)

Preußen. Berlin, 18. Mai. Die Verhandlungen mit Dänemark sind wieder in eine andere, nicht eben friedliche Phase getreten. Die Dänen haben den von England angebotenen Waffenstillstand nicht angenommen. Sie wollen Alsen und das Norden Schleswigs noch immer behalten. Endlich weigern sie sich hartnäckig, die Schäden des Embargo zu ersetzen. Wenn sie Eide und Meser nicht mehr bloßren, so ist das eine Demonstration zu Gunsten Englands und Rußlands. — Der Prinz von Preußen wird in einem Briefe den Empfang des Dokuments, welches ihn einladet, den Verhandlungen über das Verfassungswerk beizuwohnen, anzeigen und in demselben Briefe seine Zustimmung zu dem konstitutionellen Princip aussprechen. Diesen unter Ministerverantwortlichkeit des Ministeriums genehmigten Brief wird der „Staats-Anzeiger" veröffentlichen. — Der Gesetzentwurf über die Verfassung wird vor dem Zusammentritt der Versammlung veröffentlicht werden. So wenigstens wird versichert. (K. Z.)

Mülheim a. d. R., 9. Mai. Kaum hatten die Wahlmänner des 29. Bezirks der königlich preußischen Rheinprovinz erfahren, daß Jakob Grimm bei der Wahl der Abgeordneten für die deutsche National-Versammlung bisher außer Acht gelassen sei, als sie mit freudiger Begeisterung die Gelegenheit ergriffen, bei der heutigen Wahl ihres Abgeordneten gegen jenen Ehrenmann die heilige Pflicht der Anerkennung zu erfüllen, und es bedurfte nur der Nennung seines Namens, um ihm noch wenige Minuten vor der Wahl die überwiegende Majorität zu verschaffen. (K. Z.)

Posen, 17. Mai. Der k. Kommissär, General der Infanterie, v. Pfuel, hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: „Nachdem ich durch meine Bekanntmachung vom 12. d. Mts. die Grenzlinie zwischen dem dem deutschen Bunde einzuverleibenden und dem zu reorganisirenden Theile des Großherzogthums Posen vorläufig bezeichnet

Digitized by Google

habe, soll nunmehr sofort zur Errichtung der für den letztern Theil zu bildenden neuen Regierung geschritten werden. Zum Präsidenten derselben ist der Rittergutsbesitzer Dr. v. Krasjewski ernannt, welchen ich ersucht habe, dieses Amt unverzüglich zu übernehmen. (Pos. Z.)

Auffallend ist die jetzige Politik, welche die Waschauer Zeitungen in Betreff der Vorgänge in den preußischen und österreichischen Antheilen Polens seit einiger Zeit beobachten. Ohne Rücksicht theilen sie diese Vorgänge in solcher Weise mit, daß dadurch das Verfahren der preußischen Behörden in Posen und der österreichischen Behörden in Gallizien in sehr gehässigem Lichte erscheint. Kein Faktum wird übergangen, das eine Mißhandlung der Polen von Seite der gallizischen oder Posener Behörden oder von Seite des Militärs konstatirt. Will man damit einen den Polen im Königreiche sagen: „Sehet, so werden Eure Brüder in den durch seine Humanität gerühmten Preußen und Oesterreich behandelt; habt Ihr es da nicht viel besser unter dem Scepter des Czaren?“ (D. A. Z.)

# Aus Rheinbalern. In der Blüthezeit des Adel'schen Regiments (3. März 1844) erging bekanntlich eine k. Verordnung, wodurch den verdorbtlichen Folgen des Uebermaßes der Tanzmuſiken und Freinächte gesteuert werden sollte. Der Art. 1 der Verordnung bezeichnet längere Zeiten, z. B. vom Sonntage im Advent bis zum Feste der Erscheinung des Herrn, und viele kirchliche Feiertage, unter andern sämmtliche Frauentage, die Bet- und Bußtage, an welchen und an deren Vorabenden das Abhalten der Tanzmuſiken untersagt ist. Außer diesen „geschlossenen Zeiten“ sollen Landesluſtigungen nur mit Erlaubniß der Distrikts-Polizeibehörden stattfinden und sich nicht über die Polizeistunde erstrecken. Diese wird in Städten auf 11 Uhr, in den Landgemeinden auf 10 und 9 Uhr festgesetzt. Diese Bestimmungen sollen sich sogar auf geschlossene Vereine erstrecken, und die zuwiderhandelnden Wirthe und Gastgeber nicht bloß von dem Polizeigerichte bestraft, sondern auch denselben im Wiederholungsfalle die Erlaubniß gänzlich entzogen werden! Diese Verordnung machte allenthalben den peinlichsten Eindruck. Sie wurde einerseits als neues Zugeständniß an die Priesterpartei, als würdiges Seitenstück zu der hadrevollen Kniebeugungsfrage, zu der Erlaubniß des Herumjehens der Processionen in den Straßen ꝛc. betrachtet; andererseits erblickte man darin die folgerichtigen Bestrebungen des Polizeistaates, die „Unterthanen“ sogar in ihren Vergnügungen von der Gnade der Staatsobrigkeitsherrschaft abhängig zu machen. Durch eine weitere allerhöchste Verordnung von demselben Tage ist sodann die Gendarmerie angewiesen, die nach der Polizeistunde anwesenden Gäste mittelst Zwanges auszutreiben, zu diesem Behufe in Abwesenheit des Polizeibeamten zur einstweiligen Verwahrung in ein hiefür bestimmtes öffentliches Gebäude zu bringen. Der gesetzeskundige Vaterlandsfreund beklagte in dieser Verordnung den tiefen Eingriff in die gesetzlich gewährleistete persönliche Freiheit und eine wirkliche Verletzung der Institutionen des Reichs, weil wegen Polizeiübertretungen eine Verhaftung der Person überall unzulässig ist, und der Gendarmerie diese Befugniß gesetzlich weder zusteht, noch auch eingeräumt werden durfte. Der Landrath der Pfalz sprach in seinem besonderen Protokolle des Jahres 1844 (Seite 1) in diesem Sinne die Besorgniß der Provinz unverhohlen aus und verlangte Abhilfe; in wie haben erfahren, daß pflichtgetreue Beamte den Vollzug dieser Verordnung der k. Kreisregierung als ungesetzlich bezeichneten. Natürlicher — vielmehr unnatürlicher — Weise wurde hierauf keine Rücksicht genommen und die Fälle, wo diese Bestimmungen zum Vollzuge kamen, haben große Erbitterung hervorgerufen. War es nun die Aufgabe der neuen Staatsminister, das Unrecht und die Sünden der Vorgänger gut zu machen, so hätten vor Allem diese zwei Verordnungen zurückgenommen werden müssen. Zum allgemeinen Befremden bringt dagegen das Amtsblatt (Nr. 35) des Kreises eine von Thon-Dittmer gegengezeichnete k. Verordnung, worin die Polizeistunde zwar weiter hinausgeschoben, dagegen die übrigen Bestimmungen der Verordnung vom 3. September 1844 in allen Punkten aufrecht erhalten werden sind. Es ist einleuchtend, daß hierdurch die Hoffnungen und Erwartungen, die sich an die Namen der neuen Staatsminister knüpften, bedeutend herabgestimmt werden müssen, in dem jedenfalls ein Maßstab vorliegt, wie sich das neue Regierungssystem gegen das frühere zu verhalten beabsichtigt. Das Volk wird am Ende auch in allen Fragen sein Recht fordern und durchsetzen müssen. Bei dieser Gelegenheit sprechen wir hier den Wunsch aufgeklärter Katholiken, vielleicht des größten Theiles der Bevölkerung aus, daß für den herannahenden Frohnleichnamstag das Herumziehen der Processionen in den Straßen abgestellt und der frühere Zustand wieder eingeführt werde. War man doch von Anfange an der Ansicht, daß die Priesterpartei diese Schaugepränge nicht etwa aus religiösen Triebfedern begehrte und durchsetzte, sondern um die „herrschende Kirche“ und ihren mächtigen Einfluß dem Volke vor Augen zu führen.

**Würtemberg.** Stuttgart, 17. Mai. Im Fürstenthume Hohenzollern-Sigmaringen haben sich republikanische Bewegungen gezeigt, worauf die dortige Regierung von Baiern eine militärische Unterstützung verlangt und erhalten hat. Ein Bataillon Baiern ist bereits im Sigmaringen'schen eingerückt. (K. Z.)

**Baden.** Δ Mannheim, 22. Mai. Nachdem schon am 10. d. der Kriegszustand aufgehoben war, wurden am 18. die Privatwaffen zurückgegeben, am 19. zog die churhessische Kavallerie (Husaren) und Artillerie, am 20. Infanterie und Jäger, im Ganzen etwa 1300 Mann ab. Dadurch ist eine wesentliche Erleichterung in der Last der Einquartierung eingetreten; dennoch wurde der Abzug dieser Truppen allgemein bedauert, so sehr hatten diese sich die allgemeine Achtung und Liebe der Einwohnerschaft unserer Stadt zu gewinnen gewußt. Man ist so völlig von dem Vorurtheil gegen z. g. „fremde Truppen“ zurückgekommen, daß man sie sehr gern als ständige Garnison behalten hätte. Man hört jetzt sogar mit Bedauern von dem nahe bevorstehenden Abzug der Nassauer sprechen, während, wie bekannt, die hiesigen Excesse ihren Ausgangspunkt in einer Unverträglichkeit eines ihre geleiteten Theils der hiesigen Einwohner mit diesen durch freien Sinn und treffliche Mannzucht gleich ausgezeichneten Truppen fanden. Sollte in dieser Erfahrung nicht ein Wink für die deutschen Regierungen oder für die Bundesmilitärkommission liegen, die Kantonirungen der Truppen auch in Friedenszeiten nicht auf die Grenzen des eigenen Landes zu beschränken, oder wenigstens die zu einem Armeekorps gehörenden Truppen ohne Rücksicht auf die besondern Landesgrenzen kantoniren zu lassen? Dadurch würde die Idee der Einheit des Gesammtvaterlandes dem Volke weit näher gebracht, als durch alle Zeitungsartikel, und es thut in der That große Noth, dem Partikularismus (dem Kantönligeist) der auch bei uns Deutschen noch sehr tief sitzt, kräftig entgegenzuwirken, wenn durch die deutsche Nationalversammlung auch nur einiger Maßen das erreicht werden soll, was alle aufrichtigen Patrioten so schnlichst wünschen. — Gestern wurde dahier die Frier der Parlamentseröffnung begangen. Die Stadt war durch viele Fahnen aufs Freundlichste geschmückt. Im Theater wurde eine Festoorstellung gegeben, das deutsche Volkslied gesungen, eine Standrede gehalten. — Alles sehr schön — aber es war gemacht — die Begeisterung fehlte. Die Volksmassen für die heutige Feste gehen auch spärlich ein; das mag wohl die unglaubliche Stockung aller Geschäfte und jeden Handels verschulden. Denn vor 6 Monaten ertrug die Sammlung für die Schweizer über 800 fl. Dabei fällt uns ein, daß von der Ablieferung dieser Gelder an ihre Bestimmung noch nirgends Erwähnung geschehen ist. Sollten sie gar nicht dorthin gelangt sein? Es wäre wohl endlich an der Zeit darüber Aufklärung zu ertheilen.

= Vom Rhein, 21. Mai. In dem Augenblick, wo der baierische Entwurf eines Reichsgrundgesetzes sich dem Streben nach einer einigen und starken Bundesverfassung mit aller Offenherzigkeit entgegengestellt, tauchen auch auf einer andern Seite diesselben Meinungen des Partikularismus auf, nämlich in Hannover. Minister Stüve, der wegen seines ehrenwerthen Widerstandes gegen die Gewaltstreich von 1837 sich bisher eines populären Rufes erfreute, ohne sonst oder auch neuerlich als Staatsmann durch ein besonders freisinniges Auftreten sich bemerklich gemacht zu haben, hat in der hannoverschen Kammer sich ausführlich über das ausgelassen, was sich dem Zusammentreten des Vorparlaments in der deutschen Verfassungsangelegenheit geschehen ist oder noch zu erwarten steht. Wie wollen zwar nicht Alles bertreten, was der Fünfzigerausschuß gethan oder in offener Verkennung seiner wahren Stellung versucht hat, aber daß ein Staatsmann die öffentlichen Dinge in Deutschland so schief auffassen und in so übertriebener Weise schildern kann, das ist bedauerlicher als alle Uebergriffe des Fünfzigerausschusses. Stüve entwirft eine Schilderung unserer Zustände, wie man sie bisher nur von der radikalsten Seite als Alarmmittel vernommen hat; er wirft Vorparlament, Fünfzigerausschuß und den Aufruf in Baden, Alles in einen Sack und spricht darüber ganz im Tone der Leute, die seit dreißig Jahren Reform, Revolution und Anarchie über einen Kamm zu scheren gewohnt waren. Doch das sind abgemachte Dinge, und wir wollen dem hannoverschen Minister sein eigenes Urtheil nicht mißgönnen über Verhältnisse, die bereits der Geschichte angehören. Viel bedenklicher ist das, was er über die Gegenwart und Zukunft der deutschen Verfassungsangelegenheit ausspricht; gerade so schroff und eigensinnig wie Baiern, will er hier die besondere hannoversche Glückseligkeit gegenüber der neuen deutschen Einigung und Umgestaltung festhalten. Der Verfassungsentwurf der Vertrauensmänner, lange die Zielscheibe

Digitized by Google

der Angriffe von der äußersten Linken, wird jetzt auch von hoher und höchster Seite bitter angefochten, und merkwürdiger Weise stimmt die alte Politik, der Republikanismus und die Anarchie gerade in dem Hauptpunkte — der Frage über die deutsche Centralgewalt — ziemlich überein. Auch Stüve meint: die Bestimmung über das Kaiserthum sei unausführbar, ein deutscher Regent mit dieser Macht werde nie von den Fürsten anerkannt werden, das alte Föderativverhältniß werde damit ganz vernichtet. Das Letzte ist unzweifelhaft richtig, nur ist es zu wundern, daß der hannoversche Staatsmann erst jetzt auf diese Entdeckung kommt; ob das Erste richtig ist, müssen wir erst abwarten, und die nahe Zukunft wird entscheiden, was mehr ins Gewicht fällt, die Einigungsbestrebungen der deutschen Nation oder der Partikularismus einzelner Dynastien und ihrer Minister. Stüve scheint sich aber zu einem förmlichen Widerstand zu rüsten; fehlt ja doch hinter ihm, wie er unverholen andeutet, das hannoversche Interesse. Er prophezeit von einem einheitlichen System des Zollwesens den innern Krieg, er sieht schon das „muthige, tapfere Küstenvolk" sich den deutschen Reichsgolbehörden widersetzen, er erschrickt vor dem Gespenst einer Centralisation, das allerdings in der bisherigen Misere unserer deutschen Zustände uns nicht Viel zu schaffen gemacht hat. Er sieht die Nationalversammlung von äußern Gefahren und Terrorismus bedroht, er will ihre konstituirende Gewalt ansechten und appellirt schließlich an die „braven Hannoveraner, die ihren König noch nie verlassen hätten und ihn auch jetzt nicht verlassen würden." Unzweideutiger kann die Sonderbündelei nicht reden; dieses Vorschieben partikularer Interessen, dieser Ausfluß gegen die Tyrannei einer Centralgewalt, diese Berufung an die Unterthanenpflichten gegen die Dynastie — das Alles haben wir in Deutschland oft und viel erlebt — es ist die Politik, durch die wir zu den berühmten Verträgen von Münster und Osnabrück, von Luneville, Preßburg und Tilsit gelangt sind. Sie hat nur in Wenigem den technischen Ausdruck gewechselt, sie träumt auch heute noch von einer baierischen oder hannoverschen, einer wittelsbachschen oder guelfischen Herrlichkeit und sieht gar nicht ein, daß die ungeheuere Mehrheit der Nation endlich begriffen hat, daß auch die Lostrennten inneren Freiheiten schutzlos und kraftlos sind, ohne eine starke äußere Einheit. Die innern Freiheiten sind uns jetzt zugesagt oder verbürgt, es gilt nur, sie zu erhalten; die äußere Einheit haben wir erst zu erringen, und wer sich dem widersetzt, stellt sich ganz auf den Standpunkt der alten Reaktion, über die die Weltgeschichte jetzt gerichtet hat. Mit fürchten jetzt die Reaktion nicht, die uns etwa die freie Presse, oder das Vereinsrecht oder die Volksbewaffnung einst schönen Morgens wieder nehmen wollte; wir begreifen es auch nicht, wie man Sturm läuten mag durch die deutschen Gauen, wenn ein hessischer Bundestagsgesandter ein Promemoria vorlegt, aber die Reaktion ist ernster Art, die gleich am ersten Tage, wo die Nationalversammlung zusammentritt, ihre Antipathie gegen ein deutsches Verfassungswerk mit so kraniger Offenherzigkeit an den Tag legt. Diese Reaktion, die sich dem lautesten Rufe der Zeit störrig verschließt und statt einer harmonischen deutschen Konstitution die alte deutsche Konfusion verewigen möchte, diese Reaktion, wie sie an der Ifar und an der Leine, und wohl auch anderwärts bereits ihr Haupt mächtig emporhebt, wird hoffentlich in der Nationalversammlung wie im Volke die rechte Antwort finden. Die Herren, die uns da ein neues politisches Monstrum, halb Bundesstaat, halb Staatenbund zurecht machen möchten, haben uns dem Ausgang des Aufruhrs in Baden ohne allen Grund größere Hoffnungen geschöpft; wollte man dort keinen Sonderbund, so will man auch anderwärts das nationale Gebäude nicht durch partikularistische und dynastische Interessen untergraben sehen. —

**Hessen.** * Mainz, 22. Mai. Tiefe Bestürzung herrscht in Mainz wegen einer gestern Abend hereingebrochenen Katastrophe. Mainz war gestern Abend zwischen 7 und 12 Uhr ein Schlachtfeld, wo Bürger dem preußischen Militär gegenüberstanden, wo viel Blut floß, wo es Todte von beiden Seiten und viele Verwundungen setzte. Die Veranlassungen bestanden in Wirthshaus-Skandal und Reibungen, die sich schon seit einigen Tagen bloß auf die Wirthslokale beschränkten, die sich aber seit gestern zu einem erbitterten, allgemeinen Kampf ungestaltet haben. Der Hauptkampf war in der Gegend des Marktes und in der Ludwigsstraße, und er wurde von Seite der Bürger und des Militäres mit großer Erbitterung geführt. Das Gouvernement setzte die Festung auf der Stelle in Kriegszustand und drohte mit Beschießung der Stadt, wenn die Bürger nicht sogleich die Waffen ablieferten. Dieses ist theilweise schon in der Nacht geschehen und wird diesen Morgen fortgesetzt. Man wird von Seite der Bürger heute beim Parlament in Frankfurt verlangen, daß das preußische Militär entfernt werde. Die österreichischen Truppen sind ganz unbetheiligt bei diesem Kampfe. Ich fürchte, daß wir noch nicht am Ende dieser Katastrophe sind. Ich schreibe Ihnen diesen Brief, ohne zu wissen, ob die Post befördert wird; gewiß ist, daß kein Dampfschiff abgehen darf. Ohne Feind vor der Festung sind wir in Mitte des Kriegszustandes, die Thore sind geschlossen.

**Schleswig.** Rendsburg, 19. Mai. Hier ist folgende Verfügung der provisorischen Regierung, betreffend die Aufhebung des Embargo auf dänische Schiffe, erschienen: „In Uebereinstimmung mit dem in der 49. Sitzung des deutschen Bundestags gefaßten Beschluß, daß, wenn gleich dänischer Seits auf deutsche Schiffe Embargo gelegt, doch von Bundes wegen eine gleiche Maßregel allgemein nicht anzuwenden sei, verfügt die provisorische Regierung hierdurch, daß es in den Herzogthümern Schleswig-Holstein nach Maßgabe des gedachten Beschlusses zu verhalten sei und hebt demnach das auf dänische Schiffe bereits gelegte Embargo wiederum auf. Rendsburg, den 18. Mai 1848. Die provisorische Regierung. Beseler. F. Reventlow. J. Bremer."

**Frankfurt**, 20. Mai. Die in österreichisch Schlesien gewählten Abgeordneten zur konstituirenden Nationalversammlung sind hier eingetroffen. Die Bestrebungen der Tschechen, Schlesien von Deutschland abwendig zu machen, sind somit thatsächlich abgeschlagen. (Fr. O. P. A.)

Von Frankfurt, 22. Mai, meldet das dortige Journal: Folgendes wichtige Schreiben ist gestern Abend durch außerordentliche Gelegenheit dahier eingetroffen: **Wien**, 18. Mai. Heute blieb die Börse geschlossen, in Folge der plötzlichen Abreise des Kaisers und der kais. Familie nach Innsbruck und der darauf angedrochenen Wuth gegen alle Redakteurs aufreizender Blätter und die Urheber der vorgestern stattgehabten Sturmpetition. Die Stimmung ist eine sehr beruhigende, und hoffentlich wird zum Ruhe und Ordnung Volkes widerkehren und sich angeführt erhalten. — Folgende Proklamation ist erschienen: „Das Centralkomité der Nationalgarde erklärt, daß es bei seinem unerschütterlichen Zutrauen in die Gesinnung des Ministeriums alle Maßregeln, welche dasselbe im gegenwärtigen Augenblicke der Gefahr zu ergreifen für gut findet, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln unbedingt und auf das Kräftigste zu unterstützen bereit ist. Dr. Hruby, prov. Präsident."

**Schweiz.**

☽ **Bern**, 20. Mai. Die Berathungen der Tagsatzung über die Bundesverfassung sind bis zu §. 18 vorgerückt. Die Artikel lauten nun also: Art. 5. Der Bund gewährleistet den Kantonen ihr Gebiet, ihre Souveränität innerr der Schranken des Art. 3, ihre Verfassungen, die Freiheit und die Rechte des Volkes der Bürger, gleich den Rechten und Befugnissen, welche das Volk den Behörden übertragen hat. Art. 6. Zu diesem Ende sind die Kantone verpflichtet, für ihre Verfassungen die Gewährleistung des Bundes nachzusuchen. Der Bund übernimmt diese Gewährleistung, insofern: a) sie nichts den Vorschriften der Bundesverfassung Zuwiderlaufendes enthalten; — b) sie die Ausübung der politischen Rechte nach republikanischen — repräsentativen oder demokratischen — Formen sichern; c) sie von der Mehrheit der Bürger angenommen werden; d) die Nachweisung erfolgt, daß sie revidirt worden können, wenn die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Bürger es verlangt. — Art. 6. Besondere Bündnisse und Verträge politischen Inhalts zwischen den Kantonen sind untersagt. Dagegen steht ihnen das Recht zu, Vereinbarungen über Gegenstände der Gesetzgebung, des Gerichtswesens, der Verwaltung unter sich abzuschließen; jedoch haben sie dieselben der Bundesbehörde zur Einsicht vorzulegen, welche, wenn diese Vorkommnisse etwas den Rechten des Bundes oder anderer Kantone Zuwiderlaufendes enthalten, deren Vollziehung zu hindern befugt ist. Im entgegengesetzten Falle sind die betreffenden Kantone berechtigt, zur Vollziehung die Mitwirkung der Bundesbehörden anzuforchen. Art. 8. Dem Bunde allein steht das Recht zu, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und Staatsverträge, namentlich Zoll- und Handelsverträge mit dem Auslande einzugehen. Art. 9. Den Kantonen bleibt die Befugniß, Verträge über Gegenstände der Oekonomie, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei mit dem Auslande abzuschließen; jedoch dürfen dieselben nichts dem Bunde oder den Rechten anderer Kantone Zuwiderlaufendes enthalten. Art. 10. Der amtliche Verkehr zwischen Kantonen und auswärtigen Regierungen und deren Vertretern findet durch Vermittlung des Bundesraths Statt. Ueber die in Art. 9 bezeichneten Gegenstände können jedoch die Kantone mit den untergeordneten Behörden und Beamten eines auswärtigen Staates direkt in Korrespondenz treten. (Ein Antrag Berns, daß der Nuntius weltlichen Standes sein müsse, wird nur von Freiburg unterstützt.) — Art. 11. Es dürfen keine Militärkapitulationen mit auswärtigen Staaten abgeschlossen werden. Art. 12. Die Mitglieder der Bundesbehörden, die eidgenössischen Civil- und Militärbeamten und die eidenöß.

Digitized by Google

Repräsentanten oder Kommissarien dürfen vom Ausland weder Pensionen oder Gehalte, noch Titel, Geschenke oder Orden annehmen. — Sind sie bereits im Besitze von Pensionen, Titeln oder Orden, so haben sie für ihre Amtsdauer auf den Genuß der Pensionen und auf das Tragen der Titel und Orden zu verzichten. Untergeordneten Beamten und Angestellten kann jedoch vom Bundesrath der Fortbezug von Pensionen bewilligt werden. Art. 13. Der Bund ist nicht berechtigt, stehende Truppen zu halten; doch soll durch diese Bestimmung den für die Instruktion des Bundesheeres erforderlichen Einrichtungen auf keine Weise vorgegriffen sein. Ohne Bewilligung der Bundesbehörde darf kein Kanton oder in getheilten Kantonen kein Landestheil mehr als 300 Mann stehende Truppen halten, die Landjägercorps (Gendarmerie) nicht inbegriffen. — Art. 14. Die Kantone sind verpflichtet, wenn Streitigkeiten unter ihnen entstehen, sich jeder Selbsthilfe, ja wie jeder Bewaffnung zu enthalten und sich der bundesmäßigen Entscheidung derselben zu unterziehen. Art. 15. Wenn einem Kantone vom Ausland plötzliche Gefahr droht, so ist die Regierung des bedrohten Kantons verpflichtet, andere Kantone zur Hilfe zu mahnen, unter gleichzeitiger Anzeige an die Bundesbehörde und unverzüglich den späteren Verfügungen dieser letztern. Die gemahnten Kantone sind zum Zuzug verpflichtet. Die Kosten trägt die Eidgenossenschaft. Art. 16. Bei gestörter Ordnung im Innern, oder wenn von einem andern Kanton Gefahr droht, ist die Regierung des betreffenden Kantons befugt, andere Kantone zu Hilfe zu mahnen und die gemahnten Kantone sind zu Hilfeleistung verpflichtet. Der Bundesrath ist aber sogleich hievon in Kenntniß zu setzen, damit er inner der Schranken seiner Kompetenz die erforderlichen Maßregeln treffen oder die Bundesversammlung einberufen kann. Wenn die Kantonsregierung außer Stande ist, Hilfe anzusprechen, oder wenn die Sicherheit der Schweiz gefährdet wird, so kann die kompetente Bundesbehörde von sich aus einschreiten. In Fällen eidgenössischer Intervention sorgen die Bundesbehörden für Beachtung der Vorschriften des Art. 5. Die Kosten trägt der mahnende oder die eidgenössische Intervention veranlassende Kanton, wenn nicht die Bundesversammlung wegen besonderer Umstände etwas Anderes beschließt. Art. 17. In den in den Art. 15 und 16 bezeichneten Fällen ist jeder Kanton verpflichtet, den Truppen freien Durchzug zu gestatten. Diese sind sofort unter eidgenössische Leitung zu stellen. Art. 18. Jeder Schweizer ist militärpflichtig. — Unser Großer Rath ist in großer Verlegenheit, da er an die Stelle des ausgetretenen Erziehungsdirektors K. W. Snell einen geeignete Oberrichter Müller die Wahl nicht angenommen hat. Herr Schneider hat das Schulwesen, besonders die höhern Anstalten in einem elenden Zustande zurückgelassen, und es gehört eine bedeutende geistige Kraft dazu, in dieses pädagogische Chaos Ordnung und Gestalt zu bringen, zumal es am Nothwendigsten, am Geld, fehlt. Jeder schent sich, dieses Pensum zu übernehmen, und die wenigen Männer, welche dieser Aufgabe gewachsen wären, sind wegen ihrer Politik unmöglich. — General Allemandi ist vorgestern Abend von Mailand mit einer geheimen Mission hier eingetroffen, wird aber alsogleich wieder in die Lombardei abreisen. An der Bündner Grenze wird es lebendiger. Die Oesterreicher befürchten einen Einfall ins Tirol und umgekehrt. Rechts und links häufen sich die Truppen an. Im Stiftser-Tauferthal stehen 11 Kompagnien; noch 2000 Mann sollen nachkommen; auf dem Stelvio sind ebenfoviel. Oberst Germer hat beiden Parteien eröffnet, daß wenn Bewaffnete, in welcher Absicht es auch sei, das schweizerische Gebiet beträten, er dieses als einen feindlichen Akt gegen die Eidgenossenschaft betrachten und demselben unmittelbare Waffengewalt entgegensetzen werde. Er koncentrirte deßhalb seine Truppen gegen das Münsterthal und begab sich selbst dorthin. — Die Zustände im Kanton Luzern werden täglich bedenklicher; großes Aufsehen erregte dort der Beschluß des Berner Großen Raths, nach welchem er der Luzernischen Verfassung die Anerkennung verweigert, weil in mehreren Artikeln derselben religiöse und politische Unduldsamkeit ausgesprochen sei.

## Schweden.

Stockholm, 12. Mai. Der k. Vorschlag wegen der zu Kriegsrüstungen erforderlichen Summe von 2 Millionen wurde gestern auch von dem Adel und dem Bauernstand genehmigt, doch nicht ohne Opposition. Der Kriegsminister gab zu erkennen, daß die Absicht sei nicht nur eine Demonstration zu machen, sondern die Truppen wirklich außer dem Lande anzuwenden. Heute hat der Staatsrath eine sechsstündige Sitzung unter dem Vorsitz des Königs gehalten. Man behauptet: die schwedischen Truppen seien bestimmt, die Inseln Fünen und Alsen zu besetzen, um der dänischen Armee Gelegenheit zu geben mit ihrer ganzen Stärke gegen die Deutschen vorzugehen. (Dem H. Korr. zufolge waren bereits schwedische Truppen in Kopenhagen angekommen).

## Großbritannien.

London, 18. Mai. Ereilt sist einiger Zeit hatten zwischen Hrn. Hume und den Lütern der Chartisten Verhandlungen stattgefunden, um eine gegenseitige Annäherung und Verständigung zu erzielen und gemeinsames Wirken zwischen Reformern und Chartisten anzubahnen. Zu diesem Zwecke hielten Einwohner der Grafschaft Middlesex in London eine Zusammenkunft, welcher gegen 1800 bis 2000 Personen beiwohnten. Lord D. Stuart, Sir B. Hall und de Lacy Evans hatten wegen Nichterscheinens Entschuldigungsschreiben eingesandt; namentlich mochte wohl den ersteganannten Lord, der zu den Demagogen der vornehmsten Sorte gehört, ein Grauen anwandeln bei dem Gedanken, mit Arbeitern in Schurzfellen und Zwillichjacken in nähere Berührung zu kommen. Bei dem Beginn der Versammlung ließen sich Polizeidiener blicken, die jedoch, auf ungefährtes Verlangen der Anwesenden, artig genug waren, den Saal zu räumen. Zuwiderst sprach Hr. Williams, früheres Mitglied ihr Coventry, welcher in einer längeren Rede nachzuweisen suchte, daß die große Masse des Volks durch die frühere Verfassungsreform Nichts gewonnen habe, daß die Lage der Arbeiter schlimmer sei, als je vorher. Die Whiggreformers hätten eine wohlfeile Regierung versprochen, wie wohlfeil diese gewesen, erkenne man daraus, daß seit 1834 zu der Nationalschuld nicht weniger als 35 Mill. Pf. Sterling hinzugekommen seien u. s. w. Im Verlaufe der Sitzung schlug nun Hr. Hume die bekannten vier Punkte der Rentreformer zur Annahme vor und motivirte sie ausführlicher, den vierten Punkt, Gleichheit der Wahldistrikte, z. B. damit, daß bei der jetzigen Eintheilung unter Andern Harwich mit 150 bis 180 Wählern gerade ebenso viele Vertreter ins Parlament sende als Tower Hamlets mit einer Bevölkerung von 400,000 Seelen. Die Berathung nahm nun einen sehr stürmischen Charakter an. Der hitzige Chartistenführer C. Jones drang darauf, daß die Ultras sich auf die gemäßigteren Vorschläge der Reuerformer: ein-, statt dreijährige Parlamente (wogegen Hume bemerkte, daß es in einem Jahre nicht möglich sei, den Geschäftsgang des Hauses kennen zu lernen), Wahlfähigkeit aller Familienväter, statt allgemeines Wahlrecht u. s. w. nicht einlassen dürften, ohne ihre Sache aufzugeben. Schließlich wurden jedoch die Vorschläge Hume's, wenn schon mit geringer Mehrheit, angenommen. Man muß nun abwarten, ob die Reureformer durch diese versuchte und nur halb gelungene Verbindung mit den Chartisten moralisch gewinnen oder nicht vielmehr ihrer Sache schaden und die Durchsetzung ihrer Plane erschweren werden.

## Frankreich.

Paris, 20. Mai. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ward noch festgesetzt, daß die Mitglieder der Regierung und der Nationalversammlung sich zu dem morgigen Feste auf dem Stadthause versammeln und längs der auf den Quais angestellten Linie der Nationalgarde und der Truppen sich nach dem Marsfelde begeben würden. Der Justizminister Cremieux zeigte zugleich an, daß die Nachricht der Journale, als habe ein Vertreter (Louis Blanc) die Erlaubniß erhalten, mit den Gefangenen in Vincennes zu kommuniciren, eine grundlose Erfindung sei. Solche Erlaubniß könne nur von dem Justizkommissärischer ertheilt werden, und erst dann, wenn die Lage der Untersuchung eine solche Begünstigung möglich mache. Die zwei erledigten Vicepräsidentenstellen der Versammlung (durch Recuris und Tavaignacs Annahme von Ministeportefeuilles) erhielten durch Stimmenmehrheit die Herren Arm. Marrast und Bethmont. General Cavaignac, gestern früh in Paris angekommen, hat sogleich das Kriegsministerium übernommen und war in der Sitzung bereits auf der Ministerbank.

Fortwährend kommen neue Detachements der Nationalgarde der Departements in Paris an, — der General Baraguay d'Hilliers, der die bewaffnete Macht um die Nationalversammlung kommandirt, hat die Anzeige erhalten, daß die Nationalgarden von Rômes, Avignon und Montpellier mit ihrer Artillerie auf dem Marsche nach Paris seien. —

Sofange der gegenwärtige Zustand der Krise dauert, hält jedes Bataillon der Nationalgarde täglich 500 Mann als Reservepiquet unter den Waffen, so daß auf das erste Signal 24,000 Mann stets bereit stehen.

Der Constitutionnel veröffentlicht heute wieder einen Brief mit der Unterschrift Blanquis, worin dieser trotzig versichert, er sei nicht entflohen, sondern befinde sich noch wie vor in Paris.

Louis Blanc, in die Kommission der Arbeit gewählt, hat erklärt, an den Berathungen derselben keinen Theil nehmen zu wollen.

Digitized by Google

Die Gerüchte über die Anwesenheit des Herzogs von Bordeaux am 15. in Paris, über ein legitimistisches Komplott, das aus den Schrecken des revolutionären Attentats vom 15. stegreich hervorgehen sollte, dauern fort und finden so vielen Glauben, daß die legitimistische Union sich heute zu einer Vertheidigung bewogen fühlt, in der sie vorzüglich nachzuweisen sucht, daß der General Courtais kein Legitimist sei. — (Der Vicomte Courtais diente unter der Restauration in der Königlichen Garde, war Adjutant-Major und erhielt den Ludwigsorden.)

Die heutige Nationalversammlung war ohne wesentliches Interesse; das einzige Bemerkenswerthe war, daß ein Abgeordneter (Duveur) Interpellationen über Polen und Italien angekündigt hat.

Straßburg, 22. Mai, 11 Uhr Morgens. Telegraphische Depesche. Paris, 21. Mai, 5 Uhr Abends. Der Minister des Innern an die Kommissäre der Republik. Das Fest ist prachtvoll; das schönste Wetter begünstigt die Feierlichkeit; der Enthusiasmus ist allgemein; mehr als 300,000 Bürger, Abgesandte der Departements, Nationalgarden, Linientruppen und Kavallerie, mobile Nationalgarden, verschiedene Arbeiterkorporationen u. s. w. sind vor den Mitgliedern der ausübenden Gewalt und den Repräsentanten des Volks vorüberdefilirt, unter dem Ruf: Es lebe die Republik! Es lebe die Nationalversammlung! Das Defiliren dauert noch fort. Die vollkommenste Ruhe ist keinen Augenblick gestört worden.

## Italien.

* Rom, 9. Mai. Gleich nach dem Erscheinen der Allokution vom 29. April reichten die Kommissäre von Sicilien, Venedig und der Lombardei dem Papst eine Adresse ein, welche von der kühnen Feder des P. Ventura abgefaßt, diesethe Wort für Wort widerlegt. Sie scheint mir bedeutend genug zu sein, um sie Ihnen auch in so bewegter Zeit, wo der Blick auf keiner Erscheinung der Art zu verweilen die Muße findet, in Uebersetzung mitzutheilen: „Heiliger Vater, Ein tiefer Schmerz ist auf das Herz aller braven Italiener, Eurer Kinder, gefallen, als sie die Allokution lasen, die Ew. Heil. in dem gestrigen Konsistorium abgehalten hat: wegen der Ansiegnungen, die sie in derselben vorfanden und die Bobheit gehabt können und in der That haben. Gibt es doch schon Leute, die da glauben, dies sei ein Beweis, daß Ew. Heil. einen Theil dieser schönen und unglücklichen Nation von den Fremden mit gleichgiltigen Blicken niedergeworfen sehe; gibt es doch Leute, die in derselben ein Verdammungsurtheil gegen einträchtigen und heiligen Anlauf zu lesen glauben, mit dem die unterdrückten Völker Italiens das eiserne Joch der Tyrannei gebrochen und sich die Freiheit wieder erobert haben, die Gott allen Menschen als ein Recht und eine Pflicht gegeben hat. — Nein, Heiligster Vater, Eure britter Sinn ist jetzt Italien, Europa und der Welt bereits so bekannt, als daß Eure Söhne glauben könnten, solche Auslegungen seien mit den Gesinnen Eures Herzens im Einklang, in welchem die Gefühle aller herer konzentriren und beleben, welche an die Macht des Rechts glauben und die Schutzpflicht der Gewalt verstehen; über herer, welche die Unterdrückten lieben und die Unterdrücker verabscheuen. Ihr, Heil. Vater, Ihr mehr wie jeder Andere, wißt, daß die Nationalität der Menschen ein heiliges Wort ist; daß derjenige die göttlichen Gesetze verletzt, welcher diese Defreie der Vorsehung verletzt; daß es ein heiliges und unverletzbares Recht der Italiener ist, als Italiener weiterzu aufzublühen. Ihr, o heil. Vater, habt Italien gelegnet, und Eure heiligen Worte ward für die Unterdrückten eine Erleichterung, ein Schrecken für die Unterdrücker, und vmgab mit einem himmlischen Schein die Fahne unserer Nationalität, für welche so viel Edle gekämpft, so viel Unglückliche Ströme von Thränen vergossen, so viel Helden ihr Blut verspritzt haben. Nein, heil. Vater, Ihr kommet nicht mit gleichgiltigen Augen den Adler ansehn, welcher mit Gier die schöne und unglückliche Lombardei, das hehre und ehrwürdige Venedig zerfleischte und ganz Italien von zum Alpen bis zum Aetna mit Leichen bedeckte. Ihr kommet nicht mit Gleichgiltigkeit Indemwaffnete schachten, Frauen schänden, Greise, Kinder auf die Bajonette spießen und unter den Augen der Mütter gegen die Mauern schmettern, Städte einäschern und aussaugen sehn. Nein, Ihr kommet nicht mit Gleichgiltigkeit in den schönen und einsichtigen Gegenden Italiens die Gräuel Kaltziens wiederholen sehen, vor denen die Welt zurückgeschaudert ist! Eure väterliches Herz muß tief ergriffen und zerfleischt sein; Ihr könnt nur die Arme zum Himmel erheben und von Gott den Sieg für die Waffen Eurer Söhne erflehen, welche Italien vertheidigen, um fremden Gebiet zu erobern, nicht um sich ihre eigenen Brüder unterthänig zu machen, sondern um diesen, habe um Ehre zu vertheidigen; um sich in den Besitz jenes väterlichen Erbtheils zu setzen, welches ihnen die Vorsehung als das rechtmäßige Erbe, als das Unantastbare der eigenen Nationalität zuerkannt hat. Ihr seid bisher nicht blos nicht gleichgiltig geblieben in diesem Streit, der zwischen dem Recht und der Gewalt, der Nationalität und der Eroberung, der Freiheit und der Tyrannei geführt wird; sondern Ihr habt mehr gethan und werket nicht auf halbem Wege stehen bleiben, da Ihr, Heiligster, Selbstverleugnung, wenn Alle laufen, Aufschreiten ist. Ihr habt Eure Söhnden und Eure Unterthanen, welche jenseit des Po für das Heil und die Unabhängigkeit Italiens kämpfen, Ihr habt Euren Legaten nach dem lombardischen Lager gesandt, Eure Fahne weht mitten zwischen den Fahnen aller Völker Italiens. Ihr habt Eure Schutzgebiet als italienischer Fürst und Papst feierlich erklärt; Euremal diese beiden Eigenschaften, welche sich in Eurer Person vereinigen, sich wechselseitig fördern und unterstützen, sich aber nicht unter einander bekriegen und ausschließen. — Als italienischer Fürst könnt Ihr bei dem italienischen Kriege nicht zurückbleiben, dem die Stimme des Volks, welche Gottes Stimme ist, den heiligen Namen eines Kreuzzugs gibt; Ihr könnt Eure natürlich Verbündeten der Lombardei, von Venedig, Piemont, Toskana, Neapel und Sicilien nicht im Stiche lassen. Als Papst könnt Ihr nicht umhin, in die Fußstapfen Eurer ruhmreichen Vorfahren, eines Gregor VII., Innocenz III. und Alexander III., der Vorkämpfer und Vertheidiger der Freiheit, zu treten. Die Euren Worten gegebene Auslegung ist demnach in offenem Widerspruch mit den Handlungen; und wir, heil. Vater, halten uns an Eure Werke, welche groß sind, bewundernswürdig, prophetisch, in Allem Eures großen Namens würdig, der nicht das Felsgeschrei des Aufruhrs gewesen ist, wie die Tyrannischen sagen, sondern Symbol der Eintracht, der Ewigkeit, der Brüderliebe, und eine Kraft und Mannigfaltige und prinzige Macht, mit welcher die Völker mehr als mit Schwert und Feuerzeuge sich in den Besitz ihrer unveräußerlichen Rechte gesetzt haben. Aber warten Bürger gegen Bürger, Staat gegen Staat, Glied gegen Glied, um in Eurem giorreichen Namen haben wir uns als Brüder wiedererkannt und unser einer einzigen Fahne vereinigt; auch werdet Ihr jetzt, wo wir desselben mehr als sonst benöthigt sind, sehr, wo das Aktiv streiten unmöglich ist, und dieses Palladium der Eintracht und Liebe nicht nehmen, und nicht in Zwietracht und Haß zurückwerfen und so die Erlösung der Beschlüsse der Vorsehung unmöglich verspäten wollen. — Eure heiligster Stan ist von diesen sonnenen Bestrecken viel ergriffen; denn Eurer hat den Fürsten das Recht gegeben, die Unterthan zu unterdrücken; denn Keiner hat einer Nation das Recht gegeben, eine andere Nation als Sklaven zu behandeln. — Die Sache der Gerechtigkeit alth und der Wahrheit mußte durch den protkamvitt und verherrlicht werden, welcher die Fleisch gewordene Wahrheit und Gerechtigkeit ist; auch Ihr mußtet es thun und pabt es gethan als Haupt einer Religion der Gerechtigkeit und Wahrheit. — O, heil. Vater, die Gerichte Gottes sind gerecht in sich selbst! Ihr habt Gott und Staat nicht getheilt gelassen, weil es die Machthaber Europas so gewollt, sondern weil es so die Pflichten Eures Amtes und Eures Namens wollten. Ihr, heil. Vater, habt, indem Ihr die Religion der Freiheit vermahlt, die Amortisat der Kirche weiter emporgebracht; habt jene Macht wieder aufgebaut, welche im Bunde mit der Tyrannei an dem Rande des Verderbens angelangt war. Die Furcht eines Schismas (in Deutschland) hat die Beschwichtigen Gerichte Eurer sehr religiöse Seele in Unruhe zu versetzen suchen, im Fall Ihr eine trugerisch, sobald Ihr, das Haupt der Kirche, fortfahren würdet, Vater der Völker zu sein; und an mit Welt hat Ihr erhabene Sendung zu vollbringen, zu der Euch, wie einen neuen Moses, der Herr berufen hat, um das Volk Gottes von der grausamen Tyrannei Pharao's zu befreien. Ein Schisma könnte nur dann entstehen, wenn die Sache der Religion die Treue- losigkeit von der Sache der Freiheit und der Nationalität trennen im Stande sein sollten. Ihr, heilig, mäßig, demüthig in den Wünschen und friedenstrebig in den Werken, könnet nicht nach der materiellen Herrschaft irgend einer andern transitorischen Provinz streben, während Ihr mit Eurem Wort moralischer Weise nicht blos ganz Italien, sondern die ganze Christenheit zu Euren Füßen sind Eure Söhne, aber als Väter des Christus, der am Kreuze starb, könnt Ihr nur die Unterdrückten in Euer Liebe bevorzugen; Ihr müßt ermüdigen den barbarischen Söhne, die mit Eurem Bild auf der Brust, mit Eurem Namen auf den Lippen und den Herzen, für die Gerechtigkeit und die Liebe kämpfen und sterben. — Wir täuschen uns nicht, o heiliger Vater, indem wir auf diese heute Eurem Geist beantworten; und gerade deßhalb sehen wir mit Schmerz und Erstaunen, daß die Worte der Allokution sich einem entgegengesetzten Sinn fügen; und unsere Seele ist unendlich betrübt in der Traurigkeit der Trauer und der Bedrängtigung der Völker, die wir vertreten, sobald die Stimme Eurer Vaterwunder und unserer Feinde Ihnen verbunden wird: Pius IX. ist nicht mit Euch, er verlor Euch für, er Gor auf dem Wahlplatz fiel; jetzt, wo Knechte der Tod sein wurde! — Und deßhalb ist es, daß wir in einem Sturmlauf der Liebe und Verehrung für Eure heilige Person und für die erhabene Idee, die in Euch sich personifiziert, Euch unterthänig und treu anflehen, die wir jene Aeußern Ew. Heiligkeit mögt können das Wort sagen, den Sinn Eurer Allokution besser darzulegen, damit die Staaten sich gestärkt fühlen, Euer Volken mehr neuen Muth gewinnen, und Alle erfahren mögen, daß Ihr der tete und sein werdet, welcher Ihr gewesen seid, nämlich die Hoffnung bleibt und bleiben wird und der ganzen Christenheit, daß Ihr nicht Feinde sind gegen die Auslegungen, die Eurer Allokution diejenigen gegeben haben, welche mehr nach den Worten als nach den Thaten urtheilen; und wir und die italienischen Völker, die wir vertreten, sind sicher, Euch allezeit in unserer Mitte und an unserer Spitze zu finden, sobald es sich handelt um die Ehre der Kirche, um der Religion und der Freiheit vorstehenden werden. Dieses sagen wir als die Abgelaosten der Lombardei, von Venedig und Sicilien, der Bestimmung unserer Regierungen und der vollen Gleichgesinnungen unserer Völker gemäß. Rom, 2. Mai 1848. Die Kommissäre von Sicilien, Die Lombardei und von Venedig, D. Giovacchino Ventura (als Pair des Reiches obman)." — Dieses Aktenstück ist bedeutend, weil es den Beweis liefert, mit welcher Geschicklichkeit und Thatkraft sich die liberale Partei, die der Radikalismus in diesem Augenblick nicht zu Worte kommen läßt, jeder Bewegung, ja selbst der Gesinnung des Papstes bemächtigt. Wenn man irgend einer politischen Entwickelung allzunahe zu stehen kommt, so ist man gar zu leicht in Gefahr, über der Kraft, die bei der Friktion der Räder, die die Maschine in Bewegung erhalten, verloren geht, die eigentliche Triebkraft ganz zu vergessen. Die vielen Unaufständigkeiten, die hier vorgekommen sind, haben Viele mit Besorgniß erfüllt, es werde sich halb Alles in Anarchie auflösen. Wer aber tiefer blickt und sich durch das Gerüusch einer lauten Konversation nicht irren läßt, kann recht gut wahrnehmen, daß nach Wortführer genug da sind, welche nur darauf warten, daß man sie zu Worte kommen lasse. Denn in den Momenten der Krisis könnte Einer die Menge selbst überschreien, es würde ihm Nichts nützen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

[486]

## Aufruf an alle deutschen Burschenschafter!

Die Zeit hat sich wieder in einer Idee konzentrirt, nämlich in der eines einigen und freien deutschen Vaterlandes. Nun wohlan, Kommilitonen! die Ihr der Kern und das Salz deutscher Hochschulen seid, und in denen noch die Idee lebt einer allgemeinen Verbrüderung aller deutschen studirenden Jünglinge zu körperlicher, geselliger, sittlicher, wissenschaftlicher und politischer Ausbildung, höret unsern Vorschlag: Seit beinahe 30 Jahren hat auf unserem akademischen Leben und der freien Gestaltung derselben ein Fluch gelegen. Die neueste Zeit hat die Vergangenheit gesühnt. Man darf ihn wieder ungestraft nennen den ehrwürdigen Namen mit allen seinen süßen und traurigen Erinnerungen, frei darf der Bursche wieder das dreifarbige Band, das Symbol einer nationalen Einheit tragen, ja die Burschenschaft und das schwarz-roth-goldene Banner erglänzen von Neuem an dem Horizonte eines ereignißvollen Tages. Die Burschenschaft braucht das Licht nicht zu scheuen, sie hat sich längst darnach gesehnt — denn die Oeffentlichkeit nur ist die Sphäre, wo die Wahrheit Recht spricht. — Ein weiter und schöner Wirkungskreis öffnet sich jetzt vor unsern Augen und fordert uns zum ernsten und schleunigen Handeln auf. Es sind im Laufe der Zeit durch die drückenden Verhältnisse begünstigt, in denen sich die Burschenschaft befand, unstatthafte Elemente auf den deutschen Hochschulen aufgetaucht, die einer freien und zeitgemäßen Gestaltung unseres studentischen Lebens eingirrend in den Weg treten. Diese Elemente müssen vernichtet werden! Aber auch selbst in unserem engern Kreise gilt es, noch manche veraltete Ansicht zu vernichten, uns von Vorurtheilen zu reinigen und uns überhaupt über den Standpunkt klar zu werden, den die Burschenschaft als das eigentliche Lebenselement unserer deutschen Hochschulen in der jetzigen Zeit einzunehmen hat. So manche bedauerliche Spaltung in unserm Innern ist zu beseitigen, damit es wieder eine einige Burschenschaft gebe. Dadurch erlangt die Jenenßische Burschenschaft Germania an alle übrigen deutschen Burschenschafter und burschenschaftlich gesinnten Studirenden die Aufforderung, sich an einem bestimmten Tage zu einer allgemeinen Besprechung zu versammeln. Wenn dies auch bisher schon allzuhäufig geschehen ist, so dieste doch eine solche Versammlung in der jetzigen Zeit von weit größerer Bedeutung und Wichtigkeit sein, und gewiß werden ihre Resultate für alle deutschen Hochschulen den größten Segen bringen. Was wäre aber wünschenswerther, als daß diese Versammlung da Statt fände, wo so viele Erinnerungen uns an die einstige Größe der Burschenschaft mahnen? Welcher Tag wäre wohl zu einer solchen Versammlung passender, als der 12. Juli, der Stiftungstag der deutschen Burschenschaft!

Und so geht denn unser Vorschlag dahin, daß das hervorstehende Pfingstfest alle deutschen Burschenschafter auf der Wartburg versammelt sehen möchte, um uns darüber zu besprechen, welches künftig die Tendenz deutscher Burschenschaften, wie ihre Stellung und Wirksamkeit hinsichtlich der Reorganisationen unserer Akademien, und wie endlich ihr Verhältniß zum deutschen Vaterlande sein soll. Indem wir durch diesen unsern Vorschlag den Wünschen aller deutschen Burschenschafter entgegengekommen zu sein glauben und diese unsere Anregung überall mit Freude begrüßt zu sehen hoffen, erwarten wir baldigst, da die Zeit drängt, wo möglich auf dem Wege der Oeffentlichkeit, eine zustimmende Antwort. Gern wollen wir und der vorläufigen Anordnung dieses Festes unterziehen und behalten uns daher vor, das Nähere über diese Versammlung nach erhaltener Zustimmung zu seiner Zeit noch bekannt zu machen. Gewiß wird so mancher alte Burschenschafter mit Freude an diesem Feste Theil nehmen, und wir halten es daher für unsere Pflicht, alle alten Burschenschafter dazu herzlich einzuladen. Möge dann ihre weise Erfahrung sich mit unserm jugendlichen Feuer paaren und uns vereint das finden helfen, was der Zweck dieser Versammlung sein soll. — Und so entbieten wir denn allen deutschen Burschenschaften unseren herzlichsten Gruß!

Jena, 11. Mai 1848.

Die Burschenschaft Germania:
**N. Reichardt**, stud. theol.
d. Z. Sprecher.

[487]

## Statt weiterer Korrespondenz!

Wird Herr **Johann Wilhelm Reinhardt Jun. in Mannheim** bald seine Verbindlichkeiten gegen mich erfüllen? oder soll ich ihn gleich einem **Zahlungsunfähigen** weiter **gerichtlich** verfolgen lassen?

**Fortsetzung nebst Aufklärung** folgt in dieser Zeitung sowie in anderen öffentlichen Organen und namentlich in den bekanntesten Börsenblättern!

Berlin, im Mai 1848.

**Albert Wolfs.**

[488]

### Ausschreibung einer Professur in der philosophischen Fakultät der Hochschule in Zürich.

In der philosophischen Fakultät der Hochschule in Zürich wird eine außerordentliche Professur für Geschichte zur freier Bewerbung ausgeschrieben. Der fixe Gehalt derselben beträgt gegen die Verpflichtung zu fünf wöchentlichen Stunden und zu Abhaltung der gesetzlichen Prüfungen jährlich 800 Schweizerfranken, welche jedoch unter Umständen auch noch vermehrt werden könnten. Der Amtsantritt soll auf Anfang des nächsten Wintersemesters Statt finden. Die schriftlichen Anmeldungen für diese Professur müssen spätestens bis Ende Juni an den Präsidenten des Erziehungsrathes, Herrn Bürgermeister Dr. Zehnder, portofrei eingesandt werden, und die Bewerber haben, insofern sie nicht durch Leistungen an öffentlichen Lehrstellen ihre Kenntnisse und ihr Lehrgeschick hinlänglich erwiesen haben, der Anmeldung einen Bericht über ihre Studien und Leistungen und eine unter ihrem Namen gedruckte Schrift beizufügen.

Zürich, 17. Mai 1848.

Von dem Erziehungsrathe des Kantons Zürich
Der erste Sekretär: **Dav. Fries.**

[489] Zu einem sehr vortheilhaften Agenturgeschäft werden sehr solide Geschäftstalente als Agenten gesucht, das Nähere auf portofreie Anfragen bei der Expedition dieses Bl. mit den Buchstaben **M. S.**

[490] Von heute an erscheint im Verlage des Unterzeichneten eine Zeitschrift unter dem Titel:

# Deutsches Reichstags-Blatt.

Herausgegeben und unter Verantwortlichkeit von

**Dr. Eugen Eberts.**

Das Blatt erscheint täglich und kostet vierteljährlich 1 fl. 30 kr., monatlich 42 kr., eine Nummer 2 kr. — Die Probenummer enthält eine Einleitung von Herrn **Robert Blum**, welche über die Richtung des Blattes näheren Aufschluß gibt.

Frankfurt a. M., 15. Mai 1848.

***Karl Adelmann.***

[491]

### Verkauf von Ländereien im Freistaat Texas.

Durch den Ankauf einer sehr bedeutenden Strecke Landes (Prairie) im westlichen Hochlande von Texas, sehr gesund, quellreich und holzreich gelegen, ist die unterzeichnete Gesellschaft in Stand gesetzt, parzellenweise an Auswanderer Land zu sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen, auch übernimmt dieselbe den Transport der Auswanderer nach dem benannten Staate.

### Die deutsche Kolonisationsgesellschaft für Texas.

Mit Bezug auf Obiges ertheilen die Unterzeichneten auf portofreie Anfragen umgehend alle nöthigen Aufschlüsse. Rechtsanwalt L. Martin Generalagent in Freiburg i. B., M. W. Settegast Generalagent in Biedrich am Rhein.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf der Deutschen Zeitung an. Für England bei Hrn. Street & Kmp., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Oberitalien Läder Sonderemann sich an G. L. Alexander in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 28 Rue Dame de Lauretti.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 145. Heidelberg, Donnerstag 25. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde. XVIII. Der baierische Entwurf. — Wien (Bericht über die jüngsten Vorfälle. Die Flucht der kais. Familie. Republikanische Felsgebaut. Verhaftung einiger Hetzer. Die Staatsgeschäfte in den Händen der Minister. Erbitterung gegen die Hofpartei. Allmählische Beruhigung. Zwei ungarische Gesandte an die deutsche Nationalversammlung). Salzburg (Deputation ans Linz bei dem Kaiser. Vorparlament in Linz verabredet). Innsbruck (der Kaiser). Prag (Bekanntmachung des Grafen Thun. Nationalausschuß). Berlin (ein demokratischer Verfassungsentwurf. Mittheilung aus Fridericia). Stuttgart (Plünderung der Deutschen durch polu. Sensenmänner). Tilsit (die Wahlen; der Grenzvertrag mit Rußland. Die russische Friedenspolitik). München (Oesterr. Truppen. Die Nachrichten aus Wien. Sammlung für die deutsche Flotte). Dresden (Beginn des außerord. Landtags). Heidelberg (Sammlung für die deutsche Flotte). Kassel (Verordnung über die Notenburger Quart). Mainz (die Ereignisse v. 21. Die Stadt in Kriegszustand). Wiesbaden (Eindrucksung der Stände). Oldenburg (die Verfassungsangelegenheit). Koblenz (den Jüdlandern eine Konstitution anfertigt). Lübeck (Flottenbaurischen Defensivbündniß). Altona (Einleitung der Friedenspräliminarien). Frankfurt (Verhandlungen des Parlaments. Die anarchischen Bewegungen. Eine Adresse der Leipziger Demokraten. Der Antrag von Rotenau. Die Abgg. aus Mähren. Die slavische Bewegung. Die Thätigkeit der Versammlung).

**Großbritannien.** Freilassung Meagheers und O'Briens. Die O'Connelle. Der engl. Gesandte in Madrid und der Herzog von Sotomayor. Ruhestörungen in Leicester.

**Nachschrift.** Frankfurt. Die Vorfälle in Mainz.

**Beilage.** Die deutsche Angelegenheit in Posen. Denkschrift der Deutschen in Posen. — **Schweiz.** Bern. Verhandlungen über eine badische Note. — **Frankreich.** Paris. Das Fest vom 21. Mai. Eine Kindemonstration. Befestigung von Korsika. — **Italien.** Rom. Der Staatsrath. Der Papst und die Bevölkerung.

## Heidelberg, 24. Mai.

Wir eifern gegen die hannoversche Politik, zu deren Organ sich nun leider selbst ein Mann wie Stüve hergegeben hat, wir eifern gegen den baierischen Entwurf und seine Tendenzen, nicht weil er das erbliche Kaiserthum anficht, das wir verfechten, sondern weil er die Einheit Deutschlands bekämpft, den großen Grundsatz, den nicht die siebenzehn Vertrauensmänner ausgeklügelt, sondern den die deutsche Nation aus bitteren Erfahrungen abstrahirt und jedem künftigen Verfassungswerk als unabweisliche Norm aufgelegt hat. Wir mögen es gern leiden, wenn man sich, solange Friede und nothdürftige Sicherheit besteht, ohne die streng einheitliche Staatsform behelfen will; Krieg und der Drang der Noth werden zu anderer Zeit auf sie hinführen. Wir lassen es uns gefallen, daß man die stolze Pyramide, die wir bauen wollen, auf einer niedern Schichte abgestumpft stehen lasse, eine führere Zeit wird die abschließende Spitze daraufsetzen. Aber nur die Grundlage und die Bauart soll fest und natürlich sein. An dem Aufeinander- und Nebeneinanderthürmen vieler Pyramidchen, an jenem luftigen Kartenhausbau haben wir uns lange genug zu unserem Schaden und bis zu dem schließlichen Ausbruch einer lange, lange verhaltenen Ungeduld versucht. Wir sind zufrieden, wenn die Formen der Einheit, die wir für die einzig soliden halten, hinausgeschoben werden; aber die ersten Bedingungen aller Einheit können wir nicht stillschweigend abstreiten sehen; wir würden uns der Sünde schuldig machen, dem ersten Versuche der Reaktion gegen den Kern und Mittelpunkt unserer ganzen Bewegung hilfreiche Hand geleistet zu haben. Nach Dem übrigens, was wir in der Stimmung der Frankfurter Nationalversammlung bemerken, nach Dem, was wir aus der allgemeinen Entrüstung selbst der pannöverschen Abgeordneten über Stüve's Erklärung in der Kammer schließen können, trifft diese reaktionäre, der Einheit widerstrebende Richtung hier zum Glück auf solche Uebereinstimmung und Festigkeit, daß wir wenig von ihren Erfolgen befürchten.

Man kann es aus unserer Darstellung, bei der wir die reinen Eindrücke obwalten lassen, die uns die Durchlesung der fraglichen Aktenstücke machte, herausfühlen, daß wir schlimme Absichten von Seite Baierns befürchten. Die ganze Haltung der altbaierischen Bevölkerung, die laufenden Gerüchte, der Ton officieller Aktenstücke, die Abwesenheit des baierischen Vertrauensmannes während der Berathung des Entwurfs der Siebenzehn bereiten in ganz auf Das vor, was nun dieser Entwurf deutlicher aussprich. Nur an einigen Stellen fragten wir uns, ob nicht auch vielleicht noch mehr Schwäche und Bequemlichkeit als böser Wille bei diesem Werke im Spiele war. Gegen die Einführung eines allgemeinen Handels- und Wechselrechts hat die baierische Politik Nichts einzuwenden; auch die Marine will sie gern in einer einheitlichen Organisation sehen. Dies sind Zweige, worin die Thätigkeit überhaupt neu ist, und wo alte bestehende Ordnungen nicht gestört werden; hier, scheint es, läßt man die Einheit gewähren, wo ein Partikularismus wenig oder gar nicht besteht. Sonst sieht man nicht ab, aus welchem Grunde das viel wichtigere Landkriegswesen weniger centralisirt sein sollte als die Marine. Nur freilich lassinen wir uns, daß es doch gar zu grell brauchsame, wenn Baiern auch im Seewesen den Antheil an der Oberleitung für eine südwestliche Macht verlangt hätte!

Wenn man sich noch so gerne aller üblen Eindrücke und Gedanken bei diesem Auftreten Baierns entschlagen möchte, was man ewig nicht vergessen wird, das ist die ganze baierische Geschichte von ihrem Anfang bis zu diesem letzten Akte. Ein einziger Zug der Absonderung, das Partikularismus und der Feindseligkeit gegen deutsche Reichseinheit bildet den Faden durch diese Geschichte. Wir schlagen ein eben erschienenes Schriftchen von Otto Abel auf, „das neue deutsche Reich und sein Kaiser". Er durchliegt darin eben unter diesem Gesichtspunkte die Geschichte Baierns und zieht die Resultate vollständig in unserem Sinne. Mit dem Namen der baierischen Welfen hat man Jahrhunderte lang die Partei bezeichnet, die dem deutschen Kaiserthum feindlich war, und mit Hülfe des Papstes die landesfürstliche Selbstständigkeit anstrebte. Als die Wittelsbacher auf den herzoglichen Stuhl kamen, waren damit die welfischen Gesinnungen nicht unterdrückt, sondern nur durch die Erbtheilungen und Zersplitterungen des Landes unschädlich gemacht. Als aber 1506 die Untheilbarkeit des Landes festgesetzt war, erschien auch folgleich der welfische Geist wieder in seiner ganzen Kraft, in jener Reformationszeit, wo das päpstliche Joch abzuschütteln, die kaiserliche Würde herzustellen, dem Reiche eine feste Verfassung zu geben, ein volksthümliches Bestreben war. Baiern hielt die landes- und volksfeindliche römische Seite stand fahnen, warum

Noch ein Mal will man dieses selbe Spiel beginnen, dem Frankfurter Volkskongresse gegenüber, das man damals dem Wiener Diplomatenkongresse gegenüber spielte? Möchte man sich nicht vorsehen. Es sind nicht blos die Schreier, die Wühler, die Fürstenfeinde, die gegen diese Rechtungen in dieser Versammlung stehen, vielleicht stehen sie nicht einmal vorzugsweise dagegen: sondern es sind die eigentlich soliden Geister und Kräfte, die sich am meisten verletzt dadurch fühlen. In dem Volksvertrauen wird die Schmach nicht so leicht erlöschen, in die und die Haltlosigkeit der Bundesverfassung, der negative Charakter des Bundestages, die spöttische Stellung nach Außen, die Zerfahrenheit und Richtigkeit unserer gemeinsamen Angelegenheiten und ihrer Leitung geworfen hat. Und man erinnert sich sehr gut der Quellen und der Urheber aller dieser Schmach. Es hat jenen Metternich noch das Strafgericht getroffen, dem Manche durch ein zeitigeres Geschick entgangen sind, die ihm vorgehaut und nachgeholfen haben. Nichts Gefahrvolleres aber könnte heute Jemand unternehmen wollen, als seine gefallenen Gebäude auch nur in einzelnen Theilen wieder herzustellen.

Wozu alle Sünden aufdecken, fragt sich Abel in der angeführten Schrift? „Damit sie alle bleiben und nicht wieder neu erwachen". Er warnt weise, wie alle schönen Eigenschaften des baierischen Stammes in diesem großen Augenblicke durch jenen zähen Sonderstreb zum Verderben Deutschlands ausgewogen werden könnten. Denn in dieser Zeit und nach ihren Anforderungen werde sich der als der edelste deutsche Stamm ausweisen, der, seine Stammesbesonderheiten vergessend, sich am reinsten und aufopferndsten als Glied des großen deutschen Ganzen fühlt und bethätigt.

Möchte man, so schließt er seine Betrachtungen über die baierische Stellung zu der Gegenwart, die er, als er schrieb, noch nicht in diesem offiziellen Ausdrucke kannte, möchte man doch auch in Baiern dafür einen höhern Stolz sehen, als in sämmerlichen Eitelkeiten, die mit Montgelas' Regiment verschwunden sein sollten. Aber die große und gewaltige Zeit, die allenthalben das Einzelne zurücktreten läßt, um das Ganze zu erhöhen, scheint in Baiern nur wieder den sonderbündlerischen Ehrgeiz einer eigenen Größe hervorrufen zu haben. Die alten Gedanken einem „wittelsbachischen Kaiserhause" tauchen mit neuer Stärke wieder auf, als sollte dargelegt werden, daß jene älteren Pläne mit all' ihrem Unheil nicht blos in der schlechten Zeit und dem persönlichen Ehrgeiz der Fürsten, sondern auch in der Gesinnung des Volkes wurzelten. Der grundverderbliche Vorschlag eines zwischen den drei größeren deutschen Staaten wechselnden Kaisertthums stammt aus Baiern und hat nur in Baiern Unterstützung gefunden. Mit Kunst und mit Kunstgriffen, aber ohne Erfolg, hat man, um seine Unnatürlichkeit und den darin so deutlich zu Tage tretenden baierischen Sondergeist zu verdecken, seine Vortheile darzulegen versucht: selbst ein so verständiger Mann wie Thiersch glaubt, in offenbarer Selbsttäuschung befangen, gegenüber von Preußen und Oesterreich in dem kaiserlichen Baiern „den Vereinen der Mächte zweiten und dritten Ranges" zu erkennen, wobei wir und, wenn es sie nicht geradezu aufzehren soll, schlechterdings nichts politisch Vernünftiges denken können. Und wenn nun, wie zu erwarten steht, der baierische Vorschlag verworfen und Eine deutsche Centralgewalt geschaffen werden wird, wird dann Baiern sich fügen oder wird es sich absondern? Wir haben uns in langen Jahren daran gewöhnen müssen, Oesterreich fast als ein fremdes Land zu betrachten: sollte in dem jetzigen Zeitpunkt, nicht das baierische Kabinet, sondern das baierische Volk an eine ähnliche Sonderstellung denken können? Aber es übersehe nicht, daß die nächsten und verderblichsten Folgen auf Baiern selbst zurückfallen müßten. Sind denn seine neueren Erwerbungen, die Pfalz, Franken, Schwaben und die alten Reichslande so fest an den altbaierischen Stamm gekittet? Bestehen in den alten brandenburgischen Markgrafschaften Ansbach und Baireuth nicht noch eine lebendige Erinnerung an Preußen? Was sollte da aus dem stolzen Baiern werden? Doch schwerer als alle diese Bedenken wird in der Brust jedes edlen Baiern der Gedanke wiegen, daß in diesem Augenblick eine Absonderung von der gemeinsamen deutschen Staatsentwicklung ein fluchwürdiger, ein ungeheurer Volksverrath wäre. — Ist es aber der Beruf der Fürsten, erhaben über die Lockungen der Schmeichelei und des eigenen Ehrgeizes und die Leidenschaften des Tages und der Menge, ihre Völker wahrem und geschertem Glücke zuzuführen, so wird auch König Maximilian in einer großen Zeit seinen großen Beruf erkennen und lieber dem Ruhm jenes Kurfürsten Maximilian Joseph nachstreben, als dem thränenwerthen Schicksale des Kaisers Karl Albert".

**Oesterreich.** Δ Wien, 17. Mai. Um Ihnen einen besseren Ueberblick in unsere chaotischen Verhältnisse zu geben, werde ich die einzelnen Scenen und Stimmen vom 15. vorführen. Einzelne Kompagnien der Bürger- und Nationalgarde waren ausgerückt, ohne zu wissen, um was es sich eigentlich handelte. Nur jene Kompagnien, welche ihre Abgeordneten im Komité des Centralvereins hatten, nahmen gleich im Anfang Theil an der bekannten Petition. So war z. B. auf dem Josephsplatz (zunächst der Burg) eine Kompagnie Bürgergarde aufgestellt, der man gesagt hatte (wahrscheinlich auf Weisung des Stadtkommandanten), daß die Studenten die Burg stürmen und den Kaiser verjagen wollten. Dem Kaiser lassen wir Nichts thun, hieß es da einstimmig. Dieser Vorgang wurde den Studenten hinterbracht und sogleich machte sich eine Deputation derselben auf den Weg, um jener Kompagnie den Irrthum zu benehmen und ihr die Petition mitzutheilen. Die Bürger verlangten einstimmig, auf die Universität zu gehen, ihre Offiziere verweigerten dies, da ließ die Kompagnie die Offiziere stehen und zog allein ab auf die Universität, um sich anzuschließen. Aehnliche Scenen kamen in vielen Bürger- und Nationalgardekompagnien vor. — Die Reden wurden dies Mal hauptsächlich auf dem Graben gehalten, wo Villersdorf wohnt. Ein Redner erhob sich für die Freilassung Italiens, da spricht ein Anderer: Still, das ist ja ein italienisches Propagandist! — Halten Sie's Maul, sagte der Redner, I bin en eben so guter Wiener als Sie. — Ein Deveterator sagt: Ich bleibe da, als Aeltes brwilligt ist, ich rühre Nichts, weil ich Nichts habe, und vielleicht nicht einmal das Leben, denn die ungarischen und italienischen Soldaten schießen nicht auf uns, und die unsern werden uns auch nicht viel thun. Aber auch andere, feuchtbarere Stimmen ertönten. So hörte man mehrere Bürger sehr entschieden gegen den Adel sprechen, und der eine von ihnen ballte grimmig die Faust und rief: Es wird keine Ruhe geben, bis wir eine Guillotine auf dem Stephansplatze aufführen und die Herren aus der Herrengasse (dort ist das adelige Kasino) der Reihe nach darauf liegen. Glücklicherweise ist die Zahl derer, die so denken, nur gering. Als die Konferenzen am 15. gemacht waren, sagte ein Bürger, ich gehe nicht von der Stelle, bis Ferdinand unterschrieben ist. Da sah er ein Schießen vor und rief: Da steht man, daß Sie einen Begriff von einem konstitutionellen Staat haben. Der Kaiser ist jetzt eine Null, Villersdorf muß darunter stehen, das ist mir lieber — denn der ist verantwortlich. Hierauf ging er ganz stolz über seine Weisheit von dannen. Sie sehen, daß wir sehr jugendlich sind in unserem konstitutionellen Leben, und ich fürchte nur, daß wir unsere Jugend mit unserer Größe bezahlen müssen. Es ist ein unverantwortliches Streich, den uns der Adel gespielt hat, den Kaiser zu entfernen.

Δ Wien, 18. Mai. Heute mit Tagesanbruch wurde das Publikum durch folgende Kundmachung durch Plakat in die größte Bestürzung versetzt. (Wurde bereits gestern mitgetheilt.) — Wir hatten geglaubt, die Reaktion sei nun für immer gebrochen, aber wir hatten uns geirrt — die Ehre des Kaisers haltlüg blieb. Der Adel, die Bureaukratie, der mächtigere Theil des Klerus, die Schwarzgelben waren durch die Resultate des 15. Mai in Wuth entbrannt. Nichts als Worte der Entrüstung gegen die Studenten, gegen die Bürger, gegen die Arbeiter, gegen Alles, was sich der Bewegung angeschlossen hatte, herrschten in jenen Schichten der Gesellschaft während der zwei letzten Tage. Man nannte die Jugend verführt durch politische, italienische und französische Emissäre, man schalt die Bürger, welche der Jugend Muth und Ausdauer zuriefen, man drohte mit der Rache und dem Abfall der Provinzen — und dies Alles, weil wir Deutsch sein und bleiben wollen, weil wir kein Anhängsel eines Slavenreichs sein wollen, weil wir keine Adelsdamme wollen! Diese Partei rand um den Kaiserthron — sein treues Volk hält man ferne, es darf kein nur deutsch reden, wenn es sich in corpore vor ihn stellt. Seine Stimme so laut erschallen läßt, daß sie über den sarmenzerbauten Damm hinweg, bis zu dem Herzen seines Kaisers dringt. Aber kaum tritt wieder Stille ein, so werden die schwarzgelben Spinnen wieder ihr Netz, und diesmal gelang es ihnen, es so dicht zu machen, daß der arme Kaiser sein treues Volk nicht mehr hindurch sehen konnte. Nirgends wäre er sicherer gewesen, als bei seinen Wienern — aber die schrillende Stimme ertönte so anhaltend: nach Prag, nach Pesth, nach Brünn, bis der arme Fürst dem Judasrath folgte — aber doch wenigstens den besseren Theil erwählte und nach Jundbruck ging. Wenn aus diesem Schritt Unheil folgt für die Monarchie, für die — Dynastie — so möge es jene Partei zuerst treffen, welche mit ihren Umtrieben nicht nachließ, die Spaltungen in den Reihen der Gutgesinnten selber erfolgten. Die Ehre des Kaisers rettet ganz einer Flucht, sie wurde so geheim gehalten, daß nur die dabei betheiligten

Personen davon wußten. Zum Beweise dient, daß nicht einmal der Oberhofmeister, Graf Dietrichstein darum wußte. Heute früh um 6 Uhr ging der Burgtinspektor zu ihm, um ihm die Ahreise des Kaisers zu melden. Da sprang Graf D. mit beiden Füßen aus dem Bette und war vor Bestürzung einer Ohnmacht nahe. — Erstens ging eine Estaffette nach Linz, um den Erzherzog Johann hieher zu berufen. — Man begreift nicht, daß die Erzherzogin Sophie, welche sich bis jetzt so laktvoll benommen, sich der Flucht angeschlossen hat. — Die Studenten und die Nationalgarde haben sich unter den direkten Befehl des Kriegsministers gestellt, um mit dem Militär vereint Ruhe und Ordnung zu erhalten. Das politische Centralkomitee der Nationalgarde erklärt in einem Plakat, daß es unbedingt alle Anordnungen des Ministeriums mit allen Kräften unterstützen werde. — Die Studentrn haben zwei Aufrufe an die Arbeiter erlassen, worin sie dieselben bitten, sich ruhig zu verhalten, und ihnen die Versicherung geben, daß für sie (die Studentrn) Nichts zu fürchten sei. — Wir hören so eben, ein Herr Häfner, Herausgeber des Blattes „die Konstitution", habe in der Vorstadt Mariahilf die Republik proklamirt, sei aber sogleich von Arbeitern und der Nationalgarde festgenommen worden. — Elf andere Aufwiegler sind bereits in den Händen der Nationalgarde. — Den Herren Zuhora und Maier proklamirten im Häfner die Republik. — Der Magistrat hat einen Sicherheitsausschuß gebildet, mit einer Sicherheitswache, welche letztere unter dem Oberbefehl des Grafen Bremner steht. — Man hat dem Kaiser eine Deputation der Bürger und Nationalgarde und der akademischen Legion nachgeschickt, um ihn zur Rückkehr zu bewegen und ihm den Wahn zu benehmen, als drohe seiner Person der Schatten einer Gefahr. — Der Artikel in der heutigen Wienerzeitung, welcher die Chancen einer etwaigen Abreise des Kaisers bespricht, erregt großes Mißfallen unter der Bevölkerung. — Es sind Briefe von der Gemahlin des Grafen Nugent eingetroffen, welche sagen, daß der Graf nach Besetzung von Tirol von Oberbefehl aus Gesundheitsrücksichten niederlegen wolle. — Ein Bericht aus Prag sagte gestern, es habe sich dort eine provisorische Regierung gebildet, weil man den Kaiser hier nicht für frei und selbständig halte. — 3 Uhr. Eben wird die Nachricht verkündigt, daß der Kaiser zwischen 4 und 5 Uhr Nachmittag bei „seinen getreuen Wienern" wieder eintreffen wird.

**Wien**, 19. Mai. Das ungarischer Ministerium hat an die heute in Frankfurt zusammentretender deutscher Nationalversammlung 2 Regierungsbevollmächtigte, die HH. Dlonys Pazmandy und Lud. Szalay abgesandt. Der Zweck dieser außerordentlichen Mission ist bei der durch die Beschlüsse des deutschen Parlaments eintretenden Veränderung in den Verhältnissen und in der Verbindung Oesterreichs zu Deutschland, die Interessen Ungarns wahrzunehmen und mit denen Deutschlands in Einklang zu bringen. (Allg. Z.)

Den neuesten Nachrichten aus Innsbruck zufolge (vgl. Allg. Z. Nr. 143) war in dieser Stadt noch Alles voll freudiger Erregung. Am Morgen waren die Grafen Wilczek und Heyos eingetroffen; man zweifelte, daß sie den Kaiser zu alsbaldiger Rückkehr bewegen könnten.

**Wien**, 19. Mai. Die Allg. Z. enthält von hier folgende Nachrichten: Die Minister behalten die Leitung der Geschäfte. Sie sind fest entschlossen, sich von keinem Ereignis beirren zu lassen. Professor Endlicher arbeitet fortwährend in der Hofkanzlei, seine Energie und der seltene Umfang seines Geistes bestimmen ihn zu einer bedeutenden Rolle. Auch an Graf Stadion in Galizien sind schon gestern Kuriere abgegangen, er wird auf das Dringendste eingeladen, sich schleunigst hierher zu begeben. Das Ministerium bildet eine Art von provisorischer Regierung mit sich selbst verantwortlichen Beamten. Alles in der Regierung, man müsse in dieser Krisis ohne Rückhalt und um jeden Preis unterstützen, es sei die einzig gesetzliche Macht, jede andere wäre nur eine Partei und könnte unmöglich von Oesterreich anerkannt werden. Ueber die Reise des Kaisers wissen selbst die Minister nichts Gewisses. Graf Dietrichstein, der Oberkämmerer, ist von ihnen auf das Ernsteste und bei großer Verantwortlichkeit eingeladen worden, jede Nachricht über den Aufenthalt des Hofes sogleich mitzutheilen. Man hofft noch immer, der Hof werde sich den Slaven nicht in die Arme werfen, die Folgen eines solchen Schrittes wären nicht zu berechnen. Die dynastischen Ihren sind jetzt noch in allen Gemüthern, Alle betrachten das Kaiserhaus als das natürliche und geliebte Band der einzelnen Theile der Monarchie, in manchen Provinzen ist Oesterreich blos der Kaiser. Ihre hier zu bauen und zu gründen unbesinnt, darf diese Gefühle nicht verkennen. Die Hofpartei des Adels, der man allgemein die Entführung des Monarchen zuschreibt, hat großen Haß gegen sich erregt. Es hat nicht an ihr gelegen, fürt man sagen, daß Bürgerkrieg, Blutvergießen und Anarchie nicht über uns hereingebrochen sind.

Die aufgeregte Stimmung hatte sich, wie es in einem andern Schreiben heißt, im Laufe des 18. durchaus gelegt. Bei der Bank waren unter ungeheurem Andrang an anderthalb Millionen Gulden Silber eingewechselt worden. Spät Abends wurde das Aufruhrgesetz proklamirt. Nach 9 Uhr dürfen nicht mehr als sechs Personen auf der Gasse beisammen stehen. Die Handelnr sind verpflichtet, ihre Untergebenen zu Hause zu halten. Aufsätze werden vorerst krafrechtlich behandelt, und wenn diese Anordnungen Nichts fruchten sollten, würde das Standrecht verkündet werden. Sei es in Folge dessen oder der eingetretenen Abspannung, genug die Straßen waren schon nach 10 Uhr menschenleer, und die Ruhr wurde während der Nacht nirgends gestört. Heute ist dieselbe so vollkommen eingetreten, daß die Nationalgarde wieder ganz in normalen Dienst zurückgekehrt ist. Die mit enthusiastischer Beubommie von dem Publikum und den Abendzeitungen aufgenommene Nachricht der Wiederkehr des Kaisers im Laufe des gestrigen oder doch heutigen Tages hat sich nicht bestätigt. Die Reise war außerordentlich beschleunigt worden. Die Bestimmung über diesen Schritt ist allgemein und äußert sich bei den Einen in lebhaftem Bedauern über die Ereignisse des 15. Mai, welche hiezu Anlaß gegeben, bei den Andern in bitterm Unwillen gegen die, welche ihn angerathen sich vermessen konnten, und bei noch sehr vielen andern in bloßen Wünschen und Hoffnungen ihn rückgängig gemacht zu sehen. Der Kaiser war leidend gewesen und hatte in einem Tage dreimal den bekannten Krankheitsanfällen unterlegen. Die Gesundheit der Kaiserin war noch mehr angegriffen.

**Wien**, 18. Mai. Ueber die Flucht des Kaisers und der Kaiserin erfährt man aus sicherer Quelle, daß JJ. MM. gestern Abend 6 Uhr nach Schönbrunn fuhren und erst dort in einen bereit gehaltenen Reisewagen stiegen. Der Erzherzog Franz Karl verließ schon Nachmittags mit seiner Familie die Burg; die Kaiserin Mutter aber entfernte sich Abends 9 Uhr, begleitet von einer Kammerfrau, zu Fuß aus der Burg bis zur Mariahilfer-Linie, wo sie in einen Fiaker stieg, und in Purkersdorf erst ihren Reisewagen traf. Von der ganzen kaiserl. Familie ist nur die kranke Erzherzogin Maria Anna, Schwester des Kaisers, die heute nach Baden gebracht wurde, zurückgeblieben. (Berl. R.)

Der Schles. Ztg. wird geschrieben: Kaum war die Entfernung des Kaisers so ziemlich allgemein bekannt, als an verschiedenen Orten Stimmen zur Republik laut wurden, welche jedoch nirgends Anklang fanden. Mehrere hundert Emissäre verschiedener Nationen suchen das arbeitende Volk und selbst das Militär zu gewinnen, um die Republik auszurufen. Mit Vergnügen kann ich Ihnen jedoch melden, daß der größte Theil der Bevölkerung sich entschieden und mit wahrhafter Erbitterung gegen die Republik ausspricht, und daß sowohl die Nationalgarde als auch die Studentrn-Legion in größter Thätigkeit ist, die republikanischen Ruhestörer zu verhaften. So ist heute eine ziemlich große Anzahl Republikaner gefangen genommen und in das bürgerliche Zeughaus sowohl zu Fuß als in Wagen mittelst Escorte von Nationalgarden und Studentrn abgeführt worden. Unter den Verhafteten befinden sich die Redakteure Mahler des Freimüthigen und Häfner der Konstitution. Letzterer soll sich ganz besonders für die Ausrufung der Republik abgemüht haben, da er persönlich die versammelten Arbeiter aufforderte, sich für die Republik zu erklären. Er wurde jedoch von diesen der Nationalgarde übergeben und später an das Kriminal abgeführt. Das Volk ist gegen diese so erbittert, daß sie, wenn sie nicht eine so starke Bedeckung gehabt hätten, an Ort und Stelle aufgehängt worden wären. Das Militär der Garnison ist auf das Glacis ausgerückt und zahlreiche Patrouillen der Nationalgarde durchziehen die Stadt. Die Ruhe ist jetzt vollkommen gesichert. Heute noch erwartet man mittelst der Eisenbahn die Ankunft einiger Infanterie-Regimenter aus Böhmen und Mähren.

In einem Schreiben aus **Salzburg** vom 19. Mai, mitgetheilt in der Allg. Z., heißt es unter Anderm: Als man in Linz von der Flucht des Kaisers benachrichtigt ward, wurden augenblicklich sechs Deputirte dem Kaiser nachgeschickt, um ihm die Gefahren zu schildern, in welche er die Monarchie und seine eigene Dynastie durch die Flucht setze. Allein der Kaiser ließ sich nicht anhalten: er habe, sagte er, den Tirolern einen Besuch versprochen und wolle man das Versprechen erfüllen. Graf Bombelles gab den sechs Deputirten den Rath, sich den Slaven anzuschließen. Dieses wäre also die Sympathien von solchen, die in der nächsten Umgebung des Kaisers sind! Die Slaven sind den Eindruck vorstellen, welchen der schöne Rath auf die Deputirten machte, und der nun allen Provinzen und der Kaiserstadt bekannt werden wird. Nach 5 Uhr früh wurde die Reise fortgesetzt (die Kaiserin-Mutter

Digitized by Google

blieb hier) und eine Stunde darauf trafen die Grafen Hoyos und Wilczek ein, sie wurden dem Kaiser von dem Ministerium nachgeschickt, denn er hatte Wien verlassen, ohne eine provisorische Regierung zurückgelassen zu haben. Es handelt sich also darum, diese nachträglich einzusetzen, wenn der Kaiser nicht bestimmt werden könnte nach Wien zurückzukehren. Die Deputirten von Linz haben sich mit mehreren Männern von hier dafür entschieden, daß am 1. Junius ein Zusammentritt von Abgeordneten aus den Provinzen abgehalten werden solle, um die Maßregeln zu berathen, welche zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung in den Provinzen als nothwendig erschienen. Diese Berathung soll bloß eine Vorbereitung auf den Reichstag bilden. Man sprach sich für die Einigkeit des deutschen Elementes und für die unbedingteste Sympathie für Deutschland aus, wie auch für die Entwicklung des konstitutionellen Staatslebens unter der gegenwärtigen Dynastie; nur von einer Herrschaft der Slaven will man Nichts wissen. Die Tiroler und Kärnthner werden von hier aus durch Deputationen eingeladen werden, Abgeordnete auf den 1. Juni nach Linz zu schicken, die Provinzen Steyermark und Unterösterreich und nach Gestalt der Dinge auch Mähren und die Deutschen in Böhmen werden von Linz aus die gleichen Einladungen bekommen. Die Einladung der Illyrier wird von Kärnthen aus eingeleitet werden.

**Prag**, 19. Mai. Hier erschien Vormittags folgende Bekanntmachung des Präsidenten Grafen Thun: „Gestern Nachmittag ist nachstehende telegraphische Depesche von Wien angelangt. Durch die Vermittelung vertrauenswürdiger Personen haben Se. k. k. Maj. mir (darunter ist wohl Minister von Pillersdorf gemeint) den mündlichen Auftrag zukommen lassen, seinen getreuen Böhmen zu verkünden: Tief betrübt über die letzten Ereignisse in Wien haben Se. Majestät es um besten gefunden, sich für einige Zeit von dort zu entfernen. Die Wahl, unter welchen treuen Völker sich zu begeben, habe Se. Maj. wohl gethan, die Rücksicht auf die der Gesundheit Sr. Maj. heilsame Luft Tirols aber Se. Maj. entschieden, dorthin in Begleitung Sr. k. Hoheit des Erzherzogs Franz Karl die Reise anzutreten. Se. Maj. zählt übrigens auf seine treuen Böhmen, wenn es gelten sollte, den Thron, die verliehene Verfassung und die Macht der österreichischen Monarchie aufrecht zu halten. Fest überzeugt, daß alle Böhmen ihren Stolz darein setzen werden, die Erwartungen Sr. Maj. unter allen Umständen zu rechtfertigen, bin auch ich (hier ist der unterzeichnete Präsident Graf Leo Thun gemeint) entschlossen, auf diese Gesinnung des böhmischen Volkes gestützt, die mir von Sr. Maj. anvertraute Regierungsgewalt zur Aufrechthaltung des Thrones und der Verfassung so anzuwenden, wie immer es die außerordentlichen Verhältnisse verlangen mögen. Davon habe ich Se. Maj. im geeigneten Wege und dem Ministerium in Wien die Anzeige erstattet. Graf Leo Thun. — Der Korrespondent der Allg. Z. setzt hinzu: Sogleich versammelte sich der Nationalausschuß, der wahrscheinlich eine provisorische Regierung ernennen wird. Die Resultate theile ich morgen mit. Was haben die Wiener gethan? Sie vergaßen am 15. Mai der Provinzen!

Parlamentswahlen in Mähren und Schlesien. Mähren: in Olmütz Dr. Jrsteles, Sternberg Dr. Höchmann, Teßbau Dr. Giekra, Mätlig Schneider, Schönberg Dr. Berger, Nikolsburg Justitiar Rosvine, Brünn Dr. Neuwoll. Schlesien: in Troppau Dr. Lausch, Jägerndorf Göbel, Bennesch Kudlich, Teschen Kaichberg, Bielitz v. d. Straß und Kollaschek.

**Preußen.** **Berlin**, 18. Mai. Dem Vernehmen nach hat der Ausschuß Zung einen vollständigen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, den er gegenüber dem von der Regierung der Nationalversammlung vorzugebenden Entwurf derselben Versammlung zur Annahme empfehlen will. Dieser Entwurf bezweckt, den eigenen Worten des Verfassers nach, eine Monarchie mit republikanischen Einrichtungen, d. h. er behält die monarchische Regierungsform für den Augenblick noch bei, hat aber jedweden Einfluß des Monarchen durch die völlig republikanischen Institutionen auf, will denn namentlich nur eine Kammer, direkte Wahlen, kein Veto des Königs u. s. w. Gewiß ist, daß über diese letztbezeichneten Punkte es innerhalb der Nationalversammlung zu den heftigsten Kämpfen kommen wird, und sehr fraglich erscheint es, nach der Zusammensetzung der Kammer zu urtheilen, ob die Regierung mit ihrem Entwurfe in diesen Hauptfragen durchdringen werde, oder ob nicht vielleicht dieser Jung'sche Entwurf Aussicht auf die Zustimmung der Versammlung hat. Die Minister werden aber, wie wir bereits jüngst berichteten, die Annahme der Regierungsvorschläge zur Kabinetsfrage machen, und es dürfte daher der Rücktritt des gegenwärtigen Ministeriums leicht in Kurzem erfolgen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit denn auch noch eine Ministerliste mittheilen, Veranlassung nehmen, die für den Fall, daß das Ministerium Camphausen wirklich vom preußischen Staatsruder abtreten sollte, allerdings einige Aussicht auf Verwirklichung hat; dieselbe lautet: v. Bincke Ministerpräsident ohne Portefeuille; Milde Finanzminister; Bornemann behält die Justiz, ebenso v. Arnim die auswärtigen Angelegenheiten; v. Bodelrath Kultusminister; v. Auerswald, gegenwärtig Oberpräsident der Provinz Preußen, Minister des Innern; Oberst von Griesheim Kriegsminister und Lette Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten. (K. Z.)

**Berlin**, 21. Mai. Die Voss. Z. entnimmt einem Privatschreiben und Fridericia folgende Mittheilungen: Die Dänen sind bei Sterup und Middelfahrt noch immer mit der Errichtung starker Kasirdbattirien beschäftigt. Wie sind indessen auch nicht müßig und werden ihnen nun auch schweres Geschütz entgegenstellen, die eine Anzahl hier vergraben gewesener 18pfündiger Kanonen, denen die Schildzapfen abgebrochen waren, leider zum Gebrauch hergestellt sind. Die Einwohner sind mit allen Mitteln sehr gegen uns aufgereizt worden, aber vergeblich; da wir durchaus keine Mannszucht halten, da Niemandes Eigenthum noch Person geschützt ist, so sind sie sehr zufrieden, im Gegentheil sind sie hier in Fridericia seit dem Bombardement am 8. Mai, das der Stadt schweren Schaden zugefügt hat, sehr erbittert auf die Dänen. Die Besorgnisse von einer unverwuthten Landung dieser letztern sind zwar einigen vorhanden, aber unbegründet; denn man macht sich dabei nicht klar, wie schwierig es ist, die Vorbereitungen zu einer Landung in bedrutendster Zahl (und jede andere würde nur den Landenden schädlich sein, nicht uns) zu treffen, die Schiffe zu versammeln, die Truppen ein- und auszuschiffen u. s. w. Ueberdies ist die Armee der Dänen durch ihre völlig aufgelöste Flucht sehr demoralisirt, und würde daher auch bei dem schwierigen Unternehmen einer Landung keine sehr sichere Stütze bieten. Schiffe freilich würden uns von unbetrachtbarer Zahl zu Gebote sein, und wir dürften behaupten, wenn wir zehn armirte Schiffe hätten, hätten wir Frieden. Fridericia selbst ist ein ärmlicher Ort. Er hat nur Häuser von einem Stockwerk. Innerhalb der Werke befinden sich viele leere Räume, Kasernen fehlen ganz. Die Gegend ist flach, wasserreich und mit herrlicher Waldung durchschnitten. Seit Holstein übrigens das erste Terrain, wo Kavallerie zu verwenden wäre.

**Santemyol**, 13. Mai. Kaum bin ich im Stande, alle die Raub- und Gräuelscenen, die in der Nacht vom 9. zum 10. hier vorkamen, hierteil mitzutheilen, denn noch zittert meine Hand, indem ich diese Fakta niederschreibe, allein ich will es versuchen. Das Militär war seit einigen Tagen ausgerückt, nun kamen vor Abend drei polnische Bauern in das Städtchen gesprengt, rissen gleich bei dem Bürgermeister, dessen Wohnung bei dem Distriktskommissär und vor dem Postamte den preußischen Adler herunter und hieben ihn in Stücke. Die deutschen Einwohner und Beamten hiesiger Stadt, dadurch sehr beunruhigt, gingen nun zu mehreren polnischen Bürgern und baten, daß man ihnen doch gegen möchte, ob sie bleiben oder flüchten sollten. Die polnischen Bürger meinten, in der Nacht würden allerdings wohl Sensenmänner einrücken, man solle diese dann nur ebenso gut und freundlich aufnehmen wie die preuß. Soldaten. Es dauerte auch nicht lange, da rückte wirklich eine Masse dieser Insurgenten heran. Ihrem Verlangen, daß man ihnen zu essen und zu trinken geben solle, wurde mit der größten Bereitwilligkeit überall genügt, und wurden sie darnach vielleicht auch abgezogen sein, wenn nicht hiesige Aufwigler, unter denen mehrere bis jetzt geachtete Bürger sich besonders hervorthaten, sich mit ihnen verbunden hätten. Nun fingen die Gewaltverfügungen an; die Pistole wurde dem preuß. Soldaten auf die Brust gesetzt, und man mußte den Insurgenten Alles geben, was sie verlangten, jede Person 1, 2, 3—10 Thlr. So wurden mindestens 2 bis 300 Thlr. erpreßt. Allein auch damit begnügten die Räuber sich nicht, sie fingen an, zu plündern und zu demoliren, so daß sie in vielen Häusern Thüren einsprengten, Fenster, Spiegel, Möbel, Glaswaaren u. dgl. m. zertrümmerten. Alle Waffen, die sie irgend vorfanden, wurden mitgenommen. Das geraubte Geld beträgt an 1000 Thlr. und der anderweitige Verlust mindestens an 5—6000 Thlr. Diese Plünderung begann des Abends um 9 Uhr und so dauerte der Bandalismus bis zum andern Morgen um 6 Uhr. Jetzt steht man hier wie auf den Trümmern von Jerusalem, die Einwohner sind von allen Mitteln entblößt, am Tiefsten aber empört sie der Umstand, daß die polnischen Bürger, welche retterud hätten einschreiten können, gerade umgekehrt die Zerstörer führten und ihnen die Wohnungen der reichen Leute anwiesen. Jetzt haben wir eine Kompagnie Militär hier. (Voss. Z.)

* **Tilsit**, 12. Mai. Die Wahlen sind bei uns nur zur theilweisen Vertheidigung der Gutgesinnten ausgefallen, indem für Berlin der Bauergutsbesitzer Kuhr mit 58 Stimmen aus der Urne hervorging gegen den Kandidaten der Hofpartei, den ehemaligen Minister Flottwell, welcher nur 30 Stimmen erhielt. Letztgenannte Partei setzte aber

Digitized by Google

mit allen nur zu offen dalliegenden Klüften einer von der hohen Freund- und Gönnerschaft erlernten Diplomatie für Frankfurt zum Abgeordneten den Oberst v. Auerswald, und zum Stellvertreter den Grafen Kaiserling-Rautenburg durch. Der Verkehr an der russischen Grenze wird Seitens der Zollbeamten in keiner Weise gehindert, und das Konsulat in Memel ertheilt auf Grund der Legitimation hiesiger Regierung, wie früher, Jahrespässe, um den Geschäftsverkehr, die Ein- und Ausfuhr in der gewöhnlichen Ordnung zu erhalten. Es stehen allerdings einige Militärkolonnen bei Kossenen und Kowno; diese haben indessen nur die Bestimmung, etwaige Umtriebe und Absichten der Polen zu überwachen und an der Grenze das Einschleichen polnischer Emigranten oder Emissäre zu verhindern. Von unserer Seite fehlt es für Solche, wenn sie auch einzeln erscheinen, an Verwarnungen nicht; darum wurden auch bisher keine Fälle von Nattgefundenen Störungen bekannt. Es herrscht hier nur die Meinung, daß Rußland den Frieden will; ob dies nun geschieht, weil es als Garant des Teschner-Friedens Deutschland in seiner Entwicklung nicht stören will; oder weil es im Fall eines Krieges für den Besitz des Königreichs Polen, für das schon wankende Protektorat in den Donaufürstenthümern, für den Besitz der Dardanellen „der Schlüssel zum eigenen Hause" fürchtet, wird eine vielleicht nur zu nahe Zukunft lehren.

**Baiern.** § München, 20. Mai. Gestern kamen zwei österreichische Bataillone vom Regiment Latour hier an, die ersten nicht baierischen Truppen, die München seit vielleicht 30 Jahren gesehen. Die Aufnahme eines eigenen fremden Heeres bei der Rückkehr kann kaum wärmer und freudiger sein. Alle Straßen waren trotz des ununterbrochenen Regens zum Erdrücken voll Menschen; das Officierkorps von sämmtlichen Regimentern der Garnison, der Bürgerwehr, der Freikorps begrüßte am Siegesthor die Gäste, und beim Einquartieren zeigte sich solcher Eifer der Gastfreundschaft, daß viele Bürger sich die Ersten Besten von der Straße in ihre Häuser holten. Heute sieht man überall die Soldaten mit ihren Wirthen spazieren gehen und fahren, und obschon die meisten Stockdohmen sind und etwas von ziegelschem Deutschenhaß im Blute haben, lassen sie sich doch die baierische Freundschaft gern gefallen. Es sind aber schöne, kräftige, gesunde Leute, an denen sich die Lombarden die Zähne werden ausbeißen können, und wohl that es einem deutschen Herzen doch auch, die deutschen Farben an der kaiserlich österreichischen Fahne flattern zu sehen. Dagegen thut es weh, zu sehen, wie dieses Zeichen der Macht jetzt in Staub sinkt, und wie gerade die, so es mit ihrem letzten Blutstropfen schützen sollten, in den Staub treten. Die Nachrichten aus Wien, die sich seit einer Stunde hier verbreitet haben, und von denen ich nicht weiß, ob sie zuverlässig sind, müssen Jedermann, der es mit Deutschland gut meint, tief betrüben. Der Kaiser, sagt man, sei geflüchtet mit der ganzen kaiserlichen Familie und habe sich nach Tirol gewendet. Ein Sturm auf die Burg nach Gewährung der „Sturmpetition" habe diesen Erfolg gehabt. — Was die deutschen Angelegenheiten betrifft, so hoffen wir, daß man in Frankfurt die formalen Fragen an's Ende stellen und zuerst die Grenzen der Befugnisse festsetzen wird, welche der Centralgewalt zukommen sollen und welche den Einzelstaaten bleiben müssen. Hat man sich erst darüber geeinigt, so wird gewiß Vieles vom Schattgespenst der Obergewalt verschwinden, wovor man zurückschreckt, vielleicht auch Vieles was noch zum Besitz reizt. Sehr thätig hat man hier den Gedanken erfaßt, für eine deutsche Flotte zu sammeln. Den Anfang haben Frauen gemacht; nun aber hat sich ein Verein für München und Oberbaiern gebildet, und wir hoffen, daß bald in ähnlicher Weise Vereine in allen Kreisen Baierns, in allen Ländern Deutschlands entstehen, damit das ganze Volk sich betheilige an einer Sache, die mehr als irgend eine der Gegenwart das ganze Volk angeht, ihm Ruhm, Macht, Wohlfahrt verheißt oder — verweigert.

Nachschrift. Die Wiener Nachrichten haben sich im Laufe des Tages dahin berichtigt, daß die kaiserliche Familie zwar eilig und ohne alle Reisevorkehrungen Wien verlassen, aber nicht, wie es Anfangs hieß, bei einem Sturm auf die Hofburg geflüchtet sei. Sie hat sich nach Innsbruck gewendet und die Erklärung zurückgelassen, nicht eher wiederkehren zu wollen, als bis Wien wieder zur Besinnung und Ruhe gekommen. Die Bürger sollen sehr bestürzt sein und eine Bewegung gegen die Bewegung bereits angefangen haben. — Die österreichischen Truppen verlassen München morgen früh. Ihre Bestimmung war die Lombardei; plötzlich haben sie Ordre bekommen, an der baierischen Grenze Halt zu machen und erwarten dort die Meisung auf Bergenz. Den Officieren ward gestern Abend von den Officieren aller hiesigen regulären und irregulären Truppen ein freundschaftliches Fest gegeben, wobei unter dem Schutze der deutschen, österreichischen und baierischen Fahnen und den Versicherungen der Treue und Bruderlichkeit Böhmen — denn das waren die meisten der Gäste — und Deutsche sich für Gegenwart und Zukunft die Hand gaben.

**Sachsen.** Dresden, 19. Mai. Der zum 18. Mai einberufene außerordentliche Landtag hat begonnen; in beiden Kammern fand heute Vormittag die erste vorberathende Versammlung Statt.

Dresden, 20. Mai. Aus den von den Kammern für die Präsidentschaft gewählten Kandidaten hat der König noch gestern Abend den Abg. Rewitzer zum Präsidenten der II. Kammer und den Abg. Pfotenhauer zum Vicepräsidenten derselben ernannt. Für die I. Kammer hat v. Schönfels nach einer Kandidatur beim Könige die Ernennung zum Präsidenten nunmehr angenommen, während Bürgermeister Gottschalk als Vicepräsident bestätigt worden ist. (L. A. Z.)

**Baden.** † Heidelberg, 23. Mai. Gestern wurde von dem hiesigen Handelsstande als vorläufiger Beitrag zur Gründung einer deutschen Flotte aus der Sammlungskasse die Summe von 500 fl. bewilligt. — Es wird nun von dem Handelsvorstande eine Aufforderung an die hiesigen Bewohner zur Bildung eines Komitées erfolgen, um Privatbeiträge zu diesem hochwichtigen Zwecke in Empfang zu nehmen.

**Kurhessen** Kassel, 21. Mai. Die hiesige Zeitung enthält heute folgende Verordnung vom 12. Mai 1848, die Ueberweisung der Domanialien der vorthinigen sogenannten Rotenburger Quart an die Staatsfinanzverwaltung betreffend: „Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I. u. s. w. haben mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage und Bedürfnisse des Landes, sowie auf die wünschenswerthe Gleichstellung der Verhältnisse der Einwohner der vorhinigen Rotenburger Quart mit denen unserer übrigen Lande, zugleich aber auch mit Hinsicht auf die und gegen unser Kurhaus obliegenden Pflichten, wonach wir dessen begründeten Gerechtsamen Nichts vergeben können, nach Anhörung unserer Gesammtstaatsministeriums allergnädigst verordnet: §. 1. Die Domanialien der vorhinigen Rotenburger Quart nebst allen Zubehörungen, Nutzungen und Lasten werden unter dem Vorbehalte von nun an unserer Staatsfinanzverwaltung überwiesen, daß demnächst eine rechtliche Entscheidung der Fragen, welcher Behörde gegenüber und unter welchen gesetzmäßigen Verhältnissen der Rechtsansicht obwaltete, bei den Landesgerichten eintrete, und wofern die Entscheidung zu Gunsten unseres Kurhauses ausfallen würde, ein billiger Ersatz für die obgedachten Domanialien und Zubehörungen und Nutzungen werde. §. 2. Unser Gesetz vom 20. Juli 1836 über die Verwaltung der gedachten Domanialien und über die Satzung einer Hofdomänentammer wird hiermit aufgehoben. Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu richten. Urkundlich u. s. w. Kassel, am 12. Mai 1848. Friedrich Wilhelm. vdt. Schwechten."

**Hessen.** Mainz. Ueber die bei der jetzigen Lage Deutschlands doppelt bedauerlichen Vorfälle vom 21. Mai berichtet die Darmstädter Zeitung: „Mainz ist seit gestern Abend in Belagerungszustand erklärt. Reibungen zwischen Bürgerwehr und preußischem Militär, welches letztere durch den Donnerstagsartikel in der „Mainzer Zeitung", „Preußen und Deutschland" sehr indignirt worden war, führten zu einem blutigen Zusammenstoß, in welchem bedauerlicher Weise von Feuerwaffen Gebrauch gemacht wurde. Die Soldaten haben mehrere Todte und Verwundete, die Bürger sollen deren auch haben. Das Festungskommando sah sich zum entschiedensten Auftreten genöthigt; die Truppen wurden nach der Citadelle und den oberen Festungswerken konsignirt und die Entwaffnung der Bürger innerhalb drei Stunden, d. h. bis 12 Uhr Nachts, geboten, widrigenfalls die Stadt beschossen würde."

Ausführlicher berichtet die „Fr. O. P." Auf dringenden und mündlichen Mittheilungen, die uns bis zu diesem Augenblick aus Mainz über die dortigen Vorgänge zugekommen sind, ergibt sich als das Wesentliche Folgendes: Trotz aller Vorkehrungen, möglichen Excessen vorzubeugen, kam es gestern Abend gegen 8 Uhr am Leichhose zu einem Handgemenge zwischen Bürgern und preußischen Soldaten, worauf etwa 100 Mann der Letzteren den Versuch machten, die Bürgerwache zu erstürmen, und mit Verlust einiger Todten und Verwundeten zurückgeschlagen wurden. Sofort entspann sich der Kampf an mehreren Punkten der Stadt. Auf beiden Seiten machte man von der Schußwaffe Gebrauch. Da wurde Generalmarsch geschlagen; indeß dauerte der Kampf fort. Der Gouverneur ließ sofort die Thore schließen und traf andere geeignete Maßregeln, um die Ruhe wieder herzustellen. Eine halbe Stunde vor Mitternacht wurde die Stadt in Kriegszustand erklärt und durch öffentlichen Ausruf bekannt gemacht, daß die Bürgerwehr wegen Mißbrauchs ihrer Waffen aufgelöst und sämmtliche Waffen bis heute Nachmittag 1 Uhr auf dem Stadthaus abzuliefern seien. Die Rheinbrücke wurde abgrfahren und mit preußischen Pionieren besetzt; aller und jeglicher Verkehr mußte auf besonderen Befehl unterbleiben. Die ganze Nacht hindurch standen Piquets aller Waffengattungen auf den öffentlichen Plätzen, die Artillerie mit brennenden Lunten neben den Kanonen. Erst heute Nachmittag um 2 Uhr, nachdem die Ablieferung der Waffen von Seite der Bürger erfolgt war, wurde der Kriegszustand wieder aufgehoben und der Verkehr nach Außen freigegeben. Die Rheinbrücke wurde

Digitized by Google

wieder aufgefahren und die bis dahin zurückgehaltenen Dampfboote, 6 an der Zahl, durften ihre Fahrt antreten. Die Zahl der Todten und Verwundeten läßt sich noch nicht genau angeben; man spricht von 3 Todten und etwa 27 Verwundeten auf Seite der Preußen, einem Todten und 8 Verwundeten auf Seite der Bürger.

Wie sich Schuld und Unschuld der Parteien bei den traurigen Mainzer Kämpfen verhalte, muß eine strenge und unbefangene Feststellung der Thatsachen lehren; einstweilen gebietet und die Unparteilichkeit, der nachfolgenden Darstellung der Sachlage von der einen Seite her die Aufnahme nicht zu versagen. „Mainz, 21. Mai. Der Korrespondent, welcher in Nro. 141 des Frankfurter Journals die hier herrschende Aufregung zwischen dem preußischen Militär und einem Theile der Bürgerschaft bespricht und in derselben Nichts als einen Rückstoß der Berliner Ereignisse erblicken will, schient wenig unterrichtet. Hätte er gewußt, daß eine gewisse Partei es sich zur Aufgabe gemacht zu haben scheint, die preußischen Soldaten in Allem zu kränken, was ihnen werth und heilig ist, so würde er den Grund jener Erbitterung wahrlich nicht so weit gesucht haben. Während die Schaufenster der Bilderladen seit Monaten fast ausschließlich mit den gemeinsten Karrikaturen gegen den König von Preußen und preußische Zustände gefüllt sind, fremden Fieglinge aus irgend einem Hinterhalte auf die einzelnen auf den Wällen postirten Schildwachen; — öffentlich und in Gegenwart der Soldaten werden die niedrigsten Schimpfreden gegen den König und den Prinzen von Preußen geführt und hinzugesetzt, daß man es doch noch durchsetzen müsse, diese „Stinkpreußen" aus der Festung zu jagen. Turner, gegen alles Gesetz mit Säbeln bewaffnet, durchziehen, Officiere und Soldaten höhnend, die Straßen und führen in den Wirthshäusern dramarbasirende Reden, wie sie ihre Waffen gegen die Preußen zu handhaben gedächten, während Bürgerwehren, kraftlos und matt, wenn es darauf ankommt ein Schleppschiff zu schützen, zu Hunderten auf dem Platze erscheinen, sobald es sich darum handelt, einen oder zwei Soldaten zu fangen, denen endlich über das, was sie sehen und hören mußten, die Galle überlief. Wer diese Thatsachen kennt, wer Zeuge gewesen ist, wie die Bürgerwehr, ihre Befugnisse durchaus überschreitend, Soldaten arretirt und über die Straße schleppt, wird sich fragen, wie es möglich ist, daß Einwohner einer deutschen Stadt auf solche Weise einer Garnison gegenübertreten, deren Waffenbrüder eben erst auf dem Schlachtfelde für deutsche Freiheit geblutet haben, aber er wird sich nicht über die Erbitterung wundern, die gegenwärtig diese Garnison vom höchsten Officier bis zum jüngsten Tambour durchdringt."

**Mosfau.** Wiesbaden, 21. Mai. Unsere Landstände sind auf den 22. Mai einberufen. Das Verordnungsblatt bringt einen Gesetzentwurf über die künftige Ausübung der Jagd im Herzogthume Nassau. Das Jagdrecht geht wieder auf die Gemeinde über. (F. J.)

† **Oldenburg**, 18. Mai. Hier ist heute eine Bekanntmachung folgenden Inhalts erschienen: Nachdem der Großherzog beschlossen habe, eine konstitutionell monarchische Verfassung für das Großherzogthum mit den Ständen des Landes zu vereinbaren und zu dem Ende den Entwurf eines Staatsgrundgesetzes durch eine von Instruktionen unabhängige Kommission ausarbeiten zu lassen, habe er zu Mitgliedern dieser Kommission berufen: den Staatsrath Schleifer (Vorstand eines Obergerichts), Ammann Greverus, Reg.-Assessor Buchholz, Obergerichts-Anwalt Dr. Großkopf, sämmtlich zu Oldenburg, sodann den Hauptmann Löbben zu Golzwarderwurp und den Advokat Fischer zu Birkenfeld. — Die Kommission ist angewiesen, bis von den jetzt auseinander gegangenen 34 Landesbevollmächtigten niedergelegten Wünsche zu berücksichtigen, sowie die darauf abgegebenen großherzogl. Erklärungen. Sie ist ermächtigt, alle Behörden und Beamten im Großherzogthume um mündliche oder schriftliche Mittheilungen aus ihrem Geschäftskreise zu ersuchen und diese sind angewiesen, derartigen Requisitionen nach Kräften Folge zu leisten. — Das den 34 Männern vorgelegte Budget weiset aus, daß das Großherzogthum Oldenburg 1,100,000 Rthlr. Schulden hat, mithin die Sage von der Schuldenfreiheit dieses Landes eine unbegründete war.

**Schleswig-Holstein.** Altona, 19. Mai. Die Nachrichten, die Sie bereits gerüchtweise über Einstellung der Feindseligkeiten mit Dänemark und Einleitung von Friedensunterhandlungen erhalten haben, kann ich Ihnen bestimmt bestätigen, daß die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund als erster Artikel voransteht, und England selbst denselben als die conditio sine qua non seiner Vermittlung anerkennt. Dadurch ist Schleswig auf alle Zeiten vor einer Inkorporation in die dänische Staatseinheit gesichert. Ueber die weiteren Bestimmungen wegen der Verfassung und Erbfolge mache ich Ihnen nicht eher Mittheilung, als bis ich für die vielen widersprechenden Gerüchte eine zuverlässige Bestätigung erhalte. (L. Z.)

**Kolding**, 18. Mai. General Wrangel hat den Jütländern eine Kontribution von 2 Millionen Spaties als Ersatz für den Schaden auferlegt, den die dänische Regierung dem deutschen Handel und Eigenthum zugefügt hat. Wir liefern das betr. Ausschreiben Wrangels morgen nach.

**Lübeck**, 19. Mai. Das hier angekommene Dampfschiff Mars mit brachte Nachrichten aus Kopenhagen, wonach die umlaufenden Friedensgerüchte sich als falsch erweisen, vielmehr der förmliche Abschluß des Defensivtraktats zwischen den drei skandinavischen Reichen nun erfolgt wäre.

# **Frankfurt**, 23. Mai. Die fünfzehn Abtheilungen des Reichstags haben folgende Mitglieder zu Vorständen gewählt: 1) Heckscher von Hamburg; 2) Jaup von Darmstadt; 3) v. Andrian von Wien; 4) Simon von Breslau; 5) Mittermaier von Heidelberg; 6) Dahlmann von Bonn; 7) v. Lindenau von Altenburg; 8) Eisenmann von Nürnberg; 9) Hergenhahn von Wiesbaden; 10) Römer von Stuttgart; 11) Jürgens von Braunschweig; 12) Blum aus Leipzig; 13) Bassermann von Mannheim. — Die Zahl der Mitglieder in der gestrigen Sitzung mochte gegen 500 betragen, die Haltung derselben war, gleich der des Vorsitzenden, ernst und würdig. Es sind bereits eine Reihe von selbstständigen Anträgen eingetreicht, die wir seiner Zeit auf der Tagesordnung finden werden; manche betreffen die materiellen Interessen, Zoll-, Handels- und Schifffahrtsangelegenheiten; ein Mitglied verlangt, die Versammlung möge sich „Reichsversammlung" nennen; Venedey protestirt gegen die Aufnahme eines Abgeordneten der Stadt Posen. An Petitionen fehlt es ebenfalls nicht. Zunächst erwähnen wir einer Eingabe des demokratischen Vereins in Leipzig gegen die Mitwirkung deutscher Bundestruppen zur Unterdrückung des Aufruhrs in Baden. — Den Unterzeichnet glauben, man solle dem freien Volkswillen den Lauf lassen. Um die Bedeutung solcher Vorstellungen klar zu machen, darf man nur bedenken: daß die Führer des Aufruhrs in der Schweiz und Frankreich auf Neue rüsten und werben, daß sie aus ihrer Absicht den Einfall zu wiederholen, kein Hehl machen, daß sich unter den Gefangenen in Brudsal 69 Franzosen befinden, daß die Schweiz und alle deutsche Länder ebenfalls Angehörige daselbst haben, und daß unter einem Transport von 120 Gefangenen nur 5, sage fünf Badenser waren; selbst Konstantinopel hat einen Mann ins Feld gestellt, der sich jetzt in Bruchsal befindet. Und die Leipziger deutschen Demokraten sprechen gegen die Bundesstaffe und von dem freien Volksbillen in Baden! Nein! genug davon, genug und ferner, daß die deutschen Freiheitsmänner in Frankreich sich um die Entschädigung bemühen, französische Soldaten anzuwerben und in Blusen über den Rhein zu führen — natürlich um den freien Willen des badischen Volkes von deutschen Bundestruppen eben so zu befreien, wie sie sich von dem letzten Reste deutscher Gesinnung frei gemacht haben. Endlich wird nachgerade auch das blödeste Auge den Zusammenhang zwischen den letzten gleichzeitigen Versuchen in Paris, Berlin und Wien wahrnehmen können. Dies hindert jedoch die Leipziger Demokraten nicht, die Entfernung deutscher Bundestruppen von der südwestlichen Grenze zu verlangen. Jeder Franzose verachtet die entarteten Söhne Deutschlands, welche mit fremdem Zuzug den Aufruhr in ihrem Vaterlande anfachen wollen; die französische Regierung und die Nationalversammlung, obgleich republikanisch, haben mit den nämlichen Anarchisten zu kämpfen; sie werden keinen Versuch gegen Deutschland leisten, den diese wohl bei Rußland suchen und finden mögen. Deutschland aber wird seine Einheit und Freiheit bauen, trotz aller von der Reaktion bezahlten Störungsversuche und aller Leipziger Demokraten. Der Gegenstand der gestrigen Tagesordnung war die Begründung des Antrags von Raveaux, daß die Mitglieder aus Preußen, welche in beiden Versammlungen, nach Berlin und Frankfurt, gewählt sind, diese Wahlen annehmen können. Der Vorschlag wurde noch weiter dahin ausgedehnt, daß keine verfassungsgebende Versammlung in Einzelstaaten stattfinde, bevor die Verfassung für Deutschland erlassen sein wird. Die Berathung drehte sich lange um die Vorfrage, ob der Antrag zur Begutachtung an einen Ausschuß gewiesen oder sogleich vorhandelt werden solle. Die Mehrheit entschied für die Ueberweisung an einen Ausschuß, der aus wenigstens 14 verschiedene Berufsrichtungen angehörigen Mitgliedern bestehen soll. Die Vorschläge wurden

der Mehrheit den Willen des Volkes achte. Die Abtheilungen wählten bald nach dem Schlusse der Sitzung einen Ausschuß, der alsbald zur Vorberathung des Antrags zusammentrat und vielleicht heute schon berichten wird. Die Versammlung wird dann, ohne Zeit verloren zu haben, in besserer Lage sein, den Gegenstand zu behandeln und zu erledigen. Das dringendste Erfordniß jeder neu gewählten politischen Körperschaft, die Prüfung der Wahlen, wird dann hoffentlich vor jedem andern Geschäfte vorgenommen werden.

△ **Frankfurt**, 23. Mai. Es ist nun auch eine Anzahl Abgeordneter zur Nationalversammlung aus Mähren eingetroffen und damit thatsächlich bewiesen, daß nicht alle slavischen Theile der österreichischen Monarchie dem Aufrufe von Prag folgen. Der mündliche Ausschluß, den diese Abgeordneten über die dortigen Verhältnisse gaben, zeigt übrigens, daß es auch den eifrigsten Bemühungen der böhmischen adeligen Demagogen nicht gelingen könnte, die Slaven zum Abfalle vom österreichischen Kaiserhause zu bewegen, im Gegentheil mußte sich der Versuch, die Mähren von der Wahl nach Frankfurt abzuhalten, gerade auf ihre Anhänglichkeit an den Monarchen stützen. „Sie wollen in Frankfurt einen neuen Kaiser wählen, sie wollen Euren Kaiser absetzen", sagte man ihnen, um sie gegen die Nationalversammlung aufzuregen. Die czechische und slavische Bewegung hat indeß mindestens ebenso viel egoistische als nationale Triebfedern. Der Adel, der an der Spitze steht, fühlt, daß seine privilegirte Herrlichkeit in der großen demokratischen Bewegung, welche Deutschland umgestaltet, ihren Boden verloren hat. Ueber so und so viel Dörfer herrschen, geht in dem neuen Deutschland nicht mehr an; das deutsche Parlament macht jeden deutschen Bauer zu einem freien Mann. Das aber wollen die böhmischen Herren darum soll nach Frankfurt nicht gewählt werden; das slavische Element ist mehr zur Beherrschung, weniger zur demokratischen Gleichheit geartet, darum stützen sie sich auf die slavische Nationalität. Zum Beweise, daß die ganze Aufregung solche Beweggründe hat, dienen die Namen deutschen Adels unter dem Prager Aufruf. Ewige Schmach über Deutsche, die — wie auch einst der emigrirte Adel Frankreichs — den Kampf der alten Zeit mit der neuen auf Kosten ihres Vaterlandes kämpfen! Durch diesen Kampf sind die Verhältnisse Oesterreichs auf einen Punkt gekommen, daß nur die schleunigste Neugestaltung durch eine verfassungsgebende Versammlung die Monarchie erhalten kann. Wollte die deutsche Nationalversammlung nach dem gestrigen Antrage Navaux's, Besendonk's und ähnlich Gesinnter das gleichzeitige Berathen konstituirender Versammlungen in Frankfurt, Berlin und Wien verbieten, so könnte sie damit leicht dem großen Vaterlande die unheilvollsten Wunden schlagen, ohne durch ihn umzuringen Mitteauen das deutsche Verfassungswerk zu fördern. Die Nationalversammlung hat darum in ihrer gestrigen Sitzung sehr wohl gethan, diesen überaus wichtigen Gegenstand nicht in Uebereilung zu berathen, und wahrhaft lächerlich war daher auch die Leidenschaft, in welcher Hr. Eisenstuck die Namen Derjenigen dem Volkshasse preisgeben wollte, welche bei einer solchen Uebereilung am Wenigsten eine Ausnahme von den Bestimmungen der Geschäftsordnung gestatten wollten, durch welche die reiflichste Berathung verbürgt ist. Sie können versichert sein, der Beschluß, welchen die Nationalversammlung wahrscheinlich morgen über diese Frage faßt, wird den Interessen des großen Vaterlandes völlig entsprechen, und ebenso beruhigt sind wir darüber, daß die Brudersstimme in Preußen und Oesterreich das Vertrauen nicht täuschen, welches die Nationalversammlung in sie setzen wird. — Die Arbeiten der Nationalversammlung schreiten rasch voran. Ueber 300 Wahlprüfungsachen sind in den Abtheilungssitzungen bereits erledigt und der für die Geschäftsordnung niedergesetzte Ausschuß ist in voller Thätigkeit.

### Großbritannien.

**London**, 19. Mai. Die Herren Smith O'Brien und Meagher sind von der Hochverrathsanklage entbunden worden, da die Geschworenen, obschon sie in der O'Brien'schen Sache 24 Stunden lang eingesperrt beriethen, über das Schuldig nicht einig werden konnten. Im zweiten Falle antworrete auf die Frage des Oberrichters: ob die Geschworenen einig seien? einer derselben: Wir sind Alle einig, Mylord, bis auf einen, und der ist ein Katholik. Dann sah Ihr entlassen, mein Herr, sagte der Oberrichter, sich an Meagher wendend — ein Ausspruch, dem ein leises beifälliges Gemurmel im Saale, draußen aber ein minutenlang dauernder Sturm des Beifalls folgte. Meagher und O'Brien begaben sich nun kameradschaftlich in den Klub der Konföderirten, wo Ersterer aus einem Fenster an die Volksmenge, die ihm enthusiastisch entgegenjubelte, eine Ansprache hielt, welche in Form und Inhalt an die schönsten Zeiten der jungirischen Propaganda erinnerte. Die Times geruthen über diese Vorgänge in äußersten Zorn; „das hierdurch gegebene Beispiel", sagt diese Zeitung, „reizt hin, um nicht nur den Nationalcharakter der Irländer, sondern auch das Institut des Geschworne ngerichts in Verruf zu bringen". Die zuweilen gallischen Tiraden erg ehen sich gern in solchen Hyperbeln.

Die Freilassung der Herren Meagher und O'Brien wurde auch in der letzten Versammlung des Repealvereins zur Sprache gebracht und als ein Sieg der irischen Volksgesinnung über das unterdrückungsund verfolgungssüchtige England dargestellt, diese Freilassung sei die beste Antwort auf die Schmähungen der englischen Presse und den aufgeblasenen Dunst des Whigkirchen Ministeriums. Strikt sprach seine unerschütterliche Hoffnung aus, daß die Regierung künftig einstehen werde, wie die irische Nationalität durch Gewalt nicht zu unterdrücken sei, trotz der Hochverrathspresse, und trotzdem, daß man die Römisch-Katholischen von den Juries auszuschließen suche. Gaynay sagte: man werde sich durch die Einschüchterungs- und Zwangsmittel der englischen Regierung nicht abhalten lassen, einen Volksrath für Irland zu bilden, und sich nicht zu hart an ein früheres, von J. O'Connell gesprochenes Wort kehren, „daß auch nicht der Schatten des Gesetzes verletzt werden sollte." Der „Milch- und Wasser-Agitator", J. O'Connell war selbst zugegen, und Mr. O'Connell nahm den Präsidentenstuhl ein. Letzterer sprach sein Bedauern aus, daß er die HH. O'Brien und Meagher nicht nach dem Gerichtshofe habe begleiten können, „er habe derweil für die Ruhe der Seele des Befreiers (Daniel O'Connell) Gebete halten müssen." Diese O'Connelle sind allzusammen große Heuchler und Flausenmacher.

Dem Chronicle zu Folge hat zwischen Hrn. Bulwer und dem Herzog von Sotomayor ein weiterer Briefwechsel stattgefunden, der jedoch den Wünschen des englischen Gesandten so wenig entspricht, daß die Vermuthung aufgesprochen wird, der englische Gesandte in Madrid werde seinen Platz nicht lange mehr behaupten können. Der Herzog von Sotomayor will sich nicht dazu verstehen, die in seiner Antwort auf Palmerstons Schreiben für England enthaltenen Beleidigungen zurückzunehmen.

In Leicester fanden am 15. und 16. Mai ernstliche Ruhestörungen Statt, indem die Strikklopfer und andere im Arbeitshaus Beschäftigte aus Unwillen über die Ankündigung, daß sie fortan täglich $2\frac{1}{2}$ Stunde mehr zu arbeiten hätten, sich zusammenrotteten, Fenster zerschlugen und andere bei solchen Gelegenheiten gebräuchliche Exzesse sich zu Schulden kommen ließen. Es kam dabei zu Schlägereien mit der Polizei, und mehrere nicht unerhebliche Verwundungen fielen auf beiden Seiten vor.

### Nachschrift.

* Aus **Frankfurt** erhalten wir noch einen Brief vom 23., über die Verhandlungen der Nationalversammlung, die an diesem Tage stattfanden. Der Abg. Zitz besprach in einem längern Vortrag die beklagenswerthen Mainzer Vorfälle und suchte nachzuweisen, daß die ganze Schuld den preußischen Truppen zur Last zu legen sei. Er beantragte: Die Versammlung solle erklären, daß die Anordnungen des Festungskommandanten vom 21. zurückgenommen, den Soldaten und Unteroffizieren das Tragen der Waffen außer Dienst untersagt, die preußische Besatzung sofort gewechselt werde. Nach kurzer Debatte beschloß die Mehrheit der Versammlung, den Antrag an einen Ausschuß zu verweisen, welchem zur Pflicht gemacht werde, eine Deputation nach Mainz zu senden.

Die von den Abtheilungen gewählten Mitglieder der Mainzer Kommission sind: Professor Schreiner von Görz; Holland aus Braunschweig; Obrist Mayern aus Wien; D. Appell-Gerichtsrath Schäfer aus Jena; Prof. Bedermann von Leipzig; Hauptmann Möring von Wien; Minister v. Linenau von Altenburg; Freiherr v. Vincke aus Westfalen; Minister Hergenhahn von Wiesbaden; K. Maltby von Mannheim; Prof. Herrmann von München; K. Blum von Leipzig; Prof. Dunker von Halle; Prof. Vogt von Gießen; Abg. Wernher von Nierstein. Der Ausschuß wählte Hergenhahn zum Vorsitzenden und entsendete ihn nebst den Herren Mayern, Möring, v. Linenau und K. Blum alsbald nach Mainz. Wernher, als gebornet Mainzer, begleitete die Deputation, und es wird sich nun zeigen, ob und wie die Wirksichkeit mit der Dazstellung des Abg. Zitz übereinstimmt. Den Vortrag selbst so wie die Verhandlung werden wir in der nächsten Nummer mittheilen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

# Posen, 16. Mai. Die jüngste Zeit brachte uns hier eine Feier eigenthümlich decretungsvoller Art, das Fest der Aufnahme Posens in den deutschen Bund. Wer vor 6 Wochen hier auf der Höhe des alten ehrwürdigen Rathhauses mit der Aufpflanzung der polnischen Nationalfahnen einen vorschnellen Besitznahmeakt des Polenthums feiern sah, wer von Mieroslawski's pomphaftem Einzug Augenzeuge war, wer Stefanski, Libelt und andere Häupter der Polenpartei von dieser Freitreppe sprechen hörte und jetzt die deutsche Trikolore neben dem preußischen Banner an derselben Stelle wehen sieht, deutsche Männer diesen Boden, diese Stadt als ein deutsches Besitzthum, als einen Erwerb deutscher Kraft, deutschen Geistes begrüßen hörte, wird sich das tief Tragische dieses Contrastes nicht verhehlen, aber er wird auch seine geschichtliche Berechtigkeit und Nothwendigkeit anerkennen müssen. Im Großherzogthum Posen haben deutscher Geist, deutsche Sitte längst eine fruchtbare Stätte gefunden, es kann jetzt nicht mehr darnach gefragt werden, wie weit der freie Wille der früheren Eroberer oder eine unlautere Politik ihnen das Thor geöffnet, es ist eine Thatsache, und der Rechtstitel bei Eroberungen ist nur nach ihrer geistigen Befestigung zu beurtheilen. Die Frage konnte nur sein, wo wiegt das deutsche, wo das polnische Kulturelement vor? — Diesen Gesichtspunkt erfaßte die deutsche Bevölkerung. Nicht so die polnischen Leiter; auf dem Satze fußend, daß das Land von 1772 ein unverliehrbares Eigenthum der polnischen Nation sei, getragen von den Berliner Ereignissen und den augenblicklichen übergespannten Sympathien eines großen Theils von Deutschland und des Auslandes, organisirten sie die Erhebung der polnischen Nation in einer Ueberzeilung, die sie für die Sicherheit der deutschen Bevölkerung gefahrdrohend wurde und mit Mitteln, die weder Achtung noch Vertrauen einflößen konnten. — So entstand unter den Deutschen das Princip der Demarkationslinie, das Streben, sich für immer zu trennen von einem Volke, das die Grundsätze der Verbrüderung predigte, aber schon bei dem ersten Anstreben zur Freiheit Mord und Verwüstung gegen seine deutschen Brüder duldete.

Von den Denkschriften des deutschen Komité's ist die erste allgemein bekannt geworden, die zweite schlug den Zug der Demarkationslinie genau vor. Es versteht sich von selbst, daß die Stadt Posen nicht allein wegen ihrer militärischen Bedeutung für Deutschland, sondern auch wegen des Uebergewichts ihrer deutschen Bevölkerung in den abzugrenzenden deutschen Theil fallen mußte. Und dies hat denn auch nicht bloß die Billigung der Bundesversammlung, sondern auch die aller Unbefangenen im weiteren Kreise finden müssen. Man hat so oft von der Gegenpartei das Uebergewicht des Deutschthums in der Stadt Posen ganz bestritten oder wenigstens einem wiitterstischen Einbringen eines deutschen Beamtenheeres zuschreiben gehört. Man ist so weit gegangen, diesem Beamtenheere alle Anregung der deutschen Bevölkerung in der Provinz, die man hier und da mit dem Namen einer aus Selbsterhaltungszwecken hervorgegangenen Reaktion bezeichnet hat, zur Last zu legen. Wer den Bewegungen des deutschen Elements in den letzten sechs Wochen gefolgt ist, wird das Böswillige dieser Anschuldigungen leicht durchschauen. Vorzugsweise Beamte waren es, die in den bedeutungsvollen Märztagen die Verbrüderung des Polen- und Deutschthums hier zu feiern suchten, die Demonstrationen gegen die unthätigen Verwaltungsspitzen und gegen den unglücklichen Organisator General v. Willisen zurückhielten. Konnte es wirklich dem Beamtenstande, der in seiner zeitherigen Stellung überall eine halb und halb von der Gesammtheit der Bevölkerung abgeschlossene, mißtrauisch beobachtete Kaste bildete, gelingen, hier eine künstliche Erregung anzufachen? Ein Komité, zusammengesetzt aus deutschen Männern aller Stände, Bürgern, Beamten, Gelehrten, in seinen Geschäften mit dem hingebendsten Eifer bedient von der reifen Jugend der Gymnasien, unterstützt von den stets bereiten Geldmitteln seiner Mitbürger, eine in einem einzigen Tage militärisch organisirte und schon jetzt zuverlässig eingeübte jugendliche Freischaar von 800 Köpfen, und endlich eine deutsche Bürgerwehr von nahe an 2000 reisen, besonnenen Männern, deren Drängen nach Waffen man nicht länger entgegenzutreten vermocht hat, können dies Schöpfungen einer reaktionären Beamtenklique sein? Wir können dreist diese Zustände sprechen lassen und getrost hoffen, daß die in vielen Strichen unseres Vaterlandes noch immer terrorisirte Presse von ihrem unterdrückenden Taumel erwachen wird. Die deutsche Bevölkerung hier hat ihre Bewegung würdevoll mit einem Manifest der Verbrüderung begonnen, sie schließt jetzt, nachdem die Aufnahme Posens in den deutschen Bund ausgesprochen ist, nachdem die terrorisirende Masse zersprengt, ihre Führer theils gefangen, theils von der allen großmüthigen preuß. Regierung nach dem Vaterlande der Emigration zurückbirgirt sind, wieder mit einem Versöhnungsmanifeste, worin der Pole die Bürgschaft findet, daß es für den Deutschen kein Freiheit ohne Gerechtigkeit gibt.

* Die neueste Denkschrift des deutschen Komite's in Posen stellt folgende Hauptgesichtspunkte auf: 1) die vollständige Verbindung des nunmehrigen deutschen Theils mit Deutschland; 2) die dahige planmäßige Reorganisation in dem zu reorganisirenden Gebiete, und demnächst hiermit zusammenhängend 3) die Aufhebung des Provinzialverbands in seiner jetzigen Art, namentlich die sofortige Auflösung des Großherzogthums Posen als solchen. Aus der Motivirung dieser Punkte heben wir das Wesentlichste hervor. Zu 1. Mit der durch Bundesbeschluß vom 2. d. M. geschehenen Aufnahme der deutschen Theile der Provinz in den deutschen Bund sind diese ein integrirender unlösslicher Bestandtheil Deutschlands geworden. Der formale Ausspruch war hier nur der Ausdruck eines durch den jüngst bestandenen Kampf in allen Schichten des Volks auf's Entschiedenste gekräftigten Bewußtseins. Darum, und um seiner Aufgabe, den Schutz des Reiches gegen Often, völlig zu genügen, bedarf Posen der innigsten Verbindung mit dem innern Deutschland; es bedarf des raschen Einflusses aller Institutionen, wie sie Deutschland nach der jüngsten Umgestaltung seiner Verhältnisse bereits hat oder in der Folge erhalten wird; es ist erste Nothwendigkeit, daß die Wahlen zum Bundesparlament sofort unter vorschriftsmäßiger Abtheilung der Wahlbezirke angeordnet und vollzogen werden, um so vor Allem die Vertretung auf dem konstit. Reichstage zu erzielen. Die unter 2 erwähnte Maßregel findet ihre Begründung hauptsächlich in dem gegenwärtigen Zuge des allgemeinen politischen Lebens und dem Drange der Nationalitäten. Mag eine ruhige und gerechte Beurtheilung ein noch so geringes Maß reiner Motive in der letzten polnischen Bewegung finden, so muß dennoch das nationale Element darin anerkannt und allen bezangenen Umtaten gegenüber festgehalten werden. Schon diese höhere Rücksicht macht eine polnisch-nationale Reorganisation nothwendig, für welche folgende spezielle Gründe nicht minder sprechen. Als der Zeitpunkt dieser Reorganisation sein werde, das läßt sich nicht bestimmen, und höchstens andeutend könnte man ihn im günstigsten Falle in der Grundlegung eines künftigen freien Polenreiches finden. Ueber den Zeitpunkt ihres Eintritts aber kann kein Zweifel sein; in dem Augenblick, wo die zu Deutschland geschlagenen Gebiete ihren eignen Weg gehen, müssen auch für die zu reorganisirenden die ersten Maßnahmen der eigenthümlichen öffentlichen Einrichtungen eintreten. Nach der dort hoffentlich baldigen Pacifikation ist der Grund zu einem aus der Nationalität hervorgehenden Verfassungswesen zu legen und der etwaige Widerstand, auf den momentan durch Weigerung der zu den höheren Verwaltungsstellen Berufenen gestoßen werden könnte, ist schon darum nicht zu beachten, weil gerade in der niedrigeren Sphäre mit der Reorganisation begonnen werden kann, mit all den Institutionen des Schul- und Gerichtswesens, der Landrathswahlen u. s. w., wie überhaupt die Verfassung aus dem Volke heraus, und mit größtmöglicher Betheiligung desselben zu regeln an der Zeit ist. Daß dort der deutschen Bevölkerung für ihre Freiigkigkeit hierher, Evangelischen und Juden für freie Religionsübung Garantien geboten sein werden, versteht sich von selbst, wie auch dem Anschlusse dieses Gebiets an Deutschland in Bezug auf die Segnungen eines Zoll- und Handelsvereins Nichts im Wege sein wird. Zu 3. Die bisherige Provinz zerfällt nun in zwei streng geforderte Theile, die in einem mehr losen äußeren wie vorübergehend engeren Zusammenhang für Regulirung allgemeiner Provinzial-Verhände, Institute u. s. w. bleiben, wobei namentlich mit Begründung gesonderter Diözesanverhältnisse im Hinblick auf kaum in Deutschen der deutschen Zeit auf's Schärfste wie Geschwüre geschnitten werden müssen. Das Großherzogthum Posen aber hat in dem Moment zu existiren aufgehört, wo ein Stück desselben integrirender Bestandtheil Deutschlands geworden, dem andern eine nationalpolnische Reorganisation zugesagt ist. Auf beiden Seiten muß für die gesammte Verfassung und Verwaltung das nationale Element als das maßgebende anerkannt werden, ebenso aber auch der unlängbare Bruch zwischen beiden Bevölkerungstheilen durch die Ereignisse der letzten Wochen. Polnische Führer sind es, die jetzt dem deutschen Bunde das unheilvolle Geschenk einer Einverleibung des ganzen Großherzogthums machen möchten. Ein Blick auf Böhmen kann zeigen, wohin dies Streben führt. Unheildrohend würde schon das bloße Aufnehmen des Gedankens sein, einen vorwiegend nicht deutschen Theil der Provinz Posen nach einem blutigen Kampfe in Deutschland aufzunehmen, zu einer Zeit, wo diesem Nichts nothwendiger als die Gesinnung rein deutscher, den Polen kein Mittel zu mißbeuft zur Geltendmachung ihrer eignen Nationalität ist; wenn Deutschland an seinen Ostgrenzen eine Bevölkerung haben sollte, die ihm handgreiflich gefährliche Zwecke verfolgt. In dieser Rücksicht also, und zur Vermeidung jedes Schein,

Digitized by Google

ist die sofortige Auflösung des Großherzogthums Posen als solchen nothwendig; die Aufnahme desselben in den Bund aber seiner Totalität nach, rein unmöglich, während dem spätern Anschlusse des zu reorganisirenden Theils in einem schutzstaatlichen Verhältniß kein Hinderniß entgegensteht.

## Schweiz.

Bern, 19. Mai. Verhandlungen der Tagsatzung vom 18. d. M. Eine an den Vorort gerichtete Note des großh. badischen Ministers wird verlesen, worin verlangt wird, daß die „Rebellen", die sich in Folge der „hochverrätherischen Attentate" in Baden auf schweizerisches Gebiet geflüchtet und hier im Stillen ihre verbrecherische Thätigkeit fortsetzen, von den Grenzen entfernt würden, damit ihr fräthlicher Verkehr mit badischen Bürgern aufhöre. Zürch bemerkt in Bezug auf diese Note, daß die badische Regierung erst mit Auslieferungsbegehren bei den Regierungen der Grenzkantone eingekommen sei. Da diese Begehren, soviel Zürich wisse, allseitig abgewiesen seien, suche die badische Regierung jetzt eine andere Maßregel zu provoziren. Zürich sehe die Nothwendigkeit einer solchen Maßregel nicht ein; es sei ihm nicht bekannt, daß von badischen Flüchtlingen Etwas getrieben werde, was die badische Regierung beunruhigen könne. Auch in Zürich seien solche Flüchtlinge, die sich intreß völlig ruhig verhalten. Es genüge, wenn von Seite des Vororts der Wunsch der badischen Regierung den Kantonen mitgetheilt werde, in der Erwartung, daß diese selbst nicht dulden werden, daß Etwas auf ihrem Gebiete getrieben werde, was die völkerrechtlichen Verhältnisse stören könnte. Zürich hebt noch eine auffallende Stelle in der Note hervor, in der es heißt, „daß die badischen Flüchtlinge ihre Heimath aufgegeben haben und fast ohne alle Subsistenzmittel sind". Das sei ein Punkt, der wohl einer nähern Beachtung und einfältigen Erörterung werth sei. Basel will die Erfahrung von Zürich nicht gemacht haben, daß die Flüchtlinge sich ganz ruhig verhalten. In Basel seien dieselben mit der Bewegung in Baden in Verbindung geblieben. Die Baseler Regierung habe solche Einwirkungen nach Kräften zu verhindern getrebt. Dem Auslieferungsbegehren habe sie zwar nicht entsprechen, dagegen die bedeutendern Flüchtlinge angehalten, sich weiter in's Innere der Schweiz zu begeben. In der weitern Diskussion wird allseitig ausgesprochen, daß die Schweiz an dem Grundsatz des Asylrechts festhalten müsse, und daß nur dann Flüchtlinge zu entfernen seien, wenn Thatsachen vorliegen, daß sie das Asylrecht mißbrauchen und sich verbrecherische Handlungen gegen das Ausland zu Schulden kommen lassen. Von solchen Thatsachen wissen die Grenzkantone Aargau, Thurgau ꝛc. Nichts. Mehrere Stände erheben sich gegen Behauptung: daß die badischen Flüchtlinge ihr Heimathsrecht verloren haben. Von Solothurn und St. Gallen wird die Aufkündigung des Auslieferungsvertrags mit Baden und Oesterreich in Bezug auf politische Vergehen in Anregung gebracht. Nach Bemerkung des Präsidenten wird dieser Gegenstand auf die nächsten Traktanden kommen. Die Versammlung beschließt, daß das Begehren der badischen Regierung durch den Vorort den Kantonen übermacht und diesen die angemessene Beantwortung überlassen werde. — In der Berathung des Bundesentwurfs kam man bis §. 9, wovon morgen das Nähere. Gestern verbreitete sich das Gerücht, Stämpfli und Stockmar hätten ihre Entlassung aus dem Regierungsrath eingereicht, bald darauf: man habe sich wieder versöhnlicht.

## Frankreich.

Paris, 20. Mai. Ueber die Vorfälle vom 15., wie sie in dem Saale der Nationalversammlung Statt fanden, bringt nun der Moniteur den ausführlichen Bericht; wie heben daraus nur eine Episode nachträglich hervor, um die Richtung zu charakterisiren, welche ein Theil der Führer, nicht der Verführten, einzuschlagen entschlossen waren. Als Barbès den Vorschlag machte, sofort eine Steuer von einer Milliarde auf die Reichen zu legen, schrie es aus den Reihen heraus: „Nein, nein, Barbès, so ist's nicht, Du irrst Dich, zwei Stunden Plünderung!" Inzwischen war der Präsidentensitzuhl wahrhaft belagert, Buchez hielt aber aus, versuchte wenigstens zwanzig Mal zum Wort zu kommen und rief zuletzt: Als Präsident der Nationalversammlung befehle ich Euch, fortzugehen und die Versammlung berathen zu lassen. Da drängte sich der Haufe beobend an ihn heran und einer von der Rotte brüllte mit erhobenem Arm dem Präsidenten entgegen: Du hast das Recht nicht, hier zu reden, schweig still. — So der Moniteur über den jüngsten Versuch der „entschiedenen" Republikaner.

Paris, 21. Mai. Heute ist Alles mit dem großen Nationalfeste beschäftigt. Die Bürgerschaft mit den städtischen Behörden, den Gliedern der Nationalversammlung, eine Menge Deputationen, sogar mit den Zünften, was fast an die „gute alte Zeit" erinnert, begibt sich nach dem Marsfeld, wo das große Verbrüderungsfest Statt finden soll. Eine imposante Waffenmacht ist aufgeboten, Arbeiterzüge durchziehen die Straßen und den Festplatz und rufen: Es lebe die demokratische Republik! Ganz Paris hat das Festgewand angelegt und vorsichtig sich auf ein paar tüchtige Stunden die Sorgen, welche der Ernst der Zeit hervorruft. Daß das Fest bis zum Abend ohne alle Störung und zur großen Zufriedenheit der Regierung abgegangen war, haben wir bereits gestern nach der telegraphischen Depesche berichtet. — Ob freilich die „Verbrüderung" in Frankreich nach diesem Feste vollständiger sein wird als zuvor, das bezweifeln wir. In so trüben Tagen, im Angesichte einer so großen Krisis sollte man sich den ernsten Hintergrund nicht mit Theaterdekorationen glänzend zu verpuzen suchen. Es mag sein, daß in einem Augenblick der Begeisterung, des enthusiastischen Rausches die halbe Million Menschen, die dem Feste beiwohnt, sich gehoben fühlt, aber ist darum die Enttäuschung, die darauf folgt, minder bitter? Ist der Parteigeist erstickt, die Regierung fähiger geworden, hat die Nationalversammlung aufgehört zu schwätzen und zu schreien, statt zu handeln, sind die Finanzen besser geordnet, der Kredit hergestellt, die sozialen Probleme gelöst, oder ist nicht das Alles am Morgen nach dem Feste in drückendster Nähe als zuvor? Drum sollte man nicht auf einem Vulkan tanzen, wo man eher weinen möchte; nicht Verbrüderungsfeste feiern, wo Alles auf Entzweiung und Auflösung hinweist. Wenn im Angesicht solcher Dinge das Proletariat der Hauptstadt sagt: im Palais Bourbon schwätzt man nur, auf dem Marsfelde feiert man Feste, indeß wir hungern — so liegt darin mehr Wahrheit, als in allem wirklichen und erheuchelten Jubel, der über die Verbrüderung laut werden mag.

Vor dem Montesquieu-Tanzsaale, in welchem Raspail seinen Klub jeden Sonnabend Abend zu halten pflegte, fand gestern ein Zusammenlauf zwischen Klubgliedern und der Bürgerwehr Statt. Etwa 200 Arbeiter stellten sich wie gewöhnlich gegen 8 Uhr ein, fanden jedoch den Saal geschlossen. Sie verlangten vom Wirth, daß er ihn öffne, was die Nationalgarde oder Bürgerwehr nicht zugeben wollte. Es kam zum Streit, von Worten zu Kolbenstößen. Im Nu waren nahe an 2000 Nationalgardisten herbeigeeilt. Gegen 11 Uhr war indessen Alles vorüber. Die Klubglieder, die Anfangs der Gewalt gewichen waren, kehrten auf Umwegen zurück, stimmten revolutionäre Lieder an und riefen zu wiederholten Malen: Es lebe Raspail! Es lebe Barbès!

Die Insel Korsika soll mit bedeutenden Festungswerken versehen werden. Das Vertheidigungskomité will es zu einem uneinnehmbaren Bollwerk Frankreichs erheben.

## Italien.

* Rom, 13. Mai. Obwohl das neue Ministerium schon wieder auf schwachen Füßen stehen soll, so hat es doch die Gründung des Staatsrathes, den das Grundstatut in Aussicht gestellt hatte, zu Stande gebracht. Derselbe ist aus fünfzehn durch den Papst zu ernennenden Räthen, einem Präsidenten und 24 Auditoren zusammengesetzt. Der Präsident ist der Justizminister, der Vice-Präsident wird aus den Räthen gewählt. Diese Räthe müssen von jedem anderen Amte frei sein und erhalten eine Besoldung angewiesen. Die öffentlichen Verwaltungsangelegenheiten müssen dem Staatsrath nothwendig zur Begutachtung vorgelegt werden, über Gesetzesvorschläge kann er befragt werden, auf die Fragen, welche die Minister ihm vorlegen, hat er zu antworten. Er versammelt sich jede Woche in der Regel ein Mal, zerfällt aber auch in Sektionen, die nach den vorliegenden Bedürfniß zusammenberufen werden. Die Minister können bei den Sitzungen erscheinen, dürfen aber an der Abstimmung keinen Theil nehmen. Die Abstimmung kann nur bei persönlicher Anwesenheit der Mitglieder erfolgen. — Der Papst schmollt mit dem Volke und ist noch nicht wieder außerhalb des quirinalischen Palastes erschienen. Die Reaktion in der öffentlichen Meinung wird dadurch wesentlich begünstigt. Man tadelt das Benehmen der Civica bitter. Trotz der zurückgebetenen Ruhe dauern die Vorsichtsmaßregeln noch fort. Viele Quartiere der Bürgerwache erhalten Verstärkungen aus andern Bataillonen. Zum Theil mögen die vielen Diebereien, welche täglich gemeldet werden, dazu mit Veranlassung sein.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ernst & Korn. — Für Norwegen bei Hrn. Feddersen in Christiania. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Ungarn die Buchhandlungen in Straßburg Nr. 20 Brunck, Placard Nr. 20 Basse Cour du Stanwerk.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeber.

Die Herausgeber besorgt das Groß. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 146. Heidelberg, Freitag 26. Mai. 1848.

## Uebersicht.

**Die Dinge in Frankreich.** — **Wien** (Tagesbefehl des Kriegsministers. Erlaß des Ministerraths. Die Verhaftungen. Das provisorische Preßgesetz. Die Stimmung in den Provinzen. Benehmen der Studenten). **Aus Tirol** (die Flucht des Kaisers und das tiroler Volk). **Gratz** (Erzherzog Johann lehnt die Wahl nach Frankfurt ab). **Berlin** (die konstituirende Versammlung. Plan zu socialen Verbesserungen. Rückblick auf die letzten Demonstrationen. Stellung des Ministeriums). **Posen** (Erschießung). **Breslau** (die Kolonnenlinien. Truppenbewegungen in Polen). **München** (Verordnung über Sprachsollegien). **Freiburg** (die Bundestruppen). **Rastadt** (Ankunft von Oesterreichern). **Mainz** (Erneuerung der Unruhen. Bekanntmachung). **Altenburg** (republikanische Hetzereien). **Schleswig** (Verstärkungen nach Jütland). **Rendsburg** (Reibung zwischen Freikorps und preußischen Offizieren). **Flensburg** (Gesetze mit den Dänen). **Lauenburg** (lauenburgischer Patriotismus). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung; Zitz über die Mainzer Vorfälle; eine Komission gebildet. Petition der Hörer. Abgeordneten an den Kaiser).

**Großbritannien.** Die Times über den dän. Krieg.

**Spanien.** Madrid. Infant Don Heinrich seiner Auszeichnungen und Ehren für verlustig erklärt.

**Beilage.** Das Kieler Komité über die deutsche Flotte. **München.** Kammerverhandlungen. **Frankreich.** Das Fest vom 21. Mai. Empfang der deutschen Fahne. Freundliche Aeußerungen der Regierungsorgane. Die Nationalversammlung. Der Kult des Pyramiden. **Oesterreichische Monarchie.** **Hermannstadt.** Die Sachsen und Walachen für den Anschluß an Oesterreich.

## Heidelberg, 25. Mai.

Die letzten **Ausbrüche in Paris**, ein Aufruhr, dessen Ausbruch wir zugleich mit seiner Unterdrückung erfuhren, geben mancherlei zu erwägen, und so dürftig der Anlaß einer prahlend angekündigten Schilderhebung auch war, es werfen diese jüngsten Ereignisse immerhin auf die innere Krisis der französischen Zustände ein mehr bedenkliches als tröstliches Licht. Nicht als wenn wir glaubten, daß eine Regierung Blanqui-Barbes viel länger als drei Mal vierundzwanzig Stunden dauern könnte, nicht als wenn wir eine Rückkehr der Schreckensherrschaft des „Berges“ oder jakobinischer Klubs für sehr wahrscheinlich hielten, zumal wenn dieselbe so ohne jeden innern Vorgang unerwartet und rasch wie ein schlechter Zaubermetze im Drama vom Himmel herunterkäme. Die Führer vom 15. Mai haben sich zwar in die nämliche Maschinerie, Anordnung und Garderobe einstudirt, wie sie ihren Vorgängern von 1793 Natur und Instinkt war; aber das Ganze in seinem Ausgang und Erfolge gleicht dem tragikomischen Nachspiel, das in der alten Zeit der ernsten Tragödie nachfolgte. Sie werden mit den Bajonetten hinausgefegt aus dem Saale, den sie durch einen unsinnigen Exceß entweiht hatten, sie laufen davon und verschwinden zum Theil, kein Mensch weiß wohin, ihre halbstündige Stadthauerregierung wird schon durch das Heranrasseln einiger Kanonen außer Fassung gebracht und übergibt sich widerstandslos der eindringenden Nationalgarde: von den Helden des jungen Terrorismus, die mit der Guillotine gespielt hatten, zeigt auch nicht Einer den Muth, wie ein rechter Verschwörer zu kämpfen und zu fallen.

Sind die Personen andere, als sie im Jahre 1793 waren, so sind auch die Zeiten andere geworden; was damals dem blutigen Terrorismus die innere Stärke der harten Nothwendigkeit verlieh, die allgemeine Lage der Dinge, das macht heute ein gemäßigtes und gesetzliches Regiment unabweisbar. Damals schwieg die Hauptstadt regungslos auch zu dem Tollsten und Entsetzlichsten, was der Fatalismus der Revolution erzeugte, heute erhebt sie sich mit einem Schlage und enthüllet eine Macht, die auch dem besser angelegten Verschwörungen, als diese letzte war, imponiren muß. Damals war der Geist der Provinzen gewaltsam gebeugt und überwältigt, heute regt er sich in unruhiger Gährung und droht der Hauptstadt, wenn sie ihre Stellung ganz vergäße, mit einem Rückschlag, welchen Wirkungen unzweifelhaft bedeutender wären, als die girondistische Erhebung von 1793. Damals galt es gegen Ausland, Emigration, Adel und Priesterschaft die äußerste Energie zu entfalten, und diese äußerste Energie besaßen eben die Schreckensmänner — heutzutage ist keiner dieser Feinde in drohender Wirklichkeit vorhanden, es gilt nur, im Innern zu schaffen und zu organisiren, und jede neue Erschütterung könnte diese friedliche Arbeit nur wieder auf lange Zeit vertagen. Man hat statistische Berechnungen angestellt über die „Bourgeoisie“ und ist zu dem Ergebniß gekommen, daß gegen 25 Mill. Bewohner des heutigen Frankreichs der besitzenden Klasse angehören (Rentiers, Grundbesitzer, Ackerbauer, Fabrikanten, Handwerksmeister); ist diese Berechnung auch nur annähernd richtig, so läge darin ein konservatives Element von ungeheurem Gegengewicht gegenüber den anarchischen Elementen und den angeborenen Neigungen des heutigen französischen Volkes.

Dessenungeachtet hat der letzte Aufstand seine sehr ernste Seite. Daß der unsinnige Versuch auch nur gemacht werden und man über seinen Ausgang auch nur zwei Stunden im Zweifel sein konnte, daß am andern Tage Gerüchte auftauchen und Glauben finden konnten, es sei eine monarchische Reaktion im Anzug, das weist auf eine tiefe Wunde der französischen Zustände hin. Heute ein Regiment Barbès-Blanqui, dessen Begründung ernstlich versucht wird, morgen eine Regentschaft des Prinzen von Joinville, auf die man bereits Wetten eingeht, übermorgen vielleicht eine ephemere Herrschaft des Herzogs von Bordeaux, den die Neugierskrämer bereits im Faubourg St. Germain verweilen lassen — sind diese Möglichkeiten oder Wahrscheinlichkeiten nicht betrübende Zeugnisse aller öffentlichen Zustände? Liegt in diesem bunten Wechsel der Personen und Systeme, auch wenn man sich ihn nur als möglich denkt, in diesem Hafarospiel mit dem Schicksale einer großen Nation nicht das trostlose Eingeständniß, daß eben die ganze Lage durchaus unsicher und jeder wechselnden Eventualität Preis gegeben sei? Spricht sich darin nicht das Verdammungsurtheil über eine centralisirende Hauptstadt aus, in der jeder beliebige Handstreich die Form des ganzen Staates umwerfen kann, deutet diese Unsicherheit nicht darauf hin, daß der ganze Zustand, wie er gegenwärtig ist, die Republik mit Allem, was daran hängt, nicht der Ausdruck und Wille der Mehrheit des französischen Volkes ist?

Dieser letzte Punkt ist einer von den Grundsätzen, aus denen die politische Entwicklung Frankreichs hinweist; das Vertrauen und die Zuversicht können nicht zurückkehren, ein gesunder und normaler Zustand nicht gedeihen, so lange die große Mehrheit der Nation der neuen Entwicklung nur passiv, nicht aktiv angehört. So schwer sich die Monarchie in Frankreich kompromittirt hatte, so ungünstig die Versuche des Konstitutionalismus dort ausgeschlagen waren, die Nation wurde gleichwohl von der Republik überrascht, man kann sagen überrumpelt. Kaum in der Hauptstadt, geschweige denn im ganzen Lande, gab es eine begeisterte, opferbereite Generation, die sich und Alles für die Republik einzusetzen bereit war; man ließ sich das neue Experiment gefallen, weil man des alten überdrüssig war. Wenn aber auch das neue Experiment — und es hat allen Anschein dazu — nicht gelingen wird, welche Eventualität liegt näher, als ein plötzlicher Rückfall in die alten Bahnen? Wie die Monarchie am 24. Februar von der Republik überrascht ward, so kann dann sehr leicht auch für die Republik der 24. Februar kommen, an welchem sie von der Monarchie überrascht wird.

Digitized by Google

Besondere Bürgschaften gegen diesen Umschlag der Dinge finden wir weder in der Regierung noch im Volke. Man darf zwar die Schwierigkeiten nicht übersehen, welche die provisorischen Regierungen vom 24. Februar und vom 10. Mai zu überwinden haben, man wird vielmehr dem Talente und dem persönlichen Verdienste einzelner Regenten alle Gerechtigkeit widerfahren lassen, aber gleichwohl das Ergebniß weit unter der Aufgabe finden, die ihnen gestellt war. An die Zusagen gar nicht zu denken, welche die provisorische Regierung vom Februar freigebig, wie jede neue Gewalt, ausschüttete, auch das, was man billiger Weise verlangen konnte, ist unerfüllt geblieben, und das von einer Regierung, die binnen drei Monate ohne die Kontrole einer gesetzgebenden Versammlung, ohne laute Opposition der Presse, ohne Anfechtung und ohne Verantwortlichkeit eine unumschränkte diktatorische Gewalt in Händen hatte! Auch wenn man die Parallele nicht zieht zwischen den drei Monaten, die nach dem 18. Brumaire kamen und denen, die dem Sturz des Julikönigthums folgten, so haben doch jedenfalls die Männer der neuen Regierung ein großes Vertrauen zu ihrer schaffenden organisatorischen Kraft nicht erweckt.

Und das Volk? Ist es republikanischer als es vor dem 24. Februar gewesen ist? Wir glauben nicht; wir sehen vielmehr in der Gestaltung der französischen Dinge einen neuen schlagenden Beweis dafür, welch undankbare Aufgabe es ist, auf einen mit monarchischen Erinnerungen, Sitten und Gewohnheiten überwachsenen Boden republikanische Formen zu propfen. Wie hat man nicht gearbeitet, um einen republikanischen Enthusiasmus zu entzünden, und die Nation ist kühl geblieben; wie eifrig hat man republikanische Formen und Gewänder angelegt und wie unzweideutig sieht aus Allem d e s Frankreich hervor, das wir von 1830 — 1848 zur Genüge haben kennen lernen. Ja, wenn man so an einem Tage mit dem Zauberwort: Vive la république! eine Umgestaltung des Volkes zu Wege bringen könnte, oder wenn die Feste der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" mehr als Feste wären, oder wenn, mit einem neuen republikanischen Titel versehen, der monarchische Inhalt des großen Buches ein anderer werden würde! Aber gerade hier sind die Ergebnisse unter aller Erwartung geblieben. Man hat durch das allgemeine Stimmrecht an die Nation appellirt, und sie hat ihre neunhundert Vertreter geschickt, die man mit Zug und Recht als den Ausdruck des Volkswillens betrachten muß. Sind aber diese Vertreter andere geworden, als sie vor dem Februar waren? Gleichen sie nicht bis auf Fehler und Unarten ihren monarchischen Vorgängern? Schwatzen, debattiren, lärmen sie nicht gerade so, wie sämmtliche Kammern von 1830 bis 1848; verderben sie nicht, wie diese, die kostbare Zeit mit Formen und Lappalien, statt mit großen Maßregeln und Entschlüssen der ernsten Krisis vorzugreifen? Wir sehen keinen Unterschied; einen römischen Senat, oder selbst einen Konventan und einem Konvent steht die neue Nationalversammlung gerade so ähnlich, wie die bekannten Kammern unter der Regierung Louis Philipps. Sie wird einen Umschwung nicht aufhalten, nicht beherrschen, so wenig wie die Regierung der Verheißung genügen wird, die großen socialen Probleme der Gegenwart zu lösen.

**Oesterreich.** Wien, 18. Mai. Die Wien. Z. enthält in ihrem heutigen Blatte folgenden Erlaß des Ministerrathes: „Der Ministerrath hat im nichtamtlichen Theile der heutigen Wien. Z. eine Vergleichung der dort nur in Russisch gestellten Abreise des Kaisers von Wien mit der Flucht König Ludwigs XVI. mit dem Beisatz gesehen: „daß der letzte Tag des thörichten Sr. Maj. auch der erste Tag der Republik sein würde." „Der Ministerrath handelt gewiß nur als Organ der gesammten Bewohnerschaft Wiens, so wie der sämmtlichen, ihrem gütigen Monarchen treu ergebenen Völker, wenn er mit entschiedener Entrüstung eine Unterstellung solcher Gesinnungen oder gar der Absichten der Bewohner Wiens zum Umsturze der monarchischen Verfassung von ihnen abweist. Der Ministerrath kann in einer solchen Deutung eines Entschlusses Sr. Maj. hinsichtlich eines zeitweiligen Aufenthaltes Allerhöchstihrer Person an diesem oder jenem Orte der konstitutionellen Monarchie nur eine traurige Verirrung oder Beleidigung Einzelner gegen die unerschütterliche Treue der Oesterreicher aller Volksstämme für ihren Monarchen erkennen. Das interimistische Ministerium ist diese Erklärung allen Bewohnern Wiens schuldig und wird im vollen Einverständnisse mit der gesammten Bevölkerung Wiens und im Vereine mit der Nationalgarde nach allen ihren Bestandtheilen, sowie mit dem k. k. Militär, mit Ernst und Nachdruck nicht bloß die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe, sondern insbesondere auch mit unerschütterlicher Festigkeit die monarchische Ordnung und die unverbrüchlich bewährte Treue und Anhänglichkeit der Diener an ihren geliebten Kaiser zu schirmen wissen. Die interimistischen Minister des Kaisers. Wien, 19. Mai 1848".

Die Worte in jenem Artikel der Wiener Z. lauten vollständiger: „Nein, der Kaiser ist in Wien sicher, ist nirgends im weiten Bereiche der Monarchie sicherer als inmitten seiner treuen Wiener. Darum beschwören wir ihn, beschwören wir Alle, denen der Thron, die Dynastie, die Monarchie lieb ist, nicht zu horchen auf den Sirenengesang, welcher den Kaiser aus der Burg seiner Väter hinweglocken möchte. Laßt uns offen sagen, denn die Zeit der halben Worte, der Andeutungen und Ausbrauungen ist vorüber: des Kaisers Abreise wäre die Flucht Ludwigs XVI.; der letzte Tag seines Hierseins wäre der erste Tag der Republik, der Kaiser kann nicht nur in Wien bleiben, er muß hier bleiben".

Wien, 19. Mai. Der Kriegsminister hat nachstehenden Tagesbefehl erlassen: „Die Abreise des Kaisers und des Hofes aus der Residenz hat Besorgnisse für die Störung der öffentlichen Ruhe erregt. Der verantwortliche Ministerrath hat seiner Pflicht gemäß die nöthigen Maßregeln getroffen, um der Regierung die erforderliche Macht zu sichern. Durch die freiwillige Erklärung der Nationalgarde und der akademischen Legion, welche dem Ministerrath die Bitte vorgetragen haben, unter die Befehle des kommandirenden Generals gestellt zu werden und sich jeder Unordnung des Ministerrathes zu unterziehen, ist die Einheit hergestellt, welche die Bürgschaft der Kraft und Ordnung ist. Der unterzeichnete Kriegsminister wendet sich mit vollem Vertrauen an die braven und treu ergebenen Truppen der Garnison. Er ist überzeugt, daß sie in der gegenwärtigen Lage im vollen Einverständniß mit der Nationalgarde zu dem großen Zwecke der Unterdrückung jeder Unordnung mitwirken werden, und so wie sie gegen einen äußeren Feind sich als die festeste Stütze des Thrones zeigen— auch gegen jeden Versuch innerer Feinde, unserer Staatsverfassung zu erschüttern und einen Umschwung herbeizuführen, sich bewähren werden, durch treue und eifrige Pflichterfüllung dem Ruf der braven österreichischen Armee würdig zu bleiben. Wien, 19. Mai 1848. Der Kriegsminister".

Wien, 19. Mai. Die Allg. Oester. Z. schreibt: Aus den Provinzen werden Stimmen gegen die Ereignisse des 15. Mai laut. Ergebenheitsadressen aus Schlesien treffen ein. Man zweifelt nicht, daß die am 15. März von dem im vollen Besitze der Souveränität befindlichen Kaiser verheißene Konstitution eine octroyirte gewesen sei. Eine gewaltsam erzwungene Aenderung derselben durch eine Reaktion der Wiener Bevölkerung wird dort für ein Attentat gegen die konstitutionellen Rechte des Kaisers und des Volkes gehalten u. s. w. In Prag erfüllt die Abreise des Kaisers die czechische Partei mit Zuversicht. Man wird den Kaiser nach Prag dringend einladen. Die Ruhe ist in Prag nicht gestört worden. In Brünn und Grätz herrscht gleichfalls die größte Aufregung über die Abreise des Kaisers, sonst aber Ruhe und Ordnung. Aus Wälschtirol wird zu friedlichen Zuständen. Schwierigkeitsfälle in Vorarlberg verhaftet. Versuche von Schweizer Freischaaren, die Verhaftsten zu befreien. Diplomatischer Verkehr mit St. Gallen über diese Angelegenheit. Die Studenten benehmen sich höchst besonnen. Das Schicksal von Häfner und Tuvora (welche verhaftet wurden) beschäftigt sie, doch findet die Ansicht keinen Widerspruch, daß diese Redakteure nicht wegen eines Preßvergehens, sondern wegen eines Attentates auf offener Straße vor Gericht stehen. Viel Volk strömt Vormittags auf die Universität, unter ihnen Bauern aus der Umgebung z. B. 54 wohlbewaffnete Zöglinge der Mariabrunner Forstschule sind eingerückt und haben sich zur Disposition gestellt.

Wien, 20. Mai. Man schreibt der Allg. Z. von hier: Journalisten, namentlich Häfner, Perfourer der „Konstitution", eines Ultrablattes, waren die ersten, welche man einzog. Dieser hat sich durch den Phrasenlärm der letzten Wochen dergestalt über den Grund der Dinge und Zustände täuschen lassen, daß er am Morgen hinaus nach der Vorstadt Mariahilf fahren und dort vor den Marktweibern „Republik!" ausrufen konnte. In Wien! — Welch ein Dunst kann doch aufgejagt werden durch Gerüchte, Uebertreibungen und Beispiele! Frankreich macht einen durch Ueberrumpelung gelingenden innerlich unwahren Sprung, und die ganze Welt, sehr wohl berechtigt zu einem herzhaften Schritte ihrer Entwicklung, fühlt sich getrieben, den Sprung nachzumachen, absolut den Sprung! So daß ein Journalist den Marktweibern einer Wiener Vorstadt, welchen das Wort Republik so unverständlich wie ein Haldöllches Wort ist, Republik zurufen mag. Er hat dies in einem Fiaker hin- und herfahrend gethan. Einer herankommenden Patrouille von Nationalgarden ausweichend, hat er bei der nächsten Gruppe das Stichwort in „konstitutionelle Monarchie" verwandelt, und weiter hinausfahrend seinen Text wieder von vorne an-

Digitized by Google

gefangen. Eine Abtheilung akademischer Legion, bei welcher er vielleicht Zustimmung zu finden gehofft, hat ihn festgenommen und alsdann während des Transports mit großer Anstrengung vor kurzer Procedur der Volksmassen geschützt. Dies war der Anfang von Verhaftungen, welche nun den ganzen Tag hindurch die Straßen in Bewegung setzten. Auch eine poln. Dame, welcher man verschwenderische Bestechung zu aufrührerischem Treiben nachsagt, überhaupt Polen, die in der fortwährenden Revolutionirung Wiens ihre Zwecke zu fördern suchten, sollen unter den Verhafteten sein. Aus den Provinzen verlautet, daß man die Resultate der Sturmpetition am 15. für erzwungen, also ungiltig ansehe, und diese Meinung scheint auch hier die Oberhand zu gewinnen. Die Reaktion, in welche wir nun eingetreten sind, wird hoffentlich nicht wie die Revolution das gesunde Maß konstitutioneller Freiheit verlieren. Letztere ist wahrhaftes Bedürfniß und kann nicht mehr angetastet werden.

Die Wiener Zeitung vom 20. Mai enthält das provisorische Preßgesetz. Eine flüchtige Durchsicht desselben gewährt die beruhigende Erkenntniß, daß man sich großentheils an die von den Schriftstellern beantragten Abänderungen gehalten hat. Der Verfasser, und wenn dieser nicht bekannt, der Herausgeber, Verleger, Drucker und Verbreiter können verantwortlich für Preßvergehen gemacht werden. Die Aburtheilung erfolgt durch Geschwornengerichte, von denen noch Appellation sei steht. Die Geschwornen werden in jeder Stadt mit Preßgericht durch Wahl der Wähler dieser Stadt ernannt. (A. Z.)

† Aus Tirol, 21. Mai. Der Kaiser hat sich nach Innsbruck geflüchtet. In der Nacht vom 19. auf den 20. kam er an. Die auf ihrer Ruhe aufgetrommelten, durch die Nachricht unbeschreiblich alarmirte Bevölkerung empfingen ihn mit einem heimathe wilden Jubel. Trotz Nacht und Regensturmes zog man die Wagen im rothen Fackellicht, unter tosenden Rufen, unter Musikstürmen und Waffengeklirr durch mehrere Straßen. Tausend Erklärungen über diese so plötzliche Ankunft, die abenteuerlichsten Gerüchte und Nachrichten aus Wien durchirrten die Stadt. Aus der Amtseröffnung der Minister in Wien weiß man nun, daß der Kaiser und seine Familie aus „Gesundheitsrücksichten" die Hauptstadt verlassen hat; aus sagt man, er sei gekommen, weil er sich bei uns allein sicher fühle. Hier in Innsbruck, in Tirol finde man die alt-erwünschte Ruhe, die Stimmung von früher, unbedingtes Zutrauen und aufrichtige Hingebung. Tirol, des einzig-getreue, wurde auserseben, den Kaiser und die Seinen zu beschützen. Lassen Sie es mich gleichen — dies Vertrauen, dieses jähe Wohlwollen in die Bergvölke, sie ist ganz schön. Ergriffen und erschüttert, Thränen an sich und sagt so viele Worten zugleich über unseren Jochen und Kuimen zusammen, daß man das wahrhaft Menschliche, das allzeit Schöne an der Gegebenheit, den Akt des Glaubens zwischen Volk und Fürst nicht so rein und freudig herauszühlen kann, als wir es gerne möchten. Das ist nun klar — wir müssen abermals rufen: „es lebe der Kaiser quand même!" — wir sind zu österreichischen Bendören ernannt, man fertigt uns darüber ein schönes Dekret aus. — Wär' es nur wahr, daß man darum gekommen, weil im Lande brave Männer zu Tausenden leben, die für solche Fälle alle Mißstimmung, allen Groll, alle Wünsche und Hoffnungen vergessen, und mit Leib und Gut für Ihre einstehen, welche zum Mindesten persönliche Rechte verschuldet haben am Volke und heilige Erinnerungen, altehrwürdige Bande für sich anfweisen. Wär's die offene, freie Hingabe an ein Volk, das für seine Fürsten schon so Vieles that, „daß ihm zu thun kaum mehr was übrig bleibt" — wir wir Deutsche eben Alle sagen können. — Ja, täm' der Kaiser als der Friedi mit der leeren Tasche, der durch des Volkes Freiheit seine Fürstenrechte zu retten verstand! Wir sint stark im Glauben, der gute Ferdinand meint es wohl and so; doch die ihn hiehergebrachten und die er hier findet, meinen es Andere. Die flucht nach Innsbruck, nach Tirol, wo noch die neue Ordnung Oesterreichs, die Konstitution mit ihren Rechten und Freiheiten, die offenstes Gegner hat, wo sie Namens des unkundigen, geleiteten Volkes von den Stimmführern zurückgewiesen, ja von den obersten Behörden mehr abgelehnt als gehandhabt wurden, ist ein offenbares Zugeständniß an die Reaktion eine faktische Erklärung zu Gunsten des alten Systems. Nicht das getreue Volk zu Tirol — die Tendenzen seiner Leiter und Gewaltshaber erschienen als Bürgschaft für Sicherheit und Ruhe — man verlangte nach Leuten, wie sie in Wien nicht mehr zu haben sind — man wollte das „Alte" wieder. Wir fragen nicht, was die Wiener — wo dem zügellosen Treiben und Drängen, dem Unmaß und der Unart des Begehrens ein Ziel gesetzt, eine Lektion gegeben werden mußte — dazu sagen, wie sich Ungarn und Böhmen geberden — wer die Schlag nachwirken wird bis in die fernste Ferne, weithinaus über die Grenzen der Monarchie —; aber nun, was wird bei uns werden? — Das ist's, was uns niederdrückt und unsere Stimme zurückhält, die für den Kaiser ein Hoch- und Willkommen bereit hat und alle alte Liebe wachrufen möchte in den langerwornten Herzen dieser Thäler. Allgemein schon ist die Ansicht, daß ob der neuen Dinge, der unerhörten Begehren, die in Wien seit dem 15. März vorkamen, alles Elend und alle Unruhe losgebrochen, daß darum der Kaiser fort gemußt, daß diese Liberalen ihn bedroht und dgl. Die diese Rede in des Volkes Mund tömmt und durch die Erläuterungen der Partei, die sie ausstreut, die in die innersten Thäler gedrungen, weiß der Bauer nur mehr, daß die Leute, welche das Christenthum abschaffen wollen, den Kaiser aus Wien vertrieben haben, daß die „Herren" an Allem Schuld sind, welche an diesen Neuerungen ihre Freude haben und das alte Tirol ganz umändern, kurzum luthrisch machen wollen. So wird hinnen acht Tagen die Kunde aus „Gesundheitsrücksichten" bei uns erklärt sein. Dazu kömmt nun die Aufforderung, dem Kaiser zu helfen, das Alte aufrecht zu halten, Nichts von den Neuen anzunehmen. Die hierarchische Partei wird Tirol fanatisiren — um mit dem Behufe dynastischer Treue den Zustand, welchen die kaiserlichen Zugeständnisse und Gaben gründet hätten, von Neuem und noch gründlicher zu befestigen. Wehe Denen, die da sagen, sie seien im Rechte, wenn sie das Gegebene begehren, wenn sie die verkündeten Freiheiten auch für sich beanspruchen. Es wird eines Winkes bedürfen, und die bethörten, erhitzten Bauern erschlagen in den Städten jeden „Bezeichneten" — eine Ausschrift, die in den „katholischen Blättern" bereits denen gestellt ward, die in diesem Lande einmal die freie Luft frei zu athmen begehren. Für Religion und Kaiser wird zum Bruderkampfe die Losung gegeben. Doch nein — das kleine Häuflein wird wieder stumm und willig die Lasten gräßen Zahls sich binden lassen und seine Pflicht erfüllen; es wird die Heimath lieben wie zuvor und dem vermehrten Druck eine vermehrte Geduld entgegensetzen. Was kann es anderd, wenn Jene, die ihm helfen konnten, nun selber Hilfe suchen bei seinen unversöhnlichen Gegnern? — Und diese? — retten Alles, gewinnen mehr als sie besaßen. Der Ernerrifer des Volkes, die Theilnahme an den Geschäften, die Ruhe im Lande wird nun Alles als Verdienst in Anspruch genommen, Gunst und Lohn werden erworben, man begehrt entschieden, daß hier das Alte bleibe, daß man versichert werde von der Konstitution und ihren Folgen, die Sonderstellung wird proklamirt, die Jesuiten und ihr Genossen herrschen über Tirol. — Der Kaiser wird zurückkehren, weil man ihm fagen wird, nur dann bleibe es auch hier ruhig — und wir Armen, Ihr seine Verehrung eitler besser als erlittener durch die 30,000 Bajonette in Wien? — So wird es kommen, ich ahn' es nur zu gewiß und — möchte so gern mich selber Lügen strafen! Fast ist es vorbei mit unserm Glauben, daß endlich das echte alte Tirol, das wahrhaft fromme, freie und fröhliche auferstehen dürfe. Schon schleßt auch der alte Haß gegen die Oesterreicher, die Wiener, — die alten Landesfeinde des Bauern — in üppiger Hast empor. So befördert man die Eintracht der Erbvölker in der „Gesammtmonarchie." Und wenn wir auch beim Kaiser aushalten, „komme was da wolle", wie der Innsbrucker Korrespondent in der „Allgemeinen" schreibt — wenn wir Krieg führen wollten gegen alle Unterthanen unsere Herrn — werden wir mehr thun können, als sterben? Die Hofburg zu Wien und den Stephansthurm erobern wir ihn nicht mehr, wenn sie verloren gehen. Aber dahein wird uns das Erbe der Väter für immer vernichtet — die Freiheit — und unser Volk verliert auf lange, lange Jahre das Anrecht, wieder zu werden, was es war und sein kann. Es wird sich selbst vergessen — wie es oft vergessen wurde. — Erzherzog Johann, was wird er thun? — Er hat die Entscheidung in der Hand.

Grätz, 15. Mai. Erzherzog Johann hat die in Mildon und Wartberg auf ihn gefallene Wahl als Nationalvertreter unter herzlichen Dankesbezeugungen abgelehnt, weil ihn die militärische Vertheidigung Tirols von einem Mieten in Frankfurt abhalte. (Allg. Z.)

**Preußen.** Berlin, 20. Mai. Die Verfassungsversammlung wird übermorgen, am Montag den 22. Mai — dem Tage, an welchem vor 33 Jahren die Volksvertretung, jetoch auf sehr engen Grundlagen, verheißen wurde — durch den König eröffnet. Die Mitglieder der Versammlung werden sich indeß nach dem Schlosse und von dort erst in den zum Sitzungslokale umgewandelten Saal der Singakademie begeben. In letzterm wird kein Thron aufgestellt. (K. Z.)

Seitens des Ministeriums ist heute Dr. C. Große mit der Ausarbeitung (event. Ausführung) eines längst von ihm gehegten Planes beauftragt worden. Dr. Große schlägt nämlich vor: 1) die Gründung einer großen Arbeiterbank, um den bedrückten Arbeiter- und kleinen Bürgerstand durch Darlehen zu unterstützen; 2) einen Theil der Bevölkerung durch Gründung von Kolonien im Lande selbst dem Acker-

Digitized by Google

bau zuzuführen und 3) als letztes Mittel eine Auswanderung unter Garantie und Organisation des Staates. (Nachr. 3.)

** Berlin, 22. Mai. Am 22. Mai 1815 schrieb König Friedrich Wilhelm III.: „Die Geschichte der preußischen Staats zeigt zwar, daß der wohlthätige Zustand bürgerlicher Freiheit und die Dauer einer gerechten, auf Ordnung gegründeten Verwaltung in den Eigenschaften der Regenten und in ihrer Eintracht mit dem Volke bisher diejenige Sicherheit fanden, die sich bei der Unvollkommenheit und dem Unbestand menschlicher Einrichtungen erreichen läßt. Damit sie jedoch desto fester begründet, der preußischen Nation ein Pfand Unseres Vertrauens gegeben und der Nachkommenschaft die Grundsätze, nach welchen Unsere Vorfahren und Wir selbst die Regierung Unseres Reichs mit ernstlicher Vorsorge für das Glück Unserer Unterthanen geführt haben, treu überliefert und vermittelst einer schriftlichen Urkunde als Verfassung des preußischen Reichs dauerhaft bewahrt werden, haben wir Nachstehendes beschlossen! §. 1. Es soll eine Repräsentation des Volks gebildet werden ....." — Heute, nach 33 Jahren, ist die zur Vereinbarung unserer Staatsverfassung einberufene Versammlung eröffnet worden. Die Feier der Eröffnung war schlicht und würdig. Sie fand aus räumlichen Gründen nicht in der Singakademie, in deren akustisch herrlich gebautem Saale die Sitzungen gehalten werden sollen, sondern in dem weißen Saale des königlichen Schlosses Statt. Es hatten zwar einige dreißig oder vierzig Mitglieder (darunter Staatsanwalt v. Kirchmann) dagegen protestirt, aber eine Erklärung des Ministerpräsidenten stellte fast Sämmtliche zufrieden. Zwar hieß es, Mehrere würden nicht erscheinen, z. B. Kirchmann, doch mußten dies sehr Wenige gewesen sein, denn sie wurden nicht vermißt. Graf Reichenbach, einer der sogenannten Demokraten, wohnte der Sitzung bei. Jenes Lokalitätsbedenken, das hinter dem weißen Saal ein Ärgniß witterte, ist eben der alte Zopf, den wir nun endlich ablegen sollten! Uns so erfreulicher ist es, daß nur einer so winzigen Zahl derselbe Zopf hinten hing! — In der Versammlung erregte die allgemeine Theilnahme der 75jährige Staatsminister Heinrich Theodor v. Schön, eine ungebeugte hohe Greisengestalt; er nahm auf der Linken seinen Platz. Ebendort erblickten wir das ehrwürdige weiße Haupt des Oberburggrafen v. Brünneck, Provinziallandtagsmarschalls und unermüdlichen Vorkämpfers der Altprovinzen, gewählt in der Mark Brandenburg, und zwar fast von lauter Tagelöhnern und Instleuten. Auf der äußersten Linken postirte sich Graf Reichenbach. Oberpräsident Pinder, Milde (ebenfalls aus märkischer Abgeordneter) u. A. ragten aus den vielen unbekannten Größen hervor. Die Minister erschienen in der Amtstracht. Camphausen entfernte sich, um dem Könige anzuzeigen, daß man seiner harre. Die Abgeordneten erhoben sich, als der Ministerpräsident wiederkehrte. Der König, begleitet von den Prinzen des königlichen Hauses und gefolgt von Adjutanten (darunter, wie es heißt, auch zwei Beschehlshaber der Bürgerwehr), trat ein und wurde mit dreimaligem lauten und kräftigen Lebehoch empfangen, an dem auch die Zuschauertribune sich lebhaft betheiligte. Die Prinzen standen rechts vom Throne, der Sessel zunächst dem Throne erinnerte an die Abwesenheit des Thronfolgers. Prinz Karl stand vor dem darauffolgenden. Links standen die Minister. Der König mit entblößtem Haupte grüßte die Versammlung, nahm auf dem Thronsessel Platz und bedeckte sich. Der Präsident des Staatsministeriums überreichte die Thronrede. Der König verlas sie darauf. Sie ist schmucklos, einfach, wahr. Wir erblicken in ihr keine leere Form. Der Paß aus über das deutsche Parlament, der über Polen, der über die auswärtige Politik wiegen schwer genug. Dann, auf eine Handbewegung des Königs, trat Camphausen vor und erklärte die Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung für eröffnet. Der König erhob sich, grüßte oder vielmehr verneigte sich nach drei Seiten hin ernst und würdig gegen die Versammlung und zog sich zurück unter dreimaligem donnernden Lebehoch der Versammlung und der Zuhörerschaft. Der Ministerpräsident forderte den Aeltesten der Abgeordneten auf, den Vorsitz zu übernehmen und die Vorlage in Empfang zu nehmen. Es war der Staatsmann aus der Prüfungszeit von 1807 — 1815, Steins Freund, des politischen Testamentes Verfasser, er, zu dessen Ehren in Königsberg bereits ein Obelisk errichtet steht, des Königs treuster Freund auch den Zeiten gewissermaßen der Verbannung, der heftigste Feind der Bureaukratie, der geschickte Gegner der Eichhorn und Thile, der Mann, welcher 1847, als der Landtag sich als reichsständische Versammlung konstituirte und reichsständische Rechte in Anspruch nahm, mit Hinweis auf die Volksrepräsentation der Urkunde vom 22. Mai 1815 dies als „revolutionären Akt" erklärte, einer der vielen edeln Gönner der „Deutschen Zeitung", die bei ihrer Gründung gewissermaßen Deutschlands Opposition ausmachten — es war Schön! Einen Zufall gibt es nicht. Aber nehmen wir dies als Omen! Ein Bureau wurde sofort eingerichtet und Schön hielt eine kurze Anrede an die Versammlung. Wie schade, daß sein Organ nicht kräftiger ist! Er und kein Anderer dürfte Präsident sein. Man stellte zur Wahl der Ausschüsse zur Legitimation der Wahlmachten; Mitglieder wurden durch das Loos ernannt. Als dies den Finanzminister Hansemann traf, verzichtete er unter Braovur. In den Ausschuß sind u. A. Reichenbach, Jung. Während dieses Losens hatte fast Alles die Plätze verlassen, es sah ziemlich bunt aus. — In die Hand Heinrich Theodor von Schön's legte Camphausen den Entwurf der Verfassungsurkunde. Die nächste Sitzung ist übermorgen, 24. Mai, in der Sing-Akademie. — In diesem Jahre der Gegelungen war es nicht die geringste, daß am 22. Mai Schön als Präsident einer preußischen verfassungsvereinbarenden Versammlung den Entwurf einer Konstitution entgegennahm, daß Auerswald, der 1840 für jenes Königswort vom 22. Mai 1815 grämpft, als Minister sie mitberathen! Fragen wir, warum schmettert diese Vergeltung nicht jene Elenden zu Boden, die uns solange in Schatten stellten — hoffen sie noch? Sie traten für immer aus der Sonne! Nein, sie triumphiren deßhalb, weil das, was sie stets behaupteten, daß der Umsturz und die Unsitte die Begleiter der Volksfreiheit sind, sich ja glänzend zu bewahrheiten scheint! weil es ja jetzt sich herausstellt, daß die Beförderer der Freiheit den Fall des Thrones herbeiführen! Der Triumph soll ihnen nicht werden. Was zwischen dem 22. Mai 1815 und dem 22. Mai 1848 wider die Freiheit in Worten und Handlungen gesündigt ist, sei vergessen. Denken jene Namen Schön, Auerswald, Camphausen, Schwerin, Hansemann doch darauf hin, daß gegen Ueberzyrisse der Königsmacht der Sieg gewonnen ist! Wohlan, Ihr Bortämpfer unserer Freiheit; und droht ein zweiter Feind, bebt Euren Herrschsitz, bildet eine lebendige Mauer unserm Königl. Throne, und beginnt den Kampf, der wahrlich ebenbürtig dem ist, aus dem Ihr so glorreich hervorgegangen! Es gilt wieder die Freiheit. Uns droht Verfall, Entstillung, Mißbrauch. Die Freiheit droht entwerthet zu werden. Schirmt sie vor Entartung. Geht sie diesmal verloren, dann tyrannisirt uns ein Absolutismus, unausstilgbar, unüberwindlicher als der besiegte. — Gegen die neue Reaktion, die der kinkische Uebermuth unreifer Demagogen herbeiwohrt, stellt Euch von Neuem in die Reihe der Kämpfer, Ihr muthigen Sieger! Eure Sendung ist noch nicht erfüllt! Heute zieht der erste Kranz Eure Schläfe; Freiet, streitet für die Freiheit gegen Demagogenwirthschaft, ob auch der zweite Kranz Euch erst auf die Bahre gelegt werde! Die konstituirende Versammlung bietet freies Feld zu solchem Kampf. Das Demagogenthum wird in Frankfurt, wird in Berlin den Freiheitsanschuß hinwerfen. Doch wehe! wehe unserer Zeiten; denn O. Gagern durch Wahl, ihre Heinrich Theodor Schön als Hoch-Leben! Der Eröffnungstag heute war ein Siegesfest gegen den alten Absolutismus — möge die Sonne des Tages, da diese Versammlung geschlossen werden wird, ein herrliches starkes Land beleuchten, möge der neue demokratische Absolutismus dann vernichtet sein, möge des Königs ungetrübte, neuverherrlichte Majestät groß daſtehen, als höchster Ausdruck eines wahrhaft freien Volkthums, des preußischen, vielleicht des deutschen — ja möge dann, wie Schön einst sagte, der Thrones feste Stütze der Wille freier Männer sein!

†† Berlin, 22. Mai. Wir theilen Ihnen hier, soweit es uns möglich war, nachzuschreiben, die Rede des Königs mit: Meine Herren Abgeordneten! Mit freudigem Herzen begrüße ich eine Versammlung, welche aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangen und von mir berufen ist, mit mir ein Verfassung zu vereinbaren, die von nun an einen neuen Abschnitt in der Geschichte Preußens und Deutschlands begründen soll. Sie werden eine doppelte Aufgabe sich zu stellen haben: dem Volke eine ausgedehnte Theilnahme in allen Angelegenheiten des Staates zu sichern und zugleich die Bande enger zu knüpfen, welche mein Haus seit mehr als 400 Jahren mit der Geschichte dieses Landes unzertrennlich verbunden haben. Der Entwurf der zu vereinbarenden Verfassung wird Ihnen von meiner Regierung vorgelegt werden. Mit Ihnen zugleich sind in Frankfurt die Vertreter der ganzen deutschen Nation zusammengetreten. Gern hätte ich das Ergebniß jener Berathungen abgewartet, bevor ich die Vertreter Preußens zusammenberufen, allein das dringende Bedürfniß, den öffentlichen Rechtszustand in unserm engern Vaterlande wiederherzustellen, hat eine solche Verzögerung nicht gestattet. Die Einheit Deutschlands ist mein unverrückbares Ziel. — Die innere Ruhe beginnt sich bereits zu befestigen, mit der Wiederherstellung des Vertrauens steigert sich auch die Belebung des Verkehrs, mehrfeitige Anstrengungen sind gemacht, um die Gelegenheit zur Arbeit, welche an vielen Orten zu mangeln begann, fortgesetzt und ausgedehnt herbeizuschaffen. Die Er-

Digitized by Google

sparnisse der Vergangenheit sind durch die Bedürfnisse der Gegenwart nicht erschöpft. Meinen Bemühungen, die Bevölkerung der Provinz Posen durch organische Einrichtung zu befriedigen, ist es nicht gelungen, eine Aufsetzung zu verhindern, welche, wie ich sie fürchtete, mich dennoch nicht bestimmen kann, von dem einmal betretenen Wege abzugehen. Ungeachtet der großen Erschütterungen der letzten Monate sind die freundlichen Beziehungen meiner Regierung nur an einem Punkte gestört worden. Ich kann mich der Hoffnung jetzt überlassen, daß die Beendigung des Kampfes, den meine Regierung nicht herausgefordert hat, den ich aber als deutscher Bundesfürst nicht zurückweisen durfte, sich nicht lange mehr verzögern wird.

‡ Berlin, 18. Mai. Die letzten Tage in Berlin haben eine größere Bedeutung, als es vielleicht auf den ersten Blick scheinen möchte. Es ist nicht allein der wirkliche Sieg, den die konstitutionelle Monarchie über die radikale Partei erlangt hat, es ist noch mehr die Art und Weise, wie derselbe erreicht ist, nämlich durch die bloße moralische Kraft. Daß bei einem wirklichen Ausbruche die Demagogen die ganze Bürgerwehr gegen sich gehabt hätten, daß diese sich entschlossen war, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, das durfte man von vorn herein erwarten; aber daß dieser Ausdruck verhindert worden ist durch die bloße ernste Haltung der Minister und der Bürger, daß die demagogische Partei sich ohne Waffen geschlagen sieht und in sich selbst zerfällt, daß in Berlin selbst das Gefühl rege geworden ist, daß die Hauptstadt nicht die Rolle des ganzen Landes allein übernehmen kann: das ist von Wichtigkeit und muß für Preußen und seine Regierung im In- und Auslande neues Zutrauen erwecken. Die Minister haben sich in ihrer festen Haltung bewährt. Sie haben keine Demonstration verhindert, aber auch keiner Demonstration nachgegeben. Es zeugt von großem Mangel politischer Bildung, in dem Wunsch nach der Rückkehr des Prinzen von Preußen eine reaktionäre Tendenz, ein Nachgeben gegen Wünsche des Hofes, vielleicht eine Schwäche allzu loyaler Gesinnung zu sehen. Es muß einem Jeden einleuchten, daß, wenn man den Prinzen nicht gerabezu ausschließen will, derselbe hier sein muß, wenn die National-Versammlung die Verfassung berath. Ersteres konnten die Minister nicht wollen; darum mußten sie das Zweite wollen. Sie gingen von dem Grundsatze aus, daß die einzige Bürgschaft für ein wahrhaftiges Eingehen des künftigen Thronfolgers in die neue Ordnung der Dinge nur dadurch gegeben sei, daß sie unter seinen Augen und im Einklang mit ihm entstehe; daß ein bloßes Annehmen der Verfassung nach ihrer Vollendung nicht genüge, sondern daß er ihr Werden aus dem Volke mit durchleben müsse; endlich daß das Volk selbst seiner Stellung zu derselben nur dann gewiß werden könne, wenn er selber hier sei; sie faßten zugleich in seiner Gegenwart die sicherste Garantie gegen alle reaktionäre Bestrebungen, und dem Auslande gegenüber den klarsten Beweis von der Einigkeit zwischen dem Volke und seiner Regierung, worauf in diesem Augenblicke so viel ankommt. Sie hatten deßhalb dem Könige die Rückkehr des Prinzen angerathen und den Wunsch danach ausgesprochen. Sie hatten es für loyal gehalten, diesen Rath, diesen Wunsch sogleich zu veröffentlichen. Ueber die einzelnen, in ihrem Berichte an den König gebrauchten Ausdrücke, über Worte, wie „Ritterlichkeit" u. dgl., bei einer so wichtigen Sache markten und rechten zu wollen, wäre lächerlich. Eher könnte man fragen, ob die Minister nicht besser gethan hätten, erst die Einberufung der konstituirenden Versammlung auf einen bestimmten Tag zu feiren und daran erst den Ausdruck ihrer Ueberzeugung zu knüpfen, daß der Prinz dann herkommen müsse. Vielleicht hätte man sie dann besser verstanden. Indeß um die Rückkehr des Prinzen selbst handelte es sich nur am ersten Tage, am Freitage. Schon am Sonnabend stellte es sich heraus, daß die Führer der Partei nur Gegner der Minister waren, und die populären Antipathien gegen den Prinzen nur zum Sturze des Ministeriums zu benutzen hofften. Dies wurde von ihnen offen ausgesprochen. „Die konstitutionelle Monarchie stehe am Rande des Abgrundes, wenn die Minister noch zwei Tage im Amte blieben", sagte ein Redner im konstitutionellen Klub. Unter den Zelten wurde die Frage debattirt, ob man die Republik am 16. oder am 20. proklamiren solle (letzteres wohl, weil man bis dahin Nachrichten erwartete, was am 17. oder 18. in Frankfurt geschehen sei). Doch das wurde in den Hintergrund geschoben; man hoffte vielmehr auf die konstitutionell gesinnten Bürger zu gewinnen, indem man erklärte: nur die Nationalversammlung könne den Prinzen zurückrufen. Dies sollten die Minister erklären oder abdanken. Daß das Eine eben so inkonstitutionell gewesen wie das Andere, mochte manchem schlichten Bürger nicht unmittelbar einleuchten. Man wußte aber, daß die Minister das Erste nicht erklären würden, weil es wider alles Recht gewesen wäre; und so hoffte man sie zur Abdankung einzuschüchtern. War es doch in Wien gelungen, einen Minister durch einen Volksauflauf zu zwingen, auf den Balkon hinaus zu treten und dem Volke seine Abdankung zu erklären. Dies Beispiel wurde der Versammlung unter den Zelten geradezu vorgehalten. Man hoffte am Sonntag Abend durch eine sogenannte friedliche Demonstration etwas Aehnliches zu erreichen, indem man für den Montag den gesetzlichen Weg als beendet erklärte. Wie benahmen sich dem gegenüber die Minister? — Sie hätten sich auf die Bürgerwehr stützen können, unter der Manche einen Ausbruch und Kampf wünschten. Aber weder am Sonntag noch am Montag wurde die Bürgerwehr zusammengerufen. Am bedrohten Montage stand nicht ein Mann Wache vor den Minister-Hotels. Dem Androhen eines Blutbades erwiderten sie mit der Frage: „wie wollen Sie da ein Bad zu Stande bringen? wir sind acht Menschen; das gibt nicht Blut genug, um ein Kind darin zu baden." Sie wiederholten ganz einfach, was von Anfang an ihre Ansicht gewesen war, und was sie vielleicht, nur nicht gleich allgemein verständlich genug ausgesprochen hatten: daß der Prinz nicht eher kommen würde, als bis die Nationalversammlung eröffnet sei. Sie erklärten zugleich, daß sie solchen Demonstrationen gegenüber nicht abdanken würden, daß sie nur der Versammlung der Volksvertreter für ihre Schritte verantwortlich seien. Sie blieben dabei ganz ruhig zu Hause und ließen die vielgelagte Bürgerwehr auch ganz ruhig zu Hause bleiben. Da waren die Gegner geschlagen. Die gefürchtete Montagsversammlung unter den Zelten löste sich in Lächerlichkeiten auf, sogar in Prügeleien, an denen einige der Führer ihren Antheil getragen haben sollen. Einer der Letzteren sprach wohl ziemlich das allgemeine Gefühl aus, als er sagte: „Meine Herren! wir haben jetzt Alles gethan, was wir thun konnten: wir haben protestirt, dann haben wir demonstrirt, dann haben wir uns blamirt — oder vielmehr (wie er sich nachher verbesserte), wir sind blamirt worden." Danach blieb ihnen freilich nicht mehr zu thun übrig, als sonderbarer Weise da alle Rednerbühnen sich gegen sie erklärt hatten. In einem Augenblick, wo in Frankfurt über die künftige Stellung Preußens zu und in Deutschland entschieden werden soll, wo zugleich Preußen und Deutschland zusammen nach West und nach Ost Front machen müssen, wo ein Krieg im Norden geführt wird, der zu einem europäischen Kriege werden kann; wo es von den Entschließungen der französischen Assemblée Nationale abhängt, ob wir nicht morgen aufgefordert werden, einem französischen Heere den Durchzug nach Polen zu gewähren, ja vielleicht mit demselben gemeinschaftliche Sache zu machen; wo auf der andern Rußland mit Erbiterung und Hohn auf die deutschen Zustände blickt, und eine Provokation faßt zu suchen scheint; wo endlich auf die Unterstützung Englands nur dann mit einiger Sicherheit zu rechnen ist, wenn wir ihm Vertrauen in unsere Zustände einflößen können: in einem Augenblick ist hier ohne allen Kraftaufwand errungene Sieg des Gesetzes gewiß von der größten Wichtigkeit. Er hat gezeigt, daß in Preußen jetzt eine Regierung besteht, eine Regierung, die sich ohne Gewalt der Waffen, durch ihre eigene moralische Kraft halten kann, eine Regierung, die von politischen Ideen durchdrungen ist und ihre Stellung dem Lande gegenüber versteht; eine Regierung endlich, die sich nicht durch Demonstrationen einschüchtern läßt, aber auch nicht unnöthig Gewalt anwendet, sondern eben einfach auf ihrem Posten bleibt. Wir sollten hoffen, daß diese Tage dazu gedient haben müßten, daß Preußens, Deutschlands und des Auslands Vertrauen in die preußische Regierung wachse; — und wir zweifeln nicht, daß die Art und Weise, wie der Prinz von Preußen sich vor der konstituirenden Versammlung aussprechen wird, das Vertrauen nur erhöhen und befestigen kann.

Posen, 18. Mai. Der Pol. Z. ist folgende Berichtigung zugegangen: Die Posensche Zeit. hat schon vor einigen Tagen gemeldet und die Voss. Zeit. vom 17. d. M. berichtet unter dem 15. Mai aus Posen: daß bei Erin ein blutiges Gefecht zwischen unseren Truppen und den poln. Insurgenten stattgefunden habe (s. Schles. Z. Nr. 116); daß bei Adrianau sich neue Insurgentenkorps zusammenzögen und daß Buk abermals von 3—500 Sensenmännern überschwemmt worden sei. Von allen diesen Gefechten, Insurgentenzusammenziehungen und Ueberfällen ist jedoch bis heute den 18. Mai Abends den Behörden hierselbst auch noch nicht das Geringste bekannt geworden; die obigen Nachrichten müssen daher als gänzlich grundlose Gerüchte bezeichnet werden, an denen auch nicht ein Wort wahr ist.

Breslau, 19. Mai. Die Katzenmusiken, von denen eine, wie ich gestern berichtet habe, zu Exessen gegen Personen und Eigenthum geführt hat, sind jetzt von den hier Behörden, dem Gouvernement, dem Polizeipräsidium, dem Magistrat und dem Obersten der Bürgerwache, durch öffentliche Anschläge untersagt. Nach diesen wird die Bürgerwache fortan mit scharf geladenem Gewehr ihren Posten beziehen und, falls es nöthig sein sollte, im Verein mit dem Militär,

Digitized by Google

nach fruchtloser zweimaliger Aufforderung der versammelten Menge zum Auseinandergehen, von der Schußwaffe sofort Gebrauch machen. Auch der hiesige demokratische Verein hat heute einen Straßenanschlag erlassen, in dem er ebenfalls von der Wiederholung der Katzenmusiken abmahnt; ein Gleiches zu thun hat ferner der hiesige Arbeiterverein in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, sowie mit seinem ganzen moralischen Einfluß dahin zu wirken, daß derartige Unruhen, die in vielfacher Beziehung nur zur Gefährdung unserer jungen Freiheit dienen, fernerhin unterbleiben. — Ueber die Truppenbewegungen in Polen theile ich nach zuverlässigen Nachrichten mit, daß vom 1. bis zum 8. Mai an der gallizischen Grenze unweit Michalowice fünf zahlreiche Infanterie- und Kavallerieabtheilungen nebst Artillerie angelangt sind, ferner von den irregulären Truppen Tschrekessen- und Kirgisenregimenter. Es soll in jener Gegend ein Lager errichtet werden. (D. A. Z.)

**Breslau**, 18. Mai. Ueber die oben erwähnten Katzenmusiken wird der Köln. Z. geschrieben: Auch hier hat die Zurückberufung des Prinzen von Preußen große Aufregung hervorgebracht. Sonst leben wir hier vollständig in der Sklaverei des demokratischen Klubs. Fast jeden Abend werden irgend mißliebigen, sonst aber durchaus achtbaren Personen Katzenmusiken gebracht, und die so Gefeierten häufig vom Pöbel — denn nur diesen Ausdruck verdient hier an Zahl unbedeutende Schaar, gezwungen, sich dafür zu bedanken, wollen sie sich nicht den ärgsten Mißhandlungen aussetzen. Bei einem dieser modernen Ständchen wurde der interimistische Polizeipräsident, Regierungsrath Kuh, welcher den Haufen beruhigen wollte, zu Boden geworfen und gröblich mißhandelt. Schon am Morgen desselben Tages hatte er sein Amt niedergelegt. Von der hinzugekommenen Bürgerwehr fielen einige Schüsse, in Folge deren 3 Personen gefährlich verwundet sind. Solche Skandale werden am Morgen öffentlich angekündigt, und der Ausführung steht am Abend dann auch Nichts entgegen.

**Baiern.** München, 18. Mai. Durch eine im heutigen Regierungsblatt erschienene k. Verordnung wird in Folge des Bundesbeschlusses vom 3. April v. J. das durch Verordnung vom 29. Jan. 1835 verfügte Verbot der Anwesenheit von Acten in Kriminal- und Disziplinsachen von Seite der bei den Zuchtpolizeikollegien unserer Landesunterstellten bestehenden Sprucholkollegien aufgehoben, jedoch ohne Veränderung der gesetzlichen Ausnahme bezüglich aller inländischen Rechtssachen.

**Baden.** Freiburg, 22. Mai. Nachdem die erste, aus dem Oberland kommende Abtheilung gestern unsere Stadt verlassen hat, um den Rückmarsch in die Heimath anzutreten, ist heute wieder ein Bataillon württembergische Infanterie und ein Zug Kavallerie hier eingerückt. Man vermimmt, daß sie einige Zeit hier bleiben sollen. Im Ganzen dürften jetzt noch etwa 3000 Württemberger und 3000 Baiern in Baden sein. (Freib. Z.)

**Kastatt**, 22. Mai. Gestern Nachmittag sind 200 Mann österreichischer Truppen hier eingetroffen. Dieselben bestehen aus Artillerie und technischer Mannschaft und werden fortan einen Theil der hiesigen Besatzung bilden. (Oberrh. Z.)

**Hessen.** Mainz, 23. Mai. Man schreibt dem Fr. J.: Das blutige Drama, welches am Sonntag Abend hier aufgeführt und sogar bis gestern früh fortgesetzt wurde, hat zahlreiche Opfer gefordert. Auf Seite des preußischen Militärs soll der Verlust 7 Todte und 23 zum Theil schwer Verwundete betragen, auf Seite der Bürgerschaft wird von 5 Todten gesprochen, während man in Betreff der Verwundeten noch gar keine bestimmte Zahl nennt. Wir können übrigens diese Angaben nicht verbürgen und geben sie nur, wie wir sie in den verschiedensten Kreisen gehört haben. — Heute Vormittag gegen halb 11 Uhr wurde wieder Generalmarsch geschlagen. Auf dem Markte war es zwischen Militär und Bürgern zum Konflikt gekommen; ein Soldat soll tödtlich, mehrere Bürger schwer verwundet worden sein. Zahlreiche Abtheilungen preußischer und österreichischer Soldaten, jede Abtheilung von einem Stadtrathe oder richterlichen Beamten begleitet, durchzogen mit scharf geladenen Gewehren die Stadt; doch hören wir nicht, daß irgendwo von den Feuerwaffen Gebrauch gemacht worden ist. Gegen halb 3 Uhr begab sich das Militär in seine Kasernen zurück. — Nach einer gestern Abend erfolgten Bekanntmachung darf Niemand mehr nach 9 Uhr in einem Wirthshause sein. Die Verordnung besteht auch heute noch fort.

**Mainz**, 23. Mai, 4 Uhr Nachmittags. So eben wird durch Maueranschlag bekannt gemacht, daß die Bürger von Mainz alle Waffen, welcher Art sie auch seien, sofort abzuliefern hätten; ferner, daß mit scharfen Feuerwaffen versehene Militärpatrouillen Tag und Nacht durch die Straßen ziehen und bei Zusammenrottungen von Personen sogleich auf diese schießen würden, wenn sie nicht der Aufforderung, sich zu zerstreuen, augenblicklich Folge leisteten.

**Aus Altenburg**, 18. Mai, schreibt man der D. Allg. Z., daß sich dort eine exaltirte Volkspartei unter Leitung von ein paar jungen Advokaten des ganzen öffentlichen Lebens mit maßlosem Uebermuthe bemächtigt habe. Thatlos stehe ihnen das Ministerium sowie der Oberbürgermeister und Polizeidirektor gegenüber. Die Republik werde laut gepredigt und gepriesen, gegen die Vertreter konstitutionneller Staatsformen, so auch gegen einen in der Bildung begriffenen konstitutionellen Verein, verfahre man mit Katzenmusiken und andern Mißfallensdemonstrationen, denen die Führer der Volkspartei gerade nur so weit entgegentreten, um es nicht zu Schritten kommen zu lassen, welche das energischeste Einschreiten rechtfertigten. Von der Nationalvorsammlung erwarte man alles Heil. (Was aber kann sie thun, wenn keine Thatkraft in den Behörden ist?) (Allg. Z.)

**Schleswig.** Rendsburg, 18. Mai. Man schreibt der Börsenhalle: Jetzt seit hat unsere Stadt, besonders seit dem 15. d. M., nach der Nord- wie nach der Südseite hin das rechte Aussehen einer Festung bekommen. Ueberall gewahrt man verstümmelte Bäume, Pallisaden, Faschinen, Kanonenmündungen, Wachtposten auf dem Walle, Schießscharten, kurz allen Apparat des Krieges und der Fortifikation. Nur die Zahl der Truppen, die die Besatzung bilden, bildet dazu einigermaßen einen Kontrast; denn wir haben hier nur eine schwache Besatzung von regulärem Militär; doch bilden unsere Bürgerartillerie eine gute Aushilfe. Freikorps strömen ab und zu, vorgestern zog das Wasmersche, gestern das von der Tannschen Korps hier ein; doch scheinen noch nicht alle Freischaaren definitiv entlassen werden zu sollen; so sind die Kanzauer noch im Norden (im Hadersleben), der Rest des v. Krogkschen Freikorps seit gestern in Loit, und eine Kompagnie des Wasmerschen bleibt für heute in Neumünster. Die Hamburger, die auch schon hier angekommen sind, werden wohl am Sonnabend oder Sonntag in ihre liebe Vaterstadt wieder einziehen. — Die Wasmerschen und v. d. Tannschen Freischaaren waren mit ihren Führern sehr zufrieden; dagegen fielen in der letzten Zeit viele Reibungen zwischen den Freikorps und den preußischen Offizieren vor. Hauptsächlich aus diesem Grunde hat sich das v. d. Tannsche Korps mehr zum Austritt zum Dienst entschlossen; denn gilt namentlich von den Rheinländern und Böhmen, kräftig und wohlgebildeten jungen Männern. (Wie sehr man auf der einen Seite die schändlichen Provokationen, wie sie zu schlechten Zwecken hier und da gegen das Militär stattfanden, bedauern muß, so verdienen doch auch die beleidigenden Ausbrüche der bloßen junkerlichen Hoffahrt und Bürgerverachtung keine geringere Rüge. Drohende Zeichen stehen rings am deutschen Horizont; es bedarf der innigsten Verbrüderung zwischen Militär und Bürgerthum, konstribirten Soldaten und freiwilligen, wenn nicht vielleicht jahrelange Drangsale über uns kommen sollen, und doch thut man von beiden Seiten alles Mögliche, um den Haß zu schüren und der Anarchie oder der Fremdherrschaft in die Hände zu arbeiten).

**Schleswig**, 21. Mai. Das hier garnisonirende Kaiser Franz Garderegiment bricht am Montage von hier auf, um sofort nach Kolding zu marschiren. Neue Truppen rücken nach. Die Lauenburger Jäger kamen vorgestern durch unsere Stadt. Die Freiwilligen, die in den Dörfern um Beile gelegen und noch zurückgeblieben, sind in den Dörfern an dem Hafen von Apenrade verlegt. Alles deutet auf neue dänische Angriffe. Lauenburgen haben auch zwischen Apenrade und Hadersleben Kattgefunden. Die Dänen halten nirgends Stand.

**Flensburg**, 19. Mai, Abends. Von Leuten, die eben vom Sundewitt'schen kommen, erfahre ich, daß unsere Truppen gestern schon wieder mit den Dänen zusammen gewesen sind und daß diese eine ziemlich bedeutende Niederlage erlitten haben. Große Beute soll man mit todten und verwundeten Dänen nach der Insel hinüber fahren. Auf dieser Seite des Wassers hatten die Dänen sich in einer Linie ten Verschanzung und hinter dem Schutz ihrer Kanonenboote verhaft. Letztere empfanden gestern mehrere Bomben auf einen nicht ganz weit vom Wasser entlegenen Bauerhof. Sie wähnten „Upsterne" in demselben hierdurch zu belästigen. Diese hatten aber schon lange gedacht, daß dies so kommen würde, und war daher das Haus schon längst geräumt. Man hat sich kürzlich darüber gefreut, wie die Dänen so unermüdet fortfuhren, auf die „alten Mauern" dieser Stelle zu bombardiren! (Hamb. Korr.)

**Lauenburg.** Lauenburg, 17. Mai. Die Regierung des Herzogthums Lauenburg hat ein Schreiben an die provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein gerichtet, worin es heißt: „Wir dürfen als bekannt annehmen, daß in den hiesigen Verhältnissen des Herzogthums Lauenburg zum Landesherrn dieher gegen das seit 1816 bestandene Verhältniß keine wesentliche Veränderung eingetreten ist, auch daß, angenommen, daß für den Augenblick die Kommunikation zwischen hier und Kopenhagen erschwert und deshalb der Regierung eine in mancher Hinsicht er-

Digitized by Google

weitere Maßregeln ergreift werden, die Lage des hiesigen Landes und der hiesigen Regierung ungeändert gelassen ist. Die Lage der Herzogthümer Schleswig-Holstein und des hiesigen Landes ist mithin eine wesentlich verschiedene, indem für erstere eine verbreitete provisorische Regierung, wenn auch Namens des Landesherrn, die Angelegenheiten des Landes doch völlig selbständig leitet, dagegen die hiesige Regierung in dem früheren Verhältnisse zum Landesherrn verblieben ist und daher als bloße Regierungsbehörde nicht selbständig bei der deutschen Bundesversammlung auftreten kann. In diesen unverkennbar ganz verschiedenen Verhältnissen der Herzogthümer Schleswig-Holstein und des hiesigen Landes, sowie in der verschiedenen Stellung der dortigen verbreiteten provisorischen Regierung und der hiesigen Regierung, liegt unseres Dafürhaltens eine unüberwindliche Schwierigkeit gegen die Möglichkeit, daß das Herzogthum Holstein und das Herzogthum Lauenburg durch ein und denselben Gesandten am Bundestage vertreten werde, namentlich aber auch für die hiesige Regierung irgend einen Schritt zur Vertretung des hiesigen Landes beim Bundestage thunlichig zu thun, indem Schritte vom Landesherrn autgehen muß, da nur er allein Einmal will, ob und inwieweit der Landesherr, als Herzog von Lauenburg, durch eine Gesandtschaft beim Bundestage nicht noch diesen Augenblick vertreten sei. Unter diesen Umständen" hoffen wir, daß eine verbreitete provisorische Regierung nicht verkannt werde, daß wir in Betreff der Verhältnisse des Landes und der Stellung der Regierung außer Stande sind, dem Wunsche der verbreiteten provisorischen Regierung zu entsprechen. Noch müssen wir leider hinzuzufügen uns erlauben, daß wir theils aus obigen Gründe, theils weil wir unterm heutigen Tage noch keine königlich schleswig-holstein-lauenburgischer Kanzlei benachrichtigt sind, daß Se. Majestät der König der Bundesverlammlung das Recht nicht zugestehen könne, irgendwelche Bestimmungen, das Herzogthum betreffend, einseitig zu treffen, und außer Stande sind, dem Antrage der von einer verbreiteten provisorischen Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein ins geheim mitgetheilte Bestimmung der hohen Bundesversammlung wegen des von Polizei und Lauenburg gemeinschaftlich zu tragenden Beitrags zu den Kosten der konstituirenden Versammlung von 716 fl. 5 Kr. in Berhandlung zu treten. Radeburg, den 13. Mai 1848. Königl. zur Regierung des Herzogthums verordnete Landrost, Regierungs-Räthe und Assessor: Ranzau. G. Reventlow. Sufemihl. H. von Linstow."

‡ **Frankfurt**, 23. Mai. Noch sind die Wahlen der Mitglieder des Reichstags nicht geprüft, und schon häufen sich zu Stößen die „selbständigen Anträge", oft mehrere über den nämlichen Gegenstand und in gleicher Richtung, ein Zeichen, daß die Mitglieder sich noch nicht alle gefunden und gruppirt haben. Heute traten besonders hervor die Vorschläge auf Ernennung eines Ausschusses zur Berathung der Verfassung, auf Erklärung, daß die Versammlung beisammen bleibe, daß sie nicht auseinander gehen werde, bevor die Verfassung in das Leben getreten, daß das Vaterland in Gefahr sei, daß die Regierungen in der Versammlung zu gemeinsamer Berathung vertreten sein sollen, daß sich das Haus in einem Manifest an die Nation gegen Anarchie und Reaktion aussproche u. s. w. u. s. w. — Das Verlesen der Anträge nahm so viele Zeit weg, daß der Beschluß gefaßt wurde, künftig nur die Namen der Antragsteller und die Nummer derselben anzuzeigen. Der Präsident pflegte an, daß der Ausschuß für die Wahlprüfungen, bestehend aus den Vorständen der fünfzehn Abtheilungen, sich konstituirt habe. Vorsitzender ist v. Lindenau, Schriftführer Mittermaier, Schriftführer v. Andrian. Der Ausschuß über Raveaux' Antrag wegen der Doppelwahlen nach Frankfurt und Berlin hat Römer zum Berichterstatter ernannt. In Ermangelung einer Tagesordnung erhielt Zitz das Wort, um in Betreff der Ereignisse in Mainz einen Antrag zu stellen. Er begann mit der Bemerkung, daß die Bevölkerung, längst an militärischen Druck gewöhnt, bei ihrem ruhigen Sinne an den Störungen in der jüngsten Zeit nicht schuld sei, sondern lediglich die Besatzung. Die ersten Spuren zeigten sich im März, als die preußischen Kriegerscharen hineinzogen, denen der Abschied verweigert sei, die Gerüchte schwebten in der dortigen Gesatz, die Bevölkerung sei fortwährend im Aufruhr. Da hätten die Reibungen begonnen und beinahe zu einem Gemetzel geführt. Da habe eine Deputation von Bürgern Waffen verlangt, um sich gegen die wilden Horden der Soldaten zu schützen. Sie erhielten 1000 Gewehre und Munition. Die Bürgerwehr wurde organisirt und erfüllte ihre Aufgabe — Schutz gegen Uebermuth, Herstellung und Bewahrung der Freiheit und Ordnung. Hätsstens einmal, bei einem Angriffe auf ein Schleppboot, könne man ihr den Vorwurf machen, daß sie säumig gewesen in Ergreifung der geeignetsten Maßregeln; allein sie sei zu spät benachrichtigt worden, habe jedoch unter dem Gewühl von Tausenden die Verhaftungen vorgenommen. Der gute Geist der Bürgerwehr sei von dem Kommandanten öfter anerkannt worden. Im Verlauf der letzten Wochen mußte daher das Gerücht auffallen, daß die Bürgerwehr entwaffnet werden solle, im Zusammenhange mit einem andern Gerücht, Mainz werde mit Eröffnung des Parlaments in Belagerungszustand erklärt und in der Umgebung von Frankfurt eine bedeutende Truppenmacht zusammengezogen werden. Höhere Officiere hätten bereits ihre Effekten in die Citadelle verbringen lassen, es sei eine ernste Demonstration beabsichtigt gewesen. Der Redner erzählte nun von den Konflikten, welche letzten Freitag zwischen den Bürgern und preußischen Soldaten in einem Bierhause vorgekommen, wo die Bürgerwehr einen Unteroffizier verhaftet und an die Wache abgeliefert habe; wie am Samstag ein Verlauf der Berufen, die Wache der Bürgerwehr zu stürmen, abgewiesen worden, wie die Officiere zur Ruhe ermahnt hätten. Zwischen den Bürgern und den Oesterreichern habe stets das beste Vernehmen geherrscht. Nun folgte die Beschwerde des Gouverneurs gegen die Verretirung des Unteroffiziers, gegen die Trommler von zwei Kompagnien Bürgerwehr, welche Revelle geschlagen, gegen das Korps der Sensenträger, was Alles nach der Ansicht des Redners ganz unverfänglich war. Am Sonntag hätten die Preußen ihre Löhnung erhalten und theilweise für Wein verwendet, den man zu 3 bis 4 kr. den Schoppen bezahle. Er habe erfahren, daß die Preußen sich in einem Bierhause versammeln und dann die Wache stürmen wollten. Officiere hätten ihm dagegen erklärt, daß starke Patrouillen streifen würden, um Unordnung zu verhüten. Diesen ungeachtet hätten die Meldungen begonnen; ein Turner, den er zum Rekognosciren gesendet, sei verwundet zurückgekommen, Bürger seien mißhandelt, verwundet, getödtet worden. Die Bürgerwehr schritt nun ein und suchte dem Tumult zu steuern. Wer die Veranlassung zu dem Angriffe gegeben, dies könne nur die Untersuchung lehren. Die preußischen Soldaten seien in die Flucht geschlagen worden, die Edetterung der Bürgerwehr stieg durch die Erzählung der einzelnen Vorfälle. Er sei über Einzeine nicht mehr Herr gewesen. Die Ruhe sei später nur noch von den Soldaten gestört worden; eine preußische Patrouille habe Feuer gegeben. Ueber diese Vorgänge werde die Untersuchung Aufschluß bringen. Nun kam die Erklärung des Gouverneurs: wenn binnen zwei Stunden die Waffen nicht abgeliefert seien, werde die Stadt beschossen werden. Dr. Freß werde bis 12 Uhr erstreckt, die Preußen hatten die Höhen vor Mainz besetzt, viele Kanonen aufgefahren, es sei kein Spaß gewesen. Er habe allen Einfluß verwendet, damit die Waffen herausgegeben würden. Der Gouverneur habe gedroht, wo noch versteckte Waffen gefunden würden, werde unnachsichtlich Erschießen folgen. Noch sei der Verkehr gesperrt, die Polizei in den Händen des Militärs, die Freiheit vernichtet, die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger aufgehoben durch fremde Gewalt. Die Versammlung sei berufen, die Freiheit der Bürger zu schützen; ihre erste Handlung müsse darin bestehen, dem Militärdespotismus ein schnelles Ende zu machen. Die Soldaten hätten Gräuel begangen, sie seien nicht, wie behauptet werde, durch Zeitungsartikel mit Verdächtigungen gegen den König, sondern durch die Officiere aufgeregt worden; sie hätten gerufen: „Nieder mit Mainz!" — Die Untersuchung werde den nachweisen. (Präsident: Darum sollte man es nicht weiter verhandeln.) kommen Sie zum Antrag!) Von Redner verlangte nun die Versammlung solle bewirken, daß die Anordnungen des Festungskommandanten vom 21. zurückgenommen, den Soldaten und Unteroffizieren das Tragen der Waffen außer Dienst untersagt, die preußische Besatzung sofort gewechselt werden. Die Gewalt sei nicht mehr bei dem Kommando, der Uebermuth der Soldaten sei dadurch gestiegen, daß sie Recht bekommen hätten; die Sache sei so dringend, daß alsbald über den Antrag berathen werden sollte.

Der Vortrag war darauf berechnet, die Leidenschaften aufzuregen, eine feindselige Stimmung gegen die preuß. Truppen hervorzubringen, was möglicher Weise zu ernsten Spaltungen führen konnte. Zur Linken des Vorsitzenden, an dem Platze unter der Kanzel, neben den Sitzen der Damen bewegte sich vielgeschäftig Zitz hin und her, der nicht Mitglied der Versammlung ist, aber in fast ununterbrochenem Verkehr mit Robert Blum verschiedene Zettel an den Redner befördernte, aus deren Einem dieser nach dem Schlusse seines Vortrages noch die Meldung nachtrug, soeben berichte der Telegraph der Taunusbahn, daß der Bahnzug von Mainz nicht abgehe, daß in Mainz Generalmarsch geschlagen werde, daß also wieder ein unglücklicher Anlaß zu vermuthen sei. Unwillkürlich wurde man bei der Färbung des Vortrages an die Art und Weise erinnert, wie die Berufung des konstituirenden Landtages nach Berlin benützt worden war, um gegen Preußen zu arbeiten und Zerwürfnisse anzubahnen, und man sah heute die ganze Maschinerie fast offen vor den Augen der Versammlung spielen, die zum Glück heute so wenig wie früher geneigt war, auf unbelegte Behauptungen hin ein einseitiges Urtheil zu fällen. — Der Präsident setzte die Vorfrage, ob der Antrag an einen Ausschuß gewiesen oder sogleich erörtert werden solle, zur Berathung aus. Bassermann erklärte, er werde den Antrag stellen, zur Tagesordnung überzugehen, damit die Versammlung sogleich bei dem ersten Anlaß zeige, daß sie sich von ihrer großen Aufgabe nicht ablenken lasse. Oberst von Auerswald behauert, daß dieser un-

Digitized by Google

**Baiern.** = München, 22. Mai. Heute hielt die Kammer der Abgeordneten ihre 41. Sitzung. In dieser sollte die specielle Debatte über die Ablösung des Lehensverbandes beginnen, nachdem in der vorhergehenden Sitzung bereits die allgemeine Debatte geschlossen ward. Schon bei dieser schieden sich mehrere Abgeordnete gegen die Berathung des Gesetzentwurfes, weil man noch nicht wäre, was die Reichsrathskammer in Betreff des allgemeinen Ablösungsgesetzes beschlossen und ob sie nicht Modifikationen zu diesem einbringen würde, mit denen sich die Abgeordnetenkammer keineswegs einverstanden erklären könnte. Andere brauchten den Vorwand oder glaubten wenigstens sagen zu müssen, die zweite Kammer sei noch nicht hinlänglich über das Lehenswesen unterrichtet, weßhalb es denn auch vornehmlich Frhr. v. Rotenhan und Graf Hegnenberg-Dux übernahm, den nicht informirten Landeigenthümern eine ziemlich lange Vorlesung über das Lehenswesen zu halten. Die Reichsrathkammer hat indessen das Ablösungsgesetz berathen und allerdings sollen darin wesentliche Modifikationen, mit denen sich besonders die Grundeigenthümer nicht zufrieden stellen können, enthalten sein. Gleich beim Beginne der Sitzung der Abgeordneten erklärte daher ein Kammermitglied (Dr. Müller), daß er im Namen der Grundeigenthümer die specielle Debatte über den Gesetzentwurf, Ablösung des Lehensverbandes betreffend, nicht eher vorgenommen sehen möchte, bevor man nicht die Rückäußerung der Reichsräthe über das Ablösungsgesetz berathen habe. Nachdem hierüber manche Bedenken vom L. Besitzenden geäußert worden, beschloß die Kammer, den Gegenstand wenigstens für heute von der Tagesordnung zu nehmen. Die Kammer der Abgeordneten geht hiebei von dem Geschäftspunkte aus, daß der Gesetzentwurf über Ablösung des Lehensverbandes jedenfalls dem Adel große Vortheile verschaffe. Will nun der Adel dafür nicht auch durch Annahme des Gesetzentwurfes über die Aufhebung der Standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Anstehung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten, wie er aus der Kammer der Abgeordneten hervorging, sich zu Opfern bereitwillig zeigen: so wird auch die letztere Kammer dies den Herren Reichsräthen bei dem Gesetze über Ablösung des Lehensverbandes entgelten lassen, nach dem alten Spruche: was dem Einen recht ist, das ist dem Andern billig. Ich kann bei dieser Gelegenheit die Wahrnehmung, die sich mir schon öfter aufdrängte, nicht verhehlen, daß man schon jetzt wieder gerne anfangen möchte zu rechnen, was man verlor, abzurechnen, wenn es einigermaßen möglich ist. Man glaubt, die Zeit, wo man zu allen Opfern bereit gewesen ist, sei schon vorbei und der deutsche Michel habe sich schon wieder auf das andere Ohr gelegt. Wahr ist es — und ich kann es fest und sicher verbürgen — in allen Ständen, besonders auch im Bürger- und Beamtenstande haben desavouirt man bereits das entschieden feindsinnige, manchmal vielleicht etwas zu heftige und zu unreife Auftreten mancher Klubisten und spielt die Altklugen, die Konstitutionell-Monarchischen und Konstabler. Auch in der Kammer der Abgeordneten habe ich schon manchmal diese Wahrnehmung machen können. Doch hoffentlich wird die Reaktion selbst maßlos an den gerechten Forderungen der Zeit abprallen. Um aber wieder auf die heutigen Kammerverhandlungen zu kommen, so habe ich noch zu bemerken, daß der Gesetzentwurf über die Synoden in der protest. Kirche und über den Konsistorialbezirk Baierns einstimmig beinahe ohne Debatte angenommen worden, nachdem die Pfälzer Eppelsheimer und Jordan erklärt hatten, wie dieser Gesetzentwurf in der Pfalz mit großer Freude werde begrüßt werden und Letzterer auch den Wunsch äußerte, es mögen katholischer Seits auch Synoden eingeführt und die Aufhebung mehrerer Klöster in der Pfalz bekreditirt werden, die unter Abels Krummstab dort gegen den Wunsch und Willen der Pfälzer aus dem Boden hervorsproßten. Der Gesetzentwurf selbst bestimmt, daß die seither getrennten Synoden (zu Baireuth und Ansbach) in eine vereinigt werden sollen und der Konsistorialbezirk Speier nunmittelbar dem Ministerium (nicht dem Oberkonsistorium) untergeordnet werden könne, wenn der Wunsch der Pfälzer sich dahin bei einer Synode äußere. Wünsche die sich noch an diesen Gesetzentwurf knüpften, waren weniger bedeutend. Der anwesende Staatsminister des Kultus und Unterrichts sprach sich dahin aus, es wolle die Regierung die ungehemmteste Entwicklung der protestantischen Kirche innerhalb der hierüber bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Hiermit schloß die Sitzung. Nach einem Ministerialreskript wird die Kammer erst am 27. Mai geschlossen.

† Wie erhalten folgendes Aktenstück: „Beschluß und Bitte des Kieler Ausschusses für die deutsche Flotte. Der in Kiel für die Errichtung einer deutschen Flotte vom Deutschen Verein niedergesetzte Ausschuß hat seine Thätigkeit damit begonnen, sachverständige Männer hinzuzuziehen und sich mit Andern in Verbindung zu setzen, um zu beschließen, was zunächst zu thun sein würde, um in dieser großen Angelegenheit zu einem praktischen Erfolge zu gelangen. Da bei dem Drange der gegenwärtigen Umstände und in Uebereilschaft größerer Bewegungen in Europa, was geschehen soll, rasch geschehen muß, so glaubte der Ausschuß nicht erst das Ergebniß weiterer Berathungen abwarten zu dürfen, sondern ist davon ausgegangen, daß er seiner Aufforderung zur Unterstützung vor Allem einen bestimmten Vorschlag zu Grunde legen müsse darüber, wie seines Erachtens die brauchbarsten Rüstungen zugleich schnell und mit vorzüglicher Rücksicht auf bleibende Bedürfnisse einzurichten seien. Die erste Frage, welche dem Ausschusse entgegentrat, war die, ob er sich darauf beschränken solle, zunächst eine Rüstung gegen die dänische Seemacht und die Bedrohung der schleswig-holsteinischen Seehäfen, wie der deutschen Flagge im Allgemeinen durch die dänische Marine vorzubereiten. Es wurde in dieser Beziehung bemerkt, wie schwer unser Land vor allen übrigen Theilen Deutschlands durch die augenblickliche Herrschaft der Dänen zur See leide. Unsere Häfen seien leer und öde; der Handel liege darnieder; die Oselle unseres Wohlstandes sei die Schiffahrt, und mit schweren Opfern erttage Schleswig-Holstein die Unterdrückung seines Handels auf den Meeren, vorzüglich in der Oster. Es sei dringende Pflicht, hier auf rasche und kräftige Abhilfe zu denken, um so mehr, da die Schwesterstadt Hamburg in gleicher Weise und mit großartigem Beispiel zur Seite stehe. Es könne ferner grade ein solcher Zweck am Leichtesten und mit einem abschbaren praktischen Erfolge erreicht werden. Schon haben in preußischen Häfen und gleicherweise in Hamburg einzelne Schiffsbesitzer ihre Kauffahrer angeboten, um sie armiren zu lassen und damit dem dänischen Feinde entgegenzugehen. Kiel werde, wenn es gleich wenig vermöge, in kräftiger Rüstungung hinter keiner deutschen Stadt zurückbleiben. Zwei Kieler Schiffsbesitzer traten zugleich auf und stellten ihre Schiffe zur Verfügung, indem sie bloß die Armirung derselben von Seite des Ausschusses erwarten wollten, um mit ihnen, wo es nöthig gefunden werden sollte, dem Feinde entgegenzugehen. So wahrhaft patriotisch auch diese Anerbietungen, und so wichtig auch diese Erwägungen waren, so hat der Ausschuß dennoch einstimmig erglaubt, von ihnen absehen zu müssen. Soll Deutschland eine seiner Macht und seiner Handelsflotte würdige Marine besitzen, so ist es vor Allem dringend nothwendig, daß die großen Anstrengungen, welche eine solche Seemacht erfordert, nicht zersplittert, sondern vom Anfange an nach einem gemeinsamen und allgemeinen Plane geleitet werden. Dieser Plan aber kann nicht der sein, einem einzelnen Lande und einem einzelnen durch den Krieg wenn auch hart bedrückten Theile Deutschlands helfen zu wollen. Haben wir für Deutschland und seine große Zukunft einen Werk begonnen, so müssen wir es auch so fortsetzen, daß es eben dem ganzen Deutschland diene. Es ward aber einmüthig anerkannt, daß die Bewaffnung von Handels- und Dampfschiffen nur eine vorübergehende und außerdem in ihrem Erfolge sehr zweifelhafte Maßregel sein könne. Denn erstens sei kein Handelsschiff im Stande, einen Kampf mit einem Kriegsschiffe auszuhalten, selbst bei gleicher Bewaffnung; zweitens besitzen wir sehr wenige durch Schnelligkeit, Größe und Stärke des Baues zur Kriegsausrüstung geeignete Kauffahrer, während eine solche Bewaffnung nur bei einer bedeutenden Zahl solcher Kauffahrern wirklich nützen könne; es gehen und kommen auf nächtige Seereisen, die sich erst aus den Handelsexpitänen bilden müssen; vor Allem aber seien alle auf die Ausrüstung von Kauffahrern und Dampfschiffen gewendeten Summen und Anstrengungen gänzlich verloren, sowie der Friede mit Dänemark geschlossen sei, da die für den Augenblick bewaffneten Heledenschiffe bei ihrer jetzigen Konstruktion doch niemals Theil einer wirklichen deutschen Kriegesflotte bleiben könnten. Daher ward einstimmig beschlossen, bei den zu treffenden Vorbereitungen auf die Lage der schleswig-holsteinischen Schiffsahrt und des Landes seine weitere Rücksicht zu nehmen. Es ward dagegen als unabweichlicher Grundsatz für die ganze demnächstige und künftige Thätigkeit des Ausschusses aufgestellt: Gehend, ohne Rücksicht auf besonderer Verhältnisse und Interessen nur dasjenige zu thun, was der Bildung einer dem ganzen Deutschland gehörigen deutschen Kriegesflotte dienen und ihr vorarbeiten könne. Zweitens, alle Summen, welche der Ausschuß einnehmen möchte, alle Pläne, Risse, Karten und Gutachten, sowie auch vorzüglich die Schiffe, zu deren Bau er unverweilt schreiten werde, nicht für schleswig-holsteinisches, sondern für deutsches Nationaleigenthum zu erklären und dem deutschen Reichstage von seinen Bemühungen, seinen Mitteln und seinem Besitze Anzeige zu machen. Drittens, öffentliche Rechenschaft von der Führung seiner Geschäfte abzulegen. Da der Ausschuß nun hofft, demnächst die ersten Schritte zur wirklichen Erbauung von deutschen Kriegsschiffen thun zu können,

Digitized by Google

so lag es ihm ob, die Frage zu erledigen, ob man mit Erbauung von Kriegsdampfschiffen, oder mit der von Kanonenbooten beginnen solle. Der Ausschuß hat geglaubt, ganz absehen zu müssen von dem ersteren Vorschlag, und sich beschränkt auf Erbauung von Kanonenbooten. Anschaffung und Ausrüstung eines Dampfschiffes (deren sich in Schleswig-Holstein keine zu einer wirksamen Bewaffnung geeignete befinden) würde unzweifelhaft eine Summe von 80000 preuß. Thlr. erfordern, für welche 12—15 Kanonenboote gebaut werden können. Die Angriffsstärke eines für jenen Preis herstellegen Dampfschiffs würde schwerlich der von 24 bis 30 insgesammt schweren Kanonen der Boote gleichkommen. Die Vertheidigungsstärke aber ist weit geringer; was das Dampfschiff in dieser Beziehung etwa voraus hat, verliert es durch die Empfindlichkeit der Maschine. Aus diesen und andern technischen Gründen ergibt sich der in neuerer Zeit immer mehr anerkannte Grundsatz, daß Kriegsdampfboote zwar als Theil einer wirklichen Flotte ein unentbehrliches Hilfsmittel sind, aber allein keine Flotte bilden können. In Erwägung dessen entschied sich der Ausschuß einstimmig dahin, lediglich mit dem Bau und der Ausrüstung von Kanonenbooten beginnen zu wollen. Zwölf Kanonenboote ist der Ausschuß im Stande mit Hilfe der Zimmerleute und anderer Arbeiter aus den benachbarten Städten der Herzogthümer Schleswig-Holstein in wenigen Monaten auszurüsten. Derselbe wird mit Rücksicht auf die Möglichkeit, daß noch im gegenwärtigen Kriege davon Gebrauch gemacht werden müßte, Sorge tragen für das Herankiehen der nöthigen Bemannung, wie auch für Einübung der Artilleristen. Da der Preis eines vollständig ausgerüsteten Kanonenboots reichlich 7,000 preuß. Thaler beträgt, so würde die für zwölf Boote erforderliche Summe sich auf 85,000 preuß. Thaler belaufen. Diese allerdings nicht unbeträchtliche Summe hofft der Ausschuß dennoch durch freiwillige Beiträge aufzubringen und richtet seine demgemäße Aufforderung zur Beisteuer an alle deutschen Landsleute in und außerhalb Schleswig-Holsteins in der Ueberzeugung, daß wenigstens nirgends in Deutschland der Mangel an patriotischem Sinn und Einsicht der Ausführung unserer Vorhaben hindernich sein werde. Doch wird es nöthig sein, daß aller Orten Einzelne eine Anspracht und Sammlung in ihren Kreisen übernehmen. Damit der Ausschuß endlich so schnell wie möglich über den Fortgang der Angelegenheit Kunde und dadurch den Maßstab für seine Bestellungen bekomme, muß er sich noch schließlich an Diejenigen, die gesonnen sind, in ihren Kreisen die Mühe des Sammelns von Beiträgen zu übernehmen, die Bitte erlauben, daß diese ihn unverzüglich davon in Kenntniß setzen wollen, daß eine Sammlung begonnen, und möglichst bald darauf, welchen Erfolg dieselbe habe. Schreiben und Sendungen erbittet der Ausschuß unter der Adresse: An den Ausschuß für die Errichtung der deutschen Flotte in Kiel. Kiel, 9. Mai 1848. Justus Olshausen, Professor. J. Schwessel, Rheder. L. Stein, Professor. Howald. Christiansen, Professor. Bock, Schiffskapitän. Christensen, Syndikus.

## Frankreich.

Paris, 22. Mai. Das gestrige Fest bildet heute noch einen wesentlichen Theil der politischen Besprechung; die Blätter liefern große Schilderungen der mächtigen Züge und ihres Defilirens vor der Regierung und sprechen sich sehr befriedigt aus über den Eindruck des Ganzen, über den Geist der Einigkeit und Brüderlichkeit, der alle Parteien verschmolzen habe. Wir haben gestern unser Ansicht über die Bedeutung solcher Festlichkeiten ausgesprochen und wiederholen heute unsre Ueberzeugung, daß es mit der Verschöhnung und Verschmelzung der Parteien nicht Viel auf sich habe. Die Gegensätze, auf denen der ganze Kampf beruht, wurzeln zu tief, als daß ein schöner Maisonntag sie verwischen könnte. Unter den Deputationen fremder Völker, die mit ihren Fahnen defilirten, war auch eine deutsche; die Berichte vergessen nicht zu erwähnen, daß die rothschwarzgoldne Fahne von den Pariserin mit Jubel begrüßt ward, und beim Vorüberziehen die Mitglieder der Nationalversammlung und der Regierung sich einmüthig erhoben und riefen: es lebe Deutschland, es leben unsre deutschen Brüder! Sogar die polnische Fahne, wird versichert, sei nicht mit dem Enthusiasmus aufgenommen worden, wie die deutsche. Man wollte, scheint es, Antwort geben auf den improvisirten Krieg, den die Winkelregierung Barbes-Blanqui gegen Deutschland anfachen wollte; wenigstens spricht sich diese Absicht, mit Deutschland auf freundlichem Fuße zu bleiben, in mehreren Aeußerungen, deren letzte Quelle auf die Regierung zurückführt, sehr deutlich aus. Die Aktenstücke über die polnische Frage, welche die Regierung vorlegte, lauten gar nicht zu Gehöre der anarchischen Partei, mit dem beliebten und bekannten Kunstgriff erklärt diese Faktion sie für unwahr oder verfälscht. Es geht nämlich daraus für die französische Regierung und Jeden, der nicht blind sein will, das tolle unverantwortliche Treiben der Polen im Großherzogthum sehr anzuerkennig hervor; die Tendenzlügen, welche in gewissen Blättern über die Lage der Dinge in Posen verbreitet wurden, sind damit auf ihr wahres Maß zurückgeführt und der Beweis geliefert, daß die Polen wie immer keine grimmigeren Feinde hatten, als sich selber. Damit stimmt auch überein, was Lamartine bei Ankündigung der Interpellation von Ducour äußerte. Ich freur mich, sagte er, in Bezug auf die Alarmgerüchte von einer großen nordischen absolutistischen Allianz, ich freue mich, hier positiv erklären zu können, daß die trüben Gerüchte, von denen der ehrenwerthe Redner sprach, keinen Grund haben und ich kann hinzufügen, daß sie sich in nichts verwirklichen werden, wenn die Nationalversammlung jene Politik fortbefolgt, die sich die provisorische Regierung, im Interesse der Sicherheit und Würde Frankreichs, seit dem 24. Februar zur Richtschnur gemacht hat. —

Der National endlich brachte dieser Tage einen sehr heftigen Ausfall gegen die Männer vom 15. Mai und ihren Kriegslärm. Er hält einen solchen Versuch, das Vernehmen der beiden Nationen zu stören, für ein wahres Verbrechen an Frankreich und warnt vor einem Kampfe am Rhein, wo man nicht mit Fürsten, sondern mit einem für seine Nationalität begeisterten Volke zu thun haben werde. Wir halten diese Sprache für aufrichtig, da die Politik von Lamartine und A. Marrast, die friedlich schaffende und organisirende Politik, den Krieg nicht wollen kann; aber daß diese Einstimme die herrschenden bleiben werden gegenüber der Reaktion von der einen, der Anarchie von der andern Seite, dafür geben uns die Zustände Frankreichs durchaus keine ganz genügende Bürgschaft.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung bot wieder durch ihre Verhandlungen kein besonderes Interesse; dieselbe Nachlässigkeit im Kommen, dieselbe Breite im Reden und dieselbe Lahmheit im Verhandeln wie bisher. Dagegen war die Konversation im Konferenzsaale um so lebhafter. Man trug sich mit den Gerüchten von einer nahen Reaktion, den Prätendentenhoffnungen u. s. w., man erzählt von Unruhen, die in Lyon ausgebrochen seien. Die arbeitende Bevölkerung von La Croix Rousse, heißt es, ist aufgestanden, hat sich barrikadirt, mehrere hohe Beamte, die einschritten, sind von den Insurgenten verhaftet worden — es soll bereits zu einem blutigen Konflikte gekommen sein. Wahrscheinlich wird der Minister des Innern Interpellirt werden. — Ferner sprach man viel von dem Klub des Pyramides, den Lamartine und Ledru Rollin nach dem 15. Mai gegründet haben, um die eigentlichen Republikaner, mit Ausschluß der Anarchisten und Reaktionäre, zu vereinigen. Es sollen nur Mitglieder der Nationalversammlung Theil nehmen und die sind jetzt bereits 250 derselben ihm angehören. Man will dadurch die Majorität im Sinne der Regierung teilen und in das Thun der Parteien mehr Einheit und Konsequenz bringen.

Die „Presse" veröffentlicht heute Briefe vom Prinzen von Joinville, auf die wir zurückkommen werden.

## Oesterreichische Monarchie.

Hermannstadt, 4. Mai. Gestern war bei uns der entscheidende Tag für die Unionsfrage. Als Abends eine zahlreiche Volksmenge im hiesigen Theater sich versammelt hatte, wurde zuvörderst laut die Uebfragung der Volksthumne verlangt, die denn auch von dem gesammten Publikum erfolgte. Als sich der Vorhang hob, zeigte sich auf der Bühne eine Abtheilung unserer Bürgerwehr mit der kaiserlich-österreichischen schwarz und gelben Fahne, die mit allgemeinem stürmischen Jubelrufe begrüßt wurde. Nochmals wurde die Volkshymne aus voller Brust abgesungen und der Ruf: „Keine Union mit Ungarn!" „Union mit Oesterreich!" fand allgemeinen Widerhall, ja die Volksfremme nannte Jeden, der für eine andere als die enge Union mit Oesterreich stimme, unter lautem Lebehochrufe für unsern geliebten Kaiser einen Verräther. Das schwarzgelbe Band glänzte an der Brust der Männer und Jünglinge, und froh und einig ging Alles auseinander, ohne daß die geringste Unordnung, die mindeste Gewaltthat vorgefallen wäre. Schon Nachmittags hatte, ohne Veranlassung, durch allgemeinen Impuls, die Manifestation der kaiserl. Farben in der Stadt begonnen. Mit derselben geschmückt, kehrten zahlreiche sächsische und walachische Landleute vom Jahrmarkte in ihre Heimath zurück, um ihren Mitbrüdern die wahre Union zu verkünden. (Oest. B.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cramer & Kmdt., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Oberitalien können bestellungen sich an G. L. Alexander in Straßburg Nr. 29 Brenng., Paris Nr. 28 Rue Dame de Nanteuil.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Großh. Bad. Professor Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 10. — durch die Post begegen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 147. Heidelberg, Samstag 27. Mai. 1848.

## Uebersicht.

**Aussichten der Nationalversammlung.** L. — **Wien** (Bericht über die Vorgänge der letzten Tage. Deputationen der Böhmen an den Kaiser, Czechen und Deutsche. Die Aristokratie. Umtriebe der Polen. Ministerielle Bekanntmachung). **Berlin** ministerielle Erklärung. Die Thronrede. Der Verfassungsentwurf). **Posen** (die Reorganisation Posens. Passiver Widerstand der Polen). **Rheinbaiern** (die Einberufungsangelegenheit). **Heidelberg** (kirchliche Versammlung). **Darmstadt** (Parlamentswahl). **Mainz** (der Belagerungszustand aufgehoben). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Absendung nach Mainz. Wühlereien. Anweisung einiger Führer. Eine drohende Demonstration versucht, aber erfolglos vorübergegangen. Die englischen Garantien für Schleswig. Ungarische Abordnung an die deutsche Nation).

**Schweiz.** Bern. Frankreich und die Schweiz. Die Parteien in Bern.

**Großbritannien.** London. Parlamentsverhandlungen. Die Abreise des englischen Gesandten von Madrid.

**Ungarn.** Pesth. Slawische Gefahren. Pressburg. Gericht von Slowonien Ermordung.

**Beilage.** Stimmen über die Mainzer Vorfälle. **Schweiz.** Bern. Ochsenbein und die extreme Partei. **Frankreich.** Zwei Klubs geschlossen. Sitzung der Nationalversammlung. Die Interpretation über Polen. Lamartines Erklärungen über die auswärtige Politik. Die Unruhen in Lyon. Die Briefe des Prinzen von Joinville. **Spanien.** Bruch mit England. Abreise des englischen Gesandten.

---

### Heidelberg, 26. Mai.

Die Augen sind in diesem Momente sämmtlich nach Frankfurt gerichtet, wo ein Akt vorgeht, den wir in unserer Geschichte noch nicht erlebt haben. An Ort und Stelle scheint fast die erhabene Bedeutung dieses Augenblicks am schwächsten empfunden zu werden. Keine außerordentliche Feier hat die Eröffnung der Nationalversammlung begleitet; ihre Konstituirung ging fast ohne alles äußere Zeichen vor sich; die ersten Formalien machen die ersten Sitzungen schleppend; die Stimmung in der Umgebung ist lau; die Aufregung der Gemüther zur Zeit des Vorparlaments hat sich gelegt; die Haltung der Versammlung selbst ist zuwartend, ohne Neigung zu übereilten Beschlüssen, zu kühnen Schritten oder zu Exaltation; von Vielen wird sogar eine reaktionäre Seite und ihre Einwirkung gefürchtet. Wie diese herrschende Flauheit der Stimmungen zu deuten sei, darüber gibt es um so mehr verschiedene Meinungen, als es unstreitig sehr verschiedene Ursachen derselben gibt. Wir wollen versuchen, diese wirkenden Gründe zu finden, und einige Andeutungen zu geben, wohin nach unserer Ansicht die gegenwärtige Lage und Verfassung der Versammlung unter gegebenen Bedingungen ausschlagen kann oder muß.

Eine augenblickliche Abspannung der Gemüther in Folge eines Nachlasses der großen fesselnden und aufregenden Ereignisse ist ohne Frage eine Hauptursache der momentanen Lauheit. In Frankreich eine moderate Nationalversammlung, die die Republik, wie es scheint, vor der Invasion des Proletariats und den Staat vor Anarchie bewahren wird; in Schleswig Stillstand des Kriegs und Unterhandlung; in Posen Unterdrückung des Aufstandes; in Italien die Behauptung des Ansehens der österreichischen Waffen zum bloßen Zwecke, der Unterhandlung einen bessern Boden zu gewinnen; zu Hause die Beendigung des Bürgerkriege in Baden, und in den zwei großen Hauptstaaten mißglückte oder bereute Demonstrationen; in Hannover und Baiern zwei Veto der Regierungen, die den begonnenen Neuerungen einen ersten Damm zu setzen streben, dies sind zusammenwirkende Verhältnisse genug, um theils eine Abspannung von früheren Besorgnissen und Befürchtungen, theils eine noch unsichere Spannung und Erwartung künftiger Sorgen zu begründen. Es kommen Schleswiger aus Norden, Preußen aus Osten, Oesterreicher aus allen Theilen ihres Vaterlandes, die, namentlich die Letzteren, gänzlich ungewiß sind, welches Loos ihrem Vaterlande fallen wird, welche Stellung zu Deutschland, welche Rolle in der Nationalversammlung ihnen die Schicksale selber möglich und rathsam machen werden. Die Unkenntniß der Personen, die Ungewohntheit des Verkehrs der Stämme, die Abwesenheit von wohl noch einem Drittheile der Abgeordneten kommt hinzu, das Ablauschen und Zuwarten allgemein zu machen, die Bildung von Parteien, wenigstens ihre Organisation zu verzögern. Noch sind auf der Rednerbühne die Exaltirten, die Anarchisten, die Kryptorepublikaner die vortretenden Sprecher; eine Fluth von Anträgen geht von ihnen aus; dem gegenüber verhalten sich ganze Landmannschaften passiv: Oesterreicher, Baiern sind noch wenige aufgetreten; in der Sitzung vom 23. wäre nach dem parteisüchtigen und parteifarbigen Vortrag von Zitz über die Mainzer Dinge ein Ausbruch des verletzten preußischen Nationalgefühls sehr verzeihlich gewesen; er erfolgte sichtlich nicht, weil man sich auf dieser Seite Rücksicht und Fassung auferlegte.

Theils fremde, theils einheimische Verhältnisse also müssen die herrschende Abspannung, theils landschaftliche, theils persönliche Rücksichten müssen die noch herrschende Rückhaltung erklären, die beide wesentliche Gründe jener Flauheit sind; es kommt hiezu die Beschaffenheit einer vielleicht nicht kleinen Anzahl von Deputirten selbst, die nicht glücklich gewählt sind, die im Gegensatze gegen den kosmopolitischen Republikanismus die deutsche Besonderheit, die Provinz, die Kleinstaaterei, das Amt und Bureau, die alte Zeit und Gewohnheit allzu charakteristisch — wenn nicht vertreten, so doch darstellen, das Bleigewicht der Versammlung, das nur leider den ikarischen Flug der Gegenseite am wenigsten hemmen wird.

Ueber alle diese Verhältnisse und Stimmungen lagert sich, um die Hauptwirkung, der wir nachspüren, noch weit zu vermehren, die Unsicherheit und Rathlosigkeit des größten Theils der Versammlung, der seine Partie noch nicht ergriffen, der noch zu keiner Einsicht oder keinem Entschlusse gekommen ist, der zu einer Entschließung aus dem Hauptgrunde nicht kommt, weil er nicht weiß, was er will, weil er das, was er will, nicht zu erreichen getraut, weil ihm die Kurzsichtigkeit der Anarchisten abgeht, die voll Selbstvertrauen allerdings nach einem sichern Ziele streben, das sie nur selber über nicht lange miterwerfen muß, weil er auf der andern Seite die Weitsichtigkeit nicht hat, zu überblicken, wohin Zögerung und Unentschlossenheit ihn führen müssen. Diese Rathlosigkeit ist nicht geradehin nur Schuld und Fluch der Schwäche der Menschen, die in diesen Theil der Versammlung fallen, sondern sie ist auch wesentlich eine Schuld unseres Regimentes. Wo sich der Anarchie gegenüber eine Partei der Ordnung und Gesetzlichkeit bilden soll, muß sie zu ihrer Stütze und ihrem Rückhalt die bestehende Regierungsgewalt haben und das gehandhabte Gesetz. Sonst kommt sie bald in den Fall, legaler sein zu wollen als das Regiment selbst, bald in den andern, nur gradweise in ihren Schritten von den Anarchisten verschieden zu sein. So lange die Regierungen selber gänzlich aus dem Spiele sind, so lange sie wie bisher eine Gewalt nach der andern sich bilden lassen, ohne ihr Zuthun und ihre Abwehr, so lange sie zu keiner dieser Gewalten ein Verhältniß weder suchen noch finden, so lange sie nicht ihrerseits sich über ein Ziel der Reformen vereinigen und in vereinigter Kraft, in der Kraft der Einigkeit, gerüstet mit Freiheiten, vor die Nation treten, so lange sie im Ganzen der Zuchtlosigkeit freie Bahn lassen, und dann wieder einzeln mit gehässigen Reaktionsplanen hervorbrechen, so lange wundere man sich nicht, wenn bei gleiche Plan- und Rathlosigkeit, die gleiche Schwäche, Unschlüssigkeit, Zerfahren-

Digitized by Google

heit und Uneinigkeit in dem Theile, der Volksvertretung vorherrscht, der unter anderen Verhältnissen, wenn die Regierung ihm eine Stütze sein wollte, auch ihr treuer Diener wäre. Es ist Thatsache, daß die Minorität der Abgeordneten, in einer geschlossenen Phalanx, immer thätig, immer einig, immer im Bewußtsein dessen was sie will, immer unverlegen um die Mittel, immer auf dem kürzesten Wege vorschreitend, in ihrer Mittelmäßigkeit immer des Verständnisses und in ihrer Maßlosigkeit immer des Beifalls der Massen sicher, der großen Mehrheit der Versammlung gefährlich, drohend und trotz ihrer geringen Zahl imposant gegenüberstehe. Es ist Thatsache, daß dort Alles wohl zusammenhängt, daß ein stets vorgeschobener Führer, daß ein stets im Hintergrund minirender Eindämer die ganze Partei an seinen Fäden halten und in jeder Scene den rechten Spieler auftreten lassen, während auf der andern Seite kaum der ernste Versuch zu einer Organisation gemacht ist, während sich bei jeder Hauptfrage die Ansichten (wie es bei der Intelligenz und den gründlicheren Ueberzeugungen natürlich ist) theilen, und wenn sie sich zuletzt vereinigen sollen und müssen, begreiflicherweise auf die lasterhaften Vorschläge vereinigen, da es in der menschlichen Natur liegt, daß der Angespannte sich eher abspannen als der Abgespannte anspannen kann. Es fehlt auf dieser Seite ein eminenter Parteiführer. Der vielleicht die meiste Befähigung dazu gehabt hätte, ist in der Präsidentur absorbirt. Es beginnt sich zu zeigen, daß die gleichzeitige Berufung der Landtage in den einzelnen Territorien bittere Früchte tragen wird. Wir haben Wahlen ausgeschrieben, wie ein unverständiger Finanzmann Steuern ausschreibt, als ob wir einen ganz unerschöpflichen Stock an parlamentarischen Talenten hätten, da wir doch, Alles in Allem genommen, den kläglichsten Mangel daran leiden. Dauert die Unorganisation in der Partei der Reformer fort, so wird der geringe Zusammenhang darin ganz Null werden; der Instinkt des Zusammengehens wird sich ganz verlieren; die Ueberrumpelungen (wie am 23., als die Majorität für die Pflicht des Ausschusses, eine Kommission nach Mainz zu schicken, stimmte), werden häufiger werden; die Schwachen werden hinübergezogen und terrorisirt werden; die Uebertreibungen der Linken werden Uebertreibungen der Rechten, zu denen die Elemente vorhanden sind, hervorrufen; die verständige Mitte, auf der allein die Hoffnung Deutschlands stehen kann, wird Einfluß und Macht verlieren, und an die Stelle dieser klaren Ruhe wird die Verwirrung treten.

Wir sehen die Lage der Dinge und der Geister, wie man sieht, nicht im rosenrothen Lichte an, und wir halten es für Pflicht, Deutschland nicht zu täuschen. Die Schwankungen der Lagen und Stimmungen werden nicht ausbleiben, es werden hoffnungsvolle Momente mit verzagten wechseln; wir werden jedesmal als ein treuer Barometer den Witterungsstand anzugeben versuchen. Im großen Ganzen wollen wir uns hüten, mit einem allzugünstigen Horoskop Aussicht auf eine schon sichere, große Ernte zu machen. Sage sich Jeder sa selbst, daß die Schwierigkeiten ungeheuer sind, die wir zu überwinden haben, und vor Allem die Schwierigkeiten in uns selbst, in uns persönlich und in den Verhältnissen unseres Vaterlandes im Großen. Was wir bisher aufsthten, um die Flauheit, die Rathlosigkeit, die Muthlosigkeit in und um die Nationalversammlung her zu erklären, ist Vieles und Bedeutsames, aber es ist Nichts gegen den letzten Hinter- und Untergrund aller der einzelnen Gründe. Der Einsichtige durchschaut es und der Gefühlige empfindet und ahnt es, daß die Lösung des Knotens, vor dem wir stehen, zum Verzweifeln schwer ist: die Anarchisten spielen kurzer Hand den Alexander, aber wir wissen nicht, ob das Schicksal auf diesem Wege der deutschen Nation Macht und Größe gewähren wird. Worin liegt diese verzweifelte Schwierigkeit der Sache? Sprechen wir es uns ja deutlich und klar aus, damit sich jeder Einzelne in den Busen greife und den Feind da aufsuche, der uns Alle im Großen bedroht: wir suchen nach einer deutschen Staatseinheit in der zu gründenden Staatsform und wir haben diese Einheit, trotz unsern Ringens und Strebens darnach, nicht in uns selbst. Das Bedürfniß ist da, aber nicht die Einsicht in die Hemmnisse der Einheit und nicht der Wille und die Kraft, diese Hemmnisse in uns und außer uns selbst mit Resignation und Opfern zu tilgen. Wir werden die Freiheit haben; wenn wir über die Volksrechte stimmen, so werden wir einig sein. Kommt es aber zu der großen Schlußfrage über die höchste Gewalt, so werden wir an der Möglichkeit verzagen, uns so zu einigen, daß eine friedliche Lösung eintreten werde; wir tragen alle mehr oder minder deutlich die Voraussicht in uns, daß bei dieser Hauptfrage ein Hauptzerwürfniß eintreten werde. Kommt die Frage über die erbliche Monarchie zur Abstimmung, so ist es wahrscheinlich, daß durch die Vereinigung der österreichischen und preußischen Stimmen eine künstliche Majorität sich dafür aussprechen werde. Sollte dann eine Abstimmung veranlaßt werden über die Macht, welcher die deutsche Krone zufallen sollte, so würden sich die Stimmen von Oesterreich und Preußen natürlich sondern und die des übrigen Deutschlands würden sich ungefähr gleich theilen. Sehr wenige Stimmen würden über diese unendliche, tiefgreifende Frage entscheiden. Und wieder eben so auf der andern Seite. Sollte die erbliche Monarchie fallen, so würde auch Wahlkaiserthum oder Direktorium mit einer sehr geringen Majorität votirt werden. Wir haben keine Einheit der Meinungen in dieser größesten Sache, wie sollte die Einheit der Formen eine leichte Möglichkeit sein? Und kann man glauben, daß Fragen dieser Art in einem Bundesstaate zwischen zwei Großmächten entschieden werden könnten durch zwei bis drei, ja durch zwanzig bis dreißig Stimmen Mehrheit? Die gleichgewogenen Stimmen in dieser letzten Frage werden in letzter Hand zur Spaltung, zum Auseinanderfallen oder zu Bürgerkrieg führen. Das ist es, was Alle wohl mit Recht und Fug tiefinnig und bedenklich macht und was die Hoffnungen auch der Sanguinischsten erschüttert.

Ist es ein Wunder, wenn wir uns nach Thatsachen umsehen, die erst die Meinungen einigen und bestimmen müssen, ehe wir hoffen wollen, daß die Meinungen die Formen der Einheit finden und äußerlegen können?

---

**Oesterreich.** Δ **Wien**, 19. Mai. Die gestern verkündigte Ankunft des Kaisers war nur ein Gerücht, aber ein so allgemein verbreitetes, daß ein großer Theil der Bevölkerung bis 7 Uhr Abends in den Straßen war, durch welche der Kaiser kommen sollte. Um 7 Uhr setzte man das Publikum durch Plakate in Kenntniß, daß noch keine der abgesandten Deputationen zurückgekehrt, da seine k. M. einen zu großen Vorsprung gehabt, um so schnell erreicht zu werden, somit des Kaisers Rückkehr für gestern unmöglich sei. Auch heute sind noch keine direkten Nachrichten eingetroffen. — Das politische Centralkomité der Nationalgarde hat sich als solches aufgelöst und bildet nun, mit andern Körperschaften vereinigt, eine Sicherheitswache unter dem Oberbefehl des Grafen Montecuculi. — Zahlreiche Plakate fordern zur Ruhe und Ordnung auf. Bis jetzt sind keine Ruhestörung Statt, denn die verunglückten Versuche des Hrn. Häfner und Konsorten von gestern früh blieben vollkommen erfolglos. Zahlreiche adlige Familien haben sich von Wien entfernt. Die verwittwete Erzherzogin Palatin wollte ebenfalls mit dem Dampfboote abreisen, wurde aber durch einen Haufen Volk genöthigt, in ihre Wohnung zurückzukehren. — Den 20. Mai. Heute ist das provisorische Preßgesetz erschienen. Es ist dasselbe, welches die hiesigen Schriftsteller ausgearbeitet haben. Von Se. Maj. dem Kaiser sind noch immer keine direkten Nachrichten eingetroffen. Der Konduktteur des Eilwagens, welcher gestern Abend von Salzburg ankam, sagte nur, daß er den Wagen Sr. k. Maj. in Kleinmünchen begegnet sei. — Die Bank scheint sich, eine vorteilhafte Haltung zu zeigen, welche nicht verfehlen kann, das öffentliche Vertrauen zu befestigen. Seit vorgestern wird das Silber in Wagen von dort weggeführt; sie befriedigt jede Forderung. — Der Redakteur des Blattes „Der Freimüthige", Hr. Mahler, ist nicht unter den Verhafteten. Es ist nachgewiesen, daß er den ganzen Morgen des 18. sich nicht aus der Universität entfernte. — Die Aula ist von der Universität aus ganz freiwillig für geschlossen erklärt. — Die Ernennung des Frhrn. v. Wessenberg wird mit Vertrauen begrüßt, da er ein entschiedener Gegner Metternich's ist.

**Wien**, 21. Mai. Eine Bekanntmachung im amtlichen Theil der Wiener Ztg. besagt, daß der Ministerrath noch immer jede weitere Nachricht von der Reise des Kaisers entbehrt, wofür eine beruhigende Erklärung darin gefunden wird, daß die Entfernung des Reisenden von Wien sonach bedeutender werde. Ferners heißt es, nach einer Anzahl des Wiener Sicherheitsausschusses würden Gerüchte über die Gefahren eines dem Staate drohenden Bankerotts verbreitet; „Jedermann, welche die echten Hilfsquellen der österreichischen Staaten überblicke, werde das Böswillige und Ungegründete solcher Aeußerungen leicht erkennen und dieselben nur den Bemühungen der Anarchisten beim sein." Allerdings habe die Regierung jetzt einen Zeitverzug mit den von allen Seiten andrängenden großen Staatsforderungen zu bestehen, „allein die Anstrengungen und die Mittel zur Deckung bleiben nicht hinter den Erfordernissen zurück", wobald eine baldige Abnahme der Schwierigkeiten des Tags zu hoffen stehe. Bedauerlich sei nur der künstlich genährte und gesteigerte Kleinmuth und das Miß-

Digitized by Google

trauen eines Theils des Publikums, welche in den letzten Tagen den großen Andrang zur Nationalbank und Spartasse veranlaßt haben.

Die Allgemeine Zeitung bringt folgende Nachrichten aus Innsbruck, Prag und Wien: Unsere neuesten Briefe aus Innsbruck vom 21. Mai melden, daß der Kaiser sich noch immer dort befand. Daß man am 21. in Wien noch immer keine bestimmte Nachricht über die Richtung der Reise der kaiserlichen Familie haben wollte, ist auffallend genug, da man in Augsburg schon am 20. Mittags darüber genau unterrichtet, und die Abreise von Salzburg nach Innsbruck schon am 19. früh halb 4 Uhr erfolgt war. In Salzburg waren in den letzten Tagen zahlreiche glänzende Deputationen von Böhmen ꝛc. durchgekommen, um den Kaiser nach Prag einzuladen. Daß in Prag die Deutschen sich den Czechen verbündet haben, wird in unsern neuesten Briefen aus Prag vom 21. widersprochen. Der (deutsche) konstitutionelle Verein erklärt ausdrücklich, daß nicht von ihm, sondern nur von Einzelnen jene „Versöhnung" ausgegangen. Erzherzogin Hildegard (Gemahlin des in Verona beständigen Erzherzogs Albrecht) war in Prag angekommen. Eben daselbst erschien Graf G. Lazansky, der im czechischen Nationalausschuß Erklärungen gab, die deutlich dargelegten, wie von einem Theil der hohen Aristokratie jener unglückselige Rath an den Kaiser und den Thronfolger, Wien zu verlassen, ausgegangen. Die meisten der aristokratischen Familien — die Lobkowitz, Dietrichstein, Schwarzenberg, Liechtenstein, Pallavicini ꝛc. — hatten Wien mit verlassen. Die adeligen Polen blieben und forgten dafür, daß die Flammen nicht erloschen. Die öffentliche Stimme klagte in dieser Beziehung laut eine Fürstin an, deren Güterssequester erst kürzlich von der Regierung aufgehoben worden.

**Preußen.** Berlin, 22. Mai. Der Minister des Innern hat folgende Erklärung bekannt gemacht: „Es sind Zweifel darüber entstanden, ob die Deklaration des königlichen Staatsministeriums vom 12. d. M., betreffend das Verfahren bei Doppelwahlen, dahin zu verstehen sei, daß Abgeordnete, welche gleichzeitig für die Versammlung in Berlin und in Frankfurt gewählt worden sind, nur die Wahl für eine dieser Versammlungen annehmen können. Zur Beseitigung dieser Zweifel wird hiermit in Bekanntgemacht, daß die Absicht der vorgedachten Deklaration in keiner Weise dahin geht, den gewählten Abgeordneten die gleichzeitige Annahme der Wahlen für beide Versammlungen zu beschränken, sondern sich nur auf die Fälle bezieht, wo ein Abgeordneter zu derselben Versammlung von mehreren Wahlbezirken gewählt worden ist. In ein Abgeordneter zu beiden Versammlungen gewählt worden, so hängt es nach dem Sinne des Gesetzes von seiner Entschließung ab, ob er das Mandat für Berlin und Frankfurt annehmen oder eines von Beiden ablehnen will. Nur im Fall der Ablehnung wird zu einer neuen Wahl geschritten. Entscheidet sich aber der Abgeordnete für die Annahme beider Mandate, so hängt es von seiner Erklärung ab, ob und welcher von beiden Versammlungen er für die Dauer des gleichzeitigen Zusammenbleibens beiwohnen will. Eine neue Wahl wird in diesem Falle nicht angeordnet, sondern es kann für diese Zeit zu der andern Versammlung nur der Stellvertreter eindernfen werden."

Die zweite politisch bedeutsame Hälfte der Thronrede, die wir gestern im Auszuge mitgetheilt, lautet vollständig: „Meinen Bemühungen, den Wünschen der polnischen Bevölkerung der Provinz Posen durch organische Einrichtungen zu entsprechen, ist es nicht gelungen, eine Auflehnung zu verhindern, die, so tief Ich sie beklage, Mich nicht abgehalten hat, den eingeschlagenen Weg unter nothwendiger Berücksichtigung der Ansprüche der deutschen Nationalität zu verfolgen. Ungeachtet der großen Erschütterungen der letzten Monate sind die friedlichen Beziehungen Meiner Regierung zu den fremden Mächten nur an Einem Punkte gestört worden. Ich darf Mich der Hoffnung überlassen, daß eine gern angenommene freundliche Vermittelung weiteres Blutvergießen werde, die Beendigung eines Kampfes zu beschleunigen, zu dem Preußen nicht herausgefordert hat, den Ich aber als deutscher Bundesfürst aufzunehmen nicht anstehen durfte, als die Marken des gemeinsamen Vaterlandes bedroht erschienen, und der Ruf zur Wahrung eines anerkannten Rechtes vom deutschen Bunde an Mich erging. Meine Politik wird sich auch in diesem Falle als eine uneigennützige und friedliche bewähren, eine Politik, der Ich, im innigen Vereine mit Deutschland, treu zu bleiben entschlossen bin."

* Berlin. Der Verfassungsentwurf für Preußen, bestehend aus sieben Titeln und einem Anhang von allgemeinen Bestimmungen, ist der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung vorgelegt worden. Der erste Titel (§. 1 und 2) bestimmt das Staatsgebiet. Indem er „die einer besonderen nationalen Reorganisation und Verfassung vorbehaltenen Theile des Großherzogthums Posen" ausschließt, spricht er aus, daß der ganze preußische Staat, dem diese gemeinsame Verfassung gilt, zum deutschen Bunde gehört. Der zweite Titel setzt die Rechte der preuß. Staatsbürger fest (§§. 3 bis 19). Gleichheit vor dem Gesetz, persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, außer in den gesetzlich bestimmten Formen und Fällen, wird gewährleistet. Kein Staatsbürger darf seinem gesetzlichen Richter entzogen, das Eigenthum nur aus Gründen des öffentlichen Wohls unter den gesetzlichen Formen gegen Entschädigung entzogen oder beschränkt werden. Die Strafe der Vermögenskonfiskation findet nicht Statt. Die folgenden §§. regeln die Verhältnisse der religiösen Gesellschaften; sie bestimmen Unabhängigkeit der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte von dem religiösen Bekenntniß, Freiheit gemeinsamer Religionsübung, soweit die Strafgesetze, die öffentliche Sicherheit, Ordnung und Sittlichkeit nicht verletzt werden; ungehinderten Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Obern; die Bekanntmachung kirchlicher Erlasse ist nur den Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen. Die Freiheit des Unterrichts ist nur durch die Gesetze beschränkt. Die Presse ist frei, unter gesetzlicher Verfolgung und Bestrafung ihres Mißbrauchs; die Censur für immer aufgehoben. Alle Staatsbürger sind berechtigt, sich ohne vorgängige Erlaubniß unbewaffnet in geschlossenen Räumen zu versammeln, sowie sich zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen. Versammlungen unter freiem Himmel sind, bis auf weitere gesetzliche Bestimmungen, von der Erlaubniß der Ortspolizeibehörde abhängig (d. selbe Bestimmung, die auf dem Ber. Landtag Anlaß zu einer Diskussion gab). Das Petitionsrecht steht allen Staatsbürgern, Behörden und Korporationen zu. Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Alle Preußen sind wehrpflichtig. Die Bestimmungen über persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Versammlungs- und Vereinigungsrecht haben auf das Heer insoweit Anwendung, als die militärischen Disciplinarvorschriften nicht entgegenstehen. Der dritte Titel handelt vom Könige (§§. 20—32). Seine Person ist unverletzlich; seine Minister sind verantwortlich. Er hat allein die vollziehende Gewalt; er führt den Oberbefehl über das Heer, bestellt alle Civil- und Militärämter, beschließt Krieg und Frieden und ernennt Bevollmächtigte mit fremden Regierungen. Handelsverträge jedoch, sowie andere Verträge, durch welche dem Staate Lasten oder einzelnen Bürgern Verpflichtungen auferlegt werden, bedürfen der Zustimmung der Kammern. Das Recht der Begnadigung und Strafmilderung leidet eine Ausnahme, wenn es zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Ministers ausgeübt werden soll, und kann in diesem Fall nur auf Antrag einer Kammer geübt werden. Der König beruft und schließt die Kammern: er kann eine allein oder beide zugleich auflösen, muß aber in diesem Falle binnen 30 Tagen die Wähler, binnen 60 Tagen die Abgeordneten wieder zusammenrufen. Die Vertagung der Kammern darf ohne ihre Zustimmung 30 Tage nicht überschreiten. — Die Minister können, nach dem vierten Titel (§§. 33 bis 35), wegen ihrer Amtshandlungen durch Beschluß der zweiten Kammer in Anklagestand versetzt werden. Als Gerichtshof entscheidet dann die erste Kammer. Die Minister haben Stimmrecht in der einen oder andern Kammer, nur wenn sie Mitglieder sind; sie haben Zutritt zu jeder Kammer und müssen auf ihr Verlangen gehört werden, wie auch die Kammern ihre Gegenwart verlangen können. Sie sind berechtigt, zu ihrer Vertretung andre Beamte in die Kammersitzungen abzuordnen, denen die gleichen Befugnisse zustehen. — Der fünfte Titel enthält die Bestimmungen über die Kammern (§§. 36—61). Der König übt die gesetzgebende Gewalt gemeinschaftlich mit zwei Kammern. Ihm, sowie jeder Kammer, steht das Recht des Gesetzvorschlags zu; das Recht, Adressen an den König zu richten, hat jede Kammer für sich. Die erste Kammer besteht 1) aus den Prinzen des Königl. Hauses; 2) aus 60 Mitgliedern, die jene 60 Mitglieder, die der König aus der jetzigen Staatsdiener ernennt, welche ein reines Einkommen von mindestens 8000 Rthlrn. jährlich beziehen. Sie vererben ihren Sitz auf ihre Nachkommen nach dem Recht der Erstgeburt, so lange diese das obige Einkommen nachzuweisen vermögen; 3) aus 180 Mitgliedern, durch dieselben Wahlmänner, welche die Mitglieder der zweiten Kammer wählen, aus denjenigen Staatsbürgern gewählt, welche das 40ste Jahr zurückgelegt haben und ein reines Einkommen von mindestens 2500 Thlrn. jährlich beziehen, oder mindestens 300 Thlr. direkte Steuer jährlich entrichten. Auch ohne diese letzten Bedingungen zu erfüllen, sind wählbar die Mitglieder der höchsten Gerichtshöfe, das Akademie der Wissenschaften und die Oberbürgermeister der Städte von mehr als 25000 Einwohnern, letztere nach mindestens sjähriger Amtsführung. Diese durch Wahl bestimmten Mitglieder werden auf 8 Jahre gewählt; so daß alle 4 Jahre die Hälfte austritt. Die zweite Kammer besteht aus gewählten Mitgliedern, welche das 30ste Lebensjahr zurückgelegt haben; ihre Zahl bestimmt das Wahlgesetz. Sie werden auf 4 Jahre

Digitized by Google

gewählt und alle 2 Jahre zur Hälfte erneuert. Die näheren Bedingungen der Wahlberechtigung und Wählbarkeit bestimmt das Wahlgesetz. Ein Mitglied der zweiten Kammer oder ein gewähltes Mitglied der ersten, das ein besoldetes Staatsamt oder eine Beförderung im Staatsdienst annimmt, verliert dadurch Sitz und Stimme in der Kammer und kann sie nur durch neue Wahl wieder erlangen. Die Kammern werden durch den König regelmäßig im Januar jeden Jahres versammelt. Die Sitzungen sind in der Regel öffentlich. Unter den weiteren Bestimmungen, welche die Grundzüge der Geschäftsordnung vorschreiben, ist besonders die folgende zu bemerken: Niemand darf einer Kammer eine Bittschrift in Person überreichen. Die Mitglieder der Kammern können für ihre Abstimmung in der Kammer und für ihre darin geäußerten Meinungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Kein Mitglied kann während der Sitzungsperiode ohne Erlaubniß der Kammer gerichtlich verfolgt oder verhaftet werden. Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volks und stimmen nach ihrer Ueberzeugung, ohne an Aufträge und Instruktionen gebunden zu sein. Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten noch Diäten, die der zweiten dagegen eine gesetzlich zu bestimmende Entschädigung. — Die richterliche Gewalt (6. Titel, §§. 62—69) wird im Namen des Königs durch die unabhängigen, nur der Verfassung und den Gesetzen unterworfenen Gerichte ausgeübt. Die Richter werden vom König auf Lebenszeit ernannt; sie können nur durch Richterspruch ihres Amtes entsetzt oder zeitweise enthoben werden. Eine Versetzung auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand kann wider ihren Willen nur durch gerichtlichen Beschluß in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen erfolgen. Andere besoldete Staatsämter dürfen den Richtern nicht übertragen werden. Die Verhandlungen der Gerichte in Civil- und Strafsachen sollen in der Regel öffentlich sein. Ueber Verbrechen, politische und Preßvergehen muß unter Mitwirkung von Geschworenen erkannt werden. — Der siebente Titel handelt von der Finanzverwaltung (§§. 70—75). Der Staatshaushalts-Etat wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt, und nur soweit sie in ihm aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, dürfen Steuern und Abgaben erhoben werden. Anleihen und Uebernahme von Bürgschaften können nur durch Gesetz eingeleitet werden; jede solche Bevorzugung soll bei einer bevorstehenden Revision des Steuersystems abgeschafft werden. Die Aufnahme von Anleihen und Uebernahme von Garantien auf die Staatskasse findet nur auf Grund eines Gesetzes Statt. — Die angekündigten allgemeinen Bestimmungen (§§. 76—84) enthalten das, was das Reichsgrundgesetz der 17 „Gewähr der Verfassung" nennt. Im Allgemeinen liegt diese in der Beeidigung des Königs, der beiden Kammern, der Beamten und des Heeres auf die Verfassung. Der jedesmalige Thronfolger wird den Eid vor den Kammern ablegen, die am zwanzigsten Tage nach dem Regierungswechsel ohne Berufung zusammentreten. Ein die Verfassung abänderndes Gesetz erfordert in jeder Kammer die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder, und eine Stimmenmehrheit von mindestens zwei Dritteln. Die nichtige dieser Bestimmungen aber enthält der §. 79, den wir hier zum Schluß seinem ganzen Wortlaut nach mittheilen: „Sollten durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen der gegenwärtigen Verfassungsgesetze nöthig werden, so wird der König dieselben anordnen und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer nächsten Versammlung mittheilen. Die Kammern werden dann Beschluß darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutschen Verfassung in Uebereinstimmung stehen."

△ Posen, 18. Mai. Der General von Pfuel hat am 12. d. M. „die Grenzlinien zwischen den beiden Theilen des Großherzogthums Posen, welche resp. zum deutschen Bunde treten, oder der Reorganisation im" (polnische) „nationalen Sinne theilhaftig werden sollen, vorläufig festgestellt" und zu Reklamationen, welche im Interesse der einen oder der andern Nationalität für eine Modifikation jener Linie in einzelnen Theilen noch vorzubringen sein möchten, so wie zur Mittheilung solcher Anträge, welche von deutschen oder polnischen Besitzern auf Uebersiedelung in den andern Gebietstheil durch Tausch oder Verkauf zu richten sein möchten, aufgefordert. Bis jetzt sind, wie verlautet, weder derartige Anträge, noch Reklamationen von polnischer Seite bei dem General eingegangen. — In einer Bekanntmachung vom 14. d. M. erklärt er, nunmehr solle in dem zu reorganisirenden, d. h. in dem innerhalb jene vorläufigen Demarkation fallenden Theile sofort zur Errichtung einer neuen Regierung geschritten werden, zum Präsidenten sei der Mitregierungsrath Dr. von Kraszewski ernannt, und dieser Amt unverzüglich zu übernehmen von ihm ersucht worden; auch die ungesäumte Wahl der Landräthe, und die anderweite Organisation der Polizeiverwaltung solle sofort angeordnet, beziehungsweise eingeleitet werden. Schon vor Ablauf des vorigen Monats war der wesentliche Inhalt dieser Bekanntmachungen den polnischen Abgeordneten in Berlin, mit denen das Gouvernement verhandelte, bekannt; sie hatten in die Abtrennung der zur Aufnahme in den deutschen Bund bestimmten Gebietstheile, wenn auch mit Widerstreben, sich ergeben, Dr. v. Kraszewski hatte die Präsidentur der in Posen nach seinen Vorschlägen zu bildenden und zusammenzusetzenden polnischen Regierung annehmen zu wollen erklärt, die Besetzung für ihn wurde dem am 4. Mai hierher abreisenden General v. Pfuel mitgegeben. Bald darauf aber hieß es hier, Kraszewski habe erklärt, er müßte der bewaffnete Aufstand sein Ende erreicht haben, bevor er den ihm zugedachten und vor den Ereignissen von Kiosk, Miloslaw von ihm angenommenen Aufträgen sich unterziehen könne. Seit 8 Tagen hat das Insurgentenkorps in schmählichster Weise sich aufgelöst, die bedeutendsten Anführer, wie Mierosławski, Odrowski, Bialoskorski, Brzezanski, sind gefangen oder haben sich dem General v. Pfuel zur Verfügung gestellt oder sind endkommen, nur spärlich tauchen noch hier und da einzelne Räuberbanden auf, aber wegen ihrer geringen Zahl und Theilnahmlosigkeit der Bevölkerung ungefährlich und unhaltbar. Wird nun Kraszewski die Präsidentur nicht annehmen, werden die Polen dieser und allen übrigen Anordnungen, die der General von Pfuel zur Einleitung der Reorganisation schon getroffen hat oder noch beabsichtigt, nicht bereitwillig entgegen kommen? Kraszewski, so verlautet Wohlunterrichtete, wird ablehnen, kein Pole wird gegen die Demarkationslinie reklamiren, alle haben sich das Wort gegeben, kein Staatsamt in dem polnischen Landestheile anzunehmen, und so wollen sie durch negativen Widerstand gegen alle auf die Ausführung der Reorganisation abzielenden Anordnungen des Gouvernements die Reorganisation selber unmöglich machen; als Grund dafür geben sie an: wir haben die nationale Reorganisation für das ganze Großherzogthum verlangt, mit der Hälfte, wenn auch der größeren, sind wir nicht zufrieden, darum möge Alles beim Alten bleiben. Ganz eben so machen es unartige Kinder, können sie das Ganze, das ihr Gelüst erregt hat, nicht bekommen, so stoßen sie auch den ihnerthin anfänglichen und annehmbaren Theil von sich zurück. Die feine Gemunderer der polnischen Staatsweisheit, aber ein so kindisches Benehmen können wir den Polen nicht unterstellen, sie haben unfehlbar mehr als einen Grund, die Reorganisation jetzt nicht sowohl abzulehnen, als vielmehr durch ihren negativen Widerstand unmöglich zu machen. Ihre ganze Erhebung steht im innigsten Zusammenhange mit der Verschwörung von 1846; mit ihrem Antrage auf nationale Reorganisation ist es ihnen nie Ernst gewesen, denn erst nachdem diese ihnen durch die Kabinetsordre vom 24. März zugelegt worden, begannen sie ihre Volksbewaffnung. Gegen wen? Nach allgemeiner Ansicht gegen die Russen. Vielleicht hatten sie bis in die letzten Tage des März nach der Zuversicht, welche die Berliner Barrikadenmacht ihnen gegeben, wenigstens noch einen Schimmer der Hoffnung auf Polens, auf Deutschlands endliche Hilfe in einem Kampfe. Da wurden sie in offenster, ganz unzweideutiger Weise enttäuscht. Polen wollten sie nicht umsonst gewaffnet und erregt haben; vielen auch die Vernünftigen, z. B. Graf M. Mielzynski, G. v. Potworowski, zum Frieden, die jungen, fast durchgehends gegen alles Deutsche fanatisch gestimmten Priester, die Hunderte von verschuldeten, einer ganz besitzlosen Edelleuten mit ihrem zahlreichen Dienstpersonal waren gegen jede vernünftige Ansicht über die polnische Frage taub, die ersten Emigranten, die ihr Glück auf der Spitze ihres Degens tangen, wollten nicht thaten- und erfolglos nach Frankreich zurückkehren, und so setzten die unbärtigen Priester und Laien, die verweiselten Flüchtlinge, überhaupt die, die aller politischen Einsicht baar oder unter der Fahne des Patriotismus nun sie eine neue Lebensstellung das Kunststück wagen mußten, durch wilden Schrein, durch brutales Drohen, durch leichtsinniges Aufwühlen der Massen den Frieden abzuschneiden, die Bewaffnung mit allen Kräften im weitesten Umfange fortzusetzen. Vorübergehend soll Willisen ihre Kriegslust gedämpft, von der Unzulänglichkeit ihrer Mittel sie überzeugt haben. Aber an den vier Kabrets, welche Willisen ihnen bis auf weitere Verfügung in Kiosk, Miloslaw, Neustadt und Pleschen gewährte, hat der blutige Krieg sich entzündet, den er und die wenigen Vernünftigen hatte vermeiden wollen. Auf diesen Kabrets beruhte die Hoffnung aller vermeintlichen Patrioten; sie sollten der Kern des Nationalheers werden, zu ihnen sollten auf den ersten Ruf die Tausende, die man bisher einexercirt, in Folge der Ellisiumischen Konvention aber nur mit Urlaubsscheinen in die Heimath entlassen hatte, sich sammeln. Diese Absicht lag zu Tage, eben deßhalb konnte und wollte man in Berlin nicht dem bei betreffenden Passus der Konvention genehmigen; aber dewor man dort einen Entschluß faßte, fanden die preußischen Befehlshaber in der konventions-

Digitized by Google

widrigen Verstärkung der Kadres und in einer Reihe von Uebergriffen, welche deren Führer sich gegen die gesetzliche Ordnung erlauben, den dringendsten Anlaß, mit Gewalt gegen sie einzuschreiten. — Mit den Kadres ist die Hoffnung der Polen auf einen Krieg gegen Rußland vernichtet; die Reorganisation, die als letztes Ziel den russischen Krieg bezweckte, hat nun keinen Werth mehr für sie, und diejenigen Patrioten, die noch vor 14 Tagen mit wüthender Erbitterung gegen uns fochten, wollen jetzt — unbegreiflich dieses — die Anklage des ganzen Großherzogthums in den deutschen Bund betreiben. Der Bund wird dasselbe solches Ansinnen mit Entschiedenheit zurückweisen, und die Bevölkerung der bereits in den Bund aufgenommenen Gebietstheile wird, wenn die Polen auf die Reorganisation verzichten, das verlangen, wozu sie berechtigt ist: Auflösung der Provinz, als solcher, Auflösung aller Provinzialbehörden und Provinzialinstitute, völlige administrative Trennung von dem polnischen Theile. Wollen die Polen keine polnische Regierung, so mag man für sie eine deutsche in Gnesen errichten; verzichten sie auf nationale Einrichtung ihres Truppenkontingents, so besetze man ihre bedrückenden Städte mit preußischen Truppen. Blos die Wahlen der Landräthe wollen sie auch jetzt noch, einer Bescheidenheit, die sich daraus erklärt, daß die ganze Verwaltung der Kreise in der Hand des Landraths liegt, und die Regierungen ohne die Landräthe ganz ohnmächtig sind.

# Aus Rheinbaiern, 24. Mai. Von dem königl. baier. Kriegsminister ist am 13. April 1848 ein Befehl an die Armee über die militärischen Ehrenbezeigungen ausgegangen, welche den k. Majestäten, Prinzen und Prinzessinen, sodann „dem Hochwürdigsten" geleistet werden müssen. Wir entnehmen daraus, daß die Truppen zu Fuß nunmehr statt „das Knie zu beugen, den Kopf zu neigen" haben, wenn sich das Hochwürdigste auf 6 Schritte genähert hat, bis dasselbe auf 6 Schritte vorüber ist, und daß die in Aufstellung befindliche Reiterei sich wie bisher verhält, jedoch statt „zum Gebet" — „zur Verehrung" kommandirt wird!! Läge dieser Ministererlaß nicht in amtlichem Abdruck vor uns, wir wären versucht gewesen, die Sache für — eine Erfindung zu halten. Darin also besteht der Fortschritt, die befreiendere Lösung der „Kniebeugungsfrage", daß der Soldat, der protestantische Soldat, zur Verbeugung fortan den Kopf neigen muß? Wir gestehen, nur im peinlichsten Gefühl können wir diesen Ministerbefehl zur Kenntniß des deutschen Vaterlandes bringen, tief beklagend, daß der baierischen Armee, die vielleicht bald dem Feind einen „starken Nacken" bieten muß, ein solcher Befehl ertheilt werden konnte. Auf diesem Wege fortschreitend, wird das baierische Ministerium das Vertrauen, das sich an den Namen der Minister knüpfte, in nächster Bälde von Grund aus zerstört haben. Jedenfalls muß das Volk bei den neuen Wahlen für die baier. Volkskammer das Augenmerk auf Männer richten, die gegen ein Regiment, das man für gefallen hielt, den Vernichtungskampf zu kämpfen gerüstet und entschlossen sind.

# Baden. § Karlsruhe, 25. Mai. Gestern wurde eine zweite Versammlung von Geistlichen und Kirchenältesten dahier gehalten, zur Berathung der Reformfrage für die evang. protest. Kirche. Dieselbe war sehr zahlreich von Männern der verschiedensten Richtungen, und auch von einer großen Anzahl auswärtiger Geistlichen, namentlich aus der baierischen Rheinpfalz und dem benachbarten Darmstadt besucht. Die wichtigsten Resultate der Berathung waren, daß die große Mehrheit der Versammelten die Ueberzeugung aussprach: 1) Die evangel. Kirche Badens müsse, durch die Neugestaltung der Staatsverhältnisse dazu genöthigt, vorerst ihre Unabhängigkeit von der Leitung des bisherigen obersten Episkopats und der Staatskirchenbehörde in Anspruch nehmen, als auch ihre Verfassung dahin entwickeln, daß durch sie die Autonomie und Selbstverwaltung der Kirche gesichert werde und bleibe; 2) sie werde jedoch mit dem Staate in freier Weise sich vereinbaren, seine Interessen fördern helfen, und wie sie ihm die bisherige Einsicht in alle ihre Verhandlungen gestatte, sie müsse er ihr den bisher genossenen Rechtsschutz auch ferner erhalten; 3) dabei bleibe jedoch der Kirche die Entwicklung und Gestaltung ihrer eigenen Verhältnisse in den Kreisen und nach der Zuständigkeit der einzelnen Gemeinde, der Diöcese, Landes- und Nationalkirche durch freie Entwickelung der Synodoverfassung vollkommen überlassen und sei 4) das Princip, auf dem von Anfang an unser evangel. Protestantismus beruhte, daß der Glaubensgehalt der Kirche über den Bereich der Abstimmung durch Majoritäten erhaben sei, anzuerkennen. Die Verhandlungen verliefen in erfreulicher Würde und Ruhe, wenn auch in derselben vielfach unnöthiger Weise, wie dies in kirchlichen Versammlungen gar leicht zu geschehen pflegt, von dem nächsten Ziel der Berathung weit abgeschweift wurde. Schließlich beschloß man noch an St. Kön. Hoheit den Großherzog die Bitte durch eine Deputation bringen zu lassen: im Laufe dieses Jahres die gesetzliche Berufung einer Generalsynode anordnen und sofort eine vorbereitende Kommission zur Revision des Abschnittes der Unionsurkunde, welcher von der Kirchenverfassung handelt, aus geistlichen und weltlichen Gliedern der Landeskirche berufen lassen zu wollen. Zur Ausarbeitung dieser Bitte auf Grund der Verhandlungen der beiden hier gehaltenen Versammlungen wurden außer dem Vorsitzenden Dr. Dittenberger, die Glieder der Fakultät Dr. Ullmann und Dr. Hundeshagen, die Geistlichen Dekan Hörner und Bücle, die Kirchengemeinderäthe Geh. Rath Nau, Oberhofgerichtsrath Haas und Advokat Nadler ernannt.

# Hessen. ** Darmstadt, 25. Mai. Gestern ist an die Stelle Gagern's in Nidda Heldmann zur Nationalversammlung gewählt worden.

# Mainz, 25. Mai. Seit gestern Mittag 3 Uhr ist der Belagerungszustand wieder aufgehoben, die Bevölkerung strömt zu den geöffneten Thoren hinaus und athmet frische Luft und freiche Hoffnung. In der Stadt patrouilliren wieder Oesterreicher, Preußen und Bürger (letztere jedoch nur mit weißen Binden und ohne Waffen) zusammen und halten die Ordnung aufrecht, die arretirten Bürger sind zum Theil wieder auf freien Fuß gesetzt, und die Untersuchung wird mit Ernst und ohne Leidenschaft betrieben. Es ist offenbar, daß wir hier rasche Aenderung der Dinge zum Besseren der Intervention der Bundesmilitärkommission verdanken, welche namentlich in Bezug auf den Belagerungszustand, dessen längere Dauer unredliches Unglück über die Stadt gebracht hätte, rasch und entschieden ein Veto einlegte. Diesen Morgen wurden die im Kampfe gefallenen Todten vom preußischen Militär begraben, und auch bei dieser düstern Handlung kam keine Störung vor, obwohl man solche befürchtete. Ob nun aber die preußischen Truppen entfernt, resp. durch andere preußische Regimenter ersetzt werden, auf diese Frage kommt jetzt Alles an. Es ist natürlich, daß die preußischen Truppen für längere Zeit hier sich in übler Lage befinden. Wer auch das Unglück vom 21. und 22. Mai verschuldet haben mag, es kann zu keinem traulichen Verhältnisse zwischen den Bürgern und diesen Truppen mehr kommen, Kauferein würden sich wiederholen und Bürger und Soldaten sich gegenseitig das Leben verbittern. Darum ist ein Truppenwechsel von Seite der preußischen Garnison in beiderseitigem Interesse nöthig.

§ Frankfurt, 23. Mai. Man erinnert sich, daß dänischer Seits, namentlich in dem Bedenken der kgl. Kommission von 1846, das größte Gewicht auf die Garantien von England und Frankreich gelegt wurde. Ueber den Sinn der englischen Garantie geben uns nun Aktenstücke Aufschluß, welche im Archiv zu Oldenburg aufgefunden sind. Jene englische Garantie ist aber von besonderer Wichtigkeit, weil England dazumal auch auf den Entschluß Frankreichs wirkte, und weil England heute als Vermittler auftritt. Eine neue kleine Schrift des Oldenb. Archivars Lederkus („authentische Interpretation der Garantieakten Englands und Frankreichs zc. Oldenburg bei F. Schmidt") enthält darüber Folgendes: Wegen einer Nebenverhandlung über die Interessen des Bischofs Christian August von Lübeck theilte der englische Minister in Kopenhagen von Bothmer jenem, dem Urgroßvater des Großherzogs von Oldenburg, Abschriften der gepflogenen Verhandlungen mit. In einem Bericht an Georg I. vom 26. Okt. 1720 sagt Bothmer: „Ich sagte darauf, daß Ew. k. Maj. ertheilte Garantie über das Schleswigsche Recht als dasjenige anginge, was dem Herzog von Holstein-Gottorff zugehörig zc." Georg aber restringirte diese (7. Dec.): „es wäre bekannten Rechtens, daß .... der Regiment ein mehreres Recht in dem ausrichtenden Stücke nicht bekäme, noch da Jure bekommen könnte, als dessen voriger Possesser darin gehabt. Weiter erstreckte sich auch unsre vorerwähnte Garantie nicht zc." Endlich ertheilte Georg I. am 27. Jan. 1721 seinem Minister den Befehl, nachmals zu deklariren, „daß Wir unsere Ermeldte Garantie gegen des Holsteinischen Herzogs ertheilte Garantirverschreibung nicht anders verständen, als auf die Jura, welche die regierenden Herzoge zu Holstein-Gottorff am Schleswigischen gehabt, solvo omni Jure cujuscunque tertii." Die Folgerungen wolle der Leser, der sie sich nicht selbst machen kann, dem obenerwähnten Schriftchen entnehmen, von dem wir bedauern, daß es nicht schon vor 3 Wochen in den Zimes abgedruckt worden ist. Durch den gewöhnlichen buchhändlerischen Vertrieb kommen dergleichen Erscheinungen zu spät und langsam auf den Markt.

# Frankfurt, 25. Mai. Der Reichstag hat gestern einige Schritte gethan, um den Gang seiner Geschäfte zu regeln. Der Berichterstatte kündigte an, daß die Ausschußberichte über die Geschäftsordnung und über Raveaux's Antrag zum Druck besörbert seien; der Ausschuß über die Wahlprüfungen dagegen habe noch keine Eröffnung gemacht, er hoffe jedoch, daß der Erledigung seiner Arbeit kein Hinderniß mehr im Wege stehe. Nach einer ernsthaften Verhandlung beschloß die Ver-

Digitized by Google

sammlung, zwei Ausschüsse von je dreißig Mitgliedern durch die Abtheilungen ernennen zu lassen, von denen der Erste das Verfassungswerk, der Zweite die Anträge und Eingaben über Handel, Schifffahrt, Zoll, Industrie, Gewerbe und Arbeiterverhältnisse zu berathen hat. Ein Dritter ebenfalls sogleich zu wählender Ausschuß von 15 Mitgliedern wird über die Reihenfolge der Berhandlung der verschiedenen Gegenstände entscheiden; in besonderen Fällen wird der Vorsitzende die Versammlung befragen. Die Wahlen, von denen nur sehr Wenige einer Beanstandung unterliegen, könnten heute schon zum größten Theile genehmigt und alsdann die Versammlung gültig konstituirt werden. Bis dahin wurde die Wahl eines Ausschusses zur Begutachtung der Eingaben und Anträge verschoben. Die nach Mainz gesendeten Mitglieder kamen gestern im Laufe des Nachmittags zurück und werden heute ihre Berichte vortragen. Gestern war es noch ungewiß, ob dies geschehen könne, weil man noch nicht wußte, wann die Abgesandten wiederkehren würden. H. Vogt von Gießen, welcher austritt, es wäre eine Schande, wenn die Sache nicht vorkäme, wurde von dem Vorsitzenden nachdrücklich zur Ordnung gewiesen, und es könnte ihm dies noch öfter begegnen, wenn er nicht Lehrstuhl genannt nimmt. In Folge einmüthigen Begehrens der großen Mehrzahl der Bürger hat die hiesige Behörde angefangen, strenge Vorkehrungen zu treffen, um Ruhestörungen zu verhüten. Drei Personen, darunter C. Peiz, welche die Arbeiter gegen die Nationalversammlung aufreizten, wurden gestern aus der Stadt gewiesen. Schlöffel wollte in der Reichsversammlung gegen die Ausweisung seiner Freunde losgehen, wurde aber mit seinem Antrage auf Ruhe und der Ordnung gewiesen, wonach jeder Antrag schriftlich einzureichen und durch den Druck bekannt zu machen ist, bevor er zur Begründung gelangen kann.

|| Frankfurt, 25. Mai. Ed. Peiz und zwei andere Personen wurden wegen aufreizender Reden in Arbeiterversammlungen gestern aus der Stadt gewiesen. Im Geleite von einigen hundert Arbeitern verfügten sie sich nach Bockenheim, hetzten zum Abfalle die empfänglichen Gemüther der jungen Leute, und diese faßten bei ihrer Rückkehr in einem Bierhause den Vorsatz, mittelst einer Sturmpetition nach Wiener Unart die Zurücksendung der Ausweisung von der Reichsversammlung zu erzwingen. Es wird wohl bei dem Vorsatze bleiben, denn bei näherer Erwägung der Verhältnisse müssen die Unternehmer erkennen, daß jeder Versuch der Ausführung die schlimmsten Folgen für sie haben würde. Der Ausschuß über die Mainzer Ereignisse hat Erkundigungen eingezogen, welche über Vorgänge Auskunft geben, von denen der Vortrag des H. Zitz gestwiegen hatte. Die Schmähartikel gegen die Preußen in den Mainzer Blättern, verstärkt durch Redner in lärmenden Versammlungen, durch Beschimpfungen, Mißhandlungen und Verwundungen preußischer Soldaten erklären die Erbitterung der Letztern. Es zeigen sich Spuren, daß in Mainz eine Partei besteht, welche die Festung in ihre Hände bekommen wollte, um sie für die Franzosen zu behaupten, oder aber die Vorräthe zu vernichten gedachten, um die Vertheidigung unmöglich zu machen. Dem Vernehmen nach soll das 40. preuß. Regiment, bei welchem die Erbitterung gegen die Mainzer Anarchisten am stärksten ist, an einen andern Ort verlegt werden und die kess. Reg. von ihrer Befugniß Gebrauch machen, ein Bataillon in die Stadt zu verlegen, damit die Bundesbesatzung nicht mehr zur Ehaltung der Ordnung verwendet werden muß.

|| Frankfurt, 25. Mai. Die Pauletiecke war heute von einer großen Menschenmasse umlagert, welche einige dahin leitende engere Straßen fast gänzlich sperrte. Die Gallerie war überfüllt. Doch hielten sich sowohl die Zuhörer als die außen Stehenden ruhig, obgleich die Mainzer Angelegenheit auf morgen verschoben und der Schlöffel'sche Antrag gegen die Fortweisung zweier Personen, die das Volk durch Redensarten aufgereizt hatten, nicht zur Begründung zugelassen wurde. — Viele Arbeiter sind wieder nach Bockenheim gezogen; allein das Gerücht, als beabsichtigten sie, heute Nacht mit Zujügen aus Mainz und Hanau in die Stadt zu dringen und Lärm zu machen, verdient keinen Glauben, da der schlimme Ausgang eines solchen Versuches zu sehr auf der Hand liegt, um nicht jeden halbwegs vernünftigen Menschen davon abzuhalten.

☽ Frankfurt, 25. Mai Morgens. Ich schrieb Ihnen neulich, auch die noch in Wien brausende Woge werde sich durch Ueberführung brechen. Dies ist seitdem schon wahr geworden. Und ebenso scheint meine Vorhersagung, man beabsichtige gegen die deutsche Nationalversammlung einen ähnlichen Zwang auszuüben, wie jüngst auf die französische, wahr zu werden, wenn auch in einer Weise, die den Vorgängen in Paris natürlich sehr unähnlich sein wird. Traurig genug, daß wenigstens vielerlei Anzeichen deutet, daß man auch in dem Schicksalsjahre den Franzosen nacheifert. Die Sache verhält sich, nach meinen Erkundigungen, wie folgt: Letzten Sonntag soll in einer hier abgehaltenen Arbeiter- oder Volksversammlung die Menge aufgefordert worden sein, an die Nationalversammlung verschiedene Forderungen zu stellen, dann eine kurze Zeit zuzuwarten, ob sie erfüllt würden und im verneinenden Falle die Versammlung durch Gewalt zur Genehmigung zu zwingen. Dieser Vorgang erregte den heftigsten Unwillen bei der Bürgerschaft Frankfurts, welche nicht allein aller Ruhestörungen herzlich müde ist, sondern es auch als eine Ehrensache für die Stadt betrachtet, daß die Reichsversammlung in der Freiheit ihrer Berathung nicht gestört werde. Eine Deputation der Bürgerwehr verlangte von dem Bürgermeister die energischen Maßregeln, namentlich die Entfernung dreier Personen, die sich der Aufreizung besonders schuldig gemacht und nicht Bürger der Stadt sind. Eine Eingabe außerordentlich vieler anderen Frankfurter Bürger beim Senate schloß sich diesem Verlangen an. Diesem willfahrete der Bürgermeister und wies gestern die drei Personen aus. Noch ehe sie Frankfurt verlassen hatten, verlangte Hr. Schlöffel, Mitglied der Nationalversammlung, von dieser, daß sie sich der Ausgewiesenen annehme; die Versammlung aber, durchaus abgeneigt, sich in die Verwaltungsgeschäfte der Stadt Frankfurt zu mischen, verweigerte dies. Die drei sind darauf nach dem nahe gelegenen Bockenheim gegangen; eine Anzahl Arbeiter sind ihnen nachgefendet worden und sollen dort gestern beschlossen haben, heute eine sogenannte Sturmpetition zu Gunsten der Ausgewiesenen der Reichsversammlung in Masse zu überbringen. Zwischen einem solchen Verfahren und der Ausführung wird wohl die Mehrzahl zur Besinnung kommen, die Behörden sind gewarnt, und das Ganze kann nur zu Ungunsten der Urheber ausschlagen. — Ebenso sind auch die Erhebungen, welche die gestern Abend von Mainz zurückgekehrte Kommission über die dortigen Vorfälle gemacht, ganz zu Ungunsten der Beschwerdeführer ausgefallen, und die Nationalversammlung wird heute einen Bericht darüber anhören, der mit dem des Hrn. Zitz wenig Aehnlichkeit hat. Wenn dies nun aber auch zur Ermittelung der Wahrheit ganz gut ist, so schiene es uns doch ganz zweckmäßig, diese Ermittlung jeder andern gesetzlichen Behörde zu überlassen. Wenn sich die verfassunggebende Reichsversammlung jeden Tag mit der Verwaltung irgend eines der 38 Staaten befassen soll, so wird sie nie zur Lösung ihrer großen Aufgabe gelangen. Hier gilt es, über dem minder Wichtigen nicht das Wichtigste aus dem Auge zu verlieren. Zu diesem Wichtigsten hat gestern die Versammlung den ersten Schritt gethan, sie hat die Entwerfung der neuen deutschen Verfassung einem Ausschuß von 30 Mitgliedern gewählt. Diese werden nun rasch ans Werk gehen. — Die von dem ungarischen Ministerium an die Reichsversammlung abgesandte Botschaft ist hier angelangt, sie wird heute Morgen dem Vorsitzenden Hrn. Heinr. Gagern ihre vollmachten überreichen. Wie ich vernehme, will die ungarische Regierung dadurch ihre Absicht bekunden, mit Deutschland im engsten Bündniß zu bleiben. Dies ist erfreulich, wenn auch dieser Entschluß erst die Folge der Einsicht wäre, daß die Magyaren für sich nicht stark genug sind, den Südslaven, den Serben und der innern Anarchie die Spitze zu bieten. — Zur Reichsversammlung sind jetzt über 500 Mitglieder angelangt.

|| Frankfurt, 25. Mai Abends. Das Unternehmen, von welchem ich Ihnen heute Morgen schrieb, ist, wie folgt, verlaufen. Nachdem die Sitzung der Nationalversammlung um 11 Uhr eröffnet war, bewegte sich ein langer Zug Arbeiter, und wohl auch andere Personen zu vier und vier gegen die Paulskirche: ein Anführer trug die Petition voran. Eine dichte Masse Menschen folgte, und der Sitzungssaal war gegen 12 Uhr von Tausenden umringt. Nach der Geschäftsordnung dürfen Abordnungen nicht in den Saal treten. Zwei Mitglieder der Nationalversammlung (ihre Namen wurden nicht genannt) begehrten das Wort, wie schon gestern Schlöffel, um die Dringlichkeit eines Antrags zu beweisen, der dahin ging, das Verfahren des Frankfurter Senates zu mißbilligen. Die Versammlung aber entschied mit überwiegender Mehrheit, wie gestern, und gestattete bloß das Wort nicht. Der Antrag wird also, wie andere Anträge, erst später geschäftsordnungsmäßig zur Berathung kommen. Darauf wurde von anderer Seite das Wort begehrt, um die Dringlichkeit eines Antrags zu beweisen, der dahin ging, die freie Berathung der Versammlung gegen Beeinträchtigungen von Außen zu schützen. Aber auch bei dieser Abstimmung zeigte die Versammlung, daß dasjenige, was um die Mauern ihres Saales vorging, ihre wirdevolle Haltung nicht im Mindesten zu stören vermöge, sie erklärte einen Schutz für nicht dringend. Am Schluß der Sitzung hatte sich die Masse auf dem Platze verlaufen. Unter den Ausgewiesenen soll sich auch Peiz aus Solothurn befinden, der einige Zeit in Mannheim an einer s. g. Volkszeitung geschrieben.

— Einen mächtigen Eindruck machte in der heutigen Sitzung die öffent-

Digitized by Google

liche Verkündigung des Vorsitzenden v. Gagern, daß die Botschaft der ungarischen Regierung an die deutsche Nationalversammlung angelangt sei; die vom Erzherzog Palatin ausgestellte Beglaubigungsvollmacht wurde verlesen, und Jeder fühlte, noch mehr als vorher, daß ein Parlament, bei welchem ein Nachbarvolk sich durch Abgesandte vertreten läßt, eine größere Aufgabe habe, als sich durch kleinliche Parteihändel aufreiben zu lassen. Der Vortrag des v. Gagern wurde mit großen Beifallsbezeigungen aufgenommen. Den beiden Ungarn werden Ehrensitze unter den Zuhörern vorbehalten werden.

** Frankfurt, 25. Mai. Weder die Mainzer Angelegenheit noch der Navrauxsche Antrag kamen in der heutigen Sitzung des Reichstags zur Verhandlung. Die Erstere nicht, weil der Ausschuß den reichhaltigen Stoff in der kurzen Zeit unmöglich hatte bewältigen und ordnen können; der Zweite nicht, weil der Bericht kaum gedruckt und vielen Mitgliedern noch nicht zugekommen war; auch wird sich der Ausschuß nochmals versammeln, um die Thronrede des Königs von Preußen, so weit sie auf die Gleichzeitigkeit der Versammlungen in Berlin und Frankfurt Bezug nimmt, und das Ministerialschreiben, welches die Befugniß zur Annahme der Wahlen für beide Orte außer Zweifel stellt, in Erwägung zu ziehen. Die Berathung beider Anträge wurde auf die Tagesordnung für morgen gesetzt. Auf Stettmanns Vortrag über das Verhältniß Limburgs zu Deutschland wurde der Ausschuß für die Wahlen das Gesuch des Abg. für Limburg prüfen und derselbe seinen Sitz in der Versammlung einnehmen. Die Anträge, alsbald einen Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten, oder einen besondern Ausschuß für Begutachtung des Verhältnisses von Limburg zu bestellen, wurden abgelehnt. Die Besuche, verschiedene Gegenstände zur ungesäumten Debatte zu bringen, wurden beseitigt, indem die Versammlung das Wort zur Begründung der Dringlichkeit nicht gestattete. So wurden auf den Weg der Ordnung verwiesen: die Anträge von Schlöffel, die Anweisung zweier Aufwiegler aus Frankfurt zu mißbilligen, und die Anerkennung des allgemeinen Freiheitsrechts- und Aufenthaltsrechts jedes Deutschen an jedem Orte auszusprechen. Venedeys Antrag, für Schutz der Reichsversammlung zu sorgen. Naumanns Vorschlag, einen Ausschuß zur Erledigung der österreichisch-italienischen Frage zu ernennen. Der Antrag von Simon aus Trier, auf Bestellung eines Vollziehungsausschusses: da ein Ausschuß dergleichen bestimmen, welche die ungarischen Abgeordneten wohl zurück erhalten werden. Die endgiltige Konstituirung der Versammlung, welche jetzt geschehen kann, da 460 Wahlen als unbeanstandet von dem Ausschusse erkannt sind, wird nach der Annahme der Geschäftsordnung stattfinden.

## Schweiz.

☽ Bern, 23. Mai. Die französische Regierung gibt dem eidgenössischen Vorort wiederholte Versicherungen ihrer Friedensgesinnung und ihrer freundschaftlichen Gesinnungen gegen die Schweiz. Lamartine sagt in einem Schreiben vom 8. Mai: „Die Einführung einer demokratischen Regierung in Frankreich hat für die Verhältnisse des schweizerischen und französischen Volks einen neuen, wohlthätigen Zeitpunkt erschienen lassen. Von nun an innig verbunden durch die Gleichheit der Principien und Gesinnungen, sind sie auch ganz besonders dazu bestimmt, in einer intellektuellen und friedlichen Allianz den Grundsatz dieser Brüderlichkeit der Nationen zu verwirklichen, welchen die französische Republik am ersten Tage nach ihrer Entstehung zu verkünden sich beeilte, gleichzeitig mit ihrer Achtung für die Nationalitäten, für die Regierungen, für alle Rechte." Ebenso sagt General Cavaignac, der Gesandte der französischen Republik, in einem Schreiben vom 16. d., in welchem er dem eidgenössischen Vorort die Proklamirung der Republik durch die Repräsentanten Frankreichs und die Ernennung der 5 Mitglieder der Regierungskommission anzeigt: „Ich bin beauftragt beizufügen, daß die Regierungskommission, treu den Principien des Friedens und der brüderlichen Freundschaft unter allen Völkern, welche die auswärtige Politik der Republik so tröstlich bestehen, in die freundschaftlichen Verhältnisse mit den Regierungen treten werde, welche, wie sie, Achtung vor der Unabhängigkeit und Würde der Nationen hegen. Frankreich ist aufrichtig gesonnen, den allgemeinen Frieden aufrecht zu erhalten; es ist eine heilige Pflicht der Humanität. Es rechnet auf übereinstimmende Gesinnung und Genugthuung von Seite der schweizerischen Eidgenossenschaft." — Die Tagsatzung hat die mattreellen Fragen, bei denen sie jetzt in ihrer Berathung angekommen ist, an eine Kommission zur Berichterstattung gewiesen. Eine Einigung wird hier am schwierigsten werden. Zum eidgenössischen Geschäftsträger in Paris wurde Hr. Joseph Barmann gewählt, der denselben durch die Schweizer in Paris dringend empfohlen war. — Der Kampf zwischen Obwalden und Schwyz ist aus den Rathssälen in die Presse übergegangen, indem die Berner Zeitung die Spaltung im Regierungsrath in ihrem Ursprung aufdeckt und den Bundesspruch dennoch hart angreift, während der Verfassungsfreund die „neue Auslandspartei" hart mitnimmt.

## Großbritannien.

London, 20. Mai. Unter den parlamentarischen Geschäften der letzten Tage ist eine Verhandlung hervorzuheben, welche am 16. Mai durch Hrn. Horsman im Unterhause veranlaßt wurde. Dieselbe beantragte nämlich eine Adresse an die Königin, worin sie zu bitten sei, eine Untersuchung über den Zustand der Kathedralen und Stiftskirchen anstellen und ermitteln zu lassen, ob dieselben nicht wirksamer für den Dienst der Kirche und die Bildung des Volks verwendet werden könnten. Hrn. Horsman's Antrag richtete sich namentlich gegen den großen Aufwand und den geringen Nutzen der Stifts- und Domkirchen, gegen die ungehörige Besoldung des hohen Klerus, während, was damit zusammenhänge, die niedere Geistlichkeit darben müsse, wie denn in Canterbury jeder Domherr mehr Einkommen habe, als die Geistlichkeit sämmtlicher übrigen Kirchensprengel der Stadt. Herr Hume meinte, er habe bereits seit 20 Jahren vergebens in dem Sinne gesprochen, daß das Kirchengut Eigenthum der Nation sei; hätte man auf seine Vorschläge gehört, so würde Hr. Horsman nicht nöthig gehabt haben, seinen diesmaligen Antrag zu stellen. Oberst Sibthorp, der tapfere Degen, nannte Horsmans Antrag feindl, und Sir R. Inglis, der zu denen gehört, welche an den alten fehlerhaften Satzungen und Einrichtungen festhalten, hielt darum, weil sie alt sind, und zwar mit Verhältnissen Eigenthume so lange, bis sie gewaltsam zusammenbrechen, dieser Sir R. Inglis hat zwar zu sagen, daß die niedere Geistlichkeit zu gering besoldet sei, wollte aber in Abrede stellen, daß die höhere zu viel habe. Schließlich nahm Hr. Horsman seinen Antrag zurück, nachdem Lord J. Russell zugegeben, daß die geistliche Pflege des Volks noch Manches zu wünschen übrig lasse, daß aber für diese Seite ein Gesetz hierüber nicht zu erwarten sei. In derselben Sitzung verfuchte Hr. Urquhart einen seiner gewöhnlichen Feldzüge gegen die Palmerston'sche auswärtige Politik, beschuldigte den Minister, daß er sich zu unterwürfig gegen Rußland gezeigt und aus grundloser Eifersucht gegen Frankreich Polen geopfert habe, und beantragte die Vorlage aller auf den Vertrag von Unkiar Skiressi und die Verhandlungen wegen Schleswig-Holstens bezüglichen diplomatischen Aktenstücke. Lord Palmerston entgegnete: Diese Aktenstücke enthielten Nichts, was die politische Angelegenheit erklärt, und diese scheine doch der eigentliche Gegenstand der Urquhart'schen Interpellation zu sein. Die Vorlage der auf die schleswig-holsteinisch-Ang.-legenheit bezüglichen Papiere müsse er ablehnen, da die Frage eine noch schwebende sei; außerdem rügte der Lord aufs Schärfste die ganz ungehörige Art, womit Hr. Urquhart bei seinem durch Nichts begründeten Angriffen zu Werke zu gehen pflege. Lord Dudley Stuart sprach nun, von den drastischen Zeichen allgemeiner Unruhe und Ungeduld unterbrochen, eine seiner gewöhnlichen Deklamationen über die Theilung und Vernichtung Polens, bemühte sich die Aufführung der Polen im Großherzogthum zu rechtfertigen und sprach sein Verdammungsurtheil über die von der preußischen Regierung gegen Polen verübten Barbareien (!) und Abscheulichkeiten aus, worauf Sir Robert Peel, der erst am Ende Polen bereist hat, aufstand, Polen sei ganz unrettbrlich regiert, der Gedanke und Plan einer polnischen Nationalität dagegen die lächerlichste Chimäre, die je im Haupte eines mit Vernunft begabten Menschen entsprungen sei (!) Schließlich nahm Herr Urquhart seinen Antrag zurück. In den folgenden Unterhaus sitzungen wurden zwei Bills gelesen, welche einzelne kleine Wahlbezirksfragen betreffen. Die eine, von Sir J. Hawmer eingebracht, beantragt in allen Fällen von Bestechung und Korruption eine Untersuchung durch einen vom Sprecher ernannten Lokalkommissär, die andere, vom Oberst Evans vorgeschlagen, beantragt den Armensteuerpflichtigen eine längere Stundung zu bewilligen, da auch durch die betreffenden Paragraphen der R.formbill Alle, welche Rückstände schuldig bleiben — und die Zahl solcher Zahlenden beträgt im Jahre an 150 000 — des Wahlrechts verlustig erklärt sind. Derzleichen kleine Nachsitzungen am reformirten Wahlgesetz liefern jedoch nur Stückwerk; selbst sehr gemäßigte und konser-

Digitized by Google

## Stimmen über die Vorfälle in Mainz.

Wir erhalten folgende Zuschrift von einem Mainzer: Im Interesse der Unparteilichkeit, mit der Sie den heutigen Korrespondenzartikel, datirt Mainz, 23. Mai, einzuführen für gut fanden, ersuche ich Sie um Aufnahme einiger Zeilen, die ein Verständniß der Sachlage möglich machen sollen. Man weiß, daß seit einer langen Reihe von Jahren bei einer gemischten Garnison nicht selten Reibungen, selbst blutige, zwischen preußischen Soldaten und Bürgern, sowie zwischen preußischen und österreichischen Soldaten, niemals aber zwischen Oesterreichern und Bürgern stattfanden, zwischen welchen letzteren vielmehr auch bei den letzten Vorfällen das beste Einvernehmen bestand; man wird daraus nicht schließen, daß Händelsucht im Mainzer Charakter liege. Vor wenigen Monaten erst wurde die Bürgerschaft durch eine blutige Gewaltthat, von preußischen Soldaten auf öffentlicher Straße muthwilliger Weise an einem Mainzer Bürger und Arzte verübt, indizirt; die Schuldigen wurden bestraft. Es ist bekannt, daß die Gewaltthätigkeiten bei den neueren Vorfällen von preußischen Kriegsreservisten ausgingen, welche Bürgern die deutsche Kokarde herabrissen, und daß erst ein Nachlaß in der gegenseitigen Spannung eintrat, als nach der Berliner Revolution die Armee diese Kokarde und die brusche Fahne aufsteckte. Man wird daher ähnlicher Vorfälle auf preußischem Boden gedenken. Die nächste Veranlassung des letzten blutigen Kampfes ist noch nicht klar, aber es ist gewiß, daß die exforderliche Stimmung längst da war und nicht erst durch Provokation geschaffen zu werden brauchte. Jener Korrespondenzartikel schiebt die Hauptschuld einer Partei seiner Mitbürger zu. Es ist bekannt, daß der Partei, die hier gemeint ist, die Mehrzahl der Mainzer Bürgerschaft angehört, und es ist eine Unwahrheit, daß diese Partei Händel und Unfriede suche oder gemacht habe. Ihre entfernteren Leser werden daher, wie ich hoffe, das Verdammungsurtheil, das sie von Neuem über die republikanische Partei auszusprechen geneigt sein könnten, bis zur beendigten Untersuchung aussetzen, deren Resultat für denjenigen, der die Mainzer Verhältnisse kennt, nicht zweifelhaft sein kann.

Dagegen wird und muß der andern Seite ein größerer Antheil zur Rechtfertigung der Berufen mitgetheilt, aus dem wir einiges Thatsächliche im Auszug hervorheben. Der Bericht sucht den Streit zwischen den zurückgetretenen Reserven und einem Theile der Bürgerschaft, in Beziehung auf die deutsche Kokarde als „Differenzen" hinzustellen, die gewiß weniger aus Feindschaft gegen die Bürger, als aus Mißverstand über eine ihnen bis dahin unbekannte Kokarde entsprungen seien. Die Mißstimmung sei dann außerordentlich gesteigert worden in Folge der Berliner Ereignisse vom 18. und 19. März. Durch unaufhörliche Ausfälle der hiesigen Presse, durch Karrikaturen, durch Schimpfreden an allen öffentlichen Orten gegen den König und Alles was Preußisch hieß, seien die Soldaten auf's Tiefste erbittert worden. Endlich, heißt es, ist der Friede von dreimonatigen Theile hier Bürgerschaft, der vorzugsweise den Bericht hatte, ihn und die Ordnung überhaupt aufrecht zu erhalten, von der Bürgerwehr, und zwar einem Theile derselben, gefährdet worden; derselbe zeigte eine starke Hinneigung zu Frankreich, man hörte Aeußerungen, wenn es nicht anders mit der Republik vorangehe, so wolle man die rothen Hosen (der populäre Ausdruck für die Franzosen) zu Hilfe rufen. Bereits am Freitag war in einem Gasthause ein Krawall zwischen Preußen und Bürgerwehren. Sonntag nun war die Bürgerwehr früh auf dem Sand gewesen und hatte exerciert; gegen Abend wurden einer Militärärd, die einzeln oder zu zwei und dreien ganz harmlos spazieren gingen, von einzelnen Schaaren der Bürgerwehr, unter denen sich auch Bürger mit Messern, Dolchen Holzkeulen u. s. w. befanden, angegriffen oder vielmehr überfallen, vier gleich getödtet, oder doch so verwundet, daß sie bald darauf starben, und verhältnißmäßig noch weit mehr schwer verwundet. Ich habe fast alle Verwundeten gesprochen und ihre Wunden gesehen; es macht mir einen tiefen Schmerz, sagen zu müssen, daß der allergrößte Theil von hinten verwundet ist, daß Einzelne ganz unbewaffnet waren, alle Anderen nur das Seitengewehr bei sich hatten.

(Die Untersuchung (vor Gericht wie in der Presse) muß allerdings ausweisen, auf wessen Seite mehr Schuld liegt. Um aber zu einem reinen Ergebnis zu gelangen, muß man beide Parteien verhören; zumal da jede in so traurigen Fällen sich ganz rein zu waschen sucht, und sehr häufig seine ganz rein ist. Unser Mainzer Korrespondent hält seine Mitbürger für ganz vorwurfsfrei, der preußische ebenso die Seinigen; Beide handeln dabei ganz menschlich, Beide führen auch Thatsachen an, die ihrer Ueberzeugung zu Hülfe kommen. Die Sammlung und Prüfung dieser Thatsachen wird zeigen, welchen Antheil an der beklagenswerthen Katastrophe der Soldatenübermuth, der Korpsgeist, der Kamaschenhochmuth einerseits, und der hetzende und aufwühlende Parteigeist andererseits gehabt hat. Wir halten unser Urtheil bis jetzt darüber zurück, so verführerisch es für Manchen sein mag, daraus jetzt schon Betrachtungen nach dieser oder jener Seite zu knüpfen, wie sie ihm gerade genehm sind. Unsern Mainzer, der sich seiner Mitbürger so eifrig annimmt, möchten wir jedoch auf einen Vorwurf hinweisen, der in obigen Zeilen von preußischer Seite ausgesprochen wird — das Liebäugeln mit den Franzosen. Alle andern Anklagen scheinen uns leicht zu wiegen gegen diese; ist diese Buhlerei mit dem Auslande nicht bloß leichtfertiges Geschwätz, sondern gehört das auch zu dem Programme der Partei, „welcher die Mehrzahl der Mainzer Bürgerschaft angehört", dann wüßten wir in der That nicht, wie man die Erbitterung auffallend finden kann, die sich in solchem Falle der Garnison einer Bundesfestung bemächtigt. Im Interesse der Mainzer scheint uns daher die Abwehr dieses Vorwurfs das Dringendste und Wünschenswertheste, denn ein feiles Liebäugeln mit den Fremden ist noch etwas viel Aergeres und Gehässeres, als der Soldatenübermuth und der militärische Terrorismus, dem man mit aller Energie begegnen, aber auch jeden Vorwand und Anlaß abschneiden soll.)

## Schweiz.

** Bern, 21. Mai. Die Niederlage, welche die extreme Partei unlängst Herrn Ochsenbein gegenüber erlitten hat, schreint für die politische Richtung unsers großen Rathes wirklich ein Wendepunkt werden zu wollen. Bis noch vor Kurzem war die sogenannte Bärenpartei, an deren Spitze die Herren Stämpfli, Niggeler, Schätz u. s. w. stehen, allmächtig. Der Große Rath ließ sich in seiner großen Mehrheit, beinahe blindlings, durch sie leiten, und so gelang es denselben, ihre Pläne beinahe ohne Widerspruch durchzusetzen. Die letzten Vorgänge haben nun aber Vielen die Augen geöffnet. Man fängt an allmählich einzusehen, daß jene Herren es weit mehr auf die Erfüllung ihrer Parteiwerke als auf das wahre Wohl des Landes abgesehen haben, man beginnt zu begreifen, welche Verwicklungen und Gefahren der Schweiz durch eine Politik bereitet werden, welche ihren einzigen Rettungsanker — die Neutralität — ohne Weiteres aufzugeben bereit ist und sich nicht scheut, offen auszusprechen, daß das Heil der Schweiz nur in einem festen Anschließen an Frankreich und die Lombardei gesucht werden könne. Daß diese Partei, die man wohl mit allem Grunde „die Partei des Auslandes" nennen kann, keinen Boden im Volke hat, und daß die Bärenpartei im Betreff dieser Lebensfrage isolirt dastehe, hat sich in den letzten Sitzungen des Bernischen Großen Raths sowohl als der Tagsatzung unwidersprechlich gezeigt, indem das Neutralitätsprinzip den glänzendsten Sieg davon getragen hat. Auch die Wahlen, welche unmittelbar darauf durch den Großen Rath vorgenommen wurden, fielen im nämlichen Sinne und Geiste aus. Die Berner Zeitung erkennt dies so wohl an, daß sie in einer ihrer letzten Nummern dem Großen Rath geradezu verwirft, er habe die Bahn der „Reaktion" (?!) betreten. Insofern nun unter Reaktion die Lossagung des Großen Rathes von der Politik der Herren Stämpfli, Niggeler und Komp. zu verstehen ist, hat die Berner Zeitung vollkommen Recht. Der neue Präsident des Großen Rathes, Herr von Tillier, gehört der gemäßigt liberalen Partei an, ebenso der künftige Präsident des Regierungsrathes — als solcher zugleich Bundespräsident — Herr Funk. Selbst die Wahl des Herrn Oberrichters Müller zum Mitglied des Regierungsrathes war nicht im Sinne der Bärenpartei, welche am jeden Preis Herrn Stämpfli zum Bundespräsidenten und Herrn Schätz zum Mitgliede des Regierungsrathes gewählt wissen wollte. Es hat somit die extreme Partei auch in dieser Hinsicht eine vollständige Niederlage erlitten, und wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir hierin eine gute Vorbedeutung für die nächste Zukunft erblicken. Jedenfalls bewirken diese Vorgänge, daß der Große Rath sich von der Vormundschaft der Bärenmänner zu emanzipiren entschlossen ist. Bezeichnend ist besonders die Wahl des Herrn Funk. Derselbe wird hinsichtlich der äußern Politik, namentlich der Neutralitäts- und Bundesfrage, in die Fußstapfen Ochsenbeins treten, und es ist nur zu wünschen, daß er die gleiche Energie entwickle, wie sein Vorgänger.

## Frankreich.

Paris, 23. Mai. Der Moniteur bringt zwei Dekrete der Regierungskommission, wodurch die beiden Klubs Blanqui und Raspail aufgelöst werden und eine kurze Note, die besagt, daß der Präsident der Nationalversammlung in dringenden Fällen das Recht habe, den Generalmarsch schlagen zu lassen, daß er sich aber, was die äußeren Vertheidigungs-Maßregeln der Nationalversammlung betrifft, mit der Regierungskommission ins Einvernehmen zu setzen habe.

Digitized by Google

Sitzung der Nationalversammlung. Die Umgebung der Versammlung hat heute wieder ein kriegerisches Aussehen, zwei Bataillone Nationalgarde kampiren auf den Quais an der Concordebrücke, ein Bataillon Linie und ein Bataillon mobile Nationalgarde stehen unter dem Gewehr, drei Bataillone sind in den inneren Höfen. Seit 10 Uhr Morgens wird in den meisten Legionen der Generalmarsch geschlagen — alle Posten sind verdoppelt — die Zahl der um die Nationalversammlung concentrirten Truppen beträgt 20,000. Man spricht von einer großen Aufregung unter den 120,000 Arbeitern der Nationalwerkstätten, die eine Demonstration beabsichtigen sollen. — Es ist 1 Uhr vorbei und noch sind keine 150 Deputirte anwesend, dagegen eine ziemliche Anzahl von Generalen und Generalstabs-Officieren. — Um 1½ Uhr wird die Sitzung eröffnet. Der Minister des Auswärtigen zeigt an, daß der Gesandte von Nordamerika einen Beschluß des Kongresses der vereinigten Staaten übergeben habe, worin die nordamerikanische Nation ihre Sympathien und ihre Freundschaft für die französische Republik ausspricht; er fordert die Versammlung auf, durch eine ähnliche Adresse zu antworten. Wird angenommen.

Nach einer ermüdenden Zwischenverhandlung, die sich über die Entlassung des Generals Baraguay d'Hilliers in seiner Stellung als Kommandant der bewaffneten Macht um die Nationalversammlung entspinnt, kommt man zur eigentlichen Tagesordnung. Hr. D'Aragon erklärt, daß er auf die Interpellation wegen Italiens verzichte. Hr. Wolowski hält eine lange Rede zu Gunsten Polens, die jedoch wenig Aufmerksamkeit findet. Da er sich in ungemessen lange Erörterungen einläßt, so wird die Kammer unruhig — man sieht, wie die polnische Frage in wenigen Tagen ihre ganze Popularität verloren hat. Hr. Wolowski ist übrigens doch so vernünftig, daß er nicht will, daß Frankreich Deutschland wegen Polens den Krieg erkläre — er verlangt bloß freundliche Ermahnungen und diplomatische Vermittelung. Graf Montalembert, der ebenfalls als Redner eingeschrieben ist, ist nicht anwesend. Hr. Bavin nimmt das Wort; — er sagt: über den Zweck, die Emancipation Polens, sei Alles einig, man habe nur die Mittel zu berathen. Er schlägt eine Erklärung der Nationalversammlung an das deutsche Volk vor, damit die Erekutionskommission sich auf dieselbe stützen und darnach handeln könne. Er verliest die Adresse, die als Hauptpunkt für die neue Feststellung des europäischen Gleichgewichtes die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Polens verlangt. Ihm folgt Sarrans d. J., der in ähnlichem Sinne spricht, wie seine Vorgänger unter geringer Aufmerksamkeit der Versammlung.

Napoleon Bonaparte schlägt vor, die Nationalversammlung solle die Exekutivgewalt einladen, alle nöthigen Maßregeln zu ergreifen, um Oesterreich und Preußen zu vermögen, daß beide dem ganzen Großherzogthume Posen, dem Königreiche Galizien und dem Staate Krakau jene nationale und unabhängige Reorganisation gewähren, die sie ihren polnischen Unterthanen seit 1815 viele Male versprochen haben. — Herr Bavin beharrt auf seiner Adresse der französischen Nationalversammlung an den deutschen Reichstag in Frankfurt, er will die Rekonstitution eines großen, starken Polens, als zur Sicherung Frankreichs wie Deutschlands gleich nothwendig. Er verlangt zugleich die Bildung einer polnischen Legion aus den aus Preußen, Rußland und Oesterreich in kläglichstem Zustande zurückkehrenden politischen Emigrirten. Lamartine nimmt das Wort — allgemeine Aufmerksamkeit, er gesteht die Wichtigkeit der Frage zu und die Sympathien, die sie in Frankreich findet. Die Regierung habe nicht auf die Interpellationen, nicht auf die Petitionen zu Gunsten Polens gewartet, um zu handeln, es könne versichern, daß die Republik nicht einen Tag des Egoismus gehabt habe. Die Bildung einer polnischen Legion, sagte er weiter, sei aus der Initiative der Regierung hervorgegangen und wenn die Legion nicht gebildet worden sei, so sei die Schuld nicht an der Regierung, sondern an der Weigerung der polnischen Emigration gelegen. Lamartine kömmt nun auf die Politik der provisorischen Regierung im Allgemeinen und entwickelt die Ideen seines ersten Manifestes an die Völker Europas. Er liest die betreffenden Stellen vor und besonders jene, die auf die Emancipation unterdrückter Nationalitäten Bezug haben. Er erklärt nun, daß die gegen den Willen der Regierung unternommenen Expeditionen einiger Freitorps gegen Belgien, Sardinien und Deutschland die Stellung der Regierung sehr erschwert, die Aufstellung der Politik des Manifestes für den Augenblick unmöglich gemacht habe. Er fügt hinzu, daß die unbesonnene Invasion der deutschen Legion in Baden der polnischen Frage mehr geschadet habe als man glaubt, und er protestirt noch ein Mal hoch gegen jede Theilnahme der französischen Regierung an diesem unsinnigen Unternehmen. — Trotz Herrn Aragons Vertagung des italienischen Frage geht Lamartine nun auf diese über und protestirt vor Allem hoch und theuer gegen alle jene perfiden Insinuationen, als gedenke Frankreich unbemerkt in Italien zu intervenieren, um dahei irgend eine Territorialvergrößerung für sich zu erzwecken. Noch ein Mal erklärt er, daß nicht ein französischer Soldat die Grenze Italiens überschreiten werde, wenn er nicht von der italienischen Nation selbst gerufen werde, und selbst dann werde es nur auf die uneigennützigste Art geschehen. Nicht Schwäche, nicht Nachgiebigkeit sei es, die die friedertige Politik der Regierung bedingten, sondern das Gefühl der Kraft und der Gerechtigkeit, — die Regierung habe die Alpen-Armee konzentrirt, aber nicht handeln wollen ohne die äußerste Nothwendigkeit und nicht vor der Zusammenkunft der Nationalversammlung. — Er liest nun mehrere Depeschen vor, die das Gesagte bestätigen.

Aus den diesen Depeschen geht hervor, daß man in ganz Italien, mit Ausnahme Venedigs und eines Theiles der Lombardei, die französische Intervention nicht nur nicht verlangt, sondern sie als gleich bedeulend mit der österreichischen Unterdrückung betrachtet habe. Eine Intervention aber müsse nie aufgedrungen werden, — und der einzige Fall, wo sie möglich sei, sei der, wo ein freies Volk ein anderes freies Volk zue Hilfe rufe und dies dem brüderlichen Rufe Folge leiste. Auf Polen zurückkommend, ist es ihm nun leicht zu beweisen, wie thöricht es wäre, Deutschlands Freundschaft und Sympathien wegen eines so ungewissen Erfolges auf das Spiel zu setzen. — Für Polen sei keine ungestüme Lösung der Fragen möglich, hier müsse man Alles von der Zeit erwarten; — jeder Tag rücke die Mächte des Ostens und Westens näher, und wenn einstimmig allgemeine Beruhigung eingetreten sei, so werde auch Polens Schicksal sich günstig gestalten. Er liest nun die Instruktionen vor, die er an die französischen Gesandten in Wien und Berlin gegeben habe, und die im Sinne dieser Politik sind. Frankreich, so lauten sie, wolle den Frieden, selbst eine Allianz mit den deutschen Mächten sei ihm sehr werth, aber es wünsche eine nationale Reorganisation der polnischen Landestheile, wenn ihre Unabhängigkeit in diesem Augenblicke nicht möglich sei. Vor der Berliner Revolution des 18. März hatte der König von Preußen schon auf die Vorstellungen der franzöf. Republik Verpflichtungen wegen der Reorganisation Polens übernommen, die er wenige Tage nach der Revolution zur Ausführung brachte. Die Polen selbst hätten dann die Ereignisse überstürzt, sich übernommen und so ihre Sache kompromittirt. Der Bürgerkrieg, der Krieg zwischen den zwei Nationalitäten habe in Posen begonnen und mit dem Siege der Deutschen geendet, wobei jedoch die Reorganisation nicht hintangesetzt werde.

Die Unruhen in Lyon sind so ziemlich beendigt; der Instruktionsrichter Tabouret, der von den Aufrührern gefangen ward und trotz aller Todesdrohungen sich weigerte, die Freilassung der gefangenen Rädelsführer zu unterzeichnen, ist von der Regierung sogleich zum zweiten Generaladvokaten am Kassationshofe zu Besançon befördert worden.

Die Blätter beschäftigen sich heute mit den Briefen des Prinzen von Joinville, welche die Presse gestern veröffentlicht hat. Dieselben sind allerdings, des Eindrucks wegen, den sie für den Prinzen machen müssen, ein Manöver der Reaktion zu nennen; denn das Ganze sieht aus wie eine Empfehlung des Präkendenten. Die republ. Blätter sind daher sehr aufgeregt, sie verrathen damit ihre Schwäche und fürchtern die Stadenfreunde der Monarchisten, denen die Briefe sehr zu gelegener Zeit kamen. Auf den Inhalt kommen wir morgen zurück.

## Spanien.

Madrid, 18. Mai. Dem Herrn Bulwer, Gesandten Großbritanniens am hiesigen Hofe, wurden gestern 4 Uhr seine Pässe mit dem Bescheide zugestellt, Madrid binnen 48 Stunden zu verlassen. Diesen Morgen hat Bulwer dem Minister des Auswärtigen, Herzog von Sotomayor, eine neue Note zugestellt und dann ist er abgereist. Kurz vor seiner Abreise eilten Kuriere ab, Seitens Bulwers an Lord Palmerston, und abseiten des Madrider Kabinets an seinen Vertreter in London. Es ist der Graf Miraflor, der von Seiten des Madrider Kabinets nach London geschickt ist, um die Dispositen Sotomayors mündlich zu vervollständigen und wo möglich den Ausbruch eines definitiven Bruchs zwischen beiden Nationen zu hindern, der nothwendig nur durch das Schwert in letzter Instanz seine Lösung finden dürfte.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. – Für England bei Hrn. Oliver 4 Arny., 73 Newgate-Street in London. – Für Frankreich, Spanien, Portugal und Overseeische Länder werden man sich an G. L. Lorentzer in Straßburg Nr. 20 Brandg., Palais Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Großh. Bad. Polizei-Direktorium in Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1½ – durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1½. 20 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 148. Heidelberg, Sonntag 28. Mai. 1848.

## Uebersicht.

**Aufpicien der Nationalversammlung II.** — **Wien** (die Flucht des Kaisers und die Reaktion). **Prag** (Eindruck der Wiener Ereignisse; Graf Thun und das Ministerium; Wahlen für Mähren). **Berlin** (Preußens Feststellen an der deutschen Sache. Die Parteien in der Nationalversammlung. Eine loyale Wahl. Rußlands Erklärungen in Bezug auf Dänemark. Die preuß. Politik gegen Rußland). **Halle** (Aufruf der Halleser Studentenschaft zu einem allgemeinen Studentencongreß). **Posen** (Preußische Tapferkeit und Disciplin im letzten polin. Aufstande). **Danzig** (die deutsche Flotte). **Königsberg** (Herstellung der Ruhe). **Köln** (sein Gesellschaft und die Wahlen). **München** (Kammerverhandlung über Lehenablösung). **Leipzig** (die Wahlen. Messe und Handelsaussichten). **Darmstadt** (Hagern über das Promemoria). **Gießen** (Aufruf zur Gründung einer deutschen Akademie der freien Wissenschaften). **Mainz** (Leichenbegängniß der Gefallenen). **Roermonde** (Holland. Gewaltstreiche. Eine Proklamation des Gouverneurs von Maestricht). **Eckernförde** (Beitrag für die deutsche Flotte). **Hamburg** (Truppen nach Schleswig). **Frankfurt** (Bericht des Aufschusses über die Mainzer Vorfälle. Die Arbeiterbewegung.) –

**Schweiz. Bern.** Bundesgesetze über die Niederlassung in andern Kantonen.

**Niederland. Brüssel.** Der Prinz von Preußen. **Maestricht.** Proklamation des Gouvernements.

**Großbritannien. London.** Die spanische und dänische Angelegenheit. Von Ferdinand von Bourbon.

**Italien. Rom.** Die Ernennung der Staatsräthe. Der Papst. Rückkehr Corbolis. **Neapel.** Abermals ein Aufstand ausgebrochen und vom König blutig unterdrückt.

**Beilage.** Antrag aus einem Schreiben des Fürsten von Leiningen. — **Frankfurt.** Die Angelegenheit der deutschen Centralgewalt. **Zürich.** Der Deutschenhaß in Zürich. Das badische Auslieferungsbegehren. Das Freiburger Amtsehrenrecht. Die franz. und schweiz. Presse im Verhältniß zu Deutschland. **Großbritannien.** Die Chartisten in Irland. **Frankreich.** Die Briefe des Prinzen von Joinville. Die Nationalversammlung über auswärtige Politik. **Rom.** Der Papst. Rückkehr Corbolis. **Griechenland. Athen.** Der Bürgerkrieg nimmt eine ernste Wendung. Anerkennung ihn zu unterdrücken. Die Minister.

### Heidelberg, 27. Mai.

Nach unserer gestrigen Auseinandersetzung der Ursachen, die wir der lauen Stimmung in der Nationalversammlung und um sie her unterlegten, ist es wohl Jedem fühlbar, daß dies nur eine Windstille vor dem Sturme ist. Es kann nicht ausbleiben, daß mit eintretender größerer Thätigkeit, mit den aufkommenden Principienfragen, mit der Reibung der landschaftlichen Interessen und Antipathien eine gewaltige Bewegung an die Stelle der jetzigen Lahheit treten wird. Die Bewegung wird um so heftiger werden, je mehr sich die äußere Machtlosigkeit in Europa anschiedet, aus der gegenwärtigen Windstille gleichfalls herausgetreten; wir hatten auch diese äußere Lage der Welt in dem gegenwärtigen Augenblicke als eine Ursache jener Stimmung bezeichnet, und mit ihrer Veränderung würde sich auch diese ändern.

Nichts ist möglicher, als daß diese Veränderung, wenn sie Statt haben wird, solche Thatsachen mit sich bringt, wie wir sie am Schlusse unseres gestrigen Artikels bezeichneten, Thatsachen, die auf die Meinungen in Deutschland bestimmend und einigend wirken und in Folge dessen auch energischere Beschlüsse über unsere Verfassungsangelegenheiten nach sich ziehen werden.

Wir haben keine sicheren Nachrichten mitzutheilen über solche bevorstehende Veränderungen in unserer politischen Lage nach Außen, wohl aber drängen sich uns Muthmaßungen auf, und es fehlt uns auch nicht an ausdrücklichen Winken, die unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Es scheint wirklich und zwar immer deutlicher, daß Rußland mit Preußen und Deutschland anzubinden Lust hat; wir haben die Wahrscheinlichkeit dieser feindlichen Stellung schon lange und oft aus der Natur der Dinge demonstrirt. Rußland kann die deutsche Bewegung nicht gleichgiltig ansehen; sie wird von da unausbleiblich in die polnische und südslawische Welt übergreifen, und in Rußlands Politik ist es ganz gelegen, hier zuvorzukommen und, indem es den Charakter der Freiheit und Nationalität, der in allen Völkerbewegungen in diesen Tagen verschmolzen liegt, trennt, der Freiheit Zugeständnisse zu machen und die Nationalität der Slaven gegen das deutsche Element aufzuwiegeln. Das Spiel liegt für Rußland vortrefflich. In Dägemark hat es einen willkommenen Anlaß. Es hat, scheint es, in Schweden, das in diesen äußern Verhältnissen von seiner französischen Dynastie offenbar so schlecht berathen wird wie Frankreich unter Louis Philipp, einen bereitwilligen Bundesgenossen gefunden und vielleicht durch die Vorspiegelung einer skandinavischen Union gewonnen. An der polnischen Grenze hat es einen wohl zu benutzenden Grund der Beschwerde gegen Preußen; so alte Verbündete, kann es sagen, sollten in den Ländern des alten gemeinsamen Raubes nicht reorganisiren und alte Hoffnungen aufregen ohne gegenseitige Rücksicht. Sollte an den Gerüchten Etwas sein, daß der Herzog von Leuchtenberg zum Vicekönig von Polen bestimmt sei, so könnte Rußland mit der Reorganisation des Kongreßkönigreichs einen furchtbaren Gegenstreich gegen Preußen führen; der polnische sanguinische Leichtsinn und die slavischen Sympathien würden ihm so wenig jetzt fehlen, als sie 1813 und 1814 gefehlt haben. Die Herstellung Polens unter russischer Regide würde einen zündenden Funken in alle nach Selbständigkeit ringenden slavischen Lande werfen: nach Böhmen und Mähren, nach Gallizien, nach Kroatien und Illyrien — die slavischen Antipathien gegen Deutschland, durch das bloße Aufstreben der deutschen Nation schon angeregt, durch die Vorgänge in Gallizien, in Posen und Krakau ganz neu geweckt, würden sich in aller Kraft entladen. Wir Deutsche hatten Nichts entgegenzuwerfen; denn von den Ostseeprovinzen wäre Nichts zu hoffen. Die deutsche Bevölkerung ist da zu dünn, zu abgeschnitten, der ganzen Wucht des Krieges zu sehr ausgesetzt. Rußland fände leicht, wenn sich England zu Deutschland hielte, an Frankreich einen starken und furchtbaren Bundesgenossen; und es ist wohl ausgemacht, daß sich England zu Deutschland halten würde, wenn Rußland die slavische Welt an sich zu ketten, im Osten dadurch zu neuer Herrschaft zu gelangen, den Belt mit einer skandinavischen Union zu beherrschen, die zwei Seethore, den Sund und die Dardanellen, in stets sicheren Besitz zu bringen strebte. Wir dagegen hätten außer England schwerlich einen Alliirten von Bedeutung ins Feld zu stellen. Schweden, das uns in Finnland die fruchtbarste Diversion machen könnte, scheint bereits für uns verloren; die Türkei könnte Rußland jeden Augenblick durch einen neuen Aufstand der griechischen Bevölkerung beschäftigen. Wir stünden allein, von England höchstens mit Schiffen und Geld unterstützt; dem Anfall von Osten und Westen ausgesetzt, im Innern zerrüttet und zerspalten, wie sie schon im Westen die republikanischen Franzosen, im Osten die reaktionären Russen sogar Bundesgenossen im eigenen deutschen Vaterland!

Warum sollte Rußland drei so günstiger Sachlage nicht Krieg mit uns anfangen? Dort ist es nicht wie bei uns, daß ein ganzes Volk vielstimmig und getheilt über seine Interessen zankt und seiner Kräfte nicht Herr ist: ein einziger Wille bewegt diese furchtbare Macht, und ein ungetheilter Blick vermag die Lage und ihre Vortheile und Nachtheile gar nicht zu verkennen. Die Rücksichtslosigkeit und Schonungslosigkeit, die große Einschlüsse in großen Verhältnissen erleichtern, und die wir bei uns in Deutschland nur auf Seite unserer Radikalen, und selbst dort fast mehr in gekünstelter Anstrengung finden, ist in der russischen Politik herkömmlich; Einsicht und Wille also greifen dort zusammen, die Umstände zu benutzen wie sie liegen, und sie liegen, wie wir zeigen, zur Benutzung so günstig wie möglich.

Eine Macht aber haben wir dabei aus der Berechnung gelassen, wird man uns einwerfen, unser Oesterreich. Wenn Oesterreich sein Italienpreisgibt, Frankreichs Einfluß dort gewähren läßt

Digitized by Google

und dadurch den französischen Einfluß von Deutschland abhielt, wenn es seine slavischen Lande zurückerhielt, sein Gallizien gleichfalls reorganisirt, mit seinen deutschen Kräften nicht nur, sondern auch mit seinen ungarischen gegen Rußland zu stehen könnte und die ungarischen werden in der Stellung gegen Rußland auf unserer Seite sein; sie schicken, und das zu sagen, ausdrücklich ihre Emissäre zu uns heraus!), wenn Oesterreich ferner die Donaulande von dem verhaßten russischen Einflusse säubert und die Ideen der Freiheit nach Rußland hineinwirft, wird dann nicht Alles, was wir vorher als Rußlands offensive Waffen anführten, gerade auf der österreichischen Seite stehn, und somit auf unserer? Wir würden dann sehen, welche von unsern beiden Großmächten ihre Rolle kräftiger durchführte, die künftigen Anschichten Oesterreichs würden sich aufklären, und es würde sich bald herausstellen, welche Leitung der deutschen Dinge nicht allein in ruhigen Friedenszeiten, sondern auch in der Periode der gefährlichsten Verwicklungen und Kriege die heilsamste für uns wäre; der russische Krieg würde die Folge für uns haben, die wir uns immer davon voraussagten und wünschten.

Aber es wäre auch noch eine ganz andere Möglichkeit in der Gestaltung der Thatsachen, die allerdings ebenso entschieden auf unser Verfassungswerk einwirken, obwohl die Entscheidung in einer sehr verschiedenen Weise auffallen würde, eine Möglichkeit, die nicht allein alle jene vorhin bezeichneten günstigen Verhältnisse für Rußland bestehen ließe, sondern auch noch um ein Ungeheures vermehren würde. Es wäre die Möglichkeit, daß Oesterreich auf Rußlands Seite stände.

Wie dann, wenn Oesterreich sich nun, nach so manchen Anläufen, wirklich entschlösse, seinen Schwerpunkt auf seine nicht deutschen Provinzen, den Kern seiner Politik nach Osten zu legen, wie sein Name und seine Lage es will; wenn es von seinen italienischen Provinzen Mailand willig fahren ließe, selbst auch bereit wäre, Venedig herauszugeben, falls nur vortheilhafte Bedingungen der Trennung erlangt würden; wenn es den französischen Einfluß in Italien geradezu und förmlich anerkennte; wenn es soweit ginge, zu erklären, daß selbst Uebergriffe Frankreichs am Rhein in ihm keine Gegner finden würden, so daß es also selbst in die allenfallsige Allianz Rußlands mit Frankreich ohne Umstände eintreten könnte; wenn es sich aus den slavischen Verlegenheiten dadurch rettete, daß es mit der Verlegung seiner Politik das frühere gespannt-freundliche Verhältniß zu Rußland nicht in ein offen feindliches, wie wir in Deutschland es erwarten würden, veränderte, sondern in ein engeres und intim freundliches; wenn es dadurch Rußland Raum und Ruhe ließe, mit seiner ganzen Macht auf Deutschland zu fallen? Wenn es so seine alte Rolle gegen das Reich fortspielte auch jetzt? Wie dann?

Aber daß wir auch nur eine Möglichkeit dieser Art setzen mögen! Bald wird man uns mit allem Scheine des Rechts beschuldigen, daß wir unnatürlich von Art gegen alles Süddeutsche, unsere eigene Geburtsstätte, eiferten, daß wir an Preußen verkauft seien!

Nun denn; wir haben allerdings für alle diese Voraussetzungen keine Beweise in der Hand. Aber wir glauben, aus guter Quelle zu wissen, daß diese Voraussetzungen mehr sind als das. Wir glauben zu wissen, daß das österreichische Kabinet es als feinbverstanden ansieht, daß die österreichische östliche Politik sich an Rußland anlehnen müsse; und daß Plane und Erklärungen wie die oben angegebenen wirklich und in der That vorliegen. Ob die Ministerien in Wien von diesen Plänen und Erklärungen wußten, ist uns nicht bekannt, es ist aber aller Welt bekannt, daß diese Ministerien auch sonst sehr wichtige Dinge nicht wußten; und daß die neuesten Vorgänge in Wien die Kabinetspolitik nur begünstigen werden, von der diese Projekte ausgehen, das ist wohl Jedem klar. Ob die österreichische Bevölkerung, die deutsche und die ungarische, diese Projekte auch begünstigen würde, ist uns sehr zweifelhaft, ja es ist gewiß, daß diese, wenn sie erst sichtbar würden, in dieser Bevölkerung eine ungeheuere Gährung hervorrufen würden; sie müßten es bei unsern deutschen Oesterreichern, wenn noch ein Tropfen deutsches Blut in ihnen wäre, denn eine verrätherische Politik als diese könnte es in diesem Augenblicke nicht geben. Aber wie es auch käme: wenn Rußland rasch und geschickt agirte, so würde es Deutschland, von Oesterreichs Neutralität unterstützt, die furchtbarsten Schläge versetzen können, ehe man in Oesterreichs Volke nur das Spiel inne würde, das die österreichische Politik spielte. Und wenn das Volk sie nicht duldete, so hätten wir neue österreichische Revolutionen, wo wir die österreichischen Kräfte zum Schutze des gemeinsamen Vaterlandes brauchten.

Wie nun diese Fälle, wenn sie eintraten, auf die Meinungen in Deutschland und durch diese auf die bevorstehende Verfassung wirken mögten, wollen wir, da wir doch immer nur von Möglichkeiten sprechen, einstweilen den Schlüssen unserer Leser überlassen.

**Oesterreich.** Δ Wien, 20. Mai. Immer allgemeiner und bestimmter spricht sich bei uns das Urtheil, daß es besonders der Adel war, welcher den Kaiser zu seiner plötzlichen Abreise veranlaßte. Viele adelige Familien verließen Wien in derselben Nacht, andere folgen nach; der größte Theil des Adels hat wohl die Absicht, die Bürgerschaft dadurch für ihre muthige Erhebung zu strafen, zugleich aber auch sie wieder für die Aufnahme reaktionärer Maßregeln hinreichend würde und empfänglich zu machen. Und es scheint dieser Plan gut berechnet zu sein. Die Stimmung unter einem Theile der biedern Bürger fängt schon an erbärmlich zu werden. Man bereut schon die Erhebung des 15. Mai, die in ihrem innersten Grunde, einzelne Excesse und Uebertreibungen ausgenommen, eine wahrhaft deutsch patriotische war. Auch die Beamtenwelt, die vielerfahrenen Bureaukraten des gefallenen Ministeriums verlassen ihre Bureaus und bearbeiten die Bürger zu Gunsten der guten alten Zeit. Man sucht die Nationalgarde gegen die Studenten aufzureizen, und die Eifersucht der Ersteren über den Muth, die Gewandtheit und Intelligenz der Letzteren, welche schon in den letzten Wochen da und dort sich zeigte, auszufachen. Käme heute der Kaiser zurück, so würden sehr viele, vielleicht die Mehrzahl der Bürger geneigt sein, alle Konzessionen des 15. Mai ihm zu Füßen zu legen, damit er nur wieder dahliebe, und ihr Gewerb und Erwerb nicht geschmälert würde. Das ist die Frucht der Arbeit des Adels à la tête der andern Zöpfe. — Vorgestern verbreitete sich das Gerücht, man wolle gemünztes Geld ausführen. Da versammelte sich eine Menge Volk und sperrte die Linie, welche nach dem Dampfboot führt. Viele Adelige, unter ihnen die Brüder des Palatin, wurden dadurch ebenfalls verhindert, abzureisen. Die Polizei spürt nach, wer die waren, welche die Linie sperrten, konnte aber bis jetzt nicht einen Einzigen der „Zusammenrotter" entdecken.

**Prag**, 18. Mai. Die hiesigen Czechen finden nun den besten Anlaß, ihre Separationsgelüste durch die Behauptung geltend zu machen, daß die jüngsten inkonstitutionellen und gewaltsamen Vorgänge Wiens es unmöglich machen, daßselbe als Sitz der Centralregierung zu belassen und von dort Gesetze zu empfangen; aber auch die Deutschen setzen den dort bisher gesuchten Halt als verloren an und scheinen sich mit den Czechen vereinigen zu wollen, um wenigstens für unser Land einen nur einiger Maßen geordneten Zustand zu erhalten. Unter dieser Stimmung sollen übermorgen hier und in den böhmischen Kreisen die Wahlen für Frankfurt Statt finden! — Die böhmischen Zeitungen haben bereits die dringende Aufforderung an die Geistlichkeit erlassen, von der Kanzel herab und auch auf sonstige Weise das Volk von der Vornahme der Wahlen zum Frankfurter Parlamente abzumahnen. (K. Z.)

**Prag**, 20. Mai. Im Nationalausschusse erklärte Graf Leo Thun, Gub. Präsident, daß er von jetzt an keine Beschle des Ministeriums mehr annehmen könne und bis zur Einberufung des Landtages gemeinschaftlich mit dem Nationalkomite die Ruhe und Ordnung des Landes aufrecht erhalten wolle. — Die Frankfurter Wahlen werden mit wenigen Ausnahmen überall entschieden zurückgewiesen. Bereits submittirten die Deutschen, und der deutsche konstitutionelle Verein, dahriger Leiter der deutschfrankfurter Bewegungen, hat sich ohnmächtig selbst für aufgelöst erklärt. (Schl. Z.)

**Innsbruck**, 21. Mai. Der Kaiser hat einen Aufruf an seine Völker erlassen, worin er die Motive seiner Abreise angibt und die Besorgniß vor Reaktion zu beseitigen sucht. Wir werden ihn morgen mittheilen.

**Preußen.** Berlin, 22. Mai. Die Frage wegen des Prinzen von Preußen Rückkehr hat gewissermaßen eine sehr schleunige Lösung erhalten. Der Kreis Wirsitz (in der Provinz Posen) hat nämlich den Prinzen v. Preußen zum Abg. für die Verfassungsversammlung gewählt. (K. Z.)

‖ Berlin, 24. Mai. Die Stellung des preußischen Staats ist gegenwärtig eine eigenthümliche. Während er am Meisten in diesem Augenblicke im Stande ist, eine Schutzmauer gegen das Ausland zu bilden, während er Geld und Blut opfert für rein deutsche — nicht preußische Interessen, während er wiederholt seine Absicht ausspricht, sich einem einigen, starken Deutschland auf das Aufrichtigste anzuschließen, erklärt Oesterreich unumwunden, daß es die deutsche Sache nur unter Bedingungen zu der seinigen machen, daß es vor allen

Digitized by Google

Dingen seine Sonderin teressen wahren werde, und zersplittert seine Kräfte an einem unbesonnenen, unnationalen Kriege! Und dennoch wird gerade Preußen von allen Seiten angefeindet und verdächtigt, und somit gerade die Macht geschwächt, die in diesem kritischen Augenblick Deutschlands Unabhängigkeit ernstlich zu wahren vermag. Schweden droht und tückt bereits seine Flotte auslaufen, Rußland tritt, wie ich recht berichtet, wie ich allen Grund habe zu glauben, nach vollendeter Rüstung jetzt endlich aus seiner zweideutigen Stellung, und fordert kategorisch die Räumung Jütlands und eventuell auch das Aufgeben von Schleswig! Dafür, daß es preußische Bajonette waren, welche die Dänen vom deutschen Gebiete vertrieben, daß es am Ende doch nur die preuß. Haut war, welche in Schleswig für eine rein deutsche Sache zu Markte getragen wurde, haben wir nun die Aussicht auf einen langwierigen kostspieligen Krieg mit drei Mächten auf einmal! Und was thun die andern deutschen Staaten? Oesterreich braucht Flotte und Armee für eine rein dynastische Frage, Hannover, Mecklenburg vervollständigen noch immer nicht ihr Kontingent auf dem Kriegsschauplatze, und Süddeutschland wälzt die Solidarität für den dem preuß. Handel zugefügten unberechenbaren Schaden von sich ab und warmt vor preuß. Uebergewicht! Während es hauptsächlich zweck Schiffbau sind, die in dän. Hände gefallen, gibt, um das Ganze zu krönen, die Regierung der durch unsere Waffen befreiten Herzogthümer unser einziges Gegenpfand, die mit Beschlag belegten dänischen Schiffe — frei!!! Mit Einem Wort, ein Jeder sorgt, wie in der guten alten Zeit, für seine Partikularinteressen und kümmert sich wenig um das Ganze. Nur Preußen allein hält noch das höhere Ziel im Auge, aber zum Lohne beschuldigt man es der Reaktion, wenn es zu seiner innern Kräftigung, d. h. zur Beseitigung jedes Zweifels wegen der Thronfolge, den Prinzen von Preußen zurückberuft, und verdächtigt seine Absichten, wenn es durch schleunige Feststellung seiner Verfassung wenigstens die Trümmer des gestürzten alten Systems auf dem Wege räumen und wieder einen gesetzlichen Zustand begründen will, ohne den an einen Widerstand nach Außen gar nicht zu denken wäre. Sähe man es doch ein, besonders in Frankfurt, wie wichtig es gerade jetzt ist, Preußen bei seiner Reorganisation kein Hinderniß in den Weg zu legen, damit es sich wenigstens in den Stand setzen könne, der drohsichtigen Demüthigung Deutschlands kräftig entgegenzutreten; begriffe man doch die Unklugheit, Mißtrauen zu säen, wo nur Einigkeit in der höchsten Potenz unsere Unabhängigkeit sichern kann — oder soll die alte Prophezeiung, nach der die Kosaken ihre Pferde noch einmal im Rhein tränken sollen, wirklich in Erfüllung gehen?

†† Berlin, 24. Mai. Die Sitzung der Nationalversammlung, welche heute stattfinden sollte, ist auf morgen verschoben. Die Prüfung der Wahlprotokolle hat eine solche Verlagung nothwendig gemacht. Verschiedene Wahlen sind von der Kommission beanstandet, und die Versammlung wird über deren Giltigkeit zu entscheiden haben. Inzwischen halten die Deputirten, je nach den verschiedenen Hauptfraktionen, denen sie angehören, getrennte Sitzungen. Die rechte Seite, als deren Führer man Hr. Milde aus Breslau ansehen kann, hält ihre Berathungen theils im Rhein. Hof, theils im Mitenzschen Saale. Zu einer Vereinigung über die Stellung, welche sie der Regierung oder anderen Parteien gegenüber einzunehmen gedenkt, ist diese Fraktion bis jetzt noch nicht gekommen. Die linke Seite, welcher namentlich die größere Zahl der hiesigen Abgeordneten und ein großer Theil der schlesischen und rheinischen Herren angehört, hat sich vorläufig über eine Interpellation des Ministeriums wegen der auffälligen Konzentrirung bedeutender Truppenmassen um die Hauptstadt vereinigt. Es wird nämlich behauptet, daß in der That dreißig bis vierzig tausend Mann Truppen in nächsten oder weiter nahen Kreisen um Berlin zusammengezogen sind. In der Versammlung des Hotel de Russie kam hierbei namentlich der Umstand zur Sprache, daß die militärischen Uebungen der in Potsdam garnisonirenden Garden und sonstiger Truppen bis fast an die Thore Berlins ausgedehnt werden. Dr. Jung hat in den Berathungen seiner Fraktion bereits die seinen geistigen und parlamentarischen Talenten gebührende Stellung eingenommen.

* Halle. Aufruf an die deutschen Studenten. „An alle deutschen Burschenschaften" ist ein Aufruf zu einer Pfingstzusammenkunft von der Jenenser Burschenschaft Germania ergangen. Nachdem wir von ihr und die Gemüthheit eingeholt, daß auch sie den ursprünglich burschenschaftlichen Geist und seine eigenthümlichen Grundideen nicht mehr wie einst in die engen Grenzen dieser Verbindungen eingeschlossen finde, treten wir in diesem Sinne dem Aufruf freudig bei. Nicht nur also die deutschen Burschenschaften, sondern alle deutschen Burschen, die gleich ihnen ein Herz haben für das Vaterland, und zu dessen Dienste sittlich und wissenschaftlich sich durchzubilden streben, mögen aus seinen sämmtlichen Gauen zusammenkommen zu diesem zweiten Wartburgfeste, damit wir dort eine jugendfrische Feier genießen und brüderlich und die Hände reichen. Gleichfalls im Einverständniß mit Jena fordern wir jede sich hebelligende Universität auf, zwei Abgeordnete zu einer vorberathenden Sitzung am Donnerstag den 8. Juni Nachmittags im Gasthofe zum Rautenkranz nach Elsenach zu senden. Halle, den 24. Mai 1848. Die Halenser Studentenschaft. Im Auftrage: Alle geehrten deutschen Leitungsverbindungen bitten wir um baldigste Aufnahme dieses Aufrufes.

Königsberg, 17. Mai. Die Unruhen, welche zu den Zeiten der Urwahlen in mehren Kreisen der Provinz Ostpreußen stattfanden, sind in den Zeitungen meistens sehr übertrieben und theilweise bereits widerrufen. Im Wesentlichen laufen sie auf einige Geldererpressungen und Raufereien hinaus. Charakteristisch ist, daß man auf mehreren Gütern die Dreschmaschinen zerschlagen hat, weil sie den Taglöhnern die Arbeit rauben. Die unruhigen Kreise sind durch Militär besetzt, und augenblicklich ist es allenthalben still. (N. Z.)

Danzig, 21. Mai. Auch hier findet der Aufruf zur Begründung einer deutschen Flotte den lebhaftesten Anklang. Drei Danziger Schiffskapitäne haben sich erbötig erklärt, ihre eigenen Schiffe zu diesem Nationalzwecke herzugeben und sie selbst gegen die Dänen zu führen, wenn man die nöthige Armirung dazu ihnen schaffe. (O. B. Z.)

☍ Köln, 22. Mai. In einer der jüngsten Nummern Ihrer Zeitung werden die Wahlen in der Rheinprovinz für die konstituirenden Versammlungen in Berlin und Frankfurt, und insbesondere die dabei von Seite der Geistlichkeit bewiesene Thätigkeit besprochen. Zur Berhütung möglicher Mißverständnisse möge Folgendes als Ergänzung oder nähere Erörterung in Ihrem Blatte Aufnahme finden. Allerdings hat die Geistlichkeit an den Wahlen großen Antheil genommen und auf diesethen einzuwirken gesucht. Es darf dabei aber nicht unbemerkt bleiben, daß dieselbe dazu dringenst veranlaßt und gleichsam genöthigt war. Unsere ersten Erzbischöflichen Rundschreiben waren mehrere andere nachdrückliche Aufforderungen von Köln aus an die Geistlichen ergangen, sich für die Wahlen und das Angelegenlichste zu interessiren. Jedoch ist, trotz aller derartigen Bestrebungen, der beabsichtigte Zweck sehr wenig erreicht worden (!). Verhältnißmäßig ist die Wahl zu Deputirten nur auf Wenige aus der ultramontanen Partei gefallen; selbst die Geistlichen, welche gewählt worden, gehören derselben, sicher zum nicht geringen Aerger, größtentheils nicht an, und sind durchgängig als Männer von liberaler Gesinnung bekannt. Wir sind daher der Ueberzeugung, daß man hinsichtlich der Ultramontanen, wenigstens aus der Rheinprovinz, bei den konstituirenden Versammlungen ohne Sorge sein kann.

† Posen, 22. Mai. Unsere Provinzen haben in den wenigen Wochen des polnischen Insurrection die unglaublichsten Beschwerden ertragen, und mit Abrechnung von etwa zwei- bis dreihundert Gemeinen, die in Miłoslaw und an andern Stellen durch den Einfluß der Pfaffen, der kurz vor und nach Ostern am stärksten war, zu den Polen übergingen, mit heldenmüthiger Tapferkeit sich geschlagen. Auch die Polen haben im Ganzen den ihrer Nation eigenen Muth bewährt, vor Allen die Emigranten, von denen Hunderte allein in Kionó nach verzweifelter Gegenwehr gefallen sind, in viel geringerem Grade unsere Edelleute, geradezu feig sind durchschnittlich nur die Senfenmänner gewesen. Die Sense hat sich durchgängig als eine ganz schlechte Waffe ausgewiesen, ihre Hiebe fallen fast immer flach, und die meisten von unsern Dorfschmieden gefertigten waren oft schon nach den ersten Hieben verbogen. Auf die Sensenmänner haben unsere Husaren, die schwarzen mit den Todtenköpfen, und die Landwehr unsere wahren Helden mehr als eine Heyjagd gemacht, wobei nur zu bedauern ist, daß so viele völlig unzurechnungsfähige, von ihren Pfaffen und Edelleuten schmählich verführte Menschen dabei ums Leben gekommen sind. Unsere Officiere, hohe und niedere, haben nur durch die verwegenste Tapferkeit die Verlockungs- und Verführungskünste, mit denen die Priester und die Edelleute auf ihre Landsleute in den preußischen Regimentern unablässig eingewirkt hatten, möglichst unschädlich gemacht. Z. B. hat der Major vom Generalstabe, v. Voigts-Rheg, in den mörderischen Straßenkämpfe in Kionó Barrikaden niederreißt, und in eine Kirche, von deren Thurm polnische Scharfschützen herabschossen, sich durch das Fenster heben lassen, worauf die nächststehenden Leute eines schlesischen Landwehrbataillons ihm sofort nachkletterten und den Thurm nahmen. So hat das von dem Maj. v. Brodowski geführte Bataill. des 19. Inf.Reg. im Gefechte in Miłoslaw am 30. April, als eine bedeutende Zahl der poln. Gemeinen zum Feinde übergegangen war, und die Masse, dadurch entmuthigt, Meine machte, den Kampf aufzugeben, nur dadurch wieder ins Feuer und zu rühmlicher Tapferkeit fortgerissen werden können, daß die Officiere ihre Helme auf den Degen wie Banner den

Digitized by Google

Barrikaden entgegentrugen; von diesem einzigen Bataillon sind acht Officiere theils getödtet, theils verwundet worden. So hat der Oberstlieutenant des 7. Infanterieregiments von Schlichting, in Mitrolow, als sein Bataillon rechts und links aus den Häusern ein mörderisches Feuer bekam und wankte, seinen Sohn mit der Fahne in den dichtesten Kugelregen und sich daneben gestellt, worauf die Truppen beschämt und begeistert den Kampf wieder aufgenommen haben. — Es wäre sehr zu bedauern, wenn unsere Offiziere, unter denen in der Linie wie in der Landwehr nicht wenige vortrefflich zu schreiben verstehen, aus Scheu vor der Oeffentlichkeit, die in unserem Militär noch sehr groß ist, versäumten, alle diese und ähnliche Züge heroischer Tapferkeit zu sammeln und zu veröffentlichen. Zur Charakteristik unserer Truppen wäre auch eine lebendige und wahrheitsgetreue Darstellung der ungeheuren Beschwerden, welche die eines gewöhnlichen Feldzuges weit übersteigen und doch niegends ein Murren oder gar einen subordinationswidrigen Geist hervorgerufen haben, höchst dankenswerth; ja sogar nothwendig erscheint eine solche Darstellung, um unseren deutschen Brüdern in der Ferne eine klare Vorstellung von der raschen Bewegsichkeit, der unermüdlichen Ausdauer und der außerordentlichen Mäßigung unserer Truppen zu geben. Unser kindisch naives Landvolk polnischen Stammes erzählt, die Pommern aus der Division des Generals v. Wedell fräßen Kinder, unsere Husaren machten sich aus polnischen Nasen und Ohren ein Frikassee, unsere polnischen Zeitungsschreiber bürden unserem Militär die scheußlichsten Unthaten auf. Wer möchte läugnen, daß auch unsere Truppen, vor allen die sächsischer Landwehr, die an dem Tage ihrer Einkleidung auf Wagen hieher geschafft wurde, ohne im Ergreifen vorher an militärische Zucht gewöhnt zu sein, manche fraßbare Exzesse begangen haben. Man bedenke nur, daß überall meistens die Truppen nach den angestrengtesten Märsch — nicht selten haben sechs Meilen an einem Tage gemacht werden müssen — ihren polnischen Wirthen erst die Thüren und Fenster einschlagen, um Aufnahme zu finden, und übernachteten sie in deutschen Ortschaften, so wurden sie durch die wahrlich nicht übertriebenen Berichte der Deutschen und Juden über das Raub- und Mordverfahren der polnischen Sensenmänner furchtbar aufgeregt; man denke an die bandittenartigen Angriffe in Gostyn, Topola, Kozmin und andern Orten, an die Wuth, welche die nächtliche Ermordung der acht preußischen Soldaten in Buk in allen Soldatenherzen entzünden mußte, man bedenke, daß unsere Truppen nicht mit einem doch halbwegs ehrlichen Feinde, sondern mit einem aus der ganzen Welt zusammengelaufenen Gesindel zu thun hatten, daß namentlich die Landwehr in der arbeitsamsten Jahreszeit von Haus und Hof, von Weib und Kind getrennt, als es nach wehrwöchentlichen Hin- und Hermärschen endlich zum Schlagen kam, unbeschreiblich gegen die Polacken erbittert war, um derentwillen die guten Schlesier schon vor zwei Jahren ihre Heimath hatten verlassen müssen. Den gewissenlosen Lügen, den frechverleumderischen Verdrehungen der Polen können wir getrost die thatsächliche Wahrheit entgegenstellen.

**Baiern.** = München, 24. Mai. Die zweite Kammer hat heute (44. Sitzung) über den Gesetzentwurf, die Ablösung des Lehenverbandes betreffend, Berathung gepflogen und denselben größtentheils nach den Ausschußmodifikationen angenommen. Der Ausschuß brachte nämlich statt der 5 ersten Artikel des Gesetzentwurfs 5 neue Artikel ein. Die beiden ersteren, worüber, als über die Hauptartikel, eine ziemlich lange Debatte stattfand und zu denen sehr viele Modifikationen eingereicht wurden, sind mit Modifikationen von Schneyer und Schlund angenommen worden. Diesen Artikeln gemäß können alle bisherigen Lehengebühren in einer entsprechende jährliche Abgabe umgewandelt werden. Diese Abgabe besteht im 10. Theil der im Edikte vom 7. Juli 1808 §§. 49 und 50 bezeichneten einfachen Lehentaxe; sie ist ablösbar durch Erlag des 18fachen Betrages nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Fixirung und Ablösung von Grundlasten. Alle Lehen können ablösbarirt werden, und zwar: 1) Söhne und Töchterlehen durch Erlag von 1 Procent des durch dreifache Exporten ermittelten Reinwerthes, 2) Mannlehen durch Erlag von 3 Procent und 3) heimfälige Lehen durch Erlag von 10 Procent nach dem Schätzungswerthe. Als auf dem Heimfalle stehend sind solche Lehen zu betrachten, welche nur noch auf vier Augen ruhen, wenn Besitzer und dreizehngewehrte Anwärter bereits das 50. Lebensjahr erreicht haben. Den Vasallen steht es frei, das Ablösungskapital baar oder in Ablösungsschuldbriefen zu bezahlen oder auch dasselbe als rin mit 4 Procent verzinsliches Bodenzinskapital auf das bisherige Lehen zu übernehmen ꝛc. Die Kammer schien Anfangs Miene zu machen, als wolle sie das Gesetz gar nicht annehmen, doch, durch weiter und tiefer blickende Redner von der Nothwendigkeit der Annahme des Gesetzentwurfes, des Zwillingsbruders des Gesetzentwurfes über Ablösung von Grundlasten ꝛc., überführt, nahm sie denselben unter den obigen Modifikationen an, jedoch immer noch theilweise mit Widerstreben, da Viele das Vermögen des Staates dadurch gefährdet sahen, während doch nachgewiesen wurde, daß dem Staate höchstens 10—20,000 Gulden durch Einführung des Gesetzes entgehen. Der Gesammtwerth aller vorhandenen Lehen (1100 an der Zahl) beträgt nach den Ueberschlägen des Jahres 1843 die Summe von 23,504,051 Gulden. Nach einer Zusammenstellung des Finanzministeriums sind hieran vom Jahre 1826 bis 1847 inkl. hinzgefallen 35 Lehen mit einem Werthe von 645,505 Gulden. Demnach berechnet sich für ein Jahr ein Heimfall von $1^1/_4$ Lehen im Werth von 30,738 Gulden. Bei der Abstimmung über Art. 2 (den Hauptpunkt) ging es ziemlich verworren her. Der 2. Präsident (der 1. Präsident hatte sich in die Debatte gemischt) bemerkte dabei, er müsse annehmen, man suche absichtliche Verwirrung herbeizuführen, da wahrscheinlich ein Manchem nicht willkommenes Resultat zum Vorschein kommen werde.

**Sachsen.** * Leipzig, 20. Mai. Die Wahlen zum deutschen Parlament sind in Sachsen glücklich vollendet, sie sind der Mehrzahl nach im liberalen Sinne ausgefallen. Von den 48 in den 24 Wahlbezirken Gewählten gehören 15 Abgeordnete und 17 Stellvertreter der radikalen, demokratischen und republikanischen Partei an, nur 9 Abgeordnete und 7 Stellvertreter der Partei der liberalen, Monarchisten, Konservativen und Reaktionäre. Gestern Abend hielten die hiesigen politischen Vereine, der Vaterlandsverein, der deutsche Verein und der Preußenklub, zur Feier der Eröffnung des deutschen Parlaments eine gemeinsame Festfeier im Tivoli. Ein zahlreiches Publikum hatte sich eingefunden. Musik und Gesang leiteten die Festrede ein, welche Dr. Wuttke hielt. Mit diesen hoffnungsvoll auf den Bau, der von unsern Volksvertretern in Frankfurt aufgeführt werden soll. An vielen Orten der Umgegend ist der 18. Mai festlich und mit Freudenfeuern begangen worden. Die Tage der Noth, die Stockungen im Handel und Verkehr lenken Aller Blicke sehnsuchtsvoll auf Frankfurt, daß von dort her der Anfang zum Besserwerden komme. Unsere Messe ist nach allgemeiner Aussage zu schlecht, schlechter als eine gewöhnliche Neujahrsmesse, überall Trostlosigkeit und Muthlosigkeit bei den Geschäftsleuten, und was am Schlimmsten ist, die Furcht vor den Folgen der Messe; sie werden in Kurzem in allen Theilen des Landes fühlbar und sichtbar werden. Die meisten Fabrikanten entlassen zu Folge der schlechten Geschäfte schon jetzt ihre Leute in die Heimath, die Arbeitslosigkeit ist bei den jetzigen anarchischen und kommunistischen Tendenzen beschämend, es kann noch ernsten kann. Die Regierung, die nach einem 33jährigen Frieden kein Geld in den Kassen hat, macht nach vielen Seiten hin Anstrengungen, um die Menge der brodlosen Arbeiter zu beschäftigen. Wenn die Zahl derselben aber noch zunimmt, dann werden die Geldmittel nicht ausreichen und die Bande der Ordnung sind dann schwer zusammenzuhalten. Die Regierung hat bereits jetzt schon zu außerordentlichen Mitteln gegriffen, sie hat eine preiswerthe Grunderwerb im Voraus ausgeschrieben, über welche in dieser Zeit der Verdienstlosigkeit gar Viele seufzen und klagen. Dazu ist bereits auch die Einkommensteuer ausgeschrieben, welche von den Reichen, da bislang ihre Massen von Kapitalien unbesteuert gewesen, natürlich mit sehr scheelen Augen angesehen wird. Außerdem hat man zu freiwilligen Beschlüssen für die Regierung in parteiischen Aufrufen aufgefordert. Der schon zusammengetretene außerordentliche Landtag hat eine um so schwerere Aufgabe, als er noch neue Steuern hin und bewilligen soll und doch selbst keins hat. Auch greift man in Leipzig und an andern Orten bereits zu außergewöhnlichen Maßregeln, zu Vorschußbanken, Depositenkassen und taglärlich kommen, was sehr ernsthaft ist, Vorschläge zum Vorsatrin, welche Mittel angeben, der Stockung der Geschäfte vorzubeugen. Die Muthlosigkeit und der Mangel an Vertrauen und das Stocken des Handels und der Gewerbe kann im Kriege kaum schlimmer sein, als bei uns in Leipzig. Es ist noch kein Ende abzusehen, und daher macht Einer den Andern ängstlich. Auf Bitten der hiesigen preußischen Messfremden hat selbst das Ministerium in Berlin eine Darlehnskasse zur Beleihung für hier lagernde Waaren bewilligt, denn es ist fast unmöglich geworden, auf die schwersten Papiere Depositen zu bekommen, und Wechsel haben fast gar keinen Werth mehr. Diese drückende Zeit wird unter den Guten, das aus ihr hervorgehen wird, auch das Eine haben, daß dem schwindelnden Wechselfagen gehörige Schranken gesetzt werden würden. Dieses Wechselspiel hatte hier eine schwindende Höhe erreicht.

**Hessen.** Darmstadt, 20. Mai. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer zeigte der Minister v. Gagern der Kammer an, daß der Bundestagsgesandte von Lepel zurückberufen sei, jedoch noch keinen Nachfolger erhalten habe. Zugleich erklärte er, er halte es für eine Pflicht, ein Ereignis zu berühren, welches allgemeines Aufsehen erregt

Digitized by Google

habe. Oeffentlich sei die Frage erhoben worden, ob er nicht nothwendig Kenntniß von jenem Promemoria gehabt habe; zur Entfernung dieser Zweifel wolle er hiermit Aktenstück vorlegen. Am 5. Mai sei ihm über jene Sitzung des Bundestages ein kurzer Bericht erstattet worden, dem jenes Promemoria nicht beigelegen habe; dieses Promemoria sei ihm erst mit einem weitern Berichte des Bundestagsgesandten am 11. Mai zugekommen, und dadurch erst habe er erfahren, was in jener Sitzung am 4. Mai geschehen. (O. P. Z.)

**Mainz**, 25. Mai. Das Leichenbegängniß von vier Preußen fand heute Morgen Statt, begleitet von Kürrecirschen und preußischen Musikbanden, den Generalstäbe und den Civilbehörden. Unruhen fanden hier keine Statt. Abermals kömmt und forben die Kunde zu, daß ein preußischer Posten auf den Aufenwerken erschossen worden. Die Civilbehörden untersuchen mit der größten Sorgfalt die stattgehabten Vorgänge. Von Seite der preußischen Behörde ist seit gestern das Standrecht publicirt. (O. P. Z.)

† **Gießen**, 24. Mai*). Der Aufruf zur Gründung einer deutschen Akademie der freien Wissenschaften, welchen der Redakteur und Herausgeber der „Jahrbücher für Wissenschaft und Leben", Dr. L. Noad in Oppenheim im vierten Hefte der genannten Zeitschrift erlassen hat, ist von vielen Seiten mit so lebhafter Theilnahme begrüßt worden, daß die deßfalls in Aussicht gestellte berathende Versammlung wahrscheinlich auf Pfingsten in Frankfurt stattfinden wird und eine bestimmte deßfallsige Aufforderung in den öffentlichen Blättern allernächst zu erwarten steht. Der gemachte Vorschlag geht im Allgemeinen darauf, daß Philosophen und philosophische Fachgelehrte dem Parlament einen ausführlichen Plan über die innere Organisation einer allgemeinen deutschen Akademie vorlegen sollen, die, als Pflegerin der von aller todten Gelehrsamkeit freien Wissenschaft, die Autonomie des Geistes und die volle Lehrfreiheit förmlich organisire. Die Angelegenheit wird durch sich selbst schon geeignet sein, sich der Aufmerksamkeit und Theilnahme der Männer der freien, lebendigen und geisterfüllten Wissenschaft zu empfehlen.

**Roermond**, 20. Mai. Unser Deputirter für die deutsche Nationalversammlung, Baron von Scherpenzeel-Heusch, ist gestern nach Frankfurt abgereist*). — Es verbreitet sich jetzt die Besürchtung, daß der König der Niederlande, um Repressalien gegen die Limburger zu nehmen, die Schiffahrt auf der Maas schließen werde. Sollte das holländische Gouvernement die Dreistigkeit haben, einen Akt der Gewalt solcher Art auszuführen, so hoffen wir, daß Deutschland zum Schutze der Limburger, und Belgien in seinem eigenen Interesse sich nicht wie einstens mit dem Jusqu' à la mer Jahre lang wird herum führen lassen.

**Eckernförde**, 17. Mai. Das allgemeine Interesse, welches für die Bildung einer deutschen Flotte angeregt ist, hat sich in Eckernförde durch die Beschlußnahme der städtischen Kollegien, der provisorischen Regierung ein Kapital von 5000 Thlrn. aus der Stadtkasse für jene Flotte zur Verfügung zu stellen, in erfreulicher Weise bethätigt.

**Hamburg**, 22. Mai. Heute Morgen in aller Frühe zog eine Abtheilung von ungefähr 350 Mann des hiesigen regulären Militärs von hier ab, um zunächst nach Rendsburg und von da weiter nach dem Norden befördert zu werden; ein anderer Theil wird übermorgen folgen. So wäre denn Hamburg in aller Form in die Reihen der kriegführenden Staaten eingetreten — ein Verhältniß, das schon der Kosten wegen, wenigstens so lange als möglich, zu vermeiden versucht wurde. In Folge des Ausmarsches und der damit verknüpften weiteren Maßregeln ist denn nun auch eine Bürgerschaft ausgeschrieben, welche die erforderlichen Geldmittel bewilligen soll.

‡ **Frankfurt**, 26. Mai. Heute berieth die Reichsversammlung während 4 Stunden die Mainzer Angelegenheit. Hergenhahn erstattete den Bericht des Ausschusses, welcher die erhobenen Thatsachen mittheilte, aus denen zu entnehmen war, was Zitz verschwiegen hatte, daß nämlich die preußischen Soldaten von Einwohnern von Mainz vielfach gereizt worden waren. Unwahr sind die Behauptungen von Zitz, daß auf das Bethrmlichsten von Waffen Todesstreife gesetzt und die Stadt in Belagerungszustand erklärt worden. Der Antrag der Mehrheit des Ausschusses ging dahin, bei der Bundesversammlung zu beantragen, daß die preußische Besatzung gewechselt, ein Bataillon hessische Truppen nach Mainz gelegt und die Bürgerwehr, sobald das Gesetz über ihre Organisation erschienen sein wird, unter Beobachtung der Formen, welche das Festungsreglement gebietet, reorganisirt werden möge. Zitz wiederholte in längerrem Vortrage seine frühern Anschuldigungen gegen das preußische Militär. Für die Tagesordnung sprachen Schmerling, Lichnowski, welcher die unwahren Angaben von Zitz scharf hervorhob, Franke aus Schleswig, welcher den preußischen Truppen die Anerkennung zollte, die sie in Schleswig durch Tapferkeit und gutes Betragen verdient hatten, Welcker, v. Beckerath und Wydenbrugk. Gegen den Ausschußbericht sprach Roh. Blum, obgleich er, wie man vernimmt, im Ausschusse selbst kein Wort dagegen erinnert hatte. Die Versammlung beschloß mit einer Majorität von mehr als drei Viertheilen zur Tagesordnung überzugehen, im Vertrauen, daß die Behörden thun würden, was ihres Amtes ist. So ward abermals ein Versuch abgewiesen, den Reichstag von seiner großen Aufgabe, eine Verfassung für Deutschland zu geben, abzubringen und in Angelegenheiten zu verwickeln, welche zunächst die betreffenden Behörden angehen. Die Galerien sparten ihren Beifall für Zitz, Blum und deren Meinungsgenossen so wenig als ihr Zischen für die Redner, welche die Tagesordnung beantragten, und die Minorität gibt, wie gewöhnlich, ihre Namen zu Protokoll, womit sie dieselben allen denen empfiehlt, welchen der Spektakel über die Vernunft geht.

△ **Frankfurt** a. M., 26. Mai. Obgleich die Bewegung unter den Frankfurter Handwerksgesellen, aber wie sie in Nachäffung der Franzosen genannt wird, „unter den Arbeitern", nur ein Theil der deutschen ist, verdient sie wegen ihrer Wichtigkeit, als am Sitze des Parlaments vorgehend, doch eine ausführlichere Besprechung. Schon im März begannen die Forderungen mehrerer Gewerde aufzutauchen, welche Mißbräuche betrafen, die großentheils begründet waren und zu deren Abstellung ein Ausschuß von angesehenen Bürgern sich bildete, welcher die Vermittelung mit den Meistern übernahm und auch dazu gelangte, einige Handwerke zufrieden zu stellen. Allmählich nahm die ganze Bewegung einen mehr politischen Charakter an; die zur Begründung ihrer speciellen Klagen begonnenen Volksversammlungen der Gesellen wurden jetzt zur Aufregung im politischen Sinne benutzt, indem diesen Leuten unmäßig geschmeichelt, und nur die in Sitze der Nation gehört wurden. Die Mannh. Abendzeitung, der Zuschauer, die Mannh. Volkszeitung, sowie einzelne ohne Angabe des Druckers in Masse vertheilte Flugblätter, der unglückselige 18. März in Berlin, besonders aber die republikanische Schilderhebung in Baden und ihre Unterdrückung durch „fremde Truppen" trugen zur gesteigerten Aufregung und zur gründlichen Begriffsverwirrung bei. Volkssouveränetät hieß jetzt soviel, als daß jedes Dorf, ohne Rücksicht auf das Land, zu dem es bisher gehört, oder auf die Beschlüsse des deutschen Parlaments, sich die Verfassung geben könnte, welche ihm gerade gefiele; Preßfreiheit war gleichbedeutend mit Preßfrechheit, wozu die zügellose Sprache der genannten Mannheimer Blätter, welche ungestraft offnen Aufruhr predigten, Grund genug gaben. Alle Ausstellungsversuche über solche verwirrte Begriffe waren vergebens, Jeder hielt der Lord des Tages, alles Nachtheilige über ihn mußte Lügen sein. Es ist nicht zu läugnen, daß die brutale Behandlung vieler Polizeibehörden und hochadeligen Legationssekretäre den Boden zu solcher Saat bei den Handwerksgesellen vorbereitet hat. Es wären Gesandtschaften zu nennen, wo der Sekretär das Visiren der Päße und Wanderbücher, wofür er hoch bezahlt wurde, wie eine Last betrachtete, welche die armen Reisenden ihm freiwillig auflüden, wo er die schon kurz gemessenen Dienststunden nicht einhielt, diese Stunden durchaus nicht bekannt machte, ebensowenig Wohnungswechsel oder Veränderung des Geschäftszimmers, ja die Leute so oft vergebend wieder kommen ließ, daß diese endlich halbe Tage lang auf den Treppen des Hauses sich lagerten. Nach der Unterdrückung der Mannheimer Unruhen wurde der Mittelpunkt der Bewegung nach Frankfurt verlegt; Pfeiffer und Hebel, die Leiter der Mannh. Volkszeitung, kamen hierher, es wurde unter Effeln's (aus Hannover) Leitung ein Arbeiterverein gegründet, der seine Thätigkeit immer mehr auf's rein politische Feld verlegte, und über dieselbe, obgleich gemitbert, in der dahier neu gegründeten „Arbeiterzeitung" Rechenschaft gab. In der am Eröffnungstage der Reichsversammlung in der Reitbahn gehaltenen Volksversammlung wurde gerazezu das „arbeitende Volk" als der Kern des Volks, ja eigentlich dessen einzig und allein in die Berechnung fallender Theil, als über dem Parlament stehend, dargestellt. Wie der Mond von der Sonne, so erhielte das Parlament vom „arbeitenden Volke" sein Licht; die Reichsversammlung sei nur so lange anzuerkennen, als sie die Interessen des Volkes vertrüte; es war schon damals von Parteien die Rede, welche im Parlament sich bilden würden, und unter denen die Volkspartei vom „arbeitenden Volke" zu unterschäßen sei. Die Arbeiterwurden vor Straßenskandalen und vor der Theilnahme an Kapenterien warnt, nicht aber aus Theilnahme an den davon Betroffenen, sondern damit es seine Kräfte nicht zersplittere und dieselben beisammen

*) Wir veröffentlichen, dem Wunsche des Einsenders gemäß, obigen Artikel; sind jedoch der Ansicht, daß das deutsche Parlament gegenwärtig andere Dinge zu thun hat, als sich um Akademien zu kümmern. A. d. R.

*) Mit Vergnügen.

men habe, wenn es gälte, eine wirksame Demonstration zu machen. Noch deutlicher wurde diese Ansicht am folgenden Sonntage ausgesprochen, wo die Arbeiter aufgefordert wurden, Nichts zu unternehmen, bis ihre Führer sie riefen; statt dieselben Worte, wie sie Struve vor Eröffnung des Vorparlaments vom Fenster seiner Wohnung zu der Menge gesprochen. Bei derselben Sonntagsversammlung wurde in Anwesenheit mehrerer Polen die polnische Frage im Sinne der Benedey'schen Phantasiepolitik: Posen den Polen jetzt, wo sie schwach seien, abzutreten, und wenn sie stark seien, mit ihnen darüber zu verhandeln, jetzt aber gegen die Einverleibung der Stadt Posen zu protestiren, verhandelt. Die Redner, welche diese Frage, als nicht im Gesichtskreis der Versammlung liegend, bezeichneten oder auf die Interessen der polenfeindlichen Deutschen Rücksicht genommen wissen wollten, ließ man nicht zu Worte kommen. Bisher hatte die Behörde und die Bürgerschaft dieses Treiben nicht gestört, um die Aufregung nicht zu vermehren und die Gehässigkeit einer Ausweisung, einer Verletzung des Gastrechts zu vermeiden; nachdem aber einer der Wühler, Löwenstein (aus Oehringen), geradezu zur Verletzung des Gastrechts an einem Parlamentsmitglied durch eine dem Wirther Hoffmann vom Salon zu bringende Kahenmusik aufgefordert, begab sich am Dinstag, den 23., eine Anzahl von 100 Bürgern zum Senat, um denselben zu energischem Einschreiten aufzufordern und von Neuem die Unterstützung der Bürgerschaft anzubieten. In demselben Sinne wurde am 24. im Kaisersaal eine Adresse an den Senat berathen und mit mehreren tausend Unterschriften bedeckt, bei welcher Gelegenheit einer der Redner daran erinnerte, daß in England, dessen Volksfreiheit wohl keinem Zweifel unterliegen könne, zu jeder, auch der ruhigsten Zeit, 4 engl. Meilen im Umfang des Parlaments jede größere Volksversammlung verboten sei, ein Gesetz, auf dessen Annahme in Deutschland der Abgeordnete Wichmann gestern den Antrag stellte. Ein anderer Redner führte an, daß Pelz sich geäußert, er habe als Spielzeug zu ihrer Beschäftigung den Arbeitern die polnische Frage hingeworfen. Am Mittwoch wurden Esselen und Pelz, und am Donnerstag, wie ich höre, Löwenstein ausgewiesen. Eine andere Maßregel war nicht wohl ausführbar. Eine Unterfuchung hätte man nicht zu scheuen gebraucht, denn zahlreiche Zeugen haben die aufwieglerischen Reden gehört und ihre Aussagen bei Gericht niedergelegt, aber eine Untersuchungshaft in der Stadt hätte die Aufregung fortdauernd gesteigert, und die Kräfte der Linie und der Bürgerschaft sind durch den Patrouillendienst bereits so sehr angestrengt, als daß man noch ein Gefängniß gegen Erstürmungsversuche stark besetzen könnte. Am Mittwoch Nachmittag begleiteten 650 Gesellen Esselen und Pelz nach Bockenheim, wo diese beruhigend und vertröstend sprachen und die, welche jetzt gleich losschlagen wollten, auf bessere Zeiten verwiesen. Am Abend kehrten die Arbeiter in vollkommenster Ruhe und militärischer Ordnung zurück, meist Schneider, Schuster, einige Scheriner und Bauhandwerker: seitdem herrscht große Aufregung, Versammlungen und Berathungen füllen die Arbeitsstunden, doch ist die Ruhe bis jetzt nicht im Mindesten gestört worden.

## Schweiz.

☽ Bern, 24. Mai. In ihren letzten Sitzungen hat die Tagsatzung mit Uebergehung von §§. 18—38, welche sich auf die materiellen Fragen beziehen und an eine Kommission gewiesen worden sind, folgende wichtige Artikel angenommen. Art. 39. Der Bund gewährleistet allen Schweizern, welche einer der christlichen Konfessionen angehören, das Recht der freien Niederlassung im ganzen Umfang der Eidgenossenschaft nach folgenden näheren Bestimmungen: 1) Keinem Schweizer, der einer der christlichen Konfessionen angehört, kann die Niederlassung in irgend einem Kanton verweigert werden, wenn er folgende Ausweisschriften besitzt: a. einen Heimathschein oder eine andere gleichbedeutende Ausweisschrift; b. ein Zeugniß sittlicher Aufführung; c. eine Bescheinigung, daß er in bürgerlichen Rechten und Ehren stehe; d. wenn er sich ausweisen kann, daß er durch Vermögen, Beruf oder Gewerb sich und seine Familie zu ernähren im Stande sei. Naturalisirte Schweizer müssen überdies die Bescheinigung bringen, daß sie wenigstens 5 Jahre lang im Besitz eines Kantonalbürgerrechts sich befunden. 2) Der Niedergelassene darf von Seite des die Niederlassung gestatteten Kantons mit keiner Bürgsteuer und mit keinen andern besondern Lasten Behufs der Niederlassung belegt werden. 3) Ein Bundesgesetz wird die Dauer der Niederlassungsbewilligung, sowie das Maximum der zur Erlangung derselben an den Kanton zu entrichtenden Kanzleigebühren bestimmen. 4) Der Niedergelassene genießt alle Rechte der Bürger des Kantons, in welchem er sich niedergelassen hat, den Mitantheil an Gemeinds- und Korporationsgütern ausgenommen. Insbesondere wird ihm freie Gewerbsausübung und das Recht der Erwerbung und Veräußerung von Liegenschaften zugesichert, nach Maßgabe der Gesetze und Verordnungen des Kantons, die in allen diesen Beziehungen den Niedergelassenen dem eigenen Bürger gleich halten sollen. 5) Den Niedergelassenen anderer Kantone können von Seite der Gemeinden keine größeren Leistungen an Gemeindelasten auferlegt werden, als den Niedergelassenen des eigenen Kantons. 6) Der Niedergelassene kann in seine Heimath gewiesen werden a) durch gerichtliches Strafurtheil; b) durch Verfügung der Polizeibehörden, wenn er die bürgerlichen Rechte und Ehren verloren hat oder sich eines unsittlichen Lebens schuldig macht, oder durch Verarmung der Gemeinde oder dem Kanton zur Last fällt oder schon oft wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften bestraft werden mußte. Art. 40. Jeder Kantonsbürger ist Schweizerbürger. Als solcher kann er die politischen Rechte in kantonalen und eidgenössischen Angelegenheiten in jedem Kanton ausüben, in welchem er seinen Wohnsitz hat, gemäß den für die Bürger deselben bestehenden gesetzlichen Vorschriften. Kein Kanton darf einen Fremden, der sich nicht über die Entlassung aus einem Staatsverband ausweisen kann, als Bürger aufnehmen. Art. 41. Kein Kanton darf einen Bürger des Bürgerrechts verlustig erklären. Der Gr. Rath hat in seiner heutigen Sitzung Oberrichter Imoberstag in den Reg. Rath gewählt, da der an die Stelle des ausgetretenen Hrn. Schneider ernannte Oberrichter Müller die Wahl abgelehnt hat. Man glaubt, Imoberstag werde annehmen und die Erziehungsdirektion erhalten. Er hat gewiß den besten Willen, ob auch die nöthige Einsicht und Kraft, wird sich bald zeigen. General Allemandi ist nicht nur mit Prinetti, sondern auch mit General Rachia und dem venetianischen Abgeordneten wieder nach der Lombardei abgereist.

## Belgien und Niederland.

Brüssel, 23. Mai. Heute sind der Prinz und die Prinzessin von Preußen hier eingetroffen. Heute Abend wohnten sie zu Laeken einem großen Diner bei. (Aach. Z.)

Maestricht, 20. Mai. Gestern wurde hier von Seite des Gouverneurs und der deputirten Stände eine Proklamation erlassen, in welcher es heißt: „Die hohe Regierung ist tief durchdrungen von den Pflichten, welche ihr die Verträge und die Verfassung auferlegen. Beide erklären ganz Limburg für ein niederländisches Gebiet, welches bloß theilweise durch eine moralisches Band der Föderation mit Deutschland verbunden ist.... Ein Jeder wird also daran erinnert, daß ganz Limburg niederländisches Gebiet ist und Jeder sich den Landesgesetzen unterwerfen muß." Ein schöner Trost für die limburger Wähler, welche in Valkenburg laut erklärten: sie würden lieber dem — Teufel, als der niederländischen Krone angehören! (K. Z.)

## Großbritannien.

London, 22. Mai. In der heutigen Unterhaussitzung wurde die inzwischen in ein neues und kritisches Stadium getretene spanische Angelegenheit von den HH. Banks und Baillie abermals angeregt. Ersterer richtete an Lord Palmerston die Frage, ob, wenn ein weiterer Briefwechsel zwischen dem Herzog von Sotomayor und Hrn. Bulwer stattgefunden, derselbe bei der brovrstehenden Debatte am Freitage dem Hause werde vorgelegt werden? Hr. Baillie bemerkte: es gehe das Gerücht, daß ein sehr scharfer und gereizter Briefwechsel zwischen Bulwer und dem Herzog von Sotomayor seitdem stattgefunden — ob man auch diesen dem Hause mittheilen werde? Palmerston erwiderte: „es seien allerdings eine oder zwei Noten gewechselt worden, welche die Veröffentlichung der Bulwer-Palmerst. Briefschaften im Clamor Publico betrüfen; sie wären mehr privater Natur, würden jedoch dem Hause vorgelegt werden, sofern er, Palmerston, finden sollte, daß sie mit der allgemein politischen Seite der Angelegenheit in Verbindung ständen". Es läßt sich kaum zweifeln, daß die inzwischen eingetretene Katastrophe im Parlament einen großen Sturm hervorrufen wird, im Beginn wahrscheinlich gegen Palmerston und Bulwer, im weitern Verlaufe eben so wahrscheinlich gegen Spanien und das spanische Kabinet. Wenn es nicht zum Aeußersten kommen soll, wird letzteres dem Andrange der englischen Forderungen auf die Dauer schwerlich widerstehen können, vorausgesetzt, daß sich die französische Politik dieses neuern Streitpunktes nicht bemächtigt und das spanische Kabinet in seinem Trotze gegen England bestärkt. Jedenfalls drängen auch hier alle Schäden zu einer kritischen Entscheidung.

Die Times bringen einen Brief aus Kopenhagen, worin es heißt: die schwankenden und nichtssagenden Erklärungen Palmerstons in Betreff der dänischen Angelegenheit hätten in Kopenhagen ein allgemeines Mißbehagen erregt; man vermuthe, der englische Minister wolle dem Parlament nur Sand in die Augen streuen und Zeit ge-

Digitized by Google

winnen, und wenn Palmerston gesagt, Dänemark und Preußen wären auf seine Vorschläge eingegangen, so könne aus bester Quelle versichert werden, daß dem nicht so sei; Aerdings aber würde die Lage Dänemarks eine verzweifelte sein, wenn es keine bessern Freunde habe als England. Der Schluß des Schreibens lautet: „Die schwankende Politik Eures Kabinets wird aber eine ernstbafterer Folge haben, die sich bald bei Euch selbst, wie im gesammten übrigen Nordeuropa fühlbar machen wird; ich meine die Schritte, welche Rußland zu nehmen gedenkt, um den gegenwärtigen Stand der nordeuropäischen Angelegenheiten aufrecht zu halten und unsere eigenen Anliegen zu unterstützen, die mit der gegenwärtigen Lage der die Ostsee umgebenden nördlichen Staaten so innig verbunden sind."

Der Prinz Don Ferdinand v. Bourbon, General in der sardin. Armee, will sich nach England begeben, nachdem er in Folge der zwischen den Höfen von Turin und Madrid wiederhergestellten freundschaftlichen Beziehungen seine Stellung im sardinischen Heer aufgegeben hat.

## Italien.

* Rom, 15. Mai. So wäre denn auch die Patrie ernannt und der neue Staatsrath gewählt. Die Namen beider bringt die Gazetta di Roma v. 13. d. M. Man hat allem Anschein nach sich es angelegen sein lassen, auch bei dieser Gelegenheit alle Diejenigen auszuzeichnen, welche nur irgend solcher Ehren würdig schienen, ohne daß man zu viel herkömmlich auf die Mitglieder eines einzelnen Standes oder einer einzelnen Klasse gehängt hätte. Hinderlich ist bei einer solchen Wahl die Beschränktheit gewesen, welche man sich nach kastenmäßigen Vorurtheilen aufgelegt hat. Alle nämlich, die nicht durch Grundbesitz oder höhere Staatsstellen zu einer solchen Auszeichnung berechtigt waren, mußten das Prädikat „Professore" aufzuweisen haben. Dieses aber besteht keineswegs in dem amtlich zu verleihenden Titel, sondern in der Eigenschaft der Eminenz in einer freien Kunst. So ist ein Arzt, ein Advokat, ein Künstler Professore, wogegen derjenige, welcher bei gleicher Bildung und gleicher Wirksamkeit eine Beamtenstelle bekleidet, dieser Qualität verlustig erscheint. Dies dadurch läßt sich die scheinbare Willkühr der Wahlen erklären, die man eher der Fortuna, welche blind ist, als der Weisheit, welche die Gerechtigkeit zur Besitzerin hat, beischreiben möchte. Uebrigens hat man Ursache, mit dem Gesammtresultat dieser Ernennungen zufrieden zu sein. Denn wenn man bedenkt, daß eine gute Hälfte der in den hohen Rath berufenen Männer wegen ihrer durch den Besitz und Titel begründeten Stellung unvermeidlich gewesen sind, so sind die Leute von hervorgehendem Verdienst doch nicht so dünn gesäet, als es auf den ersten flüchtigen Blick scheinen könnte. Nun das Eine wird einem hinwiederum klar, daß Männer von allseitig geschätztem Ruf ungemein selten sind, und da man Namen, wie die von Bartolomeo Borghesi und Emiliano Sarti, zu gewinnen gewußt hat, so ist die Pairskammer wenigstens des Schmuckes theilhaftig geworden, dessen kein Staatsinstitut dieser Art heutzutage gern wird entbehren mögen. Ihr Erscheinen an dieser Stelle benachtheiligt indeß auch alle ihre Nebenmänner sehr, da zumal solche Charaktere fehlen, von denen sich verheißen ließe, daß sie sich an die Spitze der einen oder der andern Bewegung zu stellen vermöchten. Je öfter wir daher die Liste der an fürstlichen Namen, an Marcheesen, Grafen und Monsignoren reichen Paire durchlaufen, je mehr macht uns der Kompler derselben den Eindruck eines todtgebornen Instituts. Das Kardinalkollegium, welches sich zum letzten Konklave vereinigte, war auch an Alten nicht arm, aber doch mußte man sich gestehen, daß Männer vorhanden waren, welche eines energischen Auftretens in irgend einem Sinne fähig gewesen wären und welche ein solches Zutrauen in der rasch erfolgten Wahl Pius IX. hinreichend gerechtfertigt haben. Denn diese war ein Akt kräftigen Entschlusses. Ohne die Eifersüchtelei, welche die Lambruschini'n zugefallenen Chancen hervorriefen, würde sie vielleicht nie, so schnell sicher nicht zu Stande kommen. Eines solchen Griffs in das Glücksrad hatte ich aber die gegenwärtige Versammlung nicht für fähig. Wahrscheinlich wird sie ähnlich wie das Municipium sich in Konvenienzrücksichten hin und her wiegen und vor lauter Berathung zu keinem ordentlichen Rathschluß gelangen können. Möchten wir uns irren! — Mit dem Staatsrath, dessen 15 Mitglieder ohne die in der Ministerialordnung vorgeschriebene Unterscheidung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Räthen aufgeführt werden, steht es schon ganz anders. Da erwecken die Namen eines Orioli, Potenziani, Rivolsi, selbst des Mons. Morichini ganz andere Ideen. Mag man z. B. über Orioli's Charakter und politische Tendenz denken, wie man will, immer ist er ein Mann der That, der sich zur Förderung des von dem Moment Erheischten nicht für zu gut hält, der zugreift, wo es nöthig ist, und energische Maßregeln wenigstens veranlassen wird. An solchen aber ist gegenwärtig Alles gelegen, wenn die radikale Partei nicht ganz die Oberhand gewinnen soll. Das Ministerium, welches vorigen Freitag wegen Schwierigkeiten, die der Finanzminister erhoben, abzutreten drohte, hat sich dem Anschein nach wiederum festzustehen gewußt.

* In Neapel hat die Reaktion — und zwar die Reaktion, wie sie König Ferdinands durchaus würdig ist — abermals ihr Banner erhoben und gesiegt! Ueber die empörenden und schändlichen Scenen, zu denken hier das bourbonische Königthum — hoffentlich zum letzten Male — Veranlassung gab, berichtet der Semaphore: Am 13. traten die Deputirten in einer Versammlung zusammen, es handelte sich um die Eidesformel, die Deputirten wollten den Eid nur leisten unter Vorbehalt der Konzessionen vom 3. April. Der König weigerte sich. Die Civica unterstützte die Deputirten, man unterhandelte bis Sonntag Abend; der König ließ Truppen ausrücken, die Civica errichtete Barrikaden, es wurde Alarm geschlagen. Auf diese Nachricht ließ der König die Truppen zurückziehen und willigte in die Eröffnung des Parlaments ohne vorgängige Eidesleistung. Aber die Civica weigerte sich, die Barrikaden wegzuräumen, sie verlangte Abschaffung der Pairskammer, Uebergabe der Festungen, Abmarsch der Truppen. — Da rückten die Truppen aufs Neue aus, die Schweizer besetzten den Schloßplatz. Um halb 10 Uhr machten sie eine rückgängige Bewegung. Aber um 11 Uhr ging „zufällig" ein Schuß los auf den Reihen der Civica auf dem St. Fernandoplatze. Die Civica glaubte sich verrathen und gab Feuer. Ihrerseits eröffneten nun auch die Schweizer ein mörderisches Feuer, die Kanonen spieen Kartätschen gegen die Barrikaden, der Kampf wurde allgemein. Die Civica soll das Feuer 3 Stunden ohne zu weichen ausgehalten haben. Das niedere Volk schien sich Anfangs auf ihre Seite schlagen zu wollen, aber angelockt durch die Hoffnung auf Plünderung, schlug es sich auf die Seite des Königs. Lazzaroni und Truppen sollen unerhörte Greuel begangen haben, sie drangen in Häuser, mordeten Greise, Weiber und Kinder, warfen sie zum Fenster hinaus, führten andere halb nackt in die Mey, unter Drohungen und Mißhandlungen ꝛc. Mehrere Liberale wurden aus ihren Häusern geholt und ohne Weiteres erschossen. Der Verlust ist groß auf beiden Seiten, acht Stunden dauerte der erbitterte Kampf. Ein einziges Schwizerregiment hat 800 Todte und Verwundete, worunter 30 Officiere. — Das „Solothurner Blatt" dagegen meldet: das 1. und 2. Schwizer-Regiment litten beinahe keinen Schaden, hingegen soll man im 4. Regiment 23 Todte und 53 Verwundete zählen. Unter den Todten nennt man die Hauptleute von Muralt und von Stürler und den Lieutenant von Goumoens, unter den Verwundeten die Hauptleute Waltenwyl, Grand und Oberst Gingins. Beim 3. Regiment soll Major Salis gefallen sein. Man erwartet einen neuen Angriff aus den Provinzen, die Stadt ist in Belagerungszustand versetzt. Die Kammern konnten sich nicht versammeln. Die Häuser auf dem Large del Castello sollen fürchterlich gelitten haben.

† Neapel, 17. Mai *). Der gestrige Tag ist ohne weitere Störung vorüber gegangen; die Truppen hatten noch immer die wichtigsten Plätze besetzt, starke Patrouillen durchziehen die Straßen, vor den Thoren der Stadt stehen Truppenabtheilungen, und die Eisenbahnzüge sind unterbrochen, weil man Zuzüge von Kalabresen befürchtet. Am Abende war die Stadt festlich beleuchtet — nun sage einer, daß wir nicht königlich gesinnt sind! Der vorgestrige Straßenkampf und die seste unerschrockene Haltung der Truppen hat freilich den hiesigen Malcontenti großen Respekt eingeflößt, und wenn sich die Provinzen, besonders Kalabrien, dem man allerdings nicht recht traut, ruhig halten, so darf man hoffen, daß dieser Kampf heilsame Folgen für die Ordnung und Ruhe der Stadt haben wird. (!) Fertlich läßt sich darüber noch wenig sagen, viel wird gemurmelt von Reaktionsversuchen, unterstützt von der französischen Flotte, die durch die in Bajä liegenden Schiffe verstärkt wurde. Wie sehr beklagen wir, daß die Regierung nicht früher mehr Energie zeigte und den Klagen des Mißtrauens und der Unzufriedenheit so groß wachsen ließ, bis selbst die äußersten Mittel sich unvermeidbar wurden; von Anfang an, gleich nach dem 29. Januar, wurde es nicht schwer gewesen sein, dem Verderben zu steuern, und die Opfer des 15. Mai wären erspart worden. Noch ist der Verlust an Menschenleben nicht ermittelt, es ist um so schwieriger, darüber genaue Angaben zu erhalten, da ein großer Theil der Nationalgarde, dessen Gewissen nicht ganz rein ist, sich versteckt hält. Die Truppen kämpften mit großer Erbitterung,

*) Ein früherer Brief unseres Korrespondenten, auf den sich der vorstehende bezieht, ist bis jetzt nicht an uns gelangt.

Digitized by Google

**Auszug aus einem Schreiben des F. Leiningen,**

datirt München, 18. Mai 1848 *).

Faßt man die schwierige große Aufgabe ins Auge, deren Lösung heute in Frankfurt den Anfang nehmen soll, erwägt man die vielfältigen Erörterungen, welche im deutschen Publikum hierüber bereits Statt gefunden, so drängt sich unwillkürlich die Betrachtung auf, daß man vorerst eine Majorgel als Grundlage der neuen deutschen Verfassung angenommen hat, deren Konsequenzen ein großer Theil der Nation nicht acceptiren mag, und welche die Regierungen, ohne Selbstvernichtung, nicht acceptiren können. Man hat sich nämlich von vornherein für eine vollständig ausgestattete Centralregierung erklärt, das heißt, für ein Parlament und hiermit unvermeidlich zusammenhängenden Minister und Chef. Es soll dieses Institut das deutsche Reich repräsentiren, das Centeum Europas, seine kräftigsten Völkerstämme, nahe an 50 Millionen Menschen! Diese Centralregierung wird soviel eine ungeheure kolossale Macht! demungeachtet soll und muß diese — ich möchte sagen — Hauptsache Behufs der Erhaltung einzelner Staaten, also wegen der Nebensache, in gewisse enge Grenzen gebannt werden. Wenn somit die erste Aufgabe der Konstituirung der neuen Ordnung der Dinge vollendet ist, so wird dieser gewaltige Riese verhältnißmäßig wenig Beschäftigung innerhalb jener Grenze finden, welche ihm nach obigen Vorbedingnissen angewiesen werden mußten. Mag immerhin der Chef und der Minister (nach dem baier. Projekt Direktorium und Reichsrath) sich dabei beruhigen, so wird dies sicherlich nicht der Fall mit dem Parlamente sein. Bedenke man nur, daß dieses der Souveränetät des Gesammtvolkes entwächst; bedenke man, welches Gefühl von Macht, Ansehen und Nationalstolz sich in der Brust der Männer regen muß, welche zu solch großer Aufgabe berufen sind.

Die Hauptsache wird daher nothwendig als ganz einfacher Ausfluß ihrer Selbstthätigkeit der Nebensache mehr und mehr Boden abgewinnen.

Wären die einzelnen deutschen Staaten alle kleine Länder oder Freistaaten, dann könnte die Operation ganz ruhig vor sich gehen. So sind darunter aber zwei europäische Großmächte, und eine dritte Macht, welche durch den kompakten Zusammenhang ihres Territoriums, und durch die starke Nationalität des größeren Theils ihrer Bevölkerung dermalen jenen völlig gleich steht. Ferner sind die Staaten von Fürsten regiert, deren traditionelles Recht keineswegs noch erloschen ist, und welche sich nothwendig gegen dieses Erlöschen wehren müssen.

Die Errichtung der deutschen Centralregierung und des deutschen Parlaments wird sonach alsbald einen grundgesetzmäßigen Kampf organisiren und das erste Resultat dieses Kampfes wird sein, daß die kleineren Staaten in sieben, fünf, drei, mehr oder weniger, wahrscheinlich nach den Hauptstämmen, zusammenschmelzen. Hartnäckiger wird der Kampf mit diesen werden; entweder kostet er der Centralregierung sammt Parlament, wenigstens letzterem, das Leben, oder die deutsche Universalmonarchie, oder Republik geht aus demselben hervor.

Auf einem Umwege werden wir alsdann da anlangen, wo die Siebenzehner anfangen wollten. Mit welchen Gefahren ist aber dieser Weg besäet? Er wird ein Wechsel von Stößen und Gegenstößen sein. Den Erfolg wird der Umstand entscheiden, daß die Idee der deutschen Einheit, der volksthümlichen Einheit, denn eine andere ist kaum mehr möglich, zu einer dringenden, unvermeidlichen Nothwendigkeit wird. Man ziehe nur in Betracht, daß jene nicht deutschen Völker, welche bisher theils deutschen Fürsten unterthan waren, theils dem alten System enge verbündet, jetzt dem jungen, sich selbst regierenden Deutschland feindlich gegenübertreten. Deutschland ist in der That schon jetzt von bitteren Feinden rings umlagert.

Die Einheit wird also voraussichtlich aus jedem Kampfe mit dem Partikularismus siegreich hervortreten und das Schlachtfeld sich jeweilig mit den Trümmern von Dynastien bedecken!

Gewännen während dem verlängerten Streit die demokratischen und republikanischen Elemente die Oberhand, dann stünde der gänzliche Ruin sämmtlicher regierenden Familien bevor. Wie dem aber auch sei, die stehenden Heere werden bei dieser Entwicklung eine oft entscheidende Rolle spielen, zumal, da deren sofortige Verschmelzung in ein Bundesheer den größten Schwierigkeiten begegnen, jedenfalls dahin hierüber die Epoche für unsere neu erworbenen Freiheiten eine sehr große sein wird.

Hat vielleicht den Siebenzehnern, unter welchen Dahlmann, der so tiefe Blicke in die politische Entwickelungsgeschichte Europas geworfen — eine solche Gestaltung der Dinge vorgeschwebt? — Sollten dieselben vielleicht den Weg zur Universalmonarchie auf eine wenigstens für den Bestand der Fürsten minder gefährliche Weise haben anbahnen wollen, indem sie gleich die erbliche Monarchie an die Spitze der Monarchen stellten? Durch das projektirte Oberhaus wäre bereits den Mediatisirten zweiter Auflage der Platz angewiesen. Sollten vielleicht auf diesem direkten Wege die Drangsale und Gefahren für unser Vaterland vermieden werden, welche auf dem langen Umwege drohen? Man betrachtet jetzt noch das Erlöschen der einzelnen Nationalitäten innerhalb Deutschlands, nebst ihren Regierungen und Institutionen, welche letztere sie wesentlich bedingen, als ein Unglück und einen Nachtheil.

Will man also den selbstständigen Fortbestand der Völkerstämme mit ihren angestammten Fürsten, dann organisirt man nicht einen Centralstaat, dessen nothwendige Consequenz die Vernichtung dessen sein muß, was man will. Geht daher die konstituirende Nationalversammlung in ihrer Mehrheit von dieser Ansicht aus, dann muß sie von dem vollständig ausgestatteten Centralstaate mit seinem Oberhaupte und Parlamente absehen. —

Dieser Zweck wird entsprechen, wenn — nachdem allen Deutschen gleiche Rechte, gleiche Freiheiten, wie in allen Staaten gleich freie Verfassung garantirt sind — eine einfache, in bestimmten Fällen selbstständige Bundesbehörde bestellt wird, welche sein darin die konstituirende Versammlung dieser Centralbehörde überwiesenen allgemein deutschen Angelegenheiten vollzöge. Ferner würde dann genügen, wenn gehörige Vorsorge für die Verantwortlichkeit jener Bundesbehörde der Nation gegenüber getroffen würde, und der Zusammentritt des Parlaments nur außerordentlicher Weise, oder doch in größern Intervallen Statt fände.

Es ist nicht meine Absicht, dies als Daseinige darzustellen, was geschehen sollte.

Ich sah meine Person habe seit Jahren nur einen Wunsch im Herzen getragen, nämlich jenen: ein einiges, mächtiges Deutschland entstehen zu sehen; oft auch bittern Schmerz, wenn ich — gewohnt, Englands nationale Nationalität in der Nähe zu beobachten, das Selbstbewußtsein eines jeden Engländers, einer solchen freien, mächtigen Nation angehören — mit dem Gefühle verglich, welches den Deutschen in Hinsicht auf unsere Zustände beschlich!

Ich werde alles Andere freudig begrüßen, was zu Deutschlands Wohl, Ruhm und Größe führt. Gerade deswegen wünsche ich aber sehnlichst, daß man das, was man wolle, auch recht wolle und nicht den Samen der Zwietracht, des Kampfes, der Unmöglichkeiten und des Todes von vorneherein in den Boden lege.

---

*) Wir theilen dies charakteristische Dokument als schneidenden Gegensatz zu einem in Nummer 137 gegebenen, das aus einer sehr ehrenwerthen diplomatischen Quelle stammte, mit, und denken auf bessere Aktenstücke zurückzukommen.

---

6 Aus Frankfurt, 24. Mai. Die Zeit drängt zur Begründung einer Einheit Deutschlands. Die natürlichste Form dieser Einheit wäre der einfache Staat in einer ganz Deutschland umfassenden konstitutionellen Monarchie. Der Schöpfung eines solchen einheitlichen Staates treten jedoch Hindernisse in den Weg. Um nach dem Möglichen zu greifen, soll hier ein Weg gezeigt werden, welcher sofort zu einem nicht geringen Grade einheitlichen Staatslebens führt, dabei eine naturgemäße Entwickelung zum völlig einheitlichen Staate offen hält und dieselbe dem Willen der Zukunft überläßt. Es ist dies ein Weg, der, wie kein anderer bis jetzt gezeigter, die bestehenden Verhältnisse schont und doch eine innigere Einheit schafft, als alle bis jetzt angegebenen. Der schmälerte Punkt in dyn bisherigen Vorschlägen zu einer Reichsverfassung war die Bestimmung des Staatsoberhauptes. Eine republikanische Centralgewalt wäre die Einleitung zur Republik; ein Turnus müßte jede Einheit der Regierungsweise und alle Größe und Macht der Nation ausschließen oder doch verkümmern. Bliebe hiernach nur noch die Einsetzung eines Kaisers übrig, so wäre derselbe ohne Hausmacht eine sehr schwache Centralgewalt, mit einer bedeutenden Hausmacht aber könnte möglicherweise (solches befürchten wenigstens die Aufrichtig-Aengstlichen) der Kaiser der Verfassung gefährlich werden. In Nachstehendem wird deßhalb vorgeschlagen: „einen Fürsten mit starker Hausmacht zum Kaiser zu erheben, ihm aber das Aufgeben seiner Hausmacht und die Verwandlung derselben in eine Reichsmacht anzuerzegen." Nach diesem Vorschlag soll Deutschland ein Reich bilden, bestehend aus unmittelbarem Reichsland und aus mittelbarem. Das unmittelbare Reichsland wird, vorbehaltlich seiner

Digitized by Google

Vermehrung, dargestellt durch die frühern Stammlande des Kaisers, die übrigen bisherigen Bundesstaaten bilden die mittelbaren Reichsländer. Im ganzen Reich übt der Kaiser, durch das Reichsministerium und das Reichsparlament, die im Verfassungsentwurf der Siebzehner der Bundescentralgewalt zugewiesenen Befugnisse. Was die, nach Abzug dieser Befugnisse, übrig verbleibenden Theile der Regierungsgewalt anlangt, so werden dieselben A. im unmittelbaren Reichsland ebenfalls vom Kaiser durch Reichsministerium und Reichsparlament, B. im mittelbaren Reichsland von den dort herrschenden Dynastien durch ihre Regierungen, resp. durch die Repräsentantenkörper jener Länder, ausgeübt. Diese Einrichtung begründet: 1) eine wirkliche Einheit. Denn sie schafft Organe, mittelst deren der Wille des gesammten Deutschlands zum Ausdruck und zur praktischen Geltung kommt. Sie gewährt in Wahrheit ein einheitliches Staatsleben, und zwar a) ein vollständiges den Einzelstaaten gegenüber, b) im Innern gewährt sie dies wenigstens in allen denjenigen Punkten, in denen ein einheitliches Zusammenwirken unerläßlich ist. Diese Einrichtung trägt 2) den auf eine angebliche Stammesverschiedenheit sich stützenden Ansprüchen auf ein individuelles Leben einzelner Staaten so weit als möglich, d. h. bis zu dem Punkte Rechnung, über welchen hinaus man nicht nachgeben kann, wenn man nicht die Einheit aufgeben will. 3) Diese Einrichtung läßt die Entwickelung der Zukunft frei. Hat das individuelle Leben der Einzelstaaten wirklich eine so große Berechtigung, als Viele behaupten, so wird sich dasselbe erhalten, im Falle des Gegentheils werden die Einzelstaaten ohne Erschütterung und auf dem Wege einer Fortbildung in den einheitlichen Staate aufgehen. Welches der Stand sein mag, der bestimmt ist, den Kern und Mittelpunkt zur wirklichen deutschen Einheit abzugeben, kann kaum zweifelhaft sein. Preußen erscheint hierzu berufen, sowohl durch die große Zahl seiner deutschen Bevölkerung, als durch die für den fraglichen Zweck günstige Lage seines weit ausgedehnten Gebiets und durch seine geschichtlichen Erinnerungen. Die Abneigung gegen die Personen des Königs und gegen das preußische Beamtenthum kann gegen diese Vortheile nicht in Betracht kommen. Bei einer Verwaltung der gegenwärtig preußischen Lande (künftigen unmittelbaren Reichslande) von Frankfurt aus, und durch Reichsministerium und Reichsparlament würde das spezifische Preußenthum binnen kürzester Frist verschwinden und rein deutscher Sinn allenthalben durchbrechen. Die Möglichkeit der Ausführung dieses Plans hängt nur davon ab, wie ernstlich die Nation den Einheit will. Daß die Regierungen zu Wien, Hannover, München und anderwärts, ja selbst nur eine irgend wesentliche Beschränkung ihrer Souveränetät durch eine starke Centralgewalt nicht wollen, mag wahr sein, allein hieraus kommt gegenwärtig viel weniger an, als auf den Willen der Völker. Die größte Schwierigkeit erregt augenblicklich Oesterreich. Will seine Regierung den österreichischen Gesammtstaat aufrecht erhalten, so wird sie zur Unterordnung ihrer deutschen Provinzen unter ein Reichsregiment, ja vielleicht selbst zu irgend einem festen Einschluß in Deutschland wenig Neigung haben. Auch die Bevölkerungen selbst werden starke Abneigungen gegen eine solche Unterordnung haben, und namentlich möchte es sehr schwer sein, ihnen begreiflich zu machen, daß sie sich nicht Preußen, sondern dem Reich unterordnen. Allein man könnte der deutschen Bevölkerung Oesterreichs nachweisen, daß sie als Deutsche vorherrschen oder untergehen müssen, wenn sie von Deutschland getrennt werden, und auf diesen Nachweis hin kann man ihnen mit gutem Gewissen die Alternative stellen: „entweder mit den bisherigen Bundesländern unter einem Erzherzoge oder mehreren, als Könige von Böhmen u. s. w. dem Reiche als mittelbares Reichsland beizutreten, oder aber außer dem Verbande zu bleiben.“ Der letztere Entschluß wäre tief zu beklagen, aber die Trennung würde nur vorübergehend sein. Der nachsende Einfluß der in Oesterreich sich gestaltenden deutschen Partei, überhaupt die Macht der Verhältnisse würden die deutschen Provinzen Oesterreichs doch zu Deutschland zurückführen. Sollte man daher aller Mühe ungeachtet (denn diese wäre in jeder Weise anzuwenden) dermalen das deutsche Oesterreich nicht zum Reiche ziehen können, so wird es für uns sowohl, als für Oesterreich besser sein, daß wir 32 Millionen Deutsche und um den preußischen Kern herum gut organisirten, und dem deutschen Oesterreich den Zutritt offen halten, als daß wir mit 7 Millionen Deutschen und einer Mehrzahl an Slaven einen schleiterichen, ungenügenden Verband fortführen und dadurch noch ferner zu einem nutzlosen, elenden Volksleiden gezwungen bleiben. Was die übrigen Regierungen, außer der österreichischen, anlangt, so möchte von allen deutschen Regierungen die hannöversche den geringsten Halt im eigenen Lande haben, und wenn sonst Deutschland will, so wird sie die vorgeschlagene Einigung nicht aufhalten. Auch Baierns Regierung wird hierzu wohl den Willen, aber nicht die Kraft haben. Denn die durch Napoleon Altbaiern geschenkten deutschen Länder sind nie spezifisch baierisch geworden, Altbaiern allein aber könnte, Falls es überhaupt will, auf die Dauer nicht zurückbleiben. Alles kommt darauf an, ob der deutsche Sinn kräftig genug ist, ein Vaterland in der That und nicht bloß in Worten zu verlangen, und deßhalb die Versuchungen abzulehnen, welche die separatistischen Tendenzen ihm von vielen Seiten bieten werden. Zunächst liegt die Sache in der Hand des verfassungsgebenden Staatstages, der um des Vaterlandes willen seine Stellung nicht unabhängig genug und nicht hoch genug nehmen kann. Spricht der Rechtstag nach den genügenden Vorbereitungen für ein Vorschlag sich aus, so wird wohl sein Beschluß ausgeführt werden und der Weg in eine große Zukunft aufgeschlossen sein.

## Schweiz.

† Zürich, 23. Mai. Mit großer Freude kann ich Ihnen berichten, daß die Deutschenfresserei, die eine Zeitlang wirklich fanatisch und herzbetrübend auf unsere Presse wirkte, mehreren Erscheinungen nach ihr Apogäum erreicht hat, und endlich einer vernünftigeren Betrachtungsweise Raum geben dürfte. Thatsächlichen, wie ich sie in meinem letzten Briefe zu melden hatte, sind nicht wieder vorgekommen, und selbst die „N. Zürcher Zeitung“, die sich so bereitwillig zum Organ aller gehässigen antideutschen Leidenschaften aufwarf, ist ein Wenig stiller geworden, nicht jedoch, ohne dem gepreßten Herzen vorher noch Luft zu machen. Von Stuttgart läßt sie sich von einem „wackren Schweizer“, der wahrscheinlich von seinen Renten (auf solche Bemerkungen kämen Sie schwerlich, hier wird sie ein Jeder natürlich finden) „seit Jahren einsam und freudlos in einem Lande lebt, wo der Fremde meistens verachtet ist“, berichten, wie obskur und finster es dort aussieht; ja, es sei — hinc illae lacrimae — „gegen alle schweizerischen und französischen Fabrikate und Produkte Protestation angekündigt, und gegen ihre Inhaber Mehmgerichte angefagt.“ Solche und ähnliche Albernheiten werden nun von dem größten Theile der zürcherischen Bevölkerung, für welche die „N. Z. Z.“ die einzige Quelle der auswärtigen Politik, auf's Wort geglaubt; Widerlegungen werden nicht angenommen oder etwa von dem toleranten und industriösen Verleger unter die bezahlten Inserate verwiesen. Endlich erfahlen der letzte Stoßseufzer, und zwar im Gewande einer „Korrespondenz aus Bern“; wenn dieselbe nicht aus dem Bureau der „N. Z. Z.“ selber kommt, so wüßte ich Niemanden, der auf die Ehre der Unterschrift größern Anspruch machen könnte, als Herr Blösch von Berber, der Verfasser der ergötzlichen Briefe des schweiz. Nationalvereines zu Bern, von denen die „N. Z. Z.“ kürzlich einige Proben mittheilte. In jener Korresp. heißt es unter Anderm: „der deutsche Bauernstand wird dem Untergang entgegengeführt, weil man ihm den Lostauf von den Feudallasten auflegt“; stehendes Heer und Flotte eine „Absurdität“; „Fünfjährgerauschaufs nach positiven Gesetzen ebenso hochverrätherisch als die republikanische Schilderhebung“; „Preßfreiheit in Baden unterdrückt“; „offene Politik der alten asiatischen Despoten, schutzlose Politik Deutschlands, stutzwürdige Ditte,“ bestand — nicht bloß der Oesterreicher als „Tedeteo“ in Italien verabscheut; „in Posen wird die Germanisirung mit Strömen von Blut abgewaschen“ (eine hübsche Variante zu dem von den Priestern angerathenen „Russschneiden“) u. s. w. Da haben Sie eine kleine Blumenlese von Ausdrücken, die hier weder für absurd noch für anstößig gelten. Doch nein! Diese Sprache muß allerdings einigen Anstoß erregt haben; wir schließen es daraus, daß dritte Angriffe seither nicht wiederholt wurden. Zwar schreibt die „N. Z. Z.“ noch von Basel, „es sei dort leider ein Deutscher viel geachteter als jeder Schweizer; denn — an der dortigen Universität befände sich unter 14 — 16 deutschen Professoren und Privatdocenten kein einziger nichtbaierischer Schweizer.“ Aber das sind Kleinigkeiten, die wir nicht urgiren wollen. Spaßhaft ist das Auskunftsmittel, das die „N. Z. Z.“ ersonnen, um sich für die frühere Angriffsweise schadlos zu halten: sie macht tagtäglich die schwülstigsten, übertriebensten Lobeserhebungen auf Frankreich und die „größte Nation“ (die „große“ genügt ihr nicht mehr), und ist einfältig genug, zu glauben, sie thue damit den Deutschen einen Hauptverdruß an. — Entsetzlich war der tugendhafte Zorn der schweiz. Presse über das badische Auslieferungsbegehren; auch wir halten dasselbe für sehr überflüssig und unangemessen; eine Schande aber dermöchten wir nur in der Bewilligung, nicht in dem Begehren zu erblicken. Wie übrigens auch hier wieder Alles Heuchelei war, ergibt sich daraus, daß das radikale Aargau früher unangefochten Auslieferungsbegehren politischer Verbrecher an Luzern stellen konnte. — Was endlich die Reaktion in Deutschland anbelangt, die nach den schweiz. Blättern unumschränkt wieder daselbst herrscht, so vergleichen Sie gefälligst das allerneueste

Digitized by Google

Freiburger Amnestiedekret, über welches Ihnen Ihre Berner Korrespondenten wahrscheinlich schon berichtet haben, mit den s. g. reaktionären Machregeln in Deutschland, und Sie werden Gott danken, daß eine Freiburgische Amnestie in Baden zu den Unmöglichkeiten gehören würde. Möge die badische Amnestie nicht lange auf sich warten lassen. — Da endlich die „N. Z. Z." ihren Lesern vorlügt (sie muß das Gegentheil wissen!), daß die französische Presse einstimmig ihrer Ansicht über die „deutsche Politik und Reaktion" sei, so erlauben Sie mir, darauf aufmerksam zu machen, daß eine ähnliche Sprache nur von den Blättern der Partei geführt wird, die am 15. dieses für einen Moment die Nationalversammlung sprengte und schon mit einer prov. Regierung, in Verrüschaft war; daß dagegen die Sprache des Hauptorganes der gegenwärtig herrschenden Partei, des „National", so wohlwollend und anerkennend für Deutschland, namentlich auch in Beziehung auf Polen, ist, wie es die Deutschen nur wünschen können. Ich würde die Worte desselben anführen, wenn es nicht wie Selbstlob aussähe, und ich will es nicht machen, wie jener „gebildete" Schweizer, den ich vor ein paar Abenden anrief:an hörte: „ja! die Franzosen sind gehnmal mehr als wir; aber wir sind hundertmal mehr als die Deutschen!"

## Großbritannien.

Während der letzten Nächten mache sich die Dubliner Klubisten das bis jetzt unschuldige Vergnügen, einen Art Gänsemarsch nach dem Gefängniß zu halten, wo Herr Mitchell gefangen sitzt, und diesem ein dreimaliges Hoch zu bringen. Bei einem solchen Zuge wurden am 19. mehrere daran Theilnehmende verhaftet, jedoch gegen Stellung von Bürgen wieder freigelassen. Es sollte eine Volksversammlung gehalten werden, um diese „Verletzung der öffentlichen Freiheit", welche sich die Polizei erlaubt, in Betracht zu ziehen.

## Frankreich.

Paris, 23. Mai. Wir haben die Briefe des Prinzen von Joinville bereits erwähnt, welche die „Presse" veröffentlicht hat und die unter der republikanischen Maske so großen Lärm verursacht haben. Diese Briefe sind mit Berechnung veröffentlicht, vielleicht mit Berechnung geschrieben worden. Der Prinz, auf den die monarchische Partei in Frankreich unverkennbar ihre Hoffnungen gesetzt hat, schüttet in Briefen an einen vertrauten Freund seine ganze Gesinnung aus; er mißbilligt die Politik des Vaters, er scheidet von dem französischen Boden mit dem einzigen Bedauern, der französischen Sache nicht fernerhin zu können, er legt alle Prätendentenhoffnungen und Ansprüche ab, nimmt an dem Schicksal der jungen Republik den innigsten Antheil und hat keinen lebhafteren Wunsch, als daß eine Regierung „stark genug sein möge, ihn als einfachen Bürger zurückverufen zu können." „Der französische Courier", schreibt er am 25. Februar aus Afrika, „störe in der Regel mein Glück und flöße mir Besorgniß ein für diejenigen, welche mir theurer sind; denn nicht um meinetwillen beunruhigt mich der Gedanke einer Revolution in Frankreich. Mein ganzer Ehrgeiz ist abgestorben, seit ich die Mittel ergründet habe, die man anwenden muß, um in dieser Welt zu glänzen. Ich würde an den Ufern der Jlinois mit derselben Gemüthsruhe leben, wie zu Neuilly oder St. Cloud." Und am 8. April schreibt er von Clairemont: „Ich hatte einen Augenblick den Gedanken zur Zeit der Versammlung nach Brest zu gehen und mich mit Frau und Kindern dort niederzulassen. Was halten Sie davon? Ich denke, wenn ich zu Brest als schlichter Bürger wohne, werde ich Niemanden beunruhigen." Dann denkt er seinen Aufenthalt zu Rom, ein andermal zu Rotterdam zu suchen, verbirgt aber nirgends den Wunsch, „nach Frankreich zurückzukehren, unter eine Regierung", die stark genug wäre, ihn zu dulden". — „Da ist der Frühling, schreibt er am 14. April, „mit seinem Grün, seinen Blumen, seinem lieblichen Antlitz. Ach, für uns lächelt nichts mehr in diesem Jahre. Familie, Vaterland, aller Traum von Größe und Ruhm, Alles ist zerstört. Wohin gehen wir, was wird aus uns? ich weiß es nicht; aber unmöglich kann das so dauern. Bis zur Versammlung ist es Waffenstillstand; ist sie beisammen, dann muß sie sich kräftig bemühen, das Land aus den inneren Gefahren zu befreien und die große und schöne Wendung zu benützen, welche die Zwietracht auswärts uns bietet. Ist die Versammlung nicht frei, so muß man sie frei machen; es ist kein Patriotismus, sich zu bringen — so hat man die Monarchie untergehen lassen. Indem man sich fortwährend einschüchtern läßt, statt die Begründung einer guten Regierung zu unterstützen, wird man das Land dem Versalle preisgeben". — Er weiß den Gedanken von sich weg, die Fahne des Aufruhrs aufzupflanzen und eine Prätendentenrolle zu spielen. „Die guten Leute, sagt er, wissen nicht, was für ein Unglück sie hervorrufen könnten. Wenn die Zusammensetzung der Versammlung gut, ist dann muß man sie vor der brutalen Gewalt schützen; das wird aber unter dem Ruf: es lebe die Republik! geschehen. Man muß so schnell wie möglich Alles feststellen, was möglich ist, um das Land zu retten, man muß ihm gestatten, in den Begebenheiten Europa's die gebietende Stellung einzunehmen, die ihm gebührt". Seinen Zorn über das System Leden Rollins, über die Tyrannei, welche Klubs und Brauerien zu üben suchen, verbirgt der Prinz nicht; mit Mitleid und Verachtung spricht er sich in einem Briefe vom 21. April über die provisorische Regierung aus und sagt eine „nahe Krisis" voraus. Von der Versammlung hofft er mehr; die Wahlen gehen ihm die Ueberzeugung, daß das allgemeine Stimmrecht gut und sowohl der Ordnung als dem Eigenthum günstig ist. „Die Versammlung", schreibt er am 5. Mai, „ist republikanisch und gemäßigt; sie wird populär sein wollen, sie wird fortgerissen werden, der Masse, welche sie eines reaktionären Geistes anklagt, ein Pfand geben zu müssen; wir werden das erste Opfer sein. Dann wird es sich darum handeln, zu zeigen, ob sie sich von dem Sturme der Unordnung fortreißen läßt. Sucht sie die Bewegung anzuhalten, so wird es in Paris einen Kampf geben. Wenn die Regierung, die Nationalgarden, die Truppen in Paris geschlagen sind, wenn man die Versammlung gesprengt oder eingeschüchtert hat, dann werden wir Saturnalien in ganz Frankreich erleben. Am besten wird man in diesem Falle eine Stadt wie Amiens, Bourges oder Alençon wählen, und dort die Versammlung, die Truppen und die Nationalgarde vereinigen. Man wird dort frei beschließen und dann auf Paris marschiren. Aber leider wird die Regierung, die man errichten wird, eine Blutthat empfangen; nur mit der Vertilgung der Feinde wird man sich selber das Leben sichern." Immer noch hofft der Prinz, daß ihm Frankreich geöffnet und vergönnt werden wird, für dasselbe zu leben und zu sterben. Er glaubt, die Versammlung trotz ihrer stürmischen und ungeordneten Anfänge werde sich gestalten; eine Autorität, die auf das allgemeine Stimmrecht sich stütze, könne stark sein, wenn sie die Befugnisse begreife; habe doch die alte Regierung trotz ihrer Fehler 17 Jahre gedauert, es sei daher nicht so schwer, in Frankreich zu regieren. „Ob die Republik eingerichtet, so wird man uns den Titel und die Eigenschaft französischer Bürger nicht verweigern."

Nach diesen Stellen wird man sich selber sagen, ob der Abdruck der Briefe zufällig war. Die in diesem Augenblick beantragte Verbannung der Dynastie ist die Antwort auf die Veröffentlichung der Briefe des Prätendenten.

Paris, 24. Mai. Sitzung der Nationalversammlung. Nach Vorlage mehrerer Petitionen und Vorschläge liest der Präsident drei Protestationen gegen das Dekret vor, das die Familie Orleans aus Frankreich verbannt, sie sind unterzeichnet: Heinrich von Orleans, Franz von Orleans, Ludwig von Orleans. Diese Protestationen werden stillschweigend angehört und ohne Opposition der betreffenden Kommission überwiesen. Herr Waldek Rousseau erstattet Bericht über die Arbeitsfrage, verlangt eine Untersuchung und legt einen Gesetzesvorschlag zur Prüfung vor. Herr Leon Faucher verlangt, daß die Versammlung sogleich zehn Millionen zum Ausbau der Eisenbahnen von Straßburg und Chartres votire, um daselbst alle müßigen Hände zu verwenden und alle Arbeiter, die nicht aus Paris zu Hause seien mit Marschroutenen in ihre Gemeinden zurückzuschicken. Dieser Vorschlag wird sehr beifällig aufgenommen und dem Arbeitskomite zugewiesen. Hr. Dornes, Berichterstatter über das Gesetz die Verbannung Louis Philipps und seiner Familie betreffend, hat das Wort. — Er trägt im Namen der Kommission auf die unbedingte Annahme an. Auf das Verlangen der Versammlung wird die Diskussion auf morgen vertagt.

Emmanuel Arago, zum Gesandten in Berlin ernannt, bittet um einen Urlaub — wird bewilligt. Der Berichterstatter des Komites des Auswärtigen legt die Fassung der Tagesordnung für den Beschluß der gestrigen Debatte über Polen und Italien vor. Derselbe lautet: „Die Nationalversammlung ersucht die Exekutivkommission, ihre Politik auch ferner mit den Wünschen und Interessen Frankreichs harmonirend fortzusetzen und folgende Grundsätze zur Basis zu nehmen: Brüderlicher Bund mit Deutschland! — Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Polens! — Befreiung Italiens." Diese motivirte Tagesordnung wird mit Einstimmigkeit angenommen und somit die Debatte über die auswärtige Politik abgeschlossen. Mit diesem Votum hat die Politik Lamartines noch entschiedener gesiegt, als am 15. Mai; auf die Stimmen der Parteien werden wir zurückkommen.

Digitized by Google

## Italien.

* Rom, 16. Mai. Das Schmollen Pius IX. beruht nicht bloß auf Empfindlichkeit und vorübergehender Verstimmung, sondern es bereiten sich weit ernstere Spaltungen vor. Den Minister, welchen man ihm für die auswärtigen Angelegenheiten des Cäsutismus gesetzt hat, erkennt er keineswegs in dieser seiner offiziellen Stellung an, sondern behauptet, er sei zu dessen Annahme gezwungen worden, und diese habe daher keine Geltung, denn sie sei konstitutionswidrig. Auf ein Geschäftsgespräch läßt er sich daher mit demselben gar nicht ein, wogegen er ihn persönlich allezeit recht freundlich aufnimmt, so oft er bei ihm zur Audienz erscheint. Sie begreifen, daß diese Lage der Dinge nothwendig in einen Bruch mit der patriotischen Partei enden muß, der unter Umständen die allerernstesten Folgen haben kann. — Monsign. Corboli ist seit drei Tagen auf dem Heldlager Carl Albert's zurückgekehrt. Das Resultat seiner Mission ist, so wie diese selbst, ein tiefes, diesmal in der That undurchdringbares Geheimniß. Eine Aeußerung von ihm hat man aufgefangen, welcher zufolge Pius IX. ihn kompromittirt habe und es scheint, daß das unerwartete Erscheinen der Allokution auf die Beschleunigung seiner Rückkehr einen wesentlichen Einfluß geübt habe.

## Griechenland.

* Athen, 14. Mai. In der Berzweiflung verirrt sich das Ministerium aus seiner ursprünglichen Bahn der Mäßigung in die der Kolletis'schen Nervenkämpfe. Es hat im Rathe beschlossen, als letztes Aushilfsmittel den Türkenhaß, den Fanatismus und den Abscheu des griechischen Volkes vor der Republik, die zuletzt hier Anarchie, Raub und Mord im Gefolge hatte, gegen die Opposition zu benützen. Daher die Behauptung, die Aufständischen seien mit den Türken gegen den Glauben und die Monarchie im Bunde. Eine Schaar feiler Preßsoldner, die nie Pulver gerochen und auch keinen Beruf dazu fühlen, die Schmeichler jeder Regierung und die warmen Freunde desjenigen Vaterlandes, welches ihnen Besoldung und Vortheile gibt, hetzen zum Vertilgungskampf in den Provinzen, zu sicilianischer Vesper in der Hauptstadt. Nach ihnen ist das Ministerium der Thron, das kleine Häuflein der Befriedigten die Nation. England und die Türkei hätten sich vereinigt, Griechenland unter sich zu theilen; Morea und Kandien sollten zu den jonischen Inseln geschlagen werden, Rumelien unter die Pforte zurückkehren. Die Oppositionspresse hat mit der ministeriellen die Rollen vertauscht. Die erste beruhigt, die zweite sucht Furcht und Schrecken zu verbreiten. Die erste bringt Rendi's Proklamation, die von Ehrfurcht vor dem Monarchen überfließt, nach der zweiten hätte Rendis die Republik ausgerufen. Nach der ersten hat kein Türke den griechischen Boden betreten, sind die Gefahren der Aufständischen Christen aus Thessalien und Epirus, wird amtlich gespündert und gesengt selbst für die Lebensmittel bezahlt und ist die Behandlung der Einwohner so gut, daß sie sich überall den Aufständischen anschließen. Nach der zweiten hätten die Türken in Phthiotis schon zwei Kirchen entweiht, den Heiligendildern die Augen ausgeschossen, Dörfer geplündert und verbrannt, die zurückgebliebenen Greise ermordet, auch Weiber geschändet und an zwei Jungfrauen ihre viehischen Triebe befriedigt, bis die Armen an Hämorragie gestorben. Diese neue Politik des Ministeriums und das echt Kolletis'sche — nur nicht so feine — Lügengewebe seiner Presse wußte einen Rückschlag von Seite der Stellvertreter der Pforte und Englands hervorzurufen. Hr. Musturus begehrte Erklärung und rebete dem Minister des Aeußern die Antwort: er habe im Ministerrathe gegen die Verkündung geratben, habe aber, da er in Minderheit geblieben, mit unterzeichnen müssen. Eine kostbare Ausflucht, aber ein schlechter Trost für den ringe Tage später Gemeuchelmordeten, der seine Gefahr und Schmerzen um so mehr zum Theil dieser Verkündung zuschreibt, als sein Mörder im Verhör sich einer verdienstlichen That rühmt, und obgleich Raja und Diener der türkischen Gesandtschaft, nicht ausgeliefert wird. Sie Ehm. Lyons, der zornmüthige, aufbrausende Seemann, ist noch weiter gegangen. Er hat im Zimmer des sodern Verwundeten vor vielen Zeugen geradezu den Vorwurf herausgeschäumt: Die griechische Regierung will mich, Musturus und Maurokordatos ermorden; da ist der Anfang: Ihr seid eine Nation von Böswichtern, une nation de scelérats; und seine Depesche ist sicher im selben Sinne geschrieben. Die Ministerleichen rächen sich jetzt dafür, indem sie aussprengen, Sir Edm. Lyons sei aus Jogrimm über die Verdrängung des englischen Einflusses aus dem Divan toll geworden. Unterdessen ist der Stand des Bürgerkrieges nach den amtlichen Veröffentlichungen folgender: General Mamuris ist in Lamia durch Belenas eingeschlossen. Kontojannis hat Patrasckik und Salonios die Thermopylen besetzt. Pappakosta hat General Gardikiotis Grivas so lange bei Livadien hingehalten, bis dies geschehen war. Ueber ein Gefecht, das der Regen abbrach, schreibt Gardikiotis: Sie sind entflohen, sonst würde ich es ihnen gemacht haben wie in Euböa (sic)! Jetzt sind ihm beide Heerstraßen gesperrt, General Mamuris zu Hilfe zu ziehen, wie er Befehl hat. In Salona, wo Pappakosta die Behörden geändert hatte, ist das Ministerium wieder Meister geworden durch die Ankunft von 300 Gendarmen, die Major Tzinos von Korinth herüberbrachte. Pappakosta dagegen steht auf dem Parnaß bei Arachova mit angeblich 200 Mann und Tartazikis in Livadrisi mit angeblich 300, so daß die Truppen der Regierung aus Salona nicht heraus können. In Lepanto beschligt Oberst Pharmakis, der durch die Amnestie aus dem Gefängnisse befreit wurde, die Truppen der Regierung. Ein Versuch des Major Boyaris, die Citadelle von Lepanto zu nehmen, ist mißlungen. In Akarnanien haben sich die Räuber gesammelt, aber noch kein Haupt gewählt. Mit Theodor Grivas ist die Regierung in Unterhandlung getreten, die zu rühren sein Schwiegersohn vor vier Tagen abgereist ist. Vor drei Tagen ist von hier ein Grenzbataillon nach Theben und gestern Abend die letzte Grenzkompagnie mit 300 Mainotten an Bord eines lopdiden Dampfbootes nach Atalanti abgegangen. Bendis wollte sich Akrokorinths bemächtigen; sein Plan wurde rechtzeitig entdeckt. Er ist nicht gefangen, sondern hatte noch Zeit mit 15 Gefährten zu entkommen. In Kalamata ist Perotis mit angeblich 200 Mann eingefallen und hat sich, nachdem er die Behörden geändert und die Archive verbrannt, gegen Kyparissia gewendet. Die Regierung hat 2000 Mann unter dem Kriegsobersten Mauromichalis, ohne die von General Genäos Kolokotronis anzuwerbenden, gegen ihn aufgeboten. Mit 300 Mainotten, Klienten der Mauromichalis, waren zur Wache des Palastes und der Hauptstadt bestimmt. Die Zeitungen, die der Regierung bewaffnete Macht vor den Thoren räuberischen Mächten, die bösst unzufrieden und demoralisirt ihrer neuen Bestimmung entgegengehen. Gestern Abend verkündete die Regierung durch Maueranschlag, daß in Konstantinopel das Ministerium in russischem Sinne geändert sei, und daß Hr. Persiani die russischen Konsuln in Griechenland vom Willen seines Gebieters in Kenntniß setze: Der griechische Thron müsse feststehen und die Griechen sich ruhig verhalten, wo nicht, sei der Verlust aller Früchte des Befreiungskampfes zu erwarten. Diese Drohung hat keinen guten Eindruck gemacht. Als später sich die Nachricht verbreitete — welche, wir hoffen, noch sehr der Bestätigung bedarf — daß auf Befehl des Generals Mamuris der Pascha von Larissa die griechischen Grenzkasernen besetzt habe, war die Entrüstung so groß, daß die Patrouillen verdoppelt werden mußten. Nachdem die Minister, welche nur ein Uebergangsministerium zu bilden bestimmt schienen, durch den Bürgerkrieg eine traurige Berühmtheit erwerben, wird ihre Kennzeichnung Pflicht. Georg Konduriotis, der Präsident, verdankt den Namen seinem Bruder Lazarus, der unter der Monarchie beharrlich alle Ehren- und Staatsämter ausschlug, weil man seinen unglücklichen Landsleuten die Gerechtigkeit versagte. Befriedigte Eitelkeit dagegen war stets die Brille, durch welche Georg die Lage Hydra's und des Gesammtvaterlandes in milderem Lichte erblickte. Jetzt ist er altersschwach. Des Finanzministers Christakopulos Fähigkeiten erreichen bei Weitem nicht das Mittelmaß. Die Vermögensumstände des Kriegsministers Rhodios, eines gebildeten Militärs, dessen soldatischer Name einen guten Klang hat, sind so drillos zerrüttet, daß er aus Noth seine politische Meinung opfert. Der Minister des Aeußern, des Kultus und öffentlichen Unterrichts, Drosa Manfolas, hat sind den Scherz des Satyrikers Alex. Lonyo, der das Septemberministerium einen einer Menagerie und Manfolas mit einem homerischen Bergvolk verglich — so übelgenommen, daß der naiveste Dichter in die Verbannung wandern mußte. Den ursprünglichen Minister des Kultus und öffentlichen Unterrichts, Mauromichalis, hat man fallen lassen, weil seine Ansprüche auf das Kriegsministerium seinen eigenen Verwandten ungerimt erschienen. Der Minister des Innern und der Justiz, durch mittelmäßige Fähigkeit und besonders als Schwager der Mauromichalis die Hauptperson, hat so widrige Vorgänge, daß die mildeste Andeutung derselben, wie die eines Processes wegen Konkussion und Fälschung, mit Widerstreben der Feder entfließt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Boyd, 79 Newgatestreet in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Amerikanische Länder werden man sich an H. L. Alexander in Carlsruhe Nr. 39 Quarrg., Portofrei Nr. 39 Rue Neuve des Bons Enfants.

# Deutsche Zeitung.

Die Quartalpränumeration beträgt drei Gulden. Der Preis beträgt 36 Kreuzer. Der Preis beträgt 36 Kreuzer. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2. 30 kr. Für Ausländer wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Ngr.) berechnet.

№ 149. Heidelberg, Montag 29. Mai. 1848.

## Uebersicht.

Deutschland in Frankfurt und Deutschland in Schleswig-Holstein. — Wien (Ministerielle Abordnungen aus Wien und Pesth an den Kaiser. Pfäffische Politik. Reaktion in den Provinzen. Ungarische Sendung an den Kaiser). Prag (die Wahl angeordnet). Innsbruck (Manifest des Kaisers. Sonderbündelei und Cretinismus beisammen. Demutationen). Berlin (Rückblick auf die Parteimänder. Der politische Jesuitismus. Eine Probe der Berliner Volksbearbeitung). Rheinbaiern (die Kniebeugungsfrage). Dresden (aus der Thronrede des Königs) Hannover (das Einkammersystem verworfen). Aus Baden (ein Vorschlag zur deutschen Flotte). Karlsruhe (Radowitz). Heidelberg (Milch). Mannheim (Parlamentswahl. Zur Charakteristik der anarchischen Partei). Mainz (Eine Probe patriotischer Gesinnung). Luxemburg (Konflikte zwischen den Bundestruppen und den holländ. Officieren). Koburg (Widerlegung eines falschen Gerüchts). Schleswig (Protest dänischer Schleswiger gegen die Theilung des Landes. Drohung der Jütländer sich der provisorischen Regierung zu unterwerfen). Lübeck (Truppen nach Schleswig). Frankfurt (die Nationalversammlung).

**Dänemark.** Kopenhagen. Dänische Lehren.

**Schweden.** Stockholm. Ausgedehnte Rüstungen.

**Großbritannien.** London. Morning Chronicle und Times über Deutschland. Ein Reformmeeting in Marylebone. Die irische Revolution und die englische Reaktion. Parlamentsverhandlungen. Erklärung Palmerstons über die Abreise des Sir H. Bulwer.

**Frankreich.** Paris. Stimmen der Presse über die Lamartinesche Rede. Die Verbannung der Dynastie Orleans. Ein Amendement zu dem Detret. Ein Pius-Verein in Deutschland. Verhandlungen der Nationalversammlung. Der Prozeß vom 15. Mai.

**Italien.** Die blutigen Auftritte in Neapel.

**Oesterreichische Monarchie.** Pesth. Die Zustände von Banat.

---

### Heidelberg, 28. Mai.

Die deutsche Einheit ist jetzt in Frankfurt im Werden. Wir haben geglaubt, in Schleswig-Holstein sei schon faktisch und handelnd da, und wir freuten uns deß. Dem Philosophen, welcher die Unmöglichkeit des Gehens beweiset, ist kein anderes Argument entgegenzusetzen, als daß man ihm vor den Augen herumgehe. Werden wir dies Argument denjenigen entgegenstellen, welche die Möglichkeit deutscher Einheit bezweifeln?

Es klingt fast ferverhaft, diese Frage heut auszusprechen, wo der Reichstag in Frankfurt versammelt ist, um diese Einheit ins Werk zu setzen. Aber es wird Niemanden befremden, der seine Blicke von Frankfurt weg nach den nördlichen Küsten Deutschlands richtet. Da wird man wahrlich eher versucht, an eine zunächst bevorstehende skandinavische Einheit zu glauben, als an eine germanische. Von dem fortdauernden, durch keine Niederlage entmuthigten Enthusiasmus der dänischen Bevölkerung ist es beschämend zu reden. Aber da trat sich auch im stillen Norwegen eine alte Sympathie für Dänemark; da steht ein schwedisches Truppenkorps bereit, nach Fünen überzusetzen — wenn es nicht schon dort ist — um die dänischen Inseln gegen die Deutschen zu vertheidigen, gegen welche der Belt schon nicht mehr als genügende Schutzwehr erschient, und dadurch den Dänen für erneute Operationen gegen das Festland Luft und freie Hand zu schaffen — vielleicht sie auch darin zu unterstützen. Das besiegte Dänemark führt eine Sprache und stellt Bedingungen, wie sie dem Sieger geziemen würden. Und wir?

Der Oberbefehlshaber der Bundestruppen in Schleswig fordert, einem Bundesbeschlusse gemäß, von den Staaten des zehnten Armeekorps das volle Kontingent ein und bekommt überall, wenn auch nicht obbefohlene Antworten, doch die Erklärung, daß es unmöglich sei, in diesem Augenblick dem Verlangen vollständig zu genügen. Da sind die Küsten zu schützen (die wohl schwerlich von irgend einem Angriff bedroht sind) — da ist hier eine Schanze und da eine Batterie zu vertheidigen — da braucht man hier die Truppen im eigenen Lande zu etwas Anderem, und dort sind sie nicht wohl zu machen — da sind hier die Mannschaften und dort die Pferde nicht vollzählig — da läßt sich nicht einmal im Voraus der Zeitpunkt bestimmen, an welchem die Verstärkungen auf dem Kriegsschauplatz eintreffen können. Ist es nicht, als wenn sich das Schauspiel der alten Reichsarmee erneuern sollte?

Wenn wir diese Frage mit Bitterkeit beantworten, so ist die nächste doch zu solcher Antwort zu ernst: ist dabei eine Kriegserklärung möglich? Das Expeditionskorps wird seine Stellung auf feindlichem Gebiet (denn das war zwar Schleswig nicht, ist aber Jütland) nur halten können, wenn sein Besitzthabder über alle militärische Hilfsmittel, die er für nöthig hält, mit Sicherheit disponiren kann. Was soll nun geschehen? Soll Preußen sich wiederum voranstellen und ihm allein die Verstärkungen zusenden, die er von den andern Staaten vergebens erwartet? Wir meinen, daß Preußen das wohl könnte, so sehr auch seine Truppen zur Hut der Ost- und Westgrenze in diesem Augenblick in Anspruch genommen werden. Wir zweifeln nicht, daß es, wenn es die Sache aufnehmen wollte, leicht noch 20,000 Mann nach Jütland versenden könne; und daß diese, mit den schon vorhandenen Bundestruppen, hinreichen, auch 40,000 Dänen und Schweden, die etwa herüberkommen möchten, mit blutigen Köpfen in den Belt zurückzutreiben, darüber wird auch wohl Niemand zweifeln. Aber wir haben vom deutschen wie vom allgemein politischen Standpunkt aus erhebliche Bedenken dagegen. Soll die deutsche Sache zu einer preußischen werden? Soll sie wenigstens dem Auslande gegenüber so erscheinen? Schon lange haben fremde Zeitungen behauptet, die ganze Aufregung gehe nur von Preußen aus und sei von demselben in seinem eigenen (in welchem, freilich?) Interesse künstlich gemacht; Dänemark, Schweden, Rußland, England selbst glauben es nur mit Preußen allein zu thun zu haben, und möchten es lieber allein mit Preußen zu thun haben als mit Deutschland; sollen wir ihnen darin nachgeben? Soll Preußen ihnen darin nachgeben? Wenn es das thäte, d. h. wenn es den Krieg ganz selbständig übernähme und ihn auf eigene Hand mit Dänemark fortführte, so würde es sich auch gefaßt machen müssen, daß sämmtliche nordische Reiche in Waffen gegen sich zu sehen und einen europäischen Krieg zu entzünden, unter dem zunächst der deutsche Handel und die deutsche Gewerbsthätigkeit am Meisten leiden würde. Sowie Preußen nicht mehr ganz und einzig und allein als Organ des deutschen Bundes in dieser Angelegenheit handelte, wäre die Sache verloren. Jede Maßregel, wodurch es vereinzelt und einseitig auftrate, würde es in eine ganz falsche und unhaltbare Stellung bringen. Daß Dänemark es da hineinzubringen sucht, daß es z. B. eine theilweise Aufhebung der Blokade anordnet, auf eine Weise, wodurch der neutrale Handel, namentlich der englische und russische, gefördert, der deutsche aber nur mehr bedrückt wird, und der wichtigste preußische Ostseehafen die ganze Schwere der Maßregel doppelt empfindet — das ist auf feindlicher Seite ganz in der Ordnung. — Aber was soll man dazu sagen, wenn deutsche Staaten durch ähnliche Maßregeln ihm in die Hände arbeiten und ihm den Versuch nahe legen, sie selbst als einzelne Staaten unter die neutralen Mächte zu ziehen? wenn Hannover, Oldenburg, Hamburg und Bremen einseitig das auf dänische Schiffe gelegte Embargo aufheben, weil ein mit gewöhnlicher deutscher „Humanität" abgefaßter Bundesbeschluß ihnen nicht die ausdrückliche Pflicht zu solchen Repressalien auferlegt, sondern nur das Recht dazu ausspricht. Das Recht ist eine Pflicht in solchen Dingen. Die Rechtsausübung dieses Rechtes kann nur aus zwei Gründen hervorgehen: aus einem Zweifel an der vollen Gültigkeit desselben oder aus der Verfolgung eigener, abgesonderter Interessen. Dem Vernehmen nach hätten diese Regierungen sogar, durch Vermittelung Hannovers und der dortigen englischen Gesandtschaft, der dänischen

Digitized by Google

schen Regierung amtlich und förmlich davon Anzeige machen könne. Das können wir zwar, wollen wir nicht glauben; ein solches Vergessen — um keinen stärkern Ausdruck zu gebrauchen — der Bundespflichten, um sich in einseitige Verabredungen mit einem Bundesfeinde einzulassen, ist von deutschen Staaten nicht denkbar. Wie könnten die Abgeordneten jener Länder in der deutschen Nationalversammlung ihre Augen aufschlagen? Und wenn nun gar, in Folge dieser, natürlich sehr willkommenen und freundlichst zu erwidernden Anzeige, Dänemark die Schiffe und das Eigenthum dieser entgegenkommenden Staaten ebenso einseitig frei gäbe (den Wunsch darnach, ja die Bitte darum müßte es ja nothwendig in jener Anzeige finden) — müßte nicht jeder Deutsche erröthen? müßte nicht jeder deutsche Hafen sich den so widerrechtlich Schiffen verschließen? — Wir können, wir wollen das nicht glauben; — und doch werden wir irre, ganz irre, wenn wir sehen, wie Schleswig-Holstein selbst seine eigene Sache verläßt!

Wir wollen unsern Augen nicht trauen, aber der Erlaß der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein steht ja gedruckt zu lesen, wodurch auch diese die Beschlagnahme auf dänische Schiffe aufhebt! Was soll das heißen? will denn Schleswig-Holstein mit Dänemark traktiren auf seine eigene Hand? will es seinen Frieden machen mit den dänischen Forderungen und sich — nicht seinem Herzog, denn der hat es ja nie verlassen — sondern Dänemark wieder nähern? Hat es das Vertrauen verloren auf Deutschland? — Man möchte es ihm beinahe nicht übel nehmen, wenn jene Staaten allein Deutschland wären; aber sie sind nicht Deutschland! und wir hoffen, auch sie werden uns bald zeigen, daß sie doch Theile von Deutschland sind. Aber bitte Schleswig-Holstein sich, als Deutschland ihm nicht zurufe: Hilf Dir selber, und der liebe Gott wird Die helfen!

Möge aber auch Deutschland diesen Spruch beherzigen. Was hilft es, auf englische Vermittlung zu bauen, wenn wir England nicht denselben Ernst und Eifer zeigen können für unsere Sache, wie die Dänen für die ihrige? Indem der Bund an Preußen die Vermittelung und die erste militärische Hilfe übertrug, war doch nicht das die Meinung, daß es nur allein Alles thun, alle Opfer bringen sollte und das übrige Deutschland ruhig zusehe? Es war eine ehrenvolle Stellung, die ihm übertragen wurde, und wir denken, es hat sich derselben würdig bewiesen. Auch die, welche die stärksten Antipathien gegen Preußen hegen, werden zugeben müssen, daß es in dieser Angelegenheit sich mit Thaten und Opfern noch angestellt hat. Aber die Stellung dort auf, eine ehrenvolle zu sein, wenn es vom übrigen Deutschland verlassen wird; sie wird eine unmögliche.

Was wird die Oberbefehlshaber der Bundestruppen unter diesen Umständen thun? Er wird das aus militärischen Rücksichten deutehalten müssen. Möge jene unselige Zögerung die Hilfstruppen nicht zu neuem Blutvergießen und größerem Unheil Anlaß werden, wie ein ähnliches Zaudern selber Schuld gewesen ist, daß wir Schleswig wieder erobern mußten, statt es zeitig zu besetzen und nur gegen den feindlichen Angriff zu vertheidigen. Deutschland aber wird beurtheilen, wie weit es räthlich ist, der angebotenen Vermittelung entgegenzukommen, und wie die deutsche Ehre gewahrt werden kann.

Es muß sich jetzt und hiebei zeigen, ob Deutschland zur Einheit reif ist. Wir zweifeln nicht daran; benehmen wir auch dem Auslande jeden Zweifel.

---

**Oesterreich.** **Wien.** Wir erhalten soeben die verbürgte Nachricht, daß Fürst Esterhazy von Seite des ungarischen Ministeriums angewiesen worden sei, dem Kaiser nach Innsbruck zu folgen, ihn entweder zur Rückkehr nach Wien zu bewegen, oder Falls sein Aufenthalt daselbst während der Dauer der konstituirenden Versammlung für unthunlich befunden würde, denselben nach Olen zu geleiten, einen Aufenthalt desselben in Prag jedoch nie zuzugestehen. — Fürst Esterhazy ist bereits abgereist. (A. Oest. Z.)

Wien, 21. Mai. Eben kommt uns die Nachricht zu, daß der Fürst-Erzbischof von Salzburg in einer heftadt berufenen Volksversammlung die Niederösterreicher und Wiener für Rebellen erklärte und darauf antrug, den Reichstag nach Linz oder Salzburg einzuberufen. (D. Z. H.)

Privatbriefe berichten, daß nach dem Bekanntwerden der Entfernung des Kaisers aus Wien, der Erzbischof von Salzburg, der Graf Chorinsky und mehrere andere Herren eine Versammlung zu Stande brachten, in welcher beschlossen wurde, einen Vereinigten Landtag der Provinzen Oberösterreich, Tirol, Steiermark und Illyrien nach Linz zusammen zu rufen, wo die jetzige gefährliche Lage des Kaiserthums in Betrachtung gezogen werden soll. Niederösterreich und Wien, als der Herd der Revolution, sollen ausgeschlossen bleiben. (Schl. Z.)

Wien, 23. Mai. Die Allg. Z. bringt folgende Mittheilung: Heute in der Nacht ist Fürst Esterhazy, der Minister und Hr. von Pulszky, der Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten Ungarns einerseits, und Baron Doblhoff von Seite des österr. Ministeriums nach Innsbruck gereist, wo sie um die Person des Kaisers während seines Aufenthalts daselbst verweilen werden. Der Charakter des Fürsten Esterhazy wie seine Ihm von Pesth aus gegebene Instruktion sind andererseits die sichsten Gewährung und der energische Geist des Hrn. v. Doblhoff bürgen uns dafür, daß jeder Versuch der aristokratisch jesuitischen Kamarilla und der panslawistischen Partei, den Monarchen zu inkonstitutionellen und retrograden Schritten zu bewegen, scheitern muß.

Aus Prag vom 23 Mai erhalten wir die Nachricht daß dort endlich die Wahlen zur konstituirenden Versammlung in Frankfurt ausgeschrieben wurden. Die zwei Deputirten Prags sollten am 24 gewählt werden. Die Gerüchte thaten Alles, die Wahl zu hindern, rissen die Plakate ab, versammelten sich in drohenden Haufen ꝛc. (Allg. Z.)

Die gestern erwähnte Proklamation lautet: Die Vorgänge in Wien am 15. Mai drängen Mir die traurige Ueberzeugung auf, daß eine anarchische Faktion, sich stützend auf die meist durch Fremde irregeführte akademische Legion und einzelne Abtheilungen von der gewohnten Treue gewichener Bürger und Nationalgarden, Mich der Freiheit, zu handeln, berauben wollte, um so die über jene vereinzelten Anmaßungen gewiß allgemein empörten Provinzen und die gutgesinnten Bewohner meiner Residenz zu knechten. Es blieb nur die Wahl, mit der getreuen Garnison nöthigenfalls mit Gewalt den Ausweg zu erzwingen oder für den Augenblick in der Stille in irgend eine der gottlob ungefaumt Mir treu gebliebenen Provinzen sich zurückzuziehen. Die Wahl konnte nicht zweifelhaft sein: Ich entschied Mich für die friedliche, unblutige Alternative und wandte Mich in das zu jeder Zeit gleich bewährt gefundene Gebirgsland, wo Ich Mich auch zugleich den Nachrichten von der Armee nähreste, welche so tapfer für das Vaterland fiht. Mit ist der Gedanke fern, die Geschrake, welche Ich Meinem Volke in den Märztagen gemacht habe, und deren natürliche Folgerungen zurückzunehmen oder schmälern zu wollen; Ich werde im Gegentheil fortan geneigt sein, den billigen Wünschen meiner Völker im gesetzlichen Wege Gehör zu geben und den nationellen und provinziellen Interessen Rechnung zu tragen; nur müssen solche sich als wirklich allgemeine bewähren, in legaler Weise vorgetragen, durch den Reichstag berathen und Mir zur Sanktion unterlegt werden; nicht aber mit bewaffneter Hand von Einzelnen ohne Mandat erstürmt werden wollen. Dies wollte Ich Meinen durch Meine Abreise von Wien in ängstliche Spannung versetzten Völkern zu ihrer alleinigen Beruhigung sagen und sie zugleich erinnern, wie Ihr in väterlicher Liebe immer bereit war, unter meinen Söhnen auch die verloren geglaubten, zurückgekehrten wieder aufzunehmen. Innsbruck, 20. Mai 1848. Ferdinand.

Innsbruck, 23. Mai. Die Allg. Z. bringt folgende in mehrfacher Hinsicht interessante Nachricht: Gestern Nachmittag traf Se. k. Hoh. der Erzherzog Johann am kaiserl. Hofe dahier ein; auch erwartet man den regierenden König von Baiern. Die Wiener Deputirten sind wieder zurückgereist, ohne daß über den Erfolg ihrer Sendung Etwas verlautet; dagegen ist eine Deputation aus Böhmen, 26 Köpfe stark, hier angelangt. (A. Z.)

Ebenso berichtet der Tirolerbote: Die Wiener Deputirten haben uns gestern Mittag verlassen. Ueber den Erfolg ihrer Sendung verlautet noch nichts Bestimmtes. Gestern Nachmittag um 2 Uhr ist Erzherzog Johann hier angekommen. Nach soeben eingegangenen Nachrichten soll ehestens eine böhmische Deputation hier erscheinen, der in Kürze auch eine ungarische folgen soll. Am 26. bis 27. wird das Regiment Latour, von München kommend, hier eintreffen. Gestern Abend war Serenade vor den Fenstern der k. k. Hofburg und sodann eine großartige Beleuchtung. Zahllose Feuer loderten auf allen Bergeshöhen von den Höfen, theilweise noch mit Schnee bedeckten, Spitzen bis herab ins tiefste Mittelgebirge und verkündeten laut die Freude des Landes und Volkes von Tirol, seinen Kaiser in seiner Mitte zu haben. Möge er noch lange bei uns verweilen!

Innsbruck, 24. Mai. Gestern erschien eine zahlreiche Deputation von Böhmen, heute eine von Steiermark und eine zahlreiche Abordnung wird heute noch aus Ungarn erwartet.

Digitized by Google

**Preußen.** ** Berlin, 24. Mai. Es ist erwähnenswerth, daß hier mindestens der zehnte Mann, dem man begegnet, ein Fremder ist. Nicht ein Fremder im Sinne des Patrioten Brentano. Franzosen, Polen, Ungarn, allerlei Volke, die Schweizer ungerechnet, die sich theils der Sprache nach nicht zu den fremden rechne, theils als ein eigenes Volk, wahrscheinlich ihrer Kantonen, mit gewiß heiligen Verbindung, nicht anerkennen darf. Seltsame Zeitläufte: In Paris, heißt es, Verschwörungen durch Emissäre! in Mailand am 18. März Emissäre! im Wien, in Berlin, in Breslau, am Rhein Emissäre! im vorsorgenden England eine Fremdenhitz! Von wo kommen denn alle die Fremden in allen Ländern? Wenn sie Einer Nation angehörten, so könnte man vermeinen, die Juden der Neuzeit, die politischen Juden seien es, nämlich die Polen. Und ganz unwahrscheinlich, ganz ohne Sinn ist es nicht. Wenn man liest, wie der Abgesandte westpreußischer Verschwörer, Ignaz Lystowski, am Frankfurt an Zulerzyckl auf Pfortkowo in Westpreußen schrieb, „im Trüben wäre gut fischen", wenn man erwägt, daß alle Aufstände und Revolutionen innerhalb Polens geschieht sind, möchte man es ganz im Verhält des Polen finden, von außerhalb der zu revolutioniren. Man kennt im Staate Menschen wenig, die Nichts zu verlieren haben. Dies ist ein Volk, das Nichts zu verlieren hat. Daß Revolutionen nicht zu fabrieren sind, steht fest; aber wo Stoff dazu vorhanden ist, wo sie jedoch mit Geschicklichkeit vermieden werden könnten, die Schwierigkeiten häufen, die Veranlassungen benutzen, die Vermeidung unmöglich machen, das liegt in der Hand von Menschen. Dann, am Abgrund erwachend, rafft die verblendete Regierung sich auf, und ein Wettlauf beginnt mit den kühnen Schnellläufern der Revolution; sie wird überholt; was sie mit vollen Händen gibt, kommt zu spät. Vielleicht kommt es noch rechtzeitig, die Revolution scheint abgeschnitten, aber ehe die Gemüther die Kunde des unblutigen Sieges aufgenommen, treibt sie jene diabolische Propaganda durch das Kunstlicht irgend eines brachten Mißverständnisses in jene Gefahr der Verzweiflung, und die Revolution beginnt! Nur weiß man recht wohl, daß jene Propaganda aus allen Nationen besteht, daß sie das babylonische Durcheinander staatloser Brüderlichkeit als Mittelrosmus selbst darstellt. Auch nicht durch Vermuthungen soll Polen gekränkt werden. Aber diese Propaganda hat in ihren Grundsätzen, in ihrer festen Organisation, in ihrer Taktik, in dem alle Vorstellungen überschreitenden Reichthum an materiellen Hilfsquellen zuviel Wahrscheinlichkeit, mit einem gewissen Orden, als daß man den so geradezu auslachen dürfte, der in den Revolutionen der jüngsten Zeit und in den Fatklonen der Gegenwart Jesuitismus witterl. Nicht blos den Jesuitismus der Gesinnung — denn der ist überall offenbar in unsern herrschsüchtigen Mitbrüdern! — sondern den wirklichen gebeimen Jesuitenorden. Frayprinzip ist, wenn man die Dinge durch diese Brille anstehe, daß bei der polnischen Bewegung in Posen die katholische Geistlichkeit den Anschlag gegeben und das Bluterglehen von Gott zu verantworten hat, was einzugestehen die Kölnische Zeitung vielleicht nicht in der Lage sein dürfte! Der letzte Krieg in Posen war ein Religionskrieg. Allerdings dem Jesuitismus waren die Polen niemals; weder dem Grundsatze, daß der Zweck die Mittel heiligt, noch der veritablen Affiliation dieser verworfenen Gesellschaft. Es wäre nicht unbenkbar, daß ein Volk, das Nichts zu verlieren hat, von den Söhnen Jnigo's de Loyola die weltliche Mission empfangen hätte, durch markaufzugehende, blutvergiftende, entmannende Revolutionen die europäische Menschheit jener Buße und Zerknirschung entgegenzuführen, die dem Orden eine neue goldne Aera sichert; das „freie" Polen wäre dann der Preis. So begann denn die Revolution in Paris, die der heutige Erzbischof mit einem Tedeum feierte. Sedann in Wien in Berlin. Wird es mit möglich sein, das Räthsel jener „Mißverständnisse" zu lösen? Ja, vielleicht einst, zur Zeit der deutschen Republik, wenn unser Blanqui's und Sobrieres am Rudre sitzen und mit cynischem Witz den göttlichen Betrug offen nennen, der die Republik erzeugte. Man schreibt gemeinhin den Regierungen zu, verbrecherische Absichten mit diesem Namen beschönigt zu haben; — aber wessen verbrecherische Absichten? Wäre nur in Gutzot's Garten der Schuß gefallen, der das Militär zum Feuern antrieb; es ist nicht denkbar, daß aller Orten die Regierung einen Boewand suchte zum Blutbad, das vorher an den andern Orten so übel abgelaufen. Wie wenn nun das Ausbrenn „Mißverständniß" ein sehr milder Ausdrud wäre? In Paris ein Schuß im Garten, dann ein Blutbad und der Ruf „Verrath", „Rache" unter dem unschuldig gemordeten Volke. In Berlin zwei Schüsse, in Mailand an dem nämlichen Tage zwei Schüsse und darauf Verrathsgeschrei, Einhauen des Militärs, Rachcruf und eine Revolution! Jetzt, vor wenigen Tagen abermals zwei Schüsse zu Paris bei der Emente; doch nun ist das Kunststück verbraucht. — Ein echt jesuitisches Kunststück!! — — Gestern Abend wurden mehrere Kahnenmüsten gebracht, dem Polizeipräsidenten Minutoli, dem Bürgerwehrkommandanten Aschoff, dem vorsitzenden Staatsminister Camphausen, dem Minister des Unterrichts Schwerin. Vor dem Palast des Prinzen von Preußen wurden innerhalb des Gitters, welches den für Friedrichs des Großen Standbild bestimmten Platz begrenzt, der Entwurf eines Staatsgrundgesetzes, welchen das Ministerium der Kammer vorgelegt hat, öffentlich verbrannt. Unter den Linden standen Personen, welche Geruppen zu bilden bezahlt werden, und leidlichen in höchst ungebildeter Sprache, mitunter gegen scharfe Einwände des sogenannten gemeinen Mannes, den Entwurf, die Achtansendthalerkammer insbesondere. — Diese Straßenauflüufe konzentrieren sich namentlich an der Ecke der Linden- und Friedrichstraße vor Kranzlers Kaffehaus, wahrscheinlich in guter Berechnung, daß hier wegen des gehemmten lebhaften Verkehrs am Ersten eine Kollision freibeiführen sein wird! Dalelbst verlas ein elendes Subjekt beifolgendes Schandblatt, das den Namen einer Beilage zur Voss. Ztg. trägt; zwei Weiber, die dabei standen, sagten hinter jedem Satze: „das ist wahr"! Wenn es irgend der Raum gestattet, wenn auch nur in Auszug, nehmen Sie es! unverkürzt auf! es ist ein in sprechender Beleg hiesiger Preßzustände und erklärt Ihren außerpreußischen Gegnern vielleicht Manches, das sich in nächster Zukunft ereignen dürfte, sowohl Excesse von Unten, als Rothbeelfe von Oben. Wir stehen wieder Beide. Doch weder das Eine noch das Andere wird uns überraschen.

* Das Blatt, auf das unser Korrespondent anspielt, ist ein Machwerk von fabelhaftem Cynismus; das der König und die Minister mit den plumpsten Schmähungen überhäuft werden, läßt sich denken. Die Bd'schen, Jordan, Beicker, Jankemann u. s. w. sind Rückschrittsmänner, Mathy, der böse Mathy, der den unverzeihlichen Muth bewiesen, die Verschwörung im rechten Moment in Flagrant beim Schopf zu fassen, ist natürlich „ein Schurke und Volksverräther." Dann heißt es weiter: Die Uebergriffe und Exzesse des Beamtenthums dauern noch wie vor fort; denn die Bureaukratie zu stürzen, wäre zu Verrath am Königthum. Die Polizei verhaftet, weiß aus, mißhandelt die Armen und reisenden Handwerksburschen ganz wie in der alten Zeit, und das Alles unter dem Freiheit! Die Gefängnisse sind eben so schlecht wie zuvig zu, wie das Volk verhungert. Sie aber prassen und schwelgen aus dem Marke des Volkes. Sie beuchein Liebe zum Volke, an das Sie nie denken, over das Sie immer nur Pöbel und Kanaille nennen. In der Monarchie ist ein Hemmniß für ein Knecht und Fürsten, während in der wie Deiner des Volkes sein sollte. Und in der konstitutionellen Monarchie ist er nur der Vorhang, hinter welchem der Fürst sein böses Spiel mit dem Volke treibt. Nein, es kann und darf so nicht bleiben! Es muß und wird die Wut die Strafen, die sie verdient, nicht umsonst so viele Opfer sich dem Tode geweiht haben. Die Fürsten und ihre Minister sind im Bunde mit Rußland, denn sie morden Polen zum zweiten Male; sie haben die Ehre und Freiheit des deutschen Volkes defarirt und verrathen unsere Brüder in Schleswig-Holstein. Es will neuen Krieg mit dem edlen tapfern Volke erregen, um die republikanische deutsche Jugend in ungerechtem Gemetzel zu opfern zwie sie es in Schleswig machten), um auf deren Trümmern die alten Throne zu erbauen. — Das alles ist wahr, Herrschaften und Sie wissen es. — Mitgen! — Das Königthum verräth und knechtet und nach Innen und Außen, es frißt die besten Kräfte unseres Landes, und wenn wir noch länger zusehen, so erreicht es immer mehr Mittel, uns als alte Zopf zu spannen. Es schadet um so mehr, als es die besten Kräfte auf dem Volke stiehlt, um ihrer Seite die guten zu vergiften. Gewalt, rohe Gewalt der Bajonette sind die Gründe des Königthums gegen das Recht des Volks. Sollen wir solch schändliches Spiel noch länger dulden? sollen wir zusehen, wie man unsere Brüder zu Heeren gegen uns treibt, damit sie in sinnlos verbrannten Ortschaften und und Väter und Kinder morden? Laßt uns vollenden, was uns die erste Revolution zu thun übrig gelassen. Wir wollen das Uebel an der Wurzel angreifen und radikal ausrotten, damit es nicht wieder Neuen über den Kopf wachse. Reißen wir das alte morsche Gebäude bis in seine Grundfesten hinein zusammen, und errichten wir einen Palast, worin Freiheit, Gleichheit und Bruderliebe thronen.

** Aus Rheinbaiern, 26. Mai. In nunmehr jüngst ausgegebenen Amtsblatte Nr. 36 findet sich folgende königl. Kriegsministerialerlaß abgedruckt: „Kriegsministerium. Se. Majestät der König haben huldreichst zu bestimmen geruhet, daß von den Officieren, Militärbeamten, Junkern ꝛc. das Anziehen des Hutes oder der Schirmmütze nur vor den Königlichen Majestäten und Königlichen Prinzen und Prinzessinnen dann vor allen Andern, wenn Dienst, sonst aber auf die Vorführungen durch Anlegen der rechten Hand an den vordern Theil des Hutes oder den Schirm der Mütze stattfinden sollen; 2) daß beim Vorüberkommen des Hochwürdigsten in der Ausstellung befindlichen Truppen zu Fuß bei allen Gelegenheiten, Marsch, Schlagen oder Rasten, die Officier und Fahnen salutiren, wenn das Hochwürdigste sich auf 6 Schritte nähert, das Gewehr beim Fuß nehmen, bei der letzten Bewegung dieses Tempo's den Kopf neigen und die Hand an den Schirm des Helmes bringen. Wenn das Hochwürdigste 6 Schritte vorüber ist, wird wieder präsentirt ꝛc., ohne vorher das Kommandowort: Herstellt Euch! zu geben. Die in der Ausstellung befindliche Kavallerie verhält sich wie bisher, jedoch wird statt: zum Gebet — zur Berdrung! kommandirt. Dasselbe Kommandowort wird auch an die ohne Gewehr aufgestellten Abtheilungen gegeben, worauf der Korf anregt und die Hand an den Schirm der Kopfbedeckung gelegt wird. Im Marsche befindliche Abtheilungen setzen unter Rührung des Spieles den Marsch fort; die Kommandeure und Fahnen salutiren. Im unbewaffnete, im Marsch befindliche wird: Achtung! kommandirt; der Kommandant derselben legt die Hand an den Schirm der Kopfbedeckung. Einzelne

Digitized by Google

mit dem Gewehre Bewaffnete schultern; für die Uebrigen ist der §. 3 der Dienstvorschriften maßgebend. Welches zur Darnachachtung ersuchet wird. München, den 13. April 1848. Auf Sr. Königlichen Majestät allerhöchsten Befehl. An sämmtliche Armee-, Divisions- und Corps-Kommandos ꝛc. ergangen."

— Wir gehören nicht zu denen, welche gegenwärtig in jedem Akte der bestehenden Regierungen ein „Reaktionsgelüste" wittern, aber doch haben wir diese königliche Ordre nicht ohne Staunen lesen können. Jahre lang wurde mit aller Energie des Rechtes gegen die unselige Anmaßungssucht angekämpft, bis sie endlich selbst unter ihrem Urheber Abel wieder zurückgenommen werden mußte, und jetzt in unsern Tagen, wo auf das frühere Pfaffenregiment im Staate nur noch die Ultramontanen mit Sehnsucht zurückblicken, frischt man wieder Dinge auf, die mit der hohen Meinung von dem Geiste unsres neuen Ministeriums schwer zu vereinbaren sind. Wäre Baiern noch ein rein katholisches Herzogthum, wie vor Jahrhunderten, so würde eine solche Ordre, in welcher der Charakter der herrschenden Religion den Zähnen und Gewehren der Soldaten aufgepropft wird, ganz unverfänglich scheinen; so aber ist Baiern jetzt ein konstitutionelles Königreich mit einer Verfassung, in welcher die Gleichheit der Konfessionen, die Glaubens- und Gewissensfreiheit einen jeden Staatsbürgers feierlichst garantirt ist. Wo aber bleibt diese Glaubens- und Gewissensfreiheit, wenn die protestantischen Soldaten gezwungen sind, vor dem „Hochwürdigsten" den „Kopf zu neigen"? Nur bei den Katholiken ausschließlich kann von einem „Hochwürdigsten" die Rede sein, in den Augen der Protestanten ist die Hostie, die der Priester trägt, nur ein Ding, ein äußerliches Ding, vor dem sie nie und nimmer den „Kopf neigen" werden. Ueberhaupt bleibt es eine auffallende Erscheinung, daß man in einem aus Katholiken und Protestanten gemischten Heere eine Disciplin einführen will, die das Princip der Parität so ganz verläugnet und rein katholischen Ursprungs ist. Will man sich dabei, wie vordem bei der Kniebeugungsfrage, auf §. 80 der II. Verfassungsbeilage berufen, worin es heißt: „Die im Staate bestehenden Religionsgesellschaften sind sich wechselseitig gleiche Achtung schuldig" — so erinnern wir an §. 30 desselben Gesetze, welcher sagt: „Keine Kirchengesellschaft kann verbindliche Vorschriften, noch weniger Strafen oder Gottesdienste der andern Antheil zu nehmen." Und das „Kopf neigen", „Salutiren", „Fahnen schwenken" vor dem „Hochwürdigsten" ist ein solcher äußerlicher römisch-katholischer Gottesdienst und kein bloß militärisches Exercitium, denn zu den militärischen Exercitien als solchen gehört kein „Hochwürdigstes", sonst müßte es auf allen Exercierplätzen bei allen Herren Europas zugegen sein. So viel wir wissen, ist dies z. B. bei dem preußischen Heere nicht der Fall, und doch wird sich das militärische Exercitium der Preußen mit dem der Baiern messen können. Aber selbst zugegeben, daß auch der Protestant dem römisch-katholischen Kultus seine äußerliche Achtung nicht versagen soll, so kann dieser Grundsatz doch nur so weit Geltung finden, als es dem Einzelnen überlassen ist, ihn zu bethätigen. Durch jene Ordre ist aber dem protestantischen Soldaten Nichts mehr überlassen; er ist gezwungen, er muß, und zwar auf eine vorgeschriebene Weise, dem katholischen „Hochwürdigsten" seine Achtung bezeigen, mag auch sein Innerstes sich dagegen sträuben. So weit sind wir jetzt in Baiern!! —

**Sachsen.** Dresden, 21. Mai. In der Thronrede des Königs befindet sich folgende bemerkenswerthe Stelle: „.... Ebenso war, soweit es die seitherigen Verhältnisse der Bundesverfassung Deutschlands überhaupt gestatteten, ebenso ist jetzt die Herbeiführung kräftigender Einheit des deutschen Vaterlandes das Ziel meines Strebens. Zur Erreichung dieses Zieles, und um dem deutschen Volke seine Bedeutung und Stellung in der Völkerfamilie nach Außen zu geben und zu sichern und seine Entwickelung im Innern zu heben und zu fördern, bin ich zu Opfern bereit, welche die Umschaffung eines Staatenbundes in einen Bundesstaat von den einzelnen Souveränen erheischt."

**Hannover,** 25. Mai. Nachmittags 4 Uhr. Die zweite Kammer hat soeben in zweiter Abstimmung den Hantelmann'schen Antrag auf das Einkammersystem mit 54 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

(Hannov. Morgenz).

♂ **Aus Baden,** 26. Mai. Die Sammlungen für die deutsche Flotte haben nun auch in Baden begonnen, überall bilden sich Vereine, und es ist mit Sicherheit zu hoffen, daß der Ertrag derselben reichlich ausfallen werde. Allein hier gilt es vor Allem, schnell zu geben; der Augenblick ist höchst dringend, denn von Tag zu Tag steigert sich die schlimme Lage unserer Küstenbewohner und Brüder Norddeutschlands, gegenüber den Anmaßungen eines Miniatur-Staates wie Dänemark. Im Norden hat man bereits die Erbauung von Kanonenbooten begonnen, und fertige Kriegsschiffe sind von mehreren Seiten zum Ankaufe angeboten worden, wodurch Gelegenheit geboten ist, augenblicklich einen schönen Grundstein zur Flotte zu legen. — Badens Volk, voll dankbarer Erinnerung an die Verdienste zweier seiner edelsten Männer, hat schon lange eine bedeutende Summe zusammengeschossen, um dem Gedächtniß des edlen Vorkämpfers deutscher Freiheit und Nationalität, v. Rotteck, und dem des kräftigen volksthümlichen Ministers Winter unvergängliche Denkmale zu setzen. Ich glaube im Geist jener Männer zu handeln, wenn ich den Vorschlag mache, die zu diesem Zwecke bestimmte Summe zum Ankauf von Kriegsschiffen zu verwenden und daran die Bedingung zu knüpfen, daß für alle Zukunft zwei deutsche Kriegsschiffe ihren Namen führen müssen. Ein herrlicheres, unvergänglicheres Denkmal für einen deutschen Patrioten gibt es gewiß nicht. — Möge das Komité, welchem die Befugniß über die Verfügung jener Gelder zusteht, angesäumt diesen Vorschlag zur Ausführung bringen, und wir sind gewiß, es sichert sich dadurch den Beifall aller Badener zu.

**Karlsruhe,** 26. Mai. Die Karlsr. Z. berichtet, ist der bisher am hiesigen Hofe beglaubigte königl. preuß. außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Generalmajor v. Rabowitz, endlich von diesem Posten abberufen.

|| **Heidelberg,** 26. Mai. Herr Willich von Frankenthal ist bekanntlich vor wenigen Wochen zufolge eines Augenleidens und überhaupt sehr angegriffener Gesundheit auf sein dringendes Ansuchen der Stelle eines Bundesgesandten für Baiern, die er nur kurz bekleidet hatte, enthoben und einstweilen in Ruhe gesetzt worden, um demnächst im Justizdienst wieder angestellt zu werden. Er hat indessen vorgezogen, auf jene ihm unangenehme Interimsstellung und das damit verknüpfte s. g. Standesgehalt von 1500 Gulden zu verzichten und der Regierung die Bitte vorzulegen, ihm den Rücktritt zur Advokatur zu gestatten, da hierin allein für den Augenblick dem thätigen Mann die Möglichkeit gegeben schien, nicht ganz brach liegen und doch auch nicht mehr sich anstrengen zu müssen, als sein dermaliger Gesundheitszustand es verträgt. Hiermit fallen von selbst alle die Gerüchte zusammen, die man über seinen Rücktritt — wohl nur aus Unkenntniß des wahren Sachverhalts — in Umlauf setzt hat. Hoffen wir, daß der durch Einsicht, Erfahrung und Adel der Gesinnung gleich ausgezeichnete Mann nicht für immer dem Staatsdienst oder gar jeder öffentlichen Wirksamkeit sich entziehe! Denn woher sollte dem Beamtenstand das so nöthige Vertrauen, das er bisher zum Theil mit Recht verloren hat, wiedergewonnen, wenn die bewährtesten Volksmänner die Opfer scheuen wollten, die der Eintritt in denselben ihnen nicht selten auferlegen wird? — Herr Willich hatte bei Uebernahme der Bundesgesandtschaft seine Deputirtenstelle in der baierischen zweiten Kammer sofort niedergelegt. Wir unterstellen hätten ihn auch im Interesse des Gesammtvaterlands weit lieber noch als hier und dort in der konstituirenden Versammlung einen Sitz einnehmen sehen, denn man kann ja nicht ganz beliagen, wenn solche Männer ihr fehlen!

Δ **Mannheim,** 27. Mai. Das Abendblatt erscheint jetzt wieder, nachdem die Abgeordneten Brentano und Sachs die gesetzliche Kaution gestellt haben. Gleich in der ersten Nummer beginnen die Hetzereien gegen die Bourgeoisie. Man fragt erkaunt: Wer ist die Bourgeoisie? Gehören Brentano und Sachs nicht selbst zu derselben? Beide sind nämlich hiesige Bürger. Ueberhaupt besteht die ganze Einwohnerschaft theils aus hiesigen Bürgern und Bürgerkindern, theils aus Fremden, welche anderwärts Bürger oder Bürgerkinder sind. Wer gehört nun zu den Bourgeois und wer nicht? Wir sind begierig auf die Antwort der Abendzeitung. — Itzstein hat nun erklärt, daß er die hiesige Wacht für Frankfurt nicht annehme und hat Sachs empfohlen. Diesen gegenüber steht Weller, der älteste Deputirte unserer Stadt, dessen ferstimm und warmer Patriotismus von keiner Seite noch bezweifelt worden ist. Er hat aber mit der Partei Heckers-Struve entschieden gebrochen, und gerade dieses — was ihn in unsern Ehrenwerther erscheinen läßt, weil er es verschmähte, durch Liebäugeln oder Handreichung an deren Anhänger sich einen Parlamentssitz zu sichern, läßt befürchten, daß er die Stimmen wenigstens der hiesigen Wahlmänner verloren hat. Ueberhaupt ist es höchst befremdend, wie geringer Werth von den Parteien auf Charakter und Ueberzeugungstreue gelegt wird. Männer, welche in den schwierigsten Zeiten unerschütterlich auf Seite des Volkes standen, deren Gesinnung daher erprobt ist, werden unbedingt verworfen, ja als Verräther verschrien, weil sie es wagen, der eigenen Ueberzeugung zu folgen. Andere, welche bisher gar keinen Antheil an den politischen Kämpfen nahmen, wie z. B. Zitz in Mainz, oder auf Seite der Regierung standen, wie Christ in Bruchsal, werden nicht allein bereitwillig von der Partei angenommen, sondern theilweise sogar als Apostel betrachtet. Welche Grnnde hierin aber diese Männer dafür, daß sie nicht bei der nächsten Gelegenheit ihre Partei wieder im Stiche lassen? — Nach den Andeutungen, welche Sie über die Vorfälle in Mainz in verschiedenen Korrespondenz-

Digitized by Google

zen gegeben haben, scheint es faſt, als ob jenen der nämliche Plan zu Grunde gelegen, den man hier auszuführen beabſichtigte. Man ſuchte Konflikte zwiſchen Bürger und Militär herbeizuführen, um daraus einen Grund zur Einſtemung der Garniſon herleiten zu können. Daß dabei Menſchenleben geſährdet ſind, kommt nicht in Betracht gegen den großen und edlen Zweck, den man erreichen will. Unruhen, Desorganiſation aller Regierungsgewalt, Bürgerkrieg, Herbeirufen der Franzoſen, alle Mittel ſind gut, die Führer aus Ruder zu bringen. Sind dieſe Leute Republikaner? Nie und nimmer. In der Republik wollen ſie Lamartine ſtürzen, die Nationalverſammlung auseinander treiben, um im Namen des ſouveränen Volkes „ſelbſt zu herrſchen.“ Iſt der Sturm gelungen, dann wird die Maske abgeworfen, und es zeigen ſich Ehrgeiz und Habſucht in ihrer wahren Geſtalt.

* Wenn Eiwas als charakteriſtiſche Zug der ganzen amerikaniſchen Partei gelten kann, ſo iſt es theils ihre Geſchäfts- und Gemüthsöde im Allgemeinen, theils insbeſondere der vollſtändige Mangel jeder patriotiſchen deutſchen Empfindung. Noch die beſſere Hälfte iſt nur kalt und theilnahmlos gegen die nationalen Intereſſen des Vaterlandes, der ſchlimmere Theil lügt es faſt darauf an, ſeinen Deſekt an der erſten republikaniſchen Tugend, der Liebe zum Vaterlande, recht grell zur Schau zu tragen. Mit einem wahren Fanatismus raſen ſie gegen Alles, was zur deutſchen Einigung und Verſöhnung führen kann und wetteifern auch hierin mit der Reaktion, daß ſie nicht nur den alten Partikularismus nach Kräften zu hegen, ſondern wo möglich den Zwieſpalt unter den deutſchen Stämmen zu vergrößern ſuchen. Als Beleg theilen wir folgende Stelle aus der Mainz. Z. mit, dieſelbe ſoll, wie die Darmſt. Z. verſichert, zu der traurigen Berühmtheit zwiſchen Deutſchen und Deutſchen in der Bundesfeſtung Mainz den letzten Anſtoß gegeben haben. „Dieſes Preußen, welches ſeit einem Menſchenalter das Schmählichſte erduldet, ohne auch nur zu muckſen! dieſes Preußen, welches, obſchon es „das intelligenteſte Volk“ ſich nennt, die Komödienſtreiche, Zweideutigkeiten, Wortbrüchigkeiten ſeines erlauchten Königs nicht einmal vorausſagen oder nur zu durchſchauen vermag! Dieſes Preußen, welches, die hausbackigſten Phraſen von Freiheit und Nationalſelbſtändigkeit im Munde führend, im Bunde mit Rußland Polen, das edle unglückliche Polen mit Kartätſchen und Säbelhieben und Standrecht „reorganiſirt“ und Freiſchaaren zur Unterdrückung der polniſchen „Rebellen“ entſendet! Dieſes Preußen, welches, in Berlin für den Augenblick über ein paar Regimenter ſiegreich, in den Schloßhof eindringt und dort vor ſeinem königl. Drängern mit abgezogenem Hut daſteht und, um die Gnade Königin nicht aus den Augen zu laſſen, mit leiſer Stimme „bittet“ — um was denn? — er möge doch die Truppen aus der Stadt ſchicken! Das alſo das Streben eines mehrtägigen Kampfes? Das das Reſultat der Ströme von Blut, die vergoſſen wurden! . . . Von Freiheitsbeſtrebungen war ja bei der großen Maſſe des Volkes nicht die Rede! — dieſes Volkes, welches trotz der alsbald ſich kundgebenden Reaktion ſeiner Regierung ſich ſelbſt und ſeines Königs Herrlichkeit preiſt! Deſſen bornirter Dünkel der Art iſt, daß es, um nur Preußen an der Spitze Deutſchlands zu ſehen, ſeine Sache mit derjenigen ſeines Königs vollkommen identifizirt! Dieſes Preußen, fragen wir, ſoll dem „Beruf“ haben, der Träger der Freiheit zu werden? Auf ihm ſollte die „Zukunft Deutſchlands“ beruhen? Ja wir verſchämen, wir müſſen mit Abſcheu, mit Ekel Alles zurück, was von Berlin, von Preußen kommt, welches ſo wenig Beiſpiele hat, jetzt gegeben hat, daß es den „Beruf“ habe, die Freiheit Deutſchland zu geben“. (Mit dieſen Schmähungen, womit 15 Millionen Deutſche überſchüttet werden, vergleiche man nun die edle Bahſerei, welche die nämliche Faktion mit den Franzoſen treibt!)

**Luxemburg**, 8. Mai. Nach einem Berichte in der „Rotterdam'ſchen Courant“ waren bei der Regierung Nachrichten eingelaufen von einem Konflikte zwiſchen den Bundestruppen und den holländiſchen Offizieren, welchen Letzteren jene nicht mehr gehorchen wollen. Die Insubordination ſoll ſich vorzüglich unter den in Luxemburg gebornen Offizieren und Unteroffizieren gezeigt haben. Die Rädelsführer wurden verhaftet und vor einen Kriegsrath geſtellt. In Echternach, Dieklich und Ettelbrück aber nahm das Volk Partei für dieſelben, ſo daß es zu Kollisionen kam, welche jedoch bald unterdrückt wurden. (K. Z.)

**O. Koburg**, 24 Mai. An der wahrhaft peſſerlichen Nachricht, daß vor dem hieſigen Reſidenzſchloß kürzlich eine republikaniſche Demonſtration und eine Rauferei zwiſchen Konſtitutionellen und Republikanern Statt gefunden habe, iſt kein wahres Wort. Es hat ſich hier auch gar Nichts zugetragen, was jener Erzählung nur im Entfernteſten ähnlich wäre. Die D. Allg. Zeit., welche jene Nachricht zuerſt brachte, und Alle, welche ſie ihr nachgeſchrieben haben, begleiteten das ganze leſende Publikum iſt auf die friſoſte Weiſe myſtifizirt.

Es wäre zu wünſchen, daß dieſe Entgegnung ebenſo bekannt wird wie die Nachricht, durch welche ſie hervorgerufen iſt.

**Schleswig**, 22. Mai. Geſtern wurde in Flensburg eine Verſammlung von Eingeſeſſenen der däniſchredenden Diſtrikte des nördlichen Schleswigs gehalten, um Proteſt gegen eine etwa durch die Diplomatie begünſtigte Trennung dieſer Landestheile vom Herzogthum und Einverleibung in Dänemark zu erheben. Heute iſt eine Deputation mit dieſem beſchloſſenen Proteſt an die proviſoriſche Regierung hierdurch nach Rendsburg gereiſt. (Weſ. Z.)

**Lübeck**, 20. Mai. Auf die Requiſition des Oberbefehlshabers der gegen Dänemark operirenden Bundestruppen, Generals v. Brangel, wird unſer Truppenkontingent im Laufe der nächſten Woche, wahrſcheinlich am Mittwoch, den Marſch zur Armee in Schleswig antreten. (Voſſ. Z.)

**Frankfurt**, 27. Mai. Die geſtrige Sitzung der Nationalverſammlung war eine glänzende und bedeutende, ſowohl des parlamentariſchen Rednertalentes wegen, das ſich entfaltete, als auch des gefaßten Beſchluſſes wegen. Es handelte ſich um die Mainzer Angelegenheit, von Zitz in die Verſammlung gebracht. Dieſer Mann hat Talent und — er iſt Advokat — Redeübung, er beginnt mit Ruhe und anſcheinender Unparteilichkeit, weiß dann geſchickt zu ſteigern und ſchließt mit der höchſten Erregung der Leidenſchaft, daher auch mit dem Beifall der Galerie. Doch iſt ſein Vortrag ohne Würde und Adel, er verräth zu ſehr das bloß Demagogiſche. Zitz wird in der Nationalverſammlung wenig oder keine Wirkſamkeit bewahren, er gehört zu denen, die wenigſtens auf eine Verſammlung von Männern, wie hier, nur das erſte oder zweite Mal Eindruck machen, beſonders wenn der Redner an die Richtigkeit ſeiner Angaben nicht erſchüttert wird, wie geſtern. — Ihm folgte v. Schwerling; man ſollte glauben, Oeſterreich müſſe ſchon längſt ein parlamentariſches Leben beſitzen, ſo vortrefflich war die Jungfernrede dieſes Wieners, die ohne alle Kunſt den Eindruck machte, daß ſie aus dem ehrlichſten Gemüthe kommt. Seinem Vorgänger ging er gerade auf den Leib und wies mit patriotiſch-deutſcher Entrüſtung den Verſuch zurück, durch Herabſetzen des preußiſchen und Hervorheben des öſterreichiſchen Theils der Mainzer Beſatzung Zwietracht unter deutſche Truppen zu ſäen. — Blum's außerordentliches Talent iſt allgemein anerkannt, er enfaltete es auch geſtern und richtete ſeine nach-talte Satyre gegen den von Hergenhahn erſtatteten Bericht, den er in ſeinen weſentlichſten Punkten zu erſchüttern ſuchte. Blum war übrigens Mitglied der nach Mainz geſandten Kommiſſion, und hatte, wie ich höre, in dem Vorſchlag nicht das Mindeſte gegen den Bericht einzuwenden. — Günzler, als ein Erwartet, war die Rede des Fürſten Lichnowsky. Iſt Blum ein geſchickter Feldherr, der mit Klugheit und Vorſicht ſeine Plane auszuführen ſucht, ſo gleicht Lichnowsky einem Huſarenobriſt, der nicht duldet, daß ein Anderer ihm voran iſt und mit blankem Säbel die erſte Reihe des Feindes durchbricht. Er führte ſcharfe Streiche auf Zitz, der ſich wohl eines ſolchen Zurückſchlagens nicht verſehen hatte; ſie trafen ſchwer und tief. Nachdem er aus den aktenmäßigen Thatſachen der Kommiſſion hervorgehoben, daß die meiſten Wunden der preußiſchen Soldaten mit Dolchen und rückliings beigebracht ſind und Herrn Zitz gegenüber, der die Mainzer Kämpfer als ſo ehrenhaft und unſchuldig geſchildert hatte, dies als Meuchelmord bezeichnete, da verlangten — es iſt kaum glaublich — Stimmen aus der Linken den Ordnungsruf. „Wie, rief Lichnowsky, ſoll man deutſchen Parlamente die ehrliche deutſche Sprache die Schandthat nicht mehr mit ihrem wahren Namen bezeichnen?“ Von den vielen Rednern, die wir gehört, erwähnen wir nur noch des vortrefflichen Welcker und des Herrn v. Beckerath. Dieſer macht den Eindruck des ſanfteſten, edelſten Gemüths, empört darüber, daß man jetzt, wo die preußiſchen Waffen die deutſche Ehre auf däniſchem Schlachtfelde erkämpfen, die ganze preußiſche Armee zu beſchimpfen ſucht (denn nicht bloß gegen das 40. Regiment war der Tadel gerichtet worden). — Zwei Abgeordnete aus Schleswig eilten auf die Rednerbühne, um der preußiſchen Mannszucht und Tapferkeit den ſchuldigen Tribut zu zollen. — Die Abſtimmung ergab für den Antragſteller und ſeine Freunde eine Niederlage, welche die Verſammlung wohl auf lange vor ähnlichen Anträgen bewahren wird. Die Tagesordnung, die der Abgeordnete Baſſermann ſchon ſogleich nach geſtelltem Antrag vorgeſchlagen hatte, wurde jetzt mit $^5/_6$, wenn nicht $^6/_7$ aller Stimmen angenommen. Dieſer Beſchluß iſt in doppelter Hinſicht bedeutend. Erſtens ſpricht er das Vertrauen aus, die beſtehenden Behörden werden, auch ohne Dazwiſchenkunft der Nationalverſammlung, die Geſetze handhaben und der Gerechtigkeit Achtung verſchaffen. Hätte die Nationalverſammlung ſich in die Verwaltung oder gar in die Gerechtigkeitspflege eines Staates gemiſcht, ſie hätte damit nur das Vertrauen in

Digitized by Google

die gesetzlichen Behörden erschüttern helfen. Dann aber beweist auch dieser Beschluß, daß die Versammlung sich ihrer eigentlichsten Aufgabe vollkommen bewußt bleibt, und darauf allein beruht die Hoffnung Deutschlands. Diese Hoffnung wird nicht getäuscht werden: der Ausschuß für Entwerfung der deutschen Verfassung ist bereits in voller Thätigkeit, und wohin man unter den Mitgliedern der großen Versammlung fühlt, trifft man so viel unverdorbenen, biederen deutschen Stoff, mit so vieler Einsicht in das, was die Zeit an Entscheidbarem und Festigkeit von dem Parlamente fordert, daß man die schwarze Brille gerne abnehmen mag. — In der gestrigen Sitzung sind noch lange nicht alle, vielleicht noch nicht die bedeutendsten parlamentarischen Talente aufgetreten; es soll uns nicht wundern, wenn die erste deutsche Nationalversammlung sehr bald — namentlich unter Gagerns Vorsitz — Europa das Schauspiel einer parlamentarischen Versammlung bietet, die an Reichthum des Talents und an Würde der Verhandlung nur schwer überboten werden kann.

## Dänemark.

Kopenhagen, 21. Mai. Foodrelandet hat einen längeren Artikel aus Holtzatzer, die Blokade der deutschen Häfen betreffend, worin die Regierung wegen Schwäche und Schwankung getadelt wird, daß sie am 4. Mai schon die Blokade vom 29. April eingeengt habe, und sogar am 10 Mai sie größtentheils zum 16. Mai als aufgehoben anzeige, so daß Deutschland jetzt in aller Ruhe und Frieden durch neutrale Schiffe seinen Handel fortsetzen könne, während man gerade durch Blokade nur das Volk und durch dasselbe das Parlament in Frankfurt zur gesunden Vernunft zurückführen könne, während es in der Geschichte Epoche machen würde, daß die Küsten von ganz Deutschland und Preußen, von der holländischen bis zur russischen Grenze, von dänischen Kreuzern blokirt gewesen, daß das kleine einzige Dänemark hätte dem übermüthigen großen sogenannten einigen Deutschland die Thür vor den Augen zuschlagen können. („Sie lehren uns was wir thun sollen!")

## Schweden.

Stockholm, 16. Mai. Die Rüstungen nehmen unausgesetzt ihren Fortgang. In Karlskrona ist Befehl eingegangen, die Linienschiffe „Karl Johann" und „Fäderneslandet" schleunigst auszurüsten, außerdem vier Segel- und zwei Dampffregatten. Dieses Geschwader wird auf drei Monate verproviantirt. Auf den Schiffswerften herrscht eine außerordentliche Lebendigkeit; es wird an Sonn- und Festtagen selbst gearbeitet, und zwar von 4 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends. Die Arbeiterkräfte sind dadurch so angestrengt, daß man eine bedeutende Anzahl Zimmerleute hat annehmen müssen. Prinz Oskar ist schon am 6. d. in Karlskrona angelangt und mit großem Jubel empfangen worden. Kapitän Tgerskiöld geht mit einer großen Anzahl Kanoniere nach Gothenburg ab, um daselbst ein Kanonenjollen-Bataillon zu organisiren. Es sind etwa 700 Bootsleute aufgeboten, sich hier einzufinden, um für die Bemannung der Kanonenschaktuppen verwendet zu werden. Mit mehreren Dampfschiffen sind etwa 30,000 Stück sechspfündiges Schrot nach Schonen und Gothenburg abgegangen. Die Feldbatterien von Christianstadt und Gothenburg sollen bereits nach Schonen aufgebrochen sein. Das norwegische Korps, welches daselbst erwartet wird, beträgt 5000 Mann. Der Vorschlag des Königs in Bezug auf eine neue Volksvertretung und eine neue Reichsordnung ist im Konstitutionsausschusse mit 15 gegen 9 Stimmen, als dem nächsten Reichstage vorzulegende Grundlage der Verfassungsreform, angenommen worden.

## Großbritannien.

London, 23. Mai. In Dublin wurde ein Führer der Revolutionspartei, Dewin Reilly, verhaftet, weil er bei einem militärisch organisirten Klub mitgewirkt. Den Tag vorher hielten die Konföderirten in einer Anzahl von 3000 Personen eine große Versammlung, um sich gegen die politischen Prozesse, womit die englische Regierung gegenwärtig das radikale Irland heimsucht, auf's Entschiedenste zu erklären. Es fehlte dabei nicht an theils revolutionären, theils überschwänglichen Redensarten; unter Andern nannte Meagher den im Gefängniß harrenden und gerichtlicher Aburtheilung entgegenharrenden Hrn. Mitchell einen „eingesperrten Apostel des heil. Evangeliums."

Die irischen Radikalen vertagen den Ausbruch der angekündigten Revolution von Tag zu Tag, aber sie machen, indem sie das Land in einem Zustande unausgesetzter Aufregung erhalten, der Regierung das Leben sauer genug und bereiten ihr Schritt für Schritt Hindernisse und Quälereien. Die Times drohen bereits aus der Ferne mit politischen Ausnahmegerichten, insofern auch über Mitchell die gewöhnliche Jury zu keinem Schlußurtheil gelangen und dadurch seine Freilassung erzielt werden sollte. Ueberhaupt schlägt eine gewisse Klasse in England auf der vollen Woge der Reaktion nach Rückwärts, wie denn ihr Organ, die Times, das summarische Verfahren des Marquez, der die eingefangenen Rebellen darweg erschießen ließ, den Regierungen zu Paris, Wien und Berlin für ähnliche Fälle als Muster empfiehlt. Der König von Neapel hat es bereits in grobartigem Style nachgeahmt. Die Bewunderung der Times steht der Lyer von Rußland jetzt viel näher, als etwa Lamartine. Wir leben jetzt in einer wunderlichen Zeit, wo sich alle Verhältnisse umkehren oder auf die Spitze stellen. Daily News nannte bereits vor einiger Zeit Irland ein englisches „Koblenz der flüchtigen Aristokraten des Festlandes."

Man liest in den Times: der Kaiser von Rußland habe seine Gesandten an verschiedenen europäischen Höfen davon in Kenntniß gesetzt, daß er die Invasion Jütlands Seitens der preußischen Truppen als einen casus belli betrachte, und daß er entschlossen sei, die Rechte des Königs von Dänemark mit der Land- und Seemacht seines Reiches aufrecht zu halten. Ueber diese Nachricht, deren Genauigkeit doch wohl einigem Zweifel unterliegen dürfte, jubelt die genannte Zeitung, deren Ausfälle gegen Preußen und Deutschland immer heftiger, grimmiger und hissiger werden. Dabei nimmt sie Anlaß, Lord Palmerstons Politik in dieser Angelegenheit auf's Herbste zu rügen; er trete viel zu sanft und rücksichtsvoll auf, statt gegen Dänemark, aber wohl gegen den deutschen Bund; die kräftige Sprache, welche Lord Palmerston gegen König Otto oder gegen den Herzog von Sotomayor geführt, sei hier viel mehr am rechten Orte gewesen; der Krieg gegen Dänemark sei ein Skandal; Deutschland müsse veranlaßt werden, erst Jütland durch seine Truppen räumen zu lassen, ehe an eine Friedensvermittelung gedacht werden dürfe (welches Unterfangen hätten wir dann, um zu einem günstigen und ehrenhaften Frieden zu gelangen?); wenn wir aber in die Forderungen der Times nicht eingehen wollen, so droht uns diese Zeitung mit einem politischen Bündniß zwischen England, Rußland, Schweden, Dänemark, Holland und Belgien (!!).

Die englischen Zeitungen erwarten für Deutschland keine Einheit, weil England diese Einheit nicht wünscht, sondern fürchtet. „Einheit in Deutschland!", ruft das M. Chronicle aus, „Bah! sie ist Unsinn! Jedes Mitglied des Frankfurter Parlaments wird an sich selbst die Unmöglichkeit zur Erschwirung bringen, und die Arbeiten des Parlaments werden damit endigen, womit sie begonnen haben, mit utopischen Beschlüssen. Krieg allein mag die Deutschen zur Besinnung bringen. Erst wenn Frankreich sich einige Monate lang in Deutschland eingenistet haben wird, wenn es rund um das deutsche Gebiet seinen Ritt gemacht haben wird, wie Frankreich rund um den Circkus nach den Tönen der Marseillaise, erst dann wird Deutschland vielleicht einig werden. Ihr Deutschen, ihr Gemisch fremder Sklaverei entfernt und doch zersplittert! Ihr Eure Zeit mit unnützem Gezänk über Eure innere Freiheit. Wenn die Freiheit untergeht, so sein Ihr, Ihr Anarchisten und Demokraten, ihre Verschmelzer. Schaut auf Belgien, ahmt diesem nach, oder geht unter!" So schreibt der Berliner Korrespondent dieser Zeitung; einen ähnlichen Eulenruf bringt sie aus Hamburg, es drohe vom deutschen Parlament aus nicht nur Deutschland: sondern Europa selbst die größte Gefahr, die äußerste Verwirrung, das aufgestellte Verfassungsschema sei ein Unding, wenn nicht alle deutschen Fürsten freiwillig abdankten u. s. w. Daß sich die Times ähnlich vernehmen lassen, ergibt sich aus der Richtung und Stellung dieser Zeitung von selbst; nur ist ihr Ton um Vieles ähnlicher und wegwerfender; sie spottet und hohnlächelt über die schwarzroth-goldenen Kokarden, über das Absingen des „Schleswig-Holstein stammverwandt", über die Umtriebe der Klubisten, über den Frostenredner, über das Vorparlament, über den erblichen Kaiser, über die angeblichen Intriguen Preußens, kurz über Alles, was man in Deutschland thut oder zu thun unterläßt. Es ist richtig, daß die Bestrebungen unserer Anarchisten auf die Engländer einen widrigen Eindruck hervorbringen müssen, aber England sollte bedenken, daß wir erst jetzt in jene Stürme einer politischen Umwälzung hineingerissen sind, durch deren Prüfungszeit England früher gegangen ist. Wenn man uns aber, wie die Times, mit einem Bündniß aller Nord- und Ostseemächte droht, so gibt sich darin deutlich die Furcht vor der Möglichkeit zu erkennen, daß uns die erstrebte Einheit zu Lande auch Stärke und Macht zur See verleihen wird; daher jene Drohung, daher jener Wunsch, uns durch ein Monsterbündniß aller europäischen Nordmächte mit Einschluß von Holland und Belgien abzusperren, zu beschränken und zu erdrücken. Die im Ganzen übermäßige und fast höhnische Haltung der Engländer, den sämmtlichen Bildungsprozessen anderer Nationen gegenüber, möchte sich aber doch, wie jeder Hochmuth vor dem Falle, früher oder später bestrafen.

Digitized by Google

Der demokratische Aristokrat Lord Dudley Stuart hat sich herbeigelassen, einem Reformmeeting der Wähler von Marylebone beizuwohnen, bei welchem auch eine gute Zahl Chartisten anwesend waren. Der Lord wurde von der einen Seite mit Eclat, von der andern mit Beifall empfangen, und öfters in seiner Rede durch Gelächter unterbrochen. Im Allgemeinen erklärte sich der Redner für die Nothwendigkeit der Wahlreform; denn es sei ein Unsinn, daß z. B. Harwich, Lyme und andere Plätze gerade eben so viele Abgeordnete ins Parlament schicken sollten, als Marylebone mit 250,000 Einwohnern. Mit großer Vorsicht erklärte er sich zwar nicht für abgekürzte Parlamente, er sagte blos, daß er dreijährige Parlamente den vierjährigen vorziehen würde; ebenso diplomatisch äußerte er, daß er im Grunde für offene Abstimmung sei, daß er aber unter Umständen und wenn er einsähe, daß man ohne geheime Abstimmung seine wahre Meinung auszudrücken nicht im Stande sei, der geheimen Abstimmung den Vorzug vor der offenen geben würde. So drehte und wandte sich der arme Lord, dessen Unglück es ist, von einem radik. Wahlkecken ins Parlament geschickt werden zu sein, nachdem er durch seinen ziemlich wohlfeilen Enthusiasmus für die Polen in den Geruch eines Liberalen gekommen. Schließlich gingen denn auch nicht die Bischöffe der gemäßigten Reformer, sondern ein Schwarm des Chartisten Vernon durch, wonach der Versammlung erklärt: „auf der Annahme der Volkscharte in ihrer Ganzheit und Vollständigkeit beharren und sich, gewarnt durch die Verrätherei der Reformer im Jahr 1832, zu keinerlei Compromiß verstehen zu wollen."

In der heutigen Unterhaussitzung richtete Hr. Austey folgende Frage an den Sprecher des Hauses: „Sir, ich wünschte von dem Minister des Auswärtigen zu wissen, ob Sir H. Bulwer bestraft von Madrid abberufen wurde, um, wie in einigen Journalen gesagt ist, als Gesandter nach Konstantinopel versetzt zu werden, oder ob seine Abreise als das Zeichen eines gänzlichen Abbruchs der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu betrachten ist"? Palmerston erwiderte: „Sir H. Bulwers Abreise hängt mit einer Ernennung desselben für einen anderen Posten nicht zusammen." Hier setzte sich der Lord, schien sich aber zu besinnen und stand ein paar Augenblicke später auf, um zu erklären: „Wie sich von selbst versteht, schreibt sich seine Abreise nicht von einem Bruch der freundschaftlichen Beziehungen beider Länder her." Diese Erklärung scheint vom Hause mit tiefem Schweigen aufgenommen worden zu sein. In derselben Sitzung richtete Herr Hume, der unermüdliche Censor der Minister, an die Regierung eine Anfrage wegen Unterdrückung der Volksfreiheiten auf den jonischen Inseln, welche ministerieller Seits von Hrn. Hawes mit einer ziemlich nichtssagenden Erklärung beantwortet wurde. Hume kündigte an, daß er seinen Antrag wegen Wahlreform bis auf den 20. Juni aufsetze, bei welcher Gelegenheit sich ein ziemlich pikanter Wortwechsel zwischen Cobden und dem ewigen Zänker O'Conner entspann.

Daily News bemerkt: „Dr Herzog von Sotomayor, ermuthigt durch Lord Stanleys Billigung seines Verfahrens, ist nun so weit gegangen, unsern Gesandten aus dem Lande zu werfen. Die protektionistische Partei hat, durch ihr Benehmen in dieser Angelegenheit, die britischen Gesandtschaften an jedem europäischen Hofe entmuthigt und blosgestellt. In der That aber hat die Regierung ebensoviel als die Protektionisten dazu beigetragen, daß sich der Herzog von Sotomayor diese neue Beleidigung unserer Volkswürde erlaubt hat".

London, 24. Mai. Hr. Bulwer kam in London an diesem Tage Vormittags an und hatte sofort eine Unterredung mit Lord Palmerston. Gleichzeitig mit ihm traf der Graf von Mirafiel in England ein; letzterer hatte 12 Stunden früher Madrid verlassen, aber von Paris aus mit Hrn. Bulwer denselben Eisenbahnzug und von Boulogne aus dasselbe Dampfboot benützt.

## Frankreich.

Paris, 24. Mai. Der Eindruck der Lamartine'schen Rede ist natürlich bei den Parteien verschieden; alle gestehen zwar dem Talent und der Gesinnung des Redners ihre Anerkennung, Alle versichern, daß auch ihre Politik die des Friedens und der Eintracht mit den benachbarten Völkern sei, aber die Einkleidung, in welcher diese Versicherung gegeben wird, zeigt doch, daß es an Antipathien gegen die Person oder die Sache nicht fehlt. In dem mürrischen Ausdruck der Bewunderung weiterseren der National und — das Journal des Debats; sie schließen sich den Grundsätzen und Folgerungen des berühmten Redners vollkommen an. Das Organ Ledru Rollins, die Reforme, ist im Wesentlichen ebenfalls mit ihm zufrieden; doch kommt ihr das Lob etwas schwer über die Lippen, und man sieht ihr an, daß sie lieber einer entgegengesetzten Politik das Wort reden würde. Aber sie darf in diesem Augenblick die Eintracht zwischen Lamartine und Ledru Rollin nicht kompromittiren; auch ist der Eindruck des Beifalls und einstimmigen Votums der Nationalversammlung zu mächtig, als daß sie sich damit in Opposition setzen sollte. Am bittersten greift E. Girardin in der „Presse", dem Organ der systematischen Oppositionen gegen die republikanische Regierung, das politische Glaubensbekenntniß Lamartine's an; sie wagt nicht, eine andere, kriegerische Politik seiner friedliebenden und versöhnenden entgegenzustellen, aber sie wirft ihm Halbheit, Inkonsequenz, Mangel an Logik vor und macht es sich dabei mit den Gründen, dies zu bemessen, sehr leicht. Lamartine, behauptet sie, spreche so wie die Minister Louis Philipps im Jahr 1831, als es galt, für Polen mit den Waffen zu intervenieren! Lamartine und die Minister Louis Philipps, das ist absolut Rußland und das konstitutionelle Preußen, die Politik der Unterdrückung von 1831 und die Politik einer friedlichen Reorganisation werden damit auf eine Linie gestellt — und doch weiß E. Girardin sogut wie irgend Jemand, daß Lamartine, wenn er die deutsche Politik vor Verdächtigungen wahrte und ihr in der Sache Polens vertraute, nur der Wahrheit die Ehre gab.

Die Verbannung der Dynastie Orleans und die Verwahrung der drei Söhne Louis Philipps beschäftigt heute fast alle Blätter. Die legitimistischen Organe sind nicht für die Ausschließung der Prinzen; sie machen sich dabei natürlich die Gelegenheit, die Verbannung der Dynastie Orleans als möglichst gering und ihre Verbannung als genug überflüssig darzustellen. Der National dagegen verwahrt sich, als sei es Furcht vor ihrer Bedeutung; die Maßregel sei nur vorgeschlagen, um jeden möglichen Konflikt zu vermeiden und feindseligen Leidenschaften jeden Anhaltspunkt zu nehmen. Das Verbannungsdekret habe keineswegs den Charakter einer Strafe, sondern nur den der Vorsicht und zwar im Interesse derer, die sich durch dynastische Neigungen fortreißen lassen könnten. Das Dekret selbst wird höchst wahrscheinlich in der Versammlung durchgehen; seit der Veröffentlichung der Briefe des Prinzen von Joinville haben die Prätendentengerüchte eher zu- als abgenommen, und Viele werden nun für die Verbannung stimmen, um jenen Vorwurf reaktionärer Bestrebungen abzuwehren.

Paris, 25. Mai. Das Univers, in kirchlichen Angelegenheiten meistens gut unterrichtet, erzählt von einer Verabredung, welche der Erzbischof von Köln vor seiner Abreise zur konstituirenden Versammlung mit den Bischöfen von Trier, Münster und Paderborn getroffen habe. Es sei ein „Verein Pius des Neunten" gegründet worden, der sich über einen größern Theil der katholischen Gebiete Preußens und Oesterreichs ausbreite; man verlange nur die Freiheit im Glauben und der Verwaltung, kein Privilegium. — Niemand wird Etwas dagegen einzuwenden haben, daß auch diese Richtung von dem jungen Vereinsrecht Gebrauch macht und ihre Angehörigen verbindet zur Verfolgung gemeinsamer Bestrebungen. Auffallend ist nur die Heimlichkeit, womit dergleichen betrieben wird; denn unseres Wissens ist das französische Blatt die erste Quelle, aus der wir jene Nachricht schöpfen.

Die Untersuchung gegen die Urheber und Mitschuldigen des Attentats vom 15. Mai wird eifrig betrieben und soll schon in einigen Tagen geschlossen werden. Täglich werden von den Verhafteten mehrere als unschuldig in Freiheit gesetzt, und man glaubt, daß die Anklage vor der Gericht zu Stellenden 20 bis 25 sein wird. Wie es heißt, wird man die Mitschuldigen und Urheber nicht vor die gewöhnliche Jury von 12 Pariser Bürgern stellen, sondern jedes Departement wird durch das allgemeine Stimmrecht einen Geschworenen wählen; — diese 86 Geschworenen bilden eine hohe Jury, vor der der Prozeß öffentlich verhandelt wird.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde das Dekret berathen, welches Kommissionen zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse anordnet; die Berhandlung bot kein besonderes Interesse. Auch wurde ein Amendement von Le Breton verworfen, welches verlangt: „daß das Verbannungsdekret gegen Louis Philipp nicht auf diejenigen Familienglieder angewandt werden könne, welche im Monat Februar von Paris abwesend waren und bekanntlich allen jenen Handlungen fremd blieben, welche die Vertreibung der Dynastie Orleans zur Folge hatten".

## Italien.

* Die Nachrichten aus Neapel erhalten ihre traurige Bestätigung. Während die Turiner Blätter den König geschlagen und vertagt sehen, wird es ganz unzweifelhaft, daß die bourbonische Reaktion mit den grausamsten Mitteln gesiegt hat. Der milderen Auffassung unseres ? Korresp. aus Neapel stellen sich nicht etwa nur die franz. Berichte, sondern auch die Korrespondenzen deutsche Blätter entgegen,

Digitized by Google

z. B. der Schwäb. Merkur; dort heißt es: „den jammervollen Zustand der Straße Toledo zu beschreiben, geht über mein Vermögen; es wird lange brauchen, bis die Spuren der allgemeinen Verheerung verschwunden sind. Noch weiß man nicht, wie groß die Anzahl der Opfer ist, welche in diesem unsinnigen Straßenkampf fielen; die Verhafteten und Gefangenen waren gestern mehr als 600, auf einigen Schiffen vertheilt. Noch ist der Verkehr unter den besseren Klassen der Gesellschaft nicht hergestellt, Wenige wagen auszugehen, aus Furcht vor dem Pöbel, dem Toledo's Ausplünderung nicht genügt." Aber nicht nur die Lazaroni, auch die Schweizer haben an den blutigen Scenen einen großen Antheil. Wir wollen kein Vergeltungsrecht üben und deßhalb Alles, was schweizerisch heißt, mit Schmähungen überschütten. Ohnedieß nimmt uns die Berner Zeit das Wort auf dem Munde; sie sagt: Hier sind es also wieder die Schweizer, welche ihren Arm der Henkerpolitik eines fremden Despoten geliehen haben! Das ist die Neutralität, die die Schweiz zu bewahren weiß. Wo es gilt, ein Volk unterdrücken zu helfen, da sind die Schweizer dabei und verspritzen ihr Blut für die Tyrannen.

## Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 19. Mai. Die Nachrichten, welche der Regierung aus dem Banat zugekommen, sind sehr beunruhigend. Die offenen Feindseligkeiten haben zwar noch nicht begonnen, aber die Aufregung hat den höchsten Grad erreicht, und da der Bau von Kroatien hartnäckig jede Verbindung mit unserer Regierung verweigert, so steht auch der Ausbruch eines furchtbaren Krieges jeden Augenblick zu erwarten. Die beunruhigendsten Gerüchte jagen sich einander, die wir aber, als aus trüben Quellen fließend, unberührt lassen. Die Truppen- und Munitionssendungen nach der bedrohten Grenze dauern fort. — Die Untersuchung über die Militärexcesse vom 10. Mai ist beendigt, und sieht man dem Urtheil mit großer Spannung entgegen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[510]

## Die deutsche Reichstagszeitung.

Herausgegeben von Robert Blum, J. G. Günther und Dr. Schaffrath, erscheint, Sonntags ausgenommen, täglich in meinem Verlage und ist im fürstl. Thurn- und Taxis'schen Postgebiete für 3 Thlr. 30 kr. zu beziehen.

Frankfurt, a. M., 20. Mai 1848.

Gustav Oehler.

[511] Bei Friedrich Bassermann in Mannheim sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

## Protocolle

der zur Berathung einer

# Allgemeinen Deutschen Wechsel-Ordnung

in der Zeit vom 20. Oktober bis zum 9. December 1847 in Leipzig abgehaltenen Conferenz

nebst dem Gesetz Entwurf.

Abdruck der Regierungsvorlage an die badischen Stände.

gr. 4. Preis 1 Thlr. preuß. Ct. oder 1 fl. 45 kr. = 1 fl. 30 kr. C.-M.

Diese Protokolle bilden von nun an die Quelle für das deutsche Wechselrecht und werden somit jedem Rechtsgelehrten, sowie vielen Geschäftsmännern unentbehrlich sein.

[512]

## Restaurations Empfehlung.

# Heidelberger Schloßruine.

Der Unterzeichnete erlaubt sich hiermit seine aufs Beste eingerichtete, in der schönsten Lage mitten im Schloßgarten gelegene Restauration und tägliche Table d'hote den auswärtigen Besuchern unseres Schlosses empfehlend in Erinnerung zu bringen.

Heidelberg, 23. Mai 1848. J. N. Hamberger.

[513]

## Avis.

Une jeune personne de bonne famille de la Suisse française, désire se placer comme gouvernante dans un institut ou dans une maison particulière recommandable. S'adresser letters affranchies à Mr. Boisot chef d'institution à Carlsrouhe.

[514] Versäumnißerkenntniß in Sachen des Postverwalters C. Becker in Pforzheim, Kl. gegen Johannes Ziegler aus Eppingen, Beklt. Forderung betr.

wird, da der Beklagte der gerichtlichen Aufforderung vom 17. April l. J. Nr. 5751, welche in Nr. 116, 121 und 125 der Deutschen Zeitung öffentlich bekannt gemacht wurde, in der gegebenen Frist, nicht Genüge geleistet hat, nach Ansicht der §§. 671, 673 und 665 der P. O. die Forderung für zugestanden, jeder Einwand dagegen für verspätet und deßwegen Johannes Ziegler von Eppingen für schuldig erklärt, die geforderte Summe von 700 fl. innerhalb 14 Tage bei Vermeidung des gerichtlichen Zwangs, an Postverwalter C. Becker zu Pforzheim zu bezahlen und die, durch das Verfahren entstandenen Kosten zu tragen.

B. H. B.

So verkündet Eppingen, 26. Mai 1848.

Gr. Bad. Bezirksamt Eppingen: Müller.

[515] Ein in der Landwirthschaft theoretisch und praktisch wohlerfahrener junger Mann der ökkich. Schweiz, der in deutschen land- und forstwirthschaftlichen Akademien — Hohenheim — studirte, größere Oekonomien verwaltete und die empfehlendsten Zeugnisse aufzuweisen hat, wünscht recht bald wieder als Wirthschaftsführer oder Meier unter billigen Bedingungen Anstellung zu finden. Frankirte Briefe mit Chiffre P. B. bef. die Expedition.

[516]a

## Der Bade- Milch- und Molken-Kurort Rigi-Scheideck

ist dieses Jahr seit dem 15. Mai wieder eröffnet. Die dort befindliche Mineralquelle darf laut letztjähriger genauer Analysirung, als eines der stärksten eisenhaltigen Mineralwasser in der Schweiz, sowohl den Herren Aerzten, als Kurgästen aufs Beste empfohlen werden, sowie auch gesunde reine Bergluft, täglich frische Molken, Kuh- und Ziegenmilch. — Nähere Auskunft und Analysen des Rigi-Scheideck Mineralwassers ertheilt auf frankirte Anfragen gratis d. Besitzer

Josef Müller,

auf Rigi-Scheideck in Gersau Kt. Schwyz.

[517]b

## Wasser-, Molken- & Trauben-Curanstalt Gleisweiler

bei Landau in der Pfalz.

Die Kaltwasserheilanstalt des Unterzeichneten ist das ganze Jahr über geöffnet. — Die Ziegenmolken werden vom 1. April bis 1. Oktober getrunken. Betreffende Prospektus, sowie jede nähere Auskunft ertheilt der Unterzeichnete, welcher im Curhause beständig wohnt, unter der Adresse:

Dr. med. L. Schneider.

Landau in der Pfalz, postes restante.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver a Boyd, 73 Newgatestreet in Edinburgh. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder werden nur Exemplare für G. A. Kayser in Carlsruhe Nr. 20 Breite, Palais Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 2. 42 kr. — durch die Post bezogen im Umfang der Großherzogthums Baden fl. 2. 30 kr. Für Abgaben unter der Norm einer vierteljährigen Portopreis mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

**№ 150.** **Heidelberg,** Dienstag 30. Mai. **1848.**

## Uebersicht.

Die jüngsten Beschlüsse der Nationalversammlung. — Wien (Schließung der Universität). Berlin (Sitzung der Kammer). Posen (der getrennte Unterricht. Poln. Fanatismus. Nachrichten aus Posen). Stuttgart (die Bürgerbewaffnung. Regung gegen die deutsche Sonderbündelei. Kommission für Reformen. Der Finanzminister). Mannheim (der vaterländische Verein). Braunschweig (Antrag an die Hannoveraner und Baiern). Hechingen (die Selbständigkeit der kleinen deutschen Staaten vom nationalökonomischen Standpunkte). Hadersleben (Adresse des Thun'schen Freikorps an General Wrangel). Altona (Allarmgerüchte. Die dänischen Gefangenen). Hamburg (die Geldforderungen bewilligt). Frankfurt (Parlamentsverhandlungen).

**Schweiz.** Bern. Bild der Parteikämpfe.

**Belgien.** Brüssel. Der Prinz von Preußen.

**Schweden.** Erklärung des Königs Oskar. Die Friedenspartei. Das schwed. Hilfsheer.

**Großbritannien.** Der Prinz von Preußen. M. Chronicle über die Wiener Ereignisse.

**Frankreich** Verhandlungen der Nationalversammlung über die Verbannung der Dynastie Orleans.

**Italien.** Rom. Die Dinge in Neapel. Die Stimmung über den Krieg. Neapel. Auflösung der Deputirtenkammer. Zahl der Todten. Die gefangenen Franzosen. Zurückberufung der neapolitanischen Truppen. Deutscher Schutz in der Fremde.

---

### Heidelberg, 29. Mai.

In den beiden Sitzungen der Nationalversammlung am 26. und 27. sind zwei charakteristische Abstimmungen gefallen, auf die wir aufmerksam machen müssen. Die Versammlung bekundete in derselben gegenständlich ihre Abneigung gegen jeden Akt einer unpassenden Vordringlichkeit und ihre Bereitwilligkeit zu jeder energischen Kundgebung ihres Willens, für ihr großes Mandat, die Herstellung einer einheitlichen Verfassung Deutschlands, einzutheben. Die Gegenstände der Abstimmungen konnte der Zufall nicht glücklicher nebeneinander legen, um an ihnen den Charakter des Parlaments kennen zu lehren und den Weg vorauszusehen zu fassen, den dasselbe muthmaßlich einhalten wird.

Der Antrag von Zitz in Bezug auf die Mainzer Verhältnisse muthete der Versammlung ein Urtheil an in einer ungeschlichteten Sache und warf sie in eine Verwaltungsthätigkeit hinein, die sie von ihrem Hauptwerk abziehen mußte, in eine Bahn, die, einmal betreten, auf so viele Abwege leiten mußte, daß man nur erkennlich sein kann für die Entschiedenheit, mit der gleich dieser ersten Versuchung ausgewichen wurde, die wegen der Nähe und Bedeutung der Ereignisse etwas Verlockendes hatte. Die Versammlung wäre mit einer Genehmigung des Zitz'schen Antrags, selbst der viel milderen Anträge der Kommission, auf die Wege des Fünfzigerausschusses eingetreten, und so sehr wir der Meinung sind, daß dieselbe in großen Anforderungen sich dem unmittelbaren Eingreifen in die vaterländischen Dinge nicht aus einer unzeitigen Zweifelsucht und rechtlichen Gewissenhaftigkeit entziehen soll, so glauben wir doch, daß ihre Würde es erheischt, nur bei wahrhaft bedeutungsvollen Gelegenheiten diese Rolle zu ergreifen, und daß ihre moralische Kraft und ihr Ansehen wesentlich davon abhängt, ob sie den rechten Takt und das rechte Maß in sich haben wird, sich in diesen Gelegenheiten nicht zu vergreifen. Die Mainzer Sache war an sich wichtig genug, keineswegs aber war sie von einer allgemeinen Bedeutung; das erste rasche Einschreiten, die schnelle Ernennung eines Ausschusses, mit der Verpflichtung, eine Kommission nach Mainz zu schicken, wodurch den Rabikalen schon die Aussicht gegeben wurde, als ob die Versammlung wie eine provisorische Regierung zu agiren breit sei, hatte die unmittelbare Folge, daß man die Auseinsetzung der Herren Peez und Konsorten als eine ebenso dringliche Angelegenheit vorbrachte. Welch eine erhabene Mission, wenn das Parlament in dieser Weise fortgefahren hätte, sich in jeden lokalen Handel einzumischen! Es scheint, dies habe die Versammlung schnell orientirt und sie begreifen gemacht, daß sie sich durch ein Eingehen auf solche Dinge zu einer Polizeibehörde erniedrige. In der Pelz'schen Sache kam der Antragsteller nicht einmal zum ersten Wort; in der Mainzer Sache ward nach einer heftigen Diskussion, in der Fürst Lichnowsky in einer vortrefflichen Improvisation die Herren Zitz und Blum in einer der übrigen an Heftigkeit und Effekt ähnlichen, an Anstand und Würde sehr überlegenen Manier abfertigte, zur Tagesordnung übergegangen.

Der Antrag von Raveaux, ursprünglich viel einfacher, hatte sich durch eine Reihe von Veränderungsvorschlägen zu einer Frage von der höchsten Wichtigkeit, selbst von principieller Bedeutung gesteigert. Es handelte sich ursprünglich von der Befugniß der zu den konstituirenden Versammlungen in Frankfurt und in Berlin Gewählten, beide Stellen anzunehmen; zuletzt handelte es sich um das Verhältniß der konstituirenden Versammlungen in den Einzelstaaten zu der Frankfurter Nationalversammlung. Der Ausschuß, der der Versammlung einen übersichtlichen Bericht über die Masse der Anträge und Amendements vorzulegen hatte, einigte sich nicht, sondern trug in Einer Fraktion auf motivirte Tagesordnung an, in Einer auf Wiederholung der Erklärung der souveränen Gewalt dieser Versammlung, der gegenüber jede partikulare Gesetzgebung weichen müsse, in zwei mittleren Anträgen, die sich je nach einem der beiden Extreme neigten, dem Wortlaute nach aber dem gemeinen Verstande und selbst dem juristischen Scharfsinn Hecscher's ziemlich gleich klangen, auf eine Erklärung der Nationalversammlung, „daß alle Bestimmungen deutscher Verfassungen, welche mit dem allgemeinen Verfassungswerk nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des Letztern als giltig zu betrachten sind." Die Frage war demnach, ob sich die Versammlung in die principielle Erklärung der Volkssouveränetät, der sogar das Vorparlament nicht ungern auswich, einlassen, oder ob sie bloß eine Erklärung abgeben wollte, wie sie ihre faktische Stellung zu den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten, wie sie die Sache der Einheit in ihrem Verhältniß zum Partikularismus betrachte.

Wir haben früher unsere Ansichten über die Volkssouveränetät erklärt, eine Frage, die uns wie wenigen eximös am sich scheint, als vielmehr eximös geworden in den Zeiten, wo man über sie schreiben und sprechen wollte, ohne zu dürfen. In geordneten Staaten ist zwischen Fürst und Volk kein feindlicher Gegensatz, der Fürst gehört zum Volk und theilt mit ihm nach gesetzlicher Bestimmung die Volkssouveränetät. In dem absoluten Staate usurpirt der Fürst die Souveränetät für sich allein, in dem halb konstitutionellen, wie bei uns bisher, interpretirt er sie so, daß dem Volke sein Antheil illusorisch wird, in dem Momente, wo ein Volk aufsteht, diese usurpirte ungetheilte Gewalt zu brechen, ist es eine Nothwendigkeit, daß es sie eine Weile für sich ganz usurpirt, bis sie wieder gesetzlich geschieden ist. Der Gebrauch, den das Volk von dieser günstigen Gelegenheit macht, entscheidet, ob es zur Revolution oder zur Reform schreiten will. Wir hatten zur Zeit des Vorparlaments dringend gewarnt, diesen faktischen Zustand, in dem wir uns befinden, nicht mit Principstreitigkeiten allyseits zu beleuchten; es heißt das, Oel ins Feuer gießen. Wir warnten, nach beiden Seiten nicht eigensinnig zu sein. Das Vorparlament hatte die feine Linie ziemlich eingehalten, die Regierungen erwiderten mit der Fügsamkeit in den Wahlmodus. Der Fünfzigerausschuß überschritt diese feine Linie, und der Gegenschlag aus Oesterreich, Baiern und Hannover ließ

Digitized by Google

nicht auf sich warten. Es war die Frage, ob die Nationalversammlung den drohenden Bruch vergessen will durch irgend eine schroffe Erklärung. Wir preisen uns glücklich, sagen zu können, daß sie mit vollem Bewußtsein dieser Gefahr vorbeigeschritten. Selbst ein Mann wie Beckerath erkannte die Volkssouveränetät als den obersten Grundsatz an, der die Versammlung leiten müsse, auch Welcker, der sich am entschiedensten gegen ihre einseitige Usurpation auslieh, focht sie doch als Grundsatz nicht unerbittlich an; selbst die Gemäßigten also waren im Princip nicht abweichend, aber sie riethen einmüthig ab, diesen Grundsatz mit lautem Nachdrucke, unnöthig und ohne dringenden Anlaß zu proklamiren, die weniger politisch entwickelten Stämme dadurch zu allarmiren, den Unentschiedenen Anstoß zu geben, die über die neue Macht des Parlaments noch erschrecken, der Logik und Konsequenz zu viel nachzugeben und die Politik außer Augen zu setzen. Es freut uns, beizufügen, daß selbst der Antragsteller Raveaux, den man früher mit der äußersten Linken hatte gehen sehen, sich ausdrücklich in diesem selben Sinne erklärte; und zuletzt hatten wir die Befriedigung, selbst die ganze Linke ihr gestelltes Sondergutachten, worin das berühmte Einzig und allein noch einmal verkündet ward, zurückziehen zu sehen.

So reducirte sich die Frage einfach auf den Gegensatz der Einheit zu dem Partikularismus, und diese Auffassung klärte sich während der Diskussion immer reiner ab. Die auf Tagesordnung angetragen hatten, waren wesentlich keiner andern Ansicht, als die in dem Antrage der Mehrheit des Ausschusses niedergelegt war; sie unterschieden sich nur formell darin, daß sie bloß ein Vertrauen auf die Bereitwilligkeit der Regierungen und Staaten aussprachen, die Bestimmungen unterzuordnen, während die Mehrheit es der Würde des Reichsgrundgesetzes und dem Ansehen der Versammlung allein würdig fand, daß sie eine Erklärung und nicht bloß ein Vertrauen aussprechе. Man fühlte, daß es auf eine möglichste Einigung in dieser entschriedenen Vorfrage in der Verfassungssache wesentlich ankomme; sie war der Wunsch aller Redner. Die Probe war da, ob die Besorgnisse, die wir in unserm Blatte vom 27. Mai aussprachen, sogar bei dieser ersten noch ganz allgemeinen Frage gerechtfertigt werden sollten. Es konnte den Anschein haben. Ein Theil der Baiern war sichtlich geneigt, für Tagesordnung zu stimmen; unter den vier Ausschußmitgliedern, die auf sie angetragen hatten, waren zwei Oesterreicher, auch diese Landsmannschaft schien zum großen Theile sich dafür erheben zu wollen. Und man konnte nicht läugnen, daß sie dem allgemeinen österreichischen Reichstage gegenüber eine große Anforderung hatten, jener Erklärung nicht beizutreten, da es wohl Jedem einleuchten muß, daß sich das Institut jenes Universalreichstags mit dem deutschen nicht vertragen kann. Dennoch drang die Sache der Einheit auch bei diesen Männern, wenigstens bei dem größern Theile derselben, durch, sie feierte einen glänzenden Triumph. Dies ist der erste Tag, den wir dem politisch reifen Auslande mit Stolz und Selbstgefühl entgegenhalten dürfen! Wenige verlorene Stimmen erhoben sich für die Tagesordnung: die ganze Versammlung, mit Ausnahme von 30—40 Stimmen, vereinigte sich für den energischeren der beiden mittleren Anträge, den von Wernher, dessen Worte wir oben angeführt haben. Die Mehrheit der Kommission hatte vorher erklärt, sich der Wernher'schen Fassung des Antrags anschließen zu wollen. Der Augenblick war groß und erschütternd, Jubel und Rührung in der Versammlung und auf den Gallerien gleich groß; möge die Vorbedeutung für das ganze Werk der Nationalversammlung und für die Zukunft des Vaterlandes günstig und segensreich sein.

**Oesterreich.** △ Wien, 24. Mai. Die Universität, Polytechnik, Akademie der bildenden Künste wurde heute vom Ministerium bis zum Monat Oktober für geschlossen erklärt. Die Reaktion ist dis jetzt vollkommen im Sieg über die Bürger Wiens. Eine einzige Kompagnie der Nationalgarde hat es gewagt, ihre Kollegen durch Plakat aufzufordern, nicht zuzugehen, daß sich die Versämmlung des 13. März, die Studenten, den Wien entfernen — man möge nicht vergessen, was man ihnen schuldig sei.

**** Preußen.** Berlin, 25. Mai. Der Saal der Singakademie, worin die Sitzungen unserer Abgeordnetenkammer*) gehalten werden, ist von ausgezeichneter architektonischen Schönheit reinsten antiken Styls und in akustischer Beziehung nicht minder zweckmäßig. Die innere Einrichtung, der erhöhte Sitz des Präsidenten und seiner Sekretäre, davor die Rednerbühne, in saubersten Einfachheit, machen auf das Auge einen wohlthuenden Eindruck. Daß den Abgeordneten, manchen Komfort, z. B. die verschiedbaren zierlichen Pulte der badischen Kammer abgehen, ist zwar ein Mangel, aber kein ästhetischer. Die Tribune für die Journalisten, der Rednerbühne gerade gegenüber, wenn auch mancher Grund zur Klage sein mag, unserer Wissens geräumiger und besser gelegen, als anderswo. Der Zuschauerraum ist über einer Leistwand und nicht so freigiebig, wie in der prächtigen Rotunde Ihrer zweiten Kammer; aber man kennt ja die Pariser, die Londoner Räume und söhnt sich einigermaßen mit dieser Improvisation aus. — Die verschiedenen Seiten der Abgeordnetenbänke, die Linke, das Centrum, die Rechte sind von je 2 Gängen wiederum in je 3 Abtheilungen getheilt, so daß man also eine äußerste, eine mittlere, eine innerste (sit venia verbo) Rechte, ein rechtes, mittleres, linkes Centrum, eine innerste, mittlere und äußerste Linke unterscheiden kann. Die Rechte und Linke steigen außerdem allmählich aufwärts; so haben wir denn auch einen Berg, und zwar einen rechten und einen linken. Die heutige Verhandlung hat unstatsam bebrieft, daß die Schattirungen mannigfaltig genug sein werden, um jener Unterabtheilungen uns in unsern Berichten als charakteristischen Abtheilungen bedienen zu müssen. Freilich war heute noch ein buntes Durcheinander. Ich berichte, was ich sah. Auf der äußersten Rechten sah ich Abegg, den Vicepräsidenten des Fünfzigerausschusses, auf der innersten Rechten Milde, auf der mittleren Rechten u. A. den Geh. Revisionsrath Bauer. Im eigentlichen Centrum waren mehrere Landleute, mehrere katholische Geistliche, doch auch z. B. Geh. Rev.-Rath Jonas zu bemerken; von dem linken Centrum scheint der Abg. Robbertus Bedeutung zu gewinnen. Die äußerste Linke ist am meisten organisirt; den Gipfel ihres Berges nehmen außer den fanatischen Feinden unserer Nationalität, den Polen, z. B. Kratzewski, die Abgg. Jung, Graf Reichenbach u. A. ein, die mit dieser Opposition quand même gemeinschaftliche Sache machen werden; auf der äußersten Linken, doch mehr abschüssig, saßen Stein, Breit, Julius Behrends u. s. w., nebst vielen Polen, unter denen auch Mieroslawski Platz genommen hatte. Auf der mittleren Linken schien mir die meiste Konfusion zu herrschen; dort sah man Brünneck, Kirchmann, Temme, Sydow, Wargenheim, Unruh. Auf der innersten Linken (also zunächst dem Centrum) ragten der Abg. Geh. Obertribunalrath Waldeck, Abgeord. Harrassowitz, Abgeord. Stadtrath Duncker hervor. Vor dem Centrum ist die Ministerbank. Die Minister sitzen nicht wie in Baden und ehemals im weißen Saal mit dem Anklitz gegen die Abgeordneten und zur Seite des Präsidiums, sondern gegenüber der Rednerbühne wie in der französischen Abgeordnetenkammer. Sie erschienen, wie voraussichtlich, nicht in der Fülligen Amtstracht. — Schön führte den Vorsitz; aber leider fällte seine Stimme nicht den Saal; und der Umstand, daß seine Worte meistens in wenig geschickter Form vom Sekretariat wiederholt wurden, trug nicht wenig dazu bei, den Eindruck zu einem recht peinlichen zu machen. Denn der Geist dieses großen Wissens ist jugendkräftig und so sehr erhaben über den mancherlei Epigonen der französischen Konstituante, von denen wir heute einen Vorschmack erhielten, daß er, wenn die körperliche Beschaffenheit nicht so sehr die Stöße versagte, herrschen würde mit seinem Quos ego über allem windigen Treiben politischer Schlauche! Aber so war das Präsidium unsicher, schwankend; der ehrwürdige Greis sprach und wurde nicht verstanden. Man rief; man präsidirte mit. — Die äußerste Linke zeigte sich übrigens heute ganz in derselben Weise, wie die Hecker, Struve, Zitz'sche Fraktion sich bei dem Vorparlament aufgeführt haben soll. Sprechen vom Platze, Unterbrechen, Trampeln mit den Füßen, Anzweifeln einer unglücklichen Abstimmung, Operationen bei der Fragestellung, Protestruse, Stehen in den Gängen, genug schon in wenigen Stunden ein vollständiger Terrorismus — versucht! Die Abgg. Bauer und Milde äußerten ihren Unwillen über diese Aktionsfigkeit, resp. Taktik. Auch der Abg. Temme (der berühmte Jurist) erklärte sich gegen ein Manöver, nach geschehener Abstimmung noch eine neue durch Namensaufruf zu veranlassen. — Nun denke man sich auf dieser Seite noch die Polen, die durch ihre jetzige leidenschaftliche Erregtheit, durch

*) Von vornherein verwerfe ich den Namen „preußische Nationalversammlung". Nicht, weil es einmal eine französische Nationalversammlung gegeben hat, nicht weil mir der Name zu radikal erscheint, sondern weil er einen gefährlich reaktionären Sinn birgt. Die gefährlichste Reaktion ist jetzt die partikularistische, territoriale. Bestagenswerth ist daterischer Partikularismus, verderblich das Oesterreicherthum, aber wahrhaft verzweiflungsvoll ist preußischer Partikulargeist. Eine preußische „Nation", ein „Vaterland" Brecktenburg oder Lippe, das ist nachgerade ein hölzernes Eisen geworden. Aber eine preußische „Nationalversammlung"(!) neben der deutschen muß doch jeden fremden als die Versammlungen zweier verschiedenen Nationen berühren. Der Austrend hat sich sogar in den Staatsausgaben eingeschlichen. Unser patriotisches Ministerium verwahrte sich dagegen und die Kammer wird nicht weniger patriotisch sein wollen als die Räthe der Krone.

Digitized by Google

ihr natürliches Temperament und durch die angeborne Anlage gerignet sind, das herbeizuführen, was man „polnischen Reichstag“ nannte. — Die Verhandlungen bewegten sich lediglich um die Legitimation der Vollmachten und boten eben nur insofern Interesse, als man daraus die Physiognomie der Versammlung einigermaßen kennen lernte. Kraszewski versuchte, die polnische Frage zur Sprache zu bringen, was indessen die Tagesordnung verwehrte. Jung wünschte bei Gelegenheit einer Legitimationssache, daß die Versammlung die Wahl eines Deutschen in der Stadt Posen ungiltig erkläre, um einen verschärften Akt gegen die Polen zu üben. Reichenbach interpellirte den Minister des Innern, Auerswald, ob Wahlkommissäre im Auftrag Kandidatenlisten der Gewählten eingesandt hätten! Es lagen nämlich einige zum Theil sehr drollige bei, welche die Regierung mit allem Heil dem Aufschuß der Kammer übersandt hatte. Diese That war eine Antwort und zwar eine klitzere, als die Frage. Auerswald antwortete kurz und entschieden. Wie sich übergens, die Oppositionen hatten ihre hastail und triesi noch zurückbehalten; denn wenigstens diese principer, welche heute ihren Vorposten einnahmen, stießen just nicht Ehrfurcht ein. Sie verriethen wenig Geschick und nicht mehr Kapacität. Aber der erste Eindruck ist vielleicht nicht der richtige; wir sind bereit, ihnen Anerkennung zu zollen, wenn sie andre Waffen führen, als heute. — Man prophezeit, daß Kirchmann der Führer einer republikanisch-monarchischen Oppesition sein werde. Wir haben Jenen Lesern einst sein Schriftchen über die „Werthlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft“ sehr dringend empfohlen. Wer unserem Winke gefolgt ist, wird daraus ermessen, daß der talentvolle Verfasser sich zu einem entschiedenen und logisch konsequenten Parteimann wenig, zu einem Parteiführer gar nicht eignet. Nicht blos die Fehler jener Schrift, namentlich die naiv eingestandne Schwäche der Zweideutigkeit, sondern auch die Vorzüge derselben sprechen für unsre Prognose. Er wird vielleicht den Beckerrad der Opposition sein; wenn auch in andrer Schattirung, so doch in ähnlicher Färbung. — Mehr Aussicht scheint Waldeck zu haben; in seiner Vertheidigung des Grundsatzes, daß Schreibensunkundige dennoch als Wahlmänner giltig fungiren könnten, weil jeder volljährige Preuße, der nicht der Ehrenrechte verlustig oder Armenunterstützung genießt, im Gesetze für fähig erklärt sei, ungeachtet vom Wahlmann ausdrücklich selbstgeschriebene Stimmzettel verlangt werden, und die verschiednen Paragraphen eines Gesetzes sich zu ergänzen pflegen; in dieser Vertheidigung zeigte der Abgeordnete, daß er im Parteienkampf nicht blos den Geheimen Oberribunalsrath, sondern auch den ganzen juristischen Menschen auszuziehen bereit sei. Die äußerste Linke wäre mit Blumbrot geschlagen, wenn sie nur einen Augenblick zaudernte, ihre durchaus mittelmäßigen Kräfte der geschickten Führung eines solchen Mannes unterzuordnen, der ihnen gefällig und auch durch parlamentarische Form so bei Weitem überlegen ist. — Graf Reichenbach hat eine entfernte Aehnlichkeit mit Hecker; doch hatte Letzterer mehr Würde; seine Erscheinung war einnehmender, feiner. An Feinheit des Aeußern fehlt es dem Abg. Jung durchaus nicht; er hat sogar etwas Mildes in seinem Organ; als Redner, namentlich durch eine stereotype Handbewegung, erinnert er einigermaßen an Hrn. von Bismark, den Oppositionsmann vom letzten Ver. Landtag. — Morgen um 10 Uhr ist nächste Sitzung. Den einem präsumtiven Präsidenten verlautet Nichts. — — Die Wahl Heinrichs von Gagern zum Vorsitzenden im Hause des deutschen Volks erfüllt mit Hoffnung und Begeisterung. Unsre Preußen gaben ihm sicher sämmtlich ihre Stimmen. Die Manen seines für unsre Freiheit gefallen Bruders Friedrich mögen ihn umschweben, wenn die Wahlvermandten bevor, die Gott und des Heiden vor Gott und Deutschland verantworten, gegen den besseren Geist der Nation sich verfündigen und er der Schlange den Kopf zertritt!

†† Berlin, 26. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer wurde der Antrag: Präsidenten und Sekretäre nur provisorisch bis zur Abfassung eines definitiven Geschäftsreglements zu wählen, einstimmig angenommen. Eine lange überaus stürmische, jedoch wenig fruchtbare Debatte über den Abstimmungsmodus, die Zahl der Stellvertreter und Schriftführer folgt; man vereinigt sich, zwei Stellvertreter und acht Schriftführer zu wählen, und beschließt, den Modus, der für die Wahl der Wahlmänner vorgeschrieben ist, gelten zu lassen. Es wird zur Abstimmung geschritten, die Zählung der Stimmenden ergibt 372, die eingehenden Stimmzettel ergeben die Zahl 374, die absol. Majorität (187 oder 188) hat Keiner erreicht. Es haben: Milde 162, Waldeck 156, Esser 35, v. Kirchmann 8, Uhlich 5, Binder 5, Duncker 1, Grabow 1, Weichsel 1. Die 5 Ersten kommen zur engern Wahl, Uhlich und Binder, da sie gleich viel Stimmen haben, losen und Binder schidet aus. Bei der zweiten Abstimmung erhält Milde 204 Stimmen, Waldeck 168. Der Alterspräsident stellt Hrn. Milde der Versammlung als ihren provisor. Vorsitzenden vor, Hr. Milde richtet einige Worte an die Kammer, spricht Hrn. von Schön den Dank der Versammlung aus und schließt die Sitzung (Nachmittags 4 Uhr).

Δ Posen, 19. Mai. Seit dem 4. d. M. haben alle hiesigen niederen und höheren Schulanstalten trotz des Bürgerkrieges, der sogar die nächste Umgegend unserer Stadt gefährdete, den Sommerkursus begonnen, bloß das polnisch-katholische Mariengymnasium hat bis jetzt nicht wieder eröffnet werden dürfen, weil das Provinzialschulkollegium die geeignete Stimmung des deutschen Publikums gegen diese Anstalt, die seit Jahren die Pflanzschule des Polonismus gewesen, berücksichtigen mußte. Jetzt hat, wie uns glaubwürdig versichert wird, eben sowohl diese Behörde, als auch das deutsche Centralkomité bei dem Staatsministerium die Vereinigung der beiden hiesigen Konfessionsgymnasien zu einem Simultangymnasium und die Verwendung der dadurch zu erübrigenden Gelder mittel zur Errichtung und Unterhaltung einer höhern Realschule in unserer Stadt beantragt. Im Jahr 1846 unmittelbar nach der Entdeckung und Unterdrückung der polnischen Verschwörung forderte dieselbe Schuldeputation dieselbe Maßregel als eine politische Nothwendigkeit, die hiesigen Stadtverordneten, obwohl damals der Mehrzahl nach polnisch und katholisch, stellten in einem vortrefflich motivirten Berichte dem Staatsministerium vor, die seit einigen Jahren in diese Provinz eingeführte Trennung der Gymnasien in katholische und evangelische sei zugleich eine nationale, denn katholisch falle hier eben so mit polnisch wie evangelisch mit deutsch fast überall zusammen; diese Trennung der Jugend stifte unheilvolle Zwietracht in der erwachsenden Generation, mache Freundschaftsbündnisse zwischen polnischen und deutschen Knaben und Jünglingen, deren so viele auf den seitherigen Simultangymnasien der Provinz geschlossen worden, unmöglich und werde nicht blos den Deutschen, sondern auch den den Polen mit Ausnahme einer kaum nennenswerthen Partei bitter getadelt, zwei Gymnasien seien in Posen ein Luxus, wenn man die verhältnißmäßig überaus geringe Zahl ihrer jährlich zur Universität übergehenden Schüler betrachte, die Errichtung einer höhern Realschule dagegen sei ein allgemein und um so schmerzlicher empfundenes Bedürfniß, als die einzige derartige Schule 14 Meilen von Posen entfernt sei. Alle diese und ähnliche Anträge und Vorstellungen blieben unberücksichtigt. Der schon von dem verstorbenen Könige proklamirte Grundsatz: die Vereinigung beider Konfessionen zu gemeinsamem Schulunterricht erzeugt religiösen Indifferentismus, durste auch im Posenschen nicht aufgegeben werden, obgleich die politisch-verderblichen Wirkungen desselben gerade in dem hiesigen Marien-Gymnasium, welches von dem Staatsministerium nicht aufgehoben werden will, Eine sogenannte höhere Politik gebot Schonung der polnisch-katholischen Geistlichkeit, deren Einfluß auf den im Ganzen der preußischen Regierung anhänglichen polnischen Bauernstand man fürchten zu müssen glaubte. Um aber doch Energie zu zeigen, wurde das damalige Marien-Gymnasium feierlich kassirt und unmittelbar darauf unter demselben Namen ein neues, ebenfalls polnisch-katholisches, in seiner Tendenz und allen wesentlichen Einrichtungen dem alten völlig gleiches errichtet. Darin, daß man einen Deutschen, dessen politische und pädagogischer Charakter Vertrauen verdiente, an die Spitze stellte und die Zahl der deutschen Lehrer vermehrte, glaubte man die bisherigegenthe Gewähr für die loyale Haltung des neuen Gymnasiums zu besitzen. Dieser Glaube, den hier kein Wohlgesinnter theilte, ist durch die neuesten Erfahrungen über alle Erwartung hinaus zu Schanden geworden. Die Schüler des Marien-Gymnasiums, über 400 an Zahl, haben in den elf letzten Tagen des März durch ein polnisches Hohn und Uebermuth gegen Gesetz und Ordnung, durch alle nur mögliche Reizungen des Hasses und der Verachtung gegen das Deutschthum, später durch ihre Thätigkeit für die polnischen Lokalkomités, endlich durch ihre Theilnahme an dem bewaffneten Widerstande gegen unsere Truppen einen viel schlimmeren Geist bekundet, als vor zwei Jahren selbst diejenigen ahnten, welche auf das Kräftigste für die Auflösung des alten Gymnasiums wirkten. Nicht gegen den katholischen, nur gegen den polnischen Charakter des Marien-Gymnasiums ist die deutsche Bevölkerung erbittert, und weil jedes zweite Gymnasium in Posen, wenn ausschließlich oder auch nur vorherrschend mit katholischen Lehrern besetzt, vermöge des Zuflusses der polnischen Geistlichkeit, ausschließlich von der polnischen Jugend besucht werden würde, verlangen die Deutschen ein einziges und zwar ein Simultangymnasium. — Gegenüber dem polnischen, lügenhaften, das Deutschthum und die katholische Religion in Gegensatz stellenden Hirtenbriefe des Erzbischofs v. Przyluski, und gewarnt durch die nicht mehr zu bezweifelnde Feindseligkeit der polnisch-katholischen Geistlichkeit, die in ihrem unglaublichen Fanatismus eine entsetzliche Blutschuld auf sich

Digitized by Google

geladen — denn sie hat in der Zeit der Osterbeichte die armen, unwissenden Bauern unter die Waffen gehetzt — wird unser Gouvernement gewiß um so eher in die Auflösung des polnisch-katholischen Gymnasiums willigen, als eine solche Anstalt in einer überwiegend deutschen Stadt, in welcher die polnischen Elemente von Jahr zu Jahr ohnmächtiger werden müssen, ebenso überflüssig wie aufstößig ist.

Die letzten Nachrichten aus Posen sind ohne Interesse. Am 21. Mai fand eine große Parade der Bürgerwehr Statt, die gegen 1750 Mann stark ist. Das Lebehoch, welches General von Pfuel zum Schlusse „in dem deutschen Posen“ dem einigen deutschen Vaterlande ausbrachte, fand in den Reihen der Wehrmänner einen begeisterten Widerhall. In der Provinz scheint zwar nicht Ruhe, aber ein Augenblick der Ermattung eingetreten zu sein. (K. Z.)

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 26. Mai. Die Folgen der langjährigen politischen Niedergethallenheit des Volkes zeigen sich erst jetzt nach und nach vollständig, so ganz besonders im Mangel politisch auch nur einigermaßen hervorragender Männer, öffentlicher Charaktere. Ein Beispiel gibt jetzt die Bildung unserer Bürgerwehr an die Hand. Endlich hat sich das Institut durchgewunden durch die Irrwege des altschwäbischen Stammübels, des Scheiben-Regiments; jetzt erst sind die Listen, die Eintheilung fertig geworden, es werden die Bataillone gebildet. Leider ist der Eifer nur ein sehr theilweiser, denn ungewungen lassen sich unsere Weingärtner nicht herbei. Und da, wo der Eifer erkenntlich ist, fehlt es über alle Maßen an den tüchtigen Kräften zur Leitung. Man hat den richtigen Grundsatz aufgestellt, bei den Offizierwahlen mehr auf politische Befähigung und bürgerliche Ehrenhaftigkeit, denn auf militärische Kenntnisse zu sehen, und dennoch sind alle Bataillone in wirklicher Verlegenheit, ihre Offiziere zu finden. Es fehlen uns sogar unsere paar Reichstagsabgeordneten, die man gewohnt war, voranzu sehen: es fehlt namentlich der Rechtwolf, die Männer, welche jetzt im kräftigsten Mannesalter stehen, in deren Jugendzeit die Anregung der heutigen Tage fehlte. Wir müssen Vieles einholen, und der tüchtige Wille, der sich wenigstens ausspricht, muß uns bei der fernern Bildung leiten. — Unter diesen Umständen sind die fortdauernden Bestrebungen der vaterländischen Vereine sehr nothwendig. Gestern wurde hier von Seite des Stuttgarter Vereines eine Kundgebung gegen alle Sonderbundsgelüste in Deutschland, gegen den bekannten bairischen Sonderartikel der Allg. Z., gegen das einseitige Preußenthum, wo es hervortritt, und gegen Hannover und die traurigen Ansichten Stüve's beschlossen und wird öffentlich unterschrieben werden. In Einem, in der echtdeutschen Gesinnung, im Entferntsein jedes würtembergischen Lokal-Staatspatriotismus werden wir Schwaben und so auch unsere Abgeordneten in Frankfurt mit Ruhm vorgehen. Eine solch' unbeirrte Gesinnung, wie die gerügte bairische und hannöversche, fände gottlob in Schwaben keinen Boden. — Vor einigen Tagen ist eine Achtzehner Kommission, bestehend aus höheren Beamten, einigen Geistlichen und 3 Bürgern, zur Vorberathung der in der Gesetzgebung und der Verwaltung zu machenden Aenderungen niedergesetzt worden. Die Absicht ist sicher gut; ob aber die wiedererwählte schwerfällige Kommissionenberathung praktisch, ob sie im Stande sein wird, von der Herrschaft des Schreibens sich und uns zu emancipiren, das kann man leider zum Voraus noch nicht glauben. — Die Nachricht der Fr. O. P. A. Ztg., daß unser Finanzminister Goppelt sich jetzt schon zurückziehen wolle, ist unbegründet. Am allerwenigsten wäre aber der vormalige Finanzminister Herdegen wieder berufen, trotz seines Versuchs, in seiner Schrift über den wärt. Staatshaushalt sich wegen dessen, was er dem Lande durch seine Finanzoperation geschadet hat, weiß zu brennen. Herdegen ist für unsern Staatsdienst nicht mehr möglich.

△ Mannheim, 28. Mai. In der gestrigen Versammlung des neuen vaterländischen Vereins wurde die Mittheilung gemacht, daß die hiesige Handelskammer zu der Sammlung für die deutsche Kriegsflotte 1000 fl. beigesteuern beschlossen habe. Auf Antrag des Vorsitzenden, Direktors Schröder, beschloß die Versammlung, alle für diesen Zweck eingehenden Gelder zur Verfügung der Reichsversammlung in Frankfurt zu stellen. Es wäre wünschenswerth, daß auch die übrigen Sammlungen der gleichen Verfügung unterstellt würden, damit eine einheitliche Leitung für die Verwendung dadurch erzielt würde.

** **Braunschweig.** Bairen und Hannoveraner, Deutsche Brüder! Vor einigen Tagen haben Eure Regierungen, wie wir glauben, die Organe Eures Willens und Vertrauens, aber darum noch nicht unbedingt in allen Fällen die Dolmetscher Eurer Ansichten und Wünsche, in Reden an die Stände, in Broschüren und in Verfassungsentwürfen für Deutschland der verfassunggebenden Versammlung zu Frankfurt die Befugniß abgesprochen, durchgreifende, die Sonderinteressen Eurer einzelnen Staaten berührende, für Euch bindende Beschlüsse zu fassen. Eure Regierungen haben dadurch einfach erklärt, daß ihnen das Sonderinteresse höher steht, als das Gesammtwohl des deutschen Volkes, daß sie die Einheit Deutschlands nur so weit wollen, als sie zu ihrem Vortheile ist, ja daß sie gegen dieselbe protestiren, wenn sie ihnen wider Willen und ohne ihre Zustimmung aufgedrungen werden sollte. Eure Regierungen haben dadurch ein gefährliches Beispiel für die übrigen Länder gegeben, das zu den verderblichsten Folgen führen muß, wenn Ihr nicht offen und energisch gegen diese Kundgebungen Eurer Regierungen protestirt. Darum, Ihr Hannoveraner und Baiern, ergeht von hier aus der laute und allgemeine Ruf an Euch, Euch gegen diese Ansichten Eurer Regierungen in Adressen nach Frankfurt, an Eure Regierungen und Stände und in Zeitungsartikeln unumwunden zu erklären, Euren Wunsch nach Einheit kräftig auszudrücken und der Frankfurter Versammlung unwiderstig Eure Ansichten, Wünsche und Hoffnungen mitzutheilen, um die Volksvertreter über die wahre Stimmung in Eurem Ländern aufzuklären. Deutsche Brüder! bei uns haben die Erklärungen Eurer Regierungen das höchste Mißfallen erregt, und wir sehen uns durch sie in den gerechtesten Erwartungen getäuscht; rieft! saget Euch öffentlich los von diesen Ansichten, wenn Ihr nicht in ganz Deutschland Schmerz und Betrübniß hervorrufen wollt, wenn wir, Eure Brüder, nicht glauben sollen, daß Ihr selbst Sonderinteressen huldigt, und daß Eure Begeisterung für die Einheit unseres gemeinsamen Vaterlandes nur eine Quelle in Eurem Egoismus habe. Wir Braunschweiger, Regierung und Volk, sind bereit, freudig jedes Opfer der Einheit Deutschlands zu bringen, und erwarten dasselbe auch vertrauensvoll von allen unsern deutschen Brüdern. Die allgemeinen Stimmen des Volkes.

* **Hechingen**, 26. Mai. Keine Nummer irgend eines politischen Blattes erscheint beinahe, ohne daß sie eine Aufforderung an die kleinen und kleinsten Souveräne Deutschlands enthielte, zu Gunsten des großen einen Deutschlands auf ihre Souveränetät zu verzichten. Indirekt ist damit natürlich das Anfinnen an die Bewohner der kleinen souveränen Staaten gestellt, ihre Selbständigkeit aufzugeben. Es ist zweifelhaft, ob derartige Aufforderungen bei diesen oder jenen geringeren Anklang finden. Das Widerstreben gegen eine Verschmelzung mit größeren Staaten wurzelt in der That viel mehr in den unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung, als in den höheren und höchsten. Es ist dies natürlich. Je geringer die politische Bildung, desto mächtiger sind die Kirchthurmsinteressen, desto mehr verliert sich vor dem Gefühl, einem — wenn auch kleinen — bekannten und geliebten Vaterlande anzugehören, der Gedanke an das große, Vielen beinahe ganz unbekannte Gesammtvaterland, und desto geringer ist die Neigung, dieses, an dem die Meisten mit einer beinahe persönlichen Eitelkeit hängen, dem kaum verstandenen Wohl des Allgemeinen zu opfern. Solange für ein solches Opfer als Motiv nur der deutsche Patriotismus, dessen Ziel ein starkes Gesammtvaterland ist, geltend gemacht wird, wird der Gedanke an die Verschmelzung mit größeren Staaten in den kleineren mehr bittere als angenehme Empfindungen erwecken. — Das Aufhören der kleinen Staaten ist eine Nothwendigkeit geworden, und zwar nicht nur für das Ganze, weil dadurch ein Schritt zur größeren Einheitlichkeit Deutschlands geschieht, sondern auch, und in höherem Grade, für jene Staaten selbst. Es bedarf wohl kaum einer näheren Ausführung, daß die Verwaltung eines Staates verhältnißmäßig immer theurer sein muß, je kleiner er ist. In dem kleinsten Staate finden sich alle Geschäftszweige, wie in dem größten, und wenn auch durch Kumulation der Aemter einigermaßen abgeholfen wird, so muß doch natürlich die Beamtenzahl im Verhältniß zur Größe des Staats eine übermäßige sein, ohne daß deßhalb die Geschäfte besser besorgt würden. Im Gegentheil, die Kumulation der Aemter führt zu theilweiser Vernachlässigung derselben, da selten ein und derselbe Mann zugleich ein tüchtiger Finanz-, Verwaltungs- und Justiz-Beamter ist und überdies die nöthigen Kenntnisse besitzt, um das Medicinal-, Militär- und Schulwesen so wie die Wasser- und Landbauten zu leiten und zu überwachen. Es ist begreiflich, daß die Verwaltung in den kleinen Staaten deßhalb noch viel mehr, als in den größeren zu einer beinahe unerträglichen Last angewachsen ist. Eine augenblickliche Verringerung dieser Lasten ist unthunlich, weil die Beamten der bestehenden vielen Geschäftszweige wegen nur schwer verringert, jedenfalls nicht auf der Stelle entlassen, ja — bei ohnedies meist geringer Besoldung und in Betracht ihrer pragmatischen Rechte — in ihren Einnahmen nicht verkürzt werden können, und auch eine theilweise Versetzung derselben in den Reichsdienst, wie dies bei vielen Beamten der größeren Staaten wohl in Aussicht steht, auch nicht entfernt vermuthet werden kann. Jede Reichsverfassung aber, sie mag sein, welche sie wolle, wird nothwendig nicht unbedeutende Kosten herbeiführen, und auch die kleinsten Staaten werden zum Unterhalt des Reichsoberhaupts,

Digitized by Google

der Reichsministerien, der Vertretung im Auslande, der Marine u. s. w. nicht unerheblich, ja sogar — wenn die Reichssteuern, wie bisher die Beyüge zur Bundesmatrikularkasse, nach der Volkszahl und ohne Berücksichtigung der mehr oder minder ergiebigen Erwerbsquellen der Bewohner umgelegt werden — unverhältnißmäßig belästigen müssen, da von dieser Reichssteuern auch nicht das Mindeste wieder zu den Steuerkontribuenten der kleinen Staaten zurückfließt. Diese neuen Lasten werden den alten zu tragen, ist geradezu unmöglich, und es wird der Anschluß an die größeren Staaten für die kleineren zur unumgänglichen Pflicht der Selbsterhaltung. Diese Pflicht ist für Fürsten und Unterthanen eine gemeinschaftliche. Wenn die Erfüllung derselben aber den Letzteren neben allerdings nicht abzuläugnenden Verlusten bei Weitem überwiegende Vortheile bringt und somit für sie als ein Opfer nicht erscheint, so ist sie dies doch jedenfalls für die Ersteren, da diese auf ihre wichtigsten Rechte zum Vortheil ihrer Unterthanen und im Interesse von ganz Deutschland verzichten. Sie erwerben dadurch unumstößliche Ansprüche auf Entschädigung, so weit diese überhaupt möglich ist. Die Nationalversammlung aber, die ja jedes Recht in Deutschland zu wahren berufen ist, wird sicherlich für deren vollständige Gewährung Sorge tragen.

* Altona, 25. Mai. Gestern Abend und heut Morgen war unsere Stadt sowie Rendsburg in der größten Bewegung, es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß Dänen im Anzuge seien und auf Rendsburg und hier losrücken. Es waren wirklich 4 Korvetten und ein Schoner in der Ostersförder Bucht gelandet und hatten gestern Nacht ihre Mannschaft bei Ostensörde ans Land gesetzt. In der Nacht noch hatte sich die Nachricht wie ein Lauffeuer über das Land verbreitet, die Dorfgemeinden waren überall aufgeboten worden, und die Dänen gingen nach Tagesanbruch, nachdem sie Lebensmittel und Wasser requirirt hatten, wieder an Bord, so daß die ganze Landung und die Angst sich in Nichts auflöste. Genug!ich ist es sehr, da die Dänen von den Schiffen aus überall ans Land können und der ganze südliche Theil von Holstein und fast ganz Schleswig unbesetzt ist, recht bei jeder Offupation dem Feinde widerstandslos Preis gegeben ist. Gestern Abend kam der erste Trupp der dänischen Gefangenen, Officiere und Unterofficiere, hier an, unter ihnen befand sich auch der berüchtigte Pirat Dirkling-Holmfeld. Heute Mittag werden noch 500 Gemeinen nachfolgen. Die Gefangenen sollen alle nach Stade gebracht werden, doch sind sie vorläufig hier in eine Kaserne gebracht, bis die Nachricht von Hannover eintrifft, daß sie in Stade aufgenommen werden können.

Der Hamb. Korr. veröffentlicht eine Adresse, welche Delegirte des von dem Tannschen Freikorps aus Hadersleben am 13. dem General von Wrangel zugesandt haben. Wir theilen hier die das Thatsächliche betreffende Stelle mit. Nachdem die Beschwerdeführenden die unregelmäßigen, rein patriotischen Gesinnungen angedeutet, von denen beseelt sie für die Sache der Herzogthümer zum Schwert gegriffen, fahren sie fort: „Dennoch, Hr. General, ist uns, wie Einzelne von uns Ihnen schriftlich und mündlich dargethan haben, von Seite der preuß. Garde eine Behandlung widerfahren, welche selbst dann noch, wenn wir waren, wofür sie uns ausgiebt, als eine nunmehrliche und barbarische verabscheut werden müßte. Eben weil Ihnen authentisch bereits mitgetheilt worden, wie wir im Ganzen beschimpft und verleumdet, wie Einzelne von uns mißhandelt, wie Kranke verhöhnt und verletzt wurden, wie wir Alle leiden mußten von jenem maßlosen Uebermuthe, der selbst nach den Berliner Märztagen seinen so oft und so tief verachteten Motiven nicht untreu wird, glauben wir einer Anführung der hierher gehörigen Thatsachen um so mehr uns enthehen zu können, als ja schon die deutsche Presse unseren Beschwerden das Mittel zur Verbreitung ihrer abgeschmackten Lügen und Schmähungen abgeben mußte."

* Hamburg, 25. Mai. Nachmittags. Der Senat hat seine Selbstberufung in der heutigen Bürgerschaft durchgesetzt. Wenn auch mit nur geringer Majorität hat er doch obgesiegt, wenn auch Forderungen zur Sprache kommen, die man bisher hier nicht kannte, wie z. B. Rechnungslage binnen 4 Wochen und Besteuerung der Geistlichen. Des Senats Lage ist eine sehr mißliche, da die Gedmittel nur auf wenige Wochen ausreichen und dann die Procedur aufs Neue beginnen wird. Um den kleinen Mann nicht zu reizen und um Unruhen vorzubeugen, hat man Alle, welche 1500 Mark einnehmen, von dieser Steuerzahlung befreit; aber schon das nächste Mal werden auch die nicht zahlen können, die jetzt zu 2000 und 2500, ja selbst zu 3000 Mark veranschlagt sind, da die Veranschlagungen alle skandalös sind, und wer im vorigen Jahre hier 3000 Mark verdiente, dies Jahr nicht 1500 Mark verdient. Die Lage des Mittelstandes ist schrecklich, ein Theil ist schon ruinirt, ein anderer wird es bald sein, und dies Alles durch die verkehrte Politik des Senats. Die Stimmung der Stadt ist eine sehr trübe.

# Frankfurt, 28. Mai. Als vorgestern, am Schlusse der Verhandlung über die Mainzer Angelegenheit, weder dem Antragsteller Zitz noch dem Berichterstatter Hergenhahn das Wort mehr gegeben wurde, da ließ sich voraussehen, daß die Unzufriedenheit von beiden Seiten sich Luft machen werde, sobald die Ermüdung, welche zum Schluß getrieben hatte, vorüber war. So kam es denn auch, und es war bedauerlich, anzuhören, wie gestern unter den zu Protokoll protestirenden Namen, neben den erwarteten ein Mittermaier figurirte, von dem alsbald verkündet ward, er schlage sich zur äußersten Linken, weil er ihren Sieg voraus fühle. Als Eisenmann drohte, zu eben dieser äußersten Linken überzugehen, als Zuhörerin über das Verlangen des Wortes an Zitz und Hergenhahn sich forstpannen, da konnte man versucht werden, Ihrem leitenden Artikel der Nummer 147 in seiner Trostlosigkeit beizustimmen. Was läßt sich von einer politischen Einsicht erwarten, die um eines Fetzens willen — wenn das Abschneiden der Mainzer Verhandlung ein solcher war — die Grundsätze und die Fahne zu wechseln droht! — Doch gegen den Eindruck vereinzelter Uebereilungen richtete die allgemeine Zustimmung wieder auf, welche der Mahnung des Vorsitzenden folgte. „Wir sind im Beginne einer großen Laufbahn" — sprach Sagern; „wir haben eine ernste Schule durchzumachen und wollen uns nicht von vorn herein um den Kredit bringen. Tadel steht auch dem Einzelnen frei; lassen wir diese Diskussion uns als Belehrung dienen und sehen wir sie nicht weiter fort. Wir haben wichtigere Dinge zu thun." — Ein Antrag von Marek aus Steyermark, die Versammlung möge sich einer Ansprache an die Slaven erklären, daß Deutschland zur Unterdrückung irgend einer Nationalität niemals die Hand bieten werde, wurde als überflüssig erkannt und an den Verfassungsausschuß verwiesen, um sofort darüber zu berichten. Aus der Begründung der Antragsteller und den Vorträgen von Hübek aus Prag, Neuwald aus Grünn, Mühlfeld aus Wien, Siskra aus Mähren u. A. ging hervor, daß die Deutschen und Ungarn den Slaven als Unterdrücker geschildert werden, welche ein Bündniß zur Vernichtung der slavischen Nationalität schließen wollten. Der freudige Zuruf für die Ungarn in dieser Versammlung werde in den Kongressen der Slaven zu Prag, Agram und Semlin mit einem blutdürstigen Hurrah erwidert werden. In Prag werde am 31. d. M. die Frage verhandelt, ob Oesterreich ein Slavenstaat oder in ein deutsches und ein slavisches Reich getrennt werden solle. Die Mehrheit würde gegen den Panslavismus stimmen, wenn sie sicher wäre, daß den slavischen Bewohnern deutscher Länder alle Rechte deutscher Staatsbürger und insbesondere ihre Nationalität verbürgt würden. Darum sei es dringend nothwendig, eine beruhigende Erklärung zu geben. Diese bezweifeln, daß die Ansprache, die wahrscheinlich beschlossen werden wird, die entsprechende Wirkung haben werde, indem die Slaven, aufs Aeußerste gereizt durch lügenhafte Schilderungen von den Unterdrückungsplanen der Deutschen, angriffsweise verfahren und auf Worte nicht mehr hören. — Auf die Verhandlung in Betreff des Antrags von Raveaux werden wir zurückkommen. Der Antrag, welcher die meiste Aussicht auf Erfolg zu haben scheint, ist die von sieben Mitgliedern des Ausschusses (Beckerath, Schober, Pfizer, Hermann, Bitte, Heckscher und Römer) vorgeschlagene Erklärung, daß alle Bestimmungen deutscher Verfassungen, welche nach Bedeutung des allgemeinen Verfassungswerkes mit diesem nicht übereinkommen, abzuändern und mit der deutschen Verfassung in Einklang zu bringen sind. Viele Stimmen, besonders aus Oesterreich, werden dem Antrag von Binde, Sommaruga, Simson und Neuwald zufallen, worin der Uebergang zur Tagesordnung vorgeschlagen wird, in der begründeten Vertrauen, daß sämmtliche Staaten Deutschlands alle Punkte ihrer Verfassungen, welche mit der allgemein deutschen Verfassung in Widerspruch stehen, abändern werden. Zwischen beiden Anträgen liegt noch eine ganze Reihe von Verbesserungsvorschlägen, deren meiste auf der Rednerbühne ihre Vertheidiger gefunden haben und noch finden werden.

(Am Schluß der Sitzung der Nationalversammlung wurde bezüglich des Raveaux'schen Antrags, nachdem der Uebergang zur Tagesordnung mit großer Mehrheit verworfen worden, folgender Antrag des Abg. Wernher einstimmig angenommen: „Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Volke und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt: daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als giltig zu betrachten sind, — ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet.")

Digitized by Google

## Schweiz.

†† Bern, 26. Mai. Die Schweizer Presse macht es sich bequem, mit den Grundsätzen wie mit den Thatsachen. Dieser Tage brachte die N. Z. Z. einen Artikel, worin sie ihre Leser über die Aussicht auf einen Anschluß der Lombardei an Piemont zu trösten sucht. Es liege viel mehr an der Nationalität, als an der republikanischen Verfassung; Oberitalien brauche einen starken Einheitsstaat, um sich gegen Frankreich und Oesterreich zu behaupten; wenn Karl Albert auch wenig Achtung verdiene, so sei er ja Herdtick, wie alle Menschen und sein Nachfolger vielleicht desto besser u. s. w. Wenn sämmtliche Restriktionen in Beziehung auf Deutschland angestellt werden, so ist das Verrath am Volk und bodenlose Mißethatsigkeit. Und doch ist es in Deutschland das Volk selbst, welches seine einheimischen Regierungen aufrecht hält, nicht ein fremder Fürst, welcher die Verlegenheit seiner Lage benützt, sich ihm aufzudrängen, und doch gibt es keinen deutschen Regenten, der eine so schmachvolle Vergangenheit hinter sich hätte, wie der Mitverschworene und Verfolger der Carbonari! Der Zürcher grundsatzvollen Staatsweisheit thun solche Erwägungen nicht wehe, ebensowenig, als es die radikale Selbstzufriedenheit der Berner Blätter stört, daß alle die Gründe, mit denen sie neuerdings die Schilderhebung der badischen Republikaner vertheidigt, alle die unwahren Gerüchte und die jesuitischen Wendungen, mit denen sie diese Empörung einer kleinen Minderheit, diese landesverrätherische Appellation an fremde Bajonette beschönigt haben — daß alles das mit wenigen Aenderungen schon in der Luzerner Zeitung und andern Sonderbundsblättern zu lesen war. Aus demselben Gesichtspunkt sind auch die Klagen über angebliche deutsche Arbeiteraustreibungen anzusehen, in denen sich die radikalen Schweizerblätter gegenwärtig gefallen. Sie selbst haben kürzlich eine derartige Klage mit den Worten des Schwäb. Merkurs als eine infame Lüge bezeichnet. Mit dem Faktischen verhält es sich nun wohl bei Allen so, aber es hat das Nichts zu bedeuten, es ist nur eine kleine Verwechslung: als eine Anzahl schweizerischer Bürger auf die empörendste Weise aus Frankreich vertrieben wurde, da war die radikale Presse so zahm, so schüchtern, man konnte es doch mit der „großen Nation“ nicht verderben, man durfte die französischen Sympathien, welche von einer gewissen Seite her so eifrig genährt werden, durch die Erinnerung an die mißhandelten, dem Elend preisgegebenen Landsleute nicht stören. Das damals verstummt wurde, wird jetzt hervorgehracht; hat man geschwiegen, wo Etwas hat sein kann man um so lauter schreien, wo Nichts ist. — Hier in Bern ist der Parteikampf in vollem Gange. Die Versöhnung der zwei radikalen Fraktionen war natürlich von kürzester Dauer, sie stehen sich feindseliger als je gegenüber und waschen in den beiderseitigen Organen, der Berner Zeitung und dem Verfassungsfreund, ihre Wäsche vor aller Welt Augen. Der Vorwurf des Abfalls vom radikalen Princip, welcher Ochsenbein gemacht wird, wird von der andern Seite mit dem Namen einer „neuen Auslandspartei“ erwidert. Man deckt gegenseitig seine Schwächen auf, und sieht, wie man einander um den Kredit bringt. Die Konservativen können in's Fäustchen lachen, wenn sie selbst über mehr moralische Kraft und politische Einsicht zu verfügen hätten. Aber zu einer Regierung aus ihrer Mitte haben sie wenig Aussicht. Den Erfolg kann Niemand mit Sicherheit voraussagen. Vorläufig sind die gemäßigt Radikalen in der Verhand. In der Neutralitätsfrage und bei der Wahl des Landespräsidenten blieben sie Sieger. Dagegen wurde die erledigte Stelle eines Regierungsraths und Erziehungsdirektors aus den Kandidaten der Linken besetzt. Die Parteischeidung ist, wie Sie sehen, noch nicht zur Klarheit gekommen, man nimmt erst seine Stellungen, der Ausgang des Kampfes ist vorerst zweifelhaft, und unerwartete Ereignisse können jede Berechnung zu Schanden machen.

## Belgien.

Brüssel, 25. Mai. Die „Indépendance“ enthält folgende seltsame Berichtigung: Wir hatten gestern die Ankunft des Prinzen von Preußen gemeldet und sogar hinzugefügt, daß er in Laeken gespeist habe. Das war ein doppelter Irrthum. Wir vernehmen, daß der Prinz erst binnen 2—3 Tagen in Ostende landen und nur nach Holland durchreisen wird, wo man ihn erwartet.

## Schweden.

Dem dänischen Blatte Fädrelandet zufolge hat König Oskar dem dänischen außerordentlichen Botschafter, Generalmajor Ordrein, erklärt, daß es seine Absicht sei, ein schwedisches Armeekorps nach Dänemark zu senden, damit es mit der dänischen Armee operire, und daß er seine Kriegsschiffe, sobald sie vollständig ausgerüstet wären, auslaufen lassen werde, damit sie ihre Flagge an der Seite des Danebrogs zeigten. Demselben Berichte zufolge soll, nachdem die schwedischen Reichsstände die begehrten 2 Millionen bewilligt haben, ein Traktat zwischen Schweden und Dänemark abgeschlossen sein. Das gedachte Blatt macht aber zugleich auf die starke Friedenspartei in Schweden aufmerksam, der es sehr unlieb wäre, sich in Krieg verwickelt zu sehen. — Auf die Uneinigkeit in Deutschland wird stark gerechnet.

Aus Stockholm meldet ferner die Börsenhalle: Die öffentliche Meinung scheint sehr getheilt zu sein über die Einmischung in den hoffnungslosen Krieg, zu welchem Dänemarks Volk durch einige ehrgeizige, charakterlose Schreiberher sich hinreißen lasse.

Aus Helsingborg wird berichtet, daß die von Schweden zur Hilfe Dänemarks ausgerüsteten schwedischen Heerthausen bis zum 28. Mai im Stande sein werden, in Malmö und Landskrona eingeschifft zu werden. Wer den Oberbefehl erhalten wird, ist noch nicht bekannt. — Nächsten Montag sollen schon die Gardebataillone auf den Dampfbooten „Gylf“ und „Thor“ eingeschifft werden.

## Großbritannien.

London, 25. Mai. Das Morning Chronicle knüpft an die jüngsten Wiener Ereignisse sehr bittere Betrachtungen. „Wir müssen bedauern, sagt es, daß die österreichische Regierung ihre Gewalt abermals in die Hände eines Haufens lautenzender Schuldbuben (Ehrentitel für die Wiener Studenten!) und Tagelöhner, welche sich selbst das österreichische Volk nennen und von ihren Schmeichlern so genannt werden, niedergelegt hat. Wir hatten noch einige schwache Hoffnung, daß man aus dem langen Zwischenreich von Anarchie und Unordnung, welches dem verunstigemäßen Patriotismus so verderbenbringend und mit Armuth und Unglück schwanger ist, in Wien eben so gute Lehren ziehen würde, wie man zu thun in Berlin begonnen. Wir haben uns darauf Rechnung gemacht, daß die Männer, welche die Märzrevolution zur Macht befördert, endlich fühlen würden, daß trotz ihrer Erhebung auf dem ordnungswidrigen Wege einer Revolution es ihre Pflicht sei, der Regierung Achtung und Ansehen, den Gesetzen Gehorsam zu verschaffen; die Stimme der Selbsterhaltungs- und Ordnungstriebes, meinten wir, würde sich hörbarer machen als das Kannegießern in den Zechstuben und Lesezimmern, als das leere Lärmhafte Zungengedresch der Redner in den Kneipen und beim Kommers. Niemand ist durch die Erfahrung der letzten 5 Wochen klüger geworden, nicht ein Fünkchen moralischen Muthe hat sich im Volke oder seinen Regierern bemerkbar gemacht. Die österreichischen Staatsmänner sind noch immer die wie ein Rohr schwankenden Schwächlinge der Metternichschen Schule. Dieser hatte allerdings ein System und eine Politik, die sein eigen war und die er ohne durchführte; seine Nachfolger haben davon Nichts.“ Das sind die Folgen eines todten Polizeimechanismus, eines gefrornen Systems ohne Liebe, Glauben, Treue und Ehre, daß zuletzt die lautesten Schreier und Lärmer Recht behalten; man hatte die Masse absichtlich dumpf, stumpf und träge gemacht; man hatte das Bürgerthum, diese kräftigste Stütze wohlbegründeter Monarchien, von aller Theilnahme an öffentlichen Interessen fern gehalten; man hatte jede bessere Regung des Volks durch Spionnerye eingerengt und durch schmählichen Polizeibruch gehemmt und erstickt, da darf es nicht Wunder nehmen, wenn es den Führern der auf dem Boden der neugewonnenen Freiheiten sich keck überschlagenden enthusiastischen Jugend gelang, die Bevölkerung Wiens auf und nieder, drüber und drunter, kreuz und quer wochenlang hinter sich herzuziehen, wie zur Erhoiung Revolutionen zu machen, einen der abgelebten Minister nach dem andern abzusetzen und zuletzt eine noch unreife Verfassung zu stürzen, und das Alles wie auf einem Spaziergange mit lustigen Kumpanen, nicht wie auf dem Ringplatze eines großen geschichtlichen Bewußtseins, auf dem sich schon ganz andere Kräfte umsonst abgemüht haben. Unter Umständen hat aber auch der geniale Leichtsinn und der bloße geschichtliche Instinkt seinen Werth.

Die englischen Zeitungen sprechen sich fast übereinstimmend dahin aus, daß politische Gerechtigkeit und Nothwendigkeit die baldige Rückkehr des Prinzen von Preußen gebiten. Bei diesem Anlaß schreibt dem Morning Chronicle sein Berliner Korrespondent *), ein offenbarer Kenner der Berliner Zustände: „Das Leben der Fürsten ist in der Hand der Vorsehung, so gut wie das Leben anderer Menschen, obschon das Leben jener in revolutionären Zeiten größeren Gefahren ausgesetzt sein mag;

*) Es ist zu bemerken, daß die großartigen Institute der englischen Zeitungen jetzt an allen Hauptpunkten der deutschen Bewegung, namentlich in Berlin, Wien und Frankfurt ihre stehenden Korrespondenten haben. Der Berliner Korrespondent des M. Chr. schildert neulich mit prächtigem, echt englischem Humor eine Volksversammlung unter den Zelten, die Führer derselben und die tollen Reden, die da gehalten wurden.

Digitized by Google

aber der Prinz von Preußen darf versichert sein, daß, obschon es unter den Fanatikern Berlins einen oder den andern Fieschi und Alibaud geben dürfte, Tausende edel gesinnterer Bürger über sein Leben wachen würden. Und obschon sich die Bevölkerung Berlins, wenn sie sich erhebt, wild, hartnäckig und waghalsig zeigt, so besteht sie doch einmal nicht aus kaltblütigen Meuchelmördern. Es gibt wohl wenige unter ihnen, die nicht vor einer Leiche zurückschrecken würden, obschon sie jeden Augenblick bereit sind, wie sie es waren, ihr Blut im Barrikadenkampf zu vergießen". (In einer Korrespondenz der Allg. Z. aus London wird übrigens versichert, daß der Einfluß des Prinzen wesentlich mitgewirkt habe, die Meinung in England hinsichtlich der dänischen Frage umzustimmen; früher hätte es das englische Ministerium, unter dem Horizont seiner alten Politik, vielleicht nicht ungern gesehen, wenn es durch den Druck der öffentlichen Meinung zu einem entschiedenen Veto gegen das Einrücken der deutschen Truppen nach Schleswig hingedrängt worden wäre u. s. w.) Während übrigens deutsche Blätter den Prinzen bereits vor einigen Tagen in Brüssel angekommen sein lassen, meldet die M. Post, daß er noch am 23. Mai in London Besuche abgestattet.

## Frankreich.

**Paris**, 26. Mai. An der Tagesordnung ist die Diskussion über das Gesetz, welches die Familie Orleans von dem französischen Gebiete ausschließt. Der Bericht der Kommission trägt auf unbedingte Annahme an und fügt am Ende noch hinzu, daß dieser Beschluß mit Einstimmigkeit gefaßt worden sei. Des Amendements des Generals Lebreton zu Gunsten der Prinzen Joinville und Aumale dahin wir bereits gestern gedacht. Man bemerkt, daß Odilon-Barrot, Billault, Dufaure und die meisten Mitglieder der ehemaligen Linken fehlen. — Herr Bezin verlangt einige Fragen zu stellen — er will zuerst die wahren Motive des Dekrets kennen. (Da noch kein Minister anwesend ist, so ruft man ihm zu, zu warten — endlich kömmt der Minister Floeon). Herr Bezin will nun wissen, warum die prov. Regierung nicht dieses Dekret vom 24. Februar bis 4. Mai erlassen habe, und ob seit dem 4. Mai sich Mitglieder der Familie Orleans verheimlichter Handlungen hätten überführen lassen. Er verlangt die Vertagung des Dekrets auf unbestimmte Zeit. Ein allgemeiner Sturm erhebt sich und zwingt den Redner die Tribune zu verlassen. Lantent (do l'Ardèche) findet das Dekret nöthig, da man die Reaktion offen ihr Haupt erheben gesehen habe, aber er wünscht im Interesse der Humanität und der Civilisation, daß es nicht erlassen werde, und daß das Wort: Proskription ebenso aus dem Wörterbuche der Politik gestrichen werde, wie die Todesstrafe. Er findet es sonderbar, daß zwei Bonaparte, die einst selbst durch ein solches Dekret proskribirt waren, jetzt die Proskription Anderer votiren sollen. Seiner Meinung nach solle die Versammlung das Gesetz beseitigen und sich lieber mit für das Land und die Nation wahrhaft nützlichen Arbeiten beschäftigen. Er will höchstens temporäre Maßregeln angewendet wissen, und zwar eine Ausschließung vom französischen Gebiete, bis der Zustand Frankreichs und Europas die Rückkehr der Mitglieder der Familie Orleans möglich machen. Der Berichterstatter trägt auf unbedingte Annahme des Gesetzes an. Die Versammlung ist indessen ziemlich vollständig geworden, nur Odilon-Barrot und seine Getreuen glänzen durch ihre Abwesenheit. Herr Abelswand spricht gegen das Dekret — man gebe als Motiv die Besorgniße vor der Reaktion an. Wo sei denn die Reaktion? Ihm folgt Bignerte, er spricht für, dann kömmt Napoleon Bonaparte. Napoleon Bonaparte erhebt sich mit Heftigkeit dagegen, daß Bignerte gesagt habe, die Bonaparte seien jetzt provisorisch in Frankreich — er protestire dagegen, er sei französischer Bürger, die Versammlung habe keine Wahl genehmigt, und dieses Recht lasse er sich von der Hand nicht mehr entreißen. Darauf bedauert, daß man die Prinzen Bonaparte mit der Familie Orleans auf eine Linie stellen wolle. Der Bürger Bonaparte sei als solcher von der französischen Nation in die National-Versammlung geschickt worden, er als Bürger gekommen und nicht als Prinz — er sei seine Fahne für eine Partei — während die Orleans Prinzen und Prätendenten einen und sich alle Feinde der Republik um sie schaaren würden. In einer begeisterten Rede, die sehr großen Eindruck macht, verlangt er die unbedingte Annahme des Gesetzes. Bezin will antworten, aber die Versammlung schließt die Diskussion. Das Amendement Bezins, die Vertagung betreffend, wird verworfen — das Amendement Laurents (siehe oben) wird zurückgezogen, das Amendement Abelswand, welches nur die Worte: „à perpetuité" (auf immer) unterdrückt, wird verworfen; ein Amendement, welches alle Proskriptionsgesetze aufheben soll, auch die gegen die ältere Linie der Bourbons, wird verworfen — das Amendement des Generals Lebreton wird zurückgezogen. Man schreitet zur Abstimmung über das Dekret in seiner ursprünglichen Fassung. Fünfzig Mitglieder haben die Abstimmung durch Theilung verlangt und die Insertion der Namen der Stimmenden im Moniteur. (Odilon Barrot ist in den Saal getreten — er scheint zu früh gekommen zu sein und steht sehr ärgerlich aus.) Diese Abstimmung durch Theilung (zum ersten Male heute experimentirt), bei der die Mitglieder, die für das Dekret stimmen, zur Thüre rechts hinausgehen, und die dagegen stimmen, zur Thüre links, erzeugt einen allgemeinen Tumult und erweist sich nicht besonders praktisch. Das Skrutin dauert eine Stunde und gibt folgendes Resultat: Anzahl der Votirenden 695 St., absolute Majorität 348 St., für die Verbannung der Familie Orleans 632 St., gegen die Verbannung 63.

Das Dekret ist angenommen. Die Legitimisten unter Berryer und die Orleanisten unter Od. Barrot haben sich der Theilnahme am Votum enthalten. — Das Dekret ist folgendermaßen abgefaßt: „Die Nationalversammlung dekretirt: das Gebiet Frankreichs und seiner Kolonien, bereits durch das Gesetz des 10. April 1832 der ältern Linie der Bourbons für immer untersagt, ist es nun in gleicher Art für Louis Philipp und seine Familie."

## Italien.

* **Rom**, 19. Mai. Da mir zuverlässige Nachrichten aus Neapel zugekommen sind, so theile ich Ihnen folgende nornehmende Thatsachen mit. Die Radikalen hatten einen Angriff auf die eben erst beschworene Konstitution gemacht und sich mit dem König, der bedhalb mit Ihnen in Unterhandlung getreten war, nicht verständigen können. Es kam zum blutigen Konflikt. Die Schweizertruppen haben sich trefflich, aber auch die neapolitanischen Truppen sich gut geschlagen. Ein Blutbad von 500 Menschen ist die Folge gewesen. Während der Zeit des Kampfes waren der russische und der englische Gesandte beim König im Palast. Man hat zu verbreiten gesucht, der König habe die Konstitution zurückgezogen, das ist aber nicht wahr, er hat die Kammern nur für einen Monat vertagt. — Die hiesigen Blätter drohen mit dem Herannrücken von 60,000 Aufrührern aus der Provinz und behaupten, die französische Flotte habe sich in Bataillelinie vor Neapel aufgestellt und das Einfeuern des Kanonenfeuers erzwungen. — Viel zu hoffen ist von der Redlichkeit und Geradheit des Maccaronikönigs nicht. Das Betrübendste ist, daß die Lazaroni den Moment des Konflikts benutzt haben, um grauenvollen Unfug durch Plünderung anzurichten. — Hier ergibt man sich in die durch die Oesterreicher erlittene Niederlage. Verunsittige Leute treten jetzt mit der Ansicht hervor, daß es kaum anders zu erwarten gewesen sei. Durando hatte nicht blos ungeübte Truppen, sondern in seinem Generalstab von etwa 50 Mann befindet sich auch nicht Ein Offizier, der Pulver gerochen hat. Mamiani spricht Buch ein. Der Unsinn auf französische Hilfe ist jetzt der einzige Hoffnungsblick. Die Mehrzahl der hiesigen Bevölkerung, und zwar insofern dieselbe durch die Cioica vertreten ist, bezeigt sich bei alle dem auffallend theilnahmslos. Kriegsnachrichten aus Nordamerika würden keinen gleichgiltigeren Eindruck machen können.

† **Neapel**, 15. Mai *). Heute sollten hier die Kammern eröffnet werden, bereits war gestern das Programm für die feierliche Eröffnung erschienen, und der ganze gestrige Tag war ruhig vorübergegangen. Plötzlich in der Nacht fing man an Barrikaden zu errichten, alle Wagen wurden angehalten, alle bewaffneten Gegenstände auf der Straße, sogar Hausthore weggenommen, das Pflaster aufgerissen und zu Barrikaden verwendet. Der andrechende Morgen fand die Stadt in vollem Aufstand, die Truppen waren ausgerückt und Kanonen aufgepflanzt. Alle Straßen und Zugänge vom königlichen Schloß zu dem Versammlungslokale, der Kirche St Lorenzo, sind verbarrikadirt, und aus Grund davon hört man, daß gestern von den Deputirten einige als Abgeordnete sich zum Könige begaben, um eine Erklärung über den zu leistenden Eid zu verlangen, ob die Deputirten die ursprüngliche Verfassung oder die modificirte beschwören sollen, wie er es mit der Pärokammer gehalten haben wolle u. s. w. Als der König nicht sogleich eine klare, entschiedene Antwort gab, wurde beschlossen, sich der Eröffnung auf die beschriebene Weise zu widersetzen. Bis zur Stunde ist noch kein Angriff, weder von der einen, noch andern Seite erfolgt, im Gegentheil haben sorden die Truppen Befehl erhalten, sich in ihre Quartiere zurückzuziehen, und nur vor dem königl. Schlosse steht noch etwas Infanterie und

*) Wir bemerken in der vorgestrigen Nummer, daß der dort mitgetheilte Brief vom 17. d. M. aus Neapel sich auf ein Gerücht beziehe, welches wir nicht erhalten hätten. Heute langt nun dieser, datirt v. 15. Mai, bei uns an, wahrscheinlich in Folge eines während des Kampfes getrommten Postwechsels. Der Vollständigkeit wegen theilen wir dasselbe hier nachträglich unserm Lesern mit. R. d. R.

Kanallerie und einige Kanonen. Das Volk, ermuthigt und unterstützt von den beisterbenden Nationalgarde, fährt indessen fort, seine Barrikaden zu befestigen, sonst hat einstweilen unsere Stadt ein ganz ruhiges Aussehen, kein Wagen wagt sich zu zeigen, weil er sogleich weggenommen und verwendet werden würde, alle Buden sind geschlossen, und nur einige Neugierige bewegen sich auf den Straßen und bewundern das für hier neue Barrikadenschauspiel. — Abends 7 Uhr. Ich schrieb obige Zeilen diesen Morgen, als ich eben von den Barrikaden nach Hause zurückkehrte. Ich war der besten Hoffnung, daß die Sache nun ein friedliches Ende nehmen werde, ich sah das wenige Militär vor dem Schlosse, lauter Neapolitaner, ruhig auf den Boden gelagert; der Kern der Armee, die vier Schweizerregimenter, waren ruhig in ihre Quartiere zurückgekehrt und die Deputirten selbst hatten an die Nationalgarde ein Proklam erlassen, worin sie ihr dankten für die geleistete Unterstützung, sie jedoch baten, jetzt, nachdem die Deputirten ihren Zweck vollkommen erreicht haben, die Eröffnung der Kammern nicht weiter zu hindern; der letzte streitige Punkt, ob die Verfassung nur modificirt oder reformirt werden solle (Ersteres wollten die Minister, Letzteres die Deputirten), schien beseitigt zu sein. Ich hatte gerade das letzte Wort niedergeschrieben, als ich plötzlich gegen 11½ Uhr Mittags starkes Gewehr- und Kanonenfeuer vom Schlosse her hörte. Dort soll aus einem gegenüber stehenden Hause, da, wo die beiden Reiterstatuen stehen, zuerst auf die Truppen geschossen worden sein, diese antworteten und nun entspann sich ein Kampf, der jetzt noch fortdauert. Die Insurgenten, darunter ein großer Theil der Nationalgarde, hatten gleich bei Beginn des Kampfes die Barrikaden verlassen und sich in die Häuser geflüchtet, von wo sie aus den Fenstern durch die Blendläden ein wohlgenährtes Feuer auf die Truppen unterhielten. Gegen 12 Uhr wurde die weiße Fahne auf den Forts aufgesteckt und die gewöhnlichen Alarmschüsse gethan, und bis wenigen in der Stadt sich befindenden Truppen, darunter die Schweizer, rückten wieder aus. Sechs Stunden dauerte das Schießen mit fürchterlicher Heftigkeit, später wurde es etwas schwächer. Die Sache der Insurgenten scheint verloren, die Truppen haben sich in diesem Kampfe gut gehalten, besonders die Schweizer, die großen Verlust an Officieren und Soldaten haben müssen. Während des Kampfes zeigte sich der König auf dem Balkon und wurde von den Schweizern mit schallendem Hurrah begrüßt. — Den 16. Mai Morgens. Bis diesen Morgen um zwei Uhr hörte man schießen, die Truppen haben stark gelitten. Das 4. Schweizerregiment hat allein 6 Todte und 7 verwundete Officiere, unter letzteren den Oberst Gingin. Das 3. Schweizerregiment verlor den Major v. Salis. Die Zahl der Todten und Verwundeten im Allgemeinen läßt sich noch nicht bestimmen, ist aber beträchtlich. Das Kanonenfeuer hat an und noch mehr in den Häusern arge Verwüstungen angerichtet, mehrere Häuser wurden förmlich eingenommen und nachher von den Lazaroni ausgeplündert. Das war ein Fest für diese; Viva il Re rufend, trugen sie jubelnd ihre Beute davon. Zwei Paläste, darunter der Palazzo Gravina, eines der schönsten Gebäude hier, stehen in Flammen. Um das Schloß herum, im Toledo, Largo di Castello, Santa Brigida und Fontana Medina war der Kampf am heftigsten, in diesen Straßen ist fast kein ganzes Fenster mehr, viele Wohnungen und Magazine sind zerstört. Es wird behauptet, daß viele Calabresen hieher gekommen waren, um den Kampf zu unterstützen. Der Führer der Insurgenten, General Gabriele (nicht Guglielmo) Pepe, soll von seinen eigenen Leuten schwer verwundet sein. Das Café Buono, der Sitz des radikalen Klubs, ist zerstört, an der Thüre steht geschrieben: Qui fu il Caffè Buono. Heute ist Neapel in Belagerungszustand erklärt, die Nationalgarde wird aufgelöst und neu organisirt. Diesen Morgen noch sollen alle Gewehre ausgeliefert werden. Die Truppen sind noch immer auf den Beinen, und die rothe Fahne weht noch auf den Forts. Viele Häuser haben als Friedenszeichen weiße Fahnen ausgesteckt. Fortwährend sieht man noch Todte und Beute aus den Häusern tragen.

† Neapel, 18. Mai. Ein k. Dekret erklärt heute die Deputirtenkammer aufgelöst, weil „sie sich noch vor Eröffnung des Parlaments auf gesetzwidrige Weise versammelt, um einen Charakter einer einzigen konstituirenden Nationalversammlung anzunehmen, einen Präsidenten erwählt, und indem sie ein Komité für öffentliche Sicherheit ereirte, unter dessen Abhängigkeit die Nationalgarde gestellt werden sollte". In möglich kurzer Zeit sollen die neuen Wahlen angeordnet werden. (?) Ein anderes Dekret ernennt eine Kommission unter der Präsidentschaft v. G. Adatemarco, gegenwärtigem Direktor des Ministeriums des Innern, zur Untersuchung der Vorfälle und Vergehen gegen die innere Sicherheit des Staates vom 1. Mai bis zur Aufhebung des Belagerungszustandes. Die Zahl der gefallenen Soldaten beläuft sich auf 200, jene der Bürger ist bedeutender, als man Anfangs glaubte und wird, vielleicht etwas übertrieben, zu 1300 angegeben. Leider stellt es sich heraus, daß von Seite der Truppen Grausamkeiten begangen wurden, denn sogar gemordete Frauen und Kinder wurden in den erstürmten Häusern gefunden. Die Zahl der an jenem Tage gemachten Gefangenen ist ebenfalls nicht unbeträchtlich, mehrere deren sollen bereits erschossen worden sein, die andern wurden auf Dampffregatten gebracht und werden wohl einstweilen auf der Insel Ponza aufbewahrt werden; Viele haben sich auf die hier liegenden französischen Kriegsschiffe geflüchtet. Unter den Gefangenen befanden sich mehrere Franzosen, die von der hies. Regierung in Folge energischer Protestation von Seite des Admirals Baudin freigegeben werden mußten; das scheint uns nun freilich des Guten etwas zu viel getrieben, wenigstens hätten sie den franz. Gerichten nicht entgehen sollen, denn die meisten hatten sich am Kampfe betheiligt und auf die Truppen geschossen. Aber in solchen Fällen wirken freilich einige Kriegsschiffe mehr, als alle diplomatischen Noten, der franz. Admiral hatte sogar mit Beschießung der Stadt gedroht und seine Schiffe bereits in Schlachtlinie aufgestellt, wenn ihm nicht sogleich Genugthuung geschafft würde. Bei solchen Gelegenheiten wird es erst recht klar, wie schlecht wir Deutsche im Auslande berathen sind, während den Franzosen hier für jeden erlittenen Schaden bereits Entschädigung zugesagt ist, vor den Häusern vieler Franzosen selbst Sicherheitswachen aufgestellt sind, kümmert sich um uns Deutsche Niemand, und wir werden warten müssen, bis einmal eine deutsche Flotte auf den Meeren schwimmt, ehe wir nur den Mund aufthun dürfen, aber bis dahin kann noch Manches zu unserm Nachtheile vorfallen. Der liegen hier eine Menge Beispiele vor, wo Engländer und Franzosen schnelle und erfolgreiche Unterstützung durch ihre Repräsentanten fanden, während wir Deutsche in den gleichen Fällen leer ausgingen.

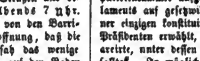
Die Bresl. Z. meldet: Der König von Neapel hat seine nach der Lombardei entsandten Truppen, welche zuletzt unter Pepe und Statella in Bologna standen, sofort nach der Revolution zurückberufen. Statella wollte zurück; Pepe dagegen beschloß, auf eigene Hand mit den Truppen zu bleiben und am lombardischen Krieg Theil zu nehmen. Eine Demonstration der Civica von Bologna soll ihn dabei bewogen und bestärkt haben. — Nach neuesten Nachrichten aus Neapel wäre ein Ausnahmsgericht für die politischen Vergehen auch vor den letzten Ereignissen eingesetzt worden.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[518]

**Rheinische Dampfschifffahrt.**

**Kölnische Gesellschaft.**



Tägliche Abfahrt vom 23. Mai an:

Von **Mannheim** nach **Cöln 6** Uhr Morgens. Von **Mannheim** nach **Strassburg 10** Uhr Abends.
Von **Mainz** nach **Mannheim 2⅕** Uhr Mittags. Von **Strassburg** nach **Mannheim 10½** U. Mrgs

Nähere Auskunft ertheilt:

**Mannheim**, den 14. Febr. 1848. **Die Agentur.**

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Serr. Oliver 4 Comp., 79 Hungerford-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika Bücher werden man sich an H. A. Meissner in Strassburg Nr. 20 Broglie, Paris bei Nr. 20 Rue Bonaparte.

# Deutsche Zeitung.

Die Buchhandlungen besorgen das Journ. Red. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 30 kr. für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 151. Heidelberg, Mittwoch 31. Mai. 1848.

☞ Wir machen beim Herannahen des neuen Semesters das preußische Publikum darauf aufmerksam, daß in Folge der Ergebnisse der Dresdener Postkonferenz vom 1. Juli d. J. an der Preis unserer Zeitung bei allen preußischen Postämtern auf Thlr. 4. 28 Sgr. halbjährlich, einschließlich des Stempels, ermäßigt ist.

## Uebersicht.

**Politische Denkschrift.** — **Wien** (Adresse des Schriftstellervereins. Schreiben des Kaisers an Windischgrätz. Adresse aus Krain. **Frankreich** versprich Deutschland und Italien gegenüber strenge Neutralität). **Belgien** (Kriegsbulletin aus Italien und Südtirol). **Triest** (Friedliche Erklärung des Befehlshabers der sardinischen Kriegsflotte). **Aus Tirol** (die Anwesenheit des Kaisers. Stimmungen im Lande. Die Wahlen zum Landtage). **Berlin** (Sitzung der Kammer am 26. Mai. Die Zusammensetzung der konstit. Versammlung. Unruhen bei einer Katzenmusik. Zu der konstit. Vers. das Amendement von der Kammer die namentliche Abstimmung betreffend angenommen. Effer erhebt, Waldeck zweiter Vicepräsident. Unterhandlungen mit Dänemark). **Stettin** (zur deutschen Flotte). **München** (Kammerverhandlungen). **Sr. Allenburg** (das Ministerium reicht seine Entlassung ein). **Hamburg** (die Bundestruppen sollen Jütland räumen. Der König von Dänemark nach Schonen. **Frankfurt** (Ausschuß für den Verfassungsentwurf).

**Schweiz.** **Bern.** Vorschlag James Fazys in der Tagsatzung.

**Niederland.** Limburg und der deutsche Bund.

**Großbritannien.** **London.** Die Reformangelegenheit. Erklärung Lord J. Russells gegen Parlamentsreform. Die Judenemancipationsbill vom Oberhause verworfen. Erklärung Palmerstons über die dänische Frage. Stimmung gegen Deutschland.

**Italien.** **Rom.** Wahlen. Prämeditirte Rache am Volke in Neapel. **Neapel.** Bericht der Staatszeitung über die jüngsten Ereignisse. Stimmung in den Provinzen. Fortdauer des gedrückten Zustandes. **Sicilien.** Ruggiero Settimo.

**Amerika.** Absicht des Präsidenten auf Yucatan. Vorkehrungen gegen einen Aufstand der Sklaven auf Cuba.

**Tagesschrift.** **Frankfurt.** Verhandlungen des Parlaments. Der Antrag auf Amnestie.

**Beilage.** Rußlands Stellung im südöstlichen Europa. — **Von der Oberweser.** Ueber die Hebung des Bauernstandes. **Niederland.** Haag. Die Verfassungsrevision. **Amsterdam.** Die Nachricht von Schlirkung der Maas unegegründet. **Frankreich** Paris. Posterform. Blanqui verhaftet. Die Verfassungskommission. Lamartine und die traktionäre Partei. Das Journal d. D. über Oesterreich.

### Heidelberg, 30. Mai.

Wir erhalten von schätzbarer Hand die folgende kleine Denkschrift, deren Inhalt wir uns unbedenklich aneignen und zu einem Antrage an die Nationalversammlung bestens empfehlen.

„Wenn man erwägt, wieviel Zeit erforderlich sein wird, bis 1) die Nationalversammlung den Entwurf einer Verfassung für Deutschland beendet haben wird; 2) die einzelnen Staaten und Regierungen, also Stände und Fürsten, wenn auch nur als Form betrachtet, jene Verfassung anerkannt und den Verzicht auf die Verwaltung derjenigen Dinge ausgesprochen haben, welche der Reichscentralgewalt zugewiesen werden; 3) das neue gesetzgebende Parlament, bestehend aus einer Volkskammer und einer Staatenkammer, gewählt und einberufen worden — so mag wohl die Frage, ob es denn kein Mittel gebe, diese Procedur abzukürzen und zu vereinfachen, eine ernste Prüfung verdienen. Wie viele Gegenstände liegen vor, welche eine rasche Erledigung dringend erheischen, namentlich in gewerblicher Hinsicht, und dennoch ist nicht abzusehen, wie vollgültige Beschlüsse gefaßt und ausgeführt werden können, bevor vorstehende drei Punkte ihre Erledigung gefunden haben werden. Denn die Bildung einer exekutiven Bundescentralgewalt bringt dergleichen Fragen um Nichts weiter, weil diese sich, insofern nicht mit dem Umfange alles Bestehenden, oder mit Einsetzung einer unbegrenzten Diktatur verfahren wird, nur auf die Vertretung des Reiches nach Außen, auf die Militärangelegenheiten und die Sicherheit im Innern erstrecken kann. Eine die einzelnen Staaten bindende, dauernd bindende, Gesetzgebung kann jene Exekutivbehörde mit der konstituirenden Nationalversammlung, bevor das Verfassungswerk genehmigt ist, schwerlich vornehmen.

Dieser langen Verzögerung kann aber auf folgende Weise entgangen werden. Die Nationalversammlung beschließe, daß der Gegenstand der Komposition, der Befugnisse und der Wahlart der Staatenkammer (des Senats) mit zu den ersten Arbeiten des Verfassungswerkes gehöre, und nachdem dieser Beschluß ausgeführt worden, fordere sie die Staaten auf, das Beschlossene zu genehmigen, ungesäumt zur Wahl zu schreiten und die Mitglieder nach Frankfurt einzuberufen.

Dieser Staatenkammer würde die Befugniß beizulegen sein: 1) In Gemeinschaft mit der Nationalversammlung über gewisse näher zu bezeichnende Gegenstände (deren Ausdehnung bei Beendigung des Verfassungswerkes selbstredend vorbehalten bleibt) im Wege der Gesetzgebung zu beschließen, wodurch es möglich wird, schon in wenig Monaten zur Ausführung der dringendsten Anliegen vorzuschreiten. 2) Nach Beendigung der Arbeiten der konstituirenden Nationalversammlung hinsichtlich des deutschen Verfassungswerkes, bei dessen Entwurfe der Staatenkammer keine Mitwirkung zusteht, das Verfassungswerk Namens der Staaten zu prüfen und darüber nach Stimmenmehrheit bindend zu beschließen.

Ob man hinsichtlich des letztgedachten bindenden Beschlusses den Delegirten der Staatenkammer einräumen will, bei ihren Kommittenten vorab eine Anfrage zu stellen, mag näher erwogen werden. Die daraus entstehende Verzögerung kann aber nicht groß sein, nachdem eine Berathung in pleno der Staatenkammer stattgefunden hat. Ja es wäre vielleicht möglich, Theile der Verfassung, nach der Reihe, wie darüber in der Nationalversammlung definitiv beschlossen ist, der Staatenkammer vorzulegen, damit deren Berathung mit jenen Beschlüssen Schritt halte, eine Berathung, die keinem Menschen zu verlagen ist, also auch keiner Regierung und keiner Kammer, weil die Verhandlungen der Nationalversammlung öffentlich sind, und denselben doch sofort zu Kunde kommen.

Wird aber der Staatenkammer diese Befugniß beigelegt, so werden die Regierungen und Stände der einzelnen Staaten, welchen nach einem zu bestimmenden Wahlmodus ein Zusammenwirken bei diesen Wahlen zustehen muß, genöthigt sein, diejenigen Männer zu wählen, welchen die größeste Kunde der Verhältnisse beiwohnt, und welche daher im Stande sind, über die Fragen des Staatsrechts, des Zollwesens, des Handels, der Schifffahrt u. s. w. in solcher Weise zu urtheilen, daß die Einzelstaaten und ihre Regierungen eine wirkliche Vertretung finden.

Einer der größten Vortheile besteht aber darin, daß in kurzer Zeit alle Staaten Deutschlands zu einem einheitlichen Wirken als fait accompli vereinigt erscheinen, und daß mit dem Beginnen einer Reichsgesetzgebung und Ausführung das Wichtigste der Erstredungen, die Einheit Deutschlands, faktisch ins Leben tritt, bevor das Verfassungswerk beendet ist. Ist aber die Einheit solchergestalt hergestellt, so muß man sich wohl über die andern Fragen einigen, denn eine Handhabe dazu ist dann vorhanden. Von nicht minderer Wichtigkeit ist aber, daß mit dem Eintreten der Staatenkammer und mit dem Beginnen der deutschen Gesetzgebung das Vertrauen zu den Zuständen in Deutschland hergestellt und die traurige Lage der gewerbtreibenden Klassen einem bessern Zustande entgegengeführt wird, so daß auch in dieser Hinsicht gehofft werden mag, Befriedigung in unserem Vaterlande zu verbreiten.

Digitized by Google

Die Vereinigten Staaten von Amerika gingen ganz denselben Weg, auch ihre Staatenkammer trat früher zusammen als das Verfassungswerk fertig war, und da die Verhältnisse in Deutschland so vielfach denjenigen in Nordamerika glichen, sollte man denken, daß jenes füglich den gleichen Weg gehen könne".

**Oesterreich.** Wien, 25. Mai. Die im Ausschusse des Schriftstellervereines entworfene Adresse an den Kaiser ist bereits mit mehr denn 80,000 Unterschriften bedeckt und wird dem Vernehmen nach durch eine morgen Abend von Wien abgehende Deputation nach Innsbruck befördert werden.

Wien. Die W. Zeit. berichtet, daß am 24. Mai die vom Ministerrathe genehmigte Kommission, nämlich der Oberkommandant der Wiener Nationalgarde Graf Hoyos und der Präsident des Generalrechnungsdirektoriums Graf Wilczek von der nach Innsbruck unternommenen Reise zurückkehrten. Sie überbrachten das bekannte Manifest, mit dem Auftrag es in den Staaten der Monarchie, außer Tirol und Ungarn (wo der Souverneur und der Palatin damit beauftragt sind) bekannt zu machen, und nachfolgendes k. Kabinetschreiben: „Lieber Frhr. v. Pillersdorf! Der Feldmarschallieutenant, Graf Hoyos, hat mir das vom Ministerrathe am 17. d. M. Abends an mich gerichtete Schreiben sorgfältig eingehändigt. Ich erwidere Ihnen hierauf, daß die Stadt Wien in letzter Zeit zum großen Nachtheile ihre früher gegen mich und meine Vorfahren stets bewiesene Treue so sehr vertrat hat, daß ich mich bestimmt finden mußte, sie auf eine Zeit zu verlassen und erst wieder dahin zurückzukommen, wenn ich mich von der Rückkehr zu ihren früheren Gesinnungen vollkommen überzeugt haben werde. Der Ministerrath wird, wie ich es bei meiner Abreise voraussetzte, habe, es in seiner Pflicht finden, einstweilen alles das vorzukehren, was die Lage der Monarchie und die Wahrung des Thrones von demselben fordert, indem der regelmäßige Gang der Geschäfte durch einen zeitweise geänderten Aufenthalt in meinem Staate nicht gestört werden darf. Innsbruck, am 20. Mai 1848. Ferdinand m. p."

Wien. Unter den in Folge der Ereignisse vom 15. d. M. aus allen Provinzen einlangenden Adressen von Korporationen, Städten und Individuen ist folgende Erklärung der Stände von Krain zu bemerken: Der krainisch ständische verstärkte Ausschuß als Organ der Provinz Krain, besorgt um das Wohl des Vaterlandes, sieht sich veranlaßt, feierlich zu erklären, daß sie die Gesinnungen der in der Residenz bestehenden Korporationen, die sich öffentlich als Träger des Volkswillens des gesammten Kaiserstaates erklären, nicht nur nicht theile, sondern auch, daß sie gegen die Eingriffe Jener — die sich unberufen anmaßen, im Namen von Millionen Staatsbürgern als Gesetzgeber aufzutreten — in die konstitutionellen Rechte des Monarchen offen protestire. Unter den gegenwärtigen Umständen ist eine freie Diskussion auf dem für den 26. k. M. bestimmten Reichstage eine Unmöglichkeit. Dieser Reichstag sollte daher nicht in Wien, sondern in einer Provinzialhauptstadt, z. B. Linz, Innsbruck abgehalten werden. (A. Oesterr. Z.)

Die Allgem. Oesterreichische Ztg. enthält einen Artikel, in welchem sie auf die Vortheile weist, die aus der vom ungarischen Ministerium in Frankfurt eingeleiteten Verhandlung über die ungarisch-deutschen Handelsinteressen ꝛc. hervorgehen könnten. Dasselbe Blatt sagt: „Sorben hören wir, daß der französische Botschafter die offizielle Erklärung erhalten hat, daß die französische Regierung ruhig schlafen sei, Italien und Deutschland gegenüber die strengste Neutralität zu bewahren."

* Bozen, 24. Mai. Das Armeekorps des Feldzeugmeisters Grafen Nugent ist vorgestern (22. d. M.) unter Feldmarschallieutenant Grafen Thun 19000 Mann stark in Verona eingerückt. Am 23. d. M. wurde Vicenza bombadirt, weil es beim Vorübermarsche unserer Truppen die rothe Fahne aufsteckte. Graf Nugent ist wegen Kränklichkeit in Conegliano zurückgeblieben; 6000 Mann halten die Brücke bei Priula (Monte Priula) besetzt. Am 22. d. M. wurden das Schloß Lodron und Caffaro von unsern braven Truppen in Derenigung mit den freiwilligen Tiroler-Schützen nach drei ein halb stündigem Kampfe unter Oberst Metzger mit Sturm genommen; der Feind ward über den Caffaro bis Rocca d'Anfo und Bagolino verfolgt. Dadurch ist nun auch dieser Theil Tirols gänzlich von den feindlichen Freischaaren gesäubert.

† Aus Tirol, 24. Mai. Noch verweilt der Kaiser in Innsbruck und man meint, es möchte über die Dauer seines Aufenthalts Nichts entschieden sein. Wir sehen freilich tagtäglich Abgesandte aller Provinzen in mancherlei Uniform und Tracht nach der Burg kommen, und „das Bitten, Rathen und Beschwören zur Rückkehr nach Wien muß gewiß seine Wirkung haben, doch auch das Herkommen soll die hohe Wirth berühren. Die Erzherzoge Rainer und Johann sind hier, und man hört, es träfen morgen zwei ungarische (Esterhazy und Pulszky) und ein deutscher verantwortlicher Minister (Baron Doblhoff) hier ein, um dem Kaiser stets an der Seite zu bleiben, solange er von Wien abwesend ist. Die Freude, das stolze Bewußtsein über das Vertrauen des Kaisers, der, wie man wissen will, aus echt herzlicher Gütsdrücke sich für Tirol entschied, während man ihm gern nach Prag — zu den Aristokraten, die mit der Swornostmütze vermummt die neue deutsche Freiheit morden wollen, geführt hätte — dauert fort und ist in den Massen der Bürger und Landleute ganz anders ausgedrochen, als unter jenen, die hier den Kaiser nicht minder seines Willens zu berauben strebten, als die stürmisch übergreifenden Wiener. Das Volk ist ohne Eigennutz — so es verlangt, daß man in dieser Zeit es wiederholt rühme — daß es immer „anspruchslos" seine Pflicht gethan, selbst im Bewußtsein, es werde dabei Rechts gewinnen, wohl aber sicher verlieren. Die Bürger- und Nationalgarden thuen ihre Wachen am Schloß mit Lust, alle Welt jubelte mit bei den Abendmusiken, als ringe die Bergfeuer aufflackerten, so weit das Innthal reicht; aber im Volke betont Niemand diese Anhänglichkeit als ein Recht zu fordern und Andere zu knechten. Man ist aufgeradezt über die Gewaltschritte des 15. Mai in Wien, für alle Fälle will man die alte Treue bewähren, und man hat den Kaiser so gern, daß man ihn wohl eine Weile behalten mag; so beiläufig klärt sich die Stimmung ab. Anders sprechen Jene, die das Eisen schmieden wollen, weil es warm ist. Lesen Sie die Berichte aus Innsbruck in der Augsb. Postzeit. Dort lebt die Furie des Fanatismus und zerreißt die „Klosterstürmer, die insurrektionelle Zusammenkunft in Wien, den des Kaisers Burg mit dem Todtenkopf am Hut — den Zerstören ihrer Klöster — stürmten." In den kathol. Blättern steht es breit und steif: „Der Klerus ist eine Macht in Tirol", wehe, wer ihm nicht knechtisch huldigt, und schon sind die Passeirer bezeichnet als heilige Hermandad, die Jeden erschlagen wird, der nach des Kaisers Verordnung die Auflösung der Jesuiten in Tirol begehrt. Zwang und physische Gewalt, meint ja Hallmeyer, waren von je die liebsten Mittel, wenn Priester ihre Herrschaft begründen wollen. Abermals sei es gesagt, die Sprache der Gewaltpartei im Lande, wie sie mit jedem Tage sich ihrer frommen Formen entledigt, um zähneflescherd in das Herz der Gegner einzuschlagen, wie sie den Heiligenschein abstreift von der Stirne, um in steigen Trotz Gesetz und Recht daran zerschellen zu lassen, macht uns schaudern. Nur ein paar Worte mehr, und sie predigt Aufruhr und Bürgerkrieg. Was will das sagen, wenn die Aufstellung der Societät einen „casus belli für das katholische Tirol" nennt? „Wann wird ein Retter kommen diesem Volk", so fragen wir tiefbekümmert für unser Tirol. Es sind nun die Wahlen im Gange zu unserm neuen Landtage. Abermals setzt der Klerus alle Hebel in Bewegung, um die Ergebnisse einzig in seinem Sinne zu erzielen, man benützt die in der Konstitution verheißene Glaubensfreiheit, um abermals die Religion als bedroht darzustellen. Die Geistlichen betheiligen sich selbst bei den Wahlen des Bauernstandes und geben Wahlzettel ab, obwohl sie für sich als eigener Stand zu wählen haben. In Bozen sind gewählt Karl von Zallinger und Franz Pfeiffer-Summer, Beide auf Begnadigung der Machthaber. Durchschnittlich werden sich die Gewählten wie Brüder gleichen. Das Eisland mit Bozen und Meran strahlt freilich als stärkste Flamme am fehdenarmigen Leuchter unseres Kronenthums, Briren flackert einsprüchig nach, Trient schaut ist man ruhiger und feyler, wenn nicht die Missionspredigten in den Dörfern der Umgegend den schweren Kolben bäuerischer Stutzer mit in die Wagschale schleudern. Die erste Petition unseres Landtages lautet sodann für Beibehaltung der Jesuiten und Liguorianer, des Grafen Brandis, für Abänderung der Konstitution, wo sie die Hierarchen beläßigt u. dergl. So sitzen die alte und neue Zeit bei uns am Schachbrett und, uns ahnet, die alte wird mit ihren Bauern die Königin Freiheit besiegen.

Triest. Die Allg. Z. schreibt: Aus Triest vom 24. Mai erhalten wir noch in später Stunde einige Briefe. Es war noch kein Angriff erfolgt. Der Befehlshaber der sardinischen Kriegsschiffe hatte sogar eine Erklärung gebracht, daß er bloß zum Schutz des sardinischen Handels gegen die österreichische Kriegsmacht in diesen Gewässern erschienen sei. Trotz dessen hatten in dem nahen Fischerdorfe S. Bartolo feindliche Barken eine Landung versucht, und in Triest dauerten die Rüstungen fort. Die deutschen und der amerikanische Konsul protestirten gegen einen Angriff auf Triest, als auf eine deutsche Stadt. Von Ihrien hatte man keine Nachricht. Man hoffte, daß es treu geblieben. Aber welche Waffenbürgschaft hatte man dafür? Welche Hilflosigkeit der zum deutschen Reiche gehörigen Küstengebiete auch hier!

Digitized by Google

**Preußen.** ** Berlin, 26. Mai. Das Hauptinteresse nahm heute die Verhandlung über den im Landkreise Trier gewählten Abgeordneten Waldenaer in Anspruch. Bei der letzten Revolutionsskomödie mit Barrikadenbegleitung, die in Trier aufgeführt werden sollte, aber, weil General Schreckenstein die Rolle des Böswichts von sich wies, nicht zu Stande kam, war er, wie es heißt, auf handhafter That von Gerichtswegen verhaftet, nachdem er gewählt worden. Der Abg. der Stadt Trier und der Abg. Portius stellten den Antrag auf sofortige Einberufung des Abgeordneten aus der Haft. Der Justizminister Bornemann legte die sämmtlichen darauf bezüglichen Akten auf den Tisch des Kammer. Gegen jenes Attentat auf die Unabhängigkeit der Gerichte erhoben sich mit begeisterten Anrufe von Rheinlands herrlichen Institutionen Abgeordnete vom Rheine, namentlich Peltzer und Mylius. Ein Redner vom Rheine kam freilich mit der Phrase, daß die Berliner Barrikaden die von Trier freisprächen. Aber die Stimmung der Versammlung stand nicht im Zweifel. Minister Hansemann, einverstanden mit seinen auf ihre Rechte stolzen Landsleuten, unterstützte den vom Abg. Nodbertus gestellten Antrag auf Ernennung eines Ausschusses zur Prüfung des Thatbestandes, und fügte den Antrag hinzu, die Debatte bis dahin aufzugeben. Von Rednern der Linken wurde den Konstitutionen und der parlamentarischen Vernunft ins Angesicht behauptet, die Qualität als Volksvertreter dauere von dem Augenblicke der Wahl. Danach könnte ein auf Lebenszeit gewählter Abgeordneter, der in den Zuchthäusern, wo die Kammer nicht beisammen ist, ein Verbrechen begeht, nur mit Celadnitz der zu diesem Zweck einzuberufenden Kammer verhaftet werden! Der Abg. der Stadt Trier nahm seinen Antrag zurück. Der Abg. Portius dagegen äußerte sich mit Empfase für Aufrechthaltung seines Antrags; der Verhaftete sei sofort einzuberufen und eine Kommission der Kammer treffe dann Entscheidung. Indessen fand es der Abg. einige Zeit darauf doch für gerathen, den Antrag fallen zu lassen, „da er große Mißverständnisse veranlaßt habe." Es war nämlich vielfältig die Souveränetät der Kammer den Gerichten gegenüber heftig bestritten worden. Demgemäß wurde der Antrag der Abgg. Nodbertus und Hansemann fast einstimmig angenommen. Die Wahl der Kommission wurde aufgehoben, bis sich die Versammlung durch Präsidentenwahl konstituirt habe. Da die Kammer nun vorläufig für die Legitimation der Vollmachten die zu diesem Behufe vom Ministerium unterbreitete Geschäftsordnung angenommen, da sie erst in der Geschäftsordnung über die Präsidentenwahl Verfügung treffen kann, so wurde beschlossen, einen Präsidenten für die Zeit der Verhandlungen über die Geschäftsordnung zu ernennen. Diese Präsidentenwahl zeigte, daß die Parteien in der Kammer sich förmlich organisirt haben. Für Preußen etwas Hohes, Erfreuliches! Das war der Maßstab unserer politischen Schwäche, die mangelnde Organisirung in Parteien. Möchten diese auf dem Ver. Landtage fest gebildet gewesen, so wären die Minister als Häupter der Opposition jetzt weit sicherer und unterstützter in und außerhalb der Kammer. Die erste Wahl ergab keine absolute Stimmenmehrheit; der Abg. Waldeck hatte 156 St., der Abg. Milde 162 St., Abg. Esser 154, Abg. v. Kirchmann 8, Abg. Uhlich 5, Abg. Binder 5, Abgg. Seadow, Duncker, Weichsel, jeder 1. Daraus ergab sich, daß die äußerste Linke sich mit andern Fraktionen der Linken vereinigt hatte, Waldeck zu wählen, wenn man nicht die 8 Kirchmann'schen Stimmen den schlesischen, resp. Berlinischen Republikanern zuschreiben möchte. Die Rechte und das Centrum hatten sich, wie daraus hervorging, über Milde's Wahl vereinigt. Für Waldeck stimmten wahrscheinlich noch Westfalen von der Rechten, in deren Mitte so ziemlich die ganze rothe Erde zu finden ist, und vom Centrum ein Theil des Klerus. Bei der Neuwahl stand zu erwarten, daß Waldeck die 8 Kirchmann'schen Stimmen, Milde die 5 von Binder, die eine von Grabow erhalten werde; zweifelhaft war, welche Partei 34 Stimmen an Esser, welche 5 an Uhlich, 1 an Duncker gegeben. Bei der zweiten Wahl wurde Milde mit 204 St., d. h. mit 21 Stimmen über die absolute Mehrheit, zum Präsidenten gewählt; Waldeck, der Kandidat der Linken, hatte 168 St. Man könnte demnach fast annehmen, daß in den entscheidenden Verfassungsfragen, z. B. für Zweikammersystem u. s. w., Nebeheiten von etwa 204 gegen 168 sich herausstellen dürften. Denn unter den 168 wird wohl die Zahl der Einkammerfreunde ebensogroß, als die Zahl der Republikaner gering sein. — Milde, dem sein wohltönendes Organ zu Gebot ist, dessen parlamentarische Würde aber den schrillenden Ton seiner Stimme beinahe vergessen macht, trat sein Amt mit einer Rede an, die wir der Kenntnißnahme sämmtlicher Parlamentsmitglieder zu Frankfurt deßhalb dringend anempfehlen, weil daraus am deutlichsten sich zu ergeben scheint, daß die Mehrheit der Kammer, wie das Ministerium, von patriotischen Gesinnungen beseelt und jedem Konflikte mit der deutschen Nationalversammlung vorzubeugen ihrerseits entschlossen ist. Am Schlusse votirte der Präsident im Namen der Versammlung deren Dank an den Alterspräsidenten, der bei nächtiger Weile feldherrig die Fackel angezündet habe von dem Licht, das jetzt Allen leuchtet — und, indem Milde den greisen Schön umarmte, erhob sich die ganze Kammer, eigentlich nicht zum Danke für den gesführten Vorsitz, sondern zum Symbol huldigender Anerkennung einer ehrenerlichen politischen Laufbahn. Die letzten Minuten der Sitzung, wo Uhlich Antrag, statt 4 nur 2 Vicepräsidenten zu wählen, angenommen und ein anderer Antrag, statt 8 nur 4 Schriftführer zu ernennen, abgelehnt wurde, wo Milde, als unmittelbar auf seine Fragestellung die Linke mit Ja antwortete, dieses „Ja" zurückwies, setzten die Fähigkeit des neuen Präsidenten außer allen Zweifel. Morgen ernennt die Kammer die Vicepräsidenten und Schriftführer. Also war der erste große Akt unserer Kammer eine Niederlage der Republikaner, der Polen, der Ultramontanen, welche letztere beide die Schwächung unseres Staatswesens befördern werden und, fähen sie in der konstituirenden Versammlung der preuß. Republik, mit den Blanqui's und Sobrier's gegen die Lamartine's gemeinschaftliche Sache machen würden und endlich derer, welche sich an Jene, oder an welche sich Jene angeschlossen haben, ein entschiedener Sieg über die Linke.

Nachtrag. Die Entscheidung für Milde dürfte nicht so erfolgt sein, daß die Stimmen für Esser sich ihm zuwandten. Es muß doch noch eine starke Untermischung stattgefunden haben. Geistlicher Einfluß wird wahrscheinlich die schlesischen Bauern, welche für ihren Landsmann Milde gestimmt und mit denen eifrig konversirt wurde, in das Lager Waldecks hinübergeführt haben und mehrere Rheinländer, die für Esser gestimmt hatten, Waldeck zugefallen sein. Letzterem entgegen ihre Stimme sicher Viele, die bei dem Resultat der ersten Wahl erst merkten, daß es Parteisache sei und daß sie mit Gegnern ihrer politischen Freunde gemeinschaftliche Sache gemacht. Interessant ist die Mittheilung, daß die Linke eigentlich Kirchmann habe aufstellen wollen, aber die Ultramontanen ihnen hundert Stimmen offerirt hätten unter der Bedingung, Waldeck zu wählen und demnach Kirchmann von den Seinigen fallen gelassen worden. Welches Glück, daß die ultramontane Legion nicht das Treffen entscheiden hat! — Klingt, was ich jüngst über Jesuiten und Polen phantasirte, nicht fast wahrscheinlich, wenn man unsere Opposition betrachtet, wo Polen und katholischer Klerus und Republikaner nebst einigen Unbewußten gemeinsam Front machen, und wo die Republikaner wie die Polen von der klerikalen Partei sich Bedingungen setzen lassen? Denn ich erlaubte mir neulich, der Vorstellung Raum zu geben, wie wenn Revolutionäre, Polen und Jesuiten einigermaßen im Einklang handelten, um der Menschheit die volle Freiheit zu erringen, ohne welche die Ersteren ihren Ehrgeiz nicht stillen, die Zweiten nicht von dem schwarzen Meer bis an die Weichsel resp. Saale gebieten, und endlich die Letzten nicht wieder über den ganzen Erdboden hin dem einträglichen und gottgefügen Berufe nachgehen werden, Knechte der Knechte Gottes oder in weltlicher Sprache die frommen Hirten der souveränen Heerde, die wirklichen geheimen Könige der freien und verbrüderten Menschheit zu sein.

†† Berlin, 27. Mai. Gestern Abend kam es bei einer Katzenmusik zu Konflikten zwischen den bewaffneten und nichtbewaffneten Bewohnern, bei welchen sogar einige nicht unbedeutende Verwundungen vorfielen. Die Bürgerwehr war schon nach 8 Uhr Abends in den einzelnen Bezirken alarmirt worden; in der Nacht, gegen 2 Uhr, nachdem Alles wieder ziemlich ruhig war, wurde — Niemand weiß bis jetzt warum — Generalmarsch geschlagen. Es wurden auf den einzelnen Wachen Parolebefehle vorgezeigt und in Folge derselben in allen Bezirken die Bürgerwehr durch Trommelschlag zu den Waffen gerufen. Da man jedoch nirgends etwas Besonderes wahrnahm, ging man, eben nicht sehr erfreut durch die nächtliche Störung, wieder nach Haus, etwas aufgebracht gegen den Kommandanten (Hrn. v. Alvensl.). Dieser erklärte heute morgen, daß die Parolebefehle nicht von ihm unterzeichnet und er mithin nicht der Urheber des überflüssigen Alarms gewesen sei. Später soll er jedoch erklärt haben, daß der Befehl höhern Orts erlassen. Ganz ist das Rätsel noch nicht gelöst und ein Theil der Bürgerwehr will den provisorischen Kommandanten um Niederlegung seines Amtes bitten. Mit einer nicht geringen Spannung sieht man dem heutigen Abend entgegen.

In der konstituirenden Versammlung vom 27. Mai wurde das gestrige Amendement des Abg. Sommer, daß die namentliche Abstimmung von 25 Mitgliedern beantragt werden könne, wieder aufgenommen. Der Finanzminister Hansemann und einige andere Abgeordnete trugen darauf an, nur 50 Mitgliedern dieses Recht einzuräumen. Einige Redner, vorzüglich Waldeck und Otto, machten darauf aufmerk-

Digitized by Google

sam, daß das Land die Gesinnungen jedes einzelnen Deputirten kennen müsse; am Besten aber könne dies bei namentlicher Abstimmung geschehen. Man müsse es also 25 Mitgliedern freistellen, diese zu verlangen. Andere Redner, wie Moriz, sprechen für 50. Die Versammlung räumt jedoch 25 Mitgliedern dieses Recht ein.

Soeben (5½ Uhr) ist das Resultat der Vicepräsidentenwahl eröffnet. Erster Vicepräsident ist Esser mit 256 Stimmen (die absolute Majorität betrug 185); nächst ihm hatte Waldeck die meisten (176) Stimmen. Dieser wurde bei der zweiten Wahl zum zweiten Vicepräsidenten mit 186 Stimmen gewählt. Die Sekretariatswahlen finden in diesem Augenblicke Statt. Die Deputirten haben zum größten Theil die Sitzung verlassen, da erst um 7 Uhr die Ergebnisse der Abstimmung eröffnet werden sollen.

**Berlin**, 24. Mai. Unter den bereits anwesenden Abgeordneten befanden sich vier Staatsminister — Hrn. von Schön mit eingerechnet, der, beiläufig gesagt, sehr viele Vorliebe für englischer Verfassungsformen haben soll — ferner 30 Adelige, 44 Geistliche, 3 Officiere, 35 Verwaltungsbeamte, mit Ausnahme von 23 Bürgermeistern und Stadträthen, 87 Juristen, 11 Aerzte, 29 Professoren und Lehrer, 22 Kaufleute, 33 Fabrikbesitzer und Handwerker, 47 Gutsbesitzer und Landräthe, 23 Schulzen, 2 Zaglöhner. Ein nicht unbeträchtlicher Theil dieser Versammlung besteht aus Leuten, die wenig mit sich zu bringen und mehr gekommen zu sein scheinen, um sich hier erst über ihre eigene Aufgabe klar zu werden. (K. Z.)

**Berlin**, 26. Mai. Es haben sich Gerüchte verbreitet, die den Friedensabschluß mit Dänemark als nahe in Aussicht stellen, ja sogar schon für bestimmt geben. Das Dunkarem derselben dürfte folgendes sein: Ein englischer Bevollmächtigter, Mstr. Bligh, hat den Auftrag, in Kopenhagen auf folgende Grundlagen die Vermittlungsunterhandlungen zu beginnen. Das deutsche Bundesheer zieht sich nach Holstein zurück. Schleswig bleibt ganz von Truppen frei und darf auch von dänischer Seite nicht betreten werden. — Die Theilung der Provinz soll nach den nationalen Elementen geordnet werden, so daß der deutsche Theil sich zum deutschen Bunde schlägt. — Die von dem Bundesfeldherrn aufgelegte Kriegssteuer wird sistirt und respektive zurückgezahlt; dagegen verpflichtet sich Dänemark allen dem Handel zugefügten Schaden vollständig zu ersetzen. — Dies ist die Basis der Unterhandlungen. Zu welchem Zielpunkte sie führen werden, ist abzuwarten. Von verschiedenen Seiten wird bezweifelt, daß Dänemark vorläufig darauf eingehen werde. (Voss. Z.)

**Stettin**, 21. Mai. Die Beiträge zur Begründung einer deutschen Flotte haben hier einen erfreulichen Fortgang. Zu zwei Kanonenjollen ist bereits der Kiel gelegt. Man arbeitet thätig, um so möglich schon zum 1. Juli diese Schiffe vom Stapel laufen lassen zu können. (H. C.)

**Baiern.** = **München**, 25. Mai. Die Kammer der Abgeordneten ist nun mit der Berathung der von der Regierung eingebrachten Gesetzentwürfe zu Ende und hat nun nur noch die Rücksichtigungen der Kammer der Reichsräthe in einigen Sitzungen zu berathen. Heute wurden in der Kammer einige Gesammtbeschlüsse verlesen und einige formelle Fragen erledigt. Der Abg. Schmzer stellte sodann an den Minister des Innern die Frage, inwiefern ein seit Kurzem in Schwabach erscheinenes Blatt, betitelt: „Mittelfränkische Volkszeitung", mit Beschlag belegt werden konnte, da doch die freie Presse garantirt sei, worauf derselbe antwortete, ein Blatt, das so offen alle Verfassungsbestimmungen verletze und z. B. von 34 Minister-sen spreche, die man entweder vergagen oder verrathen müsse, könne man auch in einem konstitutionell-monarchischen Staate mit Beschlag belegen müssen, und er sei überzeugt, daß die Kammer dies Verfahren der Regierung nur billigen könne, worauf die Kammer der Majorität nach mit lautem Ja antwortete. Ob die Regierung im vorliegenden Falle nach Recht und Gesetz gehandelt habe, möchte zu bezweifeln sein. Ein anderer Fall, den Schneyer noch berührte, die Beschwerde des Literaten Trautmann, wegen Verfassungsverletzung in Preßsachen, fand keine weitere Erörterung, da der Minister des Innern erklärte, diese Angelegenheit gehöre in den Bereich des Kultus und Unterrichtsministers, der nicht gegenwärtig sei. — Die Kammer der Reichsräthe hält fleißig Sitzungen und bereits heute den Beschluß der Kammer der Abgeordneten über die Kapital- und Einkommensteuer, den sie in der wesentlichen Fassung der Abgeordneten annahm. — Der in der Beilage zur Allg. Zeit. erschienene, wahrscheinlich officielle Artikel über den Entwurf der baierischen Regierung in Bezug auf die deutsche Reichsverfassung bildet vielfach einen Besprechungsgegenstand. Man wundert sich sehr darüber, wie der Verfasser dieses Artikels so gar nicht säuberlich mit den kleinern Fürsten umspringt und so bestimmt von der Nothwendigkeit einer Unterordnung spricht (es heißt dort: „Rein — diejenige Regierung, deren nige Regentenhaus, das nicht im Stande ist, seine konstitutionelle und gesetzmäßige Gewalt zu erhalten, durch sich selbst zu erhalten, die mögen sich stärkern Staaten und Regierungen unterordnend verbinden, sie mögen sich unterordnen, weil sie müssen"), während er Baiern selbst im Bunde mit Preußen und Oesterreich eine so viel als möglich unabhängige und selbstständige (Separat-) Stellung zuweist. Jedenfalls sind die kleinern Souveränetäten etwas zu sehr en bagatelle behandelt, und die Konsequenz, die die Volkssouveränetät ziehen könnte, dürfte auch für Baiern rc. etwas bedenklich erscheinen.

**Sachsen-Altenburg.** Altenburg, 25. Mai. Heute Mittag hat unser Ministerium, v. Braun, Pierer, Schwerdt, seine Entlassung eingereicht.

**Hamburg**, 26. Mai. Die Börsenz. meldet: Auf der Hiesgen prenß. Post ist aus Kolding vom 24. Nachricht eingegangen, daß dort ein preuß. Kurier angekommen sei, der den Befehl überbracht hätte, Jütland zu räumen und die in Jütland ausgeschriebene Kontribution aufzugeben. Das preuß. Hauptquartier ist nach Hadersleben, das hannoversche nach Flensburg verlegt *).

Passagiere des Mittagzuges haben in Rendsburg ebenfalls von einer rückgängigen Bewegung des preuß. Hauptquartiers gehört, welche man vorläufig jedoch nur als eine Koncentration der Kräfte ansah. Gleichzeitig war man auch da nicht abgeneigt, an eine bevorstehende Eriedigung des Kriegs zu glauben. (Vgl. unter England die Erklärung Palmerstons). Vor Eckernförde soll gestern ein dänisches Kriegsschiff mit einer weißen Flagge erschienen sein, um Proviant einzukaufen.

Privatbriefen aus Kopenhagen vom 24. zufolge wollte der König Tags darauf nach Schonen gehen, um mit dem König von Schweden eine Konferenz zu halten und gemeinschaftlich mit demselben die schwed. Truppen zu inspiciren.

Nach Berichten aus Helgoland war am 23. d. M. in der Nähe der Insel noch eine dän. Fregatte, die „Thetis", von 46 K., angekommen und sogleich mit dem „Gefion" in nordwestlicher Richtung wieder abgegangen.

# **Frankfurt**, 28. Mai. Folgendes sind die Aktenstücke, welche die ungarische Deputation der Nationalversammlung zu ihrer Beglaubigung verlegte. An den Herrn Präsidenten des deutschen Parlaments! Endesgefertigte Bevollmächtigte des ungarischen Ministeriums ersuchen den Herrn Präsidenten des deutschen Parlaments, ihnen Tag und Stunde bezeichnen zu wollen, zu welcher sie ihr an das deutsche Parlament gerichtetes Beglaubigungsschreiben, dessen Aufschrift hier beiliegt, dem Herrn Präsidenten vorweisen und selbem ihre Hochachtung bezeigen können. Frankfurt am Main, Hôtel d'Angleterre, 24. Mai 1848. D. Pazmandy. L. Szalay.

Ich Stephan Franz Viktor, kaiserlich königlicher Prinz und Erzherzog von Oesterreich, Palatin und königlicher Statthalter von Ungarn, und das gesammte ungarische Ministerium, haben die Herren Dionis Pazmandy den jüngeren, und Ladislaus Szalay beauftragt, sich in Betreff dessen, daß die Verhältnisse Deutschlands zu Oesterreich, mit welch' letzterem Ungarn im Sinne der pragmatischen Sanktion enge verbunden ist, durch das im Laufe des Monates Mai 1848 zu Frankfurt am Main zu eröffnende deutsche Parlament auf einer neuen und konstitutionellen Basis geregelt werden sollen — mit dem ungarischen Ministerium in Wien, Fürsten Esterhazy, und durch ihn auch mit dem Oesterreichischen Ministerium, über alle obigen Verhältnisse, in wie ferne sie Ungarn berühren, zu besprechen; hierauf sich nach Frankfurt zu begeben und dort über die Verhältnisse und Kräftigung der zwischen den ungarischen und deutschen Staaten obwaltenden freundschaftlichen Verhältnisse, deren Fortbestand wir innig wünschen, sowohl in politischer als kommerzieller Beziehung, im Interesse der gegenseitigen Selbstständigkeit, Freiheit und des materiellen Wohlstandes beider Nationen zu wachen. Ofen, 14. Mai 1848. (L. S.) Fr. Stephan, Palatin, königl. Statthalter. mp. Ludwig Batthyany mp.

# **Frankfurt**, 28. Mai. Der Ausschuß für den Verfassungsentwurf besteht aus: Scheiner von Gotha, Droiers von Bonn, Gagern von Wiesbaden (zweiter Vorstand), Mühlfeld von Wien, Droysen von Kiel (Schriftführer), Andrian von Wien, Schüler von Jena, Simon von Breslau, Wittermaier von Heidelberg, v. Beckrath von Crefeld, Dahlmann von Bonn, Jchnowsky von Ratibor, Pfizer von Stuttgart, Detmold von Hannover, Welcker von Frankfurt, Besseler von Greifswalde, Robert Mohl von Heidelberg, Hergenhahn von Wiesbaden, Römer von Stuttgart, Scheller von Frankfurt a. d. O.

*) Dagegen melden andere Blätter von neuen Zuzügen aus Hannover und den Hansestädten.

Digitized by Google

Lassalle von München, Jürgens von Stadtoldendorf, Robert Blum von Leipzig, Bigard von Dresden, Kyrenz von Salzgitter, Bassermann von Mannheim (erster Vorstand), Tellkampf von Breslau, Waitz von Göttingen, Wippermann von Kassel, v. Soiron von Mannheim.

## Schweiz.

Bern, 26. Mai. In der heutigen Sitzung der Tagsatzung hat Genf (James Fazy) folgenden Antrag gestellt: Die hohe Tagsatzung, in Betrachtung, daß der Ausbruch des Bürgerkrieges im Königreiche Neapel notorische Thatsache ist, in Betrachtung, daß die mit der frühern Regierung dieses Königreichs abgeschlossenen Militärkapitulationen auf den gegenwärtigen Stand der Dinge nicht anwendbar sind; in Betrachtung daß unter den Umständen, in welchen sich die Schweizertruppen in Neapel befinden, die Schweizerehre angetastet werden könnte durch ihre Theilnahme am Bürgerkrieg, in welchen sie gegen die allgemeine Sache der Völkerfreiheit verwickelt würden, beschließt: „Die Kantone, welche mit dem Königreich Neapel Militärkapitulationen haben, sind eingeladen, die Truppen von dort zurückzurufen". Die Berathung über diese wichtige Angelegenheit wird künftigen Montag stattfinden. (E. Z.)

## Niederland.

Maestricht, 23. Mai. Es war von Seite des hiesigen Stadtrathes eine Deputation nach dem Haag abgeschickt, um gegen die Trennung Limburgs von Niederland zu protestiren. Dieselbe ist hierher zurückgekehrt und meldet, der König habe ihr erklärt: er habe keine Gründe, um zu vermuthen, daß der deutsche Bund die bestehenden Verträge nicht ehren würde, da den Verpflichtungen Limburgs gegen denselben würde nachgekommen werden. (K. Z.)

## Großbritannien.

London, 26. Mai. Hr. Hume hat ein Rundschreiben, datirt „Haus der Gemeinen, 23. Mai, Mitternacht", an alle Reformer des vereinigten Königreichs erlassen, worin er sie in Eile davon in Kenntniß setzt, daß zwar an diesem Abend die wichtige Motion in Betreff der Parlamentsreform vor das Haus habe gebracht werden sollen, daß jedoch die vorhergegangenen Anträge die Aufmerksamkeit desselben bis nach 11 Uhr beschäftigt hätten. Er und seine Freunde seien nun der Meinung gewesen, daß es zu einer so späten Stunde nicht rathsam sei, eine so wichtige Motion vor das Haus zu bringen, daher habe er ihre Einbringung auf den nächsten offenen Tag, den 20. Juni, verlegen müssen. Der Schluß des Schreibens lautet: „Nachdem der erste Minister diese Gelegenheit ergriffen hat, um sich von seinem Platze aus dahin auszusprechen, daß weder die mittleren noch arbeitenden Klassen für die von mir angekündigten Reformen günstig gestimmt seien, wird dieser Ausspruch Euch (den Reformern des vereinigten Königreichs) die Mittel verschaffen, Eure Meinungen und Wünsche in der gebräuchlichen verfassungsmäßigen Weise kund zu thun."

Die in diesem Schreiben erwähnte Erklärung Russells ist nicht ohne Bedeutung, da daraus hervorgeht, daß er nicht im Entferntesten auf ein Reformzugeständniß sich einzulassen gedenkt und den charakteristischen Forderungen kaum in höherem Grade als den Hume-Cobdenschen Reformvorschlägen abgeneigt ist. Es hatt Hen. Cobden Nichts, daß er sich entschieden gegen O'Connor (der seinerseits seine freilich etwas lächerlich gewordene Stellung als Chartistenhäuptling nicht aufgeben und unter den ferneren Hume und Cobden keine zweite Rolle spielen mag) und selbst gegen die Chartisten als Partei erklärt; Lord J. Russell blieb ruhig bei seiner Ansicht: „die Frage der Bühnerschaft, welche sich zwischen ihnen (Cobden und O'Connor) erhoben, möchten die Herren unter einander ausmachen, diese Frage persönlichen Vertrauens gehe ihn Nichts an, er feinerseits glaube, daß die mittleren und arbeitenden Klassen weder die eine, noch die andere Reform wünschten, daß sie weder nach der Volkscharte, noch nach dem großen von dem ehrenwerthen Mitglied für Montrose vorgeschlagenen Reformplan begierig seien." — Es fragt sich, ob Lord Russell wohl daran gethan hat, jede Aussicht auf Gewährung durchgreifender Reformen in dieser Weise abzuschneiden, da sich voraussetzen läßt, daß Cobden wie Hume durch ihren fortwährenden Verkehr mit den mittleren Klassen die Bedürfnisse des Volks besser kennen gelernt haben als Lord Russell. Daß Cobden die Brücke zwischen sich und O'Connor für immer abgeworfen hat, war nöthig, wenn er nicht von vornherein bei allen Einsichtigen seine Sache gründlich verderben wollte. Es ist übrigens klar, daß Humes angegebener Grund zur Vertagung nur eine Ausflucht ist; man will bis zum 20. Juni das Land sich noch deutlicher aussprechen lassen, Versammlungen in diesem Sinne veranstalten und Anhänger zu gewinnen suchen, namentlich in der mittleren Klasse, da die unteren Schichten sammt ihren Agitatoren zum größten Theil der Volkscharte treu bleiben zu wollen scheinen. Der Hebel der Volksmeinung, mit dem man bei solchen wichtigen Fragen auf das Haus zu wirken sucht, darf sein Schnellen sein. Die Halbsatzmaßregeln O'Connors verträgt schon einen Puff, aber eine zu entschiedene Niederlage in dieser wichtigen Angelegenheit wäre für Hume und Cobden ein moralischer Schlag, von dem sie sich schwer erholen könnten.

Das Oberhaus verwarf in seiner vorgestrigen Sitzung, wie sich fast mit Bestimmtheit voraussehen ließ, die nach hartnäckigem Kampfe im Unterhause durchgegangene Bill zur Zulassung der Juden ins Parlament. Für die Bill stimmten 96, dagegen 125, Mehrheit gegen die Bill 35. Die verhältnißmäßig geringe Mehrheit der verwerfenden Stimmen läßt hoffen, daß die Bill, in den nächsten oder einer der nächsten Sessionen dem Parlament von Neuem vorgelegt, ein besseres Schicksal haben wird. Die Zukunft der Bill wird freilich von den zukünftigen Schicksalen und Entwickelungen Englands überhaupt abhängen, da die innere Lage Englands, wie leicht zu erkennen der Art ist, daß sie entweder zu entschiedenem Fortschritt oder entschiedener Reaktion, beide natürlich innerhalb der unverrückaren Grenzen der Verfassung, hinneigen muß. Ein Torygreignet, wenn ein solches überhaupt möglich wäre und versucht würde, was doch kaum ohne liberale Beimischung geschehen könnte, würde indeß nur ein vorübergehendes sein können; die freisinnigeren Elemente würden dadurch in eine um so ungestümere Bahn des Widerstandes gedrängt, es würden aus der Tiefe jene dämonischen Kräfte heraufbeschworen werden, welche jetzt in den Ländern des Kontinents alle bestehenden Ordnungen bis in ihr tiefstes Innere erschüttern. Wenn man nun auch die religiöse (oder vielleicht mehr politische) Engherzigkeit der ersten Kammer Englands nicht billigen mag, so wird man doch gestehen müssen, daß sie in dieser Frage nur konsequent und ihrem Charakter treu geblieben ist, daß sie zugleich dadurch ihre Unabhängigkeit von der bisher allen Geldherrschaft auf's Unzweideutigste ausgesprochen hat. Und in der That, wenn es Lord John Russell bloß um das Princip der alle religiösen Bekenntnisse umfassenden politischen Freiheit zu thun gewesen wäre, so möchte es fast politisch klüger gewesen sein, wenn er irgend einen durch Weisheit und Staatstugheit ausgezeichneten Juden, statt des die Kapitalien, Börsen und Anleihen Europas beherrschenden Barons Rothschild vorgeschoben hätte. Vorläufig bemerken wir noch, daß Graf Clendorough, der Erzbischof von Canterbury, der Bischof von Orford, Lord Stanley, der Herzog von Cambridge u. A. gegen, der Bischof von St. David's, der Herzog von Argyle, Lord Brougham u. A. für die Bill stimmten.

In der Sitzung des Unterhauses von demselben Tage erklärte Lord Palmerston auf eine dieserhalb an ihn gerichtete Frage: daß sowohl Seitens Dänemarks als Preußens eine günstige Stimmung für Beilegung der Feindseligkeit kundgegeben worden, indem die dänische Regierung eingewilligt, die Blokade mehrerer Häfen aufzuheben, Preußen seinerseits zugestimmt habe, daß das Kontributionsausschreiben des Generals Wrangel nicht ins Werk gesetzt werde. Auch die spanische Angelegenheit wurde in beiden Häusern angeregt, indem man die Vorlage sämmtlicher betreffenden Aktenstücke verlangte, die denn auch ministerieller Seits versprochen wurde.

† London, 24. Mai. Gestatten Sie mir, Ihnen mit einigen Worten in Bezug auf die Haltung der deutschen Presse in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit zu schreiben. Durch Herausgabe der Bunsen'schen Depeschen hat sich unserer Arbeiter über diese Angelegenheit in der englischen Presse habe ich leider Gelegenheit gehabt, die äußerst gereizte Stimmung der Engländer gegen Deutschland kennen zu lernen. Rußland hat sich gegen und erklärt, und ginge es nach dem Willen des englischen Volkes, so hätten wir morgen auch eine englische Kriegserklärung. Glücklich ist es für uns, daß in foreign affairs, die der Engländer nicht versteht und nicht verstehen will, der Wille des foreign Secretary der öffentlichen Meinung trotzen kann. Lord Palmerston kann aber jeden Tag fallen. Die spanische Geschichte hat ihm einen schlimmen Stoß gegeben, und die schimpfliche Absendung seines Gesandten in Madrid kann mit einem Ministerwechsel auch einen Wechsel der englischen Politik in Bezug auf die dänische Frage erzeugen. Dies ist sogar sehr wahrscheinlich. — Die deutschen Redakteuren und Journalisten sollten vor Allem beherzigen, daß die deutsche Presse seit Anfang März b. J. nicht mehr auf deutsche Leser beschränkt ist. Daß alle deutschen Blätter kommen z. B. nach London nicht nur auf die Offices der Morgenblätter, sondern in Klubs, Kafes und Privathäuser. Der deutsche Journalist schreibt jetzt auch vor dem Auslande — die meisten leider nicht für dasselbe. In der schleswiger Frage hat man in verschiedenen Blättern die extravagantesten Forderungen gemacht. Die Dänen haben diese Zeitungsartikel übersetzt

Digitized by Google

und sagen: seht, das will Deutschland. Man hat nicht nur das Nöthige und Nützliche gethan, indem man die Schöpfung einer deutschen Flotte der Nation aus Herz legte, sondern man hat auch das Unnöthige und Schädliche gethan, indem man von deutscher Seemacht, von deutscher Seeherrschaft u. s. w. zu einer Zeit sprach, wo es weiser und räthlicher gewesen wäre, an die ersten dringenden Bedürfnisse zu denken und einfach zu sagen, wir müßten eine Flotte haben, um unsere Häfen zu schützen. Die Dänen übersehen unsere Seeherrschaftsträume und legen sie dem englischen Publikum vor. Dieses Publikum wird mit jedem Tage entschiedener für die Dänen, weil es uns fürchtet. Man sagt's zum Theil offen, 44,000,000 Deutsche seien eine Gefahr für alle andern Nationen. Das ist der Grund, warum sich Alles gegen uns kehrt, und das ist der Grund der Sympathie und des Aufsehens, den ein in diesen Tagen erschienenes Pamphlet „Germany unmasked“ erregt. — Ein vor einigen Jahren in Leipzig erschienenes Flottentraum-Pamphlet und verschiedene Artikel aus der Allgemeinen und der Weser-Zeitung sind in diesem Buche der herrlichste Stoff, ganz England gegen uns zu erbittern. — Die Times mit ihrer Dänenfreundschaft spricht die Meinung des Publikums dem Minister gegenüber aus. Die Times ist unter jeder Bedingung der treuste Spiegel der Sympathien und Antipathien der englischen Nation. Das ist das Geheimniß ihrer Popularität und ihres Farbenwechsels. Die Journalisten ändern ihre Ansichten nicht — aber wenn sie nicht mehr „möglich“ sind, so treten sie ab und machen Andern Platz. — Was ich Ihnen schreibe, wiederhole Ihnen die eigne Erfahrung lehren, wenn Sie in dieser Krisis hier wären. Es ist traurig, aber es ist wahr, daß die Diplomaten des Ritters Bunsen von der deutschen Presse, besonders von der Allgemeinen Zeitung, auf Haupt geschlagen wird. — Die Drohung mit deutscher Erbitterung ist die einzige, die hier Eindruck macht, denn seit zwei Monaten fängt man an, Deutschland zu respektiren.

### Italien.

* Rom, 22. Mai. Die Wahlen für die Deputirtenkammer haben in den letzten drei Tagen der vorigen Woche stattgefunden. Man hatte sechs Wahlkollegien gebildet, keines aber war vollständig zusammengetreten. Durchschnittlich zählte ein jedes derselben etwa 600 Köpfe. Keines mag es indeß auf 200 gebracht haben. Als Grund einer solchen Unregelmäßigkeit wird nicht bloß die Lauheit der Wahlmänner angegeben, sondern man behauptet, es sei schon bei den Einberufungen gefehlt worden. Da nämlich hier zu Lande keine fachlichen Listen bestehen, und man genöthigt ist, sich an die Pfarrer zu wenden, so hat man durch diese höchst liederlich gehaltene Register erhalten. Viele, welche darin aufgeführt worden waren, erwiesen sich bei näherer Nachfrage als längst verstorben, Andere hatten den Wohnort gewechselt u. s. w. Zuletzt hat man auch an der Noth eine Tugend machen müssen und ist trotz der Unvollständigkeit der Wahlzettel zu den Ernennungen geschritten, mit denen man alle Ursache hat zufrieden zu sein. Es befinden sich unter den Gewählten vier tüchtige Geschäftsmänner, welche sämmtlich dem Advokatenstand angehören: de Rossi, Lunati, Sturbinetti und Cicognani, und von denen nur der Letztere weniger bekannt ist, aber den Ruf eines Ehrenmannes genießt und für konservativ gilt. Der Prinz Marc Antonio Borghese, welcher in dem ersten Kolleg gewählt wurde, hat schon deßhalb den allgemeinen Beifall, weil er es vorzugsweise hat, diesem zweiten Rang und nicht dem hohen Rath anzugehören, obwohl ihm seine hohe Stellung in der Societät und sein bedeutender Grundbesitz auf den Eintritt in letzteren ein Recht gegeben haben würde. Graf Mamiani endlich, welchen das vierte Kolleg gewählt hat, ist ja der Liebling des Tages und obwohl mehr Poet als Staatsmann, genügt er daher doch den Erwartungen der Menge. — Von den Provinzialwahlen weiß man zur Zeit nur so viel, daß Sterbini, der teile Vertreter alles Umsturzes, für Anagni erwählt worden ist, während in der Provinz Rieti der Marchese Ludov. Potenziani und in Alatri der Advokat Patrizi gewählt worden ist. — Die hier eingetroffenen neapolitanischen Flüchtlinge haben durch ihre Mittheilungen bei Vielen einer andern Ansicht über die vorige Rebellion Eingang zu verschaffen gewußt. Man weiß nämlich nach, daß die Rache, welche der König hier an dem Volke zu nehmen Gelegenheit gefunden hat, lange präméditirt gewesen sei. So führt man z. B. an, daß er, obwohl im Arsenal 100,000 Gewehre bereit stehen, 10,000 Kommißgewehre aus Frankreich verschrieben habe, daß obwohl zur Bewaffnung der Bürgergarde 30,000 erbeitet würden, er nur 5,000 an dieselbe habe abgeben lassen. Dagegen seien 30,000 Stück nach Gaeta gebracht worden. In Neapel ist die Revolution daher größtentheils mit Jagdklinten gemacht worden. — Die nach der Lombardei abgegangenen Truppen scheint er zurückberufen zu haben.

† Neapel, 20. Mai. Die hies. Staatsz. veröffentlicht heute eine weitläufige Beschreibung der Ereignisse v. 15. Mai und der Veranlassungen dazu. Mit entnehmen derselben zu näherer Beleuchtung wird bereits Mitgetheiltes Folgendes, wobei man nicht vergessen darf, daß das Organ der Regierung es berichtet: „Bald nach dem Erscheinen des Verfassungsdekrets, das im Anfang mit allgemeinem Jubel aufgenommen wurde, bildeten sich, veranlaßt durch die außerordentlichen politischen Ereignisse im Auslande und durch unbekannte Hand angyzettelt, Parteien, die die öffentliche Ruhe zu stören und republikanische Ideen auszusäen suchten, und so Mißtrauen gegen die Regierung und jede ihrer Handlungen verbreiteten. Die Regierung, in der Gewißheit, die sie hatte von der kleinen Anzahl der Exaltirten und vertraund auf ihre eigene Redlichkeit und auf die große Majorität der vernünftigern Bürger, unterließ gegen diese Hiptöpfe besondere Vorkehrungen zu treffen, weil sie hoffte, daß ihre Ausschläge bald von selbst und durch das Uebergewicht der Bessergesinnten in ihr Nichts zurückfinken würden. Das erste Ministerium blieb fest an seiner Politik, die Konstitution unverletzt zu bewahren, konnte aber endlich dem immer mehr wachsenden Ungestüm der Gegner nicht mehr widerstehen und trat zurück. Das neue Ministerium in seinem Programm versprach größere Erweiterungen der Verfassung, aber einmal in diese Bahn eingetreten, war es nicht mehr im Stande, den immer weitergehenden Prätentionen einen Damm zu setzen. Vergebens hoffte man auf die Eröffnung des Parlaments; durch Intriguen wußten die Exaltirten die Stimmen für sich zu gewinnen und die Sitze im Parlament zu erhalten. Unter diesen Auspizien nährete sich der Tag der Eröffnung der Kammern. Am Tage vorher, den 14. Mai, versammelten sich etwa 90 Deputirte zu einer Vorberrtungssitzung und erklärten, die Deputirten können den vorgeschriebenen Eid auf die ursprüngliche Verfassung nicht leisten, indem bereits das Ministerium in s. Programme vom 3. April Abänderungen an derselben eingekündt habe. Unter diesem Vorwand wurden Unterhandlungen mit dem Ministerium angefangen, daß man entweder die Eidformel abändere oder den Schwur ganz unterlasse. Von Seite der Deputirten wurde folgende Formel vorgeschlagen: „Ich schwöre, den politischen Status der Nation zu beobachten und aufrecht zu erhalten mit allen Reformen und Modifikationen, welche von der Repräsentation der Nation insbesondere in Bezug auf die Paieskammer festgesetzt werden. Ich schwöre, dem Auftrag, welcher mir von der Nation gegeben wurde, nachzukommen und mit aller meiner Kraft deren Größe und Wohlfahrt zu fördern zu suchen“. Nach langen Berathungen wurde vom Ministerium diese Formel als kommittende Eidsformel angelegt, die indessen nicht angenommen wurde. Die Nationalgarde fing nun an, Barrikaden zu errichten, und die Truppen erhielten Befehl, auszurücken, diese fanden jedoch bei ihrer Ankunft die Barrikaden bereits errichtet und bemacht von Bewaffneten, die bereit waren, jeden Angriff mit Gewalt zurückzuweisen. Um Blutvergießen zu vermeiden, wurde ein Angriff auf die Barrikaden noch unterlassen und in Folge neuer Unterhandlungen mit dem Ministerium verständigte man sich endlich über eine Eidsformel, die der gesetzgebenden Gewalt gestattete, die Verfassung abzuändern und zu modificiren. Am Morgen des 15. ließen die Deputirten dem Publikum wissen, daß nun jedes Hinderniß beseitigt sei und forderten die Nationalgarde auf, die Barrikaden wegzunehmen, damit der König mit seinem Gefolge sich ins Parlament begeben und dessen Eröffnung vornehmen könne. In gleicher Zeit wurde vom König Befehl gegeben, daß sich die Truppen zurückziehen. Jetzt weigerte sich die Nationalgarde, die Barrikaden aufzurgehen, man verlangte, daß die Pairskammer gar nicht berufen werde, daß die Truppen sogleich von der Stadt entfernt werden, daß die Hälfte davon noch im Laufe des Tages nach der Lombardei abgehe und sämmliche Forts sogleich der Nationalgarde übergeben werden. Gegen 11½ Uhr Mittags hörte man im Toledo in der Nähe der Straße S. Brigida, wo keine Truppen waren, einen Flintenschuß, man weiß nicht ob aus Zufall, oder ob es ein Signalschuß war; diesem folgte schallender Beifall und die Vertheidiger der Barrikaden setzten sich zur Wehre. Bald darauf wurden von der Barrikade am Eingang vom Toledo von Nationalgardisten zwei Flintenschüsse auf die Truppen gethan, die einen Wachtposten tödteten und einen Offizier verwundeten, die Truppen warfen sich wüthend auf die Barrikaden, und so entspann sich ein Kampf, der, einmal angefangen, nicht so leicht wieder unterdrückt werden konnte. Die Deputirten hatten sich unterdessen in permanente Sitzung konstituirt, erklärten sich als einzige Repräsentation der Nation und ließen den Platzkommandanten wissen, daß sie ein Komité für öffentliche Sicherheit gebildet haben, wovon das Ministerium benachrichtigt sei, fragten ihn, wie der Kampf zwischen den Truppen und Bürgern entstanden sei und verlangten, daß augenblicklich jede Gewaltthätigkeit aufhöre. Bei Einbruch der Nacht

Digitized by Google

gelang es endlich den Truppen, die Ordnung wieder herzustellen, vor die erbrochenen Häuser wurden Sicherheitswachen gestellt und für die Verwundeten die nöthigen Vorkehrungen angeordnet. Am folgenden Morgen theilte der Telegraph folgende Depesche mit: „Der Kommandant der Nationalgarde von Salerno an jenen von Neapel: Im Laufe des Tages werden Sie eine Verstärkung von 10,000 Mann erhalten". Diesem war hinzugefügt: „NB. Obige Nachricht ist sonst Niemanden mitgetheilt". — Soweit die Staatszeitung. Aus obiger telegraphischen Nachricht geht hervor, daß wirklich die Provinzialen beabsichtigten, auf die Hauptstadt zu marschiren. Wahrscheinlich war es darauf abgesehen, sich des Telegraphen zu bemächtigen, und wie es scheint, glaubten die Salernitaner denselben bereits in den Händen der Nationalgarde hier, weil sie sich dessen für diese bedienten. Auf die Nachricht von dem Siege der Truppen und der Niederlage der Insurgenten sollen sich die Provinzialen wieder zurückgezogen haben. Der Belagerungszustand dauert noch fort; jede Veröffentlichung von Journalen, Maueranschlägen und sonstigen Anzeigen ist einstweilen verboten, so lange nicht von der Regierung ein Reglement dafür veröffentlicht werden wird, was indessen sehr bald geschehen soll. Für die Gefangenen erwartet man in Kurzem eine Amnestie, doch ist bereits der größte Theil davon wieder freigegeben worden. Ein fraz. Dampfschiff liegt zur Abfahrt nach Marseille bereit, das allen Flüchtlingen, welcher Nation sie auch sein mögen, freie Ueberfahrt gewährt. Die Stadt ist ruhig und gewinnt nach und nach wieder ein etwas heitereres Aussehen.

Genua. Auf die Nachrichten von Neapel hat das Volk von Genua dem hiesigen Schweizer Konsul seine Wappen abgerissen und ihn gemüthlich, auf Schiffen sein Heil zu suchen. Die Tapferkeit der Schweizerregimenter für eine schlechte Sache hat dies veranlaßt. (Schwäb. M.)

Neapel. Ruggiero Settimo, der ehrenwerthe greise Präsident der provisorischen Regierung Siciliens, hat sogleich nach dem Eintreffen der Nachricht von den Gräueln des 15. und 16. Mai eine treffliche Proklomation an die Neapolitaner erlassen, worin er ihnen dankt für ihr heldenmüthiges Benehmen; er beklagt, daß sie das Haus dessen schützen wollten, der so oft seine Schwüre zum Hammer seines Volkes gebrochen, und fordert sie auf, die baldige Ankunft der Calabresen zu erwarten, und mit diesen den letzten Kampf zur Abschüttelung des Joches zu theilen. Er ermahnt sie, zugleich auch im Siege, der ihnen nicht entgehen kann, die Stimme der Menschlichkeit in ihrer Brust zu achten. Auch er werde nicht ermangeln, ihnen baldigst mit Rath und That an die Hand zu gehen.

## Ungarn.

Pesth, 20. Mai. Der angekündigte Slavenkongreß in Prag, zu dessen Beschickung auch die Slaven in Ungarn aufgerufen worden, hat unser Ministerium bewogen, durch den ungarischen Minister in Wien für Galizien die Gewährung einer Konstitution mit den Garantien einer innern Selbstständigkeit, insofern diese die Einheit der Gesammtmonarchie nicht beeinträchtige, mit allem Nachdrucke nochmals zu verlangen, „damit die Galizier nicht in dem Panslawismus ihre Zwecke zu erreichen suchen".

## Amerika.

Den neuesten Nachrichten zufolge, welche mit den Dampfbooten Amerika und Sarah Sands nach Liverpool gelangt sind, hat Dr. Polk beiden Häusern vorgeschlagen, die Provinz Yucatan in Besitz zu nehmen, um dadurch einer Besitznahme derselben Seitens Englands oder irgend einer andern europäischen Macht zuvorzukommen *). Der mexikanische Kongreß befolgt die alte Politik des Zögerns, Hinhaltens und Hinausschiebens, ohne in Rechnung zu bringen, daß Mexiko durch diesen provisorischen Zustand Nichts gewinnen kann; er hat den Friedensvertrag mit Nordamerika noch immer nicht bestätigt. Inzwischen wurden die Vorbereitungen zur Bestrafungsexpedition in den Verein. Staaten von den Parteien mit größtem Eifer betrieben.

Beunruhigende lauten die Nachrichten aus Kuba. Die weiße Bevölkerung befürchtete einen Massenaufstand der Schwarzen; Truppen waren in den zumeist unruhigen Bezirken aufgestellt und einige der Rädelsführer verhaftet worden. Zudem hatte die Ernte in Folge einer langdauernden Trockenheit gelitten. Aus Jamaika endlich die alten Klagen über gänzlichen Verfall der Pflanzungen und des Handels, wiederholte Meetings mit Beschlüssen gegen die Zuckergesetze von 1846 und Berathungen über Adressen, welche man an die Königin und das Parlament richten will, mit dem Gesuch, durch irgend welche Maßregeln dem drohenden Ruin der westindischen Kolonien vorzubeugen.

*) Die Nachrichten aus dieser Halbinsel lauten übrigens wie früher schauderhaft, indem die Indianer fortfuhren, die Weißen auszurotten und Männer, Weiber und Kinder zu morden; man fürchtete, daß, wenn nicht bald hinlängliche militärische Streitkräfte zu Hilfe kämen, die indianische Bevölkerung den Spaniern bald alles kaum abgenommen dürfte, was diese vor 300 Jahren erobert. Also auch in Amerika versiehe mit Blut, Brand und Ausrottung drohende Krieg der Nationalitäten, den man auch in Europa predigt.

## Nachschrift.

# Frankfurt, 29. Mai. Der gute Ausgang der Verhandlung über Radowitz's Antrag konnte nicht ganz ungetrübt bleiben. Die Abgeordneten von Luxemburg und Triest haben gegen den Beschluß des Hauses Verwahrung eingelegt und erklärt, daß sie an den Berathungen vorerst keinen Antheil weiter nehmen werden. Von österreich. Seite wurde mit dem Bedauern, daß sie nicht mehr zum Worte hätten kommen können, die Verscherung verbunden, daß sie keine Sonderzwecke verfolgen, sondern ganz zu Deutschland halten; v. Bruck aus Triest bedauerte, daß eine Verwahrung für die Abgeordneten der Stadt nöthig geworden sei, weil der Antrag zu einer Prinzipienfrage erweitert wurde. Der Vorsitzende bemerkte, daß, wie auch diese Frage entschieden sein möge, doch die Außenwerke von Deutschland betreten dürfen, daß ihre Rücksicht für die Erleichterung ihres Eintritts in das deutsche Reich förderungen werde. Der Verfassungsausschuß, an welchen die Sache von Luxemburg und Triest gewiesen wurde, wird Mittel finden, um diese Rücksichten, welche den Abgeordneten durch den häuslichen Konflikt mit fremden Nationalitäten auferlegt sind, mit den Grundsätzen, welche Deutschlands Ehre für das Verhältniß zwischen den Verfassungen des Reiches und der Einzelstaaten festzuhalten gebietet, in Einklang zu bringen. Diese Vorgänge bestimmten die Versammlung, durch ihre Abtheilungen einen Ausschuß wählen zu lassen, welchem völkerrechtliche und internationale Fragen zugewiesen werden sollen. Ob Fragen des innern Staatsrechts an diesen oder an den bestehenden Verfassungsausschuß gewiesen werden sollen, darüber behält sich die Versammlung in jedem einzelnen Falle die Entscheidung vor.

Einen großen Sieg parlamentarischen Verstandes feierte die Versammlung durch den auf Jaups und Bassermanns Antrag gefaßten Beschluß, den Entwurf der Geschäftsordnung, wie er aus den Berathungen des Ausschusses hervorgegangen war, ohne weitere Verhandlung anzunehmen. Dabei behält sie sich jedoch vor, auf jeden einzelnen Punkt zu dem Zwecke vollständiger Berathung zurückzukommen, wenn mindestens 50 Mitglieder es verlangen. Durch diesen Beschluß lieferte die Mehrheit einen neuen Beweis, daß es ihr Ernst ist, ohne Zeitverlust an die Lösung ihrer wichtigen Aufgabe zu gehen, und daß sie nicht tagelange Verhandlungen über Formen haben will, bei denen am Ende Nichts herauskömmt, als ihr eigener und des Volkes Verdruß über die verlorene Zeit.

Unter den Eingaben war heute eine Zuschrift von Deutschen aus Newyork, welche Gruß und Versicherung warmer Theilnahme der Versammlung darbrachten und ihr anheimgaben, eine ursprünglich zur Linderung der Noth bestimmte Summe für die Herstellung einer deutschen Kriegsflotte zu verwenden, was mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Heute wurde denn auch von Wiedner der Antrag auf vollständige Amnestie für alle politische Vergehen und Verbrechen eingebracht. Dies geschieht, nachdem eine Wiederholung der Mitte Mai gescheiterten Aufstandsversuche auf Mitte Juni angekündigt ist. In einem Augenblicke, wo Niemand der sehen will, den Zusammenhang der weithin angelegten und verzweigten Pläne der Anarchisten, die in Wien und Berlin, in Paris und Neapel von Senblingen geleitet, nur der Reaktion gedient haben, verkennen wird. Hr. Wiesner will Amnestie, nicht etwa für die Verführten und Verführten, sondern für die Führer und Aufwiegler, die mit fremder Hilfe über den Rhein gedrochen sind; für Leute, welche die Amnestie nicht verlangen, sondern im jetzigen Augenblicke noch nahe an der deutschen Grenze Zusammenkünfte halten, Anhänger werben und neue Einfälle vorbereiten. Die Versammlung wird diesem Antrage sein Recht widerfahren lassen.

Am Mittwoch wird durch Verlosung der unbesetzt gebliebenen Wahlen die Versammlung ihren gültigen Bestand erklären und zur Wahl eines Vorsitzenden, zweier Stellvertreter und der acht Schriftführer schreiten.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

[519]³

## Restaurations Empfehlung.

## Heidelberger Schloßruine.

Der Unterzeichnete erlaubt sich hiermit seine aufs Beste eingerichtete, in der schönsten Lage mitten im Schloßgarten gelegene Restauration und tägliche Table d'hote den auswärtigen Besuchern unseres Schlosses empfehlend in Erinnerung zu bringen.

Heidelberg, 23. Mai 1848. **J. A. Hamberger.**

[520] Bei C. Reimer in Berlin ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Denkschriften des

## Ministers Freiherrn von Stein

über

Deutsche Verfassungen.

Herausgegeben von

G. H. Pertz.

Geh. 1 Thlr. 7½ Sgr.

[521] Im Verlage der Unterzeichneten ist soeben erschienen und daselbst, so wie in allen Buchhandlungen zu haben:

Feldzug des

## Feldmarschalls Paskewitsch in Polen

im Jahre 1831.

Nach authentischen Quellen dargestellt von

**Friedrich von Smitt.**

Mit 9 Schlachtplänen und 16 Tabellen. gr. 8. geh. 6 Thlr.

Mit diesem Bande ist die Darstellung der Erhebung Polens in den Jahren 1830 und 1831 geschlossen. — Genaue Karten und Pläne verdeutlichen die Operationen, namentlich dienen 2 große Blätter zur Veranschaulichung des Sturmes von Warschau. — Die beiden ersten Bände dieses Werkes, welche soeben in neuer Auflage erschienen sind, enthalten den

**Aufstand der Polen und den Feldzug des Feldmarschalls Diebitsch.**

Der Preis des ganzen Werkes beträgt 12 Thlr., der Preis des 1. und 2. Bandes mit sieben Plänen und 15 Tabellen 6 Thlr.

Da es von vielen Seiten gewünscht worden ist, die Pläne auch einzeln zu erhalten, so haben wir besonder Abdrücke derselben veranstaltet, welche zu folgenden Preisen erlassen, nämlich: 7 Pläne zu dem Feldzuge des Feldmarschalls Diebitsch 1½ Thlr. 9 Pläne zu dem Feldzug des Feldmarschalls Paskewitsch 2½ Thlr.

Sehr bedeutende Aufklärungen über den letzten polnischen Krieg gibt auch die bei uns erschienene

**Theorie des großen Krieges**

angewendet auf den russisch-polnischen Feldzug von 1831 durch B. v. Willisen. Mit 6 lithographirten Tafeln. In 2 Theilen. gr. 8. geh. 2½ Thlr.

Es gehört dieses Werk der bedeutsamen Entwicklung an, welche die Kriegswissenschaften im Bereine mit andern geistigen Bestrebungen in den letzten Decennien erfahren haben. Die Absicht des Hrn. Verf. geht darauf hinaus, das bisher Gewonnene auf die letzten Gründe und Prinzipien, auf große und umfassende Grundanschauungen zurückzuführen, so wie den angeblichen Gegensatz zwischen Theorie und Praxis aufzuheben, indem er der wahren Theorie auch das Gelingen der That und jener glücklichen Praxis einen richtig leitenden Gesichtspunkt anweist.

**Duncker und Humblot** in Berlin.

[522] Neu erschienene Bücher in der Dieterich'schen Buchhandlung in Göttingen:

**Blätter** für d. gesammte Schulwesen d. hannov. Landes herausg. v. Dr. Dummel. Nr. 1—25 gr. 4. à 20 Rgr.

**Nadvig, J., N.**, Bemerkungen über einige Punkte der griech. Wortbugungslehre. gr. 8. à 16 Ngr. Supplementheft zum Philologus.

**Philologus.** Zeitschrift f. d. classische Alterthum hg. v. F. W. Schneidewin. Jhg. II. H. 4. Jhg. compl. 5 Th.

**Tierretsbeschreibung** für Thorlegie und Kirche. Mit besonderer Berücksichtigung der hannov. Landesthiere herausg. v. Dr. Löcke u. Dr. Wiesefer. Bd. 4. Jahrg. 1848. Heft 1. pro Heft 1—4. gr. 8. à 2 Th. 20 Ngr.

**Die hannov. Südbahn** v. Denkschrift u. Beitrag in Bezug auf deren Bau u. Vereinigung. gr. 8. à 10 Ngr.

## Versteigerung eines Waldes.

Montag den 10. Juli l. J. Nachmittags 2 U. im Gasthause zum goldenen Löwen dahier wird auf Anstehen der Erben und Rechtsnachfolger des zu Freinsheim verlebten Kgl. Friedensrichters und Weinhändlers Herrn Georg Jakob Reyer abtheilungshalber die denselben in Ungetheiltheit mit den Erben bei zu Waldsheim verlebten Gutsbesitzers und Weinhändlers Herrn Johann Ludwig Wolff angehörige Hälfte an nachbezeichneter, früher Herzoglich Dalberg'schen Besitzung an den Meistbietenden auf Eigenthum versteigert.

Die fragliche Besitzung, wovon die ungetheilte Hälfte zur Versteigerung kommt, ist in der Gemarkung von Gönhal, Kantons Neustadt a. d. Haardt in der bairischen Rheinpfalz gelegen und gehören hiezu:

I. 3950 Tagewerke oder 5700 Morgen Kiefern, Buchen- und Eichenwald, gegen Süden und Osten durch den Eimsheimer Thalweg nördlich und westlich durch Staatswald und das zum Banne von Gönhal gehörige Ackerfeld begrenzt.

II. Ein in dem Orte Gönhal gelegenes Wohnhaus mit Scheuer, Stall, Hof und Garten, die Dienstwohnung des von den Eigenthümern des vorbesthriebenen Waldes angestellten Försters.

III. 5 Tagewerke, 39 Dezimalen oder 777 Ruthen Ackerfeld und 3 Tagwerke, 4 Dezimalen oder 438 Ruthen Wiese.

IV. Eine am Saume jenes Waldes, in der Nähe der Gemeinde und des Eimsheimer Wegs gelegene Sägmühle mit dabei befindlichem Wohngebäude, Lagerplätzen für Holz und Garten, und endlich

V. Die Burgruinen Breitenstein und Erfenstein, letztere der Schlosruine Spangenberg gegenüber, welche, beide in obigem Walde gelegen, herrliche Aussichten des romantischen Eimsthales darbieten.

Für die Bewirthschaftung des bezeichneten, sich in bestem Zustande befindlichen Waldes und die Verwerthung der Ergebnisse desselben, ist es von großem Werthe, daß solcher von zwei Flossbächen, nämlich dem Speierbache und dem sich in denselben ergiessenden Breitenbach, sowie von verschiedenen Fahrwegen, theils begrenzt, theils durchschnitten wird, und daß derselbe nur ½ Stunden von dem zu Lambrecht-Grevenhahn befindlichen Bahnhofe der pfälzischen Ludwigsbahn und nur 2 Stunden von Neustadt entfernt liegt.

Unter sehr günstig gestellten Zahlungsterminen, sowie die sonstigen Bedingnisse, unter denen die Versteigerung stattfinden soll, können erfragt werden bei den nachgenannten Beiständen:

Herrn Bürgermeister Metz in Worms.
" Wilhelm Reyer in Mannheim.
" Moriz Reyer in Freinsheim.
" Notar Köster in Kaiserslautern.

sowie bei dem Unterzeichneten, mit der Versteigerung beauftragten Notar.

Neustadt, a. d. Haardt, 3. März 1848.

[523]³ **Werner**, Notar.

## Bekanntmachung.

Die Ankunft und Abfahrt der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres wie folgt Statt:

**I. Abgang nach Mainz** täglich um 3¼ Uhr Nachmittags im Anschluß an den von Schlierngen kommenden Eisenbahnzug VII.

**II. Ankunft von Mainz** täglich zur Mittagszeit im Anschluß an den Eisenbahnzug X. nach Schlierngen. Die Fahrten an Sonntag, Dinstag, Mittwoch und Freitag schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten an Sonntag und Mittwoch außerdem an die englischen Dampfboote nach London an. Bei den Agenturen dieser Dampfschiffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Gr. Eisenbahn, sowie umgekehrt auf allen Hauptstationen der Gr. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 4. Mai 1848.

**Großh. Post und Eisenbahn-Amt**

**Eberlin.**

[524]⁴

## Niederländische Dampfschiffe.

Täglicher Dienst, vorerst mit Ausnahme des Freitags. Zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Ohne umzuladen in zwei Tagen bis Rotterdam und in drei Tagen von Rotterdam nach Mannheim. Abfahrt von Mannheim 5 Uhr Morgens. Das Post von Sonntag correspondirt mit dem jeden Dinstag von Rotterdam nach London fahrenden „Batavier". Der Agent

[525]³ Mannheim, 1. März 1848. **C. W. Renner.**

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

**(Hierzu eine Beilage.)**

Digitized by Google

## Rußlands Stellung im südöstlichen Europa.

Gewöhnlich hält Rußland in dem großen europäischen Whist seine Karten unbarmherzig eng an sich, und sogar seine ausgespielten Jouiten sind so fein und aufgeregswöhnlich, daß wenn nicht ein diplomatischer Fuchsritt unter dem Tische der Partner von der eigentlichen Absicht denselben unterrichtete, selbst dieser wohl schwerlich die Zahl der Trümpfe und As' an der schneeweißen Weste seines Vis-à-vis errathen möchte, bis er dann endlich nach manchem Hin- und Hergehen gegen Schluß des Robbers meistens für den Rest plötzlich den Schlemm vor den Augen der überraschten Mitspieler auflegt. Nur zuweilen gelingt es noch während des Spieles durch genaue Kenntniß von den Blättern der Andern mit einiger Wahrscheinlichkeit einen Schluß auf den Inhalt der russischen Hand zu machen; zumal wenn vielleicht ein unabsichtliches Zucken derselben die Atoutseite verräth, oder das Licht eines edlen Diamants am Hende zu Gunsten der Freiheit und Wahrheit die Farben und Bilder auf den Kärtchen des Papiers leise erscheinen läßt. Die Deutsche Zeitung, gestützt in ihrem Urtheile auf dergleichen leicht übersehbare Anzeichen, hat es bereits mehrfach versucht, den Plan Rußlands für den Nordosten Europas, so weit es unter solchen Umständen möglich ist, aufzudecken; forschen wir gegenwärtig einmal darnach, wie wohl seine Karte an der linken Seite in Südosten gesteckt sein mag, wo der Schreiber dieses vor Kurzem an Ort und Stelle viele unerwartete Aufschlüsse erhalten hat.

Wie im Norden der Sund den Ausgang des bothnischen Meerbusens dicht zu schließen vermag, so wird im Süden die russische Flotte durch die Enge des Bosporus bei niedrigem politischen Winde und entgegenlaufender türkischen Strömung an allen und jedem Hornskreuzen verhindert; gilt es daher, in Dänemark im Gedränge „freundnachbarlicher" Unterstützung gegen Deutschland sich schnell einen Dietrich für jenes Thor anfertigen zu lassen, so liegt es in Rußlands Interesse, am schwarzen Meere einen festen Platz zu gewinnen, von welchem aus es seine Schiffe trotz Wind und Strömung mit der Gewalt des Dampfes durch den Hellespont zu bugsiren im Stande ist. Und, man muß es eingestehen, es hat diese ihm gestellte Aufgabe seit den letzten fünfzig Jahren nicht nur klar erkannt, sondern auch fürwahr stets mit dem redlichsten Streben zu lösen gesucht, so daß die bisherige Erfolglosigkeit seiner Bemühungen allein in dem fatalen europäischen Gleichgewichte und in der Zähigkeit der „altersschwachen" Pforte zu suchen sein wird. Eine Erschütterung des Ersteren konnte nun der unabänderliche Gedanke des Petersburger Kabinets im Laufe der Zeiten von der Einwirkung seiner eigenen Machinationen bei den obwohles vielfach feindlichen Völkerinteressen wohl erwarten; es blieb ihm also nur übrig, das Geringe zu thun, um die politische Meinung Europas über das Osmanenreich auf die Dauer nicht Lügen gestraft werde. Allein dies war nicht so leicht. Durch den gänzlichen Faulschen und religiösen Umschwung, der seit der Regierung des vorigen kraftvollen Sultans den Divan ergriff, durch das Aufgeben der fatalistischen, sanitarischen wie strategischen Unbeschäftheit und die ununterbrochene, von Redschid Pascha geförderte Verbreitung occidentalischer Civilisation in allen Zweigen der Staatsverwaltung, namentlich aber durch die tüchtige Bildung des Militäretats nach preußischem Muster und das allmählliche auf Koncentration der Staatskraft gerichtete Abschwächen der bis dahin fast unabhängigen Pascha's, ließ sich erwarten, daß der Boden des alten byzantinischen Kaiserreichs noch einmal ein nicht zu verachtendes Staatsgebäude trage. Auf eine wirksame diplomatische Störung der innern Reorganisation des türkischen Reichs durfte man ohne große Blößstellung der Pläne sich nicht viel Hoffnung machen; aber das Zusammenziehen der bisherigen feudalistischen Provinzialverwaltung bot einen guten Anstehpunkt der Dreschstange dar — wenn die Diplomaten in Noth sind, muß der liebe Gott immer herhalten! Rußlands zartes Gewissen konnte es nämlich nicht länger ansehen, daß die griechische Kirche in der Moldau, Wallachei und Serbien bei der Abhängigkeit dieser Länder vom Halbmonde so ganz unbeschützt vor den Eingriffen des Heidenthums dastehe; es nahm sich ihrer daher großmüthig an und stellte sie unter sein mächtiges Protektorat. Dadurch wurde einerseits ein Vorposten gewonnen, welcher fürs Erste mit gehöriger geheimen Unterstützung die Pforte nach den Umständen schon unter eigener Fahne eine Zeit lang in unausgesetzter Thätigkeit erhalten konnte, bis er dann selbst für die grüne Uniformgehörig einexerirt sein würde, andererseits aber zu den unter dem Schilfe versteckten Kanonen von Besserabien das Fort von Galacz und Braila hinzugefügt, so daß Deutschlands größter Strom nur unter der Bedingung russischer Freundschaft die Eingriffe seines Landes in den Orient zu tragen vermochte. Die gleichen Absichten auf Griechenland schlugen freilich durch die Ungeschicklichkeit des armen Katakazi bei der Durchführung jener bekannten Septemberrevolution völlig fehl; desto besser gelang es aber Herrn v. Titoff, dem russischen Gesandten in Konstantinopel, bei der gänzlichen Rathlosigkeit des vermittelnden österreichischen Kabinets, den Kampf Frankreichs und Englands in Athen zur Anfachung einer jeden Augenblick zu erneuernden Spannung zwischen der griechischen und türkischen Regierung zu benutzen, damit, wenn auch die Aussicht auf Russifizirung der Peloponnes in die Ferne gerückt war, auch von dieser Seite Ali Pascha's kühne auswärtige Politik sogleich im Rothfalle beschäftigt werden konnte. So lagen, in der Kürze angegeben, die Verhältnisse im südöstlichen Europa, als die französische Umwälzung losbrach. Die Pforte, welche auf den Fall einer allgemeinen Bewegung bei ihren unausgesetzten revolutionären Tendenzen im eigenen Lande die orthodoxe mohammedanische Partei zu fürchten hatte, anderseits aber sich über ihre Stellung zu Rußland nicht im Mindesten täuschte, ertannte bald (Ali Pascha ist längere Zeit in Berlin gewesen), daß jetzt für Deutschland die Zeit gekommen sei, nach erlangter innern Kräftigung seine frühere Stellung unter den Völkern einzunehmen, und suchte daher zugleich in richtiger Erkenntniß der kongruirenden Handelsinteressen beider Länder durch ein schnelles enges Anschließen an die österreichische und preußische Vertretung von Außen her einen Dauer versprechenden Anhaltspunkt zu gewinnen. Das war ein dieser Strich durch Rußlands Rechnung. Dann kam, daß in der Moldau die jüngeren Bojaren, ergriffen von den Ereignissen des ihnen meistens durch längeren Aufenthalt daselbst wohlbekannten Frankreichs, auch an ihren Fürsten Stourdza die Forderungen der neuen Zeit stellten, welche, wenn sie gleich vorläufig durch die grausamste Hinterlist, welche je in der Geschichte vorgefallen ist, in der Mitte des vorigen Monats unterdrückt wurden, doch stets aus dem Westen neue Nahrung erhalten konnten. Sollten daher nicht alle unter die Türkei gelegten Minen verschüttet werden, so mußten Ersteres sich die nächsten Aufsprünge. Der Sturz des bisherigen Ministeriums des Großherrn (Reshid-Ali) und der Sieg der alten orthodoxen Partei in Konstantinopel ist die eine, die Verwundung des Mufsurus die andere Explosion! Auf solche Weise ist Rußland gegen den Divan von der einen Seite gedeckt, öffnet sich vielleicht gar die Spmplegaden und hält ihn doch zugleich von der andern Seite durch Griechenland im steten Schach. Wir haben daher seine ganze ungetheilte Macht im Norden anzuhalten, ohne selbst bei unseren innerten Zerwürfnissen den kürzlich erfolgten Sieg der Bojaren über Stourdza zur Gewinnung eines kleinen Vorpostens an der Donau benutzen zu können, da unser Arm gegenwärtig kaum bis Pesth, geschweige denn über das eiserne Thor hinausreicht!

W Von der Oberweser. Die Beilage von Nr. 111 der Deutschen Zeitung enthält einen Artikel über Beseitigung des Nothstandes der Arbeiter, welcher durch die Radikalität, womit er in einem so wahrhaft konservativen Blatte auftritt, Aufsehen erregt. Derselbe ist übrigens augenscheinlich sehr gut gemeint, und es mußte dadurch, daß der Verfasser sich als „ein deutscher Gewerbsmann" bezeichnet, die Rücksichtslosigkeit erklärlich werden, in welcher hier mit einem außer den Gewerben liegenden Gegenstande, mit dem Grundbesitze, verfahren wird. Es wird erlaubt sein, von Seite eines deutschen Grundbesitzers einige Bemerkungen dazu zu machen. Denn die dortigen Vorschläge sind fast von einer solchen Bedeutung, wie einst die lex agraria für Rom, und von ihnen wäre der Schritt nicht weit bis zu einem neuen periodischen Grundbesitztheilung, welche bei den alten Juden Sitte war. Da wir der Ansicht des Verfassers, daß unsere Zustände bei wenig Reichthum eine massenhafte Armuth und einen, dem Untergange nahen, bald völlig verschwindenden Mittelstand zeigen", nicht vollständig beistimmen können, indem wir die Armuth in Deutschland im Allgemeinen für nicht massenhaft, auch den Mittelstand auf dem Lande obwohl bedrängt, doch noch nicht gerade für dem Untergange nahe halten, so glauben wir, mit weniger radikalen Mitteln, schon Vieles und vorerst Hinreichendes leisten zu können. Auch unser Ziel ist nämlich ein wohlhabender Bauernstand als Kern des Volks und Hauptträger des Staats, und auch wir wünschen ihn zu erhalten und zu vermehren. Der erste Vorschlag des Verfassers war: „Die Grundsteuer ist progressiv, so hat der Besitzer bis zu ½ Morgen Steuerfrei ist; dagegen bis zum Besitz einer Morgenzahl, die das Doppelte derjenigen beträgt, die jeder Gemeindebürger erhalten würde, wenn die ganze Gemarkung gleichheitlich vertheilt würde, progressiv nach mäßigem Maßstab; bei einem Mehrbesitz kommt die Steuer dem Reinertrag gleich". Während also Wissenschaft und Leben gleichmäßig die aus einer fehlgegriffenen Theorie des vorigen Jahrhunderts entsprungene Grundsteuer verurtheilt haben und immer

Digitized by Google

bringender auf Einführung einer reinen Einkommensteuer hinweisen, sollte nun das Grundsteuersystem als vermeintliche Grundlage eines Systems zur Beseitigung des Nothstandes umfassender als je von Neuem begründet werden? Ist es denn nicht völlig klar, daß das reine Einkommen allein das richtige Maß der Steuer sein kann, während die Grundsteuer aber von dem mit Schulden belasteten Acker eben so hoch erhoben wird als vom schuldenfreien? Ist es nicht die härteste, principloseste Unbilligkeit, daß der eine Bauer mit 100 Morgen Besitz, wovon er den ganzen Verkaufswerth mit 10,000 Thlr., die er jährlich mit 400 bis 500 Thlr. verzinset, schuldig ist, eben so viel Grundsteuer bezahlen muß, als sein Nachbar, welcher eben so viele Morgen, aber schuldenfrei, besitzt? Müßte vielmehr nicht der erste, als eigentlich Vermögensloser, ganz steuerfrei sein? Gesetzt ferner, daß ein Dorf mit 100 Gemeindebürgern eine Gemarkung von 2000 Morgen besäße, so würde bei gleicher Vertheilung jeder Bürger 20 Morgen erhalten, also das Doppelte, d. i. 40 Morgen, wären das Maximum, und was einer darüber hinaus besäße, davon sollte der Reinertrag (das heißt hoch eigentlich so viel als die Grundstücke selbst) ohne Weiteres für die Steuerkasse konfiscirt werden. Wahrlich! die Anwendung solcher Grundsätze würde so tief in die Verhältnisse der Grundbesitzer eingreifen, und damit in unzählige Richtungen eine so plötzliche Veränderung bewirken, daß hiermit gerade das, was vermieden werden soll, nämlich eine sociale Revolution statt socialer Reform, unmittelbar hereinbrechen müßte. Gerade der Bauernstand selbst würde ein solches Mittel mit Heftigkeit zurückweisen, und so würde gerade die Klasse, welche mit wenigen Ausnahmen bisher noch ruhig geblieben ist, auch erst noch in Alarm gesetzt. Mit Entschiedenheit muß man sich namentlich noch gegen des Verfassers drittem Vorschlag erklären, wonach dem Geringsteuerten der Gemeinde das Recht zuständne, 8 Tage nach jedem Güterkaufe in das Recht des Käufers einzutreten, wenn dieser zu den 10 Höchstbegüterten der Gemeinde gehörte. Hier ist die allgemeine Erfahrung unbedenklichstigt geblieben, daß alle Vorkaufsrechte (man denke nur z. B. an die ungarischen Avitizität) nicht taugen, sondern statt zum Heil fast immer nur zu Verwicklungen führen, besonders den Chikane ein offenes Feld gewähren. Nein! nein! gewiß nicht auf dem Wege durch solche komplicirte und chikanöse Maßregeln ist Heil zu finden, vielmehr beschleunigter Untergang! Aber man säume nicht länger, einige Maßregeln zu ergreifen, welche zwar nicht so plötzlich den Dingen an die Wurzel gehen, aber doch von unermeßlich wohlthätigen Folgen für Hebung des Bauernstandes sein werden. Wir wollen solcher Maßregeln sofort einige bezeichnen. Erstens lasse man die Bedenken fallen, welche man bisher gegen eine Steuer vom reinen Einkommen — sei es nun auf Grundbesitz, Kapitalien oder sonst — gehabt hat, und scheue zur konsequenten Einführung dieser allein richtigen Steuer. Die zu diesem Zwecke stattfindenden Untersuchungen über die Steuerbarkeit eines jeden Staatsbürgers werden niemals so brutal sein können, als die besprochene Konfiskation des Reinertrags dieser Grundstücke, ferner nicht so aussphärerisch, als die vom Verfasser vorgeschlagene Unterscheidung zwischen Grundstücken, welche nur zur Sicherung von Kapitalien bestellen werden oder nicht, auch nicht so chikanös, als obenerwähnte Vorkaufsrechte. Durch eine konsequente progressive Einkommensteuer wird dann die Steuerlast von selbst auf diejenigen Schultern kommen, welche ihr gewachsen sind. — Zweitens öffne man ungesäumt die starren Krallen der sogenannten todten Hand, welche Millionen Aecker seit Jahrhunderten umfaßt hält, das heißt, man lasse auf weiter zu bestimmende billige Weise die Besitzungen von Klöstern, Kirchen und dergleichen, vor Allem aber die Domänen zu bäuerlichem Eigenthume werden. Drittens schreite man endlich allenthalben, wo es bisher noch nicht geschehen (und das war fast das halbe Deutschland noch vor einigen Monaten!), zur Erlassung billiger Ablösungsgesetze. Viertens errichte man Landeskreditinstitute etwa nach dem Muster des hannoverschen, aber viel umfassender für die bäuerlichen Grundstücke. Fünftens helfe man dem Leinengewerbe wieder auf, theils durch solche Mittel, daß man z. B. jetzt endlich die Königin von Spanien anerkennt und mit ihrem Lande wieder Handelsbeziehungen einschlägt, theils durch Schutz des nationalen Leinens gegen die uns überschwemmende ausländische Baumwolle. Jeder Sachverständige wird bezeugen, daß derartige Maßregeln nur reformatorischer Natur weit sicherer zu einem wohlhabenderen Bauernstande führen, als radikale Eingriffe, welche mit einem ausschweifenden Grundsteuersysteme beginnen und die freie Beweglichkeit des Grundbesitzes, die so lange ersehnte und endlich so nahe, wieder in neue Fesseln von kommunistischer Art schlagen würden!

## Niederland.

Haag, 35. Mai. In einem heute unter dem Vorsitze des Königs abgehaltenen Ministerrathe ist Sr. Maj. die in zwölf Gesetzentwürfe getheilte Verfassungsrevision nebst einer Erläuterungsdenkschrift überreicht worden. — Der Prinz von Joinville wird in dieser Woche hier erwartet.

Amsterdam, 26. Mai. Der „Kölnischen Zeitung" war aus Roermond gemeldet worden: der König der Niederlande beabsichtige, die Maasschifffahrt zu schließen als Repressalie gegen Limburg. Das „Handelsblad" betrachtet diese Nachricht als durchaus unbegründet.

## Frankreich.

Paris, 27. Mai. Das Gesetz über die gewerblichen Schiedsrichter ist in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung mit nur geringen Abänderungen angenommen worden. Der Finanzminister legte hierauf das neue Postgesetz vor, wonach jeder Brief im Innern Frankreichs, gleichviel, welche Entfernung er zu durchlaufen habe, ein gleichmäßiges Porto von 20 Centimes (4 Sous) bezahlt, wenn er nicht mehr als 10 Grammes (1000 Grammes sind zwei Pfund) wägt. Schwerere Briefe von 11 bis 125 Grammes zahlen ein gleichmäßiges Porto von 1 Franc. — Der Justizminister legte einen Gesetzentwurf vor, wodurch die Ehescheidung, wie sie im Code Napoleon bestand, wieder hergestellt wird. Alle bisherigen Trennungen von Tisch und Bett können, wenn sie bereits drei Jahre bestanden haben, ebenfalls in definitive Ehescheidungen umgewandelt werden.

Eine offizielle Anzeige des Polizeipräfekten meldet, daß Blanqui vorgestern Abend in dem Hause Nr. 14 der Straße Montholon verhaftet worden sei.

Ein Vorschlag, das Verbannungsgesetz gegen sämmtliche Mitglieder der Familie Bonaparte widerrufen zu lassen, ist gestern auf dem Bureau der Nationalversammlung niedergelegt worden.

Durch einen Beschluß des Kriegsministers ist das Nationalvertheidigungskomité nach Beendigung der ihm aufgetragenen Arbeiten aufgelöst worden.

Die Konstitutionskommission rückt mit ihrer Arbeit vor; sie hat sich bereits für einen einzigen Präsidenten, als wahlbares und zeitliches Oberhaupt der Republik, erklärt. Der Präsident wird durch das allgemeine Wahlrecht auf auf 3 Jahre gewählt, eine einzige Kammer und ein mit den organischen Gesetzen beauftragter Staatsrath stehen dem Präsidenten zur Seite. Hr. Mignet, Direktor der Archive des Ministeriums des Auswärtigen, ist abgereist worden. Sein Freund Thiers will nachträglich noch als Kandidat für die Nationalversammlung auftreten.

Ein Beweis, wie vollständig der Bruch ist, zwischen Lamartine und der monarchischen Reaktion, sei dieselbe sich in ihren Hoffnungen auf ihn gestützt sieht, liegt in den heftigen Angriffen, denen Zeitschelde er in den Blättern der genannten Partei geworfen ist. So beschuldigte ihn die „Assemblée nationale", das heftigste reaktionäre Blatt, er habe unter dem Titel eines literarischen Honorars von der gestürzten Regierung kurz vor der Revolution eine Summe von 40,000 Fr. erhalten; Thatsache ist, daß die alte Regierung für ein Honorar, welches das Theatre français nicht zahlen konnte, dem berühmten Dichter bereitwillig Zahlung anbot, was derselbe natürlich mit Entschiedenheit zurückwies. Die Behauptung des genannten Blattes ist also eine Verleumdung — was es jetzt selber reumüthig zugestehen muß.

Das Journal des Débats bringt heute einen Aufsatz über die Stellung Oesterreichs, welche mit anerkennungswerther Sachkenntniß und Unbefangenheit geschrieben ist. Es wird darin nachgewiesen, wie sehr Frankreich, wenn es konsequent sein wolle, die Aufklärung der österreichischen Monarchie fürchten müsse. Die Herstellung Polens, so ist die Logik des Artikels, ist durch die Macht und Stärke Deutschlands bedingt; diese Stärke Deutschlands hängt davon ab, daß Oesterreich nicht zerrissen oder durch die slavischen Tendenzen aufgefangt werde, nur dann habe es eine Abwehr gegen Rußland. Der Aufsatz weist nach, daß in Ungarn man durchaus deutsche Sympathien hege, die Bewegung in Böhmen eigentlich mehr in literarischer als politischer Opposition ihre Stärke habe, daß die jüngste Entführung des Kaisers zugleich von der slavischen Partei habe ausgebeutet werden sollen — lauter Bestrebungen, deren letzter Erfolg Rußland zu Gute kommen. Das fühle man auch in der österr. Monarchie selbst sehr gut, und die große Mehrheit wünsche eine Stärkung und Einigung, nicht Auflösung.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elwer & Engs., 73 Newgatestreet in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder werden man sich an H. H. Lizcarrue in Straßburg Nr. 20 Brandg., Postamt Nr. 20 Notre Dame de Nanvrede.

# Deutsche Zeitung.

Die Verleger: Zum besorgt das Verlag. Buch. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1½. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1½. 20 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 152. Heidelberg, Donnerstag 1. Juni. 1848.

Wir machen beim Herannahen des neuen Semesters das preußische Publikum darauf aufmerksam, daß in Folge der Ergebnisse der Dresdener Postkonferenz vom 1. Juli d. J. an der Preis unserer Zeitung bei allen preußischen Postämtern auf Thlr. 4. 28 Sgr. halbjährlich, einschließlich des Stempels, ermäßigt ist.

## Uebersicht.

**Die letzte Abstimmung der Nationalversammlung; Oesterreich und Deutschland. — Wien (Kabinetsänderung). Bozen (die welschen Tendenzen in Südtirol; reaktionäre Bestrebungen im Lande). Prag (die Parlamentswahlen). Berlin (Ban von Kasernenbüren). Vom Rhein (Stellung des Militärs zu den Bürgern. Einreihende Insubordination und Separatismus). Posen (das deutsche Centralkomite). Königsberg (unruhige Auftritte). Stuttgart (die öffentliche Erklärung der Nationalversammlung). Dresden (der Adreßentwurf verworfen). Hannover (Instruktion an den Bundestagsgesandten. Die Kammer für rechtliche Gleichstellung aller Konfessionen. Berathungen über die Verfassungsveränderung). Göttingen (Erklärung der Göttinger Bürgerversammlung an den Reichstag). Karlsruhe (Ministerialverfügung über Gewerbewesen). Freiburg (die Untersuchungskommission). Schwerin (Untersuchungskommission gegen Auerhöfer). Hamburg (Abschluß eines Waffenstillstandes. Kommission für den Marinekongreß). Frankfurt (die Arbeiter). Schweiz. Luzern. Geheime Komitee. Großrath Furrer, Hptm. Jenni u. A. verhaftet. Bern. Eindruck der Ereignisse in Neapel. Treiben der Parteien. Oberst Milliet.**

**Niederland. Brüssel. Auflösung der Kammer.**

**Großbritannien. London. Times über Besiegung des dänischen Kriegs. Stürmisches Reformmeeting. Verwerfung der Judenbill. Die spanischen Händel.**

**Italien. Lombardei. Der Anschluß an Piemont. Empfang der Flotte von Triest.**

**Türkei. Konstantinopel. Neues Ministerium. Aufstand unterstützt den Hospodar der Walachei. Türkische Flotte ausgelaufen. Die ägyptische erwartet.**

**Jonische Inseln. Preßbeschränkungen aufgehoben.**

**Beilage. Aus Hessen. Militärische Wünsche. Frankreich. Eine Arbeiterbewegung. Die Nationalwerkstätten und die Regierung. Italien. Livorno. Insulten gegen den neapol. Konsul. Brutalität der Schweizer in Neapel. Ungarn. Pesth. Rückblick auf die Wiener Ereignisse. Kampf des magyarischen und deutschen Elements gegen die Slaven.**

### Heidelberg, 31. Mai.

In Folge der Abstimmung über den Raveaux'schen Antrag sind die Luxemburger Abgeordneten aus der Nationalversammlung ausgeschieden und warten auf neue Instruktionen, die Trierstiner haben gegen den gefaßten Beschluß Verwahrung eingelegt. Wir sagten in einem leitenden Artikel in unserer Nr. 147 ganz recht voraus, was sich noch oft wiederholen wird, daß frohe und dunkle Momente in dem Verlauf der Sitzung dieses Parlaments wechseln würden; es ist dies hier gleich zwischen gestern und heute, zwischen jener Abstimmung und ihrer nächsten Folge wahr geworden. Das Abtreten einiger Deputirten ist an sich freilich so etwas Wichtiges nicht und ließe sich wohl verschmerzen; was aber die Trierstiner angeht, so sind sie ein Theil der österreichischen Abgeordneten, unter denen auch viele Andere, und darunter mit die ausgezeichnetsten über den Ausgang der Raveaux'schen Anträge sehr verstimmt sind. Dies kann wiederkehren, es kann in höherem Maße wiederkehren, wenn es sich erst um die positiven Gesetze handelt, die die deutsche Einheit feststellen sollen. Dann wird es sich, fürchten wir, zeigen, daß wir in jenem Artikel die Dinge in keinem finsteren Lichte gesehen haben, als in dem sie stehen, und daß es namentlich das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland ist, welches den Hauptschatten in unsere Angelegenheiten wirft und vielleicht auch in die Verhandlungen des Reichstags werfen wird.

Wir zeigen diese Schatten, keineswegs um muthlos zu machen; wir selber sind Nichts weniger als das. Wir zeigen aber die Dinge, wie wir sie sehen, geständig, daß wir irren können, in diesem Falle glücklich, wenn wir irren sollten. Wir wollen nur aufmerksam machen, warnen, ermahnen; zu viele Vorsicht und Umsicht schreint uns gerathener als zu wenige; wir wollen weder auf trübe Voraussagen heitere Tage erleben, als umgekehrt; wir wollen Niemanden täuschen und uns selber nicht; wir sehen durch keine düstere Brille, sondern wir legen nur an die große geschichtlichen Verhältnisse und Momente, in denen wir uns bewegen, den Maßstab der ganzen Strenge und des ganzen tiefen Ernstes, den sie verdienen, den sie herausfordern. Wer die Lage Oesterreichs in einem freundlichen Licht sieht, der kann von politischen Dingen nicht mitreden; wer sie aber mit Besorgniß betrachtet, der kann auch nicht ohne Sorge die Frage durchdenken, wie diese Lage auf die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung und auf unsere Zukunft überhaupt heraberwirken wird.

Es war eine Zeit, wo man uns sagte, wir „fasolirten" Oesterreich, wir feindeten Preußen in süddeutschen Vorurtheilen an. Jetzt kann es scheinen, als hätten wir umgekehrt Nichts zu thun, als Preußen zu streicheln und Oesterreich zu striegeln. Was kann uns zu diesem Wechsel bewogen haben? Subventionen und Orden hat uns ja weder das Eine noch das Andere weder früher noch später weder gegeben noch entzogen. Es hat sich aber die Lage der Welt in diesem Vierteljahre unter und über gestürzt; die gemeinsamen deutschen Dinge sind über die partikularen, preußischen und österreichischen, getreten; wir haben die schwarzrothgoldene Fahne feierlich aufsiehen dürfen, die vorher verdönt war; wir haben seitdem nur getragt, ob sich schwarzweiß oder schwarzgelb besser dazu vertrage. Wer wagt anders zu sagen, als daß Preußen, seitdem in Wahrheit seine Verfassung zu voller Freiheit entwickelt, sein Verhältniß zu Deutschland in voller Loyalität gestaltet? seine besondere Gesetzgebung entgegenkommend der allgemeinen untergeordnet? sein Gut und Blut zur Verfügung Deutschlands gestellt hat? Der ist kein deutscher Patriot, der das nicht freudig anerkennt! Und nun Oesterreich? Wir haben im ersten Augenblicke gezweifelt, ob in den Konzessionen des Wiener Kabinets Aufrichtigkeit wäre, ja sein könnte, aber wir haben es nicht gesagt, um nicht unnöthig und ohne thatsächliche Belege gehässige Dinge wider Oesterreich zu sagen; jetzt treten die Thatsachen heraus, und die Oesterreicher selber sind bestürzt und entrüstet. Wir haben die Wiener Ministerialerklärung erlebt, und wir haben keine Philippiken dazegen geschleudert, weil wir die besondere und schwierige Stellung Oesterreichs schonen wollten. Wir sind jetzt seiner Gegenheit versöhnt, um die humanste und patriotischste Rücksicht auf Oesterreich zu nehmen, denn wahrlich, uns ist es nicht darum zu thun, Oesterreich muthwillig abzustoßen und ein kaum aufathmendes Volk mit übergrossen Forderungen und unnatürlichen Ammuthungen gleich außer Athem zu setzen. Nur da man davon redete, eine Dynastie, die alt und stech ist, ein Volk, das systematisch in äußerem und innerem Druck verkümmert war, ein Reich, das die ungeheuersten Anstrengungen zu machen hat, um seinen Zusammenhang zu erhalten, an die Spitze der deutschen Dinge zu stellen, unsere eigene, hinreichend Rath bedürftige und schwierige Lage mit der rathlosen und fast verzweifelten österreichischen blindlings zu vermählen, da gebot es uns die heilige Pflicht, unser cuvent consules zu simulgen und die Wohlfahrt des Vaterlandes vor allem Andern zu bedenken; mit wieviel Rücksicht gegen Oesterreich auch dieses geschehen ist, wollen wir an mehr als Einer Stelle unserer Aufsätze nachweisen, wo wir geschwiegen haben, statt zu reden. Soviel wir wissen, haben die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt jetzt selbst den Anspruch Oesterreichs auf die Kaiserwürde und

Digitized by Google

damit auch das Princip der erblichen Monarchie für die Reichsverfassung aufgegeben (ein Umstand, der auf die Lösung der großen Endfrage unserer Konstitution einen entscheidenden Einfluß üben wird); darin liegt doch wohl ihr eigenes Geständniß, daß wir der Lage der Dinge nicht zu viel gethan haben und nicht ungerecht waren.

Sollte es dennoch sein, sollten wir in Unkunde oder Befangenheit an Oesterreich Unrecht thun, so fordern wir die geistreichen und unbefangenen Männer des Landes, die in unserer Nähe nun so zahlreich versammelt sind, dringend auf, uns zurechtzuweisen. Ganz eigentlich zurechtzuweisen, uns einen Weg zu zeigen, der sicher aus dem Labyrinth der dortigen Verwicklungen herausführt, mit staatsmännischem Rathe uns zu bedeuten, wie das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland zu gestalten sei, ohne daß unsere deutsche Entwicklung zu Freiheit und Macht dadurch Schaden erleide, zunächst auch und die Linie ihres Verfahrens auf der Nationalversammlung zu bezeichnen, die unser deutsches Werk nicht mit österreichischen Lokalinteressen stören wird. Die verrätherische Politik, die wir in unserer Nr. 148 angedeutet haben als die Politik des Kabinetts, deren Träger die früheren Werkzeuge Metternich's und die hohe Aristokratie sind, und die, fürchten wir, selbst dem Erzherzog Johann nicht fremd ist, diese russenfreundliche Politik, die noch immer von dem Gespenste der deutschen Zbealität eingeschüchtert scheint, befähigt sich aus jedem neuen Zuge, den die Blätter zum Theil in voller Arglosigkeit erzählen. Die reaktionäre Partei reicht dem Slavismus und den Russen die Hand; darauf laufen alle Gerüchte und Thatsachen hinaus; dieweile beäugeln die Magyaren den deutschen Reichstag und die deutschen Patrioten setzen auf ihn all ihre Hoffnung, daß er und die deutsche Nation in Folge seiner Wirkungen in die Geschicke der Völker tief eingreifen und die Slavengelüste und die Reaktionsgelüste zugleich niederwerfen werde. Stehen die Gegensätze so, so wird die reaktionäre Partei den allgemeinen österreichischen Reichstag und das Uebergewicht der slavischen Vertretung auf ihm in ihrem Interesse auszubeuten suchen, wie die Patrioten wünschen müssen, daß man den deutschen Reichstag im Interesse der Deutschösterreicher und Magyaren benutze. Wir hatten, wie unsern Lesern bekannt ist, geglaubt, eine größere Politik könne diese Gegensätze und diesen Bruch vermeiden, aber es ist freilich auch eine kleine, eine kleinliche und elende Politik, die das Regiment dort verfolgt. Müssen wir also, wie die Dinge nun liegen, diese Gegensätze anerkennen, so ist das Wesentlichste, worum es dann gilt, die Erstarkung des deutschen Elementes. Dann begreifen wir aber nur eine Politik, die die Abgeordneten Oesterreichs in Frankfurt verfolgen können. Sie können die Opposition gegen das gegenwärtige, geheime, reaktionäre Regiment nicht scheuen wollen, was auch die Folgen sein mögen; sie müssen die deutsche Verfassung mit gründen helfen auf starken Grundlagen, die zu erhalten sind; sie müssen, wenn sie Hoffnung auf den deutschen Reichstag und sein moralisches und politisches Ansehen gründen wollen, Alles thun, um ihn durch kombinirte Stimmenmassen groß und gewaltig zu machen, Alles vermeiden, was in starke Minoritäten spalten könnte; sie müssen bei allen Fragen und Beschlüssen die Rücksicht auf den allgemeinen österreichischen Reichstag völlig außer Augen setzen; sie müssen einzig und allein erwägen, was Deutschland stark machen kann, denn nur dann kann es in der That „in die Geschicke der Völker eingreifen“ und die freiheitsfeindlichen und antinationalen Gelüste „niederwerfen“. Aus diesem Gesichtspunkte begreifen wir es völlig nicht, wenn die österreichischen Abgeordneten sich zum Theile gegen einen Beschluß verwahren, zum Theile gegen ihn mißstimmt sind, der Deutschland Einheit und daher Stärke verspricht. Wir würden es eben so völlig nicht begreifen, wenn sie auch künftig jedem positiven Gesetze zuwiderstimmen wollten, das eben auf diese Einheit und Stärke abzielt. Man wird uns einwerfen, es seien nur Wenige, die in diesem Sinne gestimmt hätten: aber gerade die noch nicht erschienenen österreichischen Abgeordneten aus den slavischen Gebieten würden sich wohl eben dieser Stite anschließen und eine bedeutende Minorität bilden. Möchten die anwesenden Oesterreicher Alles thun, um dies zu hindern, um nicht dem Partikularismus in die Hände zu arbeiten. Sie könnten dadurch vielleicht unsere Freudigkeit brechen, unsere Einigkeit stören, unsere konstituirende Thätigkeit kreuzen und schließlich unsere Verfassung schwächen: aber das würde doch sicher wie zu unserem, so auch zu ihrem eigenen Schaden ausschlagen. Sehen wir in allem Dem unnöthig finster, aber tappen wir aus eigener Augenschwäche bei unserer Betrachtung im Finstern, so sind wir doppelt dankbar, wenn und Jemand den Trost gibt und die Aussage zeigt, den begründeten Trost und die sichern Ausweges, nach denen Niemand so begierig ist, wie wir selber.

---

**Oesterreich.** Wien, 25. Mai. Baron Wessenberg ist angekommen und wird das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Pillersdorf gibt sein Portefeuille an den aus Lemberg kommenden Grafen Stadion ab und wird in Zukunft den Ministerrath präsidiren und das Finanzwesen leiten, dem sich Baron Kraus in seiner Weise gewachsen fühlen kann. Ob sich der Justizminister Baron Sommaruga und der Arbeitsminister Baumgartner halten werden, steht sehr in Frage; der Kriegsminister Graf Latour und der Handelsminister Baron Doblhof werden mit jedem Tage populärer, sowie es gerade ihnen und Pillersdorf zu danken ist, daß der 15. Mai ohne Blutvergießen vorübergegangen. (R. K.)

Prag, 22. Mai. Das Ministerium hatte in Böhmen, wo mehr als irgendwo Beschleunigung geboten war, die allgemeine Vornahme der Wahlen bis zum 20. und noch weiter hinausgezogen. Die hierauf bezüglichen Anordnungen der Behörden sind aber so gehalten, daß kein Anstand der Verständigen zu erkennen vermag, ob die Regierung eigentlich die Vornahme der Wahlen oder deren Verhinderung wünscht, ob ihr an der Sache oder am bloßen Scheine mehr gelegen ist. Kein Wunder daher, daß bei den am 20. Mai in den nichtdeutschen Kreisen vorgenommenen Wahlakten derselben vergeblich waren, in mehreren Bezirken sogar durch förmliche Proteste abgelehnt wurden, eben mit Berufung auf die vielbeutigen amtlichen Auseinandersetzungen. Selbst in mehreren deutschen Bezirken, wo man, ohne erst die speciellen Wahlausschreiben abzuwarten, bereits gewählt hatte, nimmt jetzt die Regierung scheinbar gar keine Notiz davon und wartet erst ab, bis die Gewählten das Wahlbekret fordern. Eine Bekanntmachung, wo und wer gewählt wurde, ist bisher gar nicht erfolgt. Daß die sieche czechische Partei diese Zwitter freilich ausbeuten wird, ist daher leicht begreiflich, und wo selbst Gründe für ihre Zwecke fehlen, werden Einschüchterungen in Bewegung gesetzt.

Prag, 23. Mai. Ich habe bis zum Postschluß erwartet, um Ihnen über das Resultat der Vornahme nach Frankfurt berichten zu können. Ich habe viele Wahlbezirke der Stadt besucht, aber nirgends Wähler gefunden, auch nicht gehört, daß in anderen der Wahlakt auch nur eröffnet wurde; leicht begreiflich, da seit Vormittags aufgewiegelte Volkshaufen die Stadt in Unruhe und Furcht erhalten und besonders das Rathhaus eng blokirt ist, so daß abermals das Ausrücken des Militärs und der Nationalgarde nöthig wurde. Soeben erfahre ich noch, daß in mehreren deutschen Bezirken im Nordwesten des Landes gestern mehrere Wahlen für Frankfurt Statt gefunden haben. (K. Z.)

Brünn, 23. Mai. Nach den Aeußerungen eines der jüngst hier durchgekommenen südtirolischen Deputirten sollen sie von ihren Wählern beauftragt sein, auf Lostrennung der beiden welschen Kreise Tirols von Deutschland anzutragen. Dies also der Zweck, weßhalb unsere welschtirolischen Brüder auf deutscher Erde, von denen sich als nicht zu Italien gehörig bis auf die letzte Zeit ihrer Erhebung Lombardeu und Venetianer stets lossagten, das Parlament zur Einigung Deutschlands beschicken! Die Czechen, die gar nicht kamen, zeigten wenigstens mehr Verstand. Wollen doch jene beiden südtirolischen Kreise betreffend unseres nächsten Tiroler Landtags dieselbe Maxime beobachten! In Innsbruck wird mittlerweile von den bekannten Freunden der guten Alten in anderer Weise vorgesorgt, um Zwietracht zu säen, und das Volk gegen jedes Mittel der Verbesserung seiner Zustände einzunehmen; man erklärt ihm geradezu, Alles, was auf seine wahre Vertretung bei den Landtagen abzielt, sei des Böses. Da liegen vor mir „Drei beherzigenswerthe Bedenken gegen einige Wünsche der Tiroler“, welche gegen die Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen und Vermehrung der Vertreter des Bürger- und Bauernstandes ankämpfen, weil hierdurch nur den Advokaten und Doktoren, d. i. den „Aufklärern“, der Eintritt in den Ständesaal geöffnet werde, und „den übrigen Tirolern, namentlich den Bauern, alle politische Vorbildung für öffentliche parlamentarische Verhandlungen fehle.“ Man will also die alten gedankigen Lastträger, die mit gebührender Ehrfurcht anhören und befolgen, was Gott zu ihnen durch den Mund seiner bevorzugten Diener spricht. Auch an religiöser Aufregung läßt es dieser aufrichtige Freund „seiner lieben Landsleute“ nicht ermangeln; sein Aufklärer, meint er, würden nur „Religions- und Kultusfreiheit“, „Verbesserung des Volksschulwesens“, „Dotirung von Lehrerpflanzschulen durch Klöster- und Kirchengut“ u. s. w. bezwecken. Auch

Digitized by Google

P. Albert Jäger trug von seinem historischen Standpunkte aus das Seine bei, uns die Vorzüge und Wohlthaten der alten tirolischen Verfassung einzuschärfen und vor gefährlicher Neuerung zu warnen. Eine Verbesserung derselben, erklärt er in seiner bisherigen Flugschrift, würde zwar nicht schaden, insoferne sie nämlich nichts Freiheitliches antastete, als den Ausbau des alten ehrwürdigen Staates mit seinen Beschränkungen der Gliederung in 4 Ständen und alter ihrer Sonderinteressen. Aus demselben Grunde mag wohl auch unser Gouverneur, dem es so sehr um „Popularität“ z. t., das Wohlwollen der Innsbrucker Bürgerschaft“ zu thun, am 17. vor. M. vor der ständischen Aktivität sein schmerzliches Bedauern ausgedrückt haben, „daß das Vaterland von ihm das Opfer fordere, die Stelle eines Landeshauptmanns von Tirol gerade in dem Augenblicke niederzulegen, wo ein freierer Wirkungskreis der Stände dem Bundeshauptmann eine schönere, lohnendere Aufgabe stelle, als ihm beschieden war.“ Wahrscheinlich würde er sie nun, da die Anstehung der Jesuiten vom Kaiser ausgesprochen, dazu benutzen, seine Petition um deren Belassung im Lande, die er nun auf andere Weise, aber vielleicht mit zu geringer Aussicht auf Erfolg unterstützt, auch von den Ständen stellen zu lassen.

**Preußen.** Berlin, 27. Mai. Der König hat den Antrag des Staatsministeriums: sofort den Bau von Kanonenbooten an der Ostseeküste, den Stralsund zuerst befördert hatte, genehmigen zu wollen, bewilligt. (Voss. Z.)

** Vom Rhein, 23. Mai. Als die erste Kunde von dem Kampfe in Berlin an den Rhein gelangte, herrschte eine unbeschreibliche Erbitterung gegen das Militär; überall ließ man die Soldaten entgelten, was ihre Waffengenossen in Berlin gesündigt hatten. Doch diese Stimmung machte bald einer andern Platz, und die Sammlungen für die hinterbliebenen der Gefallenen bekundeten es, daß man auch allen Sinn für Gerechtigkeit zu üben begann. Einzelne Reibungen sind allerdings an einzelnen Orten noch vorgekommen und namentlich haben die theilweisen Rebellionen der herausgegangenen pommerschen Reserven, die freilich wieder durch die Ueberredung und den Hochmuth, dem sie hier vielfach begegneten, provocirt und gereizt waren, mitunter blutige Konflikte hervorgerufen, die nur durch die sofortige Entfernung der „Fremdlinge“ beendet werden konnten, im Uebrigen aber herrscht zur Zeit das vollkommenste Einverständniß zwischen Civil und Militär. Zum Theil die Ursache, zum Theil aber auch erst die Folge dieses Einverständnisses ist der Geist, der sich seit Kurzem im Militär selbst zu regen beginnt, ein Geist, der indeß noch überall ein exclusiver genannt werden darf, und der von jener Seite, welche eine kräftige Regierung und eine starke verfassungsmäßige Exekutivgewalt zu scheuen Grund hat, immerwährend und durch alle Mittel genährt und gefördert wird. Es ist dies der Geist, der in der Lösung der Bande der Subordination und Mannszucht die Freiheit erstrebt und der bereits selbst in der Linie reißende Fortschritte macht. Achtung verdient die Selbstständigkeit, welche das Militär, wo dasselbe bei den Wahlen in seinen Kasernen eigene Wahlbezirke bildete, durchgängig an den Tag gelegt hat — so waren z. B. in Köln unter 10 Wahlmännern nur 1 Offizier, dagegen 4 Unteroffiziere verschiedener Grade und 5 Gemeine aus den Wahlurnen den 3 Kasernenwahlbezirk hervorgegangen — Achtung verdient es, wenn die Offiziere der Denzer Garnison es öffentlich aussprachen, daß sie keinerlei Bürgerathen zu bestehen, sondern vollständig im Volke aufgehen wünschen; aber wohin soll es führen, wenn einzelne unter den Fahnen stehende Truppentheile, wie es in Köln geschehen, verunehrlich erklären, daß sie diese oder jene Uebung, dieses oder jenes Manöver als völlig überflüssig abgeschafft haben wollen, und daß die geltenden Kriegsartikel eine der schmählichsten Denkmale der Willkürherrschaft seien, wenn ein Offizierkorps, wie es in Aachen der Fall war, Anträge formirt, die der Bescheid des Ministeriums als solche bezeichnen muß, welche die Grundlage einer jeden Heeresverfassung vernichten würden, wenn Offiziere, wie man es in Deutz gesehen, vor der Fronte ihrer Bataillons dem Kommandeur die Fälle nennen, in welchen sie sich zum Gehorsam nicht verpflichtet erachten, wenn, wie es abermals in Köln vorgekommen, es in öffentlicher Volksversammlung einem Regimente zu Preis und Ruhm angerechnet wird, daß es seinen Offizieren und Unteroffizieren nicht mehr gehorche? Das sind nur einzelne aus einer Masse anderer herausgegriffene Beispiele, aber sie geben hinlängliches Zeugniß von dem Geiste, der in den rheinischen Elementen des Heeres umtauscht. Am wenigsten, aus leicht erklärbaren Gründen, noch unter den Offizieren, unter den Unteroffizieren, namentlich in der Artillerie, hat er aber Proselyten der Art gewonnen, daß eine Anzahl derselben der Stollwerk'schen demokratischen Gesellschaft als Mitglieder angehören und selbst im Ausschusse vertreten sind, und was die Soldaten selbst betrifft, so werden sie in Schenken und Bierhäusern in einer Weise bearbeitet, die von ebenso viel Geschick als Eifer zeugt, doch ist, das muß man anerkennen, wirklicher Ungehorsam noch nicht vorgekommen, und bei den blutigen Barrikaden-Ereignissen in Trier hat sich das 30. Regiment, größtentheils aus geborenen Rheinern bestehend, musterhaft benommen. Nur allen Dingen aber sind es die Kriegserfahrenen, diesen Geist eingelegen haben und ihn nun auch ihren Kameraden von der Linie mittutheilen streben. Der störrischer, widersetzlicher Geist bisher Reserven, der sich bei ihrer früheren Einberufung an verschiedenen Orten sogar — eine im preußischen Heere unerhörte Erscheinung — in thätlicher Mißhandlung des kommandirenden Officiers Luft machte, veranlaßte später ihre einstweilige Entlassung in die Heimath; seit Monaten stehen in den östlichen Provinzen Reserven und Landwehr unter den Waffen und theilweise im Kampfe, die rheinische Landwehr ist noch gar nicht einberufen gewesen, und die Reserven ihren wieder ruhig am eigenen Herde, während Sachsen und Pommern, fern von der Heimath, ihnen die Grenze schützen. Auch eben diese rheinischen Reserven und Landwehrmänner haben jetzt die Stirn gehabt, in einer Eingabe an das Staatsministerium für den Fall einer abermaligen Einberufung den Antrag zu stellen, daß man sie in keinem Falle außerhalb der Grenzen der Provinz verwende, zugleich aber ihnen die Gründe ihrer Einberufung vorher mittheile, und ein solcher Antrag ist möglich in einer Provinz, die mit dem einigen Deutschland am Abend die Augen schließt und sie am Morgen wieder aufschlägt; man deklamirt von dem Deutschland, „die wo am Beit die Möve zieht“, und ist dabei nicht gesonnen, etwas Anderes zu vertheidigen, als seine eigene Hausthür! Doch gottlob ein allgemeiner Schrei der Entrüstung und der Scham ging durch das Rheinland, als jener Antrag der Kölnischen Reserven — denn diese waren es, die sich unter den Auspicien zuerst des vielgenannten D. Gottschalk, dann der demokratischen Gesellschaft als Organ der rheinischen Reserven gerirten — als jener Antrag zur Oeffentlichkeit gelangte, und die Antragsteller sehen allein mit ihrer Schande und ihrer Lächerlichkeit. Die Regierung aber könnte sie nicht empfindlicher strafen, als wenn sie ihren Antrag dahin beschiede, daß es, wenn die gesammte übrige wehrbare Mannschaft sich unter den Fahnen versammelt und dem Feinde entgegenzieht, den Kölnischen Reserven gestattet sein solle, in Ruhe und Sicherheit im Stollwerk'schen Saale zu lärmen.

Posen, 25. Mai. Das deutsche Centralkomitée hat in einem Schreiben an das Ministerium die bereits in seiner letzten Denkschrift motivirte Bitte gestellt, den Provinzialvorstand des Großherzogthums sofort für aufgelöst zu erklären, den zu Deutschland geschlagenen Theil unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse zu vertheilen und den angrenzenden Provinzen anzuschließen, dabei aber den Grundsatz festzuhalten, daß die Stadt Posen Hauptstadt eines besonderen Regierungsbezirks bleibe.

Königsberg, 25. Mai. Gestern hatte unsere ganze Stadt ein sehr kriegerisches Aussehen. Die ganze Bürgerwehr stand unter den Waffen, der größte Theil des Militärs war konsignirt, und viele Abtheilungen der Kavallerie, Artillerie und Infanterie zogen durch die Straßen und stellten sich auf Plätzen auf. Es kam auch wirklich zu sehr unruhigen Auftritten und die Bürgerwehr mußte von den Waffen Gebrauch machen, indem die Mannschaften in mehreren Straßen angegriffen und namentlich mit Steinen geworfen wurden. Durch Attaquen mit gefälltem Bajonett und Einhauen der brettirenen Bürgergarde sind auf Seite der Tumultuanten mehrere Verwundungen vorgekommen; ein Arbeiter soll an der durch einen Degenstich erhaltenen Wunde bereits gestorben sein; auf Seite der Bürgerwehr sind erhebliche Verwundungen nicht vorgekommen, die meisten Blessirten haben nur Kontusionen durch Steinwürfe bekommen. Den Grund zu diesen Auftritten hatte ein verbreitetes Gerücht gegeben, daß in einer hiesigen Armen-Sterbekasse, bei welcher ein sehr großer Theil der hiesigen arbeitenden Klasse interessirt ist, ein so bedeutender Defekt entstanden sei, daß dieselbe völlig insufficient geworden und ihren Zahlungsverbindlichkeiten nicht nachkommen könne. Die hierdurch entstandene Aufregung unter den Arbeitern und dem sich anbetreffenden Gesindel wurde nun so groß, daß es zu den erwähnten Auftritten kam. Die Unruhe herrschte bis gegen 11 Uhr, wo es denn endlich der Bürgerwehr gelang, die zusammengerotteten Menschen auseinander zu bringen und die Ruhe herzustellen. Das Militär hat nirgend einschreiten dürfen. Verhaftungen sind in großer Menge vorgenommen. Heute ist wieder vollkommene Ruhe in der Stadt. (Voss. Z.)

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 27. Mai. Die öffentliche Erklärung an die Nationalversammlung, welche, wie ich gestern be-

Digitized by Google

richtete, der hiesige vaterländische Verein erlassen hat, liegt zur Unterzeichnung auf. Sie strickt so sehr die Gesinnungen, welche bei uns allgemein sind, aus, daß sicher in wenig Tagen die Bestimmung aller unserer vaterländischen Vereine durchs ganze Land erfolgen wird. Der Stadtdirektor und Abg. Seeger, den auch erst die jüngsten Ereignisse auf diesen seinen Posten geführt haben, ist der Verfasser der Erklärung. Gestatten Sie bei der Wichtigkeit der Sache, daß da es sich hier um die Grundsätze handelt, denen Ihr Blatt huldigt, wenn sie nicht die ganze Erklärung aus unsern Blättern aufnehmen können, doch einen kurzen Bericht. Im ersten Augenblick der Gefahr, heißt es, sei es der Gedanke Aller gewesen, daß nur in einem festen Zusammenschließen, in Hingebung an das Eine Vaterland Heil zu finden sei. Kaum beginne sich der politische Himmel etwas aufzuhellen, so treten wieder Bestrebungen hervor, welche, das in den Tagen der Noth Gelobte ablängnend, den Forderungen des Nationalwillens Trotz bieten zu können glauben. Baiern eröffne den Reigen, Hannover habe seine Separatstellung proklamirt und Preußen wenigstens der deutschen Versammlung eine preußische gegenübergestellt. Unheil müsse hieraus hervorgehen. „Wir sprechen es laut und offen aus", sagt die Erklärung, „das Vaterland ist in der dringendsten Gefahr, und es ist die höchste Zeit, daß diesem sonderbündischen Treiben, wie grundverderblichen, ebenso eigennützigen als kurzsichtigen Politik ein energisches Halt zugerufen wird". Es werden nun die Gefahren besonders im Innern geschildert, wo es selbst einer tüchtigen und volksthümlichen Regierung nur durch Abhendung von Kommissären in die aufgeregten Landestheile und durch Waffengewalt möglich sei, der Gesetzlosigkeit zu steuern. (Ich erinnere an mehrere meiner Mittheilungen in diesem Sinne.) Ein Krieg Aller gegen Alle drohe zuletzt, und in dieser Gefahr seien Aller Augen auf Frankfurt gerichtet. Schließlich sind unsere Hoffnungen und Erwartungen in dem dringenden Wunsche zusammengefaßt: „Die deutsche Reichsverfammlung möge feierliche Verwahrung einlegen gegen jeden Versuch, durch sonderbündische Bestrebungen und Handlungen sich dem souveränen Gesammtwillen der Nation zu widersetzen; sie möge es offen im Namen des deutschen Volkes und seiner volksthümlichen Regierungen aussprechen, daß sie sich als die alleinige Trägerin der Nationalsouveränetät und als das ausschließliche Organ des Gesammtwillens der Nation ansieht und angesehen wissen will, und daß sie jeden Widerstand gegen ihre Beschlüsse, von welcher Seite er immer kommen möge, durch die vereinte Kraft der Nation zu brechen entschlossen und gerüstet ist". So lauten unsere Erwartungen. Möge sie Anklang, Zustimmung, Kraft erlangen in Frankfurt, in ganz Deutschland!

**Sachsen.** Dresden, 26. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde nach langen und sehr lebhaften Debatten der Adreßentwurf zur Beantwortung der Thronrede verworfen und beschlossen, von weiteren Schritten zur Abfassung eines neuen Entwurfes abzustehen. Die zweite Kammer wird also zur keine Adresse erlassen.

* **Hannover**, 26. Mai. Das folgende Aktenstück enthält die Instruktionen Hannovers an seinen Bundestagsgesandten in Betreff des Verfassungsentwurfs der Siebenzehn. Gestern sprach Baiern, heute spricht Hannover für alle Könige den Turnus an, morgen werden die Großherzoge vielleicht nachrücken. Seine Majestät erklären sich mit den, in den §§. 1 und 5 des Entwurfs bezeichneten Grundzügen der Verfassung in so weit einverstanden, als Allerhöchst Dieselben zur Begründung der nothwendigen innern Einheit Deutschlands, wie der ihm gebührenden äußern Macht, die Vereinigung der sämmtlichen deutschen Bundesländer in einen Bundesstaat ebenso sehr für zweckmäßig erachten, als Seine Majestät die Beibehaltung der, wenn auch gegen früher beschränkten Selbständigkeit der einzelnen deutschen Staaten im Interesse der verschiedenartigen Übung der Verfassungsfreige für unerläßlich halten. Nach der bisherigen gegenseitigen Nothwendigkeit einer Berücksichtigung des in Deutschland dermalen bestehenden öffentlichen Rechtszustandes betrachten Se. Majestät zur Vereinbarung der neuen Verfassung die Feststellung gewisser leitenden Gesichtspunkte oder Grundsätze als unerläßlich, welche zugleich den Maßstab zur Beurtheilung der vorliegenden Einzelbestimmungen darbieten. Diese Grundsätze sind: 1) Für Deutschlands innere Einheit und äußere Macht ist eine Centralgewalt von erweitertem Umfange und berichtigter Wirksamkeit unerläßlich, welche durch besondere Organe sich äußert. 2) Der Umfang dieser Centralgewalt wird, den Gegenständen der Wirksamkeit („Staatsangelegenheiten") nach, genau bestimmt. Diese Bestimmung, wie die ihrer Organe, ist Aufgabe der Verfassung des Bundesstaats. 3) Die Centralgewalt äußert sich innerhalb ihres Umfangs in der Regel als gesetzgebende Gewalt mit der obern Aufsicht, Leitung und Entscheidung. 4) Die Ausführung der von der Centralgewalt getroffenen Anordnungen und die Vollziehung ihrer Entscheidungen verbleibt, als selbständiges Verwaltungsrecht den Regierungen der einzelnen Staaten, soweit nicht die Verfassung ein anderes für Heerwesen, Marine und Besitzung nach Außen ausdrücklich festsetzt. 5) Wohl erworbene Rechte der einzelnen Staaten, die der Reichsgewalt im Interesse des Gemeinwohls zum Opfer gebracht werden, sind nach ihrem ermittelten Werthe zu entschädigen. 6) Gleichzeitig mit der Feststellung der neuen Verfassung werden Uebergangs- (transitorische) Bestimmungen getroffen, bei welchen die in den einzelnen deutschen Staaten bestehende Gesetzgebung bis zur von denselben abgeschlossenen Verträge eine vorzügliche Berücksichtigung finden. Von dem angewiesenen Standpunkte und weiters, neben Anwendung der erwähnten Grundsätze, und abgesehen von minder erheblichen Bestimmungen, folgende Modifikationen der betreffenden Entwurfsparagraphen für nothwendig erachtet: 1) zu §. 3. lit. a. „Jedem deutschen Staate bleibt die Ausübung des Gesandtschaftsrechts im Falle des Beitritthalles vorbehalten. Die von den einzelnen deutschen Regierungen unter einander oder mit auswärtigen Staaten abgeschlossenen Verträge werden, zur Prüfung ihrer Uebereinstimmung mit der Reichsverfassung, der Reichsgewalt mitgetheilt." 2) zu §. 3. lit. c. „Der Reichsgewalt verbleibt die Organisation des Heeres, sowie im Falle über das Heer oder über Theile desselben von Reichswegen verfügt wird, der Oberbefehl. Die Kontingente der einzelnen Staaten stehen zunächst unter den von ihren Souveränen zu ernennenden Führern. Den Befehlshaber der gemischten Armeekorps ernennt der Staat, welcher das größte Kontingent zu stellen hat. Die Aufstellung, Ausbildung und Besoldung der Truppen verbleibt den einzelnen Regierungen. Das Heerwesen beruhet auf fehdenem Heere und Landwehr, und auf dem Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht." 3) zu §. 3. lit. f. „Das Gesammtgebiet des Bundesstaats wird in ein Zollgebiet vereinigt, unter Entschädigung der bestehenden besonderen Rechte der einzelnen Staaten und mit Vorbehalt besonderer Bestimmungen zur Sicherung der Küstenunteressen (Zuabel und Schiffahrt)." Eine Handelsflagge des Reichs erhellet §. 3. lit. g.) 4) zu §. 3. lit. h. „Der Reichsgewalt steht für eine allgemeine Kodifizirung des Civil- und Kriminalrechts, des Civil- und Kriminalprozesses, des Handels- und Wechselrechts; die Gesetzgebung über deutsches Staatsbürgerrecht (ohne das Heimathsrecht), über die Freizügigkeit, Maß- und Gewichtssystem; sowie die gesetzliche Regelung der sonst vorbehaltenen Rechte des Reichs." 5) Zu §. 3. lit. m. „Die Reichsgewalt hat zur Bestreitung der Bedürfnisse des Reichs das Recht zur Ausschreibung von Matrikularbeiträgen der einzelnen Staaten. Außerdem die Berechtigung zur Kontrahirung von Reichsschulden auf verfassungsmäßigem Wege, mit der besonderen Verpflichtung der einzelnen Staaten, ohne Genehmigung der Reichsgewalt die Ausgabe von Papiergeld zu unterlassen." 6) zu §. 4. „Über Würde des Oberhauptes wechselt von fünf zu fünf Jahren zwischen dem Kaiser von Oesterreich und den deutschen Königen nach ihrer bisherigen Rangordnung, so jedoch, daß jetzt aus diesen das erste Oberhaupt durch Stimmenmehrheit der deutschen Bundesfürsten aus ihrer in engeren Rathe gewählt wird. Ist der Kaiser selbst oder seinenfalls der Kaiser von Oesterreich, sofern er nicht etwa jetzt gewählt worden, den Turnus beginnt." 7) Zu §. 7. „Das Direktorium hat die vollziehende Gewalt, mit dem der Reichsgewalt übertragenen Umfange für die betreffenden Angelegenheiten, zu erwarten und die Befehle zu geben, welche die Anordnungen über die Matrikel; es ernennt den Oberbefehlshaber des stehenden Heeres, wenn darüber (§. 3. c.) von Reichswegen verfügt wird; es bestimmt die Verstellung des Heeres." Zu §. 12. „Das Recht zur Wahl der Reichsräthe steht allein den Regierungen zu." 9) Zu §. 13. „Der Sitz des Volkshauses sei Frankfurt, mit Ausschluß der §. 12. Nro. 1 erwähnten Siebenzehner, vertritt ganz Deutschland und ist an Instruktionen nicht gebunden." 10) Zu §. 26. Zusatz. „Die Reichsgewalt leistet Gewähr für die Aufrechthaltung der in den einzelnen Staaten bestehenden Verfassungen, sowie für Uebereinstimmung mit der Reichsverfassung vorher anerkannt worden." 11) Zu §. 30. „Alle Bundesbeschlüsse sind, insoweit sie mit einer Bestimmung des Reichsgrundgesetzes im Widerspruch stehen, hiemit außer Kraft gesetzt. Die in den einzelnen Staaten bestehenden Landesverfassungen und Landesgesetze werden auf dem durch die Verfassung der einzelnen Staaten vorgezeichneten Wege mit dem Reichsgrundgesetze nöthigenfalls in Einklang gebracht. Für bestehende Verträge zwischen den einzelnen deutschen und auswärtigen Staaten tritt nach Ablauf derselben die Bestimmung des §. 3. lit. a. ein."

**Hannover**, 25. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde das fünfte Kapitel der Verfassungsänderungen zu Ende berathen. Bedungen stellte eine Reihe von Anträgen, die sämmtlich wesentliche Verbesserungen enthielten und sämmtlich auch einstimmig, theils mit großer Mehrheit gegen die Minister entschieden wurden; so ward namentlich beschlossen, künftig weder allständische Diäten zu halten, die Militärstrafgerichte der Zustimmung der Stände zu versetzen, die ausdrückliche Verantwortlichkeit des Kriegsministers in Bezug auf den Etat auszusprechen, den Kammern das Recht zu einseitigen Adreßen beizulegen.

**Hannover**, 26. Mai. Die zweite Kammer hat heute einen Antrag Hantelmann's auf unbedingte Gleichstellung aller Kulte angenommen, obwohl alle drei Minister sich dagegen erklärten. (L. Mztg.)

† **Göttingen**, 25. Mai. An die hohe deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. Erklärung der Göttinger Bürgerversammlung vom 24. Mai 1848, betreffend die Beschlüsse zur deutschen Nationalversammlung. — Unser Ministerium hat am 17. und 18. d. M. den Ständen des Königreichs seine Ansicht über die deutsche Nationalversammlung kund gethan, und beide Kammern haben ihm nach dem Ausgang der Hannov. Zeitung Beifall gezollt. — Jene Ansicht ist aber nicht die unsere; sie ist unserer festen Ueberzeugung nach nicht die der Mehrzahl der hannoverschen Wähler. Deßhalb halten wir uns verpflichtet, einer hohen deutschen Nationalversammlung ehrerbietigst zu erklären: Wir glauben nicht, daß aus dem Zusammentreten der Versammlung „sowohl Gutes herauskommen werde" — nein, soweit der Blick von unsern Höhen reichte, sahen wir Freudenfeuer loben zur Feier des Zusammentritts, soweit die deutschen Herzen schlagen, in ihnen diese Versammlung der lichte Stern, der

Digitized by Google

uns aus einer dunkeln Nacht der Unsicherheit und der Zwietracht hinführen wird zum Tage des Heils und der sichern Einheit. Deßhalb wollen wir mit Freuden opfern, was unsere Brüder als Opfer begehren; deßhalb wollen wir vor Allem eine starke, weitgreifende Reichsgewalt! — Wir wissen wohl, daß unser Verfassungswerk auf einen festen Bund der Völker und der Fürsten soll gegründet werden; aber wir sehen deßhalb in unserem Reichstage keine berathende, sondern eine verfassunggebende Versammlung. Wenn vollends angedeutet ist, daß einzelne Regierungen sich etwa nicht anschließen, daß dann unser Land sich selbst und seinem Fürsten treu bleiben und mit ihm stehen wolle, so können wir nimmer glauben, daß unser greiser König dem Willen seines Volkes widerstreben, von unsern Brüdern uns trennen, oder — was mit Jenem daßselbe ist — Dasjenige uns versagen wolle, was die gesetzliche Mehrheit deutscher Nation zu Frankfurt beschließen wird. — Auf den einstimmigen Beschluß der Bürgerversammlung der Stadt Göttingen: Das Präsidium und der Ausschuß. (Folgen die Unterschriften.)

**Baden.** Karlsruhe, 28. Mai. Das Reg.-Blatt enthält eine Verfügung des Ministeriums des Innern, die Wiederbelebung der volkswirthschaftlichen Thätigkeit betreffend. Es heißt darin: Die Regierung bedarf des Beirathes von Volke vorhandenen Einsicht und Sachkenntniß. Sie wird deßhalb Mitglieder der Handelskammern, der Industrie-, Gewerbe- und landwirthschaftlichen Vereine möglichst bald um sich versammeln, um ihnen Fragen über folgende Gegenstände zur Begutachtung vorzulegen. 1) Einrichtung von Kreditanstalten — wenn nöthig, mit Bürgschaft des Staates für die auszugebenden Papiere; 2) eine Gewerbeverfassung mit Gewerberäthen und Fabrikgerichten, Förderung von Vereinen für vorzugsweise Absatze deutscher Erzeugnisse der fremden, sowie für Ausdehnung des persönlichen Kredits; 3) Kredit-, Preis- und Absatzverhältnisse der Landwirthschaft. Die Regierung rechnet hiebei auf die Unterstützung der Stände, auf das Entgegenkommen der Bürger, insbesondere auch darauf, daß die in das Ausland oder in Verstecke gebrachten Geldsummen ihren natürlichen Weg zur Befruchtung aller Zweige der Volkserwerbs wieder finden werden. Endlich wird die Regierung bei ihren Vorschlägen und Maßregeln a) die Beschlüsse im Auge behalten, welche die konstituirende Versammlung in Frankfurt über einschlägige allgemein deutsche Anliegen fassen könnte; b) mit den Regierungen anderer Staaten sich benehmen, um gleichförmige Anordnungen, unter Mitwirkung gemeinschaftlicher Versammlungen von Sachverständigen zu erzielen — Anordnungen, die um so fruchtbarer sein werden, je größer die Gebiete und die Bevölkerung sind, für welche sie gelten.

**Freiburg**, 27. Mai. Dem Vernehmen nach wird die zur Untersuchung der politischen Vergehen ernannte Specialkommission bis Montag ihre Thätigkeit beginnen. Eine ziemliche Anzahl der hier oder in nächerer Umgegend seit dem 24. April Verhafteten ist bereits freigegeben worden, eine nicht unbedeutende Anzahl derselben befindet sich dagegen noch in den hiesigen Gefängnissen. (Fr. u. O. Z.)

**Schwerin**, 25. Mai. Dem Hamb. Korr. wird von hier geschrieben: Heute Morgen sind zwei Geschütze, 150 Mann des leichten Bataillons und 50 Musketiere von hier nach Waren abgegangen. Eben dorthin sind von Wismar aus eine Kompagnie des ersten Musketier-Bataillons und von Ludwigslust zwei Schwadronen Kavallerie beordert worden. Die Infanterie wird auf Wagen befördert, so daß allen Vermuthen nach 600 Mann der verschiedensten Waffengattungen in Waren konzentrirt sein werden. Die Untersuchungs-Kommission wird in Waren ihren Sitz nehmen und von dort aus sollen fliegende Korps die Verhaftungen in den einzelnen Ortschaften beschaffen. Erzählt wird, daß beim Brande von Torgelow 20 Aufrührer im Weinkeller den Tod gefunden. — Einem unverbürgten Gerüchte zufolge soll auch das gräflich Hahn'sche Schloß Basedow (bei Malchin) vom Landvolke niedergebrannt sein. — Der Großherzog ist heute aus Flensburg zurückgekehrt.

**Hamburg**, 26. Mai. Die Kommission für den deutschen Marinekongreß hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: „Der Fünfzigerausschuß in Frankfurt a. M. hat unter dem 11. Mai. einen Aufruf an alle deutschen Regierungen ergehen lassen zur Beschickung eines am 31. Mai zu eröffnenden Marinekongresses. Es ist demnach die unterzeichnete Kommission zusammengetreten, um die nöthigen Einleitungen zu der beorsterhenden Versammlung zu treffen, und ersucht dieselbe die verehrlichen Herren Abgeordneten, von Ihrem Eintreffen einem der Unterzeichneten gefällige Anzige zukommen lassen zu wollen. Bei dem großen Interesse, mit welchem diese nationale Angelegenheit in ganz Deutschland aufgenommen ist, darf auch eine energische, thätige Betheiligung bei dem Kongresse mit Zuversicht erwartet werden. Die Kommission heißt die Herren Abgeordneten im Namen Deutschlands willkommen und begrüßt Sie mit der Versicherung des freundlichsten Empfanges. Die Kommission für den deutschen Marinekongreß in Hamburg. Senator Bäsch. Senator Kirchenpauer. Dr. R. M. Sloman. J. C. Godeffroy und Sohn".

**Hamburg**, 27. Mai. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß am 24. d. der Sohn des Generals Wrangel in Berlin angekommen ist, um einen Waffenstillstand zur Ratifikation vorzulegen, welchen General Wrangel mit dem Oberstbefehlern der dänischen Truppen abgeschlossen hat. Als Basis desselben wird bezeichnet: die deutschen Truppen ziehen sich bis über die Schlei zurück, die Dänen verpflegen Nordschleswig zu verlassen und geben die angehaltenen Schiffe wieder heraus. Man glaubt allgemein, daß dieser Waffenstillstand ratificirt werden wird.

**Frankfurt**, 30. Mai. Ich muß Ihnen doch über den endlichen Ausgang der sogenannten Arbeiterbewegung berichten, die lächerlicher Weise zur Einschüchterung der Nationalversammlung neulich hat benutzt werden sollen. Schon damals waren nicht die Gesellen aller Gewerbe einig; meist aus Schneidern und Schuhmachern bestanden die Petitionäre, während die Schmiede, Schlosser, Metzger sich über den Aufzug lustig machten. Nachdem die Sache kläglich gescheitert war, zogen die Schneidergesellen, um ihrem Verdrusse Raum zu geben, noch dem nahen Rödelheim mit der Erklärung, nicht eher zur Arbeit zurückkehren zu wollen, bis ihre Forderungen bewilligt seien. Die Meister ließen ihnen darauf sagen, wenn sie bis zum gestrigen Tage nicht würden zurückgekehrt sein, so werde man ihnen die Wanderbücher hinaussenden, und sie nicht mehr zur Arbeit in Frankfurt zulassen. Und siehe da, noch ehe der Tag verstrichen, saßen die Weltstürmer wieder an der Nadel. — Die Nationalversammlung geht festen Schrittes ihrem großen Ziele entgegen. Ein Beschluß wie der gestrige ist für eine deutsche Versammlung etwas bis jetzt Unerhörtes, aber um so erfreulicher. Wie viele Opfer wurden da auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt; hatte doch Mittermaier allein 30 Anträge zur Geschäftsordnung eingereicht, die man nun ohne alle Eingelbrathung mit einer einzigen Abstimmung annahm. Die Berathung der einzelnen Paragraphen wie der zahllosen Anträge würde fast eine Ewigkeit hinweggenommen haben, um welche wir jetzt dem großen Ziele näher stehen. Wahrlich, die deutsche Nation wird praktisch, und es soll mich nicht wundern, wenn die Frankfurter Nationalversammlung ihre Aufgabe früher lösete als die gleichzeitige Pariser. Es ist etwas Schönes um solchen Wetteifer zweier Nationen. — Morgen wird die Versammlung ihre definitiven Vorstände wählen. Gagern als erster, Soiron und von Andrian (Oesterreicher) als die beiden Stellvertreter werden wohl — Gagern vielleicht einstimmig — aus der Urne hervorgehen.

### Schweiz.

**Luzern**, 26. Mai. Die Berner Z. enthält folgende Mittheilung: Fast überall im Kanton haben sich geheime Komitès gebildet, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, das Volk zur Verwerfung des Dekrets, betreffend die Kissrerausfedung, zu verleiten und den 4. künftigen Monats das Veto dagegen einzulegen. Ueberall stehen Männer an der Spitze, die durch die neue Ordnung ihr Ansehen, ihren Einfluß und — was am meisten schmerzt — ihre Besoldungen und Sporteln verlieren haben. Bei den Freiämtern erregen diese Wühlereien um so größere Entrüstung, weil die schwächlichen Folgen ausgetreten werden, um das leichtsinnige und leichtgläubige Volk zu ängstigen. Die Polizei hat sich endlich bewogen gefunden alles Ernstes einzuschreiten. Im Amte Hochdorf wurden demnach verhaftet Altkriminalgerichtspräsident und Großrath Furrer von Schongau und der berüchtigte Hauptmann Jenni von Mäswangen. In Ettiswyl, im Gasthofe zum Schwert, saßen beisammen Altamtsstatthalter Künzli von Ettiswyl, Altamtschreiber Studer von Gettnau, Altgroßrath Graf am Buchwald zu Schüz und noch drei Individuen des gleichen Schlages, die über einem Plane brüteten, auf welchem Wege die Gemeinden des weitläufigen Amtes Willisau aufgereizt werden sollten. Auch da schritt die Polizei ein, das Komite ward verhaftet und gefänglich auf das Schloß Willisau gebracht. Die Fäden dieser künstlichen Anfregung laufen aber in Bugern zusammen, hier thronen das Generalkomite, hier erhalten die Sendboten ihre Aufträge, noch hat man aber nicht daran gedacht, den bekannten Unruhestiftern das Handwerk zu legen.

**Bern**, 28. Mai. Die gestern hier eingetroffene Nachricht von der Katastrophe in Neapel hat einen erschütternden Eindruck hervorgebracht; denn sämmtliche Schweizerregimenter waren im Feuer und litten Viel. Nach einer Privatnachricht von Livorno dauerte der

Digitized by Google

Kampf in den Straßen gute Stunden. Von den Schweizertruppen blieben ein General, 30 Officiere und 300 Soldaten auf dem Platze; 500 wurden verwundet. Noch dem Schreiben eines Berner Officiers aus Neapel zählte das vierte (Berner) Regiment im Kampf vom 15. unter den Officieren 5 Todte, nämlich Hauptmann Moralt, Hauptmann Stürler, Lieutenant Gouweona, Lieut. Stämpfli und Lieut. Elmann; ersterer 4 aus der Stadt Bern. Verwundet wurden aus diesem Regimente 6 Officiere, 12 Soldaten blieben todt und 80 waren verwundet. Der Kampf, welchen Stämpfli und Odsenbein in der Berner B. und dem Verfassungsfreund über ihre politische Stellung auf die erbitterste und schonungslose Weise führen, geht bereits über den Rathssaal und die Presse hinaus und droht eine gefährliche Kluft in der liberalen Partei hervorzurufen, indem das Volk für und gegen diese Männer Posto faßt. Wenn der Streit in beiden Blättern beendigt, werde ich Ihren Lesern eine summarische Uebersicht über den Stand der Dinge geben. Auch der eidgen. Oberst Rilliet von Genf muß sich vertheidigen gegen den Vorwurf der Presse, als habe er dem von der Mailänd. Regierung gemachten Vorschlag, sich an dem Kampf der Lombardei zu betheiligen, mit einer so ungeheuren Geldforderung geantwortet, daß jede fernere Unterhandlung unmöglich geworden sei. Er erklärt dies für Verleumdung und sagt: „Die prov. Regierung der Lombardei ließ mir, ohne das mindeste Zuthun von meiner Seite, zuerst durch die Vermittlung von Agenten, später direkt, das Anerbieten machen, ich möchte die Aufgabe übernehmen, ihre Armee zu organisiren. Ich machte meine Zustimmung von zwei Umständen abhängig. Vorerst verlangte ich vorläufige Kenntniß der Elemente, über welche ich zu Erstellung einer so schwierigen Aufgabe verfügen könne, indem ich entschlossen sei, die möglichst Aussicht, meinem Vaterland noch einige Dienste zu leisten, nicht aufzuopfern, ohne gegründete Hoffnung, dem Lande, das mich mit seinem Vertrauen beehrte, in der That nützlich zu sein. Zweitens verlangte ich die wirkliche Stellung, die ich einnehmen sollte, zu vernehmen. Ich bezeichnete keine Forderung, keinen Grad, keine Summe, keine Besoldung, und Niemand hatte Auftrag von meiner Seite, irgend Etwas zu fordern." Die Tagsatzung hat gestern keine Sitzung gehabt.

** Bern, 29. Mai. Die Spaltung zwischen der ultrarabikalen und der Ochsenbein'schen Partei tritt je länger je mehr hervor. Die Berner Zeitung bringt eine Reihenfolge von Artikeln, welche augenscheinlich darauf berechnet sind, das Vertrauen und das Ansehen, welches Ochsenbein bisher genoß, systematisch zu untergraben und so seinen Sturz vorzubereiten, welcher nun allen Anwiderreden zufolge beschlossen worden ist. Hinweleder enthält der Verfassungsfreund, das Organ Ochsenbeins, eine höchst interessante Darstellung der Gründe und Ursachen, welche jene Stellung hervorgerufen, das Thun und Treiben der extremen Partei wird dabei ins gehörige Licht gesetzt, und die Aufschlüsse über die letzten Vorgänge, welche gegeben werden, sind von solcher Art, daß sie auch dem Unglaubigsten die Augen öffnen müssen. Wenn je eine Partei den Namen der Partei des Auslandes mit vollem Rechte verdient hat, so ist es die Bärenpartei. Auch ist die Entrüstung über diese Partei, welche um jeden Preis die Neutralität der Schweiz aufgeben und sie in den Strudel der politischen Wirren der Nachbarstaaten hineinziehen will, bei allen Rechtlichgesinnten groß, und sie dürfte sich verrechnen, wenn sie ihre nur allzu deutlich hervortretenden Pläne auf Umsturz der schweizerischen Unabhängigkeit durchsetzen zu können glaubt. Die große Mehrheit des Schweizervolkes weiß diese propagandistischen Tendenzen entschieden von der Hand, und wird nöthigenfalls durch die That beweisen, daß es keinewegs gesonnen ist, einiger unruhigen, im Dienste der fremden Propaganda stehenden Männer wegen ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Leider haben die jüngsten Ereignisse in Neapel und der durch dieselben herbeigeführte Konflikt zwischen dem Volke und den Schweizertruppen der extremen Partei einen neuen Vorwand gegeben, sich in die italienischen Angelegenheiten einzumischen. Die gleichen Leute, welche offen und geheim das Reislaufen nach der Lombardei in Schutz nehmen und begünstigen, ergießen sich in den stärksten, maßlosesten Ausdrücken gegen die Schweizer, welche ihrem Eide getreu den Aufruhr in Neapel unterdrücken helfen, und bereits hat James Fazy in der Tagsatzung den Antrag gestellt, die Kapitulation mit dem König von Neapel aufzuheben und die Schweizerregimenter heimzuberufen. So wenig wir nun geneigt sind, den fremden Kriegsdienst, zumal unter den gegenwärtigen Umständen zu vertheidigen, und so wünschenswerth es wäre, daß demselben auf dem Wege gütlicher Unterhandlungen ein Ende gemacht werde, sowenig können wir einem offenbaren Vertragsbruche das Wort reden, durch welchen nicht nur die Rechte des Königs von Neapel verletzt, sondern auch die Interessen der in seinem Dienste befindlichen Schweizer, in Hinsicht auf ihre Pensionirung u. s. w., gefährdet würden. Oder hat man vielleicht im Sinne, die Schweizertruppen nur als dem Grunde aus Neapel zurückzuberufen, um sie einer andern defwegenderen Macht zur Verfügung zu stellen?

## Belgien.

Brüssel, 27. Mai. Morgen erscheint der Auflösungsbeschluß der Kammer. Die neuen Wahlen sind auf den 13. Juni festgestellt. Die neuen Kammern werden gegen Ende Juni schon zusammentreten. (Nach. B.)

## Großbritannien.

London, 27. Mai. Den 24. Mai Abends wurde in den Londoner Taverne ein zahlreiches Meeting gehalten, dessen Zweck sich dahin aussprach, dem Volke das allgemeine Stimmrecht zu sichern, d. h. daß jeder Mann von 21 Jahren, der bei richtigem Verstande und keines Verbrechens überführt sei, Mitglieder für das Parlament wählen könne. Anwesend waren unter Andern die Parlamentsmitglieder Sharman Crawford, Gardener, Lushington, Oberst Thompson, der den Vorsitz führte, ferner die bekannten Vertheidiger der Volksinteressen J. Burnett, J. Sturge, C. Miall u. s. w. In den Reden bezog man sich namentlich auf das von Frankreich, Deutschland und andern Völkern des Festlandes gegebene Beispiel, welche die ausgedehntesten Freiheiten auf dem Wege der Revolution errungen hätten, obschon man sich ausdrücklich gegen die Anwendung von Gewaltmitteln zur Erreichung der Reformzwecke verwahrte. Namentlich äußerte man sich mit größter Erbitterung gegen Russell, der neulich im Unterhause erklärte, es sei in den Mittelklassen kein Bedürfniß für Reformen irgend welcher Art vorhanden. Man betrachtete diese Aeußerung als einen Abfall des Lords von seinen frühern Grundsätzen und erklärte, daß dieser Minister fernerhin keinerlei Vertrauen noch Unterstützung mehr verdiene. Die Chartisten waren in großer Zahl gegenwärtig und bejubelten jedes Wort, welches den sechs Punkten der Volkscharte günstig lautete, während sie andererseits ihre Mißbilligung mit Allem äußerten, was auf eine in ihrem Sinne halbe Maßregel hinauszulaufen schien. Der bekannte Jones erklärte schließlich sogar, daß die Volkscharte noch nicht weit genug gehe. Es entstand nun ein so heftiges Wortgefecht zwischen den Chartisten und den Anhängern des Volksbundes, daß kein Redner mehr verstanden wurde, und die Stimme des Vorsitzenden wirkungslos verhallte. Eine Resolution des Chartisten Duncan, einen getrennten Verein mit der bei Gegenpartei ihm einen Schlag verseht, gab endlich zu einem solchen Sturm Anlaß, daß die herbeigerufene Polizeimannschaft genöthigt war, die Versammelten auseinander zu treiben. Schöne Aussichten für ein künftiges chartistisches Regiment und Parlament!

In den Times heißt es: dem Wunsche des englischen Publikums, daß den Feindseligkeiten zwischen Dänemark und der deutschen Streitmacht ein Ziel gesetzt werde, sei Preußen dadurch bereits zuvorgekommen, daß dem General Wrangel der bestimmte Befehl zugegangen sei, Jütland zu räumen und das von ihm einseitig erlassene Kontributionsausschreiben zurückzunehmen. Sollten inzwischen Beiträge bereits von den Jüten zwangsweise eingetrieben worden sein, so würden auch diese zurückerstattet werden. „Man darf hoffen", heißt es weiter, „daß diesem Schritt zum Guten der Abzug eines Waffenstillstandes sofort folgen wird, dessen Bestimmungen dahin gehen werden, den Feindseligkeiten zu Land und See ein Ende zu machen; von dem kriegführenden Theile werden Schleswig und sein Zubehör an Eilanden geräumt und die in Beschlag genommenen Schiffe nebst Eigenthum wieder herausgegeben werden. Die weitere Räumung Holsteins wird natürlich folgen, wenn obigen Bedingungen Genüge geschehen." Nachdem die Times ihre Freude darüber ausgedrückt, daß demnach der Friede des nördlichen Europas wieder hergestellt und gesichert sein werde, schließt ihr Artikel: „So wird die preußische Regierung ein schätzbares Unterpfand ihres aufrichtigen Wunsches für Erhaltung des Friedens der Welt gegeben haben, und den in der vortrefflichen Thronrede des Königs von Preußen enthaltenen Versicherungen wird die Erfüllung auf dem Fuße gefolgt sein." (E. unsere Hamburg.)

Die Konsols haben sich in Folge der günstigen Aussichten auf Beilegung des dänischen Kriegs auf 84½.

Der Globe sagt: die Angabe der „Emancipation", einer meist wohlunterrichteten Brüsseler Zeitung, daß der spanische Gesandte London sofort verlassen werde, erregte in der City große Theilnahme. Wahrscheinlich wolle der Gesandte auf diese Weise dem Schicksal entgehen, daß ihm, wie er befürchten müsse, von der englischen Regierung die Pässe zur Heimreise ertheilt würden.

Digitized by Google

Unsere gestrige Angabe, daß die Judenbill mit einer Mehrheit von 35 Stimmen im Oberhause beseitigt worden, war allerdings richtig, in den übrigen Zahlen steckt sich aber ein Versehen. Für die Bill stimmten 96 Anwesende, 32 im Auftrage, im Ganzen 128, gegen die Bill 125 Anwesende, 38 im Auftrage, im Ganzen 163. Wir hatten in der gestrigen Nummer diejenigen nicht mitgezählt, welche ihre Stimmen durch Bevollmächtigte (proxies) abgaben. Die freisinnigen Zeitungen sind voller Jubel. „Ihre dem Hause der Lords!“ ruft der Standard aus, „und aber Preis und Dank den Pfeilern unserer Verfassung. Indem die Lords die abscheuliche Judenbill verwarfen, leisteten sie dem Lande zweifelos Dienst; sie retteten uns von einer furchtbaren Sünde (!), sodann haben sie die Stellung in der Verfassung wieder eingenommen, die ihnen gebührt und uns erwarten läßt, daß sie uns auch künftig gleiche Dienste leisten werden“. Dagegen spotten die Times: „Der Staat hat vier Millionen von einem Juden gedrgt, um die Schwesterinsel (Irland) zu unterstützen. Sicherlich konnten die edlen Herren unter dieser unchristlichen Anleihe und Verbindlichkeit nicht ruhig schlafen; sie mußten Etwas thun, um den Flecken abzuwischen“. Diese Zeitung bleibt sich bei aller Inkonsequenz, doch immer treuen. Sie tritt auf ein allgemein verständliches Recht, sondern auf diese Uebermillionenanleihe stützt sie die Gründe zurück, wodurch die Juden im Parlament zu sitzen berechtigt seien.

Ein Madriter Korrespondent des Morning Chronicle versichert, daß die einflußigern Spanier, ja daß selbst mehrere Mitglieder des Kabinets, hierunter sogar der Herzog von Sotomayor, mit dem gegen Hrn. Bulwer eingeschlagenen Verfahren sehr unzufrieden seien, daß aber die Maßregel durch den allmächtigen Einfluß von Narvaez durchgesetzt worden. In den laufmännischen Kreisen der Hauptstadt herrsche große Bestürzung und Unruhe wegen der Verwickelungen, welche die Heimsendung des englischen Gesandten zur Folge haben möchten. Der Morning Post zufolge soll der Einfluß Frankreichs auf die innern Angelegenheiten Spaniens wieder eben so groß sein, als zur Zeit des seligen Ludwig Philipps. Die englischen Blätter sprechen sich zum größten Theile gegen Spaniens Verfahren aus, zum Theil sind sie auch wohl gegen Palmerston aufgebracht, während der Telegraph aufs Schmählichste Hrn. Bulwer angreift und es für sehr glaublich hält, daß Bulwer mit den spanischen Unruhestiftern wirklich in Verbindung gestanden. Bulwer habe jährlich ein Gehalt von 6500 Pf. bezogen und Nichts dafür gethan, als daß er die Bande zwischen Spanien und England zerrissen habe. Der Sun spricht seine Verachtung für den gehegenen staatsmännischen Charakter Palmerstons aus, meint aber, daß das Verhältniß zwischen Spanien und England, trotz der gegenthätigen Versicherungen Palmerstons, durch diesen Ereignitz aufs Aeußerste getrübt sei. Die meisten Blätter betrachten dies Verfahren der spanischen Regierung als einen England angethanen Schimpf, als eine Handlung frecher Impertinenz. Es wird sich bald zeigen, daß, falls Palmerston oder nicht, Spanien oder mindestens das Narvaez'sche Kabinet dafür wird büßen müssen. Der Korrespondent des M. Chronicle spricht es bereits aus, daß die Tage des Narvaez'schen Ministeriums und seiner Partei gezählt seien.

## Italien.

Die Allg. Zeit. berichtet aus Triest vom 25. Mai. Die Gefahr ist vorüber: die feindliche Flotte hat sich entfernt und ist völlig aus dem Gesichtskreise der Stadt verschwunden. Die Deputation der Konsuln hatte der feindlichen Admiral mit den herablassendsten Versicherungen aufgenommen. Abends ertönten Signalschüsse; man hatte bemerkt, daß die Flotte sich in Bewegung setze; Alles rüstete sich zum Kampfe; aber die feindlichen Segel gingen in die hohe See hinaus, statt dem Hafen zuzukommen. Die Mutmaßungen über den Grund davon waren getheilt: die Einen glaubten, die Flotte sei wieder abgegegen, weil sie sich in ihrer Vermuthung getäuscht gesehen, als brauchte sie sich nur zu zeigen, um die überwiegende italienische Bevölkerung Triest's zum Aufstand zu bringen; nach der andern Meinung hatte die eben eingetroffene Nachricht von der Konterrevolution in Neapel die Wendung herbeigeführt.

Die provisorische Regierung in Mailand hat am 15. d. M. ein Dekret veröffentlicht, wornach die Lombardei sich Piemont anschließt. Es heißt darin: „Aufruf an das souveräne Volk der Lombardei, Benedigs, der weiland Herzogthümer Parma und Modena, und an unsere vielgeliebten Brüder der sardinischen Staaten. Da der Vortheil und die Nothwendigkeit anerkannt sind, mit den piemontesischen Staaten ungesäumt die der Lombardei, Parma's, Modena's und Venedigs zu vereinigen (vorausgesetzt, daß dieses sein Schicksal mit dem der Lombardei derschwistern will), so soll eine einzige Monarchie unter dem konstitutionellen Scepter der savoyischen Dynastie errichtet werden. Nach beendigtem Krieg wird die Nationalversammlung aller die neue Monarchie bildenden Staaten eine auf demokratischen Grundsätzen begründete Konstitution niederlegen. Indem der König Karl Albert die Verschmelzung der neuen Staaten mit seinem Königreiche Piemont annimmt, muß die provisorische Regierung ihn jedoch im Namen des Volkes auffordern, zu versprechen und zu schwören, daß er als Grundlagen der den neuen Staaten zu gewährenden Konstitution folgende zwei Hauptpunkte verkündigen, annehmen und aufrecht halten will: 1) Die unverschränkte Pressefreiheit wird anerkannt und zugesichert. 2) Die Bewaffnung der Nationalgarde in der ganzen Ausdehnung, welche ihr von der provisorischen Regierung zu Mailand verliehen ist, wird bestätigt und aufgestellt, und darf diese Nationalgarde unter keiner Bedingung und unter keinem Vorwande verwindert, suspendirt oder aufgelöst werden. Die parlamentarische Versammlung hat erkannt, daß mit der freien Presse und mit den Waffen in den Händen des Volkes es jeder Regierung unmöglich wird, die heiligen Rechte des Volkes zu vernichten. Dieselbe hat gleichfalls anerkannt, daß Karl Albert, falls er, wie nicht zu bezweifeln steht, jene Bedingungen annimmt, einen neuen Beweis seines großmüthigen und festen Entschlusses an den Tag legen wird, das Glück seiner Völker zu sichern, indem er ihnen die Grundlagen einer wahrhaft freien und volksthümlichen Konstitution gewährt. — Zugleich ist die Republik Venedig eingeladen worden, dem lombardischen Parlamente zu Mailand ihre Willensmeinung zu erkennen zu geben, was bereits Statt gefunden, indem die provisorische Regierung von Venedig erklärt hat, sich in dieser Angelegenheit ganz dem Verfahren der Lombarden anzuschließen. Dies hat jedoch nicht ohne heftigen Widerstand von seiten Manin's geschehen können, welcher in diesem Augenblicke demselben Schicksale zu unterliegen Gefahr läuft, welches Mazzini von Mailand vertrieb.

## Türkei.

Konstantinopel, 7. Mai. Man kann eigentlich die Farbe des neuen Kabinets nicht bestimmen; es vereinigt Männer von den verschiedensten Gesinnungen: Konservative, Reformisten und Fanatiker. Es steht zu befürchten, daß Letztere die Oberhand behalten, und daß die Modifikationen, welche nicht lange ausbleiben dürften, zum Nachtheile der Reform ausfallen werden. Eine Sache steht aber fest, nämlich: daß das Kabinet ein türkisches ist und weder unter dem französischen, englischen, noch russischen (?) Einflusse steht, sondern an dem Principe der entschiedensten Neutralität festhalten zu wollen scheint. Die Nachrichten aus der Walachei lauten bedenklich. Weisungen aus Petersburg gemäß soll der russische Konsul in Bucharest der walachischen Regierung erklärt haben, daß die russischen Truppen beim geringsten Symptome von Unruhen in das Fürstenthum einrücken würden, um dem Despotismus beizustehen. Es sollen bereits 70,000 Mann über den Pruth gegangen sein und 25,000 Mann bereit stehen, auf die erste Aufforderung des russischen Konsuls die walachische Grenze zu überschreiten. Diese Nachrichten haben nicht geringe Bestürzung bei den Patrioten der Walachei und in Konstantinopel verursacht. Man schickt täglich Truppen ab in der Richtung von Varna. (K. Z.)

Mit dem Dampfboot „Lodovico“, das am 11. d. M. Konstantinopel verlassen, wird uns gemeldet, daß daselbst die türkische Flotte sich zum Auslaufen vorbereitete, doch ohne daß man den Bestimmungsort wußte. (Griechenland?) Sie bestand aus 4 Linienschiffen, 5 Fregatten, 4 Dampfschiffen und noch einigen andern Fahrzeugen; außerdem erwartet man noch die Flotte des Vicekönigs von Egypten, die sich mit jener vereinigen sollte. (Lloyd.)

## Jonische Inseln.

Die gesetzgebende Versammlung der vereinigten Staaten der jonischen Inseln hielt in Corfu am 16. Mai eine außerordentliche Sitzung, welche vom Lord-Oberkommissär mit folgender Anrede eröffnet wurde: „Da der Senat mit mir in der Meinung übereinstimmt, daß die kraft der Verfassungsurkunde der jonischen Presse auferlegten Beschränkungen nicht mehr erforderlich sind, so habe ich von der Regierung der hohen Beschützerin die Sanktion erhalten, Ihnen zu empfehlen, daß die betreffenden Klauseln der Verfassung zurückgenommen werden. Ich habe es für nöthig erachtet, Sie in einer außerordentlichen Sitzung zu versammeln, um diese wichtige Maßregel Ihrer Beurtheilung und Ihren Beschlüssen anheim zu stellen, damit die endliche Bestätigung Ihrer Majestät in Betreff einer solchen Verfassungsänderung ohne erst die nächste ordentliche Parlamentsversammlung abzuwarten, eingeholt werden könne. (Lloyd.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

†† **Aus Hessen**, 18. Mai. Heute ist ja der große Tag, an dem die Vertreter des deutschen Volks in Frankfurt ihr Werk beginnen sollen; da ist es wohl an der Zeit, einen Blick zu werfen auf die Zustände einzelner Staaten im lieben Vaterland, zu prüfen, wie weit in nun fast 3 Monaten das Werk der Reformen gediehen ist und, weil wir des frohen Gedeihens noch so wenig erblicken, vor Allem auf die wunden Stellen hinzuweisen, wo Hilfe Noth thut. Für einen solchen wunden Fleck halten wir die Verhältnisse des Großherzogthums Hessen, und wir glauben, daß die oberste Militärbehörde, daß das Kriegsministerium davon die Hauptschuld trägt. Eine schwere Anklage, wofür wir den Beweis nicht schuldig bleiben dürfen. Es wandelt uns ein bitteres Gefühl an, wenn wir uns fragen, was das Kriegsministerium seit unserem schönen Reformationsfeste, seit dem unvergeßlichen 6. März gethan hat. Wir wögen hinblicken auf die Zweige des Militärorganismus, und wir werden überall keine andere Thätigkeit finden, als wenn wir noch mitten in den gemüthlichen Zeiten des hausbackenen deutschen Stillledens uns befänden; wir werden sehen, daß das Kriegsministerium, als gingen die großen Bewegungen der Zeit unbemerkt an ihm vorüber, als hätte es für ihre lauten Forderungen keinen Sinn und kein Verständniß, ruhig in der alten Weise fortvegetirt und die theure, kostbare Zeit mit kleinlicher Geschäftigkeit todtschlägt. Dabei ist die ganze alte Scheinthätigkeitsseligkeit, der ganze Schlendrian eines Geschäftsganges beibehalten worden, der den Herren selbst manchmal Etreiche spielt, an die sie gewiß nicht gedacht, die sie noch viel weniger verschuldet haben. Ein Beispiel. Am 19. März trug sich an der Infanteriekaserne in Darmstadt ein Skandal zu, wie sie in der letzten Zeit an vielen Orten vorgekommen sind. Zwei Tage lang sprach die ganze Stadt davon, Soldaten wären dabei betheiligt, und es wurden darum von den Kommandeuren die Maßregeln genommen, die ihnen nöthig schienen. Die Geschichte war unbedeutender, als man geglaubt hatte; dadt sprach man nicht mehr davon, ein Theil der Garnison rückte nach Baden aus. Da kommt auf einmal, gute drei Wochen nach dem Vorfall, in eine der Stationen ein Erlaß des Kriegsministeriums, worin, der Ordre jener Vorfall gut unterrichtet war, aufgefordert wird, zu berichten, ob es wahr sei, daß, wie man vernommen habe, bei jenem Vorfall am 19. März auch Soldaten betheiligt gewesen wären. Wahrlich, über solche Dinge möchte man lächeln, wenn sie den Zeitverhältnissen gegenüber nicht einen zu bittern Ernst enthielten. Es ließe sich noch Aehnliches erzählen, aber wir sind nicht gesonnen, mit Anführung von Kleinigkeiten, die am meisten verwunden, gehässig zu reizen; es gilt uns nur um die Sache. Und dieser wird noch besser gedient, unsere Behauptung wird sich weit vollständiger rechtfertigen, wenn wir betrachten, was das Kriegsministerium seit dem 6. März nicht gethan hat. — Wir gehören nicht zu den heißblütigen Staatskünstlern, die einen schwierigen Neubau von heute auf morgen aufgeführt haben wollen; wir sind zwar der Ansicht, daß in die klaffige neue Ordnung des Staatslebens nur eine durch und durch umgeänderte Wehrverfassung eingefügt werden kann, daß die bestehenden Militärverhältnisse auf die Dauer völlig unhaltbar sind. Aber wir halten eine durchaus neue Organisation in diesem Augenblick für höchst gefährlich, die Abschaffung der stehenden Heere bei dieser Weltlage für den abgeschmacktesten Unsinn, auf den je ein politischer Sansculottismus verfallen konnte. Desto mehr ist es Pflicht, sich die Lage Europas zu Herzen zu nehmen, desto mehr sollten die, welche am Ruder stehen, Sorge tragen, daß das Vaterland am Tage der Gefahr gerüstet ist. Wer die Ereignisse von Anfang beobachtet hat, der mußte wissen, daß ein Sturm nahe, der nicht in Wochen und nicht in Monaten ausgetobt hat; das Wetterleuchten dieser letzten Tage im Westen überhebt uns des Beweises, wie nahe die Gefahr sei. Nun weiß Jedermann, daß unsere Nachbarn gute Soldaten sind; es weiß Jeder, auch ohne daran zu denken, daß französischen Uebertreibungen und Großsprechereien zu glauben, daß sie eine größere eingeübte Truppenmacht aus Süddeutschen gegenüberstellen können, als wir sogleich aufzubringen vermögen. Wer die neueste Kriegsgeschichte kennt, weiß ferner, was die Ueberlegenheit der Zahl bei der gleichen Stufe taktischer Ausbildung der europäischen Heere bedeutet; er weiß, daß eine doppelte Ueberlegenheit durch keine Heldenkunst und keinen Heldenmuth ausgeglichen werden kann. Nach solchen Erwägungen wäre doch Nichts dringender, als neue Bataillone zu bilden und einzuüben, als schleunig für die Herbeischaffung von Waffen zu sorgen. Das neue Gesetz über die Volksbewaffnung mußte vor Allem diesem dringenden Bedürfniß abzuhelfen suchen. Und es ist auch das hessische Gesetz mit entschiedener Rücksicht darauf ausgearbeitet worden: aber hat das Kriegsministerium einen „antheil daran, daß es den Entwurf ausarbeiten lassen, hat es ihn in der Kammer vertreten? Unseres Wissens gehöret das ganze Verdienst davon dem Ministerium des Innern. Was hat nun das Kriegsministerium weiter gethan, um die hessische Kriegsmacht, wie es Noth thut, zu verstärken? was hat es gethan, um in Personal- und Sachverhältnissen, um in Organisation, in Bekleidung und Ausrüstung auch nur die alleredringendsten Verbesserungen einzuführen? kann es auch nur auf einen einzigen dieser ihm zugewiesenen Gebiete einen einzigen großen Akt seiner Thätigkeit nachweisen? So lange man uns die Beantwortung dieser Fragen schuldig bleibt, glauben wir der Aufführung weiterer Thatsachen überhoben zu sein, die wir, wenn man uns nicht zwingt, zu sprechen (es gibt auch einen moralischen Zwang, den die Pflicht gegen das Vaterland auferlegt), um so lieber verschweigen, als sie leicht zu Persönlichkeiten führen. Es sei aber ferne von uns, die Männer, welche gegenwärtig an der Spitze des Ministeriums stehen, zu verdächtigen. Die meisten unter ihnen haben sich ihrer Zeit als Männer von Bildung und Einsicht erwiesen; sie haben meist dem Vaterland in den Tagen der Gefahr anerkannt brav gedient. Das wird ihnen unvergessen bleiben; aber daraus folgt noch nicht, daß sie auch jetzt noch die Kräfte im Sturm sein könnten. Vielmehr ist Nichts natürlicher, als daß mit den vorrückenden Jahren, zumal in einem mehr als 30jährigen Padore und Gamaschendienst die Einsicht und der Muth hinter den lauten Forderungen einer neuen Zeit allmählich zurückbleiben müssten. Einem solchen rein menschlichen Schicksal sind wir wenige außerordentliche Persönlichkeiten nicht unterworfen: von den Mitgliedern unseres Kriegsministeriums hat aber keines vor dem Umschwung der Dinge bewiesen, daß er ein Freund des neu aufgeweckten Lebens sei. Es war nicht gut, nicht glücklich, daß man dieses Kriegsministerium beibehielt, während in den übrigen Ministerien fast ein völliger Umsturz geschah. Unserer jungen Sache thun jugendliche Kräfte Noth, Männer, die sich ihr mit ganzer Seele, mit Leib und Leben weihen. In diesem Augenblick bedroht die Reaktion, bedroht noch gefährlicher die Anarchie unsere Zukunft; will man sie retten, so lenke man ganz, man lenke unaufhaltsam in die neue Bahn; es liegt wahrlich so sehr im Interesse der Fürsten, als in dem der Völker; die theuersten Rechte Beider gehen Hand in Hand. Das haben die vielen Männer, welche nun in den meisten deutschen Staaten an der Spitze der Regierungen stehen, wohl erkannt; aber, wenn sie, die gegen alle verkehrten Sonderinteressen auf der einen, gegen die wahnsinnig gesteigerten Forderungen auf der andern Seite zu kämpfen haben, auch noch die sie gegrnde Umgebung mit Gewalt fortreißen müssen, dann möchte die Last auch für die Schultern eines Riesen zu groß werden. Und wehe dann uns, wenn wir träg und lässig, sie zu unterstützen, am Ende das furchtbare Wort hören müssen: „Es ist zu spät".

## Frankreich.

**Paris**, 28. Mai. Im Schlusse der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung, die nur mit Verlesung von Vorschlägen ausgefüllt ward, setzten sich plötzlich die im Innern des Gebäudes aufgestellten Truppen in Bewegung und besetzten alle Zugänge. Zu gleicher Zeit stellten sich Bataillone der Linie und der Mobilen vor dem Stadthause und dem Luxembourg auf, und um 6 Uhr ward in den meisten Legionen der Nationalgarde Generalmarsch geschlagen. Man erfuhr jetzt, daß eine außerordentliche Sitzung unter den 120,000 Arbeitern der Nationalwerkstätten herrsche, daß man einen Aufstand befürchte und deßhalb Vorsichtsmaßregeln ergreife. Der Minister des Innern hat nämlich den Beschluß gefaßt, alle nicht aus Paris gebürtigen und unbeschäftigten Arbeiter in ihre Departemente zu schicken, wo ihnen jedoch dieselbe Arbeit in Nationalwerkstätten wie hier angewiesen werden sollte. Die Arbeiter weigerten sich, hierauf einzugehen. Zugleich hatte der Minister der öffentlichen Arbeiten befohlen, eine neue Zählung und Sichtung der Arbeiter der Nationalwerkstätten vorzunehmen, da man wußte, daß sich wenigstens 24,000 Individuen auf verschiedene Art in diese Werkstätten eingeschlichen hatten, welche Individuen theils entlassene Galeerensträflinge waren, theils nie Arbeiter gewesen und theils als Portiers, Diener u. s. w. ohnehin ihr Brod verdienten. Es wurden eigene Inspekteren zu dieser Sichtungsoperation ernannt; allein in den meisten Brigaden wurden sie von den Arbeitern mit dem Rufe: A bas les Mouchards! verjagt. Gestern Abend, während Generalmarsch geschlagen wurde, waren alle Straßen voll Gruppen, die diese Angelegenheit besprachen — da warfen die Zeitungsausrufer eine noch aufregendere Neuigkeit hinein, sie schrien nämlich die Verhaftung Emil Thomas, des Direktors der Nationalwerkstätten, aus. Ueber diese Verhaftung circulirten die wiedersprechendsten Gerüchte; alle Journale meinten, daß Emil Thomas

Digitized by Google

in der Nacht vom 26. auf den 27. auf das Stadthaus gerufen worden sei, wo sich der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Maire von Paris befanden, daß er die ganze Nacht daselbst in Konferenz geblieben sei, daß man ihn am andern Morgen in eine Polizeikasse gesetzt und, von zwei Personen begleitet, nach Bordeaux geschickt habe. Man ließ ihn mit Niemand mehr sprechen, und nur durch einige mit Bleistift geschriebene Zeilen konnte er seiner Familie anzeigen, daß er, mit einer dringenden, wichtigen Mission beauftragt, augenblicklich abreisen müsse. Der National behauptet, die Verhaftung des Hrn. E. Thomas sei unwahr. Man versichert, Hr. E. Thomas habe sich geweigert, mehrere gegen die Arbeiter beschlossene Maßregeln auszuführen, und man habe, damit er die Arbeiter nicht früher von den beabsichtigten Schritten der Regierung in Kenntniß setzen oder sie gar zum Widerstande aufreizen könne, für nöthig gehalten, ihn von Paris zu entfernen. — Die Ruhe wurde jedoch gestern nicht gestört, und nur Mitternacht erhielt die Nationalgarde den Befehl, sich nach Hause zu begeben.

Ein Dekret des Ministers der öffentlichen Arbeiten im Moniteur ernennt eine Kommission, die sich mit der Reorganisation der Nationalwerkstätten zu beschäftigen hat. Ein anderes Dekret ernennt Hr. Leon Lalanne zum Direktor der Nationalwerkstätten an die Stelle des Herrn Emil Thomas, der mit einer Mission nach Bordeaux beauftragt sei.

Außerdem zirkulirten wunderliche Gerüchte. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Hr. Trelat soll sich selbst in die Nationalwerkstätten begeben, dort aber als Gefreit zurückbehalten worden sein. Die Regierung dagegen soll entschlossen sein, das kostspielige Experiment der Nationalwerkstätten, das sich mit dem angekündigten wohlfeilen Verwaltungssystem sehr schlecht verträgt, für immer aufzugeben, die Arbeiter von 18—25 Jahren sollen dann als „Freiwillige" zur afrikanischen Armee geworben werden! Damit wäre dann wieder eine prahlende Theorie des franz. Socialismus zu Grabe getragen und zu dem alten praktischen Hülfsmittel Bonaparte's gegriffen — das Proletariat als Kanonenfutter zu gebrauchen. Das nennt man dann Lösung der socialen Frage!

Als Seitenstück zu den vielen Bankets, die jetzt die Nationalgarde hält, um den Sieg der Ordnung zu feiern, haben die Arbeiter jetzt auch ein Bankett zu Ehren Barbès und Alberts beschlossen. Dasselbe wird im Gehölz von Vincennes, dicht bei Barbès und Alberts Gefängnisse und unterm freien Himmel Statt finden. Das Kouvert kostet 6 Sous — es wird nur Brod, Wein und Käse serwirt — man rechnet auf mehr als 100,000 Theilnehmer.

## Italien.

Neapel. Die Allg. Z. bringt folgende Mittheilungen: In Betracht, daß diejenigen, welche zu Mitgliedern der Deputirtenkammer erwählt waren, am 15. Mai, bei dem antinationalen Attentätchen Verdorgeht, sich vereinten, um den Charakter einer Assemblee unica rappresentante della Nazione anzunehmen, daß sie ein Sicherheitskomité schufen, unter dessen unbedingtem Befehl die Nationalgarde stehen sollte, in Betracht, daß das illegal war, da von jenen Mitgliedern noch nicht der von den Gesetzen erforderte Schwur geleistet war u. s. w., hat der König von Neapel (17.) die Deputirtenkammer aufgelöst. Die Zahl der nach ihrer Gefangennehmung erschossenen Bürger soll 9 betragen; die Deputirten, heißt es, in Widerspruch mit andern Berichten, sind auf den königl. Schiffen gefangen; eine Deputation Neapolitaner soll nach Paris gegangen sein, um die Hilfe der französischen Republik zu beanspruchen.

Livorno, 20. Mai. Ich schrieb Ihnen vorgestern früh Morgens über die Vorfälle in Neapel. Gegen Mittag zog Alles in Folge dessen ein Haufe des Volks nach dem neapolitanischen Konsulat, verbrannte das Wappen, welches der Konsul schon hatte herunternehmen lassen, schleppte es auf den großen Platz und verbrannte es, sowie es eine Gypsbüste des Königs von Neapel beschimpfte und zertrümmerte. Sonst geschah kein Unfug. Nach bestimmt eingezogenen Erkundigungen muß ich mit Leidwesen melden, daß die Schweizer Truppen sich bei den Vorfällen in Neapel auf das Grausamste benommen haben, selbst dem Schweizer Konsul schossen sie alle Fenster ein, auf die falsche Angabe eines Lazzarone, daß aus dem Hause geschossen worden sei. Von den Schweizer Offizieren sollen viele getödtet sein. Das heute angekommene französische Regierungsdampfboot verließ Neapel am 18. ruhig. Die französischen Unterthanen, deren Wohnungen und Waarenlager geplündert worden waren, hatten auf Schadenersatz angetragen, und es hieß, Admiral Baudin werde diese Forderung unterstützen.

Das Lager bei Treviso hatten die Oesterreicher aufgegeben, dagegen wurde Sicenza, wo sich auch Manin und Tommaseo und die Truppen des Generals Durando befinden, von den Oesterreichern aufs Heftigste berannt. Aus Verona war Sergebin dahin abgegangen. Man vermuthete, daß die Stadt sich nach einem Bombardement, welches in der Nacht vom 23. zum 24. Mai von 1 Uhr bis 7 Uhr Morgens dauerte, ergeben habe.

## Ungarn.

Δ Pesth, 22. Mai. Daß die letzte Wienergeschichte nur eine Dupirung der guten Wiener sein würde, dachten wir uns Alle, nachdem wir von dem ersten Erstaunen zurückgekommen waren, denn diese Abreise des Kaisers hat hier ein ungeheures Aufsehen gemacht. Schon ging die Rede, Stephan als König zu proklamiren. Indessen beruhigte man sich bald wieder, als man sah, daß Stephan und die Minister nun höchst kräftig aufzurotten anfangen. Batthyany erließ gestern unter seiner eignen Verantwortlichkeit einen Aufruf an die Szekler in Siebenbürgen, diesen kräftigen ungarischen Urstamm, sich sobald als möglich, 12,000 Mann stark, nach Szegedin zu verfügen, wo ein ungarisches Lager gebildet wird und Alles zu ihrer Aufnahme bereit sei. Seit zwei Tagen wird hier öffentlich für die ungarische Armee geworben, und die jungarischen Musikbanden ziehen in der ganzen Stadt umher, gefolgt von einer Masse Volk, die sich bereits anwerben ließ. Nyari hielt eine begeisternde Rede, in Folge deren 200 junge Leute gleich unter die Fahne traten. Der Bieckönig erließ gestern eine Proklamation, worin er die Nation auffordert, ihm und dem Ministerium ganz zu vertrauen. Die Minister bitten um Beisteuer an Geld und Geldeswerth; heute tritt die Bürgerschaft zusammen, um über die auf die Stadt Pesth zu legende Kriegssteuer zu berathen; gestern sollte eine Volksversammlung beim Museum abgehalten und alle Einwohner aufgefordert werden, ihre Gaben auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen, das von allen Seiten bedroht wird; ein noch heute anhaltender Regen verhinderte dieselbe. Dagegen werden Sammlungen von Haus zu Haus angestellt. Alles will gerne geben, und alle Deutschen halten fest an der Sache der Ungarn, denn nur sie sind's, die den Fortschritt anstreben. Ich schrieb neulich schon, daß Ungarn sich fest an Deutschland anschließen will, der „Pirlap" gab schon mehrere Artikel in diesem Sinn, und Kossuth sagt in dem Programm zu seinem am 1. Juli erscheinenden großen Journal: Das deutsche Element ist das Element der Civilisation, mit diesem bin ich mit Freuden im Bunde, ohne jedoch deßwegen die selbstständigen Rechte und Freiheit meiner Nation aufzuopfern. In Wien aber sitzt der Verrath, das zeigt sich immer deutlicher. Jellasich verbrannte die Befehle des Bieckönigs und der Minister, sowie das Handbillet des Kaisers, ein solches stellt nämlich alle Kommandirenden Ungarns und der Nebenländer unter Stephan u. d. ungar. Ministerium, ebenso die ganze Grenze und den Ban von Kroatien, und heute soll eine Kriegserklärung deßhalben gegen Ungarn in der Agramer Zeitung stehen. Die von hier nach Cziza gesandten italienischen Kompagnien hat man dort nicht eingelassen; einige Stimmen sagen, sie seien entwaffnet. Diese Truppen sind höchst günstig für Ungarn gestimmt, riefen den Bestehern ein wiederholtes evviva zu, als sie mit dem Dampfboot abfuhren, und erkundigten sich, ob sie auch wohl im Interesse von Ungarn dahin geschickt würden, weil sie nur für dieses zu kämpfen bereit seien. Wir erhielten heute mehrere Briefe von Oravitza, Lagos und Werschitz, dort ist's meist ruhig, und Alles spricht sich für Ungarn aus; nur einige Gegenden werden von illyrischen und russischen Aufwieglern bearbeitet, was aber einstweilen nur zu Aufständen gegen die Grundherrschaften führte, deren Grundsätze die Bauern unter sich vertheilten. So leicht wird es nicht werden, Ungarn zu knechten — die Cumanen Jazygen bieten den Ministern Gut und Blut; nach Debrein gehn tüchtige Leute, um zu werben. Die schändlichen Räubereien zu Neutra wurden nur von slavischen Bauern vollführt, in keinem einzigen ungarischen Ort fand eine Ruhestörung oder ein Judenkrawall Statt. Gott wird Ungarn vor einer slavischen Herrschaft bewahren! Ellerhazy hat den Befehl erhalten, sich unverzüglich zum König zu verfügen und seine Person nicht zu verlassen, sich vielmehr den entschiedensten Einfluß bei ihm zu sichern. Kroatien und Slavonien soll den Plan hegen, sich mit Serbien zu vereinigen; und sollte Ungarn oder Oesterreich gegen diese vollständige Losreißung einschreiten, so will Rußland als Vermittler auftreten. So erzählen mir wenigstens Slavonier.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver a Bourg., 79 Bourgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden man sich an H. F. Kiesgener in Straßburg Nr. 30 Broglie, Portal Nr. 20 Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptpreise des Inserates sind die Petitzeile 1 Sgr. Beilagen werden mit 7 fl. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 153.** **Heidelberg,** Freitag 2. Juni. **1848.**

## Zur Nachricht.

Mit dem 1 Juli beginnt ein neues Abonnement auf die **Deutsche Zeitung** für das halbe Jahr bis Ende Dezember 1848. Der Preis bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg ist 5 fl., durch die Post bezogen im Umfange des Großherzogthums Baden 6 fl. 13 kr., wozu auswärts noch der Postaufschlag kömmt. —

Die Verhandlungen der **Deutschen Nationalversammlung**, welcher der Redakteur, wie mehrere Mitarbeiter als Mitglieder angehören, wird die **Deutsche Zeitung** schnell und übersichtlich mittheilen.

## Uebersicht.

**Die Errichtung einer provisor. Reichsgewalt.** — **Wien** (Neue Unruhen. Studenten und Arbeiter gegen Militär. Concessionen des Ministeriums. Permanenter Sicherheitsausschuß gebildet. **Bozen** (die Landtagswahlen). **Prag** (die Parlamentswahl und die Tschechen; Stimmung in den deutschen Theilen). **Berlin** (Verhandlungen der Kammer). **Posen** (die Wahlen). **Karlsruhe** (Parlamentswahlen). **Mannheim** (die Wahlen. Anhalmen der Anarchisten). **Mainz** (Belagerungsverordnungen). **Hamburg** (der Waffenstillstand mit Dänemark; die Friedensverhandlungen; die Abtrennung Nordschleswigs. **Frankfurt** (Reichstagsverhandlungen. Marcels Antrag. Gagern zum Präsidenten erwählt. Soiron erster, Andrian zweiter Vicepräsident. Entgegnung).

**Großbritannien.** London. Die Lage des Ministeriums und des Oberhauses nach Verwerfung der Judenbill.

**Frankreich.** Paris. Unruhige Gerüchte. Die Nationalwerkstätten. Ministerielle Erklärung darüber. Straßburg. Betrachtung über die Lage der Dinge.

**Beilage.** Mittheilungen eines Nolhauers. **Schweiz.** Bern. Verhandlungen der Tagsatzung und des Gr. Raths über die Schweizerregimenter in Neapel. Der Bundesentwurf. Rheinwald.

### Heidelberg, 1. Juni.

Die Nationalversammlung in Frankfurt hat schon häufig in ihrem eigenen Schooße den Vorwurf hören müssen, daß sie Nichts thue. Die Männer der linken Seite, die Hechte im Karpfenteiche, stören sie jeden Augenblick einmal auf. Sie sind überall von den Formen genirt, ohne die sich doch eine große Versammlung nicht bewegen kann; sie sind immer im Anlauf, über diese Formen hinwegzuspringen, mit Anträgen, die wieder über die bestehenden Staatsformen, Ordnungen und Gewalten hinwegspringen, die sie nicht weniger beengen und belästigen. Sie möchten dem neuen Geiste gleich auch seine neuen Formen schaffen, und wenn dies nicht so schnell geht, wenigstens die alten zertrümmern oder unbedeutet bei Seite geworfen wissen. Herr Zitz stellte sich ganz ungehalten darüber, daß der Kommandant von Mainz sich an das Festungsreglement von 1832 (oder wie Hr. Zitz die Jahrzahl emendirte, damit das Reglement auf eine Linie mit den Wiener Ministerkonferenzen käme, von 1834) halte, von dem der Kommandant freilich nicht wird lassen können, bis ihm der Bürgermajor erst auch die Kriegsgerichte weggeschafft hätte. So wollte derselbe Herr auch über den Bundestag weggesehen wissen, und man weiß überhaupt, wie man mit dieser obersten Behörde bei jeder Gelegenheit umspringt. An die Stelle der alten Institute, der alten Behörden, des alten Geschäftsbetriebes, möchte man ungeduldig neue Einrichtungen, Menschen und Regeln bringen; man will sogleich ins Werk setzen, was man erst berathen soll; man drängt sich in die kleinsten Einzelnheiten der Verwaltung, ehe man an die höchste Aufgabe der Verfassung noch gedacht hat; man will gleich stückweise die Verfassung lieber ins Leben rufen, als sie erst im Ganzen durchdenken. Improvisiren, das ist die ganze Staatskunst dieser Leute; und das Geheimniß, warum sie in viele ihrer Strategeme auch ruhigere Männer verwickeln und mitreißen, ist eben dies, daß ihre Kecklheit und Rath- und Thatrüstigkeit Allen imponirt, die gleichfalls nur improvisirte oder auch gar keine festen Begriffe von einem Staatsleben haben und sich von Charlatanen leiten und verleiten lassen.

Aus diesem Drange, unmittelbar wirkend und schaffend anzufangen, der Versammlung statt eines konstituirenden einen instituirenden Charakter zu geben, ihr bewegliche und eingreifende, gleichartige Organe zuzugesellen, ist der Antrag der linken Seite ausgegangen, aus dem Schooße der Versammlung eine provisorische Regierung zu bestellen. Dem gegenüber glaubte man auf der andern Seite den Gegenantrag stellen zu müssen, die Regierungen möchten ein provisorisches, dem Reichstage verantwortliches Reichsministerium bilden oder durch Einen ernannten Premier bilden lassen, dem die vollziehende Gewalt übertragen werde; Andere respektiren in einem verwandten Antrage die gegenwärtige exekutive Bundesbehörde und wollen bloß ein Ministerium bestellt haben, das dem Reichstage und dem Bundestage verantwortlich sei. Aus demselben Bedürfnisse war früher der Gedanke an das Triumvirat bei dem 50er Ausschuß und dem Bundestage aufgekommen, und bei den Siebenzehnern waren mehrfache solche Anträge gestellt, die darauf ausgingen, den Bundestag zu größerer Raschheit und Entschiedenheit des Handelns zu spornen und einzelne Maßregeln, die der künftigen einheitlichen Verwaltung und Verfassung entsprächen, zu antiziviren.

Man erlaube uns in unserer entfernteren Stellung als Zuschauer des Spieles einer Meinung zu sein, die sich vielleicht unter den Mitspielern selbst, welche mehr oder weniger Alle in den Strom rascherer Vorstellungen durch die Natur der Sache und einer solchen Versammlung hingerissen werden müssen, keines Beifalls erfreuen würde. Unsere Meinung ist die, daß die rechte Seite mit dem Einen ihrer Vorschläge, der dem Bundestage bloß ein Ministerium zugestellen will, keine bewegliche Exekutivbehörde, sondern vielleicht eine noch unbeweglichere erhalten würde; daß ein Ministerium mit vollziehender Gewalt, welches der andere Vorschlag bezehrt, entweder nicht zu Stande käme oder in eine provisorische Regierung ausarten würde; daß der eigentliche Zweck, auf den man mit all diesen Anträgen ausgeht, eine schnellere und energischere ausführende Gewalt zu haben, wenn er gleich jetzt und nicht erst nach beschlossener Verfassung erreicht werden soll, auch durch eine provisorische Regierung nur dann erreicht werden würde, wenn die Nationalversammlung in ganz Deutschland so viel moralisches Ansehen hätte, daß sie sich ein politisches gleich jetzt anmaßen dürfte.

Wenn der Antrag durchginge, in Folge dessen die Nationalversammlung beschlösse, es solle ein provisorisches Reichsministerium bestellt werden, das dem Reichstage und dem Bundestage verantwortlich sei, so würde der Bundestag, wie er auf seinen Beschluß über das Triumvirat that, Instruktionen einholen und sich von den Regierungen die Minister oder den Einen mit der Bildung betrauten Präsidenten bezeichnen lassen. Sind wir recht unterrichtet, so sind Wochen hingegangen, ohne daß bis jetzt mehr als zwei Regierungen sich über jenes Triumvirat nur geäußert haben; so würde es auch in Bezug auf das Ministerium werden. Oder die

Digitized by Google

Regierungen sollten sich, in Ehrfurcht vor der größern Majestät der Nationalversammlung mehr beugen; nimmermehr würde die Bezeichnung des Premierministers unter den ehrsüchtigen Großmächten Unterhandlungen unmöglich machen. Es sei aber, daß der Ministerpräsident bezeichnet werde, und bald und der rechte Mann dazu, würde gerade dieser eine solche Stelle annehmen mögen? Würde er sich mit einer so schwerfälligen exekutiven Gewalt in die Geschäfte einer höchst kritischen Zeit voll innerer und äußerer Gefahren stürzen mögen, mit der Voraussicht, daß er Nichts, was er anfange, vollenden werde, daß ein definitives Reichsregiment sich einen andern definitiven Minister um so wahrscheinlicher suchen werde, je schwerer es ist, gerade in dieser mißlichen Zeitlage sich nur auf Wochen Popularität und Stellen zu erhalten, je schwerer es sein würde, einer so neuen Gewalt, wie das Parlament ist, verantwortlich zu sein und genug zu thun! Der Reichsminister wäre dem Bundestage zugeordnet, der noch immer an Instruktionen gebunden ist; er könnte mit seinen Kollegen die baudelnde Kraft des Bundestages nicht vermehren, nicht stärken, nicht beschleunigen; der Bundestag hätte sich nicht allein mit den instruirenden Fürsten, sondern nun auch noch mit dem Ministerium zu einigen; die Veto von dort, die Entlassungseingaben von hier würden sich stoßen; das Ministerium würde in der ersten Kollision abdanken, oder es würde sich auf die Nationalversammlung stützen und die Autorität des Bundestages absolute; man käme auf dem zweiten Falle an, den der zweite Antrag in sich begreift.

Die Regierungen sollen, nach diesem zweiten Antrag, ein dem Reichstage verantwortliches Reichsministerium bestellen, dem die vollziehende Gewalt übertragen werde. Wir zweifeln sehr, daß die Antragsteller die ganze Tragweite dieser Zumuthung bemessen haben. Der Antrag schließt mittelbar die Forderung ein, daß der Bundestag abtreten solle. Wir wissen nicht, ob dies in dem Willen der Anträger lag. Wir wissen aber, daß dieser schroffe Charakter des Vorschlags seine Ausführung sehr erschweren muß. Ob sich der Bundestag so leichthin würde wegschieben lassen? Gewiß würden die Instruktionen dazu sehr lange auf sich warten lassen. Ob die Regierungen auf einen solchen Antrag hin das Reichsministerium bestellen würden? Gewiß viel weniger gerne als auf jenen ersten Antrag hin, gewiß viel langsamer und bedenklicher, am Wahrscheinlichsten gar nicht. Ob ein Ministerpräsident für solch ein verantwortliches Exekutivministerium sich finden würde? Gewiß noch viel weniger als für das erstere, es sei denn ein solcher, der zu allen außerordentlichen Streichen aufgelegt wäre. Denn das verhehle man sich nicht: dieses vollziehende Ministerium würde nichts Anderes sein oder doch werden, als eine provisor. Regierung. Die vollziehende Gewalt in die Hände eines verantwortl. Ministeriums legen, heißt nichts Anderes, als den Reichstag mit allen Staatsgewalten bekleiden. In einer fürstlichen Hand, außer unmittelbarer Verantwortung gestellt, bewegt sich die vollziehende Gewalt frei und entschließt sich, in dringenden Fällen zu handeln, selbst zu beanstandeten Mitteln zu greifen, wenn sie hofft, sie mit dem Erfolge zu decken; aber in der Hand eines Ministeriums, dem Gnade und Lehne der fürstlichen Macht abgeht, wird — vollends in dieser Neuheit und Schwierigkeit der Verhältnisse — die Beweglichkeit und Entschlossenheit fehlen, oder man würde sich zu jedem Schritte von der Nationalversammlung autorisiren lassen, man würde ihr blindes Werkzeug werden. Man kann sagen, wenn diese Versammlung ihren ruhigen und besonnenen Charakter beibehält, so kann dies nicht schaden. Dies ist wahr. Es fragt sich aber, ob das Bewußtsein ihrer Gewalt der Versammlung nicht vielleicht bald einen andern Charakter aufdrücken würde? Es fragt sich, und es ist nach aller Natur unserer Verhältnisse und nach dem neuesten Geschehenden zu bezweifeln, ob die Anordnungen der Centralgewalt überall in den Einzelstaaten so pünktliche Ausführung finden würden! Es fragt sich, wenn diese ausbliebe, ob dies nicht die Stimmung des Reichstags reizen und verbittern müßte, ja ob es nicht die Würde und Pflicht der Versammlung erheischte, eine einmal genommene Stellung in solchen Fällen wirklich zu behaupten? Es fragt sich also, ob man nicht eine revolutionäre Gewalt schaffen würde, gerade indem man einer solchen aus dem Wege gehen wollte? Denn dem Vorschlage der Linken, eine provisorische Regierung aus dem Schooße der Nationalversammlung zu ernennen, sollen die Gegenanträge auf ein Reichsministerium begegnen. Dieser Vorschlag aber wird, wie die Versammlung jetzt geartet ist, jetzt nicht angenommen werden. Wohl aber könnten sich die Stimmen auf jenes vollziehende Reichsministerium vereinigen, die der Linken in der Aussicht, die wir begründet finden, daß vielleicht die Ereignisse das Ministerium zu der provisorischen Regierung umschaffen könnten, nach der sie verlangen.

**Soll vor der definitiven Feststellung der Verfassung die Exekutivgewalt gestärkt werden, so sehen wir noch immer in dem früher vorgeschlagenen Triumvirate den natürlichsten und einfachsten Weg dazu. Leute der Bundestag die Nationalversammlung ein, ihr durch einen Ausschuß oder in irgend einer andern Weise sechs Männer ihres Vertrauens zu bezeichnen, so wäre eine populäre Wahl geschehen. Die nöthige Rücksicht auf die Großmächte könnte gewahrt werden. Ein Uebergang zu dem künftigen Reichsregimente wäre gefunden, ob es nun ein Direktorium oder ein gewählter oder erblicher Monarch werden würde. Es wäre ein Nothbehelf. Aber ein Nothbehelf wäre Alles, was man Provisorisches ersinne und erfinde. Und es wäre am Ende eine Frage, ob man sich nicht auf die kurze Weise bis zur Vollendung der Verfassung am klügsten geradezu mit dem Bundestage behälfe, wie er nun ist. Viele Experimente, am Ende gar verunglückende Experimente, stehen einer großen Nation in einer solchen Zeit nicht wohl an. Wir haben uns mit dem Bundestage nun durch dreißig Jahre beholfen, warum könnten wir es nicht noch 2—3 Monate, mit der gegebenen Aussicht auf eine entschiedene Aenderung unserer Zustände, und nachdem in dem Bundestage selbst ein anderer Sinn Platz gegriffen hat? Erhübe sich die Nationalversammlung in dem trefflichen Geiste, der sie bei der Abstimmung über die Geschäftsordnung ergriff, zu dem großen Entschlusse, von dem Momente an, wo der Verfassungsausschuß seine Vorlagen macht (und die ersten sollen schon in acht Tagen gemacht werden können), keinen andern Antrag zu hören und zu behandeln, bis das Verfassungswerk berathen und beschlossen ist, so sähen wir uns vielleicht schon nach sechs bis acht Wochen in dem kostbaren Besitze, von dem wir ein neues Leben hoffen. Je dringender das Bedürfniß einer Centralgewalt ist, desto mehr wäre dies ein Antrieb zur Beschleunigung und zur ungetheilten Beschäftigung mit der Verfassung. Wie anders würde dann eine definitive ausführende Gewalt und ein definitives Ministerium die Gesetzgebung und Organisation angreifen, als eine Zwischengewalt und Behörde, die ohne Vertrauen auf ihren Bestand auch kein Vertrauen zu ihrem Werke hätten. Man kann einwerfen, in sechs bis acht Wochen könnten Ereignisse eintreten, die das Vaterland bis ins Innerste erschütterten. Aber bei dem Eintritte solcher Ereignisse wird der Reichstag seinen Weg vom Rathen zu Thaten immer sehr schnell gefunden haben; man wird in solchen Fällen seine Hilfe suchen, ob ein Ministerium, ein Triumvirat oder der Bundestag die Exekutive hat; und er wird sich je nach den Fällen wieder neue provisorische Gewalten, Diktatoren und Hegemonien schaffen, wenn ihm die alten nicht genügen sollten!**

---

**Oesterreich.** Δ Wien, 25. Mai. Der czechische Verein, der in dem großen Oesterreichischen Staate seine Zusammenkünfte möchentlich einmal — hält, hat in seiner letzten Vereinigung den Ausspruch gethan, „Wien könne nicht mehr die Residenz der Monarchie bleiben." Und unser Kriegsrath haben dies vortrefflich! Der Reaktion sind jetzt hier Thür und Thor geöffnet — dies geht so weit, daß man täglich hören kann, die deutschen Aufwiegler hätten das Meiste dazu beigetragen, um die Ereignisse des 15. Mai herbeizuführen. So weit sind wir schon czechisirt, und wenn sich die Wiener Bürger noch länger so einschüchtern lassen, so ist es um unsern Anschluß an Deutschland geschehen. Wir hoffen Viel von dem energischen Auftreten Ungarns in deutschem Interesse. Erzherzog Stephan ist heute Nacht um 12 Uhr hier angekommen und nach einer kurzen Unterredung mit den Ministern sogleich wieder abgereist, um sich zum Kaiser nach Innsbruck zu begeben und Sr. Majestät zur Rückkehr zu bewegen. Die Stimmung gegen den Grafen Bombelles ist schlimmer, als sie es je gegen Metternich oder Sedlnitzki war. Dazu kommt noch, daß er immer für einen offiziellen Julius gilt. — Auf die Verbreitung des Erlasses über den Schluß der Universität hielten die Arbeiter, 8000 an der Zahl, eine Versammlung und beschlossen einstimmig, von ihrem Taglohn, der in 25 kr. K.-M. besteht, solle jeder Einzelne 5 kr. abtreten und zum Unterhalt derjenigen Studenten, welche durch die Ferien genöthigt wären abzureisen, der Universität zur Disposition zu stellen. Die Arbeiter, die Kämpfer der Märztage möchten hier bleiben. — Die Bürger der Vorstadt Neubau nehmen 53 Studirende an ihren Tisch auf. Die Fabrikanten berufen Vorstadt haben 8000 fl. K.-M. der Universität übergeben, um 7 Stipendien für ewige Zeiten

Digitized by Google

daraus zu Ehren, als Erinnerung an die Märztage und den 15. Mai. Mehrere Plakate der Nationalgarde rufen die Studenten auf, hier zu bleiben und ihre Legion nicht aufzulösen, andere fordern sie auf, sich mit Beibehaltung ihrer akademischen Uniformirung den Reihen der Nationalgarde einzuverleiben. — Dagegen tritt Graf Colloredo im entgegengesetzten Sinne auf. Er rief die akademische Legion auf, sich freiwillig aufzulösen, widrigenfalls mit Waffen und würde er seine Stelle als ihr Oberkommandant niederlegen. — Im Laufe des Tags erschien in der Aula (denn nur die Vorlesungen sind als geschlossen erklärt, nicht die Aula) eine Arbeiterdeputation, welche erklärte, ein Dr. Schmidt sei zu ihnen gekommen und habe Geld unter sie ausgetheilt, mit dem Bemerken, der Graf Montecuculi schicke ihnen solches unter der Bedingung, daß sie sich gegen die Universität erklären.

Δ Wien, 26. Mai. Heute früh erklärt ein Erlaß des Grafen Montecuculi, als niedererß. Regierungspräsident, die akad. Legion für aufgehoben, beschlt ihnen, die Gewehre abzuliefern, und die nicht von hier gebürtigen Studenten haben sich binnen 24 Stunden aus Wien zu entfernen. — An die Nationalgarde cirkulirt ein Regierungserlaß, dieselbe möge sich brav halten, sich gegen die Studenten erklären und sich nicht von denselben einschüchtern lassen. Militär zu Fuß und zu Pferd ist requirirt mit Artillerien und Batterien. Die Thore der inneren Stadt sind vom Militär besetzt, Niemand darf aus- noch einpassiren. — Die Studenten waren heute früh in der Aula versammelt, da traf plötzlich der Befehl des Grafen Montecuculi für die Entwaffnung ein, und eine Kompagnie Grenadiere umringte die Universität. Die Bürger sind entrüstet über dies Verfahren. In diesem Augenblick steht Wien sehr kriegerisch aus, 26 Barrikaden sind schon errichtet, andere entstehen. Eine Deputation ist so eben bei dem Ministerrath und verlangt die Zurücknahme der Verfügung von heute früh, welche der Graf Montecuculi an die akadem. Legion erließ, und dessen Absetzung. Männer und Frauen eilen auf die Universität und bieten ihre Unterstützung an und jeden Patronen; eine Frau brachte ihre Adresse und erklärte, daß die Studenten in ihrem Hause so viel Pulver und Patronen, als sie wollen, erhalten könnten. Zu den Barrikaden werden aus allen in der Nähe liegenden Häusern die kostbarsten Möbel geliefert. In der Leopoldstadt haben die Arbeiter einen Pfarrer Wiesinger gefangen genommen, welcher Geld unter sie vertheilte und sie aufforderte, gegen die Universität zu marschiren. Das Thor der innern Stadt gegen die Leopoldstadt ist gesprengt von dem Volke und die Kommunikation zwischen der Stadt und dieser Vorstadt hergestellt. — Heute früh traf ein Schreiben Sr. k. H. des Erzherzogs Franz Karl hier ein, welches die hier anwesenden fremden Gesandten auffordert, sich nach Innsbruck zu dem Kaiser zu begeben. Das diplomatische Korps ist darum in größter Verlegenheit, weil es eigentlich nur angewiesen ist, Mittheilungen v. dem hiesigen Ministerium zu empfangen. Der päpstliche Nuntius und der englische Gesandte wollen jedoch dieser Aufforderung morgen früh Folge leisten. Das Militär rückte nun 7 — 8 Uhr aus. Erst um 11 Uhr wurde Generalmarsch für die Nationalgarde geschlagen. — So eben komme ich von den Barrikaden, sie sind dicht mit Studenten, Bürger- und Nationalgarde, Ungarn, Tirolern besetzt; man reißt noch fortwährend das Pflaster auf; wildes Geschrei tönt durcheinander. Auf den Barrikaden weht die weiß-rothe erzherzoglich Fahne neben der schwarz-roth-goldnen. Eben als ich auf dem Stephansplatze war, kam ein Ungar von der hiesigen Garnison und brachte die ungarische Fahne zum Pfand, daß sich die hies. ungar. Regimenter den Bürgern und Studenten anschließen. Die Fahne wurde sogleich unter tobendem Eljen auf die Barrikade gepflanzt. Der Ungar wurde durch Umarmungen beinahe erdrückt, Einer entrieß ihm dem Andern. Die schwarzgelbe Fahne sah ich nirgends. Alle Fenster der innern Stadt ohne Ausnahme sind bis in die höchste Höhe mit Matratzenbetten angefüllt — auch der erzbischöfliche Palast — zum Empfang der Soldaten. Mädchen, Frauen, Kinder helfen Steine tragen. — Halb 1 Uhr. So eben kommt Dr. Goldmark aus dem Kriegsgebäude, wo der Ministerrath versammelt ist. Folgendes sind die Bewilligungen, die er bringt: 1) das akademische Korps wird nicht aufgelöst und bleibt, wie vorher, vereinigt. 2) Alle Wachtposten werden ohne Ausnahme nur von der Nationalgarde und akad. Legion versehen. 3) Zurückziehung des Militärs aus der Stadt. Ein Ausschuß von Nationalgarde ist ersucht worden, vor dem Ministerrathe zu erscheinen, um zu erklären, welche Garantien sie für die Ruhe der Stadt geben können, wenn die Regierung das Militär zurückzieht, und welche Garantien man dem Kaiser bieten könne, damit er nach Wien zurückkehre. Der 4. Punkt, den man bewilligt wünscht, ist: den Grafen Montecuculi zu verhaften und in Anklagestand zu versetzen. — Einen Adelich, wie heute, hat Wien weder in den Märztagen, noch an dem „so übel berüchtigten“ 15. Mai dargeboten. — Gestern und sogar heute in den ersten Frühstunden herrschte noch der tiefste Friede. Die Namen der Grafen Bombelles, Lajansky, Thun, Chorinski, Hohenbruck, Montecuculi ruft sich das Volk in den Straßen zu und bedeckt sie mit Schmach. Der Telegraph nach Prag wurde zerstört, damit man die dortige Garnison nicht von den hiesigen Vorgängen in Kenntniß setzen und herbeirufen konnte. — Bei der Forcirung des Thors nach der Leopoldstadt sind mehrere Verwundungen vorgefallen. Zwei Bürger sind todt. — Oberst Wilo des Grafen Bombelles wird in der Stadt herumgetragen, mit einem Strick um den Hals gemalt. — 4 Uhr. Das Militär ist zum größten Theil in die Kasernen konsignirt, aber die Bewilligungen sind noch nicht gedruckt erschienen.

Δ Wien, 27. Mai. Der Barrikadenbau dauerte die ganze Nacht fort. Um ½ 1 Uhr ertönte aus der Leopoldstadt die Sturmglocke, man hatte in der Gegend wo das Dampfboot landet, Schüsse vernommen, und mit Blitesschnelle verbreitete sich das Gerücht, daß Militär im Anmarsch sei. In der ganzen Stadt und allen Vorstädten wurde Generalmarsch geschlagen für die Nationalgarde. Bald stellte sich jedoch heraus, daß es nur ein falscher Alarm war. Das Dampfboot von Pressburg war allerdings angekommen, aber es hatte Studenten gebracht, welche den Wienern zu Hilfe kamen und zum Zeichen ihrer Ankunft gefeuert hatten. Keiner der Minister will sich dazu bekennen, den Befehl zur Ausrückung des Militärs gegeben zu haben. — Baron Pillersdorf hatte im Ministerrath gegen die Auflösung der ak. Legion votirt, war aber überstimmt worden. Beständige Gerüchte von Truppenzusammenziehungen gegen Wien hatten die Gemüther in Spannung und Aufregung. Heute früh hat das Ministerium in einem Plakat das Publikum darüber zu beruhigen versucht. Es erklärte, da sich das Gerücht verbreitet habe, als seien 4 Regimenter gegen Wien einberufen, so erkläre dasselbe hiermit öffentlich, daß dies keineswegs seine Absicht sei. — Das Regiment Deutschmeister hat heute früh die Waffen niedergelegt — es besteht zum großen Theil aus Wienern, die nicht gegen ihre Eltern, Brüder und Schwestern kämpfen wollen. — Bestolgende Flugschrift enthält die Punkte, welche das Volk gewährt wünscht: Was wir wollen. Da wir erkannt haben, daß die exaltionäre Partei den Sieg des souverainen Volkes zu schmälern beabsichtigt, so wollen wir: 1) daß das gesammte Militär Wien verlasse und die russische und italienische Grenze besetze. 2) daß alle Errungenschaften des 15. Mai ungeschmälert aufrecht erhalten und die konstitutionelle Verfassung ohne Verzug ins Leben gerufen werde. 3) daß von amtlicher Seite Abgeordnete in die Provinzen abgeschickt werden, welche unsern Brüdern daselbst bekannt machen, daß Alles, was wir gethan, nur im gemeinsamen Interesse der ganzen Monarchie geschehen sei. 4) Aufhebung der Klöster. 5) Einführung einer Einkommen- und Armensteuer. 6) Beridigung des Militärs auf die Verfassung. 7) Gleichstellung aller Nationalitäten. 8) Innigsten Anschluß an Deutschland. 9) Baldigste Rückkehr des Kaisers unter Aufrechthaltung der Errungenschaften des 15. Mai. 10) daß alle jene, welche den Kaiser zur Adresse durch falsche Vorspiegelungen bewogen haben, vor ein Volksgericht gestellt werden. Im Namen des Volkes. Das Blatt „die Konstitution“ theilt folgende Beilage als Flugblatt aus und läßt es als Plakat anschlagen: Wien, 26. Abends. Wirner! Weicht nicht von den Barrikaden, tragt keinen Stein von ihnen ab, legt die Mousqueten nicht nieder, bevor alle Punkte uns schon so lange vorher gesvrochenen Punkte bewilligt sind, und trauet nicht bis wir die volle Garantie für die Erfüllung haben. — Alles, was die Boden seit März bis heute gethan, war ein Lug- und Trugmerke! Der Schleier ist gelüftet und die Schuldstrickt der Camarilla steht entlarvt vor uns! Wehe ihnen! Wir stehen seit und todesmuthig und wollen sehen, ob ein freiheitsgliebenes Herz den Sieg nicht besser verachtet, als ein gewaunener Sölduer! Nur deram Vaterlandsliebe mit Deinen Regimentern, wir werden den 15. Mai aufrecht zu halten wissen und Deine Bajonette, elende schwarz-gelbe Reaktion! werden Dir zu wenig werden. Ihr seid ja nur Söldner, Unterstützung! — Wir stehen da mit heiligem Moral! Wir stehen am Rechtsboden der göttlichen Freiheit — Ihr seid die Rebellen. So lange noch ein Soldat in Wien steht, so lange der Kaiser oder sein Stellvertreter nicht hier ist, so lange wird der 15. Mai im vollsten Maße garantirt — so lange können wir noch sehr Manches ertragen sein. Vertrauen gibt es noch solchen Täuschungen nicht mehr. Wir vertrauen Niemanden mehr als — uns. Arbeiter, Studenten, Garden, Bürger, Ungaren, Tiroler, ja Soldaten, Mädchen und Weiber stehen in unsern Reihen. Wir werden — und müssen siegen! Wir werden Wien den Vorbehrtsrang der Freiheit einräumen, die Provinzen werden sich beschämt vor uns beugen. Hoch, dreimal hoch die Freiheit! und nun — fort zur Barrikade! — Die Gardekompagnie des Kärnthnerviertels lief gestern früh auf die Universität sagen, man habe ihr immer nachgesagt, sie verfolge die Studenten, aber jetzt werden sie beweisen, daß sie treu zu ihnen halte. (Diese Kompagnie besteht ganz aus Beamten, und war am 15. Mai mit Wien im Innern der Burg postirt). Die Garde und ak. Legion nahm den Arbeitern gestern den Schwur ab, daß ihnen jedes Eigenthum heilig sei. — Dieselben benehmen sich in der That bis jetzt musterhaft,

Digitized by Google

sie sind folglam wie die Kinder und küssen den Garden und Studenten die Hände. — Graf Hoyos wird als Geisel auf der Universität gefangen gehalten. Soeben erfahre ich, daß es sich herausstellt wer den Befehl zum Anstrücken des Militärs gegeben: Es waren drei Mitglieder des Sicherheitskomitées. Graf Brenrer, Dr. Hye und Professor Endlicher. Auf Befehl eines neuen Sicherheitskomitées, welches sich gebildet, wird nach ihnen gefahndet. Die innere Stadt und die Gasteien starren dreute von Barrikaden; in den Hauptstraßen der Vorstädte wird der Bau derselben noch fortgesetzt. Schauerlich sehen die Züge von Barrikadenwachen aus, wenn sie kommen oder gehen mit ihren Werkzeugen auf den Schultern, aber noch schrecklicher als die Männer sehen die Weiber aus, welche sich als Gebisinen mit Schanzein, Hacken, Picken, Spaten den Zügen anschließen. Furchtbar schön war der Barrikadenbau heute Nacht bei Fackelschein unter dem wilden Lärm, der ungerrennlich davon ist. Auf allen Plätzen werden Reden an das Volk gehalten, gegen die Reaktion oder eingelne bekannte Männer derselben. Graf Dietrichstein, der Oberstkämmerer ist auf der Universität, ebenfalls wie Hoyos als Geisel gegen die Reaktion festgehalten. Soeben verbreitet sich das Gerücht, in Innsbruck sei es unruhig geworden auf die Nachricht hin, wie sehr man die Ereignisse des 15. Mai in Wien entstellt dort verbreitet habe. Der Kaiser sei nach Bozen abgereist und die Innsbrucker hätten nach seiner Abreise die Jesuiten verjagt. (Diese Nachricht kann ich übrigens nicht verbürgen.)

Wien, 26. Mai. Die Allg. Zeitung enthält unter diesem Datum: Graf Montecuculi und Graf Colloredo, die man als Geiseln festnehmen gewollt, haben sich in der Nacht geflüchtet. Dagegen verkündet das Ministerium die Einziehung mehrerer Bürger, welche zu der Aufhebung der akademischen Legion Anlaß gegeben. (Nach andern Briefen ist auch Graf Dietrichstein verhaftet worden.) Die akademische Legion hat dem Ertriegsminister Zanini das Kommando über sie angetragen, dieser aber das Ergehren entschieden abgelehnt; es soll nun dem Oberst Pannasch übergeben werden. Die Nationalgarde hat für den als Geisel zurückbehaltenen Grafen Hoyoes keinen andern Oberkommandanten erwählt. Es sind heute wieder 30 Centner Gilder für die Bank angelangt. Von Geschäften ist auch nicht die geringste Rede. Es hat sich ein permanenter Sicherheitsausschuß, aus Bürgern, Nationalgarden, Studenten bestehend, mit diktatorischer Gewalt und über dem Ministerium stehend, gebildet, der seine Sitzungen im Stadthause hält. Soeben verlautet, daß der Graf Beeurer, Baron Pereira, Prof. Hye und Prof. Endlicher in Anklagestand versetzt worden sind, jedoch auf freiem Fuß belassen wurden!

* Bozen, 25. Mai. Es sind nun hier und die Wahlen für den nächsten tiroler Landtag vorüber, leider fielen sie noch viel unbefriedigender aus, als sich unsere Politiker träumen ließen. Das Skeutin ergab nämlich: Karl v. Zallinger, einen der Landwirthschaft lebenden Gutsbesitzer, und einen Bauer der Umgegend Franz Pfeifer. Als Vorzüge, worauf man bei der Wahl dieser Beiden sah, wurden ihre Frömmigkeit und gut katholische Gesinnung betont, nach Intelligenz ward von der Mehrzahl ihrer Wähler nicht gefragt. Unser Gubernium hatte willkürlich drei Landgemeinden, die 12 Malgreien, Greis und Lesses, die zusammen ungefähr 5500 Seelen zählen, behufs der Wahl der beiden Abgeordneten der Stadt Bozen zu dieser gezogen, wodurch sie, die nach dem festgehaltenen ständischen Prinzip zur Vertretung der Industrie berufen ist, ein ganz fremdartiges Element sich beigesellen gezwungen wurde. In Folge der vorausgegangenen Verabredungen fanden sich die Bauern von Greis und 12 Malgreien in bedeutend stärkerer Anzahl als die Städter, die man über 7500 berechnet, ein; man hatte aber auch schon bei diesen durch bereits ausgefüllte Wahlzettel, die einer der Kandidaten selbst zur Unterschrift herumsandte, dessens vorgesorgt. Selbst viele Geistliche, die doch wie der immatrikulirte Adel einen eigenen Stand bilden, stimmten so wie dieser mit, Beide also doppelt, und einige 70—80 Bauern drahmen sich beim Skrutin so trotzig, störrisch und mißtrauisch, daß das, was vorausgegangen, Jedem handgreiflich war, der auch nicht wußte, wer für die beiden Gewählten wirkte, und welche Beweggründe von Seite der Bürger in Umlauf gesetzt wurden. Als Modell derselben diente nämlich die vom §. 17 unserer Verfassungsurkunde vom 25. April gewährleistete Glaubensfreiheit. Wer sollte nun glauben, daß sich bei uns, in einem ganz katholischen Lande zu Innsbruck, unter Vorsitz des Landrechtspräsidenten Grafen Alberti, ein Verein zur Aufrechthaltung der katholischen Glaubenseinheit und — Konstitution bildete? Derselbe dehnt seine Wurzeln durch fromme Helfer in alle, auch die entferntesten Theile des Landes aus und scheint als nächsten Zweck die Beschickung der Parlamente in Frankfurt, Wien und Innsbruck mit Leuten zu betreiben, die ganz in der Hand der Geistlichen sind, vielleicht hie und da auch von Geistlichen selbst, denn andere Wahlen als die obigen wurden zur Zeit noch nicht bekannt. Das Volk ist fest überzeugt, es gelte beim heurigen tiroler Landtag zunächst und vorzüglich die Aufrechthaltung des katholischen Glaubens, von der Berathung unserer künftigen Verfassung und besseren Volksvertretung, wozu er berufen wurde, hat es kaum eine Ahnung. Als für die Geistlichkeit der hiesigen Umgegend vorgeschlagenen Abgeordneten hören wir den Dekan von Meran nennen. Aus Innsbruck wird geschrieben, daß vorgestern Deputirte aus Prag in 9 Wagen anlangten, und auf gestern auch die Ungarn erwartet wurden. Man hofft eine Ausgleichung der czechischen Zerwürfnisse und will in Sinz ein Vorparlament konstituiren. Wenn dies aus Tirol mit Männern derselben Gesinnung, wie voraussichtlich unser Landtag, beschickt wird, so stehen auch hier Separationsgelüste in Aussicht. Wir vertrauen zum gesunden Sinne unseres Volkes, daß es nicht allzulange im Zweifel schwebe, wie viel ihm mit einer solchen Vertretung gedholfen sei. — Vor des Kaisers Hofburg zog vorgestern die Wiltauer Bauernkompagnie zur Wache auf. In Lottern, an der Grenze von Wälschtirol, wird eine Sammlung für die deutsche Flotte veranstaltet.

Prag, 24. Mai. Der Terrorismus der Czechen hat über den Kleinmuth der Prager Deutschen gesiegt — es findet keine Wahl in unserer Hauptstadt für Frankfurt Statt! Nur drei Männer hatten es gewagt, sich in die Register der Vorwähler einschreiben zu lassen! Die Czechen haben viel Geld zur Unterstützung ihrer Zwecke, aber sie haben auch Muth, Energie und Konsequenz; die Deutschen kennen und machten ihre Sache durch Nichts von all dem unterstützen. Die wahren Czechen können im Herzen lachen, sie haben den Adel zu ihren Zwecken gebraucht, der da meinte, er würde sie leiten können, und haben einen folgenreichen Sieg über die Deutschen in Böhmen davongetragen; der Adel mag das mit seiner Hilfe gewachsene Czechenthum anfaunen, er selbst wird keinen Nutzen davon haben. Der Präsident, Graf Leo Thun, hatte den Nationalausschuß gegen sich aufgebracht und mußte in der Sitzung vom 23. eine versöhnende Anrede an die Versammlung, selbst an die drohend gefüllten Gallerien halten: wer glaube, er habe die Frankfurter Wahlen begünstigt, der irre sehr; nur gemäß seiner Amtspflicht habe er Jedem wenigstens die Möglichkeit zur Wahl geben wollen. Die Sache sei jetzt abgethan. Desto besser ging es mit der Constitutionsfrage: die Sitzung wird nicht allein fortgesetzt, sondern nach dem Beschlusse des Ausschusses soll sie noch nachdrücklicher in ihrer nationalen Tendenz hergestellt und nach den Stadtvierteln in vier Kompagnien getheilt werden. Dem Landeschef sollen, ebenfalls nach Beschluß des Nationalausschusses, sechs Vertrauensmänner zur Seite gegeben werden, die im Sinne des Volkes mitregieren helfen. So viel steht man aber auch bei uns ein, daß eine furchtbare reaktionäre Partei den Kaiser für ihren Zweck zu benutzen sucht. Graf Lasansky's Rede im Nationalausschusse und die des Grafen Hohenbruk in Linz, an einem und demselben Tage gehalten, sind fast gleichlautend, dazu die schönen Worte des Grafen Bombelles. Man vergleiche sie: erkennt man darin nicht einen gar merkwürdigen Zusammenhang? Die jesuitisch-aristokratische Kamarillaraktion ist enthüllt. Möge das Ministerium fest gegen dieselbe bestehen, mögen die Deutschen kräftig dagegen für die errungene Freiheit zusammenstehen! (C. Z.)

Dagegen berichtet die Oesterr. Zeit.: Auf die festzusetzende Gesinnung der deutschen Kreise, die überhaupt nicht die so ängstlich gerühmten Deutschen Prags zum Muster nehmen, wird die Sache gar keinen Einfluß haben. Nur Deutschbrod, das aber fast ganz czechisch ist, bestenungeachtet schon Einleitungen zur Wahl nach Frankfurt getroffen, soll wieder in Folge des 18. Mai davon abgestanden sein. Vorgestern fand hier eine Versammlung von Studirenden in der Aula Statt, um zu erklären, daß sie durchaus nicht der reaktionären, hier ihren Sitz vorzüglich aufschlagenden Partei zugezählt werden möge. Morgen sollen die definitiven Bestimmungen für den böhmischen Landtag, der ausdrücklich in der Kundmachung als konstituirender bezeichnet wird, erscheinen. Es wäre der größte Fehler der Deutschen, diesen zu beschicken. Die Prager Deputation, die nach Innsbruk an den Kaiser abgesandt wurde, soll von den Tirolern überaus freundlich aufgenommen worden sein. Man veranstaltete ihnen sogar zu Ehren einen großen Fackelzug; wir fürchten sehr, daß die Slaven am 31. Mai als Gegenbeweis ihrer Freundschaft auch ein großes Licht ihnen werden aufgehen machen.

**Preußen.** †† Berlin, 29. Mai. Nach Verlesung des Protokolls fordert der Präsident den Präses der Wahlkommission auf, morgen über die Prüfung der Wahlen weiteren Bericht zu erstatten. Nächstdem wird darauf angetragen, einer der Abtheilungen, die zu wählen seien, noch besonders die Baldenärische Angelegenheit zu übertragen. Es sprechen hierüber: Hüffer, Graf Reichenbach und Gladbach. Rip will

Digitized by Google

in Rücksicht auf die rhein. Institutionen, daß einige mit diesen bekannte Abgg. aus den Rheinprovinzen in die Abtheilung gewählt werden, er will hierzu Namen vorschlagen, was jedoch von der Versammlung nicht zugegeben wird. Reichensperger stellt das Amendement, die Versammlung darüber zu befragen, ob die Kommission blos über den einen Fall oder im Allgemeinen über die Frage der Unvereinbarkeit und Unantastbarkeit der Deputirten ihr Gutachten abgeben solle. Parisius will dem Präsidenten der Zeiterspartniß halber den Antrag zur Bildung von Kommissionen gegeben wissen. Finanzmin. Hansemann wünscht, daß man nach dem provis. Reglement verfahre. Riedel will, daß man kleinere und eine größere Anzahl von Abtheilungen bilde; er schlägt vor, anstatt 8, 16 Abtheilungen zu ernennen. Die Versammlung entscheidet sich jedoch für 8 Abtheilungen, zu deren Wahl durchs Loos man schreitet. Nach Ernennung der Abtheilungen stellen die Abgg. für Breslau den Antrag: für die Sitzungen der Versammlung eine andere, die Auswechselt einer größeren Zuhörermenge zulassende Räumlichkeit zu beschaffen. Dr. Stein motivirt den Antrag: „Das Volk von Berlin muß uns hören, denn ohne das Volk von Berlin würden wir nicht hier sein (lebhafter Beifall). Die Sache sei wichtig und auch im Interesse der Minister. Es müsse der Regierung daran liegen, über beunruhigende Gerüchte Aufschluß zu geben. Wenn z. B. der Hr. Kriegsminister vor vielen Zuhörern eine beruhigende Erklärung abgäbe, über das umlaufende Gerücht, daß große Truppenmassen um Berlin koncentrirt seien — ein Gerücht, welchem der Redner übrigens keinen Glauben schenke —, so würde dies im Interesse der Regierung selbst einen beruhigenden Einfluß üben." Rib stellt den Antrag: Interpellation und Anträge sollen einen Tag vorher angemeldet und nur, wenn sie von 25 Stimmen unterstützt sind, berücksichtigt werden. Nach einer langen Debatte, an welcher sich auch die HH. Camphausen und Hansemann lebhaft betheiligten, wird das Amendement von Parisius, daß Interpellationen wie Anträge zu behandeln, sofern sie nicht aus der Debatte hervorgegangen sind, angenommen. Baumstark verlangt eine Erläuterung zu diesem Beschlusse, da es zweifelhaft sein könne, ob die Kammer auch Interpellationen den Abtheilungen überweisen wolle. Parisius: der Unterschied zwischen Interpellation und Antrag ergäbe sich von selbst. Hansemann: es möge Jemand um der Versammlung aus der Verlegenheit zu helfen, einen Antrag auf Aufhebung des Beschlusses niederlegen. (Widersprach auf der Linken). Milde: man werde sich im Laufe der Verhandlungen leicht überzeugen, ob der Beschluß aufrecht zu halten sei oder nicht; letzteren Falles könne man ihn alle Tage abändern. Der Antrag von Moriz, eine Registrande über alle Anträge anzulegen, wird einstimmig angenommen. Der Präsident eröffnet, daß die Protokolle gedruckt jedem Mitglied 2 Exemplare zugestellt werden sollen. Krause bemerkt: er habe von den Protokollen des Ver. Landtags stets 2 Exemplare erhalten; das eine sei überflüssig gewesen und das andere auch. (Heiterkeit). Der Antrag von Kruhl, zu beschließen: die Mitglieder der Versammlung sind unverletzlich, sie können wegen Meinungsäußerungen nicht in Anspruch genommen und ohne Genehmigung der Kammer weder wegen Verbrechen, noch wegen Schulden verhaftet werden, wird, reichlich unterstützt, an die Abtheilungen verwiesen. Die eingegangenen Anträge werden hierauf verlesen; es waren 94. Nach der Verlesung und nachdem mehrere Anträge, als schon anderweitig formirt, unberücksichtigt geblieben waren, stellte von Rodbertus den Antrag: daß die Plenarsitzungen so lange aussalen, bis eine definitive Geschäftsordnung entworfen sei. Harassowitz beantragt die Sitzung der Sitzungen auf solange, bis sämmtliche Anträge durch die Abtheilungen gegangen sind. Es wird beschlossen, den Antrag von Rodbertus morgen zuerst zur Diskussion zu stellen. Der Präsident ersucht die Abtheilungen, sich heute Abend um 6 Uhr zu versammeln und sich morgen zu konstituiren. (Schluß der Sitzung 4½ Uhr).

† Posen, 27. Mai. Wer hätte wohl vor 6 Wochen, als hier polnischer Seits durch alle möglichen Umtriebe dahin gewirkt wurde, die Deutschen der Möglichkeit zu berauben, Abgeordnete nach Berlin und Frankfurt zu senden — wer hätte damals wohl daran gedacht, daß die Polen selbst nach Berlin gehen und dort — man staune — die Deutschen anklagen würden, daß sie die freie Wahl der Polen gehindert! Unterm 15. April hatte das polnische Centralkomité zu Posen an alle Kreiskomité's ein Cirkular erlassen, um mit Hilfe der Schulzen, Lehrer und geistlichen Wahlkommissionen zu errichten und die Wahlen wo möglich überall nur auf Polen zu lenken. Die Absicht dieser Umtriebe war, die Deutschen unter eine polnische Konstitution zu bringen. In den in 5000 Exemplaren, aber nur in polnischer Sprache verbreiteten Cirkular ist sie ausgesprochen. Es heißt darin: „Wenn es zur Wahl der Abgeordneten kommen wird, so können wir nicht gestatten, was die reaktionäre Partei der Deutschen will, daß man Repräsentanten an das deutsche Parlament in Frankfurt oder an die Nationalversammlung in Berlin schicke, sondern wir müssen darauf bestehen, daß unsere Deputirten einen Landtag für das Großherzogthum bilden, welcher die besondere Konstitution unseres Landes berathen wird". Dieser Plan konnte nicht gelingen. Es protestirten daher die Polen an vielen Orten vor der Wahl gegen dieselbe und enthielten sich des Wählens, z. B. in Posen, in Ostrowo; zu anderen, wo sie die Oberhand zu behalten hofften, wählten sie. Es geschah dies überall in den Kreisstädten, wo die Sensenmänner ungehindert anrücken und in den Dörfern, wo die Geistlichkeit mit Erfolg die Gemüther der Landleute bearbeiten konnte, welche über den eigentlichen Zweck der Wahlen im Unklaren waren und es glaubten, wenn ihnen von der Kanzel gesagt wurde, daß bei der Wahl eines Anderen als des vom Geistlichen Vorgeschlagenen Religion und Vaterland gefährdet seien. Die Wahlen für Berlin haben deßhalb in den Kreisen auch meist die Kreisherr der Insurgentenhaufen oder Mitglieder des polnischen Komité's getroffen, und daß es dabei nicht ohne Gewaltthat gegen die Deutschen abgehen konnte, kann Jeder einsehen, ohne die Aktenstücke nachzuschlagen, da ja das ganze platte Land von bewaffneten Haufen durchschwärmt war. In der Stadt Posen, wo unter allen Umständen die Wahl einen Deutschen treffen mußte (wie ja auch der frühere Abgeordnete von jeher ein Deutscher gewesen), hatten die Polen sich schon am 29. April feierlichst erklärt, sich von jedem Wahlakt für's „Ausland" fern zu halten. Dennoch schemen sich die Berliner polnischen Abgeordneten nicht, zu behaupten, die Polen seien durch den Belagerungszustand von der Wahl zurückgehalten worden und greifen die Wahl des Abgeordneten Neumann, der mit 78 gegen 1 Stimme gewählt worden, an. Was soll man von einer solchen Taktik denken? Bei den Frankfurter Wahlen betheiligten sich die Polen im Posener Kreise insofern, als sie Wahlmänner mitwählten, um durch sie gegen die Verbindung der Stadt mit Deutschland und zugleich dagegen zu protestiren, daß Kreis und Stadt Posen zu einem Wahlbezirk verbunden sei, weil ja in der Stadt Posen das deutsche Element das entschiedene Uebergewicht habe. Uebrigens wurde der Abgeordnete Biebig von 97 anwesenden Wahlmännern einstimmig gewählt.

**Baden.** Karlsruhe, 29. Mai. Itstein hat die Wahl in zwei weiteren Bezirken, in Thiengen und in Bühl, abgelehnt. Sotron lehnte die Wahl von Heidelberg ab. Die neue Wahl in Thiengen wird am 7., jene in Heidelberg am 9., und jene in Bühl am 10. Juni stattfinden. (Karlsr. Z.)

**Hessen.** Mainz, 31. Mai. Die Kandidatur von Sachs hat trotz Itsteins Kampfesmuth seinen Anfang gefunden; Jakobi von Königsberg soll unanwegs in Vorschlag sein. Die Abendzeitung schlägt dagegen Hecker oder Struve vor; zugleich ist letzten Samstag im Bürgervereein eine Petition um allgemeine Amnestie an die Reichsversammlung beschlossen worden. Nach Frankfurter Blättern soll Wiesner einen darauf zielenden Antrag bereits gestellt haben. Gelingt dieser Plan, woran wir jedoch zweifeln, so wird bald der zweite Akt jenes blutigen Dramas „die Republik in Baden" aufgeführt werden. Da beide Theile in dem eben beendigten Kampfe manche Erfahrung gemacht haben, welche sie bei dem bevorstehenden benutzen werden, so darf man auf weit größere Umsicht in der Anlage des Planes und weit mehr Energie in dessen Ausführung gefaßt sein. Die Flucht des Kaisers von Wien, das Scheitern des daran geknüpften Plane des Reichs und der Gesellschaft, die Gefahr in Neapel kommen der besiegten Partei sehr gelegen, um daran den bereits zerrissenen Faden des Bürgerkriegs wieder anzuknüpfen. Die drohende Reaktion ist das Gespenst, welches Deutsche zum Kampf gegen ihre Brüder treiben soll. Zugleich werden die Männer, welche seit Jahren die Reaktion bekämpft haben, aufs Heftigste angefeindet, verleumdet, in den Koth gezogen, wenn sie den Tagesgötzen Hecker — Struve keinen Weihrauch streuen. Sollten dem Volk darob die Augen nicht aufgehen! — Die Wahl findet daher am 3. Juni Statt.

**Hessen.** * Mainz, 30. Mai. Wieder haben wir heute eine Truppenverstärkung von 2500 Mann Oesterreichern erhalten, es sind tapfere Truppen, die aus Böhmen kommen und die hier eine sehr befreundete Bevölkerung antreffen, wie wir heute beim herzlichen Empfang gesehen haben. Unsere Stadt wimmelt nun von Truppen, und es mußte ein Theil der neuen Truppen nach Kastel und Fort Mentebello gelegt werden. Wir werden jetzt wohl nahe 15,000 Mann innerhalb des Festungsrayons haben und sind somit der vollen Kriegsbelagung (20,000 Mann) ziemlich nah. Auch die Verproviantirung wird der Art vorgenommen, als wäre der Krieg vor der Thür; aber ernstlich denkt Niemand an den Krieg, wenigstens nicht mit dem Aus-

Digitized by Google

land. Es scheint fast, daß man mehr von den innern Feinden fürchtet, als den auswärtigen. Was nun die Differenzen mit den Preußen betrift, so hat es den Anschein, als wären dieselben nun beigelegt. Die Bürger sowohl wie die Soldaten scheinen die Erbitterung mit den Todten begraben zu haben und sie vertragen sich gegenseitig, da es nicht anders sein kann. Dennoch glaubt man allgemein, daß nach und nach alle drei preußische Regimenter dislocirt und durch andere ersetzt werden, um zukünftigem Unheil vorzubeugen. Unleugbar hat das Militärgouvernement hinreichend Kraft, die Ruhe aufrecht zu erhalten, und es enthaltet eine große Vorsicht und Umsicht zu diesem Zwecke. Allein dieses ewige Patrouilliren erfordert enorme Anstrengungen, die am Ende doch das Militär ermüden würden, wenn sie lange fortgesetzt werden sollten. Darum bleibt ein Truppenwechsel als Vorsichtsmaßregel sehr erwünscht, und wie ich höre, hat sich auch die gegenwärtig sich hier befindende Kommission des Bundestags in diesem Sinne ausgesprochen.

**Frankfurt**, 29. Mai. Ihr ⋕ Korrespondent aus Frankfurt spricht mit Wegwerfung von allen den Mitgliedern der Nationalversammlung, welche bei der ersten Debatte über den Navarrischen Antrag und bei der Verhandlung über die Mainzer Angelegenheit als Minorität ihre Namen zu Protokoll gaben, und sagt, es sei die Absicht derselben, ihre Namen denjenigen zum Besten zu geben, welchen der Spektakel über die Vernunft geht. Hierauf wollen wir bemerken, daß unter dieser Minorität sich Männer wie Paul Pfizer, Hergenhahn und v. Lindenau befanden, gegen welche der gemachte Vorwurf gewiß ebenso ungerechtfertigt erscheint, wie gegen manchen Andern, dessen Name zwar unbekannt ist, dem aber Nichts mehr am Herzen liegt, als das Wohl und Gedeihen des Vaterlandes. Möchten doch derartige Verunthelungen im Bausch und Bogen, die nimmermehr Gutes stiften können, sondern lediglich den Freunden der Anarchie Waffen in die Hand liefern, unterlassen werden! Hr. v. Raumer, Abgeordneter aus Baiern.

**Schleswig.** Rendsburg, 27. Mai, Abends. Das Zurückziehen der Truppen bestätigt sich, und zwar dahin, daß auch das Amt Haderslehen geräumt wird, wie wir vernehmen, auf Befehl des preußischen Ministeriums, welches die Abtretung Haderslebens zugestanden hat. Eine Deputation von dort ist heute nach Frankfurt abgegangen, um die Ehre des deutschen Namens gegen solche Schmach zu wahren. (Bremer 3.)

**Hamburg**, 28. Mai. Die Hbl. Z. enthält folgende Mittheilungen über den Waffenstillstand mit Dänemark: Die Ratifikation des vom General v. Wrangel abgeschlossenen Waffenstillstandes von Seite der deutschen Regierungen wird nicht lange auf sich warten lassen, die Bedingungen desselben sind der Art, daß der nächste Zweck, zu dessen Erreichung die Waffen ergriffen werden mußten, vollkommen erreicht ist und die Friedensunterhandlungen auf dieser ehrenvollen Basis eröffnet werden können. Bekanntlich besteht der Bundesbeschluß, welcher Preußen und die Staaten des X. Armeekorps zum Vorrücken über die Eider ermächtigte, als nächste Forderung die Herstellung des Status quo ante, d. h. die Räumung des Herzogthums Schleswig von den dänischen Truppen auf. Was die Dänen damals verweigerten, dazu sind sie jetzt durch den Erfolg der deutschen Waffen gezwungen worden. Nicht nur das Herzogthum Schleswig ist (mit Ausnahme der Insel Alsen) in der Hand der deutschen Truppen, sondern auch Jütland steht unter der Botmäßigkeit des siegreichen preußischen Heldherrn. Nach den solchermaßen veränderten Verhältnissen sind auch die Bedingungen, unter denen von deutscher Seite auf Einstellung der Feindseligkeiten und Friedensunterhandlungen eingegangen werden konnte, andere geworden. Unsere siegreichen Truppen konnten sich auf die von dänischer Seite zurückgestellte und von der englischen Vermittelung unterstützte Forderung, sich über die Eider auf holsteinisches Gebiet zurückzuziehen, nicht mehr einlassen. Wrangel bestand darauf, daß der militärisch wichtigste Theil Schleswigs, welcher in Folge des Kampfes bei Schleswig in die Hand der deutschen Bundestruppen gefallen war, in dem Besitz derselben auch während der Friedens-Unterhandlungen verbleibe. Diese Forderung ist von Dänemark zugestanden worden. Nicht die Eider, sondern die Schlei ist als die Grenzlinie angenommen, jenseits welcher die deutschen Truppen zurückgezogen worden; und es sind schon jetzt die Vorkehrungen getroffen, um die preußischen Truppen aus Jütland und dem nördlichen Theile Schleswigs zurückzuziehen und das Hauptquartier nach Schleswig zu verlegen. Nordschleswig wird in dem Status quo ante verbleiben, das heißt, nicht von dänischen Truppen besetzt werden dürfen.

Die andere Hauptbedingung bezieht sich auf die dänischen Feindseligkeiten zur See. Dänemark wird die von seinen Kriegsschiffen aufgebrachten deutschen Schiffe sämmtlich herausgeben, wogegen die von General Wrangel für Jütland ausgeschriebene Kontribution von 2 Mill. nicht eingetrieben werden wird. Dänemark wird ebenfalls (nach der Räumung Jütlands) seine Kriegsschiffe vor den Mündungen der deutschen Ströme zurückziehen und mit Einstellung der Feindseligkeiten die Belästigung der deutschen Schifffahrt gänzlich aufhören lassen. Auf dieser Grundlage beginnen in London die Unterhandlungen über die definitive Feststellung der Verhältnisse Schleswigs. Durch die Hinzuziehung der dänischen Grenzbeamten zu Dänemark und durch die Aufnahme des größten Theils des Herzogthums in den deutschen Bund wird wahrscheinlich die vorläufige Lösung dieser Frage herbeigeführt und die Entscheidung über die Gebotmäßigkeit zunächst ganz davon getrennt werden. Möge die Entschlossenheit und Thatkraft, mit welcher unser General Wrangel die deutsche Sache auf dem Kampfplatze geführt hat, auch bei den Unterhandlungen der Diplomaten sich nicht preisgeben.

§ **Frankfurt**, 31. Mai. Auch in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung werden nach Verlesung des Protokolls über die vorige Sitzung eine lange Reihe von Anträgen angekündigt. Zu nennen aus denselben einen auf ein Schutz- und Trutzbündniß der deutschen und französischen Nation, und zum Zeugniß, wie sich hier das Kleine und Große zusammenfindet, einen andern auf Errichtung einer deutschen Feuer- und Hagelversicherungsanstalt. Man mag daraus erkennen, wie mannigfach die Aufgabe der konstituirenden Nationalversammlung aufgefaßt wird. — Nach einer Mittheilung des Vorstandes des Centralausschusses zur Untersuchung der Legitimationen der Mitglieder, v. Lindenau, sind bis jetzt 530 Mitglieder als legitimirt erklärt. — Der Vorstand des Prioritätsausschusses, Wiedenhofer, bringt zur Anzeige, daß dieser Ausschuß zum Behuf der Niederfetzung einer Kommission zur Begutachtung der 8 vorsiegenden Anträge auf die Bildung einer Vollzugsbehörde das denjenigen bezeichnet habe, welcher zunächst der Berathung anzuziehen sei. Die Diskussion hierüber soll in einer der nächsten Sitzungen stattfinden. Ein anderes Mitglied dieses Ausschusses stellt Namens desselben den Antrag an die Versammlung, daß die Kompetenz des Prioritätsausschusses genauer bestimmt werde, indebesondere darüber nähere Bestimmung getroffen werde, ob er als Petitionsausschuß zu betrachten sei, und als solcher über die eingegangenen Petitionen, sofern sie nicht an andere bestehende Ausschüsse zu verweisen seien, Berichte zu erstatten und Anträge zu stellen habe? — Der Präsident bringt zur Kenntniß der Versammlung, daß die Ausschüsse für die Begutachtung der völkerrechtlichen und internationalen Fragen und für die Marine gewählt seien, und bereits in thätigkeit getreten seien. Dahlmann berichtet hierauf Namens des Verfassungsausschusses über den Marcke'schen Antrag, die Aufrechthaltung der Nationalität der in Deutschland wohnenden nicht deutschen Volksstämme. Der Antrag lautet: Die verfassung-gebende deutsche Nationalversammlung erklärt feierlich: daß sie im vollen Maße das Recht anerkenne, welches die nicht deutschen Volksstämme auf deutschen Bundesboden haben, den Weg ihrer volksthümlichen Entwicklung ungehindert zu gehen und in Hinsicht auf das Kirchenwesen, den Unterricht, die Literatur und die innerere Verwaltung und Rechtspflege sich der Gleichberechtigung ihrer Sprache, so weit deren Gebiete reichen, zu erfreuen, wie es sich denn auch von selbst versteht, daß jedes der Rechte, welche die im Bau begriffene Gesammtverfassung dem deutschen Volk gewährleisten wird, ihnen gleichmäßig zufließt. Das ferian einige und freie Deutschland ist groß und mächtig genug, um den in seinem Schooße erwachsenen unterstrebenden Stämmen eifersuchtslos in vollem Maße gewähren zu können, was Natur und Geschichte ihnen zuspricht; und nirmals soll auf seinem Boden weder der Slave, noch der dänisch redende Nordschleswiger, noch der italienisch redende Bewohner Südtirols dänisch, noch wer sonst, uns angehörig, in fremder Zunge spricht, zu klagen haben, daß ihm seine Stammestract vorkümmert werde oder die deutsche Bruderhand sich ihm entziehe, wo es gilt. — Der Präsident eröffnet der Dringlichkeit wegen sogleich die Diskussion über diesen Antrag. Obgleich sich die Parteien schon vorher darüber vereinigt hatten, daß man eine Diskussion vermeiden wolle, weil sonst zu befürchten sei, daß durch eine Erörterung der slavischen Verhältnisse in dem gegenwärtigen Augenblick die unter diesen Volksstämmen herrschende Aufregung nur vermehrt werde, so drängten sich doch eine nicht geringe Anzahl Redner auf den Rednerstuhl und verlangten das Wort. Die Verhandlung aber drang durch allgemeinen Zuruf auf sofortige Abstimmung. Das Ergebniß derselben war die fast einstimmige Annahme des Dahlmann'schen Antrages. Einige von den sehr wenigen Mitgliedern, welche dagegen stimmten, erklärten zu Protokoll, daß sie nicht gegen den Antrag seien, sondern demselben ihre Zustimmung nur darum versagten, weil die Diskussion nicht zugelassen worden sei. Bei der un-

Digitized by Google

ermeßlichen Redeluſt in der Verſammlung, welche es, ſo lange die Parteien nicht beſſer organiſirt ſind, nicht ſelten nothwendig machen wird, eine Diktatſtion abzuſchneiden, iſt es kaum zu rechtfertigen, wenn man deßhalb gegen einen Antrag ſtimmt, weil man ſeine Rede nicht hat anbringen können.

Hierauf wird zur Wahl der Präſidenten und Sekretäre geſchritten. Die Wahl des Präſidenten iſt auf 4 Wochen giltig, die der Sekretäre für die Dauer der Verſammlung. Bei der Wahl des Präſidenten ſtimmen 513 Mitglieder. Heinrich v. Gagern erhält 494 Stimmen; die übrigen vertheilen ſich auf Blum, v. Soiron, Zitz u. A. Heinrich v. Gagern nimmt unter allgemeinem anhaltenden Beifallsſturm den Präſidentenſtuhl ein und äußert: Meine Herren! Es iſt nicht das Gefühl des Stolzes, ſondern der Demuth, das mich erfüllt. Von einer ſolchen Verſammlung zu ihrem Vorſteher und mit dieſer Stimmenzahl erwählt zu werden, konnte ich nimmermehr erwarten. Ich danke für die Anerkennung, die Sie mir bezeugten. Ich werde alle meine Kräfte der großen Aufgabe widmen, für die wir gemeinſchaftlich hier zuſammenſtehen. Ich will Nichts wiederholen, ſondern nur noch Sie in Kenntniß ſetzen, daß, wie ich ſchon früher erklärte, meine Kräfte von heute an und meine Stellung lediglich dieſer Verſammlung angehören (wiederholter ſtürmiſcher Beifall). — Bei der Wahl des erſten Stellvertretes (Vicepräſidenten) fallen von 513 abgegebenen Stimmen 408 auf v. Soiron, 84 auf Rob. Blum, die übrigen zerſplittern ſich, v. Soiron nimmt den Sitz des Vicepräſidenten unter Beifallsbezeigung der Verſammlung über die getreffene Wahl ein und ſpricht ſeinen Dank für das ihm geſchenkte ehrenvolle Vertrauen aus. Zum zweiten Vicepräſidenten wurde v. Andrian aus Wien mit 310 Stimmen von 505 gewählt; 116 Stimmen fielen auf Blum und 56 auf Mohring aus Oeſterreich. Die übrigen zerſplitterten ſich. Als hierauf das Wahlreſultat von der einen Seite mit Beifall begrüßt wurde, ſo ſuchte man von der andern Seite durch Zeichen des Mißfallens dieſe Aeußerung zu neutraliſiren. Der Gewählte verſicherte, Niemand ſei treuer, aber er, durchdrungen von der Idee der Freiheit und Einheit des geſammten deutſchen Vaterlandes, und Niemand ringe ernſtlicher, als er, darnach, aus dieſem Zuſtande der Zerſtückelung Deutſchlands herauszukommen. — Das Reſultat dieſer Wahlen iſt darum von Wichtigkeit, weil ſich darin zum erſten Male das numeriſche Verhältniß der Parteien, wenn auch unvollſtändig und nicht mit ganzer Sicherheit herausſtellt. In der Wahl des Präſidenten vereinigten ſich alle Parteien. Zwar hätte ſchon die bisher erprobte Tüchtigkeit Gagerns als Präſident, und mehr noch ſein mannhaftes Eingreifen mit ſtarker, rettender Hand in die Verhältniſſe des Vaterlandes, als er durch den wilden Sturm der Revolution an den Rand des Abgrundes geweſen war, die Stimmen auf ihn lenken müſſen. Darin aber, daß alle Parteien, auch diejenigen, welchen ſeine politiſche Handlungsweiſe für ihre Zwecke nicht die erwünſchteſte ſein kann, ſich auf ihn vereinigten, liegt die unzweideutige Anerkennung, daß Heinrich von Gagern der Repräſentant der in Deutſchland vorherrſchenden Richtung der öffentlichen Meinung ſei. In der Wahl des erſten Vicepräſidenten ſchied ſich die äußere Linke, die Partei Robert Blums, von der Mitte und der Rechten. Die Rechte ſchloß ſich dabei dem linken Centeum an, welches die überwiegende Partei der Nationalverſammlung bildet. Daß übrigens eine genaue Grenzlinie zwiſchen der Mitte und der Rechten, und noch weniger zwiſchen den beiden Fraktionen der Mitte ſich bis jetzt noch nicht ziehen laſſe, zeigt die Wahl des zweiten Vicepräſidenten. Während die äußere Linke auf Robert Blum beſtand, hatten die übrigen Parteien ſich zunächſt nur dahin vereinigt, einen Oeſterreicher zu wählen, und ſofort wurde v. Andrian als derjenige bezeichnet, welcher am ſicherſten durchzubringen ſei. Damit zeigte ſich aber ſpäterhin ein Theil der Oeſterreicher ſelbſt, und zwar diejenigen, welche dem linken Centrum angehören, unzufrieden, weil ſie glauben, daß Andrian zu ſehr der Rechten zuneige. Deßhalb brachten ſie Mohring in die Wahl, und wenn das früher geſchehen wäre, ſo würde auch dieſer unzweifelhaft gewählt worden ſein. Für die Wahl der Sekretäre iſt eine abſolute Mehrheit nicht nothwendig; deßhalb wurden bloß die Stimmzettel abgegeben, das Reſultat aber wird erſt in der nächſten Sitzung bekannt gemacht. Dieſe iſt durch Beſchluß der Verſammlung auf den nächſten Samſtag feſtgeſetzt, damit die Ausſchüſſe, und insbeſondere der Verfaſſungsausſchuß, Zeit bekommen, die vorbereitende Arbeit für die Hauptaufgabe der Verſammlung zu fördern. Die äußerſte Linke war dagegen.

## Großbritannien.

London, 28. Mai. Die Verhandlungen über die Judenbill konnten, nachdem die Frage im Unterhauſe gründlich und allſeitig für und gegen beleuchtet worden, nichts weſentlich Neues bieten. Folgender Zwiſchenfall verdient jedoch erwähnt zu werden. Der Biſchof von Oxford, ein wenig die Grenzen ſeiner biſchöflichen Würde überſchreitend, ſpielte auf die allgemein geglaubte Sage an, daß es Lord Ruſſell für nöthig gehalten, ſich mit der Rothſchilds'ſchen Firma zu verbinden, um von den Wählern der City, wo Rothſchild ſo überwiegenden Einfluß beſitze, ins Parlament gewählt zu werden. Für die Hilfe, die ihm Baron Rothſchild gewährt, habe ſich Ruſſell verpflichtet gehalten, vermittelſt dieſer Bill ſeinerſeits den Baron Rothſchild in das Parlament einzuſchmuggeln. Sowohl Lord Brougham als der Marquis von Lansdowne proteſtirten gegen eine Verdächtigung dieſer Art, die an einen Mann von ſolcher Unbeſcholtenheit wie Lord J. Ruſſell nicht heranreiche; Marquis von Lansdowne verſicherte, daß von den Wahlkoſten auch nicht ein Schilling aus einer andern Taſche geloſſen ſei, als aus der Taſche des Lords ſelbſt. Der Biſchof nahm ſchließlich ſeine verletzende Aeußerung zurück, womit dieſer Zwiſchenfall als erledigt angeſehen wurde. Ein Unparteiiſcher wird Lord John Ruſſell im Ernſt deſſen für fähig halten, was der blinde Parteieifer ihm auf Grund ſeiner monſtröſen Rothſchildfreundſchaft für den Baron Rothſchild zur Laſt gelegt hat, es zeigt ſich aber in dieſem Falle deutlich, daß ein ſonſt unbeſcholtener Mann durch dieſelbe und ungeſchickt angelegte Operationen ſeinem Ruf einen leichten Makel anhängen kann, der von ſeinen Gegnern aufs Schlimmſte gedeutet wird. Es hatte allerdings etwas Auffallendes, daß Lord John Ruſſell ſeinen Mitkandidaten Baron Lionel Rothſchild der Wählerſchaft der City in einer Weiſe empfahl, als hinge davon Beſtand und Wohl Englands ab, und ſo lag die Verdächtigung nicht allzufern, daß der zept verworfenen Bill ein mehr perſönliches Motiv zu Grunde liege.

Man konnte nicht wohl erwarten, daß die Herren des Oberhauſes, die noch gar ſehr an den Grundſätzen der „hiſtoriſchen Schule“ hängen und eben dieſen Grundſätzen gemäß nicht gerade Freunde bahnbrechender jüdiſcher Banklerei ſein können, dieſer bereits im Unterhauſe von einer zahlreichen Minderheit ſehr handgreiflich bekämpften Bill ihre Zuſtimmung ertheilen würden. Sie haben, indem ſie die Bill verwarfen, konſequent und ihrem Standpunkte gemäß gehandelt, ſie haben, wenn man will, die hiſtoriſche Aufgabe und Stellung des Oberhauſes feſtgehalten und das namentlich von der Biſchofsbank vertretene ſogenannte chriſtliche Princip geredtet, aber ſie haben die Schwierigkeiten der innern Lage Englands dadurch weſentlich vermehrt. Wenn auch das Kabinet ſeine Exiſtenz nicht an das Schickſal dieſer Bill geknüpft hat, ſo hat durch die Verwerfung derſelben doch das Vertrauen zwiſchen dem Oberhauſe und dem Miniſterium, welches ohnehin nicht gerade in einer beſonders feſten Poſition iſt, jedenfalls einen Stoß bekommen, den namentlich Ruſſell, der eigentliche Schöpfer und Schutzherr der Bill, perſönlich bitter empfinden wird.

Eine gereizte Stimmung zwiſchen beiden kann nicht ausbleiben. Ohnehin ſcheint es das Miniſterium unangenehm berühren, daß es zwar mit ſeinen Reformvorſchlägen in beiden Häuſern gute Geſchäfte macht, aber bei ſeinen mehr organiſchen Geſetzesvorſchlägen im Unterhauſe auf zähen Widerſtand ſtößt und jetzt im Oberhauſe eine offenbare Niederlage erleidet. Aber auch das Oberhaus hat ſeine Stellung durch die Verwerfung der Bill wenn auch nicht geſtärkt, doch jedenfalls erſchwert. Die Reformer und ſelbſt die Chartiſten ſind in ihren Forderungen zwar noch nicht ſo weit gegangen, die Abſchaffung oder nur die Reorganiſation des Oberhauſes zu beantragen, dagegen ſind in den Journalen vielfach Stimmen laut geworden, daß das Oberhaus in ſeiner jetzigen Zuſammenſetzung, namentlich durch ſeine Biſchofsbank, dem Lande eher von Schaden als von Nutzen und für ſehr wahrſcheinlich liberale Regierungen ein Hemmſchuh ſei. Die monarchiſche Partei, die auch in England zahlreich vertreten iſt als man in Hinblick auf die bis jetzt ziemlich aufrecht gehaltene Ruhe des Landes glauben mag, wird ſich dieſen Vorfall gründlich zu Nutze machen. So haben wir hier Konflikte zwiſchen Oberhaus und Miniſterium, Oberhaus und Unterhaus, Hochkirchlichen und Freikirchlichen, Ultrakonſervativen und Ultraradikalen, endlich noch Konflikte zwiſchen den Lords und der ſchwer beleidigten Geldmacht der City zu erwarten. Die Geldmacht iſt nicht bloß herrſchſüchtig, ſie iſt auch boshaft.

Das Morning Chronicle, welches im Rufe ſteht, den Baron von Rothſchild zum Patron zu haben, äußert bereits: „Welche Wendung die Dinge nehmen werden, iſt vorläufig unmöglich zu ſagen. Wir wagen nicht zu vermuthen, unter welchem Geſichtspunkt Baron Rothſchild ſeine Stellung auffaſſen, oder welches Verfahren die Wählerſchaft von London einſchlagen wird. Aber wie beſorgen unſere Ehrfurcht vor dem Hauſe der Lords und unſern Wunſch für Erhaltung ſeiner Privilegien und Würde in einen ſchmerzlichen Zwieſpalt mit unſerer Ergebenheit für die Sache der Freiheit und Gerechtigkeit geſetzt zu ſehen.“ Dies heißt doch ziemlich deutlich geſprochen.

Digitized by Google

## Mittheilungen eines Moldauers.

Der Eindruck der aufeinander folgenden Umwälzungen und besonders der Wiener Märzereignisse hat auch die weniger bekannten Staaten am deutschen Donaustrome aus dem künstlich erzeugten politischen Schlafe aufgerüttelt. — Wie die Ungarn wollen auch ihre Nachbarn ihren Charakter, ihre Sprache geltend machen und werden sich nicht von einem fremden Prinzip unterjochen lassen. — So gut die Ungarn reine Magyaren bleiben wollen, ebenso entschieden wollen die Slavischen Stämme und die Romanen, sogenannten Moldowalachen, welche fälschlich von Vielen zu den Slaven gerechnet werden, ihre eigene romanische Sprache, ihre eigene volksthümliche Staatsverwaltung haben, und würden nur als selbständiges Ganze, unter einem König aus deutscher, am liebsten österreichischer Dynastie, an Ungarn, Polen, Slavonien und Serbien, als Föderativstaaten, sich mit Schutz- und Trutzbündniß zu Oesterreich und Deutschland anschließen.

Diese romanische Nation ist gegenwärtig in folgende Provinzen zerstückelt: Moldau, Walachei, welche beide Fürstenthümer an die Pforte für ihre Selbständigkeit Tribut zahlen müssen und durch ein sogenanntes organisches Reglement, welches Rußland als Schutzmacht entworfen hat, regiert werden; dann die Provinz Bukowina, welche die Moldau an Oesterreich abgetreten hat, und Bessarabien, seit 1812 im Besitz der Russen. — Die genannten Länder mit dem an die Donaufürstenthümer angrenzenden Transilvanien enthalten gegenwärtig bei acht Millionen Einwohner reine Romanen. Wenn sich diese Nation selbst, ohne Bessarabien, welches gegen 800,000 romanische Einwohner zählt, zu einem Staate verbindet, so kann sie eine hinreichende Heeresmacht stellen, um den freien Handel für Deutschland gegen Rußland zu schützen *). — Dieses ist eine wichtige politische Frage, die zur Berathung vor das deutsche Parlament kommen muß, daher sehen auch wir Romanen mit Hoffnung auf die Versammlung der deutschen Volksmänner in Frankfurt.

Durch die Gründung eines Staatenbundes mit eigenen Konstitutionen nach dem Bedürfnissen der verschiedenen Nationalitäten (nicht eines Bundesstaates unter österreichischer Oberhoheit) und durch Untergemäße Erweiterung des griechischen Königreiches bis auf einige Freistaaten, die für den Welthandel im schwarzen und im mittelländischen Meere selbständig bleiben müßten, wäre auch die orientalische Frage gelöst, die Türken müßten ihre Hauptstadt nach Asien verlegen (?). — Ehe diese natürliche Besonderung der Nationen erfolgt, wird keine Ruhe in Europa heimkehren, und jede Macht, die diesem die Völker unserer Zeit bewegenden Drange sich widersetzt, ist eine Friedens störende — revolutionäre! Da nun wir, so wenig als Polen und Italien, hoffen dürfen, das Recht unsrer nationalen Selbständigkeit ohne solchen Widerstand zu erringen, so sehen auch wir diesem Kampfe entgegen, zu welchem bereits das Zeichen gegeben ist! — In dieser Voraussicht nun richten wir unsre Blicke auf unsre nächsten Vorgänger im Kampf, damit deren Thatenlust uns ermuthige und stärke! Diese Thatenlust aber dürfte wohl für Euch, liebe Deutsche, keine grundlose, keine zwecklose sein. Bisher freilich habt Ihr — unter Eurem großen, nur von Rußland würdig honorirten Staatsmann — Euch wenig um diese von der Natur so reich begabten Donauländer bekümmert, welche die fruchtbaren Ebenen zur Kolonisation bieten, und nur die Beute einiger privilegirten Fürsten waren. Inzwischen wurde dort, wie bei Euch, die Vereinigung der Nation als heißer Wunsch seit Jahren im Herzen jedes Patrioten getragen; jetzt aber machen sich die unterdrückten Gefühle Luft, und es scheint auch über unsre Sklaverei der Tag des Gerichts gekommen zu sein. Die letztvergangenen Ereignisse in Jassy zeigen unverkennbar den nahenden Sturm, sowie die Richtung, die derselbe nehmen wird!

Es hatte nämlich vor einiger Zeit die moldauische Regierung den Minister des Innern beauftragt, einige Bewohner der Stadt zu befragen, um den allgemeinen Wunsch nach einer Reform kennen zu lernen **). — Die nur wenigen Befragten haben jedoch die Erklärung abgegeben, daß sie allein eine solche Verantwortlichkeit vor dem Volke nicht übernehmen wollen, aber bereit seien, in einer Versammlung die allgemein gefühlten Bedürfnisse zu ermitteln. — Der Minister war nicht nur mit dieser Antwort befriedigt, sondern wollte selbst der Berathung, als meist betheiligte Behörde, beiwohnen. Am 27. März (8. April) versammelten sich hierauf bis 7 Uhr Abend, Tausende von einheimischen und fremden Bewohnern des Landes aus allen Klassen und ernannten einen gemischten Ausschuß, um die Punkte zur Reform (nach den Bedürfnissen des Landes) auszuarbeiten. Es wurden hiernach allgemein 35 Forderungen, einen geregelten, politischen wie materiellen Zustand des Staats betreffend, gestellt.

Bis auf zwei Punkte bewilligte der Fürst Alles, aber die Majorität wollte nicht nachgeben, und beschloß in einer Versammlung am Abend des 28/9. März, mit Waffen auch diese zwei Punkte zu erzwingen *). — Als dieses der Fürst hörte, schickte er das Militär unter Anführung seiner zwei Söhne, Dimitri und Gregoire, an den Ort der Versammlung. — Bereits waren alle Theilnehmer an derselben auseinander gegangen, bis auf 20 Personen aus den ersten Familien, welche noch in einem Zimmer beisammen geblieben waren. Sofort umstellten nun die Soldaten dies Haus, nachdem sie, um Schrecken einzujagen, in die Luft geschossen hatten. Auf den Ruf: „Verrath!“ sprangen die zwanzig jungen Leute auf, aber auch allen Eingängen empfängt sie ein Wald von Bajonetten, und ein griechischer Schöner tritt mit einem Trommler vor, legt das Gewehr auf die Versammelten an und fordert sie auf, ihm zu folgen. Man verlangt, daß die schriftliche Ordre nach dem Gesetze vorgezeigt werde, da treten die zwei Söhne des Fürsten vor und laden **) die Herren ein, ihnen zum Fürsten zu folgen, der in der Kaserne auf sie warte. — Die Gefellschaft entschloß sich zu folgen, als sie aber vor das Haus gelockt waren, sprangen von allen Seiten die Soldaten vor und überwältigten bald die entwaffneten jungen Leute, knebelten und mißhandelten sie auf das Grausamste und führten sie unter Kolbenstößen in die Kaserne. — Von dort wurden 13 der ersten Bojaren, meist in Deutschland und Frankreich erzogen, nachdem man ihnen ihre Kleider, Uhren und Geld geraubt und nur zerrissene, mit Ungeziefer bedeckte Soldatenmäntel gegeben hatte, gefesselt auf Leiterwagen nach Galacz abgeführt. — Die Proteste der fremden Konsuln wurden nicht beachtet, ebensowenig die Demonstrationen der in Galacz wohnenden Kaufleute, denn am vierten Tag schon wurden diese Opfer des Verraths in Schiffen mit Militärbegleitung nach Matschin auf die türkische Seite gebracht. — Da rehob sich aber ein heftiger Sturm, und die Schiffe konnten das jenseitige Ufer der Donau nicht erreichen, sondern wurden vom Wind in den Hafen von Braila geschleudert. Wie Wilhelm Tell, sprangen die jungen Leute an das Land und wollten sich in das englische Konsulat flüchten, aber nur sechs erreichten ihr Ziel; sieben wurden durch die walachischen Soldaten, welche mit der moldauischen Regierung einverstanden sein mußten, aufgegriffen, am andern Tage nach Matschin geführt und den Türken übergeben. — Durch die menschenfreundliche Unterstützung des engl. Konsuls, des Herrn Cunningham, des Herrn v. Huber und der Kapitäne der Dampfschiffe Arpad und Pesth erreichten die Sechs Orsowa und entkamen auf diese Weise den Händen der Regierung, welche sogar nach russischem Vorbilde die Güter der Gefangenen und Flüchtigen an sich ziehen wollte. — Aber der Baron von Richthofen, königlich preußischer Generalkonsul, reiste nach Konstantinopel und bewirkte, daß auch einen Firman diese Mogregel unterbleiben mußte, und das Loos der in Matschin Gefangenen durch menschliche Behandlung erträglich wurde.

Die Aufregung über diese Vorgänge ist allgemein so groß, daß alle Bojaren die Hauptstadt verlassen haben und fast Alle ihre Entlassung verlangen. — In diesem Augenblicke ist nur der Fürst mit seinen zwei Söhnen am Ruder der Verwaltung ***).

---

*) Wir erkennen die große kommercielle Wichtigkeit dieser Frage vollkommen an und werden sie, sobald Deutschland seine Organisation auch nach Außen beginnt, nachdrücklich verwohnen; da wir überzeugt sind, daß Galacz und Braila einst für unsern Ausfuhrhandel eine eben so bedeutende Rolle spielen werden, wie Triest oder die Hansestädte. L. d. R.“

**) Wie bezweifelt keinenwegs die äußere Richtigkeit der hier erzählten Thatsachen; allein des Pascals Kern ist, daß die in Deutschland und Frankreich erworbene Bildung der jüngeren Bojaren für Rußlands Absichten auf diese Länder schon lange ein Dorn im Auge war; seinen Zwecken gemäß, mußten diese durch ziemlich freie Institutionen geschützten Elemente vernichtet werden, damit er nachher desto ungehinderter die so zurechtgelegte Erdscholle Stourdza's antreten konnte. Der Plan war, die Unzufriedenheit der Bauern auf gut gallische Weise gegen den Adel zu benutzen; allein dieser, klug genug, drehte die Waffe um und stellte sich mit seinen Forderungen an die Spitze seiner Leibeigenen, durch welche an und für sich sehr geschickte Operation er den nun rathlosen Fürsten, aber besser russischen Agenten, zu seinen Gnaden zwingen trieb. L. d. R.

*) In diesem Punkte müssen wir dem geehrten Einsender widersprechen. Die Deputirten hielten sich nämlich einstweilen nicht für befähigt, ohne Rücksprache mit ihren Kommittenten mit dem Fürsten über jene beiden fraglichen Forderungen zu verhandeln; andernheils aber war es am 28. März keine „bewaffnete Versammlung“, sondern die Abgeordneten hatten sich mit ihren Frauen in leichten Salonskleidern bei Einem der Ihrigen zu einer Soiree eingefunden und trugen nur einen Dolch bei sich. L. d. R.

**) Unter einer auf Ehrenwort gegebenen Versicherung, daß ihnen Nichts geschehen solle. L. d. R.

***) Der Pascha „Ellinor“ meldete vor wenigen Tagen seine Er-

Man will behaupten, daß der russische Konsul, Hr. v. Kotzebue, bei dieser Gelegenheit zehntausend Dukaten nach Bucharest abgeführt hat, nachdem dieser würdige Sohn des berüchtigten Vaters *) keine Mühe und schändliche Mittel unversucht gelassen hat und leider einen wahren Henker in dem bei uns allgemein gehaßten jüngern Sohn des regierenden Fürsten, Namens Gregoire, gefunden hat. Daß Rußland, durch dessen schrankenlose Gewalt bisher alle Gräuel der Verwaltung in den Donaufürstenthümern sanktionirt waren, endlich auch den letzten Einfluß daselbst verloren hat, läßt sich leicht begreifen. — Gegenwärtig versucht zwar Hr. Duhamel, ein russischer General, die Sympathien wieder zu erwecken, aber es wird ihm nicht gelingen, im Gegentheil erwarten wir mit Zuversicht den Schutz von Deutschland, welches nach seinem Prinzip die Freiheit aller Nationalitäten anerkennen, um seines eignen Heiles willen dieselben gegen alle feindlichen Mächte unterstützen muß! Möge derselbe Strom, der eure und unsre Gauen durchströmt, hier wie dort auch derselben Freiheit Zeuge sein! —

## Schweiz.

Bern, 27. Mai. In der gestrigen Tagsatzung nahm nach der Genehmigung des Protokolls zuerst der Gesandte von Genf das Wort und berührte die traurigen Ereignisse in Neapel, welche einen trüben Schatten auf den Schweizernamen werfen. Es sei nicht zu verkennen, daß in Neapel der Prinzipienkampf begonnen und die Schweizer sich für den Absolutismus gegen das Volk geschlagen und dadurch die Ehre des Schweizernamens verletzt haben. Die Tagsatzung sei daher als Repräsentant der schweizerischen Nation der öffentlichen Meinung gegenüber eine Manifestation schuldig, um so mehr, da die Werbungen für ein nach Freiheit ringendes Volk unterfagt hat und dagegen gestattet, daß Schweizer gegen die Freiheit fechten, was die Schweiz entehre. Genf fenge deßwegen das Präsidium, ob der Vorort amtliche Nachrichten erhalten habe, um das Geeignete zur Wiederherstellung der Ehre der Schweiz verfügen zu können. Der Präsident erwidert, daß weder der Vorort noch die Regierung von Bern amtliche Nachrichten erhalten habe; jedenfalls müsse der Gesandte von Genf reglementsgemäß einen allfälligen Antrag schriftlich stellen, um ihn auf die Tagesordnung setzen zu können. Bern sei den Kapitulationen nicht günstig, und der Gesandte behaupte das Vorgefallene. Hätte es von der Berner Regierung abgehangen, solche Stellungen zu vermeiden, so könne er versichern, die Schweizer Truppen würden sich nicht in denselben befunden haben. Aber nicht der gegenwärtigen Regierung, auch nicht der Soldaten Schuld sei dies, die nur gethan, was Pflichtgefühl gebot, sondern einer abgetretenen Regierungen, welche die Kapitulationen abgeschlossen hätten. Genf erklärt, daß es eine moralische Frage sei, indem die Ehre der Schweiz zwar nicht durch die Handlungen der einzelnen, in neapolitanischen Diensten stehenden Schweizer, sondern durch die Reaktion verletzt worden wäre, und die Ehre der schweizerischen Nation einen Akt der Manifestation erfordere. Der von Genf nachher schriftlich gestellte Antrag, welcher am 30. Mai behandelt werden soll, lautet: Die hohe Tagsatzung — in Betrachtung, daß der Ausbruch des Bürgerkriegs in Neapel notorische Thatsache ist; in Betrachtung, daß die mit der frühern Regierung dieses Königreichs abgeschlossenen Militärkapitulationen auf den gegenwärtigen Stand der Dinge nicht anwendbar sind; in Betrachtung, daß unter den Umständen, in welchen sich die Schweizerruppen in Neapel befanden, die Schweizerehre angetastet werden könnte durch die Theilnahme am Bürgerkrieg, in welchen sie gegen die allgemeine Sache der Völkerfreiheit verwickelt wurden, beschließt: die Kantone, welche mit Königreich Neapel Militärkapitulationen haben, sind eingeladen, die Truppen von dort zurückzurufen. — Später trafen noch folgende Mittheilungen aus Italien ein, welche verlesen wurden: 1) ein Schreiben des schweizerischen Konsuls in Neapel (Hrn. Mörikofer), welcher die jüngst vorgefallenen Ereignisse in Neapel berichtet, wonach besonders das 4. (Berner) Regiment bedeutend gelitten hat, die Ruhe in Neapel wieder hergestellt, die Stadt militärisch besetzt, die Nationalgarde aufgelöst und ein neues Ministerium eingesetzt ist. 2) Ein Brief des Hern Obersten Luvini in Mailand vom 23. d. M. gibt ebenfalls Kenntniß von diesem Aufstand in Neapel. 3) Endlich gibt auch der schweizerische Konsul in Genua in einer vom 21. datirten Zuschrift Kenntniß von diesem Aufstand und schildert die ungeheure Erbitterung des genuesischen Volks über die Schweizer. Im Namen Genua's, im Namen von ganz Italien wurde der lebhafte Wunsch ausgesprochen, die freie und edelmüthige Schweiz möchte nicht länger gestatten, daß ihre Söhne sich zum Werkzeug der Tyrannen machen. O, schrie das Volk, Ihr freien Schweizer! hört auf, die Janitschaaren, die Schergen meineidiger und lasterhafter Fürsten zu machen. Das neapolitanische Mapvernehmen wurde auf das Empfindlichste gekränkt und verbrannt. Er, der schweizerische Konsul, stellte ihnen vor, daß er von diesen Vorfall der Gemeser seiner Nation sogleich Kenntniß geben werde, und drückte die Hoffnung aus, daß die Regierungen nach diesem Vorfalle ohne Zweifel zurückberufen würden. — Auch im Großen Rath ist diese wichtige Angelegenheit zur Sprache gekommen. Der Regierungsrath verlangte in Bezug auf die blutige Katastrophe in Neapel Vollmacht, vorläufig alle Schritte zu thun, welche mit Rücksicht auf die Ehre des Kantons und die Interessen der betheiligten Berner als nöthig erscheinen mögen. Nach einer lebhaften Diskussion wird ihm Vollmacht fast einstimmig ertheilt, und zugleich die bernische Gesandtschaft angewiesen, auf der Tagsatzung im nämlichen Sinn zu wirken. Der Große Rath hat sich bis zur nächst bevorstehenden Junisitzung vertagt. Die Tagsatzung wird ihre Sitzungen zwei Tage lang aussetzen, weil die Mitglieder sich zum eidgenössischen Offizierverein nach Solothurn begeben werden. — In ihren Verathungen über die Bundesverfassung ist sie bis Art. 59 gekommen. Ich fahre in meinen Mittheilungen derselben fort. Art. 42. Die freie Ausübung der anerkannten christlichen Konfessionen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft ist gewährleistet. Den Kantonen, sowie dem Bunde bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen die geeigneten Maßnahmen zu treffen. Art. 43. Die Preßfreiheit ist gewährleistet. Es darf keine Censur oder andere vorgreifende Maßregel stattfinden. Ebenso wurde die Redaktionskommission beauftragt, einen Artikel über die Gewährleistung des Vereinsrechtes vorzulegen.) Art. 44. Das Petitionsrecht ist gewährleistet. Art. 45. Sämmtliche Kantone sind verpflichtet, alle Schweizerbürger in der Ausübung sowohl als im gerichtlichen Verfahren den Bürgern des eigenen Kantons gleich zu halten. Art. 46. Den Staatsgerichten Civilurtheilen eines Kantons soll in jedem andern Kanton Vollziehung zu geben. Art. 47. Der seßhafte, aufrecht stehende, schweizerische Schuldner muß für persönliche Ansprachen von dem Richter seines Wohnorts gesucht, und es darf daher für Forderungen auf das Vermögen eines solchen kein Arrest gelegt werden. Art. 48. Alle Abzugsrechte im Innern der Schweiz, sowie die Zugrechte von Bürgern des einen Kantons gegen Bürger anderer Kantone sind abgeschafft. Art. 49. Gegen die auswärtigen Staaten besteht Freizügigkeit unter Vorbehalt des Gegenrechts. Art. 50. Ein Bundesgesetz wird über die Auslieferung der Verbrecher von einem Kanton an den andern allgemein verbindliche Bestimmungen aufstellen; die Auslieferung kann jedoch für politische Vergehen und für Preßvergehen nicht verbindlich gemacht werden. Art. 51. Die Ausmittelung von Bürgerrechten für Heimathlose und die Maßregeln zur Verhinderung der Entstehung neuer Heimathlosen sind Gegenstand der Bundesgesetzgebung. Art. 52. Dem Bunde steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem schweizerischen Gebiete wegzuweisen. Art. 53. Die Bundesbehörden sind befugt, bei allgemeinen Seuchen gesundheitspolizeiliche Verfügungen zu treffen. (Zwischen 53 und 54 soll die Redaktionskommission einen Artikel über das Verbot des Jesuitenordens und seine affiliirten Orden bringen, welchen Grundsatz die Tagsatzung annimmt.) Art. 54. Die Beschlüsse der Tagsatzung und die Konkordate bleiben bis zu ihrer Aufhebung oder Abänderung in Kraft, soweit sie nicht dieser Bundesverfassung widersprechen. Dagegen verlieren diejenigen Konkordate ihre Gültigkeit, deren Inhalt als Gegenstand der Bundesgesetzgebung erklärt wurde, und zwar von der Zeit an, in welcher die letztere ins Leben tritt. — Der Gesandte von Ribealdone ertheilte Namens seines Standes, der Grundsatz der Einstimmigkeit in der Bundesrevision sei festzuhalten, und er habe den Auftrag, in erster Linie gegen den Entwurf zu stimmen. — Noch muß ich Ihnen melden, daß in Sachen des Professors Rheinwald das hiesige Amtsgericht den Angeklagten freigesprochen, den Fiskus zu den Kosten und zu einer angemessenen Entschädigung an Rheinwald verurtheilt hat.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

mordung, welche Nachricht außer der Wahrscheinlichkeit der Sache schon deßwegen Glauben verdient, weil der junge Kaiser, einer der sechs getreuen Flüchtlinge, sich in der Hauptstadt Ungarns gegenwärtig befindet. A. d. R.

*) Zur Charakterisirung des Hrn. v. Kotzebue, russ. Konsuls in Bucharest, diene noch ein Zug, der hier in den Mittheilungen übergangen ist. Von der engl. Konsulei in Straßis aus unterhandelten nämlich die sechs Flüchtlinge mit dem wallachischen Gouvernement um Ahnug nach Deutschland. Man willigte ein, und Kotzebue bürgte mit seinem Ehrenwort für die Redlichkeit der Zusage. Kaum hatte aber der junge Kaiz zur Probe in Begleitung des österr. und engl. Konsuls das Asyl verlassen, als man in der Straße auf ihn eine Hajdugs anstellte, der er nur durch eine schnelle Flucht an Bord einer engl. Brigg entging. Von dort nahm ihr, den ziemlich schwer Verwundeten, nach vier Tagen das österreich. Dampfschiff trotz aller Versuche von wolachischer Seite, es zu hindern, glücklich auf, und brachte ihn nach Pest. A. d. R.

Digitized by Google

Die Parlamentsverhandlungen auf der Deutschen Zeitung etc. für England bei Hrn. Oliver 4 Kings. 73 Newgate-Street in London. — Für Frankreich. Expedition, Portugal und Spanien sind Bücher und Journale durch Hrn. C. L. Kleinschmidt in Straßburg Nr. 29 Brandg., Postamt Nr. 29 Neue Domstraße in Frankfurt.

# Deutsche Zeitung.

Die Herren Pränumeranten belieben das Quartal Juli, Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt übrigens 1 fl. 30 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 1 fl. 12 kr. für Ausgaben nach der Karte einer preußischen Postmeile mit 7 kr. (1 Sgr.) berechnet.

№ 154. Heidelberg, Samstag 3. Juni. 1848.

☞ Wir machen beim Herannahen des neuen Semesters das preußische Publikum darauf aufmerksam, daß in Folge der Ergebnisse der Dresdener Postkonferenz vom 1. Juli d. J. an der Preis unserer Zeitung bei allen preußischen Postämtern auf Thlr. 4. 28 Sgr. halbjährlich, einschließlich des Stempels, ermäßigt ist.

## Uebersicht.

**Der Leiningensche Brief über die Reichsverfassung.** — **Wien** (Bekanntmachung des Ministeriums. Bericht über die Vorfälle vom 26. Mai). **Innsbruck** (Erzherzog Ludwig). **Berlin** (Gerüchte über die Truppen um die Stadt widerlegt. Die Kammersitzungen vom 27. und 29. Mai. Schreiben Potsworowskis an General Pfuel). **Posen** (Thätigkeit der Bürgerschaft; Unthätigkeit der Regierung). **Vom Rhein** (die Beamten und die Geistlichkeit unter der neuen Ordnung der Dinge). **München** (Schluß der Kammer. Annahme des Ablösungsgesetzes. Die Schützengesellen stellen die Arbeitslein. Thon Dittmer). **Baden** (die Okkupation des Seekreises). **Freiburg** (ein russ. Freischärler). (Eine Denkschrift über Kirchenreform). **Rendsburg** (der Abzug aus Jütland; das Amt Hadersleben unbesetzt). **Apenrade** (der Waffenstillstand; Stellung der Truppen). **Frankfurt** Rückblick auf die letzten Verhandlungen.

**Schweiz.** Zürich. Die Freiburgische Amnestie. Die Schweizer in Neapel. Urtheile der Schweizer Presse über Wien.

**Schweden.** Stockholm. Großfürst Konstantin; Truppen nach Schonen und Rügen.

**Frankreich.** Paris. Die Nationalversammlung über die Verhältniß zur exekutiven Gewalt. Verhandlungen über die Nationalwerkstätten. Deren Aufhebung beschlossen. Das J. d. D. über die Posener Angelegenheit.

**Nachschrift.** Beitrag von Athen zur deutschen Flotte.

### Heidelberg, 2. Juni.

Es treten nun mehr und mehr Stimmen über die künftige Organisation des deutschen Reiches auch aus den höhern Regionen der Gesellschaft hervor, die bisher eine so auffallende Rückhaltung beobachtet hatten. Sie scheinen und die größte Aufmerksamkeit zu verdienen, weil sie die Geschäftskreise bezeichnen, aus denen man, in den kleineren Staaten und Höfen zumal, die große Frage betrachtet, die die Gegenwart Deutschlands bewegt und über seine Zukunft entscheiden wird. Wir haben in unserer Beilage 148 zwei solche Aktenstücke nebeneinander gestellt, auf die wir noch ein Mal zurückzukommen versprachen.

Dem Auszuge aus einem Briefe des Fürsten von Leiningen sieht man es an, daß es nur Fragment ist, und dies so sehr, daß man glauben muß, der Fürst, der in andern Dorfschriften so sehr klare Ansichten über die deutschen Verhältnisse dargelegt hat, sei in dieser wichtigsten Tagesfrage mit sich selber nicht einig. Seine Stimme kommt aus München und ist von den dort herrschenden Ansichten ganz bestimmt; dies thut uns leid, da der Einfluß von Männern, die wie sonst so auch jetzt vorurtheilslos in die innere Beschaffenheit unserer Zustände blicken, dort gerade so nothwendig wäre. Man hat uns in dem baierischen Entwurfe die einheitliche Regierungsform angeschoben, man hat uns sämmtliche Gegenstände, in denen wir eine einheitliche Verwaltung und Gesetzgebung über Deutschland ausgedrückt wünschten, gestrichen, man hat uns als einheitliches Organ nur das Volkshaus des Parlaments gelassen, aber auch dieses wesentlich zu Gunsten des Particularismus in seinen Befugnissen beschränken wollen. Fürst Leiningen geht noch weiter, er will uns das Parlament selber sogut wie ganz wegnehmen. Er nennt das Parlament, das als Grundlage der neuen deutschen Verfassung angenommen ist, eine Maßregel, deren Konsequenzen ein großer Theil der Nation nicht annehmen möge, die Regierungen, ohne sich selbst zu vernichten, nicht annehmen könnten. Ein Parlament, so mit Macht und Ansehen ausgestattet, werde nothwendig zu einem Kampfe mit den einzelnen Staaten führen, es würden die kleineren erst zusammenschmelzen, dann auch die größeren Staaten, wenn sie nicht ihrerseits die Centralregierung und das Parlament stürzten, vernichtet werden, und die Universalmonarchie oder die Republik an die Stelle treten. Ueber dieser Alternative verweilend, fragt sich der Fürst, was voraussichtlich der wahrscheinlichere Ausgang dieses Kampfes sein werde. Er hält für wahrscheinlicher, daß die Einheit aus dem Kampfe mit dem Partikularismus siegreich hervorgehen werde; denn er sieht ein, „daß die Idee der volksthümlichen Einheit zu einer dringenden, unvermeidlichen Nothwendigkeit wird." Aber dieser wahrscheinlichere, oder vielmehr nach der letzteren Aeußerung, nothwendige Ausgang ist ihm nicht der wünschenswerthere; so es scheint, er möchte ihm gerne eine andere Nothwendigkeit entgegensetzen. Das traditionelle Recht der Fürsten der einzelnen Staaten, sagt er, sei nicht erloschen; sie müßten sich „nothwendig" gegen dieses Erlöschen wehren. Man betrachte jetzt noch das Erlöschen der einzelnen Nationalitäten in Deutschland nebst ihren Regierungen und Institutionen als ein Unglück und einen Nachtheil. Wolle man ihren Fortbestand, so dürfe man keinen Centralstaat organisiren, man müsse von dem vollständig ausgestatteten Centralstaat mit seinem Oberhaupte und seinem Parlamente absehen, man müsse eine einfache, in bestimmten Fällen selbständige Bundesgewalt bestellen und das Parlament nur außerordentlicher Weise oder in größeren Intervallen berufen.

Der Fürst erklärt freimüthig, er werde Alles freudig begrüßen, was zu Deutschlands Wohl und Größe gereiche. Nur solle man Alles, was man wolle, recht wollen. Diesem Satz nach aber würden wir ihn selber vor Allem auffordern, sich zu entscheiden: denn dies ist des rechten Wollens erste Bedingung. Ist die Einheit eine unvermeidliche Nothwendigkeit, die Idee der Einheit eine siegreiche, unwiderstehliche Macht, so ist es, scheint uns, nicht staatsmännisch, sich mit seinem Wunsche gemüthlich an die überlebte Tradition zu hesten, an das, was man jetzt noch und, wir müssen hinzusetzen, nur hier und da noch, als ein Glück und Vortheil betrachtet, während die Nation dem Anderen, dem Nothwendigen, als einer ersten und letzten Bedingung ihres Heils und ihrer Größe nachstrebt.

Von dem Verfassungsentwurf der Siebenzehn sagt der Fürst ungefähr, was die Motive zu dem baierischen Entwurfe sagen. Das Parlament werde auf einem Umwege dahin führen, wo der Entwurf der Siebenzehn anfangen wollte: zu dem Einen Haupte, was ihm fast gleichbedeutend scheint, wie zu der Einen unantheilbaren Monarchie. Der Fürst vermuthet sogar, die Siebenzehn hätten den Weg zur Universalmonarchie nur auf eine wenigstens für den Bestehstand der Fürsten schonendere Weise anbahnen wollen und hätten daher den Fürsten gleich als Mediatfürsten zweiter Auflage den Platz im Oberhause angewiesen.

Diesem Gedanken steht in der That der Verfasser der Korrespondenz aus Frankfurt vom 24. Mai, die wir dicht hinter dem Auszuge aus dem Briefe des Fürsten abgedruckt haben, näher als die Siebenzehn. Auch dieser Verfasser hat das Ohr vieler Fürsten die Siebenzehn. Auch dieser Verfasser hat das Ohr vieler Fürsten vielfach gehabt, und die seinem Rathe folgten, sind nicht übel berathen gewesen. Er sieht ganz anders gefaßt und scharf der Frage der deutschen Einheit ins Gesicht. Eine republikanische Centralgewalt, sagt er, wäre die Einleitung zur Republik, und diesem Aeußersten gegenüber scheut er sich nicht, die Eventualität eines

Digitized by Google

einheitlichen deutschen Staates gegenüberzustellen, die „in natürgemäßer Entwickelung" eintreten könne, wenn man einen stärken, von Haus aus mächtigen Fürsten erhebt und die Spitze Deutschlands stellte. Der Verfasser stellt seinen Plan auf, den wir hier nicht wiederholen wollen, der viel kühner ist als der der Siebenzehn, und es ist für uns erquickend gewesen, daß ein erfahrener Diplomat mit dieser Sicherheit von diesen kühnsten aller aufgestellten Pläne sagen konnte: die Möglichkeit seiner Ausführung hänge nur davon ab, wie ernstlich die Nation die Einheit wolle; denn auf ihren Willen, nicht auf den der Kabinete von Wien und München komme es hierbei an, auf den Reichstag komme es an, „der um des Vaterlandes willen seine Stellung nicht unabhängig genug und nicht hoch genug nehmen könne".

Der Verfasser dieses interessanten Briefes würde uns verbinden, wenn er seine Plane gelegentlich näher entwickeln wollte; nicht Alles ist uns klar darin. Damit der Kaiser der Verfassung nicht gefährlich werde, soll er seine Hausmacht aufgeben; sein Reich soll unmittelbares Reichsgebiet werden. Die Theile der Regierungsgewalt, die nach Abzug der Befugnisse der Centralgewalt den Einzelstaaten übrig bleiben, sollen in allen übrigen Einzelstaaten Regierung und Stände, in dem unmittelbaren Reichslande das Reichsparlament ausüben. Soll es also ein Plenum des Reichsparlaments geben, wenn die Repräsentanten des mittelbaren Reichsgebietes (die einzelnen Staaten außer der Hausmacht des Kaisers) mitsitzen, und ein engeres Parlament, in dem die Abgeordneten des unmittelbaren Reichslandes allein berathen? Dies ist uns nicht ganz deutlich geworden.

Gewiß ist, daß dieser Plan viel schreckhafter für den Particularismus ist, als der der Siebenzehn. Den Siebenzehn war es Ernst um den Bund und seine Erhaltung. Deßhalb sollte auch das Hausland des Kaisers so gut ein Staat des Bundes sein, wie jeder Andere, der auch seine particulare Gesetzgebung und Verwaltung hätte, wie jeder Andere. Die Siebenzehn waren wohl überzeugt, daß diese gegenwärtige Zeit dem Föderationswesen außerordentlich günstig ist. Sie respektirten diesen Zug der Geschichte, der in der That durch alle Ereignisse der letzten Jahrzehnde charakteristisch hindurchgeht. Die Geschichte der Völker gehen weit mehr auf Trennungen der Nationalitäten aus, als auf ihre Verschmelzung. Und man wollte eine so glückliche Vereinigung der größten Triebkräfte des Allgemeinen und des Besondern mit Absicht aufrecht halten; den Trieb nach selbständiger Entwickelung alles natürlichen Stammunterschiedes, der in der allgemeinen Geschichte Europas überall vorherrscht, und den Trieb nach Einheit, der auf diesem besonderen deutschen Boden die Geister bewegt.

**Oesterreich.** **Wien**, 27. Mai. Die hiesigen Blätter bringen folgende Erklärung: Der Ministerrath erkennt die außerordentlichen Verhältnisse, welche es zu einem Gebote der Nothwendigkeit gemacht haben, daß sich ein Ausschuß von Bürgern, Nationalgarden und Studenten gebildet hat, um für die Ordnung und Sicherheit der Stadt und die Rechte des Volkes zu wachen, und ertheilt den Beschlüssen, welche dieser Ausschuß am 26. d. M. gefaßt hat, in Folgendem seine Genehmigung: 1) Die Wachen an den Stadtthoren werden von der National- und Bürgergarde und der akademischen Legion mit dem Militär gemeinschaftlich, die Wache im Kriegsgebäude wird als militärischer Posten vom Militär allein versehen. 2) Nur das zum Dienste nothwendige Militär bleibt hier, alles übrige wird sobald als möglich abziehen. 3) Graf Hoyos bleibt unter Vorbehalt eines gesetzlichen Vorganges als Bürgschaft für das Zugeständniß und für die Errungenschaften des 15. und 16. Mai unter Aufsicht des Bürgerausschusses. 4) Diejenigen, welche die Schuld an den Ereignissen des 26. Mai tragen, werden vor ein öffentliches Gericht gestellt. 5) Das Ministerium stellt an Se. Maj. das dringende Ansuchen, daß Se. Maj. in kürzester Zeit nach Wien zurückkehre, oder falls Allerhöchstdieselben dies verhindern sollte, einen kaiserl. Prinzen als Stellvertreter ernenne. Das Ministerium muß zugleich an den neugebildeten Ausschuß die Einladung stellen, demselben die Bürgschaften bekannt zu machen, welche Se. Maj. für ihre persönliche Sicherheit und für die Sicherheit der kaiserl. Familie gegeben werde können. Dasselbe stellt ferner das gesammte Staatseigenthum, sowie jenes des allerhöchsten Hofes, alle öffentlichen Anstalten, Sammlungen, Institute und Körperschaften in der Residenz unter den Schutz der Bevölkerung von Wien und des neugebildeten Ausschusses und erklärt denselben unabhängig von jeder anderen Behörde. Es muß demselben aber zugleich die volle Verantwortung für öffentliche Ruhe und Ordnung, sowie für die Sicherheit der Personen und des Eigenthums übertragen werden. Dasselbe muß endlich erklären, daß es die Staatsverbindungen, welche ihm noch interimistisch anvertraut sind, nur so lange fortsetzen könne, bis sie entweder von Se. Maj. zurückgenommen sind, oder das Ministerium der Mittel beraubt ist, mit voller Sicherheit seine Geschäfte zu fassen und unter seiner Verantwortlichkeit auszuführen. Wien, 27. Mai 1848. Im Namen des Ministerrathes: Billersdorff.

** Wien, 26. Mai, Morgens. Die Entfernung des Kaisers sammt der k. Familie erregte große Besürzung. Von allen Seiten sah man ein, daß man zu weit gegangen war, und deßhalb letzte sich auch das Centralcomité freiwillig auf. Es herrschte Niemand, wie sie lange nicht Statt gefunden hatte. Alles setzte große Hoffnung auf das Ministerium, welches sich nun freier bewegen könne, und das allgemeine Vertrauen fing an zurückzukehren. Plötzlich kam gestern der Befehl, die akad. Legion solle sich als solche auflösen, und die Studirenden, welche während der Ferien hier blieben, sollten der Nationalgarde eingereiht werden. Dieser Befehl machte den übelsten Eindruck. Die akademischer Legion behauptete, gesetzlich anerkannt zu sein, und erklärte, sie würde sich nicht auflösen. Das Volk bestärkte sie in ihrem Entschlusse. Man fürchtet das Eindringen der Arbeiter aus den Vorstädten, und die Stadt ist daher blokirt worden. Alle Thore sind gesperrt, das Militär ist auf dem Glacis aufgestellt, Kanonierre stehen mit brennenden Lunten da. Die Kanonen in der Stadt sind desgleichen. 11 Uhr. Es wird Alarm geschlagen, die Nationalgarde versagt dem Dienst gegen die Studenten, es wird mit allen Glocken Sturm geläutet, alle Läden sind bereits geschlossen, und man fängt an Barrikaden zu errichten, Arbeiter dringen in die Häuser und schaffen Schränke und Kisten herbei, um sie mit Pflastersteinen anzufüllen. Ein ernstlicher Konflikt wird dem Militär wird allgemein gefürchtet. Mehrere Straßen sind nicht mehr zu passiren, vielleicht gelingt es noch bis auf die Post zu kommen, später möchte es unmöglich sein. 2 Uhr. Die Post ist geschlossen, alle Straßen sind durch Barrikaden gesperrt. Das Sturmläuten hört auf, und es wird bekannt gemacht, daß die akadem. Legion fortbestehen und daß das Militär die Kasernen beziehen solle. Das Volk steht auf den Barrikaden und will seinen Standpunkt nicht aufgeben, die Alles schwarz auf weiß vorliege. Bier und Brod wird den Arbeitern zugetragen, und so werden sie Sonn auf ihren Posten verbleiben. Montecuculi ist von dem Befehl zur Auflösung der akademischen Legion unterzeichnet hatte, soll sich geflüchtet haben. Ein Gerücht jagt das andere; die Geistlichkeit soll viel Geld unter die Arbeiter vertheilt haben, um sie gegen die Studenten aufzureizen. Die Arbeiter nahmen das Geld, blieben aber den Studenten treu. In mehreren Vorstädten soll es brennen. 4 Uhr. Mit der Bekanntmachung des Ministeriums ist man nicht zufrieden. Man spricht davon, daß Fürst Windischgrätz mit 4 Regimentern auf Wien anrücke. An den Barrikaden wird fleißig fortgearbeitet. Wahr ist nur, daß das Regiment Prinz Emil angekommen ist, und auch dieses scheint nach Italien bestimmt zu sein. Die Stadt steht schrecklich aus; in den Hauptstraßen ist das Pflaster aufgerissen und in den Fenstern sieht man bis ins 5. Stockwerk Pflastersteine aufgethürmt. Die Arbeiter, Männer und Frauen, kommen in Schaaren herein und sind mit Aexten, Hauen, eisernen Stangen u. s. w. bewaffnet. Ein neuer Anschlag verlangt: Entfernung des Militärs binnen 24 Stunden bis auf 4 Stunden von der Stadt, die Bürgergarde wird die Ruhe allein erhalten. Die Errungenschaften des 15. Mai werden nicht aufgegeben, und verlangen wir, daß uns aus dem Adel Geissln übergeben werden, die mit ihrem Kopfe dafür haften, daß der Kaiser sein gegebenes Wort nicht breche. Endlich soll der Kaiser binnen 14 Tagen zurückkehren oder einen Stellvertreter senden, eher werden die Barrikaden nicht weggeräumt. Unterschrieben, Einer für Hunderttausende. Das Ministerium hat, wir es scheint, eine Reaktion herbeiführen wollen, denn die akademische Legion war entschlossen, freiwillig auseinander zu gehn, da aber die Universität ganz unerwartet in der Nacht mit Militär besetzt worden war, so widersetzte sich nun die akademische Legion, und das Volk billigte ihren Entschluß. Montecuculi ist geflüchtet, Graf Hoyos, Chef der Nationalgarde, ist von den Studenten arretirt und wird in der Universität festgehalten. Graf Collowrat war nicht aufzufinden. Abends 9 Uhr verbreiteten sich aufs Neue besorgliche Gerüchte. Gegen Mitternacht hörten 4 Kanonenschüsse. Es wurde sofort Sturm geläutet und Alarm geschlagen. Der Eifer ist jetzt unter der Nationalgarde geringer, nur langsam und ringeln kommen sie herbei. Besonders vermißt man viele Offiziere. Um 3 Uhr Morgens wurde es wieder ruhiger. Man weiß eigentlich nicht, was den Lärm verursacht hat. 27. 5 Uhr früh. Die Barrikaden sind stark besetzt und werden mehr und mehr befestigt. Alle Gewölbe sind geschlossen. Für den heutigen Tag scheint Nichts zu fürchten zu sein.

Digitized by Google

**Innsbruck**, 24. Mai. Wer die Hetzbeng, den hohen Leichtsinn und der Reaktion in Oesterreich sucht, der muß nach Innsbruck gehen. Außer der ganzen Hofkamarilla, welche den Kaiser hieher entführte, ist auch der Erzherzog Rainer angekommen und gar — Erzherzog Ludwig, der bei den Wienern etwas ebenso beliebt ist, als Fürst Metternich! Doblhof und Ettenbach werden in dieser Umgebung Anlaß zur Lustigkeit finden. (L. Z.)

**Sprechen.** ** Berlin, 29. Mai. Am vergangenen Sonnabend (27.) versammte sich, die Kammer zu besuchen in Vorausicht der Wahl von zwei Vicepräsidenten und acht Schriftführern, welche auf der Tagesordnung stand. Doch hat, ehe es dazu kam, Abrgg. der Abgeordnete von Kreutznach (ehem. Vicepräs. des Fünfzigerausschu.) eine Erörterung hervorgerufen, die nicht ohne Interesse gewesen ist. Ein von ihm gestellter Antrag auf strenge Handhabung der Gesetze wandte sich mit Heftigkeit gegen die Ungezogenheit, welche bei einer der Freiheit noch nicht ganz gewachsenen Bevölkerung doch sehr entschuldbar ist. Die Gesinnungen des Antragstellers unterliegen keinem Zweifel; ein echter Freund der Freiheit kann Nichts glühender hassen, als die jetzigen Bewährungen der Anarchisten, eine Reaktion, von deren Annäherung sie so geheimnißvoll reden, künstlich herbeizuzeren, gegen die sie dann ihre ihnen Dienste anbieten werden. Doch so wie der Antrag gestellt ist, war er ein ganz entschiedenes Mißhilligungs-, resp. Mißtrauensvotum gegen die Minister. So befand sich die Linke der Kammer in der tragikomischen Lage, entweder gegen die Anarchie mit strengen Maßregeln zu drohen oder dieses Mißtrauensvotum zurückzuweisen. Es mag Manchem doch recht schwer gefallen sein, zu wählen! Die Linke entschied sich gegen das Mißtrauensvotum, und nicht blos die Linke; mit großer Mehrheit beschloß die Versammlung die motivirte Tagesordnung. Die Minister können sich gratuliren für diese seltene Unterstützung Seitens der Opposition. — Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten blieb die Linke in der Minderheit; denn offenbar waren die 176 St. für Waldeck, die 102 für Kirchmann, die 8 für Potzpowitsch, vielleicht auch die 7 für Ulrich die der Linken. Eser wurde mit 256 Stimmen (also 80 mehr als Waldeck) gewählt; Binder hatte 153 St. (51 mehr als Kirchmann), Geh. Rath Bauer 5, Grabow 8, Hüffer 3 rc. Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten scheint die Mehrheit der Kammer gleich aller deutschen Mehrheit es für gottlos und unchristlich gehalten zu haben, der Minderheit den unschuldigen Gefallen nicht zu thun und ihr zu Liebe ihren Kandidaten zu unterstützen. Denn auf Waldeck traf diesmal die Wahl. Doch war eine nicht geringe Zahl so unbarmherzig gewesen, dem Kandidaten der Partei, Binder, ihre Stimme zu geben. Diese Vicepräsidentenwahl und die Wahl der 8 Schriftführer hat bis $10^1/_2$ Uhr Abends, folglich jene vierte Sitzung gerade 12 Stunden gedauert. — Heute kam die Kammer vor lauter Lappalien zu keinem rechten Resultate. Die ganze Linke protestirte, ob nicht der Beschluß vom Waldeckschen v. Reier (ich hatte den Namen falsch geschrieben) rückgängig zu machen und die feierliche Einberufung des Verhafteten doch noch durchzuführen sei. Möglichste jedoch! — Das Bestreiten in acht Abtheilungen, mehrere Reglementsfragen, nahmen die ganze Zeit hin. — Abgeordneter Schulze rügte in einem großen Augenblick, der sich dazu darbieten ließ, den Namen „Kammer" und verlangte den Titel „Nationalversammlung". Das deutsche Titelwesen spukt doch noch immer fort, wenn auch in veränderter Gestalt. Im Namen eines „Volksvereins" zu reden, sich mit einigen guten Freunden, die man einer gutmüthigen handaufhebenden Menge vorgeschlagen, das „Komité" „zur Wiederherstellung" oder „zur Wahrung" zu unterzeichnen, das ist der neuerdings umgewandte Scheinverathschlagkreis des deutschen Michel! Nun gar um den Titel einer Versammlung machten, die ganz anderswo ihre Würde zu suchen hat. Thatsächlich Gestatten sie sich aus, als den Abgeordneten selbst mitten im Eifer das so unverfängliche Wort „Kammer" entfuhr. — Auch über das Lokal wurde geredet; man will in eine Kirche. Freilich, einige Lungen auf der Linken dürften auch für den Keoll'schen Saal ausreichen. Eine Kommission ist ernannt, ein Lokal zu ermitteln. — Die Oeffentlichkeit ist nicht öffentlich genug. Ein Redner sah in dem Umstand, daß Jedermann sich ein Billet beschaffen und Abends abholen kann, ein „Privilegium". Denn es kann so kommen, daß man einmal kein Billet erhält! — Ganz gewiß, wenn keine Karten ausgetheilt werden, sind die stärksten Ellenbogen, die derbsten Fäuste, wenn auch ein Privileg, doch ein Privileg derjenigen, welche man gern zu Allem privilegiren möchte. Wer sich einmal vor dem hiesigen Opernhause zu einer Gastdarstellung der schwedischen Nachtigall durchgeschlagen hat, der wird ermessen, welche Scenen diese Erweiterung der Oeffentlichkeit herbeiführen wird. Es gibt indessen mit dieser Ausschließung der Meister, welche einen ganzen Rock haben, ein äußerst dankbares Publikum. Die „Bestenden" mögen die stenographischen Berichte nachlesen; wenn nur „das Volk" Eintritt hat. — — Am Schluß der Sitzung wurden 94 eingelaufene Anträge verlesen; darunter unzählige von Landbewohnern im Interesse derselben; aber die Verle von Allen war ein auf „Anweisung von Fonds zur Errichtung einer neuen Gesellenherberge in ....." gerichtete! — „Schade, daß Sie, die Thronrede vom 22. Mai nicht wortgetreu mitgetheilt; auch die Nachdolung besser nicht Alles. Ihr Berichterstatter beginnt, sie mit: „Ich. Hr. Abgg., mit freudigem Herzen rc." Das wäre wohl nicht ganz aufrichtig gewesen. Und die Thronrede ist „wirklich ohne Falsch. Es heißt: „Mit freudigem Ernst." Das „ernst" die Sache wesentlich. Auch ist nach dem Satze: „Die Einheit Deutschlands ist mein unverrückbares Ziel" der Nachsatz „ausgelassen, worin der König die Zuversicht ausspricht, die Kammer der Abgeordneten seines Volks werde ihn darin unterstützen. Etwas nicht zu Uebersehendes! — — Es wäre doch Schade, wenn die Nachwelt durch den Umstand, daß es den Abgeordneten freistehet, die stenographische Nachschrift vor dem Drucke durchzusehen, darum gebracht würde, zu erfahren, was die preußische Kammer zu dem „Hohn" veranlaßt hat, über den der Abg. Jung in seiner Rauden speech sich so bitter beklagte. Er sprach über Polen, und sagte: „Wir haben eine Kommission dahin geschickt", die sollte heißen: „nicht wir, die Kammer, auch nicht als bedächtige Majestätsplural, sondern — — wir „der politische Klub" (eines demokratischer Klub)!" daß diese für das Parlament ganz unerhörte Bezeichnung einigen Lärm, Gelächter und vor Allem die Frage „Wer?" hervorrief, war sehr gerechtfertigt. Auf die Antwort, aus der sich ergab, daß diese „Wir" zum größten Theil dritte Personen waren, folgte Gelächter. Der Abgeordnete bezog diesen „Hohn" auf eine Verachtung des edlen Bestrebens und der achtbaren Volksversammlung, aber nicht, worauf das Lachen sich allein bezog, auf den unsichtlichen Ausdruck. Im stenographischen Berichte hieß man: „Es ist eine Kommission geschickt". Zu Folge dessen Lärm, Unterbrechung, Rufe: „Wer?" und dann die gerechte Verwunderung über den „Hohn". Der Herr Abgeordnete hat prophetisch sein „Wir" gesprochen, dadurch aber die Versammlung unwillkürlich verdächtigt. Jeder Leser glaubt ihm, daß die Kammer das Streben der Volksversammlung verhöhnt habe; nur die wenigen Hörer sind Zeugen, daß der Gegenstand des Gelächters der Herr Abgeordnete mit seinem „Wir" gewesen. — Das Volk darf seine Huldigung dem nicht versagen, welcher gegenüber dem „Hohne" der „liberalen Bourgeoisie" die Würde der Volksversammlung vertritt — — hinter den Kulissen!

**Berlin**, 27. Mai. Die „Voss. Zeit." enthält folgende Antwort des Hrn. Gustav v. Potworowski auf die Aufforderung des Generals v. Pfuel, die Stelle eines Präsidenten in dem zu reorganisirenden Theile des Großherzogthums Posen zu übernehmen: Ew. Excellenz haben mich durch Ihr Schreiben vom 24. d. M. tief mich mit tiefem Schmerz erfüllt, da es mir bewies, wie sehr zweifelhaft mein Charakter in den Augen Ew. Excellenz noch erscheinen muß, wenn Sie glauben, ich werde nach allem dem, was ich über die gegenwärtigen Zustände des Großherzogthums Ew. Excellenz zu sagen die Ehre gehabt, das Amt eines Präsidenten in demselben, nach der nur unseren heiligen Rechten zuwider angeordneten Theilung, annehmen. So sehr ich es auch für meine heiligste Pflicht gehalten hätte, jedes Amt in dem nach den Verheißungen der Kabinetsordre vom 24. März treuganistten Großherzogthume zu übernehmen, so würde ich unter den jetzigen Umständen einen Verrath an meinem Vaterland begehen, wenn ich irgendwie an einem Werk mich betheiligen wollte, das ich für eine neue Theilung Polens ansehen muß. Ew. Excellenz ganz ergebenster G. Potworowski.

**Berlin**, 29. Mai. Seit mehreren Tagen herrscht hier das Gerücht von Koncentrirungen von Truppenmassen in der Umgebung von Berlin. Eine Deputation des 4. Bataillons der Bürgerwehr begab sich deßhalb mit einer Adresse zu Hrn. Camphausen und erhielt von ihm die Versicherung, daß ihm Nichts von solchen Koncentrirungen von Truppenmassen bekannt sei, daß er jedoch gleich den Kriegsminister darüber befragen wolle. Wenige Stunden darauf erhielten die Antragsteller in einem Schreiben des Ministerpräsidenten die für die ganze Stadt beruhigende Nachricht, daß das Gerücht gänzlich unbegründet sei. Es haben bis in den letzten 14 Tagen nur Verminderungen der bis dahin in der Nähe von Berlin gehandenen Truppen stattgefunden, und sei somit für jene durchaus unbegründeten Gerüchte keine Veranlassung vorhanden. (Voss. Z.)

† **Posen**, 28. Mai. Die deutsche Bürgerschaft, theils durch die Volksversammlungen, theils durch die Klubs und sonstigen Vereine angeregt, verfolgt mit dem lebhaftesten Interesse die Maßnahmen

Digitized by Google

der Regierung, sowohl in Bezug der in großer Anzahl nach den Festungen abgeführten gefangenen Insurgenten, als auch diejenigen, welche die Reorganisation der polnischen Theile betreffen. In Hinsicht auf den ersten Punkt werden Klagen darüber laut, daß der Staat sich noch mehr Lasten auflege und durch die Ernährung jener Massen dem armen Einwohner unserer Provinz, der durch das frevelhafte Beginnen der Aufrührer ins Elend gestürzt ist, die Mittel entziehe, welche zu seiner Unterstützung dienen könnten. In Bezug auf den 2. Punkt hat er mit wahrer Eifersucht die Abgrenzungslinie im Auge, will drüben polnische Beamte eingesetzt und hüben Katholiken (namentlich Schulen) aufgehoben wissen, die einen insurrectionellen Herd von jeher gebildet haben. Von Staatswegen ist noch immer Nichts für die armen Beraubten und Geschädigten gethan, auch hört man nicht, ob die Tausende von Privatklagen, welche bei den Gerichten angebracht werden sollten und zum Theil sind, irgendwie zu Resultaten führen. Meist fehlt den Armen, die Hab und Gut verloren, jeder Anhaltspunkt für den einzuklagenden Rechtsweg, da ihnen die Thäter nicht bekannt sind. Auch kamen Fälle vor, daß ein Gericht Ränder freiließ, weil Gefahr von Insurgentenhaufen drohte, darüber lag namentlich eine Beschwerde der Stadt Jarocin vor.

** Vom Rhein, 24. Mai. Wenn in dem Personal unserer Verwaltungsbeamten weniger Veränderungen vorgenommen sind oder noch in Aussicht stehen, als es nach der vollständigen Wechsel des Systems vielleicht erwarten ließ, so ist es dagegen in den Grundsätzen, welche die Hierarchie der Verwaltung seither verfolgten, sogleich mit der neuen Ordnung der Dinge eine völlige Revolution eingetreten, insofern schon durch die Ernennung der Herren Camphausen und Hansemann es ausgesprochen ist, daß jene Hierarchie zu Ende gegangen, und daß der grüne Tisch nicht mehr die Welt regiert. Zwei einfache Kaufleute, die jetzt nur in untergeordneten Kommunalämtern thätig und noch vor wenig Jahren kaum über die Grenzen der Provinz hinaus bekannt, stehen an der Spitze der Geschäfte eines großen Staats; und es macht in der That einen eigenthümlichen Eindruck, wenn zu derselben Zeit, wo Hr. Camphausen als Präsident des Ministerrathes die Verfassung für eine Monarchie entwirft, die in den Großmächten Europas zählt, die Verhandlungen des Gemeinderaths einer Provinzialstadt, dessen Mitglied er ist, ihn als „Lenksamkeit" auffordern, wenn dort über einen Suppenanstalt, ein Straßenpflastergement oder ähnliche Materien von ähnlicher Bedeutung berathen wird. In Anwendung dieses neuen Grundsatzes ist bereits das Präsidium der Regierung zu Köln ebenfalls an einen Mann übertragen, der noch nie in öffentlichen Aemtern gestanden, und die Veteranen des Regierungskollegs schütteln bedenklich das Haupt: wenn bisher Etwas für unmöglich bei ihnen galt, so war es das, daß Jemand Regierungsrath würde, der nicht vorher Assessor gewesen, und daß es einen Geheimen Regierungsrath geben könne, den man nicht schon als Regierungsrath gekannt. Bei alle dem schließt sich die große Mehrzahl der Beamten, wenigstens in der Rheinprovinz, der neuen Ordnung der Dinge gern und aufrichtig an, und das kann nicht im Mindesten überraschen oder unlauteren, selbstsüchtigen Motiven zugeschrieben werden, wenn, wo auch auch solchen mag von unseren früheren Zuständen, diese Zustände waren der Art gestaltet und wurden der Art weiter gebildet, daß sie die konstitutionelle Monarchie einleiten und vorbereiten mußten. Was von den Verwaltungsbeamten gilt, findet in noch weit höherem Maße auf den Richterstand eine Anwendung, bei welchem übrigens von einer Amtsentsetzung selbstverständlich nicht die Rede sein kann. Der rheinische Richterstand, namentlich in seinen jüngeren Mitgliedern, hat immer entschieden der freieren Richtung angehört; schon seit Jahren sind alle politischen und Preßprocesse, bei welchen die Rechtsfrage zweifelhaft sein konnte, gegen die Regierung entschieden und ein Mann, der bei jeder Gelegenheit dieser Regierung mit einer fast krankhaften Leidenschaftlichkeit gegenüber trat und neuerdings als erwählter Mitglied für die Nationalversammlung in Frankfurt sich auf die äußerste linke Seite zu werfen scheint, sitzt auf den Bänken des höchsten Gerichtshofes der Provinz. Der Advokatenstand vollends, der eine Reihe ausgezeichneter Persönlichkeiten in seiner Mitte zählt, gehört fast ohne Unterschied der vorgeschrittensten Meinung an, und es wäre nur zu wünschen, daß Talent und Eifer, wie es hier so vielfach zur Befriedigung persönlichen Ehrgeizes und Interesses verschwendet wird, in gleichem Maße zur Konsolidirung des Neuerrungenen, zur Aufrechthaltung der Geschlichkeit und Ordnung aufgewandt würde. Dann aber die Geistlichkeit. Die katholische Geistlichkeit, mit dem feinfühlenden Takt oder vielleicht Instinkt, der ihr zu allen Zeiten und in allen Ländern eigen gewesen, hat sich schon lange mit der Bewegung befreundet, deren Früchte sie jetzt zu ernten gedenkt. Sie hat dem Strom keinen Damm entgegenzusetzen gesucht, sie hat ihr Schiff getrost seinen Fluthen anvertraut; nach augenblicklichem Zögern und Hin- und Herlappen hat sie mit dem Absolutismus sowohl als der Republik gebrochen und sich zum konstitutionellen Königthum bekannt und in dem Getriebe der Parteien und Leidenschaften eine Thätigkeit und Energie entwickelt, welche einstweilen ihren vollständigen Triumph gesichert hat. Die katholische Geistlichkeit ist für den Augenblick die entschiedenste Stütze unserer neuen Zustände, denn von ihnen hofft sie die Erfüllung selbst ihrer maßlosesten Wünsche, und die Konferenzen, welche vor Kurzem der Erzbischof von Köln mit seinen Suffragan-Bischöfen und später mit dem Fürstbischof von Breslau gepflogen, deuten darauf hin, daß der gesammte Klerus der Monarchie nach einem gemeinschaftlichen Impuls und Plan zu handeln beabsichtigt; aber die katholische Geistlichkeit wird der konstitutionellen Monarchie in demselben Augenblicke ihren Beistand entziehen, wo sie zu der Erkenntniß gelangt, daß dieselbe ihren Sonderbestrebungen keine Neigung zu tragen geneigt ist. Anders die evangelische Geistlichkeit. Diese war, auch in der Rheinprovinz, eng mit dem Ministerium Eichhorn und seinem System verwachsen, und gerade ihr dornirter Eifer hat einem Streben in die Hände gearbeitet, welches zu verabscheuen Interesse und Gewohnheit sie gelehrt. Ihr Einfluß ist für den Augenblick gänzlich gebrochen, und deßhalb hat es wenig zu bedeuten, daß sie sich zu den Fleischtöpfen ihrer früheren Allmacht und Unfehlbarkeit zurücksehnt und mit Widerwillen auf eine Ordnung der Dinge blickt, welche sie zu ganz gewöhnlichen Menschenkindern gemacht und ihnen den Donnerkeil entwunden hat, mit welchem sie so gern ihre Heerden erschreckten. Indeß sind viele redliche und ehrenwerthe Männer darunter, die sich der Ueberzeugung nicht verschließen werden, daß eine Rückkehr zu den früheren Zuständen eine Unmöglichkeit ist, und Intrigue ist ohnedies nie die Stärke der evangelischen Geistlichkeit gewesen: sie hat sich wohl fürstlich und unlenksam, aber nie intriguant gezeigt. Es mag das kein Kompliment sein für ihren Geist, es ist aber ein Kompliment für ihren Charakter; kurz, sie ist ehrlich und meint es ehrlich; sie ist bis jetzt kein Freund des konstitutionellen Wesens, aber sie wird nur offen dagegen auftreten, und wenn sie sich damit befreundet hat, so wird sie ihm worm und unleugnbar anhängen.

Köln, 29. Mai. Heute haben mehrere österreichische Juristen ihre Gerichtsverhandlungen beigewohnt, um sich mit dem rheinischen Gerichtsverfahren durch den Augenschein bekannt zu machen. Sie werden von hier aus nach Belgien und Frankreich besuchen. (K. Z.)

**Baiern.** München, 29. Mai. Der Staatsminister des Innern, Frhr. v. Thon-Dittmer, hat die auf ihn gefallene Wahl zum Abgeordneten ins Parlament nach Frankfurt abgelehnt, da die Geschäfte des Ministeriums des Innern seine Abwesenheit von hier nicht gestatten. (K. Z.)

= München, den 30. Mai. In der heutigen letzten (53.) Sitzung der Abgeordneten ward der Gesammtbeschluß über das Ablösungsgesetz verlesen. Die Kammer der Reichsräthe hat sich endlich dazu entschlossen, den Art. 19 nach der Fassung der Abgeordnetenkammer anzunehmen, wornach die Lods- und Stremdgaben und das Weinkreuzer vorläufig nicht ablösbar sein sollen, was offenbar eine Verletzung des Prinzips des Ablösungsgesetzes ist. Aber die zweite Kammer hatte die Bauern und das Landvolk mit Dreschflegel und Sensen hinter sich, und das machte sie förmlich. Auch über den Gesetzentwurf in Betreff der Gerichtsorganisation ward der Gesammtbeschluß verlesen. Sonach hat die Reichsrathskammer auch auf die Siegelmäßigkeit mit der Einführung des Notariats und des Prozeßgesetzes Verzicht geleistet. Hiemit endigte die Thätigkeit der Kammer. Der Abg. Bestermeyer sprach noch Worte des Dankes im Namen der Abgeordneten dem I. Präsidenten für seine treffliche Führung des Präsidiums, worauf derselbe mit herzlichen Worten dankte, einen Rückblick auf die Thätigkeit der Kammer warf und es bklagte, daß nicht alle Anträge zur Erledigung kamen, da sie zu maßenhaft einliefen, und seine Hoffnungen für die Zukunft aussprach. Der Staatsminister des Aeußern, Graf Bray, spricht sich am Schlusse noch dahin aus, wie man nirgends deutscher sei, als in Baiern, und die Gerichte von einer Separatstellung Baierns pure Verleumdungen seien. Die Regierung wolle nur ein einiges, starkes, versöhntes Deutschland.

|| München, 30. Mai. Die Witterung bei uns ist ziemlich schwül: es könnte sein, daß sich demnächst wieder etwas entladet. Die Schusterge sellen bilden diesmal die entzündliche Materie. Sie haben höhern Lohn von ihren Meistern gefordert, diesen aber nicht gewährt erhalten. Deßhalb haben sie seit gestern die Arbeit eingestellt und sich auf ihrer Herberge versammelt, um darüber zu Rath zu gehen, wie sie die Meister veranlassen könnten, ihren Forderungen zu willfahren. Die Polizei hat sich nun, sei es ohne oder auf Verlangen der Schuhmachermeister, in's Mittel geschlagen und hat gestern

Digitized by Google

bereits mehrere geschlossen aus den Wohnungen der einzelnen Meister durch Gendarmen abholen, auf die Polizei und durch Schub von da aus der Stadt forbringen lassen. Heute Vormittag aber holte sie bei 200 Gesellen von der Herberge ab, indem Gendarmen und bewaffnete Militär ein Quarré um sie formirten und sie so nach der Polizei brachten. Dort soll nun mit diesen verhandelt werden. Derweil umgibt eine große Anzahl Menschen, die mit jedem Augenblicke wächst, das Polizeigebäude. Die Gesellen sollen etwas zu Viel gefordert haben, weil sie sehen, daß die Meister sie jetzt nothwendig brauchen, indem diese viel zu thun haben. Die Sache läuft vielleicht ruhig ab, doch ist es bei der gegenwärtigen Stimmung möglich, daß sich andere Elemente dazugesellen.

**Baden.** Die Karlsruher Zeitung berichtet: Ob eine in Aussicht stehende, länger dauernde Besetzung des Seekreises auch nöthig sei? hört man oft fragen. Wir glauben, nach den Nachrichten, die man über die Aeußerungen und Hoffnungen der politischen Flüchtlinge hört und liest, die Frage unbedingt bejahen zu dürfen. Die Anfangs Mai das Gerücht den 15. als den Tag eines großen Schlages bezeichnete — der kein Datum auch wirklich in Berlin, Wien, Paris und Neapel versucht wurde — so werden jetzt die Pfingsttage wieder roth angezeichnet. Braucht sich die Regierung auch nicht zu fürchten vor solchen Deutungen, die ihr nicht verborgen bleiben können, so ziemt es ihr doch, zu zeigen, daß sie bereit sei und gerüstet.

** Freiburg, 26. Mai. Ihrer geehrte Zeitung meldete, daß auch ein Konstantinopolitaner für die Hecker'sche Freiheit in Baden mitgezeugen sei. Aber auch Rußland hat sein Kontingent gestellt. Es befindet sich nämlich im Freiburger akademischen Hospital ein verwundeter Russe, seines Zeichens ein Schneider, welcher als Freischärler von Paris mit Georg Herwegh ausgezogen war, dem Rufe des „badischen Volkes" zu folgen. Dieser Mensch spricht nur ganz gebrochen deutsch und war lediglich ein mißleitetes Werkzeug — wie so viele Andere.

* Es geht und eine von Lörrach und Grenzach an die zweite Kammer angegangene Petition um freie evangel. Kirchenverfassung zur Veröffentlichung zu, die wir dem wesentlichen Inhalte nach um so lieber mittheilen, als sie die Grundsätzen einer freien vom Staate getrennten Kirchenverfassung mit Entschiedenheit und Folgerichtigkeit zieht. Die Bittsteller gehen von der Ansicht aus, daß das Recht, die Kirche zu regieren, einzig und allein der Gemeinde einwohnt. Das Mittel zur Ausübung desselben sehen sie in der Presbyterial- und Synodalverfassung; die bisherigen Synoden konnten aber bei ihrer mangelhaften Zusammensetzung, bei dem System der Heimlichkeit und Bevormundung dem Bedürfniß nicht entsprechen. Die Kirchenverfassung soll also aus Halbheit und Täuschung herausgeführt werden nach folgenden Grundzügen: Die erste Grundlage der freien Verfassung ist die Einzelgemeinde. Sie übt ihre Rechte durch die Kirchenversammlung aus, der alle selbständigen Männer der Gemeinde angehören, übertragt aber einen Theil derselben und die laufenden Geschäfte an einen auf 6 Jahre gewählten Kirchengemeinderath, der die Gemeinde vertritt und selbständig ihre kirchlichen und milden Fonds verwaltet. Durch die Wahl dieses Rathes und den Empfang seines jährlichen Rechenschaftsberichts übt die Gemeinde ihr Aufsichtsrecht aus und legt bei dieser Gelegenheit ihre Wünsche dar. Die Wahl des Pfarrers geschieht durch den Kirchengemeinderath und der Zahl der recipirten Geistlichen des Landes und wird der Kirchenversammlung zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt, in welch letzterm Falle der Rath eine neue Wahl vornimmt. Ebenso soll der Gemeinde durch den betreffenden Schulvorstand die Besetzung der erledigten Schuldienste zustehen. (Wir erlauben und hier die Bemerkung, daß wir entweder diesen Passus über die Schule ganz entfernt, oder das Verhältniß der Schule zur Kirche und Kirchengemeinde bestimmt ausgesprochen gewünscht hätten.) Die zweite Stufe bildet die Diözesansynode, alljährlich und öffentlich gehalten und bestehend aus sämmtlichen Geistlichen der Diöcese und den weltlichen, von den einzelnen Kirchenversammlungen erwählten Deputirten der Gemeinden. Sie überträgt ebenfalls die laufenden Geschäfte auf 6 Jahre einem von ihr gewählten Diözesanvorstand, bestehend aus 2 Geistlichen und einem Weltlichen, der alle 2 Jahre in jeder Gemeinde Kirchenvisitation hält und die Abhör der kirchlichen Rechnungen besorgt. Die Synode selbst wirkt dann durch Abhörung des Rechenschaftsberichts über die Visitationen, durch Vollziehung der Kirchenordnung, Verbesserungsvorschläge in Verfassungssachen und Kirchenzucht über Geistliche und Aelt-ste. — Als dritte Stufe wird alle drei Jahre eine Landessynode öffentlich gehalten, besteht von jeder Diözesansynode durch ein geistliches und ein weltliches Mitglied und von der theologischen Fakultät in Heidelberg durch einen Vertreter nach freier Wahl. Sie beschließt in oberster Instanz und wählt auf sechs Jahre einen Synodalausschuß, aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern bestehend, welcher die allgemeinen Kirchenangelegenheiten besorgt, die Synodalbeschlüsse vollzieht, die Kandidaten prüft, die von den Gemeinden erwählten Pfarrer bestätigt und beruft, Rüge und Abbetzung gegen Geistliche und Aelteste ausspricht, die allgemeinen kirchlichen Fonds verwaltet, der Landessynode Rechenschaft ablegt und mit andern evangelischen Landeskirchen brüderliche Verbindungen einleitet und unterhält. Dieser Ausschuß würde also die oberste kirchliche Landesbehörde sein, gebunden und beaufsichtigt durch die Synode und ihre Beschlüsse. Zur Wahrung der Rechte des Staates über die Kirchen und für den öffentlichen Unterricht wird mit Beseitigung der bisherigen beiden Oberkirchenräthe, des Oberstudienrathes und der Oberschulkonferenz ein Ministerium des Kultus und des Unterrichts errichtet. In den innern Organismus der einzelnen Kirchen hat sich dasselbe nicht zu mischen und steht folglich mit den einzelnen Kirchenversammlungen und Diöcesansynoden in keiner unmittelbaren Verbindung; dagegen wohnen seine Kommissäre den Verhandlungen der Landessynode ohne eine Stimmrecht bei, um noch während der Versammlung zu erklären, daß von Staatswegen Rechte gegen die Beschlüsse derselben zu gewinnen sei, oder im andern Falle die Rechte des Staates zu wahren. — Die Bittsteller bitten demgemäß die zweite Kammer um geneigte und kräftige Fürsprache, daß „S. K. H. der Großherzog diese freie Kirchenverfassung ins Leben zu rufen geruhe, für einer sogleich nach Beendigung des Landtags nach obigen Grundsätzen zu berufenden und zu haltenden Landessynode zur Genehmigung vorlegen und mit Aufhebung der beiden Oberkirchenräthe, des Oberstudienrathe, der Oberschulkonferenz und der Kreisschulvisitationen, den auf diese Behörden verwendeten Staatszuschuß dem Synodalausschuß und dem Ministerium des Kultus und des Unterrichts gnädigst zuwenden wolle, und das in der ersten Rubrik Erbetene sogleich ins Leben trete."

**Schleswig.** Rendsburg, 28. Mai. Die amtliche „Schleswig-Holsteinische Zeitung" schreibt in Bezug auf die rückgängige Bewegung der deutschen Truppen Folgendes. Sicherem Vernehmen nach möchte die jetzt eingenommene Stellung eine bleibende sein, jedenfalls wird das Amt Hadersleben von den Bundestruppen besetzt bleiben, so daß hieraus der beruhigende Schluß gezogen werden darf, daß an keine Trennung der nordschleswigschen Distrikte von Schleswig-Holstein zu denken ist. So viel über den Grund des Zurückziehens der Truppen aus Jütland veranlaßt, dürfte derselbe in einer Meinungsverschiedenheit liegen, welche bedauerlicher Weise zwischen verschiedenen Kabineten sich manifestirt hat, und welche leider abermals zeigt, wie weit wir noch von dem einheitlichen Kusammen Deutschlands nach Außen entfernt sind. Wie früher schrieen auch jetzt die einzelnen Kabinete jedes für sich die Unterhandlungen verführt zu haben. Es drängt sich hierbei der Wunsch auf, daß sich die Nationalversammlung in Frankfurt unserer Sache mit aller Energie annehmen möge, wozu ihr zunächst eine gestern Abend hier durchgekommene nordschleswigsche Deputation die äußere Veranlassung geben wird. Diese Deputation ist bei der ersten Kunde von der rückgängigen Bewegung der Truppen von Hadersleben abgegangen, um die Wahrung der Rechte Nordschleswigs bei der Nationalversammlung zu erstreben. Unsere feste Ueberzeugung, daß der von ihr zu überbringende Wunsch und Wille Nordschleswigs, seines seiner und des ganzen Landes Rechte aufzugeben, die volle Gewähr finden werde, begleitet sie.

**Apenrade**, 26. Mai. Vom 28. d. an wird die Armee nachstehende Stellung einnehmen: Hauptquartier des Generals Wrangel: Flensburg; Hauptquartier des Generals Halkett: Gravenstein. Die holsteinischen Truppen von Tondern nach Tingleff, preußische Truppen von Tingleff nach Flensburg, zehntes Armeekorps im Sundewittschen. Neues ist hier nicht vorgefallen, die Dänen verhalten sich auf Alsen ruhig, und es werden weniger als sonst Kanonen- oder Flintenschüsse gewechselt.

**Hamburg**, 29. Mai. Die von England gestellten Bedingungen des Waffenstillstandes sind, sicherem Vernehmen nach, Räumung Jütlands und Nordschleswigs von Seite der Bundestruppen (Nordschleswig bleibe jedoch von schleswig-holsteinischen Truppen besetzt). Räumung Alsens von Seite der Dänen und Herausgabe der genommenen Schiffe mit voller Ladung. Die Bedingungen sind von Preußen ratificirt, und man erwartet nun die Ratifikation von Dänemark. Erfolgt sie nicht, so rücken die deutschen Truppen wieder vor. — Dr. Besekow, Mitglied der provisorischen Regierung, ist gestern von Rendsburg in Altona angekommen und sogleich nach Frankfurt abgegangen. (B. H.)

# **Frankfurt**, 1. Juni. Dahlmanns Antrag angenommen, Gagern zum ersten Vorsteher des Reichstags gewählt, Beides mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit, die Herstellung einer

kräftigen Vollziehungsbehörde in Deutschland von dem Ausschusse für die Reihenfolge als die dringliche Frage zur Erörterung auf die nächste Tagesordnung gesetzt, zwei Tage sitzungsfrei, damit im Ausschusse das Verfassungswerk gefördert werden könne — das sind die Ergebnisse der gestrigen Sitzung, welche man zusammenhalten muß, um das Vertrauen auf Deutschlands Zukunft, auf den Gang des Reichstags zu fürsten. Gegen den Antrag, die nächste Sitzung am Samstag zu halten, stimmte die äußerste Linke. Will sie etwa nicht, daß dem Ausschuß die nöthige Zeit werde, um nächste Woche schon den Abschnitt der Verfassung über die Grundrechte in die Versammlung zu bringen, oder weiß sie nicht, daß zu den Berathungen Zeit gehört? — Die Anträge wegen der Vollziehungsbehörde werden wahrscheinlich an einen Ausschuß gewiesen und in der nächsten Woche berathen werden. Jedermann fühlt, daß eine vereinigte Kraft dastehen muß, um Deutschland nach Außen zu vertreten und zu sichern; die Zustimmung aller Betheiligten, ohne welcher der Form das Wesen fehlen würde, ist eine Frage, welche der Sinn und die Liebe für das Vaterland beantworten wird. — Der Beschluß, welcher auf Dahlmanns Bericht in reiner, schmuckloser Sprache und mit dem edeln Selbstgefühle der zur Einheit strebenden Nation, den nicht deutschen Volksstämmen auf deutschem Boden das Recht anerkennt, den Weg ihrer volksthümlichen Entwicklung ungehindert zu gehen, wurde dadurch ohne Diskussion angenommen, weil die Gesinnung der überwiegenden Mehrheit nicht besser ausgedrückt werden konnte, und weil man Aeußerungen, welche die ohnehin bedenkliche Lage Deutschlands ohne Noth noch mehr hätten verwickeln können, dadurch vermied. Die Reden, welche sich zum Wort gemeldet hatten, opferten dasselbe um so lieber den höheren Interessen des Vaterlandes, als die freie Presse einen Weg zur Kundgebung ihrer Ansichten bietet. Die Erwählung Gagerns zum ersten Vorsteher mit einer seltenen Mehrheit ehrt in gleichen Maße den Mann wie die Versammlung. Er ist der vollendetste Ausdruck jener echt deutschen Gesinnung, die mit der Schmach der jüngsten Vergangenheit gebrochen hat und Alles daran setzt, um in dem einigen und starken Vaterlande die Freiheit dauernd festzustellen, als die Bedingung von Wohlstand, Macht und Größe. An Gagern wagte sich keine Wahlintrigue. Neben ihm steht Soiron, befreundet in Gesinnung und Wirken, ausgerüstet mit den selten vereinigten Gaben, welche die schwere Aufgabe der Geschäftsleitung in einer so zahlreichen Körperschaft erfordert. Der zweite Stellvertreter, v. Andrian, Verfasser der für die alte Bureaukratie tödtlichen Schrift: Oesterreich und seine Zukunft, ging mit mehr als drei Fünftheilen der St. aus der Wahlverhor. Es ist gut daß ein Abgeordneter aus Oesterreich zu dieser Stelle berufen wurde. Die Kämpfer für die deutsche Sache in Oesterreich werden sich ermuthigt fühlen, das jetzt noch lockere Band, welches die Vormauer im Südosten an Deutschland knüpft, gewinnt an Festigkeit. Achtung den Abgeordneten aus Preußen, die, fern von jeder Eifersüchtelei, dem Bruder aus Oesterreich ihre Stimmen gaben. Es bedarf solcher Zeichen der Verbrüderung von Frankfurt aus, als Beispiel für die Nation. Können die jüngsten Ereignisse in Wien verschieden beurtheilt werden, von den Einen als bedauerliche Zeichen eines Auflösungsprozesses, welcher durch den Widerstand in den Provinzen beschleunigt werde, von den Andern als ein freudig zu begrüßender Sieg deutscher Freiheitsbewegung über slavische Reaktion, so können doch die Zustände in Berlin und in vielen Gegenden und Städten am Rheine die treuen Söhne des Vaterlandes nur mit Kummer erfüllen. Mögen sich Alle, die von dem ersten alles Verdrießliche, dem der Einheit, ohne welche die Freiheit keine Bürgschaft hat, noch nicht durchdrungen sind, an der deutschen Gesinnung der Bürgerschaft von Frankfurt ein Vorbild nehmen, welche sich gestern Abend bei einem Fackelzuge für Gagern und seine beiden Amtsgenossen erhebend aussprach. Wohl fühlt Frankfurt die unmittelbarste Einwirkung des großartigen Bildes der Einigung und des vaterländischen Strebens der überwiegenden Mehrheit des Reichstages; aber wie dieser den verfassungs- und gesetzgeben den Körperschaften der Einzelstaaten vorauseilte, so wird der Ausdruck der richtigen und patriotischen Auffassung der großen deutschen Aufgabe, wie ihn Frankfurts Bürger durch ihre Redner und ihre Rufe vor dem Hause des Hrn. Hermann Mumm kundgaben, auf dessen Balkone Gagern und seine Freunde vor ihnen standen — es wird dieser Ausdruck der deutschen Gesinnung Frankfurts, in Wellenschlägen weiter getragen durch das große Vaterland, seine Söhne zusammenführen zu dem gemeinsamen Baue, unter dem unsere Nachkommen sich wohnlich einrichten und das Andenken der Väter segnen werden.

**Schweiz.**

† Zürich, 30. Mai. Während die schweizerische Presse mit wahrer Wollust alle wirklichen oder scheinbaren — bei ihrer totalen Unklarheit wirft sie Beide blindlings durch einander — Symptome der Reaktion in Deutschland auf's Gröbste hervorhebt, läßt sie daneben ein Denkmal der Reaktion, wie Deutschland gottlob noch keins aufzuweisen hat, gänzlich unbeachtet; kaum daß sie mit ein paar gleichgiltigen Worten von dem Dasein eines solchen spricht. Ja rede von dem Freiburgischen Amnestie- und Konkordatsunbedrete; jetzt, nachdem über die früheren Verirrungen schon Gras gewachsen, erklärt man eine s. g. „Amnestie", nach welcher $^1/_{10}$ der Bevölkerung für den durch den Sonderbundskrieg verursachten Schaden verantwortlich gemacht werden können; zu einer Kriegskontribution von 1,600,000 Schw. Fr. werden verurtheilt alle Urheber und Begünstiger des Sonderbunds, Alle, welche denselben mittelbar oder unmittelbar unterstützt, Alle, welche zu seinen Gunsten Etwas thaten, wenn sie ihr Amt nicht verpflichtete; die Schuldigen sind sodann in 5 Kategorien getheilt, von denen die drei ersten während 10 Jahren von der Ausübung der politischen Rechte ausgeschlossen werden, während die Personen der ersten sogar polizeilich aus dem Kantone verwiesen werden können. Eine solche monströse Maßregel nennt man hier zu Lande Amnestie; die Presse hat keine Waffe des Zornes und der Entrüstung gegen dieselbe, sie hat ja etwas Besseres zu thun; muß sie doch den ungeschickten Michel täglich abkanzeln, der einfältig genug ist, die Lehren der Vernunft und der Geschichte höher anzuschlagen als die ebenso sinnlosen als böswilligen Rathschläge eines Theiles der schweiz. Presse. Doch die Nemesis, die sich bisweilen darin gefällt, mit blutiger Ironie ihrer unverdrängbaren Charaktere einzugraben, hat diesen Theil der schweiz. Presse schon ereilt: als der Züntzigrathschlag gegenüber den bedrängten Lombarden Alles that, was in seiner Stellung thun konnte, indem er seine volle Sympathie für die Sache desselben aussprach, da rief die „N. Z. Z." voll von Erbitterung und Hohn: „Die Zeit der leeren Worte ist vorüber, wir verlangen nicht hohle Phrasen, sondern Thaten"! Die „N. Z. Z." war bisdhinnig genug, von Deutschland Schritte gegen Oesterreich zu erwarten oder doch zu verlangen, zu denen sich weder die Schweiz noch bis jetzt selbst Frankreich zu entschließen getraute. Was geschah inzwischen? Ja es kam für die Schweiz die Zeit der Thaten: blutig wurde die junge neapolitanische Freiheit von den schweiz. Regimentern mit Füßen getreten, Plünderung, Raub, Mord und jede Schandthat war die Folge schweiz. Tapferkeit. Wie leicht wäre es, von der einfachen Auffassung dieses blutigen Drama's ausgehend, der Schweiz alle die Wormüre Lumpenstaub zurückzuwerfen, mit welchem sie sich so reichlich überschüttet; doch wir wollen uns nicht gleicher Ungerechtigkeit schuldig machen. Wären die Truppen in Neapel Deutsche gewesen, ihr weiß es, die schweiz. Presse hätte sich überboten in den maßlosesten Beschimpfungen Deutschland's, daß es die Kapitulation bis jetzt nicht gekündet, in den wüthendsten Ausfällen gegen die Truppen (wie z. B. gegen die Truppen in Berlin, in Baden u. s. w., nie aber gegen die in Paris oder in Ronen oder sonst wo in Frankreich), daß sie verthiert und Kannibalen gleich den Namen der Menschheit geschändet. Wie wollen nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, wir erkennen die Schwierigkeiten an, die dem Bunde bei der Aufkündigung der von den Kantonen abgeschlossenen Kapitulationen im Wege standen; wir wissen und ferner — mit schwerlichem Bedauern freilich — die Ehrlichkeit der Truppen und ihre tüchtig eingeschulten antidiplomatischen Geiste, aus der Gebietterung ihrer hartnäckigen Tapferkeit der Widerstand, aus dem mühsam eingeschützten militärischen Gehorsam und falschem militärischen Ehrgefühl u. s. w. hinlänglich zu erklären, um nicht noch Worwürfe zu machen, die ihr Ziel verfehlen, weil sie darüber hinausgehen. Ob jedoch die schweiz. Presse so viel Ehrgefühl besitzt, diese Schonung anzuerkennen und sich für die Zukunft vor blanker, ehrenhafter Waffen zu bedienen, das müssen wir dahingestellt sein lassen; die Antecedentien sprechen nicht sehr dafür. Heute ist der Tag, an welchem diese ganze Angelegenheit auf die Anregung von Genf im Berner Rathssaale verhandelt wird; mögen die Tagherren ein Mittel ausfindig machen, das die Interessen der Freiheit wahrt, ohne daß dadurch den erworbenen Rechten der kapitulirten Truppenkorps allzugroßer Eintrag geschieht. — Bei allem Ernste, den die mannigfachen Verwicklungen der Tages überall als die herrschende Stimmung erscheinen lassen, zeigen sich doch hie und da so komische Erscheinungen, daß wir ein lautes, fröhliches Gelächter nicht unterdrücken können. So klagte gestern die „N. Z. Z." tief betrübt darüber, daß die „Appenz. Ztg." von dem „Umschwerfen mit Michelei in der „N. Z. Z." auf die „italienische Geborenheit des Redakteurs" schließe; sie spricht zu ihr: was schlißt Du mich denn, liebe Schwester, einen Fremden? bringst Du nicht selbst tagtäglich die witzigsten Artikel über den deutschen Michel, die ich gern abdrucke, falls es nur der Raum erlaubte? Siehe, der Michel bietet uns ja ein so schönes Feld gemeinsamer

Digitized by Google

Thätigkeit; so laß uns denn Frieden schließen, und von Neuem rüstig wider die deutsche Flotte, wider „Hofräthe und Professoren“ zu Felde ziehen. — Am Großartigsten zeigt sich die Unwissenheit oder Böswilligkeit eines Theiles der schweiz. Presse in der Beurtheilung der neuesten Wiener Wirren. Kein Wort von dem drohenden Bürgerkriege zwischen Stadt und Provinz, zwischen Slaven und Deutschen, kein Wort davon, daß die Czechen bereit sind, die Freiheit mit Füßen zu treten, Falls das Haus Lothringen-Baudemont ihnen nur den Traum eines Slavenreiches zu verwirklichen verspricht; — im Gegentheil, man wünscht den Slaven Glück zur „Sprengung der deutschen Fesseln“, man sähe mit innigster Schadenfreude einen Kreuzzug der Böhmen und Tiroler gegen Wien, das sich einen Augenblick herausgenommen hatte, frei zu denken und zu handeln wie die Schweiz; man ignorirt alle diese Thatsachen, damit man, wenn die Wiener Angesichts dieser drohenden Gefahren sich vielleicht schwankend zeigen, mit Hochgefühl des eigenen Werthes gedenkend ausrufen könne: seht mir da diese Wiener Bürger an, sie wollen wie wir von Freiheit reden und können nicht einmal des Kaisers entbehren. Kurz, man stellt die Sache so dar, und ich bin überzeugt, unter 100 Schweizern sind 99 wirklich der Ansicht, als ob die guten Wiener in Verzweiflung darüber wären, daß sie gleichsam ihr artiges Spielzeug verloren hätten. Die tiefsten Politiker werden allenfalls noch die materiellen Vortheile in die Wagschale, die Wien durch die Abwesenheit des kaiserlichen Hofes zu erleiden hat; und Sie können sich denken, daß dieses Argument bei den „praktischen“ Schweizern den allgemeinsten Anklang findet. —

## Schweden.

Stockholm, 25. Mai. Großfürst Konstantin ist ebegestern hier angekommen und hat die Königin-Wittwe auf Drottningholm und den König und die königliche Familie auf Rosendahl besucht. Die schwedischen Garderegimenter haben sich gestern nach Schonen eingeschifft. Generallieutenant Lafrin erhält den Oberbefehl über das Beobachtungskorps in Schonen. Die Truppen, die am 4. Juni sich in Gothenburg unter Befehl des Grafen Lovenhjelm einschiffen, gehen direkt nach der Insel Fünen. (B. H.)

## Frankreich.

Paris, 30. Mai. Der Schluß der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ward durch die Diskussion über das Gesetz, welches die Beziehungen der vollziehenden Gewalt zu der Nationalversammlung feststellen soll, ausgefüllt. Bekanntlich hat die Kommission den von der Regierung vorgelegten Gesetzvorschlag wesentlich verändert und den letzten Artikel ganz weggestrichen. Dieser letzte Artikel gibt dem Präsidenten der Nationalversammlung das Recht, im Falle die Sicherheit der Nationalversammlung bedroht würde, den Generalmarsch schlagen zu lassen, schreibt ihm aber vor, sich über alle Maßregeln, die außerhalb des Sitzes der Nationalversammlung zu ergreifen sind, mit der vollziehenden Gewalt in's Einvernehmen zu setzen. Die beiden ersten Artikel der Kommission, die keine wesentliche Aenderung enthalten, wurden nach einer ziemlich lebhaften Debatte angenommen. Sie besagen, daß die Mitglieder der vollziehenden Gewalt das Recht haben, den Arbeiten der Nationalversammlung nicht beizuwohnen, daß sie jedoch gehalten sind, zu erscheinen, wenn die Nationalversammlung sie zu hören wünscht, und in diesem Falle muß der Antrag durch wenigstens 40 Mitglieder gestellt und wird durch eine Botschaft des Präsidenten der vollziehenden Gewalt mitgetheilt. Die Mitglieder der vollziehenden Gewalt müssen ferner gehört werden, so oft sie es verlangen. Ueber den letzten von der Kommission gestrichenen Artikel entspann sich nun eine lebhafte Debatte, in der Ledru Rollin und Marie, Beide Mitglieder der vollziehenden Gewalt, vor Allem erklärten, daß es sich hier durchaus nicht um einen Zwiespalt oder um eine Gewaltanmaßung zwischen der vollziehenden Gewalt und der Nationalversammlung handle, aber auch zugleich zu bedenken gaben, wie gefährlich es sei, die vollziehende Gewalt zu schwächen und ihr die Mittel zu schmälern, im Augenblicke der Noth energisch handeln zu können. Der Kriegsminister, General Cavaignac, setzte ebenfalls auseinander, wie gefährlich es sei, wenn es in solchen Fällen zwei oberste Leitungen gebe, die eine im Luxembourg, die andere im Palais Bourbon. Beide würden leicht verbindert, miteinander zu kommuniciren, und nun Beide Befehle gebend, die nicht nur einen moralischen, sondern auch einen materiellen Konflikt herbeiführen könnten. Er schlug daher folgendes Amendement vor: „Im Falle es nöthig wird, für die Sicherheit der Nationalversammlung zu sorgen, besteht der Präsident der Nationalversammlung der vollziehenden Gewalt, alle jene Maßregeln zu ergreifen, die nöthig sein dürften“. Hierüber entspann sich nun eine sehr heftige Diskussion, in der besonders Hr. Bureau de Puzy nachzuweisen suchte, gerade das, was dieses Amendement wolle, sei ja am 15. Mai geschehen und habe so traurige Folgen gehabt. Die Aufregung der Versammlung wuchs von Minute zu Minute, die heftigsten Interpellationen kreuzten sich, endlich gelang es mit Mühe dem Präsidenten, durchzusetzen, daß das Amendement der Kommission zugewiesen und die Diskussion heute fortgesetzt werde.

Aus dem Gange dieser Verhandlung steht man leicht, daß von beiden Theilen keiner dem andern ganz traut; die Nationalversammlung glaubt nicht aller Mitglieder der Regierung versichert zu sein und fürchtet eine Wiederholung des 15. Mai; die Regierung glaubt nicht ganz auf die Versammlung bauen zu können und besorgt von ihr eine reaktionäre Politik. Auch rügen die Oppositionsblätter, daß Ledru Rollin ganz in dem Tone der Gewalt sprach, wie einst die Minister Louis Philippe, und das Journal des Débats freut sich hämisch darüber, daß mit dem radikalen Abgeordnetem eine solche Veränderung vorgegangen sei. Es mag sein, daß Ledru Rollin den ministeriellen Ton etwas stark durchklingen ließ, in der Sache behält er gleichwohl diesmal Recht, die regierende Gewalt muß kräftig sein und nicht an unnatürlicher Zerspliterung dahinwellen, alles Dietregieren taugt Nichts, die regierende Macht eines gesetzgebenden oder konstituirenden Körpers ist für die Freiheit ein sehr gefährliches Experiment — Alles Wahrheiten, von denen Ledru Rollin gewiß jetzt sehr lebhaft überzeugt ist, auch wenn es früher von den Bänken der äußersten Linken sehr entschieden dagegen perorirte.

Zu einer Entscheidung über die Frage selbst kam es in der heutigen Sitzung nicht; die Kommission war noch nicht fertig, und der Schluß der Berhandlung wurde vertagt. Dagegen kam es über die Einführung der Nationalwerkstätten zu einer langwierigen und ermüdenden Debatte; wie einst in der seligen Deputirtenkammer konvertirte und prononcirte man, sprach von Stadtneuigkeiten, indeß auf der Rednerbühne ein paar unbekannte Größen mit steifem Heldenmuth die Luft mit den Armen durchfägten und gewaltige Reden hielten, denen kein Mensch zuhörte als das Bureau und die unglücklichen Stenographen. Schließlich wurden dann die einzelnen Artikel des Gesetzes votirt und das Ganze mit Stimmeneinhelligkeit angenommen, also die Nationalwerkstätten in ihrem bisherigen Bestand aufgehoben. Das Dekret steht aber erst auf dem Papiere; viel schwieriger wird die praktische Durchführung sein und die Wegräumung der Schwierigkeiten, die man sich selber bereitet hat.

Die aufforderungen und verdrehenden Artikel in der polnischen Angelegenheit, welche unter polnischem Einflusse eine Zeit lang in der französischen Presse eine Zuflucht fanden, haben aufgehört. Seit Samarine, auf Thatsachen und Aktenstücke gestützt, der deutschen Politik ihr Recht widerfahren ließ; jetzt bringt das „Journal des Débats“ einen Brief aus Posen, der die Lage der Dinge so vortrefflich beleuchtet, daß wir es für eine Pflicht halten, darauf aufmerksam zu machen. Der Brief bespricht in Kürze das feindliche Verhältniß, in das sich gerade Preußen schon zur Zeit der Theilungen versetzt sah, und wie schwierig damals die Alternative war, entweder an dem Raube Theil zu nehmen oder die unglückliche Beute an den gefährlichen Nachbar fallen zu sehen. Es wird dann weiter berichtet, wie sich auf dem friedlichsten Wege die deutsche Nationalität in den polnischen Gebieten einen dauernden Wohnsitz erobert, wie man gleich nach dem Ausbruch der jüngsten Revolution von deutscher Seite beginnen wollte, Polen zu vergewaltigen, wie aber die polnische Thätigkeit selber uns Beistand zuerst störte. Diese Thatsache, führt der Aufsatz fort, gibt den neulich getroffenen Maßregeln in Bezug auf die Wiederherstellung Polens ein Gepräge der Offenheit und Loyalität, welchen man schwer verkennen kann. Erwägt man vor Allem die Nationalität, so gibt es zwei Theile des Großherzogthums Posen; der eine ist der, welcher an Russisch-Polen grenzt, und welcher als der Anfang eines neuen Polens abgetheilt ist, dem sich naturgemäß andere Landestheile anschließen werden, die Frankreich durch Unterhandlungen mit Oesterreich und Rußland frei machen muß, die aber Preußen nicht geben kann, weil sie ihm nicht gehören. Der andere, den sich Preußen vorbehält, ist der, welcher Hunderttausende von Deutschen enthält, die keine Lust haben, sich polnisch machen zu lassen, und worin die polnische Nationalität sehr in der Minderheit ist; es ist der Theil, welcher Ost- und Westpreußen mit der Neumark und Schlesien verbindet, die Ostgrenzen Deutschlands schützt und die durch die Festung Posen einzig und allein gegen eine russische Invasion deckt. Das Opfer des deutschen Antheils vom Großherzogthum Posen, ein Opfer, zu dem Preußen die Stimmen kann, ohne sich selbst einen tödtlichen Streich zu versetzen, würde jedem nicht zur vollständigen Erfüllung der Wünsche Frankreichs für Polen beitragen. Polen wäre nichtsdestoweniger ohne geschützte Grenzen und

Digitized by Google

Wege zur See; es würde unvermeidlich eine Beute Rußlands werden, und Preußen würde sich durch eine solche Thorheit freiwillig hingeben zu Gunsten seines gefährlichsten Gegners, des Czaren, der ihm schon mehr als einen Verlust beigebracht hat. Preußen hat daher in der polnischen Frage sein Möglichstes gethan und mit Billigkeit und gesundem Sinne die Initiative ergriffen; es ist nun an Rußland und Oesterreich, dem Beispiele zu folgen." So die einfache Logik eines französischen Blattes; es beschämt die Sorte deutscher Patrioten, deren Nationalgefühl so dürftig bestellt ist, daß sie auf deutsche Kosten gern gegen alle Welt freigebig sind, und im Nothfall die Kosaken an der Warthe, die „rothen Hosen" am Rhein ruhig dulden würden, wenn es ihnen dabei nur vergönnt wäre, in einem südwestlichen Winkel des zerrissenen Vaterlandes ein ephemeres Rachspiel zur Rheinlöhndelei aufzuführen.

**Nachschrift.**

Da uns für heute der Raum nicht mehr gestattet, den Bericht unseres griechischen Korrespondenten abzudrucken, so beschränken wir uns darauf, den richtigen Empfang des im Briefe eingeschlossenen Wechsels auf hundert Gulden (24-Guldenfuß) zu bescheinigen, welche Summe unsere Landsleute in Athen für die deutsche Flotte bestimmt haben. Wir werden das Geld in kürzester Zeit an das Hamburger Centralkomité abschicken. D. Red. d. D. Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[527]

## Erwiderung

auf das Inserat von Herrn Alb. Wolfs in Berlin in Nr. 152 der deutschen Zeitung.

Mit einer guten Sache darf man den geraden Weg nicht scheuen! Herrn Alb. Wolfs in Berlin ließ ich außerdem, und zwar aus **wohlbegründeten Ursachen** bereits unter dem 10. d. M. auffordern, **verweinte Ansprüche** an mich, bei hiesigem **Gerichte** geltend zu machen. Seinen **verdächtigen sollenden** Artikel wird man hiernach zu würdigen wissen!! Bei den gerichtlichen Verhandlungen werden, neben dem Faktum auch **diejenigen Punkte** zu Sprache kommen, welche in der gepflogenen **Korrespondenz** nicht enthalten sind, noch sein **konnten.** — Mag sich Herr Wolfs nun fernerhin nach Lust in den öffentlichen Blättern herumtummeln, ich werde ihm **dort nicht mehr antworten.** Im Uebrigen wird auf Verlangen jedes hiesige Haus über meine Solidität und reelle Handelsweise genügende Auskunft geben.

Mannheim, 24. Mai 1848. **Johann Wilhelm Reinhardt Jun.**

N. Ich bitte verehrliche Zeitungsredaktionen, bei welchen der beregte Artikel von Herrn Wolfs zur Aufnahme gebracht werden könnte, auch meiner Erwiderung eine Stelle zu gönnen und sich für die Kosten gefälligst auf mich zu erholen. **Derselbe.**

[528]

## Nachricht für Auswanderer nach Nordamerika.

### Spezialagentur



### der Postschiffe zwischen Havre und New-York.



Die Postschiffe der Linie zwischen Havre und New-York unterhalten den wöchentlichen Dienst ununterbrochen während des ganzen Jahres und sind sowohl wegen der Sicherheit, mit der auf die Abfahrt zu zählen ist, als auch wegen ihrer bequemen innern Einrichtung, da sie zum Transport von Reisenden ursprünglich gebaut sind, dem Publikum besonders zu empfehlen. Von Mannheim und allen unterhalb liegenden Rheinhäfen aus werden die bei mir eingeschriebenen Passagiere von einem meiner Kondukteure bis nach Havre begleitet, der ihnen überall, wo es nöthig sein sollte, mit Rath und That an die Hand gehen wird. Die Reise geht entweder über Rotterdam per Dampfboot nach Havre, oder mit dem Dampfboot bis Köln und von da per Eisenbahn bis Havre. Die Uebersahrtszeit von Mannheim oder Mainz bis New-York kann durchschnittlich auf 30—35 Tage angenommen werden. Gegen Zahlung einer kleinen Assekuranzprämie wird das Reisegepäck von den rheinischen Häfen aus bis Havre, und auf Verlangen bis New-York versichert.

Mainz, im Mai 1848.

**Washington Finlay,**
Spezialagent der Postschiffe zwischen Havre und New-York.

Nähere Auskunft ertheilen meine Agenten die Herren
Hermann Feles in Heidelberg. — F. J. Steinruck in Achern. — J. B. Engelhard in Bruchsal. — Th. Paravicini in Bretten. — J. v. Kuntzi in Wertheim. — H. Claasen, Inspektor der Köln. Dampfschifffahrtsgesellschaft in Mannheim. — Bernhard Schwerin in Karlsruhe. — Louis Berolla in Offenburg. — B. J. Perkert in Bachen. — W. Bougine in Freiburg (Breisgau). — Max Lilig in Oestringen bei Wiesloch.

[529]

**Bekanntmachung.**

Die Molkenheilanstalt zu Schlangenbad ist für die bevorstehende Saison an 15. Mai eröffnet. **Die Badeverwaltung.**

[530]

## Neue Rheinische Zeitung.

### Organ der Demokratie.

Gemäß Beschluß der Generalversammlung der Aktionäre erscheint die „Neue Rheinische Zeitung" vom **1. Juni an täglich.** Die obere Leitung der Redaktion übernimmt Hr. Dr. Karl Marx, ehemaliger Redakteur der „Rhein. Zeitung."

Der Abonnementspreis beträgt: Für das Vierteljahr in Köln Thlr. 1. 22½ Sgr. Für alle übrigen Orte Preußens Thlr. 2. 7½ Sgr. Außerhalb Preußens mit Zuschlag des fremden Zeitungsportos. Das Abonnement für den Monat Juni kann nur unter gleichzeitiger Bestellung des nächsten Quartals (Juli, August, September) geschehen. Der Preis dieses viermonatlichen Abonnements beträgt für Köln Thlr. 2. 10 Sgr. auswärts Thlr. 3. —

Man abonnirt bei allen Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes; — für Köln in der Expedition der Zeitung bei

Hrn. **W. Clouth,** St. Agatha Nr. 12, Köln.

Fernere Aktienzeichnungen werden entgegengenommen in der Exp. d. Z. bei Hrn. Clouth, St. Agatha Nr. 12, Köln. Auswärtige werden gebeten, sich ebenfalls dorthin franko zu wenden.

[531] J. S. Bürgermeister Joseph Moll in Mannheim, Kläger, gegen Gustav von Struve da, Beklagten, Forderung betr.

N. 17997. Nachdem in heutiger zur Rechtserlangung des Arrests anberaumten Tagfahrt der landesflüchtige Beklagte von Struve der öffentlichen Ladung vom 1. d. Nr. 14740 keine Folge gegeben hat, wird erkannt: der auf die Fahrnis des Beklagten in der Wechselordnung des Klägers erkannte Arrest sei für gerechtfertigt zu erachten und habe fortzudehnen.

B. R. W.

Mannheim, 26. Mai 1848.

**Groß Stadtamt:**
Mallebrein.

[532] Ein in der Landwirthschaft theoretisch und praktisch wohlerfahrener junger Mann der ökkth. Schweiz, der in deutschen land- und forstwirthschaftlichen Akademien — Hohenheim — Tharante, größere Oekonomien verwaltete und die empfehlendsten Zeugnisse aufzuweisen hat, wünscht recht bald wieder als Wirthschaftsführer oder Meier unter billigen Bedingungen Anstellung zu finden. Frankirte Briefe mit Chiffre P. B. bef. die Expedition.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei den Herrn Cramer & Knapp., 73 Newgatestreet in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder besorgen uns Ed. 20. 3. Herrenort in Straßburg Nr. 20 Brandg., Paris Nr. 28 Rue Dame de Recouvrit.

# Deutsche Zeitung.

Die Heraus gabe Zeitung besorgt das Verl. Hof. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 12. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 155. Heidelberg, Sonntag 4. Juni. 1848.

## Uebersicht.

Eine preuß. Kritik des Siebenzehnerentwurfs. — Wien (Herrschaft der Studenten; der Sicherheitsausschuß. Begräumung der Barrikaden. Flüchtlinge). Aus Tirol (Kommentar zur Tiroler Antwort an die Böhmen. Stimmung gegen die Wiener. Offenes Hervortreten der Reaktion). Prag (Protest des franz. Konsuls; das feindliche Geschwader). Berlin (Verhandlungen der Kammer. Neue Ausstände; eine Probe der neuen Demonstrationen). Vom Rhein (Stimmung der Rheinprovinz gegen Preußen). Posen (sic Insurrection). Von der russ. Grenze (Verordnung über die Ostseeprovinzen). München (Rede des Grafen Bray über den bair. Separatismus. Die Schusterzgesellen wieder bei der Arbeit). Würzburg (zur deutschen Flotte). Dresden (Unruhen). Hannover (Unruhen). Altona (Treffen bei Düppel. Bericht über das Gefecht auf Sundewitt). Flensburg (Verwundete. Preußische Verstärkungen). Hamburg (Frage des Zollvereins).

Schweiz. Bern. Verhandlungen der Tagsatzung über die Schweizertruppen im Ausland.

Niederland. Haag. Reform. Ministerium. Limburg.

Dänemark. Kopenhagen. Deutsche Schiffe kondemnirt. Ankunft des Großfürsten von Rußland und des Prinzen Gustav von Schweden.

Frankreich. Paris. Die Verhandlungen über das Verhältniß der Nationalversammlung zur exekutiven Gewalt beendigt. Die Verhaftung Louis Blancs gerichtlich verlangt.

Italien. Rom. Stellung des Papstes. Neapel. Proklamation des Königs. Neue Wahlen.

Beilage. Aus Rheinpreußen. Die Rheinlande und Preußen. Radikale und ultramontane Neigungen. Großbritannien. London. Die Times über die Posen. Der Prinz von Preußen. Mitchells Berurtheilung. Griechenland. Athen. Der Bürgerkrieg. Kairogis in Athen. Verwicklung mit der Türkei. Sammlung für eine deutsche Flotte. Amerika. Annexation von Mexiko und Kuba.

### Heidelberg, 3. Juni.

Eine Fluth von Denkschriften und Entwürfen der deutschen Verfassung hat in den letzten Wochen das Land überschwemmt. Sehr wenige davon haben in dem bewegten Treiben des Tages eine Beachtung gefunden; noch wenigere vielleicht haben sie verdient. Eine unter ihnen dören wir fast allgemein auch von Solchen, die nicht gerade die Richtung der Schrift billigen, lobend erwähnen; es ist Bunsen's Sendschreiben an die Nationalversammlung. Auch wir können nicht anders, als in dieses Lob einstimmen.

Die Schrift hat keinen officiellen Charakter; sie kann aber gleichwohl als ein preußisches Votum über den Siebenzehnerentwurf sehr füglich neben die Stimmen gestellt werden, die wir aus Oesterreich, aus Baiern, aus Hannover, theils direkt, theils indirekt über diesen Entwurf gehört haben. Sie kommt von einem Einzelnen her und darf wohl selbst, wenn nicht in allen ihren Theilen, so doch im Allgemeinen als ein Ausdruck der Stimmung der höheren Regionen in Preußen gegen die Verfassungsplane der Siebenzehn, mit andern Worten, als eine Aeußerung der Ansichten gelten, die dort über die künftige Gestaltung des deutschen Bundesstaates und über die große Frage der Einheit und Centralisation wenn nicht herrschen, so doch Eingang und Gehör finden. Betrachten wir die Schrift unter diesem Gesichtspunkte, so trent es uns, auch hier unsere günstigen Vorurtheile für Preußen gerechtfertigt zu finden. Preußen ist bis jetzt der einzige Staat in Deutschland, und es ist der größeste deutsche Staat, der sich der deutschen Gemeinsamkeit und Einheit frei und fraut zuneigt, und es wäre endlich Zeit, daß auch die übrigen, mittleren Staaten Deutschlands, die bisher gezwungen haben, ihre offenen Erklärungen abgaben, wie sie sich den Einheitsplanen zur deutschen Reichsverfassung gegenüber verhalten werden, damit dem ewigen Ausstreuen des Mißtrauens das Schreckmittel, mit der lauernden Reaktion zu drohen, wenigstens von dieser Seite her möglichst entzogen werde. Die Schrift von Bunsen ist übrigens nicht allein ihrer einheitsgünstigen Tendenz wegen bedeutend, sondern auch an sich von politischem Werthe.

Der Verfasser zeigt in einer Reihe von hellen und präzisen Sätzen, daß die Grundlage aller germanischen Freiheit das Prinzip der Selbstregierung der Gemeinde sei, daß auf dieser Grundlage sich der Einheitsstaat in England und der Bundesstaat in Amerika, beide in gleich klassischer und vorzugsweise Gewalt ausgebildet haben. Abgestreift von allen Zufälligkeiten, Besonders und Nationalen, findet er das Wesen des Einheitsstaats in England in der Regierung durch ein Oberhaupt, welches durch verantwortliche Minister die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt mit einer doppelten Versammlung theilt, die den Ausdruck eines überwiegend erhaltenden und eines vorherrschend fortbildenden und beweglichen Elementes in sich vereinigt; das Wesen des republikanischen Bundesstaates in der Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Staaten neben der Einheit des Ganzen, in der Abwägung der Gewalten des Unterhauses und des Senates, welcher Letztere von und aus der gesetzgebenden Versammlung der Einzelstaaten gewählt wird, der ein Veto hat bei der Ernennung der Vertreter im Ausland, der höheren Unionsbeamten und der Offiziere, und dessen Genehmigung, sogar mit zwei Dritteln Stimmenmehrheit, zur Gültigkeit von Verträgen nothwendig ist. Deutschland nun ist ein Bundesstaat wie der amerikanische Freistaat; seine Staatsformel ist daher auch die unsere. Aber unsere Einzelstaaten sind Monarchien, ihrer Anlage und Richtung nach von der englisch-belgischen Formel. Eine weise Bundesverfassung kann aber nur die heißen, die die gegebenen politischen Elemente vereinigt; es ist daher unmöglich, daß auf eine solche Unterlage von konstitutionellen monarchischen Bundesstaaten eine republikanische Bundesregierung gesetzt werden könnte. Diese Formel unseres Staates muß sich vielmehr gleichmäßig an die beiden klassischen Typen des europäischen Einheitsstaates und des amerikanischen Bundesstaates anhalten und das jedes Mal Entsprechende da und dorther aufnehmen. Deutschland muß den konstitutionellen Staat in der Form des Bundesstaates entwickeln und dadurch den Typus derselben veralgemeinern und zu höherer Geltung erheben.

Mit diesen einleuchtenden Sätzen geht dann der Verfasser an den Entwurf der Siebenzehn. Er geht über die „Grundrechte des Volkes" hinweg, deren er keines vermissen will. An dem letzten Artikel „Gewähr des Grundgesetzes" hat er keine Ausstellung zu machen, an den Artikeln über das Haus der Volksvertreter und über das Bundesgericht keine wesentliche. Nur in Bezug auf das Oberhaus hat er, zum Theil nach den vorausgeschickten Grundansichten, an dem Entwurfe der Siebenzehn Manches auszusetzen, und Eines mit Recht, und Manches zu verbessern und darunter Eines mit Geschick und Geist.

Der deutsche Senat soll dem amerikanischen, soviel als möglich und natürlich ist, entsprechen. Ob dazu nun wesentlich gehört, daß die Mitglieder auf Lebenslänge ernannt werden, was Bunsen für wünschenswerth, ja der Wacht der Volksvertretung gegenüber für nothwendig hält, und ob es jetzt noch thunlich ist, auch den Mediatisirten und den etwa zu mediatisirenden Fürsten eine Vertretung darin einzuräumen, darauf wollen wir soviel Gewicht nicht legen. Bunsen kommt mit diesen Vorschlägen mehr mit dem überein, was Dahlmann ursprünglich in seinem ersten Entwurfe festgesetzt hatte; die Abneigung der ganzen Versammlung der Siebenzehn aber wird wohl nur ein schwaches Vorbild sein von der, die sich in dem Reichstage gegen Bestimmungen dieser Art zeigen würde. Daß dagegen die Fürsten in dem Senate nicht persönlich erscheinen können, das fühlt der Verfasser ebenso bestimmt wie wir, und dieser Ansicht wird auch die Nationalversammlung sein. Erklärt die persönliche Erscheinung der Fürsten für unnöthig, wenn sie ihr Recht durch Vertreter ausüben; für unzulässig, weil sie eine persönliche Demüthigung, und mit dem Ansehn der Fürsten und ihrer konstitutionellen Stellung im eigenen Lande nicht vereinbar ist. Dagegen macht nun Bunsen dem Fürstenkollegium, und damit zugleich der Selbständigkeit der Einzelstaaten eine Konzession, auf die auch wir schon vorlängst gefallen waren, und die wir uns

Digitized by Google

vorbehalten hatten, seiner Zeit dem Parlamente in Frankfurt angelegentlich zu empfehlen. Es sind oben die wesentlichen Rechte des amerikanischen Senates hervorgehoben worden. Es ist kein Grund, warum der deutsche Staat geringere Rechte haben sollte als jener; eine Mitwirkung, wenigstens ein Veto bei Ernennung der höchsten Reichsbeamten, der Offiziere, der Vertreter nach Außen, kommen den Einzelstaaten oder ihren Vertretern um so natürlicher zu, als diese Ernennung bisher ganz und lediglich in ihrem Besitze war. Ein solches Veto von dem ganzen Oberhause zu geben, findet Bunsen bei dem überwiegend ständischen und landschaftlichen Charakter desselben und bei seiner großen Anzahl nicht so passend wie in Amerika, wo der Senat nur aus 58 Gliedern besteht, wo es in den Einzelstaaten nur Ein Element, das Volkselement, gibt, nicht wie bei uns zwei, das volkliche und das fürstliche. Er schlägt daher vor, es sollten die Fürsten persönlich oder durch Stellvertreter einen Staatsrath bilden, der neben der Regierung des Reiches sitzt, einen Verwaltungsausschuß, in Zahl und Art der jetzigen engeren Versammlung des Bundestages gleich; er würde außer jenem Veto auch „das Recht eines Vorzutachtens haben können bei Einbringung eines Gesetzentwurfs vom Reichsministerium, sowie für die in dem Reichstage selbst entspringenden Vorschläge, nachdem sie von beiden Häusern angenommen sind, ehe sie dem Kaiser zur Sanktion vorgelegt werden."

So würde auch der vielbesprochene Punkt der Ernennung der Offiziere seine Erledigung finden, der auch Bunsen in dem berüchtigten Paragraphen über die Bedeutung des Reichs auffiel. Sonst hätten wir unsere Leser, den offiziellen baierischen Erklärungen, auch den Erklärungen mehrhundertiger baierischen Staatsmänner und Publicisten gegenüber, Alt zu nehmen von dem Ausspruch des preußischen Gesandten in London, der in seiner Schrift S. 31 zu lesen ist: „Mit dem Artikel über die Bedeutung des Reiches bin ich ganz einverstanden. Er ist aus den klaren Ideen des freien Bundesstaates hervorgegangen. Die Ausdehnung der Reichsgewalt auf die Wasserstraßen, Eisenbahnen und Telegraphen, sowie auf die Ertheilung allgemeiner Erfindungspatente ist eine Verbesserung der amerikanischen Verfassung, zu welcher uns jeder praktische Staatsmann der Republik Glück wünschen wird." Wir fügen kein Wort des Lobes diesem Ausspruch bei, da sich diese Handlungsweise um so mehr selbst lobt, je seltener sie unter den Männern des ältern bureaukratischen Systems ist.

Daß Bunsen ein südlicher Oberhauptler sei, läßt sich von dem ziemlich denkenden und von praktischen Menschen und Einrichtungen umgebenen Staatsmann erwarten. „Eine Regierung mit einem Volkspräsidenten an der Spitze, gegenüber den deutschen Fürsten, würde sich nicht Ein Jahr halten können, ohne die allerzerstörendste Revolution. Kein Thron könnte daneben bestehen; denn um sich zu halten, müßte sich der Präsident ganz in die Hände der Volkspartei und der äußersten Bewegung stürzen." Die Bestimmung der Erblichkeit macht dem Verfasser Bedenken; aber über diesen Punkt wollen wir ihn lieber nicht hören; daß die Gründe bei jeder politischen Unterfuchung für die Erblichkeit überwiegen würden, gibt er selbst zu. Er sucht Auswege, die durch ihre Seltsamkeit von dem ganzen übrigen planen Inhalte der Schrift abstechen. Die Klugheit hindert ihn, als Preußen, die Absicht der Siebenzehn erraten und acceptiren zu wollen.

Wir wollen über diese Schlußfrage des Oberhauptes lieber auf ein anderes kleines Schriftchen hinweisen, von einem Deutschen in Holland: „Das deutsche Reich, von E. A. Schäfler." Möchten wir doch vor Allem auf diese Stimmen von Patrioten aus der Fremde hören, die das Schicksal Deutschlands mit sich getragen, die in eigenen Erfahrungen und Geschäften die unglückseligen Folgen unserer Zerstückelung kennen gelernt haben, die im Ausland die Verlassenheit, die hilflose Stellung des Deutschen haben empfinden müssen, die im Ausland das Princip der einheitlichen Staatsentwicklung haben bewundern und den Mangel desselben im Vaterlande haben beklagen lernen. Männer aus dieser Schule der politischen Beobachtung sagen uns aufs Eindringlichste: „das Grundprincip der konstitutionellen Monarchie, die Deutschland will, bedingt eine erbliche Dynastie an der Spitze. Wo man dem drei- bis fünfjährigen Turnus huldigt, da will man Deutschland faktisch zur Republik machen, denn nur in der Republik wechselt das Staatsoberhaupt. Es gilt vielmehr der Wahl einer Dynastie, die gleich fast nach Innen wie nach Außen ist! Wenn Deutschland seinem (konstitutionellen) Wahlspruche treu bleibt und sich in Frankfurt für die einige konstitutionelle Monarchie entscheidet, so wird Preußen nach seiner bisherigen Stellung dem Ausland den meisten Respekt einflößen und fast überall den meisten Anklang finden. Preußen geht sicher in Deutschland auf. Dieser Ausspruch betraut den deutschen Staatskörper beide Arme. Aber dieses Preußen, das zuerst rechten Ernst machte, wurde (in Folge des 18. März) zurückgestoßen! Die Entwickelung der Einheit und Größe wurde im Keime erstickt. Es erschien wieder das alte hämische Gespenst der Zwietracht, des Neides, des Partikularismus, und beim Poltern dieses wohlbekannten Kobolds lachten Dimes und Morning Chronicle in die Faust, das übrige Ausland rieb sich die Hände und jeder Vaterlandsfreund fing an zu trauern!"

Der Raum gebietet uns, heute abzubrechen. Aber es ist auch vollkommen genug, wenn wir zu diesen Worten ein lautes Hört! Hört! hinzurufen.

**Oesterreich.** Wien, 28. Mai. Man schreibt der Allg. Z.: Gestern die Arbeiter gestern Abend Hand an's Werk legten, um die Barrikaden zu entfernen, versammelten sie sich mit Abtheilungen von der Nationalgarde und der akademischen Legion vor der Wohnung des Ministers Pillersdorff, brachten ihm eine Serenade, bei welcher nebst Arndts: „Was ist des Deutschen Vaterland?" die österreichische Volkshymne und das ungarische Nationallied abgesungen und dem Kaiser und dem Minister ein tausendstimmiges Eydehoch gebracht wurde. Ein zu Ehren Pillersdorffs projektirter Fackelzug mußte der Barrikaden wegen unterbleiben. Heute ist die Durchfahrt schon in den meisten Straßen hergestellt, die Theater wieder zum erstenmale geöffnet, auch morgen an der heutigen Sonntagsdörfer bereits wieder Attiengesellschaft gemacht, und wie ich höre, waren die Kurse ziemlich fest. Gestern Nachts sind auch die Ottmüher Studenten hier eingetroffen und in der Aula mit Jubel empfangen worden. Die Gräzer Studenten waren bereits früher hier angelangt. Die spätern Adressen und den Provinzen lauten viel freundlicher. Außer dem Haupturheber der unseligen Ereignisse vom 26. Mai, dem Grafen Montecuculi, sind auch der Graf Breuner, Baron Pereira und die beiden Professoren Dr. Hye und Endlicher entflohen, welchen Schuld gegeben wird, daß sie als Mitglieder des Sicherheitsausschusses in Verein mit dem Landespräsidenten Grafen Montecuculi am 26. Mai das Anrücken des Militärs mit geladenen Kanonen veranlaßt haben, ohne vom Ministerrathe dazu beauftragt gewesen zu sein.

Wien, 29. Mai. Man schreibt der Allg. Z. Fast alle Gesandten und Ministerresidenten haben Wien verlassen oder stehen im Begriff, es zu thun, um sich theils ins Hoflager zu begeben, theils anderswo ihre Instruktionen abzuwarten. Viele Personen des hiesigen Adels sollen gleichfalls dazu aufgefordert worden sein oder sich dazu veranlaßt finden; aus andern höher gestellten Kreisen haben sich verschiedene nach den nahen Umgebungen, insbesondere Baden und nach Ischl begeben. Man befürchtet hier noch mancherlei Unruhe und Aufregung und wünscht mindestens die Seinigen vor neuen Schrecknissen zu wahren. Das Ministerium ist als interimistische Regierung, wenigstens de facto, abgetreten und hat seine Gewalt dem neuen Sicherheitsausschuß übertragen. Bis jetzt hat sich dieser mit Mäßigung benommen. Häuser ist befreit worden und zeigte sich gestern öffentlich; Taxwors, den man ebenfalls befreien wollte, gab es nicht zu und verlangt Appunis durch Jury. Es ist äußerst still in den Straßen, und es sind auch sehr wenig Plakate angeschlagen. Die Studenten haben sich vielfach veranlaßt, die ihnen von den Bürgern freiwilligst gewidmete Hospitalität in Anspruch zu nehmen. An eine feste Ordnung der Dinge ist wohl nicht zu denken, solange die Studenten sich als legislative und exekutive Macht zugleich geriren. Man kann sich nicht darüber täuschen, es wäre dies das Wiederaufleben einer Prätorianergarde, wenngleich deren Wirksamkeit sich nicht über das Weichbild der Stadt erstrecken sollte. Freiwillige Einreihung in die Nationalgarde und Begebung jedes legislatorischen Einflusses als Korporation wären wohl die einzigen verbohnenden Maßregeln, die zu einem besseren Zustand zu führen vermöchten. Der jetzige Zustand dietet noch zu wenig Bürgschaften dar, um die baldige Rückkehr des Kaisers erhoffen zu können. Aber die Gegenwart eines kaiserl. Prinzen scheint in jeder Beziehung höchst heilsam. Die Wiener Zeitung erscheint heute zum erstenmal ohne Reiter und Beisatz des Privilegiums. Die Redakteure derselben sind in Gesellschaft des Schriftstellers M. Koch in effigie auf der Aula gehängt worden *).

*) Das Verbrechen Koche, der durch seine freisinnigen Schriften über Oesterreich bekannt ist, scheint gewesen zu sein, daß er in der Wiener Zeit. darauf aufmerksam machte, wie die neuesten Aufstände und Aufstandsversuche in Wien, Neapel, Paris und Berlin auf einen Tag (15. Mai) fielen, und wie man von dem Wiener Aufstand in Krakau und verschiedenen Städten

Digitized by Google

stitutionellen Donauzeitung, Dr. Hod, ist mit Berstra, Endlicher und Ihr unter den Gefl chteten. Die Bildnisse Monteuculli und Bombelles wurden in den Straßen herumgetragen und dann ebenfalls gehängt. Die Berhandlungen des Sicherheitskomites sind äußerst stürmisch und ungeregelt, und es ist hohe Zeit, daß Männer von Gesinnung und von Thätigkeit eintreten, geeignet, sich nach den verschiedenen Seiten hin Vertrauen und Geltung zu verschaffen.

† Aus Tirol, 26. Mai. Jeder Schritt, jede Handbewegung der Partei, die sich des Landes und Volkes nun gewiß hält, wird jetzt so sicher gethan, so kurzweg vorgenommen, daß es scheint, sie erwarte demnächst jene Katastrophe, die ihr jede weitere Bemäntelung über eigentlichen Absicht erspart. Die Vorgänge in Wien und die Kaiserflucht mögen allerdings jene Zustände näher bringen, mittelst welcher man das Facit der bisherigen Thätigkeit abschließt, um sodann in aller Vollgewalt das Errungene auszubeuten. Soviel ist gewiß, wenn wir auch nicht mit im Rathe saßen, daß die Ultramontanen beschlossen haben, Tirol für sich zu erobern. Es muß die einstweilen verlorenen Aekkanone ersetzen. Ist dies möglich mittelst Oesterreich, so mag dieses dem Namen nach das Land besitzen. Natürlich muß es der Partei die ausschließliche Herrschaft darüber zugestehen. In dieser Absicht stützt man auch das jetzige Gubernium, dem man früher nicht ungern die Stacheln wies. Der Werth einer sügsamen, vertrauensvollen Persönlichkeit, die im Glauben, man fördere das österreichische Interesse, solange beihilft bis das Eigene vollkommen erreicht ist, wird dankbarlichst anerkannt. Andern dagegen ist es deutlich geworden, wie hoch die Anhänglichkeitsgelöbnisse für Oesterreich und Deutschland aufzuklagen seien. Man sagt dem Volke treuherzig, es müsse sich abschließen gegen diese Länder, in denen eine trügerische Aufklärung Glauben, Sitte und Ordnung vernichte; man verdächtigt von den Kanzeln jene Deutschen, denen man sogern seinen Wein verkaufen möchte, auf die Gefahr hin, daß er lutherische Herzen ertreue, und bezeichnet jetzt die österreichischen Minnesänger, die unser Volk niemals überschätzt hat, als die Verderblichen der Verderbenen. Im Stillen sagt man den Bauern, sie seien Manns genug das Land beim Rechten zu erhalten, und die Herren mit ihrem alten und neuen Wesen wären ihr Schaden und müßten zum mindesten sich fügen, wenn sie bei Leib und Gut geduldet bleiben wollen. Der große Trost aber bleibt die unvermeidliche Verwirrung der österreichischen und deutschen Dinge, die man leider seltenen Auges voraussieht als andere — solen wir sagen von Gott geschlagene Leute. Wenn Alles überstürzt, Republik und Anarchie, in einen Knoten geballt, dem Abgrund zu rollen, wenn die Gesammtmonarchie völlig zerfällt, dann fällt das arme, unbedachte Fragment Tirol in die ausgestreckten Finger derer, die es faktisch bereits regierten, und wird die Landsknabe oder sonst ein Organ, das nur durch sie seht, proklamiret den neuen Gewalt im Lande — eine Oligarchie, ganz wie wir sie unter dem Sonderbunde in der Urschweiz gesehen haben. Es wächst in unsern Bergen Holz genug, aus deren sich die Siegwart-Müller, Leue, Ammann u. dergl. schnitzen lassen. Sie werden in Frankfurt Manchen, der hier im Lande anders sprach und in mancher Korrespondenz, die er doch abschickt, wieder anders schreibt, in gutgesetzten Worten „deutsch", was man heute daeuter meint — reden hören. Das soll in Ihren Ohren nachklingen und Sie einnehmen für die Darstellung tirolischer Volkswünsche und Zustände. In diesen Fällen mögen ein paar Andere auch noch mitsprechen, die eben nicht bei uns wohnen, aber es wissen, wie das Haus ihrer Väter bestellt ist. Wir meinen Fallmerayer und Jordan. Wie wir ersahren, werden von Vielen, trotz der „Bedenken" unserer Frommen, Wünsche festgestellt, die in Frankfurt nicht erwähnt werden dürfen. Sie heißen: Anschluß an Deutschland — mit ganz Oesterreich — ausrichtig und nicht allein des Mammons willen, Wahrung unserer Landesinteressen beim Abschluß mit Italien. Daher womöglich Erhaltung Venedigs für Oesterreich; Schutz des Volkes gegen die Uebermacht einer Kaste, Beobezung gegen Sonderbündeleien, Uebergabe des Wehrwesens an Volk mit Entbindung Tirols, regulärer Truppen zum Bunde zu stellen, Gauzerhaltung des Landes in seiner jetzigen Gestalt. Letzteres erwähnen wir gerade jetzt abermals, wo, wie alle Anzeichen sagen, die italienischen Kreise schon an unsern nächsten Landtage nicht mehr Theil nehmen wollen. Wir wissen nicht, ob irgend ein Ritter aufsteht für die gefesselte Maid Tirol, aber was das starke Herz der Jungfrau schier erdrückt, haben wir sagen müssen, damit der Kämpe seine Drolle darnach nehme.

† Aus Tirol, 30. Mai. Den Lesern ist hiermit eine zumeldenige Antwort gegeben worden auf ihre lockengleiche vom „einigen Oesterreich". — Sie wird außer ihnen auch noch anderen Leuten wenig in's Gehör gehen, ja es sitzen vielleicht in den Gemächern der Innsbrucker-Burg einige, die es nicht fassen können, wie man in so nächster Nähe Anwesenheit eine solche Sprache reden möge. Gehe Gott, daß man fände, unsere Tirolerspracke klänge „deutsch". Dann vielleicht wäre zu hoffen, daß aus unsern Thälern heraus der rechte Weg eingeschlagen würde, der an das einzig nöthige Ziel führt, an die Stelle, wo das Volksvertrauen und die Aufrichtigkeit der Regierenden sich begegnen müssen, im Einverständniß für die deutsche Stellung Oesterreichs. Sind wir nur erst da angelangt, dann bangt uns auch nicht mehr vor der Reaktion, vor dem Jesuitismus und der Kamarilla. Will man deutsch sein, so muß man ohne Wahl diese wälsche Wesen ablegen. Diejenigen in Tirol, welche nun einmal in allem Fremdartigen sein Heil sehen, meinten deßhalb so zu den Böhmen reden zu müssen. Ueberdem ist's die echte Volksmeinung. Fragen Sie nur einen Bauer, „ob er sich einen böhmischen Kaiser wünsche und böhmisch werden wolle?" Er erinnert sich, daß alles Finanz- und Gefällwesen in Tirol zumeist „böhmisch" verwaltet ward und — nun zweifeln Sie wohl kaum an seinen slavischen Zuneigungen. — Weniger erfreulich lauten die Aeußerungen unseres immer nur nach einer Seite hin unterrichteten Volkes, gegenüber den von den Provinzen verwirrhelten Wienern. Die Entschlossenheit und der heilige Eifer, mit denen man die Person des Kaisers geschützt und vertheidigt wissen will, haben so viel Wahres und Naturwüchsiges, daß sich Jeder, dem Treu und Glauben Etwas gilt, freuen muß, aber die Aeußerungen verfehlen in ihrer Extremen sagen auch eine Beschränktheit, einen Fanatismus erkennen, von welchen Alles zu befürchten ist, wenn sie zu Parteiwecken mißbraucht werden, was nur zu leicht möglich ist. Wenn die Schützen von St. Johann die Salzburgerpasse besetzen wollen, um die „menschlichen Teufel" aus Wien abzuwehren, wie sie dem Kaiser antrugen, wenn die Briefe aus Tirol in Wienerblättern von 50,000 sprechen, die den Rebellen über den Hals ziehen wollen, und selbst Graf Brandis in einer Anrede vom Wehlfehnden der allerhöchsten Herrschaften die 5 Nullen der 800,000 treuen Tiroler dem Ministerium zur „Darnachachtung und Benehmungswissenschaft" vorzeichnet, so sehen wir in allen diesen Thatsachen kein Bauheil zu jener unentbehrlichen Brücke, die der Regierung über den tobenden Strom hinwegbilft zu ihren aufrichtigen Freunden und an ihren wahren Hlap.

Triest, 28. Mai. Der ersprte Desert. Lloyd bringt den dem sardinischen Admiral übergebenen Protest des französischen Konsuls wider jeder feindliche Einsahrten gegen die Stadt. Am 27. erschien das feindliche Geschwader wieder auf der Rhede, aber ohne die neapolitanischen Schiffe, welche wegen der dortigen Ereignisse die Rückkehr nach Neapel genommen hatten. Das Geschwader gab wiederholt die Versicherung, weder Triest noch den Verkehr irgend behelligen zu wollen.

**Preußen.** ** Berlin, 30. Mai. Eine Rede des Ministerpräsidenten in heutiger Sitzung ist so bedeutungsvoll und verspricht so folgenreich zu werden, daß ein wörtlicher Abdruck aus den stenographischen Berichten nicht dringend genug empfohlen werden kann. Mit dieser Rede hat das Ministerium ein großes und liberalkin sichtliches Banner aufgepflanzt, wohl gesagt, daß eine Partei sich darum schaare. Denn die Verwandt der Sache stimmt dem englischen Grundsatze das Wort, daß die Minister die Führer einer Kammerpartei, und zwar nur so lange Minister sind, als diese ihre Partei die Mehrheit bildet. Tönsbot und nicht der donnernde Beifall der Rechten, der Mitte und eines kleinen Theils der Linken, welcher den Worten Camphausens folgte, so hat ihn die Kammer verstanden und das Programm des Ministeriums ist fortan das der Mehrheit. — Ein Abgeordneter aus Schlesien hatte, nach der beliebten Redewendung, welche hier eingerissen ist und z. B. weiland Herrn Thiers so lauten Beifall zu bringen pflegte, beklänsig die Revolution vom 18. zum 19. März berührt und ausgesprochen, das Ministerium wäre aus ihr hervorgegangen, alles Bestehende habe sie in Frage gestellt, Alles sei nur provisorisch und schlos mit dem Antrag, die definitive Geschäftsordnung solle als §. 1 enthalten: „die Nationalversammlung wird nicht eher geschlossen, bis sie das Staatsgrundgesetz mit Rücksicht auf die soziale Frage gelöst haben wird." Camphausen erhob sich: die Regierung sei nicht im Stande, jetzt beiläufig mit vorgetragene Ansicht u. dergl. Bemerkungen jedesmal auszugreifen, um entweder sich dagegen oder seine Zustimmung dafür auszusprechen. Er vermahre sich davor, daß sie dem Allem beipflichte, was sie mit Stillschweigen übergehe. Diesmal aber finde er sich veranlaßt, im Namen der Regierung über das sich zu verbreiten, was in Anregung gebracht worden.

Gestern mehrere Tage zwar unterrichtet war. Die Tage vom 26. auf den 27. waren ähnliche Angstestage für Berlin, Köln, Wien, Dresden, Leipzig ꝛc. Nach der neuesten Wiener Zeitung hatten die Grafen Hoyos und Moriz Dietrichstein noch Hausarrest. Anm. d. Allg. Z.

Digitized by Google

Als das Ministerium am 29. März sich bildete, trat es in Berathung über seine Stellung und Befugniß und machte die damals angenommene Anschauungsweise zur Eröffnungsfrage. Es war uns oft weit davon entfernt, die Begebenheit, wonach es zusammengetreten, zu verkennen. Diese Begebenheit gilt ihm als eine der hauptsächlich mitwirkenden Ursachen, warum die herrschende Bewegung sich so und nicht anders gestaltet habe. Aber diese Begebenheit gelte demselben nicht als das Aufheben aller Rechte und rechtlichen Bedingungen; nicht als eine Umwälzung, die nichts weiter übrig gelassen. Von dieser Anschauung aus machte das Ministerium zur Bedingung seiner Existenz die konsequente freiheitliche Fortbildung mit den vorhandenen Organen. Es berief den Vereinigten Landtag zur Berathung des Wahlgesetzes dieser Versammlung und führte aus dem Alten in das Neue in ununterbrochener Folge. Allem Andringen, über den Landtag hinwegzugehen, leistete die Regierung Widerstand. Ebenso wies sie die spätern Versuche, sie zur eigenmächtigen Abänderung der Wahlart zu bewegen, die inbrünstig Herr aufzugeben, der der Landtag angenommen, überhaupt jedwede Diktatur zurück. Eben aus dieser Ueberzeugung erkennt sie die gegenwärtige Versammlung nicht als eine solche an, welche, mit Ausschluß eines Vertrags mit der Krone, eigenmächtig eine Verfassung zu verleihen habe. Die Abgeordneten sind auf Grund des Wahlgesetzes gewählt; von irgend sonstwo entlehnen sie ein Mandat, nur darauf hin haben 16 Millionen sie gesendet, nur in diesem Sinne vertreten sie das preußische Volk. Die staatsrechtliche Bedeutung der zur Vereinbarung einer Staatsverfassung mit der Krone berufenen Versammlung steht fest. Aber minder auf rechtlichen Befugnissen beruht die große Macht derselben. Ihre Würde und sittliche Größe bestimmt die hohe Geltung ihrer Beschlüsse. Außerhalb dieser Kammer ist noch eine andere Macht, die über Alles richtet, die öffentliche Meinung. Vor dieser haben die Beschlüsse zu bestehen. Die Kammer ist nicht unabhängig von ihr. Es wäre ein unermeßliches Unglück für das Land, wenn die begonnenen Verhandlungen endeten, ohne daß vollbracht ist, was das Glück und die Größe des Volks auf Jahrhunderte begründen soll. — Aber mit obigem Grundsatze wird das Ministerium des 29. März stehen und fallen. — Für den Vortlaut kann ich nicht bürgen. Das Schicksal der Kammer, wohin es sich wende, wird berührt durch dieses unverhohlene Bekenntniß. Können Sie dem Vortlaute selbst Ihre Sympathien. — In einem unmittelbar darauf folgenden, aber hierauf nicht bezüglichen Vortrag des Abg. Waldeck war die Taktik unverkennbar, das Wort „Vereinbarung", welches das Wahlgesetz enthält, zu meiden, um im entscheidenden Augenblick den neuen Sprachgebrauch unterschieben zu haben; er sprach von einem Antrag, „über den wir uns vereinbart haben". Diese werden sehen, ob dieser bei den Hagenschen Verhaftungen und bei dem Verlust der Partei, sich zu früheren Sprachgebrauch nicht benutzt werden wird, zu behaupten, nach dem Wahlgesetz habe die Kammer „unter sich eine Verfassung zu vereinbaren"! Diese Partei wird ferner zweifelsohne so geschickt sein, den bloßen „Beirath" als einzigen Gegenstand zu der absoluten Souveränetät hinzustellen. Aber es liegt auf der Hand, daß ebensowenig die Kammer, als die Krone auf den bloßen Beirath beschränkt ist! — Abg. Jung interpellirte den Kriegsminister über reaktionäre Tendenzen in der Armee. Er sprach heute dessie, als gewöhnlich. Graf Kanitz antwortete mit einer emphatischen Lobrede auf die Armee, die zu der Interpellation paßte, wie die Faust auf das Auge. Der Direktor im Kriegsministerium, Oberstlieutenant Fischer, betrat als Regierungskommissär die Rednerbühne und antwortete auf jeden der drei einzelnen Punkte der Interpellation mit einer theilweise glänzenden Rede. Das Detlbertsein in Kopf sei bei der Armeeführung unzulässig. Kein unter der Republik habe dies anerkannt; die Wahrheit eines Marat und Robespierre habe doch so weit gereicht, es zu verbieten. Die bewaffnete Macht als solche, Verbindungen stiften und Vorschläge machen zu lassen, ist recht eine reaktionäre Zulassung. Denn dies führe zur Anarchie, die Anarchie zur Despotie. Im Interesse der Freiheit müsse man hier Einhalt thun. Er erinnert an die Prätorianer. — Oft bezeichne man überlaute mit „reaktionären Tendenzen" den Geist der Ordnung. Daß die Disciplin an manchen Orten überschritten, das sei am Wenigsten reaktionären Gelüsten zuzuschreiben; das liege in der Aufregung der Zeit. Schließlich verliest er, um zu bezeichnen, wie das Ministerium die Stellung des Heers aufgefaßt, den Tagesbefehl vom 1. Mai, worin Aufrechthaltung der Verfassung und Integrität des preußischen und deutschen Landes als Zweck des Heeres genannt sind. — Unterbrochen von mehrfachen Beifallsbezeigungen, auch von der Linken, war seine Rede von den Bravos der Rechten, der Mitte ꝛc. begleitet. — Die Interpellation Jungs an den Minister des Auswärtigen über den Kartellvertrag mit Rußland, schloß die Motivirung gleich mit ein. Arnim stand gleich im Anfang auf, erhielt aber erst das Wort, als der Abg. am Ende war. Der Minister sprach äußerst heftig und verlangte diese Rede im Protokoll nicht verlesen. In der Hitze des Augenblicks übersah wohl Hr. v. Arnim die parlamentarische Unerfahrenheit des Redners, der ohne allen Arg gesprochen und über den auf ihn losbrechenden Sturm sehr verwundert schien. — In dieser Sitzung wurden ungemein viel Anträge vorgenommen. — Bemerkenswerth scheint, daß Abgeordnete der Linken sich auf verschiedenen Ecken und Enden der Rechten postirt hatten, so Abg. Brill, Abg. Wenckelius, Abg. Schorebaum, Abg. v. Potworowski. Die Situation des Abg. Brill, Angesichts vieler Landleute, schien das Gibraltar der Linken.

|| Berlin, 31. Mai. Gestern Abend hatten wir hier abermals eine kleine hangbrezliche Probe von der Weise, in der das souveräne Volk gegenwärtig seine Anforderungen durchzutreiben versteht. Die Art, wie vergangenen Sonntag in der Volksversammlung unter den Zelten die Arbeiterverhältnisse besprochen wurden, hat bereits ihre Früchte getragen, und gestern begab sich ein von dem Volkshelden Brad geführter Haufe von etwa 2000 Köpfen vor das Hotel des Handelsministers von Patow, sprengte das Thor mit einem Balken und drang in die Säle des Ministeriums, dort unter Geschrei und unbeschreiblicher Verwirrung die unmaßgeblichen „Wünsche" des Volkes vorzutragen! Nur nach langem Hin- und Hereden gelang es dem Minister, sich der ungebetenen Gäste zu entledigen, indem er Hrn. Brad 300 Thaler zur Vertheilung an den Volkshaufen als „Vorschuß" einhändigte. Es ist dies ein kleiner Vorschmack von der Freiheit, die wir zu erwarten haben, wenn nicht noch zeitig alle Gutgesinnten sich fest aneinander schließen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, solange unsere Zustände nicht wieder auf festen gesetzlichen Grundlagen beruhen, unsere Kammer ebensogut als der Handelsminister dem Uebermaße eines rohen Volksinstinkts ausgesetzt sein wird, und daß bei einem so anarchischen Verhältnisse Vertrauen in Handel und Verkehr und damit besserr Zustände für die arbeitenden Klassen nun und nimmermehr zurückkehren können. Diese gesetzliche Kräftigung können wir nur von der Kammer selbst erwarten. Uebrigens soll der gestrige Vorfall selbst bei einem Theile der Opposition lebhaften Unwillen erregt haben, und wird Temme, welcher bisher über dem Volksvertreter seine Eigenschaft als Staatsanwalt ganz zu vergessen schien, die Rädelsführer zur Rechenschaft ziehen. — Einige für die Bürgerbewaffnung in der Provinz bestimmte Kähne mit Gewehren mußten heute Morgen auf Befehl dieser Schaaren wieder ausgeladen werden; unsere Volksführer arbeiten nämlich darauf hin, eine allgemeine Volksbewaffnung Angesichts, d. h. auch ohne Autnahmen Jedermann Schießgewehre in die Hand zu geben, um künftig kräftiger auftreten zu können, als bei der neulichen sogenannten bewaffneten Demonstration, die an der ruhigen Haltung der Bürgerwehr scheiterte. Wie es heißt, will man zu diesem Ende einen Kreuzzug nach der Wohnung des Kriegsministers vor, mit einem Wort, man verschmäht kein Mittel, die Gährung in der Masse zu unterhalten, und schiebt die Schuld jeder Störung (selbst die Katzenmusiken) mit der kaltblütigsten Frechheit auf die reaktionäre Partei und das Ministerium!

** Vom Rhein, 31. Mai. Es ist eine sehr eigenthümliche und sehr beachtungswerthe Erscheinung, daß nirgendwo in der Presse die Stimmung zu Tage tritt, welche in der Rheinprovinz gegen den großen Staat, von dem sie einen Theil bildet, in ganzen Kreisen und Schichten der Bevölkerung unklaubar besteht; tiefes Schweigen hüllt die Oeffnungen der Einen, die Befürchtungen der Andern ein. Gleichwohl ist der Schein, der sie birgt, sie bedeckt, so durchsichtig, daß Niemand, der nicht blind sein will, einen Augenblick über die wahre innere Stimmung in Zweifel sein kann. Gestatten Sie mir, einige Worte darüber zu sagen; es ist immerhin gut, dem Uebel gerade ins Angesicht zu schauen. Der intelligente und denkende Theil der Rheinprovinz kann es sich nicht verhehlen und verhehlt es sich nicht, welchen Aufschwung die Provinz unter der preußischen Herrschaft genommen; die materiellen Vortheile wenigstens, welche sie aus der Verbindung mit Preußen gezogen, sind auch bisher kaum von irgend einer Seite geläugnet worden, und seit der Rheinländer die Institutionen geschätzt sieht, die er als eine theure Errungenschaft aus der schweren Zeit der Fremdherrschaft mit herübergebracht, gesichert unter einer Verfassung, die gerade er sehnlicher wünschte und glühender erstrebte, als alle übrigen Provinzen der Monarchie, sollte man alle Sympathien erforderlich glauben, die sich seither, was man auch immer vom Gegentheil behaupten mag, nur zu oft nach jenem Volke richteten, das sich vorzugsweise als den Ausdruck und den Vorkämpfer europäischer Civilisation und politischer Freiheit zu betrachten gewohnt ist. Dem ist aber, mit einem schmerzlichen Gefühl schreibe ich es nieder, dem ist aber nicht also, und ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn heute

Digitized by Google

das linke Rheinufer zu wählen hätte zwischen Frankreich und Preußen, die große Mehrzahl sich für Frankreich und gegen Preußen entscheiden würde, und daß sie lieber einige elende Brocken nähme, welche das Mitleid in Paris ihr spendete, als was man mit vollen Händen in Berlin ihr reicht. Wie gesagt, es ist nicht der intelligente Theil der Bevölkerung, der so denkt, ich glaube im Gegentheil, daß dieser ausgedehnteren Kreisen sich und innig sich an Preußen anschließt, aber gehen Sie unter das sogenannte Volk, hören Sie den Handwerker, den kleinen Bürger oder gar die eigentliche arbeitende Klasse, und Sie werden ein so gehässiges, tief eingewurzeltes Mißtrauen finden gegen Alles, was preußisch ist und heißt, eine so pronuncirte Abneigung, daß sich dieselbe kaum anders als instinktmäßig begreifen läßt, denn an jedem Grunde dafür, an jedem vernünftigen Grunde wenigstens fehlt es so sehr, daß andererseits die übrigen Provinzen das Rheinland als das exkusiv gute der Regierung betrachten; das Wort Provinz ist noch immer nicht blos der Gegensatz zum Rheinländer, es ist ein förmliches Schimpfwort. Sie entgegnen mir, daß ich übertreibe, daß ich einzelnen Ausbrüchen der Gereiztheit und der Leidenschaft zu viel Gewicht beilege; ich aber appellire an jeden Rheinländer, der da sehen kann und will, was um ihn vorgeht, und der ehrlich genug ist, um offen auszusprechen, was er sieht; er wird, was er auch über die Ursachen denkt, die Thatsache zugeben. Damit soll indeß nicht gesagt sein, daß die Rheinprovinz oder auch nur ein größerer Theil derselben wirklich an eine Verbindung mit Frankreich dächte oder gar eine solche Verbindung hoffte; es soll nur damit gesagt sein, daß man vor allen Dingen nicht preußisch gesinnt ist, und das ist der Grund, weßhalb die abenteuerlichsten Ideen zur Herbeiführung einer Trennung Anklang finden, weßhalb man bald von einer Verschmelzung mit dem viel benachbarten Belgien spricht, bald von einem großen Rheinischen Reiche träumt, daß sich von den Ufern des Rheins bis hinauf nach Baden und der Schweiz erstrecke, weßhalb sogar die Absurdität einer neu zu erwekkenden kurkölnischen Nationalität gläubige Anhänger und Jünger findet. Flugschriften und kleine Schmutzblätter, die gierig verschlungen werden, Orgelleier, die man auf allen Straßen und in allen Schenken singt, stützen und verstärken diese Stimmung; selbst die Kölnische Zeitung hat wesentlich dazu beigetragen, als sie vor einigen Monaten — unbedeutend, wie der Umstand an sich sein mag — von ihrem Titelblatte den preußischen Adler tilgte; es wäre thöricht und selbst verderblich, sie länger zu ignoriren; es ist im Gegentheil die Pflicht der Presse und jedes Vaterlandsfreundes, sie ans Licht zu ziehen, die Pflicht, die ernste Pflicht jedes Ehrlandsliebers, der es wohl meint mit seinem schönen Lande und Einfluß übt auf seine Landsleute, in diesem Sinne mit Wort und That thätig zu sein, denn, das bedenke man vor allen Dingen wohl, jene tiefe Abneigung gegen Preußen überträgt sich auf die Monarchie überhaupt und arbeitet den republikanischen Wühlereien in die Hände. Noch freilich hat der Geschmack an der Republik hier nur geringe Wurzeln geschlagen; der Meuchelmord von Kindern und die Freiheit des Mannes, der sich zum Tyrannen der Republik aufwarf, hat fast die letzten Spuren von Sympathie für diese Sache ausgelöscht; aber die Geschichte hat mehr als Ein Beispiel aufzuweisen, daß man sich dem in die Arme warf, den man verachtete, um dem wehe zu thun, den man haßte.

**Posen**, 26. Mai. In gleicher Weise wie der Dr. v. Kraszewski, soll jetzt auch Gr. v. Potworowski die Präsidentur des in Posen zu errichtenden polnischen Regierung abgelehnt haben; dasselbe ist vom Grafen M. Mielzynski bekannt, dem der Gedanke zu Pfuel's berühmtem Aufruf gekommen haben soll. Wir wollen die Gründe hier nicht erörtern, weil sie nach allgemeiner Ansicht blos darauf berechnet sind, dem Gouvernement die Reorganisation zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Es gereicht, meinen wir, unserm Gouvernement zur Ehre, wenn es die große und schwierige Aufgabe der Verwaltung des polnischen Landestheils nur einem intelligenten, von seinen Landsleuten als befähigt anerkannten Polen anvertrauen will. Aber auf diesem Wege kommt man gewiß nicht zum Ziel, denn die Polen wollen die Reorganisation nicht mehr, und die Stimmführer unter ihnen haben sich das Wort gegeben, die Präsidentur in Posen nicht anzunehmen. Da bleibt unsres Erachtens dem Gouvernement Nichts übrig, als in einer öffentlichen Ansprache an die Polen der Provinz Alle, die zur Verwaltung dieser Stelle sich für fähig halten, zur Bewerbung aufzufordern, und wenn auch dieses zwar ungewöhnliche, doch gewiß ehrliche Mittel erfolglos bleibt, die Verwaltung des polnischen Landestheils denjenigen deutschen Beamten, die der polnischen Sprache kundig sind, anzuvertrauen. (Pos. Z.)

Der von sehr Vielen geäußerten Ansicht über den durchaus haltlosen Charakter der polnischen Insurrection möge die jetzt über jeden Zweifel erhabene Thatsache dienen, daß die vom Jahre 1830 bekannten polnischen Generale Skrzynecki und Chrzanowski hier in der Provinz gewesen sind, daß sie aber, nachdem sie die hiesige Gastlage mit eigenen Augen gesehen, sofort wieder zurückkehren, weil sie, wie sie selbst erklären, „mit solchen Banden Nichts zu thun haben wollen.“

(Schles. Z.)

Von der russischen Grenze, 26. Mai. Bestimmten Vernehmen nach soll von höchster Seite an die betreffenden Autoritäten die Order erlassen sein: die Ostseeprovinzen, vor allen die Provinz Livland, in welcher in den drei letzten Jahren der Proselytismus der griechischen Kirche so manche Wirren in kirchlicher und bürgerlicher Hinsicht erregt hatte, ruhig und unangefochten zu lassen und sie in den ihnen von Alters der ihrkommenen Rechten und Immunitäten keineswegs zu stören. (Pos. Z.)

**Baiern.** || München, 30. Mai. Aus der schon gestern erwähnten Rede des Ministers der Auswärtigen, Graf Bray, in der Schlußsitzung der bairischen Abgeordnetenkammer theilen wir nachfolgende einige Sätze mit, welche einen Grundsatz des deutschen Deutschthums abgeben können. Nach einer kurzen Einleitung führt Graf Bray fort: „Fragt man, was die Regierung wolle, so antworte ich: sie will Nichts, was nicht auch Baiern will; sie will ein einiges, kräftiges, verjüngtes Deutschland, im Innern intelligent, frei, betriebsam, nach Außen geachtet und achtung gebietend. Welche Opfer gebracht werden müssen, das hohe Ziel zu erreichen, das wir verfolgen, läßt sich wohl im Voraus nicht genau bestimmen. Es wird eine Verständigung stattfinden zwischen Völkern und Regierungen, ein Vertrag, beiden heilig, von beiden gleich geachtet. Auf solcher Basis läßt sich ein Gebäude sicher gründen! — Die Opfer aber, die nicht gebracht werden dürfen, zu denen rechne ich solche, welche, würden sie gebracht, Deutschland selbst schwächen würden, Deutschland eines Ruhmes und einer Ehre berauben würden, die ihm gebühren. Hiernach werde ich bei vorkommenden, sichtverbreitende Mannigfaltigkeit und Eigenthümlichkeit der deutschen Volksstämme, und was Baiern insbesondere betrifft, unsern glorreichen Namen, unsere in Deutschland stets eingenommene und behauptete hohe Stellung unter einer tausendjährigen Dynastie.“ — Die Schusstergefallen sind zum größeren Theil zu ihrer Ruhe zurückgekehrt, nachdem einige der Hartnäckigsten auf den Schub gebracht worden.

**Würzburg**, 25. Mai. Die hiesige Studentengesellschaft Germania hat, anstatt ihre Anerkennung von Seite der Regierung durch einen Kommers zu feiern, zweihundert Gulden als Beitrag zur Erbauung einer deutschen Flotte zusammengelegt, und die Summe unter dem Heutigen zur weiteren Beförderung nach Frankfurt abgeschickt.

(Bost. Z.)

**Sachsen.** Dresden, 29. Mai. Gestern Abend ist unsere Stadt der Schauplatz einiger unruhigen Auftritte gewesen, die jedoch nicht über den Charakter eines gewöhnlichen Straßenkrawalls hinausgegangen sind. Die Inhaftirung eines festgenden Handwerksburschen in der Neustadt war die Veranlassung dazu. (Bost. Z.)

**Hannover**, 30. Mai. Die Mißbilligung, welche die Politik des Ministeriums Stüve sowohl in Betreff der allgemeinen deutschen Verhältnisse, als auch vielfach in Bezug auf die Verfassungsangelegenheiten in der öffentlichen Meinung gefunden und die dabei im Volk wurzelnde Unzufriedenheit hat gestern zu einem sehr bedeutenden Ausbruch geführt. Steht derselbe auch nicht unmittelbar mit der politischen Opposition gegen das Ministerium in Verbindung, so ist er doch aus der im Publikum herrschenden Stimmung hervorgegangen; nur wird dadurch, daß derselbe sich mit dem Namen unserer Stadt verknüpfen zu müssen, solche Auftritte, wie die gestern Abend vorgefallenen, auf Entschiedenste verwerfen müssen. Die Gewerbeordnung, welche Stüve bekanntlich so entschieden mißbilligte und die dennoch, seiner Abmahnung ungeachtet, in den Kammern per majora durchgehen zu wollen scheint, mußte die Waffe hergeben, die man gegen das Ministerium zu kehren suchte. Seit mit einer in der Eile berufenen Volksversammlung, welcher sich nur sehr wenige Bürger anschlossen, klug man durch eine Deputation vor dem Ministerium vortragen, die Gewerbeordnung für zu suspendiren. Diese Deputation, welche sich gestern Abend 7 Uhr in Bewegung setzte, wurde von etwa 600 Menschen begleitet, denen sich später noch einige Hundrte angeschlossen haben mögen. Zuerst zog dieselbe vor Stüves Haus. Als dieser erklärte, er könne nicht einseitig ohne seine Kollegen über diese Angelegenheit entscheiden, zwang ihn die Menge, sie nach dem Hause bei Grafen Bennigsen, dem Vorstand des Gesammtministeriums zu begleiten. Dergeborn wurde von beiden Männern auf den Einwand verwiesen, daß ein Entscheidung des Gesammtcollegiums nicht ohne Mitwirkung der Stände zustehe. Man verlangte Entscheidung, und als diese nicht zu erlangen war und die aufgeregte Masse mit jedem Augenblick mehr und mehr anwuchs und sich durch Excesse an den Gebäuden der Minister Stüve,

Digitized by Google

Bennigsen, der Stadtdirektor Todt und einiger anderer erging; da blieb nichts Übrig, als daß die Bürgergarde einschritt. Indeß war diese mit Schießbedarf nicht versehen und befand sich deßhalb gegen die Tumultuanten im Nachtheil, die mit Pflastersteinen so nachdrückliche Angriffe auf die Bürger machten, daß wohl 40—50 mehr oder weniger starke Verwundungen unter den Bürgergarden vorgefallen sein mögen, während man von Beschädigungen der Tumultuanten bis jetzt wenig gehört hat. Wir halten uns überzeugt, daß die Tumultuanten über das, was sie eigentlich wollen, gar nicht mit sich im Reinen sind. Mag aber die verlangte Suspension der Gewerbeordnung immerhin als der gemeinsame Wunsch des Landes angesehen werden dürfen, so müssen wir doch beklagen, daß ein paar hundert Menschen die Vertretung der gesammten Landesbevölkerung sich anmaßen und sogar mit Gewalt geltend zu machen versuchten. Wir halten uns fest überzeugt, daß dieselben bewußtlos einer Partei dienen, die wir eben so sehr und mehr zu fürchten haben, als diejenige der Reaktion. (Br. Z.)

**Schleswig.** Apenrade, 28. Mai. Nachdem heute das Hauptquartier nebst der Generalregierung hier angekommen und die Übergabe des Generals von Bonin, sowie die hoffentlich in Düppel, zu Saderslehen und näher hierher Quartiere bezogen hatten, traf die Nachricht ein, daß die Dänen mit 5 bis 6 Bataillone und etwa 20 Geschützen von Alsen ausgeladen sind und die Bestimmung des Generallieutenant Halkett, auch einem mecklenburgischen Bataillon bestehend, dem ein braunschweigisches nebst einer halben braunschweigischen Batterie später zur Unterstützung zuzog, mit Ungestüm angegriffen und vermöge ihrer starken Uebermacht gegen die Flensburger Steaße zu gedrängt haben. Der Augenblick war für die Expedition der Dänen um so günstiger gewählt, als der Generallieutenant Halkett zu der Zeit, die Ankunft des Oberbefehlshabers zu erwarten, sich hatte nach Apenrade begeben müssen, und die dort zur Unterstützung unserer vorgeschobenen Stellung in Jütland konzentrirten Bundestruppen sich eben erst hatten in Bewegung setzen können, um ihre früheren Positionen, Alsen gegenüber, wieder einzunehmen. Den eingelaufenen Nachrichten zufolge wäre später noch ein hannoversches Bataillon, sowie die halbe hannoversche Positionsbatterie, ins Gefecht getreten, so daß dieses zum Stehen gekommen wäre. — Der General v. Wrangel und General v. Bonin sind im Begriff, sich gegen den Schauplatz des Kampfes zu dirigiren; und die Truppen fürchten nur, daß die Dänen zu rasch wieder über die Meerenge nach Alsen zurückkehren. (Br. St. A.)

* **Altona**, 30. Mai. Wiederholt man von allen Seiten von Frieden spricht, während die Großmächte mit Preußen, Dänemark und der provisorischen Regierung über den Frieden unterhandeln und Preußen in Folge dessen und einer russischen Note die Truppen aus Jütland zurückzugehen hat und die provisorische Regierung, sowie Hessen die Vorschläge Englands angenommen haben, scheinen aller dieser Unterhandlungen überzalen die Dänen die verbündeten Truppen in dem Augenblicke, wo gerade wegen der leichtern Friedensunterhandlungen die Truppen ihre Kantonements wechseln. Die Dänen, durch Spione gut unterrichtet von dem, was auf dem Festlande vorgeht, bewerkstelligten in dem Augenblicke eine Landung auf dem diesseitigen Ufer bei der Duppeler Höhe, indem gerade die Vorposten zurückgingen. Es schint, daß man der Meinung war, die Dänen würden in Folge der Friedensunterhandlungen gleichfalls Alsen verlassen, und die Ufer wurden während des Truppenwechsels minder scharf bewacht, bis man sich auf einmal umgangen und angegriffen sah. Uebermacht an Infanterie und Artillerie trugen viel zur Entscheidung des Tages bei, außerdem aber noch die Bewerkstelligung einer zweiten Landung westlich von Ekernsund bei Alnoer und Oppen, wo Schiffe mit Kanonenboote erschienen, wodurch das Bundesheer getheilt und seine Aufmerksamkeit von dem Hauptpunkte abgelenkt wurde. Der Kampf entspann sich am 28. auf den „Duppeler Höhen" und es ward von beiden Seiten sehr eifrig und wacker gestritten; viele Stunden lang war das Treffen unentschieden, und erst am Abend nach 7 Uhr verließen die Deutschen das Schlachtfeld, um sich nach Gravenstein und nördlich bis Gunz zurückzuziehen. Auf beiden Seiten gab es viele Todte und Verwundete, und es sollen die Dänen 6 Kanonen (?) erobert und mehrere Hundert Gefangene gemacht haben; alle Zahlen schweben aber noch im Dunkeln und alle Angaben sind ungewiß und sehr widersprechend, da alle amtlichen Angaben noch fehlen und dieses auch nur selten Glauben zu schenken ist. 8000 Dänen kämpften hier, durch Kanonen auf dem Lande und Schiffskanonen geschützt, gegen etwa 7000 Deutsche. Dieses Treffen wird jedenfalls eine neue Regsamkeit hervorrufen und das X. Bundesarmeekorps, welches durch die Lauheit des Königs von Hannover nicht vollständig werden konnte, wird nun komplet auf dem Kriegsschauplatze erschienen, da gerade die Hannoveraner die Schlappe erhalten haben. Der Kampf hätte sich auf diese Weise noch sehr in die Länge ziehen können, da man sich nur immer beobachtend gegenüber stand. Die Freischaaren, die man bisher alle entließ, werden nun nicht mehr entlassen, sondern alle zurückgehalten, was man längst hätte thun müssen. Die bisher gezeigte Nachgiebigkeit, um nur den Frieden zu erlangen, wird man nun wohl aufgeben und ebensowenig Nordschleswig opfern, wie dies die preußische Diplomatie beabsichtigte. Habersleben, ein Amt von 40 □Meilen und 45,000 Einwohnern, ist etwa der vierte Theil des ganzen Herzogthums Schleswig, welches Dänemark zu behalten wünscht, wir hoffen aber, daß das Parlament sich darauf nicht einlassen wird, da Deputationen aus verschiedenen Städten, wie Hadersleben und Tondern bereits dagegen protestirt, auch die Geistlichen in allen diesen Aemtern bereits schriftlich die provisorische Regierung anerkannt haben.

**Flensburg**, 29. Mai. Die vergangene Nacht bestätigte uns die traurigen Begebenheiten des gestrigen Tages. An 20 Wagen mit Verwundeten fuhren im Laufe der Nacht in die Stadt herein, und noch heute Morgen kamen mehrere an. Die Dänen waren gestern Morgen schon sowohl von Sonderburg über die Brücke wie an verschiedenen andern Stellen ans Land gegangen und fielen auf diese Weise gleichsam von allen Seiten über die Deutschen her. Unsere Truppen waren sehr in die Enge getrieben, aber sie vertheidigten sich so muthig gegen den in Massen heranbrüllenden Feind, daß es diesem trotz seiner Uebermacht nicht gelingen konnte, weiter ins Land hinein vorzudringen. Leider verloren wir viele deutsche Brüder; aber das Blut eines Jeden floß nicht, ohne sich an manchen Dänen gerächt zu haben; ja die tapfern Deutschen haben wie Männer gekämpft. Manche der Umfriedigungen, namentlich Mecklenburger, sind in die Hände des Feindes gefallen. Man behauptet, daß dieses Gefecht das bedeutendste gewesen, das bisher vorgefallen. Es dauerte bis Abends 8 Uhr. Die Dänischen zogten alsdann den Feind mit dem Bemerken auf seine Schiffe zurück und setzten sich wieder in Düppel fest. Heute Vormittag entspann sich wiederum ein sehr lebhaftes Gefecht, welches 4—5 Stunden anhielt. Die Dänen sollen sich jetzt ruhiger verhalten. Eben kommen wieder Verwundete an. — Heute Nachmittag traf ein preußisches Kürassier-Regiment hier ein. Auch einige preußische Infanterie-Regimenter kamen mit klingendem Spiel und vollen Muthes hier an. General Wrangel kam um 6½ Uhr in unserer Stadt an. — Apenrade ist schon von Dänen, nachdem die deutschen Truppen sich heute von dort entfernt hatten, besucht worden. Es sollen schon einige deutsche Flüchtlinge hier angekommen sein, weil sie sich unsicher fühlten. (Hamb. Korr.)

**Hamburg**, 29. Mai. Die Kommerzdeputation hat die verschiedenen Zweige des hiesigen Handelsstandes aufgefordert, sich darüber auszusprechen, ob Hamburgs Fortbestehen als Freihafen (etwa mit Hinzuziehung Altonas) oder ob Eintritt in den Hessischen Zollverband mit wohlgeordnetem Entrepotsystem nach ihrer Ansicht wünschenswerth sei. Das Ergebniß dieser Begutachtung soll den Vertretern Hamburgs in Frankfurt mitgetheilt werden. (W. Z.)

**Schweiz.**

◑ **Bern**, 31. Mai. Die Tagsatzung hat in ihrer gestrigen Sitzung den Antrag von Jamet Haag, die Schweizertruppen in Neapel zurückzuberufen, behandelt und mit 16½ Stimmen folgenden Vorschlag Thurgaus angenommen: 1) eine Untersuchung über das Benehmen der Schweizertruppen in Neapel anzustellen; 2) die geeigneten Schritte, sowohl bei den in der Kapitulation begriffenen Ständen als auch weitere zu thun, um auf dem Wege der Unterhandlungen eine Aufhebung der Kapitulationen zu bewirken. Berns Antrag ging dahin: 1) die Kantone, welche mit Neapel Kapitulationen haben, sind einzuladen, dieselben sofort zu kündeu; 2) die Eidgenossenschaft übernimmt die Verpflichtungen des Königs von Neapel den entlassenen Truppen gegenüber; 3) alle Schweizer in ausländischen Diensten sind aufgefordert, diese sofort zu verlassen. Dieser Vorschlag hatte aber nur Berns Stimme; Genfs Ansicht theilten 5 Stände, und für den Antrag von Schwyz, zur Tagesordnung überzugehen, da die Militärkapitulation unter die alleinige Kompetenz der Kantone falle, stimmten die 3 Waldstätte. Gleich am Anfang der Sitzung werden drei Schreiben der Konsuln von Neapel, Livorno und Mailand vorgelesen. Der erste meldet Nichts weiter, als daß die Ruhe wieder hergestellt sei, und daß er im Namen von 3 Schweizerhäusern bedeutende Entschädigungen zu verlangen im Falle gewesen sei. Der zweite meldet von Manifestationen, die man in Livorno sowohl gegen die Kapitulanten von Neapel, als gegen die von der Schweiz und gegen Schweizerhäuser in Vorschlag gebracht habe, welche aber durch die Bemühungen des Konsuls und anderer Schweizerhäuser vertheidert worden seien, während die Polizei machtlos und schwach dastehe. Er bemerkt, daß

Digitized by Google

viele Tessiner Arbeiter schon aus Furcht vor Drohungen heimgekehrt seien, und er wisse nicht was entstehen werde, wenn der jüngste Tagsatzungsbeschluß nicht bekannt werde. Auch der mailändische Konsul spricht von übler Stimmung, welche diese Ereignisse, verbunden mit dem Beschluß der Tagsatzung, hervorgebracht hätten, und warnt vor Abhendung des Delegirten für Ordnung der Handelsverhältnisse, da derselbe doch Nichts werde ausrichten können. Die Motion von Genf wird von J. Fazy folgendermaßen begründet: Der Krieg der Schweiz ist nicht gewollt, wenn man auch im Schweizerlande Frieden schafft, man werde in Schrecken aufgewickt werden. Die Schweiz in ihrer Neutralität und in ihren Kapitulationsverhältnissen sei die im Auslande gegen die Freiheit anklämpfende Reaktion. Während man nun die Zuzüge schweizerischer Freiwilligen für die Sache des auferstandenen Italiens verbindert, gestattet man, daß schweizerische Soldaten für die Unterdrückung derselben streiten. Der Gesandte fragt, mit wem denn gegenwärtig die Kapitulation in Neapel bestehe? Mit dem König beider Sicilien? Eines ist abgefallen; im andern herrscht ein König, der den Henker seines Volkes macht und seine Zugeständnisse, seine Verträge mit dem Volk mit Hilfe seiner Schweizerbildunge gebrochen hat. Welche Garantie, wenn er stürzt? man denke an Frankreich, an das Jahr 1830. Er trägt auf Zurückberufung der Schweizertruppen an, weil durch Eintritt des Bürgerkriegs dieselben, die dem König und der Konstitution Treue geschworen, in eine Stellung gekommen, die sie in einen Parteikampf hineinzieht, weil die konstitutionellen Theile weder in Neapel noch in der Schweiz existirten, dort, wo das Reich in Spaltung und Parteikämpfe zerfallen, hier, wo die Aristokratie der Demokratie Platz gemacht hat. Dazu komme noch, daß Berichte von unerhörten Schandthaten bekannt geworden sind, die Schweizertruppen verübt hätten. Die Ehre der Schweiz fordere Aufklärung der Sache. Bern macht Anzeige einer amtlichen Mittheilung einer fremden Macht, die konstituiell gemacht worden sei und darum nur im Schooße der Tagsatzung eröffnet werden könne. Das Publikum mußte sich entfernen, wurde aber bald wieder eingelassen. Genf erklärte, daß die abgelesene Eröffnung in durchaus keiner Beziehung zu seinem Votum stehe, was Bern bestreitet. Waadt, Freiburg, Neuenburg und Wallis ergehen sich in den heftigsten Anklagen gegen die Schweizertruppen in Neapel und stimmen zu Genfs Antrag. Jedem sich die übrigen Gesandte ohne Ausnahme entschieden gegen solche Kapitulationen aussprechen, unterlassen sie es auch nicht, die Ehre der Regimenter in Neapel zu schützen und mit Unwillen die höchst vorseiligen, mindestens unvorsichtigen Anschuldigungen von Plünderern und Mördern entrüstet zurückzuweisen, namentlich sich gegen die Ansicht alles Ernstes zu verwahren, als wäre man gewisser Verträge entbunden, sobald sich die politischen Ansichten ändern. Einstimmig war man in der Ansicht, den Militärkapitulationen müsse sobald als möglich ein Ende gemacht werden. Das Resultat der Abstimmung entschied für Thurgaus Antrag.

## Niederland.

H Haag, 27. Mai. Die Gesetzentwürfe zur Grundgesetzverbesserung sind endlich in einem Kabinetsrath unter Vorsitz des Königs in der Hoffnung angenommen worden, wie sie den Generalstaaten vorgelegt werden sollen. Das ganze Verfassungswerk ist in zwölf Gesetzentwürfe abgetheilt. — Die gewichtige Erklärung der Regierung in der merkwürdigen Sitzung der zweiten Kammer vom 13. Mai findet immer lauteren Anklang im Lande. In verschiedenen Städten, zumal in Amsterdam, bedecken sich Adressen an die zweite Kammer mit zahlreichen Unterschriften, worin die Bürger sich für die monarchische Staatsform, sowie ihre unerschütterliche Anhänglichkeit an das Haus Oranien erklären und verlangen, daß die Generalstaaten sich in dem nämlichen Sinne bestimmt aussprechen. Immerhin jedoch ist der Umstand, daß man solches jetzt für nöthig erachtet, ein wohl zu beachtendes Symptom. Die Aufnahme des Königs bei seinem letzten Besuche in Amsterdam war überaus herzlich und für alle Theile befriedigend. Niemand glaubt Niemand an die Dauer der neuen ministeriellen Kombination, so lange in derselben Männer wie Thorbecke und Storm fehlten, welche das vollste Vertrauen des Landes besitzen und verdienen. Die Popularität des Justizministers Donker Curtius, der das Ansehen des jetzigen Kabinets wesentlich aufrecht hält, hat sehr gelitten, theils durch seine Theilnahme an dem Ministerium Schimmelpenninck, theils durch seine administrative Unthätigkeit. Mittlerweile wird das Land ungeduldig über das Verzögern der Verfassungsreform. Und in der That, das Ministerium, dem noch das Haupt fehlt, geht wieder ans Berathen, die Kammer vertagt sich von Neuem auf einige Wochen, das Volk sieht wieder auf der Wartebank und die wichtigen Gesandtschaftsposten zu London und Brüssel bleiben noch wie vor unbesetzt. So scheint noch einmal Alles auf die lange Bank geschoben zu sein. — Holländische Blätter machen sich über den Neuwunder Korrespondenten der Köln. Zeit. lustig, der geschrieben, König Wilhelm drohschätze, um Repressalien gegen die Limburger zu nehmen, die Schiffahrt auf der Maas zu schließen. — Der Stadtrath von Maestricht hatte bekanntlich eine Kommission mit einer Adresse an den König abgeordnet, worin er sich gegen die Scheidung Limburgs vom Niederland ausspricht. Der König hat nach offizieller Angabe geantwortet: er habe seine Ursache, zu unterstellen, daß der deutsche Bund die bestehenden Verträge nicht achten werde; Limburg werde seinen Verpflichtungen gegen den Bund nachkommen, und seine Regierung werde die Anliegen des Herzogthums im Allgemeinen, sowie die Maestrichts und Venlo's im Besondern nicht aus den Augen verlieren. Weiter haben sich die holländischen Minister mit der stadtsträchtigen Adresse für völlig einverstanden erklärt und in diesem Sinne Instruktionen an den niederländischen Gesandten beim deutschen Bunde, sowie an den Gouverneur von Limburg ergehen lassen. Auf die Frage der Deputation: inwiefern die Handlungen der Limburger Abgeordneten zum deutschen Parlament als verbindend zu betrachten seien, hat der Minister des Innern geantwortet: „daß, sofern diese Handlungen im Widerspruch mit den niederländischen Gesetzen stehen sollten, die Regierung sich dadurch nimmer als gebunden erachten werde, da doch jedenfalls Alles der Ratification der Regierung unterworfen bleibe". Endlich hat der Justizminister ausgesprochen: Limburg sei eine niederländische Provinz und gehöre dem niederländischen Grundgebiet an, während seine Verbindlichkeit zum deutschen Bunde nur moralischer Natur sein könne und die Regierung bedauere sehr, daß man dies in Limburg habe verkennen können. — Da haben wir Deutsche ja wohl gar in Aussicht, einmal ein moralisches Stück Grundgebiet zu besitzen, ein Land, das reell dem Nachbar, ideell uns großmüthigen Deutschen angehört. Das Herzogthum jedoch ist entschieden für den wirklichen Anschluß an Deutschland, alle seine Interessen, die Natur der Dinge heischen Solches. Freilich würden Maestricht und Venlo — die beiden Schlüssel des Landes, welche der deutsche Bund an Holland überliefert — in eine sehr unangenehme und selbst verderbliche Lage kommen, sie würden von allem Verkehre abgeschnitten, der Mittel ihres Bestehens beraubt sein, wenn blos Städte allein aufnahmen in den deutschen Föderativverbande verbleiben sollten. Allein diesem vorzubeugen, giebt es ja ein ganz einfaches Mittel, das die Nationalversammlung bereitwillig annehmen würde und das sich im Grunde von selbst verstehen sollte: Maestricht und Venlo nämlich, selbst wenn sie holländische Besatzung behalten dürften, theilen doch politisch und kommercell ein und dasselbe Geschick mit dem Herzogthum, mit dem großen deutschen Vaterlande. Unter dieser Bedingung wird, hoffen wir, auch der Widerspruch jener beiden Städte gegen den reellen Anschluß Limburgs an Deutschland aufhören.

## Dänemark.

Kopenhagen, 27. Mai. Das Prisengericht hat am heutigen Tage seine Funktionen angetreten und bereits mehrere deutsche Schiffe in erster Instanz kondemnirt.

Kopenhagen, 29. Mai. Großfürst Konstantin von Rußland und Prinz Gustav von Schweden sind heute hier angekommen. Eine schwedisch-norwegische und eine russische Eskadrille liegen auf unserer Rhede. (H. K.)

## Frankreich.

Paris, 31. Mai. Die gestern erwähnte Verhandlung über die Beziehungen der vollziehenden Gewalt zur Nationalversammlung ist endlich dahin entschieden worden, daß man sich über folgende Fassung vereinigte. „Die äußeren militärischen Anordnungen für die Sicherheit der Nationalversammlung gehören in den Bereich der vollziehenden Gewalt, ohne jedoch bei außerordentlichen und dringenden Fällen, über die bei der Präsidentin zu urtheilen hat, das durch die Artikel 83 und 84 des Reglements festgestellte Recht des Präsidenten der Nationalversammlung, direkte Truppen-Requisitionen zu machen, zu beeinträchtigen".

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung verkündigte der Präsident, der Generalprokurator verlange, gegen den Volksvertreter Louis Blanc wegen der Vorfälle des 15. Mai eine gerichtliche Untersuchung einzuleiten und ihn zu verhaften. Dieses Verlangen ist begründet auf die eigenen Aussagen Louis Blancs, als er als Zeuge verhört wurde, und andrer Zeugenaussagen. Man kann denken, welche Sensation diese Mittheilung erregte; es entspann sich eine lebhafte Debatte, an der Louis Blanc selbst Theil nahm, und deren Bericht wir auf die nächste Nummer verspären müssen. Schließlich wurde

Digitized by Google

§ Aus Rheinpreußen, 26. Mai. In einer Korrespondenz der Augsb. Allg. Zeit. aus Köln vom 10. d. M. findet sich die Bemerkung, daß im Rheinlande gegenwärtig „eine große und bewußte Anhänglichkeit an Preußen, nicht an die Regierung oder die Dynastie, aber an dem preußischen Staate herrsche. Diese Behauptung beruht gewiß auf wichtigen Wahrnehmungen, vielleicht liegt sogar der größere Theil des Landes die Gesinnung, welche der Korrespondent ihm zuschreibt; gewiß ist aber nicht minder, daß man nur zu viele Gelegenheit hat, auch die gegentheilige Erfahrungen zu machen. Es ist jetzt nicht an der Zeit, das Bittre und Saßimme zu demänteln und zu verschweigen, unsere tiefen Schäden müssen aufgedeckt werden, um, wenn es noch möglich ist, ihren verderblichen Folgen zu begegnen. Die Distinktion zwischen dem preußischen Staat und der preußischen Regierung machen wohl die Allerwenigsten, und die Letztere hat bis jetzt bei einem großen Theile der Bewohner kein Vertrauen, noch weniger Liebe erwerben können. Nie ist es thr gelungen, das Mißtrauen, das Uebelwollen, mit welchen man ihr schon entgegenkam, zu besiegen. Weder ihr redlicher Wille, das Gute zu wirken, noch die wirklichen Wohlthaten, die sie erzeugte, fanden Anerkennung; dagegen hatte man die schärfsten Augen, den feindseligsten Tadel für jeden ihrer Mißgriffe, ja für jedes bloße Ungeschick hämischen Spott, und so fallen die Folgen der in der That begangenen Fehler mit doppelter und dreifacher, völlig unverdienter Schwere auf ihr Haupt zurück. Zwei Parteien befestigen sich, den schwankenden Zustand, die gefährliche Krise des Augenblicks zu benutzen, um mit Hilfe jener Verstimmungen eine Lostrennung der Provinz vom preußischen Staatsverbande zu bewirken, da sie innerhalb desselben, auch nach dem völligen Sturze des Absolutismus, die Erreichung ihrer Zwecke nicht hoffen können. Daß Deutschlands Interesse Frankreich gegenüber die Fortdauer dieser Verkettung dringend fordert, daß Rechts gesährlicher sein kann, als eine so wichtige Grenzprovinz in die Luft zu stellen, ist ihnen gleichgiltig; Mangel an vaterländischem Sinn ist ihnen gemein. Die eine dieser Parteien ist die republikanische in ihren verschiedenen Abschattungen von dem nordamerikanischen Bekenntniß bis zu den wüsten, gespensterhaften Träumen der Kommunisten, die es sogar nicht Hehl haben, daß sie von der Fortdauer politischer Anarchie die Erreichung ihres großen Ziels, die Auflösung des Staatsverbands, insofern er irgend einer bisher üblichen Form gleich, erwarten. Zunächst aber wollen sie Sonderung von Preußen, eine rheinische, mit dem übrigen Deutschland möglichst lockter zusammenhängende Republik. An sich würde die republikanische Faktion nicht sehr gefährlich sein, da sie nicht eben viele, freilich aber desto thätigere, entschlossenere, listigere Anhänger zählt; indem sie aber an allen echten Grundlagen des Lebens nagt, die politischen Bande auflockert, die Aufregung der Gemüther systematisch unterhält und steigert, wird die große Gefahr der Lage auch durch sie bedeutlich vermehrt. Die zweite, dieser ersten in atheistischen Reden wild unbesahrenden Partei sonst schroff entgegengesetzte, übrigens, weil sie in den Massen stark vorzieht, weit gefährlichere, ist die der Ultramontanen. Schon vor dem großen Umsturz der letzten Monate war sie im Stillen geschäftig, den Niederlagen, die sie in Baiern, Belgien und der Schweiz erlitten, durch Koncentrirung ihrer Kräfte in der Rheinprovinz ein Gegengewicht zu geben. Hieher sollte der Mittelsitz des germanischen Ultramontanismus verlegt werden; konnten vorläufig auch noch nicht eigentliche Jesuiten hier herrschen, so konnten es doch ihre Gesinnungsgenossen und Helfer. Der Boden war so übel nicht gewählt. Man kann einer protestantischen Regierung zu Gunsten des römischen Priesterthums leicht mehr abdringen, als einer katholischen, weil man sie beim Volke bequem verdächtigen kann. Man verlangt sie nicht nur wegen jeder nothwendigen Beschränkung unbesugter Uebergriffe der Priestergewalt, man macht ihr jede Unterdrückung der Protestanten, jede Freigebigkeit für die Kirche derselben zum Verbrechen, während man für die katholische Forderung auf Forderung häuft. Die preußische Regierung bewilligte eine nach der andern, machte eine Konzession nach der andern, sie fand bei der Partei weder Anerkennung noch Dankbarkeit. Die ultramontane Tendenz kann ihrer Natur nach nie befriedigt sein, die sie Alles an sich gerissen hat; jeder Punkt, den sie siegreich beschützten hat, ist ihr nur eine Staffel, um eine höhere und immer höhere zu ersteigen. Gänzlich aus ihrer Aufsicht entlassen, konnte die Regierung das römische Kirchenthum freilich nicht, ohne den Principien zu entsagen, welche bisher, mit einziger Ausnahme von Belgien, in allen europäischen Staaten geherrscht haben. Eine solche Entlassung steht nun freilich vermöge der sast in ganz Deutschland verkündeten Grundsätze in nächster Aussicht. Warum nun aber dabei stehen bleiben? Strebte doch die Kirche, so wie sie sich vom Einflusse der weltlichen Regierung befreit hatte, gleich nach der Herrschaft über die bürgerliche Gesellschaft. Der größte Theil dieser Provinz hat ja so lange unter dem Krummstab gelebt. Warum die schöne Gelegenheit nicht benutzen, einen ähnlichen Zustand wiederherzustellen, ein großes rheinisches Erzbisthum zu gründen? Und wäre das nicht zugleich ein herrliches Beispiel für Münster und Paderborn, ja wohl auch noch für andere Hochstifter, welche der unselige Reichsdeputationshauptschluß der Krchenherrschaft entrissen hat? Gewiß hegen nicht alle Ultramontanen diese Gedanken: eine bedeutende Fraktion unter ihnen ist nicht blind für die Gefahren, die aus solcher Reaktionen hervorgehen könnten, und will die Berlegenheit der preußischen Regierung lieber benutzen, ihr das unabhängige Walten in ihrem Staatsverbande abzuringen. Daß aber eine andere, fanatischere, jugendlich kecere, mit jenen Plänen emsig beschäftigt ist, beweisen die nicht eben vorsichtigen Reden ihrer hitzigsten Adepten im Ueberschwang ihrer seligsten Hoffnungen. Der Errichtung von ganz katholischen Universitäten, Gymnasien, Schulen würde sich freilich auch die preußische Staatsregierung nach zugethandener unbedingten Lehrfreiheit nicht mehr widersetzen können, aber die Vertreibung der protestantischen Lehrer von den schon bestehenden, die zu ihren Lieblingsmaßregeln gehört, würde sich doch ohne eine gewaltige Regierung lösser durchsetzen lassen. Der Himmel wolle sich überhaupt vor Protestanten erbarmen, wenn die Pläne dieser Leute auch nur zur kleinen Hälfte durchgehen! Duldung führen sie freilich immer im Munde, um ihre Ansprüche dadurch zu versteckren; sie einer Uebung derselben ihrerseits ist nie die Rede. An heimlichen, ränkevoller Untergrabung jedes Zutrauens zu den Protestanten, jeder Werthschätzung derselben bei der Menge haben sie es längst nicht fehlen lassen. Der Ausfall der Wahlen nach Berlin wie nach Frankfurt hat den Erfolg dieser Bestrebungen deutlich genug gezeigt. Daneben regt es sich auch innerhalb der Priesterschaft. Manche finden die Verwaltung des Erzbischofs willkürlich und herrisch und verlangen Diöcesansynoden. Wie sich diese klerikalen Emancipationsbestrebungen, die auch durch die politischen Stürme erwacht sind, zu den politischen Lostrennungsgedanken verhalten, ist nun so schwerer zu sagen, da sie noch sehr unbestimmt und unreif sind. — Im Ganzen wird die ultramontane Richtung mit der wohlbekannten Stetigkeit über Grundprinzipien die Schlußsumme zu verbinden wissen, die sich dem Worte sügt, daß man ihm, ohne die augenscheinlichste Gefahr, zerschellt zu werden, nicht mehr entgegensetzen kann. Dem Streite über die Verfassungsformen steht sie mit Gemüthsruhe zu. Auf welcher Seite auch eine Niederlage erlitten wird, ihr, meint sie, kommt sie zu Gut; denn je mehr die politischen Parteien sich gegenseitig schwächen, desto höher steigt ihre eigene Hoffnung, sich zu einer herrschenden Gewalt im Staate emporzuschwingen. Wie sich die Heftigsten der Partei der Preßfreiheit bedienen, den Preußenhaß immer lebhafter anzufachen, zeigt das Blatt, welches ihre Fahne aufgestellt hat, die Rhein- und Mosel-Zeitung. Es ist ein wahres Magazin von Schmähungen auf die Staatsregierung, es läßt Nichts, was erbittern, reizen, aufregen kann, außer Acht. Offene Angriffe, Verleumdungen, Hinterhältigungen jeder Art, sogar des preußischen Kriegsruhms, den es kürzlich für eine Fabel erklärte, tückische Verdächtigungen, roher Spott und gemeiner Witz wechseln mit einander ab. Ihr Leserkreis ist gerade kein ausgebreiteter, aber ihr ränkevoller Fanatismus findet doch manches Opfer, das er bethört. Die beiden bezeichneten Parteien harren gespannt der Entwickelung in Frankfurt. Wie dort in Bezug auf den Territorialbestand der großen deutschen Staaten Schwanken, Unsicherheit, Zweifel hervortreten, werden sie sich zeigen.

## Großbritannien.

London, 28. Mai. Während der Globe — der sonst wohl auch den polnischen Insurgenten gelegentlich den Text liest und die von Preußen gegen die Polen befolgte Politik billigt — neulich den Brief einer leidtgläubigen Dame mittheilte, worin die Sensenmänner als wahrhafte Engel, die Preußen und mit ihnen die Juden als heraus Teufel geschildert werden, erlauben sich jetzt die Times, auch die Kehrseite dieses Gemäldes aufzurollen und ihren Lesern die Mordnacht von But in ihren einzelnen Scenen vor Augen zu stellen. Man muß diese Zeitung unter allen Umständen die Ehre lassen, daß sie in vielen Fällen den Muth der Wahrheit und jene Unerschrockenheit des Charakters besitzt, welche sich durch gewisse Lieblingsvorstellungen der Zeit nicht beirren und beugen läßt. Die Kraftrednerei ist in dieser Zeitung heimisch, nicht die Schönrednerei. Man darf sich nicht verhehlen, daß diese einflußreiche Zeitung auch uns Deutschen manche beherzigenswerthe Wahrheit, wenn auch in übertreibener und oft grober Form gesagt

Digitized by Google

hat, wobei sie freilich für das innere Geflecht der Ereignisse, für den geschichtlichen Geist, der sich in ihnen auspricht, wie für die letzten Gründe, warum die Dinge so bei uns sind und nicht anders sein können, auch nicht das entfernteste Verständniß zeigt. Sie ist ein bloßer Schulmeister, aber kein Philosoph; sie begreift nicht einmal, daß, wo eine Revolution alle Verhältnisse von unterst zu oberst umgekehrt hat, auch ein Stück Anarchie mit in den Kauf genommen werden muß; sie will lieber den Despotismus mit mechanischer Ruhe, wie in Rußland, als die Freiheit mit geistiger Unruhe, wie in Deutschland; sie will, daß es in der Welt ordentlich zugehe, wie in einem Komptoir; sie betrachtet England als den großen Kaufmann, welcher alle Völker als seine Kommis und Ladendiener rauh und zurechtweisend behandeln darf. Wenn nun aber nicht sehr viel Muth dazu erfordernich ist, Deutschland in einem schönen Tone zu behandeln, da die Deutschen nicht zu den Gegenständen des fashionablen Londoner Enthusiasmus gehören, so ist dieser moralische Muth erforderlich, wo es gilt, den Polenfreunden und Polenfremdinnen unter der hohen englischen Aristokratie einige jener Wahrheiten zu sagen, die geeignet sind, ihre Schwärmereien wenigstens auf ein billiges Maß zurückzuführen. Dies thun die Times, indem sie den ranzenhaften Bildern der Desper von Buk die Phantasiestänge gegenüberstellen, die ein Verein von Damen, welche der höchsten fashionablen Gesellschaft angehören, auf einem zu Ehren und zur Unterstützung der Polen zu veranstaltenden Ball halten will. Das Programm der tanzlustigen Damen spricht von „Weißen Ablerquadrillen", „Lanzenquadrillen", „Eichenblätterquadrillen" und von andern Tanzungeheuern, welche die fashionable Phantasie dieser Damen ausgeklügelt hat. Unter Anderm wird die Gemahlin Palmerstons Vortänzerin bei der „Lanzenquadrille" sein. Die Times fragen: „warum nicht lieber eine Mazurka, um den Mord jenes unglücklichen jungen Weibes zu verherrlichen, welches in Wrschen elend nach tagelangen Leiden starb, nachdem sie stündlich Gebete zu Gott emporgeschickt hatte, daß er sie von ihren jammervollen Leiden erlösen möge?" Aber auch abgesehen von den Gräueln, welche die polnischen Gentrymänner in Buk, Wrschen und andern Orten begingen, ist die Zeit viel zu tragisch, die Angelegenheit der Polen selbst viel zu ernst, um solche fashionable Phantasiebälle zu rechtfertigen, die einer hoffentlich bald und für immer untergegangenen Zeit des nachgeäfften Rokokko angehören.

Der Herald zeigt an, daß der Prinz von Preußen am 28. Mai den gastlichen Boden Englands verlassen hat, um nach dem Festlande zurückzukehren.

Der bekannte Herausgeber des „United Irishman", Hr. Mitchell, angeklagt, in Rede und Schrift zum offenen Aufruhr aufgefordert zu haben, ist vom Gerichtshofe zu Dublin für schuldig befunden, zu 14jähriger Deportation verurtheilt und sofort zu Schiff gebracht worden. Dieser Vorfall erregt in Dublin ungeheures Aufsehen. Man hat eine Subskription für die Familie eröffnet, welche in kurzer Zeit 400 Pf. St. einlief.

Das Newcastler Chronicle erzählt, daß am 25. eine dänische Fregatte, wenige Meilen von Tynemouth in Verfolgung eines preußischen Schiffes begriffen, gesehen wurde. Das preußische Schiff erreichte jedoch glücklich die Rhede von Newcastle.

## Griechenland.

* Athen, 21. Mai. Die Verkündungen der Regierung lassen die baldige Beendigung des Bürgerkrieges hoffen. Im Peloponnes ist Veruzitse auf dem Berge Ithome in ein Kloster eingeschlossen, und dort scheint der Aufruhr gedämpft. Die Rumelien dagegen werden immer neue Truppen gesandt. Zwar ist in Roupakien der Rebelle Tartazikis mit vier Turkosballaneſen von Oberst Pharmakis gefangen worden, aber eine schon vor drei Tagen begonnene Schlacht bei Palaochori in Doris, am diesseitigen Abhange des Oeta und auf dem Wege nach Lamia, will bis heute noch nicht enden. Dem General Gardiotis Grivas stemmen sich dort die Aufrührer Balatos und Papakosta entgegen. Der Rebell Velenzas, der General Mamuris in Lamia eingeschlossen hielt, ist plötzlich mit der Mehrzahl seiner Banden nach der Richtung Hypate abgezogen, vielleicht um zu seinen Gefährten zu stoßen. Nach den Zeitungen fließt das Hellenenblut in Wogen, ja in Strömen. Aber erschrecken Sie nicht, die Griechen lieben Hyperbeln. Aus den offiziellen Berichten lassen sich nur 70 Todte summiren, und diese Zahl mag wahrlich mit zwei zu theilen sein. Der Bürgerkrieg, der zum Zwecke hat, einigen Familien die Gewalt zu erhalten oder zu nehmen, wird mit geringer Erbitterung geführt. Der Exrepublikaner Rondis ist vorgestern hier bei einem Freunde gesucht worden und wahrscheinlich noch hier verborgen, denn sein erweisbares Verbrechen beschränkt sich auf eine Verkündung voll Ehrfurcht vor dem Könige gegen besten diesweiliges Ministerium. Der Abgeordnete Melios hat seinen Platz in der Kammer wieder eingenommen und den Minister Kreftenites um Erklärung ersucht, warum er ihn einen Deserteur und Aufrührstifter genannt habe; die Benennung eines politischen Deserteurs verdiene derjenige, welcher seine Partei verlasse (Anspielung auf Kreftenites). General Kalergi, welcher letzten Sonntag durch die Gendarmerie von Patras hierher gebracht wurde, erhielt alsbald vom Kriegsminister seine Freiheit und vom Ministerpräsidenten Entschuldigung. Im Senat sprachen die Redner der Mehrheit unverhohlen ihr Mißgefühl mit den Ausständischen aus, gegen die man, den Oelzweig in der einen Hand, kämpfen solle; und als Krestenites entgegnete: es wäre Hochverrath, wenn das Ministerium unter diesen Umständen nicht energisch verführe, schloß Senator Londos die Erörterung durch die Worte: Gleichwohl muß der Bürgerkrieg recht bald geendet werden, und zwar durch andere Maßregeln, als die bis Dahien, die nicht ausreichen, wenn nicht auch die griechische Regierung in die Lage kommen soll, „anfragen zu müssen: „zu spät." In der Kammer hatte derselbe Minister einen harten Stand, die Besetzung der Grenzkasernen durch die Türken zu erklären, welche nicht mehr heraus wollen; denn mit Opposition suchte das Ministerium des Bündnisses mit der Pforte zu verdächtigen. Die Sache falle dem Absutanten des Generals Mamuris zur Last, sagte Krestenites, und er selbst (Krestenites) habe erst Kenntniß davon erhalten durch den Brief Hussein Pascha's an Mussurus; daß aber die Türken auf die Truppen der Regierung Feuer gegeben, bedürfte der Bestätigung. — Die Note des Herrn v. Brunnow ist alt, kurz nach dem Sturze Ludwig Philipps geschrieben. Die freie Presse brantwortet sie auf eine würdige Weise. Was das Königthum betreffe, stoße man eine offene Thür ein, was die Drohung — sei Rußland nicht Europa. Indessen verwickeln sich die Beziehungen zur Türkei, gleichviel, ob sie durch Mussurus mit den Aufständischen im Bunde ist, oder ob das Ministerium die türkischen Truppen zu Hilfe gerufen hat. Der türkische Gesandte erhielt diese Woche ein Dampfboot zur Verfügung und die gestrige Post bringt die Nachricht, daß der Divan vollends im altürkischen Sinne umgestaltet sei. Es wäre daher kein Wunder, wenn ein Krieg bald vor aller Welt gerechtfertigt würde.

Da die Feier eines deutschen Nationalfestes verhindert worden ist, haben 40 deutsche Bürger von Athen ihre Vaterlandsliebe durch eine Sammlung für die zu errichtende deutsche Flotte an den Tag gelegt. Nächst den Bewohnern der deutschen Küsten fühlt der Deutsche im Ausland das Bedürfniß einer deutschen Flotte und geachteten Flagge am Lebhaftesten.

## Amerika.

Newport, 10. Mai. Es stellt sich immer klarer heraus, daß der merikanische Friedensvertrag in der Fassung, welche durch die in dem Kongreß der Ver. St. beliebten Modifikationen bedingt wurde, von Seite Merikos nicht ratifizirt werden wird, und daß mithin eine Annexation Merikos wohl das Ende vom Liede sein dürfte. Auch bezüglich Kuba's gewinnt das Annexationsgeschäft ein anderes Ansehen und die von Spanien angedeuteten 100 Millionen $ Kaufpreis (welche durch die Einkünfte des jetzigen Kuba's in 8 Jahren gedeckt werden würden), scheinen im Stillen immer mehr an Wirklichkeit zu gewinnen. Die improvisirte Sklavenbefreiung in den französischen Kolonien scheint hierzu das Meiste beigetragen zu haben, und es ist eine Lebensfrage für unsern Süden, sowie auch für Kuba selbst, die Sklaverei, wie dieser Insel zu erhalten, so lange es noch möglich ist. In Portorikto allein, wo die Negnanten blancos da Cisten einen geeigneten Ersatz für die Sklavenarbeiter bieten, würde Emancipation der Sklaven keine so nachtheiligen Erfolge auf die kommerziellen Verhältnisse haben, Kuba dagegen hätte wohl seinen Ruin zu befürchten, wenn Emancipation ohne Weiteres angeordnet oder auch nur bestimmt und bald in Aussicht gestellt werden sollte. Dies sehen die Kubaner wohl ein, und es wird sich einem nächsten Präsidenten keine geeignetere Gelegenheit bieten, sich auszuzeichnen, als die Annexation jener Perle der westindischen Seen. — Dem Kongreß liegt gegenwärtig eine Bill vor, welche die Regierung ermächtigt von Yukatan Besitz zu ergreifen, wo in diesem Augenblicke die Indianer einen Vernichtungskrieg gegen die Weißen führen. (Ld. Z.)

Die Deutschen in Newport haben am 9. Mai ein großes Fest zu Ehren der erklämpften deutschen Freiheit begangen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Boyd, 79 Newgatestreet in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder vermitteln sich an H. L. Alexander in Straßburg Hr. Wenzig, Postrath Nr. 20 Rue Dunn in Nancy.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeber: Ein besonderer Gruß. Dr. Johann Fickler. Dr. Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 2½. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2½. 20 kr. für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 156.** **Heidelberg,** Montag 5. Juni. **1848.**

## Für Preußen.

☞ **Wir machen beim Herannahen des neuen Semesters das preußische Publikum darauf aufmerksam, daß in Folge der Ergebnisse der Dresdener Postkonferenz vom 1. Juli d. J. an der Preis unserer Zeitung bei allen preußischen Postämtern auf Thlr. 1. 28 Sgr. halbjährlich, einschließlich des Stempels, ermäßigt ist.**

## Uebersicht.

**Die franz. Politik nach Außen.** — **Wien** (Rückblick auf die letzten Ereignisse. Programm der Minister. Stimmungen und Stellungen). **Bozen** (Reaktion. Treiben der Geistlichkeit. Peschiera entsetzt. Die Piemontesen gehen über den Mincio zurück). **Triest** (die feindliche Flotte). **Prag** Slavenkongreß. Provisorische Regierung für Böhmen). **Berlin** (die Ruhe erhalten. Versuche, sie zu stören). **Von der Mosel** (Parlamentswahl). **Ulm** (indische Post). **Hannover** (militärischer Bericht). **Karlsruhe** (die Ersatzwahlen). **Schleswig-Holstein** (Waffenstillstand besetzt. Die Dänen wieder zurückgedrängt). **Hamburg** (dänische Kaperei). **Frankfurt** (Reichsversammlung. Wahl der Sekretäre. Antrag der Schleswig-Holsteiner, den Krieg als deutsche Sache aufzunehmen. Beiträge zur Marine. Ausschuß von 30 Mitgliedern für die gewerblichen Fragen konstituirt. Verwahrung der Triestiner. Ueber die Einrichtung einer Exekutivbehörde).

**Dänemark.** Die Friedensverhandlungen.

**Schweden.** **Stockholm.** Der Großfürst; Rüstungen.

**Großbritannien.** Grundlagen des Friedens mit Dänemark. Schlägerei zwischen preußischen und dänischen Matrosen in Leith. Die Polenunterstützungen. Reformmeeting.

**Frankreich.** **Paris.** Die Bewaffnung über Louis Blancs Verhaftung. Verweisung an eine Kommission. Einbrüche der Sache. Das Bankett vom 4. Juni. Polizeieinzeichnungen der Regierung.

**Oesterreichische Monarchie.** **Agram.** Unterwerfung des Ban von Kroatien.

**Beilage.** Einige Bemerkungen zu dem „Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes." **Darmstadt.** Die Volksbewaffnung.

---

### Heidelberg, 4. Juni.

Wir haben jüngst die innere Politik Frankreichs besprochen; es ist uns indessen durch die Verhandlungen über die italienische und polnische Frage eine Gelegenheit gegeben, auch auf das Programm der gegenwärtigen Regierung über die auswärtige Politik zurückzukommen. Es ist ein Glück und schönes Wort, das Lamartine bei diesem Anlaß aussprach: die französische Republik wird Niemanden den Krieg erklären; sie wird ihn freilich annehmen, wenn man dem französischen Volke die Bedingungen des Krieges stellt. Der Gedanke der Männer, die in diesem Augenblick Frankreich regieren, ist der: ein Glück für Frankreich, wenn man ihm den Krieg erklärt und es zwingt, trotz seiner Mäßigung, an Stärke und an Ruhm zu wachsen. Aber eine furchtbare Verantwortlichkeit für Frankreich, wenn die Republik selber den Krieg erklärte, ohne dazu aufgefordert zu sein! Im ersten Falle würde sein kriegerischer Geist, seine Ungeduld zu handeln, seine in sovielen Friedensjahren gefeigerte Kraft es unüberwindlich im Innern, furchtbar vielleicht jenseit seiner Grenzen machen. Im zweiten Falle würde es gegen sich das Gedächtniß an Eroberungen wecken, das die Nationalitäten verbittert, es würde seine erste und allgemeinste Allianz gefährden, den Geist der Völker und den Genius der Civilisation.

Im Geiste dieser Ansicht verwahrt sich Lamartine auch gegen jede Propaganda nach Außen. „Frankreich wird keine geheime und wühlerische Propaganda unter den Nachbarn versuchen; es weiß, daß es keine dauerhafte Freiheit gibt als die, welche auf ihrem eigenen Boden aufwächst." Darum mißbilligt der Redner auch die Freischaarenzüge in Belgien, in Savoyen und am Rhein; die letzteren am Entschiedensten, weil durch sie das wichtigste Interesse Frankreichs gefährdet war. „Ich will Sie", spricht er, „an einen ähnlichen noch gewichtigeren Fall erinnern, den, der jetzt alle unsere Herzen betrübt und der ein beklagenswerthes Mißverständniß veranlaßt, ein Mißverständniß, welches wir rasch zwischen uns und Deutschland müssen verschwinden machen; ich meine diesen Einfall deutscher Flüchtlinge, welche das gastliche Gebiet soweit mißbrauchten, einen Punkt des Angriffs daraus zu machen gegen ihr eigenes Land. Was hat dieser Versuch für eine Wirkung gehabt? Sie haben es erfahren; die augenblickliche Aufregung, den gerechten Zorn der deutschen Bevölkerung, die durch ihre ersten Sympathien sich nach uns wandte, aber dann im Augenblick zurückgestoßen wurde durch die Erscheinung unserer Bajonette. Das ist es, was in unsere auswärtigen Angelegenheiten, namentlich in die polnische Frage, am meisten Schwierigkeiten, am meisten Verbitterung hereingebracht hat, und was, ich wiederhole es, mit allem Rechte soeben laut beklagt worden ist."

Lamartine billigt auch die Anklagen nicht, welche die Anarchisten jenseit und diesseit des Rheins gegen die preußische Politik in Polen erhoben; mit Thatsachen widerlegt er die leichtsinnig ausgesprochene und keck wiederholte Anklage, es sei der deutschen Politik mit ihren Zusagen nicht Ernst gewesen. „Unglück", sagt er sehr wahr, „ist darin für alle Welt; aber keine Perfidie, kein Verrath, kein Zurückziehen von Versprechungen; es liegt vielmehr für alle Freunde der polnischen Nationalität die Gewißheit darin, daß diese Nationalität in diesem Theile von Polen friedlich sich wieder gestalten zu sehen." In dieser friedlichen Erneuerung sieht er die wahre Politik Frankreichs, nicht in einem tollen Kriege von ungewissem Ausgang. „Alle begreifen, daß jetzt der Krieg mitten durch Deutschland, das in seinem Boden und seiner Würde verletzt wäre, mit der Gewißheit, einem Heere von 400,000 Mann zu begegnen, die uns aufhalten wollen, daß ein solcher Krieg nicht ein Akt des Patriotismus, sondern ein Akt des Wahnsinns gewesen wäre. Aus der letzten Hütte Frankreichs hätte sich ein Ruf der Mißbilligung hören lassen gegen eine Regierung, die schwach genug gewesen wäre, durch den ungestümen Einfluß der Popularitätssucht sich so weit verirren zu lassen."

Wir freuten uns, als wir in den französischen Blättern lasen, daß gerade bei dieser letzten Stelle die Nationalversammlung in einen rauschenden Sturm des Beifalls ausgebrochen sei; aber wir möchten uns gleichwohl der Illusion nicht hingeben, daß damit jeder widerstrebende, jeder störende und feindselige Einfluß beseitigt sei. So wie Lamartine hier sprach, war er unzweifelhaft auch entschlossen zu handeln; konnte er aber verhüten, daß neben ihm und hinter ihm anders gehandelt ward? War nicht ein Doppelgeist in der Regierung, der auch heute noch in ihr ist; waren nicht wühlerische Hände genug bemüht, das Gewebe der Friedenspolitik, an welchem Lamartine öffentlich arbeitete, ins Geheim wieder zu zerreißen? Oder woher kamen die großen fremden Geldmittel, womit unsere Sonderbündler operirten, und wohin gingen die mächtigen Summen der geheimen Fonds, die in Ledru Rollin's Hände gelegt waren? Wer waffnete und bezahlte die Freischärler? Wohin zielte das offenkundige und in Volksversammlungen (z. B. in Achern) mit aller schamlosen Naivetät gerühmte Einverständniß mit den Franzosen? Warum war die muthige Gefangennehmung eines Haupträdelsführers ein so fataler Querstrich durch alle Berechnungen, so daß nun die Mitschuldigen ungewiß darüber, wie weit

Digitized by Google

sie überwiesen waren, eilig aufbrachen und durch den verrufenen Losbruch das Gelingen des Unternehmens ganz unmöglich machten. Wie anders, wenn es den Verschworenen dieselben gelungen wäre, durch einen erkünstelten Petitionssturm die „fremden Truppen" fern zu halten, indessen man jenseits die Freischärler nicht sporadisch, sondern vereinigt und gut geleitet am Rhein erscheinen ließ und gleichzeitig, allenfalls durch eine Scene wie die vom 16. April den gemäßigten Theil der Regierung in Paris stürzte, d. h. die auswärtige Politik in die Hände ihrer Rollin's und der ihm affiliirten Klubs legte?! Wenn dann die Führer dieselben den rechten Moment wählten und nicht, bevor alle Minen gefüllt waren, überall losbrachen, wenn es ihnen gelang, da oder dort auch nur auf acht Tage einen festen Sitz aufzuschlagen, hätte dann wohl jene Politik, die Geld und Waffen hergab, lange auf sich warten lassen oder Bedenken getragen, mit der Anerkennung einer Winkelrepublik den Bürgerkrieg in Deutschland zu verlängern? Welch großen Dienst konnte Lamartine damals dem befreundeten Nachbarlande erweisen, wenn er so klar und unzweideutig, wie jetzt von der Tribune, jeden Zusammenhang mit den Freischärlern öffentlich in Abrede stellte und ihnen so den einzigen Rückhalt ihrer Hoffnungen — die Unterstützung des Auslandes — benahm? Er that es nicht, vielmehr wurde erst in den letzten Momenten der verschiedenen Ausstände bei Siellung Frankreichs in ein unzweideutiges Licht gestellt, nachdem man lange Zeit gerechte Bedenken haben konnte, ob die französische Politik sich durch völkerrechtliche Grundsätze oder durch Intriguen und Schleichwege werde bestimmen lassen.

Es waren Elemente neben Lamartine vorhanden, die ohne Pflichtigkeit und ohne mit sich selbst in Widerspruch zu kommen, eine so loyale Sprache gegen Deutschland nicht führen konnten; diese Elemente sind aber auch heute noch in aller Thätigkeit, und Nichts schützt uns davor, daß nicht eines Tages plötzlich ihr Einfluß den von Lamartine überwiege. Es muß der dringende Wunsch aller deutschen Patrioten sein, daß dies nicht geschehe; wir müssen dem Systeme einer friedlichen republikanischen Organisation in Frankreich alle Dauer und alle Lebenskraft wünschen, denn jeder Weg, der davon abführt nach der Rechten oder nach der Linken, würde uns unsägliche Verwüstungen bereiten und die schwierige Arbeit der innern Reform beider Nationen auf lange Zeit verschieben. Nur die Politik, die Lamartine, die Armand Marrast u. A. vertreten, die jetzt auch in der Nationalversammlung die Unterstützung der Mehrheit findet, ist die unsere; sie hat dieselbe schwere Arbeit vor Augen wie wir in Deutschland, sie will und kann sich dies Werk nicht stören lassen durch fortwährende Gährungen im Innern oder kriegerische Bewegungen nach Außen. Sie hat — um von der socialen Angelegenheit nicht einmal zu reden — mit der politischen Reform noch genug zu thun, um das Gebäude ganz zu säubern, dessen Inneres seit 50 Jahren der jakobinische und monarchische Machiavellismus zum die Wette verwüstet haben, sie hat — ganz abgesehen von den lustigen Experimenten Louis Blanc's und Konsorten — zunächst noch einen guten Theil des Bodens umzuroden und urbar zu machen, wenn die junge Freiheit darauf gedeihen soll. Es ist eine Selbsttäuschung, wie sie höchstens den spekulirenden Staatsweisen im Palais Luxembourg wohl ansteht, zu sagen: die politische Reform in Frankreich sei vollendet; sie ist nichtsweniger als vollendet. Wäre sie es, wäre die administrative Reform auch nur begonnen, man würde gewiß nicht auf so ganz falsche Fährten gerathen sein, wie es der socialistischen Doktrin zu eigener Beschämung jetzt eben in Frankreich begegnet ist. Je mehr die republikanische Regierung die innere Unfruchtbarkeit der wohlfeilen Schlagwörter, womit dieselbe die Socialisten um sich warfen, einsehen wird, desto bringender wird sie auf die wahren Schäden hingeführt werden, welche den ruhigen und vollen Genuß der großen politischen Freiheiten, wie die Verfassungen sie verheißen, bis jetzt verkümmert haben. Es ist im Interesse Frankreichs, daß sie in dieser großen Aufgabe nicht unterbrochen werde, sowie unser deutsches Interesse es dringend fordert, daß man uns in einer ähnlichen Aufgabe nicht störe.

Dies würde aber unfehlbar geschehen, wenn die Anarchie der äußersten Linken oder die Reaktion der äußersten Rechten siegte; jene würde ein furchtbareres klubistisches Regiment, diese eine Regentschaft hervorrufen, beide Gewalten würden aber die Verlegenheiten, die der innere Zustand ihnen bereitete, unfehlbar in einen Krieg nach Außen hinübertragen suchen. Eine Regierung Blanqui-Barbès, eine Regentschaft Joinville wären für uns Deutsche gleich gefährlich; denn Beide würden sicherlich den Strom verschwemmter Leichen suchen, den sie in seinem eigenen Bette nicht dämmen können, Beide würden statt der mühsamen und undankbaren Arbeit einer inneren Reform lieber die kriegerischen Erinnerungen im Volke wecken und auffrischen, die so alt sind als die französische Geschichte. Es ist nicht etwa eine schwankende Opposition, sondern aus den eigenen Worten der Leute läßt sich der Beweis führen. Der Prinz von Joinville möge, wie er in den jüngsten veröffentlichten Briefen sagt, „die große und schöne Wendung benützen, welche die Insurrecht im Ausland hierin", er möchte dem Lande wieder die gebietende Stellung in den europäischen Angelegenheiten erringen", d. h. mit andern Worten, er möchte sein schwankendes Prätendentthum auf die mächtigen Pfeiler französischer Ruhmliebe und kriegerischen Ehrgeizes stützen. Daß die Terroristen der äußersten Linken etwas Aehnliches wollen, hat der 15. Mai zur Genüge erwiesen.

Beide Parteien könnten freilich nicht ohne schwere Erschütterungen zum Ruder kommen; die Republik würde sich der Monarchie, der Mittelstand der demagogischen Anarchie nicht so wohlfeil preisgeben, wie dies die Reaktionäre oder die Barbès und Blanqui zu erwarten schienen. Aber es hängt gleichwohl Alles von der Zähigkeit und Energie ab, welche die gegenwärtige republikanische Regierung entfaltet; bleibt ihr Sachsenfriedes Wirken unfruchtbar, wie es bisher gewesen ist, so fehlen ihr keine Bürgschaft gegen einen Handstreich der Anarchie, die die Kühnheit für sich hat, oder der Reaktion, die in der Nation Hunderttausende von Anhängern zählt.

---

**Oesterreich.** Δ Wien, 30. Mai, Auch unsere dritte Revolution ist nun glücklich vorüber. Man wundert sich allenthalben, daß in Wien möglich wurde, was selbst in Paris nie geschehen — drei Revolutionen in drei Monaten, und doch mußte dies gerade in Wien so kommen, wenn es in der That und gründlich besser werden soll. Alle Verhältnisse waren zu sehr eingerostet, als daß der Zustand mit einem Anlauf hätte reformirt werden können. Die Aristokratie, die Geistlichkeit, die Umgebung des Hofes, welche unter Metternich's Regime unbedingt nach ihrem Belieben gehalten und gewaltet, konnten die Zügel des Regiments nicht so rasch aus den ganz entrissen lassen oder mußten, wenn sie ihrer Hand auf einen Augenblick entfallen waren, schnell sie wieder zu erfassen suchen, um sie nicht für immer zu verlieren. Darum war es natürlich, daß man, als die erste Revolution gelungen war und die gemachten Konzessionen nicht direkt zurückgenommen werden konnten durch eine Verfassung, welche die Aristokratie unnatürlich begünstigte und durch ein Wahlgesetz, das die Rechte der deutschen Nationalität, wie des Volkes schwer verletzte, indirekt die Früchte der ersten Revolution wieder zu vernichten suchte. Dennoch versuchte man von Seite des Volkes gegen diesen Anfang der Reaktion den friedlichen Weg der Bitte einzuschlagen. Bevor man an eine neue Erhebung dachte, wurde vielfach petitionirt. Ja selbst solche Petitionen gesehen, welche nicht um Aufhebung, sondern nur um Abänderung der ersten Kammer baten. Darauf wurde gar keine Antwort gegeben. Statt einer solchen erschien das Wahlgesetz und zeigte deutlich, was man mit der neuen Konstitution vorhabe. Zugleich zeigte sich in den höheren Kreisen die innigste Verbindung mit den Böhmen, der Wiener Adel suchte in der czechischen Aristokratie eine Stütze gegen das deutsch-nationale Element im Wiener Volke, das sich um so rascher zu klarem Bewußtsein entwickelte, je mehr man von der andern Seite zu fürchten hatte. Allen diesen Zuständen galt die Erhebung am 15. Mai, welche freilich nicht ohne den trüben Beisatz anarchischer Elemente, von anewärtigen Emissären und einzelnen fanatisirten Literaten angezogt, verlief. Diese verhältnißmäßig sehr kleine Partei reussirte aber auf keiner Seite und einzelne ihrer Führer, welche die Republik austufen wollten, konnten frei sein, daß sie mit heiler Haut der Rache des Volkes entkamen. Man hat über die Begebenheiten des 15. Mai in den Zeitungen viel gelogen, um die Provinzen gegen Wien aufzuregen. Die Demonstration sah allerdings weit gefährlicher aus, als die im März, weil sie eine bewaffnete war — aber die meisten hatten die Waffen erst ergriffen, als das Militär gegen sie ausrückte. Was man von Bewaffneten faselte, die zum Kaiser eingedrungen sein sollten, ist lediglich erfunden. Keiner der Volksdeputirten, welche in der Burg waren, sah den Kaiser auch nur von Ferne. Man suchte Hrn. von Pillersdorf in seinem Hause auf. Dieser war aber gerade in der Burg, und dies alleln gab Veranlassung nach der Burg zu ziehen. Der Erfolg jener Erhebung war aber vollständig: Zurückziehung der Konstitution, Aufhebung des Wahlgesetzes, Gewährung einer konstituirenden Kammer. Hiermit war erreicht, was die Demonstration beabsichtigte, und was man erreichen mußte, wenn die Früchte der ersten Erhebung nicht

Digitized by Google

wieder völlig verkümmert werden sollten. Aber der Aristokratie, dem Klerus, dem Tschechenthum war damit der empfindlichste Schlag versetzt und deßwegen mußte von dieser Seite va banque gespielt werden. Die Flucht des Kaisers war der große Wurf, den man that. Die Fäden, an denen gezogen wurde, liefen von Prag aus durch die Wiener Aristokratie mittelst der weiblichen Umgebung des Kaisers in die Hände der Jesuiten in Tirol. Mit diesem dem Ministerium, wie dem Volk gleich unerwarteten Faktum, das einige Tage lang Wien ganz konsternirte, waren die Pläne der Reaktion offen zu Tage gelegt. Sie vertraute dabei auf die selbst in diesen bewegten Tagen wahrhaft rührende Anhänglichkeit des Wieners an sein Kaiserhaus und auf den Egoismus der Residenzbürger, von denen man erwartete, daß sie um jeden Preis die Rückkehr des Kaisers erkaufen würden. So schien es auch einige Tage lang, und man hoffte schon, daß von Wien aus selbst die Bitte um Aufhebung der Konzessionen, welche der 15. Mai gebracht, erfolgen würde. Da standen besonders die Studenten im Wege. Die Schließung der Universität, der Polytechnik, die Aufhebung der akademischen Legion mußten daher erfolgen. Man war seiner Sache sicher. Darum wählte man statt des langsameren, ruhigeren Weges, welcher vielleicht gelungen wäre, den der offenen Gewalt. Die Herren Colloredo und Montecuculi zeigten sich hierbei zuerst in ihrer Bereitwilligkeit, den Reaktion zu dienen, Dr. Hye, Professor Endlicher und Andere agirten ebenso, die militärische Gewalt entfaltete sich auf eine imposante Weise, und es hatte den Anschein, als ob jetzt mit einem Schlage sämmtliche Errungenschaften Wiens vernichtet werden sollten. Das war zu viel, und darum öffneten sich plötzlich alle Schleußen, um den Strom der Bewegung höher zu schwellen, als er je zuvor gestiegen war. Während Emissäre und Republikaner zur Erregung des Volkes in ihrem Sinne Alles aufboten, suchten Priester und Sendlinge der Aristokratie dasselbe Volk mit Geld gegen die Universität zu erkaufen. Beides gelang nicht. Nationalgarde und Arbeiter sammelten sich um ihren Mittelpunkt, die akademische Legion, und nun wurde Wien in kurzer Zeit nicht von der Regierung, sondern von dem Volke in einen wahrhaft furchtbaren Kriegszustand versetzt, in dem jedes Gefühl der Reaktion gegen den Volkswillen mit aller Gewalt und Aufopferung zurückzuschlagen. Wohl mischten sich auch hier freundartige Elemente in die allgemeine Bewegung. Ich selbst sah beim Fackelscheine viele Polen auf den Barrikaden, deren wilde sarmatische Züge seltsam gegen die freiheitsathmenden, jugendlich muthigen Gesichter unserer Studenten abstachen. Aber die Bewegung galt nicht den anarchischen Bestrebungen der ersteren, sondern der Aufrechthaltung der deutschen Nationalität und der bisherigen Zugeständnisse der Regierung, welche auf dem Spiele standen. Das zeigte sich unzweideutig, als man durch die Konzessionen des Ministeriums dies Ziel erreicht, und durch den Abzug des Militärs die Beseitigung vor einem Gewaltstreich der Reaktion gehoben war. Da ebneten sich rasch die thurmhohen Barrikaden, und mit einem Hoch auf Pillersdorf, der stets unzweideutig und volksthümlich gehandelt, der gegen die Gewaltmaßregeln sich entschieden erklärt hatte, zu mit einem Hoch auf den Kaiser schließ bezeichnend die dritte Phase unserer Revolution.

**Wien**, 30. Mai. Der Allg. Z. wird geschrieben: Man ist ebenso entschieden gegen Republik und Kommunismus als gegen Reaktion und alle Privilegienherrschaft. Was mit besserer Hoffnungen unterstützt, ist die ungemein feste Haltung der Börse. Man schmeichelt sich sehr bald einen kaiserlichen Prinzen in unserer Mitte zu sehen. Graf Hoyos ist auf sein Ehrenwort entlassen und nach Baden abgegangen. Die Arbeiter ziehen sich nun ganz aus der Stadt, und die Barrikaden sind fast sämmtlich verschwunden. Die Universität hat in die Provinzen Abgeordnete geschickt, um über die letzten Vorgänge Aufklärungen zu geben. Bei der Sparkasse dauert das Mißverhältniß zwischen Einlagen und Rückzahlungen noch fort; hingegen hat der Zudrang bei der Bank fast aufgehört, und es werden insbesondere die neuen 1 fl. und 2 fl. Banknoten bereitwilligst angenommen. Eine Erklärung des ungarischen Ministeriums über unweigerliche Annahme der Banknoten in Ungarn hat vortheilhaft mit eingewirkt. Von dem Benehmen der Arbeiter in den letzten Tagen hört man fortwährend rühmenswerthe Züge. Die hohen Militärkorps haben neuerdings ihre Abneigung feindlich gegen das Volk zu verfahren an den Tag gelegt. Pionnire hatten am 26. auf der Bastei Schanzen angelegt, die das Volk gegen sich gerichtet hielt und zerstörte; der Hauptmann steckte den Säbel in die Scheide ohne Miene zum Widerstand zu machen. Die Posten sind wieder alle regelmäßig eingetroffen. Weisenberg soll nun bestimmt das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten antreten, was zu der günstigen Stimmung des Tages beitrug.

Nach Briefen in andern Blättern (der Augsb. Abendztg.) hätten der Kriegsminister Graf Latour und der kommandirende General Graf Auersperg die Hôtels des Kriegsministeriums und des Generalkommandos verlassen und ihr Hauptquartier in der Alser Kaserne aufgeschlagen, nur der ersten Sendung aus Innsbruck harrend, um mit der ganzen Besatzung die Hauptstadt zu verlassen. Dagegen schreibt uns einer unserer Korrespondenten: „Die Hauptwache im Kriegsgebäude ist bereits wieder von den Truppen besetzt, und morgen werden die übrigen Wachen vom Militär in Gemeinschaft mit der Nationalgarde und der akademischen Legion besetzen werden."

**Wien**, 29. Mai. Die Minister haben an diesem Tage ein Programm erlassen, dem wir den Schluß entnehmen. Er lautet: Nur Vertrauen kann eine starke Regierung gründen, und nur eine solche kann die Interessen des Landes kräftig vertreten. An dieses Vertrauen stellen die Minister daher, solange die ihnen anvertrauten Aemter in ihren Händen ruhen, gerechte Ansprüche. Sie erklären daher: a) an allen Freiheiten der Verfassung vom 25. April fest zu halten; b) keinem der späteren Zugeständnisse die volle Anerkennung zu versagen; c) der Anarchie oder Störung der Ordnung ebenso wie jeder Reaktion muthig entgegenzutreten, und in dem Aufkommen von jedem dieser Uebel das Erlöschen ihrer Amtswirksamkeit zu erkennen; d) den Reichstag allein als befugt und berufen anzusehen, um organische Abänderungen oder Gesetze in das Leben zu rufen; e) die Beschleunigung desselben nach allen Kräften und durch Beseitigung der Ruhe und Ordnung in der Residenz zu befördern; f) bis zu demselben ein festes Band der Eintracht zwischen den einzelnen Theilen der Monarchie zu erhalten; g) alle Einflüchten zu benützen, welche in der Residenz oder in den Provinzen Materialien und Vorbereitungen für denselben zu sammeln geneigt sind; h) insbesondere die Körperschaften und Gemeinden durch ihre legalen Vertreter aufzufordern, ihnen dabei durch Vorschläge, Anbeutungen und Aufklärungen redlich beizustehen; i) den Maßregeln um Ordnung in dem Staatshaushalte, Vertrauen in die Erfüllung der Verpflichtungen des Staates, Sicherheit in dem Erwerbe und Verbesserung der Lage der unbemittelten Klassen zu begründen, ihre besondere Sorgfalt zuzuwenden; k) Alles aufzubieten, um die erfreuliche Rückkehr des Monarchen in seine Residenz zu beschleunigen und jede Bürgschaft für die Sicherheit des erlauchten Hauptes herzustellen, zu dessen schönsten Vorzügen es gehört, jedem Staatsbürger, Sicherheit und Recht zu gewähren. Haben die Minister ihre Aufgabe in diesen Grundlinien richtig aufgefaßt und redlich verfolgt, dann werden alle guten Bürger sie in diesem schönen Unternehmen getreulich unterstützen; fehlt ihnen dagegen dabei die Mitwirkung ihrer Mitbürger, oder werden ihre Kräfte darin gelähmt, dann wird es ihre heiligste Pflicht sein, ihre Unvermögenheit auszusprechen, ein Werk fortzusetzen, zu welchem ihnen die unerläßlichen Mittel entzogen sind. Wien, 29. Mai 1848. Im Namen des Ministerrathes, Pillersdorf.

* **Bozen**, 27. Mai. Die Sünden der Metternich'schen Verwaltungspolitik treten auch hier immer klarer zu Tage. In Welschtirol, das mit einiger Berechtsichtigung seiner Interessen, der im jetzigen Repräsentativsystem sicher Abhilfe geboten ist, regiert wurde, sprechen sich nun die Separationsbestrebungen offener und deutlicher aus, als nach den letzten Vorgängen in Jubilarien, Ramsberg, Trient u. s. w. das Schlimmste erwarten lassen, ganz offen aus. Am 20. d. wurde bei den Kreisämtern Trient und Roveredo eine Petition übereicht, die gegen die Abordnung von Deputirten an das Innsbrucker Centralkomite für Nationalgarde Verwahrung einlegten, und die Niedersetzung eines eigenen Komites für die welschen Kreise, somit ihre unabhängige Bewaffnung verlangten. Zu gleicher Zeit wurde in beiden Kreisen eine Protestation gegen die Beschickung des konstituirenden Provinzialtandtags, der aber bestimmungsgemäß den 7. Juni zusammentritt, unterfertigt. Im deutschen Tirol macht die Geistlichkeit ihren wohl erhaltenen Einfluß auf die Bauern geltend, wirkt trotz der von einem aus ihrer Mitte aufgegangenen Erklärung in Nr. 56 des Tiroler Boten, daß sie nur in ihrem Stande zu wählen habe, bei allen Wahlen mit, setzt sie nach ihrem Sinne durch und gewinnt dabei das Volk durch die Vorspiegelung, es gelte allerwärts nur der Aufrechthaltung des katholischen Glaubens und den Kampf gegen den Protestantismus, den man einführen wolle. Dort wie hier lügt man das Volk nach bloßen Phantomen jagen und lenkt es von seinen materiellen Interessen ab, die in ganz Tirol durch den Anschluß an den deutschen Zollverein, Eisenbahnen und beförderte Fabrikation, Verbesserung des Schulwesens und Entlastung des Grundbesitzes gehoben würden. Der letztere sich zu wahren ist eine arriere-pensée der Geistlichkeit, das nächste Ziel die Gründung ihrer Alleinherrschaft, die im wälschen Antheil die Aristokratie anstrebt. Ein treffliches Mittel hierzu erblickt erstere im „katholischen konstitutionellen Verein für Tirol und Vorarlberg", die ihr trotzdem, daß „in unserm Lande, Gott sei Dank,

Digitized by Google

keine den Katholizismus befeindete Partei besteht", dennoch als „ein unmittelbares großes Zeitbedürfniß" erscheint. Wie gemäßigt und Vertrauen erweckend man sich dieselbe anstelle, mag Ihnen folgende Stelle des Programms der Statuten beweisen. „Der Katholizismus vertheidigt sich durch Rechts so siegreich nach Außen, als durch echt christliche Begeistrung und Gestaltung von Innen, durch Rechtgläubigkeit ohne Aberglauben, durch Frömmigkeit im Geiste und in der Wahrheit ohne Krusten leblosser Aeußerlichkeit, durch warmen Eifer ohne Brandfackeln des Zelotenthums, durch christliche Liebe gegen Andersdenkende, ohne den Haß oder die Lauheit des Indifferentismus, durch thätige Beförderung zeitgemäßer Anstalten, durch Verbreitung zeitgemäßer Belehrung, durch unerschütterliche Festigkeit im Unveränderlichen, bei vernünftigem, zeitgemäßem Fortschritte in dem, was Gott der Veränderung unterworfen hat." Seine politische Tendenz verräth er sofort, indem er einleuft, daß „die Religion vielfach mit dem Staatsleben zusammenhänge, ihr Interesse allein schon in das Politische nothwendig einführe, die Konstitution habe auch neue Pflichten auferlegt, die in der doppelten Verbindlichkeit bestehen, durch Wort und That, soweit es Jedem gegeben ist, für die politische Wohlfahrt zu wirken, das Nützliche zu fördern, das Schädliche zu hintertreiben." Wie diese Wirksamkeit verstanden wird, beweisen unsere Wahlen.

Boten, 30. Mai. Die Allg. Z. bringt nachstehendes Schreiben: Privatbriefe, mit der heutigen Post dahier eingetroffen, melden, übereinstimmend mit der Erzählung eines Reisenden, daß unsere Armee am 27. Mai von Verona eine vereinigte Bewegung vorwärts unternommen, in Folge welcher die Piemontesen aus ihren Verschanzungen bei Villafranca, Sommacampagna, Pastrengo u. s. f. gedrängt wurden, und über den Mincio sich zurückzegogen haben. Peschiera, in letzter Zeit täglich beschossen und berannt, ist entsetzt; unser Heer, freudig bewegt, endlich angreifen zu können, wird dem verrätherischen Karl Albert die Entscheidungsschlacht bieten. Der linke Flügel der Piemontesen dürfte gar leicht in eine verzweifelte Stellung gerathen und theilweise zwischen dem Gardasee und der Etsch eingeklemmt sich ergeben müssen. Die tirolischen Grenzen sind durch die Koncentrirung der Truppen und Schützenkompagnien von der Etsch bis an die Chiese stark besetzt, und voraussichtlich werden diese Tapferen zur Unterstützung und Vollstreckung der Absichten des Hauptheeres eine Bewegung gegen das Brescianische unternehmen. Feldmarschalllieutenant v. Welden hat schon vor einigen Tagen mit der Reserve, in ungefähr 8000 Mann bestehend, bis Conegliano vorgerückt.

Dieselbe Mittheilung enthält ein Schreiben aus Verona: es waren im Ganzen in der Nacht vom 27. zum 28. über 50,000 Mann aus Verona ausgerückt; in der Stadt blieben noch elf Bataillone zurück. Das amtliche Mailänder Bulletin vom 30. Mai meldet bloß, daß Radetzky eine Diversion versucht habe, indem er ein Korps von 8 bis 10,000 Mann nach Mantua entsandte. Dadurch ward die rechte Flanke der Piemontesen bedroht, und Karl Albert mußte dieselbe verstärken.

Prag, 30. Mai. Wir bringen, sagt das „Konstitutionelle Blatt aus Böhmen", dem ordentlichen Berichte des Nationalausschusses am 29. Mai vorgreifend, die wichtige Nachricht, daß der Gubernialpräsident, in Verbindung mit den Vorständen der andern Verwaltungszweige, in einer Präsidialsitzung die Errichtung eines verantwortlichen Regierungsraths, also einer „provisorischen Regierung für Böhmen" beschlossen haben. Graf Thun motivirte diese Maßregel aus den Gründen, daß die Lage der Dinge stetenige Verfügungen, die den Wirkungskreis der bestehenden Behörden weit überschreiten, nothwendig mache, der Verkehr mit dem Ministerium aber durch die Wiener Ereignisse unterbrochen sei. Der Regierungsrath besteht aus acht Mitgliedern, von welchen die HH. Palacky, Rieger, Brauner, Borrosch, Albert Graf Nostitz und Strobach bereits ernannt sind. Die HH. Rieger und Graf Nostitz begeben sich noch heute nach Innsbruck, um die Genehmigung dieser Maßregel einzuholen. Auch wurde ein Schreiben des Bans von Kroatien an den Nationalausschuß mit der Einladung, Ablegaten zum kroatischen Landtage zu schicken, vorgelesen.

Prag, 30. Mai. Die Säße zum Slavenkongreß finden sich immer zahlreicher ein. Polen, Kroaten, Serben sind bereits eingetroffen, und dieser Tage wird auch der Bladika von Montenegro erwartet. Ueber die Gegenstände, welche zur Verhandlung kommen, wird ein Programm in vier Sprachen erscheinen: polnisch, böhmisch, deutsch und illyrisch. Wir führen vorläufig nur die Punkte des Programms an: 1) über die Beberung der Slaven im österreichischen Kaiserreiche und ihre gegenseitigen Beziehungen; 2) über die Beziehungen der Slavenvölker zu den übrigen Völkern des österreichischen Staates; 3) über die gegenwärtigen Beziehungen der österreichischen zu den übrigen Slaven; 4) Bestimmung der Beziehungen der österreichischen Slaven zu den übrigen nicht slavischen Völkern Europa's. (D. A. Z.)

Triest, 28. Mai. Man schreibt der Allg. Z.: Gestern Nachmittag erschien ein Parlamentär der feindlichen Flotte mit den Antworten auf die Proteste der hiesigen Konsuln, welche dahin lauten, daß man keinen Angriff gegen die Stadt beabsichtige. Während die Kollektivnote der Konsuln den angenehmsten Eindruck hervorbrachte, und Triest mit Stolz auf diese ehrenwerthen Männer blickt, hat der Separatprotest des franz. Agenten viel böses Blut gemacht. Derselbe erkennt Sardinien das Recht zu, gegen Triest feindlich einzuschreiten, und warum? Weil der Hafen von Oesterreich in einen Kriegsplatz verwandelt worden sei!

Preußen. || Berlin, 1. Juni. Gestern Abend sollte ein großer Schlag geführt werden. Man besprach sohe einen Rückhalt in den vor dem Zeughause bis gegen Morgen stationirenden, meistens aus sehr zweideutigen Subjekten gebildeten Gruppen den Plan, Campshausen, den Polizeipräsidenten von Minutoli und den Kommandanten der Bürgerwehr Aschoff — gefangen zu nehmen, und es scheint die republikanische Partei auf die Mitwirkung eines großen Theils der Bürgerwehr und des Studentenkorps gerechnet zu haben, welches Letztere, wie verlautet, besonders und bis in die späte Nacht, auf das Thätigste bearbeitet worden ist. Gewisse Redneratalente scheinen aber an dem gesunden Sinne der jungen Leute nicht weniger gescheitert zu sein, als in den parlamentarischen Interpellationen über gelabene Kanonen u. s. w., die gestern soviel Heiterkeit erregten; vielleicht wurde auch das Geheimniß den unbiscipliniirten Massen zu früh mitgetheilt, oder es fehlte den Führern im entscheidenden Augenblick an Muth, jedenfalls kann ich Ihnen melden, daß die Nacht gegen allen Erwarten in Ruhe verflossen ist. — Die republikanische Partei sieht sich auch in unserer Kammer ohnmächtig einer überwiegenden Majorität gegenüber, und scheint nun, wie an andern Orten, an das kalte Eisen appelliren zu wollen. In allen Gemüthern befestigt sich die Ueberzeugung daß die Stunde des Kampfes naht; hoffentlich wird die Bürgerwehr ihre Pflicht gegen das Land und seine Agrordneten thun, ihre Stimmung ist aber leider sehr unklar und wankend, und ganz unmöglich scheint ein augenblicklicher Sieg der Andern gerade nicht. — Man fragt sich aber, ob die Nationalversammlung und die Provinzen sich geduldig der Diktatur einer Hand voll Literaten unterwerfen würden? Dem Anfinnen der Waschirmarbeiter, die heute eine Demonstration beim Kriegsminister machten, damit ihnen Waffen gegeben würden, scheint entsprochen zu werden und soll für morgen die Austheilung von 2000 Schießgewehren angeiobt sein.

Von der Mosel, 31. Mai. Im 4. rhein. Wahlbezirke (Bernastel-Wittlich) wurde am 25. Mai der Geheime Staatsrath von Linde auf Schloß Dreis bei Wittlich zum Stellvertreter des Abg. für die Reichsversammlung in Frankfurt gewählt. (Rh.-u. M.-Z.).

Ulm, 30. Mai. Mittags 1 Uhr. Soeben kommt die indische Post hier an; sie hat von Triest hierher 46 Stunden gebraucht, obgleich sie einen Umweg machen mußte, da sie die gewöhnliche Straße nicht passiren konnte. (F. Z.).

Hannover. 31. Mai. (Anzug aus einem Berichte des Generallieutenant Hattert.) Hauptquartier Höckrup, 29. Mai, Abends 8 Uhr. Am 28. d. M. drangen die Dänen aus Sonderburg vor und griffen das hier gegenüberstehende Borpoten-Detachement mit überlegenen Kräften an. Das Detachement zog sich daher nach einer Position zurück, welche für diesen Zweck schon früher ausgewählt worden war und bei der Köbker Windmühle liegt. Der commandirende sah sich in den Stand gesetzt, die Dänen zu erwarten und es entspann sich, als die Dänen zum Angriff vorrückten, ein Gefecht, welches hauptsächlich in einem Geschützkampfe bestand. Die Dänen suchten vorzüglich gegen unsere rechte Flanke zu wirken. Sie entwickelten einer der unsrigen zwar gleiche Kräfte, suchten aber zugleich durch Angriffe auf Klanzer- und Strandstein von der See aus auf unsern Rücken zu wirken. In Folge eines für einen solchen Fall mit dem Oberbefehlshaber verabredeten Plans zog ich mich Abends 10 Uhr über Rybbl nach Quars zurück. Da der Feind nicht folgte, so blieb die Arriergarde bei Rybbl stehen. Bis um 2 Uhr Nachts v. d. Knesebeck selben Bataillons schwer, jedoch nicht gefährlich verwundet. Von dem großherzoglich mecklenburgischen Truppen ist der Oberstlieutenant von Pieffen leicht und der Lieutenant von Hirschfeld schwer verwundet.

Baden. Karlsruhe, 1. Juni. Heftig hat nun die Wahl von Brudsal (Bretten) angenommen; daher ist die neue Wahl in Freiburg auf den 13., jene in Schopfheim auf den 14., und jene in Schönau auf den 15. d. M. angeordnet. (K. Z.)

Digitized by Google

**Schleswig.** In einer Nachschrift gibt das „Rendsburger Tageblatt“ noch folgende, wahrscheinlich von einem preußischen Militär herrührende, Mittheilungen über die am 29., also am Tage nach der erwähnten Affäre stattgehabten Vorfälle, welche den Unfall völlig rebressirt zu haben scheinen: Apenrade, den 29. Mai, Morgens 3 Uhr. Es geht zur Schlacht. Von Alsen und von Kolving her rücken die Dänen vor; unsere Kolonnen treten ihrem Marsch an, wo ich im Felde Platz finde, scheinbar ich weiter. — Rüdel, bei Sonderburg, 2 Uhr Nachmittags. Ich befinde mich im Kanonendonner, die Dänen gehen die Zeit zurück. — Gravenstein, 2½ Uhr. Das Gefecht entschied für uns; die Dänen zogen sich wie gewöhnlich vor den mecklenburgischen, oldenburgischen und hannoverschen Truppen zurück und wurden ziemlich rasch aus dem Felde und Dorfe geschlagen. Es waren viele Freiwillige unter ihnen. Nach dem Rückzuge wurde die Dislokation der Truppen bestimmt. Diesen Augenblick gehen wir nach Flensburg. (Daß die Deutschen Einbuße an Geschützen erlitten haben sollen, hat sich als leeres Gerücht erwiesen.) — Aus zwei Privatbriefen von Deutschen, welche in Folge der rückgängigen Bewegung der deutschen Truppen Haderslehen verlassen haben, wird uns folgender Auszug mitgetheilt:

Apenrade, 30. Mai. Wir sind hierher gestüchtet, weil alles Militär gestern Haderslehen verlassen und uns den Dänen preisgegeben hat. Der Magistrat und alle Honoratioren, wie Kaufleute, die Etwas zu verlieren haben, sind mit geflohen, um einer Katastrophe zu entgehen, wie wir solche früher erlebt. Die Dänen sind wirklich auch heute in Haderslehen eingerückt. Hier liegen noch ca. 1000 Mann Preußen. (Observ.)

**Hamburg**, 31. Mai. Gestern Abend hier eingegangenen Nachrichten zufolge ist die Bremer Galliot Anna, Kapt. Hansen, von Rio Grande mit Häuten nach Hamburg bestimmt, gestern Nachmittag von einer dänischen Fregatte genommen worden; auch sollen 7 Blankeneser mit Kohlen beladene Fahrzeuge genommen worden sein.

§ **Frankfurt**, 3. Juni. Die Stimmzettel für die Wahl der Sekretäre der Nationalversammlung wurden schon in der Sitzung vom 31. Mai abgegeben und in der Zwischenzeit bis heute von dem Bureau ersehen. Nach dem zu Anfang der heutigen Sitzung bekannt gemachten Resultate wurden gewählt: Jucho von Frankfurt a. M., Simon von Breslau. Schuler von Innsbruck, Rukwandl von München, Simson von Königsberg, Biedermann von Leipzig, Heyer von Stuttgart, Riehl von Zweibrücken. Alle Gewählten waren auf dem von der vereinigten Mitte angegebenen Wahlzettel aufgezeichnet, die beiden ersten hatten auch die Stimmen der äußern Linken erhalten, der erste derselben Jucho, beinahe sämmtliche der Versammlung. Die äußere Linke stimmte scheinweise auf den Fürsten Lichnowsky und theilweise auch auf den Grafen Arnim. Derartige Scherzdemonstrationen einer Minorität mögen wohl überall vorkommen, und man findet nichts Besonderes daran. Wenn aber hier, wie man vernimmt, diese Abstimmung dazu benützt wurde, um auf den anonym übergebenen Stimmzetteln Schimpfe und verletzende Bemerkungen gegen die bezeichneten Personen beizufügen, so würde man glauben müssen, es sei das in gänzlicher Vergessenheit der Würde der Versammlung geschehen, wenn man nicht wüßte, daß gerade die Herabwürdigung der Nationalversammlung recht eigentlich in der Tendenz einer gewissen Fraktion oder doch einzelner Mitglieder derselben liegt. Simon von Breslau bittet, ihn von der Uebernahme des Sekretariates zu entheben. Er habe diese Stelle schon bei dem Vorparlamente, dem Fünfzigerausschusse und in der Nationalversammlung bis jetzt begleitet und sei nun Mitglied mehrerer sehr wichtigen Ausschüsse, denen er seine ganze Thätigkeit widmen müsse. Aus ähnlichen Gründen bittet Briegleb aus Kobnrg, welcher als derjenige, welcher nach den Gewählten die meisten Stimmen erhalten hatte, für Simon eintreten sollte, die Stelle ablehnen zu dürfen. Nachdem die Versammlung Beiden ihr Gesuch bewilligt hatte, tritt Mühling aus Wien als der Nächste in der Reihenfolge ein. Theils durch den Sekretär, theils durch den Präsidenten selbst werden wieder eine lange Reihe von Anträgen, Petitionen und andern Eingaben zur Anzeige gebracht. Da das Ablesen dieser Eingaben nicht nur sehr ermüdet, sondern auch einen großen Theil der für die Staatsgeschäfte gewidmeten Zeit wegnimmt, so stellte ein Mitglied den Antrag, es solle für die Zukunft dieses Ablesen unterbleiben und dafür jedesmal die Registrande den Mitgliedern gedruckt übergeben werden, was auch sogleich von der Versammlung zum Beschlusse erhoben wird. Unter den angezeigten Anträgen ist der der schleswig'schen und holsteinischen Abgeordneten zu bemerken, daß die Nationalversammlung durch einen förmlichen Beschluß die schleswig'sche Sache als eine allgemein deutsche erkläre.

Erfreulich ist die Anzeige, daß die Berichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung, welche von dieser selbst veranstaltet werden, in Baiern portofrei versandt werden; erfreulicher aber die Mittheilungen des Präsidenten über fortdauernde Beiträge, welche dem Marineausschuß zur Errichtung einer Kriegsflotte zufließen, so von der Handelskammer in Mannheim 1000 fl., von dem Konsul der Stadt Frankfurt in Neapel durch den Abg. Mathy 500 fl., von der Schiffersschaft in Gernsbach und Baden eine Quantität Schiffsbauholz u. A. Namentlich aus Böhmen laufen daran die Aufforderung an die Deputirten, jeden Monat eine Tagesgebühr für diesen Zweck zu bestimmen. Ein Protest des demokratischen Vereines in Marburg gegen den Beschluß der Versammlung in der Mainzer Angelegenheit gibt kund, daß die Nationalversammlung die Gunst dieses Vereines nicht besitze. Uebrigens wird in der Beurtheilung jenes Geschlusses fast überall übersehen, daß er durch die ungehörigen Uebertreibungen des Deputirten von Mainz und seine feindseligen Angriffe auf das preußische Heer überhaupt hervorgerufen worden ist. Eine große Heiterkeit erregte ein Schreiben Karl Heinzen's, welches nach seinem Verlangen an diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung vertheilt werden solle, „welche seiner Ansicht sind.“ Es steht zu erwarten, wie viele sich dazu melden werden. v. Raune zeigt an, daß der Ausschuß von 30 Mitgliedern für Industrie, Schiffahrt, Handel und Arbeiterverhältnisse konstituirt sei. Erster Vorstand ist v. Raune aus Berlin, zweiter v. Brück aus Trier, Schriftführer Eisenstuck aus Chemnitz. Die gewählte Benennung ist: Ausschuß für Volkswirthschaft. Derselbe hat sich in 7 Sektionen getheilt, und die Errichtung eines statistischen Bureau in seinem Lokale beschlossen. Er ist nun im Stande, sein großes Werk zu beginnen, und hält es für seine erste Aufgabe, zur Herstellung des Vertrauens, der Vorbedingung für das Wiederaufleben des Handels und der Gewerbthätigkeit, nach Kräften zu wirken. Das frei gewordene deutsche Volk sehnt sich nach den Früchten seiner Bewegung. Es hat die Versammlung hieher gesendet, um auf dem Boden der verbesserten materiellen und socialen Verhältnisse ein neues politisches Gebäude aufzuführen. Das frei gewordene Volk verlangt Herstellung der Ruhe und Ordnung, um die materiellen Zustände bessern und für Deutschland die Einheit und die achtunggebietende Stellung, auf welche die Nation Anspruch hat, erringen zu können. Im diesen Erwartungen des Volkes entsprechen zu können, bedarf der Ausschuß des Beistandes von dem Volke selbst, und zu diesem Behufe trägt derselbe an, die Versammlung möge ihm nach §. 24 der Geschäftsordnung die Ermächtigung ertheilen, Sachverständige zu berufen, Zeugen zu vernehmen und mit Behörden in Verbindung zu treten. — Die Versammlung ertheilt die Ermächtigung einstimmig, ohne Diskussion.

v. Lindenau berichtet im Namen des Legitimationsausschusses, in Betreff des Abgeordneten von Limburg, welcher seine Zweifel vor die Versammlung gebracht hatte, ob er überhaupt zur Theilnahme berechtigt sei. Der Ausschuß trägt darauf an, den Abgeordneten von Limburg zuzulassen, die Frage über die staatsrechtlichen Verhältnisse Limburgs aber, ob es nämlich als deutsches Land oder aber dem Königreich der Niederlande angehörig zu betrachten sei, an den betreffenden Ausschuß für völkerrechtliche und internationale Fragen zu verweisen. Nach gleichen Grundsätzen handelt der Legitimationsausschuß nach Mittermaiers Bericht in Beziehung auf die Protestation acht polnischer Abgeordneten gegen die Wahlen in Posen, weil nach ihrer Ansicht Posen nicht zum deutschen Bunde hätte gezogen werden sollen. Der Ausschuß findet gegen die Wahl dieser Abgeordneten in formeller Beziehung keinen Anstand; die Frage aber, ob die Wahlen überhaupt hätten vorgenommen werden sollen, ob Posen als zum deutschen Bund gehörig betrachtet werden müsse oder nicht, sei an den oben genannten Ausschuß zu verweisen. Indessen seien die Abgeordneten zu der Versammlung zuzulassen. Venedey bringt auf recht baldige Erledigung dieser Frage. Er legt eine Protestation von 1000 Polenmännern (?) aus Posen gegen die Wahl vor und fordert die Versammlung sehr nachdrücklich auf, den Slaven Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Versammlung beschließt, daß Mittermaiers Bericht gedruckt und auf die nächste Tagesordnung gebracht werde.

Die Abgeordneten v. Brück und Burger aus Trieft und Jenny aus Istrien hatten gegen den bekannten Beschluß vom 26. Mai, daß die Bestimmungen der einzelnen deutschen Verfassungen, welche mit dem von der Nationalversammlung zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als giltig zu betrachten seien, für den Fall Verwahrung eingelegt, wenn die deutsche Reichsverfassung, welche erst berathen und beschlossen werden soll, mit den besonderen Verfassungen der von ihnen vertretenen Länder und der speciellen Lage Triests nicht vereinbar sein sollte. Der Verfassungsausschuß, an welchen diese Verwahrung zur

Digitized by Google

Begutachtung verwiesen wurde, stellt nunmehr den Antrag, „es sei jene Aeußerung lediglich zu den Akten zu nehmen und zur Tagesordnung überzugehen“, indem der gefaßte Beschluß dadurch rechtlich nicht berührt werde. Der Antrag wird ohne Diskussion angenommen. — In der vorigen Sitzung wurde von dem Prioritätsantsschusse beantragt, daß den vorliegenden 10 Anträgen, welche auf die Errichtung einer deutschen Centralgewalt gehen, die Priorität vor den übrigen wegen großer Dringlichkeit zuerkannt werde, und zwar zunächst so, daß der Simon'sche Antrag auf Niedersetzung eines besondern Ausschusses, welchem alle diese Anträge zur Prüfung und Begutachtung zugewiesen werden sollen, zuerst zur Abstimmung gebracht werde.

Simon begründete nun in der heutigen Sitzung seinen Antrag. Er sucht nachzuweisen, daß die Errichtung einer provisorischen Centralgewalt nicht mehr verschoben werden könne. Die Versammlung werde in ihrer Mehrheit immer die Volksstimmung zu treffen suchen. Allein es blieben im Volke, wie in der Versammlung, auf beiden Seiten Minoritäten übrig, welche nicht befriedigt würden. Es werden Exekutionen nöthig werden gegen die neue Unordnung und gegen die alte Ordnung, die Anarchie und Reaktion. Ebenso müsse nicht bloß gesprochen, sondern gehandelt werden, in der slavischen, der polnischen, schleswigschen und italienischen Sache. Schon habe Mangel geherrscht, daß er von verschiedenen Staaten keine Truppen erhalten habe. Mit der Nationalversammlung könne nicht verhandelt werden, sondern nur mit einem Vollzugsausschusse und einem deutschen Ministerium. Sei das einmal da, dann würden auch die separatistischen Gelüste zurücktreten. Die Bildung dieser Behörde habe aber große Schwierigkeit und darum wünsche er die Niedersetzung eines besondern Ausschusses, die Sache zu prüfen. Nachdem Schwarzenberg nachgewiesen gesucht, daß ein solcher Ausschuß überflüssig sei und dieser Gegenstand dem Verfassungsausschusse zugewiesen werden könne, Osterrath und Grumbrecht dagegen den Simon'schen Antrag vertheidigt haben, so wird dieser mit großer Mehrheit von der Versammlung angenommen. — Die Prioritätskommission hatte ferner die Frage an die Versammlung gestellt, ob sie nunmehr auch als Petitionsausschuß in der Weise zu funktioniren habe, daß sie nicht bloß über die Priorität der eingegangenen Petition zu entscheiden, sondern auch dieselbe nach ihrem Inhalte zu begutachten habe, sofern sie nicht einem der bestehenden Ausschüsse zugewiesen würde? Die Nationalversammlung bejaht diese Frage und beschließt zugleich, diese Kommission um 15 Mitglieder zu vermehren.

### Dänemark.

Kopenhagen, 29. Mai. Friedensunterhandlungen sind im Werke, doch verlautet noch Nichts über deren Grundlagen. Nur auf für uns vortheilhafte werden wir eingehen, da jetzt Rußland eine bestimmte Stellung eingenommen hat und uns mit Rath und That beistehen wird. Die plötzliche Räumung Jütlands ist schon die Folge. Die Stimmung, welche eine kleinlaute und mißtrauische geworden war, ist jetzt wieder freudig und kriegerischer als je. Dabei gehen die Kundmachungen der deutschen Schiffe ihren gewissenen Weg. Heute wurde ebenfalls das Lübecker Schiff „Eduard“, Kapt. Möller, kondemnirt.

### Schweden.

Stockholm, 23. Mai. Die Allg. Z. enthält folgende Mittheilung: Der Großfürst kam um 8 Uhr in unserm Hafen an. Seine Gustav war ihm an Bord einer königl. Schaluppe entgegengefahren, und begleitete ihn nach dem königl. Schlosse. Der Großfürst ist von Fürst Menschikoff und 11 Officieren begleitet. Man hört hier jetzt von nichts Anderm reden als von Rüstungen und Truppenmärschen. Die ganze Armee ist in Bewegung. Morgen wird das erste Leibgarderegiment an Bord gehen, um direkt nach der Insel Fünen geführt zu werden. Das zweite Leibgarderegiment wird erst in der nächsten Woche abfahren. Die Marineverwaltung erhielt den Befehl, die baldige Ausrüstung unserer ganzen Kriegsflotte zu besorgen. Kupferdern werden, wie verlautet, 6 russische Linienschiffe und 9 Fregatten zur Verfügung des Königs gestellt werden. Von dem Inhalt des durch General Orhoim mit Dänemark abgeschlossenen Vertrags hört man hier noch nichts Näheres; daß aber ein solcher Vertrag existirt, ist gewiß.

### Großbritannien.

London, 29. Mai. Den Times zufolge wird der Prinz von Preußen auf seiner Rückreise erst Brüssel besuchen und dann über den Haag, wo er sich einige Zeit aufzuhalten gedenkt, nach Berlin zurückkehren. — Diese Zeitung glaubt für die echt konstitutionelle Gesinnung des Prinzen, der sich in den Institutionen Großbritanniens tüchtig umgesehen, Bürgschaft leisten zu können. Die Times sind in dieser Hinsicht freilich eine zweifelhafte Quelle, nachdem sie — was ihnen von Daily News neuerdings vorgerückt wird — offen bekannt haben: daß es in Europa nur zwei Männer gibt, welche wüßten, wie man Völker regieren müsse; diese Männer seien der Czar von Rußland und der spanische Diktator Narvaez. Daily News meint: die Times würden jetzt wohl noch den „konstitutionellen“ König von Neapel als den Dritten im Bunde nennen. Was übrigens Narvaez betrifft, so hat dieser bewiesen, daß er nicht bloß Emeuten niederzuschmettern, sondern auch Gesandte heimzuschicken versteht! Die Regierungsweise des Narvaez hat auch ihre Unannehmlichkeiten, sogar für England! Fühlte sich die genannte Zeitung doch zu dem Geständniß gedrängt: „die Heimsuchung des englischen Gesandten sei beispiellos in der englischen Geschichte, entweder müsse die verletzte Würde des Landes durch Genugthuung von Seite Spaniens oder durch förmliche Verurtheilung der von England befolgten Politik wieder gesühnt werden.“ Die Zärtlichkeiten für Narvaez werden nun bald ganz andern Ausbrüchen der Theilnahme den Platz in den Spalten der Times räumen müssen — ganz unbeschadet der gerühmten Konsequenz dieser einflußreichsten Zeitung!

Die Times, die wir in der gestrigen Beilage auch in ihren guten Eigenschaften zu charakterisiren versuchten, verläugnen ihren Charakter nicht. Nachdem sie ihre moralische Entrüstung über die Schändlichkeiten, die von den Sensenmännern in Buk, Wreschen u. s. w. begangen wurden, in einer anscheinend aus tiefem Herzen quellenden Weise ausgesprochen, läßt sie in ihrer Nummer vom 29. Mai den Pferdefuß wieder hervorblicken, indem sie den Antrag stellt, daß man dem in England sich ansiedelnden polnischen Flüchtlingen die jährlichen Unterstützungssummen (8 bis 11,000 Pf.) entziehen, auch keine Polenbälle weiter veranstalten möge. Viele Polen seien in England zu einem gewissen Wohlstand gekommen, oder gehörten dem Adoptivlande durch Verheirathung und Verschwägerung an, diese hätten kein weiteres Recht an die Gemeindekasse und die Staatsgelder Englands, als jeder Andere, der dort wohne. Welchem Polen es übrigens unter den Engländern nicht gefalle, der möge in den für die Reorganisation bestimmten Theil des Großherzogthums Posen gehen, wo sich ihm ja ein schöner Wirkungskreis eröffne. — Daher alljenes Register der Schändlichkeiten von Buk und Wreschen, um daran den Antrag zu knüpfen, daß sich das überreiche England jährlich die Ausgabe von 10 bis 11,000 Pf. Sterl. vom Halse schaffe! Im Uebrigen mag man es sich zugeben, daß es hochherziger und Reicher Männer, wie man die Polen rühmt, wenig würdig ist, immer nur als Almosen empfangende Bettler an der Thüre fremder Nationen zu stehen. Die Welt ist groß und reich an Erwerbsquellen.

Unter der Ueberschrift: „Dänischer Krieg in Leith!“ entnimmt „Galignanis Messenger“ dem Scotsman eine Erzählung, wie die jetzt in Leith zahlreich versammelten preußischen Seeleute, erbittert wegen der von den Dänen zur See ausgeübten Chikane, über eine Anzahl dänischer Matrosen herfielen und diese tüchtig durchbläuten. Ein Preuße, welcher einen Dänen schwer verwundet hatte, wurde vor die Polizei gebracht und zu einer verhältnißmäßig hohen Geldbuße verurtheilt.

Liberale Wähler der Altstadt von London hielten am 29. Mai eine Versammlung, worin sie sich dahin aussprachen: Rothschild solle vom Parlament fordern, als Mitglied aufgenommen zu werden; man solle ihn veranlassen, diejenigen konstitutionellen Mittel zu ergreifen, welche geeignet seien, ihn in seinen Rechten und Privilegien als Parlamentsmitglied zu schützen. Die City hat somit ihr Pronunciamento gegen das Oberhaus begonnen. Den meisten Vortheil hiervon wird dir neue Reformbewegung haben; es dürften sich ohne Zweifel geheime, selbst dem Auge Lord J. Russells unbemerkbare Kanäle öffnen, durch welche dieser Reformbewegung Geldunterstützungen zur Erreichung ihrer Zwecke zufließen werden. Oder sollte man den von Oberhaus so schnöde Abgewiesenen demnächst gar in den Reihen der Hume-Cobdenschen Lignisten als Mitkämpfer für die Volksrechte erblicken?

Am 27. fand abermals ein zahlreicher als je besuchtes Reformmeeting in Marylebone Statt, bei welchem Dr. Bowring den Vorsitz führte. Auch hier regte sich die Bereitwilligkeit der Theilnehmenden in frömenden Wogen gegen Lord J. Russells Verscherung, daß in den mittlern und arbeitenden Klassen kein Bedürfniß für Reformen vorhanden sei. Einer derselben äußerte: Der Premierminister habe mit seiner Erklärung in ein solches Hornissennest gestochen, daß seines Bleibens auf seinem Posten nicht lange mehr sein könne. Dann wurden die gewöhnlichen Beschlüsse gefaßt. (Der Examiner meint neulich: Lord Russell sitze wie ein chinesischer Kaiser in seinem abgezäunten Blumengärtchen und wisse so wenig wie dieser, was eigentlich das Volk wünsche und fordere).

Digitized by Google

Es ist in sehr Zeit in englischen Zeitungen viel von dem unmäßigen Ehrgeiz Preußens die Rede gewesen, und doch schreibt sich dies hauptsächlich von einem Mißverstehen eines Hegelschen Kunstausdrucks her, indem die Engländer die Phrase des Königs: Preußen gehe fortan in Deutschland auf, so verstanden, als ob er gesagt habe: Preußen steige nun in Deutschland empor. Es ist dies ein Beweis, daß man es, wenn immer nur möglich, in politischen Dingen vermeiden sollte, zu Auskünften aus dem Lexikon der Hegelschen Philosophie seine Zuflucht zu nehmen. Eben so wenig will den englischen Blättern der vom König von Preußen in der Thronrede gebrauchte Ausdruck „engeres" Vaterland einleuchten. Das M. Chr. übersetzt „engeres" mit smaller, fügt aber hinzu, es solle wohl „eigenes" Vaterland heißen. Der Engländer hat eben für unsere „engeren" Vaterländer keinen Begriff, er kennt nur sein „eigenes" Vaterland*).

Den in dieser Angelegenheit muthmaßlich gut unterrichteten Times zu Folge sind die Punkte, welche als Grundlage für die Friedensverhandlungen zwischen Dänemark und Deutschland aufgestellt sind, folgende: „die deutschen Truppen ziehen sich jenseit der Eider zurück; die Provinz Schleswig wird neutral erklärt; Rendsburg wird eine Bundesfestung; über Schleswig wird in der Art verglichen (nach dem Muster der für das Herzogthum Posen aufgestellten Bestimmungen), daß die Distrikte mit überwiegend deutscher Bevölkerung dem deutschen Bunde einverleibt werden, die mit überwiegend dänischer der Krone Dänemark verbleiben." — Schleswig wird neutral erklärt und doch haben die Dänen, wie man liest, bereits Hadersleben besetzt, die deutsche Bevölkerung flüchtet vor der Rache der Dänen, man hat Jütland mit der Festung Fridericia, das einzige Unterpfand eines ehrenvollen Friedens, man hat nun sogar Hadersleben aufgegeben — und dies Alles noch einem fingerlichen Feldzuge!

## Frankreich.

Paris, 31. Mai. Nachdem, wie wir bereits gestern erwähnten, der Präsident der Nationalversammlung verkündigt hatte, daß die Verhaftung Louis Blanc's gerichtlich gefordert sei, erhob sich ein Mitglied der Linken und erklärte, Louis Blanc habe am 15. Mai sich allerdings unter das Verstpol begeben und zu den Massen gesprochen, aber er habe dies auf ausdrückliches Verlangen des Präsidenten Buchez gethan, der ihn gebeten habe, das Volk zu beruhigen. Louis Blanc habe beruhigende Worte gesprochen, aber keine aufregenden, wie man ihn anschuldige. Ein anderer Redner von der Linken warnt die Versammlung, sich nicht leichtsinnig zu einem Votum hinreißen zu lassen, sondern die Sache einer Kommission zuzuweisen, die die Sache zu untersuchen und davon Bericht abzustatten habe. Louis Blanc ergreift das Wort, nicht als Mensch vertheidige er sich, nur als Vertreter des Volkes. Er protestire gegen diese Verhaftungen, gegen diese Verfolgungen, auf bloße Indicien hin, ohne daß man einen Beweis beibringe — die Epoche der Proskriptionen beginne, und die Proskription treffe zuerst jene, die, als sie an der Spitze der Geschäfte waren, die Todesstrafe für politische Vergehen abschafften und die persönliche Freiheit über Alles stellten. Aber die Versammlung solle sich in Acht nehmen, man fange die Expatriirten an, heute erdrücke man Einen, morgen werde man die Andern erdrücken, zu allen Zeiten habe es die Reaktion so gemacht. Er habe sich auf das Entschiedenste gegen die Manifestation des 15. Mai ausgesprochen, Alles aufgeboten, um sie zu verhindern, denn er sei vor Allem Republikaner, und die Republik habe einen tödtlichen Schlag durch den 15. Mai erhalten. Man möge übrigens nur die Republikaner jetzt treffen, nachdem man sie verleumdet habe, aber die Republik werde unsterblich bleiben. Was er am 15. Mai gesagt habe, habe er gesagt, um das Leben der bedrohten Vertreter zu retten, er könne es verantworten. Uebrigens warnt er die Versammlung noch einmal vor dem betretenen Wege, es sei ein steiler Abhang, auf dem man sich nicht mehr aufhalten könne, und bald werde das politische Schaffot wieder aufgerichtet werden. Treffe es heute die Einen, so werde es morgen die Andern treffen, das sei das unausweichliche Loos der Reaktionen. Er erklärt nun sein Benehmen am 15. Mai und ruft alle seine Kollegen, die neben ihm saßen, zu Zeugen auf und bekräftigt, daß er trotz aller Aufforderungen ruhig auf seinem Platze geblieben sei, bis der Präsident selbst ihm aufgetragen habe, zu sprechen und das Volk zu beruhigen. Er habe es gethan, er habe nur Worte der Beruhigung, der Versöhnung gesprochen, und jetzt komme die Verschwörung der Lüge und der Heuchelei und klage ihn an. Man verfange, ihn gerichtlich zu verfolgen, desto besser, so werde er doch das Schweigen brechen können, das er sich bis jetzt freiwillig der gehässigsten Verleumdung gegenüber auferlegt habe. Er habe diese Erklärung im Interesse seiner Würde als Schriftsteller und Publicist gegeben, nicht aber, um sich zu vertheidigen, was er zu thun verschmähe. Ein Mitglied der Linken, sowie der Präsident bestätigen die Thatsachen, für deren Bekräftigung der Redner sie aufgerufen; wie dann Jemand anders bemerkt, Louis Blanc sei auf seinem Platze geblieben, während so Viele ihre Sitze verlassen hatten, beginnt wieder eine jener tumultuarischen Scenen, worin die Nationalversammlung wie ihre Vorgängerin, die Deputirtenkammer, so reich ist. Schließlich wurde dann, wie wir bereits berichteten, der Antrag von Cremieux, die Sache an eine Kommission zu verweisen, angenommen. Als die Nationalversammlung sich in die Bureaux zurückzog, war indessen die Stimmung eine sehr aufgeregte, zumal da es hieß, vier Abgeordnete seien als Zeugen gegen ihren Kollegen aufgetreten, und Louis Blanc hatte diese Zeugnisse für falsch erklärt. In den Bureaux ging dann, wie zu erwarten war, die Neigung dahin, die Verhaftung des Abgeordneten einmeder gar nicht oder doch nur auf die gründlichste Untersuchung hin zu genehmigen. Am nächsten Freitag (2. Juni) soll der Bericht abgestattet werden.

Man kann sich denken, wie dieser Vorfall in die vorhandene Aufregung als erwünschter Zündstoff hereinfällt; der Lärmruf „Reaktion!" „Reaktion!" hat jetzt einen neuen Anlaß gefunden, und auf allen Gassen wird die Angelegenheit Louis Blanc's zum Gegenstand der Verhandlung gemacht. Am nächsten Sonntag (4.) soll das große Arbeiterbankett von 150,000 — 200,000 Proletariern bei Vincennes stattfinden, und es ist natürlich, daß man diese Demonstration, die gegen die Regierung gerichtet ist, eifrigst benützen wird, um mit der Anklage gegen Louis Blanc von Neuem zu schüren. Die ganze Nationalgarde und die Truppen werden unter den Bajonetten stehen; denn man befürchtet mehr als ein Bankett — die republikanische Regierung scheint bereits da angelangt, wo sich die Julyregierung mit den so harmlosen Reformbanketten angekommen sah. Wir glauben zwar nicht, daß das Quinibanket das werden wird, was die Februarbankette waren, aber daß dieser unnatürliche Zustand fortwährender Aufregung und Besorgtheit, dieses stete unter den Waffen Stehen nicht lange dauern kann, ist ebenso gewiß. Paris muß die eine Hälfte der Woche Schildwache stehen, um die andere Hälfte wieder ein paar Stunden Ruhe zu haben. Diese Spannung muß nothwendig zu einem gewaltsamen Bruche führen oder zu einer Abspannung, deren Folge die Sehnsucht nach ruhigen und festen Zuständen sein wird. Dann wird es Zeit sein, „Reaktion!", „Reaktion!" zu rufen.

Die Regierung selbst scheint das zu fühlen und will eingreifen. Es sollen, so wird bestimmt versichert, Gesetzentwürfe vorgelegt werden gegen die Zusammenrottungen und die öffentlichen Anschläge. „Ölf mit, Herr und Meister, sie ich rief, die Geister werd' ich nun nicht los." Wenn sie nur die Regierung dabei nicht von einem kleinen Polizeigeiste beherrschen läßt und in den Fehler ihrer Vorgängerin verfällt! Es geht fast so aus, wenn heute in sehr ernster Weise behauptet wird, gegen einen unglücklichen Pariser Epicier, der für die Ernährung Joinvillet zum Abgeordneten zu wirken suchte, solle gerichtlich verfahren werden! Also auch hier will man durchaus Märtyrer haben! Und doch könnte nur die Schwäche einer Regierung, ihr Mangel an Halt und Energie die Candidatur Joinvilles fördern, nicht aber die unschuldigen Wahlumtriebe eines Pariser Gemüsekrämers.

## Oesterreichische Monarchie.

Agram, 23. Mai. Der Ban von Kroatien, Baron Jellachich, gegen den wegen Hochverrathe die Kriminaluntersuchung eingeleitet war, hat sich den Verordnungen des ungarischen Ministeriums unterworfen, seine Unterwerfung in der Kroat. Zeit. publicirt und in derselben auch die Bewohner Kroatiens, Slavoniens und Dalmatiens zum Gehorsam gegen das ungarische Ministerium aufgefordert. (D. Z.)

*) Da wir gerade bei Mißverständnissen und Berichtigungen stehen, so erlauben wir uns hier anzuführen, daß in Nr. 153 im Artikel Großbritannien von einer „monarchischen" Parteirede die Rede ist, wo es „anarchisch" heißen soll; ferner muß es in Nr. 152 heißen: „Sicherlich könnten die Herren unter dieser anarchistischen Kateine und Verdunkelheit nicht ruhig schlafen; sie müßten Etwas thun, um den Riegen abzumachen", statt konnten und mußten.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

## Einige Bemerkungen zu dem „Entwurf des deutschen Reichsgrundgesetzes“.

Dieser Entwurf, verfaßt von den siebenzehn Vertrauensmännern in Frankfurt, ist nunmehr in der Deutschen Zeitung erschienen und damit die Besprechung desselben eröffnet.

So groß und schwierig die Aufgabe der Bearbeitung eines solchen Entwurfes schon an sich gewesen ist, so wurde sie doch noch durch die in mannigfachen Beziehungen ungünstigen Zeitverhältnisse viel schwieriger gemacht, und man muß erkennen, wie jene Männer des Vertrauens in so kurzer und bewegter Zeit ihrer erhabene Aufgabe auf eine so glänzende Weise lösen konnten. Ueberall zeigt der Entwurf ihre klare Erkenntniß der Gebrechen der Vergangenheit, der Bedürfnisse der Gegenwart und der Mittel zur Befriedigung sowohl dieser als der kommenden Zeiten und Geschlechter. Kurz und bündig, klar und faßlich enthält der Entwurf in 30 Paragraphen die verfassungsmäßigen Bestimmungen für ein ganzes, tief erschüttertes Reich, die — werden sie bestätigt und aufrichtig vollzogen — unserem Vaterlande Heil und Segen und ihren Urhebern den reichen Dank der Nachwelt bringen werden.

Wenn diese Paragraphen manche wichtige und gewöhnlich selbst in besseren Verfassungen aufgenommene Bestimmungen nicht enthalten, so mag der Grund hierzu wohl in der Ansicht der Vertrauensmänner gelegen haben, daß einige derselben zur Aufnahme in den vorliegenden Entwurf sich nicht eigneten, andere — wenn solche schon geschehen — passender in den einzelnen Landesverfassungen aufgenommen und noch andere zuerst bei dem Ober- und dem Unterhaus zur Berathung und Beschlußnahme gebracht werden müßten. Dies darf indessen nicht hindern, schon über diese, wie über den Entwurf selbst einige Bemerkungen in diesen Blättern wenigstens andeutend niederzulegen, damit die öffentliche Stimme sich über die darin besprochenen Gegenstände ausspreche.

Die vaterländische Erde ist ein zu kostbares Gut, als daß wir nicht auf jede Weise suchen müßten, sie zu erhalten, zu schützen und selbst, wenn es auf natürliche und rechtmäßige Art geschehen kann, zu erweitern. Es möchte daher im §. 1. des Entwurfes die Bestimmung hinzuzufügen sein, daß kein Theil des Reichsgebietes, sei es durch Tausch oder aus anderem Grunde, ohne ausdrückliches, reichsverfassungsmäßiges Gesetz veräußert, und kein noch nicht zu dem Reichsgebiet gehöriges Land ohne ein solches Gesetz mit Deutschland verbunden werden könne.

Nicht lange nach den Freiheitsjahren von 1813 bis 1815 hatten hochherzige deutsche Fürsten aus reinem Vaterlandsgefühl sich erboten, ihre kleinen Lande mit deren Zustimmung einem benachbarten größeren zu vereinigen, wodurch sie künftig nur als erste Standesherren betrachtet worden wären. Da sich solche hochherzige Gesinnungen wieder erneuern könnten, so dürfte dem §. 2. des Entwurfes beizufügen sein, daß in solchem Fall, und wenn die lebenden Erbfolgeberechtigten zustimmten, eine solche urkundlich zu machende Vereinigung als von dem Reiche anerkannt betrachtet und geschützt werden solle. — Außerdem möchten noch in einem eigenen weiteren Paragraph nachfolgende für Deutschland Wohl und Ehre hochwichtige Verhältnisse reichsgrundgesetzlich zu bestimmen sein: daß nämlich kein deutscher regierender Fürst oder dessen direkter Nachfolger im Dienst oder Unterthansverbande eines anderen Fürsten, am wenigsten eines außerdeutschen, stehen dürfe; — ferner, daß ohne ausdrückliche, reichsverfassungsmäßige (§. 29. des Entwurfs) Ermächtigung des Reichstages künftig kein Fürst gleichzeitig die Regierung eines deutschen und eines außerdeutschen Staates übernehmen dürfe, und daß, wenn in Folge eines Erbrechts, einer Wahl oder aus anderem Grunde einem deutschen regierenden Fürsten ein auswärtiges Land, oder einem fremden regierenden Fürsten ein deutsches Land zufallen würde, alsdann jenem Fürsten nur die Wahl zwischen einem von beiden Ländern bleiben und das nicht gewählte Land je nach der bestehenden Erbfolgeordnung dem nächsten Agnaten oder Kognaten anfallen müsse.

Es würden — §. 3. lit. a. des Entwurfes — die Deutschen sich immer mehr nähern und befreunden, der Oberbefehl leichter und sicherer geführt werde können, wenn die innere und äußere Organisation des gesammten Heerwesens, sowie die Militärstrafgesetzgebung eine und dieselbe wäre, wobei das großherzoglich hessische Militärstrafgesetzbuch von 1822 mit seinen spätern Erläuterungen in sehr vielen Beziehungen als Muster dienen könnte.

Aehnliche Wirkungen würden ohne Zweifel gleichmäßige Anordnungen hinsichtlich der meisten der in diesem §. des Entwurfes noch folgenden Bestimmungen haben.

Durch die unter lit. k. jenes §. beigefügte Bedingung: „insoweit eine solche (Gesetzgebung) zur Durchbildung der Einheit Deutschlands erforderlich ist“ — scheint insinuiren zu wollen eine gleichmäßige Rechtsgesetzgebung einschließlich der Gerichtsbarkeit für ganz Deutschland in Frage gestellt. Die Zustimmung und Ertheilung beider würde ganz Deutschland bis in seine kleinsten Theile noch enger vereinigen; es würde dadurch noch ein festeres Band um das Ganze geschlungen und das Volksgefühl wahrer Einheit würde erstarken. Die Erfahrung in den Rheinlanden hat und noch gelehrt, wie theurer solche Rechte dem Volke sind und es möchten dies Motive genug sein, die allgemeinen Wünsche und selbst Bedürfnisse im hohen Interesse des ganzen Vaterlandes zufrieden zu stellen.

Bei der im §. 5 bestimmten Erblichkeit, welche auch noch den in dem Vorwort des Entwurfs angeführten Gründen als das dem deutschen Vaterland entsprechen Beste betrachtet werden muß, wurde wohl unterstellt, daß sich dieselbe nach den Hausgesetzen derjenigen fürstlichen Familie richte, aus welcher der Kaiser erwählt würde. Sollte aber nicht bei der Verschiedenheit der Ansichten und Grundsätze zur möglichsten Vermeidung aller Zweifel bestimmt werden, wann der zur Erbfolge berufene Kaiser als volljährig zu betrachten, sonach im Stande ist, die ihm erblich anerfallenen kaiserlichen Rechte selbst auszuüben; ebenso — wer im Laufe der Unmündigkeit des Kaisers, oder im Fall Gründe zu einer Kuratel vorhanden sein sollten — unter welchen Bedingungen und mit welchen Rechten die Regentschaft zu übernehmen und wann, sowie auf welche Weise der Regent sich derselben zu begeben hätte?

Um so viel möglich alle Mißbräuche und die daraus hervorgehenden Nachtheile zu vermeiden, möchte es räthlich erscheinen, hinsichtlich der in dem §. 7 erwähnten Reichsbeamten und Officiere zu bestimmen, daß sie von dem Kaiser nur bis zu einem Drittel aus den Angehörigen des Landes ernannt werden könnten, welches von demselben als erblichem Landesfürst regiert wird.

Es könnte der Fall vorkommen, daß der Kaiser die Beschlüsse des Reichstags nicht verbündigen ließe, selbst wenn sie mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit gefaßt worden wären. Es möchte deßhalb in §. 8 Vorsorge hierüber zu treffen und selbst zu bestimmen sein, daß die Beschlüsse des Reichstags, wenn sie in den beiden nächsten Versammlungen wiederholt werden, auch wenn die kaiserliche Verkündigung nicht erfolgte, als Gesetz betrachtet werden sollen.

Wenn gleich am Ende des §. 9 nicht ausdrücklich bemerkt ist, daß die von dem Kaiser abgeschlossenen Verträge, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse dem Reichstag mitgetheilt werden sollten, so dürfte dies doch zur Vermeidung möglicher Zweifel und Anstände nöthig und dabei gleichzeitig hinzuzufügen sein, daß die Verträge und Friedensschlüsse Nichts gegen die Verfassung enthalten und etwaige geheime Artikel nicht dem Inhalt der öffentlichen widersprechen dürften.

Nach §. 13 des Entwurfs dürfte, um einem, wenn auch nicht wahrscheinlichen, doch denkbaren Falle vorzubeugen, zu verfügen sein, daß ein Mitglied des einen Hauses nicht auch Mitglied des andern sein könne.

Wenn bezüglich des Vorsitzhauses — §. 16 — das Oberhaus zwar in den einzelnen Aufgaben Nichts ändere, wohl aber denselben ganz verwaist und das Reichsministerium keinen anderen Vorsitzhaltig mittheilte, so fehlt eine Bestimmung darüber, ob alsdann die Stimmen des Ober- und Unterhauses gegleich zur definitiven Entscheidung zusammengezählt, oder der Reichstag aufgelöst und durch Wahlen neu gebildet werden solle, damit dem neu ernählten Reichstag der Vorsitzantrag zur endlichen Entscheidung mitgetheilt würde.

Auch fehlt in §. 16 die Vorschrift, daß der Reichstag berechtigt wäre, von Jahr zu Jahr urkundlichen Nachweis über die verwilligten oder eingenommenen, resp. voranschlagsmäßigen Gelder zu verlangen, und ebenso in §. 25. lit. a., daß diese Berechtigung auch den Vertretern in den einzelnen deutschen Landen zustehen solle.

Abgesehen von diesen besonderen Bemerkungen, dürfte noch zu erwägen sein, ob nicht zu mehrerer Sicherheit der Verfassung und deren Ausführung noch ein beständiger Ausschuß, sowie ein Reichskontrol- und Rechnungshof errichtet werden sollte.

Meines Dafürhaltens dürfte theils zur fortwährenden Sicherung des Vollzugs der Reichsverfassung und der Reichstagsbeschlüsse, theils um in außerordentlichen Fällen, deren dringende Erledigung die augenblickliche Versammlung des Reichstags ganz unmöglich macht, diesen Stelle in jenen Beziehungen, soweit nöthig, der Reichsregierung gegenüber zu vertreten, — ein Ausschuß von 50 Mitgliedern des Reichstags am Schluß jeder ordentlichen Versammlung von dieser bis zu ihrem Wiederzusammentritt in der Art erwählt werden, daß jedes Haus die Hälfte der Mitglieder ernennen würde. In ersterer Be-

Digitized by Google

ziehung hätte sich der Ausschuß von den wichtigen und allgemeinen Verfügungen der Reichsregierung in Kenntniß zu erhalten, geeigneten-falls motivirt bei derselben Verwahrung einzulegen oder Vorstellungen und Beschwerden zu erheben und in Nothfällen selbst den Reichstag außerordentlicher Weise zusammen zu berufen. Bei dem Zusammentritt des Reichstags würde der Ausschuß demselben Rechenschaft über seine Thätigkeit abzulegen haben, welche während der Dauer eines außerordentlichen Reichstags ruhen und mit dem Beginn des nächsten ordentlichen Reichstags erlöschen würde.

Der geregelte und sichere Gang der Verwaltung, insoweit sich dieselbe auf Einnahme und Ausgabe bezieht, die Erleichterung und überhaupt das Interesse sowohl der höchsten Reichsbehörde als des Reichstags, welcher unmöglich in der verhältnißmäßig kurzen Zeit seines Zusammentritts die ihm vorgelegt werdenden Staatsrechnungen nebst Urkunden mit der erforderlichen Umsicht und Gründlichkeit zu prüfen vermöchte, endlich das öffentliche Vertrauen lassen es meines Erachtens nicht bloß als zweckmäßig, sondern auch als nothwendig erscheinen, daß für das ganze Reich unabhängig von dem Reichsministerium ein selbständiges Kontrol- und Rechnungs-Revisions-Kolleg mit einem aus der nöthigen Anzahl tüchtiger Rechner bestehenden Hilfspersonal errichtet werde. Dieses Kolleg würde aus theoretisch und praktisch gebildeten Rechnungsbeamten bestehen, von welchen ein Drittel der Kasser, das andere Drittel das Ober- und das letzte Drittel das Unterhaus auf Lebenszeit zu ernennen hätte. Der Hof wählte seinen Präsidenten und Vicepräsidenten aus seiner Mitte und hätte seinen Sitz in Frankfurt oder in der nahe gelegenen vormaligen freien Reichsstadt Friedberg in der Wetterau. Unvereinbar mit der Stelle eines Mitgliedes des Rechnungshofs müßte die Mitgliedschaft des Ober- und Unterhauses und die Bekleidung jedes andern Reichs- oder Staatsamts sein. Eine Dienstveränderung der Mitglieder könnte nur mit ihrem Willen oder durch Urtheil und Recht erfolgen. — Dem Hof müßten zum Behuf der ihm obliegenden Kontrole alle Etats, sowie die etwaigen späteren Aenderungen daran mitgetheilt werden, damit derselbe bei seiner weiteren Thätigkeit prüfen und beurtheilen könnte, ob die Einnahmen gehörig eingezogen und die Ausgabenetats nicht überschritten worden sind. Um den Hof zu Diesem und Jenem in den Stand zu setzen, müßten ihm von Zeit zu Zeit etwa monatweise von den betreffenden Hauptrechnern beglaubigte Bücher- und Kassen-Abschlüsse nebst den Situationsetats mitgetheilt werden, damit der Hof solche mit den ihm früher zugestellten Einnahmen- und Ausgabenetats vergleichend prüfen könnte. Fände derselbe hierbei einen oder den andern wesentlichen Anstand, so würde derselbe, wie das überhaupt auch ohne solche Veranlassung von Zeit zu Zeit geschehen müßte, eine Visitation der Bücher und der Kasse des Rechners vornehmen, und sowohl dabei die etwaigen Irrungen nicht beseitigt werden könnten, nöthigenfalls Bücher und Kassa vorläufig in Beschlag nehmen und der dem Rechner vorgesetzten Behörde Mittheilung zu dem Zwecke machen, damit derselbe zur Gericht gestellt würde. — Dagegen möchte der Zweck jenes Hofs als Rechnungs-Revisionsbehörde im Allgemeinen darin bestehen: dem gesammten Rechnungswesen, namentlich dem Rechnungs-Revisionswesen des Reichs eine feste, einheitliche und gleichförmige Geschäftseinleitung zu geben, wonach der Reichs-Rechnungshof untersuchen und beurtheilen müßte, ob alle Einnahmen, die nach Maßgabe des Reichsetnanz-Voranschlags eingehen sollten, vollständig erhoben und verrechnet, die Ausgabeposten vorschriftsmäßig richtig gestellt, solche überhaupt alle für die Rechnungsführung ertheilten Vorschriften beobachtet worden sind, und worüber der Hof auf Verlangen dem Reichstag jederzeit vollständige und urkundlich belegte Auskunft zu geben hätte. Insbesondere möchte derselbe darauf zu achten haben, daß sämmtliche Reichsverwaltungsrechnungen in dreifacher Ausfertigung mit den sie beurkundenden Belegen in der gesetzlich zu bestimmenden Frist einträfen. Sodann müßte der Hof die eingereichten Rechnungen in formeller und materieller Beziehung strenge prüfen, die etwa nöthigen Erinnerungen dem Rechner zugehen lassen, um sie in gesetzlicher Frist zu erledigen. Dessen Erläuterungen wären alsdann von dem Hof ebenfalls zu prüfen und nach Befinden weitere Erläuterungen zu verlangen oder definitiv zu entscheiden. Hierauf müßte der Hof die Rechnung abschließen und als richtig gestellt erklären, was Alles in einer ebenfalls gesetzlich zu bestimmenden Frist von der Zeit des Einlangens der Rechnung an zu geschehen hätte, damit ein Exemplar der abgeschlossenen Rechnungen rechtzeitig dem Reichstag, ein anderes dem Reichsfinanzministerium — beide ohne Urkunden, welche bei dem Rechnungshof verbleiben — mitgetheilt werden könnten. Im Falle bei der Revision wesentliche Unordnungen, Nachlässigkeiten oder wahrscheinliche Veruntreuungen wahrgenommen würden, hätte der Hof sogleich auf Feststellung des Thatbestandes, Untersuchung und Abhilfe das Geeignete einzuleiten. — Endlich müßte es dem Hof zur Pflicht gemacht werden, überall, wo sich Gelegenheit dazu darbietet, dem Finanzministerium auf Erfahrungen gegründete Vorschläge zur Vereinfachung und Verbesserung in der Verwaltung des Kasse- und Rechnungswesens zu machen, sowie demselben auf Erfordern Auskunft zu geben und Gutachten zu erstatten.

Dies sind die wichtigeren Bemerkungen, welche sich mir bei Durchsicht und Prüfung des Verfassungsentwurfs aufdrängten. Gerne wollte ich sie unterdrücken sehen, wenn nur der Verfassungsentwurf der Vertrauensmänner in seiner ganzen Integrität bestehen bliebe. Dies wird von der Majorsammlung der Vertreter des deutschen Volks und der deutschen Staatsregierungen abhängen. Berufen scheint auf dem besten Wege; Oesterreich schwierig. Möchte es erkennen, wie ihm alle Deutschen im Süden, Westen und Norden die Hand zum ewigen Bunde bieten und wie ihre Herzen ihm entgegenschlagen würden, wenn auch die Deutschen im Osten und die mit ihnen Vereinten — welchen der Verfassungsentwurf hinsichtlich ihrer Sprache, des Unterrichts und der innern Verwaltung Rechnung trägt — uns mit Hand und Herz entgegenkommen. Möchte Oesterreich nicht Anstoß nehmen an den ertrennen Parteien des Südstaates. Es sind nur wenige Oesterreichpublikaner und Reaktionäre, die Nichts gelernt und Nichts vergessen haben. Jene oder doch ihre Führer sind bis jetzt noch die verwerflichsten; denn sie haben ihre Ansicht nicht auf dem Weg der Ueberzeugung, sondern mit frechem Uebermuth durch rohe Gewalt und mit dem Blut ihrer Mitbrüder in einem Augenblicke zu erzwingen gesucht, in welchem das Vaterland eine glückliche und dauernde Umgestaltung nur durch festes Anschließen der großen Mehrheit der Edelsten und Besten des deutschen Volks erringen konnte. Ihrer Richtswürdigkeit ist nur ihre Hinterlist und Feigheit zu vergleichen! Will deßhalb Oesterreich diesen freothaften Geschlechte indirekt nicht selbst seine Unterstützung verleihen, will es vielmehr stark und mächtig in und mit Deutschland sein, so vergesse es den Ruf seines edlen greisen Erzherzogs Johann nicht: „Kein Oesterreich, kein Preußen, sondern nur ein einiges, freies, starkes Deutschland!“

**Hessen.** **Darmstadt, 1. Juni. Sie besprachen in Ihrer brutigen Beilage die hessische Militärverhältnisse. Gestatten Sie mir einige weitere Bemerkungen. Die Volksbewaffnung, wie dieselbe nenerdings in deutschen Staaten eingeführt wird, soll auch zur Vertheidigung des Landes gegen äußere Feinde dienen. Die Volksbewaffnung muß deßhalb in einem gewissen Einklang mit der Militärverfassung stehen, und das dies nicht genügend beachtet ist, scheint mir ein Mangel der neuesten Bürgerwehrgesetze. — Deutschland in der Mitte des Festlands von Europa umgeben von Staaten, die stehende Heere haben, dabei geschichtlich das Schlachtfeld für alle europäischen Kriege, kann unmöglich ein stehendes Heer ganz entbehren. Man führe aber eine allgemeine Militärdienstpflicht ein, ohne alle Stellvertretung und ohne Bevorzugung der Gebildeten, bestimme eine möglichst kurze aktive Dienstzeit, (1—2 Jahre) nachher Versetzung zur Reservearmee und später Eintritt in die Bürgerwehr und organisire diese mit Altersklassen nach den liberalsten Grundsätzen, gestatte möglichst freie Selbstvormaltung, eigene Wahl der Führer und Schwurgerichte zur Aburtheilung der Dienstvergehen und Ausstoßung der durch Unsittlichkeit Unwürdigen. Auf diese Weise und vielleicht nur auf diese Weise wird man zugleich eine freie Volksbewaffnung und ein gut eingeübtes Heer haben. — Unsere 2. Kammer hat vor Kurzem bei Berathung des Bürgerwehrgesetzes beschlossen, die Staatsregierung zu ermächtigen, die Bürgerwehr, so lange nicht in ganz Deutschland gleiche oder ähnliche Institute bestehen, vorläufig nur in einzelnen Gemeinden, in welchen es gewünscht wird, ins Leben treten zu lassen. Wenn man auf das „Ermächtigen“ den Nachdruck legt, so darf auch die Regierung das Gesetz auch allgemein einführen. Wollte aber die 2. Kammer, wie es nach der Diskussion wahrscheinlich ist, der Regierung untersagen, da eine Bürgerwehr einzuführen, wo man sie nicht wünscht, so ist die Publikation des Gesetzes überhaupt unmöglich. Denn eine Bürgerwehrpflicht nur für die Bewohner einzelner Orte ist ein Unding, und eine Unmöglichkeit ist's, die souveränen Gemeindemitglieder darüber abstimmen zu lassen, ob sie sich vielleicht dem Landesgesetz unterwerfen wollen. Das wäre eine Anerkennung des Prinzips, nach welchem die Mainzer Radikalen dem von Kammern und Regierung verabschiedeten Gesetz über die Wahlen zum Parlament vermöge der ihnen zustehenden Volkssouveränität sich nicht haben unterwerfen wollen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von C. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei dem Agenten d. Verl. Mr. Thornbeck, Edinburgh. Portugal und Nordamerika können Bestellungen in Commission Nr. 20 Bruxelles. Journal Nr. 20 Rotterdam Journal de Rotterdam.

# Deutsche Zeitung.

Die Quartalpränumeration beträgt bei Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt 1 fl. 45 kr. — Journal von Postämtern in Umfang des Großherzogthums Baden 1 fl. 12. 30 kr. Für Ausländer wird der Betrag einer preußischen Postquittung mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 157. Heidelberg, Dienstag 6. Juni. 1848.

## Uebersicht.

„Deutschland und Friedrich Wilhelm IV." — **Wien** (das Geschenk von Konvent. Die Prügelstrafen bei dem Militär. Verfügung des Sicherheitscomité's. Graf Lamark. Eine Deputation in Innsbruck verhaftet. Verfassungsfest. Proklamation an die Arbeiter). **Prag** (ein italienischer „Verfassungsfest"). **Berlin** (Gährung. Beabsichtigte Demonstrationen. Der Prinz von Preußen. Die russische Politik in Dänemark. **Posen** (Hilferuf an die Deutschen). Vom **Niederrhein** (Schutz der nationalen Arbeit. Anträge des rheinisch westfälischen Gewerbevereins). Vom **Rhein** (erste Nummer der „neuen rhein. Zeitung". Ihr Einfluß auf die Kölnische Zeitung). **München** (Beiträge für die Flotte. Die deutsche Kokarde. Polizeieingaben alten Styls. **Dresden** (ministerielle Erklärung über eine angebliche preußische Note). **Mannheim, Lahr** (Parlamentswahlen). **Schleswig** (die Ständeversammlung einberufen, die Dänen in Aprerade, ein neues Treffen). **Flensburg** (Beschießung des Schlosses Gravenstein. Der Rückzug Wrangels). **Altona** (Gerüchte über den Waffenstillstand. Flüchtlinge aus Nordschleswig. Die letzten Gefechte). **Hamburg** (der Marinelongrest; ein Marinenausschuß in Kiel). **Frankfurt** (die Kommission für die exekutive Behörde).

**Großbritannien.** Parlamentsverhandlungen: Eine kleine Niederlage der Regierung. Die Angelegenheit Hr. Mitchells.

**Frankreich.** **Paris.** Verhandlungen der Nationalversammlung. Die Verhaftnahme Louis Blancs genehmigt. Aufgeregte Stimmung. E. Thomas.

**Oesterreichische Monarchie.** Von der **Weichsel.** Einfall poln. Insurgenten erwartet; Schwäche der slavischen Sympathien.

**Ungarn.** **Pressburg.** Zusammenberufung des Reichstags.

**Italien.** **Verona** (Sieg der Oesterreicher bei Curtatone. Einer entscheidenden Schlacht entgegenzusehen. Generalsmarkten bei Treviso).

---

**Heidelberg**, 5. Juni.

Indem wir dieser Tage einen Blick auf die Masse der neuesten politischen Flugschriften warfen, fanden wir uns besonders von Einer unter dem Titel: „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV." gefesselt. Selten wird man eine trockene Staatsschrift lesen, die man mit so bewegtem Gemüthe niederlegt. Sie regt grundtiefe Betrachtungen über das tragische Lösungswort dieser Tage, jenes Zuspät, an, das in einer dichterreichen Zeit Quell und Seele einer ganzen Periode tragischer Dichtung werden könnte.

Folgendes sind in der Kürze die Thatsachen, die wir aus dieser Schrift erfahren, und die die Presse, wenn sie gerecht sein will, sich bereiten muß auszubreiten.

Als das preußische Manifest vom 18. März erlassen wurde, so war es nicht anders möglich, als daß es den Menschen befremdend und unmotivirt erschien und nur erklärbar, wenn man es durch die neuesten Ereignisse abgerungen dachte. Dies mochte auch außer den unseligen Ereignissen, die seine Veröffentlichung begleiteten, eine mitwirkende Ursache sein, warum das Patent nicht mit der Freudigkeit aufgenommen wurde, die sein Inhalt in Anspruch nahm, ja warum es nicht einmal die Mißstimmung gegen die Person des Königs zu mildern vermochte. Die vorliegende Schrift nun legt dar, daß die Bestrebungen des Königs von Preußen für eine Belebung und Aufrichtung des deutschen Bundes lange her datiren und in sehr wesentlichen Punkten schon die Forderungen umfaßten, die nachher seit den Februarereignissen im Volke laut wurden. Schon 1840 kündigte der König in Dresden dem Fürsten Metternich seinen Entschluß an, Anträge über eine Regeneration des deutschen Bundes an das Wiener Kabinet zu bringen. Die Verbesserungen im deutschen Heerwesen seit 1841, die Bundesfestung, der Festungsbau von Rastatt und Ulm gehört in die Reihe der Reformen und Thätigkeiten, die Preußen anregte, für die es Opfer darbot. Von drei Seiten aber warfen sich Schwierigkeiten und Hemmnisse in den Weg: von Seite Oesterreichs, von Seite einiger kleineren Bundesstaaten und von Seite der Bureaukratie um den König her. Im Sommer 1845 regte der König in Stolzenfels die Sache bei Metternich von Neuem an. Es erschien ein österreichischer Bevollmächtigter in Berlin, aber Erfolge wurden keine erlangt. Man dachte nun in Berlin darauf, aus dem Dunkel der Kabinetsverhandlungen herauszutreten und sich im Geiste der Nationen Verbündete zu suchen. Man wollte die Presse zunächst frei geben. Aber das Beamtenthum war auch hier mächtiger als der König; man würde, hieß es 1843, gegen die Bundesgesetzgebung durch Freigebung der Presse verstoßen. 1847 drang daher Preußen beim Bundestage selbst auf Aufhebung der Censur und unterstützte den Antrag Würtembergs auf Veröffentlichung der Bundesprotokolle. Aber der Bundestag machte im September Ferien, und nach den Ferien blieb der Präsidialgesandte weg! Der König war nun entschlossen, diesem fetten Entschlüpfen und Ausweichen von Seite Oesterreichs ein Ende zu machen. Er ließ sich vom General v. Radowitz den Plan der Regeneration Deutschlands vorzeichnen, und die Denkschrift, die der König genehmigte, ist hier unter den Aktenstücken abgedruckt. Sie trägt der Deutschen Forderung nach Gemeinschaft und Einheit Rechnung und nennt sie treffend den „populärsten und gewaltigsten Gedanken im Volke, ja den einzigen, der noch außerhalb und über den Parteien steht, den einzigen, dem die Gegensätze des Stammesunterschiedes, der kirchlichen Scheidungen und der politischen Doktrinen sich noch unterordnen, den einzigen daher, auf dem noch eine feste Staats- und Lebensordnung zu errichten ist." Der angerathene Weg ging dahin, durch den Bund die Wehrhaftigkeit, den Rechtsschutz (durch ein Bundesgericht) und die materiellen Interessen (durch Ausdehnung des Zollvereines und Einheit in Gesetzgebung) zu stärken und zu fördern. Die Absicht war, den österreichischen Hof zur Gemeinsamkeit des Handelns zu vermögen und einen Kongreß zu berufen, der die herzustellenden Reformen angreifen und verkünden sollte. Sollte Oesterreich sich fortwährend unbeweglich zeigen, so wollte Preußen die Sache direkt vor den Bund bringen. Und hätten die Benützungen auch hier keinen Erfolg, so sollte den preußischen Ständen und ganz Deutschland öffentlich Rechenschaft gegeben werden: und Preußen hätte dann wie im Zollverein fortgefahren, die Einigung außerhalb des Bundes zu erringen. So standen die Entschlüsse schon im November 1847. Die Schweizer Händel und die italienischen Ereignisse warfen eine neue Hemmung hinein. So kam der verhängnißvolle Februar heran, der denn allerdings die Botschaft nach Wien dreifte und förderte, und nicht allein den bisherigen Entwürfen, sondern selbst dem Gedanken einer Volksvertretung beim Bunde Eingang schaffte, leider erst, als es mit Fürstenkongressen und Konzessionen aller Art zu spät war. Man begreift nun besser, wie das preußische Manifest in seinen Eingangsworten deutlich auf frühere Schritte zur Regeneration Deutschlands hinweisen konnte, und wie die darin ausgestellten Verlangungen wenigstens zum Theile als die Entschlüsse eines freien Willens und nicht als Abnöthigungen ausgesprochen werden konnten.

Ueberdenkt man sich den Inhalt dieser Schrift, so ist er, wie wir im Eingang sagten, vielleicht um so bewegender, je nüchterner und fälter er übertliefert ist. Er bezeugt noch ein Mal, was wir längst wußten, wie sich am Berliner Hofe und Regiment guter Wille und die traurigste Verblendung in unseliger Weise trifft. Die Männer, die die Dinge in der Hand hatten und allein heben und halten wollten, waren keine Charaktere. Sonst hätte ein verfallener Greis wie Metternich ihre Entwürfe nicht aufhalten müssen, hinter denen sie bei der geringsten Verlautung den Nachdruck der Volksgunst gehabt hätten. Sonst hätte noch viel weniger ein Beamtendünkel sie aufhalten können, gegen das sich der Unmuth der öffentlichen Meinung seit langerher sträubte. Nun in diesen Männern war keine wahrhaft freie Meinung und daher auch kein wahrhaft energischer Wille. Sonst hätte die Presse, wenn auch die Bureaukratie ihre formelle Befreiung hätte hindern können, faktisch nach der Bestellung des Oberrensurgerichts ganz anders entbunden werden können; sonst wäre das Patent vom 3. Febr. nicht nach

Digitized by Google

dem Veto der Erzehenen, sondern nach den Anträgen der Unabhängigeren und Einsichtigeren in dem Ministerrathe ausgefallen. In jenen Männern war kein unbefangener menschlicher Sinn, sonst hätten sie sich nicht so eigensinnig auf eine kirchliche Richtung geseift, die der ganze Volksgeist in Deutschland seit vielen Jahrhunderten verwirft. In jenen Männern war noch weniger unbefangener staatsmännischer Geist, sonst hätten sie es nicht ihre eigene zufällige Willkür walten lassen in Entwürfen, die über Vieler Wohl und Wehe entschieden und die der Vielen Hände und Zustimmung bedurften. In jenen Männern fehlte der rechte, tiefe Ernst des Patriotismus, der sich mit dem Volksleben verwächst in Liebe und nicht in Widerwillen an ihm reibt, sonst hätte w. Radowitz nicht seine Gesprächs geschrieben, die in frivolen Witzen Stände und Ordnungen verletzten, ohne die doch kein Staat bestehen kann. In jenen Männern war die geistreiche Ader, die einzelne Manifestationen des Volkslebens (wie oben aus einer Stelle unseres knappen Auszugs schon hervorgeht) kannte und erfaßte, aber es fehlte ihnen die Anschauung und Kenntnißnahme der ganzen Tiefe und Breite dieses Lebens, sonst würden sie nicht die Voraussetzung gehegt haben, die Wiedergeburt Deutschlands sei die Aufgabe und der Beruf der Regierungen, eine Voraussetzung, die den Glauben voraussetzt, es sei eine Wiedergeburt in Körpertheilen, es sei ein wahrer Besitz möglich ohne Bemühung und ohne Erwerb. Dies war der Grundirrthum, an dem der König litt, daß er „alle Anregungen aus sich selber schöpfte", oder sich von „mehr als Einer Seite darbringen" ließ; nur Eine Seite hätte ihm die rechte Anregung darbringen sollen und können, der Stand der öffentlichen Meinung, die bei dem Unschuldstande der Presse in ihrer echten Gestalt noch zu erkennen war, die Beschaffenheit des öffentlichen Lebens und der Bildungsstand der Nation, von dem ein ganzes Jahrhundert bereits Zeugniß gab. Es sollte Alles erst noch ofroyirt werden, um das sich das Volk in weiteren Kreisen des Vaterlandes seit Jahrzehnden in Bemühungen und Gegenwirkungen selber bemühte. Das hatte in Preußen selbst diese einfressende Verbitterung hervorgebracht, deren unwillkommenen Ausbruch man nun erlebt hat. Und wie mochte man in demselben Augenblicke, da man in dem eigenen Lande nach dem Landtagsabschiede jenen tiefen Unmuth verbreitet, da man eine Unbefriedigung zurückgelassen und ein gänzlich unvollendetes und halbes Werk hinter sich hatte, wie mochte man in demselben Augenblicke diese unermeßliche Aufgabe der Bundesreformen angreifen, mit der man sich in Oesterreich, in einzelnen Bundesstaaten zu den innern Feinden hinter sich noch äußere Feinde vor sich voraus wissend hinzuschaffte? Wie konnte man auf irgend ein Vertrauen in Deutschland hoffen, so lange nicht Preußen in seiner Verfassung dem übrigen Deutschland gleich kam? Wie auf irgend eine Willigkeit, Preußens Führung und Leitung anzunehmen, solange nicht Preußen, wie es dem Führer geziemt, voraus, statt zurück war? Für das, was in Preußen 1847 bestand, war Alles, was von Preußen aus für den Bund geschehen sollte, zu früh; so daß dem Feindseligen sogar der Verdacht aufkommen könnte, man habe sich mit den Verdiensten um den Bund aus den Verlegenheiten zu Hause heraushelfen und die Gedanken von der verkümmerten Landesverfassung ablenken wollen.

Rechte man nicht in neuer Verblendung mit den Schicksalen, die alle diese guten Absichten wegzuschwemmt haben, daß nun auch nicht der kleinste Dank dafür bleiben wird: diese Schicksale sind in der That nur verdient, ja sie sind verschuldet und veranlaßt. Sie sind eine furchtbare Lehre nach Oben, möchten sie auch eine fruchtbare Lehre sein. Aber auch für uns nach Unten hin enthalten sie die Mahnung, daß, was von gutem Willen in jenen Bestrebungen war, nicht zu verkennen. Ihr tragischer Ausgang verdient ihnen unser Mitgefühl. Wie irrig die Meinung, wie unverantwortlich die Abstoßung des besseren Raths war, der nirgends fehlte, weder in Worten noch in Ereignissen, Meinung, Absicht, Wille kann darum doch nicht anders denn als gut bezeichnet werden; und was wohl zu beherzigen ist, es war des guten Willens mehr als irgendwo sonst. Irren ist menschlich, und fürchlich ist es nach der Natur der Sache noch mehr. Aber Irrungen, und vollends gestrafte Irrungen, mit unerbittlichem Hasse zu verfolgen, das ist nicht menschlich und zeugt von feiner edeln Denkart; ja selbst wo es sich in dem Instinkte des Wollens äußert, von keiner edeln Natur.

---

**Oesterreich.** Δ Wien, 30. Mai. Ich muß meine frühere Anzeige, daß der hiesigen Nationalgarde 36 Kanonen bewilligt seien, dahin berichtigen, daß sie ihr mündlich versprochen waren — als aber der Antrag im Ministerrathe verhandelt wurde, entstanden Schwierigkeiten über die Anzahl. Was davon faktisch bewilligt, entfällt folgender Erlaß des Ministerrathe, welcher heute früh durch Plakat bekannt gemacht wird: „Durch Vermittlung des Ministerraths wurden vom Kriegsminister der vereinigten Nationalgarde und exkad. Legion 12 Geschütze anszufolgen bewilligt, welche morgen um 30. Mai zu einer bestimmten Stunde sammt der gehörigen Munition übergeben werden. Wegen Erlangung der noch weiter verlangten wird der Ministerrath bei Sr. Maj. unserem allergnädigsten Kaiser sich thätigst verwenden. Wien, den 29. Mai".

Δ Wien, 31. Mai. Gestern war das Publikum wieder durch Unruhen in den Kasernen in Alarm gesetzt, doch beschränkte sich Alles auf folgenden Vorfall. Ein Soldat sollte 25 Stockstreiche erhalten, aber der Korporal, welcher kommandirt war, hieb Strafe zu vollziehen, verweigerte, zu schlagen, und die ganze Kompagnie, aus Italienern bestehend, nahm seine Partei. Da wurde das Regiment Ungarn herbei beordert, welches auch sogleich anrückte und die italienischen Soldaten entwaffnete. Die in der Nähe befindlichen Arbeiter, in dem Stocke fein konstitutionelles Werkzeug erkennend, rotteten sich zusammen und wollten das verhaftete Militär befreien. Aber dem Zuspruche eines Mitgliedes des Sicherheitskomitées — ein ganz junger Student (Mildner), der durch seine Beredsamkeit einen großen Einfluß auf die Arbeiter ausübt — gelang es, diese Letztern augenblicklich von ihrem Vorhaben abstehen zu machen und auseinander zu bringen, indem er ihnen vorstellte, daß sie nicht in die Militärgerichte eingreifen dürften. Das Sicherheitskomité hat gestern eine Sitzung gehabt und sich sogleich wegen Modificirung der Pflegerstrafe bei dem Militär an das Ministerium gewendet; ferner hat es in dieser Sitzung folgende bedeutende Verfügungen getroffen, um die brodlosen Arbeiter zu beschäftigen: Angriff des Duchstichs des Simmering; Regulirung des Wienflusses zwischen Schönbrunn und Wien; vier große Straßenbauten. Diese Arbeiten müssen öffentlich sein, Arbeiter zu finden, sich aus der Nähe der Studenten, für die sie leben und sterben wollen, zu entfernen. Diese Letzteren üben sonst während den glücklichen Einfluß für Ruhe und Ordnung auf sie aus. — Der Sicherheitsausschuß erließ folgendes Plakat an sie: An die Arbeiter! Liebe Brüder, wackere Freunde! Der Ausschuß der Bürger, der Nationalgarde und der Studenten ist stolz darauf, Euch im Namen der ganzen Bevölkerung für Euern in den Tagen der Gefahr bewiesenen Muth, für den uns geleisteten kräftigen Beistand und für Euer biederes, höchst ehrenhaftes Benehmen den innigsten und wärmsten Dank auszusprechen. Wir erwarten zuversichtlich, daß Ihr lieben Freunde nun ebenso eifrig für die Herstellung der Ordnung sorgen werdet, als Ihr tapfer für die Erlangung unserer Freiheit mitgewirkt. Kehret nun sowie wir Alle zur Arbeit zurück, damit Handel und Wandel wieder belebt werden, und damit nicht durch Stocken aller Geschäfte über unsere Stadt namenlosen Unglück komme. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten wird dafür Sorge tragen, daß alle Arbeitslosen auf Staatskosten Beschäftigung finden. Wien, am 29. Mai 1848. Vom Ausschuß der Bürger, der Nationalgarde und der Studenten.

Der berüchtigte Graf Jasanski hat in Mähren einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in welchem er ihnen sagt, noch sei es zwar nicht Zeit gegen Wien zu ziehen für das Kaiserhaus, sie sollten aber seines Rufes gewärtig sein ꝛc. Das G. K. hat sich mit dem Ministerium in's Einvernehmen gesetzt, um zu bewirken, daß gedachter Graf in Anklagestand versetzt wird. Auch der Erstaatsrath Pilgram hat in Ober-Steier die große Lüge seiner Partei in einer Rede an das Volk zu wiederholen gewagt, die Studenten hätten hier den Kaiser mit Todesdrohungen durch die Gemächer der Burg verfolgt, um die Bauern zu fanatisiren.

Die Stadt Kremsier sandte gleich nach der Abreise des Kaisers eine Deputation an Se. M., um ihn zu bitten nach Wien zurückzukehren. In Tyrol, man sagt in Innsbruck selbst, wurde diese Deputation — auf Veranlassung der reaktionären Partei, welche dort durch die Jesuiten-Kamarilla, den Grafen Brandis an der Spitze, sich gebildet hat — als Aufwiegler verhaftet. Das Ministerium wurde sogleich davon benachrichtigt, und es liegt der Antrag vor, daß sich in Zukunft alle Dep. statt an die Behörden, direkt an die bestehenden Nationalgarden zu wenden haben. Graf Hoyos ist freigesprochen. Ebenso Hübner und Tuvora. Gestern war in dem Saale des Odreons ein Verbrüderungsfest der ak. Legion und der Kompagnie der Nationalgarde des hiesiger Stadtviertels, meistens aus Burreaukraten bestehenden Kärnthnerviertels. Dieses Viertel will in Zukunft deutsches Viertel genannt werden. Von dem Lärm zog die Versammlung mit Musik in die Stadt und brachte verschiedene Nachtmusiken, unter andern eine

Digitized by Google

dem braven Pillersdorf und eine dem Militär auf der Hauptwache des Kriegsgebäudes. Die Soldaten wußten Anfangs nicht, wie ihnen geschah, weil sie in der letzten Zeit Ursache hatten zu glauben, daß man sie hasse. Sie waren so gerührt über diesen Beweis des Entgegenkommens der Nationalgarde und akad. Legion, daß der Jubel lange fortdauerte, und man sich gegenseitig umarmte und brüderliche Einigkeit versprach. Ein neuer Versuch, in der Nacht Barrikaden zu errichten, welchen ein Hr. Beidel leitete, hatte seinen Grund in einem falschen Gerüchte über Anrückung von Militär. Eine Verordnung des Kommandanten der Nationalgarde hält bis zur Auslieferung von 36 Kanonen die Barrikaden in der Nähe der Universität aufrecht, die übrigen sind beinahe spurlos verschwunden; ihre Anzahl betrug im Innern der Stadt 240. Das gestern in der W. Z. enthaltene Manifest des Ministeriums findet großen und allgemeinen Beifall. Man bemerkt mit Freude, wie entschieden es spricht, seit es von dem Einfluß der abgezogenen Kamarilla befreit ist.

**Prag**, 26. Mai. Die brüderlich es bei dem sogenannten Verbrüderungsfeste von czechischer Seite herging, erfahren wir nun nachträglich. Man hörte Nichts als Czechisch; dem Deutschen Parlamente wurde ein Pereat gebracht und Spottlieder auf die Deutschen gesungen. Das war die Verbrüderung! Während des Festes kam der vor den Magyaren geflüchtete Jurban aus Agram; unendlicher Jubelruf „Slaoa!“ empfing ihn; die Nationalgarde, welche den Namen Swornoß (Eintracht) angenommen, umringte ihn. Er sprach nun Angesichts von den Stamm und ihrer Unterdrückung, zum ersten Male aber umschlinge alle Stämme die Swornoß, es sei die Zeit der Waffen, des Kampfes gegen die Unterdrücker gekommen. Die Deutschen hörten das Alles ruhig mit an und wußten nicht, was sie zu der neuen Eintracht und der Verbrüderung sagen sollten. (K. Z.)

**Preußen.** †† **Berlin**, 2. Juni. Ungeachtet des Regenwetters, welches gestern den Mittag eintrat, dauerten die Bewegungen auf den Straßen bis in die Nacht lebhaft und ununterbrochen fort. Erhebliche Konflikte fanden jedoch nicht Statt. Nur Abends gegen 9 Uhr sammelte sich eine ziemlich bedeutende Anzahl Handwerker, denen man Wagaren zugesagt hatte, vor dem Hause des Hrn. v. Alchoff. Da derselbe nicht anwesend war, so ließ man sich von einem Volksredner zum Warten bestimmen. Die Menge zerstreute sich mit der Drohung, am folgenden Tage mit Gewalt zu nehmen, was gutwillig nicht bewilligt würde. — Die Aufregung ist übrigens noch keineswegs gehoben. Der Verein von Behörden, welcher gestern gegen Abend durch Plakate seine Konstituirung anzeigte, hat zu ihrer Dämpfung nicht eben beigetragen. In den Klubs äußerte man sich sehr unwillig über eine Verbindung von Beamten, „die sich fast alle seiner Popularität erfreuen.“ Der demokratische Klub will die Legitimation dieser Verbindung ansechten und die Organisation eines „volksthümlichen Sicherheitskomitée“, d. h. eines Wohlfahrtsausschusses in seinem Sinne ins Werk setzen. Kollisionen werden hiernach unvermeidlich sein. — Es wird von Neuem eine Demonstration beabsichtigt. Der Prinz von Preußen wird in diesen Tagen erwartet, und man glaubt, daß die Landwehr ihn einholen werde. Eine Leichenfeier im Friedrichshain soll der entgegengesetzten Gesinnung der Revolutionspartei als Ausdruck dienen. Die Handwerker und ein Theil Studentenschaft wollen einen Zug nach dem Grabe der gefallenen Kämpfer unternehmen, und die oppositionelle Landwehr wird sich anschließen. Die Studenten, haben sich für diesen Zweck vereinigt und laden dazu alle Maueransässig zur Theilnahme an dem „die so vielfach gestörten Verbrüderungsfeste Revolution ehrenden Zuge nach dem Grabe ihrer Helden“ ein. Auch an die Nationalversammlung wird eine Einladung gerichtet werden.

**Berlin**, 31. Mai. Der russische Gesandte, Baron v. Meyendorff, hat dem Vernehmen nach nunmehr im Namen seiner Regierung dem hiesigen Kabinete die bestimmte Anzeige gemacht, wie dieselbe die bisher eingehaltene Neutralität in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nicht länger mehr zu bewahren gesonnen sei, Falls Jütland nicht vollständig von den deutschen Bundestruppen geräumt würde; ja, er soll sogar in Aussicht gestellt haben, daß er seine Pässe zu fordern genöthigt sein werde, Falls dem Verlangen der Räumung Jütlands innerhalb einer gewissen Frist nicht vollständig werde genügt werden. (So berichtet die Nachen Z.; Aehnliches steht in schleswig-holsteinischen Blättern zu lesen, sogar in franz. Blätter hat sich dieselbe Nachricht als Korrespondenz verbreitet. Man hat daher alles Recht, entweder die offne Widerlegung dieser Nachricht zu fordern oder, Falls diese nicht rasch erfolgt, an die Richtigkeit derselben zu glauben. Die preuß. Regierung hat die dringendste Verpflichtung, die Nation darüber aufzuklären, ob von Seite einer deutschen Bundesmacht ihr rasches Handeln gefährdet worden ist, oder ob Preußen selbst sich durch die ruff. Drohung so hat in Angst jagen lassen, wie die oben angeführten Nachrichten verstehen).

**Berlin**, 31. Mai. Die Nachr. Z. berichtet: Wir hören, daß der Prinz von Preußen wirklich einige Sitzungen hindurch an den Berathungen der Nationalversammlung in seiner Eigenschaft als Abgeordneter Theil zu nehmen gedenke, hiernächst dann aber, wie bereits früher von uns erwähnt, die Stellvertretung seines Bruders beantragen werde. Es steht jedenfalls zu erwarten, daß der Prinz in der Kammer Veranlassung nehmen werde, sich offen über seine Stellung in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auszusprechen.

* Wir erhalten folgenden Hilferuf aus Posen an das gesammte Deutschland. Deutsche Brüder! Die Schrecken des Bürgerkrieges, welche durch die beklagenswerthe Schilderhebung der Polen heraufbeschworen sind, senden nunmehr von allen Seiten ihre Trauerboten nach unserer Stadt. Die deutschen Einwohner des platten Landes und der kleineren Städte flüchten in Schaaren zu uns. In langen Wagenreihen, welche die eilig zusammengerathte Habe bergen, folgen die Einen den aus ihrer Gegend abberufenen Militärkolonnen, während Andere, durch mordende und plünternde Banden all ihres Hab und Gutes beraubt, in nackter Flucht nur das nackte Leben zu retten vermochten. Ganze Städte sind eingeäschert oder völlig verödet und bis auf das geringste Besitzthum ausgeplündert. Einzelne Häuser dieser Städte haben bereits 60 bis 80 Flüchtlinge aufgenommen. Die Besitzer suchen denselben aus eigenen Mitteln oder, wo diese nicht ausreichen, durch anderer Menschenfreunde milde Spenden die unentbehrliche Kost zu reichen. Die Stadt Posen thut, was sie vermag, aber sie fühlt, daß ihre Kraft nicht ausreicht. Es ist Euch ferner bekannt, daß Hunderte theils in offenem Kampfe, theils meuchlings überfallen, unter Schauder erregenden Gräueln ihr Leben verloren haben. Unter diesen Hingemordeten sind viele Gatten und Väter, deren Familien dadurch dem größten Elende preisgegeben sind. Diesen unglücklichen Wittwen und Waisen, namentlich den Familien der im Kampfe für unsere Sache verwundeten und gefallenen Soldaten, sind wir faleunige Hilfe schuldig! Auch diejenigen Theile der Provinz, die bisher von den Gräueln des Aufruhrs verschont blieben, sind durch die täglich im Zunehmen begriffene Arbeitslosigkeit, durch Stockung des Handels und der Gewerbe, durch die völlige Kreditlosigkeit und die bisherigen Anstrengungen zur Wahrung der deutschen Nationalität wie zur Milderung der uns umgebenden Noth fast durchgängig erschöpft; wir wenden und demnach an Euch Alle, deutsche Männer und Frauen nah und fern, in den weiten Grenzen unseres großen Gesammtvaterlandes, mit dem auch wir jetzt innig verbunden sind, sammelt — wir bitten Euch — Gaben der Liebe und sendet sie uns, denn der Thränen sind viel zu trocknen! Das deutsche Centralkomité ist durch seine eigene Wirksamkeit und die ihm von anderen ähnlichen Vereinen gewordene freundliche Handreichung in der Lage, die Größe der Noth und die Zahl der Hilfsbedürftigen übersehen und dargebotene Hilfe zweckmäßig verwenden zu können. Dasselbe erbietet sich deßhalb, Unterstützung jeder Art entgegenzunehmen, und diese entweder unmittelbar oder durch Vermittelung der hier bereits zu ähnlichen Zwecken ins Leben getretenen Vereine, auf deren freundliche Mitwirkung wir rechnen dürfen, zur Vertheilung zu bringen. Deutschland hat seine mächtige Hilfe bei der Noth unserer Brüder in Oberschlesien thätig bewiesen, das Unglück, das über unsere Provinz hereingebrochen, ist nicht geringer, die Hilfe nicht weniger dringlich, spendet daher mit reichen Händen. Alle verehrlichen deutschen Zeitungsredaktionen ersuchen wir, diesem Aufrufe in den Spalten ihrer Blätter einen Platz zu gönnen, und jede, auch die geringste Gabe, für uns gefälligst in Empfang zu nehmen und zu Händen unseres Schatzmeisters, des Kaufmanns Berger, hierselbst einsenden. Posen, 15. Mai 1848. Der Unterstützungsausschuß des deutschen Centralkomité's. Dr. Barth. Berger. Kieβling. Dr. Hankte. Günter. v. Hasselkrug. Schwerminski. F. Seldemann. Louis Falk. W. Meltinger.*)

II Vom Nieder-Rhein, 1. Juni. Die Freunde einer nationalen Handelspolitik, welche hier besonders im rheinisch-westfälischen Gewerbeverein einen Mittelpunkt gefunden, fangen an, eine, der Wichtigkeit des Moments und dem Nothdrange der Zeit entsprechende Thätigkeit zu entwickeln. Maßnahmen zur Herstellung des unlergrabenen Kredits, des erschütterten Wohlstandes, zum Schutze der nationalen Arbeit sind dringend nöthig. Die bisherigen preußischen Verordnungen dafür sind nur auf Linderung vorübergehender und durch den dermaligen Gährungsproceß hervorlretenden Uebel berechnet, und selbst für

*) Die Red. der D. Z. erklärt sich mit Vergnügen zur Annahme von Beiträgen bereit.

Digitized by Google

diese möchten sie größtentheils unzugänglich sein. Aber hinter jenen Zeitlöhnen stecken noch weit tiefere Gebrechen, die leider zu lange schon am Marke des Volkes gezehrt und die Nationalwohlfahrt beeinträchtigt haben. Es ist hohe Zeit, diesen Gebrechen mit kräftigem Willen und starker Hand abzuhelfen. Wir müssen endlich inhaltlhare Theorien, denen wir bisher nur zu einseitig und zu unserm unermeßlichen Schaden folgten, von uns abschütteln und zum frischen praktischen Handeln vordringen. Die Gesetzgeber müssen endlich einsehen, daß das bisher befolgte System, das so starre Festhalten an den Zollsätzen von 1818 nach dreißig Jahren der gewaltigsten Gewerbsumwälzungen, sowie an Grundsätzen, die schon längst eine den Zeitbedürfnissen entsprechende Fortentwickelung heischten, den unbeschäftigten Händen Tausender den Genuß von Arbeit und reichlichem Lohn entzog und dadurch unsere socialen Zustände wesentlich verschlimmern half. Sie haben auch wohl zu bedenken, daß die ersehnte feste Verschmelzung der deutschen Volksstämme, die Verwirklichung der deutschen Einheit durch Einführung einer wirklich nationalen Handelspolitik unendlich erleichtert, ja vielleicht allein ermöglicht wird. Die Errichtung eines preußischen Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten würde eines sehr günstigen Eindrucks nicht verfehlt haben und als eine Aufmerksamkeit für die Wünsche und Bedürfnisse des Landes angenommen worden sein, wenn nur die rechten Männer dafür auserlesen worden wären. Allein der einflußlose Vorsteher des Handelsministeriums strebt durch seine Antecedentien den Gewerbsstand auch nicht das geringste Vertrauen ein; überhaupt sind manche der einschlägigen wichtigen Verwaltungszweige in den Händen von Personen gelassen, die sich von jeher als Bureaukraten und konsequente Gegner einer nationalen Handelspolitik erwiesen haben. Deßhalb wenden sich die Hoffnungen des Gewerbsstandes mehr und mehr auf die Thätigkeit der Nationalversammlung zu Frankfurt. Doch indem derselbe aus dieser Versammlung die Grundlinien zu einer großen und kräftigen deutschen Handelspolitik hervorgehn zu sehen hofft, will er doch auch feinerseits nicht unthätig für das Werk sein und sucht, in Benützung des Verbindungsrechts, allerwärts Vereine zu gründen, die in festgeschlossener Phalanx gegen Alles auftreten haben, was in Deutschland die Nationalarbeit noch bewegt und die Aktien den Gefahren preisgibt, welche immer mehr aus dem Mangel an lohnender Arbeit entspringen drohen. Der rheinisch-westfälische Gewerbsverein hat in seiner letzten Generalversammlung nach der vielseitigsten Erörterung den gewichtigen Beschluß gefaßt, der gewiß auch in der Nationalversammlung ein vielfaches Echo finden wird: „eine Eingabe an das Gesammt-Staatsministerium zu Berlin zu richten, darin die Freude des Vereins über die stattgehabte Errichtung eines Handelsministeriums auszusprechen und demnächst folgende Anträge zu stellen: 1) auf Errichtung eines deutschen Handelsministeriums und deutschen Handelsamtes, so wie auf jährliche Berufung von Abgeordneten der Handel- und Gewerbetreibenden aus ganz Deutschland an den Sitz des Handelsamtes. 2) Auf Begründung eines allgemeinen deutschen Zollvereines, berufend auf Gewährung eines genügenden Schutzes deutscher Arbeit und Förderung des Bergbaus, mit Annahme und Feststellung von Werth- und Rück-Zöllen unter Zuziehung von Sachverständigen; und bis zur Herstellung dieses allgemeinen Vereins 3) auf Gewährung einer schleunigen vorläufigen Revision des bestehenden Vereins-Zolltarifs unter Zuziehung von Sachverständigen, mit Gewährung eines hinreichenden Schutzes und vorläufiger Annahme des Rückzoll-Systems." —

** Vom Rhein, 1 Juni. Nun, gottlob das Vaterland ist gerettet; heute ist, mit einem „Redaktionskomite" an der Spitze, bestehend aus den Herren Karl Marx, Heinrich Burgers, Ernst Dronke, Friedrich Engels und zwei Wolfen, Ferdinand und Julius Wolf, die erste Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung" erschienen, des „Organs der Demokratie"; Gerant ein unbekannter Herr Korff. So war die Ausgabe der Zeitung ursprünglich mit dem 1. Juli beabsichtigt, aber „bei dem frechen Auftreten der Reaktion", wie das Redaktionskomite bemerkt, war Gefahr im Verzuge und deßhalb sind „wir", wie ebenfalls das Redaktionskomite bemerkt, schon am ersten Juni erschienen. Nach der Zusammensetzung des Redaktionspersonals zu schließen, wird die Tendenz der Zeitung eine vorzugsweise soziale sein im Style der Trierschen Zeitung und mit Ausnahme der Herren F. und J. Wolf, über deren vita ante acta ich Nichts in Erfahrung habe bringen können, ist dasselbe auch seither für die genannte Zeitung thätig gewesen; nach der vorliegenden ersten Nummer aber zu schließen, wird nur eine sehr matte und geistlose Kopie zu Stande kommen. Die erste Nummer, dem Inhalte nach schal und trivial, in ihrer Sprache roh und cynisch, hielt geradezu eine Mannheimer Abendgesellschaft von Niederreihen in Aussicht. Den Reigen eröffnet eine Kritik der bisherigen Thätigkeit der Nationalversammlung in Frankfurt speciell in Bezug auf die Mainzer Ereignisse, in welcher die Nationalversammlung eben so schlecht weggekommt als Herr Hüser in Mainz; die Nationalversammlung ist froh, wenn es zum Mittagsessen läutet und läßt Deutschland Deutschland sein; „Herr" Hüser und seine „Soldateska" waten im Blute „wehrloser" Bürger, die freilich blos Mal zufällig nicht blos eine ganz Anzahl Sensen und Dolche besaßen, sondern auch hinterrücks sich ihrer zu bedienen wußten. Ein zweiter Artikel interpellirt die preußische Regierung über die abgeschmackte Anschuldigung, daß sie die Einberufung sämmtlicher Territorialständekammern angerathen, „um die Wirkung und Wirksamkeit der Reichsversammlung zu schmälern". Beweise dafür, was man so Beweise nennt, gibt es freilich nicht, aber Hr. Robert Blum hat mit „seinem Ehrenworte" versichert, daß dem so ist. „Doch Brutus sagt, daß . . . . . Und Brutus ist ein ehrenwerther Mann". Doch ich will Sie mit weiteren Details nicht belästigen. Die Originalartikel sind übrigens sämmtlich, wie auch der Zahl, aus Köln datirt und repräsentiren also wahrscheinlich Styl und Gesinnung der Redaktion selbst, und ich kann hinzufügen, daß die eifrigsten Freunde und Förderer des Blattes für das Schicksal ihrer Aktien bereits Besorgniß hegen. Das Anlage- und Betriebskapital ist auf 30,000 Thlr., in Appoints von 50 Thlr. gestellt, verausschlagt, es sind aber erst 13,000 Thlr. gezeichnet. Nach dem Betheiligungsschreiben durch Abonnement stehen wir keine Notizen zu Gebot; ich weiß nur, daß in allen Bier- und Weinschenken Abonnementslisten aufliegen, und daß vorgestern an allen Straßenecken große Manerauschläge in verführerisch großen Buchstaben zum Abonnement aufforderten. Im Grunde würde es mir leid thun, wenn das Unternehmen nicht realisirte, da ich gehofft habe und viele Andere mit mir, daß die Richtung der neuen Konkurrentin die Köln. Z. veranlassen oder zwingen würde, endlich eine feste konservativ-liberale Stellung einzunehmen, statt daß sie jetzt hin und her schwankt, wie ein Rohr im Winde, bald nach dieser, bald nach jener Seite kokettirt, abwechselnd eine Anklage auf Hochverrath formulirt und ein Vertrauensvotum abgibt. Es ist keine Einheit in der Redaktion. Der Hauptredakteur, Herr Brüggemann, repräsentirt überwiegend das vernünftig konservative Element, sein Einfluß erstreckt sich nicht über seine eigenen leitenden Artikel hinaus; neben ihm bewegen sich in voller Selbstständigkeit seine Mitarbeiter, und wer acht Tage lang jene Artikel greifen, in welchen vorzugsweise der Geist und das Streben der Redaktion selbst zu Tage treten soll, hat ein zusammengewürfeltes Aggregat von Ansichten und Urtheilen, wie es selbst der „Sprechsaal" der Zeitung nicht buntscheckiger liefern kann. Die Schuld liegt nicht an Herrn Brüggemann, denn er hat nicht die Macht, eine Aenderung darin zu treffen, die Schuld liegt auch nicht an seinen Mitarbeitern, denn sie geben ihre Ansicht und die ist einmal nicht die der Haupt-Redaktion, die Schuld liegt endlich auch nicht einmal an dem Herausgeber und Eigenthümer, denn dieser ist vor allen Dingen Kaufmann und will es mit Niemanden verderben, obgleich er vielleicht bald zu der Einsicht gelangt, daß, wer es Allen recht machen will, Niemanden befriedigt; aber zu bedauern bleibt es immerhin, daß unter solchen Umständen die Zeitung nicht das viele Gute leistet, das sie in ihren Verhältnissen und bei ihrer Verbreitung zu leisten im Stande wäre.

**Baiern.** || München, 2. Juni. Wir sind in der neuesten Zeit sehr ängstlicher Natur geworden; ob mit Recht oder Unrecht, diese Frage will ich hier nicht erörtern. Ein Reskript, das von dem Kriegsministerium ausgegangen sein soll, und in welchem es hieß: nur die baierische Kokarde solle von den Landwehr- und Freikorps beim Ausrücken getragen werden, erregte hier lebhafte Besorgnisse und wurde sogleich allenthalben besprochen. Das Reskript soll jedoch schon wieder zurückgenommen worden sein und zwar mit der Bemerkung, es enthalte einen (bedeutenden) Redaktionsfehler. Der Präsident der II. Kammer erkundigte sich, aufgefordert von mehreren Abgeordneten, in Betreff dieser Sache bei dem Kriegsminister, und es wurde ihm die Versicherung gegeben, daß man vielmehr gerade jetzt damit umgehe, das ganze Heer die deutsche schwarz-roth-goldene Nationalkokarde tragen zu lassen und nur darüber noch nicht im Reinen sei, wo man sie anbringen soll. Das ist nun freilich ein sonderbarer Redaktionsfehler, der sich in dieser Sache eingeschlichen hat. — Die Schusterzgesellenbewegung wird noch immer in unsern Lokalblätter besprochen, die besonders die Polizei deßhalb hart tadeln, daß sie ohne gehörige Vermittlung so kurzen Proceß mit den armen Schusterzgesellen gemacht und sie paarweise „aneinandergeschlossen" auf dem Schube fortbringen ließ. Die Münchner Bürger hätten dies ruhig angesehen und, als es geschehen war, noch ruhiger ihr Bier fortgetrunken. Ueberhaupt hört man über die Polizei und den Geist, der jetzt unter dem größern Theil

Digitized by Google

der Bürgerschaft herrsche, harte Worte, und Aeußerungen, wie diese: wenn Bola Montez nicht gewesen, wären wir noch nicht einmal, wie wir jetzt sind, kommen nicht selten vor. Was die Polizei betrifft, so scheint sie mir in mancher Beziehung eines herben Tadels nicht unwerth. So früchte sie dieser Tage eine alte Verordnung von 1779 in dem „Polizeianzeiger" in Betreff der verbotenen Spiele auf, worin sie dem Anzeiger, der nicht genannt werden soll, eine Belohnung aussetzt, nämlich ein Drittheil von der Strafe. Vertrügt sich das mit der wahren Sittlichkeit, daß man „Denunzianten" belohnt? Ferner soll auf den bloßen Verdacht hin, daß Jemand verbotene Spiele in seinem Hause dulde, dieser empfindlich bestraft werden. Wen aber kann dann die Polizei nicht auf den bloßen Verdacht hin strafen? Zu welcher Willkür führt ein solches Verfahren und jetzt gerade, wo man und ein neues Polizeigesetz, das den alten Mißständen abhelfen soll, versprochen hat, seitdem man Verordnungen von 1779, wo Zopf und Prügel, Inquisition und Despotismus jeder Art noch in Kraft und Blüthe stand, auf! Wahrlich, das sind doch zum Mindesten Mißgriffe.

* Die oben erwähnte Erklärung des Kammerpräsidenten lautet: „An die dahier noch anwesenden Herren Abgeordneten! Entsprechend dem Wunsche vieler Ihrer. Abgeordneten habe ich bezüglich des hier verbreiteten Gerüchtes, als sei den dahierigen Freikorps das Tragen der deutschen Kokarde verboten worden, die Wahrheit zu ergründen gesucht, und kann Ihnen zur Beruhigung nach zuverlässigen Erhebungen mittheilen, daß ein solches Verbot nicht erlassen ward, vielmehr bezüglich der Einführung der deutschen Kokarde bei der Armee bereits Einleitungen getroffen sind. München, 2. Juni 1848. Ihr ergebenster Kirchgeßner, 3. Z. Präsident der II. Kammer.

**München**, 31. Mai. Die Sammlung für die deutsche Flotte nimmt hier einen sehr erfreulichen Fortgang; ein Frauenverein hat eine Liste von Beiträgen in Geld und Schmuck veröffentlicht, welche einen Werth von beinahe 7000 fl. ausweist. Die Mitglieder des Komités gehen von Haus zu Haus und erhalten reichliche Gaben. (A. Z.)

**Sachsen.** Dresden, 31. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kündigte der Abg. Wehner (gestützt auf eine in der konstituirenden Versammlung durch R. Blum gemachte Mittheilung) eine Interpellation an das Ministerium des Auswärtigen an, dahin gehend: ob es gegründet sei, daß die preußische Regierung die übrigen Regierungen und mithin auch die sächsische aufgefordert habe, so viel als möglich Landtage einzuberufen, um hierdurch der Kraft der konstituirenden Versammlung ein Gegengewicht gegenüber zu stellen? Finanzminister Georgi erklärte, daß es der Regierung angenehm sein werde, hierüber die beruhigendste Versicherung ertheilen zu können, denn so viel ihm bekannt, sei eine derartige Note bei der sächsischen Regierung nicht eingegangen, abgesehen davon, daß eine solche bei der diesseitigen Regierung auch nicht hätte von Einfluß sein können. (D. A. Z.)

**Baden.** * Mannheim, 3. Juni. An Itzsteins Stelle, welcher die hiesige Wahl zur deutschen Nationalversammlung abgelehnt hatte, wurde heute mit 71 Stimmen gegen 54 Kaufmann Sachs gewählt. Gegenkandidat war der Abgeordnete Weller. Sachs steht erst seit wenigen Monaten im öffentlichen Leben, er hatte noch nicht Gelegenheit seinen politischen Charakter zu erproben, den Weller hingegen seit seiner 15jährigen erfolgreichen Wirksamkeit in der Bad. Kammer glänzend bewährt hat. Weller ist reich ausgestattet an Kenntnissen in Geschichts- und Gesetzeskunde, ein Mann von Scharfsinn, Rednergabe und Talent — doch Itzstein entschied sich für Sachs und ihm folgten die Stimmen.

In Lahr ist Adv. Richter von Achern zum Abgeordneten in die Reichsversammlung gewählt worden.

**Schleswig-Holstein.** Altona, 1. Juni. Mit dem Morgenzuge sind wieder 60 bis 70 Flüchtlinge aus dem Norden, die meisten aus Hadersleben, angekommen. Sie wollen den aus Hadersleben, Apenrade und Tondern aus deutsche Parlament abgesandten Deputationen folgen und sich schleunigst in corpore nach Frankfurt a. M. begeben. (B.-H.)

Ein Patent der provisorischen Regierung vom 29. Mai beruft die vereinigte schleswig-holsteinische Ständeversammlung zum 14. Juni ein. — Ein Erlaß der provisorischen Regierung von demselben Tage enthält die Bestätigung der Statuten des Ausschusses für die deutsche Flotte in Kiel.

Altona. Während vom Norden unserer vereinten Lande Schleswig-Holstein Kriegsgeschrei und Klage über das Preisgeben des nördlichen Schleswigs erschallt und deutsch gesinnte Familien von dort flüchten, um nicht den Dänen, die bereits in Hadersleben, ja sogar, wie bestimmt behauptet wird, in Apenrade eingezogen, in die Hände zu fallen, verbreitet sich hier die Nachricht, daß Dänemark den Waffenstillstand, angeblich auf die von England und Rußland vorgeschlagenen Bedingungen angenommen habe, und nun nur noch die näheren Bedingungen des Friedens festgestellt werden sollen. Der Regationssekretär bei der englischen Ambassade in Kopenhagen, Browne soll diese Nachricht gebracht haben, die mit den neuesten Berichten aus Kopenhagen wenigstens nicht in Widerspruch stehen würde. (A.M.)

* Altona, 1. Juni. Die heute mit der Eisenbahn vom Kriegsschauplatz gekommenen Nachrichten lauten viel günstiger, als die Ihnen zuletzt mitgetheilten. Die drei Bundestruppen bei Eckernsund, Brakre und Marnedy beigebrachten Schlappen waren nicht so bedeutend, wie man zuerst glaubte, da nur 1500 Mann Braunschweiger, Mecklenburger, Oldenburger und Hannoveraner geworfen sind, so daß der erste Tag entschieden war, ehe die Hauptarmeen concentrirt werden konnten. Das Schloß Gravenstein ward am andern Tage von den Dänen in Brand geschossen, so daß sich die Bundestruppen noch weiter zurückziehen mußten; aber am dritten Tage, den 30. Mai, warfen die Mecklenburger die Dänen wiederum aus ihrer Stellung, vertrieben sie und verfolgten sie bis an die Küste. Wir theilen diese Nachricht mit Freuden mit, hoffend, daß sie sich in ihrem ganzen Maße bestätigen werde. Am ersten Tage wurden 105 verwundet, die nach Flensburg gebracht worden sind, außerdem werden aber noch mehr denn 200 vermißt, die wohl alle in dänische Gefangenschaft gerathen sind. Daß übrigens der erste Tag nicht allein für die deutschen Truppen unglücklich war, beweist wohl am besten, daß auch dänische Gefangene, wenn auch minder viele, gemacht worden sind; so ward schon am ersten Tage Leutnant Wenning mit 13 Mann in Flensburg eingebracht, denen am folgenden Tage noch mehrere folgten. Von den Dänen sollen Dataillone Infanterie, zwei Mann Cavallerie und vier Kanonen in Kampf gewesen sein. Schon am 29. des Morgens 3 Uhr rückte ein Hülfskorps von Apenrade aus, traf des Mittags 2 Uhr in Rübel und 2½ in Gravenstein ein, worurch sich die Lage der deutschen Truppen bedeutend besserte, so daß es dem zehnten Armeekorps möglich wurde, bis Sundewitt wieder vorzudringen. Einen Spion, der die ganze Stellung der Deutschen verrathen hat, hat man ergriffen und nach kurzem Kriegsrecht erschossen. — Wie man sich aber dazu entschließen konnte, die Bundestruppen aus dem nördlichen Schleswig zurückzuziehen, kann Niemand begreifen, da die Dänen jeden Fuß breit gleich wieder besetzen, welcher verlassen wird; schon ist Hadersleben und Apenrade besetzt, und in Christiansfeld soll man allein 100 Mann geprellt und unter die dänischen Bataillone gesteckt haben. Apenrade soll durch zurückgelassene Besatzung durch Mann für Mann vier einzelne Kanonenboote begrüßt, welche sich in der Apenradener Bucht zeigten. Zuerst forderte Steen Bille die Stadt auf, seine Truppen aufzunehmen und zum Zeichen, daß sie es thun wollen, den Danebrog aufzuziehen. Doch weigerte der Magistrat sich, dies zu thun, und der im Orte mit einer Estadron Husaren befindliche hannöversche Major gab die kategorische Antwort: „Nein!" Doch schon am andern Tage erhielten die Hannoveraner Marschordre und am demselben Abend 6 Uhr rückten die Dänen ein. Der Magistrat von Apenrade und Hadersleben ist geflohen und mit ihnen die wohlhabendsten deutschgesinnten Bewohner, so daß mehrere hundert Flüchtlinge zu gleicher Zeit in Flensburg eintrafen, welche zum Theil dort blieben, zum Theil nach Berlin und Frankfurt gingen. Heute kam die Frankfurter Deputation hier durch, sie hofft auf den Schutz des Parlaments, da Preußen sie im Stiche läßt. Ganz Deutschland wird doch gemeinsam im Stande sein, die Dänen von Schleswig abzuhalten. — Um den Mangel an Truppen vorerst minder fühlbar zu machen, hat die provisorische Regierung 2500 Mann Reserven einberufen und die Freischaaren, die schon aufgelöst waren, zum Bleiben aufgefordert, das Tann'sche Korps ist auch mit einigen Modifikationen dazu bereit gewesen. Man wird jetzt die Freikorps wie die Linie kleiden, armiren und besolden und sie gleich dieser unter ordentlichen Militärbefehl stellen. Das Tann'sche Korps hat sich auch diesen Bedingungen gefügt, die übrigen Korps waren leider schon gänzlich zerstreut.

**Rendsburg**, 31. Mai. Die Regierung fängt jetzt an, mit Eifer die Vervollständigung unseres Heeres zu betreiben; 2500 Mann sind bereits einberufen; wahrscheinlich wird in den nächsten Tagen die Einberufung der ganzen Reservemannschaft folgen. — Ein Reisender bringt die Nachricht, daß die Dänen gestern Abend um 6 Uhr in Apenrade eingerückt sind. Die nach Hadersleben bestimmte Post hat nur bis Seegaard kommen können. — In einer Nachschrift enthält das „Rendsb. Tageblatt" Folgendes: Nach dem Bericht eines Augenzeugen ist gestern (am 31. Mai) im Sundewittschen ein blutiges Treffen vorgefallen, in welchem die Dänen mit großem Verluste aus ihren Stellungen geschlagen und von den Mecklenburgern bis an die Küste so hartnäckig verfolgt sind, daß mehrere ihren Kolbenschlägen erlegen,

Digitized by Google

andere ertrunken sind. Somit scheint der auf den neulichen glücklichen Koup der Dänen erwachsene Hochmuth etwas wieder gedämpft zu sein.

Aus Flensburg, 29. Mai, wird dem Hamb. Korr. geschrieben: Wrangel ist mit einem preußischen Kürassierregiment in Flensburg eingekommen. Morgen früh werden die Braunschweiger ausrücken; man weiß nicht, ob nach Norden. Es steht hier Alles sehr kriegerisch aus. — (8½ Uhr.) Eben vor dem Schlusse dieses erfahre ich noch, daß die dänischen Kriegsschiffe das Schloß Gravenstein in Brand geschossen haben, und daß mehrere große Schiffe vor Ekernsund und Gravenstein liegen. Einige Familien sind von Gravenstein und Umgegend schon hierher gekommen. Noch immer hört man in der Ferne schwere Schüsse, wahrscheinlich von der See. Unsere Truppen sollen sich schon weiter zurückgezogen haben. — Nachschrift. (9½ Uhr.) Die Nachricht kommt eben, daß noch diese Nacht 1000 Mann Truppen vom Norden zur Einquartierung hier ankommen.

Flensburg, 30. Mai, 11 Uhr Abends. (S.-H. Z.) Aus dem Munde preuß. Officiere hören wir bestätigen, daß der Rückzug des Generals Wrangel aus Jütland durch die Erklärung Englands veranlaßt sei: unter dieser Bedingung einen Frieden garantiren zu wollen, wobei wenigstens der südliche Theil Schleswig dem deutschen Bunde einverleibt würde. Doch ist General Wrangel nicht bloß aus Jütland zurückgegangen, sondern hat seine Truppen selbst eine Position südlich von Flensburg bis nach Munkbrarup in Angeln hin nehmen lassen. Noch am Sonntag Nachmittag hatte General Wrangel einer Deputation der Stadt Hadersleben erklärt, er bleibe in Apenrade. Heute will man hier eine Kanonade von Gravenstein her gehört haben, und durch den gefl. Pächter von Flensheck, Hrn. Holk, soll die Nachricht eingelaufen sein, daß das Schloß Gravenstein von dänischen Schiffen in Brand geschossen sei. Die Stadt ist voller Flüchtlinge aus Hadersleben und Apenrade, und diesmal nicht bloß aus den Beamtenfamilien, sondern Alles, was sich nicht unter dänische Knechtschaft beugen will, ist davon gezogen, und die Städte mögen jetzt ein treues Bild von dem Zustande darbieten, der eintreten wird, wenn Deutschland ohnmächtig gezwungen ist, sie Dänemark aufzuopfern. Daß auch in Hadersleben die deutsche Gesinnung die vorwaltende ist, hat eine am Sonntag Nachmittag dort in's Rathhaus berufene Versammlung aller Bürger bewiesen. So gut wie alle Stimmen erhoben sich in dieser für die Aufnahme in den deutschen Bund. —

* Hamburg, 1. Juni. Heute tritt der Marinekongreß zusammen, doch werden seine Sitzungen geheim gehalten und wahrscheinlich vorerst gar Nichts veröffentlicht, wenigstens gab man auf Anfragen nur ausweichende Antworten, und es werden nur auf Umwegen die Resultate des Kongresses nächsten können. Zuerst verlangt man von aller Welt Geld, dann ein Vertrauensvotum und dann will man Niemand wissen lassen, was mit dem Gelde geschehen soll und was im Werke ist, eine merkwürdige Geheimthuerei in jetziger Zeit. Die Folge davon ist, daß sich in Kiel, aus Auftrag der provisorischen Regierung, gleichfalls ein „Marineausschuß" gebildet hat, welcher auf eigene Rechnung und Gefahr, soweit seine Mittel reichen, Kanonenboote bauen will. Statt Einigkeit zeigt sich in Deutschland überall Zwiespalt und Mißgunst, keine Stadt gönnt der andern einen Gewinn oder Vortheil, jede denkt nur an sich und wünscht für sich Etwas zu acquiriren, wenn auch das gemeinsame Vaterland dadurch zu Grunde geht. Was helfen alle Redensarten von Einigkeit, wenn sie durch den kleinsten Anstoß immer wieder zerfleischt!

* Frankfurt, 4. Mai. Mitglieder des Ausschusses für Bildung einer prov. Erekutivgewalt sind folgende: Trutschler. M. Sagern. Mayeren. Saucken. Flottwell. Dahlmann. Lindenau. Clauſen. Stedtmann. Würth. Zenetti. Blum. Dunker. H. Raumer. Wippermann.

## Großbritannien.

London, 30. Mai. Im Unterhause stellte am 29. Mai Hr. Herries den Antrag, das Haus möge erklären, daß das Nationalinteresse erheische, die Schifffahrtsgesetze aufrecht zu halten. Was könne Preußen für Vortheile bieten, wenn man sie aufhebe? Und welches Land würde davon Gewinn ziehen außer Nordamerika? Nachdem Herr Labouchere die Reform der Schifffahrtsgesetze als sehr ersprießlich in Schutz genommen, wurde die Debatte vertagt. Man befürchtet, daß die Verschläge der Regierung verworfen oder die Verhandlungen darüber so lange hingeschleppt werden möchten, bis die Regierung, wie dies im vorigen Jahre mit der Bill für Verbesserung des Gesundheitszustandes geschah, sie von sich aus für die jetzige Session fallen läßt, um sie vielleicht in einer künftigen wieder aufzunehmen, insofern bis dahin in der Regierung und Politik Englands keine Aenderung eingetreten sein sollte. Wie schon früher bemerkt, macht die Regierung mit fast allen Vorschlägen, die nicht auf bloße Schutz- und Beschränkungsmaßregeln hinauslaufen, eher gar solchen, die an den bestehenden Einrichtungen eine Aenderung bezwecken, im Allgemeinen beim Parlament schlechte Geschäfte. Man gestattet dem jetzigen Ministerium eben nur seine Existenz, aber man verstößt sie ihm nicht, und alle die inneren Angelegenheiten betreffenden Aufgaben und Fragen bleiben ungelöst und in der Schwebe. Aber schwerlich kann dieser provisorische Zustand von langer Dauer sein; es wird auch in England etwas Durchgreifendes geschehen müssen, und wenn die Initiative hiezu nicht von der Regierung ausgeht — wozu die Whiggeregierung sich weder in der Lage, noch in der entsprechenden Stimmung befindet — so werden die Stoß- und Triebkräfte der unter dem englischen Volke um sich greifenden Reformbewegung um so rascher ins Unwiderstehliche wachsen, je freier Lord J. Russell bei seiner Ansicht beharrt, daß mit der siebenen Reformbill der Kreis der Zugeständnisse an das Volk abgeschlossen sei, und weitere Wahl- und Parlaments-Reformen weder zu wünschen seien, noch gewünscht würden. Durch solche Behauptungen weckt man ohne Nutzen den Geist des Widerspruchs, der aus einem bloßen Gefühl leicht zu einer materiellen Macht erwächst. Auch mehren sich bereits die bedenklichen Zeichen, aus denen hervorgeht, daß man der Whiggeregierung wenigstens in finanziellen Angelegenheiten kein rechtes Vertrauen schenkt. In dieser Hinsicht erlitt am 30. Mai das Ministerium eine kleine Schlappe im Unterhause. Dr. Bowring sprach seine Verwunderung darüber aus, daß sich das Haus die Kontrole über fast ein Achtel des Staatseinkommens entgehen lasse, und Hr. Hume bestätigte, daß von 7 Millionen Verwaltungskosten dem Hause keine Rechenschaft abgelegt würde. Dr. Bowring stellte nun den Antrag auf eine Erklärung, wonach das Haus sich nur dann als wirklich Herr und Beaufsichtiger der Staatsausgaben betrachten könne, wenn diese Beaufsichtigung sich auf den Gesammtertrag der Steuern und auf verschiedene andere Quellen des auf öffentliche Rechnung empfangenen Einkommens erstrecke. Trotz der Einwendungen des Schatzkanzlers wurde dieser Antrag mit einer Mehrheit von 5 Stimmen (56 gegen 51) angenommen. Bedenklicher als diese Niederlage erscheint noch der laute Beifall, womit sie vom Hause aufgenommen wurde.

Während das Ministerium im Parlament so manche Kränkungen und kleine Niederlagen erlebt, tröstet es sich an dem in Irland errungenen Siege, denn als einen Sieg kann es die Verurtheilung des Hrn. Mitchell ansehen. Die Anhänger des Verurtheilten ihrerseits sind um so mehr bestürzt, da sie nach Freilassung der Herren O'Brien und Meagher zuversichtlich darauf gerechnet hatten, daß die über Mitchell zu fällende Jury sich ebenso wenig wie vor ihr dem Schuldurtheil würde entziehen können. Klagen darf man übrigens nicht, daß Hrn. Mitchells festes, muthiges und herausforderndes Benehmen sehr geeignet ist, ihn als Märtyrer seiner Sache erscheinen zu lassen und ihm und seinen Meinungsgenossen neue Freunde zu gewinnen. Gefragt, was er gegen den Spruch etwa einzuwenden habe, sagte Mitchell: „was ich zu sagen habe ist, daß ich durch eine britische Jury schuldig befunden worden bin, durch eine Jury, die nicht durch einen Sheriff, sondern durch einen Beitrager zusammengebracht ist." In gleich heftiger und aufreizender Weise sprach sein Vertheidiger, Herr Holmes, welcher zugleich erklärte, „er habe Nichts dagegen, wenn man auch ihn wegen seiner Aussäße gegen England vor Gericht stellen wolle." Ehe Mitchell den Gerichtshof verließ, sagte er: „Nichts von dem, was ich that, bereue ich, und ich glaube, daß die Sache, die ich vertrete, erst in der Lage ist, Gut und Leben der seine Hand zu Esche brannte, verspracht dem Tyrannen, daß dreihundert Andere sein Vorhaben ausführen würden. Wie könnte ich nicht versprechen" (bei diesen Worten ließ Mitchell seine Blicke über seine Freunde gleiten), „daß auch mit Hunderte in meinen Beginnen nachfolgen werden?" Ein wahrhafter Sturm von Beifallsruf und Händeglatschen folgte diesen etwas nach berechnetem Theaterpathos schmeckenden Worten. Die Richter wagten nicht, nach Hause zurückzukehren, ohne sich von Polizeimannschaft und einem Haufen Lanzenreiter begleiten zu lassen. Der Abschied des Verurtheilten von seinen Kindern und seiner Gattin (einer Nichte des Parlamentsmitgliedes Berner), bevor er das Schiff bestieg, welches ihn nach der Insel Spike bringen sollte, wird als sehr rührend geschildert. Im Unterhause brachte C. E. Roche am 30. Mai die Verurtheilung Mitchells mit den Worten zur Sprache: er wünsche zu wissen, ob es Absicht der Regierung sei, den gegen Mitchell gefällten ungerechten Urtheilsspruch in seiner vollen Härte zu vollstrecken? (Mißbilligendes Gemurmel). Worauf Sir G. Grey erklärte: ohne Etwas über das von dem Mitgliede gebrauchte Beiwort „ungerecht" bemerken zu wollen, erlaube er sich nur zu sagen, daß die Regierung

Digitized by Google

Weisungen ertheilt habe, wonach der Urtheilsspruch in seiner ganzen Schärfe vollstreckt werden solle.

## Frankreich.

Paris, 2. Juni. Sitzung der Nationalversammlung. Der Präsident legt zunächst einen Brief von Barbès aus dem Gefängnisse von Vincennes vor, worin derselbe erklärt, die Kundgebungen, die Louis Blanc in der Sitzung vom 15. Mai gethan haben sollte und die man ihm jetzt zur Last legt, rührten nicht von L. Blanc her, sondern seien von ihm (Barbès) ausgegangen. Der Brief wird an die betreffende Kommission gewiesen. Hierauf nimmt Jules Favre, der Berichterstatter der Kommission, unter allgemeiner Spannung das Wort und erklärt, daß die Kommission sich alle nur mögliche Mühe gegeben, alle Dokumente geprüft und ihren Beschluß mit der Majorität von fünfzehn Stimmen gegen drei gefaßt habe. Er entscheidet vor Allem die Frage von allem politischen und Partei-Charakter, der Antrag des Generalprokurators sei gerechtfertigt durch die Wichtigkeit des Falls und die vorliegenden Indicien, und die Kommission, die die ganze Procedur geprüft habe, aber sich jeder Mittheilung darüber enthalte, trage auf die Ermächtigung der Verfolgung an, sowohl im Interesse der Versammlung, als der Gerechtigkeit. Ja Louis Blanc selbst müsse wünschen, daß seine Anschuld gerichtlich anerkannt werde, und nicht ein Verdacht unter dem Deckmantel seiner Unverletzlichkeit auf ihm lasten bleibe. Es wird beschlossen, daß der Bericht gedruckt und vertheilt werde. Es handelt sich nun um den Tag der öffentlichen Diskussion — Dornes schlägt morgen vor, die Majorität Montag. — Louis Blanc, den man fragt, wann er die Diskussion wünsche, erklärt: er habe vorgestern gegen ein System protestirt, das ihm verderblich scheine — jetzt, wo die Sache nur ihn persönlich betreffe, habe er Nichts mehr zu sagen und enthalte sich. Der Tag der Diskussion wird nach einer lebhaften Diskussion und dreimaligen Abstimmung auf morgen festgesetzt. Der Rest der Sitzung bot kein allgemeines Interesse mehr; die Abstimmung über Louis Blanc sowie der Kommissionsbericht, über dessen Inhalt nach gestern entgegengehende Vermuthungen allgemein verbreitet waren, beschäftigte die Stimmung der Versammelten fast ausschließlich. Unter den Gesprächen und Gerüchten, die man herumtrug, war das bedeutendste die wiederheite Versicherung, Louis Blancs Verhaftung sei nur der Anfang zu weiteren Schritten ähnlicher Art; man nannte Stephan Arago, den Unterstaatssekretär Charras und — Ledru Rollin als diejenigen, welche zunächst von der Requisition des Generalprokurators getroffen würden. Wir wollen dem nicht zu viel Glauben schenken; die Wünsche der Reaktion und die Angstgerüchte der äußersten Linken suchen häufig auf diesem Wege einen Ausdruck. Gewiß aber ist, daß diese Verwirklung die vorhandene Gährung ungemein steigert. Dabei ist die anarchische Partei ungemein thätig, die Massen aufzuwiegeln und durch Reaktionsbefürgnisse in Athem zu halten. Gestern z. B. sind eine Reihe neuer Blätter erschienen, deren Titel schon andeutet, daß sie im Sinne des Jahres 1793 geschrieben sind. Da ist z. B. Le tocsin des travailleurs, la Carmagnole, Robespierre, journal de la Canaille, la Mère Duchesne, lauter widrige Travestien der berüchtigten Ausgeburten der Schreckenszeit, die zwar als periodische Zeitungen wenig Dauer haben, aber deßhalb doch den Dienst von Flugblättern sehr wirksam versehen.

Zur Spannung der Gemüther trägt auch die Umschmelzung der Nationalwerkstätten wesentlich bei, namentlich da der bisherige Direktor derselben in sehr auffallender Weise behandelt wird. Kaum war derselbe in Bordeaux angelangt, ward er in Folge eines telegraphischen Befehls, sammt seinen beiden Begleitern, zwei Polizeiagenten, durch die Gendarmerie verhaftet, eine Stunde darauf, in Folge einer zweiten telegraphischen Depesche wieder in Freiheit gesetzt. Er hat sogleich dem Minister der öffentlichen Arbeiten geschrieben, daß er, nach dieser doppelten Verletzung seiner persönlichen Freiheit, die ihm übertragene Mission nicht annehmen, jedoch bis auf weiteren Befehl in Bordeaux bleiben werde.

Thiers ist nun an mehreren Orten, wo Ersatzwahlen stattfinden, als Kandidat aufgetreten, und es heißt, in Bordeaux sei seine Erwählung gesichert.

## Ungarn.

Preßburg, 29. Mai. Die Regales (Einberufungsbriefe) für den am 2. Juli zu eröffnenden ung. Reichstag sind vorgestern Samstag bereits hier angekommen und sofort an die betreffenden Komitats- und Städtejurisdiktionen versendet worden. (Schs. Z.)

## Oesterreichische Monarchie.

Von der Weichsel, 26. Mai. Wir erhalten so eben die verbürgte Nachricht, wie bewaffnete Insurgenten aus Posen sich durch den Wadowicer und Teschner Kreis in die nördlich von Slaven bewohnten Komitate nach Ungarn begeben wollen, wo ihnen die beste Aufnahme zugesagt worden ist. Ueber in diesen Komitaten getroffene Besprechungen und Vorkehrungen läßt sich auch nicht im Geringsten zweifeln, daß die slavische Bevölkerung daselbst gesonnen ist, mit den eingedrungenen Insurgenten einen Zug zur Befreiung Kraka's, wie gesagt wird, zu unternehmen. Damit nun diese bewaffneten Insurgenten der Vorhaben nicht Raum auszuführen im Stande wären, ist die preußische Grenze entlang des Teschner Kreises bis in den Wadowicer Kreis durch verstärkte Posten der Finanzwache und Militär durch das k. k. Infanterieregiment, Erzherzog Stephan, besonders bei den Einbruchsstationen Dziebly und Kaniow stark besetzt worden. Auch bleibt dieselbe das aus Galizien im Marsch begriffene Inf. Regiment Nassau im Teschner Kreise stehen. — Die Partei der Bewegung in Galizien hat sich neuerdings verrechnet. Es wurden alle möglichen Mittel angewendet, um den Bürger und Bauer von der Militärstellung abzubringen. Alle Verlockungen durch Geld und Gelage blieben erfolglos, frei und ohne Zwang, wie nie vorher, begaben sich die Militärpflichtigen zu den Stellungsplätzen. Ebenso weit ist der Kern der Bevölkerung, der Bürger und Landmann, nicht ein Werk von dem slavischen Sonntage in Prag. Aus allen Kreisen gehen die positivsten Nachrichten dahier ein, daß nirgends die geringsten Sympathien für die Böhmen, die sich nie um die Lage und Verhältnisse der Polen gekümmert, nie eine Theilnahme für sie bezeigten, vorkommen.

(K. Dest. Z.)

## Italien.

Verona, den 30. Mai. Das dreizehnte Armee-Bulletin lautet: Der Feldmarschall verließ mit einem bedeutenden Theile der Armee am 27. dieses Monats Abends Verona und rückte mit einem kühnen und glücklich ausgeführten Flankenmarsche knapp am Feinde vorüber, während der Nacht und dem ganzen darauf folgenden 28. in drei Kolonnen nach Mantua, wo die k. k. Truppen durch diesen Gewaltmarsch zwar sehr ermüdet, aber brennend vor Kampflust am Abend des 29ten ankamen. Zugleich ward auf Befehl des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Lichnowsky unter dem Kommando des Obristen Baron Zobel im obern Etschthale ein Scheinangriff auf die linke Flanke des Feindes gegen Vosterago am 28. Abends und am 29. früh unternommen, um den Feind ihre zu führen und den Marsch der Armee gegen Mantua zu verbergen. Durch diese Manöver ist es dem Feldmarschall gelungen, seine Kräfte schnell auf die äußerste Rechte des Feindes zu werfen, den Mincio zu überschreiten und so alle feindlichen, am rechten und linken Ufer dieses Flusses seit 6 Wochen vom Gardasee bis Mantua errichteten großartigen Vertheidigungsanlagen zu umgehen. Um dem Feinde ganz in die Flanke zu kommen und mit der Armee auf die Ebene zu debouchiren, mußte zuerst auch seine vorwärts Mantua um Curtatone befestigte Stellung angegriffen und genommen werden. Die Armee hat diese schwere Aufgabe am Vorabende des Namensfestes unsers geliebten Monarchen siegreich gelöst. In drei Stunden harten Kampfes waren die Linien um Curtatone genommen; gegen 2000 Mann, darunter 1 Oberst, 66 Offiziere und ein ganzes Bataillon Neapolitaner sind gefangen, und 11 Kanonen und eine große Anzahl Waffen sind erbeutet.

Einem Schreiben aus Verona vom 31. Mai in der Allg. Z. zufolge verloren die Oesterreicher in dieser Schlacht 300 Mann an Todten, hierunter nicht weniger als 40 Officiere. Weiter heißt es in diesem Schreiben: Nun gegen den Po hin das Terrain gesäubert und die Gefahr eines Angriffs gegen unsern Rücken vorderhand entfernt ist, rückt der greise Freiherr ohne Zweifel, den Mincio aufwärts, dem „Schwert Italiens“ rasch in die Seite; die an der Etsch aufgestellten Streitkräfte werden dieser Bewegung in entsprechender Weise entgegenkommen. Ueber G. Massimo, Croce Bianca, Sta. Lucia hin steht das Corps des Fürsten Windischgrätz, ihm gegenüber bei Somma, Sommacampagna 2c. das feindliche. Ein entscheidender Tag naht. Bedürfen hält sich fortwährend zapfer; es wurde sogar neuerlich mit Lebensmitteln versehen, die auf bewaffneten Booten in diese Festung geschafft wurden. Mit der Aufführung der oben angedeuteten Kombination ergibt sich der Entsatz derselben von selbst.

Die aus einem Tagesbericht des Feldmarschallieutenants Baron Welden hervorgeht, haben sogenannte Crociati mehrere Oesterreicher, die bei einem vor Vicenza vorgefallenen Treffen verwundet worden, im Spital von Castelfranco sammt dem Krankenwärtern erschossen. Der Tiroler Bote vom 1. Juni erzählt nach Berichten von Reisenden, daß die Stadt Mailand in vollem Aufstande (der Republikaner gegen die Anhänger Karl Alberts?) begriffen gewesen sei.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

[541] **Oberach, 24. Mai.** (Brief.) An die Redaktion des Volksfreundes. Wenn ein Blatt für die Freiheit des Volkes kämpfen will, so muß es, nach meiner Ansicht, vor Allem die Feinde des Volkes scharf aus Korn nehmen. Ein solcher Volksfreund ist hier in Oberach der Oberländer Bote von Gutsch. Durch eine Reihe von Briefen, wenn sie dieselben aufnehmen wollen*), werde ich beiden Liberalen — er nennt sich selbst so — zu erklären suchen. Heute nur Folgendes: Alle Nachrichten, welche geeignet, das Volk für Freiheit und Vaterland zu ermuthigen und zu begeistern, verschweigt er; alle Nachrichten aber, welche geeignet sind, der Regierung Muth einzuflößen und das Volk zu demüthigen, bringt er geschäftig. Von China und Rußland bringt er häufige Nachrichten, weil er von dort keine Gegner fürchtet, von unserer eigenen Umgebung aber bringt er Nichts. Eigene Artikel schreibt er wenig oder gar keine. Von freisinnigen Männern nimmt er auch keine auf. Nur was ihm das großherzogliche Ministerium der Gnade bestellt, über die Parlamentsstadt und andere Dinge, das paßt in seinen Kram. Jedes Wort, auch in den politischen Artikeln, das er bringt, schreit nach Brod. Von eigener Ersparung ist gar keine Rede. Die Regierung, welche ihm die Anzeigen zu drucken gibt, macht seine Gesinnung. So viel in Kürze im Allgemeinen, um den Standpunkt anzuzeigen, auf dem jetzt der Oberländer Bote steht. Ein ander Mal mehr davon.

Ohne bestern Briefschreiber wegen seiner Verdächtigungen und Anfeindungen auch nur einer Antwort zu würdigen, gehe ich auf die Tendenz des „Oberländer Boten" über.

So lang das Blatt besteht, hat es, einem amtl. Verkündigungsblatte beigegeben, für den gesetzlichen Fortschritt gekämpft. Mit Freimuth trat es dem Metternich-Blittersdorff'schen System entgegen, mit Entschiedenheit bekämpfte es den verfassungen Illiberalismus, nahm es Partei für die Eidgenossenschaft gegen Jesuiten und Sonderbund. Offen trat es dem Freischaarenunwesen in den Weg und ließ sich nicht bekehren, wenngleich Verhaftung drohte. Das Wohl Deutschlands findet es in der Vereinigung der deutschen Staaten und der Verfassung, welche Deutschland von seinen selbstgewählten Vertretern — von dem konstituirenden Parlament erhalten wird. Die Frage zu entscheiden, ob Republik, ob Monarchie, glaubt es Frankfurt überlassen zu müssen, wo die ersten und edelsten deutschen Männer sich zusammenfanden, ein einiges, freies, starkes Deutschland zu gründen und Deutschland eine Verfassung zu geben, welche der ganzen gebildeten Nation es möglich macht, die staatlichen Einrichtungen dem Bedürfniß der Allgemeinheit jeweilig anzupassen. Das Volk, das das Recht hat, Gesetzen zu machen, dem steht es auch zu, solche wieder abzuändern. Durch das Parlament ist es dem Absolutismus unmöglich gemacht, das Volk von Neuem in die Fesseln der Willkür zu schmieden.

Nur die ganze Nation vermag durch ihre Vertreter und diese durch gegenseitigen Austausch der Ansichten und Gesinnungen zu ermessen, was für Deutschlands Wohl das Bessere sei. Der Einzelne, sei er noch so gebildet und verständig, besitze er auch die genaueste Kenntniß des deutschen Zustandes, ist weder befugt noch begabt, ein Werk zu vollenden, das zu den schwierigsten in Deutschlands Annalen gehört.

Aus diesen Gründen bekämpfte der „Oberländer Bote" die Bewegung, welche, aus dem Seekreis kommend, unser friedliches Oberland in blutigen Kriegsschauplatz verwandelte und unter Mord und Brand nur gänzlichen Sturz der Geschäfte. Es ist eine arge Selbsttäuschung, wenn man glaubt, es sei den Weisen um politische Freiheit zu thun, die nur unter der Herrschaft der Gesetze möglich ist, wie man in der Schweiz, Amerika und England sieht, wo die Gesetze mit größerer Strenge als in andern Staaten aufgestellt werden. Die Einen verstehen unter Freiheit Unabhandenheit: man könne machen was man wolle; die Andern unter Gleichheit: Theilung des Vermögens; die Etzgeiziger sehen sich an die Spitze der Geschäfte gestellt. Im Hintergrund dagegen beharret sich eine wolfsrothliche Partei, welche jetzt und sächtig sind Gesetz, Ordnung und Recht mit Füßen getreten, geht Alles rasch Hand unter einander, schlagen sich die Menschen brav todt, hat man sich müde gesengt und gebrannt, dann tritt allgemeine Erschlaffung ein, dann ist die ersehnte Zeit gekommen, wo man mit den erschöpften Menschen wieder machen kann, was man will. Wer ist Volksfeind. Herr Briefschreiber von Lörrach? Der für die Rechte des Volkes jederzeit einstand, der daselbe frei, glücklich, gesittet, vermöchtig und im gesicherten Besitze seiner Errungenschaft wünscht und zu erhalten bestrebt ist, oder der, welcher sucht Anarchie und Gesetzlosigkeit, und dadurch Mord, Brand, Raub zu stiften, der die Gemüther auf die unverzeihliche Weise durch die schändlichsten Lügen und Uebertreibungen in beständige Aufregung und Anspannung zu versetzen bemüht ist?

Dies das Glaubensbekenntniß des Oberländer Boten. Mag der Briefschreiber von Lörrach seinen Geifer fernerhin ausspritzen, ich lege so wenig Werth auf seine Fortsetzungen, wie auf den ersten Brief. Meine Handlungsweise mag er verdächtigen, wie er will, meinen Charakter verunglimpfen, ich frage Nichts darnach, mein Selbstbewußtsein kann er mir nicht nehmen, so wenig als die Achtung Derer, die Ordnung, Freiheit, Recht für ein festen Güter des Menschen halten; ich frage um so weniger darnach, als es unsern sonst gefeierten Männern nicht besser ergeht, diesen aber so wenig als meinem unbedeutenden Person auch nur ein graues Haar hierauf ergrauen.

E. A. Gutsch.

*) Allerdings werden wir Ihre Briefe aufnehmen. Nur verlangen wir, daß sie Wahrheit berichten und nur der „öffentlichen" Charakter eines Mannes darf damit gemeint sein. Sein Privatcharakter geht uns Nichts an. Einem Volksfreunde aber offen entgegenzutreten, gleichviel sei er groß oder klein, und ihn unsichtbtig zu machen, gehört gerade auch zu unserer Aufgabe. Auch ein sonst andeutenemer Mann, der alle Wochen dreimal einer ganzen Gegend in seinem Blättlein hinter Dunst vor den Augen malt um sie dadurch an einem kräftigen politischen Wirken zu lähmen, kann der guten Sache in hohem Grade schädlich sein. Er ist es aber nur so lange, bis dem Volke die Augen aufgehen, wir hoffen, daß das in kurzer Zeit durch Ihre Briefe wie durch die Briefe Anderer geschehen werde.

Anm. d. Red. d. Volksf.


[542] Soeben erschien

**Das neue deutsche Reich und sein Kaiser**

von

**Otto Abel,**

Inhalt. I. Gegenwart und Geschichte. II. Der deutsche Reichstag. III. Das deutsche Oberhaupt. IV. Die Geschichte Baierns, Oesterreichs und Preußens in ihrer Bedeutung für die deutsche Einheit. 1. Baiern. 2. Oesterreich. 3. Preußen. V. Die jetzigen Verhältnisse Oesterreichs und Preußens zu Deutschland. 1. Oesterreich. 2. Preußen.

gr. 8. gel. Preis 10 Sgr.

**Berlin.** **Wilhelm Herz** (Besser'sche Buchhandlung).

[543] In der Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim ist erschienen:

Die vierte Auflage

von

**Berthold Auerbach's**

**Schwarzwälder Dorfgeschichten**

mit zahlreichen Holzschnitten

in Umschlag broschirt 1 Thaler oder 1 fl. 45 kr.

Durch diese schön ausgestattete Ausgabe zu äußerst billigem Preise hofft die Verlagshandlung einem deutschen Grundeigentum von anerkannt hohem Werthe eine Verbreitung zu verschaffen, die es gewiß mehr verdient, als die Verdrustungen ausländischer Romantik.

[544] Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Entwurf

eines

**Deutschen Reichsgrundgesetzes**

von

Dr. Eduard Wippermann,

Professor in Halle.

gr. 8. geh. 3 Sgr. (11 kr.)

Halle, Mai 1848.

**C. A. Schwetschke & Sohn.**

[545] Bei Perthes Besser und Mauke in Hamburg ist erschienen:

**Deutschland**

und

**Friedr. Wilhelm IV.**

Von

**J. v. Radowitz.**

Zweite Auflage.

Geh. Preis 10 Sgr.

[546][16]

**Rheinische Dampfschifffahrt.**

**Kölnische Gesellschaft.**

**Tägliche Abfahrt vom 23. Mai an:**

Von **Mannheim** nach **Cöln 6** Uhr Morgens. Von **Mannheim** nach **Strassburg 10** Uhr Abends.
Von **Mainz** nach **Mannheim 2½** Uhr Mittags. Von **Strassburg** nach **Mannheim 10½** U. Mrgs

Nähere Auskunft ertheilt:

Mannheim, den 14. Febr. 1848. **Die Agentur.**


Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für Heidelberg bei den Austrägern à 12½ Sgr. 72 Exemplare franco in Pforzheim. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Belgien die Bücher vermittelnden Adressen in Straßburg Nr. 29 Broglie, Paris bei Nr. 29 Rue de Bourbon.

# Deutsche Zeitung.

Die Herausgeber dieser besorgt der Gesch. Dir. Professor Hettelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.30.—; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.45. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 2 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 158. Heidelberg, Mittwoch 7. Juni. 1848.

## Uebersicht.

Der Rückzug aus Jütland. — Wien (Anordnung der Wahlen). Prag (der Slawenkongreß). Berlin (Nationalversammlung. Erklärung der Kommission über die Zulassung Baldenaires. Die Thronrede um der Todtenfeier abgekürzt. Die Reaktionsparteien. Erklärung des Ministers des Auswärt. über die dänische Frage. General v. Aschoff. Die Sicherheits kommission, die Arbeiter). Grundeni (Armirung der Festung). Stettin (Kontremirung preuß. Schiffe). Posen (der Zusammenhang der revolutionären Bewegungen). Rheinprovinzen (die Trennungsgelüste. Haltung der Köln. Z. Der Stollwerksche Saal. Heinens Aufforderung zur Unterstützung der Republikaner). Rheinhessen (gegen die Sonderbündler; die deutsche Flotte). Oldenburg (Abzug deutscher Truppen). Altona (die letzten Begebenheiten in Schleswig). Flensburg (Anzug aus einem Berichte des Generals Wrangel. Das Schloß Gravenstein. Die Freikorps. Die Ursache des Rückzugs). Frankfurt (Reichsverordnungen. Antrag auf Erhebung der Wehrhaftigkeit im Volke. Erwiderung eines Polen. Die Bundesversammlung über Mainz).

Niederland. Haag. Eidavenfrage. Der frühere Minister Reyven. Dänische Arrondissichkeit. Limburg.

Dänemark. Kopenhagen. Der König und die fremden Prinzen. Die Finnogen. Königliche Proklamation.

Frankreich. Paris. Verhandlungen der Nationalversammlung über die Anklage gegen Louis Blanc.

Italien. Der deutsche Reichstag und die Lombardei. Giobertti in Rom. Rom. Schreiben des Papstes an den Kaiser von Oesterreich. Neapel. Die Truppen a. Flotte aus Oberitalien abgerufen. Krieg in Sicilien.

Beilage. Das Verhältniß zu Norddeutschland und die Personalunion mit Dänemark. Augsburg. Widerstreitende Ansichten. Schweiz. Bern. Verhandlung über den Bundesentwurf. Oesterreichische Monarchie. Russische Truppen.

## Heidelberg, 6. Juni.

Der plötzliche Rückzug der deutschen Truppen aus Jütland hat allenthalben, wo das Gefühl für die vaterländischen Dinge lebendig ist, einen peinlichen Eindruck gemacht; die gleichzeitig gegebene Versicherung, es sei das die Einleitung zu einem ehrenvollen Frieden, konnte um so weniger beruhigen, als wenige Tage nachher ein dänischer Ueberfall den Kampf erneuerte und alle Friedensgerüchte Lügen strafte. Aber auch wenn diese rasche Widerlegung nicht erfolgt wäre, was war von einem Frieden zu erwarten, dessen erster Akt nach einem von uns rühmlich durchgeführten Kampfe mit einem Opfer von unserer Seite begann, dessen Einleitungen wir damit eröffneten, ohne die wohlverdiente Entschädigung, ohne gerechte Repressalien, ohne Pfand und zum Theil den Preis des Sieges hingegeben! Hatte das alte Losungswort „Vorwärts" im Munde Wrangel's alle deutschen Herzen begeistert, so mußte sie das unerwartete und ungerechtfertigte diplomatische „Rückwärts" im Munde der deutschen Politik mit tiefem Schmerze erfüllen; es mußte ein Schrei der Entrüstung durch das Land gehen, wenn man jetzt die nördlichsten Vorposten deutscher Sprache und Gesinnung den Dänen wehrlos preisgegeben sah. Diese Empfindungen haben denn auch, namentlich in der norddeutschen Presse, ein lautes Echo gefunden. „Das einige Deutschland", ruft die Schleswigholsteinische Zeitung, „ist ein solches, wo jeder deutsche Regent im militärischen und politischen Verhalten zum Ausland seinen eigenen Willen hat, wo Preußen gar nicht zu wollen braucht, was Hannover will, und umgekehrt. Das einige Deutschland schließt nicht aus, daß ein deutscher Fürst sich weigert, sein Kontingent zu stellen. Das einige Deutschland schließt nicht aus, daß ein deutsches Land einen Separatfrieden schließt. Das einige Deutschland kann Blut vertragen, unbeschadet seiner Einheit, gerade wie das heilige römische Reich, trotz Neutralitätserklärungen und Baseler Friedensschlüsse, das heilige römische Reich blieb. Das einige Deutschland ist eine Koalition mehrerer Fürsten mit einer Phrase dazu. Das einige Deutschland ist ein Hohn der Dänen, die Schadenfreude Englands. Aus Versehen ist Deutschland einig gewesen vier Wochen lang; aber umsonst erschraken die Nachbarn, daß es nun Ernst werden möchte. Schon lenken wir ein in das alte, zerfahrene Geleise des ewigen Zwiespalts, und das erste Opfer ist Schleswigholstein. So erläutert die Praxis den Begriff des einigen Deutschlands."

Möglich, jedenfalls wünschenswerth, daß diese Ausbrüche des Unwillens in einzelnen Anklagen zu weit gehen, wer wollte sich aber im ersten Augenblicke ähnlicher Empfindungen erwehren, wer wollte von dem Blatte, welches Volk und provisorische Regierung in den Herzogthümern vertritt, bei diesem Anlasse eine andere Sprache erwarten? Die Vermuthungen über die Ursachen dieses unbegreiflichen Verfahrens sind, wie auch aus den angeführten Worten herausklingt, getheilt. Auf der einen Seite wird die Schuld der schlechten Organisation unseres Bundesheerwesens, der vielköpfigen Leitung der einzelnen Armeekorps zugeschoben, es werden sogar einzelne Regierungen, wie z. B. Hannover, jedoch nicht ohne Widerspruch von dieser Seite, als die Mitschuldigen jener Rückzugsbewegungen bezeichnet. Auf der andern Seite wird Preußen beschuldigt, es habe sich durch eine russische Drohnote einschüchtern lassen und rasch die Früchte blutig errungener Siege preisgegeben, weil man von der Newa aus mit dem Finger drohte. Diese letzte Anklage läuft durch dänische, englische und französische Blätter; sie wird von mehreren deutschen Zeitungen mit einer Ruhe und Fassung nachgesagt, die uns nicht sehr wundert, wohl aber tief betrübt. Sind wir auch den Erinnerungen einer demüthigen und nachgiebigen Politik nichtsweniger als entwachsen, so wäre uns doch die Nachgiebigkeit da doppelt empörend, wo sie nach einer Seite hin geübt wird, die allerwärts die verhaßteste ist. Der Instinkt des Volkes ließe sich eher eine Konnivenz gegen jede andere europäische Macht gefallen, als die gegen Rußland; gerade hier wünscht man reine Abrechnung, nicht aber längere Fortdauer eines Einflusses, der lange und verderblich genug auf unsere innere wie auf die auswärtige Politik geübt worden ist.

— Und in einem Augenblick, wo die ganze Nation unter allen großen Konflikten keinem mit mehr Ruhe entgegensähe, als dem mit Rußland, böte man uns das! In einem Augenblick, wo zu der vorhandenen Gährung nichts Bedenklicheres hinzukommen konnte, als eine Kränkung des patriotischen Ehrgefühls, die alle edlern Elemente des Volkes aufregen muß, würde man in so unverantwortlicher Weise dem Gegner gewonnenes Spiel geben! Auch eine andere Annahme, es sei nach dem Wunsche Englands geschehen, damit wir Deutsche so mit dem Beispiele der Mäßigung dem Frieden vorangingen, hat nichts Tröstliches; denn sollen wir immer und ewig in politischen Dingen das Opfer der Geduld bringen, immer wieder mit Einräumungen vorangehen, wo Andern es zweideutig ist, ob ihnen der verdiente Tugendpreis nachfolgt? Oder haben wir etwa durch Mißhandlungen der Herzogthümer den Anlaß zum Kampfe gegeben, haben wir Brutalitäten vor und in dem Kriege geübt, haben wir Kaperei gegen dänische Schiffe getrieben, sind wir etwa in offener Feldschlacht aus dem usurpirten Gebiete hinausgedrängt worden? Nichts von allem Dem liegt vor, was eine so zahme Nachgiebigkeit rechtfertigen könnte, vielmehr lauter Vorgänge, die einen ehrenvollen und vollständigen Frieden erwarten ließen. Statt dessen zieht man sich zurück, bietet dem deutschen Patriotismus ein reiches Feld von Vermuthungen, deren keine beruhigend lautet, die alle die Anfregung nur steigern müssen. Wir wollen die Konsequenzen eines solchen Verfahrens nicht weiter verfolgen, weil wir erst die Bestätigung der Widerlegung des Vorwurfs abwarten wollen; wir wollten nur auf den Rückschlag hindeuten, den eine politische Schwäche dieser Art nothwendig hervorrufen müßte.

Arg genug, daß in unserer eigenen wie in der fremden Presse der Vorwurf ohne Widerspruch herumgetragen werden kann und die Fremden mit Hohn und Schadenfreude auf das quos ego hindeuten, dessen zauberische Wirkung unsre siegreiche Armee über die Königsau zurückgejagt hat. Denn man muß die Dänen hören, in welchem Tone sie die Friedensunterhandlungen besprechen. Wir wollen die Injurien nicht aufzählen, womit sie das deutsche Volk und Heer nach der Besetzung Jütlands überschütteten; daraus

Digitized by Google

sprach der verzweifelnde Aerger der Schwäche zu deutlich, als daß wir viel Werth darauf legen dürften, uns so mehr, da sie in demselben Augenblick ihre trostlose Lage in andern Gesandtnissen sicht- bar genug an den Tag legten. Aber solche vom Vorzügen unserer Waffen durch die Umstände unsern ein Ziel gesetzt war, schöpfen sie frischen Muth und schlugen den alten prahlerischen Ton von Neuem an. „Dänemark muß," so drückt sich der Minister Orla Lehmann in einem Berichte aus, den er über seine Expedition als Regierungskommissär in Jütland dem Könige abgestattet hat, keinen Frieden schließen, worin es das Geringste von seiner Ehre und seinem Rechte aufgibt. Frieden könne erst dann geschlossen werden, wenn jedes eigene Vertheidigungsmittel erschöpft und jede Hoffnung auf fremde Hilfe erloschen sei". Oder es hieß trotzig, man sei dänischerseits ganz darauf vorbereitet, Deutschland Zeit zu geben, in Anarchie und Krieg zu gerathen oder Europa Gelegenheit zu lassen, Dänemark in seinem ungleichen Kampfe zu Hilfe zu kommen. Als dann gar der Rückzug erfolgte, hieß es in den Kopenhagener Blättern, aus bösem Gewissen, aus Furcht vor dem „Kampfschlingen und kampflustigen Herrn der Dänen" seien die Deutschen zurückgewichen; ihr Rückzug sei eine vollständige Flucht zu nennen. Die gelindeste Fassung war noch die, daß man den Rückzug nur diplomatischen, nicht militärischen Gründen zurechnete und sich über den Aerger des braven Wrangel und seiner Truppen lustig machte, die sich plötzlich „wie die Narren" zum Rückzuge genöthigt sahen.

Wir glauben, diese Sprache, die man im Ausland gegen uns führt, wird auch im Inland ihre Wirkung nicht verfehlen; man wird Rechenschaft fordern oder Aufklärung, und es wäre gut, wenn die Antwort lange auf sich warten ließe.

Wie sich aber der wahre Sachverhalt auch herstellen mag, beide Voraussetzungen, von denen wir oben sprachen, haben leider innere Wahrscheinlichkeit. Die Zersplitterung und Vielköpfigkeit unserer militärischen und politischen Kräfte, nur die Ungeschicklichkeit oder, wenn man will, Schüchternheit der Politik unserer „Großmächte" sind zu bekannte Thatsachen, als daß man sich sehr wundern könnte, wenn man den einen oder den andern Vorwurf aussprechen hört. Daß der Rückzug deßwegen erfolgen mußte, weil ein paar kleine norddeutsche „souveräne" Staaten ihre eigenen Ansichten und Wünsche hatten, diese Annahme hat etwas so innerlich Wahrscheinliches, daß es nicht gar leicht sein wird, den Glauben daran ganz zu verscheuchen. Und die andere Voraussetzung, daß eine deutsche Großmacht, die im Felde ihre Sache sehr gut gemacht hat, sich diplomatisch die Erfolge wieder aus den Händen winden läßt, auch das hat nach Erfahrung und Geschichte so wenig Auffallendes, daß auch da die Widerlegung nur mit klaren und schlagenden Thatsachen möglich sein wird. Aber die fruchtbare Lehre, die darin liegt, wird man auch bestimmter herausfühlen als aus allen theoretischen Gründen. Das System der deutschen „Einigkeit" ohne Einheit, das jener angeführte Zeitungsartikel so bitter verspottet, die politische Leitung, durch eine einzelne oder durch viele Mächte, die aber alle Glieder eines Staatenbundes sind und über ihrer Souveränetät Land und Reich verloren gehen lassen, dies System wie alle ähnlichen Liebhabereien, die sich auf eine angebliche „angestammte Eigenthümlichkeit" fügen, werden durch jene Thatsachen stärker erschüttert und die Nothwendigkeit einer wahrhaft einigen und starken Reichsgewalt besser erwiesen sein als durch alle Vernunftgründe *).

**Oesterreich.** Wien. Das Ministerium hat die Einleitungen getroffen, daß in Uebereinstimmung mit den Anordnungen der Proklamation Sr. Maj. vom 16. d. M. die Wahlen der Abgeordneten zur Einen Kammer des konstituirenden Reichstages auf der Grundlage der Bestimmungen der provisorischen Wahlordnung vom 9. d. M. für die Wahl der Kammer der Abgeordneten nunmehr unverzüglich vorgenommen und dabei jeder Unterschied in Beziehung auf die Zahl der Wahlmänner in den Wahlbezirken in den Städten, welche eigene Abgeordnete zu senden haben, beseitigt und das Alter der Wählbarkeit zum Abgeordneten auf das zurückgelegte 24. Lebensjahr gesetzt werde. Dabei wurde den Ländervesp. jede mit der Wichtigkeit des Gegenstandes vereinbare Beschleunigung der Wahlen anbefohlen, damit der konstituirende Reichstag, in Gemäßheit des allerhöchsten Patentes vom 9. May d. J. am 26. Juni eröffnet werden könne. (A. Oest. Z.)

Prag, 30. May. Heute wird der große Slawen-Kongreß eröffnet — durch eine feierliche Messe, bei welcher serbische Popen fungiren. Andere Stadt gleicht jetzt einem großen Maskenballe, auf welchem sich die verschiedensten slawischen Kostume präsentiren, altund neu-czechisch, polnisch, croatisch, dalmatisch und serbisch — dazwischen schwebt der unsichtbare russische Bärenschlauch. (Köln. Z.)

**Preußen.** § Berlin, 2. Juni. Das intelligente Berlin ist in diesem Augenblick von einem sinnbetörenden Fieber ergriffen, in dem es Nichts als Reaktion sieht und schreit. Daß die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, der ganze Verfassungsentwurf, die Erklärung der Minister, insbesondere über die Vereinbarung der Verfassung, die klare und baare Reaktion ist, das ist auch einem blöden Auge deutlich. Aber der Berliner will nun einmal nicht umsonst in dem Ruse besonderen Witzes stehen; er sieht schärfer und tiefer; das zwischen Arbeitern und Bürgern bestehende Mißtrauen, die Katzenmusiken der vorigen Woche, die von dem Bürgerwehrbefehl unzertrennlichen Plagen und Plackereien, was sind sie anders als ein Werk der „im Finstern schleichenden" Reaktion? Tetter in eines der unzähligen mit Mietheszetteln behängten Häuser — in dieser Zeit der Reaktion, sagt Euch der Eigenthümer, sind alle Miethespreise gefallen; wenn Euer Schneider wenig Arbeit hat, so klagt er Dessen die Reaktion an; vor einigen Tagen wurde auf der Schloßtruppel ein Blitzableiter errichtet — es war ein Zeichen, daß die Reaktion dem braunsteinsteinfarbenen Militär gab, um gegen Berlin zu rücken; aus dem Zeughause werden Waffen fortgeführt — die Reaktion will Berlin entwaffnen, um es dann der Soldateska zu überliefern. Kurzum, der Indegriff und die Quelle aller wirklichen und erträumten Uebel ist die Reaktion, die um so schreckhafter wirkt, als sich unter dem unverständlichen Fremdwort jeder etwas Anderes denkt. Seit zwei Monaten hat die revolutionäre Propaganda Versammlungen, Zügen und Drohungen gegen die „Conterrevolution" aufgeboten, deutlicher treten ihre Thätigkeit und ihre Absichten nie zu Tage als eben jetzt; nichtsdestoweniger lassen sich die Berliner Bürger bethören und aufhetzen, und es steht sehr zu fürchten, daß wenn ein Streich, wie er offenbar jetzt im Werke ist, versucht wird, ein großer Theil unthätig bleibt oder gar auf Seite der Aufrührer tritt. Queen Dous voit perdere, dementat.

Berlin, 2. Juni. Der General v. Aschoff hat die Stelle als Führer der Bürgerwehr niedergelegt. Diesen Mittag waren die Majore der Bürgerwehr versammelt, um eine interimistische Verwaltung des Kommandos zu wählen. Es wurde der Major Bleffon, der schon seit zwei Tagen faktisch in die Verwaltung eingetreten war, gewählt und der Major Benda und der Dr. Groß, Führer des Handwerkervereins, ihm zur Seite gegeben. Groß soll sich geblasen. — Dem Vernehmen nach hat der General v. Aschoff auch gebeten, seiner Stelle als Kommandant von Berlin gleichmäßig enthoben zu werden.

Die neugebildete Kommission zur Sicherung der Ordnung der Stadt und zur Widerlegung aller falsch verbreiteten Gerüchte war am Donnerstag Abend bis Mitternacht im Schloß versammelt, um ihre künftigen Geschäftsbeziehungen zu regeln. (Voss. Z.)

Heute Morgen sind die Arbeiter, welche sich in Kompagnien eingetheilt haben, mit ihren Fahnen vor das Magistratsgebäude gezogen und baten um Arbeit. Sie erhielten Anweisungen, in welchen der Ort bezeichnet ist, wo sie zur Arbeit verwendet werden und begaben sich sodann in der besten Ordnung dahin. (Voss. Z.)

Berlin, 2. Juni. In der Sitzung der preußischen Nationalversammlung vom 2. Juni richtete der Abgeordnete Stettin, Hr. Freydorff, an den Staatsminister von Arnim eine Interpellation wegen der Blokade der Ostseehäfen, worauf der Minister des Auswärtigen folgende Erklärung abgab: „Ich habe mich bereits auf eine vertrauliche Anfrage des Hrn. Präsidenten dahin erklärt, auf eine Interpellation in dieser Beziehung sogleich antworten und mich des Rechts begeben zu wollen, sie auf einen spätern Tag zu verlegen. Ich glaube dies namentlich im Interesse des Handelsstandes thun zu müssen, der mit Ungeduld das Ende einer Lage erwartet, die von ihm sämmtlich empfunden wird, dieses ehrenwerthen Handelsstandes, der den bestehenden Kriegszustand mit Hingebung und Ausdauer ertragen hat, in dem Gefühl, daß dieser Krieg für die Ehre Preußens und Deutschlands ein nothwendiger gewesen war. In diesem Gefühl wird er auch noch für den Augenblick die Beschwerde zu ertragen wissen, welche von diesem Zustande unzertrennlich sind. Aber ich freue mich, zugleich die Hoffnung aussprechen zu können, daß dieser Zustand seinem Ende viel näher ist als seinem Anfange. Es ist bereits bekannt, und

*) Als wir Obiges schon geschrieben hatten, erhielten wir die offizielle Erklärung, die der preußische Minister des Auswärtigen in dieser Angelegenheit gegeben hat. (S. unten Berlin.) In der Sache wird dadurch Nichts geändert, man hat auf einen unangemessen Ausgang der Unterhandlungen die ganzen Vortheile und den Preis des Sieges hingegeben — eine Nachgiebigkeit, die in Gleichem weder England noch Dänemark geübt hätten.

Digitized by Google

ich kann es nur wiederholt in dieser Versammlung mittheilen, daß eine englische Vermittlung eingetreten ist und kräftig gehandhabt wird. Die Basen des Friedens, über die wir mit Großbritannien übereingekommen, sind kräftig in Kopenhagen zur Annahme empfohlen worden, und ich kann zugleich mittheilen, daß diese Basen der Verhandlung in einer der letzten Sitzungen der Bundesversammlung genehmigt worden sind. Wir haben, um die Mediation zu erleichtern und zugleich eine Bürgschaft unseres Wunsches nach Frieden zu geben, unsere Truppen aus Jütland zurückgezogen. Ich kann dies Zurückziehen aber nicht mit dem geehrten Redner vor mir als eine Räumung bezeichnen. Meine Herren, von einer Räumung im militärischen Verstande kann wohl hierbei durchaus nicht die Rede sein. Wir wissen Alle, daß unsere Truppen stegreich in kürzerer Zeit die Jütland vorgetrungen waren; aber aber hatten sie seit einigen Wochen keinen Feind mehr gegenüber, und es lagen auch schon aus strategischen Rücksichten Gründe vor, eine konzentrirte Stellung einzunehmen. Aus diesen Ursachen hat der General von Wrangel eine Stellung zwischen Tondern und Apenrade, nachdem er nach Schleswig zurückgegangen ist, eingenommen. Was die Blokade der diesseitigen Häfen betrifft, so kann in diesem Augenblicke und so lange die Verhandlungen nicht weiter vorgeschritten sind, darüber nichts Bestimmtes gesagt werden; aber ich kann wohl die Hoffnung aussprechen, daß dieser Zustand nicht lange mehr bestehen wird. Näher auf diesen Gegenstand einzugehen, erscheint mir für jetzt nicht angemessen. Ich bin gewiß nicht dafür, unnöthig ein Geheimniß aus der Lage der Dinge zu machen, und bitte die hohe Versammlung, sich überzeugt zu halten, daß ich, wenn die Verhandlungen zu dem Punkte gediehen sein werden, daß sie vollständig mitgetheilt werden können, ich solche eben mit großer Freude offen vorliegen werde. Eine solche offene Darlegung der Thatsachen, sobald der Moment dazu gekommen ist, halte ich überhaupt für die einzig richtige Diplomatie; aber es gibt freilich Momente, wo dies nicht als angemessen erscheinen kann. Das ist hier der Fall, so lange die Verhandlungen sich noch in dem jetzigen Stadium befinden. Ich bitte die hohe Versammlung, sich für den Augenblick mit dieser Erklärung zu begnügen; sobald eine Aufklärung dieser Erklärung möglich sein wird, werde ich sie unaufgefordert vorzulegen nicht verfehlen."

†† Berlin. (National-Versammlung. Sitzung v. 3. Juni 1848.) Duncker verliest das Protokoll. v. Unruh berichtet über Prüfung der Nachwahlen, welche von der Kommission sämmtlich in Ordnung gefunden. Reichensperger, als Referent in der Cabinet-Ordre Angelegenheit, theilt mit, daß die Kommission unter Berücksichtigung der ihr in Hinsicht der Aktenstücke vorliegenden Akten, welche bis zum 21. v. M. gehen, es konstatirt gefunden habe, daß, während sich Waldemere schon am 2. bei dem Barrikadenbau in Trier betheiligt haben soll, derselbe erst am 8. Mai durch Beschluß des Landgerichts verhaftet worden. Die Kommission ist von dem Principe ausgegangen, daß ein formelles Gesetz über die Unverletzlichkeit der Abgeordn. nicht existire und die Versammlung keinenfalls in die Justizwege eingreifen könne. Die Kommission hat sich einstimmig dahin erklärt, daß nur durch die Erlassung eines definitiven Gesetzes über die Unverletzbarkeit der Deputirten Waldemaire einberufen werden könne. Die Kommission beantragt daher: die hohe Versammlung möge die zur Erlassung eines Gesetzes die Waldemaire'sche Angelegenheit unberührt lassen und zur Tagesordnung übergehen. Die Debatte über das Gutachten der Kommission findet Montag Statt. Rees v. Esenbeck stellt den Antrag: man möge an das um 2 Uhr in der Universität versammelte Festkomité Seitens der Versammlung eine Deputation absenden, die dem Komité die Theilnahme der Kammer an dem morgenden feierlichen Zuge nach Friedrichshain anzeigen. (Die Studenten hatten nämlich die Deputirten zur Theilnahme an ihrer als Demonstration gegen den Prinz von Preußen benutzten Todesfeier für die am 18. März Gebliebenen eingeladen.) Die Abgeordneten v. Sydow und Loe tragen darauf an, daß man zur Tagesordnung übergehe. Da dieser letztere Antrag zahlreichere Unterstützung als der von Rees v. Esenbeck findet, fällt der Antrag auf Theilnahme an der morg. Feierlichkeit.

Brandenz. Die Festung wird eiligst armirt; bald werden auch die Anlagen auf dem Glacis verschwunden sein. Man sieht den Grund dazu in dem Verhältnisse zu Rußland. (K. Z.)

Stettin, 31. Mai. Laut soeben hier eingegangener Nachricht aus Helsingör vom 28. d. ist vorläufig das preußische Schiff Eduard, geführt vom Kapitän Krause, vom dänischen Admiralitätsgericht erster Instanz für gute Prise erklärt und kondemnirt worden, welcher Sequestration, als einer ganz leeren Formel, hinter der der allergewöhnlichste Seeraub versteckt ist, wohl bald mehr noch folgen werden. Das erwähnte Schiff war von Liverpool nach Stettin mit einer Ladung Palmöl ꝛc. bestimmt. In Bezug auf letztere meldet man aus Helsingör, dieselbe sei vermuthlich englisches Eigenthum, und es sei nöthig, daß darüber bald die nöthigen Papiere aus England beigebracht würden. Andernfalls wird auch sie ohne Zweifel sequestrirt werden. (Wess. Z.)

Posen, 28. Mai. Der Köln. Z. wird geschrieben: Von den Bewegungen, welche vom 15. bis 18. in Paris, Frankfurt, Wien, Berlin Statt gefunden haben, hatte man nicht bloß in Krakau und Tarnow, sondern auch in Posen im Voraus Kunde. (Auch aus Wien verschiedene zahlreiche Berichte, daß das mehrmalige auffallende Zusammentreffen revolutionärer Bewegungen an den verschiedensten Punkten durchaus kein zufälliges ist.) Die besseren Geschäfter der Polen an jenen Tagen waren schon dem oberflächlichen Beobachter ein deutliches Zeichen, daß irgend Etwas im Werke sei. — Mißstand ist es und auch der Zusammenhang all dieser Bewegungen nicht; denn man weiß genau, daß die hiesigen polnischen Hauptführer und Literaten nach ihrem Verschwinden aus der Provinz in Krakau, Prag, Dresden, Frankfurt, Paris aufgetaucht sind, und man kennt zum Theil ihre Verbindungen. Was aber räthselhaft ist — das ist die unversiegbar scheinende Geldquelle, die Mehreren der Führer und auch der gefangenen Insurgenten zu Gebot steht. Da man nun weiß, in welcher Geldnoth selbst die Reichsten der polnischen Gutsbesitzer schon im April waren, so führt der Gedanke auf die Jesuiten [?], von denen wir einige Glieder in unserer Mitte allerdings gesehen haben. Der Jesuitismus in der Polenfrage scheint uns keine hohle Phrase und nicht bloß in den politischen Manipulationen zu liegen. Freilich führt uns eine einfache Betrachtung auch den Gedanken zu, daß die ganze jetzige klassische Politik ziemlich jesuitisch ist. Der slawische Kern scheint nicht auf die Verschiedenheit seiner politischen Richtung. In Böhmen ist er ganz und gar reaktionär und mit dem Hofe aufs Innigste verbündet. Sein unverhülltes Ziel ist die Aufrechterhaltung des aristokratischen Princips. Der polnische Adel — hat schriftlich ein anderes Ziel, eine Adelsherrschaft liegt auch wieder im Hintergrunde, aber um zum Zwecke zu gelangen, ist er Anhänger des schroffsten Republikanismus geworden. — Mit Freuden sieht der deutsche Bürger hier an den Ostmarken des deutschen Vaterlandes, wie rege Theilnahme auf vielen Punkten in der Ferne sich kund gibt. Der Hilferuf, der aus unserer Mitte nach Westen an das gesammte Deutschland ergangen, er ist nicht verhallt!

Aus der Rheinprovinz, 29. Mai. Kaum habe ich meinen letzten Brief an Sie abgeschickt, so trifft die Trierer Zeitung, den unverhohlensten Beweis für die Trennungsgrüfte ihrer Partei. Sie verlangt' eine neue Eintheilung des gesammten Deutschlands in 8 oder 10 Kreise, welche den neuen Staatenbund bilden sollen. Dabei setzt sie die Republik voraus und eskamotirt die Monarchie, indem sie von zufälligen erblichen Präsidenten in dem einen oder andern dieser Kreise spricht; die Urheber solcher Phantasterein glauben freilich selbst nicht an ihre Verwirklichung. Aber wenn nur die öffentliche Meinung immer mehr gespalten und verwirrt wird, so ist für die Anarchisten auch schon viel gewonnen. Es ist zu beklagen, daß die Kölner Zeitung es verschmäht, die Ausgeburten des Trierer wie des Koblenzer ränkevollen Fanatismus von Zeit zu Zeit zu bekämpfen, noch mehr, daß sie es bedenklich findet, das ganze Parteiwesen des Rheinlandes in seiner praktischen Gestaltung in den Kreis ihrer Betrachtung zu ziehen. Sie würde bei ihrer anerverdentlichen Verbreitung und ihrem in der That großen Einfluß viel beitragen können zur Berichtigung der Urtheile des Publikums. So aber gibt es kein Land Europa's, über welches sie nicht bessere Belehrung enthält, als über ihre eigene Provinz. Hier war es also nicht die Regierungscensur, die ihr im Wege stand. Hoffentlich wird sie durch die in einigen Tagen beginnende, den ochlokratischen Interessen gewidmete neue rheinische Zeitung und durch eine streng römisch-katholische, welche dieser, wie ich höre, auf dem Fuße folgen wird, und der bisher beobachteten Schweigsamkeit gerissen werden. Wenn aber der Zustand der öffentlichen Meinung und ihr Parteienkampf aus der Zeitung selbst nicht zu erkennen ist, so bilden ihre bezahlten oder unbezahlten Inseraten eine Quelle dafür. In einer Nri vom Montag 23. Mai wollen die Bürgen des Stollwerck'schen Saales unter dem Namen des „Kunstvereins der demokratischen Gesellschaft", die Anklage, als ob die dortigen Versammlungen die Rückkehr des Vertrauens verhinderten, zurückweisen. „Politische Regsamkeit — erklären sie — stört Handel und Gewerbe und das ihnen so nöthige Vertrauen wahrlich nicht, wie dieses England und Amerika fortwährend beweisen; wohl aber werden sie durch Befürchtungen gestört, welche Freiheitsfeinde an öffentliche Verhandlungen zu knüpfen suchen". — An die Verhandlungen? Wer hat sie an diese geknüpft? Aber was aus diesen Verhandlungen, zu

Digitized by Google

deutsch Auftreizungen, hervorging, die Zerstörung von Fabriken und Maschinen zu Solingen und Elberfeld und unzähliger Schiffer, gab dies gar keinen Grund zu Besorgnissen? Oder sind das auch nur Erzeugnisse „politischer Regsamkeit?“ Gerade weil man in England der politischen Regsamkeit in Eurem Sinn, z. B. den Chartisten-Demonstrationen so erfolgreich zu begegnen weiß, blühen dort Handel und Gewerbe. Und bei uns werden sie auch wieder blühen, wenn die Bürger durch energisches Zusammenhalten und echte politische Regsamkeit den Regierungen die Kraft geben werden, Euren Demonstrationen mit nicht minderem Nachdruck entgegenzutreten. Es zeigt sich immer deutlicher, daß dies das Einzige ist, von dem wir Rettung zu erwarten haben. Die besten Formen der Freiheit werden sie uns ohne ein solches Rustreten nicht bringen, sondern ohnmächtig bleiben. Einige Tage vorher brachte dieselbe Zeitung eine selbst in unsern Tagen, wo das Unerwartetste eintritt, überraschende Unverschämtheit. Karl Heinzen verlangt in einem Briefe an die Redaktion Veranstaltung einer Sammlung für die Verwundeten und Hilflosen des von seinem glorreichen Einfall in das Badische eben zurückgekehrten republikanischen Heeres, also ziemlich unverhohlen Geldunterstützung zu neuen Unthaten derselben Art. Zugleich verheißt er dereinstige Abrechnung mit der Kölner Zeitung und mit Allen, die es gewagt haben, sich der Republik zu widersetzen, d. h. um mit Eisenmann zu reden, „der Plünderung der besitzenden Klassen, der Anstehung des Eigenthums, dem allgemeinen Elend und der Barbarei“. Und Abrechnung; man weiß, was in Karl Heinzens Sprache diese „Abrechnung“ heißt. Dies aber so ohne alle Noth schon im Voraus zu sagen, ist doch entweder eine maßlose Frechheit oder eine ganz aus der Rolle gefallene naive Aufrichtigkeit. In der That aber steckt mehr dahinter, als Beides. Es wird hier nämlich der Versuch gemacht, wie viel sich von den Kölnern durch ernste Furcht für ihr Leben erpressen läßt. Die Voraussetzung eines solchen Grades von Feigheit bei den Bedrohten stimmt ganz zu der Zuversicht, mit der Heinzen glaubt, an der Spitze einer kleinen Horde von Frevlern einer großen Nation den Fuß auf den Nacken setzen und sie nach Gefallen ausplündern zu können.

Vorgestern Abend zog in Köln eine tumultuarische Menge vor das Regierungsgebäude und warf dort unter aufrührerischem Geschrei Fenster ein. Es galt dem neuen Regierungspräsidenten Wittgenstein, gebornem Kölner und Katholiken, der dort bisher einer großen Popularität genoß, mit dessen Anstellung sich das Ministerium den größten Dank der Stadt zu erwerben hoffte. Herbeigerufene Bürgerwehr zerstreute den Haufen leicht, doch hatte die Kommandantur nöthig gefunden, das Zeughaus durch eine aufgestellte Militärwache zu decken. Inwiefern der für die Wiederherstellung des Verteaunds so ärztlich besorgte Stollwerksche Saal bei dieser Heldenthat betheiligt war, wird sich schwer ermitteln lassen.

‡ Aus Rheinbaiern. Weitaus der größte Theil der Bevölkerung unseres Kreises will — wir sind dessen gewiß — für das deutsche Vaterland weder die Republik noch ein Kaiserthum, wohl aber einen starken Bundesstaat mit Volkssouveränetät. Begreiflicher Weise finden daher die Ansichten und Pläne der Sonderbundsparteien — insbesondere der baierischen — hier entschiedene Gegner. Will, so fragt man, unsere Staatsregierung der frendig begrüßten Einheitsbestrebung des großen Vaterlandes auf eigene Faust entgegentreten? Oder hält sie am Ende gar der Mitwirkung des Volkes sich für gewiß? Da sind jetzt die Kaiserslauterer Kreisausschüsse unseres Volksvereines mit dieser hochwichtigen Frage öffentlich wenigstens, sich nicht beschäftiget hat, so möge er nunmehr durch sein Organ hierüber die Antwort des Volkes einholen. Der nahe liegende Weg wäre, in schlichter, ruhiger, aber entschiedener Sprache eine Urkunde aufzusetzen, in allerwärts adjuhaltenden Volksversammlungen berathen und unterzeichnen zu lassen, damit dieselbe sowohl dem baierischen Staatsministerium als auch dem deutschen Parlamente übersendet werde. Es ist Pflicht, jetzt schon den Sonderbündlern zu sagen, wohin wir uns schauren, wenn wir zur Wahl zwischen der baierischen und deutschen Fahne gezwungen werden, und der baierische Patriotismus mag es glauben, daß und bloß das Band deutscher Einheit fest an Baiern zu knüpfen vermag. — Gelbsammlungen für die deutsche Flotte haben bei uns leider noch nicht Statt gefunden. Es fehlt nur an der Anregung, keineswegs an dem Willen, zu geben. Möge daher man in diesem Punkte unser Vereinsausschuß zum Handeln sich angeregt führen. Wir schlagen vor, nicht bloß zu einmaligen Gaben, sondern auch zu regelmäßigen Beiträgen auf mehrere Jahre aufzuforbern, die Einzeichnungslisten zu veröffentlichen und die eingehenden Gelder zur Verfügung des Parlaments zu stellen.

**Oldenburg**, 31. Mai. Heute Morgen zog eine Ergänzung unserer Artillerie — etwa 80 Mann mit 2 Kanonen — nach Schleswigholstein ab. Die zuletzt eingetretene Jahreeklasse unseres ersten Infanterieregiments wird, nach vollständiger Ausrüstung, und wenn nicht Gegenordre eintritt, am 6. Juni nachrücken. Warum diese Ausmärsche, nachdem die Kabinete die weitere Regulirung der schleswigholsteinischen Angelegenheit an sich gezogen haben, noch Statt finden, läßt sich vorläufig noch nicht erklären; es möchte denn sein, daß sie den Verhandlungen dadurch mehr Nachdruck verleihen wollten. Daß übrigens diese Verhandlungen so bald vorbei sein werden, glauben wir nimmer, da wir von den Kabinetten bisher einen so raschen Gang nicht gewohnt waren. (W. Z.)

* Altona, 2. Juni. Die letzte den Bundestruppen zugefügte Scharte ist glänzend ausgeglichen, die Dänen sind umgangen, 2000 abgeschnitten und schon mehrere hundert Gefangene gemacht worden, welche heute Abend hier eingebracht werden sollen. Die Bürgergarde ist aufgeboten, um die eintreffenden Gefangenen in Empfang zu nehmen und bis morgen zu bewachen, wo sie weiter nach Stade transportirt werden sollen. Wichtiger ist aber, daß General v. Wrangel wieder nach Jütland rückt, welcher Befehl ihm gestern durch einen Kurier überbracht worden ist. Die Dänen, welche sich schon überall wieder zeigten, werden sich nun rasch wieder zurückziehen. Der Krieg ist Nichts weniger als beendet, wenn sich Dänemark nicht fügt, und dies schient es nicht zu wollen, da es jedesmal, wenn die Verhandlungen bis zum Abschluß gediehen sind, neue Feindseligkeiten beginnt; wahrscheinlich in der Hoffnung, daß es von Rußland unterstützt werde. Rußland soll, da es Mannschaften nicht entbehren kann, den Dänen Gelder zur Führung des Kriegs vorgeschossen haben, was bei der russischen Politik sehr glaublich ist. Rußlands Politik war in der längsten Zeit mit großen Summen um sich herum, sowohl in den Donaufürstenthümern, wie im Norden, in Frankreich, wie in England, und doch scheiterten Rußlands Pläne mehr als sonst in der Neuzeit. Die englische Erklärung, eine Flotte auslaufen lassen zu wollen, wenn Rußland Dänemark mit Truppenmacht zu Hilfe käme, scheint Rußlands Kriegslust nach dieser Seite hin zurückgedrängt zu haben. Außerdem sind aber Rußlands Kräfte mehr, als es kann, angestrengt im Süden und Westen des Reichs und muß dabei stets eine Revolution im Innern trog aller Abwerrungsmaßregeln befürchten. Und trog aller dieser günstigen Gestaltungen ist die Aussicht auf den Frieden noch in weiter Ferne, da Dänemark nachzugeben nicht Lust hat und so lange den Krieg in die Länge ziehen wird, wie es irgend möglich ist, da ihm der Friede wahrscheinlich den Zusammenstuß und Staatsbankerott bringen muß. Nur bei den augenblicklichen Zuständen dürfte Dänemark außerordentliche Hilfsquellen stets machen und wenn bei eintretendem Frieden rasch verfahren werden, da mit der jetzigen Aufregung auch die jetzigen Opfer aufhören werden. — Der Friede wird eine schwierige diplomatische Arbeit sein, da Dänemark Nordschleswig behalten und die provisorische Regierung dasselbe unter keiner Bedingung abtreten will, selbst das Land ist dagegen, wie die nach Frankfurt gesandte Deputation, aus fünf Haderslebenern bestehend, bewirkt. Frankfurts Parlament wird sich hoffentlich energischer zeigen, als die Regierungen es bisher gethan haben, da sich Hannover und Berlin für die Abtretung ausgesprochen haben. Die Nordschleswiger, wenigstens in den Städten, wollen aber deutsch bleiben und sind darum nicht von uns fortzustoßen.

**Kendsburg**, 1. Juni. Der Major v. d. Tann hat vom General Wrangel die Zustcherung erhalten, mit dem 3. Freikorps gegen den Feind verwandt zu werden und demnach dürfte dasselbe morgen nach Norden auf. Das Rantzau'sche (2.) Freikorps, sowie das Krog'sche (1.) Freikorps stehen bereits ihrem Wunsch gemäß dem Feinde gegenüber. (N. Z.)

Die „Schleswig-Holst. Zeitung“ schreibt aus Flensburg vom 31. Mai, daß am Tage zuvor allerdings einige Bomben in der Richtung des Schlosses von Gravenstein geworfen worden seien, daß dieselben aber keinen wesentlichen Schaden angerichtet und nicht gezündet haben. Im Sundewittschen scheint am 29. so gut wie gar Nichts vorgefallen zu sein. In Flensburg war am 31. Abends das Gerücht im Umlauf, ein preußischer Kurier habe dem General Wrangel den Befehl gebracht, wieder vorzurücken.

Der Rückzug der Preußen aus Jütland hat, wie wir aus glaubwürdiger Quelle erfahren, nicht in Folge einer drohenden Note Rußlands, sondern auf den Wunsch oder vielmehr den Rath Englands stattgehabt, welches dem preußischen Kabinette bemerklich machte, daß die Erzielung des allen Theilen wünschenswerthen Friedens am Leichtesten werde angebahnt werden, wenn Preußen, ohne vorherige Eröffnungen Dänemarks abzuwarten, durch freiwilliges Zurückziehen den Beweis liefere, daß Deutschland nicht gesonnen sei, von dem Gewichte, welches ihm die bloße Uebermacht einem so kleinen Staate wie

Digitized by Google

Dänemark gegenüber verletzte, ungebührlichen Gebrauch zu machen. Als nun aber in dem britischen Ministerium bekannt geworden, daß Dänemark, statt dem gegebenen Fingerzeige Folge zu leisten und sich zum friedlichen Entgegenkommen geneigt zu zeigen, den Rückzug der Preußen als Schwäche gedeutet und zur Offensive überzugehen die Absicht zeige, habe daselbst sofort eine energische Note der dänischen Regierung überreichen lassen, welche zur Folge gehabt habe, daß einer der Kammerherren des Königs zu Anfang dieser Woche in specieller Mission mit einem Dampfboot direkt von Kopenhagen nach London abgesandt worden sei. (Die Adresse des Kammerherrn Reedy nach London wird auch von den Kopenhagener Blättern gemeldet.) (B.-H.)

Flensburg, 30. Mai. In Bersetz meines unterthänigsten Schreibens vom 24. Mai l. verfehle ich nicht, Ew. Maj. ehrfurchtsvoll zu berichten, daß ich am 25. den Rückmarsch aus Jütland in der dort angegebenen Art angetreten habe. Am 28. war das Hauptquartier in Apenrade, die Brigade Bonin in der Gegend von Hadersleben, die Brigade Möllendorf in der Gegend von Apenrade, die Holsteinischen in der Gegend von Kreuzlid eingetroffen, als Abends 9½ Uhr die Meldung des Generals Halkett einging, der Feind sei bei Sonderburg auf der dort unter dem Schutz der Landbatterien und der Kanonenboote angelegten Brücke in bedeutender Stärke übergegangen, habe die Vortruppen angegriffen, und der General Halkett sei mit dem Gros der Truppen im Begriff, meinem Befehle gemäß, auf Oxard und Klipleef auszuweichen. Noch in der Nacht ergingen die Befehle an alle Truppen, sich um 3 Uhr in der Richtung auf Oxard in Bewegung zu setzen; schon um 7 Uhr war die Brigade Möllendorf dort eingetroffen. Der Feind hatte indeß seinen Angriff am vorigen Tage nicht fortgesetzt und war nur bis gegen Abdöl gefolgt; es ergab sich aus einer in meinem Beisein stattgehabten näheren Rekognoszirung daß das Korps des Generals Halkett, auch ohne die Unterstützung durch preußische Truppen, stark genug sei, um den Feind wieder zurückzuwerfen. Dies geschah. Die Truppen des 10. deutschen Bundeskorps bemächtigten sich der Höhen an der Rübler Windmühle und der starken Stellung bei Satrup und nöthigten den Feind zum Rückzug auf seinen Brückenkopf bei Sonderburg. Leider blieben die Gefechte dieser Tage nicht ohne Verlust an Todten und Verwundeten für die Truppen des 10. Armeekorps. Der Verlust der Dänen kann nicht minder bedeutend gewesen sein, sie haben außerdem noch 1 Offizier, mehrere Mann Gefangene verloren. Sobald ich über diese Details wie über den speciellen Gang des Gefechts nähere Nachricht von General Halkett erhalten habe, werde ich nicht ermangeln, Ew. Maj. darüber zu berichten. Nur das tapfere Benehmen des oldenburgischen Kapitäns Schlarbaum und seiner Mannschaften kann ich schon heute nicht unerwähnt lassen. Diese Kompagnie war auf der Halbinsel Broacker disponirt, mit der Anweisung, im Fall des feindlichen Angriffs sich über die Fähre bei Eckenfund nach Grafenstein zurückzuziehen. Als der überlegene dänische Angriff erfolgte, und Kapitän Schlarbaum dieser Instruktion gemäß handeln wollte, fand er dänische Kanonenboote an der Fährstelle, er konnte also hier nicht übersetzen und mußte den großen, 1½ Meilen langen Umweg machen, um wieder bei Apenrade zu seinem Bataillon zu stoßen. Die Dänen waren ihm auf der kürzeren graden Linie vorausgeeilt, forderten ihn auf, die Waffen zu strecken, er aber griff sie mit dem Bajonett an und schlug sich glücklich, nur mit Zurücklassung eines Gepäckkarrens, durch. gez. Wrangel.

* Frankfurt, 30. Mai. Wir erhalten folgende Zuschrift von J. Jaskowski: Mit Rücksicht auf den Artikel in der Deutschen J. Nr. 149 *** Berlin, 24. Mai, bringe ich zur Oeffentlichkeit, daß ich bei Strasburg in Westpreußen geboren und aufäßig bin. Im Auftrage des pols. Nationalkomitées für die pols. Distrikte Westpreußens war ich mit einer Adresse desselben in dem Vorparlament erschienen, um wegen der ausnahmslosen Einverleibung Westpreußens zum deutschen Bunde zu protestiren. Nachdem ich den Auftrag erfüllt hatte, kehrte ich in meine Heimath zum Pflug und Egge zurück. Nach Verlauf von einigen Wochen erhielt ich von meinen Mitbürgern wiederum den Auftrag, eine Adresse an das deutsche Parlament zu bringen, worin von Neuem gegen die ausnahmslose Einverleibung Westpreußens aus dem Grunde protestirt wird, weil in vielen Distrikten dieser Provinz trotz des organisirten Germanisirungssystemes die pols. Einwohnerschaft in bei Weitem überwiegender Mehrzahl vor der deutschen sich befindet. Meiner Zusicherung, daß angesehenstes Einwohner Westpreußens haben diese Adresse unterzeichnet. Die Panslawagmeede des genannten Komitées und der bei der letzteren Adresse betheiligten Einwohner Westpreußens war offen. Meine Reise zum Vorparlament, mein Eintreten in demselben, die Nichtbeachtung, mein Auftreten daselbst duldeten sie, ohne daß dasselbst Jedermann ins Angesicht schauen und dies Alles auf dem Grunde, weil ich nichts Ungesetzliches begangen habe. — Der Referent des bezeichneten Artikels hat mich aber als den „Abgesandten westpreußischer Verschwörer" bezeichnet, ohne diese Anklage mit seiner Namensunterschrift offen zu verbürgen. Dies darf nicht sein. Ich fordere von der Redaktion der Deutschen Zeitung, daß sie mir angeklagten diesen Referenten nenne und näher bezeichne, damit ich ihn Namens dieser Beschwörer vor Gericht belangen kann. — Was meinen Brief an Szlezynski in Bestpreußen betrifft, so möge man wissen, daß dieser Brief auf der Post eröffnet und untersuchen wurde. Kriminell genug hat man sogar diesen Privatbrief veröffentlicht, nachdem man ihm in einer böswillig verfälschten Uebersetzung eine verdächtigende Deutung gegeben hat. Nach Verlauf von 3 Monaten ist mir nicht mehr genau erinnern, was ich in diesem flüchtigen Privatbriefe kann gesagt haben. Aber meiner Grundvergegnung gemäß weiß ich, daß ich weder hierin noch sonstig gegen den deutschen Namen mich verfänglich habe. Von preußischen Beamten, die mir sympathisch und die ungesetzliche Verschwörung bitten zur Tilgung Alles dessen, was polnisch ist, mag ich gesprochen haben, daß ich ein Feind derselben bin und stets bleiben werde, gestehe ich offen. Aber ich aber gegen das deutsche Volk als solches, welches fern ist von jener schmutzigen Eroberungslust, gesinnt bin, wird man auch aus meinen Bestrebungen ersehen") — Ich hatte mich bei der Veröffentlichung des erwähnten Briefes nicht verpflichtet. Das Publikum wird bemerkt haben, daß die Polen überhaupt schon seit den traurigen Breslauer Ereignissen Posens und Westpreußens, wie ein fechtlustiger Weispenschwarm, überall hin versandt wurden, offen kund, die apologetischen Artikel der Polen aber werden oft nicht einmal für Gift aufgenommen. Die deutsche Presse möge durch gemeinsames Zusammenstehen patriotisch sich recht verbrüdern und möge von den Aeltesten sie für die Folgezeit ihrer Artikel durch Namensunterschrift verbürgen. Man brandmarkt unsere Brüder im polnischen an Hand und Ehr, die deutsche Presse will die Namen einzelner Polen durch verleumderische Artikel brandmarken, ihre heilige Vaterlandsliebe gemein verdächtigen. Ein bittres Gefühl überfällt Herbst und Herz und das Auge blickt dahin, wo ein gerechter Gott die Richterstuhle hält, weil auf Erden die Gerechtigkeit nicht mehr zu wohnen scheint. Die Geschichte ist das Weltgericht, vor derselben weicht die Lüge; ihr Urtheil kennt ist unerbittlich, sie kennt nicht der Vergangenheit. Daher sollte es die Sache der deutschen Presse sein, mit Ernst und Würde den Strom der Gegenwart zu erfassen und mit sicherer Hand den Geist der Wahrheit über den Wirbel der drängenden Ereignisse zu führen. — (Wir haben von der Verbreitung der Polen-Broschüre Act nach mitgetheilt, sagen jedoch zum Verständniß nur wenige Worte bei. Dem originellen Verlangen, der Korrespondent solle sich sofort öffentlich nennen, kann natürlich um so weniger willfahrt werden, als es sich hier um eine einfache Thatsache handelt. Der Korrespondent nennt Dr. Szlezynski einen Abgesandten westpreußischer Verschwörer; er stützte diesen Vorwurf ohne allen Zweifel auf eben jenen Brief, den wir in Nr. 148 veröffentlichten und von dem H. Szlezynski zwar nicht mehr weiß, was darin stand, dessen Abdruck er aber gestattet, da er sich keines unredlichen Verfahrens bei dieser Briefsache bewußt ist. Wir können von letzterer Thatsache in Frankfurt spricht, heißt es nämlich am Schlusse: In ganz Europa wird es ernst und im Westen sieht es sich an Besten. Alle Deutschen erklären, daß Falle der Preuße es wagt, die Polen zu unterdrücken, alle auf ihn sich erheben werden. Und der Zeit zählt noch die preuß. Obrigkeit, und sagt fortwährend, daß wir Nichtwollen, als eine Bewaffnung gegen die Russen; sobald wir erst militärisch organisirt sind, werden wir mit diesen u. s. w. Aus dieser interessanten Briefstelle ohne Zweifel schöpfte unser Korrespondent den Vorwurf: „Abgesandter westpreußischer Verschwörer"; wir haben darin weder etwas Aufallendes noch einen Anlaß ferneren Namen zu veröffentlichen. Sieht Dr. Szlezynski sich gleichwohl veranlaßt, eine gerichtliche Anklage anzustellen, so wird er sie gegen die Redaktion nicht gegen den Korrespondenten richten müssen.)

Frankfurt, 2. Juni. Aus den offiziellen Mittheilungen über die Sitzung der deutschen Bundesoberzammlung vom 2. Juni entnehmen wir Folgendes: In einem Bericht des Festungsgouvernements vom 28. Mai ist angezeigt worden, die königl. preußische Garnison habe, nachdem sie durch den Beschluß der Nationalversammlung hinreichende Genugthuung für die ihr widerfahrene Unbill erhalten, den Wunsch gehegt, ganz oder wenigstens theilweise von Mainz versetzt zu werden, und dieser Wunsch sei bereits dem königl. preuß. Kriegsministerium vorgetragen worden. Zugleich hat das Festungsgouvernement über die Nothwendigkeit der Beibehaltung der Besatzung und die aufgetauchte Besorgniß wegen Wiederholung ähnlicher Mißregeln, ohne daß gewichtige Gründe für solche vorliegen, sich doch dahin ausgesprochen, daß das Gouvernement, wie aus seiner vierjährigen Ausführung hervorgehe, bei Anwendung und Ausführung augenordentlicher Maßregeln sich stets von den Grundsätzen der Humanität und Billigkeit leiten lassen, und nur im Falle der Bedrohung und des Angriffe gegen die Sicherheit der Festung nach seiner Pflicht für deren Erhaltung zum Aeußersten schreiten werde. — Was die Reorganisation der Bürgerwehr betrifft, so bemerkt das Gouvernement, daß es solche für die nächste Zeit nicht für angemessen halte, und dieselbe nur unter veränderten Verhältnissen, in beschränktem Maße und allein unter den im Festungsreglement gebotenen Garantien und nach Maßgabe des hierüber erst zu erwartenden Bewaffnungsgesetzes stattfinden könne. — Nach Erwägung der Lage der Sache, wie sich solche durch diesen Be-

*) Der Verfasser beruft sich hier auf eine literarische Arbeit, die er vor drei Jahren schrieb und welcher als Zuzugung an das deutsche Volk einige freundliche Verse vorangestellt sind.

Digitized by Google

richt und die von den Kommissarien der Bundesversammlung eingezogene Erkundigungen darstellt, wurden über die Anträge des königlich sächsischen Gesandten vom 27. Mai folgende Beschlüsse gefaßt: 1) der Antrag auf einen Garnisonswechsel verbleibt sich durch den von der königlich preußischen Garnison ausgedrückten Wunsch einer vollständigen oder wenigstens theilweisen Ablösung und die hierüber bei dem königlich preußischen Kriegsministerium gestellten Anträge. Es wird hierin zugleich das wirksamste Mittel erkannt, ferneren durch gegenseitige Erbitterung hervorgerufenen Konflikten vorzubeugen; 2) die Reorganisation der Bürgerwehr kann nach dem wohlerwogenen Gutachten des Festungsgouvernements zur Zeit noch nicht angeordnet werden, sondern es muß dieselbe auf nähere Erwägung der Art und Weise, wie das zu erwartende großherzogl. hess. Bürgerwehrgesetz mit den Bestimmungen des Bundesfestungsreglements in Uebereinstimmung gebracht werden kann, und ob die Lage der Umstände alsdann eine Bürgerbewaffnung in Mainz gestattet, ausgesetzt werden; 3) in Erwägung, daß die von dem Festungsgouvernement in Folge der ausgebrochenen Unruhen getroffenen Ausnahmsbestimmungen, so weit es die Umstände gestattet haben, bereits modificirt worden sind, in Erwägung insbesondere, daß ein Verbot der Vereine im Allgemeinen, so wenig als ein Verbot der Versammlungen in geschlossenen Räumen ergangen ist, und daß die Freiheit der Presse durch keinerlei Censurvorschriften gehemmt, sondern bloß die Ausstellung aufreizender Bilder und Schriften untersagt und den Redaktionen die Weisung geworden ist, keine Artikel aufzunehmen, welche die Erbitterung der Garnison und Bürger steigern können; findet die Bundesversammlung keinen Grund, dem pflichtmäßigen Ermessen des Gouvernements darüber, wie bald die Umstände es gestatten werden, den ordentlichen Zustand der Bundesfestung in vollem Maße wieder eintreten zu lassen, vorzugreifen und erwartet von der Disciplin der gesammten Garnison ebenso, wie von der Ordnungsliebe der Bürger, daß sie alle Veranlassung zur Störung des so wünschenswerthen gegenseitigen guten Einvernehmens vermeiden werden.

◊ **Frankfurt a. M.**, 4. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung lenkte der Abg. v. **Auerswald** gleich zu Anfang auf eine wunde Stelle, nämlich auf den Zustand der Wehrhaftigkeit in den deutschen Bundesstaaten. Er suchte um die Erlaubniß nach, sofort einen Antrag in Betreff dieses Gegenstandes stellen, welche auch die Versammlung in Betracht der Dringlichkeit der Sache alsbald ertheilte. Er bezeichnete hierauf die drohenden Gefahren, in welchen das Vaterland gegenwärtig schwebe, wie leicht aus den gegenwärtigen schwankenden Verhältnissen ein allgemeiner Krieg hervorgehen könne, und wie sehr man Ursache habe zu zweifeln, daß ein solcher das Vaterland gehörig vorbereitet finden würde. Er wünscht, daß man ihm erlasse, dieses genauer auszuführen, und bittet, ihm zu glauben, daß Grund zu seinem Antrage vorhanden sei, welcher dahin gehe: es wolle die Nationalversammlung sogleich einen Ausschuß erwählen, welcher die Wehrhaftigkeit des deutschen Vaterlandes genau prüfe und dringend erforderliche Maßregeln in dieser Beziehung sofort einleite. v. **Reden** aus Berlin vereinigt damit seinen von ihm schon früher angekündigten Antrag, daß von dem zu erwählenden Kriegsausschusse auch die Organisation der Volkswehr in ganz Deutschland eingeleitet werde. Auch er spricht von Kriegsgefahren, und beruft sich in Beziehung der Verhältnisse zu Dänemark und Rußland auf Zeitungsnachrichten, wobei dann abermals der große Mißstand sich herausstellt, daß keine Regierungsbank da ist, von welcher officielle Aufschlüsse gefordert werden können. Zu der äußeren Bedrohung komme die fortwährende, gefahrsentlich unterhaltene, Aufregung und beständige Neigung zu Unruhen im Innern. Gegen Beides könne nur eine tüchtig organisirte Volkswehr das Vaterland retten. **Fischer** von Tübingen wünscht die sofortige Niedersetzung einer Vollziehungsbehörde für das Kriegswesen und die Organisation der Volkswehr. Die Bürgerwehr sei allerdings in den meisten Staaten im Gange, aber es sei ein Gang ohne Füße. Es falle ihm nicht ein, daß man alsbald das stehende Heer abschaffen solle, aber das Prinzip solle ausgesprochen werden, daß das stehende Heer mit der allgemeinen Volksbewaffnung in ein Ganzes zusammenfalle und nur einen Theil derselben ausmache. Eine Volkswehr neben dem stehenden Heere sei zu einem immerwährenden Schlendrian verdammt. Da sei weder ein Befehl, noch ein Gehorsam. Wolle man gehorchen, so wolle Niemand befehlen, wolle man befehlen, so wolle Niemand gehorchen. Auf die Mahnung des Präsidenten, daß es sich jetzt nur um die Dringlichkeit des Ausschusses handle, nicht aber um das Eingehen in die Sache selbst, schließt sich der Redner den vorangegangenen Anträgen an mit der besonderen Hervorhebung der Nothwendigkeit, eine Vollziehungsbehörde hiefür zu schaffen. **Röder** von Neustettin hebt hervor, wie das Vorparlament schon vor 9 Wochen die Dringlichkeit der Volkswehr beschlossen habe, und es sei noch so wenig geschehen. **Teichert** (Major) aus Berlin: Die Dringlichkeit des Ausschusses sei zur Genüge dargelegt; er mache nur darauf aufmerksam, daß es sich zugleich darum handle, einen volksthümlichen Geist in unser Heerwesen zu pflanzen. Der Soldat wolle an den Errungenschaften der Freiheit seinen vollen Antheil haben, wolle aus seinen besonderen Standesverhältnissen herausreten und nicht mehr gesondert von dem Bürger stehen. Das habe eine große Aufregung unter dem Militär erregt, weil die bisherigen Gesetze dafür nicht passen. Ordnung und Disciplin sei vielfach gestört und untergraben, worauf dem Vaterlande eine große Gefahr erwachse; sie müßten neu begründet werden durch gute und humane Gesetze. Wenn die Ordnung im Innern durch eine wohl organisirte Bürgerwehr geschirmt und dem auswärtigen Feinde ein von gutem Geiste beseeltes Heer entgegen gestellt werden könne, dann habe das Vaterland keine Gefahr zu fürchten. Er schlägt vor, es solle dem Abtheilungen gestattet werden, die Mitglieder für diesen Ausschuß aus der ganzen Versammlung zu wählen, um die Sachkundigen desto besser auswählen zu können. v. **Mayern**, Oberst aus Wien, fordert vor Allem, daß Einigung in die deutsche Militärmacht gebracht werde, zugleich aber eine Reorganisation des Militärwesens überhaupt. Er widerspricht dem vorherigen Redner darin, daß die Kommission aus Militärpersonen bestehen solle; es komme hier auf eine volksthümliche Organisation an. Noch mehrere Redner sprechen über diesen Gegenstand, Rößler gegen die Anträge von Auerswald und Teichert, Löwenstein über die Dringlichkeit, Bissnowsky für die Wahl von Militärs in die Kommission, Simon von Trier, daß vor Allem die Volksbewaffnung einzuführen sei, worauf Auerswald erklärt, daß er die Beschäftigung der Kommission mit dieser nicht ausschließen wolle, seinen ersten Antrag aber zunächst für den dringlichsten halte. Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß der Antrag, welcher deabsichtigt, vorzugsweise Militärpersonen aus der ganzen Versammlung auszuwählen, dadurch überflüssig werde, daß nach der Geschäftsordnung die Kommission bevollmächtigt werden könne, Zeugen und Sachverständige zu ihren Berathungen zuzuziehen. Hierauf beschließt die Nationalversammlung, es solle alsbald ein Ausschuß gebildet werden, welcher eine Untersuchung über den Zustand der Wehrhaftigkeit des gesammten deutschen Vaterlandes und über die dringlich erscheinenden Verbesserungen herstellen vorzunehmen, die Maßregeln zur Sicherheit desselben nach Außen zu prüfen, in der Organisation der Volkswehr und die stets möglichste Verwendung des Volkskrieges in Berathung zu ziehen und hierüber Vorlagen zu machen habe. Diese Kommission soll aus 15 Mitgliedern bestehen und aus den Abtheilungen gewählt werden, aber die Ermächtigung haben, Zeugen und Sachverständige zuziehen zu dürfen. v. **Arnim** verlangt noch, daß dem Ausschuß aufgegeben werde, über die ersten Punkte zuerst und ungesäumt zu berichten, was von einem Theile der Linken heftig bekämpft, aber von der Versammlung angenommen wird. (Fortsetzung folgt.)

### Niederland.

* **Haag**, 29. Mai. Endlich regt sich auch das holländische Gewissen in der Sklavenfrage. Zu Rotterdam ist von den angesehensten Bürgern eine Adresse an den König unterzeichnet, worin auf schleunige und unwiderrufliche Abschaffung der Sklaverei in Westindien gedrungen wird, vorbehaltlich einer billigen Schadloshaltung der Sklavenbesitzer. Sie will in das neue Grundgesetz folgende Bestimmungen aufgenommen wissen: Kein Sklavenhandel und keine Sklaverei wird ferner in den niederländischen Besitzungen geduldet, ein Entschädigungsgesetz wird bei dem Landtag eingebracht, der dem konstituirenden folgt; längstens zwei Jahre nach Verkündigung desselben hört die Sklaverei allein von Rechtswegen auf. Wir wünschen dem Gesuch den besten Erfolg. — Immer klarer stellt sich heraus, daß in dem vorigen Ministerium die HH. Schimmelpennink und Nepveu mit ihren aristokratischen Neigungen den mehr demokratischen Grundsätzen ihrer Kollegen Luyac, Curtius, Sichtermüller und Myl gegenüberstanden. In einer vor Kurzem erschienenen Flugschrift nennt Hr. Nepveu den Verfassungsentwurf der Staatskommission geradezu republikanisch, er hält denselben für unannehmbar und macht den HH. Luyac und Curtius den Vorwurf, daß sie durch ihre Vereinigenommenheit für jenes Werk jeden Vergleich unmöglich gemacht. Dieser Vorwurf ließe sich leicht und, wie uns dünkt, mit mehr Grund umkehren. — Berichten der Staatszeitung zufolge ist die dänische Regierung eifrig bemüht, den schlimmen Eindruck zu tilgen, welchen das Anhalten einiger holländischen Schiffe hier gemacht hat. Unter Anderem hat sie sich gegen den holländischen Residenten zu Kopenhagen bereit erklärt, jenen Schiffen für den Zeitverlust, den sie möchten erfahren haben, eine billige Ent-

Digitized by Google

schädigung zu gewähren. Ferner ist der niederländischen Flagge Sicherheit verliehen worden, um in verschiedenen abgeschlossenen Häfen einzulaufen oder dieselben zu verlassen. — Die Regierung hat ihre Sprache gegen Limburg, dessen deutsche Stimmung sie nicht wenig überraschte, völlig geändert und, im Einverständnisse mit der Ständedeputation des Herzogthums zu Maestricht, fliegt sie jetzt über in süßen Versprechungen an die Gemeinden und das kernige Landvolk. Die Anlagen des Herzogthums sollen mit der größten Sorgfalt berglegt, trotz der Bedürfnisse des Schatzes die Lasten der minder begüterten Volksklassen verringert und mehr auf die Vermögenden gelegt werden; Freiheit des Gottesdienstes, Freiheit des Unterrichts, Freiheit der Vereinigung, vorzüglicher Berücksichtigung von Limburgern bei Anstellung im Lande wird angelobt. Leider kömmt die Regierung mit diesen Verheißungen zu spät, den Limburgern als deutschen Bürgern stehen alle jene Volksrechte bereits zu und sie werden durch die Beschlüsse der Nationalversammlung noch viele andere dazu erhalten. Wir hoffen übrigens, daß der deutsche Reichstag seine Gelegenheit mehr vorübergehen lassen werde, um seine ganze volle Sympathie für die limburgischen Brüder an den Tag zu legen.

## Dänemark.

Kopenhagen, den 30. Mai. Der König ist heute in die Hauptstadt gekommen und beim Prinzen Ferdinand abgestiegen, wo er seine hohen Gäste, den russischen Großfürsten Konstantin und den schwedischen Prinzen Oskar, empfangen hat und mit ihnen nach Frederiksborg zurückgekehrt ist. Gestern wurden die fremden Prinzen bei ihrer Ankunft vom Erbprinzen Ferdinand, Admiral Lütke und dem Oberhofmarschall Levetzau begrüßt. Das Volk empfing sie bei ihrer Landung mit Jubelruf.

Die „Berlingsche Zeitung" berichtet über den besseren Stand des Geldmarktes in Folge der günstiger gewordenen politischen Stellung Dänemarks, und weil man einsehe, daß die dänischen Finanzen gar nicht so in Noth seien, da sie sich im Herbste von 850,000Ω. 3 pCt. Obligationen besäßen.

Die Blätter theilen die in Veile verbreitete kl. Proklamation mit, in welcher den verführten Schleswig-Holsteinern, die zu ihrer Pflicht zurückkehren wollen, noch einmal Verzeihung zugesichert wird, im Fall sie aber diese letzte Ermahnung überhören, sie von der königlichen wie von der göttlichen Gnade ausgeschlossen werden. (B. H.)

## Frankreich.

Paris, 3. Juni. Nationalversammlung. Sitzung vom 3. Juni. Die Sitzung wird um 1 Uhr eröffnet. Präsident Buchez zeigt an, daß eine große Zahl von Mitgliedern den Antrag gestellt habe, über das Schicksal Louis Blanc's sofort ohne alle Diskussion abstimmen zu lassen. Dieser sonderbare Antrag rief große Murren hervor. Die Diskussion wurde eröffnet. Mathias erhob sich zuerst gegen die Beschlüsse des Prüfungsausschusses. Es sei eine Art Vertrauensvotum, was man von der Versammlung verlange. Ihm dünke es gefährlich, sich mit dergleichen Vertrauensvoten gar zu gefällig zu beweisen. Die Majorität könne zwar gegenwärtig eine ganze Minorität proscribiren. Lärm. Hiemit wolle er keine Gefahr für die Gegenwart andeuten; aber man solle sich hüten, dergleichen Präcedenzfälle aufzustellen. Der Redner trat nun in eine Beleuchtung der Louis Blanc'schen Handlungsweise am 15. Mai und schloß mit der Bemerkung, daß ja der Hauptanklagegrund von selbst wegfalle, indem sich Barbès laut des Moniteur als Sprecher des inkriminirten Phrase bekenne. Wolle man die gerichtliche Verfolgung genehmigen, so würde Louis Blanc sofort arretirt, und es sei ein höchst wichtiger Akt, wenn ein Glied einer Nationalversammlung aus ihrer Mitte in das Gefängniß geführt werde.

Larabit sprach ebenfalls gegen den Antrag des Prüfungsausschusses. Louis Blanc, meinte er, habe ökonomische Irrthümer begehen und vielleicht unglückliche Anstrengungen der Februarrevolution widmen können; aber seine Absicht sei edel gewesen. Ihn wegen solcherer Umbilden der Sieger jener Revolution, an welcher seine Theilnahme noch gar nicht einmal bewiesen sei, dem Gericht zu überliefern, halte er für eine Verfolgungssucht, vor der sich die Versammlung weit entfernen müsse. Er stimme darum dagegen.

Laurent (Ardèche) erwiderte dem Vorgänger, daß es sich nicht um ökonomische Irrthümer, sondern um ein Attentat handle. Sei Louis Blanc dabei unschuldig, nun gut, so würde sich das in der Untersuchung schon herausstellen. Der Ausschuß sei ohne Leidenschaft und Haß verfahren. Die Heiligkeit der Volksvertretung ist nur eine Form. Der Charakter eines Repräsentanten kann gegen den Arm der Gerechtigkeit nicht schützen. Indem Sie dem Ausschußbeschluß beitreten, schaden Sie dem Angeklagten keineswegs. (Bewegung zur Linken.) Wie? Sie sähen eine versteckte Anschuldigung darin? Wohlan, es schwebt nicht bloßer Verdacht ob, sondern es sind Beweise da. Stoßen Sie den Ausschußantrag zurück und lassen Sie uns die Diskussion beginnen.

Bac, Glied des Prüfungsausschusses, setzte die Gründe auseinander, warum er einer von den drei Opponenten gewesen. Die Unverletzlichkeit eines Volksvertreters brauche für ihn in keinem positiven Gesetz geschrieben zu sein, um von ihm als höchst ernst betrachtet zu werden. Es handle sich nicht bloß um die Person des Vertreters, sondern um das Gewissen jener 40,000 Bürger, welche gesetzlich für ihn stimmten. Und der Angeklagte zählte deren an zweimalhunderttausend. Allerdings stehe der Versammlung das Recht zu, eines oder das andere ihrer Mitglieder an die Gerichte zu überliefern. Allein dafür müßten klare, feste Beweise vorliegen, und nicht blos muthmaßliche Insinuationen, wie in jenem Requisitorium. Der Ausschuß hat seinen Beschluß lediglich auf die ihm vorgelegten gerichtlichen Papiere hin gefaßt, die ihm keineswegs genügend schienen. Unmöglich könne die Versammlung der moralischen Ueberzeugung einer Deputation von 15 Mann ohne Weiteres beitreten. Der Redner schildert das Benehmen Blanc's in lebhafter Weise und erinnert besonders an die Behandlung der Bürgermehr beim Wiedereintritt Louis Blanc's in den Sitzungssaal am 15. Mai.

Louis Blanc. Ich habe Ihnen erklärt, daß ich mich nicht vertheidigen werde. Was die mysteriösen Anklagen betrifft, die man verbreiten möchte, so erkläre ich sie als Erfindungen. So erfuhr ich gestern, man behaupte, ich sei am 15. auf dem Stadthause gewesen. Dies ist eine Lüge. Derjenige erbebe sich, der mir das Gegentheil zu beweisen im Stande.

Jules Favre, Berichterstatter, ging in lange Erörterungen ein zur Begründung des Beschlusses des Prüfungsausschusses und erklärt sich bereit, auf Verlangen die gerichtlichen Untersuchungsakten auf die Tribüne zu legen. Vor der Souveränetät der Versammlung müsse das Amtsgeheimniß weichen. Dupont (Bussac) sprach noch. Während seiner Rede erreichte der Tumult einen fürchterlichen Grad. Langlois und ein anderer Abgeordneter geriethen sich fast in die Haare und man schickte sie in einen Konferenzsaal, um den Zank zu schlichten. Endlich schritt man zur Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben. Da zwei Proben zweifelhaft blieben, so schritt man zur Abstimmung durch Skrutin durch Abtheilungen, dessen Resultat beim Postschluß noch nicht bekannt war.

## Italien.

* Rom, 25. Mai. „Das Schicksal der Lombardei wird in Frankfurt entschieden", hörte ich diesen Morgen mehrere unserer Politiker sagen, denen ich an sehr verschiedenen Orten begegnete. Soviel scheint man demnach denn doch von den Weltbändeln begriffen zu haben, daß die lombardische Frage vor ein deutsches Parlament gehört. Viele glauben daher, daß Mons. Morichini, welcher in außerordentlicher Mission noch heute von hier abgeht, nicht sowohl nach Wien bestimmt sei, als eben nach dem Sitz des deutschen Bundestages. Als vormaliger Nuncius in München kann er natürlich mit den deutschen Verhältnissen bekannt sein, und die Wahl seiner Person findet deshalb Billigung. — Giobert, der fliegrische Befämpfer der Jesuiten und der Metternich'schen Politik, ist gestern Abend unter dem Jubel der Menge hier eingetroffen und hat bereits diesen Morgen eine Audienz beim Papst. Noch ist er aus derselben nicht zurückgekehrt. Folgenreich wird sie sicher sein. Denn er scheint in der That in einer das Schicksal von ganz Italien betreffenden Mission hier angelangt zu sein. Als Verfechter der piemontesischen Partei ist er bemüht, für Karl Albert Alles zu thun und die republikanische Partei wo möglich zu werfen. Der Moment, in welchem er hieher gelangt ist, darf für günstig erachtet werden. Denn was bei republikanischem Schwindelthum herauskommt, hat man an Neapel gesehen. Anhang wird übrigens auch Mazzini finden, der gleichfalls erwartet wird und den Globetti glücklich überholt hat; denn die Ignoranz ist auch in denjenigen Kreisen, welche gelehrter Bildung zugänglich sind, groß.

* Rom, 27. Mai. Diesen Morgen ist auch das vielbesprochene Schreiben Pius des IX. an den Kaiser von Oesterreich, d. d. 3. Mai, erschienen. Es nimmt Bezug auf die Allokution vom 29. April, in welcher der Papst sich für den Frieden erklärt habe, wobei der Wunsch ausgesprochen worden sei, zum Frieden beizutragen. Se. Maj. möge es sich daher gefallen lassen, daß der Papst sich an seine Frömmigkeit und Religiosität wende, um ihn zu ermahnen, von dem Krieg abzulassen, welcher ihm die Gemüther der Lombarden und Venetianer doch nicht wieder gewinnen werde. Auch möge es der deutschen Nation,

Digitized by Google

* **Schleswig**, 24. Mai. Die Deutsche Zeitung hat sich in zwei Artikeln, vom 18. und 19. Mai darüber ausgesprochen, welche Forderungen Deutschland bei den bevorstehenden Friedensunterhandlungen mit Dänemark in Beziehung auf Schleswig zu machen habe, und wir sind vollkommen damit einverstanden, daß Anerkennung des Schleswig-holsteinischen Staates, Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, Trennung der Verwaltung, namentlich der Finanzen, des Heerwesens und der Marine, endlich die Restitution der uns nach und nach widerrechtlich entzogenen Gegenstände die Bedingungen sind, unter denen allein ein Vergleich zu Stande kommen kann. In zwei Punkten können wir aber den Artikeln nicht beistimmen, sondern müssen uns gegen die dort ausgesprochenen Ansichten ausdrücklich verwahren; wir meinen die als möglich angenommene Abtretung eines Theiles von Schleswig an Dänemark und die einseitige Forderung der Personalunion mit Dänemark. Ueber den ersten Punkt ist gesagt worden, daß die nationale Frage, ob der nördliche Theil Schleswigs lieber zu Holstein und Deutschland, oder zu Dänemark gehen wolle, auf gütlichem Wege nach dem freien Volkswillen entschieden werden müsse. Wir können überall nicht zugeben, daß hier eine nationale Frage vorliege, und daß die Sache auf dem Weg der Abstimmung in Volks- oder Urversammlungen entschieden werden könne, wenn wir uns gleich überzeugt halten, daß eine etwaige Abstimmung zu Gunsten des Anschlusses an Deutschland ausfallen würde. Wir stellen es nämlich zuvörderst durchaus in Abrede, daß auf dem zum Herzogthum Schleswig gehörigen Festlande irgend eine dänische Nationalität Statt finde, denn wenn dort auch eine Mundart des dänischen gesprochen wird, so ist der Typus der Sprache doch von der dänischen durchaus verschieden und verräth den germanischen Ursprung; die Nationalität beider Volksstämme, der Nordschleswiger und der angrenzenden Inselbewohner ist aber so auffallend verschieden, daß kein Unbefangener die Ersteren für Dänen halten kann. Eine Aufforderung zur Abstimmung über solche politische Fragen müßten wir aber für von vorneherein unzulässig und im vorliegenden Falle für gefährlich halten. Es liegt nämlich in der Natur der Repräsentativverfassung, daß, wenn die konstitutionelle Vertretung des Landes über die im Interesse des Landes zu treffenden Maßregeln einen Beschluß gefaßt hat, jeder Staatsbürger diesen Beschluß als bindend anerkennen muß, ohne verlangen zu können, daß man ihn als Individuum zu einer besondern Abstimmung zulasse. Der Schritt der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins, für Schleswig die Aufnahme in den deutschen Bund nachzusuchen, ist aber von der Gesammtrepräsentation Schleswig-Holsteins fast einstimmig genehmigt, mithin auch für Nordschleswig bindend, und daher ist es nicht zulässig, daß einzelne Landeseinwohner sich von einem solchen Beschlusse lossagen.

Wollte man aber dennoch eine solche Abstimmung gestatten, wo sollte dann die Grenze sein zwischen dem Gesammt- und dem Einzelwillen, oder mit andern Worten, inwiefern sollten die Einzelnen im Distrikt durch die Abstimmung der Mehrzahl gebunden sein? Der Dänisch redende Distrikt steht in keiner engern Kommunalverbindung zu einander: die Stadt Hadersleben kann mithin durch die Vota der in der Umgegend wohnenden Landleute nicht gefesselt werden, auch in dem zunächst in Betracht kommenden Amte Hadersleben hätte jedes Kirchspiel, jedes Dorf das Recht, sich selbständig für das Eine oder für das Andere zu entscheiden, selbst in demselben Dorfe könnten die Meinungen getheilt sein. Es kann der Fall eintreten, daß ein südlich gelegenes Kirchspiel sich für Dänemark, ein nördliches sich für Deutschland erklärt, und da würde es doch der Gerechtigkeit durchaus widerstreiten, wenn man dieses durch die Abstimmung seiner südlicher wohnenden Nachbarn gebunden halten wollte. Wir halten uns nun freilich überzeugt, daß die Nordschleswiger, welche bisher nur den Status quo erhalten und weder Dänen noch Deutsche sein, sondern eben nur Schleswiger bleiben wollten, sich, wenn sie sich für das Eine oder das Andere entscheiden müßten, sämmtlich oder doch in großer Majorität für die Fortdauer der Verbindung mit Holstein erklären würden, denn nur dieses entspricht ihren materiellen Interessen, und es liegt klar vor, daß sie, durch eine Zollgrenze von Holstein getrennt, und dagegen den dänischen Zoll- und Reisteinrichtungen unterworfen, in Kurzem zu Grunde gerichtet sein würden; auch versprich ihnen der Anschluß an Holstein einen weit höheren Grad bürgerlicher Freiheit, als sie solche in dem bisher absoluten Dänemark erwerben können; und daß ihnen der Gebrauch ihrer Sprache nicht verkümmert werden wird, dafür bürgen ihnen die Zusicherungen der provisorischen Regierung *) und selbst die in dem Entwurf der Reichsverfassung angenommene Bestimmung, daß den „zur deutschen Stämmen“ Gleichberechtigung der Sprache verbrieften solle. Indeß steht die politische Bildung eines Theiles der Nordschleswiger auf einer so niedrigen Stufe und ist durch die jesuitische Politik der dänischen Regierung und die Ränke der dänischen Propaganda in den letzten Decennien theilweise so sehr mißleitet worden, daß sich bei einer Umfrage unzweifelhaft einzelne Stimmen für Dänemark erheben werden, zumal da die größeren Besitzthümer sich zum Theil in den Händen eingewanderter Dänen befinden. Gerade hierdurch würde aber ein Parteienkampf und ein Zwiespalt hervorgerufen werden, der zu den bedenklichsten Folgen führen könnte, daher die besonnenen Landbewohner auch Nichts mehr fürchten, als den Gedanken einer Abstimmung, und sich viel lieber den Vorschriften der Regierung unterwerfen wollen.

Wäre es aber dennoch möglich, daß eine Majorität sich für Dänemark erklärte, so würde, wenn dies maßgebend sein sollte, den vielen in dem Distrikt wohnenden Deutschen, insbesondere aber den enklavirten Städten Hadersleben und Christiansfelde das schmählichste Unrecht widerfahren. Die Stadt Hadersleben hat sich der deutschen Sache stets auf das Entschiedenste angeschlossen; die dortigen Einwohner haben deßhalb bedeutende Opfer gebracht, Viele haben ihre Söhne im Kampfe für Schleswig-Holstein bluten sehen, und es würde eine unauslöschliche Schmach für Schleswig-Holstein und ganz Deutschland sein, wenn sie dennoch der Idee einer angeblichen Nationalität geopfert und Dänemark Preis gegeben werden sollen. Schon der Gedanke einer solchen Kalamität hat in den dadurch bedrohten Städten die lebhafteste Empörung hervorgerufen, und Viele wollen lieber auswandern, als sich Dänemark unterwerfen. — Wenn die Umfrage wirklich ein so unglückliches Resultat ergeben sollte, so wird dieses endlich nur als eine Folge der augenblicklich durch mannerlei Leidenschaften aufgeregten Stimmung angesehen werden können, und so wie die Gemüther sich beruhigen und kalte Besonnenheit zurückkehrt, müßte auch bei denen, die jetzt am meisten verblendet sind, die tiefste und bitterste Reue über die unglückliche Wahl eintreten.

Man sieht denn auch in der That nicht den mindesten Grund ein, durch den eine Aufforderung zur Abstimmung in dem erwähnten Distrikt auch nur im Mindesten gerechtfertigt werden könnte. Die Landesvertretung hat sich fast einstimmig für die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund ausgesprochen; die sämmtlichen zur Zeit nicht vom Feinde besetzten Distrikte der Herzogthümer haben Abgeordnete zur konstituirenden Versammlung in Frankfurt gewählt; es liegt keine Erklärung der Nordschleswiger vor, daß sie nun ihren übrigen Schleswig trennen wollen, und man würde lediglich auf das perfide Geschrei der Dänewirk und ähnlicher Organe der dänischen Partei zu Werke gehen, wenn man gleichwohl eine Abstimmung provocirten wollte. Wir bestehen daher darauf, daß das ganze Herzogthum Schleswig ungetrennt bleibe und in seiner Totalität in den deutschen Bund aufgenommen werde, aber mit Vorbehalt der bei der endlichen Ausgleichung mit Dänemark zu beschaffenden Grenzregulirung.

Was die fernere vorausgesetzte einstweilige Fortdauer der Personalunion Schleswig-Holsteins mit Dänemark betrifft, so hat die provisorische Regierung zwar das Regiment im Namen Friedrichs VII. ergriffen, damals stand der König aber offenbar unter dem Einflusse des Kopenhagener Pöbels und des ihm von diesem aufgedrungenen revolutionären Ministeriums, und seitdem haben die Umstände sich wesentlich verändert. Der König hat inzwischen die revolutionirte Hauptstadt verlassen und an der Spitze der Armee den größten Theil des Herzogthums Schleswig friedlich übergegen: er behandelt die Schleswig-Holsteiner, welche in seine Hände gefallen sind, als Rebellen, er behauptet, von jeglichem Einflusse fern, selbständig zu handeln. Ein Fürst aber, der die Verfassung und die grundgesetzlichen Rechte der auf ihn übergegangenen Lande umzustürzen beabsichtigt, der, um solche Gewaltthaten durchzuführen, das Land mit Krieg überzieht, der das ausgeführt hat, dessen Versuch schon genügen würde, um einen Unterthanen das Leben abzusprechen, hat seine Krone von Rechtswegen verwirkt. Die Fortdauer seiner Herrschaft, die Fortdauer unserer Verbindung mit Dänemark ist fortan unmöglich. Wir können dem Fürsten nicht länger Treue und Gehorsam geloben, der unser Land als Feind mit bewaffneter Hand beschritten hat, der unsere Städte zu bombardiren droht, der, nachdem er dänische Raubschaaren gegen uns losgelassen, einen Straßenräuber, wie Lauritz Skau, mit dem

*) Es ist freilich ein Irrthum, wenn es in Nr. 115 der Deutschen Zeitung heißt, daß die provisorische Regierung ein dänisches Gymnasium in Nordschleswig errichten wolle; vielmehr gehörte es zu den ersten Verfügungen der Regierung, den deutschen Unterricht auf der Hadersleberer Schule wieder anzuordnen.

Digitized by Google

Verdienſten belohnt hat. Wir können nie dem Worte eines Fürſten trauen, der, wie er am 28. Januar feierlich gelobte, ſchon am 24. März zurücknahm. Wie ſehr auch die Macht unſerer Landesherrn durch die Reichsverfaſſung und die Konſtitution des Landes wird beſchränkt werden, wird dem Landesfürſten doch immer hinreichende Gewalt verbleiben, den Fortſchritt zu hemmen, das Gute zu hindern, dem Einzelnen zu ſchaden, und nach den gemachten Erfahrungen müſſen wir erwarten, daß Friedrich VII. in dieſer Beziehung ſtets unter dem verderblichſten Einfluſſe ſtehen wird. Und wie wäre die Wiederherſtellung eines erträglichen Verhältniſſes mit Dänemark auch nur denkbar? Die Dänen haben ſich einmal die politiſche Vernichtung Schleswigs zur Aufgabe geſtellt und dieſes Ziel ſeit Jahren durch die unwürdigſten Mittel zu erreichen geſucht; ſie werden dieſes Streben nicht aufgeben und ſtets unſere Feinde bleiben. Sie haben den Krieg mit beiſpielloſer Barbarei geführt, indem ſie die auf unſere Koſten erbauten Schiffe gegen unſere Küſten benutzt, friedliche Privatperſonen hinweggeführt und dem Hohn ihres Pöbels Preis gegeben, die in ihre Hände gefallenen Verwundeten und Gefangenen wie Verbrecher behandelt haben. Ihre Erbitterung, ihre blinde Wuth gegen die Herzogthümer wird immer höher ſteigen, je mehr die Folgen ihres wahnſinnigen Attentats ſie drücken. Wir können fortan Nichts mit den Dänen gemein haben, unſere Wege ſind auf immer geſchieden. Und wohin könnte es führen, die Union jetzt wiederum anzuknüpfen? Mit dem Leben des Königs iſt die Perſonalunion jedenfalls beendigt, und durch die ſofortige Trennung wird nur der Zuſtand herbeigeführt, der nach dem natürlichen Laufe der Ereigniſſe in wenigen Jahren wohl eintreten müſſen, dann aber vielleicht erſt durch neues Blutvergießen erkämpft werden muß. Eine feſtere Ausdehnung der Union wird aber nicht denkbar ſein; denn Deutſchland wird es nicht geſtatten, daß deutſche Länder unter der Gewalt fremder Mächte verbleiben.

Wir beſtehen demnach auch darauf, daß bei dem Abſchluſſe des Friedens der König Friedrich VII. auf die Herzogthümer gänzlich Verzicht leiſte und ſein legitimer Nachfolger an ſeine Stelle trete.

**Königsberg.** Den Vorſtehern und Repräſentanten der franzöſiſch-reformirten Gemeine zu Königsberg in Preußen iſt folgende Verfügung zugegangen: „Auf Ihr an mich abgegebenes Immediatgeſuch vom 11. März d. J., den Prediger Detroit betreffend, bemerke ich Ihnen, daß ich unter heutigem Datum die Wiedereinſetzung des ꝛc. Detroit in ſein Amt verfügt und demgemäß das Königliche Conſiſtorium veranlaßt habe, die Amts-Suspenſion des ꝛc. Detroit aufzuheben und demſelben ſein volles Gehalt wieder zahlen zu laſſen. Berlin, 27. Mai 1848. Der Miniſter der geiſtlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten. (gez.) Graf von Schwerin.“

## Schweiz.

❍ **Bern**, 1. Juni. Die Tagſatzung hat die Berathung des zweiten Abſchnittes des Bundesentwurfes, welcher von den Bundesbehörden handelt, begonnen und iſt bis §. 69 vorgeſchritten. Die einzelnen Artikel heißen: Art. 55. Die oberſte Gewalt des Bundes wird durch die Bundesverſammlung ausgeübt, welche aus zwei Abtheilungen beſteht: A. aus dem Nationalrath, B. aus dem Ständerath. A. Nationalrath. Art. 56. Der Nationalrath wird aus Abgeordneten des ſchweizeriſchen Volkes gebildet. Auf je 20,000 Seelen der Geſammtbevölkerung wird ein Mitglied gewählt. Eine Bruchzahl über 10,000 Seelen wird für 20,000 Seelen berechnet. Jeder Kanton und bei getheilten Kantonen jeder der beiden Landestheile hat wenigſtens ein Mitglied zu wählen. Art. 57. Die Wahlen für den Nationalrath finden in eidgenöſſiſchen Wahlkreiſen Statt, welche in den Kantonen gebildet werden. Art. 58. Stimmberechtigt iſt jeder Schweizer, der das zwanzigſte Altersjahr zurückgelegt hat und im Uebrigen nach der Geſetzgebung des Kantons, in welchem er ſeinen Wohnſitz hat, nicht vom Aktivbürgerrecht ausgeſchloſſen iſt. Art. 59. Wahlfähig als Mitglied des Nationalraths iſt jeder ſtimmberechtigte Schweizerbürger wetlichen Standes. Naturaliſirte Schweizerbürger müſſen ſeit wenigſtens fünf Jahren das erworbene Bürgerrecht beſitzen, um wahlfähig zu ſein. (Ueber dieſen Artikel erhob ſich eine lange Diskuſſion, indem Einige das Jahr 25 zur Wahlbarkeit feſtſetzen, Andere auch die Geiſtlichen wählbar machen wollen.) Bern, Luzern und Waadt warnen ſehr vor den Geiſtlichen und erkennen Gefahr darin, wenn ſie in den Nationalrath gewählt werden können (!!). Art. 60. Der Nationalrath wird auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Nach Ablauf dieſes Zeitraums findet ſowellen Geſammterneuerung Statt. Art. 61. Die Mitglieder des Ständerath's, des Bundesraths und von letzterem gewählte Beamte können nicht zugleich Mitglieder des Nationalrathes ſein. Art. 62. Der Nationalrath wählt aus ſeiner Mitte für jede ordentliche und außerordentliche Sitzung einen Präſidenten und Vicepräſidenten. Daſſelbe Mitglied kann nicht während zwei unmittelbar aufeinander folgenden Sitzungen die gleiche Stelle bekleiden. Der Präſident hat bei gleich getheilten Stimmen die entſcheidende Stimme. Bei Wahlen übt er das Stimmrecht aus, wie jedes Mitglied. Art. 63. Die Mitglieder des Nationalraths werden aus der Bundeskaſſe entſchädigt. — B. Ständerath. Art. 64. Der Ständerath beſteht aus 44 Abgeordneten der Kantone. Jeder Kanton wählt zwei Abgeordnete; in den getheilten Kantonen jeder Landestheil einen Abgeordneten. (Zürich wollte die Mitglieder auf die Zahl 25 reduciren, blieb aber in der Minderheit). Art. 65. Die Mitglieder des Nationalraths und des Bundesrathes können nicht zugleich Mitglieder des Ständerathes ſein. Art. 66. Der Ständerath wählt für ihre ordentliche oder außerordentliche Sitzung aus ſeiner Mitte einen Präſidenten und Vicepräſidenten. Gesandte des gleichen Kantons können nicht während zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden Sitzungen die gleiche Stellung bekleiden. Der Präſident hat bei gleichgetheilten Stimmen die entſcheidende Stimme; bei Wahlen übt er das Stimmrecht aus, wie jedes Mitglied. Art. 67. Die Mitglieder des Ständerathes werden von den Kantonen entſchädigt. — C. Befugniſſe der Bundesverſammlung. Art. 68. Der Nationalrath und der Ständerath haben alle Gegenſtände zu behandeln, welche nach Inhalt der gegenwärtigen Verfaſſung in die Kompetenz des Bundes gehören und nicht einer andere Bundesbehörde zugeſchieden ſind. Art. 69. Die Gegenſtände, welche in den Geſchäftskreis beider Räthe fallen, ſind insbeſondere folgende: 1) Geſetze und Verordnungen zur Ausführung der Bundesverfaſſung. 2) Errichtung bleibender Beamtungen und Beſtimmung ihrer Gehalte. 3) Wahl des Bundesraths, des Bundesgerichts, des Generals, des Chefs des Stabes und eidgenöſſiſchen Repräſentanten. 4) Anerkennung auswärtiger Staaten und Regierungen. 5) Bündniſſe und Verträge mit dem Ausland, ſowie die Gutheißung von Verträgen der Kantone unter ſich oder mit dem Ausland. 6) Maßregeln für die äußere Sicherheit, für Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz; Kriegserklärung, Friedensſchluß. 7) Garantie der Verfaſſungen und des Gebiets der Kantone; Intervention in Folge der Garantie; Maßregeln für die innere Sicherheit, für Handhabung von Ruhe und Ordnung; Amneſtie und Begnadigung. 8) Maßregeln, welche die Handhabung der Bundesverfaſſung, die Garantie der Kantonalverfaſſungen, die Erfüllung der bundesgemäßen Verpflichtungen und den Schutz der durch den Bund gewährleiſteten Rechte zum Zwecke haben. 9) Geſetzliche Beſtimmungen über Organiſation des eidgenöſſiſchen Militärweſens, über Unterricht der Truppen und über Leiſtungen der Kantone; Verfügungen über das Bundesheer. 10) Feſtſetzung der eidgen. Mannſchafts- und Gehaltſcala; geſetzliche Beſtimmungen über Verwaltung und Verwendung des eidg. Kriegsfonds; Erhebung direkter Beiträge der Kantone; Anleihen; Budgets und Rechnungen. 11) Geſetzliche Verfügungen über Zölle, Poſtweſen, Münzen, Maß und Gewicht, Fabrikation und Verkauf von Schießpulver, Waffen und Munition. 12) Errichtung öffentlicher Anſtalten und Werke und hieraus bezügliche Expropriationen. 13) Geſetzliche Verfügungen über Niederlaſſungsverhältniſſe, über Heimathloſe, Fremdenpolizei und Sanitätsweſen. 14) Die Oberaufſicht über die eidg. Verwaltung und Rechtspflege. 15) Kompetenzſtreitigkeiten, insbeſondere darüber: a) ob ein Gegenſtand in den Bereich des Bundes oder der Kantonalſouveränetät gehöre; b) ob eine Frage in die Kompetenz des Bundesraths oder des Bundesgerichts ſalle. 16) Reviſion der Bundesverfaſſung. — Am Ende der geſtrigen Sitzung wurde ein Schreiben des Regierungsraths von Bern verleſen, welches die Veränderung des Präſidiums anzeigt. Ochſenbein nimmt mit wenig Worten Abſchied, die von Zürich ſehr ſchmeichelhaft erwidert werden.

## Oeſterreichiſche Monarchie.

**Moldauiſche Grenze**, 14. Mai. Längſt des Pruth herumwehren ſich die ruſſiſchen Militärmaſſen. Bei Lipona, fünf Poſten von Jaſſy, iſt eine Konzentrirung von 40,000 Mann angeordnet. In Skulen, zwei Stunden von hier, ſtehen gegen 8000 Mann. Wir ſehen den Ereigniſſen entgegen und fürchten, daß auch die Moldau der Schauplatz eines Krieges werde; doch hoffen wir auch, daß es dadurch beſſer werde, denn wie unſere Staatswirthſchaftlichen und politiſchen Angelegenheiten jetzt ſind, können ſie nicht länger bleiben. (A. Z.)

Verlagshandlung von Fr. Baſſermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Ebner & Comp., 79 Newgate-Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden nur Fco an H. H. Viewegeg in Braunschweig Nr. 29 Breite-Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Insertionsgebühren beträgt das Gewöhnliche. Bestellungen darauf werden in Heidelberg, Dr. Bassermann'sche Buchhandlung, sowie in allen soliden Buchhandlungen des In- und Auslandes angenommen.

№ 159. Heidelberg, Donnerstag 8. Juni. 1848.

## Uebersicht.

Die „Staatenkammer" und Deutschlands gewerbliche Fragen. — Wien (der Slavenkongreß. Die Böhmen und die Reaktion. Rede im Reichstag. Antrag des Ministeriums. Politische Untersuchung. Körperliche Züchtigung aufgehoben. Abschaffung der Todesstrafe. Gesuch an den Kaiser um Rückkehr. Verbindungen. Die Feldmarschälle trank. Nachrichten aus Italien). Prag (das Programm des Slavenkongresses). Aus Tirol (Wahlen für den Reichstag). Berlin (Schreiben des Prinzen von Preußen an den König. Ein Zug zur Bereitheilung der „Reaktion". Diesterweg Reorganisator des Schulwesens. Zuschrift an die Deutschen in Siebenbürgen. Wahl des Oberbefehlshabers der Bürgergarde. Die Arrestexekutionsfrist). Ostfriesland (Mißverständnisse zwischen Regierung und Kammer). Hannover (Verwahrung gegen Verdächtigungen in Betreff des 10. Armeekorps). Emmendingen (Parlamentswahl). Darmstadt (provisorische Aenderung im Ministerium). Mainz (die Schleppschiffer. Die Bürger und das Militär). Kiel (Adresse nach Frankfurt). Rendsburg (die Adresse des Landschen Freikorps. Die Stellung der Truppen. Wirthschaft der Dänen in Nordschleswig. Gesetzentwurf über allgemeine Wehrpflicht). Hechingen (Verfassung). Hamburg (eine Korvette fertig. Das Kontingent; der Marinekongreß). Kriegsschauplatz. Berichtigung. Protest Flensburgs gegen Theilung Schleswigs. Verrath der Dänen). Frankfurt (Reichsverhandlungen. Eine Kommission zur Untersuchung der böhmischen Wahlen ernannt. Bericht des Centralausschusses über die Legitimation der Limburger Abgeordneten. Minderheits-Bericht über die Posener Wahlprotests. Erörterungen).

**Großbritannien.** London. Parlamentsverhandlungen: Erklärung Palmerstons über die Sendung des Grafen Mirafiori. Versuche zu Unruhen. Hr. Mitchell. Unruhe der Stadt Dublin an die Königin.

**Frankreich.** Paris. Sitzung der Nationalversammlung. Die Verhaftung Louis Blancs verworfen. Seine Vertheidigung. Die Verwaltung der Nationalwerkstätten. Der Proceß vom 15. Mai. Das Todesurtheil verschoben.

**Türkei.** Konstantinopel. Russische Umtriebe in den Donaufürstenthümern. **Aegypten.** Fortdauernde Geisteskrankheit Mehemet Alis. Ibrahim Paschas Thätigkeit.

**Amerika.** New-York. Ausdehnung der Dampfschifferbindung. General Scott auf der Rückreise. Westindien. Allgemeine Gährung auf den Inseln. Revolution auf Domingo. Die Insurgenten geschlagen. Buergerkrieg in Venezuela. Taurige Lage von Puralan.

**Beilage.** Von der Ostsee. An das deutsche Parlament. Berlin. Die Kammersitzung vom 31. Mai. Die Ehrungen und Verwundungen in Mainz. Würtemberg. Die neuen Wahlen. **Italien. Neapel.** Der gesammte Aufstand. Rom und Sicilien nach Frankreich geflüchtet.

## Uebersicht.

Die „Staatenkammer" und Deutschlands gewerbliche Fragen. — Wien (der Slavenkongreß. Die Böhmen und die Reaktion. Rede im Reichstag. Antrag des Ministeriums. Politische Untersuchung. Körperliche Züchtigung aufgehoben. Abschaffung der Todesstrafe. Gesuch an den Kaiser um Rückkehr. Verbindungen. Die Feldmarschälle trank. Nachrichten aus Italien). Prag (das Programm des Slavenkongresses). Aus Tirol (Wahlen für den Reichstag). Berlin (Schreiben des Prinzen von Preußen an den König. Ein Zug zur Bereitheilung der „Reaktion". Diesterweg Reorganisator des Schulwesens. Zuschrift an die Deutschen in Siebenbürgen. Wahl des Oberbefehlshabers der Bürgergarde. Die Arrestexekutionsfrist). Ostfriesland (Mißverständnisse zwischen Regierung und Kammer). Hannover (Verwahrung gegen Verdächtigungen in Betreff des 10. Armeekorps). Emmendingen (Parlamentswahl). Darmstadt (provisorische Aenderung im Ministerium). Mainz (die Schleppschiffer. Die Bürger und das Militär). Kiel (Adresse nach Frankfurt). Rendsburg (die Adresse des Landschen Freikorps. Die Stellung der Truppen. Wirthschaft der Dänen in Nordschleswig. Gesetzentwurf über allgemeine Wehrpflicht). Hechingen (Verfassung). Hamburg (eine Korvette fertig. Das Kontingent; der Marinekongreß). Kriegsschauplatz. Berichtigung. Protest Flensburgs gegen Theilung Schleswigs. Verrath der Dänen). Frankfurt (Reichsverhandlungen. Eine Kommission zur Untersuchung der böhmischen Wahlen ernannt. Bericht des Centralausschusses über die Legitimation der Limburger Abgeordneten. Minderheits-Bericht über die Posener Wahlprotests. Erörterungen).

**Großbritannien.** London. Parlamentsverhandlungen: Erklärung Palmerstons über die Sendung des Grafen Mirafiori. Versuche zu Unruhen. Hr. Mitchell. Unruhe der Stadt Dublin an die Königin.

**Frankreich.** Paris. Sitzung der Nationalversammlung. Die Verhaftung Louis Blancs verworfen. Seine Vertheidigung. Die Verwaltung der Nationalwerkstätten. Der Proceß vom 15. Mai. Das Todesurtheil verschoben.

**Türkei.** Konstantinopel. Russische Umtriebe in den Donaufürstenthümern. **Aegypten.** Fortdauernde Geisteskrankheit Mehemet Alis. Ibrahim Paschas Thätigkeit.

**Amerika.** New-York. Ausdehnung der Dampfschifferbindung. General Scott auf der Rückreise. Westindien. Allgemeine Gährung auf den Inseln. Revolution auf Domingo. Die Insurgenten geschlagen. Buergerkrieg in Venezuela. Taurige Lage von Puralan.

**Beilage.** Von der Ostsee. An das deutsche Parlament. Berlin. Die Kammersitzung vom 31. Mai. Die Ehrungen und Verwundungen in Mainz. Würtemberg. Die neuen Wahlen. **Italien. Neapel.** Der gesammte Aufstand. Rom und Sicilien nach Frankreich geflüchtet.

### Heidelberg, 7. Juni.

Wer jemals Gelegenheit gehabt hat, über die engen Grenzen des täglichen Verkehrs hinaus die Großartigkeit des gewerblichen Lebens kennen zu lernen, sei es in seiner äußeren Erscheinung, z. B. in den Arbeitsräumen von Manchester, am Kanal oder Bosporos, sei es in dem zarten, verschlungenen Gewebe der innern Nerven, Adern und Muskeln, wie es sich überraschend hervortretenden Zusammenhange den ganzen Erdball umschließt, der wird es in diesem Augenblicke, wo die einseitige Beamtenherrschaft dem Aufblühen deutschen Reichthums keine Hemmnisse mehr in den Weg zu legen im Stande ist, leicht begreifen, wie gegenwärtig die Lust, schöpferisch hineinzugreifen in die so vernachlässigten vaterländischen Angelegenheiten, um fest und markig die neuen Gestaltungen hinzustellen, die eigentlichen Staatsmänner, die Männer der Praxis, erfaßt und drängt. Es dauert ihnen zu lange, daß die vielen in den letzten Jahren angeregten Fragen, Flotte, Schiffahrtsakte, Schutzzoll, Durchgangszoll auf Schweizerwaaren, einheimischer Baumwollenmarkt, Umformung der Zunftverhältnisse, Einkommensteuer, Regelung der Auswanderung, Jusqu' à la mer, Konsulatsvertretung und alle jene kleineren bayrischen liegenden Volksmänsche erst allmählig nach Maßgabesgearbeiteter Verfassungsform ihre Erledigung finden sollen — sie müssen organisiren jetzt, gleich, in dieser Minute noch, um aus der steten Verneinung heraus zu einer frischen, erzeugenden That zu kommen. In dieser Weise ist subjektivo der Entwurf der kürzlich mitgetheilten „Politischen Denkschrift" aufzufassen, und in Hinsicht auf den Charakter und den mit dem wirklichen Leben so eng zusammenhängenden Bildungsstand seines Urhebers würden bei seinem eigenen Wirken in der von ihm bezeichneten Stellung die deutschen Verhältnisse sicherlich von einem alle gegeneinander tretenden Interessen versöhnenden höheren Gesichtsfelde aus geordnet werden. Objektiv scheiden sich die Bewegründe derselben nach zwei Richtungen hin. Auf der einen Seite gilt es nämlich, eine Handhabe zu erlangen, welche den schon in den einzelnen Staaten hervortretenden Ursehler unseres Volkes, das raupenartige Scheinpuppen in einen kleinen, warmen Kreis kräftig niederhält und mit einem Ruck Stämme und Regierungen von ihren Dorfkirchthürmen auf die Glockenstube der Paulskirche erhebt; auf der andern Seite aber, ein Gesammtorgan zu gewinnen, welches, ohne der Souveränität des Reichstags zu nahe zu treten, rascher als es in einer so großen Versammlung selbst bei dem besten Willen möglich ist, die geeigneten Mittel ergreift, um zur Sicherung nach Innen und Außen Deutschlands zerplitterte materielle Kräfte zusammenzufassen und so in fester Ineinanderschiebung gegenseitig zu stärken und zu vergrößern. Die staatlich politische Aufgabe dieser Staatenkammer möge einer anderen Betrachtung unterworfen werden, hier kommt es und bloß darauf an, ihre ökonomisch-politische Thätigkeit zu umreißen, sowohl um durch den gesührten Beweis ihrer Unumgänglichkeit auf ihre Entstehung pro viril partie hinzuwirken, als auch, um selbst bei unserer in den nächsten Nummern erfolgenden Reihe von Aufsätzen über die gegenwärtigen gewerklichen Fragen des Vaterlandes einen festen Anlehnepunkt zu haben.

Zuerst angeregt durch die anfänglichen glücklichen Erfolge des Zollvereins gegenüber der früheren ganz trostlosen Zeit hatte in den letzten Jahren die bis dahin ziemlich esoterische nationalökonomische Bildung in unserem Volke schon eine solche Verbreitung gefunden, daß das Bewußtsein von der Nothwendigkeit einer aus praktisch erfahrenen Männern bestehenden Centralgewalt für Deutschlands materielle Angelegenheiten (Handels- und Schiffahrtsbund) ein so allgemeines geworden war, daß alle Schritte, welche zur thatsächlichen Realisirung derselben geschahen, stets vom Jubel des ganzen Volkes begleitet wurden, und manches patriotische Herz damals Recht hatte, auf diesem Boden seine Hoffnungen für die Verbesserung unserer politischen Zustände aufzurichten. Die Schwingungen der französischen Februarrevolution unterbrachen bei uns durch die nun ganz in den Vordergrund tretenden Formfragen, wie es nur zu natürlich war, für den Augenblick den Fortgang dieses von der gesammten Theilnahme getragenen Strebens; die Gemüther waren viel zu sehr von der unmittelbaren Gegenwart eingenommen und erregt, als daß in dem Wirwarr der Parteien der ruhig berechnende Verstand zu seiner Geltung hätte gelangen können, und alle von den Zeitungen in jenen Wochen gebrachten nationalökonomischen Artikel wurden bei den vielen sich überstürzenden Ereignissen entweder gar nicht beachtet oder doch nur mit dem Gefühle durchflogen, daß zum Aufbauen die Zeit noch lange nicht da sei. Gegenwärtig, bei allmählig zurückkehrender Beruhigung tritt jedoch das Bedürfniß nach großartigen Reformen im Handels- und Gewerbeleben um so lebhafter wieder hervor, als das jetzige völlig danieberliegende Geschäftsvertrauen alle Mängel unserer bisherigen ökonomischen Einrichtungen in ihrer ganzen Schärfe rücksichtslos aufdeckt, und die dadurch gesteigerte Noth der handarbeitenden Klassen mit Hinblick auf die daraus hervorbrechende bedeutende Gefahr eine schnelle und gründliche Linderung erheischt. Dabei herrscht durchgängig im Volke der beste Wille, alles Mögliche zu thun und zu opfern, um diese so ersehnten erwünschten Reformen nun endlich ins Leben zu rufen; allein bei dem Fehlen eines organischen Ausgangspunktes weiß man einerseits nicht die getheilten Kräfte zusammenzubringen, und anderseits selbst in den gemeinschaftlichen Beschlüssen einzelner Stände bei den Forderungen den Standpunkt festzuhalten, welcher der Gesammtheit als Konzentration aller Interessen allein Nutzen bringen kann. So würden, um nur ein Beispiel anzuführen, einmal die Sammlungen für die Flotte weit nachhaltiger und die Herbeischaffung derselben viel schleuniger vor sich gehen können, wenn ein Institut wie die entworfene Staatenkammer die oberste Leitung dieser Angelegenheit

Digitized by Google

übernommen hätte, zweifeln aber wäre sie gegenwärtig die rechte Behörde bilden für alle ähnliche Vorschläge, die wie neuerlings in der Adresse der deutschen Gewerbetreibenden bei dem Handlungen Reichstage in Bezug auf Hebung der Gewerbsnoth täglich einlaufen. Weit entfernt, den Antrag derselben auf Vertretung des Gewerbsstandes als solchen in der konstituirenden Versammlung für eine auf Zunftzeigeismus hervorgehende Anmaßung zu halten, erkennen wir in ihm, so unzweckmäßig uns auch der Wunsch nach einer politischen Standesrepräsentation im neunzehnten Jahrhundert erscheint, doch eben nur das Streben, die gewerblichen Verhältnisse zu ihrer berechtigten Geltung zu bringen, das für den Augenblick gar keinen andern, Eingreifung versprechenden Anknüpfungspunkt zu entdecken vermag*). Die Staatenkammer wäre nun ein solcher Anknüpfungspunkt. Schon an und für sich aus Männern der Praxis zusammengesetzt und durch einen steten Beirath von Sachverständigen aus den verschiedenen Zweigen der Gewerbe ununterbrochen mit den Vorgängen des Berufslebens und seinen stets wechselnden Bedürfnissen im Zusammenhange, würde sich ihr bis zur endlichen Einsetzung eines deutschen Handels- und Ackerbauministeriums namentlich bei Fragen, wo periculum in mora ist, ein sehr reicher, segenbringender Wirkungskreis eröffnen.

In der festen Hoffnung auf die baldige Verwirklichung dieses Entwurfs, werden wir es uns angelegen sein lassen, wie schon oben gesagt ist, die gegenwärtig am Meisten drängenden materiellen Angelegenheiten vom Standpunkte des Gesammtvaterlandes aus in einer Reihe von Aufsätzen mit unsern Lesern, soweit es der enge Raum einer Zeitung gestattet, näher zu besprechen.

---

**Oesterreich.** Die Wiener Zeitung berichtet: Da mehrere Bestimmungen des bereits bestehenden Strafgesetzbuchs über Verbrechen und schwere Polizeiübertretungen vom 3. Sept. 1803 der Gesittung und Bildungsstufe der Völker des österreichischen Kaiserstaates, sowie den Einrichtungen eines konstitutionellen Staats in keiner Weise mehr entsprechen, so haben Se. Maj. über einen Antrag des Justizministers und nach Einvernehmung ihres Ministerrathe mit allerhöchster Entschließung d. d. Innsbruck, 22. Mai 1848 vorläufig und bis zur Kundmachung eines im konstitutionellen Wege abzufassenden und zu sanktionirenden neuen Strafgesetzbuchs im Verordnungswege mehrere Abänderungen und mildernde Bestimmungen eintreten zu lassen geruht, welche die in unserm Amtsblatt enthaltene Kundmachung erfüllich macht. Es ist damit die körperliche Züchtigung als selbstständige und Disciplinarstrafe, die Ausstellung auf der Schandbühne oder im Kreise und die Brandmarkung aufgehoben; die häusliche Züchtigung nur als eine richterliche Maßregel festgestellt, die Gestattung der Untersuchung auf freiem Fuß erweitert; in der Einrichtung des Untersuchungsarrestes Erleichterung eingeführt, und in einigen Straffällen die verzögernde Vorlegung der Erkenntnisse an das Obergericht nur von dem Willen des sich beschwert erachtenden Inquisiten abhängig gemacht. Weitere wohl als höchst wünschenswerth erkannte Abänderungen, welche aber neue materielle gesetzliche Bestimmungen nothwendig voraussetzen, können nur durch den konstitutionell gesetzgebenden Körper erfolgen.

Außer einem neuerlichen Gnadenakt Sr. Majestät des Kaisers (von Innsbruck 26. Mai datirt), in Folge dessen die am 20. März erlassene Amnestie auch auf jene galizischen Individuen erstreckt wird, welche nebst dem Verbrechen des Hochverraths noch wegen anderer in hochverrätherischer Absicht begangenen Verbrechen verurtheilt und von der Begünstigung jenes Amnestiedekrets ausgeschlossen blieben, hat der Kaiser im Allgemeinen beschlossen, auch die Todesstrafe aufzuheben, bis der Reichstag über die definitive Abfassung derselben förmlich Beschluß gefaßt haben wird. Der Rückkehr des Monarchen glaubt man nun baldigst entgegensehen zu dürfen, jedenfalls erwartet man aber die unverweilte Ankunft eines kaiserlichen Prinzen, falls der Kaiser sich veranlaßt sehen sollte, seine Rückkehr nach Wien noch zu vertagen. (Allg. Z.)

Δ Wien, 1. Juni. Privatbriefe aus Prag bringen die, wenn sie sich bestätigen sollte, unschätzbare Nachricht, daß es den Anschein habe, daß der Slavenstag in deutscher Sprache abgehalten werden müsse, weil sich die slavischen Völkerschaften in ihren vielfach abweichenden Dialekten nicht unter einander zu verständigen vermögen. Eine slavische Verfassung soll den Einbruch des bolschevistischen Thurmbaues verhindern. Die Nachricht einer provisorischen Regierung in Prag setzt hier Niemand in Erstaunen. Sr. Majestät „allergetreueste Böhmen" ziehen nun die Maske vollends ab, die ohnehin seit lange schon schlecht genug ihre Suprematie- und Separationsgelüste bedeckte. Zuerst mußte der Kaiser von seiner Residenz entfernt, mit seinen deutschen Provinzen in Mißtrauen und Widersprung versetzt werden — dann erst tritt Böhmen mit seinem Ministerium hervor — im Interesse der von uns „gefährdet sein sollenden" Dynastie! Was wird der Kaiser thun? Wird er jenem eigenmächtigen Ministerium seine Sanktion ertheilen, wozu ihn Jesuiten und die Camarilla in Innsbruck zu drängen sich bemühen? Zum Glück ist Erzherzog Stephan und Baron Doblhof dort, die gewiß jeder Reaktion, von welcher Seite sie komme, mit Entschiedenheit entgegentreten werden. Bis jetzt scheint der Schritt in Prag ganz durch den Adel geleitet — aber schon zeigen sich in bedenklicher Spuren von Aufregung gegen alle privilegirten Klasse unter dem Volke, daß er auch dort baldigst einen harten Stoß erleiden dürfte. Unterliegt er auch dort, dann ist sein letztes Bollwerk in Oesterreich zerstört. — Hier ist die Ordnung vollkommen hergestellt; die 30,000 Arbeiter und Proletarier, welche in der Stadt bei dem Barrikadenbau thätig waren, sind gleich der übrigen Bevölkerung zu ihren Beschäftigungen zurückgekehrt, ohne daß es eines Montereveil, seiner Proklamation, der Aufruhrakte oder gar des Standrechts bedurft hätte. Oesterreich will nur die ungeschmälerte Freiheit der konstitutionellen Monarchie — selbst auf den Barrikaden wurde die Volksthymne gesungen.

Δ Wien, 2. Juni. Ein Plakat des Ministeriums ruft heute Freiwillige auf, um die 35 deutschen Regimenter zu kompletiren und jedes um ein Bataillon zu verstärken. Als Ursache dazu wird der Krieg in Italien und die Aufstellung nöthigen Bundeskontingents angegeben. — Das Sicherheitskomite hat in seiner Sitzung von gestern das Ansuchen des Ministeriums, die Untersuchung gegen die am 26. Mai Kompromittirten fallen zu lassen, mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt und öffentliches Verfahren mit Beistrafung nach dem österreichischen Strafcodex angeordnet.

Wien, 2. Juni. Die Allg. Z. berichtet: Das Ausbleiben des in der Nacht vom 26. auf den 27. Mai an Sr. Majestät den Kaiser abgefertigten Couriers fällt um so mehr auf, als derselbe bereits gestern hier zurückerwartet wurde, und wir überdies schon seit ein paar Tagen ohne officielle Nachrichten aus Innsbruck geblieben sind. — In der heutigen Sitzung des provisorischen Ausschusses der Bürger-Nationalgarden und der akademischen Legion wurde beschlossen, abermals eine allgemeine Deputation aller hiesigen Korporationen und sämmtlicher Klubs, denen sich Deputirte aus Brünn, Grätz, Linz u. s. w. anschließen sollen, an Se. Majestät den Kaiser nach Innsbruck zu senden und um dessen Rückkehr in die Hauptstadt dringend zu bitten. Ihre Majestät die Kaiserin Mutter verläßt Salzburg und begibt sich nach Baiern. Es sind bereits die für sie bestimmten Hofwagen dahin abgegangen.

Wien, 2. Juni. Man schreibt der „Allg. Zeitung" von hier: In Folge der beschlossenen Aufstellung des vierten Reservebataillons bei den 35 deutsch-konstribirten Infanterieregimentern wird, von morgen angefangen, auf einigen Plätzen der Stadt der Werbdienst aufgeschlagen. Der Bedarf für diese 35 Bataillons, jedes zu sechs Kompagnien, beträgt beiläufig 35,000 Mann. Gestern früh ist der Oberhofmeister des Erzherzogs Albrecht, General Frhr. v. Piret, aus dem Hauptquartier des Feldmarschalls Radetzky hier angekommen. Er soll die Nachricht gebracht haben, daß sich im Gemeindehause, d'Aspre und Wallmoden in falschen Gesundheitsumständen befinden. (Augent hat bereits, angeblich wegen zerrütteter Gesundheit, das Heer verlassen. Alle diese Obergenerale sind 70- bis 80jährige und mehr als 80jährige Greise. Kein Wunder, wenn die Kriegsoperationen in Italien einen schleppendern Verlauf nehmen, als bei der anerkannten Tapferkeit, Ausdauer und Kriegsübung der österreichischen Truppen sonst denkbar wäre. Die Schweizer Zeitungen wiederholen seit drei Tagen auf das Bestimmteste das Gerücht, daß die Oesterreicher am 30. Mai bei Goito geschlagen worden seien, und daß die Besatzung von Peschiera kapitulirt habe. Doch gibt die N. Z. Z. jetzt zu, daß am 29. die Toskaner und Neapolitaner zurückgedrängt wurden. Die österreichischen Berichte aus Verona (bis zum 1. Juni) fahren fort, zu versichern, daß der am 29. errungene Sieg der Oesterreicher Nichts zu wünschen übrig lasse. In Verona höre man dem „Tiroler Böcken" zufolge am 31. Mai Kanonen-Feuer. Ein starkes Feuern über den Mincio. Inzwischen reißen die Neapolitaner, wie sogar die N. Z. Z. meldet, in ganzen Schaaren aus. General Pepe erklärt in einem Tagesbefehl, daß er die, welche nicht innerhalb 3 Tage zurückkehren werden, als

*) Dieser Artikel war schon geschrieben, als die Nachricht von der Konstituirung des Ausschusses für Volkswohlfahrt einlief. Wir glauben jedoch bei unserer Ansicht bleiben zu müssen; denn wenn man die Aufgabe der konstituirenden Reichsversammlung scharf auffaßt, ohne den drängenden Zeitumständen Zugeständnisse zu machen, so wird man einräumen, daß dieser Ausschuß nicht über eine legislative Thätigkeit hinausgehen darf, mithin eine provisorische Exekutivbehörde durchaus nicht als überflüssig erscheint.

Digitized by Google

Ausreißer vor dem Feinde behandeln werde. Ein Aufruf ergeht sodann an die Römer, die neapolitanischen Deserteurs als Feinde zu behandeln.)

Prag, 31. Mai. Von hier enthält die Allg. Z. folgende Mittheilung: Während die Abgeordneten zum Slavenkongreß, worunter viele Polen und Südslaven, unter festlichem Empfang immer zahlreicher einziehen, bringt die heutige Nummer der Narodni Nowiny das Programm der Versammlung. Die ankommenden Slaven werden in drei Abtheilungen eingereihet, deren erste (spor) die Böhmen, Mähren, Schlesier und Slowaken, deren zweite die Polen und Ruthenen, deren 3 die Slowenen, Kroaten, Serben und Dalmatiner umfaßt. Drei Vertrauensmänner nehmen jeden der Eingeschriebenen in die Abtheilung auf. Jedem Mitglied steht durch eine Karte der Zutritt zu allen drei Abtheilungen offen. Jede Abtheilung wählt aus sich 16 Kongreßausschußmitglieder, einen Präsidentur-kandidaten, einen Kongreßsekretär und dessen Ersatzmann. Die vereinigten drei Ausschüsse ernennen aus den drei Kandidaten den Präsidenten (starosta), die beiden andern Kandidaten sind Vizepräsidenten. Am 1 Jun. wird der Kongreß durch eine Feier in der Teynkirche und einen Zug in den Sophieninselsaal eröffnet. Die Verhandlungsvorlagen werden in der vom kleinen Ausschuß festgestellten Ordnung berathen. Jede beendete Verhandlung einer Abtheilung wird dem Kongreßpräsidenten mitgetheilt, zu gemeinschaftlichen Beschlüssen gehört die Zustimmung aller drei Abtheilungen. Kommt eine solche zu Stande, so wird dieselbe vom kleinen Ausschuß in öffentlicher Sitzung bekannt gemacht; stellen sich unbedeutende Differenzen heraus, so bewirkt der große Ausschuß die Ausgleichung; bedeutende Differenzen bedingen eine nochmalige Berathung in den Abtheilungen. In jeder öffentlichen Sitzung des Kongresses werden die Abtheilungsverhandlungen verlesen und vertheilt, dann die gefaßten Beschlüsse vorgetragen und von den Mitgliedern durch Aufstehen bestätigt. Diese Beschlüsse werden dann auch in deutscher Sprache verkündet.

† Aus Tirol, 3. Juni. Unsere Wahlen für den Landtag verlaufen unter dem gleichen Einfluß der alten, finstern Gestirne. Der Sieg der Ultramontanen wird ein vollkommner werden, entmuthigt verzichten die Bessergesinnten auf jede Theilnahme, die wenigen Unerzagten wagen bereits unter Gefahren zu widerstehen — um ohne Erfolg zu siegen. Meran war unter dem gehässigen Einwirken der Partei als geeigneter Mann zur „Wahrung der heiligen Religion" der Bürgermeister Haller gewählt, ungefähr 400 wahlfähige Bürger sollten ihre Stimmzettel abgeben — doch die Meisten hatten den Muth verloren, gegen die gewaltsbarische Broormundung aufzutreten, mit welcher der Dekan der Stadt und seine Anhänger den Wahlakt leiteten. So kam es, daß von 126 Stimmen 99 jenem lenksamen Hrn. Haller zufielen. Auch hier brabschigte der Dekan seine Stimme als Einwohner der Stadt abzugeben, um also doppelt wahlfähig zu sein. Auch zur Wahl des Ersatzmannes rief man eigens eingeschnie Leute zusammen. Die Landleute des Burggrafenamtes wählten den frühern Deputirten, einen stolzen Bauer von Algund, der eben gut ist mitzuhitmmen, wie ihm gar sonstist wird. Für die Geistlichkeit steht die Wahl des ehrenwerthen Dekans A. Gantner zu Meran in sichrer Aussicht, eines Mannes der nur ein Ziel vor Augen hat — die Alleinherrschaft der Geistlichen, und niemals die Mittel abwog, die dazu helfen mögen. Er hat bereits erklärt, man müsse lieber wälsch werden, als an Deutschland sich anschließen, wenn die in der Konstitution enthaltene Glaubensfreiheit für Tirol auch gelten solle. Er veranlaßte darum eine Petition gegen diesen Paragraph und seine Satelliten nöthigen die Bürger zur Unterschrift. Auf dem Lande predigt man einfach von der in Innsbruck bedrohten heil. Religion und fordert die Bauern auf, nach dem Gottesdienste im Schatthause zu unterschreiben. Nicht mit 13 Stimmen wird die Geistlichkeit am Landtage vertreten sein, wie es im Entwurfe bestimmt war — mehr als die Hälfte, ja zwei Drittheile der Vertreter aus den übrigen Ständen sind vollkommen in ihren Händen — durch gleiche Gesinnung oder Furcht den Beschlüssen verfassen, die unsere weltlichen Oberherrn (der Kaiser und sein Gubernium sind ihnen nur gutmüthig gedultete Figuranten) zu fassen gedenken. Und — doch sind wir konstitutionelle Bürger der österreichischen Monarchie! Wenn nicht der Schmerz — so müßte die Scham unsere letzte Kraft brechen. Es geht auch das Gerücht, und man nähret es im Interesse der eigenen Sache bis eine ungestüme Forderung daraus wird, der Reichstag solle in Tirol, in Innsbruck unter dem Schutze der Bauernkompagnien zusammentreten, welchen seiner Zeit ihre Feldpläne schon ein Zeichen geben würden, wie sie den „berathenden Herren" ihre Anerkennung zu verstehen geben müßten. Bangeren, ängstlicheren Blickes sehen wohl wenige Deutsche nach Frankfurt, als wir, die in Tirol deutsch werden wollen — nicht allein um unseres Weines und des wohlfeilen Brodes willen. Die Gewährleistung allgemein gültiger Volksrechte tettet und allein vor dem Separatismus, durch welchen die Ultramontanen mit terroristischer Entschlossenheit ihre Existenz zu befestigen suchen.

Preußen. *** Berlin, 31. Mai. Ein Zug aus der kleinen Geschichte der jüngsten Vergangenheit, welcher denen, die sehen wollen, ihre letzten Zweifel benehmen könnte, ist hier so allgemein bekannt, daß man es für überflüssig hielt, ihn zu publiciren. Es ist vielleicht auch überflüssig ihn für diejenigen aufzuschreiben, die Nichts sehen wollen, als was in ihren Kram taugt; zwischen beiden liegen indeß soviel Indifferente, Leichtgläubige, daß es Pflicht werden kann, die Thatsache ins größere Publikum zu bringen. Der König hat einen Jugendfreund, den Präsidenten von K . . . ., einen Mann von ehrenhaftem Charakter, aber Grundsätzen, welche sich nicht allein mit der Gegenwart nicht vertragen, sondern auch ihrer Zeit nicht wenig zur Erregung der Mißstimmung in Preußen mitgewirkt haben. Man meinte, daß die Freundschaft des Königs ihn höher gehoben, als sein Beruf war. Das konnte man vergeben, solange das absolut monarchische Princip unangefochten bestand, nicht aber, daß er in seinem hohen Richteramt mit unerbittlicher Rigorosität den Begriff des Majestätsverbrechens in allen freimüthigen Aeußerungen der Presse entdeckte, welche nach seiner Ansicht die kgl. Würde antasteten. Jakobs Verurtheilung wegen der hier Fragen hat seiner Zeit nicht wenig dazu beigetragen, die ruhige preuß. Plat in Aufregung zu bringen. Die Achtung vor Preußens Justiz ward durch das reformirende Urtheil des Oberappellationsenats des Kammergerichts wieder hergestellt; aber von Grollmann, der Präsident desselben, nahm darauf (die Gründe sind noch nicht bekannt) seine Entlassung und v. K . . . . rückte in seine Stelle. Es war einer der traurigsten Mißgriffe jener Tage; daß v. K . . . . jetzt nicht mehr an seiner Stelle war, ist begreiflich, obgleich die Heiligkeit des Richteramtes drn d die Revolution unangetastet blieb. Aber er ging seinen königlichen Freund persönlich an; er erklärte ihm mündlich, daß er, weil er nicht mehr dem Könige, auch nicht mehr dem Staate dienen könne. Friedrich Wilhelm fuhr ihn kurz an: „Ich verstehe Dich wie die Andern. Ihr Alle verlaßt mich, um mich dadurch zur Reaktion zu zwingen. Aber vertaß Dich darauf, ich gehe vorwärts, ich will die Einigung Deutschlands, und von ganzem Herzen. Du kannst Abschied geh'n Dir nicht, aber Urlaub auf sechs Wochen. Benutze ihn, um Dich eines Besseren zu besinnen." Es haben sich schon Mehrere eines Bessern besonnen.

Berlin, 4. Juni. Um 1 Uhr hielten die Studenten eine Versammlung, in der die Angelegenheit der siebenbürger Deutschen zur Sprache kommen sollte. Die Veranlassung war eine Deputation von dorther, bestehend aus zwei Herren, deren Namen leider nicht zu erfahren gewesen. Einer von ihnen setzte in klarer Rede die dortigen Verhältnisse auseinander und ersuchte schleunigst um eine Zuschrift von Seite der Berliner Studenten, in der die Theilnahme derselben für die Sache jener Deutschen ausgedrückt sein möchte. Diese Zuschrift wurde mit der größten Bereitwilligkeit ertheilt. Morgen Nachmittag reisen die Herren wieder zurück.

Heut und morgen findet die Wahl eines neuen Oberbezirksbeamten der Bürgerwehr Statt. Unter den mancherlei Kandidaten, die dafür in Vorschlag gebracht sind, wird auch der General v. Willisen genannt.

Die Adreßkommission der Kammer besteht aus den Herren Waldeck, Bloem, Sydow, Gleske, Baumstark, Gradow, Duncker, v. Daniels, Wachsmuth, Philippe, Esser, Balzer, Clöner, Evelt, Zachariä und Behrends. (Voss. Z.)

Berlin. Nach dem neuesten Heft der Berliner Jahrbücher für Erziehung und Unterricht ist von dem Chef des Unterrichtswesens der Gegenstand, welcher den Lehrstand hauptsächlich beschäftigt, die Reorganisation der Schule, dem Direktor Diesterweg zur Ausarbeitung überwiesen worden. (Berl. N.)

Berlin. Das Ministerium veröffentlicht im Pr. Staatsanzeiger folgendes Schreiben des Prinzen v. Preußen: „Ew. Majestät zeige ich unterthänigst an, daß ich, dem mir ertheilten Befehl gemäß, London verlassen und den Kontinent wieder betreten habe. Ich hatte diesen Zeitpunkt für den passendsten, um meine Ew. Maj. schon bekannten Gesinnungen, mit denen ich in die Heimath zurückkehre, nochmals offen auszusprechen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die freien Institutionen, zu deren festerer Begründung Ew. Maj. jetzt die Vertreter des Volkes berufen haben, unter Gottes gnädigem Beistande, sich zum Heile Preußens mehr und mehr entwickeln werden. Ich werde dieser Entwickelung mit Zuversicht und Treue alle meine Kräfte widmen und sehe dem Augenblick entgegen, wo ich der Verfassung, welche

Digitized by Google

Ew. Maj. mit Ihrem Volke nach gewissenhafter Berathung zu vereinbaren im Begriffe sind, die Anerkennung ertheilen werde, welche die Verfassungsurkunde für den Thronfolger festsetzen wird. Brüssel, 30. Mai 1848. Prinz v. Preußen.

**Aus Ostfriesland**, 3. Juni. In Esens bei Aurich fand am 28. v. M. eine aus allen Theilen Ostfrieslands zahlreich besuchte Volksversammlung Statt, welche fast einstimmig der Regierung und den Kammern in Hannover ihr Mißtrauen votirte, sich für die Obergewalt der Frankfurter Reichsversammlung über alle Einzelstaaten und für das Princip der Volkssouveränetät aussprach und endlich gegen das Verfassungswerk der jetzigen inkompetenten Ständeversammlung, namentlich gegen das Zweikammersystem protestirte. Wegen des ersten Punktes ward eine Eingabe an die Regierung beschlossen; in Betreff der ständischen Inkompetenz zur Aufstellung einer neuen Verfassung wird man sich klagend an das Parlament wenden, mit der Bitte, die hannoversche Regierung zum Abstehen von der Verfassungsgebung mit inkompetenten Ständen veranlassen zu wollen. (Wes. Z.)

**Hannover.** Die Hannoversche Z. enthält folgende Erklärung: „Wir haben seit geraumer Zeit Verdächtigungen über das in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit von den Staaten des 10. Armeekorps beobachtete Verfahren mit Stillschweigen übergangen, weil wir es unter unserer Würde hielten, uns mit solchen Waffen einzulassen. Hier aber tritt die Beschuldigung offen auf, und deßhalb tragen wir auch kein Bedenken, dieselbe eben so offen für eine hämische Lüge und Verleumdung zu erklären. Hannover kann gottlob alle seine Schritte in dieser Ehrensache unseres Vaterlandes offen an das Licht des Tages stellen. Wir halten dafür, die Bestimmung der Presse in Kriegszeiten sei nicht die, dem Feinde Vertrauen auf Uneinigkeit und Schwäche seiner Gegner einzuflößen. Wahrlich, die deutsche Presse, die sich so eifrig vaterländisch und freisinnig geberdet, hat noch viel zu lernen, ehe sie sich des Glücks der Freiheit würdig nennen kann; und Schleswig-Holstein ist selber solchen Zionswächtern wenig Dank schuldig." Hierzu bemerkt die Weser-Zeit.: „Soweit dieselben Verdächtigungen die kleineren Staaten des zehnten Armeekorps und unter ihnen auch Bremen treffen sollen, sind wir glücklicherweise im Stande, dieser Erklärung auch unsererseits die entschiedene Behauptung beifügen zu können, daß diese Gerüchte völlig aus der Luft gegriffen sind. Alle Anerbietungen und Verlockungen zu Separat-Unterhandlungen, welche von dänischer Seite versucht wurden, sind von Bremen und den Hansestädten überhaupt in treuer deutschen Gesinnung abgewiesen worden. Die Drangsale des Krieges, welche diese deutschen Küstenstaaten an Handel und Schifffahrt in so überwiegendem Maße ohne irgend einen Schuß von Seite des gemeinsamen Vaterlandes zu tragen haben, bitten sie wenigstens vor dergleichen nichtigen Angriffen bewahren sollen.

**Baden.** Emmendingen, 5. Juni. Nachdem der Abgeordnete v. Itzstein die auf ihn gefallene einstimmige Wahl zur Konstituirenden Versammlung in Frankfurt abgelehnt, wurde heute der Abgeordnete Christ mit 81 von 134 Stimmen dahin ernannt. (Oberrh. Z.)

**Hessen Darmstadt**, 4. Juni. In Folge des Rücktritts des Frhrn. v. Gagern ist vorläufig Hr. Zimmermann, Minister der Finanzen, mit dem Vorsitz in den Sitzungen des Gesammtministeriums beauftragt. Das Ministerium des Innern wird einstweilen Ministerialrath Eigenbrodt, das des Auswärtigen Geh. Staatsrath Hallwachs leiten. (Karlsr. Z.)

* **Mainz**, 3. Juni. Für gestern Abend waren wir auf einen Krawall am Rhein vorbereitet, da Schleppboote signalisirt waren und die Vorarbeiter unter den jetzigen Wirren wieder einmal Lust zeigten, etwas Piraterie auszuführen, aber diesmal kamen regelmäßige Truppen und stellten sich am Rhein auf, bereit bei der ersten Spur von Störung die Waffen zu gebrauchen. Dieser Ernst imponirte, und da die Vorarbeiter außerdem wußten, daß auch die Schleppboote selbst militärisch besetzt waren, so unterließen sie jede Gewaltsamkeit, und die Schleppboote zogen ungehindert von dannen. Ich glaube, daß das der letzte Versuch war, das so heilsame Institut der Schlepp-Dampfschifffahrt zu Gunsten eines armseligen Privilegiums zu stören; die Schifferei scheinen jetzt ihr thörichtes Beginnen nachgerade einzusehen, ja Mehrere sollen sogar gestehen haben, sie wären zu den bekannten Störungen des Schleppbootdirektes aufgereizt worden, dagegen besteht dieser Schifferstand auf einer Berücksichtigung seiner traurigen Lage bei der jetzt hier in Mainz zusammengetretenen Kommission der Rheinuferstaaten, und darin sind sie in ihrem Rechte. — Die hiesigen Differenzen zwischen preußischem Militär und Bürger ordnen sich, beide Theile kommen sich mildre entgegen, man spricht sogar von einer Versöhnung, im Falle das das seitherige Verhältniß, wie es vor den Unruhen war, wieder hergestellt werden kann. Von Konflikten ist Nichts mehr vorgekommen und wird auch wohl Nichts mehr vorkommen, wenn die jetzige Haltung der Garnison stets dieselbe. Uebrigens sind die preußischen Truppen auf den Befehl zum Abmarsch gerüstet.

**Hohenzollern-Hechingen**, 3. Juni. Das Verordnungsblatt enthält eine neue Verfassung des Fürstenthums. Der letzte Paragraph lautet folgendermaßen: „Gegenwärtige Verfassung wird unter die Garantie des deutschen Bundes gestellt und hat in so lange gesetzliche Geltung, bis von dem Reichstag zu Frankfurt allgemeine grundgesetzliche Bestimmungen getroffen sein werden."

**Schleswig-Holstein.** Flensburg, 1. Juni. Von den kriegerischen Vorfällen auf Sundewitt bekommt man nur sehr unzuverlässige Kunde. In verschiedenen Intervallen hat man von 3 Uhr diesen Morgen bis nach Sonnenuntergang Kanonenschüsse gehört, man sprach von 130 dänischen Gefangenen, darunter 7 Officiere, die am Nachmittag eingebracht werden sollten; es kamen, von Dragonern eskortirt, deren 4, die aber auch mehr Bagabunden als Soldaten schienen. Morgen wird das preuß. Truppenkorps die Bundestruppen in dem beschwerlichen Dienst auf Sundewitt ablösen und die letzteren die jetzige Stellung der Preußen um Flensburg herum einehmen. Vom Vorrücken nach Norden ist keine Rede. (— Nach mündlichen Mittheilungen, die mit dem Vormittagszuge in Altona eingetroffen sind, hat der Abmarsch der Preußen aus Flensburg am 2. Morgens 4 Uhr stattgehabt. —) Apenrade und Hadersleben sind den Dänen preisgegeben, nachdem die deutschgesinnte Einwohner daselbst Hand und Hof verlassen, um nicht in die dänische Gefangenschaft fortgeschleppt zu werden. Man wußte, daß die dänischen Proskriptionslisten diesmal viel umfassender ausgefallen waren, und so ist denn begreiflicher Weise fast nur Gesindel zurückgeblieben. Lauritz Smidt hauft mit einigen dänischen Dragonern im verlassenen Lande und treibt die noch übrige dänische Mannschaft mit Gewalt zur Enrollirung in die dänische Armee. Vor Apenrade erschienen außerdem noch gestern drei dänische Dampfschiffe mit einem Schaaren und einer Jacht, und setzten Truppen an Land, dem Vernehmen nach gegen 1500 Mann. Als die letzten Flüchtlinge gestern Abend 10 Uhr die Stadt zu Fuß, mit dem Bündel auf dem Rücken, verließen, begann die Ausschiffung. Das Ranzau'sche Korps ist um Flensburg herum nach Süden gegangen, um in Rendsburg mit den übrigen Freikorps zu einem einzigen Korps, wahrscheinlich unter dem Kommando des Majors von der Tann, zusammen zu treten. Neue anderweitigen Nachrichten aus Flensburg vom 1. Juni sind in Apenrade, wo jetzt 800 Mann Dänen stehen, ein Theil des Magazins zurückgelassen, namentlich etwas 1100 Tonnen Hafer. Ob die Dänen in Hadersleben sind, ist nicht bekannt. Es wird erzählt, daß die Dänen verschiedene nicht zu transportirende Kranke, die in Christiansfeld zurückgelassen und schriftlich dem Feinde empfohlen wurden, nebst einem dortigen Ober- und Unterarzt nach Kolding und von dort auf die Schiffe gebracht hätten. Das Dampfboot „Geyser" erschien gestern im Flensburger Hafen und blieb etwa 10 Minuten vor der Stadt. (Börsenh.)

**Kiel**, 2. Juni. In der gestrigen Versammlung des deutschen Vereins wurde bereits ein Entwurf zu einer nach Frankfurt abzusendenden Adresse an Prof. Olshausen vorgelegt. Dieselbe, über die Kriegsführung im Lande und über die kurzsichtige Diplomatie sich beschwerend, bittet die Nationalversammlung, ein Einsehen in die Sache thun zu wollen. Gleich vorzüglich hinsichtlich ihres Inhaltes, wie ihrer Form, fand sie den ungemessensten Beifall und liegt jetzt hier im Orte zur Unterschrift auf. Der Bestimmung gemäß, daß eine Deputation sie überbringen solle, wurde vom deutschen Vereine Advokat Bargum, als das eine Mitglied desselben, sofort ernannt, während die Wahl des zweiten dem Bürgerverein übergeben ward, der deßhalb heute Abend zusammentritt. Die Fassung der Adresse ist derartig, daß man erwartet, daß ganz Schleswig-Holstein sich an derselben betheiligen und sie so zu einer Riesenpetition erheben wird. Eine andere Petition, an die prov. Reg. gerichtet, und die sofortige Einführung allgemeiner Wehrpflicht bezweckend, ward ebenfalls allgemein gebilligt. Endlich wird auch beschlossen, eine zweite Petition an die Regierung zu richten, damit sie das Kriegsministerium bewege, wenigstens durch die schleswig-holsteinischen Truppen die nördlichsten Distrikte Schleswigs noch ferner besetzt zu halten. (H. K).

**Rendsburg**, 2. Juni. Aus zuverlässiger Quelle kann versichert werden, daß in ihm Hamb. unpart. Korresp. vom 25. Mai unter Rendsburg, 24. Mai, enthaltene Adresse des von dem Tann'schen Freikorps von dem General v. Wrangel deßhalb unbrauchbarst gelieben ist — weil sie niemals eingesandt worden ist. (H. C.)

**Rendsburg**, 30. Mai. Die prov. Regierung hat eine Verfügung erlassen, in welcher sie die Vorlegung eines Gesetzentwurfes

Digitized by Google

über die allgemeine Wehrpflicht angeigt und zu dem Behufe die Anfertigung von Verzeichnissen der bisher von der Militärpflicht befreiten 25—29jährigen Mannschaft anordnet. (B.-H.)

Hamburg, 2. Juni. Der Marinekongreß hat sich bereits aufgelöst und einen permanenten Ausschuß ernannt. Die neue Korvette, „Cäsar Godefroy" ist schon fertig geworden — sie nimmt eben jetzt ihre 26 Kanonen ein. Wer sie bestellgen soll, das ist noch nicht bestimmt. (Kölu. Z.)

Hamburg, 2. Juni. Der Rest unseres mobil gemachten Militärs wird nun auch bald ausmarschieren, auch das Musikkorps der hiesigen Garnison wollte nicht hinter den Fahnenbrüdern zurückbleiben. Nachdem Oberst Schobl Anfangs das Ausrücken desselben für unnöthig gehalten, gab er schließlich seine Einwilligung, doch wurde zuvor eine Supplik an den Senat eingereicht, auf welche eine gewährende Antwort erfolgte. — Die Berathungen des Marinekongresses werden heute fortgesetzt, von den Ausständnden Verhandlungen soll jedoch Nichts unpolitisches zur Oeffentlichkeit gelangen; es wird von Seite aller Mitglieder die strengste Diskretion beobachtet. (W.-Z.)

Hamburg, 3. Juni. Nach den heutigen Meldungen vom Kriegsschauplatze bestätigt sich die gestrige Mittheilung, daß in den letzten Tagen eine bedeutende Anzahl dänischer Gefangenen gemacht worden, die meisten Angaben schwanken zwischen 100 und 130 Mann. Wenn aber dem „Hamb. Korr." aus Schleswig von der Gefangennahme zweier Bataillone gesprochen wird, so müssen wir dieser Meldung in solchem Umfange noch die gerechtesten Zweifel entgegensetzen. Am 2. Juni sollten die preuß. Truppen die von den hannöverschen, oldenburgischen ꝛc. inzwischen Stellung Alsen gegenüber, einnehmen und dieselben im Vorpostendienst ablösen; die letzteren nehmen ihre Position von Flensburg aus nach verschiedenen Richtungen. Aus dem Eintreffen eines hier am 31. Mai Abends, angekommen Kuriers an den General Wrangel schloß man auf eine neue Operation gegen Norden; von andrer Seite wird dies entschieden in Abrede gestellt. Bei Apenrade haben drei dänische Dampfschiffe, eine Jacht und ein Schooner 1500 Mann Truppen ans Land gesetzt, nachdem kaum die letzten Flüchtlinge Abends 10 Uhr ausgezogen waren. Im Flensburger Hafen erschien das Dampfschiff „Geyser" und legte sich dicht an die Landungstreppe. Die Flensburger haben jetzt ebenfalls einen Protest gegen eine Theilung Schleswigs im dänischen und deutschen Gebiet beschlossen, er wird nächster Tage nach Frankfurt abgehen. Ein solcher Akt hat ein ganz besonderes Gewicht in dieser oft angeklagten Stadt. Aus Rendsburg sind am gestrigen Tage die neuerrichteten Freikorps, die sämmtlich unter Mojor von der Tann stehen werden, nach dem Norden wieder abgezogen. (Hbg. Z.)

Die Wes. Z. bemerkt: Es stellt sich immer klarer heraus, daß der letzte Landungsversuch und Angriff der Dänen bei Sundewitt Nichts mehr und Nichts weniger als Verrath und Wortbruch war. In Frankfurt (wird dem Hamb. Korresp. geschrieben) war es genehmigt, daß General Wrangel Jütland bis zum 28. d. M. räumen sollte. Die Jüten hatten die Maller, an den Straßenecken bei dem Wegzuge anzuschlagen, daß derselbe ihnen den Ort angeben möge, wo sie die 2 Millionen Species ihm nachsenden sollten. Er wird nicht unterlassen, sie zu holen. Rußland soll anderseits die Garantie übernommen gehabt haben, daß die Dänen Alsen und Arröe bis zum 28. Mai räumen, das Embargo aufheben und ihre Schiffe von den Küsten entfernen würden. Die radikale Partei soll indeß in Kopenhagen den Sieg davon getragen haben, d. h. sie hat keinen Frieden schließen wollen, wie wir hier vermuthet haben. In Folge dessen geschah der Ueberfall am vorigen Sonntag, wo man vielleicht zu sorglos gewesen zu sein scheint.

§ Frankfurt a. M., 4. Juni. (Fortsetzung.) Hr. Höfken wünscht einen Antrag, die Wahl der böhmischen Abgeordneten betreffend, sogleich begründen zu dürfen, und erhält wegen der Dringlichkeit des Gegenstandes hiezu die Erlaubniß der Nationalversammlung. Der Antrag selbst wird mit einer kurzen Motivirung von dem Sekretär vorgelesen und geht dahin, daß die Nationalversammlung einen Ausschuß beauftrage, die böhmische Wahlangelegenheit zu untersuchen, und ein Gutachten an die Versammlung darüber zu bringen, durch welche Mittel dem Nationalwillen Nachdruck zu verschaffen sei. Ueber diesen Gegenstand sprachen viele Deputirte aus Oesterreich, welche ihre Ansichten sämmtlich auf eigene Anschauung der Verhältnisse in den slavischen Ländern gründeten, nichtsdestoweniger aber in ihren Ansichten über das, was zu thun sei, so sehr auseinander gingen, daß ihre Reden die übrigen mit den slavischen Zuständen weniger vertrauten Deputirten vielmehr in ihrem Urtheile schwankend machten, als daß sie dieselben auf einen sichern Standpunkt brachten. Der überflüssigen Worte gab es auch hier so viele, daß ein Redner wünschte, es möchte doch das Jahr ebenso reich an Kartoffeln und Getreide, als an Reden werden. Nur in einem Punkte trafen alle Redner zusammen, über den Charakter der panslavistischen Agitation; es ist derselbe, wie der unserer deutsch-französirenden Wühlereien, der Charakter der Lüge, des Truges und der Heuchelei. Böhmische und mährische Deputirte erzählten, wie man den untern Volksklassen durch zahllose Agenten einpeitsche, daß sie protestantisch werden müßten, wenn sie zum deutschen Reiche kämen, daß sie noch einen Kaiser in Frankfurt zu dem ihrigen bekämen und darum eine doppelte Steuer bezahlen müßten, daß sie den Deutschen dienstbar werden sollten, während diese große Vorrechte vor ihnen erhielten; darum sollten sie nicht wählen, denn wenn sie keine Deputirten schickten, so könne ihnen der Reichstag auch Nichts bestehlen. Dethalb schlugen einige Deputirte vor, die Nationalversammlung solle das slavische Volk durch eine Proklamation aufklären, während andere, gewiß mit Recht, dagegen einwendeten, daß solche Proklamationen im gegenwärtigen Augenblick gar Nichts helfen. Sie fänden keinen Glauben, und ehe sie an das Volk kämen, so würden die slavischen Agitatoren durch Gegenproklamationen zuvorkommen, jene verdächtigen, verspotten und durch neue Lügen unwirksam machen. Drohungen würden in dem Augenblick noch weniger ausrichten, theils wegen der einmal herrschenden Aufregung, welche durch Drohungen nur gesteigert werde, theils weil die Mittel zur Exekution nicht parat seien. Das einzige Mittel zur Beruhigung und fester Einigung der Slaven mit Deutschland sei, sagte Neumann aus Wien, dag dieselben die Ueberzeugung gewinnen, es werde hier die Freiheit des Volkes und die Einheit Deutschlands wirklich geschützt, und daß sie dahee durch ihren Anschluß wirklich eine Garantie für ihre eigene Freiheit und Sicherheit erhalten. Es sei daher das Rathsamste, im jetzigen Augenblick Nichts vorzunehmen, und es den Abgeordneten zu jenen Landestheilen, auf die Stimmung der slavischen Bevölkerung einzuwirken. Der alte Arndt erinnert in jugendlich feuriger Rede, wie Böhmen seit bald einem Jahrtausend ein deutsches Land sei, welches von Deutschland unter keiner Bedingung losgerissen werden dürfe. Was würde Frankreich antworten, wenn heute die Bretagner, wegen die Provenzalen kämen und sagten, wir wollen für uns sein und nicht mehr zu Frankreich gehören? Deutschland soll seine Ehre und Würde bewahren, und mit Ernst und Kraft sein gutes Recht behaupten. Trotzdem behielt die Diskussion noch eine Zeit lang bis zum Schlusse einen unbestimmten Charakter; dem Mangel an Uebereinstimmung unter den österreichischen Deputirten, und dem Schwanken und nicht zu verkennender Besorglichkeit der Mehrzahl derselben ist es zuzuschreiben, daß ein kräftiger Beschluß der panslavistischen Agitation gegenüber nicht zu Stande kam. Der erste Theil des Höfken'schen Antrages wurde in der Fassung angenommen: Es solle der Legitimationsausschuß beauftragt werden, die Wahlangelegenheit in den zum deutschen Bunde gehörigen von Deutschen und Slaven bewohnten Ländern, wo die Wahlen verweigert worden sind, zu untersuchen, und bewollmächtigt sein, hiezu nach §. 25. der Geschäftsordnung, Zeugen zu vernehmen. Dagegen wurden die Anträge, daß dieser Ausschuß dem Reichstage Maßregeln vorschlagen solle, wie dem Nationalwillen in jenen Ländern Nachdruck zu verschaffen sei, und wie dieselben verhindert werden sollen, sich von dem deutschen Reiche loszureißen, verworfen. — Nachdem diese Verhandlungen den ganzen Vormittag weggenommen hatten, kam man endlich zur Tagesordnung. Zunächst lag der Bericht des Centralausschusses über die Legitimation der Abgeordneten von Limburg vor. Der Antrag geht dahin, es sei nicht nothwendig, daß durch die theilweise Einverleibung eines Landes in den deutschen Bund dessen Beziehungen zu Staatsgesammtheit aufgehoben würden, und daß dahre der limburgische Abgeordnete (oder nunmehr, nachdem ein zweiter eingetroffen ist, die Abgeordneten) als solcher zur Theilnahme an der deutschen Nationalversammlung zuzulassen und vom Centralausschuß dazu aufzufordern sei, über seinen Umfang aber, eine neue Regulirung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Herzogthums Limburg zum Königreich der Niederlande vorher ausgesprochen zu sehen, der Nationalversammlung Vortrag zu machen und dessen Verweisung an den betreffenden Ausschuß zu beantragen sei. Nachdem Höfken mehrere Ausstellungen an dem Berichte gemacht, Osterrath, in die staatsrechtliche Frage selbst eingehend, nachgewiesen hatte, daß Limburg rechtlich nur zu Deutschland, nicht zu Deutschland und Niederland zugleich gehören könne, wurde der Antrag des Ausschusses angenommen. Singert aus Minden schilderte in einem beredten Vortrage die frohe Erhebung in Limburg für die deutsche Sache, und wie es Deutschlands Aufgabe sei, die deutschen Interessen überall zu schützen. Dethalb forderte er die Nationalversammlung auf, den Herzog von Limburg zu einer Erklärung über die den Limburgern zugesagten Unbilden aufzufordern,

Digitized by Google

was jedoch die Versammlung ablehnte. Der Mittermaier'sche Bericht über die Protestationen in Bezug auf die Wahlen in Posen erregte einen stürmischen Zusammenstoß der Parteien. Die Protestation des politischen Nationalkomitées gründet sich bekanntlich darauf, daß gegen alles Recht das Großherzogthum Posen dem deutschen Bunde einverleibt worden wäre, daß diese Einverleibung eine neue Theilung Polens enthalten und eine Ungerechtigkeit gegen die polnische Bevölkerung sein würde. Der Antrag des Ausschusses geht dahin: 1) Die Abgeordneten der Provinz Posen zur Theilnahme an den Berathungen der Nationalversammlung bis zur definitiven Entscheidung der Vorfrage zuzulassen. 2) Die endliche Entscheidung über die Giltigkeit dieser Wahlen bis zur Entscheidung der Vorfrage aufzuschieben. 3) Die Begutachtung über die in der Protestation angeregte Frage über Rechtmäßigkeit der Einverleibung des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund, über die Befugniß, Wahlen zur Vertretung in der Nationalversammlung anzuordnen, an einen der bestehenden Ausschüsse, entweder den Verfassungsausschuß oder richtiger an den Ausschuß für völkerrechtliche und internationale Angelegenheiten zu verweisen. Mehrere aus der Provinz Posen schilderten das Schicksal der deutschen Bevölkerung in Posen, die gewaltsame Unterdrückung, welcher sie ausgesetzt sei und ihre hohe Begeisterung für die deutsche Sache. Die Beanstandung der Wahlen habe keinen Grund, weil das Großherzogthum Posen mit Fug und Recht zu Deutschland gehöre. Er vermeide auf Schleswig, welches dänisch gewesen sei, während Posen deutsch war und ist. Deutschland möge gerecht gegen die Polen sein, aber darum nicht ungerecht gegen die 400,000 deutschen Brüder in Posen. (Stürmischer Beifall von der Rechten und der Mitte). Dagegen tritt Jtz als Redner der Linken auf und fordert die sofortige Ausschließung der Posenschen Deputirten. Posen gehöre nicht zum deutschen Bunde, sondern zu Polen. Mittermaier erläutert, der Centralausschuß habe keine Befugniß, sich in die staatsrechtliche Frage einzulassen, sondern nur über die richtige Vornahme der Wahlen zu berichten. Jetzt handle es sich nur darum, ob die Abgeordneten bis zur Erledigung jener Frage vorläufig zuzulassen seien. Der Präsident bemerkt hierzu, daß die vorläufige Zulassung schon durch die Geschäftsordnung gefordert werde, deßhalb eine Abstimmung hierüber unwichtig sei, und sich nur darum handle, ob die Frage über die staatsrechtliche Eigenschaft Posens an den betreffenden Ausschuß zur Begutachtung gewiesen werden solle. Das Dringen der Versammlung auf Abstimmung veranlaßte nun einen jener tobenden Auftritte, welche alle aus einer revolutionären Bewegung hervorgegangenen Versammlungen charakterisiren. Die Linke erhob sich mit der größten Heftigkeit dagegen und forderte namentliche Abstimmung über den Schluß der Debatte. Das Dringen auf namentliche Abstimmung, wodurch schwankende Deputirte eingeschüchtert, die übrigen, welche nicht zustimmen, der Masse als „Volksverräther" zur Rache denuncirirt werden sollen, soll jetzt als Hauptwaffe gebraucht werden, wird sich aber, da die Leidenschaftlichkeit der Parteien nicht zuläßt, damit gehörig Haus zu halten, sehr bald abnutzen. Wurde es sich zu der Ueberzeugung hinreißen, man wolle der polnischen Frage das Genick brechen, was eine sehr stürmische Protestation von der Rechten hervorrief. Vergebens führte Lette aus, daß die Verweisung der staatsrechtlichen Frage an einen Ausschuß zur gründlichen Erörterung im Interesse aller Parteien liege, vergebens zeigten Osterrath, Mittermaier und der Präsident, daß in der jetzigen Abstimmung durchaus kein Präjudiz für die staatsrechtliche Frage liege; die äußerste Linke wollte sich durch ihr Auftreten die Polen, von welchen viele hier sind, und deren Hilfe sie für die Ausführung ihrer Plane bedarf, verbindlich machen. Jndessen drang der Ruf nach Abstimmung durch, und nachdem der Präsident erklärt hatte, daß die vorläufige Zulassung der posenschen Abgeordneten durch die Geschäftsordnung entschieden sei, so wurde nur der Antrag, daß die Frage über die endgiltige Zulassung dieser Abgeordneten dem völkerrechtlichen und internationalen Ausschusse unter dem Berücksichtigungen, welche in dem Berichte unter Ziffer 3 verzeichnet sind, zur Begutachtung zuzuweisen sei, zur Abstimmung gebracht und von der Versammlung angenommen.

Diese kleinen Stürme sind aber offenbar nur die Vorboten der großen, welche für nächste Zeit vorbereitet werden. Die republikanisch-französirende Partei (sie sagt in ihrem von einem bekannten Berächter des deutschen Volks verfaßten Manifeste offen: „die französische Republik bietet uns die Hand, wir nehmen sie mit Freuden an") hat keine Hoffnung auf einen Erfolg in der Nationalversammlung selbst. Es bleibt ihr daher Nichts übrig, als ihren Lehrmeistern in Paris zu folgen und die Nationalversammlung durch äußere Gewalt sich flügsam zu machen oder, wenn dies nicht gelingt, auseinanderzutreiben. Zu diesem Zwecke wird die Masse des Volkes aufs fleißigste durch zahllose Agenten aufgehetzt, die Volksversammlungen, durch welche der Aufruhr in Baden vorbereitet wurde, werden aufs Neue organisirt und die durch wüthende Reden und Hetzereien fanatisirte Menge auf eine nahe bevorstehende „Kraftäußerung" vorbereitet. Petitionen der demokratischen Vereine an die Nationalversammlung mit Androhung von Gewalt, sofern diese nicht dem Willen der Partei („des Volkes") sich fügen wolle, werden mit Unterschriften bedeckt. In den gestern gehaltenen Volksversammlungen in Offenbach, Bergen u. a. O. wurde geradezu aufgefordert, sich zu einer baldigen „Kraftäußerung" gegen die Nationalversammlung bereit zu halten, die Deputirten von Hanau und Mainz sollen dabei die Zusicherung gegeben haben, daß sie über die Einwohner der genannten Städte zu diesem Zwecke zu disponiren hätten. Dabei wurde aber eingeschärft, man müsse die linke Seite schonen und in der Paulskirche lassen, damit diese sich sogleich als eigentliche Nationalversammlung konstituiren und als provisorische Regierung von Deutschland proklamiren könne. Sie sehen eine ins Deutsche übersetzte Auflage der Februarereignisse in Paris, nur mit dem Unterschiede, daß hier Alles mehrere Wochen vorher in öffentlichen Versammlungen berathen und hernach und hinüber gelegt wird. Wie lange wird sich noch das deutsche Volk von diesen Leuten äffen, zuerst der Anarchie und durch diese der wildesten Reaktion in die Arme führen lassen?

## Großbritannien.

London, 4. Juni. Lord John Russell hat jetzt ein anderes Mittel gefunden, den Baron Rothschild parlamentsfähig zu machen; er hat am 1. Juni im Unterhause angekündigt, daß er am 5. Juni eine Bill einbringen werde, wodurch die von den Parlamentsmitgliedern beim Eintritt in das Haus zu leistende Eidesformel abgeändert wird; für den Freitag darauf hat er ferner die Einbringung einer Bill angezeigt, wodurch die in der Reformbill enthaltenen Klauseln abgeschafft werden sollen, welche bestimmen, daß man vor der Einschreibung in die Wahlregister sich über Bezahlung der Steuern gehörig auszuweisen habe. (Dies sieht wie eine kleine Abschlagzahlung auf die neuesten Reformforderungen aus und erscheint fast als ein — übrigens ziemlich kleinliches — Gegenmanöver gegen den neuen Volksbund.) Auf eine Frage des Hrn. Baillie erklärte Lord Palmerston,' der spanische Gesandte, Hr. Jsturiz, habe wenige Tage vorher ihm die Anzeige gemacht, daß der Graf Miraflol in London angekommen sei, um der englischen Regierung Erklärungen und Erläuterungen über die jüngsten Madrider Ereignisse zu geben. Seine (Palmerston's) Antwort, sei gewesen, daß er solche Mittheilungen wohl von dem beglaubigten spanischen Gesandten entgegen nehmen werde, daß er es jedoch ablehnen müsse, sich mit dem Grafen von Miraflol in irgend einer persönlichen Verkehr einzulassen. Unter allen Umständen müßten, habe er ferner erklärt, diese Mittheilungen nur schriftlich gemacht werden (Beifall). Er werde dem Haus zu geeigneter Zeit die betreffenden Aktenstücke und Briefschaften vorlegen.

Sowohl in London als in den Fabrikstädten fanden während der letzten Tage, hauptsächlich durch Mitchells Verurtheilung veranlaßt, mehrere Versuche der Chartisten Statt, die öffentliche Ruhe zu stören und die Polizei herauszufordern, so daß es hier und da zu blutigen Klopfereien kam. Jn einer zu London gehaltenen chartistischen Versammlung, welche einem solchen Versuch zu einer Emeute vorhergieng, predigte ein gewisser Fussell offen den Königsmord, als das beste und kürzeste Mittel, sich von den Fürsten zu befreien; das habe man an dem Kaiser von Oesterreich erlebt, der aus Furcht, ermordet zu werden, aus Wien geflüchtet sei (!). Die Lines meinen in ihrer Weise, das beste Mittel, um einen solchen hirnverbrannten Menschen wie Fussell abzufühlen, dürfte wohl die neungeschwänzte Katze sein. Unmittelbar gefährlich sind vor der Hand diese Versuche zu Emeuten nicht, aber sie haben doch etwas Unheimliches und Beängstigendes. Uebrigens verdient erwähnt zu werden, daß sich die chartistischen Häupter von all solchen Gewaltausbrüchen fern halten; die ordnungsliebenden Blätter bezeichnen aber abschließ ich jene Pöbelemeuten, wie sie in allen Ländern vorkommen, als eine chartistische, um die chartistische Bewegung und ihre Führer zugleich zu verdächtigen und als stattsgefährlich erscheinen zu lassen. Jn allen diesen Aufstandsversuchen sind bis prickelnde Gefühl der Masse, die bestehende Ordnung der Dinge auf gewaltthätigem Wege umzustürzen, nicht zu verkennen; es sind dieselben Wahrzeichen und Drohungen, wie jene Emeuten, die zur Zeit des Hungers und der Theurung wie an einer elektrischen Kette sich durch fast ganz Deutschland entluden und die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der spätteren Revolutionsereignisse andeuteten. Hoffentlich wird man in England diese Symptome nicht so ohne Beachtung und Lehre vorübergehen lassen wie anderwärts; denn es gibt Massenbewegungen,

Digitized by Google

die selbst eine auf so festem Fels wie die englische gegründete Verfassung wenigstens zeitweise zu unterwühlen im Stande sind. In den Times drängen sich bereits Artikel (die übrigens, wie die meisten dieser Zeitung, welche innere Angelegenheiten betreffen, vortrefflich geschrieben sind) gleich unheilverkündenden Sturmvögeln, Artikel, in denen zu jederlei Ersparniß, jederlei Fortschritt gerathen, aber den Leitern des neuen Volksbundes dringend ans Herz gelegt wird, doch ja nicht zu weit zu gehen. Es fragt sich nur, ob Hume und Cobden, ohne ihr politisches Ansehen aufs Spiel zu setzen und bei ihrer Partei allen Grund und Boden zu verlieren, jetzt noch zurückstehen können.

Hr. Mitchell ist, den letzten Berichten aus Dublin zufolge, auf Spike-Eiland eingetroffen. Dieses Eiland liegt nahe bei der irischen Stadt Cove und wurde erst vor Kurzem zu einem Gefängniß für Solche eingerichtet, welche zu 7jähriger Deportation verurtheilt worden. Man verwendet die Gefangenen zum Steinklopfen u. s. w. Der zu 14jährigem Gefängniß verurtheilte Mitchell wird jedoch nur kurze Zeit dort bleiben und in Rücksicht seiner leidenden Gesundheit wahrscheinlich nach einem günstigen Klima, entweder nach Australien oder den Bermuten gebracht werden. Inzwischen soll wirklich Befehl ergangen sein, ihn wie einen gewöhnlichen Verbrecher zu behandeln. Als er zu Schiff gebracht wurde, war er allerdings fest geschlossen, trug aber keinen Verbrecherkittel. Die liberalen Blätter Englands heben übrigens tadelnd hervor, daß die Jury, welche Mitchell für schuldig erklärt, nicht streng nach englischem Gesetze gebildet worden, indem man es so zu veranstalten gewußt, daß aus der Geschworenenliste fast alle Katholiken ausgemerzt seien. Namens der Regierung hat man die Druckerei des United Irishman mit Beschlag belegt, die Typen weggenommen, die Setzer und Drucker fortgejagt. Aber die revolutionäre Partei, überall die thätigste und unternehmendste, ergänzt sich wie die Hydra; für einen abgeschlagenen Kopf wachsen zwei nach; Dav. Reilly und John Martin zeigen bereits an, daß der United Irishman unter verändertem Titel sein altes revolutionäres Leben und Treiben fortsetzen werde.

Der Lord Mayor, die Magistratspersonen und die Bürgerschaft von Dublin haben der Königin Victoria auf Anlaß ihrer jüngsten Entbindung von einem Prinzessin-Töchterlein eine Gratulationsadresse überreicht, die ihr jedoch gerade kein große Vergnügen gemacht haben wird. Die Bürgerschaft von Dublin stellt in dieser Adresse die Lage Irlands als eine unglückliche, das irische Volk als ein mit Unbill beladenes und stiefmütterlich behandeltes vor und ersucht die Königin kurzweg, die legislative Verbindung zwischen England und Irland aufzulösen, da Irland nicht eher glücklich werden könne, als bis es sich seine eigenen Gesetze gebe und sein eigenes Parlament habe. Die Antwort der Königin war, wie sich denken läßt, gnädig, aber ausweichend; sie versichrte, daß sie ihre irischen Unterthanen mit größter Zärtlichkeit liebe, und daß, wie sie überzeugt sei, das Parlament den Angelegenheiten Irlands seine Sorge und Aufmerksamkeit zu widmen fortfahren werde.

## Frankreich.

Paris, 4. Juni. Wir haben unsern Bericht über die gestrige Sitzung wegen des Postschlusses unterbrechen müssen, bevor noch das Resultat der Abstimmung über Louis Blanc bekannt war. Die Abstimmung entschied sich für ihn; 369 gegen 337 Stimmen beschlossen, seine Verhaftung nicht zu genehmigen. Dies Resultat hat man insofern nicht zu bedauern, als der Grundsatz der Unverletzlichkeit der Abgeordneten gegen alle Verdachtsgründe festgehalten und damit ein wesentliches Princip des Repräsentativstaats ungefährdet blieb. So wurde auch die Sache von Vielen, die sonst seine Freunde Louis Blanc's sind, aufgefaßt; sie stimmten für den Grundsatz, nicht für die Person, und so sehr man sich auch bemühte, das Urtheil als eine Freisprechung, als einen Triumph für Louis Blanc hinzustellen, es war Nichts weniger als das und hatte überwiegend seinen Parteicharakter. Auffallend ist nur Eines, daß die Regierung, die den Generalprokurator ermächtigte, deren Untersuchungsrichter (Jules Favre) den Bericht gegen Louis Blanc abfaßte, für ihn stimmte; sämmtliche Minister verwarfen in der Abstimmung den Vorschlag, den sie durch ihr richterliches Organ vortrugen und durch einen ihrer Beamten vertheidigen ließen. Dies deutet anderen auf eine völlige Desorganisation im ministeriellen Lager, aber auf einen Mangel an Charakterfestigkeit hin, der bei Staatsmännern nicht laut genug gerügt werden kann. Die reaktionären Oppositionsblätter fühlen das auch wohl; so sehr sie Louis Blanc die Verhaftung gegönnt hätten, so stellen sie sich doch über den Beschluß der Versammlung ziemlich getröstet, um des Grundsatzes willen. Aber die ministerielle Anarchie wird bitter von ihnen verspottet. Auch heißt es, der Generalprokurator wolle in Folge dieses Benehmens und weil die Regierung ihn offenbar im Stiche ließ, seine Entlassung geben.

Uebrigens hat Louis Blanc eine Vertheidigung bekannt gemacht, worin er sein Benehmen am 15. Mai zu rechtfertigen sucht. Mit Blanqui, Raspail und Huber, versichert er, habe er durchaus keine genauere Bekanntschaft gehabt, mit Barbès und Albert noch am Vorabend die beunruhigenden Gerüchte wegen des folgenden Tages besprochen, aber keine Ahnung davon gehabt, daß man einen Sturm auf die Versammlung wagen wolle. Seine Rede an die Arbeiter sei beruhigend gewesen; ganz wider seinen Willen sei er der Gegenkand einer Huldigung geworden, die er nicht gesucht habe. Bleibt er nach der Tumult einen so furchtbaren Eindruck auf ihn gemacht, daß ihn sein Bruder halb ohnmächtig in einem Fabrikolet fortgeschafft habe, und er erst nach Wiedererstattung der Sitzung zurückgekehrt sei. Da wurde er dann von Nationalgardisten als Mitschuldiger der Anschläge angepackt, mißhandelt und mit Mühe gerettet; seine Kleider trugen aber die Spuren der Behandlung, die ihm widerfahren war. Die ganze Erzählung geht sehr ins Detail und trägt das Gepräge der Wahrheit.

Uebermorgen wird die neue Zählung und Einregistrirung der Nationalwerkstätten beendigt sein; man versichert, daß durch die Ausmerzungen unbefugter Eindringlinge und die Abschaffung eingeschlichener Mißbräuche die Zahl der Arbeiter von 115,000 auf 80,000 sinken wird. Der Moniteur enthält eine officielle Note, worin gesagt wird, man könne sich einen Begriff von dem Wesen und der Verschwendung der Verwaltung bei Herrn Emil Thomas machen, wenn man erfahre, daß dieselbe zu ihrem persönlichen Dienste 12 Kabriolets, eine Kalesche und 38 Pferde (Alles aus den ex-königl. Ställungen) gehabt habe. Die neue Verwaltung hat sogleich die meisten dieser Wagen und Pferde, zu Gunsten des Staates, verkaufen lassen. Ein Beweis, daß man aus einer verwöhnten und verdorbenen Generation nicht so mit einem Tage republikanische Stoiker machen kann.

Der Drost zeigt an, daß die Theilnehmer an dem Attentate des 15. Mai von den gewöhnlichen Assisen der Seine, d. i. durch zwölf Geschworne gerichtet werden sollen.

Heute, Sonntag, sollte das Monsterbankett à 25 Pfennige stattfinden. Dasselbe ist aber aus Wahl- oder andern Gründen auf Dinstag 6. Juni verlegt worden.

## Türkei.

Konstantinopel, 13. Mai. Zufolge eines gestern abgehaltenen Ministerraths ist die Sendung zweier Kommissäre nach der Moldau und Wallachei beschlossen worden. Man sagt, daß sie Firmane für die Fürsten haben, die ihr Benehmen bei den letzten Unruhen in Jaffi und Bukarest billigen und sie ermächtigen alle zu Gebote stehenden Mittel für Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung anzuwenden. Diese Maaßregel ist in Folge der Sendung des russischen Generals Duhamel, der in gleichem Auftrage in die Fürstenthümer geschickt ist, ergriffen worden. (Voss. Z.)

## Aegypten.

Aus Alexandria vom 10. Mai berichtet man dem Oest. L.: Seit acht Tagen hat sich Mehemet Ali etwas erholt und seine physische Kraft hat merklich zugenommen, aber seine geistige Abgespanntheit nimmt immer zu. In manchen lichten Augenblicken spricht er noch von Staatsgeschäften, allein größtentheils vermag er kaum die Personen seiner nächsten Umgebung zu unterscheiden und noch viel weniger ein zusammenhängendes Gespräch zu unterhalten. In seiner gewöhnlichen Lebensweise gewahrt man keine Veränderung. Er fährt jeden Morgen aus, nimmt sein Frühstück in einem Garten ein und scheint auch an den Gesprächen seiner Tischgenossen Theil zu nehmen. Nachmittags fährt er abermals aus. Nach Tisch begibt er sich in seinen Harem oder in seine Wohnung zu Ruh el tyn. Er schläft nur zwei Stunden und zeigt sich gegen seine Umgebung überaus gefällig. In dem vor einem Monate gehaltenen Familienrath wurden die Zügel der Regierung in die Hände des Greisklers Ibrahim Pascha gelegt, welcher in der Geschäftsleitung von den Mitgliedern der vicekönigl. Familie, nämlich von Said, Abas, Schrift, Hakmet und Sami Pascha, dann von Zachy Effendi und Artin Bei als Vorsteher der Divans zu Alexandria und Cairo unterstützt wird. Obwohl Ibrahim als ältestes Mitglied und Siegelbewahrer den Titel eines Präsidenten dieses Konseils abgelehnt hat, so übt er doch in demselben durch seinen überwiegenden Verstand seinen Einfluß aus, und man kann nicht in Abrede stellen, daß er sich seiner Obliegenheit mit der größten Umsicht und Thatkraft entledigt. Zuförderst hat er seine Aufmerksamkeit der Befestigung der drei Seehäfen von Alexandria,

Digitized by Google

## An das deutsche Parlamentum.

# Von der Ostsee, Anfang Juni. Einheit macht stark! — Diesen Wahlspruch haben wir in neuerer Zeit vielfach dem deutschen Volke predigen hören, und gewiß wird ohne ihn die jetzt in Frankfurt a. M. zusammengetretene Nationalversammlung, wenn sie nicht auf Sand bauen will, für ihr neues Werk nicht zu begründen und nicht zu vollenden im Stande sein.

Der Wille der versammelten Volksvertreter ist in der größern Mehrzahl gut; wir zweifeln nicht daran. Aber wie weit wir noch im wirklichen Leben von diesem glänzenden Ziele entfernt sind, dazu liefert der leitende Artikel der Deutschen Zeitung Nr. 149, d. d. Heidelberg, 28. Mai, auf den wir hinzuweisen uns erlauben, einen traurigen Beleg.

Das Verfahren der einzelnen deutschen Staaten in dem Kriege mit Dänemark, sowohl in Betreff der mit Embargo belegt gewesenen dänischen Schiffe ꝛc., als auch rücksichtlich der von dem Oberbefehlshaber der Bundestruppen, General Wrangel, geforderten, nachträglich zu stellenden Truppenkontingente zum 10. Armeekorps, muß jeden Deutschen, der es mit dem Vaterlande redlich meint, mit Entrüstung und, dem Auslande gegenüber, mit tiefer Demüthigung erfüllen. Mit welchem Rechte, fragen wir, darf Deutschland Anspruch darauf machen, nach Innen einig und stark, nach Außen geachtet zu sein, wenn schon bei dieser ersten Gelegenheit, wo es gilt, die Ehre des deutschen Namens in der Vertheidigung eines anerkannten Bundestheiles gegen fremde Anmaßung zu wahren, solcher Zwiespalt Raum gewinnen konnte? — Was helfen die Erfolge unserer Waffen, wenn die engherzige, von Sondrinteressen geleitete Politik einzelner Staaten, die des bedrohten Theiles selbst nicht ausgenommen, Alles wieder verdirbt und uns zum Spotte unserer Gegner macht?

Man lese die dänischen Blätter, um sich zu überzeugen, welchen Eindruck solche Thatsachen in Kopenhagen hervorgebracht haben, und wie den gefesselten Dänen dabei wieder der Kamm wächst. Man überzeuge sich aus den täglich einlaufenden Schiffsnachrichten von der Rücksichtslosigkeit der milden Politik, die in Folge des Bundesbeschlusses von einzelnen deutschen Staaten befolgt ist. Dänemark ist weit entfernt, das durch Festgehung seiner Schiffe ihm gemachte Kompliment zu erwidern, sondern fährt vielmehr fort, deutsche Schiffe ohne alle Ausnahme durch seine Kreuzer aufzubringen.

Ein Schrei der Entrüstung erschallt unter solchen Umständen von den Ufern der Ostsee; möge derselbe nicht unberücksichtigt verhallen! — Deutsche Einheit bleibt nur ein leerer Schall, solange Thaten nicht beweisen, daß es uns wirklich darum Ernst ist. Die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung aber ist es, in dieser Sache die Initiative zu ergreifen, die begangenen Fehler zu rügen und klar und deutlich die Politik zu bezeichnen, die Deutschland befolgen muß, um in seinen einzelnen Theilen einig, dem Auslande gegenüber stark und mächtig zu sein.

Der Thatbestand ist klar. — Preußen hat, hocherzig dem an ihn ergangenen Rufe Folge leistend, seinen Ergreifen der Waffen nicht erst gefragt: „Wird der deutsche Bund meinen Provinzen auch Entschädigung für die Verluste garantiren, die dieselben bei einem Kriege mit Dänemark zuerst und fast nur ausschließlich treffen dürften?“ — Nein! es verschmähte eine so kleinliche Politik, vertraute fest auf das, was Ehre und Pflicht in dieser Beziehung der deutschen Nation zu thun geboten, und setzte lieber seine theuersten Interessen augenblicklicher Gefahr aus, als durch Zögern den geringsten Zweifel in seinem ernsten Willen, der bedrängten Bruderhand Hilfe zu leisten, aufkommen zu lassen. Die Art und Weise dieser Hülfeleistung gethan, haben liefert die Geschichte Zeugniß. Die gefürchtetsten Nachtheile für den deutschen, namentlich für den preußischen Handel ließen aber auch nicht lange auf sich warten. Dänemark machte sofort selbst noch vor Ausbruch der Feindseligkeiten seine Ueberlegenheit zur See geltend; deutsche Schiffe und deutsches Eigenthum wurden unter Embargo gelegt und aufgebracht und der ganze deutsche Seehandel gestört. Am schwersten ist dadurch Stettin, Deutschlands erster Seehafen an der Ostsee, betroffen. Der dortige Handel, welcher noch im vorigen Jahre über 3000 Schiffe ein- und ausgehend beschäftigte und 32 Millionen Thaler Kapital dadurch umgesetzt und nahe an 2½ Millionen Thaler Eingangssteuer aufgebracht hat, liegt nun schon über einen Monat gänzlich darnieder. Die Schiffe im Hafen verfaulen; den Zuckerraffinerien, den bedeutendsten im Staate, droht Stillstand, weil die für dieselben bestimmten Ladungen theils von den Dänen mit Embargo belegt, theils der Blokade wegen vom Hafen zurückgehalten werden. Alle Ausfuhrprodukte sind unverkäuflich und Stettin's Schaden wird durch die strenge Blokade der drei Odermündungen doppelt groß, da die übrigen deutschen Häfen an der Nord- und Ostsee, Kiel allein ausgenommen, wenigstens mit neutralen Schiffen Handel treiben dürfen und auf diese Art die Geschäfte von Stettin, welche sonst naturgemäß dem Stettiner Handel zufließen. Die Lotsenbahnen werden ebenfalls bald gezwungen sein, ihre Fahrten einzustellen, da dann englische Steinkohlen benutzt und die Vorräthe davon zu Ende gehen. Kurz, der ganze Verkehr des Orts ist in totaler Auflösung begriffen; alle Kräfte, die sonst durch See- und Flußschiffahrten, durch Handel und Gewerbe in Bewegung gesetzt werden, ruhen, und es kann nicht ausbleiben, daß diese Zustände von den traurigsten Folgen für Stadt und Provinz sein werden.

Vollen Ersatz für diese Leiden, die bisher von allen dadurch Betroffenen mit stiller Resignation getragen wurden, kann Niemand gewähren, denn es ist klar, daß einer so umfassende Geschäftsstockung wie die geschilderte, Verluste verbreitet, die sich mit Dokumenten nicht belegen lassen, die aber dennoch zur Verarmung eines großen Theiles aller Industrieklassen bereits geführt haben und den ganzen Wohlstand des Ortes allmählich zu untergraben drohen.

Soll aber Einheit unter Deutschland Stämmen anfangen Wurzel fassen und bestehen, so müssen wir auch die Ueberzeugung gewinnen, daß unsere Klagen beim deutschen Parlament nicht ungehört verhallen und daß dasselbe, insofern Dänemark nicht für allen deutscher Schiffahrt und deutschem Handel zugefügten erweislichen Schaden Ersatz leisten sollte, die solidarische Verpflichtung der deutschen Nation anerkenne, allen Betheiligten dafür gerecht zu werden.

Möchten solche beruhigende Erklärungen bald gegeben werden, um das tief gesunkene Vertrauen wieder zu beleben und zu verbürgen, daß das ominöse Stichwort neuerer Zeit: „Es ist zu spät!“ in diesem Falle eine Wahrheit werde.

## Die Kammersitzung vom 31. Mai.

** Berlin, 31. Mai*). Der Abgeordnete, welcher gestern das Ministerium als aus der Revolution hervorgegangen geschildert und Camphausens Aufsprache hervorgerufen, war der Bredziger Otto aus Liegnitz. Diese Rede war mit in das Protokoll aufgenommen. Camphausen stellte der Kammer anheim, zu beschließen: ob dies erklärungsgemäß. Graf Dyckowski, der es als Schriftführer abgefaßt, vertheidigte sich. Wir stimmen ihm völlig bei, daß derartige Aeußerungen von der Regierung der Natur der Sache gemäß in das Protokoll gehören. Die Versammlung wies auf Grund der vorläufigen Geschäftsordnung das Protokoll zurück. Auch Abg. Waldeck sprach sich gegen die Genehmigung desselben aus, mit dem Bemerken, daß nicht aus dem „Stillschweigen“ der Versammlung in Folge der Worte des Ministerpräsidenten auf allgemeine Beistimmung geschlossen werde. Wie doch die eigentliche Linke nicht so ganz organisirt sei, trat hier aus Tagelicht. Denn diesem Bemerken stimmte gewiß die äußerste Linke bei, sog aber von diesem Princip keine entgegengesetzte Konsequenz für die Abstimmung, als Waldeck. Oder Herr Waldeck noch nicht anerkanntermaßen der Führer? — Der Abgeordnete Frencken sprach zu Gunsten des preußischen Militärs in Aachen, das sich musterhaft benommen habe; die darüber verbreiteten lügnerischen Gerüchte seien zahlreich. — Der Chef des Generalstabes in Posen, Major v. Olberg, bekannt durch seinen fanatischen Widerpart gegen Wilisen, hatte sich die Freiheit genommen, unmittelbar an den Präsidenten der Kammer zu schreiben, um den Grafen Reichenbach etwas ungebührlich zurechtzuweisen. Der Präsident Milde muß diesen Brief, der noch an Sädn adressirt war, nur mit halbem Auge gelesen haben, sonst konnte es ihn unmöglich zum Vortrag bringen; dafür schickte er sich durchaus nicht, ebensowenig aus Rücksicht für den Abgeordneten Reichenbach, als für die Regierung. Graf Reichenbach benutzte diese Gelegenheit, um die Angelegenheit, worauf sich der Brief bezog, noch einmal den Stenographen auszudrücken. — Wir sahen die Minister Camphausen, Auerswald und Hansemann die Sitzung ruhig verlassen. Beunruhigende Gerüchte drangen in die Versammlung. Von einem Angriff auf das Zeughaus war die Rede. Das Ereigniß des gestrigen Abends ließ allerdings Manches erwarten. Während des Verlesens der Registrande, worauf u. A. auch ein Antrag auf Sistirung aller Exekutionen stand, entspann sich in einem der Konversationszimmer ein Gespräch zwischen Journalisten und Abgeordneten über den Vorfall vor und in dem Hause des Ministers v. Patow. Vielleicht hätte ein ehrenwerther Abgeordneter aus Preußen deßhalb interveliren, wenn dies

*) Der Jahrestag der Thronbesteigung Friedrichs des Großen, an dem im vorigen Jahre Bincke eine seiner peinlichen Reden hielt.

Digitized by Google

nicht sofort durch den Abg. Professor Baumstark aus Greifswald geschehen wäre. Der Minister Patow erwiderte von der Rednerbühne, die Staatsregierung habe täglich 3000, die Stadtbehörde 2500 Arbeiter beschäftigt und erstere habe Kanalbauten in Angriff genommen. Doch erhöhte Brodlosigkeit sei nicht die einzige Folge der Bewegung geworden, sondern erhöhte Ansprüche von allen Seiten, namentlich an Stelle der Akkordarbeit Tagelohn, und statt 12 Arbeitstunden 10 zu setzen. Es sei dies Alles mit einem Tagelohn von 15 Sgr. zugestanden, doch eine Aenderung ganz unumgänglich befunden worden, da großentheils nicht Entsprechendes geleistet worden sei, und Fremde sowohl als auch junge Leute, die anderswo hätten unterkommen können, zum Nachtheil verarmter Familienväter dabei bedacht gewesen wären. Dumnächst sei die Akkordarbeit eingeführt und eine magistratische Prüfungsbehörde eingesetzt, die Fremden und Gesellen und dergleichen jüngeren Leute da in der That Vorzuziehenden nachgesetzt. Gestern Abend seien nun erst 2 Arbeiter als Abgeordnete einer Versammlung bei dem Minister erschienen, denen er habe versprechen sollen, einigen Hunderten für morgen Arbeit zu geben. Dies Verlangen mußte derselbe zurückweisen. Sie wollten aber nicht weichen und meinten, es seien unter ihren Kommittenten Leute, die den ganzen Tag gehungert. Hr. v. Patow ging soweit, diesen ein Geschenk aus seiner Tasche zuzusagen. Als Beamter könne er aber Nichts eingehen. Da erschienen die mehrere Hunderte mit Fahnen vor seinem Hause, während der Minister mit einer Kommission gerade die Regelung dieser Arbeit berathen wollte. Vergebens ging er vor das Haus, er wurde hineingedrängt, der Flur, die Treppe, das Vorzimmer, zwei anstoßende Zimmer füllten sich. Das eingehändigte Geschenk hatten die Abgesandten ihm zurückgestellt. Ohne Wanken wiederholte Minister Patow jetzt seine verneinende Antwort, sobald die tobende Menge ihn zu Worte kommen ließ. Er wich um keinen Schritt, in seiner Eigenschaft als Beamter. Er vergab der Regierung nach seiner Angabe Nichts. Aber, um so größerer Unheil zu verhüten, machte er seinen Säßen ein Geschenk von 10 Sgr. per Mann, im Ganzen (wie verlautet) 300 Thlr.! Diese Wilden nahmen es aber als Geschenk nicht einmal an, sondern auf Zureden derer, die ihnen v. d. M. „ihren Bevgehen" beschlichen, als Vorschuß. Patow schloß mit dem Bedauern, daß das heilige Recht des Hauses allerdings hier verletzt worden. Der Beifall, der seiner Rede folgte, war wohl nur eine Art von persönlicher Genugthuung. Denn die Sache ist wenig zum Applaus berechnet. Adolf Stahr sagte mit Recht in dem Konversationszimmer, er besorge, das gestrige Silber werde doppelt soviel Blei kosten! Jung interpellirte darauf das Kriegsministerium 1) über Verbarrikadirung und Kanonisirung des Zeughauses, 2) über deßen Entlerung von Waffenvorräthen. Der Regierungskommissär Fischer (Graf Kanitz bildete wiederum die Staffage) brang bei seiner Entgegnung sogleich in die logische Bresche der Interpellation, „Entlerung und Befestigung"! Wenn man „einen Riegel vor die Thüre schieben", „verbarrikadiren" nenne, so werde das Zeughaus von Artillerieen verbarrikadirt. Es wären auch einige Kanonen im Zeughause. Auch sei eine, welche im Hofe der Artillerieakserne gestanden, zu früherem Exerciren aus dem Zeughause entlehnt, neuerdings derselben zurückgebracht. Entfernung von Waffen habe stattgefunden und finde noch Statt. Jede Festung im Lande müsse Waffenvorräthe haben, um bei Einziehung der Landwehrzugehöre diese bewaffnen zu können. Diese Vorräthe seien dadurch häufig erschöpft, daß die Bürgerwehren der Festung und der offnen Städte umher von dort ihre Waffen erhalten hätten. Eine Ausfüllung solcher Lücken sei unumgänglich. Sie geschehe von Berlin aus. Ferner seien Waffen, Gewehre mit neuen Einrichtungen hier angeschafft und würden Behufs Vertheilung unter die Truppen versandt. Endlich erhielten die noch nicht armirten Bürgerwehren der Umgegend von hier die Bewaffnung. Es wäre nun Thörlhit Seiten für die Bürgerwehren von Luckenwalde 30 stimmer Wagen mit Waffen angethanen und zertrümmert. Ueber die vor wenigen Minuten auf der Spree angehaltenen Kähne mit Waffen ertheilte der Kommissär noch nicht Auskunft. Eine schließliche Frage des Abg. Jung verstand ich leider nicht; ebenfowenig die blitzschnelle Antwort Fischers — — es folgte auf Beides ein erschütterndes Gelächter, das auch die gesammte Linke mit fortriß. — Seit Beginn der Versammlung war Mode geworden, das Gespenst der Reaktion heraufzubeschwören. Gegen einen gemeinsamen Feind verbindet man sich getrost auch mit Solchen, deren Bekenntniß man nicht theilt. Darauf spekulirt eine kleine Fraktion. Sie weiß nur zu gut, daß, wenn es jetzt zu einer großartigen Scheidung der Parteien nach politischen Grundsätzen kommt, ihr die beträchtliche Macht bleibt, entweder in einer minutiösen Minderheit zu verbleiben oder ihre Grundsätze noch für eine geraume Zeit verleugnen zu müssen. Deßhalb soll es dazu nicht kommen. Leidenschaften des Augenblicks, ephemere Mißstimmungen sollen die Heerlager bestimmen, denen man sich anreihe. Wer bekannte sich nicht freudig und entschieden als Gegner der Reaktion? Folglich, das Vaterland in Gefahr erklären, die Regierung verdächtigen, ins Bockshorn jagen mit ausgestreuten fabelhaften Gerüchten, wie Zusammenziehung von Militär um Berlin, Bewaffnung des Landvolks ꝛc., die Reaktion predigen, das könnte nicht verfehlen, Jeden, dem sein politischer Ruf und die Reinheit seines öffentlichen Namens werth ist, zu den Fahnen dieser Fraktion zu locken. Dort in ihrem Lager, im Feldlager der Opposition, wie sie sich dann nennen würde, gäbe man sich gegenseitig zu erkennen, wie sehr verschiedener Ansicht man sich wisse, man opferte gegenseitig das „Nebensächliche" bis auf ein „Gewisses", vereinigte sich nur gegen den gemeinschaftlichen Feind, die Reaktion, überträge natürlich einem geschickten Führer extremer Seite die Leitung des Ganzen (von Seite der Gemäßigten aus bekannter Galanterie gegen die Minderheit! von Seite dieser aus bekannter Wahrnehmung des eignen Vortheils!) — — und so würde dann die extreme Fraktion mit Hilfe ihrer natürlichen Gegner deren natürliche Verbündete, welchen man reaktionäre Tendenzen andichtet, vernichten, um dann über sie selbst herzufallen, Falls sie sich nicht gutwillig bekehren. So ergriff kaum der Ministervorschlag Kampfenden Fehden die Gelegenheit, um ein für alle Male seinen politischen Partei dem Verwand zu benehmen, in das Lager der Gegner überzugehen. „In Zeiten der Bewegung tämen gewisse Schlagwörter auf die Tagesordnung. So gegenwärtig das Wort „Reaktion", das benutzt und mißbräuchlich benutzt werde. Er gebe der Versammlung anheim, ob es jetzt an der Zeit sei, von Reaktion zu reden; ob es nicht eher etwa geeichtfertigt erschienen, da noch das Ministerium allein stand, als in diesem Augenblick, wo auf Grund des freisinnigsten Wahlgesetzes die Vertreter des Volkes sich versammelt, wo die Regierung an dieser Versammlung eine Stütze, zugleich einen Wächter erhalten. Es liege in dem Willen der Versammlung, eine große und entschiedene Berathung herbeizuführen, welche die Regierung nöthige, über Principienfragen sich auszusprechen und ihr Programm zu entwickeln. Die Versammlung werde dann entscheiden, ob die Grundsätze der Regierung die ihrigen, und die Minister werden aufgeben, zu sein, sobald die Mehrheit der Versammlung sich gegen sie entscheiden. Ein die Stadt Berlin und das ganze Land sei sodann das gerechte Verlangen zu stellen, daß sie den Willen der Volksvertretung als den ihrigen anerkenne. Zehe Hauptfrage sei geeignet, über die Existenz des Kabinets zu entscheiden, vorzugsweise die Berhandlung über eine Adresse, wohin ein Antrag auf der Tagesordnung ziele. — Anhaltender, lebhafter Beifall folgte dieser Rede. Auch die äußerste Linke nahm daran Theil. — Der Abg. Dunker begründete darauf seinen Antrag auf eine Adresse an den König, welche die Versammlung der Krone, dem Volke, der Regierung und sich selbst schuldig sei. Der Abg. Welchsel sprach gegen eine Adresse; er fordere „Thaten". „Thaten", versetzte Hansemann, „fordern Alle stimmt; aber diese Adresse ist eine That". Die Verhandlung über sie wird die Grundfragen des Staats zur Sprache bringen. — Später, als man im Hinblick auf 23 eingeschriebene Redner den Schluß der Debatte wünschte, beantragte Hansemann, Diejenigen zu bevorzugen, welche gegen eine Adresse sprechen wollten: „Ihren Gegnern wünschten die Minister offen in's Auge zu sehen". In der That unterbrach die Linke den Abg. Ludwig und bemerkte, weil er für eine Adresse zu sprechen dachte, seinen Rücktritt von der Rednerbühne. — Abg. Behrends begann seine Rede gegen eine Adresse mit den Worten: „Indem ich gegen eine Adresse mich erkläre, glaube ich mich deßhalb nicht zum absoluten Gegner der Regierung zählen zu müssen. Dagegen protestire ich". Das Volk warte. Aber nicht auf eine Adresse! — Minister Hansemann erklärt darauf die Adressfrage für eine Kabinetsfrage. Die Verhandlung, ob man den Ministerium Gelegenheit geben wolle, noch allen Seiten hin über die Grundprincipien offen und unumwunden Bekenntniß abzulegen und über ihre Grundsätze die Entscheidung der Volksvertretung entgegenzunehmen, würde jetzt darüber das Loos werfen, ob die gegenwärtigen Minister länger die Regierung behalten können oder nicht. Wird ihnen die Gelegenheit von vornherein abgeschnitten, dann wären sie nicht mehr im Stande, die Zügel zu führen. Wird die Adresse beschlossen, so bietet jeder einzelne Punkt den Anlaß, daß die Versammlung sich für oder gegen erkläre. Sobald der letztere Fall eintritt, legen die Minister ohne Säumen ihre Portefeuilles nieder. (Lebhaftes Bravo von allen Seiten.) — Ein Abgeordneter führt als Grund gegen die Adresse an, noch sei die Versammlung nicht reif, über Principienfragen zu entscheiden; manche Abgeordnete hätten noch gar kein politisches Glaubensbekenntniß; Manches sei hergekommen, nur um Soziales zu berathen! — Freilich! die gedruckten Zettel,

Digitized by Google

welche auf dem platten Lande fast aller Provinzen durch Hausirer, Leierkastenspieler, Scheerenschleifer nach allen Ecken hin vor dem ersten Mal verbreitet sind, dahin lautend: „Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden ꝛc. ꝛc. thun Euch Meinen getreuen Landbewohnern hiemit Meinen entschiedenen königlichen Willen kund, daß Ihr Alle insgesammt weder einen Gutsherrn, noch einen Prediger, noch einen Schulzen oder Landrath, noch sonst einen Beamten, noch einen angesessenen Bauer wählen sollt, sondern vielmehr jedesmal Einen aus Eurer Mitte, einen Häusler, Tagelöhner ꝛc., weil (und nun folgt etwa das Vorhaben, Land auszutheilen) — hätten uns bald eine Mehrheit gegeben, die nicht bloß zur Erwerbung eines politischen Verständnisses einer Schule benöthigt gewesen wäre. Gottlob es ist nicht ganz so ausgefallen, wenn auch an einigen Orten aus lautrem Royalismus, aus Ehrfurcht vor dem königlichen Willen, oft mit Schmerzen Ehrenmänner übergangen wurden, und merkwürdigerweise wieder in katholischen Landestheilen die Liebe zum geistlichen Hirten den Royalismus überbot. Dergleichen Aeußerungen, wie die jenes Abgeordneten, wonach die Duvertüre hinter dem Finale, die Adresse auf die Schlußrede zu folgen hätte, sind nicht geringer, die Würde der Kammer nach Außen zu wahren. Daß diese oder jene Partei dabei zu kurz kommt, wenn der politische Unterricht nun unterbrochen wird, und vor der Einsegnung die politischen Katechumenen, für deren Seelenheil sie vielleicht Vorsorge getroffen, in das Gebet genommen werden sollen, ist recht einleuchtend. Es würde kaum Zeit übrig bleiben, noch in aller Kürze die bloße Disciplin des „Augen links!“, Aufstehens und Sitzenbleibens einzuexerciren. — Da die Vermuthung aufgestellt wurde, der Finanzminister habe nur für seine Person die laufende Verhandlung zur Existenzfrage gemacht, erklärte der Ministerpräsident, indem die übrigen Minister ihre Zustimmung zu erkennen gaben, dies als die Ansicht des Ministerraths. Der Abgeordnete Blöm (von der äußersten Linken) mit den Worten beginnend, „er achte und ehre das Ministerium“, trug auf Vertagung bis Freitag an. Die Versammlung sei nicht auf eine Frage von solcher Bedeutung vorbereitet. — Niemand könne das Resultat der Abstimmung voraussagen. Wenn nun das Ministerium jetzt in der Minderheit bliebe? — Nachdem wurde nochmals gegen die Adresse hervorgehoben, sie raube Zeit. Der Minister des Innern, Auerswald, erhob sich gegen diesen Einwurf und gegen die Vertagung. Das Ministerium, darauf angewiesen, von früh bis spät die Tagesfragen in Berathung zu ziehen, ermesse, wie nur irgend Jemand, den Werth der Stunde. In jeder Stunde der Berhandlungen in diesem Hause liegen Jahre der Zukunft, Jahre, die über die Vergangenheit richten, und aus der Gegenwart hinüber in die Zukunft führen. Aber die Zeit, welche der von dem Ministerrath unterstützte Antrag des Abgeordneten für Berlin erforderte, sei nicht verloren. Die Meinungen werden sich klären, die Regierung wird es offen den übrigen darlegen und vertreten. Wir würden Sehnsucht erwarten die Minister den Augenblick, wo sie vor dem gesammten Lande aussprechen, was Greises Kinder sie sind, wofür ihr Herz im Busen schlägt, was sie und in welchem Sinne sie es gethan, was sie noch ferner zu thun gesonnen sind. Er achte und ehre die Motive, die für Vertagung sprechen, fordert aber die Kammer auf, den dahin gehenden Antrag zu verwerfen.

Dies geschieht mit immenser Mehrheit. Auf der äußersten Linken wird mit der Mehrheit geklimmt; auch Waldeck, auf der „innersten Linken“, stimmt, wenn ich nicht irre, gegen Vertagung. Von der ganzen Rechten und dem gesammten Centrum bemerke ich nur zwei, die für Vertagung waren, die Abgeordneten Staatsminister v. Schön und Dr. Kosch. — Darauf wurde, nachdem Dierschke's Antrag, durch Namensaufruf abzustimmen, seine Unterstützung von 10 Stimmen erhalten, zur Abstimmung über den Antrag auf eine Adresse geschritten, welcher die Ersetzung des Kabinets in Frage stellte. Der Antrag auf Erlaß einer Adresse an den König wird mit weit mehr überwiegender Mehrheit zum Beschluß der Kammer erhoben. Auf der Rechten, dem Centrum blieb wohl Niemand sitzen; auf der „innersten“ Linken etwa 3—4 Abgeordnete, darunter der Sch. Ob.-Trb.-Rth. Waldeck. Bis tief in die Mitte der Linken hinein erhob man sich für die Adresse. Auf der äußersten Linken müssen doch wohl einige Abgeordnete sich erhoben haben, denn z. B. wenn Abg. Blöm, der auf Vertagung antrug, dort, wie mich dünkt, seinen Platz hat, so ist er nach seiner auf der Bühne gegebenen Erklärung für die Adresse aufgestanden. — Sie werden gemeint sein, in diesem Ergebniß einen erklatanten Sieg der Regierung, eine entschiedene Niederlage der Opposition unter Waldeck anzunehmen. Davon bin ich weit entfernt. Einen moralischen Triumph allerdings hat das Ministerium Camphausen erfochten dadurch, daß, nachdem es gestern die Macht der öffentlichen Meinung ausdrücklich anerkannt, es heute diejenigen äußersten Konsequenzen des konstitutionellen oder (allgemeiner gesagt) des repräsentativen Systems zu ziehen

die Initiative ergriff, ohne deren Heilighaltung der Konstitutionalismus ein verkappter Absolutismus bleibt, wie in Frankreich und Deutschland seit 1830, und deren zeitige Anerkennung jeden revolutionären Giftkorf aus deutschem Organismus fern gehalten hätte! Die mit klassischer Klarheit verfaßte Monographie des Britten John Prince Smith „der politische Vorschritt in Preußen“, an die zu erinnern nicht zu spät ist, und deren Autor darin von der „Erdweisheit“ einen glänzenden Beleg gibt, gewährt der politischen Kritik einen Maßstab der Beurtheilung, wie groß und würdig Camphausen und seine Freunde ihre Aufgabe erfaßt haben. Einen fernern moralischen Erfolg erlangte die Regierung dadurch, daß sie mit einer Frage, wie die Ersetzung einer Adresse, deren Ablehnung immer eine imposante Mehrheit, eine entschiedene Mißbilligung gegen die Minister voraussetzt, deren Bejahung wenigstens Letzteres ausschließt, gleichzeitig die Opposition gewissermaßen vach gerufen haben. Denn welche einzelne Interpellation, welcher einzelne Antrag gibt Angriffen gegen die Regierung so weiten Spielraum? Wenn irgendwie, so kann und muß hier das Ministerium sich Blöße geben. Denn das Universum seiner Politik steht heute auf der Tagesordnung. Man denke sich das Ministerium Gotelschwingh-Thile auch nur gegenüber dem Landtag v. 1847 in ähnlicher Lage: Am 13. April wäre es verblichen! Und mit freudiger Zuversicht, mit echtem ehrenhaftem Muthe fordern diese Männer den Kampf; denn keine Stunde länger, als die 16 Millionen, welche die Kammer bewilligt, sie als Träger des Volkswillens anerkennen, wollen sie die Zügel führen! Es liegt darin kein Trotz; sie wissen den Ausgang nicht im Voraus; ein reines Gewissen schützt nicht vor der Mißbilligung der Kammer! Aber sie fordern auf, daß der geläuterte Volkswille sich offenbare. — Gehörte ich zur äußersten Fraktion der Linken, unter diesen Umständen hätte ich für eine Adresse gestimmt. Daß sie beschlossen werden würde, war vorauszusehen. Es galt, einer Abstimmung die höhere politische Bedeutung zu leihen: Annahme des von der Regierung angebotenen Kampfes. Wer ihn ausschlägt, verspielt der nächsten Zeit das Recht zum Siege? Wäre Waldeck aufgestanden, so hätten wir ihm diesen Gesichtspunkt zugetraut. Man denke sich die Adresse von dieser mit einer bekannten Opposition ausgestatteten Kammer einstimmig beschlossen, und der Erfolg der Minister wäre ganz zweifelhaft gewesen. — Aber die äußerste Linke wird vielleicht zugestehen, daß sie in der Täuschung befangen war, ihre Mehrheit würde zahlreicher sein? Wenigstens den Pedantismus deutscher Oppositionen, auf Nichts einzugehen, was von der Regierung ausgeht, trauen wir ihr nur mit Mühe zu. Wie nahe liegt es, auf dergleichen einzugehen zum Verderben der Gegnerin? Das gehört zum strategischen Cirkel unzuverstehn! Die Auflösung des Abg. v. Bergt ist die ech Kastilianische, mit der Annahme der Adresse trete man nur in die Schranken, der Parteikampf beginne, und das Ministerium habe mit offenem Visier zu streiten. Nicht entschieden war der heutige Tag. Die Stunde ruht noch im Schooße der Zukunft, wo die Opposition sich messen wird mit denen, welche die Krone die jetzt für die Träger des allgemeinen Vertrauens (nicht: des Vertrauens Aller!) gehalten haben muß, weil sie das Steuer ihnen nicht aus der Hand nahm — wo, der Ausgang sei welcher er wolle, der Führer der Opposition sich auszuweisen hat, ob ihm die Bildung eines neuen Kabinets (wenn auch jetzt nicht) anzuvertrauen sein wird — wo das im Verlauf seiner Geschichte zum ersten Male wahrhaft repräsentirte Volk von Preußen seine konstitutionellen Minister zur Verantwortung ziehen, deren Programm entweder annehmen oder verwerfen und vor Deutschland Zeugniß ablegen wird, ob das Kabinet 'vom 29. März mit seinem Willen regiert oder aufgehört hat, zu regieren.

Berlin, 3. Juni. Der „Preußische Staatsanzeiger“ enthält Nachstehendes: Aus dem Kriegsministerium geht uns folgende Mittheilung zu: Als ein Beweis, welchen frevelhaften Angriffen das preußische Militär bei den neuerlichen Straßenaufläufen in Mainz ausgesetzt gewesen ist, dient die amtliche Verlustliste, wonach 4 Mann getödtet und 41 Mann verwundet worden sind. Die Tödtung erfolgte in drei Fällen durch Stichwunden, ein Mann wurde durch eine Schußwunde getödtet. Von den 41 Verwundungen sind sechs als gefährliche zu bezeichnen, die meisten derselben wurden durch Stiche hervorgebracht, doch kamen auch einige Hiebwunden vor. In mehreren Fällen ergibt sich aus der Beschaffenheit der Wunde, daß sie die Angreifer zweischneidiger Instrumente bedient haben, eine Verletzung ist durch einen Senfenhieb entstanden. Was aber am sprechendsten die Art des Angriffs auf die Soldaten charakterisirt, ist der Umstand, daß zwei

Digitized by Google

derselben durch rädlings vollführte Stöße durch Lunge und Niere gestoßet wurden. Unter den Verwundeten befinden sich mehrere, die zwei bis drei Verletzungen an sich tragen, und bei einem Gefreiten des 40. Infanterieregiments fanden sich sogar acht verschiedene Verletzungen vor.

oo **Aus Würtemberg**, 6. Mai. Auch unsere Ritter haben jetzt für unsere zweite Kammer — bei der vorerstehenden Verfassungsrevision wohl zum letztenmale — gewählt, und bis auf zwei Wahlen, von denen eine, die Stadt Stuttgart, stäts wieder auf Federer fällt, ist der Wahlakt zu Ende. Ich weiß wohl, daß der Bestand unserer Einzelkammern jetzt von bedeutend geringerem Interesse ist, als früher, eine Uebersicht des Wahlresultats jedoch wird, da diese Kammer die Antwort des Landes auf die geschehene Auflösung der alten, da sie zudem berufen ist, die Verfassung zu reformiren, am Platze sein. Gerade in der ersteren Hinsicht sind die Erwartungen nicht vollständig befriedigt; es ist jetzt klar, daß die Anordnung der Wahl eine ungeschickte war. Entweder hätte folgleich, als das neue Ministerium zur Regierung kam, die Kammer aufgelöst werden müssen, und unter dem frischen Eindruck wäre eine gelungene Wahl sicher erreicht worden. Oder aber man konnte, wie in Baden, der Sache ihren Lauf lassen; denn auch bei uns begannen bereits die eifrigsten Anhänger des Alten von selbst auszutreten, und es wären so durch Einzelwahlen die nothwendigen neuen Kräfte gewonnen worden. Statt dessen sind seit der Auflösung über zwei Monate verschwunden, die Reichstagswahlen haben alles Interesse für sich vorweggenommen, und für die Abgeordnetenwahlen blieb nur Ueberhitz zurück; daher kommt es, daß wir aus dem alten Uebel der Wahlen von Inkapacitäten, von Männern des bloß lokalen Einflusses, also insbesondere der Gemeindebeamten nicht herausgekommen sind. Doch will ich mit diesem Urtheil keineswegs die entschieden bessere Zusammensetzung der neuen Kammer läugnen, nur ist nicht genug geschehen. Entweder ist die Abnahme der Staatsdiener stattlich. Früher hatten wir unter 93 Abgeordneten gegen 40 Staatsdiener, und wenn hiezu noch die Kirchendiener gerechnet wurden, so stand die Hälfte der Abgeordneten im Abhängigkeitsverhältniß von der Regierung. Die Staatsbeamten sind jetzt auf etwa ein Dutzend und mit der Kirche auf 2 Dutzend herabgesunken, und insbesondere sind unter ihnen Anhänger des alten Systemes fast nur noch unter den Rittern zu finden, die übrigen, wie der Reichstagsabgeordnete Schober, wie Senger, der Verf. der Erklärung an die Nationalversammlung, welche ich Ihnen mittheilte, wie Zeller, Prof. Zellers im Bern Bruder, wie die Juristen Huck und Weit, gehören einer jüngeren, freien Schule an, und von ihnen, welche ganz besonders zur Intelligenz der neuen Kammer gerechnet werden, ist eine Reformen in allen Zweigen eine tüchtige Arbeit. Ludwigsburg hat durch die Abgeordnetenwahl seine Scharte von der Reichstagswahl her glänzend ausgewetzt; doppelt sogar, denn die Stadt hat, man kann sagen, einstimmig Strauß gewählt, extra muros aber hat man den als Kandidaten aufgestellten Hoffmann, der einstweilen in Frankfurt mit der äußersten Rechten stimmt, nicht gewählt. Ich sprach von Intelligenzen — nun wenn eine Kammer Strauß hat, so lebt ein Geist in ihr, der intelligente Beschlüsse zu veranlassen im Stande ist. Die alte liberale Partei, die, wenn sie auch im Ministerium ist, doch fest zusammenzuhalten nicht unterlassen darf, hat an Tafel und Rödinger eine namhafte Verstärkung, erst einen rechten Halt bekommen; ihre bisherigen Vorkämpfer, Murschel, Heyer, Becher, Seyfried u. s. w., sind gleichfalls wieder gewählt. Eine tüchtige neue Kraft ist Moriz Mohl. Ihm wird eine bedeutende Arbeit zufallen — er hat sich in sehr ganz dem Streben für's Volkswohl, ungehindert von irgend einem Amte, gewidmet. Wenn es sich von Abschaffung der politischen Vorrechte des Adels handelt, so wird Mohl eine Hauptstimme führen. Sie wissen, daß 13 Ritter in unserer Volkskammer sitzen, und in der That hat der Adel diesmal seine 13 tüchtigsten Männer gesendet: Linden, Varnbüler, Wöllwarth u. s. w., seine gewandtesten Dialektiker. Die unbedeutenderen und die den Stand durch allzuschroffes Hervortreten in Verlegenheit setzenden Mitglieder, nämlich der durch die unhöfe Herausforderung M. Mohls bekannte alte Süttlingen, sind nicht mehr erwählt, und frische Kräfte, so der Gerichtsbeisitzer von Breitlschwert, in die Kammer gesandt. Es fehlt also nicht an unsern Lichnowskis. Ein anderes Feld der Thätigkeit für Mohl sind die gewerblichen Verhältnisse; der Reichstagsabgeordnete Schlosser Nägele und eine ganze Reihe Gewerbsmänner, unter ihnen der tüchtige Sick, stehen ihm hier zur Seite. Die Universität sendet diesmal auch ihre Vertreter: Fallati, Reyscher und den kath. Prof. Kuhn. Durch sie, durch einige Privatgelehrte, wie Pfizers Freund, Dr. Rotter, durch Männer der Kirche, durch einige Aerzte und Advokaten ist die wissenschaftliche gebiegene Bildung, die doch einen weiteren Gesichtskreis als unser lediglich würtembergisches Schreiberwesen verleiht, vertreten. Menzel, 1833 liberaler Abgeordneter, ist jetzt wieder gewählt; wie sind begierig, welche Rolle er jetzt (zusammen mit Strauß) spielen wird. Sehr zu bedauern ist die Wahl Ulms; in der Stadt sieß der wackere Hasler durch, ebenso extra muros der seit lange um's Volk so verdiente Pfarrer Stälin, von dessen Thatkraft und Einsicht in der Kammer schöne Früchte zu hoffen waren, gegen ihn siegte ein — Gemeindepfleger! Kanzler v. Wächter ist vermöge seiner Stellung bei der Universität Mitglied der Kammer; ob er wieder Präsident wird, ist jedoch zu bezweifeln. Eine interessante Legitimationsfrage wird die Wahl des Schriftstellers Scherr veranlassen; er ist nämlich Deutschkatholik, und hinsichtlich des Glaubensbekenntnisses ist unsere Verfassungsurkunde maßgebend. Er, wenn zugelassen, dürfte auf der äußersten Linken seine Stelle einnehmen. Sehr bedauert wird, daß Uhland und Schott die Wahl ausschlagen. Die Kammereröffnung wird vor Schluß des Reichstags nicht Statt haben. — Die Erklärung des würt. Bundestagsgesandten v. Sternenfels wird viel besprochen, aber nicht leicht ihr beigestimmt. Wohl möglich, daß Gegendemonstrationen erfolgen. Wir wollen nur die Einheit und teinerlei Sonderbündelei!

## Italien.

† Neapel, 23. Mai. Die Staatszeitung bringt die Ernennungen des Duca di Serracapriola zum Vicepräsidenten des Staatsraths und Nicola Gigli zum Minister der Grazie und Giustizia. Den Truppen hat der König außer einem splendiden Lobe, Beförderungen und Dekorationen das Gehalt von einem Monat als Gratifikation anzuhalten lassen. Unter dem Volke herrscht noch ziemliche Erbitterung gegen die Truppen, wozu diese allerdings auch durch Plünderungen Anlaß gegeben haben, doch lange nicht so sehr, als man hier und in auswärtigen Blättern glauben machen möchte. Die Zahl der gefallenen Bürger, die bis zum unglaublichen gesteigert wurde, wird sich wohl auf kaum 200 reduciren. Romeo und Galicett sollen nach Frankreich geflüchtet sein; diese sind Hauptanstifter der Insurrection gewesen und haben besonders in den Provinzen großen Anhang. — Aus Kalabrien kamen die meisten Deputirten bereits mit dem Auftrage von ihren Kommittenten hierher, nicht zu schwören, wenn nicht die Patrikammer vorher abgeschafft werde, sie kamen als Deputirte bewaffnet bis an die Zähne, und jeder Einzelne hatte noch ein halbes Dutzend ebenfalls bewaffneter junger Leute mit sich. Selbst in zene Vorberathungssitzung vom 14. auf den 15. Mai brachten sie Waffen mit und verstreuten sich zuletzt so, daß sie über Nacht gegeneinander gebrauchten und Mehrere todt im Saale blieben. Eine kurze Zeit glauben sie, ihre Partei habe über die Truppen gesiegt, in diesem Glauben verließen mehrere den Sitzungssaal, brachten die Büsten des Königs und der Königin auf die Straße und zerstörten sie unter den Ausrufungen: morte al Tiranno, viva la Repubblica! Bereits hatten diese Herren das Absetzungsdekret für den König in Bereitschaft, das später gefunden wurde. Das sind die Männer, die die Repräsentanten der Nation sein sollten, und leider ist wenig Hoffnung vorhanden, daß die nächsten Wahlen besser ausfallen werden, wenn die moderere Partei nicht thätigern Antheil daran nimmt, als an den ersten Wahlen, wo ein sehr großer Theil derselben aus Unwissenheit, Gleichgiltigkeit, theils auch aus Mißtrauen sich ganz zurückzog und die Wahlen dem Wohlgesinnten der Exaltirten überließ. Die Folgen davon haben wir nun gesehen und theure genug zahlen müssen. — Nach Circolato Ulbericse) kam es ebenfalls zu einem Aufstande, der jedoch unterdrückt wurde. In Folge dessen ist auch dort die Entwaffnung der Bürgergarde angeordnet. Sonst lauten die Nachrichten aus den Provinzen noch ziemlich friedlich und davon hängt viel ab; bleiben diese ruhig, dann wird auch hier, wo die allgemeine Entwaffnung mit großer Strenge vorgenommen wurde, nicht so schlimm gehen. — Inmitten unserer Kalamitäten bereiteten uns die Lazzaroni ein drolliges Intermezzo. Diese hatten die Bärte der Nationalgarde aufs Korn genommen und mehrere dieser bärtigen Helden mißhandelt; das verbreitete neuen Schrecken unter die sonst schon erschrockenen Leute, und nun wurden tausende von Bärten ohne Unterschied des Alters dem verderblichen Einflusse des Scheermessers geopfert. Bisweilen manche Thräne dabei geweint worden sein mag, hat doch unsere Stadt ein um 10 Jahre jüngeres Aussehen dadurch gewonnen. Aus Messina schreibt man, daß sobald die Nachricht von dem Kampfe hier bekannt wurde, daselbst die ganze Stadt illuminirt wurde, und Musikbanden von jubelndem Volke begleitet, durchzogen die Straßen. Fratellonza italiana!

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei den Herr. Elliot & Kemp., 70 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Griechische Häfen werden sie von H. R. Kiesgeyer in Straßburg Nr. 20 Quarrey., Paris Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Verlagsexpedition befindet sich Gesch. Buch. Palmaer Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 8. 30. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 8. 12. 30 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 160.** **Heidelberg,** Freitag 9. Juni. **1848.**

## Uebersicht.

Die provisorische Reichsgewalt. — Wien (Vorbereitung zu Geschworenen. Das Manifest gegen die Prager provisor. Regierung). Von der venetianisch-tirolischen Grenze (Italienische Sympathien; der Kampf an den Grenzen. Reaktion in Tirol). Brünn (Manifest des Grafen Lazansky). Berlin (die Begräbnißfeierlichkeit. Moderne Censur. Die Parteien in der Kammer. Die Tödtungen und Verwundungen in Mainz). Posen (Berufung der Denkschrift von Mieroslawski). Breslau (Oberpräsident Pinder). Vom Rhein (Militärische Vorbereitungen; Gerüchte und Vermuthungen). München (Landtagsabschied. Aufregung unter den Studenten). Dresden (das Ministerium. Das Wahlgesetz. Die Kammer). Leipzig (die Friedrich-Wilhelms-Nordbahn). Vom Rhein (Nähreres über die anarchischen Umtriebe). Aus Thüringen (Politische Märtyrer; Oden). Frankfurt (Reichstagsverhandlungen. Erklärung Auerswald über Blums Beschuldigung. Manifest des slav. Nationalkomites an den Reichstag. Eine Kommission zur schleunigen Untersuchung eingesetzt. Verhandlungen der Bundesversammlung).

**Großbritannien.** London. Parlamentsverhandlungen: Interpellationen über die Hartlichen Ruhestörungen und die Bulwersche Angelegenheit. Der Repealverein und das Parlament über die Mitchellsche Angelegenheit. Mitchell nach den Bermuden gebracht. Die spanischen Händel. Verhaftung des engl. Obersten Briscoe in Madrid.

**Frankreich.** Paris. Die Abdankung des Generalprokurators. Die Verhandlungen der Nationalversammlung über die Abstimmung wegen Louis Blanc. Seltsame Lage der Regierung. Proklamation des Maire.

**Italien.** Rom. Die Crociati selektsüchtig.

**Beilage.** Böhmen, deutsches Reichsland. — Hamburg. Verhandlungen des Gewerbekongresses. Prag. Auch der Statistik von Montenegro erwartet. Innsbruck. Die Gesandtschaften.

## Heidelberg, 8. Juni.

Alle Gedanken der Mitglieder der Nationalversammlung sind fortwährend auf die Bildung einer provisorischen Centralgewalt gerichtet. In der Sitzung vom dritten wurde dieser Frage die Priorität zuerkannt und ein Ausschuß bestellt, der die Vorschläge machen wird und bereits eifrig mit deren Formulirung beschäftigt ist. Zugleich ward die Schleswiger Sache an den völkerrechtlichen Ausschuß überwiesen, und die dortigen Verhältnisse und neuesten Ereignisse sind es vorzüglich gewesen, die, wie sie in jedem Einzelnen die unangenehmsten Empfindungen erwecken mußten, wie sie den Bundestag zu einem raschen Einschreiten spornten, so auch in der Versammlung den Bestrebungen um eine Centralgewalt und Exekution eine neue und lebhafte Anregung gaben. In der Sitzung vom fünften wurden früher eingereichte Anträge über unsere Wehrhaftigkeit, deren Dringlichkeit damals nicht anerkannt worden war, wieder angebracht und diesmal mit mehr Glück; aus keinem andern Grunde, als weil man von der Schleswiger Schlappe, von der Gefahr Treiffs, von der drohenden Haltung Rußlands unwillkürlich alarmirt war. Es ward ein (wesentlich militärischer) Ausschuß beschlossen und ernannt, der über den gegenwärtigen Zustand unserer Wehrhaftigkeit untersuche und berichte, Vorschläge von Maßregeln zur Verbesserung des Heerwesens, zur Sicherung Deutschlands machen, über eine allgemeine Organisation der Volkswehr berathen solle. Es war wie eine Handreichung gegen gemeinsame Gefahr, als preußische Officiere (v. Teichert) für die Annäherung des Militärs an die bürgerliche Ordnung, für das Fallen der Schranken und des Mißtrauens zwischen Volk und Heer, und als ein Bürgerlicher (Bischer) für die streng militärische Organisation der Bürgerwehr sprach, damit sie nicht bloß eine Polizeimiliz, sondern in Verbindung mit dem Militär ein Schutz für das Vaterland sei. Allem sah man an, daß die Versammlung über unsere Lage nach Innen und Außen unruhig, ungeduldig war, daß sie, die allgemeine Vertrauenslosigkeit auf die bestehenden Gewalten theilend, nach Mitteln zur Abhilfe suchte. Die provisorische Centralgewalt ist unter diesen Mitteln dasjenige, auf das sich alle Stimmen vereinigen. Noch vor einigen Tagen durfte man sich, wenn man Gründe dawider vorbringen wollte, doch noch einen oder den andern Hörer verschaffen, heute schon Niemanden mehr. Der Trieb ist in diesen Zeiten gewaltig und die allzuruhige Ueberlegung hat sich überall zu hüten, nicht als Ueberklugheit verhöhnt und ausgestoßen zu werden.

Bisher hätte es Niemanden einfallen können zu sagen, daß die Nationalversammlung in ihrer Majorität eine Neigung zeigte, regieren zu wollen; auch jetzt könnte man dies nicht behaupten. Man fühlt, daß ein Handeln und Eingreifen in die Dinge vorhwendig ist, aber man weicht der Aufforderung, selbst unmittelbar zu handeln und einzugreifen, überall aus. In derselben Sitzung vom fünften waren der Nationalversammlung die Anträge gestellt, von dem Herzog von Limburg eine Erklärung in Betreff des Verhältnisses dieses Herzogthums zu Deutschland zu verlangen, in Bezug auf Böhmen auszusprechen, daß sie wolle, daß Böhmen bei Deutschland bleibe, und durch einen Ausschuß die Mittel berathen zu lassen, wie Böhmen verbindert werde, sich loszusagen; in Bezug auf Posen den Abgeordneten durch einen raschen Beschluß ihre definitive Zulassung zur Versammlung zu gewähren; aber alle diese Anträge fielen durch, und dies wohl wesentlich in Erwägung des gestellten Bedenkens, ob auch die Versammlung die Macht haben werde, ähnlichen Erklärungen den faktischen Nachdruck geben zu können. So sehr man aber das unmittelbare Eingreifen ablehnte, so entschieden suchte man offenbar nach der Gewalt, nach der legalen exekutiven Behörde, die alle diese Fragen, gestützt auf das Ansehen der Versammlung, anfassen soll; man schärfte ausdrücklich ein, daß man gegen Böhmen nicht energisch auftreten solle, als bis man in Schleswig gezeigt habe, daß man Etwas vermöge und was man vermöge, als bis man eine exekutive Gewalt begründet habe, die einmal gefaßte Beschlüsse auch durchzusetzen vermöge.

So ist also die Centralgewalt in den Gemüthern beschlossen und unausweichlich geworden. Ihre wirkliche Bestellung wird auf große Schwierigkeiten und Zwiespalt stoßen. Schon der betreffende Ausschuß wird seine Mühe haben, sich zu einigen, sobald es in der Berathung von dem allgemeinen unbestimmten Bilde zu den besonderen Zügen, von der Gewalt zu ihren Attributen kommt. Entweder die exekutive Behörde, die man bestellen will, erhält alle Befugnisse, die einer solchen zustehen müssen, wenn sie fähig sein soll, zu handeln, vollends dann zustehen müssen, wenn sie sich in so neuer Lage, unter so widerstreitenden Elementen, in einer solchen Ausnahmstellung befindet, entweder also die exekutive Behörde erhält alle fürstliche Machtbekleidung, es vereinigt sich in einer moralischen Person die königliche Gewalt, sie erhält ein Veto den Beschlüssen der Nationalversammlung gegenüber, dann wird die äußerste Linke nicht allein, die auf einen Volksbewegungsausschuß dringt, sondern auch viele Andere sich dagegen erklären, das einzige Heil in der Nationalversammlung allein liegen sehen und jede Störung oder Schwächung ihres Ansehens und Wirkens für eine Kalamität halten. Oder die exekutive Behörde erhält jene Attribute nicht; sie wird durch ein Ministerium mittelbar, oder ohne ein solches unmittelbar abhängig von der Nationalversammlung, so werden die deutschen Regierungen (ganz abgesehen von der rechten Seite des Reichstages) sich dawider sträuben, und es wird sich fragen, ob eine Kollision mit diesen vor aller Begründung einer Verfassung irgend wünschenswerth sein könnte. Wenn wir unsere Verfassung vollendet haben, wenn sie selbst theilweise von den einzelnen Staaten angenommen ist, wenn eine definitive Centralgewalt angeordnet ist, selbst dann wird diese Noth und Mühe haben, sich unbedingte Anerkennung und unverweilten Gehorsam überall zu schaffen; dann aber fußen wir auf einem

Digitized by Google

von der Nation sanktionirten Gesetze und dürfen und werden uns nicht scheuen, diese Anerkennung, wenn es Noth ist, zu erzwingen; es sei denn, daß sie nur in gleichgültigen fiskalen Theilen verweigert wird, wie in Amerika bei dem Uebergang des Staatenbundes in einen Bundesstaat, wo es dann mit der Größe der Nation verträglich ist, so wie man dort that, zuzuwarten, bis sich die Verirrten eines Besseren besinnen. Dies ist aber nicht so bei einer provisorischen Gewalt. Man wird sich ihr viel leichter widersetzen als einer definitiven; man wird es um so leichter thun, je getheilter die Nationalversammlung in ihren Stimmen, je kleiner die Majoritäten, die sie einsetzten. Man wird sich ihr viel gefahrloser widersetzen, denn wir haben leider seit einem Vierteljahre gründlich gelernt, alle und jede Gewalt zu verachten, und diesen Geist der Widersetzlichkeit, den wir als einen Geist der Freiheit achten und noch täglich nähren, dürften wir zu unserem Schaden auch auch unserem theuersten Werke, unserer neuen Verfassung, entgegentreten sehen. Und wo wäre in dem gegenwärtigen Zustande von Oesterreich z. B. nur irgend ein Anhalt zu finden, um sich Gehorsam und Fügsamkeit zu schaffen? Was aber sollte aus der provisorischen Regierung, was sollte aus dem Ansehen des Parlaments werden, wenn sich die neue Behörde ebenso machtlos zeigte wie der Bundestag war?

Wir wissen sehr wohl, wir empfinden es so lebhaft wie irgend wer, daß eine straffere Handhabung namentlich unserer auswärtigen Angelegenheiten eine Nothwendigkeit ist von der dringlichsten Art; wir verkennen nicht, daß der natürliche Takt des Menschen selbst, in dieser Beziehung so hohe Ansprüche eine Nation stellt, ist zu suchen. Dennoch glauben wir nicht, die Schwierigkeiten verhehlen zu dürfen, die auf dem Wege des Nothbedürfes liegen, zu dem man vorerst greifen muß; es ist besser, die Erwartungen spannen sich nicht zu hoch, damit die Enttäuschung nicht zu tief niederwirft. Es thut uns, daß wir es offen sagen, leid um die Kräfte, die auf das provisorische Direktorium oder Triumvirat und auf das Reichsministerium verwandt werden sollen; die besten Namen müssen gewählt werden, wenn die Sache nur Beifall, geschweige Erfolg haben soll; wir fürchten, sie werden in kürzester Zeit abgenutzt werden unter dem Mißfallen aller Welt und ohne Erfolg. Und wie wenige Namen haben wir doch zu entbehren, wenn wir für eine Zeit wirklich großer Gefahr nicht ganz entblößt stehen wollen! Man wird uns zurufen, daß in der Gefahr sie sei da. Wir wollen sie nicht ableugnen, doch wird es den Leuten, die da wissen, daß es auf hoher See sich nicht so glatt fährt wie im Binnenwasser, keineswegs scheinen, daß unsere Gefahren so dringend und gewaltig sind, daß wir schon jetzt unsere letzten Reserven daran setzen müßten. Wir möchten nicht, daß sich noch einmal wiederholte, was wir mit Trauer schon an einem Beispiele erlebt haben, daß sich die Bessern einer verhältnißmäßig kleinen Sache zum Opfer bringen. Eine kleine Sache aber scheint uns das zu sein, was ein interimistisches Ministerium oder Triumvirat wird leisten können in dem Zeitraum einer kurzen Crisen, in der für die künftige Organisation und die Sicherung des Reichs Nichts als Vorbereitungen getroffen werden können, die von Ausschüssen und Specialkommissionen ebensogut besorgt würden, von denen man Nichts weiter als Vorbereitungen und keine Handlungen erwartet. Eine kleine Sache scheint uns dies für ein Ministerium gegen die große Aufgabe, auf den Grund einer fertigen Verfassung, gestützt auf eine endgiltig eingesetzte Centralgewalt, die Reorganisation des Reiches mit der Aussicht anzufassen, das Begonnene auch dauernd fortführen und vollenden zu können. Solch einem Werke dürfen Opfer fallen. Die üble Meinung, Neid, Haß und Mißgunst verfolgen jetzt Jeden, der einen hohen Posten einnimmt. In jener letzteren Stellung können tüchtige Männer durch wirkliche Thaten und Schöpfungen die Stimme des Unglimpfs verstummen machen. In der kurzen Zeit einer provisorischen Thätigkeit ist es reine Sache des Zufalls, ob dies möglich sein würde. Treten große Ereignisse ein, die energische Handlungen herausfordern, dann ist den Männern des Ministeriums und der Exekutive Gelegenheit gegeben, sich zu Ehren zu bringen und in Ehren zu halten. Schleppen die öffentlichen Verhältnisse so hin, wie zuletzt, was in mehr als Einer Hinsicht zu erwarten und zu wünschen wäre, so werden die besten Namen, fürchten wir, in dem allgemeinen, sei es grundlosen, sei es begründeten, Unmuthe über die fortgesetzte Thatlosigkeit aufgerieben werden.

Wir wollen morgen auf die verschiedenen Plane und Ansichten, mit denen man sich in Frankfurt über die Centralgewalt trägt, zurückkommen.

---

**Oesterreich.** Wien. Durch die konstitutionelle Prager Zeitung vom 31. Mai gelangte das Ministerium zur Kenntniß, daß sich in Prag eine provisorische Regierung für Böhmen gebildet habe. Sobald diese Nachricht durch eine amtliche Anzeige bestätigt wurde, fand sich das Ministerium bewogen, Se. Majestät dem Kaiser das Ungesetzliche dieses Vorganges vorzustellen, um jedem Einschreiten einer Deputation für die Anerkennung dieses Schrittes zu begegnen. Zugleich erklärte der Minister des Innern in einem Erlasse an den Landeschef in Böhmen den ganzen Akt für illegal und ungiltig und forderte denselben auf, diesem Vorgange unter seiner Verantwortung keine Folge zu geben. Gleichzeitig wurde an alle Länderchefs die nachstehende Weisung erlassen: „Nach heute eingegangenen Nachrichten hat sich in Prag eine provisorische Regierung unter der Voraussetzung gebildet, daß der Berichte mit dem verantwortlichen Ministerium in Wien durch die hiesigen Ereignisse unterbrochen sei, während die Lage der Dinge schleunige, den Wirkungskreis der bestehenden Behörden weit überschreitende Verfügungen nothwendig machte, und es sind zwei Mitglieder dieser verantwortlichen Regierungsbehörde sogleich nach Innsbruck abgeschickt worden, um die allerhöchste Genehmigung dieser Maßregel einzuholen.“ „Ich finde mich veranlaßt, hiervon Eurer Excellenz mit dem Beifügen Nachricht zu geben, daß ich in einem an den Gubernialvicepräsidenten in Böhmen gerichteten Erlasse jenen Schritt für ganz illegal, in seiner Veranlassung unbegründet, in seinen Folgen höchst bedenklich und den Absichten Sr. Majestät geradezu entgegen, sonach aber für null und nichtig erkläre. — Ich forderte zugleich den dortigen Gubernialvicepräsidenten auf, jener illegalen Verfügung bis zur Entscheidung Sr. Majestät keine Folge zu geben und den Anordnungen des Ministeriums genau nachzukommen, sowie ich denselben für alle Folgen und Nachtheile verantwortlich mache, welche aus jenem ungesetzlichen Vorgange entstanden sind oder entstehen können, und dieß Verantwortlichkeit auf alle Jene ausdehne, welche an dem diesfälligen Beschlusse Theil genommen haben. Endlich fordere ich den Gubernialvicepräsidenten auf, für den Fall, als er sich dennoch an den bezogenen Beschluß gebunden halten glaubte, das Präsidium der Landesstelle und die Leitung des Landes dem dortigen Vicepräsidenten zu übergeben.“ — Ob muß mit dieser Mittheilung die nachträgliche Aufforderung verbinden, im Falle ähnlicher Zumuthungen sich jeder ungesetzlichen Konkludirung zu enthalten, jeden Versuch dazu zu vereiteln und unter Ihrer schweren Verantwortung jeden Schritt zu vermeiden, welcher in diesen wichtigen Momente die Einheit der Regierung schwächen und sie in jener Kraftentwicklung hindern könnte, welche die Ehre, das Wohl und der Bestand der Monarchie mehr als je in der größten Anstrengung unerläßlich fordert.“ (L. A. Z.)

Wien, 3. Juni. Im Justizministerium werden unter persönlichem Vorsitze des Ministers Konferenzberathungen über einen Entwurf wegen allgemeiner provisorischen Einführung von Geschwornengerichten in Kriminalfällen abgehalten. In ähnlicher Weise wird mit einem Entwurfe der dem künftigen Reichstage vorzulegenden Grundzüge einer Organisation der Gerichte, und mit mehreren umfassenden Gesetzentwürfen, von welchen namentlich der einer neuen Konkursordnung einem dringenden Bedürfnisse abhelfen soll, vorgegangen. (W. Z.)

† Von der venetianisch-tirolischen Grenze. Ende Mai. Die Gesinnung der höhern Stände des südlichen Tirols ist durchaus italienisch, wie dieses z. B. eine Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung in Lovico (nahe bei Trient) beweist: 10—12 Signori haben hier ihren Abgeordneten nur gesandt, um ihren Zweck, die Lostrennung von Deutschland und Anschluß an Italien leichter zu erreichen. Was die Masse des Volkes betrifft, so sind ihr natürlich alle Beziehungen zu Deutschland völlig fremd; ebenso fremd aber auch jede Sympathie mit der italienischen Bewegung. „Noi siamo Tirolesi et voliamo restare“, ist die gewöhnliche Antwort, die man vom gemeinen Manne empfängt, wean man ihm über seine Gesinnung ein wenig den Puls fühlt. Zahlreiche Emissäre versuchten es zwar, auch in Welsch-Tirol das Volk zum Aufstand zu bewegen, und so im Rücken der Oesterreicher durch Besetzung der wichtigsten Pässe ꝛc. eine vortheilhafte Stellung zu erhalten; aber größtentheils scheiterte ihr Bestreben an dem direkten Widerstande der Bevölkerung, welche von „Briganden“, wie hier die italienischen Krieger heißen, Nichts wissen will. — Die Innsbrucker Studenten haben mit 2 Kompagnien Militär und einer Schützen-Abtheilung die Vertheidigung des Val Sugana, welches wegen der Straße las Venetianische von großer Wichtigkeit ist, übernommen. Die Italiener beschränken sich darauf, auf den Bergen ihre Wachtfeuer leuchten zu lassen, um wenn die Unsrigen vorrücken, über die Grenze davon zu laufen. Nur einmal kamen wir bei einer Rekognoscirung gegen Primolano in ein mörderisches Feuer von drei Seiten; die Welschen schossen aber sämmtlich zu hoch und gaben uns also wohl ihre Kugeln zu hören, aber nicht zu fühlen. Soeben lesen wir nun aber in der Venetianischen Zeitung, daß bei diesem letzten Zuge 100 von uns geblieben und die Uebrigen in wilder Flucht davon gelaufen seien: zufälligerweise waren im Ganzen nur 100 Mann da, die sich ohne einen einzigen Verwundeten oder Todten langsam zurückzogen. Danach kann man die übrigen Nachrichten der italienischen Zeitungen, die die Augsb. Allgemeine so fleißig mittheilt, berichtigen. Von Innsbruck wissen wir nur aus Briefen, daß Graf

Digitized by Google

Drahdi die Gegenwart des Kaiserd schändlich genug dazu benutzt, einen katholisch-konstitutionellen Verein zu bilden, welcher dem Kaiser die Bitte vortragen soll, den in der Verfassungsurkunde enthaltenen, die allgemeine Glaubensfreiheit gewährenden Artikel für Tirol als ungiltig erklären zu wollen!! Traurig für ein Land, wenn solche Männer an der Spitze seiner Verwaltung stehn, aber auch traurig für einen Mann, der, mit solcher Verblendung geschlagen, nicht einsieht, daß er dadurch nur um so ehr seiner Entfernung von der Verwaltung entgegen geht. — Nächstens sollen wir den Paß von Primolano, der von feindlichen Kanonen stark besetzt ist, einnehmen: er ist zur Behauptung unserer Grenze (die er auch schon seit 300 Jahren bildet) durchaus nöthig.

Brixen, 1. Juni. Die Allg. Oester. Z. enthält von hier Nachstehendes: Indem wir Ihnen hiermit nur kurzweg anzeigen, daß nur eine Stimme hier zu Gunsten Wiens vorherrsche, berufen wir uns, Sie auf ein schon vom 19. Mai herrührendes Aktenstück des Grafen Leopold Lazzansky anzuerkennen zu machen, da es abermals einen klaren Beitrag zu den letzten Ereignissen obgibt. Es ist dies eine Proklamation an das Landvolk. Nachdem dieses in väterlich guten Worten von übelgesinnten und böswilligen jugendlichen oder ältern Leuten gewarnt wird, endigt es mit folgender merkwürdigen Apostrophe: „Traut daher diesen Unruhestiftern und ihren Sätzen nicht, erwartet mit Ruhe die Entschließungen und Anordnungen Eurer unterthänigen Landesgliedern, die Euch in Kurzem zu Theil werden; bewahret die Treue und Liebe für unseren guten Kaiser, der Euch Alle wie seine Kinder liebt, und sein übergroßes Vertrauen, daß, wenn unserem Kaiser und seinem Herrscherhause Gefahr droht, ich der Erste sein werde, der Euch zu dessen Hilfe aufruft, daher Ihr auch keinem andern Rufe als dem Meinigen zu folgen habt; denn durch mich allein könnt und dürft Ihr die Stimme des Kaisers hören. Leopold Graf Lazzansky, k. k. währ. schlesischer Bicepräsident."

**Preußen.** || Berlin, 5. Juni. Die große Demonstration zu Ehren der Märztodten, über deren Ergebniß ein Theil unserer Bürgerschaft in nicht geringer Sorge schwebte, ist ohne Störung der Ruhe abgelaufen, obschon eine gewaltige Menschenmenge, theils schaulustig, theils am Aufzuge sich betheiligend, dabei auf den Beinen war. Die Kinder, die Vereine und Innungen waren sämmtlich bei dem Zuge nach Friedrichshain zahlreich vertreten; von den Abgeordneten erschienen etwa hundert, von den Studenten höchstens zweihundert. So friedlich nun dergleichen Kundgebungen auch ablaufen mögen, so sind sie dennoch nicht eben geeignet, das Vertrauen auf unsere öffentliche Sicherheit zu vermehren, unsere zahlreichen Emigranten wieder in unsere Mauern zurückzulocken und Handel und Verkehr zu beleben. Offenbar ergreift eine gewisse Partei jeden Anlaß, die Gährung zu unterhalten, da sie wohl erkennen mag, daß auf die Dauer durch diese immer wiederkehrenden Erschütterungen des Vertrauens, der Hunger die Lenkr zu Unternehmungen treiben wird, zu denen sie jetzt wohl noch nicht die Hand bieten wollen. — Daß wir bei unserer Pressfreiheit dennoch keineswegs frei von aller Censur sind, dafür dürfet Ihnen der Umstand, daß vor Kurzem einem Drucker mit Demolirung seiner Anstalt gedroht wurde, weil er den Druck einer Zettelanschlags übernommen hatte, in welchem die neulich Demonstration gegen Herrn von Batow als eine „Erpressung" bezeichnet wurde! Dieser Aushruck erschien den braven Leuten, welche die kleine Anlehe gemacht, als höchst verletzend für ihr Zartgefühl, und sie verbaten sich auf das Nachdrücklichste einen solchen Mißbrauch der freien Presse! — Unsere Kammerverhandlungen bieten vorläufig nur geringes Interesse; wie es heißt, verzichtet die äußerste Linke auf ihr Vorbehalten als geschlossene Partei und will sich dem linken Centrum anschließen, d. h. in allen wichtigen Fragen mit demselben stimmen. Mehr und mehr wurzelt hier die Ueberzeugung in allen Gemüthern, daß nur im innigen Anschließen an deutsche Interessen die Politik Preußens sich auf eine würdige Weise geltend machen könne, und gewiß wird am wenigsten von unserer Seite der zu begründenden deutschen Einheit ein Hinderniß in den Weg gelegt werden. Möchten doch manche süddeutsche Staaten auch ihren Partikularismus fahren lassen, wie das verschirene Preußenthum es bereits freudig gethan hat.

† Posen, 3. Juni. Soeben ist vom Chef des Generalstabes eine Beleuchtung der von Mierolawski am 16. Mai eingereichten Denkschrift und ein Abdruck der Letzteren erschienen. Mierolawski, welcher bekanntlich mit Inbegriffen in die Kapitulation von Bardo vom 9. Mai sich von seinen Truppen entfernt hatte, um nach eigener Auslage „nicht von ihnen erschossen zu werden", hatte sich, nachdem er sich durch das Abscheren seines Bartes unkenntlich gemacht, unter einem falschen Namen in Gegenden begeben, in denen der Aufruhr noch nicht erloschen war. Hier von einer Patrouille verhaftet, reklamirte er die Wohlthaten eines Freipasses, der Behufs Abschließung der Kapitulation früher vom General v. Pfuel ihm und einem Hrn. v. Taczanowski gemeinschaftlich überliefert worden war. Um die Erbitterung, die gegen ihn herrscht, etwas verrauchen und einzelne wichtige Thatsachen gerichtlich feststellen zu lassen, ist er auf das Fort Winiary in Posen gebracht worden. Statt einer Erklärung zu Protokoll hat er wegen Krankheit die oben erwähnte Denkschrift in französischer Sprache eingereicht. Er bezeichnet sich darin als einen gewissermaßen vom General Willisen Beauftragten, die polnische Gesellverhebung in Posen zu organisiren und klagt das Gouvernement, vorgeblich aber die Militärgewalt auf die bitterste Weise an, indem er vorzüglich die pommerschen und schlesischen Landwehren als undisciplinirte Banden bezeichnet, welche den Namen der preußischen Armee entehrt hätten. — Die Beleuchtung seiner Denkschrift von Seite des Generalstabes schließt also: „Gälte Mierolawski der warnenden Stimme der Deputation des verständigeren Theiles der polnischen Bevölkerung, welche ihn am 26. April in Miloslaw beschwor: „sein unüberlegtes Beginnen einzustellen, sich dem Willen der Regierung zu fügen und durch Entlassung seiner Leute dem Blutvergießen vorzubeugen"" — vernünftigerweise Gehör geschenkt, wie ganz anders das Schicksal vieler Tausende sich gestaltet haben! Mit vollem Rechte treffen theils ihn alle Verwünschungen, welche jene Deputation damals gegen ihn aussprach, als er in leidenschaftlicher Unthätigkeit sich weigerte, ihren vernünftigen Vorstellungen Gehör zu geben, theils aber auch jene Deputation, weil sie nicht selbst den Versuch gewagt hat, jene Bewaffneten zum Auseinandergehen zu bewegen. Ueber ihn selbst und über die, welche seinen Insurrektionsbefehl überlebt haben, wird im Sinne der Kapitulation von Bardo entschieden werden. Die Regierung wird jedoch auch jetzt ihren Charakter der Milde und Güte nicht verläugnen und kann nur wünschen, daß die Empörer diese Langmuth endlich einmal mit Dankbarkeit anerkennen. Denn wer Augenzeuge der letzten Ereignisse sowie der letzten Kämpfe gewesen ist und die gerechte Erbitterung der Soldaten gesehen hat, kann es sich nicht verschweigen, daß ein erneuerter Ausbruch der Insurrektion Scenen verderblichsten Inhalts würde, von denen sich vielleicht Niemand jetzt eine Vorstellung macht, daß es dann leicht ein Vertilgungs-Krieg werden dürfte, gegen welchen einzelne Scenen des eben beendigten nur als sanfte Mastregeln erscheinen könnten. Möchten daher die Verblendeten und Verführten endlich zur Erkenntniß kommen! Wenn indessen auch die nicht zu Besserndes sich in ihren Diatriben und Invektiven gegen das Gouvernement demungeachtet nicht stören lassen, so wird dies dennoch einstweilen fortfahren, die Provinz gänzlich zu pacifiziren und wird hierin — dessen ist dasselbe gewiß und gewinnt davon die Ueberzeugung täglich mehr — von dem vernünftigen Theil mann, dem Bürger, sowie von den durch treulose Ebelleute und einzelne Geistliche irre geleiteten Bauern, endlich aber auch von jenen Mannen von Kenntniß und Treue unterstützt werden." Posen, 31. Mai 1848. Im Auftrage der Major und Chef des Generalstabes des 5. Armeekorps. v. Oldberg.

Breslau, 3. Juni. Dir in dieser Zeitung schon mitgetheilte Nachricht, daß der Oberpräsident der Provinz. Hr. Pinder, in seinem Amte zu verbleiben gewilligt sei, bestätigt sich vollkommen. (Bresl. Z.)

** Vom Rhein, 5. Juni. Die militärischen Vorkehrungen, welche schon seit längerer Zeit in der Rheinprovinz getroffen werden, sind in so hohem Grade geeignet, die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, daß es fast wunderbar zu nennen ist, wenn dieselben bis jetzt weder in der Presse noch neuerdings in der „zur Vereinbarung der Verfassung" nach Berlin berufenen Versammlung zur Sprache gebracht worden sind. Es stehen in der Rheinprovinz, mit Ausschluß der beiden nahe liegenden Bundesfestungen Mainz und Luxemburg, gegenwärtig das 13., 15., 16., 17., 25., 26., 27., 28., 30., 34., 35., 38., 39. und 40., zusammen 14 vollständige Infanterie-Regimenter, mehr als drei dritte Theil unserer gesammten Linien-Infanterie, davon ein Theil völlig auf Kriegsfuß und die übrigen in den letzten Tagen durch Einziehung des dritten Theils der Reserven verstärkt; außerdem 3 Ulanen-, 2 Husaren- und 1 Dragoner-Regiment, und diese Kavallerie wird dem Vernehmen nach, nachdem gestern die zuletzt in Köln-Deutz garnisonirenden Husaren weiter rheinaufwärts abgegangen sind, noch um ein weiteres, wie es heißt ein Kürassier-Regiment, vermehrt werden; die Artillerie ist wenigstens schon zur Hälfte mobil gemacht, und was das heißt, mag der eine Umstand deutlich machen, daß eine einem solchen Bataillerie von dem Friedensbestande von 19 Pferden auf 121 gebracht wird. Auch ist für die beiden oben genannten Bundesfestungen eine dritte Kompagnie geschifft, für welche man in diesen Tagen die Ernennung der Officiere erwartet; unsere Festungen endlich

Digitized by Google

werden armirt, die Wälle und Forts sind mit Geschütz besetzt, die leichten Umzäunungen machen den Vallisaden Platz und der Anfang mit der Rasirung des Glacis ist in der Schußlinie der Kanonen allenthalben gemacht, in Saarlouis dieselbe bereits vollständig. Die Besatzungen sind oder werden noch verstärkt und in einem großen Halbkreise, der sich von oberhalb Köln über Koblenz und Trier längs der westlichen Grenze erstreckt, stehen echelonsweise die übrigen Truppen aufgestellt und können in kürzester Frist zusammen gezogen werden. Was bedeutet diese ungewöhnliche Entfaltung von militärischen Kräften gerade hier, fragt man sich erstaunt und nicht ohne eine Beimischung von Besorgniß. Im Norden steht unsere Armee gegen Dänemark im Felde, im Osten kämpfen wir gegen die aufgewiegelten Polen, die Stimmung und Pläne Rußlands sind mehr als zweifelhaft, Schweden hat nur noch Einen Schritt vorwärts zu thun, um sich in offenen Krieg mit uns zu befinden, und der dritte Theil unserer ganzen Streitmacht steht an der entlegensten, westlichsten Grenze, in einer Zeit, wo die französische Nationalversammlung sich wie Ein Mann erboben hat, die Friedensbotschaft Lamartine's zu bekräftigen. Es ist dringend zu wünschen, daß die Staatsregierung Anlaß findet oder nimmt, in dieser Beziehung die öffentliche Stimmung aufzuklären. Ich will Sie nicht behelligen mit den ungereimten und abgeschmackten Gerüchten, welche in unserer Provinz über die Bedeutung und den Zweck jener Maßregeln im Schwunge sind, aber die Aufregung ist leichtgläubig und die Böswilligkeit benutzt Alles; die Regierung möge das bedenken. Als Kuriosität möchte ich übrigens anführen, daß an der limburgischen Grenze und im Herzogthum Limburg selbst allgemein die Meinung verbreitet ist, als diese Rüstungen wären gegen Holland gerichtet; die an der Grenze stationirten preußischen Officiere sind im Limburgischen mehrmals mit so stürmischen Freudenbezeigungen und so offen und laut als „Befreier" von Holland begrüßt worden, daß sie neuerdings, um nicht ernsten Verlegenheiten ausgesetzt zu sein, nicht mehr in Uniform über die Grenze gehen, die sie sonst, zu dem sehr profaischen und gerechtfertigten Zwecke, wohlfeilen französischen Wein zu trinken, fast täglich zu überschreiten gewohnt sind.

**Baiern.** = München, 5. Juni. Es liegt nun der Landtagsabschied vor uns. Die übliche Verabschiedung der Stände durch Prinz Luitpold — der König hatte ihn dazu bevollmächtigt und erschien nicht in eigener Person — fand heute Nachmittag um 12 Uhr Statt. Die meisten Reichsräthe und Abgeordneten waren freilich schon abgereist und blieb ihrer ein Drittel etwa anwesend. Der mehrfach und gedruckte Landtagsabschied selbst zerfällt in 3 Abschnitte. Der erste (bestehend aus 19 Paragraphen) betrifft die Beschlüsse der Kammern über die Gesetzesvorlage, denen nun insgesammt die königliche Sanktion ertheilt ist. Einige reaktionäre und pfäffische Blätter suchten noch auf jede Weise die Sanktionirung des Ablösungsgesetzes zu hintertreiben, schrien über Konfoudatsverletzung und drohten mit Unruhen unter der katholischen Bevölkerung, wenn dieses Raubgesetz, wie sie es nannten, sanktionirt würde. Auch legten bereits die Erzbischöfe von München und Bamberg und die Bischöfe von Augsburg und Regensburg Verwahrung dagegen bei Sr. Maj. ein. Sie machten sich vergeblicbe Mühe. Der §. 11 lautet: Wie bisbeiden den Gesetzentwurf, die Aufhebung der Standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann Aufhebung, Fixirung und Ablösung von Grundlasten betr., unter Genehmigung der von den Ständen hiezu beantragten Modifikationen mit Gesetzeskraft zc. Den dem Gesammtbeschlusse von den Ständen beigefügten Wünschen: 1) jenen Grundholden, welche mit Grundlasten offenbar überbürdet sind und bisbald früher bedeutende Nachlässe erhalten haben, entsprechende Ermäßigung zu gewähren und nur die ermäßigten Beträge bei der Fixation und Ablösung in Anschlag zu bringen; 2) daß die vom Staate in Folge dieses Gesetzes übernommenen Standes- und gutsherrlichen Gerichts- und Polizeibeamten und Diener wo möglich unter Belassung ihres ganzen Gehaltes baldigst verwendet werden sollen, endlich 3) auf diejenigen Gemeinde- und Stiftungsbeamten, welche bei den Stiftungsverwaltungen durch das gegenwärtige Gesetz entbehrlich werden, im Staatsbedürfnisse Rücksicht zu nehmen — werden Wir nach Thunlichkeit entsprechen. In Bezug auf das Wahlgesetz wurden die von der Reichsrathskammer zuerst vorgeschlagenen Anträge bezüglich der Ablegung des Glaubensbekenntnisses des Abgeordnetenkandidaten unmittelbar vor Beginn des Wahlaktes und der Ertheilung des Staatsbürgerrechts an die, welche in Folge intellectueller Thätigkeit eine Einkommensteuer entrichten, die königliche Zustimmung nicht ertheilt. Ersterer Antrag nämlich ward aus Rücksichten für den geordneten und ungestörten Vollzug der Wahlhandlungen, letzterer deßhalb zurückgewiesen, weil dieburch eine verfassungsmäßige Bestimmung auf den Grund eines zur Zeit nur transitorisch angenommenen Gesetzes über die Einkommensteuer abgeändert werden will und überhaupt diese Sache nicht auf dem Modifikationswege hätte angeregt werden sollen. In dem Paragraphen, der über das Preßgesetz handelt, heißt es: Wir finden uns auch unter Bezugnahme auf den §. 5 des Edikts bewogen, mit Gesetzeskraft auszusprechen: „Der Herausgeber einer Zeitung oder periodischen Schrift ist schuldig, in Beziehung auf die in derselben vorgetragenen Thatsachen jede amtliche oder amtlich beglaubigte Berichtigung unentgeltlich, sowie jede andere Berichtigung des Angegriffenen gegen die gewöhnlichen Insertionsgebühren sogleich nach deren Mittheilung in das nächstfolgende Blatt, Stück oder Heft aufzunehmen. Bis zum Erscheinen eines Preßpolizeigesetzes soll der Zuwiderhandelnde auf Anrufen des Betheiligten vom Richter zu einer Strafe von 5 bis zu 25 fl. verurtheilt werden. Bezüglich des weiteren Antrags in Betreff der Napoleonischen Dekrete von 1810 über die Buchdruckereien und den Buchhandel behalten Wir uns die nähere Erwägung mit Rücksichten auf den Umstand, daß Privatrechte und Interessen dabei betheiligt sind, bevor. — Der Abschnitt II. betrifft die Nachweisungen über die Verwendung der Staatseinnahmen, und Abschnitt III. den besondern Wunsch und Antrag, das Allwissenrecht betreffend. Nach einer allgemeinen Betrachtung über die Forderungen der Zeit und die Wirksamkeit der Stände heißt es: „Groß sind die Anforderungen der Zeit, groß die Opfer, welche von der Krone, welche von einzelnen Ständen und Körperschaften, von der ganzen Nation gebracht worden mußten. Aber es galt der zeitgemäßen Fortbildung des Verfassungsrechtes, der Anbahnung einer volksthümlichen Rechtspflege, der Entfesselung des Grund und Bodens und der Förderung der Industrie, es galt dem Schutze des Vaterlandes nach Innen und nach Außen, dem wirksamsten Mittel zur Gründung einer einigen, wahrhaft freien Gesammtvaterlandes zc." Und am Schlusse: „Es ist Unserm Herzen Bedürfniß, Unsern Lieben und Getreuen, den Ständen des Reichs für die Uns in dieser schweren Zeit vielfach bethätigten Gesinnungen treuer Anhänglichkeit und warmer Vaterlandsliebe und für den rastlosen Eifer, mit welchem Sie der Erfüllung Ihres eben so wichtigen als schwierigen Berufs obliegen, Unsere wohlgefällige Anerkennung auszudrücken und die Versicherung unserer besondern landesväterl. Huld und Gnade zu ertheilen. Maximilian. Gegengez. v. Thon-Dittmer. Heinrz. Lerchenfeld. Weishaupt. Graf v. Bray. v. Strauß, Staatsrath." — Die Gallerien und alle Plätze des Ständehauses waren gedrängt voll. Alles lauschte aufmerksam dem den Landtagsabschied verlesenden Ministerialkommissär. Die Stimmung, die der Landtagsabschied hervorbrachte, schien im Ganzen eine befriedigende zu sein. Ich bemerke nur noch folgenden Passus in §. 2, die Annexirung betr.: „Dem Wunsche Unserer Stände, dem Dr. Eisenmann und dem ehemaligen Bürgermeister Behr für ihre materiellen, in Folge der gegen sie eingetretenen strafrechtlichen Verhandlungen erlittenen Verluste eine billige Entschädigung zu gewähren, sind Wir durch eine bereits bewilligte Vergütung entgegengekommen".

|| München, 5. Juni. Die Stimmung unter den Studenten war gestern eine ziemlich gereizte, und man befürchtete Zusammenrottungen. Gestern wurde nämlich in der Michaelskirche ein Student während der Predigt mißhandelt, weil er sein Mißfallen mit dem Inhalte dieser — der Pfarrer schimpfte über die Wiener Studenten — durch eine Bemerkung zu seinem Nachbar zu erkennen gab. Heute ist übrigens Alles wieder ruhig. Uebrigens gährt es ziemlich auch unter den Arbeitern.

**Sachsen.** * Dresden, 1. Juni. In den letzten Tagen hatten wir aus unbedeutender Veranlassung der Verhaftung eines Handwerksburschen einen kleinen Straßenauflauf. Sonst ist bei uns Alles ruhig und geht seinen gesetzlichen Gang. Das neue Ministerium findet im Volke und in den Kammern, die eben jetzt versammelt sind, eine kräftige Stütze, obgleich es mit den Reformen nur sehr langsam und, wie uns scheint, ängstlich vorwärts geht. Das neue Wahlgesetz befriedigt keineswegs. Es läßt die erste Kammer unberührt, die bei uns wegen ihres fürchtbar starren Stabilismus so verhaßt ist, daß mit vielleicht die meisten Freunde des Einkommensystems in Deutschland zählten. Daher sind auch schon viele Petitionen gegen das Zweikammersystem eingegangen. Das Wahlgesetz nimmt ferner noch indirekte Wahlen an, beschränkt die passive Wahlbarkeit auf das 30. Jahr und gibt nur 75 Vertreter für die 2. Kammer. Im Uebrigen vereinfacht es das Wahlgeschäft, kennt es keine Abhängigkeit von Stand, Census, Glaubensbekenntniß und läßt auch die Wahlen nicht mehr auf die im Bezirk Wohnenden beschränken. An den Gedanken der Einkommensteuer, die bisher der Popularität des Ministeriums schaden zu wollen schien, gewöhnt man sich auch allmählich und schon sind die Schätzungen im vollen Gange. Der Landtag selbst wird hauptsächlich das Wahlgesetz, die Trennung der Verwaltung von der Justiz

Digitized by Google

und die Umänderung der Untergerichte Behufs Einführung der Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Schwurgerichte, sowie einige finanzielle Dekrete, worunter die Einkommensteuer, die Unterstützung der Arbeit zu berathen haben, sonst hat der Minister von der Pforden auf eine gestern an ihn gerichtete Interpellation erklärt, solle er durchaus Nichts bringen, was zu Kollision mit der Frankfurter Nationalversammlung führen könnte. Uebrigens ist dieser Landtag sehr arm an geistigen Kräften. Wie haben unsere hervorragendsten parlamentarischen Talente theils im Ministerium, theils beim Bundestag (Todt) und Reichstag. Daher sind viele Stellvertreter eingerückt, die nicht zu den Glänzenden gehören und selbst die Lehren der Rabitalen, Behner, Taschirner, Oetzlig u. s. w. sind theils noch zu neu, theils noch zu arm an Ideen, um Wirkung hervorzubringen. Dies sah man deutlich an der Adreßdebatte. Hier war das Einkammersystem beworwortet, aber scheiterte an der Vertheidigung wie an der ungeschickten Fassung, die eine Art von Kabinetsfrage daraus machte, und so war es noch ein Glück, daß der ganze Adreßentwurf durch ein Zusammenraffen der Liberalen mit 34 gegen 30 Stimmen verworfen wurde, da er unter diesem Punkte — Nichts enthielt, was der Mühe werth gewesen wäre. Das Land hat auch kein Vertrauen zu dieser Majorität und erwartet sein Heil erst von dem nach dem neuen Wahlgesetz gewählten Landtag, der Anfangs Winters zusammentreten wird.

Leipzig, 5. Juni. Aus zuverlässiger Hand geht uns die Nachricht zu, daß, nachdem der Bau der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn auf ihrem Anschluß an die thüringer Bahn sich auffallend lang verzögert hat, endlich das Hinderniß beseitigt, der Anschlußpunkt bestimmt und der Vertrag in diesen Tagen ratifizirt worden ist, so daß nunmehr der Bau beider Bahnen mit Nachdruck seinem Ende entgegengeführt wird. (D. A. Z.)

∨ Vom Rhein. Mehrfachen verbürgten Nachrichten zufolge haben die wühlerischen Freischärler, welche bereits um die Osterzeit den Oberbadnern mit dem Schwert das Heil ihrer Republik bringen wollten, auch in ihren von der deutschen Grenze entfernten Wohnorten den Gedanken an ähnliche Unternehmungen noch keineswegs aufgegeben, obgleich sich schon eine Reihe von vorreligen, aber hier und da zeglandten Gerüchten als unbegründet erwiesen hat, und schon mancher zuversichtlich bestimmte Termin ohne Unheil vorübergegangen ist. Diese Leute suchen die enge Verbindung mit gewissen leitenden Klubs, welche zur Förderung ihrer verbrecherischen Absichten die Revolution mit allen Mitteln in ganz Europa zu verbreiten und zu erhalten suchen und nach der Ansicht der meisten Franzosen schon öfter das Signal zu gleichzeitigen Aufständen an verschiedenen Orten gegeben haben. Namentlich wird der sogenannte Versailler Klub, der übrigens in Paris seine Sitzungen hält, als derjenige bezeichnet, welcher die zusammentreffenden Aufstände und Aufstandsversuche in Wien, Neapel, Paris und Berlin aus der Ferne kommandirt habe. Ebenderselbe soll auch schon vor etwa drei Wochen mehrere Kisten mit Waffen über Forbach nach Frankfurt geschickt haben. Diese propagandistischen Klubs sind größtentheils aus dem demokratischen Polenkomite hervorgegangen, und ihre vor der Ausfuhr auf das sorgfältigste gesichteten Mitglieder sind bereits über ganz Europa verbreitet. Nicht wenig Deutsche, Italiener, Polen zählen sie zu den Ihrigen. Außer diesen Klubs, welche die Revolution durch unmittelbare Anwendung von Waffengewalt zu fördern suchen, gibt es auch fortwährend noch andere Vereine, welche auf dem Wege der Verdächtigung und Verleumdung das Ansehen der bestehenden Regierungen planmäßig zu untergraben suchen, jedoch für den Fall ihres Sieges dem Volke das glorreichste Eldorado verheißen. Hierzu passen ganz vortrefflich die gedruckten propagandistischen Traktätlein und Sagen, welche vermalen in den Gegenden des Mittelrheins unter den Landleuten verbreitet werden. Sie werden zwar von den gläubigen Inhabern dem exoterischen Neugierigen nicht mitgetheilt; aber so viel hat mir die gemüthliche Redseligkeit dem doch verrathen, daß Hecker darin als ein neuer Gott gefunden Heiland gefeiert wird, welcher jetzt seine Prüfungen zu bestehen habe, aber bald mit den erlösten Seinen in seine ferne Heimlichkeit einziehen werde. Wer freilich das vertrauliche Glaubensbekenntniß Heckers kennt, wird an seinem messianischen Berufe irre werden.

* Aus Thüringen, 4. Juni. Wie es Instinkte gibt, so auch gibt es politische Morde, und Deutschland hat deren aus den jüngst verflossenen Decennien eine große Zahl aufzuweisen. Aber die Zeit der Sühne ist auch hier angebrochen, wo an noch nicht Heimgegangenen das Verbrechen gefühnt werden kann. Die Göttinger Sieben sind zurückbernfen, die ins Ausland Verbannten amnestirt, die politischen Gefangenen befreit, die vom Amte Entlassenen wieder eingesetzt und die Namen Arndt, Welcker, Dahlmann, Grimm, Jahn, Jordan, Albrecht, Benedey, Beyer, Eisenmann glänzen als Sterne erster Größe am Dome zu Frankfurt, von welchem das wiedergeborene, zur Einheit und Einigkeit strebende gesammte Deutschland auf Jahrhunderte sein Heil sehnsuchtsvoll erwartet. — Nur ein Name ist noch nicht genannt unter den Märtyrern der Freiheit, den Helden der Reformation des 19. Jahrhunderts: Oken. — Von Jena nach der Wartburgsfeier des Jahres 1817 entrissen, zwischen Scylla und Charybdis, der Absetzung von seiner Stelle oder der Aufhebung seiner Ziss, schwankend von beiden verschlungen und mit doppelter Ruthe, mit Absetzung und Konfiskation der Ziss bestraft, zog er Jahrelang irrend in Deutschlands Fluren umher, fiel in München in das Netz der Klassenherrschaft und fand endlich ein irrigerisches Asyl in der Fremde zu Zürich, zwischen den Bergen der Schweiz die Freiheit suchend, und jetzt täglich der Erfahr ausgesetzt, im Lande der Freiheit dem Hasse der freien Schweizer gegen die deutschen Freien zu erliegen. — Wann wird Deutschland seine Schuld lösen, auch diesen Verstriebenen zurückzurufen? Wann wird das Vaterland seine Thore öffnen einem der edelsten seiner Söhne im Reiche der Geister, der Deutschlands Ruhm bis in alle Weltheile trug? Wann wird Ihlringen, und in den thüringischen Gauen Weimar vor Allen, welches ihm Brod und Herd raubte, die Schmach sühnen und durch ehrenvolle Rehabilitation eines der Koryphäen der gelehrten europäischen Welt dem gesammten Vaterlande auch hier beweisen, daß die eiserne Ruthe, die den unpolitischen Politiker erbarmungslos züchtigte, zerbrochen ist? — Wir fragen im Namen Deutschlands und aller seiner Söhne der Freiheit, im Namen des großen und schönen Vaterlandes, dessen Ehre durch Okens Ausweisung dieselbe und jenseit des Weltmeeres gefährdet ist, wann wird Deutschlands Ehre restituirt und auch dieser verstriebene Edle dem Vaterlande wiedergegeben werden, dem er im Geiste und in der Wahrheit nie entfremdet gewesen und geworden ist?

∂ Frankfurt am 6. Juni. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der Nat.-Verf. standen bloß Berichterstatter. Es lagen aber nur Berichte des Prioritätsausschusses über die Verweisung einer Reihe von Anträgen an die betreffenden Kommissionen vor, welche, ohne vorgelesen zu werden, dem Drucke überwiesen wurden. Der Präsident machte hierauf die Anzeige, daß die preuß. Post die unentgeltliche Besendung der Verhandlungen der Nat.-Verf. besorge und den Abgeordneten Portofreiheit gestatte. Welcker macht eine Bemerkung über die Verbreitung ganz entstellter Nachrichten über die Verhandlungen der Nat.-Verf. und wünscht deßhalb eine schnellere Ausgabe der stenographischen Berichte. Nachdem noch einige Aufstellung an dem gedruckten Verzeichnisse der Mitglieder gemacht, von mehreren Abgeordneten die schnelle Erledigung des Antrags in Bezug auf die schleswig-holstein'schen Angelegenheiten gefordert, und hierauf von dem Präsident ein Brief von Lelewel über die Polensache an die Nat.-Verf. vorgelesen war (ich werde Ihnen denselben morgen mittheilen), schien die Sitzung am Mangel an Stoff sich von selbst aufzuheben. Da überzog der Abg. v. Auerswald folgende Erklärung an die Nat.-Verf. an den Präsidenten, welche dieser sogleich verlas: „In der Sitzung vom 27. Mai hat der Abg. für Leipzig R. Blum bei Gelegenheit eines Vortrages über die Souveränetät der hohen deutschen Nationalversammlung die Behauptung aufgestellt, die königl. preußische Regierung habe auf einen Antrag von Sachsen Meiningen, die Plenarbundesversammlung einzuberufen, um in ihr ein Gegengewicht gegen die hohe deutsche Nationalversammlung in Frankfurt für die Regierungen zu besitzen, dieß als nicht zum Ziele führend abgelehnt, dagegen den Rath ertheilt, möglichst viele einzelne Landtage in den einzelnen deutschen Staaten zu berufen, um durch dieselben die Kraft der deutschen Nationalversammlung zu schwächen. Der genannte Abgeordnete hat für diese Behauptung keinen Beweis irgend einer Art beigebracht; er gab nur vor, den Inhalt derselben auf vertraulichem Wege von einem deutschen Minister oder Diplomaten erhalten zu haben, welchen zu nennen er indeß auch nicht angemessen erachtete. Der Unterzeichnete, wenn schon dieser Behauptung keinen Glauben schenkend, welche offenbar den guten Willen der preußischen Regierung gegen die Nationalversammlung und gegen das von ihr vertretene deutsche Volk verdächtigt, ja, welche der preußischen Regierung Mangel an Treue und Glauben dem deutschen Volk gegenüber vorwarf, war dennoch bemüht, jede mögliche Aufklärung über das von dem Abg. Blum behauptete Faktum sich zu verschaffen. Das Resultat dieser Bemühung ist eine unter dem 1. d. M. von dem königl. preuß. Minister der auswärtigen Angelegenheiten v. Arnim zu Berlin gegebene Erklärung folgenden Inhalts: „Die preuß. Regierung hat weder bei der ersten, von Frankfurt ausgegangenen Einleitung zur Berufung der deutschen Nationalversammlung noch bei irgend einer andern Gelegenheit einer deutschen Regierung in Beziehung auf das Verfassungs-

Digitized by Google

werk irgend einen Rath, geschweige denn den Rath ertheilt, die Frankfurter Nat.-Verf. durch Landtage in den einzelnen Staaten zu schwächen oder zu paralysiren. Wenn dessen ungeachtet in Frankfurt behauptet wird, Preußen habe sich durch derartigen Rath eines Verrathes an der deutschen Sache schuldig gemacht, so muß eine solche Behauptung als verleumderisch bezeichnet werden; Diejenigen aber, die sich nicht scheuen, dergleichen Behauptungen vorzubringen, werden zur Führung des Beweises durch Vorlagen der angeblich zu Grunde liegenden Aktenstücke aufzufordern sein.“

„Der Unterzeichnete bittet, die h. d. Nationalversammlung wolle hiervon Kenntniß nehmen“.

„Frankfurt, 4. Juni 1848. v. Kuerswald“.

Durch diese von der rechten Seite mit großem Beifall aufgenommene Erklärung war die Lebhaftigkeit der Versammlung in vollem Maße wieder hergestellt. Blum stellt in Abrede, daß er die in der Erklärung angeführten Ausdrücke gebraucht habe und beruft sich auf den stenographischen Bericht. Der Erklärung des preußischen Ministers stehe die Privatmittheilung eines andern Ministers entgegen. Die Versammlung möge die Akten von beiden Ministern einfordern und dann urtheilen. (Die Gallerie klatscht.) v. Binde: der angebliche Privatmittheilung eines Ministers, dessen Name nicht genannt werden wolle, stehe eine officielle Mittheilung eines konstitutionellen Ministers, welcher für das, was er hier mittheile, verantwortlich sei, entgegen. Die Versammlung werde sich an diese halten. Nicht die Nationalversammlung habe Aktenstücke zu weiterer Beweisführung einzufordern, sondern das Mitglied, welches die Beschuldigung vorgebracht, habe sie herbeizuschaffen; das sei es seiner eigenen Ehre schuldig. Nachdem noch von einem andern Abgeordneten die Verdächtigung gegen die preußische Regierung hervorgehoben worden, vertheidigte sich Blum gegen diese ihm unterlegte Absicht und meine, jede von einem Minister der Nationalversammlung gemachte Mittheilung sei als eine Privatmittheilung zu betrachten. (Die Gallerie klatscht.) Der Präsident sagt, er werde einen Protokollauszug über die betreffende Aeußerung des Abgeordneten von Leipzig machen lassen und sodann die Erledigung dieser Sache auf die nächste Tagesordnung bringen.

Indessen war auf Veranlassung des Abg. Ruge ein Manifest des slavischen provisorischen Zentralkomitees in Prag an die Nationalverf. unter den Mitgliedern vertheilt worden. Diese unmittelbar vor der Eröffnung des sogenannten „slavischen Vorparlaments“ in Prag erlassene Manifestation des Panslavismus enthält unter andern folgende Stelle:

„Deutschland spricht einen bedeutenden Theil der österreichischen Monarchie als zum deutschen Bunde gehörig an. Der österreichische Bundesstaat kann wohl als vollkommen souveräner Staat mit Deutschland, es sei dieses nun ein deutscher Volks- oder Fürstenbund, in diplomatischen Beziehungen stehen, aber wir Slaven können uns nie dazu hergeben, die Souverainetät der österreichischen Monarchie dadurch zu vernichten, daß wir entweder uns selbst oder einen andern Theil der Monarchie einem fremden Staate einverleiben. Nie und nimmermehr wollen wir die Souverainetät Deutschlands über uns anerkennen. Kaiser und König Ferdinand ist und bleibt unser alleiniger Souverän wie bisher. Ueber ihn erkennen wir keine zweite Autorität, er allein ist unser Staatsoberhaupt und zwischen ihm und uns gibt es kein anderes Volksorgan als die uns zustehenden Parlamente. Diese tragen die Wünsche oder Klagen des Volkes dem Kaiser und König unmittelbar vor, und Er allein sanktionirt die auf unseren Landtagen votirten Gesetzesvorschläge. Nie werden wir den Frankfurter Beschlüssen eine für uns bindende Kraft zuerkennen. Darum protestiren wir feierlichst gegen alle und jede Schritte, welche in Oesterreich zur Beschickung des Frankfurter Bundestages, ob mit, ob ohne ministerielle Zustimmung, vorgenommen worden sind.“

Diese Aeußerungen veranlaßten mehrere Abgeordnete auf den Beschluß der letzten Sitzung in Betreff dieser Angelegenheit zurückzukommen, und den Oesterreich'schen Antrag, daß eine Kommission zur Begutachtung der Mittel, um dem Nationalwillen in Böhmen Nachdruck zu geben, niedergesetzt werden solle, wieder aufzunehmen. Dabei wurde abermal das Dringlichkeit der schleunigsten Errichtung einer Zentralgewalt hervorgehoben. Wiesner theilt mit, daß sich das Ministerium in Wien gegen die Errichtung einer provisorischen Regierung in Prag ganz entschieden ausgesprochen, und deßhalb sehr energische Cirkularien an alle Regierungsbehörden erlassen habe. Es sei jetzt dringende Pflicht, die Regierung in Wien zu unterstützen und zu kräftigen. Die Nationalversammlung solle sich offen, frank und frei gegen das slavische Manifest aussprechen.

Reitter aus Böhmen will den Grundsatz der Unverletzlichkeit der Integrität des deutschen Bundesgebietes sogleich von der Nationalversammlung ausgesprochen wissen, wogegen sich Beuedey erklärt, weil er diese Unverletzlichkeit gar nicht in Frage gestellt wissen will. Hr. v. Wartensleben will keine besondere Kommission für die slavische Sache. Die Slaven würden, wenn man sie sich selber überlasse, nie einig werden, das lehre die Geschichte; sie werden es nur, wenn man sich ihnen entgegensetzt. Ohnehin heißen Worte hier Nichts, sondern nur Thaten. Rauwerk aus Berlin redet von dem nahen Untergang des österreichischen Staates (heftige Unterbrechung von den Oesterreichern und vielen Andern), von der Thorheit der österreichischen Regierung (Tumult — auf eine Zurechtweisung des Präsidenten erklärt er, daß sei keine Beleidigung), von dem Unrecht Oesterreichs in Italien; die weiteren Angriffe auf Oesterreich kann man vor dem steigenden Tumult nicht mehr hören. Ruge spricht von der Verachtung der slavischen Revolution in bewerkenswerther Uebereinstimmung mit dem slavischen Manifeste. Er hält den nationalen und territorialen Gesichtspunkt, den alle bisherigen Redner festgehalten hätten, für einen veralteten und den despotischen Zeiten angehörigen. Diese Politik sei gefärgt. Die Völker konstituiren sich jetzt frei, wie sie wollen, und Niemand dürfe sie hindern. Dann mögen sie sich an einander anschließen, wie es ihnen gefällt. Es gehe jetzt nur noch ein freies Föderationssystem aller Nationen. So möge man eine Verbrüderung mit den Slaven anbahnen. Aber man dürfe sie nicht zwingen, bei Deutschland zu bleiben, wenn sie nicht wollen, keinen Krieg deßhalb mit ihnen anfangen; das wäre ein Krieg, nicht um die Freiheit zu gründen, sondern um sie zu stürzen. (Die Gallerie macht Miene zu klatschen, gibt es aber wieder auf.) v. Mühlfeld aus Wien macht darauf aufmerksam, daß das Manifest nicht von dem Slavenkongreß, sondern nur von dem provisorischen Komite sei; es sei vom 27. Mai datirt, während der Kongreß erst am 31. zusammengetreten sei. v. Neumayl knüpft hieran die weitere Bemerkung daran, daß dieses Komité von Niemand gewählt sei, sondern sich selbst gesetzt habe; es werde daher der Würde der Nationalversammlung nicht angemessen sein, es zu berücksichtigen. Die österreichische Regierung sei allerdings in diesem Augenblick schwach, wie das in allen Staaten der Fall sei, welche in einem Zustande der Revolution sich befinden. Aber sie werde durch eine freie Verfassung erstarken. Die Regierung sei aufrichtig und wolle nicht betrügen. Ein böser Dämon habe sich zwischen sie und das Volk gedrängt, aber das Volk werde fest an sie halten und über die Aristokratie Meister werden. Slotra aus Mähren, warnt davor, daß man die Bedeutung des slav. Komites nicht zu gering schätze. Es bestehe aus den hervorragendsten Führern des Panslavismus, und seine Vorschläge werden von dem Kongresse adoptirt werden. Wir wollen keine Feder haben, die österr. Regierung gegen die slav. Erhebung zu unterstützen. Eine Deputation aus Brünn habe bereits erklärt, daß sie sich mit Wien verbinde. Die Nationalversammlung solle eine besondere Kommission für diese Angelegenheit erwählen, und diese möge dann Vorschläge machen, was zu thun sei; man solle sich nicht davor schenen, den Knoten mit dem Schwerte zu lösen. Der Beschluß der vorigen Sitzung wird nunmehr von der Versammlung dahin abgeändert, daß nicht die Zentralkommission, sondern eine besondere hierfür zu wählende Kommission schleunigst über die österreichisch-slavische Angelegenheit, so weit es sich um die deutschen Bundesländer handelt, ein Gutachten abgeben solle.

Frankfurt, 5. Juni. In Folge eines Berichts des Generals v. Wrangel über die Zurückziehung der deutschen Truppen aus Jütland und einem Theile von Schleswig und in Gemäßheit einer Mittheilung des Gesandten von Holstein über das verzögerte Eintreffen der vollen Kontingente des zum Kriege aufgebotenen zehnten Bundes-Armeekorps stellt der gemannte Gesandte den Antrag, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Vervollständigung der Bundesarmee in ihrer ganzen Kontingentsstärke zu veranlassen. Es wird hierauf beschlossen, eine aus dem Gesandten von Baiern und dem Vorstand der dem Bundestage beigegebenen Militärkommission bestehende Kommission an die betreffenden Regierungen abzusenden, um an Ort und Stelle zu untersuchen, ob und welche Hindernisse der Erfüllung der Bundespflicht im Wege stehen und die Beseitigung derselben so schnell wie möglich zu bewirken. Da zugleich der General von Wrangel die von seiner Armee genommene Stellung angezeigt und um weitere Instruktionen gebeten hatte, so wurde beschlossen, ihm unter Berücksichtigung von der vorhin erwähnten Verfügung und der hiernach zu erwartenden schleunigen Verstärkung zu erwidern, daß der Bundesversammlung keine politischen Gründe vorliegen, welche der Wiederbesetzung der geräumten Landestheile entgegenstehen, und der General v. Wrangel die Befreiung des von den dänischen Truppen neuerlich besetzten Theils von Schleswig zu bewirken wissen werde. — Es wird

Digitized by Google

ein Schreiben des Festungs-Gouvernements von Mainz zur Kenntniß der Versammlung gebracht, wornach der Zustand der Bundesfestung immer mehr die ordentliche Gestalt annimmt, indem die Beschränkungen, welche vom Gouvernement festgehalten werden, nur noch das Tragen von Waffen und die Versammlungen im Freien betreffen und im Uebrigen alle polizeilichen Maßregeln in die Hände des Territorial-Kommissärs gelegt worden sind. — Der preußische Gesandte liefert die Nachweise über die Maßregeln, welche in Folge des Bundesbeschlusses vom 20. April zum Schutz der Ostseeküste getroffen worden sind. — Der baierische Gesandte übergibt eine Uebersicht des Eisenbahnbaues und dessen Beziehung auf die Wehrhaftigkeit des deutschen Bundes. Es wird dies der Militär-Kommission zur Nachricht zugefertigt. — Auf einen Vortrag des Revisions-Ausschusses, wornach die 17 Vertrauensmänner die Berathung ihrer Arbeiten anzeigen und um Enthebung von ihren Funktionen bitten, wird beschlossen, die Auflösung dieser Kommission auszusprechen und derselben den Dank der Bundesversammlung für ihre Thätigkeit auszudrücken. — Auf den Antrag des Marine-Ausschusses in Betreff der von dem Marine-Ausschuß der Nationalversammlung gewünschten Mittheilung von Materialien über die Marine, wird beschlossen, zur Beförderung dieser Angelegenheit den Marine-Ausschuß der Bundesversammlung zu ermächtigen, mit dem Vorsitzenden des Marine-Ausschusses der Nationalversammlung hinsichtlich solcher Mittheilungen in unmittelbaren Verkehr zu treten.

## Großbritannien.

London, 5. Juni. Im Hause der Lords brachte Brougham am 3. Juni die in letzter Zeit stattgehabten chartistischen Demonstrationen zur Sprache, woburch während der vergangenen Woche die Ruhe der Hauptstadt in so bedauerlicher Weise gestört worden sei. Der um Worte nie verlegene Redner konnte nicht Ausdrücke genug finden, um seinem Unmuth über diese mysteriösen nächtlichen Gangmärsche, diese bald in fast militärischer Ordnung ausgeführten, bald in Schlägereien ausartenden Umzüge, Luft zu machen. Daß man sich versammle, um zu diskutiren, könne er begreifen, aber diese Umzüge, die man höchstens peripatetische Diskussionen nennen könne, seien nur eine traurige Nachahmung eines Systems, welches jetzt zum Skandal für ganz Europa in Paris an der Tagesordnung sei. Der Herzog von Wellington beklagt sich in ähnlicher Weise, Einwohner und Truppen würden durch diese Demonstrationen in Athem und Angst erhalten, dem Geschäftstreiben und Handel Abbruch gethan, der Verdienst gestört, der Müßiggang gefördert. Von Seite der Regierung suchte der Marquis von Landsowne die Befürchtungen der ältern Herren durch die Versicherung zu beschwichtigen, daß die Regierung diesen tumultuarischen Vorgängen, die in London, der gewerbfleißigsten Stadt der Erde, doppelt unerträglich seien, ihre ernsteste Aufmerksamkeit gewidmet habe. Auf eine Anfrage Lord Stanleys in Betreff der spanischen Angelegenheit bemerkte der Marquis von Landsowne, „daß allerdings während der letzten Tage weitere Erläuterungen in dieser wichtigen Angelegenheit der Regierung zugekommen, die aber durchaus nicht hinreichten, den auffallenden Schritt der spanischen Regierung gegen den englischen Gesandten zu erklären. Es werde darüber noch weiter verhandelt, und die Regierung werde im geeignesten Augenblick nicht zögern, alle diese schwierige Angelegenheit betreffenden Aktenstücke dem Hause vorzulegen." Im Unterhause hielt Sir Charles Lemon mit großem Beifall aufgenommene Rede für die Aenderung der bestehenden Getreidegesetze. Die Debatte, auf die wir später nach ihrer Erledigung im Zusammenhange zurückzukommen gedenken, wurde dann abermals vertagt.

Nachträglich ist zu bemerken, daß die Minister am 30. abermals eine kleine Niederlage erlitten. Ein Antrag auf Ernennung eines Specialkomités zur Untersuchung gewisser nachtheiliger Folgen der irischen Armengesetze wurde mit einer Mehrheit von 6 Stimmen angenommen, obschon sich Marquis von Landsowne dem Antrage lebhaft widersetzt hatte.

London, 6. Mai. Die Schwierigkeiten der irischen Revolution — denn kann man eine so mächtige und unabhängige Bewegung der irischen Geister und Herzen anders nennen — sind mit der Verurtheilung und Beschaffung Mitchells für die englische Regierung nicht beseitigt und kaum verringert. Was man erwarten durfte, geschieht; Irland saugt aus seiner Verurtheilung neuen Groll und Gift gegen England, sein Schicksal wird zur Bedeutung eines Märtyrerthums erhoben, der gleiche Weg wird von denen betreten, welche um dieses Märtyrerthums willen gern ein paar Jahre Verbannung dulden, wenn es ihnen nur gelingt, der englischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, endlich reichen sich die verschiedenen Parteien über den gefällten Rechtsspruch hinweg, verbrüdert die Hände. Bezeichnend hierfür war die am 29. Mai in der Versöhnungshalle stattgehabte Versammlung des Repealvereins. Selbst J. O'Connell, der sich früher mit der Tendenz Mitchells wenig einverstanden erklärte, sodaß ihn jetzt als einen der reinsten Patrioten, mit dem Vaterland vielleicht nicht gerade vorsichtig genug, aber nur zu sehr geliebt habe. Sein Beispiel und Schicksal würden nur dazu dienen, die Sympathien und Kraftanstrengungen des irischen Volks zu verstärken und die Parteien zu vereinigen. Er sei erst heut früh von Hrn. O'Briens Krankenbett gekommen — denn noch sei dieser ehrenwerthe Herr von seinen in Limerick erhaltenen Verletzungen nicht ganz hergestellt — und es solle ihn nicht überraschen, wenn O'Brien bei der nächsten Versammlung in diesem Saale erscheinen sollte (Großer Beifall). Seiner Meinung nach hätte nicht John Mitchell, sondern das englische Ministerium an dessen Stelle in der Loge des Angeklagten erscheinen sollen; das gegenwärtige Parlament ihne für Irland Rikes, schändete betreffe es Zwangsgesetze zur Unterdrückung seiner Freiheiten u. s. w. Unter den von Hrn. Galway beantragten Beschlüssen befanden sich folgende: Drei dem letzten Proceß der Königin gegen John Mitchell war die Jury von den bekannten Gegnern des Angeklagten betroffen; der Ausspruch dieser Jury ist mithin für Mitchells Schuld kein Beweis; die auf diesen Ausspruch gegründete Strafe ist eine Handlung der Willkürherrschaft, ein vermittelst einer bestochenen Jury gegen das Leben und die Freiheiten der Irländer geführter Streich; Irlands Pflicht ist es, die Familie Hr. Mitchelles als die seinige zu betrachten und für ihr Wohl und ihre Erziehung so lange durch öffentliche Beiträge zu sorgen, als die Abwesenheit desselben dauern wird. Schließlich drückte J. Nugent seine Befriedigung darüber aus, daß das irische Volk die Schlechtigkeit seiner Feinde dadurch zu Schanden gemacht, daß es sich keinem gewaltthätigen Ausbruch seiner Entrüstung überlassen habe, denn da gerade sei es, worauf England gerechnet. Es ist auch nicht zu läugnen, daß der jetzige durch alle möglichen Mittel unterhaltene Erbrückungszustand der irischen Insel für die englische Regierung viel drückender und peinlicher ist, als je der offene Ausbruch sein würde, dessen Dämpfung durch Waffengewalt muthmaßlicherweise Anlaß gäbe, über dem schon genug geplagten Lande eine schärfere Zuchtruthe walten zu lassen als bisher. Auch im Parlamente wurde die Mitchell'sche Angelegenheit am 29. Mai zur Sprache gebracht. Der Irländer Grattan sowohl als der Quäker Bright sprechen ihre Besorchtung aus, daß die Verurtheilung Mitchells keineswegs den günstigen Erfolg haben werde, den sich die Regierung davon versprecht, eher den entgegengesetzten, und Grattan, der eben aus Irland zurückgekehrt, schilderte die dort herrschende Stimmung als sehr bedenklich, auch sei nicht zu läugnen, daß dort mit Zustimmung der Regierung manchmal schmähliche Dinge vorgefallen seien. Andere Redner sprachen wenigstens ihre Ansicht dahin aus, daß man, wie es scheine, bei Zusammensetzung der Jury gewisse Bestimmungen des englischen Gesetzes umgangen habe.

Ein Dubliner Schreiben im Morning Chronicle enthält die Mittheilung, daß Hr. Mitchell (der nicht wie es gestern durch einen Schreibfehler hieß, zu 14jähriger Gefängniß-, sondern Deportationsstrafe verurtheilt ist) bereits am 31. Mai auf einem Dampfboot nach den Bermudas abgeführt wurde. Zugleich werden die Gerüchte über angebliche harte Behandlung des Verurtheilten amtlich und aufs Entschiedenste widerlegt; die Ketten seien ihm bald nach seiner Ankunft auf Spike-Island abgenommen, keine Strafsträflingskost angethan und jede nur irgend gestattete Erleichterung zugestanden worden. Mitchell selbst habe sich darüber freundlich und dankbar ausgesprochen.

Neuen Grund zur Aufregung und Erbitterung gegen Spanien findet die englische Presse in der Verhaftnahme des englischen Oberstен Bristowe, welcher ohne weiteren ihm bekannten Anlaß in Madrid 36 Stunden unter allerlei Gesindel eingesperrt saß und erst auf die dringendsten Vorstellungen und Bemühungen Hr. Otways, welcher jetzt die Geschäfte eines englischen Beauftragten, doch ohne amtlichen Charakter, interimistisch verwaltet, freigelassen wurde. Narvaez sowohl als der Madrider Polizeichef läugneten zwar alles Mißwissen und Mitwirken ab; doch verdient erwähnt zu werden, daß sich dieser alte englische Officier in Madrid aufhielt, um gewisse Verhandlungen, welche sich zum Jahr 1823 hinaufreichen, bei der spanischen Regierung geltend zu machen. Man weiß, wie England seine Unterthanen im Auslande schützt, und welchen Vortheil es aus solchen Vorgängen zu ziehen weiß. Es scheint ein Fatum über denjenigen zu walten, welche mit der englischen Diplomatie anzubinden wagen; Ludwig Philipp stürzte, nachdem er mit England wegen der spanischen Heirathen zerfallen, Sicilien trennte sich von Neapel, nachdem die neapolitanische Regierung die englischen Schiffe unter Quarantäne zu stellen versucht, Kolettis starb, Ministerien sanken in Spanien und Portugal, nachdem

Digitized by Google

## Böhmen, deutsches Reichsland.

H Böhmens Gewässer verringen sich im Mittelpunkte des Landes zu einem Strome, der Elbe, dessen Lauf den innern Kessel des Königreiches und seine Verkehrsinteressen mit dem nördlichen Deutschland in natürliche Verbindung bringt. Dieser innere Landestheil gerade ist, bis auf die Sweerschlüsse, vorwiegend von Czechen bewohnt, während rings der Gebirgskranz umher, der eine natürliche Trennung vom übrigen Deutschland bilden könnte, von Deutschen germanischer Abstammung bewohnt wird; nur östlich nach Mähren zu, das seinerseits wenig Sympathie für den Panslavismus bekundet, steht das czechische Element mit dem slavischen im Zusammenhang. Jene natürliche Verbindung Böhmens mit Deutschland ist auch durch die Macht der Jahrhunderte, durch eine tausendjährige Geschichte, durch Staatsverträge und Kultur unwiderruflich vollzogen und geheiligt, sie könnte nicht gelöst werden, ohne die heiligsten Rechte und Verträge zu verletzen, ohne einen politisch-nationalen Selbstmord zu begehen.

Boja, Baier, Baiern, Bajoarii, Bajuvarii, Baiowarii, Bojoarii, Boiarii, Boiowarii, Boiovarii, Bojovarii, Bojowarii, Bojuvarii, Bojvarii, Bojwarii, Boyarii, Boyowarii, Boyovarii, Boyuvarii, Boyvarii, Boywarii, Bujovarii, Bujowarii, Bujuvarii, Bujvarii, Bujwarii, Byovarii, Byowarii, Byuvarii, Byvarii, Bywarii, Vojovarii, Vojowarii, Vojuvarii, Vojvarii, Vojwarii, Voyovarii, Voyowarii, Voyuvarii, Voyvarii, Voywarii, Vujovarii, Vujowarii, Vujuvarii, Vujvarii, Vujwarii, Vyovarii, Vyowarii, Vyuvarii, Vyvarii, Vywarii, Wojovarii, Wojowarii, Wojuvarii, Wojvarii, Wojwarii, Woyovarii, Woyowarii, Woyuvarii, Woyvarii, Woywarii, Wujovarii, Wujowarii, Wujuvarii, Wujvarii, Wujwarii, Wyovarii, Wyowarii, Wyuvarii, Wyvarii, Wywarii, Yojovarii, Yojowarii, Yojuvarii, Yojvarii, Yojwarii, Yoyovarii, Yoyowarii, Yoyuvarii, Yoyvarii, Yoywarii, Yujovarii, Yujowarii, Yujuvarii, Yujvarii, Yujwarii, Yyovarii, Yyowarii, Yyuvarii, Yyvarii, Yywarii, Zojovarii, Zojowarii, Zojuvarii, Zojvarii, Zojwarii, Zoyovarii, Zoyowarii, Zoyuvarii, Zoyvarii, Zoywarii, Zujovarii, Zujowarii, Zujuvarii, Zujvarii, Zujwarii, Zyovarii, Zyowarii, Zyuvarii, Zyvarii, Zywarii

Jene natürliche Verbindung Böhmens mit Deutschland ist auch durch die Macht der Jahrhunderte, durch eine tausendjährige Geschichte, durch Staatsverträge und Kultur unwiderruflich vollzogen und geheiligt, sie könnte nicht gelöst werden, ohne die heiligsten Rechte und Verträge zu verletzen, ohne einen politisch-nationalen Selbstmord zu begehen.

Kein wirklicher Name ist deutsch. Schon mehrere Jahrhunderte vor unserer Zeitrechnung war es von den Bojern (Bewohner von Boja, Baia, Baiern) bewohnt, daher der Name Bojerheim, Böheim. Alle Völker, die dort hausten, die Markmannen, Germunderen, Quaden, später Thüringer und Franken, alle Bojer waren Deutsche. In das sechste Jahrhundert erst fällt die Ankunft der Czechen aus dem Osten; vorher war Böhmen nie mit einem slavischen Reiche verbunden. Die Czechen bemächtigten sich zwar des größten Theils des Landes, wurden aber schon im Jahr 817 von Karl dem Großen, der ihre Herrschaft für unrechtmäßig und ungiltig ansah, zur Anerkennung seiner Oberherrlichkeit gezwungen und Deutschland zinsbar. Ohne seinen ursprünglich deutschen Charakter durch die czechische usurpatorische Besetzung eingebüßt zu haben, ward Böhmen nun dem deutschen Reiche wieder vereint, zuerst als zinsbares, dann als lehenspflichtiges Land, bildete Jahrhunderte lang das erste deutsche Kurfürstenthum, auch seit 1815 einen integrirenden Theil des deutschen Bundesgebiets. Während zweier Jahrtausende war Böhmen nur vorübergehend mit dem slavo-mährischen Reiche verbunden, welches bald damit endete, daß Mähren zu einer Provinz Böhmens gemacht, so von dem Slavenreiche abgerissen und mit dem ursprünglich deutschen Böhmen vereinigt ward. Die gewaltthätige Besitznahme der Czechen aber ward rechtsgiltig erst durch die Vertragung mit Karl dem Großen, welche zugleich Böhmens frühere Eigenschaften eines deutschen Gebiets vertragsmäßig wieder herstellte.

Indem die Czechen in einem deutschen Lande mitten unter Deutschen sich eine neue Heimath gründeten und politisch in Deutschland aufgingen, hörten sie, ungeachtet ihrer slavischen Herkunft, auf, ein slavisches Volk zu sein, wie jeder Einzelne und jede Gesellschaft, die sich in einen andern Volkskörper einlebt, ja ihrem Stammvolke zu gehören aufhört und ein neues Volk zu bilden beginnt, ohne dyhalb in Sprache und Sitte die Abstammung zu verläugnen. Oder bleiben die Ansiedler englischer, deutscher, holländischer Abkunft in Nordamerika denn Engländer, Deutsche, Holländer, bilden sie nicht vielmehr ein eigenes Volk? Beim Eindringen der Czechen blieb natürlich gleich deutsches Element in Bevölkerung und Anbau überall zerstreut unter ihnen zurück — das Gegentheil wäre schwer zu denken — und daß es zu keiner Zeit aufgesogen ward, dafür sorgte der materielle und politische Vortheil mit dem übrigen Deutschland. Für die frühzeitige Vermischung beider Volkselemente, wodurch die Czechen bald aufhörten, reine Slaven zu sein, sprechen die vielen deutschen, nicht bloß an den Grenzen, sondern auch im Innern zerstreuten Namen einflußreicher Geschlechter und Alter Burgen schon in der ältesten Geschichte, wie z. B. Neuhaus, Herfenberg, Rosenberg, Sternberg, Trautenberg (schon unter Herzog Udalrich im ersten Viertel des 11. Jahrh. waren Trautenberge mit Gefolge ꝛc. aus Baiern nach Böhmen übergestedelt), und die Burgen Baireck, Geiersberg, Hasenberg, Engelhaus, Riesenburg, Lichtenburg, Staaler, Waldeck, Tollenstein ꝛc. Die deutschen Namen nehmen im Verlaufe der böhmischen Geschichte fortwährend an Zahl und Wichtigkeit zu. Ueberdem sind die Namen der meisten und wichtigsten Bergstädte Böhmens deutsch, oder der czechische Name ist nur der übersetzte deutsche; ihre Bewohner sind Abkömmlinge meist ihrer urdeutschen Bevölkerung. So Eule, Joachimsthal, Bergreichenstein, Kupferberg, Schönfeld, Schlackenwald, Gottesgab und andere mehr. Der vielseitige Verkehr zwischen Czechen und Deutschen, die politische Verbindung Oesterreichs mit Böhmen, die Einverleibung des heute noch teindeutschen Egerlandes (beides unter König Premysl Otokar II), ferner die während eines Jahrhunderts fast ununterbrochene Herrschaft der Luxelburger Könige über Böhmen, ihr Herbeiziehen deutscher Gelehrten, Künstler, Handwerker, die Stiftung der Universität Prag, der ersten deutschen, wo tausende deutsche Jünglinge deutschen Lehrern zuhörten — das Alles verschaffte dem deutschen Volkselemente auf naturgemäßem Wege Eingang in Böhmen.

Zwar trat mit den Hussitenkriegen und dem Zwischenreiche Georgs von Podiebrad und Kunstadt (czechischer Kurfürst), führte er einen halb deutschen Namen) ein heftiger Rückschlag ein, der jedoch nicht bloß nationeller, sondern noch mehr, ja wesentlich religiöser Natur war. Allein auch während dieses Zwischenreichs war der Verkehr mit Deutschen nur wenig unterbrochen, die kurze Regierung der beiden Jagellonen konnte die slavische Nationalität der Czechen um so weniger rein herstellen, als die unmittelbar darauf folgende Regierung der Kaiser und Könige aus dem Habsburger Hause Böhmen in innigen politischen Doppelverband mit den österreichischen Erbstaaten und dem Kaiserreiche deutscher Nation brachte. Unter der langen Regierung Rudolfs II., der fast fortwährend in Prag Hof hielt, blühten Kunst und Wissenschaft und erreichte die czechische Literatur ihren Flor. Gleichwohl hatten zu jener Zeit deutsche Sprache und Denkweise schon so tiefe Wurzeln geschlagen und sich so ausgebreitet, daß man, besorgt um die Fortdauer der czechischen Sprache, der weitern Verbreitung des Deutschen durch gesetzliche Verfügungen Schranken setzen zu müssen glaubte. Diese Verfügungen wurden indeß bald darauf unwirksam gemacht durch den dreißigjährigen Krieg, der das Czechenthum noch weiter mit deutschen Elementen versetzte.

Wenn Böhmen auch durch die mährischen, mithin slavischen Apostel Cyrillus und Methudius zuerst mit dem Christenthum bekannt gemacht ist, so legte doch die lateinische Kirche durch ihre Bischöfe und Mönche im 9. Jahrhundert den ersten Grund zur Kultur des Landes. In der lateinischen Sprache empfingen die Czechen wie die Polen, die Deutschen, die Ungarn einen Jahrtausende hindurch währenden Unterricht, sie war zu bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts die Sprache der Aemter, der Gelehrten, der Gebildeten, die Weltsprache, der Verbindungsmittel des Abendlandes, der civilisirten Welt. Aus den ältesten böhmischen Urkunden des 10. und 11. Jahrhunderts weiß man zuverlässig, daß alle Reichssachen, selbst die Inschriften der Münzen lateinisch verfaßt worden sind. Als aber seit den Zeiten des Königs Johann die Böhmen anfingen, sich der deutschen, der italienischen und französischen Sprache zu bedienen, da suchte man auch die czechische Sprache in Aufnahme zu bringen, zumal zu Rudolfs II. Zeiten; und im Jahr 1615 ward sogar auf dem Landtage zu Prag beschlossen: 1) in allen Pfarrkirchen und Schulen, wo sie zu solcher Zeit üblich, solle sie auch ferner beibehalten, in den übrigen aber alsbald nach dem Ableben des Pfarrers oder Schulmeisters hergestellt werden; 2) man solle Niemand, der dieser Sprache unkundig, das Bürgerrecht ertheilen; 3) alle diejenigen, welche böhmisch können und nicht reden, oder die Andern eine Abneigung vor derselben beibringen wollten, aus dem Lande schaffen.

Dieser Eifer für die czechische Sprache ward indeß durch die dreißigjährige Kriegszeit wieder abgekühlt, besonders seit unter Ferdinand II. die deutsche Sprache bei allen öffentlichen Gerichten erlaubt und eingeführt worden. Seit dieser Zeit drang die deutsche Sprache von Sachsens, Baierns und Oesterreichs Grenzen mit großen Schritten immer tiefer in Böhmen ein, man trifft jetzt ganze Kreise fast deutsch an, wo ehedem das Czechische allein üblich war. Neben der deutschen war auch die lateinische in Böhmen, wie in Ungarn, so allgemein gangbar, daß noch vor 60 oder 70 Jahren selbst in den kleinsten Landstädten die meisten Männer etwas Latein verstanden. Erst seitdem Joseph II. anstatt der lateinischen — nicht anstatt der czechischen, die die Sprache der höheren Lehranstalten war — die deutsche als allgemeine Lehrsprache in die Schule eingeführt, hat die Kenntniß des Lateinischen mehr und mehr abgenommen. Natürlich trug dazu auch wohl am meisten die hohe Blüthe der deutschen Literatur bei, die uns seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts allmählich das kostbarste Nationalgut erschuf. Und jetzt? Jetzt wollten die Czechomanen diese Bildung, diese ganze tausendjährige Entwicklung wieder zu vernichten und uns in einem künstlichen slavischen System, wie es im Jahr 1615 beliebt worden, zurückzuhexen suchen, das auf die Dauer doch nur dem russischen Despotismus dienen könnte!

Mögen sich die Czechen wohl erinnern, daß die deutsche Staatsverwaltung zu keiner Zeit (und am wenigsten ist daran unter den Verhältnissen der Gegenwart zu denken) auf Unterdrückung ihrer Sprache ausgegangen, wie die russische auf Vernichtung der polnischen Sprache. Selbst Kaiser Ferdinand II. hat nach Besiegung der Pro-

Digitized by Google

testanten die czechische Sprache nicht angerührt, und wenn unter Maria Theresia dieselbe weniger gepflegt und gangbar ward als früher, so ist das hauptsächlich dem Vorherrschen des Lateinischen sowie der beginnenden Kultur und Verbreitung der französischen und später der deutschen beizumessen. Ja, Josef II., der doch durch das Deutschthum gern die Kultur verbreitete, hat die czechische Sprache wesentlich begünstigt und neu belebt, indem er die Veröffentlichung aller Gesetze und Verordnungen in beiden Landessprachen, die Verpflichtung aller Beamten zur Kenntniß der deutschen und czechischen Sprache, die Aufnahme aller gerichtlichen und amtlichen Verhöre und Aussagen in der Sprache der Deponenten, die Verpflichtung der Behörden zur Annahme und Verhandlung aller Urkunden, Eingaben und Schriften in der von dem Einbringer gewählten Sprache, die Ertheilung des Unterrichts in den Landschulen, nach Erforderniß in deutscher oder czechischer Sprache, und die gleichmäßige Verpflichtung des Klerus zum Gebrauche der am meisten gangbaren Landessprache gesetzlich vorschrieb und nachdrücklich empfahl. Dieser Kaiser sprach gern und geläufig czechisch, zumal im persönlichen Verkehre mit dem Landmann, dessen Freund und Wohlthäter er war, und gewiß erhub er die deutsche anstatt der lateinischen zur Schul- und Unterrichtssprache nur in der Absicht, die intellectuelle Bildung des Volkes zu erleichtern und zu beschleunigen und in weiser Beachtung der Forderungen der Zeit, sowie der sichern Nothwendigkeit der Spracheinheit in den obren Verwaltungskreisen und im Heerwesen. (Schluß folgt.)

## Verhandlungen des Gewerbekongresses.

* Hamburg, 2. Juni. Die heute Abend abgehaltene erste Versammlung von Deputirten der verschiedenen Gewerbe zum Schutz des deutschen Gewerbstandes wird sehr wichtig für Deutschlands neue Umformung sein. Diese Versammlung wird den Grundstein zu der künftigen gewerblichen Verfassung Deutschlands legen, da ihre Verhandlungen dem Parlamente eingestandt werden sollen und dort gewiß die gehörige Beachtung finden werden, wie dies auch schon mit der von Bremen and an den Fünfzigerausschuß abgegangenen Adresse der Fall war. Nothwendig ist es, daß vom Gewerbstande selbst gemeinsame Schritte zur Hebung desselben geschehen, da nur wenige Herren in Frankfurt a. M. mit den Bedürfnissen desselben genau bekannt sein werden. Es hatten sich, ein Zeichen, daß die Sache und der Aufruf Anklang gefunden, eine so große Anzahl von Deputirten eingefunden, wie wir kaum erwartet hatten; der Saal war voll von Männern aus allen Himmelsgegenden des nördlichen Deutschlands, Deputirte aus Berlin, Magdeburg, Braunschweig, Bremen, Hannover, Kassel, Mecklenburg, Oldenburg, Holstein waren zugegen, doch wird das Verzeichniß derselben erst morgen publicirt werden. Zum Präsidenten desselben man vorläufig, bis morgen das Loos der Wahl entscheidet, Hrn. Mischmann aus Bremen, dem Verfasser der Bremer Adresse an den Fünfzigerausschuß, welcher zu seinem Interimsvicepräsidenten Hr. Lüders aus Braunschweig und Hr. Behrens aus Magdeburg, zu Secretären die HH. Schirges, Schonlan und Dr. Wächter ernannten. Der Präsident leitete die Versammlung mit einer historischen Uebersicht ein und wies besonders darauf hin, daß Deutschland in seinen verschiedenen entschiedenen Perioden sich auch stets mit dem Handwerkerstande befaßt habe. Der jetzte wichtige Beschluß sei der Reichstagsbeschluß vom Jahre 1731, welcher die jetzige Zunftverfassung hervorgerufen habe, seitdem sei aber im Allgemeinen eine Zeit des Stillstandes eingetreten, man sei nicht fortgeschritten, und somit stehe man noch auf dem Jahre 1731, der Zopf sei immer länger geworden. Man wolle weder Zunftzwang, noch ungebundene Gewerbsfreiheit, keins von beiden Extremen führe zum Ziele, sondern man wolle eine Gewerbeordnung, eine Organisation der Gewerbe. Gewerbefreiheit, wie sie seit 1810 in Preußen bestand, untergrabe den Handwerkerstand, der Zunftzwang schade widersprechender Weise, da er den geschickten, tüchtigen, aber armen Arbeiter dem reichen Meister zinsbar mache. Beides müsse vermieden werden und zu dem Zweck hat der Verein zum Schutz des deutschen Gewerbstandes einen Abriß einer neuen Gewerbeordnung entworfen, und zwar: I. Organisation der Gewerbe. A. Innungen, Gilden, Genossenschaften: 1) Innere Organisation derselben: a) Vorstand, b) Prüfungsausschuß, c) Schiedsgericht. 2) Verhältnisse zwischen Lehrling, Gesellen und Meister, Rechte und Pflichten derselben. 3) Ausbildung zum Gewerbe: a) Gewerbschule, b) Wiederholte Lehrlingsprüfungen, c) Gesellenstück. 4) Meisterwerden: a) Kein Meistergeld; die Tüchtigkeit statt des Geldes, b) Niemand kann vor dem 25. Jahre Meister werden. B. Allgemeine Gewerbekasse. C. Gründung von Magazinen. D. Jährliche Gewerbeausstellungen ꝛc. E. Als berathende, verwaltende und richterliche Behörde steht an der Spitze des gesammten Gewerbstandes. 1) Eine Gewerbekammer, gebildet: a) durch Abgeord. aus den Innungen und Gilden, b) durch Abgeord. aus dem Gesellenstande. c) durch Hinzuziehung Sachverständiger. 2) Ein Gewerbegericht, gebildet: a) durch Mitglieder des Gewerberathe, b) durch richterliche Personen, c) durch Geschworne, die die Gewerbekammer erwählt. II. Handel und Gewerbe. 1) Fabrikartiger Betrieb. 2) Detailhandel. 3) Marktgerechtigkeit. 4) Schutz der Gewerbe. III. Staat und Gewerbe. 1) Der Staat im Gewerberath durch Kommissäre vertreten. 2) Jeder Gewerbtreibende hat bei dem Bürgermerden seinen Fähigkeitsnachweis durch den Gewerberath nachzuweisen. 3) Jeder Bürger, welcher ein Gewerbe ausüben will, hat den Fähigkeitsnachweis vor Ausübung desselben zu liefern. 4) Die Staatsarbeiter, durch den Gewerberath taxirt, sollen durch denselben den betreffenden Innungen und Gilden in ihrer Gesammtheit überwiesen werden. 5) Verpflichtung des Staats, vor Einführung neuer, die gewerblichen Interessen berührender Gesetze, die betreffenden Gesetzentwürfe der Gewerbekammer und dem Gewerberath zur Begutachtung vorzulegen. Diesen Entwurf wird man morgen zu debattiren beginnen, heut wird die Zeit durch die Einleitung und Verlesung mancher Instruktionen sowie der Debattirung der Vorfrage gewidmet. Auf die Bitte des Präsidenten, sich so parlamentarisch wie möglich zu halten, begann die Debatte, die mit einer Ruhe und Sicherheit von allen Seiten geführt wurde, wie wir sie kaum in einer Ständekammer zu sehen Gelegenheit hatten. Die Sprecher, Alle schlichte Handwerker sprachen mit einer Sicherheit und Gewandheit wie englische Redner, ohne vor der Bahn abzuweichen, steuerten Alle dem einen Ziele fest und sicher zu, so daß mir über die erste Sitzung die größte Freude hatten. Die Männer zeigten und, daß der Handwerkerstand nicht mehr so unwissend ist, wie man in höhern Kreisen allgemein glaubt, die Leute hatten ihre Themen durchdacht und sprachen ihre Gedanken mit großer Klarheit aus. Unter den Rednern zeichneten sich besonders aus die Herren Hedmann aus Kassel, Behrens aus Magdeburg, Bielich aus Berlin, Stenka, Küllmannsegg, Deputirter des Tischleramtes zu Berlin, Decker aus Paschina, Reckhahn, Vogelsang, Koll und Hausemann aus Hamburg. Einzelne Deputirte vertraten ganze Städte, Provinzen, selbst Länder, wie Herr Heckmann, welcher den hessischen Gewerbsstand vertritt und Behrens, welcher Deputirter erster sächsischen Städte, etwa 150, ist, welche eine Vorberathung in Magdeburg abgehalten und Behrens zu ihrem gemeinsamen Deputirten ernannt hatte. Diese Vereinigung und der jetzige Gewerbegenossenschaft-Kongreß werden auf die Zukunft des deutschen Handwerkerstandes von großem Einflusse sein. Wie der Handwerkerstand jetzt besteht, kann er nicht bleiben, er muß sich daher aus sich selbst fortentwickeln, zu welcher Einsicht der größte Theil seiner Glieder auch schon gekommen ist. Nur so kann ihm eine bessere Zukunft erblühen, die Gegenwart ist leider sehr trübe.

**Oesterreich.** Prag, 1. Juni. Die Eröffnung des Slawenkongresses ist auch heut noch nicht erfolgt. Als Grund der Verzögerung wird angegeben, daß noch nicht alle gewiß erwarteten Abgeordneten eingetroffen sind. Unter den Vertretern der Donauprovinzen zählt man einige serbische Popen; Kara Georgiewicz von Serbien besucht den Kongreß durch einen seiner Minister, der gestern hier eingetroffen ist. Auf heut erwartete man die Ankunft des (russenfreundlichen) Bladika von Montenegro; jedoch vergebens, da er erst morgen oder übermorgen eintreffen wird; unter den anwesenden Russen nenne ich den Dichter Bakunin. (Konst. Bl. aus Böhmen).

Innsbruck, 3. Juni. Gestern traf der päpstliche Nuntius und der preußische Gesandte Graf Arnim von Wien hier ein. Es befinden sich nun bereits fünf Gesandte hier (der niederländische, dänische und russische waren schon früher angekommen), der englische Gesandte wird sammt Gefolge ehestens erwartet. Von Salzburg wird berichtet, daß eine vollständig bewaffnete Kompagnie von Wien, aus den Handels- und Gewerbsstande gebildet, auf dem Marsch nach Tirol sich befinde, um sich dem Landesvertheidigungskommando zur Verfügung und Verwendung an den italienischen Grenzen zu stellen. (T. B.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Cramer & King, 73 Newgatestreet in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder übernimmt solche an G. H. Mercurio in Straßburg Nr. 20 Brandg., Palais Nr. 20 Notre Dame de Nancy.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Großh. Bad. Polizei-Direktorium Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich 6 fl. 12 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 6 fl. 12. 20 kr. für Ausländer mehr der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 161. Heidelberg, Samstag 10. Juni. 1848.

## Zur Nachricht.

Mit dem 1 Juli beginnt ein neues Abonnement auf die **Deutsche Zeitung** für das halbe Jahr bis Ende December 1848. Der Preis bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg ist 5 fl., durch die Post bezogen im Umfange des Großherzogthums Baden 6 fl. 13 kr., wozu auswärts noch der Postaufschlag kömmt. —

Die Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung, welcher der Redakteur, wie mehrere Mitarbeiter als Mitglieder angehören, wird die Deutsche Zeitung schnell und übersichtlich mittheilen.

## Uebersicht.

**Die provisorische Reichsgewalt.** — **Wien** (die Rekrutirungsbureaux. Der Kaiser. Der bevorstehende Reichstag. Kroatien unterwirft sich. Der Erbrendärgische Landtag begehrt den Anschluß Ungarns. **Prag** (Eröffnung des Slawenkongresses). **Berlin** (Reorganisation des Schulwesens. Politische Urtheilslosigkeit. Berhandlungen der Kammer. Camphausen über die Stellung des Ministeriums. Interpellationen. Prinz von Preußen. Kanonenboote). **Köln** (Deputation aus Schleswig). **München** (die Studenten für die deutsche Flotte). **Tübingen** (Erklärung des nationalen Vereins). **Leipzig** (die Ruhe dergestellt. Parteikämpfe in den verschiedenen Klubs. Trübe merkantilische Aussichten). **Hannover** (Beschlüsse der Kammer über den Verfassungseid). **Dillingen** (Parlamentsmahl). **Mannheim** (Verordnungen. Zuschrift des vaterländischen Vereins). **Darmstadt** (die Regierung ruft ihre Gesandten zurück. Zwei Millionen Papiergeld. Außerordentliche Einkommensteuer). **Braunschweig** (das Kontingent). **Hohenzollern** (das Neueste vom Kriegsschauplatz). Besitznahme des Lyzumklosters durch die Dänen. Todtern bedroht. Dänischer Parlamentair mit neuen Forderungen. **Ziegenburg** in Vertheidigungszustand gesetzt. Die deutschen Truppen rücken vor). **Hamburg** (Verhandlungen des Gewerbekongresses). **Frankfurt** (Reichsversammlung. Die Bischwerte eines Posener Deputirten erledigt. Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses über Schleswig-Holstein.

**Schweiz.** Bern. Der neue Somderbund und die neue Ausländerpartei.

**Niederland.** Amsterdam. Van Bosse Finanzminister. Die Holländer gegen die deutschen Farben.

**Großbritannien.** London. Neue Anfälle der Times gegen Deutschland. Abermalige Ruhestörungen in London. Der Economist über die finanzielle Lage Frankreichs.

**Frankreich.** Paris. Die Verhandlungen der Nationalversammlung über das Votum wegen Louis Blanc. Cremieux dankt ab. Die Nationalversammlung wählt Portalis und Landrin ins Bureau. Stimmen der Presse darüber.

**Beilage.** Böhmen, deutsches Reichsland. (Schluß). — Aus dem Oldenburgischen. Die Jade als Kriegshafen. **Schweiz.** Zwei Kommissäre nach Neapel gesendet. Stimmung in Wien.

### Heidelberg, 9. Juni.

Soviel uns zu Ohren gekommen ist, liegt in dem Ausschusse, der über die provisorische Centralgewalt Vorschläge machen soll, folgender Plan vor: Es soll ein Bundesdirektorium aus drei Personen geschaffen werden als oberste exekutive Behörde. Der frühere Gedanke des Triumvirats ist wieder aufgegriffen. Preußen und Oesterreich soll je Einen dieser Männer ernennen, der dritte soll aus drei von Baiern Vorgeschlagenen von den Stimmen der 4—17 Kurien des engeren Bundesrathes erwählt werden. Ueber alle Drei soll nochmals eine Verständigung mit der Nationalversammlung gepflogen werden, als ein Ausschuß von dreißig Männern, der von ihr eigens zu diesem Zwecke erwählt werden würde, über die vorzuschlagenden Triumvirn gehört werden sollte. Dieses Direktorium würde alsdann mit der vollen exekutiven Gewalt bekleidet. Es hätte die Beschlüsse der Nationalversammlung auszuführen, insofern sie seine Genehmigung erhielten. Der Bundestag könnte neben ihm nur die Stellung eines berathenden Staatsrathes fernerhin einnehmen. Das Direktorium würde ein verantwortliches Ministerium von fünf Mitgliedern ernennen, die in der Nationalversammlung ihren Sitz nehmen würden. Die Unterzeichnung wenigstens Eines von ihnen wäre erforderlich zur Giltigkeit der Verordnungen des Direktoriums. Es wäre also eine förmliche konstitutionelle Regierung organisirt, die im Nothfall, wenn ein einheitliches oder erbliches Haupt nicht beliebt würde, aus dem provisorischen Zustande ohne Weiteres, nur etwa unter Aenderung des Personals, in den definitiven und permanenten übergehen könnte.

Eben Das nun gefällt uns an diesem starken und festen Antrage, daß gleich in dem Provisorium schon alles Wesentliche fest und fertig fände, was später zur Centralregierung gehörte, Princip und Formen. Die Regierungen könnten sich gefallen lassen, interimistisch eine Anordnung zu versuchen, gegen die sie manche Beschwerde haben. Erweist sie sich als ausführbar und haltbar, so ist mit dem Eintritt der definitiven Verfassung schon ein wesentliches Stück Experiment gemacht. Man zöge auf dem ebensten Wege in das neu zu gründende Gebäude ein, man gewöhnte sich mit dem Troste über ihre vorläufige interimistische Einführung an die neuen Ordnungen, die jetzt schon in der Vorstellung den Fürsten lästig sind, in der Ausführung auf diesem Wege vielleicht Vieles von ihrem Schreckenden verlieren werden, ehe sie endlich und endgiltig festgesetzt würden. Dagegen haben wir Ein Bedenken, das, scheint uns, von der durchschlagendsten Erheblichkeit ist. Kommt die Zeit, wo jene provisorische Reichsgewalt eine definitive wird, so werden folgende Veränderungen eintreten. An die Stelle des Direktoriums wird als Bundeshaupt entweder ein erblicher oder ein gewählter Fürst treten, oder man wird die regierenden Herren von einigen Staaten in der Leitung des Bundes wechseln lassen, oder man wird das Fürstenkollegium ein Direktorium aus drei fürstlichen Personen, regierenden Häuptern oder Prinzen zusammensetzen lassen, oder man wird soweit gehen, auch Privatpersonen zu dieser höchsten Stelle zuzulassen. Immerhin werden sie künftig von den deutschen Fürsten ernannt werden müssen, ohne eine Verständigung mit dem Reichstage; und ein Fürstenkollegium wird statt des Bundestages vielleicht den Staatsrath bilden. Jede dieser Veränderungen aber wird in der öffentlichen Meinung als ein Rückschritt, als eine Reaktion gelten müssen. Es würde in jenem, gleichsam aus der Wahl, wenigstens mit der Uebereinstimmung der Nationalversammlung gebildeten Direktorium ein so ungemein volksthümliches Zugeständniß gemacht sein, daß man jede Aenderung daran übel empfinden würde. Man würde sich die Konstituirung der definitiven Gewalt sehr erschwert haben.

Anderes tadeln die Männer an diesen Vorschlägen, die zunächst auf den gegenwärtigen Moment und die herrschenden Stimmungen sehen. Sie fürchten, diese Einrichtung werde für ein Provisorium zu vollständig, zu verwickelt, die Bildung zweier neuen Behörden neben dem Bundes- und Reichstag zu weitläufig erscheinen. Sie wollen einfach ein dem Bundestage zugeordnetes Ministerium oder ein Triumvirat, in jener vorgeschlagenen Weise von den drei mächtigsten Staaten gebildet, das aber, dem Reichstage verantwortlich, nichts Anderes als ein Ministerium wäre. Auf dieser Seite ist man der Ansicht, daß der Bundestag, der schon jetzt überall fast ohne Instruktionen handelt, in der That so gut wie jede andere Behörde den Beschlüssen des Reichstags Nichts in den Weg legen, daß er sich beeilen werde, sie auszuführen, daß man aber die bestehenden Formen achten müsse, wenn man nicht die erschütterten Regierungen vollends umstürzen und der Republik in die Hände arbeiten wolle, daß man also auch den Bundestag

Digitized by Google

nicht stillschweigend zur Seite schieben oder zu einem Staatsrath herabsetzen dürfte. Man warnt hier sehr mit Recht vor der Freigesinnten und Starkgesinnten, der die schwachen Geister am meisten ausgesetzt sind, die da wenn der Reichstag müsse die Linke und ihren schreienden Anhang im Volke dadurch entwaffnen oder befriedigen, daß er in seinen Beschlüssen möglichst sich den Anträgen dieser Seite nähere. Man will auf diesem Wege der Concession wieder in den alten Fehler der Gutmüthigkeit fallen, die bei uns jeder schroffen Parteibildung entgegentritt; man läßt sich terrorisiren, indem man die Miene der Kühnheit annimmt; man dient einer feindlichen Partei wider Willen, die man dem Talente nach eher leiten könnte, Falls man sich nur klar machen wollte, daß man auf ihre Zwecke doch losarbeitet, wenn auch mit andern Mitteln.

Die republikanische Partei hat den Vortheil, in ihren Vorschlägen überall klar, einfach, handgreiflich zu sein. Sie will in dieser Frage, daß die Nationalversammlung den Vorsitzenden eines Vollziehungsausschusses ernenne, der sich vier andere Genossen zugeselle, mit diesen die Beschlüsse der Versammlung ausführe. Dieser Ausschuß steht und fällt mit der Majorität. Er muß abtreten, sobald die Versammlung sich gegen ihn erklärt. Sie ernennt dann einen neuen Präsidenten. Sie schafft sich in dem Ausschusse nur ein blindes Werkzeug. Sie ist allmächtig. So Was leuchtet ein. Es gibt da keine übergeordneten Behörden weiter. Der ganze monarchische Plunder ist bei Seite gelegt. Der Bundestag ohnehin. Das Volk übt seine Souveränetät mit allem Absolutismus aus. Daß die Partei mit diesen Vorschlägen durchdringe, glaubt sie selbst nicht. Aber sie schreckt damit und lockt damit. Gelingt es ihr, mit ihrer Heftigkeit die Furchtsamen einzuschüchtern, mit dem Zorn des Volks alle die zu schrecken, die für das Veto des Triumvirats in jenem ersten Plane, die für die Verantwortlichkeit des Ministeriums gegen Reichstag und Bundestag in dem zweiten der oben angeführten Vorschläge stimmen wollen, gelänge es ihnen also nur, diese beiden Punkte aus den Anträgen der Mitte auszuscheiden, durch Einwirken auf die Anträge oder auf die endliche Abstimmung, so würde zwar ihr Vollziehungsausschuß nicht dem Namen, aber der Sache nach durchgegangen sein, sie würden mit Freuden mitstimmen und würden ins Fäustchen lachen über die thörichten Gegner, die so viele Umstände machen, ihnen schließlich zu Willen zu sein. Hätte sich eine Majorität so in sichern Besitz günglichen, der Allmacht der Versammlung, der politischen Starkgesinnten so sehr schmeichelnden Anträgen! Sobald sie von der Achtung der bestehenden Gewalten läßt, sobald sie dem Ehrgefühl der Fürsten und Einzelstaaten unerträgliche Dinge anmuthet, tritt sie selbst in den Weg der Revolution ein. Noch ist jetzt die Stimmung der Versammlung loyal; die von ihr abhängige Exekutive würde im Anfange mäßigen Gebrauch von ihrer Macht machen; aber Ein Ereignis kann beide Gewalten aus diesem Wege herausreißen, und dann ist jede Schranke gebrochen und das Ende des Anfangs ganz unabsehbar. Die Bestimmung, daß (nach dem ersten Plane) das Direktorium die auszuführenden Beschlüsse zu genehmigen habe, und die, daß (nach dem zweiten Vorschlage) das Reichsministerium dem Reichstage und Bundestage verantwortlich sei, muß mit unverrückter Festigkeit, ja mit entscheidender Majorität durchgefochten werden, wenn die Versammlung eine Stütze des Vaterlandes und ein Bürge der wiederkehrenden Ordnung werden will.

Erwähnen wir schließlich noch eines weiteren Gedankens, der wieder in anderen Kreisen aufgetaucht ist. Man solle ein Direktorium aus drei (wie oben ernannten) Mitgliedern bestellen. Diesem solle nicht ein provisorisches Ministerium beigegeben werden, sondern zu seiner Berathung sollten in den einzelnen Zweigen der Verwaltung Specialkomitées dienen, deren Mitglieder aus dem Schoose der Nationalversammlung zu Einer Hälfte von dem Triumvirate, zur andern Hälfte von der Versammlung selbst ernannt würden. Dieser Vorschlag scheint uns fast keinen Fehler zu haben als den, daß er nicht laut und zu spät gemacht wurde. Die Gedanken sind uns schon von dem Reichsministerium zu übertaben voll. Der Vorschlag scheint uns sonst fast Alles für sich zu haben. Er würde die Abnugung unserer besten Namen uns ersparen. Er würde den Ehrgeiz der Nationalversammlung in einem großen Maße befriedigen, ihre directe Theilnahme und ihren Einfluß auf die Verwaltung in großem Maße in Anspruch nehmen. Die Thätigkeit der Ministerien würde aller Wahrscheinlichkeit nach wesentlich auf vorbereitenden Arbeiten für die künftige Reichsorganisation bestehen. Für diese Thätigkeit wären die Specialkomitées geeigneter als das Ministerium. Sie würden ein Bindeglied zwischen den Specialausschüssen der Nationalversammlung und dem Bundestage oder den Regierungen sein. Sie würden, wie die berathenden und vorschlagenden Ausschüsse die künftigen Reichsgesetze vorbereiteten, so deren Ausführung und Einführung vorbereiten und in den einzelnen Staaten die Schwierigkeiten wegzuräumen haben.

Wir werden über den Fortgang dieser bedeutenden Frage später weiter berichten. Was auch geschehen und geschaffen werden möge, das Eine muß für uns sicher stehen, daß wir die großen Schwierigkeiten und Mißlichkeiten, die eine jede Einrichtung der Centralgewalt begleiten werden, sehr vermindern können, wenn Alle den festen Vorsatz fassen, der eingesetzten Gewalt sich mit freier Ueberzeugung zu fügen, ihr diese Wege zu erleichtern, vor Allem nichts Unmöglliches von ihr zu verlangen. Dazu werden wir nach unserm besten Vermögen mitzuwirken suchen.

---

**Oesterreich.** Δ Wien, 4. Juni. Gestern früh waren auf dem Glacis zwei Werbe-Bureaux aufgestellt, um nach der vorgestern erfolgten Aufforderung Freiwillige für unsere 35 deutschen Regimenter zu rekrutiren. Das Volk war aber mißtrauisch auf diesen Schritt der Regierung und glaubte, er sei nur gethan, um Massen von Wien zu entfernen und die Hauptkraft von Menschen zu enthlößen. Tausende versammelten sich demnach vor den Bureaux, traten Anfangs Allen ab, die Lust hatten sich zu enrollren, und drohten das Bureau zu zerstören, wofern sich Jemand einschreiben ließe. Bei dem Bureau zwischen dem Karolinen- und Studenthor auf dem Wassergacis war ein Hauptmann und ein Lieutenant mit 60 Mann Grenadieren aufgestellt. Der Lieutenant soll Drohungen gegen die Menge ausgestoßen haben, da fing man an ihn auszulachen und auszupfeifen. Er kommandirte, scharf zu laden und sich zum Schießen fertig zu machen. Da sprengte zum Glück der Hauptmann vor und befahl: Gewehr bei Fuß. So wurde wenigstens Blutvergießen verhütet, aber die Menge warf sich auf das Bureau und riß es in Stücken. Die Nationalgarde kam herbei und suchte zu beschwichtigen; sie nahm die Officiere sammt den Grenadieren in ihre Mitte und zog so mit ihnen ab. Das zweite Rekrutirungsbureau wurde ebenso zerstört, dann verlief sich die Menge ruhig. Heute sagt ein Plakat des Sicherheitsausschusses, man habe die Werbegelder der Rekrutirung entzogen, sie sei nur vorgenommen worden, um das Bundesbekenntniß zu verwollständigen, und die Enrollirung sei vollkommen freiwillig: — Graf Stadion, Graf Montecuculi und Graf Taaffe (der jetzige Justizpräsident und gewesene Justizminister) sind in Innsbruck. Auch Baron Wessenberg soll dort sein, möge er uns ein guter Genius sein im Verein mit Erzherzog Stephan und Baron Doblhof. — Gestern Abend langte die officielle Nachricht hier an, daß sich Siebenbürgen einstimmig für die Union mit Ungarn erklärt habe. — Der Ministerrath ließ dem Sicherheitsausschuß heute früh die Mittheilung machen, Radetzki habe eine siegreiche Schlacht gegen die Piemontesen geliefert. Wir wissen bis jetzt schon von 2000 Gefangenen, vielem Geschütz und vieler sonstigen Beute. Von morgen an beginnt nach einer Anzeige des Justizministeriums die Zusammensetzung von Geschwornengerichten und öffentlichem Verfahren für alle Preß-, politische, Kriminal- und Polizeiverbrechen.

Wien, 4. Juni. Die Allg. Z. schreibt: Eben erhalten wir noch die Wiener Post vom 4. Juni. Die alten Zustände! Aufregung durch die Gerüchte, als zögen Truppen von Galizien her, als wollte der Kaiser abdanken, während andere Gerüchte wissen wollten, für des Kaisers Rückkehr sei bereits Quartier in Linz bestellt, wo er einige Zeit weilen wolle. Die Wahlen für den auf den 26. Juni nach Wien berufenen konstituirenden Reichstag sind ausgeschrieben. Indirecte Wahlen dabei. Das Ministerium sucht den Sicherheitsausschuß zu veranlassen, seine Mißstimmtheit zu Gunsten des Ministeriums niederzulegen. Man zweifelte, daß er jetzt schon zu diesem verunfügen Entschlusse, ohne den an einen Zusammentritt des Reichstags nicht zu denken wäre, kommen werde. Kroatien hat sich wirklich unterworfen, und der siebenbürgische Landtag Anschluß an Ungarn beschlossen. Besorgnisse darüber unter den Sachsen.

Prag, 3. Juni. Der gestrige Tag brachte uns ein gewiß bedeutungsvolles Ereigniß — die Eröffnung des slavischen Kongresses. Um 9 Uhr zogen die Deputirten aus dem böhmischen Museum in die Teynkirche, wo der czechische Priester und Schriftsteller Stule beim Altare der Slavenapostel Cyrill und Methud eine Rede hielt, und dann zur ersten allgemeinen Versammlung in den Saal der Sophieninsel. Die Kongreßmitglieder, zum Theil in nationalem Kostüm (manche mit rothen Hosen und violettem Sammetmantel, andere mit

Digitized by Google

kosen Hosen und weißen Mantel ꝛc.) gingen in der Mitte des Sworno-stortorps, der Slavia, der Philosophen, Gymnasiums- und Technikercohorte; eine böhmische und panslavische (blau weiß rothe) Fahne wurde von einem Böhmen und Polen getragen. Wenn der Zug wegen der Volksenge, die sich sonderbare Begriffe machen mochte und umgends die Reihe mit Zurufe begrüßte, inne halten mußte, wurde irgendein slavisches melancholisches Lied angestimmt — das Ganze hatte ein düsteres Ansehen. Der Saal ist mit den Fahnen und Wappen aller slavischen Völker Oesterreichs geziert. Die Versammlung war zahlreich, nur gegen früher vertheilte Karten war der Eintritt gestattet. Auf den Galerien befanden sich viele Damen, manche mit panslavistischen Schärpen versehen. Unter den geladenen Gästen sprach keiner ein deutsches Wort. Nachdem ein Chor das alte böhmische Lied: Hettiger Wenzel! gesungen, brwillkommte Ritter von Neuberg an der Stelle des erkrankten Grafen Mathias Thun im Namen des provisorischen Ausschusses die Versammlung und verkündete, daß die drei Sektionen am 1. Juni Palatzky zum Präsidenten erwählt hätten. Präsident der czechoslavischen Sektion ist Schafarik, der ostslavischen: Wuchetl, der südslavischen Stanowsnik. Palatzky las eine lange Rede, die Sekretäre der Sektionen verlasen die Namen der Deputirten (über 300, die Mehrzahl Czechen, darunter auch manche deutsche Namen), Hawlitschek las das Programm, worin besonders die Ausfälle gegen die Frankfurter Versammlung großen Beifall fanden. Fürst Lubomirski verbreitete sich über Polens Interessen, Dworatschek über den noch nicht nach Wunsch erregten Geist Mährens und Schlesiens, Stephanowitsch über die Kämpfe der Südslaven gegen den Magyarismus, Prof. Kaubek aus Prag sprach über die Verhältnisse der Slaven überhaupt und die der Böhmen insbesondere; auch Mato Topolowitsch, der serbische Priester Gruitsch, der Slowak Hodscha hielten Reden. Sehr oft brach stürmischer Beifall los. Sämmtliche Redner berührten die noch vor Kurzem sehr gedrückte Lage der Slaven und ermahnten zur Einigkeit um die Nationalität zu bewahren, zu kräftigen und insbesondere dem noch unterjochten slavischen Osten die Freiheit zu bringen. Schafarik schloß mit einer kurzen, mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Rede die Versammlung die von 10 bis 2½ Uhr dauerte. Die eigentlichen Verhandlungen begannen erst heute nach den Sektionen im Museumssaale. — Unser Bürgermeister Mr. Wanka hat abgedankt. (Allg. Z.)

**Preußen.** § Berlin, 3. Juni. Es macht einen trüben und fast entmuthigenden Eindruck, wenn man den mit maßlosem, rechthaberischem Übermuthen verbundenen gänzlichen Mangel an politischem Urtheil ins Auge faßt, wie er bei dem größeren Theile unserer Bevölkerung gefunden wird. Ueber die einfachsten politischen Fragen herrscht völlige Unwissenheit, nichtsdestoweniger will man die schwierigsten und verwickeltsten nicht bloß unkräftig entscheiden, sondern auch gleich demgemäß behandelt wissen. Der Berliner Bürger schaudert bei dem Gedanken an Republik, aber er stände nicht an, dem Königthum alle Grundlagen seines Bestehens zu entziehen. Darum wird nicht bloß jede erste Kammer und das Veto des Königs verworfen, man nimmt sogar daran Anstand, daß nach dem Verfassungsentwurf der König die Militär- und Civilbeamten ernennen soll. Von dieser Seite her wird jetzt das Volk bearbeitet, um alle Bande des Gehorsams für den entscheidenden Augenblick zu lösen. Und diesem Streben kommt ein bedauerlicher Mangel an Gesinnung und ausgeprägtem Rechtsgefühl zu Hilfe. Vergeblich weist man darauf hin, daß die meisten Minister sich entschieden und furchtlos dem alten System entgegengestellten, als es nicht so wohlfeil wie jetzt war, den liberalen zu spielen; das Volk will sich schmeicheln oder geschreckt sein, statt ihnen Muth und aufrichtigen Freunden sich es lieber den Anstehern und Wühlern sein Ohr. Sollte man es für möglich halten? Vor acht Tagen erst allgemeine Erbitterung gegen den Prinzen von Preußen und seine Zurückberufung, heute sprechen die nämlichen Menschen alles Ernstes davon, der König müsse seinem Bruder die Krone abtreten, der immer den Fortschritt gewollt habe. So sucht man auf jede Weise die ersten Bestimmungen des Staats in Frage zu stellen und zu einem Spiel subjektiver Willkür zu machen, und selbst Bürger, denen man mehr Einsicht zugetraut hätte, lassen sich bethören und stimmen mit ein in das allgemeine Geschrei.

Berlin, 4. Juni. Der Prinz von Preußen ist in Potsdam angelangt, wo er seit einigen Tagen erwartet wurde. Er wird vielleicht schon in den nächsten Tagen auf einige Stunden nach Berlin kommen, und wie man glaubt, in der Nationalversammlung erscheinen, da er als Abgeordneter für Wirsitz erwählt, und diese Wahl vorgestern von der Kammer anerkannt worden ist. (Br. Z.)

Berlin. Um einer Reorganisation des Schulwesens vorzuarbeiten, hat der Minister des Kultus den Zusammentritt der Volksschullehrer zu Kreisversammlungen unter dem Vorsitz der Landräthe und Schulinspektoren und der von ihnen gewählten Deputirten zu Provinzialversammlungen, zu welchen auch die Schulräthe und Seminardirektoren gehören werden, angeordnet. (O.-P.)

Berlin, 4. Juni. In hiesigen Werkstätten wird bereits an eisernen Kanonenbooten gearbeitet, welche zum Schutze der preußischen Ostseeküste verwendet werden sollen. (K. Z.)

†† Berlin, 6. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung interpellirte zuerst Hartmann über die Gründe, welche die Abwesenheit des Prinzen von Preußen vom Vaterlande veranlaßt hätten. Ministerpräsident Camphausen: Indem ich die Anfrage des geehrten Abgeordneten zu beantworten übernehme, bitte ich die hohe Versammlung eingedenk zu sein, daß die Räthe der Krone ausschließlich für das verantwortlich sind, was mit ihrem Rathe geschieht, und daß es ein feststehender Grundsatz ist, daß der König und das königl. Haus den Berathungen der Volksvertreter fern bleiben müssen. Sodann erkläre ich, daß das gegenwärtige Ministerium sich erst unterm 30. März verantwortlich erklärt hat. Nach dem großen Kampfe vom 18. und 19. März ist Se. k. Hoh. und seinen Freunden gerathen worden, Berlin wegen der hier herrschenden Aufregung zu verlassen. Der Prinz hat sich hierauf nach Spandau, von dort nach der Pfaueninsel begeben und sich am 20. dort aufgehalten. Bekanntlich hat damals das Gerücht, daß der Prinz an der Spitze einer großen Heeresabtheilung nach Berlin vorrücke, eine aufverordentliche Bewegung hervorgerufen. So ungegründet dieß Gerücht auch war, so wurde zur Beseitigung der Anfregung dennoch von den Ministern der königl. Befehl erlangt, daß der Prinz eine Reise ins Ausland antreten möge. Der dem Prinzen mündlich zugegangene königliche Befehl wurde auf Verlangen in einen schriftlichen verwandelt, und der Prinz durch ein eigenhändiges Anschreiben Sr. Maj. beauftragt, dem beferrandten Londoner Hofe Aufschluß über die hiesigen Ereignisse zu geben. Später hat sich der Prinz mit Bestätigung der britischen Marine beschäftigt. Was die Rückkehr des Prinzen anlangt, so haben wir zu verlassen, sofort zu rathen nicht für angemessen erachtet. Als aber der Zeitpunkt herannahte, da die Vertreter des Landes zusammentreten sollten, so haben wir die Anwesenheit des Thronfolgers für unerläßlich erachtet. — Der Minister schließt hierauf mit der Bemerkung: das Ministerium habe die bittersten Angriffe erfahren, es sei der Vorwurf erhoben worden, als hätten die Minister „in Folge des Umschwunges unserer inneren Verhältnisse“ ihre früheren politischen Grundsätze geändert. Die Rückberufung des Prinzen sei aber eine rein ministerielle Maßregel gewesen. Die Minister hätten dem Begriffe einer konstitutionellen Regierung zu entsprechen geglaubt, wenn sie sich als die Persönlichkeiten hinstellten, gegen welche alle Angriffe zu richten seien; sie hätten sich „als einen Schild vor die Krone“ gestellt. Jetzt stehen sie sich dem Urtheile der Volksvertretre dar, nicht mit herausforderndem Stolze, sondern mit der Demuth, welche das Bewußtsein menschlicher Schwäche einflößt. Sie wollen, daß der Geist der Milde und der Versöhnung sich auch auf diese Versammlung herabsenke, daß man Gerechtigkeit, aber auch Nachsicht übe. — Die Rede war mit immer steigender Stimme und sichtlicher Bewegung gesprochen worden. Eine tiefe Stille herrschte während der ganzen Dauer derselben, und ein lautes „allseitiges“ Bravo folgte ihrem Schluß. — Es folgte eine Interpellation von Müller (Wohlau) in Betreff Oesterreichs darüber: 1) ob der preuß. Gesandte dem Kaiser nach Innsbruck gefolgt sei? 2) wo die preuß. Regierung gegenwärtig den Sitz der höchsten Staatsgewalt im Kaiserstaat erachte? — Min. v. Kenim erwidert: es sei ihm zweifelhaft gewesen, ob er diese Fragen beantworten solle; diejelben schienen ihm kaum ernsthaft gemeint zu sein. Die erste Frage beruhe offenbar auf einer Unbekanntheit mit den Verhältnissen eines diplomatischen Agenten. Ein Gesandter sei ein Mann, welchen ein Souverän an einen Andern sende; der Gesandte werde von Person zu Person akkreditirt. Der bisherige Gesandte, Graf Arnim, habe um seine Abberufung gebeten. Graf Bernstorff sei an seine Stelle geschickt worden und gerade angelangt, als der Kaiser Wien verlassen. Es seien nun zwei Gesandte in Wien gewesen, von denen der eine sein Beglaubigungsschreiben wirklich überreicht habe abgeben können. Herr Arnim sei nun nach Ischl gegangen, Graf Bernstorff werde jedoch wahrscheinlich nach Innsbruck gehen. Die zweite Frage beziehe sich auf Ansichten der Minister, welche nur für Handlungen Rede zu stehen hätten. — Auf die fernere Interpellation des Graf. Giesztowski darüber: ob das Ministerium wirklich über die Posener Verhältnisse unterrichtet sei, und welche Bewandtnig es mit der Markirung der Gefangenen habe? — erwidert Hr. v. Kuerswald, indem er Näheres der Adressdebatte vorbehält: die Regierung habe ein Mittel, sich vollständig über die Verhältnisse in Posen zu belehren,

Digitized by Google

versäumt, sie habe allen nachgewiesenen Thatsachen die gerechte Würdigung zu Theil werden lassen, allein die Uebertreibung spiele eine große Rolle. Abg. Richter will Auskunft über die Bewaffnung der Arbeiter in Berlin. Minister v. Auerswald: die Bewaffnung ist den Bürgern übertragen. Es sind denselben 21000 Schieß- und 6000 Seitengewehre übergeben worden. Die Arbeiter haben zum Theil von den Bürgern Waffen empfangen. Es wird jedoch nicht möglich sein noch mehr Waffen für Berlin herzugeben, da noch andere Städte Waffen empfangen müssen und bei einem so bedeutenden Verbrauche leicht Mangel für Truppentheile, die anmirt werden müßten, eintreten könne. Krackrügge's Antrag: „die hohe Versammlung möge eine Untersuchung der Erfurter Vorfälle anordnen, die Schuldigen mögen bestraft, den Hinterbliebenen der Gefallenen aber gestattet werden, Ansprüche auf Entschädigung geltend zu machen", geht in die Abtheilungen über.

**Köln**, 5. Juni. Gestern reiste die aus Schleswig-Holstein nach Frankfurt entsendete Deputation, an deren Spitze der Präsident der dortigen provisorischen Regierung, Besser, steht, durch Köln in ihre Heimath zurück. Sie äußerte sich mit Befriedigung über die Resultate ihrer Sendung und hofft auf energischere Maßregeln, um die Herzogsthümer gegen Angriffe der Dänen zu schützen und sie dem deutschen Vaterlande als einen integrirenden Theil desselben zu erhalten. (K. Z.)

**Baiern, München**, 4. Juni. Es bestätigt sich, daß die meisten Studentenverbindungen ihre für Komerce angefertigten Summen der Sammlung für Herstellung einer deutschen Flotte zuwenden, ebenso die Studirenden für sämmtliche Erfindungen beim Exerciren. (K. M.)

**Würtemberg**. ° Tübingen, 6. Juni. Der Beschluß der Nationalversammlung vom 27. Mai, daß die zu gründende deutsche Verfassung maßgebend sein solle auch für die Landesverfassungen, hat allenthalben in Würtemberg volle und freudige Beistimmung gefunden. Am 3. Juni hat der hiesige vaterländische Verein, an welchem Personen aller Stände theilnehmen, eine öffentliche Erklärung in diesem Sinne abgegeben, worin zugleich die Hoffnung ausgedrückt ist, daß die Nationalversammlung als das Organ des Volkswillens zur Begründung der Einheit und Freiheit Deutschlands sich auch der That nach betrachten, demzufolge alle Versuche einer Absonderung von der deutschen Sache sowie jegliche Friedensstörung, von welcher Seite sie komme, auf das Entschiedenste zurückweisen und nicht früher sich auflösen werde, als bis die deutsche Verfassung in's Leben getreten ist. Weiter spricht der Verein, in Uebereinstimmung mit einer von Dr. Schwarzhardt verfaßten Petition in Gewerbesachen, seine Ueberzeugung dahin aus, daß gleichzeitig mit der Verfassung Deutschlands Beschlüsse von dem neuen nationalen Mittelpunkte ausgehen sollten, wodurch der gewerbliche Verkehr und der Wohlstand der arbeitenden Klassen wieder gehoben und für die Zukunft möglichst gesichert werden. Es handle sich hier von unanfechtbarem Maßnahmen zu Linderung schwerer Noth, zum Theil auch von Verwirklichung alter Zusagen, welche der deutsche Bund im Art. 19 der B. A. ertheilt, aber niemals erfüllt habe. Endlich erklärte der Verein, daß er bereit sei, mit Gut und Blut dem deutschen Parlamente beizustehen, Falls durch freiheitfeindliche oder aufrührerische Bestrebungen die Sache des Volks, „das zu ihm als seiner letzten Hoffnung aufblickt", von Neuem gefährdet werden sollte.

— Vor mehreren Tagen hat hier eine Anzahl Studirender ein neues Statut über das Verbindungswesen, worin die Erlaubniß zu Verbindungen in den Rahmen eines vorjährigen Entwurfs mit den damals stereotypen polizeilichen Kautelen aufgenommen ist, am hellen Tage vor der Aula verbrannt, und Abends machte sich der Unmuth einer sehr gemischten Gesellschaft vor dem Hause des bezeichtigten würdigen Rektors Prof. Volz Luft durch eine Katzenmusik, welche von der Polizei in keiner Weise gestört wurde. Den Vorwand zu letzterer gab das fälschlich verbreitete Gerücht von einer drohenden Schließung der Universität. Indessen hat nicht nur der vaterländische Verein des andern Tags einstimmig sein tiefes Bedauern über diesen unwürdigen Auftritt ausgesprochen, sondern es haben auch die Studirenden selbst in der großen Mehrzahl und namentlich sämmtliche Verbindungen auf das Entschiedenste denselben mißbilligt und sich dahin auch im heutigen Merkur offen ausgesprochen.

**Sachsen**. * Leipzig, Anfange Juni. Die Ruhe ist in unserer Stadt nicht wieder gestört worden, der Rath warnte sofort durch Maueranschläge vor jeder Störung der Ordnung und Sicherheit. Aber dennoch gährt es im Scheinen fort und die Sicherheit ist nicht so ungefährdet als es scheint. Zunächst haben sich in der nächsten Umgegend bedenkliche Symptome gezeigt. Eine Bande Vagabunden hatte im benachbarten Konnewitzer Holze, schlug dort die Bäume nieder und fiel dort Wagen und Personen an, denen sie Geld abdrohten. Der Förster des Holzes hat Militär requiriren müssen, um den Wald von solchen Unholden zu säubern. Einige Tage galt die Straße nach Konnewitz, der Weg durch die Ronne und durch die Bürgerwache für sehr unsicher. So hat man in letzterer einen Soldaten-Volontair an einen Baum angebunden und ihm sein Geld abgenommen. Auch in dem benachbarten Dölitz hat man das Landgut eines hiesigen Kaufmanns zerstört und einem andern Drohbriefe zugesandt, daß, wenn er nicht gleich 100 Thlr. zahle, ebenfalls heimgesucht werden solle. In der That fürchtet man weniger Attentate der vielen brodlosen Arbeiter, als die Umtriebe der republikanisch Gesinnten. Diese machen sich jetzt absonderlich breit. Ihr demokratischer Verein, wenn auch gering an Zahl, ist nach allen Seiten hin thätig. Ihr Hauptstreben ging zuletzt dahin, den Vaterlandsverein, welcher die freisinnigsten Männer Leipzigs in seiner Mitte zählt und an 2000 Glieder stark ist, zur Proklamirung der Republik in dem Programme und zu einem Kartellbündniß mit dem demokratischen Verein zu bewegen. Der erstere Antrag, vom dem Literaten Oelkers gestellt, fand in der letzten Sitzung leider unter der Majorität so vielen Anklang, daß es dem Ausschuß kaum gelang, den Antrag in gemäßigtem Sinne durchzubringen. Man sah hier mit Schrecken, wie die niederen Stände, die im Vaterlandsverein am Fürsten vertreten sind, für Proklamirung einer sofortigen Republik glühten und alle Warnungen und Geduldsgebäude, welche republikanisch gesinnte Redner aufstellten, mit Zeichen des Mißfallens begrüßten. Nur der Geschicklichkeit des Präsidenten Gutte gelang es, die übersspannten Anträge zur Zeit noch abzuwenden, doch sollen nun alle Zweigvereine, beinahe 200 an Zahl, in Kenntniß gesetzt werden, wie man daher für Einführung der Republik gesinnt sei, daß die republikanische Frage recht oft in ihren Versammlungen auf die Tagesordnung käme, um das Gespenst vor dem Namen der Republik zu verscheuchen und um dann auf nächster Generalversammlung en cat scheiden, ob man sich für Republik oder freisinnige konstitutionelle Monarchie entscheiden solle. So steht es jetzt hier. Der Vaterlandsverein hat schon Volkssouveränetät an die Spitze seines Programmes gestellt, aber zur Zeit die konstitutionelle Monarchie als Willen der Majorität im Lande giltig anerkannt, die republikanischen Wühler sind aber damit nicht zufrieden, sie verlangen, der Verein solle auch diese Maske abwerfen und sich entschieden für Republik erklären. Die Erbitterung über solche Wühlereien war gestern in der Stadt sehr groß, der besonnene Bürgermann haßt solche politische Extravaganzen, welche Handel und Gewerbe nur noch tiefer gesinken sei, und man ist allgemein entschlossen, bei einer etwaigen Schilderhebung der Republikaner von den Waffen im wahren Sinne des Wortes ernstlich Gebrauch zu machen. Ein nächstes Zusammenstoßen würde sicher nicht ohne Blutvergießen abgehen. Durch Maueranschläge waren in dieser Nacht alle Republikaner und brodlosen Arbeiter mit den Waffen in der Hand an einen Ort beschieden, sie wurden sofort abgerüstet, die nöthigen Maßregeln getroffen, und so ist gottlob diese Nacht ruhig vergangen. Unsre Regierung wagt es leider nicht, gegen solche wühlerische demagogische Umtriebe einzuschreiten, und so wird sich der Bürger selbst helfen müssen. — Auch die Buchhändlermesse ist sehr schlecht abgelaufen. Nicht bloß daß österreichische und ausländische Buchhändler nicht erschienen sind und ihre Zahlungen unterlassen haben, auch die inländischen Firmen bemühen sich schlechten Zeitverhältnisse und zahlen nicht oder wenigstens nur einen geringen Theil. So wird wir versichert, daß eine Buchhandlung, welche ein weitverbreitetes Blatt herausgibt und 25,000 Thl. einzunehmen hat, nicht mehr als 2000 Thlr. habe einnehmen können. Das ist für die armen Schriftsteller eine sehr schlimme Aussicht. Schon jetzt drucken einige von den ersten Firmen ihre angefangene Manuskripte nicht aus, oder weisen die bedungenen Manuskripte und Fortsetzungen bis auf ruhigere Zeiten zurück, ohne dem Schriftsteller Honorar zu zahlen, so daß dieser einstweilen hungern kann, bis es dem Hen. Verleger gefällt, das Manuskript zu drucken. Das ist für die Schriftsteller ein neuer Beleg den Kontrakten auch die Bestimmung beizufügen, daß die Manuskripte bei ihrer Ausliefernng nicht ungedruckt liegen bleiben dürfen. So greift jetzt Eines in das Andere. Alle Stände leiden unter dem Stocken der Geschäfte, und Niemand weiß, wann das enden wird.

**Hannover**, 3. Juni. Die zweite Kammer hat heute einstimmig (daß Stüve sich nicht erhob, war augenscheinlich ohne Absicht) beschlossen, daß die Beeidigung aller Staatsbürger, namentlich des Militärs, auf die Verfassung grundgesetzlich vorzuschreiben sei. Volk und Heer sollen den Eid leisten, sobald das Verfassungswerk vollendet und mit den Frankfurter Beschlüssen in Uebereinstimmung gebracht ist. Außerdem hat heute die zweite Kammer sämmtliche Beschlüsse erster Kammer zur Gewerbeordnung, namentlich auch zu dem §. 224. angenommen.

Digitized by Google

**Baden.** Mannheim, 5. Juni. Ein Staatsministerialerlaß, die Deutschkatholiken betreffend, lautet dahin: Nr. 1158. Se. K. H. der Großherzog haben sich auf den unterthänigsten Antrag Ihres Ministeriums des Innern vom 12. d. M., Nr. 5265, allergnädigst bewogen gefunden, den Anhängern des Leipziger Glaubensbekenntnisses die Befugniß zur Abhaltung öffentlichen Gottesdienstes und Körperschaftsrecht zu verleihen, daß dieselben demgemäß in Beziehung auf die Abhaltung von Versammlungen durch Übereinkunft mehrerer Vereine, auf die Ausübung des Gottesdienstes und Zulassung fremder Predigter keinen andern Beschränkungen unterworfen sein sollen, als die übrigen Konfessionen, und daß die Bestimmungen der höchsten Entschließung vom 20. April 1846, insoweit sie etwas Anderes enthalten, zurückgenommen werden. Auch soll der Bezeichnung des Bereins als „Deutschkatholiken" fernerhin kein Hinderniß in den Weg gelegt werden. Beschlossen im Großherzoglichen Staatsministerium am 19. Mai 1848. (gez. Bekk.) (Mannh. Z.)

Δ Mannheim, 4. Juni. Der hiesige vaterländische Verein hat folgende Zuschrift erlassen: Luremburger! Trierisner! Oeffentlichen Nachrichten zufolge haben Eure Abgeordneten gegen den Beschluß der deutschen Nationalversammlung, lautend: „Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt, daß alle Bestimmungen einzelner deutschen Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als giltig zu betrachten sind — ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet", Verwahrung eingelegt. — Wir können nicht glauben, daß, wenn auch Eure Abgeordneten hierin nur den ihnen ertheilten Instruktionen gefolgt sind, es in Euerer Absicht liegen kann, das große und heilige Werk deutscher Einigung zu stören; vielmehr vertrauen wir, daß Euch ebenso lebhaft als uns der erhebende Gedanke inniger deutscher Verbrüderung durchglüht. Wir hoffen und erwarten daher von Euch, Ihr werdet bei der ersten Kunde des von Euren Abgeordneten gethanen Schrittes Allen die bei solchen Gelegenheiten Erinnerungen an vergangenem Zwiespalt der deutschen Völkerschaften und an die daraus erwachsene Schmach des deutschen Namens hervorruft, die Zurücknahme jener Verwahrung entschieden verlangen und Euch so als echte Söhne unseres großen und schönen Vaterlandes bewähren. — Luremburger! Männer Eueres Namens trugen einst die deutsche Kaiserkrone; Ihr seid durch eine tausendjährige Geschichte mit uns verbunden. Sollet Ihr jetzt, da vierzig Millionen Deutsche Euch die Bruderhand bieten, sie kalt zurückweisen und in einem der größten und herrlichsten Momente deutscher Erhebung das erste Beispiel des Zwiespaltes, der Trennung geben wollen? Nein, deutsche Männer, das könnt Ihr nicht, Ihr werdet fest mit uns zusammenstehen, unsere Gefahren theilen, unserer Siege Euch erfreuen, in dem Bewußtsein Bewußtsein, einem Volke anzugehören, das an Tapferkeit, Gesittung und Bildung seinem andern nachsteht. Trierisner! Vom Rheine unsern Brudergruß und Handschlag! Eben erst seid Ihr der Gefahr entgangen, von der vereinigten Flotte Neapels, Sardiniens und Venedigs blokirt oder gar beschossen zu werden. Gegen ähnliche Gefahren kann Euch nur der innigste Anschluß an Deutschland, welches eine Bevölkerung von über 40 Millionen umfaßt, schützen. Haben wir auch zur Zeit noch keine Kriegsflotte, so könnt Ihr doch fest darauf vertrauen, daß wir in wenigen Jahren auch zur See eine Achtung gebietende Stellung einnehmen und dadurch in den Stand gesetzt werden, Eurer Stadt und Eurem Handel gegen jeden Angriff zu sichern. Darum schließt Euch fest an uns! Sagt den Euch umgebenden Bürgerschaften, daß die deutsche Nation fest entschlossen ist, alle anderen Nationalitäten innerhalb des Bundesgebietes zu achten. Denn wir schließen einen Bund freier Völker. Freiheit Aller ist unsere Losung. Nur die Einigkeit führt zur Freiheit. Darum Alle für Einen, Einer für Alle. Mannheim, 3. Juni 1848. Der neue vaterländische Verein.

**Billingen**, 5. Juni. Heute fand dahier die Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung für die Aemter Hornberg, Triberg, Villingen, Donaueschingen u. Neustadt Statt. 146 Wahlmänner waren anwesend. Von diesen erhielten Friedrich Hecker 73 und Karl Metz 73 Stimmen; das Loos entschied für Letzteren.

(Oberrh. Z.)

* **Aus dem Seekreis**, 4. Juni. Heute treffen auf den Ruf von Hecker seine Anhänger diesseit und jenseit der Schweizergrenze in Schaffhausen zusammen; es soll über die Art und Weise, wie man sich jetzt zu verhalten habe, dort berathen und beschlossen werden. Es ist seit der Niederlage im April die Partei der Zahl nach nicht geringer geworden, ob aber klüger, wird wahrscheinlich die nächste Zukunft uns zeigen. So viel ist gewiß, daß trotz der Gerichtsbeiträge und Erbitterung, die in unserem Landestheile noch immer herrscht und an manchen Orten in wahren politischen Fanatismus übergeht, der bewaffnete Zuzug — wenn ein solcher wieder verlangt würde — noch viel geringfügiger ausfallen würde, als das erste Mal; nicht aus Mangel an Neigung zu derartigen Operationen, sondern aus dem Grunde, weil man hierorts einsieht, daß im freien Felde dem regelmäßigen Militär gegenüber ungeordnete Haufen Nichts auszurichten im Stand sind. Man hat daher alle Hoffnung auf die Franzosen gesetzt. Ja, glauben Sie es; die deutschen Republikaner schwuppt dieselbst ist jenseit der Grenze sprechen es Ihnen unverhohlen aus, daß eine französische Armee die Freiheit bringen müsse! Sie wollen mit aller Gewalt zurückstehen; geht es nicht mit Hülfe einer abterrorisirten Amnestie, doch mit der der Franzosen! — Das Benehmen der Schweizer dabei ist das der Leute, welche vor Vergnügen die Hände reiben, wenn ihren Nachbarn etwas Unangenehmes bereitet werden soll. Ich will nicht sagen, daß es gerade eine Berletzung des Völkerrechts sei, daß die Schweiz es duldet, daß die flüchtigen Republikaner in Schaffhausen, dem am weitesten nach Baden vorgeschobenen Punkte, ihre Zusammenkünfte unter den Präsidium von Hecker halten; allein eine Verletzung des Völkeranstandes ist es gewiß. Unsere bisherige Diplomatie ist freilich nicht dazu gemacht, uns vor solchen Flegeleien zu schützen; wir hoffen aber, daß bald die Volksdiplomatie ein ernstes Wort dazu sprechen wissen wird, wie es auf das, was man uns hier bietet, paßt. —

**Hessen.** * Darmstadt, 7. Juni. Staatsrath Hallwachs hat heute in der 2. Kammer erklärt, die Regierung habe beschlossen, ihre Gesandten bei den deutschen und den fremden Höfen zurückzurufen. — Der 2. Kammer sind neuerdings Gesetzentwürfe vorgelegt worden über Kreirung von 2 Millionen Gulden Papiergeld, über eine außerordentliche Einkommensteuer von Besoldungen und Kapitalien für 1849 über Schwurgerichte, über sonstige Aenderungen im Strafverfahren, Strafrecht und über neue Organisation aller Gerichtsbehörden in den beiden rechtsrheinischen Provinzen. Sie sehen, unsere Landstände haben in der nächsten Zeit Vieles und Wichtiges zu berathen und zu beschließen; nun so mehr ist es zu bedauern, daß nicht diejenigen Abgeordneten der 2. Kammer, welche zugleich Mitglieder der Reichsversammlung sind und zum großen Theil zu den besten Kräften unserer Kammer gehören, freiwillig ihre Stelle in der hess. Kammer niedergelegt haben.

**Braunschweig**, 4. Juni. Von hier aus ist heute die verlangte Verstärkung unseres Kontingents, 260 Mann Infanterie und 30 Kanoniere, auf der Eisenbahn nach Schleswig abgegangen, vortrefflich ausgerüstet und bewaffnet, und, obgleich Rekruten, vom besten Ansehen und vom besten Geiste beseelt. (Br. Z.)

**Oldenburg.** Stedingerlande, 6. Juni. Heute wurde das neue Schoenerschiff „Bassermann", Kapt. Gerhard Balling, von dem Schiffbauherrn des Schiffbaumeisters Died. Ottmanns unter deutscher Flagge vom Stapel gelassen.

**Schleswig.** Die Weser Z. meldet: Aus Londern traf heute ein Privatschreiben ein, welches die Beschlagnahme von Lyngumkloster durch die Dänen (heute auch durch Anschlag in der Börsenhalle bekannt geworden) bestätigt, ferner meldend, daß 20 Mann Holsteiner daselbst von dem Feinde überrascht und aufgehoben wurden. In Tondern war man auf die Ankunft der Dänen schon gefaßt, und viele Familien bereiteten sich zur Flucht vor. Uebrigens hofft man auf die Möglichkeit, bald eine entscheidende Schlacht geliefert zu sehen, da, wenn auch nicht der Muth, doch wohl die Verblendung der Dänen sie zum Stehen bringen könnte; es ist nämlich kein Zweifel, daß sie Vortheile, welche die deutsche Armee ihnen freiwillig einräumte (ungegreiflich genug!) auf Rechnung der dänischen Tapferkeit bringen!

**Flensburg**, 2. Juni. Heute sind unsere Straßen den ganzen Tag über durch Truppendurchzügen sehr belebt gewesen, das preußische Militär rückte diesen Morgen früh aus nach dem Norden, und die Bundestruppen, die schon seit mehreren Wochen den schwierigen Posten im Sundewitt'schen gehabt haben, wo sie unausgesetzt den kleinlichen Neckereien der Dänen ausgesetzt waren, sind wieder hieher gekommen. Auch das schleswig-holsteinische Militär hat seine Position bei Linglow verlassen und ist heute nach Glücksburg und Umgegend gelegt. Die Preußen stehen in der Nähe von Gravenstein.

**Flensburg**, 3. Juni. Man ist hier sehr gespannt darauf, was die nächsten Tage uns bringen. Gestern fanden die gewaltigen Truppendurchzugungen Statt und heute Morgen 8 Uhr räumte sich das Kriegsdampfschiff Geiser. In der Kupfermühler Bucht legte es sich vor Anker, und ein Boot, auf dem vorne die weiße und hinten die

Digitized by Google

dänische Flagge wehte, setzte einen dänischen Parlamentär ans Land. Ueber den Inhalt der gebrachten Depeschen verlautet nichts Bestimmtes; wie man sich gerüchtweise erzählt, hat man dänischerseits binnen 24 Stunden die Räumung Flensburgs von deutschen Truppen verlangt, widrigenfalls man die Stadt in Brand schießen werde. Der Parlamentär hielt sich sehr lange, 6 — 7 Stunden in der Stadt auf; denn erst 4 Uhr Nachmittage ging er an Bord. Der Geiser zog alsbald die weiße Flagge herunter und entfernte sich. Ob in Folge der erhaltenen Depeschen oder auf andere Veranlassung, genug, man ist während des Stärksten Regens den ganzen Nachmittag beschäftigt gewesen, draußen vor dem Eingang in den Hafen eine Batterie aufzupflanzen und 2 vierundsechzigpfündige Bombenkanonen, sowie 2 vierundzwanzigpfündige Kugelkanonen sind daselbst bereits aufgestellt. Soeben habe ich es in Augenschein genommen; die ganze Küstenge und Kupfermühlner Bucht kann von diesem schweren Geschütz pestätig bestrichen werden. Von den beiden Bataillonen des Kaiser-Franzregiments, die bis dahin in Schleswig gelegen, ist das eine heute hier durchgekommen, das andere wird morgen nachrücken. Auch für das neuorganisirte v. d. Tannsche Freikorps ist für morgen Quartier bestellt. (Zagbl.)

Hauptquartier Höckerup, 1. Juni. Etwas Wichtiges hat sich heute nicht ereignet, indeß dauert auf den Vorposten bei Gravenstein das Gewehrfeuer und auch Geschützfeuer mit einzelnen Unterbrechungen fort. Feindliche Kanonenboote sind durch den Eckensund in das Mühlenteer gegangen und haben Gravenstein beschossen. Die Braunschweigische Batterie hat ihnen geantwortet. Gleichzeitig haben die Dänen von Eckensund aus ein ziemlich heftiges Feuer eröffnet. Die feindlichen Vorposten stehen eine halbe Stunde östlich von Apbüll.

Eine Depesche des General Halkett vom 2. Juni aus Flensburg meldet nur, daß die von ihm befehligte Division mit den Preußen die Quartiere gewechselt habe und jetzt in und um Flensburg stehe. Die Brigade der Division am 28. und 29. gibt der General im Ganzen auf 211 Mann und 11 Pferde an, darunter an Todten 1 Officier, 1 Unteroffizier und 18 Soldaten, an Verwundeten 7 Officiere, 10 Unteroffiziere und 134 Soldaten, vermißt werden 3 Unterofficiere und 37 Soldaten. (Ö. Z.)

* Hamburg, 2. Juni. Die zweite, heut beendete Sitzung des Gewerbekongresses schloß so stürmisch, daß wir noch nicht wissen, wann und wo die dritte abgehalten werden wird, ob in Altona oder Hamburg. In ein eigenes Lokal des Kongresses mich wieder in die Sitzungsfaal zurückkehren wollte. Die Kluft zwischen freier Innung und Zunft ist so groß, daß sie trotz aller Redensarten der Zünfte sich kaum ausfüllen lassen wird. Nachdem das Protokoll der ersten Sitzung angenommen war, bestätigte man die provisorisch gewählten Beamten für die ganze Zeit der Versammlung, doch gab sich hier gleich ein Zwiespalt kund, der zu vielen Reibungen und harten Worten Veranlassung gab. Jeder Hamburger wollte stimmen, dagegen opponirten sich aber die Auswärtigen, und man kam darüber ein, 6 Deputirte, 3 aus den Zünften und 3 aus der freien Innung, zu wählen, welche jetzt allein nur Stimmrecht haben sollten. Hierauf vereinigte man sich über die Grundprincipien, welchen man Geltung zu verschaffen suchen müsse und zwar 1) die Versammlung spricht sich gegen die Gewerbefreiheit, die sich durch praktische Erfahrung für Deutschland nicht bewährt hat, aus. 2) Die Versammlung nimmt den Antrag des Professors Winkelblech an, die Konstituirung eines socialen Parlaments, dem die Vorberathung über die soziale Gesetzgebung zufiele, während die Entscheidung darüber dem politischen Parlament vorbehalten soll, zu beschließen. Hierauf einigte man sich zu einer Aufforderung an Deutschlands Handwerker und Gewerbetreibende, verfaßt vom Verein der hamburgischen Aemter und Gewerke, und zur Ausschreibung eines Handwerkerkongresses, wozu Herr Selenka den Entwurf bis zur Nachmittagssitzung zu liefern versprach. Bald nach 5 Uhr begann die Nachmittagssitzung, in welcher zunächst Herr Wichmann die Präsidentschaft an Herrn Behrens aus Magdeburg abtrat, und die Deputirten aufgefordert wurden, die Anträge der einzelnen Staaten mitzutheilen. Die Mächtigsten waren die Mecklenburger, Lauenburger und Oldenburger. Herr Schlichting aus Wismar zeigte zuerst an, daß die Handwerker Mecklenburgs eine Städteversammlung in Güstrow abgehalten hätten, in welcher bestimmt worden wäre 1) daß die Gewerke den Städten vorbehalten bleiben sollen und dem Lande nicht gestattet sein soll, Handwerk zu betreiben, als nur solche, welche mit der Landwirthschaft im engsten Verbande stehen. 2) Daß keine Gewerbefreiheit eingeführt werde, aber sie wollten auch nicht Zunftzwang, sondern eine Gewerbeordnung, welche bestimmt, daß Lehrlinge, Gesellen und Meister vor ihrem Betriebe sich einer theoretischen Prüfung unterwerfen. 3) Daß, um dem Betriebskapital nicht zu unterliegen, jeder nur Ein Gewerbe betreiben dürfe. Sie seien bereit, diese ihre Forderungen mit Gut und Blut zu vertheidigen und sie seien bereit, sich keinen andern Beschlüssen aus Frankfurt zu fügen, gleichviel, was man dort beschließe. Hr. Goldarbeiter Stinner aus Uelzen wünschte einen Zusatz zu dem Betriebe nur Eines Gewerbes, daß es nämlich erlaubt sein soll, die in dasselbe Fach mit einschlagenden Artikel zu führen, und daß es nicht ginge wie in seiner Heimath, wo nach Einführung der neuen Gewerbeordnung den Drechslern verboten wurde, Pfeifenköpfe zu verkaufen. Der Deputirte aus Lauenburg beantragte im Interesse der kleinen Städte, was sie gerade in Lauenburg schwer fühlten, daß im Umkreise von 2 Meilen um eine Stadt kein Handwerker gebuldet werden soll. Tom Brück, Bierbrauer aus Bowe, Deputirter des Oldenburgischen, trug auf Aufhebung des Hausirhandels und lediglich Freizügigkeit an, wogegen Professor Windelschied aus Kassel den Antrag so formulirte, daß man an alle Regierungen die Forderung stellen solle, ihre Bürger zu schützen, wogu sich, wie der Deputirte Braunschweigs versicherte, der Oberbürgermeister Braunschweigs schon bereit erklärt und sich dahin ausgesprochen habe, daß er jede derartige Forderung bei der Regierung unterstützen wolle. Hr. Bielty, der Deputirte des Handwerkervereins aus Berlin, trug dagegen an, daß man sich nicht gegen die Freizügigkeit, sondern gegen die freie Konkurrenz aussprechen solle. Derselbe forderte später noch auf, den am 18. Juli in Berlin abzuhaltenden Kongreß der Handwerkervereine Deutschlands, zum Zweck einer gemeinsamen Zusammenwirkens, durch je einen bevollmächtigten Abgeordneten zu beschicken, oder doch etwaige Vorschläge, Statuten, Jahresberichte u. dgl. m. unter der Adresse: Stadtsyndikus Heckmann, Vorsitzer des Handwerkervereins, einzusenden. Hierauf begann die Debatte, wann der Handwerkerkongreß und wo er beginnen, und welcher Wahlmodus vorwalten solle, damit er an das Parlament eine Adresse einreiche, welche die Forderungen des Handwerkerstandes enthält und um deren Berücksichtigung bei dem Staatsgrundgesetze bittet, da in Deutschland ein gewerbtreibender Mittelstand zu schützen sei, welcher in Frankreich fehlte. Hr. Selenka begann nun seinen Entwurf vorzulesen, wovon nur 3 §§. zur Verhandlung kamen; 1 und 2 wurden einstimmig nach kleineren oder größeren Debatten angenommen, wogegen §. 3 der Zankapfel wurde, welcher die Versammlung ihrer Auflösung nahe brachte. §. 1. Berufung eines allgemeinen Handwerkerkongresses zu Frankfurt, welcher sich am 15. Juli versammeln soll. §. 2. Dieser Kongreß hat den Beruf, unter allgemeinen deutschen Handwerkerforderungen auszuarbeiten und dem hohen Parlament vorzulegen. §. 3. Zur Beschickung des Kongresses hat das Gewerk, Amt, Innung, Gilde eines jeden Ortes einen Wahlmann, als Wähler einen Vertreter und diese wieder einen Deputirten zu wählen. Der Sturm war bei diesem Paragraphen durch Hrn. Bischoff aus Altona, Deputieten des Handwerkervereins, heraufbeschworen, da Herr Bischoff die Frage stellte, ob auch Gesellen Wähler und wählbar sein würden? Einstimmig soll, mindestens zur Mehrzahl, sprach man sich dagegen aus, und als sich Herr Bischoff, auf die jüngsten politischen Freiheiten berief, fragte man ihn, ob er Gesell sei, und weigerte ihm auf seine Besahung das Wort; ebenso Herrn Wehring, dem Deputirten des Hamburger Handwerkervereins, da nicht mehr als 6 Deputirte anerkannt seien, welche man den Morgen gewählt habe. Man vergaß aber dabei zu erwähnen, daß diese Herren eigene Korporationen vertraten. Der Lärm ward so groß, daß ein Theil der Deputirten sich aus dem Saale entfernte und nicht wiederkehren, ein anderer die Sitzungen nach Altona verlegen will. Noch ist unbestimmt, wo die nächste Sitzung sein wird. Der Streit ward so hitzig, weil die Meister nur ihr Recht gewahrheitet wissen wollten, die Rechte der Gesellen wurden sich schon von selbst finden, meinten die Herren, als wenn die Gesellen nicht auch in einer Handwerker- und Gewerbeordnung vereinte sein müßten. Die Herren wollen nur Privilegien aber keine Freiheit.

§ Frankfurt, 7. Juni. Die heutige Sitzung eröffnete die Beschwerde eines posenschen Deputirten gegen den Präsidenten, wegen der gestrigen Vorlesung des Lelewelschen Briefes. Er hält diese für eine in der Geschäftsordnung nicht begründete Verorgnung. Der Präsident erklärt, diese Beschwerde sei nicht ohne Grund; er habe den Brief vorgelesen auf die Bitte vieler Deputirten, was er eigentlich nicht hätte thun sollen, und er bitte deßhalb um Entschuldigung. Von allen Seiten Aeußerungen des Beifalls. — Es wird zur Anzeige gebracht, daß auch Oesterreich Protokollfreiheit für die Berichte über die Verhandlungen und für die Abgeordneten ausgesprochen habe. Die Tagesordnung führt hierauf zu den Berichtserstattungen verschiedener Ausschüsse. Heckscher berichtet Namens des völkerrechtlichen Ausschusses über die vorliegenden Anträge in Beziehung auf die gegenwärtige Lage von Schleswig-Holstein. Es sind viele Abgeordnete und auch Petitionen aus Nordschleswig eingetroffen, wodurch die Berichter-

Digitized by Google

erstattung um Etwas verzögert wurde. In einer sehr gelungenen, geschichtlichen Skizze wird nachgewiesen, wie Schleswig und Holstein staatsrechtlich unzertrennlich verbunden seien. Der Bericht weiset sodann hin auf die letzten Vorgänge, die Schritte Dänemarks zur Incorporation Schleswigs, die Erhebung des Volkes und die Einsetzung der provisorischen Regierung, auf die Entstehung des Kriegs, die Feindseligkeiten des deutschen Heeres und den Rückzug, welcher so allgemeine Entrüstung erregte. Es scheine unbegreiflich, in wie weit diese Rückschritt mit dem Waffenstillstand und den Friedensunterhandlungen in Verbindung stehe. So viel aber habe sich festgestellt, daß der Rückzug aus Jütland aus politischen, der aus Nord-Schleswig aber aus strategischen Gründen stattgefunden habe. Das werde auch durch einen neuesten Bundesbeschluß bestätigt, welcher ausspricht, daß keine politischen Gründe einer sofortigen Wiederbesetzung Schleswigs entgegenstehen. Eine Reihe von Anträgen seien nunmehr dem Ausschusse zur Begutachtung vorgelegt worden. Viele derselben anticipiren das Verfassungsgesetz selbst, andere greifen den Friedensunterhandlungen offenbar vor, oder sie fordern Erörterungen über Dokumente, welche in diesem Augenblick zu fordern und öffentlich vorzulegen nicht angemessen sei. Die Frage über die Unterunterkeit der beiden Herzogthümer sei unzweifelhaft; die über das Recht Deutschlands an ganz Schleswig bedürfe noch einer genauern Erörterung. (Den Antrag des Ausschusses liefern wir mit nächster Post nach.) Der Berichterstatter spricht schließlich den Wunsch aus, die Versammlung möge, wenn der Bericht zur Diskussion komme, in eine nähere Erörterung nicht eingehen und dadurch denselben politischen Takt bewähren, wie bei dem Marek'schen Antrag hinsichtlich der slavischen Angelegenheit. (Forts. folgt.)

### Schweiz.

** Bern, 1. Juni. Wer hätte es für möglich gehalten, daß dem kaum überwundenen Sonderbunde der katholischen Kantone ein zweiter Sonderbund gleichsam auf dem Fuße nachfolge? Und doch ist es so. Diese Rolle, welche gegenwärtig die westlichen Kantone, insbesondere Genf, Waadt und Neuenburg und theilweise auch Tessin, Wallis und Freiburg an der Tagsatzung spielen, sieht derjenigen der ehemaligen Sonderbundsstände so ähnlich wie ein Ei dem andern. In in mehrfacher Beziehung sind die geheimen Pläne, sowie das Benehmen dieser Stände gegenüber der Eidgenossenschaft, noch tadelnswerther, verderblicher und das Nationalgefühl beleidigender, als es die Bestrebungen des katholischen Sonderbundes waren. Zwar haben auch die Letztern mit dem Auslande gelieblugelt und auf dessen Unterstützung gerechnet. Allein sie schruten sich doch, dies so offen auszusprechen, die Sprache ihrer Magistrate war (Siegwart Müller abgerechnet) schweizerisch, und niemals wichen dieselben, mit Ausnahme Siegwarts, dazu die Hand geboten haben, die Schweiz ans Ausland zu verkaufen. Ihre westlichen Gegner hingegen vergessen ob ihrer Sympathien für Frankreich und die Lombardei ihre beschworenen Pflichten gegen das eigne Vaterland, sie haben nicht mehr die gemeinsamen Interessen und internationalen Verpflichtungen der Eidgenossenschaft, deren Glieder sie sind, im Auge, sondern sie lassen sich durch unbegreifliche Verblendung oder schändlichen Verrath dazu verleiten, die Neutralität preiszugeben und mit Frankreich und der Lombardei gemeine Sache zu machen, unbekümmert und trotz der Beschlüsse der Tagsatzung. Ja, ihre Gesandten, insbesondere James Fazy (welcher in mehr als einer Beziehung bei dem neuen Sonderbunde diejenige Rolle übernommen zu haben scheint, welche Siegwart bei dem frühern spielte), geben nicht undeutlich zu verstehen, daß, je nachdem die Umstände sich gestalten, jene Stände nach ihrer Konvenienz (oder besser nach ihren vermeintlichen Sonderinteressen) handeln und ihren Sympathien für die französische Republik und die Befreiung Italiens selbst auf Unkosten der schweizerischen Neutralität und Unabhängigkeit getreu bleiben werden. Daß bei allem dem der geheime Gedanke an eine Trennung von der Schweiz und Vereinigung mit jenen Ländern zum Grunde liegt, ist kaum zu bezweifeln. Wenn demnach die völkerrechtliche Stellung der Eidgenossenschaft nicht neuerdings gefährdet, wenn dieselbe nicht von Frischem in Verwickelungen mit dem Auslande geratben, wenn ihr Gebiet gegen eine ihr durch den Abfall der wälschen Kantone drohende Zerbrückelung geschützt werden soll, so ist es hohe Zeit, daß die Tagsatzung gegen diesen neuen „Sonderbund“ einschreite und dem propagandistischen landesverrätherischen Treiben dieser neuen Auslandspartei ein Ende mache.

### Niederland.

Kanten, 31. Mai. Die Anmaßung unserer holländischen Nachbarn hat nun bald einen solchen Grad erreicht, daß eine ernste Zurechtweisung dringend nothwendig wird. Fast keine deutsche Kokarde entgeht ihren Beschimpfungen. In einigen Städten haben sich ordentlich Aufpasserrotten gebildet, die die Mützen und Hüte der ankangenden Reisenden von allen Seiten besehen und beim Anblick der deutschen Nationalfarben in die rohesten Schimpfreden ausbrechen, selbst zu Thätlichkeiten übergehen. (B. M.)

* Amsterdam, 4. Juni. Endlich hat sich ein tüchtiger Mann gefunden, der sich unseres verwahrlosten finanzministeriums annimmt. Durch telegraphische Depesche erhalten wir vom Haag die Nachricht, daß Hr. van Bosse, ein junger, praktisch gebildeter Mann, das Portefeuille der Finanzen übernommen hat. Finanzministerien sind heutzutage keine Sinecuren mehr, und auch Hr. van Bosse wird in der ersten Zeit einen harten Stand haben, da bei dem schlechten Geschäftsgang und den niedrigen Kolonialwaaren-Preisen ein starkes Defizit in unserem Budget gar nicht ausbleiben kann. Auf den 14. Juni sind unsere Kammern einberufen, zur Berathung des neuen Grundgesetz-Entwurfs.

### Großbritannien.

London, 6. Juni. In ihren Ergüssen über auswärtige Politik haben die Times sich wohl schon öfters derbe Blößen gegeben, aber wohl noch nie in der Art, als in ihrer Nummer vom 5. Juni, wo sie über das ermeldige, in derselben Zeitung bereits frühen mit ganz besonderm Nachdruck hervorgehobene Gefecht bei Sundewit nicht bloß mehrere Auszüge aus deutschen Journalen und eine Originalkorrespondenz aus Hamburg, sondern auch einen leitenden Artikel bringen, worin diesem ziemlich gemeinen und heimtückischen Handstreich der Dänen eine Bedeutung beigelegt wird, die er nur insofern hat, als er ein trauriges Ergebnis sowohl unserer Halbheit und politischen Ungeschicklichkeit, als des diplomatischen Verraths ist. von dem wir nach allen Seiten hin umsponnen zu sein scheinen. Wir wollen hier nicht alle die wahrhaft ehrenkränkenden Ausdrücke und Benamen wiederholen, womit die Times uns wegen des Kriegs mit Dänemark überschütten; aber die Heuchelei verdient hervorgehoben zu werden, womit diese Zeitung die wahrhafte und aufrichtige Gesinnung Deutschlands zu sein vorgibt, die schon seit langer Zeit sich bemüht habe, uns auf die revolutionären Keime aufmerksam zu machen, welche in unserer bemitleidenswerthen Begeisterung für die Sache der Herzogthümer gelegen seien. Aber die Deutschen hätten ihre (der Times) „uneigennützigen“ Rathschläge mit Hohn und Verachtung abgewiesen, und die Folge davon sei, daß sich Deutschland in den wilden Wirbel der Revolution hinabgezogen sehe, während in Dänemark die schönste, Vertrauen erweckende und verjüngende Ordnung fortdauernd herrsche. Die Times prophezeien uns, daß dieser „schändliche“ Krieg für uns mit gänzlicher Meerlage enden müsse, denn schon habe sich eine russische Flottille mit der schwedischen verbündet, und wenn der ganze Norden gegen uns losbreche, so werde dies bewirken, Zustimmung Englands gesichern, insofern wir uns nicht eines Bessren besännen und nicht bloß Schleswig, sondern auch Holstein räumten; Dänemark habe ein Recht, die Räumung Holsteins durch die Bundestruppen zu fordern, ehr es sich in irgend einen Vertrag mit uns einlasse. Das haben wir von unserer durch Rechts zu entschuldigenden Räumung Jütlands! Wir haben uns schwach gezeigt, und man steigert die Forderungen zu einem Grade, daß wir alles Gefühls für nationale Ehre und Würde baar und lebig sein müßten, wenn wir darauf eingingen! Die Times drohen uns mit einem Bündniß der nordischen Mächte; nun wohl, wenn es auf bloße Drohungen ankommt, so könnten wir Drohung gegen Drohung setzen, wir könnten ein Bündniß aller kontinentalen Wests, Süd- und Centralmächte in Aussicht stellen, wir könnten die Freiheitung Polens nennen, um Russland in Schach zu halten, wir könnten uns Frankreich anschließen, das uns mit offenen Armen empfangen würde, wir könnten von uns aus das frühere Schaufpiel der Kontinentalsperre wirksamer wiederholen. Schwerlich wird uns doch England zu einem solchen monströsen Bündniß drängen wollen, das aber keinesfalls monströser wäre, als das Bündniß zwischen den früheren Todfeinden Schweden und Rußland, Dänemark u. England gegen Deutschland. Aber wir sind auch für uns allein stark genug, wir bilden im Mittelpunkt Europa's ein kompaktes Volk von über 40 Millionen, wir sind der Hauptmarkt für England, für seine Waaren und Fabrikate, wir sind, was England recht wohl weiß, sein natürlichster Bundesgenosse, der im Falle eines allgemeinen Krieges seine Schlachten zu Lande schlägt, es gilt jetzt auszudauern, fest zusammenzuhalten und alle augenblicklichen Verluste mit patriotischer Aufopferung zu tragen, weil das, was wir in Zukunft gewinnen können und müssen, tausendfach Dasjenige überwiegt, was wir für den Augenblick etwa verlieren. England kann und wird nicht die Gemüther

Digitized by Google

## Böhmen, deutsches Reichsland.

(Schluß.)

Nach dem Allem ist Böhmen kein slavisches Land, noch je ein solches gewesen. Die alten Czechen haben Böhmen nie Czechien oder ein Slaoten genannt. Die Versetzung mit deutschen Elementen hat mit ihrer Einwanderung begonnen und ununterbrochen in dem Maße zugenommen, daß schon im 10. Jahrhundert in allen Gegenden des Landes Tausende deutscher Familien haushäblig waren und deutsche Nationalität und Sprache immer mehr Geltung und volle Ebenbürtigkeit erlangten — nicht etwa in Folge planmäßiger Germanisirung des Landes, sondern einzig und allein als die Frucht der Zeit und das Ergebniß der unabwendbaren Macht der Verhältnisse. Die Zahl nicht czechischer Eingeborenen ist so bedeutend, daß, wollte man die heutigen Böhmen Slaven nennen, vielleicht der halben Bevölkerung eine solche Abstammung angedichtet werden müßte. Nur das Landvolk ist in einigen Bezirken rein czechisch geblieben. Die eingeborenen Deutschen aber gar Eindringlinge zu nennen, ist Unverstand, da sie entweder die frühern Eigenthümer des Landes waren oder sich doch auf friedlichem und rechtsgiltigem Wege wieder zu Miteigenthümern ihres verlornen Landes zu machen verstanden haben. Die Eingeborenen, welche Abkunft auch, sind heut gleichberechtigte Böhmen. Auch nach den langen innern Unruhen, die das Land entwölkert hatten, nach der großen Auswanderung der protestantischen Böhmen im ersten Viertel des 17. Jahrhunderts und nach dem dreißigjährigen Kriege waren es vorzüglich Deutsche, welche das menschenarme und verwüstete Land wieder bevölkert, angebaut und zu Kräften gebracht haben — Deutschen vorzüglich aus den Erbstaaten des Hauses Oesterreich, Oesterreich, Steiermark, Tirol, Schlesien, der Lombardei selbst, neben neuen Tausenden bürgerlicher und bäuerlicher Familien, die granddeszendenten Zweige adeliger Familien, wie die Fürsten und Grafen Auersperg, Clam-Gallas, Buquoi, Colloredo, Fürstenberg, Dietrichstein, Harrach, Lichtenstein, Schwarzenberg, Löwenstein, Trautmansdorf, Thun. Sind nicht heute leider sogar die meisten ar[illegible]stokratischen Czechomanen deutscher Abkunft?!

Durch ihre Ansiedelung in einem deutschen Lande hatten die Czechen sich von den übrigen Slaven zu weit entfernt, zu sehr getrennt, um den letzteren nicht immer mehr entfremdet zu werden. Ihr Zusammenhang mit den slavischen Stammverwandten mußte sich um so mehr lockern, je inniger sie mit den Geschicken Deutschlands verwoben, je verschlungener ihre Beziehungen zu diesen wurden. Oesterreich verknüpft ist der böhmische Löwe mit dem österreichischen Doppeladler, mit dem deutschen Aar[illegible] unzertrennlich verbunden durch Alles, was einem Volke theuer ist und heilig sein muß, durch Natur, Geschichte, Bildung, durch Verträge und Rechte, Religion und Sitten, durch seine alte Krone, die seit drei Jahrhunderten Habsburg trägt, durch Ehre, Eidespflicht und Gesetze. Auch nur in dieser zwiefachen Verbindung vermag Böhmen bedingt, selbständig, ungetheilt und einig zu bleiben, kann es durch ungestörtes Verwärtsschreiten immer blühender und glücklicher werden.

Wer dennoch behauptet, die Verbindung Böhmens mit Deutschland, in dessen Herz es recht, sei eine unnatürliche, gewaltsame, widerrechtliche und dem Nationalgefühle der Böhmen widerstrebende, der Böhmen Anschluß an das Slawenthum aber etwas Natürliches, der müßte entweder blind sein oder durch die czechische Bewegung andere Ziele erreichen wollen. Und in der That, es liegen dort gegen die deutsche Entwicklung einmal separatistische und aristokratische Tendenzen, welche sich nur hinter einer czechischen Demokratie zu verbergen suchen, sodann panslavische Wühlereien zu Felde.

Kein Zweifel, daß der Panslavismus seit vielen Jahren auch in Böhmen Eingang und Werkzeuge zu finden bemüht ist, und sein Streben konnte in einem Lande nicht ganz erfolglos bleiben, das an phantasiereichen Köpfen und leicht entzündlichen Herzen nicht arm ist. Die Wirkungen davon können nachgerade gefährlich werden, wenn wir auch noch immer hoffen, daß die Besonnenheit, welche das Deutschthum dem Nationalgefühle der Czechen eingeprägt hat, sie vor den äußersten Uebertreibungen bewahren werde. Der Gedanke, durch Begründung einer allen slavischen Völkerstämmen gemeinschaftlichen Sprache und Literatur eine ideelle Vereinigung derselben zu bewirken und Böhmen zum Mittelpunkte dieser geistigen Verbindung, zur Bundeslade eines neuen Testamentes gemeinschaftlicher Veredlung aller Slaoen zu machen, mag für Gelehrte, Künstler, Literaten viel Lockendes und Verführerisches haben; allein der Gedanke ist viel zu unpraktisch, schwebt zu sehr in den Wolken, um jemals die Früchte tragen zu können, welche die Slavomanen sich davon versprechen. Doch dies ist natürlich den russisch-panslavistischen Aufwiegern völlig gleichgiltig, erwärmen sie nur die Herzen für ein allgemeines Slaventhum, für ein dunkles Etwas, was dem Czaren die Wege bahnt. Und dabei ließen sich fene Sympathien für ein Panslavismus, wie man immer gethan hat, als unschädlich, als rein ideell und literarisch darstellen, kurz als so geartet, daß sie weder soziale, noch politische Nachtheile zur Folge haben könnten. Die Deutschen, von Natur großmüthig, stimmten meistens ein. Uns aber, die wir mahnten, rief man mit übertriebener Selbsterhebung zu: der Gedanke der Czechomanen, mit Hilfe des Panslavismus Böhmen und Mähren zu einem eigenen selbständigen Staate zu konstituiren, sei ein Hirngespinnst, dessen Unsinn zu sehr einleuchte, um irgend Besorgnisse erregen zu können. Unsere Selbstäuschung, unser Optimismus in politischen Fragen hat wirklich oft etwas Rührendes!

Allerdings ist der Panslavismus, d. i. der Gedanke und das Streben, alle Völker und sogar alle unter anderen Völkern zerstreut lebenden Individuen slavischer Abstammung in ein Volk und in ein großes Reich zu vereinen und entweder als Monarchie oder als Republik zu konstituiren — dieser ungeheure Gedanke ist nur durch völlige Zertrümmerung des europäischen Staatensystemes, durch Zerrüttung mächtiger Reiche, Aufwiegelung der Völker, durch Krieg und unsägliche Erschütterungen möglich. Allein die gegenwärtigen Zeitumstände sind günstig dafür, Niemand wird ihn mehr geradezu schwärmerisch und unausführbar nennen wollen, wenn wir auch überzeugt sind, daß die heutigen Böhmen der Mehrzahl nach zu seiner Verwirklichung nicht die Hand bieten werden. Denn noch einmal, die Böhmen sind kein slavisches, sondern ein aus czechischen und deutschen Nationalelementen hervorgegangenes, also ein czechisch-germanisches Volk, das zwar auch leicht erregbar ist, aber sich doch nicht bald zu heftigen thörichten Handlungen hinreißen läßt. Möchte denn auch jetzt die erste leidenschaftliche Aufwallung einer ruhigen Ueberlegung über Böhmens Verhältniß zum Vaterlande weichen und den überfprudelnden Worten ein wohlüberdachtes und verständiges Handeln folgen!

Ist Nationalität der Charakter eines Volkes, der ganze Komplex von Denk- und Gemüthsart, Sitten, staatlichen und socialen Einrichtungen, Religion und Sprache, so ist die böhmische Nationalität keine slavische und auch keine rein deutsche, vielmehr hervorgegangen aus der Durchdringung zweier ursprünglichen Nationalitäten, wie die der Franzosen, Italiener, Engländer; nur mit dem besonderen Unterschied, daß Franzosen, Italiener, Engländer mit zwei gleichberechtigten Landessprachen bildet, die eben wegen Böhmens Verschiedenheit zu dem ganzen Deutschland sich nicht zu einer gemischten Nationalsprache, wie eben das Englische, verschmelzen konnten. Denn dies kann nur dort statt finden, wo die Nationalität sich in einem großen unabhängigen Reiche selbständig ausbildet. Auch in Ungarn wird der Zusammenguß der verschiedenen Landessprachen in einen nationalen Sprachriegel unmöglich sein, weil die Deutschsprechenden einen festen Anhalt an der entwickelten deutschen Hofsprache, die ungarischen Slaven aber einen solchen an der gesammtslavischen Sprachentwickelung haben. Zwar herrscht in Prag, als dem Sammelplatz der Bewohner aller Landesgegenden, sowie in anderen Städten, wirklich in den untern Schichten der Gesellschaft eine Art Mischsprache, das Deutsche ist mit czechischen Wörtern versetzt, etwa wie die Salonsprache mit französischen Brocken; es rührt mit daher, daß die Eltern ganz czechischer und ganz deutscher Gemeinden ihre Kinder, weist zwischen 6 und 10 Jahr alt, etliche Jahre lang miteinander wechseln — ein Bedürfniß, das sich auch in Belgien zwischen den wallonischen und vlämischen, in Tirol zwischen den wälschen und deutschen Thriten geltend macht, da Jeder die Vortheile der Kenntniß beider Landessprachen fühlt. Allein jene Mischsprache ist und bleibt roh, sie kann neben den Landessprachen nicht aufkommen, schon weil diese das Medium aller Bildung sind. Auch besitzt durch die Kenntniß der verschiedenen Sprachen das Volk die Mittel, sich seinen materiellen und geistigen Verkehr mit den Nachbaren wesentlich zu erleichtern, und Niemand wird in Abrede stellen, daß die Kenntniß des Deutschen den Ungarn unermeßliche Vortheile zugeführt hat und fortwährend zuführt und daß Gleiches Jahrhunderte lang in Böhmen stattgefunden, zur eigenen Bildung wie zu einer wohlthätigen Wechselwirkung auf die Veredlung Anderer. Das slavische Dfterreich, zumal Böhmen, scheint durch den Dualismus seiner Sprache mitberufen zu sein, die beiden großen Gegensätze des Deutschthums und Slaventhums zu vermitteln. Um diesem Berufe zu entsprechen, muß es beider Sprachen mächtig sein, darf es sich am wenigsten in eine aus allen slavischen Idiomen zusammengeflickte panslavische Sprache verlieren. Wäre der Dualismus der Sprachen in einer eigenthümlich neuen aufgehoben worden, so könnte ihm

Digitized by Google

eine solche Vermittelungsidee nicht mehr zustehen. Dasselbe geschähe, wenn von den beiden Landessprachen die eine allein bliebe, oder wenn das eine Element sich von dem anderen völlig sollirte, wenn die czechische Eifersucht und Abneigung gegen das deutsche Element sich noch steigerte. Auch würde jede mehr oder minder vollständige Identificirung mit den anderen slavischen Mundarten der böhmischen Bildung und Volksthümlichkeit große Nachtheile bringen, denn diese Hinneigung zu der einen Partei, die sich zum Anspehen im Slavismus getrieben werden könnte, müßte das Vertrauen der anderen schwächen, müßte die Eifersucht, zuletzt den hartnäckigsten Kampf um Selbsterhaltung des deutschen Elements hervorrufen. Wollen die Böhmen daher nicht auf ihre schöne Rolle und ihren Ruhm verzichten, so müssen sie Czechisch und Deutsch zugleich und mit gleicher Sorgfalt pflegen, das gemeinsame Vaterland aber um so weniger vernachlässigen, als sie nicht vergessen dürfen, daß Böhmen seinem tausendjährigen ununterbrochenen Verkehr mit Deutschland zunächst die großen Fortschritte verdankt, die es früher als alle Slavenvölker auf der Bahn der Bildung gemacht hat. Das können nun jene fanatischen Czechomanen läugnen, die dem deutschen Element, das doch zu keiner Zeit ein Fremdling in Böhmen war und dort selbst unmittelbar zwei Millionen Menschen zählt, noch nicht den mindesten Antheil, keinerlei Einwirkung an der in Böhmen und in Prag entfrosteten Kultur zugestehen wollen!

Wir haben leider Philoczechen, die eifrig bemüht sind, dunkle Vorstellungen über die gedrückte Lage der Czechen zu verbreiten und die Humanität des westlichen Europa dafür wie für Polen aufzurufen. Und doch ist diese Zusammenstellung von Polen und Böhmen ein Lufthild. Oder wo ist hier ein selbständiges Reich, das mächtig auf der europäischen Wagschale wog, aus der Reihe der Staaten weltverschollterndverschwunden, eine unausfüllbare Lücke, Zwiespalt und Hader zurücklassend? Wo sind hier Verträge hintangesetzt, die sprachlichen, kirchlichen, überhaupt alle volksthümlichen Verhältnisse iher Haufen geworfen, wo sind den Czechen die Wunden geschlagen, an denen Polen verblutet? Ihre Sprache wird mit sorgfeser Achtung und Schonung behandelt und gepflegt, und nach eigenem Ermessen Ihrer Philoczechen rufen sogar in neueren österreichischen Verordnungen, durch welche z. B. die Seelsorger, Lehrer, Aerzte und Beamten der böhmischen Erbstaaten zur gründlichen Erlernung des Czechischen verpflichtet werden, die Wurzeln der neu aufblühenden böhmischen Literatur! Wie, die Czechen könnten trotz des zwiefach geheiligten Bandes, das sie an Deutschland knüpft, je vergessen, daß und warum auf Polen alles Unglück zusammengehäuft ist, was eine Nation nur treffen kann? Nun, ich glaube wohl an eine Zukunft der Slbslaven, ich glaube auch noch an eine Zukunft Polens, aber zu einer slavo-czechischen Zukunft vermag ich mich nicht zu erheben. Gustaf Höfken.

---

Δ Aus dem **Oldenburgischen**, 2. Juni. Vielfach ist in den Tagesblättern davon die Rede gewesen, auf welche Weise für die deutsche Flotte am schnellsten und zweckmäßigsten Schiffe angeschafft und bemannt werden. An eine wesentliche Bedingung für die Herstellung und Erhaltung einer Flotte scheint man weniger gedacht zu haben, an Stationsplätze und Häfen für dieselbe, obgleich bekannt sein muß, daß nicht jeder Hafen ein Kriegshafen sein kann. Es wird daher wohl nicht unzweckmäßig sein, auf diesen Punkt hinzuweisen und dazu einige Bemerkungen dem größeren Publikum mitzutheilen, welche in den „Jeverländischen Nachrichten" veröffentlicht werden. Sie rühren von einem Sachverständigen her (Herrn Hallmann, Wasserbau-Konducteur), welcher durch die Fehler von ihm herausgegebene Karte der Jade einen Beweis von seiner gründlichen Kenntniß dieses Busens und seiner verschiedenen Tiefen gegeben hat, und verdienen deßhalb wohl, auf dem ersten Leserkreise eines Lokalblattes vor die Leser Ihrer verbreiteten Zeitung gebracht zu werden. Das Verständniß einiger örtlichen Kunstausdrücke wird sich wohl aus dem Zusammenhange ergeben. — Große Linienschiffe haben einen Tiefgang von 26 bis 30 Fuß. Deßhalb können, wenn in der Nordsee ein Kriegshafen angelegt werden soll, nur folgende Punkte in Betracht kommen: die Ems bei Kurhaven mit 48, die Weser neben dem Langlütjensande mit 30, die Jade an ihrer Mündung mit 39 und die Ems in der Nähe von Emden mit 26 Fuß Tiefe, alle an ihren seichtesten Stellen und bei Hochwasser. Die Weser und Ems müssen wegen ihrer geringen Tiefe demnach ausgeschlossen bleiben, obgleich die Lokalitäten in der Weser bei Nordenhamm und in der Ems die Anlage eines Hafens begünstigen. Auch ist zu berücksichtigen, daß das linke Ems-Ufer ein fremdes Gebiet ist, von wo einer Flotte sowohl im Hafen, als beim Auslaufen durch Boote Schaden zugefügt werden könnte. In der Nähe von Kurhaven dürfen Kriegsschiffe in dem dortigen Fahrwasser nicht Ankonnten, weil daselbst bei stürmischer Witterung ein so heftiger Wellenschlag Statt findet und die andere frequente Schiffahrt es ebenfalls nicht gestattet. An der Jade eignen sich zwei Plätze zum Hafen, nämlich der eine südöstlich von Heppens und der andere nördlich von Horumersiel. Bei Heppens ist ein solcher mit wenigen Kosten herzustellen und zu unterhalten, da unmittelbar am Lande, was bei der Eigenthümlichkeit der Nordseeufer hervorzuheben ist, eine Tiefe von 30 Fuß vorhanden ist, wogegen bei Horumersiel ein Watt von 2000 Fuß sich vorfindet, worin ein Außentief von 8 Fuß Tiefe unter der niedrigsten Ebbe anzulegen und mit Muddernehmen offen zu halten wäre. Als Stationsplatz läßt der innere Busen der Jade schon jetzt Nichts zu wünschen übrig, indem die größten Schiffe an verschiedenen Stellen bei einer Tiefe von 36 Fuß bei niedrigster Ebbe ruhig und ohne Gefahr von Stürmen liegen können. Ueberdies ist bei der Jade vorzüglich zu berücksichtigen, daß die im Verhältniß zu dem Busen schmale und seichte Einfahrt von 39 Fuß Tiefe und 3400 Fuß Breite nordöstlich von Minsmergroop auch nur 36,000 Fuß lang ist, so daß ein Linienschiff auch beim niedrigsten Winde in 3/4 Stunden durch ein Dampfschiff ein- und ausbugsirt werden kann. Schon früher, als Jeverland unter russischer Regierung stand, wurde durch eine eigene, von dieser hiezu abgesandte Kommission eine Untersuchung angestellt, wie weit die Jeversche Küste sich zu einer Hafenanlage eignete. Dasselbe soll zur s. g. französischen Zeit geschehen sein. Der Wechsel der Verhältnisse hat die Pläne dieser Regierungen bei Seite gelegt. Wird der Frankfurter Ausschuß für die Flotte ꝛc. solche Untersuchungen veranlassen? Und wenn dieselbe ein günstiges Ergebniß liefern, wird dann die Ausführung wieder, wie früher, zu den Akten gelegt werden? Die Hoffnung der Jeverländer, daß ihre Gegend, die durch Lage und Verhältnisse dem Gesammtleben Deutschlands in so vieler Hinsicht entrückt ist, durch einen Kriegshafen für das ganze Vaterland Bedeutung erlangen wird, fällt mit der Hoffnung auf eine große Zukunft Deutschlands zusammen, wenn es sich wirklich herausstellen sollte, daß die Jade, deren Mündung mit denen der Weser und Ehe zusammenstößt, die geeignetste Station für Kriegsschiffe an der Nordsee bietet.

## Schweiz.

○ Bern, 6. Juni. In Vollziehung des Auftrags der Tagsatzung hat der Vorort zur Untersuchung der Betheiligung der Schweizertruppen an den Ereignissen in Neapel die Sendung zweier Kommissarien in den Personen der Herren Staatsrath Frankhni aus Lessin und Kantonsbuchhalter Collin aus Bern beschlossen und die kapitulirenden Kantone eingeladen, die Erfüllung des Auftrages derselben zu unterstützen. Was das Berner Regiment speciell betrifft, das sich bei der Affäre besonders auszeichnete, so hat Hr. Ochsenbein als Militärdirektor bei dem Regierungsrath den Antrag gestellt, es möchte bei dem Gr. Rath auf Aufhebung der Kapitulation mit Neapel und auf die Uebernahme der Sold- und Pensionsverpflichtungen des Königs auf den Kanton Bern angetragen werden. Der Regierungsrath hatte den Beschluß: 1) den vom Vorort ernannten Kommissarien den Untersuchungsauftrag speciell auch für den Kanton Bern zu geben; 2) unterdessen den Gegenstand an die Militär-Finanzdirektion zur Untersuchung der finanziellen Folgen des Antrags zu weisen. Das Staatsbudget würde durch diesen Antrag auf mehrere Jahrere um mehr als 500,000 Z. belastet werden. In der gleichen Angelegenheit hat in Freiburg folgende Demonstration stattgefunden: In dieser Stadt ist ein Werbbureau für die Schweizerregimenter in Neapel. Die Firma desselben wurde in der Nacht vom 2. auf den 3. d. mit schwarzer Farbe bestrichen und durch die rothe Aufschrift ersetzt: Tod dem König von Neapel. Nieder mit der Kapitulation. Gestern ist eine Depesche vom schweizerischen Geschäftsträger aus Wien eingetroffen, welche von vielen Sympathiekundgebungen spricht, die aus den Provinzen an den als provisl. Regierung angesehenen Wohlfahrtsausschuß anlangen. Er bemerkt, daß, wenn auf die ergangene Einladung weder der Kaiser noch ein kaiserlicher Prinz als dessen Stellvertretre nach Wien zurückkehren werde, sich Wien vorläufig als freie Stadt erklären dürfte.

---

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Bing., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Oberseeische Häfen vermitteln sich an G. L. Lecointre in Straßburg Nr. 20 Grand-, Port rue St. 20 Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptpostämter besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1.30, — durch die Post bezogen im Umfang des Frankirungsthums Baden fl. 1.48. 20 kr. Für Ausländer mit Einschluß der Portogebühr mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

**№ 162.** **Heidelberg,** Sonntag 11. Juni. **1848.**

## Uebersicht.

Eine Stimme aus Amerika. — Wien (Gerücht über die Abdankung des Kaisers grundlos. Wien nicht mehr bleibende Residenz). Tirol (Treiben der Geistlichkeit. Kommentar zur Adresse nach Wien). Berlin (Die Rede Camphausens. Verhandlungen der Kammer. Der konstitutionelle Klub. Die Aula. Stimmen gegen die konst. Verf.) Wesel (Anrede des Prinzen von Preußen). Vom Rhein (die Thätigkeit des Klerus). Aus Rheinbaiern (die Rede des Grafen Bray über die baier. Eigenthümlichkeit). Hannover (Retraktation Stüves). Heidelberg (Parlamentswahl) Thüringen (Parlamentswahl. Preßer gewählt). Kurhessen (Gesetz über Petitions- und Versammlungsrecht). Holstein (Vorlagen an die Stände). Altona (Expedition der Galathea verweigert. Kapit. Paulsen gefangen. Nachrichten vom Kriegsschauplatz). Kiel (Ausfall). Schleswig (kriegerische Bewegungen. Eine Schlacht erwartet). Frankfurt (Reichsverhandlungen. Schleswig-holsteinische Angelegenheit. Reichsverhandlungen. [Fortsetzung]. Die Vertreter Luxemburgs. Berichterstattung des Marineausschusses. Die Verhandlungen der Versammlung. Die Aeußerungen des preußischen Ministers. Sammlungen für die Flotte im Odenwaldischen. Montagsträuchen).

Italien. Mailand. Einnahme von Peschiera. Die Kapitulation von Peschiera bestätigt. Concentration der Oesterreicher in Mantua. Die Entscheidungsschlacht bevorstehend. Neapel. Anarchie in den Provinzen. Unterdrückung eines Aufstandes in Reggio. Anwachsen der Insurrection in Kalabrien.

Beiträge für die deutsche Flotte.

## Eine Stimme aus Amerika.

Die politische Entwickelung von Deutschland hat eine auffallende Aehnlichkeit mit der von den Vereinigten Staaten von Amerika; es haben in beiden Ländern beinahe gleiche Ereignisse stattgefunden. In Folge von Befreiungskriegen entstand in denselben ein Staatenbund, in Amerika schon 1777. Die Konföderationsakte der Ver. Staaten vom 15. November 1777, bestehend aus 13 Artikeln, stieß, ganz der deutschen Bundesakte ähnlich, die Staaten völlig souverän und bietet nur, dieselben gegen Angriffe von Außen zu vereinigen. Das Organ der amerikanischen Konföderation war ein Kongreß von Abgesandten, welche die Regierungen sandten und diese vertraten, nach Instruktion stimmten, also der Bundesversammlung Deutschlands ähnlich.

Ohne eigenes Organ für die Vollziehung ihrer Beschlüsse, hing die Bundesregierung immer von dem guten Willen der Regierungen der einzelnen Staaten ab, ob diese ihren Requisitionen Folge leisten wollten oder nicht. Dieser Mißstand ward bald fühlbar in seinen Folgen; General Washington sprach sich bereits am 8. Juni 1783 in einem Cirkular an die Statthalter der Regierungen dahin aus, daß die Union nie groß und mächtig werden könne, wenn nicht ein festeres, unauflösbares Band, mit einem ausführenden Bundeshaupt, die Staaten umschlänge, zu welchem Zwecke die einzelnen Staaten einen Theil ihrer Souveränität opfern müßten.

Die gemeinschaftliche Gefahr hielt, solange der Krieg dauerte, die Staaten noch ziemlich zusammen; als aber der Frieden geschlossen war und England die Unabhängigkeit derselben anerkannt hatte, da trat das Sonderinteresse der einzelnen Staaten mehr hervor und offenbarte sich erst recht die Unzulänglichkeit der Bundesregierungen.

Ohne andere bestimmte Einnahme als die von Beitragsquoten nach der Bundesmatrikel, sank bei der obwaltenden Schwierigkeit, dieselbe beizutreiben, der Kredit bis beinahe zum Bankerott; Anarchie griff in dem Maße um sich, daß schon bei Vielen der Gedanke kam, sich wieder England zu unterwerfen.

Aufgeschreckt von dieser Gefahr, beriefen eine Anzahl von patriotischen Männern im September 1786 eine Art Vorparlament in Anapolis, welches aber nur von fünf Staaten beschickt wurde. Von diesem Vorparlament wurde das Verlangen an die Bundesbehörde gestellt, durch die Regierungen der einzelnen Staaten sobald als möglich die Wahl einer aus dem Volke zu berufenden konstituirenden Versammlung zu veranstalten, deren Aufgabe es sein sollte, eine kräftigere Bundesverfassung zu entwerfen.

Ohnerachtet man damals in Amerika der Ansicht war, daß republikanische Institutionen und wahre gesetzliche Freiheit nur da auf die Dauer bestehen können, wo die Staaten nicht zu groß und ein jeder für sich souverän sei, ja wo schon eine jede einzelne Gemeinde in ihrem Wirkungskreis eine unabhängige Republik bilden müsse, so erkannte man doch auch allgemein, daß Amerika nur durch eine kräftigere Bundesregierung in der Reihe der Nationen den ihm gebührenden Rang würde einnehmen können; es fanden deßhalb, mit Ausnahme von Rhode Island, die Wahlen Statt.

Die Versammlung trat im Mai 1777 in Philadelphia zusammen und konstituirte sich unter dem Vorsitze von Georg Washington. Sie beschloß, keine öffentlichen Sitzungen zu halten, alle Petitionen, Adressen, Anforderungen, welche nicht unmittelbar auf die zu entwerfende Verfassung Bezug hätten, an die bestehende Bundesbehörde zu verweisen und sich nur einzig und allein (ein bemerkenswerthes Beispiel für die Deutschen) mit der Aufgabe zu beschäftigen, wozu sie vom Volke gewählt wäre.

Trotz dem und ungeachtet die Versammlung aus den ausgezeichnetsten Männern des Landes bestand, bedurfte es vier Monate, ehe die Verfassung zu Stande kam. Man erkannte allgemein, daß schroffe Centralisation und wahre Freiheit nie zusammen bestehen könnten, daß diese zu Grabe getragen werden würde, sobald man die ausübende Gewalt zu sehr centralisirte, und daß wahre Freiheit und die Kraft der Demokratie sich nur dann segensvoll entwickeln könnte, wenn ein jeder Bürger schon durch die Gemeindeeinrichtungen daran Theil nehmen könne. Die Gemeinden müßten eine Föderation freier Bürger bilden, der einzelne Staat wieder eine Föderation von so freien Gemeinden, und der Bund von diesen Staaten. Sowie der einzelne Bürger sich gewisser Rechte und Freiheiten zu Gunsten der Gemeinde begebe, sowie dieses der Fall von den Gemeinden gegen den Staat, worin sie bestehen, sei, ebenso müsse das Verhältniß der einzelnen Staaten gegen den Bundesstaat festgesetzt werden.

Dieses war die Grundbedingung, welche bei der Verfassung der amerikanischen Konstitution angenommen wurde: gegenseitiges Nachgeben zum allgemeinen Besten.

Am 17. Sept. 1787 übergab die Versammlung die so durch Stimmeneinheit angenommene Verfassung der Bundesbehörde, und löste sich auf, ohne irgend eine andere Handlung vorgenommen zu haben. Durch dieses gesetzliche Organ der Konföderation wurde die Verfassung den Staaten zur Ratifikation zugesandt. Elf von den dreizehn Staaten ratifizirten dieselbe gleich 1788, Nord Karolina erst im November 1789 und Rhode Island trat selbst erst 1790 der Union bei, welche am 4. März 1789 zuerst als Bundesstaat ins Leben trat, und Washington wurde durch alle Stimmen der Nation als Präsident erwählt.

Thomas Jefferson, der freisinnigste Mann Amerikas zu der damaligen Zeit und dessen Werke jetzt noch bei den Demokraten als Autorität und Gesetzbücher gelten, war zu der Zeit als Gesandter in Paris; in einem Briefe von da vom 20. Dezember 1787 an den nachmaligen Präsidenten Madison fällt er folgendes Urtheil über diese neue Landesverfassung.

„Die Organisation der Bundesregierung in die drei Abthei-

Digitized by Google

lungen, gesetzgebende, richterliche und ausführende, gefällt mir ungemein. Ebenso gefällt mir, daß die Volkskammer bei Auflagen nur allein das Recht haben soll, die Initiative zu haben, und nur aus diesem Grunde billige ich, daß das größere Haus (die Volkskammer) der Union durch direkte Wahlen vom Volke stattfinden soll. Denn obzwar ich überzeugt bin, daß ein so gewähltes Haus nicht die Talente vereinigen wird, wie der jetzige Kongreß, und sich deßhalb schlecht eignen dürfte, allgemeine Gesetze, die Union und das Ausland betreffend, zu entwerfen, so wiegt dieser Uebelstand doch nicht das Gute auf, daß das Princip dadurch gesichert wird, daß dem Volke nur durch seine von ihm selbst gewählten Vertreter Auflagen gemacht werden dürfen. Ich bin ganz bejaubert von der Art, wie man durch Errichtung eines Senates die entgegengesetzten Forderungen der großen und kleinen Staaten befriedigt hat, die kleineren Staaten sind in denselben den größeren gleichgestellt, wohingegen diese in der Volkskammer den durch ihre Volkszahl bedingten Einfluß haben. Die Erhaltung der einzelnen Staaten in ihrer Unabhängigkeit ist gewiß nur ganz allein durch diese Theilung der gesetzgebenden Gewalt in einen Senat und eine Volkskammer bedingt, und unser Vaterland wird aufhören ein Freistaat zu sein, sobald als dieses Verhältniß gestört und eine oder mehrere Centralregierungen eingeführt werden sollten. Ebenso gefällt mir, daß hinfort in beiden Kammern nicht mehr nach Staaten gestimmt werden soll, sondern daß ein jeder Abgeordnete nach seiner Ueberzeugung stimmen kann. Auch das der Exekutive gemeinschaftlich mit einem Drittheil einer der Kammern zugestandene Veto hat meinen Beifall, nur hätte ich gewünscht, das Bundesgericht dabei Jumirt zu sehen. Was mir aber nur nicht gefällt, ist, daß die Erklärung der Rechte des Volkes nicht in der Verfassung klar und deutlich ausgesprochen ist" u. s. f. (Dieses ist 1789 nachträglich in 12 Zusatzartikeln zur Konstitution geschehen.)

Jeffersons Urtheil, schon vor 61 Jahren gefällt, hat sich als vollkommen richtig gezeigt, vorzüglich dessen Ansicht über die Theilung der gesetzgebenden Gewalt in zwei Kammern; man ist von der Wichtigkeit derselben in Amerika so sehr überzeugt, daß nicht allein sämmtliche einzelne Staaten, sondern selbst die größeren Städte, diese Organisation angenommen haben, und betrachtet das Zweikammersystem daselbst als die beste Garantie gegen Eingriffe und Willkür, das Palladium der Freiheit.

In einem jeden Lande, wo politisches Leben stattfindet, werden und müssen immer Parteien entstehen, welche nun die Oberhand bei den Wahlen kämpfen werden; bei einem Einkammersystem würde deßhalb leicht durch eine Partei ein Umsturz bewirkt werden können; dadurch, aber daß das eine Haus, der Senat, für eine längere Periode und zwar indirekt gewählt ist, sich auch immer nur theilweise ergänzt, also permanent bleibt, glauben die Amerikaner die Rechte Aller gesichert zu sehen. Der Senat wird deßhalb in Amerika als der Wächter und Schirmer der Freiheit angesehen, wodurch den einzigen Eingriffen der Volkskammer Schranken gesetzt sind.

Die sechs größeren Staaten Nordamerikas haben in der Volkskammer die Majorität und können also die 24 anderen Staaten unterdrücken, wären diese nicht dadurch geschützt, daß die Staaten im Senat ganz gleich vertreten sind, wo sie also die Oberhand haben, so daß es der Zustimmung beider Kammern zu einem Gesetz bedarf.

Sowie Deutschland und Amerika geschichtlich sich gleichen, Beide vom Staatenbunde zum Bundesstaate übergegangen sind und gehen wollen, Beide ihr Vor- und wirkliches Parlament zum Behuf der Konstituirung haben, ebenso besteht ein ähnliches Verhältniß in deren Staateneintheilung; neben dem 9000 Quadratmeilen enthaltenden Staate Jowa steht Rhode Island mit nur 63 Quadratmeilen, Beide gleich unabhängig und souverän. Alles weist deßhalb für die Organisation Deutschlands mehr auf die von Amerika als auf die von Frankreich hin. Paris ist Frankreich; wo aber die Regierung eines Landes ganz von dem Willen einer einzigen Stadt abhängt, da kann diese keine volksthümliche genannt werden und bietet keine Garantie für ihren Bestand, was sich auch in Frankreich zu verschiedenen Malen gezeigt hat. In den Vereinigten Staaten Amerikas hingegen, die aus einer zusammenhängenden Kette unabhängiger Gemeinden, Distrikte und Staaten bestehen, welche Alle, soweit es nicht der Bundesregierung eigens abgetretene Rechte und Befugnisse betrifft, sich unabhängig neben und mit einander bewegen, war es möglich, daß nach 73 Jahren die Freiheit nur kräftiger und stärker gegründet steht.

Ob dort Republik, in Deutschland Monarchien bestehen, das macht keinen Unterschied; nicht der Name, sondern die Institutionen begründen die Bundesstaaten, und Deutschland kann als ein monarchisch zusammengesetzter Bundesstaat ebenso blühend und mächtig wie die Freistaaten Amerikas werden, wenn nur die einzelnen Staaten einen Theil ihrer Rechte dem Bundesstaat abtreten und dieser wieder die nicht abgetretenen Rechte der einzelnen Staaten ehrt und schützt, wie es in Amerika der Fall ist.

**Oesterreich.** Wien. Von hier schreibt man der Allg. Z.: Die Wiener Z., entweder um eine interessante Notiz zu bringen, oder um den Zwecken einer gewissen nahe am Throne stehenden Partei zu dienen, welche, wie man wissen will, schon in den Märztagen auf dieses Ziel hinarbeitete — folgerte in ihrem gestrigen Abendblatte aus dem Umstande, daß das diplomatische Corps nach Innsbruck eingeladen wurde, ein zu erwartendes, auf die Person Sr. Maj. selbst bezügliches Ereigniß, welches von allen Lesern unmöglich anders als auf eine Abdankung gleichsam gedeutet werden konnte. Dieses Gerücht nun, welches wie aus zuverlässiger Quelle als gänzlich grundlos bezeichnen können, wurde hier allenthalben gegiaubt und hat in dem größten Theile der Bevölkerung nicht geringe Bestürzung und Aufregung hervorgerufen, andererseits aber gewissen frevelhaften und lolhäusserischen Bestrebungen neue Hoffnungen verliehen. Die Nachricht selbst aber ist, wie gesagt, ein Märchen; das diplomatische Corps wurde nach Innsbruck gerufen, weil der Hof und der neue Minister des Auswärtigen sich daselbst befinden. Baron Wessenberg ist, wie wir hören, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Heute ist auch der ungarische Ministerpräsident, Graf Batthyanyi, nach Innsbruck gereist. Aus guter Quelle kann ich Ihnen berichten, daß Se. Maj. sich zur Eröffnung des ungarischen Reichstags nach Pesth verfügen und dort längere Zeit verweilen wird. Von Pesth wird der Kaiser sich auf einige Zeit nach Prag begeben, und so, in den meisten Provinzen einen zeitweiligen Aufenthalt nehmend, wird Wien vielleicht außhören die bleibende Residenz des Kaisers zu sein. (Allg. Z.)

† Aus Tirol, 5. Juni. Ein Nachtrag zur Geschichte unserer konstitutionellen Entwicklung. Wie man an der Esch die Bauern gegen die gesetzlich festgesetzte Glaubensfreiheit petitionieren läßt, wissen Sie bereits, nun auch Etwas von dem gesittlich-politischen Mauvesystem im Innthale. Zu Kufstein lag am 28. Mai in der Schießstätte auf einem feierlich dazu drapprirten Tischlein eine gedruckte Petition, die für das Land Tirol diesen Paragraph der Konstitution zurückverlangt, und Juden und Protestanten für immer ausgewiesen haben will. Ein Geistlicher stand neben diesem „Altar des Vaterlandes" und überreichte mit Zuvorkommenheit Jedermann die Feder zur Unterzeichnung dieses Aktenstückes. An der Spitze der Pflichtbriefsteller las man den Namen des k. k. Landrichters. Um vieles bündiger treibt man diese Angelegenheit auf dem Lande. Die runde Frage „ob er lutherisch werden wolle", genügt, den Bauer zur Unterschrift des Dokuments zu bestimmen, der wie erklärlich von seinem Glauben nicht lassen will, „weil es die gottvergessen Wiener Freigeister so haben wollen". So lautet die landesübliche Version über die Verfassung, und noch hat Niemand dem Volke gesagt, daß der Kaiser sie gegeben habe, derselbe Kaiser, der jetzt in Innsbruck seine „Freigeisterei" dadurch beweist, daß er Hochamt und Predigt besucht zur Erbauung derselben betrogenen Volkes. Durch dieses summarische Verfahren wird die Volksforderung zweifelsohne unwiderleglich beurkundet, indessen man durch die Presse diese tirolischen Ueberzeugungen zum klarsten Ausdruck bringt. — Man erinnert unter Anderm den Minister Pillersdorf, der von je „gegen die Stubenten schwach, für die Juden eifrig und gegen katholische Ordensmänner schonungslos verfahren" — ob er nicht wisse, „daß die Tirolerbauern nur auf die Verscherung des Erzherzogs Johann, es werde an ihren kirchlichen Einrichtungen Nichts geändert werden, ihre Schützenkompagnien ins Feld stellten". Pillersdorf mag das in der That nicht gewußt haben — und der Erzherzog konnte es versprechen wie so Manches, was trotz seiner Zusage uns nicht gehalten wurde. Wo aber bleibt da unsere Vaterlandsliebe, unsere Treue, die derselbe Erzherzog als den Grund unserer mannhaften Erhebung demselben Minister amtlich anrühmt? Wer soll da zweifeln — wir, der Erzherzog — oder jene Verräther des Letzten, was wir besaßen — des Glaubens der Welt an tirolische Treue? Und solcher Schmach gegenüber, setzen zu Innsbruck etliche baldoffizielle Aufrufmacher sich hin, um aus den Thaten von 1796 und 1809 nebst unseren derzeitigen Verdiensten um das Haus Oesterreich die Berechtigung zu bedauiren, mit den Wienern in einem Tone zu sprechen, der nicht gut macht, was sie verdarben und verdirbt, was noch Gutes an uns ist. Es war Landesbrauch in Ti-

Digitized by Google

rol, nirgends und niemals auszukramen mit dem was irgendwie Rechtes und Gerechtes gethan worden ist. Alleht hat man es anerkannt, daß wir nicht viel Worte über Dinge machen, die sich, weiß Gott, im Moment des Geschehens besser darstellen, als im nachträglichen Ueberblick. Man that uns selbst keinen Gefallen, wenn sich Fremde des Heroldenamtes annahmen — und jetzt müssen wir wämnigstens es gedruckt zu lesen geben und ein paar Leute, deren Vollmacht kurz gemessen sein dürfte, stellen unser schlichtes Bölkein vor den Spiegel einer ihm fremden Selbstbewunderung und lassen es eine Sprache treiben — die nicht tirolisch ist. Dies zum Verständniß unserer Adresse an die Wiener. — In Kufstein wurde Dr. Pfretschner zum Deputirten für den Landtag gewählt, derselbe, dessen Wahl für Frankfurt so vielen Widerspruch fand, da auch er zu den „radikalen Blödlern" gehört, wie Männer einer Gesinnung im apostolischen Rothwälsch zu heißen pflegen.

**Preußen.** © Berlin, 7. Juni. Während die gestrigen Verhandlungen unseres Landtags durch die von Camphausen auf eine Interpellation hinsichtlich des Prinzen von Preußen ertheilte Antwort, welche ein Muster von Redlichkeit und Offenheit genannt werden kann, wenigstens einiges Interesse gewannen, mußten wir die heutige Sitzung gänzlich unbetrieblich verlassen. Noch immer wird die kostbare Zeit durch nutzlose und erfolglose Debatten über unpraktische, aller Vorbereitung entbehrende Anträge und Interpellationen zum offenbaren Schaden für das Ansehen einer so wichtigen Versammlung verschwendet. Bemerkenswerth war heute nur Folgendes: Ein Antrag auf Organisation der Auswanderung und ein anderer auf freie Wahl der Bezirksbeamten (Bürgermeister und Landräthe) wurde an die Abtheilungen verwiesen. Ein Antrag von Mallmitz bezweckt, einen Schlußtermin für die Eingabe von Petitionen zu bestimmen, wird unterstützt und nachdem Minister Hansemann gegen diese Verkürzung des Petitionsrechtes gesprochen, Krakrügge auf den Widerspruch, in welchem der Antrag mit der provisorischen Geschäftsordnung steht, hingewiesen hat — verworfen. Auf eine Interpellation Schling's über die im Verwaltungs- und Heerwesen vorzunehmenden Reformen antwortet Hansemann, daß das Ministerium zwar nicht drabsichtige, die gesammte Staatsverwaltung beizubehalten, daß es im Gegentheil gesonnen sei, sie vielfach zu ändern; für jetzt aber noch nicht zu bestimmen vermöge, ob bestfallige Gesetzesvorschläge schon bei der Berathung des Verfassungsentwurfs benutzt werden könnten. — Ein Antrag Jung's auf Aufhebung der bestehenden Gesindeordnung und ein Antrag von Behnsch: die Versammlung möge beschließen, daß vor Zustandekommen der neuen Verfassung die preußische Verfassung nicht definitiv abgeschlossen werde, und daß sie durch eine Kommission sich mit der Frankfurter Versammlung in Verbindung setze, wird an die Abtheilungen verwiesen. Möge dieser letzte hochwichtige Antrag zum Frommen deutscher Einheit recht bald eine befriedigende Lösung finden! — Der konstitutionelle Klub geht damit um, eine Adresse an die Bewohner von Wien zu erlassen, um denselben zu ihrer letzten Revolution, mit welcher sie für deutsche Nationalität gegenüber den reaktionären Trennungsgelüsten in die Schranken traten, Glück zu wünschen. Um diesem Gesuche einen möglichst bedeutenden Umfang zu geben, beschloß der Klub, die übrigen politischen Vereine Berlins zur Theilnahme aufzuforden. Es wird sich bei dieser Gelegenheit zeigen, inwieweit man hier über allgemein vaterländischer Interessen die Prinzipienstreitigkeiten zu vergessen vermag. — Die Aula der Universität, welche auch hier, wenn auch nicht in dem Umfange, wie in Wien, so doch in mancher Beziehung den Mittelpunkt unseres politischen Lebens, besonders nach Außen hin, bildet, empfing neulich Deputirte aus Siebenbürgen, welche gekommen waren, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Angriffe zu lenken, welche in diesem Augenblicke die dort wohnende, etwa 350,000 Seelen starke sächsische Bevölkerung von Seite des Magyarenthums erfahren muß. Offenbar ist es das Bestreben der Ungarn, ihre jetzt sehr gefährdete Nationalität durch Einverleibung der innerhalb ihrer Grenzen wohnenden Szekler und Sachsen in ein Ganzes, worin diese an Zahl im Verhältniß allerdings sehr schwachen Stämme verschwinden würden, zu stärken und die früher bestehende, auf die Stammesverschiedenheit gebaute Verfassung durch einen Alle umfassenden Repräsentativstaat zu ersetzen. Wir brauchen nicht daran zu erinnern, welche Ungerechtigkeit dadurch einem Volke zur Last fällt, welches dem Untergange nahe, ein so großes Gewicht gerade auf die Berechtigung der Nationalität zu legen genöthigt ist, und bescheiden uns daher, darauf hinzuweisen, daß, bevor man in die zur Freundschaft dargebotene Hand der Ungarn einschlägt, die Sicherung unserer Brüder in Siebenbürgen als Bedingung der Eintracht aufgestellt werden möge.

**Berlin, 7. Juni. Schon beginnen gewisse Fraktionen gegen die konstituirende Versammlung zu eifern. Wir können es recht bald erleben, daß, wenn die Mehrheit im Erwartungen dieser Leute nicht entspricht, sie der Kammer ohne Weiteres die Befähigung absprechen, den Volkswillen handzuhaben, und ihren Eigenwillen, resp. den einer Minderheit, voranstellen. Ja, wir sind schon so weit. Bei den Reden, welche vergangenen Sonntag an den Gräbern der Opfer unserer Revolution gehalten wurden, sprach ein Herr Börner für den demokratischen Klub zu den 167 Abgeordneten, welche dem feierlichen Zuge sich angeschlossen: „Sie haben uns bewiesen durch Ihr Anwesenheit sowie durch das, was von Ihrer Seite in der Nationalversammlung gesprochen worden, daß Sie auf der Revolution fußen. Nun, so mögen Sie wahrscheinlich die Minorität in der Versammlung sein; aber getrost, Sie haben die Majorität im Volke". Diese Worte bedürfen keines Kommentars. Eine Versammlung aus allgemeinem Wahlrecht hervorgegangen, in unbeschränktester Freiheit und ohne auch nur den leisesten weder moralischen noch sonstigen Zwang auf der Regierung, vielmehr theilweise unter entgegengesetzten Agitationen gewählt, beginnt ihre Verhandlung inmitten der radikalen Hauptstadt — siehe da schon wird an feierlicher Stätte proklamirt, ihre Minderheit habe die Mehrheit im Volke! Derselbe Redner sagte ferner kurz, die Nationalversammlung habe die Erwartungen getäuscht, es bleibe nur Ein Stern: „die Souveränetät des Volkes", d. h. also in dieser Verbindung die Volkssouveränetät gegen die Volksvertretung? So gröblich wird gegen das Revräsentativprinzip gesündigt. Aber es ist aller Orten gleicher Schaden. Auch Blaupi und Sobrier, die Lamartine einen Reaktionär schalten, erklärten im Namen des souveränen Volks die Nationalversammlung für geschlossen. — Ein anderer Redner berührte den Beschluß der konstituirenden Versammlung, wonach dieselbe über den Antrag des Abgeordneten Botanikers Rech — Einen Zug an den Gräbern sich zu betheiligen, zur Tagesordnung übergehen. Er that dies mit jener Art von Beredsamkeit, die dem Fanatismus eigen ist und namentlich gewisse berühmte katholische Kanzelredner auszeichnet: „Es wird, wenn man jetzt noch über Eure hochgeschätzten Leichen zur Tagesordnung hinwegspringt — es wird einst ein Tag folgen, wo die Vertreter hier aus diesem Raine sie ihre Orakelsprüche holen werden. Aus diesen Männern hier unten wird ein neues Gesetz ausblühen, das Gesetz einer echten Volksgewalt. Du Geist der Revolution komm herab — „Komm herab, denn noch ist es Nacht, noch droht uns die finstre Gewalt des Despotismus, komm herab, damit wir ein echtes Pfingsten feiern können". (Sehr. Seltsamerweise ist Pfingsten nach allgemeinem Brrebe zum Loskaufagen bestimmt?) — An einer andern Stelle: „Aber es sind die sind nicht gekommen (Abgeordnete). Aber der Genius ruft ihnen zu: Ja ihn der Rächer in der Weltgeschichte, der Priester, der das getretne Volk aufrichtet. Es gibt fortan nur eine Majestät, die vom Volk ausgeht. — Euch aber Ihr Volksvertreter, die Ihr hier erschienen seid, den neuen Bund zu schließen, Euch reichen wir vertrauensvoll die Hand. „Ihr werdet das Volk nicht verlassen, das zu Euch anflehet". — Dieser Redner sprach im Namen der Studenten. Er, ein Schweizer warf unserer Volksvertretung an jener Stätte vor, sie sei über die hochgeschichteten Leichen unserer Todten zur Tagesordnung hinweggesprungen und eitirte den Geist der Revolution. — In der Schweiz droht man den Deutschen, die sich über Mängel und Gebrechen dortiger Zustände freimüthig äußern, öffentlich mit Ohrfeigen, mit Amtsentsetzung, Ausweisung. Kann diese republikanische Kleinbürgerlichkeit und Engherzigkeit wünsche ich uns nicht. Aber daß ein junger Fanatiker, der öffentlich erklärt, er werde so lange revolutioniren, als es Monarchien gibt, und den Augenblick einer Revolution gekommen erklärt, wenn die Volksvertretung „dem Volke" nicht zu Willen handelt, der unserm Volke fremd an den Gräbern deklamirt: „dies sind unsre Brüder, unsre Väter"! Preußens Volksvertretung, deren Wille (falle er aus, wie er wolle) der Volkswille ist, mit solcher Phrase, die eines Jesuitenpredigers würdig war, so grell, so wild, herabsetzen darf, ohne daß eine tiefe Indignation der Hörer ihn, wenn auch nicht von seinem Fanatismus heilt, in die Schranken der Ehrfurcht vor unserer Nationalvertretung zurückweist, das ist beklagenswerth. — Ihnen Sie jetzt ungefähr, was man unter „Reaktion" versteht? Noch ist nicht aller Tage Abend.

**Wesel.** Die Wes. Z. berichtet: Hier wurde der Prinz von der vorzugsweisen Volksmenge „auf Herzlichste mit freudigem Hurrahruf" begrüßt. Bei Vorstellung der städtischen Behörden und des Offizierkorps richtete der Prinz (der übrigens in der ungewohnten bürgerlichen Tracht reist) folgende Rede an die Versammlung: „Sagen Sie Wesel meinen Dank für den freundlichen Empfang, der mir hier zu Theil geworden. Es ist immer ein wohlthuendes Gefühl, wenn jetzt ungefähr, was man unter „Reaktion" versteht? Noch ist nicht aller Tage Abend.

Digitized by Google

Erinnerung bleiben, daß Wesel die erste Stadt ist, wo ich mich habe aussprechen können. Den Herren ist bekannt, daß Vieles über mir gewaltet hat. Es ist schmerzlich, verkannt zu werden; nur mein reines Gewissen hat mich über diese Zeit hinweggeführt, und mit reinem Gewissen kehre ich in mein Vaterland zurück. Ich habe immer gehofft, der Tag der Wahrheit werde anbrechen — und er ist angebrochen. Es hat sich seitdem Vieles in unserm Vaterlande geändert. Der Königs hat es gewollt; des Königs Wille ist mir heilig; ich bin sein erster Unterthan und schließe mich mit vollem Herzen den neuen Verhältnissen an; aber Recht, Ordnung und Gesetz müssen herrschen, keine Anarchie; dagegen werde ich mit meiner ganzen Kraft streben, das ist mein Beruf. Wer mich gekannt hat, weiß, wie ich immer für das Vaterland geglüht habe. Sie können sich denken, daß ich mit erschütterten Herzen vor Ihnen stehe; um so wohlthuender ist mir dieser herzliche Empfang."

** Vom Rhein, 6. Juni. Keine Partei enthaltet eine so außerordentliche Rührigkeit und Energie und tritt so einig, kompakt und geschlossen auf, als jene zahlreiche und mächtige Partei, welche die neue Ordnung der Dinge in der Art, wie es in Belgien ihr gelungen, für katholisch-hierarchische Zwecke auszubeuten sucht: sie hat noch keinen Augenblick gesäumt, den Sieg, welchen sie bei den Wahlen errungen, weiter zu benutzen und zu verfolgen, und hat jetzt vor allen Dingen ihr Augenmerk auf die periodische Presse gerichtet; denn wenn ihr gleich schon seit längerer Zeit eine Anzahl kleinerer und größerer religiösen Blätter mit einem Schwarm von Abonnenten und Lesern zu Gebote stand, so übte sie doch auf die politische Zeitungspresse des Rheinlandes im Ganzen nur einen negativen Einfluß, indem sie, Kadenzhme der Kölnischen Zeitung, die freilich eben so wild und cynisch als entschieden akatholisch geschrieben ist, alle übrigen Zeitungen die Bestrebungen und Tendenzen des Katholicismus nur mit der furchtsamsten Schüchternheit und Schonung anzudeuten und zu behandeln wagten; das einzige positive Organ der Partei aber, die Rhein- und Mosel-Zeitung in Coblenz, tümpfte mit einem so blinden Eifer und einer so beschränkten Heftigkeit, es hatte außerdem noch in den letzten Jahren so oft die Farbe gewechselt und so viele Phasen durchgemacht, daß es wenig Ausssicht haben konnte, wirklichen und entschriedenen Einfluß auf die öffentliche Meinung zu üben. Die katholische Partei wird deßhalb zum 1. Juli unter dem Namen einer „Rheinischen Volkszeitung" mit einem durch Aktien zu beschaffenden Kapital von 30,000 Thlrn. ein eigenes Organ gründen: ein provisorisches Komite, das alle Notabilitäten der Partei in sich vereinigt — unter Andern Generalvikar Baudri, Domkapitular Dr. Broir, Justizrath Esser II. und Hardung, Landgerichtsrath Haugh und Ludwigs in Köln, Justizrath Jurgbluth in Aachen, Landgerichtsrath Reichensperger in Trier, die Professoren Walter und Bauerband in Bonn — hat den betreffenden Aufruf erlassen, und es steht zu erwarten, daß das Unternehmen den raschesten Fortgang hat. Das Programm fertigt den socialen und politischen Standpunkt mit wenigen Worten und mit einigen der allergewöhnlichsten Gemeinplätze ab, sehr ausführlich aber wird es, wenn es zu dem gelangt, was für das neue Tagesblatt als Hauptaufgabe betrachtet wird. „Die Religion — heißt es hier — jene geheimnißvolle Macht, welche den Menschen, in welchen sie eingesetzt, mit der Liebe und uneigennützigsten Aufopferung für alles Edle, wahrhaft Erhabene und dem gemeinen Wohle Förderliche erfüllt, bildet bekanntlich in dieser Zeit, wo die politischen Künste und Formen ohnmächtig in Nichts zerfallen sind, diejenige Kraft, um welche sich die Regeneration der gesellschaftlichen Ordnung drehen wird. Auch dem religiösen Elemente muß daher die politische Tagespresse ihre Aufmerksamkeit zuwenden, und es erscheint als eine ihrer wichtigsten Pflichten, daß sie jede Erscheinung auf religiösem und kirchlichem Gebiete in ihren Beziehungen zu unsern socialen und politischen Verhältnissen richtig aufzufassen und zu würdigen suche. Insbesondere hat dieselbe hinsichtlich der katholischen Kirche manches Versäumte nachzuholen, Vorurtheile zu berichtigen und Ungerechtigkeiten gut zu machen. Die Kraft, welche der Religion inwohnt, fordert aber vor Allem Befreiung von jenen feinen und vielfach verschlungenen Banden der Bevormundung und Abhängigkeit, worin ein engherziges, mißtrauisches Regierungssystem, falsche Regierungskunst und konfessionelle Abneigung namentlich die katholische Kirche versetzt haben. Das Gefühl der kirchlichen Freiheit ist während der letzten zwanzig Jahre, trotz der Bemühungen einer kurzsichtigen Staatskunst, daffelbe zu ignoriren oder mit Täuschungen abzuwenden, durch die Kämpfe in England, Belgien, Frankreich und am Rhein zu einer Macht herangereift, welche nunmehr in der allgemein aufgestellten Forderung der Unabhängigkeit der Kirche vom Staate mit dem vollen Bewußtsein ihrer Stärke und Berechtigung auftritt." Die Details, welche dieses Programm übergeht, enthält das Programm des katholischen Wahlkomitès, das ich Ihnen seiner Zeit mittheilte. Wird dieses Programm einmal vollständig realisirt, so ist es allerdings außer Zweifel, daß wir eine katholische Kirche haben im Sinne der Partei, dagegen möchte es gerechtem Zweifel unterworfen sein, ob neben einer solchen katholischen Kirche der Staat noch möglich ist. — Während aber der Katholicismus in dieser Weise thätig ist, pausirt er in anderer Beziehung, trotz aller angenblicklichen Erfolge, den Bogen an bis zum Zerspringen: die Prozessionen, Schaustellungen und vor allen Dingen die Wunder drängen sich in rascher Folge, aber, wenn die ungeheure Betheiligung daran auch abermals Zeugniß ablegt von dem Einflusse, den die Geistlichkeit auf unsere Bevölkerung übt, so sind doch namentlich die Wunder der Art, daß alle denkenden und aufgeklärten Katholiken sich unwillig abwenden müssen. Zwei Wunder haben wir erlebt innerhalb zweier Monate, und das dritte ist bereits im Zuge. In der Pfarrkirche zur heiligen Ursula in Köln haben eine Magd und der Küster die Heilige nebst einer Schaar von himmlischen Jungfrauen mit einem flammenden Schwert in der Hand auf den Stufen des Hochaltars gesehen, und wochenlang haben allabendlich Prozessionen von Tausenden, geführt von der Geistlichkeit, diese Erscheinung gefeiert; in dem Dorfe Effern, in der Nähe von Köln, hat man beim Spalten einer Buche im Innern derselben „in schwarzen, deutlich erkennbaren" Umrissen ein Marienbild mit dem Jesuskinde entdeckt, und die halbe Rheinprovinz ist auf den Beinen, um zu diesem neuen Wunder zu wallfahrten; abermals in Köln endlich hat ein Bäcker, wenn ich nicht irre in einem Scheit Holz, den Namen Jesus gefunden, und voraussichtlich wird auch dieses Wunder stark frequentirt werden. Nehmen sie dazu, daß an den heiligen Pfingsttagen und darauf folgenden Woche eine große Jubelfeier in der Pfarrkirche zu Münstereifel angeschrieben ist, bei welcher, „nachdem nun die geschichtlichen Nachweisungen genugsam zusammengestellt sind", mit erzhischöflicher Erlaubniß die Reliquien der hh. Märtyrer Chrysanthus und Daria aufgestellt werden, so werden Sie sich einen Begriff machen können von unserer Christlichkeit. Es ist höchst eigenthümlich mit dieser Rheinprovinz; auf der einen Seite so viel gesunder, praktischer Menschenverstand, und auf der andern Seite . . . . . Gott besser's!

** Aus Rheinbaiern, 5. Juni. Wenn sonst das Sprichwort sagt: Ende gut, Alles gut — so möchte dies leider auf unsere eben geschlossene Ständekammer nicht recht passen. Denn das eigentliche Finale, welches durch den Minister des Auswärtigen, Grafen v. Berg, aufgeführt werden, ist in seinen Tonart gehalten, wie mit dem großen Konzert deutscher Erfindung unvollkommen harmonirt, ja zu einer völligen Disharmonie Anlaß geben könnte, wenn etwa die Abgeordneten, in ihre Heimath zurückgekehrt, in derselben Tonart fortsingen und fortspielen wollten. Der Minister sagt u. A.: „Wie leben im Herzen Deutschland, Baiern ist das Herz Deutschlands, und so wie das Herz nicht vom Leibe getrennt werden kann, wenn das Leben fortdauern soll, wird auch Deutschland nicht geschieden werden können. Fragt man, was die Regierung wolle, so antworte ich, sie will Nichts, was nicht auch Baiern will. Sie will ein einiges, verjüngtes, kräftiges Deutschland, im Innern intelligent, frei, betriebsam, nach Außen geachtet und Achtung gebietend. Welche Opfer gebracht werden müssen, um das hohe Ziel zu erreichen, läßt sich wohl im Voraus nicht so genau bestimmen. Es wird eine Verständigung stattfinden zwischen Volk und Regierung, ein Vertrag, von beiden heilig und gleich geachtet. Die Opfer aber, die nicht gebracht werden dürfen, zu denen rechne ich solche, welche, wirklich gebracht, Deutschland selbst schwächen, Deutschland seines Ruhmes und seiner Zierde berauben würden. Hierunter versteht ich die reiche, fruchtbringende, lichterbreitende Mannigfaltigkeit und Eigenthümlichkeit der deutschen Volksstämme, und was Baiern insbesondere betrifft, unsern glorreichen Namen, unsere in Deutschland stets eingenommene hohe Stellung unter einer tausendjährigen Dynastie." — Ist diese Rede wörtlich so gehalten, wie wir sie gedruckt in den Zeitungen lesen, dann ist sie wahrhaft plump zu nennen. Denn wo und wie und wann ist Baiern das Herz Deutschlands? Geographisch genommen könnte Kreuz-Greiz-Schleiz-Lobenstein-Ebersdorf diese Ehre freilich machen, und politisch genommen, was vernünftiger Weise und eigentlich nur genannt sein kann, ist das Zeugniß der Geschichte dagegen. Das Herz der Völker ist da, woher ihr politisches und geistiges Leben ausströmt bis in die äußersten Marken, und wohin auch alle Schwingungen dieses Lebens sich wieder zurückwenden, als in ihren gemeinsamen Mittelpunkt. Wann aber hätte Baiern je diese Stelle eingenommen im Leben der deutschen Völker, so daß alle Volksstämme, die Schwaben, die Franken, die Hessen, die Sachsen, die Preußen u. s. w. den Geist ihres Lebens nur aus Baiern, wie aus ihrem Herzblut gesaugt? Diese Entdeckung

Digitized by Google

in den Blättern der Geschichte wäre nagelneu, und der Minister hätte sich in der That hochverdient gemacht um die Wissenschaft, wenn er seine Behauptung, daß Baiern das Herz Deutschlands sei, auch beweisen könnte. Spricht er aber weiter, daß die reiche, fruchtbringende, lichtverbreitende Mannigfaltigkeit und Eigenthümlichkeit der deutschen Volksstämme gegenwärtig nicht zum Opfer gebracht werden dürfen — so ist dies eine leere Fiktion, eine ungeschickte Unterschiebung dynastischer Interessen unter die Volkswünsche. Denn seit welcher Zeit kümmern sich die Minister um die Eigenthümlichkeit der deutschen Volksstämme? Auf dem Wiener Kongresse haben diese Herren ganz anders gesprochen und gehandelt, da haben sie das arme deutsche Volk unbekümmert um seine durch ein Jahrtausend gehegte Eigenthümlichkeit der Stämme, unbarmherzig zerrissen und zerschnitten, je nach den Portionen, die jeder Herr am Tische ansprechen wollte oder konnte. Wie sind die Sachsen doch zertheilt worden, und die Franken und die Schwaben und die Pfälzer! Ein Stück der Pfälzer kam an Baden, ein anderes Stück an Hessen-Darmstadt, ein drittes an Baiern, ein viertes an Preußen, ein fünftes an Hessen-Homburg, ein sechstes an Oldenburg, und — damit die heilige Zahl gar voll sei — ein siebentes an Koburg. So hat man die natürliche und geschichtlich tief gewurzelte Eigenthümlichkeit der deutschen Volksstämme unnatürlich zerrissen, und diese unnatürliche Zerreißerei, dieser status quo wird vertheidigt von dem bairischen Minister aus Furcht vor einem Kaiser. Im Gegentheil behaupten wir, daß wir einst in den Tagen des deutschen Kaiserreichs die Eigenthümlichkeit der deutschen Stämme am schönsten sich entwickelt hat, so auch nach diesem kleinen Intermezzo der Wiener Kongreßbestimmungen die getrennten Theile eines Stammes sich wieder gut zusammenfinden, und alle Stämme in ihrer wahren Eigenthümlichkeit sich weiter bilden und wiederum schön zusammenstimmen werden in einem großen Reiche, der einen großen Kaiser. Dann erst wird die Mannigfaltigkeit aus fruchtbringend und lichterbreitend sein. Jetzt ist sie es nicht, obwohl es der Minister behauptet. Wir wollen nur an Eines erinnern. Als das Licht des Deutschkatholicismus anfing zu leuchten in Sachsen, Preußen und andern Ländern, da ergingen in Baiern Verbote über Verbote, an den Grenzen wurden die Prediger des Lichtes polizeilich abgewiesen, im Innern des Landes ward die Bildung von Gemeinden schwer verpönt, kurz Alles aufgeboten, um Baiern hermetisch abzuschließen gegen die lichtverbreitende Eigenthümlichkeit der andern deutschen Stämme. Wahrlich, Baiern hat nicht Noth, die gegenwärtige Mannigfaltigkeit der deutschen Länder so zu rühmen um ihrer Lichtverbreitung willen! Und wenn auch Altbaiern unter seiner kunstbeflissenen Dynastie bejahren soll in einer Sonderstellung, und sich glücklich dabei fühlt, so mag es sein, aber die Neubaiern wollen damit nicht verwechselt werden vermöge ihrer Eigenthümlichkeit.

**Hannover**, 6. Juni. In der heutigen Sitzung zweiter Kammer nahm Stüve Gelegenheit, seine frühere Erklärung gegen die Nationalversammlung zu erläutern und in eine Erklärung für die Nationalversammlung umzuwandeln. Lang antwortete. Seine Erwiderung sagte im Wesentlichen, daß man aus der ersten Rede des Ministers keineswegs habe abnehmen können, was nach der heutigen darunter verstanden gewesen sei. (D. M.)

* **Heidelberg**, 9. Juni. Heute wurde hier an Soirons Stelle mit 73 Stimmen (unter 144 Wahlmännern) Prof. Hagen ins Parlament gewählt; die übrigen Stimmen fielen sämmtlich auf den badischen Abgeordneten Bubl. Prof. Hagen wurde von einigen Blättern der republikanischen Partei als ihr Gesinnungsgenosse bezeichnet; es könnte dies indessen nur unter der Voraussetzung richtig sein, daß er seinen vor drei Monaten geschriebenen Entwurf einer deutschen Reichsverfassung, worin ein Kaiser, ein Fürstenhaus und eine Volkskammer vertangt sind, jetzt preisgäbe. Was die künftige Parteistellung des Gewählten noch unklarer macht, ist der Umstand, daß er zwar zu der ausgetretenen Minorität des Frankfurter Vorparlaments gehörte, deßwegen von gewisser Seite gepriesen ward und doch am letzten Sonntag in einer Versammlung konstitutionell gesinnter Wahlmänner verspach, dergleichen nicht mehr thun zu wollen. Solche politische Dehnbarkeit mag eine diplomatische Tugend sein, eine politische ist sie nicht; wundervar ist es nur, daß man dergleichen jetzt als „Entschiedenheit der Gesinnung" und als Republikanismus vergoldet.

**Thiengen**, 7. Juni. Bei der heute dahier stattgehabten Wahl eines Abgeordneten zum deutschen Parlament wurde Dr. Friedrich Hecker mit 77 Stimmen erwählt. Gegenkandidat war Buhl von Ettlingen, welcher 56 Stimmen erhielt. (Oberrh. Z.)

**Kurhessen. Kassel**, 6. Juni. Heute ist den Ständen ein Gesetzentwurf, das Petitions-, Einigungs- und Versammlungsrecht betreffend, vorgelegt worden. In den Motiven wird anerkannt, daß nach Anhedung der von dem Bunde erlassenen Ausnahmegesetze es zur Ersterg dieser natürlichen Befugnisse seiner besonderen gesetzlichen Einführung bedürfe und sich vielmehr nur um Sicherstellung derselben handele. Der Entwurf ist auf die freisinnigsten Grundlagen basirt und enthält nur die im Interesse der öffentlichen Sicherheit gewiß unerläßlichen Beschränkungen, daß zu bewaffneten Volksversammlungen die Genehmigung der Behörde, zu Versammlungen unter freiem Himmel aber nur eine vorgängige Anzeige erforderlich ist. (Fr. J.)

**Schleswig**, 4. Juni. Man schreibt dem Hamb. Korr.: Nach Tondern brach am Donnerstage die eine Eskadron der Zehorr Dragoner auf, da ein kleines Piket in Lygumkloster aufgehoben worden war. Alles deutet an, daß es bis an die Königsau wieder vorwärts geht. Das dritte Bataillon Schleswig-Holsteiner ist vorgestern in Schleswig eingerückt; es hat bei Bau und Schleswig mitgefochten und war bis nach Rachnus hinauf. Heute Mittag hat man eine heftige Kanonade vernommen.

**Schleswig**, 5. Juni. Allgemein erwartet man im Laufe dieser Woche eine Schlacht; beide Parteien sollen sich zwischen Apenrade, Bau und Quars sehr nahe stehen.

**Schleswig-Holstein**, 5. Juni. Wie wir hören wird ein Waffenfest, eine Steuer und der Gesetzvorschlag wegen allgemeiner Militärpflicht den Ständen vorgelegt werden. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag ist der Prinz Friedrich, am Sonntag der Herzog von Augustenburg nach Flensburg abgegangen, ebenso der Herzog von Glücksburg, so daß von Jastrow in Glücksburg die Brigade kommandirt; auch ist schwerer Geschütz von Rendsburg nach Flensburg durchpassirt. Entschieden spricht man sich gegen eine Abtrennung von Nordschleswig aus. Hoffentlich stehen wir vor einer entscheidenden Kriegsthat des deutschen Heeres. — Abends. Nachrichten, die aus Flensburg eingegangen, besagen, daß Apenrade von unsern Truppen eingenommen ist, und daß Gefangene in Flensburg eingebracht worden sind. Auf dem Schlosse Gottorf hat man heute eine heftige Kanonade gehört. (D. P. Z.)

**Kiel**, 5. Juni. Heute Abend war zur Feier des Geburtstages des Königs von Hannover großer Zapfenstreich, wobei es im Gedränge zwischen einigen hannoverschen Soldaten und Leuten aus dem Volke zu Thätlichkeiten kam. Die ersteren zogen ihr Seitengewehr und drei Civilisten sollen nicht ganz unbedeutend verwundet worden sein. Durch die Bemühungen einiger Officiere ward indeß die Ruhe bald hergestellt. Einige sagen, die Matrosen, andere die Tagelöhner hätten die Soldaten zuerst durch Steinwürfe gereizt. (Wes. Z.)

**Kopenhagen**, 5. Juni. Die Expedition gegen die Galathea im Hafen zu Kiel soll durch Verrath des Kapitäns Hansen vereitelt sein. Kapitän Hansen, der Führer derselben, ist wenigstens dieses Vergehens und des Betruges angeklagt, verhaftet und in seinem Hause bewacht. Der Unterbefehlshaber Breuer aus Köln dagegen ist entflohen und wird dieses Vergehens, sowie des Diebstahls und Betrugs wegen mit Steckbriefen verfolgt werden. Die Matrosen behaupten steif und fest, daß man sie habe an die Galathea übergehen wollen und hätte dieserhalb der Kapitän mit dem Kapitän der Galathea, der sein Neffe sei, in Unterhandlung gestanden. Hansen steht zwar im schlechtesten Renommé, aber wir wagen kaum, ihm eine solche Schlechtigkeit zuzutrauen. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz bringen uns endlich die Gewißheit, daß am 3. Juni General Krabbe mit seiner Brigade nach Tondern gezogen ist. Von Flensburg rückten die Preußen auf und zogen gen Gramsleben und Sundewitt, wogegen die Holstein-Holsteiner Tiglev verlassen haben und nach Glücksburg verlegt sind; ebenso haben die Holsteiner Lygumkloster verlassen müssen, welches die Dänen besetzt haben. Die Dänen sollen dabei 20 Gefangene vom 5. Bataillon gemacht haben. Die deutschen Bewohner Lygumklosters sind ebenfalls mit der Besatzung geflohen und in Flensburg eingetroffen. Hoffentlich ändert sich das Verhältniß aber bald wieder, obgleich der Dänen Uebermuth unerhört wird. In Flensburgs Hafen wagte sich der „Geiser", das bekannte dänische Kriegsdampfschiff am 3. Juni 8 Uhr Morgens, legte sich in die Kupfermühlerbucht, setzte ein Boot mit weißer und dänischer Flagge und einem Parlamentär aus und forderte nichts Geringeres, als Uebergabe binnen 24 Stunden, widrigenfalls man die Stadt mit Bomben in Brand schießen würde. Gleich nach Abgang des Parlamentärs, welcher etwa 6 — 8 Stunden mit den Behörden verhandelt hatte, wurde eine Batterie vor dem Hafen, trotz des großen Regens, errichtet. Zwei 84pfündige Bombenkanonen und zwei 24pfündige Kugelkanonen sind bereits aufgestellt und können von ihrer Stellung auf die Bucht in Kielsmanseuge und Kupfermühle beschießen, so ist denn keine Gefahr für Flensburg vorhanden, an die wir überhaupt nie geglaubt haben, obgleich die Dänen schon bis Lygumkloster und Tondern gekommen sind. Das Zurückziehen des

Digitized by Google

Rantzauschen Freikorps hat den Dänen das Einrücken in diese Orte möglich gemacht; da aber das v. d. Tann'sche Korps schon wieder im Anmarsch ist, so werden die Dänen das Feld wohl wieder räumen. Das Aufhissen der Freikorps war eine große Unvorsichtigkeit, jetzt werden nicht nur die Freikorps wieder einbrechen, sondern man fordert auch das ganze Land zu Stellung von Freiwilligen auf, besonders die Städte, die bis jetzt von allem Militärdienst befreit waren. Unsere Zukunft ist noch immer eine sehr ungewisse, wir erwarten mit Aengstlichkeit bessere Berichte aus Frankfurt.

§ Frankfurt, 9. Juni. Auf der Tagesordnung für die heutige Sitzung der Nationalversammlung steht die Berathung über den Bericht Heckschers über die schleswigsche Angelegenheit. Dahlmann erwähnt, daß er die beste Kraft seines Lebens dieser Sache gewidmet habe; sie werde, sie müsse siegen, denn sie sei eine deutsche Sache. Die wahre Ehre Deutschlands sei zu wahren, diese aber sei alten Unrecht gut machen, neues nicht begehen. Schleswig-Holstein habe sein Recht gesucht, aber es sei ihm abgeschnitten worden. Hier weist der Redner nach, in welcher unverantwortlichen Weise die schleswig-holsteinische Sache von dem Bundestage verzögert und zu Gunsten Dänemarks gewendet worden sei. Schleswig sei hilflos geblieben, das sei das alte Unrecht. Die Anträge des Ausschusses seien bescheiden und erreichen kaum die Grenze gerechter Erwartungen. Die Rechte auf ganz Schleswig-Holstein stehen unzweifhaft, wenn man auch um des Friedens davon Etwas ablassen wolle. Er habe aber den Schleswiger noch nicht gesehen, welcher sich von Deutschland lostrennen wolle, auch nicht auf den nördlichsten Theilen. Diejenigen, welche sagen, es werde das europäische Gleichgewicht erschüttert, wenn man auf der Unterschrift Schleswigs bestehe, haben Unrecht; es werde davon nicht einmal berührt. Aber verrückt werde es allerdings, wenn unser Deutschland aus seiner gesunkenen Lage sich erhebe und eine kräftigere Stellung in Europa einnehme. Aber diese Verrückung des bisherigen Gleichgewichts wollen wir, wir bestehen auf ihr bis zum letzten Blutstropfen. Fällt die schleswigsche Sache, so ist damit der deutschen Sache selbst der Todesstoß gegeben. Möge die Berechnung derer scheitern, welche ihre Erwartungen auf die Unsterblichkeit der Schwäche und Gesunkenheit Deutschlands bauen. (Beifall.)

Franke, aus Rendsburg, theilt die Nachricht von dem neuen Vorrücken der deutschen Truppen in Schleswig mit. Er versichert, daß ganz Schleswig auf seinem unbestrittenen Rechte bestehe. Es sei kein Waffenstillstand, sondern Krieg, und er wolle, daß der Friede mit Zustimmung der Nationalversammlung geschlossen werde. v. Schmerling (Bundespräsident): Ich habe mit dem tiefsten Bedauern vernommen, wie diese Angelegenheit früher von dem Bunde behandelt worden ist. Ich sage mich feierlich los von einer solchen Handlungsweise. Diese Zeit einer solchen Diplomatie ist für immer vorüber. In diesem Sinne hat die gegenwärtige Bundesversammlung gehandelt. Ich erbiete ganz offen darzulegen, was von dem Bunde geschehen ist. Es wurde ein Gesandter, nicht einer deutschen Regierung, sondern Deutschlands nach England geschickt, weil England die Vermittlung angeboten hatte. Die Grundordnung des Friedensschlusses war, daß ganz Schleswig bei Deutschland zu bleiben habe, wenn nicht ein Theil desselben es selbst entschieden anders wolle. Ich bin überzeugt, daß kein Theil es anders verlangen wird, aber als Grundsatz wollte man anerkennen, daß kein Zwang Statt finden solle. Was den Stand des Krieges betreffe, so sei Wrangel aus dem strategischen Gründe zurückgegangen, um nicht abgeschnitten zu werden, weil ihm der Schutz einer Flotte abgegangen sei. Er bedürfe einer größern Truppenzahl, und zu diesem Zwecke sei eine Kommission von der Bundesversammlung an Ort und Stelle gesandt, um ihm die nöthige Unterstützung zu verschaffen. Das sei ebenfalls nothwendig, um auch den andern nordischen Bundesgenossen der Dänen, welche diesen sehr wahrscheinlich zu Hilfe kommen werden, entgegentreten zu können. Die Leitung des Heeres, die Führung des Krieges müsse man dem kommandirenden Generale überlassen. Es sei jetzt nicht mehr die Zeit, wo man in der Ferne von 100 Meilen vom Kriegsschauplatze um einen grünen Tisch herum Operationsplane mache und sie dem Feldherrn vorschriebe. Er unterstützt den Kommissionsantrag in seinem ganzen Umfange. — Die Offenheit, mit welcher der Bundespräsident sich aussprach, und der freudige Anklang, welchen seine Rede fand, schien einen Theil der linken Seite sehr zu unkommodiren. Nur daraus ist erklärlich, wie der folgende Redner, Jordan, mit solcher Heftigkeit sich dagegen äußern konnte. Man setze nun, sagte er, warum der Bericht so lange nicht erschienen sei, damit der Bundestag sagen könne, es sei Alles geschehen. Hierauf tadelt er mit starken Ausdrücken den Heckscher'schen Bericht. Der erste Antrag sehe aus, wie eine fossile Proklamation eines Landtages aus vorsündfluthlicher Zeit, nicht aber wie die einer aus der Revolution hervorgegangenen Versammlung. Es treffe ihn allerdings nicht der Vorwurf der Verwegenheit, sondern des Gegentheiles der Verwegenheit. Der Präsident verlangte die Zurücknahme dieses Ausdruckes und erklärte, nachdem dies geschehen, daß er den Redner zur Ordnung gerufen haben würde, wenn er es nicht gethan hätte. Dieser fährt dann fort, den Rückzug in Schleswig zu tadeln, und fordert die Versammlung auf, hierüber und über die unterlassene Beitreibung der Kontribution in Jütland Rechenschaft zu fordern. (Die Fortsetzung morgen.)

Resultat der Abstimmung Abends 4 Uhr. Der erste Theil des Kommissionsantrages wurde mit einer unwesentlichen Abänderung angenommen. Der beantragte Beisatz, daß der Friede nur nach Ratifikation des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung abgeschlossen werden könne, durch namentliche Abstimmung mit 275 gegen 200 verworfen.

§ Frankfurt, 8. Juni. (Schluß). Mittermaier berichtet über die Erklärung der Abgeordneten von Luxemburg, daß sie auf den Beschluß der Nationalversammlung über den Raveaux'schen Antrag vermöge des ihnen ertheilten beschränkten Mandates keinen Antheil mehr an der Versammlung nehmen könnten. Der Berichterstatter zeigt, wie sich die jetzigen Verhältnisse gestaltet und die jetzige klare Stimmung für Deutschland gebildet habe. Die Stände haben erklärt, daß sie gegen alle Beschlüsse der Nationalversammlung protestiren, welche die Unabhängigkeit des Landes gefährde, wollen Handelsverträge nach Gutdünken schließen und die Annahme der Beschlüsse der Nationalversammlung von der Genehmigung des Königs und der Stände abhängig gemacht haben. Unter diesem Vorbehalt wurden die Abgeordneten gewählt. Der Bericht führt aus, daß diesen Vorbehalten und der Beschränkung des Mandates eine rechtliche Wirkung nicht zukomme, und es könnten solche von der Nationalversammlung nie anerkannt werden. Der Abgeordnete sei hier nur deutscher Abgeordneter und dürfe in seiner Abstimmung nicht abhängig sein von einem besondern Mandate seiner Wähler. Luxemburg stehe zu der Nationalversammlung in keinem andern Verhältniß als jeder andere deutsche Staat. Ueberdies sei zu jener Erklärung überhaupt noch gar keine Veranlassung da, indem noch kein Beschluß gefaßt worden sei, welcher Luxemburg beeinträchtige oder in seinen Interessen verletze. Der Ausschuß stellt daher den Antrag, daß die Nationalversammlung in Erwägung dieser Gründe beschließe, die luxemburger Abgeordneten seien aufzufordern, an den Verhandlungen wieder Theil zu nehmen. Es zeigte sich bei der Berichterstattung eine so ungetheilte Zustimmung der Versammlung zu den ausgesprochenen Grundsätzen, daß die fast einstimmige Annahme des Antrags sich voraussagen läßt, was ein erfreuliches Zeugniß dafür ist, daß unter allen Parteien die Abneigung gegen die Seitentwicklungen von Sondergelüsten einzelner Staaten sich immer mehr befestigt. — Hieran schloß sich die Berichterstattung des Marineausschusses durch den Abg. v. Rodowitz. In einem breiten Vortrag, welchem die Versammlung mit ungetheilter Aufmerksamkeit bis zu Ende folgte, setzte der Berichterstatter die Wichtigkeit der Errichtung einer Kriegsflotte für Deutschland auseinander. Nichts Anderes bekräftige so und denkunde zugleich die deutsche Einheit nach Außen, wie dies. Es sei die erste allgemeine deutsche Angelegenheit von großer Bedeutung; denn es solle nicht eine Flotte dieses oder jenes deutschen Staates, sondern nur eine deutsche Flotte werden. Das müsse den fremden Nationen bezeugen, daß es ein Deutschland gebe, und den fernwohnenden Deutschen, daß sie ein Vaterland haben. Das erste deutsche Kriegsschiff, das in Rio de la Plata erscheint, wird den dortigen Deutschen die frohe Ueberzeugung bringen, daß sie ein großes Vaterland hinter sich haben. Wenn es auch nur der Anfang einer Flotte sei, so werde Deutschland, wenn es ganz andere Stellung einnehme; hätte man auch nur diesen Anfang gehabt, so wäre der Krieg in Schleswig sogleich geendet gewesen; ein tapferer und fortgeübter General wäre nicht genöthigt gewesen, aus strategischen Gründen sich zurückzuziehen. Der Ausschuß habe sich die Aufgabe gestellt, zu untersuchen, welches die Bedingungen seien, die durch eine deutsche Kriegsmarine erfüllt werden sollen, sowohl hinsichtlich der Vertheidigung der eigenen Küsten, als auch in Bezug auf die großen politischen und kommerciellen Interessen des Gesammtvaterlandes; welche Mittel geeignet seien, diesem Zwecke zu genügen in Beziehung auf die Zahl der Schiffe, der Hafenbauten und Küstenbefestigungen, und welche Geldmittel dadurch in Anspruch genommen werden. Diese dem Ausschusse gestellte Aufgabe sei aber so umfassend, daß es zu einer vollständigen Berichterstattung und genügenden Vorschlägen eine längere Frist bedürfe. Indessen drängen die Verhältnisse, daß der Anfang mit der Errichtung einer Flotte in geringerem Maßstabe sogleich begonnen und damit dem nächsten Bedürfnisse

Digitized by Google

genügt werden müsse. Deßhalb stellt der Ausschuß den Antrag: Hohe Nationalversammlung wolle beschließen, daß die h. Bundesversammlung zu veranlassen sei, die Summe von 6 Millionen Thalern auf verfassungsmäßigem Wege verfügbar zu machen, und zwar 3 Millionen sofort, und ferner 3 Millionen nach Maßgabe des Bedürfnisses. Für das nächste Bedürfniß sei sogleich eine kleine Flotte zweiten Ranges herzustellen, bestehend aus 2 Fregatten, 4 Korvetten, 2 großen und 4 kleinern Dampfschiffen und 200 Kanonenbooten. Ueber die specielle Verwendung möge die Versammlung dem Ausschusse gestatten, sich hier nicht auszusprechen. Der allgemeine Beifall, welcher dem Berichterstatter von dem Rednerpult begleitete, galt der Sache, welche einen tiefen Eindruck gemacht hatte. — Ein Bericht der Prioritätskommission verlangte die Verweisung einer Reihe von Anträgen, welche den Schutz der Nationalversammlung und die Freiheit ihrer Berathungen betreffen, an eine Kommission. Wippermann nimmt davon Veranlassung, sich über die Bedrohungen der Versammlung, welche sich gegenwärtig vorbereiten, auszusprechen. Nach zuverlässigen Nachrichten ist die anarchische Partei in vielem Augenblick sehr rührig, eine „That" vorzubereiten. Auch Leute, die es gut meinen, verwirren die Unruhe. In Kurhessen sind überall Aufrufe verbreitet, daß man bewaffnet nach Frankfurt ziehen soll, das Parlament zu schützen." Auf die Pfingstwoche ist eine Versammlung der demokratischen Vereine in Frankfurt angesagt, was jedenfalls die Aufregung sehr vermehren müsse. Die Nationalversammlung habe auf diese Demonstrationen keinen Werth zu legen; insofern aber wirklich eine Störung der Ordnung beabsichtigt werde, so sei es nicht zweckmäßig, erst einen Ausschuß zu ernennen, sondern einfach die Lokalbehörden von Frankfurt darauf aufmerksam zu machen und sie zu ersuchen, die geeigneten Maßregeln zur Erhaltung der Ordnung zu treffen. Schüler: Es wäre zu bedauern, wenn derartige Versammlungen oder gar Exzesse stattfinden sollten, wie allerdings das Gerücht gehe. Es würde dies am nachtheiligsten für die linke Seite sein und der Reaktion vorarbeiten. Er will aber kein politisches Einschreiten der Nationalversammlung; man könne die betreffenden Vereine auffordern, ihre Versammlung in Frankfurt aufzugeben. v. Radowitz: Es bedarf keines Beweises, daß die erste Bedingung der Wirksamkeit dieser Versammlung die Freiheit ihrer Berathung ist, und daß sie nicht von Außen gestört wird. Es ist aber unläugbar, daß eine bedeutende Partei gehofft hat, diese Versammlung werde ihr zum Werkzeuge für ihre Pläne dienen. Nunmehr aber mag sie wohl zur Ueberzeugung gekommen sein, daß sie sich in dieser Erwartung getäuscht hat. Wird sie nun die Mittel unversucht lassen, die sie seit 1789 bis 1848 immer gebraucht hat? Das Losungswort ist jetzt: Nieder mit der Reaction! Wie man aber vor zwanzig Jahren jeden freiheitliebenden Mann als einen Demagogen verschrien und verfolgt hat, so heißt jetzt Jeder ein Reactionär, welcher das Bestehende nicht vernichtet wissen will, der sich überzeugt hat, daß etwas Besseres an seine Stelle trete. Einen Schutz der Personen wolle die Versammlung nicht; aber eine momentane gewaltsame Störung würde andere höchst bedenkliche Folgen nach sich ziehen, die Einsetzung einer provisorischen Regierung, die Proklamirung der Republik, Bürgerkrieg und den Einbruch der auswärtigen Feinde. Der Redner will daher, daß ein Ausschuß von nur wenigen Personen gebildet werde, welcher gemeinschaftlich mit dem Präsidenten sich mit den Behörden in Frankfurt über die Mittel zur Aufrechthaltung der Ordnung verständige, und wenn diese für nicht genügend erkannt werden, so sollen die benachbarten Regierungen zu diesem Zwecke angezogen werden. Vogt von Gießen spricht sich gegen alle Sicherheitsmaßregeln aus. Es habe bei dem Vorparlamente noch viel geschlechter ausgesehen; damals habe man Maßregeln getroffen, es sei aber Alles unnöthig gewesen. Er glaubt nicht, daß viele Leute kommen werden. Etwa 30 Vereine würden Abgeordnete schicken; die werden Nichts mit Gewalt unternehmen, ihre Ihren aber dürfe man nicht fürchten. Ravenar erklärt, der demokrat. Verein in Köln habe sich bereits gegen die Versammlung in Frankfurt erklärt, damit es nicht den Anschein habe, als wolle man auf die Nationalversammlung einwirken. Die Nationalversammlung sei übrigens stark genug, um sowohl der Anarchie, als der Reaktion die Spitze zu bieten. Benedey will eine Kommission zur Sicherung der Versammlung. Maiern verlangt, die Nationalversammlung solle beschließen, daß während ihrer Dauer keine andere größere Versammlung in der Umgegend von drei Meilen um Frankfurt stattfinden dürfen, und jeder bewaffnete Zuzug zu verhindern sei, im Falle einer Störung aber die Mitglieder sogleich in einer andern Stadt zusammentreten sollen. Edel aus Baiern unterstützt insbesondere den letzten Antrag. An dieser lebhaft, aber würdig geführten Diskussion nehmen noch mehrere Abgeordnete aller Parteien Antheil, ohne weitere Gründe für oder gegen den Antrag vorzubringen. Die Versammlung zeigte durch ihren Beschluß einen richtigen Takt; sie beschloß, über die Anträge, welche sich auf die Sicherstellung der Nationalversammlung gegen Attentate beziehen, zur Tagesordnung überzugehen. Die übrigen Anträge wurden der Prioritätskommission zu weiterem Berichte zurückgewiesen. Die öffentliche Besprechung hat wohl mehr zur Erhaltung der Ordnung gewirkt, als jeder andere Beschluß, der hätte gefaßt werden können. — Die Galerie, welche heute sehr besetzt war, erlangte nun doch noch den Genuß, um den sie durch die lange Dauer der bisherigen Verhandlungen fast gebracht worden wäre. Die Stumm'sche Erklärung und die Aeußerung des preußischen Ministers darüber kam zur Diskussion. Eisenmann suchte zwar durch einen Antrag auf alsbaldigen Uebergang zur Tagesordnung ohne Diskussion den bevorstehenden Kampf zu beseitigen, konnte aber keine Majorität dafür gewinnen. Sinn rechtfertigte sich nun mit seiner gewohnten zuversichtlichen Ruhe. Die gegen ihn gerichtete Eingabe enthalte keinen Antrag, er habe also auch gegen einen solchen nicht zu kämpfen. Er liest aus dem stenographischen Berichte seine in der Versammlung gehaltene Rede ab und zeigt, daß darin Nichts enthalten sei von einem „Rathe", den die preußische Regierung gegeben habe, viel weniger von einer Beschuldigung „des Verrathes". Für den materiellen Inhalt dessen, was er gesagt habe, trage er keine Bürgschaft gegeben, sondern nur dafür, daß er diese Mittheilung wirklich so erhalten habe. Diese Mittheilung sei ihm in Gegenwart von zwei Zeugen, ebenfalls Abgeordneten, gemacht worden. Ueber die Grenze hinaus, daß ihm diese Mittheilung von einem Minister gemacht worden sei, könne man keinen Beweis von ihm verlangen. Den Namen des Ministers könne er nicht nennen. Was aber die Sache betreffe, so stehe der Erklärung des preuß. Ministers doch die Thatsache gegenüber, daß so viele konstituirenden Ständeversammlungen in Deutschland gegenwärtig eindrosseln seien. Auch die Berliner Vossische Zeitung enthalte eine Anmerkung in diesem Sinne. Der preuß. Minister habe wohl gethan, wenn er eine derartige Erklärung gegeben hätte, wie die sächsische, was eine weit höhere Widerlegung wäre. Der Nationalversammlung müsse daran liegen, ins Klare zu kommen, sie solle die Akten von den betreffenden Regierungen einfordern, wiewohl das hierher gehörige Aktenstück schwerlich mehr zu finden sein werde. So sehr der Eindruck des ersten Theiles dieser Rede zu Gunsten Blums war, so war der zweite Theil allzuheraufordernd, als daß die Gegenpartei den Kampf nicht aufgenommen hätte. Der Wunsch des Präsidenten, die weitere Diskussion auszusetzen, bis die Bundesversammlung die betreffenden Akten mitgetheilt habe, hatte deßhalb keinen Erfolg.

v. Auerswald hielt einen allzulangen Vortrag zur Rechtfertigung des preußischen Ministeriums. Die angeführten Aktenstücke fänden sich allerdings nicht in den Vorträge Blums, aber der Minister habe diesen Sinn darin gefunden, und dazu sei er berechtigt gewesen. Der Redner liest dagegen ein offizielles Schreiben des Ministers von Arnim an die Sachsen-Meining'sche Regierung vor, welches von einer ganz entgegengesetzten Gesinnung der preußischen Regierung zeugt, als deren sie beschuldigt worden ist. Er stellt den Antrag, die Nationalversammlung wolle ihre Mißbilligung aussprechen gegen die unbegründeten Anschuldigungen, welche gegen eine große deutsche Bundesregierung erhoben worden seien. Der Präsident beseitigt jedoch diesen Antrag durch die Erklärung, daß, wenn in der Rede des Abgeordneten Blum das gelegen wäre, was darin gefunden werde, so wäre es ihm, dem Präsidenten zugekommen, dem Redner eine Mißbilligung auszudrücken; wenn er das verfäumt habe, so könne er es jetzt nicht mehr thun. Gestern Abend sei nunmehr zur Tagesordnung übergegangen, wird indessen nicht entsprochen. Lichnowski fragt, wer das Recht habe, darauf, daß der preuß. Landtag eindrossen sei, der Einberufung ein Motiv zu Grunde zu legen, wie es hier geschehen? Daß die Vossische Zeitung kein Regierungsorgan sei, wisse der Abgeordnete von Leipzig wohl. Wenn alle Papiere des Bundestags und sämmtlicher Regierungen Nichts enthalten, so werde derselbe freilich immer noch sagen können: Ja, das rechte ist fort. Das sei aber Nichts, als ein verfeckter Rückzug. Wer von dieser Tribune solche Beschuldigungen aussprechen wolle, der müsse den Beweis dafür in der Tasche mitbringen. Schaffrath spricht mit großer Heftigkeit, Robert Blum hätte dem Angriffe auf die Redefreiheit nur den Stolz des Schweigens entgegenhalten sollen. Er brauche ja nur an das Volk zu appelliren (die Gallerie klatscht). Die Diplomaten hätten immer gelogen (die Gallerie jubelt). Wer denn den Briefe eines Ministers mehr Vertrauen schenken wolle, als dem Ehrenworte eines solchen Mannes! (Lachen und Bravo!)- Mit Indignation müsse man das zurückwei-

Digitized by Google

fen (Klatschen). Ein Robert Blum brauche Nichts zu beweisen (großes Gelächter und Bravorufen). Die Minister sollen sich rechtfertigen; R. Blum hat gezeigt, daß er sich vor Niemand fürchte, R. Blum ist ein Volksmann! (Großes Gelächter, Klatschen und Bravorufen). Nach dieser ergötzlichen Rede geht die Versammlung zur Tagesordnung über. — Die Gallerie war heute zu einem großen Theile mit Leuten besetzt, welche durch diese letzte Verhandlung herbeigezogen wurden. Daß die Meisten wohl nicht mehr von der Sache begriffen, als daß es ein Streit sei, in dem auf der einen Seite ein preuß. Minister, auf der andern Rod. Blum stand, darf nicht wundern, wenn der letzte Redner selbst der Erklärung des preuß. Minist. das Ehrenwort Blums entgegenstellte, welches sich doch lediglich darauf bezog, daß er, Blum, diese Mittheilung erhalten habe. Aber diese hoffentlich unabsichtliche Verrückung des Standpunktes machte auf der Gallerie Effekt.

Frankfurt, 9. Juni. Das heftige Montagsträumen hat gestern Abend einstimmig beschlossen, die Versammlung des Marburger demokratischen Vereins, welche hier stattfinden soll, nicht zu beschicken. Die Verhandlungen und Beschlüsse eines frühern Abends wurden ebenfalls einstimmig zurückgenommen. (F. J.)

ℨ Frankfurt, 9. Juni. Die Bevölkerung der kleinen Herrschaft Knipphausen hat sich, in einem Maßstabe von mehr als 1 Fl. per Kopf, zum Zwecke der deutschen Kriegsflotte, selbst bestenert. In dem keinesweges reichen oldenburgischen Städtchen Jever sind etwa 1600 Thlr. zu gleichem Zwecke zusammengebracht. Unter den Bauern des Kreises Jever (von 20,000 Einw.) hat eine Subskription begonnen. Im oldenburgischen Flecken Elsfleth ist ein Komité zusammengetreten, dem sich andere Handels- und Hafenorte, z. B. Oldenburg, Brake, Berne, angeschlossen haben. Von hiesem Komité hat auch eine Abordnung nach Hamburg zum Marinekongreß stattgefunden.

### Italien.

Vom Kriegsschauplatz sind wir auch heute wieder ohne Nachrichten österreichischer Seite, die K. Z. hat keine Nachrichten aus Verona. Sämmtliche italienischen Quellen bestätigen den Fall Peschiera's und das Gefecht von Goito. In Mailand Siegesfeier. Die Gaz. Piemontese vom 3. Juni meldet, daß am 31. Mittags Karl Albert selbst in Peschiera eingezogen sei, die gefangenen Oesterreicher werden über Modena nach Ancona marschiren und dort eingeschifft werden. Das neueste Mail. Bull. ist vom 2. Juni Mittags und sagt Folgendes: Am 30. um 11 Uhr Nachts kapitulirte Peschiera; italienische Officiere mit einigen Truppenabtheilungen betraten die Festung. Am Morgen des 31. zog Karl Albert in Peschiera ein. Am Mittag verließen die Oesterreicher durch das Thor von Brescia Peschiera und gaben ihre Waffen in die Hände der Piemontesen ab; nur die Officiere behielten dieselben. Die Garnison, 1600 Kroaten, erreichte am 1. Juni 1. Mr Nachmittags Brescia. In der Festung fanden sich große Kriegsvorräthe, die Lebensmittel aber waren ausgegangen. Salz fehlt gänzlich. Ueber das Treffen bei Goito vom 30. sind die Bulletin mehr schönklingende Redensarten, als Genaueres. (Schw.M.)

Die Nachrichten von der Uebergabe Peschieras und einem für die Oesterreicher nachtheiligen Gefecht bei Goito am 30. Mai bestätigen sich. Ihre erste und eigentliche Niederlage erlitten die tapfern österreichischen Truppen wohl in Wien von den verbündeten Studenten und Arbeitern, und in Innsbruck durch den flüchtigen Kaiser selbst. Dazu an der Spitze des Heeres ein Greis von 84 Jahren, der Unglück gehabt und durch seine despotischen (ihm wahrscheinlich von seiner Umgebung vorgeschriebenen) Maßregeln und durch unsinnige Proklamationen den Haß, die Verachtung und den Fluch der Lombarden auf sich geladen hatte. Man weiß, wie der Name Radetzky — glücklicherweise kein Deutscher — den Ohren und Herzen der Italiener klingt! Wollte man einen persönlichen Schritt thun, so mußte vor Allem dieser Mann entfernt werden, wollte man auf dem Felde mit Energie und Raschheit wirken, so mußte ein jüngerer Feldherr an die Spitze des Heeres gestellt werden. So aber geht das herrliche mächtige Oesterreich an seinen Invaliden, an seinem alten ganz verbrauchten Schlendrian zu Grunde, und ob das „junge Oesterreich", insofern es durch die in fremdartiger Verbindung wirkenden und von slavischen Einflüssen durchaus fremden Studenten und Arbeiter dargestellt wird, im Stande ist, den in Auflösung begriffenen Staat zu verjüngen, das muß man im Hinblick auf die Barrikadengankelei vom 26. Mai gar sehr bezweifeln. Wir lassen nun einige Nachrichten aus Schweizer Blättern und der Allg. Z. folgen:

Die N. Z. Z. schreibt: Daß die Besatzung von Peschiera sich bis zum Aeußersten hielt, wird von den italienischen Blättern offen anerkannt. Das amtliche Bulletin vom 2. Juni berichtet: „Die Unsrigen fanden im Fort eine große Menge Kriegsmaterial, Kanonenkugeln, Bomben, Mörser von jedem Kaliber. Die Häuser im Innern boten den Anblick eines Trümmerhaufens dar. Der Feind wollte bis zum Aeußersten widerstehen und hatte fast alle Lebensmittel aufgezehrt. Jeder von den wenigen übriggebliebenen Kanonieren mußte zwei Kanonen bedienen. Die Mühlen waren zerstört, und es mußten Handmühlen gebraucht werden. Fast alle Pferde hatte man aufgegessen. Kein Salz war mehr zu haben, und man bediente sich des Salpeters. Die wenig übriggebliebenen Einwohner, nicht mehr als 400, mußten an den Vertheidigungswerken arbeiten. Die Besatzung bestand aus Kroaten, und als sie die Waffen niederlegte, zählte man 1600 Mann." Sie durfte mit Waffen und Gepäck aus den Thoren ziehen, wo sie in Gegenwart des Herzogs von Genua und eines österreichischen Generalstabs, vor dem 14. Regiment niederlegen ablegen und den Eid leisten mußte, die Waffen nicht mehr gegen Italien tragen zu wollen. Nur die Officiere und Unteroffiziere behielten ihre Seitengewehre. Das ganze Korps ist unter guter Bedeckung nach Brescia instradirt.

Mailand. Das amtliche Bulletin vom 3. Juni stellt eine neue entscheidende Schlacht in nahe Aussicht. Die Oesterreicher haben sich in verschiedenen Dörfern vor Mantua aufgestellt und das piemontesische Heer schicke sich zu neuem Kampfe an. Es gibt den Verlust der Oesterreicher in den verschiedenen Gefechten vom 30. Mai auf etwa 1500 Todte und Verwundete und den der Italiener auf etwa 600 an. Unter den am 29. Mai gefallenen Toskanern zählt man 2 Professoren, die mit den Studenten von Pisa ausgezogen waren; 2 andere Professoren sind verwundet.

Noch kommt uns ein amtliches Bulletin vom 4. d. Nachmittags 2 Uhr zu, laut welchem beide Heere einander gegenüberstanden und die Schlacht nicht mehr aufstehen werde, wenn die Oesterreicher sich nicht in Mantua einschließen. Die Piemontesen haben eine Frontveränderung gemacht; ihre Linie, die gegen Verona sah, steht sich gegen Mantua; ihr rechter Flügel ist bis Guidizzolo ausgedehnt und der König hat sein Hauptquartier nach Volta, näher an Goito verlegt. Die Oesterreicher hielten die Strecke von Rivalta bis Gazzolo und Cereſara besetzt. Man erwartete die Schlacht am gleichen Tage.

Neapel. Ein Mailänderblatt bringt unterm 1. Juni die Kunde, daß 10,000 Sizilianer sich anschicken, nach Neapel überzuschiffen, um den in Kalabrien zum Umsturz des Königs sich bildenden Schaaren zu Hilfe zu kommen. Einige Officiere hatten beim sizilianischen Parlament um die förmliche Bewilligung zu diesem Schritte petitionirt. Die Deputirtenkammer sagte einstimmig zu, die Pairskammer dagegen wollte noch nicht eintreten; nun erklärten die betreffenden Officiere, daß sie das Unternehmen mit Freischaaren wagen werden.

Neapel. Man schreibt der Allg. Z. in Neapel war es bis zum 28. Mai ruhig. Die Bürger Neapels sind stillschweigend übereingekommen, sich in Nichts mehr eines Lazzaroni zu bedienen; die Schweizer Officiere werden in Neapel in keinem Haus aufgenommen, ihr Erscheinen in den Kafés verbreitet Oede um sie her, Schildwachen, besonders Schweizer, werden gemieden. Aus den Provinzen meldet man Anarchie aller Art, hier und da Revolutionen im reaktionären Sinne; in Reggio ist ein Aufstand der Bürger von den Soldaten unterdrückt; die Besiegten sind in die Berge geflohen, die Forts von Scilla und Pizzo di Monteleone sind in den Händen der Liberalen, in Kanzario besteht eine provisorische Regierung.

Ferner lieft man in Schweizer Blättern: Der Aufstand in Kalabrien organisirt sich täglich, stündlich: in Pizzo, Katanzaro, Krotone und sogar in der Hauptstadt Kosenza ist alles königl. Militär entwaffnet und die provisorische Regierung ernannt. In Genf war am 4. Juni die Nachricht verbreitet, es sei in Neapel eine neue Revolution ausgebrochen, und man habe dem Ex bombardatore Ferdinand II. kurzweg den Kopf abgeschnitten.

Der „22. Marzo" berichtet etwas abweichend, die Revolution sei durch Zuzug aus den Provinzen bewirkt worden. Der König sei zwar nicht getödtet, aber in den Händen des Volkes.

---

Beiträge zur deutschen Flotte:

| | | |
|---|---|---|
| Uebertrag. . . . . | 100 fl. | kr. |
| Von N. N. . . . . | 6 | 40 |
| Von P. M. . . . . | 3 | 30 |
| Von einem Kreise konstitutioneller Wahlmänner . . | 54 | 11 |
| | 164 fl. | 21 kr. |

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

(Wegen dem Pfingstfeste erscheint unser Blatt morgen nicht.)

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Knap., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Barbarische Länder vermitteln solche die H. L. Lherminier in Carcassonne Nr. 29 Grande, Jacques Nr. 28 Notre Dame de Nazareth.

Die Insertionsgebühren betragen 4 Sgr. für die Zeile. Beilagen werden nach Uebereinkunft berechnet.

# Deutsche Zeitung.

№ 163. Heidelberg, Dienstag 13. Juni. 1848.

## Uebersicht.

**Badische Zustände** I. — **Wien** (Wendung zur Versöhnung; der Kaiser will zurückkehren und die Reformen sanktioniren. Gerücht vom Uebergang der Russen über den Pruth). **Bozen** (die Einnahme von Peschiera; Wahlverein des Kiersch; Petition gegen die religiöse Duldung). **Cilli** (Verein zur Versöhnung der Deutschen u. Slaven). **Trieſt** (die Stadt nicht mehr beunruhigt). **Innsbruck** (die Erzherzogin Wilhelm und Albrecht angekommen). **Berlin** (Verhandlungen der Kammer über die Revolution v. 18. März. Kasl. Note). **Posen** (Adreſſe gegen die polnischen Proteſte). **München** (officielle Erklärung). **Aus Baden** (eine Epiſode aus der Frankfurter Verſammlung). **Schleswig** (die englischen Vermittlungsvorſchläge). **Frankfurt** (die Allarmgerüchte. Verhandlungen darüber in der Nationalverſammlung. Rede Warms über die Intereſſen Englands und Rußlands in der dänischen Frage. Verhandlungen der Verſammlung über die ſchleswigsche Angelegenheit.

**Großbritannien.** Morning Chronicle gegen Deutſchland.

**Frankreich.** **Paris.** Die Wahlen. Thiers und Louis Bonaparte. Aufregung. Neue Demonſtrationen. Die Nationalwerkſtätten.

**Beilage.** Ein Wort für Baiern. — **Frankfurt** (die Anträge des Ausſchuſſes in Bezug auf Schleswig). **Schweiz.** **Zürich** (die Petition der Züricher Arbeiter. **Norwegen.** **Chriſtiania.** Bewilligung des Storthings für die Kriegskoſten. Der Storthing erklärt ſich zugleich gegen eine Einmiſchung in die ſpeciell ſchleswig-holſteiniſche Frage. **Großbritannien.** **London.** Parlamentsverhandlungen über die chartiſtischen Straßenunruhe. **Demarara.** Die däniſche Frage. Die ital. Angelegenheiten und die Anweiſung des ſpan. Geſandten aus Madrid. **Frankreich.** **Paris.** Das Geſetz über die Zuſammenrottungen. Die Gerüchte von Auflöſung der Reformgeſetzkommiſſion noch nicht beſtätigt. Ledru-Rollin ſoll verhaftet ſein. Die Ergänzungswahlen. **Straßburg.** Die gegenwärtige Lage Frankreichs. **Italien.** **Verona.** Die Einnahme von Peschiera. **Nachſchrift.** Ueberſicht. Ein Treffen im Sundewitſchen.

### Heidelberg, 12. Juni.

Die Parlamentswahlen in Baden ſind ſo gut wie beendet; die äußerſte Linke hat in der Mehrzahl der Wahlbezirke ihre Kandidaten durchgeſetzt, ſogar Hecker hat in den Gegenden, wo der Putſch losgebrochen iſt, zwei Wahlbezirke gefunden, die durch ſeine Erwählung glaubten, ſeine Amneſtirung thatſächlich erreichen zu können. Mit wenig Ausnahmen ſind die beſten und bewährteſten Namen Badens, die ſich nicht nur der Reaktion, ſondern auch der Anarchie gegenüber als Männer von Charakter bewährten, außerhalb Badens gewählt worden; die deutſchen Bruderſtämme im Süden, in der Mitte von Deutſchland, ja an der Nordſeeküſte, ſind uns raſch in Erfüllung der Ehrenpflicht zuvorgekommen, und es blieb uns zum großen Theil nur eine Nachleſe, durch die wir weder in Frankfurt, noch im weiten Umkreiſe des deutſchen Vaterlandes beſondern Glanz erringen werden. Zum erſten Male ſeit vielen Jahren ſtanden die alten politiſchen Freunde ſich als Gegner gegenüber; Jtzſtein und Welcker waren Gegenkandidaten geworden, die bisherige Linke hatte Jtzſtein nicht in ihre Kandidatenliſte aufgenommen, er ſelber erwiderte natürlich dieſer Umgehung damit, daß er ſeine früheren Meinungsgenoſſen ebenfalls von ſeiner Kandidatenliſte ausſchloß. „Jtzſtein ſoll bei den Wahlen verdrängt werden“ ſo hieß es allenthalben, und der arme Verdrängte trat nun faſt in ſämmtlichen Wahlbezirken als Kandidat auf; was war natürlicher, als daß der Mann, der ſeit fünfundzwanzig Jahren an unſerer politiſchen Entwickelung den thätigſten Antheil gehabt, deſſen bewährtem Rathe ein großer Theil der badiſchen Wählerſchaft gern zu folgen gewohnt war, daß dieſer Mann in einer Reihe von Bezirken ſiegte und bei den Ergänzungswahlen das dankbare Volk das Vertrauen gegen ihn auf die unbekannten und unbewährten Schützlinge übertrug.

Man hat es den Männern, die unabhängig von Jtzſtein ihre Kandidatenliſte entworfen und empfahlen, ſehr zum Vorwurf gemacht, daß ſie ſich mit ihm nicht in Vernehmen ſetzten, daß ſie den alten Kern geworbenen Freundſchaftsbund nicht erneuerten und ſo durch eine Art von Kompromiß beide Theile ſich gegenſeitig eine Anzahl Kandidaten einräumten. Möglich, daß das wie eine ſehr gute Politik ausſehen und auch ein paar Stimmen gewinnen konnte; aber kam es denn auf ein paar Stimmen an, lag viel daran, ob Baden ein halbes oder ein ganzes Dutzend radikaler Abgeordneten nach Frankfurt ſchickte, wo nun einmal die unermeßliche Mehrheit des deutſchen Volkes unzweideutig ein anderes Glaubensbekenntniß abgelegt hatte? Ließ ſich damit die Thatſache verbergen, daß allerdings eine Scheidung zwiſchen Jtzſtein und ſeinen unabhängigen Freunden eingetreten war und eintreten mußte, ließ ſich mit dieſem künſtlichen Kitt die innere Entzweiung dauernd heilen? Oder war es nicht natürlicher und ehrenwerther, daß jeder Theil ſeinen Weg ging, die Einen, die klar und unzweideutig an den bisher ausgeſprochenen Glaubensbekenntniſſe feſthielten, wie die Andern, die ſich in der Kriſis von ungewiſſem Ausgang beide Chancen offen halten wollten?

In Baden ſelbſt wiſſen die Ruhigen und Unbefangenen recht gut, warum dieſe Entzweiung eintrat; ſie bedauern ſie auch nicht, ſie wollen lieber unpolitiſch, aber mit aller Ehrlichkeit gehandelt, als nach Rückſichten einer kleinen Politik Grundſätze preisgegeben ſehen. Ein Blick auf die Stellung Jtzſteins vor und in den Wahlen wird dies auch den ferner Stehenden vollſtändig erläutern.

Jtzſtein's Talent war vorzugsweiſe, ja faſt ausſchließlich ein Talent der Negation; ſeine bedeutendſte Thätigkeit in den Reihen der Oppoſition ſehr häufig eine diplomatiſche. Mit dieſen Gaben hat er in der guten Sache in Baden ſehr bedeutende Dienſte geleiſtet; in den Zeiten der Reaktion, in den Tagen, wo jedes beſcheidene Verlangen nach Konceſſionen mit dem verhängnißvollen miniſteriellen „Rien“ abgefertigt ward, war ſeine unermüdliche Thätigkeit ein Lebenselement unſerer politiſchen Entwickelung; in den Zeiten, wo es galt, mit Vorſicht mehr auf den drohenden Bruch hinzuweiſen als eine Kriſis von ungewiſſem Ausgang zu beſchleunigen, war ſeine diplomatiſche Ruhe und Faſſung ein oft unſchätzbares Gegengewicht gegen die ungeſtüme Leidenſchaft, die ſich in der Tragweite ihrer Kräfte verrechnete. Es liegt aber in der Natur ſolcher Talente, daß ein großer Umſchwung der Dinge ſie ungerüſtet findet; haben ſie zwar beim lauen Winde der Reaktion oder politiſchen Stabilität das Schiff geſchickt hindurchgelenkt, ſo iſt es weder eine andere Sache, es durch die hohen Wogen der Revolution feſt und ungefährdet weiter zu lenken. Sie werden dann unſicher und ſchwanken; ihre negative Virtuoſität reicht nicht mehr aus, wo es gilt, für ein blankes poſitives Bekenntniß mit ganzer Seele einzuſtehen, und die diplomatiſche Kunſt will nicht ausreichen, wo es darauf ankömmt, die ganze Beſtimmtheit des politiſchen Charakters den Faktionen gegenüber ſo unbeugſam zu bewähren, wie im Angeſicht reaktionärer Regierungen.

An dieſen Klippen iſt auch Jtzſtein geſcheitert; und dies muß man um ſo offener herausſagen, je mehr man ihn gerne bereit iſt, ſeine früheren Verdienſte anzuerkennen, je weniger man aber heutzutage Luſt hat, eine Autorität über den Grundſatz zu ſtellen. Es konnte Jtzſtein's Scharfſinn unmöglich entgehen, wohin die Agitation in Baden führen wollte; er mußte ſo gut wie andere Leute begreifen, daß dieſe ſchrankenloſe Ruſſiwiegelei mit einem unheilvollen Sonderbunde oder einem Bürgerkriege enden würde. Er hatte die Pflicht, mit ſeinem einflußreichen Wort zu beleihren, zu verſtändigen, ſtatt, wie Antonius in Shakespeare's Cäſar, den ungeſtümen Gang der Dinge ſich ſelbſt zu überlaſſen. Er hatte in dieſer großen Kriſe keine neutrale Stellung einzunehmen; das Soloniſche Geſetz, daß man Partei nehmen müſſe, iſt in ſolchen Zeiten ein unabweisbares, und Jtzſtein mußte entweder im Heckerſchen Lager oder unter den entſchiedenen Gegnern einer ſüddeutſchen Winkelrepublik zu fin-

Digitized by Google

den sein. Er war Keines von Beiden; er trieb inmitten einer konstitutionellen Kammer, wobei noch die provisorische Regierung Badens bereits in Konstanz ihren Sitz aufgeschlagen, er sprach aber gegen die Maßregeln der Vertheidigung, die der rebellische Pfalz im Oberlande nothwendig machte. Er hat sich so freilich — wenigstens scheinbar — nach beiden Seiten „möglich" gemacht; an seinem Namen hing der Ruhm eines fünfundzwanzigjährigen Kampfes für die konstitutionelle Sache, und doch setzte ihn die republikanische Partei unter ihre Wahlkandidaten, doch wies die anarchische Presse die in seinem Sinne vorgenommenen Wahlen als entschieden republikanische.

Wir beneiden Jgstein um den unbestrittenen Ruf eines fünfundzwanzigjährigen Kampfes für gesetzliche Freiheit; aber um diese letzten Lorberen brauchen wir ihn nicht. Wer in diesen Tagen schlicht und unzweideutig für eine Sache kämpfe, ist uns lieber, als der greise Feldherr, der es mit zwei Fahnen nicht verderben wollte. Dieser Vorwurf des Wankens und der Unklarheit ist ihm bereits öffentlich gemacht worden; Bassermann hat ihn, gewiß nicht ohne peinliche Empfindungen, aber mit aller bürgerlichen Ehrlichkeit und Offenheit, in der Kammer direkt an Jgstein selbst gerichtet. Die Vertheidigung Jgstein's beschränkte sich auf die Erinnerung, daß er in der Offenburger Volksversammlung „mitten unter einer aufgeregten Volksmenge erklärte, es sei eine Unklugheit, die Republik ausrufen zu wollen". Das ist richtig; wir haben mit eignen Ohren gehört, wie damals Jgstein vom Balkon eines Rathhauses herab vor vielen Tausenden die Gründe ruhiger politischer Ueberlegung dem leidenschaftlichen Rufe „Republik!", „Republik!" entgegensetzte, den man dem Volke als Universalmittel gegen materiellen Druck, als die Erlösung von allen Steuern, den man den Mißvergnügten aller Art als die Entbindung von allen unbequemen Fesseln alles Gesetzes und aller Ordnung entgegenhielt. Aber wir haben auch mit eignen Ohren gehört, wie derselbe Mann wenig Stunden später vom Fenster eines Wirthshauses herab gegen mehrere Hunderte die freudige Hoffnung aussprach, ein solches Volk noch in einer deutschen Republik vereinigt zu sehen. Wir gestehen offen, daß wir die politische Konsequenz dieser beiden Erklärungen nicht ganz begreifen; wohl aber sehen wir darin den charakteristischen Zug für Jgstein's politische Haltung während der ganzen Krisis. Eine solche Gesinnung ist in friedlichen Tagen nicht besonders großen Ruhmes werth; in den Zeiten einer ernsten Krisis, wo man eines oder das andern ganz fein muß, ist es aber für einen einflußreichen und mächtigen politischen Namen ganz unverantwortlich, auf diese Weise à deux mains zu spielen. Noch mehr; als in Karlsruhe ein „demokratisches" Wahlkomité den Namen Jgstein's mit Gefolge als „republikanische" Kandidatur empfahl, wollten die Vorgeschlagenen Nichts davon wissen, sie desavouirten die republikanische Firma, und jetzt — nach vollendeten Wahlen — preisen ihre Organe in der Presse deren Erwählung als ein Votum für die Republik! Das heißt doch, die Muthlosigkeit von der einen und die stoische Geduld von der andern Seite sehr weit getrieben! Wenn doch nur einer der Herren offen seine republikanische Ueberzeugung bekannt hätte, wenn sie doch, statt zu desavouiren, nur den Muth gezeigt hätten, ihre Farbe ein einziges Mal blank auszuspielen. Die Welt hätte sich zwar dann nicht um eine Linie anders bewegt, allein man hätte doch mit aufrichtigen Gegnern von bestimmten unzweideutigen Gesinnungen zu thun gehabt. Aber dies Laviren, dies politische Versteckenspiel hat Etwas, das in jedem Manne von aufrichtiger und ehrlicher Gesinnung die widrigsten Empfindungen weckt, und wird in einer ruhigen unbefangenen Zeit gewiß eine ganz übereinstimmende Würdigung finden.

Seltsam genug hören wir in den Blättern der äußersten Linken diese politische Diplomatie mit dem Kraftwort „Entschiedenheit" gepriesen; „entschieden" sind die Männer, die auf dem Balkon gegen, im Wirthshaus für die Republik sprechen, die sie im Ständesaale desavouiren und sich dann in den Zeitungen als „Republikaner" preisen lassen. Besonders wählig und delikat in ihren Wahlen sind freilich unsere sogenannten Republikaner nicht; die alten Reaktionäre, Unentschiedenen, Ueberläufer, Alles ist ihnen recht, wenn es sich als bekehrt ankündigt. Wir haben Fälle in der Ferne und in der Nähe gesehen, wo sich harmlose Leute, die am 1. April noch schriftlich und mündlich für ein deutsches Kaiserthum sammt allen Kuriatien schwärmten, am 1. Juni als Republikaner (republicains du lendemain) anpreisen ließen; es liegt die Thatsache vor, daß derselbe Wahlkandidat in dem republikanischen Viertel des Wahlbezirks vor der „Republik", im konstitutionellen vor der Monarchie sammt Pairs und was daran hängt, seine Reverenz bezeigte. Oder wir könnten Fälle nennen, wo der Kandidat im Klub ein republikanisches Glaubensbekenntniß unterzeichnete, ausserhalb es desavouiren mußte, wo er, gleich dem stolzen Römer Populius Länas, der Krieg und Frieden aus der Toga schüttelte, Republik und Kaiserreich „auf Verlangen" in der Tasche trug. Das ist freilich eine politische Entschiedenheit, mit der wir auch nicht entfernt wetteifern wollen; wir möchten lieber um unseres Konstitutionellen willen verschrien, als um solcher Konsequenz willen gepriesen und — gewählt sein.

Wir verrenken es dem Volke nicht, daß es in der höchsten Aufregung des Augenblicks die fünfundzwanzigjährigen Verdienste eines Parteiführers mehr ehren läßt, als die ruhige und besonnene Erwägung der Sachlage; wir beneiden, wie gesagt, auch die Republikaner um die meisten ihrer Akquisitionen nicht, die Zeit wird vielleicht sehr bald ihr Urtheil darüber sprechen, wo am meisten Freisinn, Patriotismus und Charakterfestigkeit vorhanden war. Die schwanken Fahrzeuge, die der Wind von Westen unter die Flaggen der Republik hintrieb, wird vielleicht ein rauher Nordost wieder dorthin führen, wo sie gestallt und zusammest sind; wir möchten dann die Behörden nicht sein, die sich herinnen ließen und noch weniger mit denen tauschen, die das politische Bankelwiel mit arrangiren halfen. Haben hat zu lange mit Ehren den Vorwerfen für deutsche Freiheit gekämpft, als daß wir es nicht beklagen müßten, es im Momente der wichtigsten deutschen Schöpfung seit Jahrhunderten im Schweiße einer unfruchtbaren demagogischen Agitationsparteі mitgeschleppt zu sehen. Ob Jgstein's politischer Ruhm durch diese letzte Phase viel gewonnen hat, ob solch ein Sieg für ihn viel mehr bedeutet, als der bekannte Sieg des Königs Pyrrhus, darüber, scheint uns, kann unter allen Männern, die auf Grundsatz mehr halten, als auf diplomatische Routine, nicht einen Augenblick ein Zweifel bestehen.

---

**Oesterreich.** Δ Wien, 6. Juni. Die Arbeiterfrage wird hier immer bedenklicher. Aus allen Theilen der Monarchie strömen die Arbeiter nach Wien und verlangen hier Beschäftigung. Der Geist, welcher unter den hier anfässigen Arbeitern herrscht, ist jedoch fortwährend musterhaft, sie haben jetzt Ehrengerichte unter sich errichtet, welche Jeden, der Unordnungen veranlaßt oder betreibt, aus ihrer Gemeinschaft ausstoßen. In der letzten Nacht wurden zwar einige Exzesse in der Umgegend Wiens verübt, es waren aber nur Prügeleien, und man sagt, daß fremde Arbeiter sie veranlaßt hätten. Da die öffentliche Stimmung wegen der reaktionären Umgebung des Kaisers in Innsbruck noch immer sehr mißtrauisch ist, so stellte der Sicherheitsausschuß in dieser Beziehung eine Anfrage an die Minister. Die Antwort derselben sei dahin aus: daß die Bewaffnung Wiens ganz ruhig sein könne, da die Erzungenschaften des 15. Mai eine neue Bestätigung durch den neuen Wahlmodus erhalten hätten, welcher die Wahlen ohne Census zu dem auf den 26. d. M. abgehaltenen Reichstag festgestellt und die eigenhändige Unterschrift des Kaisers trägt.

Δ Wien, 7. Juni. Eine so eben veröffentlichte Proklamation des Kaisers bestätigt die Zugeständnisse des 15. auf das Entschiedenste und verspricht die Eröffnung des Reichstages am 26. d. M. durch den Kaiser in Person. Ich führe dieselbe nicht wörtlich an, weil die heutige Wiener Zeitung sie schon enthält und sie Ihnen mit derselben zukommen wird. Diese Proklamation trägt die Gegenzeichnung der Herren v. Wessenberg und Doblhof. So hat also Ersterer das Ministerium des Auswärtigen doch angenommen, wovon wir hier noch Nichts wußten. — Gestern erschien im Sicherheitsausschuß eine Deputation von Grätz und eine von 30,000 Ungarn unterschriebene Adresse an die Wiener, worin auf den ersten Wink von Wien mit ebenso viel Männern für unsere Errungenschaften eingestanden und Blut einzulethen sich verpflichten. Der Sicherheitsausschuß hat sich mit dem Ministerium in's Einvernehmen gesetzt, um der Geistlichkeit unter Androhung der strengsten Bestrafung jede Theilnahme oder Einwirkung auf die Wahlen zum konstituirenden Reichstag, namentlich von der Kanzel aus, auf das Strengste zu untersagen. Die Kamarilla in Innsbruck scheint zersprengt zu sein, und nächstens wird wahrscheinlich der sonst so arrogante Adel, der mit so großem Glatt abgezogen, still und bescheiden im alten Wien wieder einziehen, da er jetzt Gelegenheit hatte, sich zu überzeugen, daß Wien keineswegs an seinem Aufbruche in Masse zu Grunde gegangen ist, sondern nur mehr wahre Einigkeit, mehr wahre Freiheit und eine kräftigere konstitutionelle Durchbildung dadurch erhalten hat. — Erzherzog Stephan ist in den letzten Tagen nach Pest zurückgekehrt, und ein gestern Abend von hier abgegangener Kurier ist ihm im Auftrage des Fürsten Esterhazy, des

Digitized by Google

ungarischen Ministers des Auswärtigen in Innsbruck, nachgeeilt, um ihm die Proklamation des Kaisers vom 3. Juni zu überbringen. — Graf Eberinski, Kreishauptmann in Salzburg, ist in Folge seiner Verbrüderungen der Wiener, seiner Stelle entsetzt und dieselbe dem Bürger Ignaz Blaschke verliehen worden. — Dem Vernehmen nach wird sich der Hof, ehe er nach Wien kommt, nach Preßersburg, einem Lustschlosse des Kaisers an der Donau zwischen Linz und Wien, begeben.

Wien, 6. Juni. Die Russen sollen an der bessarabischen Grenze über den Pruth gegangen sein. Was ich anderem von dieser neuen Komplikation erfahren konnte, besteht darin, daß man von hier aus durch Stürmer in Konstantinopel auf's Energischste dagegen protestirt hat. (Allg. Z.)

* Bozen, 5. Juni. Peschiera wurde, wie der Messagiere tiroleso vom 3. d. und Privatbriefe melden, durch Mangel an Mundvorrath gezwungen, sich dem Feinde zu ergeben; der Kommandant und die Offiziere erhielten freien Abzug und sind bereits in Rivoli angelangt. Die Wahlen für den Reichstag zu Wien sind suspendirt, ein neues Wahlgesetz ist in Aussicht gestellt. „Die katholischen Blätter von Tirol" und „der katholische konstitutionelle Verein" thun ihr Möglichstes, um unser Volk gegen die Konstitution und die neue Gestaltung der Dinge einzunehmen. Erstere lassen schon eine Zerstückelung Tirols als bevorstehend erscheinen, verkünden, daß wir mehr Steuern zahlen und mehr Rekruten werden stellen müssen, bei der natürlich nicht sehr bedeutenden Anzahl von Vertretern, womit wir den Reichstag beschicken dürften (17), würden wir uns jedem Gesetze fügen müssen, das uns die Mehrheit diktirt. Daß diese liberal und für Verbesserung unserer Zustände ist, wird also unserm Volk im verkehrten Lichte dargestellt. Die Einrichtung der Nationalgarde sei nur beschwerlich, der Anschluß an den deutschen Zollverein verspätet, jener an Deutschland nutzlos, eine Vergosse sei Tirol, unbezwinglich und keiner andern Hilfe bedürftig. „Der katholische konstitutionelle Verein" reicht im ganzen Lande eine Petition herum, die ich Ihnen in Abschrift mittheile und den Zweck hat, für Tirol eine Ausnahme vom §. 31 der Verfassungsurkunde zu erkämpfen, welche allen in der Monarchie anerkannten christlichen Glaubensbekenntnissen und dem israelitischen Kultus die freie Ausübung des Gottesdienstes zusichert. Von allen Kanzeln wird dafür geworbig, man sammelt dafür Unterschriften von Haus zu Haus. Warum thut man das Volk mit allen diesen Gespenstern und Popanzen, da nur wenige Protestanten im Lande, daselbst nicht ansässig und weder Pastoren noch Kirchen verlangen? Der Klerus befürchtet vom künftigen österreichischen Reichstage vorzüglich zweierlei: erzwungene Ablösung seiner Zehnten und Grundzinsen und Aufhebung der Klöster. Daher die gesürchtete Minderzahl, in welcher er mit den von ihm empfohlenen und vorgeschobenen Vertretern Tirols bleiben dürfte, daher das Drängen und Treiben nach Sonderung unserer glücklichen Felseninsel von allen Beilande, daher der Abscheu vor dem deutschen Parlamente und einer Verfassung, die freilich hundertmal freier, zeitgemäßer und vernünftiger ist als die alte Tirols von 1342, 1404, 1420 und 1511. Man droht uns schon mit blutigen Köpfen, und Leute, die dem Volke nahe stehen, meinen, ein Bauernkrieg gehöre bei uns zu den nächsten Wahrscheinlichkeiten. Wir vertrauen zu dem gesunden Sinne unsers Landvolkes, daß es erkennen wird, wozu sein Sieg führen möchte, und diese Bahn weit abirrt von der Religion des Friedens und der Liebe.

Die Petition lautet: Katholisch-konstitutioneller Verein für Tirol und Vorarlberg. In der Verfassungsurkunde des österreichischen Kaiserstaates vom 25. April 1848 ist §. 31 allen in der Monarchie durch die Gesetze anerkannten christlichen Glaubensbekenntnissen und dem israelitischen Kultus die freie Ausübung des Gottesdienstes geschützt.

Wir Tiroler und Vorarlberger in unserm rein katholischen Lande unerschütterlich treu beharrend auf dem Grunde des heiligen römisch-katholischen Glaubens, wollen, wie es unsere Väter seit dem Erscheinen des Toleranzpatents in den Jahren 1781, 1790 und 1795 erklärt haben, keine andern Kirchen als die katholische, keinen andern Gottesdienst als den katholischen; und verlangen insgesammt, daß von der Anordnung des §. 31 der Verfassungsurkunde Tirol und Vorarlberg durch ein Gesetz ausgenommen und diese Provinz in dem Besitze der unvermischten Ausübung des katholischen Gottesdienstes erhalten und beschützt werde.

Cilli. In Cilli hat sich nach Nachrichten des löbl. Lloyd ein Verein zur Losgleichung der deutschen und slavischen Bestrebungen gebildet; wenn derselbe sich die Aufgabe stellt, beide Nationalitäten miteinander zu versöhnen, und sein Ziel nicht darauf beschränkt, sie im schwarz-gelben „Oesterreicherthum aufgehen zu lassen", so ist seiner Wirksamkeit alles Glück zu wünschen.

Innsbruck, 5. Juni. Heute früh um 8 Uhr sind SS. k. k. HH. die Erzherzoge Albrecht und Wilhelm unvermuthet von der italienischen Armee hier eingetroffen. Von Gesandten haben wir die Ankunft des englischen und belgischen, welche bereits vorgestern, und des schwedischen, welcher gestern hier eintraf, zu melden. Auch ist bereits ein Theil der neuerlich angekündigten großen Wiener Depeschen hier angelangt. Die übrigen erwartet man noch heute. (Tir. B.)

Triest, 24. Mai. Das Journal des Oesterr. Lloyd schreibt: Heute Vormittag erschien das feindliche Geschwader wieder auf unserer Rhede, doch diesmal ohne die neapolitanischen Dampfboote, die ihrer häuslichen Verhältnisse wegen die Rückfahrt nach Neapel angetreten haben sollen. Nachmittags wurde ein Parlamentär nach der Stadt geschickt, um, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, die Herausgabe einiger beim Blokirt von Venedig durch unserer Marinedivision aufgebrachten venetianischen Fahrzeuge zu beanspruchen. Diese sind aber bereits vor einigen Tagen und zwar am 19., also bevor noch das Geschwader in unsern Gewässern sichtbar war, entlassen worden, wornach also diese Angelegenheit erledigt wäre. Wir hoffen in unserm nächsten Blatte über die betreffenden Verhandlungen die authentischen Aktenstücke mittheilen zu können. Einstweilen sind wir im Stande die beruhigende Nachricht zu geben, daß von Seite unserer Stadt keine feindseligen Absichten gegen unsere Stadt gehegt werden, indem sie wiederholentlich die Versicherung ertheilt haben, weder Triest noch den Verkehr im Geringsten behelligen zu wollen.

**Preußen.** ☽ Berlin, 8. Juni. Die heutige Sitzung unseres Verfassungsgebenden Landtages war von außerordentlichem Interesse und verspricht auch durchaus, was sich daran knüpfen wird, eine der folgenreichsten zu werden. Der Anfang der Verhandlungen war allerdings nicht eben vielversprechend; ziemlich unerquickliche Debatten über die Art und Weise, wie die Berathung des Verfassungsentwurfes innerhalb der einzelnen Abtheilungen am zweckmäßigsten stattfinde, nahmen länger als nöthig die Zeit der Versammlung in Anspruch. Sie waren noch nicht beendigt, als lauter Freudenruf von der Straße aus herüberdrang; einen Augenblick später und der Prinz von Preußen trat unerwartet in den Saal ein, unter den Mitgliedern der Rechten Platz nehmend. Es erhoben sich einige Abgeordnete von ihren Sitzen. Im Uebrigen erlitten die Verhandlungen keine Unterbrechung. Der Präsident zeigte an, daß der Abgeordnete des Wirkstor Kreises in einer persönlichen Angelegenheit um das Wort bitte. Der Prinz bestieg die Tribüne und äußerte etwa Folgendes: Zunächst wolle er hier öffentlich seinen Wählern für das ihm geschenkte Vertrauen seinen Dank abstatten. Er fühle die ganze Bedeutung der Aufgabe, welche dieser Versammlung gestellt sei; in ihren Händen liege nicht Preußens, sondern der Welt Schicksal. Sodann fuhr der Prinz so fort: Die konstitutionelle Monarchie ist die Regierungsform, die unser König uns vorgezeichnet hat. Ihr werde ich alle meine Kräfte weihen, wie ich sie stets unter den früheren Zuständen geweiht habe. Mein Schwerdt liegt Ihnen offen vor. So stehe ich hier in Ihrer Mitte. Möge mein Erscheinen unter Ihnen ein günstiges sein, mögen wir vereint die Thätigkeit entwickeln, die man von uns erwartet, möge diese Gesinnung von Allen getheilt werden, dann wird der Erfolg zum Heile des Vaterlandes ein guter sein. Meine übrigen Geschäfte werden mir nicht immer erlauben, hier gegenwärtig zu sein. Deshalb bitte ich, meinen Stellvertreter einzuvernehmen. Uns Alle leite der Wahlspruch: mit Gott, für König und Vaterland! Nach diesen Worten verließ der Prinz wiederum den Saal. Die Haltung der Versammlung war ernst und würdevoll. Nach Beendigung der vorher unterbrochenen Verhandlung, ging man zur Tagesordnung über. Odenan stand ein Antrag des Abgeordneten für Berlin (Oehrede): Die Versammlung wolle in der Anerkennung der Revolution und der Geburtung, daß diese nicht nur für Preußen, sondern für Deutschland gebabt, indem sie den Sturz des alten Systems herbeiführte und die freie Selbstständigkeit des Volkes begründete — zu Protokoll erklären, daß sich die Kämpfer des 18. und 19. März um das Vaterland verdient gemacht hätten. Es zeigte sich sehr bald, daß dieser Antrag gegen eine frühere Erklärung des Ministeriums gerichtet sein sollte. Der Antragsteller bemerkte nämlich: die Minister wollten die Märzkämpfe nur in soweit als eine Revolution anerkennen, als darin nicht der gänzliche Umsturz alles Vorhandenen, sondern nur die Bedeutung einer großen und schwerwiegenden Thatsache liege, durch welche ein Wendepunkt in der staatlichen Entwicklung Preußens herbeigeführt worden sei. Das bedeute, daß eine wirkliche Revolution nicht stattgefunden habe, daß die Volksrechte entweder nur durch den König bewilligt oder durch den Beschluß des V. Landtags in das Leben getreten seien. Allerdings behaupte man, der Kampf wäre überflüssig gewesen, es seien alle Forderungen vorher bewilligt worden — allein wer könne sagen, daß

Digitized by Google

diese Bewilligungen das Volk beruhigt haben? wer wollte läugnen, daß auch ohne den Kampf das Volk von Berlin und von Preußen die Garantie hatte, daß diese Verheißungen zur Wahrheit werden würden? Mit Schmerz habe man in der Hauptstadt die Schmähungen vernommen, welche in der Provinz auf die Märzkämpfer gehäuft werden und jenen heiligen Kampf zu einer Straßenemeute herabziehen möchten. Nachdem der Abg. Schulze den Vorschlag gemacht, in jener Erklärung auch die besonnene, sich mäßigende Haltung des Berliner Volkes nach dem Kampfe anerkennend zu erwähnen, erhebt sich Camphausen: Er habe bereits früher darauf hingewiesen, wie die Regierung die hohe Bedeutung des hier durchgefochtenen Kampfes keineswegs verkenne. Etwas Anderes aber sei es, ob die Form, in welcher diese Anerkennung ausgesprochen werde, die richtige sei — der Ausdruck: Anerkennung der Revolution könne zu mancher Mißdeutung Veranlassung geben. Die Meinungsverschiedenheit sei an sich vielleicht nicht sehr bedeutend. Wolle man nur wiederholen, daß der Kampf und die sich daran knüpfenden Regierungsakte als nothwendige Folge die Selbstregierung des Volkes nach sich gezogen hätten, so könne Niemand mehr, als er selbst, damit einverstanden sein. Verbinde man aber damit die Auslegung, daß mit am Eingange von Zuständen stünden, wie sie England am Ausgange des 17. Jahrhunderts und Frankreich zur Zeit der ersten Revolution hatte, so müsse er gegen eine solche Auslegung protestiren im Namen des preußischen Volks und im Namen des Volks von Berlin. Die Worte des Antrags erinnerten aber an bekannte Beispiele der französischen Revolution, deren bloße Uebersetzung sie seien. Wolle die Versammlung ihre Gefühle für einen verhängnißvollen Zusammenstoß ausdrücken, so wäre es gut gewesen, die Form in den Rücksichten einer reiflichen Prüfung zu unterwerfen. — Nachdem noch mehrere Mitglieder, u. A. Jakobi aus Königsberg, für den Antrag gesprochen, werde die Berhandlungen, da es inzwischen spät geworden ist und noch 29 Redner eingezeichnet sind, plötzlich abgebrochen, um morgen wiederum aufgenommen zu werden. — Aus dem Wenigen, was ich Ihnen mittheilte, werden Sie die Wichtigkeit der heutigen Verhandlungen ersehen haben. Es handelt sich morgen offenbar um die Entscheidung einer Principienfrage, deren Ausfall dem jetzigen Ministerium um so verderblicher werden kann, weil der Antrag an sich ein durchaus unverfänglicher, seine Form aber an Motive erinnert, deren Anerkennung mit den von unserem Ministerium bisher mit aller Kraft verfochtenen Grundsätzen der Mäßigung und Versöhnung in grellem Widerspruch stehen würde. M. S.

In der Sitzung vom 9. ist der Antrag verworfen und mit 196 Stimmen gegen 177 zur motivirten Tagesordnung übergegangen worden.

Berlin, 7. Juni. Man schreibt dem Rürnb. Korresp.: Gestern Nachmittag ist hier ein Kabinetskurier aus St. Petersburg angekommen, welcher eine sehr entschiedene Note des dortigen Kabinets in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit überreicht hat; er hat sich dann sogleich weiter, nach London, begeben.

† Posen, 7. Juni. Die Proteste an die deutsche Nationalversammlung, welche 8 Polen, die als Vertreter der polnischen Nation sich geriren unterm 22. und 23. Mai eingereicht haben, und die sich gegen die Abgeordneten der deutschen Bevölkerung hier wenden, haben die gerechteste Entrüstung unter der Letzteren hervorgerufen. Die Stadtverordneten haben bereits eine kräftige Adresse entsandt, und das deutsche Centralkomitè hat eine vollständige Widerlegung jener Protestadressen in einer unterm 4. Juni abgeschickten Petition an die deutsche Nationalversammlung geliefert. — Aus dieser Petition ergibt sich deutlich der Geist, der unter der hiesigen Bevölkerung herrscht, und der treu der überstandenen Drangsale und der herrschenden Erbitterung — des Gerechtigkeitsgefühles nicht entbehrt. — Wir heben einzelne Stellen aus jener Petition hervor. Im Eingange heißt es: „Wir wollen mit ungetheilter Einmüthigkeit unserer Gesinnungen: die wahre Freiheit der Völker, ihre Selbstregierung innerhalb ihrer Nationalitäten. Wir verlangen diese mit dem entschiedensten Ernste auch für die unter preußischem Scepter stehenden Polen, weil wir nur dadurch die niemals gelängnete Mißschuld der Vergangenheit an der Theilung Polens sühnen zu können übergangt sind. Aber wir sind uns bewußt, nur dem Gemeinbesten unserer deutschen Vaterlandes zu dienen, wenn wir mit all unserer Kraft für deutsche Gebiete dieselbe Freiheit der nationalen Entwickelung verlangen, die wir den Polen zu gewähren bereit sind. Das Recht, das Zustände längst vergangener Zeiten auf den Besitz dieses Landes geben könnten, ist jetzt, wo die freie Selbstbestimmung der Nationen ihr einziges Gesetz ist, ein nichtiges, und eine viel größere Beleidigung der ewigen Gerechtigkeit wäre es, ganz deutsche Landestheile durch Aufzwängung eines ihnen fremden Volksthums ihres besten Lebensmarkes zu berauben, als wenn Deutschland die Gebiete als sein unbestreitbares Eigenthum in Besitz nimmt, in denen sein Volksthum längst lebendig ist. Deßhalb bleiben wir immer, und deßhalb halten wir auch die Trennung des deutschen und polnischen Landestheiles durch eine Demarkationslinie für die einzige Lösung der polnischen Frage". — Und am Schlusse heißt es: „Mit der ganzen Macht unserer innersten unerschütterlichen Ueberzeugung, die sich ebenso auf die unbedingten Forderungen unseres Gewissens, als auf die Kenntniß der Geschichte und der Zustände dieses Landes stützt, müssen wir Einem hohen deutschen Parlamente erklären, und wir sind bereit, diese Erklärung vor dem Urtheile der Geschichte, vor dem Richterstuhle der Nachwelt zu vertreten, daß es nicht möglich ist den Frieden in diesem unglücklichen Lande auch nur auf kurze Zeit zu wahren, wenn das Großherzogthum Posen in seiner Integrität fortbestehe, und daß über den deutschen Theil der Provinz schwerer Nachtheil gebracht wird, wenn es ihm verwehrt wird, sein heiliges Recht auf die innige Verbindung mit dem deutschen Vaterlande auszuüben. Keine Beschlüsse, auch der erhabensten Versammlungen können uns die Ansprüche rauben, die unser Volksthum uns gibt, und wir wir die von der Bundesversammlung beschlossene Einverleibung des Großherzogthums nicht als Gnade, sondern als Anerkennung unseres guten Rechtes angenommen haben, so müssen wir unumwunden Einem hohen Parlament erklären, daß wir es für Sache seiner Ehre, für eine Forderung seines erhabenen Berufes halten, jenen Beschluß in keiner Weise anzufechten. Es stehen hier mehr als eine halbe Million Deutsche bereit, ihre besten Kräfte für immer Deutschland zu reichen, für wollen selbst, daß dem volle. Volke die Bahn gebrochen werde, auf der es seiner Selbstständigkeit entgegengehen könne, aber er glaubten fordern zu können, daß nicht Deutschland, dem wenigstens seine hervorragendsten Geister, die Führer der Nation die jetzt im Parlamente beisammen sitzen, ihm Scheine einer verweinlichten Großmuth nachgeben: nein, daß ohne alles Zaudern und ohne Rücksalt der geschichtlichen Wahrheit die Ehre gegeben, und die Unverletzlichkeit des Volksthums anerkannt werde"!

ν Aachen, 8. Juni. Der hiesige liberale Bürgerverein hat am 2. Juni eine Adresse an die konstituirende Versammlung nach vorheriger — wie es in unserer Zeitung heißt „gründlichen" Berathung angenommen und deren Beförderung an den Präsidenten der Versammlung ihrem Vorstande übertragen. Es wird darin von dem Reichstage in Einem Athem verlangt: er soll in dem zu schaffenden Reichsgrundgesetz den Adel für abgeschafft erklären, Polen mit „gleichgiltiger Rücksicht auf das frühere Gebiet und die gegenwärtige Grenze der polnischen Zunge" wiederherstellen, im Namen des deutschen Volks Italien für unabhängig erklären, „zu Deutschland ziehen, was deutsch ist, Schleswig, Holstein, Limburg, Luxemburg, das deutsche Banner wehen lassen, soweit die deutsche Zunge klingt, mit Einem Worte das deutsche Reichsgebiet den Deutschen wieder schaffen!" Bemerken Sie wohl: man will, daß das Deutsche Banner wehe, soweit die deutsche Zunge klingt, schaut sich aber, das deutsche Banner an den Grenzen des deutscherdenden Elsasses aufzupflanzen, man verlangt Wiederherstellung des deutschen Reichsgebiets und übersieht dabei, daß wir zu diesem Zwecke ganze Länder und Landstriche verschlucken müßten, die sich vom deutschen Reichsgebiet losgerissen haben, man will allenfalls mit den schwachen Nachbarn anbinden, li-längeli aber mit dem starken franz. Nachbar aus Zärtlichkeit. Man verlangt sogar, daß der Reichstag die Wiederherstellung Polens „mit Rücksicht auf die alten Grenzen" beschließe, d. h. die Reichsversammlung, eine wesentlich nur konstituirende, soll über Gebiete verfügen, die sie Nichts angehen, und von sich aus den Krieg an Rußland erklären. Sie soll ferner die Unabhängigkeit Italiens (warum nicht auch zum Ueberfluß Illyriens, Kroatiens, Istriens u. s. w.) bekräftigen, als ob, so lange es noch eine Dynastie Habsburg-Lothringen gibt, welcher italienische Provinzen durch Erbschafts- und Friedensverträge zugehörten, diese Provinzen durch ein Dekret des konst. Reichstags der jetzt noch regierenten, nicht abgesetzten und zur Abdankung bis jetzt nicht genelgten Dynastie abgesprochen werden könnten, als ob, so lange das Reichsgrundgesetz nicht festgestellt und von allen Betheiligten anerkannt und angenommen ist, dem österreichischen Kaiser ohne Weiteres verwehrt werden könne, das was er für sein gutes Recht hält, mit dem Schwert zu vertheidigen. Nun wohl, geben wir Italien frei, machen wir Polen selbstständig (insofern der russische Czar das Dekret der deutschen Reichsversammlung anerkennt oder insofern uns gelingt, was weder Karl XII. noch Napoleon gelungen ist, den russischen Koloß über den Haufen zu stürzen), so glauben wir verschärfen zu können, daß in nicht ferner Zeit Italien nach dem Hafen von Triest, Polen nach Danzig und möglicherweise noch weiter greifen wird, denn wer sich einmal schwach und nachgiebig gezeigt, gegen den steigern sich die Forderungen zuletzt zum Unerträglichen und Unerschwing-

Digitized by Google

lichen, und bei den unklaren politischen Begriffen der Deutschen, bei der gänzlich unbestimmbaren Stimmung eines großen Theils derselben, bei der einreißenden innern Anarchie und Zusammenhangslosigkeit, die durch unsinnige Forderungen von allen Seiten möglichst gesteigert wird, ist leider zu befürchten, daß wir einem Chaos, einem Kriege der deutschen Stämme gegen einander entgegengehen, der vielleicht durch ganze Generationen unser Land, wie im dreißigjährigen Krieg, zu dem unglücklichsten Europas, zu einem Kummerlande der auf uns, wie auf eine willkommene Beute, aus allen Himmelsgegenden und aus dem Mittelpunkte selbst (Böhmen) Lüstzenden auswärtigen und deutschfeindlichen Völker machen wird. Der besonnene und aufrichtige Freund kann sich in den schweren Stunden der Gegenwart solcher trüben Ahnungen nicht entschlagen.

**Baiern.** ]* München, 7. Juni. In verschiedenen Blättern las man, daß Professor Fallmerayer sich an seine Wahlmänner dahier gewendet habe, um von diesen eine entschieden ausgeprägte Vollmacht zu erhalten, damit er sich bei seiner etwas schwierigen Stellung in Frankfurt bestimmt und sicher bewegen könne. Gestern sollen nun die Wahlmänner des II. Distriktes, aus deren Mitte er gewählt ward, eine Versammlung gehalten und sich in derselben über eine an Fallmerayer abzugebende Adresse schlüssig gemacht haben. Diese Adresse soll sehr freien und weiten Spielraum diesem Abgeordneten gewähren und sich gegen eine Sepparatstellung Baierns, welcher Art sie sein möge, entschieden erklären, indem das Wohl Baierns nur von dem des Gesammtvaterlandes abhängig sein könne. Die Wahlmänner des II. Distriktes bestehen übrigens zum großen Theile aus der Anerberöffnerung. Auch die des I. Distriktes, deren Abgeordneter Ministeriatrath Hermann ist, sollen eine Versammlung in ähnlicher Absicht, nämlich in Betreff der Berathung einer Adresse an ihren Abgeordneten gehalten haben. Diese Adresse aber, sagt man, sei keineswegs dem Inhalte nach der oben erwähnten ähnlich, sondern trage deutlich die Spuren der Reden an sich, die Seuffert in dieser Versammlung hielt. So wenigstens höre ich die Sache erzählen.

**München**, 8. Juni. Die Allg. Z. bringt aus authentischer Quelle folgende Erklärung: In Widerlegung der in Nr. 160 der Allg. Z. enthaltenen Münchner Korrespondenz mit dem Zeichen B sind wir zu erklären ermächtigt, daß der unter dem Titel „Grundzüge einer nationalen deutschen Bundesverfassung“ bekannt gewordene Entwurf allerdings ein von der baierischen Regierung gebilligter Vorschlag ist, und sein Zweck kein anderer war, als über die Hauptpunkte der künftigen Konstituirung Deutschlands eine Verständigung zunächst der Regierungen anzubahnen. Hieraus dürfte sich von selbst ergeben, daß von einem starren Festhalten an allen einzelnen Bestimmungen des Entwurfs nie die Rede sein konnte. Es kann die zuversichtliche Hoffnung ausgesprochen werden, daß eine solche Einigung der Ansichten erfolgen werde — ja daß sie jetzt vielfach schon bestehe, sowie denn auch die Gegner des baierischen Entwurfs — bei etwas aufmerksamer und unparteiischer Prüfung — sich überzeugen mögen, daß zwischen ersterm und dem veröffentlichten Programm des linken Centrums der Nationalversammlung in vielen, ja in den meisten und wichtigsten Punkten Uebereinstimmung vorhanden oder leicht herzustellen ist“.

**Aus Baden**, 11. Juni. Gewagte Behauptungen, ohne Beweise, schwache Grundlagen starker Zumuthungen an die Leichtgläubigkeit, lesen wir täglich in der freigewordenen Presse, wie sie uns in der getrachteten vorgekommen waren, und hören sie gelegentlich bei Versammlungen, deren Beifall nach dem Schall der Stimme und dem Volklang der Phrase sich bewerth. Wenn aber ein Redner vor einer freigewählten Nationalvertretung auftritt, deren Beschlüsse die Zukunft des Vaterlandes bedingen, da gebietet Pflicht und Verband gewissenhaft die Worte und die Thatsachen zu wägen. Werden hier unbewiesene, widerlegbare Thatsachen behauptet, daraus Folgerungen zu Gunsten einer Parteiansicht abzuleiten, so ist das Beste, was geschehen kann, daß die Widerlegung als Strafe auf dem Fuße folge und den Redner Vorsicht lehre. Diese Lehre hat in den Sitzungen der Reichsversammlung vom 7. und 8. Juni Hr. Robert Blum erhalten, und wenn er sie beachtet, so wird sein staatsmännisches Talent an Ausbildung gewinnen. Hr. R. Blum hatte angeführt, er habe von einem Minister gehört, daß die preußische Regierung gegen die sachsen-meiningische ausgesprochen, es möchten recht viele Regierungen ihre Landtage berufen, um der Reichsversammlung als Gegengewicht zu dienen. Daraus wurde dann auf Reaktionsgelüste und dergleichen geschlossen. Ein Schreiben des preußischen Ministers v. Arnim erklärt, die Regierung habe Kabinettes nicht gesprochen und wehrt die Angabe als vertrauensbrüchig von sich ab. Hr. Blum verlangt, daß seine Worte aus den Aufzeichnungen des Geschwindschreibers ausgegeben werden, obgleich sie in seiner eigenen Reichstagszeitung längst gedruckt waren. Man werde dann sehen, daß er die ihm zur Last gelegten Ausdrücke nicht gebraucht habe; die Versammlung möge die Akten einfordern, dann werde sie Beweise haben. Am folgenden Tage bringt He. v. Auerswald das preußische Schreiben an die sachsenmeiningische Regierung, welches Nichts weniger als das enthält, was Hr. Blum behauptet hatte. Tags zuvor hatte Hr. v. Binde schon die Verwegenheit gehabt, zu meinen, wer etwas behaupte, sei schuldig, es zu beweisen. Hr. Blum erinnerte, er sei nicht für den materiellen Inhalt der Mittheilung, sondern nur dafür eingestanden, daß sie ihm gemacht worden; dafür gibt er sein Ehrenwort, unterstützt durch zwei Zeugen. Die Aktenstücke möge man verlangen, er zweifelt aber, daß man sie finden werde. Hr. Lichnowsky erkennt in dieser Wendung einen Rückzug, der aber leicht abzuschneiden sei; wer hier Etwas ausspricht, sollte die Beweise in der Tasche haben. Die Verlegenheit war nicht gering, doch He. Schaffrath schaffte Rath. Nach ihm ist die Widerlegung einer unrichtigen Thatsache eine Beschränkung der Redefreiheit; Hr. Blum soll an das Volk appelliren, er braucht Nichts zu beweisen, er ist ein Volksmann. Dieser kühne Zug war unwiderstehlich; Alles war heiter. Hr. Blum erhielt Abends ein Ständchen, welches ihn hoffentlich nicht hindern wird, aus der erhaltenen Lehre die rechte Nutzanwendung zu ziehen.

**Schleswig**, den 6. Juni. Der Br. Ztt. wird geschrieben: Es verbreitet sich hier die aus guter Quelle kommende Nachricht, daß England die 3 Hauptforderungen unseres historischen Rechtes anerkannt habe, nämlich: die Herzogthümer Schleswig und Holstein sind selbständige Staaten, sie sind unzertrennlich mit einander verbundene Staaten, der Mannsstamm herrscht in den Herzogthümern. Jedoch schrinen die Friedensvorschläge von dem dänischen Ministerium zurückgewiesen zu sein.

**Frankfurt**, 9. Juni. (Schluß der Verhandlungen über die schleswiger Angelegenheit.) Wurm glaubt nicht, daß es wegen des Amtes Hadersleben einen allgemeinen Krieg geben werde. Englands-Benehmen beruhe auf der Besorgniß, daß sich Dänemark ganz und gar in Russlands Arme werfe und den Czaren die Schlüssel zur Ostsee überliefere. Wenn aber Rußland darauf ausgehe, so werde das nicht von Hadersleben abhängen. Einen Krieg mit Rußland wünsche er nicht, aber er fürchte ihn noch weniger. Riesse wünscht genauere Aufklärung über die Vorgänge in Schleswig. Diese könnten gegeben werden, ohne daß dies in die obschwebenden Verhandlungen eingreife. Er stellt folgende Anträge: 1. die Bundesversammlung aufzufordern, Aufklärung über die letzten Vorgänge im Kriege zu geben; 2. sofort Maßregeln zur Vertretung der Dänen von deutschem Boden zu treffen; 3. den abschließenden Friedensvertrag der Nationalversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Siebe unterstützt diese Anträge und begründet besonders den letzten, von dem er glaubt, daß er den Forderungen, welche an Dänemark gemacht würden, nur mehr Nachdruck geben werde. Friedrich von Rauch gibt Aufschluß über den Gang der auf einen Waffenstillstand bezüglichen Unterhandlungen in London, wonach die ersten unzüglichen Bedingungen von Preußen abgelehnt worden, dann der Gedanke an eine Abtrennung von Nordschleswig, wenn sich die Bevölkerung dafür erkläre, auftauchte, endlich die nahe Aussicht auf einen baldigen günstigen Abschluß und schnelle Beendigung des Krieges eröffnet war. Der Redner wendete sich dann gegen diejenigen, welche einen Krieg mit Rußland als leicht und nothwendig dargestellt hatten. Er macht auf die Schrift eines einsichtsvollen, kundigen Officiers aufmerksam, welcher die Gefahren eines russischen Krieges nachweist, und hebt hervor, daß gerade die Besunterrichteten die Sache am wenigsten leicht nehmen. Wolle man diese Stimme, als eine zu besangene, nicht gelten lassen, so möchte er den Schatten Napoleons heraufbeschwören, um ihn Kriegslustigen zu warnen, sich nicht in diese Höhle des Polyphem zu stürzen. Er spricht, um Vorwurf zu verdienen, daß an seiner Schilderung kein wahres Wort sei. — Als die englische Erklärung nach Kopenhagen abgegangen war, traf, nach Ablauf von 24 Stunden, die ungünstige Erklärung Rußlands ein, welche früher schon in Kopenhagen war und auf die dänischen Entschließungen wirkte. Gegenwärtig findet zwischen dem König von Dänemark, dem Kronprinzen von Schweden und dem Großfürsten eine Konferenz zum Abschlusse einer Allianz Statt, und es ist jammervoll, daß die verwandten skandinavischen Stämme sich gegen Deutschland mit den Russen vereinigen. Der russische Gesandte in Berlin soll seinen Abschied nehmen, wenn der Krieg wieder beginnt, und dann muß Preußen seine Truppen an andere Grenzen rufen, will Gefahr droht, daß das Land bis an die Oder von den Russen überschwemmt werde. Was es aber heißt, die Russen als Feinde im Lande zu haben, das hat zum Glück noch keiner der Anwesenden erfahren. Nahe ist auch eine übertegene russische Macht, um Schleswig-

Digitized by Google

Holstein zu hegen, und begreifende Wünsche allein können hier nicht helfen. Michelsen aus Nordschleswig spricht einen Dank der deutschen Nation aus für die Hilfe, welche Schleswig zu Theil geworden ist. Er verwahrt sich dagegen, daß Nordschleswig getrennt sein wolle; kein einziges Dorf habe es verlangt. Alle Schreckungen und Verlockungen der Dänen hätten sie nicht zu overmocht. Wenn freilich von dem Anschluß an den „deutschen Bund" die Rede sei, so wüßten Viele nicht, was sie dazu sagen sollten, weil man diesen Bund als ein Gespenst dargestellt habe. Auf die Verschiedenheit der Sprache könne man kein Gewicht legen. Der dortige Dialekt sind das Dänische gehen in einander über; das sei in der Volkssprache ganz anders, als in der Schulsprache. Es hätten aber bei einer Umfrage unter 10,000 nur 3 sich dafür erklärt, daß die dänische Sprache in Schule und Kirche eingeführt werde. Siegert unterstützt den Vorschlag der Friedenskratifikation durch die Nationalversammlung. Db. Stavenhagen aus Berlin verwahrt sich dagegen, daß die Versammlung dem kommandirenden General Operationsplane vorschreiben wolle, sie habe nur dafür zu sorgen, daß das Bundesheer stark genug sei. Man sage, der Rückzug in Schleswig möge aus strategischen Gründen stattgefunden haben, aber doch nicht aus Jütland. Er aber frage, hätten denn die Soldaten in Jütland sollen stehen bleiben, wenn sie sich in Schleswig zurückziehen mußten? Er will Tagesordnung. Falk aus Schlesien will den Sundzoll im Friedensschluß beseitigt. Vogt spricht sehr heftig gegen den Kommiß. Antrag. Ich erkenne sein Recht an, als das, was wir uns im Vorparlament genommen haben; das historische Recht liegt unter unsern Füßen. Wenn Kriegsgefahr von Osten droht, so sind unsere Truppen zu Baden und zum Rhein vorzuziehen; die Franzosen sind unsere Freunde. Die Nationalversammlung müsse den Frieden schließen, der Sundzoll müsse weg, die dänische Flotte getheilt werden u. s. w. Jak. Grimm will so lange Krieg mit Dänemark, bis die Unterschaftheit Schleswigs anerkannt ist; ferner daß das deutsche Volk sich keine Einmischung eines fremden Volkes gefallen lasse. Waitz aus Göttingen vertheidigt die preußische Regierung gegen die gemachten Vorwürfe. Es habe in den Friedensunterhandlungen lediglich festgehalten, was die provisorische revolutionäre Regierung von Schleswig-Holstein selbst angesprochen habe. Der Flotte habe es allerdings ermangelt. Wenn der Sundzoll nicht erwähnt worden sei, so sei das eine Aufopferung Preußens um des übrigen Deutschlands willen. Er ist gegen das Verlangen einer weitern Aufklärung, sei jetzt günstige gegeben worden. Der Vorwurf gegen die Regierung falle auf Ihn und seine Landsleute, die Schleswig-Holsteiner; sie hätten es für Pflicht gehalten, nicht mit Verwegenheit, sondern mit Bescheidenheit in die Versammlung zu treten; aber er sei einer vernünftigen Erweiterung nicht entgegen. Er wünsche deßhalb in den Antrag aufgenommen, daß die Versammlung energische Maaßregeln fordere, den Krieg zu Ende zu führen; sodann den Zusatz, daß sie sich die Ratifikation des Friedensvertrages vorbehalte. Raveaux vereinigt sich mit diesem Antrage. Er spricht seine Freude aus über die offene Erklärung des Bundestagspräsidenten, in welcher er eine unumwundene Anerkennung des Prinzipes der Volkssouveranetät erkennt. Er nehme das Gute an, woher es komme. Es sei hier die Geschichte des verlornen Sohnes, welcher sich gebessert habe und in seine Familie zurückkehre. Das sei nicht Scherz von ihm, sondern sein voller Ernst. Oeschger vertheidigt seinen Bericht und die Kommißsonsanträge in einer glänzenden Rede. Das unbedingte Recht auf Schleswig sei keineswegs unbestritten. Es habe bisher nicht zum deutschen Bunde gehört. Die bloße Erklärung des Vorparlaments sei keineswegs entscheidend für Jedermann in Europa. Der Bundestag habe sich allerdings sehr willfährig gezeigt und Preußen draufstagt, die Einverleibung in den deutschen Bund zu bewirken, was jedoch den Weg der Vermittlung nicht ausschließe. Aber das seien doch immerhin nur einseitige Akte. Es sprechen in dieser Sache noch Mächte mit, von denen man ohne Unbesonnenheit nicht geringschätzig reden dürfe. Preußen sei ganz in die volksthümliche Ansicht eingegangen, und England habe aus wahrer Freundschaft, allerdings aus rechter Würdigung der Verhältnisse, seine Vermittelung angeboten. Dänemark sei in der Ausführung begriffen und Schweden habe Rußland, zugegriffen. England wünsche dieses weder von Rußland, noch von Schweden. Er sei gegen alle Amendements. Vorlagen über die Verhandlungen und den Krieg würden den Feind auf Blößen aufmerksam machen. Die Ratifikation des Friedens durch die Versammlung mache den Frieden unmöglich. Der erste Antrag der Kommission wird nun mit der von Waitz beantragten Einschaltung in der schon mitgetheilten Fassung angenommen. Der zweite Antrag wird als überflüssig abgelehnt. Nunmehr wird der Zusatz zur Abstimmung gebracht, daß sich die Nationalversammlung die Ratifikation des abzuschließenden Friedenstraktates vorbehalte. Benedey beantragt namentliche Abstimmung. Es entsteht ein langer und heftiger Streit darüber, ob er geschäftsordnungsmäßig diesen Antrag noch stellen könne. Die Entscheidung der Versammlung ist zweifelhaft, und der Präsident schlägt nun vor, daß man die namentliche Abstimmung zulasse. Hierauf erklärt sich Benedey für befriedigt und nimmt den Antrag zurück. Da aber dennoch 50 Mitglieder auf der namentlichen Abstimmung bestehen, so wird diese vorgenommen. Das Resultat war, daß der Antrag mit 275 gegen 200 Stimmen abgelehnt wurde. Am Schlusse der Verhandlungen machte Bassermann folgende Eröffnung über den Stand der Arbeiten des Verfassungsausschusses: Sie haben neulich einen Antrag verworfen, der dahin ging, täglich Bericht zu erstatten über die Wirksamkeit der Ausschüsse, und mit Recht, weil dies nur unnöthige neue Arbeit wäre. Allein Sie werden es angemessen finden, wenn ich Ihnen bei dem eingetretenen Zeitabschnitt der beworstehenden Ferien einige Worte sage über den Stand der Arbeiten des Verfassungsausschusses. Gern hätte ich früher eine gewisse Vollendung verkündet, wenn nicht die täglichen öffentlichen Sitzungen uns an der Beschleunigung unserer Arbeiten gehindert hätten. Wenn man hie und da der Versammlung den Vorwurf macht, daß sie zu langsam voranschreite, so begreift man nicht, daß die wichtigsten Angelegenheiten am meisten (in den Ausschüssen) gefördert werden, wenn die Nat.-Vers. durch Ausschüsse öffentl. Sitzungen am meisten Zeit dazu läßt. Demungeachtet kann ich mittheilen, daß der Verfassungsausschuß durch angestrengte Sitzungen dahin gelangt ist, die Berathung der Grundrechte des deutschen Volks heute zu beschließen. Während der Ferien wird die Redaktion der Beschlüsse vorgenommen, und bald nach den Ferien werden wir also die magna charta des deutschen Volks vor die hohe Versammlung bringen können.

# Frankfurt, 9. Juni. Als gestern in der Reichsversammlung der Ausschuß, welcher die Reihenfolge der Anträge zu bestimmen hat, diejenigen Vorschläge, welche die Sicherung der Versammlung gegen äußere Einwirkungen betreffen, für dringlich erklärte, war die Gelegenheit gegeben, die Gerüchte bevorstehender Unruhen zu erwähnen und zu berathen, ob und was in dieser Beziehung geschehen solle. Daß — wie der 15. April und der 15. Mai — so der 15. Juni der Tag einer allgemeinen Schilderhebung der anarchischen Partei sein soll — dies hört man auf allen Straßen. Zu den unbestimmten Gerüchten gesellen sich für Frankfurt noch besondere Vorgänge. Die Einladung des Vorstehers Bayrhofer in Marburg an alle demokratischen Vereine auf den 14. Juni in Sprottenau bei Frankfurt zu kommen, die spätere eigenthümliche Modifikation, daß sie sich am 12. einfinden sollten, weil gegen Frankfurt, als Versammlungsort, Einsprache erhoben worden. Die Volksversammlungen in Offenbach und Bergen, wo davon gesprochen worden sei, die Reichsversammlung zu verjagen, nur die Linke bestehen zu lassen und durch Arbeiterwahlen zu ergänzen, deren erste in Offenbach alsbald vorgenommen werden sei; sogar Mitglieder der Reichsversammlung, hieß es, hätten eine gewaltsame Verjagung derselben bevorwortet. — Die Versammlung selbst schenkte diesen Gerüchten keinen Glauben, sie wollte keine Besorgniß zeigen und wies daher alle Vorschläge zu ihrer Sicherstellung von der Hand. Demnach werden die Behörden der Stadt Frankfurt nicht angegangen, getroffene Maßregeln zum Schutze der Versammlung zu treffen; es wird kein Ausschuß ernannt, um mit dem Vorstehen an der Spitze sich mit den Behörden in Verbindung zu setzen; die Volksversammlungen in und um Frankfurt werden nicht verboten; die Nachbarregierungen werden nicht aufgefordert, bewaffnete Züge zu hindern; es wird kein Ort bestimmt, an dem sich der Reichstag, Falls er hier gesprengt würde, wieder versammle. Der Uebergang zur Tagesordnung beseitigte alle diese Anträge. Die Verhandlung selbst zeigte viele Zaghaftigkeit, Mißtrauen auf die Bürgerschaft der Stadt Frankfurt. Man erinnerte an das Vorparlament, wo die Aufregung viel größer gewesen und doch kein Angriff gegen die Versammlung erfolgt sei. Die demokratischen Vereine möchten nur kommen, die Zahl ihrer Abgeordneten werde nur gering sein, man habe sie nicht zu fürchten, sagte H. Vogt von Gießen; diese Vereine hätten einen großen Mißgriff gethan, als sie Frankfurt zum Versammlungsort wählten; der Kölner Verein habe dagegen protestirt, der Reichstag sei stark und mächtig genug, um jeder anarchischen oder reaktionären Partei die Spitze zu bieten — war der Antrag des Herrn Raveaux. Ein Attentat gegen den Reichstag würde beweisen, daß das Volk zur Souveränität noch nicht fähig sei — erklärte Hr. Edel von Würzburg. Fürst Lichnowski glaubt an keine Gefahr, am wenigsten an eine dringliche. — Auch wir glauben an keine Gefahr bei uns, so lange in Paris und Berlin die Anarchie nicht Meister geworden, und hoffen, die gestrige Verhandlung werde diejenigen gestärkt haben, welche etwa geneigt gewesen sein möchten, den Besorgnissen Einfluß auf ihr parlamenta-

Digitized by Google

rischen Verhalten einzuräumen. Die Freischärler in Frankreich sind nicht in der Lage, uns ihre Freiheit nochmals über den Rhein zu bringen. Der „Centralausschuß der Republikaner“ in Chalons an der Marne (S. Etienne, L. Brehm, Löwenfeld, Schertzer & Gau) scheint eine Stockung der Geldzuflüsse zu fühlen und fordert in allen Richtungen zu milden Beiträgen auf. Der Kolonne des August Willich in Besançon, welche 300 Mann stark ist, sind die Unterstützungen der französ. Regierung so lange entzogen, bis sie einwilligen, in Abtheilungen von 30—40 Mann sich in die nächsten Departements vertheilen zu lassen. Bisher haben sie sich hartnäckig geweigert, obgleich mit der Noth auch der Krankenstand gestiegen ist, und man vermuthet, daß sie als deutsch-republikanische Legion nach Italien ziehen wollen. Da es ihnen nicht gelungen ist, mit fremder Hilfe in Deutschland zu siegen, so wollen sie die nächste Gelegenheit ergreifen, um in fremdem Dienste gegen Deutschland zu kämpfen. Und das sind deutsche Republikaner! Ihre Genossen im Lande strengen einstweilen alle Kräfte an, um den Bau des deutschen Einheit zu stören, das Vertrauen auf die Reichsverfassungmäßig zu schwächen, den Aufruhr und den Bürgerkrieg vorzubereiten. Und das sind deutsche Patrioten mit demokratischer Richtung! —

0 **Frankfurt**, 9. Juni. Wurm aus Hamburg sprach heute über die Interessen Englands und Rußlands in der schleswig-holsteinischen Frage. Er habe im Ausschuß nicht zugeben können, daß das Recht Deutschlands auf die ungetheilten, unzertrennlich verbundenen Herzogthümer ein bestrittenes oder zweifelhaftes sei; viel weniger könnte er irgendwelchen politischen Rücksichten, Rücksichten auf die Ansichten oder Absichten anderer Mächte ein Gewicht einräumen, wodurch jenes unzweifelhafte Recht erschüttert werden könnte. Was England betreffe, so möge man doch sagen, wohre den Engländern eine besondere Zärtlichkeit für Dänemark entsprungen sollte. Etwa aus der Erinnerung der Vorgänge von 1807? Allerdings sei England sich schwerem Unrechts gegen Dänemark bewußt; so lang es ein Völkerrecht gebe, werde das Benehmen Englands gegen Dänemark im Jahr 1807 verurtheilt werden; aber welche Moral, wenn das jetzige britische Ministerium sprechen wollte: unsre politischen Gegner haben im Jahr 1807 an Dänemark groß Unrecht verübt, deßhalb wollen wir im Jahr 1848 den Deutschen wohe thun, weil sie Feinde der Dänen sind. Oder glaube man vielleicht, England werde sich durch die bekannten Garantien von 1721 bestimmen lassen? Daß diese Garantien den Rechten Dritter (also auch den Rechten des betreffenden Volksstammes) nicht zu nahe treten können, das verstehe sich von selbst. Aus der Schrift von Lorentz ersieht, daß Georg I. dies selbst begriffen; auch sei dies sehr gleichgiltig. Mehr diese Recht, als die Kriege es begründen vermöchten nicht. Zudem habe es mit dieser englischen Garantie eine besondere Bewandtniß. Die Engländer böten nicht gerne davon reden; klug sei es deßhalb nicht von den Dänen, daß sie die Garantie wieder zur Sprache gebracht. Nicht im britischen, sondern im kurhannöverischen, recht eigentlich im tyrannischen Interesse Georgs I. sei jene Garantie für Schleswig eingegangen, als Erkenntlichkeit für dänische Beihilfe zur Erwerbung von Bremen und Verden. Und jedenfalls sei die Garantie erloschen und gänzlich abgethan durch den Verzicht der Rechtsnachfolger des Herzogs von Gottorp, durch den Verzicht der russischen Linie im Jahr 1773. Wieder Andre reden von Englands Eifersucht auf Deutschlands erwachende Nationalmacht. Ja, wenn es jetzt noch möglich wäre, den Norden und den Süden Deutschlands zu trennen, die Nordseeküste in sichrer Spendigkeit zum Herzen Deutschland fern zu halten, dann könnt' es der Mühe Englands werth sein, gegen unsre Nationalwünsche zu wirken. Aber England wisse, daß wir bereit seien, ein Blatt und noch eins aus dem Buche seiner Handelspolitik zu entlehnen; es wisse, daß wir davon nicht zurückzuhalten seien, und schicke sich zur Nachgiebigkeit gern uns an; der deutsche Besitz von Tondern und Hadersleben werde Englands Eifersucht nicht reizen. Nur eins sei, was England unsern Ansprüchen abgünstig stimmen könnte: wenn Rußland den Anlaß ausbruten wolle, um durch rechtzeitigen Beistand die alleinige Schutzherrschaft Dänemarks, also die unbedingte Ostseeherrschaft zu erwerben. Da gelte es denn der Parallele zwischen Dänemark und der Pforte, zwischen dem Sund und den Dardanellen, zwischen der Ostsee und dem schwarzen Meere. Im Jahr 1833 sei Konstantinopel von Ibrahim Pascha bedroht gewesen; Rußland unter allen Mächten allein habe das rettende Wort gesprochen: zum Dank sei von der Pforte der Vertrag von Unkiar Skelassi eingegangen, habe die Pforte sich zu Rußlands Füßen gelegt und den Schlüssel des schwarzen Meeres in die Hand des Czaren überantwortet. Wie, wenn Rußland ähnlichen Dienst um ähnlichen Lohn heute den Dänen biete? Und Rußland wisse, daß der skandinavische Norden sein Geschick erfüllen müsse, es wisse, daß die skandinavische Idee in den Gemüthern der Jugend wurzle, und daß der Jugend die Zukunft gehöre. Die verwandten skandinavischen Bruderstämme, auch uns Deutschen befreundet und eng verbündet, sobald Dänemark aus seiner unhaltbaren Sonderstellung herausstreten werde, dieser skandinavische Bundesstaat der Zukunft werde das stärkste Bollwerk bilden gegen Rußland. Das Rußland dem entgegenzuwirken strebe, sei sehr glaublich; aber gewiß sei, daß in diesem Betracht der deutsche Besitz von Tondern und Hadersleben ganz und gar unerheblich sein werde. Der Gedanke einer Demarkationslinie in Nordschleswig sei zuerst von dem abmetzenden Minister des Herzogs von Gotterp, Basewig, ausgesprochen; darauf sei die Idee verschollen, bis die provisorische Regierung Schleswig-Holsteins in ihrem Aufruf vom 30. März d. J. den Dänen angeboten habe, die Bewohner Nordschleswigs frei abstimmen zu lassen, ob sie bei Dänemark oder bei Deutschland sein wollten. Man möge darüber denken wie man wolle: keinenfalls entsprunge auch diesem persönlichen Anerbieten eine Pflicht für Deutschland, bei dieser Bedingung jetzt, nach begonnenem blutigen Kampfe, noch stehen zu bleiben, noch ein Recht für fremde Mächte, uns solche Bedingung vorzuschreiben. Wolle Rußland den Krieg, so werden wir ihn haben, ob wir nun auf Nordschleswig verzichten oder nicht. Furcht vor dem Kriege sei noch nie ein Mittel gewesen, ihn abzuwehren. Was einen russischen Krieg anlange, er, der Redner, wünsche ihn nicht, fürchte ihn aber noch viel weniger.

# **Frankfurt**, 11. Juni. Zur Beruhigung gegen die Gefahr, welche die slavische Bewegung Deutschland bringen könnte, dient man sie und da auf die Uneinigkeit der Slaven, die sich geschichtlich nachweisen läßt. Allein gerade eben so hoffen die Dänen einen günstigen Ausgang ihres Kampfes von der Uneinigkeit der Deutschen, welche Gesichte gleichfalls nachweist. Für die Glaubensverbrüderung, den Swornost der Slaven ist Viel geschehen, den Slaven ist der Haß gegen die Deutschen gemein, der Name Nieme (Deutscher) gilt als Schimpfwort; der Bauer, der Leibeigene steht in den Gebetbuchern, welche millionenweise von Petersburg in alle Länder slavischer Zunge gehen, den Vater aller Brüder — den Kaiser Nikolaus — in Unform knieno vor dem Bilde des heiligen Nikolaus. Wie steht es, dem Swornost gegenüber, um die Einigung der Deutschen? Haben nicht die Dänen mehr Grund, auf unsere Uneinigkeit Hoffnungen zu bauen, als wir auf die Händel unter den Slaven? — Mir hörte gestern noch einen Schleswiger bei der Nachricht, daß Hecker in einem badischen Bezirk für die Reichsoversammlung gewählt sei, mit Kummer ausrufen: das wird den Dänen wieder Muth machen, das ist ihnen ein deutliches Zeichen unserer Zerrissenheit! Und als vorgestern Redner aus Schleswig in der Reichsversammlung erklärten: die Dänen hatten uns vor Jahren eine freie Verfassung als Preis unserer Vereinigung mit ihnen geboten, wir aber wollten bei Deutschland bleiben und vertrauen, daß sein Geist und seine Kraft auch die Freiheit erringen werde — da fühlten wir, neben dem Werthe solcher Gesinnung, den Schmerz über die Verblendung so vieler Deutschen, besonders in den südwestlichen Marken, gegen die höchsten Interessen des Vaterlandes, gegen sein erstes Bedürfniß, die Einigkeit. Die Nation ist an Werke ihrer Verfassung, welche aus dem schwachen Staatenbunde einen starken Bundesstaat bilden soll. Die Grundrechte, die magna Charta des Volkes ist in dem Ausschusse des Reichstags berathen, sie wird in den nächsten Tagen öffentlich darliegen, daß hinfort keine Nation freier sein werde, als die deutsche. Dieser Reichstag aber und die Männer, welche ihn lieren, sie sind Gegenstände einer Presse und einer Aufsprecherei, die nicht etwa ein freies Urtheil sprechen, sondern auf ihre Vernichtung und völlige Auflösung losarbeiten. In gieriger Weise sind die Regierungen der Einzelstaaten und ihre Männer der Gegenstand der Angriffe einer verpweifelten Partei, deren Anstrengungen überwunden werden müssen. Mir wollen, sprach Dahlmann vorgestern von der Rednerbühne in der Paulskirche, wir wollen das europäischer Gleichgewicht stören, indem wir Deutschland von einem gesunkenen, schwachen Volke zu der Macht und Größe erheben, die ihm gebührt. — Wir alte Diplomatie — sprach von derselben Stätte der Bundesvorsitzende Schmerling — ist sur immer gebrochen; die Pflicht der Regierungen ist fortan, das wohlverstandene Interesse ihrer Völker zu vertheidigen. Der Beifall, welcher diesen Worten folgte, möge ein gutes Vorzeichen sein für den Ausgang der Berathung über die Gründung einer einheitlichen Bollzugsbehörde. Kömmt sie unter Zustimmung aller Betheiligten und einer überwiegenden Mehrheit der Reichsversammlung zu Stande, dann wird dem Volke das Vertrauen, den Verbindenden die Besinnung wiederkehren, die Sidvilege des Auslandes trifft die verdiente Schmach, und das Vaterland ist gerettet.

Digitized by Google

## Ein Wort für Baiern.

§§ Aus Baiern. Wir sind bei Ihnen und auch an einem andern Orte, wo es von unmittelbar höchst nachtheiligen Folgen war, in große Ungunst gefallen. Ich glaube mit Unrecht und hoffe, Sie werden gern zur Herstellung der Achtung und des Vertrauens wirken, das wir verdienen. Das Ganze wird nicht stärker dadurch, daß man ein Glied schmächt, und das Werk der Einheit kann nur unter dem Beistand der Gerechtigkeit vollführt werden. Es ist von unsern Abgeordneten in Frankfurt zuerst keiner in den Verfassungsausschuß gewählt worden und dann nachträglich einer, der (abgesehen von seiner anerkannten Ehrenhaftigkeit) durch seine Beziehungen zum Ministerium Abel gewiß nicht als der Vertreter der in Baiern herrschenden Ansicht betrachtet wird. Man hat den baierischen Entwurf der Reichsverfassung, die ihm folgenden Erläuterungen, die Abschiedsworte der Abgeordneten beim König als Ursachen angeführt, weßhalb man den Baiern kein Vertrauen schenken konnte. Sie haben die Geschichte aufgerufen, um das Mißtrauen auf der breitesten Grundlage zu befestigen. Sollten wir die Sünden der Väter büßen, ja nur die der nächsten Vorjahre — wo wäre in Deutschland ein Gerechter zu finden! Wer hat die schwerere Sünde gegen die Befreiungskriege auf seinem Gewissen? · Baiern gewiß nicht, das seit 1818 das feierlich gegebene Wort gehalt, Baiern, das seitdem, ungeachtet der Bundesbeschlüsse, von allen deutschen Staaten allein keine Censur (außer über die provisorische politische Presse) hatte. Allein, wie gesagt, nicht vergangene Zeiten wollen wir anfrusen zu Richtern der Gegenwart: Baiern steht in der Gegenwart in der ersten Reihe der deutschen Stämme, welche die Reform der Staatsverfassung freudigst führt und für ein einheitliches Deutschland sich ausgesprochen haben, und selbst von den Regierungen war die baierische die erste, welche offen sich dazu bekannte; denn seine hat es vor dem 6. März gethan. Weiter: die Thronentsagung des Königs Ludwig, die neue Regierung mit einem Ministerium aus volksthümlichen Elementen, mußten Baiern in ein durchaus günstiges Verhältniß zum übrigen Deutschland setzen. Unsere Wahlen zur Nationalversammlung sind vorherrschend zu allgemeiner Befriedigung ausgefallen, und unter unsern Abgeordneten sind Männer, deren Kenntnisse, Fähigkeiten und Gesinnung grade im Verfassungsausschuß von wesentlichem Vortheil für das Ganze gewesen wären. Und nun entgeht man uns das Vertrauen, weil der von ihrer vorgeschlagene Entwurf mit Modificationen mißfallen! Wenn je irgend Dahlmann'schen Entwurf oder den öffentlichen Stimmen aus Preußen oder den dortigen Verhältnissen überhaupt Rechnung getragen, mußten nicht die preußischen Abgeordneten auch von der Wahl ausgeschlossen worden sein, und wo bliebe die Einheit? Glaubt man aber, daß man dort mehr für deutsche Einheit sei, als hier, so stelle man nur die Fahne an die Donau, statt an die Spree, und man wird bald Verwahrungen hören, gegen welche die baierischen Bedenken in Nichts verschwinden. Sagen Sie aber nicht, der Fall könne bei der Schwäche Oesterreichs nicht eintreten. Wie müßten offen sagen, die lahme Kriegführung gegen Dänemark, die diplomatischen Manöver, die Schwäche der Regierung gegen eine allerwärts anstiftende Anarchie und die Gleichgiltigkeit der Bevölkerung gegen dieselbe sind nicht geeignet, unsere Hoffnungen ausschließlich nach dieser Seite zu lenken; wir sehen ein unparteiisches Urtheil über Baiern begründen zu helfen. Wollen wir es denn nicht diesem Volke als Verdienst anrechnen, daß es, nachdem es die Bewegung begonnen und mit Energie fortgeführt, zur rechten Zeit Halt gemacht, seine Errungenschaften in Frieden befestigt, und nun — ringsum von Revolution umgeben, die sich mit der Fahne der Freiheit drüstet — unerschüttert steht und ruhig festhält an Ordnung und Gesetz? Schon diese würdevolle Haltung des Volkes in Baiern sollte uns Achtung und Vertrauen in Deutschland sichern. Aber auch die Regierung hat Nichts gethan, das die Angriffe auf das Land rechtfertigte. Die Männer, die an der Spitze der Geschäfte stehen, haben von ihrer Gesinnung kein Hehl gemacht, und diese Gesinnung war früher der Ruhm wie der Halt ihres Lebens. — Die Deutsche Zeitung hat ein schweres Gewicht auf die Kriegsministerialverfügung hinsichtlich der „Verpflegung" des Allerheiligsten der katholischen Kirche gelegt. Wir halten die Verfügung für durchaus unpassend, nachtheilig und vom Standpunkt religiöser Freiheit für Unrecht. Allein wir in Baiern wissen, daß es nicht eine neue Anordnung ist, sondern lediglich diejenige, welche vor der Zeit der Kniebeugung üblen Angedenkens unangefochten bestand. Die Kniebeugung ist aufgehoben; so trat bei der Anordnung über die Ehrenbezeugungen im Heer ohne alle Absicht, aller Wahrscheinlichkeit nach nur durch diejenigen Beamten, welchen die nach jetziger Ansicht untergeordnete Arbeit übergeben war, das alte Reglement wieder in Geltung. An eine Reaktion nach der ultramontanen Seite ist darum (und überhaupt, das können Sie überzeugt sein) so wenig zu denken, als der konstituirenden Versammlung die Wahl Lassaulx's als reaktionäres oder ultramontanes Gelüste angerechnet werden darf. Die anfängliche Verfügung wird eine Aenderung, oder was ausreichen dürfte, eine Auslegung erfahren, indem die Kopfneigung nicht kommandirt, somit nicht nothwendig gefordert wird. Keinesfalls hat die Sache irgendwie politische Bedeutung, da weder Bigotterie, noch Hierarchie Pfuhl daran haben. — Indessen wenige Gerichte über Verbot der deutschen Farben in Baiern, politischer Uebergriffe gegen Arbeiter u. dergl. zu Ihnen gelangt, so kann man aus diese durch den Thatbestand auf's Bestimmte entkräften. Es ist Nichts geschehen, das zu einer Anklage der Behörde im Mindesten berechtigte. Gewiß aber ist, daß Vielen die Ruhe, Festigkeit und Sicherheit, deren wir uns in Baiern erfreuen, ein Dorn im Auge ist, und daß sie uns um jeden Preis in den Wirbel von Berlin und Wien ziehen möchten, in der Meinung, für sich oder für das, was sie Freiheit nennen, davon Vortheil zu ziehen. Wir sind wach; aber wenn auch die Posten gegen die alten Verschanzungen besetzt bleiben, wir wissen, daß jeder Angriff von derther ein Scheinangriff ist, und daß die Feinde Deutschlands ihre Hauptmacht auf der andern Seite concentriren. Und gegen diese lassen Sie uns gemeinschaftlich kämpfen.

⊙ Frankfurt, 9. Juni. Die Anträge des Ausschusses für völkerrechtliche Verhältnisse lauten in Bezug auf Schleswig:

„Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß die schleswigsche Sache, als eine Angelegenheit der deutschen Nation, zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört, und verlangt, daß bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde."

Man spricht die deutsche Nationalversammlung die zuversichtliche Erwartung aus, in der Voraussetzung, daß der Rückzug der deutschen Bundestruppen nach dem Süden Schleswigs strategischen Gründen beizumessen sei, daß für die erforderliche Verstärkung des Bundesheeres in Schleswig-Holstein, sowie für die Sicherstellung des durch den erwähnten Rückzug den feindlichen Einfällen etwa blosgestellten nördlichen Schleswigs schleunige und wirksame Fürsorge getroffen werde.

### Die Petition der Züricher Arbeiter.

† Zürich, 3. Juni. Die zürcherischen Chartisten sind nicht unthätig geblieben, sie haben endlich 750 Mann stark der Regierung ihre Beschwerde überreicht. Dieselbe besteht aus drei Punkten: 1) Herzugung der Fremden, nämlich: es möchten, gestützt auf den §. 41 des Gesetzes vom 10. April 1840 betreffend „Niederlassungsbewilligung, die Angehörigen derjenigen deutschen Staaten, welche ohne Niederlassungsbewilligung sich hier aufhalten, seien sie nun Fabrikarbeiter, Handwerker oder Dienstboten, aus deren Heimat Schweizerbürger ausgewiesen wurden, sofort aus dem Kanton gewiesen werden". Das vorstehende Deutsch gehört nicht mir, sondern der Red. „R. Z. Z." an. 2) Erlaß eines Verbotes an die Kantonsbürger, Angehörige solcher Staaten in Dienst zu nehmen. 3) Unterstützung größerer Arbeiten durch den Staat, wie Urbarmachung brachliegender Landesstrecken, Straßenbauten u. s. w. — Dem Vernehmen nach drangen die Eifrigsten dieser freundnachbarlich Gesinnten auf Abhalten einer Volksversammlung, um ihrem Begehren den gehörigen Nachdruck zu verschaffen; allerlei Bedenklichkeiten bewogen jedoch die Mehrzahl, von einer derartigen öffentlichen Blamage Abstand zu nehmen. — Der Regierungsrath antwortete ganz zweckmäßig, der §. 41 könne nicht in Anwendung kommen, da er von den Rechten der Niederlassung handle, was aber die Frage anbelangt, ob gegen die mit bloßer Aufenthaltsbewilligung Versehenen das Gegenrecht gehalten werden solle, so sei vor Allem erst auszumitteln, ob wirklich Fälle der Art vorgekommen seien; der Regierungsrath hoffe gegenwärtig noch keine Gewißheit darüber. In Bezug auf den dritten Punkt schenke der Regierungsrath dem Gegenstande deffelben schon geraume Zeit seine volle Aufmerksamkeit, die zu diesem Zwecke niedergesetzte Kommission befinde sich in voller Thätigkeit. — Das ist Alles, was die Regierung erwidern konnte; werden sich aber die Petenten damit begnügen? werden die von einer böswilligen und unwissenden Presse erregten schlechten Leidenschaften sobald wieder beschwichtigt werden? Den armen Teufeln, welche das Drückende ihrer Lage oder wirkliche Noth zu einer solchen betrübten Hungerleiderpolitik verleitet hat, wollen wir ihren immerhin äußerst gehässigen Schritt nicht so sehr verdenken, wohl aber der zürcherischen liberalen Presse, daß sie durch gehässige Verdächtigungen wie durch

Digitized by Google

schändliche Lügen über Deutschland die Stimmung der Gemüther bis zu diesem Grad vergiftet hat. Jetzt, wo schon zu wiederholten Malen redliche Zürcher und andere Schweizer als vermeintliche „Schwaben" angegriffen und mißhandelt sind, jetzt fängt man freilich an, von solchen Excessen abzumahnen, nachdem man vorher auf lügenhafte Berichte hin mit Farren, bürren Worten zur Volksjustiz aufgefordert! Die Excesse, welche gegenwärtig vorfallen, sind die ganz natürliche Folge der böswilligen Aufreizungen und Verdrehungen der Presse. — In meinem letzten Briefe habe ich versucht, die Schweizersoldaten in Neapel mit ihrer eigenthümlichen Lage zu entschuldigen; nicht so glimpflich kann man jedoch mit den officiellen und nichtofficiellen Berichtern der schweizerischen Officiere daselbst verfahren. Der Ton derselben unterscheidet sich in keiner Beziehung von dem, welcher vor dem 24. Febr. in allen amtlichen Berichten herrschte. Die Großmuth und Langmüthigkeit des edeln Königs, die nur dazu diente die frechen Anforderungen der Unzufriedenen mehr und mehr zu steigern, kann nicht genug gepriesen werden; die Deputirten und Nationalgarden sind eitle Windbeutel, blutdürstige Jakobiner, die das Todesurtheil für die ganze Königl. Familie schon in Bereitschaft hatten, die republikanischen Heiden sind außer sich vor Entzücken über die Leutseligkeit des Königs, über seine Händedrücke, Orden, Avancements, namentlich auch über den bewilligten Monatssold. Daneben wird lächelnd bemerkt, mit welcher Geistesgegenheit die t. Garde sich an den neapolitanischen Damen für die in Palermo an ihr und ihren Weibern begangenen Ungebührlichkeiten gerächt, mit welchem Eifer die Lazzaroni „wie die Magen gestohlen", und, was nicht fortzuschleppen gewesen, vernichtet hätten (bis dann die Untersuchung das Gegentheil erwiesen, hastet übrigens auch auf den Schweizertruppen der in öffentlicher Sitzung der Tagsatzung von der neuenburgischen Gesandtschaft ihnen gemachte Vorwurf, daß sie selbst nach dem Kampfe geplündert, gemordet und gebrannt) — es erhebt sich kein Tadel darüber, daß die gefangenen Männer sofort erschossen wurden; nur das findet man allerdings doch ein wenig hart, daß auch die gefangenen Weiber und Kinder, die von ihren Angehörigen nicht lassen und nicht gegen sie zeugen wollten, das gleiche Schicksal getroffen. In der That! — Welch ein Glück für die Schweiz, daß doch wenigstens für die Zukunft jene Pflanzstätten militärischer Zucht und Ehre unmöglich gemacht sind. Von den Freiwilligen, die für die Lombardei angeworben sind, laufen allerlei klägliche Nachrichten ein, es fehlt an Waffen und an Geld; sie werden schlecht behandelt, „zum Theil weil man sie mit den ehemalls deutsch redenden Oesterreichern verwechselt", wie sich der Schweiz. Konsul in Mailand ausdrückt, so daß die Mehrzahl bald von ihrem Enthusiasmus abgekühlt sein dürfte. Ein Trupp Geworbener wollte sich in Brunnen nicht eher einschiffen, bis man ihnen Handgeld gezahlt und Garantie für den Sold geleistet; der Werbeoffizier wußte die Meisten mit etwas Geld zu beschwichtigen, so daß sie des Seelenverkäufers Schiffe bestiegen. Einige jedoch kehrten um und mußten die Mildthätigkeit der Schweizer in Anspruch nehmen, um wieder in ihre Heimath zu gelangen.

## Norwegen.

Christiania, 30. Mai. (Ueber Kopenhagen.) Heute Nacht 12½ Uhr hat der Storthing bei verschlossenen Thüren den am 27. beim Storthing eingegangenen, von dem sofort am 27. niedergesetzten Ausschuß gebilligten und am 29. Nachmittags 6 Uhr vorgelegten Antrag: „die norwegischen Linientruppen und Ruderflottille, wie Se. Maj. der König es nothwendig findet, zur Theilnahme an der Vertheidigung Dänemarks gegen den Angriff des deutschen Bundes und Preußens und zum Schutz der gegenwärtigen und zukünftigen Interessen zu verwenden und zu den dadurch nothwendig gewordenen Ausgaben außerordentlich eine Summe von 260,000 Species zu bewilligen", einstimmig angenommen. (C.-B.)

Eine ausführliche Motivirung begleitet diesen Beschluß. Das Komité erstreckt aus den von der Regierung mit beigelegten Aktenstücken, daß die schleswig-holsteinische Frage und die künftige staatsrechtliche Stellung des Herzogthums Schleswig als die vereinigten Reiche Schweden und Norwegen nicht angehend betrachtet bleibt, und nur die nordische Frage, insofern der deutsche Bund die offenbare Absicht zeigt, sich eines Theils des eigentlichen Dänemarks zu bemächtigen, in Betracht kommt. Insofern also aus die dänischen Erblande und damit das Gleichgewicht zwischen den nordischen Staaten bedroht wären, findet sie das bewaffnete Auftreten gerechtfertigt, spricht aber insonderheit in Betracht der beschränkten Mittel Norwegens, ihren Wunsch aus, daß die vereinigten Reiche es gänzlich hätten melden können, sich einzumischen, und lieber den großen garantirenden Mächten die Ordnung der in Dänemark eingetretenen verwickelten Verhältnisse überlassen hätten. Sie vertraut endlich, daß der König, was nur in seiner Macht stehe, mit Beistand der fremden Mächte thun werde, die Sache auf friedlichem Wege rasch zu erledigen, und findet auch, daß Nichts in den vorgelegten Aktenstücken vorliege, daß eine weitere Annäherung und ein bedenklich scheinendes künftiges gegenseitiges Schutz und Trutzbündniß vorbereitet und eingeleitet werde. Man sieht, sagt die B.-H., daß der Storthing die Bewilligung so viel als nur irgend, — wenn er sie nicht ganz abschlagen wollte — möglich war, verklausulirt hat.

## Großbritannien.

London, 7. Juni. Die Unterhausführung vom 5. Juni war von vielfachem Interesse. Zuvörderst richtete Herr Thompson wegen der in den letzten Tagen zu London stattgehabten Emeuten eine Anfrage an die Minister. Es werde gesagt, die Volksmassen hätten sich ruhig verhalten und wären von den Polizeimännern trotzdem angegriffen und so zum Widerstande veranlaßt worden. Der Minister des Innern bemerkte dagegen: die Polizei habe ganz ihrem Auftrage gemäß gehandelt, welcher dahin laute, keine öffentlichen Versammlungen zu ungebührigen Stunden zu gestatten. Eine dieser Versammlungen, in Bishop Bonnors-Fields, habe zu keiner ungebührlichen Stunde stattgefunden, da habe sich auch die Polizei nicht gezeigt, sondern sich für alle möglichen Fälle in einer Kirche der Nachbarschaft verborgen gehalten. Nun habe der Volkshaufe, der davon gewußt, die Kirche angegriffen und die Fenster zertrümmert, bis die Polizeimannschaft ausgebrochen sei und den aufrührerischen Pöbel (mob) zerstreut habe, wobei allerdings dreißig Aufrührer schwer verwundet worden, aber auch einige Polizeimänner Verletzungen erhalten hätten. Der Minister erklärte schließlich, daß die Regierung die wirksamsten Maßregeln ergreifen werde, um der Wiederholung dieser Tumulte vorzubeugen. Diese Erklärung wurde mit allseitigem und großem Beifall aufgenommen. Herr Urquhart richtete abermals eine Anfrage an Lord Palmerston wegen der dänischen Angelegenheit, worauf dieser erwiderte: er könne, da die Verhandlungen noch in der Schwebe wären, nichts weiter sagen, als daß England die Vermittelung in der Streitsache zwischen Dänemark einerseits und Preußen und Deutschland andererseits allein und in keiner Verbindung mit einer andern Macht betreibe. Auf eine Anfrage Hrn. Robinsons erwiderte der Secretär im Departement des Kolonialwesens, Herr Hamek: allerdings sei der Regierung durch den Gouverneur von Demerara die Nachricht zugegangen, daß die gesetzgebende Versammlung von Demerara verweigert habe, die Steuern zu bewilligen, weiter könne er für den Augenblick Nichts sagen. Herr Munn richtete an den Minister des Auswärtigen die Frage: in Neapel gehe das Gerücht und werde auch geglaubt, daß England der österreichischen Partei in Italien beistehe, und daß die letzte Meuterei in Neapel die Billigung des englischen Gesandten erhalten habe; ob an diesem wahrscheinlich sinnlosen Gerücht etwas Wahres sei? Lord Palmerston erwiderte: es liefen in Italien die tollsten unbegründetsten und verleumderischsten Berichte über das Verhalten Englands bei den jüngsten italienischen Ereignissen um. England sei zwar ein alter Verbündeter und Freund des Kaisers von Oesterreich, trotzdem habe die englische Regierung großes Wohlgefallen daran, daß das italienische Volk freie und konstitutionelle Regierungen einführe; aber die natürliche und passende Stellung Englands zu den italienischen Angelegenheiten sei die, sich in keiner Weise in sie zu mischen. Aus dem Bericht des englischen Geschäftsträgers in Neapel, welcher dem Hause vorgelegt werden solle, ergebe sich, daß er mit den letzten Ereignissen Nichts zu thun gehabt, und daß sie auch einen ganz andern Charakter trügen, als man gewöhnlich ihnen beilege. (Ja der Erklärung Palmerstons liegt freilich ein gewisser Widerspruch. Der englische Minister des Auswärtigen nennt England einen Mitbürgen der Wiener Beschlüsse und einen alten Verbündeten und Freund Oesterreichs; dennoch aber darf England sein Wohlgefallen daran, daß Oesterreich seine alten herrlichen Besitzthümer in Italien verliert, daß diese selbständige, konstitutionelle Staaten werden! Ehe noch die italienische Revolution an irgend einem Punkte thatsächlich losgebrochen war, wiederte der vorausschlige und feinnasige Lord etwas Derartiges an der ganzen Atmosphäre und stellte nun in seinem dermaligen Organ, dem Morning Chronicle, ein neues Schema für die künftige Diplomatie auf, wornach die Verträge des Wiener Kongresses fortan nur bedingte Kraft und nur insoweit sich die Völker mit ihnen einverstanden erklärten, Geltung haben sollten. Zugegeben, daß diese Politik die einzig richtige ist, so fragt sich nun: was wird England thun, wenn Irland, auf diese Grundsätze Palmerstons sich berufend, seine Unabhängigkeit von England mit den Waffen in der Hand erklären sollte! Jedenfalls sind solche Grundsätze, auf das großbritannische Reich in seinem ganzen Umfange angewendet, für Großbritannien selbst nicht

Digitized by Google

ohne Gefahr, sie sind aber auch nicht die der Times und des stockenglischen Haufens, der die in ihren liegende Gefahr sehr wohl erkennt und die Knute Rußlands, die neungeschwänzte Katze Englands und den ehemaligen Korporalsstock Oesterreichs als das beste Präservativ gegen die drohende Auflösung aller bisherigen Völker- und Gesellschaftszompositionen ziemlich unzweideutig erklärt.) In derselben Sitzung richtete O'Gorman Mahon in Betreff der Verhaftnahme des Obersten Brisbane an Palmerston eine Anfrage, letzterer erklärte: der Oberst sei allerdings in Madrid verhaftet und sodann polizeilich ausgewiesen worden, ohne daß man dafür einen Grund angegeben habe; er habe Nachforschungen über diesen Fall anstellen lassen, aber bis jetzt noch keinen genügenden Aufschluß darüber erhalten.

In derselben Sitzung führte eine bereits früher angekündigte Motion des Hrn. Bankes zu einer langen Verhandlung über die Ausweisung des englischen Gesandten aus Madrid. Wir werden morgen das Nöthigste hieraus nachliefern und beschränken uns auf die vorläufige Bemerkung, daß alle Parteien, wie sich in solchen Fällen verletzter Nationaleitze bei Engländern von selbst versteht, ihre unbedingte Billigung des Bulwerschen Verfahrens aussprachen.

## Frankreich.

**Paris**, 7. Juni. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung war eine Finanzfrage zur Verhandlung gekommen, in der nicht Viel fehlte, daß die Regierung abermals geschlagen worden wäre. Die Finanzkommission wollte der augenblicklichen Verlegenheit durch partielle Mittel abhelfen, die Regierung dagegen wollte mit dem Ankauf aller Eisenbahnen beginnen und verlangte für diesen Gesetzentwurf die Priorität. Nach zweimaliger zweifelhafter Abstimmung wurde mit 387 gegen 362 Stimmen der Vorschlag der Regierung angenommen.

In der heutigen Sitzung wurde das Gesetz gegen die Zusammenrottungen verhandelt und, trotz den heftigsten Angriffen der Linken, im Hauptartikle angenommen. Der Artikel 1 lautet: Alle bewaffneten und alle jene unbewaffneten Zusammenrottungen auf den Straßen, die die Cirkulation und die öffentliche Ruhe stören könnten, sind verboten. Der zweite Artikel wurde mit Genehmigung der Regierung alsogleich fallen gelassen; der dritte war noch in der Verhandlung, als die Post abging.

Die Stimmenzählung der Nachtragswahlen hat begonnen, sie wird morgen Abend beendigt sein — es läßt sich fast mit Gewißheit annehmen, daß Thiers, Moreau, Changarnier, Emil von Girardin und Cauffidière unter den Gewählten sind. Thiers soll auch noch in drei Departements gewählt sein. Eine ziemliche Anzahl von Wahlzetteln tragen dies Mal den Namen des Prinzen von Joinville, andere, jedoch in geringerer Zahl, den des Grafen von Chambord.

Berthmont ist an Cremieux's Stelle Justizminister geworden.

Der Schlag, den die Regierung durch die jüngste Besetzung des Bureaux der Nationalversammlung erlitt, wirft noch fühlbar nach; der Nationl hat heute einen Artikel, worin er der Regierung sehr deutlich zu verstehen gibt, sie solle sich zurückziehen, da sie offenbar zu schwach und unentschlossen sei. Nun erhält sich das Gerücht von dem Rücktritte Lamartines und Leden-Rollins. Man behauptet sogar, die ganze Exekutivkommission werde abtreten und durch ein Triumvirat, bestehend aus Senard, Marrast und General Cavaignac ersetzt werden. Also jedenfalls mehr eine Wendung nach der Rechten als nach der Linken.

**Paris**, 8. Mai. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ist das Gesetz über die Zusammenrottungen mit 478 gegen 82 Stimmen angenommen worden. Darnach wird jede zusammengerottete Masse aufgefordert, sich zu zerstreuen, und Falls dies nicht geschieht, augenblicklich die bewaffnete Macht angewendet. Die Strafen sind folgende: Bei bewaffneten Zusammenrottungen, wenn sich diese auf die erste Aufforderung zerstreut, eine Gefängnißstrafe von einem Monate bis zu einem Jahre. Hat die bewaffnete Zusammenrottung bei der Nacht Statt gefunden, so ist die Gefängnißstrafe von einem Jahre bis zu drei Jahren. Hat sich die Zusammenrottung erst nach der zweiten Aufforderung und ohne von den Waffen Gebrauch gemacht zu haben, zerstreut, so ist die Strafe von 2 bis 5 Jahren bei Tag, und von 3 bis 6 Jahren bei der Nacht. Hat die Zusammenrottung mit der Gewalt der Waffen zerstreut werden müssen, so ist die Strafe 5 bis 10 Jahre Gefängniß, hat sie Gebrauch von ihren Waffen gemacht, so ist die Strafe von 5 bis 10 Jahren Zuchthaus. Zugleich verlieren die Schuldigen alle ihre bürgerlichen Rechte auf 1 bis 5 Jahre. — Für die unbewaffneten Zusammenrottungen: Wer dieselben nach der zweiten Aufforderung nicht verläßt, wird mit 15 Tagen bis 6 Monaten Gefängniß, wenn die Zusammenrottung mit Gewalt auseinandergesprengt werden mußte, mit Gefängniß von 6 Monaten bis 2 Jahren bestraft. Jeder Aufforderung zu einer Zusammenrottung, mündlich, schriftlich, angeschlagen, ausgetheilt, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft und die Buchdrucker, Lithographen, Zettelträger, die zu diesen Aufrufen wissentlich mitwirkten, werden als Mitschuldige mit der gleichen Strafe belegt. Eine bewaffnete Zusammenrottung endlich ist jede, in der einige oder auch nur ein Individuum sichtbare oder verborgene Waffen tragen.

Das Gesetz fand bei der äußersten Linken natürlich lebhaften, oft stürmischen Widerspruch; in der That ist es in vielen Punkten strenger als frühere Bestimmungen über denselben Punkt, und mußte den Vorwurf „prokonsischer" Gesetzgebung vielfach gegen sich auftragen. Dennoch war die große Majorität der Versammlung dafür; ein Beweis, daß auch bei ganz demokratischen Einrichtungen der Unfug nicht als nothwendiger Zusatz zur Freiheit betrachtet wird und eine Regierung, wenn sie überhaupt regieren will, in der Republik nicht selten zu strengeren Repressivmaßregeln greift als in der Monarchie.

Die Gerüchte von einer Abdankung Lamartines und Ledru Rollins haben sich nicht bestätigt; wohl aber haben Portalis und Landrin, die beiden Prokuratoren, ihre Entlassung wieder zurückgenommen, seit Berthmont Minister ist. Unter den vielen Gerüchten, die jetzt auftauchen, ist das, was der Courier Français bringt, unstreitig das pikanteste; das radikale Blatt versichert, der Prinz von Joinville sei gestern Nachmittag unter falschem Namen in Paris angekommen und verhaftet worden.

Die Stimmenzählung der Pariser Ergänzungswahlen ist noch nicht ganz beendigt, aber es läßt sich bereits mit Gewißheit annehmen, daß folgende 11 Namen (in der Ordnung ihrer erhaltenen Stimmenzahl) als Repräsentanten für Paris proklamirt werden: Cauffidière, Moreau, Goudchaux, Changarnier, Thiers, Pierre Leroux (der Socialist), Victor Hugo, Proudhon (Socialist), Boissel, Lagrange und Thoré. Unter den 11 Wahlen sind somit sechs gemäßigte und fünf radikale. — Louis Bonaparte hat über 60,000 Stimmen, — Emil von Girardin's Erwählung ist noch zweifelhaft. Louis Napoleon wird übrigens in Mans gewählt sein und Thiers ist in Rouen ebenfalls gewählt. Das Gesammtresultat der 28 Departementswahlen wird erst in drei Tagen bekannt sein.

---

## Die gegenwärtige Lage Frankreichs.

* Straßburg, 4. Juni. Wer sich die Lage des Landes denkt, die gänzliche Auflösung der Staatswirthschaft, überall Alles provisorisch, die Gemeindeverwaltung, die Leitung der Departemente, die Gerichte, die Ministerien, und vergleicht damit den Gang und die Thätigkeit der Nationalversammlung, dem möchte wohl manchmal grauen vor dem so nahe möglichen Chaos, der möchte zweifeln, ob bei so zersplitterndem, langsamer Arbeit der alten Ordnung bringenden Behörde je wieder ein Staatshaushalt zu Stande kommen könne. Lange Debatten über die erste provisorische Verwaltung, dann wieder Aufregung bei der Konstituirung der weitern ebenfalls provisorischen Regierung, Diskussionen über Geschäftsordnung, als ob diese Versammlung ewig bleiben sollte, Berichte über die bisherige Verwaltung, die am Ende auf das Eingeständniß endloser Verwirrung hinauslaufen, endlich noch Vorschläge von Mitgliedern, von Nichtmitgliedern, Kriegern, Politikern, Schulmeistern und unruhigen, ehrgeizigen Menschen aller Art, die glauben, die Freiheit der Republik bestehe in der Freiheit über Alles mitzusprechen — Alles Tage, Wochen taubend — in einer Zeit, wo der Augenblick kostbar ist. Daß über die Räthe der Handwerker (pend' hommes) ein Dekret berathen wird, ist ganz in der Ordnung; es gehört diese Institution zu den großen Fragen des Tages, sie hängt mit der Lage der Arbeiter enge zusammen. Allein des Neuen, welches dieses Dekret uns gibt, ist nicht viel; solche Rathsfollegien bestanden schon überall; neu ist nur die Bestimmung, daß künftig diese Kollegien aus Meistern und Gesellen gebildet sein, und zwar zu gleicher Zahl, und daß von jetzt an die letztern die Meister, und diese die Gesellen wählen sollen. Was aber wichtiger ist, die Befugnisse dieser Behörden, insoferne sie nicht bloß eine Art Schiedsgericht sein sollen bei vorkommenden Streitigkeiten zwischen Meistern und Gesellen, sondern ihre Autorität über die Ausübung der Gewerbe selbst, ihre Konkurrenz, das Verhältniß der Handwerker unter sich, mit einem Worte, über alle Zunftgerechtsame, so weit sie noch anwendbar sind, darüber soll später eine Verfügung getroffen werden. So wollte es der Drang der Zeit. Ebenso wurde aus demselben Grunde, und wohl auch, weil die erschöpften Kassen

Digitized by Google

es geboten, die Klage über die Steuer von 45 Centimes und die Ungerechtigkeit, dieselbe auch von den Zusatz-Centimes einzuforbern, abgewiesen, und doch ist es himmelschreiend in einer Gemeinde, einem Departemente, die sich zu wohlthätigen oder nützlichen Zwecken besonders bestwerten, auch noch diese außerordentliche Steuer zu erhoben, da in andern Lokalitäten keine oder nur wenige Zusatz-Centimes aufgelegt worden sind. Die Stadt Hagenau hat z. B. keine solche Besteurung nothwendig, weil das Patrimonialgut der Gemeinde hinreicht, alle Kommunalbedürfnisse zu befriedigen. So oft jetzt der Grundsatz, daß wer schon viel gibt, noch mehr geben soll. Warum aber, wenn Alles so drängt, jetzt das Ehescheidungsgesetz vornehmen, welches gewiß lange und heftige Stürme erregen wird?

Vieles muß der Neuheit der Personen und der Verhältnisse zugeschrieben werden. Die Mitglieder der Kammer kennen sich nicht, daraus folgt Mißtrauen; man weiß nicht, wohin ein Vorschlag führen soll, weil man die Gründe nicht kennt, die ihn hervorgerufen haben. Die Masse der unbekannten Mitglieder ist zu groß, als daß sie sich schon hätten erkennen können, und Mancher erholt sich in seinem Departemente erst Rath, um zu wissen, wie er seinen Nachbar in einer Kommission behandeln soll, oder bittet um Briefe, die ihn bei jenem einführen sollen. Am schnellsten werden jedoch die Kommissionen und Komitées zu richtiger Kenntniß der Personen führen. Das Mißtrauen ist aber natürlich, denn die Revolution hat sonderbare Mischungen auf die Einzelnen gehabt.

So lange die politischen Vereine im Verborgenen arbeiteten, fahen sich alle Mitglieder so ziemlich gleich; der nicht Eingeweihte wußte gar keinen Unterschied, die Eingeweihten aber verdeckten sorgfältig ihre inneren Spaltungen. So ging der redliche Republikaner mit dem Kommunisten, und unter diesen der gutmüthige Schwärmer mit dem, der nur Befriedigung der Genußsucht erwartete. Der 24. Februar hat aber die Schleier alle zerrissen, die geflissentlichen Verhüllungen haben aufgehört: jetzt zeigte sich Jeder wie er war. Wer nicht in dieses Getriebe näher eindlickt, kann sich von dem Einzelnen und dem Gewirre keinen Begriff machen. Denken Sie sich die Hecker'sche Schaar, von Herwegh und den verschiedenen Führern an bis zu schifbrüchigen Studenten und dem bethörten Bauer vom Hanenstein, welche Nuancen in den Begriffen von Freiheit und Staat! So ungeführ sah es wohl überall aus, wie wir aus der trefflichen Schrift: Ueber die geheimen deutschen Verbindungen in der Schweiz seit 1833 (Aarau 1847), sehen; ein gemeinsames Band gegen Außen einigte die widersprechendsten Theorien und nährte die abweichendsten Hoffnungen. Der Sieg in Frankreich, die Erfahrungen, welche er in drei Monaten gebracht, die Oeffentlichkeit, welche Jedem gestattet, die innersten Falten des Herzens aufzudecken, haben aber zur Scheidung unter den ehemaligen Genossen derselben Verbindung geführt. Unendlich Viele sind mit dem Errungenen zufrieden und stellen sich selbst jetzt als Damm dem Alles zerstörenden Ansturm aller Freunde entgegen. Freilich wollen sie schonen, aber zuletzt können sie es nicht immer, und werden als Abtrünnige verurtheilt, während die Konservativen sie willig in ihre Reihen aufnehmen. Hierin liegt die tiefere Lösung manches Räthsels, welches Personen und Fakten darbieten. Der Abfall hat aber nicht erst seit der Revolution Statt gefunden; er ist nur die Folge eines Zwiespalts, der schon älter ist, der vielleicht immer bestanden hat. Nehmen wir noch hinzu, daß Manchyr an Steellen geraten worden, welchen er gar nicht gewachsen war, wie Emile Thomas, der, vielleicht 36 Jahre alt, ein Ministerium hatte über 150,000 Arbeiter und täglich über beinahe 200,000 Fr. verfügte! Louis Blanc, der auf einmal Gott schlagen konnte, so viel er wollte, und in Staus und Brand in wenigen Wochen an 200,000 Fr. verprafte!

Bei der Krankheit in Zeit, die einer oft schmählichen Philanthropie huldigt, nur das augenblickliche Weh zu stillen bemüht ist, aber sich nicht stark genug fühlt, aus dem Grund das Uebel zu heben, wußte man sich die großen Prüfungen gefallen lassen, bis man zur Entäußerung kommen und diese öffentlich bekennen konnte. Die Unfähigkeit jenes Thomas war schon länger bekannt; ihm selbst bebte das Herz bei seiner großen Verantwortlichkeit, aber er wagte es nicht, seine Rathlosigkeit einzugestehen. Endlich zwischen Thür und Angel gestellt, als man ihn fragte, warum seine Schätzlinge sich keiner Kontrole unterwerfen wollen, warum sie die Inspektoren des kräftigen Ministers der öffentlichen Arbeiten, Trelat, nicht zulassen wollen, gestebt er, daß er für sein eigenes Leben bange, und nimmt die Mission nach Bordeaux an, die ihn aber wohl über das Meer führen wird, weil er auch dort vor der Rache der Douviers nicht sicher schein. Lesen Sie den trefflichen, noch immer humanen Rapport des Ministers über die Arbeiter und die Nothwendigkeit, dieselben strenge zu überwachen, wenn Frankreich nicht zuletzt lauter Faulenzer füttern will, und Sie werden sich überzeugen, daß es hohe Zeit war, einzuschreiten, daß aber nur noch ein Verkrächer an eine solche Lösung der socialistischen Träume denken kann. Gewiß, das Schicksal der Arbeiter ist eine heilige Sache, aber auf dem eingeschlagenen Weg ist kein Heil zu finden. Die Lösung dieser Frage ist schwieriger, als die Leute geglaubt haben, die meinten, mit einem täglichen Geld in die Staatskasse sei Alles gethan. Wenn aber Frankreich und wohl auch die Nachbarländer damit jene Ueberzeugung erkauft haben, so kann der immerhin hohe Preis doch nicht als zu hoch angeschlagen werden. Ebenso gehen wir jetzt einer andern Enttäuschung entgegen, daß nämlich der Reiche allein besteuert werden müsse, oder wir es jetzt geschieht, der Besitzende die Staatslasten allein tragen solle. Diese Maßregel fällt schwerer auf die arbeitenden Klassen zurück, als die jetzt ihr Antheil an den Steuern gewesen. Die dadurch hervorgeführten Einschränkungen, welche sich der Besitzende anlegt, auferlegen muß, führen zu einer Arbeitslosigkeit, wie wir sie noch nicht erlebt haben.

## Italien.

Verona, 4. Juni. Beschiera soll nun also doch in die Hände des Feindes gefallen sein! Der Hunger hat es bezwungen. Die versuchte Proviantirung vom See her ist mißlungen nicht gelungen! Aber warum geschah gar Nichts zu seinem Entsatze auf der Landseite? Hatte der Feldherr sie ganz vergessen? Diese arme Festung war über sechs Wochen aufs Aengste eingeschlossen und wehrte sich gegen zwei Feinde, den auswärtigen und den Hunger, mit einem Muthe und einer Ausdauer, die allgemeines Staunen erweckten. Da bekommt der Feldherr Verstärkungen — und sieht, nachdem sie früher ganz unnützerweise zur Bicenze einige Eindupe an Zeit und Menschenleben erlitten — in die weite Welt, nur dahin nicht, wo der Kern der feindlichen Macht stund, und wo seine Hilfe am nöthigsten gewesen wäre! Seit dem, übrigens rühmlichen, Treffen am Curtatone wurde Nichts mehr von ihm gehört. (Allg. Z.)

## Nachschrift.

Die Börsenhalle berichtet: Nach zuverlässigen Berichten ist Folgendes der Verlauf und das Resultat eines neuerlich gelieferten Treffens im Sundewitschen vom 5. d. M.: „Ulderup (Dorf zwischen Sonderburg und Apenrade), den 6. Juni, 1 Uhr Mittags. Behufs der Feier des Geburtsfestes des Königs von Hannover sollte sich das gesammte Korps am 5. Juni, 9 Uhr Morgens, in der Gegend von Holbüll sammeln; zu diesem Zwecke rückten ungefähr um 6 Uhr Morgens die Preußen aus Flensburg und der General v. Wrangel verließ um 7 Uhr die Stadt, in der Absicht, um 5 Uhr Abends deselben Tages von gedachter Feier zurückzukehren. Statt seiner traf aber gegen 6 Uhr die Meldung ein, daß auch der Feind sich ein sehr bedeutendes Gefecht gegen die Dänen entsponnen habe. Dänische Patrouillen hatten sich in der Nähe von Gravenstein gezeigt und war dem General von Wrangel die Meldung bereits zugegangen, daß die Dänen mit bedeutenden Streitkräften gelandet seien, und sich in der Gegend von Düppel zum Kampfe aufgestellt hätten. Hier führte Hr. v. Wrangel das Bundeskorps dem Feinde entgegen. Das Gefecht war sehr blutig und bedeutender als das bei Schleswig. Die feindlichen Truppen werden auf 16,000 Mann geschätzt, soulagirt von einer Unzahl von Kanonenbötten. 5 Bataillone der Hannoveraner haben den ersten Angriff muthig ausgehalten, jedoch sehr bedeutenden Verlust erlitten. Erst gegen Abend sind unsere preuß. Truppen ins Feuer geführt und haben solche so tapfer und heldenmüthig geschlagen, daß die Dänen sich bereits vollständig nach Sonderburg zurückgezogen haben. Das Füsilierbataillon des 31. preußischen Regiments hat zwei Kanonenbötte der Dänen vollständig desarmirt, indem die darauf befindlich gewesenen 120 Mann Dänen durch die gut gezielten Schüsse unserer Truppen sämmtlich getödtet sind. Die Zahl unserer Gefallenen kennt man noch nicht, ebensowenig den Verlust der Dänen, welcher aber sehr bedeutend sein muß, weil nicht Wagen genug von unserer Seite zu beschaffen sind, um die eroberten dänischen Waffen und Montirungsgegenstände zu transportiren. — Am 5. Juni Abends und 6. Juni ganz früh waren 100 schwer Verwundete in Flensburg eingebracht. (Nach andern Berichten vom 6. beläuft sich die Zahl der in Flensburg eingebrachten Verwundeten im Ganzen auf 200, zu deren Aufnahme das Harmoniegebäude eingerichtet worden ist.)

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Boyd, 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordafrika bittet man sich in Straßburg Nr. 20 Grand'e, Poste Nr. 20 Notre Dame du Bourg.

Die Zeitung erscheint wöchentlich dreimal: Sonntag, Dienstag und Donnerstag. Der Preis beträgt vierteljährig in Heidelberg 1 fl. 30 kr., durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1. 30 kr. Für Ausländer durch die Post unter Kreuzband 2 fl. 12. 30 kr. Für Engländer durch den Buchhandel in London 10 Schilling. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordafrika 7 fr. (3 Sgr.).

# Deutsche Zeitung.

№ 164. Heidelberg, Mittwoch 14. Juni. 1848.

## Uebersicht.

Deutschlands gewerbliche Frage. II. Mißverhältniß zwischen der erzeugenden und dienstleistenden Klasse. — Wien (Deputationen aus Prag und Grätz. Ein leitendes Wahlkomite gebildet. Kaisergelage der Kamarilla. Graf Stadion. Die Verhältnisse der Arbeiter). — Innsbruck (die Erbhuldigung. Graf Stadion. Bällerien des Erzherzogs Johann. Heiligkeit des Barons Welden im Venetianischen. Radetzky nach Verona). — Triest (Schüsse gegen die feindliche Flotte). — Berlin (die Sitzung vom 9. Juni. Der Scherer'sche Vorschlag verwerfen und die motivirte Tagesordnung angenommen. Die Vorfälle am 9. Juni. Insulten gegen Minister Arnim). — Breslau (fortdauernde Anarchie). — Münden (Dr. Wilkin). — Hannover (Abgeordnete der Bundesversammlung). — Mannheim (eine Verdächtigung Welcker's). — Darmstadt (die friedliche Reform). — Darmstadt (Unruhen in Offenbach). — Mainz (Beschluß der preußischen Garnison. Hochdeutsche Versammlung). — Rudolf Dessau (Verfassungsentwurf). — Altona (Nachrichten vom Kriegsschauplatz). — Schleswig (die prov. Regierung und der dänische Krieg. Der tägliche Zug der Dänischen Freiheers und dänisches Gesindel am Waffenstillstand abgeschlagen. Armeebefehl Wrangels). — Hamburg (Bekanntmachung der Marinekommission). — Lübeck (Zusammenkunft der Könige von Dänemark und Schweden). — Frankfurt (die Unzulässigkeit der Wahl Hecker's. Nachlese auf die jüngsten Verhandlungen der Nationalversammlung. Gagerns zu große Nachsicht gegen die Galleries. Der Verfassungsentwurf hebt die politischen Standesvorrechte auf).

Niederland. Haag. Das Monument Wilhelms I. Das Finanzministerium. Schiffsunfuhr.

Großbritannien. London. Verhaftung der Chartistenhäuptler. Die Lage in Irland. Gericht von einem Aufstande in Cahore.

Frankreich. Paris. Eindruck der Wahlen. Fortgang der Reaktion. Lamartines Einfluß ist im Abnehmen. Tollheiten der Ultras.

Italien. Das Gerücht von der Ermordung des Königs von Neapel bestätigt sich nicht. Anschlag der Londner bei an Piemont. Abgeordnete des Papstes nach Innsbruck.

Ungarn. Pesth. Botschaft nach Innsbruck. Lemberg. Graf Franz v. Stadion.

## Heidelberg, 13. Juni.

Während England an seiner im gewerblichen Leben zu weit getriebenen Theilung der Arbeit, welche es die leisesten ungünstigen Veränderungen im Absatz seiner Erzeugnisse aufs Empfindlichste fühlen läßt, eine gleichsam nervöse Ueberreizbeit in sich trägt, die oft zu der gänzlichen Abspannung von Handelskräften führt; Frankreich durch sein übermäßiges Schutzsystem neben der Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse eine so unnatürliche Industrie in sich hat ernstlichen lassen, daß es mit wenigen Ausnahmen ihre Erzeugnisse nicht ohne den goldgestickten Mantel der Ausfuhrprämien auf das rauhe offene Meer zu bringen vermag; leidet Deutschland, wenn wir vorläufig von seinen mangelhaften wirthschaftlichen Einrichtungen absehen, hauptsächlich an dem übergrossen Mißverhältniß, in welchem die verzehrenden Klassen zu der erzeugenden Bevölkerung bei ihm stehen. Es mag immerhin ganz wahr sein, daß die staatliche Zerrissenheit viel zu unserer geistigen Blüthe und durchgreifenden Volksbildung beigetragen hat, obgleich wohl schwerlich wird bewiesen werden können, daß in geschlossener politischen Einigung der Genius des deutschen Volkes nicht auch einen Göthe und Hegel hervorgedrecht hätte; dagegen wird auf der andern Seite sicher Niemand es in Abrede stellen, wenn die Nationalökonomie, welche, ergriffen von dem Anblick der hungernden Armuth, sich selbst um den Musenhof von Weimar und Odenburg nicht kümmert, weil leider der Werth der höchsten Geistesproduckte wegen des bösen Nachdrucks im Auslande gleich Null ist, ohne Zugeständnisse hart behauptet, daß das Meiste von unserm materiellen Elend unmittelbar oder mittelbar dem Achtundreißigstaatenthum Schuld gegeben werden muß. Wo es sich um die Parcellirung von Grundstücken handelt, ist es zwar bis zu einer gewissen Grenze hin ein auf vielfache Erfahrung gestützter, unbestreitbarer Satz, daß trotz des größeren Aufwandes an Bauten und Werkzeugen wegen der Möglichkeit genauerer Uebersicht kleinere Wirthschaften ein und demselben Boden mehr Erzeugnisse abzugewinnen vermögen, als eine einzige Gesammtwirthschaftung; und selbst hier entscheidet in zweifelhaften Fällen das Urtheil manchmal nach dem Bewußtsein, daß das mäßige Glück vieler Familien dem Ueberfluße einer Herrschaft vorzuziehen sei; bei einem Kleinstaatensystem verhält sich jedoch die Sache ganz anders. Wenn nämlich bei einem zertheilten Gute die Arbeit des bisherigen Administrators des Ganzen, je nach den Naturen nun auf die einzelnen Bächter übergeht, so bildet bei ihrem Gewinne der profit of undertaker den kleineren Theil, das Meiste besetzt neben der Kapitalnutzung aus der Belohnung der selbstanzuwendenden Arbeit — sie sind nur die selbständig gewordenen Kräfte des Gutsherrn und verdanken ihre nunmehrige bessere Existenz dem Ueberschuß der eigenen erhöhten Betriebsamkeit. Eine Regierung aber wächst nicht mit ihrer Getheiltheit auch zugleich an Rüstigkeit; zwei Länder von je hundert Quadratmeilen, welche jedes hundert Beamte zu ihrer Verwaltung gebraucht haben, bedürfen nach ihrer Verschmelzung bei ganz gleichen Ansprüchen an das Gouvernement nur höchstens hundert und fünfzig Angestellte zur Besorgung der nöthigen Geschäfte, ersparen somit nicht nur die sämmtlichen Unterhaltungskosten der fünfzig jetzt überflüssig gewordenen Staatsdiener, sondern gewinnen überdies an denselben eine Vermehrung ihrer productiven Arbeitskräfte; da wir es für jetzt noch ganz außer Acht lassen wollen, daß beide Länder sich in ihrer Getrennthеit vielleicht außerdem durch ihre feindseligen Zollverwaltungen gegenseitig bedeutend beeinträchtigt haben oder nach ihrer Vereinigung erst im Stande sind, große Transporterleichterungen und sonstige Produktionsbegünstigungen vorzunehmen. Hat man die Folgerungen dieser einfachen Sätze erst einmal scharf gezogen und hält dieselben dann an die bisherige politische Gestaltung Deutschlands mit ihren Herren von Staatsdienern hinan, so wird man, selbst abgesehen von den andern später zu entwickelnden, sich ebenso mächtig eingreifenden Verhältnissen und Zuständen es rasch einsehen, wie es möglich ist, daß selbst auf einem Boden wie der unserige, bei einer Bevölkerung von kaum vierzig Millionen Seelen eine Nahrungslosigkeit entstanden ist, welche jährlich Tausende von redlichen Bürgern ins Ausland treibt und selbst Fälle von unläugbarem Hungertode vorkommen läßt. Es bedarf dann gar nicht mehr eines solchen genauen Nachweises, wie wir ihn in den „Würtembergischen Briefen" finden, daß dieses kleine Königthum 800,000 Gulden allein für eine Vertretung nach Außen aufbringen muß, welche bis dato demselben noch für keinen Heller Nutzen geschafft hat; es liegt zu sonnenklar vor Aller Augen, daß selbst bei der reichsten Civilliste und dem glänzendsten Hofstaate ein Kaiserthum mit einem Ministerium, einer Heeresverwaltung, einem Gesandtschafts- und Konsularsystem, einer Postverwaltung u. s. w. bei weit größerer Wirksamkeit für das Gesammtwohl dem deutschen Lande kaum auf die Hälfte der Summe zu stehen kommt, welche es gegenwärtig für seine staatlichen Einrichtungen auszugeben gezwungen ist; und mit dieser ersparten Hälfte können wir dann zur Linderung der Noth in den einzelnen Klassen der Gesellschaft mehr ausrichten, wie mit allen Theorien über die Organisation der Arbeit. In einem Jahre freilich werden sich in dieser Hinsicht die Früchte von Deutschlands Einigung wohl schwerlich schon zeigen. Der Uebergang nämlich von einer Erwerbsweise zur andern, welcher selbst bei den Fabrikarbeitern schon mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, wenn ihn ein neuerfundener Selfacter in seinem betriebenen Arbeitszweige überflüssig macht, ist bei unserem bisherigen Beamtenstande geradezu unmöglich. Denn eines Theils ist das Schreiberleben von allen andern Erstenzarten zu verschieden, als daß unter hunderten gehn selbst bei dem besten Willen im Stande wären, ihr Pult zu verlassen und als Kaufleute, Fabrikanten oder Landleute sich mit Erfolg zu setzen; andern Theils aber haben die Meisten von ihnen das Geldkapital, welches ihnen ursprünglich eigen war, auf die Erlangung von Fähigkeiten gewendet, von deren Gebrauchswerth das fürdere Dasein desselben allein abhängt, so daß wohl bei Wenigsten im Stande sind, zur

Digitized by Google

**Verwerthung** anderer körperlichen oder geistigen Kräfte materielle Vortheile, sei es an Werkzeugen oder neuen Gebäuden, zu machen. Mithin ist das Land gewonnen, wenn es nicht mit einem Schlage ein durch seine Halbbildung und vorgeschobene Verwendung für alle Ruhe und Ordnung sehr gefährliches Proletariat hervorrufen will, nicht nur die durch die Vereinigung und das ausgebildetere Self-government numerisch überflüssig gewordenen Beamten bis zu ihrem Tode, wenn auch auf halbe Löhnung, zu ernähren, sondern auch noch außerdem an die Stelle der für die neue Zeit geradezu Untauglichen Andere zu besolden, welche den veränderten Verhältnissen an Wissen und Charakter besser genügen. Allein dieser Mehraufwand ist nicht nur vorübergehend, sondern auch zugleich mit der staatlichen Vereinigung Deutschlands wird durch die bessern nationalökonomischen und handelspolitischen Institute die Steuerkraft der Nation sich in Kurzem so heben, daß noch vor dem Aussterben jener Pensionäre bei gleichem Fortschritt der Bevölkerungsausdehnung sich schon halb ein Ueberschuß an Nationalkapital bemerkstellen wird, wenn nicht etwa vorher blutige Kriege den Wohlstand auf lange zerstören oder im innern Kampfe eine Partei ans Ruder gelangt, welche à la Barbès durch Aufschreibung einer Milliarde Franken in einem Jahr einen Stock vernichtet, zu dessen Erschaffung Jahrzehnde nöthig gewesen.

**Oesterreich.** Wien, 5. Juni. Bei unsern Staats- und Stadtbauten ist der Andrang der Arbeitsuchenden groß. Da der Tagelohn von 25 Kreuzern bedeutend ist, so verlassen auch die Fabrikarbeiter ihren Dienst und gehen zu der Staatsbeschäftigung über, wo sie mehr verdienen und weniger zu arbeiten haben; auch wird vielfach sehr wenig gearbeitet, während täglich über 5000 Arbeiten an Tagelohn bezahlt werden. Wenn man bei solchen Zuständen natürlich Besorgnisse für die Zukunft hegen. Die Arbeiter wollen auch für die Tage, an welchen sie nicht arbeiten, für die Sonn- und Festtage, ihren Tagelohn haben, es ist ihnen dies jedoch nur für einen einzigen Tag, den Himmelfahrtstag, gewährt worden. (B. N.)

Privatbriefe aus Innsbruck verschern, daß seit der Ankunft des Ministers Wessenberg die reaktionäre Kamarilla gänzlich gelähmt sei, und auch der Einwirkung des volksfreundlichen Erzherzogs Johann kein Hinderniß mehr entgegenstehe. Auch wird gemeldet, daß Se. Maj. noch vor Eröffnung des Reichstages zurückzukehren gedenke. — Graf Stadion reist morgen nach Innsbruck ab. Er soll sich entschieden für den Festbestand der Ministerium Pillersdorf ausgesprochen haben und den Grundsatz anerkennen, daß es nur dem Reichstage anheimzustellen sei, ob ein neues aus seinem Schooße hervorgehendes Ministerium gebildet, oder das gegenwärtige durch Männer des allgemeinen Vertrauens ergänzt werden soll. (A. Oest. Z.)

Wien, 7. Juni. Man schreibt der Allg. Z.: Eine heute aus Prag angelangte Deputation der dortigen Universität widerlegt viele über den Zustand dieser Stadt verbreitete täuschende Gerüchte, wie dies schon früher vom Ministerium officiell geschah. Es geht aus ihren und andern Berichten hervor, daß die Kluft zwischen Czechenthum und Deutschthum keineswegs eine unüberbrückliche ist, und eben auch nur durch hellsehe Zwischenträgereien vergrößert wurde. Das heute veröffentlichte ministerielle Circular über die Vornahme der Wahlen enthält hierüber sehr wohlthätige Andeutungen. In Beziehung auf Wien und die ganze Provinz wurde in der gestrigen Abendsitzung des Sicherheitsausschusses der Antrag gestellt, sich zu einem leitenden Wahlkomité zu konstituiren. Wie die Dinge jetzt stehen, bedarf es noch solcher Leitung von Seite Wohlgesinnter, um die Einmischung Unberufener zu verhindern. In der nämlichen Sitzung wurde beschlossen den Geistlichen die Einmengung der Politik in ihre Vorträge zu wehren. Eine Größer Deputation hatte eine Riesenadresse mit vielen tausend Unterschriften überreicht, die ihren innigsten Anschluß an die Errungenschaften der Wiener an den Tag legte. Der Sprecher der Deputation gab die Versicherung, daß, wenn die Wiener je in die Gelegenheit kommen sollten, ihre Hilfe in Anspruch zu nehmen, 30,000 bewaffnete Steyrer in Bereitschaft ständen, ihnen Beistand zu leisten. Diese Aeußerung ward mit stürmischem Beifall auf den Gallerien aufgenommen. Dieselben Gesinnungen wollen auf dem Lande in Nieder- und Oberösterreich vor. Der neulich von Wien nach Innsbruck abgegangenen Deputation haben sich Abgeordnete aus Krems, Stein und St. Pölten angeschlossen.

Innsbruck, 8. Juni. Achtes Bülletin. Laut eben eingelangter offiziellen Berichte des Feldmarschallieutenants Baron Welden — und des Schützenkommandos im Pusterthal — sind auch Bassano und Feltre von unsern Truppen besetzt und die Strada d'Allemagna eröffnet worden. Feldmarschallieutenant Baron Welden liefert hierüber so wie über die sonstigen von ihm seit 1. d. M. im Venezianischen erwirkten Vortheile — aus seinem Hauptquartier Conegliano am 5. d. M. Details (die wir morgen nachtragen). Vom Feldmarschall Grafen Radetzky erhielt Ich aus seinem Hauptquartier Sanguinetto am 5. d. M. die Mittheilung, daß er sich entschlossen habe, bis zur Fortsetzung seiner offensiven Bewegungen am Mincio zur Bewinnung von Verona zu schreiten und sich daher dahin in Marsch gesetzt habe. Erzherzog Johann mpr.

Innsbruck, 9. Juni. Die Erzherzoge Albrecht und Wilhelm sind noch gestern Nachmittag wieder zur Armee abgegangen. Erzherzog Franz Joseph dingegen ist gestern von Verona hier angekommen und geht demnächst nach Prag. Die Ankunft des Grafen Stadion wird jeden Augenblick hier erwartet.

Triest, 7. Juni. Aus dem Postskriptum des heutigen Journals des Oest. Lloyd ersehen Sie, daß wir in der letzten Nacht zwar kein Bombardement — denn die feindlichen Geschütze erwiderten die Schüsse nicht — aber wohl eine Kanonade hatten. Ungefähr 50 Kugeln wurden den Schiffen entgegengesendet, welche sich in den Hafen ziehen wollten. Nachträglich hören wir, daß eines der feindlichen Dampfboote sehr übel zugerichtet ist, ein zweites und eine Fregatte mehr oder weniger gelitten haben. Ein päpstliches Küstenfahrzeug, welches in der Nacht auslaufen wollte, wurde ebenfalls beschossen und sein Takelwerk von den Kugeln weggerissen. (Allg. Z.)

**Preußen.** ☽ Berlin, 9. Juni. In der heutigen sehr bewegten Sitzung unserer Landtags wurde die gestern abgebrochene Berhandlung über den Behrends'schen Antrag (in Anerkennung der Revolution zu erklären, daß sich die Kämpfer des 16. und 19. März um das Vaterland verdient gemacht haben) wieder aufgenommen. Ein Jeder fühlte die Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung, und daß es sich heute vielleicht um das Bestehen des Ministeriums und weiter: um die Erhaltung des Friedens zwischen den schon hart gegen einander gerathenen Partien handle. Nach einigen die Auslegung der Geschäftsordnung betreffenden Verhandlungen schritt man zur Berathung des von Zacharia gemachten Abänderungsvorschlages, welcher lautete: es möge die Versammlung — in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der Märzereignisse, denen wir in Verbindung mit der königlichen Zustimmung den gegenwärtigen Zustand unsers öffentlichen Rechts verdanken, und das Verdienst der Märzkämpfer unbestritten ist, in Erwägung ferner, daß es nicht in dem Beruf der Versammlung liegt, Urtheile abzugeben, sondern die künftige Verfassung mit der Krone zu vereinbaren — zur Tagesordnung übergehen. Es sucht dieser Antrag ebenso der Märzrevolution die ganz gesetzliche Bedeutung zu wahren, wie er der heldenmüthigen Opfer des Kampfes in dankbarer Erinnerung gedenkt, ohne deßhalb formell, wie dies bei dem Antrage von Behrends der Fall ist, sich an Beispiele von fremden Revolutionen anzuschließen und ohne unsere Geschichte in das Schema einer hohlen Doktrin einzuzwängen. Dennoch ist er vielleicht nicht präcis genug gestellt und erhält daher, wenn auch von der Rechten und aus dem Centrum warme, und man muß es anerkennen, gründlich gebildete Vertheidiger für ihn in die Schranken treten, nicht denjenigen Beifall, daß zu seiner Entscheidung die einzelnen Parteien sich in ihren natürlichen Vereinigungen zusammenfinden. Vielmehr sind Ueberläufer von der Rechten, die, von der Unzweckmäßigkeit des Abänderungsvorschlages überzeugt, es vorzogen, den Behrends'schen Antrag zu ändern. Dadurch wurde es möglich, daß sich der Rechten zu stimmen, nicht stehen. System aus Berlin ist für das Amendement. Er erkennt an, daß Fälle der politischen Nothwehr mit der Nothwendigkeit eines Naturerzeugnisses eintreten können, wo der Einzelne einen völlig sittlichen Zweck mit unsittlichen Mitteln zu erreichen sucht. Aber wolle die Versammlung das Princip der Revolution anerkennen, wie es der Antrag von Behrends mit sich bringe, so stelle sie sich damit auf den Boden der Revolution. In dem Antrage sei dies Princip in Verbindung gebracht mit populären Erinnerungen, und deßhalb würde er, eben des dem Antrage anhängenden verfänglichen und gemischten Charakters wegen, keineswegs zu einer Entscheidung führen, sondern dem Vaterlande nur Sorgen und Niederdrückung bereiten. Plömis ist ebenfalls für das Amendement. Wir legen, sagt er, keinen frischen Kranz auf den Grabhügel der Gefallenen, schlitten durch eine so getheilte Abstimmung keine reife Frucht vom Baume der Erkenntniß. Ebenso ist von Daniels (Berlin), Reichensperger (Koblenz), Prediger Jonas (Berlin) für das Amendement. Hansemann findet es im Gegentheile zu einem führenden Redner der Würde der Versammlung für angemessen, zur motivirten Tagesordnung überzugehen. Die Entscheidung zu Gunsten des Behrends'schen Antrages obzugeben, hieße den Zankapfel in das Land werfen.

Digitized by Google

Der Polizeipräsident würde bei der Adreßberathung durchgesprochen sein. Man solle das Elend im Lande bedenken; überall herrsche Arbeitslosigkeit, und das Vertrauen würde nicht eher zurückkehren, bevor nicht unsere staatsrechtlichen Zustände geordnet und gesichert wären. Dazu möchten sich alle Hände vereinigen. Er beschwöre die Versammlung, die Eintracht zwischen Volk und Heer — unser Heer sei auch Volk — zu befördern; auf unserem Heere ruhe jetzt Preußens und Deutschlands Sicherheit und ganze Zukunft. In solchem Augenblicke Prinzipienentscheidungen abzugehen, durch welche nicht das Vertrauen gestärkt, sondern der Same der Zwietracht gesäet werde, halte er nicht für rathsam; denn die erste Pflicht der Versammlung sei, das Wohl des Landes in friedlicher Ordnung zu sichern. Lebhaftes behauptet, daß die Zwietracht durch eine seinem Antrage entgegenstehende Entscheidung hervorgerufen werde; das Schwanken des Ministeriums zwischen Alten und Neuem erzeuge Mißtrauen. — Bei der Abstimmung, welche durch Namensaufruf vorgenommen wird, ergeben sich 196 Stimmen für den Abänderungsvorschlag von Zachariä (unter ihnen Sydow, Jonas Brdr., Staatsminister v. Schön, Bauer) 177 dagegen (unter diesen Jonas Revis.-M., auch Präs. Milde, der für heute dem Vorsitz an Waldeck abgetreten hatte). Wollte man also die Frage, was allerdings auch unserer Ansicht nach das falsch wäre, als eine ministerielle ansehen, so würden nur 19 Stimmen für die Minister gewesen sein. Nach diesen etwas erfolgreichen Berhandlungen ging man noch zu einigen Interpellationen über. Zunächst fragte Rodbertus an, ob es wahr sei, daß hänsiche Schiffe gegenwärtig ungehindert in den übrigen deutschen Häfen außer den preußischen und mecklenburgischen verkehren dürften und schloß daran, als der Minister diese Thatsache zum großen Theil leicht bestätigen mußte, den Antrag, in dieser Angelegenheit eine Adresse an die Versammlung in Frankfurt zu richten. (Angenommen). Reichensperger interpellirte die Minister wegen des allgemein verbreiteten Gerüchtes, daß Preußen in einer Note an Weimar als Gegengewicht gegen die Frankfurter Versammlung die möglichst zahlreiche Zusammenberufung der einzelnen Landtage empfohlen habe. Der Min. des Kultus. v. Arnim erklärte, daß es an der Zeit sei, sich mit aller Derbheit gegen die klägenhafte Verleumdung zu erklären, als habe Preußen sich eines Verrathes an Deutschland schuldig gemacht. Derselbe habe Nichts zu verheimlichen und könne ruhig offen und mit gutem Gewissen auftreten. Er, der Minister, sei bereit, die betreffenden Aktenstücke, darunter namentlich zwei Briefe an den preuß. Bundestagsgesandten vom 31. Mai und 1. Juni, auf dem Bureau der Versammlung zur Ansicht für Jedermann niederzulegen, um sich daraus von dem Ungrunde jener Verleumdungen zu überzeugen.

v Berlin, 9. Juni. Ich muß Ihnen doch noch heute Abend ein Bild der politischen Aufritte geben, die wir so eben erlebt haben. So wenig erfreulich die Scene war, so charakteristisch und lehrreich war sie; Frankfurt jedoch wird sich hoffentlich kein Beispiel daran nehmen, sobald es nur einmal Reichsminister gibt, welche selbständige Ueberzeugung haben und zu vertreten wagen. — Nach dem Schluß der heutigen Landtagssitzung, in welcher die Minister eine Majorität von 19 Stimmen gegen den Behrendschen Antrag (Anerkennung der Revolution vom 18. März) erhalten hatten, befand ich mich vor dem Sitzungssaal, als der Minister des Auswärtigen, Hr. v. Arnim, eben aus demselben heraustrat. Aus der versammelten Menge eilten Einige auf ihn zu und schienen ihn zu befragen; wenigstens glaubte ich seine Antwort zu verstehen: „daß man das ja bald genug authentisch erfahren würde, und er nicht auf der Straße darüber Rechenschaft zu geben habe.“ Da die Masse sich mehr und mehr um ihn drängte, und viele drohende Aeußerungen aus derselben fielen über die Versammlung und die Minister, auch geballte Fäuste und geschwungene Stöcke sichtbar wurden, so suchte ich mit einigen Andern in seine Nähe zu kommen, um ihn gegen Gefahr zu schützen; ich hörte ihn bei der Gelegenheit noch auf heftige Beschuldigungen gegen die Versammlung erwidern: „Wenn Ihr die Majorität Eurer eigenen Vertreter nicht achtet, so seid Ihr der Freiheit nicht werth.“ Von einer immer dichter sich drängenden Masse umwogt, gelangten wir so durch das kleine — jedem, der in Berlin kutirt hat, wohlbekannte Kastanienwäldchen bis gegen die Universität hin — nicht ohne tüchtig gedrängt und gestoßen zu werden, und nicht ohne Sorge vor Schlimmerem, denn die Menge hatte in der That einen ziemlich brutalen Charakter, der mich an den manchmal genossenen noch unsere guten Bruders John Bull erinnerte. Es war doch ermuthigt genug, als die Studenten aus der Universität heraus und entgegenkamen, um den Minister aus den Händen der Masse zu befreien, welche indeß bisemal der akademischen Jugend nicht so rasch wie wohl sonst Schonsam leistete, sondern sehr ernsthaft erklärte, den Minister als Gefangenen behalten und nicht in die Universität hinein lassen zu wollen. Indeß mit einiger Anstrengung gelang es den Studenten doch, ihn hineinzuführen, ohne daß ihm etwas Schlimmeres widerfahren wäre, als Drängen und Drohungen, und ohne daß der Minister für nöthig gefunden hätte, seine Cigarre ausgehen zu lassen. Wir gelang es, mit hinein zu kommen und and bis in die Aula vorzudringen, wo der Minister einige Worte an die Akademiker richtete, in welchen er sein Bedauern aussprach, daß das Volk in eine aus so durchaus freisinnigen Urwahlen hervorgegangene Versammlung so wenig Vertrauen setze, und an den üblen Eindruck erinnerte, den solche Scenen im Auslande machen müßten; er sie seine Person würde lieber Alles erdulden, als lieber in Stücke reißen lassen, ehe er von der rohen Gewalt des Pöbels sich irgend Etwas wider seine Ueberzeugung abdrohen ließe. Diese Erklärungen wurden von den zahlreich versammelten Studenten sehr gut aufgenommen. Inzwischen waren auch mehrere Deputirte herbeigekommen, unter Andern bemerkte ich die Herren Behrends (den Antragsteller, dessen Motion diesen Sturm herbeigeführt hatte) und den Assessor Jung, die auch zu den Versammelten sprachen. Letztere namentlich sagte, mit tiefem Schmerz spreche er von dem eben vorgefallenen Excß; wenn die Gegner der Freiheit behauptet hätten, das Volk sei nicht reif für die Freiheit, so habe man ihnen bisher mit Recht entgegnen können, das Volk stehe auf einer höheren Stufe der Bildung; es sei nicht mehr der rohe brutale Pöbel, wie in früheren Zeiten der Knechtschaft; was solle man aber jetzt noch solchen Scenen sagen? und wie würden dieselben von der reaktionären Partei ausgebeutet werden! — Während noch mancherlei hin und her geredet wurde, hatte sich denn doch die Volksmasse so ziemlich verlaufen; und als der allgemein verehrte Rektor Müller den Minister zu einem herbeigeholten Wagen führte, war es vollkommen ruhig auf der Straße. Nachher soll die Bürgerwehr auch den Platz hinter der Universität von der Volksmasse gesäubert haben. Von einem Deputirten hörte ich noch einige wunderliche Züge: man hatte ihn beim Herausgehen ebenfalls umdrängt und gefragt, wo denn die Minister seien? und als er geantwortet: er habe nur den Minister des Auswärtigen schon vor dem Schluß der Sitzung hinausgehen sehen — gerufen: „den haben wir schon; den halten wir fest; wo sind die Andern? wir müssen auch die andern haben!“ — Sollte die Sache wirklich ein Haar zusammengesetzt gehabt haben, in der ausdrücklichen Absicht, die Minister zu fangen und wenigstens zu versuchen, sie zu Zugeständnissen zu zwingen? Die „Andern“ nun, nach denen man verlangte, haben, wie ich nachher erfahren, ohne besondere Belästigung die Singakademie verlassen, während der versammelte Haufe mit Hrn. v. Arnim beschäftigt war. Doch sollen einige derselben ebenfalls in Gefahr gewesen sein, angehalten zu werden, und nur vermittelst Droschken und Hinterthüren einer auch sie bedrohenden Gefangenschaft entgangen sein. Man möchte nun gerne glauben, daß dies wirklich nur ein vereinzelter Pöbelexceß gewesen; aber in der That lassen die oben angeführten, sowie manche andere Züge, einen Plan gegen die Minister durchblicken. Daß schon vorher eine sogenannte „Deputation des souveränen Volkes“ bis in das Geschäftszimmer eingedrungen und dort von dem Präsidenten Milde mit Ernst zurückgewiesen war, ist nachher ebenfalls bekannt geworden. Jedenfalls wäre die Demonstration nicht gegen Hr. v. A. persönlich, wie ich zuerst glaubte, sondern gegen das Ministerium in corpore gerichtet. Ersterer hatte, wie ich von den Deputirten erfahre, in der Hauptfrage des Tages gar nicht einmal das Wort genommen, da er nicht zugleich Abgeordneter ist und als Minister wohl keinen besondern Anlaß dazu hatte; er hatte vielmehr nur auf zwei Interpellationen geantwortet, die eine über die Behandlung dänischer Schiffe in deutschen Häfen, die andere über eine deutsche Angelegenheit, über eine auch in Frankfurt zur Sprache gekommene Sache; seine Aeußerungen sollen namentlich bei der letzteren Gelegenheit mit großem Beifall aufgenommen worden sein. Ja ging selbst noch soweit die Wilhelmsstraße, in welcher die meisten Ministerwohnungen beisammenliegen und freute mich, seine Spur von irgend außergewöhnlichen Sicherheitsmaßregeln, keine Wache, keine außergewöhnliche Bürgerwehr zu finden. Die Minister schienen entschieden, sieder ihre Person Insulten auszusetzen, als um ihres persönlichen Schutzes willen Anlaß zu Konflikten zwischen der Bürgerwehr und den andern Theilen des Volks zu geben. Eben erfahre ich noch, daß man sich keineswegs mit Insulten gegen die Minister begnügt hat, sondern daß auch schon für den Augenblick mißliebige sonst sehr freisinnige Volksvertreter von dem Volke zu leiden gehabt haben. Namentlich soll der Prediger-Sydow, weil er heut für das Ministerium gesprochen, beim Herausgehen arg mißhandelt und mit Stößen und Ohrfeigen übel zugerichtet sein; es soll gar die Rede davon gewesen sein, ihn ins Wasser zu werfen; freilich böse Anfänge für die Festsetzung konstitutioneller Grundlagen der Verfassung.

Digitized by Google

**Breslau**, 2. Juni. Wie führen jetzt hier ein ungeheures Leben; das Volk brütend über das Hehlichagen seiner Hoffnungen, scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, die Deutschen mit Stumpf und Stiel auszurotten. Die Edelleute sind auf der Flucht in Posen, Berlin ꝛc., und einzelne Banden, die so in den Dörfern vertheilt zu sein scheinen, brennen und berauben Alles, was deutsch heißt. So ist unter den letzten vier Feuern, welche sämmtlich immer Deutsche betroffen haben, zwei Mal Bierzehnn, ein deutsches Dorf, angestiftet worden. Der letzte Brand daselbst hat drei Wirthschaften daselbst in Asche gelegt. Es ist ein entsetzlicher Zustand, sich fast schutz- und rettungslos Banden von Mordbrennern preisgegeben zu sehen. (Bos. Z.)

**München**, 8. Juni. Dem vorigen Bundestagsgesandten, Dr. Wilick, ist die nachgesuchte Verzichtleistung auf die temporäre Quieszenz und auf sein Standesgehalt von dem König genehmigt und demselben gestattet, zur Advokatur in Frankenthal zurückzutreten zu dürfen. Hierdurch ist wieder Aussicht vorhanden, daß Dr. Wilick beim nächsten Landtag als Mitglied der zweiten Kammer erscheint, da er bei der neuen Wahl sicherlich wird wieder gewählt werden. (A. Kb. Z.)

**Hannover**, 8. Juni. Einer uns so eben zugehenden Nachricht zufolge sollen diesen Nachmittag zwei Abgeordnete der Bundesversammlung aus Frankfurt hier eingetroffen sein, um, wie man sagt, über die Vertheidigung Schleswigs-Holsteins und der norddeutschen Küsten mit unserer Regierung zu verhandeln. Wir werden morgen im Stande sein, Näheres über den Zweck dieser Mission mittheilen. (W. Z.)

**Baden.** Δ **Mannheim**, 11. Juni. Aus guter Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß die in der Abendzeitung enthaltene Angabe, als habe unser jetziger Bundestagsgesandter Welcker für die Kosten der ersten Einrichtung 4000 fl. aus der Staatskasse erhalten, unrichtig ist. Ihm wurde allerdings jene Summe angeboten, er hat sie aber abgelehnt und sämmtliche Kosten des Ueberzugs wie der ersten Einrichtung aus eigenem Beutel bestritten. Dies zur Steuer der Wahrheit.

ζ **Heidelberg**, 9. Juni. Vor einigen Tagen ist eine Erklärung des ev. Ober-Kirchenraths in Bezug auf die an verschiedenen Orten gehaltenen kirchlichen Zusammenkünfte und deren Anträge ergolgt, nach welcher zunächst „die Entscheidung über die Stellung des Staates zu den verschiedenen Kirchengesellschaften" abgewartet, dann Diöcesanfynoden und am Ende einer Generalsynode gehalten werden soll, deren Berufung die Behörde beantragen will, sobald der Staat seine Stellung zur Kirche entschieden hat. Aus sicherer, daß diese entscheiden ist, seit das Gesetz voller Religionsfreiheit gegeben worden, und daß jedenfalls, wenn weitere Bestimmungen über diese Stellung erfolgen sollen, die Kirche mitzureden und nicht abzuwarten hat, bis sie fertig sind. Daß aber zuerst die Diöcesanfynoden berufen werden sollen, ist ungefetzlich. Eine außerordentliche Berufung dieser Versammlungen kennt die Unionsurkunde nicht, sie treten nach ihrer Bestimmung „alle 3 Jahre zusammen." Dieses Jahr soll dagegen eine Generalsynode gehalten werden, und dies ist dringendes Bedürfniß. Es wäre seltsam, wenn man mit der Kirchenverfassungsfrage in Baden warten sollte, bis das deutsche Reich fertig ist, während man in Preußen, Sachsen, Darmstadt, Nassau, Rheinhessen sich schon mitten in der Arbeit befindet, und die Behörden dazu unverweilt die Hand geboten haben.

⊃) **Darmstadt**, 12. Juni. In Offenbach haben in verflossener Nacht ernstliche Unruhen stattgehabt. Man suchte wegen Dienstvergehen (wie es heißt wegen strafbarer Einlassung mit dortigen Republikanern) verhaftete Soldaten gewaltsam zu befreien. Die Garnison schritt mit den Waffen ein und es sollen mehrere Verwundungen, man spricht selbst von Todten, stattgefunden haben. Mitten in dem furchtbaren Gewitittsturm, welcher heute früh zwischen 2 und 3 Uhr hier tobte, traf die Nachricht von diesem neuen politischen Sturme, der bei der Nähe von Frankfurt und der Menge brodloser Arbeiter der Fabrikstadt Offenbach wohl zu brauen ist, hier ein. Sofort gingen denn auch heute Morgen noch 2 Schwadronen Reiterei, mit 2 reitenden und 2 Fußgeschützen nach Offenbach ab, wohin auch das halbwegs zwischen hier und Offenbach, zu Langen und Umgegend, liegende 2. Bataillon des 2. Infanterieregiments gewiesen worden ist. Mehrere Geschütze sind bereit, nöthigenfalls unverzüglich nachzufolgen.

* **Mainz**, 12. Juni. Wie man sonst am ersten Pfingsttag Vergnügungs-Ausflüge machte, so wurden gestern hier fast allgemein politische Ausflüge zu Volksversammlungen gemacht, deren viele in unserer Umgebung waren. Die besuchteste war die in und um Hochheim, wo wohl 15,000 Menschen aus Nassau und den beiden Hessen so wie aus Frankfurt zusammengetroffen sein mögen, darunter auch viele Frauen, die jetzt bei uns leider Gottes auch anfangen, sich auf die Politik zu werfen. Die Versammlung zu Hochheim, der auch ich beiwohnte, war darum die interessanteste von allen, weil einige Parlamentsmitglieder der äußersten Linken bei derselben erschienen und gleichsam Rechenschaft ablegten über die Wirksamkeit des Parlaments. Sie können sich denken, daß dieser compte rendu nicht der schmeichelhafteste war, doch aber auch nicht der Art, daß die Herren der äußersten Linken an allem Erfolg verzweifelten. Außer diesem Rechenschaftsbericht forderten die Redner die Versammlung auf, über die Volkssouveränetät zu wachen und durch einen Schwur zu bethätigen, daß jeder der Anwesenden mit Gut und Blut die Aufrechthaltung der Souveränetät des Volks wahren wolle. Es war rührend zu sehen, wie die Masse die Hände in die Höhe hob und die Volkssouveränetät heiligte. Auch Adressen wurden von der Versammlung votirt, unter andern eine an das Parlament, wo dasselbe aufgefordert wird, jeden Gedanken von Friedensschluß gegen Frankreich fern zu halten, ein Bruder- und Friedensbündniß mit Frankreich zu schließen, dagegen jeden Bund mit Rußland als einen Verrath am Vaterlande zu betrachten. Ereignet sich der die Parlamentsmitglieder sprachen einige junge, glühende Republikaner gegen den Bundestag, gegen die Beibehaltung der 38 Fürsten, gegen das Zweikammersystem, gegen die Truppenconcentrationen am Rhein so wie gegen das Beamtenheer und die Civillisten, doch kam nichts Neues über diese Fragen zu Tage. Im Ganzen hielt sich die Versammlung auf der Linie der Mäßigkeit und Gesetzlichkeit, und nirgends wurde eine Gewaltmaßregel gepredigt.

**Mainz**, 3. Juni. Bei der hiesigen preußischen Garnison wird ein Wechsel eintreten. Das 30. Regiment kommt hierher. Es besteht aus Rheinländern, meist von der Obermosel. Es wird sich ohne Zweifel mit den Mainzern gut vertragen. (A. Z.)

**Anhalt-Dessau**, 6. Juni. Für das Herzogthum Anhalt-Dessau ist ein Verfassungsentwurf erschienen, der unstreitig am meisten unter den deutschen Verfassungen auf den neueren volksthümlichen Grundsätzen beruht. (Nach. Z.)

§ **Schleswig**, 7. Juni. Der in Nr. 149 der Deutschen Z. aufgenommene Aufsatz über die deutsche Kriegsführung in Schleswig-Holstein hat uns schmerzlich berührt; um so schmerzlicher, da wir dem Verfasser, was die angeführten Thatsachen betrifft, nicht Unrecht geben können. Bei der Führung des Krieges gegen Dänemark sind — wir wollte es läugnen? — an allen Seiten Fehler gemacht. Die unter dem General Wrangel stehende deutsche Armee hätte drei ihrer großen Uebermacht sie in Schleswig eingerückten dänischen Truppen gänzlich vernichten können, wenn sie den Angriff auf Schleswig nicht übereilt, und die Verfolgung der fliehenden Dänen rascher betrieben wäre: Düppel hätte nicht geräumt, Nordschleswig nicht zum zweiten Male den Dänen Preis gegeben werden sollen. Hätte man den Sieg bei Schleswig rasch benützt, Jütland besetzt gehalten und dort die Kriegskontribution beigetrieben, so wäre das Lehmann-Thorningische Ministerium längst gefallen und der Krieg zetzt beendigt. Zu den mancherlei Mißgriffen, die im Laufe des Krieges vorgekommen sind, gehört denn auch die Verfügung der schleswig-holsteinischen prov. Regierung, durch welche das Embargo der dänischen Schiffe aufgehoben ist; denn zu einer solchen Großmuth war nicht der mindeste Grund vorhanden, und die Regierung war nicht befugt, dem Lande ein Recht zu vergeben, welches ihm als Repressalie gegen die feindlichen Machtgeber der Dänen unbestritten zustebt; auch mußte die Regierung vorbrechen, daß ein solcher Verzicht auf die preuß. Regierung und das deutsch. Volk einen unglücklichen Eindruck hervorbringen müsse. Dennoch ist der Ton nicht zu billigen, in welchem der allerdings gerechte Tadel über jenen übereilten Schritt in dem erwähnten Artikel ausgesprochen wird. Von dem Embargo auf die dänische Schiffe waren nur drei seit völlig werthlose Fahrzeuge betroffen worden, und dasselbe war dahrr materiell ohne alles Interesse. Der bekannte Bundestagsbeschluß war als eine Aufforderung das Embargo aufzuheben, angesehen, und die Regierung hat lediglich auf denselben Rücksichten der Humanität, welche den Bundesbeschluß dittirten, diesen Beschluß für Schleswig-Holstein ins Leben treten lassen. Die gehässige Andeutung aber, daß jener Beschluß von der Regierung in der Absicht gefaßt sein könne, um mit Dänemark auf eigne Hand zu transigiren, um mit den dänischen Forderungen seinen Frieden zu machen, ist durchaus unmotivirt, und wir können mit völliger Bestimmtheit versichern, daß solche Rücksichten nicht Statt gefunden, und daß ein Transakt mit der dänischen Regierung nicht deabsichtigt ist, vielmehr, daß ein Vergleich mit Dänemark überhaupt jetzt allen Aussichten nach, ferner liegt als je. Die prov. Regierung hat ihren festen Willen, die gerechten Forderungen des Landes durchzuführen und die Dänen nicht nachzugeben, während der 3 Monate, die jetzt seit ihrer Einsetzung beinahe verflossen sind, nie verläugnet, und es ist daher nicht zu rechtfertigen, wenn derselben jetzt Nebenabsichten beigemessen werden, die auf einen Verrath an der deutschen Sache, und an der schleswig-

Digitized by Google

holsteinischen Sache insbesondere, hindern. Solche Verdächtigungen, die gewiß nicht dahin führen, die Einheit und Eintracht zu fördern, möchten unseres Erachtens gänzlich zu vermeiden, und der gegen einzelne Maßregeln ausgesprochene Tadel nur gegen die Maßregel selbst zu richten, nicht aber auf einen derselben untergelegten Zweck zu erstrecken sein.

**Schleswig**, 8. Juni. (Zug des Tannschen Freikorps nach Nordschleswig.) Das fürstlich neu organisirte und uniformirte vereinigte Freikorps unter dem Kommando des hochverehrten und ausgezeichneten bairischen Majors von der Tann hat, erst seit einigen Tagen wieder ins Feld zurück, schon von sich hören lassen. Auf Wagen von Apenrade aus nach dem Norden transportirt, hat diese tapfere und muthige Schaar in der Nacht eine Abtheilung dänischer Husaren und Jäger bei Hoptrup, eine Meile südlich von Hadersleben, überfallen, sie in die Flucht geschlagen und ihnen zwei Kanonen abgenommen, von denen die eine vernagelt war, die andere aber am gestrigen Abend als die erste in diesem Kriege eroberte feindliche Kanone unter tausend Jubel in Flensburg eingebracht ist. Bei dieser Affäre wurde ein dänischer Rittmeister und ein Lieutenant Klaer mit einigen Husaren gefangen genommen. Die Stadt Hadersleben soll Umgegend ist, wie es heißt, nach diesem Kampfe wieder von den Dänen geräumt worden. — Ein beim General Wrangel eingetroffener dänischer Parlamentair, der um einen 14tägigen Waffenstillstand gebeten, soll eine entschieden abschlägige Antwort erhalten haben. (W. Z.)

Die Schleswig-Holsteinische Zeitung bringt folgenden Armeebefehl: „Hauptquartier Idstedt, den 6. Juni 1848. Den Officieren und Soldaten der Armee sage ich hierdurch meinen wärmsten Dank, spreche ich meine vollste Anerkenntniß aus, nicht allein für den Muth und die Tapferkeit, mit welcher sie bei der Rekognoscirung des gestrigen Tages den Feind in seinen verschanzten Stellungen zurückgeworfen, sondern auch für sehr für die Manöver und Ordnung, mit welcher sie die Schwierigkeiten eines langen Marsches und einer Terrains überwunden haben, welches im höchsten Grade dem Vorgehen hinderlich ist. — Wir werden heute auf dem gewonnenen Terrain bivouakiren und morgen in die nähere an den Feind vorgeschobenen Kantonnements abrücken." (gez.) Wrangel.

**Altona**, 9. Juni. Aus dem Bundeswittschen werden keine neuen Vorfälle berichtet. Ebenso fehlen noch zuverlässige Nachrichten über den Verlust auf beiden Seiten. — Das v. d. Tannsche Korps hat auf einem Streifzuge nach dem nördlichen Schleswig gestern Morgen eine Meile diesseit Apenrade den Dänischen einen bedeutenden Schaden 2 bespannte Kanonen mit Zubehör, Munitionswagen, so wie 24 Mann und 2 Officiere, nebst 24 Pferden abgenommen, welche gestern Abend in Flensburg eingebracht wurden. (B.-H.)

**Flensburg**, 8. Juni. Der Hamb. Korr. enthält über den glücklichen Streifzug des Tann'schen Streifkorps Folgendes: 350 deutsche Freiheitsbrüder trieben 1300 Dänen in die Flucht! Nachdem das Korps vorgestern Nachmittag um 4 Uhr aufgebrochen, setzte es seinen Marsch, nordwärts von Tondern ab, fort, und fiel auf diesem den Dänen förmlich in den Rücken. Die beiden ausgestellten Vorposten gelang es den muthigen Deutschen um 2 Uhr Morgens, ohne Geräusch, fortzunehmen. Mit großer Behutsamkeit verfolgte das Korps seinen Marsch auf Hadersleben zu. Um 3½ Uhr Morgens stieß es auf die dänische Kolonne — auf 2 Schwadronen Husaren, 2 Kompagnien Jäger, Infanteristen und Artilleristen nebst einer Abtheilung fünfiger Dragoner. Eine halbe Stunde vor Hadersleben entspann sich ein mörderischer Kampf. Unsere Deutschen behielten aber immer die Oberhand und sprengten die Dänen auseinander. Mit Sang und Klang wurden die, welche entkommen konnten, nach Hadersleben hineingetrieben. 35 dänische Gefangene (s. oben) wurden gemacht; 2 (6pfündige) Kanonen und Munitionswagen und eine dänische Standarte wurden erobert. — Gestern Abend spät wurden die verwundeten und gefangenen Dänen hier eingebracht. Unter den Gefangenen waren 2 Husarenofficier und 1 Oberwachtmeister. Mit einem lauten Hurrah wurde eine Kanone und ein wohlbeladener Munitionswagen im Triumphzuge spät Abends Lange der großen Straße geführt.

**Lübeck**, 8. Juni. Das heute Morgen eingetroffene schwedische Dampfschiff Malmoe hat die Nachricht mitgebracht, daß der dänische König heute nach Skonen hinübergegehen beabsichtigte, um dort mit dem Könige von Schweden zur Inspektion der schwedischen Truppen, welche in diesen Tagen eingeschifft werden sollen, zusammenzutreffen. Ein anderes schwedisches Dampfschiff, „Nordstiernan", welches bisher die Verbindung mit Kopenhagen, Helsingör und Gothenburg vermittelte, ist gestern zum letzten Male von hier gegangen und wird nicht wieder kommen. Es soll armirt und für die Flotte gebraucht werden.

(O. P. Z.)

**Hamburg**, 8. Juni. Die Marinekommission deutscher Küstenstaaten zu Hamburg erläßt folgende Bekanntmachung: In der zweiten Versammlung des Marinekongresses zu Hamburg, am 2. d. M., wurde beschlossen, die sämmtlichen in Deutschland bestehenden Komités für die deutsche Marine zur Einsendung genauer Angaben über die von ihnen gesammelten Geldmittel, so wie über deren bisherige Verwendung, desgleichen der von ihnen etwa gesammelten statistischen Materialien in Bezug auf Marineverhältnisse, an die nach Auflösung des Kongresses in Hamburg zurückbleibende Kommission deutscher Küstenstaaten aufzufordern. Die bei dem Kongresse anwesenden Vertreter von mehr als 25 Komités der Küstenstaaten haben es übernommen, die von ihnen vertretenen Komités zu solcher Einsendung zu veranlassen. In die beim Kongresse nicht vertreten gewesenen Komités ergeht hierdurch das Gesuch, die vorgedachten Notizen an die Marinekommission deutscher Küstenstaaten zu Hamburg, zu Händen des unterzeichneten Vorstehenden derselben, und zwar so bald und so vollständig als möglich, gefälligst einsenden zu wollen. Die Kommission wird nicht unterlassen in Erwiderung darauf die gedruckten Protokolle des Kongresses einzusenden. Hamburg, 6. Juni 1848. Im Auftrage des Marine-Kongresses, Kirchenpauer, Vorsitzender desselben.

**Frankfurt**, Pfingsten. Die Paulskirche steht leer, die meisten Abgeordneten erholen sich auf kleinen Ausflügen, ein erster Abschnitt ist in der Thätigkeit der Nationalversammlung eingetreten. — Dieser erste Abschnitt war eine Zeit der Vorbereitung, aber der Vorbereitung zu den größten Dingen. Man muß von der Art, wie allein eine große Versammlung thätig sein kann, man muß von parteienlosen Geschäften überhaupt keinen Begriff haben, wenn man, wie dies von mancher Seite so geflissentlich geschieht, der Nationalversammlung einen zu langsamen Gang vorwirft. Dinge, wie eine künftige deutsche Reichsverfassung, wie die Errichtung einer Centralgewalt, eines Bundesministeriums, bedürfen einer anderen Vorbereitung, als sich diejenigen, welche alle Weisheit fertig aus dem Aermel schütteln, träumen lassen. Aber beide Gegenstände sind vorbereitet, Stedtmann und Bassermann, die beiden Vorstände der betreffenden Ausschüsse, verkündeten in der letzten Sitzung, gleichsam wie Pfingstgaben an das deutsche Volk, daß gleich nach den kurzen Ferien die Nationalversammlung zu berathen haben werde über das erste deutsche Ministerium und über die deutsche magna carta. Dies möglich zu machen, war die größte Anstrengung der Ausschüsse nöthig, bis in die Nacht gingen die Berathungen, und während der Festtage haben die Berichterstatter zu arbeiten, und wir hören, daß die Gesundheit einzelner Mitglieder unter der Größe der Arbeit leidet. — Blicken wir, in der Pause, in welcher wir jetzt stehen, zurück auf die Früchte des ersten vorbereitenden Abschnitts, so können wir uns nur Glück wünschen zu einem solchen Anfange deutscher Parlamentspolitik. Sie bezeichnet sich durch Beseitigung alles dessen, was unwesentlich (Annahme der Geschäftsordnung in Bausch und Bogen) und durch Widerstand gegen die Verlockung zum Selbstregieren, wodurch das Vertrauen in die bestehenden gesetzlichen Gewalten nur noch mehr erschüttert wären (Beschluß in der Polenfrage Sache); sie bezeichnet sich aber auch durch die größte Entschiedenheit da, wo es gilt, ihre eigentliche Aufgabe durchzuführen (Beschluß über den Waffenstillstand, Antrag). Takt- und würdevoll sind die Beschlüsse, welche die Sonderungsbestrebungen der Slaven, der Triestiner, Istrier und der Luxemburger verhindern sollen, und den Berathungen darüber konnte man abwerten, daß, wo die versöhnende Hand zurückgewiesen wurde, die zwingende (durch die nun zu schaffende Centralgewalt) wohl nicht ausbleiben möchte. Vor Allem aber belebt das wärmste Gefühl für deutsche Nationalität die ganze Versammlung. Nach der Sitzung über die schleswig-holstein'sche Frage hörten wir in einem Gasthofe Engländer sich erstaunend fragen, woher die Deutschen die Fähigkeiten zu solchen Parlamentsverhandlungen erlangt. Und in der That zeigte diese großartige Sitzung mehr noch als die vorhergegangenen, welchen Reichthum von parlamentarischen und politischen Talenten und Charakteren das erste deutsche Parlament in seinem Schooße birgt. Die Redner, welche im Vorparlament und in den ersten Tagen der Nationalversammlung mit stürmischer Hast die Rednerbühne in Beschlag genommen, verschwinden immer mehr, und an ihrer Stelle tauchen Gestalten hervor, die durch Geist und Kenntnisse, durch edle Form der Sprache, durch die Verbindung der Entschiedenheit mit dem ruhigen Bewußtsein der Kraft der ganzen großen Versammlung eine Stimmung verleihen, eine Haltung gewähren, wie sie erhabener bei dem Parlamente irgend eines anderen Volkes schwerlich zu finden ist. Die so gern über die doktrinäre Professorenweisheit Dahlmanns gespottet, konnten sich doch der Erschütterung nicht erwehren, die die sonnelose, aus dem tiefsten Innern quellende Rede dieses Mannes unwiderstehlich auf Alle hervorgebracht. Darum fesselte auch eine ausführliche, geistreiche Beurtheilung der auswärtigen Politik Deutschlands, zeichnete die Plane Rußlands, das die Entstehung eines einigen und mächti-

Digitized by Google

gen Deutschlands hindern und durch „Besichtigung“ Dänemarks den Sund, als Schlüssel zur Ostsee etc. in die Hand nehmen möchte, wie es den Schlüssel zum schwarzen Meere durch den Vertrag von Frankfurt-Stellesi in den Händen der von ihm „beschützten“ Türkei verwahrt. Wären doch alle die, welche unerschütterlich auch immer neuen Erschütterungen im Innern Deutschlands, zugegen gewesen; sie hätten sich der Ueberzeugung nicht erwehren können, daß sie den Planen Rußlands nur in die Hände arbeiten, wenn sie verhindern, daß das Vaterland sich in seinem Innern berathige. Jetzt ist des wahren Patrioten Aufgabe, die Gemüther zu vereinigen und die bestehenden regenerirten Gewalten mit dem Vertrauen der Nation wieder zu umgeben, damit alle Kräfte verfügbar bleiben gegen den Feind unserer künftigen Größe und Macht. Aber dieses Vertrauen existirt wieder. Der Eindruck, den die Rede Schmerlings, des Bundespräsidenten, hervorgebracht, beweist dies. Sie trug in ganz das Gepräge der jetzt allein noch möglichen Staatskunst: der Offenheit und Redlichkeit, daß wohl nur wenige sich der Ueberzeugung verschlossen: hier ist nur der Name des Bundestags noch der alte. Er zählte auf, was die Bundesversammlung in der schleswig-holsteinischen Sache in den letzten Monaten gethan, theilte bereitwillig nach Tag und Datum die ergangenen Weisungen und gepflogenen Verhandlungen mit und verscherte, daß, wenn das nördliche Schleswig nicht selbst sich von Deutschland trennen wolle, der deutsche Bund keinen Fuß breit Schleswigs den Dänen abtreten würde. Großer Beifall begleitete ihn von der Rednerbühne herab. Wieder Herr Jordan aus Berlin, noch Herr Vogt von Gießen vermochten das neu erwachte Vertrauen in den regenerirten Bundestag zu schwächen. Die Angriffe, die sie gegen den Bund und die preußische Regierung richteten, noch mehr aber die Art und Form ihres Auftretens haben ihrer Absicht wahrlich nicht nützen können. Wußte doch selbst der sonst so milde Sagern gegen Jordan einschreiten! Was soll es aber heißen, wenn Herr Vogt sich bemühte, ausdrücklich zwischen dem preußischen Ministerium und dem preußischen Volke zu unterscheiden? Glaubte er wohl damit einer Mißstimmung der preußischen Mitglieder der Nationalversammlung vorzubauen? Das wird ihm schwerlich gelungen sein, denn das preußische Ministerium ist ja eben erst aus dem Volke hervorgegangen, Bürger sind es, die an seiner Spitze stehen, und die preußische Kammer, erst vor wenigen Wochen in der freiesten Weise gewählt, unterstützt es mit immer steigender Mehrheit. Aber nicht bloß die Mitglieder aus Schleswig-Holstein traten für die preußische Regierung in die Schranken, ihr lauten Dank sollend für ihren aufopfernden Schutz; selbst ein Mitglied der Linken, Herr Raveaux, erklärte laut seine Anerkennung dem neuen Bundestag und sagte sich los von der Taktik, die an Namen Recht und gegen Handlungen ungerecht ist. Durch diese Erklärung, die einen erschütternden Beifall in der Versammlung hervorbrachte, ist dieser Mann in der Achtung, die er sich bereits erworben, nur noch mehr gestiegen.

Von den Schleswigern sprach wohl am vortrefflichsten Herr Waitz. Klarheit, Würde und Tiefe zeigten uns einen Redner, den Deutschland vielleicht bald zu denen rester Größe zählen wird. Wir empfehlen dem Publikum, aus den stenographischen Berichten, welche ja jetzt so rasch erscheinen und so überaus billig zu beziehen sind, seine Rede nachzulesen; hier lassen Sie mich nur einer Stelle erwähnen, die für manche unserer entarteten Söhne eine so treffende Lehre sein könnte: „Als Deutschland noch unfrei war, als noch der alte Bundestag die Freiheit in Fesseln hielt, da bot uns Dänemark die Freiheit; bot uns eine wahrhaft konstitutionelle freie Verfassung. Aber diese Freiheit, indem sie uns mit den Dänen vereinigt hätte, hätte uns getrennt von Deutschland, und wir zogen in der Stunde der Versuchung das Vaterland ohne Freiheit der Freiheit ohne Vaterland vor.“ Solche Sprache laut freilich ganz anders ein deutsches Herz als die Theorie, welche Herr Dr. Ruge neulich auf der Rednerbühne entwickelte, womit er aber wohl auch allen Einfluß auf die Versammlung für immer verscherzt hat. Ueberhaupt verlieren so manche Namen hier vor dem unmittelbaren Auge und Ohre der Nation die Bedeutung, die sie in anderer Sphäre oder an anderem Orte zu behaupten gewußt.

Der große Jakob Grimm z. B., den wir nun zweimal gehört, sollte, so vortrefflich er auch als Schriftsteller, doch die politische Rednerbühne nicht mehr betreten, und Schaffrath, der wenigstens in Sachsen hochgehoben war, erwies sich in der Blum'schen Sache als ein Vertheidiger, den man lieber seinem Feinde wünscht. Begleitete ihn doch schallendes Gelächter von der Tribune herab. Selbst Blum muß sich hüten; noch eine Scene, wie die neulichе, und der Respekt vor seinem Rittercharakter ist dahin, und weder das Betrauensvotum der Galerie, noch ein beliebtgezierendes Abendständchen, noch das Schimpfen auf Fürstenknechte und Lügner-Diplomaten kann eine solche Einbuße wieder herstellen. — Und der Verhandlung über Schleswig-Holstein lassen Sie mich noch das Berichterstatters, Hrn. Hecker aus Hamburg, erwähnen, dessen Sparsinn und trockene Talente uns so mehr Anerkennung wird, als er sie im Dienste der Oeffentlichkeit getraucht. Am Schlusse der Verhandlung faßte er diese in einen vortrefflichen Resume zusammen, und ihm in Verbindung mit Hrn. v. Raumer, der vorher ebenfalls sichtlichen Eindruck gemacht, ist zu verdanken, daß die Versammlung den Vorbehalt der Genehmigung eines mit Dänemark zu schließenden Friedens ablehnte. Wir sagen zu verdanken, denn wir sind überzeugt, daß Schleswig-Holstein, wie Deutschland überhaupt, ein gegentheiliger Beschluß zum großen Nachtheile hätte gereichen können und müssen. Keine Großmacht unterstandelt und schließt einen Frieden, dessen einzelne Bedingungen erst der Genehmigung einer Versammlung von 600 Menschen unterliegen. Solche hätte England seine Vermittlung zurückgezogen, und Dänemark wäre ein solcher Beschluß erwünschter gekommen, als Rußland, das ja nur einen Anlaß sucht, um die Bemühungen unserer Anarchisten zu unterstützen und Deutschland in seinem großen Werke der Einigung und Regeneration zu unterbrechen. Ohnehin fand sich in der Mehrheit der Versammlung kein Mißtrauen weder in den Bundestag noch in die preußische Regierung, daß sie fähig wären, einen unehrenvollen Frieden zu schließen. Man durchlese die Verfassungen aller Länder, nirgends wird man finden, daß einem Parlamente die Ratifikation eines Friedensschlusses vorbehalten ist. In Nordamerika selbst ist dies Recht dem Kongresse entzogen und nur dem aus bloß 48 Mitgliedern bestehenden Senate vorbehalten, der dort ohnehin in vielen Stücken die Funktionen eines Staatsrathes übt. In dieser denkbaukündigen Stellung, wo das estedeutsche Parlament zum erstenmale die außwärtige Politik in die Hand nahm, erwies sich seiner Aufgabe vollkommen gewachsen. Die einen Einsicht der Verhandlung aber sind: 1) um jeden Preis eine Flotte, damit drohe deutsche Feldherrn im stegreichen Fortschreiten nicht gehemmt sind durch die Besorgniß einer Landung in ihrem Rücken; 2) Strenge gegen die Anarchie zur vollständigen Herstellung eines gesetzlichen Zustandes, damit nach hergestelltem Vertrauen alle Kräfte verfügbar werden gegen Feinde wie Rußland. 3) Errichtung einer einheitlichen mächtigen Centralgewalt, verantwortlich der Nation und getragen durch ihre Bestimmung. — Wo solche Einsicht erlangt ist, da ist die Nation auf dem Wege zu Größe und Macht.

†† Frankfurt, 11. Juni. Badische Blätter melden, daß in Tübingen bei der Wahl eines Abgeordneten zum deutschen Parlament 77 Stimmen auf Hecker gefallen sind, 56 auf Bubl, eine einzige auf v. Andlaw. Daß über die sittliche und über die staatsrechtliche Bedeutung dieser Thatsache verschiedene Ansichten laut werden, selbst unter denen, welche die Wahl Heckers entschieden tadeln, daß Manche darin nur einen frechen Ausbruch republikanischer Gesinnung finden, Andere die Wahl eines Landesverräthers, einen Feindes des Vaterlandes zum Abgeordneten bei der verfassunggebenden Nationalversammlung als Betheiligung an dem Landesverrathe oder doch als eine Beleidigung der Majestät des deutschen Volkes betrachten — dies Alles ist so natürlich, daß auch die Freunde Heckers sich darüber nicht wundern. Sie erkennen die Konsequenz wohl, weisen sie aber praktisch zurück, sprechen Amnestie auf Amnestie an, wo es ihre Absichten gilt, fordern Amnestie, während der Ausruf nach fortdauert, ja sie anticipiren sogar, ehe die Amnestie selbst gewährt ist. Würde Hecker amnestirt, so könnte er gewählt werden; würde er wählt sein oder weilen, nachher wird die Amnestie nicht ausbleiben. Unter guten Freunden kann man mit solchen Wendungen zu Ehren kommen. Aber der Staat — was sagt der dazu? Was macht der mit der Wahl Heckers? Da er — gern oder ungern — über ihre staatsrechtliche Bedeutung wenigstens (wenn auch die strafrechtliche ignorirt bleibt) sich aussprechen muß, was wird, was kann er thun? Er kann nicht umhin, Hecker als Feind des Vaterlandes, mithin als unwählbar zu betrachten, zu dem wichtigsten Dienste des Vaterlandes. Der Wahlmann, der einen Hecker, einen Struve, einen Herwegh wählte, hat ebenso gut einen Unwählbaren gewählt, wie derjenige, der als Wehrmann zu seinem Obersten den feindlichen General ernennen wollte. Solche That ist nicht allein ein Frevel, sondern auch ein Unsinn. Die Wahl des Unwählbaren ist nichtig, d. h. nichtig ist die Stimme des Wahlmannes für einen Unwählbaren; sie verhält, wie nicht gefrochen, sie wird verworfen. Der Wahlmann, der solche Stimme abgibt, ist so gut wie nicht erschienen, er ist kein wählender Wahlmann, weil die That, die er vornimmt, eine Unthat ist. Die Zahl solcher nichtigen Stimmen ist ganz gleichgiltig. Geben 77 solche Stimmen ab, so sind 77 rechtlich wie nicht erschienen. Die Behörde, welche das Ergebniß der Wahl ermitteln soll, hat vor Allem die Stimmzettel, welche den Namen eines absolut Unwählbaren enthalten, als ver-

Digitized by Google

wollen zu beseitigen und dann erst feststellen, auf wen die Mehrheit der Stimmen gefallen sei. Hier in unserem Falle gab es nur 57 wählende Wahlmänner (77 haben sich der Wahlbetheiligung in freiwilliger Weise enthalten); von den 57 Stimmen hat Buhl 56, er also ist der Abgeordnete des Wahlbezirks Thüringen. Jene 77 Herhaltinge gehen ihn ebenso wenig an, als wären sie am Tage der Wahl als erklärte Rebellen zu Hause oder die Grenze marschirt. Es ist gewiß sehr zu bedauern, daß 77 Wahlmänner sich zu einem Rebellen machten, statt einen Bürger nach Frankfurt abzuordnen. Der Staat aber muß den Wahlakt seiner treuen Bürger aufrecht erhalten, und Buhl hat nicht allein das Recht, er hat die Pflicht, die 56 Getreuen höher zu achten, als die 77 Untreuen. Er hat einer Wahl zu folgen, die nicht Minoritätswahl ist, sondern eine glänzende Majoritätswahl, da von allen Bürgern, die nicht von dem Rebellen verführt waren, nur einer ihm die Stimme versagt hat, da alle wirklichen Wahlstimmen bis auf eine sich für Buhl vereinigt haben. Wenn also die baldige Regierung einfach das Recht aufrecht erhält, so hat der ganze Skandal ein würdiges Ende gefunden, ein zweiter der Art ist nicht mehr zu fürchten, und der ersehnte Friede und Bürgertugend unterliegt der Fanatismus und die Anarchie. Die Nationalversammlung aber dreiviertelkommet einen Mann, den man nirgend entbehren mag, wo Deutschlands geordnete Freiheit und dauernde Einheit erstrebt wird. Sie hat ein Recht auf ihn und würde ihm zürnen, wenn er dem Rufe nicht folgte. Denn wäre sein Recht auch bestritten, nicht er ist dann Richter, sie selber wird entscheiden.

ƈ Frankfurt, 12. Juni. Sie haben in Ihrem Blatte schon mehrmals hervorgehoben, in welch' ausgezeichneter Weise Herr von Gagern die Verhandlungen der Nationalversammlung leitet, und wahrlich, ganz Deutschland ist diesem seltenen Manne Dank dafür schuldig. Doch ist er in einem Punkte allzu nachsichtig. Wie meinen das Betragen der Gallerie, das er stillschweigend duldet und das immer unanständiger wird und der Würde der Verhandlungen großen Eintrag thut. Da wird Beifall geklatscht und gezischt wie im Schauspielhause, und wie wird sich dies steigern, jetzt, wo die eigentlichen Kämpfe bei Berathung der Centralgewalt und der Verfassung erst beginnen! — Im englischen Parlamente würde man nicht einen Laut auf der Gallerie hören, aber freilich würde auch kein Zuhörer es wagen, Beifall oder Mißfallen zu erkennen zu geben. Dazu hat der Engländer viel zu viel Achtung vor den Vertretern seines Landes. Wir halten es für wichtig, daß der schlechte Gebrauch bei uns nicht noch mehr einreiße, und wenn wir auch zugeben, daß die Handhabung der Ordnung auf der Gallerie zu den unangenehmsten Pflichten des Vorsitzenden gehört, wenn wir auch voraus wissen, daß man ihm von mancher Seite, von der man eben den Skandal gern stellt, die nothwendige Strenge als eine tyrannische Beeinträchtigung der Freiheit verdenken wird, so werden doch Alle, denen die Würde der Nationalversammlung mehr gilt, als die Skandalfreiheit, auch selbst die strengsten Maßregeln billigen und ihm danken. Es kommt nur darauf an, das Publikum durch ein paar Einschreitungen an Zucht und Ordnung zu gewöhnen, um die wohlthätige Frucht dieser Gewohnheit dann für immer zu genießen. — Wie wir hören, hat der Verfassungsausschuß unter die Grundrechte des deutschen Volks auch die Abschaffung aller politischen Standesvorrechte aufgenommen. Darnach würden alle Adelskammern wegfallen und die ersten Kammern in den einzelnen Ländern werden in Zukunft ebenfalls aus dem Volke hervorgehen müssen. Große wohlthätige Veränderungen haben wir in Folge der bevorstehenden Parlamentsverhandlungen noch allerwärts zu erwarten.

### Niederland.

* Haag, 5. Juni. Heute, als dem Jahrestage der Verbündigung des westfälischen Friedens, welcher vor 200 Jahren Niederlands Selbständigkeit unter den europäischen Staaten gewährleistete, ward das Standbild Wilhelm's I. auf dem Plein Mittags feierlich enthüllt. Eine ungeheuere Menge umwogte den Platz. Der Minister des Innern, de Kempenaer, hielt eine Rede und übergab schließlich das Standbild der städtischen Behörde. — Das Finanzministerium ist Hrn. v. Bosse, der für ebenso freisinnig als unterrichtet gilt, seitweilig übertragen worden. In ganzen Lande werden jetzt Adressen unterzeichnet. Die Regierung verlangt, die Meinung nicht blos der Generalstaaten, sondern auch der gesammten Bevölkerung zu kennen, sie wünscht sich auf ein Vertrauensvotum der „Nation" zu stützen, um das Verfassungswerk fest in die Hand zu nehmen, und da soll Keiner mit seiner Meinung zurückhalten. — Am 2. Juni sind im Ganzen 107 Schiffe auf den Häringsfang, 8 weniger als im vorigen Jahr, aus niederländischen Häfen ausgelaufen, 66 allein aus Vlaardingen.

### Großbritannien.

London, 9. Juni. Die Regierung scheint fest entschlossen, gegen die Aufrührischer und Revolutionsprediger sowohl in England als in Irland auf's Kräftigste einzuschreiten; sie hat die Chartistenführer, Williams, einen ihrer Sprecher, einen Kupferstecher außer Brod, Feuer, einen Juwelenarbeiter (der vor Kurzem als bestes Mittel zur Abschaffung des Königthums den Fürstenmord empfahl), den Rechtsgelehrten Ernst Jones, welcher für den 12. Juni eine auf den Sturz der Regierung berechnete große Demonstration angesagt und unter Anderm gedroht hatte: Mitchell müsse im Triumph zurückgebracht und Russell und Palmerston nach der Saffinshag geschickt werden, ferner den Chartistenhäuptling Vernon verhaften lassen, um ihnen auf Grund aufrührerischer Reden oder der Theilnahme an chartistischen Auflügen und Ruhestörungen den Prozeß zu machen. Ein gleiches Schicksal betrachtet man sogar von mehreren Seiten für Hrn. Smith O'Brien, auf Grund eines an die Irländer erlassenen Manifestes, worin er sie zur Bewaffnung und Selbstbefreiung aufrordert. Inzwischen halten die Chartisten ihre Meetings nie früher oder stören die Versammlungen der Reformvereine von der Hume-Cobdenschen Fraktion durch lärmhafte Forderungen, Jung- und Altirland treten zu einem und demselben Bunde zusammen, die bewaffneten Klubs organisiren sich über die ganze Insel und treiben ihr Wesen unermüdlich, wenn auch vorsichtiger, fort, und die Parteiführer halten Reden der unbändigsten Art, so erst neulich in Dublin Herr F. T. Meagher, kurz nachdem er bei Gelegenheit einer Rauferei mit der Polizei verhaftet, aber als man ihn erkannt, wieder entlassen worden war.

Galignanis Messenger enthält die, wie es jedoch scheint, nicht verbürgte Nachricht, daß die Sikhs in Lahore aufgestanden wären und die beiden englischen Kommissäre sammt allen in der Residentschaft befindlichen englischen Truppen ermordet hätten; die Empörung sei so ernster und umfangreicher Art, daß es Lord Dalhousie schwer fallen würde, sie zu unterdrücken. Diese Nachricht sei durch ein zu diesem Zweck besonders abgefertigtes Dampfboot nach Suez und von hier durch einen Kurier nach Alexandrien gebracht worden. Gewiß sei, daß die Nachricht von der franz. Revolution in Lahore ein ungemeines Aufsehen erregt habe, und daß die Briten eine große Streitmacht gegen diesen Punkt gerichtet hätten.

### Frankreich.

Paris, 10. Juni. Das Tagesgespräch bilden immer noch die Ergänzungswahlen. Thiers ist in Paris, Bordeaux, Rouen und dem Departement von Mayenne gewählt, die Republikaner und Monotonen sind gegen einen Minister Louis Philipps und gegen einen bonapartischen Prätendenten unterlegen. Der „Rational" spricht sich für seine Niederlage (es wurde von seinen all Kandidaten nur einer gewählt) den dürftigen Trost ein, daß die Wahlen der Hauptstadt überhaupt keinen politischen Charakter trügen, sondern Kommunisten, Republikaner und Reaktionäre neben einander erschienen. Das ist richtig, aber die Mehrzahl der Gewählten gehört der gemäßigten oder reaktionären Meinung an, in der Wahl eines entschiedenen Republikaners, wie Cauffidière, scheinen sich alle Parteien vereinigt zu haben, während die Ernennung von Socialisten, wie Pierre Lerour und Proudhon, zum Theil an Bezirken ihre Unterstützung fand, die Nichts weniger als socialistisch gesinnt sind. Das hervorragende Symptom bei den Wahlen bleibt immer die Gleichgiltigkeit, womit anderthalbhunderttausend Wähler ihre Wahlpflicht versäumten und die unverkennbare Neigung, sich von den neuen Staatsexperimenten zu den alten monarchischen Namen zurückzuwenden. Die Reaktion im Volke ist lebendig geworden, und wenn die Anarchie überlegt genug ist, einen 15. Mai wiederholen zu wollen, so wird die Schnsucht nach ruhigen und geordneten Zuständen eine Barrikade nach der andern zu Gunsten der Monarchie aufrichten. Die Republik war für die Mehrzahl der Franzosen eine Ueberraschung; die Monarchie wäre keine, die große Mehrheit würde nur in die natürlichen Bahnen einlenken, aus denen sie am 24. Februar durch einen raschen und ungestümen Ruck herausgeworfen ward. Für Deutschland dürfte sich ein Umschwung der Dinge zunächst entweder die Chancen eines Krieges oder die der Reaktion auch dieselbst des Rheines, während bei dem Gedeihen einer friedlich organisirenden Republik Friede und Einverständniß für beide Theile politische Nothwendigkeiten sind.

In der Regierung selbst sind gewisse Spaltungen nicht mehr zu verkennen; so lange Lamartine und Ledru Rollin sich naturgemäß gegenüber standen, war alle Welt für Lamartine, seit sie die unnatürliche Allianz eingegangen haben, verliert Lamartine an Einfluß und Popularität, ohne daß Ledru Rollin gewänne. Die Uneinigkeit der Regierung in großen Abstimmungen ist kein Zufall, sie beruht auf

Digitized by Google

der innern Verschiedenheit ihrer Bestandtheile. Man spricht offen von der Entzweiung zwischen Armand Marrast und der Regierung, der allerdings in Marrast's Organ jüngst der Rath zum Rückzug gegeben ward, und die revolutionären Ultrablätter sehen bereits ein Triumvirat Marrast-Thiers-Barrot sich bilden, vor dem die Regierung weichen müsse. Umgekehrt verbächtigen einige Organe der Reaktion diese nicht mit Lebru Rollin, sondern auch Lamartine der Theilnahme an dem Attentat vom 15. Mai und geben zu verstehen, daß wenn Louis Blanc verhaftet worden wäre, die beiden Mitglieder der Exekutivkommission ihm sehr rasch hätten nachfolgen müssen. Wir wollen auf dergleichen Anschuldigungen durchaus kein Gewicht legen, sie beweisen aber, wie weit bereits die reaktionären Angriffe sich wagen. Zugleich bieten die radikalen Ultras Alles auf, die Allianz zwischen lauen Republikanern, gehetzten Monarchisten und dem ganzen bestehenden Mittelstand nur um so fester zu knüpfen; so rechnet heute ein Blatt das Vermögen aller größern Banquiers und Grundbesitzer aufwärts bis zum König selbst zusammen und deutet dann unverblümt auf den Plan von Babeuf hin, eine gezwungene Anleihe von einer Milliarde auf die Reichen auszuschreiben. Die Sache erregt Aufsehen und ist Gegenstand einer Interpellation in der Versammlung geworden; man nennt es — und gewiß nicht mit Unrecht — einen versteckten Aufruf zur Plünderung, und so ruhig man die Phantasien des theoretischen Kommunismus ertrug, so wenig will man sich mit diesem praktischen Kommunismus befreunden. Es heißt auch hier: nur so fort gemacht, ihr Herren von der äußersten Linken, und die Reaktion, die man so oft an die Wand gemalt, wird bald in natürlicher Wirklichkeit vorhanden sein.

### Italien.

Ein in der Sitzung der Tagsatzung vom 9. Juni vorgelegtes Schreiben des schweizerischen Konsuls in Mailand meldet, daß die Abstimmung fast einmüthig für den Anschluß an Piemont ausgefallen sei. In den Gefechten vom 29. und 30. Mai hätten die Oesterreicher bei 5000 Todte verloren (?), und es sei ein Waffenstillstand abgeschlossen, die Todten zu beerdigen, um den Ausbruch der Epidemie zu verhüten. Die Oesterreicher haben sich unter die Mauern von Mantua zurückgezogen und welchen der Schlacht aus. Im Lager Karl Albert's ist ein Abgeordneter des Papstes, Morosini, eingetroffen und hat sich von da nach Innsbruck zum Kaiser begeben, um den Frieden zu ermitteln, zu welchem man Letzterm, nach dem Falle von Peschiera und dem Ausgang der letzten Treffen, geneigt glaubt.

* Die Nachrichten aus Neapel über Ermordung des Königs und der königlichen Familie haben sich nach unsern Briefen bis zum 3. Juni nicht bestätigt.

### Ungarn.

Pesth, 5. Juni. Gestern kam der Vice-König, Erzherzog Stephan, hier an. Der Premierminister, Graf L. Batthyani, begegnete ihm auf dem Wege und setzte seine Reise weiter nach Innsbruck fort. Es bestätigt sich, daß der Ban von Kroatien ebenfalls zum König beschieden worden ist. (Presb. Z.)

Lemberg, 3. Juni. Die heutige Zeitung enthält nachstehende Bekanntmachung des Landesgouverneurs, Grafen Franz Stadion: „Mit Allerhöchstem Handschreiben Sr. Majestät vom 26. v. M. mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt und aufgefordert, zu diesem Behufe mit möglichster Beschleunigung in das Allerhöchste Hoflager nach Innsbruck abzureisen, hat der gefertigte Gouverneur der Königreiche Galizien und Lodomerien im Grunde höchster Ermächtigung Sr. Excellenz, den Herrn Kommandierenden von Galizien, Freiherrn von Hammerstein, eingeladen, im Einvernehmen mit dem Herrn Gubernial-Vice-Präsidenten Agenor Grafen Golnchowski seine Stelle bis auf weitere allerhöchste Befehle zu vertreten. Lemberg, am 3. Juni 1848. Franz Graf von Stadion. Landes-Gouverneur." (O. D. Z.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[560]

**Danksagung.**

Die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten des zweiten Bataillons des Herzogl. nassauischen zweiten Regiments halten es für eine heilige Pflicht, in dem Augenblick, wo sie im Begriffe sind, das badische Land zu verlassen, um in ihr Heimath zurückzukehren, den edlen Bewohnern Heidelbergs für ihre freundschaftliche Aufnahme herzlich zu danken und sie zu versichern, daß, wo auch ein wechselvolles Geschick sie hinführen mag, die Erinnerung an badische Gastfreundschaft, die sie überall in so hohem Grade genossen haben, nie aus ihrem Herzen verschwinden wird.

# Wasserheilanstalt Mühlbad bei Boppard am Rhein.

Arzt Herr Dr. Hallmann. Der wöchentliche Kurpreis beträgt Alles in Allem, je nach der Schönheit des Zimmers, 7 bis 15 Thaler. Aerztliche Anfragen bitten wir an Herrn Dr. Hallmann, ökonomische an uns, portofrei zu richten.

[561] **Kaupmann & König**, Pachter der Anstalt.

[562] Unter dem Titel:

## „Neue Preußische Zeitung"

erscheint vom 1. Juli l. J. ab in Berlin ein großes politisches Tageblatt von zugleich lokalem Charakter, welches — wie die binnen 14 Tagen auszugebenden Probenummern des näheren darlegen werden — sich die Aufgabe stellt: von dem Boden des gegebenen Rechtes aus überall die Interessen der Freiheit, der Ordnung und der Wahrheit gegen Entstellung, revolutionäre Anarchie und Terrorismus zu vertreten.

Die Neue Preußische Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, des Abends um 5 Uhr in 1 bis 1½ Bogen Großfolio. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich für Berlin Thlr. 1. 15 Sgr., für die Provinzen Thlr. 2. — inkl. Stempel und Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postämtern angenommen. Mittheilungen bittet man an die Expedition, Dessauerstraße Nr. 5. zu richten, wo auch Annoncen — der Raum einer dreispaltigen Zeile mit 1½ Sgr. berechnet — entgegengenommen werden.

Der Redakteur: **Wagener.**

## Bekanntmachung.

Die Ankunft und Abfahrt der Düsseldorfer Dampfschiffe in Mannheim findet bis auf Weiteres wie folgt Statt:

I. Abgang nach Mainz täglich um 3½ Uhr Nachmittags im Anschluß an den von Schlierigen kommenden Eisenbahnzug VII.

II. Ankunft von Mainz täglich zur Mittagszeit im Anschluß an den Eisenbahnzug X. nach Schlierigen. Die Fahrten an Sonntag, Dinstag, Mittwoch und Freitag schließen sich unmittelbar an jene nach Rotterdam, und die Fahrten an Sonntag und Mittwoch antworten an die englischen Dampfboote nach London an. Bei den Agenturen dieser Dampfschifffahrtsgesellschaft können Fahrbillets für die Gr. Eisenbahn, sowie umgekehrt auf allen Hauptstationen der Gr. Eisenbahn Karten zur Fahrt mit diesen Dampfschiffen genommen werden.

Heidelberg, 4. Mai 1848.

**Großh. Post und Eisenbahn-Amt**
**Eberlin.**

[563]

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Heidelberger nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver 4 King, 23 Bowgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika Hauptbureaux werden sich an H. A. Alexander in Straßburg Nr. 28 Broglie, Paris Nr. 28 Rue de Beaune.

# Deutsche Zeitung.

Die Zeitung erscheint wöchentlich dreimal (Dienst., Donn., Samst.) Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 8. 30. — Durch das Post-Regal bezogen im Umfange des Großherzogthums Baden 8. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 165.** **Heidelberg,** Donnerstag 15. Juni. **1848.**

## Zur Nachricht.

Mit dem 1 Juli beginnt ein neues Abonnement auf die **Deutsche Zeitung** für das halbe Jahr bis Ende December 1848. Der Preis bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg ist 5 fl., durch die Post bezogen im Umfange des Großherzogthums Baden 6 fl. 13 kr., wozu außerdem noch der Postaufschlag kömmt. —

Die Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung, welcher der Redakteur, wie mehrere Mitarbeiter als Mitglieder angehören, wird die Deutsche Zeitung schnell und übersichtlich mittheilen.

## Uebersicht.

**Die schleswig-holsteinische Sache** in der Nationalversammlung. **Wien** (Abschaffung der Leibesstrafe im Heer. Truppenverstärkung nach Ungarn). **Prag** (der Slawenkongreß). **Innsbruck** (Eröffnung der Ständeversammlung ohne die Deputirten von Welschtirol. Motivirtes Sendschr. Der Kaiser). **Vom Rhein** (die Agitation im Süden und am Rhein). **München** (die Wahlmännerversammlung über Fallmerayers Brief. Adresse des Volkes an die Reichsversammlung zu Frankfurt). **Stuttgart** (Bewegungen. Antrag auf Berufung des Landtags). **Tübingen** (Beschlüsse des vaterländischen Vereins). **Aus Baden** (die Angelegenheit der deutschen Flotte). **Karlsruhe** (eine Sitzung der II. Kammer). **Mannheim** (der demokratische Verein. Die Volksbewaffnung; ein Bundesministerium. Betrachtungen über die deutsche Lage). **Achern** (Parlamentswohl). **Darmstadt** (Adresse an die Nationalversammlung). **Eisenach** (Studentenversammlung). **Oldenburg** (Ergänzungsmannschaft). **Neuvorpommern** (Räthsel über die letzten Treffen. Dänische Parlamentärin). **Hamburg** (Auflösung des Gewerbekongresses. Flechel um prov. Marinekongreß. Beabsichtigte Demonstration gegen das Preßgesetz. Die brutalen Vorgänge am 9. Juni. Skandal im Theater.)

**Großbritannien.** Nachrichten aus Amerika.

**Frankreich.** Paris. Die kritische Stimmung; die Existenz der Regierung nicht fest. Bonapartistische Umtriebe. Der National gegen die Regierung.

**Italien.** Rom. Eröffnung der Kammer.

**Beilage.** Riga. Der deutsche Adel in den Ostseeprovinzen. — Deutsche Kriegsblüten. — Mannheim. der demokratische Verein. **Frankreich.** Straßburg. Die öffentlichen Zustände.

---

Heidelberg, 14. Juni.

Die Sitzung der Nationalversammlung vom 9. Juni über die schleswig-holsteinische Sache bot in vieler Hinsicht ein erhöhtes Interesse im Vergleich zu den bisherigen Verhandlungen dar. Wir wollen versuchen, unsere Eindrücke in möglichster Kürze niederzuschreiben.

Der Vortrag Dahlmann's und der an ihn angelehnte von Schmerling, die die Debatte neben Franke's Rede eröffneten, hatten einen nach Zeit und Ort ganz entfernten, aber der neuesten Geschichte kundigen Mann in all ihrer ruhigen und sanften Haltung sagen können, welch eine veränderte Zeit in Deutschland hereingebrochen ist. Den Vortrag Dahlmann's, den wir heute öffentlich hörten, trug er seinem wesentlichen Inhalte nach vor Kurzem in dem Schooße des Bundestages selbst vor, und was liegt doch darin für ein Zeichen der Zeit, daß mitten in dieser Behörde, wo nun Welcker und Jordan, Todt und van der Hude sitzen, der Dahlmann, dessen Schriften für die holsteinische Sache früher so oft gelegt und unterschlagen, trotz ihrer günstigen Begutachtung von Seite des sächsischen Gesandten nicht beachtet wurden, daß dieser Dahlmann dem österreichischen Präsidium gegenüber damals mit nackten Worten sagen durfte: der Fluch der schleswig-holsteinischen Sache laste auf dem Grafen Münch-Bellinghausen! Was liegt für ein Zeichen der Zeit darin, daß heute der österreichische Präsidialgesandte sich in gedrückter und erschütterter Stimmung von jener alten Politik losgagt und erklärt, niemals seine jetzige Stellung angenommen zu haben, wenn er nur die Anmuthung eines solchen Verfahrens, wie die des Bundestags in der holsteinischen Sache war, befürchten zu müssen glaubte! Was für ein Zeichen der Zeit, daß dieser Mann das Präsidium des Bundestags führt, den wir noch in seiner Stellung als Vertrauensmann sich gleichfalls in der Mitte der Bundesgesandten offen und ruhig als einen Betheiligten bei der Wiener Staatsveränderung bekennen und rühmen hörten! Solchen Erscheinungen gegenüber, die nicht mit vorübergehender Gewaltthat erzwungen und gemacht sind, sondern die sich selber ungezwungen gemacht und ergeben haben, der Beobachtung gegenüber, daß unsere Bewegung von den stillen Energien, den besonnensten und ruhigsten Geistern mit getragen und getheilt wird, sollte man Muth fassen auf ihre Dauer und Fruchtbarkeit und sollte die thörichte Reaktionsfurcht, die nicht allein von den Wölfen vorgegeben und ihren Werkzeugen vorgespiegelt, sondern auch von ehrlichen und gutmeinenden Leuten aufrichtig getheilt wird, fahren lassen, die Furcht nicht vor aller Möglichkeit eines siegenden Versuches der Reaktion, wohl aber die Furcht vor einer Möglichkeit ihres durchgreifenden Erfolges.

Eine zweite Betrachtung knüpfte sich uns an die Rede des Herrn von Schmerling an. Es ist etwas abnorm, daß zwei Bundestagsgesandte, die Theilhaber an der exekutiven Gewalt, in dem Parlamente sitzen; aber die Wahlunbeschränktheit, die selbst dem Könige von Würtemberg Stimmen verschaffte, mußte sich freilich nach Oben wie nach Unten geltend machen dürfen. Beide Männer nun haben gelegentlich der Nationalversammlung gegenüber in ihren Vorträgen die Stellung genommen, als ob sie von einer Ministerbank herab redeten; Welcker mehr bei den gefährlicheren Anlässen principieller Gegensätze, denen wir von dem Bundestage gern möglichst ausgewichen sähen, von Schmerling in der Sitzung, von der wir reden, in einer Gelegenheit, wo thatsächliche Aufklärungen zu geben waren. Dies Letztere machte einen so allgemein eingreifenden guten Effekt, und die Raveaux'sche Anerkennung und freudige Entgegennahme der bundestäglichen Erklärungen erhöhte diese gute Stimmung in einer Art, die uns nur zu beweisen schien, wie viel wohler sich die deutsche Natur bei einer Aussicht auf ruhigen Verlauf der großen Staatsveränderungen fühlt, mit denen wir uns tragen, wie viel homogener uns die Reform ist, die Hand in Hand mit einem in sich gegangenen Regimente geht, als die Revolution, die ein unverbesserliches Regiment vernichten muß. Wäre in dieser Art jede Gelegenheit von dem ersten Tage der Nationalversammlung an ergriffen, so gesucht worden, um die Nation immer in Kenntniß von der Thätigkeit und den Absichten der Bundesregierung zu halten, es wäre die Frage, ob wir nicht über den Wunsch nach einer provisorischen Regierung ganz hinausgekommen wären und auf diese Weise Schwierigkeiten vermieden hätten, über die wir uns auch jetzt noch keineswegs ruhig hinauszusetzen vermögen.

Der Hauptreiz dieser Sitzung lag aber darin, daß in den Mittheilungen von Schmerling und Raumer, und in den Reden von Wurm und Heckscher zum ersten Male die äußere Politik Deutschlands in einem größeren Style vor den Augen und Ohren der Nation besprochen wurde. Die reichliche Materie der Beobachtung, die diese Seite der Sitzung darbot, wollen wir heute nur andeuten, um dann gelegentlich wieder darauf zurückzukommen. Traurig war uns, zu bemerken, daß ein Theil der Versammlung

Digitized by Google

gegen politische Erörterungen dieser Art gleichgiltig, ja ungeduldig darüber war, und daß man bei Wurm's geschichtlichen Auseinandersetzungen den Ruf „zur Sache“ vernehmen mußte, worunter man Etwas verstehen, die von der Sache verschieden sein durfte, meistens Nichtswürdiger war es, wie sich die Linke ebenfalls über Langeweiligkeit, eine ernste Frage mit solcher Nonchalance in Betracht zu ziehen, beschwerte, und wie sie aus einer großen allgemeinen Angelegenheit, an die ein universaler Krieg sich knüpfen kann, sich Nichts herauszunehmen wußte, als die Anlässe zu persönlichen Reibungen, zu sophistischen Mißdeutungen, zu unüberlegten Rodomontaden, zu einem parlamentarischen Guerillakrieg von der kläglichsten Art. Mehr solche Kampfplane, und der Kredit dieser Minorität wird bald völlig erschöpft sein. Dagegen war der politische Takt um so erfreulicher, der auf der andern Seite hervortrat. Die Frage, um die es sich eigentlich handelte, war die ganze ehen getheilte Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund. Die Grundlage der Friedensunterhandlungen, über die sich Preußen mit England verständigt hatte, die dänisch redenden Einwohner Nordschleswigs selbst ihr Loos, bei Dänemark oder Deutschland zu sein, in freier, unbehinderter Wahl (freely and fairly) entscheiden zu lassen, mißfiel den Schleswigern begreiflich sehr. Der Anschlußantrag, von der Ansicht ausgegangen, daß die Aufnahme ganz Schleswigs in den deutschen Bund zur Zeit nur ein einseitiger Akt, und das Bestehen auf derselben keineswegs in einem unbestrittenen Rechte Deutschlands gerechtfertigt sei, war vorsichtig gehalten, um die schwebenden Friedensunterhandlungen nicht zu kreuzen, um nicht nutzlos die Mächte zu reizen und einen großen Krieg leichtfertig hervorzurufen um einige Aemter retten, in Landdewohner noch dazu selbst zwar lieber zu Schleswig als zu Dänemark, aber keineswegs lieber zu dem deutschen Bunde als Dänemark halten wollen. Indem man das Recht der nationalen Selbstbestimmung ehrte, auf das gerade von den Ultras so viel Gewicht gelegt wird, durfte man hoffen, Allen gerecht zu werden, und der Kommissionsantrag, bei dessen Motivirung die bekannten Grund-Sätze des schleswig-holsteinischen Staatsrechts als unantastbar ausdrücklich aufgestellt waren, wollte nur in einer allgemeinen Formel diese Rechte und die deutsche Ehre in dem Friedensschlusse gewahrt wissen. Man wollte zu Rußlands Einmischung keinen Anlaß geben; und dünkte die Einwendung begründet, daß in der That die paar Aemter in Nordschleswig das europäische Gleichgewicht nicht in Frage verrückten, daß daraus kein Anlaß liegend einer Macht der Anlaß zu einem Kriegsfall genommen werden könnte. Die veränderte Lage der europäischen Welt ist nicht durch den Zuschlag Schleswigs zu dem deutschen Bunde, sondern durch die Erhebung Deutschlands bedingt, und wenn wir durch unsere Vorsicht Rußland den schleswigschen Vorwand nehmen, so wird es sich demnächst einen andern suchen und finden. Uns scheint es daher darauf anzukommen, dem russischen Kriege durch eine große nationale Haltung vorzubeugen oder zu begegnen, nicht ihm durch eine schwache Umgehung auszubeugen. Und dazu wird wesentlich beitragen, wenn wir jenen großen Grundsatz des größten neuern Dichters festhalten, daß wir zwar der Größe Merkzeichen darin suchen, daß wir uns nur um Großes regen, aber daß wir selbst eines Strohhalms Breite verrichten, wenn Ehre auf dem Spiele ist. Das ist nirgends so sehr der Fall, wie in dieser schleswigschen Sache, um die wir nun seit zwei Jahren das Ehrenwort dieser großen Nation zum Pfande setzten. Wir waren daher der Forderung Derer gar nicht ungünstig, welche verlangten, daß die Friedensbedingungen vor dem Abschlusse der Nationalversammlung zur Guthrißung vorgelegt würden. Dies ist zwar gegen die Theorie, und es ist gewiß auch sehr gegen das Interesse eines einheitlichen monarchischen Staates, der gesetzgebenden Gewalt eine Theilnahme an Friedensschlüssen zu gewähren. In der Natur eines Bundesstaates scheint es uns aber zu sehr gelegen, daß diese Anordnung obwalte, weil es sehr denkbar ist, daß der Einfluß und das Interesse einzelner Fürsten einen Frieden zum Schaden des Ganzen senken möchte, den das Gegengewicht des Centralorgans, des Parlamentes, noch umgestalten könnte. Wir zweifeln daher, daß die Nationalversammlung sich entschließen werde, dieses Recht bei der Berathung der Verfassung fahren zu lassen, und in dieser Voraussicht hätten wir gerne gesehen, man hätte gleich in diesem Falle faktisch davon Gebrauch gemacht. Wir sind überzeugt, daß Preußen bei seinen Friedensverhandlungen nur ein Gefallen damit geschehen wäre, wenn es ein kräftiges Votum der Nationalversammlung, England gegenüber, im Rücken gehabt hätte, wo man bis in die letzten Tage fortfährt, sich von den Times die albernsten und gehässigsten Artikel in dieser Sache geduldig auftischen zu lassen.

Wir wollen morgen zu diesen Betrachtungen noch einen kleinen Nachtrag liefern.

**Oesterreich.** Wien, 8. Juni. Nach einer von dem Kriegsministerium erlassenen Kundmachung ist die Leibesstrafe in der österreichischen Armee im Disciplinarwege abgeschafft. Die Strafe des Gassenlaufens und der Stockprügel kann daher nur noch durch kriegsgerichtlichen Ausspruch, und zwar nach Stimmenmehrheit, vollzogen werden. Da binnen Kurzem ohnehin eine neue militärische Gesetzordnung ins Leben treten wird, so steht ohne Zweifel die gänzliche Abschaffung der Leibesstrafen in Aussicht. — Dem Vernehmen nach hat das ungarische Kriegsministerium bei dem hiesigen um Verstärkung von einigen Regimentern Infanterie angesucht, und zwar gleichviel, von was immer für einer Nationalität. Das nächst Wien zu Kaiser-Ebersdorf garnisonirende 60. ungarische Infanterieregiment Prinz Wasa wird daher dieser Tage nach Ungarn abgehen. Auch eine Division Alexander Husaren marschirt von hier aus. (Allg. Z.)

Aus Prag, 7. Mai, schreibt das Const. Blatt aus Böhmen: Die einzelnen Sektionen und der große Ausschuß des Slavenkongresses halten fortwährend Sitzungen. Die Zeit unserer Gäste ist gemessen, und ein Jeder von ihnen sehnt sich wieder nach der Heimath zurück, wo in jedem Augenblick entschiedene Ereignisse eintreten können. Daher können aber auch nur die wichtigsten Angelegenheiten und Verhältnisse der Slaven besprochen werden, und dem nächsten Kongreß bleibt eine nicht minder schwere Aufgabe zu lösen als dem gegenwärtigen. Man hat bereits die Frage über die fernere Abhaltung von Slavenkongressen in Anregung gebracht und beschlossen, daß jährlich wenigstens einer, nach Umständen auch zwei zusammentreten sollen. Die fortlaufenden Geschäfte wird ein Ausschuß zu leiten haben.

Prag, 8. Juni. Man stimmt darin allgemein überein, daß der Slavenkongreß trotz alles Gerüchtes, mit welchem ihn die Swornostkohorte zu umgeben sucht, bei der Bevölkerung ohne Sympathie bleibt. Bei all den öffentlichen Festzügen, die man mit fastnachtsartiger Ausschmückung veranstaltet, verhält sich die eigentliche Bevölkerung stumm und zurückhaltend. Der gemeine Mann begreift nicht, was es mit diesen fremden Masken für eine Bedeutung haben soll, und der Gebildete steht mißtrauisch den Treiben zu, das ihm eine unheilvolle Zukunft in Aussicht stellt. Zudem finden die fremden Slaven die bygonnischen Bestrebungen der Czechen durchaus nicht gebilligt. Die Polen machen bekanntlich den Anspruch, das erste und gewreichste Volk unter den Slaven zu sein, und da sie überdem achtmal stärker sind, als die Czechen und in der That auch eine viel glänzendere Rolle in der Geschichte gespielt haben, so finden sie es beleidigend für sich, daß die Czechen sich geberden, als wollten sie die Polen in's Schlepptau nehmen. Die Saat aller dieser gereizten Empfindlichkeiten wird erst später aufgehen; wir glauben nicht, daß die Czechen unter den slavischen Stammgenossen mit ihrem Kongresse sich sehr gemüthlich haben. Allmählich finden in den Kreisen Böhmens die Wahlen für's Frankfurter Parlament mehr Verständniß und Eifer. In Budweis, wo czechische Umtriebe die Wahlen hintertrieben, wird nun mit um so größerem Eifer ein Wahltag vorbereitet. In Töplitz hat man am 5. d. M. gewählt. Die Wahl soll einstimmig auf Kuranda, der zwar in Hofnetlk als Erlaßmann des Grafen Friedrich Deym ins Parlament eingetreten wäre, sich jedoch, wie wir hören, für Töplitz entschieden hat. Die hiesige Studentenverbindung „Teutonia“ zählt bereits 400 Mitglieder, was jedoch erst einem Drittel der Landsmannschaft, die sich unter dem Namen „Slavia“ gebildet hat, gleichkommt. In den Reihen der Letzten befinden sich sehr viele czechisirende Deutsche!

(L. P. Z.)

Innsbruck, 10. Juni. Die Allg. Zeit. berichtet von hier: Die Eröffnung der Stände hatte am 10. Statt, und beschränkte sich vorläufig auf eine Eröffnungsrede des Gouverneurs Grafen Brandis, in der auf die Vereinbarung der alten historischen Zustände mit den durch die Konstitution vom März neugeschaffenen Grundlagen, sowie auf die rühmliche Geschichte des Landes hingewiesen wurde. Ferner wurden zwei Ausschüsse gewählt, einer für die Redaktionsgeschäfte, der zweite für eine zu bestimmende Geschäftsordnung. Aus Mäßigkeit hat sich kein Deputirter hier eingefunden! Monsignore Moriclini war am 10 Nachts aus Rom durch die österr. Truppenlinie in Innsbruck angekommen. War er, wie verlautete, vom Papst beauftragt, Friedensunterhandlungen anzubahnen, so wird er sehr willkommen sein und fruchtbaren Boden finden. Graf Stadion, der am 6. in Wien eingetroffen, wird in Innsbruck jede Stunde erwartet. Man war in Innsbruck allgemein der Ueberzeugung, daß Se. Maj. nicht wohl län-

Digitized by Google

ger dort bleiben könne; und wäre auch die Rückkehr nach Wien noch für den Augenblick nicht wohl möglich, so müsse doch durchaus ein näher gelegener Ort zur zeitweiligen Residenz des Kaisers gewählt werden, wenn die Geschäfte keine Hemmung erleiden sollen. Man glaubte, daß das Gesammtministerium unabweislich auf dieser Maßregel bestehen werde. (Einer anderen Correspondenz zufolge erwartet man den Kaiser und die Kaiserin am 15. Juni in Wien).

**. Vom Rhein, 8. Juni. Es wird Ihnen bereits bekannt sein, daß der demokratische Verein, als dessen Präsident sich Bayrhoffer, ohne Zweifel der bekannte Professor dieses Namens, unterzeichnet, an sämmtliche demokratische Vereine Deutschlands eine Einladung zu einer vom 14. bis 16. Juni in Frankfurt a. M. abzuhaltenden Konferenz erlassen hat, in welcher zunächst ein gemeinsames Manifest über die politisch-soziale Demokratie, eine Verfassung des zu konstituirenden allgemeinen Demokratenvereins und die Gründung eines allgemeinen Centralorganes berathen werden sollen. Gleichzeitig werden, auf Einladung des Arbeitervereines zu Marburg, als dessen Vorsteher abermals Dr. Bayrhoffer figurirt, Abgeordnete sämmtlicher Arbeitervereine Deutschlands ebenfalls in Frankfurt zusammenkommen, „damit einerseits durch eine allgemeine Berathung und Einigung die einzelnen Arbeitervereine auf der bisherigen Vereinzelung und Zersplitterung sich zu einem planmäßigen Zusammenwirken und wohlgegliederten Ganzen organisiren, und andererseits mit den, die Verwirklichung des sozialen demokratischen Republik erstrebenden demokratischen Vereinen zu gegenseitiger Kräftigung und Unterstützung in die engste Verbrüderung treten". Endlich sind auch die Turner für reif und würdig erachtet, sich an dieser demokratischen Tagsatzung zu betheiligen, und Hr. Bayrhoffer hat den Vorort der süddeutschen Turngemeinden, Hanau, aufgefordert, einen allgemeinen Turnertag auf dieselbe Zeit auszuschreiben. Ueber die letzten Zwecke dieser Versammlung kann ein Zweifel nicht füglich mehr bestehen; spricht die Einladung der demokratischen Vereine noch etwas unbestimmt von einer politisch-socialen Demokratie, so definirt die Einladung an die Arbeitervereine dieselbe mit klaren Worten als die socialen demokratische Republik, und wir werden also demnächst in Frankfurt eine Erscheinung sehen, die vielleicht nur in Deutschland vorkommen kann, daß die gesetzmäßige, frei gewählte Vertretung des Volkes sich gegen die Republik erklärt und gleichzeitig, neben ihr, eine andere förmlich konstituirte Versammlung die Verwirklichung der Republik erstrebt; es dürfte wenigstens mehr als zweifelhaft sein, ob die französische Nationalversammlung es dulden würde, daß sich neben ihr eine zweite Versammlung konstituirte, welche die Wiederherstellung der monarchischen Regierungsform, die Restaurirung der Bourbons, der Orleans oder der Bonaparte, offen als das Ziel ihrer Berathungen und Beschlüsse proklamirte. Wie dem aber auch sei, es werden sich die in der Rheinprovinz fast in allen größern Städten unter verschiedenen Namen bereits bestehenden demokratischen Vereine und Arbeitervereine, die überall in sehr enger Verbindung und in einer Art Kartel mit einander stehen, sehr stark an jener Frankfurter Versammlung betheiligen. Ueber die Wirksamkeit und Verhandlungen dieser Vereine gelangt, obgleich für die Versammlungen eine bedingte Oeffentlichkeit als Regel aufgestellt ist, im Allgemeinen wenig Genaueres ins Publikum — eine Ausnahme macht nur der große Arbeiterverein in Köln, der sich ein eigenes Organ geschaffen hat und den ich bei Gelegenheit, als den bei Weitem bedeutendsten, ausführlicher besprechen muß; — im Allgemeinen kann man aber die politischen Tendenzen derselben dahin charakterisiren, daß die demokratischen Vereine, obwohl sie im Princip die Republik für die Regierungsform erachten, doch einstweilen aus Klugheitsgründen bei der konstitutionellen Monarchie auf breitester demokratischen Grundlage stehen bleiben wollen, während die Arbeitervereine, in welchen dergleichen mehr oder weniger subtile Grenzlinien keinen Anklang finden, ohne Weiteres auf die sofortige Realisirung einer Staatsform hinarbeiten, welche ihnen ihre Leiter als das Eden aller menschlichen Wünsche zu schildern bedacht sind, wie denn in einer vor wenig Tagen von dem Arbeiterverein von Köln abgehaltenen Generalversammlung offen und öffentlich für die Republik gesprochen wurde, bei welcher Gelegenheit selbst Freiligrath, der soeben aus England zurückgekehrt ist, es nicht verschmähte, hier nach dem leichten Beifall der Menge zu haschen. Nur das Programm des „Volksklubs" in Düsseldorf schließt sich in dieser Beziehung eng an die Tendenzen der Arbeitervereine an. „Der Volksklub — heißt es in diesem Programm — geht von dem Grundgedanken aus, daß in einer Monarchie, mag sie nun einen Beinamen haben, welchen sie wolle, die Interessen des Volkes nicht wahrhaft befördert werden können. Der Volk-klub spricht sich offen für die Republik aus". Ich sollte denken, das wäre deutlich genug. Das provisorische Komité des „Volksklubs" übrigens besteht aus Handlungsgehilfen, die in unserer Provinz schon von jeher ein Kartes Kontingent von Politikern und Staatsmännern gestellt, und bei der gegenwärtigen geschäfts- und erwerbslosen Zeit volle Muße haben, das Vaterland zu retten und glücklich zu machen.

Baiern, ‖ München, 9. Juni. Der I. Wahlmännerbezirk hat es in seiner gestrigen Versammlung zu einem sehr erfolgreichen Resultate gebracht, zu dem nämlich: daß keine Adresse an den von ihm gewählten Parlamentsabgeordneten (Hermann) abgehen zu lassen. Dagegen wird sich der II. Wahldistrikt seines wegs dadurch bestimmen lassen, seinen Beschluß in Betreff einer Adresse an Fallmerayer nicht in Vollzug zu setzen. Fallmerayers Brief an seine Wahlmänner versiehle nicht, hier großen Eindruck zu machen. Es heißt unter Anderm darin: die Mehrzahl seiner baierischen Kollegen sei mehr als nüchlich unter dem Zauber ihres Fürsten befangen. Aus den letzten Vorgängen bei uns, besonders aus diesen in den letzten Tagen kattgehabten Versammlungen der Wahlmänner, leuchtet übrigens zur Genüge ein, daß sich bei uns die Parteien immer mehr abgrenzen, und zwar in der Weise, daß man das bisherige monarchisch-konstitutionelle Lager der Bürgerschaft selbst in ein solches und ein monarchisch-konservatives sich scheiden sieht.

‖ München, 11. Juni. Es geht nun doch in den nächsten Tagen zwar nicht allein an Fallmerayer und Hermann (wie dies zuerst von Seite der Wahlmänner des II. Distrikts beabsichtigt war), sondern an die deutsche verfassunggebende Versammlung zu Frankfurt eine Adresse, ausgehend von den Bewohnern Münchens, der Au und den Umgebungen, ab, die sich mit aller Entschiedenheit gegen jedes Separatgelüste des baierischen Volkes dem Parlamente gegenüber erklärt. Dieselbe wurde gestern in einer Versammlung auf dem Franziskanerkeller (in der Au) vorgelesen, berathen und gebilligt. Bei dieser Gelegenheit sprach sich besonders energisch Dr. Löpel gegen die letzte Versammlung der Wahlmänner des 4. Distrikts und speciell gegen Lippert(ein Augsburgerkrawall-Heros), der sich über Fallmerayer ziemlich verlehend geäußert hatte, aus, worauf zur Genüge hervorging, daß hier (in München) allerdings eine reaktionäre Richtung, die zum Mindesten Alles wieder in Schlaf lullen möchte, seit längerer Zeit wieder Platz zu greifen sucht. Die obige Adresse wurde sogleich von den zahlreich Anwesenden unterschrieben und soll von heute an im Rathhause Münchens und der Au, auf der Studentenhauptwache und andern Orten aufgelegt werden. Der Vorschlag, man solle die Adresse auf öffentlichem Markte, etwa dem Schrannenplatze, auflegen, wenn der Magistrat Münchens den Rathhaussaal dazu nicht hergeben wollte, fand zwar Anfangs großen Beifall, doch ward er bei der Abstimmung nicht angenommen. Die Adresse selbst lautet: „Oeffentliche Stimmen in Deutschland haben Baiern beschuldigt, in der gegenwärtigen großen Entgeisgenheit des gemeinsamen Vaterlandes selbst Absichten zu hegen, welche die wahre Einigung der deutschen Völker zu hindern oder Baiern von ihr auszuschließen vermöchten. Dem gerechten Unwillen, womit wir diesen Vorwurf von uns weisen, wollen und müssen wir vor der ganzen Nation einen öffentlichen Ausdruck geben. Wir erklären hiemit feierlich, daß wir der deutschen Nationalsache mit der aufrichtigsten Vaterlandsliebe zugethan und jedem Absonderungsbestreben gänzlich fremd sind. Wir halten fest an den Errungenschaften der Märztage und der jüngsten Zeit und setzen in die Nationalversammlung das volle Vertrauen, daß sie sich dem deutschen Verfassungswerke zur gemeinsamen Wohlfahrt, Ehre und Freiheit aller deutschen Völker standhaft unterziehen wolle, und diese großen Zukunft ihre kräftigen Einheit treffen alle Sonderunterrissen freudig zum Opfer gebracht werden. Das baierische Volk kann und wird nur deutsche Gesinnungen haben! Deutschland vertraue ihm! Am 10. Juni 1848".

**Würtemberg** Stuttgart, 13. Juni früh. Unsere Pfingsttage sind ruhig abgelaufen. Wie allerwärts fehlte es nicht an brunnrühgenden Gerüchten. Vorsichtsmaßregeln wurden genügend getroffen. Beide Tage über waren Bürgerwehrbataillone bereit und versehen Nachts strengen Patrouillendienst. Am Sonntag Abend war bedeutende Unruhe in der Infanteriekaserne beim 6. Regiment, das kaum von Baden zurückgekehrt ist, die Soldaten waren in die Kaserne konsignirt, sie erhitzten sich beim Trunke, und es scheint, daß ihnen von Außen her Trunk oder Geld dazu zugekommen. Hecker war der Held ihrer Hoch. Gruppen derselben im Kasernenhof bildeten sich, weigerten sich, auseinander zu gehen. Den energischen Auftreten eines Officiers, der mit gezogenem Säbel unter einen solchen Haufen trat, gelang es, den militärischen Gehorsam herzustellen. Auf Montag war die Unruhe allgemein, hört man doch, daß der Kriegsminister einen langen Besuch bei dem Weingärtner Stöckle machte, um diesen,

Digitized by Google

bei den Weingärtnern einflußreichen Mann, sicher zu haben. Man weiß, daß bei den letzten Unruhen die Weingärtner Stützen der Ordnung waren, wie sehr man sich jetzt auf sie zu verlassen hätte, steht dahin. Abends durchritt der König die Straßen, besuchte die Kasernen, wo jetzt ihm die Hoch gallen. Wieder zog die Bürgerwehr auf, ihr Dienst war ruhig; einige Schreier wurden verhaftet. Die Nacht blieb ruhig. Dagegen war es im benachbarten Berg und Kannstatt um so stürmischer, heute in aller Frühe sollte in Kannstatt die Hinrichtung zweier Raubmörder stattfinden, gewiß eine recht ungeschickt gewählte Zeit! Die ganze Nacht über waren alle Wirthshäuser geöffnet. Allein die Hinrichtung unterblieb; gesetzliche Förmlichkeiten der Ablauf einer bestimmten Frist nach der Urtheilsverkündigung verhinderten die Vornahme am frühesten Morgen und erst später scheint, trug man Bedenken, die Hinrichtung noch vorzunehmen, scheute die Menschenmenge. Diese, getäuscht, vergriff sich am Schaffot und zerstörte dasselbe. In hiesiger Augenblick (nach 8 Uhr) hört man, in Kannstatt wolle der Pöbel die beiden Raubmörder befreien, das 4. Reiterregiment ist sodann dorthin abgegangen. — Gestern fand in Göppingen eine Versammlung von wirt. Abgeordneten unter Reyschers Vorsitz Statt. Die Drängnisse auf dem Lande, die Verweigerung des Zehntens ꝛc. bestimmte die Versammlung, auf schleunige Einberufung unserer Landtags anzutragen.

* **Tübingen.** Hier beschloß der vaterländische Verein: I. Der abermalige blutige Einfall in Schleswig hat von Neuem gezeigt, wie wenig die Ehre des deutschen Namens bei dem Mangel einer einheitlichen und kräftigen deutschen Regierung geschützt ist. Der vaterländische Verein, indem er eine Theilung jenes eben erst dem Bunde einverleibten Landes für unmöglich erklärt, protestirt nachdrücklich wider ein Verfahren, welches ohne Noth deutsche Bürger dem Feinde preisgab, und er hofft, daß die Nationalversammlung der Wiederkehr ähnlicher unglücklichen und beschämenden Ereignisse durch Errichtung einer einstweiligen Reichsgewalt begegnen werde, deren Aufgabe es sein muß, die Rechte der Deutschen nicht bloß in Schleswig-Holstein, sondern auch in Posen, Böhmen, Tirol n. s. w. zu schützen, überhaupt aber die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen, und die Macht und Größe Deutschlands nach langer Zerspliterung wieder vereint darzustellen. — II. Der Verein ist der Ansicht, daß bei der hohen Bedeutung, welche das Heerwesen und die Volksbewaffnung gegenwärtig haben und unter Umständen in naher Zeit noch erlangen könnten, es unumgänglich nothwendig sei, Beides vorläufig und bis zu einer militärischen Organisation Deutschlands der Oberleitung Eines Mannes zu übergeben, dessen politische Gesinnung und persönliche Thatkraft hinreichende Bürgschaft geben, es werde die Sache der Freiheit und der öffentlichen Ordnung gleichmäßig in ihm eine Stütze finden. — III. Ein Erlaß des k. Minist. des Innern vom 15. Mai, welcher befremdender Weise erst im Schwäb. Merkur vom 10. Juni veröffentlicht wurde, stellt die Befugniß der Bezirksbeamten zur Verbeirufung militärischer Hilfe zu schrankenlos hin. Der Verein ist der Ansicht, daß der Beamte zu diesem äußersten Schritt nur alsdann ermächtigt sein sollte, nachdem der Gemeinderath und Bürgerausschuß oder doch jener in Verbindung mit dem Vermaltungsrath der Bürgerwehr die Ordnung ausrecht zu erhalten sich außer Stand erklärt haben.

‡ **Aus Baden.** Die Sammlungen für die deutsche Flotte erfreuen sich zwar keines Vorganges, wie es gewiß unter weniger gedrückten Verhältnissen sich ergeben hätte; doch laufen minunter namhafte Summen ein. Zu wünschen wäre nur, daß die Ansicht, daß auch die kleinsten Gaben, wenn sie von Vielen fließen, zu Großem führen können, mehr Platz greife, und daß an keinem Ort die Mühe des Sammlens deßhalb gescheut werde, weil voraussichtlich nicht Viel gegeben werden kann. Insbesondere könnten Ortsvorsteher, Schullehrer und Pfarrer dadurch, daß sie sich dieser Sache annehmen und deren Wichtigkeit darstellen, nicht nur für die deutsche Flotte allein, sondern auch für Weckung des wahren Sinnes für deutsche Einheit sich verdient machen. Wie wir vernehmen, sind dem vaterländischen Verein in Karlsruhe schon mehrfache und erhebliche Beiträge von Auswärts zugekommen, und soll, nachdem auch Naturalbeisteuern von Schiffsbauholz in Aussicht gestellt worden sind, derselbe die Absicht haben, dazu aufzumuntern, von den sämmtlichen in Baden zusammenkommenden Geldern ein Kanonenboot oder sonst ein der zusammenkommenden Summe entsprechendes Kriegsfahrzeug im Lande selbst bauen zu lassen, um so das im Lande zusammengebrachte Geld auch wieder im Lande in Umlauf zu bringen. Man soll bei Sachverständigen bereits Erkundigungen über die Ausführbarkeit dieses Planes eingezogen und Zusicherungen erhalten haben, daß ein derartiges Fahrzeug auf der Werfte zu Mannheim gebaut und den Rhein hinunter in die See gebracht werden könne, und es soll deßhalb die Absicht bestehen, die Mitglieder aller Ausschüsse, die sich Sammlungen unterzogen haben, sowie alle diejenigen, welche sich für die Sache interessiren, zu einer Generalversammlung einzuladen, um einen Centralausschuß für das Großherzogthum zu wählen und in dessen Hände sämmtliche Gelder für die deutsche Flotte zu der am zweckmäßigsten befundenen Verwendung hinzuverzeigen. Wir begrüßen diese Ansicht des vaterländischen Vereins zu Karlsruhe mit Freuden, weil wir überzeugt sind, daß die Ausführung allgemeinen Anklang finden wird, und haben keinen Anstand genommen, sie schon jetzt öffentlich zu besprechen, damit dem Bekanntwerden derselben auch die Beiträge aufs Neue reichlicher fließen werden und der Centralausschuß für das Großh. Baden, wenn er ins Leben tritt, dann über desto größere Mittel zu verfügen haben wird, was ihm seine schwierige Aufgabe sehr erleichtern möchte *).

**Baden.** † **Karlsruhe**, 13. Juni. Nach längerer Unterbrechung trat heute die zweite Kammer wieder in einer Sitzung zusammen, der aber nur 37 Mitglieder anwohnten. Die Gegenstände der Verhandlungen betreffen die Umwandlung der Erbehungsart der Wein-, Bier- und Fleischsteuer in Baufassummen, mit deren Einführung die lästige und kostspielige Aufsicht und Kontrole wegfällt, so daß an der Durchschnittssumme 10 Prozent nachgelassen werden können. Ferner soll mit 1. Januar 1849 die Fleischsteuer und die Kauf- und Tauschbriefsteuer aufhören, die Kaufsabgabe um ein Drittheil vermindert, dagegen eine wachsende Einkommensteuer und eine Kapitalrente eingeführt werden. Die Deckung der außerordentlichen Ausgaben der Kriegsverwaltung sollen die Einkommen- und Kapitalsteuer und eine wachsende Besoldungssteuer schon für dieses Jahr zur Erhebung kommen. Ueber diese Gesetzentwürfe hat die Kommission durch den Abgeordneten Schmitt berichtet und stimmt denselben mit einigen Aenderungen bei. Die Regierung legte heute den Entwurf eines Gesetzes für eine Anleihe von $1^1/_2$ Millionen Gulden vor, welche durch Unterzeichnungen im Lande und an benachbarten Plätzen aufgebracht werden sollen. Sie sind zur Förderung des Eisenbahnbaues und nach Umständen in Verbindung mit andern Mafregeln zur Unterstützung der Volksarbeit durch Vorschüsse bestimmt. — Endlich verlangt die Regierung die Zustimmung der Kammer zum Vollzuge der von dem Hofgericht in Konstanz verfügten Verhaftnahme des Abgeordneten Peter, welcher als Regierungsdirektor in den Gefreis gehörte, die Staatsbaisenschaft unter Anklage anahm und die Eigenschaft gegen das Einsitzen der baierischen und würtembergischen Truppen wirkte. — Dies sind die Gegenstände, deren Beratung die Kammer einige Tage beschäftigen wird.

† **Mannheim**, 12. Juni. Unter allen Nationen, welche das Frühjahr in eine ungeheure Bewegung versetzte, haben die deutsche und italienische die schwierigste Aufgabe zu lösen, nämlich die, vor Allem ein einiges, freies Vaterland herzustellen. Wir reden nicht von der polnischen Nation, weil ihr Hauptfeind, unter russischem Druck, der allgemeinen Bewegung bis jetzt ferngehalten wurde, und die in österreichischem und preußischem Staatsverbande befindlichen Nebentheile, in panslavistischen Strebungen aufgegangen, der russische Eroberungsgedanken als die Wiederherstellung Polens beförtern. Schwieriger noch als die italienische, ist die deutsche Aufgabe zu lösen. Italien hat eine Fremdherrschaft abzuwälzen, aber es hat nicht, wie Deutschland, sich mit fremden Nationalitäten in seinem Gebiete zu vertragen. Italien hat Bundesgenossen in allen romanischen Stämmen, Deutschland steht in unsicheren Verhältnisse zu dem stammverwandten Großbritannien, wird feindlich angeschaut von Skandinavien, hat nur ferne Aussicht auf engere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Italien hat Einheit im Glaubensbekenntniß und leitet klerikisch und an diesen Fäden auch politisch viele Millionen Menschen in allen Landschaften und Welttheilen; Deutschland ist durch verschiedene Bekenntnisse bis tief in die Wurzeln des Volkgemüthes hinein gespalten. Italien, eine Halbinsel, besitzt Kriegesschiffe; Deutschland hat zum Schutz seiner Küsten und seines Handels — das Bewußtsein seiner Schwäche, und den Willen, eine Flotte zu schaffen. Italien ist seel auf allen Flanken, und sein Feind ist Oesterreich allein, dessen Macht gebeugt und gebrochen, nur dahin strehen kann, die Stellung zu gewinnen, welche einen ehrenvollen Frieden bedingt. Deutschland ist im Norden mit den Dänen auf seinem Gebiete im Kampfe, und Dänemark fußt auf einem Bündnisse mit Schweden und Rußland; im Osten von Rußland bedroht, mit polnischen und andern slavischen Provinzen im Hader, im Süden

*) Gegen das Vorhaben in Mannheim eine Kanonenschaluppe zu bauen, möchte, ohne der guten Absicht dabei irgend zu nahe treten zu wollen, wohl zu erinnern sein, daß man im Binnenlande viel ehrerer dazu als an der Küste, ein Geschiff durchaus anders gebaut sein will, wie ein Flußfahrzeug und endlich durch einen willkürlich angebrachten Riß vielleicht ein Boot entsteht, dessen Gestalt nicht mit von andern übereinstimmt. A. d. R.

Digitized by Google

mit Italien im Kriege, und im Westen nur so lange vor einem Angriffe sicher, als die gegenwärtige französische Politik Stand hält, und nur insoweit zur Hoffnung auf ein Bündniß mit Frankreich berechtigt, als sich Beide über die italienische und polnische Frage vereinbaren können. Gerne würden wir diese das deutsche Werk erschwerenden Umständen einem einzigen Vortheil entgegenstellen, welcher sie alle aufwöge und die Magyaken für Deutschlands Zukunft sinken ließe — die größere Tüchtigkeit, Kraft und Sittung der deutschen Stämme im Vergleich mit den Italienischen. Aber es ist die Vereinigung, welche den Mitteln und Kräften der Nation Wirkung und Nachdruck verleiht, und wollen wir uns der heiligen Pflicht aller Deutschen gegen das Vaterland klar bewußt werden, so dürfen wir uns nicht verhehlen, daß wir auch hier eine schwache Seite haben, auf deren Stärkung der Gesammtwille der Nation zu lenken ist. Der Italiener ist Patriot, er hat die Hilfe Frankreichs nicht gerufen, er hat die jetzt die Voraussagungen inneren Zwiespalts Lügen gestraft. Der Sicilianer, der Kalabrese, der Romagnole, kämpft an der Seite des Piemontesen und Lombarden gegen Oesterreichs Streitmacht. In Italien denken die Parteien nicht daran, ihre Streitfragen, ob Pius, ob Karl Albert, ob konstitutionelle Monarchie, ob Republik mit fremdem Beistand zu entscheiden. Blicken wir dagegen auf Deutschland, so entfaltet sich ein herrührendes Bild der Zerfahrenheit im Streben und Handeln neben dem großen Versuche, die Einheit auf dem Boden der Freiheit zu begründen. In Schleswig-Holstein, wo Preußen mehr als seine Schuldigkeit gethan, mußte das Zögern anderer Bundesstaaten mit Erstellung ihrer Truppen erst überwunden werden, und nur um so trauriger ist die vernommene Ursache, daß die Besorgniß vor inneren Unruhen nicht gestatte, das Land von Truppen zu entblößen; eine zum Stück jetzt gleichfalls überwundene unglückliche Wendung in dem Gange des Krieges wird nicht nur mit jener Zögerung, sondern auch mit dem Einflusse fremder Vermittelung, ja Drohung erklärt. Die Parteien beschränken sich selber nicht alle auf die Anwendung redlicher Mittel zur Förderung ihrer Zwecke. Es reicht der Rückkehr den Unfeilen die Hand, die kein Vaterland, keinen Staat, kein Gesetz, keine Gesellschaft mehr anerkennen, welche unter allgemeiner Verwirrung den Gipfel despotischer Macht zu erklimmen gedenken. Vereinzelt und vereitelt steht in Mailand eine Schilderhebung, man weiß nicht, ob österreichischer oder republikanischer Art, und mit eidgenössischen Söldnern erfocht der König von Neapel einen hoffentlich kurzen Sieg über den Kern des Volkes. Aber in Deutschland stehen die Versuche, das Vaterland durch Aufruhr und Bürgerkrieg zu zerstören, stehen die Bubereien mit dem Auslande leider nicht vereinzelt. Der Sonderbund schweigt nicht vor der allgemeinen Gefahr des gesammten Deutschlands. In Besançon will sich aus den Trümmern der über den Rhein zurückgejagten Banden eine Legion bilden, um in Italien gegen die Oesterreicher zu schlagen — und die Verachtung der Italiener, die sie verwerfen, mit in den Kauf zu nehmen. Länge der Schweizer Grenze dauern die Vorbereitungen zu einem neuen Einfalle fort, ungehindert von den Regierungen der Kantone, unterstützt von ihren Angehörigen. Im Lande selbst werden die von den Polen erlernten, von diesen aber nur gegen das Fremdjoch angewendeten Mittel des gebraucht, die Brandlinge, die Lügenfluth und die Martyrtreue, gegen das deutsche Vaterland, gegen seine Einigung und Erhebung, für die ehrsüchtigen Plane von Parteihäuptern. Diese freuen sich der zunehmenden Verarmung, der Stockung des Erwerbs, der Verdienstlosigkeit; daraus soll ihnen die blutige Saat des Aufruhrs erwachsen. Sie hindern Alles, was zur Herstellung des Vertrauens, zur Belebung der Beschäftigung dient, dem dieser sich fördert die große vaterländische Sache, nicht ihre selbstsüchtigen Plane. Je schwerer und aber das Werk der Einigung gemacht wird, desto dauerhafter wird es sich gestalten, wenn Alle, die das Vaterland frei und stark wollen, sich mit Herz und Hand verbinden. Möge dieser Geist die Versammlung in der Paulskirche zu Frankfurt beseelen, wenn sie die Einrichtung berät, deren Deutschland bedarf, unverzüglich bedarf, die Italien nicht hat, die Vieles zu unsern Gunsten ausgleicht — die einstweilige Vollzugsgewalt für Deutschland, geschaffen durch Verständigung zwischen der Nationalvertretung und den Staaten.

Achern, 10. Juni. Für Hrn. v. Itzstein, der die hier auf ihn gefallene Wahl ins deutsche Parlament abgelehnt hat, wurde heute Dekan Kurnzer in Konstanz von 143 anwesenden Wahlmännern mit 105 Stimmen gewählt. Die übrigen 38 Stimmen erhielt Weller in Mannheim. (Oberr. Z.)

Hessen. ✠ Darmstadt, 9. Juni. In der heutigen Versammlung des vaterländischen Vereins dahier wurde nachstehende Adresse an die deutsche konstituirende Nationalversammlung angenommen. Dieselbe wird, nachdem sie zur Unterzeichnung offen gelegen, der Nationalversammlung übergeben werden. Der vaterländische Verein dahier hofft und wünscht, es werden alle Vereine unseres Vaterlandes veranlassen, daß sich die Bewohner der Orte, wo sie bestehen, in gleichem Sinn gegen die Nationalversammlung aussprechen.]

An die hohe konstituirende Nationalversammlung in Frankfurt am Main. Die wichtige Zeit der Wiedergeburt Deutschlands konnte an den Männern Darmstadts nicht vorübergehn, ohne sie mit der innigsten Begeisterung für das hohe Ziel „deutsche Freiheit und Einheit" zu erfüllen. Mit Ruhe und Zuversicht erwarten wir von dem Willen, von der Weisheit der konstituirenden Nationalversammlung die Hoffnungen Deutschlands erfüllt zu sehen. Diesem erhabenen heiligen Zweck wollen wir aber auch mit Freuden alle unsere Kräfte widmen. Vor einigen Wochen schon traten hie und da in theilweise amtlichen Erklärungen einzelne einheitstörende Bestrebungen hervor, welche von Neuem die allgemein erstrebte Kräftigung des gemeinsamen Vaterlandes zu gefährden drohten. Heute verlauten dunkele Gerüchte, als könnte die Majestät der konstituirenden Versammlung, die Majestät des Volkes in ihr versetzt werden, es könnte versucht werden, die Freiheit ihrer Berathung, die Heiligkeit ihrer Beschlüsse zu bedrohen. Deßwegen richten wir, die unterzeichneten Bewohner Darmstadts, diese Worte an die Vertreter des deutschen Volkes und erklären: wir achten und verehren die Beschlüsse, welche zum Heile des großen Vaterlandes von der konstituirenden Nationalversammlung werden gefaßt werden; wir erkennen sie im Voraus als unbedingt verbindlich an; wir erwarten, daß aus ihren Beschlüssen Achtung gebietende Einheit Deutschlands, Ruhe und Vertrauen im Innern, gesicherte Freiheit, dauernder Wohlstand hervorgehen und erblühen werde; wir sind bereit einzustehen mit Gut und Blut für die Unverletzlichkeit der Versammlung und für die Vollziehung ihres ausgesprochenen souveränen Willens. Wir sind bereit, jeder Beeinträchtigung, jeder ihr Gefahr drohenden Bewegung, von welcher Seite sie auch komme, jedem Gelüste der Anarchie, jedem Versuche der Reaktion mit der Kraft deutscher Männer entgegen zu treten. Wir sind bereit, diese unsere Gesinnung auf die erste Aufforderung der konstituirenden Versammlung in Verbindung mit andern gleichgesinnten deutschen Brüdern zu bethätigen. Dem Sitze der Versammlung nahe genug, können wir für den Fall des Bedarfs unsere kräftigste Unterstützung zusichern, und eben weil wir unter den Nächsten sind, haben wir geglaubt, auch unter den Ersten sein zu müssen, diese Erklärung in den Schooß der hohen Versammlung niederzulegen, fest vertrauend, daß gleiche Gesinnungen alle Hessen, alle Deutsche beleben."

**Weimar.** Eisenach, 8. Juni. Heute Nachmittag 2 Uhr traten hier im Gasthofe zum Kanonkram die Abgeordneten von Studenten vieler deutschen Universitäten zusammen, um in einer Vorberathung sich über die Feststellung des Programms zur Feier eines allgemeinen deutschen Burschenfestes, die auf der Wartburg während der Pfingstfeiertage Statt finden soll, zu einigen. (D. A. Z.)

**Oldenburg**, 9. Juni. Heute Vormittag ist mit dem Dampfschiff „Oldenburg" wieder eine Ergänzungsmannschaft des ersten Infanterieregiments, etwa 180 Mann, fröhlichen Muths und unter Zuruf einer großen Menge Menschen nach Schleswig abgefahren. Ob das hier drach liegende eine Bataillon des zweiten Regiments schon am nächsten Mittwoch abgehen wird, hängt von dessen vollständiger Armirung ab. Daß nur Militär neben der oldenburgischen Kokarde auch die schwarz-roth-goldene trägt, wird Ihnen wohl bekannt sein. (Die Mannschaft ist gestern durch Bremen passirt.) (W. Z.)

**Schleswig.** Rendsburg, 9. Juni. Bei dem Gefechte am 5. d. verlor die reitende preuß. Artillerie 3 Mann und 11 Pferde; von der Holsteinischen waren nur die Haubitzen im Feuer. Das Gefecht vor den Höhen von Düppel bewegte sich in einem sehr beschränkten Terrain; die Dänen entfandten einige Zeit Kolonnen aus ihrer festen Position, später aber hielten sie sich auf der Höhe, gedeckt durch das Gefälle ihrer Schiffe und fanden nur Tirailleure vor. Nach 6 Uhr kam noch die Meldung, daß Artillerie und Jäger, welche von den Höhen abgetrieben waren, sich nach Alsen einschiffen; ihnen nachgesandte Husaren und Jäger kamen jedoch zu spät und erbeuteten nur 8 vortreffliche Pferde. Die preuß. Infanterie hat sich vortrefflich geschlagen, namentlich das 12. Regiment. (S.-H. Z.)

Den 7. Abends erschien in Flensburg derselbe dänische Parlamentär, der schon am 4. dort gewesen war, abermals angeblich mit Briefen an Gefangene und Verwundete. Da diese Sendung nachgerade auffallend werden, soll sich General Wrangel deren Wiederholung verbeten haben. (S.-H. Z.)

Rendsburg, 9. Juni. Von Sundewitt erfahren wir, daß täglich Ueberläufer von den Dänen bei den Unsrigen ankommen, es sind geborne Schleswiger, welche versichern, daß man alle möglichen Vorsichtsmaßregeln ergriffen, um ihr Entkommen zu verhindern. Das

Digitized by Google

Gleiche verscherte uns Einer von den hier angekommen en Gefangenen, Unterofficier bei den Jägern, ein geborner Ihrhoer. Unter Andern hat man die Schleswig-Holsteiner durch die ganze Armee so vertheilt, daß nur 14 Mann in Einer Kompagnie beisammen sind. — Nach der Aussage jener flüchtlinge stehen auf Alsen 16 Bataill one mit einer Stärke von 800 bis 1000 Mann. (K. L.)

* Hamburg, 5. Juni. Der Gewerbekongreß hat sich, wie wir schon befürchteten, in Zwist und Hader aufgelöst, ohne mehr erreicht zu haben, als daß eine Kommission niedergesetzt ist, welche einen Kongreß in Frankfurt a. M. beruft. Der schon seit Jahren in Hamburg bestehend Zwist zwischen Amt und freier Innung hat auch diese Spaltung herbeigeführt. Man glaubt sogar, daß die Aemter ihn allein verschulden. Der Zunftstolz ist grenzenlos. Man konnte sich nicht vereinen, die Berathungen fortzusetzen, und so reisen die Deputirten heut wieder nach Hause, um ihren Kuttraggebern ein schönes Bild von Hamburgs Einigkeit und Deutschheit zu geben. Hoffentlich kommt die sociale Frage durch den neuen Kongreß in Frankfurt um einen Schritt näher zum Ziele, es ist die am schwierigsten zu lösende, sowohl hier wie in Frankreich, von wo man stets neue trübe Nachrichten erwartet. Heute blieben alle Briefe aus Paris aus, welche vom 2. hier eintreffen mußten; da wir nicht glauben können, wie Manche annehmen, daß die Post sie zurückhält, so muß also wieder Etwas im Werke sein. Herr Fischel, der von hier ausgewiesen wurde, reiste gestern unter großem Geleit ab. Der Verein zur Bildung der Handwerker brachte ihn mit mehreren Hunderten, die ihn begleiteten, an den Bahnhof, wo man mehrere Lieder anstimmte, die ziemlich stark vertretene Polizei hielt sich aber sehr ruhig und schwichtigte sie in der Entfernung. So lärmend, wie der Gewerbekongreß war, so schweigsam ist der Marinekongreß, der Beschuß bei demselben ist nicht gestattet, und der Vorstand selbst veröffentlicht Nichts; führen wir nicht den Cäsar Godeffroi und den Franklin, sowie das Skelett des Herrn Marbs in Arbeit begriffen, es würde Niemand glauben, daß man noch an eine Flotte dächte. Aber auch der Besuch dieser Schiffe ist verboten, da man Spione zu fürchten vorgibt. Der Godeffroi erhält 20 leichtere und 10 schwerere Kanonen, wogegen der Franklin sich mit 13 oder 14 zufrieden geben wird. — Proteste, politische Vereine und Kongresse sind jetzt übrigens an der Tagesordnung. Der Bürgerverein hat eine Adresse an das deutsche Parlament zur Unterschrift ausgelegt, worin er von demselben Anklage an Frankreich zum Schutze gegen Rußland und die russischen Principien fordert, wogegen der Schriftstellerverein im Vereine mit Buchhändlern und Buchdruckern einen Protest gegen das uns ad interim unterzeichnende, von Dr. Köher ausgearbeitete Preßgesetz beschlossen und schlimmsten Falls bereit ist, auf Antrag eines Buchhänders das Preßgesetz in öffentlichen Proceffen auf freiem Platze zu verdammen. Eine solche öffentliche Demonstration thut aber Noth, um den sehr indifferenten, unintelligenten Bürgern zu zeigen, wie drückend und verhaßt dies Preßgesetz ist. Hamburg wird energisch dem Beispiele Wiens folgen, obgleich sich die Koryphäen des Buchhandels und Schriftstellerthums von solchem Schritte zurückziehen werden. Louis Schneider, den man mit Kabenmyßten seiner politischen Gesinnung wegen vertrieben hat, erwartet man hier zu Gastrollen, er wird aber wenig Glück machen, da er sich früher hier am seinen Kredit gebracht hat.

Hamburg, 10. Juni. Ueber die am 9. hier vorgefallenen brutalen Auftritte, welche leider bewiesen, wie gänzlich alle Achtung für Gesetz und Ordnung und für Unverletzlichkeit des Eigenthums in der Masse unsers Volks ausgetilgt sind, enthält eine Korrespondenz in der Wes. Ztg. Nachstehendes: Wir glaubten hier über die Spektakelszenen und Straßenkravalle glücklich hinaus zu sein, welche, wie der Senat sich in seinem jüngsten Antrage an die Bürgerschaft ausdrückte, im März aus den „Zeitverhältnissen" hervorgegangen waren. Der gestrige Abend hat leider das Gegentheil gezeigt. Seit vielen Jahren hat Hamburg nichts Aehnliches erlebt. Die von den St. Georgern in ihre Kneipe häufig geforderte, auch mehrmals halb und halb verspro chene, jedoch immer wieder ausgesetzte Verbindung dieser Vorstadt mit Hamburg führte zu unerhörten Exceffen. Man hat gestern Abend halb elf Uhr das Kreise- und Wachtgebäude am Steinthor gestürmt und in Flammen aufgehen lassen! Der Andrang des Volkes, welchen der jetzt Freitag vor Pfingsten vor diesem Steinthor stattfindende Kämmermarkt veranlaßt, wurde benutzt, um das schon seit mehreren Tagen entworfene Unternehmen, trotz des anfänglichen Widerstandes der aufgestellten Bürgerwehr, auszuführen. Letztere schlug Anfangs zwar heftig auf die Eindringlinge los, mußte jedoch bald, besonders durch Steinwürfe gezwungen, vom Platze weichen. Mehrere Gardisten haben arge Verletzungen erlitten, doch kamen auch verschiedene der Tumultuanten schlimm weg. Das Werk der Zerstörung konnte jedoch nicht verhindert werden. Man hatte eine Bude in der Nähe, worin sich das Handwerkszeug der Straßenarbeiter befand, mit leichter Mühe gestürmt. Das hier gewonnene eiserne Gerath wurde zum Zerschlagen der Fenster und Thüren jener Gebäude verwandt. Durch das aus den zerschnittenen Röhren hervordringende Gas setzte man dieselben in Flammen. Zu beiden Seiten der Straßen loderte das Feuer in die Höhe. Die Leute, keineswegs Alle dem Straßenpöbel angehörend, standen entweder ruhig daneben, oder — es ist kaum glaublich — schürten noch das Feuer, damit es an der einen Stelle heller aufleben sollte. Eine große Leiter, welche hinter dem Wachtgebäude stand, wurde benutzt, um zu den Gaslaternen des Steinthors hinaufzusteigen, diese abzudrehen und zu zertrümmern. Solche Brutalitäten gingen ungestraft vor sich. Niemand wurde gehen verhaftet. Die Behörden hatten fast gar keine Vorsichtsmaßregeln getroffen; das ist um so seltsamer, als schon Mittags an der Börse von den zu erwartenden Ereignissen des Abends unverhohlen die Rede war, gerade wie von dem Vorhaben, den hier auf der Thaliabühne gastirenden Schauspieler Schneider aus Berlin wegen angeblicher reaktionären Umtriebe daselbst in Hamburg zur Verantwortung zu zwingen. Es war denn wirklich auch im Theater ein so skandalreicher Abend, daß man Aehnliches noch gar nicht erlebte. Hr. Schneider vertheidigte sich äußerst muthig, wie Andere sagen, bis zur Keckheit, er harangurte zu verschiedenen Malen das Publikum, legte seine Berliner Handlungen ganz offen dar, verhöhnte auch seine Loyalitätsgesinnung keineswegs. Auch der Direktor sprach, ein aus Schleswig-Holstein zurückgekehrter Freischärler ebenfalles, und zwar zum ersten Range brav. Daß wäre der Mann, ein Vertheidiger Schneiders, ins Parterre hinabgesprungen. Hier kam es zu Thätlichkeiten, ebenso vor dem Theater.

Was die tumultuarischen Scenen am Steinthor betrifft, so loderte das Feuer des Wach- und Accisegebäudes faft ungehindert bis gegen Mitternacht. Spritzenleute mußten weichen vor dem Widerstande des Volkshaufens und der Kanstifter.

Welch ein trübes Licht aber dieses Feuer auf die Gesinnung unseres niederen Volkes wirft, das mit roher Gewalt und allen Mitteln der Zerstörung seinen Willen durchzusetzen sucht, das wird vielleicht außerhalb unserer Stadt nachdrücklicher gefühlt werden, als es unter uns selbst den Anschein hat. Heute Abend wird das gestern nur langsam herbeigekommene Bürgermilitär sehr stark aufgeboten sein.

Das Schlimmste war geschehen, als noch Generalmarsch geschlagen war, um 11 Uhrnoten auf die ergangenen Einladungen von allen Seiten die Abtheilungen des Bürgermilitärs zusammen, und wie sich dieses zeigte, stellte sich die Ruhe sofort wieder her. Es ist unglaublich, mit welcher Indignation Officiere und Gardisten erfüllt waren, und die freche Rotte, die einen Widerstand auch nur einen Augenblick versuchte, wird es empfunden haben; wir haben selten unser Bürgermilitär mit solcher Energie daretnschlagen sehen. Es bedarf nicht der Bemerkung, daß der ganze Lärm durch das Erscheinen der Bürgerwehr sofort unterdrückt wurde. Um 12 Uhr herrschte die tiefste Ruhe in der ganzen Stadt. Unbegreiflich ist es, daß man bei so notorischen Gerüchten keine Vorkehrungen getroffen hatte; dann wäre das Schlimmste wohl vermieden. Nachdem das Bürgermilitär erschienen war, wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. (Alt. Merk.)

* In Nr. 159 brachte unser 5 Korresp. aus Frankfurt eine Mittheilung, daß in Offenbach und Bergen Versammlungen gehalten und dabei drohende Aeußerungen gegen die Nationalversammlung laut geworden seien, daß ferner die Abgeordneten von Hanau und Mainz dabei geäußert haben sollten, sie hätten in diesem Sinne über die Einwohner der beiden Städte zu disponiren. Ob diese als Gerücht mitgetheilten Nachrichten innerlich sogar unwahrscheinlich sind, können wir unsern Lesern zur Beurtheilung überlassen; daß sie es äußerlich nicht sind, beweist der Umstand, daß mehrere Blätter, z. B. eben noch die Weserzeitung, ganz unabhängig von einander ziemlich übereinstimmende Berichte darüber brachten. Herr Rühl aus Hanau glaubt jedoch dagegen reklamiren zu müssen; „beide Deputirte, sagte er wörtlich, waren nur in Bergen, sprachen bei der Volksversammlung gar nicht, fanden erst nach der Volksversammlung in einem Wirthshause in Folge allgemeiner Aufforderung, und auch dann kein Wort von dem, was der Artikel behauptet, sondern sie riethen zur Besonnenheit bei den jetzigen schwierigen Verhältnissen des Vaterlandes." Wenn Hr. Rühl diesen thatsächlichen Widerspruch glaubte durch einige Ausfälle auf die D. Z. würzen zu müssen, so geben wir dazu ihm wie seinem Kollegen die vollkommenste Freiheit; uns muthe er aus naiver Weise nicht zu, dergleichen abzuhrucken. Ohnedies soll Hr. R. Vorfichts halber gleichzeitig dieselbe Mergerlegung in andere Blätter, z. B. in das Frankf. Journal setzen lassen, wo wir sie in Nr. 161 Beilage nachzulesen bitten.

Digitized by Google

### Großbritannien.

London, 10. Juni. Das in England in den letzten Tagen angelangte Dampfschiff „Cambria“ hat Nachrichten aus Amerika gebracht, welche aus Newyork bis zum 24. und aus Halifax bis zum 26. Mai reichen. Sie lauten insofern günstig, als General Scott nach seiner nun erfolgten Ankunft in Newyork sich dahin ausgesprochen hat, daß seiner festen Ueberzeugung nach der Friedensvertrag zwischen vom mexikanischen Kongreß seine Bestätigung erhalten haben werde. Man sah daher täglich der amtlichen Verkündigung des Friedensabschlusses entgegen. Alles politische Leben entfaltete sich mit großer Macht und die bevorstehende Präsidentenwahl. Von Seite der Whigs hat man die Generale Taylor und Scott und Hrn. Clay als Kandidaten aufgestellt. Die weißen Bewohner der Halbinsel Yukatan hatten sich mit Yal, dem Häuptling der aufständischen Farbigen, ein Abkommen getroffen (der Vertrag enthält unter andern einen Paragraphen, wonach alle von Farbigen bei Weißen kontrahirten Schulden als nicht kontrahirt zu betrachten seien). Aber die Indianer haben diesen ihnen so vortheilhaften Vertrag gebrochen und die Stadt Valladolid eingenommen, wo sie alle Weißen niedermetzelten. Auch zerstörten die Rothhäute die Städte Izmrdide und Elbalchon, von wo sich die weiße Bevölkerung geflüchtet hatte. Die britischen Bewohner von Belida haben Brustwerke aufgeworfen, 15,000 Pf. Sterling aufgehäuft und sehen einer Zufuhr von Kriegsmaterial aus Jamaika mit Ungeduld entgegen. Die Manie, für Ausbreitung des Republikanismus in Europa Meetings zu halten, war in Nordamerika gewaltig im Abnehmen; in der letzten Woche hat nur noch ein italienisches zu Newyork und ein irisches zu Cincinnati (wo 300 Pf. gesammelt wurden) stattgefunden. Man versprach sich allgemein eine sehr gesegnete Ernte, namentlich auch von Baumwolle.

### Frankreich.

Paris, 11. Juni. Die Republik und die Republikaner sind in vollständige Desorganisation gerathen. Die Proletarier setzen trotz des Gesetzes ihre Zusammenrottungen fort, bis es einmal zu dem erwarteten gewaltsamen Konflikte kommt; die Nationalgarden patrouilliren Tag und Nacht und sehnen sich im Stillen nach der glücklichen Zeit zurück, wo die Monarchie das für sie besorgte, alle Welt hat Besürchtungen vor einer neuen Krisis, auch wenn die Beweggründe zu diesen Besürchtungen mehr Vorausfetzungen als Thatsachen sind. Wenn ein paar Leute rufen: es lebe Louis Napoleon, sogleich gerüft die ganze Republik in Angst vor einer weitverzweigten bonapartistischen Verschwörung, oder wenn ein Zeitungsblatt die Neuigkeit ausstickt, Prinz Joinville sei in Paris, alsbald sieht man schon die royalistische Reaktion wieder in die Tuilerien einziehen. Diese Gespensterfurcht, die sich selbst sehr bartgesottenen Republikaner bemächtigt hat, ist ein bezeichnendes Symptom; es ist das Gefühl der Schwäche, das in den jungen republikanischen Zuständen liegt, das Gefühl, daß Verteuen und Anhänglichkeit an die Republik mehr und mehr schwinden, und man sich daher vor keinem Hanstreich, wäre es auch der unverschämteste, sicher glaubt. Richtig ist es, daß in Zeitungen, Flugblättern, Bivatrufen einige Abgeörtert mit dem neugewählten Abgeordneten Louis Bonaparte getrieben wird; aber wer wird deßhalb einen neuen 18. Brumaire wittern? Oder wäre die letzte Revolution so tief unter der ersten, daß es zu ihrer Erwälzung keines gewaltigen donnernden Jupiters bedürfte, sondern ein Jupiter Scapin genügte?!

Jene Demonstrationen im bonapartistischen Sinne hatten heute eine Episode in der Kammer zur Folge. Ein Abgeordneter berichtete, daß in Troyes ein einmarschirendes Linienregiment den Ruf: „es lebe die Republik“, mit dem Rufe: „es lebe Louis Napoleon“ erwidert habe. Der Kriegsminister, General Cavignac, erwiderte: Wir haben über die Thatsache, welche man eben angeführt hat, keine Nachricht irgend einer Art. Weder der Kriegsminister noch die Regierung haben davon Etwas gehört, und ich trage kein Bedenken, sie für eine Verleumdung zu erklären. Ich bin weit davon entfernt, eine Anklage aussprechen gegen irgend Jemanden, ich habe daher auch kein Recht, den Mann für schuldig zu halten, dessen Name auf eine so ungültliche Weise an die Spitze gestellt ist, aber ich erkläre es, ich gebe der öffentlichen Verwünschung einen Zoden Preis, der es wagen würde, unsre öffentlichen Freiheiten ruchlos anzutasten. Ehre und Ruhm dem Bürger, der seiner Pflicht treu bleibt, der sein Blut, sein Vermögen, seine Talente, seine Fähigkeiten der Wohlfahrt und dem Dienste des Vaterlandes widmet; aber Schmach und Unheil über den, der es wagen sollte, auf die Schwierigkeiten der Zeit und die Leiden des Landes zu spekuliren, um einen glorreichen Namen zum Vortheil seines persönlichen Ehrgeizes anzubeuten.“ Man kann denken, daß diese energische Rede vom lauten stürmischen Beifall und dem Ruf vive la République unterbrochen und begleitet ward; das Schlimme aber ist, daß auch dieser Ruf sich allmälig mehr und mehr von den vorhandenen Besorgnissen mehr zu bannen im Stande ist.

Die Exekutivbehörde wankt; man sieht, daß ihr Verlangen von 100,000 francs für geheime Ausgaben, das sie zur Erstenzfrage gemacht hat, ihren Sturz herbeiführen wird; man hat bereits eine neue Regierung im Bereitschaft, in der anfet Marrast, Senard u. A. sogar Thiers figurieren soll. Wie glaubt nicht, daß es schon so weit gekommen ist, bedenklich macht uns aber die wiederholte Kriegserklärung, die der National, bisher das Organ des republikanischen Optimismus, gegen die Regierung losläßt.

Die wünschen lebhaft, sagt das genannte Blatt, daß die Exekutivbehörde, unter dem Antrieb der republikanischen Mehrheit der Versammlung, aus der Unthätigkeit herausträte, worin sie zu lange geschmachtet hat und mit der Regierung, welche die Finanzen ordnen, den Schwierigkeiten der Lage abhelfen suche. Die wünschen, daß sie es durchführe; es gilt hier nicht, die Personen, sondern das System zu ändern. Sie muß die Finanzen herstellen, dem Kredit weitere Grundlagen schaffen, die Arbeit neu beleben und zugleich der republikanischen Meinung Bürgschaften sichern, ohne welche man weder Finanzen, noch Kredit, noch Belebung der Arbeit haben wird. Die Aufgabe ist schwer, wie gehen das zu. Aber die Majorität würde gern mit ihrer thätigen Hilfe zur Seite stehen, wenn sie sähe, daß die Kommission sich selber hälfe und nicht die Regierung des Landes einer Art von politischem Eklekticismus preisgäbe. Der National vertraut auf die Versammlung; in die Regierung scheint er nicht dasselbe Vertrauen zu setzen. Er gibt ihr kurze Frist, ihre Fähigkeit zu zeigen; wo nicht, so möge sie gehen — das ist das bündige Verlangen, das er ihr gegenüber ausstellt. Als einen Hauptfehler, den sie begangen, bezeichnet er die Sorglosigkeit, womit sie eine Menge schwankender Elemente habe gewähren und sich von der Revolution entfernen lassen, statt sich einen festen Mittelpunkt, eine kräftige republikanische Partei zu bilden, zu welcher in der Nationalvers. alle Elemente vorhanden gewesen seien.

Bemerkenswerth sind in diesen Worten besonders die Eingeständnisse über den Zustand der Republik; nach dreimonatlichen Posaunenstößen gesteht der National schließlich ein, daß es mit der Blüthe der Republik Nichts sei. E. Girardin schließt heute einen Aufsatz mit den Worten: „man führt uns zur völligen Vernichtung der Arbeit, zum Grösichen des Kredits, zum Ruin des Handels, zum Elend, zum Bankerott, zum Bürgerkriege, zur Plünderung, zum Mord, zum Despotismus, zum Verfall — das sind die Früchte eines eingesünigen Stammes — der anmaßenden Unfähigkeit.“ Das ist vielleicht übertrieben, liegt aber doch nicht gar zu weit von den Eingeständnissen weg, die der National heute ablegt.

### Italien.

* Rom, 5. Juni. Bangigkeitsäußerungen wegen der heutigen Eröffnung der Kammern ließen sich immer noch, namentlich in der geringeren Volksklasse, vielfach vernehmen. Unter solchen Umständen pflegt man hier zu Lande den Sinn der Menge anderweitig zu beschäftigen. Gioberti wurde zum römischen Bürger ernannt, die Straße, an welcher das von ihm bewohnte Hotel liegt, die Via Buregognone, wurde nach seinem Namen umgetauft. So Etwas verspraß neue Festzüge, Reden, günstige Aufregung. Während man noch damit beschäftigt war, diese Ceremonien zu Ende zu führen, da traf plötzlich ein sardinischer Kurier mit der Nachricht der nun wirklich erfolgten Einnahme von Peschiera und von einer gewonnenen Schlacht bei Goito ein, durch welche die Niederlage der Florentiner gerächt sei. Jetzt war das Jubeln kein Ende mehr: Glockengeläute vom Thurm des Kapitols, Kanonendonner von der Engelsburg, Musikchöre vor dem Palast des sard. Gesandten, Illumination u. dgl. mußten dem Befreiungsjubel einen mächtigen Schwung verleihen. Gleichzeitig traf das Korps der Gebirgsbewohner v. Frosinone, Ceprono, Soenino ꝛc. hier ein, welches heute weiter ziehen soll, und gestern wurden die noch zurückgebliebenen Polizeisoldaten deren Geschirren sich bei der Affaire von Viterbo so brauchbar erwiesen haben sollen, mobil gemacht. — Heute Morgen wurden die beiden Kammern durch Kard. Riseri eröffnet. Eine frohlige Rede wiederholte die Phrasen, welche wie schon so oft vernommen haben. Finanzen und Gesetzgebung ließ Pius IX. den Räthen besonders empfehlen. Am Schluß wurde der hohe Rath und der Rath der Deputirten für eröffnet erklärt. Hierauf erschallte unter Händeklatschen ein freudiges Lebehoch auf Pius IX. In der Frühe war noch das Preßgesetz mit seinen repressiven Gelbstrafen und eine Ordonnanz des Finanzministers, die Vertheilung der 2½ Mill. hypothecirter Bons auf die geistlichen Grundstücke erschienen. — An eine Störung der Ruhe war nicht zu denken.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

### Der deutsche Adel in den Ostseeprovinzen.

* Riga, im Mai 1848. Wenn man in Deutschland für den Fall eines Krieges mit Rußland die deutschen Sympathien der Ostseeprovinzen mit in Rechnung stellt, so macht man eine falsche Rechnung. Der Adel dieser Provinzen haßt zwar das Russische, weil es seine bevorzugte Stellung bedroht, er haßt aber noch mehr die demokratische Erhebung Deutschlands, weil diese unfehlbar alle seine Privilegien zerstören müßte. Seine Stimmung ist daher seit Ihren großen Märztagen eine rein negative. Ohne Liebe für Rußland, ohne Liebe für Deutschland, will er bloß erhalten, was er noch hat, benutzt darum die augenblickliche Verlegenheit Rußlands, um sich seine Vorrechte von Neuem bestätigen zu lassen, und legt dem innerlich sehr geduldeten Monarchen Dank- und Ergebenheits-Adressen zu Füßen. Dies ist der Kunstausdruck dafür. Der Adel der Ostseeprovinzen ist eine exclusive Kaste, seit Eroberung dieser Länder schon von den andern Ständen streng geschieden, seit den letzten 15—20 Jahren ihnen gewissermaßen feindlich gegenübergestellt. Mit den Letten und Esthnischen Bauern verband ihn früher in vielen und wohl in den meisten Fällen ein patriarchalisches Verhältniß, das trotz dem Fluch, der auf aller Sklaverei ruht, doch auch seine schönen Seiten hatte. Auf jedem Adelssitze der bessern Familien fand sich immer eine Schaar alter treuer Diener und Dienerinnen, die, wie zur Familie gehörend, Leid und Freude derselben theilte, und selbst die Bewohner der vereinzelt um den Adelssitz herumliegenden Bauernsitze hatten für ihren Herrn, für die Kinder, die sie heranwachsen sahen, eine Anhänglichkeit, die von diesen oft mit gleichen Gefühlen erwidert wurde. Die Aufhebung der Leibeigenschaft in den Jahren 1816—1832 hob auch dieses Verhältniß völlig auf, und die dafür genommene Freiheit war ein leerer Schall. Sie war nicht nur ursprünglich in Aerbeschränksten Maße, unter den allerdrückendsten Bedingungen ertheilt, sondern es waren auch die Richter, die über etwaige Klagen der gedrückten Bauern zu entscheiden hatten, wieder Adliche, und nur Adliche, die voll Vorurtheil und Hochmuth die auftretenden Bauern niederzuhalten für ihre größte Pflicht hielten. Rußland benutzte diesen von ihm selbst mit Schlauheit hervorgerufenen Zustand vortrefflich, nährte die Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lage immer in den immer getäuschten Letten und Esthen, schob endlich die Annahme der griechischen Religion als Vorbedingung jeder Verbesserung ihrer Zustände vor und trennte nach und nach die Herren so ganz von ihren Bauern, daß jetzt galizische Scenen von 1846, auf welche polnische Emissäre hinarbeiten, viel näher zu liegen scheinen, als eine gemeinschaftliche Erhebung der Adel und der Bauern zu irgend einem Zwecke. — Und auch den gebildeten Mittelklassen der Städte (hier Literaten genannt) steht der Adel jetzt schroffer entgegen, als im Anfange des Jahrhunderts. Diese errangen immer nur mit gerechtem Unmuth die ungeheuren Vorrechte des Adels, der allen Grundbesitz, alle Ehren und Gewinn bringenden Stellen, die durch Wahlen des Adels aus dem Adel besetzt werden, für sich allein in Anspruch nahm; sie schlossen sich daher immer enger an die russische Regierung an, gewannen bei besserer und gründlicher Bildung leicht die Stellen, die, wie an den Domänenhöfen und den Verwaltungsbehörden, von der Regierung besetzt werden, erhielten hohe Tschins (Rangklassen) und fingen an eine Beamtenaristokratie der Adelsaristokratie gegenüber zu bilden. Ich will Ihnen für diese schroffere Scheidung der beiden Stände ein paar Beispiele aus der Musikalischen Gesellschaft anführen, denen aber analoge Erscheinungen in den beiden andern Provinzen entsprechen. Während noch vor fünfzehn Jahren viele geachtete Familien des Literatenstands Mitglieder des adlichen Kasino's in Mitau waren, wobei dann der gesellige Umgang, dieweilen auch die zwischen den beiden Ständen geschlossenen Ehen eine gegenseitige Annäherung vermittelten, haben sich jetzt die Literaten ganz aus jener Gesellschaft zurückgezogen, seitdem der Adel in sehr unpassigem Stolz den Saal des Kasino's mit all' seinen fürstlichen gräflichen und freiherrlichen Wappen prachtvoll geschmückt hat, besonders seitdem die in den letzten Jahren zurückgekehrten jungen Edelleute mit wenigen Ausnahmen den lächerlichsten Hochmuth mit grenzenloser Unwissenheit paarten, und als einzige Kunst ihrer Adelsgenossenschaft nur die Verachtung aller Nichtadlichen mitbrachten. In die Literaten gehen in ihrem etwas übertriebenen Haß gegen den Adel so weit, daß sie selbst an einer Gesellschaft die zu milden Zwecken von Frauen und Töchtern des Adels gestiftet wurde, nur insofern Theil nahmen, daß sie Geld dazu hergaben, während sie ihren Frauen nicht gestatteten, sich persönlich dabei zu betheiligen. So wohnt hier der Adel noch allein in dem schönen obern Stock des alten Staatsgebäudes, wie es an Rußland kam, aber die Pfeiler und Wände desselben drohen den baldigen Einsturz. Auf dem kürzlichsten Landtage des verflossenen Winters hat zwar ein junger A. v. H. es gewagt, drei Männer, die eine etwas zweideutige Rolle auf demselben spielten, öffentlich daran zu erinnern, daß sie dieselben Namen trügen, die im Jahre 1795 Kurland an Rußland verrathen hätten. Ein Lufthauch des frei gewordenen Westens strömte selbst bis in die Deputirtenkammer zu Mitau; es steht aber dieses Faktum wie die Gesinnung des v. H. ganz vereinzelt da, der kurische Adel wird und kann auch Nichts für den Anschluß an seine Urheimath thun.

### Deutsche Kriegshäfen.

* Von der Jahde, 6. Juni. Wenn sich die Nothwendigkeit der Begründung einer deutschen Flotte herausgestellt hat, so wird sich später auch die Nothwendigkeit, deutsche Kriegshäfen zu besitzen, hervorthun.

Bei der Wichtigkeit der Sache dürfte es daher nicht ohne Interesse sein, die Vortheile, welche der Jahdenverbusen in dieser Beziehung darbietet, im Voraus zu betrachten.

Die Wichtigkeit eines Kriegshafens an der Jahde wurde schon zu Napoleons Zeiten erkannt, und in dieser Beziehung Heppens an der Jverschen und Eckwarden an der Butjadinger Küste, damals vorzugsweise als die wichtigsten Punkte bezeichnet.

Sollten sie jetzt weniger wichtig sein? — wir glauben nicht; wir sind im Gegentheil der Meinung, daß deren Wichtigkeit jetzt noch um so viel größer ist, da wir entdehnen, was Napoleon damals besaß, nämlich die Kriegshäfen am Helder, zu Vlissingen und Antwerpen.

Ohne behaupten zu wollen, daß der Jahdenverbusen zur Anlegung eines Kriegshafens sich besser eigne, als die Weser oder Elbe, so glauben wir doch, daß er diesen Flüssen in seiner Beziehung nachsteht, und wir wollen uns daher damit begnügen, dasjenige, was er gewährt und was ihn der Beachtung bei Begründung von Kriegshäfen doppelt werth macht, hervorzuheben, ob er den Vorzug vor anderen Flüssten der Nordsee verdient.

Vor der Ems hat er den Vorzug voraus, daß ihm keine feindliche Festung an seiner Mündung, wie Delfzyl (was zugleich Kriegsschiffe in seinem Hafen aufnehmen kann) der Knock die äußerste südwestliche Spitze des Landes) an der Emsmündung gegenüber liegt.

Die Vortheile des Jahdenverbusens sind folgende:

1) Nach der von J. Bosse, Hafenmeister der ehemaligen Aelteleinte zu Bremen, auf seiner Karte der Mündung der Elbe, Weser und Jahde, angegebenen Lage der Feuerschiffe vor der Elbe und Weser und dem Ersetzen von Mangerooge, ist der Kours für das Einsegeln in den Jahdenverbusen mit diesen Flüssen fast derselbe.
2) Bei stürmischem Wetter aus dem West und Nordwesten, welche Winde namentlich im Herbst die vorherrschenden sind, bietet der Jahdenverbusen, nämlich sofort nach dem Einsegeln, gegen diese Stürme einen natürlichen Schutz dar.
3) Fährthut bildet vermöge seiner Lage bei einer Tiefe von 24 Fuß Wasser unter ordinärer Ebbe schon einen äußerst günstigen, natürlichen Hafenplatz. — Auf seiner Rhede ankern die Schiffe mit allen Winden ganz sicher.
4) Bei eintretendem Winter wird der Jahdenverbusen später mit Eis belegt, als die Weser und Elbe; ebenso verschwindet das Eis bei eintretendem Thauwetter schneller und zwar ohne eigentlichen Eisgang. — Der Grund hiervon ist, daß der Jahdenverbusen nur aus salzem Wasser besteht, wethhalb sich auch fast nie eine feste Eisdecke bildet; aus demselben Grunde ist er durchgehends eher als Weser und Elbe vom Eise befreit. — Eigentlicher Eisgang findet nicht Statt, da der Zufluß des Obenwasser mangelt und der Jahdefluß im Gegentheil in sich selbst todtläuft.
5) Die Tiefe variirt im eigentlichen Fahrwasser bis zu den wichtigsten Punkten, Heppens und Eckwarden, von 24 bis zu 56 Fuß.
6) Die Entfernung breiter einander sich gegenüber liegenden Küstenpunkte, Heppens und Eckwarden, beträgt nur circa 17,000 Fuß, und eine Befestigung beiderseitiger Ufer und der sogenannten im Busen liegenden Oberahn'schen Felder, durch Forts, Batterien und durch Festungswerke, können der Lage und der Sicherheit eines Kriegshafens nur das Wort reden.
7) Holz ist zum Schiffsbau in den nahtgelegenen Waldungen des Landes vorhanden.

Zum Hafenbau liefern die nahegelegenen Ziegeleien zu Bockhorn, Zeringhafe u. s. w. die allgemein gerühmten hart gebrannten, blauen Steine, deren man zum Bau des Bremer und Harburger Hafens, der Schleuse zu Varel, zu Emden u. s. w. sich vorzugsweise bedient hat, und welche nur von hier zu beziehen sind.

Digitized by Google

**Schiffsvictualien sind stets rasch zu beschaffen.**

An tüchtigen Seeleuten fehlt es ebenfalls nicht. Alles dieses sind Sachen von Wichtigkeit, die wohl der Beachtung werth sind. Es dürfte noch zu bemerken nöthig sein, daß der Unterschied zwischen ordinairer Ebbe und Fluth in den Jahre Werthern zwischen 11½, bis 12 Fuß beträgt — auch daß man, wenn man der Jahde-Tenne so nahe gekommen, daß dieselbe sich erkennen läßt, nach sieben verschiedenen Kursen in den Jahde Meerbusen einsteuern kann, und zwar in einem Fahrwasser von 3 bis 9000 Breite und 21 bis 56 Fuß Tiefe.

Wir haben eine Skizze von einer Befestigung der Ahne vor uns liegen, von der wir auf glaubwürdiger Quelle wissen, daß sachkundige Männer in London und Paris sich dahin aussprechen, daß sie, so befestigt, den besten Kriegshafen an der ganzen Nordsee bilden würde.

Ob der Kriegshafen und die Hauptfestungswerke auf der Jeverschen oder auf der Butjadinger Küste anzulegen wären, ist der Beurtheilung eigentlicher Leute vom Fache anheimzustellen; wir wagen darüber kein Urtheil zu fällen, wenngleich die vor uns liegende Skizze für die Butjadinger Küste spricht, indem in derselben von den Docks für Kriegs- und Kauffartheischiffe auslaufend, ein tiefer Kanal nach Brake verzeichnet ist, um somit Weser und Jahde miteinander zu verbinden.

Dies zur Beherzigung und im Interesse nicht allein für den Jahder Meerbusen, sondern für ganz Deutschland.

Δ Mannheim, 10. Juni. Es hat sich hier neben dem vaterländischen ein demokratischer Verein gebildet, dessen Programm sich darauf beschränkt, einige bestimmte Verlangen an die Nationalversammlung zu stellen, und in diesem Falle, d. h. wenn die Nationalversammlung dem souveränen Willen dieses Volksvereins sich gehorsam erweist, ihre Beschlüsse mit aller Kraft zu unterstützen und für die ausgebrochenen Grundsätze Propaganda zu machen verspricht. Sollte aber die Nationalversammlung sich nicht gefällig zeigen, sollte sie neue, Beschlüsse zu fassen, die das Mißfallen des Vereins erregen, dann wird er — darüber schweigt das Programm aus guten Gründen — man wird aber annehmen dürfen, daß die Nationalversammlung in die unangenehme Lage kommen dürfte, die Unterstützung des hiesigen demokratischen Vereins in diesem Falle entbehren zu müssen. Man scheint den Begriff der Volkssouveränetät jetzt dahin zu verstehen, daß jeder Einzelne souverän, daher im Recht ist, seinen Willen als Volkswillen geltend zu machen und denen, welche den Gehorsam verweigern, mit einigen loyalen Demonstrationen zu drohen. Ja dieser Weise fortfahrend werden wir bald statt 38 Souveräne deren 38 Millionen haben. Da mag es wohl an der Zeit sein, daß man in Frankfurt die Einrichtung der Centralgewalt etwas rascher betreibe. Unter den gemachten Vorschlägen hat die Bestellung eines Bundesministeriums entschiedene Vorzüge vor dem Dahlmann'schen Projekt. Denn ist es genügt dem Bedürfnisse der Schöpfung einer einheitlichen Gewalt, ohne die bestehenden definitiven Gewalten sofort aufzuheben oder zu beseitigen. Es wäre nach unserer Ansicht ein unverzeihlicher Fehler, mittelst einer prooisorischen Maßregel und vor Annahme der Verfassung die Bundesversammlung aufzulösen, und uns den allerwärts drohenden äußern Gefahren gegenüber neu zu konstituiren, mit dem Bewußtsein und dem Vorsatz, diese neue Gestaltung binnen Kurzem mit einer andern zu vertauschen. Die Einsetzung eines Bundesministeriums ist unter allen Verhältnissen nothwendig, die künftige Verfassung mag monarchisch oder republikanisch beliebt werden, sie genügt der zwingenden Noth des Augenblicks, ohne für die Zukunft zu präjudiziren. Einen Wunsch erlauben wir uns hierbei auszusprechen: Es ist in allen größern Staaten herkömmlich, daß die exekutive Gewalt nur Einem Minister ernennt, dieser aber seine Kollegen vorschlägt, wodurch allein die Bildung eines homogenen Ministeriums ermöglicht wird. Wir bedürfen jetzt, wenn je, einer einheitlichen Leitung, diese kann in der angegebenen Weise erreicht werden.

**Frankreich.**

* Straßburg, 6. Juni. Ich habe Ihnen neulich geschrieben, daß Frankreich die dreimonatliche Lehrzeit unter der Regierung der Republikaner nicht zu theuer bezahlt hat, wenn anders das Land die Früchte davon einzusammeln und zu benützen versteht. Nicht dieses Land allein, nein alle Staaten, welchen solche Umwälzungen drohen, können daraus Vortheil ziehen. Hier sind nämlich nicht nur die systematischen Utopien ihrer Verwirklichung so nahe gekommen als möglich, d. h. bis zu dem letzten Schritte der gänzlichen Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft, sondern es haben sich auch die Menschen erprobt, die reinen Republikaner, die großmüthigen Volksbeglücker. Dieses Volksmark, der so viele Millionen festigen, soarfamer Bürger erwirthschaften wollte, 50—60,000 Lumpen und Herrlager, die sich Drohungen nannten, zu füttern, und zwar in Folge des Grundsatzes, daß der Staat Jedem Arbeit schuldig sei, hat sich nun in seiner ganzen Verkehrtheit und Schlechtigkeit aufgedeckt. Ihre Republikaner in dem Oberlande, die nur kleine Kassen plünderten, Brod, Käse und Wein sich von den Bauern reichen ließen und nur nebenbei 1350 Soldaten erschossen haben, wie das hier erschienene republikanische Deutschland rühmt, sind Kinder gegen die Glaubensgenossen in Paris. Sie gesagt, der Unfug mit den National-Arbeiterstätten mußte so weit gehen, so notorisch werden, wie es geschehen, um unglaubbar und in nackter Wahrheit ausgestellt werden zu können. Jetzt gibt der Moniteur officiell einen Theil der Fatamien zu, ob er gleich noch Manches verschweigt. Der freche Emil Thomas, der Direktor jener Werkstätten, welcher die Regierung von dem Unsinnerigen zur Herstellung der Bouvenirs durch Drohung abzuwerfen sich bemühte, der von Geschenken für die öffentliche Ruhe, für seine eigene Existenz sprach, lebte als wahrer Sybarit in dem Schlosse von Monceaux, unmittelbar vor der Barriere, welche diesen Namen trägt. Hier, umgeben von der Elite gleichgesinnter jugendlichen Schwärmer und Schwelger, welche er zu Mitaufsehern über die Nationalarbeiter bestellte, wurde gespaßt in Festen und mit Dirnen, wahren Prunkwinnen der Schande. Vierzehn Kabrioletts, Coupé's, Tilbury's u. s. w. standen in den Remisen, 38 Pferde in dem Marstalle dieses sonderbaren Arbeiterhofes zum Dienste der Freude, vielleicht auch zur Beschäftigung der zerstreuten Werkstätten. Dieses wußten, saßen die Arbeiter, und nun hieß es, wie der Herr, so der Diener! Nicht allein wurde nicht gearbeitet, man fand sich nicht einmal in den Werkstätte ein, und nur die Auszahlung war exakt! Ja es ging noch über dieses hinaus. Es war unter allen Betheiligten einmüthig eingegeben und eine Art Kontrakt geschlossen worden, demzufolge von dem 1. April bis den 20. Mai 22,000 Uniformen von den Nationalschneidern geliefert werden sollten. Auf den Kontrakt hin wurden bis den 20. Mai 70,000 Fr. bezahlt, da aber nur 3100 Uniformen geliefert worden, die nach dem festgesetzten Preis 40,000 Fr. kosten, so sind 30,000 Fr. zu viel bezahlt worden, wo der Mehrsand vergüten wird. Wer wird wohl die Verantwortlichkeit für diese Verschleuderungen tragen wollen? und wird es nicht am Ende heißen: il faut y passer l'eponge! Es war die Revolution, es war nothwendig, durch den Drang der Verhältnisse geboten! Ja wohl die Revolution! darum verwechseln auch so Viele die Republik mit der Revolution und wähnen oder geben vor, beständig in der Revolution zu sein. Sie haben zum Theil auch Recht; warum bereit die Nationalversammlung sich nicht, die Verfassung vorzulegen und die Regierung zu gründen! Fürchtet sie sich vielleicht auch vor dem dann unmittelbar eintretenden Schlusse ihrer Mission! In der Entscheidung über Louis Blanc haben sich zum erstenmal die Partein bezeichnet und gegenübergestellt. Für die Nichtunterstützung stimmten die Freunde des Angeklagten und die Gegner der Regierung. Diese vereinigt, bilden also die Majorität! Beinahe möchte man damit an der Dauer der Republik verzweifeln.

Die jetzt beschlossene Entfernung der Arbeiter aus den Departementen, die mit Strenge durchgeführt werden soll, denn auch hier hat die Munizipalbehörde angekündigt, daß keine Päße nach der Hauptstadt gegeben werden, wird wohl zu wichtigen Dingen führen. Die Bürgerschaft und die Truppen sind kampfbereit der Stadt, und die gesährlichen Friedensstörern ist ihr mächtiges Werkzeug entgegen; wo aber dann, wenn eine so gewissenlose Regierung fortgehen sollte, das Schiff des Staates hingeleitet werden wird, wer kann, wer wollte es mit Gewißheit voraussagen. Auf der Bartburg und in Gräß liegen die Stürme gefesselt, welche vielleicht die Anarchie lösen wird. Doch hat die Regierung immer noch das Bewußtsein der Gefahr und wird wohl, wenn es immer möglich, dieselbe abwenden. Daß sie den Krieg entfernt, davon bin ich überzeugt; es wird gerüstet, aber mit Maß und Ziel. So sind schon wieder die verheiratheten Männer von den Reserven nach Haus geschickt worden; auch werden keine Anstalten zu einer neuen Konskription getroffen. Die Finanzlage ist die große Krisis, die das öffentliche wie das Privatleben erschüttert. Auch die hiesige Stadt will eine Schuld von 300,000 Fr. kontrahiren, um öffentliche Bauten ausführen zu lassen, da die Privatleute sich in Nichts einlassen können. Ob sie Gläubiger finden wird für jene Summe, dies wird von Vielen bezweifelt.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England den Fürst. Oliver & Boyd, 73 Nor-gate-street in London. Für Frankreich, Comptoir, Portofrei auf Oberrheinischen Bahnhöfen monatlich für 36 Kr. C. A. Bergmann in Straßburg Nr. 26 Broglie. Für Nordamerika, Philadelphia Nr. 45 North Fourth Street.

# Deutsche Zeitung.

Die Deutsche Zeitung erscheint wöchentlich 3 Mal, Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der Preis beträgt jährlich fl. 10. 30 kr. Durch die Post bezogen mit Zuschlag des Briefporto jährlich fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 166.** **Heidelberg,** Freitag 16. Juni. **1848.**

## Uebersicht.

**Die schleswig-holsteinische Frage in der Nationalversammlung.** — **Wien** (ein neues Wiener Project). **Innsbruck** (Aufforderung des Landtags an die Wälschtiroler. **Der steyrische Landtag.** **Prag** (der böhm. Landtag und der Statenlongress). **Triest** (erneuerte Kanonade auf die feindliche Flotte). **Berlin** (die Vorfälle vom 9. Juni. Eindrücke derselben. Beabsichtigter Austritt von Abgeordneten. Das Ministerium. Ruhe an Pfingsten. Gerüchte. Beabsichtigte Reformen). **Aus Nassauen** (Treiben in Polen und an der russischen Grenze). **Vom Rhein** (die Mißstimmung gegen Preußen. Montecchi und Capuletti. Wöhler und Heuler). **München** (die deutsche Kokarde beim Heere eingeführt. Entschädigung Behrs). **Stuttgart** (die Anstalte in Kannstatt). **Ulm** (Ruhestörungen). **Vom Neckar** (Robert Blum). **Heidelberg** (die Universität). **Freiburg** (Parlamentswahl). **Mainz** (die Bundesruderversammlung). **Gießen** (Adresse an den Reichstag). **Eisenach** (eine republik. Demonstration. Die Versammlung der Studenten). **Altenburg** (Protestation gegen die republik. Umtriebe). **Frankfurt** (Reichstagsverhandlungen über die Marineangelegenheit.)

**Großbritannien.** **London.** Parlamentsverhandlungen: Das Unterhaus für Abänderung der Schiffahrtsgesetze; die spanische Angelegenheit. Die Chartisten.

**Frankreich.** **Paris.** Verhandlungen der National versammlung. Vertheidigung der Napoleoniden. Angriffe auf die Regierung. Lamartines Vertheidigung.

---

### Heidelberg, 15. Juni.

Wenn bei der Berathung der schleswig-holsteinischen Sache am 9. in der Nationalversammlung bei Einzelnen der politische Takt und Scharfblick zur Behandlung unserer politischen Verhältnisse nicht fehlte, im Ganzen dagegen Sinn und Neigung dafür wenig vorhanden waren, so konnte man dem entsprechend durch die Verhandlungen hindurch erkennen, daß in der Behandlung eben dieser äußeren Geschäfte in Deutschland noch ganz so wenig Geschick und größere Thätigkeit herrscht, wie vorher immer. Schon aus den früheren Berathungen über die Militärkommission und bei den vorläufigen Besprechungen einzelner Klubs konnte man aus den Mittheilungen und Andeutungen der Minister in der Versammlung den Schluß ziehen, daß es mit unserer Kriegsrüstung schlecht genug bestellt sei. Wir besorgen sehr, daß, wenn ein Sachkundiger untersuchen sollte, welche ungeheure Opfer das deutsche Land in seinen verschiedenen Stämmen durch die letzten Jahrzehnde gebracht hat für die Unterhaltung seiner Militärmacht, und sie vergliche mit dem verfügbaren Material, das zur Hand ist, ein Resultat herausstreten müßte, das den Stoff zu einer der schwersten Anklagen gegen unser früheres Regiment darbieten würde. Bei der Frage der Volksbewaffnung hat es sich gezeigt, wie die kleineren Staaten waffenlos sind; was uns aber mehr in Erstaunen setzte, war die Erfahrung, daß auch Preußens Heerwesen keineswegs in dem Stande ist, wie man nach der Organisation und nach dem Aufwande, den das Land dafür aufbieten mußte, erwarten durfte. Wenn von einem russischen Kriege die Rede ist, so dämpft man unser Feuer mit der Versicherung, daß wir das russische Westheer bei dem Mangel an Festungen und haltbaren Vertheidigungslinien und der Entfernung der deutschen Hilfe widerstandslos an die Elbe würden vordringen sehen; die Küsten und Vertrauensvollsten meinen, es würde die Oberlinie nicht halten können. Auf der Rednerbühne wollte man uns die Aussicht auf einen siegreichen Ausgang nicht nehmen, aber die Aussicht auf alle Entsetzen des Krieges zwischen Anfang und Ende gab man uns noch viel sicherer, die Aussicht, daß es mit jedem größeren Kriege kommen werde, wie es in den französischen Zeiten war, daß uns Niederlagen erst zu Siegen aufstritten müßten. Und wir fürchten wohl, noch mehr als durch unsere mangelhaften Kriegsrüstungen würde durch die Naturart des Volkes selbst ein solcher Verlauf eines deutschen Krieges verursacht werden. Die Erfahrungen draußen und die Erfahrungen in der Nationalversammlung scheinen und in dieser Hinsicht niederschlagend. Die kleinen Proben, die unser Militär zuletzt abzulegen hatte, sind gewiß zu Aller Befriedigung ausgefallen. Aber daß man von einer Erhebung der Bürger und Bürgerwehr viel zu erwarten hätte, das wird man nach den Heldenthaten der Aufrührer in Baden, wo doch die Bewegenßen in die Waffen getreten waren, nicht glauben; auch nicht nach dem, was in dieser Hinsicht in Schleswig geschehen ist, worüber man in der Nationalversammlung schonend, aber gleichwohl nicht völlig schweigend hinweg ging. Das nationale Kriegsfeuer der Franzosen, der militärische und monarchische Fanatismus der Russen wird bei uns allerdings im Anfang eines Krieges nicht den gewachsenen moralischen Gegner finden. Die Schuld daran tragen aus seßhafter Zeit der die kleinstaatlichen Verhältnisse in Deutschland, die auch unsere Großstaaten angesteckt haben; mutwidrige tragen eine wesentliche Schuld daran auch die Leute, die sich vorzugsweise die Volksmänner nennen lassen. Sage man doch, ob diese Art von Politik, die nur der Ausdruck der liberal, radikal und republikanisch gewordenen Krähwinkelei ist, eine solche nationale moralische Kraft erzeugen konnte, diese Art von Politik, deren höchste Ideale oder Vorspiegelungen Steuerfreiheit und Arbeiterorganisation sind? deren Dichten und Trachten nur auf das Behagen der Privatexistenz ausgeht und auf die Pflege des Individualismus? So lange man nicht die Nation als Ganzes für große Zwecke und Ziele einer Volksbestrebung im Ganzen begeistern kann, so lange sich die Gallerie instituiren läßt, polemische Ausfälle und die elenden Witze auf den Bundestag und all die persönliche Misere zu verkaufen, so lange hoffe man nie auf einen Aufschwung, der uns vor dem Auslande, sei es in Krieg oder Frieden, zu Ehren bringen wird. So lange hoffe man auch nicht und verlange man noch weniger, daß unser Regiment nach Außen eine imposante Stellung nehmen könne oder dürfe, wenn es sich nicht diosstellen und seine und unsere Existenz gefährden will. Die Wachsamkeit des Volks auf alle Schritte im Auslande, das Interesse der Masse an der Ehrenhaftigkeit jedes Schrittes, der in den äußern Beziehungen geschieht, der Nachdruck, mit dem jede Maßregel der diplomatischen und militärischen Operationen vom Volksganzen aus unterstützt wird, die Weisheit endlich, die in dem lebendigen Besprechen der Verhältnisse aus dem Zusammenschusse und der Vergleichung der Meinungen genommen wird, all Dies muß zusammengreifen und in steter Wechselwirkung sein, wenn wir uns eine äußere Verwaltung erziehen wollen, die der größeren und verwickelteren Lage, in die Deutschland eintritt, gewachsen sein soll.

In Bezug auf die schleswig-holsteinische Sache z. B. würde, wenn wir uns sammt und sonders eines mehr ins Einzelne gehenden Interesses an den dortigen Dingen versichert, eine Interpellation an den Bundestag gestellt worden sein, die uns sehr fruchtbar dünkt. Der Punkt, den sie betroffen hatte, ist die schwedische Intervention. Wir hatten uns neulich schon gelegentlich erstaunt über die unpopuläre Wendung der schwedischen Politik, die sich in dieser Sache Hand in Hand mit Rußland stellt. Wir erhalten heute einen Aufschluß darüber, der uns, wenn er begründet ist (und wir haben keine Ursache, dies zu bezweifeln), neben der Aufklärung über Schwedens Verfahren zugleich eine Andeutung gabe, daß von Seite des preußischen Kabinets das Vorschreiten dieser Macht, wohl aus zu einseitigem Bemühen um Englands Gunst und Vermittlung, zu wenig die geeignete Berücksichtigung gefunden habe. Das schwedische Volk ist in seinem unbefangenen und aufgeklärten Theile gegen jede philorussische Tendenz der Politik, und jede Einmischung in die schleswigsche Sache lag ihm fern. Afton Bla-

Digitized by Google

det hat diese Ansicht immer verfochten, und ohne weitere Einsprache. Woher nun alle die schwedische Intervention? Der Brief, den wir vor uns liegen haben, erklärt diesen Schritt folgendermaßen: Wäre blos heute es darum, eine Diskussion Schwedwigs durch deutsche Truppen in Frage gekommen, so hätte Schweden gewiß völlige Neutralität beobachtet. Jetzt, da man befürchten müßte, daß vielleicht schon durch die Harmlichkeit der Dänen (um Denen nicht beizustimmen, welche sagen, durch die Eroberungslust der Deutschen) ganz Dänemark von einer fremden Macht unterjocht werde, habe Schweden nicht länger zusehen können, zumal die neueren Gestaltungen der Dinge in Deutschland leicht ein Vergessen aller Mäßigung befürchten ließen. Schwedens Erklärung an die preußische Regierung erfolgte, die gewiß mehr zu friedlicher Rücksprache einlud, als mit Krieg bedrohte. Diese Erklärung ward von Preußen keiner Aufmerksamkeit gewürdigt, sondern einfach nicht beachtet. Die Idee eines einigen Skandinaviens, sagt der Brief weiter, ist den Schweden so heilig wie den Deutschen die eines einigen Deutschlands. Sollten sie die Ueberzeugung gewinnen, daß sie von Deutschland auf nicht Schutz gegen den Panslavismus zu erwarten haben, sondern von ihm sogar mit größeren Gefahren bedroht wären, so würden sich in Schweden Alles bald ganz anders gestalten, vielleicht ein russisches Bündniß in der öffentlichen Meinung Beifall finden. Schweden sah sich als die Macht an, welche am besten die zwischen Deutschland und Dänemark ausgebrochenen Streitigkeiten hätte vermitteln können; sein König hätte das Vertrauen der Deutschen verdient. Die Vorschläge, die Schweden gemacht, hätte Dänemark annehmen müssen, wollte es nicht alle skandinavischen Sympathien verwirken. Durch eine solche Rolle, wenn sie Schweden zu Theil geworden wäre, wäre den Schreiern der Mund gestopft worden; da es nicht geschah, und sogar Schwedens Deklaration ohne allen Erfolg blieb, so war dann keine andere Wahl, als zu den Waffen zu greifen. Die veränderte Stellung Schwedens zu Rußland wäre demnach eine Verschuldung der Nachlässigkeit unserer Politik. Wir erfahren noch ein Mal, wie viel besser es Rußland versteht, die Wichtigkeit der schwedischen Politik für den Norden zu ermessen.

---

**Oesterreich.** **Wien.** In einer Korrespondenz von hier in der Allg. Z. heißt es: „Eine höchst kuriose Partei möchte aus der Hauptstadt eine Art von neutraler Freistadt machen. Wien müsse seine geographische Lage, den Kreuzungspunkt der vier großen Nationalitäten des Orients und Occidents benützen, das freie Centrum eines großen Handelsverkehrs werden und die Intelligenz auf der Donau mit den Waaren des Abendlandes ins schwarze Meer hinab bringen. Nur Wenige sind sich klar darüber, daß Constantinopel und Serbien Oesterreich näher stehen als die Lombardei." Hiermit vergleiche man folgende Stelle aus einem Bericht der Bad. Z. über die Sitzung der Tagsatzung vom 10. Juni: Der Geschäftsträger in Wien berichtet bereits Bekanntes über dortige Zustände; der größte Theil der aus 8000 Mann bestehenden Garnison sei dem Sicherheitsausschuß vollkommen ergeben, und der Gedanke, Wien zu einer freien Stadt zu erklären, finde immer mehr Eingang.

**Innsbruck.** Die Allg. Zeit. enthält von hier Folgendes: Der Landtag hatte am 10. Abends noch eine Zuschrift an die Wälschtiroler beschlossen, um sie noch einmal aufzufordern, in Innsbruck zu erscheinen. Es wird vergebens sein. Werden aber die Herren, die von Wälschtirol aus deutschen konstituirenden Versammlung nach Frankfurt geschickt wurden, dort ihr Mandat erfüllen: Trennung von Deutschland zu fordern? Und welche Antwort wird das Parlament auf den Antrag geben: die deutschen Felsenpäße, die berühmten Klausen, um die Deutschland seit tausend Jahren Ströme von Blut vergossen, kampflos an Italien zu geben? Man wird — das hoffen wir zu Gott! — antworten wie man Dänemark geantwortet hat, hinter welchem Kaiser Nikolaus und König Otkar stehen, während hinter den wälschtirolischen Gelüsten Karl Albert und — in zweiter Linie — die französische Republik steht. Uebrigens war auch der französische Geschäftsträger von Wien in Innsbruck eingetroffen, ein besonnener Ehrenmann, von allen Parteien geachtet. Er wird wohl seine Stimme mit haben bei den von Mouf. Morichini eröffneten Friedensunterhandlungen.

**Prag,** 9. Juni. Als die eigentliche Ursache, weßhalb Graf Thun die Eröffnung des böhmischen Landtags verschoben hat, betrachten Viele den Slavenkongreß; nur Wenige ahnen noch den Hauptgrund — man will den Landtag Prags mit dem auf den 26. d. M. zu eröffnenden Reichstag in Wien zusammentreffen lassen, um einen guten Vorwand zur Nichtbeschickung desselben zu haben. — Vom Slavenkongreß läßt sich nicht viel Bemerkenswerthes sagen. Dieser theoretische Vorm, mit so genannten nationalen Kostümen, die, aus der alten Rumpelkammer hervorgeschleppt, selbst in den Ländern ihres Ursprunges jetzt fremdartige Erscheinungen sind — diese Prahlereien mit öffentlichen Betteldiensten, Aufzügen, Fahnen und Bällen — mögen dem hiesigen Pöbel, und insbesondere unserem deutschen Pöbel mit Glacé-Handschuhen, ein Gegenstand des Interesses sein. (K. Z.)

**Triest,** 9 Juni. Man schreibt der Allg. Z.: Der Kontreadmiral Albini scheint es darauf angelegt zu haben, uns jede Nacht ein bischen und dem Schlafe zu rütteln; möglich ihm sein Spaß doch theuer zu stehen kommt. Um 1½ Uhr Abends ertönte wieder vom Hafen das Alarmzeichen, und sofort war die Bürgerwehr, die Territorialmiliz wie das Militär auf ihren Posten. Um 2 Uhr fuhren zwei friedliche Dampfer sehr nahe an die Batterien, von welchen sogleich auf dieselben gefeuert wurde. Die Kugeln trafen gut, eines der Dampfboote verlor den Mastbaum und mehrere der Mannschaft sollen getödtet worden sein. Nach etwa 17 Schüssen trat wieder Stille ein, die weiter nicht unterbrochen wurde. Wir machen uns darauf gefaßt, heute wieder gestört zu werden, aber am Ende werden wir uns wie an so vieles andere auch hieran gewöhnen. Die gestern aufgebrachten Schiffe wurden wieder freigegeben.

**Preußen.** ** **Berlin,** 10. Juni. Bei den berüchtigten Scenen von gestern soll auch Uhlich an der Benk gepackt, aber freigegeben worden sein, als Jemand ihn als Solchen bezeichnet, der für Behrends gestimmt. Als später Jemand das Gegentheil behauptete, ließ man sich an, ihn zu verfolgen. — Als der Minister-Präsident, wie gewöhnlich, mit seiner Cigarre heraustrat, soll ein Mensch mit dem weißen Taschentuch gewinkt, Mehrere sollen zugestimmt haben, und kaum retteten Umsterbende ihn in eine nahe Droschke. Noch diese wurde verfolgt! — Die Abgeordneten Jung u. A. sind außer sich gewesen über diesen Auftritt. Ich bin überzeugt, daß sie dergleichen Ehrärmlichkeiten verabscheuen. Dennoch tragen diejenigen die Schuld, welche das arme Volk in solche Aufregung versetzen, wie Herr Jung, Herr Saling, Herr Börner, Herr Reich u. A. durch ihre fanatisirenden Reden auf dem Friedensplatz. „Du Geist der Revolution, komm herab, damit wir das rechte Pfingsten feiern!" — Jetzt ernten wir die ersten Früchte. Die verderblichsten sind aber die auf die Gemüther der Menschen, deren mehr und mehr für die Sache der Freiheit erkalten, weil sie noch immer den Wahnsinn in ihrem Gefolge hat. Wird es uns gelingen, den Dämon von der Göttin zu trennen?

|| **Berlin,** 11. Juni. Die Mißhandlungen, welche dem Minister Arnim und dem Abgeordneten Stedtmann nach der Verwerfung des Behrend'schen Antrages zu Theil geworden, haben in allen Parteien eine große Entrüstung hervorgerufen, und selbst unsere schwankende Bürgerwehr schreint durch eine Adresse an die Kammer ansagen honorable machen zu wollen. Wie verlautet, beabsichtigt der Abgeordnete Temme ein Gesetz in Vorschlag zu bringen, vermittelst dessen Angriffe und Drohungen auf einzelne Mitglieder der Versammlung mit vierwöchentlicher bis zweijähriger Gefängnißstrafe geahndet werden könnten. Ob aber der bloße Buchstabe die Freiheit der Abgeordneten schern kann, so lange er nur von einem so schwankenden Institute, als der Berliner Bürgerwehr, unterstützt ist, wird vielfach bezweifelt, und es scheint, als ob viele Deputirte kein Vertrauen in so unbestimmte Garantien hätten; wenigstens wird mir von glaubwürdiger Seite versichert, daß über vierzig, an Zahl, aus Köln, Erfelsdorf, Geipel, beabsichtigen, ihre Sitze in der Versammlung den Stellvertretern zu überlassen. Bestätigt sich dies, so könnten die bedauerlichen Exzesse der vergangenen Woche die Reaktion, welche bisher nur ein Gespenst war, mit dem unsere Wühler das Volk erschrecken, gar leicht zu einer Wirklichkeit machen und somit die uns so nöthige gesetzliche Entwicklung der wahren Freiheit, das Begräumen der Trümmer des alten Staates verzögern. Es soll übrigens mit Rücksicht auf den letztern Punkt von Seite des Kabinets Mehreres vorbereitet sein, und namentlich sollen auf dem Felde der Finanzen bedeutende Reformen beabsichtigt werden, über welche schon in den nächsten Tagen der Kammer näherer Aufschluß gegeben werden dürfte. — Gerüchte, die sich über eine theilweise Modifikation des Ministeriums verbreitet hatten, bestätigen sich noch nicht. In seiner jetzigen Zusammensetzung wird sich das Kabinet auch noch ferner gar zu häufig an seine Auskünftigkeitstheorie festklammern und den Weg der staatlichen Reform nicht entschieden genug betreten. An diesem vielleicht zu strengen Festhalten tragen freilich die Wühlereien der letzten Wochen, die Umtriebe unserer offenen und verkappten Republikaner vielleicht die meiste Schuld, wie denn offenbar auch an

Digitized by Google

andern Orten gerade die Freiheitsschreier der Entwicklung der Freiheit am hemmendsten in den Weg treten.

† Berlin, 12. Juni. Berlin feierte das „Fest der Maien“ wie alljährlich. Man merkt nicht, daß zwischen der letzten und der diesjähr. Pfingstfeier eine Revolution liegt. Schon um 4 Uhr Morgens wimmelte der Thiergarten von Spaziergängern, die „zahrerchen“ während des ganzen Frühstücks fast unbefucht geblebenen Konzertgärten waren überfüllt und erst die wachsende Hitze jagte die Leute zwar weniger als sonst in die Kirche, doch in die Häuser zurück. Jetzt strömt Alles aus den Thoren nach Wankow, Moabit und Schöneberg. Ein Dampfboot „Konstitution“ bringt die Badelustigen vor das schlesische Thor zur Badestelle, und zahlose Omnibus kreuzen sich um die Gärten- und Vorstadttheater, deren es jetzt nicht weniger als 7 gibt (im vorigen Sommer, in der Zeit der Konzessionen, gab es nur 1) mit Gästen zu versehen. Nur die überall hin die Flugblätter verbreitenden Kolporteurs lassen deutlich erkennen, was seit dem letzten Sommer vorgegangen ist. — Heute steht fest eine vom Prof. Kreiger und Zuckig-Kauff. Strecker veranstaltete Versammlung hier lebender Pommern zu dem Zweck Statt, die heimathliche Provinz über die Gestaltung der Hauptstadt aufzuklären. Man stritt sich in sehr stürmischer und ungeordneter Debatte darüber: ob eine Proklamation nach Pommern versandt, oder ob der Zweck durch Korrespondenzen mit den politischen Vereinen der Provinz erstrebt werden solle. Man entschied sich für die erste Alternative. Hier lebende Schlesier und Westpreußen wollen zu gleichem Zwecke Verbindungen mit ihren Provinzen einleiten. — Seit einigen Tagen trägt man sich hier wieder mit allerlei Gerüchten. Unter anderm soll von der franz. Regierung eine Anfrage über republ. Agitationen auf preuß. Gebiet eingelaufen seiu. Ja, man spricht sogar davon, daß hier am Orte eine republ. Verschwörung entdeckt, bei den Mitgliedern bewaffnete Attentäter, Fahnen ꝛc. in Beschlag genommen, die weitere Verfolgung aber, um die franz. Regierung nicht zu kompromittiren, unterlassen sei. Wie viel oder wie wenig an diesen Gerüchten Wahres ist, möchte sich schwer bestimmen lassen. Jedenfalls hat die Hecker'sche Unternehmung nicht das Ansehen danach, bis Berlin vorzweig gewesen zu sein. — Von einem Antrage bei der Nat.-Vers. auf Verlegung derselben soll in Folge einer letzten Berathung abgestanden werden. Man hat verfucht, eine solche Maßregel direkt durch das Gouvernement ins Werk zu setzen und „die alte Kur- und Hauptstadt“ Brandenburg in Vorschlag gebracht. Die Minister sollen es indeß verweigert haben, auf den Vorschlag einzugehen.

* Aus Masuren, Ende Mai. Vor drei Tagen gelang es mir endlich, nach Polen und bis ins Gouvernementshaus Suwalken zu kommen. Die Grenze ist nämlich hier ganz gesperrt, und selbst mit einem vom russischen Generalkonsul visirten Paß gelangt man nicht hindber. Ein Silberrubel gilt dort aber mehr als eine kaiserliche Ukase, und dieser öffnete mir die Grenze. Dort kennt mich ein Jeder, verbvegen konnte ich also nicht bleiben und hielt es daher für's Gerathenste, dem Gouverneure sofort meine Aufwartung zu machen. Ihn fand ich vollständig von Allem unterrichtet, was kein Wunder ist, da ich ihm zwvimal wöchentlich die Königsberger und die polnische Posener Zeitung zuschicke! Außer ihm aber auch Niemanden, und selbst hohe Beamte, Kanzleute ꝛc. sind in völliger Unkenntniß über die Zustände in Preußen, ja in Europa. Von Amtswegen wird ihnen auf jede Weise eingeschärft, daß in Preußen vollständige Anarchie herrsche, der König entthront sei und Polen nächstens den Einmarsch preußischer Horden, die ihnen ihren Frieden nehmen und sie evangelisch machen wollen, zu erwarten habe. Auf diese Weise suchen selbst die höchsten Behörden und die Priester sogar auf die gemeinste Art Haß gegen die Preußen zu erregen. — Als ich mich mit dem Gubernator eine Weile unterhalten hatte, fragte er mich, wodurch denn im Posenschen ein so wüthender Haß gegen die Deutschen erregt sei. Ich erwiderte ihm dreist, daß u. A. — wie man mir es sagt — dies theils von Warschau aus geschehen sein soll, indem dort Gefangene unter dem Vorwand freigelassen und ihnen reiche Belohnungen versprochen sind, daß sie ins Posenschge gehen und dort auf jede Weise das Volk gegen die Deutschen aufhetzen sollen. Hiezu lächelte er, und dies veranlaßte mich zu der Frage, ob er so Etwas wohl für möglich halte? — NB. er war vor 8 Tagen aus Warschau gekommen. — Er antwortete mir nicht, aber als ich die Frage wiederholte, befahle es mit Kopfnicken und sagte, indem er mir vertraulich den Arm drückte: „Ich glaub's!“ — In S. stehen etwa 1000—1200 Russen vom Regiment Rischnev-Nowgorod, welches in diesen Tagen schon zwei oder drei Mal auch in Kowno gesehen wurde. Im ganzen Gouvernement stehen höchstens 3000 Mann. Auf der Petersburg-Warschauer Chaussée, die über S. führt, sind höchstens 10,000 Mann russische Truppen weiter marschirt. Das Gros der Armee ging über Brzesc-Litowsk nach Warschau und weiter, aber die ganze russische Truppenmasse in Polen beträgt höchstens 60- 70,000 Mann. Die Soldaten werden aber fortwährend im Kreise herumgeführt, weshalb schwarze mit weißen Bendalleren, und es übermächtet bafferie Bataillon wie da, wo es schon einmal gesichtigt hat. Den Namen des Regiments erfuhr ich nur durch eine Dame, die mit einem jungen Officiere Bekanntschaft hatte. Wäre ich eine Stunde früher nach S. gekommen, dann hätte ich aus dem Fenster des dortigen evangelischen Predigers ein echt russisches Schauspiel ansehen können. Am Tage vorher hatte man 3 russische Deserteure hart vor unserer Grenze ergriffen. Einer von den Unglücklichen wurde an dem Tage auf eine Tage gebunden und sollte 6000, sage sechstausend Stockschläge erhalten. Als er 2000 erhalten hatte, gab er seinen Geist auf; der Arzt erklärte ihn für völlig todt, aber demungeachtet wurden ihm noch die fehlenden 4000 Hiebe appliirt, und er dann wie ein krepirter Hund verscharrt. Für die Wahrheit dieser Geschichte bürge ich, der grause Mord der beiden andern Deserteure, die der Exekution beiwohnen mußten, sollte in den folgenden Tagen erfolgen. Da die Ausbedung zum russischen Militär in diesem Jahr schon an einigen Orten Polens Statt gefunden hat, und namentlich in Kalwary ohne Unterschied Knaben von 15 und verheirathete Beamte von 30 und einigen Jahren des Nachts ausgehoben und fortgeschleppt sind, so traten hier sehr viele Polen, selbst Beamte, über. In unsern Kreis kamen in Zeit von 8 Tagen 93 Mann, die der Weisung gemäß nach Kastenburg geschickt sind. Was aus diesen armen Schelmen einst werden wird, weiß Gott. Zurück können sie nicht, denn alsdann ist ihr Schicksal sofortiger Transport in die sibirischen Bergwerke, und der Gouvernenr selbst hat mich beim Abschiede, dafür zu sorgen, daß sie nicht ausgetauscht würden. An den Russen sich einer Desertation in Polen ist nicht zu denken, da auch die Frauen den Waffen Fremden gelassen ist, ja sogar jedes Messer über 5 Zoll Länge konfiscirt, und jeder Schmied darauf vereidigt ist, kein Messer oder sonstiges Schneidezeug ohne Erlaubniß der Behörde zu fertigen. Bis zur Ernte sind auch alle Sensen konfiscirt. — Das über Polen. — Die Wahlen wurden in Masuren ganz ruhig abgehalten. In andern Provinzen, wo mehr Intelligenz ist, sind die Wahlen, besonders für Berlin sehr schlecht ausgefallen. Das ist vielleicht sehr zu bedauern, wird aber auch nicht eher anders werden, als bis die politische Bildung des Volks von Unten angefangen wird. Mit unserer Konstitution müssen wir auch eine andere Kreisordnung erhalten, nach der die Vertreter des Kreises dann ebenso wie die Deputirten zum Landtage gewählt werden müssen. Merken kann die Kreistage Jeder, der im Sommer Aufsatz in der Kirche — abgehalten dann überzeugt sich der Bauer und Loosmann mit eigenen Augen und Ohren, daß, wenn er einen dummen Menschen zum Kreistand erwählt hat, dieser auch in der Kreisversammlung ein dummer Mensch bleibt und die Interessen der Mandanten schlecht vertritt, in kommenden Fällen wählt er einen klügern und ebenso zum Reichstage einen klügeren Wahlmann und dieser einen klugen Deputirten. Alle sonstigen Aenderungen des Wahlgesetzes würden doch kein befriedigendes Resultat gewähren und die Einführung eines Census des Geldes oder der Intelligenz immer reaktionäre aussehen.

Köln, 11. Juni. Gestern ist ein Arbeiter, Mitglied des Arbeitervereins, der in den Versammlungen dieses, sowie des demokratischen Vereins den König und den Minister-Präsidenten öffentlich auf das Rohefte und Gemeinste geschmäht hat, zur Haft gebracht worden. (K. Z.)

† Vom Rhein, 8. Juni. Die No. 155 d. Z. (vom 4. l.) hat einen Gegenstand zur Sprache gebracht, der es sehr verdient, beachtet und erwogen zu werden: die Mißstimmung der Rheinprovinz gegen Preußen, unter welchem letztern Ausdruck (Preußen) ich Beide: preuß. Regierung und preuß. Staat, zusammenfasse und auch zusammenfassen darf, da die Stimmung gegen Beide so ziemlich eine und dieselbe ist. Und da muß ich denn, so leid es mir auch thut, die traurige Thatsache, daß eine sehr bemerkbare Mißstimmung auch heute, fast 3 Monate nach dem 18. März, noch fortbesteht, im Allgemeinen bestätigen, doch mit der nähern Bestimmung, daß auch viele Intelligente, und wohl die Vorzüglichsten derselben, mißstimmt sind, daß es aber allerdings auch Striche gibt, in denen Alles, Intelligente und Nichtintelligente, also die ganze Masse des Volks, noch oder wieder treu zu Preußen hält. Von den Ersteren kann man sich aus unserer Tagesliteratur, aus zahlreichen sehr sprechenden Vorkommnissen und in jeder Gesellschaft überzeugen; das Letztere ist allen denen, die es noch nicht wußten oder nicht wissen wollten, durch den

Digitized by Google

Sturm der Entrüstung klar geworden, der sich gegen den Stollwerkschen Saal in Cöln, und was ihm ähnelte, vor einiger Zeit erhoben, sowie durch den herzlichen Empfang, den der Prinz von Preußen sogar in Wesel erfahren hat.

Aber woher rührt diese Mißstimmung denn? Oder besser, warum dauert sie noch fort? Ich glaube, eine Pflicht der Gerechtigkeit gegen die Provinz und der Liebe zu Preußen zu erfüllen, wenn ich es versuche, etwas zur Beantwortung dieser Frage beizutragen. Der erste Grund aber, warum die Mißstimmung noch fortdauert, ist der, daß sie eben nichts Neues, sondern etwas Altes ist, und daß sie bis zum 18. März, wie in mehrfacher Hinsicht gerecht, so auch sehr tief gewurzelt und sehr weit verbreitet war. Uebel, die diese Eigenschaften an sich tragen, verlieren sich nicht über Nacht, und es mag daher der Provinz zu einiger Entschuldigung gereichen, wenn sie weniger vertrauensvoll und wohlgelaunt ist, als sie, meiner Meinung nach, sein könnte und sein sollte. Nur nach und nach verschwindet der gute Geist und die Zuneigung des Volkes zu den Gegenständen seiner Verehrung und Anhänglichkeit; nur nach und nach kehren sie zurück. — Ein zweiter Grund zur Verdauer der Mißstimmung liegt darin, daß es hier, wie anderwärts, Leute genug gibt, die sich durch nichts Anderes, als nur durch Uebergabe an sie selbst auf Gnade und Ungnade, gewinnen lassen. Dazu zählen, was richtig schon von einem anderen Korrespondenten v. Z. bemerkt worden ist, namentlich die Ultramontanen und die Republikaner. Von jenen wimmelt es in unserer Provinz, nicht blos deßhalb, weil Belgien nahe liegt, weil Zeitkrankheiten ansteckend sc., sondern auch und zumal deßhalb, weil sie unter dem „alten Systeme“ so viel Nachsicht, um nicht zu sagen so viel Herzlichkeiten und Begünstigungen erfuhren. Sie mögen der Vergessenheit übergeben sein, die argen Mißgriffe, die geschehen sind, und durch die alle Verständigen und Wohldenkenden betrübt und brunnruhig wurden; allein sie sind, trotz aller Bitten und Warnungen, geschehen, und jetzt erntet man, was man gesäet hat. Nach die Republikaner sind in unserer Provinz schon zahlreich; ich behaupte dies im Gegensatze gegen einen anderen Korrespondenten, und ich nehme keinen Anstand, hinzuzufügen, daß ihre Anzahl täglich wächst. — Und diesen letzteren, sehr bedenklichen Umstand erkläre ich vorzüglich aus dem, was mir als der dritte und Hauptgrund der weithin herrschenden Mißstimmung in der Provinz überhaupt erscheint: daraus, daß man noch immer nicht recht weiß, wie man mit der gegenwärtigen Regierung daran ist, und ob man ihr den festen Willen, das „alte System“ gänzlich fahren zu lassen und sich an ein „neues System, wie es die Zeit gebieterisch fordert“, ohne Rückhalt und mit Konsequenz hingeben, zutrauen darf oder nicht. Hierüber nämlich sind nicht allein die Stände Preußens, sondern auch viele seiner Freunde ziemlich, und dadurch kommt's, daß unter den Sympathien sich Unentschiedenen der Abfall immer größer wird. Nicht, als ob es die Zurückberufung des Prinzen von Preußen ꝛc. mißbilligt hätten; umgekehrt, sie haben in dieser Frage, wie in der Polenfrage, mit dem Ministerium Camphausen gestimmt und ihm gegen die Berliner Demokraten, gegen den Stollwerkschen Saal ꝛc. nach Kräften, auch mit Muth und Energie, beigestanden. Allein daß das Ministerium, sehr unähnlich dem Badenschen Ministerium, noch immer die Zügel der Verwaltung in den oft traditionsfesten Händen liegen läßt; daß es sich anstellt, als hätten wir keine „Revolution“, sondern nur einen etwas ungewöhnlichen „Uebergang“ aus alten Zuständen in neue erlebt, und sich dadurch zu der Anschauungsweise einer falschen Geschäftlichkeit bekennt; daß es aus einen Versassungsentwurf auf schnellen, statt auf breitester demokratischen Grundlage verlegt und z. B. nicht einmal eine Million für den „gesammten Volksunterricht“, von dem Preußens und Deutschlands Schicksal so wesentlich abhängt, übrig hat, während es doch den Kirchen all' ihre Fonds und der römischen Kirche ihre unermeßlichen Fonds garantirt und der Civilliste das ganze Kronfideikommiß im Betrage von 2½ Millionen zuweist; daß es dem Militär die sosdarsten Verfassungsrechte thrilweise entzieht; daß es den sächsischen Predigern antwortet: auch das Eichhornsche System habe es mit der Kirche wohl gemeine — dies und Aehnliches ist nicht geeignet, ein volles Vertrauen einzuflößen und die herrschende Mißstimmung zu beschwichtigen. Möchten doch die bevorstehenden Abreß-Debatten recht bald beginnen und es aller Welt beweisen, daß die Besorgnisse derer, welche glauben, es hätten die demokratischen Bestrebungen den Konservatismus des Ministeriums über das rechte Maß hinaus gesteigert, ungegründet sind!

** Vom Rhein, 7. Juni. Shakespeare hat sein „Romeo und Julia“ nach Italien in die Zeit der Kämpfe der Montecchi und Capuleti verlegt; schriebe er jetzt, er würde den Schauplatz in der Rheinprovinz etablirten und die Intrigue in die Fehden der Wühler und Heuler einflechten. Sie kennen diese Parteinamen, die in unserer Provinz und vor allen Dingen in ihrer sogenannten Metropole, in Cöln, eine so große Rolle spielen, ohne Zweifel. Sie kennen sie wenigstens, wenn Sie die Annoncen der Kölnischen Zeitung lesen, und wer, beiläufig bemerkt, sich über unsere Zustände orientiren will, muß nicht die Kölnische Zeitung scheu, sondern gerade ihre Annoncen lesen. Was die Partei der Wühler im Allgemeinen ist und will, ergibt ihr Name zur Genüge; sie hat diesen Namen mit demselben Stolze adoptirt, wie einst die Geusen den ihrigen; die Bedeutung der Heuler ist aus dem Gegensatz klar. Zum Verständniß des politischen Lebens in unserer Provinz ist es indeß durchaus erforderlich, einen kurzen Rückblick auf die bisherige Thätigkeit der erstgenannten Partei zu werfen: vielleicht gewinnen auch andere dabei die Ueberzeugung, daß wir hier so außerordentliche Ursache gar nicht haben, uns unserer vorzugsweisen politischen Reife und Befähigung zu rühmen. Ihre erste und hauptsächliche Thätigkeit haben die Wühler in den zahlreichen Versammlungen entfaltet, welche Anfangs sehr unregentlich — lucus a non lucendo — Volksversammlungen genannt wurden, da durch ein Einkrittsgeld von 5 Sgr. jedesmal der Zutritt gesperrt war, das bei eigentliche Volk sich nicht daran betheiligen konnte, bald aber als dies Eintrittsgeld aufhörte, von dem eigentlichen Volke ziemlich ausschließlich frequentirt wurden. Hier legten alle diejenigen Staatsweisen, welche merkwürdigerweise weder in das Ministerium berufen noch in die konstituirende Versammlung gewählt waren, ihren gerechten Schmerz und Unwillen über alle und jede Maßregel der Staatsregierung vor einem verehrungswürdigen Publikum nieder, das jetzt zum ersten Male und zwar mit großem Nachdruck: „Meine Herren!“ angeredet wurde; hier entstand jene Fluth von Adressen, welche die Kölnische Zeitung erfüllt haben würde, wenn sie ihnen nicht endlich den Damm der Inseritionsgebühren entgegengestemmt hätte, eine Maßregel, die, obgleich durch die Pflicht der Selbsterhaltung geboten, einen Schrei der Entrüstung von einem Ende des Stollwerk'schen Saales bis zum andern hervorrief und die nächste Veranlassung gab, ein eigenes „Organ für Demokratie“ zu entrepreniren, die „Neue-Rheinische Zeitung“; hier endlich traten die zahllosen Proteste ins Leben, welche ohne Zweifel sämmtlich an ihre Adresse gelangt, aber, trop ihrer unermeßlichen Bedeutung für das Gemeinwohl und trop aller ihrer Unterschriften eben so wenig beantwortet als berücksichtigt worden sind. Hatte man vielleicht einige Winke über die Details des Unterschreibens erhalten? Ich weiß es nicht, jedenfalls sind aber diese Details bezeichnend und charakteristisch für das hiesige Petitionswesen oder Unwesen, und vielleicht gestatten sie auch anderswo eine Nutzanwendung. So erinnere ich mich lebhaft, daß, nachdem eine solche Petition, die auf ein allgemeines deutsches Heimathsrecht antrug und „mit Unterschriften bedeckt“ war, wie sich's ist der technische Ausdruck — in der nächsten Volksversammlung als Delegirter dreier Gewerbe ein ehrlicher Maurergeselle auftrat und sich — wohlbemerkt, nachdem die Petition längst abgegangen war — nachträglich eine Definition des allgemeinen deutschen Heimathsrechts erbat, da man — ich citire wörtlich — darüber gestritten habe, ob ein allgemeines deutsches Heimathsrecht das sei, wenn fremde Arbeiter im Frühjahr nach Cöln kämen und im Herbste wieder fortgingen, oder wenn sie dort blieben. Die Verlegenheit des Präsidenten bei dieser Frage können Sie sich denken; nichtsdestoweniger entschied dieselbe kompetente Versammlung gleich darauf, daß der direkte Wahlmodus der allein vernünftige sei. Doch das Alles verschwindet gegen die Art und Weise, wie die Unterschriften zusammengebracht wurden, als der Protest gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen beschlossen war. In den Cafés und Bierhäusern, wo Bänkelsänger mit ihren Mordgeschichten aufstehen, waren kleine Tische ausgestellt und an einer jeden Fuß hohen Stange: „Protest gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen“ zu lesen; an jedem Tisch saß ein Mitglied des Komite's, das bis zur Stunde der regelmäßig erfolgenden Ablösung die Vorübergehenden, Vornehm und Gering, Klein und Groß, zur Unterzeichnung aufforderte; ganze Schaaren von Knaben zogen jubelnd von einem Tische zum andern und protestirten, und in der Quinta der höheren Bürgerschule konstituirte der Lehrer, der offenbar seine Zeit noch nicht begriffen hat, ein dort zur Unterschrift aufgelegtes Exemplar. Das klingt wie eine abgeschmackte Uebertreibung und ist doch Nichts, als die reine Wahrheit, die Ihnen jeder Kölner bestätigen kann. Diese Geschichte ist übrigens köstlich verspitzt in zwei Inseraten, welche zwei aufeinander folgenden Nummern der Kölnischen Zeitung enthielten, und mit welchen ich mein heutiges Schreiben schließen will. Das erste lautet: „Da ich bei der Rückkehr von meiner Reise erfahren habe, daß mein neunjähriger Sohn Jakob die Petition gegen das Ministerium an verschiedenen Straßenecken nicht weniger als siebenmal unterschrieben hat, ich aber hiermit

Digitized by Google

gar nicht einverstanden bin, so erkläre ich diese Unterschriften hierdurch für ungiltig. Peter Schmitz“. Darauf brachte die nächste Nummer die folgende Erwiderung: „Unter Hinweisung auf die Anzeige meines verehrten Vaters in der gestrigen Zeitung erkläre ich denselben für einen Erzlumpen und weise die Verdächtigung meiner politischen Ansichten hiemit entschieden zurück. Peter Schmitz, Sohn, Wichser.“

**Baiern.** München, 12. Juni. Se. Maj. der König hat angeordnet und genehmigt, daß neben der baierischen nunmehr auch die deutsche Kokarde an der Kopfbedeckung im Heere getragen, und daß auch die Fahnen und Standarten mit Bändern der deutschen Farben geziert werden. (Nürnb. Korr.)

Laut des Fränk. Merkur ist dem zur Zeit als Parlamentsmitglied in Frankfurt sich aufhaltenden Hofrath Dr. W. J. Behr die amtliche Mittheilung zugegangen, die k. Regierung habe (aus eigener Kompetenz) die Wiedereinsetzung Behrs in den Genuß seines vollen Quiescenzgehalts von 1800 fl. jährlich genehmigt und werde demselben sofort hierüber fragliches Dekret zugestellt werden; dann, daß für die erlittenen Verluste demnächst Auszahlung einer namhaften Entschädigung (10,000 fl.) erfolgen werde.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 13. Juni. In Kannstatt ist heute die Ruhe nicht ernstlich gestört worden; die bei der Sache von Oben an den Tag gelegte Schwäche ist aber sehr bedauerlich. Einmal war es gewiß sehr ungeschickt, die Doppelexekution auf die Frühe der Pfingstfeiertages anzuberaumen. Hat man nicht an die Solidarung in C. Sar's mystères gedacht? Und eine Hinrichtung in diesem Style wäre es geworden, wenn, wie hier, der rohe Haufe die ganze Sache durch Orgien feierte. Man wollte nun durch sehr frühe Vornahme das allgemeine Aufsehen vermeiden; allein der Gerichtshof mußte natürlich festhalten am Gesetz, das den Verbrecher eine dreimal 24stündige Frist bewilligt. Diese war erst heute früh um 6 Uhr abgelaufen. Was geschieht nun? Man läßt verkünden, die Vollstreckung sei aufgeschoben. Welche Schwäche! Wegen einer großen Menschenmenge unterbleibt die Hinrichtung von zwei Raubmördern! Muß sich denn nicht das Volk fragen: gibt es denn für Mörder keine Gerechtigkeit mehr? Will man nun später doch das Urtheil vollstrecken oder begnadigen? Ist das Erste menschlich, das Zweite in jetziger Zeit räthlich? Daß das Volk seine Wuth am Schaffot austieß, habe ich bereits gemeldet. Das Gerücht verbreitete sich alsbald hierher, man setzte sogleich bei, die beiden Mörder sollen bereits verurtheilt sein. Zu einem solchen Gerüchte mag nicht, aber auf dem Richtplatz, in Kannstatt, in allen Wirthshäusern rc. der Unruhe ungeübter Kopf, Hecker, Struve, die Republik war das Feldgeschrei. Kavallerie, Infanterie, Artillerie, Bürgerwehr rückte auf; so blieb denn die Ruhe ungestört, und gegen Mittag konnte das Militär wieder abziehen. — An der Abgeordnetenversammlung in Göppingen haben sich 40 Abgeordnete betheiligt, unter ihnen viele Abgeordnete der alten Opposition, unter den neuen auch Strauß, Reyscher, Memel. Es wurde eine Adresse an das Ministerium beschlossen, welche um schleunige Einberufung des Landtags bittet, aber beifügt, es könne sich bei diesem Landtag nicht um eine Verfassungsänderung oder um solche Fragen handeln, wobei eine Kollision mit Frankfurt zu befürchten sein könnte, sondern lediglich um durchgreifende Maßregeln zur Abhilfe der Noth. Bezeichnet sind namentlich Maßregeln zur Hebung des Kredits, Vermehrung der Cirkulationsmittel (also auch Papiergeld), anderes Besteuerungssystem, Ersparnisse, Vereinfachung der Verwaltung. Die Abgeordneten verlangen Beruhigung der Gemüther hinsichtlich der Zehntablösungsfrage, da, je näher die Zeit des Einzugs des Zehntens heranrücke, die Unruhe steige. Endlich verlangen sie Beseitigung der Jagd- und Bannrechte. Wenn man auch die Dringlichkeit von all diesem zugeben muß, so sind doch die Mißstände des gleichzeitigen Landtags mit der Nationalversammlung nicht zu läugnen. Einmal fehlt uns eine Reihe der tüchtigsten Abgeordneten und zwei Minister, die in Frankfurt nothwendig sind, und dann, wo soll, einmal eröffnet, die Berathung endigen, ohne in die ganze Staatsorganisation ein- und damit auch den zu hoffenden Frankfurter Beschlüssen vorzugreifen? Singulae Erleichterungen, dringende Maßregeln kann aber auch nach unserer bestehenden Verfassung das Ministerium auf seine Verantwortung hin ohne Stände anordnen.

Aus Ulm berichten Reisende von bedeutendem Straßenlärm, der dort stattgefunden habe, und wobei auch der Ruf: es lebe die Republik gehört worden sei. Welche beklagenswerthe Stimmung auch in einem Theile der Stuttgarter Bevölkerung herrscht und sich von Zeit zu Zeit in Ausbrüchen kundgibt, ersieht man aus dortigen Blättern und Korrespondenzen. (Allg. Z.)

**Baden.** * Heidelberg, 14. Juni. Wie wir soeben vernehmen, ist nun das Verzeichniß der in diesem Semester hier anwesenden Studirenden vollendet; daßselbe weist, mit Einschluß von 21 Personen reiferen Alters, 604 Akademiker (380 Nicht-Badener und 224 Badener) auf, unter denen wie gewöhnlich über die Hälfte (333) aus Juristen besteht, während die medizinische Fakultät 118, die theologische 51, die philosophische 81 Mitglieder zählt. So hätten sich also die Befürchtungen derer, die eine Leitung an das völlige Stillstehen unserer akademischen Thätigkeit dachten oder im höchsten Falle derthundert Studirende erwarteten, aufs Sänftigste widerlegt; denn diese Zahl überstteigt alle die Erwartungen, die man am Anfang des Semesters, in einem Augenblick, wo der Bürgerkrieg in Baden kaum gedämpft war, hegen durfte. Auf der andern Seite hat diese Katastrophe in unserem Vaterland, deren Rückwirkungen auf die Universität das Gericht uns Gerechtigkeit übertrieb, der Frequenz der Anstalt immerhin einen empfindlichen Verlust zugefügt; ein volles Drittel fehlt im Vergleich mit dem vorigen Semester, namentlich fanden diesmal von Nicht-Badensern 232 weniger hier als im verflossenen Winter — eine ihren Ursachen nach ganz erklärliche Erscheinung. Die Besorgnisse oder Alarmgerüchte indessen, die auch für diese geringere Zahl von Anwesenden eine Störung der friedlichen Studien prophezeiten, werden allem Anschein nach in der zweiten Hälfte des Semesters sich so wenig bestätigen als in der ersten.

ζ Vom Neckar, 13. Juni. Herr Robert Blum geht in seiner Debatte von einem Grundsatze aus, der bei ihm und seiner Partei für so unumstößlich gilt und seine ganze politische Gedankenbahnung so sehr bedingt, daß wir uns doch wohl hüten müssen, dessen Wahrheit anzugreifen, wenn wir uns, bei Besprechung dieses Gegenstandes, ihm einigermaßen verständlich machen wollen. Der Grundsatz, daß alle Minister mit Lug und Trug umgehen, daß keinem ein Haar breit zu trauen ist, ist eine der wichtigsten Entdeckungen des entdeckungsreichen neunzehnten Jahrhunderts, worauf die äußerste Linke mit Recht stolz ist. Sie hat sich schon dadurch oft allen Zweifel erhoben, daß alle die Männer, die ein langes Leben hindurch sich bisher als die wärmsten Vertheidiger der Volksrechte bewährt und in einer Zeit, wo dies gefährlicher war, als jetzt, in Kerker und Ketten dafür eingestanden sind; daß alle die Männer, deren Gesinnung und Treue unter kein Joch gebeugt werden konnte, dennoch sofort zu Lügnern und Volksverräthern wurden, sobald sie Minister oder Bundestagsgesandte wurden. Ja es muß eine vergiftende, demoralisirende Kraft in einer solchen Stellung liegen, wenn solche Männer in wenigen Wochen es verschulden konnten, daß man sie für Lügner bewerft. Verdient es noch irgend Jemand, und wenn es Herr R. B. ist, Glauben? Könnte nicht etwa ein künftiger Minister rc., wie das Hühnchen im Ei, auch schon in ihm stecken, der, wie das böse Prinzip aus Besessenen, hier und da auch aus ihm redete, um andere Minister zu verdächtigen? — Allein wir wollen von seinem Grundsatze selbst ausgehen, daß alle Minister von Amtswegen Lügner sind. Dies würde also auch von dem noch ungenannten Minister gelten, dem Herr R. B. seine Nachrichten über den preuß. Minister verdankt. Warum aber sollen denn nicht schon diese Nachrichten und sie um so mehr Lügen sein, da hierdurch ein Ministerium das andere zu verdächtigen sucht, um dessen Ansehen zu schmälern? — Herr R. B. hat einem Minister Glauben geschenkt! Wenn das auf der äußersten Linken geschieht, was soll es da bei weniger Wachsamen thun. Wir warnen deßhalb Herrn B., er ist in die Fallstricke eines Ministers gerathen; vielleicht ist es noch Zeit, sich daraus loszuwinden.

Freiburg, 13. Juni. Nachdem v. Itzstein die auf ihn gefallene Wahl eines Abgeordneten zum deutschen Parlament in dem 7. Wahlbezirk, Amt Breisach, Stadt und Landamt Freiburg, abgelehnt, fand, wie die Oberrh. Zeit. berichtet, dahier heute eine zweite Wahl Statt. Von 150 Wahlmännern waren 141 anwesend. Beim zweiten Skrutin erhielt Fabrikant Hebting 100, Präsident Hoffmann 27 und v. Weltzenberg 13 Stimmen. Eine Stimme wurde beanstandet. Somit wurde Hebting als Abgeordneter proklamirt. Es ist bemerkenswerth, daß hier, an der Stelle Itzsteins, am drei streng konstitutionelle Bewerber die Wahl sich brechte.

**Hessen.** Mainz, 13. Juni. In der gegenwärtig hier tagenden Abgeordnetenversammlung der deutschen Buchdruckergehilfen wurde beschlossen, an alle Verleger derjenigen periodischen Blätter, welche Sonntags erscheinen, die Bitte ergehen zu lassen, „daß sie das Erscheinen sämmtlicher periodischen Blätter an Sonntagen aufgeben mögen“. (Fr. J.)

** Gießen, 14. Juni. Der hiesige vaterländische konstitutionell-demokratische Verein nimmt einen erfreulichen Fortgang. Die Zahl seiner Mitglieder wächst täglich, und durch öffentliches Hervortreten schwinden die Verdächtigungen revolutionärer Bestrebungen, die von gewisser Seite verbreitet wurden. Zu den Kundgebungen, wodurch

Digitized by Google

die Londoner seinen Wirkungskreis in ein Privatleben tritt, gehört die von ihm ausgegangene Vertrauensadresse an die konstituirende Nationalversammlung zu Frankfurt, welche wesentlich dazu beitrug, ihm in der öffentlichen Meinung Anerkennung und Beifall zu erwerben. Sie wurde in wenigen Tagen mit etwa 1200 Unterschriften bedeckt und fand in der nähern und weitern Umgebung den lebhaftesten Anklang, ein Beweis, wie sehr sie der herrschenden Stimmung entspricht. Manifestationen der Art sind gewiß um so mehr an der Zeit, als es von Bedeutung ist, daß der Einklang der Nation mit ihren gesetzlichen Vertretern, worauf der Friede der Gegenwart, der Bestand unserer großen Errungenschaften, unsre Macht, unsre Ehre, ja unsere ganze Zukunft beruht, zu öffentlicher Darstellung gelange. Die von Dr. Lang entworfene Adresse, welche heute zu ihrer Bestimmung abgeht, lautet folgendermaßen: An die hohe konstituirende Nationalversammlung zu Frankfurt. Als die hohe Versammlung, in deren Händen das Heil des Vaterlandes ruht, zusammentrat; als jedes Deutschen Auge in höchster Erwartung sich auf sie hinwandte, empfanden auch die Unterzeichneten den heißesten Wunsch, daß das reste mattrielle Wort derselben durch sicheren Ausdruck ihres leitenden Grundsatzes ein allgemein beruhigendes, das Vertrauen zur Zukunft kräftigendes sein möge. Durch die wiederholte Wahl ihres Präsidenten hat die Versammlung jenem Wunsch auf eine Weise entsprochen, die ganz Deutschland mit Zuversicht erfüllen muß. Sie adoptirte damit die Grundsätze, welche derselbe mit Klarheit und Entschiedenheit ausgesprochen hat. Wir sehen darin die Interessen des Volkes über Alles gestellt, die Souveränität der Nation anerkannt, ohne damit die Mitwirkung der Staatsregierungen bei Feststellung der Reichsverfassung auszuschließen. Wir sehen darin die Grundsätze der demokratisch-konstitutionellen Monarchie, ja wir uns bekennen, gewahrt. Wir erkennen in dem Festhalten am Gesetzlichen, in der Anerkennung des rechtlich Bestehenden die Politik der Reform, welche der Revolution wie der Reaktion in gleicher Weise entgegentritt. Darin finden wir die sicherste Bürgschaft für eine Entwickelung zum Heile des Vaterlandes. Ganz im Geiste dieser Politik sahen wir die Versammlung bei den bedeutsamen Fragen, die sie gleich zu berathen hatte, vorschreiten. Dies erfüllte uns mit freudigem Vertrauen und mit der Zuversicht, daß sie, indem sie als das gesetzliche Organ der Nation die höchsten Interessen derselben wahrt, auch das ganze Volk auf ihrer Seite hat, daß alle deutschen Männer sich ihr innig anschließen. Dieses unser Vertrauen aussprechen, fühlen wir uns gedrungen. Wir stehen zu der Versammlung, wie die Reform zu der Monarchie und der Reaktion, für die Einheit gegen alle Sonderbestrebungen, für Behauptung der Volkssouveränetät gegen jede Gefährdung! Wie stehen zu ihr für alle Fälle mit aller Hingebung!“ Möge dieselbe recht vielseitige Nachahmung finden.

**Weimar.** Eisenach, 9. Juni. Heute Vormittag um 9 Uhr hatte die zweite Versammlung der abgeordneten Studirenden Statt. Aus Göttingen waren zwei Abgeordnete erschienen. Eine heftige und mitunter verworrene Debatte wurde durch eine Protestation der Abgeordneten von Göttingen und Würzburg gegen den gestern gefaßten Beschluß, nach Kopfzahl, nicht nach Universitäten abzustimmen, herbeigeführt; doch wurde der Beschluß aufrecht erhalten. Der Ausschuß, dem die Feststellung des Festprogramms übertragen worden war, gab seinen kurzen Entwurf der Festlichkeiten. Nach demselben wird die erste allgemeine Versammlung am 12. Juni Vormittags um 10 Uhr abgehalten werden. (D. A. Z.)

* Eisenach, 12. Juni, Morgens. Gestern Abend hielt die „republikanische Partei“ eine Versammlung auf dem Rathhause, um eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt zu berathen. Auffallend gering war die Zahl derer, die daran Theil nahmen, noch geringer die, welche wirklich thätig waren, d. h. von Anfang bis zu Ende dabei saßen und standen; denn die Meisten gingen ab und zu, und man konnte bemerken, daß die Meisten nur sehr schnell wieder gingen, also ihre Rechnung nicht eben zu finden schienen. Es wurde beantragt, mit der Adresse sollte verbunden werden ein Protest gegen die ganze Nationalversammlung als nicht richtig gebildet, und eine Mißbilligung ihres bisherigen Verfahrens, der Ungehörigkeit eines jeden, was sie gethan; die Meinung der Geschicke u. s. w. Bei der Abstimmung blieb, selbst in der ganz geringen Zahl der Anwesenden (etwa 60 — 70, wovon nicht einmal 2 Drittel stimmten, die Adresse verbleiben sich ganz allein als Zuschauer), der Vorschlag in einer so entschiedenen Minorität (etwa 10 Hände erhoben sich), daß er durchfiel. Ein Redner sagte mit großer Naivetät: er habe sich mit und wegen dieser Adresse an eine Masse von Studenten gewandt, schon Sonnabend und gestern, aber nirgends Anklang gefunden, auf einer Seite; er sei übergangt, wenn die Sache der Gesammtversammlung der Studirenden vorgelegt würde, so werde sie „mit Pomp durchfallen“, das könne also gar nicht geschehen. Wenn man sie an die Nationalversammlung in Frankfurt schicke, so würde diese sie „einfach ad acta legen“, was man seitdem auch nicht verdenken könnte; also müßte man statt derselben ein „Manifest an's deutsche Volk“ machen und dann sagen: weil die Studenten von der Adresse Nichts hätten wissen wollen, und die Nationalversammlung sie voraussichtlich hätte ad acta gelegt, so u. s. w. Das würde einen guten Uebergang bilden. Ein Anderer war der Meinung, man müsse diese Wege alle erst versuchen; denn erst müßte man sich ans deutsche Volk wenden und dann sagen: weil die Studenten .... und weil die Nationalversammlung ..... Am Ende kam Nichts heraus, als daß diese Fraktion ihre ganze Schwäche hier recht herausstrebte und sehr nahe selbst zur Erkenntniß kam, daß sie hier in der größten Minorität ist, ja eigentlich ganz wegfällt. Sie ist sehr Schade, daß die Verhandlungen nicht stenographisch notirt werden konnten; ihre vollständige Mittheilung würde sie sicherer verurtheilen, als die geschickteste Polemik es vermöchte. Ich habe noch Niemanden ein testimonium pauperatis selbst ausstellen hören, als jene Antragsteller.

**Altenburg.** Gegen die von einer kleinen republ. Partei in Altenburg intendirten Bestrebungen gehen aus den verschiedenen Gegenden des Herzogthums fortwährend Protestationen ein. Man erklärt offen, selbst von Seite der sogenannten Holzhöfer, daß es Niemand in den Sinn komme, sich ihr anzuschließen. Man wolle eine konstitutionelle Monarchie, gesetzliche Ordnung und ruhigen Fortschritt, aber keinen Umsturz und Volksterrorismus. (Dorfz.)

O Frankfurt, 14. Juni. Auf der heutigen Tagesordnung der Nationalversammlung stand die Verhandlung über den Bericht Mittermaier's über die Luxemburger Frage; auf Anfuchen der luxemburger Abgeordneten wird die Diskussion ausgesetzt. Der Antrag des Marinenausschusses steht daher zur Verhandlung; er lautet dahin: Hohe Nationalversammlung wolle beschließen, daß die hohe Bundesversammlung zu veranlassen sei, die Summe von 6 Millionen Thalern auf verfassungsmäßigem Wege verfügbar zu machen, und zwar 3 Millionen sofort, und die ferneren 3 Millionen nach Maßgabe des Bedürfnisses. Hauptmann Möring weist auf das amerikanische System hin, das kleinere Dampfschiffe, die zugleich zu Segeln und Dampfern eingerichtet sind, mit geschütztem Bewegungsapparat, vorzugsweise begünstigt, weil sie größere Manövrirfähigkeit besitzen, ein kleineres Object dem feindlichen Feuer darbieten und durch Besetzung mit Geschütz vom größesten Kaliber auch größeren Schiffen die Spitze bieten können. Der Ausschuß für die Marine hatte in Anschlag gestellt, die beantragten 6 Millionen könnten beispielsweise in der Art verwendet werden, daß dafür

| | | |
|---|---|---|
| 2 Fregatten à 480,000 Thlr. | = | 960,000 Thlr. |
| 4 Korvetten à 230,000 Thlr. | = | 920,000 „ |
| 2 Dampfschiffe zu 500 Pferdekr. à 400,000 Th. | = | 800,000 „ |
| 4 dergleichen zu 250 Pferdekr. à 300,000 Thlr. | = | 1200,000 „ |
| 200 Kanonenboote à 7000 Thlr. | = | 1400,000 „ |
| Für Arsenale und Hafenarbeiten | | 720,000 „ |
| | = | 6,000,000 Thlr. |

angeschafft würden. Möring beantragte, die Korvetten und Kanonenboote zu streichen, dafür die Zahl der Fregatten und namentlich die der kleineren Dampfschiffe zu vermehren, die, da sie nur 12 bis 13' Tiefgang hätten, die Elbe ebenso zu schützen taugten, wie dabei im Frieden Dienste thun könnten, für welche die Boote nicht geeignet seien. Die Anträge des Ausschusses, der ein Vertrauensvotum in Anspruch nahm, insofern er über die Verwendung der beantragten Bewilligung keine bestimmten, sondern nur beispielsweise Vorschläge machte, und jede nähere Mittheilung seiner Rath- und Anschläge als unrathsam und unmöglich von sich wies, wurden nur von der Linken bekämpft. Wiesner wolle die 6 Millionen nicht eher bewilligt wissen, ehe der Aufwand für die Landmilitärmacht (in diesen Zeiten!) verminbert und vollständiger Aufschluß von Seite des Ausschusses über seine Thätigkeit und Verbindungen gegeben sein. Schlöffel, in der Eheife der Linken für die Galerie sprechend, stimmte sich auch gegen diese erste Reichsfteuer, von der er sprach, als ob sie den hungernden Webern von Schlesien aufgelegt werden sollte. Er wollte die Steuer auf die Privilegirten ausgeschlagen haben. Daß es Privilegirte noch in Deutschland geben werde, läugnete Eisenmann, der die Summe durch eine Einkommensteuer gedeckt sehen will, die die Armen schonte. Eisenstuck beantragte, die Bewilligung auszusetzen, bis die provisorische Centralgewalt, ein Organ der Volkssouveränetät, geschaffen wäre, welches hinlängliche Garantie böte, daß das Geld auch im Sinne des Volkes verwendet werde. Die Mitglieder des Aus-

Digitized by Google

schusses setzen gegen diese Angriffe und Verbesserungsvorschläge Folgendes: Gegen die Nothwendigkeit der Schöpfung einer Marine habe sich fast keine Stimme erhoben. Die materiellen, sittlichen und nationalen Vortheile seien anerkannt worden. Es handle sich daher nur um die Art der gemachten Vorschläge. Die Aufgabe sei unermeßlich. Stelle darin Fuß gefaßt werden, so müsse man sich hüten, in die Vorfrage irgend Etwas zu mischen, was nur in den fernern Verlauf der Sache, ja in ihren Schluß gehöre; nur die ersten Grundlinien müßten festgehalten werden. Man sei daher in die einzelnen technischen Fragen nicht eingegangen, von denen Möring gerodet, aber die sehr kontroverse Frage, über die Vortheile des amerikanischen Dampfschiff- und des ihm eigenthümlichen Geschützsystems sei in dem Ausschusse reiflich erwogen worden, und man dürfe übrigens verteuren, daß auch in Deutschland Vorsichtige in dem Artilleriewesen gemacht seien, die wohl die amerikanischen überträfen; all das sei mit Gewissenhaftigkeit und Sachkunde geprüft. Was die Kanonenboote angehe, so seien die Ufer der Ostsee seicht, so daß Dampfschiffe nur an gewissen Seeplätzen stationiren könnten, aber auch die kleineren Orte sollten geschützt werden; auch die Amerikaner kommen hierfür Boote nicht entbehren. Es sei, wie wir oben sagten, die Art der Verwendung, die von dem Ausschusse angegeben wurde, nur ein Beispiel, wie weit etwa 6 Millionen Thaler reichen könnten und für dies nächste Bedürfniß habe es gegolten, eine Summe anzugeben; über Ankauf, Bau, Vertheilung in die drei Meere, über das Verhältniß der österreichischen Flotte zur deutschen, sei man schweigend hinweggegangen, abschließlich, um nicht Zankäpfel in die ersten Akte zu werfen. Nur zwei Grundsätze hält man fest: daß Deutschland vorerst keine Linienflotte haben solle, und daß die Küstenvertheidigung als Bundessache anzuerkennen sei. Um die Modalität des Anbringens dieser Summe handle es sich nicht: sie sei auf den bisher gesetzmäßigen Weg gewiesen. Die Verwendung der Summe, die Ausführung falle natürlich der zu bildenden Exekutivbehörde anheim. Gegen diese absolute Erklärung nahm Eisenstuck, unter dem Beifall der Versammlung, seinen Antrag zurück. Oberrath erinnerte gegen Schlieff, man möge die Tausende von Arbeitern, die das Besachten der Schiffe, das Holzschneiden ꝛc. in Danzig und andern Ostseehäfen sonst beschäftigen, und die jetzt darbten, nicht vergessen; es sei eine Handreichung gegen die neuerworbene Provinz Preußen, ihren Handel und Schifffahrt zu schützen und die Wiederkehr des jetzigen Zustandes zu verhüten. Die Mahnung schlug durch, es handle sich hier um eine erste That, die dem Ausland zeigte, daß wir in der That zu gemeinsamen Zwecken zusammenständen; man solle nicht dieses erste Zeichen der Einheit zum Zeichen der Zwietracht machen; es sei zu wünschen, daß kein Einziger auf dem Platze bliebe bei Bestimmung dieser Summe. Bei jeder etwa von den Vaterlandsfreilichen bei dieser legte Wunsch freilich verloren. Die Versammlung bewilligte die Summe und genehmigte den Antrag des Ausschusses fast einstimmig und unter allgemeinem Beifallsrufe. Die in Folge des Eisenstuck'schen Antrags eingeschaltete Klausel macht nur den Vorbehalt, daß über die Verwendung und Vertretung der Summe die zu bildende provisorische Centralgewalt der Nationalversammlung verantwortlich sein werde. Dieses glänzende Resultat ward übrigens in einer Versammlung erzielt, die weit nicht vollzählig und von den vorhergegangenen freien Tagen noch sichtlich abgespannt war.

## Großbritannien.

London, 11. Juni. Unter den Parlamentsverhandlungen der jüngsten Tage waren die über die Schifffahrtsgesetze und die Ausweisung Hrn. Bulwers aus Spanien allein von allgemeiner Bedeutung; eine Debatte über die sogenannten „Lumpenschulen" traurigen Andenkens, veranlaßt durch einen Antrag des menschenfreundlichen Lord Ashley, jährlich 1000 unglücklichen Geschöpfe aus diesen Schulen nach dem arbeitbedürftigen Australien zu schicken, war zwar charakteristisch genug für gewisse moralische Nachtheiten Englands, erleidet aber keine specielle Anwendung auf Deutschland, da dieses solche Anstalten nicht besitzt, die ehrt geeignet sind, die krankhaften uns faulen Stellen Englands bloßzulegen, als dem moralischen und intellektuellen Elend abzuhelfen. — In der spanischen Angelegenheit ging der Antrag des Hrn. Bankes dahin, „das Haus möge sein Bedauern darüber ausdrücken, daß eine versuchte und von den englischen Ministern gebilligte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens die englische Regierung und ihren Gesandten in Madrid in eine Lage gebracht habe, die sowohl an sich entwürdigend als dazu geeignet sei, die bisher zwischen England und Spanien bestandenen freundschaftlichen Verhältnisse zu stören." Hierüber entspann sich eine Verhandlung oder eine Art Unterhaltung, die mit Takt und Anstand geführt wurde und schließlich die Beseitigung des Antrages von Bankes zur Folge hatte. Alle Redner waren einstimmig in ihrem Unwillen über den Schimpf, welchen sich die spanische Regierung gegen England erlaubt habe, alle nahmen sich der Ausweisung Bulwers als einer Landessache an, man zeigte sich bereit in den Vertretung der Verdienste Hrn. Bulwers, doch machten Redner von der Färbung der Hh. Disraeli und Ingliß bei diesem Anlaß ihrem Groll gegen die auswärtige Politik Palmerstons Luft, indem diese überall nur Verwirrung und Uneinigung gegen England angestiftet habe. Aber Palmerston fand seinen überlegenen Vertheidiger namentlich an Hrn. Sheil, der in einem sehr beredten Vortrage die Verschwörung des spanischen Ministers, daß England, seine Regierung und sein Parlament Hrn. Bulwer im Stich gelassen hätten, in ihrer Hohlheit und Nichtigkeit darzustellen suchte. Die Mitglieder des Unterhauses gaben durch erschütternden Beifall bei den betreffenden Worten des Redners zu erkennen, daß das Parlament nie und nimmer einen Gesandten Englands im Stiche läßt. Lord J. Russell sagte im Wesentlichen: wenn das Haus einen Tadel aussprechen wolle, so könne dieser nur die Regierung treffen, deren Verfahren jedoch, wie der Redner weiter auszuführen suchte, in dieser Angelegenheit frei von Vorwurf sei. Der edle Lord erklärte weiterhin: mit Hinblick auf das Machtverhältniß Englands zu Spanien glaube er, daß England sich der größtmöglichsten Mäßigung und Schonung gegen Spanien befleißigen und einen andern verschiedenen Ton nur dann annehmen dürfe, wenn die Ehre Englands auf eine andere Weise nicht unverletzt erhalten werden könne. Lord Palmerston erklärte, in diesem Handel die ganze Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, und verthreidigte Hrn. Bulwer gegen die Verdächtigung, als habe er zu besondern Zwecken mit den gestürzten Französischen Ministern verkehrt. Von 1832 bis 1847 habe es in Spanien nicht weniger als 30 verschiedene Ministerpräsidenten und 38 Minister der auswärtigen Angelegenheiten gegeben, wie sei es da für einen Staatsmann möglich, dem Umgange mit gestürzten Ministern gänzlich aus dem Wege zu gehen? Unter den obwaltenden Umständen glaube er, das Haus werde dem Antrage des Hrn. Bankes nicht Folge geben, sondern die Verabschiedung der schwebenden Verhandlungen abwarten, welche er dem Hause mitzutheilen nicht verfehlen werde.

Den 9. Juni kam in Sachen der Schifffahrtsgesetze das Herries'sche Amendement abermals zur Verhandlung. Dieses gegen jede Abänderung der Schifffahrtsgesetze gerichtete Amendement wurde verworfen und dadurch der Entschluß des Hauses angezeigt, als Komite die Vorschläge der Regierung zu berathen. Die Majorität für das Ministerium betrug 117 Stimmen — ein glänzender Sieg. Die eigenthümliche Lage der Parteien und die Stellung des Ministeriums innerhalb derselben bringt es mit sich, daß das Kabinet bald mit dem rechten Flügel den linken, bald mit dem linken den rechten schlägt. In Sachen der religiösen und kommerziellen Freiheit hat es die Partei Hume-Cobden für sich gegen die Tories und Protektionisten, in Sachen der auf Parlaments- und Wahlreform abzweckenden Vorschläge die Protektionisten für sich gegen die Cobdenisten und Humisten. In beiden Fragen ist es der Peeliten ziemlich sicher.

Für den 12. Juni besürchtete man abermals chartistische Monstremeetings an verschiedenen Stellen der Hauptstadt. Die Regierung traf, um jedem möglichen Ausbruch mit Kraft und Nachdruck begegnen zu können, umfassende militärische und polizeiliche Vorkehrungen. Man kann sich ziemlich fest darauf verlassen, daß der 12. Juni höchstens zu einzelnen Raufereien mit der Polizei führen und ebensowenig England in eine Republik verwandeln wird, als der 10. April. Die Chartisten haben die ganze Mittelklasse gegen sich, geschlossene Phalanx gegen sich; trotz wohlhabenden englischen Bürger erschüttert nichts so wahrhaft nur anfinnig, als solche Zusammenrottungen, die höchstens eine Störung und Unterbrechung des geschäftlichen Verkehrs zur Folge haben können. Bei alledem ist der Zustand Englands, namentlich in den Fabrikbezirken, nicht ohne Gefahr, indem durch diese unablässige Agitation und Aufregung der Leidenschaften der gerühmte Sinn der Engländer für Gesetz und Ordnung zuletzt in den Massen gründlich getilgt werden muß. Zudem kann Niemand läugnen, daß der soziale Körper Englands an gefährlichen Gebrechen und Uebelständen krankt.

## Frankreich.

Paris, 12. Juni. Nationalversammlung. Sitzung vom 12. Juni. Starke Arbeitergruppen lagern in der Nähe des Tuilleriengartens und an der Revolutions- oder Einheitsstraße. Aehnliche Haufen durchziehen die Boulevards und andere Stadtviertel. Auf mehrfaches Befragen, erwidern sie ernst: Wir wollen den Bürger Napoleon Louis Bonaparte in die Nationalversammlung geleiten. Diese Aufregung hat die höchste Militärbehörde veranlaßt, den Generalmarsch schlagen

Digitized by Google

zu lassen und sämmtliche Bürgerwehr unter die Waffen zu rufen. Unter diesen und ähnlichen Umständen eröffnete Präsident Genard um 1 Uhr die Sitzung. Die Repräsentanten waren sehr zahlreich.

Pierre Bonaparte ergriff zuerst das Wort zu einer Erläuterung des Protokolls. Ich war, begann er, leider nicht mehr anwesend, als Herkeren am Sonntend das Ereignis in Troyes berührte und den Kriegsminister General Cavaignac zu der Erklärung veranlaßte, daß Jedem, der Unglück treffe, der es wagen sollte, die Regierungsform anzutasten, die sich Frankreich gegeben. Ich würde hier, wo wir zur Grundsätze verhandeln sollen, nicht auf jenen Fall zurückkommen, wenn leider nicht Personen ins Spiel gebracht würden, deren Namen ich trage, und deren Handlungsweise von vielen Zeitungen mit den schwärzesten Farben dargestellt wird. Ich bin Verwandter und Freund des Angegriffenen, wäre aber der Erste, seine Verurtheilung zu verlangen, wären ihm ihm gemachten Vorwürfe gegründet. So aber entsprangen sie nur aus der erbärmlichsten Verleumdung. Der Redner erzählte hierauf, wie sein Vetter London verlassen und nach Paris geeilt, aber wieder nach England zurück gekehrt sei, als es die prov. Regierung wünschte. Seitdem hätten die Zeitungen allerlei Lügen erfunden. Die Napoleoniden, sagten sie, wollten das Pariser Volk mit dem Golde des Auslandes bestechen. Wie, rief Pierre, ein Bonaparte wolle fremdes Gold anwenden, um seine Brüder, die Franzosen, zu bestechen? Ich trage, schloß er, auf Untersuchung dieser Verleumdung an.

Bocon, der Minister der öffentlichen Arbeiten, zweifelte nicht, daß die Vollziehungsgewalt der Versammlung die nöthige Auskunft zu geben bereit sei, und vielleicht einige Maßregeln vorzuschlagen gedenke, doch stelle er die Bemerkung des Redners für nicht wesentlich genug, um die Tagesordnung der Versammlung zu unterbrechen.

C. Ducterc, Finanzminister, besteigt die Rednerbühne und las der Versammlung ein langes Promemoria über die Finanzlage Frankreichs vor, aus welchem er die Nothwendigkeit des Rückkaufs der Eisenbahnen wiederholt als das einzige Mittel nachwies, wodurch sich die Staatskasse einen jährlichen Reinertrag von 20 Mill. Franken und Arbeit für das Proletariat verschaffen könne. Zu diesem Behufe sei nur nöthig, daß die Bank dem Staate die Kleinigkeit von 150 Mill. Franken vorschieße. Das Bemerkenswertheste in diesem Berichte war die Stelle, in welcher der Minister die Rente zu demekratisiren strebt, indem er laut seines Berichts künftig nicht mehr dieß für 10 Frt., sondern sogar für 5 Frk. Staatsrenten zu verkaufen vorschlägt, um sie auch dem Kleinhandel zugänglich zu machen. Man entsinnt sich, daß Girardin noch demokratischere Vorschläge in seinem Blatte klug machte.

Nach diesem Berichte, der gedruckt und vertheilt werden soll, schritt die Versammlung endlich zur Tagesordnung, nämlich zur Diskussion der monatlichen 100,000 Frk. für die Vollziehungsgewalt, deren Genehmigung man bis zur Wichtigkeit einer Kabinetsfrage erhoben. Duprat, Berichterstatter, las sein Ausschußgutachten vor, das auf Bewilligung des verlangten Kredits anträgt. Nun folgte der Kampf. Sowohr wollte das Geld bewilligen, nur solle sich die Vollziehungsgewalt den Revolutionären, namentlich den Klubs gegenüber, energischer benehmen. Dadaud Laroisière kam der Regierungsfinessen zu Hilfe. Lauffat, ein neuer Redner, bekämpfte dagegen den Kredit in der heftigsten Weise und erklärte in offenbar feindseliger Absicht die Gemüther. General Bedeau zeigte sich dem ministeriellen Antrage nicht weniger feindlich, doch war die Form höchst genäßigt.

Lamartine besteigt die Tribüne und wünscht, daß die Situation klar werde, daß endlich einmal die Verdächtigungen, die Verläumdungen aufhören. Der Kommission habe die Regierung mit Freimuth und Aufrichtigkeit gegenwortet, sie sei bereit, dasselbe in der Versammlung zu thun. Er widerhole im Namen der Regierung, daß stets Einigkeit und Eintracht in der Regierung geherrscht haben, und daß alle jene umlaufenden Gerüchte über einen Zwiespalt gänzlich unbegründet seien. Er erbebt sich zugleich gegen die unabläßigen Beunruhigungen der Allarmisten, die beständig Furcht und Unruhe zu verbreiten suchten, — allein Nichts rechtfertige diese Unruhe, diese Besorchtungen, die man doch bei jeder Gelegenheit als Waffe gegen die Regierung gebrauche. Er erklärt, warum die Parteien, sowohl die monarchischen als die anarchischen, der Regierung nie vergeihen können, daß sie die Republik, und daß sie dieselbe ohne Gewalt, ohne Blutvergießen gegründet habe. Diese Parteien seien es, die täglich neue Waffen der Verläumdung, der Verdächtigung erfänden, die Gemüther mit Unruhe, mit Mißtrauen erfüllten. Aber allen diesen Umtrieben werde die Regierung entgegenzutreten und die Republik zu befestigen wissen, und dies durch die Gewalt der öffentlichen Stimmung, des Willens einer ganzen Nation. (Beschluß.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[572]

## Dank und Abschied!

Im Begriff, das schöne badische Land zu verlassen, fühlen wir uns gedrungen, an Euch, seine biederstnnigen Bewohner, noch ein Wort des Dankes und des Abschieds zu richten. — Wir sind zu Euch gekommen, Brüder zu Brüdern, und brüderlich sind wir von Euch aufgenommen worden. Wir haben Platz gefunden in Euren Familien, wie wenn wie ihnen angehörten, und kein Stand, keine Stellung, selbst kein politisches Glaubensbekenntniß hat eine Ausnahme hervorgerufen. Habet Dank für all die Liebe, die Ihr uns erwiesen und bewahret uns eine freundliche Erinnerung, wie wir Euch nie aus dankbarem Andenken verlieren werden. Lebe wohl, herrliches Land, lebe wohl biederer deutscher Bruderstamm!! Bruchsal, 14. Juni 1848.

Das Herzoglich Nassauische zweite Regiment.

[573]²

# Die Deutsche Reichstagszeitung,

redigirt von

**Robert Blum, J. G. Günther** und **Dr. Schaffrath,**

Mitglieder der konstituirenden Nationalversammlung,

wird von allen löbl. Postämtern der fürstl. Thurn- und Taxis'schen Postverwaltung für ein halbes Vierteljahr bis zum 1. Juli zu 45 kr. bebittirt und kann also für diesen Zeitraum von allen Postämtern in Deutschland bezogen werden. — Dies zur Antwort auf vielfach ergangene Anfragen.

Gustav Oehler.

[574]² Unter dem Titel:

## „Neue Preußische Zeitung"

erscheint vom 1. Juli l. J. ab in Berlin ein großes politisches Tageblatt von zugleich lokalem Charakter, welches — wie die binnen 14 Tagen auszugebenden Probenummern des näheren darlegen werden — sich die Aufgabe stellt: von dem Boden des gegebenen Rechtes aus überall die Interessen der Freiheit, der Ordnung und der Wahrheit gegen Entstellung, revolutionäre Anarchie und Terrorismus zu vertreten.

Die Neue Preußische Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, des Abends um 5 Uhr in 1 bis 1½ Bogen Großfolie. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich für Berlin Thlr. 1. 15 Sgr., für die Provinzen Thlr. 2. — inkl. Stempel und Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postämtern angenommen. Mittheilungen bittet man an die Expedition, Dessauerstraße Nr. 5. zu richten, wo auch Annoncen — der Raum einer dreispaltigen Zeile mit 1½ Sgr. berechnet — entgegengenommen werden.

Der Redakteur: Wagener.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Corn. Oliver 4 Amp., 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Überseeische Länder vermitteln Bestellungen Hr. H. L. Lecomte in Carlsruhe Nr. 29 Quai du Port Royal Nr. 25 Rue Dante de Beaujeu.

# Deutsche Zeitung.

Die Deutsche Zeitung besorgt das Verleg. Hrn. Professor Häbelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 1 fl. 30 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Postvereinsgebiets Thlr. 1. 12. 30 Sgr. Für Engelgen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 167. Heidelberg, Samstag 17. Juni. 1848.

## Uebersicht.

**Badische Zustände II.** — **Wien** (allgemeines Wahlrecht. Studenten, Bürger und Militär; das Wahlgesetz. Bevorstehende Lage von Triest). **Saap** (Versammlung von Industriellen; der Anschluß an den Zollverein). **Berlin** (politische Sprachreinigung. Bekanntmachung gegen Störung der Nationalversammlung). **Posen** (das Martialgesetz wieder aufgehoben). **Vom Rhein** (Arbeiterverhältnisse und Arbeitervereine). **Aachen** (Adresse des Piusvereins). **Stettin** (der dänische Seekrieg). **Stuttgart** (die Unruhen in Kannstatt; eine Probe von modernem Republikanismus). **Kannstatt** (Vollziehung der Hinrichtung). **Karlsruhe** (die Kirchenverfassung. Kammerverhandlungen. Die Bockeliche Wahl; ein Randschreiben desselben). **Mainz** (deutsche Nationalbuchdruckerversammlung). **Eisenach** (der Studentenkongreß auf der Wartburg). **Flensburg** (Stellung der Truppen). **Apenrade** (Apenrade und Hadersleben frei). **Frankfurt** (das baierische Volk und die baierische Politik).

**Großbritannien.** Die chartistischen Meetings; bis jetzt friedlich. Anstalten dagegen. **Helgoland.** Auslaufungen von Schiffen.

**Frankreich.** **Paris.** Verhandlungen der Nationalversammlung. Lamartines Vertheidigung der Regierung. Bonapartistische Zusammenkünfte. Verhandlungen über dessen Verbannung.

**Beilage.** Die schleswig-holsteinische Angelegenheit. — **Schweiz. Bern.** Die Schweizer in Neapel. Die Bundesverfassung. **Italien.** Rom. Ministerveränderung. Die Kammer. Neapel. Verhältniß der Schweizertruppen. Gerichte aus den Provinzen. Sicilien gegen die Reaktion in Neapel. **Griechenland.** Athen. Kritische Lage.

### Heidelberg, 16. Juni.

Es gab eine Zeit, wo unser kleines Baden in dem Kampfe für gesetzliche Freiheit in erster Linie stand, wo sein Name weithin durch das deutsche Land den besten Klang hatte, wo es wie eine wächtige Vorburt der politischen und nationalen Freiheit des großen Vaterlandes an der Grenze wachte. Diese Zeit, wir müssen es schon gestehen, ist nun vorüber; indeß man zu Frankfurt die wichtigste Angelegenheit der Nation, die ihr seit Jahrhunderten vorlag, zur Entscheidung bringt, bietet Baden das trübe Bild faktiösen Treibens, innerer Zerrissenheit und äußerer Schwäche, und gibt die westliche Flanke Deutschlands der fremden Politik so wehrlos preis, wie einst zu den Zeiten des Rheinbundes. Was die große Mehrheit der Nation will, das ist unzweifelhaft klar; daß dieser Wille Dem, was die Sonderbündler am Oberrhein und im Seekreis wollen, schnurstracks entgegenläuft, ist ebenso gewiß. So sollen wir denn dieselbe Kalamität über uns hereinkommen lassen, die Frankreich in seiner ersten Revolution nicht zur Genesung kommen ließ; eine offene Wunde an der verwundbarsten Grenze von wühlerischen Bestrebungen geschlagen, vom Gegner im Falle der Noth feindselig ausgebeutet? So sollen wir eine Bevölke der Anarchie an unserer Westgrenze haben, die sich dem großen Volkswillen gerade so eigensinnig widersetzt, wie jene reaktionäre Bevölke dem revolutionären Frankreich; so soll, was dort der Feudalität und dem Priesterthum gelungen ist, hier der demagogischen Agitation in ähnlicher Weise gelingen?

Wir wollen hoffen, daß es so schlimm nicht werden wird, obwohl man sich eifrigst bemüht, die vorhandenen Elemente in ähnlicher Weise auszubeuten. Diese vorhandenen Elemente sind verschiedener Art; es sind theils die gährenden Kräfte lebendig geworden, die in ruhigen Tagen die Hefe der politischen Gesellschaft bilden, die aber der Sturm bewegteer Zeiten an die Oberfläche treibt. Diese Hefe, deren politische Richtung eine durchaus negative ist, die sich gegen Gesetze und Ordnungen als solche sträubt, die unter dem Schutze der Schlagwörter des Tages als ägendes und auflösendes Element ziellos fortarbeitet, hat sich natürlich der republikanischen Partei angeschlossen, als derjenigen, deren Ziel der Agitation und Umwälzung das am weitesten gesteckte ist. Sie besteht aus den schlimmsten Gelüsten und Leidenschaften; ihr ist die Republik nur Mittel, nicht Zweck; sie arbeitet nur auf den Gensuf und die Ungebundenheit des Individuums hin, nicht auf die patriotische Verschmelzung der Einzelnen zum Ganzen; sie rührt und wühlt in dämonischer Uneube fort und fort, und wäre zuerst wieder in der Opposition, sobald es den Führeen der republikanischen Sache einmal einfiele, friedlich aufbauen und feste Formen gestalten zu wollen.

Der bessere nue bethörte Theil der Partei wird mit diesen nicht vermengt sein wollen, wird aber mit ihnen gemeinsam gehen und von ihnen fortgerissen werden müssen. Wo jetzt schon die diese verführte Klasse der Einsicht blind gewesen, daß sie nur dem Ehrgeiz faktiöser und ehrgeiziger Führer oder jenen dämonischen Tendenzen der ziellosen Auflösung dienen sollte; noch mehr, die Verführten haben auch, wie zu erwarten, schon die schlimmen Neigungen der Verführer angenommen. Wir sehen ihre Blicke sich nach dem Ausland wenden, wir sehen sie mit Slaven, Romanen und allem Möglichen sympathisiren, nur mit dem Wohl und Wehe der eigenen Mutterrede nicht; wir sehen, wie ihr Republikanismus so gewithlos und leer an Enthusiasmus wird, wie die Seelen der Führer von jeher waren. Sie fühlen nicht, wie leichtfertig sie um ihren politischen Ruf spielen, indem sie gegen die Fremden jene Beitlergroßmuth auf Kosten Deutschlands an den Tag legen und ganz instinktmäßig gegen jeden gemeinsamen Aufschwung der eigenen Heimath Partei machen; sie fühlen nicht, wie kümmerlich ein Republikanismus ist, der damit anfängt, gegen die erste frei gewählte Versammlung von Vertretern deutscher Nation, die unsere ganze Geschichte kennt, die wühlerische Rolle von Frondeurs zu spielen, Mißtrauen und Haß gegen dieselbe systematisch zu verbreiten. Die Republikaner von 1793, so blutig ihr Andenken gezeichnet ist, waren vor Allem Patrioten; **Robespierre** und **Danton** waren Franzosen mit ganzer Seele, und der Vertreter des schalen und platten Kosmopolitismus, **Anacharsis Cloots**, war Nichts — als die lächerliche Person in der furchtbaren Tragödie. In jenem Patriotismus lag die ungeheure Gewalt jener Männer; sie sammelten die Nation einen Augenblick um sich, weil es da galt, die nationale Sache der Patriotfrage voranzustellen. So müßte es auch in unsern Tagen, so bewegt, sie zerrissen sie sind, einen Mittelpunkt geben, um den sich schließlich alle Fraktionen einigen könnten. Es ist nicht so; unsere Republikaner legen einen so sammerlichen Nihilismus aller patriotischen Gesinnung an den Tag, sie werfen sich so leichtfertig und kokett jedem Fremden an den Hals, daß es nicht mehr lange dauern kann, und die Nation wird über sie ebenso entschieden den Stab brechen, wie über die Männer der alten Politik, mit deren Patriotismus, mit deren vaterländischer Begeisterung für deutsche Größe und Einheit sie sich in einen traurigen Wettstreit begeben haben.

An den Nachwehen dieser alten Politik haben wir jetzt zu leiden; sie hat Wind gesäet und mußte Sturm ärnten. Sie hat den gährenden Stoff des Mißvergnügens aufgehäuft, der nun einen Ausgang sucht; sie hat es zum guten Theile zu verantworten, wenn andere Kräfte als die obnedem verlorenen und verdorbenen an dem Werke der Zerstörung sich mit betheiligen.

Jene beharrliche Verweigerung der mit Bescheidenheit und Geduld **erbetenen** Rechte und Freiheiten, die man der ungestümen Forderung nicht mehr zu verweigern wagte, hat ihre Früchte getragen. Jene kostspielige Verwaltung mit ihrem hochmüthigen Schreibereregiment, die in den Zeiten einer ernsten Verwirkung ihre Unfähigkeit und ihren Mangel an Muth ebenso peinlich bloßstellte, wie die trotzige, oft gewaltsame Bureaukratie es that, haben der Monarchie und überhaupt jeder gesetzmäßigen Gewalt Wunden beigebracht, die eine volksthümliche und freisinnige Verwaltung kaum

Digitized by Google

in langer Zeit wird heilen können. Der fortdauernde Kampf der Regierung im Großen, der Gemäßigten ihrer Werkzeuge im Kleinen gegen Alles, was volksthümliche freie Bewegung, athmete, jene Niederungen in den Gemüthern groß; die ewige Reaction und der angestrengte Kampf des Volkes gegen ihr Gewalt oder Sophistik unterbricht jene Agitation, die in aufgeregten und aufregenden Zeiten sich bis zu Fieberhitze steigern mußte. Man war genöthigt, gegen die Regierung und ihre Gewalten fortwährend einen Vertheidigungskrieg führen zu müssen; man gewöhnte sich daran, in jeder Regierungsgewalt den natürlichen Feind jeder Freiheit zu sehen. Kein Wunder, wenn man freisinnigen Männern, die auf der alles Vertrauens, aller Zuneigung entkleideten Blöße rasa, die ihre Vorgänger ihnen hinterließen, einen besseren Bau begründen wollten, kein Wunder, wenn man diesen mit demselben Mißtrauen, derselben Abneigung entgegenkam, wenn man sich schließlich bis zu der Spitze des Unsinns verlief, jede Gewalt von vornherein für verdächtig zu erklären und Mißtrauen als die „erste Bürgerpflicht“ anzupreisen.

Zu dem politischen kam der materielle Druck. War es auch in einem kleinen Lande, das ein Dreißigstheil von Deutschland ausmachte, nicht gut möglich, die großen Mißstände, die auf dem Allgemeinen lasteten, wegzurdumen und die Last der Uebervölkerung, den Mangel an planmäßiger Kolonisation zu erleichtern oder die unvermeidlichen Folgen, die aus der Zerstückelung Deutschlands für Gewerbe, Handel u. s. w. sich ergaben, einseitig abzuwenden, so war es doch wohl thunlich, das nächstliegende und im kleinen Kreise gewachsene Uebel zu beseitigen. Aber mit welchem Stoicismus wies man materielle Erleichterungen, Modifikationen eines unbilligen Steuerwesens von der Ministerbank ab, wie kalt schob man in ruhigen Tagen Reformen auf eine unfindbare Zeit hinaus, die man jetzt in den Zeiten des Sturmes als unvermeidlich erkannt und mit aller Eile vorbereitet hat? Welch hartes Gehör bewiesen die Herrn vom Portefeuille gegen kleine Abschlagszahlungen, die dem armen Mann einigermaßen aufhelfen konnten, mit welch verblendetem Trotze wiesen die Privilegirten so lang die Bitten um das Mäßigste zurück, bis man anfing das Unmäßige trotzig zu fordern!

Die Unzufriedenheit mit einem Regierungssystem, das sich mit den Volkswünschen in offenen Widerspruch setzte, der Steuerdruck und die Last eines guten Restes feudaler Abgaben mußte jene tiefe Mißstimmung großziehen, die nach der Februarrevolution allenthalben zu Tage kam und zum Erstaunen der alten Politik nicht mehr mit den bescheidenen Bitten auftrat, sondern zum Theil im Tone der trotzigen Forderung, die mit der Faust ihrem Begehren Nachdruck gibt. Seit dem Aufbau der jungen Republik in Frankreich hatte man auch das Losungswort gefunden, unter dem sich alle diese Antipathien vereinigen konnten — es war die Republik. Unter der Monarchie hatte man gelitten, also mußte die Monarchie die Urheberin alles Uebels sein, und die Republik das Heilmittel gegen jede Gewalt, jedes unbequeme Gesetz, jeden Steuerdruck, jede Belastung des Bauers und Bürgers. Unter der Monarchie hatte man die lästige Polizei im Uebermaße geübt, war Verarmung und Ueberschuldung eingetreten, also mußte die Republik Freiheit, Besitz und Brod geben. Eingedenk des sichtbaren bekannten Uebels, das unter der Monarchie das Volk bedrängte, hing man seine Hoffnungen an ein unbekanntes Gut, das der Hoffnung noch Raum ließ, man hatte für das politische Schlaraffenland, wo es keine Pflichten und Lasten, keine Steuern und Abgaben, keine Gewalten und Gesetze mehr gab, ein Schlagwort: die Republik.

Wenn die demagogische Agitation nach diesem Ziele hinarbeitete, wenn sie den neuen blendenden Namen als Aushängeschild gebrauchte für die politische Wunderkur, die mit einem Schlage die Welt von allen ungesunden Kräften frei machen sollte, so war ihr in aufgeregten Zeiten unzweifelhaft ein größeres Feld der Wirksamkeit eröffnet, als der ruhigen und besonnenen Belehrung, die prüfte, die unterschied und dem Grund des Uebels ernstlich nachzuforschen suchte. Und doch lagen die warnenden Exempel sehr nahe. Wir hatten eine Republik vor Augen, die mit allen Verheißungen einer grenzenlosen Beglückung schneller Fiasko machte, als selbst die mißtrauischen Zweifler prophezeit hatten, eine Republik, die von den Uebeln einer verdorbenen Monarchie wenige beseitigte, wohl aber neue in Menge hinzubrachte, die mit ihren schulmäßigen und schülerhaften Staatsexperimenten schon nach wenigen Monaten sich in eine Sackgasse verlief und einen traurigen Beleg zu dem prophetischen Worte gab: die Armen könnt Ihr nicht reich machen, aber die Reichen arm.[1] Wir hatten eine Republik vor Augen, die die guten Seiten der Monarchie heller ins Licht setzte, als alle monarchischen Doktrinen es vermochten, eine Republik, die wieder einmal einen freilich sehr kostbaren Beitrag zu der alten Lehre gab, daß man Menschen nicht mit einem neuen Titel neu schaffen, einer monarchischen Generation nicht über Nacht den republikanischen Stoff einimpfen kann.

Solche Wahrheiten wird man aber in der Zeiten der Aufregung und allgemeiner Erschütterung dem Volke nicht leicht durch ruhige Belehrung klar machen; der Mensch ist zu allen Zeiten das große Kind gewesen, das erst gebrannt sein mußte, um sich von der Natur des Feuers zu überzeugen. Solche Dinge wollen durch Erfahrung gelernt sein; ein paar harte republikanische Monate thun da Wunder, und so wie man jetzt in Frankreich im Begriffe ist, eine monarchische Generation durch eine harte republikanische Kur heranzubilden, so würde ein kurzes republikanisches Staatsexperiment besser belehren und entäuschen, als alle Reden der Vernunft und Ueberlegung. Man hat sich häufig gewundert, daß z. B. unter den Rheinpfälzern, in deren Adern viel beweglicheres Blut rollt, als in den Alemannen am Oberrhein und am See, deren Nachbarschaft und Verkehr sie nicht einmal durch natürliche Berge- oder Stromgrenzen von Frankreich scheidet, sowenig republikanische Anwandlungen zu finden seien; und doch hatte es auch ihnen die monarchische Politik schwer genug gemacht, Anhänglichkeit an die Monarchie zu bewahren. Aber es lebt in diesem Stamme die lebendige Ueberlieferung jener republikanischen Glückseligkeit, aus der die Völker sich nur zu rasch zur Militärdespotie herauszusehnen pflegen, es ist dort noch eine konkrete Vorstellung der Zustände vorhanden, die allenthalben eintreten müssen, wo man ein Geschlecht ohne republikanische Tugenden und republikanische Fähigkeiten mit Gewalt zu echten Bürgern eines Freistaats glaubt ummodeln zu können. Denn, daß nach den Menschen sich die Formen bilden, nicht die Menschen nach den Formen, daß unsre republikanischen Helden zuerst an sich selber anfangen sollten, die ernste Schule republikanischen Sinnes durchzuführen, diese einfache Lehre ist in diesen Tagen der Krise am ditesten vergessen worden.

Daß die Krankheit aber nicht weiter greife, muß die erste Sorge von uns Allen, zunächst unsrer Staatsmänner, sein; es gilt hier nicht etwa die bedrohte Existenz dieser oder jener Staatsform, es gilt den ganzen Bau der staatlichen Verbindung vor dem Geiste der Auflösung und Gesetzlosigkeit zu schützen.

---

**Oesterreich.** In der Sitzung der czech-slavischen Sektion des Slavenkongresses vom 8. Juni wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die versammelten Gesandten der slavischen Gemeinden und Nationen in Oesterreich, die ungarischen Krontänder mit einbegriffen, treten auf Grundlage der konstitutionellen Freiheit in eine Einheit zur Wahrung ihrer Nationalität im vollen Sinne des Wortes dort, wo sie die nationalen Rechte bereits genießen; zur Eroberung derselben, wo sie derselben noch beraubt sind. Zu diesem Zwecke werden sie alle Mittel anwenden, welche in einer rechtlich gegründeten Gesellschaft zur Wahrung angeborener Rechte gegen die Unterdrücker möglich und giltig sind.“ Die Polen sträubten sich Anfangs, an den Schritten gegen die Magyaren Theil zu nehmen; schlossen sich aber, besonders durch Libelt's Zureden, später dem gemeinschaftlichen Beschluß an. (R. K.)

**Wien**, 11. Juni. Man schreibt der Allg. Z. Baron Villeradorf kann wie im Leben so auch in der Politik keine wohlgestellte Bitte abschlagen. In den letzten Tagen hat er abermals einige schöne Beweise seiner unerschöpflichen Herzensgüte gegeben. Im grellen Widerspruch mit den großartigen Gewährungen des 15. und des 26. Mai hatte er nämlich ein ziemlich enges Wahlgesetz erlassen, welches, außer seinem Hauptgebrechen, daß es auf eine indirekte Wahlart basirt ist, noch einige lokale Beschränkungen in Bezug auf die Wählbarkeit und eine gewisse Qualifikation enthielt, wodurch die Arbeiter von dem Wahlrecht ausgeschlossen wurden. Auf die Agitationen einiger Blätter und Flugschriften, welche sich indeß nicht auf das Verlangen einer direkten Wahl erstreckten, hob der Ministerpräsident zuerst die Bedingung eines halbjährigen Kunsthalts am Orte der Wahl für den Wahlkandidaten auf, und heute wurde durch eine Kundmachung auch jedem 24jährigen selbstständigen Arbeiter das Wahlrecht eingeräumt.

Δ **Wien**, 11. Juni. Die vereinigte Nationalgarde und ak. Legion bestrebt sich fortwährend mit Eifer, sich das Militär zu versöhnen und seine Sympathien zu gewinnen. Heute Nacht wurden der sämmtlichen hiesigen Garnison von Bürgern, Garden und Studenten Fackelzüge gebracht, welche von Kaserne zu Kaserne zogen in der

Digitized by Google

Stadt und allen 32 Vorstädten. Ueberall wurde die Volkshymne gesungen und, die Soldaten stimmten jubelnd ein. In der Hauptkaserne hatten die Soldaten von der ihnen zugedachten Auszeichnung Kunde bekommen, die Mannschaft versammelte sogleich unter sich eine Sammlung und erwiderte mit dem Betrag derselben den Fackelzug durch eine reiche Beleuchtung ihrer Fenster. — Unter solchen Umständen möchte ich es keiner reaktionären Partei rathen, Soldaten, welche einige Zeit in Wien garnisonirten in Zukunft wieder den Bürgern feindlich gegenüberzustellen. Die hiesige Presse drängt einstimmig darauf, daß das Militär auf die Konstitution vereidigt werde. — Die Vornahme der Wahlen ist nun für die nächste Zukunft zu erwarten, die gestrige Wienerzeitung bestimmt bereits die Wahlbezirke für Wien, selbst der sogenannte „ältere Stand" bleibt von der Wahl ausgeschlossen, (s. oben „Wien") so sehr sich auch viele unserer Tagblätter zu Vertämpfung dieses Standes machen. Namentlich die beiden Redakteure der „Konstitution" und des „Freimüthigen", Häfner und Tuvora, welche am 18. v. M., weil sie sich republikanischer Gesinnungen verdächtig gemacht, gefänglich eingezogen waren und seit dem 25. wieder in Freiheit gesetzt sind. — Auch der Redakteur eines kürzlich entstandenen Blattes „der Radikale" hielt einen „offenen Brief" als Plakat anschlagen, in welchem er die Ungerechtigkeit des jüngsten Wahlmandats gegen die arbeitende Klasse zu bemessen sucht. Aller Angriffe der radikalen Presse ungeachtet bleibt das Ministerium bei seinem Beschlusse und wird in dieser Ansicht durch den Sicherheitsausschuß unterstützt, der zwar dem vierten Stande das Wahlrecht nicht abspricht, aber die Diskussionen hierüber auf den konstituirenden Reichstag verweist, indem jede weitere Erörterung des Wahlmodus, die auf den 26. ausgesprochene Einberufung derselben nur verzögern könnte, und Jedermann die schleunige Konstituirung als die dringendste Nothwendigkeit unserer Zustände ansieht. — Aus den Provinzen gelangen täglich neue Ergebenheitsadressen an den Sicherheitsausschuß. Die Ereignisse des 26. haben die Provinzen vollkommen über die Ursachen aufgeklärt, welche den 15. hervorriefen. Von den Umtrieben der Camarilla hatten sie durch ihre Einsammlung von Beyrif, aber die Bevölkerung schöpfte an der Quelle und wußte, daß alle feindlichen Petitionen unberücksichtigt geblieben waren. — Man erwartet von hier ein ernstes und entscheidenes Einschreiten des deutschen Parlaments, da Triest, eine deutsche Bundesstadt, eng blokirt ist, und in jeder Nachricht von Frankfurt hoffen wir endlich einen Entschluß darüber zu finden, ob der König von Sardinien einen deutschen Freihafen ungekraft blokiren und wahrscheinlich in der nächsten Zukunft beschießen darf oder nicht?

**Saaz**, 6. Mai. Auf Ansuchen des Vereines der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zu Wien wurde hier eine Versammlung von Industriellen aller Art, sowohl aus unserer Stadt als auch Umgebung, wobei sich auch aus den Kumburger Bezirke viele Fabrikanten einfanden, veranstaltet und über die materielle Anschlußfrage an Deutschland berathschlagt. Durchgreifends entschied man sich für den Anschluß an den Zollverein. Die einzelnen dabei hervorgehobenen Punkte werden in einem eigenen Briefe an den Wiener Verein, mitgetheilt werden. (Allg. Oest. Z.)

**Preußen.** § **Berlin**, 12. Juni. Wir lasen vor einiger Zeit, es habe sich in Heidelberg ein Verein zur Reinigung der deutschen Sprache gebildet. Möchte derselbe, da heutzutage doch einmal Nichts ohne politische Färbung bestehen und geschehen kann, seine Thätigkeit vor Allem auf das Gebiet unserer politischen Sprache richten und hier das zahllose Unkraut austreuen, das nicht blos unsere Sprache verunreinigt, sondern auch alles klare politische Denken zu überwuchern und zu ersticken droht. Man braucht nur eine unserer Zeitungen aufzuschlagen oder dem Gerede auf offener Straße, in Kneipen oder Volksversammlungen zuzuhören, um zu erkennen, welcher Mißbrauch mit unsern meisten politischen Schlagwörtern getrieben wird, bei denen sich fast Jeder etwas Anderes denkt, wie sie absichtliche oder unabsichtliche Täuschung begünstigen und nur zu oft der baaren Lüge dienen. Bleiben wir bei zwei der gebräuchlichsten stehen, liberal und conservativ. Darnach hat man früher die Parteien in unsern Ständeversammlungen unterschieden, sofern sich darin irgend Parteien bilden konnten. Ob und wieweit diese Bezeichnungen damals passend waren, bleibe hier unerörtert; aber unsere politischen Taschenspieler haben sie nun ohne Weiteres in unsere gänzlich veränderten Zustände herübergenommen; obwohl in allen Staaten die frühere „liberale" Opposition ans Ruder gekommen ist, führt man dennoch fort, Alles liberal zu nennen, was der Regierung opponirt; obwohl es etwas durchaus Anderes ist, die neuerdings errungene Freiheit vor Anarchie bewahren zu wollen, als vor einem halben Jahre den Konservator des alten Systems gemacht zu haben, so verstehen doch gar Viele unter einem Konservativen immer noch einen Anhänger dieses Systems, einen Reaktionär. Gehen wir auf den Grund dieses Uebels zurück, so liegt er einfach darin, daß sich bis jetzt noch keine scharf ausgeprägten Parteien haben bilden können. Es ist dies auch eines der traurigen Erbstücke der alten Regierungen; gerade hier in Preußen schien man einen besonders starken Abscheu vor dem Parteigetriebe der konstitutionellen Staaten zu haben. Was hat man aber Anderes damit erreicht, als daß sich hier, wie in den meisten deutschen Staaten, der Antiwunsch des Parteiwesens, eine systematische Opposition gegen Alles, was von der Regierung kam, bildete und diese nicht bloß in den Kammern sich geltend machte, sondern allmählich fast den gesammten politisch denkenden Theil des Volks ergriff und vielfach vergiftete. Diesem Umstand haben wir die traurige aber unleugbare Thatsache beizumessen, daß jetzt allenthalben das Vertrauen zu den Regierungen so gefährlich untergraben wird, daß man in diesen so vielfach nicht den Kopf und Arm des Volks, sondern seinen natürlichen Feind erblickt. So konnte es kommen, daß Männer von den allerverschiedensten Ansichten und Gesinnungen, wenn sie nur als Ritter oder Märtyrer der Regierung gegenüberstanden, in der Meinung des Volks zusammenstelen, und dieses, das sich immer mehr nach bestimmten Persönlichkeiten als nach abstrakten Theorien richtet, jetzt häufig rathlos und ungewiß ist, wen es von seinen alten Freunden es jetzt für treulos oder abtrünnig, wen es für den wahren oder für den falschen Propheten seiner Freiheit und Wohlfahrt halten soll. Diesem, die politischen Gewissen verwirrenden Zustande muß baldmöglichst ein Ende gemacht werden, indem sich die Schaafe von den Böcken scheiden und sich fest Parteien bilden, deren Meinungen und Absichten Jeder genau kennt. Auf die Namen derselben kommt es dabei wenig an: Die Grünen und Blauen in Konstantinopel, die Mützen und Hüte in Schweden, die Whigs und Tories in England haben trotz der unverständlichen Namen ihre Allen verständliche Bedeutung erlangt. Bei uns liegt heutzutage die Sache so klar als möglich vor, wenn man nur ehrlich sein will und sich unumwunden für Königthum und Republik aussprechen.

**Berlin**, 10. Juni. Der beklagenswerthe Vorfall nach der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung gibt noch immer vielen Stoff zum Reden. — Magistrat und Stadtverordnete, alse die gesetzlichen Vertreter der Stadt, haben übrigens heute beschlossen, der Nationalversammlung sofort eine Adresse zu übersenden, sie um Entschuldigung wegen des Vorgefallenen zu bitten und ihr Namens der Bevölkerschaft den kräftigsten Schutz zuzusichern. Beide Stadtbehörden werden gleichzeitig einen Aufruf an die Bewohner und einen an die Bürgerwehr erlassen. (K. Z.)

**Berlin**, 13. Juni. Hier ist folgende Bekanntmachung erlassen worden: „Um die Störungen der Nationalversammlung gegen Störungen zu sichern, erscheint es nothwendig, das Zusammenziehen und Verweilen in größerer Menschenmassen in der Nähe des Sitzungslokals zu verhindern. Es kann daher an den Sitzungstagen während der Dauer der Berathungen der Nationalversammlung in den nächsten Umgebungen der Sitzgakademie dem Publikum das Zusammentreten und Verweilen in größerer Menge überhaupt nicht mehr gestattet werden. Auch an anderen Orten und zu anderen Zeiten sind größere Anhäufungen des Publikums auf den Straßen und öffentlichen Plätzen der Stadt unstatthaft, sobald sie die Freiheit des Verkehrs oder sonst die öffentliche Ordnung beeinträchtigen. Finden nichtsdestoweniger solche Ansammlungen Statt, so wird die Bürgerwehr, wenn nach zweimaliger Aufforderung des Befehlshabers die Menge nicht auseinandergeht, auf Grund der Verordnung vom 19. April e., einschreiten, und die bei dieser Gelegenheit zu verhaftenden Personen dem Gericht zur Bestrafung überweisen. Berlin, 10. Juni 1848. Das interim. Kommando der Bürgerwehr: Bleffon. Der Polizeipräsident: v. Minutoli."

**Posen**, 8. Juni. Die Polen zeigen sich in ihren politischen Handlungen jetzt wie saft immer sehr inkonsequent. Bei den Wahlen für Berlin haben sie gewählt und dennoch protestirt. Gegen die Grenzlinie zwischen dem zu Deutschland gehörigen Theile der Provinz und dem der polnischen Reorganisation- vorbehaltenen haben sie Protest eingelegt, dagegen haben sie doch gegen die Linie selbst an verschiedenen Orten reklamirt, und der König. Kommissar hat, wo es anging, gern solchen Wünschen entsprochen, sobald z. B. im krebener Kreise ein bedeutender Landstrich wieder dem polnischen Theile zugewiesen worden ist, der vorher schon innerhalb der deutschen Grenze lag. Am meisten muß es aber Erstaunen erregen, zu ersehen, daß auf das Anerbieten des Kommissars, bei den ihm kundgegebenen Wünschen zu Austauschungen der Besitzungen in den beiden Landestheilen, sich noch kein einziger Pole gemeldet hat, der aus dem deutschen Theile nach dem polnischen hinüber tauschen möchte, dagegen schon mehrere Polen,

Digitized by Google

die noch dem deutschen Theile zu tauschen wünschen. Das spricht freilich wenig für die Hoffnungen, die sich besonnene Polen selbst von der künftigen Glückseligkeit der eignen nationalen Regierung machen. Ebenso haben sich bei den Wahlen für die Versammlung nach Frankfurt gezeigt. In einem Wahlbezirke haben sie bei der Wahl der Abgeordneten mitgestimmt. Als das Resultat aber sehr entschieden gegen sie ausfiel, 85 deutsche Stimmen gegen 35 polnische, legten sie nachträglich einen Protest gegen die Wahl ein. In einem andern Wahlbezirke ist ein Pole zum Abgeordneten gewählt worden, und dieser hat die Wahl für Frankfurt zur konstituirenden Versammlung angenommen! Für die Provinz selbst, besonders für den durch Bundestagsbeschluß zu Deutschland gehörigen Theil, ist es sehr zu wünschen, daß die Frankfurter Versammlung sich von diesem Beschlusse nicht feindlich zeige, denn das wäre das Signal zum heftigsten Bürgerkriege. Die Deutschen, die in diesem Theile die überwiegende Mehrzahl bilden, lassen sich die ihnen so theuren Errungenschaften nur mit ihrer Existenz rauben. (D. A. Z.)

Posen, 11. Juni. Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Da gegenwärtig Ruhe und Ordnung im Großherzogthum wieder hergestellt sind, und zu deren fernerer Handhabung außergewöhnliche Maßregeln nicht mehr nothwendig erscheinen, so erklärt ich hiermit das Martialgesetz, welches am 5. Mai c. für das Großherzogthum Posen proclamirt worden war, für aufgehoben. Posen, 10. Juni 1848. Der königl. Kommissarius, General der Infanterie, von Pfuel." (D. Z.)

** Vom Rhein, 9. Juni. Bevor ich auf das Wesen und Treiben unserer Arbeitervereine, namentlich des großen Arbeitervereins in Köln, zu sprechen komme, müssen Sie mir einige Worte über unsere Arbeiterzustände im Allgemeinen gestatten, nur dann kann ich Ihnen ganz verständlich werden und nur dann läßt sich die Bedeutung jener Vereine völlig übersehen und richtig würdigen. Der Druck, der, durch mancherlei verschiedenartige Umstände hervorgerufen, seit jetzt schon zwei Jahren in erhöhtem Maße auf Handel und Gewerbe lastete, mußte sich in einer so vorzugsweise handel- und gewerbtreibenden Provinz, wie die Rheinprovinz es ist, in besondres empfindlicher Weise bemerklich machen. Eine Fabrik nach der andern war genöthigt, ihre Arbeiten wesentlich zu beschränken und nicht bloß die Zahl der von ihr beschäftigten Arbeiter bedeutend zu verringern, sondern auch den Lohn der übrigen, mitunter sehr fühlbar, herabzudrücken; wo allen Dingen im Regierungsbezirk Düsseldorf, der auf einige Quadratmeilen zusammengedrängt eine dichte Bevölkerung zählt, welche, mit Ausnahme der nördlichen Kreise, ausschließlich in und von Fabriken existirt, kann auch im Regierungsbezirk Aachen und theilweise im Regierungsbezirk Köln hatte das Elend bereits einen hohen Grad erreicht, und viele Tausende von Arbeitern waren schon seit dem vorletzten Winter ausschließlich auf die Mildthätigkeit von Privaten und Gemeinden angewiesen. Da brach die französische Februar-Revolution herein, um bald auch Deutschland in ihre Schwingungen hinein zu ziehen; auf den 24. Februar in Paris folgten der 18. und 19. März in Berlin, und für den Augenblick war alle Autorität des Gesetzes und der Behörden gelähmt. Mitten in dem politischen Treiben, das die sich drängenden Ereignisse gestaltete, begannen die hungernden Arbeiter sich zu regen. Sie hatten seiner Zeit gehört, wie diese Aufregung hier und dort in helle Flammen des Aufruhrs emporloderte, wie einzelne große industrielle Etablissements von förmlich organisirten Scharen geplündert und vernichtet wurden, wie der Verkehr auf dem Rheinstrome eine Zeitlang völlig unterbrochen war; und als zu derselben Zeit das große Kölner Bankhaus, welches mit allen größeren Fabriken der Provinz in engster Verbindung stand, seine Zahlungen einstellte, und damit die Existenz von abermals 40,000 Menschen in Frage gestellt war, lag der Handel und Verkehr vollends darnieder. Inzwischen aber hatten die Arbeiter, in Benutzung des neu verliehenen Versammlungs- und Associationsrechtes, sich zu vereinigen und theilweise zu organisiren begonnen, und unternehmende, aber gewissenlose Männer stellten sich an ihre Spitze, um die Bewegung für ihre Zwecke auszubeuten. Die Experimente, welche Theorien und Unbesonnenheit in der Hauptstadt der jungen preußischen Republik zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen zu Tage förderte, erhielten die Ehrung und steigerten das Mißbehagen wie die Begehrlichkeit. Die Arbeiter richteten ein förmliches Einschätzungssystem ein und lebten davon; man hat nicht mehr, man forderte, man drohte, und mit jedem Erfolge stiegen die Frechheit und die Ansprüche. Die Behörden und Gemeinden saßen Arbeitern, an die sonst Niemand gedacht haben würde, um nur die müßigen Hände zu beschäftigen, die sich sonst zu nehmen drohten, was sie als ihr Recht betrachteten; fast nirgends hat man es gewagt, ihnen ernst und entschieden entgegen zu treten. Das Uebel ist dadurch nur um so größer geworden. Die Arbeiter, welche in solcher Weise von den Gemeinden beschäftigt werden, sind nicht viel besser als privilegirte Müßiggänger; sie kommen zur Arbeit und gehen von der Arbeit, wann es ihnen behagt, sie schaffen gerade so viel, als es ihnen bequem dünkt, und Niemand wagt deßhalb eine Rüge. Dieser Zustand kann indeß schon aus dem einfachen Grunde nicht von Dauer sein, weil selbst den reichsten Gemeinden bald die Mittel ausgehen werden, diese Verschwendung — denn die Besoldung des Müßiggangs wäre selbst dann Verschwendung, wenn die in Angriff genommenen Arbeiten durchgängig so produktiv wären, als sie in der That negativ produktiv sind — weiß, sage ich, selbst den reichsten Gemeinden bald die Mittel ausgehen werden, diese Verschwendung noch länger fortzusetzen. Betrachten Sie über den Umfang jener Ausgaben und der Thatsache, daß z. B. die Stadt Barmen mit einigen 30,000 Einwohnern täglich 4000 Menschen mit einem Arbeitslohn von 15 Silbergroschen beschäftigt; das macht täglich 2000 Thaler, also monatlich 2 Thaler, jährlich 24 Thaler auf den Kopf der gesammten, wohlbemerkt der gesammten Einwohnerzahl, und wie viel mag es erst auf den Kopf der steuerpflichtigen oder vielmehr steuerfähigen Bevölkerung betragen? Aber die Ahbilfe ist jetzt nicht bloß schwer, sie ist auch gefährlich, denn in den zahlreichen und einheitlich organisirten Arbeitervereinen steht jetzt eine Macht da.

Aachen, 10. Juni. Der Pfarrer in Bardenberg hat eine Adresse an die verfassunggebende Versammlung in Frankfurt beschlossen, in welcher Folgendes gefordert wird: 1) unbeschränkte Lehr- und Lernfreiheit; 2) völlige Unabhängigkeit der Kirche vom Staate; somit Unanstaßbarkeit der Kirche, der religiösen und christlichen Gesellschaften in ihrer eigenthümlichen Organisation und in ihrer selbstständigen Entwickelung nach Innen und Außen; unbeschränkte Freiheit derselben in dem Vertehr ihrer Glieder, in der privaten und öffentlichen Religionsübung, in der Erziehung und Anstellung ihrer Diener, in der Handhabung ihrer Disciplin, in der Verkündigung ihrer Lehre, in der Gestaltung ihres Kultus, in der Erwerbung, Verwaltung und Verwendung ihres Vermögens; 3) allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht und gleiche Berechtigung aller Bürger zu Gemeinde-, Staats- und Reichsämtern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses; 4) freies Associationsrecht auch für religiöse Genossenschaften.

Stettin, 1. Juni. In den letzten Tagen cirkulirten hier wieder sehr beunruhigende Nachrichten über einen bald bevorstehenden Friedensschluß mit Dänemark (auch in unserer Nummer vom 10. Juni. Red.), allein diese sind indeß durch Nichts bestätigte Nachricht verbreitet) verbunden mit der Freigebung unserer Schiffe. Leider aber sind diese Nachrichten durch andere, die inzwischen eingetroffen, keineswegs bestätigt worden, und nimmt vielmehr das Verfahren Dänemarks gegen unsere gekaperten Schiffe wie gegen deren Ladungen und selbst gegen deren Mannschaften einen immer drohenderen Charakter an. Die preußischen Schiffe in Kopenhagen sind nicht allein als gute Prise erklärt, sondern sogar die Mannschaften der innerhalb des Baumes in Kopenhagen liegenden preußischen Schiffe von letzteren gewaltsam weggebracht und an Bord des besonders dazu eingerichteten Memler Schiffes Hiram, das in die Nähe der drei Kronen-Batterie gelegt ist, transportirt worden. Mit den Besatzungen anderer Schiffe soll in gleicher Art verfahren, und in Kapitäne sollen in das auf der Insel Gamle Holm befindliche Lazareth eingebracht werden. Die Lage der Mannschaften und Kapitäne in dieser Gefangenschaft gesund bleiben und nicht vielmehr bald dem Siechthum, ja selbst dem Tode verfallen werden, muß die Zeit lehren. (Ostsee Z.)

**Würtemberg** Z Stuttgart, 14. Juni. Die gestrichten Pfingsttage sind vorübergegangen ohne Zusammenstoß; des öffentlichen Aergernisses aber gab es die Hülle und Fülle. An allen Orten, in allen Straßen wüstes Geschrei, aufrührerische Reden, laute, gebrüllte Lobeshochrufe auf Heckee und die Republik. Die einen Angenblick von ihrer Pflicht abgewendeten Soldaten kehrten zwar bald und vollständig zum Gehorsam zurück, und die überwiegende Mehrzahl der braven Männer des 6. Regiments erklärte gleich am Montage, daß sie, weit entfernt um Begnadigung der Meuterer zu bitten, vielmehr ernstlich verlange, daß auch die drei Verstörten in der aufrührerischen Kompagnie aus dem Regimente entfernt werden, dessen Ehre sie befleckt hätten. Um so unbegreiflicher erschien der Bürgerschaft und ihren bewaffneten Bannern, die sich mit großem Eifer dem Sicherheitsdienste in diesen aufgeregten Tagen unterzog, das gänzliche Abhandensein jeder obrigkeitlichen Macht am Abende des Pfingstmontags und in der darauf folgenden Nacht. Einem verhältnißmäßig geringen Haufen, meist junge Burschen, wurde gestattet, vor dem Hofe der Kaserne das Militär durch den Ruf: „Es lebe Hecker, es lebe das 6. Regiment", zum Ungehorsam und zur Pflichtvergessenheit zu verleiten,

Digitized by Google

so daß die Officiere ihre Soldaten, welche die Taktik der Meuterer schnell durchblickten, durch strengen Befehl zurückhalten mußten, mit den Labsälen hinaus zu gehen, um den Schreiern fruchtbar und thatsächlich den Dank für ihr Mitgefühl abzustatten. Von einer bürgerlichen obrigkeitlichen Gewalt war überall Nichts zu merken. Nachts strömten dann Tausende durch die Neckarstraße Kannstatt zu, wo um 4 Uhr Morgens die Hinrichtung zweier Raubmörder stattfinden sollte, und die Pilgerenden zu dem blutigen Schauspiele fangen das Räuberlied auf Schillers Räubern und brüllten „Lebehoch" auf „Hecker und die Republik." In Kannstadt erreichte der Unfug sein.n Höhepunkt. War schon die Unbeirrung der Hinrichtungen auf den Pfingstdinstag ein politischer Frevler, so wurde dieser noch auf's Kopflosseste dadurch gesteigert, daß, nachdem das Volk stundenlang vergeblich gewartet, von einem Untergeordneten angezeigt wurde, die Hinrichtung sei verschoben, worauf die Scharfrichter wieder abzogen. Nun wurde das Schaffot von der Masse abgerissen, theils in den Neckar geworfen, theils angezündet, und nun die rauchenden Trümmer tanzte man in Reihen unter Lebehochrufe für Hecker und die Republik. Brüllend und tobend ging es nun auf Kannstatt zu, ein Theil, und zwar der bessere, mit Ausrufungen gegen die Todesstrafe, ein anderer mit dem Verlangen, das ersehnte Schauspiel nun doch noch vorgeführt zu sehen. Am Montag war in allen Wirthshäusern, in allen Biergarten der gleiche aufrührerische Ruf „Hecker und die Republik" zu hören, mit dem gleichen Heldgeschrei zogen Banden durch die Straßen. Wo waren die Minister, namentlich der des Innern und der Polizei, wo der Stadtdirektor? Der Chef des Departements des Innern, ein wackerer, lieber, fleißiger Mann, der auf seinen „Beobachter" schwört, hat erschrecklich viel zu thun, um alle „laufenden Geschäfte" zu erledigen, und der neue Stadtdirektor — nun, es ist nicht eben Jedermann ein Mathy. Die Klagen der Bürgerschaft über dieses völlige Verschwinden der Behörden müssen denn aber doch endlich zu laut geworden sein, um überhört zu werden. Gestern Abend erschien endlich eine Aufforderung der Stadtdirektion, welche ernst und gemessen klang, und obwohl sie an den meistrn Straßenecken von Buben und Handwerksgesellen wieder abgerissen wurde, so merkte man doch im Augenblick, daß wohlthätig der Ernst wirke. Die tiefste Ruhe herrschte während der Nacht, und heute Morgen fanden die Hinrichtungen auf der großen Wiese bei Kannstatt ohne irgend eine Ruhestörung, ohne irgend aufrührerischen Ruf Statt. Freilich waren nicht weniger als drei Infanterie- und ein Kavallerieregiment dort aufgestellt, deren feste Haltung seitsam verblüffen mochte. — Mögr die Erfahrung dieser Tage unsere Behörden zu der Einsicht bringen, daß eine wahrhaft freisinnige und volksfreundliche Regierung um so kräftiger die Gesetze aufrecht erhalten, und den Willen der überwiegenden Mehrzahl der Bürger nicht durch offene Verhöhnung der höchsten Staatseinrichtungen als ohnmächtig darf.llen lassen darf.

**Kannstadt**, 14. Juni. Im Ministerrath war beschlossen worden, die gestern aufgeschobene Hinrichtung heute vornehmen zu lassen. In der Nacht nun wurde ein neues Gerüst errichtet, von einer sehr bedeutenden Militärmacht umschlossen, und diesen Morgen um halb 6 Uhr hatte dann die Hinrichtung wirklich Statt. Trotz der neu zusammengelaufenen Menschenmenge fiel keinerlei Unordnung vor. Infanterie und Kavallerie war zur Erhaltung der Ordnung aufgestellt (Beob.)

**Baden.** †† **Karlsruhe**, 15. Juni. Die Lücken, welche der Austritt mancher Mitglieder in der Kammer gemacht, werden allmählich wieder ergänzt. Gestern traten die Abg. Kieser und Huber ein und wurden beeidigt. Von den Abgeordneten, welche zugleich Mitglieder des Reichstags sind, fehlen über die Hälfte. In der gestrigen und heutigen Sitzung wurden die Gesetze über die Umwandlung der Zielsteuer, sodann der Wein- und Biersteuer in Hausirsummen, endlich der Entwurf über die Aufstellung der Kataster und die Einführung von Steuerschwurgerichten beinahe einstimmig angenommen. Die Grundlagen der Besteuerung werden hiernach von gewählten Bürgern festgestellt. Zu diesem Behufe sind in jedem Orte ein Schatzungsrath, je nach der Seelenzahl von 4 — 10 Mitgliedern, gewählt; Beschwerden gegen ihre Entscheidungen gehen an das Steuerschwurgericht, das aus 11 Geschwornen und 5 Ersatzmännern besteht und einen Bezirk von 30 bis 60,000 Seelen umfaßt. Durch die beiden erstgenannten Gesetze werden die Metzger, Wirthe und Bierbrauer von den Kontrolevorschriften, den Visitationen, den damit verbundenen Plackereien und Strafen befreit, wogegen sie eine um 10 Procent ermäßigte Durchschnittssumme zu entrichten haben. — Hinsichtlich der Wahl in Thiengen soll die Regierung derselben Ansicht sein, welche in einer Ihrer letzten Nummern ausgesprochen und rinleuchtend begründet werden ist. Sie betrachtet die auf Hecker gefallenen 77 Stimmen (welche von den Wahlmännern aus Bonndorf, Blumenfeld und Jestetten abgegeben worden sein sollen) als nichtig. Da unter den für wählbare Männer gefallenen Stimmen Buhl 56, Hr. v. Andlaw 1 erhielt, so ist die Wahl von Buhl als giltig zu erachten, Falls sich die Nationalversammlung nicht an jene Bestimmung des badischen Wahlgesetzes gebunden erachtet, wonach, im Falle eine absolute Mehrheit nicht zu Stande kommt, alsdald eine neue Wahl vorzunehmen ist. Dies ist verfaumt worden, die Zahl der Stimmen aber ist nach dem badischen Wahlgesetz hinreichend. Dieses verlangt nämlich, daß drei Viertheile der Wahlmänner — in dem vorliegenden Falle 107 — anwesend seien und der Gewählte über die Hälfte — also hier 54 — Stimmen erhalten. Für Buhl stimmten 56 Wahlmänner. — Die Wahlen von Helbing in Freiburg und Mez in Villingen gehören zu denen, welche jeder Wohlgesinnte mit Freude vernommen hat, und denen von Welcker, Soiron und ihren Freunden an die Seite stellt. Von Hecker ist ein Aufruf an die Wahlmänner erschienen, worin die Reichsversammlung verhöhnt wird, weil sie nur Reden und keine Thaten gelistet habe. Von den Wählern wird die That verlangt, daß sie in eben diese Reichsversammlung, welche doch gar Nichts taugt, Männer wie Struve, Kaiser, Boll wähle, welche für das Volk im Kugelregen und im Schnee gestanden, sich aber zu rechter Zeit davon gemacht haben. Hecker spricht von den Gefahren, welche Deutschland von allen Seiten drohen, in einem Athem mit der Aufreizung zur größten Gefahr, zu dem Bürgerkriege, der auf dem Rasland in die Hände liefern würde. Seine Helden, meint er, würden alle Gefahren glücklich bestehen; wenigstens ist es ihnen gelungen den Gefahren zu entgehen, in welche sie Andere gestürzt haben. Zum Schlusse wird dem Volke reiche Beute versprochen an Domänen, Civillisten, Besoldungen u. dgl. — Dies und Anderes wird vertheilt, wenn die Wähler die That begehen, Hecker und seinen Genossen ihre Stimmen zum Reichstag zu geben, oder, was noch besser wäre, den Bürgerkrieg mit fremder Hilfe aufs Neue zu entzünden, um jene Helden zur Gewalt emporzuheben. Wer die Vortrefflichkeit dieser Vorschläge nicht einsieht, den treffen früher nie gehörte Schimpfwörter, die auch in Volksversammlungen am freien deutschen Rhein die Ohren gestlitzter Menschen anwidern.

**Baden.** ♃ **Karlsruhe**, 14. Juni. Gestern überreichte eine Deputation der zu Heidelberg gehaltenen Versammlung von Geistlichen und Aeltesten der evang. prot. Kirche dem Großherzog in einer Adresse die Bitte um Ernennung einer Kommission zur Revision der Kirchenverfassung und um Berufung der Generalsynode. Es waren die Herren Bürck, Dittenberger, Rau und Ullmann. Mit großer Freundlichkeit nahm der Großherzog die Adresse entgegen und sprach seine lebhafte Theilnahme für Alles, was unserer Kirche zum wahren Segen dienen könne, aus. Auch die Mitglieder der Staatsregierung, in deren Hand die Sache nun zunächst gelegt ist, sprachen ihr Interesse für dieselbe unzweideutig aus, und es steht zu erwarten, daß die Ernennung jener sleßlichen Vertrauensmänner bald erfolgen und ihre Vorarbeit dann entweder zuerst den Diöcesanversammlungen oder sogleich einer Generalsynode zur definitiven Berathung und Beschlußfassung vorgelegt werde. Auch in dieser Beziehung hat die Regierung bewährt, daß sie trotz der großen Ueberthätigung mit bewundernder Arbeiten der mannigfachsten Art den wahren Bedürfnissen der Zeit nach allen Seiten getne und rasch die Hand zur Befriedigung bietet.

**Freiburg**, 15. Juni. Heute findet die Verabfolgung der Waffen an die hiesigen Einwohner Statt, welche dieselben in Folge der Erklärung des Oberrhein-Kreises in den Kriegszustand ablesern mußten. (Oberrh. Z.)

**Hessen.** **Mainz**, 14. Juni. Die allgemeine deutsche Nationalbuchdrucker-Versammlung hat in ihrer Sitzung am 12. Juni im Akademiesaale des kurfürstlichen Schlosses zu Mainz, veranlaßt durch einen Antrag des Abgeordneten von Stuttgart, mit welchem sich die Abgeordneten von 16 Städten nach besonderen Anstrengen der betreffenden Setzeger oder Redakteuren einverstanden erklärten, den Beschluß gefaßt: „Die allgemeine Nationalbuchdrucker-Versammlung ersucht die Redaktion des „Frankfurter Journals", die Erklärungen sämmtlicher deutschen Zeitungsredaktionen in Empfang nehmen zu wollen und zu veröffentlichen: ob dieselben in der Folge an Tagen der Sonn- und Festtagen ihre Blätter erscheinen lassen wollen oder nicht, damit an Sonn- und Festtagen das Arbeiten der in Zeitungen beschäftigten aufhöre." Durch eine allgemeinere Vereinigung der betreffenden Redaktionen oder Setzeger würde die leidige Konkurrenz dann verschwinden, und wäre dieselbe wohl noch bis 1. Juli d. J. zu Stande zu bringen. Sämmtliche Zeitungsredaktionen sind hiermit gebeten, oben angezeigte Erklärung abzugeben und schleunigst für möglichste Verbreitung des Obigen durch Aufnahme in die betreffenden Blätter zu sorgen. Die deutsche National-Buchdrucker-Versammlung zu Mainz.

**Weimar.** * **Eisenach**, 13. Juni. Die allgemeine Studentenversammlung, unter dem Vorsitz von Lang aus München, beschäftigte sich den ganzen ersten Morgen mit dem ersten Artikel der Tagesordnung

Digitized by Google

nung*): „Die Universitäten sollen Nationalanstalten werden; das Vermögen der Einzelnen soll vom Gesammtstaate eingezogen werden.“ Bei der Berathung zeigte sich sogleich, wie nachtheilig es war, daß man diesen Vorschlag an die Spitze gestellt hatte. Die Sache lag durchaus nicht in der Sphäre der Versammlung, daher kam auch gar nichts Anwendbares und Praktisches zum Vorschein, die Berathung bewegte sich fast durch und durch im Allgemeinen und Bodenlosen, ohne Positives, ohne innern Gehalt und äußern Anhalt. Dazu kam, daß die äußerste Rechte, die Korps, durch ihr wenig gewandtes, ja mehr als ungeschicktes Auftreten nur der ganzen Sache schadeten und der Verhandlung einen oft leidenschaftlichen, wenig edlen Charakter gaben. Am Ende ging der Artikel mit etwa 620 gegen etwa 430 Stimmen durch. Das abst hat die ganze Debatte ergeben, daß bei der Versammlung im Ganzen wie in dem Einzelnen eine klare Einsicht in das Wesen dieser Sache, in ihre Bedeutung, ihre Folgen und ihre Möglichkeit nicht vorhanden war und auch durch die Berathung nicht entstanden ist. Ganz anders ging es am zweiten Tage. Da sah man gleich, daß die Versammlung auf ihrem eigenen Boden stand, und daher kam es, daß die Verhandlung in ihrer Leitung wie in ihrem Gange musterhaft war. Alles ging rasch, kräftig, geordnet und tüchtig her; der Vorsitzende führte sein Amt in einer Weise, die Jedem zum Muster dienen könnte; die Redner sprachen fast ohne Ausnahme kurz und bündig, die Krankheit des Redefiebers zeigte sich nirgends oder wurde sogleich unterdrückt, wo ihre Symptome ausbrechen zu wollen schienen, und die ganze Versammlung hatte eine wirklich würdige Haltung. Die ganze Angelegenheit wurde sehr erleichtert durch den Beschluß, hier nur die Principien festzustellen und das Weitere dem demnächst zusammentretenden Studentenpalcatcan zu überlassen. Die Artikel 4, 6, 7, 10, 12, 13, wurden ohne Debatte und zum Theil sogar einstimmig angenommen; über 9 wurde bald und über 5 gleich beschlossen, es dem Parlamente anheimzustellen; 5 ging erst nach längerer Debatte mit 530 gegen 330 durch. Den Glanzpunkt des Tages bildete die Verhandlung über 11. Es wäre am besten gewesen, sie an die Spitze des Ganzen zu stellen und das wurde auch vorgeschlagen; allein man fürchtete, der Widerstand der Korps möchte so stark sein, daß nicht blos dieser Artikel keine Majorität erhielte, sondern auch die ganze Studentenversammlung dadurch zersprengt würde; darum hatte der vorbereitende Ausschuß ihn erst hierher gestellt. Am Trefflichsten sprachen hier Lang und Münchow von München, Ernsthausen von Breslau, Lauenstein von Göttingen, Wagau von Leipzig und Regidi von Berlin, und die Wirkung ihrer Rede war die, daß der von Lang und Ernsthausen noch bestimmter und ausschließlicher formulirte Artikel, für den gestern kaum eine Majorität zu hoffen war, heute einstimmig angenommen wurde, nachdem auch die Korpsparei sich dafür erklärt hatte. Das Resultat erregte hohen Jubel; es war eine schöne Bergung, die durch die Versammlung ging bei dem Worte „einstimmig“; ich glaube es war Allen der freudigste Augenblick in diesen sämmtlichen Tagen. Sehen wir nochmals auf das Ganze zurück, so ist zu bewundern, wie schnell und wie richtig die ganze Versammlung sich auf ihren einzig rechten Standpunkt zurückfand, und wie entschieden sie sich dann darauf fest und von aller vagen Politik frei hielt. Die Republik wollends ist nie zu Wort gekommen; sie hat es nicht einmal versucht, und als heute einer beiläufig erwähnte, daß man an den „Vaterlandsverräther Hecker“ eine Adresse hätte richten wollen, reklamirten selbst Einige der davon Betroffenen: sie hätten das nicht als Studenten und in Bezug auf die Studentenversammlung thun wollen, und die gesammte Versammlung legte dabei ihre Verwahrung gegen dergleichen Treiben so entschieden und deutlich an den Tag, daß eine solche Adresse, Balle sie je Stande kommt, sich nie mit dem Namen dieser Versammlung irgend eine Bedeutung anmaßen wird. Auch Polen waren gekommen, etwa 15, und hatten sich an den Ausschuß gewandt, um Theil zu nehmen; der aber hatte dies Verlangen im richtigen Gefühle abgelehnt. So hat sich die Versammlung im Ganzen ihrer Thätigkeit nach allen Seiten hin besonnen gezeigt — auch das Anfinnen, sie solle sich zur Konstituirenden machen, lehnte sie entschieden ab; — und wenn ihr auch die Weihe der Begeisterung fehlte, die auf dem ersten Wartburgefeste ruht — die ist aber unserer ganzen Zeit versagt — so hat sie sich doch durchaus deutsch und deutscher Jugend würdig bewiesen.

*) Die Tagesordnung lautet: Tagesordnung für die deutsche Studentenversammlung auf der Wartburg, entworfen von dem berathenden Ausschuß. 1. Die Universitäten sollen Nationalanstalten werden: Das Vermögen der einzelnen Universitäten soll vom Gesammtstaat eingezogen werden. Dieser befreitet ihre Verwaltung. Die Oberleitung übernimmt eine aus den Vertretern der einzelnen Universitäten zusammengesetzte Centralbehörde, die dem deutschen Reichstag verantwortlich ist. Jede Universität verwaltet die ihr von der Centralbehörde zugewiesenen Gelder durch selbstgewählte Beamte. Sie ist insbesondere der Centralbehörde und kann dem deutschen Reichstage verantwortlich. Die Mitglieder der Centralbehörde werden auf bestimmte Zeit und mit Bestheiligung der Studirenden gewählt. (Adresse.) 2. Die Universitäten sollen mit Aufhebung aller Fakultäten eine encyklopädische Stellung einnehmen. (Adresse.) 3. Unbedingte Lehr- und Lehrfreiheit. (Adresse.) 4. Aufhebung des Zwanges, Behufs Zulassung zum Staatsexamen auf einer sogenannten Landesuniversität studirt zu haben. (Adresse.) 5. Modifikation, respektive Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit. (Adresse. 6. Die ehemaligen Staaten sollen den Bundesbeschluß über Aufhebung der Universitätszeitze seit 1819 sofort in Wirksamkeit treten lassen. (Adresse.) 7. Gewährung aller bürgerlichen Rechte für die Studirenden, soweit sie ihnen noch den allgemeinen Gesetzen zukommen. (Adresse.) 8. Bestheiligung der Studirenden bei der Wahl der akademischen Behörden und bei Besetzung der Lehrstühle. (Adresse.) 9. Wegfall der Kollegienhonorare, der Gelder zur Ertheilung akademischer Grade und der Ju- und Immatrikulationsgebühren. (Adresse.) 10. Die Ertheilung eines Staatszeugnisses soll fernerhin nicht mehr von der Ertheilung einer akademischen Würde abhängig sein. (Adresse.) 11. Aufforderung an alle Universitäten, sich baldmöglichst zu wohlorganisirten Studentenschaften zu konstituiren. 12. Wiederkehr der deutschen Studentenversammlungen an einem in jeder Versammlung für das nächstemal zu bestimmenden Orte. 13. Errichtung einer Studentenzeitung.

**Schleswig.** Flensburg, 11. Juni. Die Preußen stehen jetzt meist im Sundewittschen; doch befindet sich Wöllendorf mit seiner Brigade wohl im Norden; ein Theil der schleswig-holsteinischen Artillerie lag gestern bei Bummelund, das frühere v. Krogh'sche Freikorps bei der Kupfermühle. In Apenrade sind jetzt wohl Preußen und v. d. Tann'sche Freischaaren; viele von dort geflüchtete Bürger sind heute dahin zurückgekehrt; doch liegen noch Kriegsschiffe und Kanonenboote vor dem Apenrader Hafen, wie vor dem Flensburger Meerbusen. Haderslebern ist jedenfalls von den Dänen geräumt; ob aber schon deutsche Truppen dort eingezogen sind, ist bis jetzt noch zweifelhaft. Morgen reisen auch einige Flensburger zu der morgen Abend stattfindenden Komité-Vorberathung nach Rendsburg, wo übermorgen Mittage eine große Volksversammlung gehalten werden soll. Die von hier aus nach Frankfurt bestimmte Adresse spricht sich kurz, aber entschieden gegen jede Theilung Schleswigs und gegen jede Trennung Schleswigs von Holstein aus; sie zählt jetzt schon beinahe 300 Unterschriften. Die Stimmung der hiesigen Einwohnerschaft scheint überhaupt nicht mehr so gereizt zu sein, wie es noch vor 14 Tagen und früher der Fall war. Besonders mag das Beispiel der Haderslebener und Apenrader auf die guten, der v. d. Tann'sche Kosp auf die jüngeren Naturen günstig gewirkt haben.

**Apenrade**, 10. Juni. Nachdem wir in 14 Tagen weder vom Süden noch Norden Posten gehabt haben, kann ich Ihnen heute melden, daß heute hier Preußen und das von der Tann'sche Freikorps, ca. 700 Mann, eingerückt sind, und wir wir hören, ist auch Hadersleben frei. (B.-H.)

**Frankfurt**, 15. Juni. Wie haben hier mit Vergnügen die Adresse der Münchner an die Nationalversammlung gelesen, die Sie in Ihrer heutigen Nummer mittheilen. Wir zweifelten nie daran, daß das baierische Volk die (in der That in diesen Tagen kleinlich erscheinende) Politik des Münchener Hofes oder der Münchener Regierung nicht theilt. Was soll doch in der officiellen Erklärung, die in Ihrem vorgestrigen Blatte abgedruckt steht, der Satz bedeuten, daß der Entwurf der baierischen Regierung in einer deutschen Verfassung in seinen wesentlichsten Punkten mit dem Programm der linken Centrums der Nationalversammlung übereinkömme? Das kann entfernten Leuten wohl eine Weile den Sand in die Augen streuen, als ginge die baierische Regierung mit ihrem Entwurfe so freisinnigen Weg, daß sogar das linke Centrum der Nationalversammlung mit ihr einverstanden sei. Aber zuletzt wird es doch an den Tag kommen, daß jenes Programm von Eisenmann abgefaßt ist, das in den wesentlichsten Punkten der Verfassungsformen schon der baierischen Regierungsansicht war, ehe sich diese noch ausgesprochen hatte. Was in jenem Programm das linke Centrum genannt ist, ist eine Partei, die wir hier kaum noch bemerkt haben, wie sich denn überhaupt außer der Linken noch keine größeren Parteimassen gebildet haben. Linkes Centrum würde man mit mehr Recht Männer nennen, die mit Radetzky auf der Linie stehen, die sich von mit jenem Eisenmann'schen Programme schwerlich zufrieden geben würden.

**Großbritannien.**

**London**, 12. Juni. Die Londoner Polizei ist den für heute vorbereiteten chartistischen Versammlungen durch ein an allen Straßenecken angeschlagenes Verbot entgegengetreten. Bishop-Bonnors-Fields und auf mit 1500 Mann Polizei und 100 Männern von der berittenen Polizei besetzt, mit dem Befehl, Jeden, der das Volk anzureden versuchen sollte, sofort zu verhaften; im Nothfalle stand eine Schwadron der blauen Reitergarde und anderes Militär zur Unterstützung bereit.

Digitized by Google

Im Westend waren an den verschiedenen Plätzen, die man am meisten bedroht hielt, 2500 Polizeisoldaten aufgestellt, zur Reserve dienten Bataillone der Garde und das zwölfte Lanzierregiment. Die Chartistenführer M'Douall und John M'Grae haben eine Proklamation an die Ihrigen erlassen, worin sie diese ermahnen: das heilige Recht über ihre Anliegen in öffentlichen Versammlungen zu berathen, wie Männer zu vertheidigen, aber nicht angreifend zu verfahren, noch sich eines Straßenumzuges schuldig zu machen, noch sich am Eigenthum zu vergreifen oder überhaupt Etwas zu thun, was als eine Verletzung der bestehenden Gesetze gedeutet werden könne. Die Sekretäre der verschiedenen in der Hauptstadt bestehenden Klubs der frischen Konföderation erließen noch Sonnabend Abends an die Mitglieder der Klubs die Weisung, an dem chartistischen Demonstrationen Theil zu nehmen, wie denn überhaupt die Ihren dieselbe agitirende Rolle in England übernommen zu haben scheinen, welche allen Anzeichen nach die Polen auf dem europäischen Festlande spielen. Im Uebrigen war bis um drei Uhr Nachmittags Nichts in der Hauptstadt vorgefallen, was eine Ruhestörung im größern Maßstabe befürchten ließ; vielmehr will der Standard wissen, daß Mac Douall sich zu dem Polizeichef begeben und auf dessen Versicherung, daß man seitens der Polizei zu den entscheidensten Maßregeln entschlossen sei, versprochen habe, seinen Einfluß dahin zu verwenden, daß die Chartisten von ihrem Vorhaben abständen. Auch im nördlichen England sind die Chartistenversammlungen, die unter andern in Liverpool, Glasgow und an einem Orte zwischen Manchester und Rochdale gehalten wurden, laut des elektrischen Telegraphen friedlich abgelaufen. Dem Hume'schen Geschäftsbüreau der durch seine Repräsentanten am 20. d. M. seine Reformforderungen im Parlamente zur Sprache bringen will, kommen diese chartistischen Zusammenrottungen und Bewegungen schwerlich erwünscht, da die Ruhigen im Lande dadurch gegen jedes Reformzugeständniß mißtrauisch werden und der freilich mißglückte Versuch Hume's, die Chartisten für seine mäßigen Reformforderungen zu gewinnen, seinem politischen Verstande nicht zu Gunsten gedeutet werden dürfte. Inzwischen gestehen die Zeitungen, wie selbst Times und Morning Chronicle zu, daß Etwas zur Befriedigung der Volksmünsche geschehen müsse, wenn das Uebel nicht zuletzt dem Staate über den Kopf wachsen soll.

Im Uebrigen versteht das „Morn. Chron." unter den Mitteln, wodurch der somit nahe drohenden Gefahr vorzubeugen sei, hauptsächlich eine freundliche Behandlung der gemäßigteren Klassen Seitens der höheren, bessere Volksbelehrung und Aufklärung des Massen über das, was ihnen wahrhaft frommt oder schadet. Die ausgesprochene Absicht der Chartisten ist nun die, durch fortgesetzte Bewegungen die Regierung in Athem zu erhalten, ihre Organe zu lähmen und ihre Aufmerksamkeit und Thätigkeit zu zerstreiten. Im Ganzen bis jetzt friedlicher Natur, können sie doch dem Staate gefährlich werden, wenn eine große Krisis die Arbeiter in den Fabrikbezirken in Massen außer Brod setzen oder gleichzeitig ein offener Ausbruch in Irland erfolgen sollte. Verwundern muß es, daß Hume einen Kompromiß mit den Chartisten wenigstens versucht hat, während Cobden im Parlament die Chartistenpartei eine unbedeutende Minderheit nannte, mit der er Nichts zu thun haben wolle. Zur Rache sprengen die Chartisten die Versammlungen der Reformfreunde auseinander und toben gegen die „Unverschämtheit von Cobden und Kompagnie." Inzwischen werden noch hier und da, so erst jüngst in Oxford, Bath und Sunderland, Versammlungen von Mitgliedern der mittleren Klassen gehalten und namentlich gegen Russells Verscherung gerisert, daß sich in England nicht das geringste Reformbedürfniß geltend mache; aber die Bewegung bleibt ohne Zweifel unter Humes und Cobdens Erwartung.

Aus Helgoland, 7. Juni, hatte man die Nachricht von neuen Aufbringungen deutscher Schiffe durch die noch hier kreuzenden dänischen Kriegsschiffe. „Wie ich ferner erfahre", heißt es, „werden Bremer Schiffe mit Auswanderern keineswegs geschont."

## Frankreich.

Paris, 13. Juni. Wir haben im Berichte über die gestrige Sitzung der Rede Lamartines erwähnt, worin er die Regierung vor dem Vorwurfe der Unentschiedenheit und des Mangels an Energie zu rechtfertigen suchte. Die Rede wurde mit Aufmerksamkeit aber ohne den Enthusiasmus angehört, der bisher Lamartines Reden begleitete. Inzwischen waren beunruhigende Nachrichten angelangt. Lamartine, der sich eine viertelstündige Pause zum Ausruhen erbeten hatte, bestieg die Rednerbühne von Neuem und erklärt: „Bürger Repräsentanten, ein unglücklicher Umstand hat die Rede unterbrochen, welche ich die Ehre hatte, vor der Versammlung zu halten. (Bewegung).

Während ich nämlich von den Bedingungen zur Wiederherstellung der Ordnung sprach und die Bürgschaften erwähnte, welche wir alle der Errichtung des feierlichen öffentlichen Zustandes unterlegen wollen, sind mehrere Schüsse gefallen; einer auf den Kommandanten der Nationalgarde, ein anderer auf einen Officier der Armee, und ein dritter auf einen Nationalgardisten mit dem Rufe: Es lebe der Kaiser Napoleon!

Es ist das der erste Blutstropfen, der unsere Republik befleckt hat; Ruhm der Bevölkerung, Ehre den verschiedenen Theilen der Nationalgarde, in welchen kein Blut vergossen ist. Wenn wir heute so unglücklich sind, dennoch welches fließen zu sehen, so ist es nicht für die Freiheit, sondern nur durch den militärischen Fanatismus und im Namen von ehrgeizigen Bestrebungen versprizt, die traurige, wenn nicht freiwilliger Weise sich mit diesen verbrecherischen Umtrieben vermengen.

Die Regierung, die mit Ihnen dieses unglückliche Ereigniß beklagt, ist nicht zu beschuldigen, daß sie sich nicht gegen dergleichen Möglichkeiten gewaffnet hat; diesen Morgen noch, eine Stunde vor der Sitzung entwarfen wir eine Erklärung, welche ich Ihnen bei dem jetzigen Ergebniß auf der Stelle verlesen muß."

Die Vorlage, auf die Lamartine in seinen Schlußworten anspielte, war eine Erklärung, wonach die Exekutivgewalt bis zu weiterer Entscheidung das Gesetz von 1832, welches die Familie Bonaparte verbannt, gegen Ludwig Bonaparte in Vollzug setzt. Lamartine kommt dann auf die Tagesfrage zurück, spricht seine Hoffnung aus, daß Ordnung und Ruhe zurückkehren werden, betheuert den festen Willen, die Republik und nur diese beseftigen zu wollen, und schließt dann unter Beifall mit den Worten: „Es ist natürlich, daß man uns gewöhnlich die Fehler zuschreibt, wer nur in den Umständen liegen; wir müssen die Verantwortlichkeit tragen, und wir nehmen diesen Mißstand über uns, der vielleicht eins uns zum Ruhme anschlägt. Was mich angeht, meine Mitbürger, ich sehe mich täglich durch die Zeitungen, durch die Parteien angeklagt, und ich begreife den Grund dieser Anklage; man sagt, daß ich mich mit Männern eingelassen habe, über die Sie bald Ihr Urtheil sprechen werden, mit Blanqui und Barbes. Ja, ich habe mich mit diesen Menschen eingelassen; ich habe mit Blanqui, Barbès und Sobrier konspirirt, aber ich habe mit ihnen konspirirt wie der Blitzableiter mit der Wolke, welcher den Strahl ableitet. Es gibt einigen Zwiespalt, ich will sagen Mißverständniß unter uns, Bürger, aber nur, weil wir uns nicht kennen; es möge Licht sich darüber verbreiten, und Frankreich wird dabei gewinnen. Nach meiner Ueberzeugung beruht das Heil des Vaterlandes auf einer ernsten nationalen Republik mit allgemeinem Stimmrecht ohne Ausschluß; sie wird siegen, sobald der Handel und die Industrie erst ihr nun einmal nicht aufzuzwingended Vertrauen und Zeit wieder erlangt haben werden. Klagen wir eine Republik ein, nach dem Bilde des Volks und wir werden stolz und glücklich sein, wenn auch unsre Namen dabei zu Staub geriehen werden, um bei den ersten Grundlagen der Republik als Kitt zu dienen."

Die beiden anwesenden Bonaparte, Peter (der Sohn Lucians) und Napoleon (der Sohn Jeromes), betheuern ihre Anhänglichkeit an die Republik, suchen die Mißdeutung ihres Vetters an solchen Auftritten, wie die erzählten, abzuwehren und bitten die Versammlung, nicht nach dem ersten Eindruck ein Proskriptionsdekret zu erlassen. Nach diesen Unterbrechungen kommt man zur Hauptfrage zurück: zur Bewilligung des Kredits, den die Regierung als ein politisches Vertrauensvotum ansehen wollte. Ein Redner von der Rechten eröffnete die Verhandlung noch einmal mit heftigen Angriffen auf die Regierung, der er viel Bitteres, aber manches Wahre sagte; nur war der Zeitpunkt ungünstig. Nach Verfallen, wie die in der heutigen Sitzung berichteten, wäre es die größte Verlegenheit gewesen, eine Regierungskrise herbeizuführen, und so wurde der Entwurf mit ungeheurer Majorität (569 gegen 112 Stimmen) angenommen. Es ist eine Frist, vielleicht nur eine kurze Frist, die der Regierung damit bewilligt ist.

Aus den Erkundigungen über die Vorfälle, deren Lamartine gedachte, ergibt sich so viel, daß die Menschenmenge, die vor dem Palais Bourbon versammelt war, um angeblich Louis Napoleon ankommen zu sehen, immer mehr anwuchs, und eine Bande von 3000 Individuen mit dem Rufe: Vive Louis Napoleon! Vive l'Empereur! von den Champs elysées gegen die Nationalversammlung anrückte. Allein hier waren bereits alle Vorsichtsmaßregeln getroffen und beträchtliche Truppenmassen aufgestellt. Der Kriegsminister Cavaignac, der General Regnier, der Kommandant der Nationalgarde, Clement Thomas, stellten sich an die Spitze der bewaffneten Macht und säuberten die Zugänge der Kammer und den Concordeplatz. Auf letzterm wurden drei Schüsse auf Clement Thomas und seinen Generalstab abgefeuert, und einem Hauptmann der Nationalgarde zwei Finger der rechten Hand zerschmettert, die sogleich amputirt werden mußten. Meh-

Digitized by Google

## Die schleswig-holsteinische Angelegenheit *).

Die rückgängige Bewegung der preußischen Truppen, vermöge deren Jütland gänzlich geräumt, und auch der nördliche Theil des Herzogthums Schleswig für den Augenblick von Streitkräften entblößt ist, hat in den norddeutschen Blättern eine sehr verschiedenartige Beurtheilung gefunden. Zuerst ist dieselbe, in Hamburg namentlich und auch an andern Orten, freudig begrüßt worden, als eine Bürgschaft des Friedens, als ein Anfang der vollständigen Einstellung der Feindseligkeiten, man brachte sie in Zusammenhang mit der von Hannover, Oldenburg und den Hansestädten, ja von der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein selbst verfügten Aufhebung der Beschlagnahme aus dänische Schiffe; dies letztere namentlich konnte man doch vernünftigerweise nur als den Anfang von Friedensunterhandlungen ansehen, als eine Maßregel, durch welche man Dänemark entgegenkommen wollte, nachdem einmal der Bund dazu die Erlaubniß gegeben, indem er die Ausübung von Repressalien nicht als eine allgemeine Pflicht aller Küstenstaaten verfügen wollte.

Als nun aber statt des Friedens mit einem Male der Krieg in erneuter Heftigkeit vorging, als das feste Land von Schleswig von den Dänen wieder betreten, und nicht ohne einen kleinen scheinbaren Erfolg betreten wurde, als man in Kopenhagen deutsche Schiffe zu kondemniren anfing, Rath sie frei zu geben, und es somit klar war, daß wenigstens von Seite Dänemarks keine Neigung zum Frieden vorhanden war, da erhob sich ein Schrei des Unwillens, da klagte man über Nachgiebigkeit, ja Verrath an der deutschen Sache; da sprach man von den Ränken der Diplomatie, welche immer mit der Feder verderbe, was das Schwert gut gemacht, und man schwankte nur, ob man Preußen oder das übrige Deutschland am meisten anklagen sollte.

Eine ruhige und besonnene Erwägung der Umstände und eine offene Darlegung der Verhältnisse wird zu einem billigeren und gerechteren Urtheile führen; sie wird zeigen, daß von Ränken oder Halbheiten der Diplomatie nicht die Rede sein kann; ob irgendwo, und wo Schuld und Schwäche gewesen, darüber können wir dem unbefangenen Leser die Entscheidung überlassen.

Rufen wir uns die Lage der Dinge zurück, wie sie vor der Räumung Jütlands war, und zwar zugleich die Hauptpunkte der Entwickelung, die dahin geführt hat.

Diese allmählige Entwickelung der Dinge läßt sich in drei Stadien theilen. Das Erste ist die Besetzung des deutschen Bundeslandes Holstein und das Festhalten der Stellung hinter der Eider, welches noch den letzten Versuch möglich machen sollte, auf friedlichem Wege Dänemark zur Anerkennung des Rechts der Herzogthümer zu bewegen; das Zweite ist die Erzwingung des status quo ante durch den Kampf in Schleswig; das Dritte ist die Besetzung wirklich dänischen Gebietes in Jütland als Repressalie und Unterpfand. Die erste Maßregel war eine rein in der Kompetenz des Bundes liegende; es konnte nur von der Bundesversammlung allein abhängen zu beurtheilen, ob eine Bundesgrenze bedroht, ob ein Bundesland zu befreien sei. Man hat im Auslande schon das Eindringen der preußischen Truppen in Holstein als einen Beginn des Krieges Preußen und dem Bunde zum Vorwurf gemacht, was so lächerlich ist, daß man selbst dänischer Seits dasselbe niemals als einen Kriegsfall angesehen hat; man hat dagegen in Deutschland das lange Zaudern hinter der Eider, Preußen sowohl wie den andern Staaten vorgeworfen; und die Nothwendigkeit dieses Zögerns war in der That traurig genug, da während desselben in dem Kampf bei Bau die Schleswig-Holsteiner von den Dänen geschlagen wurden und manches edle deutsche Blut floß. Aber man wird auch billig Rücksicht nehmen müssen auf die Schwierigkeit, die sich gerade damals dem Zusammenwirken mehrerer Regierungen und der Koncentration von Truppen von so verschiedenen Seiten her entgegenstellten. Die Besetzung Holsteins dauerte drei Wochen; am 4. April rückten die ersten preuß. Truppen in Altona ein; am 22. Abends rückten sie aus Rendsburg aus, in Schleswig ein.

Damit begann das zweite Stadium, das des Kampfes um den Besitz des streitigen Gegenstandes. Es ist das kürzeste Stadium; es dauerte eine Woche. Am 23. April griffen die Truppen das Danewerk an; am 1. Mai überschritten sie die Jütische Grenze. Der Status quo ante war hergestellt, so weit nicht die Natur durch Meeresarme eine Schranke gesetzt hatte, welche Deutschland erst in Zukunft zu überwinden lernen muß. Wenn die Besetzung und der Schutz Holsteins eine rein innere Bundesangelegenheit war, so war in Schleswig die Frage eine Frage zwischen Dänemark und Deutschland. Schleswig gehörte weder zu Deutschland noch zu Dänemark; die Truppen des deutschen Bundes waren auf seinem Boden so gut fremde Truppen, wie die dänischen. Wenn die dänischen Truppen hineingeführt waren von dem rechtmäßigen Landesherrn, dem Herzog von Schleswig, so waren die deutschen Truppen dagegen die nothwendigen und wohlberechtigten Bundesgenossen Holsteins, dessen Rechte auf die Verbindung mit Schleswig ganz auf denselben historischen Grundlagen beruhen, wie die Rechte des Herzogs von Schleswig, sein Land zu beherrschen. Die Verhältnisse waren also von beiden Seiten ziemlich gleich abgewogen. Aber ein gewaltiger Unterschied lag darin, daß die dänischen Truppen gekommen waren als Dänen, mit der ausgesprochenen Absicht, die widerrechtlich versuchte Inkorporation Schleswigs in Dänemark durchzusetzen. Dies steht einer Eroberung ganz gleich. Die Dänen waren zuerst gekommen; jene Inkorporation war am 28. Januar ausgesprochen; am 28. März kamen die Dänen nach Alsen und dem gegenüber liegenden Lande. Eigentlich hätte schon dies die Frage zu einer europäischen machen können; denn es handelte sich für Dänemark, als Dänemark, dabei um eine Vergrößerung, für den Landesherrn um eine Veränderung des Besitzstiels. Es ist auf die europäischen Verhältnisse von Einfluß, ob der König von Dänemark das Herzogthum Schleswig als solcher, oder als Herzog besitzt. Dänemark wollte Schleswig erobern, um es zu einer dänischen Provinz zu machen. Der deutsche Bund wollte nur das alte Recht des Herzogthums schützen gegen diese Eroberung. Er forderte zunächst nur die Wiederherstellung des Status quo ante; diese war, einer, durch einen eben erfochtenen Sieg ermuthigten Armee gegenüber, in 8 Tagen ausgeführt!

Damit war die nächste Frage entschieden. Nachdem die Dänen aus Schleswig zerjagt waren, hätten die Bundestruppen, die ihre Aufgabe erfüllt hatten, auf Schleswig wieder zurückgezogen und dieses Herzogthum seiner eigenen freien Selbstregierung überlassen werden mögen, hätte man nur von Dänemark irgend eine Bürgschaft erlangen können, daß es das streitige Gebiet eben so achten würde; hätte Dänemark irgend ein Gebiet zu der Mäßigung und Selbstentsagung gegeben! Das wäre doch ohne Frage wohl das Allernatürlichste und Billigste gewesen, daß nach der Herstellung des Status quo ante eben dieser Status nun von beiden Seiten inne gehalten worden, die dänischen Streitkräfte in Jütland oder auf den Inseln, die deutschen hinter der Eider aufgestellt wären. Schleswig aber, der Gegenstand des Zankes, frei und ohne die Last der Ernährung eines Heeres gelassen wäre, um sich frei zwischen Dänemark und Deutschland zu entscheiden. Dadurch wäre jede europäische Vermittlung von vornherein unmöglich gemacht. Man hätte dann kaum von einem wirklichen Kriege reden können; es war dann immer nur ein Rechten um den temporären Schutz eines streitigen Objekts, neben welchem man in anderen Punkten sich mit vollkommener Rücksicht behandeln konnte. Wie leicht wären dann die Unterhandlungen gewesen! — Aber Dänemark war weit entfernt von dieser Mäßigung.

Es hatte inzwischen alle Mittel, die ihm zur See zu Gebote standen, angewandt, und bei der gänzlichen maritimen Entblößung Deutschlands konnten leider auch diese, verhältnißmäßig so kleinen Mittel mit Erfolg geltend gemacht werden. Daß der preußische Handel am ersten und am meisten darunter litt, war die natürliche Folge; da Preußen sich auf dem Lande vorangestellt hatte und vom Bunde vorangestellt war, wurden zuerst preußische, dann auch andere deutsche Schiffe aufgebracht und mit Beschlag belegt. Leider waren die deutschen Mittel, um Repressalien zu ergreifen, noch unverhältnißmäßig geringer; doch wurde von mehreren Küstenstaaten auf die in ihrem Bereich befindlichen dänischen Schiffe Embargo gelegt, und die Bundesversammlung ermächtigte den Oberbefehlshaber, dänisches Gebiet als Repressalie und Unterpfand für Schadenersatz zu besetzen. Dies geschah durch das Ueberschreiten der jütischen Grenze am 1. Mai. — Es läßt sich nicht verkennen, daß dadurch die ganze Frage in ein neues Stadium eintrat. In Jütland mußte sich Dänemark als auf eigenem Grund und Boden angegriffen betrachten; — sich darüber zu beklagen war freilich lächerlich, nachdem es selbst erst den Kampf zum Kriege gemacht hatte. Aber daß es nun einen Anlaß gewann, sich den anderen Großmächten als in seiner Integrität gefährdet darzustellen und die Frage zu einer europäischen zu machen, das lag sehr nahe. Mit dem Betreten eigentlich dänischen Gebietes wurde die Frage in der That zu einer europäischen; sie mußte die Aufmerksamkeit an-

*) Der obige Aufsatz, welcher sich zunächst gegen die Vorwürfe, die jüngst in einem unserer leitenden Artikel der diplomatischen Politik gemacht worden sind, richtet, gibt zugleich eine so vollständige und aus so guter Quelle geschöpfte Darstellung der politischen Verhandlungen in der schleswig-holsteinischen Sache, daß wir ihm gern unsre Spalten öffnen. D. R.

Digitized by Google

derer Großmächte auf sich ziehen und konnte einen allgemeinen Krieg herbeiführen. Jeder Schritt, durch welchen die Andeutung einer Eroberung gegen Dänemark gegeben wäre, mußte Anlaß zu einem solchen Kriege werden. Sobald die Besetzung Jütlands nicht mehr als Repressalie, nicht mehr als Unterpfand im Interesse des deutschen Handels und deutschen Eigenthums erschien, nahm sie einen den europäischen Frieden gefährdenden Character an. (Schluß morgen.)

## Schweiz.

Bern, 8. Juni. Tagsatzungsverhandlungen vom 6. u. 7. dss. Unter den vom Präsidium angezeigten Aktenstücken ist dasjenige des schweiz. Konsuls von Livorno bemerkenswerth, wo am 27. Mai 15 Schweizer aus Neapel ankamen und in großer Gefahr standen, mißhandelt zu werden. Der Konsul von Neapel spricht sich mit Zuschrift vom 28. Mai über die ganz das Betragen der Schweizerregimenter verbrieteten Gerüchte also aus: „Ich habe mit lebhaftem Mißfallen die Wuth und die Leidenschaft gesehen, womit die Zeitungen von Italien die Schweizerregimenter in neapolitanischen Diensten bei Anlaß dieser Begebenheiten bestürmt und mit Anklagen aller Art beschuldigt haben. In der Lage, in der ich stehe, und im Fall, die Wahrheit zu kennen, ist es meine Pflicht, die Versicherung zu geben, daß diese Gerüchte falsch sind und als infame Lügen (d'indignes mensonges) bezichtigt werden müssen, deren ganze Schändlichkeit nur auf diejenigen zurückfallen sollte, die mit solcher Schamlosigkeit erfunden, und die es nicht schauen, solche Erfindungen als Mittel zu gebrauchen, um zu ihren Zwecken zu gelangen. Hier spricht sich die Meinung aller derjenigen, welche sich vor diesen lügenhaften Berichten, die in dieser Zeit mit so beklagenswerther Leichtigkeit ausgestreut werden können, zu schützen wissen, laut zu Gunsten der Aufführung dieser Regimenter aus." — Die Kommission zur Ueberwachung der Unabhängigkeit der Schweiz trägt nach abgestattetem Bericht darauf an, die Truppen zu verabschieden, da schwerlich mehr ein Angriff erfolgen könne und bloß 600 Mann italienischer Truppen, davon 100 Mann Scharfschützen, an der Schweizergrenze seien. Dagegen sollen sie aufs Piket gestellt bleiben; dieser Antrag wird angenommen. Ferner beachte eine Art nachträglichen Protestationsvotums gegen die Ablehnung des italienischen Bündnisses und zeigte seine Betheiligung bei der Berathung über das Bundesprojekt an. Die weiter angenommenen Artikel des Verfassungsentwurfes lauten: Art. 86; die Geschäfte des Bundesraths werden nach Departementen unter die einzelnen Mitglieder vertheilt. Diese Eintheilung hat aber einzig den Zweck, die Prüfung und Besorgung der Geschäfte zu fördern; der jweilige Entscheid geht von dem Bundesrathe als Behörde aus. Art. 87; der Bundesrath und seine Departements sind befugt, für einzelne Geschäfte Sachkundige beizuziehen. Art. 88; sämmtliche eidgenössische Beamte sind für ihre Verrichtungen verantwortlich. Ein Bundesgesetz wird diese Verantwortlichkeit näher bestimmen. — III. Bundeskanzlei. Art. 89; eine Bundeskanzlei, welcher ein auf 3 Jahre von der Bundesversammlung gewählter Kanzler vorsteht, besorgt die Kanzleigeschäfte bei der Bundesversammlung und bei dem Bundesrath. Dieselbe steht unter der besondern Aufsicht des Bundesraths. Die nähere Organisation der Bundeskanzlei bleibt der Bundesgesetzgebung vorbehalten. Die deutsche, französische und italienische Sprache sind Nationalsprachen. (Bisher sprach der tessinische Gesandte immer französisch, gestern zum erstenmal italienisch.) Mehrere Briefe aus Mailand wurden am Schluß der Sitzung verlesen; aus allen ging hervor, daß unträgliche Zeichen einer baldigen Hauptschlacht vorhanden seien.

## Italien.

* Rom, 3. Juni. Zum ersten Staatssekretär und Präsidenten des Ministeriums hat man den Kardinal Soglia berufen müssen, da kein anderer Kardinal von Talent und Erfahrung für den schlimmen Posten zu finden war. Ciacchi, der bereits definitiv ernannt war und den man in Rücksicht auf die Popularität, die ihm die Ferrarenser Angelegenheiten verschafft hatten, gewählt hatte, ist nicht zur Annahme desselben zu vermögen gewesen, und ebenso hat Kard. Amati, der sich bei den Bolognesen so lange in hoher Gunst zu erhalten gewußt hat, abgelehnt. Man sieht, daß auch hier zu Lande die Stellen wohlfeil werden, und sollte ein neuer Papst gewählt werden müssen, so Mancher leicht mehr als einer sich finden, der für die hohe Ehrenbanken möchte. Soglia gilt allgemein für unbedeutend, und vielleicht ist es gerade das, was gewünscht worden ist. Welch eine precäre Garantie übrigens solch eine negative Eigenschaft darbietet, braucht nicht hervorgehoben zu werden. Das Testimonium paupertatis, welches das Kardinalkollegium damit dem Publikum vorlegt, ist letzterem höchlich willkommen. Es beweist ja eben nur, was man schon lange und so oft wiederholt hat, daß nämlich absoluter Mangel an tauglichen Subjekten vorhanden sei, um das, was man so ängstlich als unveräußerliches Eigenthum in Anspruch nimmt, aus eigenen Kräften zu behaupten. Selbst unter den Prälaten dürfte schwer einer Gleichstehen zu finden sein, die Männer von Gaben und erprobter Geschäftskenntniß, wie Corboli-Bussi sich zurückziehen. — Zur Eröffnung der beiden Kammern, oder wie sie hier zu Lande heißen, des hohen Raths und des Deputirtenraths, hat man wiederum zu Kard. Altieri seine Zuflucht nehmen müssen, welcher die Theonrede nächsten Montag im Namen des Papstes abzuhalten hat. Der Saal in der alten Kanzlei ist zu diesem Zwecke eigens hergerichtet worden. Da das Lokal eng ist, so ist dem Publikum der Eintritt nur gegen Billets gestattet.

† Neapel, 3. Juni. Das hiesige Ministerium ist bereits wieder auf dem Punkte, zurückzutreten, es verlangte die Schweizertruppen aus der Hauptstadt zu entfernen, was der König nicht thun will. Die Erbitterung eines großen Theils der hiesigen Einwohner gegen diese Truppen ist sehr groß. Jedenfalls haben diese Truppen, wie es noch weiter gehen möge, nun einen bösen Stand und ihr Bleiben dürfte von keiner langen Dauer mehr sein; es war vorauszusehen, daß ein Zusammenstoß mit den Bürgern ihr Todesstoß sein würde. — Aus den Provinzen werden die Nachrichten immer verworrener, die Einen lassen die Ruhe in den meisten Orten wieder ziemlich hergestellt sein, die Andern berichten von Aufstand, prov. Regierungen u. s. w. Im Allgemeinen scheint die Bevölkerung nicht gerade lebhaften Antheil an der Bewegung zu nehmen, indessen hat man doch dieser Tage etwa 200 Gendarmen aus Kalabrien entwaffnet hierher zurückgeschickt, mit einer Erklärung an den König, daß jener Theil nicht für das Parlament wählen werde, wenn nicht alsbald die Schweizer aus der Hauptstadt entfernt, die Forts zur Hälfte mit der Nationalgarde besetzt, und die Verfassung auf die gleichen Grundlagen, wie sie vor den 15. Mai war, wieder gestellt würde. Dagegen bestätigt es sich, daß das sicilianische Parlament beschlossen hat, eine Expedition gegen Neapel zu machen, um „ihre neapolit. Brüder vom Joche des Tyrannen befreien zu helfen", ihr Hauptbewerggrund ist aber wohl der, sich selbst den Rücken frei zu machen, denn bis jetzt war wenig von einer neapolitanisch-sicilianischen Fratellanza wahrzunehmen, wenn schon das Parlament in Palermo fürzlich durch die ganze Insel für die in Neapel gefallenen Brüder eine dreitägige Trauer und öffentliche Gebete verordnet hat. Gerüchte lassen die Festung in Messina durch Verrath in die Hände der Sicilianer gefallen sein.

## Griechenland.

† Athen, 29. Mai. Der Aufstand ist einmal wieder glücklich in Griechenland gedämpft, bis auf wenige Punkte in der Morea sind die Aufrührer theils gefangen, theils gesprengt — die Ruhe ist in das Land zurückgekehrt — allein wie lange wird sie dauern? Wird nicht die in der Verbreitung der konstitutionellen Formen verharrende Regierung stets wieder auf unbesiegbare Häuptlinge stoßen, welche ihre selbstsüchtigen Absichten, eingekleidet in die schönklingenden Phrasen der westlichen Völker, gegen sie mit dem Schwerte durchzusetzen streben? Werden die Großmächte aufhören, Hellas zum Ball zu machen, den sie sich je nach ihrer Stellung im übrigen Europa zuwerfen, wenn dabei auch der Hanf nach allen Seiten aus seinen zerrissenen Nähten fliegt? Wird der König Otto in der großen Fürstenschule unserer Tage nun endlich einmal so viel Einsicht des Kopfes sich erwerben, als er Güte des Herzens besitzt und seiner Gemahlin nur noch den geraden Zügel ihrer Araberes statt den Nebenzügel des Staatspferdes überlassen, welchen sie doch nur mit Hilfe der Kamarilla zu halten im Stande ist? Es thut wirklich dem Beobachter sehr wehe, wenn er nach dem bisherigen Gange der Verhältnisse sich alle diese Fragen mit Nein beantworten muß. Der politische Boden Griechenlands ist schon an sich zu ausgedörrt, um nicht selbst bei der sorgfältigsten Pflege noch lange Zeit zu seiner Erkräftigung zu bedürfen; unter solchen Händen aber wird stets die Ebene von Elensis sein treues Abbild bleiben, welche, einst der Ceres heilig und von ihren reichsten Gaben überschüttet, jetzt arm, öde und leblos daliegt; höchstens daß ein schlankes Küstenboot um das Horn von Salamis in ihren blauen Meerbusen einbiegt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Sharp, 23 Bucquingham-street Strand London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und Nordamerikas Länder übernehmen sich an H. A. Hirschmann in Straßburg Nr. 20 Brandgasse, Paris Rue Mr. 20 Rue de Beaune ab.

# Deutsche Zeitung.

Die Verlagsexpedition besorgt das Buch. Der Pränumerationspreis beträgt 1 fl. 30 kr. — Inserate werden die Petitzeile oder deren Raum mit 7 kr. (3 Sgr.) berechnet.

№ 168. Heidelberg, Sonntag 18. Juni. 1848.

## Zur Nachricht.

Mit dem 1 Juli beginnt ein neues Abonnement auf die **Deutsche Zeitung** für das halbe Jahr bis Ende December 1848. Der Preis bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg ist 5 fl., durch die Post bezogen im Umfange des Großherzogthums Baden 6 fl. 13 kr., wozu außerdem noch der Postaufschlag kömmt.

Die Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung, welcher der Redakteur, wie mehrere Mitarbeiter als Mitglieder angehören, wird die Deutsche Zeitung schnell und übersichtlich mittheilen.

## Uebersicht.

**Badische Zustände III.** — **Wien** (neue Ansprache des Kaisers an die Wiener). **Tirol** (gräuliche Rührigkeit; der Landtag. Der Gouverneur). **Prag** (der Slawenkongreß; die polnischen Umtriebe. Gefahren für Deutschland. ein Zusammenstoß erwartet. Unruhen ausgebrochen; Bomben werfen). **Triest** (Bisherige erklärt). **Berlin** (Zeitlaufs für die deutsche Flotte). **Posen** (heranrücken der Russen). **Hannover** (der Waffenstillstandsvertrag soll unterzeichnet sein. Antrag auf Verminderung der Civilliste). **Donaueschingen** (Freilassung der politischen Gefangenen. Die Truppen). **Vom Rhein** (die Wahl Heckers). **Darmstadt** (Großherzog Ludwig II. †). **Aus Thüringen** (der materielle Nothstand; die deutsche Flotte). **Flensburg** (Stellung der Truppen). **Rendsburg** (das Lauensche Korps in Apenrade beredet. **Schweden** in Fünen. Waffenstillstand der Gesandten. Die Bundesfontingente). **Frankfurt** (ein Spekulationsblick in der Paulskirche). **Schweiz. Luzern.** Verhaftungen. Anschluß des Veltlin an Piemont.

**Dänemark. Kopenhagen.** Das Zusammentreffen des schwed. und dänischen Königs. Schwedische Truppen in Apborg. Russische Kriegsschiffe in der Ostsee. Kriegsbeute.

**Schweden. Gothenburg.** Einschiffung der Truppen. **Malmö.** Die Truppen. Der König von Schweden ausgewiesen.

**Großbritannien. London.** Der Graf von Miraflor nach Spanien zurück. Gericht über den König von Preußen. Die chartistischen Versammlungen. Waffenausführverbot zu Gunsten Dänemarks. Die dänische Handelsflemme. Die Unruhen in Irland.

**Frankreich. Paris.** Louis Bonaparte zugelassen. Mißvergnügen der Regierung. Lehru Rollin. Stimmen der Blätter. Die bonapartistischen Demonstrationen. **Neu-Breisach.** Die deutschen Republikaner in der Schweiz und Frankreich.

**Italien. Venedig.** Nationalversammlung. **Lombardei.** Einnahme von Bicenza.

**Nachschrifte. Berlin.** Verhandlungen über die Unverletzlichkeit der Deputirten. Erklärung Camphausens. **Karlsruhe.** Kammerverhandlungen. Der Bericht über Heters Verhaftung. Parlamentsmahlen.

**Beilage.** Die schleswig-holsteinische Anzeigenheit. (Schluß.) Das Treiben der Anarchisten am Rhein. Schweden. Der König in Malmö. Truppen nach Fünen.

### Heidelberg, 17. Juni.

Wir haben gestern die Zerfahrenheit unserer Zustände in Baden besprochen und sind zu dem Schlusse gekommen, daß es höchste Zeit sei, hier schaffend und reformirend einzugreifen. Der alten Politik fällt ein guter Theil der Verwicklung zu Last, an der wir jetzt Alle leiden; die alte Politik muß daher zunächst mit aller Entschiedenheit verlassen werden. Keine Reaktion, vielmehr der unzweideutigste Fortschritt, aber Fortschritt in schöpferischen, aufbauenden Thaten, nicht in jener ziellosen Wühlerei, hinter der sich schließlich doch nur der geistige wie der sittliche Bankerott verbirgt.

Reaktion freilich nenne die babylonische Sprachverwirrung von heute auch alles Das, was überhaupt noch an Sagungen und Ordnungen, geschriebenen oder ungeschriebenen, festhalten will; wer nicht Staatsordnung und Staatsgesellschaft innerlich aufgelöst sehen, wer nicht die sittliche Grundlage deutschen Volkslebens — unser einziges Erbtheil aus dem Schiffbruch schlimmer Zeiten — zerstört wissen und in dem allgemeinen Chaos Vaterland, Gesetz und Sitte zerdrücklet sehen will, ist eben ein Reaktionär! So hat es auch bei uns in Baden an Reaktion aller Art nicht gefehlt. Wenn man die Verschwörer in flagranti faßte, so war das Reaktion; wenn man die Apostel der Anarchie vor Gericht stellte, oder wenn die Regierung die bestehenden Gesetze vollzog, so war das wieder Reaktion. Wir hätten uns zwar auch mehr darüber gefreut, wenn die Regierung mitten im Sturme die Entschlossenheit gehabt hätte, von all dem Recht, was ihr die Gesetze geben, Gebrauch zu machen, statt bis zu eingetretener Windstille zu warten, aber besser, sie gab den Gesetzen zu spät Nachdruck, als überhaupt nicht.

Inzwischen hat unter dem Drucke dieser Reaktion das alte Treiben einer bekannten Partei nach kurzer Unterbrechung mit neuer Kraft begonnen. Nicht nur die Frechen und Unverblümten, die auch da, wo vielleicht Gefahr dabei war, offen mit der Rebellion und dem Landesverrath fraternisirten, sondern auch die Feigen und Charakterlosen, die erst mit dem Aufstand liebäugelten und dann nach dem Ausgange des Putsches ihre treue konstitutionelle Gesinnung heuchlerisch betheuerten, haben ihre ganze Frechheit wiedergefunden. Die guten Patrioten, die in dem Augenblick, wo der Bürgerkrieg am See losbrach, zur Nachahmung am Rhein und Neckar aufmunterten, oder die gesinnungstreuen Ehrenmänner, die bei der ersten Nachricht vom Ausbruch mit Entschiedenheit versicherten, daß Alles nicht wahr sei, auf deren Gesichtern aber noch nach Länge oder Breite das Mißlingen oder der Erfolg des Unternehmens zu lesen war, und die jetzt schließlich in vertrautem Kreise ihre wohlfeile und werthlose Sympathie für den Putsch an den Tag legen, oder endlich die chatkätzigen Naturen, die gleich Anfangs erklärten, sie würden mit der Mehrheit gehen, und die in den Tagen der Krisis nicht verstummten, bei der Republik um etwas Nepotismus nachzusuchen — sie Alle sammt und sonders haben unter dem Schirme jener Reaktion sich wieder zusammengefunden und sind so weise und so patriotisch wie zuvor.

An entsetzlichen Schilderungen der Tyrannei, unter der wir seufzen, fehlt es dann natürlich nicht. „Die Felder Badens mit deutschem Blute getränkt" — „Tausende von Familien von ihren Vätern und Brüdern getrennt" — „Die Tage Weidig's und Jordan's für Baden zurückgefehrt" — diese und ähnliche, mit denselben Farbenpracht ausgestattete Schilderungen lesen wir in badischen Blättern, und indem man dergleichen tiefe Flosseln niederschreibt, scheint man gar nicht zu fühlen, daß man sich selber unwillkürlich widerlegt; denn die Länder, wo bei uns „Zeiten Weidig's und Jordan's" eingekehrt sind, tragen Sorge dafür, daß Nichts davon ins Publikum kömmt. Lasse man indessen das unsinnige Treiben gewähren, lasse man die Herren reden und schreiben soviel sie wollen, und handle man; denn Handlungen allein können dem anarchischen Treiben, wie wir es unter unsern Augen gewahren, die gefährliche Spitze nehmen. Breche man für immer mit der alten Reaktionspolitik, reinige man alle Schichten der Verwaltung von dem Wuste der Vergangenheit, schaffe man, so weit es immer möglich, eine wohlfeilere Regierung, gebe man oben selbst mit löblichem Beispiele voran, und man wird den sogenannten Republikanismus in Baden seiner gefährlichsten Waffen entkleiden. Das ist ja die Firma, unter welcher man dem „reifen und mündigen" Volke die Republik mundgerecht macht; unter der Republik braucht ihr keine Steuern, keine Sporteln, keine Gemeindelasten, keine Besoldungen, keine Civillisten zu tragen. Der Beweis wäre freilich erst noch zu führen; die freundnachbarliche Republik Frankreich zahlt — von den Steuern, Sporteln ꝛc. nicht zu reden — aus dem Beutel der Arbeitenden für die souveränen Faulenzer in Paris eine Civilliste, die alle früheren der Monarchien sehr bedeutend übersteigt. Aber soweit geht die Prüfung der andachtigen Zuhörer nicht; der Ruf „Steuererleichterung" genügt, etwas Gefährliches denken sich Viele nicht dabei, und gar Mancher mag so naiv sein wie jenes schwäbische Bäuerlein: freilich wollen wir die Republik, aber auch den Großherzog dazu behalten.

Digitized by Google

Es liegt in dem naiven Worte seine üble Andeutung zu einer guten Regierungspolitik. Halten wir die Vorzüge der monarchischen Staatsordnung fest, ohne uns dem Guten, das Republiken uns lehren können, zu verschließen. Es scheint uns, als habe man in Baden einen Anfang damit gemacht; wenigstens liegen eine Reihe von Gesetzentwürfen vor uns, in deren Durchführung das Volk seine republikanische Mündigkeit bewähren kann. Es sind die Erstlinge der gesetzgebenden Thätigkeit, die unter dem Einfluß der neuen Politik zu Stande gekommen sind; wir nehmen sie dankbar hin, theils um ihrer selbst willen, theils weil sie uns eine Bürgschaft sind, daß man endlich entschlossen ist, die Staatseinrichtungen volksthümlicher umzugestalten und dem demokratischen Element die Geltung zu gewähren, die ihm in jeder echten konstitutionellen Monarchie werden muß.

Bezeichnend genug sind diese Gesetzentwürfe, deren einige bereits in der zweiten Kammer angenommen sind, fast ausschließlich materieller Art; es ist damit dem Lösungswort des Republikanismus die erste entsprechende Antwort gegeben, und indem man im Seekreis das Land allen Zufällen einer innern Auflösung und äußerer Invasion preisgab, indem man dort neue Lasten auf das Land hereinwälzte und den Freunden der gesetzlichen Ordnung unfreiwillige Steuern der Anarchie aufbürdete, entschloß man sich in Karlsruhe dazu, endlich vorzubeugen, was man in ruhigeren Tagen ungestörter und dankbarer hätte wollbringen können.

Es liegt uns ein Gesetzentwurf vor über eine progressive Einkommensteuer, ein anderer über Umwandlung des Weinaccises und Ohmgeldes, ferner über Aufhebung der Schlachtviehaccise, der Kaufbriefstaxe, Verminderung der Immobilienkaufaccise — alles Anfänge einer allmählichen Umgestaltung unseres Steuerwesens, die auf eine größere Gleichheit in der Vertheilung der Lasten abzielen. Was uns bei diesen Gesetzentwürfen als besonders charakteristisch ins Auge fällt, ist der ganz demokratische Geist derselben; das eingewurzelte Mißtrauen gegen alle Belastung von Seite des Staates soll offenbar dadurch beseitigt werden, daß man dem Volke selbst die größtmögliche Einsicht in den Mechanismus der Besteuerung verschafft und es zur eigenen Theilnahme und Mitwirkung gewöhnt. Wir finden die Schatzungsgerichte, in welchen die Bürger selbst das Maß der persönlichen Belastung feststellen, Orts-, Bezirks- und Kreisvereine, welche die Steuerangelegenheiten der belasteten Gewerbe leiten, bürgerliche Schwurgerichte, welche in Steuerkonflikten über die Angelegenheiten ihrer Mitbürger aburtheilen. Die kleinen Steuerqualereien, die nur lostspielig waren und das Mißtrauen nährten, sollen damit beseitigt werden; die größte Oeffentlichkeit und bürgerliche Selbstthätigkeit treten an die Stelle einer souveränen fiskalen Verwaltung und die demokratische Selbstregierung wird hier auf einem der schwierigsten Gebiete versucht. Das Staatsexperiment, das unsre Republikaner zu lösen versprechen, jener echte Stein der Weisen, nämlich auf den vorhandenen Zuständen einen Staat herzustellen ohne alle Steuerlast, wie dies Staatsexperiment wäre freilich noch bequemer; bleiben wir aber einmal bei dem Vorliegenden stehen, so hat hier unser Volk, das seine Mündigkeit preist, eine vortreffliche Gelegenheit, ein Probestück seiner republikanischen Tüchtigkeit abzulegen. Ob die Trägheit und der Mangel an Theilnahme in allen Dingen wo es mehr zu reden als zu schreien gilt, ob der Zunftgeist und die spießbürgerliche Rivalität, ob die Ungeübtheit in praktischen Geschäften, ob der Mangel aufrichtigen und opferbereiten Bürgersinnes, ob noch viele andere Untugenden, die wir uns angewöhnt haben, nicht im Wege stehen und den Beweis liefern werden, daß eine Regierung hier einmal der politischen Festigkeit des Volkes mehr zugemuthet als es tragen kann — diese Fragen alle wollen wir zunächst unerörtert lassen, die Zeit wird sie hier zur Beleuchtung bringen.

Aber der Weg ist gebahnt; hätte man ihn längst vorbereitet, hätte man in friedlichen Tagen statt des unrühmlichen ministeriellen Siciecismus gegen jede Reform die Arbeiten begonnen, die man jetzt in stürmischen Stunden rasch und gedrängt vollenden mußte, wir stünden heute nicht, wo wir jetzt stehen, und es wäre uns gegönnt, der jungen Freiheit zu genießen, statt die Feinde von ihr abzuwehren, die links und rechts lauern, um auf den Trümmern des jungen Baues das Werk der eigenen Selbstsucht aufzuführen.

**Oesterreich.** Wien, 12. Juni. Heute ist eine neue Ansprache des Kaisers an die Bewohner Wiens hier angelangt, welche morgen veröffentlicht werden wird, worin in noch bestimmten Ausdrücken wir in dem Manifest vom 3. Juni der konstituirenden Reichsversammlung ausschließlich das Recht und die Befugniß anerkannt wird, über die zukünftige Reichsverfassung zu berathen, zugleich aber erklärt wird, daß der Reichstag nur dann in Wien abgehalten werden kann, wenn die Hauptstadt sichere Bürgschaften für Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe während der Dauer derselben bieten wird. Man folgert aus diesem letztern Satz nicht ohne Grund eine wahrscheinliche Verschiebung des Reichstags. Die Stadt ist gegenwärtig ruhig und äußerlich wieder ganz in ihren regelmäßigen Zustand zurückgekehrt. (Allg. Z.)

**Prag**, 8. Juni. Von hier wird dem Börsh. Korr. geschrieben: „Es ist ein merkwürdig Ding um den Slavenkongreß; alle Stammgenossen sollen mit Brudergrüßen umfangen werden, Ein Bruderwort, Ein Bruderherz! Alle begreifen — aber die Brüder verstehen sich nicht. Der Serbe versteht den Polen nicht, der Kroate nicht den Czechen, der Dalmatiner nicht den Ruthenen, und alle verstehen sich untereinander nicht, denn sie sprechen zwar stammverwandte, aber doch sehr verschiedene Sprachen. Wenn es nur nicht gar zu lemisch und widerwärtig wäre für einen Slavenkongreß, der das Deutschthum mit allen Waffen bekämpfen will, so würde man die deutsche Sprache zu allgemeiner Verständigung wählen. Und doch müssen diese Slavomanen am Ende noch zu diesem Mittel greifen, wenn sie sich in der allgemeinen Versammlung verständigen wollen. Jetzt helfen die Sektionssitzungen durch, die nach den verschiedenen Slavenstrahlen getrennt sind. Deutschland möge jedoch diesen Slavenkongreß nicht als unbedeutend ansehen, denn gar mancherlei Tendenzen sind hinter ihm verborgen: offenbar ausgesprochene, gegen die sich Deutschland schon wahren muß; und heimliche, die nicht ausgesprochen werden. Da sind russische und eben so gefährliche polnische, gegen Deutschland gerichtet. Bei den Versammlungen haben die Polen bereits ihren Fanatismus in drohender Weise verrathen. Deutschland sehe sich vor den Polen vor! Sie greifen zu allen Mitteln, um ihr Polenreich wiederherzustellen; Deutschland erscheint ihnen jetzt feindlich, sie werden Alles gegen dasselbe aufhetzen, mögen es die österreichischen Slaven, ja mögen es die Russen sein. Ein revolutionirtes Deutschland aber begünstigt am meisten ihre Zwecke. Kein Geld sparen sie zur Unterstützung ihrer Plane; Wien, Berlin, Prag wissen davon; Paris hat es erfahren und soll es jetzt wieder erfahren. Deutschland und Frankreich nehme sich vor den Polen in Acht!

Ferner heißt es in einer Münchner Korrespondenz der Allg. Z: Privatbriefe, die gestern und heute aus Prag hier eingetroffen sind, äußern einstimmig die Besorgniß, daß es dort bald zu einem ernstlichen Zusammenstoß kommen wird; zugleich sprechen sie aber auch ebenso einstimmig die tiefste und gerechteste Entrüstung aus gegen den böhmischen Adel, der in heilloser Verblendung und unseligem Verkennen seines eigenen Interesses, seine deutsche Abkunft, seine deutsche Namen vergessend, mit den Feinden der deutschen Sache sich verbindet und auf jede Weise dieser entgegenwirkt. Der böhmische Adel scheint bei seinem schmachvollen Verhalten von der Berechnung geleitet zu werden, daß es ihm mit Hilfe der unwissenden fanatisirten Masse der Czechen gelingen werde, seine alten Vorrechte und Privilegien, soweit sie nicht schon von der Fluth der Ereignisse hinweggeschwemmt worden sind, zu behaupten, vielleicht selbst die verlornen wieder zu gewinnen. Von Frankfurt ist allerdings in dieser Beziehung Nichts für ihn zu hoffen und von Wien eben so wenig; daher regt man nach beiden Richtungen hin gegen die deutsche Sache auf, und scheut sich nicht in diesen reaktionären Gelüsten selbst die Einheit und den Frieden des großen Gesammtvaterlandes dem blosen Eigennutze zu opfern. So ist jetzt der Stand der Dinge dort.

Auch die Allg. Oester. Zeit. mahnt Deutschland nun zu unverweilten, kräftigem Einschreiten. In Prag selbst, welches bis jetzt der Hauptsitz der czechischen und überhaupt slavischen Umtriebe ist, würden deutsche Bundestruppen von der ganzen, jetzt eingeschüchterten deutschen Bevölkerung mit offenen Armen aufgenommen werden.

Aus Leipzig, 14. Juni, berichtet die D. Allg. Z.: Nachdem heute Morgen schon das Gerücht hier umlief, daß Prag gesperrt sei, kommen uns durch Reisende, welche früh um 5 Uhr von dort abgereist sind, folgende nähere Nachrichten zu, die wir mittheilen, ohne sie verbürgen zu können. Heute sind allerdings weder Wiener Zeitungen und Briefe, noch dergleichen aus Prag eingetroffen. Alle Anzeichen, berichtete der Reisende, die sich in den Tagen vor dem Feste kundgegeben, scheinen darauf hinzudeuten, daß die czechische Partei eine allgemeine Schilderhebung deabsichtigt habe, und am zweiten Pfingstfeiertag veranstaltete dieselbe in Verbindung mit den czechischen Studenten ein feierlichst Hochamt im Freien, wodurch eine ungeheure Volksmasse zusammengezogen wurde. Hier gelobte man sich unerschütterliche Verfolgung der czechischen Sache, und nachdem die Masse ge-

Digitized by Google

förig sanctionirt war, ging sie gegen Mitternacht 12 Uhr in die Stadt zurück und zunächst vor die Wohnung des Commandanten, um friedliche wahrscheinlich eine Kaiserumzüge zu bringen. Die Gerüchte aber, welche bereits im Hofe umgingen, fanden zum Thor heraus und suchten die Menge zu zerstreuen, und es kam hier schon zum Handgemenge. Auch in den Straßen stießen Volk und Militär hart aneinander, und auf mehreren Seiten sah man Barrikaden erbauen. Der Kommandant Fürst Windischgrätz ließ jetzt Alarm schlagen und gab bis um 4 Uhr Zeit, die Barrikaden wieder abzutragen. Allein der Tumult steigerte sich von Minute zu Minute, die Barrikaden wurden noch vermehrt, und ein Haufe Pöbel schoß gegen die Wohnung des Fürsten von Windischgrätz, wobei die Fürstin, am Fenster stehend, am Kopfe verwundet wurde. Jetzt ließ der Fürst anrücken, die Kanonen vorfahren und eine fürchterliche Kanonade begann, welche von Nachmittags fünf Uhr bis Abends zehn Uhr unter fortwährendem Kampfe auf beiden Seiten unterhalten wurde. Früh nach 5 Uhr soll der Kampf, der die Nacht über unterbrochen gewesen, sich von Neuem wiederholt haben, und es scheint sich dies aus insofern zu bestätigen, als die Post, welche gestern früh um 7 Uhr aus Prag abgehen sollte, nicht eingetroffen ist. Der Aufstand in Prag sollte durch Alarmfeuer dem Lande mitgetheilt werden, und am zweiten Pfingstfeiertag Abends waren alle höheren Berge beleuchtet.

† Aus Tirol, 14. Juni. Am ersten Mai erblühte, wie Sie wissen, am Baume unsers politischen Lebens der katholisch-konstitutionelle Verein für Tirol und Vorarlberg, dessen Wirken sich bereits in den Adressen gegen die Glaubensfreiheit ꝛc. erfreulichst kundgibt. „Niemand wird das Despartige, Zeitgemäße und Nothwendige eines solchen Vereines in Abrede stellen," sagte die Prosessorin Alb. Jäger und Frl. Kerer ebenso schön als wahr von diesem Institute zu sagen beliebten. Um jedoch über seine Gedanken mit der Welt sich zu verständigen, suchte der Verein ein Sprachorgan und glaubte ein solches in einem „Volksblatte" zu finden. Die obgenannten Professoren kündeu nun in einem Programme „vom St. Urbanstage 1848" an, daß sie die Herausgabe eines solchen Blattes übernommen haben und hiedurch „einem wahren, vielfach ausgesprochenen Bedürfnisse abzuhelfen hoffen". Die beiden Redakteure geben zugleich eine Uebersicht dessen, was sie zu leisten gedenken, sie wollen nach §. 1 der Vereinssatzungen alle feindlichen Einflüsse vom „Kirchlichen Leben Tirols" abwehren, die zulagenden fördern, das konstitutionell-monarchische Princip vor „Entartungen" warnen, und insbesondere jene „Güter und Vorzüge Tirols" in Betrachtung ziehen, durch welche allein Tirol — Tirol bleiben kann". In ihren leitenden oder wie sie sagen, „belehrenden" und in den erzählenden Artikeln wollen sie dem Volke diese Interessen und Grundsätze näher bringen. Die Tagesneuigkeiten werden natürlich „im steten Hinblick auf die Zwecke des Vereins" nach „echtkatholischer Anschauung der Weltereignisse" gegeben, um die Leser „im Gerechtigkeits- und Wahrheitssinn zu bestärken". Auch die zugekommenen Notizen über Zustände, Gefahren, Meinungen ꝛc. im Lande wird die Redaktion der Einheit des Gedankens zu lieb, „frei denützen und verarbeiten". In der Form bezweckt sie Popularität — sie will klar, einfach und lebendig reden — kurz das Volk für die Tendenzen des Vereines auf dem Wege haussreundlicher Kalenderskurse gewinnen. Neben diesem neuen Journale besitzen wir seit Kurzem auch eine „Innsbrucker Zeitung", die Prof. Tunemoser redigirt. Man vermuthet sie soll das liberale Princip im tirolischen Sinne vertreten, doch schwimmt auch diese Vermuthung noch ziemlich embryonisch in dem Urbrei der Probeblätter, die sich von den entzückten Schilderungen der Hof- und Staatsbegebnisse der Kaiserannexionsheit und der tirolischen Volksfreunde nicht losgureißen vermögen. Sie erkennen in diesem literären Eifer unmaßgeblich die Früchte unserer Preßfreiheit, obwohl wir die Verscherung gehen können, daß uns noch zeitweilig eine heilsame Erinnerung zu Theil wird an jene schöne Zeit, wo Tirol noch Nichts wußte von dieser protestantischen Erfindung. So erhielt — beispielsweise — die Redaktion unseres Tirolerboten, den die Mitglieder des kath.-konstit. Vereines den „radikalen" andere Leute hinwieder den „gemäßigten" nennen — bei Gelegenheit eines Artikels über die Tirolerstände eine Zuschrift des Grafen Brandis — worin sie zur Anfnahme einer Entgegnung „aufgefordert und zugleich nachdrücklichst vor der Aufnahme ähnlicher, wühlerischer und perfider Artikel gegen die zunächst zusammentretenden hiesigen Provinzialstände gewarnt wird, widrigenfalls er (der Hr. Graf) diesem wühlerischen Treiben mit amtlichen Artikeln entgegengmentreten genöthigt wäre". Der briefliche Rückäußerung der Redaktion fügte derselbe nur einige naive Bemerkungen bei und meinte „ob denn die Preßfreiheit — (da die Veröffentlichung dieses Falls in Aussicht stand) wirklich jede Indiskretion gestatte"! — So wissen wir auch, daß bei Mittheilung des Weltverschen Kuhrer-Bulletins, welches erzählt wie bei der Erwerbung der verwundeten Gefangenen in Kaiserfranz Priester, welche Liebe und Milde predigen sollten „zugegen haben, diese Sache gut bleiben mußte, weil eine hohe Person erklärte, „daß dies für Tirol nicht passe". — Unsere Stände sind nun auch eröffnet worden und haben vorerst einen Zuruf an die Wälschtiroler erlassen, welche wirklich nicht gewußt haben und am Landtage fehlen. Aus Frankfurt erfahren wir gleichfalls, daß diese Zwischenhändler, zwischen Tirol und Deutschland getrennt, unter österreichischer Oberherrlichkeit eine besondere, italienisch verwaltete Provinz bilden wollen, dabei aber hoffen, unsere Entbergigkeit werde ihnen die Grenze an der deutschen Etsch offen lassen. Bis nun diese Fragen beseitigt sind und die neu Erwählten ihre Gruppe erproben, können wir uns an der Leichenrede erbauen, die Graf Brandis im Hofe Eilenschützenfeiertage Grabsermone den aufgelösten alten Ständen in einer Extrasitzung des Tirolerboten gehalten hat, oder näher bezeichnet seiner eigenen, siebenjährigen Amtsführung als Landeshauptmann. Der Grundgedanke dieses offenen Sendschreibens ist, daß die Stände unter seiner Leitung das Vollkommente geleistet haben und noch übergreiflich mehr geleistet haben würden, wenn die Regierung ihnen nicht hinderlich im Wege gestanden wäre. Alles Gute geschah immer erst auf ihre „wiederholten, dringenden Verwendungen und Bitten", und noch viel Besseres wurde von den Hofstellen und den Gubernium „abgelehnt, nicht berücksichtigt, und ohne Erfolg gelassen". Nun wollen viele Gutunterrichtete wissen, daß die meisten Punkte des Banegyrikus eine Widerlegung finden könnten, die der Regierung Manches der zugeschobenen Schuld aus den Sänhen nähme und die einhellige Meinung des Volkes über unsern Landtag und seine Mitglieder aufhebt und bestätigt der Erwähnung einzelner Beispiele. Die beiden Dankschreiben jedoch, die der Landeshauptmann von den Ständen bei Gelegenheit der Straßenbauten und der Festordnung verdient zu haben glaubt, erweitern wir gerne mit dem Bemerken, daß es dem Kongresse mittelst Hilfe des Getreidezolles, den ein armes Land bezahlt, gelungen ist, sehr viele Brodstücke, aber dennoch keine ganze, gute Handelsstraße herzustellen, und daß die Kalamität des Forstwesens der Hofkammerpräsident Frhr. v. Küdeck allein und einzig beendigt hat, ohne daß hiebei die Stände und ihr Obmann „in der Lage gewesen wären" Etwas zu entscheiden. Auf keinen Fall können wir aber die Stelle übersehen, durch welche Graf Brandis mit voller Anerkennung des Verfahrens nachholt, was er der Lustreblung der Zillerthaler zu leisten abermals bedauerlicherweise „nicht in der Lage war". Nachher zu sagen, dem ganzen Landtage zur Erinnerung, wie warm sich die Stände vor 12 Jahren verwendeten, daß der katholische Glaube allein und ausschließend in Tirol erhalten und die Inklinanten im Zillerthal aus demselben ausgewiesen würden. Auch die Versicherung, daß auf den Kongressen „keine glänzenden Reden" gehalten wurden, verdient ihrer Wahrheitstreue halber angeführt zu werden, so sehr wir hinwieder bedauern, daß das Tirolervolk von der Ansicht des Grafen Brandis, als hätten die Stände jederzeit seine Interessen vollkommen vertreten, noch nicht so „genügend überzeugt" ist, wie derselbe sich schmeichelt. Was jedoch am meisten an der Fassung dieser Ansprache einer geneigten Erklärung bedarf, ist der Umstand, daß der abtretende Landshauptmann Graf Brandis ganz absichtlich in den Berwürfen für die Regierung, den Gouverneur Graf Brandis mitgetroffen zu haben. Ihren Lesern geben wir hierüber die beruhigende Versicherung, daß der Hr. Graf, wäre er gelegentlich als Gouverneur abgetreten, nicht im mindesten verlegen gewesen wäre, demselben die nämlichen Verdienste zu winbieren und der Ständen mit ihrem Hauptmanne dieselben Beschuldigungen zuzuschieben. Sie werden es mit dem Grafen nicht denkbar finden, daß er in jeglicher Würde nicht anders, denn als „Ruhmesgröße", wie ihn Bede Weber nebst einem etwas undemessenen Epitheton zu nennen beliebte, abtreten kann. Auch als Gladiator auf dem Adelstande, als welchen wir ihn jetzt in der parlamentarischen Arena auftreten sehen, wird er seinen Lorbeeren nicht entgehen. — Zum Schlusse noch die Nachricht, daß, „sicherem Vernehmen nach", der Kaiser und der Hof am 18. oder 20. Innsbruck verlassen werden.

Triest, 12. Juni. (Durch außerordentliche Gelegenheit.) Meine Vermuthung, daß es dem Kontreadmiral Albini hauptsächlich um eine Blokade zu thun sei, bewährt sich. Das Lloyd'sche Dampfboot Imperatrice, welches gestern mit den nöthigen Lebensmitteln versehen nach der Levante abgehen sollte, wurde von der Flotte zurückgewiesen, mit dem Bemerken, daß Triest seit gestern in Blokadezustand erklärt sei und bente der Regierung davon amtliche Anzeige gemacht werden soll, die aber bis zu diesem Augenblick (Nachmittag um 1 Uhr) noch nicht erfolgt ist. — (Dieses Schreiben erhielt die Allg. Z. durch einen Kurier, welcher am 12. Juni von Triest an die Nationalversammlung

Digitized by Google

abgegangen ist. Die arme Frankfurter Nationalversammlung, die nach allen Seiten hin Rath und Hilfe gewähren soll, den Tristimern gegen die Blokade einer feindlichen Flotte, den Deutschböhmen gegen die Hechten und demnächst auch den Tyrolern gegen die Italiener, da nach dem Falle von Peschiera und der Besetzung Mivolis durch die Piemontesen die Südgrenze von Tirol, deutsches Bundesgebiet, von einer Invasion auf's Ernstlichste bedroht ist!)

**Preußen.** Berlin, 10. Juni. Unter dem Titel: „die deutsche Fronte" erscheint hier eine neue Zeitschrift, welche alles auf dieses Nationalunternehmen Bezügliche enthalten soll. Der Redakteur des Blattes ist der bekannte Schriftsteller Heinrich Smidt, welcher acht Jahre hindurch praktischer Seemann war und fast alle Meere befahren hat. Wir versehlen nicht, die Aufmerksamkeit Deutschlands auf diese Zeitschrift, deren erste Nummer bereits vorliegt, aufmerksam zu machen. (Kaels. Z.)

**Posen,** 11. Juni. Aus Kalisch ist gestern die außerordentliche Nachricht hier eingegangen, daß daselbst auf's Schleunigste ein Lager für hundertausend Mann errichtet werden soll. Die russischen Truppen rücken in Eilmärschen heran, und die ganze Besatzung von Litthauen ist bereits im Königreich Polen eingetroffen. Man ist hier nicht ohne große Besorgniß. (Allg. Z.)

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 14. Juni. Heute früh wurden die beiden Raubmörder, deren letzte Lebensstunden soviel Aufregung veranlaßten, in Kanzlatt enthauptet. Der Vorwurf einer nicht zu entschuldigenden Schwäche wird mit Recht allgemein den obersten Behörden gemacht, und die Vertheidigung eines offenbar halbofficiellen Artikels des Schw. Merkurs von heute Abend ist nicht gelungen. Einmal ist es der Gerichtshof in Eßlingen, der den anpassenden Pfingstdienstag zur Hinrichtung angeordnet hat. Den Grund der Verschiebung der Exekution aber gibt jetzt der angeführte Artikel an: „Gerüchte von Gewaltversuchen, welche gegen den Akt der Gerechtigkeit unternommen werden würden", „die Besorgniß vor zufälligen Theilnehmern an etwaigen Excessen nach der vergangenen Nacht des Pfingstmontags." Statt der rechten Besorge gegen solche Excesse, wenn sie je zu befürchten waren, statt der Entwicklung militärischer Kräfte, wie es ja doch heute geschehen ist, scheute man sich nicht, aus „Besorgniß" die armen Verbrecher lieber zweimal die Todesangst ausstehen zu lassen, die Menge durch die Verschiebung erst zu reizen, das Ansehen der Gerechtigkeit und der Macht der Staatsgewalt selbst bedenklicher Weise aufs Spiel zu setzen. Denn wenn sich in jetziger Zeit die Staatsgewalt durch Gerüchte scheuchen läßt, so ist ihr Ansehen und damit das Vertrauen zu ihr gefährdet. Die bei den beiden Raubmördern bedachte Scheue ist um so mehr zu tadeln, als sie bereits die zweite in dieser Rücksicht ist; nur einigen Wochen sollte in Oberschwaben ein Mörder enthauptet werden; Gerüchte veranlaßten auch damals eine Verschiebung der bereits angeordneten Exekution. Schaffe man die Todesstrafe ab! Wohlan! So lange sie aber gesetzlich besteht, so scheue man solche Schwankungen und Besorgnisse in Ausführung gesetzlichen Spruchs!

**Hannover,** 10. Juni. In der Sitzung der zweiten Kammer am 7. Juni kam dieselbe an die zweite und letzte Abstimmung über den Antrag des Abg. Richter: den König zu bitten, von der Civilliste für die jetzige Nothzeit einen Theil zum Besten des Landes zu verwenden. Die Einnahmen des Königs sind 600,000 Thlr. Civilliste, die englische Apanage, die Zinsen der in englischen Zprovenigen Stocks belegten 600,000 Pf. St. und die Zinsen der Staatsaktien, welche 2,400,000 Thlr. enthält. Abg. Richter vertheidigte seinen Antrag im Interesse der Monarchie selbst, der die Republikaner besonders ihre Kostspieligkeit vorwürfen; Abg. Lang unterstützte ihn, weil er die doch unvermeidliche Wiedervereinigung der Kassen erleichtere. Abg. Lehzen meinte, der König könnte sich unmöglich noch mehr einschränken. Die Kammer nahm mit überwiegender Mehrheit den Antrag an; nur etwa 8 Mitglieder stimmten mit den Ministern. Auch ein Antrag des Abg. Bodungen, im Geheimschreiben die Regierung zu ersuchen, daß sie auf baldmöglichste Zurückziehung der oben erwähnten 600,000 Pf. St. aus den englischen Stocks bedacht sein möge, wurde einstimmig angenommen. (H. M.-Z.)

**Hannover,** 10. Juni. Der Allg. Z. wird geschrieben: Gestern traf von unserm Gesandten in London der vom dortigen bäuischen Gesandten unterzeichnete Waffenstillstandsvertrag hier ein. Da ihm der Friede auf dem Fuße folgen, oder ob noch mehr Blut, das in den letzten Tagen so reichlich vergossen ist, fließen wird, das wagen wir noch nicht zu bruthelfen. (Die A. Z. scheint diese Nachricht von einem verläßlichen und wohlunterrichteten Korrespondenten erhalten zu haben. Während man also einen Waffenstillstand schließt, landen schwedische Truppen auf Fünen. Der Himmel weiß, zu welchen neuen Drangsalen für Deutschland unsere vielen verstecken und offenen Feinde diese Waffenruhe benutzen werden!)

**Baden.** Donaueschingen, 10. Juni. Gestern sind unsere politischen Gefangenen alle auf freien Fuß gesetzt worden. Die Untersuchungen sind jedoch noch nicht geschlossen. Das baierische Hauptquartier ist gegenwärtig hier; die Truppen aller Waffengattungen sind beinahe in allen Ortschaften der Umgegend vertheilt, sie beobachten vortrefflich ein musterhaftes, ruhiges, freundliches Betragen, ohne des nöthigen Ernstes zu entbehren. (Schw. M.)

= Vom Rhein, 16. Juni. Einer Ihrer Frankfurter Korrespondenten bespricht die Wahl Heckers in Thiengen; er ist der Ansicht, die auf den Freischaarenführer gefallenen Stimmen seien ungiltig und demnach der Kandidat, der die nächste Stimmenzahl nach ihm vereinigte, als Abgeordneter einzunehmen. Ich halte dieses Verfahren für höchst bedenklich und zweifle nicht, daß Sie meinen Bedenken Raum in Ihren Spalten gönnen werden. Auch ich halte die Wahl Heckers für einen Akt, der null und nichtig ist; mit gelten die Wähler als Mitschuldige des Freischaarenanführers und wenn es wahr ist, was man behauptet, daß die Gesinnungsgenossen hie und da Aberssen an die 77 Verführten in Bondorf, Blumenfeld und Jestetten vorbereiten, so bewiese das nur, daß die Unterzeichner mit aller Scham auch allen Verstand abgelegt haben. Wir möchten die Republik sehen, die einen monarchischen Prätendenten, der eben mit den Waffen in der Hand über die Grenzen gejagt worden ist, in ihre Nationalversammlung aufnähme; wir sind überzeugt, daß auch der freieste aller Freistaaten in solchem Falle, selbst wenn das Individuum noch so ungefährlich wäre, zu viel Selbstachtung besäße, um sich solch freche Verhöhnung stillschweigend gefallen zu lassen. Ist denn die Souveränität des Volkes schließlich nichts Anderes als die Willkür der Einzelnen; kann dieses einzelnen Akt, der Heckers, jeder Richtthum, freigewandt sein? Eine Eigenmächtigkeit, die er Souveränetät nennen, den widerstreben wollen, was das souveräne Volk in seiner Gesammtheit durch die Mehrheit seiner Vertreter als unzweideutigen Willen ausgesprochen hat? Noch einmal; wir möchten die Republik sehen, die sich durch das souveräne Volk in Schilda oder Fischfensingen das monarchische Prätendententhum aufreinen ließe, wir möchten aber auch die Monarchie sehen, die sich feetreiben ließe, der heuchlerischen Vorspiegelung mildern, versöhnlicher Gesinnung unbedacht zu folgen und den Schürer des Bürgerkriegs zur heiligsten und geöhten Mission, die dem Volke seit langer Zeit übertragen war, zuzulassen. Kurz über die Giltigkeit der Wahl kann kein Zweifel obwalten; es fragt sich nur, wie man dem Wahlbezirke gegenüber zu verfahren hat, der eine nichtige Wahl vorgenommen hat. Den Mann der Wahl zu einbernen, hat etwas Schein baren, wenn man wie Ihr Frankfurter Korrespondent die für Hecker Stimmenden als gar nicht anwesend betrachtet oder vielleicht sich auch durch die Persönlichkeit des Minoritätskandidaten gewinnen läßt; aber die für Hecker Stimmenden waren anwesend und der §. 79 unserer badischen Wahlordnung sagt fest, daß der Gewählte „wenigstens eine Stimme weiter als die Hälfte aller Anwesenden" erhalten muß. Wie scheint, als könne man von dieser Bestimmung nicht abgehen, ohne in eine gefährliche Anachie der Begriffe zu gerathen und Minoritätsmahlen gut zu heißen — und das sollte man nie und nimmermehr, auch wenn in diesem einzelnen Falle der Kandidat der Minorität unzweifelhaft politisch und sittlich würdiger ist, in der deutschen Nationalversammlung zu sitzen, als der der Majorität. Wir schlagen den Weg, der einfachsten war, sehr einfach. Der §. 84 der badischen Wahlordnung sagt: „Wenn keine der Abgeordnete den Mangel der Wahlbarkeit zugetheit, sowie in dem Falle, daß dies zwar nicht geschieht, der Kommissär aber die Erklärung des Betheiligten, nach den klaren Worten der Verfassungsurkunde, ungenügend und die Sache durchaus nicht zweifelhaft findet, so hat derselbe ohne Weiteres eine zweite Wahl anzuordnen, und beide Wahlhandlungen der landesherrlichen Centralkommission zur Entscheidung vorzulegen". In dem vorliegenden Falle konnte der Wahlkommissär nicht im Geringsten zweifelhaft sein, daß der Gewählte die Wahlbarkeit nicht besaß; eines ausdrücklichen Zugeständnisses von dessen Seite bedurfte es in diesem Falle natürlich nicht. Der Kommissär hatte also „ohne Weiteres eine zweite Wahl anzuordnen", und wir natürlich den Wahlmännern zugleich zu eröffnen, warum dies geschehe. Es ist dies unterblieben; so mag es denn die Regierung nachholen. Sie hat den Wahlmännern zu eröffnen, daß aus den bekannten Gründen eine neue Wahl stattfinden müsse und hat sie über ihren Irrthum aufzuklären. Sollte dann die Mehrheit abermals Hecker wählen, so erklärt sie damit indirekt, daß sie sich ihres Wahlrechts begibt; denn indem sie einen Unmöglichen wiederholt wählt, gibt sie die Möglichkeit ihres Wahlrechtes Preis. Ein weiterer Akt ist dann überflüssig; der

Digitized by Google

Beziehung hat es zu verantworten, wenn er unvertreten bleibt, denn er hat seine Mehrheit gewählt, die statt einen Wahlbezirk zu wählen, es vorzieht, eine Demonstration politischen Trotzes gegen die Regierung aufzuführen.

**Hessen.** ☽ Darmstadt, 16. Juni. Großherzog Ludwig II. ist heute Nachmittag um 3 Uhr im 71. Lebensjahre verschieden. Er war geboren am 26. Nov. 1777, vermählt am 19. Juni 1804 mit Prinzessin Wilhelmine von Baden, des Großherzogs Karl Schwester, und Wittwer seit dem 27. Januar 1836. Seinem Vater, Großherzog Ludwig I., der gerade 40 Jahre lang regierte, folgte er am 6. April 1830 auf den Thron, den er in den Stürmen zu Anfang des Monats März d. J. seinem Sohne, dem jetzigen Großherzog Ludwig III., als Mitregenten überließ.

* **Aus Thüringen**, 14. Juni. Ich erlaube mir einige Worte über die beiden letzten Nr. der W.-Z. vom 9. u. 10. und die darin besprochene provisorische Centralgewalt. Einverstanden mit den Lahmen und Hinkenden aller Provisorien und dem noch schlimmern Interimikstium eines Gouvernements, fragt sich's, ob dem in Aussicht gestellten nicht noch die Bezeichnung eines unheilbringenden beizufügen sei; wohl würde das Triumvirat mit seinem verantwortlichen Ministerium für und fertig zu einer nachfolgenden Definitive da stehen, diese aber weit eher sich hinneigen zur Republik mit 3 Konsuln, oder wenn nicht gleich, doch sich anschließend an die Folge einer Reaktion, die Sie selbst, wenn auch in andern Sinne, vorbedacht haben. Sodann aber würde einem so gewählten resp. empfohlenen Triumvirat eine sehr bedenkliche Grundlage principiell gegeben sein, und zwar in doppeltem Sinne. Dreißig Millionen Protestanten würden zurückstehen hinter fünfzehn Millionen Katholiken, und 15 Millionen deutscher Brüder hinter 15 Millionen Nicht-Deutscher in Deutschland und 4½ Mill. in Baiern; ja sie gälten nicht einmal ebensoviel. Wenn dort ein Religionskrieg in Aussicht, so wäre hier fast alle Aussicht verschwunden auf ein deutsches Haupt aus der preußischen Dynastie, das vor Allem zu basten ist auf das volle Drittheil Deutscher in den neuen Deutschlands Gesammtbevölkerung. Es darf nicht befremden, wenn alle Katholiken, Republikaner und Preußenfeinde — doch mit ehrenwerthen Ausnahmen und bloß vorgeschobenen Dissentern, dem Plane beistimmen; denn die beiden Principien sind zu unlockend. Möchte die Noth, die uns so nahe und so drohend steht, den Muth hervorrufen, die Reichsgewalt in ihren dringendsten Elementen, wenn auch auf Zeit, in Antrag zu beingen: Preußen als des Reiches Haupt, Sagern Kaiser, Wrangel Marschall. Rußlands Bündniß mit Schweden und Dänemark gilt sonst nicht dem kleinern Schleswig, sondern dem ganzen großen Deutschland. Sein eiserner Arm umschlingt und nun vom Sund bis zum schwarzen Meer; es kann heute vor Königsberg, Breslau, Krakau und Belgrad stehen, um unsere Konstitutionen und sreisinnigen Institutionen, die ihm den Untergang seiner Knute drohen, zu vernichten und eine Reaktion in großem Maßstabe in Scene zu setzen; vor dieser Reaktion, nicht vor der eines Nachtwächters, wenn er mal eine unrechte Stunde ausruft, sollten wir zittern. —

**Schleswig.** Rendsburg, 12. Juni. Ein heute hier angekommener Officier des v. d. Tannschen Korps berichtet, daß er am gestrigen Morgen (Sonntag) Apenrade mit einem Transport Leichtverwundeter und Kranker, so wie einiger Bagagewagen, gerade in dem Augenblick verlassen habe, als Generalmarsch durch die Stadt liegen, jetzt schon gegen 800 Mann starke Korps geschlagen und einige Verwundete (vielleicht aber auch nur Kranke) in die Stadt gebracht worden, während zu gleicher Zeit auf der Rhede eine Fregatte, ein Dampfschiff und einige Kanonenboote erschienen. Mehrere der Leichtverwundeten seines Transports sprangen sogleich vom Wagen, um an dem scharfen bevorstehenden neuen Kampfe Theil zu nehmen. Er selbst führte seine Kranken nach Flensburg, nachdem er die Bagage den preußischen Vorposten übergeben. Aus diesen einfachen Daten scheint sich nun das Gerücht gebildet zu haben, daß das v. d. Tannsche Korps in bedenklicher Weise von feindlichen Truppenmassen umzingelt worden und in Gefahr sei, aufgerieben zu werden. Indessen war bis zur gestrigen Mitternacht im Flensburger Hauptquartier auch noch nicht die geringste Kunde von einer solchen Umfassung und Gefahr des Korps gekommen. Im Gegentheil deuten die letzten von dorther eingetroffenen Nachrichten darauf hin, daß die Dänen bis zur Grenze zurückgedrängt sind. — Auf Fünen sind 6000 Schweden gelandet. (— Nach den letzten, vom 10. datirten Kopenhagener Blättern, waren nur zwei Dampfschiffe mit schwedischen Truppen in Nyborg angekommen. —) Die auf „Dronning Maria" gefangen gehaltenen 7 Aerzte (Nichtcombattanten) sind gegen eben so viele dänische Aerzte umgetauscht worden. Ihre Erzählungen von den in den ersten Wochen der Gefangenschaft ausgestandenen Leiden, im unterdecken finsterdunklen Schifferaum, Tag und Nacht klappernd vor Kälte, Wasser und Brod als einzigen Nahrungsmittel und mit der Aufsicht, dem Tode bestimmt zu sein und ihn jeden Tag erwarten zu können, alles das gibt ein Bild, bei welchem Einem die Haare emporsträuben. Jetzt ist die Lage der zurückgebliebenen Gefangenen erträglich, so weit sie sich durch eigene Mittel einige Erleichterungen verschaffen können. Was hinübergeschickt wird an Erquickungen, an Geld, wird redlich vertheilt, den Unbemittelten zum großen Trost, da sie selbst ihre Wäsche bezahlen und theuer bezahlen müssen. — Aus Flensburg erfährt man noch, daß der Sohn des norwegischen Statthalters Löwenskjold erst gestern daselbst an seinen Wunden gestorben ist. Die Komplemente der verschiedenen Bundescontingente fangen an hier einzutreffen und werden die letzteren wohl noch im Laufe der Woche hier vollständig beisammen sein. (S.-H. Z.)

Kiel, 11. Juni. Der Ausfuhr der „Galathea" gegen die „Rajade" beruht auf einem Irrthum; das gegen erstere aber von der Lyder Schanze mehrere scharfe Schüsse abgefeuert worden, hat seine Richtigkeit. Sie erhält seit täglich Besuch von Fregatten, Korvetten und Dampfschiffen, die aber, kaum erschienen, sofort wieder verschwinden. Die Bewachung der Küste von Seite der Strandwache ist durch ein von hier abgesandtes Militärkommando erweitert worden. — Gestern Nachmittag ging das bisher hier stationirte hannoversche Armeekorps nach in der Nacht ergangener Staffette pr. Eisenbahn nach Rendsburg, um von da weiter gen Norden zu ziehen. Unmittelbar vor dem Abmarsch desselben wurde es von einem gegen 800 Mann Karlen, aus Bremern und Lübeckern bestehenden Korps ersetzt. (S.-H. Z.)

† Frankfurt, 16. Juni. Der Vorsitzende der konstituirenden Nationalversammlung setzte gestern die auf heute bestimmte Sitzung auf morgen an, weil Nichts zur Berathung vorlag, indem es keinem Berichterstatter der verschiedenen in Thätigkeit begriffenen Ausschüsse möglich gewesen war, den abzuhaltenden Bericht bis heute morgen zu vollenden. Von dieser Unmöglichkeit hatte sich Herr von Gagern persönlich in den Ausschüssen überzeugt. Aber die ängerste Linke, welche abendlich im „Deutschen Hofe" zusammenkommt, ließ diese Gelegenheit nicht unbenützt. Unter dem Vorsitze des Herrn Simon aus Trier beschloß sie gestern Abend, „dem Volke zu zeigen, daß sie voran wolle", sie erklärte „sich durch die Eigenmächtigkeit des Vorsitzenden der Nationalversammlung verletzt", sie faßte den Beschluß, sich dennoch heute um zehn Uhr in der Paulskirche zusammenzufinden, sandte sofort Deputationen in die verschiedenen Versammlungslokale der Abgeordneten, um Alle von diesem Beschlusse in Kenntniß zu setzen und zum Beitritte aufzufordern. Auch an das Präsidium war eine aus den Herren Schüler (von Jena), Umbscheiden und Spatz bestehende Deputation gesandt, welche Herrn v. Gagern im Englischen Hofe traf. Sie berichtete, daß Hr. v. Gagern auf dem Rechte bestanden, die Sitzung auf den 17. zu verschieben, und ihr die Gründe mitgetheilt habe, warum er dies im Interesse der Nationalversammlung selbst und ihrer Mitglieder thun zu müssen geglaubt. Niemand bestritt die Haltbarkeit dieser Gründe mit nur einem Worte; aber um so fester blieb man bei dem gefaßten Beschlusse, um so größern Beifall jauchzte das theilnehmende Publikum der entschlossenen äußersten Linken zu. „Das sind famöse Kerle", rief ein vor mir stehender Handlungsdiener, „vor denen habe ich aber Respekt", sagte ein Zweiter; „das ist köstlich" sprachen anwesende Studenten. Als gar aus der „Loge Sokrates" die zum Linken gehörenden Osterreicher in den Deutschen Hof rückten, um nicht nur dem Beschlusse beizutreten, sondern „ihren deutschen Brüdern persönlich ihre Bewunderung auszudrücken", als Hartmann die übrigen Osterreicher, die nicht mitgewollt, „Leichen" nannte, „die der Strom der Zeit auswerfen werde", als Wiesner diese „Leichen" in Schutz nahm, weil sie nach den neuesten Wiener Vorgängen sich gleichfalls noch der Linken anschließen würden, da wollten die Lebehoch und das Mützenschwenken nicht enden, und als Arnold Ruge gar aufsprach, sie wollten Alle ihren Kopf daran setzen, nämlich an die Freiheit, da war Deutschland für den Abend gerettet.

### Schweiz.

Luzern. Am 13. Juni sind in aller Frühe die nachbenannten Herren: der Probst und bischöflicher Kommissär Melchior Kaufmann, der Stadtpfarrer Melchior Rickenbach und der Schuldirektor Hürlimann, ehemaliger Kaplan von Cham auf Anordnung der Polizeidirektion verhaftet worden. Nach einer andern Nachricht traf die Verhaftung nur den Hrn. Kaufmann und einige Kapuziner. Bei den Dekanen der Kapitel Luzern, Sursee, Willisau und Hochdorf, sowie bei mehrern andern Geistlichen und einigen Konventualen von St. Urban wurden die Schriften unter Siegel gelegt. Ein Korrespondent der „Berner

Digitized by Google

Zeit," deutet an, daß Publikum setze diese Maßregel mit der Brunnprocedur in Verbindung. Wahrscheinlicher ist es, daß sie mit der Beobachtung zusammenhängt. Es wird weiterhin berichtet, Probst Kaufmann habe Cirkularе an die Geistlichen erlassen, in welchen eingeschärft wurde, die Klosteraufhebung nach dem Concil. tridont. mit dem Bannstuche zu belegen, und allen den Klosterzuaufhebern, sowie den Nichtbetandten die Absolution zu verweigern. Die Kapuziner hätten dieses am Pfingsten practicirt.

Das Bellin, nach diesen schönen Thälern und trefflichen Weinbergen unsern Radikalen schon der Mund wässerte, so daß Solothurn bereits in einem Kreisschreiben die Stände auf die Erwerbung dieses schönen Kantons Bellin aufmerksam machte, hat sich nun mit 20,883 Stimmen gegen 3 (unter 96,000 Einw.) für den Anschluß an Piemont entschieden. Vielleicht wäre uns der Belliner theurer zu stehen gekommen, so daß man besser thut, ihnen bisher zu lassen. (Bas. Z.)

## Dänemark.

Kopenhagen, 10. Juni. Unterm 5. Juni ist eine Verordnung erschienen über die Ausstellung zinstragender Kreditbons und Auflegung einer Kriegsthener von 4 Millionen. (E. H.)

Kopenhagen, 10. Juni. Unser König ist am 7. d. zu Malmö eingetroffen, wo Se. Maj. an der Schiffsbrücke von König Oskar und den Prinzen Karl Gustav und Oskar von Schweden mit großem Gefolge und einer Abtheilung Husaren empfangen wurde. Beide Könige fuhren sogleich zur Reitbeng. Unterwegs wurden sie von Tausenden versammelten Menschen mit unermeßlichem Jubel begrüßt. Am folgenden Tage war Revue über mehrere Regimenter, darunter Kronprinz-Husaren, und von da begaben sich die beiden Könige nach Landskrona, um die Artillerie und andere Truppen zu mustern. Heute Morgen hat unser König Malmö wieder verlassen und sich über Helsingör nach Frederiksborg begeben. — Die schwedischen Truppen sind endlich auf dänischem Boden angelangt, und zwar haben drei unserer Dampfschiffe 4500 Mann vorgestern direkt nach Nyboeg gebracht. Eine andere Abtheilung wird nach einem kurzen Aufenthalte in Helsingborg mit Dampfschiffen nach Helsingör gebracht werden, um von da über Kopenhagen und Roskilde nach Corsör abzugehen. Ueber den Zweck dieser Truppensendung ist man noch immer nicht im Klaren; im Publikum schmeichelt man sich, daß sie uns thätige Mitwirkung angedeihen lassen werden; indessen deutet bis jetzt noch nichts auf eine solche Absicht. — Mit eben so ängstlicher Spannung verfolgt man die Bewegungen der russischen Flotte. Man will nicht weniger als 19 Kriegsschiffe ersten Ranges auf verschiedenen Punkten der Ostsee erblickt haben; und daß die russische Fregatte Pallas sich vor der Kieler Bucht gezeigt, wird als ein Vorbote für das Erscheinen der ganzen Flotte angesehen. — Nach Berichten aus Frederiksvärn (Norwegen) vom 2. d. war daselbst Befehl eingegangen, 12 Kanonenschaluppen auszurüsten, die von Kapitän Meyer besetzigt werden sollen. Am Bord dieser Flotille, die aus drei Divisionen besteht, befindet sich ein ganzes Bataillon. Die Fregatte Freia wird ebenfalls ausgerüstet, und drei Kapitäne haben Befehl, 1200 Seeleute im Lande anzuwerben. (E. L.)

## Schweden.

Malmö, 6. Juni. Auf unserer Küste stehen jetzt ca. 15,000 Mann mit 60 — 70 Kanonen, und auf der Rhede liegen mehrere große Kriegsschiffe, andere werden erwartet, so wie 12 — 16 große russische. Der König ist heute angekommen, und man sagt, er gehe morgen nach Kopenhagen, die Truppen erst später. Ich hoffe doch, daß Friede eintreten wird, und das wäre wohl das Beste für Alle. (E. H.)

Gothenburg, 7. Juni. Diesen Morgen um 1 Uhr fing die Einschiffung der vier Regimenter Infanterie in dänischen Schiffen an und dauerte bis 9 Uhr Vormittags, worauf sie, von dänischen Dampfern begleitet, mit starkem konträren Winde in die See gingen, wie man sagt, nach Nyborg, wo sie Morgens antommen sollen. Der Schiffsraum war so beschränkt, daß, obschon man die Mannschaft sehr zusammenstaute, dennoch 300 Mann zurückbleiben mußten. Es erregte ein eigenes Gefühl, diese braven schwedischen Truppen an Bord dänischer Schiffe gehen zu sehen. Man fängt nachgerade an, die Folgen des Krieges bedeutend im Handel und in den Kreditverhältnissen zu spüren, und erfolgt nicht bald eine Beilegung und eine völlige Rückkehr zum Frieden, so dürften bedeutende Bankerotte nicht ausbleiben. — P. S. Welche vortreffliche Vorkehrungen die Dänen zur Abholung unserer Truppen getroffen, können Sie daraus schließen, daß die Schiffe in der See umwenden und wieder einlaufen und wiederum — als überzuaut — 500 Mann aus Land setzen mußten, welches außerordentlich böses Blut verursacht hat. Schlimmer wird es wohl, wenn man hört, wie es den anderen gegangen ist. (— Nach dem Berichte eines heute von Nyboeg hier in Hamburg eingetroffenen Reisenden waren dort bereits 4500 Mann schwedischer Truppen gelandet. —) (E. H.)

## Großbritannien.

London, 13. Juni. Das M. Chr. zeigt an, daß der Graf von Mirasol bereits am 9. Juni London wieder verlassen hat. Seine Ausgabe, durch unmittelbaren persönlichen Verkehr mit den englischen Ministern die Differenz zwischen England und Spanien auszugleichen, ist als gescheitert zu betrachten.

Der Herald glaubt versichern zu können, daß der König von Preußen beschlossen habe, die Krone zu Gunsten des Prinzen von Preußen niederzulegen; dieser Entschluß des Königs habe seine Minister veranlaßt, die Rückkehr des Prinzen zu beschleunigen. (?!)

Die englischen Zeitungen enthalten eine Menge Berichte über charttistische Versammlungen, welche am Pfingstmontag in Edinburgh, Manchester, Nottingham, Bradford, Oldham, Newcastle und andern Fabrikorten gehalten wurden. Die gewöhnlichen Aufzüge mit breitfarbigen und grünen Flaggen, die gewöhnlichen Reden und Beschlüsse! An mehreren Orten kamen die angesagten Versammlungen nicht zu Stande, an anderen waren sie ziemlich dürftig besucht, an der Versammlung in der Nähe von Bradford dagegen nahmen an 30,000 Menschen Theil, denen übrigens bei der Rückkehr mehrere Banner von dem Militär weggenommen wurden. Sonst lief Alles friedlich ab. Der Chartismus hat in den Fabrikstädten jedenfalls eine sehr weite Ausdehnung gewonnen, während er in der Hauptstadt selbst mit eine ärmliche Rolle spielt. Hier kamen die angesagten Versammlungen am Pfingstmontag nicht zu Stande, theils wegen der großartigen militärischen und polizeilichen Vorkehrungen dagegen, theils wegen des strömenden Regens; die hauptstädtischen Chartisten fürchten die Ersteren ebenso sehr, als ihnen der Letztere unangenehm ist.

Die Nachricht von einem Aufstande in Lahore bestätigt sich. Mulraidsch, der Divan von Multan, ist aufgestanden und hat sich an der Spitze von angeblich 10,000 Mann, und nachdem er die kleine Mannschaft der Kapitäne Anderson und Hand Agarew gefangen, des starken Kastells von Multan bemächtigt. Ueber das Schicksal der beiden englischen Kapitäne weiß man nichts Sicheres; Erstre sollen verwundet, Anderson an seiner Wunde gestorben, Hans Agarew gefangen und in engen Gewahrsam gebracht sein. Sofort nachdem dieses Ereigniß in Lahore bekannt geworden, wurden drei Regimenter Infanterie, ein Regiment Reiter und eine starke Geschützabtheilung nach dem bedrohten Punkt entsendet, andere Truppen rückten von Ferozepore nach Lahore aus. Die gegen Multan beorderten Truppen stehen unter dem Befehl des Brigadegenerals Campbell.

Das Morning Chronicle legt übrigens dieser Empörung keine große Bedeutung bei und meint, daß wohl die nächste ostindische Post bereits die Meldung von ihrer Dämpfung bringen werde. Auch auf die Börse hat diese Nachricht keinen oder wenig Eindruck gemacht. Dagegen findet man in den Times eine Notiz, worin es heißt, daß Briefen aus Malta zufolge an mehreren Punkten des Reiches Lahore (nicht in der Hauptstadt gleichen Namens) bedenkliche Unruhen ausgebrochen wären.

In mehreren deutschen Zeitungen lesen wir folgende Nachricht, die wir in englischen Zeitungen gefunden zu haben uns nicht erinnern, daß nämlich die Lords des Schatzes auf Ansuchen des dänischen Gesandten Befehl an sämmtliche Zollämter des Königreichs gegeben, alle Sendungen von Waffen und Kriegsvorräthen nach Deutschland zu verhindern, sobald sie überzeugt wären, diese Kriegsbedürfnisse sollten gegen die dänische Regierung gebraucht werden. — Hierzu bemerkt die Köln. Z.: Vor Kurzem gaben die englischen Blätter Nachricht von theilweise bereits ausgeführten Waffensendungen der dänischen Regierung. Warum wurden diese nicht verhindert? Wo bleibt Englands Neutralität? Sind die zahlreichen deutschen Gesandtschaften in London weniger thätig gewesen, als die dänische? Haben sie keine Schritte gethan, oder sind diese Schritte vergeblich gewesen? Deutschland ist berechtigt, hierüber Aufklärung zu verlangen.

Dem Globe zufolge haben nicht weniger als 21 Handelsschiffer in Kopenhagen in Folge des Krieges ihre Zahlungen eingestellt; Dänemark sei nicht im Stande, den Krieg auf eigene Rechnung noch lange fortzuführen. Und dennoch zieht Dänemark den Krieg, welcher mit dem fremden auch den eigenen Kaufmannsstand plagt, in die Länge und scheint nicht die geringste Lust zu spüren, die Hand zum Frieden Deutschland entgegenzustrecken. Die Gelder, mit denen Dänemark den Krieg fortsetzt, dürften so gut fremdes Kontingent sein,

Digitized by Google

als die heranziehenden schwäbischen Bajonette, nur freilich werden diese Münzen schwerlich mit dem Bildnisse Königs Oskar geschmückt sein.

## Frankreich.

Paris, 14. Juni. Der Schluß der gestrigen Sitzung sah anders aus, als es der Anfang erwarten ließ; die Nationalversammlung hat mit großer Mehrheit die Zulassung Ludwig Bonapartes beschlossen und damit der Regierung nach dem vorgestrigen Vertrauensvotum, das wir freilich nur als eine kurze Frist bezeichnet haben, eine neue Verlegenheit bereitet. Alle Parteien, welche der Regierung ahold sind, haben sich vereinigt, dies unerwartete Resultat herbeizuführen; Thiers und Odilon Barrot auf der Rechten, Louis Blanc auf der Linken, haben für die Zulassung des Prätendenten gestimmt, indeß der orpublikanische Anhang der Regierung und die Regierung selbst dagegen votirte. Alle Parteien, so verschieden auch ihre Empfindungen dabei sind, äußern ihre Ueberraschung; das „Journal des Débats" bemerkt höhnisch, die Nationalversammlung komme ihm wie ein rauher Sünder vor, der nach jedem Vertrauensvotum für die Regierung sich an die Brust schlage und sage: Vater, ich habe gesündigt!

Das Bedeutendste in dem zweiten Theil der gestrigen Sitzung war die Rede von Leon Rollin. Er erinnerte daran, daß ein Gesetz bestehe, das Louis Napoleon vom französischen Gebiete ausschließe; die Regierung habe erklärt, von diesem Gesetze im Interesse der öffentlichen Sicherheit Gebrauch machen zu wollen, die die Nationalversammlung anderer Ansicht sei. Diese aber sei souverän und könne nun beschließen, was ihr gut dünke. Er für seine Person könne verstehen, daß Gefahr drohe, eine Unterfuchung sei eingeleitet, und sie zeige bereits, welche Mittel angewendet worden seien, um die Massen aufzuwiegeln und für die Sache des Prätendenten zu gewinnen. Und wenn auch die Republik stark genug sei, um einem Prätendenten zu widerstehen, so sei es doch Pflicht der Regierung gewesen, durch eine Präventivmaßregel zu verhindern, daß auch nur ein Tropfen Bürgerblut in dieser Sache vergossen werde. Habe Louis Napoleon auch nur ein Mal sich für die Republik ausgesprochen? Appellire er nicht im Gegentheile bei jeder Gelegenheit an seine auf das Erbrecht gegründeten Ansprüche? Nun denn! dieser Stellung Louis Napoleons gegenüber möge die Versammlung thun, was ihr weise dünke. Die Aufrechthaltung des Gesetzes sei nur eine provisorische — sei die Ruhe hergestellt, die Gefahr beseitigt, so könne das Gesetz widerrufen werden. Wenn aber Unruhstifter sich des Namens Napoleon bedienten, um die Republik zu befriegen, so müsse man sie ohne Gnade bekämpfen, und Alles werde sich mit dem Rufe gegen sie erheben: Es lebe die Republik! (Von allen Bänken des Saales und aus den Tribunen erschallt der enthusiastische Ruf: Es lebe die Republik!)

Es war von der anderu Seite vielfach die Volkssouveränetät vorgeschützt worden, die es verbiete, eine Volkswahl anzutasten. Darauf antwortete Leden Rollin mit einem schlagenden Beispiele. Was sich in Deutschland alle Sehrzigung verbient, da man auch hier jeden Unfinn und jeden Frevel mit dem Schilde der Volkssouveränetät zu decken sucht. „Die Souveränetät des Volkes, sagte er, erstirt in dem Ganzen; sonst, bemerkt wohl, könnte es einem bejaugenen Bezirke einfallen, einen Prätendenten zu wählen, den Ihr eben als solchen bezeichnet, den Ihr durch ein Gesetz geächtet habt. Es kann einem andern Bezirk einfallen, z. B. den Grafen von Paris oder Heinrich V. zu wählen, und wer wollte von Euch behaupten, daß ein so verirrter und widerstehender Bezirk füe sich allein so viel wiege, als die Gesammtheit der Nation? Ich wiederhole es, man kann in solchem Falle nicht sagen, daß man die Souveränetät eines Abgeordneten des Volkes anlaste, wenn das souveräne Volk selbst seine Souveräne, das heißt den Bezirk sich vergriffen, sich getäuscht hat, daß er Eigenschaften voraussetzte, die nicht vorhanden waren. Auf die Gesammtheit der Nation muß man achten und nicht auf den vereinzelten Wunsch eines Bezirkes; das sind die Grundsätze."

Dessen ungeachtet entschied die Mehrheit der Versammlung anders und bereitete damit der Regierung eine neue Verlegenheit. Auch wenn das heute verbreitete Gerücht, Ledru Rollin habe in Folge der Abstimmung seine Entlassung gegeben, mehr frommer Wunsch als Thatsache ist, so steht man doch auf dem Frohlocken der reaktionären und oppositionellen Blätter, aus der Verlegenheit der Freunde der Regierung, daß diese Koalition der äußersten Rechten und Linken ihr sehr unerwartet kam. Der Nationalrat sieht die Sache leicht zu nehmen: er will in dem Votum Nichts sehen, als eine Erklärung, daß man den Prinzen für ganz unbedeutend halte. „Die Versammlung, sagt er, wollte, wie auf Allem hervorgeht, Nichts beweisen, als die geringe Wichtigkeit, die sie einem Menschen beilegt, der einen fürrechtenden Anspruch auf die Regierung Frankreichs in dem glänzenden und seltenen Verdienste sucht — der Neffe seines Oheims zu sein. Sie war der Ansicht, es sei genug, wenn man ihm über dieses Faktum nach gehörnen Imperialismus hinweggeht. Auch wir bedauern den Eintritt des Prinzen in seiner Weise, Falls man nicht aus seinen Parolen der Vergangenheit neuen Anlaß zu Unruhen schöpfen sollte. Wir sind im Gegentheil begierig, einmal das Ding in der Nähe zu sehen, was man einen Prätendenten nennt." In diesem Tone, der sich zum bitterften Sarkasmus steigert, macht das Organ A. Marrasts den unglücklichen Helden von Boulogne zuerst; gerade aus der Bitterkeit spricht aber der wenig verhüllte Aerger des Nationals über die letzte Abstimmung.

In der That fanden auch gestern in vielen Theilen der Stadt Ruhestörungen Statt; man rottete sich zusammen, rief vive l'Empereur, überfiel einzelne Wachtposten, mußte aber zuletzt der überlegenen Truppenmacht sich ergeben. Dem National scheinen diese Symptome und der alte Ruf vive l'Empereur bedenklich genug, heute einen Artikel loszulassen, in welchem alle Anklagen, die man gegen das Kaiserreich erheben kann, mit flammenden Zügen entworfen sind; der Bonapartismus ist in der französischen Presse noch schwerlich so hart gezüchtigt worden, wie hier. Denuoch täuscht sich das genannte Blatt; der Bonapartismus ist todt, aber die Unzufriedenheit, das Mißbehagen ist allen in Klassen lebendig, die Malcontenten aller Farben suchen ein Lösungswort, das dann Bonaparte, Joinville oder Beydemand heißen kann. Nicht dem armen Schelm, der zufällig „der Neffe seines Onkels" ist, gilt dieser Jubelruf der Leute, die gestern noch vive Barbès, vive Blanqui riefen, sondern es gilt der Regierung und der Versammlung, die Brod und Gemüß versprachen und Nichts als Worte geben. Und hier liegt die einzige und wesentliche Gefahr aller dieser Prätendentenhändel; wenn ein neuer 18. Brumaire auch jenen Mann, wie den ersten Napoleon Bonaparte auf die Bühne führen wird, so werden die Verhältnisse doch denen immer ähnlicher, welche dort die Republik unter der Monarchie begruben.

Neu-Breisach, 8. Juni. Die Allg. Z. enthält Folgendes: Das die Blätter aus Deutschland, welche unserm Lande schon schweres Geld kosten, ihre Tendenzen noch nicht aufgegeben haben, zeigt am Besten beifolgendes Gedicht, welches in diesen Tagen in Colmar ꝛc. gratis ausgegeben worden ist, und von den irregeführten Arbeitern ganz anbächtig nach der Melodie des Prinzen Eugenius gesungen wird. Diese Leute erzählen ganz offen, daß es Nächstens wieder losgehen, und diesmal Struve und ein fremder General die Sache leite, welcher mehr Muth und Geschick besitze, als Heder, der nur eine badische Republik wolle, und nicht eine deutsche, und welcher einen starken Franzosenhaß heuchle, am sich in Baden wieder möglich zu machen, wenn es mit der Republik durchaus nicht gehen wolle. Das ist noch ein Glück für die Freunde der Ruhe und Ordnung, daß diese Leute unter sich selber nicht einig sind, weil freie Meinungen herrschen zwischen denen in Frankreich und denen in der Schweiz. Freilich verschonen sie sich gewöhnlich ebenso leicht wieder. (Das oben erwähnte Gedicht möge man in der außerordentlichen Beilage zur Allg. Z. vom 11. Juni nachlesen; es ist darin wieder von einem „Rest verthierter Bürger" die Rede; den deutschen Mathy's wird gerathen, der letzten Stunde zu denken und Gott zu danken, „wenn nur'ne Wunde ende Euer schmachvoll Sein"!)

## Italien.

Venedig. Ein Dekret der provis. Regierung vom 3. Juni beruft eine Nationalversammlung zusammen, welche über folgende Punkte eine Entscheidung treffen soll: 1) Ob die Frage über den gegenwärtigen politischen Zustand sofort entschieden oder bis nach Ausgang des Krieges verschoben werden soll. 2) ob, im Fall diese Frage bejaht werden sollte, Venedig einen eigenen Staat bilden oder sich an Piemont anschließen solle; 3) ob die provis. Regierung fortbestehen oder eine neue ernannt werden solle. Die Repräsentanten werden nach dem Verhältniß der Bevölkerung gewählt, auf je 2000 Seelen einer; Wähler ist jeder Einwohner von 21 Jahren, wählbar Jeder von 25 Jahren. Am 9. sollen sämmtliche Wahlen stattfinden; am 18. tritt die Nationalversammlung im herzoglichen Palast zu Venedig zusammen. (E. Z.)

Lombardei. Das mailändische Bülletin vom 13. Abends 9 Uhr bringt die Nachricht vom Falle Vicenza's am 11. Juni. Der Angriff der Oesterreicher geschah mit 50,000 Mann und 60 Kanonen und sehr vieler Kavallerie im besten Zustande. Die Stadt wurde mit 50 Schüssen beschossen und mußte sich ergeben. Die Besatzung soll aus 10,000 Römern bestanden haben. Die Italiener geben ihren Verlust auf mehr als 500 Mann an. Die Schweizer und die Re-

Digitized by Google

## Die schleswig-holsteinische Angelegenheit.

(Schluß.)

Werfen wir einen Blick auf die Stellung der nordischen Mächte zu dieser Frage, so weit sich uns den bekannt gewordenen Thatsachen dieselbe erkennen läßt.

England hatte erklärt, daß die alte Garantie vom Jahre 1720 es zu keinem Einschreiten verpflichte, weil es sich nur um eine innere Frage handle und der Bund keine Absichten der Eroberung hege. Es hatte seine Vermittlung angeboten, sofern beide Theile sie wünschten; über die Basis derselben hatte es sich, soviel bekannt geworden, nicht ausgesprochen, wünschte aber vor allen Dingen eine Einstellung der Feindseligkeiten, um die Gefahr einer europäischen Verwicklung, vor der England sich billig scheut, abzuwenden.

Schweden war vielfach im Sinne der skandinavischen Ideen bearbeitet worden; die Sympathien des Volkes für Dänemark waren sehr groß; ob sie sehr unternehmlig waren, lassen wir dahingestellt sein. Die schwedische Regierung konnte sich der Einwirkung dieser Sympathien nicht ganz entziehen. Zu Schonen wurden Truppen zusammengezogen, und in seiner an das preußische Kabinet gerichteten Erklärung (abgedruckt von Stockholm, ehe das Einrücken der deutschen Truppen in Jütland dort bekannt war) sprach sich das schwedische Kabinet dahin aus, daß es im Fall des Einrückens in eigentlich dänisches Gebiet ein Truppenkorps nach Fünen oder irgend einer anderen dänischen Insel übersetzen lassen werde, um dieselbe zu rein defensiver Art gegen eine drohende Invasion zu vertheidigen. Zugleich aber zeigte es den fortwährenden Wunsch, mit Deutschland in freundlichen Verhältnissen zu bleiben, durch die Erklärung, daß es gegen den deutschen Handel und die deutsche Schiffahrt keine Maßregeln ergreifen werde, so lange Deutschland das nicht gegen die seinigen thue.

Ueber die Schritte Rußlands ist, wir gewöhnlich, Weniger in's Publikum gekommen, und das hat gerade zu den wunderlichsten und übertriebensten Gerüchten geführt. Wenn wir recht unterrichtet sind, so hätte es sich (wie das zu erwarten stand) sehr entschieden für die dänische Seite in Bezug auf den Rechtspunkt ausgesprochen, die Besetzung des Herzogthums Schleswig durch den deutschen Bund zwar nicht gebilligt, aber auch nicht als einen Anlaß zur Einmischung angesehen, obgleich es in der Cession seiner eigenen Gottorpischen Familienansprüche auf Schleswig im vorigen Jahrhundert einen Grund zum Protestiren finden zu können glaubte; es hätte sich nur für den Fall eines Angriffes auf das eigentliche Dänemark zum Schutze dieses Staates in Folge der Wiener Traktate verpflichtet erklärt.

Frankreich scheint sich über die nordische Frage gar nicht ausgesprochen zu haben. Es war mit der polnischen Frage beschäftigt; ob dieselbe in friedlichem Sinne werde gelöst werden, stand damals noch dahin; darum konnte es im Interesse der französischen Regierung liegen, jede andere Verwicklung zu vermeiden, und weder Deutschland, mit dem es über die polnische Angelegenheit in der nächsten Zukunft entweder zu einer Verständigung oder zu einem Bruch kommen mußte, noch den Norden vorzeitig herauszufordern. Welche Stellung aber Frankreich in dieser Angelegenheit nehmen werde, welche Forderungen es vielleicht in der nächsten Zeit an Deutschland richten könne, das war auch nicht vorauszusehen; darum mußte Deutschland auch nach dieser Seite hin beobachtend und gesichert stehen.

Allen diesen Mächten stand zunächst Preußen gegenüber. Es war durch den Bund draußtrogt, den Krieg und die Unterhandlungen zu führen. Von seinem Charakter ging es also zunächst ab, ob die europäische Verwicklung herbeigeführt oder vermieden wurde. Jeder unbesonnene Schritt konnte Deutschland kompromittiren und eine fremde und wohlgerüstete Armee an die Bundesgrenze, vielleicht über die Bundesgrenze führen. Es durfte also in jeder Beziehung nur gerade so weit vorgehen, als es der vollen Beistimmung und Unterstützung der übrigen deutschen Länder gewiß war. Schon hatte Dänemark vielfach versucht, Preußen in dieser ganzen Angelegenheit zu isoliren. Nicht allein, daß es den fremden Mächten gegenüber die ganze Sache als ein Gelüste preußischen Ehrgeizes darzustellen trachtete, und der preußischen Regierung vorwarf, sie allein bewirke und rühre am Bunde die Aufregung und das Interesse für Schleswig-Holstein, sondern es hatte auch bei einzelnen norddeutschen Regierungen Schritte gethan, sie zu einem abgesonderten Handeln und zu einer bundeswidrigen Neutralität zu bewegen — Schritte, die gebührend abgefertigt wurden. Es hatte die Blockade aller anderen Häfen, außer denen der Odermündungen, aufgehoben — zu welcher Absicht, das war leicht zu erkennen.

Preußen hatte — wir können das wohl als allgemein anerkannt voraussetzen — allen diesen Verhältnissen gegenüber, in treuer Erfüllung seiner Bundespflichten, festigkeit und Energie bewiesen und die Opfer, die es durch den seinem Handel und seiner Schiffahrt zugefügten Schaden brachte, nicht gescheut. Seine Truppen standen in Jütland; sein Gesandter versocht in London die schleswig'sche Sache mit einer in Schleswig wir in ganz Deutschland anerkannten Energie; den schwedischen und russischen Erklärungen gegenüber hatte es die ernste Sprache zu führen, welche zu gleicher Zeit über die Absicht Deutschlands benutzen und seine Rechte wahren sollte. Das war seine Aufgabe zu einer Zeit, wo es am Rheine bereit stehen mußte gegen Westen, wo es in seinen östlichen Provinzen, Angesichts eines gerüsteten Nachbars, durch die Entwickelung einer bedeutenden bewaffneten Macht, einem Bürgerkriege ein Ende machen mußte, um seine gegebenen Versprechungen zu erfüllen und unter Wahrung deutscher Rechte einer fremden Nationalität die Möglichkeit freier Entwickelung zu geben.

Wenden wir uns von dem politischen Gesichtspunkte aus einmal zu dem militärischen.

Die weit ausgedehnte Stellung, welche das Expeditionskorps in Schleswig-Holstein bis in Jütland hinein einnahm, die Entblößung der Küsten von Lübeck bis an die Nordgrenze Schleswigs, bei der Macht der Dänen zur See, welche jeden Augenblick im Rücken des Hauptkorps eine Landung versuchen, und wenn auch keine bleibende Erfolge erringen, doch unberechenbaren Schaden anrichten konnten, hat schon zu vielfachen Bedenken Anlaß gegeben. Der Oberbefehlshaber der Armee hatte mehrfach von den Staaten des 10. Bundes-Armee-Korps die nothwendigen Verstärkungen verlangt. Sein Begehren wurde dringender, als die schwedischen Erklärungen bekannt wurden. Eine Landung der Schweden in Jütland war zwar nach denselben nicht zu befürchten, aber die Aufstellung eines schwedischen Truppenkorps auf Fünen würde es den Dänen möglich machen, ihre eigenen gänzlich demoralisirt gewesenen Streitkräfte wieder mehr zu koncentriren und diesen in größeren Massen, sei es nach Jütland, sei es nach Schleswig oder selbst nach dem in den Küsten liegenden Holstein hinüber zu werfen. Der Oberbefehlshaber mußte darauf rechnen, vielleicht bald einem übermächtigen Feinde gegenüber zu stehen oder in seinem Rücken angegriffen zu werden, wie die wiederholten Treffen im Sundewitschen gezeigt haben.

Der Bundesbeschluß vom 15. April und die Erklärung desselben vom 10. Mai ermächtigt ihn, die Kontingente der Bundesstaaten vollzählig einzufordern. Auf seine dringenden Vorstellungen deßhalb konnte er nur Versprechungen auf eine fernere, unbestimmte Zukunft hin erhalten; selbst die Regierung von Schleswig-Holstein glaubte, wo es doch ihr eigenstes Interesse galt, vor dem Ende des Monats Juni keine neue Verstärkungen liefern zu können.

Was blieb dem Befehlshaber unter diesen Umständen zu thun übrig? Sollte er seine Stellung in Jütland auf die Gefahr der ausbleibenden Verstärkungen hin halten? Sollte er sich der Gefahr aussetzen, vielleicht bald von einer bedeutenden Uebermacht, mit den strategischen Rücksichten den Kampf anzunehmen verboten hätten, sich zurückziehen zu müssen?

Es wäre noch übrig geblieben, daß Preußen ihm die Verstärkungen gesandt hätte, die es ihm möglich machen konnten, seine Stellung in Jütland zu halten, und selbst weiter vorzurücken. Der Bund hätte es dazu auffordern können; es ist wohl keinem Zweifel unterworfen, daß, wenn die Aufforderung gekommen wäre, Preußen ihr gleich entsprochen hätte. Es hätte daffelbe, hat man gesagt, aus zwei fernen Ländern thun können; das hat es freilich nicht gethan. Sollen wir ihm das zum Vorwurf machen? oder den Bund tadeln, daß er es nicht dazu veranlaßt hat? Sollte Preußen sich dazu zu schwach gefühlt haben? Sollte es keine Truppen mehr zur Disposition gehabt haben, die es nach Jütland hätten senden können? Oder sollte es nicht vielmehr sich von den politischen Betrachtungen haben leiten lassen, welche wir oben angedeutet haben? Und war nicht der Bund verpflichtet, eben dieselben Betrachtungen im Auge zu halten? Wenn auch Deutschland, ohne eigene weitere Anstrengung von Preußen ein neues Opfer, ein neues Voranstellen hätte fordern, wenn Preußen es hätte leisten können — wäre das in diesem Augenblick räthlich und angemessen gewesen? Wie würde ein neues Voranstellen Preußens aufgenommen worden sein, und welchen Einfluß dürfte daffelbe auf die Friedensunterhandlungen haben, von welchem doch am letzten Ende der Lösung der Frage erwartet werden muß, wenn nicht eine deutsche Flotte ausgerüstet werden soll, um Kopenhagen zu bombardiren.

Kaum man durch die Besetzung von Jütland einen hinreichenden Zwang auf Dänemark auszuüben hoffen, und es zum Nachgeben zu

Digitized by Google

bewegen, in einem Augenblick, wo es auf schwedische und russische Hilfe sich glaubt Hoffnung machen zu können, wo England seine Vermittelung angeboten hat, oder nur um den Krieg zu verhindern, den ein weiteres Vorgehen Preußens unvermeidlich gemacht hätte? Und leider müssen wir noch eine etwas schmerzliche Frage thun: Konnte Preußen für einen solchen Krieg auf die volle thätige Unterstützung der übrigen deutschen Staaten rechnen? Konnte es auch nur dem Ausland gegenüber diese Unterstützung geltend machen?

Wir sagten oben: Die Besetzung Jütlands, sofern sie keine Eroberung war, war eine Repressalie und ein Unterpfand, gerade wie die Beschlagnahme dänischer Schiffe in deutschen Häfen. Mit welchem Rechte aber konnte Preußen sie als solche den übrigen fremden Mächten gegenüber darstellen und geltend machen, wenn man ihm erwiderte: „Du bist es allein, welches solche Repressalien ergreift; die anderen deutschen Staaten treffen nicht allein keine ähnlichen Maßregeln, sondern nehmen sogar die schon getroffenen wieder zurück, nachdem der Bund ihnen dieselben nicht hat als eine Pflicht auflegen, sondern nur als ein Recht erlauben wollen? — indem sie die Beschlagnahme auf dänische Schiffe wieder aufheben und davon in Die nemark Anzeige machen, so erklären sie ja eben, daß sie nicht in einem Kriegszustande mit Dänemark stehen, daß sie keine Repressalien, kein Unterpfand in Händen haben wollen; es ist also Preußen allein, und nicht Deutschland, welches Dänemark und seinen Beschützern gegenüber steht.“ — Durfte Preußen sich diese Stellung gefallen lassen? Welche Folgen daraus unmittelbar für Preußen, mittelbar für ganz Deutschland hätten hervorgehen müssen, wird Jeder mit einigem politischen Blick Begabte leicht begreifen. Wollte Preußen den Kampf in Jütland mit eigenen Mitteln und auf eigene Hand ausfechten, so hätte es dadurch seine deutsche Stellung, wie seine europäische compromittirt; es hätte die Vermittelung Englands, durch welche allein die Einmischung anderer Mächte beseitigt und Dänemark auf die ihm zukommende Stellung zurückgewiesen werden konnte, wahrscheinlich ganz unmöglich gemacht; es hätte den europäischen Krieg sicher herbeigeführt.

Wir schließen mit einer Bemerkung, welche die vielbesprochenen Motive der rückgängigen Bewegung General Wrangels klarlegt. Am 15. Mai kündigte Wrangel seinen bevorstehenden Rückgang an, wenn er nicht verstärkt werde: unterm 22. gab man ihm dazu von Berlin aus die Ermächtigung. Allein ehe diese in Kolding eingetroffen sein konnte, nämlich am 23. — einen Tag später — meldete der General, er werde am 25. abmarschiren, was auch geschah.

## Das Treiben der Anarchisten am Rhein.

** Vom Rhein, 12. Juni. Während sich aus dem südwestlichen Deutschland die Angeichen und Mittheilungen häufen, daß uns demnächst eine Wiederholung jenes unsinnigen und verbrecherischen Unternehmens bevorstehen möchte, welches diesmal, jeder Stütze bei dem Kerne der Bevölkerung entbehrend, an der Festigkeit und Energie der bad. Regierung zu Schanden wurde, während von der Schweiz aus Hecker, von Straßburg aus Heinzen und Struve ihre Brandschriften über die deutsche Grenze schleuderten, während die nächsten Tage in Frankfurt oder dessen nächster Umgebung eine Versammlung zusammentreten sehen, deren Elemente einen entschiedenen Beschluß nicht unwahrscheinlich machen, beginnt man auch in der Rheinprovinz die Besorgniß zu hegen, daß sie der Schauplatz ernster Ereignisse werden könnte, die, im Zusammenhange oder im Gefolge der eben angedeuteten Bewegungen, wie diese die Verwirklichung der politisch-socialen Träume unserer Republikaner im Auge haben. Die demokratischen Klubs und ihre handfesten Verbündeten, die Arbeitervereine, sind in ungewöhnlicher Bewegung, zahlreiche Versammlungen halten die Schaar zusammen und sachen den Eifer an, Emissäre ziehen von Ort zu Ort und vermitteln und unterhalten die engere Verbindung der verschiedenen Genossenschaften, einzelne kleinere Emeuten hier und da, welche freilich bis jetzt durchgängig mit leichter Mühe unterdrückt wurden, haben fast das Ansehen eines Probirtumms im Revolutionmachen, und es läßt sich nicht in Abrede stellen — repetitio est mater studiorum — daß man bereits bemerkenswerthe Fortschritte im Tumultuiren gemacht hat; Gerüchte endlich, man wußte nicht, woher sie stammten und wer sie verbreitete, bezeichneten schon seit längerer Zeit bald diesen, bald jenen Ort, an welchem zu einer bestimmt namhaft gemachten Stunde der entschiedende Schlag geführt werden würde. Man hat seither im Allgemeinen wenig Gewicht auf Erscheinungen gelegt, die nur vereinzelt und Tagelicht traten und sich noch nicht als ein mehr oder weniger zusammenhängendes Ganze überstehen ließen; neuerdings scheint man aber zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß man alle Ursache habe, auf seiner Hut zu sein, und zwar scheint man zunächst und vorzugsweise für Köln zu fürchten, wo eine Masse von Arbeitern sich zusammengedrängt findet, die täglich und reichlich aus dem Born der wahnsinnigen Theorie getränkt wird, welche die sichere socialistischer Schule, die Theoretiker der Neuen Rheinischen Zeitung, ein Marx, Dronke und Weerth, und die Praktiker des großen Arbeitervereins, ein Gottschalk und Anneke, ihr bieten. Eine von mindestens 4000 Menschen besuchte öffentliche Generalversammlung, welche der Arbeiterverein am letzten Sonntag auf dem großen Gürzenich-Saale abhielt, den der gränzhafte Gemeinderath, der den Arbeitern so leicht Nichts abzuschlagen wagt, bereitwillig eingeräumt hatte, gab schon brunruhigende Symptome kund. Es wurden sinnlos wüthende Reden gehalten, Freiligrath donnerte in einem Liede in der Weise seines berüchtigten ça ira gegen Königthum und Besitz, es wurde offen die Republik gepredigt. (Die Worte eines Arbeiter-Redners: „Wenn man — hier nannte er die beiden höchststehenden Personen des Staats — zusammenbindet und einen Berg hinunter wälzt, so wird immer ein Haufen oben liegen“, mögen Ihnen einen kleinen Begriff von der Sprache geben, welche dort die herrschende war; beiläufig bemerkt, hat die Justiz sich endlich ermannt und den Redner, als er vorgestern in der demokratischen Gesellschaft dieselben gemeinen Schmähungen vorbrachte, in Haft genommen.) Der Arbeiterverein beschloß, auf die Bewaffnung seiner Mitglieder zu dringen, ohne jedoch den einzelnen Kompagnien der Bürgerwehr beizutreten: er brabsichtigte, ein eigenes Korps zu bilden. Gerüchte gingen gleichzeitig in der Stadt, es sei eine mit Sensen und Bleikugeln bewaffnete Schaar drohender Arbeiter — man gab ihre Zahl bis zu 16,000 an — im Anzuge; die Aufregung stieg, als man eines schönen Morgens in der Nähe des Regierungsgebäudes eine aus Baumstämmen und Pflastersteinen aus der in der Kasbuffenung begriffenen Straße zusammengefügte mannshohe Barrikade vorfand, welche in der Nacht von der vielerörterten Straßenjugend, wie es scheint, zur Uebung, aufgerichtet war, und auf welche man, als man sie durch Soldaten besetzen und bewachen ließ, sehr unnöthiger und unvorsichtiger Weise die allgemeine Aufmerksamkeit lenkte; am Freitag Abend ferner traf mit mehreren Begleitern, darunter einige Polen, Willich hier ein; man erwartete auf vorgestern, Samstag Abend eine Katastrophe. Es läßt sich schwer ermitteln, was alle die einzelnen Gerüchte Wahres enthalten, und in wie weit die großen Besorgnisse, die man hegte, gegründet waren. Vielleicht ist ein Losbruch nur dadurch vereitelt, daß die betreffenden Behörden sich gewiegert haben, dem Arbeiterverein, sofern er sich nicht in die Organisation der Bürgerwehr füge und mit seinen eingetragenen Mitgliedern in die einzelnen Bezirkskompagnien trete, die verlangten Waffen auszuliefern. Jedenfalls ist so viel Grund vorhanden, mißtrauisch zu sein, daß auch die Militärbehörden ihre Maßregeln getroffen haben. Jeder Urlaub ist, während die Pfingsttage sonst die größere Zahl der Officiere zu einem Ausflinge in die nähere und fernere Umgebung aus der Stadt zu führen pflegen, diesmal unnachsichtlich verweigert, und jede Kompagnie hat 500 scharfe Patronen erhalten; die Bürgerwehr wird in diesem Fall dem Militär kräftig zur Seite stehen. Die Neue Rheinische Zeitung aber, die mehr und mehr in Gehalt und Styl der Mannheimer Abendzeitung nachstrebt, hat die Entdeckung gemacht, daß dies nur eine der vielen Maßregeln sei, welche die im Werke befindliche Reaktion unterstützen und wirksam machen sollten. Er werden militärische Vorkehrungen getroffen; die Neue Rheinische Zeitung weiß nicht, daß ein Feind da ist; also kann nur eine Reaktion damit beabsichtigt werden; quod erat demonstrandum. Sie sehen, es gehört ein geringer Aufwand von Logik dazu.

## Schweden.

Malmö, 6. Juni. Man schreibt dem Hamb. Korr.: Der König von Schweden ist an diesem Tage hier eingetroffen und wird 2—3 Wochen hier verweilen, zu Johannis aber in Stockholm zurückerwartet. Heute wird auch der König von Dänemark hier eintreffen und 2—3 Tage bei unserem König verweilen, der ihn durch den General Sprengtporten hat einladen lassen. Es sind hier gestern 11 Bataillons trefflicher Truppen angelangt, die sich zwischen dem 13. und 14. d. nach Fünen einschiffen sollen, wohin eine Division unter dem General Löwenhjelm direkt aus Gothenburg abgegangen ist. An der Spitze der ganzen Armee wird General Lefrön stehen.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für Badens bei den Herren Expd. Th. Hoffmann bei den Herren Winter & Comp., Th. Bassermann-Bethmann in Frankfurt, Geverdes, Perthagel und Oberforstrath Nüsser in Mannheim, Für Braunschweig in Braunschweig bei Schwetschke & Sohn, Für Nassau bei Herrn Buchhändler Ritter in Wiesbaden, Für Oesterreich in Linz bei Herrn Buchhändler Quirsfeld, Für Preußen in Berlin bei Herrn Buchhändler Reimer, Für Sachsen in Leipzig bei Herrn Buchhändler Wigand, Für Würtemberg in Stuttgart bei Herrn Buchhändler Hoffmann.

Die Deutsche Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Preis beträgt vierteljährlich 1 fl. 30 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Postvereins 1 fl. 48 kr. Für Baden beträgt der Preis 1 fl. 45 kr. Für Ausländer wird der Betrag in Frankfurt a. M. in Conventionsmünze mit 1 Thlr. 6 Sgr. berechnet.

# Deutsche Zeitung.

№ 169. Heidelberg, Montag 19. Juni. 1848.

## Uebersicht.

**Die Frage vom Reichsoberhaupt noch einmal. — Prag** (Erklärung eines Abgeordneten. Sieg der Deutschen über die Tschechen. Der Kongreß aufgelöst). **Innsbruck** (Bericht Radetzky's über das Treffen bei Vicenza. Verhandlungen über den Waffenstillstand). **Berlin** (Unruhen. Plünderung des Zeughauses. Berufung der Truppen bei dem Gericht bei Düppel). **Breslau** (Gerücht). **Tübingen** (Rückkehr Ewalds nach Göttingen). **Stuttgart** (Unruhen in Heilbronn). **Hannover** (Entlassung der Staatsdiener des alten Systems). **Karlsruhe** (Parlamentswahlen. Kammerverhandlungen. Bericht über Peters Verhaftung. Die erste Kammer über das Jagdrecht). **Vom Rhein** (zur Charakteristik der Anarchisten. **Darmstadt** (Eingabe einer Erklärung an die Kammer von der Linken. Oeffentlichkeit der Sitzung der 1. Kammer. Austritt mehrerer Abgeordneten der 2. Kammer). **Neudenburg** (schleswig-holsteinische Volksversammlung). **Bremen** (Staatsantrag in Betreff der deutschen Handels- und Zollverhältnisse). **Bremen** (Stillstand in den schwedischen Truppensendungen. Englische Depeschen.) **Frankfurt** (Sitzung der Nationalversammlung).

**Großbritannien.** John O'Connell und der neue irische Bund.

**Frankreich. Paris.** Die Regierung will abdanken; man bietet ihr ein Vertrauensvotum an; sie bleibt. Die Bonapartisten umtriebe. Die Incompatibilitäten. Der Kriegsminister über die Einverleibung von Algier. Ludwig Bonaparte tritt freiwillig aus.

**Ungarn. Pesth.** Truppen gegen die aufständischen Illyrier.

**Beilage. Vom Rhein.** Gewerbe- und Handelsverhältnisse. **Aus Sachsen. Kirchliche Reformfrage. Schweiz. Zürich.** Verfassungsentwurf in der Schweizer Presse. Die Verfassung eines Hauptmanns. Der Gr. Rath von St. Gallen. Der Schweizer Konkal und die Schweizertregimenter in Neapel. **Bern.** Verhandlungen der Tagsatzung über Hrn. v. Philippsberg. Die materielle Frage. Verhandlungen über die Bundesverfassung. Mangel an Theilnahme beim Volk. Stimmung der Auslandspartei über die Lombardei.

### Heidelberg, 18. Juni.

Jetzt, wo man aller Orten mit Spannung die Entscheidung der Frage erwartet, wer soll der künftige Regent Deutschlands sein? wem soll die Centralgewalt übertragen werden? hört man häufig zwischen den leidenschaftlichern Sprechern wohl auch ruhige Stimmen bekennen, daß sie noch zu keinem festen Urtheil darüber gelangt seien. Will man ein solches Urtheil gewinnen, so kommt es vor allen Dingen darauf an, daß man den richtigen Gesichtspunkt feststelle, aus dem die Frage zu beantworten ist. Setzt man zunächst alle vorübergehenden persönlichen Sympathien und Antipathien bei Seite und hält sich nur an den fraglichen Gegenstand, so ist dann wesentlich mit zu berücksichtigen, daß die Frage sich nicht beantworten läßt nach der bloßen Idee, die man sich von der besten Verfassung gebildet hat, sondern nur mit Rücksicht auf Naturgesetze und Geschichte. Die Naturgesetze kann man nicht aufheben und die Geschichte kann man nicht ändern. Es ist ein Naturgesetz, welches ebensowohl im Staatsleben wie in der Mechanik gilt, daß die stärkere Gewalt die schwächere überwindet. Das Rechtsgesetz dagegen ist für sich eine bloße Idee, soll es in die Natur eingeführt, soll es im Staate verwirklicht werden, so muß es mit Gewalt bekleidet werden; Bekleidung des öffentlichen Gesetzes mit Gewalt ist also das Mittel, wodurch die bürgerliche Verfassung festgeordnet wird. Das Gesetz gilt erst durch die höchste Gewalt im Staate, welche in den Händen des Regenten ist. Der Regent muß daher die Macht haben, jeden Einzelnen unter das Gesetz zu zwingen, d. i. er muß der Mächtigste im Staate sein. Wenn es nun aber im Staate einen Vasallen gibt, der mächtiger ist, als der Regent, so wird der Regent diesen, wenn er nicht gehorchen will, nicht unter das Gesetz zwingen können. Früher oder später wird ein solcher Vasall die Obergewalt gewinnen und den frühern Regenten stürzen. Das liegt in der Natur der Dinge, die man nun einmal so nehmen muß, wie sie ist. Fragen wir also: wer soll der künftige Regent Deutschlands sein? so wäre naturgemäß die richtige Antwort darauf: der Mächtigste in Deutschland.

Als die Idee der Bildung einer Centralgewalt unter uns auftauchte und plötzlich zur Forderung der Nation wurde, da haben Viele ihre Blicke auf Amerika gerichtet und gemeint, die deutsche Reichsverfassung müsse nach dem Muster der nordamerikanischen gebildet werden. Aber hat man sich dabei auch gefragt, ob das überhaupt nur geschehen kann? Die Lebensverhältnisse lassen sich nicht beliebig machen, sondern sie sind geschichtlich gegeben, in Amerika anders wie bei uns. Dort gibt es keinen erblichen Unterschied der Stände, jeder Nordamerikaner wird als Privatmann geboren, wir haben unsere Fürsten, d. h. geborne Gewalthaber. Die Form der Regierung in den Vereinigten Staaten, das ist nicht zu läugnen, hat sich bisher als zweckmäßig erwiesen; aber man darf dabei nicht vergessen, daß das Land weder ein Proletariat (d. i. verarmte Massen) im Innern hat, noch von mächtigen feindlich gesinnten Staaten umgeben ist. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten wohnt größtentheils auf dem platten Lande und zwar so zerstreut, daß nicht leicht Einer in die Verhältnisse und Verrichtungen des Andern eingreifen kann. So einfache und weitläufige Lebensverhältnisse verlangen keine künstliche Obrigkeitgebung und Verwaltung. Das wird sich auch dort einst ändern, wenn die Bevölkerung dichter wird, wenn die Zahl und Größe der Städte im Innern des Landes zunimmt. Auch haben die staatskundigen Männer, denen Nordamerika seine Verfassung verdankt, diese nicht für einen idealen Zweck, sondern so ausgedacht, wie sie auf die Natur der gegebenen Verhältnisse paßte. Diese Verhältnisse aber haben sich geschichtlich zufällig so gebildet, wie sie damals waren, und wie sie im Ganzen jetzt noch sind. Die nordamerikanischen Staaten sind aus einwandernden Kolonien entstanden, die vom Mutterlande, den dort herrschenden Sitten und Gesetzen fern, unter ganz andern Verhältnissen ein neues Leben anfingen, die, auf Landbau und Handel beschränkt, im fortwährenden Kampfe mit den eingeborenen Stämmen durch die Natur des Landes und der Verhältnisse auf die Bildung eines demokratischen Gemeinwesens angewiesen waren. Europa hat eine davon gänzlich verschiedene Vergangenheit, es hat sich geschichtlich aus ganz andern und viel zusammengesetzteren Zuständen gebildet. Was in Amerika durch die Natur der socialen Zustände möglich ist, das widerstreitet der Natur unserer Zustände.

Unsre europäischen Regierungszustände haben sich nicht auf friedliche Weise in dem Schooße bürgerlicher Kolonien, sondern durch die blutigen Kämpfe zwischen Oberlehnsherrschaft, Vasallen und Bürgern gebildet. In diesen Kämpfen sind die Würfel der Entscheidung, in den Ländern Europas verschieden gefallen. In Spanien und Frankreich siegte das Königthum über Vasallen und Städte. Diese Siege gründeten die absoluten Monarchien Philipps II. und Ludwigs XIV. Wo es den Städten ihre Freiheit zu behaupten gelang, wurden sie durch den Handel mächtig und gründeten aristokratische Handelsrepubliken, wie Venedig, Genua und der Bund der Hansе. Wo die Vasallen den Sieg über die Könige errangen, da führte es entweder zur Zerrüttelung des Reichs wie in Deutschland und Italien oder zur Anarchie der Wahlreiche und endlichen Zerstörung des Reichs selbst, wie in Polen. Das glücklichste Loos in diesen Kämpfen hat England gezogen, wo es zu einer republikanischen Vereinigung aller drei Elemente kam, und wo ein gemeinsames lebendiges Nationalinteresse die Dauer dieser Verhältnisse verbürgt. Das ist der Stand der Dinge in Europa, und was läßt sich dabei in Deutschland thun? Entweder wir gründen eine Verfassung nach dem Muster der nordamerikanischen, dann müssen alle politischen und socialen Einrichtungen unsres Lebens, welche sich im Laufe der Zeit durch unsre Geschichte gebildet haben, vernichtet und zerstört werden und, wenn dann der Boden völlig rasirt ist, mag man versuchen, ob sich auf demselben noch ein neues Staatsgebäude von Grund aus wird aufführen lassen. Oder man läßt

Digitized by Google

das geschichtlich Gegebene bestehen und sucht es fortzubilden und umzubilden zu dem, was daraus werden soll, zur Einheit eines Ganzen; in diesem Falle, dünkt uns, müßte man die Lehren der englischen Geschichte beherzigen. Jenes ist der Weg der Revolution, dieses der Weg der Reform. Eine solche Revolution würde, wenn sie einmal begonnen hätte, keine politische bleiben, sondern gar bald in eine soziale ausarten. Der Staat ist ein Organismus, in dem sich jeder Zustand gesetzmäßig aus dem vorhergehenden entwickeln muß und keine Maschine, die man beliebig auseinandernehmen und nach einem andern Modell bauen könnte. Wollte man ein solches Experiment versuchen, so würde dies unausbleiblich zu einer Vernichtung aller Rechte, zu einem gewaltsamen Umsturz alles Bestehenden führen. Denn die Triebkraft dieses Ganzen rollen unaufhaltsam fort, wenn man sie auch aus ihrer natürlichen Lage herausheht und da sich der Gang des Ganzen einmal nicht aufhalten läßt, so muß eine plötzliche Verrückung aller Theile im Innern die völlige Zerstörung und Auflösung des Ganzen herbeiführen. Es würde wenig ruhmvoll für das deutsche Volk sein, wenn es jetzt, wo es sich vor den Völkern Europas für mündig erklärt, wo es sein Geschick in seine eigene Hand nimmt, diese Bahn betreten wollte. Aber das ist auch nicht der Wille der Nation, die Nation hat es vielmehr laut ausgesprochen: sie will Reformen und keine Revolutionen. Wie indessen diese Reformen auszuführen seien, darüber haben sich die Ansichten der Staatsmänner und politischen Denker noch nicht vereinigt. So oft wir und diese Frage zur Beantwortung vorgelegt haben, hat es uns immer geschienen als ob Natur und Geschichte uns den Rath gäben, nach dem Vorbilde Englands eine repräsentative Vereinigung von Reichsthum, Fürstenthum und Bürgerthum zu gründen. Aber die Schwierigkeit liegt für uns gerade darin, daß das Königthum des Reiches, durch unsre frühere Geschichte untergegangen, jetzt erst wieder von Neuem ins Leben gerufen werden muß. Wo soll man da die königliche Macht suchen? Da wo sie ist! Sie liegt aber in den größern deutschen Staaten. Der richtige Gesichtspunkt der Frage ist daher der: nicht welche Person, sondern welche Macht soll an die Spitze kommen? Und darauf würde nach den obigen allgemeinen Sätzen, die Antwort gegeben werden müssen: die größte Macht in Deutschland. Welche diese sei, darüber kann wohl kein Zweifel herrschen. Von allen Seiten betrachtet, bietet Preußen die breiteste und festeste Basis dar für das zu errichtende Gebäude deutscher Reichseinheit, mag man nun auf die Einwohnerzahl blicken oder auf die innere Stärke und Organisation des Staates oder auf die geographische Ausdehnung und Lage des Landes oder auf den Besitz der Meeresküsten, die einst ihre Häfen den deutschen Flotten öffnen werden.

Wenn Krieg ausbricht, und er wird nicht ausbleiben, müssen wir unsre vorzügliche Hoffnung auf Preußen setzen. Preußen hält die Grenzwacht an unsern bedrohtesten Seiten. Es wird zuerst von der Gefahr getroffen, die von Osten oder von Westen über Deutschland hereinbricht. Es hat aber auch in sich Mittel und Kräfte, wie kein anderer deutscher Staat, diesen Gefahren zu begegnen. Industrie und Handel würden sich wieder beleben, wenn sie des Schutzes einer mächtigen Staatsgewalt versichert wären. Es ist keine wirkliche Handelskrisis, sondern die Furcht vor herein-brechender Anarchie, was diese allgemeine Stockung des Handels und der Gewerbe hervorgerufen hat. Solange diese Schwankung unseres politischen Daseins, diese Unsicherheit unserer Zustände dauert, steht der Kaufmann seine Zukunft vor sich; er weiß heute nicht, wie er seine Berechnung für morgen stellen soll. Das Vertrauen, welches Preußen in kommerzieller Hinsicht genießt, die Hoffnung, welche die deutsche Handelswelt auf diesen Staat setzte, ist in unserer gegenwärtigen Lage nicht gering anzuschlagen. In Nord- und Mitteldeutschland würde man sich leichter an eine preußische Hegemonie gewöhnen, denn hier hat eine gewisse Abhängigkeit der kleinen Staaten von Preußen faktisch schon bestanden, und man kann, wenn man gerecht sein will, hinzufügen, nicht zum Nachtheil des Wohlstandes dieser Staaten. Schwerer muß es Süddeutschland werden, sich mit dieser Idee zu versöhnen. Es liegt dort so nahe, an Oesterreich zu denken. Das politische Gewicht, welches dieser Staat in die Wagschale Deutschlands legt, wird wohl Niemand verkennen; aber es zweifelt schon jetzt fast Jedermann, ob die Regierung Oesterreichs überhaupt nur die Leitung der deutschen Angelegenheiten gegenwärtig übernehmen könnte. Dieser vielgliedrige und aus sehr ungleichartigen Bestandtheilen künstlich zusammengefügte Staatskörper ist in seinen innersten Fugen erschüttert und mit einer gänzlichen Auflösung bedroht, die Staatsgewalt ist von allen Seiten in ihrer Wirksamkeit gehemmt, und wenn sie auch wieder zu Macht und Ansehen gelangt, wird sie mit der Reorganisation der eigenen Angelegenheiten so vollauf beschäftigt sein, daß sie den allgemeinen deutschen Zuständen nur eine untergeordnete Aufmerksamkeit wird schenken können. Und täuschen wir uns nicht, so ist die größte Gefahr für Oesterreich erst im Anzug. Von dem blinden Fanatismus der Slaven ist Alles zu fürchten. Schon seit einigen Decennien haben die slavischen Stämme der österreichischen Monarchie Prag als ihre Messiasstadt betrachtet. Jetzt scheint der Zeitpunkt der Erfüllung ihrer Hoffnungen gekommen zu sein. Die Bewegung, die sich dort vorbereitet, rechnet auf die Sympathie, wohl auch auf den Schutz Rußlands, und wir können in kürzester Zeit das Kriegsgeschrei der Slaven erschallen hören von den Thälern Böhmens bis an die Berge von Montenegro. Durch diese kritische Lage Oesterreichs erhellt die Ansicht aller Derer, die den eigentlichen Schwerpunkt Deutschlands in materieller wie in geistiger Hinsicht in Preußen liegen sehen, ein neues Gewicht und man wird die Wahrheit dieser Behauptung in ihrem vollen Umfange fühlen, wenn dereinst auch der skandinavische Norden zu einer politischen Einheit gelangt.

**Oesterreich.** **Prag.** Aus Leipzig, 15. Juni, berichtet die D. Allg. Z.: Von einem sehr zuverlässigen Reisenden erhalten wir eben noch Nachrichten aus Prag, welche bis zum 14. Juni früh um 3 Uhr reichen und worans wir für heute nur die Hauptdata geben. Am 13. Juni waren alle Hauptstraßen und Plätze der bessern Stadttheile in der Gewalt der Truppen. Der Sitz der Insurgenten war im Karolinenthal. Am Nachmittag erschien ein Parlamentär von diesem. Fürst Windisch-Grätz verlangte Einreihung der Barrikaden, wogegen den Aufständischen die Waffen bleiben sollten. Sie schlugen aber das Ersetzer ab, worauf der Kampf, jedoch nur sehr vereinzelt, wieder begann und die Nacht durch währte. Das Landvolk hat wenig Antheil genommen. Das Militär und die deutsche Sache haben gesiegt. Der Slavenkongreß ist auseinandergegangen, seine Theilnehmer aus der Stadt und über die Grenze gebracht worden. Das czechische Militär hat sich gegen die Czechomanen mit größter Erbitterung geschlagen.

In Bezug auf die Ereignisse in Prag hat Hr. Reitter, böhmischer Abgeordneter in Frankfurt, folgende Erklärung abgegeben: „Um einer irrigen Deutungen in Bezug auf die in Prag am 12. ausgebrochene Revolte vorzubeugen, halte ich mich, als geborener Prager darauf aufmerksam zu machen, daß der in Prag durch die Stimmführer der panslavistischen Partei angeregte Angriff gegen die dortige Garnison nicht etwa deßwegen erfolgte, um sich einer unterdrückenden Soldateska zu erwehren (denn die österreichische Armee hat bis jetzt eben so gut in Prag als an andern Orten bewiesen, daß sie keineswegs ein Feind der Bürgerfreiheit ist), sondern bloß aus dem Grunde entstand, weil die Prager Garnison im höchsten Grade indignirt war, zu sehen, wie die zum Theil von Rußland, zum Theil von der Aristokratie bezahlte panslavistische Partei das Ruder in Böhmen führe und das deutsche Element unterdrücke. Uebrigens ist der merkwürdige Umstand zu erwähnen, daß auch das in Prag befindliche, bloß aus Polen bestehende Regiment mit den czechischen Panslavisten nicht kann leiden. Frankfurt, 16. Juni 1848. C. Reitter, Abgeordneter aus Böhmen."

**Innsbruck**, 14. Juni. Soeben ist das folgende neunte Bülletin des Erzherzogs Johann erschienen: „Vom Feldmarschall Grafen Radetzky ist Mir aus seinem Hauptquartier Longare v. 11. Juni 9 Uhr Vormittags über die Einnahme von Vicenza nachfolgende Mittheilung zugekommen: Vorgestern, den 9. Abends, bin ich mit meiner Armee bei Vicenza angekommen, habe gestern, den 10. Vormittags, mit meinen tapfern Truppen alle Stellungen, Verschanzungen und Höhen um die Stadt erobert, und werde heute gemäß einer um 6 Uhr früh durch den General-Quartiermeister Feldmarschall-Lieutenant v. Heß mit den päpstlichen Truppen abgeschlossenen Kapitulation — wonach diese Truppen (bei 15,000 Mann) die Stadt räumen, über den Po ziehen und drei Monate nicht gegen und denen dürfen — in die Stadt Vicenza, wo sich viele Geschütze und Munitionsvorräthe befinden — einziehen. Der gestrige Tag war für die Truppen Sr. Maj. ein höchst ehrenvoller. Das 1. und 2. Korps, sowie die Division Culoz wetteiferten in Tapferkeit und Einsicht, und die Officiere der Armee haben sich, wie immer, gleich der Mannschaft mit Ruhm bedeckt. Doch ist der Verlust an erfreuen bedeutend. Ihre Namen und Zahl, sowie jene der Mannschaft kann ich jedoch erst später nachtragen, wenn ich die nähere Detailrelation einsehen im Stande bin, beiläufig 20 Officiere, 5—600 Gemeine; der feindliche aber gegen 1800. (Fol-

Digitized by Google

gen Belobungen mehrerer höheren Officiere, von denen unter Andern Generalmajor Fürst Wilhelm Carl, die Obersten Kopal und Reichach verwundet, der Oberst Baron Lavanagh getödtet wurden.

Ferner schreibt man der Allg. Zeit. aus Frankfurt: Es wird hier allgemein für wahrscheinlich gehalten, daß in kurzer Zeit ein Waffenstillstand zu Stande kommen werde, um so mehr, da beide Armeen in Positionen stehen, wo sie nicht leicht operirenden werden können. Die Mannschaften sind verschaft bis an die Zähne, und die Armee des Feldmarschalls ist nicht weniger stark, jedem Angriff zu widerstehen. Auch von französischer Seite soll eine baldige Pacification gewünscht werden, und Hr. v. Hummelauer, der gestern aus London zurückkam, wird schwerlich unsonst gekommen sein.

**Preußen.** Berlin, 15. Juni. Der Preuß. Staatsanzeiger bringt die Liste der Verluste, welche die Bundestruppen in dem bei der großen Rekognoscirung im Sundewitschen vorgefallenen Gefechte oder dem Gefechte bei Düppel erlitten haben. Hiernach verloren die Preußen an Todten 3 Officiere, 4 Unterofficiere, 20 Gemeine, an Verwundeten 9 Officiere, 14 Unterofficiere, 1 Chirurg, 131 Gemeine (mithin wenigstens an Verwundeten bei Weitem nicht so viel, als im Barrikadenkampfe zu Berlin, wo die Truppen allein an Verwundeten 29 Officiere, Unterofficiere, Chirurgen und 225 Gemeine zählten), ferner die Hannoveraner an Todten 8 Gemeine, an Verwundeten 10 Officiere, 7 Unterofficiere, 50 Gemeine, die Braunschweiger 1 Todten, 1 Verwundeten; die Mecklenburger je 1 Verwundeten; Gesammtsumme an Todten 3 Officiere, 4 Unterofficiere, 29 Gemeine; an Verwundeten 19 Officiere, 21 Unterofficiere, 184 Gemeine.

Berlin, 14. Juni. Man sagt, es sei in Potsdam auf den Prinzen von Preußen geschossen worden. Es wäre entsetzlich und fluchwürdig, wenn es wahr wäre, daß die Parteileidenschaft nun sogar zum Meuchelmord geführt. (D. A. Z.)

* Aus Berlin erhalten wir Berichte über neue Ruhestörungen, welche am 14. dort stattfanden und mit der Plünderung des Zeughauses endigten. Es bildeten sich, der eben erlassenen Bestimmung zum Trotz, neue Zusammenrottungen, die zu einem Zusammenstoß zwischen der Bürgerwehr und dem Proletariat führten. Namentlich am Zeughaus, wird berichtet, drang eine Kompagnie Bürgerwehr vor und gab Feuer, so daß einige der Andringenden zusammenstürzten. Unter allgemeinem Schreien nach Waffen stürzte Alles davon. Der Kaufmann Benda wurde als derjenige bezeichnet, der das Kommando zum Feuern gegeben haben soll. Die Menge stürzte theilweise nach dessen Wohnung in der Münzstraße, und die Zerstörung der Wohnung, sowie Mißhandlungen gegen seine Familie waren bereits vollbracht, als es sich aufklärte, daß nicht Benda, sondern ein Kaufmann Bender kommandirt habe, wenn anders überhaupt ein Befehl zum Feuern erlassen wurde. Inzwischen zog sich die Bürgerwehr immer mehr, entweder ganz oder doch insofern von dem Kampfe zurück, als sie durch das Umwickeln der Bajonette mit weißen Tüchern zu erkennen gab, daß sie gegen das Volk die Waffen nicht gebrauchen wolle. Auch verlautete, das Militär im Zeughause habe Ordre zum Abmarsche bekommen. Die Haufen drängten daher von Neuem gegen das Zeughaus hin und erstürmten, da der Abmarsch nicht erfolgte, ohne Widerstand zu finden, das Gebäude. Die Soldaten (vom 24. Reg.) zogen ungehindert ab und die Masse bewaffnete sich sofort der vorgefundenen Waffen und Munition. Man sah nicht nur Erwachsene mit Säbeln, Musketen, Karabinern, Pistolen etc. u. s. w. aus dem Zeughause ziehen, sondern nicht selten auch 8—10jährige Jungen bis an die Zähne bewaffnet die eroberte Festung verlassen. Während oft durch Unvorsichtigkeit die kolossalsten Gewehre zertrümmert wurden, sah man Leute mühselig große Bleiblöcke, als wären es Goldbarren, in den Schutz der Universität tragen. Mehrere Tausend Gewehrstücke mögen bereits entfernt gewesen sein, als neue Abtheilungen Bürgerwehr das inzwischen von den Handwerkern und Studenten überwachte Zeughaus umringten und Allen, die sich in dem Innern noch befanden, die Waffen wieder abnahmen. Nicht lange nachher rückten auch die eben entfernten Soldaten wieder ein. Die Besorgniß der Eingesperrten schein — man weiß bis jetzt noch nicht, ob mit oder ohne Grund — groß gewesen zu sein, denn Viele flüchteten auf das an der Facade befindliche Gerüst und Einer, der wie es schien durch einen freiwilligen Sprung aus dem sehr hohen 2. Stockwerk sich auf die Straße retten wollte, kam halb zerschmettert unten an. Die Uebrigen wurden auf leitern herunter gelassen.

Diese Scenen vor und in dem Zeughause sind das Hauptereigniß der Nacht. Uebrigens versuchte man in einzelnen Stadttheilen, namentlich in der Behren-, Landsberger- und Neuen Königsstraße ꝛc. bereits Barrikaden zu errichten. Aus dem Königsstädter Theater wurden Waffen gewaltsam herbeigeschafft und eine rothe Fahne auf die dort errichtete Barrikade gesetzt. Etwa um 10 Uhr zog ein Haufe von 30—40 Menschen unbewaffnet durch die Königsstraße, um, wie behauptet wird, die Republik auszurufen! Die rothe Fahne, die sie Zuge vorantrugen, nahm die Bürgerwehr in Beschlag und die Abgerufenen verließen, die sich unschuldig glaubten, fanden sich noch spät in der Nacht vor der Stadtvoigtei ein, um die Rückgabe der ihnen in Schrecken gebrachten Fahne zu verlangen. — Während der ganzen Nacht war das Geräusch von dem Heranrücken großer Truppenmassen aus Potsdam und Spandau verbreitet. Noch jetzt wird behauptet, daß aus diesen Garnisonen Regimenter unweit der Thore liegen. Nach einem andern, wenn auch unbestätigten, doch erwähnenswerthen Gerücht, soll in Potsdam selbst zwischen Bürgern und Militär ein Kampf stattgefunden haben. — Bemerkenswerth ist noch, daß, wie uns aus glaubwürdiger Quelle versichert wird, Nachts um 2 Uhr in der Nähe des Frankfurter Thores Kanonenschüsse in regelmäßigen Pausen sich wiederholend gehört wurden. — Heute früh sind von einzelnen, den Behörden bekannt gewordenen Personen die Waffen, deren sie sich gestern bemächtigt, wieder abgenommen worden. Bis jetzt (Mittags 1½ Uhr) sind zwar in der Nähe des Zeughauses noch und der Singakademie große Zusammenrottungen sichtbar, auch ist Bürgerwehr reichlich aufgestellt, doch hat eine Wiederholung der gestrigen Ereignisse noch nicht stattgefunden. Der Staatsanwalt Temme zeigt an, daß er Untersuchungen eingeleitet und deren Ergebniß in Kürze veröffentlichen werde. — Heute in aller Frühe will man zu verschiedenen Thoren hinaus eine Menge bepackter Reisewagen bemerkt haben. Es scheint, als hätten in Folge der gestrigen Begebnisse wiederum viele Wohlhabende die Stadt verlassen. — Der interimistische Führer der Bürgerwehr, Major Bleffon, soll auch heute das Kommando niederlegen wollen. — Zwei Bataillone des 9. Regiments und die Kavallerie der Lehrebrdron sind, wie behauptet wird, um nicht gegen das Volk geführt zu werden, in der Nacht aus der Stadt gerückt. Sie sollen jedoch wieder zurückgekommen sein. Das 24. hatte während der Nacht in schlagfertiger Stellung alle Brücken besetzt.

Vom Rhein, 10. Juni. Das Staatsministerium hat zur Herbeiführung von Ersparnissen im Staatshaushalte beim Könige die Verringerung der Pensionen, sowie der Diäten und Reisekosten beantragt, und der König hat den betreffenden Vorschlägen seine Genehmigung ertheilt. Vorläufig bezieht sich die Verminderung bloß auf die fortan zu bewilligenden Pensionen für die Civil- und nicht zum stehenden Heere gehörigen Militärbeamten, und wird dabei das Maximum einer Pension mit 4000 Thlrn. angenommen. Einen Vorschlag wegen der Pensionen für das stehende Heer wird der Kriegsminister unverweilt vorlegen. (D. A. Z.)

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 17. Juni Morgens. Die Vorfälle von Heilbronn sind ihnen vielleicht bereits bekannt. Das dort liegende 8. Infanterieregiment scheint dem gleichen Gifte zugethan zu sein wie das hiesige, welches kürzlich Herker seben ließ. Am 14. wurden in Heilbronn verhaftete Soldaten wieder befreit. Am 15. waren Unruhen in dem benachbarten Weinsberg, an denen sich besonders Soldaten des 8. Regiments betheiligten; es galt der Befreiung von Untersuchungsgefangenen, welche wegen früherer Unruhen im Weinsberger Bezirk saßen. Auch die Befreiung dieser geschah, wie man hört. Gestern Abend nun wurde von hier aus das 4. Infanterieregiment nach Heilbronn abgeschickt; um 9 Uhr brachte es ein Extrazug von Eßlingen fort. Aus Ludwigsburg ging ebenfalls Militär, namentlich Artillerie, nach Heilbronn ab.

**Tübingen,** 13. Juni. Wir verlieren einen unserer berühmtesten Professoren, den Orientalisten Ewald. Er hatte sich bei uns nie recht heimisch gefühlt und ergriff nun mit Freuden die in Folge des neuen Umschwunges der Dinge ihm dargebotene Gelegenheit, um in seine geliebte Vaterstadt Göttingen zurückzukehren, wo er den vor 11 Jahren verlassenen Lehrstuhl wieder einnehmen wird. Die erbetene Entlassung aus würtembergischem Staatsdienst ist bereits gewährt. (Schw. M.)

**Hannover,** 14. Juni. In der heutigen Sitzung kam endlich die zweite Kammer zu dem Siebenbrag'schen Antrage auf Entlassung derjenigen Staatsdiener, die seit 1837 zum Nachtheil anderer verletzenden Männer und auf Kosten des Landes zu hohen Aemtern gelangt seien. Nach anderthalbstündiger Debatte, in der nur Söhse, Lehzen und Bobungen gegen den Antrag, Werde, Garßen, Bodenberg, Brieglieb, Böse, Richter, Voigts u. A. für denselben sprachen, wurde der Antrag mit großer Majorität angenommen. (Hannov. Z.)

**Baden.** †† Karlsruhe, 16. Juni. In Sachsau ist Fabrikant Gottschalk aus Schopfheim zum Mitglied des Parlaments gewählt worden. Sein Antrag auf den Verhandlungen der Kam-

Digitized by Google

mer räumlich bekannt, und nur mit Betrübniß sahen wir ihn aus derselben scheiden. Sein Gegner war der durch Ilgstein empfohlene Dr. Jakoby aus Königsberg. In Schopfheim wurde der Schriftverfasser Höhrendach gewählt, von dem man nur weiß, daß er in neuester Zeit zu der äußersten Linken gehörte. In der heutigen Kammersitzung wurde die Wahl des Oberamtmanns Schey zu Säckingen genehmigt. Nach dem Wahlgesetze darf ein Beamter in seinem Bezirke nicht gewählt werden. Da aber Oberamtmann Schey in dienstpolizeilicher Untersuchung genommen und einstweilen seines Amtes enthoben ist, weil er den gefangen nach Säckingen gebrachten Struve laufen ließ, so betrachtete ihn die Kammer nicht als Beamten und erklärte die Wahl für giltig. Der Abg. Stösser berichtete über die Mittheilung der Regierung, worin die Zustimmung der Kammer zur Verhaftung Peters verlangt wird. Die aktenmäßige Darstellung der Sachlage läßt einen Zweifel an Peters Betheiligung bei dem hochverrätherischen Unternehmen Hecker schwer aufkommen. Der Bericht führt aus, wie Peter nach dem Verpariament hier gegen den Einwurfs der Bundestruppen gerüstet, wie er nach seiner Rückkehr in den Seekreis in einem Schreiben an den Befehlshaber von dem Argwohn des hellsehenden Volkes und dem großen Blutbad, welches der Einmarsch zur Folge haben würde, sprach, wie er in Altdorf bei Engen das „kopflose Benehmen der Regierung“ tadelte und bewaffneten Widerstand in Aussicht stellte. Es wird ferner hingewiesen auf den vertraulichen Umgang Peters mit mehreren Hauptlingen und Theilnehmern des Aufstandes, die seine Ernennung zum Statthalter betrieben, damit der Zug zu Hecker, von einer Behörde befohlen, Gehorsam finde; es wird nachgewiesen, wie der angeblich physische und moralische Zwang zur Annahme der Statthalterschaft lediglich eine Komödie war; wie endlich bei der Nachricht von dem Einmarsch der Baiern das böse Gewissen den Statthalter in die Schweiz trieb, von wo er zurückkehrte, sobald er sich sicher glaubte. Die Kommission findet den Verhaftsbefehl sowohl thatsächlich als rechtlich begründet und trägt auf Zustimmung an. Die Berathung wird morgen Statt finden.

Die Kammer berieth die Abänderungen, welche die erste Kammer an den Gesetzentwürfen in Betreff pflichtvergessener Beamten und über die Ausübung des Jagdrechtes vorgenommen hat, und stimmte nur zum kleinern Theile den Aenderungen bei. Die erste Kammer beharrt auf dem Grundsatze, das Jagdrecht als eine Folge des Grundeigenthums zu betrachten und dadurch den Grundherren das Recht zu wahren, welches sie als Ausfluß des Hoheitsrechts nicht mehr behaupten können. Die zweite Kammer dagegen beharrt auf der Ueberleitung des Jagdrechts an die Gemeinden, und es fielen bittere Bemerkungen über die Hartnäckigkeit, womit die Herren im Oberhause sich neuerdings gegen unabweisliche Forderungen der Zeit zu stemmen wieder anfangen. Weller zeigte, wie der verhüllte Versuch, das alte Recht in einer neuen Form zu wahren, verbunden mit der Aufsehung des Wildschadengesetzes einen schlimmeren als den bisherigen Zustand herbeiführen würde, und deutete an, daß die erste Kammer, welche Nichts gelernt und Nichts vergessen, entweder ganz wegfallen oder mit Kapacitäten, aber nicht mit Vertretern des Geburtsadels besetzt werden sollte.

† Karlsruhe, 17. Juni. Soeben, Abends halb zehn, hat die Kammer nach langer und lebhafter Berathung mit 28 gegen 16 Stimmen ihre Zustimmung zu der Verhaftung des Abgeordneten Peter ertheilt.

— Vom Rhein, 17. Juni. Einen aufmerksamen Beobachter des anarchischen Treibens kann es nicht entgehen, mit welcher Geschicklichkeit die Leiter und Agenten ein weitverzweigtes Lügensystem organisiren. Ein Alarmgerücht schlägt das andere; wie Eintagsfliegen kommen und vergehen ganze Schwärme von Neuigkeiten, deren Erfinder richtig berechnen, daß man damit die leichtgläubige Menge in fortwährender Unruhe unterhält. Sehen wir unter unsren Augen dergleichen Schöpfungen politischer Spekulation in Menge aufwachsen, so kann man sich denken, wie es in der Ferne getrieben wird. Wir sind so glücklich, ein paar ergötzliche Proben vor uns zu haben, die wir Ihren Lesern um so weniger vorenthalten wollen, als sich hier eine passende Gelegenheit gibt, zu zeigen, in welch rühmlicher Besonnung unsre Anarchisten deutsches Volk und deutsche Zustände dem Auslande vorführen. Es liegt eine Nummer vom Wochenblatt der Newyorker deutschen Schnellpost (vom 18. Mai) vor uns, mit Auszügen aus der Deutschen Londoner Zeitung und Herzensergießungen Karl Heinzens reichlich versehen; dieselbe gibt zur Charakteristik der Wahrheitsliebe wie des Patriotismus unserer sogenannten Republikaner unschätzbare Beiträge. Daß Hecker um Mitte April mit 4000 Mann auf Karlsruhe marschirte, daß gleich nach Ficklers Verhaftung 300 badische Unteroffiziere sich auf die Seite der Republikaner schlugen, daß bei dem ersten Zusammentreffen zwischen Truppen und Rebellen erstere sogleich zurückgezogen wurden, um eine „sofortige Verbrüderung“ mit den Freischaaren zu vermeiden, das sind Kleinigkeiten, die wir nur so nebenher erwähnen; ganz andre Kost sischt man unsren Landsleuten jenseit des Oceans auf, um ihnen ein getreues Bild von deutschen Zuständen zu geben. In Oesterreich werden überall die Klöster geplündert, es bilden sich förmliche Freikorps zu Gunsten Italiens und Polens, in Tirol steht das ganze Volk unter den Waffen, nach Schleswig schickt man in geheimer Verabredung mit dem russischen Czaren deutsche Freischaaren, denn was die dänischen Karlistischen thun, das brauchen später die Gerichte nicht zu thun“; in Baden läßt das Volk, außer in Mannheim, die „fremden“ Truppen nirgends über die Grenze, ebendaselbst besteht „unter dem Namen Gesellschaft der Freien eine Verbrüderung zu dem Zweck, alle Republikaner zu ermürgen“, und — finis coronat opus — „der Papst hat sich in diese Händel gemischt und die deutschen Republikaner am Oberrhein in den Kirchenbann gethan.“ Solches und Anderes, was selbst dem seligen Justinus die Grabesruhe stören könnte, steht wörtlich in dem Wochenblatt der Newyorker Schnellpost zu lesen. Ich denke, das Kapitel der Wahrheitsliebe ist damit erschöpft; lassen Sie mich auch den deutschen Patriotismus dieser „Republikaner“ etwas näher beleuchten. Daß die Deutschen ihre Landsleute in Posen nicht slavischer Brutalität preisgeben wollen, das bringt diese wackern Vaterlandsfreunde ganz außer sich; sie sprechen von „Infamie, Heuchelei und Unterdrückung.“ Daß die Deutschen ihr Grenze nach Westen wahren wollten, ja vielleicht ein paar gutmüthige Schwärmer daran dachten, das Elsaß einst wieder beim Mutterlande zu sehen, das empört unsren deutschen Republikaner. „Verlaßt Euch darauf, ruft er entrüstet, für diese bübische Anmuthung wird sich das franz. Volk rächen; verlaßt Euch darauf, wie aus Evangelium, gegen das neue Jahr soll das alte ein Kinderspiel gewesen sein!“ Solches und Aehnliches bringt die patriotische Gesinnung unsrer Republikaner zu Tage. Dagegen weinen sie blutige Thränen, daß man Hecker und Struve mit Waffen entgegentrete; „Deutschland, rufen sie wehmüthig aus, wirft Du Dich auch noch mit Struves und Heckers, mit Herweghs Blute besleckt?“ Dieser letztere Kummer wäre beseitigt, die genannten Märtyrer haben selber die Sorge über sich genommen, das deutsche Volk von diesem schrecklichen Konflikte sicherzustellen. — Schließlich noch ein Wort über die Bruderliebe unsrer deutschen „Republikaner.“ Die Republik, das gibt K. Heinzen in einem längern von ihm unterzeichneten Schreiben selber zu, die Republik wird in Deutschland auf Schwierigkeiten stoßen. Die radikale Propaganda wird dabei sein, sie fährt er fort, ihre Hauptaufgabe darin zu lösen haben, dass sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die Konstitutionellen wendet. „Diese Halbmenschen sind schlimmer als Sklaven und Sklavenlose zu verfolgen, wird wahrscheinlich das erste Werk des krassen Radikalismus sein. Kein Hansemann und kein Welcker, kein Gagternann und kein Bederath mehr.“ Was K. Heinzen unter jenem „schonungslos“ versteht, das legt er in einem andern Briefe aus Paris, den dieselbe Schnellpost bringt, mit liebenswürdiger Naivetät auseinander. Er freut sich über Leden Rollin, versteht sich, das kein kleiner sondern ein ganzer Danton sei, und fügt vergnügt hinzu: „mag uns die ganze Welt verfluchen, sagte einst Danton, wenn wir nur die Republik retten. Solche Gesinnung ist auch jetzt am Platze, das Recht soll siegen um jeden Preis und wer es antastet, der schreibe es sich selbst zu, wenn das Schwert der Gerechtigkeit ihm die Hand (wohl nur ein Euphemismus statt Kopf) abhaut. Wir fügen diesen Ausbrüchen der Bruderliebe gern ein paar Parallelstellen bei. In einem Gedichte, das ein deutscher „Republikaner“ in Elsaß veröffentlicht hat *), wird jene Theorie von der „Schonungslosigkeit“ schon in einzelnen Kategorien erläutert; die „getrönten Bürger“, die „verthierten Bürger“, die „eitlen Thoren“, die „Professoren“, Alle werden dort liebreich auf das nahe Strafgericht verwiesen, ihnen zugleich der Wink gegeben: „bart am Grabe der feilen Häscher wird die Zeigheit eingegraben“, und zudem die tröstliche Aussicht auf einen „Leichenberg der Bürger“ eröffnet. Einer der Schlußgesänge dieser humanen Ansprache verschert dann: aus versumpften Nationen, faulenden Religionen steige reines Menschenthum. — Wie schließen dies Kapitel von der Bruderliebe ab, doch nicht ohne einen guten Rath an unsre „Republikaner“ von dem Schlage, wie wir sie eben kennen lernten. Dieser gute Rath geht dahin: man muß nicht mit Blutgerichten drohen, ehe man das Messer dazu hat; das macht böses Blut unter den „verthierten Bürgern“. Man muß nicht eher den letzten Trumpf ausspielen, als bis man des Spieles überhaupt sicher ist; man muß

*) S. Allg. Z. vom 14. Juni, außer. Beilage.

Digitized by Google

endlich nicht mit Kopfabschneiden drohen, wenn man die guten Freunde amnestirt haben will.

**Hessen.** Darmstadt, 16. Juni. Die erste Kammer der Stände hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen: „in Anwendung des Art. 100 der Verfassungsurkunde ihren Sitzungen eine größere Oeffentlichkeit durch Zulassung von Zuhörern zu geben und demgemäß die Staatsregierung zu ersuchen, die hierzu nöthigen Einrichtungen dalmöglichst veranlassen zu wollen." (Darmst. Z.)

☽ Darmstadt, 16. Juni. Die Taktik, welche die republikanische Partei im Vorparlamente freilich mit geringem oder keinem Erfolge anwandte, durch gewaltsamen Austritt, wenn die Sachen nicht nach ihrem Kopfe gingen, einzuschüchtern, scheint sie auch bei uns, Hrn. Zitz an der Spitze, erneuern zu wollen. Heute Morgen gab in der Kammer dieser Abgeordnete mit drei seiner Kollegen, den Hrn. Heyer von Wohr, Behlen und Grobe, eine schriftliche Erklärung ein, wolf theils unbegründeter, theils entstellter Anschuldigungen gegen die Kammer. Sie lautet also: „Die unterzeichneten Abgeordneten der rheinhessischen Wahlbezirke Mainz, Niederolm, Wörrstadt und Alzei finden sich zu folgender Erklärung veranlaßt: „Unterm 6. März wurde durch den Großherzog und Mitregenten erklärt, daß dem hessischen Volke seine Rechte nicht länger vorenthalten sein sollten. Als solche Rechte wurden in der Proklamation des Landesfürsten unter der Preßfreiheit und dem Versammlungsrechte anerkannt: 1) das der allgemeinen Volksbewaffnung, 2) der politischen und bürgerlichen Gleichstellung aller Religionsbekenntnisse, 3) der freien Entwicklung des Gemeindelebens, 4) zeitgemäße Revision der Verfassungsurkunde, 5) möglichste Verminderung des stehenden Heeres. Insbesondere wurde die unverzügliche und ganze Verlangte Vernichtung der Bureaukratie und des Polizeistaates in dem verhaßten Institute der Kreisräthe feierlichst zugesagt, und die bestimmte Verheißung gegeben, daß es das ernstliche Bestreben der Regierung sein werde, alle Feudallasten und Bevorrechtungen Einzelner oder ganzer Klassen der Staatsgesellschaft (des Adels) aufzuheben und eine unbedingte Gleichstellung aller Staatsbürger in Rechten und Pflichten zu erzielen. Die Anerkennung und Zusicherung dieser Rechte war die Folge des einmüthigen und entschiedenen Verlangens des ganzen Volkes, welches seine Entschlossenheit an den Tag gelegt hatte, diese Rechte, sei es mit Gewalt, der Regierung abzuringen. Die Zusicherung war daher die Frucht einer Revolution, welche durch die Gerechtwilligkeit der Regierung ohne Gewaltthätigkeit vollbracht wurde. Man hätte erwarten sollen, daß, als erste und nothwendigste Folge dieser Umwälzung, die Auflösung der seitherigen Ständekammer, welche von Privilegirten auf Privilegirten vor dem neuen Aufschwunge gewählt, weder in dem Systeme noch in der Zusammensetzung auch nur die billigste Erwartung befriedigen konnte, erkannt werden würde — ja die Erfüllung der Verheißungen war ohne diese Auflösung der Kammer und Zusammenberufung wahrer Volksvertreter gar nicht möglich, weil eine zeitgemäße Revision der Verfassungsurkunde die Vernichtung der 1. Kammer oder doch jedenfalls eine gänzliche Umgestaltung derselben in sich fassen mußte, und es undenkbar war, daß sich dieselbe ihren Abschied selbst ertheilen werde. Die vielfach ausgesprochene Befürchtung, daß das Fortbestehen der seitherigen Kammern die Entwickelung der politischen und bürgerlichen Freiheit unmöglich mache — die in Adressen, Aufforderungen, Beschlüssen von Volksversammlungen aus allen Theilen des Landes dringendst gestellten Verlangen nach Auflösung der Kammern blieben gänzlich unbeachtet, und es ist deutlich zu ersehen, daß die Regierung die Erfüllung der Zusicherungen vom 6. März von der Zustimmung dieser zum großen Theil aus reaktionären und freiheitsfeindlichen Elementen zusammengesetzten Kammer abhängig machen, also mit einem Worte in Frage stellen will. Ja man kann sagen, daß diese Erfüllung bereits in den wichtigsten der anerkannten Volksrechte abgeschnitten und die Erwartung des Volkes daher durch das verwerfliche Kammersystem betrogen worden ist. Das vorgeschlagene Gesetz über die Gleichstellung der Kulten ist in der 2. Kammer nur mit einer der Proklamation des Regenten direkt zuwider laufenden Beschränkung durchgegangen und in der 1. Kammer dem Grabe und der Wirkung nach verworfen worden. — Der Gesetzesvorschlag über die Volksbewaffnung ist durch die 2. Kammer gänzlich gelähmt und wirkungslos gemacht worden und wird sich voraussichtlich der Sanktion der 1. Kammer noch weniger zu erfreuen haben. Der Gesetzesvorschlag auf Abschaffung einer verhaßten, drückenden, ungerechten, die häusliche und öffentliche Freiheit des Bürgers beeinträchtigenden Steuer (Zapfgefälle vom Weine) ist von der 2. Kammer zurückgewiesen worden, und die 1. Kammer hat, soviel man weiß, ungeachtet der dadurch erregten Aufregung, keinen besseren Entschluß zu Gunsten des Volkes zu fassen vermocht. — Der Gesetzesvorschlag auf Aufhebung der standesherrlichen Rechte, welche schon Kraft der Revolution verschwinden mußten und faktisch vernichtet waren, wurde zwar von der 2. Kammer angenommen, in der 1. wird er aber, wie aus dem darüber erstatteten Bericht geschlossen werden kann, gänzlich durchfallen. Die durch das „historische Recht" Begünstigten finden es natürlich ganz in der Ordnung, dem historischen Rechte allein Geltung zuzugestehen und haben keine Sympathie für eine Revolution, welche ihnen selbst das Opfer brachte, den allgemeinen Menschenrechten widersprechender Vorrechte und Privilegien aufzugt. Dagegen waren beide Kammern äußerst willig, der Regierung auf ganz unsichere und sofort als irrig erscheinende Nachrichten hin ein Vertrauensvotum und damit die Mittel zu gewähren, das stehende Heer in größter Ausdehnung zu erhalten und das verarmte Land mit unerschwinglichen Lasten heimzusuchen. Bereits wurde das Knochen einer Million Gulden und es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß der Vorschlag zu Ausgabe mehrerer Millionen Gulden Papiergeldes sich des Beifalles beider Kammern zu erfreuen haben wird. Für Rheinhessen, namentlich für Mainz, wurden in den bekannten Verhältnissen bereits die dringendsten Anforderungen gestellt: — wir haben aber nicht die geringste Sympathie der Kammer sich bei der Regierung energisch dafür zu verwenden, wahrnehmen können. — Wir können von dem jetzigen Kammersystem nicht hoffen, daß ein wirklich dem Zeitgeiste und dem heutigen politischen Aufschwunge entsprechendes Gesetz aus ihr hervorgehe; wir sind überzeugt, daß sie in allen Verhältnissen weit hinter den mäßigsten Anforderungen zurückbleiben wird; wir erwarten von ihren Beschlüssen nichts Ersprießliches für die Freiheit und das Glück des hessischen Volkes; wir fürchten, daß ihr Zaudern und Lassen von den hessischen Bürgern als unvolksthümlich zurückgewiesen werde, und glauben, daß jedes fernere Wirken mit dieser Ständeversammlung eine Beeinträchtigung der heute in Deutschland anerkannten Volkssouveränetät ist. Wir erachten es daher für eine Pflicht gegen das Volk, unseren alleinigen Mandanten, aus dieser Kammer zu scheiden, und verwahren unser gemeinschaftliches Vaterland und insbesondere die Bezirke, welche uns gewählt haben, gegen die Folgen und Wirkungen der Beschlüsse, welche Männer fassen, die seit dem 6. März nicht mehr als die wirklichen Vertreter des hessischen Volkes betrachtet werden können. Wir übergeben der 2. Kammer diesen Ausdruck unserer Gesinnung in der Ueberzeugung, daß dieselbe von den meisten unserer Kollegen getheilt und vielleicht bald zu der übrigen gemacht werden wird. Wir zeichnen mit Achtung und Ergebenheit. Darmstadt, am 3. Juni 1848. Zitz. Mohr. Behlen. Grobe". — Die Kammer, welche bisher für eine äußerst liberale galt und mit großem Eifer an der neuen Gesetzgebung für die Volksinteressen arbeitete, mußte es natürlich entrüsten, sich so von Kollegen aus ihrer Mitte angegriffen zu sehen. Indessen gestattete der Präsident, sich auf die Geschäftsordnung beziehend, im Augenblick keine Diskussion, sondern verwies die Sache zur schnellen Berichterstattung an den 3. Ausschuß, der nun bald diesem merkwürdigen Manifeste antworten dürfte.

**Schleswig.** †† Rendsburg, 13. Juni. Heute hielten wir unter dem Präsidium von Brockes und des Advokaten Matthiesen aus Schleswig als Protokollführer eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung ab, von welcher folgende 4 Punkte einstimmig angenommen wurden. 1) Das Volk Schleswig-Holsteins verlangt, um des Landes gefährdete Sicherheit und Ehre nachdrücklich zu wahren, augenblicklicher Einführung allgemeiner Wehrpflicht ohne Ausnahme und Stellvertretung; unverzügliche Aufstellung eines starken Heeres, und endliche Organisation dieses Heeres und der militärischen Verwaltung unter einem Kriegsministerium. Willig wird das Volk Schleswig-Holsteins jede Kriegssteuer tragen. 2) Das Volk Schleswig-Holsteins verlangt, daß das von den Ständen zu beratheude Wahlgesetz für die künftige, das schleswig-holsteinische Volk in Wahrheit repräsentirende Versammlung, auf dem Grundsatz der allgemeinen direkten Volkswahl beruhe und eine nicht geringere Anzahl von Abgeordneten festsetze, als jetzt in den vereinigten Ständen Mitglieder sind. Das Volk erwartet, daß das Wahlgesetz und die neuen Wahlen möglichst gefördert werden, damit die jetzige Ständeversammlung nach Erledigung der dringendsten Vorlagen der neugestalteten ihren Platz einräumen könne. 3) Das Volk Schleswig-Holsteins verwirft jede Theilung des Herzogthums Schleswigs als der Politik, dem Rechte und der Ehre des deutschen Volkes widerstreitend. 4) Das Volk Schleswig-Holsteins wünscht und hofft, daß der König Friedrich VII. nicht wieder zur Ausübung der Regierungsgewalt in den Herzogthümern gelange, und hält seine Freiheit und seine deutsche Nationalität nur durch die Anerkennung des Grundsatzes gesichert: Kein König von Dänemark darf Herzog von Schleswig-Holstein sein, kein Herzog von Schleswig-Holstein König von Dänemark. — Wie sehr diese Punkte der Wüns

Digitized by Google

des Gesammtvolkes seien, bewies die Abstimmung, wie Ein Mann stand Alles auf für diese Punkte, obgleich die Theilnehmer der Versammlung aus den heterogensten Personen und den verschiedensten Landestheilen bestanden. Hoffentlich werden wir bald diese Bestrebungen den Friedensunterhandlungen zu Grunde gelegt sehen, da sie allein die Basis bilden, auf welche hin ein Friede, ein permanenter Friede möglich ist, oder sollte man den Frieden, ohne uns zu fragen, abschließen wollen? Sollte man uns an Dänemark verkaufen wollen? Nur um Rußland, Schweden und England einen Dienst zu erweisen? — 5000 Schweden sind bereits auf Seeland und Fünen gelandet, dies stimmt uns aber nicht um, wir beharren fest auf unserm Recht, selbst wenn die Schweden auch nach Jütland kämen, was sie wohl nicht wagen werden, selbst wenn uns der Bund verließe, was auch nicht der Fall zu sein scheint, da eben die neuen Kontingente des X. Armeekorps hier eintreffen, denen morgen neue Truppen aus Hannover, sowie noch 6 Bataillone Preußen folgen sollen.

Rendsburg, 14. Juni. Die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ enthält folgende Bekanntmachung der prov. Regierung: Nachdem in der letzten Zeit wieder mehrfache Treffen mit den Dänen Statt gefunden, hat sich sofort eine Anzahl von Freiwilligen aus den verschiedenen Theilen Deutschlands von Neuem erboten, den Herzogthümern in diesem Kampfe zu Hilfe zu eilen. Die prov. Regierung erkennt mit Dankbarkeit die Hingebung und den Patriotismus an, welcher sich in dieser von Neuem gezeigten Bereitwilligkeit kund gibt, für ein bedrohtes deutsches Land sofort im Augenblick der Gefahr die Waffen zu ergreifen. Die prov. Regierung hat sich indeß als verpflichtet ansehen müssen, es zur öffentlichen Kunde zu bringen, daß die Gründe, welche die Bekanntmachungen vom 19. und 21. April d. J., nach welchen die fernere Annahme von Freiwilligen zur Zeit unthunlich ist, veranlaßt haben, und jetzt noch fortdauern, und daß demnach Diejenigen, welche sich dennoch zum Eintritt in die Freikorps melden sollten, nicht werden angenommen werden können, auch keine freie Beförderung zu gewärtigen haben. Rendsburg, 13. Juni 1848. Die prov. Regierung. Besser. F. Reventlow. M. L. Schmidt. Th. Olshausen. Lüders.

Bremen, 6. Juni. In der heutigen Bürgerversammlung machte der Senat wegen eines Gegenstandes, der die deutschen Handels- und Zollverhältnisse betrifft, nachstehenden Antrag an die Bürgerschaft: Die deutsche Bundesversammlung hat in ihrer Sitzung vom 19. Mai beschlossen, die Regierungen der einzelnen deutschen Staaten aufzufordern, in kürzester Frist der Verhältnisse kundige Männer nach Frankfuet zu senden, um sich über ein gemeinschaftliches Handels- und Zollsystem zu verständigen und die geeigneten Vorschläge zu dessen Ausführung zu machen. Gleichzeitig beschäftigt sich die konstituirende Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. mit demselben Gegenstande. Sie hat aus ihrer Mitte eine Kommission von 30 Mitgliedern erwählt, um zu demselben Zweck Erkundigungen einzuziehen und der Nationalversammlung Bericht zu erstatten. Beide, die Nationalversammlung der Bevollmächtigten der Staaten und die Kommission der Nationalversammlung, dürften sich mit einander in Verbindung setzen, um das Werk der Einigung zu baldiger Beschlußreife zu fördern. Wenn aber die Bevollmächtigten und Deputirten Bremens bestrebt sein sollen, die Wünsche und Anliegen unserer Vaterstadt mit den Gesammt-Interessen Deutschlands in Einklang zu bringen, so müssen sie mit jenen bekannt gemacht werden. Es kommt daher darauf an, diese Wünsche und Anliegen näher zu ermitteln und festzustellen. Der Senat ist der Ansicht, daß Solches nicht besser geschehen könne, als durch eine gemeinschaftliche Deputation von unserer kommerciellen, gewerblichen und finanziellen Verhältnisse kundigen Männern, und foedert daher die Bürgerschaft auf, ihre nächste Versammlung zur Wahl ihrer Mitglieder der hiesige Deputation zu bemächtigen, welcher der weitere Auftrag zu ertheilen sein wird, zur Begründung der Wünsche und Anliegen Bremens auch Sachverständige aus allen Fächern zu Rathe zu ziehen. (Die Wahl hat bereits stattgefunden.) Bei der darauf beschlossenen Berathung dieses wichtigen Gegenstandes, deren Folge die Annahme des Vorschlags war, wurden mehrere Wünsche ausgesprochen, z. B. daß auch der Kleinhandel und die Gewerbe bei der Wahl der Deputation berücksichtigt werden möchten, daß Bremen, mit Ausschluß des Gebiets und wo möglich der Neustadt, Freihafen werden, jedenfalls nicht in eine andere Lage als Hamburg und Lübek kommen möge u. s. w. (Alt. M.)

Bremen. Die Weser Z. schreibt: Nach Briefen aus Kopenhagen vom 12. Juni ist in Folge der von England pr. Dampfboot „Rob Roy“ eingetroffenen Depeschen in den Truppensendungen von Schweden nach den dänischen Inseln ein Stillstand eingetreten; auch wollte man in Kopenhagen unterrichtet sein, daß eine friedliche Wendung eingetreten sei, welche durch die Unterhandlungen in London herbeigeführt worden. Jedoch wollte man zugleich wissen, daß noch von russischer Seite entgegengesetzte Einflüsse die Sache verzögerten. „Bardvriandet“ erklärt das in Hamburg wie in England verbreitete Gerücht, als beabsichtige die dänische Regierung, Beschlag auf das in Dänemark befindliche Privateigenthum, welches den Unterthanen der kriegführenden Mächte gehört, zu legen, ist durchaus grundlos.

O Frankfurt, 17. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurden mehrere Einwendungen gegen das Protokoll der vorigen Sitzung erhoben, besonders rügte Vogt, daß sich am Schlusse desselben der Präsident in die Diskussion gemischt habe, statt einfach zu resumiren, und zwar ohne den Präsidentenstuhl zu verlassen; es sei das dem Princip der Unparteilichkeit gefährlich. Der Präsident gab ihm Recht. Sofort erhob sich die Linke, um über den Ausfall der auf gestern angefagten Sitzung Klage zu führen, die der Präsident auf eigene Macht aus Mangel einer Tagesordnung auf heute verschoben hatte: die in Aussicht gestellten Berichterstattungen konnten noch nicht Statt haben. Wir beklagen mit vielen Andern, daß der Präsident aus Konvenienz gegen die Linke und gegen die Gallerie mehr und mehr in dieselbe Lässigkeit der Regimentsführung verfällt, wie alles Regiment in Deutschland, das dadurch seine eigene Sache, wie die Sache der Nationalversammlung mehr und mehr der Invasion und zuletzt der Uebermacht der Vorurtheile und der Eingriffe preisgeben wird. In der Geschäftsordnung ist eine Lücke in Bezug auf die Frage, ob der Präsident allein oder mit einer Uebereinstimmung mit der Versammlung eine Sitzung anfagen oder aussetzen darf; er konnte sich auf den Gebrauch zahlloser ständischen Verfassungen berufen, wenn er für sich allein dies Recht in Anspruch nehme; er konnte damit jede Anfechtung abweisen und einfach die Versammlung fragen, wie sie es in Zukunft gehalten wissen wolle. Statt dessen ließ er einer der unerquicklichsten Debatten ihren Lauf. Die Redner der Linken stellten sich Einer nach dem Andern auf das Niveau der Gallerie, der unverständigen Menge, der Aufreizer, die die Nationalversammlung der Unthätigkeit zeihen, weil sie im Umfang weder der Regierung, noch der menschlichen Arbeitskräfte zu bemessen wissen. So Wesendonck: Wie sind geschickt, um zu arbeiten, nicht um zu feiern. Wir sollten beschließen, jeden Tag Sitzung zu halten! Die Souverenität der Versammlung soll aufrecht erhalten, dem Präsidenten nicht das Recht eingeräumt werden, über die Sitzungen allein zu bestimmen. So Jordan: Wir ließen die Gräuel in Neapel geschehen, Trieft bombardiren, in Prag einen Slavenkongreß halten; wir sollen uns mit dem Geist, der draußen das Volk bewegt, erfüllen, dem Geist der Revolution, wir sollen überall eingreifen — Statt dessen (es war dieser Refrain 4 bis 5 Mal mit höhnischem Tone wiederholt) „hielten wir Feiertage“. Die Gallerie jauchzt, die Mitglieder empören sich über diese frivole Herabsetzung einer Versammlung, deren Beschlüsse Deutschland vor sich, während der Feiertage in unablässiger, anstrengendster Thätigkeit sind. Wisecke aus Tübingen: Die Mißstimmung sei groß im Volke, die Ungeduld gespannt, in Schwaben unter allen Ständen, umsonst werde man der Masse die Rebriten des Ausschusses entgegenhalten, man warte auf schlagenden und faßbaren Erfolg. Venedey beneidet gar den Bundestag, daß er für Trieft rascher gehandelt habe, als die Nationalversammlung — armer Bundestag! Dein Nichtsthun ist ein Staatsverbrechen! Deine Thätigkeit ein Majestätsverbrechen an der Nationalversammlung. Simon von Trier: man deute die Hause auf eine Furcht vor den hier versammelten demokratischen Vereinen! man sage sich, die Berichterstattungen des Ausschusses müßten erst an die 34 Bundesregierungen eingesandt werden!! Er und Röhlee aus Otis interpellirten die Ausschüsse über ihre Thätigkeit u. verlangen, daß die in 2 Ausschüssen zugleich Gewählten sich auf Einen erklären, bei Doppelwahlen künftig stets sollten. Diese Xamarilla der Gallerie verpulvert in einem Athem 3 Stunden in nutzlosem Gerede und klagt die Versammlung der Unthätigkeit an! sie will jeden Tag Sitzung, damit in Ermanglung eines vorbereiteten Stoffes sie zu Interpellationen und Diatriben dieser Art recht breiten Raum haben! Bassermann (und später die Vorstände der einzelnen Ausschüsse) wiesen die Vorwürfe zurück. Wenn der Antrag auf tägliche Sitzung durchgehe, so werde das Volk nur ungeduldiger werden. Man müsse, wolle man diese Ungeduld stillen, die Arbeiten der Ausschüsse nicht hemmen. Diese Ungeduld wird sich durch die Gediegenheit der Vorarbeiten u. der Beschlüsse beschwichtigen. Er habe in seinem bewegten engen Vaterland den Wunsch viel gehört, daß man nicht zuviel rathe. Ihm, dem Präsidenten, der N.-V. müsse es gleichgiltig sein, welche mißliebige und harte Worte im Publikum fallen. Rede man von Jenen, die, die Thätigkeit der Versam mlung bedrohend, fragten: ob sie kommen und „helfen“ sollten, so berühre man einen wunden

Digitized by Google

flict unserer Zustände; wenn das Volk nicht Achtung vor seinen frei gewählten Vertretern habe, so sei es der Freiheit nicht werth. Zwei der größten Gegenstände, die Berichte über die Centralgewalt und die Volksrechte seien vorberettet und fertig; jetzt könne Sitzung auf Sitzung folgen, und dies sei nun dadurch möglich geworden, daß nicht täglich Sitzung war. Jetzt würden Handlungen möglich sein, wenn die Centralgewalt geschaffen wäre. — Die rechte Waffe gegen die Verleumder der Versammlung führte Siebtz. Er wies alle gemachten Vorwürfe ab. Was sollten wir in Neapel, in Triest, in Prag thun? Neapel gehe uns Nichts an; in Triest hat der Bund das Nöthige gethan, er ehre ihn darum, es müsse nicht Alles von der Nationalversammlung geschehen; in Prag haben sich die Deutschen so benommen, daß die Nationalversammlung sich nicht zu beschweren hat. Von uns, der Linken, sagte er, ist das langsame Vorschreiten verschuldet: ein schlagendes Bild ist die heutige Verhandlung davon, wo nur sechs Redner der Linken über dieselbe Sache reden! Er trägt auf Tagesordnung in Bezug auf die gegen die Ausschüsse erhobenen Interpellationen an. Diese wird beschlossen. Die Anträge Wesendonks werden an den Ausschuß für die Geschäftsordnung überwiesen. — Hiemit wird dieser leidige Gegenstand verlassen, bei dessen Besprechung der Einfluß des hier abgehaltenen Demokratenvereins sehr sichtbar war. Dahlmann's Bericht über die Centralgewalt wurde hierauf vertheilt. Der Marineausschuß berichtet über den ertheilten Vorlagen der Flottenangelegenheit, über die Opfer, die Thätigkeit, die im Süden wie im Norden, im Auslande wie an den Küsten gleich groß ist. Der Petitionsausschuß berichtet über eine Beschwerde aus Mannheim über ungebührliche Einquartierungslast. Der Ausschuß erklärt die Nationalversammlung für zuständig, die Beschwerde unter Voraussetzung der Richtigkeit des Thatbestandes für begründet. Er verlangt die Ermächtigung, diese Richtigkeit ermitteln zu lassen. Sie wird ertheilt, obgleich Herr v. Schmerling officiell die Gründe der Beschwerde neuerdings für gehoben erklärt. Auf die Anträge desselben Ausschusses wird eben dieser Ausschuß beauftragt, über alle Beschwerden gegen Regierungsmaßregeln und über solche Anträge, für die kein besonderer Ausschuß besteht, zu berichten; für die Gesetzgebung aber einen besonderen Ausschuß zu ernennen beschlossen. An diesem Punkte mußte der Berichterstatter die Sitzung verlassen. Etwas Wesentliches ist indessen schwerlich mehr vorgekommen.

### Großbritannien.

London, 14. Juni. Die beabsichtigte und vielbesprochene Vereinigung sämmtlicher Parteien der irischen Patrioten, nämlich der Altirländer oder O'Connelliten, welche einem bloß moralischen Widerstand gegen England das Wort reden, der Jungirländer oder der Anhänger O'Briens, der noch vor Kurzem einem gewaltsamen Widerstande nicht abgeneigt war, bis er ihn selbst in Limerick erfuhr und ihn in all seiner Süßigkeit schmecken konnte, und der eigentlichen Republikaner oder der Anhänger des zur Deportation verurtheilten Mitchell, scheint einen kleinen Riß bekommen zu haben. John O'Connell hat ein Schreiben an den „Corning Freman" gerichtet, worin er erklärt, daß er sich über seinen Eintritt in den neuen irischen Bund noch Bedenkzeit ausbitten müsse, indem er von einer Stelle aus, die von höchstem Gewicht sei, den Rath erhalten habe, die Bewegung im Sinne seines Vaters fortzusetzen. Da sich bei der versuchten Einigung äußerdem noch Schwierigkeiten ergeben hätten, so müsse er die Ankündigung, als sei er mit den Seinen in den Bund bereits eingetreten, für voreilig betrachten. Eine solche, dem auffallend raschen früheren Entschlusse O'Connells, nachhinkende Erklärung sieht diesem Manne, welcher die Agitation nur als ererbtes väterliches Geschäft fortsetzt, es aber bereits so weit herabgebracht hat, daß die berühmte Versöhnungshalle aus Mangel an Fonds geschlossen werden mußte, vollkommen ähnlich. Eine Verbindung mit der Partei des ehemaligen United Irishman, weniger mit Herrn O'Brien, der sich seit der Limerickschen Rippenbrecherei wohl zu mäßigeren Grundsätzen bekannt haben möchte, dünkt Hrn. O'Connell zu gefährlich; er, der bisher wenigstens einen Schatten von Parteiführer abgegeben, müßte befürchten, unter den Jungirländern eine höchst unbedeutende Rolle zu spielen und sich zugleich jeden Rückzug zu den Ehrbarsch auf's Spiel gesetzten Gunst der Regierung für immer zu verscherzen. Der Brief läßt sehr im Zweifel, von welcher einflußreichen Hand und aus welcher höheren Region ihm der oben erwähnte Rath zugekommen; vielleicht erscheint aber die Stelle weniger räthselhaft, wenn man erwägt, daß eine „Mitch- und Waffenagitation", wie O'Connell sie betreibt, der Regierung nur erwünscht sein kann. Oder da man Seitens der englischen Regierung eben so vorsichtig ist, Weisungen der Art unter der Hand zu ertheilen, als ein Privatmann sich scheuen würde, den Empfang einer solchen Weisung einzugestehen und sich darauf zu berufen, so liegt vielleicht die Annahme näher, daß jenes Schreiben aus dem Kreise der Höhren und höchsten katholischen Geistlichkeit kamt, mit der bekanntlich die Familie der O'Connell eng verbunden ist. Es mag übrigens einem Mann von so verständiger Grundbildung und Erziehung, von zwar geringer Energie und mangelhafter politischen Einsicht, aber doch unläugbar gutem Willen, erprobter Redlichkeit und genügendem bürgerlichen Verstande, wie John O'Connell, nicht zu verargen sein, wenn er einer zum größten Theile aus wirklich revolutionären Köpfen bestehenden Verbindung sich anzuschließen weigert; wenn aber nun seit so vielen Jahren die O'Connell Alles gethan haben, um die Gemüther zu ertheben, mag es auf der andern Seite auch den Ihren nicht verdacht werden, wenn sie des O'Connell'schen Bettelns bei Parlament und Krone nun einen Gegenstand, den ihnen nie zu gewährten Lord J. Russell officiell erklärt hat, endlich müde sind. John O'Connell hat sich, nach dem Kudbruck des Times, in den Wochen des von ihm selbst gesponnenen Netzes gefangen. Man nimmt in Irland auf ihn bereits keine Rücksicht mehr und wird die Vereinigung zwischen einem großen Theile der alten Repealer und der irischen Konföderation trotz seiner Einreden zu Stande bringen. In der Sitzung des Repealvereins vom 12. Juni, wo sich John O'Connell gegen den beabsichtigten „Irenbund" aussprach, sicherlich vor jeder Gewaltthat warnte und dadurch in der Versammlung einen Sturm von Widersprüchen und laute Lebehoch für O'Brien hervorrief, hat sich kundgethan, daß John O'Connell bei der Fortsetzung seines Agitationsgeschäfts nur auf einen sehr beschränkten Kreis der früheren Verehrer seines genialen Vaters wie seiner eigenen Freunde wird rechnen können. Namentlich dürften noch die älteren Mitglieder der katholischen Geistlichkeit bei ihm ausharren, während der jüngere Klerus sich für einen innigen Anschluß an die Konföderation ausgesprochen hat.

### Frankreich.

Paris, 15. Juni. Die Abstimmung über Louis Bonaparte hatte in der That die Exekutivkommission veranlaßt, an ihre Entlassung zu denken. Ledru Rollin namentlich sah in der Zulassung des Prätendenten eine Auflösung des Vertrauensvotums vom Tage zuvor. Er erklärte daher noch am selben Tage, er gebe seine Entlassung, und seine Kollegen schlossen sich ihm an. Dieser Entschluß, der sogleich bekannt wurde, erregte natürlich große Sensation, und Armand Marrast, entweder weil er glaubte, daß jetzt keine Zeit noch sei, oder weil er eine Regierungskrisis in diesem Augenblick und wegen eines solchen Anlasses für sehr bedenklich hielt, Marrast brachte die Angelegenheit in dem Repräsentantenklub, den er leitet, sogleich zur Sprache. — Die Fremde der Regierung schlossen sich ihm an, und eine Deputation begab sich gestern Morgen zu der Exekutivkommission, um diese zu ersuchen, an der Spitze der Geschäfte zu bleiben und sie zu versöhnen, das Votum der Versammlung in Bezug auf Louis Napoleon habe durchaus keine politische Bedeutung. — Die Exekutiv-Kommission und die Minister versammelten sich vor der Sitzung im 13. Bureau und berathschlagten, was zu thun sei. Ledru-Rollin und Garnier-Pages beharrten auf der Nothwendigkeit abzutreten, endlich ward auf Lamartines Vorschlag beschlossen, die Nationalversammlung aufzufordern, sich über die Bedeutung des letzten Votums auszusprechen, d. h. also noch ein Mal ein Vertrauens-Votum zu verlangen, von dem die Existenz der Regierung abhängig gemacht würde. Nach langer Debatte wurde dieser Vorschlag angenommen, und erst dann erschienen sämmtliche Mitglieder der Regierung in der Versammlung. Allein die Diskussion ließ keine Zeit zu den von Pascal Duprat angekündigten Interpellationen, und so wurden diese auf heute verschoben. Heute sollten nun diese stattfinden; Alles war gespannt und unruhig, erst gegen drei Uhr konnte man die Sitzung zusammenbringen. — Da trat Herr Pascal Duprat zu großer Enttäuschung und Erheiterung der Versammlung mit den Worten auf: „Die Umstände, in Folge deren ich meine Interpellationen an die Vollziehungsgewalt richten wollte, haben sich seitdem so wesentlich (si profondement) geändert, daß ich auf das Wort verzichte." So begnügt sich also die Regierung mit dem guten Willen, ohne eine Abstimmung abzuwarten, die in diesem Falle unfreitig für sie ausgefallen wäre.

Inzwischen dauern die Bonapartenschen Manöver fort. Ein viertes Bonapartesches Journal erscheint, mehrere früherer Agenten des Helden von Boulogne, die HH. Laity, Presigny u. A. hat man für nöthig gefunden zu verhaften, und es ist Verdacht vorhanden, daß die bekannten Subskriptionen zu den Proletarierbanket, das jetzt auf den 14. Juli verschoben ist, von Bonapartescher Seite unterstützt wurden.

Digitized by Google

## Gewerbe- und Handelsverhältnisse.

** Vom Rhein, 13. Juni. Zu den großen sozialen Fragen, welche die Gesetzgebung verschiedener Zeiten und Länder in sehr verschiedener Weise gelöst hat, gehört auch das Thema der Verkehrs- und Gewerbefreiheit. Es ist eine eigenthümliche und jedenfalls beachtenswerthe Erscheinung, daß die Gegenwart, und zwar nicht blos bei uns in Preußen, sich gegen die ungetrennte Freiheit zu erheben beginnt, welche man sonst in Allem und für Alles in Anspruch nimmt, und es mag hiernach sein, einen einzelnen Schritt näher zu betrachten, der in dieser Beziehung schon vor geraumer Zeit von Seite der Gemeindeverwaltung unserer Provinzialhauptstadt beschlossen und eingeleitet wurde, während der Gegenstand gegenwärtig auch als Petition dem Parlamente in Berlin vorliegt. Er hat Bedeutung nicht nur an und für sich, sondern vorzugsweise als ein Symptom jenes oben bezeichneten immer allgemeiner werdenden Strebens, der Verkehrs- und Gewerbefreiheit bestimmte Grenzen zu setzen. Es handelt sich in diesem speziellen Fall um eine Beschränkung der öffentlichen Auktionen, das heißt, der eigentlichen Spekulations-Auktionen, die seit einiger Zeit namentlich in den größeren Städten der Provinz in außerordentlichem Maße überhand nehmen. Schon auf dem Provinziallandtage des Jahres 1841 wurde die Beschränkung der Auktionen von Manufakturwaaren im Detail und auf Kredit beantragt; der Landtagsabschied erklärte indeß, daß die Gewährung dieses Antrags eine wesentliche Abänderung der bestehenden Gesetzgebung bedinge, welcher erhebliche Bedenken entgegen ständen. Seitdem ist das Uebel aber mehr und mehr gestiegen; das Beispiel des benachbarten Belgiens, welches schon im Jahr 1838 im Interesse zunächst seines Detailhandels die Auktionen beschränkt hatte und sich im Jahr 1846 veranlaßt fand, diese Beschränkungen noch bedeutend zu schärfen, wirkte gleichfalls, und so wurde ein früher von den städtischen Behörden von Köln abgelehnter Antrag, die Schritte des Detailhandels zu unterstützen, diesmal bei seiner Wiederholung günstiger aufgenommen und die Mitwirkung des Gemeinderaths bei der Regierung zugesagt. — Die Antragsteller haben zunächst die polizeilichen Gefahren der Auktionsfreiheit hervorgehoben. Es läßt sich allerdings nicht in Abrede stellen, daß die Auktionen in vielen Fällen dazu dienen, um Waaren, die auf Schwindelkredit entnommen oder bei Fallimenten verheimlicht oder gar bei Diebstählen aus Hehlershänden hervorgegangen sind, schnell und verhältnißmäßig sicher zu Gelde zu machen, da eben die Oeffentlichkeit des Verkaufs geeignet scheint, allen Verdacht zu entfernen; indeß ist es ziemlich klar, daß der Antrag nicht aus einem polizeilichen Interesse, sondern ganz einfach aus dem Interesse der Detailhändler, die ihr Geschäft durch jene Auktionen beeinträchtigt glauben, entsprungen ist, und mit der letzten Seite der Frage haben wir uns fernerhin hier allein zu beschäftigen. Eben deßhalb wollen wir auch dem wirklichen Grunde unberücksichtigt lassen, daß gerade die Auktionen das Publikum am leichtesten und häufigsten gefährdet und betrogen werde; so mehr das sein mag, so wird man doch anzunehmen berechtigt sein, daß das die Detailhändler sehr gleichgültig gelassen hätte, wenn nicht direkt ihr eigenes Interesse davon berührt würde. Hierbei, bei dieser Beeinträchtigung des Detailhandels, wollen wir stehen bleiben. Die Beeinträchtigung an sich ist natürlich leicht nachzuweisen. Während der Detaillist und andere Gewerbetreibende die Miethe oder die Verzinsung eines theuren Ladenlokals zu tragen, Gewerbe-, Grund- und Kommunalsteuer zu zahlen, ein wohl assortirtes Waarenlager zu unterhalten und ihr Geschäftspersonal zu salariren haben, löst der Versteigerer einfach einen Gewerbsschein und hat in irgend einem Wirthszimmer in wenigen Tagen seinen ganzen Vorrath zu Gelde gemacht. Leider aber der Detaillist, der leidet auch den Großhandel und die Industrie; beider Flor ist ein Blüthe, die bedingt durch die Solidität und den Flor des Detailhandels. Der Antrag nun ist gerichtet auf den Erlaß eines Gesetzes, gleich dem in Belgien bestehenden, wornach öffentliche Detailverkäufe neuer Waaren überall nicht stattfinden dürfen. Ausgenommen von dem Verbot sind die durch Gesetz, richterliches Urtheil und Leihhäuser angeordneten, oder durch Bürgermeister und Schöffen für nothwendig erkannten oder auf Anlaß von Fallimenten, Handelsauflösungen und Todesfällen vorkommenden Verkäufe. Als Detailverkäufe aber werden alle solche angesehen, bei denen jedes einzelne Loos nicht den Werth von 100 Franken übersteigt. Es würde sich nun fragen, ob ein solches Gesetz eine wesentliche Beschränkung des Verkehrs oder nur unzulässige Bevorzugung des Detailhandels enthält. Nach Aufstellung der oben genannten Ausnahmen, und da der Verkauf gebrauchter Sachen überall nicht beschränkt ist, würde die Maßregel, außer daß sie den gewerblichen Betrieb des Auktionsgeschäftes, das heißt denjenigen Betrieb, welcher den Ankauf und die Fabrikation von Waaren lediglich zum Zwecke der öffentlichen Versteigerung zum Gegenstande hat, für den Detailhandel unschädlich macht, auch Diejenigen, Fabrikanten, Groß- und Detailhandlungen, treffen, welche Waaren, nach denen die Nachfrage aufgehört hat, zu verwerthen wünschen, aber überhaupt alle Besitzer von Waaren, die rasch verkaufen wollen, ohne den Verkauf in dem gewöhnlichen Wege des Kleinhandels bewerkstelligen zu können. Verkäufe der letzten Art zu hindern, wäre augenscheinlich nicht zu rechtfertigen, denn es ist nicht blos für den Verkäufer wünschenswerth, daß Waaren, die den ursprünglichen Werth wirklich nicht mehr haben, zu einem niedrigeren Preise in den Verbrauch übergehen und die Mittel zu neuer Produktion schaffen, statt noch länger als ein todtes Kapital da zu liegen, sondern es ist auch das Interesse des Konsumenten, wenn er zu niedrigerem Preise Gegenstände ankaufen kann, die er in einer anderen Form oder an einer anderen Quelle erheblich theurer bezahlen müßte. Gehindert freilich sollen denn auch diese Verkäufe in keiner Weise werden, sondern nur in der Art beschränkt, daß jeder Loos ein gewisses Quantum erreiche. Aber auch so möchte der Antrag überwiegende Gründe gegen sich haben. Man petitionirt ein kleines Gesetz, das einen großen Erumfang über den Haufen wirft. Außerdem aber dürften sich Detailhandel und Auktionen als zwei verschiedene Sachen darstellen, die zum Nutzen des Publikums recht wohl neben einander bestehen können; der Detailhändler hält seinen Laden beständig offen, um zu jeder Zeit die Bedürfnisse der Konsumenten befriedigen zu können, und dafür zieht er höheren Verdienst, als der Versteigerer, bei welchem das Publikum nur zufällig, selbst ohne augenblickliches Bedürfniß, kauft, weil es hier die Sachen billiger ersteht. Jedenfalls aber darf auch die Auktionen nur eine nothwendige Folge der ganzen jetzigen Gestaltung des Handels und in den sämmtlichen Arbeits- und Verkehrsverhältnissen der Gegenwart begründet; sie sind nur eine einzelne Erscheinung dieser Verhältnisse, und ihre zweckgemäße Beseitigung würde nur dahin führen, einen Uebelstand gegen den anderen einzutauschen und zwar einen größeren gegen einen kleineren.

† Aus Sachsen. Auch bei uns mehren sich die Zusammenkünfte der Geistlichen, um die Zukunft der Kirche zu berathen. Indessen ist man nicht über die älteren Forderungen einer unbeschränkten Glaubens- und Gewissensfreiheit, die in der Wirklichkeit sich auch anders ausnimmt als in der Idee und ihre großen Gefahren hat, Entbindung von dem Eide auf die symbolischen Bücher oder Verwandlung desselben in einen Eid auf die gewissenhaft erklärte Bibel, eine Synodalverfassung, Ablösung der Kreidenten u. s. w. hinausgekommen. Gewiß thut der Kirche in mehrfacher Hinsicht eine Reformation Noth. Allein genug mit dem vollen Rechte muß man bezweifeln, daß eine solche füglich in einer Zeit vorgenommen oder wenigstens eingeleitet werden könne, die überwiegend rein politischen und bürgerlichen Interessen hingegeben ist, in welche Weise diesen Interessen mit einem Fanatismus sich hingeben, daß man ebensowohl mit einer Gesellschaft Betrunkener Bestimmte halten, als jetzt kirchliche Verbesserungen anstreben könnte. Gegen das Verlangen mehrerer Gemeinden nach Rückgabe des Patronatrechts ist von mehreren Geistlichen protestirt worden, und die besseren Eltern erklären, daß sie, wenn das Patronatrecht in die Hände der Gemeinden käme, ihre Söhne lieber jeden andern Beruf als den geistlichen Stand wählen lassen und zugeben würden, daß sie dereinst durch niedriges Buhlen um die Gunst einer Gemeinde eine Stelle suchen müßten.

## Schweiz.

* Zürich, 13. Juni. Meine aus einigen Anzeichen geschöpfte Beobachtung, daß die schweiz. Presse in Beziehung auf ihren Furor teutonicus ein wenig zur Besinnung zu kommen scheine, erwahrt sich wirklich; abgerechnet die kleineren Lokalblätter, welche die einmal erlernte Weise konsequent fortspeisen, ist der Ton und die Haltung unserer Blätter Deutschland gegenüber würdiger und anständiger geworden. Daß dabei ein besseres Verständniß der deutschen Bewegung zum Grunde liege, möchte ich eben nicht behaupten; das Demokratische in dieser Bewegung wird total übersehen und verkannt, weil es sich nicht in der gewohnten republikanischen Uniform zeigt. Doch wir wollen uns gern damit begnügen, wenn die Polemik nur einen einigermaßen anständigen Ton annimmt, und in dieser Beziehung ist allerdings bei der „N. Z. Z.", früher der eifrigsten Mißgermanin, eine anerkennungswerthe Veränderung eingetreten, indem sie seit einiger Zeit weder direkte Schmähreden, noch Verhöhnung deren, was jedem Volke theurer sein muß, laut werden ließ. Wie wenig aber diese Laute

Digitized by Google

das wirklich empfanden, was sie zu empfinden vorgaben, wie wenig sie wirklich von der „republikanischen Gluth“ durchdrungen waren, davon kann ich Ihnen abermals ein Pröbchen mittheilen. Sie wissen, mit welchem tugendhaften Zorne die schweiz. Presse die Fidler'sche Verhaftung und das unangemessene Auslieferungsbegehren von Seite Badens beltrach; beide Handlungen wurden mit lüstichem Pompe den größten Schandthaten alter und neuer Zeit an die Seite gesetzt; — und abermals nahet die Nemesis, dieses Mal nicht mit blutigem Finger, wie bei Neapel, aber doch einem armen Teufel von Sonderbundshauptmann Roth und Verlegenheit bereitend. Aargauische, wie Zürcherische Blätter dringen nämlich ganz harmlos, ohne weitere Bemerkungen zu machen, folgende Notiz: ein Zürcherischer Handlungsreisender habe in einem Mailänder Kafé den ehemaligen Sonderbundshauptmann Wiederkehr aus dem Kanton Aargau erkannt und durch Anzeige dessen Verhaftung bewirkt. Der eidgen. Abgeordnete, Oberst Luvini, betreibe nun, auf Verlangen des Kl. Raths von Aargau, das an die provis. Regierung der Lombardei gerichtete Auslieferungsbegehren. Wie Sie sehen, drehe Uebelthaten zu einem und demselben Falle. Was denselben aber besonderes gehässig macht, ist der Umstand, daß nun doch schon ein halbes Jahr seit dem Sonderbundskriege verflossen ist, und daß die Tagsatzung sämmtliche Kantone dringend eingeladen hat, eine allgemeine Amnestie — mit Ausnahme der Landesverräther — zu erlassen. — Der Gr. Rath von St. Gallen hat mit 71 gegen 61 Stimmen die Kollaturrechte des katholischen Administrationsrathes, wie die von Privaten oder Korporationen den Gemeinden selber übertragen — erstere unentgeltlich, letztere gegen eine Entschädigung mittelst der Hälfte des Jahreseinkommens. Die „Regierung Nr. 2“, wie der katholische Administrationsrath häufig bezeichnet wird, verliert dadurch einen großen Einfluß auf die niedere Geistlichkeit, den sie leider oft genug nicht im wahren Interesse der Religion geltend zu machen wußte. Zu Gesandten für die mit nächstem 1. Juli beginnende ordentliche Tagsatzung wurden gewählt die beiden entschieden radikalen (im schweiz. Sinne) Herren R. R. Hungerbühler und Kaufmann Hofmann; Hr. R. R. Näf lehnte schriftlich seine Wiederernennung ab. Endlich wurde die von der Regierung vorgeschlagene Vermögens- und Einkommensteuer von $1^1/_2$ per mille auf 1 per mille reducirt. Der Bericht über die Kultusstreitcorrecur ward auf die nächste Session verschoben. Landammann für das nächste Semester R. R. Stadler. — Unser Konsul in Neapel, Hr. Mörikofer, setzt seinen im Interesse und im Sinne des grassesten Absolutismus geschriebenen Berichten die Krone auf, indem er — noch tiefer das Bint an den Zingern Ferdinands — dem Vorort um die Erlaubniß nachsucht, einen vom König Ferdinand erhaltenen Orden tragen zu dürfen. Es ist für die Ehre der Schweiz gut, daß die beiden riegen. Abgeordneten, Frankini und Collin, bald nach Neapel abreisen, um die nöthige Untersuchung anzustellen; Beiden schlägt sie die Sache des unglücklichen Neapel ein warmes Herz im Busen, Beide sind außerdem als redliche Männer bekannt, die sich vor einseitigen Parteibestrebungen hüten werden. Der bekannte Ochsenbein'sche Antrag auf Rückberufung des bernischen Regimentes aus Neapel und Uebernahme der neapolitanischen Sold- und Pensionsverpflichtungen durch den Kanton wird voraussichtlich ohne irgend einen Erfolg bleiben. Die Rücksicht, das ohnehin beschwerte Budget mit etwa 600,000 Schw. Fr. zu diesem Behufe beschweren zu müssen, würde auch wohl andernwärts als in dem praktischen Bern als maßgebend angenommen worden. Ein näheres Interesse noch hat Karl Albert und die Lombardei an der Rückberufung der schweiz. Regimenter; mögen sie deßhalb Unterhandlungen mit dem Vororte anknüpfen. Sobald nur der Geldpunkt erledigt ist, dürften die übrigen Schwierigkeiten nicht mehr unüberfleiglich erscheinen.

** Bern, 12. Juni. Die Berathungen der Tagsatzung über die neue Bundesoberfassung nahen ihrem Ende. Es bleiben nur noch die materiellen Fragen zu erledigen, wofür schon früher eine besondere Kommission niedergesetzt wurde, welche ihre Anträge demnächst der Tagsatzung vorlegen wird. Ungeachtet der großen Schwierigkeiten, welche in dieser Hinsicht zu überwinden waren, unterliegt es gleichwohl keinem Zweifel, daß die Tagsatzung zu einem erspriesslichen Ergebnisse gelangen und ihrem Werke die Krone aufsetzen wird. Die Diskussionen waren im Ganzen interessant und gründlich, obwohl ihn und wieder etwas weitschweifig und salbyend — was sich übrigens leicht begreifen läßt. Eine auffallende Erscheinung ist es, daß sich im Allgemeinen wenig Ihrlinahme dem Volke zeigte, und daß selbst die Presse dieser so hoch wichtigen Angelegenheit wenig Aufmerksamkeit schenkte. Die Gründe dieser auffcheinenden Gleichgültigkeit liegen theils in dem allgemein anerkannten Gefühle der Nothwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung der Bundesverhältnisse, theils in den grossartigen europäischen Begebenheiten, welche Schlag auf Schlag einander folgen, und neben welchen die innern Angelegenheiten klein und unbedeutend erscheinen, theils endlich in dem Vertrauen des weitaus größten Theiles der Bevölkerung, daß die Tagsatzung die Bundesrevision zu einem gedeihlichen, den Lebensinteressen der Zeit möglichst entsprechenden Ziele führen werde. Sie können mir denn hoffen, das Schifflein in nicht fernrer Zeit in den sichern Hafen einlaufen zu sehen, nachdem wenig Monaten hätte es Jedermann für eine Unmöglichkeit gehalten, und zwar dies in einem Augenblicke, wo ringsum uns her die Wellen oder Bord zu schlagen drohen. Seitdem die Hoffnungen der Republikaner in der Lombardei zu Wasser gegangen und der Ausgang an Sardinien als sicher anzunehmen ist, scheint auch die wälsche Auslandspartei etwas zur Besinnung gekommen zu sein. Wenigstens tritt seitdem James Fazy weniger heftig auf, wogu übrigens auch der Abschied des Tagsatzungspräsidiums beigetragen haben mag, da derselbe dem seine Gelegenheit mehr hat, mit Ostsenbein Lanzen zu brechen. Desto leidenschaftlicher und bedrohlicher wird dagegen von Tag zu Tag der Kampf zwischen der bernischen Auslands- oder sogenannten Bärenpartei und Ochsenbein. Alle Mittel werden in dieser Bewegung gesetzt, um den Letztern zu stürzen. Das Zerwürfniß ist unheilbar und ein Bruch unvermeidlich. Welchen Ausgang aber die Sache nehmen wird, ist zur Zeit schwer zu sagen.

☽ Bern, 14. Juni. Tagsatzungsverhandlungen vom 13. d. Der Präsident zeigt an, daß der Vorort von Hrn. Luvini, Abgeordneten in Mailand, bestimmte Austunft über den dem Hrn. von Philippsberg (bekannt als früherer österreichischer Gesandter in der Schweiz) vom schweizerischen Geschäftsträger in Wien ertheilten Paß verhalte. Der Paß wurde wirklich von Hrn. von Effinger, schweiz. Geschäftsträger von Wien, ausgestellt; er lautet auf „Herr von Philippsberg, Gutsbesitzer“, und gibt die Verrichtung „nach der Schweiz und der Lombardei“ an. Ort der Herkunft und Ausfertigkeit des Herrn von Philippsberg ist in dem Passe keiner angegeben, wodurch dem Glauben Raum gelassen wurde, der Inhaber desselben sei wirklich ein Schweizer. (Unter den geheimen Papieren des Hrn. v. Philippsberg befand sich ein zweiter Paß, der ihm in Innsbruck ausgestellt wurden. Diese Papiere verrathen auch den Zweck der Reise des Hrn. v. Philippsberg: er sollte sich an die Spitze der reaktionären Bewegung in der Lombardei stellen.) Der Präsident bemerkt, der Vorort werde Hrn. von Effinger zur Rechenschaft ziehen. — An der Tagesordnung ist die Behandlung der materiellen Fragen. In seinem Vorbericht sagt Hr. Kern: soll man nach dem Osten von Bern oder nach demjenigen, welches dem Projekt zum Grunde liegt, in diese Frage eintreten? Nach dem ersten übernimmt der Bund an Einnahmen 2 Millionen an Zöllen und an Posten 1 Million, während er 3 Millionen für die Straßen und 2 Millionen für das Militär ausgibt; Defizit von 2 Millionen jährlich. Alle ist von diesem Vorschlag zu abstrahiren. Die A teäge der Kommission lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: theilweise Centralisation des Militärwesens; Befreiung einer Zolllinie; Entschädigung von 4 Batzen auf den Kopf; Entschädigung von $^9/_4$ des reinen Ertrags für die Kantone in Bezug auf das Postwesen; Consumgegenstände dürfen, wo sie bestehen, nicht erhöht, wo sie nicht sind, nicht eingeführt werden. Herr Näf gibt folgendes übersichtliches Budget: A. Einnahmen: 1) Zinsen des Kriegsfonds 120,000 Fr., 2) Pulvermonopol 30,000 Fr., 3) Posten 750,000 Fr., 4) Zölle 2,250,000 Fr., im Ganzen 3,150,000 Franken. B. Ausgaben: 1) Kriegsfonds 50,000 Franken, 2) allgemeine Verwaltung 300,000 Fr., 3) Vergütung für die Posten 750,000 Fr., 4) Vergütung für die Zölle 1,500,000 Fr., 5) Militär 500,000 Fr., 6) Unvorhergesehenes 50,000 Fr., im Ganzen 3,150,000 Fr. Aus der Auseinandersetzung der einzelnen Posten geht hervor, daß jedes Mitglied des Nationalraths täglich 7 Fr. erhält, was im Durchschnitte jährlich eine Ausgabe von 45,000 Fr. macht. Die Stenographen erhalten 40,000 Fr. Nicht gerechnet ist die Errichtung einer eidgenössischen Hochschule (150,000 Fr.), einer polytechnischen Schule (100,000 Fr.), von 3 Lehrerseminarien à 50,000 Fr., im Ganzen 150,000 Fr., welche durch Mehreinnahmen an Zöllen gedeckt werden müßten. — Hierauf beginnt die Berathung der einzelnen Artikel, welche ich Ihnen nach deren Beendigung mittheilen will. Die Tagsatzung wird wohl Ende dieser Woche geschlossen werden.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für Heidelberg hat die Hrn. Winter'sche Buchhandlung die Expedition übernommen. Für Frankreich, Belgien, Portugal und Nordamerika hat sich der Herr Kommissionär Hr. Bossange père in Straßburg Nr. 30 Quai de la Fonderie, Paris Nr. 28 Rue de Seine übernommen.

# Deutsche Zeitung.

Die Buchhandlung besorgt das Abonnement für Heidelberg. Preis vierteljährlich 1 fl. 30 kr. — Durch die Post bezogen im Umfang des Deutschen Postvereins Baden 1 fl. 12 kr. Für Ausgaben durch den Raum einer doppelspaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 170.** **Heidelberg,** Dinstag 20. Juni. **1848.**

## Uebersicht.

Dahlmann's Beeilt wegen Ereichung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland. — Wien (die Ereignisse in Prag. Mittheilungen darüber im Sicherheitsausschuß. Ausweisung der czechischen Semslinge. Untersuchungscommission. Hr. v. Schwarzer. Die Rückkehr des Kaisers angekündigt. Studentenfest. Czechische Deputation. Die Unruhen in Prag). Berlin (die Ruhe nicht ferner gestört. Verhandlungen der Nationalversammlung. Einberufung von Landwehrregimentern. Breslau (Volksversammlung). Ostrowo (Verhaftungen). Pillau (Marineübungen). München (Protestation gegen die Blokade von Triest und eventuelle Abberufung des Hrn. v. Abel). Karlsruhe (die Aenderungen in der Verwaltung. Die Steuern. Kammerverhandlungen über Peters Verhaftung). Mannheim (das Bundesschreckbrod). Eisenach (Adresse der Studenten an die Nationalversammlung). Lauenburg (die Deputation nach Frankfurt). Frankfurt (die konstituirende Versammlung in Nordamerika).

**Großbritannien.** London. Adreise des spanischen Gesandten. Der irische Tribun und die Lehre von der Infallibilität des Volkes.

**Frankreich.** Paris. Ein Brief L. Bonaparte's. Einbrüche in der Nationalversammlung. Die Regierung gerechtfertigt. Rückritt des Prätendenten.

**Italien.** Rom. Betrübte Lage. Der Pöbel. Gioberti.

## Bericht des Ausschusses der konstituirenden Nationalversammlung wegen Errichtung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland.

Berichterstatter Dahlmann.

Bereits seit manchem Jahrzehend lebt im deutschen Volke die Ueberzeugung, die bisherige Bundesverfassung sei unzureichend für die Sicherstellung Deutschlands vor inneren und äußeren Gefahren, und nach den großen Umwälzungen vom März d. J. hat der Fünfzigerausschuß in seinen Sitzungen vom 18., 26. und 27. April die wunde Seite unseres Gemeinwesens vollends aufgedeckt. Man stellte hier, im Einverständniß mit einem Ausschusse der siebenzehn Vertrauensmänner, den Antrag auf eine exekutive Gewalt, welcher in eilenden Fällen unter eigener Verantwortlichkeit handle, in allen anderen Fällen aber nach dem Rathe der Bundesversammlung verfahre. Man lehnte somit den Plan an die bestehenden Gewalten an, ja die drei Männer, welchen man die exekutive Gewalt vertraut wissen will, werden lediglich als eine Verstärkung der Bundesversammlung betrachtet, in welcher sie mit berathender Stimme Platz nehmen. Sie sollen von der Bundesversammlung im Einverständniß mit den Vertrauensmännern und den Fünfzigern den Regierungen vorgeschlagen werden.

Von da an ist der Plan häufigst in kleineren und größeren Kreisen, bei den deutschen Höfen und in der Bundesversammlung, allein und in Verbindung mit den siebenzehn Vertrauensmännern besprochen; man fühlte das gefeigerte Bedürfniß, aber die Erleichterung blieb aus. Dieselben Uebel, welche man durch eine Verstärkung des Vollziehungsorgans heilen wollte, waren vermuthlich die Ursache, daß diese nicht zur Vollziehung kam.

Seit dem Zusammentritt der konstituirenden Nationalversammlung häuften sich die dringendsten Anträge in dieser Richtung. Es liegen deren eine große Anzahl, zum Theil von einer bedeutenden Zahl von Abgeordneten unterzeichnet, dem Ausschusse vor, und eine Beilage zu diesem Berichte wird solche, nebst einer Anzeige vom Inhalte der vielen Bittschriften dieses Gegenstandes, zur Kenntniß der hohen Versammlung bringen.

Mochten die Ansichten der verschiedenen Antragsteller noch so sehr auseinanderlaufen, und würde es ermüdend sein, in ihre Unterschiede hier einzugehen, die hohe Versammlung hat augenscheinlich einem in ganz Deutschland tief gefühlten Bedürfnisse entsprochen, als sie am 3. d. M. den Ausschuß von fünfzehn Mitgliedern, aus den Abtheilungen zu erwählen, niedersetzte, welcher sich heute beehrt, derselben von dem Ergebniß seiner vielfachen Berathungen, vom 3. bis zum 16. dieses gepflogen, Bericht zu erstatten.

Alles beruhte hier auf dem System, welchem Ihr Ausschuß folgen wollte. Die einander am schroffsten entgegenstehenden politischen Parteien möchten zu demselben Ziele auf entgegengesetzten Wegen gelangen, die Einen laden vielleicht bei ihren politischen Gegnern den Vorwurf der beharrlichen Neuerung auf sich, erhalten dagegen von diesen den Vorwurf zurück, daß sie auf dem alten, morschen Grunde das neue Gebäude aufführen wollen und somit Nichts ausrichten werden.

Allein es lassen sich die beiden extremen Systeme schon darum schärfer bezeichnen, weil sie inmitten unseres Ausschusses ihre lebendigen Vertreter gefunden haben.

Das erste System erblickt, vermöge des Grundsatzes der Volkssouveränetät, in der Nationalversammlung die erste und alleinige Quelle der Exekutivgewalt. Es verlangt eine Vollziehungsgewalt, von der Nationalversammsung allein ernannt und aus ihrem Schooße entspringend; ihre Aufgabe ist, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen. Dieses System nimmt keine Rücksicht auf die Rechte der deutschen Regierungen, keine auf ihr Organ, die Bundesversammlung. Wird es augenommen, so hat die Nationalversammlung die Regierung über Deutschland thatsächlich angetreten; es kann sein, daß sie sich ihres Rechts mit Mäßigung bedient und die bestehenden Regierungen fortbestehen läßt; allein die vollziehende Gewalt ist dem Grundsatze nach ihr, als der wahren und einzigen Centralgewalt, untergeordnet und so der Weg zur Republik praktisch angebahnt. Es ist hier nicht die Stelle für die Untersuchung, ob die Republik denn wirklich dem Volke, und einem Volke von 45 Millionen, mehr Freiheit und mehr Freiheitssicherstellung und mehr Macht nach Außen gewähre, als die monarchische Verfassung. Hier genügt die einfache Thatsache, daß die überwiegend große Mehrzahl unseres Volkes der Monarchie anhängt, wovon die Folge, daß die Republik allein durch blutigen Bürgerkrieg und auf dem Wege der Anarchie auf deutschem Boden errichtet werden könnte. Der Geist dieses republikanischen Systems zeichnet sich schon in verschiedenen Anträgen und Petitionen ab, welche in der Beilage aufgeführt werden, am entwickeltsten aber in dem Antrage der Ausschußmitglieder Robert Blum und von Trützschler. Ihr Ausschuß erklärte sich gegen dieses System, mit einer Majorität von 13 gegen 2.

Das entgegengesetzte System schließt sich um so fester an die gegebenen Verhältnisse an. Es will die (immerhin 3) mit der Exekutivgewalt betrauten Männer von den Regierungen ernannt und als Minister der Regierungen oder auch der Bundesversammlung angesehen wissen; sie sollen der Nationalversammlung verantwortlich sein. Diesem Plane aber tritt ein Hauptein wand entgegen. Gleich in der ersten Ausschußsitzung vom 4. d. waren nämlich alle Mitglieder darin einverstanden, daß die Errichtung einer provisorischen Exekutivgewalt für Deutschland nothwendig sei, weil ohne sie man schwerlich hoffen könne, die manchfachen Gefahren, die dem Vaterlande von Innen und von Außen drohen, zu überwinden. Wenn aber diese Wahrheit mit so großer Uebereinstimmung erkannt wird, so kommt es auch gewiß darauf an, eine Gewalt einzusetzen, die es wirklich und nicht bloß dem Namen nach sei. Daß die deutsche Bundesversammlung neuerdings durch eine bedeutende Zahl verdienstvoller und vaterländisch bewährter Mitglieder verstärkt worden ist, wer möchte das in Abrede

Digitized by Google

stellen? Von der andern Seite aber, wer möchte behaupten, daß durch diese veränderte Bewegung das Unmögliche möglich gemacht und es gelungen sei, die Uebel hinwegzuräumen, welche unvermeidlich an dieser ganzen Institution haften — die Uebel der Vielherrschaft und in Folge davon der streitenden, mithin gefährlich verzögernden Interessen. Daher die politische Thatlosigkeit und völlige Uebelhofenheit eines Gemeinwesens von so vielen Millionen Deutschen, in allen Fällen, wo ein rascher einheitlichen Zusammenwirken das einzige Heil zu finden ist. Kraft es sich nun aber, ob durch die Zuordnung eines verantwortlichen Ministeriums diesem Uebel gesteuert werde, so liegt das Nein darauf in nächster Nähe. Es ist im hohen Grade thunlich, der konstitutionelle Minister einer einzigen Regierung zu sein; ein solcher Minister wird aus allen Kräften die Würde seiner Regierung aufrecht halten, sobald er aber einen übermächtigen Willen aufkommen sieht, der mit seiner gewissenhaften Ueberzeugung im Widerspruche steht, tritt er von seinem Amte zurück, und ein anders überzeugter Minister tritt an seine Stelle. So bleibt Alles in ungestörter Ordnung. Wie es aber möglich sein könne, zu gleicher Zeit Minister von mehr als dreißig Regierungen zu sein, von welcher der Natur der Dinge nach die eine hierhin, die andere dorthin will, und wie man in solcher Einrichtung eine Verbesserung der bisherigen Erekutivgewalt entdecken könne, das ist schwer zu begreifen. Blicken wir auf ganz neue Ereignisse. Es ist allbekannt, daß in dem obwaltenden dänischen Kriege gegen Deutschland die Krone Preußen ihre Bundespflicht treulich erfüllt hat, daß aber andere norddeutsche Regierungen sich in Stellung ihrer Kontingente nachlässig bewiesen haben. Nun liegt es in der Natur der Verhältnisse, daß ein Ministerium seine Regierung vertrete und für ihre Beschlüsse verantwortlich sei, wie eines aber zugleich für Ja und für Nein, für Thun und für Unterlassen verantwortlich sein könne, das ist schwer zu begreifen.

Dieses zweite System rühmt gerne von sich, daß es an der bestehenden Ordnung, an der Bundesversammlung halte, indem es sie zugleich verbessere. Wie es mit der Verbesserung bewandt sei, davon war soeben die Rede, und es liegt das so klar vor Augen, daß die einzelnen Vertheidiger des Systems sich gedrungen fühlten, um es zu halten, einen starken Strich weiter zu gehen. Sie sagen: „die Bundesversammlung ist durch die letzten schwierigen Zeitläufte bereits gewöhnt, ohne Instruktion zu handeln; sie wird eine ähnliche Befugniß fortan den Triumvirn beilegen oder die Bundesregierungen veranlassen, es zu thun, also, daß die Triumvirn in allen eiligen Fällen aus eigener Macht handeln dürfen." Was aber hat man hiermit bewirkt? Man hat die Bundesversammlung hiermit in ein Schattenbild verwandelt, indem man die eiligen Fälle, das heißt, alle Fälle wichtigerer Art, ihrer Mitwirkung entzieht, und man hat zu gleicher Zeit eine Zwittergestalt aus den Triumvirn gemacht. Denn für die gewöhnlichen Fälle sind sie Minister (Minister der Bundesversammlung oder auch der Bundesregierungen, wie sich denn Jeder das in seiner Weise auslegt), und als solche der Nationalversammlung verantwortlich sein; für die eiligen Fälle aber sind sie Centralgewalt. Sollen sie nun auch als letztere der Nationalversammlung verantwortlich sein, so steht die Nationalversammlung über der sogenannten Centralgewalt, und die Triumvirn sind in allen Hauptsachen lediglich Vollzieher der Befehle der Nationalversammlung. Dergestalt treten alle Bedenken des ersten Systems in dem zweiten hervor, sobald dieses nämlich den Versuch macht, Etwas mehr zu leisten, als ein fünftes Rad thut, welches einem zerbrochenen Wagen aufhelfen soll. Ein Ausschußmitglied, v. Lindenau, hat ein gemischtes System aufgestellt, welches sich am meisten dem zweiten anzuschließen scheint. Es ist in der Beilage abgedruckt. In dem Ausschusse fand dasselbe keine Unterstützung.

In der Mitte zwischen beiden Systemen steht ein drittes welchem die Mehrzahl des Ausschusses ihren Beifall gibt. Es legt dasselbe eine wirkliche Regierungsgewalt in die Hände von drei Männern des Vertrauens provisorisch nieder und hat dessen kein Hehl; aber die Gewalt dieser drei beschränkt sich auf Alles, was die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates angeht, und greift somit weder in die Befugnisse der einzelnen Regierungen, noch in die Rechte ein, welche der Nationalversammlung als einer konstituirenden in Hinsicht auf das deutsche Verfassungswerk zustehen. Das Bundesdirektorium (denn diesen Namen würde die Gesammtheit dieser drei Männer führen) ernennt die erforderlichen Minister, die der Nationalversammlung für ihr Thun und Lassen verantwortlich sind; von der andern Seite werden aber auch die Bundesregierungen vor jedem gefährlichen Uebergriffe der Bundesdirektoren sicher gestellt, und zwar zunächst durch die beschränkte Dauer ihrer Gewalt; denn diese nimmt mit der Vollendung der Reichsverfassung und ihrem Eintritt in das Leben durch die vollbrachte Einsetzung der künftigen deutschen Reichsregierung augenblicklich ein Ende. Aber auch in anderer Beziehung kann diese Einrichtung den bestehenden deutschen Regierungen keine Sorge einflößen, da sie, weit entfernt in die besondern Kreise derselben störend einzugreifen, vielmehr ihre Erfolge sicherstellt durch Beschränkung jeder anarchischen Gewalt, welche in den einzelnen Bundesgebieten dem Ziele wahrer Freiheit störend entgegentreten möchte. Endlich drittens stammt ja der Gedanke dieser ganzen Einrichtung aus einem von den deutschen Regierungen eben so tief als vom deutschen Volke empfundenen Bedürfnisse größerer Einheitskraft her; die zu ernennenden drei Männer sind die Männer ihres eigenen Vertrauens, sie gehören durch Pflicht und Treue und durch mannigfache Bande der Zuneigung jeder seinem Staate und vielleicht sogar (denn jeder Weg der Bezeichnung bleibt offen) den regierenden Häusern als Mitglieder an. Alle diese Erwägungen lassen den Gedanken an einen Mißbrauch der provisorisch übertragenen Gewalt zum Nachtheile der bestehenden Regierungen an sich nicht aufkommen. Uebrides aber wird diese hohe Versammlung darauf wachen, daß den jungen Boden deutscher Freiheit die gesetzliche Ordnung fest umfange, indem sie die Verantwortlichkeit der Minister in vollem Maße zur Anwendung bringt.

Der wahre Zweck aber jeder weisen Staatseinrichtung ist das Wohl des Volks, und wer auch die Rechte der Erbregierungen noch so hoch hält, weil er in ihnen die Sicherstellung des Volkswohles erblickt, darf dieselben doch so weit nicht ausdehnen wollen, daß er den erblichen Regierungen auch das Recht beilegte, ihre Befugnisse beliebig anderswohin zu übertragen. Eine solche Uebertragung von Regierungsrechten gibt es aber hier, wenn ein Bundesdirektorium eingesetzt wird, immerhin nur auf vielleicht wenig Monate, gleichwohl unvermeidlich durch einen Akt der Regierungsübertragung. Darum konnte Ihr Ausschuß nicht einen Augenblick zweifelhaft sein, daß diese Uebertragung unter Zustimmung der Nationalversammlung geschehen müsse. Lediglich die nahe zu berührende Form konnte Bedenken erregen. Wo es auf Personen ankommt, denen eine so hohe Stellung zugedacht ist und die darum der Nationalversammlung gegenüber als unverantwortlich dastehen müssen, thut eine jede Diskussion über ihren Charakter und das Maß ihrer Verdienste in öffentlicher Versammlung dem Zwecke der Unantastbarkeit ihrer Stellung unverweidlichen Eintrag. Der Ausschuß glaubte eine Weile der hohen Versammlung vorschlagen zu dürfen, sie möge ihr Recht für diesen Fall in die Hände eines Ausschusses von dreißig Personen niederlegen, der zu dem Ende aus Ihrer Mitte gewählt würde. Diese Dreißig würden über die von den Regierungen bezeichneten Personen diskutiren, aber nicht öffentlich, sondern in Geheimniß unter sechzig Augen bewahren steht. Unser Ausschuß entschied sich am Ende dahin, daß Recht der gesammten Nationalversammlung ungeschmälert aufrecht zu erhalten, jedoch die hohe Versammlung zugleich zu ersuchen, ihr Recht der Genehmigung oder Nichtgenehmigung in diesem Augenblicke auf dem Wege der einfachen Abstimmung ohne vorhergehende Diskussion üben zu wollen.

Gelingt auf solchem Wege die Vereinbarung, wozu bei einem Entgegenkommen der Regierungen alle Hoffnung ist, so wird die Nationalversammlung fortan sich mit verdoppeltem Vertrauen ihrem hohen Werke der Konstituirung Deutschlands widmen können; denn durch die Thätigkeit des Bundesdirektoriums über die allgemeinen Verhältnisse des Vaterlandes beruhigt, wird sie minder Störung in ihrer Hauptaufgabe erfahren. In dem Verfassungswerke nimmt das Bundesdirektorium keinen Antheil und die Stellung der Nationalversammlung den Bundesregierungen gegenüber bleibt in diesem Betracht unverändert. Sollte es sich aber von den wichtigsten Staatsinteressen, von Verträgen mit auswärtigen Mächten oder vollends von Krieg und Frieden handeln, so liegt dem Bundesdirektorium ob, sich, bevor es beschließt, durch seine Minister des Einverständnisses der Nationalversammlung zu versichern.

Es ist diesem System, welchem die Mehrheit Ihres Ausschusses sich anschließt, manchmal seine Verzweigtheit zum Vorwurfe gemacht, weil es nämlich schon jetzt Minister und Gesandte fordert, die sich, meint man, allein für schon schließlich festgestellte, nicht für bloß provisorische Verhältnisse passen sollen. Allein die großen Verhältnisse der Geschichte richten sich nach keinem deutschen Provisorium, und um nur Eines herauszuheben, schwerlich hätte in der neuerlichen Diskussion über Schleswig-Holstein und den däni-

Digitized by Google

schen Krieg eine getheilte Meinung in Bezug auf die Ratifikation des Friedens von Seite der Nationalversammlung aufkommen konnen, hatte Deutschland schon jetzt seine auswärtigen Gesandten. Auch ist es wohl kein Vorwurf gegen das erwählte System, wenn man ihm nachsagen muß, daß es in die bevorstehende, nothwendig einheitlichere Ordnung der deutschen Dinge bereits sich hineinlebe. Denn echte Staatsweisheit gebietet, alle jähen Sprünge in den staatlichen Dingen möglichst zu vermeiden. Mit um so mehr Vertrauen empfiehlt Ihnen der Ausschuß dieses System, weil es den Forderungen der Gegenwart entspricht und zugleich die Einleitung bildet, in eine hoffentlich gedeihenere Zukunft unseres Vaterlandes.

Ihr Ausschuß empfiehlt Ihnen die Annahme folgender 8 Punkte zu beschließen, über welche die Majorität, bestehend aus den Mitgliedern Claussen, Dahlmann, Dunker, v. Gagern, v. Mayern, v. Raumer, v. Saucken, Wippermann, v. Würth, v. Zenetti, übereingekommen ist.

Die Nationalversammlung beschließt:

1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland, soll ein Bundesdirektorium zur Ausübung dieser obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden.
2) Dasselbe soll aus 3 Männern bestehen, welche von den deutschen Regierungen bezeichnet, und nachdem die Nationalversammlung ihre zustimmende Erklärung durch eine einfache Abstimmung ohne Diskussion abgegeben haben wird, von denselben ernannt werden.
3) Das Bundesdirektorium hat provisorisch
   a. die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen;
   b. die Oberleitung des gesammten Heerwesens zu übernehmen und namentlich den Oberfeldherrn der Bundestruppen zu ernennen;
   c. die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen.
4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt das Bundesdirektorium im Einverständniß mit der Nationalversammlung.
5) Die Errichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit des Bundesdirektoriums ausgeschlossen.
6) Das Bundesdirektorium übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen derselben bedürfen zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers.
7) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben jederzeit gehört zu werden; sie haben jedoch das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als Mitglieder derselben gewählt sind. Dagegen ist die Stellung eines Mitgliedes des Bundesdirektoriums mit der eines Abgeordneten zur Nationalversammlung unvereinbar.
8) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit des Direktoriums und seiner Minister auf.

Der Plan, wie er Ihnen hiermit vorliegt, macht keinen Anspruch auf Idealität, es bilden sich vielmehr in ihm die konkreten Verhältnisse Deutschlands getreulich ab. Die Aufstellung eines einzigen Bundesdirektors oder Reichsverwesers würde den Ansprüchen der Theorie mehr genügt, schwerlich aber den Anforderungen der Gegenwart besser entsprochen haben. Wie es bis dahin steht, theilen nun einmal die streitenden Interessen unser Deutschland in drei große politische Massen, die wir als Oesterreich, Preußen und die minder mächtigen Staaten bezeichnen. Die Aufstellung eines einzigen Individuums würde in solcher Lage der Dinge große, gefährlich verzögernde Schwierigkeiten finden, und der vielleicht endlich aufgefundene Mann eines zusammenstimmenden dreifachen Vertrauens würde gleichwohl in seiner Wirksamkeit unvermeidlich mit allen den Mißverlautungen zu kämpfen haben, welche aus der bisherigen Lage unsres Vaterlands stammen. Man würde in kurzer Frist von seinen Hinneigungen zu irgend einem dieser drei Theile reden. Möge ein baldiges Hineinleben in eine noch einheitliche Ordnung solche Verdächtigungen für immer auf dem vaterländischen Boden beseitigen; aber einen solchen Zustand vorwegnehmen zu wollen, schien nicht rathsam.

Auch in anderer Weise beachtet der Ihnen vorliegende Plan die bestehenden Verhältnisse, ohne sich ihnen dienstbar zu machen. Ohne Zweifel wird durch ihn die deutsche Bundesversammlung in ihrem bisherigen bedeutsamsten Verhältnis, vielleicht sogar in ihrem Namen bedroht, und es gehörte nicht nothwendig in unsern Plan den Platz für ihre künftige Wirksamkeit zu ermitteln. Nichtsdestoweniger ist es unverkennbar, daß das Bundesdirektorium einer steten lebendigen Mittheilung mit den einzelnen Bundesstaaten bedarf, und vermuthlich wird dasselbe in den Abgeordneten der einzelnen Staaten einen für die fortlaufende Kenntniß der innern Angelegenheiten unseres deutschen Bundesstaates unentbehrlichen Staatsrath erblicken, dessen Gutachten einzuziehen, mit Ausnahme besonders eiliger Fälle, ihm von Wichtigkeit sein muß.

Es ist ein großes und schwieriges Werk, welches die hohe Versammlung unternimmt, indem sie den Grund zu einer deutschen Centralgewalt legt; wenn aber innere Klarheit und Besonnenheit Ihre Schritte zum rechten staatgemäßen Ziele lenken, wird der Dank des von langem Zwist der Interessen genesenen Vaterlands Ihr Bemühen lohnen.

---

**Oesterreich.** Δ Wien, 14. Juni. Ein Kurier brachte gestern die Nachricht, daß der Kaiser am 18. d. M. Innsbruck verlassen wird, um über Gräz, wo er gemeigt scheint, sich einige Tage aufzuhalten, zur Eröffnung des Reichstags nach Wien zu kommen. — Die Kaiserin wird, wie es den Anschein hat, das Frohnleichnamsfest in Innsbruck begehen und den kirchlichen Umzug an jenem Feste durch ihre Gegenwart beehren. — Die Erzherzogin Sophie, Mutter des Thronerben, ließ in diesen Tagen ihren ganzen Schmuck, der hier zurückgeblieben war, durch das Oberstkämmerer-Amt in die Schatzkammer niederlegen. Man will hierin ein Vertrauens-Votum erblicken, welches dadurch den Wienern stillschweigend ertheilt wird. — Am Pfingstmontage war ein Studentenkommers in Heinbach, einige Stunden von Wien, dem ein großer Theil der Bevölkerung beiwohnte. Angeblich bei dem ungeheuren Menschenandrange ging doch Alles, zwar sehr lärmend, aber dabei friedlich ab. Die Gäste des Kaisers war auf einem Hügel aufgestellt und mit Blumen bekränzt. Unten am Birdefial wurde ein wirklicher Zepf und einige Würdenträger des alten Systems in effigie feierlich verbrannt. Es waren auch viele Czechen bei dem Kommers. Ihre Feindseligkeit bewies sich auch bei dieser Gelegenheit, indem sie eine deutsche Fahne herunter rissen. — Am 11. traf eine Anzahl von 150 deutsch gesinnten Pragern hier ein, um in ihrem und in dem Namen vieler Gleichgesinnten die Hilfe des Sicherheitsausschusses in Anspruch zu nehmen, gegen die täglich gewaltiger um sich greifende Czechur, welche die Czechen gegen alles Deutsche ausüben. Gestern folgte eine Deputation der eigentlichen Czechen, welche gekommen waren, um von dem Ministerium zu verlangen, daß alles Militär aus Prag entfernt werde. Sie geberdete sich bei diesem Ansuchen so insolent und anmaßend, daß sie von dem Sicherheitsausschusse buchstäblich aus dem Versammlungslokale die Treppe hinabgeworfen wurde. Im Odeon rissen diese Fanatiker die deutsche Fahne herunter und traten sie mit Füßen. Dazu kam noch, daß die Arbeiter mehrere böhmische Individuen selbst einbrachten, welche versucht hatten, sie aufzuwiegeln. Da wurden die Herren Deputirten ausgewiesen und ihnen bedeutet, daß nach 7 Uhr (gestern Abend) sich keiner derselben mehr in Wien blicken lassen dürfe. — Die Nachrichten aus Prag sagen, daß dort ein blutiger Konflikt entstanden zwischen Aristokraten, Demokraten und Deutschen. Patzig, welcher in aristokratischem Sinne seit lange einer der Lenker des Reichen war, stellte eine Verfassung vor mit zwei Kammern, darüber geriethen die radikalen Demokraten dermaßen in Wuth, daß sich die slavische Linde und der Swornostverein das Wort gaben, die provisorische Regierung zu stürzen. Dieser Beschluß wurde bei einem öffentlichen Feste gefaßt — Alles schrie und tobte durcheinander: wir wollen keine Adelskammer, die Wiener haben auch keine, wir sind so viel werth als die Wiener, und zugleich wurden Spottlieder auf die Deutschen angestimmt, unter andern eins von einem Herrn Schuselka (nicht zu verwechseln mit unserm Deputirten am deutschen Parlament), welches sehr beifallen soll. Als das Jäger-Regiment, welches in Prag garnisonirt, diesen herausfordernden Spott und Hohn hörte, zog es vom Leder und hieb ein, sowohl in die „Eintracht" (Swornost), als in die slavische Linde, und der Kampf wurde so ernst, daß es sogar zu Barrikaden kam. Fürst Windischgrätz war von der Kleinseite abgeschnitten und mußte sich den Uebergang über die Moldau mit Waffengewalt erzwingen. Jetzt hält er die Kleinseite und den Radschin besetzt. Unsere Jäger haben den Eisenbahnhof. Von den Studenten wurden sechs Kanonen und 20,000 Stück Gewehre verlangt, da aber ohnehin die Bürgerwehr organisirt ist, so wurde ihnen Nichts bewilligt. Die

Digitized by Google

deutsche Partei scheint sich dem Militär angeschlossen zu haben und Fürst Windischgrätz kommt so in die eigenthümliche Lage, seine ganz eigenthümlichen Verbündeten, die provisorische Regierung, welche vom hiesigen Ministerium in Anklagestand versetzt ist, in „deutschem Interesse“ mit Gewalt der Waffen zu bekämpfen. Graf Thun ist bereits verhaftet. Das Gerücht geht, die Fürstin Windischgrätz sei durch einen Schuß von der Staffe am Fenster ihres Hauses getödtet worden. — Der Adel scheint sich in Böhmen stark verrechnet zu haben. Er wähnte, sich des Volkes zu bedienen, um für sich selbst zu sorgen, und statt dessen bediente sich das Volk seiner, um sich dem Hofe gegenüber (und angeblich immer in dem Interesse des Hofes) gesetzlich zu konsolidiren, nun es sich stark genug glaubt, gibt es den Adel Preis — und die Zukunft wird lehren, ob der Böhme, einmal aufgereizt, in seinem Zorne eine so großartige und ehrenvolle Mäßigung behauptet, wie der Wiener in den März- und Maitagen. — Baron Jellachich, der Banus von Kroatien, soll abgesetzt sein und die Wesang erhalten haben, sich hier wegen der eigenmächtigen Einberufung des Landtags zu verantworten.

A Wien, 15. Juni. Die gestrigen Nachrichten aus Prag bestätigen sich heute. Die Stadt wird bombardirt — noch ist Fürst Windischgrätz Herr derselben. Seine Gemahlin ist wirklich todt — der Schuß, welcher auf sie fiel, kam aus dem Fenster eines dem Generalkommando gegenüber liegenden Gasthauses zum goldnen Engel. Auch ihr Sohn ist schwer verwundet, die Fürstin ist die Schwester der regierenden Fürsten Adolph Schwarzenberg. Man hofft, daß die Bauern aus der Umgegend dem Militär zu Hilfe kommen; die Partei der Czechen scheint nur in Prag selbst die Oberhand zu haben — im Lande soll die Stimmung Deutschland günstig sein. Der Konflikt fing an, wie ich es oben beschrieb, mit dem Unterschiede, daß ein Schuß es war, der den ersten Schuß auf einen deutschen Soldaten abfeuerte — bis zur Stunde ist das Signal zum allgemeinen Kampf! Ein General und ein Generalobristjunct schrieben gebleben zu sein — nähere Details fehlen noch. — Die Zahl der gestern hier ausgewiesenen Czechen beträgt 760, die Deputation untergriffen.

Wien, 13. Juni. Heute erschienen im Sicherheitsausschusse mehrere Swornestmänner mit einem aus Prag zurückkehrenden Studenten, welcher erzählte: „daß gestern in Prag ein Verbrüderungsfest gefeiert worden. Beim Nachhausegehen sang das Volk Lieder, wurde aber von mehreren Soldaten mit gefällten Bajonette angefallen. Hierauf hat sich ein Kampf entsponnen. Die Fürstin Windischgrätz, die aus Fenster trat, wurde erschossen, worauf ein furchtbares Blutbad begann. Die niedern Barrikaden wurden genommen und später wurde Prag 17 Stunden lang bombardirt“. Es gab sich ein Ausdruck von Unwille kürwisch kund, und es wurde sogleich eine Deputation zum Minister Wilkersdorf zu Kuckkanzl abgeschickt, welcher sich die Czechen anschlossen. Indessen wurde vom Präsidenten die Bemerkung gemacht, jener Kampf des Militärs möge zum Schutze der deutschen und der Regierungsfache gegen die provisorische Regierung unternommen worden sein. Mehrere Mitglieder theilen mit, daß die Czechen auch hier in Wirn die Deutschen verhöhnen, im Odeon deutsche Kokarden abgerissen und gestern sogar im Hainbach eine deutsche Fahne auf einen Baum gesteckt und als vogelfrei erklärt hätten, daß sie Spottlieder auf die Deutschen sängen, in Kaffee- und Gasthäusern agitiren und die hier befindlichen böhmischen Arbeiter und Gesellen aufwiegeln, so daß die Ruhe und Sicherheit der Stadt gefährdet sei. Als noch die Deputation vom Minister zurückkam und erzählte, sie hätten sich über die Ausschußmitglieder, welche bei ihrem Einzuge in den der deutschen Nationalität gesprochen, geäußert, die dummen Kerle verstehen Nichts von Nationalität, wurde die Entrüstung so groß, daß der Präsident rief: Ich glaube, wir gebrauchen das Hausrecht und werfen sie hinaus. „Hinaus, hinaus“, ertönte der Ruf von allen Seiten, und die Swornestmänner mußten sich entfernen. Hierauf wurde nach einer stürmischen, oft unterbrochenen Debatte der Beschluß gefaßt, jenen Czechen und Swornestmännern, die sich für schimpflich betragen, den Auftrag zu geben, sich von Wien zu entfernen. (Oest. D. Z).

Ferner schreibt man der Allg. Z. aus Wien unterm 14. Juni: Zur näheren Erhebung über die eigentliche Ursache der am 13. d. M. in Prag stattgehabten blutigen Ereignisse, und um die Ruhe daselbst auf möglichst friedlichem Wege wieder herzustellen, sind von Seite unseres Ministeriums gestern der Hofrath Kiczansky und der Feldmarschallieutenant Graf Mendorf-Pouilly als außerordentliche Kommissäre mit einem Separatzug nach Prag abgesendet worden. Heute fehlen uns die weitern Nachrichten von dort, da die telegraphische Mittheilung unterbrochen und auch der heutige Prager Mittagszug ausgeblieben ist. Es verlautet jedoch soeben, man habe auf telegraphischem Wege die Anzeige erhalten, daß der Mittagszug heute Abend um 6 Uhr eintreffen soll. Privatnachrichten und Reisende, welche mit dem gestern Abend um 10 Uhr hier eingetroffenen Abendzug aus Prag angekommen sind, berichten, daß die Stadthore geschlossen waren, und Fürst Windischgrätz Herr der Stadt geblieben ist. Der Swornostführer Faster soll von seiner eigenen Partei ermordet worden sein. In Prerau seien 300 Personen angekommen die sich von Prag geflüchtet haben. Man sieht hier mit der größten Spannung den weitern Nachrichten entgegen. Daß die deutsche Partei die Oberhand behalten hat, scheint gewiß zu sein. Heute ist von hier der Stab und das erste Bataillon des Regiments Wasa nach Ungarn abgefordert. Das zweite Bataillon wird übermorgen den Marsch dahin antreten.

Eine andere Wiener Mittheilung bestätigt, daß die panslavistischen Einleitungen, welche sich namentlich Wien als Mittelpunkt ihrer nach allen Seiten laufenden Intriguen auserseben hatten und sich aufs Ungehörigste gegen die leicht zu kapierenden Deutschen und Ungarn betrugen, den Befehl erhielten, binnen 24 Stunden Wien zu verlassen.

Graf Stadion soll sich entschieden für den Fortbestand des Pilersdorf'schen Ministeriums ausgesprochen haben. Als künftiger Minister der öffentlichen Arbeiten wurde vor Kurzem Hr. v. Schwarzer bezeichnet; dagegen schreibt man der Allg. Z.: von Schwarzer kann ich Ihnen sagen, daß er eine solche Anzeichnung weder sucht noch annehmen würde. Schreiber dieses hörte aus dessen eigenem Munde, daß er den Oberften v. Mayern oder Hauptmann Möring, beide Deputirte in Frankfurt, oder endlich den Fabrikanten Hornbostl für die geeignetsten Minister der öffentlichen Arbeiten halte.

Aus Dresden, 15. Juni, Abends, schreibt man der „Leipziger Zeitung“: Prag ist noch immer gesperrt; keine Zeitungen und Briefe von daher, die auf Land von Wien aufgehalten worden, von wo man sie doch über Breslau hierher ordern könnte. Vor einer Stunde (9 Uhr) ist das böhmische Dampfschiff, von einer Menge Menschen erwartet, angekommen; es brachte wieder eine gute Zahl ausgewiesener Polen und anderer Slaven; auch einige vom böhmischen Adel sollen flüchtend mitgekommen sein. Um die slavische Sache in Prag muß es nicht gut stehen, man sah sehr finstere Gesichter. Die Thore Prags sind sämmtlich, mit Ausnahme des Porschicher Thors, wo Nationalgarde steht, vom Militär besetzt; zum Theil soll die Nationalgarde sich dem Militär zugewendet haben. Ungeführ vier Straßen der inneren winkelvollen Stadt um das Universitätsgebäude haben die Aufstehrerischen, Studenten, Swornest und Tschechenpöbel Hart verbarrikadirt und halten sich darin. Es scheint, als wolle sie Windischgrätz nicht mit Waffengewalt zwingen, um die Stadt nicht zusammenzuschießen, vielleicht auch um nicht noch mehr Blut zu vergießen, wenn es irgend möglich. Die Verhandlungen mit den Aufständischen ziehen sich jedoch in die Länge. Die Führer der Tschechenpartei hatten schon seit Wochen die Studenten zu bearbeiten und für ihre Unternehmungen zu gewinnen gesucht, ihnen das nachahmungswürdige Beispiel der Wiener Studenten vorhaltend, die dort mit regieren hälfen. Es ist ihnen gelungen, die verführten jungen Leute für die Ferien in Prag zurückzuhalten, die nun in diese furchtbare Lage gebracht wurden. In diesen Zeiten der Gefahr haben sich aber diese Tschechenführer zurückgezogen, von einigen sagt man, sie seien bereits entflohen. Die große Brücke ist stark verbarrikadirt, die Kettenbrücken in beiden Seiten abgetragen, so daß man nicht zum jenseits der Moldau liegenden Stadttheil, der Kleinseite, gelangen kann. Von den Zuständen dort haben wir auch noch keine sichere Kunde erhalten; die Einen sagen, die Kleinseite sei ebenfalls von Militär besetzt und es herrsche Ruhe dort; andere sagen Bauern, und Fabrikarbeiter herrschen dort. — Die Militärverstärkungen treffen von allen Seiten in Prag ein.

Ferner: 16. Juni, Morgens. Ich schreibe Ihnen, was ich noch weiter von Prag in Erfahrung gebracht. Viele wollen den dortigen Zustand für das Militär nicht als so günstig ansehen, da dasselbe von der, nicht mit hinter den Barrikaden stehenden Czechenpartei in der Stadt bedroht sei; doch wie hätten die Ausweisungen der Fremden so vollständig ausgeführt werden können, wenn die militärischen Behörden nicht Macht genug hätten? Allerdings ist es höchst merkwürdig, daß keine Posten abgehen können, da doch die Thore von Soldaten besetzt sind. Andrer von Prag Kommende sagen dagegen, daß die Deutschen die Sache des Militärs als die ihrige ansähen und sich diesem anzuschließen begannen hätten. Noch hört man, die Verhandlungen seien so weit gediehen, daß das Militär abziehen und die Nationalgarde seine Stelle übernehmen und für die Ruhe der Stadt sorgen würde. Das wäre wohl nur ein Vorschlag, der von Seite der besonneten Bürger gemacht worden ist. Eben so wenig kann es begründet sein, daß Fürst Windischgrätz seinen Ober-

Digitized by Google

befehl über die Truppen abgeben wolle. Aus ganz sicherer Quelle theile ich Ihnen mit: Graf Leo Thun und mehrere andere Mitglieder der obersten Behörden waren von den Studenten gefangen gehalten, sind jedoch vorgestern freigegeben worden. Leo Thun hat seine Stelle als Präsident des Guberniums wie der provisorischen Regierung, welche letztere ohnedem aufgelöst ist, niedergelegt. Sein ältester Bruder Franz hat sich seinen starken Bart abschneiden lassen, ist aus der Stadt geflohen und mit dem gestrigen Dampfschiff nach Teschen, einer Thunschen Besitzung, gefahren. Viele Fabrikarbeiter treiben sich im Lande, nach der Kleinseite zu, herumreisse zerstörend und plündernd, umher. Die Bauern, welche nach Prag gezogen, haben sich wieder nach Hause begeben, die Besitzenden haben überhaupt wenig an jenem Zuge Theil genommen, sie sagen, sie wollten daheim bleiben, um ihr Eigenthum zu schützen. Von daher scheint den Tschechen in Prag also wenig Hilfe zu kommen. — Viele Geistliche haben beim Kampfe am 12. fanatische Aufrührer des Volks abgegeben, man hat welche gesehen, die Aermel aufgekrempelt, Gewehre in der Faust schwingend, dem Volke vorauf, wie in den Juniitzgassen. Auch Weiber haben mitgekämpft. Der Ausbruch des Kampfes soll nach dem Bericht einiger Herren, die ich eben gesprochen, durch eine Dame, die vor dem hart heranbrängenden Volke, von Gewaltsamkeiten umgeben, gegen einen der vor der Kommandantur aufgestellten Grenadiere sich thätliche Insulten erlaubte, herbeigeführt worden sein. — Am 14. ist durchaus kein Kampf in Prag gewesen und am 13., nur Morgens, und zwar auf der Kleinseite, wie ich Ihnen mitgetheilt habe. — Heute Morgen ist die Brünner Post ebenfalls aufgehalten, was freilich noch auf einen sehr bedenklichen Zustand in Prag schließen läßt. Alle Reisenden von Prag, die hier eingetroffen, sind durch das Porschitzer Thor, wo Nationalgarde die Wache hält, nach dem Karolinenthal geführt worden, die Ausgewiesenen mit militärischer Bedeckung.

Aus Dresden, 15. Juni, 10 Uhr Morgens wird berichtet: Die Prager Post ist auch heute Morgen ausgeblieben. Nachträglich zu meinen Berichten bemerke ich Ihnen noch, daß Prag aus allen näheren Garnisonstädten Militärverstärkung bereits erhalten hat; so aus Theresienstadt, Leitmeritz ꝛc. Doch wollen die Reisenden auch großen Zuzügen von Bauern begegnet sein, von denen sie mannigfach aufgehalten worden seien. Aus Allem geht hervor, daß es ein ernstlicher Aufruhr ist. Hiermit steht wahrscheinlich im Zusammenhang, daß alle Fremden, unter ihnen die ganzen Kongreß-Abgeordneten Slaven und viele Polen, ausgewiesen worden sind. Fürst Windischgrätz wird als der tüchtigste General der österreichischen Armee angesehen, als ein vollendeter Soldat voll energischer Umsicht und von eisernem militärischen Willen. Es ist wahr, er hat sich stets als strenger Hocharistokrat gezeigt, der treu dem Kaiser, treu seinem Vaterlande; die Böhmen haben ihn von jeher nicht sehr geliebt und ihn „Fürst Herodes“ genannt, Achtung und Furcht haben sie jedoch vor seinem Charakter gehabt; die Soldaten beten ihn an und folgen ihm blindlings. Trotz der furchtbaren Unglücksfälle, die ihn in diesen Tagen getroffen haben, scheint er in seiner kraftvollen umsichtigen Thätigkeit nicht gelähmt worden zu sein. Die Deutschen mögen es jetzt für ein Glück ansehen, daß der Kommandirende von Böhmen in Prag auf seinem Posten war. Seine Gemahlin, die ein so tieftragisches Ende gefunden, ist eine Tochter des Feldmarschalls Fürsten Schwarzenberg, deren Mutter in Paris im brennenden Festsaal der furchtbaren Hochzeit bei der Vermählungsfeierlichkeit Napoleon's mit Louisen von Oesterreich umkam, als sie dieses ihr jetzt gemordete Kind zu retten sich in die Flammen stürzte.

**Preußen.** †† Berlin, 16. Juni. Trotz des auffallenden Menschengewoges in den Straßen ist keine Unordnung weiter vorgefallen; inwieweit dazu einige neuerdings vorgenommene Verhaftungen (von Verdächtigen) oder die sehr verschwiegen gehaltene Proklamation des interimistischen Kommandanten der Bürgerwehr, Majors Rimpler, oder endlich die vielfach austauchenden Gerüchte von dem Rücktritte mehrerer Minister beigetragen haben, deren Tüchtigkeit selbst von ihren Gegnern nicht in Abrede gestellt werden kann, ist schwer zu entscheiden. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung theilt der Vorsitzende zuerst die Namen der Mitglieder mit, welche aus den Abtheilungen für die Kommission zur Entwerfung des Verfassungsentwurfs erwählt sind, aber auf Antrag des Abgeordneten Abegg wird diese Wahl mit 194 gegen 166 Stimmen für ungiltig erklärt, „weil die Vornahme derselben nicht Tags zuvor bekannt gewesen sei“; demgemäß wird eine neue Wahl angeordnet. Hierauf macht der Präsident die Mittheilung, daß die Abgeordneten Jung, Reis v. Sfenbeck, Weichsel und Bloem gestern in Folge des Beschlusses der Versammlung den Antrag gestellt hätten, der Bürgerwehr für ihre bisherigen Bemühungen für die Sicherheit der Versammlung zu danken. Es sei darauf ein Schreiben des Präsidenten Milde an das Bürgerkommando und das bewaffnete Studentenkorps erlassen worden, in welchem ausgesprochen werde, daß die Bewachung des Sitzungsgebäudes hinfort „nicht mehr erforderlich“ sei. — Da Dr. Jung und Bloem erklären, daß sie durch dieses Schreiben ihren Antrag nicht für erledigt erachten, so wird derselbe auf die morgende Tagesordnung gesetzt. Nach einer Interpellation von Kunz an das Ministerium über die Fortdauer gehen schreitet man zur Berlesung des Berichts der Centralabtheilung über den Antrag des Abg. Bloem, betreffend den Erlaß eines Gesetzes über die Unverletzlichkeit der Abgeordneten (Ref. Darrafowitz). Der Vorsitzende theilt mit, es seien außer dem bereits mit der Tagesordnung gedruckten Amendements und Subamendements noch sieben schriftliche eingegangen. Eine Uebersicht sei für den Augenblick unmöglich. Da man gegen eine Vertagung ist, so findet der Riedelsche Vorschlag, den Antrag der Abtheilung ohne Diskussion anzunehmen, allgemeinen Anklang. Der Antrag lautet: „Zum Schutze der zur Vereinbarung der preuß. Verfassung berufenen Versammlung sollen nachstehende Bestimmungen sofort in Kraft treten: §. 1. Kein Mitglied der Versammlung kann für seine Abstimmungen oder für die von ihm in seiner Eigenschaft als Abg. ausgesprochenen Worte und Meinungen in irgend einer Weise zur Rechenschaft gezogen werden. §. 2. Kein Mitglied der Versammlung kann während der Dauer derselben ohne ihre Genehmigung wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es entweder bei der Ausübung der That oder binnen der nächsten 24 Stunden nach derselben ergriffen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden nothwendig. §. 3. Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Versammlung und jede Haft wird für die Dauer der Sitzung aufgehoben, wenn die Versammlung es verlangt.“

Nachdem darauf eine von Robbertus entworfene Adresse der Nationalversammlung an den Frankfurter Reichstag in Betreff des dänischen Kriegs vorgelesen ist, erklärt Camphausen: Der Antrag sei in der Form, wie er gestellt worden, bedenklich. Es sei ihm kein Fall bekannt, daß eine Versammlung, wie die gegenwärtige, mit einer Verfassung von gleichem Charakter in unmittelbaren Verkehr trete. In Frankreich sei vor einigen Wochen ein ähnlicher Fall vorgekommen, und der Antrag eines Mitglieds, an die französische Nationalversammlung eine Adresse zu richten, sei auf eine Bemerkung eines Mitgliedes der Regierung verworfen worden. Ueberdies enthalte die vorgeschlagene Adresse eine unrichtige Hervorhebung des Ruhmes der preußischen Waffen, in welcher man leicht weniger die Sehnsucht nach einer Einheit der Stämme, als ein hervortretendes Gefühl der besondern Ansprüche Preußens erblicken könnte. Die Adreßdebatte werde übrigens, wenn der Antragsteller seinen Antrag zurückzöge, zur Andringung eines entsprechenden Amendements Gelegenheit geben. Jedenfalls aber erscheine ihm die sofortige Diskussion des Antrages unzulässig. — Die Abstimmung ergibt: Ablehnung der sofortigen Diskussion. Robbertus erklärt hierauf: er müsse sich dagegen verwahren, daß sein Antrag die deutsche Einheit zu stören beabsichtige, er nehme denselben zurück. Min. Präs. Camphausen erwidert: seine Worte hätten nicht die Absicht gehabt, dem Antragsteller ein solches Motiv zu unterstellen, er habe übrigens als Abgeordneter, nicht als Minister gesprochen, obschon er auch in dieser letzteren Eigenschaft dasselbe zu sagen kein Bedenken trage (Beifall). — (Schluß der Sitzung.)

Berlin. Mittelst Bekanntmachung des Kriegsministeriums vom 15. d. sind die beiden Bataillone des 20. Landwehrregiments hierselbst, und das hiesige Garde Landwehrbataillon einberufen, um in Verbindung mit der Bürgerwehr zur Aufrechthaltung der Ordnung zu wirken. (Voss. Z.)

Breslau, 13. Juni. Gestern Nachmittag fand in Veranlassung des die Revolution verkündigenden Beschlusses der preußischen Nationalversammlung eine Volksversammlung im Schießwerder Statt. Die Einladung dazu war von dem demokratischen, dem demokratisch-konstitutionellen, dem Arbeiter- und Volksverein ergangen und mehr als sechs Tausend Menschen waren der Einladung gefolgt. Es wurde ein Protest an die Nationalversammlung zu Berlin und eine Dankadresse an die Berliner berathen und angenommen. (Voss. Z.)

Ostrowo, 9. Mai. Die Verhaftungen der Insurgenten hier und in der Umgegend dauern fort, und täglich werden mehre eingezogen. So hat man diese Woche den Propst und den Insurgentenchef M. verhaftet. (Bresl. Z.)

Aus Pillau wird berichtet, daß fünf preußische Schiffe und drei englische sich mit 6—7 Kanonen bewaffnet hätten und die Ostsee befrischen, um die Mannschaft einzuüben; der Engländer habe dabei das Lehramt übernommen. (D. A. Z.)

Digitized by Google

**München**, 16. Juni. Der Allg. Zeit. wird von hier geschrieben: „Als ein willkommenes Zeichen deutschen Sinnes eile ich Ihnen mitzutheilen, daß der bairische Gesandte, Hr. v. Abel, in Turin beauftragt ist gegen die Blokade von Triest energische Protestation einzulegen, und falls dieselbe nicht berücksichtigt wird, seine Pässe zu begehren. Endlich einmal ein thatsächlicher Beweis, daß auch das übrige Deutschland die Oesterreicher unterstützen will.“ Hoffentlich werden alle deutschen Regierungen alsbald dasselbe thun!

**Baden.** * **Karlsruhe**, 18. Juni. Die Aenderungen der bisherigen Verwaltung sind zur Vorlage reif und der Entwurf einer neuen Einrichtung wird im Laufe dieser Woche von der Regierung an die Stände gelangen. Da nun die Kammer nach ihrer eilftägigen Sitzung sich gestern wieder beurlaubte, wählte sie vor ihrem Scheiden eine Kommission, um den Entwurf in Empfang zu nehmen und zu berathen, so daß für das Zustandekommen einer volksthümlichen Verwaltung keine Zeit verloren gehen wird. In der gestrigen Sitzung wurden die Gesetze über Einführung einer Kapitalsteuer und einer Einkommensteuer, sowie das Gesetz über die Regelung der Finanzen für die nächste Zukunft angenommen. Letzteres bestimmt, daß mit 1. Januar 1849 die Kapitalsteuer und die Einkommensteuer an die Stelle der Fleischsteuer, der Kaufbriefsteuer und des Ausfalls durch Verminderung der Kaufabgabe treten. Für das Jahr 1848 aber ist eine außerordentliche Kriegssteuer nöthig, und dafür soll die Kapital- und die Einkommensteuer, wie eine außerordentliche Besoldungssteuer und der Beitrag des Großherzogs und der großherzoglichen Familie erhoben werden. Auf die Einkommensteuer soll übrigens nur gegriffen werden, wenn andere außerordentliche Mittel durchaus nicht aufzubringen sind, und nur von solchen Beträgen, welche bei einem Einzelnen 300 fl., bei einer Familie 1000 fl. übersteigen. Nur zwei Stimmen erklärten sich gegen das Gesetz, obgleich das Drückende desselben nicht verkannt wurde. Allein die Nothwendigkeit, ein unabweisliches Bedürfniß zu decken, nachdem durch Fruchtankäufe und Vorschüsse an Gemeinden im vorigen Jahre, durch Steuerverweigerungen und Kriegsaufwand in diesem Jahre die Staatskassen erschöpft sind, leuchtet ebenfalls ein, und die vorübergehende, von Kapitalisten, Besoldeten und andern Wohlhabenden geforderte Anstrengung wird durch die mit dem nächsten Jahre beginnende gerechtere Vertheilung der Staatslasten vergütet. Die ersten Schritte, welche hiermit auf der Bahn der Besteuerung nach Verhältniß des Einkommens gethan sind, werden zeigen, ob und wie eine Vermögens- und Einkommensteuer an die Stelle der bisherigen Steuern treten und die Feststellung und Umlage der Beträge von den Bürgern selbst besorgt werden kann. Eine durchgreifende Vereinfachung der Finanzverwaltung entsprechender Minderung des Aufwandes wird die nächste Folge davon sein.

Die Verhandlung über die Verhaftung Peters war für alle Mitglieder eine schmerzliche Obliegenheit. Seine Vertheidigung, hauptsächlich von den Abgg. Junghanns II. und Welte geführt, mit Ausfällen gegen die Regierung, das Hofgericht und den Berichterstatter gewürzt, suchte die Annahme der Staatshaltersschaft als eine erzwungene zu entschuldigen und als das Mittel, großes Unglück abzuwenden, zu preisen. Die Verhaftung wurde als unnöthig dargestellt, es wurde die Milde empfohlen, welche die Kammer gegen Peter üben solle, indem sie dem Gange der Justiz Einhalt thue, während Hunderte von verführten Landleuten und Handwerkern im Gefängniß sitzen. Unter den Rednern für den Kommissionsantrag hob besonders Prestinari mit Klarheit die Unsinnde hervor, welche das Erkenntniß des Hofgerichts auf Untersuchungshaft rechtfertigen. Bitter hielt die Zustimmung der Kammer nicht einmal für nöthig, weil Peter wie Becker aufgehört habe, Abg. u. bad. Staatsbürger zu sein, indem er die Statthalterschaft von Hecker angenommen. Christ, welcher nun alle Striche der politischen Windrose glücklich durchgemacht und von seiner Lobrede auf Blittersdorf, die er noch auf dem vorigen Landtage für zweckmäßig hielt, jetzt zum Linksten der Linken abgekommen ist — Christ behauptete, das Hofgericht in Konstanz sei nicht zuständig gewesen, da ein Gesetz am 16. Mai ein Untersuchungsgericht in Freiburg für die hochverrätherischen Unternehmungen niedergesetzt habe. Zwar hat dieses Gericht erst am 25. Mai seine Thätigkeit begonnen, und das Erkenntniß des Hofgerichts zu Konstanz ist vom 22. Mai; allein nach Christ hätte eben in den Tagen vom 16. bis 25. Mai gar kein gerichtlicher Akt Statt finden dürfen. Solche Behauptung von Seite eines Gerichtsvorstandes erregte unter allen Juristen und Nichtjuristen der Kammer das höchste Erstaunen, und gibt dem Abg. Christ wenig Hoffnung, selbst auf der Seite, auf welcher er jetzt steht, eine Führerstelle zu erlangen. Der Abg. Lamey, ein ausgezeichneter junger Mann, an welchem die Kammer und das Land den Verlust Sanders ersetzt findet, gab der Sache eine eigenthümliche Wendung. Er vertheidigte die Absichten und die Handlungen der Regierung und des Gerichtshofes mit ehrlicher Wärme gegen die Verdächtigungen der Abgg. Junghanns, Welte und Kiefer (ein vielverdendes, unbedeutendes, neues Mitglied, welcher angedeutet hatte, die Regierung habe Peter eine Falle gestellt), und führte aus, wie es die Pflicht der Regierung war, die Verfügung des Gerichtes der Kammer vorzulegen. Er fällte ein scharfes Urtheil über Peter, dem der moralische Muth des Duldens fehle. Der Thalbestand des Hochverrathes liege vor und das Verbrechen trage den Charakter des Niederträchtigen, weil der Angeschuldigte den Auftrag der Regierung angenommen und das Vertrauen getäuscht habe. Peter habe sich durch Zwang entschuldigt, und man könne an Niemanden den Anspruch eines übertriebenen Muthes machen. Man wisse auch nicht gewiß, ob der ganze Zwang nicht ein vorabredetes Spiel gewesen. Nach dieser Auffassung gelangte der Redner zu der Ansicht, daß es besser wäre, die Nationalversammlung, deren Mitglied Peter ebenfalls sei, zuerst entscheiden zu lassen, und stimmte im Zweifel gegen die Verhaftung, da die Stellung eines Abgeordneten wichtiger sei, als die gegen Peter vorliegenden Verdachtsgründe.

Wie Christ, welcher unter Anderm der Kammer Mangel an Muth vorgeworfen hatte, weil sie nicht für die Verhaftung Heckers habe stimmen wollen, so erklärte auch Jftrin, daß sich Keiner in die Lage denken könne, in welcher Peter gewesen, und daß Keiner sich unter solchen Umständen der Annahme der Statthalterschaft widersetzt haben würde. Hierauf entgegnete der Abg. Mathy, daß er sich wohl in die Lage denken könne, indem er in ähnlichen gewesen, und daß er gerade deßhalb überzeugt sei, der Ausstand im Seekreise wäre verhindert worden, wenn der Regierungsbr. Peter seine Schuldigkeit gethan hätte. Er habe im Seekreise wie in Mannheim gefunden, was man annehmen könne, wenn man entschieden auftrete, und Niemand verhehlen und von Aufwieglern betrogenen Leuten die Wahrheit sage, sie an ihre Pflicht als Bürger erinnere, ihnen die Augen öffne über das verderbliche Treiben, zu welchem sie mißbraucht werden sollen; wenn man ihre Blicke auf das große deutsche Vaterland lenke, an welchem seine Söhne treu halten und jede Anmuthung, daßselbe durch Aufruhr und Bürgerkrieg zu schwächen, zurückweisen und niederschlagen müssen. Wäre Peter, nachdem er von den Allenbacher Beschlüssen Kunde erhalten, zu den Landleuten in den Sternen gegangen und hätte ihnen ernstlich zugesprochen, sie wären sicher enttäuscht worden und heimgekehrt; hätte er in Konstanz den Oberamtmann Fieser unterstützt und die Bürger belehrt, bei denen der Zug Heckers zunächst keinen Anklang gefunden, so wäre der Sturm beschworen gewesen. So aber war dem Landvolk von den Rädern und Hefen von dem Landvolk Muth gemacht, Peter trotz aller Aufforderungen angrachten keine Gegenmaßregeln. Er würde sicher mit dem Abg. Lamey im Zweifelsfalle für den Angeklagten entscheiden, wenn es sich hier um Schuldig oder Nichtschuldig handle; allein nicht dies sei die Frage, sondern, ob die Kammer der Justiz ihren Lauf lassen, oder ihr hemmend entgegentreten wolle, und da könne er, nach dem Begehren des Gerichts, nach dem einstimmigen Antrag und dem Berichte der Kommission, welche die Akten geprüft, nicht anders, als für den ungehinderten Gang der Justiz stimmen. Wer aus persönlicher Neigung sich der Verhaftung widersetze, leiste Peter einen schlechten Dienst; denn, indem man die Untersuchung hemme, lasse man ihn unter dem Verdachte einer schweren Anklage, von dem ihn ein freisprechendes Urtheil allein reinigen könne, und wie er wünscht, auch reinigen werde. Wer sich aus Neigung für die Sache des Aufruhrs dem Antrag widersetze, dem habe er Nichts zu entgegnen, als daß auch diese Sache, welche sich der Mittel des Bürgerkrieges und fremder Hilfe bediene, unmöglich eine gute sein könne. Die Furcht vor der Aufruhrpartei endlich, werde hoffentlich für Niemand ein Grund sein, gegen den Antrag zu stimmen. Wenn die Kammer denselben ablehne, so würde sie die Unabhängigkeit der Gerichte stören, ihre Thätigkeit lähmen, die Anarchisten ermuthigen, die Gutgesinnten mit gerechten Besorgnissen erfüllen, die Unsicherheit unserer Zustände vergrößern, den Ruf Badens in Deutschland noch mehr als geschehen, erschüttern. Peters Wahl nach Frankfurt sei beanstandet, er sei nur vorläufig zugelassen und man erwarte dort, daß die bahische Kammer sich zunächst über ein Verhältniß aussprechе, welches sie am besten kennen müsse. — Das Ergebniß, wonach 28 gegen 16 Stimmen für den Antrag der Kommission entschieden, ist bereits mitgetheilt. Nächter verlangte namentliche Abstimmung, welche durch allseitigen Zuruf unterstützt und von dem ersten Sekretär Blankenhorn schon darum für nothwendig erklärt wurde, weil die Dunkelheit das Zählen der Aufstehenden unmöglich machte. Die Minderheit besteht aus den Abgg. Baum, Christ, Dörr, Lamey, Heimburger, Jftein, Junghanns II., Metz, Kiefer, Meißner, Sachs, Scheffelt, Berger, Wolf, Welte. Daß die namentliche Abstimmung solche Minder-

Digitized by Google

hatten verstärkt, hat man auch in Frankfurt schon erfahren. Die Galerie war stark gefüllt und zeigte wieder einige Neigung zu Mäßigkeit, wurde aber von dem Vicepräsidenten nachdrücklich zurechtgewiesen und am Schlusse von Bürgern zur Ruhe gebracht.

Δ Mannheim, 17. Juni. In Zeiten großer politischen Erregung ist Nichts gefährlicher als Experimente mit Staatsformen. Als ein solcher Versuch erscheint aber der Vorschlag, ein Bundesdirektorium an die Stelle der Bundesversammlung zu setzen. Wenn man hastig anführt, daß die Bundesversammlung unpopulär sei, was wir bei deren jetzigen Zusammensetzung nicht einmal zugeben können, so hat man noch auch gar keine Garantie dafür, daß das Bundesdirektorium, sofern dieses von den Regierungen besetzt werden soll, sich einer größeren Popularität erfreuen wird. Man kann sogar mit einiger Sicherheit voraussagen, daß, wenn dieses mit fürstlichen Personen, wie in Aussicht steht, besetzt werden wird, die öffentliche Meinung sich viel heftiger dagegen erklären wird, als dies jetzt gegen die Bundesversammlung, welche in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung viele populäre Namen wie Welcker, Jordan, Schmerling in sich schließt, der Fall ist. Man weiß auch allgemein, daß diese Männer ernstlich und aufrichtig gewillt sind, Hand in Hand mit der Nationalversammlung zu gehen, auch daß sie durch Instruktionen hieran nicht gehindert werden. Ganz anders ist es mit den Regierungen, von denen man gleiche Entfernten bekanntlich nicht sagen kann. Es ist sogar zweifelhaft, ob für den eigentlichen Zweck, nämlich für die einheitliche Leitung, durch ein Bundesdirektorium gewonnen oder verloren wird. Der Schwerpunkt der Centralgewalt liegt offenbar weder in dem Bundesdirektorium noch in der Bundesversammlung, sondern in der Nationalversammlung. Dem Gewicht derselben werden die kleinern deutschen Staaten weder jetzt noch künftig einen ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen versuchen wollen oder können. Hierdurch ist die Mehrheit der Stimmen in der Bundesversammlung geschützt, daher eine wirkliche Kollision zwischen beiden Versammlungen kaum zu erwarten. Ganz anders gestaltet sich die Sache in einem Bundesdirektorium, in welchem eine Vertheidigung zwischen Oesterreich und Preußen immer den Ausschlag geben wird, während diesen beiden Regierungen auch die materiellen Mittel zur Durchführung ihrer Ansichten zu Gebot stehen. Während diese in der Bundesversammlung mit 2 gegen 15 Stimmen im engern Rath oder mit 8 gegen 61 im vollen Rath stehen, haben sie im Direktorium zwei gegen eine Stimme. Hat man die möglichen Folgen einer solchen Verkäufung des Stimmverhältnisses wohl ins Auge gefaßt? Hat man erwogen, daß diese beiden Staaten zugleich europäische Großmächte sind, daß sie als solche auch gewisse Interessen nach Außen haben können, welche mit der Gesammtpolitik Deutschlands nicht übereinstimmen? Man denke nur an den gegenwärtigen Krieg in Italien. Noch schlimmer gestalten sich die Dinge, wenn eine Kollision der Interessen zwischen diesen beiden Direktoren eintritt und der Dritte den Ausschlag geben soll und muß. Dieser Fall kann in der umfassenden Wirksamkeit des Direktoriums sehr leicht eintreten. Welche Verlegenheit und welche große Verantwortlichkeit wird hierdurch auf die Schultern Eines Mannes gelegt, der nicht einmal sich einen offiziellen Rath erbitten kann, da er von vielen Staaten gewählt ist, deren Interessen sich oben so schroff gegenüberstehen können. Neben diesen innern Schwierigkeiten steht eine äußere, welche nicht minder Berücksichtigung verdient. Die Bundesversammlung ist von allen europäischen Mächten anerkannt — wird sie aufgehoben, aufgelöst oder beseitigt, so hören alle diplomatischen Missionen auf, und wir haben zu gewärtigen, ob das Bundesdirektorium die Anerkennung des Auslandes findet. Schwerlich wird Jemand glauben, daß Dänemark, Schweden oder Rußland sich sehr beeilen werden, diese Anerkennung zu gewähren. Holland wird wegen Luxemburg vielleicht Schwierigkeiten machen, wegen Limburg aber wahrscheinlich den gegebenen Versprechungen nicht entgehen können. Die Schweiz schmeißt ebenfalls und wird wohl darin fortfahren. Sind wir aber Englands sicher, das eine angebende Seemacht befürchten kann, oder Frankreichs, welches seine Ansprüche auf das linke Rheinufer noch nicht aufgegeben hat? Man kann freilich sagen, alle diese Bedenken walten auch gegen die Einsetzung einer definitiven Centralgewalt ob. Das ist unbestreitbar, aber man wird doch wohl für eine nur vorübergehende Maßregel nicht dieselben Gefahren laufen wollen, denen man bei einer definitiven Gestaltung nun einmal nicht entgehen kann. Wenn aber kein Direktorium, was dann? Ein Bundesministerium: nicht mehr noch weniger; dies genügt für das augenblickliche Bedürfniß und greift der Zukunft nicht vor. Da auch der Ausschuß der Nationalversammlung neben dem unverantwortlichen Direktorium ein verantwortliches Ministerium vorschlägt, so erkennt er damit an, daß die Aufführung aller Beschlüsse diesem vorbehalten bleiben muß. Das Direktorium ist daher ein überflüssiges Rad in der neuen Maschine, und könnte leicht ein Hinderniß für deren raschen und einheitlichen Gang werden.

**Weimar.** Eisenach, 14. Juni. Die Studentenversammlung ist beendigt, die Anhänger der konstitutionellen Monarchie traten zusammen, um gegenüber dem Treiben der Republikaner auch ein Lebenszeichen von sich zu geben. Eine, wenn ich nicht irre, von Regkli aus Berlin entworfene und sehr glänzend redigirte und verfertigte Adresse an das Parlament ward angenommen und wird, mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, die sich im Laufe des heutigen Tages noch anschließ vermehren werden, nächstens nach Frankfurt abgehen, sie lautet: Wir unterzeichnete deutsche Studenten fühlen uns gedrungen, der ersten Versammlung der Vertreter unseres theuern Volks, als dem einzig wahren Ausdruck des Willens der Nation, unsern freundlichen Gruß darzubringen. Hochgeehrter den lauten Manifesten einer fanatischen, welche im fanatischen Glauben an eine alleinseligmachende Staatsform das Heil und die Ehre des Vaterlandes so weit aus den Augen setzt, daß sie, verblendet von doktrinären Eitter für die Republik, gewaltthätigen Verrath am Vaterlande billigt, erklären wir, frei von solchem politischen Fanatismus, daß wir das Vaterland über Alles lieben und seine Einheit, Macht und Größe, ja die Freiheit unseres Volks, die unveräußerlichen Rechte der Nation, nur gesichert erachten durch die volle Verwirklichung des konstitutionellen Princips. Der heute schreibt, der ist ein Feiger. Ueberzeugungstreue war es allein, was uns bewogen hat, dieses unser offenes männliches Bekenntniß vor den Vertretern unsers Volks niederzulegen. (Folgen die Unterschriften.) (D. A. Z.)

**Lauenburg.** Die politischen Verwickelungen des Herzogthums Lauenburg gehen ihrer endlichen Lösung entgegen. Gestern Morgen ist von Ratzeburg eine ständische Deputation, bestehend aus dem Grafen Kielmannsegge von Pilgow, dem Gutsbesitzer Bardenfleth von Thurow und dem Senator Meyer von Lauenburg nach Frankfurt abgegangen, um der Bundesversammlung den Wunsch des Lauenburgischen Landes auszusprechen, daß die Regierung in Ratzeburg von Seite des Bundes angehalten werde, die bisherigen Beziehungen zu Dänemark aufzuheben und vorläufig selbständig aufzutreten. Die Landesregierung hatte erklärt, auf das Begehren der Stände nicht eingehen zu können. So wurde denn die Berufung nach Frankfurt beschlossen.

ω Frankfurt, 14. Juni. In dem Aufsatz in der Deutschen Zeitung vom 11. Juni, „Eine Stimme aus Amerika“, heißt es: „die Versammlung (zu Revision der Konföderationsartikel) trat im Mai 1787 in Philadelphia zusammen und konstituirte sich unter dem Vorsitz von Georg Washington. Sie berieth, ohne öffentlichen Skandal zu geben, zu halten, die Berichten, Adressen, Aufforderungen, welche nicht unmittelbar auf die zu entwerfende Verfassung Bezug hätten, an die bestehende Bundesbehörde zu verweisen und sich nur einzig und allein (ein bemerkenswerthes Beispiel für die Deutschen) mit der Aufgabe zu beschäftigen, wozu sie von Volke gewählt wäre. Am 17. Sept. 1787 übergab die Versammlung, die durch Stimmeneinheit angenommene Verfassung der Bundesbehörde und löste sich auf, ohne irgend eine andere Handlung vorgenommen zu haben. Durch dieses gesetzliche Organ der Konföderation wurde die Verfassung den Staaten zur Ratifikation zugesandt.“ Insofern diese Stimme aus Amerika das Beispiel der Amerikaner den Deutschen als bemerkenswerth vorhält und dadurch der jetzigen deutschen konstituirenden Versammlung gewissermaßen einen Vorwurf daraus macht, daß sie sich nicht einzig und allein mit der Verfassung beschäftigt, bedarf der Artikel einer wesentlichen Berichtigung. Es verhält sich nämlich gerade umgekehrt. Die Konvention in Philadelphia war nicht, wie die jetzige deutsche konstituirende Nationalversammlung, vom Volk, sondern von den Staatsregierungen ernannt, und die von ihr entworfene Konstitution war eben deßhalb ein bloßer Entwurf, der nicht — wie es im Artikel heißt — von den Staaten ratificirt wurde, sondern von dem Volke. Die Konvention beschloß, daß der Entwurf der Konstitution einer Konvention von Delegirten vorgelegt werden sollte, die das Volk in jedem Staate zu wählen habe und denen die Staatslegislaturen die Annahme und Ratifikation empfehlen möchten.

## Großbritannien.

London, 15. Juni. Der „United Irishman“ des Hrn. Mitchell ist jetzt durch den irischen Tribunen ersetzt worden, der jedoch weder mit demselben Talent noch mit demselben Revolutionsfeuer geschrieben sein soll, wenn man nämlich den Times, einer in irischen Angelegenheiten sehr parteiischen Zeitung, Glauben beimessen darf. Vorangestellt sind dem irischen Tribun 38 Glaubensartikel, worunter manche, wenn auch zum Theil wahre, doch auch wieder ziemlich verbrauchte Gemeinplätze, z. B. „der sterben, als sich einer fremden Herrschaft unterwerfen“, „nächst dem Willen Gottes ist der Wille des Volkes allmächtig“, „der Souverän ist nur der erste bezahlte Diener

Digitized by Google

des Volkes", „sollte der Monarch seinen Pflichten untreu werden oder dem Volksinteresse entgegen handeln, so hört er auf zu existiren, und seine Herrschaft kehrt in die Hände des Volkes zurück". Ein anderer Artikel heißt: „ein Volk kann seinen Verrath begehen". Wenn nun die Rathsthäte geschlossene Friedensverträge brechen und über die Theilen in Pukatan herfallen, die niederzwingen und ihre Städte vom Erdboden vertilgen, so ist dies nach der Theorie des irischen Tribun kein Verrath, denn ein Volk kann keinen Verrath begehen, die Indianer aber sind ein Volk und haben es in ihrer Gewalt, sich zu züchtigen. Der Bericherstatter, der sich des Thränen so eifrig angenommen hatte, revocirte jetzt förmlich und sprach von einer „unverschämten Herausforderung", Andere ergossen sich in den bittersten Vorwürfen über den jüngst gefaßten Beschluß und die Regierung selbst, namentlich der Kriegsminister hatte Mühe, die Versammlung von einem im Zorn und der Uebereilung gefaßten Beschlusse abzuhalten.

Auch trug man sich mit bedenklichen Gerüchten von einer beabsichtigten Schilderhebung und die Regierung rüstete sich auf einen Straßenkampf. Doch ging die Nacht ruhig vorüber und auch heute sind diese Besorgnisse durch nichts gerechtfertigt. Nur theilte der Präsident der Nationalversammlung, deren Verhandlungen übrigens ohne allgemeines Interesse waren, einen neuen Brief L. Bonapartes mit, dessen Inhalt wir schon gestern nach der telegraphischen Depesche mitgetheilt haben. Derselbe lautet:

„Herr Präsident! Ich war stolz darauf, in Paris und in drei andern Departements zum Vertreter erwählt werden zu sein, es war dies in meinen Augen eine hinlängliche Entschädigung für 30 Jahre der Verbannung und 6 Jahre Gefangniß, aber der beleidigende Verdacht, den meine Wahl hervorgerufen hat, die Unordnungen, deren Vorwand sie war, die feindliche Haltung der Exekutivkommission legen mir die Pflicht auf, eine Ehre zu verweigern, die man sich durch Intriguen erschlichen hält. Ich wünsche die Ordnung und die Aufrechthaltung einer klugen, großen und verständigen Republik, und da ich ohne mein Zuthun die Unordnung begünstige, übersende ich Ihnen, nicht ohne tiefes Bedauern meine Entlassung. Bald wird, wie ich hoffe, die Ruhe zurückkehren, und mir erlauben, als der einfachste der Bürger, nach Frankreich zurückzukehren, wo ich stets der Ruhe und dem Glücke meines Vaterlandes mich ganz widmen werde. London, 15. Juni.

Dieser Brief, der den früheren wieder gut machen soll, ist durch eine Person überbracht worden, die ihn am Tag des Datums in London erhalten haben will. Ob wohl dieser Brief, wie der frühere, wirklich in London geschrieben ist und nicht vielmehr in Paris?

## Italien.

* Rom, 8. Juni. Vorbereitende Sitzungen haben zwar in diesen Tagen und auch heute stattgehabt, Deputirte sind aus den Provinzen zahlreich eingetroffen, und morgen hofft man deren so viele beisammen zu sehen, daß die regelmäßigen Versammlungen werden eröffnet werden können. Unterdessen scheint sich der Sturz des Ministeriums mehr und mehr vorbereitet zu haben. Mamiani, der mit der Absicht hierher gekommen war, Revolution zu machen, ist mit dem Papst hart an einander gekommen. Seine Stellung gilt für unhaltbar. Viel wäre von ihm auch ohne solche Störungen nicht zu erwarten gewesen, da er exaltirt, abstrakt und administrationsunfähig ist. Er hat auch hier mit der Einrichtung eines Ministeriums der Benefizenz publizirt, einer Art von Arbeiterministerium, anfangen wollen und sowie er den lombardischen Freiheitskrieg alsobald zu einem Eroberungskrieg ausdehnen und bis zum Brenner hinauf und die nach der dalmatischen Küste hinab die italienischen Legionen führen möchte, so kann er auch die Zeit nicht erwarten, bis hier alle Verhältnisse auf den Kopf gestellt sind. — Das, was ihn vor der Hand auf dem Platz hält, ist die drohende Stellung, welche der fanatisirte Pöbel inne hat. Dieser ist natürlich zu jeder Demonstration bereit und könnte eine Störung hervorrufen, der sich die dem Papst ergebenen Stadtviertel nicht zu widersetzen Zeit finden würden. Und um deßen soll hätte man zu auch dabei nur einen Bürgerkrieg. — Alle diese Befürchtungen, Bedenken und Zweifel müssen sich in den nächsten Tagen entweder zerstreuen oder bestätigen. Sicherer scheint sie einigermaßen zu theilen und soll dem Ministerium ein schlechtes Prognostikon gestellt haben.

Man kann sich denken, mit welchen Empfindungen die Versammlung das Schreiben, das von der Republik kein Wort, von der Person des Präsidenten aber sehr viel spricht, anhörte, es war schwer, den Brief zu Ende zu lesen, so ungestüm machte sich der Unwille über diese Impertinenz eines politischen Gecken auf allen Seiten Luft. Alle gar Nachrichten von neuen Umtrieben, unter andern von einer Proklamation an seine Wähler in die Versammlung drangen und dem Präsidenten diese Proklamation mit einem Dreidreier zur Mittheilung zukam, die Exigenz sich die Auszeugung zu einem wahren Sturme. Der Berichterstatter, der sich des Prinzen so eifrig angenommen hatte, revocirte jetzt förmlich und sprach von einer „unverschämten Herausforderung", Andere ergossen sich in den bittersten Vorwürfen über den jüngst gefaßten Beschluß und die Regierung selbst, namentlich der Kriegsminister hatte Mühe, die Versammlung von einem im Zorn und der Uebereilung gefaßten Beschlusse abzuhalten.

Auch trug man sich mit bedenklichen Gerüchten von einer beabsichtigten Schilderhebung und die Regierung rüstete sich auf einen Straßenkampf. Doch ging die Nacht ruhig vorüber und auch heute sind diese Besorgnisse durch nichts gerechtfertigt. Nur theilte der Präsident der Nationalversammlung, deren Verhandlungen übrigens ohne allgemeines Interesse waren, einen neuen Brief L. Bonapartes mit, dessen Inhalt wir schon gestern nach der telegraphischen Depesche mitgetheilt haben. Derselbe lautet:

„Herr Präsident! Ich war stolz darauf, in Paris und in drei andern Departements zum Vertreter erwählt werden zu sein, es war dies in meinen Augen eine hinlängliche Entschädigung für 30 Jahre der Verbannung und 6 Jahre Gefangniß, aber der beleidigende Verdacht, den meine Wahl hervorgerufen hat, die Unordnungen, deren Vorwand sie war, die feindliche Haltung der Exekutivkommission legen mir die Pflicht auf, eine Ehre zu verweigern, die man sich durch Intriguen erschlichen hält. Ich wünsche die Ordnung und die Aufrechthaltung einer klugen, großen und verständigen Republik, und da ich ohne mein Zuthun die Unordnung begünstige, übersende ich Ihnen, nicht ohne tiefes Bedauern meine Entlassung. Bald wird, wie ich hoffe, die Ruhe zurückkehren, und mir erlauben, als der einfachste der Bürger, nach Frankreich zurückzukehren, wo ich stets der Ruhe und dem Glücke meines Vaterlandes mich ganz widmen werde. London, 15. Juni.

Dieser Brief, der den früheren wieder gut machen soll, ist durch eine Person überbracht worden, die ihn am Tag des Datums in London erhalten haben will. Ob wohl dieser Brief, wie der frühere, wirklich in London geschrieben ist und nicht vielmehr in Paris?

## Italien.

* Rom, 8. Juni. Vorbereitende Sitzungen haben zwar in diesen Tagen und auch heute stattgehabt, Deputirte sind aus den Provinzen zahlreich eingetroffen, und morgen hofft man deren so viele beisammen zu sehen, daß die regelmäßigen Versammlungen werden eröffnet werden können. Unterdessen scheint sich der Sturz des Ministeriums mehr und mehr vorbereitet zu haben. Mamiani, der mit der Absicht hierher gekommen war, Revolution zu machen, ist mit dem Papst hart an einander gekommen. Seine Stellung gilt für unhaltbar. Viel wäre von ihm auch ohne solche Störungen nicht zu erwarten gewesen, da er exaltirt, abstrakt und administrationsunfähig ist. Er hat auch hier mit der Einrichtung eines Ministeriums der Benefizenz publizirt, einer Art von Arbeiterministerium, anfangen wollen und sowie er den lombardischen Freiheitskrieg alsobald zu einem Eroberungskrieg ausdehnen und bis zum Brenner hinauf und die nach der dalmatischen Küste hinab die italienischen Legionen führen möchte, so kann er auch die Zeit nicht erwarten, bis hier alle Verhältnisse auf den Kopf gestellt sind. — Das, was ihn vor der Hand auf dem Platz hält, ist die drohende Stellung, welche der fanatisirte Pöbel inne hat. Dieser ist natürlich zu jeder Demonstration bereit und könnte eine Störung hervorrufen, der sich die dem Papst ergebenen Stadtviertel nicht zu widersetzen Zeit finden würden. Und um deßen soll hätte man zu auch dabei nur einen Bürgerkrieg. — Alle diese Befürchtungen, Bedenken und Zweifel müssen sich in den nächsten Tagen entweder zerstreuen oder bestätigen. Sicherer scheint sie einigermaßen zu theilen und soll dem Ministerium ein schlechtes Prognostikon gestellt haben.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Den, Elmer & Colby, 79 Newgatestreet in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Westindische Länder bei Bossange & Co. in A. Nieuwerce in Strasburg Nr. 29 Quai-neuf, Paris Nr. 29 Rue de Bourbon le Vieux.

# Deutsche Zeitung.

Die Zeitungsexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 2. 30 kr. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2. 42. Für Bayern wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 171.** **Heidelberg,** Mittwoch 21. Juni. **1848.**

## Uebersicht.

Deutschlands gewerbliche Fragen. Ill. — Wien (Aufregung unter den Arbeitern). Prag (Beginn der Prager Revolution. Der Aufstand. Beschießung der Stadt). Berlin (die Schwäche der Bürgerwehr. Konstitutionelle Opposition in den Provinzen. Grossbacks Rede über die Plünderung des Zeughauses. Schreckenstein Kriegsminister. Einberufung der Landwehr. Die geraubten Waffen. Entlassungsgesuch mehrerer Minister). Provinz Preußen (deutsche Flotte). Vom Rhein (die preußische Nationalversammlung und die Bedürfnisse der Zeit). Regensburg (der bewaffnete Zuzug nach Prag). Aus Rheinbaiern (die kirchliche Reform. Eine politische Missionsreise. Eine „That" der äußersten Linken). Attenburg (Volksversammlung). Frankfurt (Reichstagsverhandlungen. Bericht über die österreichisch-slavische Frage. Dahlmanns Bericht. Reden darüber).

**Großbritannien.** Erklärung Russell's über die Heimschickung des spanischen Gesandten. Irischer und deutscher Patriotismus. Errichtung konföderirter Klubs in den irischen Grafschaften.

**Frankreich.** Paris. Der Präsident. Die Erekutivkommission. Die Nationalwerkstätten und die sozialistische Schule. Widerstand gegen eine neue Steuer. Die Einverleibung Algiers abgewiesen. Guizot und Metternich als Journalisten.

**Italien.** Karl Alberts Forderung an Neapel. Italienische Gesandtschaft an den Reichstag von Ungarn. Die lombardische Freiheit und Karl Albert.

**Beilage.** Vom Rhein. Der Dombau. Neues Eisenbahnreglement. Aus Thüringen. Der materielle Nothstand. Die deutsche Flotte. Erfurt. Zur Parteicharakteristik. Rendsburg. Truppenverstärkungen nach dem Norden. Eröffnung der Ständeversammlung. Ungarn. Pesth. Blutiges Zusammentreffen zwischen italienischen Soldaten und der mobilen Nationalgarde. Amerika. Der Präsident von Mexiko für die Annahme des Friedensvertrags. Ausdehnung des Indianerkrieges übre Oregon, Jukatan, Texas, Nordmexiko. Agitation für den Anschluß Unterkanadas an die Ver. Staaten. Wisconsin Bundesstaat.

### Heidelberg, 20. Juni.

War die Ausbreitung der bezahlten Staatsdienste gegenüber der Zahl der stoffarbeitenden Hände bisher schon viel zu weit getrieben, so mußten die Folgen dieses Mißverhältnisses noch um so schärfer hervortreten, weil die letzteren in der möglichst vortheilhaftesten Verwendung ihrer Kräfte nicht nur nicht unterstützt, sondern sogar an der freien Entwickelung ihrer Thätigkeit geradezu gehindert wurden. Man mag den Grund dieser Erscheinung in der Lauheit und Energieslosigkeit der Regierungen suchen, in der Abgetrenntheit des Beamtenthums vom wirklichen Leben, oder selbst in der Furcht der Eigensucht, ein zu reich emporblühender Gewerbestand werde durch die Unabhängigkeit seiner Stellung der Aufrechthaltung mittelalterlicher Staatsformen ebenso gefährlich werden, wie er jetzt einer deutschen Republik im Wege steht; merkwürdig bleibt es immer, daß man in gänzlicher Verkennung seines eigenen Vortheils, um in einem landwirthschaftlichen Bilde zu bleiben, die Kuh so schlecht fütterte, von deren Milch man doch allein letzte und leben wollte. Kostete es doch verhältnißmäßig so wenig Mühe, dem Lande alle die Bedingungen unterzubreiten, welche es zur Erlangung der ihm möglichen materiellen Macht und Wohlfahrt brauchte.

Denn nicht nur daß im Einzelleben der Beamte dem gewerbetreibenden Bürger gegenüber sich als Hauptperson im Staate ansah, und in diesem Bewußtsein durch die mannigfachen Plackereien der Schreibestube, veranlaßte Zeitvergeudung und unnützen Kostenaufwand störend in die individuelle Betriebsamkeit eingriff, sondern auch die gesammte Kaste mit den Regierungen als ihrem Gipfelpunkte blieb meistens entweder taub bei den lauten Klagen und Forderungen ihrer produzirenden Unterthanen oder stemmte sich vollends kleinlicher Rücksichten wegen gegen die von jenen auf eigene Hand versuchten Abänderungen und neuen Schöpfungen. Die junge Zeit hat manches Schuldbuch zerrissen, und es möge daher zur Vermeidung aller nur zu leicht wieder entzündbaren Gehässigkeit auf keine besonderen Beispiele hier hingewiesen werden. Es kommt uns gegenwärtig allein darauf an, uns zur näheren Entwickelung der Detailfragen im großen Ganzen unsere Leser zu der Ueberzeugung zu bringen, daß Deutschland noch gar nicht nöthig hat, an ein künstliches sozialistisches Experimentiren zu denken, so lange alle seine bisher gefesselten Kräfte noch nicht auf einfache Weise freigegeben worden sind und in enger Verbrüderung unter einander bei nachhaltiger Unterstützung zeitgemäßer Staatseinrichtungen die ganze Ausbildung erlangt haben, zu der sie die Natur berechtigt. Oder mit andern Worten, die jetzige Zahl seiner Bevölkerung ist noch weit davon entfernt, die Grenzen seiner Ernährungsfähigkeit erreicht zu haben. Bisher ist immer die Bebauytung aufgestellt worden, daß die einheimische Urproduktion nicht mehr im Stande sei, ohne Zufuhr von Außen die nöthige Menge der ersten Lebensmittel aufzubringen. Bei der glücklichen Lage von Deutschland, das im Osten von den Getreideländern Polens und der Donauländer, im Südosten aus Rußland und der Türkei, im Westen aus Nordamerika ohne zu große Frachtkosten mittelst des Austausches seiner Handerzeugnisse sich stets das Fehlende herbeizuschaffen vermag, kommt am Ende auf eine solche in sich geschlossene ökonomische Selbständigkeit so viel nicht an; allein wegen der vielen darauf ruhenden Lasten und Abgaben hat bisher die eigentliche Tragbarkeit unseres Bodens noch gar nicht ermessen werden können. Eine vortheilhafte Betreibung des Ackerbaues erfordert ebenfogut ihre Kapitalien — und wegen der unumgänglichen Fürrung beim Gebrauch derselben hat das Wirthschaften mit fremdem Gelde hier weit größere Schwierigkeit — als jedes andere Gewerbe. Wie aber vermochte bei den drückenden Steuern und feudalen Belsnappungen aller Art der Bauer selbst mit dem größten Fleiße eine Ansammlung von Ersparnissen zu Wege zu bringen? In England ist es dem Landmanne wohl möglich, bei niedrigem Zinsfuße Summen auf die Verbesserung seines Bodens zu verwenden, um mittelst des dadurch erzielten höhern Ertrages sich nicht nur die Zinsen und seine darauf verwendete Arbeit bezahlt zu machen, sondern auch eine allmählige Abtragung des Amelioratonsvorschusses zu bewerkstelligen. Wenn jedoch bei uns ein zehntpflichtiger Gutsbesitzer eine Fruchtbarkeitserhöhung seiner Aecker vornimmt, so arbeitet er meistens nur für den Beutel seiner Zehntherren, weil bei der nur im geringern Maße zu steigernden Ergiebigkeit der Zehnte von der bei guter Ernte mehr produzirten Schaffein wenn auch nicht die Zinsen des Kapitals, doch wenigstens seinen Gewinn und einen Theil des Arbeitslohnes wegfrißt, geschweige denn, daß es ihm möglich wäre, für das Risiko eines Mißjahres eine Deckung zurückzulegen. Der Landmann hütet sich daher vor einer solchen Mehrproduktion, wenn er nicht etwa vollständig der kommunistischen Selbstsuchtslosigkeit huldigt. Mithin verliert die Gesammtgesellschaft geradezu eine Summe von wichtigen Sachgütern, und der deutsche Arbeiter, welcher das Korn für seine Fabrikate eintauscht, ist gezwungen, eine rein unnütze Mehrausgabe für die Fracht aufzuwenden, die ihm den amerikanischen Waizen und Roggen in seine Heimath liefert. Und dieses ist nur eine Art der agrarischen Hemmnisse. Der Hauptverlust des Staates besteht eigentlich erst darin, daß die vielen Frohndienste und sonstigen Leistungen der Landleute den Berechtigten kaum zwei Drittheile von dem Preise werth sind, auf welchen sie den Verpflichteten zu stehen kommen, woraus, wie sich leicht abnehmen läßt, jährlich eine äußerst beträchtliche Summe von geradesmegs verschwendetes Boden- und Armkräften erwächst. Das physiokratische System gilt in der Wissenschaft der Nationalökonomie als längst überwunden, man befindet sich gegenwärtig schon bei der „Synthese" der Quesnay'schen

Digitized by Google

und Smith'schen Lehren, jedoch in der Praxis sind wir, so sehr auch die seit Jahren ins Werk gesetzten liberalen Ablösungsoperationen von Baden, Würtemberg, Preußen und neuerdings Baiern die vollste Anerkennung verdienen, dennoch in vielen Theilen von Deutschland selbst hinter der Restauration von Colberts Ideen und Plänen mannigfach zurück. Denn ebensowenig wie der Landbau hat die Industrie es bisher vermocht, sie zu engen, aus dem Mittelalter ihr überkommenen Schranken zu überschreiten. Wie er, leidet auch sie an einer maßlosen Verschwendung nützlicher Kräfte und hat gleichfalls noch bei Weitem nicht die Stellung in dem Körper der Gesellschaft eingenommen, welche ihr als stoffverbreitendem Organ notwendig gebührt. Man darf sich bei der Beurtheilung der hier einschlagenden Gegenstände nicht durch den beschränkten Egoismus, wie er trotz unserer zu Opfern für das Gesammtwohl so bereitwilligen Zeit kürzlich in Hamburg auf dem Gewerbekongreß zum Ausbruche gekommen ist, beirren lassen. Der Uebergang aus den bisherigen Zunftformen zu freieren, ebgleich nicht unbedingt grenzenlosen Gewerbevereinen läßt sich nicht so rasch, sei es in der Ueberzeugung des Einzelnen, sei es in der Einrichtung der neuen Gestaltungen bewerkstelligen; vollends wenn es jetzt mit Zwang und Hast geschehen soll, nachdem die politischen Verhältnisse viele Jahre jede in dieser Beziehung sich äußernde Bethätigung des Gemeinsinns niedergehalten haben. Zu lange hat der schwere Druck der so unglaich vertheilten Besteuerung, die nicht von den Ergebnissen der Arbeit den Staat seinen nöthigen Antheil nehmen läßt, sondern die Arbeit selbst, also das Kapital statt der Zinsen desselben heranzieht, auf dem Gewerbsmann gelastet und für die Gesammtheit ebenso wie bei den Ackerbaubestrebungen dadurch einen Schaden erwachsen lassen, daß die an die Finanzkasse abgegebene Quote ihm mehr wegnimmt, als sie an sich werth ist. Dazu kommen die vielfachen Hemmnisse in der Ausübung seiner Arbeit, die, wie die übermäßig beschränkte Freizügigkeit, ihn verbindere, an dem Orte seine Werkstatt aufzuschlagen, wo sich ihm die meisten Bedingnisse eines glücklichen Erfolgs darbieten; so noch jetzt festgehaltene Reste Napoleons, daß die Maut nur eine Finanzmaßregel, keineswegs aber dazu da sei, durch anfänglichen Schutz den Fabrikanten die großen Kosten seiner ersten Gewerbesverfuchungen tragen zu helfen und die Kapitalisten zu produktiver Anlage ihrer Gelder im Inlande gewillt zu machen; die manchmal in's Lächerliche gehende Begrenzung in den zu bearbeitenden Stoffen und Gebrauchsgegenständen und noch vieles Andere, welches für die großen Züge einer übersichtlichen Darstellung zu fein ist, dessenungeachtet aber bisher den Leib von Deutschland nicht zu seiner Gesundheit hat durchdringen lassen. Es liegt daher der Schluß nicht fern, daß wir seither weit besser verfahren haben würden, wenn wir statt der vielen doch stets mehr oder weniger auf die Dauer unpassen Armeevereine unsere materiellen Mißstände bei diesen ihren Wurzeln ausgerissen hätten. Die Zukunft wird sich nun freilich, bei der Menge von Intelligenzen, welche jetzt endlich Gelegenheit gefunden haben, ihre lang gehegten Plane zum Vortheile des Vaterlandes zu verwirklichen, aller Erwartung nach freudiger gestalten; allein dies vermag uns schwerlich ganz über unsere Vergangenheit zu trösten, die wir namentlich dem großartigen ökonomischen Entwicklungsgange Englands gegenüber geradezu als verzeudet ansehen müssen, und kann die Gegenwart nicht auf einen Schlag mit dem für die politische Macht Deutschlands erforderlichen Nationalkapitale versehen, dessen Erwerbung, Jahrhunderte lang versäumt, noch Jahrhunderte dauern wird.

**Oesterreich.** Wien. Die Allg. Z. schreibt in ihrer letzten Nr. vom 18. Juni: Eben eintreffende Briefe aus Wien vom 15. Juni sprechen von Aufregung unter den Arbeitern, besonders den böhmischen. Sie verlangten höhern Lohn ꝛc. Der Sicherheitsausschuß benahm sich mit Festigkeit. Die Nationalgarde rückte aus. Bis zu Abgang der Post (4½ Uhr) blieb Alles ruhig. Wien beginnt die Früchte des 26. Mai zu schmecken, wie vorauszusehen war.

Prag. Der „Leipziger Zeitung“ wird aus Dresden, 17. Juni, Morgens 6 Uhr, berichtet: Die traurigsten Nachrichten aus Prag! Das Dampfschiff „die Konstitution“ kam, nachdem wir es so lange erwartet hatten, endlich um 12 Uhr Nachts hier an; durch die Leute desselben erfuhren wir, daß vorgestern vom Morgen bis zum Abend in die verbarrikadirten Straßen und auf die Aufrührer geschossen worden. Die Unseligen wollten sich nicht ergeben und nicht die Barrikaden wegräumen; ihre Stellung ist, wie ich schon früher angegeben, im wirklichen Innern der Stadt nach dem Judenviertel zu, dessen Straßen sie auch inne haben sollen. Auch auf der Kleinseite sollen Andere sich festgesetzt haben; da haben sie aber einem höchst gefährlichen Posten, da sie dem Grabschin zusammengeschossen werden können. So hat der Kommandirende eine Aufforderung an alle Bewohner der Stadt ergehen lassen, daß, wer nur wolle, die Stadt verlassen möge, da er dieselbe von den Wällen und den Höhen mit Kanonen beschießen lassen werde. So sind denn noch vorgestern eine große Zahl der Einwohner nach allen Seiten ausgezogen. Das Dampfschiff allein förderte dreißundert nach Außig, Teplitz ꝛc. Hierher kamen keine der Flüchtigen, als mit dem sächsischen Dampfschiff, das schon um 7 Uhr hier ankam, zwei Prager Damen, die schon dasselbe erzählt haben, was ich mich aber scheute, Ihnen mitzutheilen, weil es mir zu übertrieben schien. — Graf Mensdorf kam vor drei Tagen als Abgesandter des Wiener Ministeriums nach Prag und wurde von den Bürgern mit Jubel empfangen; daß Windischgrätz sein Kommando niedergelegt habe und die Truppen aus der Stadt zögen, diese der Nationalgarde überlassend, war ein leeres Gerücht, das vielleicht zu gewissen Zwecken ausgestreut worden war.

Ein anderer Bericht aus Dresden, 17. Juni lautet: Es sind mir einige Proklamationen der aufständischen Czechen in Prag zu Gesicht gekommen, in welchen sie ihre Sache als die des Prager und böhmischen Volkes gegen die sie bedrängende Regierungs- und Militärgewalt ausgeben. Die letzte derselben lautet nicht so vielsprechend als die ersten; es heißt nur darin, Windischgrätz, der Blutbund, müsse das Kommando niederlegen und die Stadt verlassen; auch der größere Theil des Militärs solle abziehen und nur so viel zurückbleiben, um die Wachen mit der Nationalgarde zu beziehen; die Nationalgarde aber solle sich bessere volksthümliche (czechische!) Führer wählen. Windischgrätz hat auf diese mit der Beschießung der Barrikaden geantwortet. In Außig wohnen jetzt die polnischen Fürstinen Czartoriska und Sapieha; viele Polen haben sich um sie versammelt. Die Polen bemühen sich, den Aufstand in Prag als eine allgemeine volksthümliche Erhebung gegen das Joch der reaktionären Regierung und die schmachvolle Militärgewalt darzustellen. Daß keine Posten von Prag abgehen, hat seinen Grund mit darin, daß die Verbindung auf der Kleinseite steht und von da Briefe und Gepäck herüber in die Altstadt, wo eine Hilfspost errichtet ist, geschafft werden müssen; die Brücken zur Kleinseite sind aber abgesperrt und alle Verbindung unterbrochen; die Post der Altstadt ist durch Barrikaden versperrt. Demungeachtet hätte aber wohl eine Interimspost hergestellt werden können: die Prager Postbehörden sind aber von jeher nicht sehr rühmenswerth gewesen. Aus Wien sind uns noch immer weder Briefe noch Zeitungen zugekommen, die man doch über Breslau schicken könnte. — In Prag selbst wird mit Strenge darüber gewacht, daß Niemand von Außen in die Stadt komme; die Nationalgarde unterstützt das Militär.

Die D. Allg. Z. enthält aus Leipzig, 17. Juni folgende lebhafte und gedrängte Schilderung der Prager Ereignisse, von der wir jedoch hoffen, daß einzelne Angaben übertrieben sein mögen. Am 13. Juni gegen Mittag hatte das Militär vollständig die Oberhand und Fürst Windischgrätz beschloß, die Verbindung zwischen der Alt- und Neustadt zunächst herzustellen. Demzufolge ließ er die Kettenbrücke, die abgebrochen war, wiederherstellen und auf der kleinen Seite die Masse von Barrikaden, welche daselbst aufgeworfen waren, mit Sturm nehmen. Bei dieser Gelegenheit ist sehr viel Militär geblieben, denn abgesehen von dem Widerstand von den Barrikaden aus, wurde aus den Fenstern der Nachbarhäuser ununterbrochen auf dasselbe gefeuert. Dieser gegenseitige Kampf, der auch auf anderer Seite lebhaft fortgeführt wurde, dauerte bis Nachmittags gegen 6 Uhr, wo das Feuern eingestellt wurde. Es kam von der czechischen Partei zum Parlamentiren und es wurde in Aussicht gestellt, daß die Studenten und die Menge die Waffen niederlegen würden. Allein als es zur Ausführung kommen sollte, weigerte sich Alles und von der czechischen Seite wurde im Gegentheil verlangt, daß Fürst Windischgrätz mit dem Militär die Stadt räumen sollte. Unterdessen war das Gerücht in der Stadt ausgebrochen, daß in der bevorstehenden Nacht alle Deutsche abgeschlachtet werden sollten. Großer Schrecken ergriff alle Gemüther und auf allen Straßen sah man ganze Familien auf der Flucht, die mit größter Lebensgefahr durch die Thore drängten, indem sie Alles, Hab und Gut der Plünderung preisgaben. Ueberall Verwirrung, Bestürzung, wohin sich das Auge nur wenden mochte. Nachdem die Friedensunterhandlungen also abgebrochen waren, zog sich die Menge nach Podskal, dem eigentlichen Sitz des Pöbels, zurück, wohin sie Jäger und Husaren verfolgten, um sie zu zerstreuen. Allein hier ist schrecklich gegenseitig gewüthet worden, 26 Husaren wurden vom Pöbel in die Moldau geworfen, und an diesem Platze dauerte der

Digitized by Google

Kampf bis zum 14. Juni, früh halb 9 Uhr. An diesem Tage langte Graf Mensdorf von Wien an, um das Generalkommando zu übernehmen, in der Hoffnung, daß dadurch die Ruhe hergestellt werde, weil die Böhmen einmal gegen Windischgrätz einen unversöhnlichen Haß zu haben scheinen. Allein es war das eine peregrelische Hoffnung, der Tumult wiederholte sich von Zeit zu Zeit, der Kampf wurde erneuert und die czechische Partei hat die Altstadt vollständig in Händen und scheint Blut und Leben an den Kampf setzen zu wollen. Fürst Windischgrätz hat mit dem Militär die Stadt verlassen und sich mit demselben auf den Bergen aufgestellt, um von da aus die Altstadt zu beschießen. So ist der Lorenzberg, die Marienschanze, der Zizkaberg mit Kanonen besetzt und das Klementinum, das Karolinum und Theresianum werden stark beschossen. Diese Nachrichten gehen bis zum 16. d. früh; was von da an weiter geschehen, weiß ich nicht, hoffe aber gewiß, daß die Stadt von der wüthenden Czechenpartei befreit werden wird. Graf Franz Thun, der früher der Czechenpartei sich zuneigte, sich aber wieder von derselben losſagte, mußte auch seine Rettung vor deren Verfolgungen in der Flucht suchen. Es gelang ihm, unter Entfernung seines Barthaares und in der Verkleidung als Hausknecht durch das Karolinenthal zu entfliehen. Es ist ein Jammer, zu sehen, welche Gräuel verübt wurden. So wurde ein Papierhändler, Wilhelm Weiß, im wahren Sinne des Worts gekreuzigt. Er hatte als Nationalgardist zwei Studenten erschossen; darauf bewollte man ihm das Haus und nachher ihn selbst anzuzünden. Haben sich die flehenden Deutschen aus der Stadt mit Mühe und Noth gerettet, so stoßen sie bis gegen 5—6 Stunden weit auf umherirrende Banden, die denselben von Demjenigen, was sie etwa gerettet, ohne Umstände Alles rauben, was ihnen gefällt. Prag ist fürchterlich verwüstet, in manchen Straßen ist kaum ein Haus von dem Bombardement verschont verblieben. — Einer andern Korrespondenz zufolge hat sich die deutsche Nationalgarde dem Militär angeschlossen.

**Prag.** In der „Wiener Zeitung“ liest man über die Vorfälle in Prag Nachstehendes, was für die czechische herzlose Heimtücke bezeichnend genug ist: „Einer so eben eingehenden Depesche vom 14. Juni zwei Uhr Nachts zufolge ist der Feldmarschalleutenant, Fürst Windischgrätz, vollkommen Meister der Stadt geblieben. Es stellt sich nun heraus, daß die Schuld an diesem blutigen Ereignisse größtentheils der Swornostpartei zuzuschreiben ist. Nachdem man nämlich dem Feldmarschalleutenant Windischgrätz schon am 13. im Folge der von ihm ertheilten abschlägigen Antwort eine Kapennuß gebracht hatte, zog die Swornostpartei, wie bereits früher erwähnt wurde, vor das Generalkommando, indem sie sich singend über den Namen Windischgrätz lustig machte. Nachdem die von Seite des anwesenden Militärs ergangene Aufforderung zur Ruhe nicht beachtet und im Gewitre aus einem Fenster des Gasthofes zum Engel die Gemahlin des Feldmarschalllieutenants, welche eben aus dem Fenster herabsah, erschossen worden war, trat Feldmarschalllieutenant Fürst Windischgrätz selbst unter die Menge herab und sprach ungefähr Folgendes: „„Meine Herren! Wenn es Ihr Wunsch ist, mir, weil ich ein Kriegsherr bin, eine Kapennuß zu bringen, so ziehen Sie vor mein Palais und thun sie dort, was Ihnen beliebt. Ich will Ihnen sogar eine Sicherheitswache mitgeben, damit Sie in Ihrer Unterhaltung nicht gestört werden. Wenn Sie mir aber, weil ich Kommandant von Prag bin, im Angesichte dieses Gebäudes eine Demonstration zu machen beabsichtigen, so sage ich Ihnen, daß ich einen solchen Scherz mit aller mir zu Gebote stehenden Strenge ahnden werde. Meine Gemahlin liegt bereits als Leiche oben, und doch spreche ich in Güte zu Ihnen. Meine Herren, zwingen Sie mich nicht zur Strenge.““ Nachdem der Kommandant seine Rede geendet, wurde er statt aller Antwort von zwei Czechen gepackt und zur nächsten Laterne gezogen, wo man bereits einen Strick in Bereitschaft hielt. Da jedoch in demselben Augenblicke die Soldaten mit gefälltem Bajonette in die Menge eindrangen, so wurde der Fürst in wenigen Sekunden befreit, und die Ereignisse nahmen hierauf den von uns bereits erwähnten Fortgang.“

**Preußen.** § Berlin, 16. Juni. Die trüben An- und Aussichten, die ich vor etwa 14 Tagen in Betreff der hiesigen Bürgerwehr aussprach, haben sich leider eine Bestätigung erhalten, wie sie mir selber fast unerwartet war. Ich will auf die Vorfälle der letzten Tage nicht des Näheren eingehen; kann man aber die Schmach, die diese Bürgerwehr auf sich geladen, entschiedener und deutlicher darlegen, als dies in dem Schreiben des Majors Bleſſon an den Präsidenten der Ständeversammlung geschah? Der Ausführer von 25,000 Mann erklärt, keine Garantie zum Schutz der Versammlung übernehmen zu können; Mannschaft sei bestellt, aber er wisse nicht, ob sie erscheinen, noch ob sie ihrer Pflicht genügen werde. Man erwartete gestern allgemein eine Fortsetzung der Scenen vom 14.; aber schon Nachmittags hieß es überall, die Sache sei abgesagt. Möchte doch endlich einmal das Ministerium entschieden auftreten und den Muth haben, muthig zu sein. Bei den jetzigen schwankenden Zuständen gewinnt die meuterische Partei täglich mehr Boden, die Wohlgesinnten aber werden, da sie keinen festen Rückhalt zu haben glauben, lässiger in ihrem Bemühen, sie schmeigen und lassen den Muth sinken. Die Spannung zwischen der Hauptstadt und den Provinzen wird mit jedem Tage größer, und dabei denke man nicht nur an die Pommern und Märker; auch Städte wie Königsberg und Magdeburg, in denen mehr politischer, aber auch mehr patriotischer Sinn herrscht als hier, mögen es den Berlinern mit Recht vorwerfen, daß sie jetzt in ihrem thörichten Schwindel die Regierung zum Schaden Preußens und Deutschlands lähmen, während sie unter dem alten System immer die gedulbigsten waren. Die Republikaner haben ihre Hauptthätigkeit auf Berlin gerichtet, weil sie wissen, daß in Preußen die Stärke Schutzwehr des monarchischen Deutschlands liegt. Allein in keinem Staat kann die Hauptstadt weniger für eine Vertreterin des Landes gelten, als hier in Preußen. Es ergibt sich dies schon aus der Verschiedenartigkeit der Provinzen, aber auch die Geschichte scheint dafür zu sprechen. Je mehr sich in dem von jeher charakterlosen Berlin republikanische Neigungen aussprechen, desto entschiedener wird das Land Partei nehmen für das Königthum. Nicht nur die gereifteren politische Einsicht wird in der Monarchie den sichersten Damm gegen den Umsturz alles Bestehenden erkennen und vertheidigen, in Millionen lebt noch die alte Anhänglichkeit an den Monarchen, wie sich dies auch jetzt vielfach in ernster und würdiger Weise gezeigt hat. Hier nur Einen Beispiel. Zu dem äußersten Theile Preußens, jenseit der Memel, ist das Gerücht gedrungen, Preußen solle in Deutschland aufgehen. Das brauchtlgt hier lithauische Dörfer, sie wollen das nur aus dem Munde des Königs selbst glauben und schicken alsbald Einen aus ihrer Mitte, der noch am besten mit der deutschen Sprache zurechtkommt, ab, um bei dem König anzufragen, ob es denn wahr sei, daß sie aufhören preußisch zu sein und deutsch werden sollten. Nur wenn er selber es ihnen befehle, wollen sie deutsch werden. Der abgesandte Bauer erschien in der vorigen Woche auf einer Parade zu Potsdam mit seinem Anliegen vor dem König und trift dann beruhigt durch dessen Erklärung alsbald wieder nach Hause. Die vier lithauischen Dörfer werden von nun an gut deutsch sein.

§§ Berlin, 17. Juni. Unter der leichtsinnigen Plünderung des Zeughauses theilen wir aus der Nat.-Ztg. von heute eine Rede von dem Regierungskommissär Oberstlieutenant v. Griesbach mit, welche die Berliner „Freiheitsbestrebungen“ in das rechte Licht setzt. Er erzählt die bekannten Thatsachen vom 14. Juni und die denselben vorangegangenen in Betreff der Zeughausbesatzung, der Ab- und Zufuhr von Munition und Waffenvorräthe u. s. w. Aus diesem Theile seines Vortrages ist zu bemerken, daß das Zeughaus am Tage von 50, in der Nacht von 250 Mann besetzt gehalten wurde, daß diese die Bestimmung hatten, nur das obere Stockwerk zu bewachen und nöthigenfalls zu vertheidigen. Den unteren Theil habe die Bürgerwehr, jedoch nur von Außen bewacht. Seit etwa 14 Tagen, als ein Wagen mit Gewehren, für Luckenwalde bestimmt, vom Publikum bemerkt worden sei, habe man, oft unter dem Anschein der Beruhigung, durch Reden und Maueranfschläge die Aufmerksamkeit der Bevölkerung fortdauernd auf das Zeughaus gerichtet. Man habe den Leuten offen gesagt, sie hätten ein Recht auf die Waffen, sie sollten sie nehmen. Die Hoffnung, daß man das Publikum durch die Erklärung, es seien nach der Vertheilung von 26,000 Gewehren an die Berliner Bürgerwehr keine Waffen für diesen Zweck mehr vorhanden, beruhigen werde, sei vereitelt worden. Was die Ereignisse vom 14. betreffe, so sei nach den angestellten Ermittelungen mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die ersten Schüsse nicht aus der Bürgerwehr, sondern aus der Menge gefallen seien. Die Bürgerwehr habe sie erwidert und dann, da sie nur ungern an eine blutige Pflichterfüllung ging, sich zurückgezogen. Die fliegenden Korps der Handwerker und Studenten flößten sich zu schwach und konnten nicht hindern, daß die Fenster durch aufgeriffene Bohlen eingestoßen wurden und die Menge ins Zeughaus strömte. Vor dem schnell zusammengetretenen Staatsministerium erschien eine Deputation von Handwerkern und Studenten mit dem Antrage: durch sie das Zeughaus besichen zu lassen. Die Autorisation hierzu konnte um so leichter ertheilt werden, als inzwischen die Menge schon eingedrungen war. Im untern Raume befanden sich große Quantitäten ganz neuer Gewehre, von einer neuen Erfindung, welche Eigenthum und Geheimniß der preuß. Regierung ist. 1100 Stück von diesen wurden geraubt, der Verlust ist unersetzlich. Zu einem wirklichen Angriff auf die im obern Stockwerk befindlichen Truppen ist es nicht gekommen, er war auch unmöglich. Allein durch Künste der Ueberredung und Verlockung ist es gelungen, den Führer der Truppen zur Pflichtverletzung zu be-

Digitized by Google

wegen. Man redete ihm vor, er könne, indem er abzöge, den Thron retten. Er verließ mit seinen Truppen das Haus, die Menge drang in den obern Raum, und hier begann eine grauenvolle Scene der Zerstörung, der Plünderung und des Diebstahls. Die kostbarsten Gewehre, namentlich die mit Silber beschlagenen Stücke einer werthvollen Waffensammlung, wurden gestohlen; die mit Blut errungenen Trophäen, der Ruhm der preuß. Waffen, mit Füßen getreten und vernichtet. M. H.! dies „Schaumspritzen der aufgeregten Massen" kostet dem Staat mehrere Millionen. Für wenige Groschen sind die kostbarsten Waffen auf den Straßen verkauft worden. Eine halbe Stunde später rückte Linienmilitär ein, und 1 Kompagnie genügte, die plündernde Menge, die nur Diebsgelüste, nicht etwa ein Streben nach Wiedererkrieg hierher geführt hatte, zu vertreiben. Jeder wahre Bürger Berlins — dies ist meine Ueberzeugung — würde sich beleidigt fühlen, wenn man glauben wollte, daß er Theil genommen habe, als das Staats-Eigenthum, das in diesem Augenblick — man möge den Blick nach Osten oder Westen werfen — doppelten Werth hatte. Für den unglücklichen Führer, der sich zur Pflichtverletzung hatte verlocken lassen, haben sich seltsame Sympathien kund gegeben. Eine Deputation sogar hat sich bei mir gemeldet, die verlangt, man solle erklären: jener Führer habe sich um das Vaterland verdient gemacht. Die Klubs haben sie abgesandt. Ein Beamter, ein Assessor Schramm steht an der Spitze. Man stützt die Forderung darauf, daß er Blutvergießen verhütet habe. Ja muß bemerken, daß es dazu nicht gekommen wäre. Aber wie dem auch sei: nach dem, was der Unglückliche selbst mir bei der ersten Vernehmung gesagt hat, hat er seinen Posten verlassen, den er nach der ihm ertheilten Instruction nur auf besonderen Befehl verlassen durfte. Es war ihm vorgeredet worden, er sei der Letzte mit seiner Schaar alle Truppen hätten Berlin verlassen, der Thron sei gestürzt, der König aus Potsdam gestüchtet". — Am Schluß der Versammlung zeigt der Ministerpräsident an, daß die Minister des Kriegs, der geistlichen Angelegenheiten und des Auswärtigen ihre Entlassung eingereicht hätten, die jetzt aber erst nun das Kriegsportefeuille in die Hände des General v. Schreckenstein übergegangen sei.

Berlin, 16. Juni. Der Einberufung der Landwehr ist sofort allgemein Folge geleistet worden. Die Mannschaften haben sich gleich gestern sehr zahlreich gestellt und Waffen und Montirungsstücke in Empfang genommen. Ein Theil hat heute früh bereits exercirt. — Von einem Theile der Mannschaften ist aber auch eine Protestation gegen die Berufung eingegangen; dieselbe stellt unter mehreren Bedingungen die, daß die Wahl der Officiere den Landwehrmännern ebenso bewilligt werden solle, wie der Bürgerwehr, und daß es denjenigen, welche der Bürgerwehr angehören, frei stehen möge, bei dieser zu verbleiben. (Voss. Z.)

Ein großer Theil der aus dem Zeughause geraubten Waffen ist bereits theils wieder eingeliefert, theils bei Einzelnen mit Beschlag belegt worden. Schwer zu ersetzen ist der Verlust an historischen Denkmälern, die in Waffen und Fahnen den Kriegsruhm Preußens bezeugten. Leider sind viele der Fahnen, Trophäen aus dem siebenjährigen Kriege und aus dem Kampfe mit Frankreich, zerrissen. (Voss. Z.)

Dem Vernehmen nach haben die Minister von Arnim, Graf Schwerin und von Canitz um ihre Entlassung nachgesucht. (Voss. Z.)

Aus der Provinz Preußen, 15. Juni. Sammlungen zur Beschaffung der deutschen Flotte haben zwar an vielen Orten unserer Provinz begonnen, doch sind die bis jetzt zusammengekommenen Summen noch nicht bedeutend. Da über die Preise der Kriegsfahrzeuge, namentlich in den von der See entfernten Ländern, häufig unrichtige Ansichten genährt werden, so mögen folgende von einem Sachkundigen herrührende Angaben hier Platz finden. Ein Linienschiff von 74 — 80 Kanonen kostet 510,000 Thlr., eine Fregatte von 46 Kanonen 230,000 Thlr., von 52 Kanonen 330,000 Thlr.; eine Korvette von 16 Kanonen 82,000 Thlr.; eine Kriegsbrigg von 12 Kanonen 70,000 Thlr.; ein Schooner von 6 Kanonen 42,000 Thlr.; ein Kanonenboot zu 2 Kanonen zur Küstenvertheidigung, gut bewaffnet, 3500 Thlr.; eine Kanonenjolle zur Hafenvertheidigung 1500 Thlr. (D. R. Z.)

** Vom Rhein, 17. Juni. Die beklagenswerthe Unthätigkeit des Parlaments in Berlin, das seine Zeit seither mit Dingen vergeudet und zersplittert hat, welche in gegenwärtigen Augenblick jedenfalls nur eine sehr untergeordnete Bedeutung in Anspruch nehmen können, welche, wie es scheint, von der Linken geflissentlich einer Versammlung hingeworfen werden, die noch ein großes Chaos bildet, ohne ernennende Führer und ohne bestimmt abgegrenzte Parteien, diese Unthätigkeit beginnt mehr und mehr mit unerträglichem Drucke auf dem Lande zu lasten, und die Aufregung steigt in dem Maße, als die Konsolidirung unserer Zustände und vor allen Dingen zur Beseitigung des peinlichen Provisoriums, die Feststellung unserer Verfassung weiter und weiter hinausgerückt wird. Die Klubs, die Vereine und Volksversammlungen nehmen die Lösung der großen Fragen in die Hand, welche in der Vertretung der Nation ihrer Erledigung noch keinen Schritt näher gekommen sind; die Leidenschaft bemächtigt sich dessen, was die Besonnenheit einer geregelten Versammlung entschieden sollte. Nie war Einheit und Eintracht so dringend geboten, als jetzt, und nie standen Provinz und Provinz, Stadt und Land und in jeder einzelnen Provinz und Stadt die verschiedenen Parteien sich schärfer und schroffer gegenüber. Das Treiben in Berlin mit seinem Protectorate, so verderblich, so sittlich verkommen und zugleich so jahrelich und bedürftig, nimmt immer entschiedener den Charakter einer Privatwirthschaft an, welche die Regierung sowohl als die gesetzlichen Vertreter der Nation terrorisirt, und die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung aller Provinzen hat längst das Gefühl der Achtung und Anerkennung abgestreift, mit welchem die erste Kunde von den Ereignissen in der Hauptstadt sie erfüllte, und Ekel und Indignation sind an seine Stelle getreten. In einem großen Theile der Rheinprovinz und einem kleinen Theile Westfalens und Schlesiens erheben, in den beiden letztgenannten Landestheilen durch zufällige, lokale Umstände begünstigt, republikanische Tendenzen und Gelüste ihr Haupt, während alle übrigen Provinzen, auch wo sie den Wechsel des Regierungssystems mit Freude begrüßten, mit unverbrüchlicher Treue an dem Herrscherhause hängen, das seit Jahrhunderten tiefe Wurzeln in den Herzen geschlagen hat, und durch eine lange glorreiche Geschichte, im Glück wie im Unglück, noch mit dem Land verwachsen ist.

Es herrscht eine Entfremdung und Erbitterung der Gemüther, die einen schmerzlichen Kontrast bieten zu dem Aufwand tönender Deklamationen, welche das große einige Vaterland singen und preisen, eine Entfremdung und Erbitterung, die uns zur leichten Beute jedes Angriffes macht, welcher von Osten oder Westen uns bedrohen möchte, denn selbst in einem Theil, wenn auch erst einem kleinen Theil des Heeres, ist der Gehorsam und der gute Geist erlahmt, der allein den Erfolg zu sichern vermag, und wir würden die bittere Erfahrung zu machen haben, daß Schärpen und Trodden, Kokarden und Bänder, mit denen sich die Bürgerwehr behängt, daß alle ihre Fahnen und Trommeln und Parademärsche noch keine Volksbewaffnung schaffen, die etwas mehr ist, als ein unterhaltendes Spiel für Thoren und Müßiggänger. Doch, wohin verirre ich mich? Gott der Himmel, daß wir endlich von der Nationalversammlung in Berlin eine Lösung erfahren, denn nur eine solche kann der Regierung die Kraft und den Nachdruck verleihen, den Sturm, der durch das Land zieht, zu beschwören und Frieden und Vertrauen in die Gemüther zurückzuführen. Diese That aber kann nur die sofortige Lösung jener Frage sein, welche alle anderen beherrscht, und gegen welche selbst die Entscheidung, so unermeßlich wichtig sie ist, über die Existenz des gegenwärtigen Ministeriums an Bedeutung weit zurücktritt, derjenigen Frage, welche die Einberufung der Vertreter der Nation zunächst veranlaßt hat, der Verfassungsfrage. Einen Schritt von unberechenbaren Folgen, insofern er die Stellung des Ministeriums Camphausen ernstlich bedroht, hat die Versammlung bereits gethan, als sie den Antrag des Abg. Waldeck zum Beschluß erhob und damit den Verfassungsentwurf der Regierung für fistirte. Möge sie jetzt also ohne Säumen weiter schreiten; die Anarchie haben wir bereits, ein schwereres Uebel — man darf sich die furchtbare Wahrheit nicht verhehlen — könnte der Bürgerkrieg sein.

**Baiern.** Regensburg, 16. Juni. Aus dem Landgerichte Waldmünchen ist die Nachricht hieher gelangt, daß viele an der böhmischen Grenze wohnende Tschechen auf die Kunde von dem ausgebrochenen Aufstande in Prag sogleich auf Wagen bewaffnet nach Prag geeilt seien, während die um Eger wohnenden Tschechen sich ruhig verhalten, wie aus dem Landgerichte Waldsassen berichtet wurde. (R. Z.)

# Aus Rheinbaiern, 16. Juni. In der Geschichte der vereinigten protestantischen Kirche unserer Provinz ist ein neuer Zeitabschnitt eingetreten. Die Rückschrittspartei, die bisher in voller Macht äußerlich herrschte, steht jetzt ihren Gegnern erbleichen, das durch Mittel jeglicher Art zu Stand gebrachte Werk vieler Jahre in Trümmer zerfallen und ihre Jünger und Günstlinge davongehen! Die kurzgreifenden Aenderungen sind angebahnt und geschaffen. Denn ein jüngst erlassenes Gesetz verheißt die Lostrennung unserer Kirche von den lutherischen Oberkonsistorium in München, sofern dieses Verlangen von einer in Bälde zusammentretenden Generalsynode verlangt wird, und bereits liegt ein Verschlag fertig, der die Kirchenverfassung von Grund aus verbessert. Wie das deutsche Volk in seinem Vorparlamente zu Frankfurt, so hat am 14. d. Mts. eine zahlreiche ansehnliche Ver-

Digitized by Google

sammlung protestantischer Kirchengrundsätze berathen und festgestellt. In dem größten Saale des Landes, zu Kaiserslautern, waren 600 Männer — 100 geistlichen, 500 weltlichen Standes — alle Zahlen beiläufig genommen, versammelt. Die zwei Parteien saßen rechts und links. Mit einem Blick war es von der gefüllten Gallerie aus zu erkennen, daß die Partei der „alleinseligmachenden Rechtgläubigkeit", aller Anstrengung ungeachtet, kaum $^1/_3$ der Versammlung ausmachte, während die Rationalisten $^2/_3$ zu stellen im Stande waren. Begreiflicher Weise und mit vollem Rechte setzten auch diese nicht nur den Vorstand, die Schriftführer und Stimmzähler, sondern auch alle Beschlüsse durch. Als Grundzüge der neuen Kirchenverfassung wurden festgestellt: 1) Presbyterien und Synoden, hervorgegangen aus freier Wahl aller Kirchenglieder und zusammengesetzt aus $^2/_3$ weltlichen, $^1/_3$ geistlichen Mitgliedern. 2) Das Gesetzgebungsrecht beruhe ausschließlich in der Generalsynode, und deren Beschlüsse seien entscheidend in allen ihnen Angelegenheiten. 3) Die vollziehende Gewalt bestehe in dem Konsistorium und seinen Organen, den Dekanaten und Pfarrämtern, mit Verantwortlichkeit gegen die Generalsynode. Sodann wurde eine Eingabe an den König beschlossen, daß er unverzüglich die Einberufung einer Generalsynode, aber blos um ein neues Wahlgesetz ins Leben zu rufen, anordnen möge. Dran nun konnte den hochwichtigen Beschluß über die Kirchenverfassung selbst einem Kollegium nicht überlassen, das nur durch eine Scheinwahl berufen ist und das Vertrauen der Kirchengenossen nicht besitzt. — Bei dieser Gelegenheit nun einige Worte über die Parlamentsmitglieder, die uns während der Feiertage die Ehre ihres Besuches erwiesen. Die Begrüßung war eine herzliche, und die Festlichkeiten und Ehren gelten gewiß dem Parlamente selbst. Indessen ist die Bevölkerung unseres Kreises dem Fortschritte und entschiedener Freisinnigkeit zugethan, und so wurde den größtentheils der „Linken" angehörigen Männern um so lieber der jubelnde Empfang bereitet. Die zu Neustadt von den Parlamentsmitgliedern abgehaltene Volksversammlung war stark besucht. Sie erinnert vielfach an das bei dem bekannte Hambacher Fest. Im Uebrigen waren Gang und Wirkung wie bei den meisten derartigen Versammlungen. Daß auch Redner von der äußersten Linken auftraten, scheint nicht planmäßig gewesen zu sein. — Da diese Männer vor Tausenden gesprochen haben, so dürfen und müssen wir Manches tadeln, ohne die Gastfreundschaft zu verletzen. Ein Redner sprach offen für Hecker und dessen Genossen, die, nach ihm, als Märtyrer der Freiheit im Auslande darben. Das ganze Unrecht Heckers habe darin bestanden, daß er schwach gewesen sei. Man müsse ihn stark machen, ihm helfen. Sammlungen für diese Partei sollen einige 100 Gulden abgeworfen haben. War die Triebfeder der Geber Mildthätigkeit, so läßt sich Hecker dagegen erinnern. Aber schmachvoll wäre es, wenn diese Gaben eine gewisse Solidarität an dem Unfruhr im Seekreise beurkunden oder gar Mittel zu neuen Unternehmungen hätten liefern sollen. Einige Reden scheinen sodann berechnet gewesen zu sein, die Mehrheit im Parlamente als eine Genossenschaft zu bezeichnen, die gerne das Volk um seine Errungenschaften brächte und die alten Zustände neu aufwärmte. Eine solche Redeweise bedarf wohl keiner Widerlegung. Sie entblößt, weil von Parlamentsmitgliedern ausgegangen, etwas doppelt Verletzendes und Unschickliches. Zum Schlusse erwähnen wir noch eines Punktes, der Sie angeht, aber ohne alle Bemerkung. Die „Deutsche Zeitung" war der Gegenstand harter und schmählicher Angriffe. Man begnügte sich nicht, in der Neustadter Volksversammlung die Leute aufzufordern, statt eines solchen Blattes den Hecker'schen Volksfreund zu halten und zu lesen, sondern es wurde ihr in Dürkheim von einem Parlamentsmitgliede ein förmliches — Verruf! gebracht.

* Als Ergänzung theilen wir aus einer Frankfurter Korrespondenz des Schwäb. Merkurs, welche das apostolische Wirken der Linken ausführlich schildert, eine Stelle über Prof. Vogt aus Gießen mit. „Unter den Reden, heißt es dort, die er gehalten, war die am Abend in Dürkheim die merkwürdigste. Nach einer kurzen Einleitung, in welcher er ausführte, daß, da nach einem italienischen Sprichwort jeder Mensch seinen eigenen Esel reite, er auch, obgleich ihm dieses Reitzeug neuerlich schadhaft geworden, seit längerer und besonders in der gegenwärtigen Zeit auf den deutschen Hofräthen oder Professoren reite, welche sich gegenwärtig herausdrehnen, eine deutsche Reichsverfassung sammt einem neuen deutschen Kaiser zusammenzuflicken; erging er sich sofort auf eine höchst ergötzliche Weise in einer ausführlichen mündlichen Redaktion des Artikels, welchen nun in den nächsten Tagen das Organ der Hofräthe über seine und seiner Kollegen Reise in der Pfalz zu Tage fördern werde." — Da der Redner dies ohne Zweifel mit all der männlichen Würde und Grazie, die ihm zu Gebote steht, gethan hat, überhebt er uns jedes weitern Artikels von unserer Seite; ohnedies gibt es viel wichtigere und würdigere Dinge zu thun. Doch theilen wir obige Stellen mit Vergnügen mit; denn sie übertrugen uns, wie sehr wir die wunde Stelle getroffen haben und wie sehr unsere Ansicht von dem parlamentarischen Takt und der Selbstachtung gewisser Leute die richtige war. Für das deutsche Volk aber, dem gegenüber jene Herren in der Paulskirche so entrüstet thaten wegen der „Feiertage" des Parlaments, für das deutsche Volk, das Thaten erwartet, ist es gewiß von hohem Interesse, zu erfahren, mit welch löblichen und männlichen Thaten seine lautesten Berather die Feiertage ausgefüllt haben!

**Altenburg**, 17. Juni. Es ist eine Volksversammlung heute Mittag halb 1 Uhr gewesen und debattirt worden, ob man vor das Schloß in Masse ziehen wolle? Die Mehrheit unter einem Führer der republikanischen Partei (Erbe) hat sich dagegen erklärt; man hat gemeint, es würde dies von der reaktionären Partei benutzt werden; man will den Herzog in Frankfurt a. M. verklagen, Erbe hat auf den Landtag vertröstet. Am Schlusse soll ein großer Theil sich sehr unzufrieden über die Führer und Wühlereien geäußert haben. Im Uebrigen ist die Sache ruhig abgegangen. Das Schloß war von dem gesammten Militär besetzt, die Thore alle fest verwahrt. Vorige Nacht waren alle Zugänge zu dem Schlosse besetzt; auch der Eisenbahnhof ist im Auge gehalten worden, weil man die Ankunft fremden Militärs befürchtet hat. (D. A. Z.)

**Frankfurt**, 19. Juni. Auf der heutigen Tagesordnung der Nationalversammlungstand auger Berichterstattungen zur Berathung des Dahlmann'schen Berichts über die Konstituirung einer Centralgewalt. Die Gallerien waren von Zuhörern zum Erdrücken überfüllt, und bald eine kaum erträgliche Hitze in der Paulskirche.

v. Gelser aus München erstattete zuerst Bericht über die österreichisch-slavische Frage, in welchem beantragt wird, daß die Nationalversammlung die österreichische Regierung auffordern soll, daß sie die noch fehlenden Wahlen anordne, und entschiedene Maßregeln zum Schutze derselben treffe.

Der zur Diskussion ausgesetzte Dahlmann'sche Bericht über die Errichtung einer Centralgewalt vertritt die Anträge von 11 Ausschußmitgliedern, Claussen, Dahlmann, Dunker, v. Gagern, v. Mayern, v. Raumer, v. Saucken, Wippermann, v. Würth, v. Zenetti und Stedtmann. Dieser Antrag lautet: „Die Nationalversammlung beschließt:

1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland, soll ein Bundesdirektorium zur Ausübung dieser obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden.
2) Dasselbe soll aus 3 Männern bestehen, welche von den deutschen Regierungen bezeichnet, und nachdem die Nationalversammlung ihre zustimmende Erklärung durch eine einfache Abstimmung ohne Diskussion abgegeben haben wird, von derselben ernannt werden.
3) Das Bundesdirektorium hat provisorisch
   a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen;
   b) die Oberleitung des gesammten Heerwesens zu übernehmen und namentlich den Oberfelderrn der Bundestruppen zu ernennen;
   c) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands auszuüben, und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen.
4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt das Bundesdirektorium im Einverständniß mit der Nationalversammlung.
5) Die Einrichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit des Bundesdirektoriums ausgeschlossen.
6) Das Bundesdirektorium übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen derselben bedürfen zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers.
7) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben jederzeit gehört zu werden; sie haben jedoch das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als Mitglieder derselben gewählt sind. Dagegen ist die Stellung eines Mitgliedes des Bundesdirektoriums mit der eines Abgeordneten zur Nationalversammlung unvereinbar.
8) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit des Direktoriums und seiner Minister auf.

Diesem Antrage, als dem der Mitte, steht der Minoritätsantrag des Ausschusses von Robert Blum und v. Trützschler entgegen, welcher dahin geht: Die konstituirende Nationalversammlung beschließe:

Digitized by Google

1) Sie wählt mit absoluter Stimmenmehrheit *eines* ihrer Mitglieder zum Vorsitzenden eines Vollziehungsausschusses.
2) Dieser Vorsitzende gesellt sich nach freier Wahl *vier* Genossen zu, die gemeinschaftlich mit ihm den Vollziehungsausschuß bilden.
3) Dieser Vollziehungsausschuß hat die Geschäfte der Nationalversammlung auszuführen und die Vertretung Deutschlands nach Außen zu übernehmen.
4) Derselbe ist der Nationalversammlung verantwortlich und muß sich zurücktreten, wenn die Mehrheit der Versammlung gegen ihn ist.
5) Die Nationalversammlung wählt in diesem Falle einen andern Vorsitzenden, welcher einen neuen Vollziehungsausschuß, wie oben angegeben, zusammensetzt.
6) Der Vollziehungsausschuß vertheilt die verschiedenen Geschäftszweige unter seinen Mitgliedern nach eigner Wahl.
7) Dieser Vollziehungsausschuß besteht *so lange*, bis die deutsche Bundesgewalt durch die Nationalversammlung bestimmt und eingesetzt ist.

Die Ausschußmitglieder v. Lindenau und v. Flottwell stellen besondere Anträge, welche sich mehr oder weniger an den Majoritätsantrag anschließen und später zur Sprache kommen. Außerdem liegen bereits 17 selbstständige Anträge von einzelnen Abgeordneten vor, und der Präsident zeigt an, daß ihm neuerlich nicht weniger als 33 neue übergeben worden seien, worauf man die fast beängstigende Fruchtbarkeit der Nationalversammlung an Ideen erkennen mag. Redner hatten sich eingeschrieben lassen: über den Antrag des Ausschusses 11, gegen denselben 72, für denselben 30. Während aber diese bekannt gemacht wurden, umstellte eine weitere Schaar den Präsidentenstuhl, um sich auch noch einschreiben zu lassen. Geht es noch weiter fort, so wird man bisweilen, welche keine Rede halten, leichter zählen können, als die, welche eine halten.

Dahlmann beginnt die Diskussion mit einer kurzen, aber eindringlichen Rede, in welcher er auf die hohe Wichtigkeit der bevorstehenden Beschlußnahme für die Zukunft des Vaterlandes aufmerksam macht. Er bittet, daß man in der Debatte das Ziel streng im Auge behalte. Es sei nicht bloß zum Widerstand gegen den äußern Feind eine starke einheitliche Macht in Deutschland nothwendig; auch gegen die im Innern sich immer mehr entwickelnde Anarchie bedürfe es einer kräftigen Regierungsgewalt. Der Beschluß der Nationalversammlung müsse ebenso eine Stütze für die Freiheit, als der Todesstoß für die Anarchie werden. Wiedemann beantragt, daß die §§. 3, 4 u. 5, welche von der Kompetenz des provisorischen Direktoriums handeln, von dem §. 2, welcher seine Zusammensetzung und Ernennung bestimmt, berathen werden. Hieran knüpft sich eine längere Debatte, in welcher Rob. Blum hervorhebt, daß es sich vor Allem darum handle, ob das Direktorium bloß ein Vollziehungsausschuß der Nationalversammlung sein soll (was die Linke will) oder eine wirkliche provisorische Regierung, wie es die Mitte verlangt. Im ersten Fall, in welchem die Nationalversammlung eigentlich die Regierung von Deutschland ist, ist die Kompetenzfrage als abgemacht anzusehen. v. Soiron zeigt endlich, daß der ganze Streit, was zuerst und was hernach berathen werden soll, unpraktisch sei, indem die Redner, wenn sie am Worte sind, unzweifelhaft über Alles sich verbreiten werden. Auf seinen Antrag beschließt demnach die Versammlung, daß die Diskussion unbeschränkt sich über das Ganze zu verbreiten habe.

Oeffner: Ich setze auf den Standpunkte der Volkssouveränetät und nicht auf dem bloßen Rechtsboden. Nicht darnach frage ich zunächst, ob und inwieweit das neu zu Schaffende an das Bestehende sich anschließt, sondern darnach, ob es nach den vorliegenden Verhältnissen gut und genügend ist. Eines vor Allem ist ins Auge zu fassen: das Vaterland ist in Gefahr. Eine provisorische Regierung will er nur von der Nationalversammlung ernannt wissen, weil sie nur dann stark sein werde. Damit, daß über Krieg und Friede nach §. 4 nur in Gemeinschaft mit der Nationalversammlung von der provisor. Regierung beschlossen werden soll, stimmt er aber nicht überein; das sei unausführbar und finde nirgends Statt. Den Regierungen will er das Recht einräumen, die Männer für die Centralregierung vorzuschlagen, die Nationalversammlung aber müsse sie ernennen. Nur dadurch werde sie Achtung und Billigung im Volke finden, und auch den billigen Wünschen der Linken würde dadurch entsprochen. Ob die Centralgewalt aus einem oder drei Mitgliedern bestehe, sei von geringerer Bedeutung, konsequenter sei eines, praktischer für den Augenblick drei. Durch die Konstituirung der Centralgewalt sei für die Regierungsform der Einzelstaaten nicht präjudicirt. Er will keine zwei Exekutivgewalten neben einander und also keine Bundesversammlung mehr neben der Centralgewalt. Als konstitutionellen Grundsatz halte er fest, daß das Direktorium *unverantwortlich*, das von ihm eingesetzte Ministerium aber verantwortlich sei. Einen Oberpräsidenten in Deutschland will er nicht, sondern ein Kriegsministerium; einen Oberpräsidenten in einem großen Staat gebe es nirgends; wo Jemand diesen Titel habe, wie Wellington, da sei es bloß ein Ehrentitel. Wiesner spricht für die Minoritätsanträge. Gegen die Regierungen ergeht er sich in den gewöhnlichen von der Gallerie beklatschten Ausfällen. Sie seien seit 30 Jahren schlecht gewesen (das, daß sie in der neuesten Zeit alle gestürzt worden und andere an ihre Stelle getreten sind, ignorirt er gänzlich); sie hätten nie die rechten Männer finden können und könnten sie nicht einmal für ihre eigenen Länder finden. Daß man ohne Diskussion über zu Ernennende abstimmen solle, heiße die Majestät der Versammlung vernichten. Die Herren und Mieren der Männer, welche gewählt werden sollen, müssen öffentlich geprüft werden. Der ganze Bericht mit allen seinen Vorschlägen laste die Souverenität des deutschen Volkes und die Majestät der Versammlung an und müsse verworfen werden. Pagenstecher: Das deutsche Volk hat die Militär beseitigt, nicht aber alle Institutionen und Staatsordnungen umgestürzt; es hat den Absolutismus niedergerissen, aber nicht in die Republik hineingedrängt. Er betrachtet als das Prinzip der konstitutionellen Regierungsform eine unverantwortliche Regierungsgewalt, einen unbeschränkten Volkswillen und in der Mitte beider ein verantwortliches Ministerium. So will er auch die Verfassung Deutschlands konstruirt wissen. Behr spricht mit so schwacher Stimme von der Rednerbühne, daß er nicht verstanden werden kann. Er schlägt vor, daß die Versammlung im Namen der deutschen Nation ein Manifest erlasse, welches die fremden Nationen darüber beruhigen soll, daß die Einsetzung der Centralgewalt kein feindseliger Akt gegen sie sei. Als Grundlage für die Ernennung der Centralgewalt müsse festgehalten wissen, Feststellung ihrer Grenzen, Verständigung mit den Regierungen und einen Präsidenten. Reinwald meint, die Volkssouveränetät sei durch den Kommissionsantrag verletzt, und protestirt dahet mit großem Pathos dagegen im Namen des Volks, was der Gallerie sehr gefällt. Der Präsident bemerkt ihm am Schluß, daß er nur in seinem Namen protestiren könne. Der Redner springt noch einmal auf die Tribune und wiederholt, daß er im Namen des Volks protestire, worauf bedeutend geklatscht wird. v. Radowitz konnte bei seinem Aufreten bemerken, daß er auf der Gallerie nicht beliebt sei. Er sagt, die äußere und innere Sicherheit sei gefährdet, die letztere früher durch die Militär von Oben, jetzt durch die Zügellosigkeit von Unten (Murren von Oben, sämtlich von der Gallerie). Die bisherige Richtervernichtung habe Deutschland habe große Nachtheile, aber auch großen Vortheil gehabt. Die Majorität der deutschen Fürsten wolle die staatliche Selbstständigkeit nicht zertrümmern. Er wolle in der deutschen Verfassung der Selbstständigkeit der Staaten Rechnung tragen, aber die Einheit darüber setzen. Dies solle auch in der Gründung der provisorischen Centralgewalt festgehalten werden. Er spricht sich für den Kommissionsantrag aus und vertheidigt die Regierungen, welche in den einzelnen Ländern die Majorität der Kammern repräsentiren. Während die Rechte ihm Beifall zollte, hörte man Pfeifen von der Gallerie. Der Präsident sprach mit starker Stimme: „das Pfeifen war ein Bubenstreich, wenn ich wüßte, wer es war, so würde ich den Thäter sogleich hinausführen lassen.“ Es ist übrigens zu bemerken, daß die Klaque, welche sich nicht nach dem Gesprochenen, sondern nur nach den auftretenden Personen richtet, nur einen Theil des Publikums auf der Gallerie ausmacht, aber desto ungeberdiger sich beträgt. Sie hat seit der Versammlung der demokratischen Vereine sich bedeutend einexercirt. (Fortsetzung morgen.)

## Großbritannien.

London, 16. Juni. Welche Sympathien der Irländer für England hegt, davon folgendes Beispiel. Als in der letzten Versammlung in der Verschwungshalle ein Redner darauf anspielte, daß Zeiten der Bedrängniß für England Zeiten der Hoffnung für Irland seien, die man nicht ungenützt vorübergehen lassen dürfe, rief eine Stimme dazwischen: „die Sikhs!“ eine Anspielung auf die bedrohte Lage, die sich für das englisch-ostindische Reich aus dem Aufstande der Sikhs in Lahore ergeben könnte. Es hat etwas Tragisches, zwei Völker unter Einer Herrschaft vereinigt zu sehen, von denen das eine sein Glück von dem Unglück des andern erwartet und mit bösartiger Schadenfreude sein Vergnügen über einen Unfall zu erkennen gibt, der möglicherweise das Glück und die Macht des Gesammtstaats untergraben oder wenigstens nur durch Blutvergießen wieder hergestellt werden kann. Aber die Celten und die Sachsen sind doch wenigstens zwei grundverschiedene Völkerschaften, die nur die Regierung, nicht die Sprache gemein haben, und wovon die eine durch die mächtigere unterworfen und vielfach schnöde behandelt und ausgebeutet worden ist;

Digitized by Google

Deutschland dagegen redet Eine Sprache und hat ein gemeinsames Interesse gegen das ihm von allen Seiten auflauernde Ausland zu wahren, und doch nähret es in seinem Schooße ganze Bevölkerungen und Parteien, welche an jedem Unfall, der die größeren Staaten, namentlich Preußen trifft, ihre diabolische Freude haben, und ihrerseits auch im Geheimen Alles thun, um die bestehenden Antipathien zu verstärken und den Riß zu erweitern. Gibt es doch wahrlich Gegenden in Deutschland, wo der Sohn der nordteutschen Fläche, der brandenburgisch-pommerischen Sandebene ebenso arge und ärgere Dinge über seine Heimath anhören muß, als der Oesterreicher in Italien oder der Preuße in Polen. Und dies zu einer Zeit, wo man so mühsam die Steine zu einem Baue deutscher Einheit zusammenträgt, die aber leider nur eine Uebereinanderhäufung unverbundener Quadern zu bleiben droht, so lange der innere Kitt, das geistige Band noch nicht gefunden ist. Doch zurück von diesem unerquicklichen, trüben, schmachvollen Thema. Die Sitzung, von der oben gesprochen worden, fand in der Versöhnungshalle zu Dublin Statt und ist dieselbe, in welcher O'Connell erklärte: er betrachte daß man die Versammlung zur Berathung eines Vertrauens Bundes bis auf heut über 14 Tage verschieben möge; bis dahin werde das Land Zeit haben, sich auszusprechen und ihm so den Weg vorzuzeichnen, den er zu gehen haben werde. John O'Connell sprach ganz vernünftige Worte; er ermahnte die Versammelten, von ihren kriegerischen und revolutionären Tendenzen abzustehen, das Land nicht einem allgemeinen Blutbade auszusetzen und dadurch vielleicht den Fluch künftiger Generationen auf sich zu laden; Irland sei elend genug, wolle man durch einen Bürgerkrieg sein Elend zum Unerträglichen steigern? Man möge auf dem Wege der friedlichen Agitation fortschreiten; auf diesem Wege werde man das gewünschte Ziel zwar langsam, aber um so sicherer erreichen. Diese Rede, die oft mit dem Ruf: zu den Waffen! unterbrochen wurde, folgte ein unermeßlicher Aufruhr, so daß der Vorsitzende dringend, aber vergebens, zur Ruhe ermahnte. Auch hier erfüllt sich das bekannte Wort, daß Sturm ernten, der Wind gesäet hat.

Ein Dubliner Korrespondent der „Times" legt der beabsichtigten Vereinigung der Altrepealer und der Jungirländer keine geringe Wichtigkeit bei. Man täusche sich nicht, sagt dieser Korrespondent, O'Connell hat sich durch sein jüngstes Schreiben bei seiner eigenen Partei um allen Kredit gebracht; sogar mehrere höhere Geistliche, hierunter der bekannte fanatische Bischof M'Hale hätten sich für die Verdrüderung ausgesprochen; die Konföderation habe bis jetzt ihre größte Stärke in Dublin selbst und dann noch einige Verzweigungen in Limerick, Killenney und Cork gehabt, sonst überall und namentlich unter der Dorfbevölkerung habe die O'Connell'sche Partei die meisten Anhänger gezählt. Dies werde sich ändern, sobald, wie es sich bereits zeige, der Klerus für den irischen Bund sich erkläre und zu diesem Zwecke das Volk bearbeite. Wer der Hauptführer der Konföderirten, Meaghre, O'Gorman, Doheny und Cetwell haben sich derselben Korrespondenz zufolge in die Provinzen begeben, um hier Zweigklubs zu bilden, und in der Grafschaft Tipperary, die man zuerst zum Felde der Thätigkeit auserseehen, freundliches Entgegenkommen gefunden; in Thurles hat man ein großes Meeting unter dem Vorsitz des Hrn. P. Fogarty, eines frühern Altrepealers, gehalten, es ist die Errichtung eines Klubs beschlossen worden, Viele haben sich sofort als Mitglieder einzeichnen lassen, und es scheint, schließt jene Korrespondenz, keine Schwierigkeit zu haben, daß nächstens ganz Tipperary in einen einzigen Riesenklub zur Ausbreitung der Repealpropaganda verwandelt sein wird.

Am 15. Juni fand die erste Sitzung des Unterhauses nach den Pfingstfeiertagen Statt. Auf eine Anfrage des Hrn. Hankes über die Absicht der span. Gesandten erklärte Lord J. Russell im Abwesenheit Palmerstons: „Die Entfernung des spanischen Gesandten vom Hofe J. M. ist das Ergebniß eines zwischen meinem edlen Freunde, dem Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, und dem spanischen Gesandten Statt gehabten Briefwechsels, nicht das Ergebniß einer Zurückberufung Seitens seiner eigenen Regierung. (Hört! hört!) Mein edler Freund wird zu den früheren Aktenstücken noch einige dem Hause vorlegen, welche sowohl mit der Heimschickung des Sir H. Bulwer als mit der Heimschickung des spanischen Gesandten in Verbindung stehen". Hiernach scheint die engl. Regierung dem Don Xavier Isturiz keine Wahl gelassen zu haben, ob er bleiben oder gehen wolle. Die Absicht Englands, und zwar aller Parteien, scheint nun die zu sein, Spanien zu zwingen, daß es den ausgewiesenen Sich H. Bulwer als englischen Gesandten wieder anerkennt und bei sich aufnimmt. England wird diesen Zweck durchsetzen und damit auch einen zweiten, längst gewünschten, den Fall des Kabinets Narvaez, erreichen. Es dürften dann wohl noch ganz andere Personen in Spanien unmöglich werden.

## Frankreich.

Paris, 17. Juni. Man hat sich von dem Bonapartischen Schrecken erholt und ist wieder zu sich gekommen; zwar prahlen die paar Blätter, die im Solde der Helden von Boulogne stehen, ihr Protektor werde nun mit noch größerer Stimmenmehrheit gewählt werden; allein wenn auch, so hat das Nichts zu bedeuten. Die letzten Auftritte haben das Kaiserthum wieder um einige Procent herabgedrückt. Ein Prätendent, der nicht einmal eine „tausendjährige" Dynastie für sich anführen kann und sich doch auf Geburtsrechte stützen will, habt allen Anspruch, für eine lächerliche Person zu gelten, auch außerhalb einer Kammer.

Dessenungeachtet will sich die Regierung nicht recht befestigen; Lamartine, so geht das Gerücht immer wieder, werde abtreten. Was diesem Gerüchte einigen Halt gibt, ist ein Artikel im „Bien public", das sich in diesem Sinne äußert; man setzt nämlich voraus, daß das Bien public mit Lamartine in engerer Berührung stehe, und will jene Erklärung als halb amtlich ansehen. In der Nationalversammlung ist die Stimmung nun; erst nächste Woche, wo das Projekt der Verfassung vorgelegt werden soll, wird mehr Leben hineinkommen. Armand Marrast wird Berichterstatter sein.

In den Bureaus der Nationalversammlung kam gestern und heute der Entwurf zur Verhandlung, welcher einen neuen Kredit von 3 Millionen für die Nationalwerkstätten verlangt. Der Gedanke, der im Allgemeinen vorherrschte, war der, es sei durchaus nothwendig, diese Blutegelanstalt aufzulösen. Wenn man erwägt, daß unter diesen „Nationalarbeitern", welche aus dem Bentel der fleißigen und ordentlichen Leute bezahlt werden, sich allein 22000 Sträflinge befanden, daß eine Million nach der andern in diesen Danaidenfaß verschwindet, indessen die thätigsten Glieder der Staatsgesellschaft Mangel leiden, so wird man diesen Wunsch gerechtfertigt finden. So erklärten denn auch Alle fast einstimmig, länger könne es in der bisherigen Weise nicht fortdauern. Sondchaux, nach der Revolution zuerst Finanzminister, erklärte, daß er um dieser Experimente Louis Blanc's willen aus dem Ministerium ausgeschieden sei; denn er habe die feste Ueberzeugung gehabt, daß eine längere Fortsetzung dieser Versuche den finanziellen Ruin Frankreichs vollenden müsse. Nimmt man dazu, daß hier wie in allen Theilen des Staatshaushaltes die Verwaltung selbst an der alten Korruption leidet und Massen Geldes vergeudet, so kann man das Land nur beklagen, das man zu doktrinären Experimenten so gefährlicher Art mißbraucht. Der Name „Nationalwerkstätten" war auch eines von den Schlagwörtern, das man diesseit des Rheines den Tonangebern an der Seine gedankenlos nachbetete; nun steht die trostlose Wahrheit in aller Nacktheit da, daß man damit zwar die Industrie der Privaten zerstören, aber keineswegs dem Staate festigte und solide Arbeiter ersehen kann. Es ist erstaunlich, wie schnell sich die bedeutendsten Namen der socialistischen Doktrin aufbrauchen; Louis Blanc, der noch vor drei Monaten für eine Größe galt, ist in den Augen aller praktischen Leute in Frankreich mit seinem Renommee zu Ende, und auch Pierre Leroux hat mit seiner jüngst erhaltenen Rede seinen Ruf nicht gerechtfertigt. Die bekannte Theorie in eine Reihe banaler Schul- oder Schlenkphrasen eingewickelt, das sand man auch in seiner Rede, aber keinen einzigen praktischen Gedanken oder ausführbaren Vorschlag, der der Krisis abhelfen könnte. Wie glücklich sind unsere Socialisten in Deutschland, daß es ihnen noch nicht vergönnt war, sich in praktischen Geschäften bloszustellen!

In der heutigen Sitzung brachte übrigens P. Leroux eine Beschwerde zur Sprache, die für die öffentlichen Zustände Frankreichs überaus bezeichnend ist. Er interpellirt das Ministerium wegen eines Vorfalles im Departement der Creuse, wo die Zusatzsteuer von 45 Procent mit Gewalt eingetrieben worden sei, wo die Nationalgarde und die Truppen ihre Waffen gebraucht und sechszehn Menschen das Leben verloren hätten. Er schiebt die Schuld dieses Unglücks auf die schlecht gewählten administrativen Maßregeln und macht bemerklich, wie solche Schritte von den Parteien ausgebeutet und zum Nachtheil der Republik benützt würden. Er verlangt eine zeitgemäße Reform der betreffenden Gesetze. Der Minister Flocon erklärt, die Regierung sei durch den von Leroux erwähnten Fall sehr betrübt und habe bereits an die nöthigen Gesetze und Reformen gedacht. Daraus mehrere ähnliche Widerstandsfcenen gegen die Zusatzsteuer von 45 Pree. in dem Departement der oberen Garonne und andern Departements. In den meisten Lokalstäten verweigerten die Bauern geradezu die Bezahlung, und ihre Weigerung rühe sich nicht auf böses Willen, sondern auf die wirkliche Unmöglichkeit, noch neue Lasten auf sich zu nehmen.

In der gestrigen Fortsetzung der Diskussion über Algier sprachen

Digitized by Google

** Vom Rhein, 16. Juni. Sie erinnern sich noch der Zeit, als, vor jetzt sechs Jahren, König Friedrich Wilhelm IV. im Dom zu Köln den Stein legte, der den Anfang einer vereinten Thätigkeit an dem großartigsten Tempel der christlichen Welt bezeichnen sollte, und als ein Prinz des Erzhauses Oesterreich, der greise Johann, die prophetische Losung sprach: Kein Oesterreich mehr und kein Preußen, nur ein einziges Deutschland, stark wie seine Berge! die Einheit Deutschlands, die damals nur ein Traum war der kühnsten Geister, wenn auch manch glühender Wunsch in dem verschwiegensten Schrein des Herzens für sie schlug, diese Einheit, sie ist jetzt eine Wahrheit geworden und darf offen und frei ihr Banner entfalten mit den glorreichen Farben, welche einst das deutsche Volk prangend und siegreich durch die Welt trug; der schöne Bau aber, welcher Deutschland zuerst wieder zu dem Bewußtsein einigte, daß es eins sei und ein großes Volk von Brüdern, der Dom zu Köln, der wunderbare Riesenbau, ist noch unvollendet und droht gänzlich ins Stocken zu gerathen, wenn Deutschland nicht abermals die helfende Hand biete. Es läßt sich begreifen, daß in der letzten Zeit einerseits die Thätigkeit der zahlreichen Dombauvereine vielfach erlahmt ist, und daß andererseits die Beiträge in sehr verminderter Zahl eingehen mußten; nur der für das laufende Jahr bereits eingezahlte Beitrag des königlichen Protektors hat die Fortsetzung des Baues bis jetzt gestattet, aber schon hat der Dombaumeister, Regierungsrath Zwirner, die Anzeige gemacht, daß alle disponiblen Baugelder bis zum 1. August d. J. erschöpft sein würden, und wenn bis dahin nicht andere Fonds flüssig gemacht werden könnten, die Bauthätigkeit ganz eingestellt werden müsse. Es hat deßhalb der Central-Dombauverein, als letztes Mittel, einen Aufruf an die gesammte deutsche Nation beschlossen, der Dombausache ihre erneuerte Theilnahme zuzuwenden, und wird dieser Aufruf demnächst sämmtlichen Zeitungsredaktionen zur Veröffentlichung zugehen. Zugleich sollen J. M. die Königin und die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses besonders ersucht werden, in dem gegenwärtigen Augenblicke der Dombausache zu gedenken zu kommen. Sie sehen, in solchen Augenblicken erinnert man sich des Königs und seines Hauses; in demselben Dom aber, der einen großen Theil seiner Pracht der Munificenz des königlichen Gebers verdankt, wurde auf Veranstaltung des Erzbischofs ein feierliches Todtenamt gehalten für die „Helden der Barrikaden" von Berlin. — — Seit dem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum, wo Deutschland begonnen hat, seine Eisenbahnen zu bauen, haben dieselben thatsächlich das Monopol der Güterbewegung erworben, es ist ein integrirender Theil des Wesens der Eisenbahngesellschaften. Diese Eisenbahngesellschaften diktiren die Bedingungen der Güterbewegung, und das Publikum hat ihnen gegenüber nur den zufälligen Schutz, daß in manchen Fällen die widerstreitenden Interessen Hand in Hand gehen. Lange Zeit sind die Klagen des Handelsstandes über die diktatorischen Frachtbedingungen unbeachtet geblieben, in neuerer Zeit aber scheinen die Eisenbahngesellschaften geneigt, Konzessionen zu machen, um nicht von dem Sturme vernichtet zu werden, der sich immer drohender gegen sie erhob, und so ist denn namentlich von den großen norddeutschen Eisenbahnen, der Köln-Mindener, der königlich hannoverschen und herzoglich braunschweiglichen, der Magdeburg-Halberstädter, der Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger und der Berlin-Potsdam-Magdeburger ein Verband abgeschlossen und ein gemeinsames Reglement vereinbart, welches für den durchgehenden Güterverkehr auf den Eisenbahnen zwischen den Endpunkten Köln, Bremen, Harburg (Hamburg), Leipzig und Berlin den begründetsten Klagen abhilft. Es vertritt nämlich dem Versender und Adressaten gegenüber die Verwaltung der Aufgabe- resp. der Bestimmungsstation die sämmtlichen betheiligten Verwaltungen, vor allen Dingen aber werden die Güter, wenn nicht besondere Anstalten nöthig machen, binnen vier der Aufgabe- bis zur Bestimmungsstation ohne Umladung befördert, und es werden, bei Verlust der halben oder ganzen Fracht, bestimmte Lieferfristen garantirt, von Köln, in gewöhnlicher Fracht, nach Bremen, Hannover und Braunschweig 3 Tage, nach Harburg, Magdeburg, Leipzig und Berlin 4 Tage, für Eilgüter allenthalben am Abend des Tages nach der Aufgabe. Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß in dieser Beziehung jetzt alle billigen Wünsche des Verkehrs thunlichst Berücksichtigung gefunden haben, und es steht nur zu hoffen, daß das gegebene Beispiel auch bei den andern Bahnen, wo es nicht schon geschehen, nachgeahmt werde, und man sich über möglichst gleichförmige Bestimmungen zu vereinbaren im Stande sei. Die Eisenbahnen, wo sie sich in Privathänden befinden, haben noch immer zu wenig bedacht, daß den mannigfachen ihnen zu Theil gewordenen Begünstigungen von Seite des Staats der Gedanke zum Grunde lag, nicht, durch derartige Unternehmungen, vorzugsweise die Geldinteressen der Betheiligten zu fördern, sondern vielmehr durch die Vereinigung vieler Einzelkräfte für das Gemeinwohl dasjenige ins Werk zu setzen, was sie den Einzelnen unmöglich, für den Staat unthunlich war.

† Aus Thüringen. Immer drückender wird die Stockung des Handels und der Gewerbe, immer bedenklicher und gefahrdrohender, um so mehr, als man sich nicht verhehlt, daß nach dem Laufe der menschlichen Dinge die Folgen der politischen Katastrophe noch kaum zu einem Theile, noch lange nicht zur Hälfte hindurchgedrungen sind. Man bricht es sich immer lauter: Wie diese Stockung eingetreten ist in Folge der mächtigen Erschütterung aller staatlichen und bürgerlichen Verhältnisse, so kann sie nicht eher aufhören, bis Gesetzmäßigkeit und Ordnung wiederkehrt. An der Oktermesse in Leipzig sollen Tausende voll Verzweiflung über die entsetzlichen Resultate derselben wieder gegangen sein. Außerdem versteckt sich Viele, welche wirklich zahlfähig sind, hinter die Zeitverhältnisse, um ihre Verbindlichkeiten hinzuhalten. Deßhalb steht man mit tiefer, täglich mächtigerer Besorgniß nicht nur nach dem Reichsgrundgesetze, sondern erwartet mit gleich sorglichem Verlangen von der Nationalversammlung in Frankfurt ernste, durchgreifende Schritte zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. — Die Fluren prangen in einer fast noch nie erlebten Fülle und versprechen eine reichere Ernte als vor dem Jahre. Allein alle Begüterten können in der noch fortwährenden, selbst das Eigenthum bedrohenden Schwankung der öffentlichen Verhältnisse dieser Aussichten nicht froh werden. — Für eine deutsche Flotte fließen fortwährend Beiträge ein. Doch fragt man sich auch: In welches Verhältniß wird uns die deutsche Flotte zu England stellen? Welche neue Anstrengung wird die Erhaltung der Flotte stellen in einer Zeit, in welcher, während man noch kaum zuvor sich so bitter über die Kosten des hohen Militärstatus beklagte, die Volksbewaffnung bereits einen gar viel höheren Militärstat in's Dasein gerufen hat, die Volksbewaffnung, welche doch mit wirklichem Militär sich im Kriege nicht messen kann, wenn dem Letztern nicht ungeheure Massen entgegenworfen werden, ungeheure Massen, welche bei Mangel an Zufuhr, oder wenn der Feind dieselbe abzuschneiden vermag, das Schicksal aller größeren Heere theilen und ein schmachvolles Opfer einer klugen Strategetik des Gegners werden müssen.

* Erfurt, 14. Juni. Die Pfingstfeiertage führten viele Mitglieder der Berliner Versammlung in ihr Wahlbezirke. Die Linke wird es ihren Jüngern schlechten Dank wissen, wenn Mehrere derselben, wie es hier geschehen, auf ihrer Missionsreise die Karten so ungeschickt halten, daß selbst die blödesten Augen der Gegner ihre Trümpfe erspähen. — Krackrügge hatte in Berlin einen Antrag auf Wiederaufnahme der durch die Amnestie unterbrochenen Untersuchung über die hiesigen Märzvorfälle gestellt, damit die Schuldigen vom Militär zur Bestrafung gezogen würden. Unter andern diesen Antrag mißbilligenden Manifestationen war auch ein Protest an die Berliner Versammlung von dem hiesigen Volksvereine ausgegangen. Krackrügge brachte trotzdem, um sich „vor dem Volke von Erfurt zu rechtfertigen", eine Versammlung des Volksvereines, in welchem er selbst Stellvertreter des Ordners ist. In jener Versammlung hatte er unbefugter Weise den anarchisch-republikanischen Schutzbürgerverein eingeladen, der nach der bei den Berliner und Frankfurter Demokraten beliebten Weise das mangelnde Gewicht der Gründe durch das Gewicht der Massen ersetzen sollte. Seine Rechtfertigung, der er die Behauptung voranschickte, daß die Kommittenten nie eine von der ihres Abgeordneten abweichende Meinung öffentlich aussprechen dürften, indem sie denselben dadurch kompromittirten, fußte vorzugsweise auf der Angabe, daß er seinen Antrag darum gestellt, weil derselbe in den Operationsplan der Linken gepaßt, und weil er von derselben direkt dazu aufgefordert worden sei. Es liegt also in dem Operationsplane der Linken, durch Anschließung des Militärs von der Amnestie, gegen deren Anwendung auf räuberische Tumultuanten Niemand protestirt hat, unsere bewährte Macht rechtlos zu machen, sie hierdurch und durch die ewigen Aufreizungen der unbewaffneten Bürger gegen ihr Einschreiten so zu schwächen, daß die unaufhörlichen Unterspülungen das Bollwerk zum Einsturz bringen, damit dann die von Außen hereinbrechende Fluth uns — die Republik? — nein, die russische Knute bringe. — Seinen Zweck, durch Namensaufruf der Vereinsmitglieder die Zahl der Unterzeichner des Protestes von den übrigen Mitgliedern zu sondern, hat inzwischen Krackrügge nicht erreicht, indem die Erklärung des Vorstandes, daß er die gestrige Versammlung wegen des Ueberwiegens fremder Elemente nicht als eine Sitzung des Volksvereines anerkenne, das gefährlich angelegte Manöver dieser Protestption „vor dem Volke von Erfurt" vereitelte.

Digitized by Google

**Schleswig.** Rendsburg, 14. Juni. Rekonvalescenten, die wieder zur Armee zurückkehren, ganze und halbe Batterien von hannoverscher und schleswig-holsteinischer Artillerie, Infanteristen (Mecklenburger und besonders Hannoveraner, namentlich Schützen) ziehen in festen unterbrochener Kette gen Flensburg hin. Gestern Abend um 10 Uhr kamen ein Bataillon hannoverscher Gardejäger und 1½ Batterien hannoversche Artillerie, zusammen 1200 Mann, mit einem bedeutenden Train hier an; sie marschirten heute um 8 Uhr Morgens weiter durch die Stadt auf Flensburg zu. Die Hauptwache ist von hannoverschen Truppen besetzt; schleswig-holsteinische Artillerie exerzirt auf dem Walle; auch Hamburger Infanterie ist noch hier. (B.-H.)

Rendsburg, 14. Juni. Die erste Sitzung der vor etwa 2 Monaten vertagten und heute wieder zusammengetretenen vereinigten schleswig-holsteinischen Ständeversammlung war eine sehr kurze. Sie begann heute nach 12 Uhr im Schauspielhause und wurde von Hrn. Beemer als Commissarius der provisorischen Regierung mit einer angemessenen Rede eröffnet. Es seien reichlich 2 Monate her, seitdem die Versammlung vertagt worden sei. Seitdem fordere der Krieg blutige Opfer. Doch sei neben dem Betrübenden auch Erfreuliches mitzutheilen. Die provisorische Regierung habe ihre Thätigkeit fortgesetzt. Der Zustand im Innern sei nicht blos befriedigend, sondern sogar erfreulich. Der gesetzliche Sinn der Schleswig-Holsteiner habe sich dadurch bewährt, daß nirgends die Ruhe gestört worden sei. Verwaltung und Rechtspflege hätten ihren ungestörten Fortgang gehabt. Die Lasten seien dreitheilig getragen worden. Ueber die Beziehungen nach Außen werde eine besondere Vorlage erfolgen. Schon jetzt lege die Regierung vor: 1) einen Entwurf eines Wahlgesetzes für die zur Feststellung einer schleswig-holsteinischen Verfassung zu berufende (konstituirende) Versammlung; 2) einen Gesetzentwurf; 3) einen Militärkraftgesetzentwurf; 4) eine Verordnung über die Repartition der Chausseebaukosten; 5) ein Verzeichniß der provisorisch erlassenen gesetzlichen Verfügungen zur Genehmigung der Stände; 6) eine Verordnung über die Ausführung des Heide-Glückstädter-Eisenbahn-Projekts. Am interessantesten Details aus dieser Rede fügen wir noch hinzu: die Stärke der schleswig-holsteinischen Truppen mit Einschluß der Freikorps beträgt schon jetzt etwa 9000 Mann. Es werden zur Vermehrung der Truppen und zur Vervollständigung der Organisation des Militairwesens außerordentliche Ausgaben nöthig sein und daher neue Steuern ausgeschrieben werden müssen. (B.-H.)

## Ungarn.

**Pesth**, 12. Juni. Man schreibt dem Münd. Korr. In diesem Augenblick ist unsere Stadt in größter Bewegung. Es kam in letzter Nacht zwischen der noch nicht armirten mobilen Nationalgarde und den italienischen Truppen, welche zusammen im Invalidenpalais kasernirten, zu einem blutigen Streite, wobei mehrere Menschen das Leben verloren und viele verwundet wurden. Unter den Todten bemerkte man den Oberlieutenant Baron Maßburg, der zusammengehauen wurde, unter den Verwundeten den jüngern Grafen Szechenyi. Der Kampf ist in diesem Augenblicke wohl vorüber, aber die italienischen Truppen wollen sich nicht entwaffnen lassen, und man ist jetzt eben im Begriffe, von Seite der andern hier garnisonirenden Truppen und der Nationalgarde Gewalt gegen die Meuterer zu gebrauchen, und man sieht einem ernstlichen Kampfe entgegen, wenn nicht die Italiener bald zur Vernunft kommen sollten. Das Invalidenpalais wird von Truppen, Nationalgarden und Kanonen umzingelt.

(2 Uhr Mittags.) So eben haben die Italiener kapitulirt. Sie legen die Waffen nieder und gehen nach der Festung Komorn ab. Die Zahl der Todten wird jetzt auf 15 angegeben, 2 Officiere, 4 Freiwillige und 9 Italiener.

Einen Mittheilung der Allg. Z. zufolge wüthete der Kampf im Innern des Gebäudes bei verrammelten Thüren mehrere Stunden. Erst dem Erzherzog Stephan, der sich persönlich in das Invalidenhaus begab, gelang es, die Italiener zum Niederlegen der Waffen zu bereden. — Ferner schreibt man der Allg. Z.: Die außer der Kaserne an mehreren Wachtposten der Stadt wachsteltenden Italiener wurden vom Volk auf die rechte und ungerechteste Weise barbarisch mißhandelt. Dieselben Italiener wurden erst kürzlich von unsern Patrioten mit Schmeicheleien überhäuft, zum Verrath und zur Insubordination durch Proklamationen und andere Mittel ermuntert. Man fraternisirte mit ihnen als „Verbündeten gegen die Tyrannei“ und stellte sie hoch über die ungarischen Truppen, die jetzt „gegen die Freiheit“ in Italien kämpfen. Nun hat sich aber das Blatt plötzlich gewendet, und kein Italiener wird sich hier wohl mehr auf den Straßen zeigen dürfen.

## Amerika.

Die letzten in Philadelphia am 30. Mai aus Mexiko erhaltenen Nachrichten (durch den magnetischen Telegraphen) lauten für den Abschluß des Friedens günstiger. Man glaubt, daß es am 25. Juni vom mexikanischen Kongreß die Bestätigung erhalten wird, die man nicht länger verschieben kann, ohne das Land der ärgsten Zerrüttung und möglicherweise der Erneuerung des Krieges und der Gefahr noch größerer Einbuße auszusetzen. Der letzte Präsident von Mexiko Pena y Penna, an dessen Stelle ganz wider seinen Willen General Herrera ernannt wurde, hat die Annahme der Friedensbedingungen dem Kongreß aufs wärmste empfohlen, denn ein so schmerzliches Opfer auch die geforderte Abtretung von Ober-Kalifornien und Neumexiko sei, sei es doch im Verhältniß zu dem unglücklichen Kriege noch ziemlich mäßig. General Kearney und Oberst Ramsey sind mit 1200 Mann von Vera Cruz nach der Hauptstadt Mexiko aufgebrochen, wahrscheinlich, um den nordamerikanischen Forderungen gegenen Nachdruck zu geben. Namentlich hat sich der Staat Jelasko für Annahme des Friedens ausgesprochen.

Der in Europa principienmäßig geweckte Racenkrieg scheint sich über Amerika instinktmäßig zu verbreiten. Die neuesten Nachrichten aus Oregon lauten sehr betrübend. Vier mächtige Stämme haben einen blutigen Krieg gegen die Pflanzer begonnen; am 29. Nov. überfielen sie die presbyterianische Mission im Wallah-Wallah-Thal und ermordeten Dr. Whitman, seine Frau und 80 andere; 60 bis 70 Personen nahmen sie gefangen mit, die jedoch später durch Vermittlung des Obersaktors der Hudsonsbay-Gesellschaft befreit wurden. Im Monat Januar lieferten die Weißen den Indianern vier Treffen, in denen die Weißen Sieger blieben; an einer Stelle kämpften 500 Weiße gegen 2000 Indianer einen ganzen Tag lang, bis sich letztere zurückzogen. Die Weißen hatten keinen Todten, aber eine große Zahl Verwundete. Die Hudsons-Bai-Kompagnie ist um Hilfe ersucht worden, und der Gouverneur hat Truppen in das bedrohte Gebiet entsendet. Auch hat Präsident Polk dem Kongreß empfohlen, den Weißen in Oregon zu Hilfe zu kommen. Aus Yukatan erfährt man, daß die Indianer neuerdings unter Friedensversicherungen in die Stadt Marial eindrangen, Mittags aber über die Weißen herfielen, 200 männliche Personen tödteten und sodann die Frauen schändeten. (Man fühlt sich versucht, zu fragen, warum die sonst so interventionssüchtigen Mächte hier nicht einschreiten, wo es gilt, eine weiße Bevölkerung vor der Ausrottung durch friedensbedürftige Barbaren zu retten. Aber man intervenirt auch in der Regel nicht, um Andere zu schützen, sondern um aus Beelegenheiten Anderer für sich Nutzen zu ziehen. Endlich hat das selbstsüchtige Nordamerika erklärt, daß es eine Intervention europäischer Mächte in Yukatan nicht dulden werde, d. h. es hat die Yukatekos der Vernichtung preisgegeben. Ein von den Times angeführtes Gericht, daß sich Yukatan England in die Arme werfen wolle, wenn ihm dies in seiner Noth beistehe, und daß England hierauf eingegangen sei, muß wohl noch bezweifelt werden, da England gerade jetzt am wenigsten geneigt sein möchte, einen Konflikt mit den Ver. Staaten hervorzurufen.) In einem Theile von Texas, in mehreren nördl. Bezirken Mexiko's scheinen sich die Indianer ebenfalls. Inzwischen nahm auf Hayti die Revolution gegen den Präsidenten Soloque, der neulich 80 Mulatten mit kaltem Blut erschießen ließ, wie überhaupt der Kampf der Schwarzen gegen die Mulatten einen hitzigen Charakter an. Aus Südamerika erfährt man, daß Monagas an der Spitze von 5000 Bewaffneten gegen Maracaibo losrückte, nachdem er den General Peiry über die Grenze von Neugranada zurückgedrängt. Ferner entnehmen wir dem Cuadro Cronicle eine Notiz, wonach die Anhänger Vapineaus ganz offen eingestehen: wenn sie die Bevölkerung für eine Trennung Unterkanada's von Oberkanada zu gewinnen suchten, so wäre der Anschluß Unterkanada's an die Ver. Staaten ihr eigentlicher und einziger Zweck.

Die Demokraten in den Ver. Staaten haben den General Caß, frühreren Gesandten am französischen Hofe, zum Präsidenten, und General Butler, Oberbefehlshaber der Truppen in Mexiko, zum Vicepräsidenten vorgeschlagen. Wisconsin ist nun definitiv als 30. Bundesstaat in den Bund aufgenommen, er hat aber für's erste nur 3 oder 4 Stimmen, während z. B. Newyork 36 hat.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Knap., 72 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Brasilien Länder werden sich an H. L. Herzog in Straßburg Nr. 20 Brandg., Poste Nr. 20 Rue Neuve Dame du Nom-vel.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt fürhalb 2 fl. 24 kr. — durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 2 fl. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer kreuzweisen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 172. Heidelberg, Donnerstag 22. Juni. 1848.

## Uebersicht.

**Die Centralgewalt.** — **Wien** (die Eindrücke der Ereignisse in Prag. Versuch ähnlicher Wühlereien. Bevorstehende innere und äußere Lage der Monarchie. Einfall der Ungarn in Ungarn. Russische Truppen an der Grenze der Moldau. Graf Mensdorff an die Stelle des Fürsten Windischgrätz. Die Barrikaden wegeräumt. Die Kanonade eingestellt). **Prag** (die Stadt bombardirt). **Pilsen** (der Zustand der böhmischen Hauptstadt. Czechische Verdungen im Lande für Prag). **Triest** (die Dampfschifffahrt des Lloyd). **Berlin** (Stellung des Ministeriums. Prof. Meier in Halle). **Posen** (die polnische Agitation. Colomb. Die polnischen Prahlereien). **Vom Rhein** (die Anleihe in der Rheinprovinz. Zunehmende Anarchie; die Bürgerwehr). **Stuttgart** (die Unruhen. Die Beschlüsse der Nationalversammlung). **Rendsburg** (schleswig-holsteinische Ständeversammlung. Burgel. Kriegsnachrichten). **Von der Elbe** (Russische Flotte mit Kanonengstruppen in der Ostsee). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung. Erklärung der Versammlung über die Blokade von Triest. Welcker und Beckerath gegen Blum. Der Bann hat den Deutschen in Böhmen Truppen verschafft gemacht. Aerger der Linken deswegen. Verhandlungen der Nationalversammlung über die prov. Exekutivgewalt. Bundesbeschlüsse über Triest und Lauenburg).

**Großbritannien.** **London.** Die Zeitungspresse über die Heimsendung des span. Gesandten.

**Frankreich.** **Paris.** Die Zusammenkunft und der Widerstand in den Provinzen. Thiers Berichterstatter des Finanzausschusses. Eine Korrektur.

**Italien.** Treviso und Padua unterworfen. Aufruf der prov. Reg. zu Mailand an die Lombarden. Benedig geht Frankreich um Hilfe an.

**Beilage.** Die kirchliche Reform. — **Tirol.** Protestation der Welschtiroler gegen den Landtag. **Württemberg.** Truppen nach Heilbronn gezogen. **Schleswig-Holstein.** Waffenstillstand. Truppenzahl. **Schweiz.** Oesterreichische Truppen nach Grandsmorien zurückgezogen. Hochschule und Germanien bei der Tagsatzung verworfen. **Dänemark.** Kriegsnachrichten.

### Heidelberg, 21. Juni.

Unter den Mitgliedern der Nationalversammlung ist noch vor der Eröffnung der Diskussion über die Centralgewalt, die in der Sitzung vom 19. begonnen hat, Uneinigkeit über die Verschläge des Ausschusses entstanden und vorzugsweise über die Frage, ob nur ein Einziger an der Spitze der Regierung stehen solle oder ein dreihäuptiges Direktorium. Das Auftauchen dieser Uneinigkeit ist ein neuer Beweis davon, wie wenig geschlossene Parteiung unter der großen Majorität der Centren ist, und wie wenig selbst die Ausschüsse sich Mühe geben, ihre Vorbereitungen im Kreise der Vielen zu machen, sich der Ansichten im Voraus zu bemächtigen und zu vergewissern. Der Grundsatz, die Anträge der Ausschüsse, die aus der Majorität gebildet sind und den vorliegenden Fragen alle Aufmerksamkeit widmen, in möglichst allen Fällen anzunehmen, zu vertreten, und unangetastet zu lassen, ist der Majorität noch ganz fremd und uns Deutschen vielleicht überhaupt nicht zusagend. Wir sind zu individuell gebildet, zu eigensinnig bebarrend auf dem eigenen Kopfe, als daß wir uns Kritteleri und Mäkelei auch in solchen Dingen versagen sollten, wo eine entschlossene Einigkeit viel segensreicher wäre.

Indem die Ansicht hereingeworfen wird, die nur einen Einzigen an der Spitze sehen will, ist damit nicht etwa Ein Zweifel, sondern eine ganze Reihe angeregt. Es kann scheinen, als ob diese Ansicht den Monarchismus begünstige; es neigen sich ihr aber die Extremeren gerade auch zu, und von dem linken Centrum (im würtembergr Hof in Frankfurt, Raveaux, Gistra, Cetto u. A.) ist sie ausgegangen. Schon dies zeigt, daß Alles darauf ankommt, wie man die Frage versteht, und daß sie in sehr verschiedenem Sinn zu fassen ist.

Wollte man sich entschließen, einen Staat, und zwar den Mächtigsten, zum provisorischen Reichsverweser zu ernennen, dann würde die Nationalversammlung einen Akt des höchsten politischen Verstandes begehen; sie würde plötzlich Deutschland dem Auslande gegenüber in die Lage stellen, die ihm aus seinen augenblicklichen Verlegenheiten helfen würde; man würde in England und Rußland begreifen, daß wir in der That politisch mündig geworden seien; der große zu schaffende Staatskörper stünde schon vor seiner Verfassung fertig da; das Prinzip des Monarchismus wäre felsenfest gleich von vornherein begründet; diese schwierigste aller Fragen wäre sogleich provisorisch so entschieden, daß sich die Entscheidung nur bewähren dürfte, um die neue Ordnung für immer festzustellen. Die Welt würde Achtung vor uns bekommen und wir vor uns selber; wir sähen Deutschland durch solch einen Schritt für gerettet an. Leiter wagen nur wenige Menschen, diesen Gedanken ernsthaft zu ergreifen; würde er ergriffen, so würde er wahrscheinlich an dem vereinigten Widerstand der Republikaner, der Oesterreicher und der Unentschiedenen, die alles Energische für unmöglich halten und dadurch unmöglich machen helfen, scheitern müssen.

Will man irgend einen beliebigen deutschen Fürsten, einen nachgeborenen oder regierenden, will man einen Privatmann, bloß ernannt von den Regierungen oder genehmigt von dem Reichstage, oder auch bloß von der Nationalversammlung designirt, zum Reichsverweser oder zum Präsidenten machen, so sieht man schon aus diesen unsern Worten, daß dies eine ganz Reihe von Fragen ausspricht, die von sehr verschiedenen Leuten sehr verschieden beantwortet werden müssen. Das monarchische Prinzip wäre bei diesem Unitarismus nur wenig gefördert, es sei denn, daß bloß die Fürsten aus ihrem Kreise einen Verweser bestellten; auch so würden die Bundesmonarchien der einzelnen Staaten hintangesetzt sein. Nachtheil und ohne eine aufrichtige Stütze vielleicht unter den drei, gewiß unter den zwei Großstaaten Deutschlands würde dieser Eine schwerlich taugen, nach Außen eine imponirende Vertretung einzuleiten oder nach Innen der Anarchie gegenüber eine große Kraft zu entfalten. Noch viel weniger wird dies der Fall sein, wenn er ein bloßer Privatmann ist. Je mehr er dadurch den Charakter eines Präsidenten, je mehr dadurch der deutsche Bundesstaat den Charakter einer Republik erhält, desto weniger Achtung wird diese Anordnung nach Außen erwecken, desto schwieriger wird die Lösung der obwaltenden äußeren Fragen sein, auf die Alles ankommt. Der Eine, Präsident oder Verweser, wird ein Werkzeug der Nationalversammlung werden; das Ministerium wird seine Einsprache nicht achten, denn selbst der Eine Staat, dem er, wenn er ein Fürst wäre, entnommen sein könnte, würde ihn, und wenn es eine Großmacht wäre, kaum zu stützen wagen. Redner wie Heckscher, Bassermann, Duncker, die in der genannten Sitzung am meisten staatsmännischen Sinn verriethen, sprachen für die Dreiheit, weil sie den Einen in vereinsamter Höhe rathlos und ungestützt sahen, weil sie in dieser provisorischen Zeit in der Dreiheit eine bessere Einheit sehen, in der sich die Stämme und Einzelstaaten vorerst heimischer fühlen würden, weil sogar, gegen die Regel und Vermuthung, mehr Stärke und Kraft in den Dreien, als in dem Einen sein werde.

Sonderbar, daß sich eine Reihe von Rednern, und darunter selbst Dahlmann, für gleichgiltig in Beziehung auf diese Frage der Zahl erklärten! Sie schreint uns von der äußersten Bedeutung zu sein und von der Art, daß sie am allerwenigsten Schwanken erträgt unter denen, die es mit dem Monarchismus ernstlich meinen. Für die Männer dieser Seite kommt begreiflicherweise Alles darauf an, daß die Exekutivgewalt wirklich eine unverantwortliche Regierung sei, die mit dem Rechte des Veto bekleidet ist. Dies Recht, wenn es fruchten soll, muß für den Nothfall den Nachdruck der Gewalt und des Ansehens hinter sich haben. Wie dies bei Einem der Fall sein soll, außer wenn er der mächtigste unter den regierenden Fürsten ist, gestehen wir nicht zu begreifen. Ist aber das Direktorium aus Dreien gebildet, die von den Großstaaten bezeichnet sind, so wird in ihnen immer die vereinigte Macht dieser letzteren verkörpert erscheinen, das Ministerium wird an

Digitized by Google

ihnen in der That die Stütze haben, die eine so schwer verantwortliche Körperschaft nothwendig bedarf, die Nationalversammlung wird sich einer Staatsgewalt gegenüberstehen, deren Festigkeit, wie ein konservativer Redner in der gestrigen Sitzung bemerkte, im gegenwärtigen Zeitpunkt um so nothwendiger ist, da die Staatenkammer, die Kontrole der Beschlüsse des Volkshauses, jetzt noch mangelt; das nöthige Gleichgewicht der herrschenden Gewalten wird ganz anders hergestellt sein, als wenn ein Präsident, vollends ein bürgerlicher, ohne Rückhalt der Macht, an der Spitze, gewissermaßen in der Luft steht.

Auch das Ausland namentlich wird von den Empfehlern der Monas nicht berücksichtigt. Wer immer an diese Eine Stelle träte, könnte unmöglich im Auslande das Ansehen haben, wie drei von den Großstaaten in Einigkeit ernannte Männer. Und gerade in diesem Augenblicke thut Ansehen nach Außen so Noth. Aus welchem Lande der Eine gewählt würde, man würde draußen auf die Unzufriedenheit der beiden anderen Großstaaten spekuliren. Sobald ein Einziger beliebt würde, würde man draußen auf eine Verletzung der Selbständigkeit der Einzelstaaten schließen, auf einen halbrepublikanischen Zwang. Immer mit der Ausnahme, daß, wenn der Eine der mächtigste regierende Fürst wäre, die Sache sich allerdings gerade umgekehrt stellen würde.

Wer die drei Männer sein sollen, darüber ist man ebensowenig einig. Die Einen wollen drei fürstliche Häupter, und nennen Erzherzog Johann, Prinz Wilhelm von Preußen und Luitpold von Baiern. Wir zweifeln, daß sich diese Kombination großer Popularität zu freuen hätte. Früher nannte man unter denen, die für Bürgerliche sind, Schmerling, Camphausen und Mathy; auch Gagern und Dahlmann sind oft unter den Kandidaten genannt worden. Dürften wir rathen, so würden wir den Erzherzog Johann wählen für die Würde und Repräsentation nach Außen hin, Pfuel oder Bonin für die Handhabung der militärischen und irgend Einen der übrigen für die administrativen Dinge.

**Oesterreich.** Δ Wien, 16. Juni. Gestern war eine große Aufregung unter dem böhmischen Bethandtheil der hiesigen Arbeiter. Die Czechen, welche wegen ihrer Rubeströmen von hier angewiesen werden, waren zurückgekehrt und suchten auf alle Art die Arbeiter zu Unordnungen zu verleiten. Als dies mißlang, veranlaßten sie dieselben zu einer Petition, in welcher die Arbeiter unter Drohungen eine Erhöhung des Lohns (jetzt besteht derselbe in 25 kr. K. M.) und fortlaufende Bezahlung desselben, auch an jenen Tagen, an welchen sie nicht arbeiten, als an Sonn- und Feiertagen, sowie an Regentagen, verlangen. Dieser Petition schlossen sich alle böhmischen Arbeiter an und auch ein kleiner Theil deutscher wurde dazu verleitet. Sie wurde gestern Vormittag bei dem Sicherheitsausschusse eingereicht, welcher damit anfing, die Thüren des Hauses zu schließen, weil man drohte, die Arbeiter würden in Massen anrücken, wenn man der Deputation nicht sogleich Alles bewilligte. Dann wurde die Nationalgarde beordert, und als diese erschien, erklärte der Sicherheitsausschuß, daß man keinen der Punkte zu bewilligen gesonnen sei, indem alle deutschen Arbeiter sich zufrieden erklärt hätten; wer sich widersetze, würde von der Nationalgarde den Strafbehörden übergeben werden. Nach dieser kategorischen Erklärung entfernte sich die Arbeiterdeputation ruhig und bei dieser Ruhe blieb es auch heute. Die deutschen Arbeiter ließen dem Sicherheitsausschuß das Anerbieten machen: wenn man es ihnen erlaube, so würden sie die Unruhigen unter ihnen sammt den czechischen Aufwieglern mit Gewalt austreiben. — Eine telegraphische Depesche meldete gestern Abend um 7 Uhr, daß Prag neuerdings seit 8 Uhr früh beschossen wird. Um 14. war eine Kapitulation oder Waffenstillstand von den Czechen mit dem Fürsten Windischgrätz geschlossen worden. Man versprach in den Most, als das Militär in die Kasernen konfignirt wurde, die Barrikaden abzuräumen und sich theilweise zu entwaffnen. Das Militär wurde zurückgezogen, aber die Einstellung des Kampfes wurde von den Swornost-Männern nur dazu benutzt, um sich besser mit Pulver und Kugeln zu versehen, und 12 neue Barrikaden zu errichten. Der fanatische Gastwirth Faster ist nicht todt, er bietet das Landvolk der Umgegend jetzt auf, um gegen die Deutschen und das Militär zu ziehen. — Die Wiener Deputation mußte sich verkleidet aus Prag flüchten. Schon vor Ausbruch der Unruhen wurde sie in den Straßen so insultirt durch den Pöbel, welcher sie mit Stöcken, Steinen, alten Kochtöpfen ꝛc. verfolgte, daß sie sich sogar unter den Schutz des Militärs begeben mußte, um nur ihren Gasthof zu erreichen. — Das bekannte Spottlied wurde überall gesungen, wo sich die deutsche Nationalgardenuniform zeigte. Einer der Deputirten brachte drei Kugeln mit, welche während des Straßenkampfes am 13. in sein Zimmer flogen. — Eine Ministerialbekanntmachung sagt heute: Das Ministerium des Innern erhält soeben 10½ Uhr eine von der abgesendeten Hofkommission in Prag um 8 Uhr Morgens expedirte telegraphische Depesche folgenden Inhalts: Der Fürst Windischgrätz hat seinen Dienstposten niederzulegen sich entschlossen. Graf Mendorff übernimmt provisorisch das Kommando. Es läßt sich Ruhe erwarten. Die Kanonade ist eingestellt. Die Truppen werden in dem Maße, als Barrikaden abgeräumt werden, einrücken.

**Wien**, 16. Juni. Ein Korrespondent der Allg. Z. setzt hinzu, daß seitdem der von früher her in Prag sehr beliebte Graf Mendorff den Oberbefehl der Truppen übernommen habe, die Ruhe wieder hergestellt und die Barrikaden abgetragen worden seien. Der Sicherheitsausschuß hat die wieder zurückgekehrten czechischen Studenten abermals aus Wien fortgeschafft und ist mit Entschiedenheit den Arbeitern entgegengetreten, die sich seitdem ruhig verhielten.

**Wien**, 16. Juni. Während die Nachrichten über die Operationen des Heeres in Italien wieder günstiger lauten, auch für den Augenblick die Ruhe in Wien und gerüchtweise auch in Prag wieder hergestellt, keineswegs aber gesichert ist, erfährt man, daß die Serben und Illyrier an der südöstlichen Grenze Ungarns aufgestanden und in das Bacser und Torontaler Komitat eingefallen sind. In der Gegend von Gorpodolinga steht ein 6000 Mann starker Haufe von Raizen und Czaikisten mit mehreren Kanonen. Neusatz war ernstlich bedroht. Diese Empörung steht ohne Zweifel mit dem Aufstande in Prag in Zusammenhang. Ferner wird gemeldet, daß man in Siebenbürgen einen russischen Spion aufgegriffen und durch ihn erfahren habe, daß an der Grenze der Moldau 60,000 Mann russische Truppen bereit stehen, jeden Augenblick dort einzurücken, und daß sowohl im Banat als in Serbien und in der dortigen Gegend überhaupt russ. Emissäre ausgeschickt seien, um die dort befindlichen Ruthenen zu einem Aufstand vorzubereiten, der in dem Augenblick ausbrechen soll, als die Russen die moldauische Grenze überschritten haben würden. — Triest steht jeden Augenblick einem Angriff der feindlichen Flotte entgegen, Venedig trifft die Hilfe der französischen Republik nur, und während so Oesterreich von innerer Auflösung und von einem Kampf mit Russen und Franzosen zugleich bedroht ist, sitzt der Kaiser, auf den Rath aristokratischer Weiber, die ebensowenig wie ihre jesuitischen Freunde die Monarchie retten werden, in seinem Schmollwinkel zu Innsbruck!

Das „Dresdner Journal" berichtet aus Dresden, 17. Juni: Die wenigen Reisenden, die gestern Abend aus Prag, wo ihr Fortkommen mit Lebensgefahr verbunden war, ankamen, brachten die Nachricht, daß das Bombardement derjenigen Stadttheile, welche sich noch nicht ergeben, sehr stark fortdaure. Fürst Windischgrätz hat das Kommando wieder übernommen und Befehl von Wien erhalten, mit der größten Energie zu verfahren. Die Stadt wurde am 15. Juni Abends 9 Uhr geschlossen, nachdem man die ruhigen Bürger, die Frauen und Kinder aufgefordert hatte, vorher die Stadt zu verlassen. Das Bombardement wird darauf nach und nach mit steigender Heftigkeit eröffnet. Zuletzt soll mit 80 Kanonen gefeuert sein, gegen 18,000 Mann sind in und bei Prag zusammengezogen. Der Kampf ist sehr schnell durchaus ein Kampf der Czechen gegen die Deutschen geworden, und zwar unter der Trennung der Ultraczechen von der aristokratischen Partei. Die deutsche Bürgerwehr steht auf Seite der Truppen. Dabei sollen sich die deutschen Demokraten in der eigenthümlichen Lage befinden, auf Seite des auch ihnen mißliebigen Militärs zu kämpfen. Der Fanatismus und die scheußlichen Gräuelthaten der Czechen sollen kaum zu schildern sein. Gewiß wird das Militär siegen; andernfalls wären die Deutschen in Böhmen verloren. Die Czechen haben in den von ihnen noch besetzten Stadttheilen die „Republik" ausgerufen, und die noch bei ihnen stehende provisorische Regierung will lieber unter den Trümmern fallen als sich ergeben. Mehrere hundert Soldaten (böhmische) sind zu ihnen übergegangen. Graf Leo Thun ist aus seiner Haft entlassen. Faster soll nicht gefallen, sondern gestehen sein und die ganze Landschaft gegen die Deutschen allarmiren. Daher ist auch für die deutsche Volksversammlung in Aussig die Aufforderung ergangen, gegen einen Czechenüberfall Vorsicht zu gebrauchen. Solche Befürchtung scheint zu weit gegangen, da in der Nähe vorläufig Alles deutsch und die Bürger bewaffnet sind.

Aus Dresden, 18. Juni, Morgens 6 Uhr, wird der „Leipzig. Zeit." gemeldet: Das Dampfschiff hat uns gestern Abend wieder schreckliche Nachrichten aus Prag gebracht. Nach der Beschießung der Straßen und Barrikaden am 15., mit welcher Windischgrätz seinen Zweck nicht erreichen und die aufrührerischen Czechen zur Kapitulation bringen konnte, erließ er eine Proklamation, worin er alle die, welche die Stadt verlassen wollten, aufforderte, das zu thun; er wolle die

Digitized by Google

Truppen in unnützem Straßenkampf nicht aufopfern und jetzt zum äußersten Mittel schreiten, darum werde er die Soldaten vor die Stadt und auf die Kleinseite legen und von da Prag mit größter Strenge des Krieges bestrafen. Am 16. 6 Uhr Abends beginne das Bombardement. Die Truppen zogen aus. Viele Einwohner strömten nach den Thoren, um den Schrecknissen der Stadt zu entfliehen; allein es heißt, das Volk habe nur alte Leute, Frauen und Kinder herausgelassen, alle kräftigen Männer aber zurückbehalten und sie gezwungen, Waffen zu nehmen und Barrikaden aufzuwerfen, und mit ihnen die Stadt gemeinschaftlich zu vertheidigen; dabei sollen entsetzliche Gräuel verübt worden sein. Soviel ist gewiß, daß die große Mehrzahl der aus Prag Geflohenen aus Frauen bestand, daß aber auch eine Menge Prager Familien von Freunden und Verwandten in Dresden mit banger Sorge vergebens erwartet wurden, trotzdem daß sie wohl wußten, daß sie hier eine Zuflucht finden würden. Die Flucht aus der Stadt muß also, trotz der Proklamation des Fürsten Windischgrätz, mit vielen und großen Schwierigkeiten verbunden sein. Graf Leo Thun ist, wie sein Bruder, in Verkleidung aus der Stadt nach Teschen entkommen. Am 16. Nachmittags begann die Beschießung der Stadt vom Wischehrad, dem St. Lorenzberge und von der Kleinseite über die Moldau, namentlich gegen das Klementinum, das Karolinum und die umliegenden Straßen gerichtet; die Häuser stürzen zusammen; eine Brandrakete wurde geworfen; die Jesuitengasse steht in Flammen. Die Kanonade dauerte bis 10 Uhr. Soweit unsere Nachrichten. Es gibt wenig große Städte, die so gelegen sind wie Prag, um von denen, die die Höhen innehaben, in Grund und Boden geschossen zu werden. So kann denn der Trotz der Czechen, die schon auf die Existenz der Deutschen auch weiter Rücksicht nehmen, in Trümmerhaufen der Stadt in einen Trümmerhaufen verwandeln, unter dem sie begraben werden.

**Pilsen**, 17. Juni. Die Reg. Z. bringt von hier Nachstehendes: Auch am 16. seine Prager Post, seine Estaffette und kein Wiener Paket, nur flüchtige Studenten kommen von dorther und erzählen die schrecklichsten Scenen. Das Militär hat noch die Höhen und die Thore besetzt; die Nationalgarde ist noch neutral, die Sworn-nostkudenten und Arbeiter, eigentlich die Ultraczechen, sind noch nicht besiegt, trotz einer furchtbaren Metzelei. Am 16. hieß es, auf der Brücke wären die russischen Fahnen aufgepflanzt. Abends kam die Nachricht hierher, die Czechenpartei habe die weiße Fahne aufgesteckt. Durch die Ungewißheit von der wahren Lage der Hauptstadt ist hier eine außerordentliche Aufregung und Spannung zwischen Deutschen und Böhmen. Zwischen Fordern die Nationalgarde und Bauern auf, um Prag ern, resp. den Czechen, Hilfe zu bringen; man trotzt Jenen, welche nicht mitziehen wollen, und doch hat man nicht hinlänglich Waffen. Die Deutschen gehen nicht nach Prag, indem sie gut wissen, was sie von den Czechen zu hoffen haben. Am 16. wurde hier auf dem Platz öffentlich mit der Fahne geworben für Prag, endlich entschied man sich, eine Deputation eiligst nach Prag zu senden, welcher sich eine Deputation von Klattau anschloß. Bei uns ist vollkommene Anarchie. Siegt in Prag die Ultraczechenpartei, so ist ein Bürgerkrieg zwischen den Nationen unvermeidlich. Nur die Ungewißheit hält noch die fanatisirten Czechen zurück. Man spricht und ich glaube fast auch, daß man zwischen Prag und Pilsen die Posten und Estaffetten aufzufangen hat. Alles hört zu arbeiten auf und sammelt sich in Gruppen. Die Studenten forderten von der Schützengarde Gewehre, auch dem Militär Munition, welchem noch nicht entgegen wurde. Einige glauben, Pilsen werde in Tauß werden und mit einigen Tausenden nach Prag ziehen, an welche sich natürlich alle Czechen anschließen werden. Mit dem böhm. Landtag wird es Nichts werden.

* **Triest**, im Anfang Juni. Am letzten Tage des vorigen Monats hat die Direktion in einer General-Versammlung der Aktionäre von der Dampfschifffahrtsgesellschaft des österreichischen Lloyd ihren Jahresbericht abgelegt. Der Zustand dieses Zweiges des umfangreichen Etablissements am Ufer des adriatischen Meeres stellt sich als auch ferner blühend heraus. Die Gesellschaft besitzt trotz ihres erst elfjährigen Bestandes bereits 31 Seedampfschiffe, von denen das kleinste 125, das größte aber 763 Tonnen mißt, und hat im letzten Jahre von ihren 3 Millionen Betriebskapital nach Abzug aller Auslagen, Verwaltungskosten und reichlich gerechneten Abnutzungsposten ein reines Gesammterträgniß von 583,000 fl. (20%) also einen Gewinn von einka 20%, aufzuweisen. Von ihrer Wirksamkeit wird man sich am leichtesten einen Begriff machen können, wenn man bedenkt, daß sie nicht allein, mit Ausnahme der französischen Linie zwischen Marseille und Konstantinopel, den gesammten Schnellverkehr des mittelländischen Meeres von Triest östlich bis nach Trapezunt besorgt, sondern auch bereits Behufs der ostindischen Ueberlandspost Agenturen in Bombay, Singapore, Ceylon, Manilla, Canton und Hongcong eingerichtet hat. Daraus allein mag sich schon hinreichend ergeben, wie wichtig eine Stadt für Deutschland stets sein wird, welche außer ihrer glücklichen Lage einen solchen Unternehmungsgeist der Bewohner besitzt.

**Preußen.** * Berlin, 16. Juni. Nach Briefen unter diesem Datum, die uns vorliegen, scheint es uns kaum denkbar, daß sich das Ministerium halten wird. Canitz, Schwerin, Arnim sind ausgeschieden; man schient anzunehmen, daß auch Auerswald auf die Länge nicht aushalten werde; ob auch dann Camphausen und Hansemann sich besser vertragen, ob sie sich zweckmäßig verstärken werden können, muß die nächste Zukunft lehren. Die Lage ist durch das Votum über den Entwurf noch kritischer geworden; das Ministerium, dessen Entwurf nun nur als Material angenommen wird, windet sich auch an dieser Klippe vorbei; sie wird aber sicht zu einem Schifferuck irgend einer Partei führen. Die reaktionäre Gewaltpartei laurt auf eine Gelegenheit; ihr ist das Votum nicht angenehm, weil es auf eine Weile Ruhe schaffen wird und die Radikalen für den Augenblick beseitigt. Rechtlich ist gegen das Votum Nichts zu sagen. Die Versammlung ist zu Vereinbarung der Verfassung berufen; sie ist als gleiche Macht anerkannt von dem König; sie braucht darum den Entwurf der Minister nicht zu Grunde zu legen; sie kann sich ihrerseits ihren Vorschlag machen. Es kann nur darauf an, ob die Versammlung dem König das Recht der Annahme ihres Entwurfes bestreitet. Die Linke wird es beabsichtigen. Ob sie damit durchdringt, ist zweifelhaft. In jedem Falle aber wird sie die Verfassung so modificiren, daß Das, was dem König selbst in dem Entwurfe der Minister noch allein verföhnte, ja was sehr wahrscheinlich von ihm selbst herrührt, die Bildung der ersten Kammer, ausfällt. Können ist voraussichtlich, daß der König beharren wird. Er hat dies oft gesagt; die Absichtserklärung des Prinzen von Preußen hat hierin allein ihren Schlüssel. Wird er nun darauf eingehen, sich jede Bedingung diktiren zu lassen? Wird das Ministerium, das freilich nicht an der ehrlichen Kammer hängen mag, jedem Angriff in dieser Art weichen können, ohne sich aller moralischen Kraft zu entblößen? Wird es nicht dahin kommen, daß sich kein Minister mehr vorfindet, den der Fürst mit Ehren annehmen kann? Und wird dies nicht endlich nothwendig zu Reaktion und Diktatur führen? Diesem Ausgang wird man demokratischer Seits durch eine Schilderhebung für die Republik zuvorzukommen suchen. Wie lange dies dauern möchte, wagen wir nicht zu sagen. Die Provinzen sollen neurlich nicht mehr so reaktionsfreundlich sein; doch ist das Militär gewiß verläßig, und die Reaktionspartei wird dann offen heraustreten. Eine Resolution der Frankfurter Versammlung und ihre Verfassungsbestimmungen Frankreich im Zaume, so hat es seine Ruh, Preußen wird aus seinen Ostprovinzen wieder sein Ansehn herstellen, und dürfte dabei einen momentanen Verlust seiner Rheinprovinz vielleicht kaum scheuen. Alles kommt darauf an, daß bei der Gegenwirkung gegen die Anarchie der politischen Reaktion dann nicht die leiseste Konzession gemacht werde.

**Berlin**, 17. Juni. Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten hat sich veranlaßt gesehen, die Geschäfte des Professors der Beredsamkeit an der Universität in Halle wieder dem ordentlichen Professor Dr. Meier in der dortigen philosophischen Fakultät zu übertragen. Gleichzeitig ist die Kontrole, welche seit dem Jahre 1844 in Betreff aller von dem Professor der Beredsamkeit oder einem andern Professor im Namen der Universität halle verfaßten Schriften bestand, aufgehoben und dem Vertrauen meiner Kollegen gegeben, daß auch ohne eine solche Kontrole die Professoren der Beredsamkeit an den inländischen Universitäten bei den von ihnen zu verfassenden amtlichen Schriften die Rücksichten zu ehren wissen, welche das gemeinsame Interesse der von ihnen vertretenen Korporation erheischt.

† **Posen**, 17. Juni. Wir sind begierig zu erfahren, was aus unserem Mitbürger Moraczewski, Mitglied des früher hier gewesenen polnischen Komités, seit den Prager Scenen geworden ist, der die erste Idee zu dem panslavistischen Kongreß in Prag gegeben und dort auch nächst Dr. Libelt, Mitunterzeichner des Frankfurter Protestes gegen unsere Deputirten, unter den Polen die bedeutendste Rolle gespielt hat. Wir vermuthen, daß nunmehr in Dresden eine Art Kongreß veranstaltet werden wird, wo schon seit Wochen angesehene Polen in Menge sich sammeln. Bei uns hier ist die kurze „Russomanie" in die abgemagte Politik des Schreckens mit dem russischen Kriege übergegangen. Die „Gazeta polska" läßt sich Briefe von russischen Officieren schreiben, welche vor Begierde brennen, einen „Spaziergang nach Westen" zu machen, die deutschen unter polnischem Einfluß stehenden Blätter wissen genau, daß in wenig Tagen unsre Festungen belagert sein werden — wir aber hier sind ganz ruhig und von dem angeblichen russischen Riesenheere halten wir nur die Nachrichten über das Kaiserliche Lager für wahrscheinlich. Unser Kommun-

Digitized by Google

dieren der, v. Golemb, der im April um seinen Abschied nachsuchte (er ist in den 70ern), weil er mit den Militärlasten Maßregeln und dem Verfahren des Ministeriums nicht im Einklang war, hat den Abschied nicht erhalten, sondern einen Ruhepossten in der Gouvernementsstelle von Königsberg. Wir verlieren den alten, leutseligen Freiheitshelden ungern, wiewohl wir ihm bei seiner sonstigen Jugendlichkeit in den schönen April- und Märztagen mehr Energie angewünscht hätten. — Der Zeitpunkt seiner Beseitigung ist von Seite des Ministeriums nicht günstig gewählt, weil im Publikum Aufregung darüber entsteht und die Polen die Maßregel in der Weise auslegen, daß sie die Mißbilligung der, in der polnischen Sache bisher befolgten Politik darin finden wollen. — Ueberhaupt führen sie zuweilen eine so übermüthige Sprache, daß man erstaunen muß. Unter Anderem scheuen sie sich nicht, offen zu äußern, daß, wenn sie es nur mit unseren Ministern zu thun hätten, sie längst am Ziele wären. Nach ihren eigen Experimenten zu urtheilen, hätten sie freilich Recht. Wir sind übrigens zufrieden damit, daß sie unmilitärlich der deutschen Bevölkerung ein derartiges Zugeständniß machen, die sie früher so leicht zu beseitigen vermeinten. An v. Colombs Stelle kommt wahrscheinlich Generallieutenant von Brünneck.

** **Vom Rhein**, 18. Juni. Die freiwillige Anleihe, welche gegenwärtig im Werke ist, und nach den Erklärungen, welche vor Kurzem der Finanzminister Hansemann in öffentlicher Weise abgab, einen so schlechten Fortgang nimmt, daß bei einer Einwohnerzahl von mehr als 16 Millionen damals noch nicht der Betrag von 1 Million Thaler gezeichnet war, scheint namentlich in der Rheinprovinz seither ein Resultat ergeben zu haben, welches für die großen Mittel, über die sie gebietet, kaum nennenswerth ist. Allerdings lastet die Noth der Zeit drückend auf Reich und Arm, aber die Rheinprovinz theilt dies Loos mit allen übrigen Provinzen und mit ganz Europa, und wenn es sich bestätigt, daß in neuester Zeit die übrigen Provinzen sich mit großer Aufopferung an jener Anleihe betheiligen und bereits eine Menge Silbergeschirr zum Einschmelzen an den Staatsschatz abgeliefert ist, so wird hoffentlich die reichste Provinz von allen nicht länger zurückstehen wollen. Der Anfang zu bedeutenderen Zeichnungen ist auch bereits in Köln gemacht, wo auf Anregung des „Bürgervereins", eines Vereins, der sein Entstehen der Erkenntniß der Nothwendigkeit verdankt, den verderblichen Einflüssen und Mühlereien der aus den Stollwerk'schen Versammlungen hervorgegangenen „demokratischen Gesellschaft" entgegen zu wirken, in wenig Stunden eine Summe von über 60,000 Thlr. gezeichnet war. Es mag indeß dahingestellt bleiben, ob dieser plötzliche Eifer einem patriotischen Gefühle entspr ist oder nicht vielmehr eine Folge der in Aufsicht gestellten Zwangsanleihe ist, deren Ankündigung unter solchen Umständen allerdings einer Pistole sehr ähnlich sieht, welche man Einem auf die Brust setzt, um ihn zu einer „freiwilligen" Gabe aufzufordern. Wir wissen einmal, daß die Anleihe zusammengebracht werden muß in dieser oder jener Weise, daß wir zahlen müssen so oder so, und wir sind zu gute Rechner, als daß wir nicht lieber 5 Proc. Zinsen einstehen, welche für die freiwillige Anleihe geboten sind, als 3 oder 3½ Proc., auf welche der Zinsengenuß für die Zwangsanleihe herabgesetzt würde, ganz abgesehen davon, daß wir im ersten Fall, außer einem Gewinn von Procenten, noch obendrein zum Rufe trefflicher Patrioten gelangen können. Doch, im Ernste gesprochen, es ist jetzt wahrlich nicht die Zeit, wo man mit dem wohlfeilen Patriotismus ausreicht, der sich in Deklamationen bei der Flasche und beim Dessert, in großen Worten in Klubs und Volksversammlungen breit macht; die Zeit verlangt Opfer von Jedem, wer es auch sei, und der Egoist, der sich nicht erheben kann zu dem Gefühl und Bestrebigung finden in diesem Gefühl, daß die Opfer, die er bringt, das Wohl und Gedeihen des Vaterlandes zu fördern bestimmt sind, er mag wenigstens bedenken, daß das Wohl und Gedeihen des Ganzen sein eigenes bedingt, und daß ein allgemeiner Bankbruch auch ihn in seinen Wirdel hineinreißen würde. Und das möchten wir vor allen Dingen derjenigen Partei au's Herz legen, welche fort u. fort beschäftigt ist, den letzten Rest des Vertrauens und des Kredits, die letzten Spuren gesetzlicher Autorität zu vernichten. Schon ist es weit gekommen mit dem einst so gepriesenen Sinne des Rheinlandes für Gesetz und Gesetzlichkeit. Die Polizei ist längst ohne die geringste Macht; sie wird noch geduldet, weil sie sich ruhig verhält; die Polizeibeamten haben keine Strafturen, und wenn hier und dort ein alter Groll gegen sie erwacht und sich in etwas sichtbarer Weise Luft macht, so denkt man unwillkürlich an die Worte in Heine's Winkermährchen, wo die Hunde im langweiligen Kachen die Fremden ersuchen, ihnen einen Fußtritt zu geben: „das wird uns erstaunen ein wenig". In neuester Zeit ist aber auch die Wirksamkeit der Justiz gefährdet. In den unteren Schichten des Volkes beginnt man die Exekution gerichtlicher Urtheile für eine Barbarei und für ein Ueberbleibsel des „Polizeistaates" zu halten; es ist so weit gediehen, daß gerichtlicher oder Zwangsverkäufe in Köln z. B. nicht mehr möglich sind: die mit dem Verkaufe beauftragten Gerichtsvollzieher sind mißhandelt und verjagt, die ertrahirenden Gläubiger hat, wo sie zugegen waren, dasselbe Loos getroffen, die abgepfändeten Effekten und Waaren sind gewaltsam fortgetragen. Das Militär ist requirirt: es hat erklärt, und es hat Recht darin, daß es nur auf Aufforderung der Bürgerwehr einschreiten würde; die Polizei ist requirirt: die Polizei hat sich schüchtern herangewagt und ist verlacht und verhöhnt wieder abgezogen; die Bürgerwehr ist requirirt und ist spaßam erschienen, am sich die Sachen in aller Ruhe und lachend anzusehen. Sie sehen, unsere Anstalten für die öffentliche Sicherheit und die Handhabung der Gesetze sind bewundernswürdig. Dagegen hält allerdings die Bürgerwehr jetzt jeden Sonntag Morgen eine große Parade ab, bei welcher auch nicht die geringste Kleinigkeit von dem fehlt, was man sonst als Kamaschendienst verspottete, und später detachirt sich die betreffende Kompagnie in vollem Kriegsschmuck bei der Kirmesprocession ihrer Pfarre, um dafür am folgenden Tage den öffentlichen Dank der Gesellschaft für ihre „andächtige Haltung und fromme Mitwirkung zur Verherrlichung des Zuges" entgegenzunehmen. Gott besser's, sag' ich auch diesmal.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 19. Juni. Verlobungen sind alle die neueren Nachrichten, welche über den Geist der Unzufriedenheit von unserm Lande aus berichtet werden müssen. In Heilbronn herrscht jetzt wieder volle Ruhe, aber man bedenke auch die umfassenden Maßregeln, welche ergriffen, die großen Truppensendungen, welche für nöthig befunden wurden. Jetzt sind die sämmtlichen Truppen, die nahin abgesandt waren, wieder zurückgezogen, mit ihnen das 8. Regiment, die Heilbronner Garnison, welches jetzt zuerst in Ludwigsburg zu verbleiben hat. Das Nachspiel ist nun: Wer zahlt die Kosten? Sicher wird man jetzt von vielen Seiten die Truppenverlegung unnöthig finden wollen. Wir glauben, daß gerade im Kostenpunkt für die Ruhe eine Bürgschaft liegt, wenn mit Strenge jede schuldige Gemeinde zu Bezahlung der Kosten angehalten wird. Behörden, Beamte, Bürgerwehr werden dann zusammenwirken und können vereint auch Excesse verneinden. Man sollte meinen, ihnen vereint hätte es auch in Weinsberg gelingen müssen, die dort geschehene Befreiung der übrigens jetzt wieder eingebrachten und anderswo in Haft gesetzten Untersuchungsgefangenen zu verhindern. — Man hegt hier die zuversichtliche Hoffnung, unsere Regierung werde in kürzester Frist eine offene Anerkennung der Gültigkeit der Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung aussprechen.

†‡ **Arnsberg**, 15. Juni. Der zweiten Sitzung der schlesisch-westphälischen Ständeversammlung ward heute das Finanzbudget vorgelegt, welches ein, wider alles Erwarten, günstiges Resultat liefert; denn es zeigte sich, daß am 1. Juni ein baarer Kassenbestand von 1,589,313 Rthlr. 9 Schilling vorhanden war, und daß die Einnahmen noch 3,414,585 Rthlr. für die Monate Juni bis December betragen würden, so daß 5,003,898 Rthlr. 9 Schilling die Gesammteinnahme bilden würden, eine über alle Erwartung günstige Gestaltung unserer Finanzen, obgleich in dieser leidlichen Zeit die Einnahmen nicht die Ausgaben decken werden; sehen wir aber die Finanzverhältnisse anderer Länder an, so müssen wir mehr denn zufrieden sein, denn diese haben ohne Krieg nicht die nöthigen Einnahmen, um die Ausgaben zu decken. Da voraussichtlich die Zolleinnahmen nicht so bedeutend wie früher sein werden, so hat man die Zolleinnahme um 500,000 Rthlr. geringer angeschlagen, als sie sonst wohl aufgebracht haben würden. Die Ausgaben dagegen belaufen sich auf 5,570,545 Rthlr., so daß ein Deficit von 500,000 Rthlr. ergibt. Die Ausgaben sind folgende:

| | |
|---|---|
| für die Militzen unerledigte Ausgabenposten zu Anfang Juni . . . . . | 300,000 Rthlr. |
| für die Anschaffung von Montur und Waffen für 15,000 Mann . . . . . | 800,000 „ |
| Unterhaltung für die Armee auf 7 Monate . . | 2,000,000 „ |
| für die Vertheidigung der Küsten und Häfen . | 500,000 „ |
| für die preußische Regierung und ihre Büreaux | 51,000 „ |
| für unvorhergesehene Ausgaben . . . . . | 500,000 „ |
| zweifelhaft eingehende Steuern im nördl. Schleswig | 500,000 „ |
| Kassenfonds . . . . . | 600,000 „ |
| Metallfonds der Altonaer Münze . . . . | 2,000,000 „ |
| die Einnahme des December, die erst im Januar bis März 1849 eingeht . . . . . | 1,800,000 „ |

also hat die Ständeversammlung noch anzuschaffen nöthig 3,666,646 Rthlr. Außerdem sei aber noch erforderlich für den Bau des Husumer Hafens für dieses Jahr 211,335 Rthlr.; die Erfordernisse der Jahre

Digitized by Google

1849, 50 u. 51 mögen die folgenden Kammern bewilligen, wenn sich Mittel dazu anschaffen lassen. Außerdem fordere Christiansen eine Bewilligung von 100,000 Species für die zu schaffende Marine und Liedemann die Errichtung eines Kriegsministeriums, welches jetzt dringendes Bedürfniß sei. — Bis auf Alsen haben die Dänen nun Schleswig ganz geräumt, so daß auf dem deutschen Festlande kein Feind mehr sichtbar ist, wogegen sie aber noch stets von den Kriegsschiffen aus das Land beunruhigen. Am 8. waren die Dänen noch in Tostlund, dänische Patrouillen kamen sogar bis Lygumkloster, welches wieder von Deutschen besetzt ist. Die Bauern um Tostlund sind von den Dänen aufgefordert worden, um ihnen die Bagage nach Kolding zu fahren, eine Arbeit, welche daß zum zweiten Mal von ihnen gefordert werden wird, da sie die Bagage der Schweden gleichfalls fahren sollen. Die deutschen Truppen dagegen stehen um Hadersleben und Apenrade concentrirt und zwar sind einzelne Patrouillen vorgeschoben bis Oberjadal, $^1/_2$ Meile westlich von Hadersleben, wogegen nördlich von Apenrade die schleswig-holsteinischen Truppen stehen, das v. d. Tann'sche Korps selbst ist in Apenrade, und südlich von Apenrade stehen die Preußen, von denen am 11. d. M. noch 100 Mann des Kaiser Alexander Regiments in Apenrade eingezogen, um das Signalisiren der dänisch gesinnten Bürger an die dänischen Schiffe unmöglich zu machen. Dem Schiffsbaumeister Andersen, den man dabei faßte, hielt man nun auf offenem Markte eine Strafpredigt und nahm ihm die dänische Flagge weg, mit der er bisher signalisirt hatte, nahm ihn aber nicht mit fort, was jedenfalls Unrecht ist, da er nun wohl die nächste Gelegenheit benutzen wird, es wieder zu thun. In Tostlund sind nun die Dänen zum zweiten Male gewesen, hätte man sie das erste Mal gehörig verfolgt, so wären sie alle gefangen genommen worden und nie wieder gekehrt. Nach der Schlacht bei Schleswig trafen nämlich am Mittwoch nach Ostern 5000 Dänen, wobei ein Kavallerieregiment, auf der Flucht dort ein, topf- und fußerroth, wie sie waren, verzweifelten sie an ihrem Fortkommen, und selbst die Offiziere gaben sich verloren, doch da sand man die Verfolgung und Aufsuchung der Feinde auf und ließ die Dänen entkamen. Dies war der entscheidende Augenblick, der hätte benutzt werden müssen, durch dies Versehen sind alle Anstrengungen nutzlos gewesen, jetzt sind die Dänen zwei Tage Vorsprung verdrängt, aber alle Küsten und Landungsplätze müssen scharf bewacht werden, da die Dänen die Mittel besitzen überall zu landen, was große Truppenmassen nöthig macht.

Von der Elbe, 15. Juni. Man schreibt der Allg. Z. Eine russische Flotte kreuzt in der Ostsee. In der zweiten Hälfte des vorigen Monats herrschte in Kronstadt in der Marine große Thätigkeit, die Schiffe sind für längere Zeit vollständig und mit größerer Sorgfalt, als gewöhnlich in Rußland geschieht, ausgerüstet worden, da die genaueste Aufsicht und schärfste Kontrole stattfand. Nach und nach wurden etwa fünfzehntausend Mann Landungstruppen an Bord geschafft. Wir werden in der nächsten Zeit hören daß die Flotte im westlichen Theile der Ostsee kreuzt. Geopfstet Konstantin hat sich bereits in Dänemark gezeigt.

§ Frankfurt, 19. Juni. (Fortsetzung.) Mammen und Wesendonk sprechen nun wieder gegen den Kommissionsantrag und für die Blum-Trützschler'schen Anträge. Der Letztere bestreitet, daß Deutschland als Gesammtbundesstaat auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie stehe. In den Einzelstaaten sei dies der Fall, aber für Deutschland als Gesammtstaat sei ein neuer Boden erst zu schaffen, und hier sei die Frage, ob man in die konstit. Monarchie hinübergehen wolle. Nach seiner Erfahrung wünsche man das im Allgemeinen nicht. Deutschland in eine einheitliche Republik zu verwandeln, halte er für unausführbar; es sei in einem großen Staate überhaupt unausführbar, wie das abermals das Beispiel von Frankreich zeige. Aber das schließe nicht aus, daß man dem ganzen Bunde der konstit. monarch. Staaten eine republikanische Spitze gebe. Der Antrag des Ausschusses würde ein Präjudiz für einen konstit. Kaiser sein, und das wolle er nicht. Außerdem spricht er für die unbedingte Wahl durch die Nationalversammlung und die Parteiwuthlichkeit des Direktoriums. Bassermann. Es liegen zwei Anträge vor, welche wesentlich auseinander gehen, ob das Direktorium nur ein Vollziehungsausschuß der Nationalversammlung, oder aber eine Regierung sein soll. In Beziehung auf die Personen habe das keinen Einfluß; sie werden nach dem einen oder andern Beschlusse dieselben sein, denn es könnten in beiden Fällen keine andern sein, als die, welche die Majorität der Versammlung für sich hätten. Die Linke aber wolle, daß sie nur ein Vollziehungsausschuß der Nationalversammlung seien, das heißt, daß diese Versammlung durch sie selbst regiere. Der Redner fragt, ob das weise sei? Wenn nun morgen die Nachricht komme, daß Triest beschossen werde, sollte dann deßhalb ein Antrag in die Nationalversammlung gebracht, dem Peterlitzausschuß zugewiesen, über seine Dringlichkeit debattirt, endlich begründet werden, damit darauf ein Ausschuß gewählt, Bericht erstattet, eine Tagesordnung zur Diskussion anberaumt, endlich über die Fragestellung gestritten und dann namentlich abgestimmt werde? Und dann wäre nun erst endlich ein Beschluß gefaßt. Was aber solle indeß aus Triest werden? Nein, eine Regierung brauchen wir, welche handeln kann, schnell und ohne lange zu fragen. Wer sie gewählt hat, ist einerlei, wenn es nur die rechten Personen sind, und diese die Mehrheit der Nationalversammlung für sich haben. Das müssen sie aber nach dem einen, wie nach dem andern Vorschlag. Der Redner will sich nicht gerne sosagen von allen bestehenden Verhältnissen und erklärt die Verwürfe, welche der jetzigen Bundesversammlung und den jetzigen Regierungen gemacht werden, für ungerecht. Man werfe die Vergangenheit und Gegenwart absichtlich zusammen, und nehme keine Rücksicht darauf, daß sowohl die Bundesversammlung, als die Regierungen der Einzelstaaten seit 3 Monaten aus Männern bestehen, welche 40 Jahre lang gegen das frühere Regierungssystem mit der größten Aufopferung gekämpft haben. Man spreche von Verrath an der Volkssouveränetät; das sei nun wieder der unheilvolle Prinzipienstreit, in den wir Deutsche uns so leicht verlieren. In England höre man sehr wenig reden von Volkssouveränetät und Majestät des Volkes; aber doch sei sie in der That; sie schütze jeden Engländer auf das entferntesten Inseln des Erdballs. Das heilige Volk sei wirklich souverän, und als solches gab es sich eine konstitutionelle Verfassung, und wenn das deutsche Volk sich eine solche gibt, so thut es das vermöge seiner Souveränetät. In Frankreich ist von jeher am meisten von Volkssouveränetät geredet worden. Aber es war immer nur ein leeres Wort, und ist auch jetzt nichts Anders, wo das Volk von 40 Millionen vor einem einzelnen Menschen zittert oder unter der Despotie von achtgiltausend souveränen Arbeitern oder vielmehr Nichtarbeitern seufzt, welche die Vertreter des souveränen Volkes im Namen des souveränen Volkes mißhandelt. Die Nationalversammlung möge doch nicht um Worte kämpfen, sondern sich an die Sache halten. Man könne hier die Berechnung nicht blos nach Prinzipien machen, sondern müsse die gegebenen Verhältnisse mit in Anschlag bringen; die Aufgabe sei, zu reformiren, nicht zu revolutioniren. Der von der Linken vorgeschlagene Vollziehungsausschuß sei in seiner Wirksamkeit durchaus unsicher.

So lange die Einzelstaaten nicht aufgehoben seien, müsse er durch die Regierungen derselben seine Beschlüsse in Vollzug setzen. Wollten diese es nicht, so müsse er die Völker gegen sie alarmiren, Freischaaren bilden, kurz Deutschland zu revolutionieren suchen. Er frage aber, ob das uns stark machen werde gegen Italien, gegen Dänemark, gegen Rußland, ob hierin Einheit und Kraft liege? Das deutsche Volk aber wolle Herstellung der Ruhe, des Verkehres und des Schutzes nach Außen. Eine solche unglückliche Nachahmung des Wohlfahrtsausschusses entfremde aber allmählich die Gemüther der Bürger der Sache der Freiheit, und während des maßlosen Uebertreibens hilfe sie im Stillen einer der Reaktion günstige Stimmung. Und wozu? Unser Weg führt zum Guten, ohne jene schlimmen Zugaben; wenn die Regierungen mitwirken, können sie sich in der Folge nicht weigern. Dieser Weg ist geeignet, die Leiden des deutschen braven Volkes zu enden, er wird und die große Wohlthat gewähren, welche die Leidenschaft der Menschen so selten den Völkern vergönnte, er wird die großen Errungenschaften der Zeit uns sichern, ohne sie durch fortgesetzte Erschütterungen wieder zu gefährden. Auf Eurem Wege liegt vielleicht der Selbstmord einiger aufgeregten Volksversammlungen, aber auch die Geburten des Bürgerkriegs, die Zerspaltung des Vaterlands, die Herrschaft der rohen Massen, durch die allein die Beschlüsse durchzuführen wären, damit aber auch die Vernichtung alles Edlern und Schönen. Auf unserem Wege liegt die Erhaltung der Errungenen, die Begründung der Einheit und unseres Wohles, die Sammlung der Kräfte der Nation nicht zum Zerstreuen, sondern zum Aufbau einer Zukunft von Größe und Macht. Ihr schafft eine Regierung, welche weiß sie erst handeln kann, wann Ihr beschlossen habt, Euch ins fortwährende Regieren bringt, während doch 600 Menschen nicht regieren können — römische Republiken wurden in solchen Augenblicken einen Diktator ernennen — sie zieht Euch ab von dem Vollbringen einer Verfassung, also nichts Festes, sein erkennbarer Ziel, kein Hafen, in welchem die deutschen Hoffnungen Anker werfen können. Unser Ministerium regiert, wenn auch für uns und nur nach unserem Willen, doch ohne uns zu hindern, den Aufbau einer neuen Verfassung zu vollenden. Auf diesem Wege schlicht sich der Schlund, Betrauen ersteht wieder, den Leiden wird ein Ende gezeigt, dem neu erwachsenden Wohlstand, der künftigen Größe und Macht ein Anfang. (Beifall von der großen Mehrheit der Versammlung.)

Digitized by Google

Leue will einen Termin festgesetzt, bis wann der Präsident ernannt sein müsse, die Bestellung desselben aber von der Nationalversammlung, weil er dieser verantwortlich sein müsse. Duncker von Halle. Bei der gegenwärtigen Frage, wo es sich um das Wohl des Vaterlandes handle, müsse die politische Dogmatik in den Hintergrund treten. In diesem Sinne sei das Gutachten des Ausschusses abgefaßt. Der Antrag der Linken sei unpraktisch. Die Träger der alten Elemente könne man nicht wegwerfen, man müsse sie mit festziehen. Auf dem Wege, den die Linke einschlage, drängen man alle gemäßigten Elemente allmählich auf die Seite der Reaktion. Ueberdies führe derselbe nothwendig zu einem Konflikte und in dessen Gefolge zu einer sehr zweifelhaften Revolution. In diesen Abgrund aber wolle er die Nation nicht hinabstoßen. Die Volkssouveränetät werde durch den Antrag des Ausschusses nicht verrathen, die Nationalversammlung bestätige nur kraft dieser Souveränetät. Er vertheidigt die einzelnen Anträge des Ausschusses und schließt: Wir dürfen uns nicht täuschen über die Gewalt des Alten und des Neuen. Nur wenn wir Rechnung tragen den bestehenden Verhältnissen, bauen wir ein festes Haus der Einheit und der Freiheit unseres Vaterlandes.

ℌ Frankfurt, 20. Juni. Ueber die heutige Verhandlung der Nationalversammlung schicke ich Ihnen vorläufig eine übersichtliche Nachricht und behalte mir vor, einen ausführlicheren Bericht über die gepflogenen Verhandlungen morgen mitzutheilen. Zu Anfang der Sitzung wurde von der Verfassungskommission angezeigt, daß der Bericht über die Grundrechte des deutschen Volkes dem Drucke übergeben sei, und von dem Präsidenten, daß die Turn- und Tarischer Post die freie Versendung der Gelbveilchige für die deutsche Marine übernommen habe. Hierauf erhielt der Abg. Lohparyer das Wort über eine Angelegenheit, welche wohl im Verhältniß zu ihrer großen Wichtigkeit schwerlich in ähnlich rascher Weise in einem Parlamente entschieden worden ist. Der Antrag ging dahin, die Nationalversammlung solle erklären, daß ein Angriff auf Triest eine Kriegserklärung gegen das deutsche Volk sei. Der Antrag wurde ohne weitere Diskussion und ohne darnach zu fragen, ob und welche Mittel vorhanden seien, den Krieg zu führen, von der ganzen Versammlung angenommen. Es könnte scheinen, daß die Versammlung in der Paulskirche hierin etwas zu muthig gewesen sei; allein sie war Nichts desto weniger gewiß, daß sie hierin die Zustimmung der ganzen Nation auf ihrer Seite habe. Hierauf wurde die Diskussion über die Centralgewalt wieder aufgenommen. Sie führte, wie es, als gestern, in der ganzen vollen Kampf der Parteien und stellte sie die Prinzipien in ihrer ganzen Schärfe einander gegenüber. In dem fortschreitenden Gange bis zu diesem Punkte zeigte sich natürlich ein Streben nach Vermittelung noch nicht, was immer erst nach Durchkämpfung der Gegensätze eintritt. Der Vorkämpfer der republikanischen Seite war heute Rob. Blum, den Andere seiner Partei mehr als Folie dienten. Den Inhalt seiner Rede theile ich morgen mit, und Sie werden dann über ihren Gehalt urtheilen können. Die ruhige Haltung, der rühne, aber gemessene Ton, die Bestimmtheit der Behauptung, vor Allem der zuversichtliche Glaube an die eigene Unfehlbarkeit, der sich durch die ganze Rede hin aussprich, sichert dem Redner immer einen großen, augenblicklichen Effekt. Ihm gegenüber standen heute hauptsächlich von Beckerath und Welcker. Der Erste folgte dem Vortrage Blum's und deckte die Schwächen desselben auf; Welcker stellte das Princip dem republikanischen gegenüber und sprach mit solcher Begeisterung, theilweise mit solchem Glanz vor Allem aber mit einer so warmen Ueberzeugung, daß seine Rede selbst auf seine Gegner einen tiefen Eindruck machte, und die republikanische Clique auf der Gallerie es nicht wagte, ein Zeichen des Mißfallens zu geben. Nach dem Schlusse der Debatte für den heutigen Tag (sie wird morgen fortgesetzt, und wahrscheinlich erst übermorgen beendigt) forderte der Abgeordnete Berger aus Wien die Versammlung auf, den Beschluß zu fassen, daß die Bundesversammlung aufgefordert werde, Bundestruppen zum Schutze der Deutschen nach Böhmen marschiren zu lassen. Der Bundespräsidialgesandte von Schmerling erklärte hierauf, daß bereits heute ein Erlaß der Bundesversammlung an die Regierungen von Baiern, Sachsen und Preußen abgegangen sei, wornach dieselben aufgefordert werden, auf eine von der österr. Regierung etwa an sie ergehende Aufforderung, sogleich Truppen in Böhmen einrücken zu lassen. Diese Erklärung, welche von dem größten Theile der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde, gereichte der äußersten Linken zu sichtlichem Verdrusse, und sie war für einige Redner deßhalb nur eine Veranlassung die Bundesversammlung abermals mit Schmähungen zu überhäufen, weil sie gethan hatte, was — man eben haben wollte. Kurandа, welcher eben erst von Prag ankam, schilderte die dortigen Zustände, hält aber dafür, daß ein alsbaldiger Einmarsch nicht nöthig sei, indem die gegenwärtige Bedrückung des Landes ruhig sei und der Aufruhr sich auf Prag beschränke. Vogt will den General Windischgrätz abrufen, weil er ein Aristokrat sei, und die Nationalversammlung solle einen andern hinschicken; dabei solle man nicht lange warten, bis die österr. Regierung um Hilfe ansuche. Venedey will Proklamationen, eine an die Czechen, eine an die Deutschen in Böhmen, eine an die Soldaten. Lichnowsky vertheidigt den General Windischgrätz und mustert den Vogtischen Antrag in strategischer Hinsicht. Endlich forderte Beseler die Nationalversammlung zur Besonnenheit auf. Sie kenne ja die Vorgänge in Prag nicht einmal vollständig, und werde auf eine im Augenblick erhaltene Nachricht, doch nicht in einer Minute einen Beschluß fassen, der die unabsehbarsten Folgen nach sich ziehen könne. Sie solle doch nicht Europa das Schauspiel geben, wie man in einer solchen Versammlung eine so außerordentlich wichtige Frage über das Knie abbricht. Er beantragt die Verweisung in die für die slavische Angelegenheit niedergesetzte Kommission, was nun auch von der Versammlung angenommen wird.

Frankfurt, 18. Juni. Die Nebensonne des deutschen Parlaments, der Kongreß der Demokraten (eine Kompostion wie der jetzt verlaufene „partikularistische Nationalkonvent", der eine Zeitlang in London aus eigener Machtvollkommenheit neben dem Reichsparlament sein Wesen trieb und einigen Lärm verursachte) hat am 15. und 16. Juni Zusammenkünfte gehalten und Beschlüsse gefaßt, über welche dem Nürnberger Korrespondenten berichtet wird wie folgt: Gestern Abend beschloß der Kongreß der Demokraten, die Nationalversammlung aufzufordern, daß sie „aus Achtung vor dem Volkswillen und als Gebot der Vertrauens zu sich selbst" Hecker unverzüglich einlade, Platz in ihrer Mitte zu nehmen. Heute wurde Deutschland in demokratische Kreise eingetheilt, jedann zur Verhandlung verschiedener unterhalten den Anträge geschritten. Bürger Bamberger beantragte zuvörderst, zu beschließen, daß auch Frauen Mitglieder der demokratischen Vereine werden könnten. Bisher zwar habe man gewähnt, die Frauen seien vorzugsweise auf die Familie, auf die Religion hingewiesen. Beides aber werde ihnen die Revolution mehr oder weniger nehmen. Daß zum Ersatz müsse man ihnen Theil geben an den politischen Bestrebungen der Männer. Dadurch genüge man zicht nur dem Rechte, man vollbringe auch eine Handlung der Klugheit und leiste der guten Sache großen Vorschub. Bürger Cramer findet denn doch eine Verschiedenheit zwischen Mann und Frau; er glaubt, die politische Wirksamkeit werde sich für mehr oder weniger auf die Einwirkung derselben auf die Kinder zu beschränken. Auf Vorschlag einiger dritten Bürgern geht der Kongreß „in der Erwägung, daß die demokratische Republik allen Menschen gleiche Rechte gebe, daher sich von selbst verstehe, daß sich auch Frauen an den demokratischen Vereinen betheiligen können", zur motivirten Tagesordnung über. Bürger Bamberger's bescheidener Zweifel, daß thatsächlich diese Gleichheit doch noch hie und da beanstandet werde, daher eine bestimmte Erklärung besser sei als ein solcher, wenn gleich in seinem Sinne motivirter Uebergang zur Tagesordnung, wurde nicht beachtet. Als ich wieder in die Versammlung kam, stellte eben Bürger Metternich den Antrag, man möge die Nationalversammlung auffordern, die badische Regierung zu veranlassen, Hecker und seine Leute — nicht zu amnestiren, amnestiren könne man nur Schuldige — einfach zurückzurufen und vor jeder Verfolgung sicherzustellen. Bürger Lehmann erklärt, daß es alle wahre Republikaner bei aller Sympathie für Hecker es nicht als recht anerkennen würde, wenn eine Minorität die Majorität mit den Waffen widerlegen wolle. Ein Bürger findet es arg, daß man über Metternichs Antrag nur diskutire; er hält mit Falstaff Gründe in gewissen Fällen für des freien Mannes unwürdig. Der Antrag des Bürgers Metternich wird denn auch mit großer Mehrheit angenommen, worauf Lehmann mit einfachen, aber eben deßhalb ohne Wirkung verklungenden Worten im Namen des von ihm vertretenen Vereines zu Bonn seinen Austritt anzeigt. Die Debatte wurde von hier an immer wärmer. Wiederholt nimmt man Veranlassung, seine Sympathie für Hecker enthusiastisch auszusprechen. Es wird zu Protokoll die „tiefste Entrüstung" erklärt über die „Barbarei der Soldateska in Mainz" und den „verabscheuungswürdigen" Beschluß der Nationalversammlung in dieser Sache. Nachträglich erklären sich noch einige Bürger gegen eine Adresse an die Nationalversammlung, da ja darin eine Anerkennung derselben liege, Niemand aber in ihr ein Organ des Volkes sehen würde. Da indeß weitere Anträge nicht vorlagen, wurde endlich die Sitzung zur Berathung eines Manifestes auf Nachmittags ausgesetzt. Als Zeitungsorgane der demokratischen Vereine wurden: die „Zeitungshalle" in Berlin, die „Rheinische Zeitung" in Köln und die „Mannheimer Abendzeitung" erwählt, letztere aber doch nur so lange, bis die „Volks-

Digitized by Google

zeitung" wieder erscheinen werde. — Heute Nachmittag lehnte der Kongreß das beantragte Manifest an die deutsche Nation ab, da unsere Zeit eine Zeit der Thaten und nicht der Worte sei.

Frankfurt a. M., 18. Juni. Aus dem Protokoll der Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 16. erfährt man, daß dieselbe zwei höchst wichtige Beschlüsse gefaßt hat. Zuerst Verwahrung einzulegen gegen die Blokade von Triest durch die neapolitanisch-sardinische Flotte, und den sardinischen Gesandten am Bundestag von dieser Verwahrung unter dem Bemerken in Kenntniß zu setzen: wie man nicht zweifle, daß die sardinische Regierung nicht zögern werde, dem Befehlshaber ihrer Flotte solche Befehle zu ertheilen, welche Stadt und Hafen von Triest, sowie das deutsche Bundesgebiet überhaupt vor allen Verletzungen durch die dortigen Kriegsereignisse sicherzustellen geeignet seien. Der zweite Beschluß betrifft Lauenburg und wurde schon erwähnt.

## Großbritannien.

London, 16. Juni. Die englische Presse übt, ihrem Charakter und ihrer Aufgabe getreu, fortdauernd ihre scharfe Kritik an der Verwickelung mit Spanien, die jetzt durch die gegenwärtige Krisis des spanischen Gesandten in ein neues Stadium getreten ist. Das M. Chronicle, früher der eifrigste Lobredner Palmerstons, in jüngster Zeit aber offenbar mehr in den Händen der Börsen- und Handelskaste, ergießt sich in scharfen Tadel über Jessen Politik, die zur Folge haben werde, daß zuletzt alle Staaten des Festlandes, aus Furcht oder Haß, sich von England abwenden und gemeinsam gegen dasselbe Front machen würden; gerechte Antipathien würden dann eine gefährlichere Kontinentalsperre begründen, als alle noch so ausschließlichen napoleonischen Dekrete. Die Regierung würde eine so übermüthige Politik nicht befolgen können, meint das Chronicle, wenn es im Unterhause eine wirkliche Opposition gebe, wosür jetzt nur ein Surrogat, eine Scheinopposition vorhanden sei, die nachtheiliger sei, als gar keine, es sei eine Verwahrlosung für England, daß eine starke Opposition die Minister im Zaume halte. Der Herald gibt zu bedenken, daß wenn Narvaez falle, es mit der konstitutionellen Monarchie und wahrscheinlich mit der Monarchie überhaupt in Spanien aus sein werde; übrigens sei Narvaez ganz der Mann dazu, sich bis zum Aeußersten zu halten, auch müsse man den franz. Gesandten Lesseps fürchten, der Spanien viel besser kenne, als Hr. Bulwer. Der Globe bedauert bei diesem Anlaß bedeutungsvoll genug, daß Lord G. Bentinck einmal im Parlament alles Ernstes gerathen habe, von der Insel Kuba Besitz zu nehmen, dadurch habe er die Amerikaner aufmerksam gemacht, und in diesen den Gedanken hervorgerufen, bei nächster Gelegenheit diesem übrigens grundlosen Gelüste der Engländer zuvorzukommen. Lord G. Bentinck hat übrigens durch jenen vorlauten Rath seinem politischen Ansehen mehr geschadet, als durch alle handelspolitischen Irrthümer; denn der Engländer liebt es nicht, seine Karten bloßzulegen, seine Geheimnisse auszuplaudern oder sich gar in jenen Renommisterein und Aufschneidereien zu ergehen, in denen der Deutsche so stark ist. Vielleicht richtet nun England seine Aufmerksamkeit auf die den Augen der Nordamerikaner noch ziemlich entrückten Philippinen. (Man darf übrigens nicht vergessen, daß die Nordamerikaner durch die Besitznahme von Kalifornien, welches früher oder später die von ganz Mexiko folgen wird, eine große Rolle auch in jenen Weltgegenden zu spielen bestimmt sind. Bereits haben sie auf den Sandwichinseln festen Fuß gefaßt und beginnen, wie der auf Honolulu erscheinende „Polynesian" meldet, auf dieser Inselgruppe sich wie die Herren des Landes zu benehmen.) Man bedenke, daß Spanien für (zur Unterstützung der jetzigen Königin und Regierung) geleistete Waffen und Kriegsvorräthe England 900,000 Pf. und jetzt noch die Genugthuung für eine offenbare Beleidigung schuldig ist!

## Frankreich.

Paris, 18. Juni. Der Schluß der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ward durch die schon erwähnte Interpellation über traurige Vorfälle im Departement du Cresuse ausgefüllt. Die Zusatzsteuer von 45 Procent war dort von dem aufgewiegelten Landvolke verweigert worden, das zuletzt unter dem Läuten der Sturmglocken in allen Dörfern gegen den Hauptort Guéret marschirte. Vor den Thoren von Guéret fand eine Kollision zwischen den zuerst angreifenden Bauern und der Nationalgarde und Gendarmerie Statt, bei der zehn Menschen getödtet, fünf schwer verwundet wurden. Aehnlichen Widerstand gegen diese Zusatzsteuer meldete Hr. Dahraux aus andern Departements, er fügte hinzu, daß die Rädelsführer bisjetzt gen, die diese Steuer bezahlten, mit dem Tode und dem Niederbrennen ihrer Häuser bedrohten. Herr Dotours ging so weit, zu erklären, dieser Widerstand sei zu entschuldigen, und er habe der Bevölkerung, als Repräsentant des Departements Tarn und Garonne, das Versprechen gegeben, diese Steuer widerrufen zu lassen. Ein allgemeiner Scheet des Unwillens erhob sich in der ganzen Versammlung, der Redner wurde von dem Präsidenten zur Ordnung gerufen, und die Erbitterung stieg, als der Redner auf die Interpellation eines Mitglieds erklärte, er habe dieses Versprechen vor seiner Erwählung gegeben. Der Finanzminister Duclerc machte darauf aufmerksam, wie sich die Parteien dieser Zusatzsteuer als einer Kriegsmaschine gegen die Republik bedienten, wie die dreifache Wahl Louis Napoleons unter dem Rufe: A bas l'impôt de 45 Centimes vorgenommen worden sei, er gab eine Erzählung der Vorfälle und bewies, daß die Schuld jenes unglücklichen Ereignisses weder der Regierung noch den Lokalbehörden zur Last gelegt werden könne. Herr Fayolle, Vertreter der Creuse, bekräftigte die Worte des Ministers, und nun nahm Herr Flocon, Minister des Ackerbaues, das Wort, um die Ansichten der Regierung über die Lage der ackerbauenden Klassen, die bisher auf Kosten der Industrie und Spekulation zurückgesetzt worden seien, zu entwickeln. Er kündigte eine Reihe von Maßregeln an, die von der Versammlung mit lebhafter Zustimmung begrüßt wurden. Hr. Thiers, der sich in den Bureaux gegen die Besteuerung der Hypothekschulden und die meisten finanziellen Maßregeln der Regierung ausgesprochen hat, ist zum Berichterstatter über obige Maßregel erwählt worden und wird in der betreffenden Diskussion zum ersten Male das Wort nehmen. Der Finanzminister wird einen schweren Stand haben.

Eine neue Karrikatur macht einiges Aufsehen. Ueber den Thürmen von Paris begegnen sich in der Luft Joinville auf einem Hahne, Louis Napoleon auf einem Adler reitend. Joinville schreit: Ich bin der Onkel meines Neffen (des Grafen von Paris). Louis Napoleon antwortet: Und ich bin der Neffe meines Onkels!

## Italien.

Treviso hat sich nach 12stündiger Beschießung den Oesterreichern unterworfen. Ferner schreibt die Allg. Z.: Aus Verona vom 16. Juni erhalten wir die Bestätigung der gestrigen Nachricht, daß Padua ohne Schwertstreich sich unterworfen und bereits die Brigade des Fürsten Friedrich v. Liechtenstein dort eingerückt sei. Es befanden sich folglich von den venetianischen Provinzen alle bedeutenden Städte, mit Ausnahme der Lagunenstadt selbst, in den Händen der kaiserlichen Truppen, was die Stellung Oesterreichs bei den vorgehenden Friedensverhandlungen bedeutend günstiger machte, als sie noch vor acht Tagen war. Radetzky und Welden hatten durch ihre Manöver vom 30. Mai bis 14. Juni die Ausstellung der Neapolitaner und Toskaner — zehntausend Mann — bei Mantua gesprengt und vernichtet, die gesammte päpstliche Streitmacht in Vicenza — 15,000 Mann — aufgelöst und für drei Monate unthätig gemacht (Falls sie sich durch Wort und Eid gebunden erachtet), ebenso die Besatzung von Treviso — 4000 Mann. Karl Albert auf seinen Höhen, unfern von Verona, schien sich wenig zu rühren, und damit die stiegende Kolonne bei Rivoli nicht weiter gegen Tirol vorrücke, war Generalmajor Simbschen, von Radetzki mit einer starken Brigade durch die Val Arsa entsendet, in Roveredo eingerückt und dadurch die österreichische Stellung im Etschthale, die nicht weiter vom Feinde angegriffen worden, bedeutend verstärkt. — Aus Rom wird uns vom 9. Juni berichtet, daß die neapolitanischen Truppen, die man in Bologna zurückgehalten hatte, nun doch den Rückmarsch nach Neapel angetreten haben.

Die Nr. 3. 3. meldet aus Mailand: unterm 16. d. hat die provisorische Regierung der Lombardei einen Aufruf an die Lombarden erlassen, worin denselben der Stand der Dinge im Venetianischen offen dargestellt, sodann zugleich bethauert wird, daß man das venetianische Gebiet keineswegs aufzugeben gedenkt. „Wenn unsere Waffen an der Etsch stehen blieben — heißt es in dieser Proklamation — so würden wir unserm Schwur untreu werden." Die Waffen sollen nicht niedergelegt werden, bis die „Barbaren" aus ganz Italien verjagt seien. In diesen kritischen Augenblick erneuern sie ihren Schwur.

Aus Venedig wird unterm 13. Juni der Allg. Z. geschrieben: Die Regierung von Venedig hat sich an die französische Republik gewendet und um deren Einschreiten in dem Kampfe mit Oesterreich nachgesucht. Was Karl Albert bisher mit Sorgfalt vermied, hat also Venedig gethan — schwerlich zum Besten seiner Freiheit.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Digitized by Google

## Die kirchliche Reform.

* Aus Schwaben, Juni. Die Bewegung der Zeit hat begonnen sich auch auf dem kirchlichen Gebiet geltend zu machen. Die Anregungen dazu waren schon seit einigen Wochen wahrzunehmen, und um von der Bewegung nicht überholt zu werden, hatte ein Kreis derjenigen Geistlichen, welche dem dermaligen Konsistorialregiment befreundet und zugethan sind, beschlossen, zu einer Versammlung nach Göppingen auf den 13. Juni einzuladen, auf welcher man sich über das Princip der Religionsfreiheit und die daraus sich ergebenden Folgerungen hinsichtlich des Verhältnisses der Kirche zum Staat besprechen sollte. Keine der verschiedenen kirchlichen Parteien konnte hierbei zurückbleiben, und so erklärten sowohl die Männer des Fortschritts und der Kirchen- und Schulreform, als die Anhänger des auf feierliez Konfessionen eingehenden Pietismus ihre Betheiligung an der Versammlung. Die Ersten verlangten kurz und bündig die Abweisung aller und jeder dogmatischen und symbolischen Verhandlungen, indem für die Lage der Dinge in Würtemberg dadurch nur ein wenig Zunder der Zwietracht und des Fanatismus ins Volk geworfen würde; sie wollten sich lediglich auf die Frage der Kirchenverfassung und die Reform der Volksschule einlassen. Die Zweiten, die allzeit fertigen Zionswächter, behaupteten, daß über die Kirchenverfassungsfrage nur verhandelt werden dürfe, wenn erst eine beruhigende Erklärung über die Unkatholizität der bestehenden symbolischen Kirchenlehre abgegeben werde, und um dieses zu erzwingen, wurde ein Zug der Pietisten in Masse in Aussicht gestellt, welche in Göppingen „für den Glauben Zeugniß geben" würden. Zu gut wußte die Glaubenspartei von den Reichswahlen her, wie günstig die Zeit für die Fanatisirung der Masse gerade in Kirchensachen sei. Da zeigte sich der erste Rückschlag dieses Treibens. Die freieren Elemente unter den Bürgern sprachen sich unverhohlen dahin aus, sie würden eine Massendemonstration der Pietisten thatsächlich nicht dulden, und für die freieren kirchlichen Bestrebungen Partei ergreifen. Dazu kamen die allseits umgehenden Gerüchte von den auf die Pfingstwoche angesetzten Putschen. Zuerst kündigten jetzt die um die Einleitung der Versammlung angegangenen Geistlichen der Göppinger Diöcese die Abhaltung der Versammlung ab, um Skandal zu verhüten. Die Konsistorialfreunde sahen sich die Sache ohnedem aus den Händen gewunden; die Pietisten, verblüfft darüber, daß man ihnen Gleiches mit Gleichem vergelten könnte, bekamen einen ersten Vorschmack von dem Grundsatz der Religionsfreiheit, den sie bloß zu ihren Gunsten zugegeben haben wollen, und bestellten eilends die Theilnahme an der Versammlung in Masse ab, welche nun auf die fortgesetzten Einladungen der Männer des Fortschritts am 13. Juni zu Stande kam. Der Rathhaussaal in Göppingen ward von den 3q ziemlich zur Hälfte aus Nichtgeistlichen und geistlichen bestehenden Theilnehmern gefüllt, und die Anwesenheit mehrerer Abgeordneten, welche Tags zuvor in Göppingen eine Besprechung gehabt, war besonders deßhalb erwünscht, weil das Bedenken gegen eine kirchliche Verhandlung ausgesprochen worden war, als ob bei den Alles überwiegenden politischen Aufgaben für kirchliche Bewegungen keine Zeit sei. Von Anfang an wurde festgestellt, daß die dogmatische und symbolische Frage gemäß dem Principe der Religionsfreiheit abgewiesen bleiben solle, und mit Hilfe intelligenter Sprecher auch aus den Reihen der Nichtgeistlichen gelang es, auf den Kern der Tagesfrage einzugehen und für die Kirchen- und Schulreform die Gesichtspunkte festzustellen, wie sie sich aus einer den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Stellung der Kirche zum Staat und der Schule zur Kirche ergeben. Wenn einerseits die protestantische Kirche in Würtemberg gegenüber dem Staate die verfassungsmäßige Autonomie anzusprechen hat und darum in die Lage gesetzt werden muß, daß sie die ihren kirchlichen Zwecken zusagende Gestaltung mittelst freier Entfaltung aus sich heraus in organischer Lebensbewegung schaffen kann, so haben doch andererseits Staat und Kirche wieder so viele vereinte Lebenszwecke, und der Staat selbst vermag seine eigene Aufgabe ohne den sittlichreligiösen Gemeingeist, den die Kirche wecken und beleben muß und der die einzig sichere Grundlage für alle staatsbürgerliche Freiheit ist, so wenig zu erreichen, daß die Kirche jetzt am wenigsten in ihrer freieren Gestaltung sich den Anforderungen entziehen darf, welche das Vaterland an sie zu machen hat. Zur Berathung einer organischen Kirchenverfassung auf dem Boden freier ungehemmter Lebensentwicklung, aber auch mit der bestimmten Anlage, die Kräfte des kirchlichen Lebens dem Dienste des Volkes und Vaterlandes zu widmen die geeignete Organe zu ermitteln, schien daher jetzt das dringendste Erfordernis, und so wurde in der Versammlung beantragt und beschlossen, eine Eingabe an die Ministerien des Innern und des Kirchen- und Schulwesens mit der Bitte um bald möglichste Einberufung einer aus direkten Wahlen der Gemeindeglieder hervorgehenden konstituirenden Versammlung, welche für die Kirche gemäß ihrer verfassungsmäßigen Autonomie eine Verfassung zu berathen und in den Staat und Kirche gemeinschaftlichen Aufgaben mit einer von der Kammer der Abgeordneten bestellten Kommission ihre Thätigkeit zu vereinigen hätte.

Hinsichtlich der Reform der Volksschule vereinigte man sich dahin, daß die Frage der Trennung der Schule von der Kirche zurückzuführen sei auf die Beseitigung der Aufsicht und Leitung der Volksschullehrer einzig und allein von Seite des geistlichen Amts; daß die Schule jedenfalls Sache des Staates sei und daher die Berufung einer Kommission von Schulmännern aus dem Schulstande, vom Schulstande gewählt, für die Berathung des gesammten Organismus der Volksschule beantragt werde, welche ihrerseits wieder mit der Abgeordnetenkammer und der konstituirenden Kirchenversammlung ins Vernehmen treten solle, um für die Staat, Kirche und Schule gemeinsamen Zwecke Vorsorge zu treffen. Denn nicht bloß für den Religionsunterricht, sondern auch für alle weiteren Anforderungen Behufs einer entsprechenden Geistesbildung des Volks sollten die verfügbaren Kräfte der Kirche in Thätigkeit gesetzt, also die Geistlichen auch für weitere Uebersicht an der Volksschule berufen werden. Die Eingabe der Versammlung wurde unverweilt abgefaßt und der Auftrag zur persönlichen Uebergabe an die Ministerien gegeben. Nachmittags wurde einer größern Anzahl der Theilnehmer eine von Professor Strodtbeck in Urach und Pfarrer Stockhud in Suppingen verfaßte „Denkschrift über die Zustände der Kirche, Volksschulen und Volksbildung zur Begründung der nöthigen Reformen" mitgetheilt, welche denn auch zahlreiche Beitrittserklärungen erhielt. Es ist dieselbe an das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens eingesandt worden. Wie glauben und der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die entschiedenen Volksmänner und gewichtigsten Männer aus allen Ständen diesen besonnenen und redlichen, aber zusammbrechfreisinnigen Bestrebungen für die Reform der Kirche, Schule und Volksbildung eine kräftige Unterstützung zuwenden werden, damit endlich einmal der finstern und unduldsamen Glaubensrichterei im Lande gesteuert und der Fortschritt der sittlichen und geistigen Volksbildung auf einer festen gesunden, religiösen Grundlage gestiftet werde.

† Aus Tirol, 15. Juni. Die gedruckte Protestation der Wälschtiroler gegen unsern Landtag, zu welchem sie keine Vertreter abgeschickt haben, erklärt dieses Verfahren ziemlich in einer andern Weise, als es die Freunde der historischen Liebhaberei für die vier Stände von Ehedem thun — einstweilen wird man selbst ein Aktenversendungsgesuche dieser Kreise zwischen den Zeilen lesen wollen, so wird man bei also begründeten Klagen so gerecht sein müssen, darüber nicht — zu erstaunen. In den Grundsätzen der neuen Konstitution des Kaiserreichs sehen die Bewohner des italienischen Tirols Pflicht und Berechtigung, gegen die gegenwärtige Bildung des Landtages aufzutreten. Die Beibehaltung der vier Stände widerspricht der Konstitution, die allein bei der Vertretung die Seelenzahl im Auge hat. Sie ist ein Zugeständniß — sagen sie — an eine für immer aufgegebene Zeit, die einem Häuflein Menschen dieselben Rechte wie tausend Andern zuwies, um Letztere in Unwissenheit und Knechtschaft zu erhalten. Warum aber will der Landtag einer Provinz sich in Widerspruch setzen mit den gehuldigten Principien einer Verfassung? — Die wahren Interessen jeder Klasse sind aus die des Ganzen, nur die Absicht, den Andern zu schaden, gibt den Grund für die Vertretung nach Klassen. Der Gouverneur nannt die bisomalige Versammlung — eine konstituirende. — Welche Hoffnungen gibt sie aber für die gesetzliche und politische Gestaltung Tirols in einer Bildung, die nur durch Schmälerung der wahren Volksvertretung darauf angelegt ist, das Volk der alten Finsterniß (oscurantismo) und der Kriftokratie, zu Gunsten des ganzen gefallenen Systemes auszuliefern. Es lag diese Gestaltung des Kongresses auch nicht in der Absicht und den Wünschen des tirolischen Volkes, nur einige wenige Deputirte der alten Ordnung ohne irgend eine Vollmacht hiezu, unter welchen sich nur ein einziger Wälschtiroler vom Adel befand, zimmerten aus dem alten Gebäude diese Bundeshütte — indessen im Bau der Konstitution jeder Stein giebt gilt. Nicht unter der Herrschaft trüber Einflüsse und wieder Auferegung sollte ein Wort des Friedens, das Grundgesetz eines Landes entstehen. Zudem ist auch bei der jetzigen Form der Vertretung Wälschtirol im entschiedensten Nachtheile. Der Adel wählt aus der Gesammtmasse seine 13 Stimmen. — Nun aber ist das Verhältniß des deutschen zum italienischen wie 6 zu 1, und somit sollen wohl

Digitized by Google

alle Wahlen auf deutsche Herrn und Ritter. Ebenso sind von den 13 Stimmen des Klerus, mit Einschluß des Trientnerbischofs nur 3 den Italienern zugestanden, indessen deutsche Bischöfe besondere Vertreter haben, und der Erzbischof von Salzburg dürfte noch ein tirolischen Ständeglied) wie die Universität ebenfalls dem deutschen Theile zufallen. Deutschirol schickt auch 16 Bürger, deren Wahl nicht auf der Bevölkerung ihrer Orte, sondern in dem Umstande beruht, daß halbverfallne Mauern ein paar hundert Menschen umschließen, während Tausende, die einen italienischen Flecken (borgo) bewohnen, nicht vertreten sind, weil diesem der Titel „Stadt" mangelt. Solch ein Mißverhältniß — sie sagen mostruosità — erscheint ihnen heutzutage wunderbar. Die Billigkeit in der Vertretung des Bauernstandes schlagen sie gering an gegenüber der offenbaren Verkürzung in den drei andern Ständen. Die Ziffern — meinen sie — sprechen laut genug. 52 Deputirte schicken die deutschen, 20 die welschen Tiroler — während ein Bevölkerungsmaßstab etwa nur 26 haben dürften. Die Trennung nach Ständen rief überdem noch mancherlei andere Mißstand hervor, daß Manche in mehreren Ständen zugleich wählten. Ein Bürger, als Grundbesitzer, wählte mit im Bauernstand, ein Adliger als solcher ebenfalls und als Stadtbewohner für den 3. Stand; ein Geistlicher für sich als Priester, als Einwohner der Stadt und des Gerichts, und war er adelig — für alle 4 Stände!! — Und das soll gleiche Berechtigung Aller sein? Wer verkennt die Absicht, die alte Herrschaft des Klerus und Adels zu halten? — „Zu allem dem kömmt nun noch ein Element, ein rein nationales, das es unmöglich macht, eine Vertretung anzuerkennen, die mit Ungerechtigkeiten gegen uns ihre Existenz begründet. Der 4. Paragraph — so rufen die Welschtiroler — sichert Nationalität und Sprache, und unser wäre Schuld und Schanden, wollten wir dies konstitutionelle Recht nicht gebrauchen. Können wir aber unsern Ruhen, unsere Volksthümlichkeit gewahrt glauben in einer Versammlung, deren absolute Majorität bisher fremd und vielfach ungünstig ist? — Herwer sehen wir uns gezwungen, eine fremde Sprache zu reden. Ist ihr Gleichberechtigung zur Wahl dann nicht ein leeres Wort, wenn sie an die Bedingung sich knüpft, die deutsche Zunge genau zu kennen? Wir begreifen, daß am Reichstage zu Wien eine gemeinsame Sprache gelten muß — die Stände einer Provinz aber müssen ihre eigene gebrauchen dürfen. In der sichern Hoffnung, für die welschen Kreise eine eigene Verwaltung zu erhalten, werden wir auch in Mitte unserer Heimath unsere Angelegenheiten berathen. Sie und unsere Nationalität stehen vielfach dem des deutschen Tirols entgegen, wir können sie nicht aufgeben, und bei einem Grund- und Einwohnerverhältniß, viel größer als manher deutsche Staat, haben wir wohl ein Anrecht über uns selbst zu entscheiden. Vierundvierzig Jahre der Erfahrung zeigen uns, wie auf dem frühern einten Landtag Welschtirol beachtet wurde." — Nach einer nochmaligen Erklärung, der Innsbrucker-Kongreß stehe im offnen Widerspruch mit der Konstitution, protestiren die italienischen Kreise feierlichst gegen Alles und Jedes, was der Landtag über sie beschließe, und wollen darum denselben mit ihren Abgeordneten nicht beschicken. — Wir glauben dieses Aktenstück in ziemlicher Vollständigkeit Ihnen mittheilen zu müssen, weil es die Mißstände unserer Vertretung auch vom allgemeinern Standpunkte auffaßt. Auch die Unbilligkeit, mit der die Italiener vom alten Systeme behandelt worden, darf einem billigen Beurtheiler ihrer Lage nicht vorenthalten werden. Eines fehlt — und das dürfen wir als Deutsche freilich ebenfoweig übersehen — die Erklärung, ob sie unter der besondern, nationellen Verwaltung deutsches Bundesland bleiben wollen. Darauf müssen wir so fest bestehen, wie sie auf der Wahrung ihrer Volkrechte.

**Würtemberg.** Stuttgart, 17. Juni. „Der Schwäb. Merk." berichtet: Zur Herstellung der gestörten Subordination der Garnisonstruppen sowohl, als der bürgerlichen Ordnung sind militärische Kräfte und ein Regierungskommissär (Oberregierungsrath Sautter) mit ausgedehnten Vollmachten nach Heilbronn abgegangen. Theilnahme einer Anzahl Soldaten an Versammlungen, theils von republikanischer Tendenz, theils von reformatorischer Bestrebung in Bezug auf militärische Verhältnisse und endlich tumultuarisches Einwirken sowohl von bürgerlicher als militärischer Seite auf Entlassung verhaftster Militärpersonen bilden im wesentlichen den Charakter der stattgehabten Ruhestörungen. — Ein anderer Bericht desselben Datums lautet: In Folge von Nachrichten aus Heilbronn und Umgegend (s. Weinsberg) brach gestern Abend das 4. Infanterieregiment von hier auf, es wurde Abends 9 Uhr durch vier Extrazüge nach Bietigheim befördert. Von Ludwigsburg wurde ein Bataillon des 7. Infanterieregiments, sowie Kavallerie und eine halbe Batterie reitender Artillerie ebenfalls heute Nacht nach Heilbronn befördert. Das 8. Infanterieregiment das in Heilbronn liegt soll von dort entfernt werden. Von Heilbronn fehlen uns heute Briefe unserer gewöhnlichen Korrespondenten. Wie hören aber, daß gestern Abend dort vollkommene Ruhe herrschte. — Unser Militär wird jetzt die deutsche Kokarde erhalten. Die Ulmer und Ludwigsburger Blätter melden dasselbe von den dortigen Garnisonen.

**Schleswig.** Altona, 16. Juni. Nach dem neuen Wahlgesetz-Entwurfe wird die konstituirende Versammlung für Schleswig-Holstein fortan nur aus 60 Mitgliedern bestehen. — Das jetzt in den Herzogthümern im Felde stehende Heer besteht aus 12000 Mann Truppen, 18—20000 M. Truppen des 10. Armeekorps und 9000 M. Schleswig-Holsteinern mit Einschluß des Beackenschen, v. d. Tannschen und Graf Waldersseeschen (früher v. Krogh'schen) Freikorps. (B.-H.)

### Schweiz.

Bern, 16. Juni. Gestern verbreitete sich das Gerücht, die Oesterreicher seien in Graubündten eingerückt. Die Sache verhält sich so: Die Regierung von Graubündten macht mit Schreiben vom 13. d. dem Vorort die Anzeige, daß es am 11. d. zwischen österreichischen und italienischen Truppen auf dem Stilfserjoche (Stelvio) zu einem Treffen gekommen sei, in welchem die Lombarden den Sieg davon getragen hätten. Die Bewohner des Unterengadins und besonders des Münsterthales seien über den plötzlichen Rückzug der eidgen. Truppen (in Folge eines Beschlusses der Tagsatzung) sehr brunnruhigt, da es die Absicht beider Parteien sei, den Paß durch das graubündtnerische Münsterthal in gegebenem Falle zu ihrem Vortheil zu benuzen. Die Obrigkeit von Münster habe den Hrn. Oberst Gerwer veranlaßt, den Admarsch des noch dort befindlichen Bataillons zu verfügen. Auch die Regierung von Chur habe die Entlassung des andern Theils aufgestellt gewesenen Bataillons verfügen und die Maßnahmen des Hrn. Gerwer gebilligt, bis weitere Befehle vom Vorort eingegangen seien. Der Vorort hat auf diese Berichte hin die Verfügungen der Regierung von Graubündten — des Obersten Gerwer ebenfalls genehmigt und die Sache der Tagsatzung zu allfällig weiteren Beschlüssen überwacht. Seit dem Präsidentenwechsel schreitet die Tagsatzung in ihren Berathungen sehr langsam vorwärts, und kaum dürfte sie diese Woche fertig werden. In der Diskussion über die eidgen. Hochschule mußte die Engherzigkeit Zürich's im höchsten Grade auffallen. Die Gesandte, Dr. Furrer, bemerkte, Zürich befinde sich in einer exceptionellen Lage; es habe bereits eine Universität, und diese könne, wenn anderswo vielleicht eine eidgen. Hochschule errichtet werde, mit letzterer nicht konkurriren; sie müßte also zu Grunde gehen, was die Zürcher mit allen Kräften verhüten wollen. Er zweifle, daß eine eidgen. Hochschule nach Zürich verlegt würde, „weil die katholischen Stände ihre Jugend schwerlich in eine protestantische Stadt schicken würden." Er beantragt demgegen Streichung des Artikels, „weil er keine sanguinischen Hoffnungen auf eine eidgen. Hochschule wie andere Stände hat", und „weil er die finanziellen Interessen der Eidgenossenschaft durch Errichtung eines solchen Institute böcst gefährdet sieht". Sehr warm und von einem höheren Standpunkte aus vertheidigte der waadtländische Gesandte Druey die Gründung einer eidgen. Hochschule. Bei der Abstimmung verwarfen „die Kantone des Fortschritts", Zürich, Aargau und Solothurn, die Hochschule. Sie blieb in einer Minorität von 11½ St., die Seminarien fielen mit 6½ St. durch, die polytechnische Anstalt allein wurde mit 13½ St. beschlossen.

### Dänemark.

Kopenhagen. General Bülow ist mit 4 Bataillonen von Alsen nach Jütland übergesetzt und mit nach Fredrelsandet wahrscheinlich den Oberbefehl des rechten Flankenkorps erhalten.

Sonnabend kam in Helsingör der preußische Schooner „Paraguay" an und legte sich ruhig unter die Kanonen des Wachtschiffes, da, als er von Memel abging, man dort nicht an der Einstellung der Feindseligkeiten zweifelte.

Die in Fünen angekommenen 4500 Mann schwedischer Truppen werden von der Berlingschen Zeitung als Avantgarde bezeichnet. Sie werden theilweise nach Lemsee kommen. (B.-H.)

Verantwortlicher Redakteur S. Servinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England der Herr. Bowring, 28 Bourgdenstreet London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder beliebe man sich an C. L. Lorenzen in Straßburg Nr. 20 Broglie, Poland Nr. 20 Neue Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgte Groß. Buchhandlung Bassermann in Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1½. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1.12. 20 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 173. Heidelberg, Freitag 23. Juni. 1848.

## Zur Nachricht.

Mit dem 1 Juli beginnt ein neues Abonnement auf die **Deutsche Zeitung** für das halbe Jahr bis Ende December 1848. Der Preis bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg ist 5 fl., durch die Post bezogen im Umfange des Großherzogthums Baden 6 fl. 13 kr., wozu auswärts noch der Postaufschlag kömmt. —

Die Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung, welcher der Redakteur, wie mehrere Mitarbeiter als Mitglieder angehören, wird die Deutsche Zeitung schnell und übersichtlich mittheilen.

## Uebersicht.

**Die Verhandlungen über die provis. Centralgewalt.** — **Wien** (officielle Mittheilung der prov. Regierung in Prag. Kanonade und Feuersbrunst in Prag. Die Arbeiterbewegung. Die Ertrankung des Kaisers. Erzherzog Franz Karl Stellvertreter. Telegraphische Depesche über den Brand von Prag. Neue Depesche aus Prag. Der südslavische Aufstand. Kroatowitz mit Sturm genommen. Stambrecht in Pesth). **Caer** (neueste Nachrichten aus Prag. Die Verschwörung enthüllt. Baron Pilani und Graf Buquoy festgenommen). **Trieſt** (neue Unruhe). **Berlin** (Hrsl. Schimme Gerüchte aus Prag. Interessenwurf der Kammer. Untersuchung. Eine Korrespondenz der Fürstin Czartorysky). **Karlsbad** (Petition um Verschiedung des Landtags). **München** (militärische Hilfe für Böhmen bereit). **Aus der bairischen Pfalz** (die Missionäreise der Linken in der Pfalz). **Weimar** (Röder †). **Altenburg** (die republikanische Bewegung). **Frankfurt** (Bericht über die deutsch-slavische Angelegenheit. Fortsetzung der Diskussion über die Centralgewalt. Verhandlungen der Nationalversammlung über die provisorische Exekutivgewalt. Ueber die Rede R. Blums

**Großbritannien.** Der dänisch-deutsche Krieg. Die Empörung in Mailand.

**Italien.** Die Absichten Sardiniens auf Triest. Gerücht von der Uebergabe Padua's und Berufungs Venedig's. Friedensunterhandlungen.

**Beilage.** Bassermanns Rede über die provisorische Centralgewalt. **Berlin.** Russische Truppen an der Grenze. Panslavische Bestrebungen. **München.** Erklärung des Fürsten von Lowingen. **Leipzig.** Ministerielle Erklärung über die Bundesverfassung. **Mainz.** Versammlung der demokratischen Vereine. Aeußerung partikeller Volkssouveränetät. **Frankreich.** **Paris.** Bericht über die Nationalwerkstätten. Der Verfassungsentwurf. Das Arbeiterbankett auf den 14. Juli verlegt. Die Vereinigung der Lombarei mit Sardinien. **Straßburg.** Die franz. Sympathien. Eine Beschwerde für Dänemark. **Frankreichs Absichten.** Seine auswärtige Politik. **Italien.** **Neapel.** Höflichkeiten in Sicilien. Die Truppen aus der Lombarei zurück. Neue Nationalgarden.

### Heidelberg, 22. Juni.

Bei der Debatte über die provisorische Reichsgewalt haben sich zum ersten Male die Parteien der Nationalversammlung scharf und bestimmt gezeichnet. Die republikanische Linke, das linke Centrum und die konstitutionelle Mehrheit trennten sich in sehr hellen und klaren Unterscheidungspunkten von einander ab; eine äußerste Rechte gibt es augenscheinlich nicht. Sie hätte sich, von einer reaktionären Haltung gar nicht zu reden, im geringsten Falle rein konservativ äußern müssen gegen alle provisorische Regierung und für den einstweiligen Fortbestand des Bundestages. Diese Stimme wurde nicht gehört.

Die Linke, die alle ihre Mitglieder, um nicht Redner zu sagen, scheint eingetragen zu haben, hat es einfach und macht sichs bequem; ihre Redner wiederholen ihre Sätze fast ohne Variation. Sie schieben die Volkssouveränetät vor, um nicht die anstößige Republik zu oft zu nennen, sie erklären die Nationalversammlung nicht berechtigt, diese Souveränetät zu übertragen, sie nennen das in ihren gewohnten Hyperbeln einen Hochverrath am Volke; daß es sich nur darum handle, die Souveränetät mit einer exekutiven Gewalt, der die Hände nicht allzusehr gebunden werden können, zu theilen, davon sprechen sie nicht. Unverantwortliche Direktoren, von den Regierungen vorgeschlagen, die sich dreißig Jahre lang so unfähig gezeigt, von der Versammlung gar nur genehmigt ohne Diskussion, nicht erst namentlich geprüft, d. h. zerstreicht und alles Ansehens im Voraus beraubt (denn wo wäre der Mann, der jetzt ungerupft davon käme!) — das nennen sie unerträgliche Zumuthungen, die selbst der Bundestag nicht gewagt hätte dem Fünfzigerausschuß zu machen, das sei die offenbarste Reaktion! Sie wollen, um dem Ein für allemal zu begegnen, einen bloß von der Versammlung aus der Versammlung gewählten Vollziehungsausschuß, d. h. sie wollen selbst regieren; sie wollen den abgetretenen Weg des Konvents gehen, wie kindisch es auch die Lette und Duncker fanden, das so gründlich Gelernte und Erfahrene in französischer Nachäfferei so leichtsinnig zu vergessen; sie wollen eine republikanische Spitze auf den monarchischen Unterbau unserer Staaten setzen, was um so unverfänglicher sei, als Niemand in Deutschland Eine unbeilbare Republik werde gründen wollen. Sie wollen uns so die republikanische Form eskamotiren, um sich später dieses Sieges zu bedienen, wie sie uns die Verantwortlichkeit des Direktoriums eskamotirt zu haben glaubten, als sie neuerlich die Klausel durchsetzten, daß die künftige provisorische Centralgewalt für die Verwendung der sechs Millionen für die Marine verantwortlich sein sollte!! Dies sind die republikanischen Kunststücke des Tages, die zum Glück so plump angelegt sind, daß man sie gar keines Erstaunens würdigte. Geschickter als der Redner, der diese Falle für ganz unvermeidlich hielt, wußte R. Blum hinter oder neben der zur Schau getragenen republikanischen Aüchtchtslosigkeit die ähnlichen Schlauheiten zu bergen. Ob man wohl damit Jemand für die „republikanische Spitze" der Gesammtverfassung zu ködern meint, daß man das Direktorium des Ausschusses für eine Diktatur, eine reaktionäre Gewalt ausgibt, die das Auge der Freiheit wieder brechen machen werde, die die Fürsten bald mediatisire, die der Verantwortlichkeit spotten werde, weil es kein Gesetz und kein Gericht gebe, die daher der Nationalversammlung keine Bürgschaft gewähre? Oder damit, daß man behauptet, die Republik in der Gesammtverfassung werde die bestehenden Verhältnisse in Deutschland gerade schützen, besser als zwei gleichartige Richtungen in der Einheit und in der Mannigfaltigkeit des Bundesstaats, und sie werde zugleich nicht der Zielpunkt niedern Ehrgeizes werden. Mit Recht erklannte sich v. Beckerath über diese Dreistigkeit, alle Geschichte Lügen zu strafen! Und wie es mit dem Schutz der einzelnen Monarchien unter der ungleichartigen republikanischen Ordnung gemeint sei, der so schön in die Ohren tönte, das verrieth der Führer der Linken eben in jenen anderen Stellen seiner Rede, wo der republikanische Freimuth so rauh herausklang, wo er sich und seine Partei um der Wählerei willen rühmte, die die Tyrannei unterwühlt habe, und die ja natürlich bei längerer Fordauer nun auch die beschränkte Monarchie (oder sich selbst?) unterwühlen müßten! wo er für den Fall des Widerstrebens von Seite der Regierungen das Bedürfniß der Einheit über die Sonderinteressen in der Art gestellt wissen wollte, daß die Widerstrebenden zermalmt würden. Den Feind, der uns angreift, zermalmen, sa, aber nie, sagte Beckerath, möge in Deutschland eine Staatsgewalt eingerichtet werden, die zu den Mitteln der Schreckensherrschaft greifen, die ihre eigenen Angehörigen zermalmen muß, um sich zu behaupten! Wenn der Ruhigste und Gehaltenste der Partei sich so herauslägt, was soll man von dem Ganzen denken! aus dem ein anderer Redner die bis jetzt bekannte Form der

Digitized by Google

Republik noch für ein nur relativ Gutes hielt, für die höchste Blüthe künftiger menschlichen Bildung aber jene noch ungeformte Republik, wo jene höchste Souverainetät gewahrt wird, die nur da ist, wo Jeder sich selbst vertritt, das heißt, wenn wir einen Begriff mit den Worten verbinden sollen, wo das Faustrecht herrscht!

Das linke Centrum hat zu dem Antrag der Kommission, den wir neulich mitgetheilt haben, folgenden Verbesserungsantrag gemacht:

1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden.
2) Dieselbe hat
   a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, und insbesondere die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen,
   b) die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen, und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen,
   c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen.
3) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß mit der Nationalversammlung.
4) Die provisorische Centralgewalt wird in einem Präsidenten übertragen, welcher binnen fürzester Frist von den deutschen Regierungen der Nationalversammlung bezeichnet und von derselben genehmigt wird.
5) Der Präsident übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung wenigstens Eines verantwortlichen Ministers.
6) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben gehört zu werden, sowie die Pflicht, auf Verlangen der Nationalversammlung in derselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen. Sie haben jedoch das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als deren Mitglieder gewählt sind. Dagegen ist die Stellung des Präsidenten mit der eines Abgeordneten zur Nationalversammlung unvereinbar.
7) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet, und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit der provis. Centralgewalt auf.

Schober. Widenmann. Compes. Fallati. Zell. Wurm. Wernec. Schoit. R. Mohl. H. v. Raumer. Goltz. Freudentheil. Koch. Rieffer. v. Rappard. Claussen. Cetto. Bischer. Böcking. Becker von Trier. Schrenzel. Bonnet. Jaup. Wolf. Ravenr. Giskra. Biedermann. Leue. Murschel. Ochsendorf. Ignaz Kaiser. Makowiczka. Renwatt. Rösler aus Wien. Wagner. Achleitner.

Die Zahl der Mitglieder, sieht man, ist klein; sie scheinen uns in andern Fragen auch nicht zusammen zu gehören; das Charakteristische vielmehr scheint uns an dieser Fraktion gerade zu sein, daß sie aus einer Zahl Vereinzelter besteht, die meist eine Sonderstellung, daß wir nicht sagen Sonderlingsstellung, einnehmen, sowie sich auch andere vielfach vereinzelt stehende, zum Theil persönlich Verbitterte, den Ansichten dieser kleinen Partei am meisten nähern. Das Princip der Volkssouveränetät, bei übrigens monarchischen Grundsätzen, ist hier der Kern der Meinungen. Dem monarchischen Princip aber huldigen sie zum Theile nur aus Rücksicht auf die Lage der Zeit und die ausgesprochene Meinung der Mehrheit des deutschen Volkes; sie halten die Kronen und Fürsten für ein nothwendiges Uebel. Sie wollen daher eine Präsidentur und bereiten doch auch damit die Republik im Stillen vor; sie geben sich aber den Schein, es mit der Regierungsgewalt nur desto besser zu meinen, je konzentrirter sie sich unter dem Einen darstellen, je rascher zu handeln er befähigt, je weniger er von den Instruktionen abhängig sein werde, die bei den drei von den Großstaaten ernannten doch nicht zu vermeiden sein würden. Das Verwegenste, was von dieser Seite gesagt werden wird, ist wohl von Leue gesagt worden. Wir sind überzeugt, daß wenige der Uebrigen zu allem von ihnen Gesagten sich bekennen werden; und es scheint überhaupt nicht, als ob noch viele der Antragsteller dieser Fraktion sprechen würden. Einen Augenblick hatten sie mit ihrer Einheit die Ansichten der Rechten und die Freunde des Ausschußantrags erschüttert; die Klubs am Montag aber vereinigten sich auf die Dreizahl, die nun wohl mit den wesentlichsten übrigen Bestimmungen des Antrages durchgehen wird. Wir wollen morgen auf die Haltung der rechten Seite zurückkommen.

**Oesterreich.** Wien, 16. Juni. Se. k. k. Maj. haben mit allerhöchster Entschließung, vom 11. l. M., die Entscheidung des Ministerrathes, wodurch die Einsetzung eines verantwortlichen Regierungsrathes in Prag und die Erklärung, daß derselbe von dem Ministerrathe unabhängig sei, als ungesetzlich behoben wurde, aufrecht zu erhalten geruhet. Zugleich wurde auf Antrag der Minister eine Kommission ausgestellt, welche den Entwurf einer Organisirung der Verwaltungsbehörde in Böhmen zu bearbeiten und auf gesetzlichem Wege vorzuleiten hat.

Wien, 17. Juni. Ein Kurier trifft soeben mit der Nachricht ein, daß der Kaiser in Innsbruck ernstlich erkrankt sei. Erzherzog Franz Karl, der Kronprinz, mit der ausgedehntesten Vollmacht versehen, wird den ersten Reichstag eröffnen, und am 23. h. dahin in Wien eintreffen. — Derselbe Korrespondent will wissen, daß auch Pius IX. schwer erkrankt sei, und an seiner Wiedergenesung gezweifelt würde. (B. Z.)

Δ Wien, 17. Juni. Die böhmischen Arbeiter beharren auf der Erfüllung der Punkte ihrer vorgestern eingereichten Petition und erschienen gestern Abend zum zweiten Mal im Sicherheitsausschuß. Sie behaupteten, daß sie mit dem Lohn von 25 kr. nicht auskommen könnten. Dr. Fischhof suchte ihnen begreiflich zu machen, daß sie im vorigen Jahre, wo die Theuerung so groß gewesen, weniger Lohn bekamen als jetzt, wo alle Lebensmittel verhältnißmäßig billig sind, und sie seien damals ausgekommen mit Weniger, warum also jetzt nicht mit Mehr. Von diesen Argumenten wollten sie aber Nichts wissen; sie wiederholten die Drohung, daß sie Alles wüßten, wie sie sich Bezahlung holen sollten. Heute ist der Zahlungstag des Wochenlohns, und da man Grund hatte, Exzesse zu fürchten, so hat man statt der drei oder vier gewöhnlichen Zahlungsbureaus eine größere Anzahl derselben veranstaltet, um die Arbeiter bei Empfang ihres Geldes in kleinere Partien zu theilen. Die ganze Nationalgarde, auch der berittene Theil, steht unter den Waffen. Die Wachtposten sind doppelt besetzt. — Die Arbeiter des Brändelbades haben eine Adresse an den Sicherheitsausschuß überbracht, in welcher sie ihre Zufriedenheit mit allen Anordnungen des Ausschusses und ihre Entrüstung über die Stimmung einzelner Individuen unter ihnen ausdrücken. — Graf Kollerodo ist in Innsbruck angekommen und soll den Auftrag haben, nach Italien zu gehen, um dort Verhandlungen zur Pacification anzubahnen.

Δ Wien, 17. Juni. Eines unserer kleinen Blätter bringt heute folgende Privatnachrichten über Prag: Der Ausbruch der Unruhen war eigentlich auf zwei Tage später festgesetzt (dann wären sie mit den Unruhen, welche die Czechen hier anzettelten, zusammengetroffen, und dies scheint auch die Absicht gewesen zu sein), aber die energischen Maßregeln des Fürsten Windischgrätz, der davon Wind bekam, beschleunigten den Ausbruch. Das Benehmen des Fürsten in den ersten zwei Tagen war sehr gemäßigt. (Was das fürchterliche Bombardement am Donnerstag veranlaßte, wissen wir noch nicht.) Als gleich beim Beginn des Kampfes die Fürstin getödtet und sein Sohn verwundet wurde, ging er hinauf, umarmte die Leiche seiner Frau und seinen Sohn, und gab mit größter Fassung seine Befehle zur Vertheidigung, und als die Angriffe immer allgemeiner und heftiger wurden, drangen auch er angreifen. Er stürmte das Museum am Graben, den Sammelplatz der Studenten, und nahm viele derselben gefangen. Ebenso eine bedeutende Anzahl der studirenden Studentenverbindung — Slavia — die er in die Königshofer Kaserne bringen ließ. Das Haus des Bankiers Finkler, aus welchem am heftigsten geschossen wurde, wurde vom Militär gestürmt und demolirt. Der Pöbel dagegen stürmte die Eisenhandlungen, besonders das Haus des Kaufmanns Bondy in der langen Gasse, um sich Waffen zu verschaffen. Nach dem ersten Kampftage zählte man ungefähr 30 Todte auf jeder Seite. Die Nationalgarde betheiligte sich sehr wenig am Kampfe. Das Wüthen der Svornost war fast nur gegen das Militär gerichtet. Nachdem der Fürst mit seiner Hauptmacht die Kleinseite gewonnen und die größten Plätze der Alt- und Neustadt — Josephsplatz, Graben, Roßmarkt, Viehmarkt — militärisch besetzt hatte, schrieb er durch einen angeblandten Parlamentair mit weißer Fahne folgende Punkte für einen Waffenstillstand vor: 1) Allgemeine Uebergabe und Vergessen alles Vorgefallenen. 2) Augenblickliche Auflösung der Svornost und Slavia. 3) Dann zieht sich das Militär in die Kaserne zurück. Viele Häuser sind natürlich furchtbar beschädigt. Eine große Anzahl deutscher Familien verläßt die Stadt. Das Landvolk zieht in großen Massen auf alle möglichen Weise bewaffnet herbei. Einige Kaufleute, welche mit einigen in der Eile zusammengerafften Habe in Kolin eintrafen, wurden daselbst durch einen Pöbelauflauf gezwungen, weiter zu flüchten. Zwei Ultraczechen, Arneld und der Leinwandhändler Schleing aus Wildenschwardt, die mit demselben Zuge nach Olmütz fuhren, reizen auf allen Stationen auf die schändlichste Weise das daselbst in großer Masse versammelte Landvolk zum Aufruhr. Sie gaben vor, man wolle jetzt Böhmen wieder unterdrücken, nur deutsche Beamte

Digitized by Google

einfeyen und die Robot einführen. — Der Telegraph von Ollmütz ist zerstört. Hier verbreitet sich die Schreckensnachricht, daß alle Deutschen in Prag niedergemacht sind, die Stadt an vier Ecken brennt, das Militär sich zurückzieht und die Kirchen die Oberhand haben. (!)

**Wien**, 16. Juni. Die Allg. Z. wird geschrieben: Heute sind durch den Telegraphen abermals traurige Berichte in Prag eingelaufen; die Stadt wurde vom Grafen Mensdorff abermals beschossen und steht an mehreren Orten in Brand. Meine gestrigen Mittheilungen über den türkischen Aufruhr nach den Erzählungen eines Reisenden muß ich dahin ergänzen, daß die Stadt Carlowitz, der Hauptsitz des serbischen Aufstandes, vom General Hrabowsky, nach dreimaliger Aufforderung sich zu ergeben, beschossen, mit Sturm genommen und die Aufrührer theils getödtet, theils gefangen oder versprengt wurden. — Einem andern Briefe der Allg. Z. zufolge soll Carlowitz ein Türkischen Anfruhr sein, der Aufstand sich über alle südslavischen Provinzen ausgebreitet haben. Dem Rückb. Korr. wird über die Erstürmung von Carlowitz geschrieben: Während einerseits ein 7— 8000 Mann starker Trupp Insurgenten gegen Westen unter allerlei Verwüstungen verrückt, hat andererseits der Feldmarschallieutenant Hrabowsky die meist von Raizen (Illyrien) bewohnte Stadt Carlowitz angegriffen, bombardirt und daselbst ein fürchterliches Blutbad angerichtet und soll jetzt entschlossen sein, der Stadt Neusatz ein ähnliches Schicksal zu bereiten. Das Blatt meint solche terroristische Handlungen die Gemüther noch mehr aufreizen würden. — In Pesth wurde — wie es scheint wegen des illyrischen Aufstandes — am 15. Juni das Standrecht verkündigt.

**Wien**, 17. Juni. Soeben veröffentlicht das Ministerium, daß von Innsbruck die betrübende Nachricht eingelaufen, Se. Maj. sei ernstlich krank geworden und habe demnach die beabsichtigte Rückreise nach Wien aufgeben müssen. Um jedoch die Eröffnung des Reichstages nicht zu hindern, habe er den Erzherzog Franz Karl mit den umfassendsten Vollmachten zum Stellvertreter ernannt, welcher den 19. Juni von Innsbruck abreisen, den 21. in Linz zubringen und Freitag den 23. hier eintreffen wird. — Eine telegraphische Depesche aus Prag von heute Morgen 8 Uhr lautet: „Die telegraphische Kommunikation zwischen Ollmütz und Brünn ist abgebrochen. Prag in vollem Aufruhr. Prag brennt." —

**Wien**, 18. Juni. Eine zweite telegraphische Depesche aus Prag vom 16. Juni, halb neun Uhr Abends und von dem Prager Bürgermeister ausgehend, lautet: „Da die Bürger und Studenten der Stadt bereit sind, die Ordnung herzustellen, so stellt der Bürgermeister die Bitte, durch den Telegraphen bestätigen zu lassen: Das Militär rückt mit Kanonahme der Grenadiere in die Stadt ein, und es dürfen bis zur Erledigung der von unserer Deputation an den Kaiser und unser Ministerium abgegebenen Petition keine Verhaftungen oder Haussuchungschen von Seiten des Militärs vorgenommen werden. — Die Deputation geht heute noch nach Wien ab. Prag ist in der gefährlichsten Lage, es ist eine schnelle Erledigung nöthig."

Pillersdorf erwiderte durch den Telegraphen: „Das Ministerium könne die heute verlangte Bestätigung nicht ertheilen, jedoch seien die Hofkommissäre dazu ermächtigt, wenn sie die Herstellung der Ruhe dadurch geschieht erkennen. Es sei sich daher mit der Bitte an diese zu wenden. Die Deputation werde erwartet, und die Mittheilung ihrer Bitten an die Hofkommissäre würde die Erledigung derselben beförderen".

Der O. P. Z. wird aus Dresden den 18. Juni geschrieben: Ich bin gestern mit dem Dampfschiff von Meinitz hierher abgereist und habe noch Gelegenheit gehabt, einige nähere Nachrichten über Prag zu erhalten. In Folge der in Laun daselbst vorgefasten Absicht in der Altstadt Feuer anzulegen, welches die ganze Nacht fortbrannte. Man kann sich keinen Begriff machen von dem Unheil, das über die schöne Hauptstadt Böhmens hereingebrochen ist. Auf unserm Schiffe befanden sich viele Flüchtlinge, namentlich Frauen mit Kindern. Die Betrübniß, welche auf den Gesichtern dieser Unglücklichen zu lesen war, ist zu schildern unmöglich. Die meisten haben sich von ihren Gatten, die sie vielleicht nie wieder sehen, trennen müssen. Sie sind fort, nur mit dem Nothdürftigsten versehen, da ihnen nicht gestattet wurde, Sachen von Werth mitzunehmen. Und am Ende sind sie noch glücklich zu preisen, daß sie wenigstens ihr Leben zu retten vermochten. Wenn nach einer langen Belagerung die Stadt einem grausamen Feinde sich hätte ergeben müssen, so wäre die Lage der Bürger nicht so schrecklich, als sie es gegenwärtig ist. Dauerte das Bombardement gestern fort, dann ist Prag, mit Ausnahme der Kleinseite, heute ein Schutthaufen.

Der Rückb. Korr. schreibt: Ein uns zukommendes gedrucktes Blatt aus Eger bringt folgende Nachrichten aus Prag, 17. Juni: „Die Stadt ist in Belagerungszustand erklärt, alle Gerichtsbarkeiten sind außer Wirksamkeit; die Altstadt Prag hat sich noch nicht ergeben; vorgestern den 15. wurde sie vom Lorenzberge, Belvedere und Wischehrad mit Sechspfündern 6 Stunden lang beschossen. Vom 16. auf den 17. Nachts hat man die Altstadt durch Brandraketen in Brand gesteckt; es brennen jetzt die Mühlen, der Wasserthurm und noch mehre Häuser. Es ist schrecklich! — Kein Mensch eilt zu retten, kein Thörner gibt mehr ein Zeichen. Der russische Hof, dem man sich unterwerfen wollte, hat der Regierung die Verschwörung entdeckt. Das Haupt der Verschwörung wurde gefangen, man hat sich seiner Papiere bemächtigt, vermöge welcher am 15. alle k. k. Beamten und Herrschaften ermordet werden sollten. Es ist Baron Bilani. Graf Buquoy wurde gestern festgenommen; das Standrecht wurde publizirt. Die Proletarier stürmten die Spitäler und Kasernen; doch auf die Kleinseite können sie nicht herüber bringen, da 25,000 Mann sich dort befinden."

**Triest**, 10. Juni. Fast jede Nacht wird die Besölkerung der Stadt, deren ganze waffenfähige Mannschaft unter Waffen steht (so daß selbst das Journal des österreichischen Lloyd, wegen der fehlenden Mitarbeiter, nur unvollständig erscheinen kann), durch die Manöver der Italiener aus dem Schlafe unter's Gewehr gerufen. Die Vertheidigungsmaßregeln sind jedoch durch den sehr beliebten Feldmarschall-Lieutenant Gualal so gut getroffen, daß die feindliche Flotte sich wohl schwerlich einem Angriffe auf den Hafen aussetzen wird. Für die eigene Sicherheit ist daher kaum Etwas zu befürchten; wie störend diese Verhältnisse jedoch in den Handel eingreifen, läßt sich allein schon daraus abnehmen, daß die gesammte Dampfschifffahrtsverbindung gegenwärtig gelähmt ist.

**Karlsbad**, 15. Juni. Eine Vorstellung an das böhmische Landesprästidium, daß der böhmische Landtag verschoben werde zu Gunsten der Wahlausschreibung für den Reichstag nach Wien, ist hier zahlreich unterschrieben worden. In den andern deutschen Kreisen sind gleiche Schritte im Werke. (D. A. Z.)

**Preußen.** Berlin, 16. Juni. Großes Aufsehen macht es, daß Dr. Held seit einigen Tagen wie verschwunden ist; man behauptet, er wäre heimlich, um seiner Verhaftung auszuweichen, abgereist. Den eigentlichen Grund kennt man bis jetzt nicht, und es ist zweifelhaft, ob dieses Verschwinden mit der Zeughausangelegenheit in irgend welcher Verbindung steht. (Magd. Z.)

**Berlin**, 18. Juni. Dem Frankf. J. wird geschrieben: Die Untersuchungen über die Exceße beim Zeughause werden von den verschiedensten Seiten geführt, vom Staatsanwalt, von der militärischen Behörde und der Bürgerwache selbst. Letztere namentlich ist bemüht, diejenigen Individuen festzustellen, welche die That des Hauptmanns v. Rayner entschuldigen können, indem derselbe nach Standrecht abgeführt ist. Die Gerüchte, daß fremdes Geld bei den neuesten Vorgängen im Spiel gewesen, behalten Bestand und knüpfen sich an die entdeckte Korrespondenz der Fürstin Czartoryska, nach der man in einem dieser Tage dem bestimmten Eintreffen von 1500 bis 2000 Fünffranckenthalern entgegensieht.

††**Berlin**, 19. Juni. Die Adressekommission hat heute folgenden Entwurf der Kammer vorgelegt: Majestät! Durchdrungen von dem Ernste der Gegenwart und mit freudiger Hoffnung für die Zukunft des Vaterlandes haben wir den k. Gruß vernommen. Die Ereignisse, welche in den letzten Monaten Europa tief erschüttert haben, haben Preußen unausbleiblich in die allgemeine Bewegung gezogen. Insbesondere hat die gewaltsame Zusammenstoß in den Märztagen den bereits lange Zeit hindurch hundertgedrohten Aufregungen des Volksvillens öffentliche Geltung verschafft. Aus allgemeiner Volkswohl hervorgegangen, haben wir von dem Throne erfahren, mit E. M. eine Verfassung festzustellen, welche der Bildungsstufe des Preußischen, wie des gesammten deutschen Volkes entspricht, und volksthümliche Regierung im Staate, Selbstverwaltung des Landes in die Gemeinde für immer sichert. Sie wird die gesetzlichen Bestimmungen beseitigen, welche bisher dem Grundgesetze der gleichen Berechtigung aller Staatsangehörigen widersprechen und einzelnen Ständen besondere Vorrechte verliehen. Sie wird allgemeines Wahlrecht, Freiheit der öffentlichen Rechtspflege und der Rede, das Recht der freien Versammlung und Vereinigung, die Selbstständigkeit jeder Religionsgesellschaft gewährleisten. Sie wird eine volksthümliche, für den ganzen Staat giltige Gesetzgebung und Umbildung des Gerichts- und Heerwesens, so wie allgemeine Volksbewaffnung ins Leben rufen. Auf diesen Grundlagen beruhend, wird die Verfassung die Bande dauernd befestigen, welche die ruhmvollen Thaten hohenzollernscher Fürsten zwischen dem Volke und E. M. Hause geknüpft haben. Die Gefahren, welche unser engeres Vaterland bei einer langen Unsicherheit des öffentlichen Rechtszustandes drohen, haben es unerläßlich gemacht, daß wir gleichzeitig tagen mit den zu Frankfurt versammelten Vertretern des ganzen deutschen Volkes. Im Einklange mit E. M. stets bewährten Bestrebungen halten auch wir die Einheit Deutschlands als unverrückbares Ziel im Auge und verfolgen mit unsern freudigen Mitwirkung dem Anschluß an das Werk, welches in Frankfurt des weiteren berathen wird, das Gut, Vaterlandes erreicht werden soll. — Der immer weiter um sich greifenden Noth werden Gesetze und Einrichtungen zur Hebung des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues, eine den Kräften des Einzelnen angemessene Be-

Digitized by Google

Maßregeln zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes entgegentreten und das allgemeine Vertrauen wieder herstellen. Die Sorge des Staates für ein den Grundzug der Lehrfreiheit festhaltendes öffentliches Unterrichtswesen wird die Bildung des gesammten Volkes erhöhen. — Die weitere Darlegung der Finanzlage des Staates und der bisherigen Verwendung der Staatsmittel wird uns in den Stand setzen, zu beurtheilen, in wie weit die Ersparnisse der Vergangenheit den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechen, und welche Maßregeln zu ergreifen sein werden, diesen Bedürfnissen zu genügen. — Die vom 6. Mai eingeleitete Reorganisation des Großherzogthums Posen wird den beklagenswerthen Zuständen desselbi und dem Zwiespalte der deutschen und polnischen Bevölkerung ein Ziel setzen. Möge dieser Akt der Gerechtigkeit die Wiederherstellung des ganzen Vertrauens eines so lange unterdrückten Volkes begründen. — Der Kampf an den Nordmarken des deutschen Vaterlandes hat den alten Ruhm der Tapferkeit, Mannszucht und Menschlichkeit unserer Krieger neu bewährt. Mit Dank für diese zuversichtliche, von den Vertretern des deutschen Volkes getheilte Gesinnung und bei angekündigten diplomat. Unterhandlungen die siegreichen Erfolge der Waffen nicht preis geben werden, daß Ew. Maj. Regierung durch eine starke und feste Politik der Ihrer Preußens und Deutschlands würden und unserm Handelsstande einen Erfolg der vorzugsweise von ihm ter deutschen Sache gebrachten Opfer sichern wird. Wir wünschen dem Lande Glück, daß es Ew. Maj. Regierung gelungen, die friedlichen Beziehungen zu den übrigen fremden Mächten ungetrübt zu erhalten. Wir anerkennen, wie sie in aufrichtiger Achtung vor unsern Ueberzeugungen bemüht sind, dieselben neu angeknüpften wechselseitigen Nachbarstaats hinzu wesentlich beigetragen hat. Je schneller und bestimmter diese nationale Entwickelung in Deutschland zu der lang ersehnten Begründung eines festen und starken Bundesstaates führt, um so sicherer sind die Bürgschaften einer allgemeinen und dauernden Friedens, welcher die civilisirten Staaten in den Stand setzen wird, sich ihrer schönsten Aufgabe, der Förderung der Wohlfahrt, Kultur und Gesittung, mit voller Kraft hinzugeben. — Die weniger von uns gegebene Nachricht über die Note der franz. Regierung in Betreff Posens erhält aus anderen Quellen Bestätigung. An der heutigen Börse hat dieselbe Besorgnisse erregt. Die betreffenden Bankiers suchten zu vertuschen. Die Kurse waren schlechter als in den letzten Tagen.

†† Berlin, 19. Juni. An der Börse war folgende Nachricht verbreitet: „Prag, 17. Juni. Die böhmische Partei hat einen vollständigen Sieg erfochten. Windischgrätz und Thun sind abgesetzt, das Militär ist vollständig zurückgezogen, die provisorische Regierung als beraths Wiener Ministerium bestätigt. Die Studenten in Prag verlangen Anerkennung der provisorischen Regierung als ordentliche und hinrichtung von Windischgrätz. Wir wollen hoffen, daß sich diese Unglücksbotschaft nicht bestätigen wird. (S. auch oben Dresden).

**Baiern.** München, 17. Juni. Wie wir eben hören, ist in Folge der Ereignisse in Prag von unserer Regierung die Bestimmung getroffen worden, daß, wenn Bundesbilfe von dort aus, resp. von Wien verlangt werden sollte, sofort einige Regimenter nach Böhmen abmarschiren können. (Reg. Z.)

Aus der baierischen Pfalz. Mehrere Mitglieder der konstituirenden Versammlung, sämmtlich der linken Seite derselben angehörig, haben, Herr Robert Blum an ihrer Spitze, eine Ferienreise in die Pfalz gemacht. Daß Erholung nicht ihr einziger Zweck war, konnte man leicht erkennen, wenn auch Herr Vogt auf der Magdeburg nicht die Worte gesprochen hätte, die ihn wohl gegen seinen Willen zum Propheten machen könnten. „Die Linke hat gestaunt, auf ihrer Ferienreise sich verstärken zu können, hier unter dieser glühenden Sonne könnte sie aber leicht noch mehr zusammenschmelzen." — Der Empfang, welcher da, wo sie erwartet waren, den Vertretern unserer Brüder aus den verschiedensten Gauen des deutschen Vaterlandes bereitet worden, war ein herzlicher. Es wurde ihnen Reden, zu welchen Herr Robert Blum, als erster und öfterer auch noch tetzter Sprecher, sich meist in Gemeinplätze Phrasen rettete, viel Beifall geklatscht. Die Zeitungen haben schon, und werden es wohl noch öfter thun, von den Sympathien gesprochen, die unsere Gäste bei der Bevölkerung gefunden. Durch alles dies könnte letzterer als sehr radikal und theilweise unbeliebt erscheinen, was ganz und gar nicht der Fall ist. Schreiber dieser Zeilen kann im Gegentheil aus eigener Wahrnehmung versichern, daß bei dem denkenden Theile der Einwohner die moralische Bedeutung der Linken, wenn auch nicht durch unsere „glühende Sonne", so doch durch die Reden mehrerer Herren Deputirten allerdings etwas zusammengeschmolzen sein möchte. — Um zuerst von dem Eindruck zu sprechen, den der Theil der Linken, welcher unsere Pfalz besucht, als politische Partei gemacht, so wird zwar Niemand verlangen, daß alle Mitglieder einer solchen in jeder Beziehung ganz gleichdenkend sein sollen, aber zumal wenn sie die Minorität bilden, müssen sie ebensowohl durch Einheitlichkeit in ihren Bestrebungen, als durch geistige Kraft ihre Zahl vergessen machen, sonst dürfen sie sich wenig Erfolg versprechen. Es ist nun nicht zu verkennen, daß manche tüchtige Männer unter unsern Gästen waren, aber die Einheit ihres Wollens scheint nicht sehr groß zu sein. Während ein junger Kämpfer der akademischen Legion, der, wie die Wiener überhaupt, einen sehr guten Eindruck auf seine Zuhörer machte, so lange immer möglich auf dem Boden des Gesetzes zu bleiben, an das Bestehende anzuknüpfen trieb, behaupteten andere Redner, es gebe gar kein Gesetz mehr, es müsse erst ein solches geschaffen werden, und es solle aus der alten Zeit gar Nichts mehr in die neue mit hinübergenommen werden. Während Einige die konstitutionelle Monarchie zuließen, brachten Andrer der Republik ein Hoch, priesen Hecker und stellten die baldige Wiedererrichtung seiner Thätigkeit in Aussicht. Den Beifallsbezeigungen nach zu urtheilen, hätte man fast meinen können, alle Anstalten wären gleich willkommen gewesen. Abgesehen jedoch von der verhältnißmäßig geringen Zahl der Republikaner, einiger exaltirten und unruhigen Geister und den Hoch-Rufern par compagnie, machte es auf die Besonnenen einen üblen Eindruck, daß mit schlechtem Spotte bald gegen das Präsidium des Präsidenten Kaiserrechts, bald gegen den Stand der Geistlichen und Gelehrten gestritten wurde. Daß alle mit von dem Feldzug gegen das Projekt des Triumvirates, sowie von der Aufforderung eines andern Redners zum engen Anschluß an Frankreich und eines frühern zu einem Zuge nach Frankfurt, um die Herren dort zu treiben, wenn sie nicht daran machen, und endlich von der, wenn auch — beim Nachtisch geführten Diskussion, welche sich an die falsche Nachricht der Enthauptung des Königs von Neapel knüpfte. — Wer je Aehnliches erlebt hat, weiß die Hoch-Rufe von Versammlungen, die Stunden lang auf die Dinge, die da kommen sollen, gewartet und ihren Durst nicht mit Wasser gelöscht haben, zu würdigen. Die große Mehrzahl der nüchternen Pfälzer weiß aber wohl Dinge, wie die oben berührten, mit Entschiedenheit zurück. Die Pfalz will wohl unstreitig den Fortschritt. Sie ist überzeugt, daß ihn die gesammte konstituirende Versammlung ebenfalls will. Sie sieht daher keinen Grund zu einer weiteren Revolution um jeden Preis. Sie verkennt die Reaktion nicht, weiß aber, daß es noch andere Mittel gibt, sie niederzuhalten, als Blutvergießen und Republik. Die Pfalz will ganz gut Freund sein mit Frankreich, ihm aber nicht angehören und sich von ihm auch keine Regierungsform aufdringen lassen, von der es sehr zweifelhaft ist, wie alt sie in Frankreich selbst werden wird. Die Pfalz hat endlich das vollste Vertrauen zu der konstituirenden Versammlung in Frankfurt; sie denkt, die Herren dort werden schon voran machen, ohne daß sie die Pfälzer in Masse zu ihnen zu bemühen brauchen, hierüber ist Schreiber dieser Zeilen außer Zweifel; wenn ihm dagegen Etwas zweifelhaft erschient, so ist es die Beantwortung der Frage, ob die Abgeordneten der Pfalz im Sinne der Mehrzahl ihrer Wähler handeln, wenn sie sich abwohlend an die äußerste Linke anschließen.

**Würtemberg.** Stuttgart, 15. Juni. Heute Abend 5½ Uhr erfolgte durch Lungenlähmung nach langem Siechthum der Tod des großherzeglichen Oberkonsistorialvicepräsidenten, Oberhofpredigers und Generalsuperintendenten Dr. der Theologie Johann Friedrich Röhr. (D.B.Z.)

* **Altenburg,** 19. Juni. Wir haben hier in Altenburg sehr unruhevolle Auftritte erlebt. Unsere „Volksmänner" hatten die Pfingstfeiertage Rundreisen durchs ganze Land gemacht und überall Republik gepredigt. Sie fanden auch dies Mal, wie bei den früheren Versammlungen, in den nachbarlichen Dörfern bei den niedrigen Bürgerklassen viel Anklang, was bei den Mitteln, die sie anwenden, gar nicht zu verwundern ist. Das neue Ministerium hatte indeß die Truppen vollständig einberufen, da Exzesse zu fürchten waren. Dies wollten aber die Volksmänner nicht leiden; eine Deputation nach der andern wurde an den Herzog abgeschickt. Sie wurden aber nicht vorgelassen, sondern vom Ministerium empfangen, welches bei seiner Maßregel beharrte. Da beschloß man, durch eine große Demonstration den Herzog und seine Minister zur Zurücknahme jener Maßregel zu zwingen. Da hiergegen tüchtige Vorkehrungen getroffen wurden, so unterblieb diese Demonstration, wodurch die republikanische Partei offenbar eine moralische Niederlage erlitten hatte. Man fürchtete, es möchte der Herzog in der Nacht vor der beabsichtigten Demonstration Altenburg verlassen; deßhalb hatten drei von den Parteiführern alle Ausgänge des Schlosses mit größtentheils bewaffneten Haufen besetzt. Diese drei Führer sollten Sonntag, den 18. Juni Morgens, verhaftet werden. Die Menge verhinderte dies aber; man stürzte von allen Seiten mit Waffen herbei. Da man befürchtete, es möchte fremdes Militär eintrücken, wurden auf Anrathen eines der Parteiführer in allen Straßen, die zur Stadt ausliefen, Barrikaden errichtet; es wurde gestürmt, und aus den benachbarten Orten eilten die schon früher Gewonnenen bewaffnet herbei. Die Bürgergarde konnte Nichts thun, da der größte Theil derselben zur republikanischen Partei gehört, und die Uebrigen wenig Muth besitzen. Leider ließ sich das Ministerium einschüchtern, statt kräftig einzuschreiten; denn ich bin überzeugt, daß jene Haufen sehr leicht auseinanderzusprengen und die Barrikaden ohne viele Mühe zu nehmen waren. Das Ministerium fing an, Konzessionen zu

Digitized by Google

machen; zunächst natürlich wurde der Verhaftsbefehl zurückgenommen. Aber die Partei war damit nicht zufrieden und stellte mehrere Forderungen. Gegen Abend kamen die Leipziger Scharfschützen, 2 Schwadronen Kavallerie aus Borne, in der Nacht noch mehr sächsisches Militär an, aber das Ministerium machte keinen Gebrauch davon. Es verständigte sich am 19. Juni Morgens dahin, daß Gruziger (Präsident des Vaterlandsvereins, welcher in seinem Programm die Republik für die beste Staatsform hält und darauf hin mit Schrift und Wort zu wirken verspricht) ins Ministerium eintrate, eine Amnestie erlaßt würde, das fremde Militär, welches gar nicht gebraucht worden war, abzöge, und darauf die Barrikaden wieder zerstört würden. Jetzt ist es bereits 4 Uhr Nachmittags und die Barrikaden werden noch nicht angerührt; dagegen kommen immer noch bewaffnete Haufen gezogen. Was soll man dazu sagen? Bleibt durch solche Muthlosigkeit und Schwäche nicht die Monarchie unterworfen und der Anarchie in die Hände gearbeitet? Viele von diesen Parteiführern, die an der Spitze dieser Empörung standen, treten als Mitglieder in den übermorgen beginnenden Landtag ein!

ð **Frankfurt**, 20. Juni. (Fortsetzung der Diskussion über die Centralgewalt.) **Braun** aus Köslin stellt das Amendement, daß bis zur definitiven Begründung einer obersten Regierungsgewalt für Deutschland die Ausübung derselben in allen gemeinsamen deutschen Angelegenheiten der **Krone Preußen** übertragen werde, mit denjenigen Bestimmungen und Modalitäten, welche das Gutachten für das vorgeschlagene Bundesdirektorium aufgestellt hat. Dieser Vorschlag erregt großes Erstaunen, welches in ein allgemeines Lachen übergeht, an welchem der Antragsteller selbst Antheil nimmt, nichtsdestoweniger aber seinen Antrag beharrlich begründet, und zwar auch aus der Gefahr des Vaterlandes, aus der überhaupt alle Anträge begründet werden. Nur von Darmstadt spricht für die unbedingte Wahl durch die Nationalversammlung. Das Volk habe lange Zeit auf die Fürsten vertraut, die Fürsten sollen jetzt auch auf das Volk vertrauen; sie werden dadurch sich selbst retten. **Würth** von Wien zeigt die Gefahr des Vaterlandes, den sicher hereinbrechenden Krieg im Osten, vielleicht auch im Westen. Wie aber sei Deutschland darauf gerüstet? Durch die völlige innere Zerrüttung gewiß nicht. Worte heißen hier Nichts mehr, nur Thaten und eine Gewalt, stark genug zu Thaten. Die Linke wolle einen Vollziehungsausschuß, welcher, aus der Nationalversammlung hervorgegangen, Deutschland regiere, und welcher den namittelbaren Uebergang zur Republik bilde. Das Volk in seiner großen Mehrheit will aber diese nicht (die Partei auf der Gallerie, welche das Volk spielt, murrt). In dem Landvolk insbesondere sei jener altgermanische Zug unverwischt, welcher das Volk an seine Fürsten knüpft. Wenn das Volk seine Fürsten nicht gewollt hätte, so wäre in diesem Sturme kein Thron mehr stehen geblieben, aber es sei keiner in Deutschland gefallen. Wer die Einheit Deutschlands aufrichtig will, der muß nicht Maßregeln vorschlagen, welche Deutschland in zwei ungleiche Hälften zerspalten. Wenn die Verfassungsform der Centralgewalt der der Einzelstaaten principiell entgegensteht, so muß nothwendig ein Kampf auf Tod und Leben erfolgen. Deutschland gewinnt dadurch Nichts, als einen unabsehbaren Bürgerkrieg, welcher dasselbe auf lange Zeit hinaus zerrüttet. Er stimmt für den Kommissionsantrag, welcher im Sinne der Mehrzahl des Volkes das Princip der konstit. monarchischen Regierungsform festhalte. Nach **Wedekind**, welcher vor Allem den Bundestag beseitigt haben will, tritt **Rob. Blum** auf die Rednerbühne. Die Versammlung kommt mir vor, wie ein neuer Prometheus; die Riesenkraft derselben ist angeschlossen an den Fels der Zwietracht. Abwechlen rafft sich auf einige Zweifeln an der eigenen Kraft, wie erst heute, da sie Krieg beschlossen hat, ohne zu fragen, wo die Mittel, wo das Heer? und sie hat damit den Sieg beschlossen. Wir sind hergekommen, um das zerklüftete Deutschland in ein Ganzes zu verwandeln, um einen Rechtsboden in dem zerrütteten Vaterlande herzustellen, und zwar um einzig und allein dies zu thun. Ein Organ muß geschaffen werden, durch welches unsere Beschlüsse Geltung bekommen. Zunächst ein Organ, den Willen dieser Versammlung auszuführen. Man sagt, das sei eine republikanische Einrichtung. Allerdings ist sie das. Wir wollen eine solche für den Gesammtstaat, nicht um die Einrichtungen der Einzelstaaten zu stürzen, sondern um sie aufrecht zu erhalten. Der Gesammtstaat soll auf die vorhandenen Einzelheiten aufgebaut sein; diese sind seine Grundlage und werden von ihm nicht angetastet. Wenn die Regierungen das wirklich sind, was man von ihnen sagt, gutwillig und zu Opfern für das Allgemeine bereit, so ist keine Schwierigkeit. Wenn sie es nicht sind, dann soll der Vollziehungsausschuß die Widerstrebenden zwingen, er soll sie zermalmen. Der Vollziehungsausschuß gewährt den Regierungen den Mittelpunkt, in welchem ihre Gewalt zusammenläuft. Er sichert die Regierungen, wenn er von dieser Versammlung gewählt wird; denn wie die Versammlung zusammengesetzt ist, so haben die Regierungen von ihr Nichts zu fürchten. Er sichert aber auch zugleich das Volk, weil er durch seine Souveränetät eingesetzt ist und besteht. Das vorgeschlagene Direktorium dagegen sichert nicht die Fürsten, denn sie sind durch dasselbe meciatisirt, und nicht die Nationalversammlung, denn diese kann es nicht entfernen, weil die Verantwortlichkeit des Ministeriums ein bloßer Schein ist. Es ist Nichts, als die schrankenlosette Diktatur. Wir sollen mit den Regierungen verhandeln. Handen Sie ein Mandat dazu, mit Jemand zu verhandeln? Sie sind berufen allein durch die Allmacht des Volkes und dürfen nicht verhandeln, eher müssen Sie Ihr Mandat niederlegen. Es wird auch der Unterhandlungen gar nicht bedürfen; die, welche die Regierungen als außerhalb des Volkes betrachten, thun ihnen einen schlechten Dienst; gehören sie dazu zu dem Volke, dann vertreten sie mit in dieser Versammlung. Man hat vielfach auf das Ueberhandnehmen der Anarchie hingewiesen. Aber was ist dieses Hervortreten der Anarchie im Einzelnen anders, als die Zuckungen der Ungeduld darüber, daß die Erwartungen des Volkes so lange unerfüllt bleiben? Das Volk hat sich gemäßigt in seiner Revolution, weil zuerst das revolutionäre Vorparlament, und dann diese aus der Revolution hervorgegangene Versammlung ihm versprochen hat, die Frucht der Revolution auf friedlichem Wege zu erringen: Aber geschieht das durch das Direktorium? Das Direktorium ist die Reaktion, es ist die Konterrevolution, und Kraft erregt Gegenkraft. Man hat den Vorwurf der Wühlerei gemacht. Den lassen wir uns gefallen. Ja, die Partei hat gewühlt seit 30 Jahren, bis der Boden der Tyrannei so unterwühlt war, daß sie zusammenstürzen mußte, und ohne diese Wühlerei säßen Sie nicht da wo Sie sitzen. Sie wollen die oberste Gewalt nicht einer Krone übertragen, aber Sie wollen sie drei Kronen übertragen. Ist damit Etwas gewonnen? Man hat Sie auf Belgien hingewiesen, thun Sie, was in Belgien geschehen ist, wo die Nation nach ihrem Gutdünken wählte. Man hat Ihnen gesagt, Frankreich zittere vor einem jungen Menschen; ich kenne einen Staat in Deutschland, der auf dem Boden des historischen Rechtes steht; der ist tief erschüttert worden durch die Füße einer Tänzerin. Es ist eine Gotteslästerung an der Humanität, wenn man darüber spottet, daß ein Staat 80,000 Hungernden Brod gibt, statt daß er sie zusammenschießen läßt. Es kostet Frankreich lange nicht soviel, als die Herrschaft des Königs. Wenn Sie wollen, daß das Himmelauge der sterbenden Freiheit in Deutschland sich dorthin wende, so schaffen Sie Ihre Diktatur. (Erstaunlicher Lärm von der Linken und der Gallerie.)

Der nachfolgende Redner, **Bette** aus Berlin, hatte eine schwierige Aufgabe. Die Aufmerksamkeit der Zuhörer war erschöpft und verlangte eine Pause, welche gerade der gedrängte, aber nur von Wenigen angehörte Vortrag Letztes ausfüllte. In Erwägung auf die vorangegangene Rede gab er zu, daß die Nationalversammlung aus der Revolution hervorgegangen sei; aber um eben der Revolution, als solcher, ein Ziel zu setzen, nicht um sie permanent zu machen, was der Blum'sche Antrag zur Folge haben würde, wenn man ihn annähme. Er vertheidigt den Kommissionsantrag, welchen die beiden folgenden Redner, **Hensel** und **Simon** von Trier, bekämpfen. Der letzte will Nichts als die Freiheit, diese ist am Weitesten entfernt von der absoluten Monarchie; die konstitutionelle Monarchie ist eine Halbheit; die demokratische Republik ist ziemlich gut, aber doch nicht ganz, weil da immer noch eine Bevormundung stattfindet, eine wirkliche Volkssouveränetät aber nur da stattfindet, wo Jeder sich selbst vertritt. Der Redner gibt aber zu, daß er zur Zeit nicht wisse, wie man das Alles durchführen könne. Er richte sich nach den Verhältnissen. Das Volk aber verlange für den Gesammtstaat Deutschlands die republikanische Form. Die Gewalt dürfe nicht in die Hände zurückgegeben werden, denen sie entnommen worden sei. Man habe gesagt, das Parlament habe keine Soldaten; ihm aber hätten die Landwehrmänner gesagt, daß sie für das Parlament kämpfen würden gegen widerspenstige Fürsten. Wer gegen das Parlament sich auflehne, der sei ein Rebell. Die Fürsten aber würden das nicht thun, theils aus Humanität, theils aus Klugheit.

**Becker.** Er erkenne die Souveränetät des Volkes in vollem Maße als Gegensatz zu dem gestürzten Princip der Legitimität von Gottes Gnaden an. Aber es sei Unrecht, wenn man das Volk glauben mache, seine Souveränetät sei eine schrankenlose Willkürherrschaft, die Regierung sei die Dolmetscherin des Volkswillens, nichts Anderes. Aber die Rechte der Regierung und des Volkes einander gegenüber müßten anerkannt werden, hier sei eine Vermittlung durchaus nothwendig, sonst trete die Gewalt des Stärkeren ein. — Die Abgeordneten der Nationalversammlung seien gewählt nach den Anordnungen

Digitized by Google

der Regierungen, welche das Volk habe bestehen lassen, sie haben kein Mandat erhalten um diese Regierungen zu stürzen; die Linke sei in der Verfolgung ihres Zieles konsequent, was der andere Theil der Versammlung nicht immer sei; er würde beantragen, keine Konzessionen machen, wodurch das Prinzip verklausuirt werde; lieber wollte er selbst in die Reihen der Linken eintreten, als daß er sich zu Konzessionen verstehe, welche nur auf Umwegen zu demselben Ziele führen müßten; er wolle keine Republik, weil eine Republik ohne eine republikanische Bildung des Volkes und ohne republikanische Grundsätze Nichts sei, als eine Räubergesellschaft. Man schürte fort und fort den Haß gegen den Bund, wer aber habe mehr und entschiedener dagegen gekämpft, als er selbst; jetzt aber sei er stolz darauf, ihm anzugehören, er spreche hier nicht für seine Person; die paar Monate, da er Bundestagsgesandter sei, machen die Ehre und die Stellung seines Lebens nicht, er werde zurückkreten und nehme alsdann seine Gewalt wieder in der National-Versammlung. Man dürfe nicht übersehen, daß die Nationalversammlung nicht die einzelnen Staaten vertrete, sondern die Freiheit der deutschen Bürger im Allgemeinen, wenn man darum die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten nicht ganz und gar vernichten wolle, so sei ein Staatenhaus wie in Nordamerika unumgänglich nothwendig; das sei aber jetzt nicht da, und man könne es im Augenblick nicht schaffen; wenn man daher eine blose Vollziehungsgewalt, welche ganz allein abhängig von dieser demokratischen Versammlung ist, in's Leben rufen wolle, so heiße das: die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten geradezu aufheben und eine sogenannte Eine und untheilbare Republik in's Leben rufen; wenn die Ernennung des Direktoriums nur allein von der Nationalversammlung ausgeht, so ist es natürlich nur auch von dieser abhängig, am Wenigsten wünsche er 3 Direktoren, indem dadurch die kleineren Staaten gänzlich bei Seite geschoben seien. — Um aber das rechte Verhältniß des Direktoriums zu den Landesregierungen herzustellen, stelle er den Antrag: „Das Bundesdirektorium hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, soweit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen in's Einvernehmen zu setzen". Er fährt fort: Meine Herren, Sie haben hier keine Kasse, keine Heere, keine Bedienten, diese sind in Wien, Berlin, Dresden u. s. w., und Sie brauchen die Regierungen, wenn Sie Ihren Willen vollziehen lassen wollen, Sie mögen immerhin sagen: wir wollen befehlen; aber täuschen Sie Sich nicht, die Zeiten sind vorbei, wo die Mauern von Jericho vor dem bloßen Posaunenschall zusammenstürzten, und wenn das Direktorium ohne Einvernehmen mit den Regierungen handeln soll, so wird bald diese, bald jene Regierung saumselig oder gar nicht vollziehen; dann werden Sie sie zwingen müssen, wenn Sie können, Sie werden Truppen von Dresden nach Berlin schicken und einen beständigen Exekutionskrieg unterhalten müssen. Sie berufen sich auf Ihre republikanische Garde; aber wenn Sie einmal diese gebrauchen müssen, dann sind die Kommandanten dieser Garde Ihre Herren, und Sie sind Ihre Diener; dadurch, daß die Regierungen herabgewürdigt und von dieser Versammlung herabgewürdigt werden, ist dem Frieden des Vaterlandes schlecht gedient. Eines hat das deutsche Volk in allen Stürmen bewahrt, die Rechtlichkeit; im Namen dieser Rechtlichkeit beschwöre ich Sie, meinem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. — Verlangen Sie nicht von den Monarchen, daß sie ihre Ehre aufgeben; denn auch hier gilt vor Allem: Ehre verloren, Alles verloren. (Anhaltender Beifall.) — Dieringer spricht für den Ausschußantrag, von Trützschler für den Blum'schen. — Jeder Mensch, sagt der Letztere, kam als Souverän auf die Welt, was eine anhaltende Heiterkeit in der Versammlung erregte; er erklärt die Annahme des Kommissionsantrages für einen Hochverrath an dem Volke, und es sei möglich, daß das Volk Diejenigen, welche sich desselben schuldig machen, vor sein Gericht ziehe.

v. Radowitz. Man habe den Begriff des Kongreß des Hochverraths nicht beschuldigt, als er die Regierungsgewalt auf das konstitutionelle Königthum übertrug; wenn diese Versammlung daßselbe thue, so erkläre er sich gerne dieses Hochverraths für mitschuldig; er läugne entschieden, daß es zweckmäßig sei, wenn diese Versammlung durch einen Vollziehungsausschuß selbst regiere, die Garantie der Freiheit beruhe auf der Gegenseitigkeit der Gewalten, so habe man es in Amerika, in Belgien und in der Schweiz anerkannt; die Regierung eines Einzigen sei immer Despotie, dieser Einzige mag ein Monarch oder eine Versammlung sein, der Abg. Blum habe nicht dazu beigetragen, seinem Vorschlag Eingang zu verschaffen, indem er denselben als eine Einleitung für die republikanische Verfassung bezeichnete; Blum habe die Wühlereien vertheidigt, habe aber den Unterschied vergessen zwischen denen, welche seit 30 Jahren unter den größten Anstrengungen der Freiheit eine Gasse gebrochen haben, und denjenigen, welche fort und fort wühlen, nur um zu wühlen; wenn die Bewegung nie mit dem Erreichten zufrieden sei, dann habe sie kein anderes Ziel als den allgemeinen Abgrund, und diejenigen, welche dahin arbeiten, sind die Wühler; Blum habe gesagt: die Widerstrebenden müßten zermalmt werden. Er habe von seinem Standpunkte Recht, sein Vollziehungsausschuß müße zermalmen, er könne nicht anders, denn er sei nichts Anderes als die Schreckensherrschaft; wenn es aber die Aufgabe einer Staatsgewalt sein müße, die Angehörigen zu zermalmen, so wolle wenigstens er, der Redner, zur Bestellung einer solchen Gewalt nicht mitwirken. Der Deutsche habe in diesen Stürmen von sich geworfen, was er Unedles an sich hatte; aber man müße sich hüten, die noch lebensfähigen Kräfte zu vernichten; mit Verwunderung habe er gehört, daß man darum eine Republik wolle, um niederen Ehrgeiz keinen Raum zu geben, bisher habe man vielmehr gerade den Republiken und insbesondere den großen diesen Vorwurf gemacht; Mirabeau habe festgehalten an der Monarchie, weil er in ihr allein eine Bürgschaft der Freiheit erkannt habe, und die Folge habe bewiesen, daß er Recht hatte; der Redner zieht nun einen Vergleich zwischen dem Ausschuß-Antrage und den wichtigsten Verbesserungsvorschlägen und spricht sich dahin aus, daß man an dem Ausschuß-Antrage festhalten solle, weil dieser die größte Stimmenzahl für sich vereinigen werde; in dem Beschluß, welcher am Anfang der Sitzung gefaßt worden sei, habe er das Wehen des erwachenden Volksgeistes erkannt, man habe gefühlt, daß man in großen Angelegenheiten sich kräftig einigen müße, möge das auch hier der Fall sein; wenn der Beschluß mit großer Mehrheit gefaßt wird, dann steht der Nationalversammlung eine große Macht zu Gebote, die Macht des Volksgeistes. — Aber diese Macht habe nur bei wahrer und weiser Mäßigung ihre sittliche Bedeutung, daran wollen wir fest halten, es mögen Stürme kommen und wir darin untergehen, aber unsere Aufgabe muß es bleiben, von der Freiheit die Anarchie fern zu halten.

ℨ Frankfurt, 21. Juni. Für die heutige Sitzung der Nationalversammlung stand der Bericht des Ausschusses für die slawische Angelegenheit und sodann die Fortsetzung der Debatte über den Centralgewalt auf der Tagesordnung. Vorher wurde von dem Vereinsausschuß ein Verzeichniß vieler Beiträge für die deutsche Flotte aus allen Theilen Deutschlands vorgelegt (darunter aus Sinsheim in Baden 46 fl.), als ein erfreuliches Zeichen von der patriotischen Theilnahme des deutschen Volkes an dieser Nationalangelegenheit. Im Namen des österreichisch-slavischen Ausschusses erstattete Beidler den Bericht über den Prager Aufstand, in welchem nachgewiesen wird, daß zu einer genauen Prüfung der Sache es an umfassenden Nachrichten fehle, daß höchst wahrscheinlich die österreichische Regierung selbst Mittel genug besitze, um ohne weitere Beihilfe die Ordnung herzustellen und ein Einschreiten durch Bundestruppen in diesem Augenblick wohl eher geeignet scheine, den allgemeinen Bürgerkrieg in Böhmen erst hervorzurufen. Der Antrag gehe deßhalb dahin, zu erklären, daß durch den Bundestag in dieser Sache Nichts geschehen sei, was für den Augenblick habe geschehen können. Ein Minoritätsantrag der äußersten Linken kommt in der Hauptsache auf daßelbe hinaus, jedoch ohne Bundestag, und setzt einige allgemeine humanisirende Sätze hinzu. Die Diskussion über die Centralgewalt ist um 10 Redner weiter gerückt, 120 stehen noch bevor. In der Sache selbst dagegen ist man, wenigstens im Verhältniß zu der Rednerzahl, bedeutend vorangerückt. Nachdem nämlich die prinzipiellen Gegensätze bis zu ihrer äußersten Spitze durchgekämpft waren, trat nun heute die Diskussion gegen das Ende der Debatte in die Richtung der Vermittelung. Der Abg. Schoder brachte nämlich den Verbesserungsantrag der Partei des Württemberger Hofes (einer zwischen dem Centrum und der Linken sich bildenden Fraktion) in die Versammlung. Da dieser Vermittelungsantrag die Aussicht hat, in den Hauptpunkten die Möglichkeit mit einigen Stimmen Mehrheit zu gewinnen, so theile ich Ihnen denselben vollständig mit und bemerken ist, daß die mit gesperrter Schrift gedruckten Sätze diejenigen sind, welche von dem Ausschußantrage abweichen (siehe den letzenden Artikel). Demnach bestehen jetzt fünf Fraktionen in der Versammlung in Beziehung auf die gegenwärtig zu verhandelnde Frage; zwei Fraktionen der Linken, der Zitz'schen und der Blum'schen, von welchen die erste sich bestrebt, über das Denkbare hinauszugehen; sodann die Rechte, welche die Centralgewalt allein durch die Fürsten ernannt wissen will, und heute mit vielem Glanz durch v. Lincke vertreten worden ist; die des Centrums, aus welcher der Ausschußantrag hervorgegangen ist, und endlich die des Württemberger Hofes, welche dem Prinzip nach mit dem Centrum sich einigt, aber eine mögliche Verständigung mit der Linken erstrebt, wenigstens alle nur einigermaßen billigen Anforderungen derselben genügende Rechnung zu tragen sucht. Diese Partei hat darum eine günstige Aussicht für ihre

Digitized by Google

Anträge, weil man nur einem mit großer Mehrheit gefaßten Beschlusse eine günstige Wirkung versprechen darf und darum das Centrum den Bürtemberger Hof in dieser Angelegenheit nicht wohl entbehren kann; überdies aber auch weil sehr viele Abgeordnete theils aus Neigung, theils um der Nachrede willen lieber zu wenig nach der Linken nachgeben, als nach der Rechten, wohin die öffentliche Meinung der großen Menge nun einmal das Gespenst der Reaktion hingestellt hat. Das Nähere über die heutige Diskussion morgen.

☽ **Frankfurt**, 21. Juni. Zwei Tage schon währt nun der Kampf um die zu schaffende Centralgewalt. Es ist bis jetzt nicht ein großartiger Kampf, sondern es ist der Kampf um etwas Großes. Ich sage: kein großartiger Kampf, denn dazu gehörte, daß die Kräfte gleich groß wären; aber wenn auch die Linke an Zahl etwa eben so viele Redner ins Feld stellt, so ist eben es nur diese Zahl der Sprechenden, die Masse der Worte, was sie mit ihren Gegnern gemein hat. Die Hauptkämpfer der Linken sind wohl gestern im Treffen gewesen, wenigstens sprach Blum, und was war es? Wie viel hatte ich mir von diesem Manne, dessen Ruf so groß, in dieser Frage erwartet, und wie unbefriedigt ließ er mich! Ueberhaupt glaube ich, daß, je länger er in der Nationalversammlung wirkt, desto mehr wird sein Einfluß abnehmen. Haben das prachtvolle Organ, die vollkommene, sich selbst beherrschende Ruhe des Redners, der wohlberechnete Vortrag ein paarmal die Zuhörer geblendet, so fragt doch Jeder bald nach dem Inhalte, nach den Gründen und muß sich dann sagen, daß hierin des Mannes Stärke nicht liegt. Ein schöner Eingang, ein theatralischer Schlußeffekt, aber eine unbedeutende Mitte. Blum ist ein geschickter Volksredner, der seine drastischen Mittel: „Hungernde Arbeiter" „das brechende Auge der Freiheit" u. s. w. gut anzubringen weiß, aber vor einer Versammlung wie die Nationalversammlung wird er sich nie den Ruf eines staatsmännischen Redners erwerben, nie ein Vertrauen erwecken, welches sich in der Ueberzeugung vereinigte: diesem Manne könnte man das Staatsruder in die Hände legen. Rein, wahrlich, Vertrauen erweckt seine Erscheinung nicht, man glaubt in dem allzusalbungsvollen Tone eher die Schule eines Predigerseminars als die Sprache innerster Ueberzeugung zu vernehmen. Der ganze Eindruck ist ein unheimlicher, und Niemand wird sich mit Beruhigung eine Antwort auf die Frage geben, wessen dieser Mann wohl fähig wäre, wenn er je die Gewalt in die Hand bekäme.

Beckerath hat in einem einfachen edeln Vortrage Blums Rede Satz für Satz so vollständig vernichtet, daß man nur beide Reden nebeneinander abdrucken dürfte, um hinter den theatralischen Lappen die ganze Misere zu beleuchten. Die Rede war übrigens auch wohl mehr für die außerhalb, als innerhalb des Saales berechnet; denn wie hätte sie so geschickten Mann, wie Blum, Mitglieder der Nationalversammlung durch eine Lobrede auf die Anarchie, auf die Wühlerei, für seinen Antrag zu gewinnen hoffen können. — Ja, die Anarchie lobte dieser Staatsmann als eine Aeußerung der „Volkskraft", er hat wohl seine Freude daran, daß ein anarchischer Haufe in Berlin die Vertreter des souveränen Volkes auf der Straße mißhandelt! (Während noch letzten Samstag die Linke verlangte, man solle die einzelnen Parlamentsmitglieder für „heilig" (!) und „unverletzlich" erklären). Er hat wohl seine Freude an dem anarchischen Haufen, der das Zeughaus plünderte und seine „Kraft" durch das Zerstören der reichen preuß. Siegestrophäen „äußerte"? Eine solche Aufmunterung zur fortgesetzten Anarchie von der Rednerbühne der Nationalversammlung herab muß wohl Jedem die Augen öffnen über die Pläne dieser Partei und sollte wohl genügen, alle Freunde friedlicher Reform, alle Feinde des Bürgerkriegs und unserer Entwicklung fest zusammenhalten und ihren Gegnern keinen Fußbreit Landes mehr zu überlassen. Da Blum die Wühlerei vertheidigte, fragte er, ob es seit 30 Jahren kein Verdienst gewesen, zu unterwühlen den Boden der Tyrannei, da ja ohne diese Wühler das Gebäude jetzt nicht zusammengeführt wäre. Aber, wie Beckerath so treffend entgegnete, wozu nun, nach dem Sturze, doch noch immer fort und weiter wühlen, wenn man nicht will, daß eben immer noch mehr nachstürze, während doch Blum selbst erklärt hatte, mit seinem Vollziehungsausschuß wolle er die bestehenden Verhältnisse der Einzelstaaten nicht antasten? Wer kann bei so schlecht versteckter Absicht solcher Erklärung vertrauen?

Zu den Unterwühlern der Tyrannei gehörte auch Welcker, Gagern, Hansemann, Römer, Mathy u. A. — freilich mit edleren Mitteln, als die jetzige Wühlerei sie gebraucht, aber wer, nachdem nun die Freiheit errungen, auch dieses Errungene unterwühlt, der sollte sich nicht einen Vertheidiger der Freiheit rühmen, nicht einen Freund seines Vaterlandes, das jetzt mehr als je der inneren Festigung, der Sammlung aller Kräfte bedarf, um den an den Grenzen drohenden Gefahren die Spitze zu bieten. Doch Unglück und Jammer kommen bei den großartigen Plänen dieser Partei überhaupt nicht in Anschlag, ist doch einem Mitglieder der Linken, Hrn. Löwe, am ersten Tage der Ausdruck entfahren: Blums Antrag könne „leichtsinnt zum Bürgerkriege" führen. Wer es nicht gehört, wer es nicht lieb, sollte es nicht glauben. Man fervirt wohl so den Bürgerkrieg wie eine Tasse Kaffee! Hr. Löwe merkte freilich sogleich, was er verrathen, und der ganze übrige Theil seiner Rede sollte diesen Fehler wieder gut machen; aber bei der größten Anstrengung war kein Rückzug mehr möglich, wo ein allgemeines Gelächter den Mann bereits gerichtet hatte. Nicht glücklicher waren die Waffen des Hrn. v. Trützschler, der gestern seine erste Lanze brach. Von dem, was jetzt dem Vaterlande fromme, von einer staatsmännischen, ja auch nur von einer verständigen Erwägung der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit keine Spur; aber wo man nicht glaubt überzeugen zu können, da droht man. Wer nicht für den Blum-Trützschler'schen Antrag stimmt, der ist, so sprach der liebenswürdige Mann, ein Hochverräther an der Souveränität des Volkes, den wird das Volk vor sein Gericht zieh'n; und damit Keiner entgehe, ist auch bereits die namentliche Abstimmung angekündigt. Gibt es eine unwürdigere Sprache? Noch mehr hat uns aber gewundert, daß die Linke Redner ins Feld schickte, welche die Versammlung mehr beläsitigten als ihrer Sache nützten. „Alle Menschen kommen als Souveräne zur Welt." Ja bitte Sie, ein schreiender Souverän in Windeln!

Hr. Simon muß übrigens bei den Demokraten alle seine Mitbewerber jetzt ausgestochen haben, denn „er geht am Weitesten", und an den Weitestgehenden, wie bei einer Versteigerung an den Meistbietenden, wird ja in unsern Tagen der Beifall der Menge vergeben; Hrn. Simon genügt auch die Republik nicht, so lange sie ein Parlament oder einen Kongreß besitzt, in welchem das Volk vertreten wird; das Ideal dieses Staatsmanns ist diejenige Verfassung, „wo das Volk sich selbst vertritt." Wahrlich man bedauert die ernsten Männer, welche solche Reden anhören müssen. Mir kommt dann die Versammlung wie ein Picknick vor, wo zum Male der Redner die Worte stellt, und die Hörer die Gedanken.

Wohl uns, daß die große Zahl besonnener und würdiger Mitglieder der Nationalversammlung uns über den Ausgang des Kampfes beruhigen kann. Mag dieser auch noch einige Tage schwanken, er kann nur enden mit dem Siege staatsmännischer Weisheit. Ohne muthwillig, weil ohne alle Noth, zu zerreißen die Fäden des Rechtes und der Gerechtigkeit, die uns mit der Vergangenheit, mit dem Gegebenen noch heilsam verknüpfen, wird, nach langen Jahren der Zerfahrenheit, dem Vaterlande ein heißersehnter Mittelpunkt der Einheit und Kraft werden, der es erlösen wird aus dem Pfuhle der Anarchie und Wühlerei und sammt gegen Scandinavien, Slaven und Romanen. — Der dritte Tag des Kampfes bricht heute an. Alles sehnt sich nach einem gewichtigen Worte Gagerns.

## Großbritannien.

**London**, 17. Juni. Als die Bundestruppen ein Stück von Süd-Jütland und die Stadt und Veste Friderricia besetzt hatten, verlangten die Times dringend und drohend, aber doch in ziemlich gemäßigten Ausdrücken, daß wir Jütland zu räumen hätten, wenn wir unsere Sache nicht gründlich verderben wollten; als die Bundestruppen dann wirklich Jütland und selbst Nordschleswig geräumt, stellte dieselbe Zeitung in ungehobelten groben Ausdrücken das Verlangen an uns, wir hätten nicht nur Schleswig, sondern sogar Holstein zu räumen, nun da die Bundestruppen wieder gegen Norden vorrückten und abermals Jütland bedrohen, sprechen sie auf die früher gemäßigtere Forderung, die Räumung Schleswigs zurück; sollten wir erst wieder Jütland in Händen haben, so wird sie ihre Forderungen abermals noch weiter, nämlich auf die Räumung Jütlands beschränken. Ein deutlicherer Fingerzeig für das, was unsererseits zu thun ist, konnte und nicht gegeben werden, als in dieser Skala der Times! Dabei schildert diese Zeitung den Zustand Deutschlands als den traurigsten, der sich denken lasse; überall herrsche Verwirrung, Anarchie, Unsicherheit, diesem Chaos gegenüber sei es eine Unverschämtheit, namentlich im Munde derer, welche am liebsten mit Hilfe des Auslandes einen Bürgerkrieg über Deutschland heraufführen möchten, noch das Wort Einheit auf den Lippen, die schwarz-roth-goldne Kokarde auf den Mützen, dabei aber die mephistophelische Lust an allgemeiner Zerrüttung und sociater Verwirrung im Herzen zu tragen. In einem ihrer letzteren Artikel findet diese Zeitung den Zustand des kleinen, angegriffenen Dänemarks, weil es doch eins in sich sei (bei dieser Einheit stehen aber zwei Provinzen, die Finanzen und die Unabhängigkeit von Schweden und Rußland auf dem Spiele), unendlich beneidenswerther als den zerrissenen und gänzlich unhaltbaren Zustand des großen

Digitized by Google

## Rede Bassermann's über die provisorische Centralgewalt.

Meine Herren! Das letzte Argument des Redners vor mir bedarf, glaube ich, keiner Widerlegung; ich wende mich daher zur Hauptsache selbst. Es liegen zwei Gegenstände vor, repräsentirt durch den Antrag von Blum und Trützschler und durch den Antrag der Majorität des Ausschusses. Ich behaupte, welcher dieser Pläne auch ausgeführt werden möchte, es würden doch dieselben handelnden Personen als verantwortlich handelnde vor der Nationalversammlung erscheinen müssen. Denn nach dem Antrage der beiden genannten Herren müßten die handelnden Mitglieder des Vollziehungsausschusses der Mehrheit dieses Hauses vollkommen entsprechen, und nach dem Antrage der Majorität des Ausschusses könnten wiederum die verantwortlichen Minister keine anderen sein als solche, die ebenfalls genau der Majorität dieser Versammlung zu entsprechen hätten. In diesem Punkte könnte es uns also ganz gleichgiltig sein, welcher von beiden Gegensätzen zur Verwirklichung gelangte. Allein ein tiefer Unterschied muß dennoch vorhanden sein, daß wir einen Schritt fest entsprinnen sehen, der vielleicht diese Versammlung mehrere Tage beschäftigen wird. Und wahrlich, ein tiefer Unterschied liegt uns auch vor, und wir wollen die Sonde tief legen, ungescheut, wohin wir auch rühren, wenn wir nur die Würde unserer Verhandlung nicht herintrachtigen. Zuerst, meine Herren, lassen Sie mich Sie darauf aufmerksam machen, daß der Antrag der beiden genannten Herren nichts Anderes will als einen Vollziehungsausschuß, der lediglich das vollziehe, was die Versammlung beschließt. Nicht er, der Ausschuß, soll also regieren, sondern damit ist gesagt, daß die Versammlung regiert und der Ausschuß wäre eben weiter Nichts als ein Kompler von Beamten zum Vollzuge der Anordnungen der Regierung, die wir 600 bilden. Ob nun eine solche Maßregel weise sei, weise besonders zu einer Zeit wie die unsere, das ist kaum eine Frage. Ich setze den Fall, es träfe morgen Früh die Nachricht ein: Triest ist blokirt, vielleicht bombardirt, was würde nach Blum's Plan die Versammlung zu thun haben? Man müßte eine Sitzung anberaumen, die Sache ginge an die Abtheilungen, von da an einen Ausschuß, dieser wählt einen Berichterstatter, hiernach wird der Bericht diskutirt, vielleicht über die Fragestellung, am Ende auch über namentliche Abstimmung viele Zeit verloren, nun erst würde man Beschluß fassen und dann endlich die exekutive Behörde Auftrag erhalten, den Beschluß zu vollziehen, während Triest schon in Flammen lodert, vielleicht schon in Asche liegt. Nein, meine Herren! einen solchen Ausschuß wollen wir nicht. Man hat uns neulich den Vorwurf gemacht, wir feierten, während in Prag, Triest, Berlin und wo sonst noch entsetzliche Dinge geschehen. Nehmen wir den Antrag von Blum und Trützschler an, ja dann könnte uns der Vorwurf treffen, es würde Niemand da sein, der sogleich helfen und retten könnte, dann müßten wir feiern. Wir aber, meine Herren! müssen durchaus eine Regierung haben, eine Regierung, welche regiert, während wir hier die Verfassung berathen, eine Regierung, die zwar nach dem Namen und Willen von uns regiert, die aber nicht vorher anzufragen hat, sondern die gleich eine Stunde nach Empfang einer solchen Nachricht, einen Beschluß fassen und z. B. sofort eine Kriegserklärung an die sardinische Regierung rückfenden kann. Mag sie dann später vor uns treten und antworten wie einst Canning, als er interpellirt wurde, und sagen, Englishmen brauche, wenn Regimenter er habe marschiren, welche Schiffe er habe auslaufen lassen. So muß ein Minister, namentlich in der jetzigen Lage Deutschlands, handeln können, sonst ist dem nicht abgeholfen, dem wir doch in diesen kritischen Zeiten abhelfen wollen (von der Rechten viele Stimmen Brave). Und wenn es nun wahr ist, daß doch dieselben Personen, mögen sie nun so oder so ernannt werden, an das Ruder kommen, ist es dann nicht ganz gleichgiltig, meine Herren, wer hinter diesen handelnden Personen steht. Mir, ich gestehe es, ist es gleichgiltig, ob ein Triumvirat, oder ob Einer oder ob die Bundesversammlung diese Vollziehungsgewalt ernennt, sowie es den Engländern gleichgiltig ist, ob eine Viktoria oder ein Wilhelm oder Georg auf dem Throne sitzt. Die Hauptsache ist, daß die Inhaber der Gewalt die Majorität der Nation in sich vereinigen, in dem Namen und Willen dieser Mehrheit handeln und ihr verantwortlich sind. Allein, meine Herren, ich schwur auch hier gar nicht den Ausspruch, daß wir nicht vollkommen brechen sollen mit den bestehenden gesetzlichen Gewalten, nicht mit aller Vergangenheit. Ich kann es nicht über mich gewinnen, mich bloß an Namen zu retten. Weil die Bundesversammlung diesen Namen trägt, weil 17 Männer 30 Jahre hindurch das Gegentheil von dem gethan, was die jetzigen thun, deßwegen soll ich kein Vertrauen in die jetzigen Mitglieder dieser Behörde haben? während Jordan, welchen die frühere Bundesversammlung in den Kerker hat werfen helfen, jetzt in derselben Versammlung sitzt, sollte ich bloß deßhalb, weil er denselben Namen führt, keinen Unterschied sehen! Gerade so, wie wenn ich keinen Unterschied sehen wollte zwischen einem Redner der äußersten Rechten und einem solchen der äußersten Linken, bloß deßhalb, weil sie hier auf derselben Rednerbühne sprechen! Wesentlich ist einen Verrath an der Souveränetät des Volks, „wenn man die Staatsmänner der verschiedenen Regierungen mitwirken lasse bei der Errichtung einer Centralgewalt, jener selben Regierungen, welche seit 30 Jahren Deutschland getrechtet haben." Meine Herren! ich frage Sie, ist jene Darmstädtische Regierung denn wirklich noch dieselbe, stand an ihrer Spitze nicht seit 3 Monaten ein Mann, den der Volkswille an die Spitze der Staatsregierung gestellt hat, und kann man von diesem Manne, den wir bald darauf fast einstimmig zum Vorsitzenden gewählt haben, kann man von den sagen, er habe das deutsche Volk seit 30 Jahren unterdrücken helfen? (Bravo auf der Rechten.) Ja, meine Herren, man muß nicht an Namen hängen, nicht am hellen Tage blind sein, man darf nicht mit einer solchen Logik denken, wenn man dem Vaterlande helfen will. Ich werde also, wenn wir über die Errennung der Vollziehungsgewalt zur Abstimmung schreiten, mich dahin neigen, wohin die große Majorität sich neigt, seien es drei, die man ernählt, oder Einer, weil ich glaube, die neue Gewalt müsse von der großen Majorität des Hauses ernannt und getragen werden; der weitere Verlauf der Debatte wird mir dabei zur Richtschnur dienen. Aber wer auch gewählt wird, es muß eine starke Gewalt sein, die wir schaffen, und darum stimme ich auch mit Beseler, der ihr die Befugniß übrlassen will, Krieg und Frieden zu schließen. Keine Verfassung der Welt hält fest, daß eine Versammlung von 600 Männern urtheilen soll über Ankündigung eines Krieges, über Ratifikation eines Friedens, und was ich vorhin von Triest sagte, gehört ganz hierher, die Kriegsankündigung muß in demselben Momente geschehen können, wo der Minister die Depesche erhält. — Meine Herren, man sagt, wir verrathen die Volkssouveränetät, wenn wir dennoch es nicht für weise halten, ganz allein ohne Brachtung alles dessen, was ringe um uns deutet, ganz allein aus uns das Exekutivkomité, den Vollziehungsausschuß nach Antrag von Blum und Trützschler zu bilden.

Wir kommen also an einen Begriff und an ein Wort, das zu unserer Zeit mit Recht eine große, ungeheurere Bedeutung gewonnen. Allein, meine Herren, ich glaube, wir sollten, statt das wir uns über Principien streiten, was in Deutschland nur zu häufig schon zu lange geschehen ist, die Sache praktisch in's Auge fassen. Ich habe schon von Anfang gesagt, die Personen werden dieselben sein. Sehen wir nach Belgien. Ich frage, halten Sie das belgische Volk nicht für souverän? Ich glaube, die Belgier sind ein souveränes Volk, freier als irgend eins, denn selbst in diesen Zeiten, da Alles erschüttert war, sagten sie stillschweigend, „unsere Verfassung ist uns die liebste, wir befinden uns mit ihr am Besten". Sie haben im Jahre 1830 aber vermöge der Volkssouveränetät sich eine konstitutionell-monarchische Regierung gegeben, das war eben ein Akt der Volkssouveränetät, daß sie jene Verfassung erwählten nach freiem Willen; und eben ein solcher Akt der Volkssouveränetät ist es, wenn wir heute irgend eine Regierungsform wählen, welche uns als die gedeihlichste, rathsamste für das Vaterland erscheint, wenn wir auch einem Theil dieser Versammlung nicht gefällt. Ich habe nicht gehört, daß man in England viel von Souveränität spricht, wo doch diese Souveränetät so ausgeprägt ist, dort überhaupt spricht man weniger davon und thut mehr. Allein ich glaube, dort steht die Souveränetät des Volkes weit höher, und der Engländer, der an der fernsten Küste sich geschützt fühlt durch die Macht seines Vaterlandes, er weiß, daß er durch die Majestät seines Volkes geschützt wird, wenn auch das Wort „Volkssouveränetät" im englischen Parlament vielleicht nie vorkommt. Meine Herren! Blicken wir nun auch noch nach den Franzosen. In den 30er Jahren haben sie das Princip der Volkssouveränetät laut proklamirt. Es war ihr Stolz, ihr Triumph, allein sie haben in den Sachen Nichts geändert, und das war schlimmer, als wenn sie die Sache gebeffert hätten, ohne soviel über das Wort zu judeln; sie haben ihr tatsäches Wahlgesetz behalten und mußten jetzt nach 18 Jahren erst eine neue Umwälzung bestehen, um endlich den wahren Volkswillen zu vernehmen. Und ich weiß nicht, ob die Mehrheit des französischen Volkes jetzt wirklich souverän ist, oder ob sie nicht einen Souverän hat. Ich weiß nicht, ob nicht der brave arbeitende Franzose, wenn er wöchentlich 3 Millionen Fr. Kredit verlangen hört in der Pariser Nationalversammlung für die sog. Nationalwerkstätten, im Stillen zu sich sagt, wir haben eben 80,000 Souveräne bekommen, die wir er-

Digitized by Google

nähren müssen, statt eines einzigen. Ich weiß nicht, ob dadurch die Freiheit am Meisten gesichert ist, ob hier von einer Majestät des Volkes die Rede ist, wo die Republik schon in den ersten Wochen der Begeisterung zittern muß vor einem jungen Menschen, der schon zweimal vor Europa sich blamirt hat. (Beifall.) Wir ist ein fester, kartzgimmerter Haus, in welchem Deutschland Einheit und Kraft findet, lieber als Principienstreite, lieber als Worte, ich halte mich an die Sache und glaube, wir Deutsche sollten endlich anfangen, praktischer zu werden und nicht an den Ayrolen kleben. Der Mathematiker konstruirt ebenfalls seine Sätze nach der reinen Mathematik, tritt er aber hinaus in die Elemente, will er die Mathematik anwenden, kommt der Astronom mit dem Gesetz der Schwere in die Atmosphäre, in die Nähe von andern Weltkörpern, so muß er den rein theoretischen Boden verlassen, er muß dann wohl in Anschlag bringen, ob dieser oder jener Weltkörper nicht seine Anziehungskraft übt, er darf die Dichtigkeit der Atmosphäre, die Reibung u. s. w. nicht außer Acht lassen, kurz er muß die gegebenen Dinge und ihre Wirkung in Rechnung bringen, und ebenso müssen wir berechnen, was wir jetzt thun, nach den gegebenen Verhältnissen, in denen wir leben, und ich sage daher ganz umgekehrt, wie der Redner vor mir: wir haben keine tabula rasa in Deutschland, wir haben gegebene Verhältnisse, und es gilt zu reformiren, und nicht zu revolutioniren.

Wenn ich aber den Antrag von Blum und Trützschler in seinem praktischen Verlauf verfolge, wohin komme ich? Die beiden Herren und Andere, welche hier gesprochen haben, wollen einen Vollziehungs-Ausschuß, der die Beschlüsse dieser Versammlung pure vollzieht. Wemit werden wir sie vollziehen? das ist die Frage. Kann diese Versammlung legitim über einen Kreuzer Geld, über einen Soldaten verfügen? Ich glaube nicht. Dieser Vollziehungsausschuß wird also seine Befehle hinausschicken an die deutschen Regierungen und wird erwarten, daß diese Regierungen diese Befehle pünktlich vollziehen, daß die einzelnen Volksstämme pünktlich nachkommen dem Diktat dieses Vollziehungsausschusses. Meine Herren, es mag wahrscheinlich dünken in diesem Augenblick, daß diesen Befehlen nachgelebt wird, aber die Möglichkeit werden Sie mir nicht bestreiten, daß da oder dort aus guten oder schlechten Gründen ein Widerstand gefunden wird, ja es könnte sein, daß eine oder die andere der deutschen Regierungen mit Recht sagt, es ist ungehörig, daß eine Gewalt zu schaffen ohne alle Mitwirkung der einzelnen Staaten, man ist zu Frankfurt nicht berechtigt dazu. Es wäre auch möglich, daß einige Beschlüsse kommen, die einzelne Regierungen verletzen und einzelne Volksstämme verletzen und zum Widerstand bewegen, und was bliebe dann der Nationalversammlung, beziehungsweise dem Vollziehungs-Ausschuß, übrig? Einmal beschlossen, müßten die Beschlüsse mit allen Mitteln vollzogen werden, denn die Majestät der Versammlung würde sonst darunter leiden und hätte ich einmal mitgewirkt zu einer solchen Gewalt, dann würde ich auch allerdings mitwirken, den Beschluß um jeden Preis vollziehen zu lassen. Was würde aber die Folge sein? Um diesen Beschluß zu vollziehen, müßten Sie appelliren an die zwingende Kraft in jenen einzelnen Staaten, Sie müßten zur Opposition, zum Umsturz der betreffenden Regierung auffordern, Sie müßten Freischaaren um Ende bilden, um Ihrem Willen zu unterwerfen. Ich frage aber, meine Herren, ist es das, was die Nation von uns erwartet? Wartet auf neue Erschütterungen der Gewerbsmann, der sich darnach sehnt, daß das Vertrauen, der Wohlstand wiederkehrt? Wartet man darauf etwa da, wo man sich sehnt nach der Konzentrirung der Kräfte, um die Grenze zu schützen gegen Dänemark, Rußland und Italien? Ja, was man uns hier vorschlägt, so wohl es auch gemeint sein mag, es kann uns nur in noch weitere Gefahren stürzen, es ist ein abhängiger Gang, dessen Ende wir nicht voraussehen können, und ich nach meiner Ueberzeugung warne davor. Mag man dann auch sagen, wir vertheidigten die Freiheit des Volkes nicht, wir wissen' was wir wollen, wissen wir uns bewußt sind. Aber ich glaube auch, in Zeiten, wie die jetzigen, gilt es nicht die Beförderung der Freiheit für den Augenblick, es gilt ihre Befestigung für eine längere Dauer und man muß den Blick weiter schweifen lassen, als in die allernächste Umgebung aufgeregter Leute, in der man befangen ist. Es hat sich immer gezeigt, seitdem die Weltgeschichte besteht, daß, wo man die Freiheit mißbrauchte, daß, wo man mit dem Längsterstehen sich doch, nachdem es erlangt war, nicht begnügte, man in den Gemüthern eine stille Reaktion erzeugte und daß hunderttausend und Millionen Bürger, wenn auch nicht laut, doch einstweilen im Stillen sagen: lieber Ordnung ohne große Freiheit, als eine solche Freiheit ohne Ordnung. Aus diesem Grunde allein war es möglich, daß ein Militärdespotismus folgen konnte auf die wenigen Jahre, aus diesem Grunde erklärt es sich, daß unsere deutschen Spießbürger so lange mit dem Wort Freiheit immer nur den Begriff der Guillotine verbanden, aus diesem Grunde folgte so bald auf das Hambacher Fest, von dem Metternich schlau voraussagte: „Es kann auch noch ein Fest des Guten werden", die Reaktion von 1835 bis 1848, und diejenigen, die vor einem solchen Ueberschlag der Welle warnen, thun vielleicht mehr noch für die wahre Freiheit, als diejenigen, die das Wort Volkssouverainetät im Munde, jene anklagen, die sich entgegenstemmen dem Ueberströmen der Woge. (Vielstimmiger Beifall. Lassen Sie mich schließen, meine Herren. Auf dem Wege, der hier gegangen sein will, will man diese Versammlung zur Regierung machen, sie wird dann vollauf zu thun haben, und das Verfassungswerk wird nicht zu Ende kommen, auf diesem Wege hören die Erschütterungen nicht auf, es kehrt nicht das Vertrauen wieder, wir sehen kein Ende, keinen festen Punkt, keinen Hafen, in dem die deutschen Hoffnungen ankern können. Auf der andern Seite aber sehen wir, daß in der Sache ganz dasselbe geschieht, ganz dieselben Personen handelnd im Namen und im Willen der Nation, ganz dieselbe rettende Hand wird vor uns erscheinen, während die Regierung uns die Muße läßt, das große Werk des Verfassungsbaues zu vollenden. Hier steht man eine Vollendung, hier schleicht sich der Abgrund und über diesem Schlunde erhebt wieder eine bessere Zeit, ein Anfang von Vertrauen und Wohlstand, aber auch ein Anfang von Einheit und Kraft. Mirden wir einen Weg, der uns nur neue Erschütterungen, Zerspliterung und vielleicht theilweises Preisgeben an das Ausland in Aussicht stellt. Streiten wir um Principien nicht, wo es gilt, das Vaterland zu retten, und überlassen wir Andern den Pfad, der uns im glücklichsten Falle doch nur zu diesem selben Ziele, im wahrscheinlichsten Fall aber zu neuen Gefahren neben den alten führen würde. (Vielfältiger Beifall.

---

**Preußen.** Berlin, 16. Juni. Privatnachrichten aus Westpreußen melden, daß die im Königreiche Polen zusammengezogenen russischen Heerhaufen sich auf bedrohliche Weise der preußischen Grenze nähern, daß Thorn mit aller Schnelligkeit armirt und in Vertheidigungszustand gesetzt wird. Ich theile Ihnen eine Stelle aus dem Briefe eines unmittelbar aus dem Königreiche Polen gekommenen Reisenden mit, in welchem es unter Anderem heißt: „Was mir am meisten auffiel, war, daß ich unter den russischen Offizieren ganz offen von der Theilung des allgemeinen Slaventumes reden hörte. Bei dem russischen Heere gibt es eine Art von Offizieren, welche man mit dem Namen Konversations-Offiziere zu benennen pflegt, und welche von Petersburg aus an die Truppentheile versendet werden, um den Geist des Heeres zu stimmen. Diese Konversations-Offiziere nun predigen seit der letzten Zeit ganz laut die Idee des Panslavismus, und daß der „Batuschka" (der Kaiser) bald eintreffen werde, um das Heer nach Deutschland zu führen und dort die Feinde Gottes und der Ordnung zu züchtigen. In diesem Sinne sucht man das Heer zu fanatisiren, und es fürste somit doch noch letztlich dem Kaiser von Rußland vorbehalten sein, die wahre „Vereinbarung" Deutschlands mit sich selbst zu Wege zu bringen." (K. Z.)

**Baiern.** München, 7. Juni. Die Deutsche Zeitung vom 27. Mai enthält einen Artikel, überschrieben: „Der Leiningische Brief." Ich würde mich bei der Sort über denselben so milde ausgesprochenen Kritik vollständig einlassen, wenn ich nicht befürchten müßte, mißverstanden worden zu sein. — Nicht ich in der Neuzeit, sondern schon seit Jahren war ich mit dem Gedanken deutscher Einheit lebhaft beschäftiget und habe, so weit ich es vermochte, und da, wo es damals allein möglich war, in diesem Sinne gewirkt. Leider mit schlechtem Erfolg! — Den Bassermann'schen Vorschlag für ein deutsches Parlament habe ich mit Enthusiasmus begrüßt, mich später hier in München breilt, jene Petition auf dem Rathhause zu unterschreiben, welche der bald darauf erfolgten Proklamation des Königs vom 6. März zur Grundlage diente, und in welcher bekanntlich die Parlamentsfrage enthalten war. Seitdem sind drei Monate verflossen. Ich habe die Schwierigkeiten, welche sich der Vollendung des erhabenen Werkes entgegenthürmen, täglich wachsen sehen, nicht allein durch die Stellung der Regenten, sondern auch durch die Abneigung der Völkerstämme, sich unterwerfen, überhaupt durch Sonderinteressen aller Art. Diese Schwierigkeiten traten offenbar erst recht sichtlich und fühlbar hervor, als man Hand an's Werk legte. Durch diese Beobachtung wurde ich zu dem Gedanken geführt, daß wenn es die Konsequenzen des von vorneherein beschlossenen Centralstaates sein könnten, welche dem Zustandekommen der deutschen Einheit solch große Hindernisse in den Weg legen, man zurückgreifen solle, um durch Modifikation der Grundidee andere und günstigere Konsequenzen für Einigung des beabsichtigten Zweckes zu erlangen. Ich habe von jeher der Ueberzeugung gehuldiget, daß einem jeden Volke, wenn es eine

Digitized by Google

gewisse Stufe politischer und socialer Ausbildung erreicht hat, das unbedingte Recht zusteht, zu bestimmen, wie es regiert sein will. Niemals vielleicht war aber eine Nation mehr hinzuberufen, als jetzt die deutsche, nachdem ihre bisherigen Regierungsformen in Folge innerer Gehaltlosigkeit und Schwäche in sich selbst zusammenstürzen. Allein, ich hege ferner auch die Ueberzeugung, daß das Mandat, welches die Nation denjenigen gegeben hat, welche das Werk für sie errichten sollen, ein doppeltes ist. Einmal, um zu erkennen und zu bestimmen, was Noth thut, dann aber, um dieses auch wirklich ins Leben zu rufen! Letzteres ist indeß durch die Möglichkeit der Ausführung bedingt. Mißstände daher die Arbeit, weil man nur theoretisch, oder nach vorgefaßten Meinungen, oder gar nur nach Parteizwecken, nicht aber auch praktisch, staatsmännisch, das heißt, mit Berücksichtigung bestehender inneren und äußeren Verhältnisse berfahren wäre, dann dürfte die Nation die Arbeiter vor ihren Richterstuhl fordern und strenges Gericht halten müssen! Ich muß mich demnach auf das Entschiedenste dagegen verwahren, als könnte ich durch meine Andeutung in vorerwähntem Briefe eine Schmälerung der einheitlichen Gestaltung Deutschlands zu Gunsten des Particularismus beabsichtiget haben; eben so entschieden aber auch jedweder Betheiligung an dem sogenannten baierischen Projecte ablehnend. Leiningen.

**Sachsen.** Leipzig, 15. Juni. Die Allg. Z. bemerkt: Durch die Erklärung des Ministers Armim auf die Interpellation v. 9. wegen der mit dem Reichstag gleichzeitigen Einberufung vieler Ständeversammlungen erfährt man endlich auch die Ansichten der sächsischen Regierung über die künftige Reichsverfassung, wie sie aus der Note unsers Gesandten von Könneritz am Berliner Hofe hervorgeht. Unmöglich können sie den Entwurf der Siebenzehner in der vorgelegten Form billigen, weil er eine „Annullirung der einzelnen Staaten und Regierungen" in sich trage. Besonders erforderten die Bestimmungen über die Abgrenzung der Reichsgewalt gegen die Territorialgewalt, die Bestimmung des Oberhauptes, die Bildung der ersten Kammer, die Garantie der Verfassung der Einzelstaaten bedeutende Abänderungen. Allein ausführbar und verträglich sei ein sächsischerseits Zumuthen in Uebertragung der Obergewalt zwischen dem Kaiser von Oesterreich und den deutschen Königen nach ihrer bisherigen Rangordnung, so jedoch, daß jetzt auch dessen das erste Oberhaupt durch Stimmenmehrheit der deutschen Bundesglieder im engeren Rathe gewählt würde, nach demselben aber jedenfalls der Kaiser von Oesterreich, sofern er nicht etwa jetzt gewählt würde, den Turnus begänne. Die erste Kammer, Vertreterin der Regierungen wie die zweite die des Volks, sei freilich am besten aus den Gesandten der Einzelstaaten zusammenzusetzen, doch da diese kein Gegengewicht gegen das zahlreiche Unterhaus bilden würden, so müßten die Regierungen darauf bestehen, daß ihnen die Genennung nicht bloß derselben, sondern der ganzen Anzahl der Reichsräthe zustehe. Dies sei den Volkerechten nicht gefährlich, weil sonst eine Regierung im grundsätzlichen Widerspruch mit dem Volksgeiste stehen könne.

**Hessen.** *Mainz, 20. Juni. Die Versammlung des demokr. Vereins von gestern Abend, die äußerst zahlreich besucht war, bot einige interessante Details. Vor allen Dingen das Referat über die Verhandlungen der deutschen Demokraten in Frankfurt, gegeben von einem Wiesbadener Arbeiter, welcher Abgeordneter dieser Versammlung in Frankfurt war. Er sprach mit vieler Klarheit und Energie, dabei aber mit einem Fanatismus für die demokratische Republik, der ein treues Abbild des Charakters der Frankfurter Versammlung gab. Wichtiger aber als dieses Referat war die Auseinandersetzung des literaten Schütze (wie ich höre künftiger Redakteur der Mainzer Zeitung) über den Dahlmann'schen Ausschußbericht in Betreff der provisorischen deutschen Centralgewalt. Der Auseinandersetzung kann man Logik, Schärfe und Ruhe nicht absprechen, und auch die Art und Weise, wie er in diesem Dahlmann'schen Antrag den Eingriff in die Volkssouverainetät motivirte, kann man noch gelten lassen. Dagegen ist der Schlußantrag seiner langen und geistreichen Rede eine wahre Monstrosität. Er beantragte nämlich eine Adresse an das deutsche Parlament, worin ungefähr folgende Drohung ausgesprochen ist: „Im Falle die Nationalversammlung Dahlmanns Antrag annehme, müßten die Mainzer Demokraten nicht bloß dagegen protestiren, sondern auch erklären, daß dieser Beschluß und alle Folgerungen daraus für sie null und nichtig seien, und ebenso würde eine Zurückberufung des Mainzer Abgeordneten der Nationalversammlung unverzüglich erfolgen." Dieser Antrag erregte Enthusiasmus, und es fragte sich jetzt, ob diese Adresse sogleich abgeschickt werden soll, oder ob erst die Berathung des Parlaments über Dahlmanns Antrag abzuwarten sei. Ein Redner, der vernünftig genug war, letztere Meinung zu vertheidigen, wurde unterbrochen und zum Schweigen gebracht und die sofortige Absendung der Adresse beliebt. Ebenso wurde die Frage, ob alle Anwesenden auf der Stelle nominell unterzeichnen sollen, oder ob vielmehr bloß die Vorstanden im Namen der Versammlung zu unterzeichnen hätten, zu Gunsten der erstern Ansicht entschieden. Aber nun entleerte sich plötzlich die Gallerie und auch der Saal wurde lichter, ein Beweis, daß man unterdessen einen Augenblick über den Gehalt der Schütze'schen Adresse nachgedacht hatte. Indessen wird die Adresse doch wohl eine Anzahl Unterschriften gefunden haben und ihren Weg nach Frankfurt finden.

**Frankreich.**

Paris, 19. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung las Fallour den Bericht über die Nationalwerkstätten aus Anlaß des für dieselben gefordeten abermaligen Kredites von drei Millionen. Er hebt in diesem Berichte besonders hervor, daß trotz des Dekretes der Nationalversammlung noch Nichts oder sehr Wenig zur Auflösung der Nationalwerkstätten geschehen sei und schon sich unter dem ackerbauenden Landvolke ein Geist der Eifersucht und der Unzufriedenheit wegen der unverdienten Begünstigung der industriellen Bevölkerung der Hauptstadt kund gebe. Er weist nochmals auf die Dringlichkeit der Auflösung hin, glaubt daß diese Frage sich mit der des Ankaufes der Eisenbahnen durch den Staat lösen werde, bewilligt zwar vor der Hand die drei Millionen, macht aber allen Vorbehalt für ähnliche Forderungen in der Zukunft. Der Minister der öffentlichen Arbeiten gab einige Erklärungen und versprach, zwischen dem 20. und 25. dieses einige Tausende Arbeiter in den Departements zu beschäftigen. Nach und nach werde so fortgefahren werden, aber das Unmöglichste möge man nicht verlangen, übrigens sei er bereit auszuführen, was die Versammlung anordne, nur müsse es human sein.

Die Rede des Ministers wurde nicht mit großem Beifall angehört, namentlich da er an einer Stelle mit einer drohenden Hinweisung auf die Arbeiter die Versammlung schien einschüchtern zu wollen. Die Linguas gegen die kostspieligen Werkstätten ist zu groß, als daß man sich auch nur ein Verzögern der Auflösung versehen wolle gestatten lassen. Hierauf las Armand Marrast als Berichterstatter der Verfassungskommission den Entwurf der Verfassung vor. Der Eingang lautet: „In Gegenwart Gottes und im Namen des französ. Volkes bestimmt die Nationalversammlung." Der Verfassung voraus geht eine Erklärung der Rechte und der Pflichten aller Bürger. Frankreich ist eine demokratische, eine und unibelaibare Republik„ die Souveränetät liegt in der Gesammtmasse der franz. Nation. Eine gesetzgebende Versammlung von 750 Mitgliedern, die die Verfassung revidirenden Versammlungen zählen 950 Mitglieder, allgemines Wahlrecht, allgemeine Wahlbarkeit, mit Ausschluß der Banterottirer und der Kriminalstrafling. Die Vertreter werden auf drei Jahre gewählt, die Nationalversammlung ist permanent, kann sich aber zeitweise vertagen. Kein Vertreter kann anders als mit Bewilligung der Versammlung verfolgt oder verhaftet werden. Kein abstehbares Beamter kann zum Vertreter gewählt werden, mit Ausnahme der Minister und einiger höheren Administrativkategorien. Jeder Gesetzvorschlag muß, dringende Fälle ausgenommen, dreimal in wenigstens 10 Tagen Zwischenraum gelesen werden. Ein Präsident als Chef der Republik, aus Kandidaten die durch Stimmrecht, mit geheimem Scrutin ernannt sind, wird durch die Nat.-B. gewählt. Er regiert 4 Jahre, kann die Versammlung nie auflösen, muß alle Jahre durch eine Botschaft der Versammlung Bericht abstatten, kann keinen Theil des Gebietes abtreten, darf nie die Armee befehligen, muß alle Verträge von der Versammlung prüfen und ratificiren lassen. Er erhält einen Palast und ein Jahresgehalt von 600,000 Fr. Er ernennt die Minister, die Generale und die hohen Staatsbeamten. Die Sitzung dauert bei Volksfluß fort.

Der „Constitutionnel" bringt die Nachricht, daß König Karl Albert am 10. Juni im Hauptquartiere zu Garda den Kt. unterzeichnet habe, welcher die Vereinigung der Lombardei mit Sardinien ausspricht. „Die provisorische Regierung soll sofort ihr Amt einstellen. Sie wird durch eine Regentschaftskommission ersetzt, welche aus Piemontesen und Mailändern unter dem Vorsitz Casati's besteht."

Ein gestern überall verbreiteter Anschlagzettel verkündigt, daß das Arbeiterbankett zu 5 Sous nun bestimmt am 14. Juli, dem Jahrestage des Bastillesturmes, Statt finden werde. Der Ort des Festes ist das Glacis der Fortifikationen von Belleville bis Montmartre. Die Departements sind eingeladen — man rechnet auf 200,000 Theilnehmer. Man sagt, die Regierung wolle, um einen etwaigen Handstreich zu pariren, für diesen Tag Deputationen aller Nationalgarden von Frankreich zu einer Revue nach Paris berufen und so mit Inbegriff der Armee, der mobilen Nationalgarde und der Nationalgarde von Paris 200,000 Mann unter den Waffen in Revue passiren.

Digitized by Google

* **Straßburg**, 20. Juni. Wenn die Hoffentlich für immer zu Grabe getragene Staatskunst noch Einfluß hätte, sie könnte wirklich sich wohl recht breit machen und in tiefen Raukunfzügungen nach allen Seiten hin von Paris aus Europa durchschielen. Von vielen Seiten winkt man ihr, bald trotzig sie herausfordernd, bald im Geheimen ihr dies und jenes an das kaiserchrwenke Herz legend. Zwar sind die deutschen Republikaner wirklich nicht gut auf die französische Regierung zu sprechen; sie will sie nämlich Genügsamkeit und Geduld und Beharrlichkeit lehren, indem sie nur geringen Taglohn gibt und den Aufenthalt auf kleine Landstädte beschränkt. Allein es bedürfte nur eines Worts, einer kleinen Vergünstigung, und Tausendr würden sich um ein schwarz- roth- und goldenes Banner schaaren, das Frankreich an dem Rheine aufpflanzen würde. So sieht die Lombardei in dem Lande bieselbst der Alpen ihre letzte Hilfe, wenn das Volk allein nicht sich durchkämpfen kann; ebenso eine Partei in Belgien, Andere in Spanien, Viele endlich in Polen. Die allerfonderbarste Huldigung brachte indessen dem Revolutionsprincip in Paris ein Däne, der sich P. Stephen Borring nennt, als Courrier de la République universelle des lettres sich qualifizirt und förmlich dem französischen Volke eine Adresse zum Preis von 5 Centimes angeboten hat, in welcher er dasselbe auffordert, den Eingriffen der Deutschen in Schleswig entgegenzutreten. Durch Traktate nämlich, sowie durch die Nationalität sei jene Provinz mit Dänemark verbunden, aber weder die Einen noch die Andern werden von den Deutschen geachtet, welche im Begriffe eine viel größere Nation zu gründen, als die französische, beide mit Füßen treten. Diese Gelüste sind aber gefährlich, denn Schleswig hat eine schöne Marine, und jene Ansprüche sind nur der Anfang, bald werde man auch an das Elsaß und den größern Theil Lothringens kommen. Diese Ungerechtigkeit werde aber das freie französische Volk nicht einem Lande zufügen lassen, das ihm in früheren Zeiten die Hülfte seiner Besitzungen geopfert, das, um die Revolution nicht zu stören, das Blut von 100,000 russischen Barbaren ruhig zurückgewiesen hat. Nein, Frankreich wird Dännemark nicht wie einst Polen den Deutschen und Russen in die Hände fallen lassen! Es wäre vielleicht gut, wenn die Nationalversammlung in Frankfurt sich diese acht Seiten stark, in Paris bei Ledoyne gedruckt „Vérité sur la question du Slesvig" vorschaffte, um zu wissen, was erfolgen wird, im Falle Frankreich eine strenge Neutralität beobachten würde! Indessen ernst ist doch die auswärtige Lage und Frankreich sieht sich vor. Sein Heer ist auf den normalen Stand gebracht, die sechs zum Dienst verpflichteten Klassen sind in die Regimenter eingereiht und der Nationalversammlung ist das Dekret vorgelegt, die Reserve von 300 Bataillonen mobiler Nationalgarde zu bilden. Dies ist wenigstens die Hälfte der Zahl der stehenden Heere; 250,000 Mann. Diese Fürsorge beweist sich aber einstweilen auf Deutschland, solange dieses nämlich nicht in die politische Reaktion zurückgetrieben wird, sondern sie ist gegen den östlichen Feind der Freiheit der Völker gerichtet — vielleicht auch gegen dessen möglichen Bundesgenossen jenseit des Kanals. In Frankreich ertönt der Waffenruf nicht ohne großen Erfolg, singend und jubelnd kommen die Rekruten aus allen Departementen her. Dieses aber geschieht größtentheils, weil man an Deutschland verzweifelt und fürchtet, jener Feind möchte schneller an dem Rhein sich einfinden, als man jenseits zu ahnen scheint. Die Schweden haben sich aufgemacht, die Flotten sind in Bewegung, das Heer bereit; vielleicht erwartet man noch die Ernte, um ja sicher zu gehen, denn warten und zusehrn kann Rußland; unterdessen plündert das Berliner Volk die Waffenvorräthe der Regierung, die von Tag zu Tag tiefer herabgezogen wird; viele Fürsten werden vielleicht der Reaktionspartei zugänglicher, und Oesterreich versiegelt sein Inneres. Wo ist die Bürgerwehr, auf welche man zählen könnte, wo die Thatkraft, mit der Kampf sie erfordert! Jene vermag kaum ihre Straßen zu sichern, sie hat keine der Elemente in sich aufzunehmen gewußt, welchen die Disciplin allmählich die Zügel über den Nacken geworfen, und welche sie zur Genossenschaft durchgebildet hätte; diese aber baudelt ohne Einheit, wie an dem Mincio und in Dänemark. Man führt den Krieg wie in den neunziger Jahren, fiese Taktiker am Schachbrett gegen rasche Naturspieler! Man verwechsele doch ja die deutschen Zustände nicht mit den französischen; hier kann in Einem Tage eine Regierung zur Noth geschaffen werden, während in Deutschland sich eine Reichsregierung noch wird durchkämpfen müssen. Glauben Sie denn, daß Oesterreich sich rühren wird, wenn Rußland das noch vereinzelte Preußen angreift? Ja, wenn die Regierungen eine Allianz schließen könnten, welche aber Sterlungen voraussetzt, die jetzt nicht möglich sind. Wir sollten nicht so unaufmerksam auf gewisse Vorgänge sein und, ohne Vortheilr daraus zu ziehen sie an uns vorbeilrrn lassen. Es ist wohl Niemand entgangen, wie verschwiegen die Nationalversammlung im Paris mit dem Projekt der Constitution ist, und daß noch weiter Nichts verlautet hat, als daß die gerichtliche Magistratur wieder unabsetzbar werden soll. Und doch ist man über die Principien einig, aber an der Ausführbarkeit hält man noch; in dieser Hinsicht soll ein günstiger Augenblick entscheiden. Wird der Präsident von dem gesammten Volke gewählt, wie es als Folge der Revolution natürlich scheint? Aber dann wird nicht eine Majorität für den Bourbonen sich finden, oder jetzt wo wegen der Heeres der Napoleonide hereingewiesen worden, für diesen sich eine Mehrzahl bilden, gewonnen durch Adler und alten Schlachtenruhm? Hierin, in der Gewinnung des Heers, lag eigentlich das Gefährliche des Auftretens des unbesonnenen Thoren; das wußten seine Freunde wohl, sowie Andere, welche durch die Gefahr vielleicht auf ein anderes Ziel hintreiben wollten. Dem Ausland gegenüber wäre aber im Fall des obenerwähnten Krieges dieses Alles gleichbedeutend, wenigstens während des Kampfes würde Frankreich die nöthige Einheit gefunden haben.

## Italien.

† **Neapel**, 10. Juni. Das Gerücht von der Uebergabe der Festung in Messina bestätigt sich nicht, im Gegentheile scheinen sich die Leute dort nach und nach aneinander zu gewöhnen. So hat kürzlich der General Pronio ein ganz ungewöhnlich höfliches Schreiben an den „Kommissär der ausübenden Gewalt im Distrikte Messina" ergehen lassen, worin er ihm anzeigt, daß er am Namenstage des Königs eine Salve schießen werde, die Messinesee mögen sich dadurch nicht erschrecken lassen; darauf antwortete ihm dieser ebenso höflich wieder zurück, daß er seinerseits ebenfalls eine Salve schießen lassen werde zur großen Todtenfeier der am 15. Mai in Neapel für die Freiheit gefallenen Opfer. — Nach Calabrien gingen in den letzten Tagen bedeutende Truppenverstärkungen, der Aufstand wird dort lebendiger und eine provisorische Regierung hat die früheren Deputirte zu einem Parlament nach Cosenza eingeladen. Zum Theil sind übrigens diese Unruhen mehr kommunistischer Natur, und viele Gutsbesitzer haben selbst von der Regierung Truppen zur Sicherung des Eigenthums verlangt. Durch die Rückkehr der für die Lombardei bestimmt gewesenen Truppen, von denen ein Theil die neapolitanische Grenze bereits überschritten hat, wird die Regierung wohl jener Unruhestifter doch Meister werden, wenigstens scheint nach den bisher getroffenen Maßregeln der König keineswegs Lust zu haben, nachzugeben und würde gewiß vorher zu den äußersten Mitteln greifen. General Stabella weilt ebenfalls wieder in unsern Mauern, nachdem er seine etwas schwierige Heimreise — in Florenz wurde ihm sein Wagen verbrannt, in Livorno verursachte seine Anwesenheit einen Aufstand, in Civitavecchia wußte er sich in das Fort flüchten und Nachts heimlich einschiffen — glücklich überstanden hat. Mit dem kleinen Rest der dem General Pepe treugebliebenen Truppen, etwa 3 Regimentern (die andern hat er als Deserteure erklärt), scheint dieser entschlossen zu sein, den Po zu überschreiten. Das Ministerium wird wegen der Zurückberufung dieser Truppen hart getadelt, läßt aber mit seiner gewohnten Schweigsamkeit alles Unwetter der Presse über sich ergehen und findet es nicht für gut, auch nur ein Wort zu seiner Vertheidigung durch das öffentliche Journal, dessen alles Erdübel, Heimlichkeit, längst bekannt ist, zu antworten. Seit einigen Tagen bemerkt man einen sehr lebhaften Verkehr des sardinischen Gesandten mit dem Ministerpräsidenten, mit dem er öfters an einem Tage mehrerr Konferenzen hält. — Für die neu zu organisirende Nationalgarde ist nun ein provisorisches Gesetz erschienen; hiernach soll aus 12 Kompagnien jede zu 250 Mann bestehen und wird nach altem Schnitt uniformirt. Den Nationalgarden, wenn wir es je dazu bringen, bleibt es überlassen, ein definitives Gesetz für dieselbe zu entwerfen. Trotz der kleinen Zahl, die die Regierung bestimmte und die natürlich aus wohlbestandenen Leuten bestehen muß, wird sie doch Mühe haben, nur soviel zusammenzubringen, der Enthusiasmus für dieses Korps ist am 15. Mai gewaltig verraucht. — Noch immer ist der Belagerungszustand nicht aufgehoben; die Stadt ist äußerlich ruhig, aber der Erbitterung gegen den König und die Truppen ist noch immer sehr groß; wirft man Ersterem doch vor, er selbst habe den Angriff auf die Truppen veranlaßt, um einen Grund zum Schlagen zu haben, er selbst habe die Lazaroni zur Plünderung zerbeirufen lassen, kurz die unsinnigsten Beschuldigungen werden hervorgesucht und alle Mittel angewendet, um die Unzufriedenheit gegen die Regierung zu steigern. Uebrigens wagt seit dem 15. Mai weder der König noch sonst Jemand von der k. Familie sich zu zeigen.

Verlagshandlung von **Fr. Bassermann** in Mannheim. — Druck von **G. Mohr** in Heidelberg.

Digitized by Google

Die Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an, für England per Exp. Oliver & Bourn, 79 Newgate Street in London, für Frankreich, Spanien, Portugal und Griechische Länder vermittelt das Bureau de la Révolution in Strassburg Nr. 20 Grande-Porte für Nr. 20 Porte Dauphine.

# Deutsche Zeitung.

Die Buchdruckerei besorgt das Verl. Bud. Perthes-Besser'sche. Der Preis beträgt vierteljährlich 1 fl. 30 kr. Für Ausgaben wird der Bogen zu Anfang des Großherzogthums Baden 6 kr. 20 fr. Für Ausgaben wird der Bogen einer preußischen Postmeile mit 7 fr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 174. Heidelberg, Samstag 24. Juni. 1848.

## Uebersicht.

Unsere auswärtige Politik. — Wien (die Unterwerfung Prags auf Gnade und Ungnade. Bekanntmachung des Ministers. Gerücht von einem beabsichtigten Anschluß der Donaufürstenthümer an Rußland. Gerücht von Bürgerkriege in Venedig. Der Kaiser. Die Piemontesen in Mailand). — Triest (Blokade). Berlin (Rücktritt des Ministeriums Camphausen. Bevorstehende Bewegung des Verhältnisses zu Rußland). Posen (Ruhe in der Stadt. Die Bürgerwehr). München (Prinz Karl nach Innsbruck). Vom Rhein (ein Abschied der alten Politik). Darmstadt (ein neues Blatt). Jena (Adresse des konstitutionellen Vereins). Frankfurt (Verhandlungen über die provisorische Exekutivgewalt. Nächst auf die letzte Sitzung.

**Großbritannien** Parlamentsverhandlungen: Die westindische Zuckerangelegenheit. Streit zwischen Dume und Hudson. Die englische Vermittlung in der österreichisch-italienischen Angelegenheit. Briefwechsel zwischen Lord Palmerston und Hrn. Ziprili. Daily News für Deutschland gegen Dänemark. Chronik. Th. Steele †.

**Frankreich.** Paris. Der Verfassungsentwurf.

## Heidelberg, 23. Juni. *)

Der Stand unserer auswärtigen Angelegenheiten ist zufolg Dem, was und davon aus zuverlässigen Quellen zugeht, keineswegs ein erfreulicher, und es wird für die neuzuschaffende Centralgewalt in Frankfurt keine Flitterwochen geben.

Rußland nimmt nach Allem, was wir über die Bewegung seiner Heere und seiner Diplomatie lesen und hören, eine immer drohendere Stellung an. Die Gestaltung der deutschen Angelegenheiten, die Ungewißheit, wohin sich die Dinge hier wenden werden, der unfertige Stand seiner Rüstungen, vielleicht auch noch eine gewisse Rücksicht auf das preußische regierende Haus, das man in St. Petersburg wie in einem Zustande der Unfreiheit ansieht, bewegen das russische Kabinet, vor der Hand zuzuwarten, vielleicht den Zeitpunkt heranwahen zu lassen, wo das russische Heer am liebsten schlägt: wenn ihm der liebe Gott die Brücken baut. Alle Unterrichteten stimmen darin überein, daß, obgleich die russische Militärmacht in Polen größer ist, als man sonst und zu glauben macht, und täglich an Zahl und Umfang wächst, man dort nicht daran denke, im gegenwärtigen Augenblicke loszuschlagen. Der eigentliche Punkt des Zerwürfnisses ist Polen; und es läßt sich ja wohl begreifen, daß Rußland, zu Hause sicher, im Königreich furchtbar gerüstet, im Süden ohne Ursache zu Besorgnissen, im Norden in frischen Allianzen, sich nicht eine Reorganisation von Posen an seinen Grenzen gefallen lassen mag, die früher oder später, sobald es entwaffnete, seinem Königreich Polen eine feindliche Invasion drohen würde. Bleibt die Reorganisation auf den kleinen Theil beschränkt, den die letzte von General v. Pfuel als definitiv bezeichnete Demarkationslinie bestimmt, bleibt also die Festung Posen in deutschen Händen und der unruhige Geist der Polen durch die deutsche Gegenwirkung gedämpft, so mag Rußland sorgloser dazu sehen; und wer den russischen Krieg vermieden sehen will, wirkt daher schon darum die Absichten der preußischen Regierung in Posen eifrig unterstützen müssen. Allein Rußland sieht es nicht für verbürgt an, daß die Reorganisation in dieser Weise beschränkt bleiben werde. Es kennt die traurige Lage des preußischen Landes zu gut, es weiß zu gut, wie in Deutschland von einer mächtigen und populären Partei der Kredit alles Regiments, und des preußischen besonders, methodisch zu Grunde gerichtet wird, es sieht die Anarchie wachsen, die Lähmung aller ordnenden und zusammenhaltenden Kräfte zunehmen, es kann voraussehen, daß ein Ministerium nach dem andern in Berlin sich aufreiben, zuletzt der König zur Resignation sich entschließen wird, es kann erwarten, daß in der steigenden Verwirrung die polnische Erbitterung und Unbedachtsamkeit noch ein Mal eine Erhebung herbeiführt; dieser Moment der allgemeinen Schwäche und Zerrissenheit, in dem ihm in Polen noch ein Mal ein näherer Anlaß geboten würde, wird der sein, den sich Rußland zum Zuschlagen ausersehen hat. Solange die Dinge dieser Aussicht noch nicht nahe rücken, nimmt die russische Politik Schleswig-Holstein zum Anhalt seiner Rüstungen und Drohungen. Seine Sprache wird in dieser Sache immer stärker. Sein Spiel liegt vortrefflich. Herr v. Meyendorf leitet aus Berlin jeden Schritt, den Schweden und Dänemark thun. Die preußische Diplomatie hat sich Schweden ruhig entfremden lassen. Nun tritt v. Arnim ab, und wer wird die Geschicklichkeit haben, den Knoten, den er gewunden hat, zu lösen? Es bestätigt sich leider, daß England seine Vermittlung zurückzieht, das ist die Spitze des russischen Glücks. England ist bereit und im Begriffe, eine Vermittlung zwischen Oesterreich und Italien herbeizuführen. Dort kommt es in seine Kollisionen, und vielleicht hat es auf Oesterreichs Kraft und Herstellung noch mehr Vertrauen als auf Deutschlands Regeneration. Denn die Motive, die es bewegen, jetzt sein Bedauern auszusprechen, daß Deutschland in der schleswigschen Sache zweit gehe, sind, wie wir hören, keine anderen als die, daß es mit Rußland nicht ohne Noth zusammenstoßen will, besonders nicht ohne das Vertrauen, daß es in Deutschland einen tüchtigen Bundesgenossen habe, daß sich die deutschen Dinge konsolidiren werden. Dies Vertrauen hat England nicht, und wie die Sachen liegen, können wir es ihm nicht verdenken.

Was aus unserer Verfassung und unseren Freiheiten im Innern werden möge, in England ist man viel zu praktisch, als daß man Stärke aus bloßer Freiheit erwartete, wo nicht ein politischer Instinkt ist, der ohne Irrung und ohne Ausnahme die Nation eines einzigen Weges zur Entfaltung ihrer Machtanlage weiß. Wer will sagen, daß dies in Deutschland der Fall sei? Unsere Republikaner treiben zu einem Kriege mit Rußland, zur Herstellung Polens. Die Zusammenfassung der Nation zu einem großen gewaltigen Zwecke, über dem die innere Spaltung plötzlich zum Schweigen käme und die Eintracht des Volkes zu einer großartigen Erscheinung, ist ihnen dabei ganz gleichgiltig. Sie wollen den Despotismus stürzen, sie wollen in Polen eine Republik haben; während unsere Heere vom Rhein weg sind, mögen die Franzosen wühlen, mag die Rheinprovinz als ein Erzbistum oder als eine Republik von Preußen sich loslösen, mögen sich im Westen Diminutivrepubliken bilden, noch viel mehr als jetzt Staaten und Städchen sind, mag Anarchie und Bürgerkrieg wüthen, es ist ihnen einerlei; nein, noch mehr: das eben ist ihnen recht, möchten derweile auch unsere Armeen geschlagen und dem verhaßten Preußen der Kern seiner Staatskraft, die östlichen Provinzen, zerrissen werden. Soll nun daraus England Vertrauen auf unsere nationale Größe und Macht ziehen? Sähe es Preußen noch in einer festen Stellung, Herr seiner Bewegungen und seiner Kräfte, so möchte es ein Herz zu Preußen fassen; aber Preußen ist gelähmt wie jeder Staat in Deutschland. Gäbe es eine Aussicht, daß man Preußen wirklich in den Mittelpunkt der neuen deutschen Ordnung stellte, wie schnell sollten wir sehen, daß Amerika und England sich um Bündnisse mit uns streiten würden; aber Preußen ist ja verfolgt und geschmäht von dem politischen Unverstande unter Jung und Alt, unter Rechts und Links, und wir werden es erleben, daß auf der Nationalversammlung von den Vielen, die diese Gestaltung unserer Verfassung in ihrer Ueberzeugung für die einzig natürliche und allein starke halten, unter dem Gewichte der Vorurtheile vielleicht kein Einziger nur dafür reden wird. So steht es mit uns; die Leidenschaft hat bereits jeden Blick verdüstert und jedes Urtheil getrübt, und über der Beschäftigung mit den allerdings großen Objekten in der Nähe verlernt man, den Blick auf das Allgemeine und Weite auszudehnen. Richten wir daher nicht bloß und allein unsere Augen in der Nation auf die Versammlung in Frankfurt. Außerhalb unserer Grenzen ist so Vieles zu beobachten, wovon diese Versammlung nicht allzuleicht Notiz nehmen kann. Sie fühlt es,

*) Die gestern erwähnte Fortsetzung der Betrachtungen über die Centralgewalt wollen wir lieber bis zum Schlusse der Berhandlung aufheben.

Digitized by Google

sie ringt nach einer exclusiven Gewalt, der sie grade diese Saige übertragen will; in diesen Tagen wird der große Kampf darum geführt. Aber was sie schafft, fürchten wir sehr, wird unsere Staatsform der Republik mehr und mehr annähern; und wir mögen sicher sein, daß uns diese Form den östlichen Feind nur näher rücken und den westlichen Bundesgenossen nur mehr entfernen wird. All das sagt sich jeder Einzelne selbst, und Zwei und Drei unter einander; Niemand wagt es, der Gewalt der Gründe zu widersprechen, die diese provisorische Gewalt als etwas sehr Gefahrvolles erscheinen lassen; dennoch stürzt sich das Ganze, das Bessere wissend dem Schlimmeren unaufhaltsam zu. Das ist die Natur der Zeiten, wo nicht mehr die Besinnung den Staat steuert, sondern wo er dem Spiel des Zufalls und der Ereignisse und den Stürmen der Leidenschaft überlassen ist.

**Oesterreich.** Wien, 18. Juni. Die Allg. Z. schreibt: Man erfährt soeben durch Estaffette aus Konstantinopel, daß es den russischen Emissären gelungen sei, die Donaufürstenthümer aufzuwiegeln. Sie sollen eine Nationalversammlung zusammenberufen und die Frage des direkten Anschlusses an Rußland primo loco debattiren wollen. (!) Die hiesige Regierung hat die Einschiffung des Erzherzog Johann zur Eröffnung der Nationalversammlung in Wien noch nicht veröffentlicht; sie ist aber aus in tausend Röthen.

Wien, 18. Juni. Man liest im Pr. Staatsanzeiger: Soeben geht von Prag die Nachricht ein, daß das Bombardement eingestellt worden und die Stadt unter Stellung von 40 Geißeln sich auf Gnade und Ungnade ergeben habe.

Wien, 18. Juni. Der Minister Pillersdorff macht in Bezug auf die erwartete Ankunft des Kaisers Folgendes bekannt: „Der lebhafte Wunsch der Bevölkerung Wiens und die Sorge für den regelmäßigen Gang der Regierungsgeschäfte fordert gleichmäßig die baldige Rückkehr des Kaisers in seine Residenz. Se. Majestät, von dieser Nothwendigkeit gleichmäßig durchdrungen und von dem gleichen Wunsch geleitet, dem allgemeinen Verlangen zu entsprechen, hatten nach den Mittheilungen aus Innsbruck vom 13. d. gegen die zu befindlichen Minister bereits die Absicht ausgesprochen, Innsbruck am heutigen Tage oder am Montage zu verlassen, um sich Wien zu nähern. Der Kaiser, wiewohl durch das ungewohnte Klima etwas in seiner Gesundheit angegriffen, wollte am 14. noch eine Deputation des mährischen Landtags empfangen, und dieser war wirklich bereits in der Burg versammelt, um sich den Majestäten vorzustellen. Da fühlten Se. Maj. sich von einem Unwohlsein ergriffen, welches den Empfang der Deputation unmöglich und einen Aufschub der Reise, um die theure Gesundheit nicht Gefahren auszusetzen, unerläßlich machte. Die Mittheilungen der Minister aus Innsbruck geben die Beruhigung, daß die Gesundheit Sr. Maj. nicht ernstlich angegriffen ist, und die größte Sorgfalt mit höherem Beistande läßt hoffen die gänzliche Herstellung hoffen; allein um die ertheilten Zusicherungen so weit zu erfüllen, als es in ihren Kräften steht, und die Vereinigung aller Regierungsorgane in der Residenz so schnell als möglich zu erzielen, haben Sr. Maj. sich entschlossen, Ihren Hrn. Bruder, Erzherzog Franz Karl, als Ihren Stellvertreter mit ausgedehnten Vollmachten zur Besorgung aller Staatsangelegenheiten und Regierungsgeschäfte im Namen Sr. Maj. nach Olmütz abzuordnen, wo der Erzherzog mit den verantwortlichen Ministern alle Vorbereitungen für den bevorstehenden konstituirenden Reichstag treffen und bis zu der mit Gottes Hilfe bald zu erwartenden gänzlichen Herstellung der Gesundheit Sr. Maj. und Ihrer demnächst zu erwartenden Ankunft in der Residenz für die schleunige Erledigung der Geschäfte Sorge tragen wird. Der durchlauchtigste Hr. Erzherzog, welcher sich dieser Sendung mit der größten Bereitwilligkeit unterzogen hat, wird am 19. d. Innsbruck verlassen, am 21. in Linz und noch dem Aufenthalte eines Tages daselbst am 23. in Wien eintreffen. Die Minister, welche diese Mittheilung erhielten, hoffen täglich, über die Gesundheit Sr. Maj. in Kenntniß gesetzt zu werden und werden die an sie gelangenden Nachrichten jedesmal bekannt machen, da sie überzeugt sind, welche Theilnahme dieselben in der ganzen Bevölkerung finden werden. Wien, am 17. Juni 1848. Pillersdorff."

Prag. Die „Deutsche Allg. Zeitung" meldet unter Leipzig, 19. Juni: Privatnachrichten zufolge, die ein hiesiges Handelshaus durch Estafette erhielt, befanden sich alle Stadttheile von Prag in den Händen der k. k. Truppen. Die slavische Partei hat sich dem Fürsten Windischgrätz, nachdem er die Bescheidung der Stadt begonnen, unterworfen. Derselbe drohte einer an ihn abgesandten Deputation der Aufrührer, die Stadt fortan schonungslos in einen Schutthaufen zu verwandeln, wenn man ihm nicht alsbald die Häupter der Partei und die Waffen auslieferte. Man zögerte zwar mit dieser unbedingten Unterwerfung, sah sich aber, als die Zahl einige Gebäude durch Raketen in Brand steckte, genöthigt, sich zu ergeben. Die Lage der Aufrührer war durch Mangel an allem Nöthigen zur Fortsetzung des Kampfes eine verzweifelte geworden.

Die Leipz. Z. übereinstimmend: Man sah ein, daß wenn das Bombardement fortgesetzt würde, die Stadt in Trümmer geschossen würde. Dem Untergange zu entgehen, hatten die Studenten um Kapitulation, die ihnen gewährt wurde, nachdem sie dreizehn der Haupturheber des Aufstandes, unter denen auch Hafner genannt wird, der also nicht erschossen ist, wie die Blätter angeben, man sagt als Geisel übergeben hätten. Die Aufständischen haben ihre Waffen abgeliefert, die Barrikaden wurden am 17. weggeräumt und hoffentlich wird jetzt die langgestörte Ordnung und der Heilbringende Friede wieder in Prag einkehren.

Man liest in der Allgem. Z.: Nach Briefen aus Innsbruck vom 19. Juni war dort das Gerücht verbreitet, Rivoli befinde sich wieder in Besitzung der österreichischen Truppen. Der Kaiser litt fortwährend an nervösen Anfällen. Die kroatische Deputation am Hoflager erklärte sich laut und entschieden gegen jeden Antheil an den czechischen Umtrieben in Prag, durch die so Schrecklices herbeigeführt worden.

Es wird ferner der Allg. Z. geschrieben, daß die Streitkräfte zum Schutz der Südgrenzen von Tirol sich vor den einbringenden Piemontesen zurückziehen mußten, daß der Feind sengend und brennend auf wälschtirolischem Boden erschienen sei.

Briefe aus Triest vom 16 und 17 Juni melden daß der Feindlichkeitskommandant das Standrecht hatte verkündigen lassen. Die feindliche Flotte lag vorwährend auf der Höhe von Pirano und hielt Triest strenge blockirt. Die Stadt litt unsäglich darunter, nicht minder Istrien und Dalmatien, die von dem Verkehr mit Triest leben. (Allg. Z.)

**Preußen.** (Berlin, 20. Juni. Die heutige Sitzung unserer Abgeordnetenkammer war ebenso kurz (sie dauerte kaum eine halbe Stunde) als ereignißreich. Nachdem das Protokoll der Sonnabendsitzung ohne Weiteres angenommen war, verlas der Schriftführer ein Schreiben des Ministerpräsidenten Camphausen, worin derselbe anzeigt, daß es ihm bis jetzt noch nicht gelungen sei, die Ergänzung des Ministeriums zu bewerkstelligen, und daß er, der Ministerpräsident, da er zu gleicher Zeit bei dem Könige seine Entlassung nachgesucht habe, der Versammlung anheimstelle, die Plenarsitzungen so lange auszusetzen, bis jene Ergänzung erfolgt sei. Minister Auerswald erhebt sich, um den Antrag des Ministerpräsidenten zu unterstützen; ebenso Hansemann, weil es passend sei, daß die Verhandlungen so lange ruhten, als der Bestand des Ministeriums erledigt sei, auch bei nur formelle Gegenstände betreffenden Berathungen (welche Schatz aus Mangelen vergenommen wissen will) eine Erörterung wichtiger politischen Fragen oft nicht zu umgehen sei. Präsident Milde bittet um die Ermächtigung, die Versammlung zu berufen, wann die Neugestaltung des Ministeriums es erlaubt, bis dahin aber die Sitzungen zu vertagen. Parisius, Graf Reichenbach, Seidler sprechen dagegen. Es sei gefährlich, meint Graf Reichenbach, dem Präsidenten eine so große Machtvollkommenheit einzuräumen. Die Zeit des Vertrauens sei vorüber, die Zeit des Mißtrauens erscheinen. Er will, daß die Versammlung am nächsten Freitag wiederum zusammentrete. Die Zeiten seien so ernst, daß man nöthigenfalls auch ohne Ministerium handeln müsse. Seidler schlägt vor, die Berathungen bis Montag zu vertagen, und wenn das Ministerium vorher neugestaltet wäre, dem Präsidenten die seitherr Berufung der Versammlung zur Pflicht zu machen. Finanzminister Hansemann nimmt nochmals das Wort, um sich gegen Berathungen ohne die Minister auszusprechen. Er müsse weiter gehen und erklären, daß die noch zurückgebliebenen Minister nur mit der Verwaltung der laufenden Geschäfte beauftragt seien, und daß ihre Portefeuilles ebenfalls zur Verfügung ständen. In einem so ernsten Augenblicke scheine es ihm wohlgethan, nicht das Mißtrauen in das Land zu senden. (Reichenbach: russische Heere ständen an der Grenze.) Sollte es nothwendig werden, die Versammlung inzwischen zusammenzurufen, so würden die Minister nicht anstehen, selbst in diesem provisorischen Zustande hier gegenwärtig zu sein. (Beifall.) Bei der Abstimmung wird der Antrag Reichenbachs verworfen, der Antrag Seidlitz mit großer Mehrheit angenommen. — Auf der Ministerbank waren Auerswald, Hansemann, Bornemann und die neuernannten Minister Schreckenstein (Krieg) und Schlinik (Kultus.) anwesend. Camphausen fehlte.

Digitized by Google

||. Berlin, 20. Juni. Das Langerwartete ist endlich eingetroffen, und das Ministerium Camphausen hat mit dem heutigen Tage zu bestehen aufgehört. Da die seit 8 Tagen gepflogenen Unterhandlungen wegen Wiederbesetzung des Ministeriums des Innern ohne Erfolg geblieben waren, Camphausen aber mit Recht fürchtete, daß ein geschwächtes Kabinet die Abreiseberathte bei dem geringen Zusammenhange und dem Mangel an Disciplin in der ministeriellen Partei nicht wohl überstehen werde, so entschloß er sich, heute Morgen seine Entlassung in die Hände des Königs zu legen, welcher soeben, vor Abgang der Post, Hansemann mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt haben soll. Für das Portefeuille des Innern hatte man Milde und Rodbertus im Auge, und dürften dieselben auch noch wohl jetzt die meisten Chancen haben, obschon sie erklären, nicht vor erfolgter Abreiseberathte in die Verwaltung treten zu wollen; die neuen Minister Schleinitz (für die auswärtigen Angelegenheiten) und Schreckenstein (Krieg) werden wohl jedenfalls auch in die neue Kombination übergehen. Es ist zu wünschen, daß die Bildung des neuen Kabinets recht bald gelinge, und daß wir damit endlich eine entschiedene, einige und kräftige Regierung bekommen; viel Zeit dürfte nicht zu verlieren sein, denn der Krieg mit Rußland wird von Tag zu Tag wahrscheinlicher, und wehe uns in Deutschland, wenn wir noch länger an unserem alten Erbübel, der Uneinigkeit, laborieren. — General v. Pfuel geht in einer diplomatischen Sendung künftigen Freitag nach Petersburg; es ist aber nicht unmöglich, daß bis dahin Nachrichten eingetroffen sein werden, die seine Reise zwecklos machen.

† Posen, 18. Juni. Während in Berlin der gesunde Sinn der Bürger kaum im Stande zu sein scheint, die anarchischen, im Endziele der Reaktion in die Hände arbeitende Bestrebungen Einzelner niederzuhalten, und eine ähnliche Richtung Breslau seinem materiellen Ruin entgegenführte, blickt unsere Stadt fest von söderistischen Zuckungen ruhig in die Zukunft. Es ist das stolze Bewußtsein unserer jetzt gesicherten Nationalität, welches uns diese Ruhe gibt. Es kümmert uns wenig, ob gewisse Elemente in Berlin, in Frankfurt a. M. diese Eigenschaft bestreiten wollen; wir sind überzeugt, wie die Frage entschieden werden wird; aber bei Gott! wir vertrauen auf die Kraft unserer Arme, und Europa würde in dem schlimmsten, übrigens undenkbaren Falle sehen, daß nur mit unserem Leben Posen aufhören würde, eine deutsche Stadt und die sichere Warte der Ostgrenze zu sein. Handel und Gewerbe liegen allerdings auch bei uns darnieder; sie werden sich indessen früher heben, als an vielen andern Orten, weil wir wenig sind. Wir haben in Proletariat in dem Sinne keines, wie es sich jetzt hie und da jeder gesetzlichen Staatsordnung entgegensetzt. Der gesunde Sinn unserer Handwerker hat sich vielmehr auf eine schöne Weise in der unglücklichen Zeit gezeigt. Ein gleicher Geist beseelt die Bürgerwehr; ihre Führer sind sich stets bewußt, daß sie der Mehrmänner, nicht die Mehrmänner ihrerwegen da sind. Letztere dagegen bethätigen durch ihr ganzes Verhalten und namentlich durch den unbedingten Gehorsam während des Dienstes die feste Ueberzeugung, daß sie zwar nicht Soldaten, wohl aber militärisch organisirt sind und sein müssen. — Der Magistrat hat ihnen seinen Sitzungssaal zum Lokal der Hauptwache hergegeben, worauf sie freilich ein besonderes Gewicht gelegt zu haben scheinen, weil dieselben Räume seither dem polnischen Komite überlassen waren, und es sind nun da, wo vor nicht langer Zeit die polnische Republik berathen wurde, sächsische deutsche Wehrmann, so gewissenhaft im Dienst, als gemüthlich in seinen Freistunden.

† Posen, 19. Juni. Der Literat der Tyrol., Viktor Janitzewski, welcher, da die Deutschen in Samter und Buk über den zu Wahlenden uneinig waren, von den Polen für Frankfurt gewählt worden ist, wird am 19. bereits in Frankfurt eingetroffen sein. Er war Mitglied des polnischen Komites und zwar ein sehr thätiges. Sein Verhalten in Frankfurt wird sich wohl nach dem nächsten Feldzugsplane der Polen richten. Wir erwarten vorläufig einen feierlichen Protest gegen die Posener Abgeordneten und den Anschluß der deutschen Bevölkerung. Der Vorgang wird sicherlich nicht uninteressant sein, da Dr. Janitzewski nicht ohne Geist ist.

† Posen, 19. Juni. General v. Pfuel scheint länger als er beabsichtigte, in Berlin weilen zu müssen; hier ist man der Meinung, daß der bevorstehende Ministerwechsel darauf Einfluß übe. In der That knüpft sich die Reorganisationsfrage bei uns im Einzelnen z. B. auch eng an den neuen Kultusminister. In der Stadt ist nämlich das polnische oder vielmehr katholische Gymnasium förmlich Gegenstand des Streites zwischen beiden Bevölkerungen, in welchen sich der Klerus durch Zeitungsannoncen polemischer Natur offen gemischt hat. — Letzterer fährt überhaupt fort, eine politische Rolle zu spielen und auf alle Weise den neuen polnischen Plänen Vorschub zu leisten. Diese neuen Pläne, für welche durch Abgesandte in Frankfurt a. M. in weiteren und engeren Kreisen und durch die Presse gewirkt werden wird, sind kürzlich folgende. Gelingt es den Polen nicht, die Posener Deputirten aus der Versammlung ausschließen zu lassen, und steht in der Folge die Bestätigung der Aufnahme der überwiegend deutschen Gebiete Posen, wie sie der Bundestag beschlossen, in Aussicht, so wird all' ihr Bemühen zunächst darauf gerichtet sein, die Integrität der Provinz in der Weise, wie sie Preußen im Jahre 1815 zu einem Großherzogthum zusammengesetzt hat, aufrecht zu erhalten — selbst durch den Zutritt zu Deutschland unter dem Titel eines „Schutzlandes". Diesen Plan aufzuführen, und eine Erweiterung des ganzen Großherzogthums mit seinen 500,000 Deutschen für ein künftiges Polenreich möglich zu machen, bedient man sich jetzt besonders des Mittels, eine Abgrenzung der beiden Nationalitäten als eine Unmöglichkeit darzustellen. Da nun das materielle Interesse Einzelner durch diese Abgrenzung und die Reorganisation wirklich beeinträchtigt wird, so kann es den Polen an Mitarbeitern an diesem Plane von Seite unpatriotischer Deutschen nicht fehlen. Es gesellen sich aber diesen noch diejenigen katholischen Parteien zu, welche, wie z. B. in Lissa, mit den deutschen Bestrebungen aus kirchlichem Grunde in Widerspruch waren, und deren Führer entweder Geistliche, oder einem hierarchischen Einfluß unterworfen sind. Eine kleine Anzahl Katholiken in Lissa hat vor Kurzem eine lange, von ihrem Standpunkt sehr gut motivirte Petition an den König von Preußen gerichtet, worin dieß die Unthelbarkeit des Großherzogthums, eine besondere Verfassung desselben, eine Verwaltung lediglich durch eingeborne Beamte, eine Universität, ein Heer Allem auch ein eingeborenes Heer verlangt wird. Es sind dies ungefähr die Forderungen des polnischen Komites, hier aber werden sie ohne allen Nebengruß, lediglich für die Wohlfahrt und das Glück des Landes gemacht und die Bevölkerung zu einer Liebe für dies Separatvaterland begeistert. Wie erhebend! Dieser große Sinn strebt dahin an, eine besondere „Posensche Nationalität" zu bilden, wobei der jüngste Bürgerkrieg der Amalgamirungsproceß ist. Allein nicht bloß mit großmüthigen Friedensvermittlungen tritt diese Partei auf — sie predigt auch den Kreuzzug gegen die gottlosen deutschen „Jeloten", welche durchaus zu Deutschland geschlagen sein und das deutsche Leben diesseit einer Grenze und das polnische jenseit derselben frei sich entwickeln sehn wollen. — Der Pfarrvikar Pastrik schwingt seine Fahne an der Spitze von 39 Schwiedemühlern, sein Feldzugsplan ist gegen die deutschen Volksbewaffnung gerichtet, welche nicht deutsche „Schutzbürger" sein, sondern zu Deutschland geschlagen sein wollen und keinen Schmerz darüber empfinden, den Posener Diöcesanverband verändert zu sehen. Aller Berechnung nach wird am Ende diese Partei, ohne sich über die großen Widersprüche in ihrer Taktik irgendwie zu bekümmern, sich mit den Polen in Deutschland einverleiben lassen wollen, wenn es nur in „Bausch und Bogen" und mit Erhaltung der Integrität des Großherzogthums geht. Die Polen im Großherzogthum haben im „Engschiffe Europas und der Geschichte" gegen alle Wahlen zu irgendwelchem Reichstage „im Auklande" (Berlin, Frankfurt) feierlichst protestirt — und doch o Wunder! überall dort gewählt, wo sie Majorität erlangen konnten, und ihren nun vor dem Angeschiffe Europas in Berlin in der preußischen Versammlung. Uns soll's nicht wundern, wenn sie auch noch vor dem Angeschiffe der Geschichte in Frankfurt im Parlamente Platz nähmen, in derselben Versammlung, aus der sie uns Deutsche jetzt zu verdrängen suchen — an Sitzu haqu fehlt's ihnen wahrlich nicht.

**Baiern.** München, 21. Juni. Vergestern ist der Prinz Karl, den Sie letzthin in Baden fahren, eiligst von Tegernsee, wo derselbe jetzt weilt, nach Innsbruck gereist. Unter den Officieren spricht man davon, daß eine bairische Heerabtheilung in der Lombardei Angesichts der Blokade Triest's und der bedrohten Lage Südtirols zu den leichten Möglichkeiten gehöre.

= Vom Rhein, 19. Juni. Ich habe Ihnen jüngst aus dem Portefeuille der Republikaner und Anarchisten einige Mittheilungen gemacht, es ist billig, daß wir auch die andere Seite nicht vernachlässigen. Je wärmer uns Allen das Schicksal der Monarchie am Herzen liegt, weil wir durch sie die nationale Einheit, die Kraft und die Festigkeit unserer politischen Zukunft bedingt sehen, um so eifriger müssen wir darüber wachen, daß die Monarchie nicht durch ihre Träger und Rathgeber sich selber unmöglich mache. Was den ehrenwerthen Männern unter den Feuillans in der ersten französischen Revolution ihre undankbare Aufgabe zuletzt ganz unausführbar machte, das war die Verblendung der Monarchie selbst, die durch Schwäche, Halbheit und heimliche Reaktion die Sympathie aller Guten von sich abstieß. Wollen wir die Geschichte von 1792 nicht noch einmal durchleben, so muß die Monarchie weise und aufrichtig ohne Rückhalt han-

Digitized by Google

deln und wir müssen aufmerksam darauf sein, daß ihre Pfleger und Berather nicht in die alten Neigungen zurückfallen. — Was diese Betrachtungen in uns erweckt, ist ein Aktenstück, das eben in mehreren Zeitungen bekannt wird und das nicht verfehlen kann, bei allen Freunden der Monarchie die peinlichsten Empfindungen zu wecken. Es ist eine Note vom 8. April, welche ein preußischer Abgesandter den Höfen überreichte und worin es wörtlich heißt: „Preußen wünscht vor allen Dingen die Herzogthümer Schleswig und Holstein ihrem Königsherzog zu erhalten, und ist gleich weit davon entfernt, seinen eigenen Interessen oder dem Ehrgeiz dritter Personen dienen zu wollen. Im Interesse Dänemarks aber, sowie dem aller Nachbarstaaten liegt es, daß die deutschen Fürsten sich der Angelegenheit kräftig annehmen, und einzig der Wunsch, die radikalen und republikanischen Elemente Deutschlands zu verhindern, sich unheilbringend einzumischen, bewog Preußen zu den gethanen Schritten. Das Eindringen preußischer Truppen in Holstein hatte den Zweck, das Bundesgebiet zu sichern und zu verhindern, daß die republikanischen Elemente Deutschlands, an die die Herzogthümer als letztes Mittel der Selbsterhaltung hätten appelliren können, sich der Sache zu bemächtigen vermochten. Die Idee einer norddeutschen Republik würde bald hervorgetreten sein, ist eigentlich sowohl Dänemark als die deutschen Nachbarländer ernstlich zu gefährden. Preußen wird in dieser Stellung abwarten ob Dänemark zu einer friedlichen Ausgleichung die Hand bietet". Auch wenn man dem Zeitpunkt, in welchem die Note geschrieben worden, Manches zu Gute hält, oder die herkömmliche diplomatische Sprache als einige Entschuldigung gelten lassen will, hier setzen wir auf eine Politik, die, wie sie selbst ohne Umhüllung ihre letzten Beweggründe aufdeckt, so auch ohne Rückhalt beurtheilt werden muß. Also einzig der Wunsch „die radikalen und republikanischen Elemente zu verhindern sich unheilbringend einzumischen" bewog Preußen zu den gethanen Schritten! Also wenn sich zufällig keine republikanischen Gelüste in Deutschland kund gaben, wenn zufällig nicht zu befürgen war, daß sich dieselben der schleswig'schen Sache annähmen, so blieb Preußen ruhig, ließ die Dinge gewähren und verfolgte, bis der Schneidegang diplomatischer Verhandlung ihm allmählig einen Antheil an der Bundesexekution aufreichte. Die nationale Angelegenheit trat demnach bei der preußischen Politik nicht schwer ins Gewicht; ihr einziger unternommener Kampf, den wir der Wärme patriotischer Gesinnung zuschreiben, war Nichts als eine Gegenmine gegen republikanische Umtriebe! Wir setzen in der Note Nichts von dem guten deutschen Recht der Herzogthümer, von dem einstimmigen Ausspruch der ganzen deutschen Nation, wir sehen nur dynastische Interessen darin durchspielen. Wir hören den alten Ton der Staatskunst, die es so wunderbar verstand, jede große Frage in der Politik möglichst klein anzufassen und anzubinden, wir hören darin Nichts von der neuen Staatskunst, die offenes und ehrliches Spiel spielt, die an die Sympathien der Nation appellirt, statt an die Interessen einer Dynastie. Wir finden in dieser Politik den Schlüssel zu dem plötzlichen Rücktritt aus Jütland, der alle Patrioten mit Scham erfüllt hat und den man bis jetzt noch durch keine genügende Ursache hat rechtfertigen können. Mit allem Rechte macht man sonst dem Radikalismus der Aeußersten Linken den Vorwurf, daß sie nicht dem wohlfeilen Kosmopolitismus für Slaven, Romanen u. s. w. für alle deutschen Interessen taub sei; aber je unfehlbarer diese Fakkion dadurch alle ächteren Elemente des Volkes von sich abstößt, desto sorgsamer sollte die Monarchie darauf bedacht sein, diese Bestrebungen aufrichtig und entschieden an sich zu knüpfen. Ueber politische Formen, über Systeme werden in jedem Volke in den Zeiten einer solchen Krisis die verschiedensten Meinungen auftauchen; über große nationale Angelegenheiten sollte es keine Differenzen geben, aber wenn es solche gibt, so sollte die noch bestehende Gewalt Alles aufbieten, die Elemente zum Verständnisse über diesen einen Punkt zu vereinigen und um sich zu sammeln. Nur in solchen Sympathien wird die Monarchie fürder ihre Stütze finden, nimmer in einem göttlichen Rechte oder jener steifen diplomatischen Schaukunst, an der die alten Monarchien verkommen sind. Wenn Sie in diesem Blatte mit Muth und Ausdauer, gegenüber dem Vorurtheil der Lendenschaft und dem bösen Willen, die Ansicht verfochten haben, Preußen sei an die Spitze der deutschen Angelegenheiten zu stellen, so sahen Sie dabei, wenn ich Sie recht verstand, von Personen und Antecedentien ganz ab, Sie setzten sich vielleicht über manche eigene Antipathie hinweg, weil Sie dem Staatsmännischen Grundsatze folgten, es müsse der Staat die Gewalt führen, der die größte Macht und die besten Lebenskräfte in sich schließe. Es waren Tausende mit Ihnen einverstanden weil sie demselben Manne zugefolgt huldigten, weil sie den Schwerpunkt dorthin gelegt wünschten, wo Natur und Entwicklung ihn hinlegte, nicht wo der Aberglaube der Traditionen oder ein kleinstaatlicher Egoismus ihn hingelegt wünschte. Aber die Alle setzen auch voraus, daß dieser Staat die Kräfte in sich habe, über eine nothwendige innere Krisis rasch und neugewesen hinwegzukommen, daß er den Willen in sich habe, mit aller Entschlossenheit in die Bahnen der neuen volksthümlichen Staatswesens einzulenken. Die Unruhe im Innern und die Künste der alten Politik nach Außen sind nicht die Mittel, diese neuen Bahnen vorzubereiten.

**Hessen.** *Darmstadt, 19. Juni. Einer Ankündigung der Leske'schen Hofbuchhandlung zufolge erscheint vom 1. Juli an in genannten Verlage eine neue politische Zeitung unter dem viel versprechenden Titel: „Neue deutsche Zeitung. Organ der Demokratie" — Redakteur ist Dr. Otto Lüning. Der ziemlich gestiefmagere Prospektus ist mit den beliebten Schlag- und Stichwörtern des Tages satt über die Maßen gespickt, und das Prinzip der „Abschaffung" aller möglichen Uebelstände in unserem politischen und socialen Leben wird darin (natürlich zu Gunsten der Anschaffung der „neuen deutschen Zeitung") mit äußerster Gründlichkeit abgehandelt. Auch fehlt es schon in dem Prospektus nicht an allerhand freundnachbarlichen Rippenstößen, womit der unbequemen Konkurrenz verschiedener benachbarten Zeitungen, darunter: „die seelenlose, buchstäblich Hofzeitgeleitung", das „geschwätzige Frankfurter Journal", die „Oberpostamtszeitung" („von welcher Hr. Wiesner jetzt wegen allzugroßer Freisinnigkeit (sic!) zurücktreten muß", und die „armselige Darmstädter Zeitung", von vornherein dargetan werden soll. Sie werden es begreiflich finden, daß ein Blatt, welches wohl selbst dieser „allzugroßen Freisinnigkeit" huldigt, zweifelsohne resassiren muß, zumal es auf der „breitesten Grundlage der Volkssouveränetät" fußt und dabei (wie es in dem Prospekt uns heißt) „weder das Attraktionsfeuer des treffenden Witzes, noch die tiefeinschneidende Ironie verschmähen will." Es ist da kaum zu befürgen, daß der Witz nicht trifft und die Ironie nicht tief einschneidet!

*Jena, 18. Juni. Der konstitutionelle Verein zu Jena hat nachfolgendes Schreiben an den Deputirten des dritten Wahlbezirks des Großherzogthums Sachsen-Weimar, Oberappellationsrichter Schäffer in Frankfurt, erlassen: Wir Mitglieder des konstitutionellen Vereins zu Jena wollen nicht blos die Freiheit, sondern auch die Einheit, die Macht und den Ruhm unseres deutschen Vaterlandes. Die beste Gewährleistung für diese Erfordernisse finden wir in der Verfassung der konstitutionellen Monarchie, welche wir als die Mitte zwischen zwei politischen Extremen, dem Absolutismus und der Demokratie, für die unseren bestehenden Verhältnisse angemessen halten. Wir wollen deshalb, daß eine kräftige konstitutionelle Monarchie an die Spitze des freien, einigen, mächtigen und ruhmvollen Deutschlands gestellt werde, und finden dies Erforderniß allein in dem größten und mächtigsten Staate Deutschlands, in dem durch tüchtige Wehrverfassung seines tapfern Heeres wie durch die Masse seiner Intelligenz ausgezeichneten Preußen. Da uns konstitutionelle Verfassung als die beste Gewähr der Freiheit gilt, so wollen wir, daß unsere constitutionellen Regierungen in der Bundesverfassung auch gerecht vertreten werden; wir halten daher das Zweikammersystem, welches und in der Verfassung der Einzelstaaten nicht allgemein erforderlich scheint, in der Bundesverfassung für unerläßlich; wir wollen hier eine Kammer des Volks und eine andere, in welcher auch die konstitutionellen Regierungen ihre Vertretung finden. Wir richten diese Worte an unsern Deputirten in Frankfurt, weil er die Stimmen seines Wahlbezirks über die Hauptgegenstände der Berathung in Frankfurt zu vernehmen gewünscht hat, damit er die öffentliche Meinung desselben möglichst allseitig kennen lerne. Wir sind dabei von der Gerechtigkeit unserer Deputirten überzeugt, daß derselbe, wenn er etwa anderer aus unserer Heimath ihm kundgegebenen Ansichten vor dem Parlament oder sonst gedenken sollte, auch unsere Ansicht, als ebenso berechtigt, nicht verschweigen werde. Übrigens drücken wir das vollkommenste Vertrauen auf zu den Männern, welche jetzt das deutsche Volk als die würdigsten nach Frankfurt gesendet hat; wir achten und ehren sie als gesetzliches Organ des Volk willens und sind entschlossen, für die Beschlüsse dieser hohen Versammlung in unserm Kreise mit allen unsern Kräften einzustehen, in der Ueberzeugung, daß diese Beschlüsse unser Vaterland zu einem freien, einigen, mächtigen und ruhmvollen zu erheben geeignet sein werden. Im Namen und im Auftrage des konstitutionellen Vereins zu Jena. Dr. A. Schauman. K. Brüger. De. F. Bran.

§ *Frankfurt, 21. Juni. (Fortsetzung der Diskussion über die Centralgewalt.) Der Kampf des 3. Tages wurde von dem Abg. Degenkolb aus Eilenburg eröffnet, der anerkennt, daß der Abg. Blum die Vorzüge der Republik in meisterhafter Rede hervorgehoben habe, aber derselbe Redner möge sich erinnern, wie er an einem andern Orte erklärt habe, daß uns zu einer Republik die Republikaner fehlen, der

Digitized by Google

Sprecher sagt, er habe den seinen Wählern das Mandat erhalten, den Frieden zurückzubringen; jedoch nicht den Frieden um jeden Preis, nicht um den Preis der Freiheit des Volkes, deßhalb verlangt er, daß der Präsident von der Nationalversammlung gewählt und alsdann von den Regierungen bestätigt werde, und wenn dieses innerhalb 8 Tagen nicht geschehen ist, stillschweigend die Zustimmung anzunehmen sei.

Jordan aus Berlin geht eine Vergleichung zwischen Archimedes, welcher sich in Cirkel versenkte, als seine Vaterstadt erstürmt wurde, mit der Majorität des Ausschusses, welche in dem Augenblick, da das Vaterland in der größten Gefahr sei, über Prinzipien grüble, und nichts Anders zu sagen wüßte, als: Zutritt mir meine Figur nicht, ein Gespenst, die Furcht vor der Republik, habe den Entwurf diktirt. Der Redner will nicht die gewaltsame Einführung der Republik, aber das schlieste nicht aus, daß der Bundesstaat eine republikanische Spitze erhalte; Deutschland sei ja auch nach der bisherigen Einrichtung nichts Anderes gewesen, als eine Republik, freilich eine höchst erbärmliche; der Kommissionsantrag wolle denn beliebeu, den Erbregierungen bei der Wahl einen Hemmschuh entgegenzusetzen, aber das sei für einen, der die Nationalversammlung das Recht habe zu genehmigen, d. h. ja zu sagen; nicht ein Mal eine Diskussion über die Person wolle man zulassen, er behaupte aber, daß eine Person, welche eine solche öffentliche Prüfung nicht aushalte, nicht würdig sei, an die Spitze von Deutschland zu treten; gegen die Derbheit spricht er sich entschieden aus; an dem Tage, wo die derbste Gewalt proklamirt werde, sei auch die zweite Revolution proklamirt. — Nun kommen die beliebten Ausfälle gegen den Bundestag, den man mit Stumpf und Stiel ausrotten müsse; von dem Bundestage gehen die Ausfälle auf den Bundestagsgesandten Meiser über; es gebe Leute, welche über die Angriffe gegen den Bundestag entsetzlich in den Harnisch gerathen, weil sie nicht begreifen, wie man noch Etwas gegen denselben haben könne, nachdem das weltgeschichtliche Ereigniß stattgefunden habe, daß sie selbst in denselben eingetreten seien.

(Der Präsident verweist dem Redner diese Persönlichkeit.) Es sei wahr, daß die Zügellosigkeit in den unteren Regionen geschrobringend sei, aber wenn das anderes werden solle, so käme es vor Allem darauf an, wer die Zügel ergreife; nicht das alte, gestürzte Regiment, sondern der Geist der Revolution selbst. Diese Versammlung sei die Vertreterin der deutschen Regierungen so wie des Volkes; man habe eingewendet, woher sie die Macht nehmen sollen für ihren Vollzugsausschuß; allein diese Macht beruhe nicht auf den Bajonetten, sondern auf dem einmüthigen Geiste des Volkes. Die Annahme des Antrags aber sei die Annahme des Prinzipes der Zweitrast, und könne nur Krieg und Zerrüttung bringen. Er aber verzweifle auch alsdann nicht an der Rettung des Vaterlandes, es werde alsdann zegend ein gewaltiger Mann auftreten und die Einheit verwirklichen. Quod medicamentis non sanant, ferrum sanat.

Flottwell bemerkt dem vorhergehenden Redner, er habe in seiner Vergleichung mit Archimedes eines vergessen, nämlich, daß dieser Mann durch seine Wissenschaft die Vaterstadt so lange vor der Uebermacht des Feindes geschützt habe; er spricht für die Anträge der Kommission, mit Ausnahme des Art. 4, in Beziehung auf die Friedensschlüsse. Die gänzliche Ausschließung des Bundestages hält er für unpolitisch, ja für völkerrechtlich gefährlich, den Art. 6 will er so gesetzt haben:

„Das Bundesdirektorium bildet das Gesammtministerium der Staaten des deutschen Bundes und ist in dieser Eigenschaft der Nationalversammlung verantwortlich."

v. Lindenau beantragt, daß das Bundesdirektorium in der Weise zusammengesetzt werde, daß drei Mitglieder desselben von den Bundesregierungen, drei aber von und aus der Mitte der Nationalversammlung gewählt werden, und diese zusammen einen Siebenten als ihren Präsidenten ernennen, er spricht sich ausführlich gegen das Prinzip der Unverantwortlichkeit aus, welches nicht auf deutschem Boden erwachsen sei. Leider konnte nur der kleinste Theil seiner Rede verstanden werden.

Eisenstuck aus Sachsen fragt, wie soll gewählt werden? Ich stelle mich auf den Boden des Bestehenden, nämlich auf den Boden der Märztage, demnach kann die Wahl nur von uns geschehen, die wir die Träger des Volkswillens sind; kann es dieser Versammlung ziemen, vor ihrer eigenen Machtvollkommenheit zurückzuschrecken? Von dem Kommissionsantrag behauptet der Redner, daß er in Widerspruch mit sich selbst stehe; er wolle eine konstitutionelle Erbarchie, ohne daß noch eine Konstitution da sei; ein verantwortliches Ministerium ohne ein Gesetz, noch reichem es zur Verantwortung gezogen werden könne, das sei ja die offenbare Anarchie; man müsse ins Auge fassen, daß es sich hier allein um eine prov. Maßregel von der Linken handle, und darum könne er das Richtige bloß in dem beantragten Vollziehungsausschusse erkennen; der Bundestag sei nichts Anderes als eine Kollektivregierung der Fürsten, und was für Personaländerungen auch eingetreten sein mögen, die Luft in demselben so verdorben, daß die besten Männer in ihm mit ihren Grundsätzen Schiffbruch leiden.

Möring aus Wien will sich in Betracht der 130 noch nachfolgenden Redner kurz fassen; nämlich sei seine Gegerterung abgetätigt, nachdem er soeben durch den Jordanschen Redner Rhetorik geschwommen sei; er erkenne an, daß das freie Menschenbewußtsein sich am Schärfsten in der republikanischen Staatsform ausprage, er habe Jahrelang in Amerika gelebt und dort sich davon überzeugt, er habe aber auch dort erkannt, was zu einer Republik gehöre; von wem sei dort die Republik gegründet worden? von Männern mit grauen Haaren, und dazu von Männern, welche Etwas, zu Wieles besessen haben; da wo die Wiege der Republik war, wohnte Sittenstrenge und Selbstüberwindung; man prüfe nun, ob in Deutschland die republikanischen Bestrebungen von den nämlichen Grundlagen ausgehen, und man werde in Allem das Gegentheil finden (unangenehme Sensation auf der Linken und der Gallerie), er habe die Ehrfurcht und die Freiheit Deutschlands von seiner Jugend in seinem Herzen gehabt und fühle sich glücklich, sein Vaterland an diesem Ziele angekommen zu sehen; allein er wolle dasselbe stark wissen und darum auch eine starke Exekutivgewalt an seiner Spitze haben, deßhalb will er ein Triumvirat von 3 Fürsten und einem Reichsrath, welcher zur Hälfte von den Regierungen und zur andern Hälfte von der Nationalversammlung erwählt wird und der letzteren verantwortlich ist. Den Vollziehungsausschuß der Linken hält er für durchaus wirkungslos und machtlos; die Linke möge dann ihre besten Kräfte aufbieten, wenn sie damit nach Oesterreich hin kommandiren wolle, so werde man dort darüber lachen.

Schaffrath aus Sachsen entgegnet, die physischen Rechte regierten nicht mehr die Welt, sondern die Ideen und mit diesen will er alle Heere und alle Throne in Deutschland zittern machen; die Nationalversammlung brauche nur zu beschließen, das seine Steuern mehr bezahlt werden, so sei es mit allen Regierungen aus; in dem Ausschußbericht sei ein offendarer Widerspruch, die Nationalversammlung soll ohne die Regierungen eine Exekutivgewalt beschließen, mithin sei sie ja doch die eigentliche Quelle dieser Exekutivgewalt; warum sie also dieselbe nicht auch zu erwählen haben soll? Die Majorität der Versammlung wolle das zwar nicht, aber die Minorität habe die Majorität im Volke und mit dieser werde sie siegen. (Ruf zur Ordnung. Der Präsident: Ich habe keine Ursache den Redner zu unterbrechen, denn es ist gut, wenn wir alle Mittel kennen lernen, welche man gegen uns in Bewegung zu setzen gedenkt). Der Redner verbindet seinen Ton und erklärt, er habe damit nur eine gesetzliche Agitation gemeint; überhaupt sei in dieser Sache die Linke konservativ und die Rechte revolutionär (Heiterkeit). Die Linke bohre die Macht der Centralgewalt viel weniger aus, als der Ausschuß. Dieser wolle eine Diktatur schaffen, damit sie sage: Bis hieher und nicht weiter! deßhalb stimme er dagegen; er liebe die Einheit, aber mehr noch die Freiheit.

Schober aus Stuttgart bringt die gestern schon mitgetheilten Verbesserungsanträge von der Gesellschaft des Württemberger Hofes, welche unter Anderen von Reb. Mohl, Werner, Schott, H. v. Raumer, Rießer, Raveaux, Gistra, Biedermann unterzeichnet sind, in Vorschlag, er erklärt dabei, daß die Untergehörer keineswegs einen Vollziehungsausschuß im Blum'schen Sinne wollen, nur daß sie es genau auf sich nehmen, deßhalb für Hochverräther an dem Volke erklärt zu werden. Was die Abänderung zu §. 2 betreffe, daß die Centralgewalt die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vertändigen und zu vollziehen habe, so glaube er, daß hier eine Kollision nicht leicht vorkommen könne; den größten Werth legen die Unterzeichneten darauf, daß die Centralgewalt Einem Mann übertragen werde. Man könne nur die allerschwierigsten Verwicklungen voraussehen, wenn drei Direktoren ernannt würden, der Eine von Preußen, der Andere von Oesterreich, der Dritte von Baiern mit den übrigen Staaten. Jeder werde natürlich wohl das Sondereinteresse seines Staates in Betracht ziehen, sich dahin neigen und somit werde gerade in den wichtigsten Angelegenheiten Zwiespalt entstehen, der werde auf die Minister übergehen und dadurch die ganze Exekutivgewalt gelähmt werden. Aber es entstehe damit meine, daß kein Preußen, kein Oesterreich, kein Baiern, sondern ein einiges großes deutsches Vaterland fortan sei, der könne unmöglich dem dreifachen Direktorium zustimmen; man sage, wenn man drei Direktoren festsetze, so hätten sich die Regierungen schon vereinbart, und das Direktorium könne in 24 Stunden ins Leben treten, er wolle aber lieber erst in 14 Tagen eine gute und starke Centralgewalt, als in 2 Tagen eine schlechte. Daß die Last für Einen Mann

Digitized by Google

zu groß sei, hält er für durchaus unbegründet, für Drei würde sie noch größer werden. Ob das Oberhaupt für verantwortlich erklärt werde oder nicht, sei ihm einerlei, die Hauptsache sei, daß das Ministerium verantwortlich sei. Allerdings sei kein Gesetz dafür da, aber es hindere Nichts, daß man Eines mache, worauf er auch antrage; die Unterzeichner stehen mit ihrem Antrage fest auf dem Grundsatze der Volkssouveränetät, denn die Wahl des Präsidenten hinge nach demselben in letzter Instanz von der Nationalversammlung ab; sie wollen aber dabei nicht einen Weg einschlagen, auf welchem offenbar Nichts zu Stande komme; sie wollen den Regierungen gebührende Rücksicht schenken, ihre Ansichten hören und denselben Rechnung tragen, woran sie gegründet seien, dadurch würde der Nationalversammlung Nichts vergeben, denn sie behalte das letzte und entscheidende Wort. Die Antragsteller wünschen in dieser Angelegenheit eine möglichst übereinstimmende Willensmeinung und glauben, daß die Parteien, wenn sie billig sein wollen, auf ihrem Antrag sich vereinigen können, das Prinzip der Volkssouveränetät sei darin gewahrt, zugleich aber den bestehenden Regierungen gebührige Rücksicht getragen. Wir wünschen, daß Deutschland sich einige, und wir selbst sollten uns hier nicht einigen können; die Parteien können es, ohne ihre Grundsätze aufzugeben, und die Fürsten werden es auch thun. Sollte zuletzt dennoch Spaltung und Bürgerkrieg entstehen, so sindboch wir es nicht, welche es verschuldet.

v. Beisler aus München sagt, daß auch er im Bewußtsein auftrete, daß er mit allen den Männern, welche seit 1814 für die Freiheit ihres Vaterlandes gekämpft haben, jetzt mit seinen Grundsätzen als Reaktionär und als ein Werkzeug des Despotismus von der übersprudelnden Jugend angesehen werde, er achte diese jungen Enthusiasten, aber er wolle ihnen wünschen, daß der Schwerstreich, den sie führen, nicht dahin gehe, wo sie ihn nicht haben wollen, und daß das vergossene Bürgerblut nicht über sie selbst komme; eine Reaktion sei nicht mehr möglich, als allein nur gegen die Anarchie, weil das Volk überall seine Vertreter habe, die sie nicht dulden. Als der Redner behauptete, daß die Nationalversammlung auf die Anordnung des Bundestages erwählt worden sei, und daß sie hier zusammengetreten, um in Vereinbarung mit den Regierungen das Verfassungswerk zu Stande zu bringen, so wurde er mehrerremals durch mißbilligenden Ruf unterbrochen. Im Uebrigen spricht er sich für die Dreiheit aus, weil er meint, daß die Einheit zu Zerwürfnissen unter den Regierungen führe und will 3 fürstl. Personen als Direktoren.

Von Bincke. Er stehe nicht auf dem Standpunkt der Revolution, sondern auf dem Rechtsboden (von der Linken: oh! Der Redner: Ihr irrt mich Ihre Ueberlaubt meine Herren, worauf Ruf: Murren in Heiterkeit sich verwandelte.) Er sei seß auf diesem Rechtsboden stehen geblieben, da derselbe von obenher durchlöchert wurde, er bleibe darauf auch jetzt, da man ihn von unterher zu durchlöchern suche; er hoffe auch, daß kein anderes Fundament gelegt werde als das des Rechtes; denn er wisse, daß in Deutschland Recht und Redlichkeit noch immer Etwas gelten; er sei aber hier, nicht allein um die Rechte des Volkes, sondern auch die der Fürsten zu vertreten, und er fordere für diese allein das Recht der Ernennung, er bekenne sich nicht zum Grundsatze der Volkssouveränetät, wobei sich ohnehin Niemand etwas Klares denke; es werde nur ein Spiel getrieben mit diesen sogenannten Grundsätzen, und er wünschte, daß, so oft die Worte „Volkssouveränetät" und „Reaktion" gebraucht würden, eine Steuer zu Gunsten der Marine aufgelegt werde; er wolle mit dem Deputirten von Leipzig den praktischen Standpunkt einnehmen, der sage: Wir brauchen kein Mandat, wir sind hier und handeln vermöge der Allmacht des Volkes; die physische Allmacht erkenne er an, die rechtliche aber nicht, und er wolle das Mitglied von Leipzig warnen, daß es sich nicht allzusehr darauf stütze; es könnte vielleicht in Bälde ihm selbst am Gefährlichsten werden, er kenne kein anderes Mandat, als das von Verfassungswerk mit den Regierungen zu vereinbaren. Als er hier fortfuhr: Wir lieben unsere Fürsten, nimmt dies die Gallerie sehr übel und fängt laut an zu zischen, worauf der Präsident bemerkend macht, daß er die Zuhörer entfernen werde, wenn es wieder vorkäme. Eine Stimme von Oben ruft: Wir thun, was wir wollen.

Der Redner fährt fort: Preußen vergesse nicht, was es unter seinen Königen geworden sei, und es liebe die Monarchie, weil sie nicht von niederem Ehrgeiz erfüllt werde, und weil sie die Trägerin der Grundsätze des Rechtes sei; Preußen liebe sie, wie das freie England sie liebe, deßhalb wolle er der Fürsten gutes Recht erhalten wissen, nicht nur im Interesse der Monarchie, sondern auch im Interesse der Freiheit. Wenn man darum vereinbaren wolle, so müsse man die Fürsten auch in der Lage lassen, sich vereinbaren zu können; man müsse zugeben, daß die Wahl von ihnen ausgehe, und nicht Anderer eine Gewalt über sie setzen, deßhalb sei er gegen den Ausschußantrag, nach welchem in letzter Instanz die Centralgewalt von der Nationalversammlung ernannt werde. Hierauf folgt eine Betrachtung über die Möglichkeit der Republik in Deutschland und Europa überhaupt, wobei gelegentlich die Füße der Tänzerin auf Blum's Rede den Republikanern zurückgegeben werden; er hebt hervor, wie ungeeignet es sei, für das Interesse der Partei die Wunden des Vaterlandes vor aller Welt aufzudecken; kein Engländer, nicht einmal ein Franzose würde triumphirend von der geschwächten Disciplin des Militärs reden, wie es hier geschehen sei in einem Augenblicke, wo man doch mit ganz Europa Krieg anfangen wolle. — Man drohe immer, wenn Ihr so oder so beschließt, so wird das und das geschehen; das sein mystische Ungeheuer, die man heraus beschwöre, wie in einer Komödie, und er habe in der That geglaubt, nicht in der Paulskirche, sondern in dem Theater zu sein (der Präsident ermahnt ihn zur Ordnung, sofern er dies in Beziehung auf eine Person gesagt haben sollte) nun so wolle er dem Redner aus Berlin nur mit dem ihm bekannten Berliner Ausdrucke antworten: Lange machen gilt nicht. — Er spricht sich gegen die Dreiheit aus, nur Einer sei sich der rechten Verantwortlichkeit vollkommen bewußt; wenn es 3 seien, so verstecke sich Einer hinter den Andern; entweder werde Einer die Andern in das Schlepptau nehmen, oder sie werden Streit miteinander bekommen, was sollten dann die Minister hier thun, etwa der Nationalversammlung erzählen, wie die 3 Herren sich herumstreiten; wenn man einen Robinson hinsetzen wolle, warum auch noch einen Freitag und Donnerstag ihm an die Seite setzen; er wolle nur einen Präsidenten; oder einen Fürsten mit der Kompetenz der konstit. Monarchie, d. h. mit dem Rechte des Veto. — Er verwahrt sich dagegen, daß Preußen eifersüchtig dagegen sei, daß ein Prinz aus dem österreich. Hause (Erzherzog Johann) dazu ernannt werde. Flüchten Sie sich, schließt er, die Pforten der Hölle, welche man vor Ihnen aufthun will, bleiben Sie fest auf dem Boden des Rechtes, wo nicht, so wird der Sturm der Revolution über Ihr Werk hingehen und seine Spur wird nicht mehr gefunden werden.

Claussen aus Holstein spricht sich für die Einheit aus. Seine Rede wird in Folge der Absprannung, welche nach dem Schlusse der vorhergehenden eintrat, mit wenig Aufmerksamkeit angehört. Erst als er Herrn Binke's Liebe zu den Fürsten für Geschmacksache erklärt und dafür einen Applaus erhält, richtet sich das Interesse mehr auf den Redner, welcher den Antrag der Commission auf das 3fache Direktorium mit vieler Schärfe und Gewandtheit bekämpft. —

v. Auerswald. Man müsse sich vor Allem klar machen, was die Aufgabe der Central-Gewalt eigentlich sei, nämlich: Sicherstellung nach Außen, Handhabung der Ordnung im Innern und Wiederbelebung des Verkehrs; aber die Erwartung der untern Klasse von der Freiheit sei etwas ganz Anders, als was die Exekutivgewalt ihnen bieten könne; diese meinen in ein Elisium eingetreten, in welchem sie Alles in Vollauf haben; die Exekutivgewalt aber werde im Gegentheil Opfer fordern und Lasten auflegen müssen; das würde auch der Volksthumgs-Ausschuß der Linken thun müssen und werde also die Massen auch nicht befriedigen können; er vertheidigt die Dreiheit und die Ausschußanträge.

☽ Frankfurt, 22. Juni. Der dritte Tag des Kampfes war ein sehr bedeutungsvoller für die Frage, ob ein Bundesdirektorium aus Dreien, oder ob nur ein Reichsoberweser ernannt werden soll, wahrscheinlich ein entscheidender. v. Binke wird durch seine meisterhafte Rede wohl die Stimmen für die Einheit geschert haben. Die Gründe, die Ihr gestriger leidender Artikel für die Dreiheit aufführt, sind wohl gewichtig, doch warf Binke noch schwerere in die andere Wagschale, und wahrlich wird es nicht ein schönes Zeichen deutscher Einigkeit sein, wenn Preußen, Oesterreicher und Baiern sich in einem Oberhaupte vereinen, als wenn man, nur um die alte Eifersucht der verschiedenen Stämme zu schonen, aus jedem Lande Einen wählt? Hat ein energischer Reichskanzler oder Ministerpräsident mit einem unverantwortlichen Oberhaupte nicht leichtere Arbeit, als mit Dreien? Ist es nicht gerade der Vereinfachung wegen, daß man von der Bundesversammlung ganz abgeht? Es war ein schöner Augenblick, als Binke, obschon ein guter Preuße, gestern sich öffentlich für den Erzherzog Johann erklärte. So weit ich preußische Abgeordnete gesprochen, stimmen sie alle damit überein. In einer Vorberathung, welche gestern Abend auf der Mainlust — und zu meinem Nutzen bei offenen Thüren — abgehalten werden, erklärten sich auch Mitglieder kleinerer Staaten, wie z. B. Welcker und Bassermann, mit Freuden für die Einheit (wie sich die Baiern verhalten, konnte ich noch nicht erfahren), und so dürfen Sie denn wohl mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß in Kurzem der populärste deutsche Fürst mit einem verantwortlichen Reichsministerium an der Spitze Deutschlands stehen wird,

Digitized by Google

ein Ergebniß, das mir des langen Kampfes schon werth scheint, eines Kampfes übrigens, der die einzige Diskussion über das definitive Reichsoberhaupt abkürzt, und welcher außer der gerade vorliegenden Frage auch das politische Glaubensbekenntniß der Versammlung überhaupt zur Entscheidung bringt und somit von unendlicher Wichtigkeit ist. Hatte vorgestern die äußerste Linke ihre Hauptruppen in's Feld gestellt, so war gestern die Hauptmacht der Rechten, ja der äußersten Rechten, im Treffen, und wahrlich sie traf. Sie traf zunächst Hrn. Jordan aus Berlin, der, im Vertrauen auf ein gutes Organ, Volksrednertalent und Gebärdenspiel, sich in einer Versammlung, wie ein deutsches Parlament, alles weit voraus wagt, um nicht heimgeschickt zu werden. Was kann einem Redner Schlimmeres passiren, als wenn der Spott, den er auszugießen will, sich gerade durch seine Schuld zehnfach auf ihn zurückergießt! Hr. Jordan, der mit der berühmten Redefigur des Antonius schon so viel Glück gemacht haben muß, daß er sehr andere darüber verlernt, hatte statt des neulichen Refrains „und wir?“ wir halten Leierlage“, gestern die Worte des Archimedes gewählt, der, während man ihm die Gefahr seiner Vaterstadt meldet, den Eintretenden zuruft, sie sollen ihm die in den Sand gezeichneten Figuren nicht zertreten. Mit dem sehr schön mimisch vorgetragenen Refrain, „zertritt mir meine Figuren nicht“, wollte er die Gelehrten verspotten, welche auch in der Politik ein System befolgen und konsequent sein wollen, statt nur der Laune des Augenblicks sich hinzugeben. Und nun denken Sie sich, daß dieser nachfolgende Redner, Hr. Flottwell, den Spötter vor der ganzen Versammlung erst belehren muß, was übrigens jeder Gymnasiast weiß, daß ja gerade Archimedes, der gelehrte Figurenzeichner, es war, der durch Anwendung seiner mathematisch-physikalischen Kenntnisse die seine Vaterstadt belagernde feindliche Flotte verbrannte! — Ja, ich schrieb es Ihnen schon neulich, die Linke erleidet eine moralische Niederlage nach der anderen; aber nach dem Selbstbewußtsein, mit welchem Hr. Jordan auftritt, zu urtheilen, wird ihn die erhaltene Belehrung schwerlich abhalten, nächstens einen neuen Refrain auf die Rednerbühne zu bringen. Doch ist Hr. Jordan, wie Viele, die ihn gehört, glauben, und wie auch v. Vincke voraussagte, schon, seines Berufs kein Schauspieler; daß er auch kein Dichter, zeigt der eingeflochtene Reim:

„Das Regiment von Gottes Gnaden
Soll ein End' erreun durch Barrikaden.“

Das Wichtigste, was er, der aus Berlin kommt, und von der Rednerbühne mitgetheilt, war unstreitig seine Ueberzeugung, daß die große Mehrheit des deutschen Volks die Republik nicht wolle, und daß er die Einführung dieser Staatsform für eine „Kalamität“ halten würde; ein solches Geständniß von der Linken ist bedeutend. — Außer Jordan sprachen von der Linken noch Hr. Eisenstuck, der sich durch eine kräftige Lunge auszeichnet, und Hr. Schaffrath. Ich hörte hinter mir eine Dame, welche die Stimmen sehr fleißig besucht, und sich über den endlichen Ausgang der Krisis schon öfter sehr ängstlich geäußert, wie sie bei solchen Rednern immer sehr beruhigt werde. Auch drohte ja Hr. Schaffrath nicht, wie neulich Hr. Trützschler, mit dem Lynchgericht, sondern mit den Anstrengungen, die er in — der sächsischen Kammer machen werde, um der Einigungssache Deutschlands zu schaden. Dort will er Gegen, wenn er hier unterliegt, dort will er Widerstand leisten den Beschlüssen der Gesammtvertretung Deutschlands; und in demselben Athem rief er gegenüber denen aus, welche daran zweifelten, ob die Nationalversammlung ohne alle Einwilligung der Regierungen unbedingt über alle Militärkräfte gebieten könne, „wer wird es wagen, den Beschlüssen einer so erleuchteten Versammlung den Gehorsam zu weigern“! Möchte man nicht trauern über solchen Mangel an Eifer für das Werk der Einigung, über die Parteibefangenheit, die sich sogleich auf ihre Kantönlburg verschanzt, wenn das große Ganze nicht nach ihrem Wunsch und Willen geht? Da haben Sie wieder eine Probe „republikanischer“ Tugend, die sich nur nach persönlichem Belieben dem Willen der Mehrheit unterwirft! Man mag ein echter Republikaner an seinen Ansichten mit Schmerz wahrnehmen, daß die Zeit der Verwirklichung seines Ideals für uns Deutsche noch fern ist. Daß hier die Linke die Versammlung eine „erleuchtete“ nennt, während den letzten Samstag nicht Tadel und Spott genug gegen sie gefunden werden konnte und sie in Volksversammlungen und in der radikalen Presse täglich gescholten wird, mag Ihnen bei dem, was wir an republikanischer Taktik schon erlebt, nicht mehr auffallen. — Welche Leute es sein müßten, von welchen man die Gründung einer Republik erwarten dürfe, das sagte gestern Hauptmann Möring aus Wien, der lange in Nordamerika gelebt, derb genug heraus. Nicht junge Leute, sondern Männer mit grauen Haaren, die ein Leben von Erfahrung hinter sich gehabt, nicht Leute, welche Nichts zu verlieren, sondern Männer im Besitze von Familie und Vermögen, vor Allem aber Männer von Sittenstrenge und hoher Achtung vor dem Gesetze, nicht Leute, welche der Anarchie und Wühlerei Lobreden halten — Solche waren es, welche die nordamerikanische Freiheit gründeten. Ein so kräftiger Redner, wie Möring, sollte öfter auftreten, wenn er auch, wie gestern, Vielen nichts Angenehmes mit der Erklärung sagt: Beschlüsse der Versammlung, die ein bloßer Vollziehungsausschuß nach Art der Linken ausführen wolle, würden in Oesterreich keinen Gehorsam finden. — In dem Minister Beisler hörten wir, außer Eisenmann und Ebel, die wir schon vom Vorparlamente her kennen, den ersten Baier. Er sprach sehr gut, strafte in kräftigen Worten das Haschen nach dem Beifall der Galerie und stellte mit staatsmännischer Haltung sich scharf auf den Standpunkt der konstitutionellen Monarchie. Weiter recht aber ging von Vincke, und ich halte es für ein Glück, wenn die äußerste Rechte durch ein schärferes Hervortreten, das bisher, sich mit der ihr eigenen Energie der Linken gegenüber stellt. Der Standpunkt der Centren, von denen jetzt Deutschland, wie mir scheint, doch allein sein Heil erwarten kann, wird dadurch ein weit günstigerer. Herr v. Vincke erwies sich gestern als ein ganz außerordentliches parlamentarisches Talent, dem an Gewandtheit, Schlagfertigkeit, Geistesgegenwart und Gedankenreichthum keines gleichkommt, so weit wir bis jetzt die Versammlung haben kennen gelernt. Er sprach wohl über eine Stunde, aber wer hätte ihm nicht gerne noch eine weitere zugehört? Welche Ermittlung war es, auf die Blumpfheit, die mit Schlagwörtern den Beifall der Hände erntet, die Waffe der feinen, in höflichen Satyre folgen und mit dem feuerzähen Stolze handhaben und treffen zu sehen, der von vornherein alle Zustimmung des Haufens mit Verachtung von sich weist. Schonungslos war die gehaltene Musterung. Wie an einer Fronte ging er an den Reihen der Linken vorüber und griff jeden Einzelnen, welche schlechte Figur er machte, wie schartig und stumpf seine Waffe und wie falsch sein Schwerhart, der ja eben so wenig schreckt, wie auf dem Theater gemalte Ungethaner. Unter den Hieben seiner seltenen Geisel wand sich die Linke und suchte ihn mehrmal zu unterbrechen, aber „lassen Sie das doch, meine Herren, dies führt zu doch zu Nichts“, rief er ganz kurz und ging in seinem Geschäfte weiter. Wie schön war die Stelle, wo er der Linken es strafend verwies, daß sie so offen und fast frech sich der maskirten Anarchie, mit dem Bürgerkriege mehr: „auf welcher Seite ich auch stünde, um keinen Preis der Erde möchte ich so vor dem lauernden Auge des Auslandes die Wunden aufreißen meines blutenden Vaterlandes. Nur mit zitternder Stimme und wie ein Sohn von den Schwächen seines Vaters mit frommer Scheu vermöchte ich seiner Gebrechen zu erwähnen.“ — Der Kampf entbrannte heute zum viertenmale; er wird wohl nur mit der Woche enden. Bis dahin aber wird die Einigkeit noch größere Fortschritte machen.

### Großbritannien.

London, 18. Juni. Am 16. Juni stellte Lord J. Russell im Unterhause den Antrag, für Westindien eine Anleihe von einer halben Million zur Beförderung der Einwanderung zu bewilligen, den Zoll für ausländ. Zucker auf 20 Sh. (mit allmählichem Reduktion), den für brit. Kolonialzucker auf 13 Sh. festzustellen und letzteren jährlich um 1 Sh. herabzusetzen, bis er (1851) auf den von den westindischen Pflanzern gewünschten Standpunkt von 10 Sh. gesunken sei. Die Protektionsfrage, welche sich vorzugsweise der Interessen der westindischen Pflanzer annehmen, hierunter namentlich Sir R. Inglis, bekämpften den Antrag als einen retrogaden, ungenügenden, während die HH. Cobden, Bright u. s. w. sich dahin aussprachen, daß man für die westindischen Pflanzer lieber gar Nichts thun solle, sie möchten sich selbst helfen, die Noth ist da nicht so groß, als man sie ausschreie, erst möge man auf die Linderung des viel größeren Nothstandes in der Nähe, in Lankashire und Yorkshire sorgen. — Man sieht, daß die vorgeschlagene Russell'sche Maßregel nach keiner Seite hin befriedigt. Es ist das Geschick der jetzigen Whigregierung, sich mit halben oder dritte Sache auf die lange Bank schiebenden „Vorschlägen“ behelfen zu müssen. In derselben Sitzung geriethen Hr. Hume und Hr. Hudson in einer Weise aneinander, wie es vordem im englischen Unterhause öfter vorgekommen ist als jetzt, wo es die Chartisten als Grobheit für sich in Beschlag genommen zu haben scheinen. Hr. Hume beschuldigte den sogenannten „Eisenbahnkönig“, Hrn. Hudson, daß er jeden Abend mit „hochroth glühendem Gesicht, er wolle nicht sagen vom Champagner“, das Haus betrete; Hr. Hudson, im Kolzen Gefühle seiner Millionen (mit deren Zunahme leider nicht die Bildung und der Obelmuth zu wachsen pflegt), schlug auf seine Taschen und suchte seinen ökonomischen Gegner mit der Bemerkung zu demüthigen: Hr. Hume habe seitlich noch keinen seiner Freunde auf ein Diner gesetzt.

Auf die Börse hat die mißlungene Maßregel einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht; die Anleihe von einer halben Million

Digitized by Google

hält man für weggeworfen; sodann ist man unzufrieden, daß das Unterhaus über Handel und Freihandel so viel und umsonst plaudert und die Hauptsachen darüber vergißt. Die City ist ein geschworener Feind.

In den Times werden jetzt die Briefe mitgetheilt, welche die Entlassung des spanischen Gesandten zur Folge hatten. Diejenigen des Lords Palmerston sind weitläufige Aktenstücke und füllen in kleinem Druck mehr als zwei Riesenspalten der genannten Zeitung. In dem zweiten Schreiben vom 12. Juni widerlegt Palmerston die gegen Sir H. Bulwer vorgebrachten Beschuldigungen Punkt für Punkt und schließt dann mit der Erklärung: daß unter diesen Umständen und bei dem von der spanischen Regierung beobachteten Verfahren die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern abgebrochen werden müßten, daß es demnach unmöglich sei, daß die Königin Chr. Isturiz noch bei Hofe empfangen, und daß derselbe es wahrscheinlich für passend halten werde, nach Spanien zurückzukehren. In seinem Rückschreiben bedauert Don Isturiz unendlich diesen Handel, er versichert, naiv genug, daß die spanische Regierung durch die Heimsendung Bulwers die englische durchaus nicht habe beleidigen wollen, daß es vielmehr ihr fortdauernder Wunsch sei, die Beziehungen zwischen beiden Ländern immer inniger sich gestalten zu sehen, und er bedauert schließlich, daß er der nicht geschickt oder nicht glücklich genug gewesen zu sein, um die Angelegenheit zu einem friedlichen und beiderseitigen Abschluß zu bringen.

In ihrer Nr. vom 19. Juni enthalten die Times nun auch einmal einen Aufsatz für das gute Recht der dänischen Herzogthümer. Der Aufsatz ist unterzeichnet: Ein Schleswig-Holsteiner. Vielleicht kommt diese Zeitung allmählich zur Besinnung. Freilich hat der genannte Artikel nicht die Bedeutung eines leitenden, er steht nicht am Kopf, sondern am Fuße der Nummer.

Das M. Chronicle erwähnt der Sendung des Herrn v. Hummelauer, welcher den Auftrag gehabt, die Vermittelung Englands in der lombardischen Frage zu betreiben. Eben erst von London in Wien eingetroffen, frei er jetzt wieder mit neuen Instruktionen nach London unterwegs; Oesterreich habe seine Hoffnungen, daß sich die Lombarden einen österreichischen Erzherzog als König gefallen lassen würden, jetzt aufgegeben, seitdem sich die Lombarden für den Anschluß an Sardinien ausgesprochen. Wahrscheinlich handelt es sich jetzt nur noch um Uebernahme eines Theils der Staatsschuld und um Rettung des venetianischen Gebiets für einen der österreichischen Erzherzoge.

Daily News gehört zu den wenigen englischen Blättern, wenn es nicht das einzige ist, welche sich im dänischen Kriege der deutschen Interessen angenommen und gegen die Anmaßungen und hinterlistigen Schliche der Dänen ausgesprochen haben. Erst jetzt bringt es wieder ein Schreiben in diesem Sinne datirt Hamburg, 9. Juni, worin die dänische Regierung bitter getadelt wird, daß sie auf die von England angebotene Vermittelung nur deßhalb einzugehen sich den Schein gegeben, um Zeit zu gewinnen und schwedische und russische Unterstützung herbeizuziehen. Preußen habe sodann alle von England gestellten Bedingungen erfüllt, Jütland räumen lassen u. s. w., und was habe Dänemark dagegen gethan? es habe von Neuem die Offensive ergriffen. Der Korrespondent versichert: das englische Ministerium hierüber erzürnt, habe eine energische Note an Dänemark gerichtet, die jedoch in Kopenhagen keine Berücksichtigung gefunden.

Den Times zufolge ist Herr Olozaga auf seiner Flucht aus Spanien am 16. Juni glücklich in London eingetroffen. — Themas Steele, der vertraute Freund und Famulus Daniel O'Connells ist nun gestorben, nachdem er seit seinem verunglückten Versuch, seinen Geist über den eigenen Bankerott und den Bankerott der O'Connell'schen Partei in der Themse zu ertränken, fortdauernd getränkelt.

## Frankreich.

Paris, 20. Juni. Wir haben gestern nur in Kürze die Hauptpunkte des Verfassungsentwurfs erwähnt; wir theilen jetzt den Inhalt dieses rein demokratischen Werkes vollständiger mit. Wie schon berichtet ward, übt eine Kammer von 750 Mitgliedern die gesetzgebende Gewalt aus; alle Franzosen, die im Besitze ihrer Bürgerrechte sind, sind vom 21. Jahre an Wähler, vom 25. Jahre an wählbar. Kein Abgeordneter darf ein Mandat von seinem Bezirke annehmen, sondern Jeder ist Abgeordneter von ganz Frankreich. — Der Präsident wird von allen Wählern Frankreichs durch das allgemeine Stimmrecht, im geheimen Skrutin und mit absoluter Majorität gewählt. Wenn Keiner der Kandidaten die absolute Majorität (eine Stimme über die Hälfte der ganzen Wählerzahl) erhalten hat, so werden die fünf Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, der Nationalversammlung angezeigt, und diese wählt aus ihnen den Präsidenten im geheimen Skrutin und mit absoluter Majorität. Der Präsident wird auf vier Jahre gewählt und kann erst vier Jahre nach seinem Amtsaustritte wieder gewählt werden. Er erhält 600,000 Fr. jährlich — er ernennt und widerruft die Minister, die Gesandten, die Generale, die Admirale, den Kommandanten der Nationalgarde, den Maire von Paris, die Gouverneure der Kolonien und der Bank, die Generalprokuratoren und andere höhere Beamte. Er hat das Begnadigungsrecht, unterhandelt alle Verträge, die jedoch von der Nationalversammlung ratificirt werden müssen; er kann die Maires und andere gewählte Beamte auf drei Monate suspendiren. Er kann bei einem Gesetze oder Dekrete der Versammlung einen Widerspruch erheben und eine neue Berathung verlangen; bleibt das Resultat der Berathung dasselbe, so muß er das Gesetz sanktioniren. Der Präsident ist ebenso verantwortlich als die Minister. Ein Staatsrath aus wenigstens 40 Mitgliedern, die durch die Nationalversammlung auf drei Jahre ernannt werden, mit Vetreter sein dürfen, ist mit der Redaktion der Gesetze, der Abfassung der administrativen Reglements und der Kontrole der Departements- und Kommunalverwaltung beauftragt. Die gegenwärtige Eintheilung Frankreichs ist beibehalten. Die Geschwornen entscheiden in allen Kriminalfällen, ihre Anwendung in zuchtpolizeilichen und Civilprocessen wird durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Die Friedensrichter werden durch das allgemeine Stimmrecht von allen Wählern ihres Kantons ernannt. Die Richter erster Instanz und der Appellationsgerichte werden durch den Präsidenten nach einer bestimmten Kandidatenordnung ernannt. Die Richter des Kassationshofes werden durch die Nationalversammlung ernannt. Kein Richter kann in den Ruhestand versetzt werden, außer er hat ein gewisses Alter erreicht. In jedem Departement besteht ein Verwaltungsgericht, welches über das Rechnungswesen der Verwaltung entscheidet. Das oberste Verwaltungs-Tribunal ist in Paris für ganz Frankreich. Ein oberster Justizhof urtheilt ohne Appellation alle Klagen ab, die die Nationalversammlung gegen einige ihrer Mitglieder oder den Präsidenten anhängig macht. Dieser Justizhof richtet auch alle Staatsverbrecher. Er besteht aus Richtern und Geschwornen. Jeder Franzose muß seine Militärpflicht selbst erfüllen — die Stellvertretung ist abgeschafft. Alle Pressvergehen können nur durch Geschworne gerichtet werden. Die Nation hat stets das Recht, ihre Verfassung zu ändern. Sobald dieser Wunsch in Hinsicht eines oder mehrerer Artikel von der Nationalversammlung am Schlusse ihres Mandates ausgesprochen wird, wird der Vorschlag drei Berathungen unterzogen; gehen diese das gleiche bejahende Resultat, so wird eine konstituirende Versammlung von 900 Mitgliedern gewählt, und diese beschäftigt sich mit der Revision der gerügten Artikel. Die legislative Nationalversammlung ist permanent, — sie kann sich vertagen, jedoch nicht auf länger als drei Monate. Der Präsident schlägt einen Vice-Präsidenten der Republik vor, der dann von der National-Versammlung gewählt oder verworfen wird. Die Justiz wird im Namen des Volkes und gratis ausgeübt. Die Todesstrafe für politische Verbrechen ist abgeschafft. Die Güter-Konfiskation kann nie eingeführt werden, ebensowenig die Sklaverei und die Censur. Alle Religionen genießen gleiche Freiheit und gleichen Schutz. — Die Unterrichtsfreiheit wird unter Aufsicht des Staates ausgeübt. Jedes Eigenthum ist unverletzlich, die Wohnung des Bürgers ist ein Heiligthum. Die Verfassung verbürgt die Staatsschuld. Der Orden der Ehrenlegion ist beibehalten. Der Staat ist verpflichtet, den Arbeitern die Freiheit der Association, unentgeldlichen Unterricht und professionelle Erziehung und Arbeit für alle Unbeschäftigten zu geben. Die direkten Steuern werden nur auf ein Jahr bewilligt.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

# Niederländische Dampfschiffe.

Täglicher Dienst, vorerst mit Ausnahme des Freitags. Zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Ohne umzuladen in zwei Tagen bis Rotterdam und in drei Tagen von Rotterdam nach Mannheim. Abfahrt von Mannheim 5 Uhr Morgens. Das Boot vom Sonntag korrespondirt mit dem jeden Dienstag von Rotterdam nach London fahrenden „Batavier". Der Agent

[601]³ Mannheim, 1. März 1848. **L. W. Renner.**


Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für Heidelberg bei den Herrn Träger. 72 Ausgaben monatlich 1 Thaler. Für Frankreich, Savoyen, Portugal und Nordamerika können bestellungen durch die H. L. Allgemeine in Straßburg Nr. 20 Quai-du, Port-au-Nr. 20 Rapes Dame du Hammerich.

Die die Originalzeitung herausgibt: Gustav Koch. Verlag von Bernhard Hörning. Der Preis beträgt jährlich fl. 8. 30. — durch die Post bezogen in Baden und Großherzogthum Hessen fl. 10. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 2 kr. (1 Sgr.) berechnet.

# Deutsche Zeitung.

№ 175. Heidelberg, Sonntag 25. Juni. 1848.

## Uebersicht.

Einleitung des Berichts des Verfassungsausschusses in der konstituirenden Versammlung über die Grundrechte des deutschen Volkes. — Der Entwurf der Grundrechte. — Wien (die beiden Hoffammerräthe von Prag wird. Gericht von Österreich. Friedensbedingungen). Aus Tirol (der Kaiser und die Reaktion. Die Presse. Verfassungsentwurf in Vorarlberg). Prag (Klärres über die festen Vorfälle. Vollkommene Bändigung der Czechen. Das Staatsrecht wo bleibt. Müller eingerückt. Die Spionage aufgehoben). Bozen (blutige Raufereien zwischen Welsch- und Deutschtirolern). Innsbruck (Erklärung Johann Weseenbergs und Todtschlag nach Wien). Berlin (bessere Stimmung. Rückwirkung der letzten Kaiserweisungen. Hansemann mit Bildung eines neuen Cabinets beauftragt. Die Unterredung ihre die Vorfälle vom 14. 15.). Posen (Armirung der Festung). Bonn (der schlesisch-russischen Grenze (die russ. Truppen. Armirung der Festung Neisse). Stuttgart (die Soldatenverfehr. Die württemb. Regierung und die Nationalversammlung. Schreiben Hansemann's. Gute Haltung des siebenten Armeekorps in Stuttgart). Limburg, Maestricht (Unruhen. Der Anschluß an Deutschland). Rendsburg (Stillstand der mitil. Operationen). Altona (Verstärkungen erwartet). Warnemünde (schwedische Schiffe). Vom Main (die Flugblätter aus der Nationalversammlung). Frankfurt (Berhandlungen der Nationalversammlung über die prov. Centralgewalt).

**Großbritannien. Die Empörung in Multan.**

**Frankreich. Paris.** Die Verhandlungen über die Nationalwerkstätten. Erste Cassiblatres. Der Kredit bewilligt. Bonapartische Umtriebe.

**Oesterreichische Monarchie. Krakau.** Die petersburger Garden sollen ausrücken.

**Beilage.** Kassel (Ständevertrauensmann). Brandenburg (Verhandlungen der Ständeversammlung). **Frankreich.** Straßburg. Die militärischen Rüstungen. Frankreich und Savoyen. Die deutschen Flüchtlinge. Das Anschreiben des Ministers des Innern. **Italien.** Rom. Gerrat Kammerpräsident. Und hier ein Bonapartist. **Griechenland.** Athen. Ueber die Ursachen des letzten Aufstandes. **Amerika.** Sieg der Monagas. Gedenktage in England.

## Einleitung des Berichts des Verfassungsausschusses der konstituirenden Nationalversammlung über die Grundrechte des deutschen Volkes.

Die erste Frage, mit welcher der von dieser hohen Versammlung bestellte Verfassungsausschuß sich zu beschäftigen hatte, war die: welcher Theil des Verfassungswerkes von ihm zuerst in Angriff zu nehmen sei. Innere und äußere Gründe, auch in zahlreichen Anträgen von Abgeordneten hervorgehoben, führten zu dem bald gefaßten Beschluß, mit der Feststellung der allgemeinen Rechte, welche die Gesammtverfassung dem deutschen Volke gewährleisten solle, den Anfang zu machen. Der Entwurf, welchen der Ausschuß sich gegenwärtig Ihnen vorzulegen beehrt, ist das Ergebniß der in demselben geführten Verhandlungen. Er ist ein selbständiges Werk, wenn auch die im zum Theil sehr schätzbaren Vorarbeiten Anderer dankbar dabei benutzt worden sind. Auf schon bestehende Verfassungsgesetze ist natürlich die gebührende Rücksicht genommen, und namentlich auf der belgischen Verfassung, die sich in schweren Zeiten der Gefahr bewährt hat, Manches entlehnt worden. Ein Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses über Verhältnisse, welche zum Theil auch vom Verfassungsausschusse behandelt worden sind, ist leider so spät eingegangen, daß er von dem letzteren und selbst von dem Berichterstatter, dem die möglichste Beeilung zur Pflicht gemacht war, nicht mehr benutzt werden konnte.

Im Allgemeinen erkannte der Ausschuß es als seine Aufgabe, diejenigen Grundrechte klar und bestimmt aufzustellen, deren verfassungsmäßige Anerkennung das deutsche Volk zu erwarten befugt ist. Auf leere Theorien und willkürlich ersonnene Systeme durfte dabei freilich keine Rücksicht genommen werden; es kam darauf an, nur das wirklich Erprobte zur Geltung zu bringen, und aus dem reichen Stoff des Möglichen und Wünschenswerthen dasjenige heraus zu finden, welches unserer Volksthümlichkeit, unseren gegenwärtigen Bedürfnissen entspricht und unserer nationalen Entwicklung die beste Förderung und Sicherung verheißt. Denn nicht bloß auf die nächste Zukunft durfte unsere Sorge gerichtet sein; das Verfassungswerk, welches jetzt unternommen ist, soll für die Einheit und Freiheit Deutschlands, das Wohl des Volkes für die Dauer begründen. Es soll einen großen Wendepunkt in der deutschen Geschichte bezeichnen und auch für späte Geschlechter sich noch segensreich erweisen. Das kann aber nur dann mit Zuversicht erwartet werden, wenn auch jene Volksrechte dem festen Bau eines einheitlichen, nationalen Staatswesens als dessen Bestandtheile eingefügt und jeder einseitigen Einwirkung des Partikularismus und der Souderinteressen entzogen werden.

Bei dieser Höhe der Aufgabe war es aber unvermeidlich, mit großen Principien in eine Menge von Zuständen und Verhältnissen reformierend einzugreifen, denen altes Recht und Gewöhnung zur Seite stehen, und denen unter gewissen Voraussetzungen und in beschränkten Kreisen auch die innere Begründung nicht unbedingt abgesprochen werden kann. In dieser Hinsicht galt es, mit Mäßigung zu verfahren und nur dasjenige unerbittlich zu entfernen, was sich dem großen Werk der nationalen und staatlichen Wiederherstellung feindlich entgegenstellt oder doch gefährlich erweist — die besonderen Einrichtungen und Gerechte aber, welche sich in ihrer beschränkten Geltung friedlich zum Ganzen fügen, ungefährdet bestehen zu lassen. — Diese Mäßigung hat der Ausschuß in seinen Beschlüssen festzuhalten gesucht, und namentlich, wenn es sich von der Aufhebung rechtlich begründeter Befugnisse der Privatpersonen handelte, hat er ernstlich erwogen, ob und in wieweit sich eine solche ohne den Vorbehalt einer Entschädigung rechtfertigen lasse. Aber auch da, wo es auf die Aufstellung neuer Principien ankam, hat er nicht unterlassen, sich die Frage vorzulegen, ob auch sehr daraus entspringende Folgesatz sicher übersehen werde, und in einigen wichtigen Fällen hat er sich lieber begnügt, nur eingelne Sayungen aufzunehmen, als ein allgemeines Princip, dessen Wirkung nicht zu berechnen schien, auszusprechen.

An einer systematische Vollständigkeit ist aber bei der Ausarbeitung des Entwurfs natürlich nicht gedacht worden; es kam nur darauf an, das Nothwendige aufzunehmen. Im Einzelnen konnte es freilich in dieser Hinsicht an einer Verschiedenheit der Meinungen nicht fehlen, und manche der eingebrachten Minoritätswachten sind nicht deßwegen nothwendig geworden, weil die Mehrheit verschiedener Ansicht war, sondern nur weil sie dafür hielt, die betreffende Vorschrift gehöre nicht unter die Grundrechte des Volkes. Einzelnes ward der Landes- und Reichsgesetzgebung, Anderes wieder der späteren Theilen der Gesammtverfassung vorbehalten; zuweilen freilich schien der Gegenstand weniger der Gesetzgebung, als der Thätigkeit der Regierungsgewalt, welche zum unmittelbaren Handeln berufen ist, anzugehören.

Von diesem Sinne bei der gestellte Aufgabe erfassend, ist der Ausschuß stets bemüht gewesen, diejenigen Normen aufzufinden, welche geeignet sind, der freien und kräftigen Entwickelung unseres Volkes ihren Weg zu ebnen und zu sichern. Es wäre in mancher Hinsicht wünschenswerth gewesen, wenn der Ausschuß sich dabei auf die mehr vorhandene Thätigkeit der Gesetzgebung hätte beschränken, sich nur mit dem, was gelten soll, hätte beschäftigen können, ohne so oft genöthigt zu sein, auch dasjenige zu beachten und mit seinen Verfügungen zu erfassen, was nicht mehr gelten soll. Allein in dieser freien Weise durfte nicht immer verfahren werden; dazu ist der deutsche Rechtsboden noch zu wenig geebnet. Zuweilen war es unerläßlich, einzig und allein die Aufhebung einer Einrichtung oder eines Rechtsverhältnisses auszusprechen, ohne daß etwas Neues an die Stelle zu kommen brauchte; manche Satzung wiederum ist dadurch, daß sie vom Gesetzgeber ausgesprochen worden, noch nicht verwirklicht. Es bedarf der Vorbereitung, der Vermittelung zwischen dem neuen Rechte und dem, was früher gegolten hat. Durch diese Einflüsse ist der vorgelegte Entwurf in seiner Fassung mannigfach bestimmt und bedingt worden; er ist

Digitized by Google

weniger kurz und klar, als es zu wünschen gewesen wäre. Aber die Bedeutung der Sache mußte den formellen Anforderungen vorgehen.

Noch aus einem anderen Grunde ist es nothwendig, auf die soeben berührten Umstände besonders aufmerksam zu machen. Mag nämlich später beschlossen werden, die hier zusammengefaßten Volksrechte nur als Theil des Gesammtverfassung erscheinen oder sie für sich allein sofort in Wirksamkeit treten zu lassen — stets wird die Frage sich aufdrängen, in welcher Weise für ihre Vollziehung zu sorgen sei. Dabei wird sich denn die verschiedene Natur der einzelnen Gesetzesvorschriften bemerklich machen: einzelne können sofort ins Leben treten, andere bedürfen dazu einer weiteren Vorbereitung, die wieder, je nachdem die Thätigkeit der Centralgewalt oder der Regierungen der Einzelstaaten dafür in Anspruch zu nehmen ist, eine verschiedene sein wird. Der Ausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt, sie aber vorläufig auf sich beruhen lassen. Denn ehe diese hohe Versammlung über den ganzen Entwurf verhandelt hat und der Inhalt des künftigen Gesetzes fest steht, läßt sich über das, was zur Vollziehung nöthig ist, noch Nichts bestimmen.

Dieser glaubte der Ausschuß einer hohen Nationalversammlung bei der Uebergabe des Entwurfs zur Verständigung vorlegen zu müssen. In der folgenden Erörterung wird nun der Inhalt desselben näher erwogen werden, und zwar in der Art, daß die einzelnen Vorschriften nach der Reihenfolge der Artikel, soweit es für das richtige Verständniß und zur Vorbereitung der Debatte nützlich erscheint, betrachtet und die Gründe, welche zu ihrer Fassung bestimmt haben, angegeben werden. Abweichende Ansichten einzelner Mitglieder werden theils in den Verhandlungen hervortreten, theils ergeben sie sich aus den mitgetheilten Minoritätsgutachten.

---

## Entwurf der Grundrechte des deutschen Volkes.

Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können.

Art. I. §. 1. Jeder Deutsche hat das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Das Recht zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, üb er da, wo er zur Zeit seinen Wohnsitz hat. §. 2. Jeder Deutsche darf an jedem Orte eines deutschen Staates Aufenthalt nehmen, sich niederlassen, Grundeigenthum erwerben, Kunst und Gewerbe treiben, das Gemeindebürgerrecht gewinnen — vorerst unter denselben Bedingungen wie die Angehörigen des betreffenden Staates, bis ein Reichsgesetz die zwischen den Gesetzen der einzelnen Staaten noch obwaltenden Verschiedenheiten völlig ausgleicht. §. 3. Die Aufnahme in das Staatsbürgerthum eines deutschen Staates darf keinem unbescholtenen Deutschen verweigert werden. §. 4. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden. §. 5. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staate wegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Art. II. §. 6. Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze. Standesprivilegien finden nicht Statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich. §. 7. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmsgerichte sollen nie stattfinden. Die Verhaftung einer Person soll — außer im Fall der Ergreifung auf frischer That — nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblicke der Verhaftung oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Verhafteten vorgewiesen werden. §. 8. Die Wohnung ist unverletzlich. Eine Haussuchung darf nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden. Dieser Befehl muß sofort oder spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Betheiligten vorgewiesen werden. Für die Verhaftung in einer Wohnung finden keine besonderen Beschränkungen Statt. §. 9. Das Briefgeheimniß ist gewährleistet; die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden.

§. 10. Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort und Schrift seine Meinung frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf weder durch Censur, noch durch Konzessionen oder Sicherheitsstellungen beschränkt werden. Ueber Preßvergehen wird durch Schwurgerichte geurtheilt.

Art. III. §. 11. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. §. 12. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen. §. 13. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun. §. 14. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht. §. 15. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. §. 16. Die bürgerliche Giltigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann erst nach der Vollziehung des Civilaktes stattfinden.

Art. IV. §. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. §. 18. Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen, steht jedem unbescholtenen Deutschen frei. §. 19. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbsschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Bildungsanstalten freier Unterricht gewährt werden. §. 20. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

Art. V. §. 21. Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Landstände und in den geeigneten Fällen an die Reichsversammlung zu wenden. Dies Recht kann sowohl von Einzelnen als von Mehreren im Verein ausgeübt werden. §. 22. Jeder hat das Recht, öffentliche Beamte wegen amtlicher Handlungen gerichtlich zu verfolgen; einer vorgängigen Erlaubniß der Oberbehörde bedarf es dazu nicht. Die Verantwortlichkeit der Minister ist besonderen Bestimmungen vorbehalten.

Art. VI. §. 23. Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden. §. 24. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.

Art. VII. §. 25. Das Eigenthum ist unverletzlich. §. 26. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und nach vorgängiger gerechten Entschädigung vorgenommen werden. §. 27. Alle guts- und schutzherrlichen Grundlasten, Zehnten, ländliche Servituten, soweit diese letzteren der freien Benutzung und Kultur des Bodens hinderlich sind, sind auf Antrag des Belasteten ablösbar. §. 28. Ohne Entschädigung aufzuheben sind: a) die Gerichtsherrlichkeit, die gutsherrliche Polizei, sowie die übrigen einem Grundstücke zustehenden Hoheitsrechte und Privilegien; b) die aus solchen Rechten herstammenden Besugnisse, Exemtionen und Abgaben; c) die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen. Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen. §. 29. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufzuheben. Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechtes aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist. §. 30. Die Besteuerung (Staats- und Gemeindelasten) soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört. §. 31. Aller Lehensverband soll gelöst werden; in welcher Art, bestimmt die Landesgesetzgebung. §. 32. Die Vergrößerung bestehender und die Stiftung neuer Familienfideikommisse ist unterlagt. Die Bestehenden können durch Familienbeschluß aufgehoben oder abgeändert werden. §. 33. Die Strafe der Güterconfiszirung soll nicht stattfinden.

Art. VIII. §. 34. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen. §. 35. Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben. §. 36. Kein Richter darf außer durch Urtheil und Recht von seinem Amte entfernt werden. Kein Richter darf wider seinen Willen versetzt werden.

Digitized by Google

(Der Richter darf weder seinen Willen nur auf Grund eines gerichtlichen Beschlusses in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen in Anspruch versetzt werden). §. 37. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. §. 38. In Strafsachen gilt der Anklageproceß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwereren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen. §. 39. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch Männer aus dem Volke geübt oder mitgeübt werden (Handelsgerichte, Fabrikgerichte, Landwirthschaftsgerichte u. s. w.). §. 40. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt sein. §. 41. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte. §. 42. Rechtskräftige Urtheile deutscher Gerichte sind in jedem deutschen Lande gleich den Erkenntnissen der Gerichte dieses Landes vollziehbar.

Art. IX. §. 43. Jede deutsche Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung: a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter, b) die selbständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei, c) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushaltes, d) Oeffentlichkeit der Verhandlungen, soweit die Rücksichten auf besondere Verhältnisse es gestatten, e) allgemeine Bürgerwehr. Die Ordnung der Bürgerwehr und ihr Verhältniß zur allgemeinen Wehrpflicht wird ein Reichsgesetz bestimmen. §. 44: Jedes Grundstück muß einem Gemeindeverbande angehören. Beschränkungen wegen Waldungen und Wüsteneien sind der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Art. X. §. 45. Jeder deutsche Staat muß eine Verfassung mit Volksvertretung haben. §. 46. Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung und der Besteuerung. Die Minister sind ihr verantwortlich. Die Sitzungen der Ständeversammlungen sind in der Regel öffentlich.

Art. XI. §. 47. Den nicht deutschredenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwickelung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der Literatur, der inneren Verwaltung und Rechtspflege.

Art. XII. §. 48. Jeder deutsche Staatsbürger in der Fremde steht unter dem Schutze der deutschen Nation.

**Oesterreich.** Wien, 17. Juni. Die Presse. Zeit. versichert: Wie man hört, sollen die Bedingnisse des Friedens von Seite Oesterreichs in der Abtretung des lombardisch-venetianischen Königreichs bis zur Etsch bestehen, wogegen Oesterreich 300 Millionen der österreichischen Staatsschuld zu übernehmen habe. Es heißt, eine geheime Klausel der französischen Regierung verlange von Karl Albert die Abtretung des Herzogthums Savoyen an Frankreich, da dasselbe nicht bloß durch natürliche Grenzverhältnisse, sondern auch vermöge Sitten und Sprache ein französisches Land sei. (S. unserer Straßburger Korrespondenz in der Beilage.)

Die Allg. Z. enthält Nachstehendes: Briefe aus Bozen vom 19. Juni melden von einem bedauerlichen Streite zwischen wälschtirolischen Arbeitern und deutsch-tirolischen Schützen. Die letztern — die von einem nahen Schießstelle gekommen waren — machten, vom Wein erhitzt, von ihren Waffen Gebrauch. Sieben Personen wurden getödtet, mehrere verwundet. Die Veranlassung war keine politische, aber der traurige Ausgang wird den politischen Hader neu aufstacheln.

Innsbruck, 20. Juni. Erzherzog Johann ist abgereist, das diplomatische Corps geht mit; sie müssen gehen nach Ischl, wohin der Hof gleichfalls bald zu gehen gedenkt. Der Banus von Kroatien reist heute ab. Man hofft, daß eine Verständigung mit den Magyaren zu Stande kommen werde. Fürst Esterhazy soll eine sehr dringende Note deßhalb an das Ministerium nach Pesth haben abgehen lassen. — Die Minister Doblhoff und Wessenberg folgen dem Erzherzog Johann nach Wien. Der Kaiser und Erzherzog Johann empfingen heute die tirolischen Stände, die eine Adresse des Landtags überreichten.

Pilsen, 19. Juni. Ueber den Stand der Dinge in Prag bringt die Regensb. Z. folgende Nachrichten: In Folge der Drohung, die Alt- und Neustadt zu bombardiren, ergab sich die ultra-czechische Partei in Prag. Auf der Kleinseite Prags sind 20,000 Mann, und die Höhen sind mit Kanonen und schwerem Geschütz besetzt. Seit Samstag kommt wieder die Prager Briefpost. Mailwagen kommen noch nicht. Hätte nicht Windischgrätz die Ultra-Czechen niedergedrückt, so wäre es in Böhmen zwischen den beiden Nationalitäten zum fürchterlichsten Bürgerkriege gekommen. Man hat die Fäden der Verschwörung in Händen; die fanatischen Czechen wollten sich von Oesterreich losreißen, trotz aller Versicherungen ihrer Treue, und ein Slavenreich gründen; es sollen wichtige Verhaftungen vorgenommen worden sein; auch heißt es, die russische Regierung habe Mittheilungen gemacht. Der czechische Uebermuth hat schon seit lange aufgelassen.

Prag, 19. Juni. Wir haben eine schreckliche Woche durchlebt, und waren 6 Tage lang dem Gefindel preisgegeben. Die Stadt mußte sich aber nach dem Bombardement unbedingt ergeben, und jetzt wird Gericht über Räuber und Mörder gehalten. Das Standrecht ist seit gestern publicirt, und heute Früh ist wieder Militär eingerückt. Fürst Windischgrätz hat die Deutschen vor einer Barthol omäusnacht bewahrt. Die czechische Partei, mit polnischen Vagabunden verbunden, wollte alle Deutschen ermorden, und das Proletariat war ganz zu diesem Zweck bereit. Die Swernosh und Slavia wollten den Mordplan ausführen, die ersteren ist heute durch ein Regiment Militär cernirt und aufgehoben worden. Ein Drittheil der Bevölkerung war auf der Flucht vor dem kannibalisch wüthenden czechischen Gesindel. (R. Z.)

Man liest ferner in der Leipz. Z.: Dresden, 20. Juni Morgens 6 Uhr. Das Militär ist jetzt vollständig Meister der Stadt Prag. Studenten wie alle andern Bewohner haben die Waffen abgeben müssen; die Nationalgarde wird sie nach Herstellung der Ordnung wieder erhalten. Das Standrecht ist in größter Strenge verkündigt; wer mit Waffen ergriffen wird, wird sogleich erschossen. Von den 13 zu liefernden Geiseln haben bis jetzt nngefähr 6 gestellt werden können; unter ihnen Palazky, Baron Billani, Clandi (Anführer der Studenten), Wanka. Die übrigen sind entweder oder versteckt. Faster, der gleichfalls von Windischgrätz verlangt wurde, ist in Pilsen von den Behörden verhaftet worden; das Volk stand aber gegen den Bürgermeister auf und zwang ihn, den Czechenführer wieder freizugeben. Gestern Abend um 8 Uhr sind in Prags weiße Fahnen; die ersten Posten, welche abführen, hatten weiße Fahnen aufgesteckt; man begrüßte sie auf allen Stationen im Lande mit Jubel. Graf Leo Thun hat sich in Teschen nicht für sicher gehalten und ist in neuer Verkleidung hieher gekommen.

Prag, 18. Juni 11 Uhr. Prag hat sich ergeben! Gestern um 3 Uhr endlich wurde eine Vereinigung bekannt, wonach der Fürst Windischgrätz und Graf Thun abdanken, an ihre Stelle aber die HH. Menedorff und Kleczansky treten, ferner die Grenadiere und die Artillerie Prag gänzlich verlassen, dagegen aber das Regiment Latour und Khevenhüller Kavallerie als Besatzung einrücken und zu gleicher Zeit die Barrikaden in solcher Weise zudeinander genommen werden sollen, daß ein Wagen dazwischen fahren kann. Damit waren beide Parteien einverstanden und schon war Alles heute in der zufriedensten Laune. Ich selbst ging nach der Fürbreinsel; kaum dort, sel schon ein Schuß, man sagt zufällig, der Quai aber war ganz bedeckt mit Zuschauern, welche die schrecklichen Zerstörungen an den Häusern ansahen. Alsbann aß ich auf der Insel mit einigen Freunden zu Abend, als wieder ein Schuß aus den Mühlen oberhalb der steinernen Brücke (Klein-Benedig) fällt, und wie man sagt, der an der Spitze des in die Altstadt einrückenden Militärs gehende Officier, von einer Kugel getroffen, zusammensinkt. Im Moment begann ein furchtbares Feuern. Die Menschen waren vom Quai wie weggeblasen, und wir durch eine schmale, den Schüffen der Jäger ausgesetzte Brücke von dem Festland getrennt. Eine volle Stunde brachten wir hier unter dem Regen der rechts und links pfeifenden Kugeln zu, nur geschützt durch das hohe Gebäude des Tanzsaals, welches uns vor jedem Schuß sicher stellte. Die Anwesenden, etwa 24 Personen, waren allerdings in nicht geringer Sorge, da wir nicht wußten, wie davon zu kommen; bis endlich ein Kahn vom jenseitigen Ufer ganz aus eller Schußweite der Jäger herbeigebracht, und wir nachtem und auf dem Wasser die Mütter getrocht hatten, uns zu erschießen, Falls wir nicht ganz still wären, auf das Festland hinübergebracht wurden. Währenddeß hatte die bereits angekündigte Kanonade vollständig begonnen. Bomben wurden in die Mühlen von Klein-Benedig geworfen und halb 9 Uhr stand schon die ganze Masse der Gebäude in hellen Flammen. Die ganze Nacht dauerte der Brand, während überall neue Barrikaden aufgeworfen und von Viertelstunde zu Viertelstunde neue Bomben und Granaten in die Stadt geworfen wurden. Am Morgen des heutigen Tages brannten die Mühlen noch fort, der Thurm der Wasserkunst ist bis auf den letzten Holzspahn ausgebrannt. Dieses Ereignis hat aber den Muth der Czechen gebrochen, die Studenten haben die Waffen weggeworfen und verlassen sämmtlich heute Morgen die Stadt. Eine Proklamation des Landespräsidenten Thun und des Kommandeurs Windischgrätz kündigt an, wie alle bisherigen Verhandlungen fruchtlos geblieben, die Hoffommission abgebankt habe, und man in Unterwerfung der rebellischen Stadt mit Gewalt erzwingen werde, Falls nicht bis 12 Uhr Mittags alle Waffen abgeliefert und 14 benannte Geiseln den Behörden gestellt werden. Mit Zittern und Be-

Digitized by Google

den erfüllte die Bürgerschaft das Verlangte, Schlag 12 Uhr erschien das Militär und nahm mit aller Ordnung und in größter Ruhe die Kriegsfahne in Besitz, eine Proklamation wird noch gestern und heute erscheinen. (D. Allg. Z.)

† Aus Tirol, 20. Juni. „So haben denn abermals die Wiener, die Nationalgarde und die Aula Recht behalten!“ Mit diesem jämmerlich ingrimmig ausgestoßenen Seufzer beklagen unsere „Katholisch-Konstitutionellen“ den Entschluß des Kaisers „die Ergebnisse des 15. Mai“ bestehen zu lassen, den Reichstag als verfassunggebenden anzuerkennen und nach Wien zurückzukehren, sobald es seine Gesundheit erlaubt, bis dahin aber durch einen Stellvertreter den Sitz der Centralgewalt daselbst faktisch herzustellen. Jetzt spricht man von Verblendung und Täuschung, denen der gute Kaiser verfallen sei, jetzt citirt man dasselbe Beispiel, denselben Ludwig XVI., den Häfner in Wien am 18. Mai noch der Kaiser aus den von blutigen Blättern der Revolutionsgeschichte zu allgemeinem Umwillen und Abscheu hervorgeschwor. Man erhebt mit vieler Raisonnirkeit nur den Gedanken, solch unzeitiges Vertrauen könne den Monarchen dem schlimmsten, unaussprechlichen Geschicke auslisern. Was im Munde eines überspitzten Wiener Journalisten als schmähsüchtige Verdächtigung des Volkes, dem sein Fürst allzeit heilig bleibe, zurückgewiesen ward, wird dies nun eine Schmeichelei für die Wiener, für das Volk von Oesterreich, weil die Besorgniß einiger irritirten Frommen es ausspricht? Je deutlicher es einerseits wird, daß der Kaiser ganz im Einverständnisse mit seinen Ministern entschlossen sei, an den Principien des Reichsgrundgesetzes keine provincriellen Schattirungen zu gestatten, desto eifriger sucht man sich am Hofe eine Partei zu bilden, die unermüdet mit allen Mitteln familiären, individuellen und intriguanten Einflusses den Monarchen umzingelt und bedrängt, in den Ansichten und Begehren der verfassungstreuen Partei seine einzige Rettung zu erkennen. Die Erzherzogin Sophie, Mamalitis des künftigen Kaisers, gefällt sich die Protektorin, wo nicht die Vorsitzende der Kamarilla zu sein und mit höchst eigenen Händen die sockergewordenen Schlingen neu zu knüpfen, die das Volk festhalten sollen in den alten, gefesselten Zuständen. Mit drängendem Eifer wird jedes Wort verbreitet, das diese Dame zu Gunsten der Partei und zum Vorwurfe gegen die Wiener, überhaupt gegen die Konstitutionellen sagt. Sie will man dann auch um jeden Preis im Lande behalten, und wenn Kaiser Ferdinand sein Erzherzog Ferdinand I. von 1526 werden will, der die Schreckenszeiten anzündet und den privilegirten Ständen erlaubt, die Verträge mit dem Volke zu vernichten, so soll doch die Erzherzogin — eine zweite Claudia Metella werden. Dennoch scheint es sicher, daß mit dem Abzuge des Kaisers der ganze Hof Wandbruf gerüstet und somit die eigentliche Spitze der heiligen Phalanx gebrochen wird. Nichts wäre mehr zu wünschen, als daß die vielen, wackern Männer Tirols, die es mit der gesetzlich gegebenen Freiheit, mit dem Vaterlande so ehrlich meinen, denselben taktlosen Eifer, die Thätigkeit, das Einverständniß zeigten, mit welchen Jene soviel wirken, die in arger Selbstsucht die Kleinode unserer Heimath, „Glaube und Treue“, heuchlerisch zu ihrem Feldruf machen. Ein Mittelpunkt, ein innerer Zusammenhang thut ihnen Noth, sie müssen ihn sich schaffen, wie es die Ultramontanen im katholisch-konstitutionellen Verein und im „Volksblatt“ thaten. Vor Allem dürfen sie die Presse nicht länger unbenützt lassen. Ein frisch gesprochenes Wort hebt den Muth, es wird von Vielen wiederholt, es wirkt nach allen Seiten, es vereint die Zerstreuten. Die neue „Innsbrucker Zeit.“ könnte das Organ derer werden, die mit viel besserem Rechte, als jene rechtgläubigen Klubisten, sagen können: „Wir wollen, daß Tirol — Tirol bleibe, d. h. ein freies, wolkthümlich verwaltetes Land in den Kaiserl Hand und nicht die Domäne einer Kongregation. Das Programm dieses Blattes und die neueren Nummern lassen nicht verkennen, daß die Redaktion selbst nicht erschreckt vor dem Aufdecken bestimmter Farben. „Freiheit und Recht“ — die sie zu fördern verspricht, sind es ja, was wir Wenige, die gegen die Gewalthaber Tirols sprechen — und mit uns so viele ehrliche aber verzagte Männer auftreten und erringen müssen, wenn wir nicht mit dem Bündel des Auswanderns auf den Schultern in die Fußstapfen jener Unglücklichen treten sollen, welchen dieselbe Partei um ihrer schönen Zwecke willen die Heimat raubte. Vertrieb man die Zillerthaler des ihres Irrglaubens, so wird man uns nicht mehr dulden ob unseres Glaubens an die heiligsten Besitzthümer, an Freiheit und Recht. Wer uns liegt die treffliche Waffe, das freie Wort. Warum sie nicht brauchen? Fassen wir sie fest am Griff, wie Männer, die sich nicht an der Schneide verletzen, gleich Kindern und Unverständigen, und sie führen nach gutem Kampfesrauch.

Noch Eines! Haben Sie schon Kenntniß vom Entwurf des verantwortlichen Provincialstatutes? Diese praktischen Männer, in alt-altemannischer Freisinnigkeit, haben nun im Sinne, vom Rechte ihrer Vertretung, das sie bisher, obwohl gegeben, dennoch als eine Täuschung, unbrauchbar unten liegen, guten Gebrauch zu machen. Hier die Grundzüge ihrer Verfassung. 1) Wähler ist jeder selbstständige neunzehnjährige Vorarlberger, wählbar Jeder mit 24 Jahren. 2) Auf 300 Seelen trifft ein Wahlmann, auf 3000 ein Deputirter. 3) Geistliche und Beamte können wohl Wahlmänner, aber nicht Deputirte werden. Die Ausschließung der Ersteren begründet sich auf matten Landesbrauch, und eine solche alte, annuterbrochene Observanz trägt die Bürgschaft der Zweckmäßigkeit in sich, meint der Verfasser des Entwurfes. 4) Gemeindebeamte leiten die Wahlen. 5) Der Präsident (bisher sollte der Kreishauptmann als solcher fungiren) soll aus den Deputirten gewählt werden, der Landtag versehrt unmittelbar mit dem Ministerium (nicht mit dem Gubernium in Innsbruck.) 6) Der Präsident beruft die Stände. Ein Beschl der Regierung oder die Forderung von 6 Deputirten kann sie auffordern, aber nach 14 Tagen treten sie wieder zusammen. 7) Motionen können Deputirte, Gemeinden und Korporationen einbringen. 8) Ein permanenter Ausschuß bleibt am Sitz der Stände abwechselnd zu Feldkirch und Bregenz. Der Kreishauptmann Ritter von Ebner, einer der trefflichsten Administrativbeamten, leitete mit unparteiischer Würde die Berathungen. Der Kaiser soll nun diesen Entwurf sanktionirten und unsern Nachbarn somit eine Verfassung geben, auf welche wir unsere konstituirenden Stände wohl anzuwerfsam machen möchten, wüßten wir nicht, daß es im Tirol nicht allzeit wohlgethan ist, jenseit des Arlbergs auch Leute wohnen zu lassen, die das Zu verstehen meinen.

**Preußen.** *** Berlin, 19. Juni. Die bange Stimmung hat seit gestern einen Ausfluß von Muth und Vertrauen wieder Platz gemacht. Man sieht die Gefahren Ernst, einen Anfang wenigstens von Energie, entwickeln. Der Koup auf das Zeughaus hat in der Meinung einen Umschlag bewirkt. Die schon Verstörten erschrecken von dem, was man sie hat gebrauchen wollen. Was noch von patriotischem Gefühl in ihnen war, scheint erwacht, beim Gedanken, daß sie die Hand gebeten, den Waffenpfand der alten preußischen Ehre zu berauben. Man weiß auch, daß mehrere der erbeuteten Waffen bis Stettin verdrückt und verkauft worden. Man weiß, es war das zudiscrete Gesindel, welches sich voreindrängte; wer nachdringen wollte, ist ferilich noch im Dunkeln, aber es leuchten scharfe Lichtblitze hinein. Auch dem Blödäugigsten öffnen sich die Augen, wenn er die Thatsachen zusammenhält. Die Revolution vom 18. begann damit, daß vor dem Oranienburger Thor die Artilleriewerkstätten verbrannt wurden; es gingen dem Staate damit ein und eine halbe Million Material verloren, nicht zum Kampf gegen die Bürger, sondern gegen Russen, Franzosen, Länen. Am 14. plünderte man das alte, reiche Arsenal. Man raubte Gewehre von einer besondern Konstruktion, die bisher das Geheimniß unserer Waffenfabrik gewesen, man zerstörte gefliessentlich die Modelle der französischen Festungen, einige Tage darauf versuchte man einen Angriff auf die Pulvermühle. Man wollte den Staat wehrlos machen im Kampf gegen äußere Feinde. Dieser Plan kann von keinem Preußen, auch dem verworfensten nicht, er kann von keinem Deutschen ausgegangen sein, am wenigsten einem, der auf Deutschlands Ruhm und Einheit hofft. Unglücklicherweise bleibenden, welche sich hatten verführen lassen, so das Heiligste auf Erden, die Vaterlandsliebe, zu opfern, um einer Idee willen, die sonst noch so hellig ihnen erschienen mag. So lange die Welt steht, trat Verachtung die Vaterlandsverräther. Man weiß auch, daß am Tage des Sturms gegen das Zeughaus eine rothe Fahne zum Vorschein kam (sie soll aus dem demokratischen Klub, aber nicht mit Einwilligung aller Mitglieder, entnommen sein), man weiß, daß in der Landdeberger Straße eine Barrikade aufgeworfen wurde, daß das Geschrei: Es lebe die Republik! durch jene Straße dröhnte. Man behauptet zu wissen, daß zwei Augenzeugen verschworn, anständig gekleidete Leute gesehen zu haben, welche jedem Arbeiter an den Barrikaden 10 Sgr. für seine Arbeit zahlten. Das mag auf sich beruhen; der Ruf Republik! sand in Berlins Straßen keinen Anklang, er erschreckte vielmehr den Bürger, er erweckte andere Geister. Ein Unternehmen ist kläglich gescheitert, dessen entsetzliche Folgen für die Hauptstadt nicht abzusehen sind. Und es ist mehr als gescheitert, es ist lächerlich geworden. Eine Hand voll Menschen wollte Berlin erobern, umkehren und damit Preußen selbst, und diese Stadt Berlin liegt in der Mitte eines Landes, dessen Bewohner vor Wuth gegen dieses Treiben knirschen, kaum abgehalten, in hellen Haufen gegen die Stadt zu marschiren. — Die Schmach, die hier nicht wegzuläugnen, die die Bürgerwehr, auch das Militär trifft und Kommandanten von beiden Theilen, die Schmach, die auf unserer Presse haften bleibt, welche das Unternehmen beschönigte, oder doch

Digitized by Google

Anfangs leicht nahm, wird jetzt zum Ernſten, der das beſſere Bürgergefühl entzündet. Man ſchämt ſich, daß das möglich war; auch der radikal Geſwordene der äußerſten Linken iſt zur Beſinnung gekommen. Möchte dieſer Moment von den konſtituirenden Behörden genutzt werden, möchten ſie endlich von den halben, ſchützernen Maßregeln ablaſſen und ganz handeln, wie es die Noth des Augenblicks fordert. Es iſt vielleicht das letzte Mal, um eine Kriſis abzuwenden, deren Folgen entſetzlich wären. Noch gibt es keine traktionäre Partei, nur einige unverbeſſerliche Prätſchen; aber wenn die Kriſis eintritt, wäre es möglich, daß das ganze Land und Volk ſich aus Verzweiflung der Traktion in die Arme würfe, und dieſe könnte nur der militäriſche Despotismus ſein, vor dem uns der Himmel behüte. — Man erzählt ſorbon von vielen Verhaftungen. Auch Heß ſoll gefangen oder entflohen ſein. Die Volksſtimmung verlangt kurze Juſtiz. Es iſt die höchſte, höchſte Zeit! Halte es durch die Straßen wider.

†† Berlin, 21. Juni. Ueber die Vorfälle vom 14. iſt jetzt ein Bericht des Staatsanwaltes Neumann veröffentlicht. Nach dieſem hat die eingeleitete gerichtliche Vorunterſuchung ergeben, daß der erſte Schuß aus der Volksmenge gekommen iſt, die Schüſſe auf das Volk hingegen von drei in grünen Blouſen gekleideten Männern ausgegangen ſind, welche zwar in den Reihen der am Zeughaus aufgeſtellt geweſenen Bürgerwehrkompagnien geſtanden haben, von denen jedoch nicht hat aufgeklärt werden können, wer ſie waren, und ob ſie überhaupt zur Bürgerwehr gehörten. Daß ein Befehl zum Feuern gegeben worden, hat kein Zeuge zu bekunden vermocht. — Der Schloſſer Sigrift, der Sprecher der Maſchinenbauer, wird, als der Erregung zum Aufruhr dringend verdächtig, ſteckbrieflich verfolgt.

†† Berlin, 20. Juni. Nachdem der Miniſterpräſident, Hr. Camphauſen, ſeine Demiſſion in die Hände des Königs niedergelegt, iſt heute wie ein Anſchlag verkündet, der Miniſter Hanſemann mit Bildung eines neuen Kabinets beauftragt.

Danzig, 17. Juni. Dem hieſigen Gouvernement iſt geſtern vom Kriegsminiſterium der Befehl zugegangen, die nöthigen Anſtalten zu treffen, um Danzig in kürzeſter Friſt in Vertheidigungszuſtand ſetzen zu können. — Für den Frieden mit Dänemark ſind leider auch nicht die entfernteſten Ausſichten vorhanden. (Weſt. Z.)

Poſen, 16. Juni. Man fährt immer noch fort, eifrigſt die ſchwachen Stellen unſerer Feſtung zu befeſtigen; auch iſt eine höchſt bedeutende Anzahl von Kugeln und Granaten (70,000 Stück) vorräthig angefertigt worden; neulich verbreitete ſich ſogar das Gerücht, die Feſtung ſolle auf 6 Monat verproviantirt werden. Man erzählt ſich viel von den Truppen-Konzentrirungen der Ruſſen und ſieht nicht ohne Bangen nach der Grenze. (K. Z.)

Von der ſchleſiſch-ruſſiſchen Grenze, 18. Juni. Es unterliegt nicht dem geringſten Zweifel, daß ſich im Königreich Polen, und zwar unfern der Grenze, eine ſehr bedeutende ruſſiſche Streitmacht zuſammen zieht. In der Umgegend von Kaliſch liegen die Truppen jetzt ſchon ſo dicht, daß 40 Mann und mehr in jedem einzelnen Gehöfte untergebracht ſind. Die Verpflegung iſt dagegen ſehr gut, was auf ein weit verzweigtes und wohl organiſirtes Verpflegungsſyſtem ſchließen läßt. Unmittelbar um Kaliſch liegt z. B. ein Regiment ſinnländiſcher Jäger, welches in Klimärſchen von Finnland nach Polen marſchirt iſt, ohne daß den Officieren, wenigſtens den Subaltern-Officieren, ihre Beſtimmung irgend bekannt geweſen wäre. Auch jetzt weiß Niemand, was dieſe ſo rüſtige und ſo furchtbare Truppenzuſammenziehung bezwecke; jedoch iſt unter den ruſſiſchen Officieren über den baldigen Ausbruch eines Krieges mit Deutſchland kein Zweifel. Hiermit übereinſtimmend die vor kurzem Tagen eingegangene Ordre zu fortigerer Armirung der Feſtung Reiſſe. Die königliche Regierung in Oppeln hat die Weiſung erhalten, augenblicklich (im Sommer) das dazu nöthige Holz aus den königlichen Forſten ſchlagen zu laſſen. Es geht hieraus hervor, daß man auch in Berlin anzufangen ſcheint, den ruſſiſchen Friedensverſicherungen zu mißtrauen. (K. Z.)

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 22. Juni. Die Unbotmäßigkeit unſeres Militärs, Vorfälle in Hirſchhorn, Weinsberg, Ulm und jetzt auch in Ludwigsburg, letzterer die bedeutendſter, nehmen faſt ausſchließlich die öffentliche Aufmerkſamkeit in Anſpruch. Ich will Ihnen zuerſt kurz die Thatumſtände erzählen, und was die erſtere, die Heilbronner Angelegenheit betrifft, meine früheren Mittheilungen ergänzen. Ueber dieſe liegen dem Publikum jetzt Berichte in Menge vor, offizielle im ſchwäb. Merkur, Lärmberichte mit aufreizendem Geſchrei in einer Reihe kleinerer Blätter, und ſolche mit blindem Angſtmachen vor Anarchie und Revolutionsgeiſt in Heilbronn in der ſüdd. polit. Zeit. Die Befreiung von Militärgefangenen beim 8. Regiment in Heilbronn durch ihre Kameraden, die Befreiung von Unterſuchungsgefangenen in Weinsberg durch Soldaten und Pöbel, wobei der Gerichtsdiener in Furcht ſich einſchrecken ließ, machten beſonders zur Wiederherſtellung der militäriſchen Subordination dringend energiſche Maßregeln nöthig; mit Kraft hat ſie die Regierung getroffen und jenes Regiment entfernt. Bei dem Abmarſche verſtärken dann auch von Seite eines Theils der Einwohnerſchaft, vom niederſten Pöbel, Widerſetzungen vor, welche Gewalt des Militärs, Kolbenſtöße und ſtache Hiebe nöthig machten; daß aber Geſetz und Ordnung wieder herrſchen, daß auch die Regierung auf die ganz Mehrzahl der Heilbronner Einwohner ihr Vertrauen ſetzt, daß es somit ein Unrecht iſt, dieſe nur ſo im Allgemeinen der Anarchie zu beſchuldigen, bewieſt der Abmarſch aller Truppen von dort ſammt dem von der Regierung dorthin dirordert geweſenen Civilkommiſſär, Reg.-R. Sauter. Heilbronn hatte von jeher eine Garniſon; man will jetzt wiſſen, es ſolle nächſter Zeit ein heſſiſches Regiment dort einziehen. — Die Ulmer Unordnungen am 20. Juni ſind nicht politiſcher Art, ſondern Wirthshausſcenen, wie ſie zwar öfter ſich ereignen, aber in einer Ausdehnung die dort in jetziger Zeit ſehr bedenklich iſt. — Am Bedauerlichſten iſt, was in Ludwigsburg geſtern vorfiel. Dorthin wurde das meuteriſche 8. Regiment verſetzt; die Unterſuchung wegen der bekannten Heilbronner Exceſſe ſollte beginnen und der General v. Miller hatte die Vollmacht erhalten, nöthigenfalls für Erhaltung der Ordnung ſelbſt das Standrecht zu verkündigen. Deſertenre des Regiments waren verhaftet worden, auch der Fourier Haetmann, wegen deſſen hauptſächlich in Heilbronn es losgegangen war, wurde eingeſetzt. Geſtern Abend nun verſammelten ſich bewaffnete Soldaten des Regiments in den an Ludwigsburg hinzichenden Alleen, Pöbel ſtieß zu ihnen und man wollte Haetmann befreien. Das 7. Infanterieregiment trat entgegen, zege Exceſſe ſeiten vor, Officiere entgingen kaum Mißhandlungen; die Meuterer ſchickten ſich an, die Kaſerne des 7. Regiments zu ſtürmen. Zuſammenrottungen bildeten ſich auf der Straße, übrigens bei der wahrhaft berlinſchen Breite der Straßen ohne eigentliche Gefahr, wenn das übrige Militär treu blieb. Die Bürgerwehr rückte an, eine Batterie fuhr auf und durch das 7. Regiment wurde Ruhe hergeſtellt, aber doch nicht ohne mehrfache Verwundungen, beſonders einiger Nichtmilitärs. Heute Vormittag wurde nun im Schloßhof in Ludwigsburg das 8. Regiment entwaffnet. Dies ſind die Vorfälle. Das energiſche Auftreten gegen die Inſubordination kann gewiß nur allgemeine Billigung finden. Man iſt jedoch mit Recht ängſtlich, ob damit auch vollſtändig Ordnung hergeſtellt ſei. Nicht blos von jenem 8. Regimente nämlich, ſondern der Reihe nach aus vielen Regimentern hört man von Aufſtehungen; ich will davon, was ich in dieſer Richtung Einzelnes, ſelbſt in Betreff jenes 7. Regimentes höre, nicht wiederholen; es ſind Fälle verſchiedener Bedeutung und wohl auch nicht alle verbürgt, aber die Früchte der Vergangenheit kommen jetzt auch beim Militär ſchrecklich zu Tage, die Früchte des Syſtemes, das blos blinde Werkzeuge der Krone und keine verredeten Bürger haben wollte, das die mit dem gemeinen Mann vertrauten Unteroficiere zurückſetzte und unbeliebte Adelige zu Officieren faſt ausſchließlich machte, Vorgeſetzte, welche jetzt noch durch Barſchheit vielfach jenen Geiſt nähren. Uebrigens iſt jetzt die Redeweiſe „Sie" für die Soldaten eingeführt worden. Eines iſt klar, auf den Bürger kann ſich unſere Regierung jetzt beſſer verlaſſen, als auf die Soldaten! Ernſtliche Beſtrafung jener 8. Regiments wird ſicher zu erwarten ſein, ohne Zweifel beſſere Aufſichtung; man glug ohne dies ſchon länger damit um, aus unſeren 8 nur 6 Regimenter zu bilden. Vorſich hört man die Anſicht ausſprechen, die Regierung ſolle das 8. Regiment nach Böhmen oder Schleswig-Holſtein ſchicken, dann wäre ſicher Mannszucht im Augenblick hergeſtellt und an Tapferkeit, das dürfen wir ſicher hoffen, würde es ihm nicht fehlen. — Eine Erklärung Würtembergs, daß es ſich den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung unterwerfe, ſteht, wie ich Ihnen bereits meldete, unmittelbar bevor. Man vernimmt, daß die zur Reorganiſirung unſeres geſammten Staatslebens niedergeſetzte Kommiſſion dieſe Erklärung von der Regierung verlangt; es wird verſichert, daß die höchſte Geſchwindigkeit dabei bereits erfolgt ſei und es iſt wohl allgemeine Verſtimmung darüber zu hoffen, um ſo mehr, als ſie in unſerem engeren wie weiteren Vaterland nur von den ſegenreichſten Folgen begleitet ſein kann. Wieder vernimmt man, daß eben jene Kommiſſion ſich bereits für Verminderung der Civilliſte und für Abſchaffung unnöthiger Gerandtſchaften ausgeſprochen hat, zwei Punkte, welche in den Kreiſen, wo Roth herrſcht, nicht verſtehen werden, den Glauben wieder herbeizuführen, daß die Regierung auch wirklich die verſprochenen Erleichterungen eintreten laſſen werde. — Ich ſchrieb kürzlich, bei Gelegenheit der Adreſſe von 40 unſerer Abgeordneten an das Staatsminiſterium, worin ſie um ſchleunige Berufung unſeres Landtages bitten, über die Bedenken hiegegen. Dieſelben ſind auch die unſerer Regie-

Digitized by Google

rung, wie aus einem Schreiben des Vorstandes des Ministeriums des Innern, Duvernoy, an den Abg. Mann in Ulm hervorgeht. Er sagt darin: Die Regierung schlage die ständische Mitwirkung zu Beseitigung der liegenden Rechte nicht nur zu gering an, sie sei mit Arbeiten für dieselbe beschäftigt; unter diesen sind genannt: die Errichtung einer Anstalt, welche Darlehen auf Depositen und gute Wechsel zu mäßigen Zinsfuß geben könne, und zu Ausgabe von auf sicherer Grundlage beruhenden Werthpapieren ermächtigt wäre, eine Anstalt, welche bereits die höchste Genehmigung erhalten habe; bearbeitet werden Gesetzentwürfe in Betreff der Jagd- und Bannrechte, ein Zehntablösungsgesetz, organische Veränderungen des Staatslehens. Die Einberufung des Landtages betreffend, sagt aber das Schreiben: „vom wesentlichsten Einfluß ist das Verhältniß zur Nationalversammlung in Frankfurt, denn nicht nur würde durch gleichzeitiges Stattfinden beider Versammlungen ein sehr schädlicher Theil unserer parlamentarischen Kräfte der einen oder andern Aufgabe entzogen und entweder die Arbeit des wüstenbergischen Landtages gehemmt, oder eine Lücke anderwärts herbeigeführt, die bedauerliche Mißdeutungen und vielleicht andere nicht zu ersetzende Nachtheile verursachen könnte, sondern unverkennbare gründe aus auch der Vortheil unserer, daß gewisse Fragen hier durchgreifender und glücklicher gelöst werden können. Ueberdies erschint auch in Bezug auf das Abgabensystem die Aufgabe der partikularen Gesetzgebung von schwankendem Umfang, so lange nicht in Frankfurt jene Anstalten alle bezeichnet, jene Grundsätze alle festgestellt sind, welche Deutschland gemeinsam schützen sollen. Indessen müßte eine unerwartete Verzögerung der Frankfurter Resultate am Ende auch die Bedenken gegen eine Gleichzeitigkeit beider Versammlungen überwinden". — Nach den Beschlüssen des demokratischen Kongresses zu Frankfurt, der Stuttgart die Ehre einer Kreishauptstadt zugedacht, und G. Rau von Gaildorf nach Berlin beordert hat, hat sich hier bereits ein demokratischer Verein gebildet, dessen Stern Rau ist; er fordert in seinem Organ, Rau „Sonne", zum Beitritt und zur Propaganda im Lande auf. — Gestern Abend waren sämmtliche hiesige Redakteure vom Stadtdirektor zusammenberufen worden; er ertheilte ihnen noch speziell die Warnung und Ansprache der Regierung, welche Staatsrath Duvernoy öffentlich ausgesprochen, die Bitte, Aufreizungen zu vermeiden, die Warnung, da die Regierung gegen solche einzuschreiten entschlossen sei. — Unsere Hochschule Tübingen hat in diesem Halbjahr 112 Studenten weniger als im letzten; neu angekommen sind nur 74, im letzten 236. Der Bestand ist 743.

** **Stuttgart**, 23. Juni. Zu meinem gestrigen Bericht füge ich noch bei: Die gute Haltung der 7. Regiments hat Ereignisse von schweren Folgen verhütet, denn ohne sie standen Exzesse auch bei den übrigen Truppen in naher Aussicht. Bisnahe hätten bei diesem Auftreten wieder Mißverständnisse unglückliche Folgen nach sich gezogen. Im Vorrücken hörte eben das 7. Regiment auf eine zur Erhaltung der Ruhe ausgerückte Abtheilung des Bürgerwehr. Es war vollständige Nacht, und letztere, nicht uniformirt, wurde nicht erkannt; die Geistesgegenwart ihres Kommandanten wußte Unheil zu vermeiden. Man hört jetzt viele Klagen über angebliche Gewalt der Soldaten gegen Wehrlose, Weiber u. s. w. Allein es ist schwer, bei solchen auf den Grund der Wahrheit zu bringen. Dem 8. Regiment wurde gestern das Standrecht verkündigt, wenigstens wird dies für allgemein erzählt.

**Limburg.** * **Maestricht**, 16. Juni. In den letzten Tagen ist diese Stadt der Schauplatz von Unruhen gewesen, die ihren nächsten Grund in Zwistigkeiten unter dem Militär hatten, namentlich zwischen holländischen Infanteristen und Limburger Jägern. Damit diese Streitigkeiten sich nicht weiter ausbreiten und einen gefährlichen Character annehmen möchten, wünscht die Bürgerschaft allgemein einen baldigen Garnisonswechsel. Man sollte die holländischen Infanteristen nach Holland zurückziehen, dagegen das Limburger Militär ganz aus Holland zurückrufen und fortan im eigenen Herzogthum bleiben lassen. Dies muß ohnehin nothwendig eintreten, sobald Deutschland, zu welchem Limburg gehört, eine allgemeine Wehrverfassung wird erhalten haben. — Die Limburger Ständeversammlung hat nun auch auf Antrag ihres dafür niedergesetzten Ausschusses beschlossen, daß Limburg zu Deutschland und nicht zu den Niederlanden gehört, und daß es in allen seinen staatsrechtlichen Beziehungen dieser Bestimmung folgen muß. Deßhalb wird dem Beschlusse auch beigefügt: die Limburger Abgeordneten zu Frankfurt seien verpflichtet, an den Berathungen der deutschen Nationalversammlung theilzunehmen. Was soll nun dann aber, wenn diesem politischen Anschluß des Herzogthums an Deutschland nothwendig auch der Eintritt Limburgs in die deutsche Zollvereinigung folgt, aus Maestricht und Venlo werden, welche Plätze der alte Bundestag, ungeachtet sie die Schlüssel des Landes bilden, an Niederland überlassen hat? Sie würden zu Grunde gerichtet werden, wenn sie außerhalb dem deutschen Zollverbande blieben, und das konnte die niederländische Regierung gegen ihre Unterthanen nimmermehr verantworten. Schon hat die Stadtobrigkeit von Venlo an den König der Niederlande eine Darstellung über die Nachtheile gerichtet, welche daraus mit Nothwendigkeit für Venlo und seinen frantzischen Ring hervorgehen müßten, wenn das Herzogthum, mit Ausnahme Venlo's und Maestricht's, in die deutsche Zollinie aufgenommen würde.

**Schleswig.** **Rendsburg**, 19. Juni. Nach den letzten Nachrichten von Norden ließen die Truppenbewegungen — obgleich deren bei dem Eintreffen der Ergänzungsmannschaften fortwährend Statt haben — auf keine für den gestrigen 18. Juni bestimmte größere militärische Operationen schließen. — Die „H.-S." meldet nach einem Bericht des Generals Halkett, daß man bei einer am 16. mit preußischen und schleswig-holsteinischen Truppen über Apenrade hinaus nach Haderslehen unternommenen Rekognoscirung auf keine geschlossenen feindlichen Abtheilungen gestoßen sei. (S.-H.-Z.)

**Altona**, 20. Juni. Morgen werden hier die mecklenburgschwerinschen Generalstabsofficiere, übermorgen 600 Mann mecklenburgische Truppen erwartet. Die Fouriere sind bereits hier angekommen. (B.-H.)

**Warnemünde**, 18. Juni. Eine Flotte von 7 oder 8 größeren und kleineren schwedischen Kriegsschiffen, von Osten herkommend, ankerte gestern Abend 2½ Meile nördlich vom Hafen und geht jetzt 6 Uhr Morgens wieder unter Segel. (Kopf. Z.)

= **Vom Main**, 21. Juni. Wir haben uns bis jetzt gewundert, daß die verschiedenen Fraktionen der Nationalversammlung sich noch keine Organe in der Presse geschaffen haben, die ihre Ansichten in würdiger Weise vertraten; was bisher der Art versucht worden, war entweder mehr Referat über die Sitzungen, oder es war durch Ton und Haltung so beschaffen, daß Herausgeber und Mitarbeiter sich ein gleich bedauerliches Armuthszeugniß damit ausstellten. Um so erfreulicher ist das Erscheinen der „Flugblätter aus der deutschen Nationalversammlung, herausgegeben von den Abgeordneten K. Bernhardi, K. Jürgens und Fr. Löw", ein kleines, anspruchlos auftretendes Blatt, das wöchentlich zwei Mal erscheinen soll und zu den Berhandlungen eine sehr erwünschte Ergänzung bildet. Die Tagesfragen werden dort freimüthig und mit dem ruhigen Sinne der politischen Erwägung besprochen; ohne Effekthascherei, ohne jene Schlagworte, womit jetzt ebenfoviel Unfug getrieben wird, wie einst mit den officiellen Redensarten, der Reaktion. Manche neue Seite, die in der Berhandlung überschen oder nicht gehörig hervorgehoben ward, findet man hier genauer beurtheilt und die Sitzungen in einem kurzen Ueberblicke zusammengefaßt; in einzelnen Aufsätzen sind auch wohl die schlechten Künste einer bekannten Partei würdig, aber ohne Schonung gezeichnet. So ihre die berüchtigte Sitzung vom 17. Juni, wo man ein paar Stunden damit verdarb, darüber zu klagen, daß Nichts geschehe, bemerken die Flugblätter sehr wahr: Die Grundsatz des Präsidiums, keine Sitzung anzuberaumen, wenn es an einer Tagesordnung fehlt, rechtfertigt sich vollständig durch die absheulliche Tagesordnung der Sitzung vom 17. Juni. Es ist richtig: Wenn man seine Betten von noh und fern auf ein pikantes Gerücht Parlamentsverhandlungen eingeladen hat, so ist es verdrießlich, sie ungefättigt abreisen zu sehen; aber man sollte doch billig bedenken, daß die Oeffentlichkeit der Sitzungen der Nationalversammlung nicht den Sinn hat, Einheimischen und Durchreisenden ein Schauspiel zu geben, man sollte sich nicht anstellen, als hielte man seine Freunde für so dunkelhaft, daß sie sich einbilden könnten, sich aus einer einmaligen Anwesenheit bei einer Sitzung ein Urtheil über die Nationalversammlung bilden zu können, oder für so voreilig im Urtheil, daß sie sagen könnten, die Nationalversammlung hat am 16. Juni keine öffentliche Sitzung gehalten, also that sie überhaupt Nichts. Auch diese Leute werden ja wohl wissen, daß das Jahr 365 Tage hat. Vertrieflich mag die Auflösung der Sitzung vom 16. Juni gewesen sein, gefährlich schwerlich. — In einem andern Blatte wird eine vortreffliche Parallele gezogen zwischen der Kamarilla der Fürsten und der neuen sich jetzt bildenden Kamarilla des Volkes. „Ist es nicht etwa auch der Anfang einer Kamarilla verschafft, wenn das Volk, außer und neben den von ihm in seiner Gesammtheit frei und ordnungsmäßig gewählten Vertretern, welche es mit der Erledigung bestimmter Geschäfte beauftragt hat, sich hier und da mit andern auserwählten Lieblingen, sogenannten Volksmännern umgibt, und auf deren Einflüsterung und Rath die Thätigkeit seiner ordnungsmäßigen Vertreter theils zu hemmen, theils zu überflügeln sich bemüht? Ist es wohl ein wesentlicher Unterschied, ob man durch Ordensbänder oder durch wohl berechnetes Beifallklatschen, durch Ungnade

Digitized by Google

oder durch Sentsengeklirre unabhängige Männer zur Verläugnung ihrer wahren und wohlerwogenen Ueberzeugung zu bringen versucht? Wahrlich, das deutsche Volk kann nichts Kläglicheres, nichts Verderblicheres beginnen, als auf diese Weise sich dieselben Fehler und dieselben Launen anzueignen, durch welche so viele bisherige Souveräne sich einen traurigen Untergang bereitet haben. — Nachdem das wirrige Treiben dieser neuen Kamarilla gezeichnet ist, fährt der Redner fort: Was haben aber unter diesen Umständen die gewissenhaften Repräsentater des Volkes zu thun? Dürfen sie jeder krankhaften Lust des Herrschers oder der Herrscherin nachgeben? Dürfen sie ihr Mandat den Wünschen jeder Volkskamarilla unterordnen? Sollen sie sich gewissermaßen nur als animalische Telegraphen betrachten, welche die sich vielfach widersprechenden Stimmen aller Einzelnen im Volk ohne Wahl in der Panlokirche widerklingen lassen? Doch, wir dürfen dem deutschen Volke auch nicht Unrecht thun! Nicht das Volk ist es, welches seine Vertreter auf solche Weise herabwürdigen möchte, sondern nur kleine Bruchtheile desselben sind's, die nicht begreifen oder nicht begreifen wollen, daß der Theil nimmer gleich sein kann dem Ganzen, und daß deßhalb die Rechte, welche dem ganzen Volke zustehen, nicht auch ohne Weiteres von jeder Provinz, von jedem Ort, ja selbst von jeder Kammerabschaft einem Orts-Ausschuß genommen werden können.

§ Frankfurt, 23. Juni. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung begann wegen des Festtages erst gegen Abends um 4 Uhr. — Nachdem Zacharias von Göttingen einen Bericht über den Vogt-Zimmermann'schen Antrag, die diplomatische Vertretung Deutschlands im Ausland betreffend, erstattet und in diesem, Namens der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung angetragen hatte, wurde die Diskussion über die Centralgewalt wieder aufgenommen und bis 1/8 Uhr fortgesetzt, ohne die Sache eigentlich dem Ziele näher zu bringen.

v. Lassaulx aus München hält einen ausführlichen Vortrag, in welchem er das Schema des Kommissionsantrages als fehlerhaft und zum schnellen Ruine führend darzustellen sucht; ehe man sich darüber entscheide, von wem die Wahl ausgehen habe, müsse man wissen, ob ein Fürst, ob eine Volksperson gewählt werden solle; sei es ein Fürst, so läge darin der Uebergang zum Kaiserthum, und in diesem Falle könne von einer Genehmigung durch die Nationalversammlung keine Rede sein; sei es aber eine Volksperson, so sei das der Uebergang zur Republik, und in diesem Falle müsse der Präsident von der Nationalversammlung ernannt werden; er wolle mit den besten Männern (er nennt unter diesen Göres) die Wiederherstellung von Kaiser und Reich.

v. Dieskau aus Plauen, der äußersten Linken angehörend, macht den Bericht tüchtig herunter; er wisse nicht, wie viel Uhr es sei an der großen politischen Wettuhr der Jetztzeit u. dgl.; er will, daß die Nationalversammlung eine provisorische Regierung ernenne, welche nur ihr verantwortlich sein, und bekretire, daß der Bundestag aufgehört habe. Obgleich er diesen ein langes Sündenregister zur Ergötzung der Galerie vorhält, so will es ihm doch nicht gelingen, einige Aufmerksamkeit für seine lange Rede zu gewinnen.

v. Wydenbrugk aus Meimar fesselt dagegen durch einen klaren, sehr gründlich in die Sache eingehenden Vortrag noch einmal die sehr abgespannte Theilnahme der Versammlung. Er nähert sich am Meisten in seiner Ansicht den Anträgen aus dem würtemb. Hof. Die Aufgabe der Versammlung sei nicht, die Revolution permanent zu machen, sondern sie zu beendigen; aber dadurch zu beendigen, daß man die Idee derselben zu ihrem Ziele lenke; so stehe man allerdings auf einem Rechtsboden, aber auf einem neuen, auf welchem das nicht mehr bestehen könne, was mit jener Idee der Revolution nicht vereinbar sei; dahin gehöre der Bundestag, dessen Wirksamkeit in der jetzigen Zeit er zwar vollkommen anerkenne, aber aber immer noch auf dem Boden der Instruktion stehe, was mit dem jetzigen Zustande in Deutschland unverträglich sei, deßhalb müsse eine Centralgewalt an seine Stelle geschaffen werden, und dieser auch die Funktion zukommen, daß sie die Beschlüsse der Nationalversammlung, wenigstens soweit sie die Verfassung Deutschlands betreffen, vollstreckt. Er spricht sich gegen den Blum'schen Antrag aus; es sei jetzt der Augenblick, ob in Deutschland überhaupt das Princip der konstit. Monarchie oder das der Republik zur Geltung kommen soll; er erkläre sich für das Erste, wozu aber jedoch keineswegs folge, daß ein Kaiser an der Spitze stehen muß, sondern vielmehr nur, daß außer der allgemeinen Volkskammer eine Staatenkammer bestehe, und ein Reichsstatthalter eingesetzt werden müßte; er wolle keineswegs einen Fürsten mehr in Deutschland, sondern vielmehr, daß viele der kleinen Staaten sich verschmelzen. Den Vorwurf des Verrathes am Volke, welchen einige Redner der Linken auf die Versammlung geschleudert haben, wenn diese ihre Anträge nicht annehmen will, weist er entschieden zurück; die Nationalversammlung habe vermöge ihrer Machtvollkommenheit die Exekutivgewalt, weil sie noch nicht da sei, zu schaffen; wie sie aber dies thun wolle, das hänge von ihrem Willen und ihrem Ermessen ab; nicht wer verschiedener Meinung sei in diesem Hause, sondern vielmehr, wer auf einem andern als dem hier gegenstandlichen Wege durch Verdächtigungen und Bedrohen der Versammlung seine Meinungen durchzusetzen suche, der sei Verräther an dem Vaterlande.

Venedey. Revolution und Rechtsboden seien gegenwärtig keine Eigenschaft mehr; wo man den Geist der Zeit nicht verstehe und ihm nachzugehen wisse, da kommen die Barrikaden, das sei unvermeidlich, aber ein Unglück, weil alsdann diese leicht meinen, sie hätten immer Recht; so sei es schon lange in Frankreich und so drohe es in Deutschland zu werden, wenn man den Geist der Revolution nicht fasse und ihm nachgehe; die Revolutionen in Wien und Berlin seien jetzt schon im Begriffe, in die Hände der Emente zu fallen; an eine französische Schreckensherrschaft in Deutschland dürfe man übrigens nicht glauben, dazu seien die Deutschen viel zu sehr Individualisten und vor Allem fehle dazu in Deutschland ein Paris; er will eine mächtige und unverantwortliche Diktatur; wenn man sie nicht mache, so mache sie sich selbst, es könne deßhalb auch nur Einer an der Spitze stehen und die Nationalversammlung müsse ihn wählen, die Centralgewalt werde dadurch nicht herabgewürdigt, weil doch diese Versammlung jetzt die erste Macht in Deutschland sei. Die Regierungen wanken, sie allein stehe auf einem festen Boden.

Schmidt aus Schlesien wünscht, daß die Centralgewalt sehr schnell und durch eine einstimmige Wahl zu Stande komme und begründet darauf folgenden Amendements-Antrag: „Die Nationalversammlung wählt aus ihrer Mitte einen ihr verantwortlichen Präsidenten und folgt dabei der moralischen Verpflichtung, von jedem besonderen Parteiinteresse abzusehen und ihre Stimmen auf einen Mann des allseitigen Vertrauens und allseitig anerkannter Tüchtigkeit zu lenken. Die Wahl der Minister überläßt sie dem so gewählten Präsidenten."

Grumbrecht aus Lüneburg. Er halte diese Versammlung unbedingt für befugt, Alles zu beschließen, was die Einheit Deutschlands begründet; aber sie habe dabei zu prüfen, was ausführbar sei, und aus diesem Standpunkte gebe er dem Schoderschen Antrage den Vorzug; er sei ein Anhänger der konstitutionellen Monarchie; allein man dürfe nicht überstehen, daß hier nur von einem Provisorium die Rede sei, in welchem eine Hauptbedingung der konstitutionellen Monarchie gar nicht stattfinden könne, nämlich die Erblichkeit des Oberhauptes; der Schodersche Antrag nähere sich aber der konstitutionellen Monarchie mehr als der Republik, deßhalb würde er sich auch am liebsten für einen Fürsten entscheiden; der Blum'sche Antrag schaffe eigentlich gar Nichts: eine willenlose Maschine der Nationalversammlung ohne alle Macht, er sei übergangt, daß die Fürsten sich ohne alle Eifersucht auf Einen vereinigen würden, und zwar mit der größten Schnelligkeit; in den Antrag wünsche er aufgenommen, daß der Minister, gegen welchen die Majorität der Versammlung ein Mißtrauensvotum ausspreche, sich zurückziehen müsse; diese Bestimmung hält er darum für zweckmäßig, weil die Versammlung das in konstitutionellen Staaten einem Parlamente zu Gebot stehende Mittel der Steuerverweigerung hier nicht anwenden könne; die Argumentation der Linken und der Volkssouveränetät hält er für unrichtig; denn das Volk habe die Anstellung dieser Souveränität durch die Wahl an diese Versammlung übertragen, daraus folge nur, daß diese Versammlung eine Centralgewalt in der Weise schaffen könne, wie es ihr am zweckmäßigsten erscheint; es sei überhaupt ein müßiger Streit, ob Republik oder konstitutionelle Monarchie, beide schwimmen in einander, und Niemand werde läugnen, daß die Monarchie Norwegen eigentlich republikanischer sei, als die Republik Frankreich.

Hiermit schließt sich die Diskussion für diese Sitzung; mit einigem Schrecken erfuhr die Versammlung, daß noch nicht einmal der vierte Theil der eingeschriebenen Redner gesprochen habe; in Erwägung, daß, wenn die Diskussion so die zu Ende geführt werden soll, nicht nur eine sehr kostbare Zeit darüber hingehe, sondern auch die Verhandlungen selbst allmählich unerträglich werden müßten, wenn noch 120mal das bereits Gesagte wiederholt werden sollte, so suchte man diesem dringenden Uebelstand, um das dieser Kalamität des Redebürgerthums herauszukommen. Nachdem verschiedene Vorschläge in dieser Beziehung gemacht worden waren, vereinigte man sich dahin, daß über einige Amendements, welche von einer größern Zahl Mitglieder Unterstützung gefunden hatten, außer diesen aber über die 4 Hauptanträge von je 2 Rednern noch gesprochen und sodann zur Endabstimmung geschritten werden soll. Es steht also in Aussicht, daß noch

Digitized by Google

**Kurhessen.** Kassel, 18. Juni. In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung wurde auf den Antrag des Herrn Koch, einstimmig erklärt, daß der Wiedereintritt des Geh. Justizrathe Günsche in das Oberappellationsgericht, welcher allen Andern vorgehen müsse, dem öffentlichen Interesse des Landes entspreche. Herr Henkel begründete hierauf zwei Anträge: 1) Wegen schleuniger Einführung allgemeiner Volksbewaffnung zum Schutz der errungenen Freiheit gegen etwaige ängstliche Maßnahme. Es wurde beschlossen, einen besondern Ausschuß zur Begutachtung dieses Antrags zu wählen. 2) Wegen des Verhältnisses des Regenten zu den verantwortlichen Ministern. Der Antrag geht dahin, Se. k. H. den Kurfürsten zu bitten, zur Ausübung der Regierungsrechte, welche nicht Sr. k. H. eigenes Verhältniß zur bürgerlichen Gesellschaft betreffen, und soweit nicht in der Verfassungsurkunde ausdrücklich die Mitwirkung des Regenten vorbehalten ist, die Minister zu bevollmächtigen und die Vollmacht im ständischen Archiv niederzulegen. Die Versammlung beschloß, diesen Antrag in Erwägung zu ziehen und einem noch zu erwählenden Verfassungsausschuß zu überweisen. Demselben Ausschuß wurden mehrere Anträge wegen Abänderung des Wahlgesetzes übertragen. Die Berathung des Preßgesetzes wurde bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. (K. A. Z.)

**Schleswig.** †† Rendsburg, 17. Juni. Die dritte Sitzung der schleswig-holsteinischen Ständeversammlung war eine interessantere als die vorhergehenden; denn sie brachte Prinzipienfragen zur Sprache, welche auf die folgenden Sitzungen von dem größten Einfluß sein müssen. Baron Blome interpellirte von vornherein nach Verlesung des Protokolls den Regierungskommissär über die Antwort des Regierungspräsidenten, welche derselbe den Deputirten der hier abgehaltenen Volksversammlung bei Ueberreichung der 4 Eipaktiten Punkte gegeben hatte. Dieselbe war der letzte auf Absetzung des Königs antrage. Der Präsident soll nach einer Angabe der Schlesw. Holsteinischen Zeitung der Deputation für das der Regierung bewiesene Vertrauen gedankt und die Bemerkung gemacht haben, wie die Regierung dies Vertrauen durch Nachgiebung des vernünftigen allgemeinen Volkswillens sich zu erhalten, stets bemüht sein werde. Der Kommissär versieht die Antwort auf die folgende Sitzung, da er nicht wisse, wie sich die Sache verhalte, sogar den beantwortenden Vermerk Anfrage, ob die Schlesw. Holst. Zeitung eine amtliche sei, dahin, „daß nur der offizielle Theil amtlich sei." — Wichtig sind die Verhandlungen über das Budget. Der Herzog von Augustenburg erklärt von vornherein, daß hier nicht ein kleines Deficit zu decken, sondern eine Kriegsrüstung von $3^1/_2$ Millionen Rthlr. aufzubringen sei, wozu eine neue Steuernorm nöthig. Die Regierung habe aber keinen Gesetzentwurf vorgelegt, und es sehe daher aus, als wolle die Regierung die Verantwortlichkeit für eine deficirende Maßregel auf die Stände werfen; aber die Regierung habe den Vorschlag zu machen, die Stände ihn nur zu berathen, höchstens Anträge zu stellen, daß Vorschläge gemacht werden. Bis zur Vorlage des Gesetzentwurfs beantrage er, kein Komité zu wählen. Dargum sowie alle andern Redner schlossen sich dieser Ansicht an, nur hob Dargum noch hervor, daß Land und Stände das Geld anschaffen müßten, aber unter zwei Voraussetzungen: Nachweis der bisherigen ordnungsmäßigen Finanzverwaltung und Verlegung bestimmter Vorschläge über die Art der Aufbringung des Geldes. In ersterer Hinsicht gehe wohl das Budget noch die neun Zeilen des Begleitschreibens einen Aufschluß; er frage den Kommissär, ob die Regierung dem beantragten Finanzkomité auch in Hinsicht der bisherigen Verwaltung die erforderlichen Mittheilungen zu machen beabsichtige. In Bezug auf die zweite Voraussetzung bemerkte er, daß die Vorlage der provisorischen Regierung eine außergewöhnliche und auch eine unrichtige sei. Außergewöhnlich insofern, als derartige Vorschläge ordnungsmäßig vom Finanzministter entworfen, von der Regierung gebilligt und von ihr den Ständen vorgelegt würden, nicht aber den Ständen die Initiative zugeschoben werden dürfe, welche diese schwerlich ergreifen würden. Unrichtig insofern, als, wenn auch das Komité einen Gesetzentwurf ausarbeite, dieser doch wieder der Billigung der provisorischen Regierung bedürfe, und wenn diese — wie ja möglich — versagt werde, abermals die Stände berufen werden müßten. Der Kommissär erklärte, das Deficit könne in sehr verschiedener Weise gedeckt werden: durch Anleihen im Aus- und Inlande, freiwillige oder gezwungene, durch Zettelemission, durch Steuern, die vielleicht mit Zettelemission verbunden und auf mehrere Jahre vertheilt werden können. Die von der provisorischen Regierung hierüber ausgearbeiteten Entwürfe werde sie dem Komité vorlegen; ob die Vorlage sammt allen Aufklärungen, die gewünscht würden, an dieses oder an die Versammlung erfolge, sei ein rein formeller Unterschied. Gegen die Bemerkung des Präsidenten, daß die Vorlage unrichtig, vertheidigte sich der Kommissär durch Berufung auf den §. 6 des Ständegesetzes, wonach die Ständeversammlung die neuen Steuern auf das Herzogthum zu vertheilen habe, was analog auf die vereinigte Ständeversammlung Anwendung findet. Die Initiative, welche auf diesen §. hin von den Ständen gefordert werden könnte, dürfte die Regierung nicht abschneiden. Eine Debatte über den §. 6 erhob sich, besonders opponirte Otth gegen die Ansicht des Präsidenten, daß die Regierung nicht gebunden sei durch das, was die Stände beschließen; sie habe den Ständen die Vereinigung und das Steuerbewilligungsrecht zugestanden, was man „sachmännisch exerziren" und sich wenigstens in soweit als beschließend ansehen könne. Am Schluß der sehr interessanten Debatte wurde die sofortige Vornahme der Wahl eines Komités für die Finanzvorlage mit 41 gegen 31 Stimmen abgelehnt und beschlossen, daß von der prov. Regierung zuvor ein bestimmter Gesetzentwurf über Mittel und Wege zur Aufbringung des Deficits von etwa $3^1/_2$ Mill. Thlr. vorzulegen sei.

## Frankreich.

* Straßburg, 22. Juni. Ich kann es nicht bergen, die 300 Bataillone beweglicher Nationalgarden haben in mir Besorgnisse erregt, besonders da man davon sprach, daß die angegebenen Bewegründe Abänderungen auf eine mögliche Störung des Friedens enthielten. Ich habe dieselben heimlich geprüft und wohl Einiges gefunden, das benutzungen könnte. Zuerst scheint der Minister sich einer Idee nähern zu wollen, welche längst in dem deutschen Kriegswesen durchgeführt ist und von deren Anwendung in Frankreich auch schon früher gesprochen worden. Dieses ist das Landwehrsystem, eine zum aktiven Dienst verpflichtete Abtheilung des Heeres, welche indessen, wenn es die Noth nicht erfordert, nicht unter den Waffen steht. Auch verhelft der Kriegsminister die Verminderung des Heeres und eine dadurch mögliche Ersparniß, die er, wohl zu hoch, auf 100 Millionen anschlägt. Dieser Hoffnung gibt er auch noch mehr Nachdruck durch die Zusicherung, daß er nie gegen Anlaß, den Frieden zu brechen, erblicke. Dann aber folgen die bedenklichen Worte: „Frankreich darf nicht ruhig zusehen, wenn über Ländergebiete verfügt wird; es wäre dieses eine Versäumniß der Vorsicht; es darf nicht dulden, daß benachbarte Staaten sich vergrößern, ohne daß ihm eine Entschädigung zufällt." Ich habe mich gefragt, auf welche Maßnahmen sich dies beziehe, und in dem ersten Augenblick wohl gar an Belgien und Savoyen gedacht. Wäre es nicht möglich, fragte ich, daß Frankreich, so gänzlich bei der Vermittlungsfrage zwischen Deutschland und Dänemark übergangen, mit Eifersucht die Intervention Englands sähe, und am Ende, um sich einen alten Verbündeten zu erhalten, oder überhaupt sich in Respekt zu setzen, hier einen Streich dem so zerrissenen Deutschland spielen wollte! Allein bald führte mich die weitere Rundschau vermuthlich auf den rechten Boden, nämlich nach Savoyen. Mit Karl Albert steht die französische Regierung bekanntlich auf keinem guten Fuße. Zwar hat nach dem letzte Revue rötrospective die Dokumente bekannt gemacht, aber vermuthlich ist über Genua nach Turin englischer Einfluß in das sardinische Kabinet eingezogen. Schon die Hoffdänischen Prinzen, die gänzliche Abwesenheit aller Anknüpfungspunkte zwischen der französischen Flotte und den sardinischen Küsten, das schnelle Abweisen jeder französischen Hilfe von Seite Turins, wo man nicht einmal Zuflge in Frankreich gebiltete Freischaaren annehmen will, Alles deutet auf eine Entfremdung, deren Ursache wohl vorzüglich in der Umbildung des nördlichen Italien in ein Königreich statt in eine Republik liegen mag. Daß Frankreich eine solche Umbildung nicht gerne sieht, dies ist nicht schwer zu begreifen; es legt sich ja ein starker Staat zwischen das Herz Europas und die franz. Republik, ein Staat, der vielleicht noch Mittel- und Süditalien in sich aufnimmt. Vor der fatalen Reaktion in Neapel hätte man dort vielleicht noch Etwas gewinnen können; jetzt, wie auch die Wirrsel fallen mögen, ist dazu schlechte Aussicht. Nun kommt gleichzeitig der Ruf Venedigs, das, wie es scheint, eine eigene Existenz sucht, dieselbe aber nicht von dem Verbündeten Sardiniens zu erhalten hofft, und sich deßwegen noch Paris wendet. In allem Diesem glaubt man wohl die französische Regierung einen Grund zu finden, dem Könige Italiens erklären zu dürfen, daß er Savoyen verwirkt habe. Hier sind große Sympathien für Frankreich; in dem sardinischen Staatenverband bebielt Savoyen ungestört seine Nationalität, seine Deputirten sprachen ihre französische Sprache in der Kammer in Turin. Nun aber in dem größern Lande wird dieses schwerlich Statt finden können, und Savoyen wohl einer solchen Umbildung zur italienischen Provinz widerstreben. Hier, in

Digitized by Google

Turin, mag endlich noch der Nachbar gesucht werden müssen, der sich zum Schaden Frankreichs vergrößert, wenn Letzteres nicht in dem Alpenlande selbst eine Entschädigung findet.

Bei den deutschen Flüchtlingen regt es sich etwas, die Führer sind von Paris gekommen, und in dieser Stadt liegt es aus, ob ein Kongreß gehalten werde. Auch Niederländer sind hier, und Alle in großer Bewegung. Die deutschen Regierungen werden wohl nicht in Unkenntniß darüber sein, denn diese Leute gebieten über Geld und Soldaten. Ja, es gibt der Thoren manche in den benachbarten Garnisonen, welche sich eines geringen Handgeldes wegen für das ganze Leben unglücklich machen. Man hofft, nicht ohne Grund, diese Leute werden in den ersten Reihen bei dem Feuer besser aushalten, und den andern Muth einflößen. — Ich wünschte Sie auf des Ministerium des Innern neuestes Umschreiben an die Präfecten aufmerksam zu machen: es ist nämlich ein wichtiger Schritt. Sowie der Minister den Präfecten vorschreibt die Legitimisten zu überwachen, so sollen sie auch die allzueifrigen Republikaner zu zügeln suchen, denn auch sie können, mit den reinsten Absichten, der Republik schaden. Liegt hierin vielleicht die Vorbereitung einer baldigen Schilderung der Klubs, wenigstens der wildern? Denn mit diesen ist keine Verwaltung möglich, weil jede Maßregel, die ihnen nicht gefällt, hier diskutirt wird, woraus der Widerstand organisirt, und Mittel und Wege dazu gegeben werden, da für die Ausführung der Beschlüsse leicht 5 — 600 Klubisten fanatisirt sich verpflichten können. Die Auflösung solcher Mittelpunkte der Anarchie wäre eine wahre Wohlthat, dann erst kann freie Wahl der Bürger- und Departemental-Räthe stattfinden, und zwar solcher, mit welchen Maire und Präfect leben kann. Jetzt sehen sich diese Stellvertreter der Regierung auf der einen Seite von dem Ministerium getrieben, während auf der andern Seite ihnen eine schreiende Masse in geschlossenen Reihen entgegensteht.

## Italien.

* **Rom**, 13. Juni. Ein Peruginer ist zum Präsidenten der Deputirtenkammer ernannt worden. Dies klingt schreckhaft, indem Perugia dem heil. Stuhl allezeit antipathisch gewesen ist und auch in den letzten Tagen das Gerücht von einer rücksichtslosen Opposition an die Deputirten dieser Stadt geknüpft war. Diesmal indessen trügt der Schein. Giam Batt. Serenti ist ein Rechtsgelehrter von echtem Schrot und Korn, der sich nach den großen Vorfahren des italienischen Mittelalters gebildet hat und nicht bloß gründliche Kenntnisse und vielseitige Erfahrung besitzt, sondern sich auch durch eine gewisse Unkraft der Gesinnung auszeichnet. Gesinnung verlangt zu ihrem Gedeihen die Unabhängigkeit, und diese ist dem Vertreter des stolzen Perugia durch ein nicht unbedeutendes Vermögen gesichert, welches ihn die Stürme, die sich seit dem Jahr 1831 gegen ihn erheben, hat überdauern lassen. Seinen Lehrstuhl, dem er Ruhm verliehen, hat er damals freilich aufgeben müssen. Sonst aber hat er sich in seinen Civilfunktionen nicht stören lassen, und wo sein Name genannt wird und zu den Ohren eines seiner Landsleute dringt, verbreitet er eine heitere Stimmung und weckt die günstigsten Vorurtheile. Unter seinen Mitbewerbern kommen nur zwei in Betracht, Cicognani, einer der Deputirten von Rom und Graf Pepoli von Bologna. (Letzterer ist in der heutigen Sitzung zugleich mit dem Advokaten Sturbinetti zum Vicepräsidenten ernählt worden.) — Trotz der zahlreich besetzten Stühle zur Linken hat Sterbini doch nur eine einzige sporadische Stimme bei der ersten Votation davongetragen. An dem Fürsten v. Canino hat die Linke freilich eine unerquickliche Last. Er schwatzt bei jeder Gelegenheit darein und wird es wohl dahin bringen, daß seine eigene Partei ihn nachgerade unerträglich findet. Neue Mitglieder sind seit der Eröffnung der Kammern nicht hinzugetreten. Bevaglhens hat sich die Zahl der Deputirten allem Anschein nach nicht vermehrt.

## Griechenland.

* **Athen**, 9. Juni. Seit 3 Wochen entbehren wir die deutsche Post. Ich schreibe Ihnen daher über Frankreich. Der Aufstand, welcher etwa zum neunten Male dem König Otto den Verlust des Thrones drohte, ist wie von Außen angestiftet, von Außen unterdrückt. Es war dieser Aufstand eine Fortsetzung der Griechischen Schildverhebung, die während des Winters ruhen mußte. Diese Fortsetzung wäre unmöglich gewesen, hätte man nach der französischen Februarrevolution vom alten System abgelassen. Man wollte und will nicht und wird nicht wollen, bevor Orient-Osten, der Zögling Metternich's, sammt seinem Legationssekretär, Ignaz Cotes v. Wels, den griechischen Boden verlassen hat. Denn was ich Ihnen früher gemeldet und die Oesterreichische Brieferöffnungskommission oder die damals noch hilfbereite badische Censur unterdrückte, es ist die Oesterreichische Diplomatie, welche sich jedem inneren und äußeren Fortschritt in Griechenland seit vierthalb Jahren und länger widersetzt, wie ein Schlagbaum, wie ein ehrenfester Grenzpfahl. Was früher dem tiefer eindringenden Beobachter nicht unbekannt geblieben, hat neulich Lamartine ausgesprochen: Ludwig Philipp bubite auf Kosten seiner Verbündeten um die Gunst des absolutistischen Oesterreichs. Den sogenannten gallogermanischen Einfluß zu brechen, zelleite anderseits die russo-anglistische Opposition Verschwörungen und Aufstände an und verdünnte sich zuletzt mit Redschid Pascha, der in seinem Chrgeize die Kätzereburung der abgefallenen Provinz nicht träumte, sondern faß verwirklichte, wie seiner Zeit die Times, wahrscheinlich in das Geheimniß eingeweiht, sehr richtig vorausgesagt. Die Gelder, welche den Rebellen sehr reichlich zu Gebote standen, werden von einem Lalioten, Khas aus Larisse, bezeugt und sind zu beträchtlich für das Vermögen eines Privatmannes. Die Turkoalbanesen und Lalioten im Gefolge der Rebellen schlossen sich an, nicht allein für Sold und aus Beutelust, sondern in der Hoffnung, den zerstörten, moreotischen Flecken Lalo und den ganzen Peloponnes unter die türkische Herrschaft zurückzubringen. Daß die anglorusso-türkische Diplomatie den Plan billigte, ist nicht zu bezweifeln, jede einzelne zwar aus egoistischen Rücksichten. Lord Palmerston und die Kaufleute der City wollen lieber Griechenland als türkische Provinz, denn als kräftiges Königreich, das naturgemäß früh oder später die jonischen Inseln an sich ziehen würde. Rußland hat von jeher den gleichen Glauben benutzt, die Griechen zu seinen Werkzeugen zu machen, redlich hat es sie niemals begünstigt, und sein letztes Kundschreiben und die Vermittlung zur Unterdrückung des Aufstandes sind hier sicher nur durch die neue politische Konstellation in Europa diktirt, nimmermehr durch aufrichtigen Antheil an Griechenland oder seinen König. Wenn dies, warum gäbe der reiche Czar, der noch neulich seine Millionen an den ihm verhaßten Barrikadenkönig verschwendet hat, nicht König Otto die geringe Summe von 15,000000 Drachmen, welche den bevorstehenden Staatsbankrott verhüten könnte? So sind bis heute alle fremden Mächte und besonders die Schutzmächte darin einig gewesen, Griechenland nicht aufkommen zu lassen; und der beste Rath, den man seinen Staatsmännern geben kann, ist allerdings der Guizot's einige Wochen vor seinem politischen Tode, daß sie weder Russen, noch Engländer, noch Franzosen, sondern Griechen sein sollen. Das freie und einige Deutschland wird Griechenlands aufrichtiger Verbündeter sein.

## Amerika.

**Venezuela.** Handelsbriefen aus La Guayra und Caracas vom 6. Mai zu Folge hat die venezolanische Regierung dennoch wieder alles Hoffen der Patrioten über General Pray in Maracaibo gesiegt. Somit ist denn die letzte Stütze der Verfassung gegen die diktatorischen Anmaßungen des jetzigen Präsidenten Monagas gefallen, und der gänzliche Ruin des Landes ist zu erwarten. Dies geht allein schon aus den Elementen hervor, aus denen das jetzige Gouvernement zusammengesetzt ist. Monagas selbst nämlich ist ein kopfloser, aufgeblasener Spanier, ein Soldatenchef der rohesten Art und sein Faktotum Antonio Leocadio Guzmann, einst der Sekretär Bolivard, war noch im vorigen Jahre der Anführer der Schwarzen gegen die weiße Bevölkerung, da er sich seiner vielen Schulden auf solche Weise am Besten zu entledigen meinte. Man darf daher versichert sein, daß, wenn die Gebäudelose zu Stande kommt, welche die venezolanische Regierung durch ihn jetzt in England zu negoeiren beabsichtigt, er sich dabei seine Provision nicht entgehen lassen wird. Uebrigens möchte sich in Großbritannien so leicht wohl Niemand finden, der einem Staate von dieser Zahlungsfähigkeit 12 Millionen Thaler borgt. — Das Beispiel von jener kleinen Republik in Centralamerika, der England 1824 660,000 Pf. Sterl. lieh, und die bald darauf bis auf den Namen verschwand ist in London noch nicht vergessen. —

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver 4 Burg., 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden man sich an G. L. Lagrange in Straßburg Nr. 29 Brandg., Paris Nr. 29 Rue du Dauphin.

# Deutsche Zeitung.

Die Pränumerationspreise betragt das Quart. Bad. Postamt in Heidelberg. Der Preis beträgt 3 Gulden fl. 10. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogth. und Baden fl. 12. 30 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 176. Heidelberg, Montag 26. Juni. 1848.

## Uebersicht.

**Die Umwälzung in Preußen.** — Wien (Arbeiterbewegung. Arbeiterbewegungen unterdrückt. Lebhaftes Börsengeschäft). Innsbruck (Erzherzog Johann als Statthalter des Kaisers nach Wien. Für Böhmen getroffene Verwaltung beabsichtigt). Prag (vollständige Herstellung der Ruhe). Berlin (Nachträgliches über die Frohnleichnamsfeierlichkeiten. Die Bildung des neuen Kabinets. Orts soll verlegt sein. Entwurf des Wahlgesetzes). Breslau (die Russen). Ulm (Schluß der Lage d. Lübeck (die Stimmung in Schweden. Englische Note). Frankfurt (Verhandlungen der Nationalversammlung. Uhlandwahl. Blum. Raveaux. Mathy. Gagern auf der Rednerbühne. Verhandlungen der Nationalversammlung über die provisorische Exekutivgewalt. Rücktritt auf die letzte Sitzung. Erklärung Eisenmanns.)

**Niederland.** Haag. Bevorstehende Eröffnung der Kammer. Jahresversammlung der Handelsgesellschaft.

**Dänemark.** Kopenhagen. Eine russ. Note. Kriegerische Anstalten. Schwedische und norwegische Truppen und Schiffen.

**Großbritannien.** Ministerielle Zerwürfnisse. Zunahme der bewaffneten Klubs in Irland. Thomas Attorney auf Wahle und Parlamentsreformen.

**Frankreich.** Paris. Der Nationalwerkstätten. Zunahme der bewaffneten Klubs in Irland. Thomas Attorney auf Wahle und Parlamentsreformen. Die Arbeiter als Freiwillige zur Armee gezogen. Frankreich und Sardinien. Angeblich Note in der polnischen Sache. Tragödie will abdreten. Unruhen auf Martinique. Neue Zusammensetzungen.

**Italien.** Vertrag zwischen Sardinien und der Lombardei.

**Beilage.** Rede v. Binde's über die prov. Reichsgewalt.

## Heidelberg, 25. Juni.

Mit welcher intensiven, furchtbar fortschreitenden Kraft muß die Fäulniß unsern Staatsleib unter dem glänzend gestickten Teppich, den das alte System darüber breitete, angefressen haben! Die früheren Eiterungen, welche durch die schillernde Decke vorbrachen, ließen es kaum ahnen; den Umfang, die Größe fangen wir erst jetzt an zu ermessen. Es war Ordnung in Preußen; das mußten auch seine erbittertsten Feinde ihm zugestehen, zu viel, tyrannische, drückende, schulmeisterliche oder tyrannische, aber eine Ordnung, an der die destruktiven Gelüste zu scheitern fürchteten, auch wenn sie anderwärts Fuß gefaßt. Darum saeten sie in Deutschland Haß gegen Preußen aus, eine Saat, die nur zu fruchtbar aufgegangen ist.

Und wo ist diese Ordnung jetzt? — In einer Nacht vor drei Monaten war sie zerschüttert; das alte Königthum war vernichtet, vielleicht auch das alte Militärwesen, die Beamtenherrschaft; wer aber glaubte, daß das ganze Ordnungssystem, in dem die Nation durch drei bis fünf Geschlechter erzogen, groß geworden, mit vernichtet sei? Es konnte ja, wenn auch bis in seine Grundfesten getroffen, erschüttert, nur einen Augenblick geschwankt haben; dann mochte es, vermöge seiner elastischen Kraft, die Vibrationen überwinden und wieder aufrecht dastehen. Das war ja die preuß. Eigenheit; nach allen heftigen Erschütterungen, nach Kriegen, Schlachten, wo man Preußen vernichtet glaubte, schüttelte es sich, und seine ältere Kraft bewährend, wuchs es sich zu neuer Größe, wie nach verlorenen Schlachten, nach Kriegen wie der dreißigjährige, siebenjährige und der napoleonische 1807. So schien es auch in der ersten Woche nach den Märztagen sich zu erholen. Man war wie aus einem blutigen Traum erwacht; man jauchzte wieder, man überuahm sich auch etwas, aber in der Freude über die errungene Freiheit glaubte man noch immer, daß diese Freiheit mit dem alten Sein, der Sicherheit und Ordnung von ehemals, Hand in Hand gehen könne. Dies war wenigstens der Glaube der großen Mehrheit, welche die Errungenschaft der Revolution freudig hinnahm.

Was die wühlende Partei in ganz Deutschland gethan, das Alte mit Stumpf und Stiel auszurotten, um ihr neues soziales System aufzubauen, liegt vor Jeden Augen. Was hätte sie in Preußen vermocht, wäre die Ordnung so fest gewesen, als die Mehrzahl von Preußens Völkern glaubte! Von der andern Seite ist Vieles, Ungeheures nachher versehen worden. Erst die Geschichte wird darüber richten; wir haben kein Recht, denen, die wir aufgewedt, vorzuwerfen, daß sie im Erwachungstaumel nicht mehr von der Zeit gewußt, als die eine Stunde früher wach waren. Sie haben gewirkt, sagt der Minister Camphausen, weil sie diesen Weg für besser hielten, als den einzigen andern, der sich ihnen bot, die Diktatur in die Hand zu nehmen. Nun wissen wir es Alle, es wäre besser gewesen, wenn sie die Diktatur in die Hand genommen; ist das aber ein sträfliches Vergehen, daß sie es damals nicht wußten? Die Diktatur hätte uns gerettet, aber welche Opposition hätten die Diktatoren auf sich geladen. Wie Vieles vom Alten glaubte man noch so fest, daß es des Zwanges nicht bedurfte. Da bandelte man nach bester Ueberzeugung.

Aber auch noch da, als man zuerst die Revolution anerkannte und, ich weiß nicht wie viel Wochen nachher, sie verläugnen wollte! Am Abend des blutigen Tages glaubte dasselbe Volk, das eben noch in lautem Jubel über die Konzession gejauchzt, daß es verrathen sei; es jauchzte auch den Barrikadenhelden zu, unthätig zuerst, am Morgen mit der Miene, Theil zu nehmen. Nachdem der Sieg errungen, berauschte es sich mit der Selbsttäuschung, daß es selbst es gewesen, welches ihn erkämpfte. Es gibt ärgere Selbsttäuschungen, die zu schonen doch die Klugheitspflicht erfordert. Aber man adoptirte diese Selbsttäuschung, officiell, man weihte sie ein durch das feierliche Leichenbegängniß; sie schwoll an durch das ganze Lügengewebe der Zeitungsberichte über die Todtenfeyer der Mordnacht. So war sie zu historischen Thatsache geworden, nicht unwahrer als hundert Geschichten, welche in den Geschichtsbüchern Aufnahme gefunden haben, in allen Kompendien stehen, in allen Schulen gelehrt werden.

Nun hatte man kein Recht mehr die einmal anerkannte Revolution zu verläugnen. Freilich löste die Kritik manches Wunder. Die 27 Studenten, welche man todt aus einem einzigen Hause mit 20 gleichfalls todten Soldaten getragen hatte, schmelzen in einen einzigen Studenten zusammen, welcher überhaupt gefallen, und, nebenbei gesagt, nicht einmal ein wirklich immatrikulirter Student gewesen sein soll. In Allem waren nur 27 Soldaten gebliebeu. Hübsche Geschichten, wie die von einer Braut, die einen Offizier, welcher ihren Bräutigam getödtet, mit der Pistole erschossen, und darauf mißhandelt und aus dem Fenster geworfen worden, weisen sich als alte Anekdoten aus, ja sie wanderten nach Neapel über und schmückten die Gräuelgeschichte des jüngsten Barrikadentages daselbst.

Es ist jetzt bewiesen, daß die Revolution vorbereitet gewesen, daß fremde Emissäre sie geleitet, daß die Barrikaden zum Theil gedaut und unmerirt waren, bevor noch die ersten ominösen Schüsse gefallen, die Säbel der Kavallerie gezückt waren, ja endlich, daß man — nur nicht die Berliner Bürger — eine Revolution couto qui coute gewollt „selbst wenn der König eine Republik proklamirt hätte". Dies sind bekannte Worte.

Aber Alles das berechtigte nicht, den Berlinern ihre Revolution wieder zu nehmen, nachdem man sie ihnen gewährt. Wenn seine Wahrheit, so war sie ihr Wahn, ihre Puppe, ihre Gewehren. Die Klugheit fordert in der Politik oft ärgere Selbstverläugnungen. Orthodoxe Hochkirchler unter dem britischen Militär mußten vor dem mörderischen Zuge des Götzen Juggernauth präsentiren, sie mußten ehedem Wache stehen, wenn indische Wittwen verbrannt wurden! Den Glauben seiner Völker zu ehren, ist die Aufgabe jeder Regierung. — Und war die Revolution denn nur ein Glaube? War es denn nicht eine wirkliche, großartige Revolution, die nur weit früher, als mit dem 18. März begonnen, welche die Konzessionen bewirkt? Die Barrikadennacht war nur der Schluß, möglicherweise ein unnöthiger, aus verrätherischer Absicht, vielleicht von Fremden gemachter, aber doch ein Schluß, der der ganzen Bewegung ein Siegel aufdrückte. Es gewöhnten sich viele Verständige ihn zu betrachten, ob sie ihn gleich bedauerten. War es denn so schwer, auch diesen letzten Akt der Revolution in eine allgemeine Anerkennung derselben einzuschließen?

Digitized by Google

Man lehnte es ab, weil man sich schämte, weil man nicht daran erinnert sein wollte. Das war ein großes Verbrechen, ein Schlag gegen das Gefühl, weniger der Kämpfer selbst, als dener, welche den Kampf und Sieg, als den ihrigen, mit mehr oder minder gutem Glauben adoptirt hatten.

Dies die Quelle der neuesten Bewegungen in Berlin, wird behauptet. Gewiß eine der Quellen. Aber sie strömen an zu vielen Seiten, sie werden zu emsig gesucht, erweitert, benutzt. Die Fäulniß muß tiefer liegen, welche das Zusammensinken der ganzen, alten, geräumten Ordnung, wie wir in den letzten Tagen davon Zeuge waren, möglich machte. Das Zeughaus, der Sitz, das Palladium des alten preußischen Waffenruhms, gefüllt mit den Trophäen aller Siege, konnte geplündert werden, fast am hellen Tage, von einer Rotte Plünderer, und die ganze bewaffnete Bürgerwehr, eine Kompagnie Soldaten konnte es nicht hindern, kein Polizeipräsident, kein Bürgergeneral, kein Kommandeur erschien auf dem Platze. Es konnten die Tumultuanten darauf das Haus eines Bürgerkapitäns demoliren, weil er im Verdacht (!) stand, die Wache am Zeughaus zu ihrer Schuldigkeit aufgefordert zu haben — hier zur Zwiefalt voller, daß sie das Haus eines Andern demolirten), sie konnten das Waffenlager eines friedlichen Bürgers ausplündern und — Niemand hinderte Beides. Ja die Zeitungspresse entschuldigt die Fakta, die Nationalversammlung hat nicht die Entrüstung darüber ausgesprochen, welche man erwarten konnte.

Damit, mit diesen drei Thatsachen erst, erscheint das alte Gebäude der Sicherheit und Ordnung bis auf den Grund erschüttert; ein Gebäude, welches, abgesehen vom absoluten Königthum, vom altpreußischen Soldatenthum und der bureaukratischen Maschine, so fest, ehrwürdig in der Sitte dazustehen schien. Wer hat dies erschüttert? Eine kurze Revolution? Die Theorien der socialistischen, republikanischen Wühler? Mißgriffe, Furcht, Vertrauenslosigkeit derer, welche es bewachen sollten?

Der Grund muß tiefer liegen. Leichter ließe sich der unerhörte Fall erklären, wäre er in Wien vorgekommen. Metternichs System wollte, es brabschtigte eine Demoralisation des Volkes, wenigstens derjenigen Theile desselben, die er fürchten konnte. Sie sollten nicht denken, sich nicht um das bekümmern, was er sich vorbehalten. Darum so viel Zerstreuung, als möglich, den gefürchteten Gedanken fern zu halten; darum Nachsicht für Laster, Verzerrung selbst für Verbrechen. Ihr glückliches Naturell hat Wien und die Oesterreicher vor der Versunkenheit bewahrt, in die man sie künstlich stürzen wollte. Aber in Preußen wollte man ein moralisches, religiöses, denkendes Volk, man moralisirte, war fromm, dachte für dasselbe zur Nacheiferung und — es ist geschehen, was wir Alle sehen. Man hat so lange geschulmeistert, bis mit den Schulmeistern die Wissenschaft selbst Werth und Achtung vor den Schülern einbüßte. Dreißig Jahre sind es seit den Karlsbader Beschlüssen, durch 30 Jahre Selbsttäuschung, und kein Blick in den innern Seelenproceß, der solche Resultate möglich machte!

---

**Oesterreich.** **Wien**, 19. Juni, 2 Uhr Nachmittags. Die Stadt ist wieder in der größten Aufregung. Ueberall wird Generalmarsch geschlagen. Militär und Nationalgarden ziehen den gegen die Linien heranstürmenden Arbeitern entgegen. (O. B. 3.)

**Wien**, 20. Juni. Der Allg. Z. wird geschrieben: Gestern wurde abermals die gesammte Nationalgarde durch Trommelschlag zusammenberufen. Man befürchtete ernste Demonstrationen von Seite der Arbeiter, welche sich aber ziemlich ruhig verhielten. Auf den verschiedenen Arbeitsplätzen wurden Verhaftungen vorgenommen; es sollen bei 80 Aufwiegler eingefangen worden sein. Da sich das Gerücht verbreitete, die Arbeiter wollten den Pulvertburm auf der sogenannten Türkenschanze nächst Wien in die Luft sprengen, wurde dieser vom Militär besetzt und eine Batterie daselbst aufgefahren. Heute hat der Sicherheitsausschuß eine Kundmachung an die Arbeiter erlassen, nach welcher ihren Forderungen auf feinerlei Weise Gehör gegeben werden kann.

**Wien**, 20. Juni. Die Neigung zum Steigen behauptet sich an unserer Börse in erfreulicher Progression. Gesucht war aber auch das Gold, dessen Agio sich heute bis auf 20 Percent stellte. Im Ganzen ist das Börsengeschäft seit einigen Tagen viel lebhafter, und die Stimmung durch die nun in Aussicht gestellte friedliche Beilegung der lombardisch-venetianischen Angelegenheiten allgemein günstig. — Das heute veröffentlichte Manifest des Kaisers (vom 16. Juni aus Innsbruck), wonach der Erzherzog Johann als dessen Stellvertreter den Reichstag in Wien eröffnen soll, hat auf die Börse günstig eingewirkt. Die Eröffnung des Reichstags soll nunmehr erst am 10. Juli stattfinden.

**Prag.** Die Leipz. Zeit. schreibt aus Dresden, 20. Juni, Nachmittags. Das Ausbleiben der Prager Post von heute Morgen gab Anlaß zu einer Menge von Gerüchten, die sich schnell in der Stadt, eine das andere steigernd, umherstrieben; der Kampf sei von Neuem wieder aufgebrochen ꝛc. Heute Nachmittag um 2 Uhr ist freiwillige Prager Post angekommen und ich kann Ihnen, mich auf Briefe stützend, die bestimmte Nachricht mittheilen, daß die Ruhe in Prag nicht wieder gestört worden ist, die Herstellung der Ordnung mit Eifer betrieben wird. Gestern Morgen um 9 Uhr sollte die freiwillige Uebergabe der Stadt an den Fürsten Windischgrätz stattfinden.

**Innsbruck**, 16. Juni. Unter diesem Datum hat der Kaiser ein von Wessenberg und Doblhoff gegengezeichnetes Manifest erlassen, worin er sein Bedauern darüber ausspricht, daß er in diesem Augenblicke, wo die Ausscheidung des konstituirenden Reichstages keinen Verzug mehr lasse, durch seine angegriffene Gesundheit verhindert sei, die Reise nach Wien schon jetzt anzutreten. Dann heißt es in diesem Manifest weiter: Damit jedoch weder die Eröffnung des Reichstages gehindert werde, noch die hiezu nothwendigen Vorbereitungen in Stockung gerathen, und damit überhaupt in diesem für das Wohl des Staates entscheidenden Momente ein kräftiges Zusammenwirken aller Regierungsorgane ermöglicht werde, habe Ich, um Meinen geliebten Bruder in Meiner jetzigen Lage an Meiner Seite zu behalten, nach Berathung Meiner hier anwesenden Minister den Entschluß gefaßt, Meinen geliebten Oheim Erzherzog Johann als Meinen Stellvertreter nach Wien abzusenden. Ich werde ihn für die Zeit die ich nach Wien nachfolge, nicht bloß zur Eröffnung des Reichstages, sondern auch zu allen Meiner Entschließung zustehenden Regierungsgeschäften bevollmächtigen.

**Aus dem Salzburgischen**, 16. Juni. Das Königreich Böhmen soll nun bestimmt einen Erzherzog als Vicekönig und eine ganz getrennte Verwaltung erhalten. Daß dabei die Nationalität im vollsten Umfange gewährleistet wird, versteht sich von selbst, ebenso, daß Böhmen freiwillig in den integrirenden Theil Oesterreichs und somit auch Deutschlands bleibt. (Berl. N.)

**Preußen.** *** **Berlin**, 20. Juni. Es stellt sich immer mehr heraus, daß der Angriff auf das Zeughaus ein prämeditirter gewesen, der mit dem reinen Portekampfe Nichts mehr zu thun hat, als daß einige anglückliche Verblendete sich dazu haben gebrauchen lassen und anderes Gesindel für Bezahlung seine heilige Pflicht gegen das Vaterland verletzt hat. — Im Zeughause lag — wenn nicht der ganze — ein großer Theil der neuen Zündnadelgewehre, die Erfindung eines preußischen Offiziers und eines Technikers. Was man von diesen Gewehren berichtet, so könnten sie allein das Schicksal einer Schlacht entscheiden, so lange die Erfindung ein Geheimniß bliebe. Auch das Verderben der Kolbe konnte ein Soldat zehn Schüsse hintereinander im Zeitraum von 1—2 Minuten abfeuern. Das wichtige Geheimniß war bisher auf das Sterngste gehütet worden. Ueber 30,000 Stück dieser Gewehre waren bereits fertig. Die im Zeughaus befindlichen waren in Kisten in dem obern Geschoß aufbewahrt. Nach der Erstürmung der Thüren drang die Masse unter ihren Führern sofort nach dem obern Geschoß, welches ihnen nach der schmählichen Kapitulation des kommandirenden Offiziers geräumt wurde. In 25 Minuten war das Plünderungsgeschäft vollbracht. Wer aber die Zündnadelgewehre fortgetragen, ist zur Zeit noch nicht ermittelt; dem gemeldeten oder freiwillig hinzugetretenen Plünderertroß überließ man die minder bedeutenden untern Räume. Sie zerschlugen die Modelle, sie zerrissen die alten Trophäen und Fahnen und machten sich Scherzen daraus. Während des Tumultes, während der Unthätigkeit der Bürgerwehr (die jetzt allein auf die Bezahlfähigkeit des Interimistischen Kommandeurs geschrieben wird) war ein großer Theil jener kostbaren Gewehre verschwunden und damit ein Geheimniß von ungeheurer Wichtigkeit verloren. Wie viel deren, als die Bürgerwehr vom Brandenburger Thore aus eigenem Antrieb kam; (sie erwartete vergebens die Befehle ihres Kommandeurs, der, wie man sagt, auf die dringende Aufforderung, Hilfe zu senden, 12—16 Mann senden wollte! Einige Bürger wollten geradezu auf Verrath schließen, ein Verdacht, der indeß ganz unbegründet ist), wie viel von den Gewehren, als jene Bürgerwehr das Zeughaus wieder stürmte, die Plünderer hinaustrieb und die Militärwache einließ (so ist das wahre Verhältniß), wieder zurückgenommen sind, weiß man nicht. Aber ein beträchtlicher Theil dieser Gewehre ist in Privathände übergegangen und aus Berlin entfernt. Mit einer ungewöhnlichen Schnelligkeit, die gemeinen Räubern nicht eigen ist, und noch weniger zu der vorgeschützten Lust, das Volk zu bewaffnen, sich paßt, ist man dabei zu Werk gegangen. Schon in den nächstfolgenden Tagen fand man von diesen Gewehren in Stet-

Digitized by Google

tin, zum Transport nach dem Norden? Andere volle Kisten wurden zu Schiffe bei Schneidemühl aufgefangen, der Vermuthung nach nach Russisch-Polen bestimmt. Ein Gesandter, doch von einer weltlichen Macht, hatte für 4 Friedrichsdor von diesen Gewehren aufgekauft! — Man weiß zudem, daß dem hiesigen Bankierhause Anhalt und Wagner für gewisse Worrätharer in den Kluds auf Wechsel 40,000 Thlr. gezahlt worden; man berechnet die Summen, welche in den letzten Wochen überhaupt auf Wechsel an hiesige Kluds ausgezahlt worden, auf zwischen 60 — 70,000 Thlr.; man weiß, daß die Sprecher und Leiter dieser Kluds ohne Vermögen sind, daß schon die Kosten der täglichen Brunnen- und Eckenplatate ihre Mittel bei Weitem überstiegen. Endlich heißt es heute, daß eine polnische Fürstin, die unter einem fremden Namen hier unter den Linden wohnt, verhaftet worden und man bei ihr 200,000 Thlr. gefunden. Dies möge als Gerücht auf sich beruhen, aber die kombinirten Thatsachen stimmen seltsam mit dem Gerichte einer russischen Kriegserklärung, das seit gestern immer dringender umläuft. Und wie deuten die Wühler dieses Gerücht aus? Die König von Preußen habe die Russen heimlich aufgerufen, um den Absolutismus wieder herzustellen! Wenn unter 100 auch nur Einer es glaubt, auch nur 10 es stammlos nachsprechen, so wäre es ein schlechtes Zeugniß für unsere politische Befähigung. Möge es der letzte Unfernuf der Verdächtigungspartei sein, die sich selbst gerichtet hat. Zu erwähnen ist noch, daß der demokratische Klub alle Bestrebungen und Wissen von dem Anfall auf das Zeughaus von sich weist. Doch sind mehrere Mitglieder ausgetreten.

Berlin, 21. Juni. Dem Vernehmen nach hätte sich das neue Ministerium bereits folgendermaßen gestaltet: Herr Hansemann Finanzminister und Chef des Kabinets; Schleinitz Minister des Auswärtigen; Auerswald Minister des Kultus; Rodbertus Minister des Innern; General Schreckenstein Kriegsminister. Ueber die Besetzung des Justizministeriums ist noch keine feste Entscheidung getroffen. Der bisherige Minister Bornemann soll sich wegen seiner sehr geschwächten Gesundheit zurückzuziehen wünschen. Wir wollen inzwischen die angegebene Komposition nur nicht als eine Gewißheit geben. — Ein Gerücht besagt, daß auch eine Aufforderung an Hrn. v. Vincke, jetzigen Deputirten in der Nationalversammlung zu Frankfurt, ergangen sei, um in das Ministerium zu treten. — Ueber das Arbeits- und Handelsministerium fehlt es noch an Angaben. (Voss. Z.)

Berlin. Das Bürgerwehrstatut ist im Entwurf fertig und bereits gedruckt. Es umfaßt etliche und fünfzig Paragraphen. Als Grundsatz stellt es fest: Jeder der das 20. Jahr erreicht hat, und die Eigenschaften eines Urwählers besitzt, ist berechtigt in die Bürgerwehr einzutreten. Jeder der das 24. Jahr erreicht und das 50. nicht überschritten hat, ist verpflichtet zum Beitritt. Die Führer werden durch direkte Wahl ernannt, ebenso der Oberbefehlshaber, dem, wenn er Anspruch darauf macht, ein Gehalt von 3000 Thlr., jedoch ohne Pension, zugesichert werden soll. (Voss. Z.)

Berlin, 19. Juni. Seit einiger Zeit wurde der bekannte Held vermißt. Nun will die Elberfelder Zeit. wissen, daß er zu Triefad an der Hamburger Eisenbahn verhaftet worden. Dieser Mann, der sich in seinen Reden mit so vielem Schwulst und erheucheltem Pathos der Interessen der Arbeiter angenommen, scheint sich auch der Kasse des Arbeitervereines in einem Grade angenommen zu haben, daß ihr 7000 Thlr. fehlen!

Breslau, 20. Juni. Die hiesigen Zeitungen sind voll von Berichten über drohende Bewegungen der russischen Truppenmassen. In Kalisch wimmelt es von russischen Umtsfixen, die Schriften in panslavischem Sinne unter das Landvolk verbreiten und den Haß gegen die preußische Regierung, die sich leider in den jüngsten Ereignissen nicht sehr human gezeigt hat, noch mehr aufzustacheln suchen. — In Bialacgie, einem nicht weit von der russischen Grenze entlegenen preußischen Gebiete, erschienen vor einigen Tagen zwei russische Officiere, entwarfen einen Plan der Gegend und ritten dann vergnügt über die Grenze zurück, ohne daß sie Jemand daran gehindert hätte. Aus zuverlässiger Quelle erfährt man, daß jetzt in das Königreich Polen allein 250,000 Mann eingerückt sind und nur den Befehl zum Ausbruch erwarten. Kanonen steht man in allen kleinen Städten Polens, Kosaken durchstreifen das Land mit ihrem Kantschu an der Seite und freuen sich, daß sie bald den barbarischen Westen mit demselben civilisiren werden. Die Russen suchen sich auf alle mögliche Weise das Zutrauen und die Gunst der Polen zu erwerben, indem sie ihnen Ruhe versprechen. — Vorstehendes ist eine Probe der Alarmgerüchte, welche die Voss. Zeitung von allen Seiten her, aus Tilsit, Ostrowo, Brieg, Tarnowitz u. s. w. bringt. Sogar von einem Manifeste des russischen Kaisers, das ein Geistlicher in Kalisch von der Kanzel herab proklamirt, ist darin die Rede; da die griechische Religion sich wenig von der katholischen unterscheide, so werde das Haupt jener auch diese, die in Posen und Galizien von Deutschen und Juden mißhandelt und entwehrt werde, vertheidigen und sie nicht entehren lassen. Zu diesem Zwecke wird dann ein Kreuzzug gegen die Barbaren und Rache gegen die Unterdrücker der katholischen Kirche der slavischen Völker gepredigt.

**Würtemberg.** Ulm, 22. Juni. Man meldet der Allg. Z. von hier: Ein trauriges Ereigniß wird heute in allen Kreisen besprochen. Der Gouverneur unserer Bundesfestung, Generallieutenant Graf zur Lippe, ein tüchtiger Soldat aus der napoleonischen Schule, hat sich heute früh in seiner Wohnung erschossen. Die jüngsten Militärmeutereien scheinen zu dieser drückgenschwerthen That die nächste und eigentliche Veranlassung gewesen zu sein.

Lübeck, den 15. Juni. Man spricht heute viel davon, daß der englische Gesandte nach dem Eintreffen der beiden Könige in Malmö denselben eine Note überreicht hat, die Beiden Mißmuth verursacht haben soll. (B. H.)

Lübeck, den 20. Juni. Die neuesten Nachrichten aus Malmö bestätigen, was wir vor einigen Tagen über die herrschende Stimmung in Schweden gegenüber den jetzigen kriegerischen Ereignissen berichtet haben. Man verbirgt sich nicht, zu welchen Konsequenzen diese Stimmung führen müßte, wenn von der Stockholmer Regierung der öffentlichen Meinung keine Rechnung getragen werden sollte, und man hat bereits Eventualitäten bezeichnet, mit deren Eintreten ein offener Widerstand zu besorgen sei. Für jetzt läßt noch Nichts darauf schließen, daß die Regierung gesonnen ist, der öffentlichen Meinung nachzugehen. Im Lager bei Malmö wurden neue Truppenkorps aus dem Innern erwartet. König Oskar restdirt noch auf Malmöhuns. (Lüb. Korr.)

ö Frankfurt, 23. Juni. Nachdem gestern Abend die verschiedenen Fraktionen der Abgeordneten in ihren Privatbesprechungen diejenigen Redner bezeichnet hatten, welche heute noch in der Diskussion über die Centralgewalt auftreten sollten, wurde die Reihe in der heutigen Versammlung durch den Abg. Zitz von Mainz begonnen. Er sprach für den Antrag der äußersten Linken, führe eine Vollzugsbehörde der Nationalversammlung, in welcher letzteren alle Regierungsgewalt vereinigt sein soll. Die Nationalversammlung sei die von dem souveränen Volke gewählte, allein noch souveräne Gewalt in Deutschland; die Fürsten hätten sich der Revolution unterworfen, neben der bestehenden Gewalt des Volkes könne keine andere bestehen, eine mitwirkende Gewalt der Fürsten sei unmöglich und ein Widerspruch, der Bundestag könnte höchstens noch ein berathendes Kollegium sein, ein solches aber habe die Nationalversammlung nicht zu fürten; diese habe die Centralgewalt nicht nur zu beschützen, sondern auch zu schaffen, darin allein liege die Anerkennung ihrer Stellung, die Nationalversammlung habe nicht das Recht, auch nur den kleinsten Theil der in ihre Hand gelegten Gewalt zu veräußern, sie allein sei der Träger des Volkswillens, und sie allein habe darum auch nur die Centralgewalt zu wählen. Daß der Vollziehungsausschuß der Nationalversammlung verantwortlich sein müsse, verstehe sich von selbst; denn die vorgeschlagene Ministerverantwortlichkeit sei eine bloße Fiktion, der Ausschußantrag dehne die Machtvollkommenheit der Centralgewalt so sehr aus, daß sie nothwendig zur Despotie führen müsse, man gehe ihr die Stellung einer konst. Monarchie, ohne daß sie durch eine Konstitution beschränkt sei; so lange Deutschlands Verfassung nicht berathen und beschlossen sei, müsse alle Gewalt in dieser Versammlung liegen; er erinnere an die eigenen Worte Dahlmann's in seiner Geschichte von England: Volkssouveränetät ist eine Klippe, an welcher Diejenigen, die dagegen ankämpfen, sich die Köpfe zerschellen. Nehmen Sie sich in Acht, daß Sie nicht an dieser Klippe zerschellen. Auf dieses regelmäßige Schutzargument der Drohung von der Linken folgt auch der regelmäßige Applaus.

Rabowitz tritt für das v. Vincke'sche Amendement auf. Man habe den Sinn dieses Amendements als reaktionär bezeichnet, er frage aber, wer ist reaktionär, wer einen untergegangenen Zustand wieder herstellen wolle; eine solche Partei aber befinde sich nicht in der Paulskirche; allerdings seien Männer hier, welche der alten Monarchie treu gedient haben, ohne jedoch die Mängel derselben übersehen zu haben; ihr Streben sei gewesen, diese Mängel nicht durch eine Revolution, sondern durch eine Coolution zu beseitigen, da leider die letzte nicht gelang, so erkennen sie die erste an; die untergegangenen Zustände wollen sie nicht mehr hervorrufen, theils weil sie untergegangen sind, theils weil sie überhaupt nicht gut und der Zeit angemessen sind, man könne jetzt über die Gestaltung des Neuen verschiedene Meinungen haben und sich in dieser Hinsicht als Parteien gegenüberstehen, aber das schließe die gegenseitige Achtung nicht aus,

Digitized by Google

man müsse annehmen, daß auf allen Seiten der Wille gut und wahrhaft auf das Wohl des Vaterlandes gerichtet sei. Wenn die Parteien in diesem Hause das anerkennen und immer fest im Auge behalten, so werde die Sache sehr gefördert werden (Zustimmung von allen Seiten). Der Redner vertheidigt hierauf das Amendement der Rechten; seine ursprüngliche Ansicht in Beziehung auf die Dreitheilung habe er aufgegeben, in Beziehung auf die Frage, wer ernennen soll, gebe es 2 entgegengesetzte Meinungen, und auf jeder der beiden Seiten werden 3 Unterabtheilungen; die eine Seite will, daß die Regierungen, die andere, daß die Nationalversammlung ernenne, entweder allein oder vorschlagend oder blos genehmigend; er vertheidige die reine dieser Ansichten; man müsse den eigentlichen Gegenstand richtig ins Auge fassen, es handle sich darum, ob das deutsche Volk in seiner Gesammtheit durch die Nationalversammlung oder aber in seinen einzelnen Staaten vertreten, die Wahl vorzunehmen habe. Daß die Regierungen eine Wahl treffen können, welche mit den Ansichten der Nationalversammlung nicht übereinstimmte, sei durchaus nicht zu fürchten, das Resultat werde auf die eine oder die andere Weise ganz dasselbe sein; allerdings büßte die Nationalversammlung die Macht, hierin zu thun, was ihr beliebt, allein die wirkliche Macht zeigt sich in der Mäßigung und Weisheit, nur die Schwäche ist eifersüchtig, heftig und leidenschaftlich; die Versammlung vergibt sich darum Nichts, wenn sie in weiser Erwägung der Verhältnisse und in dem Gefühle ihrer Stärke einen Theil ihrer Macht überträgt.

Ruge. Das Argument des Hrn. v. Radowitz sei das einzige, welches verdiene widerlegt zu werden; er getraue der Versammlung das Recht zu, die Wahl aus eigener Machtvollkommenheit vorzunehmen, hält es aber für peinlich, zweckmäßig, es an die einzelnen Staaten zu übertragen, dagegen erinnere er (der Redner), der ganze Drang des deutschen Volksgeistes gehe dahin, den Partikularismus aufzuheben, und das deutsche Volk als Einheit darzustellen, nur dadurch, das fühle man wohl, komme das deutsche Volk zu seiner Existenz, es wäre darum ein Hochverrath an dieser Einheit, wenn man wieder zu dem Partikularismus zurückgreifen wollte, das wolle das Volk nicht wieder, er habe dasselbe allerdings ein Mal von Baern aus ein niederträchtiges Volk genannt; aber es habe sich jetzt anders gezeigt, es habe sich über die Throne der Fürsten erhoben; gehe die Versammlung wieder an die einzelnen Staaten zurück, so werde das Schicksal des deutschen Volkes nicht zum Guten, sondern zum Untergang geführt; das Recht kann nicht Mittel zum Zweck machen, wir sind hier und handeln vermöge des Rechtes, das wir uns selbst vom Himmel geholt haben, und das ist von Allen anerkannt; die Fürsten daselbsten das Vorparlament, führten seine Beschlüsse aus, und jetzt ist das Parlament selbst da, und nun will man wieder, daß die Fürsten die Wahl der Centralgewalt vornehmen; vielleicht einigten sie sich auf einen Prinzen, der ein Mal einen Theat ausgebracht hat, von dem aber seine Thaten bekannt sind, und wenn er Thaten vollbracht hätte, so würden es Thaten des Hauses Habsburg sein (der Redner hält inne und sieht sich um, aber kein Beifall), man müsse darauf bestehen, daß die Nation als Eine sich konstituire, sonst verrathe man das Prinzip der Revolution und verletze aufs Tiefste das erwachte Nationalgefühl des deutschen Volkes, damit sei die Frage des Herrn v. Radowitz abgethan; die zweite Frage ist, ob Vollziehungsausschuß oder Centralregierungsbehörde; Arndt habe von der herrenlosen Zeit gesprochen; aber was er jetzt von Frankreich sage (Arndt: daß die Franzosen bald wieder einen Herren haben werden, was der Redner zu widerlegen sucht), die Frage ist die: Haben wir das Recht, wieder einen Herrn zu setzen; Deutschland habe keinen Herrn gehabt, es sei in dem Zustande der Herrenlosigkeit und darum sei es unmöglich, zum Despotismus, auch nur zum konstitutionellen zurückzukehren; diese Versammlung sei eine republikanische und könne nie eine andere werden; sie könne darum auch nur einen Ausschuß aus sich selbst ernennen, dem sie nach ihrem Gutdünken einzelne Funktionen überträgt; die Majorität der Versammlung dürfe nicht thun, was sie wolle, sie dürfe nicht auf der Versammlung hinausgreifen, sonst werde ein Gericht über sie ergehen; und nun folgen die gewöhnlichen Drohungen, welche von der Versamml. mit Lachen aufgenommen werden, was den Redner zu der Aeußerung verleitet, das sei das Lachen des Todeskampfes sei (Zurechtweisung durch den Präsidenten). Er kömmt hierauf auf den dritten Punkt, er wolle keine unverantwortliche Gewalt; denn eine solche könne es gar nicht geben; wer unverantwortlich sein wolle, gehöre der menschlichen Gesellschaft nicht mehr an; man wolle die Initiative bei der Wahl den Fürsten überlassen, das sei lächerlich; wer eine Geliebte sucht, der werde sich dieselbe nicht erst durch seine Freunde bezeichnen lassen, man würde ihn auslachen, und ebenso würden uns unsere Freunde, die Franzosen, auslachen, wenn wir uns denjenigen wollten Regierungen lassen, den wir wählen wollen, damit hätte man die Volkssouveränetät aufgegeben, das National- und Freiheitsgefühl werde nur dadurch aufrecht erhalten, daß die Centralgewalt aus und durch uns ernannt werde; thun wir das nicht, so wird das Einheits- und Freiheitsgefühl auf ungesetzliche Wege hingedrängt; auch der Dahlmann'sche Vorschlag gebt auf nichts Anders, als die Republik, nur daß noch zwölf aristokratische Elemente darin seien; anstatt dieser Fürstenrepublik wollen wir die Volksrepublik; wir werden zu nichts Anderm unsere Stimme geben und protestiren vor ganz Deutschland und Europa gegen jeden Beschluß, durch welchen die Souveränität des deutschen Volkes verletzt wird; das wäre ein Riß in der Nation, das überlegen Sie; wer ein Princip aufgibt, der gibt seine Seele auf. — Der Redner, von dem man viel mehr zu erwarten berechtigt war, als er hier gegeben hat, schwächte überdies den Eindruck seiner Rede durch die nachlässige und hier und da selbst zu Gemeinheiten herabsinkende Form, ein Aufsatz gegen die „Retemontanten der Krautjunker" nöthigte ihn zu der Erklärung, daß er Niemand aus der Versammlung damit gemeint habe, und zog ihm eine Rüge des Präsidenten zu. — Eine viel empfindlichere Rüge erhielt er durch die Nationalversammlung selbst, als er sich über die Funktion der Königin von England ausließ, Thronfolger zu gebären, welcher Aeußerung ein allgemeines „Pfui" aus der Versammlung entgegentönte.

Der nachfolgende Redner v. Saucken rügte noch insbesondere diese Art und Weise, die Königin einer andern Nation in der deutschen Nationalversammlung herabzuwürdigen; in keinem andern Parlamente würde so Etwas vorkommen; der Redner vertheidigt die Ausschußanträge, wobei er sich hauptsächlich auf die Frage einläßt, ob die Wahl allein durch die Versammlung und aus derselben, oder aber unter Zustimmung und Mitwirkung der einzelnen Regierungen stattfinden solle; die Souveränität des Volkes liege darin vollkommen ausgesprochen, daß die Nationalversammlung die Centralgewalt beschließt und bestimmt, wie sie zu ernennen sei. In dem Antrag, daß die Regierungen vorschlagen sollen, liege lediglich eine Bestimmung der Zweckmäßigkeit, es solle dadurch die Zustimmung der einzelnen Stämme zu der Gesammtvertretung vermittelt werden; die Rücksicht auf die Einheit sei nicht das Einzige, was man zu beachten habe, wenn man fest und fort die einzelnen Stämme in ihrer Besonderheit verlege, so werde man die Begeisterung für die deutsche Einheit und Freiheit sehr herabstimmen, und doch werden wir sie bald so nöthig haben; man solle jetzt nicht auf Principien reiten, sondern die Einheit sehr und aufrichtig suchen.

Philipps aus München vertheidigt den Wöhring'schen Antrag, wobei er viel spricht von der Treue der Baiern gegen ihren König und von dem Rechte der Fürsten, welches man achten müsse.

Wippermann. Nachdem er seinen eigenen Antrag habe aufgeben müssen, weil er ohne Unterstützung geblieben sei, so habe er sich genöthigt gesehen, sich einem andern anzuschließen; er sei zuerst geneigt gewesen, sich dem Blum'schen Antrag anzuschließen, er habe aber eingesehen, daß dieser nothwendig zur Republik führe; er würde nicht erschrecken vor der Republik, wenn die Nation sie wolle; allein er wolle ihr keinen Vorschub leisten; er erkenne vollkommen an, daß die Schöpfung der neuen Regierung Deutschlands nur von der Nation ausgehen könne; allein dabei habe er durchaus kein Bedenken dagegen, daß die Regierungen der verschiedenen Deutschstämme Vorschläge machen; es werde dadurch die Anerkennung der Souveränität in den einzelnen Ländern nur um so leichter vermittelt; die Initiative in der Hauptsache habe sich die Versammlung schon genommen. Ob er hier seinem Mandat gemäß handele, darüber erkenne er nur einen Richter, Gott im Himmel; er achte den Willen des Volkes, kenne aber auch seine Wankelmarkeit, welche so viele in dieser Versammlung erfahren haben, die so lange Zeit Beckämpfer der Freiheit und Lieblinge des Volkes waren und jetzt als Verräther ausgeschrieen werden; es könnte wohl abermals ein Umschlag eintreten, und dann werden die in der ersten Reihe für die Freiheit kämpfen, welche man jetzt als Hochverräther an dem Volke zu brandmarken sucht. Er spricht sich für die Einheit und Unverantwortlichkeit aus und begehrt einen Prinzen aus der Familie, welche Jahrhunderte lang an der Spitze von Deutschland gestanden hat; daß die Centralgewalt die Befähigung der Nationalversammlung zur Konstituirung bringe, so lange die Versammlung nicht über ihre Kompetenz hinausgehe, verstehe sich von selbst, und er hält deßwegen den Schoder'schen Zusatz für unnöthig; dagegen unterstützt er den Welcker'schen Antrag, damit die alte Zwietracht und der Zwiespalt unter den einzelnen Staaten nicht abermals ein Hinderniß der Freiheit werde.

Widenmann aus Düsseldorf vertheidigt den Schoder'schen Antrag und spricht sich hauptsächlich über die darin beantragte Funktion

Digitized by Google

der Centralgewalt aus, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkünden und zu vollziehen; dieses sei der Kardinalpunkt des Schoder'schen Antrags; im Gegensatze zu dem Kommissionsantrag. Aus dem Berichte des Ausschusses müsse man folgern, daß die Centralgewalt gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung ein Veto besitze, mit Ausnahme des Verfassungswerkes; so würde die Centralgewalt über der Versammlung stehen, indem diese gegen jene kein Veto hätte. Die Nationalversammlung könne aber keine Centralgewalt bilden, um sich selbst zu vernichten, das Wesen einer konstituirenden Versammlung bestehe nicht darin, daß sie allein auf das Zustandekommen der Verfassung beschränkt sei; es liege in der Natur der Sache, daß sie jederzeit Vorkehrungen treffe, welche die Noth der Umstände erforderen; wir wollen keineswegs die Zügel der Regierung in die Hand nehmen; denn eben deßhalb schaffen wir eine Regierung, aber wir wollen uns auch nicht selbst binden; es ist ein Irrthum, daß wir dadurch auf den Boden des Konvents kommen; in Frankreich war ein König, welcher die Gewalt hatte, dieser wurde entsetzt, und an seine Stelle setzte sich der Konvent; in Deutschland aber ist kein König vorhanden, es wird also auch keiner abgesetzt und keine Republik proklamirt, sondern überhaupt eine Gewalt geschaffen, wo keine ist; die rechte Bürgschaft liege allein in der eigenen Mäßigung der Versammlung, wenn diese Mäßigung aus ihr weichen sollte, so helfen keine aufgestellten Principien; der Redner fordert die linke Seite auf, mitzustimmen, denn das Wesen der Volkssouveränetät sei in diesem Antrage vollkommen gewahrt. Wenn der Rio wirklich entsteht, wie ihn der Abgeordnete Ringe angedeutet hat, so, ruft er der Linken zu, haben Sie ihn hervorgerufen.

**Waitz** von Göttingen. Diese Verhandlungen sind Principienverhandlungen, daher auch der letzte Vorschlag keine Brücke zur Vereinigung bilden. Der Redner erklärt, er sei kein Republikaner, er halte die Republik in den größten Staaten Europa's für ein Symptom der Krankheit und einen momentanen Uebergangszustand; deßwegen sei er entschieden gegen alle Anträge der Linken, weil sie republikanisch seien. — Wir in Schleswig sind von unsern Fürsten so lange übel behandelt worden, aber wir sind dennoch monarchisch, Keiner von uns fühlt auf der linken Seite. Daß ist kein Wohl einer Monarchie, daß für durch Personen nicht herausgewürgt wird, weil sie die Macht der Idee ist, durch welche sie getragen wird. Der Redner will aber ebensowenig eine Monarchie für Deutschland, als eine Republik, sondern eine föderativverfassung, darum mit der Einheit sogleich die Sonderheit, und eben darum auch bei der Errichtung der Centralgewalt die Rücksichtsnahme auf die einzelnen Regierungen und ihre Mitwirkung, er spricht sich deßhalb für den Mayer'schen Antrag aus. Gegen den Schoder'schen Antrag macht er geltend, daß die Centralgewalt nicht so unbedeutend in der Versammlung gemacht werden dürfe und nicht beaufsragt werden könne, Alles sogleich auszuführen, was jene beschließe, was sei gefährlich und dem Interesse der Versammlung selbst zuwider, indem überalle Beschlüsse alsdann nicht leicht wieder gut gemacht werden könnten, insbesondere, da ein zweites Haus, eine Staatenkammer, noch nicht vorhanden sei; er verlangt deßhalb für die Centralgewalt ein kuspensives Veto, damit die Beschlüsse der Versammlung in solchen Fällen zur nochmaligen Berathung an dieselbe zurückgehen können; wir werden eine solche Gewalt in kürzester Frist haben, sein Fürst wird sich ihr widersetzen, und wenn er's thäte, so richten Sie; aber wenn die Fürsten das Recht nicht haben, so haben es auch diejenigen nicht, welche sich die Volksmänner nennen; wer der Majestät dieser Versammlung widerstehe, der dient Sonderinteressen, er mag auf dieser oder jener Seite sein; ich glaube nicht, daß man es thun dürfe, daß man die Gewalt brechen dürfe, welche berufen ist, die Freiheit und Einheit des deutschen Volks zu gründen; wenn es aber geschieht, so werden Sie, so wird das Volk, so wird die Geschichte darüber richten.

**Zimmermann** von Stuttgart vertheidigt den Zitz'schen Antrag hauptsächlich aus dem Grunde, weil er der einfachste sei; er verwahrt sich insbesondere dagegen, daß die Centralgewalt aus Fürsten oder aus Beamten der Fürsten oder aus Männern des Bundestages gebildet werde; denn diese Gewalt müsse eine volksthümliche sein, und solche Leute wolle das Volk nicht; er führt nun in anstührlicher Rede aus, daß an den Fürsten und Regierungen gar nichts Gutes sei; das übliche Hauptargument der Drohung, was man mit allen denen anfangen werde, welche nicht mit Herrn Zitz oder wenigstens Blum stimmen, kommt am Ende etwas sorgfältiger als gewöhnlich eingewickelt vor, und der Redner schließt: Wenn auch wir, wie man angedeutet hat, in dem bevorstehenden Sturme fallen, so werden wir doch mit dem Bewußtsein fallen, daß wir wahrhaftig und treu gethalten haben zu dem Volke; wir werden uns so gut wie Herr Bassermann auf die Mit- und Nachwelt berufen können und ein ehrenvolles Grab in dem Herzen unseres Volkes finden. (Langer Applaus der Gallerie).

Edel von Würzburg weist diese Drohungen als unwürdig des deutschen Volkes zurück. Die Revolution sei vollendet und eine neue Revolution könne nur gegen die Errungenschaft derselben gerichtet sein; er vertheidigt die Anträge des Ausschusses und sagt von dem Schoderschen Antrag, er stehe mit einem Fuße rechts und mit dem andern links; er zeigt, daß die Absicht der Linken lediglich dahin gehe, eine Republik zu gründen, sie wisse aber selbst, daß dies für ganz Deutschland unmöglich sei; eine Rheinbund-Republik unter dem drohschlagenden Protektorate Frankreichs sei aber das größte Unglück, was Deutschland treffen könnte. — Diese Aeußerung erhielt von der Nationalversammlung fast die allgemeine Zustimmung, während die französirenden Republikaner auf der Gallerie durch Zischen an den Tag legten, wie unangenehm sie dadurch berührt waren.

**Frankfurt**, 24. Juni. Obgleich heute noch keine Abstimmung über die Einsetzung einer Centralgewalt für Deutschland erfolgt ist, so war doch die heutige Sitzung für die Zukunft des Vaterlandes entscheidend. Der Eindruck, den dieselbe machte, bleibt Allen, welche ihr beiwohnten, für immer unvergeßlich. Die beiden Vertreter der Linken und Rechten, Blum und Lichnowsky, traten mit der ganzen Schärfe ihrer Parteifärbung gegen einander auf; aber sie waren augenscheinlich von der Größe des Augenblickes tief durchdrungen, und deßhalb ihre Haltung zwar fest, aber würdig und ernst, nach keiner Richtung hin verletzend, ja absichtlich Alles vermeidend, was Erbitterung erregen könnte. Nicht in gleicher Weise sprach Vogt aus Gießen, was auch nicht von ihm verlangt werden kann. Raveaux vertheidigte das Schoder'sche Amendement. Die Reden dieses Mannes machen immer einen tiefen Eindruck, nicht etwa wegen ihrer Form, denn diese ist höchst einfach und ohne Schmuck, nicht einmal wegen ihres besonderen Inhaltes, denn dieser ist nicht etwa aus tiefer Wissenschaft geschöpft, wohl aber aus der Tiefe eines edlen Gemüthes, in welchem die reine Liebe zu dem Vaterlande und zu den Menschen die Stelle alles Ehrgeizes und aller Eitelkeit eingenommen. Darin liegt der Zauber, den dieser Redner auf die ganze Versammlung ausübt. Als er heute aufforderte, den Gruß der französischen Nationalversammlung durch eine Erhebung von den Sitzen zu erwidern, war es nicht möglich sitzen zu bleiben, man wurde mit fortgerissen, und seine Schlußworte, in denen er in diesem großen Augenblicke zum gemeinsamen Handeln aufforderte, ergriff mächtig alle Gemüther. Mathy besteg zum ersten Male zu einem größeren Vortrage die Tribüne. Man erwartete eine Demonstration der Republikaner gegen ihn; allein es zeigten sich nur leise Regungen, welchem schnell begegnet wurde. Seine Rede spannte die Aufmerksamkeit, ohne, wie die vorige, eigentlich hinzureißen; aber sie überzeugte und rettete am Schlusse großen Beifall, welchen das Zischen der Fichtianer auf der Gallerie nicht zurückzudrängen vermochte. Ebenso währte sich den Raveaux'schen entgegen. Nach ihm bestieg der Präsident Gagern die Rednerbühne und erregte dadurch eine große Spannung. Wohl selten hat eine Rede einen so mächtigen Eindruck gemacht, wie diese. Man kann kaum sagen, daß es vorzugsweise das Gewicht der Gründe war, was diesen Eindruck hervorbrachte; es war vielmehr die gewaltige Persönlichkeit des Mannes. Als er mit gehobener Stimme sagte: Meine Herren, wir müssen einen kühnen Griff thun, ich sage Ihnen, wir müssen die provisorische Centralgewalt selbst schaffen. Da verstummten die Einwendungen, ein unermeßlicher Jubel brach aus, man fühlte, daß eine politische Größe inmitten der Versammlung stehe. Nach Gagern's Rede kann die Hauptsache als entschieden betrachtet werden. Die Nationalversammlung wird in wenigen Tagen einen Reichsverweser wählen, und dieser wird kein anderer sein, als Erzherzog Johann.

**Frankfurt**, 24. Juni. Der vierte und fünfte Tag der Homerischen Schlacht waren nicht von großer Bedeutung, auch ist es schwer, in der Sache der Centralgewalt noch zu sprechen ohne zu wiederholen. Ein wichtiges Ergebniß ist die gewonnene und sogleich praktisch gemachte Einsicht, daß die Parteien, wie in England, ihre Sprecher wählen müssen, sollen nicht durch das Auftreten allzu vieler Redner Zeit und Aufmerksamkeit verloren werden. Donnerstag Abend wählten die Parteien ihre Wortführer, wovon heute die Letztern den Kampf aufnehmen. Darunter sind nun freilich auch von den bedeutendsten. Blum, Lichnowsky, Mathy und Dahlmann werden heute auf der Rednerbühne sein und wie ich höre wird auch Gagern sprechen. Ob heute auch die Abstimmung zu Ende geht, ist zweifelhaft, da sie bei den vielen einzelnen Punkten wohl mehrere Stunden erfordert. Bei dieser Abstimmung wird die Linke der Zahl nach eine nicht minder große numerische Niederlage erleiden, als die moralischer, welche mit jeder Stunde der Berathung nur fortgesetzt wurde. Welche

Digitized by Google

Kämpfer sind es aber auch, die sie ins Feld sendet. Da war wieder ein Sachse, Hr. Dieskau aus Plauen, der den wohlfeilen und abgedroschenen Kampf gegen den Bundestag mit plumpen Waffen erneuern wollte; der geist- und endlosen Rede ward aber von keiner Seite eine Aufmerksamkeit. Gleiches Schicksal hatte Herr Zimmerman von Stuttgart, der bei dem Zeichen großer Ungeduld des Publikums ausrief: „nun so unendlich langweilig werde ich doch nicht sein“! Auch Hr. Zitz drachte nur schon Dagewesenes und nur über Benedey und Ruge lassen Sie mich ein paar Worte sagen. Benedey ist eine durch und durch edle Natur. Soviel auch seine Politik hinter seinem Gemüthe zurückstellt, so hat er doch die Einsicht, daß er mit der Linken ganz gleichen Weg nicht gehen kann. Auch diesmal wieder sagte er sich von einer Taktik los, die nur zu neuen Barrikaden führt. Die Versammlung theilte er in Solche ein, welche in blinder Nachahmung der ersten franz. Republik eine Schreckensherrschaft herbeiführen möchten, und in Solche, welche dies fürchten, nicht für sich, wie er sagte, sondern für ihr Vaterland. Die Schreckensherrschaft aber werde in Deutschland nicht eintreten, und er schöpft diese Ueberzeugung nicht allein aus der politischen und gemeindlichen Gestaltung Deutschlands, sondern aus seinen Beobachtungen. Er kennt die Kräfte der Umsturzpartei. Ruge sprach wieder ganz in der Manier, in welcher er schreibt. Hier wird da einzelnen Wendungen und Sätzen philosophische Schärfe absprechen; aber das Ganze ist so unerquicklich und verworren, daß die Versammlung in Beifallslachen ausbrach, als er endlich die Worte sprach: „ich eile zum Schluß“. Schon vorher begegnete dem Philosophen, daß die Versammlung ihn auslachte; da ergab sich nun der komische Fall, daß die Linke den Hörern das Recht des Lachens bestritt und daß namentlich Hr. Kapp, auch ein Philosoph, das Lachen untersagt haben wollte (natürlich im eignen Interesse, da ihm neulich das gleiche Schicksal widerfahren). Aus Rache erklärte Ruge das Gelächter für das Gelächter des Todeskampfes. Aber nicht zum Lachen, sondern zum Zorn vor Scham und Ekel drachte Ruge die Versammlung, in der so viele Damen gegenwärtig, durch das Behagen, mit welchem er bei dem ästhetisch abgestuften Ekel eines „langen Beilschlafes“ des Hertulos verweilte und bis zuletzt gar von der Königin Viktoria Funktion sprach, Thronfolger zu erzeugen. Ein allgemeines „Pfui!“ strafte diese Besudelung deutscher Parlamentsredsamkeit und p. Saucken erinnerte diesen saubern Kämpfer der Linken mit Ernste daran, wie wenig ein freies Volk sich ehre, wenn es in solcher Weise das Oberhaupt eines andern freien Volkes antaste. Der Hauptinhalt der Rede war übrigens die geschichtlich unwahre Behauptung: wo ein Volk einmal herrnlos geworden, da gebe es sich nie selbst wieder einen Herren. Als er dies auch von den jetzigen Franzosen vorausgesagt, die, 2 Mal herrenlos, sich 2 Mal wieder einen Herrn gegeben, da stand der ehrwürdige alte Ernst Arndt von seinem Sitze auf und sagte ihm, in Kurzem schon werde Frankreich wieder einen Herrn haben. Aber aller Widerspruch trat den Reden nicht in seiner angenehmen Zuversicht, und mit allem Gegentheil von Besonnenheit schärfte er der Versammlung ein, sie solle nun ja nicht weder vergessen, was er thr gesagt. Ich glaube auch, eine solche Rede wird man sobald nicht mehr vergessen. Wie ich höre, äußerte sich am Abend die Linke sehr unzufrieden mit ihm; die Linke ist freilich geschrit genug zu wollen, daß die Kämpfer, welche sie für ihre Sache erwählt, nicht, wenn auch unbewußt, gegen sie wirken. So zieht denn die Verhandlung, je länger sie währet, immer mehr die gänzliche Ohnthätigkeit unserer Revolutionsmänner ans Licht. Sie mögen gute Dymagogen sein, und daß sie dies sind, haben sie bewiesen und beweisen es tägeren Reihen erst noch anstaunchen seyen. Von Hrn. v. Lassaulx erwähne ich nur die Aeußerung gegenüber den plumpen Schlägen auf gefallene Größen, man solle doch „die Tapferkeit der Essestritte“ Anderen überlassen. Der Redner fand im Uebrigen wenig Aufmerksamkeit. Bydendruck beleuchtete die Linke recht gut darüber, wer eigentlich der Verräther an der Volkssouveränetät sei. v. Saucken brachte zum Beweis, daß die Redner der Linken sich nicht immer mit Recht auf die Volksstimmung berufen können, eine Adresse von Plauen, welche die entgegengesetzte Gesinnung ausspricht als der Vertreter dieser Stadt. Waitz und Radowitz sprachen vortrefflich, ersterer erklärte die Monarchie thätige Verfassung und Radowitz mahnte vorzugsweise zu gegenseitiger Achtung, auch bei aller Verschiedenheit politischer Ueberzeugung, und machte der Linken bemerklich, durch Heftigkeit verrathe man seine Schwäche, mäßig könne nur der Starke sein und beweise seine Stärke durch Mäßigung. — Die Gallerie war an beiden Tagen ungeheuer gefüllt. Die Energie des Vorsitzenden hat genützt; Ihr gewöhnlicher Berichterstatter hat zu erwähnen übersehen, daß der Mensch, welcher sich erfrecht hatte, von der Gallerie herabzurufen „wir thun, was wir wollen“ von dem Publikum selbst hinausgeworfen worden. Ein roher Haufe wollte sich dafür am Abend vor Gagern's Wohnung durch eine Katzenmusik rächen, allein die Frankfurter Bürgerwehr läßt solchen Unfug nicht aufkommen, das Gesindel war sogleich vertrieben und eine nicht geringe Anzahl eingestreckt. Beneden wollte den Vorfall gestern in der Versammlung zur Sprache bringen, der Präsident selbst aber hat ihn, dies zu unterlassen, und mit Recht; ein solcher Unfug verdient keiner Erwähnung an solchem Orte. — Auf einen Reichsfeldherrn werden sich fast alle Stimmen vereinen. Bestritten ist am meisten der Vorschlag, der Reichsstatthalter habe die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen. So nackt hingestellt, ohne alle genauere Bezeichnung der Beschlüsse, welche zu vollziehen sind, ohne alle Kontrole dieser Beschlüsse durch ein Oberhaus oder durch ein Veto des Oberhaupts, das doch selbst in der Republik der nordamerikanischen Staaten dem Präsidenten zusteht, könnte eine solche Bestimmung gefährlich werden. Wie ich höre, hat der sogenannte Württemberger Hof gestern Abend noch mit den linken und rechten Centrum darüber verhandelt und eine Einigung versucht. Die heutige Berathung wird zeigen, mit welchem Erfolge. — So schließt sich denn mit einem denkwürdigen Kampfe ein Zustand der Ungewißheit und des Schwankens, der ohne Gefahr nicht länger fortdauern konnte. Alle Freunde des Vaterlandes hoffen von der neugeschaffenen Gewalt eine neue und feste Gestaltung der Dinge, die Wiederkehr eines kräftigen Regiments und eine Stellung Deutschlands, die auch dem Auslande, namentlich den Russen, imponirt.

**Frankfurt.** Eisenmann bittet alle Redaktionen, „welche die Entrüstung gegen ehrenräthrige Verleumdungen theilen“, folgende Erklärung aufzunehmen: Ich erfahre eben, daß man in Bamberg durchreisenden Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung gesagt hat, ich sei von der Regierung erkauft worden. Ich fordere Jedermann auf, der nachweisen kann, daß ich von irgend einer Regierung irgend eine Begünstigung oder irgend eine Belohnung erhalten oder nachgesucht habe, solches unter Beifügung seines Namens zu veröffentlichen. Bis ein solcher Nachweis erfolgt, erkläre ich Jeden, der mir ein Erkaufsthum nachsagt und überhaupt einen Wechsel meiner politischen Gesinnung behauptet, für einen ehrlosen Verleumder.

Deutschland.

*Haag, 18. Juni. Nach einer Vertagung von drei Monaten wird die zweite Kammer nun endlich am 20. Juniut ihre Arbeiten wieder beginnen und das Werk der Verfassungsreform, das durch die Staatskommission, durch das Ministerium und den Staatsrath vorbereitet worden, in ihre eigene Hand nehmen. Eine ungemein große Anzahl Sittschriften, in den beiden letzten Tagen allein über hundert, ist bei der Kammer eingekommen. In manchen derselben wird auf Abschaffung des Staatsrathes gedrungen, als einer kostspieligen und unnützen Einrichtung. Andrerseits wollen mehrere Adressen den Staatsrath in ein Gesetzgebungskollegium umgewandelt wissen, das lediglich die Aufgabe hätte, Gesetzentwürfe vorzubereiten, als wenn es mit den beiden Kammern der Generalstaaten, dem Staatsministerium, den Provinzialstaaten ꝛc. noch nicht genug wären.

In Amsterdam hat vom 13. bis 16. Juni statt, die gewöhnliche Jahresversammlung des Raths der niederländischen Handelsgesellschaft stattgefunden. Aus dem Berichte des Vorsitzenden erhellt, daß die Thätigkeit der Gesellschaft noch fortwährend in Zunahme begriffen ist. Die Totalsumme ihrer Verkäufe an Kolonialwaaren belief sich während 1847 auf stark 49,625,000 fl. (worunter 25½ Mill. an Kaffee, 15½ Mill. an Zucker, 4 Mill. an Indigo, 3½ Mill. an Zinn) gegen nur 44,340,000 fl. im Jahr 1846. Dagegen betrugen die Ausfuhren der Gesellschaft nach Ostindien, eingeschlossen sogar das Quantum für Rechnung der Regierung, an Gesammtwerth nur 6 Mill. fl. weniger als 6 Mill. fl. Kattunwaaren niederländischen Ursprungs. Die Gesellschaft zahlte an holländische Rheder im Jahre 1847 für Hinfrachten nach Java 153,000 fl., für Rückfrachten aber 9,579,000 fl. und außerdem 747,000 fl. für Verbergung. So bildet die privilegirte Gesellschaft, selbst unter den drückenden Zeitverhältnissen, die wirksamste Stütze für Niederlands Handel, Schiffahrt und Industrie.

Vom Finanzministerium ist eine allgemeine Statistik des niederländischen Handels von 1846 herausgegeben worden, die sehr interessante Mittheilungen enthalten soll. Der Werth der eingeführten Güter betrug sewärts 208,082,818 fl. (wovon unter holländischer Flagge 112,279,377), landwärts 49,461,826; der Werth der Ausfuhr sewärts war 210,352,643 fl. (104,680,588 unter niederl. Flagge), landwärts 105,672,106 fl. Der Werth der durchgeführten Güter erstieg auf 92,094,487 fl.

Digitized by Google

### Dänemark.

Kopenhagen, 17. Juni. Aus Helsingör meldet die dortige Avis, daß man dort am 16. die Freude gehabt habe, die ersten norwegischen Truppen zu sehen, indem drei Dampfschiffe mit 1000 Mann Jägern dort vorbeigekommen! Da nämlich die Officiere in Helsingör keinen nähern Verkehr über den Ort, wo sie landen sollen, fanden, so gingen die Dampfschiffe nach Malmö. Diesen Dampfschiffe sollen noch 2000 Mann aus Christiania nachfolgen, da das ganze norwegische Hilfskorps auf 3000 Mann bestimmt ist. — Ein schwedisches Geschwader von 9 Segeln ist am 15. Juni nordwärts passirt. Südwärts sind Helsingör am 14. zwei Divisionen norwegische Kanonenschaluppen passirt. (B.-H.)

Die Börsenhalle berichtet: Glaubwürdigen Angaben aus Kopenhagen zufolge soll eine Note des russischen Cabinets, die in den letzten Tagen angelangt ist, die dänische Regierung zur Annahme der von England vorgeschlagenen Friedensbedingungen aufgefordert haben.

Kopenhagen, den 19. Juni. Nach den letzten Berichten von der Armee scheint man auch dort an augenblicklichen Waffenstillstand zu glauben, während hier aber Alles auf Fortsetzung des Krieges deutet; so ging z. B. heute hier wieder ein Bataillon zur Armee ab. Mit den aufgebrachten Schiffen geht es den bezeichneten Weg fort, und man dürfte sich täuschen, wenn man Mildrungsgründe im Verfahren von irgend welcher Seite erwartet. (B.-H.)

### Großbritannien.

London, 21. Juni. Am 17. Juni bewirthete der Lordmayor von London in seiner Amtswohnung, dem Mansion-House, in herkömmlicher Weise die Minister. Ein solches Festmahl hat in England stets eine politische Bedeutung. Die Minister erwiderten die verschiedenen Toaste mit Reden, Lord John Russell beantwortete den Toast auf die „Gesundheit Lord Russell's und J. M. Minister", der Marquis von Lansdowne den Toast „auf das Haus der Pers", Viscount Palmerston den Toast „auf das Unterhaus". Lord John drückte seine Freude darüber aus, wie sie, die Minister, stets gefühlt, daß die überwiegend große Mehrzahl der Einwohner Londons auf ihrer Seite stünde, und daß sie daher wenig die Wühler zu fürchten hätten, welche mehrfach versucht, den Frieden und die Ruhe der Hauptstadt zu stören (Beifall). Weiter hob Lord J. Russell hervor, wie die Minister, und jeder Bürger mit ihnen, nur in dem Frieden und dem Glück anderer Völker den Frieden und das Glück Englands suchen müßten; ohne edlere und uneigennützigere Gründe zu nennen, so hätten die letzten sechs Monate nur zu deutlich gezeigt, daß Europa keine Periode von Revolutionsgräuscht und Kriegsstürmen erleben könne, ohne daß Handel und Gewerbfleiß Englands davon die traurigsten Folgen spürten. Er hoffe fest, daß die auswärtigen Völker auf den Rath Englands, den es wahrhaft nur um die Unabhängigkeit der einzelnen Völker zu thun sei, hören würden, und daß keine tiefer greifende Störung den Frieden unterbrechen würde. Palmerston erhob in einigen beredten Worten das Unterhaus, jenes Palladium und Unterpfand der Freiheit, worauf jeder Engländer stolz sei und dem namentlich, als einem Erbstücke der britischen Freiheit, es verdankt werde, daß England in dieser Zeit krampfhafter Zuckungen ruhig geblieben. Diese Zuckungen, welche Europa von einem Ende zum andern durchtobten, würden in frühreren barbarischen Zeiten offenbar zu einem langdauernden allgemeinen Kriege geführt haben, in unserer Zeit aber, darauf hoffe er zuversichtlich, würden sie nur vorübergehender und lokaler Natur sein, und die politischen Güter, denen andere minder begünstigte Völker nachstrebten, würden von diesen erreicht werden, ohne daß ein allgemeiner europäischer Zusammenstoß erfolgen werde (großer Beifall). Von den Gesandten waren der dänische, der niederländische, der nordamerikanische und der türkische zugegen; der dänische erwiderte den auf die fremden Gesandten ausgebrachten Trinkspruch. Auch der Kirche galt ein Toast; es gehört zu der konservativen Kunst der Engländer, der Kirche niegend zu vergessen.

Eine Notiz der „Times", welche auch „Galignanis Messenger" unter der Ueberschrift „Formidable Irish sedition" abdruckt, lautet wie folgt: „Der Ton der Kriegspresse, sagt ein Brief vom Sonntag, hält gleichen Schritt mit dem Fortschritte der Bewegung, welche, es wäre thöricht es zu läugnen, durch die überaus rasch zunehmende Bildung der bewaffneten Klubs täglich furchtbarer wird. In Dublin allein befinden sich wie es scheint wenigstens 40 Klubs, welche, da jeder aus 300 Mitgliedern besteht, zusammen 12,000 Männer zählen, die sich wenigstens ein Mal wöchentlich versammeln, zu dem ausgesprochenen Zwecke, sich in den Waffen zu üben." Die sogenannte irische Kriegspresse, voran die „Nation", erhebt, ungeschreckt durch Mitchell's Beispiel, immer kecker das Haupt, ist aber aus dem Grunde weniger gefährlich, weil sie mit trischer Schnabhaftigkeit ihre Geheimnisse ausplaudert und ihre Karten aufdeckt. Diese Zeitungen sind gleichsam die unverhängten Fenster, durch welche die Regierung in die geheimen Werkstätten der Verschwörung blicken kann. Die „Nation" sagt, man würde nicht eher ruhen, als bis die Klubs 100,000 Repealer in Waffen und Massen aufstellen könnten, auf deren Schultern sich dann der Volksrath der Dreißigherr erheben werde.

Im Unterhause kam am 19. die Regierungsbill in Betreff der Zuckerzölle abermals zur Sprache und wurde abermals vertagt; in derselben Sitzung wurde die städtische Sanitätsbill endlich zum dritten Mal gelesen. Es ist dieselbe Bill, über welche bereits im vorigen Sommer das Haus viele Sitzungen unnütz verschwendete, welche dann von der Regierung zurückgenommen und amendirt dem jetzigen Parlament wieder vorgelegt wurde. Ueberhaupt ist diese Hinschleppen und Vertagen bezeichnend für die dies- und vorjährige Session; man kennt seine gegenseitigen Schwächen und scheut sich; das Ministerium wagt nur mit äußerster Behutsamkeit und Rücksicht vorzugehen und das Unterhaus, dem es unter den jetzigen Umständen nicht einfallen kann, sein Cabinet stürzen zu wollen, macht durch allerlei Chikanen den Ministern den Sieg schwer, bringt den Ministern auch wohl hier und da eine kleine Schlappe bei, die von diesen freundlich hingenommen wird. Möglicherweise dürften auch die Vorschläge zur Reform der Navigationsgesetze bis zum Schluß der diesjährigen Session verschiepft und für die nächstfolgende zurückgelegt werden.

Am 20. Juni entlich brachte Hr. Hume seine Vorschläge für Reform der Volksvertretung vors Haus, nachdem vorher nicht weniger als 2000 Petitionen zu Gunsten der Hume'schen Motion dem Hause überreicht worden, hierunter eine von Chartistische, in welcher zugleich um legislative Trennung Irlands von England gebeten wurde. Lord Ashley, der schwärmerische Philanthrop, brachte letztere ein und verfocht sie zugleich, daß sie die Wünsche von 200,000 Handwerkern darstelle, unter denen sich, so weit es sie kennen gelernt, sehr achtbare und einsichtsvolle Männer befänden. Lord J. Russell setzte der Hume'schen Motion die Erklärung entgegen: daß er jeder Reform geneigt sei, welche innerhalb der von der Reformbill gezogenen Grenzen stattfände, aber keine Reform, welches, wie der Hume'sche Vorschlag, diese Grenzen selbst verrücke. Für die Motion sprach Sir, einer der besten Redner der Radikalen, gegen sie Disraeli, der immer voran ist, mit gewohnter Lieblosigkeit. Die Debatte wurde sodann vertagt. Hume kann natürlich nicht hoffen, daß sich das jetzige Unterhaus für seine Reformvorschläge aussprechen wird, die diesjährige Diskussion soll nur ein Vorgereicht für künftige Haupt-Schlachten sein. Wir kommen auf diese jedenfalls interessanten Verhandlungen zurück.

### Frankreich.

Paris, 21. Juni. Die Franzosen standen nie im Rufe, die politischen Verhältnisse anderer Länder genau zu kennen und richtig zu beurtheilen; es ist daher kein Wunder, wenn sie auch heute noch häufig genug neben das Ziel schießen und diese Untugend der monarchischen Zeit nicht so an einem Tage abgelegt haben. Die Rede Lamartines über die italienische und polnische Angelegenheit, der neulich bekannt gewordene Brief Circourts, der die deutsche Stellung zur polnischen Frage und das richtige Verhältniß Frankreichs zu Deutschland mit so hervorragender Schärfe und Klarheit beurtheilt, waren einzelne sehr erfreuliche Ausnahmen; im Allgemeinen regt sich der alte Adam nach häufig genug, auch wenn ein guter Theil der französischen Partheien wenigstens für jetzt den napoleonischen Gelüsten entlagt zu haben scheint. So ist auch der National, der sonst mit Lebhaftigkeit die deutsche Allianz verficht, in deutschen Angelegenheiten schlecht genug berathen. Von Frankfurt läßt er sich Briefe schreiben, wie sie der armseligste politische commis voyageur ihrer deutsche Angelegenheiten nicht schlechter schreiben kann; die Stellung der Nationalversammlung zur Schleswiger, zur Triester Angelegenheit, ihr Beschluß über die deutsche Flotte — kurz, Alles ist dem Korrespondenten mißliebig und er redet darüber, wie ein malkontentes Mitglied der demokratischen Vereine. Wir wollen es zwar dem National und seinen Vertretern nicht verübeln, wenn er auch Deutschland in eine Republik umgewandelt wünscht; nur muß er diesen Wunsch nicht zu sehr in den Vordergrund stellen, wenn er uns die deutsch-französische Allianz mundgerecht machen will. Ein Bund Frankreichs mit einem starken, monarchisch-konstitutionellen Deutschland ist ein wirklicher Bund, denn er würde mit einer mächtigen, gleichberechtigten Nation eingezangen; ein Bund mit einem republikanischen Deutschland wäre ein Bund mit der Schwäche, der Minorität, dem Ephemeren und deßhalb keine Allianz, sondern ein Wiederauffrischen der Rheinbundspolitik. Ein

Digitized by Google

**Rede v. Bincke's über die provisorische Centralgewalt.**

Der erste Redner, der in der vorliegenden Frage das Wort nahm, das verehrte Mitglied für Hamburg, hat mit der Offenheit und Klarheit, die wir an ihm gewohnt sind, ein Princip, gewissermaßen ein Glaubensbekenntniß, an die Spitze seines Vortrags gestellt. Ich bitte um die Erlaubniß, dieser guten Sitte folgen und mit wenigen Worten den Standpunkt andeuten zu dürfen, auf dem ich mich befinde. Es ist nicht der Standpunkt der Revolution, auf dem sich das Mitglied von Hamburg befindet, noch weniger der Standpunkt der Fleisch-gewordenen Revolution, die wir vorhin hier erlebt haben. Ich kann in der Revolution mit einem Manne, welcher gestern gesprochen, überhaupt kein Princip, sondern nur ein Faktum entdecken; mein Standpunkt ist der des vielbesprochenen Rechtsbodens. (Viele Stimmen von der Linken: Oh! Oh!) Ich freue mich, meine Herren, über Ihre Theilnahme, (Gelächter) und um mich aus Dankbarkeit gleich eines Ausdrucks von dieser Seite her zu bedienen: Ich stehe auf dem Standpunkte des durchlöcherten Rechtsbodens. Wie haben in früheren Zeiten gesehen, daß der Rechtsboden von Oben her durchsichert wurde, und in einer solchen Zeit habe ich mich mit vielen gleichgesinnten Freunden auf den Rechtsboden gestellt. Ich bedaure zwar mit dem Mitgliede aus Dresden, wenn auch in entgegengesetztem Sinne, daß sich nicht alle meine Freunde noch mit mir auf dem Rechtsboden befinden, ich vermisse manch theuren Haupt; sie haben auch nicht blos, wie das Mitglied aus Dresden annahm, ihre Stellung geändert, weil sie von Hause aus ihr Ziel weiter gesteckt hatten, sondern auch aus dem, ich will hinzusetzen, ehrenhaften Grunde, weil sie fanden, daß einzelne unserer Grundsätze nicht mehr Stich halten, oder richtiger, weil sie nicht mehr stimmten zu der veränderten Richtung der Zeit. Die Stimmung der Zeit aber ist kein Grund für mich, den Rechtsboden zu verlassen. Wenn ich auch in soweit der Zeitrichtung Rechnung trage, als ich nicht Alles mehr für ausführbar halte, was ich vielleicht einst anstrebte, so kann ich doch kein genügendes Moment darin finden, um meine Grundsätze in das entgegengesetzte Princip zu verkehren. Ich huldige nicht dem politischen Popsthum, wovon vorhin die Rede war; aber ich glaube, daß einige Konsequenz in den Grundsätzen das Bestreben jedes Mannes sein muß, der die Ehre hat, hier vor Ihnen zu sprechen. Ich werde zwar einigermaßen besorgt, denn ich erinnere mich eben, daß das ehemwerthe Mitglied für Leipzig vor einigen Wochen äußerte, dieser Rechtsboden sei nur eine trügerische Eidechse, unter welcher sich der Revolution dahinkraucht; ich habe ferner gehört, daß das Mitglied für Kreuznach für diesen seinen Freund das ehrenhafte Prädikat eines Volksmannes vindicirte, daß er hinzufügte, ein Volksmann habe immer Recht, er brauche seine Behauptung nicht zu beweisen. Ich will das dahingestellt sein lassen, ich habe aber das Vertrauen, daß dieser Rechtsboden — und ich glaube gern, daß die Lust vom Rechtsboden das gerhrte Mitglied eing anweht — daß dieser Rechtsboden noch der Siederg sein werde, an dem das gebrechliche Fahrzeug der Revolution zerschellt, und daß das gesammte deutsche Volk, wie früher mit der Uebergewung sich durchbringt, daß keine Einrichtung im Staate gegründet werden kann, es sei denn auf den ewigen Ordnungen des Rechts. Ich weiß wenigstens zwei Volksrechte, die genügen werden, das Eiland des Rechtsbodens zu sichern, wenn es auch rings umfluthet ist von den Wogen der Revolution. Sie heißen deutsche Redlichkeit und deutsche Treue. Sie haben immer etwas gegolten in Deutschland, seit Jahrhunderten — und gelten noch in vielen deutschen Gauen, und namentlich auch in dem kleinen Landestheile, der mich hierher gesandt hat: in der Grafschaft Mark. Man hat mich nicht hierher geschickt, um blos die ewigen Rechte des Volkes zu wahren, sondern auch die Rechte der Fürsten zur Geltung zu bringen . . . . . (Zischen auf der Gallerie.)

Präsident: Ich muß Zischen durchaus verbieten.

v. Bincke: wie schon der Redner, der unmittelbar vor mir sprach, das von seinem Wahlbezirke und seinem Volksstamme gesagt hat. Nun denn — von dem Standpunkte der Fürstenrechte, die ich hier eben so gut vertrete, als die Rechte des Volkes, vindicire ich, wenn von der andern Seite allein für die Rechte des Volkes gesprochen wird, mit einem vorgefriegten Redner, dem Sie selbst hier das Verdienst der Konsequenz seiner Ansichten zuerkannt haben, für die Fürsten die alleinige Ernennung der Centralgewalt, ohne Mitwirkung der Nationalversammlung. Man beruft sich dagegen auf den Grundsatz der Volkssouveränetät. Ich huldige diesem Grundsatz nicht und sage dies offen, habe aber nicht vor, mich in Schulstreitigkeiten über die Volkssouveränetät einzulassen, wie ich dies schon einmal gesagt habe. Auch, denke ich, haben wir gelehrte Männer der Wissenschaft und der deutschen Gründlichkeit genug unter uns, die hierzu besser im Stande wären. Ich bin vielmehr einverstanden mit den Ansichten des verehrten Mitgliedes aus Mannheim, das vorgestern sprach, daß bei solchen theoretischen Streitigkeiten nicht viel herauskomme. Ich glaube überhaupt, daß man mit jenem Ausdrucke viel zu viel spielt, und der Eine Dieses, der Andere Jenes darunter sich denkt. Ich will aber nicht vorgreifen, denn ich habe gehört, daß in den nächsten Tagen ein Antrag gestellt werden wird, daß, so oft das Wort Volkssouveränetät und das Wort Reaktion ausgesprochen werde, eine Steuer von 6 Kreuzer zu Gunsten der deutschen Marine zu entrichten sei. (Heiterkeit.) Ich werde mich gegen einen solchen Vorschlag erklären, weil, wenn er selber in Wirksamkeit gewesen wäre, wir manche interessante Belehrung nicht genossen haben würden. Wir haben z. B. noch gestern erfahren, daß wir eigentlich Alle als kleine Souveräne auf die Welt gekommen sind. (Heiterkeit.) Ich bin zwar nicht ganz unbesorgt um die praktischen Folgen dieser Theorie, weil in den nächsten Tagen ein Sohn seinem Vater, wenn ihm dieser einen Verweis geben will, sagen könnte: Vater, gib mir keine Rüge, denn auch ich bin souverän; oder weil die Frau dem Manne sagen könnte: der Grundsatz der Silber gilt nicht mehr, denn auch ich bin souverän. — Ich verfalle nunmehr die Volkssouveränetät, unter der ich mir überhaupt nichts Klares denken kann, und stelle mich auf den rein praktischen Standpunkt. Und da freue ich mich, zum ersten und vielleicht zum letzten Male mit dem verehrten Mitgliede für Leipzig mich zu einer Ansicht zu bekennen. (Heiterkeit.) Er sagte: kein Mandat und keine Wahlhandlung berechtige uns, mitzuwirken zu der Bildung der Centralgewalt. Ich stimme ihm darin vollkommen bei, und ich würde mich auch dieser Autorität bedienen gegen den Grundsatz, der von einem andern Mitgliede im Namen des Ausschusses verkündet wurde, daß nämlich alle Mandate, mich etwa die speciellen, sondern auch diejenigen, die ich als den einzigen Rechtstitel hier betrachte, auf dessen Grund wir hier sind, nämlich die Wahlgesetze, Nichts gelten. Ich würde weiter hierauf eingehen, wenn ich nicht bemerke, daß das heterogene Element, das in unserm Plage ist, und wenn ich es nicht für unparlamentarisch hielte gegen Abwesende zu sprechen. Zugleich will ich jedoch dem geehrten Mitgliede für Leipzig die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß es jenen Grundsatz einigermaßen modificirte. Er sagte: wir brauchen gar kein Mandat, — d. h. also wohl, wir sind so eine Art Vorparlament, — wir befinden und hier vermöge der Allmacht des Volks. Wenn ich nun aber auch diese Allmacht in Beziehung auf die physische Gewalt des Volkes als vollgültig anerkenne — denn wir haben freilich hiervon in der neuesten Zeit eklatante Beweise erhalten und können zu dem Ende selbst auf die Paulskirche und berufen, denn fast alle Reden unserer Gegner schlossen mit einer Mahnung an die physische Gewalt des Volkes — so muß ich doch die rechtliche Allmacht ebenso entschieden verneinen. Ich möchte deshalb auch unsere verehrten Mitglieder aus Leipzig warnen, wirklich freundschaftlich warnen (große Heiterkeit) sich nicht zu häufig auf jene Allmacht des Volks zu berufen. Es könnte sein, daß er eines Morgens sich die Augen riebe und entdeckte, daß der Rechtsboden, den er und hier zimmern will, und auf dem er ruhig einzuschlummern gedenkt, auch nur eine trügerische Eidecke war, unter welcher die Wogen der Revolution dahinbrausen, und daß, wenn man überhaupt keine anderen Schranken kennt, als die Allgewalt des Volks, überhaupt für keine Einrichtung im Staate ein sicherer und dauernder Bestand zu finden ist. Die Frage des verehrten Mitgliedes von Stuttgart brantworte ich somit dahin: ich bin hier auf dem Grund des Wahlgesetzes, vermöge dessen meine Wähler mich hieher berufen, und in diesem Gesetze steht, daß es die Bestimmung der Gerichten sei, zwischen dem Volke und den Regierungen das Verfassungswerk zu Stande zu bringen, aber wie das verehrte Mitglied aus München sich noch präciser ausdrückte, zu vereinbaren. (Widerspruch.) Andere Mandate oder Wahlgesetze mögen anders lauten, das preußische lautet so, wie ich gesagt habe, und wenn Jemand etwas Anderes davon denkt, so kann er mich ja später widerlegen, braucht mich aber jetzt nicht zu unterbrechen. Vermöge dieses Gesetzes bin ich hier und von dem werde ich nicht lassen. Das verehrte Mitglied für Hamburg hat außer der Volkssouveränetät auch noch der Sympathien der Nation erwähnt; es sagte, wir werden die Sympathie der Nation nur dann für uns haben, wenn die Centralgewalt von der Nationalversammlung gewählt werde. Dem muß ich von meinem Standpunkt aus, und von dem Standpunkte meiner Wähler, deren Ansichten ich vertrete, entschieden widersprechen. Wir lieben unsere Fürsten — (Gelächter auch v. Gallera.)

Präsident: Ich bitte Sie nochmals gehetten, daß das Zischen unterbleiben möge, und wenn dem nicht nachgekommen wird, so bin ich genöthigt, die Gallerie räumen zu lassen. (Beavo!) Ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren.

v. Bincke: Ich sage nochmals, wir lieben unsere Fürsten, und zwar nicht blos darum, weil wir, wie ein Redner vor mir es interpretiren wollte, denselben Ruhe und Ordnung zu verdanken hoffen, sondern weil sie seit Jahrhunderten zu uns gehören. Wir in der Grafschaft Mark sind stolz darauf, daß uns der große Kurfürst einst seine ersten und gehorsamsten Unterthanen nannte, und dies nach 150 Jahren von Friedrich Wilhelm III. uns bestätigt wurde, daß ferner im 17. Jahrhundert der große Kurfürst und im 18. Friedrich der Große uns zu einem großen Volke in Europa machten, und daß unter Friedrich Wilhelm III. und unter seiner Mitwirkung diese Größe

in einer Weise wieder hergestellt worden ist, wie eine solche Herstellung in der Weltgeschichte noch nicht da war. (Unruhe und Widerspruch in der Versammlung.) Ich bitte wiederholt, mich nicht zu unterbrechen, denn was kommt dabei heraus? Wenn wir uns auf gern für die Einheit Deutschlands begeistern, so denken wir dann auch daran zurück, daß Deutschland am größten war unter seinen großen Kaisern, am größten nach Außen unter den Hohenstaufen, und im Innern unter Rudolph von Habsburg. — Wir lieben, sage ich, die Monarchie, will wir in ihr die Krone auf eine Höhe hinaufgerückt sehen, wo sie nicht durch den niedern Ehrgeiz angestrebt werden kann, weil wir glauben, daß unsere Fürsten sich des Ruhms erinnern werden, den ihre Väter ihnen hinterlassen haben; wir lieben diese Fürsten, weil wir überzeugt sind, daß sie in Uebereinstimmung mit dem Willen des Volkes regieren werden, und weil wir in ihnen die erblichen Träger jener ewigen Grundsätze des Rechtes erblicken, die stärker sind, als die ephemeren Launen des Tages. Wir lieben sie nicht etwa als Puppen, welche Thronfolger zeugen und Premier-Minister ernennen, oder, wie das verehrte Mitglied für Salzwedel gesagt hat, als nothwendige Uebel; sondern wir lieben sie, wie der freie Engländer, der sein God save the king neben dem Rule Britannia mit Begeisterung singt. Wir wollen, daß sie mächtig sein, wie in England, alles Gute zu wirken und dazu den bedeutsamen Einfluß ihrer hohen Stellung in die Waagschale zu legen, ohne daß sie darum im Stande sind, einem einzigen Engländer ein Haar auf dem Haupte zu krümmen. Wir wollen darum den Fürsten ihre Rechte erhalten wissen im Interesse der Ordnung und Freiheit, weil wir in der konstitutionellen Monarchie die sicherste Bürgschaft für die Freiheit erblicken. — Im Ausschußberichte wird gesagt, die Fürsten könnten nicht beliebig ihre Rechte übertragen. Das ist recht sich wohl von selbst, und auch die Zweifel des geehrten Mitgliedes von Darmstadt und anderer Redner glaube ich damit widerlegt zu sehen. Wenn nämlich geltend gemacht würde, daß die Fürsten sich noch nicht zur Bildung einer Centralgewalt geeinigt hätten, so scheint der Grund einfach der zu sein, weil es hierzu des Einverständnisses mit der Nationalversammlung bedarf. Es handelt sich, wie gesagt, hier um eine Vereinbarung zwischen der Nationalversammlung als Vertreterin des deutschen Volks und den Fürsten, und wenn man diese Vereinbarung anbahnen will, so müssen doch wohl die Bedingungen so sein, daß die Fürsten im Stande sind, ohne ihren Rechten zuviel zu vergeben, damit einverstanden zu sein. Eben darum müssen aber auch die Fürsten ohne Mitwirkung der Versammlung die Centralgewalt ernennen. Wollten wir dieses Princip nicht annehmen, so würden wir die Grundbedingung der Monarchie, wenn Sie wollen, die juristische Fiktion, daß Nichts im monarchischen Staate ohne, Nichts gegen den Willen des Königs geschehen könne, aufstehen, und eine Gewalt über die Fürsten setzen, die nicht von ihnen ausgegangen ist. Man wird mir sagen, und das verehrte Mitglied für Düsseldorf hat es gesagt, die Fürsten würden sich über die zu ernennenden Personen nie einigen können. Ich glaube, wir thun am besten und warten das ab, aber wir kämpfen nicht mit Windmühlen, wie der Ritter von la Mancha. Auch haben andere Mitglieder ja schon versichert, daß sich die Fürsten bereits geeinigt haben. Ich habe auch keinen Grund, daran zu zweifeln. Nach dem Ausschuß-Antrag würde aber die Ernennung der Centralgewalt lediglich in die Hände der Nationalversammlung kommen. Sich mehrere Redner haben aber dem Ausschußantrag damit das Wort reden wollen, daß sie meinten, er enthalte ja doch nichts Anderes, als daß über die einzelnen von den Fürsten Vorgeschlagenen die Nationalversammlung zu entscheiden haben würde. Ich theile diese Ansicht vollständig, denn die Nationalversl., mag sie nun debattiren oder nicht, wird sich immer über die Vorschläge zu entscheiden haben, und man würde den Vorgeschlagenen so lange verwerfen können, bis endlich der Gewünschte bezeichnet würde. Es kommen aber auch noch praktische Schwierigkeiten hinzu. Ich bin ganz einverstanden mit den Motiven des Ausschusses darin, daß eine jede Diskussion über die Persönlichkeit des Designirten seiner künftigen unverantwortlichen Stellung entschieden nachtheilig sein würde. Aber eben so einverstanden bin ich mit dem verehrten Mitgliede für Düsseldorf, daß es der Würde dieser Versammlung durchaus nicht gemäß sein kann, ohne Diskussion gewissermaßen mit verbundenen Augen und stummem Munde über die Person abzustimmen. Eben so wenig kann ich aber auch annehmen, daß es eine Empfehlung für den Vorgeschlagenen ist, wenn ohne Diskussion über seine Genehmigung abgestimmt wird. Man hat dagegen uns das Beispiel unserer Präsidentenwahl entgegengestellt. Ich glaube, es geschah dies namentlich von dem geehrten Mitgliede aus Halle. Dem möchte ich nur entgegensetzen, daß wir unsern Präsidenten wählen, nachdem wir einige Zeit beieinander gewesen, und gegenseitig kennen gelernt, und namentlich aus Erfahrung uns von der Tüchtigkeit des zu Wählenden überzeugt haben. Das geschieht also, nachdem bereits längere Zeit verflossen ist, und wir in den Stand gesetzt sind, nach reiflicher Ueberlegung zu wählen. Die zu designirenden Mitglieder der Centralgewalt können uns aber gänzlich fremd sein. Wollten wir bei ihnen jene nothwendigen Rücksichten nehmen, so würde dies bei Verweidung von Zeitverlust doch nur in Folge einer Diskussion geschehen können, und eben deßhalb halte ich den Vorschlag des Ausschusses für praktisch unausführbar, zudem aber, wie schon gesagt, der Würde dieser Versammlung nicht entsprechend. — Es ist schon mit Recht gesagt worden, daß die Ausführung eines solchen Systems der Wahl der Centralgewalt durch die Versammlung unbedingt zur Republik führen würde. Man hat zwar versucht, zu bedeuten, daß eine republikanische Spitze zu keinen Schaden bringen, und das recht wohl daneben die Monarchie in den Einzelstaaten bestehen könne. Ich kann das nicht fassen. Es haben schon viele Redner vor mir weiter ausgeführt, daß es rein undenkbar sei, daß zwei einander so entgegengesetzte Principe sich nebeneinander halten können, ohne daß Eines das Andere aufsöhe oder zerstörte. Ich erkenne zwar sehr dankbar das Zugeständniß der Herren auf dieser Seite an, daß man es den einzelnen Staaten oder vielmehr den einzelnen Völkern überlassen will, ihre Regierung und staatliche Einrichtung sich selbst zu geben oder zu behalten. Ich acceptire das um so dankbarer, als mir daraus hervorzugehen scheint, daß man selbst auf dieser Seite (der Redner zeigt auf die Linke) noch verschiedene Völker in Deutschland anerkennt. (Unruhe auf der Linken, Beifall auf der Rechten.) Wie gesagt, ich acceptire es dankbar, daß man neben der Souverainität des gesammten deutschen Volkes noch eine besondere der einzelnen Völker in Deutschland anerkennt. Mag aber eine solche Befugniß anerkannt werden oder nicht, mag geschehen was da will, so wird doch jedenfalls die republikanische Spitze dahin führen, daß in den einzelnen Territorien die Einführung der Republik erleichtert wird, daß ferner vielleicht, um mich eines hier gäng und gäbe gewordenen Wortes zu bedienen, die Mühler — ich will jedoch damit keinem der geehrten Herren, welche sich in der Art äußerten, zu nahe treten — diese Spitze zu ihren Zwecken benutzen würden, um ihrem Principe Bolge zu geben. Wir haben heute von dem geehrten Mitgliede für Neustadt einige kleine Anderungen gehört, die ganz hierher passen. Er hat gesagt: man muß das Ding nur recht anfangen. (Auf der Rechten Gelächter.) Allerdings. Ich glaube, wenn man's nur eben recht angefangen hätte, so würden wir die Republik schon vor der Thüre haben. (Gelächter auf der Rechten.) Das geehrte Mitglied aus Berlin ist freilich noch weiter gegangen, als er sagte, wir hätten die Republik schon seit 33 Jahren. Ich muß gestehen, trotz des Scharfsinnes, den ich an dem geehrten Mitgliede bewundere, ist mir diese Entdeckung doch überraschend gewesen. Ich habe noch nicht gewußt, daß man die Gesandten der Fürsten, die von ihnen beliebig abberufen werden, die keinen Schritt thun können ohne die gemessensten Instruktionen ihrer Fürsten, als Träger republikanischer Institutionen betrachte. (Gelächter.) Ich glaube übrigens hier noch Etwas bemerken zu dürfen. Es ist sehr viel von Thalern und Soldaten die Rede gewesen, welche und zu Gebote ständen oder nicht, und das geehrte Mitglied für Leipzig hat bedauert, daß wir das Mittel der Steuerverweigerung noch nicht praktisch, oder richtiger noch nicht konstitutionell besäßen. Ich habe darauf zu erwidern, ich glaube, wenn wir die republikanische Spitze hier schon besäßen, so würde ein großer Theil von Deutschland auch nicht einen Thaler an Steuern für die Centralgewalt bezahlen. (Auf der Rechten Sehr Beifall.) Aber — hat dasselbe Mitglied gesagt — wir wollen die Republik. Im Allgemeinen schließe ich mich hier ganz dem Danke an, der von dem geehrten Mitglied für Crefeld diesem offenen Geständnisse gezollt wurde. Noch erlaube ich mir aber bei dieser Gelegenheit, für ein abwesendes Mitglied, welches ich mit Bedauern nicht mehr in unserer Mitte sehe, und welches lange Zeit mit Ehren im Rathe unseres Königs gesessen hat, eine Verwahrung einzulegen gegen das, was das Mitglied von Leipzig hier von ihm angeführt hat. Wenn derselbe gesagt haben soll, daß er Alles mit Vertrauen unserer Versammlung anheimgeben könne, so hat er natürlich nur von legislativen Dingen gesprochen, den einzigen, womit sie nach seiner und meiner Meinung sich zu beschäftigen hat, keineswegs aber von exekutiven, namentlich nicht von Ernennung zu exekutiven Centralgewalt. Was nun speciell die republikanische Frage betrifft, so begreife ich sehr gut, daß das geehrte Mitglied für Hamburg sich begeistern kann, für die kleine Republik seiner Vaterstadt; ich denke mir, er hat sich vielleicht auch auf historischen Boden befunden indem er an die Hansa dachte, welcher Hamburg seinen europäischen Namen verdankt; ich begreife aber nicht, wie er zene Begeisterung für republikanische Verhältnisse auf ganz Deutschland, auf ein so großes Land übertragen kann. Er hat zwar nicht gesagt, daß dies gleich jetzt erfolgen solle, weil er davon Anarchie besorgt, aber ich glaube auch nicht, daß selbst in Jahrhunderten in Europa eine Republik möglich ist. Um ein geschichtliches Beispiel anzuführen, will ich nur auf Frankreich verweisen, welches in den Konvulsionen der mannigfachsten

Digitized by Google

republikanischen Systeme seit 1789 die Unmöglichkeit der Republik praktisch bewiesen hat, und ob ihm der jetzige Versuch gelingen wird, das steht doch wohl noch sehr dahin. Es sind schon gestern Zweifel dethalb angeregt worden; namentlich hat man sich gewundert über die Ernährung der 80,000 Brodlosen auf Kosten der ganzen Gesammtheit. — Man hat von anderer Seite gesagt, dies würde immer noch weniger kosten, als die Unterhaltung nur des einen französischen Thrones. Meine Herren, ich habe noch nicht gehört, daß ein Institut, welches das Recht und die Wohlfahrt im ganzen Lande schützen und aufrecht erhalten soll — und dafür hat man wenigstens die Monarchie immer noch anerkannt — nach den Kosten, die es dem Lande verursacht, abgeschätzt wird; ich meine doch, daß selbst die Franzosen im Jahre 1830 eine monarchische Regierung nicht für zu kostbar hielten, da sie sie beibehielten im Interesse des ganzen Landes. Dieselbe Logik ließe sich übrigens noch weiter fortführen; es ließen sich vielleicht noch eine Menge von Privatleuten aufführen, die am Ende mehr haben, als sie gerade nothwendig bedürfen, die nun aber in der Lage sind, einen großen Theil des Mehr zur Förderung alles Guten und Schönen zu verwenden, überhaupt zur Schaffung alles dessen, wozu es des konzentrirten Kapitals bedarf, die man dann aber zwingen müßte, das Ihrige hinzugeben, um die 80,000, oder weiß Gott, wie viele Tausende, zu ernähren. Wenn man das von der Republik, wenn man sich davon verspricht... (Von der Linken: zur Sache, zur Sache!) Ich bin vollkändig bei der Sache; ich spreche ja von der Republik. (Gelächter auf der Rechten. Eine Stimme im linken Centrum: Sie reden ja aber nicht von der Centralgewalt.) Wenn man solche Folgen von der Republik sich verspricht, so habe ich allerdings früher nicht gewußt, daß dies eine nothwendige Folge der Republik wäre. Ueberhaupt wird man mir einwerfen: warum berufft Du Dich auf Frankreich? Man berufe sich doch auf Nordamerika, wo der Segen der Republik seit Generationen bewährtet ist, wovon ja noch vorhin auf dieser Stelle die Rede war. Ich muß mir darum schon erlauben, über Nordamerika die Bemerkung zu machen, daß drei ganz wesentliche Momente dort wohl zu berücksichtigen sind, welche die Republik dort möglich und blühend gemacht haben: zwei negative und ein positives, welche wir nach Jahrhunderten noch nicht besitzen werden. (Oh! im Centrum und auf der Linken.) Man doch gewiß nicht in den nächsten Generationen. — Die beiden negativen Momente sind, daß Nordamerika fast der einzige Staat auf der ganzen Oberfläche ist, der auf seiner eigenen Stärke beruht, der ohne alle verwandtschaften äußeren Feinde ist, denn als einen solchen sehe ich Mexiko nicht an. Wir dagegen, wenn wir Deutschland betrachten, finden, daß wir ringsum von Feinden umgeben sind — ich brauche das wohl im gegenwärtigen Augenblicke nicht näher auszuführen — und daß Deutschland, vermöge seiner Lage in der Mitte von Europa, noch lange Zeit der Tummelplatz und der Zankapfel von ganz Europa sein wird. Die zweite negative Eigenschaft ist: Nordamerika besitzt keine Proletarier und wird sie noch auf lange hin nicht besitzen, so lange nur im Westen noch Land genug ist, um diese Elemente dort hinüber zu senden. Ganz besonders wichtig aber ist das positive Moment, daß die Bewohner von Nordamerika seit Jahrhunderten einen angerbten Sinn für Recht und Gesetzlichkeit von England über den Ocean mit hinübergebracht haben. Wir, meine Herren, in Deutschland können davon leider noch nicht Viel reden, denn haben die Bewegungen der letzten Monate uns gezeigt; ich meine jetzt nicht die politischen, sondern die gegen das Eigenthum. (Oh!) Ja in Deutschland ist leider der Sinn für Gesetz und Ordnung noch lange nicht genug verbreitet. Man hat nun die Monarchie, wenn auch nicht geradezu verdächtigt, doch ihr einige specielle Fakta zum Vorwurf gemacht: man hat an die Hungersnoth in Schlesien, an die Füße einer Tänzerin erinnert und an sehr viele Andere. Ich glaube, daß derartige Uebelstände sich unter allen Regierungsformen finden werden. Im konstitutionellen England finden wir auch die Hungersnoth in Irland; in Nordamerika, in den Freistaaten finden wir die Sklaverei und die Indianer; in der Schweiz die Herrschaftsleben. Die Leiden der Revolution — ich meine der französischen Revolution — haben sich, wie ich glaube, mit Charakterpersonen auch hinlänglich abgegeben. (Gelächter in der Versammlung, heitere Stimmung, Bravo! ausgezeichnet! auf der rechten Seite.) Man hat uns bei derselben Gelegenheit gesagt ... (zur Sache!) und das scheint mir doch auch hierher zu gehören — der Herr Abgeordnete von Trier führte hier an, die Stimmung des Heeres, der Landwehrleute und Reservisten sei eine ganz andere geworden. Dagegen muß ich mich im Namen der preußischen Armee verwahren, der ich wenigstens durch einjährige freiwillige Dienstzeit angehört habe, daß eine Gesinnung, wie er sie schildert, im Allgemeinen in der preußischen Armee herrscht. Auch verstehere ich Ihnen, bei uns in Preußen hat man die Barrikaden von Trier sich nicht zum Muster genommen; sie haben bei uns Nichts erregt, als unaussöhnliches Gelächter. Und dann glaube ich, daß wenn wir auch als souverän auf die Welt gekommen sind, wir doch, ich sage es mit aller Ehrerbietung vor der hohen Versammlung — noch keine Versammlung von Souveränen bilden — einen Rath von Königen, wie einst Byrrhus den römischen Senat nannte, und wie man in neuerer Zeit das englische Parlament genannt hat; von einer so jungen Versammlung, wie die unsrige hier, ließ sich das wohl auch nicht erwarten. Aber eine schmerzliche Empfindung hat es bei mir und gewiß auch bei vielen Andern hervorgerufen, daß ein Grundsatz der parlamentarischen Sitte nicht genug beachtet zu werden scheint. (Stimmen auf der Linken.) Ich bitte, sehen Sie es nicht als eine Anmaßung an, wenn ich es aussproche, daß es mir meine innige Ueberzeugung, und es ist hier, glaube ich, im Interesse Aller: ich glaube nicht, daß ein Engländer oder auch ein Franzose von den wunden Stellen seines Vaterlandes so sprechen würde, wie dies hier geschehen ist. (Aufregung. Eine Stimme: Sie machen es ja selbst so!) Ich glaube, daß man sie nur berühren darf, wie man von den Schwären eines Vaters spricht: mit scheuer Ehrfurcht und zitternder Besorgniß. Es wird uns so oft mit Recht gesagt, daß der Blick von ganz Europa auf uns gerichtet ist, wir von allen Seiten mit Krieg bedroht sind, kann es da erwünscht sein, daß man uns hier vorerzählt hat, die Disziplin im Heere sei geschwächt, in dem Heere, von dessen Haltung die Vertheidigung Deutschlands gegen die heranbrängenden Feinde abhängt? Ich bin also, ich wiederhole es, für die konstitutionelle Monarchie, weil ich in ihr die sicherste Gewähr erblicke für die Freiheit; ich bin Monarchist, und daraus, sage ich mit dem Mitgliede für Hamburg, mögen Sie sich die Freiheit nehmen, Rückschlüssigkeit meiner Rede erklärend. (Bravo.) Ich sehe zwar ein, daß solche Grundsätze nicht ganz ungetheilt sind, nicht etwa für meine Person, denn ich habe keine Besorgniß für mich, sondern für die hohe Versammlung; es ist uns noch heute eine zweite Revolution angedroht worden für den Fall, daß die hohe Versammlung diesen oder jenen Beschluß fassen sollte. Derselbe Redner, das geehrte Mitglied für Berlin, hat gesagt: quod medicamenta non sanant, ferrum sanat. Ich könnte vielleicht aus dem Standpunkte des Gesetzes dem geehrten Redner entgegnen: quod ferrum non sanat, mors sanat. (Unterbrechung: ignis muß es heißen!) Sehr richtig: ignis muß es heißen, das kommt dazu, und dann kommt mors. (Großer Lärm.) Aber ich will dem Redner auf diesem Gebiete nicht folgen; nur sagen, daß die Rede des geehrten Mitgliedes von Berlin keinen so großen Eindruck auf mich gemacht hat, wenn derselbe Redner in den Mund nahm, sie sei ein offatischer Bitten ertönen. Er hat uns von mit Papierregen verfinsterten Wänden erzählt, von sprienden Vulkanen, die in Erdbeben sich verwandeln, von Gespenstern; hat er doch selbst von mystischen Ungebornen (zunehmender Lärm auf der linken Seite, Gelächter auf der Rechten), hat er doch von Ungeborenen gesprochen, die auf wunderbare Weise auf die Welt kommen. (Verstärkter Lärm.) Es hat das auf mich, ich bekenne es offen, keinen Eindruck gemacht. Ich will Niemandes Ruhm schmälern (Unruhe auf der Linken), ich will Niemandem nahe treten, es hat aber nur den Eindruck auf mich gemacht, daß ich einen Augenblick glaubte, nicht in der Paulskirche zu sein, sondern im Theater, wo der Vorhang ..... (Großer Lärm. Ruf: zur Ordnung.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte um Ruhe.

v. Bincke: Ich kann ja nicht sprechen, der Präsident frägt mich, wie soll ich ihm antworten, wenn Sie mich stören? (Erneuertes Lärmen.) Ich habe von Hause aus gesagt: ich müsse mich gegen jedes Persönliche verwahren. (Große Unruhe. Eine Stimme auf der Linken: Sie verletzen die ganze Versammlung!) Sie haben das Wort gar nicht, ich habe es, lassen Sie mich reden. (Lärm.)

Präsident: Ich muß dem Redner bemerken, daß wenn er den Ausdruck: er habe geglaubt, sich im Theater zu befinden, auf einen früheren Redner bezogen hat, ich dies für unangemessen halte, und ihn zur Ordnung rufe. (Bravo auf der Linken.)

v. Bincke aus Westfalen: Ich lasse mir das gefallen, ich will das Glück nicht weiter ausmalen, das ich im Sinne hatte, ich will dem verehrten Mitgliede nur noch bemerken, daß es sie aus Berlin ist das er mir an die bekannte Berliner Redensart erinnert hat: „lange nasen gibt nicht.“ — Die Mitglieder der Erekutivgewalt müssen also nach meiner Ansicht durch die Fürsten ernannt werden, es kömmt nur darauf an, ob Einer oder Drei. Ich bin nach dem alten Grundsatze Homer's, der die Vielherrschaft für nicht ersprießlich erklärte, für Einen. — Ich glaube, daß nur Einer die nöthige Kraft und Energie habe, um sich nach Außen und nach Innen die nöthige Autorität zu verschaffen, ich glaube, daß nur Einer sich seiner vollen Verantwortlichkeit in jedem Augenblick bewußt ist, nicht der civilrechtlichen oder staatsrechtlichen Verantwortlichkeit, die wie verantwortlichen Minister, sondern der moralischen Verantwortlichkeit, die ich weit höher stelle, der Verantwortlichkeit vor seinem Gewissen, vor der öffentlichen Meinung von Deutschland, von Europa. Dieser Verantwortlichkeit werden sich Drei niemals in demselben Maße bewußt werden, wie Einer, denn es wird sich immer Einer hinter den Andern verstecken,

Digitized by Google

und seine Verantwortlichkeit durch die des Andern decken. Das würde dann auch, wenn es darauf ankäme, noch neue Gründe gegen den Vollziehungsausschuß aufzuführen, dagegen sprechen; denn er agirt nur nach den Weisungen der Versammlung, und in dieser wird stets Einer seine Verantwortlichkeit durch die des Andern decken. Ich glaube also, daß nur Einer die nöthige Verantwortlichkeit besitzt. Ich glaube, das Triumvirat ist ein geschichtlicher Name, über den die Geschichte bereits in Rom und in neuerer Zeit in Frankreich unter dem Konsul gerichtet hat. Entweder wird Einer so viel moralische Kraft haben, um seine beiden Kollegen ins Schlepptau zu nehmen, und dann sind die Andern überflüssige Krücken, oder es hat Keiner diese überwiegende Kraft, dann werden sie nach drei verschiedenen Richtungen auseinander gehen, und das halte ich noch für viel verderblicher. Ich weiß überhaupt nicht, wie ich mit die Verantwortlichkeit der Minister dabei als möglich denken will, denn wenn wir annehmen, was doch gewiß sehr wahrscheinlich ist, daß die Drei sich nicht einigen, so wird es dann dahin kommen, daß die Minister hier erscheinen, und uns Erzählungen machen, welche Uneinigkeit in der Exekutivgewalt herrscht, und welchen moralischen Eindruck wird das hervorbringen! Es hat uns welchen moralischen Eindruck wird das hervorbringen! Es hat uns zwar das verehrte Mitglied für Hamburg erwidert, Einer werde sich immer noch Stützen suchen müssen, uns uns also selbst dahin bringen, was wir vermeiden wollen. Ich din auch der Meinung, daß er sich Stützen suchen wird, und er wird sie finden in seinen verantwortlichen Ministern, er soll sie aber nicht erhalten durch die Versammlung, sie sollen nicht neben, sie sollen unter ihm stehen, und wenn er in sich selbst die nöthige Energie findet, so braucht er eben Niemand sonst, als die verantwortlichen Minister. Es ist ferner von dem geehrten Mitgliede von Halle eingewendet worden, der Eine werde sich auf einer einsamen Höhe befinden. Ich glaube nicht, daß er einsam dastehen wird, er wird Gesellschaft finden in den Ministern, in den Mitgliedern dieser hohen Versammlung, er wird oft sich bewegen in allen Kreisen des Volkes, und wenn er denn auch als einsamer Koloß hinsam dastehen würde, was würde es ihm nützen, wenn wir ihm noch einen Freitag oder Donnerstag zur Seite setzen wollten? (Heiterkeit.) Das geehrte Mitglied für Hamburg hat ferner bemerkt, es wäre ihm ganz gleichgiltig, ob Fürsten an der Spitze ständen oder Privatleute. Ich halte dies für nicht gleichgiltig, ich hege zwar nicht die Besorgniß des Mitgliedes von Düsseldorf, daß diesmal so ungemein viel Zartgefühl für die Fürsten bewährte. Ich finde es immerhin nicht wünschenswerth, daß wir blutige Gedanken der Vergangenheit, die Schatten Ludwigs XVI. und Karls I. heraufbeschwören, ich glaube, diese Rücksicht sind wir schon den Völkern schuldig, deren Fürsten sie emsig waren. Ich denke, wir lassen die Todten ruhen, und es hat mir deshalb auch das Todtenamt nicht gefallen, was heute über Mirabeau gehalten wurde. Ich glaube aber nicht, daß die deutsche Nation ein blutiges Pfand wünscht, ich glaube vielmehr, daß sie sich gerathen lassen wird mit den verantwortlichen Ministern. Aber ich wünsche einen Fürsten an der Spitze der Exekutivgewalt, um die Höhe, auf der sie steht, nicht angetastet zu sehen von dem niedern Ehrgeiz, ich wünsche ihn ferner, weil er uns die Sympathien des Volksstammes zubringen wird, dem er angehört, weil er in der Neidlosigkeit einer gegönnten Stellung umkleidet ist von den alten historischen Erinnerungen des Volkes. Man hat gesagt, das Volk wünsche keine Kaiserschaft. Warum wünscht es sie nicht? Weil leider die Rivalität der einzelnen deutschen Volksstämme noch groß und die Einheit Deutschlands in dieser Beziehung noch sehr fern ist, um diese Regierung jetzt schon möglich zu machen. Wollen Sie Beweise, so berufen sich auf den Vortrag des geehrten Mitgliedes aus Stuttgart. Aber diese Rivalität kann nicht in Betracht kommen bei einem bloßen Provisorium. — Gehe ich über auf die Kompetenz, so hat man eine Lücke in dem Entwurf gefunden, weil er von dem Veto nicht spricht. Ich bin für das Veto, weil ich für die konstitutionelle Monarchie bin, wovon es ungetrennlich ist, und weil ich es ehrlich und offen bin, so wäre es mir auch wünschenswerth gewesen, wenn ausdrücklich davon gesprochen wäre; ich finde aber, daß es sich, wenn Nichts davon gesagt worden, von selbst verstehe, daß die Exekutivgewalt das Veto haben soll. Ich bin ferner mit dem Mitglied für Hamburg einverstanden, daß die Nationalversammlung nicht mitzuwirken hat bei Kriegserklärungen und Friedensschlüssen. Dies ist von den geehrten Mitgliedern aus Hamburg und Mannheim mit besseren Gründen vertheidigt worden, als ich es könnte. Ich will nur noch einen Grund hinzufügen, der, wie ich meine, schon in der beredtsamsten Rede von Mirabeau gegen Barnave vorkam, der Grund, daß eine große Versammlung sich leicht fortreißen läßt von der Leidenschaft des Augenblicks, daß eben der Einzelne sich aus seiner Verantwortlichkeit weniger macht und weniger derselben bewußt ist, wenn er sie mit Sechshundertsten theilt. Das verehrte Mitglied für Leipzig hat mit einem gewissen Triumphe auf den gestrigen Beschluß wegen Triests sich bezogen, das Mitglied für Crefeld hat sich Glück gewünscht, daß der von ihm bezeichnete Beschluß einstimmig gefaßt worden sei. Ich erlaube mir, doch dabei zu bemerken, so ungern ich auch von einem bloß persönlichen Faktum rede, daß ich dagegen gestimmt habe, nicht weil ich weniger patriotisch bin, aber ein Mal, weil ich die Kompetenz der Versammlung nicht begründet fand, dann, weil ich ihn nicht im Einklang halte mit dem Fall von Schleswig, und weil ich nicht einen Theil von Deutschland schlechter gestellt sehen möchte als den andern, und endlich, weil ich glaube, daß mit hochsinnenden Redensarten in solchen Fällen Nichts gethan ist, solange sie nicht von Kanonendonner begleitet sind. Ich bin also dafür, daß die Exekutivgewalt ernannt wird von den Fürsten, ferner, daß nur Einer ernannt wird, und zwar mit der gewöhnlichen Kompetenz, wie in der konstitutionellen Monarchie, und um dies kurz zu detailliren, habe ich mir erlaubt, ein Amendement zu stellen, das ich dem Herrn Präsidenten übergeben werde, und das dahin lautet:

Die Nationalversammlung beschließt, vorbehaltlich des Einverständnisses mit den deutschen Fürsten: 1) Als zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll ein Bundesdirektor zur Ausübung der obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. 2) Derselbe soll von den deutschen Regierungen ernannt werden. 3) Der Bundesdirektor hat provisorisch a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen; b) die Oberleitung des deutschen Heerwesens zu übernehmen; c) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands auszuüben, und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen. 4) Die Errichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit des Bundesdirektors ausgeschlossen. 5—7, wie 6—8) des Entw., statt Bundesdirektorium — Bundesdirektor.

Ich bitte nur noch für wenige Augenblicke um Ihre Aufmerksamkeit, nicht um noch über das Amendement zu sprechen, sondern um mich und diejenigen, die dem engeren deutschen Staate angehören, der uns gemeinschaftlich hinreichend erhalten hat, gewissermaßen gegen einen möglichen Vorwurf zu verwahren. Es ist gestern von dem verehrten Mitgliede für Cöslin der Antrag gestellt worden, daß der Krone Preußen die Vertretung der deutschen Interessen übertragen werden möge. Man könnte vielleicht aus diesem Antrage schließen, als ob ich auf dasselbe Ziel hinanswollte. Wenn mir auch das persönlich gleichgiltig wäre, so wäre es mir doch nicht gleichgiltig im Interesse des Staates, dem ich angehöre. Ich besinde mich nicht mehr in preußischem Staatsdienste, ich bin nur ein simpler Privatmann. Wenn ich auch mit den Ehrenmännern, die jetzt in Preußen an der Spitze der Regierung stehen, persönlich befreundet bin, so sind wir doch ihre Ansichten nicht bekannt, aber so weit ich sie kenne, kann ich sagen, daß Preußen jenes Opfer bringen, jedes Sonderinteresse auf den Altar des Vaterlandes niederlegen wird, so weit es irgend seine Ehre gestattet, und sobald die Einheit Deutschlands in Verfassungsform vollendet ist. Ich verkenne die Gewichtigkeit der Gründe des Mitgliedes für Cöslin nicht; sie sind noch vollständiger von dem verehrten Mitgliede für Wanzleben in seiner Zeitung erörtert; aber so sehr ich auch die Gründe für einen solchen Antrag anerkenne, so ist es mir doch zweifelhaft, ob es der Augenblick überhaupt wäre, jetzt solche Vorschläge zu machen. Ich verwahre mich dagegen, daß das in meiner Absicht gelegen hat. Nach dem nun, was ich von den Gesinnungen des Königs und seiner konstitutionellen Minister erwarte, glaube ich, daß sie durchaus Nichts dagegen einwenden würden, wenn ein anderer deutscher Fürst, und ich glaube, wir haben deren sehr Viele, namentlich aus dem erhabenen Hause, das Jahrhunderte lang an der Spitze des deutschen Reiches gestanden hat, hierzu ausersehen würde. Ich will keinen Fürsten hier nähmer bezeichnen, ich glaube aber, daß allerdings das Haus Oesterreich unter seinen Mitgliedern Einen zählt, der besonders viele Sympathien in Deutschland hat, daß seine Verdienste nicht bloß die Linke der Steiermark erworben haben, daß Deutschland noch gedenkt der erhabenen Worte, die er einst bei einem Königsmahle gesprochen hat: „Kein Preußen und kein Oesterreich, ein einiges freies Deutschland, fest wie seine Berge!“ Nochmals, ich will nicht indistret sein, ich will mich nicht eindrängen in den Rath der Fürsten, ich habe keine Aussichten, wieder in den Staatsdienst zu gelangen; ich wollte nur hindeuten auf die Möglichkeit eines glücklichen Ausweges. Ich bitte, meine Herren, würdigen Sie die Vorschläge, die ich Ihnen hier entwickelt habe, lassen Sie uns die Sympathien, die wir besitzen, wenn auch nicht der demokratischen Vereine, aber doch der großen Mehrheit der deutschen Nation, nicht schmälern durch Mäßregeln, die sie in ihren Ueberzeugungen verletzen könnten, ich bitte Sie, gründen Sie das Werk, das wir berufen sind, gemeinsam zu vollenden, auf den unerschütterlichen Festen des Rechts, den die Pforten der Hölle, die schon oft hier aufgethan worden sind, nicht überwältigen werden. Thuen Sie das, so wird der Sturm der Revolution darüber hinweggehen, und seine Spur wird nicht mehr gefunden werden in der Geschichte.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Boyd, 79 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Belgien, Portugal und Spanien nehmen sich unsere Verleger in Straßburg Hr. Dr Bruning, Poststr. Nr. 28 hohe Thore in Frankfurt.

# Deutsche Zeitung.

Die Expedition befindet sich Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich 5 fl. 30 kr. — Jedes neue Postamt kann beigetreten werden bei Großherzogthum Baden 2 fl. 12 kr. Für Ausländer wird der Betrag einer vierteljährigen Postnummer mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 177.** **Heidelberg,** Dinstag 27. Juni. **1848.**

## Zur Nachricht.

Mit dem 1 Juli beginnt ein neues Abonnement auf die **Deutsche Zeitung** für das halbe Jahr bis Ende December 1848. Der Preis bei der Verlagshandlung und Expedition in Mannheim und Heidelberg ist 5 fl., durch die Post bezogen im Umfange des Großherzogthums Baden 6 fl. 13 kr., wozu auswärts noch der Postaufschlag kömmt. —

Die Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung, welcher der Redakteur, wie mehrere Mitarbeiter als Mitglieder anzehören, wird die Deutsche Zeitung schnell und übersichtlich mittheilen.

## Uebersicht.

**Die Reaktion. Eine Stimme aus Preußen.** — **Wien** (die Arbeiter; czechische Umtriebe; die Dinge in Prag). **Berlin** (die Zeughausplünderung und ihre Hebel; das abgetretene Ministerium). **Frankfurt** (Verhandlungen der Nationalversammlung über die prov. Centralgewalt. Rückblick auf die letzten Debatten).

**Schweiz. Zürich.** Gerüchte über Neapel.

**Großbritannien.** England erkennt die konstitutionelle Regierung Siciliens an.

**Frankreich. Paris.** Arbeiterunruhen steigern sich zu einem förmlichen Aufstand. Die Regierung tritt zurück. Cavaignac an der Spitze der Exekutivgewalt.

**Amerika.** Der Friede vom mexikanischen Kongreß ratificirt. Gräuel auf Haiti.

### Eine „Stimme" aus Preußen.

Der Zustand, wie er ist, kann nicht dauern. Darüber sind Alle einig. Was fest gewesen, geht zu Grunde, und was noch nicht fest war, nicht einmal im Hirn der spekulativen Träumer, wallt noch umher wie die Fäden, die man den Altenweiberstimmer nennt, es hängt sich an Stoppeln, Sträuche, Aeste, aber der Weber fehlt, der die Fäden zu einem Gewebe zusammenschlingt.

Wie soll es anders werden? — Zurück! Das Wort ist ein Gespenst, vor dem selbst die erschrecken, wenn sie es ausgesprochen hören, welche still im Innern darnach seufzen. Es wagt Niemand, Reaktionär zu sein. Und deßhalb ist „Reaktion" die furchtbarste Waffe, deren die Wühler sich bedienen. Es ist kaum zu glauben, wie weit diese Gespensterfurcht in alle Kreise eingreift. Man zwingt sich zur Furcht vor der Reaktion, aus Furcht, verdächtigt zu werden, wenn man sie nicht fürchtete.

Daß die Reaktion, wie man sie zu fürchten hätte, ohne Unmöglichkeit sei, ist denen, die Gespenster absichtlich sehen wollen, ebensowenig begreiflich zu machen, als denen, die im Fieber der Furcht davor zittern. Und ist es ihnen zu verargen, wenn sie auf die Geschichte der letzten dreißig Jahre pochen, hinweisen auf die arglistige Politik, die um die theuersten Errungenschaften der Volksfreiheit uns betrog, wie man mit allem Heiligen da gespielt, mit Königsworten und Bibelsprüchen, wie man mit glatten, vornehmen Worten den schlichten Sinn der einfachsten Zusagen verdreht hat? Auch redliche Spieler waren ja dabei, Selbsttäuschte; wie viele wahrhaft Freie haben sich in dem Netzaetz fangen lassen, das Metternich in der anmuthigsten Unterhaltung unvermerkt ihnen über den Kopf warf!

So war es, aber so ists nicht mehr, so kann es nicht mehr werden. Nicht die Achse eines Reiches, das Rad der ganzen Weltgeschichte hat sich umgedreht. Wo ist der Arm, wo sind die Metternichsche der nächsten Zukunft, welche die Errungenschaft aller Nationen exklamieren könnten bis etwa zurück zum Karlsbader, zum Laibacher, Veroneser Kongresse! Die Furcht ist thöricht, aber doch bleibt es eine Wahrheit: Thorheit, auf Besserung der Thoren zu harren.

Es gibt auch keine Reaktionäre in dem gefürchteten Sinne, wenn man nicht irgend in einem verlegenen Ritterstil der Provinz, einer Garnisonstadt einige Individuen, einen kleinen Kreis Gleichgesinnter mit dem Namen bezeichnen will. Deren Ingrimm mag heftig sein; er ist aber ebenso ohnmächtig. Der Adel hat mit bitterem Schmerz das Verhängnis über sich einbrechen sehen, er beklagt die verlorenen Ausschüten, die Ritterakademien, die Kadettenhäuser, die diplomatische Karriere, die Bevorzugung zu Aemtern, aber gedrängt von der Furcht, die alle Besitzenden ergriffen, ist er fern von den chimärischen Träumen der einstigen französischen Legitimisten. Wie er sich auch in die Zeit schicke, er denkt nicht daran, sich in die Speichen zu werfen, das Rad zurücktreiben. Ebensowenig die Bureaukraten. Diese intelligente Klasse unserer Bevölkerung hat man schwer verkannt, besonders im Auslande. Sie sahen längst das Ungewitter voraus, das ihre Existenz bedrohte, und, ergeben in ihr unvermeidliches Geschick, haben sie den liberalen Ideen schon lange still, vielleicht nicht wirkungslos, die Hand gereicht. Es ziemt nicht, sie zum Gegenstande herbeigerufen Hasses zu machen, wenn man gerecht sein will. Reaktion hat man von ihrer Seite aber auf keinen Fall zu gewärtigen. Reaktionäre als Partei sind nirgends, nicht auf dem Lande, nicht in den Städten, ja nicht einmal unter den Junkeroffizieren, deren zugendlicher Uebermuth nur zu oft zu gerechtem Unwillen dem Publikum Anlaß gab. Ihr Fundament ist untergraben.

Die Reaktion bringt uns nicht aus dem Zustande, der nicht dauern darf, wenn nicht Alles untergehen soll. Eine Reaktion ist erst dann zu fürchten, wenn er solange dauern sollte, daß man in der Verzweiflung nach Allem greift, was es sei, um der Pein und Unsicherheit loszuwerden.

Zurück geht es nicht, stehen bleiben können wir noch weniger, denn wir stehen gar nicht, wir taumeln, schwanken wie auf einem Schiffsdeck in bewegtem Meer. Also vorwärts! Aber wie vorwärts?

Sprechen Sie das Wort Republik aus, und eine athemlose Stille, blasse Gesichter antworten Ihnen. Nämlich aus der ganzen großen Masse der Unzufriedenen von Memel bis Mosel, und von Wien bis Hamburg, ob doch Hamburg selbst sich eine Republik nennt. Daß es unter der Jugend, auch bis über die Studenten hinaus, Schwärmer für sie gibt, ist eine Sache für sich; ebenso natürlich, ja nothwendig, ebenso ehrlich, ja hochherzig gemeint, als die Wühler hinter dem Aushängeschilde andere Interessen für sich im Auge haben. Diese Schwärmer aber thun es nicht; eine Schwärmerei, die mit den Jahren und der Erfahrung so abfällt, daß man eher vor dem nüchternen Boden- und Gegensatz besorgt sein darf.

Der Bürger, jetzt aus dumpfer Unzufriedenheit zu politischem Bewußtsein erwacht, schaudert vor dem Gedanken Republik. Fast allzusehr, denn die Klugheit forderte, daß wir uns mit dem Gedanken vertraut machten, daß wir prüften, klar darüber würden,

Digitized by Google

was eine Republik sei? Die Massen der Proletarier, und was ihnen nahe steht, würden erkennen, daß, was man ihnen vorspiegelt, es nicht sei; daß das Gesetz in einer wahren Republik eine eiserne Mauer ist. Für sie ist von vorn weniger zu hoffen, als unter einem Königthum, das nur aus weichen Stoffe seine Schranken, seinen Willen, den Nothwendigkeit gegenüber, aufführen darf. Wie Alle würden erkennen, daß die Bedingungen zu einer nordamerikanischen Republik in den alten deutschen Ländern ebenso fehlen, als zur Chimäre einer antiken Republik. Jeder müßte erkennen, daß der Uebergang aus dem hochgebildeten deutschen Staatsleben zu schweizer Kantonsrepubliken sein Fortschritt, ein Rückschritt vielmehr sei. Erkennen, daß nur in dem völlig planirten und centralisirten Frankreich die äußern Bedingungen zu einer modernen, nationalen Universalrepublik gelegt sind; und doch, daß gerade die innerste Natur der französischen Nation zur Monarchie treibt; daß hier ein despotischer Gewaltwille von der Eitelkeit der Nation gefordert wird, und daß er nicht allein existiren, auch schirmen soll. — Aber in der Zukunft liegen doch andere Möglichkeiten; diese ruhig zu würdigen, wäre Pflicht. Man könnte zum Resultat kommen, daß im selben Maße, wie eine Republik der Gegenwart für Deutschland soviel bedeute als Anarchie, Zerfetzung, Auflösung alles noch Bestehenden, ohne Trost, ohne andere Aussicht als die der Theilung unter Fremdherrschaft, wenigstens fremdem Einfluß, daß in demselben Maße, sage ich, gerade in den Pfeilern des deutschen Partikularismus die Grundsteine einer künftigen großen deutschen Republik zu finden wären.

Aber der Bürger schaudert vor einer Republik, und doch möchte er das Königthum nicht allein alles seines Glanzes, auch seiner Macht entkleidet sehen. Kein Heer, keine Beamtenmacht, keine Autorität. Die unzüchtige Bevormundung hört auch uns zu erschüttern, als ob keine Erfahrung die Macht dieses unseligen Gespenstes, ohne Wesenheit, geschwächt hätte! Was ist ein Veto in der Hand des Königs dem Volkswillen gegenüber? Ein Schemen, lehrt die Geschichte der konstitutionellen Monarchien von ihrem Anbeginne bis gestern. Aber was ist ein Königthum ohne Veto? — Eine Republik.

Nun wenn es denn sein muß, höre ich Stimmen rufen, nicht aus dem Volke, nicht aus der großen Bürgermasse, aus ehemaligen Anhängern der alten Ordnung — wenn es denn sein muß, lieber gleich eine Republik. Was kümmert uns die Form, wenn nur eine Autorität wieder geboren wird.

Wo steigt sie, wie die Göttin, aus dem Meere, wo springt sie, gepanzert, aus der Jupitersstirn? Wie hilft sie uns aus dem Zustand, der nicht dauern kann, wenn sie auf dem Papier erklärt, daß sie da ist, und ein Hohngebrüll schallt ihr aus allen Winden entgegen?

Wären wir schon so weit in so kurzer Zeit hier, in ganz Deutschland, in das Chaos zurück versunken, daß wir nach einem militärischen Diktator verlangten, kaum nach dem ersten Nippen vom Becher der Freiheit! Das wäre der rascheste Entwicklungsproceß, den die Welt sah; freilich ist diese Raschheit für Viele der einzige Trost. Aber wo ist der Napoleon hüben und drüben, wo nur ein Cromwell? Wo nur eine bedeutende Kapacität? Es ist nur ein Trost, daß, wenn auf der Regierungsseite die Energie fehlt, auf der andern die ersten Celebritäten sich schon dermaßen abgenutzt haben, daß die kaum zum politischen Bewußtsein erwachten Bürger anfangen, sich zu fragen, was denn hinter den Phrasen sei! Es bleiben Phrasen, das sieht auch der hausbackenste Verstand. Nur die eine verdächtigende „es riecht nach Reaktion!“ übt noch ihre furchtbare Macht.

---

**Oesterreich.** Δ Wien, 20. Juni. Die böswillige Stimmung unter den böhmischen Arbeitern, deren Anzahl leider bedeutend ist, dauert noch immer fort und wird fortwährend durch Aufwiegler — meistens Czechen genährt. Am 18. nahm der Theaterdirektor Karl als Officier einer Abtheilung N. G. acht Aufwiegler gefangen, welche mit der Eisenbahn von Prag gekommen waren und sich sogleich auf die Arbeitsplätze begeben hatten. Gestern wurden deren 35 durch die Nationalgarde unter den am Brändelbau beschäftigten Arbeitern eingefangen und überdies zwei sehr elegant gekleidete Damen, welche mit Kahrenmuskikinstrumenten ganz ausgestattet waren und sich eifrig bemühten, sie unter die versammelten Arbeiter auszutheilen, mit der Aufforderung der Nat.-Garde und dem Sicherheitsausschuß Nachtmusiken zu bringen. Auch ein ganz junger Mann, als Frau verkleidet, wurde eingebracht. Als diese Umtriebe hätte man für das Werk der Czechen, welche nicht zufrieden damit, das deutsche Element in Prag zu vertilgen, die Fackel des Aufruhrs bis in das Herz Deutschlands tragen möchten. — Die Konsequenzen, welche den Arbeitern am 16. Abends gemacht wurden, werden sie in der Wiederholung gelesen haben; der Sicherheitsausschuß ist seit entschlossen, hierbei Ruhe zu bleiben und jeder weiteren Aufforderung mit Entschiedenheit entgegen zu treten, um so mehr, als alle deutschen Arbeiter vollkommen zufrieden sind. Im Rothfalle wird man das ganze czechische Gesindel auswiesen. Gestern war bereits die ganze Nationalgarde unter den Waffen, um diesen Entschluß, wenn es nöthig gewesen wäre, durch die That zu unterstützen. Doch blieb es glücklicherweise bei bloßen Drohungen, und Abends verlief sich die an einzelnen Arbeitsplätzen versammelte Menge ruhig und erklärte sich zufrieden. Heute höre ich, daß schon wieder einzelne Haufen sich weigern, zu arbeiten — doch sehe ich das Ganze für zu unbedeutend an, als daß je ein gefährlicher Konflikt daraus entstehen könnte. — Die Nachrichten aus Prag lauten fortwährend, daß die Ruhe wieder hergestellt ist. Der Adel hat sich von dort nach allen Richtungen geflüchtet. Viele Glieder desselben haben sich sogar nach dem so hart von ihnen verleumdeten und bedrohten Wien gewendet, um bei und eine Stelle zu finden, wo sie in Sicherheit für Leben und Eigenthum ihr Haupt niederlegen können. Und der edle Wiener gewährt großmüthig dem Feinde, was ihm der gleißnerische Freund versagte! — Ein Baron, einer alten Familie angehörig, der sich am 14. um zwölf Uhr mit seiner Frau, beide wie sie gingen und standen, aus Prag flüchtete, erzählte mir, daß sein eigner Hauswirth ihm gerathen habe, sich zu entfernen, denn er könne ihm nicht bergen, daß es „auf die Herrschaften“ abgesehen sei. Der Baharzug, mit welchem er entfloh, wimmelte von Emigranten, welche auf jeder Station das Landvolk mit allen Gitter aufreizten, und wo der Zug nicht anhalten konnte, durch Rufen und Schwenkung von Fahnen und Tüchern Alarmzeichen gaben. Die Fürstin Windischgrätz ist gestöbert worden als sie die Jalusien schließen wollte. Der Mörder ist der Büchsenspanner des Generals Grafen Wengerski, sein Name Maur. Ihr Gemahl und die Fürstin Bretzenheim, ihre Schwester, befanden sich mit ihr in demselben Zimmer. Der Schuß ging durch die Stirne, sie sank augenblicklich zusammen und verschied nach wenigen Zuckungen. — Die Fassung und Mäßigung in der Handlungsweise des Fürsten W. nach diesem gewaltsamen Verlurte wird von allen Augenzeugen sehr gerühmt. — Ein anderer Metzelner erzählt, daß nach der zweiten Beschießung der Stadt sieben Mädchen an der Moldau und ein Thurm abgebrannt seien. Der Pöbel hatte das Haus des Grafen Colloredo plündert, um sich der Waffensammlung zu bemächtigen, welche im Werthe von 30,000 fl. stand und rein ausgeplündert wurde. Graf Leo Thun wurde von der Slawa ausgetieferet gegen Freilassung von 36 Czechen, er entfernte sich sogleich von Prag. Auch den Mörder Maur soll Fürst Windischgrätz freigelassen haben. Vor einigen Tagen kamen eine Anzahl Swornostmänner hier an, welche sich für eine Deputation ausgaben und bei dem Ministerpräsidenten allgemein: Amnestie verlangten. Er bewilligte sie mit der Klausel, wenn sie sich mit der Ansicht der beiden nach Prag gesandten Regierungskommissäre vertrage. Die Swornostmänner zogen sich zurück, aber in der Nacht um 11 Uhr erschienen sie nochmals bei Bilkersdorf und verlangten die Wegfassung der Klausel, aber B. blieb bei seinem Ausspruch. Man weiß nicht einmal, ob die Swornostmänner wirklich als eine Deputation angesehen sind, da sie kein Mandat vorzeigten. Unter ihnen befinden sich zwei der Herren, welche Fürst Windischgrätz als Geiseln verlangt, Dr. Clubevsky und Dr. Bruna. — Der fanatische Wiederwitz (und Pseudo-Herzog) Jaster ist einige Meilen von Prag gefangen genommen worden, wenn ich nicht irre in seinem Herzogsmantel.

**Preußen.** ☽ Berlin, 20. Juni. Je mehr es möglich wird, die Ereignisse bei dem Sturme auf das Zeughaus in der Nacht vom 14. zum 15. zu überseh'n, desto unzweifelhafter drängt sich uns die Ueberzeugung auf, daß wir dem unsinnigen Mißgriff eines republikanischen Angriffs so eben noch glücklich entgangen sind. Daß auch noch andere Kräfte im Spiele waren, stellt sich leider mit nicht geringerer Gewißheit heraus. Wiederum hat man in ruchlosem Leichtsinne jenes schändliche, schon mehreremal in diesen Tagen mit Erfolg gebrauchte Mittel angewendet, um Bürger gegen Bürger in unseliger Täuschung aneinander zu hetzen, wiederum hat man versucht, die Erbitterung der Menge nach einer Seite hin anzufachen, wo durchaus kein Grund zu derselben vorhanden war. Es sind an jenem Abend in demselben Augenblicke, als die künstlich aufgeregte Menge gegen das durch Bürger und Militär gemeinschaftlich vertheidigte Zeughaus anstürmte und die Verwirrung überhand zu nehmen drohte, mehrere Schüsse gefallen, ohne daß Jemand wußte, woher. Fast wäre den

Digitized by Google

Feinden unsres Bodens ihr finsterer Plan gelungen. Denn schon stürzte man sich wieder, wie am 18. März, rachedürstig und in wilder Hast durch die Straßen, wie damals mit dem Ruf: wir sind verrathen! Glücklich, daß diesmal die Gährung in sich selber verdampfte, denn nirgends zeigte sich derjenige, welcher den Verrath grübt hätte. Statt dessen erhoben sich hier und da Barrikaden, die Fahne der Revolution wurde entfaltet und der Ruf nach Republik in einigen Stadtvierteln vernommen; die Truppenabtheilung aber, welcher die Bewachung der oberen Räume des Zeughauses anvertraut war, begab sich, durch Rückgehaste Vorspiegelungen von der Flucht des Königs und dem Rückzuge der Truppen hintergangen, in ihre Quartiere, während ein räuberischer Pöbel sich auf die unersetzlichen Vorräthe unseres Zeughauses stürzte und in unerdittlicher Zerstörungswuth auch mehr nicht schonte. Auf den Straßen verhandelte darauf das „nach allgemeiner Bewaffnung verlangende Volk" den größten Theil der erbeuteten Waffen um etwas Tabak oder Schreibmünze. Bis dahin standen die Sachen für die Wühler günstig. Als indessen eine Abtheilung Bürgerwehr und Militär im Sturmschritt herantam, haben die plündernden Helden auseinander, aus Thor und Fenster in Eile die Flucht ergreifend, und den Werthebrigen des Gefechtes und der Ordnung das Feld überlassend. Hiermit war das Drama vorläufig zu Ende; eine strenge Untersuchung ward eingeleitet und einige s. g. Führer des Volkes verhaftet. Vergleicht man die ganze Art und Weise, in welcher man hier bei dieser und bei ähnlichen Gelegenheiten eine Bewegung der Bevölkerung hervorrief, mit den Versuchen, wie sie in größerem Maßstabe auch bei Ihnen stattfanden, so kann man nicht umhin, über die Verwandtschaft der zur Ausführung des Planes verbrauchten Mittel zu staunen. Fast jedes Wort, dessen Sie sich zu der Schilderung Ihrer badischen Zustände bedienen, würde sich, wie es da steht, auf unsere Verhältnisse anwenden lassen. Dieselbe „demagogische Agitation, dieselbe in den Staaten des Tages an die Oberfläche getriebene Hefe, welche durchaus negativ gegen Alles, gegen Gesetze und Ordnungen unter dem Schutze hohler Schlagwörter als bloß auflösendes Element ziellos fortarbeitet und sich der republikanischen Partei anschließt als vermeintlich bereiten Ziel der Umwälzung das am weitesten gesteckte ist" — dieselbe Gemüthsoffenheit und Leere an Enthusiasmus für Sitte und Vaterland in einer Zeit, wo Deutschland auf allen Seiten von Feinden umdrängt und aller Hilfsoffenheit eines Zustandes Preis gegeben ist, wie er in einem edlen Volke durch 33 Jahre der geistigen Knechtschaft, der gewerblichen Beschränkung und durch Jahrzehnte der Zerrissenheit und gegenseitigen Befehdung erzeugt werden kann. Diese und, wenn sich unsre Bürgerschaft, wie sie es jetzt thut, ging mit dem Arbeiterstande, den Ringst so unwiderleglich empfangenen Beweis ihrer Schwäche nicht endlich die dringendste Aufforderung sein läßt, ihre Aufgabe klar zu fassen und sich um Grundsätze zu schaaren, die mit solcher Kraft und Wahrheit gepaart sind, daß sie ihre Vertheidiger auch mit dem Muthe der Ueberzeugung rüsten. Wiewohl Freiheit und Gesetz in diesem Augenblicke, wo die Welt aus ihren Fugen gerückt ist, vielbeutige Ausdrücke geworden sind, welche eine jede Partei nach ihrer Weise auslegt, so darf doch an jener ewigen Grundlage aller Sitte und Civilisation: der Sicherheit der Person und des Eigenthums, nicht gerüttelt werden, ohne daß für den Staat, der es duldet, die Stunde auf dem Fuße nachfolgt. — Uebrigens haben auch diesmal die Wühler nicht verfehlt, den ganzen mißgliickten Versuch, neue Unordnung herbeizuführen, der Reaktion in die Schuhe zu schieben. Ueberhaupt ist Reaktion in diesen Tagen ein geduldiges Wort geworden, welches Alles in sich faßt, was den Feinden der Ordnung zum Stein des Anstoßes geworden ist. So soll es denn auch jetzt gewiß sein, daß „dies neue hochverrätherische Attentat der Reaktion nur dazu gedient habe, in dem friedliebenden Bürger den Wunsch nach dem Wiedereinrücken starker Truppenabtheilungen zu erwecken, und daß das Ministerium durch die Art, wie es dieses beträubende Ereigniß auszubeuten versucht, sich vollends den Stab gebrochen hat". Solche Reden konnte man noch gestern in Fülle hören. Heute erklärt sich das Ministerium im Zustande der Auflösung, und seltsam, gleich ist man bei der Hand, diesen letzten Schritt des Ministeriums, das sich so eben selbst den Stab gebrochen hat, wiederum als ein Werk der Reaktion zu verschreien, indem der Rücktritt der Minister nur eine Kriegslist bedeuten soll, um durch den Beweis, daß kein anderes Ministerium zusammen zu bringen sei, die Nothwendigkeit des eben abgetretenen offen darzulegen. Man weiß in der That nicht, ob man sich mehr über den politischen Scharfsinn, womit solche Auslegungen an das Tageslicht gefördert, als über den Leichtsinn, womit sie geglaubt werden, verwundern soll. Wahrlich, wäre das Mißtrauen, wie einst Lamartine unter dem Königthume in der französischen Abgeordnetenkammer ausrief und wie Graf Reichenbach sich jetzt nachzusprechen bemüht — eine Tugend der Freiheit, wir hätten jetzt Freiheit vollauf! —

⊃ Berlin, 21. Juni. Man kann sich hier noch immer nicht von dem Staunen über den plötzlichen Rücktritt des Ministeriums erholen. Es sind über die Ursachen desselben die verschiedenartigsten Gerüchte im Umlauf. Die Mißtrauischen meinen, es werde „eine geheime Politik der auswärtigen Angelegenheiten neben und hinter der allgemeinen Politik des Ministeriums behaupten". Die nächsten Tage werden es zeigen, inwiefern diesem Gerüchte Glauben beizumessen ist. Zum mindesten gewagt scheint es uns, noch jetzt dem Hofe eine Politik unter zu schieben, welche, ohne irgend eine Aussicht auf Erfolg, die Monarchie in Preußen an den Abgrund des Verderbens führen würde. Ueber die Zusammensetzung des neuen Ministeriums hört man noch nichts Gewisses.

3 Frankfurt, 21. Juni. Zum Schluß der Debatte über die Centralgewalt sind für heute noch 7 Redner eingeschrieben, von welchen 2 der Linken, 1 der Rechten und 4 den beiden Centren angehören.

Olum. Wie die offenen und entschiedenen Gegner ihm immer lieber sein, als die halben, so sei ihm auch die Einheit lieber, als die Vielheit; er wolle Einen an der Spitze von Deutschland, aber keine konstitutionelle Monarchie. Was man hier über die Feststaltung der konstitutionellen Princips sage, das sei unwahr, denn eine Monarchie ohne Konstitution, ohne ein Grundgesetz, wodurch sie beschränkt werde, sei nichts Anderes, als eine absolute Monarchie; man könne das Beispiel von England hier schlechthin nicht beziehen, denn wir hätten für die Centralgewalt keine englischen Formen und überhaupt keinerlei gesetzliche Schranken; er müsse es der Versammlung zu bedenken geben, ob sie es wagen wolle, jetzt, wo nirgends Vertrauen vorhanden sei, eine Gewalt zu schaffen, auf welche das ganze Mißtrauen des Volkes sich konzentrire. — Hinsichtlich des Vorschlages des Bundestags sagt er: Er theile die Ueberzeugung, daß bei der künftigen Verfassung Deutschlands ein Staatenhaus nothwendig sei, aber der alte Bundestag könne es nicht sein, dieser könne von jetzt an nicht mehr fortbestehen; die Personen mögen andere geworden sein, das Institut selbst aber sei dasselbe geblieben; was helfe es, wenn man aus einem Jesuitenkloster die alten Mönche wegtreibe und junge von besserer Gesinnung hineinsetze. Die Saznngen Loyola's müssen vernichtet werden, die Institutionen des Bundestags beruhen auf der bloßen Fürstenvertretung und haben darum keinen Bestand mehr. Man wolle das Vorschlagsrecht für die Präsidentenwahl durchaus den Regierungen gestatten, dabei aber, wie man sage, das Recht behalten, zuletzt zu thun, was man wolle; das sei ein sehr armseliges Zugeständniß. Er achte die Regierungen in den Einzelstaaten, wo er ihr Ansehen und ihre Wirksamkeit aufrecht erhalten wissen wolle, zu sehr, als daß er sie so herabsehen möchte; ein solches Zugeständniß scheine ihm eine so entehrende Anerbietung für die Regierungen zu sein, daß er seiner Seits denselben ein solches nicht machen möge. Der Antrag auf ein Direktorium von drei Mitgliedern sei nichts Anderes, als eine Anfkärnung der alten Wirthschaft; das sei der alte Staatenbund wieder, nur die 17 Stimmen auf 3 herunlergebrückt. Auf der Verantwortlichkeit des Präsidenten, wie des Ministeriums müsse die Linke durchaus bestehen, und sie verlange darüber namentliche Abstimmung. Eine Vereinbarung mit den Regierungen wolle er nicht, denn es sei kein Vertrauen zu denselben da; wenn es aber, bis wenn sonst allenfalls eine solche Centralgewalt zu Stande kommen sollte. In mehreren Ländern sei die Zustimmung der Stände nothwendig, so sei es wenigstens in Sachsen, und die sächsischen Stände würden ihre Zustimmung nicht geben. Ueber alles Das könne man allein hinweg durch die Errichtung eines Volksbegnasausschusses, unter welchem die Regierungen in der Verwaltung der Einzelstaaten Nichts verlieren, welcher aber der Nationalversammlung verantwortlich und von ihr absehbar sei; die Verantwortlichkeit vor der Nachwelt erkenne er freilich auch an, aber damit sei der Gegenwart nicht geholfen; Nero und Alba seien der Nachwelt auch verantwortlich gewesen; die Linke habe die Kompetenz beschränkt, weil sie eifersüchtig wache über jede Gewalt, welche der Freiheit gefährlich werden könnte, die Freiheit der Welt durch die Versammlung sei das zweite Princip, worüber die Linke namentliche Abstimmung verlange, man habe gesagt, man müsse nunmehr den Schlund der Revolution schließen, aber man vergesse, daß man mitten in ihr stehe, das oben sei Mirabeau's Theorie gewesen, daß er auf einmal der Revolution habe entgegentreten wollen; man müsse entweder auf den rollenden Wagen derselben hinaufspringen, um ihn zu lenken, oder er werde in seinem wilden Laufe Alles niederreißen; wenn man einen Deckel auf den Abgrund lege, so sei er damit nicht geschlossen; unsere Zustände werden von Tag zu Tag denen von 1789 ähnlicher, wie damals so sei jetzt der Zustand der Trup-

Digitized by Google

pen, das Drängen nach einem äußeren Kriege, das Bestreben irgend eine Gewalt herzustellen, die Sympathie nach der Grenze, wo die Freiheit wohne, und der Haß gegen sie, wobei die Tyrannei drehe, und endlich die Mahnungen, diese junge Versammlung möge sich nicht übereilen. Unsere Aufgabe ist: aus der Geschichte zu lernen, nicht ihre Lehre zu mißdeuten. Vergessen wir nicht die Schreckensherrschaft, sie ist nicht in Paris, sie ist in Pillnitz und Koblenz geboren, das Veto war es, an welchem Ludwig der XVI. zu Grunde gegangen ist; wahrscheinlich vermögen wir der Revolution noch eine andere Bahn anzuweisen, wenn wir nicht verschmähen, ihr gerecht zu werden. Die Liebe zur Freiheit ist zu vergleichen mit der Liebe zu einem Weibe, man sagt das Herz des Volkes sei kalt und alt geworden unter der 30jährigen Herrschaft der Despotie, aber auch das alte Herz kann lieben, und inniger und wärmer als die Jugend. Ueberliefern Sie nicht die Gelichte des Volkes ihrem ärgsten Todfeinde, der Gewalt.

Bischowski. Indem ich unter dem doppelten Beifall, welcher dem abtretenden Redner gezollt wird, die Tribune besteige, bin ich mir wohl bewußt, daß ich ihm gegenüber eine mißliebige Sache vertheidige; ich danke aber demselben, daß er so bestimmt und offen die Grundsätze der Revolution hier ausgesprochen, insbesondere aber auch, daß er dies in so parlamentarischer Weise ohne Verletzung der Personen gethan hat; ich werde ihm auf diesem Wege auch zu folgen suchen. Er kommt nun auf die Zumuthung Ruges, daß die Rechte ihre Politik aufgeben und das Princip der Linken annehmen solle; wenn es sich um die Vertheidigung des Vaterlandes und ähnliche Dinge handele, so seien gewiß Alle zu diesem Hause gleich einstimmig; hier aber seien bestimmte Gegensätze, über welche sich nicht abkommen lasse. Zwischen diesen beiden extremen Parteien bestehe aber auch eine dritte, der er nicht angehöre, das Centrum, welche eine durchaus ehrenwerthe sei, um so ehrenwerther, da sie auf den Applaus verzichte, welcher den extremen Richtungen immer vorzugsweise zufalle; er gebe zu, daß in Deutschland wenigstens Niemand, der die Verhältnisse zu durchwälzen vermöge, an eine republique indivisible denke; aber auf einen republikanischen Föderativstaat wie Nordamerika geht man aus, und wenn man nur ein Mal eine republikanische Spitze habe, so wisse man wohl, wie man von Oben her den vernichtenden Einfluß auf das konstitutionelle Princip in den Einzelstaaten geltend machen werde. Sein Jugendtraum sei wie die Republik gewesen; er sei von jeher ein Monarchist gewesen, aber wenn das deutsche Volk in seiner Mehrheit die Republik wolle, so würde er sich beugen, mit Schmerz zwar, aber er würde es für einen Verrath halten, wenn er demselben widerstehen wollte. Der Abg. Ruge habe nun zwar behauptet: Wenn man Konstitutionen einführe, so seien die Fürsten eigentlich mediatisirt; das werden die Engländer und Schweden schwer begreifen; die Linke sage, das Princip ihrer Anträge sei erprobt; in dem französischen Direktorium sei das allerdings erprobt, aber er wünsche, daß Deutschland diese Probe nicht nachmache, weil sie ohne Zweifel zu demselben Ende führen würde. Der Schoder'sche Antrag sei im Princip keineswegs mit dem der Rechten so eins, wie er aussehe, aber es handele sich hier nicht um ein Princip, sondern um die Majorität, denn das größte Unglück wäre, wenn überhaupt Nichts zu Stande käme; nur das begehre man nicht, daß dem Reichsverweser die Rolle eines bloßen Exekutors der Beschlüsse dieses Hauses übertragen werde; noch fehle ein Staatenhaus, wo denn da die Garantie wäre, daß nicht ein Redner in diesem Hause die Versammlung zu einem Beschlusse hinreißen könne, welcher, wenn er sogleich vollzogen werden müßte, das Vaterland in das größte Unglück stürzen würde. Deutschland bestinde sich jetzt in einer Lage, in welcher die römische Republik alle Gewalt vielmehr in eine Hand zu legen pflegte. Der Redner hält die Bestimmung, daß der Reichsstatthalter ohne Debatte über seine Person angenommen werden solle, nicht für ehrenvoll für diesen; er findet durchaus keine Gefahr in einer öffentlichen Verhandlung hierüber; denn er traue allen Parteien so viel Takt und Gewissenhaftigkeit zu, daß sie einen Mann, welcher möglicherweise an die Spitze des Vaterlandes treten werde, auch wenn er nicht der ihrer Wahl sei, nicht durch die Debatte herabsetzen und herabwürdigen werde. —

Vogt aus Gießen versichert, daß er in dem versöhnlichen Tone der Debatte fortfahren wolle. Er freut sich, daß von der Rechten der Standpunkt der Revolution anerkannt worden sei, er habe an die Evolution nie geglaubt, der Polizeistaat könne sich nie zu einem Rechtsstaat entwickeln, denn die Polizei sei eben das Unrecht. Es sei ein seltsames Mißverständniß über die Republik; die Franzosen bilden sich ein, Republikaner zu sein, und seien doch durch und durch Monarchisten; wir Deutsche dagegen seien geborne Republikaner, und meinen doch, wir seien Monarchisten und haben eine stete Angst vor der Republik. Gerade weil der Deutsche die Republik von Geburt an in sich trägt, so sei sie immer der Popanz, womit man ihn ängstige; er erklärt sich über den Vorwurf, welchen man der Minorität wegen ihres Auftretens gegen die Majorität macht; eine Agitation gegen die Majorität bestehe auch in England, und man habe nur daburch die Reformbill, die Emancipationsbill ꝛc. nach und nach durchgesetzt. Wenn die Majorität jetzt gegen die Linke sei, so werde diese zu derselben Agitation greifen, nicht etwa, damit etwas Unrechtes gegen diese Versammlung unternommen werde, wohl aber, damit die Stimme des Volkes dem Principe der Linken eine Mehrheit in der National-Versammlung verschaffe. Er bekämpft nunmehr den Ausschußbericht, der ihm sehr verwerflich erscheint; er wirft demselben vor, daß die Abschaffung der Bundesversammlung darin nicht erwähnt sei, er sei ein unversöhnlicher Feind derselben, was er sogleich dadurch bewahrt, daß er eine ganze Reihe gegründeter und vorgebrachter Beschuldigungen auf denselben wirft und zwar nicht allein auf den alten, sondern auch auf den neuen, den regenerirten, welcher ebenso in dem System der Lüge und der Unterthänigkeit gegen Preußen und Oesterreich beharre, wie der alte. Er rühmt sich, daß er die Fürsten nicht liebe, sie hätten im Jahre 1813 das Volk betrogen, im Jahre 1830 versprochen und nicht gehalten, jetzt sei es an dem Volke, ihnen nicht mehr zu trauen, man sage es sei einerlei, ob die Fürsten oder die Nationalversammlung den Präsidenten wählen, es werde doch dieselbe Person sein. Er behaupte aber, daß die nämliche Person, wenn sie auch vorher das volle Vertrauen des Volkes gehabt hätte, an demselben Tage der Mann des Mißtrauens werden würde, an welchem die Fürsten ihn vorschlügen. Nicht anders verhalte es sich mit seiner Unverantwortlichkeit. Was das Verantwortlichkeit der Minister sei, das habe man an Louis Philipp gesehen, der unter allen Ministern doch immer allein regiert habe; die Linke verstehe aber die Verantwortlichkeit des Präsidenten nicht so, daß er stets abtreten müßte mit den Ministern, denn alsdann stände diese Versammlung stets unter dem Damokles-Schwerte der Kabinettfrage, sie wolle nur eine Verantwortlichkeit des Präsidenten, wenn er abgetreten sei, wie in Nordamerika. Er gibt zu bedenken, daß wenn die Centralgewalt mit einer geringen Majorität gegen das Princip der Linken durchgesetzt werde, diese alsdann eine Opposition gegen dieselbe bilden und sie untergraben werde. Zum Schlusse citirt er den Applaus erregenden Spruch Machiavellis: „Die Völker sind oft treulos gewesen, und die Fürsten sind oft treulos gewesen, aber niegends sind die Völker so oft treulos gewesen, als die Fürsten.“ Nach dieser Rede war wieder ein Zeitpunkt eingetreten, wo die Versammlung das Bedürfniß hatte, von der bisherigen Anspannung ein wenig auszuruhen. Der nachfolgende Redner Rosmann vermochte daher auch nicht, die Theilnahme für seine Rede zu gewinnen, um so weniger da er das unbankbare Geschäft übernommen hatte, eine bereits verlorene Sache, die Dreibeit, zu vertheidigen. Stedtmann aus Koblenz hatte sich für den Wecker'schen Antrag einschreiben lassen. Der Ausschuß sei von dem Beispiele Nordamerikas ausgegangen, und hier sei das Karakteristische nicht sowohl die Republik als der Förderativstaat, aber eben daraus seien, so lange man noch keine Staatenkammer habe, die Vertreter der Einzelstaaten als Beirath der Centralgewalt wünschenswerth. Man müsse der Eigenthümlichkeit der einzelnen Volksstämme Rechnung tragen, denn die Völker werden nicht durch bloße Begriffe regiert; so lange das Verfassungswerk nicht vollendet sei, sei es kaum möglich, daß eine einzelne Person die hingestellte Aufgabe lösen könne, ohne mit den Vertretern der Einzelstaaten in Verbindung zu stehen. Um eine Vereinbarung des linken und rechten Centrums zu Stande zu bringen, schlägt er vor, den Antrag des Schoder'schen Amendements, die Centralgewalt die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen habe, so zu fassen, daß der Reichsverweser die Vollziehung der Gesetze der Nationalversammlung zu überwachen habe.

Raveaux aus Köln. Es sind einige Redner aufgetreten, welche es bezweifeln, ob wir das Recht haben, die Vollziehungsgewalt ohne Vereinbarung mit den Fürsten einzusetzen oder das Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Ein Redner sagte, daß er ausdrücklich dieses Mandat habe. Ich bin der Meinung, daß wir gleich den Luxemburger Deputirten aus dieser Versammlung ausscheiden müßte, bis ihm sein Mandat erweitert worden ist. Die gefahrvolle Lage Deutschlands ist bekannt; auch wie schwach die Regierungen, wie groß die Zerrissenheit im Innern und die Gefahr von Osten und Westen her ist; man spricht aber nur von Westen und nicht von Osten, während doch von Westen die allergeringste Gefahr, von Osten die allergrößte uns droht; von dem Koloß, der uns Heiden nennt und uns Kriegserklärungen zuschreibert, sagt Niemand Etwas, während man Frankreich alles Ueble nachsagt; ich bin nicht für die Proklamation der

Digitized by Google

Republik, aber man muß eine Republik, die nicht in der Gebart begriffen ist, nicht schmähen, vielmehr die von ihr dargebotene Hand der Freundschaft freundlich annehmen. Die Nationalversammlung der franz. Republik hat die deutsche Nationalversammlung durch eine Gesandtschaft begrüßen wollen, und warum ist es nicht wirklich geschehen, um die deutschen Einzelregierungen nicht zu verletzen; die provisorische Regierung hat bewiesen, daß sie es ehrlich mit uns meint, und ich erkenne Sie daher auf, meine Herren, daß Sie den Gruß der franz. Republik erwidern, indem Sie von Ihren Sitzen sich erheben (die Versammlung erhebt sich unter großem Jubel). Ebenso fährt der Redner fort, werden wir uns einstimmig erheben, wenn es je den Franzosen einfallen sollte, in einem andern Sinne die deutsche Grenze zu überschreiten. Er wendet sich nun zur Vertheidigung der Schoderschen Anträge. Sie seien von 2 Seiten her mißverstanden worden; die Einen hätten geglaubt, man wolle damit verstecker Weise Konvent spielen, die Andern man wolle der Nationalversammlung ihre Rechte aus der Hand nehmen; es sei weder das Eine noch das Andere der Fall. Man werde von der rechten Seite der Nat.-Vers. das Recht nicht bestreiten wollen, Beschlüsse zu fassen, welche die Dringlichkeit der Verhältnisse erfordern, und sollte dann die Centralgewalt etwa nicht dazu da sein, dieselben auszuführen; etwas Anderes wäre es, wenn Anstand der Nationalversammlung von diesem Rechte machen solle, und da glaube er allerdings, daß das nur in den dringendsten Fällen geschehen dürfe, wo die Centralgewalt für sich allein nicht handeln könne; die Garantie aber, daß von diesem Rechte kein Mißbrauch gemacht werde, läge ganz allein in der Nationalversammlung selbst; wenn sie anders werde als sie jetzt ist, so helfen dagegen alle Beschlüsse, die wir jetzt fassen, doch Nichts. Wie man diese Einrichtung bezeichnen wolle, ob man sie konstitutionell oder republikanisch oder sonst wie nennen wolle, das kümmere ihn gar Nichts, es werde hier etwas ganz Neues geschaffen, was in der ganzen Welt nicht existire und nicht existirt habe; wie man es nennen wolle, sei gleichviel, die Professoren der Geschichte mögen einen Namen dafür erfinden, das sei nicht das Handwerk der Abgg. Der Schoderſche Antrag wolle allerdings die Unverantwortlichkeit des Präsidenten, aber man müsse im Auge behalten, daß das allein eine Unverantwortlichkeit in politischen Dingen sei, damit man nicht etwa alle 4 Wochen einen neuen zu wählen habe; es sei das ganz dieselbe Unverantwortlichkeit, welche auch dem Präsid. in Nordamerika zukomme, was der Redner auf erhobnen Zweifel durch die Vorlesung des betreffenden §. der nordamerik. Verfassung beweist. Die Bezeichnung des Präsid. durch die Regierungen beeinträchtige die Souveränetät dieser Versammlung durchaus nicht. Wenn es von den Fürsten allein angienge, so würde dadurch allerdings ein Mißtrauen erweckt werden; allein man dürfe in konstitutionellen Staaten Fürst und Regierung nicht verwechseln; der Name Reichsstatthalter oder Reichsverweser, anstatt Präsident, klinge allerdings besser; aber seine Partei möge nicht gerne diese Erinnerung an die alten Zeiten auffrischen; wenn man aber einen unanstößigen deutschen Namen finden könne, so sei ihm dann der auch lieber. Wir wollten ein greifbares Gepränge bald gegen die Rechte, bald gegen die Linke verwenden, was jedoch dem Redner nicht vollständig gelingt. Florencourt habe kürzlich irgendwo gesagt: der große Fluch unserer Zeit sei die Feigheit; er wolle diese Versammlung nicht anklagen; aber ein wenig Angst habe sie doch auf allen Seiten; die Rechte fürchtet sich, wenn von der Linken Etwas vorgeschlagen wird, es könnte Etwas dahinter stecken, und die Linke habe die nemliche Angst, wenn Etwas von der Rechten komme, das Centrum aber fürchte sich immer vor dem Vorwurfe der Halbheit; er wolle sich den Vorwurf ein halber oder ein viertels Mensch zu sein sehr gerne gefallen lassen und habe keine Angst davor, wenn er Etwas für nöthig eringe, was er auch den festesten den Verhältnissen in seinem Vaterlande für zweckmäßig halte. Man müsse jede derartige Rücksicht bei der nunmehrigen großen Aufgabe des Augenblickes aus den Augen setzen; er verzichte auf jeden Ruhm, auf jede Ehre in dieser Sache; er sei in einer so fürchterlichen inneren Aufregung, daß er heute früh noch nicht geglaubt habe, daß es ihm möglich sein werde, das Wort zu ergreifen. Seine Absicht sei gewesen, die Amendements zu so verschmelzen, daß eine große Mehrheit zu Stande kommen könne; lassen Sie vielleicht die Brücke, sagt er zu der Linken, zu den Regierungen; es ist ja am Ende doch nur eine Wortklauberei, an die man sich hält. Meine Wähler haben mich auf's Dringendste gebeten, daß endlich Ruhe, Friede und Ordnung wieder hergestellt wird; fassen wir Beschlüsse, welche das öffentliche Zutrauen wieder erwecken und den Verkehr wieder herstellen; wenn Sie es wirklich gut mit den Proletariern meinen, so sorgen Sie für Alle wie wir, dann werden diese nicht mehr ruhen, sie werden Beschäftigung haben.

Mathy erklärte den Beifall, welcher dem letzten Redner gefolgt, für wohlverdient, indem er jeden Vorwurf, als ob ein Theil der Versammlung mit Vorliebe nach Osten und mit Feindseligkeit nach Westen blicke, unmöglich gemacht und durch die ergreifende Mahnung zur Einigung der vaterländischen Sache einen guten Dienst geleistet habe. Der Redner überblickte den Gang der Verhandlung, wobei man von dem Gedanken eines Ministeriums ohne monarchische Oberleitung allmählich zu einem Reichsverweser gelangt sei, der aber kein Bevormann sein dürfe, weil ein solcher entweder machtlos oder ein Despot sein würde. Ein unerläßliches Erforderniß für den Erfolg der Einrichtung sei die Zustimmung aller Betheiligten, möge der erste Vorschlag von der Nationalversammlung oder von den Regierungen ausgehen, mögen diese oder mag jene die Genehmigung ertheilen. Der Selbstbestimmung des Volkes werde dadurch Nichts vergeben, denn immerhin ist die Ernennung der Personen und der Gang der Verwaltung nur in ihrem Gesitte möglich. Wenn die Vertretung allein die Regierung einsetze, so könnte man ihr auch entgegenhalten, daß sie sich ein Recht anmaße, das ihr vom Volke nicht übertragen worden, das bei allgemeinen Abstimmung übertassen bleiben sollte, aus welcher die Präsidenten der Union hervorgehen, aus welcher auch ein Kaiser Napoleon hervorgegangen ist. Man nähere sich dem Grundsatze der Volksherrlichkeit mehr, wenn man bei der Wahl neben der Nationalversammlung auch die Einzelstaaten betheilige. Dies sei auch kein Zugeständniß an die Fürsten, denn allerwärts in Deutschland hat das Volk die Throne bestehen lassen, also das Zugeständniß bereits gemacht, und diesem Willen der Nation dürfen wir nicht widerstreben. Die Ernennung der Regierung durch die Versammlung allein wäre eine Handlung unumschränkter Machtvollkommenheit, die zwar ihr Lockendes habe, neben welcher sich aber auch eine ungeheure Verantwortlichkeit erhebe. Diese zu übernehmen, rathen uns die nämlichen Stimmen, welche gegen die Mehrheit der Versammlung eifern und anklimmen, welche ihren Sonderzwecken das Gemeinwohl unbedenklich opfern — wir sollten uns hüten, ihrem Rathe zu folgen, und vorziehen, die einzelnen Staaten als Elemente der Einigung um uns zu schaaren. — Der Redner will jedoch sich die Besorgniß nicht übel deuten, daß Verabredungen unter Fürsten stattfinden können, um den Bau des einigen und freien Vaterlands zu hemmen, sich der Entäußerung mächtiger Zweige der Staatsgewalt zu Gunsten des Reichs zu widersetzen, oder Vergrößerungsplanen von Seite anderer Fürsten, deren Einfluß bei der Reichsgewalt zu fürchten, entgegen zu arbeiten. Wir nehmen bedenkliche Erinnerungen aus der alten in die neue Zeit herüber, als Mahner zur Wachsamkeit gegen die Rückkehr alter Uebel. Allein aus diesen Besorgnissen folgt, daß wir die Reichsgewalt rasch bestellen, daß wir stets auf der Hut sein sollen, und daß wir uns der Zustimmung der Einzelstaaten zeitig versichern, um spätern Mißhelligkeiten vorzubeugen. Als Grundlagen der Abstimmung empfiehlt der Redner den Antrag des Abg. v. Mayern, der noch unberührt von Angriffen, als neutraler Boden, uns bildungsfähig, die Vereinigung einer möglichst großen Stimmenzahl erleichtere.

Die Bundesversammlung werde während der Dauer der einstweiligen Reichsgewalt nicht gänzlich zu beseitigen, aber zu einer Staatenkammer zunächst dadurch umzugestalten sein, daß sie ohne besondere Weisungen mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt. Sie bilde dann das Organ der Einzelstaaten im Verkehre mit der Reichsgewalt und solle auch als bisherige Grundlage der völkerrechtlichen Existenz Deutschlands nicht eher beseitigt werden, bevor eine neue geschaffen und anerkannt sei. Durch ihre allzu frühe völlige Aufhebung gehe man ohne Ersatz ein Element der Einigung zwischen der Gesammtheit der Nation und den Einzelstaaten aus den Händen, und breche vor dem Uebergang in den neuen Zustand die Brücke ab, welche denselben erleichtere.

Von dem Haß und Abscheu, den der Bundestag auf sich geladen, von der Sündenlast und Rathlosigkeit der Regierungen haben Andere zur Genüge gesprochen, und für die Unzufriedenheit mit dem neuen Bundestag und den neuen Regierungen seien ganz neuen Grund angeführt, daß die alten schlecht gewesen. Er bedürfe der Warnung vor dem Verderben der Ehrlosigkeit, er bedürfe auch der ernsten Mahnung nicht, daß wir die Regierungen nicht vor Deutschland und Europa schmähen sollten, von denen wir bei jeder Gelegenheit Leistungen begehren, Kräfte und Mittel in Anspruch nehmen, welche sie zur Zeit allein in Händen haben und der Gesammtheit zur Verfügung stellen.

„Ich spiele auch nicht mit den Worten Republik und Monarchie; ich frage nicht darnach, ob man eine Einrichtung republikanisch oder monarchisch taufe, wenn sie nur gut ist. Wir haben in dieser Bezie-

Digitized by Google

sung den uns bekannten Willen der Nation zu beachten, und nicht die erhabenen Ideale, nicht die niedrigen Gelüste einer Minderheit. Die Republik aber, welche uns hier geboten wird, — sie ist nicht jene wahre Republik, die uns ein ehrenwerther Redner aus Oesterreich (Mühring) nach eigener Anschauung so richtig geschildert hat, — nein, sie ist jene Herrenlosigkeit, von der wer man bei entlaufenen Sklaven oder beibelgenen sprechen kann, aber nicht vor freien Männern, deren Jeder versteht, sein eigener Herr zu sein, und einen unumschränkten Herrn über sich erkennt, den Willen der Nation und seinen Ausdruck, das Gesetz. So kann ich auch nicht die Anarchie, welche mit fremden Mitteln und im fremden Interesse Deutschland schwächt, als Zuckung ungebuldiger Kraft und patriotischer Gesinnung darstellen, auch nicht, um eines kleinen Effektes willen, den Müßiggang mit der Noth verwechseln, und menschliches Elend, statt es zu lindern, zum Anspuy unheimlicher Gedanken verwenden (Steigende Unruhe auf der äußersten Linken). Ich kann nicht sagen, daß wir allein zu Allem berechtigt seien, da die Schranken unserer Aufgabe uns groß und weit genug gesteckt sind, — da neben uns noch Staaten mit eigenem Rechtsgebiet bestehen, welches unmöglich zu verletzen weder die Selbstherrschaft, noch die Freiheit, noch die gewöhnliche Klugheit erlaubt. Ich kann nicht behaupten, daß wir keinen Auftrag hätten, eine Reichsgewalt mit allseitiger Zustimmung zu gründen, daß wir aber den Auftrag hätten, sie mit germainender Machtvollkommenheit selbst und allein zu üben. Ich kann nicht sagen, daß wir Hilfe schaffen in der Noth, wenn wir Vertrauen und Sicherheit, alle Grundlagen des Erwerbs, untergraben helfen. Doch — ich wundre mich nicht, wenn Manche, die die vor Kurzem unter dem fabelhaften Zustande des Absolutismus gelebt, jetzt plötzlich ein Gefühl haben, als ob sie Fürsten und Völker in sich trügen; wenn sie, die zu lange nur zu viel Gewalt ertragen, nun sehr keiner andern mehr etwas wissen wollen, als von ihrer eigenen; wenn sie die Selbstherrschaft des gekrönten, mit der Selbstherrschaft des beklatschten Einzelmenschen vertauschen wollen (von der äußersten Linken! Schluß, Schluß!), wenn sie in weiteren Anwährungen an die Lehre des Absolutismus das Säugling als Souverän, die Mutterserge der Gesellschaft um ihn als Hochverrath darstellen. Ich könnte mich sehr darüber verwundern, daß nicht noch Aufsallenderes gesagt wurde. Ein Volk geht aus dem Zustande der Bevormundung in den der Selbstbestimmung nicht plötzlich ohne seltsame Sprünge Einzelner über; der Uebergang war zu rasch, die Bewegung zu gewaltig für das Hirn — nicht nur mancher Neulinge und politischen Rekruten, sondern auch mancher, aber durch das Behagen eines langen Friedens verwöhnter Männer. Das deutsche Volk im Großen und Allgemeinen hat sich dagegen preiswürdig benommen. Auch die Versammlung hat bisher in ihrer großen Mehrheit bewiesen, daß sie den Willen der Nation wahrhaft ausdrückt und bestimmt, daß sie die rechten Mittel für die Bedürfnisse des Vaterlandes zu finden, ihre Macht mit weiser Mäßigung und Selbstbeschränkung zu üben versteht. Sie wird dies auch in der vorliegenden hochwichtigen Frage bewähren. Sollten aber Einzelnstaaten säumen, dem Beispiele treuer Pflichterfüllung gegen das Gesammtvaterland, das wir ihnen geben werden, zu folgen, dann, — ja dann ist ein ein Kühner Geist zur unumschränkten Gewalt durch die Noth geboten. Dann möchte ich aber auch das Volk, und Sie und mich nicht täuschen, indem ich die Republik und die Freiheit in Aussicht stelle, wo nur die Gewaltherrschaft treten kann; ich würde von dem Volke, von uns, von mir verlangen, daß wir die starke Hand des Retters walten lassen, denn es ist kein Opfer zu groß, wo es gilt, das Vaterland zu retten! (Beifall). Aber beginnen wir nicht mit dem, was im schlimmsten Falle der letzte Schritt sein müßte. Noch berechtigt uns Nichts dazu, wenn wir uns einigen, und das Beispiel hochherziger Vaterlandsliebe geben, das zu einem Beschlusse führen wird, der — wenn auch nicht allen Ansichten Einzelner, doch dem Gesammtinteresse der Nation entspricht (Beifall). — Den Schluß geben wir im nächsten Blatte.

Frankfurt, 25. Juni. So endete denn gestern der große Kampf, wenn auch die Gefallenen erst morgen gezählt, erst morgen verkündet wird, wem das Schlachtfeld gehlieben. Einer Verkündigung bedarf es indessen nicht erst. — Der heutige Tag war der Beschwichtigte. Blum trat zuerst auf die Kampfesbahn. Er sprach weniger heftig als das letzte Mal, wie sich denn überhaupt heute eine anerkennungswerthe Mäßigung zeigte, die wir gern als ein Zeichen der Besserung nehmen möchten, wenn wir nicht wüßten, daß öfter eine Partei vor der Abstimmung die Fahne der Versöhnung aufsteckt, um für ihre Sache zu gewinnen. Blums Zorn kehrte sich gegen das Centrum, gegen die Unentschiedenen, gegen die Halben wie er sie nannte; er meinte damit wohl den sogenannten Württemberger Hof. Ich kann ihm den Verdruß nicht verübeln, lakoni- und charaktervolle Männer wie Raveaux und Gistra von seiner Fahne sich abwenden zu sehen, so sehr ich auch zugebe, daß der Antrag dieser Partei nicht Fisch und nicht Fleisch ist. Selbst Raveaux's glänzende Vertheidigung hat mir darüber keine andere Ansicht verschaffen können. Blums heutige Rede hat mein Urtheil über den Gehalten dieses Mannes nur bestätigt. Im Gebrauch von treffenden Bildern, worin er sonst stark ist, verfehlte er es heute auf eine selbst unangenehme Weise. Er verglich die Liebe des deutschen Volkes zur Freiheit mit der Liebe des Mannes zum Weibe; den Genuß der männlichen Umarmung aber werde sich das deutsche Volk diesmal um so weniger rauben lassen, als es unter der Herrschaft der Tyrannei alt geworden und der alte Mann wohl wisse, daß ihm der Liebesfrühling höchstens noch dies eine Mal blühe. Finden Sie etwas Schönes an diesem Bilde? — Bemerkenswerth waren mir in seiner Rede vorzugsweise zwei Aeußerungen. Erstens, und das bedauere ich für seinen Ruhm, schloß er sich an Schaffraths Drohung an, die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments in der sächsischen Kammer verleiten zu wollen. Zweitens kündigte er an, er werde seine Zeit bei Berathung der deutschen Reichsverfassung für ein Staatenhaus stimmen, woran wir doch sehen, daß die Linke wenigstens nicht dem Demokratenideal des Einkammersystems huldigt. — Auf Blum folgte Lichnowsky, der seinem entschiedensten Gegner die Anerkennung nicht versagt, aber auch für das Centrum, für jede Meinung, die gleiche Anerkennung fordert. Sehr gut hob er hervor, wie der s. g. Württemberger Hof, vielleicht ohne es zu wollen, der republikanischen Linken in die Hände arbeitet, indem er der auslübenden Gewalt zur Pflicht macht, alle Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen, ohne ein Veto einlegen zu können. In Rowaegen, auf dessen Verfassung man immer als auf die freisinnigste hinweise, müßten beiden Häuser zusammenkommen und einen Beschluß drei Jahre hintereinander wiederholen, wenn der König ihn nicht äußeren soll. Ebenso habe in Nordamerika der Präsident ein Veto gegen beide Häuser und finde es oft geübt, und die Nation habe ihm solcher dafür gedankt; und hier in Deutschland, in dieser aufgeregten Zeit, wo kein anderes Haus als Kontrole gegenüberstehe, solle keinerlei Veto vor übereilten Beschlüssen bewahren können? — Ich habe diesen Redner noch nie besser sprechen hören. Ihm folgte Vogt. Aus seinem Munde freute uns die Verschrung, nie die Mehrheit der Nationalversammlung verdächtigen, nie zur Verwirklichung seiner Absichten zu ungesetzlichen Mitteln rathen zu wollen; ja er tadelte dies in starken Worten: nur wie die Engländer es zur Durchsetzung der Reformbill, der Kornbill gethan, will er agitiren. Es ist freilich schlimm, daß man glaubt, solches erst versichern zu müssen. — Aus Vogts Rede, welche mehr Inhalt hatte, als die Blums, lassen Sie mich noch einen Satz hervorheben, an dem vielleicht etwas Wahres erkannt werden mag. Die Franzosen, sagte er, welche immer nach einer republikanischen Staatsform streben, sind doch geborne Monarchisten; und die Deutschen, welche die Monarchie beibehalten, sind eigentlich geborene Republikaner. Wenn wir nur an den aufgetretenen Mustern wahrnähmen, daß das Letztere so wahr ist als das Erstere. Raveaux sprach glänzend und machte einen großen Eindruck, so viel Unrichtiges auch seine Worte enthielten. Warum man russische Zustände nicht ebenso getadelt als die französischen? Er, weil es Niemanden eingefallen, dem deutschen Volke den Despotismus zu empfehlen, während man die Republik als Hellmittel gegen alle Uebel geschildert. In dieser Weise sprach der Redner noch mehrere Voraussetzungen und Unterstellungen, die ich aus seinem Munde am Dienstag erwartet hätte. Der Schluß seiner Rede machte indessen einen tiefen, wohlthuenden Eindruck. Das Volk wolle Ruhe, wolle Arbeit und darum das Wiederaufleben von Gewerb und Handel. Wiederherstellung des Vertrauens, Unterlassen fernerer Aufregung, Verschonung der Parteien, das seien die Aufgaben jedes Freundes des Vaterlandes. Im Verlaufe seiner Rede hatte er die Versammlung aufgefordert, dem französischen Volke, das schon vor Wochen „Brüderlichkeit mit Deutschland“ als sein Programm beschlossen, eine freundlich entsprechende Antwort zu geben. Zum Zeichen freundschaftlicher Gesinnung erhob sich die ganze Versammlung, und das Publikum stimmte mit Jubel ein. So mag Frankreich erkennen, daß, wenn Deutschland ihm auch nicht auf allen seinen Wegen nachfolgt, es doch nur Freundschaft für den freien Nachbar hegt. Beide Völker vereint und das freie England zur Seite, können der drohenden Knechtschaft von Osten ruhig die Stirne bieten. Auf Raveaux folgte Mathy. Ich hörte diesen viel besprochenen Mann heute zum Erstenmale. Er ist eine ganz eigenthümliche Erscheinung, keiner der bis jetzt aufgetretenen Redner ist ihm ähnlich. Hinter einer eisernen Ruhe erkennt man den festesten Charakter und die energischste Kraft. Je weiter seine Rede gedieh, je mehr wuchs die Aufmerksamkeit der Versammlung, die ihm zuletzt

Digitized by Google

mit anhaltendem Beifall vom Rednerstuhl begleitete. Für ihren schweren Inhalt waren die Sätze fast zu gedrängt. Sie sollten diese Rede, die man unmöglich auszehren kann, wohl wörtlich mittheilen. — Eine wahrhaft großartige Erscheinung ist Gagern auf der Rednerbühne. Wer dahin schaut, wer dahin hört, der sagt sich: Hier steht der Mann für diese Zeit. Ehern ist der Klang dieser Worte, denen nur der Verstocktheit sich verschließen mag. Nicht um den Preis seiner Selbstständigkeit könne man ihm zum Vorschreiben gewählt haben, vielleicht habe ihm darum das Breitrann nie gefallt, weil er seine Eröffnung nie verläugnet, er wolle auch jetzt Farbe bekennen. Die Linke wird nicht mit ihm zufrieden gewesen sein. Er erklärte sich für einen unverantwortlichen Reichsverweser aus fürstlichem Hause, aber selbst wählen solle ihn die Versammlung; den Regierungen werde man damit einen Dienst erweisen, indem man ihnen über Schwierigkeiten und Verlegenheiten hinüberhelfe. Die letzte Sanktion verbleibe ihnen immerhin. Jedermann erwartete, er werde nun gleich einen Vorschlag thun. Erzherzog Johann wäre mit Jubel von der Versammlung proklamirt worden. Doch ehre ich diese Zurückhaltung. Die Wahl wird nun erst nächste Woche stattfinden.

Dahlmann sprach als Berichterstatter zuletzt. Dieser schlichte Mann gab die vielfachen Angriffe, die sein Bericht im Verlaufe der Woche hatte erleiden müssen, mit einer Wucht zurück, deren sich die Gegner wohl nicht versahen. Herrn Zitz wies er nach, daß er seine Geschichte der englischen Revolution falsch citirt. „Wenn ich nicht, sagte er, aus den Mittheilungen des Herrn Zitz über Mainz mich von dessen Wahrheitsliebe überzeugt hätte, so würde mich ein solches Citat daraus irre machen.“ Daß die Herren von der Linken nur einen Vollziehungsausschuß und gar keine Regierung wollen, wunderte ihn nicht, denn nach der Theorie Jener sei ja jeder Einzelne souverän, und wie könne ein Volk, das aus Souveränen bestehe, sich regieren lassen! Wer aber einen Hochverrath an der Souveränetät des Volks stehe, da, wo man nur die Lehren der Geschichte brachtet, den zeihe er des Hochverraths am gesunden Menschenverstande. Möchte doch der Schluß seiner Rede Beherzigung finden, wo er dem Auslande gegenüber mahnet, das theure Vaterland nicht durch Parteizwietracht zu zerfleischen. — So schloß diese Sitzung. In der Geschichte Deutschlands wird sie ihre Stelle finden. Die Abstimmung, welche mehrere Stunden wegnehmen wird, findet Montag Statt. Ein wichtiger Abschnitt in Deutschlands Schicksal.

### Schweiz.

† Zürich, 23. Juni. Gestern Abend ist ein Brief des Kommandanten des Luzerner Regimentes in Neapel an die Regierung von Luzern gelangt, des Inhalts, daß der König von Neapel sich von der Wuth des andringenden Volkes auf ein englisches Dampfschiff zurückgezogen habe. Unser Gewährsmann will den Brief selbst gelesen haben

### Großbritannien.

London, 23. Juni. Den Times zu Folge hat Großbritannien die konstitutionelle Regierung in Palermo anerkannt. Es handelt sich, da England überall der Gründung neuer Republiken entgegenarbeitet, jetzt darum, den Sicilianern einen König zu geben; man nennt den zweiten Sohn des Königs von Sardinien, den Großherzog von Toskana, Beauharais (?) und — Louis Napoleon. Sicilien wird und ward schon früher von Malta aus mit Gewehren versorgt. Denkt England auch an die Remisse, die es für sein Intriguenspiel gegen Neapel in Irland erretten könnte? Könnte Frankreich nicht mit gleichem Recht die Irländer mit Waffenvorräthen versorgen, damit diese im Stande seien, ihren Unabhängigkeitskrieg gegen England durchzusechten? Auch scheinen die Times über die Anerkennung Siciliens von Seite der englischen Regierung mehr besürzt als erfreut zu sein. Sicilien aber wird so gut als Portugal empfinden, was es heißt, England die Existenz eines Volkes in die Hände zu geben. Die Palermitaner feierten übrigens ihr neues Glück, aus der Unabhängigkeit von Neapel in die doppelte Abhängigkeit von Sardinien und England zu gerathen, durch eine an drei Abenden wiederholte Erleuchtung der ganzen Stadt.

### Frankreich.

Paris, 23. Juni. Wir haben gestern am Schlusse unseres Berichts erwähnt, daß man Arbeiterunruhen befürchte; diese Besorgniß ist zur Wahrheit geworden und es sind Veränderungen eingetreten, deren Folgen wahrscheinlich gewichtiger sind, als man es beim ersten Lärm ahnen mochte. Schon gestern Abend herrschte die lebhafteste Aufregung unter den Arbeitern der National-Ateliers — sie erklärten, daß sie sich eben so wenig in die Armee enroliren, als in die Departements schicken lassen werden, daß sie arbeiten wollen und daß die Regierung verpflichtet sei, ihnen hier Arbeit zu geben, wo sie seit Jahren lebten und Familien hätten. Zahlreiche Züge von Arbeitern mit Fahnen durchzogen Abends die Stadt und forderten alle andern Arbeiter zu einer Versammlung für heute auf. Die Regierung hatte große Vorsichtsmaßregeln ergriffen, schon um 4 Uhr Nachmittags besetzte das 2. Dragoner-Regiment alle Zugänge zu der Nationalversammlung und die Besatzung des Palastes Bourbon trat unter die Waffen. Abends waren drei Linienregimenter und 3 Bat. der Mobilen vor dem Stadthause aufgestellt, und der Sitz der Regierung im Luxembourg ebenfalls gut bewacht. Abends wimmelten die Quais und Boulevards von Gruppen, die sich jedoch bloß auf lebhafte Diskussionen beschränkten und sich Rendezvous für heute gaben. Bonapartistische Agenten waren äußerst geschäftig in den Gruppen, kritisirten den Verfassungsentwurf und die Akten der Nationalversammlung und der Exekutivkommission und strichen die ausgezeichneten Eigenschaften Louis Napoleons heraus, der allein Frankreich groß und glücklich machen könne. Heute wird seit 5 Uhr Morgens in der 11. und 12. Legion (linkes Seine-Ufer) der Generalmarsch geschlagen und Truppen marschiren nach allen Punkten.

10 Uhr V. M. Der Generalmarsch wird in diesem Augenblicke in ganz Paris geschlagen, — die Garnison und alle Legionen der Nationalgarde treten unter die Waffen. Die Arbeiter sollen sich in zwei Kolonnen, jede von 20,000 Mann, auf dem Platze des Panthron und in der Vorstadt St. Antoine versammelt haben und wollen von dort aus eine Demonstration gegen die Nationalversammlung machen. Man ist nicht ohne Besorgniß, da man vermuthet, daß eine Bonapartistische Bewegung hinter dem Ganzen steckt. Die Exekutivkommission und sämmtliche Minister sind in Permanenz im Luxembourg. — General Cavaignac hat das Kommando sämmtlicher Militärstreite übernommen. Eine Kolonne ist nach Vincennes abgegangen, um die Besatzung des Schlosses zu verstärken, auf dessen Wällen dreißig 80 Kanonen, meist Zwölf- und Sechzehnpfünder, mit ihren Munitionskasten, Kanonkugeln u. s. w. aufgeführt sind.

12 Uhr. Die Emeute ist ausgebrochen, sie hat ihren Sitz im Viertel des Stadthauses, der Cité, der Vorstadt St. Jacques. — Barrikaden werden seit 10 Uhr V. M. überall in diesen Stadtheilen errichtet, Arbeiter, alle in Waffen, sind überall vertheilt, — mehrere dieser Barrikaden wurden bereits von der Nationalgarde und den Mobilen aus eigenem Antriebe genommen, obgleich noch kein allgemeiner Angriffsbefehl gegeben ist. Vor dem Stadthause, vor dem Luxembourg-Palaste, und vor der Militärschule stehen starke Truppenmassen, der Palast der Nationalversammlung ist mit einer kleinen Armee umgeben; zehn Kanonen decken die vordere, zehn Kanonen die hintere Fronte. Auf den Boulevards, an der Porte St. Denis hat das Feuer von beiden Seiten bereits begonnen; man zählt bereits eine Anzahl Todte.

3 Uhr. Es scheint, daß jetzt die Angriffsbewegung von Seiten der Regierung beginnt. General Cavaignac hat sich so eben mit seinem ganzen Generalstabe und unter der Eskorte von zwei Eskadrons Dragoner in Bewegung gesetzt und von allen Seiten hört man den Trommelschlag der marschirenden Kolonnen. Man scheint nicht daran zu zweifeln, daß die Bewegung unterdrückt werden wird, aber man fürchtet große Blutvergießen, da die Insurrektion bereits ein sehr großes Terrain inne hat und der Kampf in den engen Straßen sehr gefährlich werden wird.

2½ Uhr. Die polytechnische und die Militärschule von St. Cyr treffen so eben in Waffen am Palaste der Nationalversammlung ein. Sobald die Militärschulen sich nicht an die Spitze der Emeute stellen, ist diese verloren. Clement Thomas, der vor einigen Tagen seine Entlassung als Oberkommandant der Nationalgarde gab, hat sich für die heutige Stunde der Gefahr wieder an die Spitze der Nationalgarde gestellt.

3 Uhr. Den in der Nationalversammlung einlaufenden Nachrichten zu Folge haben sich die Ementiers, aus dem Innern der Stadt verdrängt, in die Vorstädte St. Jacques, Marceau und das Viertel des Panthron geworfen. Man meldet, daß die Nationalgarde der Banlieue im Anmarsche ist. Um den Palast der Nationalversammlung werden soeben die Kanonen geladen und alle Truppen haben den Befehl erhalten, zu laden. Man befürchtet, daß die Aufrührer einen Aufstand gegen die Nationalversammlung machen wollen.

Der Präsident derselben liest mehrere Berichte des Polizeipräfekten vor, aus denen hervorgeht, daß die Nationalgarde mit großer Energie eingreife und die Vorstadt St. Antoine bald bezwungen sein werde. (1 Uhr.) — Die Barrikaden St. Denis und St. Martin sind von der Nationalgarde besetzt. (1½ Uhr.) Man errichtet Bar-

Digitized by Google

rikaden um die Notredamekirche, die Linie hat sich noch nicht gezeigt. (2 Uhr.) Das Gefecht auf dem Boulevard Bonne Nouvelle war sehr lebhaft, die Linie ist angekommen, sie attakirt mit der Nationalgarde die Aufständischen und wirft sie auf allen Punkten. Die republikanische Garde benimmt sich sehr gut. (2½ Uhr.) Dieses sind die wichtigsten Punkte des Rapports, außerdem sind in den Konferenzsaal zwei Fahnen gebracht worden, die die 2. Legion den Insurgenten abgenommen hat; sie führen die Inschrift: Vivre en travaillant ou mourir en combattant. —

4 Uhr. Die von Außen einlaufenden Nachrichten melden, daß in diesem Augenblicke die Insurgenten in der Vorstadt St. Jacques die Oberhand haben, die Nationalgarde entwaffnen und die Waffen und Munitionen aus allen Häusern nehmen. Sie haben sich in diesem Augenblicke in der Vorstadt St. Jacques verbarrikadirt und schicken Streifkolonnen in die angrenzende Vorstädte. Die Rufe, die man hört, sind: Vive Louis Napoleon! Vive l'Empereur! auch: Vive la République rouge. Der Präsident Portalis liest einen Brief der 1500 Juli-Deputirten vor, die sich zur Disposition der Nationalversammlung stellen, um für die Republik zu kämpfen. — Allgemeiner Ruf: Es lebe die Republik! — Die Exekutivkommission befindet sich im Präsidentschafts-Gebäude neben der Nationalversammlung und leitet von dort aus alle Exekutiven. — Der Kriegsminister Cavaignac ist an der Spitze der Truppen, — die andern Minister sind auf ihren Bänken in der Versammlung. — Der Aufstand wurde, wie die unterbrochenen Depeschen beweisen, am 23. nicht überwältigt; niemand sah sich die Regierung genöthigt, abzutreten und eine Militärdiktatur zu ernennen. Ob diesem „Gendemaire" bald der „Brumaire" folgen wird, muß eine nahe Zukunft zeigen. Die Depeschen lauten:

Paris, 24. Juni, 9 Uhr Morgens. Der Minister des Innern an die Präfekten: Mehrere Vorsteher der Nationalwerkstätten haben in Paris ernste Unruhen veranlaßt. Barrikaden sind errichtet worden. Die Nationalgarde, die mobile Garde, die Linie und die republikanische Garde haben muthig ihre Pflicht gethan; sie sind Meister auf allen Punkten.

Paris, 24. Juni, 1½ Uhr Mittags. Der Vorstand der Exekutivgewalt an die Präfekten und Unterpräfekten: Durch Beschluß der Nationalversammlung ist Paris in Belagerungszustand versetzt worden; die Nationalversammlung ist permanent. Die ausübende Gewalt ist dem General Cavaignac anvertraut. Die Exekutivkommission hat abgedankt. Noch sind Barrikaden vorhanden; die Eintracht zwischen der Nationalgarde und den Truppen gibt die Gewißheit, daß die Ordnung bald wieder hergestellt sein wird. Die Nationalgarden mehrerer Städte sind bereits angekommen; ihr Beispiel muß nachgeahmt werden. Die Republik wird siegreich aus diesem letzten Kampfe gegen die Anarchie hervorgehen. Cavaignac.

### Amerika.

Die „Hibernia" brachte nach England die Nachricht, daß der mexikanische Kongreß zu Queretaro die Friedensbedingungen der Regierung zu Washington am 19. Mai definitiv angenommen und den Friedensvertrag mit 51 gegen 35 St. ratifizirt hat. Auf Haiti wüthet Mord und Todtschlag. Die in Port au Prince siegreich gewesenen schwarzen Soldaten erlaubten sich die größten Gräuel; unter Anderm erstürmten sie ein Gefängniß und ermordeten die darin befindlichen 130 Unglücklichen, deren Leichname sie noch auf's Schändlichste verstümmelten. Ein Kriegsgericht wurde eingesetzt, welches sich die größten Willkührlichkeiten erlaubt und unter Andern einen der reichsten, bei allen Fremden hochgeachteten Kaufmann, den fast 70jährigen Jacques Dauhas, langjährigen Freund des Präsidenten, zum Tode verurtheilte. Er ward unter grausamen Umständen erschossen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[634

## Neues Abonnement auf die Fliegenden Blätter.
Vom VII. Bande (1848. 2. Semester)

# der Fliegenden Blätter

**sind die ersten vier Nummern erschienen** und durch die resp. Buchhandlungen, Postämter und Zeitungs-Expeditionen an die verehrlichen Abonnenten abgegangen.

**Inhalt der ersten vier Nummern:**

145. Auszug aus den Kriegs- und Dienstesverordnungen der freien Reichsstadt Riedlingen in Schwaben 1723. — Geharnischte Sonnette. — Politische Kaffeemühle. — Politische Reise. |— Jedem das Seine. — Entweder, oder. — Organisation der Arbeit. — Petition der Dämelberger Damen an ihren Landesvater rc. — Problem ect. — Im Thau. — Schönster Traum eines Thüringischen Bauers. — Zweckmäßige Landesvertheidigung gegen Steinwürfe. — Uebersetzung. — Wie sich mei Nachbar Maier von Biesenhofel den deutschen Kaiser vorstellt.

146. Auszug rc. (Schluß). — Frommer Wunsch. — Eine sehr erfreuliche Nachricht. — Gerichtsdiener. |— Niederschlagendes Mittel. |— Fischfressinge Kriegsaffairen. — Zur Organisation der Arbeit. — Unrecht. — Der neue Winkelried.

147. Fürstgewordener. |— Die Normalstand. — Der barmherzige Samaritan. — Eine Stunde aus dem Leben eines Volksredners. — Industrie. — Ein Auswanderer. — Salgenlied. —Vergnügungsreise. — Autnot me. — Der Entdeckte. — Bummelmaier's Klage.

148. Brief eines Freiwilligen rc. — Ländliche Urwahl zur Nationalversammlung. — Preßfreiheit. — Drei oder Etwas, das ist die Frage. — Freiheit der Meinung. — Wie die Kinder die Zeit auffassen. — Nachtruhe und Sicherheit. — Reactionirung. — Kleine Dorfgeschichten. — Erinnerungen vom Exerzierplatz.

**Subscriptionspreis für den Band von 24 Nummern fl. 3, 36. — fl. 3, 45 C.-M. — Rthlr. 2, —.**

Die Fliegenden Blätter werden von hier aus jede Woche regelmäßig versandt, wir bitten also etwaige Reklamationen wegen verspäteten Empfangs rc. lediglich an diejenige Buchhandlung oder Zeitungs-Expedition zu richten, von welcher die Blätter bisher bezogen wurden.

München den 15. Juni 1848.

Die Redaktion und Expedition der Fliegenden Blätter.
Kaap. Braun u. Fr. Schneider.

## Wasserheilanstalt Marienberg bei Boppard am Rhein.

Arzt Herr Dr. Hallmann. Der wöchentliche Kurpreis beträgt Alles in Allem, je nach der Schönheit des Zimmers, 7 bis 15 Thaler. Anfragen bitten wir an Herrn Dr. Hallmann, ökonomische an uns, portofrei zu richten.

[635]

Kampmann & König, Pachter der Anstalt.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Oliver & Boyd, 73 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder werden dass. bei Hrn. H. Nicolay in Straßburg, Hr. Jo Cotta, Rue neuf St. 28 Saint Dome de Rauzevik.

# Deutsche Zeitung.

Die Insertionsgebühren betragen 2 Sgr. für jede Zeile. Der Preis beträgt 2 Thlr. 15 Sgr. vierteljährlich, durch die Post bezogen 2 Thlr. 20 Sgr. Alle Zuschriften unter der Adresse einer Buchhandlung Perthes in Gotha werden franco erbeten.

№ 178. Heidelberg, Mittwoch 28. Juni. 1848.

## Uebersicht.

**Die Verhandlungen der Nationalversammlung über die Centralgewalt.** — **Wien** (der Reichstag. Die Arbeiter. Böhmische Verschwörungen. Friedensgerüchte. Das diplomatische Korps am Rückkehr eingeladen. **Prag** (die Polen. Slavische Verschwörung). **Triest** (Stimmungen in Venedig. Unzufriedenheit von Triest. Oesterreichische Partei in Italien). **Innsbruck** (Gegenvorstellungen gegen die Trennung der südlichen Kreise von Tirol. Aufruf des Bans von Kroatien). **Berlin** (Erklärung Hansemann's über die Verhältnisse zu Rußland und Nordamerika. Der neue Verfassungsentwurf. Bevorstehende Rückkehr des Königs nach Berlin. Zeitdauer der Kabinettskrisis. Ungegründete Russenfurcht. Königliche Besorgnung. Militärischer Rückzug. Müller aus Köln (seine Stelle). Graf Arnim (Kammerherrn Rücktritt). **München** (die Karlsruher Witwe von Boiera †). **Stuttgart** (die Militärunruhen. Das Kriegsministerium. Ein Straßenauflauf. Ulm (Thätigkeit von Emissären unter den Festungsarbeitern). **Aktion** (Ernennung eines Trefferi). **Frankfurt** (England tritt von der Vermittlung in Schleswig zurück).

**Niederlande. Haag.** Das neue Grundgesetz an die Generalstaaten gebracht.

**Frankreich. Paris.** Der Arbeitsausstand. Die Vorfälle am 23.; bedeutsame Aeußerung der Insurrection; doch bleibt die Regierung am Ende Meister. Am Morgen des 24. neuer Kampf; die Regierung tritt zurück und wird durch den Diktator Cavaignac ersetzt. Paris in Belagerungszustand, die Nationalversammlung permanent; Zuzug aus den Provinzen; der Kampf löst noch.

**Ungarn. Preßburg. Slavische Konspiration.**

**Italien.** Der Anschlußantrag der vier Provinzen an Sardinien. Stimmung gegen Karl Albert.

**Beilage.** Verhandlungen der Nationalversammlung über die provisorische Centralgewalt. Vom Rhein. Die ehemaligen Bistümer. **Schweiz. Zürich.** Die Verfassung der Aargauer und Bayern, der Gesetze aus Frankreich. Die St. Gallen'sche Amnestie. Staatsschuld Neuenburgs. Das Tessiner Defizit. **Großbritannien** Morning Chronicle über die deutschen Zustände. **Frankreich. Straßburg.** Die neueste Krisis. Vorboten der Umwälzung. Ausbleiben der Post. **Italien.** Die Güter der Jesuiten. Rückzug der neapolitanischen Truppen. Die Opposition drohhaftigkeit (Gleichheit der Kirche.

### Heidelberg, 27. Juni.

Was die Rechte in der Nationalversammlung während der Verhandlungen über die Centralgewalt verfocht, war eine klare, einfache Sache, auf deren Seite allein Staatsmännischer Sinn, erhaltende Politik und ein offenes, ehrliches Auftreten im Vereine zu finden war.

Die Linke fuhr auch in den zwei letzten Tagen, wo die Debatte durch die Wahl der Redner aus der Mitte der Parteischattirungen und durch die gegebene Zeit zur Vorbereitung einen noch ruhigeren Charakter annahm, als sie übrigens während der ganzen Woche getragen hatte, die Linke, sagen wir, fuhr auch jetzt fort, ihrer terroristischen Maxime Lauf zu lassen: Sie wollte in der Centralgewalt ein blindes Werkzeug der Nationalversammlung schaffen, die selbst regieren soll. Sie drohte mit der Verantwortlichkeit Ludwig's und Ludwigs XVI., wenn die Nationalversammlung die Unverantwortlichkeit der Regierungsgewalt statuire. Hr. R. Blum wiederholte für diesen Fall die Drohung Schaffraths mit der Widersetzlichkeit der sächsischen Kammer, die also nach seiner frühern Rede zermalmt werden müßte. Man bezeichnete als Hochverrath, wenn die Versammlung ihre Souveränetät an die Regierungen übertrüge oder irgendwie veräußere (und Dahlmann fand, daß die Theorie vom Hochverrath noch nicht vollständig sei, da er hier einen Hochverrath am gesunden Menschenverstand entdeckte). Man suchte gar die Nationalversammlung zu überrumpeln mit dem Argumente, die Republik, „die volle Freiheit, die Herrenlosigkeit" sei schon da; die Nationalversammlung sei diese Republik, wider ihren Willen, sagte Herr Rage, müsse sie die Gesammtrepublik in Deutschland gründen, die doch Hr. Weisenhof zwei Tage vorher ausdrücklich für undenkbar in Deutschland erklärt hatte!! Die Majorität, hieß es ferner, habe nicht das Recht, die bereits durch die Versammlung und in der Versammlung bestehende Verfassung wieder aufzugeben; die Majorität könne nicht thun, was sie wolle. Aber die Minorität, scheint es, soll das können? Die Minorität predigt (und leider spukt diese Ansicht auch in mehreren Köpfen der Besonnenen), wenn man der bestehenden und zugegebenen Anarchie und Zügellosigkeit entgegenarbeiten wolle, so sei der beste Zügel, dem Revolutionsgeist zu folgen — das heißt, Oel ins Feuer zu gießen. Die Armseligkeit an Geist, im besten Falle die Virtuosität der Mittelmäßigkeit, die Blöße an aller echten Talentlosigkeit und echtem Staatssinne, der Mangel an festem Charakter hat sich in dieser Partei bei diesen Verhandlungen in aller Breite dargelegt. Sie hat Recht, so oft auf das außerhalb der Mauern zu verweisen, nur dort liegt eine Festung für sie, innerhalb ist sie, außer bei der Galerie, durch ihre Sache und ihre Repräsentanten verdorben. Sie suchten das am Schlusse der Debatte selbst etwas zu fühlen, wo der Terrorismus nachließ oder doch eine gleichsam gesetzmäßigere Form annahm. Ihre zwei letzten Redner am letzten Kampftage zogen ganz andere Saiten auf als das in den früheren Tagen der Fall war. Hr. Blum sprach so mäßig in Bezug auf persönliche Reibungen, die bisher die einzige Würze der linken Redner waren, er sprach so loyal von seiner Achtung der Regierungen, daß dieselben Worte in dem Munde eines Anderen von der Galerie wären ausgezischt worden. Und Herr Vogt bezeichnete zuletzt als die Aufgabe, die die Linke sich stellen werde, die Rolle, welche die Agitatoren in England spielen, wenn es gilt, die eingeroßte Majorität des Parlaments zu sprengen; weder nur freilich überseben ist, daß wir nicht so grundtiefe eingefressene Uebelstände der Gesetzgebung und ein so verknöchertes parlamentarisches Herkommen haben, die dasselbe Verfahren einfach übertragbar für uns machten.

Was das linke Centrum angeht, das auf Einen Präsidenten, verantwortlich und ohne das Recht des Veto, dringt, so hat sich im Verlaufe der Diskussion vollständig herausgestellt, was wir neulich bereits andeuteten, daß dies nicht eigentlich eine Partei ist, die gleichartige Grundsätze vereinigen, sondern daß die Weitestgehenden der Rechten und einige Gemäßigte der Linken hier mehr zufällig in einigen Bestimmungen zusammentraten, obwohl der Eine die Republik, der Andere die konstitution.elle Monarchie zum Glaubensbekenntniß hat. Wir irren wohl nicht, wenn wir glauben, daß diese Fraktion in ihrer Absonderung seinen Bestand hat. *)

Wie kommt es gleich wohl, daß diese kleine Fraktion den Antrag des Ausschusses wesentlich gebrochen, daß sie namentlich an die Stelle der Dreiheit, die neulich vollkommen gesichert schien, den Einen Präsidenten oder Reichsstatthalter gesetzt hat und dadurch eine große Verwirrung in die Anfangs sehr einfach gegriffene Sache gebracht hat?

Der nächste Anlaß zu dieser Wendung der Dinge und diesem Einfluß des linken Centrums ist wohl ganz pragmatisch zu bestimmen. Preußen, Oesterreicher und Baiern gaben sich im Anfang mit der Dreiheit zufrieden, auch unter den Abgeordneten der kleinen Staaten schien kein Widerstand, die Hannoveraner waren fast einstimmig dafür. Aber in einigen Württembergern regte sich der Partikulargeist. Da man unter ihnen anzunehmen schien, es sei auf drei Prinzen aus den drei größern Dynastien in Deutschland abgesehen, so wollte man Baiern diesen Vorrang nicht zugestehen. Durch die Wahl Eines Direktors trat Baiern, und wenn es der Erzherzog Johann war, selbst Preußen auf Eine Linie mit allen andern Staaten zurück. Es war diese Einheit also ursprünglich angezegt von dem Partikularismus, der ihr eigentlich gerade entgegenstand. Mit diesem Antrag auf Einen Bundesdirektor setzte sich alsdann aus demselben Standpunkt der Verbesserungsantrag Welckers in Beziehung, der auf eine Feststellung der Formauer des Bundestags hinauslief: „Das Bundesdirektorium hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln gewiß thunlich mit den bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen."

*) Jedem wie dies schreiben, hören wir, daß eine Spaltung bereits eingetreten ist.

Digitized by Google

Aber das, was der Frage der Einheit eigentlich den Sieg und Ausschlag gab, und allein geben konnte, war allerdings nicht der Geist des Partikularismus. Es wirften dazu die bedeutenden Ideen mit, die während der Diskussion immer mehr und mehr hervortraten und die Parteigrichtung schärften. Wie wir die umlaufenden Gespräche, die gehaltenen Reden, den Knotausch der Gedanken auffaßten, sind es wesentlich drei Dinge, die zu den Wirkungen des linken Centrums und seiner Anträge beigetragen haben.

Einmal sind die Zeiten so, daß für eine Menge unselbständiger und unklarer Politiker der Gedanke einen Reiz hat, es sei in der That ein nothwendiger Grundsatz für diese revolutionären Tage, in Ansichten und Maßregeln soweit als möglich vorauszutreiben und nur vor dem letzten Schritte zur Republik anzuhalten. Die Volkssouveränetät, in ihrer Folge die Wahl durch das Parlament, und die Verantwortlichkeit vor demselben, der Wegfall des Veto, im besten Falle das Recht eines suspensiven Veto, das Alles sind Dinge, die sich mit der Monarchie, meint man, vollends mit einem Provisorium, noch vertragen. Die Maroite, es komme in allen Dingen darauf an, eine recht große Majorität zu haben, die Gutmüthigkeit, nach der Linken hin alle möglichen Zugeständnisse zu machen, die Feigheit dem großen Ansturme der Volksgunst gegenüber, das Alles spielt, ob man es sich gestehen möge oder nicht, mit in die Grundsätze hinein, die man sich macht, die aber bei den Wenigsten Folge einer durchgebildeten Staatsansicht oder politischen Instinktes, bei den Meisten nur angeeignete Reflexionen sind, die von der herrschenden Atmosphäre der Tagesmeinung allzu leicht angesteckt werden. Daher kommt dieser wunderbare Wechsel der Meinungen, der nie auffallender zu beobachten war, als in diesen Tagen bei dieser Angelegenheit, wo die bereits festgestehenden Ueberzeugungen großer Körper sich anscheinend fast ohne Ursache plötzlich und wesentlich veränderten. Man glaubte heroischer zu handeln, wenn man sich zu dem linken Centrum neigte, und die Folge war, daß die Linke zuletzt der äußersten Rechten (d. h. der gering vertretenen Ansicht, nach der die Regierungen allein den Reichsstatthalter ernennen sollten) über ihre Entschiedenheit Komplimente machte, während sie die Centren um ihrer Halbheit willen verhöhnte.

Wenn bei den Konzessionen gegen die Linke überhaupt ein unklarer Begriff von Muth und Fassung mitwirkte, so fanden insbesondere bei dem Uebergang von der Dreiheit zu dem Einen Bundesdirektor unklare Begriffe von Monarchie und Einheit mit, deren ganze Bedeutsamkeit wir übrigens eben in ihren großen unvermutheten Wirkungen wohl zu beachten bitten. Der ganze Kampf um die Centralgewalt ward mehr und mehr ein Principienstreit. Zuletzt betrat kein Redner mehr die Tribüne, der nicht sein Glaubensbekenntniß über die Staatsform ablegte, die er in Deutschland begründet sehen will. Die zwei großen Prinzipien der konstitutionellen Monarchie und der Republik, und dann der Einheit und des Partikularismus traten sich mehr und mehr entgegen, und man bezog, wo man am Tiefsten zog, die Hauptfragen und besonders die der Dreiheit und Einheit auf diese Prinzipien zurück. Das gibt den endlichen Resultate, selbst wenn es auf einer Reihe von Irrungen beruhen sollte, eine sehr tiefe Bedeutung. Die Linke mußte es zuletzt anerkennen, daß jetzt bereits der Kampf entschieden sei, ob die Republik, ob die Monarchie als Gesammtverfassung in Deutschland eingeführt werden solle. Nur die konstitutionelle Monarchie wollte uns Blum ablägnen, da uns die Konstitution fehle. Aber wir sind im Begriffe, sie zu machen; und darum soll die Gewalt, die wir schaffen, bis dahin nur eine provisorische sein, hervorgerufen durch den Drang der Verhältnisse und die Gefahr des Vaterlandes, in welcher die Römer Diktatoren wählten, d. h. die bestehende Verfassung sogar suspendirten, ohne daß dies den Charakter der Staatsverfassung änderte. Die konstitutionelle Monarchie, auf deren Begriff der Antrag des Ausschusses begründet ist, trat in der That als die Verfassungsform heraus, die man wie in den Einzelstaaten, so auch für den Gesammtstaat bestehen sehen will: und dies noch schärfer zu bezeichnen, schien allerdings auf den ersten Anblick die Einheit des Direktoriums geeigneter als die Dreiheit. Ebenso war es, was die Betonung der Einheit der Reichsgewalt den Einzelstaaten gegenüber betrifft. Man sah das dreiköpfige Direktorium an als eine Verlängerung des bisherigen Elends, als die Darstellung eines Staatenbundes und nicht eines Bundesstaates. Und man wird auch hier nicht läugnen wollen, daß der blinde Eifer, mit dem man auf diese angezogen Strupel hin sich auf die Einheit stürzte, vielleicht besonnener ist, als wenn es ein recht aufgeklärter Eifer gewesen wäre: der Trieb, die Einheit Deutschlands über Alles zu stellen, tritt in allem Diesem unaufhaltsam und machtvoll hervor.

Aber freilich, ob dabei, auf die Kürze oder Länge, der Bundescharakter unseres Staates nicht wirklich Schaden und Eintrag leiden wird? Diese Frage wünschen wir von Allen sehr erwogen zu wissen. Es leidet gar keine Einrede, daß, solange ein Staatenhaus fehlt, in dem Direktorium eine gewisse Vertretung der Einzelstaaten ein Nothbehelf war, der von den Verhältnissen geboten schien. Es leidet auch keine Einrede, daß, wenn man die Monarchie für den Gesammtstaat will, man sie in den Einzelstaaten schonen und nicht schwächen muß. Daß die preußische und baierische Regierung für die Dreiheit sind, wissen wir gewiß. Diese Staaten willig zu halten, ist die erste Bedingung, die der neuen Regierung für ganz Deutschland Kraft verleihen kann. Sie werden hoffentlich willig sein, trotz dieses Ausgangs der Berathungen in der Paulskirche. Wir wenigstens, obwohl wir die Mißlichkeit dieses Ausgangs nicht verkennen, fügen uns einfach und mahnen, überall sich zu fügen, mit dem feierlichsten Ernste. Die Opfer der eigenen Meinungen, die wir unserseits zu bringen haben, sind freilich die wohlfeilsten; aber die Opfer der partikularen Interessen, die die einzelnen Staaten bringen, sind darum doch die unter allen, die am nothwendigsten und unausweichlichsten gebracht werden müssen.

---

**Oesterreich.** Δ Wien, 21. Juni. Unser Reichstag wird, wie es voraussehen war, wegen der böhmischen Angelegenheiten um einige Wochen verschoben. Unsere radikale Presse wird darüber nicht wenig jubeln, da sie unausgesetzt auf direkte Wahlen dringt und durch diesen Aufschub neues Terrain gewinnt. Indessen werden bis heute noch die Verhrungen dazu nach indirektem Modus fortgesetzt. Die böhmischen Arbeiter gönnen uns endlich einmal wieder Ruhe. Sie scheinen zu der Einsicht gelangt, daß es besser ist, hier ohne Sorgen zu leben und sich ruhig zu verhalten, als in Böhmen zu hungern. — Denn der Sicherheitsausschuß beharrt bei seinem Ausspruch, jeden Unzufriedenen anzuwerfen. — Zahlreiche Plakate der Arbeiter erschienen gestern und heute, in welchen sie sich gegenseitig zu Ruhe und Ordnung mahnen und sich erinnern, wie dankbar sie den edlen Bewohnern Wiens sein müßten dafür, daß so großmüthig und so reichlich für sie gesorgt sei. Ueber die Prager Ereignisse haben wir noch keine amtlichen Berichte. Eine der heftigen Privatschriften sagen, daß man bei den Grafen Drym und Leopold Kapitar gefunden, welche geeignet sind, Licht auf die slavischen Bewegungen im Allgemeinen und ebenso auf das Verhältniß Böhmens mit Rußland zu werfen. Es soll darin die Rede sein von einem Slavenreich unter dem Kaiser Jellachich. Man muß gestehen, daß sich der böhmische Adel klug genug benommen, um die Ausführung eines solchen Planes, wenn er wirklich bestand — anzuhahnen — er hatte aber wie in der Regel der Adel aller Länder nur an sich selbst gedacht und eine Kleinigkeit dabei vergessen — diese Kleinigkeit war das Volk — und nun steht er zwischen diesem, welches ihn ausstägt, und der augestammten Dynastie gebrandmarkt da. Er mag nun nach Innsbruck gehen und die Ergebenheitsversicherungen Sr. Maj. allergetreuesten Böhmen wiederholen — Jesuiten und Kamarilla werden schon Sorge dafür tragen, daß er trennoch gut aufgenommen wird. Die übrigen Nachrichten sagen ferner, daß an einem Tage bei dem Gelbwechsler Hübner 164 russische Goldstücke ausgewechselt wurden! — Die von Pillersdorf den Swornostmännern bedingungsweise ausgesprochene Amnestie ist zurückgenommen. — Die Aufregung unter dem Landvolke soll sich nur auf einige Meilen im Umkreise Prags ausgedehnt haben.

Wir wissen hier noch nichts Officielles über den Waffenstillstand mit Italien. Der gestrige Artikel der allg. Ztsrt. Zeit. über diesen Gegenstand spricht die Ansicht der Mehrzahl der hiesigen Bevölkerung aus. Wir möchten Deutschland mehr als 6,000,000 Deutsche mitbringen, wir wollen nicht ohne die angestammten Provinzen — deren Nationalitäten dadurch auf keine Art geschmälert sein sollen — nicht ohne den Handel der Adriatika kommen. Lauten Jubel erregte daher die Erklärung Baierns an den Turiner Hof. Wir werden keinen schmählichen Frieden schließen, wir werden Kauf sein durch Deutschland und Deutschland durch uns! — Baron Wessenberg hat das diplomatische Korps eingeladen, nach Wien zurückzukehren. Einige der Gesandten waren gesonnen, Innsbruck am 20. zu verlassen, doch dürfte nunmehr die Rückkehr nach Wien durch Verschiebung des Reichstages mit weniger Eile betrieben werden. — Ein Plakat der Regierung bringt heute die Bestimmung zur Kenntniß, nach welcher die Besoldungen aller Beamten von 1200 fl. aufwärts mit einem bedeutenden Abzuge belegt werden.

Digitized by Google

**Prag.** Einer längern Betrachtung über die hiesigen Vorfälle in der Allg. Z. entnehmen wir Folgendes: Die im schwarzen Roß und blauen Stern wohnenden, zum Slavenkongreß anwesenden Polen, worunter Fürst Lubomirsky, schossen aus den Fenstern, sie wurden aber am andern Tage Alle zur Abreise aus der Stadt gezwungen; man fand bei ihnen Pläne der Stadt, auf welchen die Barrikaden bezeichnet waren, die gebaut werden sollen und gebaut worden sind.

**Prag**, 19. Juni. Man schreibt der D. A. Z.: Fürst Windisch-Grätz ist zum Generalbevollmächtigten und Civil- und Militärgouverneur Böhmens ernannt. Heute früh führte das Militär 42 Mann Gewehr in Verhaft. Seit vorgestern sind verhaftet und in Verhör (alle in Eisen): Graf Bouquoi, Graf Deym, Schwägerschaft des Ersteren, Baron Vitani (der schon den ganzen Hüllenplan gestanden haben soll, nämlich einer mehr als fünfhundert Bauer gegen alle Bramte, Adel, Officiere und Deutsche, von welch Letztern nur wenige ausgenommen waren, die aber doch über die Grenze geschafft werden sollten); Dr. Brauner, Graf Albert Robert Rositz, Schriftsteller Kampelik, der berüchtigte Arnold, Dr. Frisch und Sohn, Dichter Mikovetz. Laster wird gesucht. Aus dem Museum bringt man soeben zwei Kanonen und einige Wagenladungen Waffen. Die Barrikaden sind sämmtlich verschwunden. So weit hätten wir volle Ursache, die göttliche Fügung zu preisen, die uns von einer schmählichen Verbindung befreit zu werden hoffen ließe, wenn nicht andere höchst drohende Umstände auftauchten, die für uns, für Oesterreich und für ganz Deutschland von den verderblichsten Folgen sein werden, wenn die Sachlage nicht bei Zeiten begriffen und den Folgen kräftig vorgebeugt wird. Ich muß bemerken, daß der Zweck dieser großartigen Verschwörung, welche ihre Vergliederung nicht nur durch alle Provinzen des österreichischen Staats, sondern auch durch Polen und Rußland ausgedehnt hat und deren Haupt in Prag ist, darin besteht, einen großen Slavenstaat aus allen österreichisch-slawischen Provinzen zu bilden, sodann Polen frei zu machen und sich zu einem czechisch-polnischen Reiche von der Größe des jetzigen Oesterreichs zu erheben. Bei diesen umfassenden Plane vertheilt es sich von selbst, daß für die Häupter jener Verschwörung Kronen, Würden und Reichthümer in Aussicht standen, während man das Volk mit dem Phantom der Erhebung seiner Nationalität abzuspeisen gedachte.

**Innsbruck**, 22. Juni. Wie wir soeben vernehmen, haben die deutsch-tyrolischen Deputirten dem deutschen Parlament in Frankfurt gegen die von den welsch-tyrolischen Abgeordneten beantragte Trennung der Kreise Trient und Roveredo von Tyrol eine Gegenvorstellung an die Reichsversammlung eingereicht. Gleichzeitig wurde nach uns eben zugekommenen Berichten von Roveredo aus eine von der Mehrzahl der dortigen Einwohner unterfertigte Adresse, worin sie in Widerspruch mit ihren Deputirten den Wunsch aussprechen, daß die beiden südlichen Kreise bei Tyrol verbleiben möchten, an die Reichsversammlung nach Frankfurt gesendet. (Tiroler Bote.)

**Der Feldmarschallieutenant** und Ban von Kroatien, Freiherr von Jellachich, hat von Innsbruck aus unterm Datum des 22. Juni einen Aufruf an die kroatischen Truppen bei der Armee erlassen, dessen Schluß lautet: Laßet Euch durch Abgeordnete und Belegnisse über Gefahren in Eurem Vaterlande von der Erfüllung Eurer schweren, aber schönen Pflicht zur Vertheidigung des Thrones und Staates in Italien nicht abwendig machen. Schon erschallt durch ganz Europa Euer Lob über Euren Heldenmuth, über Eure Ausdauer in Kampf, Beschwerden, trübet nicht diesen Ruhm etwa durch legend eine Eurem Schwure zuwiderlaufende Handlung, die Eurer und Eurer tapfern Vorfahren unwürdig wäre. Dort, wo Ihr steht, gilt es Euren geliebten Kaiser, Euer Gesammtvaterland, und seid dessen versichert, daß wir in Kroatien und Slavonien uns noch stark genug fühlen, auch ohne Eure Hilfe unsern Herd beschützen und unsere Rechte und Nationalität vertheidigen zu können. — Zugleich spricht der Ban in diesem Aufruf seinen Dank dafür aus, daß der Kaiser in der Person des Erzherzogs Johann einen Vermittler bestimmt habe, um die Differenzen zwischen Ungarn und Kroatien auszugleichen.

☽ **Triest**, 19. Juni. Von Neisenden, welche eben aus Venedig eintreffen, erfahren wir, daß die Operationen gegen die Stadt nächstens beginnen werden, wenn der italienischer Seits eingeleitete Friedensvertrag nicht zu Stande kommt. Die Venetianer haben 5 Bogen von der großen Brücke abgebrochen — die Oesterreicher dagegen die Brücke der Brenta zerstört. — Das vereinigte italienische Geschwader befindet sich in diesem Augenblicke unter vollen Segeln bei Pirano. — Verschiedenen Adressen, worin die Bewohner von Krain und Steiermark ihre warme Anerkennung aussprachen über die treffliche Haltung unserer Stadt in der letzten, kritischen Zeit, folgten heute 4 Kompagnien Militär aus Görz, als thatsächlicher Beweis treu anhänglicher Gesinnung. — Briefe, welche uns eben noch (Mittwoche) aus Italien zugehen, melden, daß sich nicht allein in Venedig, sondern auch in Mailand eine starke österreichisch-Partei gebildet habe. In Venedig war eine solche bekanntlich immer vorhanden — In Bezug auf Mailand jedoch scheint uns die Nachricht noch sehr der Bestätigung zu bedürfen.

**Preußen.** **Berlin.** Einer Deputation von hiesigen Kaufleuten, welche sich beim Finanzminister über den Stand der Angelegenheiten mit Rußland erkundigte, hat Herr Hansemann erklärt, es sei das Verhältniß der preußischen zur russischen Regierung der Art, daß ein Krieg nicht zu erwarten wäre. Den allgemein gegl aubten Gerüchten gegenüber, welche den Ausbruch dieses Krieges in die nächste Aussicht stellen, halten wir uns verpflichtet, diese Mittheilung zu machen. Auf der andern Seite wird aber erzählt, daß der frühere Vertreter unserer amerikanischen Flotte zum Schutze Deutschlands bemerkt habe, es wären von Seite des preußischen Gouvernements allerdings Schritte gethan, mit den nordamerikanischen Freistaaten in ein enges freundschaftliches Verhältniß zu treten. (Magdeb. Z.)

**Berlin.** Die mit der Ausarbeitung des neuen Verfassungsentwurfs beschäftigte Commission schreitet mit ihrer Arbeit rasch vorwärts; schon ist sie über die der Verfassungsentwurfsarbeit zu gehende Ausdehnung einig, nur in Beziehung auf die Gewerbe- und Steuersachen konnte man in der heutigen Commissionssitzung noch nicht zum Schluß gelangen. Soviel ist nach den bisherigen Feststellungen klar, daß der neue Entwurf schon deßhalb weit vollständlicher werden wird, weil er alle die verschiedenen organischen Gesetze, wie z. B. über die Wehr- und Gerichtsverfassung, deren der Regierungsentwurf gar nicht erwähnte, als Staatsgrundgesetze auch in die Verfassung aufnimmt. Wir werden, sobald die Vereinbarungen über die einzelnen Materien innerhalb der Kommission erfolgen, über die Hauptpunkte sofort vorläufige Mittheilungen zu machen nicht unterlassen. (Br. Z.)

Der **Preuß. Staats-Anz.** enthält folgende k. Verordnung: Zum Schutze der zur Vereinbarung der preuß. Verfassung berufenen Versammlung sollen nachstehende Bestimmungen sofort in Kraft treten: §. 1. Kein Mitglied der Versammlung kann für seine Abstimmungen oder für die von ihm in seiner Eigenschaft als Abgeordneter ausgesprochenen Worte und Meinungen in irgend einer Weise zur Rechenschaft gezogen werden. §. 2. Kein Mitglied der Versammlung kann während der Dauer derselben ohne ihre Genehmigung wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es entweder bei der Ausübung der That oder binnen der nächsten 24 Stunden nach derselben ergriffen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden nothwendig. §. 3. Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Versammlung und jede Haft wird für die Dauer der Sitzung aufgehoben, wenn die Versammlung es verlangt. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem k. Insiegel. Gegeben Sanssouci, 23. Juni 1848. Fried. Wilhelm. (contras.) Camphausen. v. Auerswald. Bornemann. Hansemann. v. Patow. v. Schreckenstein. v. Strotzlich.

**Berlin**, 23. Juni. Die **Neue Berliner Zeit.** enthält von hier Nachstehende: Nachdem von Seite der Minister, sowie durch eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin dem Könige der Wunsch ausgesprochen war, den Hof von Potsdam nach Berlin zu verlegen, darf der Erfüllung dieses Wunsches in den nächsten Tagen entgegen gesehen werden. — Unsere Kabinetskrisis scheint sich noch dadurch empfindlicher machen zu wollen, daß der Rücktritt des Polizeipräsidenten zu erwarten steht. Gewiß ist, daß Herr v. Minutoli um seine Entlassung nachgesucht hat. Die Gründe zu diesem Schritte sind noch unbekannt. Die Besorgnisse, die ein Theil unserer Bevölkerung wegen eines Angriffs von Seite Rußlands hegte, sind, wie aus zuverlässiger Quelle versichert werden kann und wie nunmehr auch beinahe schon die allgemeine Ueberzeugung sich aussprichst, ungerechtfertigt. Interessant wäre es, die wahren Quellen zu erfahren, aus denen diese Besorgnisse geflossen sind.

†† **Berlin**, 24. Juni. Hr. v. Minutoli hat jetzt definitiv sein Amt niedergelegt, und Polizeidirektor Müller in Köln wird sein Nachfolger. Welche Stellung Hr. v. Minutoli künftig einnehmen wird, steht dahin. Jedenfalls wird er im Staatsdienst verbleiben; sein ganzes Vermögen ist jetzt in Posen verloren gegangen.

** **Vom Rhein**, 23. Juni. Das Abtreten des Ministeriums Camphausen, obgleich man nach den Ereignissen, durch welche sich in den letzten Tagen die Bevölkerung von Berlin mit Schmach bedeckt, den letzten Tagen die Bevölkerung von Berlin mit Schmach bedeckt, auch nach der Haltung des Parlaments, auf welches diese Ereignisse augenscheinlich einschüchternd und bestimmend eingewirkt, darauf gefaßt

Digitized by Google

sein mußte, hat vorzugsweise hier, wo die Persönlichkeit Camphausens bekannter ist und der ungetheilteste Beifall genießt, einen schmerzlichen und zugleich — denn wer wird, wer kann sein Rauchopfer sein? — übergroßen Eindruck gemacht. Gerade von der Persönlichkeit Camphausens, der bei aller verschärften Gegnerschaft und Entzweiung mit seiner Ueberzeugung auf der einen Seite die Gleichberechtigung des demokratischen Princips und auf der andern dessen Realisirung innerhalb der schon Princips und auf der andern dessen Realisirung innerhalb der schon bestehenden Monarchie sich zur Aufgabe gestellt, gerade von dieser Persönlichkeit hoffte man viel für die glückliche Lösung der großen Krisis, welche die Regierung mit und wider auch unser ungetreu Vaterland Preußen bewegen und zu zerreißen drohen. Man hat dem Bestreben vom 29. März Mangel an Entschiedenheit und Energie vorgeworfen. So gibt hier bessere Antwort auf diesen Vorwurf, als die Worte, welche derselbe schon vor einigen Wochen im Parlamente bei einem sich darbietenden Anlaß zu sprechen. „Als ich — sagte Hr. Camphausen — in das Ministerium treten wurde, war das Land, wie nach einem eben überstandenen Sturme, von einem wogenden Wellenschlag aufgeregt. Um es zur Beruhigung zurückzuführen, konnten zwei Wege als richtig erkannt werden. Der eine: sofort alle Konsequenzen des eingetretenen Zustandes mit Schnelligkeit und Energie, ohne Scheu vor wirklichen Eingriffen zu ziehen, gewissermaßen als eine revolutionäre Regierung aufzutreten und dem Volke einerseits den unterdrückten Strom der ihm zugesagten Rechte und Freiheiten zu sichern, um sich dadurch andererseits seiner Zustimmung zu den kräftigsten Maßregeln für Ordnung und Ruhe gewiß zu machen. Der andere Weg: mit den gesetzlichen Mitteln, welche die in die Umgestaltung eingetretene ältere Verfassung übrig ließ, fortzuregieren bis zu der Zeit, wo eine neue Versammlung von Volksvertretern der Regierung zur Stütze dienen würde. Den ersten, den Weg der revolutionären Diktatur, hat das Ministerium, auch wenn es ihn hätte einschlagen können, unter keinen Umständen einschlagen wollen. Den zweiten Weg, den Weg des gesetzlichen Uebergangs, sind wir gegangen, und er war nicht leicht. Es wurde uns diese Aufgabe gestellt, unsere Stärke, unsere exekutive Gewalt lediglich ausschließlich in der öffentlichen Meinung zu suchen; wir mußten mit der öffentlichen Meinung regieren, die zu jeder Zeit, an jedem Orte und im Voraus zu erkennen, ungemein schwierig ist, die nicht selten nach vollendeten Thatsachen eine andere zu sein scheint, als vorher. Wie mußten uns begnügen, unsere Stärke häufig in einer von äußeren Schutzmitteln entblößten Passivität des Widerstandes zu suchen. Wir mußten häufig Vorgänge leiden auf energische Maßregeln, wenn Befürchtungen vorlagen, daß dadurch der Vorgang der Reaktion entstehen würde. Wie mußten namentlich, was die Bewachung der Hauptstadt und die Aufrechthaltung der Ordnung in derselben betrifft, uns auf die Bürgerschaft, auf die Bürgerwehr stützen, und wandte Maßregeln von ihrer Vereinwilligkeit, ihrer Hilfe und ihrer Gesinnung abhängig machen. Wir konnten endlich nicht überall mit kühner Hand an die Abänderung der bestehenden Verwaltungseinrichtungen gehen, wiewohl dieselbe für das harmonische Zusammenwirken aller Organe der Regierung nöthig gewesen sein möchte. Es ist uns gelungen, diese Schwierigkeiten zu überwinden; wir haben die Freischaarenreise von Ende März bis zum Zusammentritt dieser Versammlung zurückgehalten, und der nothwendig eine starke und kräftige Regierung hervorgehen muß." Man hat Hrn. Camphausen ferner, und der oben angeführte Vorteag weist darauf hin, reaktionäre Tendenzen vorgeworfen; Camphausen reaktionär! Nun ja, wenn es reaktionär sein heißt, den Muth zu haben, den unwissenden und selbstsüchtigen Despoten der jungen Freiheit entgegen zu treten, wenn es reaktionär sein heißt, nicht durch die schlechtesten Mittel, nicht durch Lüge und Egoismus den neuen Zustand begründen zu wollen, wenn es reaktionär sein heißt, vor allen Dingen auf die Einheit, Ordnung und Kraft des Vaterlandes hinzuwirken, wenn es endlich reaktionär sein heißt, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten und gegenüber den unreifen Theorien ins Blaue hinein die vorhandenen Thatsachen und die gegebenen Verhältnisse zu berücksichtigen und zu erwägen, dann, ja dann ist Camphausen reaktionär gewesen, aber möge, zu unserer Aller Heile, eine solche Reaktion mehr und mehr Vertreter und Anhänger finden. Doch Camphausen bedarf wahrlich der Vertheidigung nicht. Sein Wirken mag diese oder jene Partei unbefriedigt gelassen haben, sein redliches Wollen aber kann keine Partei verkennen, und die unwürdigen Schmähungen, die Schmähungen eines „betrogenen Betrügers", mit welchen ihn das rheinische Organ der Umsturzpartei belegt, fallen auf das Haupt derer zurück, die einer ganzen Provinz, welche die Ehrenhaftigkeit des Geschmähten kennt, ins Angesicht zu schlagen wagen. Aber Camphausen hat vor allen Dingen das ehrenhafte Verdienst, daß er unter den schwierigsten Umständen festgehalten hat an den schönen Worten, die er einst, zu der Zeit, wo er vom vereinigten Landtag in seine Heimath zurückkehrte, zu seinen Mitbürgern sprach, als diese ihn festlich empfangen, an den schönen Worten, in denen er sich rühmte, eben sowohl die leichte Unabhängigkeit bewahrt zu haben nach Oben, als die schwerere nach Unten: und das Letztere ist das, was jene Partei ihm nicht verzeiht.

**Baiern.** München, 24. Juni. Der Nürnb. Korr. berichtet: Die Kurfürstin Mittwoc von Baiern endete gestern bei dem Städtchen Wasserburg auf beklagenswerthe Weise ihr Leben. Sie war auf einer Reise nach Salzburg begriffen. Auf dem Berg bei Wasserburg kam ihrem Wagen ein Fuhrmannswagen entgegen, der, da ihm der Hemmschuh gebrochen war, im schärfsten Galopp den Berg hinabfuhr. Der Wagen der Kurfürstin wurde, ohne daß Dirß zu verhüten gewesen wäre, umgeworfen, und Ihre L. wurde so stark beschädigt, daß sie nach einigen Minuten den Geist aufgab — wie es heißt, in Folge eines Halsbruches. Eine Dame, welche mit ihr im Wagen saß, und die begleitende Dienerschaft sollen unbeschädigt sein. Die Trauernachricht gelangte gestern um späten Abend hier an. Die Verstorbene war eine Tochter des Erzherzogs Ferdinand Karl v. Oesterreich, geb. 10. Dezbr. 1776, und vermählte sich im 18. Lebensjahre, am 15. Febr. 1795, mit dem damals 71 Jahre alten Kurfürsten Karl Theodor von Baiern, († 16. Febr. 1799). Ihr sehr bedeutendes Vermögen fällt größtentheils ihren Söhnen aus morganatischer Ehe dem Grafen Arco Steppberg und Arco Zinneberg zu.

**Würtemberg.** ** Stuttgart, 24. Juni. Das Benehmen des Kommandirenden von Ludwigsburg, Generals Miller, ist sehr erbrmerkt. Statt, wie es so gerne geschieht, die Exzesse einzelner Offiziere und Soldaten, von denen ich Ihnen schrieb, in Abrede zu stellen, hat er offen sein Bedauern ausgedrückt und sucht seine Soldaten wenigstens zu entschuldigen durch die Leidenschaft, in welche sie die Exzesse, die Mißhandlung eines Obersten durch die Zusammengerotteten versetzt hatten. Stärker wirkt dies nicht verfehlen, als die versöhnliche Stimmung und Eintracht hervorzurufen. Gegen die verhafteten Civilisten ist die Untersuchung im Gange. Unser Kriegsminister, Graf Sontheim, ist abgetreten, der Adjutant des Königs, Oberst v. Rüpplin, besorgt die Geschäfte. Der Kriegsminister ist in der letzten Zeit hart angegriffen gewesen, besonders auch wegen seines Verhaltens zur Bürgerartillerie. Man würde ihm Unrecht thun, wollte man blßen Willen voraussetzen, aber was ihm fehlte, war, daß er sich in den Umschwung und in neue Schöpfungen nicht zu finden wußte. Es ist deßhalb ihm Adieten nicht ohne Bedeutung. Römer ist hier und wird, wie man hört, vorerst bleiben.

** Stuttgart, 25. Juni. Ein Straßenauflauf, der gestern Abend hier stattfand, war zwar unbedeutend, zeigte aber, daß die Elemente der Unordnung auch in hiesiger Stadt gar nicht aus den Augen zu lassen sind. Die bürgerlichen Kollegien hatten eine öffentliche Erklärung gegen wühlerisches Treiben und für die bestehende Regierung als Antwort auf die kürzlich geschehene Ansprache: Duvernoy erlassen und in zahlreich verbreiteten Anschlagszetteln zur Unterschrift eingeladen. Gegen Abend wurden an manchen Orten diese Zettel abgerissen und andere angeklebt; letztere gingen von dem demokratischen Verein aus und warnten, indem sie die südliche Erklärung als eine Aufreizung gegen sie (die Demokraten), welche ja Frieden wollen, ja selbst als indirekte Veranlassung zu Blutvergießen bezeichneten, vor dem Unterschreiben. Natürlich lief die Polizei dies Machwerk abreißen; es kam zum Auflauf, zum Geschrei, Gepfeif ꝛc. Einzelne sich Widersetzende wurden verhaftet, und dann schnell durch unbewaffnete Bürger, welche in Reihe und Glied die Straße säuberten, Platz hergestellt. Der Sitzung des demokratischen Vereins wohnte das letzte Mal ein Polizeikommissär bei; strenge Maßregeln zur Befestigung der Ordnung und Entfernung der Störungen stehen in Aussicht.

Ulm, 23. Juni. Die „Ulmer Schnellpost" meldet: „Es war durchaus kein leeres Gerücht, wenn vor Kurzem behauptet wurde, daß verdächtige Männer auf dem Festungsbau beobachtet worden seien, die eine Ausspähung der Festungsarbeiter versucht hätten. Wir erfahren darüber aus gutunterrichteter Quelle, daß die Festungsbauarbeiter einen solchen Emissär, der ihnen Geld versprochen, wenn sie bei der Hand seien, sobald es losgehe, selbst verhaftet und auf die Polizei abgeführt haben. Es war ein Schweizer."

† Altona, 22. Juni. Endlich scheint es auf dem Kriegstheater wieder zu einer Lebensthätigkeit kommen zu sollen; die beiderseitigen Heere rücken immer näher aneinander, beide Heere ziehen neue Mannschaften an sich, und wahrscheinlich wird die Gegend zwischen Apenrade und Christiansfeld die Entscheidung für den ganzen folgenden Krieg liefern. Heut kommen noch 600 Mecklenburger und 400 Oldenburger hier an, welche gleich nach Ankunft weiter befördert wer-

Digitized by Google

den sollen, um so rasch wie möglich im Hauptquartiere einzutreffen. Die Dänen sollen mit 15,000 Mann die Schleswig'sche Grenze des Amtes Hadersleben besetzt und sich bei Strybstrup und Tönningmühle verschanzt haben, ihre Patrouillen streifen bis Hellwardt und rothen Krug, sowie bis Gjinaer. Die Dänen mögen ungefähr eine Linie von Hoptrup bis eine Meile nördlich von Lygumkloster als der südlichen Grenze des von ihnen besetzten Theils innehalten, sie verschanzen sich zwischen Apenrade und Christiansfeld, und ihre Vorposten stehen etwa eine Meile südlich von Hadersleben, doch ziehen sie sich bei Rekognoszirungen auf Hadersleben zurück, ohne Widerstand zu leisten. Apenrade selbst ist dagegen verbarrikadirt von den Tanu'schen Freischaaren, westlich von Flensburg stehen schleswig-holsteinische und preußische Truppen, so daß eine Linie von Apenrade nach Westen bis Tondern die ungefähre nördliche Grenze bezeichnet, wie weit das Herzogthum von unserer Seite besetzt ist. In der Linie von Apenrade bilden die Preußen den linken Flügel, das Tann'sche Freikorps besetzt sich dagegen auf dem äußersten rechten Flügel, so daß das Tann'sche Korps Apenrade selbst besetzt hat. Vorposten, Patrouillen und Streifkorps überschreiten die gegenseitige Grenze, doch ohne sich in Feindseligkeiten selbst einzulassen. In Apenrade ist man auf einen Angriff vorbereitet, man erwartet ihn stündlich, doch sind die Freischärler auf ihrer Hut, ebenso die schleswig-holsteinischen Truppen, welche in einer Stunde an die Stadt bei einem Angriffe herangezogen werden können; hinter den Holsteinern stehen die Preußen, die gleichfalls stets auf marschfertigem Fuße gehalten werden. Durch Signale würden bei dem ersten Angriffe die nächsten Truppen herbeibeordert werden. Jeder erwartet daß Etwas, da sich die große Truppenmasse in dieser Gegend nicht mehr lange halten kann, da es schon anfängt an den nothwendigen Lebensmitteln zu fehlen. In Apenrade ist man nicht im Stande, den Bedarf des Tann'schen Freikorps zu liefern. In der Kammer hat man in Folge des Antrages des Abg. Christiansen 100,000 Species für 2 Jahre für die Marine außer den 150,000 Species, die auf Holstein so in Folge des Frankfurter Antrages fallen würden, beantragt und dieserhalb ein Komité ernannt, welches aus den Mitgliedern Christiansen, Bergmann aus Kiel und Hansen besteht, welche den Antrag ausarbeiten sollen. Schleswig-Holstein wird daher wohl die größten Anstrengungen für die Flotte machen.

ß **Frankfurt**, 26. Juni. Die erkenntlichen Nachrichten von vorgestern Abend haben sich heute sehr getrübt. Es ist Abends 4 Uhr, ohne daß die Nationalversammlung bis dahin nur über eine Vorfrage sich einigen konnte. Sie hat sich vielmehr in einer Geheimsitzung bis 5 Uhr vertagt, welche eine für das Vaterland höchst verderbliche Spaltung herbeizuführen droht. Diesen bösen Samen hat der zwischen dem Schlusse der letzten Debatte, in welcher durch die Rede des Präsidenten Alles auf den besten Weg gebracht schien, und der auf heute angesagten Abstimmung liegende Sonntag gestreut. Während dieser Zeit hatte der Parteigeist Zeit, einzelne Häkchen aufzusuchen, an welche er sich hängen konnte, um das, wie es schien, schon fast fertige Werk wieder auseinanderzureißen. Der erste Schritt zur Spaltung war das Benehmen der Partei des „Württemberger Hofs". Nachdem dieselbe den Satz so weit in den Händen hatte, daß sie bis auf einige ganz unwesentliche Punkte das Centrum, wenigstens den größten Theil desselben, für sich gewonnen hatte, traf sie ein neues Uebereinkommen mit der Linken, in welchem sie ohne alle Rücksicht auf das Centrum derselben Zugeständnisse machte, welchen diese ihre Zustimmung nicht geben konnte. Hatte Hr. Raveaux in der letzten Sitzung vor der Furcht gewarnt, als ob Jeder angesehen zu werden, so war es doch offenbar hier gerade diese Furcht, welche den württemberger Hof so unerwartet vor die Abstimmung nach der Linken trieb. Dies exhitirte das Centrum, und es sah sich jetzt nach der Rechten um. In den Berathungen der Parteien wurde der Eindruck der Sagern'schen Rede durch die Erhitzung, in welcher man sich hineinsprach, verwischt. Die Rechte brachte in Gemeinschaft mit einem großen Theile des Centrums heute folgende Amendements in die Versammlung:

1) Zu Nr. 6: a. Amendement der Abgg. Bassermann und v. Auerswald: Die provisorische Centralgewalt wird einem nicht regierenden Mitgliede eines deutschen Regentenhauses als Reichsverweser übertragen. Die Nationalversammlung wählt denselben im Vertrauen auf die Zustimmung der deutschen Regierungen. b. Unteramendement des Abg. Hoecscher: Die provisorische Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welchen die Nationalversammlung im Vertrauen auf die Zustimmung der deutschen Regierungen wählt. 2) An die Stelle der Nr. 18 und 19: Amendement der Abgg. Hoecscher und v. Rotenhan: Die provisorische Centralgewalt wird, nachdem sie in Wirksamkeit getreten ist, der Nationalversammlung die geeigneten Vorlagen über die Auflösung des Bundestages und die dadurch nöthig werdenden organischen Einrichtungen machen lassen.

Die Linke widersetzte sich der Einbringung dieser Anträge mit der größten Heftigkeit und drohte, daß sie sich aller Abstimmung über die Hauptfrage enthalten werde, wenn man sie zulasse. Gagern selbst sprach zu Gunsten des Hoecscher'schen Unteramendements, aber diesmal ohne Erfolg. Bassermann hatte für seine Person das erste Amendement zurückgenommen, und von Auerswald erklärte Nachmittags zwei Uhr, daß er es im Interesse des Friedens ebenfalls thun werde, wenn auch das Hoecscher'sche zurückgenommen werde. Hoecscher verlangte Zeit, um sich mit seinen Freunden darüber berathen zu können, was die Folge hatte, daß die Sitzung von halb 3 Uhr bis 5 Uhr ausgesetzt wurde. Das Hoecscher'sche Amendement ist ohne Zweifel sehr unschuldiger Natur. Aber weil das unglückselige Wort „Vertrauen" darin vorkommt, so behauptet die Linke, es enthalte ein Vertrauensvotum für die Regierungen. Dagegen hilft Nichts, nicht der Wortlaut und nicht die ausdrückliche Erklärung des Antragstellers. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß unter diesen Verhältnissen der Hoecscher'sche Antrag zurückgenommen wird, was aber nicht die Folge haben kann, daß nun der größere Theil des Centrums mit der Rechten die Wahl des Reichsverwesers doch die Nationalversammlung verwirft und für die Initiative der Regierungen stimmt. Dadurch wird nun ein ganzpraktischer Beschluß herbeigeführt, was ganz in den Kram der Linken paßt, welche immer dahin manövrirt, die Vermittlungsvorschläge zu beseitigen, und einen Beschluß der Versammlung, wenn sie ihn nicht in ihrem Sinne durchsetzen kann, soweit als möglich auf die echte Seite hinüber zu werfen. Die Versammlung wird heute nicht über die Debatte über die Frage selbst hinauskommen, und die Abstimmung über die Anträge wird deßhalb vor morgen nicht beginnen können.

**Frankfurt**, 22. Juni. Von hier schreibt man der Allg. Z., Welcker habe den Tag vorher seinen Freunden bestimmt mitgetheilt, daß England seine Vermittelung in der schleswig-holsteinischen Frage zurückgezogen habe.

## Niederland.

* **Haag**, 21. Juni. In der gestrigen Sitzung der Generalstaaten brachte eine königliche Botschaft die zwölf Gesetzentwürfe zur Durchsicht des Grundgesetzes nebst den Begründungsvorlagen ein. Dieselben enthalten einen neuen vollständigen Verfassungsentwurf. In der Botschaft heißt es unter Anderm: „Ich lege Euer zweimaligem diese Entwürfe zur Berathung vor, mit dem Blicke nicht bloß auf unsern innern Zustand, sondern auch auf die Ereignisse, welche in den meisten übrigen Staaten Europa's zur Verbesserung in den gesellschaftlichen Zuständen geleitet haben. Die Vorsicht gebietet, das nicht auf dem Wege zu verlieren, was ein allgemeines Bedürfniß für die Völker geworden zu sein scheint, obschon unser Vaterland, Gott sei Dank! bisher jenen gewaltsamen Bewegungen fremd geblieben ist, welche andere Staaten erschüttert haben. Ich hoffe, das Grundgesetz, umgestaltet nach den Vorlagen, werde den Forderungen des gegenwärtigen Augenblicks entsprechen, wie es hinlänglich Raum gewährt, um dem Laufe der Umstände zu folgen und unsere gesellschaftlichen Einrichtungen ruhigen Wegs zu entwickeln und zu verbessern. Ich weiß, über verschiedene mehr oder minder wichtige Punkte waltet noch immer Meinungsverschiedenheit ob; allein in Augenblicken, wie der gegenwärtige besonders, ist es eines Jeden Pflicht, sich gegenseitig Zugeständnisse zu machen und von den eigenen Ansichten Etwas zum Opfer zu bringen." — Ihnen wird der Raum zur Aufnahme auch nur eines Auszuges aus jenen hochwichtigen Entwürfen fehlen, auf welche indessen die Berathung zurückführen muß. Ich begnüge mich daher, Ihnen wenigstens einige der vornehmsten Bestimmungen mitzutheilen. Die Generalstaaten bleiben in zwei Kammern getheilt; nur in der Zusammenstellung dieser Kammern werden wesentliche Veränderungen stattfinden. Auf eine Bevölkerung von 45,000 Seelen kommt ein Vertreter in der zweiten Kammer; die erste Kammer zählt nie mehr als die Hälfte der Mitglieder der zweiten, und ihre Mitglieder müssen 500 bis 1200 fl. Steuern bezahlen. Die Regierung hat sich jetzt für direkte Wahlen entschieden, jedoch mit Ausstellung eines Census von 20 bis 160 fl. direkter Steuern, je nach der Lokalität. Dagegen ist jeder Niederländer über 30 Jahre wählbar in die zweite Kammer. Hinsichtlich der Kolonien sind der dieselben Volksvertretung einige Zugeständnisse gemacht worden, indem ein Theil der Colonialgesetzgebung der Berathung und Zustimmung der Generalstaaten unterworfen werden soll. Footen soll die Ernennung der Mitglieder des Hohen Raths (des obersten richterlichen Kollegiums des Landes) ohne Vorschlag, direkt vom Könige ausgehen. Die Verbindlichkeiten des Staats gegen seine Gläubiger werden ausdrücklich gewährleistet.

Digitized by Google

ttesdienstes; doch wacht der König, innerhalb der Schranken der Lan- sten Bebauern ist die Limburger aufgefaßt und behandelt worden. noch nicht stärker gegen diese verdrehung protestirt? Art. 1 Königreich der Niederlande be- Provinzen: Nordbrabant, Gel- land, Utrecht, Friesland, Ober- erzogthum Limburg. ß anwendbar, unbeschadet der esen Rechten ist das Herzog- biet und nimmermehr nieder- bleibe, daß man die Rechte ten will, daß das Verhält- Wort bleibrn soll, bestimmt ig kann keine fremde Krone Limburg wird also für iefes Limburg, welches dem ere Hälfte des Großherzog- s sei erwähnt, daß der Ent- nauefte festsetzt. Nach Aus- es Domänen-Massa soll die ben übergehen, zunächst auf Erbgroßherzog ꝛc. Außer dem ch das Gesetz vom 26. August Einkommen von 1 Million Mitgliedern des kgl. Hauses gehäuse" sind von Abgaben persönlichen Lasten. Das Jahr- end ihres Wittwenstandes be- Die Prinz von Oranien ge- n 18 Jahren an 100,000 Fl., aus der Landeskasse. — Zum mmer endlich auch ein Gesetzent- trafen der Gestellung und Brand- in den Grenzen der Strafen, n sowie in Gewißheit, daß e Sicherheit von Personen und gethätigt, daß gräuliche Stra- nicht abschrecken, daß sie viel- verwildern und den Verbrecher

ch.

lustige Aufstand, dessen Ausbruch en, hat den 23. und 24. Juni e neuesten Nachrichten, die bis a noch nicht zahe Besorgniß, ob vielleicht die Emeute am folgen- . Wir enthalten uns in diesem neueste Katastrophe, so belehrend jüngste Frucht der französischen schränken und auf die Thatsachen, sammenfassen, den geeignet in tarischen Bericht zu ergänzen. digten Zusammenrottungen die cht, sie zu zerstreuen, vielmehr nalgarde entwaffnet werden zu Morgend (23.), die gewaffne- geboten, bewiesen hinlänglich, ar. Schon an diesem Morgen der die ganze bewaffnete Macht ingung, daß er unbeschränkt sei, ortlichkeit für seine Handlungen mmelten sich einzelne Legionen; almarsch, und Alles verkündete en Stunden aus den belebtesten d machte.

he, wo einst die Bastille stand, 00 — 700), zog auf die Bou- oren der Rue St. Martin und

n Beilage zur heutigen Nummer ese zur rechten Zeit (44 Stunden gekommen waren; wir erhielten sie päteren Bahnzug.

St. Denis Barrikaden z
und sociales Republik
sammlung ein Verrat!
Gegenstand dieser Verw
sich einige Tausende an
nalwerkstätten, auch
Garde", sogar Weiber
das erste Gewehrfeuer
rieth mit den Aufständ
Kampf an den beiden
und auf dem benachba
bitterung; man schoß
tionalgarde hielt aber
Unterstützung heranr
Stadthauses unruhig
Massen Gewaffneter,
der Insel, in der U
gue am Pont St. M
sowohl auf dem Gr
fektur Truppen (Lini
stellt; der Louvre u
tionalgarde besetzt,
kleinen Armee umge
Menge von Stellen
ner rufen der Nati
letzten Mann ausge
Insel zum Quartier
tirleuerfeuer eröffnet
mit der andern ve
nach einem lebhafte
sich der Kampf b
Straßen ins Qua
dort Barrikaden
Erfolg, durch
So war der Ka
vom Boulevard
der Porte St.
und Geschützfeue
Cité wurde die
8 Uhr genomm
St. Denis und
zogen sie sich
Herd des Aufst
Und die
Schlachtfeld un
eines heftigen
projekte auf der
darüber auf der
von einem blut
ein Theil der
kalt empfangen
sich durchschlug
ten, die Jagd
nen, in Unifo
thung glich
ter, jeder neue
Blut, Pulv
ist an der
er ging, drä
tödtlich getr
wurde schwer
Wunden
nalversammlu
erklärte sich
Proklamatio
wollte nur
Spät
Temple no
nach und
an den

richten. Sie brachten der „brodtlosen
Hoch, der Regierung, der Nationalver-
cht nur Lamartine, aus Leben Roslin vor
Hungen geworden! Allmählich sammelten
en Punkten, meistens Arbeiter der Natio-
entlassene Officiere der „republikanischen
Kinder. Um halb 11 Uhr hörte man
kleine Abtheilung der Nationalgarde ge-
sammen und es entspann sich nun der
Boulevard Bonne Nouvelle mit über Er-
Häusern und von Dächern brach, die Re-
and, bis gegen 1 Uhr Linientruppen zur
Inzwischen war es auch in der Nähe des
worden; es fanden dort zwar anfeindliche
ung von Notredame, in der Nähe der Mor-
ge als im Justizpalast und der Polizeipräs-
Nationalgarde und die mobile Garde) aufge-
Palast der Nationalversammlung ist von einer
Dessenungeachtet schlägt man sich an einer
garde erbittert zu, sie würden bis auf den
ett werden! Am Pont St. Michel, der von der
atin hinüberführt, wird schon um vier Uhr Mor-
Am Pont neuf, der die eine Hälfte der Stadt
det, bilden sich ebenfalls Barrikaden, die erst
die Rue St. Jacques und eine Menge kleiner
vom Barrenburg aus und suchte, freilich ohne
ffen Bereitung einen Zusammenstoß zu hindern.
pf über einen guten Theil der Stadt verbreitet;
ne-Nouvelle an bis gegen das Pantheon hin, von
artin bis an den Bastilleplatz hörte man Gewehr-
An einzelnen Stellen, z. B. an der Rue de la
te erst nach einem zehnstündigen Kampfe Abends
wo die Insurgenten, wie z. B. an den Thoren
Martin schon früh zurückgeschlagen wurden, da
Vorstadt St. Antoine zurück, dem eigentlichen

nationalversammlung? Indessen Paris sich zu einem
Kanonen-Donner, der Bäm des Geschützes und der Donner
Kanonade, der Wirbel der Trommeln, das Pfeifen der Kugeln
gebordnung! Man kann denken, daß die Berathung
Zusammensetzung anlangten, in die heftigste Aufregung,
vekutivkommission (an Lamartine bleemal ziemlich
angehört) der General Cavaignac, Alles drängte
als Officiere bei der Nationalgarde dienen, erschie-
und brauchten, kurz der Saal der friedlichen Bera-
einer Hauptwache, auf der Posten gingen und kamen,
richt neue Spannung hervorrief. Ein Abgeordne-
der Versammlung mit den Worten: unsere Stelle
der Nationalgarde, um Blutvergießen zu hindern,
sich durch die Reihen und stürzte von einer Kugel
nieder. Auch Dornès, der Redakteur des National,
wenigstens nicht lebensgefährlich waren.*) Die Natio-
nenahm das Alles mit der größten Theilnahme; sie
zu treffen und zu unterhandeln, energisch zurück, sie
entschlossenen Maßregeln hören.
Abend lieg der Kampf, der z. B. im Faubourg du
aller Hartnäckigkeit geführt worden war, allmählich
Cavaignac konnte verkündigen, daß er die Insurrection
Stellen zurückgedrängt habe. Zurück gedrängt,

*) Die Zahl der Gebliebenen war an einzelnen Stellen schon groß; man wollte z. B. auf der Place Lafayette 200 Todte gezählt haben; eine der schrecklichsten Scenen wird aus der Cité berichtet. Eine Abtheilung von der republikanischen Garde will mit den Aufständischen fraternisiren und begibt sich rasch zwischen zwei Barrikaden, wird aber durch Gewehrsalven von beiden Seiten niedergeschmettert.

Digitized by Google

aber nicht überwunden! Die Erbitterung unter den Arbeitern war grenzenlos; sie fahen in den Maßregeln, welche die allmählige Auflösung der Nationalwerkstätten vorbereiten sollten, ein offnes Todesurtheil und wurden von Führern und Verführern mit allen Mitteln aufgehetzt. Es sollte, so berichtet man ihnen, in der Nationalversammlung verrätherisch von ihnen geredet, sie als „Sklaven" bezeichnet worden sein; daher ihre Wuthausbrüche gegen Regierung, Deputirte, Nationalgarde und Alles, was ihnen ein Hinderniß ihrer Gelüngens schien. Aber auch unter den Nationalgarden herrschte eine bedenkliche Stimmung gegen die Regierung; ihrer Schwäche gab man den entsetzlichen Kampf Schuld, Lamartine, vor wenig Wochen noch der Liebling der Nationalgarde und des Pariser Mittelstandes, soll, als er am Abend zu Pferd die Posten besuchte, zum Theil mit à bas Lamartine, à bas le pouvoir executif empfangen worden sein. Auch an ihm ward die Lehre, daß vom Ruhmestempel zum tarpejischen Felsen nur ein Schritt ist, mit furchtbarer Schnelligkeit wahr!

**Paris**, 24. Juni. Mit Tagesanbruch beginnt heute der Kampf von Neuem; allerdings herrscht an mehreren Eintrittsten vom Tage zuvor jetzt die Ruhe, aber an andern haben die Barrikaden sich verstärkt oder neugebildet, und die Stadt gleicht an einzelnen Stellen schon am frühen Morgen einem Schlachtfelde.

Cavaignac führet das Oberkommando, unter ihm kommandiren die Generale Lamoricière, Lafontaine, Bedeau und Francois. Man schätzt die Zahl der Insurgenten auf 30,000 Mann, gegen diese stehen 20,000 Mann Linie, 10,000 Mann Mobile und etwa 80,000 Mann Nationalgarde, allein die engen Straßen des Kampfplatzes, die vielen Barrikaden und das Schießen aus den Häusern sind für die Emeute mächtige Bundesgenossen. — Der Generalrath hat seinen Sitz auf dem Stadthause, die Nationalversammlung und der Luxemburgpalast sind vollkommen gedeckt.

Es zeigt sich, daß das Aufhören des Kampfes am Abend zuvor nur eine Pause der Ermüdung war; der Waffenstillstand ist jetzt zu Ende, und die Insurgenten hatten gut bewaffnet und mit neuer Munition die Barrikaden besetzt. Der letzte Bericht, den Cavaignac zwischen 10 und 11 Uhr Nachts abgefaßtet hatte, ließ dies freilich ahnen. Lamoricière und Lafontaine, sagte er, seien Herren der Vorstädte St. Denis und St. Martin, und vor einer Stunde sei er selbst Meister des Faubourg du Temple geworden. General Bedeau halte den größten Theil der Vorstadt St. Antoine besetzt, und General Damesme dringe im Quartier Latin vor. Alle Truppen von Versailles und St. Germain seien schon auf der Eisenbahn nach Paris gekommen, er habe nun auch die der entfernter liegenden Garnisonen einberufen. Auf diesen Bericht hin hatte sich die Versammlung für permanent erklärt und erst nach Mitternacht die Sitzung aufgehoben, um sich Morgens um 8 Uhr wieder zusammenzufinden.

Gegen 11 Uhr des Morgens häufen sich dann die beunruhigenden Gerüchte; der Kampf hat in La Chapelle, dem Faubourg St. Denis und den benachbarten Theilen der Stadt von Neuem begonnen. Gegen Mittag schient sich der Andrang mehr dem Innern der Stadt zu nähren; es schient so, denn es ist schwer, in dieser Verwirrung und bei der Unterbrechung des Verkehrs sichere Nachrichten zu erhalten. Es verbreitet sich das peinliche Gerücht, die Nationalgarde ermüde, nachdem sie sich bis dahin mit Ausdauer geschlagen; über die Linie ist man dagegen ganz underforgt. Lamartine, so heißt es weiter, wolle an der Spitze eines Bataillons der Linie sich mitten in den Kampf stürzen; solche und ähnliche Berichte, wie sie ein solches Moment erzeugt, werden in Menge verbreitet. Inzwischen bleibt die Nationalversammlung permanent; Deputationen, von ihr entsendet, haben sich auf alle Schauplätze des Kampfes begeben, theils um Truppen und Nationalgarde zu ermuthigen, theils um die Insurgenten durch Güte zur Unterwerfung zu bewegen.

Die Regierung hat ihre Entlassung gegeben; General Cavaignac ist mit diktatorischer Gewalt ausgerüstet; alle Civil- und Militärgewalt ruht in seinen Händen, doch hat sich die Nationalversammlung ihre Souveränetät vorbehalten und kann ihm daher jeden Augenblick seine Gewalt wieder entziehen. Zugleich ist Paris in Belagerungszustand erklärt.

Alles dies, das sich um die Mittagszeit entschieden haben muß, haben wir nach der zweiten telegraphischen Depesche gestern schon berichtet; über den nähern Zusammenhang müssen wir aber noch zuverlässige Nachrichten abwarten. Ob die Regierung sich nur deßhalb zurückgezogen hat, weil sie es für geeigneter hielt, wenn in diesem Augenblick eine Diktatur statt eines fünfköpfigen Direktoriums gebiete, oder ob sie vor der Unguust der Nationalgarde, des Pariser Mittelstandes, und der Versammlung gewichen ist, darüber wird uns wohl die nächste Post Nachrichten bringen. Für die letztere Annahme, daß das konservative oder wenn man will reaktionäre Element die Stellung der Regierung unmöglich gemacht habe, spricht ein freilich noch unbestätigtes Gerücht, in die neue Exekutivbehörde solle neben Cavaignac nicht nur Senard, sondern auch — Thiers eintreten, und dieselbe habe mit Cavaignac schon eine Unterredung gehabt. In diesem Falle nähme der 24. Juni für die Republik die auf die Eingeweihten dieselbe Wendung, wie der 24. Februar für die Monarchie.

Inzwischen dauert der Kampf fort; das Gewehr- und Geschützfeuer wird wenig unterbrochen. Doch sind die meisten Bataillone der Nationalgarde der Banlieue bereits in Paris, wodurch die Ausdauer der Pariser Nationalgarde neu belebt ist. Von allen Departements kommen mit der Eisenbahn Truppen an.

Um 4 Uhr wird endlich berichtet: Die Truppen und die Nationalgarde seien Meister der Hauptstraßen in den insurgirten Stadttheilen geworden; die Insurgenten halten sich nur noch in den Seitengäßchen. — Seit einer halben Stunde hat das Kanonenfeuer aufgehört — auch das Flintenfeuer wird schwächer. Man hatte den Insurgenten bis 3 Uhr Bedenkzeit gegeben, die Waffen abzulegen — ein Theil soll die Waffen gestreckt, ein Theil sich an die Barrière gezogen haben. Kavallerie sprengt von allen Seiten in die südlichen Vorstädte hinaus.

Freilich hört man gegen halb 5 Uhr wieder Kanonenfeuer gegen die Rue St. Martin; ein von Orleans mit der Eisenbahn so eben gekommenes Regiment Linie marschirt als Verstärkung hinauf. Die Artillerie der Nationalgarde, die sich dort mit großer Tapferkeit schlägt, hat große Verluste erlitten. Man spricht von einem Angriffe der Insurgenten auf Vincennes, der aber abgeschlagen worden ist. Ueber die Zahl der Todten und Verwundeten enthalten wir uns jeder Angabe, da es in solch einem Augenblick durchaus unmöglich ist, auch nur annähernd das Richtige festzustellen.

Aus dem Ganzen geht jedoch hervor, daß gegen Abend des 24., ehe die Post abging, der Kampf zwar nachgelassen hatte, aber noch nicht ganz beendigt war. Auffallend ist das Schweigen des Telegraphen, der uns am Mittag des 24. und im Laufe des 25. und 26. Juni hätte Nachricht geben können. Ob man den gewissen Ausgang abwarten wollte, oder ob vielleicht eine gewaltsame Unterbrechung eingetreten ist, darüber wird uns hoffentlich bald beruhigende Nachricht werden.

## Ungarn.

**Preßburg**, 20. Juni. Aus einem bei dem arretirten Nadasdee (Preßburger Komitat) Kaplan gefundenen Briefe ist klar ersichtlich, daß der Pfarrer Hurdan, welcher gegenwärtig in Prag verweilt, mit böhmischer Hilfe nach Ungarn einzufallen, und die slawischen Komitate aufzuwiegeln beabsichtigte. (Schl. Z.)

## Italien.

* Die neueste Nummer der Konkordia bringt den Text der Uebereinkunft, welcher von der sardinischen Regierung mit den vier Deputirten Calgari, Tecchio, Perreguin und Cervesato, hinsichtlich der Einschmelzung der Provinzen Padua, Vicenza, Treviso und Rovigo mit dem Königreiche am 13. Juni getroffen ist. Wir heben daraus die hauptsächlichsten Punkte hervor. Artikel I. heißt es: Sobald der König und das sardinische Parlament erklärt haben, die Verschmelzung, für welche sich das Volk der vier Provinzen Padua, Vicenza, Treviso und Rovigo entschieden hat, mit Zugrundelegung der Dekrete vom 16., 18. und 19. Mai d. J. annehmen zu wollen, werden diese Provinzen und die sardinischen Gebiete einen Staat bilden. II. Sobald die ausdrückliche Annahme dieser Verschmelzung noch nicht angekommen ist, verbleiben die verschiedenen provisorischen Komitate der vier Provinzen in der Ausübung ihrer bisherigen Gewalt; nach der Annahme werden sie dann alsbald gemäß der unten festgesetzten Normen regiert werden. III. Dem Volke der vier Provinzen sollen in der jetzigen Form und Nachdehnung rechtlich und thatsächlich verbürgt werden: die Preßfreiheit, das Associationsrecht und die Einrichtung der Bürgerwehr nach den Gesetzen vom 11. April 1848 über die Vertheidigung des Vaterlandes. IV. Unmittelbar nach der Bekanntmachung der Gesetze hinsichtlich der Verschmelzung wird die Exekutivgewalt vom Könige vermittelst eines dem Parlament als Repräsentanten der Nation verantwortlichen Ministeriums ausgeübt werden. V. Die Staatshandlungen geschehen im Namen Sr. Maj. des Königs Karl Albert. VI. Die gegenwärtigen Gesetze und Reglements der 4 Provinzen bleiben in Kraft. VII. Der König kann keinen politischen oder Handelsvertrag abschließen, ohne sich zuvor darüber mit 2 Mitgliedern von jedem der 4 einzelnen Komitate benommen zu haben. VIII. Das Wahlgesetz für die gesetzgebende Versammlung soll innerhalb eines

Digitized by Google

## Verhandlungen der Nationalversammlung über die provisorische Centralgewalt.

Sitzung vom 24. Juni *).

Der Präsident Sagern besteigt die Tribune. Es ist der Wunsch gegen mich geäußert worden, daß ich in dieser Sache das Wort ergreife, und ich entspreche demselben gern, denn ich halte es für meine Pflicht in einer so wichtigen Angelegenheit meine Ueberzeugung auch hier auszusprechen, mein Platz kann mir nicht angewiesen sein, um auf eine selbstständige Meinung zu verzichten; ich habe denselben nur unter der Voraussetzung eingenommen, daß ich zu allen Zeiten meiner Ueberzeugung treu handeln kann; darüber ist wohl kein Zweifel, daß eine provisorische Centralgewalt in Deutschland nothwendig sei, denn die bisherige Gewalt ist offenbar den Umständen nicht mehr gemäß. Es ist die Frage, welche Gewalt, und wie sie geschaffen werden soll; sowohl der Antrag des Ausschusses als alle Andern wollen nur eine Vollziehungsgewalt; wenn aber das der Fall ist, so verstehe ich den Vorwurf nicht, daß die Schaffung dieser Behörden, welche ja nothwendig mit uns, der gesetzgebenden Macht, steht und fällt, der Weg zur Despotie, zur Diktatur sei. Sie hat ja keine Gesetze zu geben, die gesetzgebende Gewalt ist ja hier in dieser Versammlung und in keinem der Anträge ist daraus hingewiesen, daß von diesem Rechte etwas übertragen werden soll. In unseren Tagen ist die Despotie oder Diktatur schlechthin unmöglich, so lange der Geist waltet, der in dieser Versammlung ist; hat die Versammlung das Gesetzgebungsrecht, und das hat jede konstituirende Versammlung, sie muß es haben, weil außer ihr keine Behörde besteht, die es ausüben kann; warum macht man denn einen solchen Streit über Vollziehung und Ausführung; es kann dem Ausschusse gar nicht in den Sinn gekommen sein, daß die Centralgewalt den Willen der Versammlung nicht zu vollziehen habe, und es ist wohl nur darum Nichts davon erwähnt; es fragt sich nur darum, ob nicht Fälle eintreten können, wo die augenblickliche Vollziehung eines Beschlusses für das Vaterland gefährlich wäre. Wären wir nicht die konst. Vers., so wäre eine solche Gefahr nicht vorhanden, sie hätten wir ein Staatenhaus, in welchem die Beschlüsse nochmals geprüft werden oder wir hätten gewiß Formen wie in England, welche eine solche Gefahr beseitigten; von Willen dem aber haben wir bis jetzt noch Nichts und ich darum in der jetzigen Uebergangsperiode wohl nicht so verwerflich, daß man irgend eine Einrichtung will, durch welche in einem solchen Falle eine nochmalige Berathung der Nationalversammlung nothwendig wird. Jo diesem Sinne wurde vorhin ein Amendement gestellt; man wollte aber nicht zulassen, daß jetzt noch ein solches in das Haus gebracht werden könne; ich denke aber, die Form soll uns nicht hindern, da eine Vereinigung zu Stande zu bringen, wo sie für das Wohl des Vaterlandes so höchst wünschenswerth ist; die Versammlung mag erwägen, ob das durch die Annahme jenes Amendements oder durch die eines Suspensionsveto eher möglich ist. Die mißverständene Stelle in dem Kommissionsantrag, wornach die Centralgewalt von jeder Mitwirkung zu dem Verfassungswerke ausgeschlossen sein soll, und woraus man den Schluß ziehen wollte, daß dies bei andern Gesetzbehörden der Versammlung nicht der Fall sei, hat einen ganz andern Grund; sie will nur der Besorgniß begegnen, daß irgend eine Einmischung der Regierungen auf das Verfassungswerk stattfinden könnte. Die Frage der Verantwortlichkeit ist aufgeklärt; was wir Verantwortlichkeit nennen, bezieht sich auf die rechtliche Folge der Kontrasignatur; daß es aber außer dieser eine Verantwortlichkeit gebe, daran zweifelt Niemand; wer auch an der Spitze stehen mag, den wird diese Verantwortlichkeit treffen, nicht sowohl die Verurtheilung durch einen Gerichtshof, aber die Verurtheilung seiner politischen Existenz. Ich wende mich zu der weiteren Frage: Kann neben der gesetzgebenden Gewalt dieser Versammlung noch und der zu schaffenden exekutiven Centralgewalt der Bundestag noch fortbestehen? Ich sage nein; die Bundesversammlung, als der bisherige Träger der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt Deutschlands, hat neben jener keine Stelle mehr; aber das Bedürfniß des staatlichen Vereines kann darum doch nicht aufhören; denn wenn diese Behörde heute aufgelöst wird, so muß an ihre Stelle eine neue zur Vertretung der Einzelstaaten treten, die Centralgewalt kann sie nicht entbehren, aber es kann jetzt nicht unsere Sache sein, sie zu gründen; ich betrachte darum das Welckersche Amendement als einen Rath für die künftige Centralgewalt, welche darauf zunächst ihr Augenmerk zu richten haben wird. Ich komme zu der wichtigen Frage, wer soll die Centralgewalt ernennen? Diese Frage ist vom Standpunkt des Rechtes und der Zweckmäßigkeit vielfach beurtheilt worden; ich bedaure wenn man es als Prinzip geltend machen will, daß die Regierungen nichts dazu zu sagen haben sollen, und kann dem nicht beistimmen; aber vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit ist meine Ansicht eine andere. Meine Herrn, wir müssen einen kühnen Griff thun, ich sage Ihnen, wir müssen die provisorische Centralgewalt selbst schaffen. (Gewaltiger Beifallssturm von allen Seiten). Warum müssen wir das? weil die Centralgewalt stark sein muß — weil sie Vertrauen haben muß, und weil wir sie schnell haben müssen. Wenn man ein Direktorium von Dreien haben wollte, dann wäre die Mitwirkung der Regierungen weniger Schwierigkeiten unterworfen, weil sie für diesen Fall bereits übereingekommen sind, wenn es aber Einer sein soll, wie es die Mehrheit dieses Hauses und auch ich verlange, dann sind die Schwierigkeiten so groß, daß wir die Regierungen selbst aus der größten Verlegenheit ziehen, wenn wir unverzüglich selbst wählen, und auf ihre nachträgliche Zustimmung rechnen. Man darf nur daran denken, daß einzelne Ständeversammlungen vielleicht eine ganz andere Meinung hierüber haben, und wie viele Zeit hat es nur hier gebraucht, bis wir zu unserer jetzigen Uebergangsform gekommen sind; die Regierungen werden es nun danken, wenn wir ihnen sagen, der soll es sein, aber das erkläre ich, ein Privatmann kann es nicht sein, ich gehe hier lediglich von dem jetzigen Zustand der Dinge aus, es handelt sich nicht um Monarchie und nicht um Republik, sondern ganz allein darum, daß es ein Mann sei, der schon durch seine Stellung, die er einnimmt, der Unterstützung in ganz Deutschland sicher sein kann; der Vorwurf, daß dadurch dem Princip der Volkssouveränetät Etwas vergeben werde, ist durchaus ungegründet; wir können wählen, wen wir wollen, und es ist darin kein Abgang an jenem Princip, wenn es ein Fürst ist, den wir wählen; ich will einen Fürsten, nicht weil er ein Fürst ist, sondern obgleich er ein Fürst ist; ich habe keinen Haß gegen die Fürsten, denn ich habe Liebe zu den Menschen, der Haß aber gegen eine ganze Generation, ohne daß man die Personen derselben, die nicht großmüthig. Nachdem ich die Fragen, die hier zur Sprache kommen, beantwortet, und, wie mich dünkt, zur Genüge beantwortet habe, bleibt mir nur Eines übrig. Darin aber kann ich nichts Neues sagen; es ist mit betrübtem Mund von vielen Andern ausgesprochen worden. Ich kann nur wiederholen: Einigen wir uns, soweit Einigkeit möglich! Opfern wir, was zu opfern ist, um zu erhalten und den Uebergang zu erleichtern zu besseren Zuständen. Wenn wir thun, was die Wohlfahrt des Vaterlandes fordert, ohne Rücksicht auf Sophismen, die Einzelnen als Principien gelten; wenn wir in der Uebergangung handeln, daß das Princip, welches durch uns Gesetz wird, Gehorsam verlangt, kann werden wir thun, was unsere Schuldigkeit, und die Nation wird uns Beifall zurufen. Wir fallen nicht die Freiheit hin, und wir schaffen die die Einheit unseres Volkes und Vaterlandes, nach der wir schon so lange uns sehnten. (Stürmischer, lang andauernder Beifall von allen Seiten der Versammlung und von den Galerien.)

Der Beifall, welcher den Redner von der Tribune begleitete, zeigte deutlich, wie sich die ganze Versammlung durch seine Rede erleichtert fühlte.

Der nachfolgende Redner Dahlmann hatte darum ein undankbares Geschäft, den Ausschußbericht gegen die einzelnen gemachten Einwendungen zu vertheidigen.

Wir übergehen unsern viele geistreiche Entgegnungen gegen verschiedene Redner, weil Vieles davon, freilich in anderer Weise, auch durch Vorher gesagt war. Nur einige Aeußerungen des Berichterstatters mögen hier noch Raum finden. Redem zuerst von den Anhängern der Monarchie gesprochen, welche zwar die beweinenswerthen Mängel der Monarchien nicht beschönigen, aber darum doch die Monarchie nicht verdammen, wendet er sich zu denen in dem andern Lager, welche gebrochen haben mit der Geschichte. Wenn ihr Wille geschehen soll, so muß die gesammte Geschichte umgeschrieben werden, und sodann nur handeln von den Tyrannen, welche geherrscht haben, und etwa noch von den wenigen freien Völkern daneben. Nach ihnen gibt es nur eine Verfassung des Menschen würdig, die Republik. Den Beweis dafür führen sie durch das einzige Zauberwort: Volkssouveränetät. Der Abg. Zitz habe ihm selbst als einen leidenschaftlichen Verehrer dieser Volkssouveränetät schildern wollen. Er verlange von Niemand, daß er seine Bücher lese, das wäre sehr unbescheiden, aber den beschränken Mundt hege er, daß hierunter, welche ihn citiren wollen, ihn doch zuvor lesen möchten. In der angezogenen Stelle komme seine Ansicht über der Volkssouveränetät vor. Er rede da von der politischen Freiheit der Menschen. Wenn er nicht die höchste Glaubwürdigkeit der Mainzer Nachrichten des Hrn. Abg. Zitz kennte, so würde

*) Schluß des in der vorigen Nummer abgebrochenen Berichts.

Digitized by Google

er von dieser Citation eine entgegengesetzte Ansicht fassen müssen. Er erkenne den Grundgedanken in dem Worte Volkssouverainetät, der sei: salus populi suprema lex, und damit man dies nicht dahin deute: Alles für das Volk aber nichts durch das Volk, so finde er weiter die Bedeutung darin, es solle die Kraft der Gesinnungsbestimmung des Volkes aufs Kräftigste befördert werden. Uebrigens seien ihm solche allgemeine, nichtssagende Schlagwörter, wie Volkssouverainetät, Gleichheit vor dem Gesetze u. a. in hohem Grade verhaßt, weil keine Wahrheit darin sei, und man Alles aus ihnen machen könne. Die Anstände der Linken gegen den Ausschußantrag findet er ganz natürlich; drum diese Herren, meint er, wollen überhaupt gar keine Regierung; ihnen sei jede Regierung über den Menschen, der souverain geboren sei, ein Unrecht. Sie fänden auch eine starke Dosis Hochverrath in dem Ausschußantrag. Er aber, der Redner, fürchte zu Zeiten, die Lehre vom Hochverrath sei noch zu wenig Entwickelung gediehen, denn es scheine ihm, daß es auch einen Hochverrath gegen den gesunden Menschenverstand gebe. Um eine Verständigung unter den verschiedenen Ansichten herbeizuführen, habe übrigens der Ausschuß einige Aenderungen in seinen Anträgen vorgenommen, die er der Versammlung zur Annahme empfehle. Diese Aenderungen gehen dahin, daß nur Ein Reichsoberster ernannt, dieser von den Regierungen in der kürzesten Frist bezeichnet und von der Versammlung genehmigt werde, daß er die Oberleitung über die gesammte bewaffnete Macht und die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen, und die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben habe, und endlich, daß der Reichsoberverweser unverantwortlich sei. Er fordert auf, schnell und einig, eine kräftige Centralgewalt herzustellen. Im Auslande habe man bereits die Frist gestellt, da Deutschland gänzlich eine Beute der Parteien werde geworden sein; in Rußland habe man drei Wochen anberaumt, nach welchen es durch innere Zwietracht werde zu Grunde gerichtet sein, in England stye man dasselbe Ziel auf 6 Monate hinaus. Gründen Sie die Centralgewalt, und treten Sie dann ruhig den Drohungen des Auslandes entgegen. Ueberzeugen Sie dasselbe, daß Deutschland aufgehört hat, der Despotie zu dienen, möge sie von oben oder von unten kommen.

Der Vicepräsident v. Soiron macht nunmehr nach geschlossener Diskussion den Vorschlag, daß ein Programm gefertigt werde über die Reihenfolge der Anträge, welche zur Abstimmung kommen sollen. Jede Kategorie solle dazu einen Vertreter schicken, damit diese zusammen sich mit ihm sowohl über die Reihenfolge der Anträge, als auch über die Abänderung ihrer Amendements, die sie etwa noch vornehmen wollen, verständigen. Das getruckte Programm solle morgen ausgetheilt werden, die Endabstimmung aber am Montag Morgens 9 Uhr beginnen.

Eine Entgegnung und Rechtfertigung des Abg. Zitz gegen Dahlmann wird vor Lärm trotz der bedeutenden Stimme des Sprechers nicht gehört; nur soviel wird vernommen, er habe auf dem Gedächtniß citirt und in der Mainzer Geschichte die Wahrheit gesagt.

**Vom Rhein, 21. Juni. Allmählig beginnt die Zeitungspresse der Rheinprovinz, nachdem sie in der ersten Zeit der freien Presse vielfach unsichtlässig hin und hergetastet, bestimmtere Farben und Tendenzen anzunehmen, und zur Orientirung in unsern Zuständen möchte es unerläßlich sein, sich, soweit das in kurzen Zügen geschehen kann, damit bekannt zu machen. Wenn der Styl das Individuum charakterisirt, so läßt sich über ein Land nicht besser urtheilen, als aus der Presse, welche es produzirt, und ich glaube, unsere Zeitungspresse wird den schlagendsten Beweis liefern, daß sonst einheitlichen politischen Ansicht und Stimmung in der Rheinprovinz im Grunde gar nicht gesprochen werden kann. Ich beginne mit der größten und bedeutendsten unserer Zeitungen, mit der Kölnischen Zeitung. Schon vor einiger Zeit nahm ich Anlaß, darauf hinzuweisen, daß diese Zeitung gegenwärtig eine bestimmte, scharf ausgeprägte Tendenz vermissen lasse, oder vielmehr nur von kaufmännischen und Gewerbsrücksichten geleitet scheine, welche ihr vorschreiben, sich, gut oder schlecht, durch die verschiedenen Ansichten und Parteien hindurchzuwinden. Das hat sich seitdem, seit wenigen Tagen, in sehr erkenntlicher Weise geändert, und es ist beschlossen worden, hinfort mit aller Strenge, auf den verheißenen Grundlagen der konstitutionellen Monarchie auf breitester Basis, das konservative Element der Zeitung zu bringen, wie es der Hauptredakteur, Herr Brüggemann, schon seit der neuen Ordnung der Dinge konsequent vertreten und neuerdings in zwei größeren Artikeln: „Was wir nicht wollen", und „Was wir wollen" nach allen Seiten hin präcisirt und entwickelt hat; die widerstrebenden Theile der Redaktion haben sich dem fügen müssen, und das mächtigste und einflußreichste Organ der Provinz ist somit für längere Zeit der Sache der besonnenen und gesetzlichen Konsolidirung der neuen Errungenschaften gewonnen. Im Uebrigen ist, während die Redaktion sonst durchgängig mit großer Sorgfalt verfährt, und ein in hohem Grade intelligenter und thätiger Arbeiter ihr reiche Quellen und Kräfte von Außen her zu bieten bedacht ist, nur zu bedauern, daß sie zu häufig das eigene Urtheil des Publikums gefangen nimmt und sich, statt ausführlicher und authentischer Berichte, mit einem Resume vom Standpunkte der Redaktion aus begnügt: eine größere Leitung muß dem Leser die Möglichkeit bieten, sich ein selbstständiges Urtheil zu bilden. Das thut namentlich die Augsb. Allg. Zeitung, und das wird ihr, bei allen begründeten Ausstellungen, welche man sonst gegen sie erheben kann, immer ein großes Publikum und bleibenden Werth erhalten. Etwas näher der Linken als die Kölnische Zeitung, aber noch immer in würdiger und besonnener Haltung, steht die Aachener Zeitung, unterstützt von einigen ausgezeichneten Specialitäten, welche von jeher treffliche, wenn auch vielfach einseitige, Arbeiten namentlich aus dem Gebiete der Handelspolitik, des Finanzwesens sich und der Juristenwelt geliefert haben. Gilt die Kölnische Zeitung mit einigem Grunde für den Ausdruck der Ansichten und Politik Camphausens, so kann man mit noch größerem Grunde in der Aachener Zeitung ein specielles Organ Hansemanns erkennen, von welchem man bekanntlich ziemlich allgemein annimmt, daß er die weisest vorgeschrittene Nüance des gegenwärtigen Ministeriums vertritt. Sie ist übrigens bei Weitem weniger verbreitet und eben deßhalb weit weniger einflußreich als die erstere, welche neben ihrer sonstigen Bedeutung für jede einzelne Stadt der Rheinprovinz zugleich ein unentbehrliches Lokalblatt ist. Die Düsseldorfer Zeitung gehört schon mehr der äußersten Linken an, aber die Politik ist nicht ihr Hauptfeld; vor allen Dingen hat sie sich die doppelte Aufgabe gestellt, mit sehr untergeordneten Apostein die Lehren des Socialismus zu predigen und zugleich außerordentlich katholisch zu sein. Es steht deßhalb begreiflich sehr bunt und seltsam aus in ihren Spalten, aber das Bündniß zwischen Socialisten und Katholiken ist schon ziemlich alt, und es scheint also, daß beide Theile ihre Rechnung dabei finden. Die Zeitung ist übrigens reich an Thatsachen und Nachrichten, und namentlich die vollständigste Sammlung, die man nur wünschen kann, von Mordthaten, Brandunglück, Mißgeburten und ähnlichen Begebenheiten. Der Socialismus und Katholicismus, in dessen glücklicher Verbindung die Düsseldorfer Zeitung ihr Heil versucht, wird einzeln, aber potenzirt, der erste in der Trierer, der zweite in der Rhein- und Moselzeitung vertreten. Die Trierer Zeitung ist nicht mehr das, was sie war. Ob die neueren Ereignisse dir die besten Kräfte und Mitarbeiter entzogen haben, oder ob sie nicht zu irgend einer Anziehungskraft ihrer Darstellungen vorzugsweise in dem eigenthümlichen Gewande lag, welches die Censurgesetze namentlich den socialistischen Theorien zur Rothwendigkeit machten, ich weiß es nicht, aber die Zeitung ist matt und schal geworden und mag in dieser Weise bald zu einem Lokalblatt ohne alle Bedeutung werden. Dasselbe Prognostikon läßt sich der Rhein- und Moselzeitung stellen. Einen unglücklicheren und ungeschickteren Vertheidiger konnten die katholischen Interessen schwerlich finden; die Partei steht es endlich ein, und das in Aussicht genommene Aktienunternehmen der „Rheinischen Volkshalle" wird dem bissig-bornirten Koblenzer Blatte die letzten Hilfsquellen und alle Mitarbeiter von einiger Bedeutung entziehen; es ist schon jetzt als todt zu betrachten, requiescat in pace. Endlich die Elberfelder Zeitung. Das ist ein merkwürdiges Blatt. Nachdem es lange Zeit vom Deutschkatholicismus und Lichthaud von der Religion gelebt hat, ist es jetzt plötzlich zur Politik übergegangen und so wüthend preußisch geworden, daß es den eifrigsten Preußen in Angst setzt. Der Elberfelder Zeitung finden Sie eine Sammlung aller jener Kraftausdrücke, welche die beiden Kammern von Berg und Mark in ungeschwächter Uebung erhalten, Kraftausdrücke, welche die Schriftsprache sonst nicht kennt, und welche mit dem Gewicht eines Knotenstocks auf den Unvorsichtigen niederhageln, der sich an die Umzäunung wagt, in welche die Elberfelder Zeitung, grollend mit der ganzen Welt, sich eingeschlossen. Anfangs ganz einsam, seit vorgestern mit dem Adler, der früher der Kölnischen Zeitung angehörte, und den sie jetzt eingefangen und in einem eigenen Dokument an der Spitze ihres Blattes adoptirt hat, als ein sichtbares Zeichen eines Preußenthums, preußischer und königlicher als der König selbst. „Der Adler — sagt sie mit eben so viel Geschmack als Bathos — wird fort und fort horsten im Lande der Berge, in der Grafschaft Mark und in der Elberfelder Zeitung." Gott bewahre Preußen und den König vor ihren Freunden, mit ihren Farben werden sie schon fertig werden! — Das ist, abgesehen von einer Anzahl kleiner Zeitungen, Wochenblätter, Kreisblätter ꝛc., die namentlich jetzt wie Pilze aus der Erde schießen, aber größtentheils verschwinden werden,

Digitized by Google

wie sie entstanden sind, das ist die ältere politische Presse in unserer Provinz. Neu hinzugekommen, von größeren Unternehmungen, ist bis jetzt nur die Neue Rheinische Zeitung, jetzt bereits das pronunciirte Organ der Republik; mit dem 1. Juli treten die Rheinische Volkshalle, das Organ der katholischen Partei, und die Niederrheinische Zeitung, mit konservativ-liberaler Tendenz, ins Leben. Eine neue Koblenzer, wie dito Trierer, eine Krefelder, Bonner u. s. w. Zeitung schienen nicht über das Weichbild ihrer Stadt hinauszureichen. Die neue Preßfreiheit hat bis jetzt nur Berge von Schmutz und Koth in den kleinen Blättern aufgehäuft, die unter der Censur im Stande der Unschuld und der Klatscherei vegetirten.

† **Altenburg**, 21. Juni, früh 8 Uhr. Seit ich Ihnen das letzte Mal schrieb, hat zwar unsere Stadt äußerlich ein etwas friedlicheres Ansehen bekommen, aber der Zustand ist für jeden Wohlgesinnten ein furchtbar drückender. Das sächsische Militär, welches auf dem Bahnhof lag, entfernte sich zum Theil Montag Abend, das übrige den andern Morgen, zu gleicher Zeit wurden die Barrikaden größtentheils weggeräumt; es blieben aber die verschiedenen Gassen immer noch mit Bewaffneten besetzt. Den den bewaffneten Schaaren aus den übrigen Landestheilen sind immer noch viele hier; erst gestern kam noch ein neuer Zug aus Eisenberg hier an. Wir haben während dieser Tage Anarchie und Terrorismus gehabt und leben auch jetzt noch zum Theil in diesem Zustand. Es war eigentlich das Gesindel aus dem Altenburger Lande, mit Mistgabeln, Spießen, Sensen, Flinten bewaffnet, hier zusammelt; auf alle Gegner der Republik, auf die Konstitutionellen wurde furchtbar geschimpft; that man Aeußerungen gegen die Republik oder ihre Vertreter, so war man des Lebens nicht sicher. Der konstitutionelle Verein wird wahrscheinlich, da die meisten Mitglieder zu ängstlich sind, eingehen; dasselbe wird auch stattfinden mit seinem Organ, den deutschen Blättern; es scheint Aufrechterhalten zu werden, als wenn alle ruhig wären, weil Niemand von der Gegenpartei sich den Aeußerungen der Republikaner zu widersetzen wagt. Von politischer Einsicht, von gesetzlichem Sinne, Liebe zur Ordnung im Staate kann hier nicht die Rede sein; ich könnte mehrere Beispiele anführen, die einen schrecklichen Blick in die gesetzlose Stimmung unserer Bevölkerung thun lassen. Sogenannte Republikaner aus verschiedenen Gegenden Deutschlands sind eilig hier angekommen, die auf alle mögliche Weise das Feuer schüren. Gestern Abend wurden auf dem Markte von solchen Leuten Reden gehalten über Republik, allgemeine Wohlthabenheit u. dgl. Dinge. Unsere Parteiführer scheinen aber mit Republik noch etwas warten zu wollen, bis es vielleicht zugleich an andern Orten losbricht; sie herrschen obendrein jetzt faktisch in der Stadt und wollen, wie man erzählt, fest daran halten, daß wir uns im Zustande der Revolution befinden. Heute um 10 Uhr soll der Landtag eröffnet werden; wie Viele unter den Abgeordneten Republikaner sind, weiß man noch nicht genau; ihre Anzahl mag aber nicht gering sein. Diesen Morgen war Vorversammlung der Deputirten, wo sie beschlossen haben, den Eid, den sie bisher auf Fürst und Gesetz leisteten, nicht zu leisten, sondern bloß zu schwören, daß sie als Volk'svertreter nach ihrer Ueberzeugung ihre Pflichten ausüben werden. Es ist ein deßfallsiges Schreiben, von allen Abgeordneten mit der Ausnahme Eines unterschrieben, an's Ministerium gesandt worden und dies hat auch nachgegeben. So scheint man vielleicht zu hoffen, auf gesetzlichem Wege Republik einführen zu können.

## Schweiz.

* **Zürich**, 20. Juni. Ich kann nicht umhin, wieder einmal eine kleine Parallele zu ziehen, um die Billigkeit eines Theils unserer Presse an's gehörige Licht zu stellen: mit welcher Wuth fiel man über den Prof. Bodelt her, weil derselbe sich über wahre oder vermeintliche Unbilden zu beschweren wagte, mit welcher Wuth über Jakoby, über den Fünfzigerausschuß, weil sie es wagten, der Bundesversammlung die Sache zur Untersuchung zu übermitteln. Die aargauische Regierung erlaubte auch Kunde von Unbilden, die angeblich aargauische Staatsangehörige in Baiern betroffen hätten, „massenweise, hieß es, würden dort die schweizerischen Arbeiter aus keinem andern Grunde fortgewiesen, als weil sie Schweizer seien." Auch bei der zürcherischen Regierung langten ähnliche Klagen und Beschwerden ein; dieselbe war jedoch human und umsichtig genug, vorher eine Prüfung anzustellen, die sicherm Vernehmen nach kein beschwerendes Resultat gegen Deutschland ergeben hat. Die Regierung von Aargau dagegen trat mit Energie auf, sie trug beim Vorort auf Untersuchung des Thatbestandes (die sie recht gut selbst hätte vornehmen können) an, sowie auf Ergreifung von Repressalien, falls sich die Beschwerden erwarten. Wer ging hier weiter: Jakoby und der „Michelausschuß", oder die hohe Regierung des Staates Aargau? Genug der Vorort erkundigte sich, und mußte sich nun von dem bairischen Minister belehren lassen, eine Vorstellung habe nicht stattgefunden, wohl aber sei, bei dem schlechten Gange der Geschäfte, in vielen Fabriken die Zahl der Arbeiter reduzirt; bei dieser Reduktion seien natürlich, wie das auch in der Schweiz geschehen, die Ausländer zuerst abgeschiedet. Sie hätten sofern sollen, weich' ein Geschrei diese aargauische Beschwerde in der Presse hervorrief; „eine Regierung wird doch nicht, sagte man, auf bloße Gerüchte ihn Klage erheben und Repressalien verlangen." Nun, sie hat das Ihrige redlich dazu beigetragen, die zwischen Schweizern und Deutschen herrschende Erbitterung zu nähren und zu fördern, eine Erbitterung, die gewiß dem wahren Interesse beider Länder schnurstracks zuwiderläuft. — Wie ganz anders benahm sich in derselben Angelegenheit die Regierung von Genf! Ein paar hundert genferische Arbeiter waren vom französischen Volke aus Paris und Lyon vertrieben, ohne daß die französische Regierung sie geschützt hätte; der Staatsrath von Genf beschwerte sich darüber in einem Schreiben an den Transit. Gesandten, fügte aber zugleich mit sehr höflich noble Weise hinzu, er werde dieses ungastliche Verfahren nicht erwidern, und nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Das französische Ministerium bedauert nun in seinem Antwortschreiben das Geschehene, und verspricht, für die Zukunft Sorge tragen zu wollen, daß sich dergleichen Dinge nicht wiederholen. — So verhielt sich von selbst, daß dieselben Blätter, welche Bobrik, Jakoby und den Fünfzigerausschuß auf's Größte tadelten, kein Wort des Vorwurfes gegen die aargauische Regierung haben. Unsere Presse wird nächstens für Baschkiren und Kalmücken schwärmen. Die Niederlage der czechischen Partei in Prag wird auch schon als ein Sieg der Reaktion über den Liberalismus hie und da dargestellt. — Die Freiburger Amnestie kennen Sie; nicht ganz so schlimm, aber immer noch eigenthümlich genug für eine Amnestie, ist der Entwurf zu einer solchen, welche der Rath von St. Gallen, rücksichtlich der im vorigen Herbst vorgefallenen Meuterein, in der nächsten Großrathssitzung vorlegen wird. Die aufgestellten Ausnahmen sind folgende: allen Beamten, gegen welche die Spezialuntersuchung eingeleitet war, ist das Aktivbürgerrecht auf drei Jahre entzogen; — alle in Untersuchung sich Befindenden haben die Kosten zu tragen, innerhalb vier Wochen können sie sich erklären, ob sie den gerichtlichen Weg einschlagen wollen, die Amnestie findet dann keine Anwendung auf sie, lassen sie diesen Termin verstreichen, so steht ihnen nur der Rekurs an den Kl. Rath offen; — der Kl. Rath ist ermächtigt, alle in der Untersuchung kompromittirten Geistlichen, Offiziere und Unteroffiziere, nach Maßgabe ihrer Geschäftlichkeit für die Zukunft, von ihrem Amte zu suspendiren. Das nennt man hier Amnestie; ein liberaler Korresp. von St. Gallen bestürzt in der „N. Z. Z.", der Entwurf möchte den liberalen Großrathen zu gelind erscheinen und deßhalb verworfen werden. — Die Schweizer Kantone waren von jeher musterhaft in Beziehung auf ihren Staatshaushalt zu nennen; deßhalb sucht auch Neuenburg seine 780,000 Fr. betragende Staatsschuld abzuzahlen, und das zu einer Zeit, wo andere Staaten froh wären, wenn sie nur Schulden machen könnten; der Staatsrath schlägt zu diesem Ende eine Progressivsteuer vor, welche bei einem Vermögen über 100,000 Fr. bis auf 7½ % ansteigt. Letzte allein mag eine höchst unerhebliche Ausnahme von dieser sonst ziemlich allgemeinen Regel bei uns; sein Defizit vermehrt sich von Jahr zu Jahr, und es weiß keinen andern Ausweg als — Aufhebung der Klöster, womit freilich nur eine palliative Hilfe gegeben ist.

## Großbritannien.

London, 22. Juni. Das Morning Chronicle bringt seit einiger Zeit aus Berlin — wohin die englischen Journale mehr noch als selbst nach Frankfurt den Schwerpunkt der deutschen Bewegung zu verlegen scheinen — fortlaufende und erschöpfende Berichte, in denen namentlich die Volksversammlungen, die Volksredner, die Emeuten, die wilden Thaten des Pöbels aufs Drastische geschildert werden, „jene Horden, die ähnlicher irrsinnigen als menschlichen Geschöpfen, durch die Straßen toben mit dem Ruf: „Barrikaden! Man werdet unsere Brüder! Die Reaktion hat begonnen! Blut ist geflossen! Rache! Rache!" oder an Stöcken und Knütteln befestigte, in Blut getauchte Schmutzfitzen und Lappen emporhalten mit dem Geschrei: „das ist Schmutzfitzer und Lappen emporhalten mit dem Geschrei: „das ist Märtyrerblut! das ist Bruderblut! zu den Waffen! Rache!" oder wie jener Volksredner Held „mit seinem gebrothen langen Haar, seinem langen Barte, seinem finstern Auge, unruhigen Auge, seinem kurzen, Kainuckengesicht, seinem grauen, unruhigen Auge, seinem kurzen, verreckig gebauten Körper" mitten in einem tollen Volkshaufen erscheint u. s. w. Der Korrespondent meint: eine Handvoll Londoner Polizeimänner würde zweimal so zahlreiche Volkshaufen, die in die Flucht schlagen; denn Sturm auf das Zeughaus aufführen, in die Flucht schlagen; denn

Digitized by Google

wohl kämpfte solches Volk hinter Barrikaden oder von den Dächern herab, aber nicht Aug' in Auge, diese „Mobe" seien in aller Herren Ländern eben so brutal als feig. (Feig ohne Zweifel bei so pöbelhaft gemeinen, leider durch ausländisches Geld und zu ausländischen Zwecken künstlich angestifteten und abscheulichen Emeuten, wie die am 14. Juni in Berlin, die in eine bloße ekelhafte Plünderungsscene ausliefe, und bei der, außer vielleicht einigen Aufstiftern, nur das unterste Eingewende des hauptstädtischen Pöbels sich herauskehrte. Eine dumme Emeute kann zu jeder Zeit versucht werden — und mißglücken, sie kann täglich und stündlich versucht werden von thatsüchtigen Pöbel zu London, vom polnisch-berlinisch-rheinischen in der Hauptstadt Preußens, vom czechischen in der Metropole Oesterreichs, von fonst gemüthlichen Zechbrüdern, die gerade mit ihren Bierwirthen zerfallen sind, in München; anders eine Revolution, jener [wenn er sich nicht auf bloß geistigem Wege entladet] furchtbare und zum Glück der Menschheit nur selten wiederkehrende Zusammenstoß auf Tod und Leben zwischen zwei entgegengesetzten Kräften oder Systemen, die seit Langem feindlich einander gegenüber gelagert waren. Bei einer Emeute ist der Feige im Gefühle seiner Feigheit und seines sittlichen Unrechts doppelt feig, bei einer Revolution wird zuletzt selbst der Feige in die allgemeine Bewegung hineingerissen und zeigt sich als Held. Es ist wohl nicht zu läugnen, daß die Kämpfer in Berliner Barrikaden, obschon zum größten Theil Schneider-, Weber- und Tischlergesellen und den Provinzen, doch wacker gestritten haben, wie schon die Zahl ihrer Verwundeten und Gefallenen beweist; es ist bekannt, daß sie ihre Wagenburgen mit ihren Leibern schützten, daß sie nicht wie die Aufständischen in Mailand und Neapel bloß aus den Kellerlöchern herauf und von den Dachfenstern herabschossen; aber eben so wenig läßt sich läugnen, daß man in ihrer Bergötterung und Heiligsprechung doch wohl zu weit ging, und zwar auf Kosten der ihrer Pflicht und Fahne treu anhängenden Soldaten, die doch auch Landeskinder sind. Dies und so manches andere Fremdartige läßt sich nur aus dem ungewöhnten Revolutionsschwindel erklären, an dessen Nachwehen selbst jetzt noch die Bevölkerung der preußischen Hauptstadt leidet. Darin liegt eben der Unterschied zwischen einer Revolution und Emeute, daß jene am 18. und 19. März bei allen noch so furchtbaren Anstalten dagegen und bei der größten vom Militär und den militärischen Behörden bewiesenen Energie nicht unterdrückt, diese am 14. Juni bei aller Gebrechenheit und Saumseligkeit der Behörden, bei der Indifferenz eines großen Theils der Bürgerwehr, bei der Kopflosigkeit des Kommandirenden im Zeughause nicht zu einer Revolution gesteigert werden konnte. Es fehlten zu einem solchen Produkt eben die dazu erforderlichen geschichtlichen Faktoren. Die Verwerfung des bekannten Ehrendolchen Antrags wird übrigens vom M. Chr. keineswegs gebilligt. Noch vor dem Rücktritt Camphausens erklärte das M. Chr. in einem leitenden Artikel, daß es für ihn keinen ehrenvollern Ausweg gebe, als sein Institution als Ministerpräsident niederzulegen). Wie die Zustände Berlins, sind aber dem Korrespondenten des M. Chr. die deutschen Zustände unbegreiflich, unbegreiflich das „Studentenparlament", unbegreiflich die Eingaben einzelner Truppentheile um Verleihung gewisser Rechte, unbegreiflich die republikanischen Putsche. Das M. Chronicle vergißt, daß zu England selbst schon einmal vorübergehend eine sog. Republik unter Cromwell gewesen, der freilich ein ganz anderer Mann war, als die Führer unserer „Mobe"! Oder wie, wenn man den Zustand Englands nur nach den wüsten republikanischen Reden und den Emeuten der Chartisten beurtheilen wollte?

### Frankreich.

* Straßburg, 24. Juni. Sichern Nachrichten zufolge scheint der Tag der Entscheidung schnell herangebrochen zu sein. Donnerstag Abends begann der Kampf in der Antenine-Vorstadt in Paris; er dehnte sich dann an dem folgenden Morgen über mehrere andere Quartiere aus, und Freitags Abends unterbrach die Nationalversammlung die Sitzung, weil die Regierung selbst sich an die Spitze der Nationalgarde und Truppen stelle, um die Arbeiter zu bekämpfen. Seit dem Rapporte über die Nothwendigkeit der schleunigen, unmittelbaren Auflösung der Nationalwerkstätten wurde die Regierung von dieser und andern Seiten her gedrängt, endlich einmal sich zu entscheiden zwischen Anarchie und gesetzlicher Ordnung. Für letztere war sie zwar schon im Allgemeinen gewonnen, selbst Leden Rollin schien mit Lamartine und den übrigen Kollegen hierüber einig: die Lage der Finanzen, hin und wieder ausgebrochene Unruhen in dem Innern, die Erhebung der Napoleoniden, die Verstärkung einer gewissen Partei in der Nationalversammlung durch die Wahlen Thiers und Anderer, endlich noch die Lage des Auslandes, alles drängte zur Vereinbarung. Nur die Bezeichnung in der Ergreifung der Mittel wurde noch aufgeschoben. Treiat versprach, sich vielleicht auf seine Energie und Umsicht verlassend, aber nur unter der Bedingung, daß Klugheit und Menschlichkeit zu Rathe gezogen würden. Indessen auch dieses genügte der Versammlung nicht. Zwei Gründe bewogen sie wohl zu dieser festen Haltung. Den ersten hätte man sich auszusprechen, aber er steht hinter jedem Worte, das gesprochen worden. Man weiß es, daß eine Partei, welche zum Theil in der Regierung repräsentirt ist, sich auf die Ouvriers stützen will, daß sie auf dieselben zählt, wie auf ihre Vetorianer, daß zwar nicht alle diese Häupter die Proletarier zur Unterhaltung der Anarchie zu gebrauchen gedenken, sondern die Gemäßigten mit ihnen nur die Reaktion niederhalten wollen. Aber der doppelte Zweck vereinigte auch die beiden Parteien in der Versammlung, und gab diesem Grunde eine so große Majorität. Oeffentlich wurde nur der andere Beweggrund vorgeschoben, daß so lange diese Elemente der Anarchie und diese Verschwendung des Erwerbes der fleißigen Bürger bestänben, kein Zutrauen sich bilden könne, daß folglich so schnell als möglich, und ohne alles Zaudern, hier eingeschritten werden müsse. Darauf dringt nicht bloß die Berücksichtigung der Finanzen, sondern mehr noch die Nothwendigkeit, einmal in Paris Energie zu zeigen, weil bloß Zaudern die Widerstandsgelüste in den Departements nähre, und zwar hier aus politischen Sympathien, dort wegen Verweigerung der Abgaben, und am Ende eine in ihrem Sitze so kraftlose Regierung weder die Ruhe in dem Innern, noch die Stellung des Landes den übrigen Staaten gegenüber, wahren könne. Diese harte Worte sind gegen die Regierung gesprochen worden, und nicht allein in der Berhandlung über diese Frage, sondern in einer Reihe von anderen, die gleichsam nur vorgelegt schienen, um bittere Wahrheiten an dieselben knüpfen zu können. Der Konflikt ist so weit gekommen, daß man an der Möglichkeit zweifelte, die Regierung werde sich halten können, und unter diesen Bedingungen sich würde halten wollen, und schon der Beschluß reifte in diesem Falle eine andere an ihre Stelle zu setzen. Man nannte auch die Mitglieder derselben, an ihrer Spitze, der nächsten Nothwendigkeit wegen, dem geschätzten Redner Cavaignac. Wohl setzen Seite sich dann das Bedenken gestellt, das überhaupt in Frankreich mehr als je der „Redekatenregierung" entfremdet ist. Sie setzen wie weit schon die Furcht vor der beständigen Anarchie die Geister treibt, die sich nicht scheuen so gefährliche Elemente mit in die Berechnung zu ziehen. Der Entschluß Lamartine's und einiger seiner Kollegen, sich nun mit Ernst dem Kampf entgegen zu stellen, hat, denke ich, die Bildung einer neuen Regierung verschoben.

☞ Die neueste französische Post, die uns die Pariser Nachrichten von vorgestern bringen sollte, ist heute zur gewöhnlichen Stunde ausgeblieben und bis jetzt noch nicht angelangt.

### Italien.

* Rom, 10. Juni. Auf das Eigenthum der Jesuiten steht ein heftiger Sturm bevor. Auf der langen Liste von Kirchengütern, die gegen Ersatzbons verpfändet worden sind, hat man nämlich alle und jede Besitzung der Gesellschaft Jesu vermißt. Sie können sich denken, welchen Eindruck dies auf unsre Liberalen hervorgebracht hat. Eine größere Ungeschicklichkeit läßt sich auch kaum denken, denn nun stehen der Reaktion Thüren und Thore offen. Man schreitet zur Revision aller von den Jesuiten seit Jahr und Tag vorgenommenen Scheinverkäufe, setzt so manches aufs Keen, welches man sonst leicht vergessen haben würde, und wird nicht ermangeln, die Parteilichkeit des Gouvernements daran zu argumentiren, sowie man andererseits an die Maßregeln der Schweiz erinnert hat. — Die neapolitanischen Truppen haben den Rückmarsch angetreten, Ancona aber und Bologna wohlweislich umgangen. Dort wüthe es ihnen schrecht gegangen sein. Auch scheinen sie sich über die Aufnahme, welche ihnen anderwärts bevorsteht, nicht zu täuschen, da die Kanonliere mit brennenden Lunten aufmarschirten. — Aus dem Venetianischen sind mehrere Offiziere aus dem Stab des Generals Lante hier eingetroffen, wo sie eine ihnen gewordene Mission mit großem Eifer betreiben. Das gleichzeitige Angelangtsein des Generals Ferrari läßt auf die Fortsetzung der Zwistigkeiten schließen, die seit einiger Zeit in den päpstlichen Truppen verheerend wirken. — Die Opposition hat Gewaltiges im Sinn. Ist doch sogar von einer Freiheit aller Kulte die Rede, was als Beispiel allein hinreichen kann, die Unmöglichkeit des Vorhabens anzudeuten. Bei solchen Stichwörtern da kann von einem Biegen nicht mehr die Rede sein, da muß es nothwendig zum Bruch kommen, und darauf scheint es diese Partei abgesehen zu haben.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Herr. Elmer & Kamp., 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika Länder werden man sich an H. A. Ackermann in Straßburg Nr. 30 Brandgasse, Paris Nr. 20 Rue Jean de Beauvais.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Verlags-Bud. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 5. 24. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 36 kr. Für Anzeigen wird der Raum einer zweispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

**№ 139.** **Heidelberg,** Donnerstag 29. Juni. **1848.**

## Uebersicht.

**Die Verhandlungen** über die Centralgewalt. — **Wien** (Erzherzog Johann. Weltberg will zurücktreten). **Innsbruck** (die Ankunft des Erzherzogs Stephan. Das diplomatische Corps. Auswiegelungen unter den Truppen). **Berlin** (der konstitutionelle Klub. Untersuchungen und Verhaftungen. Ministerlombinationen; Tendenzgerüchte. Die Kriegsaussichten nach Osten und Westen. Der Stand der dänischen Frage. Präsident Milde. Die Deputirten des Frankfurter demokratischen Kongresses). Aus **Rheinpreußen** (die Excesse in Berlin; die geistige Originalität der Anarchisten). Vom **Rhein** (Symptome von Gährung; das wühlerische Treiben). **Leipzig** (die slavische Propaganda). **Hannover** (die neue Landesvertretung). Aus dem **Luxemburgischen** (Auflösung des Kontingents). **Braunschweig** (Gesetz über die Versammlungsfreiheit). **Frankfurt** (Reichstagsverhandlungen. Ueber 4 Anträge abgist mmt. Weiteres Mitwirken über die Stellung Englands zu deutschen Nationalversammlung. Unruhen in Leipzig). **Hamburg** (Konkurrenz für Offiziersstellen in der Marine).

**Schweden.** Die tyrannische Politik Schwedens.

**Großbritannien.** Die deutsche Einheit vom englischen Gesichtspunkte.

**Frankreich. Paris.** Der Kampf dauert auch am 24. und 25. noch fort. Die Telegraphenlinie unterbrochen. Erst vom 26. bezügliche Nachrichten. Die Insurrektion überwunden und die Ruhe hergestellt.

**Oesterreichische Monarchie.** Gährungen unter der slavischen Bevölkerung. **Hermannstadt.** Die Sachsen und die Union mit Ungarn.

---

**Heidelberg,** 28. Juni.

Auf der rechten Seite hat man während der Verhandlungen über die Centralgewalt einfach an den Grundsätzen des Konstitutionalismus festgehalten; die einzelnen Ausweichungen und Nüancirungen waren unbedeutend. Während die Linke, wenn man das linke Centrum zu ihr zählen will, sich in drei Fraktionen in dieser Frage gespalten hat, ist die Rechte kompakter und einiger geworden. Die **Binde, Radowitz** u. A., die bisher noch in abgesonderter Stellung standen und in den privaten Abendvereinen mitgesehen wurden, traten dies Mal zu und stimmen in Folge der gemachten Modifikationen und Verständigungen mit der Mehrheit.

Die beiden Fragen, worin sich das konstitutionelle Bekenntniß der Versammlung konzentrirte, sind die von der Unverantwortlichkeit des Reichsoberhauptes und von seiner Wahl nicht bloß durch die Versammlung, sondern unter Mitwirkung der Regierungen. Mit Recht erkannte man in den Gegenanträgen auf Verantwortlichkeit des Bundesdirektoriums und auf das ausschließliche Wahlrecht der Versammlung rein republikanische Tendenzen. Man widersetzte sich dem ersteren, weil man in diesen Zeiten äußerer und innerer Gefahr, in diesen Zeiten des herrschenden Mißtrauens gegen die Regierungen und des Mißtrauens der Regierungen gegen sich selbst eine Centralgewalt bedürfe, die den Sturm zu beschwören auch Macht und Kraft hätte; eine Regierung, die regieren könne, auch ohne zu fragen, die rasch und zugleich heilig handeln könne, ohne fürchten zu müssen, mit dem Fall eines Ministeriums immer mit zu wechseln und mit zu fallen, die nicht eine bloße Dienerin und blindes Werkzeug wäre, eine Regierung, der die Versammlung ihre eigenen Regierungssorgen, mit denen sie die Lage der Dinge beläßigt, ruhig überlassen könnte. Man widersetzte sich dem zweiten aus Gründen, die man aus den Augen verlor, als man die Dreiheit aufgab, für die sie ebenso zwingend und gebieterisch sprechen mußten: weil, wie die Einheit stark macht, so in unsern Verhältnissen Stärke nöthig ist, um die Einheit zu schaffen und zu erhalten; weil Stärke und Kraft nur in der Centralgewalt sein wird, wenn die Regierungen alle willig sind, ihren Willen zu vollziehen; weil diese Willigkeit in den Regierungen der einzelnen Staaten, und besonders der größeren, nur dann vorhanden sein wird, wenn man die Empfindlichkeit der Stämme und Völker geschont, jede Herabsetzung der Regierungsgewalten abgewiesen, jede Ehrenkränkung der Fürsten vermieden haben wird.

Schade, daß der Präsident diesen zweiten konstitutionellen Punkt verrückt hat, indem er in seiner Rede in fühnem Griffe den Vorschlag that, die Versammlung solle den Reichsverweser aus der Zahl der fürstlichen Glieder ernennen; die republikanische Grenzlinie war damit überschritten. Seinem Vorschlag lag übrigens ein sehr richtiges Gefühl zu Grunde, das indessen in anderer Weise und an anderem Orte seinen Ausdruck hätte finden sollen. War erst bestimmt, daß ein Einziger an die Spitze der provisorischen Gewalt treten sollte, so hätte der Präsident das Wort nehmen und auf die Lage der Sache hinweisen können: die Eine Seite wolle Wahl bloß durch die Versammlung, die andere bloß durch die Regierungen. In der Mitte stehe der Antrag des Ausschusses, Bezeichnung durch die Regierungen, Genehmigung durch die Versammlung. Faktisch liege nun die Sache so, daß der Eine zu Bezeichnende und Genehmigende bereits in Aller Munde sei. So wäre es wohl der Nation, der Versammlung und des großen Augenblickes würdiger, wenn man allen Schein und Komödie vermiede, wenn man sich erhebe, augenblicklich den Mann der Wahl von der Versammlung aus zu bezeichnen, den dann die Regierungen durch ihre Anerkennung sofort genehmigen würden. So wäre das Princip nicht verschoben und die Berathung mit dem würdigsten Akte beschlossen worden.

Der Präsident erklärte sich bei dieser Gelegenheit noch ein Mal, und er hat es mit diesem Vorschlag am schlagendsten, für die Nationalsouveränetät, ohne näher zu bezeichnen, wie er diesen vielbeutigen Begriff faßte, der im Munde der Republikaner und im Ohr der Gallerie wie Volksdespotie klingt, und den in diesen Tagen kein Redner, und der gewichtigste am wenigsten, ohne nähere Verständigung im Munde führen sollte. Wir haben es oft gesagt, in welchem Sinne auch wir uns zu diesem Grundsatze bekennen. Wir fürchten uns vor keinem der hierhin bezüglichen Sätze des linken Centrums, ja nicht der Linken, sobald der entsprechende Anlaß da ist. Wir erkennen die Allmacht der Nationalversammlung vollkommen an, wir wünschen nur, daß sie diese Allmacht nicht nutzlos da vergeude, wo gar kein Widerstand ist, daß sie sie ausspare für große Momente. Denn eine neue bewaffnete Anarchie hereinbricht, wenn eine erklärte Reaktion größerer deutscher Staaten sich bedroht, wenn ein furchtbarer Angriff, von Rußland oder Frankreich, auf uns geschieht, dann, und wenn dann die geordnete Macht des Regiments sich als unausdreichend erweist, dann wollen wir die ungebeurre Gewalt loslassen, die in dem moralischen und politischen Ansehen dieser Versammlung ruht; wir wollen uns aber hüten, die Waffen, die wir dann nöthig haben, im Voraus schartig zu machen mit jenen Hieben auf den Bundestag, der ja doch schon eine Leiche sein soll, mit jenen Streichen gegen die Reaktion, deren Feldzeichen nirgends gesehen wird. Wäre also, um auf unsere Frage zurückzukommen, irgend denkbar, daß die Regierungen jetzt einen unwolksthümlichen Regenten für Deutschland vorschlagen könnten, dann wäre es ja immer in die Hand der Versammlung gelegt gewesen, ihn nicht zu genehmigen; und wäre soviel reaktionärer Widerwille bei dieser Möglichkeit, daß man den Zweiten nicht vorschlagen würde, so wäre dann noch immer Zeit und dann erst der wahre Anlaß da, einen Akt der reinen Nationalsouveränetät zu vollziehen und zur Selbstwahl, unterthalb auch von Vollziehungsausschüssen, zu schreiten. So lange aber Willkür dort gemieden wird, wollen wir hier sie meiden und auf Vereinbarung das Werk der Verfassung desto fester gründen.

---

Der Präsident der Nationalversammlung hat durch seinen kühnen Griff, seinen Vorschlag, den Reichsverweser durch die Versammlung ohne Weiteres wählen zu lassen, die ganze Sache, die

Digitized by Google

so ruhig verhandelt worden war, vor dem Schlusse in die größte Verwirrung geworfen. Es war nach einer zwischenein und eingestandenen Niederlage der royalistischen Seite ein förmlicher Sieg in die Hand gegeben. Wie verschuldet man auch sein möge, wie ratsam es sein möge, in formellen und unwesentlichen Dingen sich in so wichtigen Fragen die möglichsten Konzessionen zu machen, um einträchtig zu erscheinen, so muß doch diese Nachgiebigkeit nothwendig da eine Grenze haben, wo die unzweifelhaften Grenzen der obersten Principien sind. Ausschließliches Wahlrecht des Regenten, vollends eines Bundeshauptes, auf Seite der Nationalversammlung ist aber ein rein republikanisches Princip. So ward es auch verstanden; aber wenn der Vorschlag des Präsidenten nicht sogleich überall so verstanden wurde, so machte er doch ganz die Wirkung, die in seiner Natur lag. Er sprengte mit Einem Schlage die ganze bisher so kompakte, in ihrer Haltung und Kriegführung so siegreiche Rechte auseinander, und wir fragen uns, ohne eine genügende Antwort zu finden, was das Motiv des einflußreichen Redners gewesen sein mag, bei dem vortrefflichen Stande der Sache, und nachdem die Führer der Linken selbst ohne Verbitterung sich in ihre Niederlage schon gefunden zu haben schienen, den guten Schluß, der bereits gesichert war, zu stören? Wir fragen uns ebenso erstaunt, was wohl die ganze vorhin so sehr Mehrheit bewegen konnte, auf den nicht einmal förmlich gestellten Antrag, auf eine bloße Rede Eines Mannes hin, ihren vorher so unerschütterten Vorsatz, für die Mitwirkung der Regierungen bei der Wahl des Reichsverwesers zu stimmen, ohne Sang und Klang, faß ohne Widerrede selbst in den Privatbesprechungen aufzugeben? Die schwächliche Hinneigung zu der Starkmannschaft und der Volksgunst der Linken, jene Bereitwilligkeit zu Zugeständnissen dem Terrorismus und der Tobsucht gegenüber, die wir immer zu beklagen hatten, sollten kaum hinreichende Gründe zu diesem merkwürdigen Abfall scheinen, da sie hier bei dem durchaus siegbaften Stand des Kampfes so ganz am unrechten Orte waren. Es scheint also, daß die Zersprengung der Rechten nur daher erklärt werden kann, daß die Partei durchaus ohne alle einflußreiche Führer, ohne alle Taktik, ohne alle Operationsplane, ohne allen festen Kern eines Grundsatzes ist, daß sie bisher stillschweigend verstanden als ihren gleichsam unsichtbaren Führer den Präsidenten ansah, und daß sie in dem Momente rathlos war, wo dieser, zum ersten Male auftretend, eine ganz andere Farbe zeigte, eine ganz andere Fahne aufsteckte, als man erwartet hatte. Hätte er, wie wir bereits andeuteten, wie man allgemein erwartete, an seine ausgesprochene Ansicht sogleich den Vorschlag des bestimmten Reichsverwesers geknüpft, so wäre in einem außerordentlichen Falle über das außerordentliche Verfahren hinweggesehen worden, im Hinblick auf den guten, raschen, erwünschten Erfolg. Die Sanktion der Regierungen war in der Rede des Präsidenten nicht abgelehnt; das vorgeschlagene Verfahren des Anschußanträges, Verzichtung durch die Regierungen, Genehmigung durch die Nationalversammlung, wurde nur umgekehrt, das Princip wurde gewahrt. Nun aber, da die Sache nicht faktisch sogleich erledigt wurde, trat das republikanische Princip: die Nationalversammlung wählt, in der Reihe der gestellten Fragen in den Vordergrund; der Anschußantrag: Bezeichnung und Genehmigung ward mehr und mehr verlassen. Man suchte ihn in den Abendreunionen auszuflicken durch einige Amendements, die dahin gingen, die Wahl im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen vorzunehmen, oder sie auf ein fürstliches Glied zu beschranken. Die Zulässigkeit dieser Amendements wurde von der Linken Namens der Geschäftsordnung bestritten, und darüber entspann sich in der Montagssitzung eine Reihe von Scenen, über die wir an diesem Orte gerne schweigend hinweggehen. Ein Eindruck von ganzem würdigen Verhandlung war verwischt; sogar in den Frankfurter Geschäftsleben folgte auf eine anrückende Flut eine plötzliche Ebbe. Die Linke gab zu verstehen, daß sie auf die Wahl eines Fürsten (des Erzh. Johann) eingehen würde, nachdem die Wahl durch die Nationalversammlung allgemein zugegeben schien, wenn diese fürstliche Wahl nicht ausdrücklich zur Bedingung gestellt würde. Die Linke handelte, wie eine geschickte Partei handeln muß: sie hält an ihrem Princip unerschütterlich fest und bietet dann die Hand zu Konzessionen, aber selbst diese hält sie zurück, soweit es immer möglich ist, und mit dieser Taktik zieht sie aus einer Niederlage einen Sieg. Die gebotene Hand schien Anfangs von der Rechten ausgeschlagen zu werden, als man auf den obenerwähnten Amendements bestand; die tumultuarischen Scenen am Abend der Montagssitzung führten dahin, daß die Sitzung des folgenden Tages mit einer Friedensvermittlung begann, in der die Amendements zurückgezogen, das Wahlrecht der Versammlung von dem Präsidenten mehrmals empfohlen und den Dissidenten eine Erklärung zu Protokoll vorgeschlagen wurde, in der sie ihr Vertrauen oder Voraussetzung der Zustimmung der Regierungen aussprechen. Auf diese Weise wird nun die Wohl vor sich gehen, und nur Wenige werden dem Grundsatze der Mitwirkung der Regierungen treu bleiben, ohne Rücksicht auf diese Hinterthüren. So wurde die Hand der Linken ergriffen, die nun, triumphirend über die Schwäche der Gegenseite, sich noch ihrer Versöhnlichkeit rühmen durfte. Es war ein beneidenswerther, glänzender Hohn der Sieger, die ihr Princip durchgefochten hatten gegen die, die es unverantwortlich aufgegeben hatten; sowie es ein trauriger Anblick war, Hrn. Blum wie einen Triumphator, den edlen Präsidenten wie einen Bittenden der Linken gegenüber auf der Tribüne zu sehen. Diese ungeheure Konzession zu erhalten, war der Zweck der gezeigten Versöhnlichkeit. Gleich darauf kam die Unversöhnlichkeit der Linken in den heftigsten Ausbrüchen wieder zu Tage, in formalen Streitigkeiten, die die parlamentarische Kunst auf der untersten Stufe zeigten.

**Oesterreich.** Wien, 23. Juni. Die Allg. Z. meldet von hier: Erzherzog Johann trifft morgen hier ein und wird die für ihn in Bereitschaft gesetzten Gemächer der Reichskanzlei in der kaiserlichen Hofburg beziehen. Graf Stadion und Minister Baron Doblhoff sind auch Innsbruck bereits zurückgekehrt, heute trifft auch der Frhr. v. Wessenberg hier ein. Zu unserem großen Bedauern vernehmen wir jedoch, daß dieser bewährte, freisinnige Diplomat aus dem Ministerium tritt und seine Stelle als Minister der auswärtigen Angelegenheiten bereits in die Hände des Kaisers zurückgelegt hat. Sicherem Vernehmen nach wird die Truppenzahl in der Umgegend von Wien bedeutend verstärkt.

Innsbruck, 24. Juni. Man schreibt der Allg. Z. von hier: Gestern ist unvermuthet der Erzherzog Stephan mit zwei ungarischen Ministern, Gr. Szechenyi und Esterhazy hier angekommen; zu welchem Ende, ob den Kaiser zur Eröffnung des ungarischen Landtags nach Pesth zu führen oder ihm schon hier wieder ein neues Defret gegen den Ban abzunöthigen, ist noch nicht bekannt. — Das diplomatische Korps ist schon faß ganz auseinandergegangen; nur Lord Ponsonby und Graf Medem bleiben hier. Von der Abreise des Hofes ist nicht die Rede. Man spricht viel von falschem Einfluß, den die fortgesetzten Aufwieglereien auf einige Truppentheilungen ausüben sollen, daß von Linz, daß von Wien sollen in diesem Sinne bestrickte Nachrichten einlaufen, aber die jetzt hat noch keine Thatsache diese Besorgnisse bestätigt; nur eine Schwadron von Wärtemberg Husaren ist aus ihrer Station in Galizien nach Ungarn aufgebrochen und hat heimlich das Regiment verlassen.

**Preußen.** Berlin, 24. Juni. Erst morgen soll, wie verlautet, die Zusammensetzung des neuen Kabinets officiell bekannt werden, inzwischen theilt ich Ihnen, ohne sie gerade verbürgen zu wollen, folgende Liste mit, die jedenfalls nicht bedeutend von der Wahrheit abweichen dürfte: Auerswald (von Königsberg) Präsident, Hansemann Finanzen, Kühlwetter Justiz, Schreckenstein Krieg, Milde Handel und Arbeit, Rodbertus Inneres, Schleinitz auswärtige Angelegenheiten. Das Kultusministerium soll aufgehoben werden. Camphausen geht nach dem Rhein, wird jedoch nach 14tägiger Erholung wieder in die Kammer treten und den Debatten über die zu entwerfende Verfassung beiwohnen. Ich kann auf das Bestimmteste dem Gerüchte widersprechen, als habe sein Rücktritt in Folge eines Konflikts mit dem Hofe stattgefunden; man stennt gefälschlich diese Nachrichten ins Publikum, um damit schon das noch nicht geborene neue Ministerium, besonders die aus der alten in die neue Verwaltung übertretenden Minister zu verdächtigen, als seien sie nachträglich gegen die Kamarilla, wie der abgetretene Ministerpräsident; man ist soweit gegangen von einem geheimen Kourierwechsel zwischen Sanssouci und Petersburg zu sprechen, ja von einer Verschwörung des Prinzen von Preußen mit Rußland gegen die deutsche Freiheit! Dies Alles gehört in dieselbe Kategorie mit der Behauptung, die preuß. Truppen würden sich gegen die Russen nicht schlagen; unsere Soldaten werden sich gegen Rußland nicht schlechter schlagen, als gegen Dänemark, auch jetzt wie schon so oft werden die preuß. Bajonette nicht auf sich warten lassen, wo es gilt, deutsches Gebiet zu vertheidigen, und es wäre nur zu wünschen, daß in dem (übrigens wie es scheint noch fernliegenden) Falle eines Krieges mit dem nordischen Koloß, die übrigen deutschen Staaten mit gleicher Bereitwilligkeit für das Gesammtwohl ihre Opfer bringen und daß es dazu nicht wieder so dringender Aufmahnungen bedürfen möge,

Digitized by Google

als in der schleswig-holsteinischen Verwickelung. Uebrigens sollte man über dem im Osten drohenden Ungewitter, Frankreich doch nicht zu sehr aus dem Auge verlieren, da dort eine einzige Straßenemeute oder auch nur ein Ministerwechsel einen europäischen Krieg entzünden kann, zu dem ein Thiers oder ein Napoleonide den Vorwand gar leicht vom Zaune brechen würde. Selbst die jetzt bestehende Regierung wird sich unter den obwaltenden Verhältnissen nicht mehr lange ohne Krieg halten können, es ist für sie kaum ein anderer Ausweg, und die Republik muß nothwendig innerhalb einer gegebenen Zeit, das tausendköpfige Straßenungeheuer, ihr souveränes „Volk", auf die Deutschen hetzen, will sie nicht selbst von ihm zerfleischt werden. Dies sehen unsere Republikaner auch sehr wohl ein; durch ihr unaufhörliches Geschrei gegen Rußland suchen sie das Land auf eine falsche Fährte zu bringen, damit es desto leichter der Fremdherrschaft anheimfalle, ohne welche, vor der Hand wenigstens, an republikanische Regierungsformen bei uns nicht zu denken ist.

**Berlin.** Der Präsident Mühler hat ausdrücklich erklärt, daß er jeder Ministerialkombination fremd geblieben sei und fremd bleiben wolle. Die Dinge müßten erst eine mehr entwickelte Gestalt angenommen und ein bestimmtes System preußischer und deutscher Politik Maroet gefaßt haben. — Nach einem Ministerbeschluß sollen diejenigen Deputirten des demokratischen Kongresses in Frankfurt, welche hier in Berlin ihr Geschäftsbüreau errichten wollten, sogleich nach ihrer Ankunft von hier ausgewiesen werden. (D. P. Z.)

**Berlin**, 24. Juni. Der konstitutionelle Klub berath am Donnerstag über einen Kongreß aller Konstitutionellen durch Abgeordnete der betreffenden Klubs, welche in der nächsten Zeit hier in Berlin zusammentreten sollten, um dem Treiben der Demokraten und Republikaner entgegen zu wirken, welche behaupteten, daß sie die Mehrheit des Volkes vertreten. Es wurde eine Kommission zur Begutachtung des Gegenstandes niedergesetzt. — Gegen Graf Reichenbach, Krug und Meyen soll in Folge der in den bekannten Freiheuer Papieren über sie enthaltenen Andeutungen eine Untersuchung im Werke sein. (Sp. Ztg.)

Dem Märnb. Korr. zufolge ist der gegenwärtige Redakteur des Volksfreundes, der Student Moneke, verhaftet worden, wie man allgemein vermuthet, wegen der Zeughausangelegenheit. Dagegen wird der Nachricht von der erfolgten Verhaftung Held's im Fr. Z., welches ebenfalls die betreffende Notiz der Elberfelder Z. mittheilte, widersprochen.

|| **Berlin**, 25. Juni. Das neue von Hansemann gebildete Kabinet ist wie folgt zusammengesetzt: Auswärtl Ministerpräsident, Hansemann Finanzen, Milde Handel, Kühlwetter Inneres, Schleinitz äußere Angelegenheiten, Märker Justiz, Schreckenstein Krieg, Rodbertus Kultus.

**Berlin.** Der „Magdeburger Zeitung" wird geschrieben: Es ist hier eine Nachricht über den Stand der dänischen Frage verbreitet, welche auf eine baldige Beendigung des Krieges rechnen läßt. Die Höfe von Stockholm und St. Petersburg sollen nämlich den Angriff der Dänen auf die deutschen Bundestruppen, nachdem von denselben auf die Erklärung der nordischen Mächte hin Jütland geräumt worden war, mit deutlich an den Tag gelegtem Mißfallen aufgenommen haben. In Kopenhagen versuchte man es, sich deßhalb zu rechtfertigen, konnte indessen keine Gründe vorbringen, welche als stichhaltig befunden worden wären. Von Seite dieser Höfe ist nun der Wunsch ausgedrückt worden, daß eine Beilegung der Streitigkeiten zwischen Deutschland und Dänemark bald zu Stande kommen möge, und sie haben dazu ihre Mitwirkung entschieden zugesagt. Graf Pourtalès ist demnach von Seite des Berliner Hofes beauftragt worden, sich sofort nach Malmö zu begeben, wo sich der König von Schweden und der Großfürst Konstantin augenblicklich befinden, um diese Wendung für die gerechten Forderungen des deutschen Bundes zu benutzen. Die General von Pfuel soll für St. Petersburg denselben Auftrag erhalten haben. Da sich endlich das Kabinet von St. James in ähnlicher Weise, wie die Monarchen von Schweden und Rußland ausgesprochen hat, so kann vielleicht bald ein Waffenstillstand zu Stande kommen, dem hoffentlich ein ehrenvoller Friede folgen wird. Mit Indignation hat man übrigens allseitig die anmaßenden Forderungen aufgenommen, welche die dänische Regierung als Friedensbedingungen vor einiger Zeit aufgestellt hatte. Man verlangte nämlich, daß der König von Dänemark in seinen Ansprüchen auf Schleswig durch den deutschen Bundestag, in Bezug auf Holstein durch die provisorische Regierung restituirt würde und wollte Entschädigungen für die Verluste erhalten, welche die Provinz Jütland durch die Besetzung der deutschen Bundestruppen erlitten hat. Dafür entschloß man sich großmüthig, die mit Beschlag belegten deutschen Schiffe freizugeben, ohne jedoch Ersatz für die bereits verkauften Ladungen ꝛc. zuzugestehen.

§ Aus Rheinpreußen, 23. Juni. Das Rad unserer Revolution dreht sich mit einer Schnelligkeit, welche die aufgethanen Bilder gleich wieder in den Hintergrund drängt, und doch ist es sehr nützlich, diejenigen in der Erinnerung lebendig zu erhalten, welche den Eindruck, dem wir zuerst, wenn nicht bald eine mächtige Hemmkraft eintritt, deutlich zeigen. Ich rechne dahin besonders die schmachvolle Plünderung des Berliner Zeughauses. Nur zu sehr erinnert sie an die Schilderung des Tacitus vom Brande des Jupitertempels auf dem Kapitol im Bürgerkriege zwischen dem Vitellius und dem Vespasian und an die Indignation, welche den großen Geschichtschreiber dabei ergreift. „Es war", sagt er, „die besammernswertheste und scheußlichste Unthat, welche die römische Republik seit der Erbauung der Stadt erfuhr; was kein auswärtiger Feind entweihte, nicht die Gallier, als sie die Stadt erobert, wurde jetzt durch die Wuth der Fürsten zerstört". Alles, wie jetzt in Berlin, nur daß es hier nicht die Wuth der Fürsten war, sondern die des niedrigsten Pöbels, von rauhesten Führern aufgehetzt. Ich habe hier in der Provinz, in der die Sympathien für Berlin doch selbst nicht sehr lebendig sind, viele Leute gesehen, welche über diesen Frevel entrüstet waren, als über etwas Anderes, was die Verblendung der Leidenschaft und der böse Wille in den letzten Monaten vollführt hat. Sie fühlten, was ja selbst im siebenjährigen Kriege von den entgegenstehenden Deutschen gefühlt ward, daß der Kriegsruhm Preußens der Kriegesehre aller Deutschen ist, ein Frevel an seinen Trophäen ein an der ganzen Nation verübter. So führen jene unseligen Menschen das Volk schon weiter, als in der ersten Revolution selbst die Rotte Hebert's den Pariser Pöbel. Bemüht, die Zeichen des Königthums und des Adels so viel als möglich zu vernichten, wagte sie doch nicht, die Hand zu legen an Denkmale des Nationalruhms. Dies war dem Bandalismus des Bandes der Intelligenz und der Gedanken aufbehalten. Das letzte Wort ist freilich nicht sehr geschickt, den Antheil der Partei, welche solche Thaten vollführt, an deutscher Eigenthümlichkeit zu bezeichnen. Daß sie sich viel mit Gedanken befaßt, kann man ihr nicht nachsagen, gewiß wenigstens nicht mit neuen. Oder sind alle ihre Reden etwas Anderes, als abgeblaßte, triviale, geschmackose Wiederholungen der Worte von 1789 und 1793? Wie schaal und platt ist unter ihren Händen geworden, was damals wenigstens durch Frische und Kühnheit glänzte. Immer und immer wieder „die Knechtung von 33 Jahren" und andere Schlagworte, bei welchen die Gallerie so gewiß Applaus, als gut eingeübte Statisten bei ihrem Stichwort. Man kann dreist einen großen Preis auf eine einzige, wahrhaft neue, freudthaue, organisirende Idee, die von den aufgeblähten Staatsmännern jener Seite kommt, setzen, denn man kommt gewiß nicht in die Verlegenheit, ihn bezahlen zu müssen.

** Vom Rhein, 25. Juni. Es herrscht hier seit einigen Tagen, so weit ich Beobachtungen darüber habe anstellen können, eine sehr eigenthümliche Stimmung, eine dumpfe Gährung, die binnen Kurzem zu einer Explosion führen muß. Die Umsturzpartei, die hier identisch ist mit der republikanischen Partei und sich fast ausschließlich unter der nicht bloß durch die Noth der Zeit, sondern auch vielfach durch künstliche Mittel aufgeregten Klasse der Arbeiter rekrutirt, diese Partei sinnt augenscheinlich darauf, und sie steht schwerlich isolirt da, einen entscheidenden Schlag zu führen. Einige neuere Erscheinungen haben ihre Hoffnungen sichtlich gesteigert; der demokratische Kongreß in Frankfurt mag mehr beschlossen haben, als man für gut befunden, der Oeffentlichkeit zu übergeben; die Vorgänge im Herzogthum Altenburg, welche immerhin den Beweis zu liefern scheinen, daß auch im mittleren Deutschland die republikanischen Tendenzen keinen Fuß zu fassen beginnen, werden zu einem Ereigniß von unermeßlicher Bedeutung und zu dem Ausdruck der Stimmung der ungeheuren Mehrzahl gestempelt; das neueste Manifest Heckers athmet eine Zuversicht, wie er sie selbst damals nicht äußerte, als er an der Spitze bewaffneter Banden den Seekreis insurgirte; die Organe, welche das republikanische Princip in der Presse zählt, erheben immer mundlauter ihr Haupt und machen Miene, ihr letztes Wort zu sprechen; ich wiederhole es, die republikanische Partei sinnt augenscheinlich darauf, einen entscheidenden Schlag zu führen, und es sind manche Anzeichen vorhanden, daß sie ihn diesmal in der preußischen Rheinprovinz versuchen wird. Hier fügte sie sich zunächst auf eine Arbeitermasse, die in den zahlreichen Vereinen eingeschult und organisirt und blindlings ihren Führern zu folgen bereit ist, hier hat sie Hoffnung, außerdem die vielen Tausende brodloser Arbeiter an sich zu ziehen, welche Hunger und Verzweiflung jeden noch so unsinnigen Unternehmen zuführen wird, das die Losung hat: Begleichung der arbeitenden Klasse, hier

Digitized by Google

endlich kann ihr durch den Zuzug ihrer sittlichen und westlichen Bundesgenossen die Unterstützung zu Theil werden, welche ohne Zweifel von der einen Seite in Anspruch genommen und von der andern in Aussicht gestellt worden ist. Aber sie wird, hoffe ich, erfahren, daß sie sich hier wie anderswo in Illusionen wiegt, und denen sie unsanft entkünstelt erwachen wird. Sie rechnet auf die theilweise Unterstützung der rheinischen Regimenter: ich gebe zu, daß sich unter diesen Regimentern einzelne Elemente befinden, welche mit ihren Bestrebungen sympathisiren, aber die Truppen im Ganzen werden sicher ihre Pflicht thun, wie man denn überhaupt die Bemerkung machen kann, daß die einen Augenblick gelockerten Zügel der Disciplin und Subordination wieder straffer angezogen sind, und der Geist der Soldaten ein wesentlich anderer und besserer geworden ist. Die Partei rechnet ferner nicht sowohl auf die thätige Mitwirkung der Bürgerschaft, denn sie weiß, daß bei dieser die republikanischen Gelüste wenig Anklang gefunden haben, und daß sie am allerwenigsten geneigt sein möchte, die Republik aus solchen Händen anzunehmen, aber sie rechnet auf die Apathie oder Furcht der Bürgerschaft, die von ihren Waffen seither noch niemals da Gebrauch gemacht, wo es ernstlich galt, die Herrschaft der Gesetze zu sichern und die öffentliche Ordnung zu erhalten; sie rechnet endlich auf die Schwäche und Rathlosigkeit der Behörden, welche noch immer nicht den Muth haben, zu thun, was ihres Amtes ist und was ihrer Pflicht ihnen gebietet. Die Versammlungen der Partei werden zahlreicher und stürmischer, ein eigens Abzeichen, ein rothes Band im Knopfloch oder um den Arm, das in den letzten Tagen zum Vorschein gekommen ist, macht die Genossen einander kenntlich, drohende Maueranschläge, von unbekannter Hand verfaßt und angeheftet, fordern zur endlichen That auf und zur Befreiung von dem Joche der räuberischen Blutsauger, d. i. der Bourgeoisie — die Polizei sieht da, ließ diese Plakate mit eben so großem Ernsthaun, als der vorübergehende Bürger und geht dann ruhig weiter — die Führer werden, auch wenn sie glauben sollten, daß noch der rechte Augenblick nicht gekommen, nicht lange mehr im Stande sein, die ungeduldigen Massen im Zaum zu halten, und auch die Hunds dürften erblich zu Ende gehen. Dann ist die Katastrophe da. Den wahren Charakter aber, welchen diese Katastrophe haben wird, kann Nichts besser bezeichnen, als die Variation eines Liedes, das man in allen Schenken und auf allen Straßen singen hören kann und das, nach der bekannten Melodie des „Bürgermeisters Tschech", mit den gefinnungstüchtigen Worten beginn:

Freiheit und die Republik,
Wär'n wir doch die Preußen quitt!

Die Arbeiter singen statt dessen:

Freiheit und die Republik,
Wär'n wir doch die Bürger quitt!

Das ist, dächte ich, deutlich genug!

**Sachsen.** Leipzig, 23. Juni. Seit dem übermüthigen und gräuelvollen Aufstandsversuche der Czechen in Prag sichert Sachsen der Herd der slavischen Propaganda werden zu wollen. Dressen und alle Kleineren, an den reizenden Ufern der Elbe gelegenen Ortschaften wimmeln von Slaven, vornehmlich aber von Polen. Namentlich ist der romantisch gelegene Badeort Schandau in geringerer Entfernung von der böhmischen Grenze ein Sammelplatz des mißvergnügten wühlerischen, gegen das Deutschthum Rache schnaubenden, reichen slavischen Adels geworden. Hier residiren unter dem Vorgeben, die Heilquellen zu gebrauchen, die bekannten polnischen Fürstinnen Sapieha und Czartoryska, fanatische Sarmatinen, und man weiß, daß sie wöchentlich eine Menge Depeschen und fortwährend ansehnliche Geldsendungen erhalten, die sicherlich zu keinem andern Zwecke verwandt werden, als die verderblichen Flammen des Nationalhasses von Neuem anzufachen und die panslavischen Wühler mit den nöthigen Mitteln zu versehen. Wir sind überzeugt, daß von einer sehr großen Anzahl sächsischer Staatsbürger wegen dieser hochverrätherischen Ansammlung slavischer Flüchtlinge demnächst bei der Regierung angefragt, und wenn nicht mehr, so doch sicher strenge Ueberwachung ihres Thun und Treibens beantragt werden wird. Es ist auch wahrlich Zeit, daß endlich der Deutsche sich entschieden seiner Haut wehrt, da es sich nun offen kund gegeben hat, daß trotz alles Schmeichelns und Streichelns die Polen wie Ehechen gegen den freundlich gesinnten Deutschen nur ein Herz voll Ingrimm, Groll und blutiger Rachsucht tragen. (K. Z.)

**Hannover,** 21. Juni. Nach langem und ermüdendem Kampfe hat denn endlich die Adelskammer sich dazu verstanden, ihr Todesurtheil sich zu sprechen. Von heute an kann die Herrschaft des hannoverschen Adels als gebrochen angesehen werden, denn fortan hat seine besondere Vertretung in der ersten Kammer ein Ende. Nach den in beiden Kammern bereits angenommenen Vorschlägen der verstärkten Konferenz werden in Zukunft neben den Standesherren und dem Erblandmarschall und außer zwei Ministern, die der König dazu designirt, nur gewählte Deputirte sitzen, nämlich: 1) 33 Deputirte der größeren Grundbesitzer, vertheilt auf eben so viele Wahldistrikte und gewählt von regelmäßig 150 Höchstbesteuerten jedes Bezirks (in einigen Wahldistrikten wird die Wählerzahl etwas größer, in andern etwas geringer sein); 2) 10 Deputirte der größeren Gewerbtreibenden; 3) sechs Deputirte der Geistlichkeit, ein Deputirter der Universität, einer der höheren Schulen und zwei Deputirte der Volksschullehrer; 4) vier Deputirte des Richter- und Advokatenstandes. Dabei gelten für die passive Wahlfähigkeit keine anderen Bedingungen als für das aktive Wahlrecht. Die zweite Kammer soll bestehen aus Ebgeordneten der Stadt- und Landgemeinden, deren Wahl weder aktiv noch passiv an einen Census gebunden ist. Die Wahlen zu beiden Kammern geschehen auf sechs Jahre. Die erste Kammer kann nicht aufgelöst werden, dagegen tritt alle drei Jahre die Hälfte ihrer Mitglieder aus. Die Rechte beider Kammern sind gleich, jedoch kann jede Kammer für sich eine besondere Adresse auf die Thronrede an den König gelangen lassen. Wer als Deputirter ein Staatsamt annimmt oder im Staatsdienste befördert wird, muß sich einer neuen Wahl unterwerfen. (B.-H.)

Aus dem **Luxemburgischen,** 15. Juni. Nach Beendigung der Verhandlungen der Landstände in Eitelbrück erklärten bekanntlich unsere Truppen offen und frei, keinem holländischen Officier mehr gehorchen zu wollen. In ihre respektiven Garnisonsorte zurückgekehrt, wiederholten sich ungeachtet aller Mahnungen und Einschreitens von Seite der Luxemburger Officiere ähnliche Demonstrationen, und die Regierung ward genöthigt, sämmtliche Truppen in ihre Heimath zu entlassen. Auf die erste Mahnregel folgte bald eine zweite, welche sämmtliche Luxemburger Officiere in zwei Monate strengen Arrest versetzte, so daß unser Kontingent faktisch aufgelöst ist. Ob dieses das Mittel ist, das Vebel zu beschwören und jeden Eventualitäten vorzubauen, das wird die Zukunft lehren.

**Braunschweig,** 23. Juni. Ein soeben veröffentlichtes Gesetz hebt die das Vereinigungsrecht beschränkenden Bestimmungen auf. Große öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel sind zuvor der Polizei anzuzeigen und von dieser zu verbieten, „wenn Gefahren für die öffentliche Ruhe und Sicherheit dringend zu besorgen sind." Eine zweite Verordnung enthält die Aufnahme einiger Landestheile in den unter dem 16. Oktober 1845 mit Hannover eingegangenen Steuerverein. (Hoff. Z.)

**Hamburg.** Das Komité für eine deutsche Kriegsmarine in Hamburg beabsichtigt, auf den in Ausrüstung befindlichen Schiffen die Officierstellen mit geeigneten Seeleuten, welche auf der deutschen Handelsmarine als Officiere gedient haben, zu besetzen, und ladet daher Diejenigen, welche zu solchen Stellen konkurriren wollen, ein, sich am 21., 22. oder 24. Juni zu melden.

5 **Frankfurt,** 26. Juni. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung war in dem nämlichen Grade unerquicklich und für jeden Freund des Vaterlandes betrübend, als die vorhergehende erfreulich und erhebend gewesen war. — Nach der vorgestern getroffenen Uebereinkunft waren Abgesandte der verschiedenen Parteien, welche besondere Anträge über die Bildung der Centralgewalt gestellt hatten, mit dem Vicepräsidenten v. Soiron zusammengetreten, um die Formulirung und die Reihenfolge der Anträge zu bestimmen, in welchen dieselben zur Abstimmung kommen sollten; zuvor aber hatten sich die Abgg. Zitz, Blum, Schober und Moriz Mohl mit ihren Genossen über einen gemeinschaftlichen Antrag vereinigt; dagegen ihre besonderen Anträge fallen lassen. Diesem Uebereinkommen sind die Schober'schen Anträge zu Grunde gelegt; der äußern Linken aber darin zugegeben, daß die provisorische Centralgewalt einem Präsidenten übertragen wird, welcher von der Nationalversammlung gewählt wird, daß derselbe wegen Verbrechen, in oder außer dem Amte begangen, der Anklage durch die Nationalversammlung und der gerichtlichen Bestrafung durch dieselbe unterworfen sein soll, und daß mit dem Eintreten der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt das Bestehen des Bundestages aufhöre. Durch dieses ohne Rücksprache mit dem Centrum und der Rechten getroffene Uebereinkommen wurde das Nachdringen der gestern schon mitgetheilten Amendements von Bassermann und Heckscher veranlaßt. Dadurch hielt sich nun wiederum die Linke für benachtheiligt, und es entstand der unerquickliche Kampf, welcher mit einem Sturme endigte, welcher den Schluß der Sitzung nothwendig machte, ohne daß man zu einem Ziele gekommen war. Die Parteileidenschaft schien am Ende alle Rücksicht auf das Vaterland und der Nationalversammlung verdrängt zu haben.

Zu Anfang der Sitzung eröffnete v. Soiron, welcher für diesen Tag das Präsidium übernommen hatte, die projektirte Reihenfolge

Digitized by Google

in welcher die verschiedenen Anträge zur Abstimmung kommen sollten, es waren ihrer 20; nach der Abstimmung über diese einzelnen Anträge soll noch eine Abstimmung über die Annahme oder Nichtannahme des Gesammtbeschlusses Statt finden.

**Widenmann**, einer der Mitunterzeichner des Schoder'schen Antrages, erklärt, daß eine große Anzahl derer, welche jenen Antrag unterzeichnet haben, an der Vereinigung mit der Linken keinen Theil hätten, und deßhalb auf einzelnen ihrer Anträge stehen bleiben.

v. **Binde** will den Grundsatz, daß der ganze Beschluß vorbehaltlich des Einverständnisses mit den Regierungen zu fassen sei, zur Abstimmung gebracht haben; nachdem mehrere Redner sich dagegen erklärt, und Robert Blum sich dahin ausgesprochen hatte, daß, wenn dieser präjudicirende Antrag, welcher ein von der Mehrheit der Nationalversammlung verworfenes Princip konstituire, angenommen würde, die Linke überhaupt für seinen weitern Antrag mehr stimmen könnte, so wird festgestellt, daß der v. Binde'sche Antrag gleich zu Anfang zur Abstimmung kommen soll.

**Bassermann** betritt hierauf die Rednerbühne. Das erste Erforderniß der Fragestellung sei, daß der Mehrheit die Gelegenheit verschafft werde, ihre Meinung in dem Beschlusse auszudrücken, sowie aber die Anträge formulirt und in eine Reihenfolge gebracht seien, scheine das nicht möglich, weil die Ansicht der Mehrheit über die Wahl der Centralgewalt eigentlich zwischen den Anträgen 6 und 7 liege; diese Anträge nämlich lauten:

6) Die provisorische Centralgewalt wird einem Präsidenten übertragen, welcher von der Nationalversammlung gewählt wird.

Wird dieser Antrag nicht angenommen, so wird über folgenden Antrag abgestimmt:

7) Zur Bildung der provisorischen Centralgewalt wird von den deutschen Regierungen binnen kürzester Frist der Nationalversammlung ein Reichsverweser bezeichnet und von dieser ohne Diskussion durch eine einfache Abstimmung genehmigt.

Deßhalb werden nun von ihm in Gemeinschaft mit seinen Freunden die (schon gestern mitgetheilten) Anträge zur Einschaltung vorgeschlagen; er sucht nachzuweisen, daß dem die Geschäftsordnung nicht entgegen sei. v. Lindenau habe seinen fast gleichlautenden Antrag dem Präsidenten schon am Freitag übergeben. Er sei zwar nicht in das Programm aufgenommen worden, allein es stehe immerhin der Versammlung zu, daran zu ändern, wo sie es für angemessen halte. In dieser großen Angelegenheit, wo es sich um das Schicksal des Vaterlandes handele, werde Niemand der Mehrheit die Möglichkeit nehmen wollen, ihre wahre Meinung in Abstimmung auszudrücken. Hiezu knüpfte sich nun die mit der größten Offenheit geführte Diskussion über die Zulässigkeit dieser Anträge.

Zuerst bestätigte der Vicepräsident, daß der Lindenau'sche Antrag übergeben worden sei. Es sei ihm aber zweifelhaft gewesen, ob derselbe unterstützt sei, und nur deßhalb sei er nicht in das Programm aufgenommen worden. — Meyern erklärt hierauf, daß er mit seinen Anträgen sich dem Lindenau'schen anschließe. Von der linken Seite widersetzt man sich auf das Entschiedenste der Zulassung dieser Anträge. Jordan erklärt, sie würden protestiren und gar nicht abstimmen. Wesendonk sucht aus der Geschäftsordnung nachzuweisen, daß jetzt nach dem Schlusse der Verhandlungen nur die bereits eingebrachten Amendements von den Antragstellern selbst, deren Anträge schon zur Abstimmung aufgenommen seien, noch modificirt werden könnten, neue Amendements aber durchaus unzulässig seien. Likowsky warnt vor einem Sturme, welcher hereinzubrechen drohe, und es dahin bringen könne, daß Nichts zu Stande komme, und nun das größte Unglück über das Vaterland hereingeführt wird. — Heckscher verwahrt sich gegen die gemachte Drohung einer Spaltung der Versammlung. Für sein Amendement führt er an, daß die Substanz desselben in den bereits zugelassenen Amendements bereits vorhanden und also dasselbe keineswegs als ein neues anzusehen sei. Für die Zulassung desselben appellirt er an die Gerechtigkeit und Vaterlandsliebe der Parteien. Fallati: Man stehe heut auf einem ganz andern Boden als vorgestern, die mit so großer Begeisterung aufgenommene Rede des Präsidenten habe die ganze Sachlage geändert und zwar nicht nur in diesem Hause, sondern auch in der Ansicht der Nation. An einem Verbesserungsvorschlage könne jetzt das Wohl des Volkes hängen, und man solle einen solchen nicht nur der bloßen Form willen zurückweisen. Er trage darauf an, daß neue Amendements für zulässig erklärt werden und kurz begründet werden dürfen. — Benedey erklärt sich gegen den Bassermann'schen Antrag, weil er einen ganz neuen Grundsatz enthalte und räth an, von demselben abzustehen, weil die Diskussion darüber durchaus nicht im Interesse der Antragsteller selbst liegen möge. — In demselben Sinne spricht sich Hartmann aus, worauf Bassermann den Antrag für seine Person zurücknimmt und sich dem Heckscher'schen anschließt. — Schaffrath will auch von der Zulassung dieses Nichts wissen. Man bringe durch ein solches Verlassen der Geschäftsordnung nur Anarchie in die Versammlung.

v. **Gagern** (Präsident). Er habe gestern die Ansichten vereinen wollen. Es wäre ihm leid, wenn es zum Gegentheile führen solle. Er ist für die Zulassung des Heckscher'schen Antrages, dessen Inhalt ja schon vielfach berathen sei. Er erläutert sein „Obgleich" in seiner letzten Rede; er habe sich so ausdrücken in der Absicht, eine Vereinigung zu Stande zu bringen, weil Jeder einen Fürsten wählen könne, wenn er auch nicht glaube, daß es ein Fürst sein müsse. Man habe nicht bloß ein Recht, sondern eine Pflicht, wenn man das Heckscher'sche Amendement zur Abstimmung kommen lasse, weil es sonst der Versammlung verboten würde, ihre wahre Ueberzeugung zum Beschluß zu erheben. Vogt und Blum sprechen dagegen, der Letztere sagt, die 4 Schattirungen der Linken hätten sich im Interesse der Sache geeinigt, nun bringe man 2 ganz neue Principien herein, das einer Mahlbeschränkung und ein Vertrauensvotum gegen die Regierungen. Die Linke werde über die Zulässigkeit nicht abstimmen, denn sie erkenne darin einen Zwang, den man der Minorität anthue. Heckscher vertheidigt sich gegen die ihm gemachten Angriffe; von einer Umwendung der Geschäftsordnung sei gar keine Rede. Man suche bloß eine loyale Uebereinkunft; das Amendement sei im Interesse der Einigung eingebracht worden; wenn man ein Recht auf das Mehr habe, so habe man doch gewiß auch eines auf das Weniger. Es sei mit dem Amendement durchaus nichts Anderes beabsichtigt, als zu bewirken, daß die Ausführung seine so großen Schwierigkeiten finde. Der Ausdruck „Im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen" enthalte in seiner Weise ein Vertrauensvotum, sondern spreche lediglich die Ueberzeugung aus, daß, wenn der Reichsverweser von der Nationalversammlung gewählt sei, die Regierungen ihn für genehm halten werden.

Von da an geht die Diskussion in einen mit Heftigkeit geführten Streit über. Zimmermann will namentliche Abstimmung. Jordan gibt eine Protestation zu Protokoll. Kapp will die Abstimmung verhindern. Vogt dreht mit der Wiederaufnahme der ganzen Debatte und mit der Einbringung von einer Reihe von Gegen-Amendements, die endlich Ruge darauf anträgt, man solle die Entscheidung dem Präsidenten überlassen, was auch die Versammlung annimmt. v. Soiron: Die Versammlung sei in dieser Sache von der Geschäftsordnung abgewichen, sie habe die ganz neue Bestimmung getroffen, daß nur eine bestimmte Anzahl von Amendements sprechen solle und ebenso neu sei die Bestimmung, daß so viele Antragsteller sich in Beziehung auf die Stellung ihrer Anträge zu vereinigen hätten. Die Bestimmung der Reihenfolge habe er in dem Sinne aufgefaßt und durchzuführen gesucht, daß dabei jeder billige Wunsch berücksichtigt werde. v. Lindenau habe ihm sein Begehren ertheilt; er konnte ja und nein dazu sagen, aber das Nein habe er nicht in die Reihenfolge aufnehmen können; damit jedoch könne das Recht zu reklamiren nicht genommen sein. Er habe die Reihenfolge entworfen, um möglicher Weise eine Einigung zu Stande zu bringen und in diesem Sinne habe er den Antrag Nr. 10 der Linken: „daß der Präsident wegen Verbrechen der Nationalversammlung verantwortlich sei", in die Reihenfolge aufgenommen, was er streng genommen auch nicht hätte thun sollen. In demselben Sinne gehe er nun in der Entscheidung, daß die Amendements zulässig seien. Blum nimmt hierauf den von Wesicker gestellten, aber wieder zurückgenommenen Antrag auf, daß überhaupt noch bis zum Schlusse der Verhandlungen Amendements eingebracht werden können. Radowitz spricht ebenfalls dafür, daß die Linke noch beliebige Amendements stellen könne. Jucho und Kuranda dringen wiederholt darauf, daß die eingebrachten Anträge von den Antragstellern selbst zurückgezogen werden. Es scheine, daß in diesem Falle die Rechte das Centrum gebrauchen, um sich im Kampfe gegen die Linke zu decken. v. Auerswald, welcher das erste Amendement zugleich mit Bassermann eingebracht hatte, erklärt sich nun ebenfalls zur Zurücknahme desselben bereit, wenn auch das Heckscher'sche aufgegeben werde. Heckscher erklärt: Er wünsche mit denen, welche seine Ansicht theilen, Rücksprache zu nehmen; denn es handle sich bei seinem Antrage nicht um ein Princip, sondern lediglich um Gründe der Zweckmäßigkeit, deßhalb stehe einer Verbindung Nichts im Wege. Er wünsche daher sich mit seinen Freunden zu berathen, ehe er eine Erklärung gebe. Die Versammlung beschließt hierauf, die Sitzung auf drei Stunden auszusetzen.

Nachmittags 5 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Heckscher erklärt, die formelle Zulässigkeit seines Antrags sei durch den Präsidenten entschieden. Die Absicht seines Amendements sei: die streitige Frage über die Wahl durch die Nationalversammlung festzustellen,

Digitized by Google

andererseits, dasselbe mit dem Ansehen der Regierungen zu verstehen, und zugleich die Stelle der hohen Person, der sie zugedacht sei, anzunehmen zu machen. Der Antrag, wie er ihn gestellt habe, sei der Linken nicht unzugänglich; er beharre deßhalb darauf. Wippermann hält es für wünschenswerth, wenn in dem Heckscher'schen Antrage die Worte: „im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen" weggelassen werden, weil sich das ja von selbst verstehe. Jedenfalls müßten die beiden Sätze getrennt zur Abstimmung gebracht werden.

Nach einigen Gegenreden von einer Seite gegen die andere, insbesondere nachdem Vogt angekündigt hatte, daß die Linke eine Reihe Gegen-Amendements vorbringen und begründen werde, was von der Gallerie aus reichlich beklatscht wurde, befragt Hecscher abermals die Tribüne, wie es scheint in der Absicht, seinen Antrag nunmehr zurückzuziehen. Da er jedoch seine Rede damit beginnt, daß die Linke mit einer Reihe von Anträgen drohe, welche noch ehe man sie kenne, schon den Beifall der Gallerie haben, so wurde er durch einen ungeheuren Lärm von der linken Seite her und von der Gallerie unterbrochen. Man verlangt von dem Präsidenten, daß der Redner zur Ordnung gerufen werde, und da dieser (v. Soiron) es verweigert, so dauert das Lärmen und Toben ununterbrochen, fast eine Viertelstunde lang, fort, bis endlich der Präsident die Sitzung für aufgehoben erklärt. —

Frankfurt, 27. Juni. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung dauert beim Postschlusse noch fort, und zwar ununterbrochen seit Morgens 9 Uhr an. Im Anfang derselben wurde durch den Präsident Gagern eine Vermittlung des gestrigen Streites zu Stande gebracht. Sie erhalten Morgen den ausführlichen Bericht über den Gang der Verhandlungen. Vorläufig aber theile ich Ihnen die bis jetzt erledigten Anträge mit: 1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provis. Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. 2) Dieselbe hat a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen; b) die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen; c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und mit diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen; d) die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen. 3) Die Errichtung des Verfassungswerks bleibt von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen. 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt mit Einverständniß der Nationalversammlung.

Der Dinckesche Antrag, sämmtlichen Anträgen als einleitenden Satz voranzustellen: Die Nationalversammlung beschließt vorbehaltlich des Einverständnisses mit den Regierungen u. s. w., wird mit 577 St. gegen 31 angenommen. Der Antrag Nr. 1 Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland ꝛc. ꝛc. wird angenommen (ohne namentl. Abstimmung). Antrag 2, a. dieselbe hat — angenommen (ohne namentl. Abstimmung). b. die Oberleitung ꝛc. angenommen. c. die völkerrechtl. ꝛc. angenommen d. durch namentliche Abstimmung mit 277 gegen 261 verworfen. Antrag 3 angenommen. Antrag 4 durch namentliche Abstimmung mit 408 gegen 143 Stimmen angenommen.

Ueber die Benennung des Inhabers der Centralgewalt wurde die Frage gestellt, ob er Präsident genannt werden soll? Durch namentliche Abstimmung verneint mit 355 Stimmen gegen 171 und dagegen die Benennung Reichsverweser angenommen. Hierauf wird abermals durch namentliche Abstimmung der Antrag: „Die provis. Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der Reichsversammlung gewählt wird", mit 403 Stimmen gegen 135 angenommen. Dabei behält sich ein Theil der Mitglieder die Erklärung zu Protokoll vor, daß er die Zustimmung von seiner Seite „mit dem Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen" gegeben habe.

Frankfurt, 23. Juni. Von hier wird der Augsb. Postz. geschrieben: „Eine merkwürdige Sensation erregte gestern in einer Separatversammlung die Mittheilung Welcker's, die englische Regierung habe erklärt, mit dem Parlamente selbst nicht in Verhandlung treten zu können, so lange dasselbe die weltgehenden republikanischen Tendenzen in seinem Schooße nähre, sondern einfach mit dem Bundestage fort verkehren werde. Es scheint, daß das Kabinet von St. James von der entgegengesetzten Zusammensetzung der deutschen Nationalversammlung keine Kunde nehmen will".

Frankfurt, 26. Juni. In Leipzig waren in der Nacht vom 24. zum 25. d. M. Zusammenrottungen republikanischer Natur. Es wurde Generalsmarsch geschlagen und die Haufen der Rufestörer zerstreuten sich vor der bewaffneten Macht, ohne daß Gewalt hätte angewendet werden müssen. Am Mitternacht war die Ruhe vollkommen wieder hergestellt. (D. V. Z.)

## Schweden.

Ein Schreiben aus Stockholm in der B. H. motivirt die Einmischung des Königs von Schweden in den dänisch-deutschen Krieg damit, daß König Friedrich von Dänemark die Absicht hege, König Oskar's zweiten Sohn als Thronfolger zu adoptiren. Daß wäre also von Seite des schwedischen Königs eine dynastische Politik wie die, welche Ludwig Philipp zum Falle gebracht hat.

## Großbritannien.

London, 20. Juni. Die Verfassung des „freien" Englands hat nun seit so vielen Jahren den Deutschen als Muster vorgeschwebt und nun, da es Deutschland in die Hand gelegt ist, sich eine solche zu geben, nun, da man bereits ein Reichsparlament beisammen hat, dessen Kräfte und Fähigkeiten zusehends im Wachsen sind, nun, da jene Einheit in der Mannigfaltigkeit, welcher man so lange nachstrebte, endlich-so gut wie gefunden ist, suchen sich reputikanische, sogar vor den Küssten und der Hilfe des Auslandes nicht zurückschreckende und im Dienste der Propaganda stehende Sondergelüste quer dareinzulegen und das im gedeihlichen Fortschritt begriffene Werk zu stören. Glauben Sie mir, die in England wohnenden Deutschen sind um die Geschicke der Heimath ernstlich besorgt, obschon sie, auf die Gedeigenheit des deutschen Charakters rechnend, immer noch mehr Hoffnung und Vertrauen als Furcht und Zweifel hegen. Die Deutschen sammelten hier, in Manchester und andern Orten für die Hinterbliebenen der Kämpfer in Berlin (aber mit jener schönen Unparteilichkeit, die man in England lernt, auch für die Hinterbliebenen der im Kampf gebliebten Soldaten, die ja zum Volk gehören und nur ihre Pflicht erfüllten) wie für die Verwundeten, sie richteten Adressen der Zustimmung und Aufmunterung an die deutsche Nation, sie hielten Meetings, in denen sie mit begeisterten Worten namentlich hervorhoben, daß von den Früchten des Freiheitskampfes in der Heimath auch sie im Auslande wohnenden Deutschen ihr redliches Theil empfingen. Denn wie Hr. Joseph Eller bei einem in Manchester gehaltenen Meeting sagte: der deutsche Name sei in den letzten 33 Jahren der systematisch betriebenen Unterdrückung unter allen Völkern Europas ein Sprichwort und Spitzname geworden; dies werde fortan aufhören und der Deutsche auch im Auslande geehrt sein. Lesen Sie im Manchester Guardian vom 1. April die bei jenem Meeting gehaltenen Reden der in Manchester wohnhaften Deutschen, um zu erkennen, mit welcher Begeisterung, mit welchen Hoffnungen, mit welchem Stolze jene Männer erfüllt waren bei dem Gedanken, daß sie einer Nation angehörten, die im Laufe eines Monats sich zu einer Stellung emporgeschwungen und Rechte erobert, welche sie den bevorzugtesten Nationen gleichstellten. Aber diese glühenden Hoffnungen sind jetzt zu einem bloßen Zuwarten abgedämpft, und leider trägt der Umgang mit den kalt urtheilenden Briten, die Lektüre der englischen Zeitungen fast täglich dazu bei, uns die Zustände der Heimath in einem mehr trüben als erfreulichen Lichte zu zeigen. Der Britte schenkt nur dahin sein Vertrauen, wo die Logik des gesetz- und ordnungsmäßigen Fortschreitens die Verhältnisse bestimmt, nicht dahin, wo die Zustände schwanken und täglich eine neue Gestalt annehmen. Es hilft uns Nichts, wenn wir ihm sagen: nicht die, welche jetzt an dem Wiederaufbau des in allen Fugen krachenden Deutschlands arbeiten, sind an diesen chaotischen Verhältnissen Schuld, sondern jenes alte politische System, welches der drängenden Thatkraft keinen Spielraum gewährte, überall Dämme anbrachte, wo Schleusen zu öffnen nöthiger war, keine Zugluft einließ, um die zusammengepreßte Atmosphäre zu reinigen und das Innere des Gebäudes höchstens durch das Nachtlämpchen des Gelehrten und Philosophen zu erleuchten gestattete. Es hilft uns nicht, zu sagen, wenn der Kampf um die deutsche Einheit jetzt ein so schmerzensvoller und konvulsivischer ist, wer trägt die Schuld als die noch vor Kurzem im alten Systeme befangenen Landesherren und ihre Kamarillen, welche überall das dynastische Erb- und Familieninteresse dem wohlerhalten Volksinteresse entgegensetzten, welche Alles thaten, um loyale preußische, österreichische, sächsische, bairische u. s. w. Unterthanen und einseitige Anhänger der dynastischen Habsburg, Hohenzollern, Wittelsbach, Würtemberg, Hanover u. s. w. nur keine aufrichtige, ungetheilte Deutsche zu erziehen. Es hilft uns Nichts, zu sagen: wenn das Wort „konstitutionell" allerdings für Ohr und Herz des Volkes keinen hinreißenden angenehmen Klang hat, wer trägt die Schuld, als die Landesherren, Kamarillen und Reaktoraten, welche den wackern Vorkämpfern in den deutschen Kammern allerwege entgegenarbeiteten, so die Wahrheit der Verfassungen

Digitized by Google

zu einem Schein und einer Lüge künstlich herabwürdigten und es zu veranstalten wußten, daß in der Regel die Erfolge der Landtage gleich Null waren, während die Volksvertreter gar noch von den Fürsten in den Landtagsabschieden oder im Laufe der Verhandlungen von den Ministerbänken schnöde Zurechtweisungen hinnehmen mußten. So haben die Fürsten und ihre Diener die einzigen Stützen ihrer politischen Geltung allmählich selbst untergraben und sich jenes Bürgerthum entfremdet, das in sich den Beruf und die Verpflichtung fühlt, die Ordnung und deßhalb auch das Königthum auf seinen Schultern zu tragen. Aber in seinem Taumel hatte man nur das Eine vergessen, daß eine weltgeschichtliche Katastrophe, wie der 24. Februar, hereinbrechen könne, nur für ein solches Ereigniß war man nicht gerüstet, und selbst dann noch, statt auf den Ruf der Geschichte zu hören, schlug man die alte Politik des Verschleppens, der halben Maßregeln, der abgetrungenen Zugeständnisse ein, man zeigte jenen kalbblütigen Trotz, der erst recht die Schwäche des alten Systems klar machte. So erst wurde in Deutschland die von den Westen gewollte und angefachte Reformbewegung eine Revolution, die nun bereits mit der Anarchie häßlich kokettirt. Es hilft uns Nichts, den Engländern zu sagen: Ihr habt Eure politische Revolution, Eure Bürgerkriege seit Langem hinter Euch, Ihr hattet dabei nicht das Unglück, in so und so viele dynastische Interessen getheilt zu sein, und Eure insulaarische Lage schützte Euch vor der unmittelbaren Berührung mit den Zuträgern fremdländischer Ideen, welchen wir namentlich auf dem langen Grenzzuge gegen Frankreich und die Schweiz ausgesetzt sind. Es hilft uns Nichts, den Engländern zu sagen: wenn Euch unsere jetzigen liberalen Ministerien schwach, rathlos und unstaatsmännisch erscheinen, so bedenkt, daß sie, aus der Revolution hervorgegangen, den Schein der Reaktion zu meiden, zugleich aber den jugendlichen emporgewachsenen Geist der Anarchie niederhalten haben, während die vermittelnden Organe ihrer Thätigkeit theils gelähmt, theils ihnen sogar widerspänstig sind. Alle diese und andere Erörterungen helfen uns Nichts; der Engländer erwidert: Ihr verdient unser Vertrauen nicht, Ihr zeigt Euch in diesem Augenblick der Prüfung als das, wofür wir Euch immer gehalten haben, als Kinder, Phantasten und Zänker, welche vom Kleinstaats-, Kleinhof- und Kleinrepublikengeist erfüllt sind und ihre Einigkeit damit anfangen, daß sie gegen einander die Faust ballen, und damit endigen, daß sie auseinander laufen, wenn sie nicht gar gegen einander loszuschlagen und zum Ueberfluß jener diesen, der andere jenen Nachbar zu Hilfe rufen. Und in diesem Zustande der Unentschiedenheit und Gebrochenheit schwärmt Ihr von einer großen deutschen Nationalflotte, schielt wohl gar Einer und der Andere nach den Colonien, der Politik nach den Donaufürstenthümern, ein vereinzelter Schwärmer nach dem Elsaß hinüber, fordert Ihr das kriegsmächtige Rußland in die Schranken und es fehlte nicht viel, so erklärtet Ihr, auf irgend ein neuerbautes Kanonenboot Euch flößend, dem gewaltigen Großbritannien den Seekrieg. Inzwischen könnt Ihr mit dem kleinen Dänemark wieder recht Krieg führen, noch Frieden schließen, inzwischen hat Euer ehemals mächtigster Staat in Italien alle Hände voll zu thun, inzwischen tanzt ein Theil Eurer südöstlichen Bevölkerung, wie ihr an der Seine gepfiffen wird, und möchte nach dem französischen Muster (und welch' ein Muster!) Republiken zimmern, ein Republikchen Mannheim und Heidbronn und Mainz und Konstanz und Sinsheim und Heidelberg, bis zuletzt jedes kleinste Landstädtchen ein Kantönli bildet, mit seinem verehrten Bürgermeister als Präsidenten an der Spitze, denn darauf läuft es zuletzt doch hinaus. Und nun Euch den Weg dahin zu bahnen, möchtet Ihr alle Ehrenpforten gegen den Westen hin entwaffnen und Euch mit Haut und Haar Eurem Todfeind, dem Polen, verschreiben, der bereits von einem slavischen Reiche träumt, das, auf's Allergänzlichste, bis zur Oder und Oste reichen und Böhmen, Mähren und Krain umfassen soll. Dann dürft ihr noch den Italienern Istrien mit Triest, den Dänen Holstein und Lauenburg, den Russen Ostpreußen, den Holländern, Belgiern, Franzosen und Schweizern ihr bescheidenes oder unbescheidenes Theil gönnen, um dann gemüthlich wieder Weltgeschichte zu schreiben," weil Ihr sie doch nicht machen könnt. Indeß, Ihr habt Euch ja Preßfreiheit errungen, nämlich jene, welche unter der Censur der Katzenmusikfreunde steht, Ihr habt ja ein Parlament zusammengebracht, bei dem die Galerien das letzte Wort zu sprechen haben!

## Frankreich.

**Paris**, 25. Juni. Unsere Befürchtungen, die wir gestern über die Fortdauer des Aufstandes aussprachen, haben sich leider bestätigt; der Kampf hat nicht nur am Freitag und Samstag, sondern den ganzen Sonntag fortgewüthet und ist erst am Montag beendigt worden. Zeitungen vom 25. haben wir keine erhalten, nur einige Briefe, die freilich die Sehnsucht nach weiteren ganz ausführlichen Berichten nur steigern können. Der Telegraph, der Straßburger Nachrichten zu Folge unterbrochen war, ist wieder im Gange; ihm verdanken wir die unten mitgetheilte Nachricht von dem Ende der Emeute.

Am Morgen des 25. Juni begann der Kampf, den man am Abend zuvor zum zweiten Male für beendigt hielt, von Neuem; Flintenfeuer und Kanonendonner eröffneten den Tag, wie sie den vorhergegangenen beschlossen hatten. Die Insurgenten hatten zwar gestern Nachmittag viele Positionen verloren, das Pantheon, in dem sie sich mit 8 Kanonen verschanzt hatten, wurde um 5 Uhr, nach einer zweistündigen Kanonade genommen. 1500 Insurgenten, die die Besatzung bildeten, kapitulirten und streckten die Waffen. Allein noch haben sie folgende Punkte inne: das Quartier des Pflanzengärtens und Berey, den größten Theil der Vorstadt St. Antoine, einen Theil der kleinen Straßen zwischen dem Stadthause und der Straße St. Martin, den obern Theil der Vorstadt St. Denis und La Chapelle, endlich einen Theil des Marais und der Tempelvorstadt, in welcher letzteren Gegend man ihre Verschanzungen für sehr fest hielt. Sie sind entschlossen, sich bis auf den letzten Mann zu schlagen und erwarten stündlich den Zuzug der Arbeiter von Rouen, Havre, Rondair, Elbeuf und andern Fabrikstädten. Ueberhaupt wird auf beiden Seiten mit einer Erbitterung ohne Gleichen gefochten; es wurde unter Anderm heute erzählt, daß kein Theil dem andern mehr Pardon gebe, sondern die Gefangenen auf der Stelle erschossen würden! Ueber die Kämpfe von gestern Mittag war das einzige einigermaßen Sichere aus dem Berichte zu entnehmen, der in der Nationalversammlung abgestattet wurde.

Dabaud Laribiere, einer von den 9 abgesandten Deputirten, stattete Bericht über seine Sendung ab. Er war in Château Lau (auf dem Boulevard) bis zur zweiten Barrikade vorgedrungen, die gegen die Insurgenten der Umgegend gerichtet wurden. Bewerkte heftige Verstärkung. Man habe ihm die Bürgerkorps aus Amiens zugeführt. Der General hoffe noch diesen Abend mit dem Faubourg Saint Denis fertig zu werden; ebenso mit St. Antoine und den Marais. Sein System sei, die Barrikaden zu umzingeln.

Am Abend berichtete der Präsident über die Ereignisse des Tages, je nach den verschiedenen Berichten der Generale und Deputirten. Sie wissen, entwickelte er im Anfang seiner Erzählung, daß die Insurgenten nach einem gemeinsamen fürchterlichen Plane ihre Kräfte auf drei Hauptpunkte der Stadt konzentrirt hatten; 1) das Pantheon mit der Sperrinekirche, den engen Gassen des lateinischen Quartiers, Place Maubert und den schrecklichen Wirrsel der Weinhalle, gleichsam als Augenwerke. 2) Die Cité mit ihren zahlreichen Brücken und den großen Gebäuden der Seite jardinière und dem Hotel Dieu als Bollwerke. 3) Das sogenannte Clos von St. Lazar, das einer Art Centralfeste gleicht, mit der die Straßen St. Denis, St. Martin, La Chapelle, La Villette, Temple, Popincourt und St. Antoine als Strahlen in Verbindung stehen. — Das Pantheon und die Cité seien genommen, es bleibe nur noch das Clos von St. Lazar übrig, das dem Bombardement des vereinigten Ingenieur- und Artilleriekorps unmöglich lange widerstehen könne. Haubitzen, Leuchtkugeln, Brandraketen ꝛc. seien bereits vertheilt worden!

Nach diesen Berichten war allerdings leicht wahrzunehmen, daß nur die Nacht, nicht die Erschlaffung den Kampf unterbrochen hatte, und so war denn Paris heute Morgen von Neuem in ein Lager umgewandelt. Alle Straßen sind durch Detachements der Nationalgarde abgesperrt, Niemand darf passiren, alle Thüren und Fenster müssen geschlossen sein. Schon fürchtet man, es würde bald an Lebensmitteln fehlen, da die Zufuhr nur gering ist. Natürlich drängen sich Besorgnisse der verschiedensten Art; am Nachmittag will man wissen, die Insurgenten hätten neue Vortheile und Verstärkungen erhalten; doch spricht sich in diesen Gerüchten mehr die Angst aus, denn was die Verstärkungen angeht, so scheint vielmehr die Regierung aus allen bedeutenden Städten, die Kunde erhielten, Zuwachs an Linie und Nationalgarden erhalten zu haben.

So rückten heute Nachmittag weiter die Nationalgarden von Havre, Dyetot und Longjumeau und zwei Linienregimenter von Bourges ein. Zugleich fuhr die Regierung (d. h. Cavaignac und die Nationalversammlung) fort die größtmöglichste Energie zu beweisen. Ein heute Mittag angeschlagenes Dekret des Generals Cavaignac verbietet bis zur Wiederherstellung der Ruhe alle politischen Anschläge, die nicht von den konstituirten Behörden herrühren. Eine Proklamation des Präsidenten Senard, im Namen der Nationalversammlung erlassen, fordert die Nationalgarde auf, im Kampfe auszuharren und Paris vor der Anarchie, dem Brande, der Plünderung zu retten.

Zwischen vier und fünf Uhr bemerkt man, daß das Feuern etwas nachläßt, doch ist noch wenig Hoffnung vorhanden, daß der

Digitized by Google

Kampf heute beendet wird. — Vor einer Stunde sind zwei Marketenderinnen, die den Soldaten vergifteten Branntwein einschenkten, auf der That ergriffen, sogleich erschossen worden. — Die Vorsichtsmaßregeln werden immer strenger gehandhabt — Niemand darf mehr ohne eine schriftliche Bewilligung des Maires seines Arrondissements seine Wohnung verlassen, und auf den Straßen werden die Ausgehenden bei jedem Posten visitirt, ob sie nicht Waffen oder Munition bei sich tragen. — Fortwährend werden große Transporte von Gefangenen nach der Polizei-Präfektur, den Tuilerien und dem Louvre gebracht. Es sind größtentheils Weiber — nur wenige wohlgekleidete Leute sind darunter.

Die Nationalversammlung, die noch immer permanent ist, hat heute Morgen ihre Sitzungen, die sie nur die Nacht hindurch unterbrach, wieder aufgenommen; die Abgeordneten haben im Palaste selbst auf Ruhebetten und Bänken geschlafen. Präsident Senard zeigt an, daß die eingelaufenen Nachrichten beruhigend lauten. Das linke Seine-Ufer sei ganz frei, die Vorstädte St. Jacques und St. Marceau, die Barrièren von Fontainebleau, Italien und Arcueil seien von den Truppen und der Nationalgarde besetzt. Die 12. Legion der Nationalgarde, die in diesen Vorstädten des linken Seine-Ufers sich auf die Seite der Insurrektion geschlagen hatte, werde neu organisirt werden. Die Municipalität des 12. Arrondissements sei aus gleichem Grunde aufgelöst und drei Aerzte, die Gebrüder Baudelle, Frankfurt und Lauer sind einstweilen beauftragt, die Mairie dieses Arrondissements zu leiten. General Duvivier meldet vom Hôtel de Ville aus, daß er immer mehr Terrain gewinne, und daß er bis Mittag diesen Stadttheil ganz gesäubert zu haben hoffe. General Lamoricière meldet ein Gleiches aus den nördlichen Vorstädten, bis heute Abend hoffe er alle Positionen auf dem Felde St. Lazare bei der Nordbahn und in den Faubourgs du Temple und St. Antoine genommen zu haben. Die Insurrektion sei ganz entmuthigt und Deputirte, die mit den Insurgenten gesprochen haben, melden, wie diese selbst erklärten: sie wollten nicht, was sie thäten, nicht was sie wollten. Der Geist von Paris sei gut, und Alles zolle den energischen Maßregeln der Regierung volle Anerkennung. Die telegraphischen Depeschen aus den Departements lauten sehr günstig; Alles wetteifert bei den Präfekten, um als Freiwillige nach Paris zu ziehen und die Anarchie zu dämpfen und, wohlgemerkt! überall geschehe dies mit dem einzigen Rufe: Es lebe die Republik! — Bei diesen Worten des Präsidenten erhebt sich die ganze Versammlung mit dem enthusiastischen Rufe: Es lebe die Republik! — Auf den Vorschlag des Präsidenten wird sogleich ein Dekret votirt, wodurch 3 Millionen zur Unterstützung aller in diesem Augenblicke derselben dringlichen Bürger angewiesen werden. Da alle Arbeiten in Folge dieser Unruhen stocken, so haben die Maires in ihren Arrondissements sogleich Geld und Lebensmittel an alle Personen und Familien vertheilen zu lassen, deren Erwerb jetzt gestört ist. Das Dekret wird mit Einstimmigkeit angenommen.

Die letzten Nachrichten des Präsidenten erheiterten ihre Berathung; der Aufstand war im Verschießen und wurde, wie nachstehende Depesche beweist, am folgenden Morgen unterdrückt.

**Paris**, 26. Juni, 2 Uhr Mittags. Telegraphische Depesche. Das Oberhaupt der Exekutivgewalt an die Präfekten. Die Vorstadt St. Antoine, der letzte Punkt des Widerstandes, ist genommen. Die Insurgirten haben sich unterworfen, der Kampf ist beendigt. Die Ordnung hat über die Anarchie gesiegt.

☞ Soeben erhalten wir noch einige Pariser Blätter vom 25. Juni; einige derselben sind nur zur Hälfte erschienen. Dieselben stimmen im Wesentlichen mit dem überein, was wir oben erwähnt haben; alle kommen darin überein, daß Paris so blutige Tage noch nicht erlebt hat. Vollständig sind die Berichte noch nicht, doch gehen sie manche interessante Ergänzung. Der „Moniteur“ berichtet: Eine große Anzahl von Arbeitern, die mit den Waffen in der Hand oder als Zeugen von Munition ergriffen wurden, sind eingestellt. Alle wurden erwerbe im Augenblicke ihrer Verhaftung oder bei ihrer Ankunft auf der Polizeipräfektur durchsucht. Bei mehreren von ihnen fand man bedeutende Summen Geldes, über deren Quelle sie sich nicht genügend auszuweisen vermochten; und die scharfen Nachforschungen des Staatsanwalts rechtfertigen bereits die Vermuthung, daß es ihnen von den Anstiftern der Emeute gespendet sei. Wiederum ein neuer Beweis, daß die unglücklichen Ereignisse, welche die Hauptstadt mit Blut überschwemmten, von Machinationen herrühren, deren Fäden bereits offen dargelegen, und dessen gesammtes Netz hoffentlich nicht der Justiz entgehen wird.

Die Insurrektion hatte einen strategischen Plan zu Grunde gelegt; auf dem rechten Ufer der Seine war das sogenannte Clos St. Lazare furchtbar verschanzt und durch eine Reihe von Barrikaden gedeckt, die als Vorwerke dienten und sich bis in die Vorstädte St. Martin, St. Denis, St. Antoine u. s. w. ausdehnten. Auf dem linken Ufer war das Pantheon der Mittelpunkt der Operationen; die Straßen, die vom Pont neuf dahin führten, waren sehr stark befestigt, in einzelnen war von zehn zu zehn Schritten eine Barrikade errichtet, das Pantheon selbst durch einige erbeutete Kanonen gedeckt. So waren auf beiden Ufern der Seine die beiden Flügel, auf der Insel (der Cité) das Centrum der Operationen, in der Kirche St. Severin soll das Hauptquartier der Insurgenten gewesen sein. Der Kampf mußte daher ganz kunstgerecht geführt, das Pantheon und St. Lazare beschossen und erobert werden, in der Cité tobte der Kampf die Nacht hindurch und wie man denken kann, mit furchtbarer Verwüstung. Die zu Hilfe gekommenen Nationalgarden gingen sogleich ins Feuer, die von Montmorency focht bei St. Lazare, die von Pontoise am Pantheon.

Telegraphische Depesche. Paris, 27. Juni, 8½ Uhr Morgens. Der Chef der Exekutivgewalt an die Präfekten: Heute erfreut sich Paris der größten Ruhe. Alles ist wieder zur Ordnung zurückgekehrt.

## Oesterreichische Monarchie.

Vom Fuße der Karpathen den 16. Juni wird dem Sdw. M. geschrieben: So wenig man auch sonst hier von den politischen Ereignissen berührt wurde und dieselben meist erst spärlich, wenn sie vorüber waren, so sehr scheinen wir jetzt in dieselben hineingezogen werden zu sollen. Sendlinge des Panslavismus sind auch bis zu uns vorgedrungen, und sie treiben ihr Werk diesseit und jenseit der Karpathen. Vornehmlich ist es das Czechenthum, welches sich geltend zu machen sucht, und dies nicht ohne Erfolg, weil die hiesige slavische Bevölkerung mit dem Stamme der Czechen näher verwandt ist, als mit den Polen. Insbesondere nehmen die Bauern aus den Kreisen Teschen und Troppau eine ziemlich bedrohliche Miene an. Hört man ihre Aeußerungen, so überzeugt man sich, daß sie sich alsbald für ein slavisches Königreich Böhmen, zu dem Mähren käme, erklären würden. In Galizien gährt es ebenfalls immerfort, und Krakau ist der Herd der Bewegung. Wenn man jedoch glauben wollte, es wolle bei den Slaven an und in den Karpathen Hinneigung zu Rußland, so würde man im Irrthume sein. Das Dichten und Trachten geht nur auf eigene selbständige Unabhängigkeit. Zu Polen, wenn es wieder hergestellt werden könnte, würde man lieber halten. Die Stellung der Deutschen ist hier eine bedrückte, denn man ist ihnen so ziemlich allgemein nicht hold, und das weniger aus persönlicher Abneigung, als deßhalb, weil man sie als seine Herren anerkennen soll. Aus den Gebirgen herab kommen jetzt mehr denn je Menschen, die ihre dasige traurige Existenz nicht länger zu ertragen vermögen. Aus ihnen würde sich, wenn es dazu kommen sollte, sehr leicht ein schlagfertiges und schlagfertiges Korps bilden lassen. Sie unterzubringen fehlt es freilich bei der starken Rekrutirung nicht an Gelegenheit. Aber wo sie nur können, entziehen sie sich derselben, weil ihnen, trotz ihrer Rauflust, der Soldatenstand nicht zusagt.

Hermannstadt, 4. Juni. Gestern war hier im Hofraume des Rathhauses große Bürgerversammlung. Der Sprecher der Stadtgemeinde ließ eine Zuschrift des Schäßburger Magistrats vom 2. Juni ablesen, worin Schäßburg auf die Abhaltung einer allgemeinen Nationalversammlung des sächsischen Volkes anträgt, worin die Bedingungen, unter welchen allein die Sachsen der Union beistimmen können, festgesetzt und die kräftigsten Maßregeln zur Beachtung und Erfüllung derselben von Seite der Magyaren bestimmt werden sollen. Der hiesige Magistrat wird aufgefordert, diesen Antrag zu unterstützen. Derselbe hat bei den Bürgern Hermannstadts lauten Anklang gefunden. An nun soll es nicht fehlen. — In der Bürgerversammlung wurde ein Gesuch an die Nationenuniversität aufgelesen und angenommen, worin dieselbe angegangen wird, bei den Kreisen das Nöthige wegen möglicher Abwendung der durch unbedingte Annahme der Union dort drohenden Gefahr des Verlustes unserer nationalen Rechte und Freiheiten einzuleiten. 603 Unterschriften bedecken das Gesuch, darunter die Namen der angesehensten Bürger aus der Gemeinde und dem Magistrat. Zugleich wurde beschlossen, dieses Gesuch in Druck zu legen und nebst einem Aufruf an die Bürger in alle Bezirkreise zu senden. (Konstit. Donauz.)

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung an. Für England bei Hrn. Elmer & Kapp, 73 Newgate-Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika Herder (vormals Koch) in Straßburg Nr. 20 Quai Kleber in Straßburg Nr. 20 Rue Notre Dame des Victoires.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptexpedition besorgt das Großh. Bad. Postamt in Heidelberg. Der Preis beträgt vierteljährlich fl. 1½. — Durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 1½. 30 kr. Für Ausgaben wird der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 180. Heidelberg, Freitag 30. Juni. 1848.

## Uebersicht.

**Das Treiben in Berlin.** — **Prag** (Zustand der Stadt). **Berlin** (die Verfassungskommission für Abschaffung des Adels. Das neue Ministerium gebildet. Programm der Minister). **Posen** (die Russengerüchte. Adresse des Vereins in Leipzig zur Wahrung der östl. Grenzen). **Aus Baiern** (die Beschlüsse der Nationalversammlung. Das Schleswig-Holsteinerfest). **München** (ruhige Stimmung. Mäßigkeit ultramontane Demonstration). **Mannheim** (Auflauf). **Frankfurt** (Bundestagsverhandlungen. Baiern wünscht seine Truppen aus Baden zurück. Note des Hrn. Welcker über die Plakate von Trier. Mittheilung des hamburger Ehrlandten. Die Abstimmungen über die einzelnen Gesetzesbestimmungen der Centralgewalt beendigt). **Bremen** (Verhandlungen der deutschen Vereine in Venezuela).

**Schweiz. Aarau.** Heinrich Zschokke †.

**Großbritannien.** Niederlage und Rücktritt des Ministeriums erwartet. John O'Connell tritt dem Irenbunde nicht bei.

**Frankreich. Paris.** Die Begebenheiten am 25. und 26. Juni. Strenge Maßregeln des Diktators. Unterdrückung von Blättern, Verhaftungen von Personen. Einzelnes aus dem Kampfe. **Straßburg.** Der Aufstand in Paris; verwandte Bewegungen; die Militärdiktatur.

**Italien.** Neue Kriegsrüstungen; der Uebermuth der Italiener sehr herabgestimmt; das Ministerium verlangt seine Entlassung.

### Heidelberg, 29. Juni.

Ob es der letzte Trumpf ist, welchen die wühlende Partei in Berlin ausspielt, wie Einige uns trösten wollen, lassen wir dahin gestellt. Es ist aber ein fürchterlicher, ein Trumpf der Verzweiflung, die Regierung, d. i. den König oder eine Hofpartei, anzuschuldigen, daß sie in geheimer Verbindung mit Rußland stehe, daß sie den Czaren heimlich gerufen oder doch heimlich dulde, daß er mit seinen Armeen unserer Grenze sich nähere, um sie zu überschreiten. Der König, der konstitutionelle König, wirft sich in die Arme seines russischen Schwagers, um sich vom Joch, das seine Nation ihm auferlegt, zu befreien! Solche verwegene Anschuldigung fordert Beweise. Und welche Beweise gibt man? — Daß Polen von russischen Bajonetten starrt, daß die Armee allerwärts unserer Grenze sich nähere, daß die Offiziere an derselben laut höhnend sich rühmen, sie machten uns nur einen friedlichen Besuch „als Schwägersleute", um den gefangenen Schwager zu befreien; — daß man alle Kraft verschwende, den Westen zu befestigen, wohingegen die Ostgrenzen fast unbefestigt gelassen werden; daß man zu wenig Truppen daselbst konzentrirt, und diese wenigen selbst unbegreiflicher Weise wieder fortziehe; — daß der König Privatdepeschen mit Petersburg gewechselt, daß Minister Camphausen, als er davon Kenntniß erhalten, sofort resignirt, weil er die Verantwortlichkeit dieser Akte vor der Nationalversammlung weder vertreten könne noch wolle; — daß aus diesem Grunde die heute kein Ministerium zusammengebracht sei, weil Niemand über diese Handlungsweise vor der Kammer die Rechenschaft übernehmen wolle; — daß noch jetzt General von Pfuel in speziell königlichen Angelegenheiten nach Petersburg gesandt sei, um — wisse man welchen? — Vertrag abzuschließen; — daß endlich der König, eben wie der Prinz von Preußen, sich fern von seiner Hauptstadt, seinen „lieben Berlinern" halte, fest verschanzt in Potsdam und auf dem Babelsberge, während das gewiehene Vertrauen durch seine vertrauensvolle Anwesenheit unter seinen Berlinern so leicht wieder hergestellt wäre, während man wissen könne, welche Rathschläge unter den aristokratischen und bureaukratischen Flüchtlingen in Potsdam sein Ohr umschwirrten!

Die Plakate an den Straßenecken sprechen diese Anklagen nicht laut aus; schlimmer, man wirft sie nur hin, man insinuirt sie als Etwas, was sich von selbst verstünde, wahre Thatsachen mit falschen untermischt. Aber was noch schlimmer ist, der Glaube daran ist unter einem Theile der Bevölkerung verbreitet; von Mund zu Munde spricht man laut den Verdacht aus. Die Fraktionisten warnen, Gedankenlose plappern ihnen nach und die Freunde der Ordnung müssen schweigen, oder ohne Beistand von sprechenden Thatsachen die Verleumdung aus allgemeinen Gründen zu widerlegen suchen, denn die Regierung schweigt, und sie schweigt, weil es im Augenblicke keine Regierung gibt. — Es ist ein Augenblick der Spannung. Erscheinen doch die Belege der Anklage zuweilen so schlagend, daß selbst der Gutgesinnte irre werden könnte. Prüfen wir sie, so wird die Last vielleicht leichter.

Der Uebergang vom absoluten Königthum zum konstitutionellen ist für die Monarchie eine schwere Aufgabe. Sollte ein hohenzollerischer Fürst, geweiht das Reich Preußen als sein Werk, die Nationalität seiner Bewohner als die Schöpfung seiner Vorfahren anzusehen, sollte er, gewohnt an Selbstschaffen, mit einem Wurf die neue Rolle lernen, die ihm verbietet, selbst Etwas zu thun, weil er Nichts selbst verantworten darf? War diese Selbstzurückhaltung für einen Charakter wie Friedrich Wilhelm IV., dessen Geist überspruhelt von Entwürfen, von Phantasie und Mittheilungsthätigkeit, nicht eine ganz besonders schwierige? Sein Vater, hätte unter ihm das konstitutionelle Prinzip gesiegt, würde vermöge seines ruhigen, schüchternen, gegen sich selbst mißtrauischen Charakters leichter sich darein gefunden haben, er würde ein vorzüglicher konstitutioneller Monarch geworden sein. Konnte man aber von seinem Sohne erwarten, daß er in jedem seiner Schritte sich von seinem Ministerium würde leiten lassen, daß er bei jeder Bewegung seines lebhaften Geistes die Grenzen, die einem konstitutionellen Könige gesteckt sind, genau innehalten werde? Wie oft, als er noch absoluter König war, durchkreuzten seine Gedanken und Reden die lang durchdachten, besprochenen Pläne seiner Minister. Konnte man erwarten, daß er plötzlich seine Natur geändert, daß er zum Automaten geworden? Er schrieb an seine Schwester, er schrieb an seinen Schwager nach Petersburg; es sei möglich, daß in die Briefe mehr hineingeflossen, als ein konstitutioneller Monarch in einer Privatkorrespondenz sagen soll, Seufzer, Herzensergüsse, Klagen, Wünsche. — Das ist nur und allein Annahme, um eine mögliche Thatsache zu erklären. Für einen Verrath ist das ebensowenig ein Beweis, als auch sein gehässigster Feind dem Könige seine Liebe für ein einiges Deutschland und seine Abneigung gegen russische Maximen nicht in Abrede stellen kann.

Rußen nähern sich der Grenze! — Sie waren immer an der Grenze. Russisch Polen starrte immer von Bajonetten, um den Aufstand, die Nationalität niederzuhalten, um den Grenzverkehr zu hindern. Die jüngsten Begebenheiten in Posen sind ein mehr als hinreichender Grund für eine stärkere Konzentrirung von Truppen auf russischer Seite. — Ist, was russische Offiziere äußern, ein Evangelium, und wird die russische Diplomatie, die schlaueste unter allen, ihren Lieutenants und Unteroffizieren ihre geheimen Intentionen mittheilen? Gestern berief man sich auf die Bossische Zeitung, die für reaktionär, d. h. nichtrepublikanisch gilt, welche von allen Seiten seine Nachrichten bestätigte; heute bringt sie und die andern Zeitungen eine Erklärung aus sicherer Quelle, daß die Gerüchte „von bedrohlicher Anhäufung russischer Truppen an der Grenze, sowie wegen kriegerischer Noten von Seite Rußlands aller Begründung entbehren." — Preußen hat im Westen Ehrenbreitstein, Koblenz und Köln befestigt; im Osten hat es mehr gethan, es hat drei neue Festungen mit ungeheurem Kostenaufwande geschaffen, Königsberg, Pyd und Posen. Diese Festungen wurden erbaut, als Preußen im freundlichsten Verkehr mit Rußland stand, als Grenzwehren des gesammten Deutschlands gegen den Osten; nicht ohne Furcht ängstlicher Staatsmänner von damals, daß dies als eine Demonstration gegen einen Alliirten erscheinen könne. Preußens Regierung kehrte sich nicht an diese Aengstlichen. Neuerdings wird Glogau, Thorn, Graudenz in Belagerungsstand gesetzt, man fällt die Bäume, man be-

Digitized by Google

reitet Barrikaden. Es geschah auf das Gerücht, daß russische Truppen die Grenze überschreiten könnten. Schmeckt das nach Verrath, nach russischer Allianz? Das neunzehnte Regiment ist aus Posen fortgezogen, es marschirt durch Berlin nach Magdeburg; es war ein Regiment aus Nationalposen bestehend. Dafür marschirt das achte Regiment, aus Deutschen bestehend, nach Posen. Kein Mann ist weniger treu als früher dort war; wenn aber nicht mehr Truppen dort sind, so sind die zur Rede zu stellen, welche Preußen nöthigten, seine Kernruppen nach Schlesewig zu senden und auf jede Bedingung einen Krieg zu führen, der nicht sein Krieg war, dessen Kosten aber das Land erschöpfen und seinen Ostseehandel vernichtet haben.

Damit ist nicht alles Dunkel aufgehellt, aller Verdacht entfernt, das Mißtrauen, das an unserem Lebensmark zehrt, bedarf stärkerer Heilmittel. Warum, in einer so wichtigen Sache, sprechen die nicht deutlicher, als durch furze Zeitungsartikel „auf sicherer Quelle", welchen die Ehre der Krone anvertraut ist, oder denen sie zunächst am Herzen liegen muß? Das Wort regiert die Welt, und sie haben es noch nicht gefunden, das rechte Wort. Der König wird Potsdam verlassen und wieder unter den Berlinern wohnen; man sagt, am nächsten Montag. Hoffen wir da auf eine glückliche Wendung, oder ist auch das ein Verdachtsgrund, daß er von der Hauptstadt solange fern blieb, als man noch den Plünderzug nach dem Zeughause als unschuldiges Vergnügen einiger Unbesonnenen einschuldigte?

---

**Oesterreich.** Prag, 22. Juni. Die Kleinseite der Stadt ist noch immer militärisch von der Altstadt abgeschlossen und mit Massen von Truppen besetzt, um von dort (Gradschin) die Stadt zu beherrschen. Die Besatzungen in der Stadt, Militär und Nationalgarde getheilt, sind schwach. Auf dem Quai darf Niemand spazieren gehen. Der Belagerungszustand der Stadt dauert verlässig fort. Die Entwaffnung des Volkes (nicht der Nationalgarde) ist ziemlich vollständig geschehen; doch hat der größte Theil der Aufrührer die Stadt verlassen und durchstreift das Land. Vom Militär sind weit mehr, man gibt 6—700 an, als vom Volke geblieben. Die Stadt sieht noch wüst und ausgemordet aus. Niemand kennt der hingestellten Regie. Die Bürger der Ultraczechen, von denen ich jeder schon als böhmischer König träumte, sind verhaftet. (D. Z.)

Fürst Windisch-Grätz hat gestern folgende Proklamation erlassen: Es sind mir aus verschiedenen Theilen der Provinz und aus dem Auslande Dankadressen für die Unterdrückung der in den letzten Tagen stattgefundenen Unruhen theils zugemittelt, theils durch Deputationen überreicht worden. Indem ich für die in diesen Dankadressen ausgesprochenen wohlwollenden und auf mein Gemüth wohlthätig wirkenden edlen Gesinnungen meinen verbindlichsten Dank ausdrücke, fühle ich mich durch diesen Anlaß zu der Erklärung verpflichtet, daß ich die Waffengewalt keineswegs zu einem Parteienkampfe der Nationalitäten, sondern zur Bändigung eines offenen Aufruhres anzuwenden bemüßigt ward. Prag, 22. Juni 1848. Fürst Windisch-Grätz, Feldmarschall-Lieutenant und Kommandirender General. (L. Bl. a. B.)

**Preußen.** Berlin. Der Staatsanzeiger enthält folgenden Erlaß: Nachdem der Präsident des Staatsministeriums, Staatsminister Camphausen, sowie die Staatsminister Graf v. Schwerin, v. Auerswald, Bornemann und Frhr. von Schleinitz, ingleichen der Chef des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Frhr. v. Patow, von Mir auf ihren Antrag aus ihren bisherigen Stellungen entlassen worden sind, habe Ich 1) den Oberpräsidenten v. Auerswald zum Präsidenten des Staatsministeriums und zugleich interimistisch zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, 2) den Präsidenten der Nationalversammlung, Abgeordneten Milde, zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, 3) den Generalstaatsschuldirath, Abg. Robbertus, zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten, und 4) den Kriminalgerichtsdirektor Marcker zum Justizminister ernannt. 5) Von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten soll die Verwaltung der landwirthschaftlichen Angelegenheiten getrennt und ein eigenes Ministerium für diese Angelegenheiten gebildet werden, dessen Leitung Ich dem Stadtsyndikus, Abg. Gierke, unter Ernennung desselben zum Staatsminister, übertragen habe. 6) Die Leitung des Ministeriums des Innern habe Ich dem Regierungspräsidenten Kühlwetter, jedoch auf seinen Wunsch nur interimistisch, übertragen. Der Finanzminister Hansemann und der Kriegsminister Frhr. v. Schreckenstein bleiben in ihren bisherigen Stellungen. Sanssouci, 25. Juni 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (Contras.) Hansemann. An das Staatsministerium.

Ferner enthält der Staatsanzeiger das Programm, welches die neuen Minister (in der Sitzung der Nationalversammlung vom 26. Juni) ihrer Thätigkeit zu Grunde zu legen erklärt haben. Die bezeichnendsten Stellen sind: „Wir wollen die dauerhafte Begründung der konstitutionellen Monarchie. Deßhalb halten wir fest an dem Zweikammersystem und an dem Grundsatze, daß die gesetzgebende Gewalt von den beiden Kammern und dem Könige gemeinschaftlich ausgeübt werde. Deßhalb wollen wir aber auch, daß die Bildung jeder Kammer in einer Weise erfolge, durch welche ihr hinreichendes Vertrauen und Ansehen im Volke gesichert werde; zu diesem Zweck möge die erste Kammer auf eine volksthümlichere Basis, als es in dem von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwurfe vorgeschlagen worden ist, begründet werden. Wir halten uns überzeugt, daß die Wünsche und Bedürfnisse des Landes die Befestigung der erworbenen Freiheit und — zum Schutze derselben, so wie zur Wiederherstellung des gestörten Vertrauens — die Stärkung der Staatsgewalt dringend erheischen, damit auf der einen Seite keine Besorgniß vor einem Versuch zur Wiederherstellung des früheren Regierungssystems entsteh, auf der anderen Seite die Freiheit nicht in Anarchie ausarte. So weit die bisherigen Gesetze nicht zur Erfüllung dieser Aufgabe ausreichen, werden wir, keinen Anstand nehmen, Ihre Mitwirkung zur Erlangung der nothwendigen Mittel in Anspruch zu nehmen; denn die größten Gefahren im Innern und nach Außen würden für Preußen und für Deutschland daraus entstehen, wenn nicht bald das Vertrauen auf gesetzmäßige Ordnung und auf feste Begründung der konstitutionellen Monarchie sich allgemein befestigte."

Zur Erreichung dieses Zwecks sollen dienen: ein neues Bürgermeistergesetz, ein Gesetz zur Befreiung des Eigenthums, Entwurf einer freisinnigen auf dem Grundsatze der Selbstverwaltung der Gemeindeinteressen beruhenden Gemeindeordnung, Reorganisation der hierher einschlägigen Verwaltung, Reformen in der Steuergesetzgebung, namentlich Aufhören der Steuerbefreiungen, Belebung der Gewerbthätigkeit, Beschäftigung der erwerbenden Volksklassen durch umfassende Arbeiten u. s. w. Das Programm schließt: „Also in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in unserm Thun und Handeln — nicht in abstrakten Erklärungen, die verschiedenartiger Deutung ausgesetzt sind — fassen wir die denkwürdigen Ereignisse des Monats März und unsere Anerkennung der damals stattgehabten Revolution auf, einer Revolution, deren ruhmvollen und eigenthümlichen Charakter darin besteht, daß sie — ohne Umsturz aller staatlichen Verhältnisse — die konstitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat. Auf rechtlicher Grundlage steht diese Versammlung, steht die Krone; diese Grundlage halten wir fest".

Berlin. In der gestrigen Sitzung der Verfassungskommission ist durch Stimmenmehrheit von 12 gegen 10 angenommen worden, daß die Abschaffung des Adels in den neuen Verfassungsentwurf aufzunehmen sei. (D. P. Z.)

† Posen, 25. Juni. Nach den „glaubwürdigen", „begründeten", „unzweifelhaften" Nachrichten der Zeitungshalle, der Breslauer Zeitung, der Bremer Zeitung u. A. müßten wir hier längst von den Russen erniet sein. — Die genauen Berechnungen der Truppenzüge des Königreichs, die von Riga und von Grenzkosaken aus beobachtet worden sein sollen, müssen jetzt doch ungefähr eine halbe Million Russen jenseit der Grenze ergeben. Zu verwundern ist nur, wie geheim sie sich zu halten wissen, denn obgleich während der Wollmärkte doch ein ziemliches Hin- und Herreisen nach und aus dem Königreich Polen stattgefunden hat, so ist doch von den Reisenden, so viel wir hier in Erfahrung bringen konnten, durchaus Nichts von solchen auffallenden Truppenmassen bemerkt worden. Daß die Festungen bis nach Schlesien armirt werden, ist natürlich, solche Maßregeln pflegt man aber nicht bloß zur äußersten Zeit vorzunehmen. — Wir halten die Ausstreuung von solchen Gerüchten für einen elenden, abgenutzten Puff, der zum Zweck hat, Unwissende zu terrorisiren, und fürchten bei diesem Ausspruch die Beschuldigung nicht, welche die Polen gegen uns Deutsche hier schon zu erheben anfangen. Sie möchten uns gern zu Russenfreunden machen, da sie unsere Freundschaft für sie ziemlich abgekühlt finden. Auch solche elende Manipulationen erkennt der Verständige leicht. — Die Abreise des Vereins zur Wahrung der östlichen Marken Deutschlands in Leipzig an die deutsche Nationalversammlung hat hier sehr wohlthuend gewirkt. Wir theilen den Anfang und den Schluß derselben mit: „Mit Schmerzgefühl (so hebt sie an) haben wir und mit uns viele patriotische Männer den unbedachten Antrag vernommen, den in der konstituirenden Nationalversammlung Herr Benedey gegen den Abgeordneten Posens gestellt hat. Während die deutsche Bevölkerung des Großherzogthums Posen unter den schlimmsten Verhältnissen, verlassen von ihrer Regierung

Digitized by Google

und vollkommen ungerüstet gegen einen höchst gefährlichen Aufstand, der vom Auslande her fortwährend neue Nahrung fog und von übrichten und verkehrten Sympathien in Deutschland begünstigt wurde, mit unsäglichen Opfern, auf wahrhaft bewundernswürdige Art ihr Deutschthum vertheidigte, nährte und aufrecht erhielt, sich selbst und Deutschland zum Ruhme, treten in einer hohen Nationalversammlung, die für Deutschlands Einheit und Ehre zu sorgen berufen wurde, Männer auf, die sich nicht entblöden, ihren deutschen Brüdern und Stammesgenossen feindlich, deren Feinden das Wort zu reden". — Nach einer sachlichen Erörterung der Staatsvorträge, der provisorischen Verhältnisse und Vergleich derselben mit Böhmen schließt die Adresse also: „Wir fordern, daß unsere Nationalvertreter mehr auf die Stimmen der Deutschen als auf die Einflüsterung der Polen hören sollen, wir fordern von ihnen, daß sie die Interessen Deutschlands und der Deutschen wahrnehmen, daß sie, vom Gefühle der Deutschheit geleitet, reden und handeln. Wenn Jemand Rechte weiß und vertheidt von der Lage der Dinge an den östlichen Marken, so möge er im Bewußtsein seiner Unkenntniß schweigen, nimmermehr aber zu dem selbstmörderischen Treiben die Hand bieten, das unser Volk so lange geschändet und geschändet". Unser Kommandirender hat uns noch nicht verlassen, General v. Pfuel wird stündlich zurückerwartet.

§§ **Aus Baiern.** Mit großer Genugthuung sehen wir, daß in allen großen und entscheidenden Fragen, die deutsche Nationalversammlung der in sie vom Volk gesetzten Vertrauens würdig, einsichtig und einmüthig handelt, oder wenigstens mit entschiedener Stimmenmehrheit die Antworten gibt. Namentlich haben wir uns über den kräftigen Ausdruck edler Vaterlandsliebe in den böhmischen und Tiefinurer Angelegenheiten gefreut, als über das Zeichen, daß in der Nationalversammlung das Gefühl der Einheit täglich mehr erstarkt. Wenn wir aber dieses dem Bruderstaat gegebene Zeichen der Einheit mit froher Zuversicht begrüßen, so erwarten wir nicht minder von ihm, daß er diese Einheit anerkenne, wenigstens nicht thatsächlich widersprache. Die Regierung Oesterreichs hat den Gehaltsvorwurf noch nicht zurückgenommen und autorisirt damit einen förmlichen Raub an den Gewehren der Bruderstaaten. Wohin sollte es führen, wenn dies durch und durch rechtswidrige Verfahren von jeder der andern Staaten nachgahmt würde? Hat die Nationalversammlung das Recht Oesterreichs als eines deutschen Staates anerkannt, so muß es dasselbe auch an seine Pflicht mahnen, und ganz Deutschland darf von der Nationalversammlung erwarten, daß sie Oesterreich ohne Weiteres veranlasse, eine Verordnung zurücknehmen, die in Privatverhältnissen denjenigen, der sie erließe, aus der Reihe der ehrenhaften und ehrlichen Männer ausstieße.

§ **München**, 25. Juni. Ist es die Aufgabe der Nationalversammlung wie des ganzen Volkes, für die Begründung der neuen Staatsverhältnisse jeden Versuch zur Wiederkehr der alten Zustände zu vereiteln, so wie den Verführungen und Drohungen der Demokraten besonnenen und festen Widerstand entgegenzusetzen, so hat die Bevölkerung unserer Stadt mehrmals gezeigt, daß sie der Aufgabe sich bewußt ist. Es ist nicht lange her, daß sie den Versuch, Mißtrauen gegen die Regierung öffentlich auszusprechen, mit großer Mehrheit zurückgewiesen, da es nur begründet erscheinen könnte, wenn dieselbe vom Programm des 6. März sich entfernte oder gar ihm untreu würde. Möglich, daß auf diese, so zu sagen, konfessionelle Demonstration ihn Anhänger des früheren Systems die Hoffnung geschöpft, wieder Einfluß zu gewinnen, ja vielleicht sogar die Meinung gefaßt, die alte Zeit sei bereits wieder da. Es wurde behhalb eine Adresse an's deutsche Parlament verfertigt, auf dem Rathhaus aufgelegt und mittelst Straßenanschlags zur Unterschrift derselben eingeladen. Ueber der Adresse wurden weder genannt noch bekannt. Den Inhalt aber bildete eine Schilderung der Gefahren, die der katholischen Kirche drohten und das Verlangen gänzlicher Trennung und Unabhängigkeit der Kirche vom Staat. Für Diejenigen, denen der Inhalt in der gewählten Form nicht ganz verständlich war, wurde — wie man sagt — gelegentlich die Umschreibung gegeben: Ihr sollt bloß Eure Meinung abgeben, ob Ihr katholisch bleiben oder lutherisch werden wollt? In der That mögen 500 bis 700 Unterschriften gewonnen worden sein, als sich auf dem Rathhaus ein Handel über diese Adresse entspann, der zu heftigem Wortwechsel führte und damit endete, daß die Adresse zerrissen wurde. Abgesehen von dieser Art der Meinungsäußerung, an welcher ich unter keinen Umständen Geschmack finde (es sei denn, daß sich durchaus kein Ueberer nennt und für das Unternehmen einsteht), muß man sie selbst als den Ausdruck der vorherrschenden Gesinnung der Bürgerschaft betrachten, die, obwohl in großer Mehrheit streng katholisch und eben noch durch die Fronleichnamsprocession kirchlich erregt, das Regiment Abel-Hörmann noch in zu frischem Andenken hat, um seiner Rückkehr eine Brücke bauen zu wollen. Der Versuch muß als gescheitert angesehen werden. Uebrigens hat bereits die Geistlichkeit, die man im Verdacht der Urheberschaft hatte, öffentlich jede Betheiligung im Abrede gestellt; auch Guido Görres, den man als Verfasser der Adresse in öffentlichen Blättern bezeichnet, soll sich dagegen verwahren.

**Baden.** Δ Mannheim, 18. Juni. Um übertreibenden Gerüchten vorzubeugen, melde ich Ihnen, daß gestern Abends gegen 9 Uhr in Folge der Arretirung mehrerer Personen durch baierische Soldaten ein Auflauf stattfand, der aber ohne Folgen blieb. Es wird erzählt, die Soldaten hätten die Arretirten mißhandelt, was allgemeinen Unwillen hervorrief. Die Untersuchung wird wohl den Thatbestand aufklären. Aus mehreren Vorfällen scheint soviel hervorzugehen, daß das baierische Militär sehr erbittert gegen die Bewohner Mannheims ist und dieser Stimmung in manchen unüberlegten Redensarten Raum gibt. Andererseits reizt man dieses durch Absingen der bekannten Heckerschen Lieder, durch Ausbringen von Toasten auf die Republik, auf Hecker u. s. w. Es sind eben zwei feindliche Elemente nebeneinander gelagert, welche bei dem geringsten Anlaß in Kampf gerathen können.

Δ **Bremen**, 27. Juni. Unter dem heutigen Datum erhielt ich via St. Thomas einen langen Bericht von den Verhandlungen, welche unsere Landsleute in Venezuela in ihren Vereinen zu Caracas und Valencia über die heimischen Angelegenheiten gepflogen haben, mit der Bitte, ihn der Oeffentlichkeit zu übergeben. Der Bericht ist jedoch bei der jetzigen Ueberfülltheit der Zeitungen ohne Zweifel weit aus zu lang und enthält auch in der That Vieles, das eben nur geschrieben werde, um es und sich „einmal gedruckt im Wochenblättchen zu lesen." Als Hauptinhalt hebe ich Ihnen daher nur außer der lebhaften Theilnahme an der politischen Umgestaltung Deutschlands, die aus jeder Zeile spricht, der ausgesprochenen Zweck des Vereines hervor, der darin besteht, sämmtliche Deutsche in diesen Ländern zu koncentriren und sich in möglichst engem Zusammenhange mit der Heimath zu erhalten. Folgtegt ist — wie würde die „neue rheinische Zeitung" damit vom Bocke fahren, wenn sie es bekäme! — ein mit hundert Unterschriften bedecktes „Manifest der Deutschen in Caracas an das deutsche Volk", worin sie sich einstimmig für die deutsche Republik aussprechen. Sie werden das nicht abdrucken, das weiß ich im Voraus, und ich bin leider zu „reaktionär", um Behufs der Veröffentlichung derselben Verhandlungen etwa mit jenem Blatte oder der „Mannheimer Abendzeitung" anzuknüpfen. Mithin bleibt es liegen, und da das deutsche Parlament, wie aus dem stenographischen Berichte zu ersehen, bereits ein Duplikat davon erhalten hat, so glaube ich vor meinen Freunden im Thale der Guayra und auf den Bergen von Caraboho die Nichterfüllung ihrer Mandatez um so ehre verantworten zu können, als ich sie durch längeren Aufenthalt hinreichend kenne, um zu wissen, daß sie unter den jetzigen Verhältnissen ihre republikanische Politik gewiß fahren lassen werden. Die Anspache ist nämlich am Ende April geschrieben, zu einer Zeit, wo die Nachrichten aus der Heimath für sie noch nicht weiter als bis zum 15. März reichten. Damals waren noch Viele in dem Zubel der ersten Begeisterung und in dem gerechten Hasse über die bisherigen Systeme Republikaner, weil sie eben die mathematisch unangreifbare Form der Republik aus Unkenntniß der in Deutschland bestehenden Verhältnisse für ausführbar hielten. Sie vollends wußten noch Nichts von dem Verrath des Freiheitsmänner, die mit Fremden ihrem Vaterlande eine Freiheit aufzwingen wollen, gegen welche die Geister in den Kasematten protestiren. Denn, obgleich unsere Landsleute in Caracas die „Majestät des Volkes" der „lebensvollen Gestalt eines deutschen Kaisers" vorziehen, so ist ihre ganze Richtung doch viel zu national, als daß sie jemals zugeben würden, daß die schwarzrothgoldene Flagge sich mit der blauweißrothen verschlänge. Sie wollen eine kräftige deutsche Gesammtheit, die ihre Söhne in der Fremde gehörig zu schützen vermag; aber sie wollen auch Ordnung und Gesetzlichkeit im Lande; und da sie mit Recht den großen Unterschied täglich bemerken, der zwischen ihnen und den spanischen Kreolen besteht, so halten sie aus der Ferne auch das gesammte deutsche Volk für eine Republik reif. Ich werde daher von meinen schlecht unterrichteten Freunden an die besser zu Unterrichtenden appelliren; bis zur anlangenden Entscheidung und eventuellen Ernennung eines andern Mandatares aber bleibt das Manifest liegen.

§ **Frankfurt**, 27. Juni. Der gestrige Sturm in der Nationalversammlung erregte wunderlei Besorgnisse für die ungestörte Abhaltung der heutigen Sitzung. Die Aufregung war auf der Versammlung in das Publikum außer dem Hause übergegangen, weßhalb nicht nur eine starke Wache in der Nähe der Paulskirche aufgestellt,

Digitized by Google

die jedoch auf Anordnung des Präsidenten bald wieder abzog, sondern auch auf der Galerie eine große Anzahl Konstabler vertheilt wurden. Die Parteien hatten sich indessen gestern lange berathen, welche Schritte zur Ausgleichung des Zerwürfnisses zu thun seien, und noch vor Eröffnung der Sitzung fanden in der Paulskirche Besprechungen unter der Vermittlung des Präsidenten Gagern mit den Vertretern der Parteien Statt. Nach Eröffnung der Sitzung ergriff Gagern zuerst das Wort und sagte: Ich habe mir eine Mission des Friedens und der Einigung in dieser Angelegenheit erwählt und hoffe, daß dieselbe nicht fruchtlos sein werde. Es hat gestern ein Auftritt in diesem Hause Statt gefunden, nicht wie es wünschenswerth für das Endziel dieser wichtigen Verhandlung ist. Ich bitte Sie, heute mit friedlicher Gesinnung die Berathung zu beginnen, und ich habe auch die Ueberzeugung, daß Sie dieser Bitte entsprechen. Die Absicht der Versöhnlichkeit mit Ihnen theilen wir Andern gewiß, und im Vertrauen darauf ergreife ich das Wort. Dr. Heckscher hat gestern eine Bemerkung gemacht, welche vielfachen Anstand erregt hat. Man hat verlangt, daß derselbe zur Ordnung gerufen werde, was nicht geschehen ist, vielleicht weil man nicht genau wußte, wie die Worte lauteten. Dr. Heckscher hat mit seinen Freunden Rücksprache genommen und ist von denselben gebeten worden, eine Erklärung zu geben, welche ich Ihnen mittheilen werde, und welche zu geben Dr. Heckscher um so weniger Bedenken trägt, da er keine beleidigende Absicht gehabt habe. Die Erklärung geht dahin, Heckscher habe gestern einige Worte gesprochen, welche mißverstanden worden seien, oder denen ein Sinn unterlegt worden sei, der nicht in seiner Absicht gelegen. Er habe bemerkt, daß von der Galerie Beifallsbezeigungen kund gegeben worden seien, als der Abg. Vogt ankündigte, die Linke werde mehrere Gegenamendements einbringen. Dessen habe er Erwähnung gethan, ohne einen verletzenden Sinn darein zu legen. Unter diesen Verhältnissen ist ein Grund zum Ordnungsrufen nicht da gewesen. Ich bitte daher, von weiteren Reklamationen in dieser Beziehung abzustehen. Ich wende mich zu unsrer Verhandlung. Die Hauptfrage, welche uns vorliegt, ist die: Sollen die eingebrachten Amendements aufrecht erhalten werden, und soll es erlaubt sein, weitere einzubringen? Bei dieser hochwichtigen Aufgabe der Nationalversammlung stelle ich das Gesuch, von einzelnen Rücksichten zurücktreten, damit wir über die Principienfrage hinaufkommen. Es handelt sich darum, die Anträge so zu formuliren, daß, ohne Principien aufzugeben, sich eine große Majorität vereinigen kann. Es ist zunächst hauptsächlich das Heckscherische Amendement zu berücksichtigen, denn ich hoffe, daß Sie den Antrag aufgeben werden, daß es ein Fürst sein müsse, welcher zu wählen sei. Wenn Sie sich darüber einig, so wird gewiß die Absicht, feststehen, daß es ein solcher sein werde. Eine große Mehrheit wird dafür sein, daß der Inhaber der Centralgewalt von der Versammlung gewählt werde; nur wünscht ein großer Theil, um allen Widerstand zu beseitigen, daß den Regierungen belassen werde, ihre Zustimmung zu ertheilen; nicht als ob dadurch die Wahl erst ein vollendetes Faktum werden sollte, die Wahl wird hier in der Nationalversammlung vollendet; aber man wünscht im Interesse der Einstimmung, daß den Regierungen der Weg offen gelassen werde, ihre Zustimmung zu erklären. Der beantragte Zusatz „im Vertrauen auf die Zustimmung der deutschen Regierungen" soll also nur in dem Sinne gemacht werden, daß er ein Motiv für die Abstimmung sei. Es ist auch nicht nöthig, daß man ein solches Motiv in das Gesetz aufnehme, der Zweck wird erreicht, wenn Sie sich darüber klar sein Zweifel feststanden kann, und es ist zu diesem Zwecke hinreichend, es in das Protokoll niedergelegt wird. Ob woche Ihnen diesen Vorschlag, im Interesse des Friedens und um zu einem Ziele zu kommen. Ist dieses angenommen, so können die Amendements zurückgenommen werden. Meine Herren, die Augen von Europa sind auf uns gerichtet, wir haben eine sehr bedeutende That zu thun, vollenden Sie dieselbe im Geiste des Friedens, der Liebe zum Vaterlande, zu dessen Stärkung.

Heckscher. Er sei bereit, für das Vaterland Gut und Blut zu opfern, nur die Ehre nehme er aus. Er habe der gegebenen Erklärung keine weitere Erläuterung hinzuzufügen, nur das setze er noch bei, daß er die Männer, welche das Vermittlungsgeschäft übernommen haben, mit ihrer eigenen Ehre dafür verantwortlich mache. Um die Sache zu fördern, nehme er sein Amendement zurück; aber im festen Vertrauen, daß nunmehr einfach zur Wahl geschritten werde. Mit der Erklärung zu Protokoll sei er zufrieden. Er sehe voraus, daß auch die Amendements der Linken zurückbleiben, und daß die Beziehung des prov. Reichsoberhauptes zur Abstimmung komme.

Hierauf erklärt v. Auerswald, daß er auch seinerseits das erste Amendement zurücknehme. Auf eine Anfrage Blums, ob auch das 3. Amendement zurückgenommen werde, welches von Heckscher und Rotenhan in Beziehung auf die Herstellung eines Kollegiums an die Stelle des Bundestages gestellt worden war, erwidert v. Gagern: Dieser Antrag sei seinem Vortrage entsprossen. Das Bedürfniß eines solchen Kollegiums bestehe, und es würde daher auch einer der ersten Akte der Centralgewalt sein müssen, über die Errichtung desselben eine Vorlage an die Nationalversammlung zu machen. Es sei aber nicht in seiner Absicht gelegen, daß der Centralgewalt hierüber in diesem Gesetze eine Instruktion ertheilt werde, weswegen er auch dieses Amendement nicht für nothwendig halte. Die Redaktionsfrage erklären hierauf, daß sie es zurückziehen.

Blum. Welcher politischen Meinung Sie auch angehören mögen, das werden Sie nicht in Abrede stellen können, daß wir von Anfang an zur Einigung bereit waren und dazu beigetragen haben, daß der Schluß dieser Verhandlung ein würdiger sei. Ich möchte ein großes Opfer dafür bringen, wenn ich den gestrigen Tag aus unsern Verhandlungen ausstreichen könnte. Mögen wir daraus die Lehre ziehen, daß wir Ernege auf dem Boden stehen bleiben, den das Gesetz oder die Vereinbarung uns vorschreibt. In der Erklärung des Hrn. Heckscher ist noch eine Lücke, seine Kreuterung war nicht an sich eine Beleidigung gegen uns, sondern diese lag in der möglichen Deutung, daß eine Vereinigung der Linken mit der Gallerie stattfinde. Darüber kann sich Hr. Heckscher erklären, ohne daß er seiner Rede das Mindeste vergibt; denn eine solche Vereinigung mit der Gallerie wäre ein sehr unsinniges Mittel gewesen, und dagegen müsse die Linke sich verwahren. Die Linke verzichte auf ihr Vorhaben, nicht weiter zu verhandeln, ehe der Ordnungsruf an Hrn. Heckscher ergargen sei, ebenso verzichte sie auch auf die Amendements, die sie hätte stellen wollen; auch gegen die Erklärung zu Protokoll mache sie keine Einwendung, obwohl dieselbe in der Geschäftsordnung nicht begründet sei. Wir stehen jetzt, fährt er fort, auf dem Punkte, wo wir verlangen für unsere Ueberzeugung die Anerkennung Redlichkeit und Aufrichtigkeit, die Jeder für sich in Anspruch zu nehmen hat. Ich freue mich, daß wir nicht mehr durch das erste Amendement gewungen sind, über die Fürstenfamilien Deutschlands zu verhandeln, sie mögen gesinnigt haben, nun auch gesühnt, aber die waren ihre Freunde nicht, welche einen Vorschlag gemacht haben, welcher uns genöthigt hätte ihr gänzliches Thun und Lassen hier zu besprechen. Wir bieten die Hand zur Versöhnung, nicht allein auf dem Boden des Gesetzes, sondern zugleich auch auf dem der Vereinbarung. (Beifall auf der Rechten).

Hierauf wird die Diskussion über die Reihenfolge der Anträge fortgesetzt. Radowitz ein Antrag Scheller's auf ein suspensives Veto des Reichsoberhauptes, als nicht mehr zulässig, wieder zurückgezogen war, trug Schaffrath auf die Begutachtung des Stettmann'schen Antrages, daß nämlich die Centralgewalt die von der Nationalversammlung zu erlassenden Gesetze (anstatt Beschlüsse, wie der Schober'sche Antrag will) zu verkünden und vollziehen habe. Er beruft sich auf die Geschäftsordnung und den Beschluß von Freitag. Dieses Amendement sei unter den 8 Kategorien nicht begriffen gewesen, und habe darum auch nicht mehr aufgenommen werden dürfen. Der Vicepräsident v. Soiron, welcher heute das Präsidium führet, glaubt, daß dieser Antrag in wenigem Einverständniß stehe mit der eben vorhin angebotenen Verschung. Er habe bei der Aufstellung der Reihenfolge vorzüglich im Auge gehabt, eine Vereinigung zu Stande zu bringen, und dabei der Linken Vieles zugegeben, namentlich die Anträge 10 und 12, welche sich auf die Verantwortlichkeit des Präsidenten beziehen. Er wünscht, daß jetzt von keiner Seite mehr dagegen reklamirt werde.

Ruge sagt: Wenn man den Stettmann'schen Antrag fallen lasse, so werde die Linke auch auf 10 und 12 verzichten, und Ravenur erläutert, daß der Antrag 10 eigentlich nur eine Explikation enthalte, und es ihm genug sei, wenn es heiße: der Präsident stehe unter dem Gesetz. Nunmehr entspinnt sich wieder ein heftiger Streit über die Zulassung des Stettmann'schen Amendements; die Linke erklärt, daß sie die Zulassung für geschäftsordnungswidrig halte, und darum an einer Abstimmung darüber gar keinen Antheil nehmen werde. Gagern versucht noch einen Vorschlag, daß man nämlich das ganze Programm, wie es hier stehe, annehme und zur Abstimmung über die einzelnen Punkte schreite; da die Linke sich darauf nicht einlässt, so bittet er sie, zu bedenken, daß es doch Unrecht sei, den Antrag, der mehr verlange, zuzulassen und auch, der weniger wolle, nicht zur Abstimmung kommen zu lassen. Da jedoch die Linke demungeachtet darauf besteht, zieht Stettmann seinen Antrag zurück, worauf die Anträge 10 und 12 ebenfalls zurückgezogen werden. Auf Briegleb's Antrag wird zugegeben, daß besonders darüber abzustimmen sei, ob das provisorische Reichsoberhaupt Präsident oder Reichsverweser

Digitized by Google

heißen soll. Die Linke bezeichnet nun außer der Abstimmung über das Ganze noch 5 weitere Punkte, über welche sie eine namentliche Abstimmung verlangt.

Hierauf beginnt nun die Abstimmung selbst. Das Resultat dieser Abstimmung, so weit sie in dieser Sitzung stattfand, habe ich Ihnen bereits mitgetheilt. Die namentliche Abstimmung über den Binckel'schen Antrag, daß nämlich dem ganzen Beschlusse vorangesetzt werden sollte „vorbehaltlich des Einverständnisses mit den deutschen Regierungen“ wurde nicht etwa gestrichen, weil die Abstimmung zweifelhaft gewesen wäre, sondern weil darin ein Princip ausgesprochen war, welches die Mehrheit der Nationalversammlung nicht anerkannt wissen wollte; es ist schon bemerkt worden, daß dieser Antrag nur 31 Stimmen erhielt *). Lichnowsky stimmte dagegen.

Durch die Entfernung des Stettmann'schen Antrages wurde die Abstimmung über 2 c. (die Centralgewalt hat die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen) schwankend; diejenigen nämlich, welche für den Stettmann'schen Antrag waren, theilten sich entweder nach rechts oder links, oder sie enthielten sich ganz der Abstimmung; es fehlten bei dieser ungeführ 70 Mitglieder. Die Frage wurde indessen von den Meisten nicht als eine principielle Parteifrage betrachtet; denn es stimmten Viele von der Rechten dafür und mehrere von der Linken dagegen. Dagegen haben Viele in der Bemerkung des Reichsverhandlungsplan Präjudiz für die Zukunft, deßhalb wollte die republik. Richtung einen Präsidenten, die konst. monarchische dagegen einen Reichsverweser; Vielen war es übrigens einerlei, und Manche stimmten für den Präsidenten nicht aus einer republik. Neigung, sondern weil ihnen der Name Reichsverweser unrichtig schien.

Die wichtigste Abstimmung war die über den Satz „welcher (der Reichsverweser) von der Nationalversammlung gewählt werde“. Die Annahme dieses Satzes durch eine Majorität von $^2/_3$ Theilen wurde in der Paulskirche mit einem laut anhaltenden Jubel begrüßt. Nachdem hierauf der Abg. v. Würth die Erklärung vorgelesen hatte, welche eine Anzahl der zustimmenden Mitglieder von der Rechten und aus dem Centrum zu Protokoll gebe, daß sie nämlich in dem Vertrauen mitgestimmt hätten, daß die deutschen Regierungen die zu treffende Wahl genehmigen werden, wird die Sitzung geschlossen (Abends 6 Uhr) und die Fortsetzung der Abstimmung über die noch übrigen Punkte auf morgen festgesetzt.

ð **Frankfurt**, 28. Juni. Die Abstimmung über die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes über die Centralgewalt wurde in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung zu Ende gebracht. Nachdem die zu Protokoll gegebene Erklärung vieler Mitglieder in Beziehung auf ihre Abstimmung hinsichtlich der Wahl des Reichsverwesers durch die Nationalversammlung vorgelesen war, erklärte Lette, daß die vorgelesene Fassung nicht die ursprüngliche sei, und den Sinn, in welchem die Erklärung von ihm unterschrieben worden sei, nicht genau ausspreche. Er habe keine Zustimmung der Regierungen zu der Wahl verlangt, sondern das Vertrauen ausgesprochen, daß die Regierungen in Berücksichtigung des gefahrvollen Zustandes des Vaterlandes die Wahl freudig anerkennen würden. Dieser Erklärung schließen sich v. Gagern und viele Andere an. Der Satz 11 „der Reichsverweser ist unverantwortlich“ wird nunmehr zur namentlichen Abstimmung ausgesetzt. Biedermann besteigt die Tribüne und richtet die Frage an die Kommission, ob diese Unverantwortlichkeit sich bloß auf die Regierungshandlungen beziehe, oder ob damit überhaupt die Unverletzlichkeit der Person bezeichnet werden solle? Von der Antwort, die hierauf gegeben werde, hänge es für Viele ab, ob sie mit Ja oder Nein stimmen werden. Man hatte den Fragesteller, diesmal von der Rechten, kaum zumWorte gelassen und wollte nun ebenso die Antwort nicht zugeben. Endlich trat Dahlmann, als Berichterstatter, auf, und erklärte, der Ausdruck gebe hierauf keine Antwort, sondern hatte lediglich an seinem Sitze sich. Er müsse bei dieser Abstimmung sich zeigen, ob die Wehrzahl der Versammlung republikanisch gesinnt sei oder nicht. Diese Antwort, insbesondere der Zusatz, erregte einen gewaltigen Sturm und behielt leider eine nachhaltige üble Wirkung auf die Stimmung der Versammlung. Fallati zeigte an, daß eine Anzahl von Mitgliedern nur unter der Bedingung mitstimmen werde, daß sie den Sinn, in welchem sie dies thun, zu Protokoll erklären könnten. Mittermaier will diese Erklärung vor der Abstimmung zur Kenntniß der Versammlung bringen, was ihm aber von dem Vorsitzenden, Soiron, nicht gestattet wird. In der hierauf erfolgten namentlichen Abstimmung wird der Satz mit 371 gegen 175 Stimmen angenommen. Hierauf verliest nun Mittermaier folgende Erklärung zu Protokoll, welche später mit einer großen Zahl von Unterschriften bedeckt wurde: „Die Unterzeichner erklären, daß sie zu dem Antrage 11 wegen Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers nur in der Voraussetzung mit Ja gestimmt haben, daß die ausgesprochene Unverantwortlichkeit sich nur auf die parlamentarische Unverantwortlichkeit wegen Regierungshandlungen nach dem Zwecke des in Frage stehenden Gegenstandes und in Gemäßheit des Beschlusses zu Antrag 9 beziehe“. Eine andere Erklärung gab Riesser im Namen vieler Abgeordneten, welche gegen den Satz gestimmt hatten, dahin ab, daß sie nur darum gegen die Unverantwortlichkeit gestimmt haben, weil von dem Ausschusse die Erklärung verweigert worden sei, daß diese Unverantwortlichkeit sich nur auf Regierungshandlungen beziehe; denn in Beziehung auf diese wollten sie ebenfalls keine Verantwortlichkeit. Wäre diese Erklärung vor der Abstimmung gegeben oder früher in die Fassung aufgenommen worden, so wäre dieser Satz mit einer sehr großen Mehrheit angenommen worden, und er hätte nicht von der äußersten Linken auf so nachtheilige Weise ausgebeutet werden können, wie es jetzt geschieht.

Die sämmtlichen übrigen Sätze des Gesetzes wurden nun mit großer Mehrheit angenommen, der Satz 18: „Mit dem Eintritt der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf“, aber wohnen noch eine namentliche Abstimmung Statt fand, mit 510 gegen 35 Stimmen. Auf die Annahme der einzelnen Sätze erfolgte die Abstimmung über das ganze Gesetz, welches mit 450 Stimmen gegen 100 angenommen wurde. Die 100 Stimmen dagegen gehören, außer Einigen der äußersten Rechten (v. Winck), der Linken an. Das angenommene Gesetz heißt nun so:

Gesetz zur Einführung einer provisorischen Centralgewalt in Deutschland. 1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. 2) Dieselbe hat a) die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen; b) die Ordnung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen; c) die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen; 3) Die Errichtung des Verfassungswerks bleibt von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen. 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt mit Einverständniß der Nationalversammlung. 5) Die provisorische Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der Nationalversammlung frei gewählt wird. 6) Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers. 7) Der Reichsverweser ist unverantwortlich. 8) Ueber die Verantwortlichkeit der Minister wird die Nationalversammlung ein besonderes Gesetz erlassen. 9) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der Nationalversammlung beizuwohnen und von derselben gehört zu werden. 10) Die Minister haben die Verpflichtung, auf Verlangen der Nationalversammlung in derselben zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen. 11) Die Minister haben das Stimmrecht in der Nationalversammlung nur dann, wenn sie als deren Mitglieder gewählt sind. 12) Die Stellung des Reichsverwesers ist mit der eines Abgeordneten der Nationalversammlung unvereinbar. 13) Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf. 14) Die Centralgewalt tritt in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, so wie hinsichtlich mit den Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen in's Einvernehmen zu setzen. 15) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf.

Nach der Abstimmung erklärt Radowitz in seinem und seiner Freunde Namen, daß sie dem Gesetze nur im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen beigestimmt hätten. Dagegen gibt Jordan aus Berlin im Namen der Linken die Erklärung, daß diese dagegen gestimmt habe, weil die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers mit dem Princip der Volkssouveränetät unvereinbar und nur geeignet sei, den Revolutionszustand zu verlängern.

Die vielen zu Protokoll gegebenen Erklärungen zeigen hinlänglich, daß durch die Fassung der einzelnen Sätze sehr vielen Mitgliedern eine Art von Zwang auferlegt worden war. Von beiden Seiten, dem der Linken und der Rechten, waren mehrere Sätze in ihrer extremsten

*) Sonach erweist sich die gestrige Angabe des verehrten Korrespondenten, der Antrag sei mit 377 angenommen worden, als ein Schreibfehler, den wir hiemit berichtigen. D. Red.

Digitized by Google

Bedeutung festgehalten, und einer vermittelnden Form, welche ohne Zweifel die eigentliche Meinung der Mehrheit ausgesprochen hätte, kein Raum mehr gelassen worden. So geschah es gestern, als man von der Linken verschiedene, daß dem Reichsoberhaupte ein suspensives Veto zugestanden werde, zu dem Zwecke, daß ein etwa übereilter Beschluß noch einmal in die Nation abversammlung zur Berathung zurückgegeben werden könnte, bevor er ausgeführt werden müßte. Dafür hätte eine sehr große Mehrheit gestimmt, während nunmehr der Antrag der Linken ganz gefallen ist. In ähnlicher Weise setzte heute die Rechte in Beziehung auf die Unvereinbarkeitsfrage der Versammlung gleichsam die Pistole auf die Brust. So ist nun ein Gesetz zu Stande gekommen, welches in einzelnen wichtigen Punkten die Meinung der Mehrheit entweder gar nicht, oder doch nur bedingt ausdrückt, und von Vielen mehr aus dem Grunde angenommen worden ist, weil sie es für durchaus nothwendig hatten, als weil sie es in allen seinen Bestimmungen vollständig billigen. Das Bedauerliche dabei ist jedoch lediglich, daß die Ansichten und Parteien sich nicht so nahe kommen konnten, wie es für die Herstellung des Friedens in dem Vaterlande wünschenswerth gewesen wäre; denn von einem praktischen Werthe sind diejenigen Punkte, über welche die Differenz hauptsächlich stattfand, in der That nicht, und es ist leicht einzusehen, daß bei einer angemessenen Haltung der Nationalversammlung die etwaigen Mängel des Gesetzes nicht Gefahr bringend werden können. Die Wahl des Reichsoberhauptes wird morgen um 12 Uhr stattfinden. Ob die Linke daran Theil nehmen wird, ist bis jetzt ungewiß.

**Frankfurt**, 24. Juni. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung machte der baierische Gesandte eine Mittheilung, wonach die baierische Regierung wünscht, daß die baierischen Truppen nunmehr aus Baden zurückgezogen werden möchten, da die Ruhe dort wieder hergestellt sei, auch durch die Truppenverpflegung bedeutender Aufwand entstehe. Zugleich wird in dieser Mittheilung der Ersatz der Kosten für die nach Baden entsendeten Truppen des 7. und 8. Armeekorps angemeldet und die vorläufige Liquidirung dieser Kosten als zweckmäßig bezeichnet. Zum Vortrag kam eine Note des bei der Bundesversammlung accreditirten königl. sardinischen Gesandten, Marquis Pallavicini, d. d. München, 19. d. M., im Betreff der Blokade von Triest, in welcher Letzterer erwidert, daß es stets in den Absichten seiner Regierung gelegen habe, die freundschaftlichen Beziehungen zum deutschen Bunde zu erhalten und zu befestigen und daß es bei dieser Anerkennung der Neutralität seines Gebietes wiederholt sehr bestimmte Zusicherungen erhalten habe, daß dieses Gebiet niemals freiwillig durch die Waffen Sr. Majestät verletzt werden würde. Bei den ersten Gerüchten von möglichen feindlichen Absichten der sardinischen Flotte gegen die Stadt Triest sei ihm officiell mitgetheilt worden, daß dieselbe keine andere Bestimmung habe, als das österreichische Geschwader zu überwachen und dasselbe zu verhindern, neue Feindseligkeiten zu verüben, daher von einem Angriff auf Triest keine Rede sein könne. Da ihm nun nicht aus Thatsachen bekannt sei, ob der Kontreadmiral Albini von dem ihm vorgezeichneten Wege wirklich abgewichen sei, so glaube er, daß man annehmen müsse, es habe entweder der Admiral seine Funktion überschritten, oder die Stadt Triest selbst, ihre neutrale Stellung verkennend, durch feindselige Herausforderungen diesen leidigen Zustand der Dinge herbeigeführt — einen Zustand, den man so bedauerlich er auch sein möge, unter solchen Umständen nicht der sardinischen Regierung zur Last legen könne. Die Erklärung der Letzteren selbst soll der Bundesversammlung später zugehen. Damit im Zusammenhange stand eine Zuschrift des Syndikus Banks aus London, vom 22. d. M., in welcher sich derselbe darüber ausspricht, wie das englische Kabinet die Protestation der Bundesversammlung bezüglich der Blokade von Triest aufgenommen habe. Endlich gab der Gesandte von Hamburg noch Auskunft im Betreff der von dem königl. preußischen Gesandten in der Sitzung vom 17. d. M. gemachten Mittheilungen über den angeblich fortgesetzten Verkehr zwischen Nordbritannien und Dänemark, soweit dabei von Hamburg die Rede ist. Aus diesen Mittheilungen, die zu Protokolle genommen und dem politischen in Verbindung mit dem Embargeausschusse zugewiesen wurden, ergab sich, daß theils die Gerüchte über den beregten Verkehr mit Dänemark auf Irrthum beruhen, theils dieser Verkehr, insoweit er noch stattfindet, zeitlich nicht wohl hat abgebrochen werden können.

## Schweiz.

Aarau, 27. Juni. Ein Leben so reich an Wirken, als groß an häuslichen und bürgerlichen Tugenden ist erloschen. Vater Heinrich Zschokke starb heute früh 10 Uhr, nach langer aber schmerzloser Krankheit, in einem Alter von bald 78 Jahren. Trotz sichtbarer Abnahme seiner Körperkräfte war sein Geist heiter und seine Willenskraft brwundernswerth geblieben bis zu seinem Ende. Sein Vaterland, Deutschland, wird in ihm immer einen warmen Streiter für die Erziehung des Volkes zu ehren haben, die Schweiz, von früher Jugend an das Land seines Wirkens, erkennt in ihm überdies die rüstig in ihre Geschicke eingreifende Hand, die sich der Sache des Rechtes und der Wahrheit niemals träg oder feig entzog. Die Erde möge ihm leicht sein!

## Großbritannien.

**London**, 25. Juni. In England ist die Ansicht allgemein verbreitet, daß das Ministerium bei der demnächst bevorstehenden Abstimmung über die Bill in Betreff der Zuckerzölle eine entschiedene Niederlage erleiden werde. Das Chronicle bemerkt, daß, wenn die Minister in diesem Falle abdanken sollten, ihre Niederlage keiner faktiösen Opposition beigemessen werden könne; denn wenn die Opposition eine faktiöse wäre, würde sie während dieser Session jede Woche Gelegenheit gehabt haben, den Ministern eine Niederlage beizubringen. Wenn dieselbe die Minister jetzt auf's Haupt schlage, so thue sie dies mit Widerstreben. Was aber auch kommen möge, so werde doch kein gewissenhafter und geschätzter Mann seine Stimme für eine Maßregel abgeben, welche die unbesonnenste, die schwächste, die unpolitischste sei, die je dem Hause zugemuthet worden und zwar trotz der einmüthigen Abmahnungen jeder Fraktion unter den Politikern. „Die Minister haben ihr Schicksal herausgefordert, und auf ihre Häupter falle die Verantwortlichkeit für die Folgen". Aber wer soll jetzt Minister in England sein? Der torystische Standard, der ebenfalls wissen will, daß die Minister die Zuckerzollfrage als eine Kabinetsfrage betrachten und im Falle einer ihnen ungünstigen Abstimmung ihre Entlassung nehmen wollen, hält es für wahrscheinlich, daß in diesem Falle Lord Stanley den Auftrag erhalten werde, ein neues Ministerium zu bilden. Aber wenn auch die Bildung eines torystischen Kabinets gelingt, so wird es doch schwerlich in unserer den torystischen Tendenzen so ungünstigen Zeit Bestand haben können, obschon es allerdings, insofern in Frankreich eine strenge Militärdiktatur für längere Dauer hergestellt werden sollte (woran man in England nach den letzten Ereignissen kaum zweifelt), eine Chance mehr für sich hätte, vielleicht mit einem alten Haudegen an der Spitze. Viel eher ist zu vermuthen, daß dann Peel, der Mann des Vertrauens aller Parteien, wieder an die Spitze der Geschäfte treten würde.

John O'Connell hat jetzt bestimmt erklärt, daß er sich dem neuen Irrenhunde nicht anschließen könne, und sich eher in das Privatleben zurückziehen, als sein System der friedlich moralischen Agitation, wemit er sich jetzt fruchtlos in der Minderheit befinde, aufgeben würde. Die Konföderirten hoffen nach O'Connells Rücktritt um so mehr, mit dem Repealverein ein enges Bündniß schließen zu können.

## Frankreich.

**Paris**, 26. Juni. Wir haben über die Begebenheiten des gestrigen Tages noch Einiges nachzutragen, das in den eilig hingeworfenen und fragmentarischen Berichten unerwähnt geblieben ist. Die Nationalversammlung war zwar permanent, aber es war natürlich von einer ruhigen und geordneten Arbeit keine Rede; der größte Theil der Zeit wurde mit Bericht über die Lage der Dinge ausgefüllt. Gegen Abend beschloß sie einen Aufruf zu verbreiten, welcher den Rest der Insurgirten zur Unterwerfung bewegen sollte; man hatte den Leuten berichtet, sie würden massakrirt, wenn sie gefangen würden, die Nationalversammlung richtete daher an die Bewirrten unter ihnen ein ruhiges und begütigendes Wort, das freilich auf Führer und Hetzer seine Wirkung verfehlte. Auch waren mehrere Mitglieder der Nationalversammlung auf die Schlachtstätten gegangen um mit allen Mitteln friedlicher Versöhnung zu wirken; ihr Erfolg war zum großen Theile Nichts weniger als erfreulich. General Negrier, bekannt aus den Kämpfen in Afrika und jetzt ebenfalls Mitglied der Versammlung, versuchte auf einer der Barrikaden durch begütigende Rede die Leute zur Vernunft zu bringen; man antwortete dem Friedensboten mit Flintenschüssen. Der brave Officier stürzte todtes zusammen und neben ihm ward der Kriegsrath Charbonnel schwer verwundet; ein anderer Deputirter, Jamet, begab sich mitten unter die Barrikadenkämpfer, um sie zu harangiren und wäre ebenfalls unfehlbar niedergemacht worden, wenn nicht einer aus der Masse gerufen hätte: es ist zwar auch so ein Spitzbube von Deputirten, aber laßt ihn laufen, weil er Muth gehabt und sich uns anvertraut hat.

Eine Reihe von Proklamationen und Verordnungen zeugen von der Thätigkeit der Regierung. Cavaignac erließ mehrere Ansprachen an Soldaten und Nationalgarden, dann eine Bestimmung gegen die

Digitized by Google

öffentlichen Anschläge politischen Inhalts, ferner verordnete er die Entwaffnung aller Nationalgardisten, die auf den Generalmarsch beim Beginn des jüngsten Kampfes nicht erschienen sind. Jeder Versuch, Barrikaden zu errichten, wird nach einer andern Bestimmung so gestraft, als wenn man mit den Waffen in der Hand ergriffen worden wäre; der Nationalvorsammlung selbst wurde zugleich ein Gesetzentwurf vorgelegt, wornach jeder, der mit den Waffen in der Hand ergriffen würde, unverzüglich deportirt werden sollte. Inzwischen dauerte der Kampf den ganzen Tag fort (Sonntag), und auch als die Versammlung Abends nach 8 Uhr wieder zusammentrat, konnte der Präsident nur verkündigen, daß der Aufstand in den letzten Zügen liege, nicht daß er ganz beendigt sei. Eine der blutigsten Episoden fand am Pantheon Statt, und der Rational behauptet, es seien dort im ersten Angriff des fünfstündigen Kampfes über hundert Mann von der mobilen Nationalgarde zusammengeschossen. Die einzelnen Züge des Kampfes beweisen, daß man auf beiden Seiten mit der größten Erbitterung und Begeisterung focht; ein Nationalgardist, der an seiner Seite seinen ältesten Sohn hatte fallen sehen, ließ den Leichnam in ein benachbartes Haus bringen und eilte nach Haus, um den zweiten Sohn zu holen! Ein junger Mensch von 15 Jahren kletterte mitten im Kugelregen auf eine Barrikade und riß die rothe Fahne der Insurgenten herunter; er wurde dafür von Cavaignac selbst mit dem Kreuze der Ehrenlegion dekorirt. Die Zahl der Nationalgarden, die zu den Waffen kam, nahm immer zu; die aus den Provinzen nahmen mit dem größten Eifer an dem Kampfe Theil. Ueber die Zahl der Gefallenen wagen wir keine Vermuthung; natürlich wird dieselbe allgemein sehr hoch angegeben, doch wie man sicher erwarten kann, nicht ohne die gewöhnliche Uebertreibung.

Inzwischen dauert natürlich die Diktatur fort; eine Reihe von Dekreten beweisen, daß man zum Entscheidenden entschlossen ist. Mehrere Gewaltmaßregeln gegen die freie Presse sind angeordnet; ein Beschluß der Exekutivgewalt unterdrückt zwölf Journale, unter diesen: Presse, Assemblée nationale, Liberté, Napoleonien, Napoleon republicain, Père Duchêne, Real République, Organisation du travail u. A. von der äußersten Rechten oder äußersten Linken, die man glaubte für aufregend halten zu können. Nicht genug, daß man sich die unbequeme Opposition E. Girardins mit einem Male vom Leib schaffte, ein Dekret des Regierungsrathes Generals Cavaignac vom 25. Abends befiehlt, auch Emil v. Girardin sogleich zu verhaften. In Folge dieses Dekretes ist Girardin gestern Abend verhaftet und nach der Polizeipräfektur gebracht worden. Girardins Verbrechen besteht ohne Zweifel darin daß er seit Monaten die Unfähigkeit der Regierung schonungslos beleuchtete und die nahe Krisis voraussagte; das Proletariat aufgeregt, hat seine „Presse“ gewiß nicht, höchstens war es einige Male von dessen Lynchjustiz bedroht. Gegen die Presse im Allgemeinen werden ebenfalls Schritte eingeleitet.

Der Generalprokurator der Republik Corne trägt dem Polizeipräfekten auf, strenge darüber zu wachen, daß das bestehende Gesetz vom 10. Dezember 1830 wegen der Zeitschriften und Anschläge strenge gehandhabt, und daß das Gesetz über die Tagespresse vom 18. Juli 1828, das für alle politischen Journale eine Kaution und einen verantwortlichen Herausgeber vorschreibt, auf die Genauste befolgt werde.

Weiterhin wird noch mehr folgen. Die Nationalgarden von Cambray und Valenciennes sind so eben angekommen — sie erklären in Uebereinstimmung mit den andern Departementen, daß sie Paris nicht eher verlassen, als bis die Ordnung für immer hergestellt und die Nationalversammlung gerettet ist. — Louis Blanc ward gestern Abend, als er sich nach seiner Wohnung begab, auf den Boulevards von einer Abtheilung der Nationalgarde ergriffen, die ihn als den Urheber alles dieses Unheils anklagte und Anstalten machte, ihn zu füsiliren. Nur die Dazwischenkunft des Deputirten und Maires Berger und einiger Offiziere rettete ihn.

Heute früh in der Sitzung der Nationalversammlung mußte folgendes Dekret angenommen werden: 1) Eine Kommission von 15 Mitgliedern wird von den Bureaux ernannt, um durch eine Untersuchung oder andere Mittel die Ursachen der Insurrektion, die Paris seit drei Tagen in Blut badet und die auf die Vorbereitung und Ausführung derselben bezüglichen Thatsachen zu ermitteln. 2) Dieselbe Kommission dehnt ihre Untersuchungen auch auf das Attentat des 15. Mai aus. 3) Die ausgebehnteren Gewalten sind ihr übertragen, um alle Personen, deren sie zur Aufklärung bedarf, sich vorführen, alle Dokumente sich mittheilen zu lassen. 4) Sie wird der Versammlung über das Resultat ihrer Untersuchung Bericht abstatten.

Gegen Mittag endlich kam Nachricht, daß auch im Faubourg St. Antoine der Aufstand erlösche; einzelne Abtheilungen der Arbeiter boten ihre Unterwerfung an. Nachdem die letzte Frist um 10 Uhr abgelaufen war, wurde um 10½ Uhr der Angriff gegen die Vorstadt St. Antoine vom General Lamoricière von der Seine aus und von einer zweiten Kolonne von den Boulevards aus begonnen. Ein heftiger Widerstand ward ihnen entgegengesetzt, aber nachdem die ersten Barrikaden genommen waren und die Truppen Anstalten machten ins Innere zu dringen, erschienen Parlamentäre der Insurgenten mit weißen Fahnen und erklärten, daß die Vorstadt sich ohne Bedingungen auf die Proklamation Cavaignac's hin ergebe. — Der General Cavaignac hat zugleich einen Adjutanten mit dieser Nachricht an die Nationalversammlung abgeschickt und dieser fügt mündlich hinzu, daß bei seiner Entfernung vom Kampfplatz, drei Bataillone ohne Widerstand in die Vorstadt St. Antoine eingerückt waren und er auf dem ganzen Wege kein Feuern mehr gehört habe. Man betrachte die Sache als beendigt, wurde jedoch nach 12 Uhr durch neue Klatmgerüchte von tückischen Ueberfällen und einer verlustvollen Erneuerung des Kampfes unterbrochen. Um halb 2 Uhr erschient der Präsident auf dem Präsidentensitze: „Bürger, Vertreter! Alles ist zu Ende!“ Allgemeiner Jubel. — Er fügt nun hinzu, daß die Nachrichten über den, an den in die Vorstadt St. Antoine einrückenden Truppen, verübten Verrath auf einem Mißverständniß beruhten. Ein Theil der Vorstadt hatte kapitulirt und ließ die Truppen einziehen, ein anderer Theil hatte sich gewundert, und auf dieser Seite habe noch ein Gefecht stattgefunden. Endlich aber habe sich auch dieser Theil ergeben. In dem Augenblicke wo der General Cavaignac diese Nachricht empfing, war die Cirkulation von Postpferdeplatze bis zur Barriere du Trône ganz frei und die Patrouillen circulirten überall ohne Hinderniß. Nur auf der linken Seite der Vorstadt gegen den Kanal St. Martin zu wurde noch gefochten.

Bald darauf kam die Meldung, daß die Ruhe ganz hergestellt sei und, eine Depesche des Generals Cavaignac berichtete am Nachmittag: Dank der Haltung der Nationalversammlung und der Tapferkeit der Nationalgarde und der Armee, der Aufruhr ist gänzlich bezwungen. Gobald die Ruhe ganz hergestellt ist, werde ich in die Hände der Versammlung die außerordentliche Gewalt niederlegen, die sie mir für die Tage der Gefahr übergeben hat.

Eine Menge von Gerüchten aus dieser letzten Zeit des Kampfes war im Umlauf. So soll ein Graf Narbonne, aus einer der bekanntesten legitimistischen Familien, bei dem Versuch, die mobile Garde zu verführen, erwischt und sogleich erschossen worden sein. Wie wollen das nicht verbürgen; richtig scheint dagegen, daß der Erzbischof von Paris, bei einer Rede zum Frieden, die er an die wilden Massen hielt, in die Hüfte geschossen ward, und zwar wie es scheint lebensgefährlich. Auch soll General Bréhal und sein Adjutant gefangen und erschossen worden sein, als Repressalie für einige Barrikadenführer, die dasselbe Schicksal hatten.

Daß die Ruhe an diesem und dem folgenden Tage nicht mehr gestört wurde, haben wir bereits gestern aus den telegraphischen Depeschen vom 26. und 27. Juni ersehen.

* Straßburg, 27. Juni. Soeben haben die Trommelschläger der Bürgerwehr, die ausgegangen waren, die Freiwilligen zum Abmarsch nach Paris zu rufen, Gegenbefehl erhalten, und mit ihnen wird der endliche Sieg über die Antonitivorstadt, wo der letzte Widerstand geleistet wurde, angekündigt. So lange hat der Kampf gedauert, durch die Arbeiter von Rouen und andere beständig erneuert, und immer mehr zum unerbittlichen und blutigen Bürgerkrieg ungestaltet. Sie werden es bemerkt haben, auch in Marseille beach den 22. der Kampf auf ähnliche Weise aus mit Barrikaden und Abschluß eines ganzen Quartiers. Besonders bedenklich schien Lyon; der Vulkan, schreibt man von dorther, blieb ruhig, aber man erwartete jeden Augenblick den Ausbruch von 60,000 Arbeitern nach der Hauptstadt. Mit einer Eisenbahn, hätte sie bestanden, wäre die Sache entschieden gewesen. Sonderbares Land! Durch diese Verbindungsmittel wird die Hauptstadt jetzt der Kampfplatz für Alle. Ein Zug führt die Arbeiter aus Rouen, Lyon und andern Städten und Truppen: Alle entladen sich in Paris. Nach Allem war es ein Kampf um Brod, um Principien, um Prätendenten. Donnerstag und Freitag war die Nationalgarde noch lau, man mußte in den Häusern die Leute holen. Die Demission der exekutiven Regierung, welche klüglich von abgesendeten Mitgliedern der Nationalversammlung in den Straßen verkündigt wurde, entschied; jetzt waren die Legionen vollzählig und schlugen sich. Nur die zwölfte (Bardos) ließ sich theilweise von einzelnen Offizieren und Soldaten zurückhalten, weil sie Kommunisten, oder sind sie Lagrange u. A. Republikaner, weil sie accessorische Bedingung! Hat letzteres und ist die Republik nur eine accessorische für Citienne für die Republik oder Ersteres schon vor zehn Jahren in St. Etienne für die Republik oder

Digitized by Google

den Kommunismus bis Arbeiter aufgewiegelt? Noch läßt sich Nichts über die nächste Zukunft voraussagen, aber welchen Schritt hat nicht die französische Republik in vier Monaten gethan? An ihrer Spitze steht ein Beldorf als unbeschränkter Diktator, vorerst zwar nur unbeschränkt für den Aufsauf, aber wie gesährlich kann eine solche Gewalt werden? Sie war aber die Bedingung der Uebernahme der Leitung der Streitkräfte, und die Diskussion in der Nationalversammlung über die Demission der fünf wenigstens überflüssig, da sie faktisch geworden in dem Augenblick, als Cavaignac jede Kontrole ablehnte. Neben ihm stand Lamoricière. Denkt man sich durch irgend eine Zufälligkeit jenen reinen Republikaner von dem Schlachtfeld hinweggezogen, so tritt dieser ein, und vielleicht eine ganz neue Reihe von Begebenheiten ist die Folge. Möge Deutschland hieran erkennen, was der wahre Bürgermuth vermag, aber auch wie nichtig es ist, sich eine Reichsregierung zu geben, welche über den Fraktionen steht, zwischen ihnen wühlen kann, je nach den Bedürfnissen, dieselben durch Klugheit und Kraft vielleicht gar zur Versöhnung führen mag. In der Theorie sind wohl die Wahlen unter Allen ein schönes Princip, aber in der Realität sind diese doch immer nur das Produkt einer Majorität, und stehen nur auf dieser, während ein anderes Princip, vielleicht theilweise auf Bourtheile gestützt, zuletzt aber doch durch Geschichte und Anderes garantirt, über Faktionen, augenblickliche Kombinationen oder andere Zufälligkeiten erhaben ist.

## Italien.

* Rom, 20. Juni. Gestern Abend sammelte sich plötzlich ein Häufslein von Fackeltemonstranten, welche Anfangs von ihrer Bestimmung selbst Nichts wußten, dann aber in lautes Geschrei: „Viva Mamiani! Morte agli Oscurantisti! ausbrachten. Das Ministerium Mamiani hatte nämlich gestern bedeutend gewackelt, war aber auf's Neue befestigt worden. Die Ursache liegt nahe. Die erneuten Kriegsanstrengungen, welche durch dasselbe betrieben und vorbereitet werden, mögen den Papst nicht wenig erschreckt haben. Als man ihm mit der Zumuthung kam, abermals Millionen auf Kirchengüter zu hypothekiren, soll er seinen sonst unerschütterlichen Gleichmuth verloren haben und, wie sich das Volk ausdrückt, geradezu wüthend geworden sein. Außerdem ist der Plan, 20,000 Mann aufzustellen, unausführbar. Auch scheint man schon darauf verzichtet zu haben, dieselben im Kirchenstaat aufzubringen, und es ist daher von der Anwerbung von Polen und Schweizern die Rede. — Die öffentliche Meinung hat übrigens äußerst rasch umgeschlagen, wie der Wind. Seit der Kapitulation von Vicenza hört man nicht mehr mit jenem Ungestüm auf die gänzliche Räumung Italiens dringen, sondern man scheint sich in den Gedanken zu finden, daß Oesterreich das Venetianische behalte und die Lombardei an Karl Albert abtrete. Andere zeigen sich selbst dahin willig, daß das ganze lombardisch-venetianische Königreich bei dem Hause Oesterreich bleibe, aber in das Verhältniß freier und unabhängiger Staaten eintrete. Das sind freilich Privatmeinungen, denen man nur im vertraulichen Gespräch begegnet, früher hätte man nach solchen Vermittlungsvorschlägen aber selbst in den vertrautesten Unterhaltungen vergebens gesucht. Auch kommt jetzt nach und nach Radetzky mit seinem Feldherntalent zu Ehren, und es ist für die nationale Psychologie sehr interessant zu sehen, wie man sich von einer Selbsttäuschung in die andere überzustürzen versteht. Der Volkscharakter offenbart sich bei solchen Uebergängen am Allerdeutlichsten. Er läßt dieselben Schwächen wahrnehmen, die man an Individuen täglich bemerken kann. Man lernt sich in das Unvermeidliche finden und weiß diese Gewöhnung wohl gar noch als das Resultat einer gehegten Neigung darzustellen. Dabei ist freilich nicht zu läugnen, daß, wenn Oesterreich früher so edelmüthig verfahren wäre, wie es sich jetzt großmüthig zu erweisen anfängt, der Deutschenhaß bei den Italienern nie jene bedrohliche Höhe erreicht haben würde. Denn diese Mitte des Verfahrens bei einer so unvermeidlichen Vernichtungsgefahr, wie sie war, in welcher sich die römischen Truppen in und bei Vicenza befunden hatten, hat selbst unsere bethörtesten Schreier überrascht.

Nachschrift. Das Ministerium hat gestern seine Entlassung in Masse verlangt. Ob der Papst sie angenommen habe oder nicht, darüber sind zur Zeit die Stimmen getheilt. Jedenfalls beruht auf dieser Entscheidung die Lösung der Kriegs- und Friedensfrage. Die Deputirtenkammer hat den Antrag der Deputirtenkammer auf Bewilligung der Kriegsmittel einstimmig in gestriger Sitzung angenommen und Mamiani, der bei dieser Gelegenheit eine sabelungerische Rede hielt, ist unzubett worden. Costini, der sich mäßig äußerte, wurde Abends ausgepfiffen.

Verantwortlicher Redakteur G. Gervinus.

[609] Neu erscheint soeben in meinem Verlage und ist in allen Buchhandlungen zu erhalten:

**Aurora Königsmark**
**und ihre Verwandten.**
Zeitbilder aus dem 17. und 18. Jahrhundert.
Von **F. W. Haimlad.**
Aus dem Schwedischen,
Erster und zweiter Theil. Gr. 12. Geh. 3 Thlr.
Leipzig, im Mai 1848. **F. A. Brockhaus.**

[610] Im Lauppschen Verlage ist soeben erschienen und bereits in allen Buch- und Musikalienhandlungen zu haben:

**Sechs vierstimmige Lieder für die deutschen Wehrmänner,**
componirt von
**Fr. Silcher.**
Erstes Heft.

Den deutschen Wehrmännern und Soldaten bieten wir hiermit nach Text und Melodie kräftige, frische Lieder, wozu der Herausgeber von mehreren Seiten aufgefordert wurde. Das Marschtempo ist bei sämmtl. Nummern angegeben. Um die Anschaffung zu erleichtern, ist der Preis so billig gestellt worden, daß der Wehrmann für seine Stimme, (in Taschenformat), nur 6 Kr. od. 2 Ngr. auszugeben hat.

Höchst interessante politische Flugschrift.

[611] In der Stettin'schen Verlagsbuchhandlung in Ulm ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands und des Auslandes zu haben:

**Das neue deutsche Reich.**
Von
**C. Görig.**
Velinpap. gr. 8. br. 36 kr. 12 Sgr.

Ueber die künftige Staatsform des deutschen Vaterlandes ist schon soviel ungereimtes gesprochen und geschrieben worden, daß es Noth thut, einmal eine aus Natur und Geschichte des deutschen Volkes geschöpfte Darstellung derselben zu erhalten. Es ist zu erwarten, daß keine Meinung gegen jene sich verstehen wolle und daher jede Partei obige Schrift als willkommenes Material aufnehmen werde.

# Rheinische Dampfschifffahrt. Kölnische Gesellschaft.

[612]³

Tägliche Abfahrt vom 9. Juni an:

Von **Mannheim** nach **Cöln** 6 Uhr Morgens in einem Tag.
„ „ „ **Mainz** 7 Uhr Abends im Anschluss an das Boot von Strassburg und 2. Zugs von Schliengen.
„ „ „ **Strassburg** 10 Uhr Abends.

Von **Mainz** nach **Mannheim** 12¾ Uhr Mittags und Uhr Abends.
Von **Strassburg** nach **Mannheim — Mainz** 10½ Uhr Morgens.

Nähere Auskunft ertheilt:
***Die Agentur.***

**Mannheim**, den 8. Juni 1848.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg.

Digitized by Google

Digitized by Google